image
not
available

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

…rnberg, 1. Januar 1849 № 1. Montag: Jesus.

1849.

Gedicht von J. Priem.

…ast du denn den kurzen Lauf vollendet
…wund'nes Jahr, dein Wirken ist geendet,
Wie …'nes Buch liegst du nun vor uns da;
Und welch' ein Buch — so inhaltsschwer wie keines
Von allen, die uns Clio gab — nicht eines
…t dir in seiner Bilder Fülle nah! —

…en, wenn wir forschend es durchblättern,
…jeder Seite nur von Sturm und Wettern,
…keinen Ruhepunkt fällt unser Blick.
Kein Halt, vorüber rauschet Well' auf Welle
…Sturm gepeitscht, kein Bleiben auf der Stelle,
Nur fort, nur fort, was seht ihr doch zurück?

Ihr prahlt so stolz mit euren wicht'gen Zeiten
…Aelteren — saht Ihr vorüberschreiten
In einem Jahre, was wir jetzt erlebt?
Saht Berge ihr zu Staub zusammenfallen,
…halb Jahrhundert rasch vorüberwallen,
…wilden Sturm die ganze Welt durchbebt? —

…war so heiß, so schwül, ein düst'res Bangen
…uns in stumpfer Ruhe lang gefangen.
…ht verhüllten Horizont kein Stern.
…hnten uns nach kühlenden Gewittern,
…wollten nicht vor ihren Schrecken zittern,
…lauschten auf ihr fernes Donnern gern.

Da brach es los, es brüllten rings die Wetter,
Von Westen her kam der ersehnte Retter,
Ein Blitzstrahl traf ein altes Götzenbild!
Und wie ein Zauber fuhr's durch alle Lande,
Das Schwert durchhieb die altersschwachen Bande,
Da half kein dräuendes Medusenschild!

Mit Jauchzen grüßten wir der Freiheit Sonne,
Den neuen Tag, — und in ein Meer von Wonne
Versenkte sich das siegestrunk'ne Land.
Zum Himmel jubelten die heil'gen Lieder,
Die bluterkauften Farben glänzten wieder,
Auf stolzer Brust das schwarz-roth-gold'ne Band!

O süßes Spiel! So hör' ich schmerzlich sagen,
Ein Sommernachtstraum war's, — in wenig Tagen
Zerfiel der Bau, den wir so fest geglaubt,
O, Deutschlands Freiheit — du der Ideale
Erhabenstes — zerbrochen liegt die Schaale,
Der süße Kern ist abermals geraubt! —

Aufs Neue zucken wieder fahle Blitze,
Es hüllt der Dampf der mordenden Geschütze
In düst're Nebel deiner Sonne Glanz.
Das große Werk, es ist nur halb gelungen,
So manche stolze Stimmen sind verklungen,
Zerrissen liegt der blutbefleckte Kranz!

Was zagt ihr so? Der Same liegt im Boden,
Was weint ihr so um euere großen Todten?
Der Freiheit Acker düngt man nur mit Blut!
Laßt euere Blicke nicht zur Erde schweifen
Die goldnen Früchte werden blühen, reifen,
O laßt nicht sinken eures Glaubens Muth!

Der nahen Zukunft ist es aufbehalten,
Den fest gezog'nen Knoten zu zerspalten.
Ihn zu zerspalten, denn man löst ihn nicht!
Es muß ein Held ersteh'n aus ihrem Schooße,
Der in sich trägt das Edle und das Große,
Das, eng vereinigt, uns'rer Zeit gebricht! —

Du, neues Jahr, hältst du ihn uns verborgen,
Der unsrer Freiheit gold'nen Sonnenmorgen
Vor fern'ren Wetterstürmen schützen soll?
Willst du gesegnet seyn in deutschen Landen,
So schick' uns den ersehnten Gottgesandten,
Und nimm dafür des heißen Dankes Zoll! —

Und du, entschwund'nes, geh' wie deine Brüder
Zum stillen Strom der Ewigkeiten nieder
Dein Geist lebt in der Zeiten Buche fort
Bring' uns're Grüße den gefall'nen Helden,
Ob sie vielleicht auf andern, fernen Welten
Ihn kennen, uns'rer heißen Wünsche Port?! —

v. Unruh's Bericht an seine preussischen Wähler. 20. Dez.

Der Redner begann mit der Versicherung, daß, wie man sich auch bemühe, die Vorgänge in der Nationalversammlung zu entstellen und zu verdächtigen, wie man sich namentlich bemühe, seine Stellung zur Regierung in das ungünstigste Licht zu setzen, er dennoch heute vor seinen Wählern genau mit derselben politischen Ueberzeugung wieder erschienen sey, mit der er vor Monaten aus ihren Händen sein Mandat empfangen habe; nichts habe ihn vermocht, sich einen Schritt über die Grenzen einer „constitutionellen Monarchie mit aufrichtig volksthümlichem Geiste" hinaus zu verirren. Auf dies Ziel aber hat die Geschichte der letzten Jahre unabweisbar hingedrängt: als nur die Regierung dieser Bewegung des Volksgeistes nur zögernd und widerwillig nachfolgte, erhob sich dagegen die allgemeine Stimme des Landes, und zwang jene, ihren bisher hartnäckig behaupteten Standpunkt zu verlassen, ein volksthümliches Ministerium zu bilden, vorläufige Gesetze im Sinne der Volksfreiheit zu erlassen, und die indeß berufenen Volksvertreter mit der Aufgabe der Vereinbarung einer ehrlichen demokratisch-monarchischen Verfassung zu betrauen. Es war kein Zweifel, man hatte damit das Faktum der Revolution anerkannt.

Dem neuen Ministerium Camphausen war das Vertrauen und die Begeisterung des Landes ermunternd entgegengekommen; leider … es wenig Eifer, eine aufrichtige, und zugleich im Sinne der Freiheit wie der Gesetzlichkeit entschiedene, thatkräftige Stellung zum … und zur National-Versammlung einzunehmen. Statt schnell mit einer Reihe der dringendsten Reformen und Gesetze vorläufig vorzuschreiten, folgte es dem Drängen der Versammlung nur langsamen Schrittes nach, und ließ sich sogar bei Anlaß des Antrags Berends über „Anerkennung der Revolution" die vortheilhafte Gelegenheit entschlüpfen, sich eine zuverlässige Majorität zu gewinnen, … es entschlossen erklärt hätte: »Wir erkennen die Erhebung des …s im März als Revolution an; jeder Versuch, den revolutionären Standpunkt fortzusetzen, ist aber unmöglich, da das Land eben in der National-Versammlung jetzt ein ausreichendes gesetzliches Organ … seine Reformen in friedlicher Vereinbarung zu vollziehen." Weiter ließ das Ministerium es sich wenig angelegen seyn, die nothwendigen „organischen" Gesetze, ohne welche die beste Verfassung ein unzuverlässiges, vieldeutiges Blatt Papier bleibt, schnell in Angriff zu nehmen: keine Vorlage über die neue Gemeindeordnung, über die nothwendige Neugestaltung des Heeres, das man nun einmal im Lande als den Sitz reaktionärer Bestrebungen anzusehen pflegte; kein …nke an Organisation der Bürgerwehr, der es nur überlassen blieb, … Angelegenheiten, so gut sie konnte, unter den schwierigsten Umständen selbst in die Hand zu nehmen.

Diese schweren Unterlassungen, dieser Mangel an Energie entzog …lich dem Ministerium beharrlich eine zuverlässige Unterstützung in der Nationalversammlung. Um seine Stellung völlig unhaltbar zu …n, fehlte nur noch Eines: das Ministerium selbst kehrte die Waffen gegen sich — es gab den bekannten Verfassungsentwurf. Man … nicht Grund, an der Aufrichtigkeit der Minister, an ihrer konstitutionellen Gesinnung zu zweifeln; allein dieser Entwurf sprach es denn doch zu deutlich aus, daß ihnen der Muth, die Entschlossenheit abging, sich ganz und ohne Rückhalt dem neuen Geiste anzuvertrauen. Niemand war in Zweifel, daß mit diesem Entwurfe ganz und gar nichts anzufangen war: selbst Mitglieder der äußersten Rechten erstaunten, wie man im Stande gewesen war, so weit hinter den mäßigsten Anforderungen des Landes zurückzubleiben. Der Versammlung hat man es zum größten Vorwurf gemacht, daß auch sie die Vorlage mit großer Majorität verwarf und eine Verfassungskommission mit Ausarbeitung eines ganz neuen Entwurfes beauftragte. Hätte man, so wird gesagt, nicht lieber den Entwurf der Regierung in die Abtheilungen zur Prüfung und Umarbeitung verweisen und somit die kostbare Zeit und das Ministerium schonen können? Dies so vielfach empfohlene Verfahren wäre aber eine ganz nutzlose Schonung gewesen; dann wären — wie Jeder über den Gang der Abtheilungsarbeiten besser Unterrichtete bestätigen wird — aus 8 Abtheilungen 8 ganz verschiedene neue Bearbeitungen entstanden, aus der Centralkommission eine 9. Redaktion und somit hätten wir mit dem ursprünglichen Regierungsentwurfe 10 statt eines gehabt, die nun ganz unvorbereitet in die Versammlung geworfen wären: während so darauf zu rechnen war, schnell und aus einem Gusse einen Entwurf zu erhalten, der allen allgemein und deutlich zu Tage gegebenen Forderungen entsprach und schnell und ununterbrochen in Berathung genommen werden konnte. So trat denn das Ministerium Camphausen ab — es war das einzige, dem es mit mehr Scharfblick und Kühnheit gelingen mußte, trotz der allgemeinen Aufregung das Land in feste und freie Zustände überzuführen, es hatte noch nach allen Seiten hin völlig freie Hand. Die günstige Zeit und die besten Mittel hat es versäumt — und das bleibt seine Schuld, nicht die der Nationalversammlung oder dieser und jener Partei.

Auf ein vielfach verändertes, schwieriges Terrain trat schon das Ministerium Auerswald-Hansemann ein. Was das vorige Ministerium versäumt hatte, wollte dieses nachholen: es schuf sich eine Exekutive, die Konstabler. Leider aber stellte es dies Institut in so eigenthümlicher Weise hin, daß die lebhaftesten Interpellationen nicht ausbleiben konnten: man hatte in ihnen eine exekutive Macht geschaffen, welche weder militärischer noch polizeilicher Natur seyn sollte und statt eines organisirenden Gesetzes nur eine ungenügende, unbekannte Dienstanweisung erhielt. So sah man sie häufig nicht blos mit Seitengewehr, sondern auch mit Schießwaffen einherschreiten, obgleich man erklärte, daß sie freilich von ihren Waffen keinen Gebrauch machen dürften. Man mußte in diesem Institut Widerspruch und Anstoß finden: trotzdem zeigte sich innerhalb der Versammlung, selbst auf der Linken, die größte Geneigtheit, wenn nur das Ministerium einigermaßen die Hand böte, mit ihm zu geben und zu stimmen.

Daneben ließen die Minister ausserhalb einen Uebelstand bestehen, der unter dem vorigen Ministerium eingeführt, wieder der Versammlung nicht wenige unbillige und maßlose Schmähungen zu Wege gebracht hat. Um nämlich eine Masse brodlos gewordener Arbeiter augenblicklich zu beschwichtigen und zu unterstützen, waren für Tausende Arbeitsstellen eröffnet, auf denen ihnen gegen 15 Sgr. festen Taglohn Arbeit verschafft wurde. Man muß nun von früh auf mit Arbeitern auf Baustellen verkehrt haben, um einzusehen, welchen demoralisirenden Einfluß eine so unzweckmäßige Maßregel nothwendig

übt: es durfte nämlich nur der geringste Larm, eine vorübergehender Ruhestörung vorfallen, so war dort auf den Arbeitsplätzen vom Ministerium selbst ein stets schlagfertiges Heer bezahlt, das sich immer willig zeigte, bald so oder so sich verwenden zu lassen.

Immer noch machte auch dies Ministerium keine Anstalt, eine energische Exekutive, eine entschiedene Stellung in der Kammer zu ergreifen; noch immer blieben die Vorlagen zu den so dringend vom Lande verlangten organischen Gesetzen aus. Die Versammlung konnte sich nicht entschließen, gegen ihre Ueberzeugung, daß eben jene großen Gesetze die einzig zuverläßige Bürgschaft jeder Verfassung sey, diese selbst zur Berathung zu ziehen: sie blieb durch diese Stellung des Ministeriums — was man so ungerechter Weise ihr selbst aufbürdet — in ihrer Thätigkeit immerfort gehemmt.

Zu unglücklicher Stunde wurden jetzt die bekannten Schweidnitzer Vorfälle in die Versammlung gebracht. Das Militär hatte dort auf Kommando — oder was noch schlimmer, ohne Kommando — auf Bürger geschossen. Die englische Regierung hätte in diesem Falle wenigstens diese Kompagnie sofort entwaffnet und bis zu ausgemachter Sache ihres Dienstes enthoben. Nichts der Art that das konstitutionelle Ministerium Auerswald: jene Kompagnie blieb nach wie vor im Dienste, man begnügte sich mit der leidigen Auskunft, eine Kommission zur Untersuchung des Thatbestandes einzusetzen, an deren Spitze unglücklicher Weise ein Assessor Eichhorn sich befand. Auf diesem Boden erwuchs der Stein'sche Antrag. Man hat der Versammlung vorgeworfen, sie habe damit den Boden der Gesetzgebung verlassen und unkonstitutioneller Weise sich aufs Gebiet der Exekutive verirrt. Der Vorwurf ist ungerecht, unverständig: selbst die Antragesteller hatten nicht im Sinne, der Regierung das Gebiet der Exekutive zu schmälern, wenn nur das Ministerium dem ausgesprochenen Wunsche der Mehrheit der National-Versammlung durch eine entsprechende Weise entgegen gekommen wäre. Das Ministerium aber, in unbegreiflicher Verblendung selbst über die Stellung der Parteien, that nichts, um die Verhandlung geschickt und ehrlich auf den ihm günstigen Gesichtspunkt hinzuwenden — es schwieg und nur diese arge Unbekümmertheit erklärt es, daß sogar das Schulz'sche Amendement eine Majorität, wenn auch nur von einer Stimme, erhalten konnte. — Erst mehrere Wochen später wirft man plötzlich und unvorbereitet der Versammlung eine Kabinetsfrage entgegen, indem man unumwunden die Ausführung des Stein'schen Antrages verweigert: die Versammlung war nur in ihrem Rechte, wenn sie solchem Manöver gegenüber auf ihrem Beschlusse bestand. Die Minister zeigten sich unbeugsam, unwillfährig, dem Wunsche der Versammlung in irgend einer billigen Form nachzugeben — und gleichwohl haben sie sich nicht einmal die Mühe gegeben — was doch der Gebrauch aller konstitut. Regierungen ist — der Versammlung von ihrem Plane Mittheilung zu machen und sich von dem wahrscheinlichen Verhalten der einzelnen Parteien zu dieser Frage Kenntniß zu verschaffen. Natürlich, daß auch dies Ministerium seiner unbegreiflichen Sorglosigkeit, seinem politischen Schwanken, seiner bedenklichen Zweideutigkeit unterliegt und abtritt.

Schon seit längerer Zeit hatten unzweideutige Symptome einen bedenklich erstarkenden Einfluß von Potsdam aus verrathen: die Ernennung des Minister. Pfuel-Eichmann-Bonin setzte diesen außer allen Zweifel. Von einigen Seiten taucht schon jetzt der Vorschlag auf, von vornherein dieser Ministerliste ein Mißtrauensvotum entgegenzustellen; indeß war man allerseits mäßig und besonnen genug, auf Anrathen der Centren damals noch von diesem Schritte abzustehen. Das neue Ministerium verlas ein Programm voll unbestimmter Erklärungen, allgemeiner Versprechungen, die allenfalls auf eine konstitutionelle Gesinnung einzelner Personen, nicht so sehr auf eine konstitutionelle Energie und politische Befähigung des Gesammtministeriums schließen ließen. Zunächst wurde nun von ihm der Steinsche Antrag ausgeführt in einem ähnlichen Ministerial-Erlasse, wie das Ministerium des Innern es schon früher gethan hatte, und die Versammlung nahm keinen Augenblick Anstand, sich mit dieser, wenn auch unzureichenden Ausführung ihres Beschlusses, für befriedigt zu erklären. Gleichwohl gerieth das Ministerium bald an eine völlig unhaltbare Stellung zwischen zwei Einflüssen: ganz mit der Versammlung zu gehen, konnte es sich nicht entschließen — und eben so sehr verrechnete sich die Hofpartei, wenn sie hoffte, die Minister würden unbedenklich in alle ihre Pläne eingehen. So befriedigte es weder den einen, noch den andern Theil und erwarb sich in den Augen der Rückschrittspartei höchstens das Verdienst, noch einmal die Thätigkeit der Nationalversammlung bis zu dem erwünschten Zeitpunkte gebührend gelähmt und aufgehalten zu haben. Indessen waren gleichwohl im Schooße der Nationalversammlung eine ansehnliche Reihe der wichtigsten Vorarbeiten zu Stande gebracht, und man ging rüstig daran, von nun an in ununterbrochener Berathung den Verfassungs-Entwurf zu erledigen. Da ereigneten sich unter dem Einflusse der Wiener Vorgänge Scenen der Aufregung vor dem Schauspielhause, die, so ungebührlich und widerwärtig sie seyn mochten, doch viel zu unbeträchtlich und erfolglos waren, als daß sie dem später davon hergenommenen Vorwande, als wäre die Freiheit der Berathungen dadurch verkürzt, einen einigermaßen ernsthaften, dem Augenzeugen wahrscheinlichen Grund hätten abgeben können. Unruh war von jeher für einen energischen Schutz der Versammlung gewesen; ist aber der Ueberzeugung, daß an jenem Abend selbst ein spezielles Schutzgesetz zur Verhütung jener unangenehmen Vorfälle keinesfalls ausgereicht haben würde. Uebrigens habe er selbst an jenem Abende die Versammlung durch eine starke Abtheilung Bürgerwehr im Innern des Gebäudes vor allen Möglichkeiten geschützt und wenn er selbst auch, an der Spitze jenes Kommandos, sich im Nothfalle mit Gewalt den Weg gebahnt haben würde, so treffe den Bürgerwehr-Kommandeur, der ein braver, pflichteifriger Mann sey, darum kein Vorwurf. Von den Beilen u. s. w. womit die Massen bewaffnet gewesen seyn sollten, habe er in den Gruppen, die er durchschritten, nichts gesehen; ob sie in der Tasche Messer getragen, könne er nicht versichern. Jedenfalls seyen ähnliche Vorkommnisse in der Geschichte des englischen Parlaments nichts Unerhörtes und kein Ministerium dort würde die Lächerlichkeit über sich nehmen, deshalb das Parlament etwa aufzulösen. Die der Versammlung längst abgeneigte Partei, die Freunde und Rathgeber des Hofes verfehlten nicht, diese willkommenen Scenen unter falschem Lichte zu setzen, darzustellen, zu benutzen. Sie sprachen von Terrorisirung der Nationalversammlung durch bewaffnete Pöbelhaufen von der Nothwendigkeit, die Versammlung „vor ihren eignen Freunden" zu schützen, weil sie selbst dessen nicht fähig und willig sey; und für das Ministerium Pfuel sollte jetzt die längst erwartete Stunde, zu handeln, endlich gekommen seyn. Der Ministerpräsident konnte sich nicht entschließen, diesen Anforderungen an ihn zu entsprechen; ermüdet zog er sich zurück.

Auf einen Augenblick schien noch einmal ein günstiger Wendepunkt einzutreten: ein Mitglied der Opposition des Landtages, Beckerath, ward nach Potsdam berufen zur Bildung eines neuen Ministeriums; das Programm, das er vorlegte, berechtigte zu der Hoffnung, die Majorität der Versammlung zu vereinigen. Es wurde indeß in Potsdam mit Hartnäckigkeit bekämpft und endlich kurz von der Hand gewiesen. Das Ministerium Brandenburg trat ein. Die Versammlung — der jetzige Justizminister nicht ausgeschlossen — legte ihr fast einstimmiges Mißtrauensvotum ein; Brandenburg indeß, ein braver gerader Militär, aber ohne den geringsten Sinn für konstitutionelles Staatsleben und seine Formen, berief sich im Privatgespräch mit Unruh allen Einwänden und Erwägungen gegenüber kurz auf den »Befehl« des Königs und machte jeden Versuch einer Verständigung vergeblich. Der erste Akt des neuen Ministeriums war, die Versammlung zu verlegen und zu vertagen; die Absichten der Feinde der Versammlung traten damit offen zu Tage; den politisch Hellsehenden entging es nicht, daß man — was Unruh auch im voraus gegen Brandenburg äusserte — dabei nicht stehen bleiben würde und konnte. Nur die Geradheit und Entschlossenheit besaß man nicht, offen mit der Sprache herauszugehen; man vertagte und verlegte unter einem Vorwande, an den man vielleicht selbst nicht glaubte, um sich um jeden Preis den Schein konstitutionellen, gesetzlichen Verfahrens zu bewahren. Dieses versteckte Treiben war aber denn mehr als irgend etwas geeignet, auch die Gemäßigten in den Centren und der Rechten zum Widerstande zu reizen. — Aus den bekannten Vorgängen vom 9. November an bedarf vornehmlich die berüchtigte Steuerverweigerung eine authentische Erklärung. Die Einen erheben ein Geschrei über die Leichtsinnigkeit dieses „sogenannten" Beschlusses — und doch ist er erst nach Erschöpfung aller andern Mittel, nach reiflicher Erwägung und schließlich unter dem empörenden Eindruck der widerlichsten Gewaltthätigkeit zu Stande gekommen: — andre über eine Ungeheuerlichkeit, während sich in andern konstitutionellen Ländern ein solcher Beschluß ganz einfach von selbst ausführt, wenn das politisch reife Volk ihn in die Hand nimmt, wobei dann das Gerede von der »Anarchie« ein ganz müssiges Geschwätz ist. Beide vergessen zudem, daß die Versammlung recht gut schon merkte, auf wie viel Unterstützung sie etwa von Seiten des Landes rechnen konnte, und daß sie deshalb dem Volke selbst damit die Wahrung seiner Rechte in die Hand legte. Uebrigens fehlt jenem sogenannten Beschluß alle und jede Form eines Beschlusses, es ist eine einfache Erklärung, der das Land beistimmen konnte oder nicht — und dann die zur Sanktionirung nothwendige zweite Verlesung und Berathung.

So hatten sich im Verlaufe unserer Parlamentsgeschichte der Unterlassungs- und Begebungssünden auf Seiten der Regierung viele und unverzeihliche gezeigt; von einer plötzlich berufenen, politisch völlig ungeschulten Versammlung eine politische Tadellosigkeit zu erwarten, zeugt von Unbilligkeit oder Böswilligkeit. Wir bedauern, Unruh nicht in seinen Verkehr mit Basserman, und nach Brandenburg folgen zu können, und geben auf seinen hoffentlich bald erscheinenden eignen Bericht verweisend, kurz noch die Schlußgedanken.

Unruh gestand zum Schluß der oktroyirten Verfassung vom 5. Dezember ihre Vorzüge zu. Ihr bedenklichster Mangel sey der, daß ihr wesentlicher Bestand, ihre einzige innerliche Sicherheit ihr fehle, nemlich die organischen Gesetze über Gemeinde-Gewerbeordnung u. s. w., da ohne diese die Freiheit bedingenden Gesetze eine Menge von Hinterthüren in dem Wortlaut der Verfassung offen ständen, und keine Gefahr der Regierung näher liege, als durch diese Hinterthüren einen kläglichen Scheinconstitutionalismus einzuführen, der mit veränderter Form den schlechten Inhalt von ehemals nur verewige, und dem Volke im schlimmsten Falle Zeit, der Regierung aber viel mehr kosten könne. Darum sey zunächst nichts wichtiger als der Ausbau jener Umrisse durch eine volksthümliche Gesetzgebung — nichts wichtiger als die nahen Wahlen, dazu erbiete er sich offen und ohne Visir mit seiner aufrichtigen konstitutionellen Gesinnung als Kandidat. Wir haben nichts hinzuzufügen, als daß wir schwerlich einen besonnenern, aufrichtigern Freund der Freiheit innerhalb der Grenzen des konstitutionellen Königthums, einen gewiegtern, staatsmännischern, mit allen parlamentarischen Formen vertrauteren Ehrenmann, als unsern erprobten v. Unruh empfehlen können. D. H. L. Mitglied des Vereins zur Wahrung der Volksrechte.

Deutschland.

Bayern. (München, 25. Dez.) Gesetzmäßig müssen die Kammern noch im Laufe d. J. eröffnet werden. Es scheint aber, daß dies nicht geschehen wird. Es ist selbst noch nicht ein Ministerium vorhanden. Das neue Kabinet wird also schon formell mit dem Gesuch um eine Indemnitätsbill beginnen müssen. — Wir hoffen, die Kammern werden sich volle Aufschlüsse über die Veranlassungen der Ministerkrisis verschaffen; insbesondere aber darüber, welche partikularistischen Schritte von der bayerischen Regierung geschehen sind. Daß deren stattfanden, ist leider außer Zweifel. Man weiß auch, daß die der würtembergischen Regierung in dieser Beziehung gemachten Vorschläge von derselben entschieden zurückgewiesen worden sind, da man in Würtemberg ein einiges Deutschland, aber keine Sonderbündelei will.

(N. Sp. Z.)

(München, den 30. Dezember.) Der Regierungssekretär 1. Klasse bei der Regierung von Oberfranken, J. N. Mois, wurde auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt, und die hiedurch erledigte Stelle dem Landgerichtsaktuar K. Sperl zu Auerbach verliehen.

Der Generalquartiermeister, Generalmajor Ant. von der Mark, erhielt die Erlaubniß zur Annahme des demselben verliehenen kgl. preuss. rothen Adler-Ordens II. Klasse. Der Hauptmann des Generalquartiermeisterstabes Bapt. Stephan wurde zum Adjutanten des Feldmarschalls Prinzen Karl von Bayern ernannt, und demselben sowie dem seitherigen Adjutanten desselben, Artilleriehauptmann Friedr. Grafen v. Bothmer, der Charakter als Major verliehen. Der Platzmajor zu Würzburg, Nep. Eichenauer, wurde als 2ter Platz-Stabsoffizier zur Kommandantschaft München versetzt. Der Generalmajor und Brigadier der 3. Infanteriebrigade, Friedr. Graf v. Saporta, wurde auf die deshalb gestellte Bitte von dieser Stelle wieder enthoben und unter Beibehaltung des Generalmajor-Charakters in den vorigen Pensionsstand zurückversetzt. Der temporär pensionirte Hauptmann, J. v. Dusch, wurde unter Verleihung des Major-Charakters definitiv in Ruhestand versetzt. Die Hauptleute M. Zeiler vom 10. Infanterie-Regimente Albert Pappenheim, und Ch. Ziegelwalner vom 15. Infanterie-Regimente Prinz Johann von Sachsen erhielten die nachgesuchte Pension.

Der pens. Hauptmann A. Ränz ist am 12. Dez. bei Nürnberg, und der charakterisirte Hauptmann vom Pensionsstande, Karl v. Elessin, am 20. Dezbr. zu Ingolstadt gestorben. (N. Münch. Z.)

(München, den 29. Dezember.) Die neue Münchner Ztg. enthält folgenden Artikel, der als quasi offiziell von Bedeutung ist: Mehrere Blätter und namentlich auch die gestrige „Allgemeine Ztg.“ bringen Korrespondenzen aus Frankfurt, in denen aus dem Umstande, daß der bayerische Bevollmächtigte bei der deutschen Zentralgewalt auf die an die Bevollmächtigten der deutschen Staaten gestellte Frage des Ministerpräsidenten v. Gagern: ob die Grundrechte sofort von ihren betreffenden Regierungen verkündet und eingeführt würden? die Antwort gab, daß er keine Instruktionen über diesen Punkt habe, gegen Bayern Schlußfolgerungen gezogen werden, die wir nicht anders als gehässig bezeichnen können. Der zeitweilige Bevollmächtigte Bayerns hatte, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, in der That keine deßfallsigen Instruktionen. Daraus schon wieder Sonderbündelei auf Seite Bayerns wittern wollen, heißt denn doch die Tendenzsucherei allzuweit treiben. Wir sehen wahrhaftig nicht ab, welchen ernstlichen Schwierigkeiten in Bayern die Verkündigung und Einführung der deutschen Grundrechte begegnen soll, nachdem, was dieselben aufstellen, thatsächlich größtentheils schon bei uns besteht. Daß aber für die etwa einzuführenden Punkte bei uns so wenig als in Hannover oder anderwärts die demnächst zusammen kommenden Kammern von der Regierung umgangen werden können, scheint uns denn doch auch unzweifelhaft.

(Kronach, den 28. Dezember.) Bei der unter Leitung des kgl. Hrn. Regierungsrathes Beaud am heutigen dahier stattgefundenen neuen Wahl eines Abgeordneten in das deutsche Parlament wurden gewählt: 1) als Abgeordneter Rechtsrath Werle von Kronach mit 84 Stimmen von 113 Wählenden, 2) als Ersatzmann der kgl. Forstmeister Heldrich daselbst mit 102 Stimmen. (B. T.)

Baden. (Karlsruhe, 24. Dez.) Die neue Bestimmung über die einstweilige Organisation der Konskription besteht aus 11 Artikeln. Der Dienst in der Linie ist auf fünf, in der Reserve auf drei Jahre festgesetzt; die Wehrpflicht ist allgemein, jede Stellvertretung aufgehoben; alle nicht im Dienste befindlichen Männer von 21 bis 55 Jahren müssen in die Bürgerwehr eintreten; die bis dahin durch das Loos Befreiten, welche vermöge ihres Alters in die Linie oder Reserve gehören, müssen eintreten. — Struve wird morgen unter Begleitung einer Kompagnie Infanterie von Rastatt nach Freiburg gebracht, um dort vor das Schwurgericht gestellt zu werden. (Bad. Bl.)

Freie Städte. (Frankfurt, 28. Dez.) Das heute erschienene 8. Stück des Reichsgesetzblattes enthält das Gesetz betreffend die Grundrechte des deutschen Volkes. (D. Z.)

(Frankfurt, den 28. Dezember.) Das österreichische Ministerium hat den Kommandanten der österreichischen Flotte Contre-Admiral Baron Kudriaffsky, einen der ausgezeichnetsten Offiziere der österreichischen Marine, hiehergesandt, um an den Berathungen über Organisirung und Vergrößerung der deutschen Flotte Theil zu nehmen. (Frkf O.-P.-Z.)

Hessen. (Darmstadt, den 23. Dezember.) Der von dem Abgeordneten Glaubrecht in der Ständekammersitzung vom 20. d. gestellte Antrag gegen die Erhöhung des Militärstandes auf 2pCt. hat im Publikum eine beifällige Aufnahme gefunden, weil die Ueberzeugung schon längst eine tiefbegründete ist, daß die von der Nationalversammlung zu Frankfurt beschlossene Erhöhung der Kriegsmacht des sogenannten deutschen Reichs bis auf 900,000 Mann mit dem Volkswohl sich nicht vertragen, und in zweifacher Richtung verderblich wirken würde, und zwar einerseits durch Vermehrung der ohnehin schon doch genug gestiegenen Ausgaben für das Kriegswesen in Friedenszeiten, andererseits aber durch Verminderung der Arbeitskräfte, welche bisher dem Ackerbau, den Gewerben und der Industrie überhaupt zugewendet waren. Von dem neuen Deutschland, so wie es sich in der neuen Staatsform des „deutschen Reichs“ darstellen soll, erwarteten wir etwas ganz Anderes als die Organisation einer Heeresmacht, die die dermaligen Staatskräfte weit übersteigt, und die für die Folge ihr Daseyn durch größere Bedürfnisse, und durch die damit im nothwendigen Zusammenhange stehende Steigerung der Staatseinnahmen durch Erhöhung der Steuern dem Volke fühlbar genug machen würde. — In Folge des Systems der stehenden Heere ist es in Deutschland und den Nachbarstaaten leider dahin gekommen, daß trotz aller Künste und Praktiken der Finanziers, die zur Unterhaltung der Heere im Frieden erforderlichen Summen kaum aufzutreiben waren, geschweige, daß es möglich war, nur einen Feldzug ohne Mitwirkung der Börse mit Nachdruck beginnen und fortsetzen zu können. Mit der Vermehrung der stehenden Heere in Europa hat auch das Wachsthum der Staatsschulden gleichen Schritt gehalten, und eine Zerrüttung der Finanzen herbeigeführt, die, nebst andern auf sie einwirkenden nachtheiligen Verhältnissen, fast eine unheilbare geworden ist. Soll dieser bedauerliche Zustand verewigt, ja sogar noch verschlimmert werden? O dann hatten wir wahrlich keine Märzrevolution nöthig gehabt! Die Mittel zu einer einfacheren und wohlfeileren Landesvertheidigung sind längst bekannt; es kommt nur darauf an, sie als solche erkennen, und in die Wirklichkeit einführen zu wollen. (Frkf. J.)

Oesterreich. (Olmütz, 26. Dez.) Auch die deutsche Centralgewalt hat zur Gratulation der Thronbesteigung unsers jungen Kaisers einen Gesandten nach Olmütz gesendet. Sie entnahmen ihn nicht aus der Mitte der Volksvertreter, ja nicht einmal aus der Mitte der Minister, sondern aus der Mitte der Fürsten. Der Fürst zu Fürstenberg ist als deutscher Gesandter hier. Junges Deutschland — du träumest von einem Bunde der Völker und wirst wahrscheinlich wieder werden, was du warst, ein Bund der Fürsten. Ein Fürst repräsentirt dich am Olmützer Kaiserhofe. — Der badische Prinz Friedrich ist heute früh 4 Uhr abgereist. Der Prinz und der Fürst waren gestern bei der kaiserlichen Tafel, deren Glanzpunkt immer die junge schöne Frau des Erzherzogs Ferdinand von Este ist, die unmittelbar beim Kaiser sitzt. Heute wird Prinz Wilhelm aus Rußland zurück erwartet und mit ihm ein russischer Prinz. — Die Freiwilligen in der Slowakei mußten sich aus Mangel an Proviant an die schlesische Grenze zurückziehen, weil sie menschenleere Dörfer fanden. In manchem Dorfe soll so von den Magyaren gehaust worden seyn, daß man selbst um schweres Geld nicht ein Huhn darin findet. Privatbriefen zu Folge geht es ihnen bis jetzt recht gut und sie geben sich diesmal der besten Hoffnung des Gedeihens hin. — Die deutschen Studenten wollen ihren Leseverein im Gegensatz der Slowanska lipa, „die deutsche Eiche“ nennen, sollen aber amtlich auf Hindernisse gestoßen seyn, weil neulich wirklich einige Radikale unter ihnen im öffentlichen Gasthause rothe Jakobinermützen aufgesetzt haben. Man wird aber wohl wegen des jugendlichen Uebermuthes Einiger nicht Allen das Associationsrecht schmälern. Der gewesene Hofrath Erb beim Erzherzog Franz Karl ist an die Stelle des Baron Klemens Hügel, der bei Metternich in England blieb, Direktor des geheimen Haus-, Hof- und Staatsarchivs in Wien geworden. (E. Bl a. B.)

Preussen. (Berlin, den 27. Dezbr.) Der Entschluß der Minister Brandenburg und Manteuffel, sich vor den Wahlen zurückzuziehen, worauf als auf eine Nothwendigkeit bereits mehrfach von der Presse hingewiesen worden ist, soll jetzt feststehen. Man sey, heißt es, zu der Einsicht gekommen, daß diese Namen denn doch zu unpopulär sind und die Opposition gegen das Kabinet daher den Wahlen leicht eine Wendung geben könne, welche die Regierung den neuen Kammern gegenüber in eine eben so schwierige Stellung bringen müßte, wie die in Bezug auf die Nationalversammlung zuletzt war. (Mgdb. Z.)

(Köln, 25. Dez.) Obgleich Dr. Gottschalk, nachdem er freigesprochen, sich alle Demonstrationen um so dringlicher verbat, als er unwohl ist, so hat doch der Spruch der Jury einen eigenthümlichen Nachhall gefunden; da die Mitglieder des Arbeitervereins darauf bestanden, ihm eine Auszeichnung zu erweisen, so beschloß der Vorstand des Vereins einen Fackelzug zu veranstalten. Die Anzeige davon wurde der Polizei gemacht, und man hatte um so mehr erwarten dürfen, daß von dieser Seite kein Hinderniß entgegengestellt werde, als der Chef dieser Behörde seiner Zeit die bis ins Endlose ausgesponnene Untersuchung, die selbst in Leipzig Mitschuldige zu finden hoffte, führte. Hr. Geiger erklärte aber über die hiermit verknüpfte „Volksversammlung im Freien“ mit der Militärbehörde der Stadt, dem Festungskommandanten Engels, Rücksprache nehmen zu müssen, und verbot gestern geradezu den ganzen Zug. Da Hr. Engels als die Grundursache dieses Verbotes galt, so begaben sich nach einander zwei Deputationen des Arbeitervereins zu demselben, um ihn umzustimmen. Nachdem die erste Deputation ziemlich kurz und barsch abgefertigt worden, ließ er sich der zweiten gegenüber auf eine Begründung seines Spruches ein. Sie ging nach übereinstimmender Angabe dahin: Wenn die HH. Gottschalk, Esser und Anneke, welche von den gesetzlichen Behörden als strafbar eingezogen wurden, allerdings von den Geschwornen freigesprochen wurden, so seyen diese Männer deshalb doch nicht in den Augen der Behörden unschuldig, und er werde deshalb nie die Erlaubniß zu einer Ehrenbezeigung für dieselben geben. Wie in einer preussischen Stadt, die nicht im Belagerungszustande ist, der Kommandant eine derartige Befugniß in Anspruch nehmen kann, ist schwer einzusehen. Hoffentlich wird der Minister eine solche Aeußerung desavouiren. (D. A. Z.)

(Stettin, den 24. Dez.) Von Seiten des Reichsministeriums ist der Befehl zum Ankaufen von Schiffsbauholz zurückgenommen worden. Was sollen wir davon denken? Daß anderwo gebaut wird? Oder gar nicht gebaut wird? Die über unsern Häuptern schwebende Kriegsgefahr übt bereits einen ungünstigen Eindruck auf das Geschäft aus. Traurige Aussichten für den Sommer, wenn Deutschland sich nicht zur rechten Zeit ermannt! (D. Z.)

(Weißenthurm) [gegenüber Neuwied.] Der Redaktion der „N. Rh. Ztg.“ geht der nachfolgende Brief eines Fuhrknechts zu, den sie wortgetreu veröffentlicht: „Es wird Ihnen vielleicht schon bekannt seyn, daß zwischen Koblenz und Neuwied Stundenwagen fahren. Als ich, Peter R., Knecht bei Herrn A. Z..., um zehn Uhr Morgens von Koblenz nach Neuwied fuhr, Freitag den 15. Dezbr., begegnete mir zwischen Koblenz und Weißenthurm das liebe 26er Füsilierbataillon, der Major an der Spitze zu Pferde. Das Bataillon war so getheilt, daß ich in der Mitte durchfahren konnte, da wurde nun dem Major sein Pferd ein wenig scheu. Ich fuhr ganz ruhig zu. Da kam er zurückgesprengt und schrie: Halt mir den Kerl! Nun gaben sich die Soldaten ans Schlagen und Stechen mit Bayonnetten, und schlugen mir die Zügel entzwei. Die Pferde, welche nicht mehr gehalten werden konnten, rannten auf die Rabatten und es fehlte kein Haar, so wäre der Wagen umgeschlagen. Ich hatte drei Passagiere, diese schrieen und weinten, aber die Soldaten ließen nicht nach. Als ich nun zur Arrièregarde kam, hatte sich diese auf beiden Seiten mit gefälltem Bayonnette aufgestellt. Sie stachen nach mir und den Pferden, und stachen das eine Pferd auf der Stelle todt, das andere brachte ich nach Hause, es ist aber nicht mehr zu gebrauchen. Jetzt lachen sie noch über den Frevel, den sie begangen haben. Der Frevel kann durch 20 Zuschauer bezeugt werden.“ Wir sind also, bemerkt die neue rheinische Zeitung, jetzt schon bei der **Wegelagerung** durch kgl. preuß. Banden angelangt. Und ihr wundert euch, wenn das Volk sich nach „rothen Hosen“ sehnt?

Schleswig-Holstein. (Hadersleben, 21. Dezbr.) Vor einigen Tagen hatte sich der hiesige Amtssekretär Kier in gerichtlichen Geschäften von hier nach Ripen begeben. Er wurde daselbst von den Dänen als Arrestant erklärt, allein auf seine mit ruhiger Fassung abgegebene Erklärung, daß er als solcher zu ihrer Disposition stände, falls sie die Verantwortlichkeit eines solchen Gewaltstreichs zu übernehmen gewillt wären, ließ man ihn unbelästigt mit dem Bescheid abreisen: „er könne gehen!“ — Die hier nach Hadersleben verlegten Truppen sind theils zur Bewachung der Nordgränze und der ripener Enclave, theils zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung, besonders in den im Töringlehn belegenen, von den Dänen aufgereizten Dörfern bestimmt. (S.-H. Z.)

Dänemark.

(Kopenhagen, den 21. Dezember.) Die „Berl. Zeitung“ (ein Kopenhagener Blatt) theilt aus Fyens Avis mit, daß »die Lumpen von Schleswig-Holsteinern nun ganz den Muth verloren hätten, nachdem sie sich auf ihre große Armee nicht mehr verlassen könnten. Die Verräther hätten bei dem Freischaarenführer von der Tann angefragt, ob er ihnen nicht Truppen gegen ihre innern und äussern Feinde verschaffen könne. Tann wolle 30,000 Mann zusammenbringen, aber nur gegen Vorausbezahlung von 3 Monat Sold, worauf die Schleswig-Holsteiner sich aber nicht einlassen könnten, da ihre Kassen leer seyen, indem nicht nur in Nordschleswig, sondern auch in Holstein sich Steuerverweigerung zeige. Die am meisten Prostituirten unter den Offizieren wollten in österreichische Dienste treten.«

Frankreich.

(Paris, 26. Dezember.) [Präsidentenwahl in Algier.] Ludwig Napoleon 38,314, Cavaignac 20,854, Ledru Rollin 5,403, Lamartine 3,024, Raspail 142. (Akhbar.)

---

†† (Nürnberg, 31. Dezbr.) Die französische Korrespondenz, die heute früh eintreffen sollte, ist ausgeblieben.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Bekanntmachung.

Im Orte Katzwang, königl. Landgerichts Schwabach, in welchem sich eine Pfarrei und Schule befindet und wohin noch mehrere auswärtige Orte gepfarrt sind, ist ein Oekonomiegut, worauf die reale Tafernwirthschafts- und Bäckereigerechtigkeit haftet, sammt den Wirthschafts- und Bauereiinventar zu verkaufen oder zu verpachten. Außer den im besten Bauzustande befindlichen Gebäuden enthält dasselbe noch 11 Tagw. 88 Dez. Aecker und Wiesen, und wurden außerdem noch 30 Tagw. 58 Dez. walzende Aecker und Wiesen, welche gleichfalls mit zum Verkauf ausgestellt werden, zugebaut.

Zum Verkaufe oder Verpachtung dieses Anwesens steht Termin auf

Donnerstag den 25. Januar 1849, Nachmittags 1 Uhr

im Orte Katzwang an, und werden Liebhaber hiezu eingeladen. Im Falle des Verkaufs, kann ein bedeutender Theil des Kaufschillings stehen bleiben, so wie überhaupt im Verkaufs-Termine die näheren Bedingungen bekannt gegeben werden.

Katzwang, den 20. Dez. 1848.

Wunsch.

Bei dem Wechsel des Jahres, bringt der Unterzeichnete allen Militär- und Civilbeamten, wie auch einem hochverehrlichen Gesammtpublikum der Stadt seinen herzlichen Glückwunsch zum neuen Jahr, mit der Bitte, ihm Ihre Liebe und Vertrauen noch ferner zu schenken.

Hochachtungsvoll

Jean Stillet, I. Wichsjer[illegible]
Plakatanschlager der kg. bayer.
Stadt Nürnberg.

Anzeige und Bitte.

Der ergebenst Unterzeichnete ist dadurch, daß Herr Graveur Dallinger die zu dem Banko-Kalender pro 1849 gehörigen Wappen nicht rechtzeitig geliefert hat, ausser Stand gesetzt, denselben dem hochverehrlichen Handelsstande schon in den ersten Tagen des neuen Jahres zu überbringen und bittet daher, mit den besten Glück- und Segenswünschen zum neuen Jahre, um gütige Nachsicht.

Nürnberg, den 30. Dezember 1848.

Schindler,
Banko-Diener.

Anzeige und Einladung.

Heute Montag den 1. Januar, Abends halb 8 Uhr, spielt das „Kleeblatt" im goldnen Kleeblatt in der Zirkelschmidsgasse, und nicht, wie angezeigt, an diesem Abend im gelben Löwen in der Schildgasse. Es ladet hiezu höflichst ein

Luh. Garkoch.

Anzeige und Empfehlung.

Ich mache hiemit allen meinen Verwandten und Freunden des Gesangs die ergebenste Anzeige, daß ich von meiner Reise zurückgekehrt und mit den neuesten Gesangpiecen versehen bin. Im Unterricht des Gesangs, Guitarrespielens und cromatische Zither bitte ich mich mit recht vielen Aufträgen zu beehren, so wie ich auch alle Bestellungen zu musikalischen Unterhaltungen übernehme, und mich zu geneigtem Zuspruch empfehle.

Fischer, Musiklehrer, Brunnengasse
Nr. 435.

Warnung.

Ich warne hiemit Jedermann, auf meinen Namen etwas zu borgen, indem ich keine Zahlung dafür leiste.

Adam Kreuzer.

Empfehlung.

Unterzeichneter empfiehlt seine, aus bester Qualität bestehenden Ziegel-, Mauer-, Söller-, Gewölb- und Heerdsteine und alles in dieses Fach einschlagende Material aus der Ziegelbrennerei zu Wurzeldorf, zu den billigsten Preisen. Dieselben können sowohl im Hause als in der Fabrik abgegeben und bei größerer Bestellung in die Bauten selbst abgeliefert werden.

J. M. Gösel,
Maurermeister und Ziegelbrennereibesitzer L. Nr. 524.

Für Rob. Blum's Kinder gingen ferner ein:

von der Exped. des freien Staatsbürgers fl. 13. Von Altdorfer Bürgern durch Pfr. W. fl. 2, 6 kr. Von dem Verein für vaterländische Interessen in Erlangen fl. 23. 15 kr. —

Im Ganzen bis heute fl. 786. 10 kr.

Nürnberg, den 29. Dezember 1848.

Gebrüder Schmitt.

Empfehlung.

Der Unterzeichnete bringt bei der bereits erfolgten Eröffnung der bayerisch-sächsischen Eisenbahn sein dahier seit neun Jahren bestehendes

Commissions- & Speditions-Geschäft

in Erinnerung, übernimmt Ein- und Verkäufe aller Waaren, so wie Inkasso, und wird aufs Beste das Interesse der Committenten beachten.

Nürnberg, den 1. Januar 1849.

Sal. Ludwig Krauß.

(Gesuch.) Ein gelernter Marqueur kann sogleich in Dienst treten.

Ball im weißen Lamm

findet Montag den 1. Januar 1849, als am Neujahrstage mit dem gewöhnlichen Entree a Person 24 kr. statt, wozu ergebenst einladet

J. M. Krieger.

Sulzbacher Kalender

sind eingetroffen und empfiehlt solche zur gefälligen Abnahme

Roth, Buchbinder,
an der Museumsbrücke.

Ball im Saale des Bamberger Hofes.

Nicht allein Sonntag am Sylvester-Abend, sondern auch heute Montag am Neujahrstag ist Ball, wobei ich mich dem verehrlichen Publikum bestens empfehle.

Fuchs

Zur Nachricht.

Indem ich meinen verehrten Mitbürgern meine Versetzung hieher und Ausübung der anwaltschaftlichen Praxis dahier anzeige, empfehle ich mich deren Wohlwollen.

Nürnberg, den 1. Januar 1849.

Dr. Zehler, Advokat.

(Empfehlung.) Vorzüglich gute feinste Arac-Punschessenz, Arac de Batavia, in ganzen und halben Flaschen, zu billigen Preisen, empfiehlt zur gefälligen Abnahme

Joh. Eb. Schwarz am Herrenmarkt.

Beiträge für Blums Kinder.

2 fl. 24 kr. von Steinbühl durch Sammlung. Von M. 1 fl.

Exped. der Mittelfr. Zeitung.

Einladung.

Heute Montag produzirt sich

Herr Valentin Stegl

im Prater

M. Rupprecht.

(Stelle-Gesuch.) In einer Manufaktur-Handlung wünscht ein Sohn von einer achtbaren Familie als Lehrling unter annehmbaren Bedingungen einzutreten. Auskunft ertheilt

J. J. Pfeiffer jun.,
Kommissionär.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches sich mit den besten Zeugnissen auszuweisen vermag, auch Kaution leisten kann, wünscht bis Ziel Lichtmeß oder Walburgis als Ladenjungfer in Condition zu treten.

(Gesuch.) Für Lehrlinge von achtbaren Eltern sind offene Stellen in Spezereihandlungen hiesiger Stadt unter annehmbaren Bedingungen sogleich zu besetzen. — Anfragen in frankirten Briefen unter L. N. besorgt die Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Einige Böden oder ein Stadel werden zu miethen gesucht. S. 472 in der obern Schmiedgasse.

(Zu vermiethen.) 1 Zimmer nebst Alkov. mit Bett und Möbeln, ist an einen soliden Herrn zu vermiethen. S. Nro 922 a am Hauptmarkt.

Literatur.

Bei Fr. Bartholomäus in Erfurt ist erschienen und um 18 kr. in allen Buchhandlungen zu haben:

Vergißmeinnicht.
Sammlung von 200 Stammbuch-Aufsätzen
der Liebe und Freundschaft geweiht.

Bei Fr. Bartholomäus in Erfurt ist erschienen und um 45 kr. in allen Buchhandlungen zu haben:

Erster Sitten- oder Höflichkeitsspiegel.

Die Anweisung sich durch ein richtiges anständiges Betragen im Umgange sowohl, wie auch in Gesellschaft beliebt zu machen.

Ein nothwendiges Hülfsbüchlein
für die
männliche Jugend
von
J. B. Montag.

Für Rum- und Essigfabrikanten, Destillateur und Schenkwirthe.

So eben erschienen nachstehende Schriften eines praktischen Destillateurs, für deren Echtheit und Brauchbarkeit garantirt wird:

Die Bereitung des Rumäthers, der Rumessenz und des Rumes, wonach das Quart Rumessenz nur 45—54 kr. kostet, während die Fabriken 3 fl. 36 kr.—5 fl. 24 kr. dafür berechnen. Versiegelt 3 fl. 36 kr.

Beschreibung einer höchst einfachen und zweckmäßigen Spiritusreinigungs-Methode, wobei sich die Kosten auf den Eimer so zu reinigenden Spiritus, daß derselbe, ohne rectifizirt zu werden, zu allen doppelten u. feinen Branntweinen verwendet werden kann, nur auf einige Pfennige belaufen. Man kann zu dieser Methode jedes beliebige Faß verwenden und können in einem solchen von 1000 Quart Inhalt täglich 500 Quart gereinigt werden. Preis versiegelt 1 fl. 48 kr.

Anweisung, jede beliebige Sorte Branntwein innerhalb 30 Minuten zu bereiten, und denselben, selbst wenn man noch alte, trübe Reste hinzu nimmt, binnen eben so kurzer Zeit zu klären, wodurch der wesentliche Vortheil erwächst, daß man, da die Branntweine in so kurzer Zeit klar und hell hergestellt werden können, keine großen Vorräthe zu halten hat. Preis versiegelt 54 kr.

Anweisung einen ganz billigen und wohlschmeckenden Essig zu bereiten, der ohne alle Verrichtung, in jedes beliebige Faß zusammengesetzt, und nach Verlauf von einigen Wochen, ohne noch irgend etwas dabei zu thun, verbraucht werden kann. Die Kosten eines Quarts solchen Essigs belaufen sich nur auf einige Pfennige. Preis versiegelt 36 kr.

Notiz für die Erlernung der ersten beiden Recepte mußte der Verfasser 500 Thlr. Gold zahlen.

Neueste Destillirkunst ꝛc. 2te Auflage. Preis versiegelt 2 fl. 42 kr.

Vorräthig in der C. H. Zeh'schen Buchhandlung in Nürnberg.

(Anzeige.) Im Verlag von Wilhelm Tümmel, S Nro. 544 am Rathhaus, ist so eben erschienen und um 6 kr zu haben:

Johannes Ronge's
erste Rede,
gehalten in der Versammlung
der
freien christlichen Gemeinde
zu
Nürnberg
am 21 Dezember 1848.
Angehängt:
Dessen Brief
an den
Bischof Arnoldi von Trier.

Stadttheater in Nürnberg.

Montag den 1 Januar 1849. 3. Vorstellung im 4. Abonnement. „Prolog." Hierauf zum Drittenmale: „Unter der Erde, oder: Freiheit und Arbeit." Original-Charakterbild mit Gesang in 3 Akten von Elmar. Musik von Fr. Suppée.

Theater in Fürth.

Montag den 1 Januar 1849. „Prolog." Hierauf zum Erstenmale: „Die Bastille, oder: wer dem andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein." Lustspiel in 3 Akten von Berger.

☞ Nach der Vorstellung geht ein Eisenbahnzug nach Nürnberg zurück

☞ Morgen, als am Neujahrstage, erscheint nur eine halbe Zeitung, welche Vormittags von 11—12 Uhr ausgegeben wird.

Montagsblatt

zur Mittelfränkischen Zeitung.

№ 22. Nürnberg, 1. Januar. 1849.

Louis Napoleon Bonaparte.

Im weichen Lehnstuhl saß der Greis, der lebensmüde,
Und um ihn spielte seiner Enkel Schaar,
Auf seinem Antlitz thront ein stiller, heil'ger Friede,
Er wußte nichts von drohender Gefahr.
Durch's Hüttenfenster lächelte die Sonne,
Dezember war's, doch wahre Frühlingswonne
Schien ausgegossen über Wald und Flur,
Kaum noch vom Winter eine schwache Spur!

Die Welt hat sich verkehrt, so murmelte der Alte,
War's damals so – gewiß *Er* lebte noch, –
Der unbarmherz'ge Nord, der unerbittlich kalte
Warf über'n Nacken uns sein strenges Joch.
Das war's allein, was unsre Macht bezwungen,
Die blut'gen Früchte all uns abgerungen:
Wer hätte jenen stolzen Thron gefällt?
Der Beresina Eis hat ihn zerschellt! —

Und sinnend lehnte er das Haupt in seine Kissen,
Der Jugend Bild stand vor der Seele Blick.
Wie manchem schönen Traum hat er entsagen müssen, —
Wie kurz war manches schwererrung'ne Glück!
Der Liebe Kranz, wie bald war er zerknittert!
Des Ruhmes Glanz, wie bald war er verwittert!
Verwittert? Nein! Zu hart ist dieses Wort:
Er wird *getrübt*, doch ewig lebt er fort! —

So sieht er endlich aus dem Grab entschwund'ner Zeiten
In das sein tiefes Sinnen sich verlor,
Den Mann im grauen Rock mit kleinem Hütlein schreiten,
Den er zu seinem Abgott sich erkor!
Sein Herz jauchzt auf, er fühlt sich neugeboren,
Die alte Zeit sieht er heraufbeschworen,
Die Adler sieht er fliegen vor sich her,
Mit stolzem Jubel ruft er vive l'empereur! —

Von diesem Ruf erschreckt, naht sich dem Veteranen
Mit flehender Geberd' der einz'ge Sohn, —
»Verzagter Knabe, willst den Vater du ermahnen?«
Schallt's ihm entgegen in des Zornes Ton,
»Was kümmern mich der Neuzeit tolle Händel?
Dieß Volk schwankt hin und her, gleich einem Pendel,
A bas! mit dieser Schattenrepublik!
Sie fällt vor einem einz'gen Kaiserblick! —

»Ja, fallen wird sie! Va[illegible] Worte Schrecken,
Mein Vater — einen Kaiser soll[illegible] sie seh'n
Zum Zweitenmal. Man will die alte Hyder wecken,
Verderbend soll sie durch Europa geh'n.
Die Freiheit flieht vor einem Bonaparte,
Zum alten Spiele mischt man schon die Karte —
Ein Name hat das halbe Land bethört —
Und bald vielleicht ist es mit ihm entehrt!

Dies Wort entflammt den Greis, die Augen sprühen Flammen,
»Entehrt?« so rief er, »ein Napoleon?!« —
Bei meinem Ehrenkreuz, *den* möge Gott verdammen,
Der also denkt, und wär' er selbst mein Sohn!
Doch sprich, erkläre mir die Räthselkunde,
Mir däucht, ein Mährlein kommt aus deinem Munde:
Ein Mährlein, das von einem Kaiser spricht,
Von ihm? Doch nein! Der *meine* ist es nicht! —

Er ist es nicht. Es ist sein Schatten nur, sein Name!
Mein Vater, Frankreichs Glück steht auf dem Spiel,
Wie gern vergeb' ich doch des alten Kriegers Grame
Das harte Wort, das seinem Mund' entfiel,
Der *Adler* wird die Fahnen Frankreich's krönen —
Die alten Siegesklänge werden tönen,
Doch ach, sie haben Eines nicht gezählt:
Der alte *Geist*, die alte *Größe* fehlt!

Fragt mich nicht mehr, laßt euch an meinem Wort genügen,
Es ist ein Wahn, dem Frankreich sich ergibt.
Träumt fort von eurer Zeit, träumt fort von euren Siegen,
Es bleibe ihr Gedächtniß ungetrübt.
Die neue Zeit verschlingt den Ruhm der alten,
Unsel'ger Hader wird das Land zerspalten,
Ein Schwächling strebt nach einem Kaiserthron,
Und an den Stufen wird er straucheln schon! —

Den stolzen Namen, den die ganze Welt geachtet
Sucht man hervor zum alten Gaukelspiel,
Aufs Neue wird das Land betrogen und geknechtet,
Denn rückwärts liegt ja dieser Ränke Ziel.
O, daß sie selber doch ins Netz gegangen,
In ihren Stricken selber sich gefangen!
Daß er ein Brutus wär! — Doch sein Rom
Liegt ja versenkt im Invalidendom! —

Da sinkt der müde Greis mit Zittern in die Knie,
O Herr, *die* Welt ist nicht die meine mehr;
Ich fühle, o gieb, daß ich zu andern Räumen ziehe,
Dort, wo *er* weilt, — dahin verlangt mich sehr!

Ein Geheimniß.

(Fortsetzung.)

Dort war Alles einfach und im strengsten Style; ein Empfangssaal, mit einigen Familienportraits geschmückt, bildete den Eingang zu einem Hauptgemach, welches vordem der Marquis von Montaran bewohnt hatte und dessen ehemaliges Meublement man in den kleinsten Details wiedergegeben hatte.

»Ich erkenne es wieder! Ich erkenne es wieder!« rief der Ritter. »Blanche, mein Kind, hier ist das Bett Deines Vaters, sein Schreibtisch, sein altes Fauteuil! Dort, ist das Beste vom Allem,« sagte er, nachdem er Blicke des Erstaunens und der Freude um sich geworfen, „sein Portrait, gemalt von Dumont, unserem berühmten Dumont.« Und er machte ein sehr schönes Miniatur-Bild, das über dem Kamin hing, los und legte es in die Hände Blanches.

„Dieses Medaillon,« sagte Voromsoff, „wurde mir durch den ehemaligen Schweizer dieses Hotels überlassen, einen alten und braven Diener, dem wir seinen Posten wiedergaben. Er hat früher das Portrait seines Herrn bei einer Untersuchung gerettet, die in dieser Wohnung vorgenommen wurde.«

So viele herzliche Rücksichten ließen endlich die letzten Vorurtheile der Fürstin gegen den Mann schwinden, der ihr seinen Namen gegeben, und da sie nicht Worte fand, um ihre Gefühle auszudrücken, ergriff sie die Hand des Greises und drückte sie mit einem rührendern Ausdrucke von Dankbarkeit zwischen den ihrigen.

Herr von Saint-Laurent sah von dem Allen nichts, denn er stand seit einigen Augenblicken stumm und unbeweglich vor einer Thüre, an welcher ein reiches Schildchen mit den Worten befestigt war:

»Wohnung des Herrn Ritters von Saint-Laurent.«

»Was soll das heißen?« rief er plötzlich. „Ist es ein Scherz? ... Und warum hat man sich erlaubt, meinen Namen über diese Thüre zu schreiben?«

„Damit Ihre Freunde wissen können, wo Sie wohnen, mein Herr," antwortete Voromsoff. „Uebrigens ist dies, wie ich glaube, das Zimmer, das Sie bei ihrem alten Kameraden bewohnten, wenn Sie von Ihren Seezügen Paris besuchten.«

[illegible]

rückgab, welche er verkauft hatte, um die [illegible] Bedürfnisse der Marquise zu befriedigen.

„Stille, mein Herr," sagte Voromsoff ganz leise. „Ihre junge Freundin, wurde in Verzweiflung gerathen, lernte sie die Opfer kennen, die Sie sich für sie und ihre Mutter auferlegten. Uebrigens ist das Alles nur ein Vorschuß, den Sie leicht zurückerstatten können; denn der Kaiser Napoleon, der das Verdienst nur zu kennen braucht, um es zu belohnen, bietet Ihnen den Rang eines Contre-Admirals und eine Nachzahlung Ihrer Gage als Schiffs-Kapitän seit fünf Jahren, was Ihnen gegen eine einfache Quittung, die Sie im Marineministerium abzugeben haben, ungefähr dreißigtausend Franken zur Verfügung stellt."

„Nein, mein Herr, nein," versetzte Herr v. Saint-Laurent mit leiser Stimme und mit Festigkeit, „weder etwas von Ihnen, noch durch Sie!"

„Ich kann weder einen Grad, noch Geld verleihen, mein Herr," entgegnete der Graf, „ich kündige es Ihnen nur an, und das ist Alles ... Sie werden das mit dem Kaiser ins Reine bringen."

Dann verbeugte er sich tief vor der jungen Frau, und fuhr fort:

„Meine Mission ist erfüllt: ... Euer Hoheit sind in Ihr Hotel eingeführt; .... Ihre Leute erwarten Ihre Befehle. Hier ist der Schlüssel zu Ihrem Sekretaire, welcher Ihre Kontrakte und Eigenthums-Urkunden umschließt.... Ich habe nur noch meine ehrfurchtsvollsten Huldigungen der Frau Fürstin Myzerski zu Füßen zu legen, und mich zu empfehlen, ..."

Da er einige Schritte machte, um sich zu entfernen, hielt ihn Blanche mit flehender Geberde zurück.

„Herr Graf," sagte sie in tiefgerührtem Tone; „habe ich keine Hoffnung, den Fürsten wiederzusehen, um ihm wenigstens meine Dankbarkeit auszudrücken.«

»Der Fürst, antwortete Voromsoff, „verläßt noch diese Nacht Paris, und kehrt nach Rußland zurück."

Diese Nachricht verwundete Blanche im tiefsten Herzen, und der Graf entfernte sich.

(Fortsetzung folgt.)

[illegible] in dem Orte geweilt zu
[illegible] der Welt erblickt, ohne an ihn
[illegible] Die war es nicht hell ge
[illegible] gleich schwebtest Du
[illegible] zu Boden
[illegible] um Deine Stirne gelagert,
[illegible] Sommernacht — nein, eine
[illegible] ohne Mond und ohne Sterne
[illegible] aufgenommen, der wird aus
[illegible] O, Sänger der Nacht,
[illegible] der Blume, der Königin
[illegible] mit süßem, entzückendem Du
[illegible] damit Du sie nicht
[illegible] um Deine Sinne.
[illegible] liebe wohlbauende
[illegible] was sein Geburtsort
[illegible] eingetragen
[illegible] der weiten Ebene,
[illegible] mit seinen eigenthümlichen
[illegible] Roßhirten, den
[illegible] ungarischen Wirthshaus
[illegible] bald
[illegible] von den braunen
[illegible] hier auf immer ein.
[illegible] dessen Großvater und
[illegible] österreichischem Dienste waren.
[illegible] des Letztern
[illegible] und frühesten
[illegible]
[illegible] zu danken.
[illegible] Nachkommen der in jenen
[illegible] erzählt und Herr Uhl

[illegible] unsere Ausflüge in den
[illegible] überall fanden wir Reichthum
[illegible] Luft. In den weiten
[illegible]

nin. Alles lag in tiefer Ruhe, nur die Sterne blitzten und limmerten, und die Blätter der vor den Häusern stehenden Maulbeerbäume erzitterten, bewegt durch die laue Luft, die sich mitlig an unsere Brust legte.

„Milde, stille, träumerische,
Unergründlich tiefe Nacht!"

Unwillkürlich sprach ich leise diese Verse vor mich hin. Nikolaus Lenau und Czatad verbanden sich plötzlich in meinen Gedanken, und ich wurde tiefsinnig betrübt. Ich war in Czatad, *), dem Geburtsorte des edlen Dichters. Ich machte mir Vorwürfe nur einen Augenblick in dem Orte geweilt zu haben, wo Lenau das Licht der Welt erblickte, ohne an ihn zu denken. Das Licht der Welt erblickt! Dir war es nicht hell genug, armer Sänger, und dem Aar gleich schwebtest Du höher, immer näher der Sonne, bis Du geblendet zu Boden stürztest. Man hat sich die Nacht um Deine Sinne gelagert, doch keine milde, stille, träumerische Sommernacht — nein, eine Nacht mit umflortem Himmel, ohne Mond und ohne Sterne, einen einzigen irren Stern ausgenommen, der wirr aus den Wolken dir entgegenflimmert. O, Sänger der Nacht, die Du erheben wolltest; gleich der Blume, der Königin der Nacht, erfülltest Du dieselbe mit süßem, entzückendem Dufte, doch sie, die undankbare, legte sich, damit Du sie nicht ergründest — eine unzerreißbare Fessel, um Deine Sinne. Hier also ward Lenau geboren! Dieses kleine wohlhabende Dorf, mitten in der weiten Ebene gelegen, war sein Geburtsort! Hier hatte er in stiller Nacht gelauscht, eingesogen die Geheimnisse der Natur. Dieses Bild der weiten Ebene, begränzt von den Bogen der Theiß, mit seinen eigenthümlichen Erscheinungen, den wild dahinstürmenden Roßhirten, den tollkühnen Räubern, dem jubelnden ungarischen Wirthshausleben und den bald flehenden, schmerzdurchdrungenen, bald jubelnd aufjauchzenden ungarischen Weisen, von den braunen Zigeunern gespielt, prägte sich ihm hier auf immer ein. Nikolaus Niembsch Edler von Strelenau, dessen Großvater und Vater Deutsche, und Offiziere in österreichischen Diensten waren, und der während einer kurzen Stationszeit des Letztern in Czatad geboren wurde, hat dieser Zufälligkeit und frühesten Jugendaufenthalte die wunderbar tiefen, wildfremden, phantastischen Elemente seiner Dichtungen zu danken."

Von den Nachkommen der in jenen Gegenden eingewanderten Schwaben erzählt uns Herr Uhl unter Anderem Folgendes:

„Wir setzten unsere Ausflüge in den deutschen Ansiedlungen fort. Ueberall fanden wir Reichthum und Wohlhabenheit, Reinlichkeit und Lust. In den weiten Haushöfen sahen wir allerorts ein thätiges, rühriges Leben. Die Mädchen mit ihren weiten runden Strohhüten, unter die deutschen, freundlichen blauen Augen uns entgegensahen, halfen rüstig mit. Sie haben noch ihre heimathliche Tracht beibehalten, die kurzen flatternden Röcke, die rückwärts gekämmten Haare mit einem großen Kamme am Scheitel befestigt und ihre farbigen seidenen Busentücher; die Männer aber haben sich, wenigstens in der Tracht, bereits mehr nationalisirt. Ueberall sah ich sie während der Arbeitstage im Hemde den weiten leinenen ungarischen Unterhosen: auch am Sonntage tragen sie bereits die blauen Tuchspenser mit Schnüren, der Schnurrbart, der keinem Ungarn fehlen darf, ziert bereits ihre Oberlippe.

Selten weiß sich noch Jemand, irgend ein altes Mütterchen ausgenommen, zu erinnern, woher ihre Voreltern gekommen, und oft, wenn ich ihnen erzählte, wie es in Würtemberg, der Heimath ihrer Väter, aussehe und sie fragte: ob sie sich nicht dahin sehnten, wobei ich aber nicht verschweigen konnte, um wie Vieles sie wohlhabender wären, als ihre deutschen Brüder, drehten sie ihren Schnurrbart und sprachen: Wir sind in Ungarn, leben hier recht wohl — und wollen Ungarn seyn!

Viele sprechen bereits nebst dem Deutschen auch Ungarisch, doch glaube ich nicht, daß sich das Deutsche je verlieren wird, weil die Ansiedlungen, beinahe alle, beisammenliegen.

„Wir leben hier recht wohl!" Ja, sie leben auch wohl. Wir kamen in Hatzfeld, dem reichsten deutschen Dorfe, an. In der Schenke saßen deutsche Bauern, denen man große Wohlhabenheit ansah. Sie schmausten und tranken lustig zu. Es war ungefähr zehn Uhr Morgens. Also ein Gabelfrühstück, dachte ich bei mir.

„Jetzt wollen wir um die Wette fahren!« rief einer der Anwesenden. „Was gibts", sprach ein Anderer. Zehn blanke Thaler.« Sie gaben sich den Handschlag und gingen fort, wir ihnen nach. Vor dem Hause standen drei Gefährte, jedes mit vier herrlichen schwarzen Rappen bespannt. Sie bestiegen die Wagen, und fort ging es, daß mir bange wurde.

So also leben die Deutschen hier! dachte ich. — Sie sind die wohlhabendsten Bauern, die ich je kennen gelernt. Vierundzwanzig der herrlichsten Pferde fand ich oft in ihrem Stalle. Auf diese sind sie überaus stolz. Manche Bauern haben für unvorhergesehene Fälle bis 500 Kübel — ein Kübel faßt zwei Metzen — Frucht auf ihrem Schüttboden liegen. Dieselbe Menge erhalten Einige in einem Jahre von ihren fruchtbaren Feldern, und der Erlös dafür, besonders in Jahren, wie die jüngst verflossenen, wo der Kübel — selbst im Banate — 20 Gulden kostete, ist ein bedeutender.

»Vor kurzem,« erzählte mir einst der Domherr G.., „kam ein Bauer zu mir und verlangte Wein, den besten bat er sich aus, den ich besäße, er möge kosten was immer. Ich fragte ihn, wozu er ihn benöthige, und da sagte er: Ich habe mir ein Gut gekauft, und muß meine Herren Beamten bewirthen. — Was zahltet ihr für das Gut? — Dreihunderttausend Gulden, erhielt ich zur Antwort.« (Fortsetzung folgt.)

Georg Stratimirowic, Anführer der Serben.

Während der unerfreulichen Zänkereien in Kremsier, schreibt man dem C. B., erscheint hier in dem nun still und ländlich gewordenen Olmütz eine Figur, die als Individualität und politische Person ein hohes Interesse in Anspruch nimmt. Es ist Georg Stratimirowic, der Anführer der Serben im Kampfe gegen die Ungarn. Wenn man ihn nur aus den Zeitungsnachrichten kennt, als den Sieger über die Ungarn bei Szent Tomas, an den Türkenschanzen, bei Jeremin, wenn man den Bericht über die Einnahme von Weißkirchen und Panskowa liest, so denkt man an einen alten Häuptling, einen verwitterten Soldaten, einen Serben der alten Heldenlieder, an alles Andere, nur nicht an die wahre Erscheinung von Stratimirowic. Statt des alten Häuptlings, des verwitterten Soldaten finden Sie einen jungen Menschen von ächt männlicher Schönheit, eleganten, wenn auch etwas unruhigen Bewegungen, und einer politischen Bildung, die wohl zeigt, daß dieser geniale

---

*) In dem Dorfe Czatad ist der unglückliche Dichter Lenau geboren.

Geist, wenn auch nach den Märztagen plötzlich aufgetaucht, doch nicht unvorbereitet seine Zeit abgewartet. Es ist eine große Zukunft, die dieser sechsundzwanzigjährige Mann hat, auf den die ganze serbische Nation blickt, und mit dem Rußland mehr kokettirt, als es vielleicht für Oesterreich gut ist. Er ist hier, um die Rechte der serbischen Nation anerkennen zu lassen, Rechte, die sie von jeher hatte, und die nur, wie so viele in Oesterreich, im Laufe der Zeit in Vergessenheit gerathen sind. Die beiden Adressen des serbischen Nationalkomite in Karlovir und des Patriarchen Rajacir sprechen sich mit Offenheit, aber zugleich mit der vollsten Entschiedenheit über die Forderungen der Serben aus, und erklären eben so offen, daß, wenn die Regierung nicht offen ihre Partei nehme, sie mit den Ungarn Frieden schließen, und diesen dadurch den Kampf gegen Oesterreich erleichtern würden. Die Regierung hat den großen Fehler gemacht, den Serben im Monat Juni zu befehlen, sich dem ungarischen Ministerium zu unterwerfen, und hat sie dadurch aufgegeben, nun haben sich die Serben unter Stratimieowic nicht unterworfen, sondern von diesem Augenblicke an den Kampf, der früher nur gegen die ungarische Administration war, jetzt, wo sie sich von Oesterreich verlassen sahen, für ihre Freiheit aufgenommen. Daß sie überall Sieger blieben, hat sie nun eben so unabhäng von Ungarn als von Oesterreich gestellt. Sie wollen aber noch immer die Oberherrlichkeit Oesterreichs, natürlich unter eigenem Wojewoden, und wenn Oesterreich jetzt zögert, so bin ich überzeugt, daß die Serben eher mit den Ungarn, die ihnen nie gefährlich werden, Frieden schließen, als für fremde und dynastische Interessen einen Vernichtungskrieg weiter führen. Und im schlimmsten Falle sind ja die Fürstenthümer nicht weit, wo ein guter Freund mit 50,000 Mann steht, und bereits 11,000 Mann bis 2 Stunden vor Orsova vorgeschoben hat. Jetzt ist wieder der Augenblick, wo Oesterreich seine Blicke nach der inneren Donau wenden muß — ich fürchte, man wird es wieder versäumen, und alle Anzeichen deuten darauf hin. So lange die Regierung die bisherigen Agenten, von denen Timoni und Mayerhofer unter russischem Einfluß stehen, in den untern Donaugegenden läßt, ist für Oesterreich nichts zu hoffen.

Funken.

(Ein entschiedener Mißgriff.) Kürzlich wurde ein das Londoner Zollamt betreffender Betrug entdeckt, welcher große Heiterkeit in der Stadt verursachte. Ein Kaufmann wollte einige Zeit zuvor sieben hundert ausländische, dem Anscheine nach goldene Uhren, deren Werth er auf sieben hundert und siebzig Pfund Sterling angab, einführen und dieser Summe gemäß versteuern. Die Zollbeamten aber, in ihrer Weisheit dafür haltend, daß der namhaft gemachte Preis weit unter dem eigentlichen Werthe sey, nahmen die Uhren an sich und zahlten dem Kaufmann die sieben hundert und siebzig Pfund Sterling nebst dem in solchen Fällen, zu gesetzlicher Bestimmung, gesetzligem Aufgelde von zehn Prozent. Die Uhren wurden sodann auf die gewöhnliche Weise in die Auction gegeben und sollten alsbald darauf in dem dazu bestimmten Locale in Mincing street versteigert werden. Hier nun stellte sich heraus, daß dieselben größtentheils aus Kupfer bestanden und nur leicht vergoldet und mithin höchstens hundert und siebzig Pfund Sterling werth waren. Jedenfalls werden die betrogenen Zollbeamten den Schaden tragen müssen.

Ein Franzose, aufrichtiger Anhänger der Republik, sagte nach der Präsidentenwahl zu einem Mitbürger: „Aber wie konnten Sie für Louis Bonaparte stimmen! Der Präsident der Republik muß doch offenbar ein gescheidter Mann seyn, und Louis Bonaparte ist anerkannt ein Mensch von geringem Verstand.“ — Die Antwort lautete: „Wir haben es lange genug mit Gescheidten versucht, und immer ohne Erfolg. Die gescheidten Minister haben uns die Freiheit genommen. Der gescheidte Louis Philipp sorgte nur für sich und seine Familie; am Ende hielt er es gar mit den absoluten Mächten und mit den Jesuiten des Sonderbundes. Unter der gescheidten Regierung der Republik müssen wir mehr Steuern bezahlen, als je unter allen früheren Regierungen. — Nun wollen wir es einmal mit einem Dummen probiren vielleicht geht's besser.

Die äusserste Linke in Amerika, d. h. Diejenigen, welche mit ihren demokratischen Ansichten am weitesten gehen, heißen dort die Scheunenverbrenner (Barnburners.) Die Veranlassung zu dieser seltsamen Benennung gab die Geschichte von einem alten Holländer, der sich von den Ratten, die ihn belästigten, dadurch befreite, daß er seine Scheuer niederbrannte. So will die genannte politische Partei auch z. B. alle Banken und dergleichen aufheben, um die Mißbräuche zu beseitigen, zu den sie Veranlassung gegeben haben.

An einem socialistischen Damenbankett, das am 19. Nov. an der „Barrière du Maine“ in Paris stattfand, haben nicht weniger als vierhundert Damen — verheiratete — theilgenommen. Unter anderen befand sich auch eine Madame D. Gay darunter, die aber nicht mit Madame Delphine Gay Girardin, der bekannten Schriftstellerin, zu verwechseln ist und die den Trinkspruch ausbrachte; „A l'union de l'homme et de la femme.“ Die französischen Journale sagen nicht, welcher Union, ob der durch die Kirche, oder der durch die Civilstandsregister, oder ganz einfach der nach dem Coder der Fourieristen und der Ikarier. Wahrscheinlich war letzteres gemeint, denn es wurde bald darauf auch dem Herrn Cabet ein Toast ausgebracht. Eine andere Dame trank „auf die Brüderschaft zwischen Mann und Frau,“ eine dritte: „auf das sociale Wohlsein, das ohne das Wohlsein der Frauen unmöglich ist,“ und eine vierte endlich: „auf das Mißtrauen!“ (à la méfiance!) was vermuthlich so viel heißen sollte, als: „Trauet den Männern nicht!“

Redakteur: Marim. Reck. — Druck und Verlag von Wilhelm Tämmel S. Nr. 544 am Rathhaus.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 2. Januar 1849 — № 2 — Dienstag: Abel. Seth.

†† Bayern gegenüber den politischen Bewegungen.

Stimmen aus Frankreich erklären: Frankreich wird ein entscheidendes Wort in den europäischen Wirren, besonders in den italienischen Angelegenheiten sprechen. Also Frankreich mit Italien einerseits, und Oesterreich mit seinem alten Bundesgenossen Rußlands anderseits, werden die eisernen Würfel spielen lassen. England, glaubt man, werde vor der Hand neutral bleiben; doch für die Unabhängigkeit Venedigs von Oesterreich dürfte England gar leicht in die Schranken treten, um durch die Schutzherrschaft über ersteres seinen durch die von Frankreich gemachte Eroberung Algeriens geschwächten Einfluß auf dem Mittelmeere wieder zu verstärken. Gibraltar, Malta, die jonischen Inseln und Venedig sind ganz geeignete Punkte, dem britischen Dreizacke auf dem Mittelmeere ein erhöhtes Gewicht zu geben, und wenigstens Rußland von dort im Schach zu halten, sowie, um bei der künftigen Theilung der osmanischen Beute ganz in der Nähe zu seyn. — Preussen mag vorerst auch wohl nur im Hintergrunde lauern, um einen günstigen Augenblick zu erspähen, den Sprung auf die ausersehene Beute wagen zu können. Angesichts dieser bedrohlichen Anzeichen, welche auf einen furchtbaren chaotischen Kampf, gleich dem 30jährigen Kriege deuten, scheint man in Bayern das gefährliche Spiel spielen zu wollen, zu dem verderblichen finstern Trugsysteme vor dem März zurückzukehren! Hat noch dieses pfäffische Unterdrückungssystem in den alten bayerischen Provinzen einigen Boden, Dank der dort seit einigen Jahrhunderten eingebürgerten Volkserziehung, so muß in den höhern Regionen die Verblendung doch sehr groß seyn, wenn man glaubt, es sey jetzt an der Zeit, zu diesem Systeme zurückkehren zu können, und nicht vielmehr einsehen will, daß durch dieses Zurückkehren um die politische Existenz des Gesammtvaterlandes gespielt wird. Glaubt man denn im Ernste, daß in dem drohenden Völker- und Prinzipien-Konflikt die in politischer Bildung den alten Provinzen vorangeschrittenen Kreise Frankens, Schwabens und der Pfalz sich geduldig das wieder aufbürden lassen werden, was bei dem systematisch vernachlässigten Landvolke Ober- und Niederbayerns und der Oberpfalz aus Unkenntniß etwa heute noch Anklang finden mag? Wir glauben behaupten zu dürfen, daß Bayern, wenn es zu dem alten Systeme zurückkehrt, um die politische Existenz des Gesammtstaates spielt, es mag sich in den bevorstehenden Kampfen hinwenden, auf welche Seite es will. — Weniger die Person des Fürsten, als ein durch dessen Umgebung so tief eingewurzeltes System, daß es mit der Hofluft identisch geworden zu seyn scheint, verschuldet das Unglück und den Verfall der Staaten; und die Märzstürme haben die Hofluft nirgends gereinigt; die Vorfälle der jüngsten Tage beweisen dieses mehr als zur Genüge. Von der deutschen Nationalversammlung und der Centralgewalt kann in dem bevorstehenden Kampfe wohl keine weitere Sprache seyn: sie werden in demselben spurlos verschwinden; ihnen, so wie einem sehr großen Theile des deutschen Volkes glauben wir den alten Bibelspruch zurufen zu dürfen: „Israel, daß Du verdirbst, ist Deine eigene Schuld!"

Deutschland.

Bayern. (München, 31. Dezember.) Die in Erledigung gekommene Rathsstelle am Wechselappellationsgerichte in Augsburg wurde dem dortigen Kreis- und Stadtgerichtsrathe A. Edenböck verliehen, und die erledigte Funktion eines Sekretärs am Handelsappellationsgerichte zu Nürnberg dem Kreis und Stadtgerichtsprotokollisten allda übertragen. (N. M. Z.)

(München, den 30. Dezember.) Heute wird mit aller Bestimmtheit Kirchgeßner als Nachfolger Lerchenfeld's bezeichnet; man sagt, der Staatsrath habe über diese Wahl entschieden; von Wiederherstellung eines Ministeriums des Kultus ist und war nie die Rede. — Gestern Abend fanden beim Schleibingerbräu wieder Militär-Exzesse statt, gegen die eingeschritten werden mußte. (A. Abdztg.) (Nach einer Korrespondenz, die wir aus München vom 30. Dezember erhalten, soll v. Rotenhan zum Minister designirt seyn)

†† (Nürnberg, den 1. Januar.) Gestern Abend hielt Johannes Ronge im Katharinensaale einen Vortrag: Betrachtungen am Schlusse des Jahres, welche gewiß in den Herzen der meisten Anwesenden ein lautes Echo fanden. Ronge ist ein wahrer, biederer, deutscher Volksmann, der für die Interessen des Volkes mit entschiedenem Muthe in die Schranken tritt, des unterdrückten Volkes, das die Fürsten seit Jahren ans Kreuz geschlagen haben, wie die Juden Jesum Christum ans Kreuz schlugen. Daß seine Rede mehr eine politische als eine religiöse Farbung hatte, ist nicht zu leugnen, doch bedenke man auch, daß die gestrige Versammlung keinen eigentlichen Gottesdienst, sondern eine Jahresschlußfeier bilden sollte, obgleich Gott auch vorzüglich damit gedient seyn muß, wenn vor seiner Allgegenwart die Wahrheit auf so ungeheuchelte Weise ausgesprochen wird, denn wie Gott die Liebe ist, so ist er auch die Wahrheit. Es wäre sehr zu wünschen, daß diese gehaltvolle Rede durch den Druck veröffentlicht würde.

(Aschaffenburg, den 27. Dezember.) Wir haben so eben ein Stück Mittelalter erlebt. — Der pensionirte Major der Linie, Herr Senger ein alter verdienter Soldat und ein Ehrenmann, erkrankte vor einiger Zeit und erhielt vor mehreren Tagen den Besuch eines kath. Geistlichen, welcher ihm die Tröstungen der Religion anbot. Der Patient, nicht ahnend, daß sein Zustand ein gefährlicher, erklarte, auf einen so ernsten Akt und die ihn begleitende Unterredung nicht gefaßt zu seyn. Darauf entfernte sich der Priester, indem er dem Dienstpersonal bedeutete, im Falle der Major stürbe, ihn nicht beerdigen zu wollen. Diese Drohung ging leider in Erfüllung, und die Leiche des edlen Kriegers, der auf den Schlachtfeldern Europa's dem Tod so oft ins Auge gesehen, lag bis heute Mittag, ohne daß es den Bemühungen sämmtlicher militärischen Autoritäten hiesiger Stadt gelungen wäre, den Pfarrer von seinem Entschlusse abzubringen. Doch Molière hat es gesagt: „Il y a des accommodemens avec le ciel". So kam denn im entscheidenden Moment, nachdem bereits unser würdiger Stadtkommandant, Hr. Oberstlieutenant von Schetzel, ein Waffengefährte des Verstorbenen, zu dem Entschlusse gelangt war, die Leiche im Nothfall ohne geistliche Begleitung bestatten zu lassen, eine Entscheidung des Bischofs von Würzburg an, die, obwohl die Motive und das Verfahren des Pfarrers billigend, doch noch ein kleines Hinterthürchen offen ließ. — Die Entrüstung über diese Handlung religiöser Intoleranz ist groß in allen Kreisen, und dürfte kaum geeignet seyn, dem Hrn. Hofrath Buß, unter dessen Auspicien nächstens ein sogenannter „katholischer Verein" hier gegründet werden soll, eine gute Aufnahme zu bereiten. (Frkft. J.)

Freie Städte. (Frankfurt, 29. Dez.) Der Verfassungsausschuß hat die Abschnitte vom Reichsoberhaupt und vom Reichsrath in folgender Fassung angenommen: Das Reichsoberhaupt. Art. I. §. 1. Die Würde des Reichsoberhaupts wird einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen. §. 2. Das Reichsoberhaupt führt den Titel: „Kaiser der Deutschen." §. 3. Die Residenz des Kaisers ist am Sitz der Reichsregierung. Wenigstens während der Dauer des Reichstags wird der Kaiser dort bleibend residiren. So oft sich der Kaiser nicht am Sitz der Reichsregierung befindet, muß einer der Reichsminister in seiner unmittelbaren Umgebung seyn. Die Bestimmungen über den Sitz der Reichsregierung werden einem Reichsgesetz vorbehalten. §. 4. Der Kaiser bezieht eine Civilliste, welche der Reichstag festsetzt. Art. II. §. 5. Die Person des Kaisers ist unverletzlich. Der Kaiser übt die ihm übertragene Gewalt durch verantwortliche von ihm ernannte Minister aus. §. 6. Alle Regierungshandlungen des Kaisers bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung von wenigstens einem der Reichsminister, welcher dadurch die Verantwortung übernimmt. Art. III. §. 7. Der Kaiser übt die völkerrechtliche Vertretung des deutschen Reichs und der einzelnen deutschen Staaten aus. Er stellt die Reichsgesandten und die Konsuln an, und führt den diplomatischen Verkehr. §. 8. Der Kaiser erklärt Krieg und schließt Frieden. §. 9. Der Kaiser schließt die Bündnisse und Verträge mit den auswärtigen Mächten ab, und zwar unter Mitwirkung des Reichstags, in so weit diese verfassungsmäßig vorbehalten ist. §. 10 Alle Verträge nicht rein privatrechtlichen Inhalts, welche deutsche Regierungen unter sich oder mit auswärtigen Regierungen abschließen, sind dem Kaiser zur Kenntnißnahme, und insofern das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen. §. 11. Der Kaiser beruft und schließt den Reichstag; er hat das Recht, das Volkshaus aufzulösen. §. 12. Der Kaiser hat das Recht des Gesetzvorschlages. Er übt die gesetzgebende Gewalt in Gemeinschaft mit dem Reichstage unter den verfassungsmäßigen Beschränkungen aus. Er verkündigt die Reichsgesetze und erläßt die zur Vollziehung derselben nöthigen Verordnungen. §. 13. In Strafsachen, welche zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören, hat der Kaiser das Recht der Begnadigung und Strafmilderung, sowie der Amnestirung. Das Verbot der Einleitung oder Fortsetzung einer einzelnen Untersuchung kann der Kaiser nur mit Zustimmung des Reichstags erlassen. Zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurtheilten Reichsministers kann der Kaiser das Recht der Begnadigung und Strafmilderung nur dann ausüben, wenn dasjenige Haus, von welchem die Anklage ausgegangen ist, darauf anträgt. Zu Gunsten von Landesministern steht ihm ein solches Recht nicht zu. §. 14. Dem Kaiser liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob. §. 15. Der Kaiser hat die Verfügung über die bewaffnete Macht. §. 16. Ueberhaupt hat der Kaiser die Regierungsgewalt in allen Angelegenheiten des Reichs nach Maßgabe der Reichsverfassung. Ihm stehen als Träger dieser Gewalt diejenigen Rechte und Befugnisse zu, welche in der Reichsverfassung der Reichsgewalt beigelegt, und dem Reichstage nicht zugewiesen sind. Der Reichsrath. Art. I. §. 1. Der Reichsrath besteht aus Bevollmächtigten der deutschen Staaten. Jeder im Staatenhause vertretene Staat oder Staatenverband ernennt dazu ein Mitglied mit Ausnahme der vier freien Städte, welche gemeinsam ein Mitglied senden. Die Ernennung der Mitglieder des Reichsraths geschieht durch die Regierungen der betreffenden Staaten und Staatenverbände. §. 2. Der Reichsrath bildet ein begutachtendes Kollegium. Derselbe hält seine Versammlungen am Sitze der Reichsregierung. Den Vorsitz im Reichsrathe führt der Bevollmächtigte des größten deutschen Staates, dessen Regent nicht das Reichsoberhaupt ist. §. 3. Die Beschlüsse des Reichsrathes werden durch Stimmenmehrheit gefaßt. §. 4. Die Reichsminister sind berechtigt, den Sitzungen des Reichsrathes beizuwohnen oder sich in denselben durch Kommissarien vertreten zu lassen. §. 5. Dem Reichsrathe sind die Gesetzentwürfe, welche die Reichsregierung bei dem Reichstage einbringen will, zur Begutachtung vorzulegen. Der Reichsrath hat sein Gutachten binnen einer jedesmal von der Reichsregierung zu bestimmenden Frist zu erstatten. Wird diese Frist nicht eingehalten, so ist die Reichsregierung hiedurch an dem Einbringen des Gesetzentwurfes bei dem Reichstag nicht behindert. §. 6. Die Reichsregierung ist befugt, in allen Fällen, in welchen es ihr angemessen erscheint, das Gutachten des Reichsrathes einzuziehen. (D. Z.)

(Frankfurt, den 30. Dez.) Man wird sich erinnern, daß zur

Zeit der Wiener Katastrophe der Fürst von Leiningen bestimmt war, als Reichskommissär nach Oesterreich zu gehen, um das Verhältniß Oesterreichs zur Centralgewalt vollständiger zu ordnen, als es den Herren Welcker und Mosle gelingen konnte. Herr v. Schmerling kündigte in der deutschen Nationalversammlung die Mission des Fürsten von Leiningen an, erklärte aber später, daß der designirte Reichskommissär den Auftrag abgelehnt habe. Gründe für diese Ablehnung wurden nicht angegeben. Es verhält sich damit folgendermaßen: Fürst Leiningen hatte durch Herrn v. Schmerling eine Instruktion erhalten, die ihm völlig unannehmbar schien, weil sie in ganz allgemeinen unbestimmten Ausdrücken gehalten war, und dem Reichskommissär überdies die Pflicht auferlegte, lediglich den Weg der Vermittlung zu betreten, ohne seinem Ansehen als Reichskommissär durch Verfügungen irgend welcher Art Geltung zu verschaffen. Gegen diese Instruktion remonstrirte Fürst Leiningen, und hob insbesondere hervor, daß, wenn es sich nur um Unterhandlungen mit der österreichischen Regierung über das Verhältniß Oesterreichs handle, und ein selbstständiges Einschreiten der Centralgewalt in die österreichischen Verhältnisse ausgeschlossen sey, es passender seyn würde, einen Gesandten, nicht aber einen Reichskommissär nach Oesterreich zu schicken. Fürst Leiningen verlangte zugleich, daß seine Remonstration dem Reichsministerkonseil zur weiteren Erwägung vorgelegt werde. Letzteres geschah indeß nicht; vielmehr zog es Herr v. Schmerling vor, den Fürsten von Leiningen ohne Weiteres abschläglich zu bescheiden. (O. Z.)

Oesterreich. *,* (Wien, 28. Dez.) Heute Morgens erschien nachstehende Kundmachung: Da in jüngster Zeit das Bestehen eines Klubbs böswilliger Buben wiederholt angezeigt worden, welcher sich mit der absurden Idee herumtreibt, selbe in den Kneipen der Vorstädte bespricht, durch Kennzeichen von Federn an den Hüten sich kund gibt, und ganz vorzüglich Pläne entwirft, in Masse die Verschanzungen auf Bastionen nächtlich zu erstürmen und die Kanonen zu vernageln, so wird hiemit dem besser gesinnten Theil des Publikums bekannt gegeben, daß 3 Allarmschüsse für einen solchen Fall die ganze Garnison in 15 Minuten auf ihre angewiesenen Plätze bringen, daß in der Nacht auf alle scharf gefeuert wird, welche sich in größeren Massen den Verschanzungen nähern, oder — von den Schildwachen angerufen — nicht sogleich eine andere Richtung einschlagen, daß ferner, bei einem Allarm, die den Verschanzungen nahe liegenden Häuser von den Truppen sogleich besetzt werden und daher auf deren Verlangen zu öffnen sind. — Weit entfernt, elenden Drohungen, welche indeß noch immer das Bestehen des bösen Geistes hier bethätigen, irgend eine größere Bedeutung beilegen zu wollen, aber vollkommen gefaßt, die Strenge der Gesetze gegen jeden Frevler geltend zu machen, ist diese Erklärung nur zur Beruhigung derjenigen, welche bisher durch ihre Angaben und Hinweisungen die Militärbehörde aufmerksam machen wollten. Bei dieser Gelegenheit muß noch einmal erinnert werden, daß bei allen etwaigen Zusammenläufen, sey es nun bei Tag oder bei Nacht, das blos neugierige Publikum, vorzüglich Weiber und Kinder, entfernt zu halten sind; damit sie vor Schaden bewahrt bleiben, indem leider die Kugeln nicht immer die Schuldigen treffen. Wien, am 27. Dezbr. 1848. Der Civil- und Militärgouverneur Welden, Feldmarschallieut.

—(Prag, den 28. Dezember.) Heute Abend 6 Uhr traf Großfürst Constantin in Begleitung des Generals Romanow mit einem Separattrain hier ein. (E. Bl. a. B.)

Schleswig-Holstein. (Aus dem nördlichen Alsen, vom 24. Dez.) In diesen Tagen hier angekommen, finde ich schon die größte Veranlassung, Ihnen zu schreiben. Es sieht augenblicklich sehr bedenklich aus, und das wohl nicht allein hier, sondern gewiß auch für unser ganzes Schleswig-Holstein.... Es sind augenblicklich schon hier auf Alsen angekommen: 4 bis 5 Bataillone Infanterie, 2 Jäger-Korps, 1 Regiment Dragoner und einige Batterieen Feldgeschütz (eine 12pfündige kommandirt von Kapitän Baggesen.) Allenthalben in den Städten und auf den Dörfern wimmelt es von Militär und noch täglich kommt mehr, so daß bis gleich nach Weihnacht circa 12,000 Mann hier concentrirt seyn werden. Der General von Krogh ist schon in Sonderburg angekommen. Sonderburg wird auf dieser Seite, d. h. nach der Landseite zu, förmlich befestigt. Unaufhörlich arbeitet das Militär an diesen Schanzen und mehrere sind schon aufgerichtet. — Die Soldaten haben in den letzten Tagen scharfe Patronen erhalten und müssen sich bei jedem Trommelschlag auf den Beinen halten und sollen sofort nach Sonderburg aufbrechen. — Mehrere Privathäuser werden schon geräumt und zu Krankenhäusern eingerichtet. Ausser dem Augustenburger Schloß werden die Bewohner des Norburger Schlosses auch schon zum Ausziehen gezwungen, weil es zum Lazareth verwandt werden soll. — Ueberhaupt Alles deutet auf Krieg. Man erschöpft sich hier in sehr verschiedenartigen Vermuthungen, aber daß die Dänen von hier einen Ausfall machen werden, kann man gewiß unbedingt behaupten.... (H. C.)

Schleswig-Holsteiner! Als wir am 22. Oktbr. d. J. durch die Bevollmächtigten der deutschen Reichsgewalt und Sr. Majestät des Königs von Dänemark in die gemeinsame Regierung feierlichst eingesetzt wurden, glaubten wir der Hoffnung Raum geben zu dürfen, daß unseren Bemühungen für die Besänftigung der durch den Krieg aufgeregten Leidenschaften auch vom Nachbarlande aus ein versöhnlicher Geist entgegenkommen und dadurch die Abschließung eines dem wahren Wohle beider Theile entsprechenden Friedens werde erleichtert werden. Leider mußten wir uns in dieser Hoffnung getäuscht sehen. — Während im klaren Widerspruch mit den Bestimmungen der Waffenstillstands-Konvention die Inseln Alsen und Arröe durch die Maßregeln des dänischen Gouvernements unserer Verwaltung beharrlich vorenthalten wurden, fand man in den Anordnungen der gemeinsamen Regierung, welche durch die ihr obliegende Sorge für die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung im Lande mit nie verhehlter Nothwendigkeit geboten wurden, den Vorwand, nicht nur die gemeinsame Regierung einer feindseligen Gesinnung gegen Dänemark zu beschuldigen, sondern auch durch Abberufung des kön. Kommissärs eine gütliche Verständigung über die Auslegung einzelner bestrittener Bestimmungen der in mancher Beziehung mehrdeutigen Waffenstillstands-Konvention, wenn nicht unmöglich zu machen, so doch in hohem Grade zu erschweren. — Unablässig bemüht, diesen Mißständen auf dem Wege der Verhandlung durch die deutsche Central-Gewalt die sehnlich gewünschte Abhülfe zu verschaffen, mußte die gemeinsame Regierung zu ihrem tiefen Bedauern die Erfahrung machen, daß dänischerseits ein Verhalten befolgt werde, welches nur in dem Wunsche, die Erfüllung der durch den Waffenstillstandsvertrag übernommenen Verpflichtungen von sich abzulehnen, gleichwohl aber der Vortheile der Waffenruhe theilhaftig zu werden, einen ausreichenden Erklärungsgrund findet. — Vielfache Störungen und Beeinträchtigungen hemmten den Lauf der neu begonnenen Schifffahrt; Umtriebe und Aufreizungen aller Art suchten die Ruhe des nördlichen Schleswigs zu stören; ein selbst unter amtlicher Mitwirkung dänischer Behörden verbreiteter Erlaß vom 15. v. Mts. rief die Bewohner des Landes zur Steuerverweigerung und zum Ungehorsam gegen die ihnen vorgesetzte Regierung auf; eine an der Grenze des Landes und — gegen den klaren Wortlaut der Konvention — auf Alsen zusammengezogene Heeresmacht sollte endlich diesen Bedrohungen Nachdruck geben. — Schleswig-Holsteiner! Eurem gesetzlichen Sinne und Eurer bewährten Vaterlandsliebe ist es zu verdanken, daß diese auf Störung der Ordnung und der Gesetzlichkeit ausgehenden Bestrebungen erfolglos geblieben sind. — Eure Regierung, welche in ihrer Proklamation vom 22. Okt. d. J. den festen Willen ausgesprochen hat, das Wohl des Landes innerhalb der durch die Waffenstillstands-Konvention und deren Ratifikation gezogenen Gränzen nach Kräften zu fördern, ist sich bewußt, diesem Ziele unter schwierigen Verhältnissen mit Eifer und Pflichttreue nachgestrebt zu haben. —

Wenn dessenungeachtet neuerdings in einer unter dem Namen Sr. Maj., unseres königl. Herzogs, ausgefertigten Proklamation vom 15. d. M. unser auf bester Ueberzeugung gegründetes Streben völlig verkannt und als rechtloses Verfahren bezeichnet ist, so haben wir dadurch auf das Schmerzlichste betrübt werden müssen, gleichwohl aber in der Erkenntniß der klaren Verpflichtung nicht irre gemacht werden können, welche wir durch Eintritt in die uns übertragene Regierung, dem Lande und den betheiligten Mächten gegenüber, auf uns genommen haben. — Eingesetzt durch den übereinstimmenden Willen der Reichsgewalt und des Königs von Dänemark, um unabhängig von den Einflüssen des dänischen Gouvernements die unveräußerlichen Rechte des Landes, wie des Herzogs, während der Dauer des Waffenstillstandes gegen äußere und innere Anfechtungen sicher zu stellen, und zu diesem Zwecke, unter Ausschluß der Gesetzgebung, mit der ganzen Machtvollkommenheit des Landesherrn ausgerüstet, werden wir die uns legitim übertragene Gewalt zum Schutze gegen jedweden faktischen Eingriff mit Kraft und Besonnenheit geltend zu machen wissen. — An Euch aber, Bewohner der Herzogthümer, ergeht unser Ruf, auch Eurerseits festzuhalten an der Treue gegen das Land und am Gehorsam gegen die Regierung, so wie durch feste und ruhige Haltung die Gefahren zu beseitigen, welche unter den obwaltenden Umständen durch leidenschaftliche Ausbrüche des Unwillens herbeigeführt werden könnte.

Seyd muthig und stark, aber beharrt mit uns in dem aufrichtigen Wunsche, daß es den friedliebenden Bemühungen der Mächte gelingen möge, die Erneuerung trauriger Konflikte von unserm theuern Vaterlande abzuwenden und baldigst den Zeitpunkt herbeizuführen, in welchem es gestattet seyn wird, das Land, gesichert gegen fremde Besetzungen, der Herrschaft unseres königlichen Herzogs zurückzugeben. Gottorff, den 23. Dezember 1848. Die gemeinsame Regierung. Th. Reventlow. Boysen. A. Moltke. Preußer. Hardou. (Alt. M.)

Frankreich.

† (Paris, den 28. Dezember.) Hr. v. Fallaux, Unterrichts- und Kultusminister, schreitet in den Reformen des höheren Unterrichtswesens allmählig rückwärts. Im heutigen Moniteur setzt er bereits einen neuen Universitätsrath ein, in welchem das retrograde und bigotte Element das Uebergewicht hat. Wir sehen darin die Herren Meraud, Gaillard, Abbé Glaire, Pellat, Ortalan, Chômel und andere ihres Gelichters.

Wir machen darauf aufmerksam (sagt Reform), daß der Moniteur bis heute unseren Artikel über Bildung einer neuen heiligen Allianz zwischen Frankreich, Oesterreich und Neapel gegen die römischen Demokraten noch nicht widerlegt hat.

Das Gerücht geht diesen Morgen, das Ministerium wolle heute den berüchtigten Gesetzentwurf vorlegen, welcher die Volksklubbs schließt, und es werde auf Abstimmung durch Stimmzettel angetragen, damit es die Namen seiner Freunde und Feinde kenne.

Am nächsten Dienstage versammelt sich endlich die Pariser Anklagekammer, um über das Schicksal der Maigefangenen im Donjon von Vincennes zu entscheiden, d. h. dann wird man hören, was eigentlich mit ihnen begonnen werden soll? Wahrscheinlich werden sie vor den neuen Haute Cour de Justice gestellt, den man aus Furcht ausserhalb Paris bedütiren lassen wird. Von einer allgemeinen Amnestie als Neujahrsgeschenk für sie ist keine Rede!

Die Nationalversammlung hat zum Schrecken des Finanzministers Passy die Salzsteuer so eben (4 Uhr) auf 10 Centimen per Kilogramm herabgesetzt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

München

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 3. Januar 1849 № 3. Mittwoch: Enoch.

* Nothwendige Verminderung der bischöflichen Gehalte und der Bischofsitze in Bayern.

Ein Neujahrwunsch von Johannes Ronge.

Allgemein wird gefordert: daß die großen Civillisten der Fürsten, die hohen Gehalte der höhern Beamteten, so wie die ungeheuern Summen, welche die stehenden Heere verschlingen, vermindert werden sollen. Daß diese Forderungen nicht blos gerecht, sondern durch die gegenwärtige Noth geboten werden, wird Niemand in Abrede stellen, der seine 5 Sinne nicht verloren hat, und der noch einiges Mitgefühl für die Millionen seiner Mitmenschen hat, welche jetzt im tiefsten Elend schmachten, und welche wegen Noth und Elend weder an die Bildung des Geistes, noch an die des Herzens denken können; sondern nur darauf bedacht seyn müssen, ihren Hunger und den ihrer Kinder zu stillen und die deshalb immer mehr entsittlicht und verthiert werden. Wenn nun diese Forderungen gerecht sind, wenn einzelne Fürsten (freilich erst wenige) bereits die Civillisten herabgesetzt haben, wenn ferner die Gehalte der Minister schon vermindert worden sind; so meine ich, wäre es wohl auch an der Zeit, die großen Gehalte der Bischöfe und der höhern Geistlichkeit zu vermindern und dieses erübrigte Geld für bessere Stellung der niederen Geistlichkeit, der Lehrer und für die Schulen zu verwenden. Es ist diese Forderung um so gerechter, weil ja gerade die höhern Geistlichen allen andern Menschen, demnach auch den Fürsten, mit gutem Beispiele vorangehen sollen. Ja, die Bischöfe von Gottes- und des apostolischen Stuhles Gnaden, sollten sich sogar schämen, in solchem Ueberfluß zu leben, in dem sie wirklich leben, während Millionen ihrer Mitmenschen hungern, darben, geistig und sittlich verkümmern. Das sind mir ächte Seelenhirten und Nachfolger der Apostel, die dem armen Volke so große Lasten auflegen!

Gegenwärtig will ich nur die Gehalte der 8 Bischöfe in Bayern und die der Domkapitel anführen, welche vom Staate nach dem päpstlichen Konkordat ausgezahlt werden müssen. In der Verfassungsurkunde heißt es: Der Betrag der jährlichen Einkünfte nach Abzug der Lasten wird folgender seyn:

Dioces München: Der Erzbischof 20,000 fl., Probst 4,000 fl., Dechant 4,000 fl., die 5 ältern Kanoniker 2,000=10,000 fl., die 5 jüngern Kan. 1,600=8,000 fl., die 3 ältern Vicare 800=2,400 fl., die 3 jüngern Vicare 600=1,800 fl., Summa 50,200 fl. — Dioces Bamberg: Der Erzbischof 15,000 fl., Probst 3,500 fl., Dechant 3,500 fl., die 5 ältern Kanoniker 1,800=9,000 fl., die 5 jüngeren Kan. 1,400=7,000 fl., die 3 ältern Vicare 800=2,400 fl., die 3 jüngeren Vicare 600=1,800 fl., Summa 42,200 fl. — Diöcesen Augsburg, Regensburg und Würzburg: Der Bischof 10,000 fl., Probst 3,000 fl., Dechant 3,000 fl., die 4 ältern Kanoniker 1,600 = 6,400 fl., die 4 jüngern Kan. 1,400=5,600 fl., die 3 ältern Vicare 800=2,400 fl., die 3 jüngern 600=1,800 fl., Summe 32,200 fl., die drei 96,600 fl. — Diöcesen Passau und Eichstädt: Der Bischof 8,000 fl., Probst 2,500 fl., Dechant 2,500 fl., die 4 ältern Kanoniker 1,600=6,400 fl., die 4 jüngern Kan. 1,400=5,600 fl., die ältern Vicare 800=3,200 fl., die jüngern 600=2,400 fl., Summa 31,100 fl., die zwei 62,200 fl. — Dioces Speier: Der Bischof 6,000 fl., Probst 1,500 fl., Dechant 1,500 fl., acht Kanoniker 8,000 fl., sechs Vicare 3,600 fl., Summe 20,600 fl. Die Gesammtsumma 271,800 fl.

Außerdem erhält die höhere Geistlichkeit in Bayern von den aufgehobenen Kollegiatsstiften mehr als 1 Million. Zu den Kultuskosten trägt der Staat noch große Summen bei, die sich mit den Gehalten der Bischöfe und Domkapitel auf 1,092,347 Gulden belaufen. Rechnet man hiezu die vielen Stiftungen, die sich jährlich um 200,000 Gulden vermehren, so wird man einsehen, daß diese ungeheuern Summen nothwendig vermindert werden müssen. Wenn ein Minister nur 5—6000 Gulden erhält, so kann ein Bischof, der keine Familie haben soll, mit derselben Summe, wohl auch auskommen. Ja, er kann auskommen, selbst wenn das Cölibat aufgehoben werden sollte. Ueberhaupt sind 8 Bischöfe für Bayern ganz überflüssig und die Hälfte derselben ist hinlänglich. Bayern zählt nicht 3 Millionen Katholiken, und dazu sind 8 Bischöfe nöthig!! Die Dioces Breslau zählt an 2 Millionen Seelen und ich habe nicht gefunden, daß die Bischöfe und Domherrn wegen zu großer Anstrengung leidend geworden wären, vielmehr weiß ich, daß manche wegen zu großer Beleibtheit zeitig gestorben sind.

Es wird nun Pflicht des Landtags seyn, das Konkordat, das Bayern mit dem Papst 1817 geschlossen hat, aufzuheben und die Bischöfe auf geringeren Gehalt zu setzen. Das bayerische Volk aber muß entschieden darauf dringen, daß die Bischofssitze vermindert und daß diese vielen trägen Glieder der Geistlichkeit entfernt werden. Ist es wohl erlaubt, daß die höhere Geistlichkeit beinah 2 Millionen zur Verfügung hat?! Darf man sich wundern, daß in Bayern so viele Jesuiten gehegt und gepflegt werden? Das bayrische Volk fordere, daß die großen Summen, welche die hohe Geistlichkeit jetzt erhält und mißbraucht, vermindert und der Abzug für die niedere Geistlichkeit, für die Lehrer und Schulen bestimmt werden; es fordere dies bald und mit Entschiedenheit und bald werden viele Jesuiten das Land geräumt haben.

Nürnberg, den 1. Januar 1848.

Johannes Ronge

Neujahrgruß an die deutschen Lehrer.

Theure Brüder, Kollegen und Freunde!

Das ereignißreiche Jahr 1848 ist mit seinen folgenschweren Erscheinungen an uns vorüber gegangen und hat uns eine Geschichte hinterlassen, würdig der Enkel unseres großen Herrmanns. Seine höher steigende März- und Aprilsonne hat auch in die Herzen der deutschen Lehrer verjüngende Strahlen geworfen und die Eiskruste zum Theil aufgethaut, unter deren erstickender Gewalt der Völkerfrühling der Freiheit so lange niedergehalten ward. Männer der deutschen Schule! Lehrer des Volkes! Ich sage, nur zum Theil ist die Eiskruste der alten Zeit an Eurem Herzen aufgethaut, unter welcher der Völkerfrühling der Freiheit so lange gefangen lag! Ihr habt mit eingestimmt in den Jubel des Volkes, als seine Siege von der Isar und Donau, wie vom Rheine und der Spree zu euren Ohren drangen; Ihr habt mit aufgejauchzt aus vollem Herzen, als das Volk in Wort und That Euch in seine rettende und schützende Mitte nahm und Eurer gedachte, als eines Standes, welcher lange verkannt und unwürdig gedrückt ein widerstrebendes Werkzeug des Absolutismus in Staat und Kirche gewesen; Ihr seid zum Theil mit eingetreten in die Reihen rüstiger Kämpfer, als es galt, durch die freigewordene Presse auch die Rechte Eures hochwichtigen Standes und insbesondere die einer zeitgemäßen Volkserziehung und Bildung in's Klare zu setzen; Ihr habt endlich gebangt und Euch gefreut, als die Beschlüsse der Paulskirche zu Frankfurt Euch Eurer bisherigen unwürdigen Vormundschaft entlassen und in die Rechte eingesetzt haben, die man Euch und dem Volke lange genug vorenthalten hatte. Aber ist damit der wahren Freiheit jetzt schon eine Gasse gemacht? Sind die Beschlüsse der Paulskirche auch schon wirklich überall im deutschen Vaterlande anerkannt? Will man insbesondere auch Eure und der Erziehung Rechte überall anerkennen? Lauert nicht ein verborgener Feind, der im Finstern schleicht, sie Euch zu schmälern oder gänzlich wieder zu entreißen? Und ist nicht der gefährlichste aller Eurer Feinde vielleicht gerade in Eurer Mitte selbst zu finden? Leider ist er's! Allenthalben im deutschen Vaterlande gibt sich unter allen Standesgliedern ein Bestreben nach Vereinigung kund, das aus dem Bedürfnisse der deutschen Einheit stammt. Allenthalben sind frühere Vorurtheile, Auswüchse einer kranken Zeit und Erzeugnisse einer pfiffigen Jesuitenpolitik, gefallen und die verschiedenen Stände und Klassen des deutschen Volkes haben sich als ein Brudervolk, wenigstens der Mehrzahl nach, erkannt, dem es Noth thut, von nun an die friedlichen und segenbringenden Wege der Vereinigung zu gehen. Ist dies auch allenthalben schon unter dem Stande der Fall, der, besonders auf dem Lande, das Herz und der Mittelpunkt dieser Vereinigung sein soll? Habt Ihr das Vorurtheil alle schon abgelegt, daß ein Verein Eurer Standesgenossen Euch Nichts bieten kann? Leider ist dies noch nicht der Fall, und mit Schmerz und Sorgen für die Zukunft blickt der Lehrer- und Volksfreund auf solche Erscheinungen früherer Zeit noch in der gegenwärtigen. Oder fürchtet Ihr den Widerspruch in der Gesellschaft der Standesgenossen, oder die sauren Gesichter altstaatlicher Vorgesetzten? Oder scheut Ihr die Mühe, hie und da ein Buch zur Hand zu nehmen und nach der wahren Meinung seines Verfassers zu forschen? Oder seid Ihr wirklich so klug und weit voran, daß Ihr die Ansichten und Meinungen und Grundsätze eines ganzen Vereins von Männern entbehren könnt? Die Lehrer Nürnbergs haben im Interesse der gegenwärtigen Zeit einen Central-Verein zunächst für Mittelfranken, dann aber auch für ganz Bayern gegründet, aber erst zwölf Zweigvereine haben sich demselben angeschlossen. Woher kommt dies? Ist die Lethargie unseres Standes in den einzelnen Gegenden und Kreisen in Mitten unserer gegenwärtigen Zeit wirklich noch so groß, oder hat das Gespenst oder der Fleiß der Reaktion schon wieder so mächtig gewirkt, daß es mit Lehrervereinen zur Förderung der Volkserziehungssache nach wie vor nicht werden will? Oder scheuen sich unsere Brüder, sich uns anzuschließen, weil wir nach ihren oder ihnen unterschobenen Ansichten von unserer Wirksamkeit in unserem Kreise Anarchisten sind? Kommt zu uns, meine Brüder, oder schließt Euch uns an, und Ihr werdet sehen, daß es mit der Anarchie auf unserem Gebiete nicht weit her ist. Was wollen wir? Nichts als unsre Rechte, und die wollen wir auf dem Wege des Gesetzes und der Ordnung. Wir wollen, daß man uns anerkenne als selbstständigen Stand, der sich ebenso gut beaufsichtigen und leiten kann, wie andere Stände; wir wollen, daß aus der Volkserziehung ein Ganzes, ein einheitliches Ganzes mit der Zeit durch alle deutschen Gauen werde; wir wollen, daß in allen deutschen Schulen nach denselben Gesetzen der Menschennatur und einer vernünftig und sittlich religiösen Entwicklung erzogen werde; wir wollen, daß an die Stelle des todten Buchstaben- und Formenwesens unserer bisherigen Schulhalterei der lebendige Geist der Erkenntniß trete und haben darum auch getrachtet, den alten Gedächtnißkram mehr und mehr zu beseitigen und dafür die frischen Quellen der Naturwissenschaften und Geschichte in unseren Schulen wieder flüssig zu machen; wir wollen endlich, daß aus solchen Bestrebungen der Volkserziehung mit der Zeit ein frisches, fröhliches, frommes und freies Volk erstehe, das den Gesetzen und seinen Vertretern überall die gebührende Achtung und sich selbst seine Gesetze zu geben vermag. Wenn es nicht dahin kommt mit unserer Volkserziehung, dann haben für alle Zeiten sowohl die Wühlereien der Anarchisten, als auch die der Reaktionäre, denn beide wühlen, ein leicht zu bearbeitendes lockeres Feld. — Und darum, meine Brüder in Nähe und Ferne, reiche ich Euch beim Eintritte in ein neues Jahr die brüderliche Hand zum Gruße, daß wir uns auch in diesem Jahre in noch zahlreichere Gruppen schaaren um den Altar des Volkes und des Vaterlandes; daß uns auch in diesem Jahre der Wille und die Kraft wachse, die knospende Frucht der neuen Freiheit zum Segen und Gedeihen eines kräftig sittlichen Volkslebens auch auf unserem Gebiete kräftig zu schützen gegen die vielseitig wieder drohenden Ge-

fahren, und daß wir dadurch Gott und dem Vaterlande in segenbringender Weise den Dank zollen, den unsere persönliche wie des Volkes errungene Freiheit uns auferlegen! Gott zum Gruße, und sein Segen wird mit uns seyn! Nürnberg, den 1. Jan. 1849. G. F. Müller.

Deutschland.

Bayern. (München, 31. Dez.) So haben wir doch noch im alten Jahre das Ende unserer Ministerkrisis erlebt. — Hr. v. Beisler ist zum Minister des Innern ernannt. Da nunmehr Cultus und Unterricht beim Innern verbleibt, so zerfällt natürlich die vorgestern gezogene Konsequenz einer möglichen Auflösung des Handelsministeriums in sich. Das schon mehrere Tage lang cursirende Gerücht von einer solchen Auflösung hatte übrigens unter den Gewerbtreibenden keine geringe Aufregung hervorgebracht, und so freuen wir uns, daß die Befürchtung ungegründet war. — Gegenüber den Bedenken, welche ich über die Form der Veröffentlichung der Reichsgesetze geäußert, sprechen sich andere Stimmen, und zwar solche, welche unbedingt und ohne Rückhalt auf dem deutschen Standpunkt stehen, für die Ansicht der Regierung und für die volle Gesetzesgeltung der im Regierungsblatt veröffentlichten Gesetze aus. Unser Gesetzblatt nämlich, durch welches, wie man hört, v. Lerchenfeld die Reichsgesetze veröffentlicht wissen wollte, hat nur die Bestimmung, diejenigen Gesetze aufzunehmen, welche auf dem Wege der Vereinbarung zwischen den Ständen und der Staatsregierung zu Stande gekommen sind. Das Regierungsblatt dagegen enthält neben den eigentlichen Verordnungen der Regierung, die allerdings die Mehrzahl ausmachen, alle diejenigen Bestimmungen, welche außerhalb des ständischen Wirkungskreises in Bayern gesetzliche wie administrative Geltung erhalten sollen. Darum wurden z. B. die ehemaligen Bundestagsbeschlüsse im Regierungsblatt veröffentlicht, dasselbe geschieht und geschah mit Staatsverträgen, deren Bestimmungen für alle Behörden, also auch für die Justizbehörden ganz gleiche gesetzliche Kraft haben. Dies die Hauptgründe derer, welche in der von der Regierung gewählten Form die einzig zuläßige und bezüglich der Auffassung unseres Verhältnisses als Deutsche vollkommen befriedigende halten. Sehr gut wäre es, wenn das Ministerium selbst sich offiziell ausspräche über diesen Gegenstand, um einerseits jedes Mißverständniß zu heben, und andererseits übelwollenden Deutungen entschieden entgegenzutreten. (A. A. Z.) [Nach einer Mittheilung der Neuen Münchener Zeitung sollen die Kammern auf den 15. Januar einberufen werden.]

†*† (München, den 1. Januar.) Wenn ich Ihnen sagen soll, welchen Eindruck die Ernennung Beißler's hier gemacht, so muß ich Ihnen gestehen, daß man froh ist, keinen Ultramontanen am Staatsruder zu sehen, daß dagegen allgemein das Ministerium Beißler nur als ein Uebergangsministerium und als nicht haltbar betrachtet wird, schon deshalb, weil Beisler bei der berüchtigten Frankfurter Rechten saß. Man wünscht hier ein Ministerium Kirchgeßner. Zum Minister des Handels ist Herr v. Stengel — wie ich eben höre — bereits ernannt. Der Armeebefehl wird sicher im Laufe des Monats erscheinen, soll übrigens sehr unbedeutend werden.

Die militärischen Kantonnirungen der Umgegend (auch in Nymphenburg müssen die englischen Fräulein auswandern, um einem Bataillon Soldaten Platz zu machen) erregen Besorgniß, man möge die Ständeversammlung unter den Militärterrorismus stellen wollen. Die konservativen, resp. reaktionären Gesinnungen des Hrn. Kriegsministers sind hier, wie in Bayern zu bekannt, um diese Besorgniß nicht zu rechtfertigen. Hoffentlich wird unsere Kammer dann sich entschieden weigern, unter solchen Einflüssen zu berathen, ohne sich zu so unklugen Ueberstürzungen, wie die preussische Nationalversammlung, verleiten zu lassen.

Baden. (Karlsruhe, 30. Dez.) Wie man aus zuverläßiger Quelle vernimmt, sind die Ministerresidenten in München und Stuttgart Geh. Legationsrath Frhr. v. Rüdt und Legationsrath v. Porbeck, und der Gesandte in Wien, Geh. Legationsrath, Freiherr von Andlaw, unter Vorbehalt anderweitiger Verwendung, einstweilen in Ruhestand versetzt worden. (K. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 30. Dez.) Das heute erschienene »Reichsgesetzblatt« enthält: A. das Finanzgesetz für die Monate September, Oktober, November und Dezember 1848. Der Reichsverweser, in Ausführung des Beschlusses der Reichsversammlung vom 22. Dezember 1848 verkündet als Gesetz: Art. 1. Den Reichsministerien wird für die Ausgaben der Monate September, Oktober, November und Dezbr. ein Credit von 10,518,622 fl. 32 kr. bewilligt. Die Verwendung dieses Credites ist durch anliegenden Etat festgesetzt. (Anl. 1) Art. 2. Zur Deckung dieses Credites sind bestimmt: 1) die Baarbestände und die Ausstände früherer Umlagen, am 31. August 1848; 2) die am 31. August 1848 vorhandenen verzinslich angelegten Reichsgelder; 3) die Matrikularumlagen vom 30. September (Reichsgesetzblatt Nr. 3), vom 19. Oktober (Reichsgesetzblatt Nr. 4) und vom 27. November 1848 (Reichsgesetzblatt Nr. 7) im Betrage von 10,301166 fl. — nach Ausweis des beifolgenden Etats (Anlage 2); 4) eine auf den Grund dieses Gesetzes auszuschreibende Matrikularumlage im Betrage von 217,456 fl. 32 kr. Art. 3. Die Nachweisungen über die Verwendung dieser Credite sind der Reichsversammlung vorzulegen. Frankfurt, 22. Dezember 1848. Der Reichsverweser Erzherzog Johann. Der Reichsminister der Finanzen. v. Beckerath.

Anlage 1. Etat der Ausgaben. Budgetsätze für die Monate September, Oktober, November und Dezbr. 1848. I. Gesammtministerium.: 1) Kanzlei und Wohnung des Reichsverwesers 23,680 fl., 2) Reichsversammlung und Fünfziger-Ausschuß 116,600 fl., 3) Ministerium 4,400 fl., 4) Vom Bundestag übernommene Beamte 2,054 fl. 10 kr., 5) Allgemeine Ausgaben 6,165 fl. 40 kr., Summe I 152,899 fl. 50 kr. — II. Reichsministerium der auswärtigen Angelegenheiten: 1) Ministerium 23,540 fl., 2) Gesandtschaften 100,000 fl., Summe II 123,540 fl. — III. Reichsministerium des Innern: 1) Ministerium 15,443 fl. 20 kr., 2) Reichskommissäre 16,000 fl., Summe III 31,443 fl. 20 kr. — IV. Reichsministerium der Justiz: 1) Ministerium 10,613 fl. 20 kr., 2) Gesetzgebung und Verwaltung 10,260 fl., Summe IV 20,873 fl. 20 kr. — V. Reichsministerium des Handels: 1) Ministerium 29,373 fl. 20 kr., 2) Marineabtheilung 5,323,000 fl., Summe V 5,352,373 fl. 20 kr. — VI. Reichsministerium des Kriegs: 1) Ministerium 32,928 fl. 53 kr., 2) Reichsfestungen 3,041,003 fl. 49 kr., 3) Reichstruppen 1,750,000 fl., Summe VI 4,823,932 fl. 42 kr. — VII. Reichsministerium der Finanzen: 1) Ministerium 11,310 fl., 2) Reichskassen-Verwaltung 2250 fl., Summe VII 13,560 fl. Summe der Ausgaben 10,518,622 fl. 32 kr.

Anlage 2. Etat der Einnahmen. Budgetsätze für die Monate September, Oktober, November und Dezember 1848 Reichsministerium der Finanzen. Reichskassenverwaltung: Baarbestände am 31. August 74,760 fl. 42½ kr., Ausstände früherer Umlagen am 31. August 714,686 fl. 18 kr., verzinslich angelegte Reichsgelder am 31. August 2,259,774 fl. 40 kr., zweite Hälfte der für die Unterhaltung der Reichsfestungen Mainz und Luxemburg jährlich aufzubringenden Summe von 117,888 fl. 39 kr. 58,944 fl. 19½ kr., freiwillige Beiträge für die Marine 73,000 fl. Matrikularumlagen: Für den Aufwand der Reichsversammlung und der provisorischen Centralgewalt vom 30. September 120,000 fl., zur Begründung einer deutschen Marine vom 10. Oktober 5,250,000 fl., für die Verpflegung der Reichstruppen vom 17. November 1,750,000 fl. Summe 10,301,166 fl. Matrikularumlage für den Aufwand der Reichsversammlung und der provisorischen Centralgewalt auf den Grund des Finanzgesetzes vom 22. Dezember 217,456 fl. 32 kr. Summe der Einnahmen 10,518,622 fl. 32 kr.

B. Verordnung, betreffend eine Matrikularumlage zur Bestreitung des Aufwandes der Reichsversammlung und der Centralgewalt; vom 23. Dezember 1848. Der Reichsverweser, zum Vollzuge des Finanzgesetzes vom 22. Dezember 1848, Artikel II Ziffer 4 verordnet, wie folgt: §. 1. Zur Bestreitung des Aufwandes für die Reichsversammlung und die provisorische Centralgewalt, beziehungsweise zur Ergänzung der den Reichsministerien für diesen Zweck eröffneten Kredite, wird eine Umlage von Zweihundertsiebzehntausend vierhundert sechsundfünfzig Gulden 32 kr. nach der bestehenden Bundesmatrikel ausgeschrieben. §. 2. Das Reichsministerium der Finanzen ist mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt. Frankfurt, den 23. Dezember 1848. Der Reichsverweser Erzherzog Johann. Der Reichsminister der Finanzen v. Beckerath.

C. Bekanntmachung des Reichsministeriums der Finanzen, betreffend die Vertheilung der Umlage von 217,456 fl. 32 kr. auf die einzelnen Staaten, vom 23. Dez. 1848. Die gemäß der Verordnung des Reichsverwesers vom heutigen Tage ausgeschriebene Umlage vertheilt sich unter die einzelnen Staaten nach der unterm 3. Mai d. J. neu festgestellten Matrikel, wie folgt: 1) Oesterreich 64,869 fl. 54 kr., 2) Preußen 65,472 fl. 30 kr., 3) Bayern 24,354 fl. 42 kr., 4) Königreich Sachsen 8209 fl. 27 kr., 5) Hannover 8930 fl. 11 kr., 6) Württemberg 9546 fl. 39 kr., 7) Baden 5841 fl. 13 kr., 8) Kurhessen 3884 fl. 55 kr., 9) Großherzogthum Hessen 4238 fl. 8 kr., 10) Holstein 2243 fl. 55 kr., 11) Lauenburg 218 fl. 55 kr., 12) Luxemburg u. Limburg 1734 fl. 49 kr., 13) Braunschweig 1433 fl. 55 kr. 14) Mecklenburg-Schwerin 2449 fl. 9 kr., 15) Nassau 2071 fl. 18 kr., 16) Sachsen-Weimar 1375 fl. 5 kr., 17) Sachsen-Coburg-Gotha 763 fl. 29 kr., 18) Sachsen-Meiningen-Hildburghausen 786 fl. 44 kr., 19) Sachsen-Altenburg 671 fl. 48 kr., 20) Mecklenburg-Strelitz 490 fl. 59 kr., 21) Oldenburg 1509 fl. 59 kr., 22) Anhalt-Dessau 362 fl. 13 kr., 23) Anhalt-Bernburg 253 fl. 26 kr., 24) Anhalt-Cöthen 222 fl. 2 kr., 25) Schwarzburg-Sondershausen 308 fl. 39 kr., 26) Schwarzburg-Rudolstadt 369 fl., 27) Hohenzollern-Hechingen 99 fl. 12 kr., 28) Liechtenstein 37 fl. 57 kr., 29) Hohenzollern-Sigmaringen 243 fl. 17 kr., 30) Waldeck 354 fl. 54 kr., 31) Reuß, ältere Linie 152 fl. 15 kr., 32) Reuß, jüngere Linie 357 fl. 9 kr., 33) Schaumburg-Lippe 143 fl. 40 kr., 34) Lippe 493 fl., 35 kr. Hessen-Homburg 136 fl. 50 kr., 36) Lübeck 278 fl. 6 kr., 37) Frankfurt 327 fl. 21 kr., 38) Bremen 331 fl. 48 kr., 39) Hamburg 887 fl. 32 kr. Summe 217,456 fl. 32 kr. Frankfurt, den 23. Dezember 1848. Das Reichsministerium der Finanzen v. Beckerath. (Fkft. O.-P.-Z.)

Hessen. (Darmstadt, 24. Dezember.) Gestern wurde unsere Stadt auf eigenthümliche Art allarmirt. Man hörte plötzlich, daß die Wachen im Schlosse verstärkt, daß Kanonen in der Nähe aufgefahren, die Soldaten consignirt seyen, und vernimmt jetzt folgende, etwas abenteuerlich klingende, aber wirklich wahre Lösung des Räthsels. Ein nordischer außerdeutscher Hof (Rußland) hat hierher und an zwei andere deutsche Regierungen die Mittheilung gemacht, es seyen Papiere aufgefunden worden, aus denen hervorgehe, daß am 26. Dezember ein Attentat auf mehrere deutsche Souveräne, worunter auch der Großherzog von Hessen, beabsichtigt sey. Diese Mittheilung hat nun die erzählten Vorsichtsmaßregeln veranlaßt. Daß der ganzen Sache eine wohlgelungene Mystifikation zu Grunde liegt, darüber wird wohl kein Unbefangener zweifelhaft seyn.

(Mainz, den 30. Dezember.) Nach einem kurzen Krankenlager ist heute Morgen um 9½ Uhr unser Bischof, Dr. Petrus Leopold Kaiser, verschieden. (Frkf. O.-P.-Z.)

Oesterreich.) Wien, 28. Dez.) Eben eingehenden Berichten aus Belgrad vom 24. zufolge hatten der Fürst Cara Georgiewitsch und der serbische Senat nach Eingang der Nachricht, daß der Kaiser von Oesterreich die serbische Woiwodschaft mit einem Patriarchat anerkannt habe, beschlossen, ein Hülfskorps von 10,000 Mann regulärer Truppen nebst einem Subsidienbeitrag von 20,000 Dukaten zur Verfügung dieser Woiwodschaft zu stellen. Ausserdem wurde die Erlaubniß ertheilt, daß Freischaaren über die Donau setzen dürfen, um zu den serbischen Truppen in Ungarn zu stoßen. Jung und Alt greift jetzt in Serbien zu den Waffen. Der Pascha von Belgrad hat alle diese Verfügungen der serbischen Regierung anerkannt. (A. A. Z.)

(Prag, den 27. Dezember.) Unser Vizepräsident ist fortwährend bemüht, den Ministererlassen eine volksfreundliche Deutung zu geben, und so wenig Beschränkungen als möglich aus ihnen zu interpretiren. So erklärte er den Deputationen der Slowanska Lipa und des deutschen Vereins, die ihn wegen Beschränkungen des Assoziationsrechtes für Beamte fragten, daß er den Sinn des an ihn gelangten Ministererlasses keineswegs so deute, daß den Beamten das Assoziationsrecht verkümmert werden solle. — (D. A. Z.

Preussen. (Köln, 30. Dez.) Daß zwischen Preussen, Oesterreich und Rußland schon vor mehreren Monaten eine neue »heilige Allianz« abgeschlossen worden, ist bereits weltbekannt. Der Vertrag selbst wird auch nächstens ans Licht gezogen und der Oeffentlichkeit übergeben werden können. Die Seele dieses Bundes der Herrn von „Gottes und der Knute Gnaden« ist Rußland. Die ganze russische Politik und Diplomatie ruht dagegen ihrerseits mit wenigen Ausnahmen auf den Schultern von Deutschen oder Deutsch-Russen. Wo irgend der Absolutismus und die Contrerevolution thätig sind, da finden wir zwar stets Deutsche, aber nirgends mehr als im Centralpunkte der permanenten Contrerevolution, der russischen Diplomatie. Da ist zuerst Graf

Nesselrode, Deutsch-Hebräer; dann Baron v. Meyendorf, Gesandter in Berlin, aus Esthland und sein Gehülfe, der Adjutant des Kaisers, Oberst Graf Benkendorff, ebenfalls Esthländer. In Oesterreich arbeitet Graf Medem, Kurländer mit mehreren Gehülfen; unter ihnen ein Herr v. Fonton, sämmtlich Deutsche, Baron v. Brunow, russischer Gesandter in London, ebenfalls Kurländer, dient zum Mittel- und Vermittlungsgliede zwischen — Metternich und Palmerston. In Frankfurt endlich wirkt als russischer Geschäftsträger Baron von Budberg, Liefländer. Dies sind einige Beispiele. Wir könnten noch einige Dutzend anführen, ohne von den in Deutschland in hohen und höchsten Posten und zugleich in hohem russischen Solde stehenden Kreaturen des Petersburger Czaaren zu sprechen.

Welche Rolle die österreichische Erzherzogin Sophia, jetzt Kaiserin-Mutter, im Lager der Volksfeinde und der heiligen Allianz spielt, braucht als notorisch keine Auseinandersetzung. Sophie selbst wird aber wiederum durch die Großfürstin Helena, Gemahlin des Großfürsten Michel und Tochter des Prinzen Paul v. Würtemberg, mächtig beeinflußt. Helena dient zum innigsten Verband zwischen Nikolaus und Sophia und dem berüchtigten Erzherzog Ludwig.

Unter diesen Personen ist denn auch schon vor Monaten der Plan verabredet worden, nach welchem der österreichische Standrechtskaiser die übriggebliebene Tochter des großfürstlichen Ehepaares heirathen wird, damit die neue »heilige Allianz« unauflöslich festgeknöthet und Rußland seinem Ziele, Etablirung der vollständigsten Knutenherrschaft in Deutschland, immer näher gebracht werde.

(N. Rh. Z.)

Schleswig-Holstein. (Schleswig-Holstein, 26. Dez.) Mit der größten Spannung und Besorgniß blickt man jetzt nach Frankfurt! Der große Wurf muß sehr bald, muß jetzt geworfen werden! Bald müssen wir wissen, ob ein einiges Deutschland möglich, oder nicht! In Frankfurt Landsmannschaften und Sonderbündlerei, offenes Intriguenspiel der Fürsten und Diplomaten und im Volk (wenigstens hier im Norden) immer einmüthiger und dringender der Ruf: „wenn sie uns doch nur erst ein Oberhaupt, ein kräftiges Oberhaupt geben wollten!« — Hier tritt leider die Befahrung einer Trennung Deutschlands immer deutlicher hervor; jedoch ganz gegen den allgemeinen Volkswunsch. Dieser ist jetzt auf ein äußeres Zeichen der Einigung so entschieden gerichtet, daß er selbst zu großen Opfern bereit wäre, wenn er erst nur dies erreicht sähe. Aber — aber die deutsche Gründlichkeit! oder richtiger: die deutsche Kleinmeisterei und Schulmeisterei, die so lange demonstrirt, daß der Abgrund ein Abgrund und gefährlich ist, bis sie selbst schwindlich kopfüber hineinstürzt! (D. Z.)

In der Landesversammlung vom 27. Dezember theilt der Präsident folgendes Schreiben des Reichskommissärs Stedtmann mit: »Einer hohen gemeinsamen Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein habe ich auf augenblicklich erhaltenen Befehl der Regierung des deutschen Reichsverwesers folgendes zu eröffnen. Die von Sr. Maj. dem König von Dänemark am 15. d. M. auf dem Schlosse Friedriksborg erlassene und von dem königl. dänischen Staatsrathspräsidenten Graf Ad. Wilh. v. Moltke kontrasignirte Proklamation ist zur Kenntniß Sr. kais. Hoheit des Reichsverwesers gekommen. Höchstdessen Regierung erkennt in keiner Weise der kgl. dänischen Regierung das Recht zu, die gemeinschaftlich ohne alle Bedingung und lediglich auf Grund des Waffenstillstandsvertrags vom 26. August d. J. eingesetzte Regierung der Herzogthümer zur Beobachtung einseitig behaupteter Vertragsauslegungen oder einseitig gestellter Bedingungen anzuhalten und im Falle des Widerspruchs für unrechtmäßig oder aufrührerisch zu erklären. Hat ein Bedenken bestanden gegen die Zulässigkeit der Handlungen der Landesvertretung seit der Notifikation des Waffenstillstandsvertrages und der gemeinsamen Regierung am Tage ihrer Einsetzung, sowie gegen die vollkommen allseitige rechtliche Giltigkeit, der sowohl von jener als von dieser ausgegangenen Erlasse, so ist jenes Bedenken durch meinen Protest vom 28. Okt. und den gleichlautenden und mit Zuziehung des dänischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Graf Fr. M. Knuth errichteten Akt des dänischen Kommissärs jedenfalls gänzlich erledigt, und die gewissenhafte Einhaltung des Vertrags von deutscher Seite durch ein gegnerischer Seits gegebenes feierliches und hochwichtiges Versprechen anerkannt. Dieses Versprechen lautet dahin: daß nun auch die Regierung Sr. Majestät des Königs von Dänemark als contrahirender Theil, und namentlich in Folge Höchstdessen Eigenschaft als Herzog von Schleswig-Holstein den im Staatsgrundgesetze vom 15. September ausgesprochenen Grundsätzen politischer Freiheit und ganz besonders allen thatsächlichen Anordnungen der gemeinsamen Regierung der Herzogthümer, welche zur Wohlfahrt des Landes, so wie der einzelnen Bewohner, und zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung beitragen können, nicht hinderlich entgegentreten wolle. — Die deutsche Reichsgewalt richtet daher durch mich an die hohe gemeinsame Regierung der Herzogthümer die Erklärung, daß Höchstsie die hohe gemeinsame Regierung der Herzogthümer fortwährend als die rechtmäßige oberste Landesbehörde und als vollkommen befugt anerkenne, fernerhin im Namen des Landesherrn, welchem die Herzogthümer die Treue zu bewahren entschlossen sind, die Verwaltung fortzuführen, jeden Versuch der Empörung aber mit voller Machtvollkommenheit zu unterdrücken. Ich habe aber die hohe gemeinsame Regierung gleichzeitig dringend zu ersuchen, Angesichts der königlichen dänischen Proklamation, außer im Falle der Noth, keine Gegenmaßregeln zu ergreifen, während ich mich mit ihrer eigenen Proklamation vom 23. d. M. nur einverstanden erklären kann. Ich darf endlich nicht bezweifeln, daß die hohe gemeinsame Regierung anerkennen wird, daß es der deutschen Centralgewalt vollkommen zusteht, hiemit durch meine Vermittelung zu verlangen, daß die Landesversammlung, welche zum Zweck der Steuerbewilligung heute zusammentritt, sich nicht mit der Proklamation Se. Maj. des Königs von Dänemark und den militärischen Maßregeln auf der Insel Alsen befasse und namentlich keinen Akt gesetzgeberischer Thätigkeit ausübe. Die Mitglieder der hohen gemeinsamen Regierung haben die Landesverwaltung übernommen mit der vorher der kgl. dän. Regierung bekannt gemachten Erklärung vom 9. Oktbr. in der Voraussetzung, daß ihnen die zur Uebernahme und erfolgreichen Durchführung einer Regierung in den Formen, welche die gegenwärtigen Verhältnisse der Herzogthümer erheischen, unerläßlich nothwendige Anerkennung und Unterstützung sowohl der Herzogthümer und ihrer Vertreter als der betheiligten Mächte zu Theil werde. —

Die Anerkennung wird der hohen gemeinsamen Regierung von Seiten der Landesversammlung nicht fehlen. Unterstützung kann dieselbe der hohen gemeinsamen Regierung nicht besser als durch Steuerbewilligung gewähren, Anerkennung aber und Unterstützung durch die betheiligten Mächte wird die Landesversammlung der hohen gemeinsamen Regierung nur und ausschlich dadurch sichern, daß sie sich auf das genaueste innerhalb des Vertrages von Malmö und deutscher völkerrechtlicher Treue bewege und es ganz Deutschland und den übrigen europäischen Mächten allein überlasse, mit Dänemark über dessen jüngste Handlungen zu rechten. — Ich gebe mich der sichern Erwartung hin, daß die Landesversammlung, deren edle Haltung jedes deutsche Gemüth mit freudiger Zuversicht für die Zukunft des Vaterlandes erfüllen muß, auch jetzt diese Haltung bewahren und es dadurch am deutlichsten zeigen wird, daß die deutsche Nation durch Bildung und Sitte, Rechtlichkeit und Kraft es vollkommen verdient, und zur Forderung eben so berechtigt, als zur Bewerkstelligung mächtig ist, daß sie nur mit eigener Theilnahme und folglich in ihrem eigenen Interesse regiert werde. Schleswig, den 27. Dezbr. 1848. Stedmann, Reichskommissär.

Donaufürstenthümer.

(Bucharest, 12. Dez.) Während vor einigen Tagen hier eine Untersuchungskommission aus Bojaren über die bei der letzten Revolution betheiligten und in Verhaft gebrachten Personen eingesetzt worden, ist russischer Seits an das Herrmannstädter Generalkommando die Aufforderung ergangen, die nach Siebenbürgen geflüchteten Revolutionsmänner (bei 60 an der Zahl, worunter auch die Statthaltereimitglieder Eliade und General Tell) festzunehmen und auszuliefern. General Duhamel insbesondere entwickelt große Strenge. — Die Landesmiliz wird wieder reorganisirt, wobei der Metropolit das Militär von dem gesetzlichen Eide entbunden hat, welchen es der revolutionären Regierung geleistet; zugleich ist eine andere Eidesformel beigefügt, welche die Militärs aller Grade leisten müssen, und zwar der Regierung, „die durch die beiden Souveräne und Schutzmächte eingesetzt ist.“ — Die Zahl der russischen Truppen im Fürstenthume ist angeblich 25,000 Mann, sie übersteigt aber thatsächlich den Stand von 30,000 Mann. So eben verlautet die sichere Kunde von dem Anmarsche eines neuen Armeekorps von 16,000 Mann, so daß die allgemeine Meinung, diese bedeutende Heeresmacht sey zu einem Militärkordon an der Gränze Ungarns bestimmt, an Wahrscheinlichkeit gewinnt. Sollte daher Kossuth, wie versichert wird, die Absicht haben, sich nach der Türkei durchzuschlagen, so wird ihm dies schwerlich gelingen. — In unserer Stadt geht es inzwischen recht festlich zu, und das Fürstenthum scheint nicht blos von russischen Truppen besetzt, sondern eine russische Provinz zu seyn. Am Todestag Kaiser Alexanders fand ein feierlicher Gottesdienst statt, Tags darauf wurde das Fest der Thronbesteigung des Kaisers Nikolaus begangen, bei welchem Anlasse auch Fuad Effendi und Omer Pascha einem vom General Duhamel veranstalteten Diner beiwohnten, und auf die künftige Woche wird zur Feier des Namenstages des russischen Kaisers eine großartige Beleuchtung vorbereitet.

(Schw. M.)

Frankreich.

† (Paris, den 29. Dezember.) Die Nationalversammlung entschied gestern Abend mit 372 gegen 363 Stimmen, daß die Salzsteuer vom 1. Januar 1849 an um zwei Drittheile herabgesetzt werden solle. Diese Entscheidung rief um 9 Uhr an der so genannten Tortonibörse eine förmliche Insurrektion hervor. Die Börsenwölfe schimpften laut gegen die Nationalversammlung, und gruppirten sich so dicht zusammen, daß die Gardiers von Paris alle Mühe hatten, die Cirkulation frei zu erhalten. Das Wörtchen Ministerialkrisis fuhr wie der Blitz unter die Jünger Rothschilds.

Passy's Niederlage in der Salzsteuer, die er zur Höhe einer Kabinetsfrage gehoben hatte, scheint wirklich dem Kabinet einen tödtlichen Streich zu versetzen. Der ehrenwerthe Erpair will sein Portefeuille durchaus niederlegen, und bestand bis diesen Morgen hartnäckig auf seiner Entlassung.

Joseph Antoine, Repräsentant des Moseldepartements und seines Glaubens ein reicher Brauer, hat der Nationalversammlung zur Abwehr der Geldklemme folgenden Gesetzentwurf vorgelegt: Art. I. Derjenige, der einen Frack trägt, hat an den Steuereinnehmer seines Bezirks binnen den ersten vierzehn Tagen des Januar die Summe von 100 Franken zu zahlen. Artikel II. Derjenige, der einen Hut trägt, zahlt an dasselbe Amt, und binnen derselben Frist die Summe von 20 Franken. Artikel III. Derjenige, der einen Rock trägt, zahlt 5 Franken, wie im Artikel I. Artikel IV. Militär- und Civil-Uniformen, Blusen, Jacken und Mützen sind keiner Steuer unterworfen. Obiger Antrag ist heute dem Reglement gemäß an die Nationalversammlung vertheilt worden, um demnächst auf die Tagesordnung gestellt zu werden.

(4 Uhr.) Die vereinten Anstrengungen der hervorragendsten Glieder der Conservativen: Thiers, Molé, Changarnier, Dupin &c. ist es gelungen, die HH. Maleville, Bixio und Passy zu vermögen, ihre Demission zurückzuziehen. Die Krisis wäre somit vorüber.

Laut der Gazette du Midi erwartet man den Papst in Marseille von einem Augenblick zum anderen mit dem Friedland.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 29. Dezbr.] Präsident Marrast eröffnet die Sitzung um 2 Uhr. Das Protokoll wird vorgelesen, aber eine unbeschreibliche Aufregung herrscht auf allen Bänken. Die Ministerialkrisis ist in Aller Munde; die Einen sagen, sie ist vorüber; die Anderen behaupten, das Ungewitter hänge noch drohend am Himmel. Viktor Grandin vor der Tagesordnung: Ich glaube, beginnt er, daß bei der gestrigen Salzdebatte Irrthümer obgewaltet. (Ja, Ja! Nein, Nein!) Diese Irrthümer beziehen sich vorzüglich auf die Desjobert'schen Anträge rücksichtlich der Zollgefälle für ausländische Salze. (Der Redner zergliedert die Skala und meint, die Nationalversammlung werde sich wohl somit genöthigt sehen, auf ihre gestrige Entscheidung wegen der desfallsigen Douanen-Instruktion zurückzukommen und dieselbe zu modifiziren. (Oh! Oh! vom Berge.) Goudchaux (sehr ernst): das Gesetz ist votirt und reißt eine große Bresche in unsere Finanzen. Diese Lücke muß schleunigst ausgefüllt werden. Ich beantrage also, daß man alle Finanzentwürfe auf die Tagesordnung der nächsten Woche setze und nicht früher ablasse, bis sie erledigt sind. Während dieser Zeit möge der Finanzminister ein neues Salzgesetz vorlegen. (Oh! Oh!) Dupin (senior) erinnert die Versammlung an ihre Verfassungsdebatte und versichert dieselbe, daß, wenn sie keine Konstituante wäre, der Präsident von dem ihm laut Artikel 58 zustehenden Veto Gebrauch machen würde. (Hier entsteht ein fürchter-

licher Tumult, der jedes Verstehen unmöglich macht. Von allen Seiten: Zur Ordnung! Zur Ordnung!) Aber wenn er auch dieses Veto nicht benützen könne, so sey doch das Salzgesetz nicht 3 Male vorgelesen worden, wie dies Art. 41 vorschreibe. Es sey dies nur 2 Mal geschehen. (Der Tumult erdrückt die Stimme des Redners.) Senard bekämpft die Deduktion. Artikel 41 ist keineswegs anwendbar. Der Zwischenfall ist erledigt. Beaune bittet, seine Interpellation erst morgen zu gestatten. (Wird genehmigt.) Die Versammlung genehmigt dann die Laplata-Kredite. (4 Uhr.)

(Marseille, 25. Dez.) Man versichert, der Papst habe sich auf dem französischen Kriegsschiffe Friedland nach Toulon eingeschifft. (A. A. Z.)

Italien.

(Rom, 23. Dez.) Aus zuverlässiger Quelle habe ich folgende Notizen über Se. Heiligkeit. In den ersten Tagen dieses Monats schrieb Pius IX. Briefe an alle Fürsten Europa's, die katholischen und akatholischen, worin er ihnen das in Rom Vorgefallene meldete und die Gründe, warum er seine Hauptstadt verlassen, auseinander setzte. Doch stellen diese Briefe keinerlei Gesuch an die adressirten Fürsten, sondern erzählen nur einfach das Geschehene. Admiral Parker und und Hr. Tempte haben dem heiligen Vater im Namen der brittischen Regierung ein Asyl in Malta und Schiffe zur Ueberfahrt nach dieser Insel angeboten; er hat ihnen für das freundliche Anerbieten gedankt. Der Papst hat dem Kardinal Castracane zwei neue Aktenstücke übermacht: 1) Die Ernennung des Kardinals Antonelli zum Staatssekretär; 2) die Prorogation der Kammern. Diese beiden Akte sind dem Publikum noch nicht bekannt. Wir erwarten eine nahe Modifikation des Ministeriums. Gewiß ist, daß der Advokat Armellini eintreten wird. Der Fürst Corsini hat im Gemeinderath gegen das von der obersten Giunta veröffentlichte Edikt vom 20. Dez. protestirt und erklärt, daß er es weder gelesen noch unterschrieben habe. Die Guardia Civika fängt an einzusehen, daß man am 19. Abends Spiel mit ihr getrieben; man flüstert und murrt darüber, und die Uebellaunigkeit könnte sich in einem gewaltsamen Ausdruck Luft machen. Nachschrift, 2 Uhr Nachmittags. Das Ministerium ist modifizirt in folgender Weise: Muzzarelli, Auswärtiges und öffentlicher Unterricht; Armellini, Inneres; Mariani, Finanzen; Galeotti, Gnade und Justiz; Campello, Kriegswesen; Sterbini, öffentliche Arbeiten und Handel. Mamiani ist schwer erkrankt. (A. A. Z.)

In Mailand herrscht nur Eine Stimme, die nämlich, daß es in drei Monaten wieder losbrechen werde. Man ist dort hauptsächlich auf den Ausgang in Ungarn gespannt; dabei kommen aber wieder äussere Kennzeichen zum Vorschein, und zwar nebst den drei Farben auch Deutsche Hüte mit breiten Bändern, die rückwärts herabhängen. (Wien. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 4. Januar 1849 **№ 4** **Donnerstag: Isabella.**

Die deutsche Nationalversammlung.

Mit diesem einzigen Worte können wir den Mittelpunkt der ächten, Dauer und Zukunft verheißenden Errungenschaften des verflossenen Jahres aussprechen, mit diesem einen Wort zugleich den Inbegriff aller wechselnden Hoffnungen und Täuschungen, aller Einigungen und Spaltungen, aller Irrthümer und bleibenden Erfolge bezeichnen. Ehe wir selbst den Blick noch einmal rückwärts wenden, möge der folgende Brief, womit ein verehrter, unseren Lesern wohlbekannter Mitarbeiter der Weser Zeitung, Hr. Prof. Wurm aus Hamburg, eine an ihn gerichtete Zuschrift seiner Wähler zu Eßlingen beantwortet hat, dazu dienen, das Verhältniß der öffentlichen Meinung zu der Nationalversammlung, in Uebereinstimmung mit unserer eigenen Auffassung, noch einmal darzustellen. Der Brief ist der folgende:

„Ich begreife jegliche Ungeduld, jede warnende und mahnende Stimme, die uns antreibt, unser Werk zu beschleunigen, und ich habe oftmals im Kreise meiner politischen Freunde mit solchen Stimmen die meinige vereinigt. Ich begreife auch manche Unzufriedenheit, abgesehen von dem schleppenden Gang, durch welche wir eine leider unwiederbringliche Zeit im Spätsommer versäumt haben. Ich habe gar keinen Beruf, Alles zu vertreten, was die Mehrheit gethan oder unterlassen hat; ich bin oft genug überstimmt worden, und weiß, daß es ein ärgerlich Ding ist; auch weiß ich zu wohl, daß alles Menschenwerk Stückwerk ist, um nicht einzugestehen, daß wir Alle, ohne Ausnahme, unser Theil an der Schuld und den Irrthümern tragen und allzumal des Ruhmes ermangeln.

„Es wäre ein doppeltes und dreifaches Wunder, wenn es anders wäre. Denn nicht allein ist unsere Aufgabe eine der schwersten, die allerschwerste vielleicht, die jemals einer ähnlichen Versammlung obgelegen; nicht allein sind bei jedem Schritt und Tritt die bedenklichsten Hindernisse uns in den Weg getreten, sondern wir Deutschen sind weniger geübt bis jetzt, weniger geschickt und behend im öffentlichen Leben, als manche andere Völker, und den freiesten Nationen unseres Welttheils hat es Jahrhunderte der Uebung, Jahrhunderte von inneren Kämpfen, von Opfern und Anstrengungen gekostet, um zur Sicherheit in Besitz der politischen Freiheit zu gelangen. Und wir Deutschen sollten bei unserm ersten, ernstlichen Versuch kein Lehrgeld zu geben haben? Ohne alle Frage sind im Einzelnen viele Fehler vorgefallen. Ich will jetzt nicht darüber streiten, welches die schlimmsten sind. Aber der größte Fehler wäre es gewiß, wenn man deshalb am Ganzen und an der Hauptsache verzweifeln wollte. Die Hauptsache ist das Verfassungswerk, zu dessen Schaffung wir eigentlich hierher berufen sind. Ich kann es nicht Recht finden, davon zu schweigen, und nur allein von demjenigen zu reden, was die Reichsversammlung sonst gethan oder unterlassen haben mag.

„Glaubt man denn, es würde besser für die deutsche Freiheit, gesorgt seyn, wenn wir einer Sündfluth von dringlichen Anträgen zum Theil der wunderlichsten Art, Folge gegeben hätten? Glaubt man, es sey die Aufgabe der verfassunggebenden Reichsversammlung, ohne Weiteres die Welt zu regieren, und, ohne Rücksicht auf das Maß der vorhandenen Mittel, der provisorischen Centralgewalt fortwährend alle möglichen und unmöglichen Dienste aufzutragen? Kann die Centralgewalt Armeen und Gelder aus der Erde stampfen, um in allen Richtungen zugleich gebietend einzuschreiten? Oesterreich und Preussen sind darum nicht weniger mächtig, wenn wir Beschlüsse vervielfältigen, die entweder wenig bedeuten, oder durch Bürgerkrieg zur Ausführung gebracht werden müßten. Es ist keine Kunst, die Mehrheit schwarz anzumalen, sie bald als ängstlich, bald als freiheitsfeindlich darzustellen, wenn sie tapferen Vorschlägen solcher Art nicht zustimmt. Die Zeit wird aber kommen, wo man es dieser vielgeschmähten Mehrheit der Versammlung danken wird, daß sie sich wenigstens nicht noch häufiger, als es ihr begegnet ist, von ihrem Ziel hat abbringen lassen, daß sie, statt in unruhiger, vergeblicher Vielregiererei sich zu zersplittern, vielmehr die Rechte des deutschen Volkes auf einer breiten Grundlage für die Zukunft festzustellen sich bemüht hat.

Es hat noch Niemand eine Verfassung namhaft machen können, in welcher die Rechte des Volks (die Kirchenfreiheit mit inbegriffen) freisinniger, mit einer gewissenhafteren Enthaltsamkeit von allen nicht ganz unumgänglichen Beschränkungen ausgesprochen sind. Gegen das Verfassungswerk, so weit es vorliegt, ist auch in der Eßlinger Zuschrift kein Sterbenswörtchen vorgebracht. Es scheint mir nicht in der Ordnung, die Männer von denen man nicht leugnen kann, daß sie es in der Hauptsache recht gemacht haben, dennoch der gänzlichen Unfähigkeit zu zeihen, wenn man nicht in allen übrigen Dingen mit ihnen einerlei Meinung ist.

„Da man nicht sagen kann: eure Verfassungsbeschlüsse sind schlecht, so sagt man: was nützen sie, sie sind ohne Einfluß. Sind sie es wirklich? Ich will ein Beispiel nehmen und es soll einem ganz besonders ungünstigen Grund und Boden entlehnt seyn. In Preussen ist zwischen der Krone und dem mitten in seiner Thätigkeit unterbrochenen Landtag durch Schuld von beiden Theilen eine heillose Zerwürfniß eingetreten, welche wir bis jetzt zu schlichten vergebens bemüht sind. Aber dasselbe Ministerium, das unsern Beschlüssen zum Trotz bisher an der Spitze der Geschäfte sich behauptet hat, das Ministerium Brandenburg hat bei dem halsbrechenden Wagstück einer einseitig gegebenen Verfassung doch nicht für rathsam erachtet, sich von unsern Verfassungsgrundsätzen zu entfernen. Es hat fast wörtlich die Grundrechte so wie wir sie bei der ersten Lesung gestellt hatten, auch seinerseits aufgenommen.

„Demungeachtet gebe ich zu, die meisten dieser Grundrechte stehen bis jetzt nur auf dem Papier. Ich sage noch mehr: die Volksrechte werden bald alle nur noch auf dem Papier stehen, wenn es nicht gelingt, die deutsche Einheit des deutschen Reichs zu gründen. Ich weiß keinen gefährlicheren Irrthum, als wenn man es für möglich hält, durch eine Verfassung, wäre es auch die allerbeste, für einen einzelnen Staat die Freiheit sicher zu stellen. Die letzten dreiunddreißig Jahre hätten doch einen Jeden, der Augen hat, zu sehen, belehren müssen, wie wenig die deutsche Freiheit in den einzelnen Ländern zu bedeuten hatte. Der Fehler lag nicht an den einzelnen Verfassungen, sondern in der Verfassung Deutschlands, an der Bundesverfassung, welche nichts taugte. Der Mangel an Freiheit des Ganzen hat die Freiheit in den einzelnen Ländern nicht aufkommen lassen. Fürstenmacht und Fürstenwillkühr mochten es treiben da und dort, wie es ihnen gefiel, weil keine Volksvertretung für die ganze Nation und weil kein Reichsgericht da war. Wer es wieder dahin bringen will, dem kann man keinen größern Gefallen thun, als wenn man recht auf das Parlament schimpft. Jemehr das Parlament das Vertrauen des Volkes verliert, je lauter man nach allen vier Winden ruft, das Parlament werde doch nichts zu Stande bringen, desto mehr freuen sich im Stillen alle diejenigen, welche die alte Wirthschaft wieder haben wollen, die alte Bundestagswirthschaft mit Haut und Haar.

„Es ist wohl des Nachdenkens werth, ob man damit eine sehr verdienstliche Handlung begehe. Niemals war die Gefahr für die deutsche Einheit größer als eben jetzt. Wenn Oesterreich, das wir nicht loslassen wollen, für jetzt von der unbedingten Theilnahme an dem Reiche, in dessen neuer Gestaltung, sich zurückzuziehen scheint, so ist es ein großes Unglück; ein noch größeres wäre es, wenn wir uns dadurch irre machen ließen, das Verfassungswerk für das übrige Deutschland zu vollenden, so fest und stark, und zugleich so rasch als wir vermögen. Denn nur wenn es erst wieder eine sichtbare, mächtige deutsche Einheit giebt, nur dann, dann aber auch um so gewisser, wird Oesterreich sich uns wieder enger zuwenden. Nicht weniger drängt uns die Verwickelung in Preussen, das deutsche Verfassungswerk zu beschleunigen. Das preussische Volk ist diesen Augenblick nicht in Berlin, aber es ist noch in Frankfurt vertreten; in der deutschen Verfassung, die unter der Mitwirkung seiner Reichstagsmänner vollendet werden soll, bleibt für Preussen, wie für das übrige Deutschland, die Bürgschaft, dem Schiffbruche der kaum errungenen Freiheiten zu entgehen. Aber es kann nicht oft genug wiederholt werden, ins Leben treten kann das Verfassungswerk nur durch den festen, einmüthigen Willen der deutschen Nation — einen Willen, dem keine Gewalt zu widerstehen Recht und Macht hat. Wird denn nun das deutsche Volk uns im Stich lassen, sich von uns abwenden, eben jetzt, wenn es gilt, die letzten, entscheidenden Schritte zu thun? Das sey ferne.

„Was bliebe denn auch dem Volke selbst für eine andere Aussicht, falls es die Einheit wirklich will? Freilich, sollt' es dem Parlamente nicht gelingen, dann, weiß ich wohl, vertröstet man uns mit dem zweiten Aufzug einer deutschen Revolution. Ich meine, man soll den Teufel nicht an die Wand malen. Unsere Aufgabe ist, Deutschland eine Verfassung zu geben, ohne daß es den Preis einer zweiten Revolution dafür zu bezahlen hat. An dieser Aufgabe dürfen wir nicht verzweifeln. Es ist keine große Heldenthat, das Gewehr in den Graben zu werfen, wenn die Sachen anfangen, gefährlich zu werden. Wir müssen auf unserem Posten ausharren. Großes ist uns anvertraut; wir haben Rechenschaft davon zu geben, nicht allein Jeder vor seinem Wahlbezirk, oder wo der Beobachter sonst die Kunde von unseren Abstimmungen hinträgt, sondern Rechenschaft vor dem gesammten deutschen Volk und Rechenschaft vor der Geschichte."

Deutschland.

Bayern. (München, 1. Jan.) Die Bekanntmachung: die Einberufung des Landtags betreffend, lautet: „Maximilian etc. etc. Wir haben beschlossen, den Landtag in Folge des § 22, Tit. VII. der Verfassungs-Urkunde den 15. Januar 1849 einzuberufen, und befehlen demzufolge Unseren Kreisregierungen, alle in die zweite Kammer aus ihrem Kreise bestimmten Abgeordneten sogleich unter abschriftlicher Mittheilung dieser öffentlichen Ausschreibung aufzufordern, sich an dem festgesetzten Tage unfehlbar in Unserer Haupt- und Residenzstadt einzufinden und nach ihrer Ankunft sich in dem Ständehause nach Vorschrift der §§. 52 und 61, Tit. I. Absch. III. der 8. Beilage zur Verfassungs-Urkunde bei der Einweisungskommission persönlich zu melden. Der Tag, an welchem Wir die Sitzung des Landtags eröffnen werden, wird durch besondere Entschließung bekannt gemacht werden. — Nymphenburg, 1. Januar 1849. Max. Beisler. Heintz. Graf v. Bray. v. Weigand. v. Lesuire. — Auf königlich allerhöchsten Befehl: Der Generalsekretär Ministerialrath Benning." (Agsb. Abdztg.)

(München, 1. Jan.) Die endlich erfolgte Ernennung eines Ministers des Innern, welche schon gestern Abend allgemeine Verbreitung fand, machte im Allgemeinen keinen sehr günstigen Eindruck. Man sieht es dieser Geburt an, unter welch schweren Wehen sie zur Welt kam. Hr. v. Beisler ist ein Mann des gemäßigten Fortschritts, ist der eifrigste Vertreter des bayerischen Separatismus, in welcher Eigenschaft er gleich beim Beginn seiner parlamentarischen Thätigkeit in Frankfurt keineswegs mit diplomatischer Vorsicht sonderbündlerische Bestrebungen zur Schau trug, wovon die nächste Folge war, daß auch das Ansehen der übrigen bayerischen Deputirten und ihr Einfluß sehr geschwächt wurde. Ob Beisler das legislative Talent, die nöthige

Energie eines Reformmannes mit ins Ministerium bringt, möchten wir vorerst noch in aller Bescheidenheit bezweifeln; Geschmeidigkeit dürfte die hervorragendste Eigenschaft seyn, die er vor seinem Vorgänger voraus hat. Die Unbeliebtheit dieses Staatsmannes bei der ultramontanen Partei ist vorerst sein einziges Empfehlungszeugniß, welches bei den Männern des Fortschritts ihm hoch angerechnet wird. Doch wird auch dieses geschwächt, wenn das heute allgemein verbreitete Gerücht von der Bildung eines Unterstaatssekretariats des Innern sich bestätigen würde, welcher Posten dem Professor Dr. Edel übertragen werden soll. Dem Unterstaatssekretär gehört das Ressort des Kultus an; es möchte Dr. Edel leicht werden, in Kultussachen seinen Einfluß zur ausschließlichen Geltung zu bringen. Hoffen wir daher, daß dieses Gerücht sich nicht bestätige. (Hat sich bestätigt.)

Ein an die Kommandos und Abtheilungen ergangenes Ministerialrestript, wohl veranlaßt durch die jüngst bei einzelnen Truppentheilen gemachten Erfahrungen, bringt jene Paragraphen der Dienstesvorschriften in Erinnerung durch deren Befolgung die Disziplin und Mannszucht im Heere gewahrt, das Ansehen und Vertrauen der Vorgesetzten gegenüber den Untergebenen erhalten und den Gesetzen die gehörige Achtung verschafft wird. Mit Recht wird auf beharrliche Disziplinargewalt, gepaart mit strenger Gerechtigkeit und Unparteilichkeit gegen jeden Untergebenen hingewiesen und darauf aufmerksam gemacht, wie unzeitige Nachsicht durch Begünstigung einzelner Straffälligen in Nachlassung des Vollzuges oder Eintrages der verhängten Disziplinarstrafen nothwendig zu den der Mannszucht nachtheiligsten Inkonsequenzen führe, ein Mißtrauen der übrigen durch solche Ausnahmen in ihrem gerechten Anspruche auf eine gleichmäßige Behandlung beeinträchtigten Untergebenen in den Vorgesetzten errege, und dadurch des letztern Wirksamkeit auf die Handhabung der Mannszucht lähme. Glücklicherweise sind die Symptome von Lockerung der Disziplin in unserem Heere bis jetzt nur sehr vereinzelt, und es ist kein Zweifel, daß durch Befolgung des Grundsatzes: principiis obsta! ein Weitergreifen leicht und sicher verhütet wird. (A. Abzd.)

(München, den 1. Januar.) Das heutige Regierungsblatt Nr. 1. enthält die Bekanntmachung die Einberufung des Landtages betreffend. Dann eine königliche Entschließung, die Bildung einer Unterstützungs-Anstalt für Kinder der Mitglieder des Verdienstordens vom hl. Michael betreffend; ferner einen Plenar-Beschluß des Oberappelationsgerichtes des Königreichs Bayern: „Gegen die in zwei Instanzen gleichförmig ausgesprochene Verwerfung der gerichtsablehnenden Einrede findet Berufung an die dritte Instanz in dem Falle statt, wenn mit dieser Einrede die Einlassung auf die Hauptsache eventuell verbunden war, und über den gleichzeitig in der Hauptsache erlassenen Ausspruch Berufung ergriffen wird."

Die Kgl. Allerh. Ernennung der Einweisungs-Kommission für den bevorstehenden Landtag lautet: Se. Maj. der König haben unterm 1. Jan. l. Js. zu beschließen geruht, zu der nach den Bestimmungen des §. 61. des I. Tit. der X. Beilage zur Verfassungs-Urkunde für den bevorstehenden Landtag zu bildenden Einweisungs-Kommission zu ernennen: 1) als Vorstand: den kgl. Staatsrath v. Voltz; 2) als Beisitzer: a) vom Staatsministerium des Innern den k. Ministerialrath Hänlein; b) vom Staatsministerium der Finanzen den k. Ministerrath Dr. Aschenbrenner; 3) als Kommissions-Sekretär: den k. Ministerial-Sekretär von Stetten.

Baden. (Karlsruhe, den 30. Dezember.) Bei der heute hier stattgehabten 12. Gewinnziehung der großherzoglich badischen 35 fl. Loose vom Jahr 1845 sind auf jede der nachstehenden zwanzig Nummern 1000 fl. gefallen: Nr. 350,439, 239,267, 350,422, 239,298, 346,012, 159,191, 99,796, 350,441, 99,799, 318,524, 350,402, 159,021, 291,973, 284,608, 159,016, 380,384, 239,275, 239,289, 41,525, 239,282. (Frkf. J.)

Freie Städte. (Frankfurt, 30. Dez.) Man hat es als ein entschiedenes Aufgeben der deutschen Sache seitens Oesterreichs gedeutet, als man hörte, daß es künftig alle Korrespondenzen, auch die über innere Bundesangelegenheiten, durch sein Ministerium des Aeussern an das Reichsministerium der auswärtigen Angelegenheiten leiten werde. Als man dann weiter erfuhr, daß auch Bayern den gleichen Weg der Beglaubigung des Herrn v. Xylander als Bevollmächtigten eingeschlagen hatte, war man bei dem Argwohn, von dem dieser Staat in seiner Stellung zur deutschen Verfassungsfrage verfolgt wird, sehr bereit, auch hierin eine bedeutungsvolle Absichtlichkeit zu finden. — In letzterer Beziehung sind wir aus guter Quelle in den Stand gesetzt zu versichern, daß in der Organisation und den Ressortverhältnissen der königlichen Ministerien in München allein der Grund lag, daß sich Herr Oberst v. Xylander mit einem Schreiben des Ministeriums des königlichen Hauses und des Aeussern bei seiner Ankunft legitimirte und daß derselbe Geschäftsgang auch die Veranlassung gegeben hat, daß das Beglaubigungsschreiben des Herrn Bevollmächtigten an das Reichsministerium des Aeussern gerichtet war. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Hamburg, den 29. Dezember.) Das Gerücht vom Abschlusse einer Anleihe in London für Rechnung der dänischen Regierung wiederholt sich heute. Es sollen 750,000 Pf. St. 5 Procent tragend zu 90 angeliehen seyn, wie solches von dort geschrieben wird. Bei hiesigen Bankhäusern wurde angefragt, ob das Kapital durch sie anzuschaffen sey; aber obschon es jetzt nicht daran mangelt (Disconto ist noch immer 1 Proc. p. Akt), so wollten sie sich bei der feindseligen Stellung Dänemarks zu Deutschland nicht damit befassen. (A. A. Z.)

Oesterreich. (Olmütz, 29. Dez.) Die Radikalen in Olmütz wollen ganz sicher auf die Spur gekommen seyn, daß Metternich in England nicht so unthätig sey, wie es scheine. Er soll direkten Einfluß auf die politischen Begebenheiten in Oesterreich haben und die Ernennung des ehemaligen Hofrathes Erb als Nachfolger des Baron Hügel beim geheimen Haus-, Hof- und Staats-Archiv stehe damit im engsten Zusammenhange. Faktisch ist, daß Hofrath Erb anfangs dieser Woche nach Wien auf seinen Posten schon abgereist ist. (C. Bl. a. B.)

(Raab, den 28. Dezember.) [Brief eines Offiziers.] Der Ort, wo die großartigsten Verschanzungen angelegt worden waren — wo 15- bis 20,000 Feinde standen — wo wir auf einen sehr großen Widerstand zu stoßen glaubten — ergab sich ohne Schwertstreich. — Die kaiserlichen Truppen besetzten gestern Mittags die Stadt, ohne mehr einen Feind zu finden. Derselbe war mit allem Gepäck und selbst mit allen Kranken in der letzten Nacht abgezogen. — Die kaiserliche Armee brach am 27. d. M. von St. Nikolo, wo sich das Hauptquartier befand, sehr zeitlich auf und formirte ihre Angriffskolonne. Während eine Brücke über die Raab, die übrigens auch schon fest gefroren war, geschlagen wurde, um die Kavallerie und das Geschütz herüber zu bringen — ging es bei dem Korps der Grenadiere, die hier standen, gar lustig und fröhlich her. Der Feldmarschall weilte in ihrer unmittelbaren Nähe am Wachfeuer. Im Hintergrunde ein von den Rebellen niedergebranntes, noch rauchendes großes Gehöft — links und rechts die Angriffskolonne — vorne der Fluß, auf dem emsig gearbeitet wird, am jenseitigen Ufer schon andere Truppen, die ihn auf der spiegelhellen Eisdecke überschritten — dazu ein heller, kalter Wintermorgen und gewiß, jedem Anwesenden wird derselbe und das malerische Bild unvergeßlich bleiben. — Doch wie der Soldat nirgends und unter keinen Umständen sich die Zeit lang werden läßt — so sind es hier Züge von Gänsen, die ihm zur Belustigung dienen. Von der Eisfläche, auf der sie weilen, empor gejagt, erheben sie sich keck in die Lüfte — allein alsbald fallen sie wieder auf den Fluß nieder und werden der Mannschaft mitunter zur Beute. Des Gelächters und Jubels ist kein Ende und alles dies, während in einer Stunde der Angriff beginnen soll, und der Tod eine reiche Ernte halten dürfte. Doch diesmal hat er sich verrechnet; Carossen kommen herangefahren und bringen Deputirte. Der Fürst empfängt sie sehr herablassend und gnädig, und sie bringen ihm stürmisches Lebehoch. — Die Truppen treten an, und unter fröhlicher kriegerischer Musik geht es in dichten unabsehbaren Kolonnen zur Stadt, die uns jubend empfängt und Abends glänzend beleuchtet wird. Und so war dies für den Soldaten nach langer Entbehrung wieder ein guter, ewig unvergeßlicher Tag. (C. Bl. a. B.)

(Kronstadt, den 13. Dezember.) Gestern und vorgestern vernahm man aus der Gegend von Erdövideg heftigen Kanonendonner, worüber wir aber keine näheren Mittheilungen erhalten haben. Unter dem Militär und der Bevölkerung herrscht der beste Geist. Unsere Vertheidigungsanstalten sind so trefflich, daß es weiter nichts als Muth braucht, um jeden feindlichen Angriff mit Erfolg zurückzuschlagen. — Vom Lande erfahren wir, daß die Szekler in den Gränzortschaften unseres Distriktes in ihren Unthaten fortfahren. Marienburg, welches sich am 6. Dezember ergeben mußte, ist zu Zweidrittel verheert. Die Feinde erbrachen Thüren und Gemächer, raubten die Winterkleider und alle Sachen von nur einigem Werthe, so daß viele Inwohner nur mit dem nackten Leben davon gekommen sind. Seit dem Tage der Uebergabe muß der Markt täglich den Szeklern Viktualien liefern und die rüstigen Jünglinge und Männer werden gezwungen, bei Hidveg Schanzen zu graben, welche der Feind zu seiner Befestigung daselbst aufführen läßt. Die männlichen Bewohner von Rothbach und Nußbach trifft ein gleiches Loos. Was mit vielen jungen Frauen und unschuldigen Mädchen geschieht, sträubt sich die Feder mitzutheilen. — Aus Brenndorf, Petersberg und Honigberg müssen die Einwohner mit ihren eigenen Wägen Früchte ins feindliche Lager führen. Ohngeachtet Oberst Sombory Allen mit dem Standrechte drohte, die sich an fremdem Eigenthum vergreifen würden, so ist doch Brenndorf, Petersberg und Honigberg rein geplündert und bedeutend viel Vieh weggetrieben worden. (S. W.)

Preussen. (Berlin, 29. Dez.) Man spricht heute viel von einem zwischen dem Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung, v. Vincke, und dem der aufgelösten preussischen, Assessor Jung, verabredet gewesenen und durch das Zurückziehen v. Vincke's nicht zu Stande gekommenen Duell. In Folge der (in der 134. Sitzung des Frankfurter Parlaments) von Hrn. v. Vincke gemachten Aeußerung, daß die Mitglieder der preuss. Nationalversammlung bei ihren Abstimmungen von persönlichem Ehrgeiz sich hätten leiten lassen, und der darauffolgenden Provocation, daß er gewohnt sey, alle seine Aeußerungen auf eine „sehr ritterliche" Weise zu vertreten und daß diese Provocation Denjenigen gegolten habe, welchen in Berlin seine Aeußerung Anstoß verursachen solle, hatte Hr. Jung jenem ritterlichen Herrn eine Forderung auf Pistolen zugehen lassen, welche Hr. v. Vincke anfänglich angenommen hatte. Als aber gestern das Duell in Eisenach stattfinden sollte, erklärten die Sekundanten des Letztern, die HH. v. B. R. und v St., denen des Erstern, den HH. v. P. und B., daß Hr. v. Jung nicht satisfaktionsfähig sey, weil er eine Anklage des Hrn. v. Bülow, die ihn zum Lügner und Verläumder stempele, nicht widerlegt und abgewaschen habe. Diese Anschuldigung des Hrn. v. Bülow bezieht sich auf eine von Jung in der Sitzung der Nat.-Vers. vom 18 Okt. gemachte Behauptung, „daß ein bekannter General bei den Arbeiter-Unruhen zwei Tage zuvor Pulver und Geld an die Arbeiter ausgetheilt habe zu reaktionären Zwecken." Hr. v. Bülow forderte Jung hierauf öffentlich in den Zeitungen auf, „um seiner eigenen Ehre willen" den Namen des Generals zu nennen und das Faktum zu erweisen, widrigenfalls er „als Lügner und Verläumder dastehen werde und nicht werth sey, ein Mitglied der Nationalversammlung zu bleiben." Jung hatte auf diese Aufforderung nicht geantwortet und dies ist von den Sekundanten des Hrn. v. Vincke zum Motiv der Verweigerung des Duells genommen. Man darf wohl weitere Erklärungen der betheiligten Parteien erwarten. — Das Kammergericht verurtheilt heute in zweiter Instanz den humoristischen Schriftsteller Hopf zu 1 Jahr Gefängnißstrafe wegen eines beleidigenden Gedichts auf den König. In der ersten Instanz war derselbe vom Kriminalgericht freigesprochen worden. (Frkf. J.)

(Berlin, den 30. Dezember.) Der Erklärung, welche Hr. Jung in Betreff seines Rencontre mit Hrn. v. Vincke der National-Zeitung zur Veröffentlichung übergeben hat, entnehmen wir in Folgendem den Inhalt der zwischen beiden Theilen gepflogenen Korrespondenz: Hr. Jung ließ unterm 16. Dez. Hrn. v. Vincke seine Forderung mit dem Bemerken zugehen, „daß, so sehr er auch sonst die Rodomontaden des Hrn. v. Vincke verachte, doch die Gelegenheit, einen Verräther zu züchtigen, zu günstig sey, um sie nicht zu benutzen." Hr. v. Vincke entgegnete, er sey mit Vergnügen bereit, die an ihn gerichtete Ausforderung anzunehmen, und er acceptire den Vorschlag, sich in Eisenach zu treffen." Zugleich bestimmte er vorläufig den 28. Dez. Morgens als Zeitpunkt des Kampfes. Am 21. Dez. schrieb er abermals und theilte mit, daß der frühere Minister Graf Schwerin und der Frhr. v. Schlottheim ihn als Sekundanten begleiten würden. Mit diesem Briefe zugleich langte ein Schreiben dieser beiden Sekundanten vom 22. Dez. an, in welchem es heißt: „Aus zuverlässiger Quelle seyen ihnen Thatsachen in Betreff der Person des Hrn. Jung mitgetheilt worden, die eine nähere Aufklärung erheischen. Wir dürfen annehmen, hieß es weiter, daß Sie, die Richtigkeit der Thatsachen vorausgesetzt, den darin enthaltenen Anschuldigungen Ihrer Ehre gebührend entgegengetreten und sich dadurch die Fähigkeit erhalten haben werden, auf die von Ihnen gewünschte und von Hrn. v. Vincke angenommene Weise Satisfaktion von diesem für die Ihnen vermeintlich angethane Beleidigung zu for-

dern; unsere Pflicht erheischt aber zuvor von Ew. Wohlgeb. gefälligen Nachweis zu erbitten. Nur insofern dieser vollständig genügend geführt wird, würden wir unserm Freunde rathen können, in das Duell mit Ihnen einzugehen." In einer Anlage waren jene „Thatsachen" aufgeführt: 1) Jung habe in der Nationalversammlung geäußert, daß von den berliner Barrikadenkämpfern viele im Elend schmachteten; der berliner Magistrat habe ihn hierüber „der absichtlichen Unwahrheit beschuldigt, ohne daß die Erwiederung des rc. Jung den ihm gemachten Vorwurf entkräftet habe;" 2) Jung habe in der Nationalversammlung erklärt, „daß ein bekannter General Geld bei der Barrikade (16. Okt.) unter das Volk vertheilt und dasselbe zum Aufruhr aufgefordert habe. Der Oberst a. D., F. v. Bülow, habe darauf den rc. Jung für einen Lügner und Verleumder erklärt, wenn er seine Angabe nicht bewahrheiten könne. Er habe dies nicht gethan und stehe bis jetzt als satisfaktionsunfähig da. Als am 27. Dez. die Parteien in Eisenach angelangt waren (für den inzwischen erkrankten Grafen Schwerin Hr. v. Voigts-Rheetz) und die Unterhandlungen der Sekundanten Hrn. v. Vinke von der bestimmten Erklärung: »daß er sich jetzt nicht schießen werde," nicht abzubringen vermochten, gab Hr. Jung, um nichts unversucht zu lassen, noch folgende Erklärung: „Gegen das betreffende Inserat des Hrn. v. Bülow habe ich keinerlei Schritte gethan, 1) weil die Berichtigung in meiner Rede selbst und im stenographischen Berichte lag, 2) weil ein Mehres zu thun mir der bekannte Charakter der Bülow'schen Anfragen verbot, denen eine Wichtigkeit beizulegen dem Ernste meiner Stellung zuwider gewesen wäre. Eisenach, 27. Dez. 1848. Abends. (Gez.) Jung." Auch diese Erklärung, unterstützt durch Vorlegung des stenographischen Berichtes, nach welchem die angegriffene Aeußerung dahin lautet: „Ferner soll ein General ebenfalls, wie man sagt, Geld vertheilt haben," genügte Hrn. v. Vincke nicht. „Wir hatten nun, erklären die Sekundanten, die feste Ueberzeugung gewonnen, daß wir den Hrn. v. Vincke jetzt nicht zur Vollziehung des Duells vermögen könnten." Nachdem Hr. Jung sich wegen des intendirten Kampfes zu rechtfertigen versucht, schließt die Erklärung: »Hier war der Kampf erlaubt und von Bedeutung, denn es galt, dem Junkerthum zu zeigen, daß auch die Demokratie schlaglustig ist, sobald es der Mühe lohnt. Hr. v. Vincke hat mir freilich den Sieg sehr leicht gemacht, und das Feld auf dem er so trotzig einherstolzirte, gar eilig verlassen. Hoffentlich wird er sich dies zur Lehre dienen lassen und den Fehdehandschuh nicht mehr so ins Blaue hinauswerfen, denn man kann bei solchen Gelegenheiten nicht wissen, wer ihn aufnimmt." — Der Kampf, der aus Anlaß der jüngsten posener Insurrektion zwischen Herrn v. Koscielski und dem Major v. Voigts-Rheetz lange Zeit in Zeitungen und Broschüren geführt wurde, soll nun gleichfalls auf einem andern Felde zum Austrag gebracht werden. Da Herr v. Koscielski an der Revolution von 1831, während er noch der preussischen Armee als Offizier angehörte, Theil genommen hat, so wurde seine Satisfaktionsfähigkeit von dem Gegner in Frage gestellt. Der militärische Ehrenrath, welcher die Sache zu entscheiden hatte, erklärte sich für Herrn v. Koscielski, und derselbe sieht seit Anfang dieses Monats der Bestimmung des Herrn v. Voigts-Rheetz entgegen. Es ist nicht anzunehmen, daß dieser Offizier von den Ausweichungen, zu denen er in einer fremden Sache die Hand bieten mußte, in seiner eignen Angelegenheit Gebrauch machen werde — Gegen Herrn Jung ist wegen seiner Schrift wider den Berliner Magistrat eine Voruntersuchung eingeleitet. Die Stelle am Schlusse der Schrift: »Nur der Magistrat von Berlin fühlt sich wohl, und küßt dem Unterdrücker die mörderische Hand," soll eine Majestätsbeleidigung enthalten.

†*† (Berlin, den 31. Dezember.) Das Gerücht beschäftigt sich jetzt wieder viel mit einem bevorstehenden Rücktritt des Ministeriums. Wir erhalten jedoch die glaubwürdige Mittheilung, daß das Ministerium jetzt nicht daran denkt, zurückzutreten, daß dasselbe vielmehr bis nach gehöriger Konstituirung der Kammern an seiner Stelle zu bleiben und zuvörderst vor diesen seine Maßregeln zu rechtfertigen beabsichtigt. Es zerfallen damit auch die vielfachen Konjekturen über die Personen, welchen Porteseuilles übertragen werden sollen.

Die „Zeitungshalle" ist endlich in Neustadt-Eberswalde wieder ins Leben getreten. Dagegen haben die bedeutenden Geldopfer, welche diese Uebersiedlung erfordert, das Eingehen des gleichnamigen Lese-instituts zur Folge gehabt. Die unfreiwillige Abwesenheit des Besitzers Hrn. Gustav Julius hat hiezu wesentlich beigetragen. Eine Wiedereröffnung des Instituts nach Beseitigung der die Abwesenheit des Besitzers begründenden Ursachen wird in Aussicht gestellt.

Man erzählt sich hier, der Prinz von Preussen habe erklärt, sein Palais nur miethweis beziehen zu wollen, da dasselbe nun einmal und zwar mit Genehmigung des Königs im März als „National-Eigenthum" bezeichnet worden sey. Der Prinz soll, wie hinzugefügt wird, den allerdings angemessenen Miethszins von 4000 Thlr. jährlich der Generalstaatskasse offerirt haben.

Der Generalsteuerdirektor Kühne, der vielfach als Wahlkandidat und Veranstalter von Wahlversammlungen genannt wurde, erklärt in den heutigen Zeitungen, daß er mit einem anderen hohen Staatsbeamten gleichen Namens verwechselt worden sey. Jene Mittheilungen bezogen sich in der That auf den Geh. Oberbergrath Hr. Kühne.

In Berücksichtigung der Noth der mittellosen Bevölkerung hat das kgl. Leihamt eine sehr dankenswerthe Einrichtung getroffen. Es wird mit Beginn des neuen Jahres eine Spar-Kasse mit der Leihanstalt verbunden, daß die Verpfänder Gelegenheit erhalten, die empfangenen Darlehen nach und nach in Theilzahlungen vom 5. September ab zu berichtigen, wobei ihnen für diese Theilzahlungen eben so hohe Zinsen, als für die Darlehen selbst berechnet werden. Auch die Auktionskosten für den Verkauf verfallener Pfänder sind auf die Hälfte (6 Pf. für den Thaler des Erlöses) herabgesetzt worden.

Die Theaterfreunde erwartet mit dem neuen Jahre ein künstlerisches Abschiedsfest. Der bekannte Tenorist Bader, welcher beinahe 30 Jahre an der Hofbühne thätig ist, wird am 11. Januar zum letzten Male auftreten. Der Februar bringt ein neues Gastspiel der Tänzerin Lucilia Grahn. Die komische Literatur, die sich im verflossenen Jahre so fruchtbar erwiesen hat, nimmt Abschied mit einer „Sylvesterzeitung des Kladradatsch." —

* (Aus der Provinz Sachsen, vom 29. Dez.) Die Wahlkämpfe haben hier die Parteien wieder heftig gegen einander geführt, nachdem die Novemberereignisse die Politik auf kurze Zeit in den Hintergrund gedrängt hatten. Besonders heftig wird von den entgegengesetzten Parteien auf dem Lande in der Umgegend von Nordhausen agitirt. Die Preussenvereine und der mächtige Anhang, den sie in der Grundbesitzer-Aristokratie haben, stehen der demokratischen Partei wohl gerüstet gegenüber. In der Umgegend von Bleicherode leiten der Justizrath Schröder (aus Potsdam) und der Oberamtmann Smallan die Wahlbewegung im ministeriellen Sinne. Jedes Dorf hat einen Vereinsdeputirten für diesen Zweck. Ihr Kandidat ist Schröder. Der Justizrath Siemens vom Geh. Obertribunal in Berlin hat sich für Stolberg und Sangerhausen gemeldet. Der frühere Abgeordnete dieses Wahlkreises, Treiber, will kein Mandat wieder annehmen. Die Harkort'schen Ansprachen, das Preussische Sonntagsblatt rc. wiesen für die ministeriellen Kandidaten, der Grimm, den die Last der Einquartierung hervorgerufen hat, für die Demokratischen. — Der Abg. Prediger Baltzer in Nordhausen ist wegen der Steuerverweigerung bereits in eine Voruntersuchung verwickelt und schon zweimal vernommen; über Treibers Betheiligung finden einstweilen polizeiliche Recherchen statt. Auch gegen Diakonus Schüler wird eine Untersuchung beabsichtigt; man beschuldigt ihn, mehrere Dorfschulzen zur Steuerverweigerung aufgefordert zu haben. — Gegen den Grafen Stolberg herrscht große Erbitterung, hauptsächlich darum, weil er ein auf frühere Recesse basirtes Zugeständniß vom März in Betreff einer Holzlieferung an die Bürgerschaft von Stolberg jetzt wieder zurückgenommen hat und es auf einen langwierigen Civil-Prozeß ankommen lassen will. —

Würtemberg. (Stuttgart, 29. Dez.) Seit mehreren Tagen gehen neue Gerüchte über eine bevorstehende Ministerkrisis um; es wird nämlich versichert, das Ministerium gedenke selbst zurückzutreten, wenn die Haltung der Abgeordnetenkammer nicht eine andere werde, und dieselbe auf ihren über die Ansichten des Ministeriums hinausgehenden Forderungen beharre. Eine Kammerauflösung solle das Ministerium nicht vornehmen wollen, sondern dem nachfolgenden Kabinette anheimgeben. Sollte dies wirklich wahr seyn, und es wird von Personen versichert, die mit den Absichten der jetzigen Minister sehr gut bekannt seyn können, so stünde uns ein Rückschrittsministerium bevor, dessen erste Handlung auf Beseitigung der jetzigen mißliebigen Kammer gerichtet wäre. Es stände dies aber in geradem Widerspruch mit Dem, was der „Karlsruher Zeitung" von hier aus geschrieben wird, daß nämlich das Ministerium die alsbaldige Einführung der Grundrechte beabsichtige, und daher der Kammer zunächst ein Wahlgesetz vorlegen, und mit derselben nur noch die nöthigsten Geschäfte abmachen werde, um sie sodann aufzulösen und eine Landesversammlung zu berufen. Dieses wäre auch der Wunsch der Mehrzahl des urtheilsfähigen Theils des Volkes und ist es, was man bei den bekannten Gesinnungen der jetzigen Minister von diesen erwartet. So gar unwahrscheinlich wäre freilich ein Reaktionsministerium nicht, da es allgemein bekannt ist, welche Mühe man sich von gewisser Seite gibt, den Staatsrath Römer, den man nur nothgedrungen an der Spitze der Regierung sieht, baldmöglichst wieder von da zu entfernen. Erhielte, was wirklich zu beklagen wäre, die hiefür stimmende Partei, wozu mehrere dem König sehr nahestehende Personen gerechnet werden, im Rathe des Königs die Oberhand, so wäre es doch noch sehr zweifelhaft, ob eine solche Regierung sich halten könnte. Trotz allen Umtrieben von Beamten, Pietisten und Ultramontanen würde doch sicherlich die Mehrheit der Volksvertreter bei erfolgenden Neuwahlen gegen ein Reaktionsministerium stimmen und das Budget verweigern. Und was dann bei der großen Finanznoth und der Stimmung des verarmenden Volkes? (Frkf. J.)

Frankreich.

(Bourges, 28. Dez. Mittags.) So eben verbreitet sich hier die Nachricht, daß der Papst in Toulon angekommen sey. Ich habe dem Gerüchte auf die Spur zu kommen gesucht, und theile Ihnen das Resultat meiner Nachforschung mit. Zwei Briefe sind diesen Morgen von Toulon an verschiedene Personen hier eingetroffen: in dem einen heißt es, der Papst ist soeben angekommen; in dem andern, den ich selbst gesehen, wird unter andern Mittheilungen hinzugefügt: on bat le rappel dans ce moment, la garde nationale se rassemble pour occuper les postes à l'arrivée du Pape. Da wir seit drei Tagen immerfort trübes Regenwetter haben, so hat der Telegraph natürlich nicht funktioniren können, sonst müßte man die Nachricht schon über Paris wissen. — Alle Freunde der Ordnung, die das Gouvernement stark zu sehen wünschen, knüpfen an diese Nachricht kühne Vermuthungen. Einige meinen, wenn der Papst einmal da sey, so werde eine Salbung, wie die des Ohms, sehr erleichtert. Sie sehen man geht schnell in Frankreich, sey's bergauf oder bergab. (A. A. Z.)

Italien.

(Rom, den 25. Dezember.) Es unterliegt keinem Zweifel, daß Mamiani's definitiver Rücktritt durch die vorzeitige und ungehörige Ausrufung der Costituante des römischen Staates veranlaßt worden ist. Ihm mag es von dem Augenblick an klar geworden seyn, daß man sich dadurch auch den Schein des Rechts vergeben hat. Und in der That wollen die wenigsten der Deputirten etwas davon wissen und mehrere haben sich bereits zurückgezogen. Geht dies nun aber nicht durch, so fällt damit die Staatsjunta von selbst, da deren Programm auf diesem Projekte fußt. — Uebrigens stellt sich täglich mehr heraus, daß die republikanische Faktion nicht blos ihre stärksten Trümpfe nutzlos verspielt, sondern auch ihre Geldmittel vergeudet hat. Canino ist ausgebeutelt und die Centralkasse, aus welcher die Mitglieder des beabsichtigten Ministeriums besoldet werden, scheint auch nahezu geleert zu seyn. — Heute erwartet man die Verkündigung des päpstlichen Breve mit Zusätzen, welche die Vereinbarung der konstitutionellen Rechte mit denen des heil. Studis zum Zweck haben. Von einer Intervention ist darin nicht die Rede, sondern die ganze Proklamation stützt sich auf einen Aufruf an die Völker des Kirchenstaats, der den Freunden der Ordnung freilich nur geringe Garantien gewährt. (A. A. Z.)

---

† (Nürnberg, 3. Dezbr.) Die französische Korrespondenz ist heute ausgeblieben.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Trauer-Anzeige.

Unsern verehrten Verwandten, Freunden und Bekannten widmen wir die schmerzliche Nachricht von dem Dahinscheiden unseres geliebten Vaters, Bruders, Schwieger- und Großvaters,

Herrn Johann Leonhard Siebenkäß,

Gastwirths und Großpfragners dahier,

nach einem 8wöchentlichen Krankenlager im 68. Jahre seines Lebens.

Alle, die den strengrechtlichen und biedern Mann kannten, werden ihr stilles Beileid nicht versagen.

Nürnberg, den 1. Januar 1849.

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag den 5 Januar Vormittags 9 Uhr bei St. Johannis statt.

HARMONIE.

Sonntag den 7. Januar 1849

„Ball.“

Anfang 8 Uhr.

Einzuführende Fremde sind einem Vorstands-Mitgliede vorzustellen.

Der Vorstand.

Politischer Verein.

Heute Donnerstag den 4. Januar Abends 8 Uhr Versammlung.

Freie christliche Gemeinde.

Nächsten Freitag, Abends 8 Uhr

Versammlung

im Saale des Rößel's Kaffeehauses.

Einladung zum Abonnement

auf das

Fürther Tagblatt.

Dieses Blatt liefert alle politischen und sonstigen Tagesbegebenheiten stets unparteiisch und in gedrängter Kürze möglichst gleichzeitig mit den größern Zeitungen Eine besondere Berücksichtigung erhalten die beginnenden Landtagsverhandlungen.

Zur unterhaltenden Lecture wird wöchentlich ein belletristisches Beiblatt, das »Sonntagsblatt,« welches Novellen, Erzählungen, Gedichte, Anekdoten u s. w. enthält, beigegeben.

Das Blatt erscheint wöchentlich vier mal und kostet vierteljährlich 30 kr., mit Sonntagsblatt 48 kr.

Alle bayerischen Postämter nehmen nach den neuesten Bestimmungen vierteljährliche Bestellungen an.

Bei Anzeigen aller Art, zu denen sich das Blatt wegen seiner großen Verbreitung auf dem Lande besonders eignet, wird die Zeile zu 2 Kreuzer berechnet.

Indem wir das verehrliche Publikum zum Abonnement ergebenst einladen, versprechen wir, allen billigen Anforderungen gerne zu entsprechen.

Die Redaktion.

Paradies.

Donnerstag, den 4. Januar. Große Vorstellung der 3 Athleten, Herren Cramer, Alfart und Sterzenbach aus Coblenz, wozu ergebenst eingeladen wird.

Literatur.

In der Palm'schen Verlagshandlung in Erlangen ist so eben erschienen und bei J A. Stein in Nürnberg zu haben:

Die zweite Lieferung

von

Rauch's, Dr. A., parlamentarischen Taschenbuche, enthaltend die **neuen** Verfassungen von Schleswig-Holstein (nebst dem Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister), Anhalt-Dessau, Preußen (nebst Wahlgesetz), der Schweiz, Frankreich, so wie einer Uebersicht der Geschichte des französ. Verfassungswesens, und den Grundrechten für das deutsche Volk. §. 1 = 50. 12. geh. 12ggr. oder 48 kr.

Den Besitzern der ersten Lieferung in 1 und 2. Aufl wird diese Fortsetzung gewiß willkommen sein; so wie allen denen, welche sich über die Verfassungsverhältnisse anderer Länder Rath's erholen wollen, das Ganze unentbehrlich ist.

(Verlaufen.) Vergangenen Dienstag hat sich ein rauhhäriger Hühnerhund, grau mit braunem Behäng und brauner Auszeichnung, mit dem Zeichen Nro. 539 an einem schwarzen Halsband versehen, verlaufen. Wem derselbe zugelaufen, beliebe ihn gegen Erkenntlichkeit in Nro. 14 in Gostenhof zurückzubringen.

(Zu vermiethen.) Eine freundliche Wohnung, bestehend aus 2 heizbaren Zimmern, Alkov, Küche und andern Bequemlichkeiten kann bis Ziel Lichtmeß oder Walburgis bezogen werden.

Mit allerhöchster Genehmigung des königl. Ministeriums des Innern.

Mailändischer Haarbalsam,

zur Erhaltung, Verschönerung, Wachsthumsbeförderung und Wiedererzeugung der Hauptshaare sowohl als zur Hervorrufung kräftiger Schnurr- und Backenbärte in schönster Fülle, von Carl Kreller in Nürnberg. — Dieser von höchsten Sanitätsbehörden approbirte, in allen civilisirten Ländern rühmlichst bekannte Balsam ist das wirksamste Mittel gegen Alles, was sich dem Wachsthum der Haare entgegenstellt; und während andere Erzeugnisse ähnlicher Art von erdichteter Berühmtheit längst den Schlägen ihrer vollkommenen Nichtigkeit erlegen sind, erfreut sich der Mailändische Haarbalsam eines immer wachsenden Absatzes und des ausgezeichnetsten Beifalls, was als der beste Beweis seiner Vorzüglichkeit zu betrachten seyn dürfte. Er regt die Natur zur Entwicklung ihrer wunderbaren Gaben an, erhält die Funktionen der Kopfhaut auf dem angemessenen Grade der Thätigkeit, nährt die Wurzel, macht die Haare schnell und reichlich nachwachsen, macht sie fein und glatt, hindert, daß sie ausfallen oder selbst im höchsten Alter die Farbe verlieren, erhält sie ohne Anwendung des Eisens, was ihnen sehr schädlich ist, gelockt, und verleiht ihnen den Glanz und die Geschmeidigkeit, welche man an einem schönen Haare so sehr bewundert. Der balsamische Geruch dieses Präparats ist stärkend und belebend, er reizt nicht die Nerven und verursacht keinen Kopfschmerz Wird der Mailändische Haarbalsam blos zur Verschönerung der Haare angewandt, so ist er ihre größte Zierde. Die vortrefflichen Eigenschaften dieses Mittels haben Ehrenmänner, die nicht nur ganz Deutschland mit Achtung nennt, sondern die selbst europäischen Ruf besitzen bezeugt und beurkundet, und in Tausenden der schmeichelhaftesten Zeugnisse von Personen aus allen Ständen, welche mit den glänzendsten Erfolgen Gebrauch von diesem Balsam machten, ist die untrügliche Wirksamkeit desselben in den dankbarsten Ausdrücken anerkannt worden. Es kann daher dieser Balsam auf den Grund langjähriger Erfahrung und Ueberzeugung als das souverainste Mittel gegen alle den Haaren zustoßenden Krankheiten empfohlen werden. — Der billige Preis von 54 kr. für das große und 30 kr. für das kleine Glas nebst Bericht macht Jedermann den Ankauf möglich. Zugleich bringe ich in empfehlende Erinnerung:

Eau d'Atirona,

oder feinste flüssige Toilettseife zur Erhaltung und Herstellung einer schönen reinen weißen Haut und zur Beseitigung von Leber- und andern gelben und braunen Flecken, so wie sonstiger Hautunreinheiten, das große Glas zu 40 kr und das kleine zu 20 kr. sammt Gebrauchsanweisung mit Zeugnissen berühmter Aerzte und Chemiker;

Eau de Mille fleurs,

nach neuester Pariser Composition, welches das lieblichste und feinste aller bis jetzt bekannt gewordenen Parfüms darstellt, und in großen Gläsern zu 36 kr. und in kleinen Gläsern zu 18 kr abgegeben wird;

Duft-Essig,

ein höchst köstliches Räucherwerk und Luftreinigungsmittel, wovon 8 bis 10 Tropfen ein geräumiges Zimmer mit dem lieblichsten und erquickendsten Wohlgeruch erfüllen und die Luft von allen übelriechenden und schädlichen Dünsten reinigen. Preis per Glas 15 kr. Auswärtige Bestellungen mit Beifügung der Beträge und 3 bis 6 kr. für Verpackung werden franco erbeten

Carl Kreller.

So eben hat die Presse verlassen und ist in der Tümmel'schen Buchdruckerei (Expedition der Mittelfränk. Zeitung) zu haben:

Das

Glaubensbekenntniß

der

freien christlichen (deutsch-katholischen)

Kirche,

erklärt

von

Johannes Ronge.

(Preis 6 Kr.)

(Zu vermiethen.) Der erste Stock des Hauses Nro. 1693 b auf der Schütt ist an Walpurgis oder 6 Wochen zuvor an eine solide Familie zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In der schönsten Lage der Stadt ist ein hübsches Logis von 5 Zimmern rc. auf Walburgi zu vermiethen

---

(Zu vermiethen) Auf dem Herrnmarkt ist ein schöner Laden mit Ladenstube, Gewölben rc auf Walburgi zu vermiethen.

(Gesuch.) Für einen Knaben von 13 Jahren, der das hiesige Gymnasium besucht, wird eine anständige Unterkunft in einer Familie gesucht, welche nicht selbst Kinder desselben Alters hat. Näheres in der zweiten Etage S. Nr. 1333 am Lauferthor.

(Gesuch.) Ein Zirkelschmiedsgeselle, der auch Stahl zu poliren versteht, kann dauernde Beschäftigung finden.

(Gesuch.) In L. Nr. 260 der vordern Ledergasse, wird eine noch gut beschaffene Kochröhre zu kaufen gesucht.

(Gesuch.) Es wird eine solide Ladenjungfer, welche auch etwas im Häuslichen versteht und sich über Treue und Fleiß auszuweisen vermag, sogleich oder bis zum Ziele anzunehmen gesucht.

(Gesuch.) Eine Kindsmagd kann nächstes Ziel Unterkunft finden.

(Gesuch.) Eine Magd, welche Liebe zu Kindern hat, kann täglich in Dienst treten. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Ein Mädchen von 22 Jahren, welches das Kleidermachen gründlich erlernt hat und noch sonstige häusliche Kenntnisse besitzt, wünscht bei einer soliden Herrschaft unterzukommen.

(Gesuch.) Eine Köchin wird nächstes Ziel gesucht.

(Gesuch.) Eine gesetzte Person, welche mit neugebornen Kindern umzugehen weiß und mit guten Zeugnissen versehen ist, wünscht bei einer soliden Herrschaft unterzukommen. Das Nähere in der Schottengasse Nr. 1269.

Kauf-Gesuch.

Die Nummern des Nürnberger Kurier vom 13. März bis Ende Mai v J. werden zu kaufen gesucht.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen von braven Eltern wünscht bis nächstes Ziel in einem Spezereiladen in Nürnberg als Ladenjungfer unterzukommen. Sie sieht nicht auf großen Lohn, sondern nur auf gute Behandlung.

(Literatur.) In der C. H. Zeh'schen Buchhandlung in Nürnberg ist zu haben:

Leichtfaßlicher Unterricht

im

Gardinen-Stecken,

oder gründliche Anweisung zur richtigen Behandlung der Zeuge beim trockenen und nassen Stecken, nebst deutlicher Darlegung aller Griffe und Vortheile.

Durch

Muster-Zeichnungen

der leichtesten, gang- und steckbarsten Fenster- und Bettgardinen, so wie von Hausaltären und Toilettentischen erläutert.

Für Freunde und Freundinnen dieser Kunst

von

Fr. Kredo,

praktischem Tapezierer und Decorateur in Nordhausen.

Mit 35 Abbildungen und 28 Tafeln.

Preis 54 kr.

Stadttheater in Nürnberg.

Donnerstag, den 4. Januar. Zum Zweitenmale: „Eine Frau als Lustspiel-Honorar," oder „Der Börsenschwindel." Original-Lustspiel in 4 Akten von Heine.

Freiblatt München

Innerfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 5. Januar 1849 № 5. Freitag: Simeon.

Bayern, Wurtemberg, Baden.

Was wir schon öfter über die partikularistischen Neigungen der bayerischen Dynastie und ihrer Staatsmänner bemerkten, beruht nicht auf einseitigen Voraussetzungen, sondern ist durch die ganze politische Tradition Bayerns, durch die Gesinnung der leitenden Personen und die Aeußerungen ihrer Vertrauten bestätigt. Noch mehr; es stützt sich diese Sonderneigung auf die unzweideutige Ansicht der eigentlich bayerischen Bevölkerung. Man hat über diesen Zweig der deutschen Völkerfamilie in Norddeutschland oft die verkehrtesten Vorstellungen; der Dünkel literarischer oder weltmännischer Routine, die alleinseligmachende Einbildung protestantischer Aufgeklärtheit, hat über Bayern und sein Volk Urtheile gefällt, die ebenso wenig begründet sind, als eine süddeutsche Einseitigkeit, welche die Berliner Schöngeisterei für das Spezifische des norddeutschen Wesens hält. Wir unsererseits haben uns an der derben, kerngesunden und kräftigen Natur des bayerischen Stammes immer erfreut und hegen die feste Zuversicht, daß bei einer ungehemmteren Entwicklung diese Kräfte auch fühlbarer auf das gesammte deutsche Leben hätten zurückwirken müssen. Aber wir verhehlen uns auch nicht, daß eben die ganze Entwicklung Bayerns abgesonderter, zusammenhangloser und zurückgezogener war, als die irgend eines andern deutschen Stammes. Der Bayer ist noch von manchem Unkraut frei, das sich an den breiten Wegen der Kultur und Ueberkultur als Schlingpflanze anrankt, aber er ist auch in seinem Gesichtskreise enger, einseitiger und befangener, als viele andere deutschen Stämme. Das Lokale und Hergebrachte ist ihm von überwiegender Bedeutung; er hat gegen alles Fremde, wozu er wohl auch die fränkische oder pfälzische Quote des eignen Staates rechnet, eine gewisse instinktive Abneigung, die nur durch die angeborne Gutmüthigkeit und Gastlichkeit gemildert wird. Die großen politischen Fragen der Zeit werden daher von ihm fast ausschließlich auf das lokale Maß reducirt; die Wahlen zum Parlamente oder die Landtagswahlen für das eigne Land tragen weniger einen Parteicharakter, vielmehr überwiegt meist das Lokale und die lokalen Interessen. Auch die Kirchlichkeit des Volkes trägt ein ähnliches Gepräge; der heißblütige, rasche, zufahrende Fanatismus ist der Masse des Volkes ganz fremd, den haben meist nur convertirte Norddeutsche nach Bayern verpflanzt. Aber etwas Lokales und Provinzielles hat für den Bayern sein katholischer Glaube; es ist die althergebrachte Gewohnheit des Daseins, woran er so fest hängt, wie an seinem Namen und seiner ganzen Eigenthümlichkeit. Die Mehrheit des niedern Klerus übt weniger durch Zelotismus und Rigorismus einen mächtigen Einfluß aufs Volk, als weil sie in Wesen, Denkungsart und Lebensweise ganz populäre Elemente in sich hat und mit dem Volke eng verwachsen ist. Es bedarf kaum der nähern Ausführung, wie leicht es daher dort ist, einen Partikularismus zu fördern, der sich entweder auf die provinzelle oder auf die kirchliche Besonderheit stützt, in welcher sich das Volk gewohnt und erzogen fühlt. Wenn daher Montgelas und seine Politik von einem spezifisch bayerischen Wesen und einer bayerischen Größe ausging, wenn alle die Thorheiten von einer bayrischen Nation und ihrem großen europäischen Berufe damals officiell genährt wurden, so hatte dies immer einen gewissen Rückhalt in der Bevölkerung, die allerdings gewöhnt worden war, das bayerische Wesen als etwas abgeschlossenes und gesondertes anzusehen; oder wenn Abel und seine Politik davon ausging, Bayern müsse als erste katholische Macht eine Sonderstellung zu dem übrigen akatholischen Deutschland einnehmen, so stützte sich dies wieder auf volksthümliche Reminiscenzen. Es ist aber gewiß bezeichnend genug, daß die beiden scheinbar so weit auseinandergehenden politischen Richtungen des Montgelas'schen Illuminatismus und des Abel'schen Ultramontanismus gerade in einem Lebenspunkte, in dem Verhältniß zu Deutschland und der „auswärtigen" Politik Bayerns, vollkommen mit einander übereinstimmen. Es versteht sich von selbst, daß es auch in Bayern, wenigstens in den Städten Elemente gibt, die jenen lokalen Standpunkt überwunden und mit aller Frische und Jugendlichkeit sich zu einer allgemeinen Auffassung erhoben haben, allein die Masse des Volkes denkt so, daß die Schule Abels oder Montgelas', welche von beiden nun an's Ruder kommen wird, sich nicht verrechnet, wenn sie für den alten Partikularismus diplomatischer und dynastischer Art, die Stimmungen im Volke auszubeuten hofft, wenn sie mit der bayerischen Abneigung gegen das Norddeutsche und Preussische aber mit dem katholischen Widerwillen gegen das Protestantische zu operiren sucht und damit die deutschen Einheitsbestrebungen abermals zu durchkreuzen weiß. Ob man auf die andern süddeutschen Staaten in gleichem Maße wird rechnen können, ist uns zweifelhaft. Die Regierungen in Würtemberg und Baden meinen es bis jetzt noch ehrlich mit der Freiheit und mit der Einheit. Wir sagen, bis jetzt noch; denn ein gar zu felsenfestes Vertrauen auf den Bestand dieser Regierungen haben wir nicht. Wenn in Würlemberg der radikale Unverstand und die Ungeduld der Intriguanten, wie beide in der gegenwärtigen Kammer vertreten sind, sich einmal in die unvermeidliche Sackgasse verlaufen haben werden, dann wird man sich bei günstigerem Winde nicht lange besinnen, dem Ministerium Römer-Duvernoy, das den Thoren links und den Klugen rechts nicht gefallen will, ein anderes folgen zu lassen, das der souveränen Neigung und Gewöhnung besser entspricht. In Baden würden die Dinge denselben Anlauf nehmen, sobald Regierung und Kammer schwach genug wären, dem wilden Radikalismus widerstandlos nachzugeben und nach kurzen Saturnalien desselben den Adepten der alten Politik den sichern Rückweg zu ebnen. Die Bevölkerung in beiden Staaten ist nur, so weit sie zur Fahne der äussersten Linken schwört, partikularistisch in dem Sinne gestimmt, den neulich Zitz in der hessischen Kammer mit so lobenswerther Aufrichtigkeit offenbart hat. Der gesunde Theil des Volkes ist dagegen von dem Gefühle der Ohnmacht der Kleinstaaterei aufs lebhafteste durchdrungen, und wie in den trübsten Zeit der alten Politik, so zählt auch heute noch Deutschland kaum wärmere Anhänger der nationalen Einheit und Macht, als dieser Theil der südwestlichen Bevölkerung. Wenn in diesen Zeiten einer fast hoffnungslosen Krisis alle schlimmen Angewöhnungen der alten Zeit wieder auftauchen, so wird doch das Verjüngen rheinbündlerischer Gelüste in dem Widerstand dieser Bevölkerung zu Schanden werden. Drum möge die Partei der Einheitsfreunde im Norden wohl darauf bedacht seyn, sich diese Verbündeten nicht zu verscherzen. Ein Zoll- und Handelssystem z. B., das den Wohlstand des deutschen Südwestens in seinen Grundfesten erschütterte, wäre das einzige Mittel, auch diese ins Lager der Gegner zu treiben. Die Nationalversammlung, so schüchtern sie bei allen praktischen Anlässen, wo rasches Handeln geboten ist, verfährt, ist leider niemals kühner, als wo es gilt, der nivellirenden Theorie zu Liebe kostbare Interessen und sehr wichtige Verhältnisse zum Opfer zu bringen. Der Beschluß über die Theilbarkeit der Güter, oder der Entwurf eines deutschen Heimathgesetzes sind Beweise dieser naiven und sorglosen Verkennung aller vielgestaltigen und bunten lokalen Verhaltnisse, die man in die Einheit einfügen, aber nicht einschmieden muß, auf die Gefahr hin, sie rettungslos zu verderben. „Hüten wir uns," sagte Heinrich Gagern bei der Verhandlung über die österreichische Frage, „daß wir zu enge Formeln wählen, die nationalen Interessen in eine Zwangsjacke drängen gegen ihre Natur; thun wir vielmehr das Thor weit auf, daß der Eintritt nicht erschwert sey in die deutsche Familie und in ihr großes gastliches Haus." Dieser Worte sollte die Nationalversammlung bei allen ihren Beschlüssen eingedenk seyn.

Deutschland.

Bayern. § (München, 3. Jan.) Die Schullehrer Oberbayerns, an deren Spitze der Schullehrer Gödel von Habach steht, hielten am 27., 28. und 29. Dez. v. J. eine Lehrerversammlung dahier, bei der sich außer 200 Lehrern Oberbayerns mehrere Schwaben und ein Mittelfranke, Hr. Lehrer Haberlein aus Suffersheim, einfanden. Die Versammlung sollte in Folge höherer Anregung den Zweck haben, die Lehrer Oberbayerns zu bestimmen, den Bestrebungen der übrigen Lehrer Bayerns entschieden gegenüber zu treten, — sich zu verwahren gegen eine Trennung der Schule von der Kirche, — resp. den Willen auszusprechen, daß die Lehrer Oberbayerns auch künftig nur von „geistlichen Herren" beaufsichtigt (und tyrannisirt) werden wollen. Theils Furcht vor der hier so mächtigen Pfaffenpartei, theils Unbekanntschaft mit der Lebensfrage der Volksschule, waren dem Zwecke der Versammlung sehr günstig gewesen, wenn nicht Hr. Haberlein und einige andere energisch aufgetreten wären, — wenn diese den Gefühlen und Wünschen des gereifteren Theiles der Versammlung nicht Worte gegeben hätten. — Die Beschlüsse sind zum großen Aerger einer Minorität von etwa 20 ultramontanen Sclaven im Sinne der Selbstständigkeit der Volksschule und deren Lehrer gefaßt worden. — Nach den Protokollen soll der Bildungsweg der künftigen Volkslehrer durch eine vollständige Lateinschule, jedoch mit besserer Organisation, wo möglich durch ein Gymnasium und einen 3jährigen Kursus eines Pädagogiums, das mit einer Universität oder einem Lyceum verbunden werden soll, — gehen. Der Schullehrer soll Staatsdiener seyn mit allen pragmatischen Rechten derselben. An die Stelle der Lokal-Schulinspektionen sollen Lokal-Schulkommissionen, bestehend aus den an der Schule beschäftigten Geistlichen, den Lehrern und einigen Gemeindegliedern, mit coordinirtem Verhaltnisse treten. Die Distrikts-Inspektoren sollen theoretisch und praktisch gebildete Schulmänner seyn; denselben ist ein aus der Wahl der Lehrer hervorgegangenes Lehrergremium beizugeben. Bei der Regierung soll ein sachkundiger Regierungsrath als Schul-Referent blos die Schulangelegenheiten zu besorgen haben. Die Lehrer sollen als Staatsdiener vom Staate angestellt werden. Die Betheiligung der Gemeinde hiebei beschränkt sich auf ein Erinnerungsrecht (Wünsche und Anträge) vor der Besetzung der Stelle. — Die Besoldung soll nach einer Gehaltsscala ohne Einrechnung der Nebendienste in der Weise geregelt werden, daß Stellen auf dem Lande 300 fl., in Städten 400 fl. als Minimum ertragen sollen. Dieser Gehalt steigert sich von 5 zu 5 Jahren um 50 fl. — bis auf 600 fl. und 700 fl. — Hr. Lehrer Häberlein verdient den Dank aller bessergesinnten oberbayerischen Lehrer; denn nur seinem großen Eifer, seinen gemäßigten, festgegründeten Ansichten und seinem ausgezeichneten Rednertalente ist es mit vieler Mühe gelungen, die Lehrerversammlung in München vor einer Schmach, welche sie sich selbst bereiten wollte, zu bewahren. — Dank Dir, braver Franke!

(München, den 2. Januar.) Der König hat den erblichen Reichsrath Grafen v. Giech, zur Zeit Mitglied der Nationalversammlung in Frankfurt, für die Dauer des bevorstehenden Landtags zum ersten Präsidenten der Kammer der Reichsräthe ernannt.

(A. A. Z.)

†*† (München, den 3. Januar.) Der Geistliche der hiesigen deutsch-katholischen Gemeinde nebst einem der Vorstände hatten gestern Abend bei dem neuen Minister des Innern, Hrn. v. Beisler Audienz. Der Minister sprach sich entschieden zu Gunsten der neuen Gemeinde aus und bemerkte ausdrücklich, daß er ihr in so weit dies nur möglich und ein höherer Einfluß in den Weg trete, seinen ganzen Schutz angedeihen lassen werde und daß sie unter seinem Ministerium durchaus keine Hindernisse zu fürchten habe. Er versprach,

der Gemeinde, die bisher mit bedeutenden Kosten ein ungeeignetes Lokal zu ihrem Gottesdienste miethen mußte, bei Erwirkung eines kostenfreien Lokales behilflich zu seyn. Eine vollkommene staatliche Anerkennung werde wohl nicht lange auf sich warten lassen. Es ist dies jedenfalls eine Erklärung, die den toleranten Gesinnungen des neuen Ministers in religiöser Beziehung alle Ehre macht. Leicht aber könnten solche Ansichten ihn mit dem (mehr als wahrscheinlichen) neuen Unterstaatssekretär des Kultus, Hrn. Edel in bedeutende Konflikte verwickeln.

Wie ich eben höre, hat sich Bayern aufs Neue entschieden gegen die Hegemonie Preussens ausgesprochen; es wird treu mit Oesterreich Hand in Hand gehen. Unseliger Partikularismus, der die Idee eines einigen Deutschlands immermehr verschwinden läßt.

(München, den 3. Januar.) Der Rentbeamte Pfeiffer in Ipsheim wurde in den Ruhestand versetzt; der Diensttausch des Kontroleurs bei der Kreiskasse von Schwaben und Neuburg A. Strobel und des Kontroleurs bei der Kreiskasse von Unterfranken und Aschaffenburg F. Kester genehmigt; der Bureaudiener im k. Staatsministerium der Finanzen F. X. Zauser zum Hausmeister im Theatinergebäude ernannt; der Finanzrechnungskommissär von Oberbayern A. Neumayer fur zwei Jahre in den Ruhestand versetzt und an dessen Stelle der Finanzrechnungskommissär E. Kipferl in Augsburg ernannt, und an Kipferls Stelle der Finanzrathsaccessist in München A. Gietl befördert; die vierte Rathsstelle bei der Steuer-Kataster-Kommission dem bisherigen ersten Assessor P. Frhr. v. Khistler verliehen, und zum vierten Assessor bei genannter Stelle der bisherige Kataster-Oberrevisor L. Haushalter ernannt.

(München, 2. Januar.) Der zweite Direktor des Appellationsgerichts der Oberpfalz und von Regensburg E. v. Korb wurde in den definitiven Ruhestand versetzt. Dem praktischen Arzte Dr. Kölle wurde die erledigte Langerichts-Arztens-Stelle zu Bayreuth verliehen; der bisherige Offiziant der kgl. Hof- und Staatsbibliothek J. Klod zum wirklichen Offizianten und der funktionirende Hausmeister daselbst J. Schupp zum wirklichen Hausmeister ernannt. (N. M. Z.)

Die „Neue Münchner Zeitung" enthält einen Artikel, dem wir folgende Stellen entnehmen: Jetzt, wo die Kaiser-Idee, — der Lieblingsgedanke der Herrn vom Katheder, — abermals auftaucht, und wieder unser Vaterland in neue Verwickelungen zu stürzen droht, jetzt soll es wieder Bayern seyn, dessen Handeln hier durch kleinliche Eifersucht, durch feindselige Sonderstellung geleitet werde. — Ob und wie die bayerische Regierung in dieser Frage sich ausgesprochen, ist uns nicht bekannt, wir stehen derselben nicht so nahe, um hierüber Auskunft geben zu können. Dafür aber glauben wir jetzt, wie jeder Zeit einstehen zu können, daß, wenn sich gegen den Vorschlag eines erblichen Kaiserthums ausgesprochen worden ist, hier keine anderen Rücksichten, keine anderen Gründe maßgebend waren, als die bei der Erwägung der vaterländischen Verhältnisse im Allgemeinen vorwiegen mußten. In der That aber scheint uns gerade diese Frage es zu seyn, die am Schlusse des Jahres unsere Zukunft mehr trüben als klären kann. —. Denn, wir glauben es behaupten zu können, — von einer glücklichen Lösung der Oberhauptsfrage ist die österreichische und mit ihr die große Frage bedingt, ob es uns Ernst ist, ein einiges und mächtiges Deutschland zu gründen, oder ob wir die neue Aera des deutschen Reichs mit dem beginnen wollen, was am Anfange unseres Jahrhunderts dessen trauriges Ende herbeiführte. — Nicht einer kleinlichen Eifersüchtelei bedarf es, nur eines unbefangenen Blickes in die Vergangenheit und in die Gegenwart, um zu dem Schlusse zu kommen, daß die Idee eines erblichen Kaisers ein unlösbares Problem bleiben muß. Bei den vielen gewichtigen Stimmen, die sich hierüber schon vernehmen ließen, und unter denen wir besonders Hanseman's treffliche Abhandlung als diejenige hervorheben, die mit eben so grosser Klarheit als Schärfe und unbefangener Wahrheit die Sachlage schildert, wäre es vermessen, in dem engen Raume eines Zeitungsartikels, die so oft durchgesprochene Frage noch einmal des Breitern erörtern zu wollen. So wie wir die Sache ansehen, scheint sie auf folgende Hauptsätze sich zusammenfassen zu lassen.

Mit Oesterreich kein preussisches, — mit Preussen kein österreichisches Erbkaiserthum Deutschlands! — Ueber Oesterreich und Preussen kein anderer Kaiser! — Ohne Preussen und Oesterreich aber kein mächtiges und Achtung gebietendes Deutschland! Folglich: kein erbliches Kaiserthum für Deutschland, sondern eine Form der obersten Gewalt, wo Oesterreich neben Preussen, und mit ihm nicht etwa Bayern ausschließend, sondern das ganze übrige Deutschland vertreten erscheint. — Ist diese Form gefunden, dann wird auch der Anschluß Oesterreichs alsbald angebahnt werden können, wenn auch die starre Theorie von dem leidigen §. 2 und 3 etwas nachlassen muß. — Ist diese Vorfrage gelöst, dann wird das Reichsministerium Gagern ein kräftiges werden, was wir, von Achtung für den Ehrenmann an seiner Spitze durchdrungen, und immer noch von der Ueberzeugung gehalten, daß in solchem edlen Geiste keine ausschließend preussischen Sympathien die Oberhand gewinnen können, sondern daß der Mann durch und durch deutsch sich bewähren wird, wie bisher, — nur aufrichtig wünschen können. — Wir sind nicht vorher gelöst, dann werden, so fürchten wir, auch die Unterhandlungen mit Oesterreich keine gedeihlichen Früchte tragen, und der edle Gagern wird umsonst seinen Namen vom bestem Klang daran setzen, einen Knoten zu entwirren, dessen Enden immer feindseliger verwirrt zu werden drohen. —

So wollen wir denn hoffen, daß die Morgenröthe des Jahres 1849 uns bringen wird, was wir vergebens noch am Abend des scheidenden Jahres verwirklicht zu sehen hofften — kein Süd- und Nord-, kein katholisches und protestantisches, — sondern ein wahrhaft einiges und dadurch kräftiges Gesammt-Deutschland, einen mächtigen Bundesstaat, fest verbunden durch der Stämme und seiner Fürsten redliches und offenes Zusammenwirken, und freudiges Opfern dessen, was der große Zweck erheischt. — Aber eben deßhalb schließen wir, als Scheidegruß von dem denkwürdigen Zeitabschnitte, mit dem innigen Wunsche, daß man von allen Seiten, ohne einseitige Auffassung und leidenschaftliche Färbung das große Ganze vor Augen haben, sich freundlich die Hand zum gemeinsamen Werke reichen, und sich nimmer darin gefallen möge, andere Meinungen und Ansichten blos deßhalb mit mißtrauischen Augen anzufeinden, weil sie von jenen abweichen, in die man sich nun einmal selbst fest eingelebt zu haben glaubt. Welche neuen und unerwarteten Ereignisse dann auch das neue Jahr vor unsern erstaunten Augen aufrollen mag, — es wird uns bei solcher Stimmung nicht unvorbereitet, es wird uns gerüstet finden, gegen jeden innern wie äußern Feind! —

Baden. (Freiburg, 29. Dez.) Ueber den Stand des gerichtlichen Verfahrens wegen der republikanischen Erhebungen vom April und September d. J. kann ich Ihnen folgende aus sicherer Quelle geschöpfte Mittheilungen machen. Von den Untersuchungen ist ein großer Theil beendigt, und sehr viele Angeschuldigte sind gegen Sicherheitsleistung oder auch ohne solche auf freien Fuß gesetzt. Die Zahl derselben ist zwar durch Amnestirung um mehrere Hundert vermindert, immer aber noch sehr beträchtlich. Um nun die Aburtheilung möglichst zu beschleunigen und das ungeheure Material einigermaßen zu vertheilen, sollen die Angeschuldigten nicht gleichzeitig, sondern in mehreren Abtheilungen vor das Schwurgericht gestellt werden. Zuerst werden die beiden Hauptpersonen des letzten Aufstandes, Gustav v. Struve und Karl Blind, zur Aburtheilung kommen, und es soll schon vor Weihnachten der Antrag, diese beiden in Anklagestand zu versetzen, bei der Anklagekammer eingereicht worden seyn. Die Entscheidung über diesen Antrag muß in den nächsten Tagen erfolgen, und dann kann, insofern die Angeklagten nicht vorher noch ein Rechtsmittel ergreifen, unmittelbar der Tag zur öffentl. Verhandlung bestimmt werden. Dem ersten Schwurgericht, das in Baden zusammentritt, ist eine Aufgabe von ungeheurer Schwierigkeit und Verantwortlichkeit gesetzt; möge es den Erwartungen des Vaterlandes entsprechen. (M. J.)

Freie Städte. (Frankfurt, 31. Dez.) Der neue österreichische Ausschuß gelangte gestern Abend endlich zu einer Sitzung, allein man würde sehr irren, wenn man glaubte, er sei bereits auf das Materielle des Minister-Programms eingegangen. Es handelte sich vorerst noch um das Formelle und es wurde beschlossen, weitere Aktenstücke vom Reichsministerium zu begehren. Dr. Giskra wurde zum Referenten und Dr. Rüder zum Korreferenten ernannt. Durch eine genaue Prüfung der Aktenstücke wird zwar der Ausschuß dem Gagern'schen Antrage nicht näher gebracht werden, allein er will seinen Antrag auf eine sehr genaue Prüfung basiren. Der Bericht wird übrigens gefördert werden können, da Hr. v. Schmerling in den ersten Tagen hier zurückerwartet wird; darauf ist um so größeres Gewicht zu legen, als Hr. von Schmerling die Wahl in den österreichischen Reichstag ablehnte und als kaiserlich österreichischer Bevollmächtigter bei der Centralgewalt hieher zurückkehrt. Es entsteht aber freilich die Frage, ob der Bevollmächtigte Oesterreichs die Resultat seiner Mission nach Olmütz überbringen werde, die von dem Abgeordneten zu erwarten gewesen waren? Man spricht davon, es werde der Kampf bei der nächsten Präsidentenwahl wieder sehr lebhaft werden und zwar durch die Tendenzen der Koalition, die sich schon bei der letzten Präsidentenwahl nicht ohne negativen Erfolg geltend zu machen wußten. (D. Z.)

(Frankfurt a. M., den 31. Dezember.) Die unter der Oberleitung des Frankfurter Kriminalgerichts wegen der leidigen Vorgänge vom 18. September geführten Untersuchungen sind nunmehr als geschlossen zu betrachten, und mehrere von den zu dem Behufe hier niedergesetzten Kommissionen sind bereits aufgelöst. Indessen sollen die Ergebnisse, welche diese Untersuchung gewährte, in sofern wenig befriedigend ausgefallen seyn, als solche zu keiner Ermittelung der Individuen geführt haben, welche an der Ermordung der Abgeordneten Lichnowsky und Auerswald Theil hatten. Unter den hier prozessirten Inkulpaten nämlich befindet sich kein einziger, welcher der Mitschuld an diesem Verbrechen geziehen werden konnte, und selbst der kürzlich von Durlach hier eingebrachte Falkenstein aus Obererlenbach soll zwar der Theilnahme an dem Barrikadenkampfe vom 18. Sept. überwiesen worden seyn, war aber jenem Verbrechen vollkommen fremd geblieben. Sind nun auch die Namen jener Uebelthäter mit ziemlicher Gewißheit festgestellt, so befinden sich solche doch insgesammt auf flüchtigem Fuße theils in der Schweiz, theils in Frankreich. Um deren Auslieferung von Seiten der betreffenden Regierungen zu erwirken, sind neuerdings wieder auf den Grund der zwischen ihnen und dem Freistaat Frankfurt bestehenden Kartelvertrage Requisitionen an dieselben erlassen worden, deren Erfolg zu erwarten steht. (Schw. M.)

(Frankfurt, den 1. Januar.) Um eine Probe dafür zu geben, wie die bayerische Regierung den Gedanken der deutschen Freiheit auffaßt, theilen wir mit, daß bayerischer Seits noch kein Pfennig auf die erste und zweite Rate der Flottenbeiträge eingezahlt ist. Man verweigert nicht blos die Zahlung, sondern will auch nicht einmal eine vorschußweise Zahlung von Seiten Preußens annehmen, und weßhalb? — weil Bayern erst die Liquidation für die Aufstellung einiger Truppen an der Iller einreichen, und deren Betrag von den Flottenbeträgen vorweg in Abzug bringen will! — Die von der Nationalversammlung ausgegangene Verordnung über die Publikation der Reichsgesetze hat man nicht im Gesetzblatt, sondern neuerlich im Regierungsblatt veröffentlicht. Was man mit dieser eigenthümlichen Prozedur beabsichtige bleibt zur Zeit noch unklar; bemerkt muß aber werden, daß in Bayern nur die Verordnungen Gesetzeskraft erhalten, welche im Gesetzblatt erscheinen. (D. Z.)

Nassau. (Wiesbaden, 30. Dez.) Bekanntlich wurde in einer der ersten Sitzungen unserer jetzigen Ständeversammlung auf den Antrag des Abg. Fresenius die Weglassung der „leeren" Worte: „von Gottes Gnaden" beschlossen, die der Herzog, gleich allen regierenden Fürsten, bisher altem Herkommen gemäß bei seinem Titel führte. Man hat nun bisher stets bemerkt, daß bei neuen Gesetzen diese Worte auch immer weggeblieben sind und Niemand dachte mehr an sie, bis nun auf einmal unser guter unschuldiger Landeskalender für das Jahr 1849 sie wieder bei dem Namen des Herzogs erscheinen läßt. Wie kommt dies? Sollten sie vielleicht doch nicht so „leer" seyn und eine wirklich tiefere Bedeutung haben? Oder hat der Herausgeber des Kalenders vielleicht deren Streichung vergessen? Sollte dieses Letztere etwa nicht der Fall seyn, dann ist deren Beibehaltung in Hinsicht des Kammerbeschlusses sehr bezeichnend, und, so geringfügig auch die Sache an sich, doch gewiß Aufsehen erregend. (Frkft. J.)

Oesterreich. (Wien, 31. Dez.) Nach der Wiener Ztg. sagte Hr. v. Schmerling in der jüngsten Rede vor seinen Wählern unter anderm: „....Ich war berufen, an die Spitze jenes Bundestags, der durch 30 Jahre das Grab der Freiheit gewesen, zu treten, und ich glaube während meiner zweimonatlichen Leitung desselben mich nicht unnützlich bewiesen zu haben, da es mir gelang, die anarchischen Tendenzen und die Konventsgelüste, welche in Frankfurt rege geworden, zu beseitigen. Als mich der Reichsverweser ins Ministerium berief, beseelte mich das erhebende Gefühl, ein Deutscher zu seyn; doch vergaß ich hierüber keinen Augenblick, daß ich Oesterreicher sey. Als aber im Schooße jener Versammlung Mißtrauen gegen mich, weil ich ein Oesterreicher, rege geworden, da zögerte ich keinen Augenblick, meinen Rücktritt aus dem Ministerium zu nehmen; denn ich war zu stolz als Oesterreicher, um Vertrauen buhlen zu müssen. Ich hielt es dann für meine Pflicht, nach Wien zu eilen, um die hier gegen die künftige Gestaltung der Dinge

in Frankfurt rege gewordenen Vorurtheile zu bekämpfen. Oesterreich muß, wie seit tausend Jahren, eine europäische Großmacht bleiben. Kein Zoll von den durch Verträge erworbenen und durch Sieg behaupteten Landen darf verloren geben. Aber neu gestalten muß es sich auf den Grundlagen der neuen, gesetzlichen Freiheit. (Bravo.) Ich bin fest überzeugt, daß das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland sich klar und befriedigend gestalten wird. Blicke ich zurück auf das abgelaufene inhaltschwere Jahr, so sehe ich, wie es so manche, völlig unpraktische Weisheit ins Leben gerufen. Auch die Frankfurter Versammlung hat sich keinesfalls arm an solchen Ideen gezeigt, die Zeit aber hat die Menschen nüchtern gemacht, hat sie einsehen gelehrt, daß unreife Projekte keine tüchtigen Pläne, daß fortwährender Umsturz nicht Ausbau genannt werden kann. In mir lebt die feste Ueberzeugung, daß die deutsche Verfassung sich noch derartig gestalten wird, daß sie einen innigen Anschluß Oesterreichs an Deutschland zuläßt, wobei vor allem jedoch die Integrität Oesterreichs gewahrt werden muß. Das österreichische Ministerium hat mir die ehrenvolle Stelle eines Bevollmächtigten bei der Centralgewalt übertragen. Mit Dank erkenne ich diese Auszeichnung, zu welcher man mich, wegen meiner früheren Stellung in Frankfurt, wegen der genauern Kenntniß der dortigen Verhältnisse, die ich zu erwerben Gelegenheit hatte, geeignet fand. So sehr ich überzeugt bin, daß das Ministerium eine bessere Wahl hätte treffen können, so zwingt mich doch mein Pflichtgefühl, diesem Rufe Folge zu leisten. Weil ich so glücklich gewesen, mir vielfaches Vertrauen in Frankfurt und Deutschland zu erwerben, will und muß ich nach Frankfurt zurückgehen, um dort für Oesterreich zu wirken. Ein praktischer Sinn ist in Deutschland erwacht. Es herrscht ein allgemein gefühlter Drang, daß die Dinge bald zur festen Gestaltung gelangen mögen. Darum hege ich die feste Hoffnung, daß dies freudige Resultat binnen wenigen Wochen erzielt werden dürfte."

, (Wien, den 1. Januar.) Das eben erschienene Armee-Bülletin bringt Folgendes: „Bericht des Feldmarschallieutenants Baron Jelacic an S. Durchlaucht den Herrn Feldmarschall und Armee-Ober-Kommandanten Fürsten zu Windischgrätz: Moor, den 30. Dezember 1848. Gestern brachte ich in Kis-Bér in Erfahrung, daß ein feindliches Korps unter Perczel 8 bis 10,000 Mann stark vor mir abmarschirt sey in der Richtung nach Moor. Hierdurch fand ich mich bewogen, mit meinen sämmtlichen Truppen früh um 5 Uhr aufzubrechen, um den Feind zu verfolgen. Eine Stunde von Moor fand ich ihn in einer vortheilhaften Stellung, ich hielt mich in der Defensive um die Division Hartlieb abzuwarten, welche eine halbe Stunde hinter mir marschirte. Allein der Feind fing an, sich zurück zu ziehen, worauf ich mich genöthiget sah, denselben mit der Brigade Grammont und meiner Kavallerie anzugreifen. Dieser Angriff erfolgte sehr herzhaft, vorzüglich durch die beiden Kuirassier-Regimenter Hardegg und Wallmoden.

In Zeit von einer halben Stunde hatten wir das feindliche Centrum gesprengt, 6 Kanonen erobert, einige Tausend Gefangene gemacht, worunter viele Offiziere. Auch soll ein feindlicher General erschossen seyn. Das Schlachtfeld ist mit Todten bedeckt. Oberstlieutenant Graf Sternberg und Hauptmann Graf Pimstan nahmen an der Spitze einer Kürassier-Division die erste feindliche Kanone. Die Truppen haben den Feind mit solcher Bravour angegriffen, wie es der k. k. Armee geziemt. Die Generale Ottinger, Grammont haben mit vieler Umsicht und Tapferkeit ihre Truppen geführt. Der Chef meines Generalstabes, Generalmajor von Zeisberg, entwickelte, wie bei jeder Gelegenheit, so auch hier, sein militärisches Talent. Der Rest des Perczel'schen Korps, ungefähr 8000 Mann, hat sich gegen Stuhlweissenburg zurückgezogen. Jelacic m/p„ Feldmarschallieutenant.

Die Verordnung, welche gestern zur größern Beschränkung der Presse so ganz unerwartet erschien, wie uns recht bald noch mehrere ähnliche Erlasse überraschen dürften, hat im Nachklange mit sehr ernster Stimme an das Bedürfniß einer baldigen Konstituirung Oesterreichs erinnert und die Frage zur Tagesordnung gebracht, ob wir ein Preßgesetz haben oder ob wir keines haben: oder ob es für jeden Monat, für jede Periode ein neues Preßgesetz gibt? Traurig, ja unverantwortlich ist es freilich, daß wir seit dem Monat März bereits unzählige Preßverordnungen studiren mußten, dennoch aber kein der freien Presse würdiges Gesetz erhalten konnten. Die Schuld des Volkes ist dieß aber nicht; denn oft genug ließ dieses eine laute Stimme vernehmen, welche an die Nothwendigkeit eines entsprechenden Preßgesetzes mahnte.

Ich gehöre nicht unter diejenigen, welche eine zügellose Presse herbeiwünschen; aber eine freie Presse ist mein Begehren. Zu bedauern ist es, daß daß freie, wahre Wort wieder gleichsam unter polizeiliche Aufsicht gestellt ist und sich nur innerhalb den Schranken einer gewissen Sphäre bewegen darf. Jedem Rechtlichgesinnten wird sein Herz, sein innerer Richter Censor seyn — auch ohne Preßgesetz wird er die Schranken der Mäßigung und Nothwendigkeit nicht überschreiten; — den Verräther, den Verläumder, den Sittenlosen — den treffe die ganze Schwere des Gesetzes, ohne deshalb das Wort, welches Wahrheit kündet, nur im Entferntesten zu beschränken, wenn die Preßfreiheit anders in Ehren erhalten werden soll. Freilich ist es wahr, daß mancher Dachstübchen-Politiker ganz erbärmlich raisonirt; aber wem schadet sein Geschreibsel. Nur ihm selbst. Wir wollen die schlechten Schriftsteller um die wenigen Guten gern ertragen und die Preßübeln dem strengsten Gesetze überlassen, wenn es uns die freie Presse nicht antastet.

Preussen. †*† (Berlin, 1. Jan.) Dem Vernehmen nach wird beabsichtigt, bei der bevorstehenden Reorganisation der Rechtspflege die Gerichte von den mannichfachen Nebenfunktionen, durch welche sie zu Dienern der Finanzverwaltung erniedrigt wurden, gänzlich zu befreien. Man bezweckt, den Gerichten das Kassenwesen ganz abzunehmen und an die Stelle der bisher üblichen Sportulirung ein neues hauptsächlich in der Erweiterung der Stempelpflichtigkeit bestehendes System zu setzen. Ein etwaiger Vorschlag ist vor Jahren bereits durch den gegenwärtigen Chefpräsidenten des Oberlandesgerichtes zu Ratibor Herrn Wentzel dem damaligen Justizminister Mühler vorgelegt worden.

Mit Bezug auf eine schon letzthin von uns gemachte Mittheilung, können wir mit Bestimmtheit versichern, daß die aus dem Corsaire in mehrere deutsche Blätter übergegangene Nachricht, daß Hr. Emanuel Arago von seinem Gesandtschaftsposten abberufen und über seine Stelle zu Gunsten des Generals Regnault St. Angely verfügt sey, bis jetzt noch aller Begründung entbehrt.

Die Jung-Vincke'sche Duellangelegenheit verwickelt sich immer mehr. Die in der Jung'schen Erklärung enthaltene Aeusserung von dem „bekannten Charakter" der Inserate des Hrn. v. Bülow, auf welche sich die Ablehnung des Hrn. v. Vincke stützte, hat gestern den Obersten v. Bülow veranlaßt, Hrn. Jung aufzufordern, daß er über jene Aeusserung sich entweder genügend erkläre oder sich mit ihm schießen möge. Hr. Jung entgegnete: er fände sich weder zu dem Einen noch zu dem Anderen geneigt.

Der halbamtliche Artikel in der heutigen Nummer der Vossischen und Spenner'schen Zeitung, durch welchen die Forderung des Hrn. v. Wrangel, daß die vorberathenden Wahlversammlungen durch einen Beamten überreicht werden sollen, als eine unverfängliche dargestellt wird, erregt vielfach die Besorgniß, daß die freie Vereinigung zu Wahlzwecken nicht gestattet oder doch mittelbar wegen der in Zeiten des Belagerungszustandes nicht leicht zu berechnenden Folgen einer vielleicht zu freien Meinungsäußerung verkümmert werden möchten. Der in jenem Artikel enthaltene Passus: „Der Gutgesinnte, der es mit dem Vaterlande redlich meint, braucht sich nirgend, auch in Anwesenheit eines Beamten nicht zu scheuen und wird sich nicht scheuen, frei und offen seine politischen Gesinnungen auszusprechen." — Dieser Passus kann über jene Folgen schwerlich beruhigen, so wichtig er an sich auch seyn mag. Es hat immer sein Mißliches, „seine politische Meinung frei und offen auszusprechen und das Urtheil darüber, ob dieselbe als eine „gutgesinnte" zu toleriren oder als eine übelgesinnte zu bestrafen, von einem mit unumschänkter Gewalt ausgerüsteten militärischen Befehlshaber abhängig zu wissen."

Nach Briefen aus den Provinzen treten die namhafteren Mitglieder der aufgelösten Nationalversammlung als Bewerber auch jetzt wieder auf. Auch Herr Hansemann will sich in Aachen wieder wählen lassen, und sollen die Aussichten für denselben sehr günstig seyn.

Die Schwierigkeit, Pässe nach Rußland zu erhalten, ist jetzt fast unübersteiglich geworden. Selbst die kleinen Virtuosinnen, Geschwister Neruda, die eine Kunstreise nach Rußland bezweckten, sind auf ihr Paßgesuch ablehnend beschieden worden. —

(Posen, den 30. Dezember.) Die Nachrichten aus den verschiedenen Kreisen unserer Provinz scheinen in diametralem Widerspruche mit einander zu stehen, indem auf die uns erst kürzlich gemeldeten Vorzeichen einer neuen polnischen Schilderhebung jetzt plötzlich die Mittheilung folgt, daß die Polen, und zwar zumeist die engagirten Patrioten, auf einmal zu loyalen Unterthanen Sr. Majestät Friedrich Wilhelm IV. geworden seyen, den sie den edelsten Fürsten und dessen Regierung sie die gerechteste in Europa nennen. Wozu dies? denn daß eine solche Gesinnung den Polen fremd sey, bedarf wohl keines Beweises. Sehen sie sich etwa schon wieder in den sanguinischen Hoffnungen, die sie auf den neuen französischen Präsidenten gesetzt hatten, getäuscht, oder glauben sie, daß die vorausgesetzte Anarchie in Deutschland nun doch nicht zu Stande kommen werde? Wahrscheinlicher ist es noch, daß sie eine bewaffnete Intervention der großen russischen Armee in Polen befürchten. Die simulirten Preussensympathien dürften den Zweck haben, die schon etwas indolent gewordene deutsche Bevölkerung der Provinz zu täuschen, um desto sicherer ihre polnischen Kandidaten bei den bevorstehenden Abgeordnetenwahlen durchzubringen. In letzterer Beziehung sind die Polen sehr thätig, und haben sogar eigne Emissäre ausgeschickt, um die Bevölkerung auf jede Weise zu bearbeiten; man nennt als solche den polnischen Grafen Cieszkowski und den deutschen Landrath Bauer aus Krotoschin, Beide Abgeordnete bei der letzten Nationalversammlung. Inzwischen sind die Deutschen auch nicht ganz unthätig, und die sogenannte deutsche Verbrüderung soll bereits alle Hebel in Bewegung setzen, um auf die Wahl deutscher Parlamentscandidaten einzuwirken. Auf die neue Haltung der Polen hat unstreitig auch das gespannte Verhältniß mit einem Theile des katholischen Klerus seit der Austreibung des Papstes aus Rom durch die Demokraten viel beigetragen, denn da diese Priester jetzt gegen die Revolution predigen, und Gehorsam gegen das Gesetz und die Obrigkeit anempfehlen, so müssen die polnischen Agitatoren scheinbar auch einlenken, um den gemeinen Mann nicht noch mißtrauischer zu machen, und den Zwiespalt mit dem Klerus, wo möglich auszugleichen; daher ihre plötzliche Achtung vor der katholischen Kirche, nachdem sie noch unlängst für eine Gleichberechtigung aller Konfessionen geeifert hatten. So lesen wir heute in einem öffentlichen Artikel, der die erforderlichen Eigenschaften der künftigen Abgeordneten polnischer Nationalität bespricht, daß „die Kandidaten sich verpflichten müssen, bei den Verhandlungen über die Religionsfreiheit, die Vorrechte der katholischen Kirche im Großherzogthum Posen auf alle Weise wahren zu wollen." Auf solche Art will man den Theil des Klerus wieder gewinnen, der mißtrauisch gegen die polnischen Propagandisten geworden ist, und auf welchen die ehrlichen Worte des Fürstbischofs von Breslau, Melchior Diepenbrock, einen bleibenden Eindruck gemacht haben. Inzwischen ist es unbestreitbar, daß in vielen Gegenden der gemeine Landmann polnischer Nationalität gegen den Adel heftig erbittert ist, und daß daher letzterer, der sogar galizische Scenen besorgt, jetzt nicht selten um eine zahlreiche militärische Besetzung der landräthlichen Kreise bittet. So müssen dieselben Truppen, die im Frühjahre gegen den polnischen Adel kämpften, jetzt demselben auf seinen eignen Wunsch zum Schutze dienen. Wahrlich, eine wunderliche Wendung der Ereignisse!

(D. A. Z.)

Sachsen. (Leipzig, 1. Jan.) Gestern Vormittag gegen 11 Uhr entschlummerte sanft und schmerzlos im 77. Lebensjahre der Senior unserer Universität der Komthur Professor Dr. Gottfried Hermann.

(Lpzgr. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 30. Dez.) Während alle Welt gestern die Ministerkrisis beigelegt glaubte, überrascht uns heute der Moniteur mit folgenden Ernennungen: 1) Leon Faucher ist zum Minister des Innern ernannt, in Ersetzung Leon de Maleville's, dessen Abdankung angenommen ist. 2) Lacrosse, Vizepräsident der Nationalversammlung, ist an die Stelle Leon Faucher zum Minister der Staatsbauten ernannt. 3) Buffet, Repräsentant des Volks, ist zum Minister des Ackerbau und des Handels ernannt, in Ersetzung Bixio's, dessen Entlassung angenommen. Diese drei Dekrete sind vom Präsidenten Louis Napoleon Bonaparte unterzeichnet und von dem, in Abwesenheit Bonaparte's den Ministerrath präsidirenden Justizminister und Siegelbewahrer Odilon Barrot gegengezeichnet.

Passy bleibt Finanzminister. Er hat den Bitten der Herrn Thiers und Molé, sowie einiger Glieder der Haute finance (Argout und Rothschild) nachgegeben, welche ihm sagten, daß sein Rückzug eine

allgemeine Verwirrung auf dem Geldmarkte hervorbringen müßte; es sey jetzt der wichtigste Augenblick im ganzen Jahre; viele Liquidationen ständen bevor und eine Finanzkrisis im Ministerium könnte ein wahres Nationalunglück nach sich führen. So vielen Gründen vermochte Passy nicht zu widerstehen, sein finanzieller Patriotismus siegte und er versprach gestern früh den Herren Bankiers, daß er die Staatsbank im gegenwärtigen Moment nicht verlassen wolle.

Schon wieder ein Duell! Delecluze, Strohmann Ledru-Rollin, hat den Prudhon wegen eines Zeitungsartikels auf Pistolen gefordert, Prudhon aber den Kampf verweigert. Die »Revolution democratique und sociale« bringt heute darüber folgendes Kartellschreiben von den Sekundanten des Herrn Delecluze, dem Strohman Ledru-Rollins: „Mein lieber Delecluze. Deinem Verlangen gemäß begaben wir uns zum Bürger Prudhon in der Absicht, Genugthuung von ihm für einen beleidigenden und verläumderischen Artikel zu fordern, der heute mit seiner Namensunterschrift im Peuple erschienen. Wir fanden den Bürger Prudhon in der Druckerei seines Blattes und setzten ihm dort den Zweck unseres Besuches auseinander. Von uns gedrängt, uns seine Zeugen anzugeben, erklärte uns der Bürger Prudhon ganz bestimmt, daß er Dir keine Genugthuung gebe. Wir haben unsere Aufforderung zwei Male wiederholt, wie es unsere Pflicht gebietet; aber zwei Male hat uns Prudhon geantwortet, daß er sich nicht schieße. Hierauf haben wir uns zurückgezogen und benachrichtigen Dich hiermit von dem Ergebniß unseres Auftrages. Gruß und Bruderschaft! Paris, 20. Dez. 1848. (gez.) A. Lemaitre. A. Dalican.

(Marseille, den 27. Dezember.) In Toulon bereitet man sich auf die Ankunft des Papstes vor, und es werden im Präfekturgebäude die Gemächer, die früher die Prinzen der Familie Orleans bei ihrer Durchreise bewohnten, für ihn eingerichtet. Ein Tagsbefehl ist an die Nationalgarde ergangen, sich zum Empfang bereit zu halten. Das Kriegsschiff Friedland soll mit drei Salven von 21 Kanonenschüssen begrüßt werden. Es heißt, daß Pius IX. durch die letzten Depeschen aus Frankreich veranlaßt worden sey, sich einzuschiffen, ohne die Weihnachtsfeste abzuwarten, an welchen man hoffte, ihn in Neapel die Messe lesen zu hören. Seit drei Abenden ist unsere Stadt wieder von nächtlichen Umzügen der Demagogenbande heimgesucht, was veranlaßte, daß in gestriger Nacht auf mehreren Plätzen Linientruppen aufgestellt wurden. Unsere Bevölkerung hat die Gewohnheit, sich am Vorabend des Weihnachtsfestes friedlich in Familienkreisen zu vereinigen, und dann um Mitternacht der Christmesse beizuwohnen. Um diese Zeit hatten sich mehrere Banden von ungefähr 500 Mann gebildet, welche die Stadt durchliefen, indem sie die Marseillaise sangen schrieen: es lebe Robespierre — es lebe die rothe Republik — nieder mit Napoleon und mit Cavaignac — es lebe Ledru Rollin — zogen sie vor die Kirchen, wo sie ausriefen: nieder mit den Priestern! Man kann sich denken, welche Verwirrung in den Kirchen entstand. Wo war aber die Polizei? Ist es möglich, daß in einer Stadt wie Marseille, wo 5000 Mann Truppen anwesend sind, eine Rotte Gesindel auf solche Weise die Ruhe stören kann? (A. A. Z.)

Itailen.

(Rom, 26. Dez.) Die Encyclica des Papstes, durch welche er seinen Protest vom 27. Nov. bestätigt, die Einsetzung der Giunta für ein direktes Attentat auf die Souveränetät erklärt, und allen Akten des Gouvernements seit dem 16. Nov. jede rechtliche Gültigkeit abspricht, auch feierlich wiederholt, daß er die weltlichen Rechte, die er von seinem Vorgänger übernommen, an seinen Nachfolger unverkürzt aushändigen wolle, hat das Schicksal der frühern Erlasse gleicher Art gehabt: sie ist überall abgerissen, beschmutzt und beseitigt worden. Indessen hat sich in Folge dieses Ereignisses aller Gemüther eine Bestürzung bemächtigt, welche die Parteiführer noch zu keinem Beschluß hat kommen lassen. Viele Deputirte haben erklärt, daß sie nicht wieder in der Kammer erscheinen würden, bevor die gesetzliche Zahl wiederum vollzählig sey, und Galliено, der General der Bürgergarde, ist abgereist. Seitdem er die Civica vor acht Tagen hinters Licht geführt, und zur Vertheidigung der Republikaner durch Generalmarsch zusammengerufen, dann aber für die Konstituante hat petitioniren lassen, ist ihm auch ein Theil der Civica feind, trotz der Süßigkeiten, welche er ihr mit jedem neuen Tagsbefehl vorgesagt hat. — Eine Krisis wird nach allen diesen Vorgängen eintreten müssen, auch ohne bewaffnete Intervention. Heute sollte wiederum Generalmarsch geschlagen und eine Demonstration gemacht werden, die Veröffentlichung obigen Protestes aber hat alles vereitelt.

Die neuesten Turiner Blätter, vom 30. Dezember, stellen eine nahe Auflösung der piomentesischen Deputirtenkammer in Aussicht, das Ministerium Gioberti, obgleich es bis jetzt in derselben eine Majorität hat, doch in die Länge nicht auf deren volle Unterstützung für seine demokratischen und kriegslustigen Entwürfe zählen zu können meint.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

So eben hat die Presse verlassen und ist in der Tümmel'schen Buchdruckerei (Expedition der Mittelfränk. Zeitung) zu haben:

Das

Glaubensbekenntniß

der

freien christlichen (deutsch-katholischen)

Kirche,

erklärt

von

Johannes Ronge.

(Preis 6 Kr.)

Erstes Abonnements-Concert

von Grobe und Erdmannsdörfer im goldnen Adler, Freitag am 5. Januar.

1) Sinfonie von Mendelsohn.
2) Lieder, vorgetragen von Herrn Herger.
3) Ouverture zur Oper Haydé von Auber
4) Kriegersgebet von Lachner (Männerchor.)
5) Walzer von Lanner.
6) Potpourry von Lanner.
7) Quadrille aus Martha

Anfang 8 Uhr.

Empfehlung.

Englische Austern, böhmische Fasanen, Schwarzwild, Gänseleber-, Casselerleber-, Zungen-, Ibersillee-Würste sind in frischen Sendungen zu haben bey

G. C. Prückner.
Königsstrasse L. Nro. 109.

Empfehlung.

Unterzeichneter erlaubt sich, seine schon seit Jahren bestehende Zeichenanstalt ergebenst zu empfehlen, mit dem Bemerken, daß dessen Wohnung und Zeichenlokal jetzt in S. Nro. 690 Tetzelgasse am Ecke des Stöpselgäßchens sich befindet.

Ergebenster
J. Grünewald,
Zeichnenlehrer.

Bürgerverein für Freiheit und Ordnung.

Den Mitgliedern dient zur Notiz, daß nach dem allgemein ausgesprochenen Wunsche es für die Zukunft immer in öffentlichen Blättern bekannt gemacht werden soll, so oft eine Donnerstags-Zusammenkunft oder allgemeine Versammlung stattfindet.

Donnerstag, den 4. Januar keine Zusammenkunft.

Für Buch- und Musikalien-Handlungen.

Ein sehr gewinnreiches Unternehmen wäre unstreitig die Errichtung einer zweiten Musikalien-Leih-Anstalt, indem die einzige dahier bestehende Anstalt dieser Art dem Bedürfniß unmöglich entsprechen kann, zumal die beliebtesten Musikstücke immer nur einfach (statt 2 oder 3 Exemplare) vorhanden sind und man daher oft Jahre lang derselben nicht habhaft werden kann, überdies aber seit beinahe 3 Jahren nicht ein einziges neues Stück der Leihanstalt beigelegt worden ist.

Jammerthal.

Donnerstag den 5. Januar Abend's 8 Uhr »Unterhaltung von dem Quartett-Musik-Verein« aus München, abwechselnd mit einer Auswahl von Musikstücken, als: Ouvertüren, Potpourri's, Wiener Walzer, Steyrer Ländler, Polka etc., wozu hiemit höflichst einladet

A. Ammersdorfer.

(Zu verkaufen) Ein einspänniger Schlitten und ein Kinderschlitten, beide mit Pelzdecken, sind billig zu verkaufen L. 317.

Münchner Tagblatt.

(Siebenundvierzigster Jahrgang.)

Der Preis bleibt im ganzen Königreiche:
Der Jahrgang 3 fl.
Halbjährig . . 1 fl. 30 kr.
Vierteljährig . . . . 45 kr.

Zu Anzeigen aller Art kann dieses Blatt bestens empfohlen werden, da es täglich mehr als 50,000 mal gelesen wird.

Wir danken für die freundliche Theilnahme unserer verehrlichen Mitarbeiter und bitten um fernere Unterstützung.

Unser Wahlspruch sey:

Freiheit, Wahrheit und Gesetzmäßigkeit!

Schließlich bitten wir namentlich alle freisinnigen Männer, welche die Tendenz der freien Gesinnung theilen und dem Fortschritte huldigen, dieses Blatt nach Kräften zu unterstützen, da uns keine Unterstützungen, deren sich die ultramontanen Organe so reichlich zu erfreuen haben, zu Theil werden können, sondern wir vielmehr der geheimen Verfolgung und dem äußern Drucke der Ultramontanen preisgegeben sind

Getrost und muthvoll treten wir unser gutes aber mühevolles Streben auch für dieses Jahr an.

Die Redaktion des Münchener Tagblattes

Musikalischer Verein Cäcilia.

Montag den 8. Januar Produktion im goldnen Adler. Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand

(Verloren.) Am Donnerstag den 28 Dezember v. J wurde von der Karlsbrücke, über den Schleifersteg, bis an den Herrnmarkt, eine ganz neue schwarzseidne Kinderschürze verloren, um deren Zurückgabe gegen gute Belohnung in S. Nro. 571 der Theresienstraße dringend gebeten wird.

(Gesuch.) Eine solide Köchin, die sich auch allen Hausarbeiten unterzieht, wird gesucht.

(Gesuch.) In der Nähe der Frauenkirche werden einige Mitleser zur Mittelfränkischen Zeitung gesucht.

(Gesuch.) Auf ein hiesiges Contoir wird ein Schreiber für die Nachmittagsstunden gesucht. Offerten unter Chiffre B. befördert die Exped. d. Bl.

(Gesuch) Eine erfahrne Köchin, die auch Hausarbeit willig besorgt, sucht einen Platz in L. Nr. 252 am Josephsplatz

(Gesuch.) Eine Köchin, welche im Kochen gut erfahren ist, sich auch willig jeder Hausarbeit unterzieht, wünscht sogleich oder bis nächstes Ziel in Dienste zu treten.

(Gesuch) Ein gesetztes Mädchen das schon als Haus- und Kindsmagd diente, sucht in derselben Eigenschaft sogleich oder bis Lichtmeß eine Unterkunft.

(Gesuch.) In S Nro. 1072 beim Militärspital, wird an Lichtmeß eine erfahrene Magd, die kochen kann und Liebe zu Kindern hat, gedingt.

(Gesuch.) Eine treue, fleißige Magd, welche Hausmannskost kochen kann, wird bis Ziel Lichtmeß in Dienst zu nehmen gesucht.

(Gesuch) Zum Badergeschäft wird ein junger Mensch von soliden Eltern in die Lehre zu nehmen gesucht —

(Gesuch) Ein braves Mädchen, welches in allen häuslichen Arbeiten erfahren ist, wünscht sogleich oder nächstes Ziel in einem soliden Hause unterzukommen. Näheres S. Nro. 308 Füll.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen von braven Eltern wünscht bis nächstes Ziel in einem Spezereiladen in Nürnberg als Ladenjungfer unterzukommen. Sie sieht nicht auf großen Lohn, sondern nur auf gute Behandlung.

(Literatur.) Bei Fr. Bartholomäus in Erfurt ist erschienen und durch jede solide Buchhandlung zu beziehen:

Das Buch vom alten Fritz.

Für die Jugend zur angenehmen Unterhaltung und Belehrung

Kl. 8 13 Bogen Text, mit 2 Kupfern gebd. 54 kr.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 6 Januar 1849 № 6. Samstag: Ersch. Chr.

Aufforderung an sämmtliche Hausbesitzer des Kreises Mittelfranken.

Es wurden vor einigen Tagen die Brandversicherungsbeiträge pr. 1847/48 zur Einzahlung ausgeschrieben, die nach den verschiedenen Klassen 14³/₈ bis 19¹/₂ Kreuzer vom Hundert des Versicherungskapitals betragen. Die ausserordentliche Höhe dieser Beiträge, die in der jetzigen geldlosen Zeit doppelt schwer zu erschwingen sind, veranlaßte die Berufung einer Versammlung hiesiger Hausbesitzer, welche am 2. Jan. im Saale zum rothen Hahn dahier stattfand. Nachdem Herr Bürstenfabrikant J. Sichling die Versammlung mit einer passenden Anrede eröffnet, und auf den Zweck der Versammlung hingewiesen hatte, wurden ein Ausschuß zur Leitung der Angelegenheit und zur Vollziehung der Beschlüsse der Versammlung gewählt, und sodann folgende Beschlüsse einstimmig gefaßt:

1) (auf Antrag des Hrn. Goldarbeiters Zwanziger) die bereits ausgeschriebenen Beiträge zur Brandversicherung möchten von den Bewohnern des Kreises Mittelfranken so lange zurückgehalten werden, bis die betreffende höchste Stelle über die Verwaltung des fraglichen Instituts seit dem Eintritt der Stadt Nürnberg in die allgemeine Landesassecuranz genaue Rechnung abgelegt hat, so zwar, daß den Betheiligten die Verwendung der seitherigen Einnahmen vollkommen klar werde. 2) Antrag von demselben. Zu diesem Behufe möchten die Hausbesitzer des Kreises Mittelfranken eine aus 5 Männern bestehende Kommission, und zwar 2 aus Nürnberg und 3 aus den übrigen Theilen des Kreises ernennen, und baldmöglichst nach München senden, um das Geschäft der Rechnungsrevision vorzunehmen, und über den Befund ihren Auftraggebern getreuen Bericht erstatten. 3) Antrag von demselben. Im Fall das Ergebniß der Revision sich so stellt, daß die seitherigen Einnahmen und Ausgaben in einem geordneten und entsprechenden Verhältniß stehen, daß insbesondere das abgelaufene Versicherungsjahr die Ausschreibung der so ungewöhnlich hohen Beiträge pro 1847/48 rechtfertigt, so möge die Staatsregierung dazu veranlaßt werden, daß sie in Berücksichtigung der gegenwärtig sehr gedrückten Verhältnisse der mittleren und unteren Stände den Reservefond des Instituts so weit zur Verfügung stelle, daß die ausgeschriebenen Beiträge mindestens auf die Hälfte reducirt werden können. 4) (Antrag von Herrn Bürstenfabrikant J. Sichling.) In Betracht, daß die dem Kreise Mittelfranken geleisteten Brandentschädigungen zu keiner Zeit in einem entsprechenden Verhältnisse zu den zur Landesassecuranz geleisteten Beiträgen standen; in Betracht, daß laut Kap. I. Art.; der revidirten Brandversicherungsordnung vom J. 1811 die Brandversicherung als ein gesellschaftl. Verein von Gebäudebesitzern im Allgemeinen eine freie Anstalt ist; in Betracht, daß demnach Niemandem, folglich auch nicht der Staatsbehörde das Recht vindicirt werden kann, die Hauseigenthümer, wenn sie sich vor Brandschaden sichern wollen, zum Beitritt zu einem bestimmten Assekuranz-Verein zu zwingen oder von der Bildung anderer Vereine dieser Art oder von dem Beitritt zu anderen Vereinen abzuhalten; in Betracht, daß auch in der vorliegenden Frage allen deutschen Staatsbürgern die unbedingteste Benützung des in den deutschen Grundrechten garantirten freien Vereinigungsrechtes gewahrt seyn, und jede Beschränkung desselben als eine ungesetzliche betrachtet werden muß, möchten die Abgeordneten des Kreises Mittelfranken für die nächste zweite Ständekammer von den mittelfränkischen Hausbesitzern den Auftrag erhalten, auf die Lostrennung Mittelfrankens von der allgemeinen Brandversicherung Behufs der Bildung einer Kreisversicherungsanstatt, so wie auf die Aufhebung des in Art. I. Cap. I. der revidirten Brandversicherungsordnung enthaltenen Verbots der Versicherung von Gebäuden bei auswärtigen Gesellschaften hinzuwirken.

Indem man diese Beschlüsse hiemit zur allgemeinen Kenntniß bringt und damit die Anzeige verbindet, daß Listen, die Aufforderung zum Beitritt zu unseren Beschlüssen enthaltend, in hiesiger Stadt zirkuliren werden, ergeht an die Hausbesitzer von Mittelfranken der Aufruf, unsern Beschlüssen sich anzuschließen und durch Reichung kleiner freiwilliger Beiträge den Ausschuß zur Betreibung der Angelegenheit in den Stand zu setzen. Da die Zeit drängt, und eine Generalversammlung sämmtlicher mittelfränkischer Hausbesitzer unmöglich ist, so wird es am zweckmäßigsten seyn, wenn die nächst Nürnberg bedeutendsten Städte Mittelfrankens, Fürth, Ansbach und Erlangen, je einen Abgeordneten stellen.

Alle auf diese Angelegenheit bezüglichen schriftlichen Mittheilungen wollen an Herrn J. Sichling, Bürstenfabrikant, Neuegasse in Nürnberg adressirt werden. — Alle Zeitungs-Expeditionen werden höflich ersucht, obigen Artikel in die Spalten Ihrer Blätter aufzunehmen. Nürnberg, den 4. Januar 1849. Der Ausschuß.

Deutschland.

Bayern. (München, 4. Jan.) Die bei dem Appellationsgerichte der Oberpfalz und von Regensburg erledigte Stelle des ersten Direktors wurde dem zweiten Direktor des Appellationsgerichtes von Oberfranken K. Frhrn. v. Waldenfels, und die hiedurch sich erledigende Stelle dem Oberappellationsgerichtsrathe W. K. L. Greiner verliehen. Der auf den bisherigen bürgerl. Bürgermeister und zugleich rechtskundigen Magistratsrath K. Heinrich zu Augsburg gefallenen Wahl zu der Stelle eines zweiten rechtskundigen Bürgermeisters wurde die landesfürstliche Bestätigung ertheilt; die erledigte Landgerichts-Physikatsstelle zu Grafenau wurde dem praktischen Arzte Dr. A. Hofer in Mainburg übertragen; dem Landgerichte Windsheim ward ein dritter Nebenbeamter in der Eigenschaft als Aktuar beigegeben, und diese Stelle dem geprüftem Rechtspraktikanten A. Gerhager aus Schleißheim verliehen.

(München, den 3. Januar.) Wie gewöhnlich, hat auch heuer Se. Majestät der König zum neuen Jahre eine Anzahl Ordensverleihungen vorgenommen, und zwar die folgenden: dem Staatsminister des königlichen Hauses und des Aeußern Grafen Bray das Comthurkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone; den Staatsräthen Frhrn. v. Pelkhofen und Frhrn. v. Thon-Dittmer, dem Legationsrathe Baron v. Aretin, den Ministerialräthen Hauck, Hadel und Karl Kleinschrod, dem Direktor Bachmann, dem Professor Hofrath Textor, dem Vicepräsidenten des Generalauditoriats Generalmajor Tichtel, den Generalmajoren Lüder und von der Mark und dem Oberstlieutenant Lindpaintner das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone. Das Großkreuz vom Verdienstorden vom heiligen Michael erhielten die Generallieutenants Fürst v. Taxis und Graf Isenburg; das Comthurkreuz vom selben Orden die Generale Weishaupt, Maillinger und v. Schleitheim, der Kriegsminister v. Lesuire und der Justizminister Reichsrath Heintz, der Oberappellationsgerichtsdirektor v. Geingroß und der Staatsprokurator v. Korbach; das Ritterkreuz des Verdienstordens vom heiligen Michael die Geschäftsträger Graf Ludwig v. Montgelas und Max v. Gise, der Legationssekretär Faber in Athen, der geheime Sekretär des Staatsraths Sed. v. Kodell, der Ministerialrath Ringelmann, die Oberappellationsgerichtsräthe Bettinger und Zink, die Appellationsgerichtsräthe Eßl und Paur, der Stadtgerichtsdirektor Conrad in Bamberg, der geistliche Rath Professor Dr. Andreas Buchner, die Maler Professor Schorn, Adam, der Medailleur Voigt, der Oberbaurath Voit, der Kupferstecher Amsler, der Bildhauer Widnmann, die Professoren Sieber und Stadlbaur, der Polizeidirektor v. Pechmann, der Oberrechnungsrath Burkart, der Regierungsrath Deabna, der Münzwardein Haindl, der Salinenrath Stölzl, der Forstrath Waldmann, der Ministerialrath Pfeufer, der Vorstand des Frauenhofer'schen Instituts G. Merz, die Obersten Lassimon und v. Stetten, der Generalstabsarzt Handschuh, der Auditor Politzka und der pensionirte Major Trömer. (A. A. Z.)

(Würzburg, den 29. Dezember.) Mit dem Magistrat München hat Bankier E. Kohler in Genf einen Vertrag zur Beleuchtung der Stadt mit Gas abgeschlossen. Die Dauerzeit desselben ist 25 Jahre. Der Magistrat zahlt für 1000 Straßen-Laternen und Kandelaber pr. Jahr auf eine 22 fl., wobei jedes Licht 4¹/₂ englische Kubikfuß Gas pr. Stunde verzehrt und 1400 Stunden pr. Jahr brennen muß. Der Preis des Gases für Privaten ist 6 fl. für 1000 engl. Kubikfuß, was nicht ganz 1¹/₂ kr. pr. Stunde für eine Flamme von 4 Kubikfuß pr. Stunde entspricht, deren Leuchtkraft dem Lichte von 6 Wachskerzen bester Qualität à 4 Stück von 14 bayer. Zoll Länge auf 1 bayer Pfund gleich brennt. (N. W. Z.)

Anhalt. (Dessau, 29. Dezember.) Unser Minister Habicht, der neulich nach Berlin gereist war, um die preussische Regierung zu vermögen, ihre Einwilligung zur Vereinigung der beiden anhaltischen Fürstenthümer zu geben, ist unverrichteter Sache wieder hieher zurückgekehrt. Wie wir aus sehr guter Quelle erfahren haben, ist der Grund der Weigerung des Berliner Kabinets die Weigerung unsers Ministers, alle in dem Anhaltinischen (besonders in Köthen) sich aufhaltenden ausländischen Demokraten auszuweisen. Habicht glaubte, im Hinblick auf die Bestimmungen der Grundrechte des deutschen Volkes, auf dieses Ansinnen nicht eingehen zu dürfen, selbst nicht, als man ihm drohte, von Seite Preussens auf eine Mediatisirung Anhalts bei der Centralgewalt energisch hinzuarbeiten. So werden also unsere Nachbarn, die Bernburger, sich noch eine Zeit lang mit ihrem jetzigen nicht eben beliebten Ministerium begnügen müssen. (Leipz. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 2. Jan.) Gestern Abend erschienen beim Reichsverweser die hier befindlichen Gesandten und Geschäftsträger fremder Staaten, um im Namen ihrer Regierungen bei Gelegenheit des Jahreswechsels Glückwünsche darzubringen, welche von Sr. kaiserl. Hoheit in verbindlichster Weise entgegengenommen und erwiedert wurden. (Frkft. O.-P.-Z.)

** (Frankfurt, den 3. Januar.) [145. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Austrittsanzeige der Abg. Mylius, Wernee, Schneider, Willmar, Schilling. Eingetreten sind Weltee, Starck, Bodemann, Godefroy, Mann, Bech-Buschmann. Anzeige von großen Flottenbeiträgen und von Anerbietungen einiger Buchhandlungen, der Reichsbibliothek Verlagswerke schenken zu wollen. Der Ministerpräsident Gagern beantwortet einige Interpellationen sehr unvollkommen, darunter die Beschwerde über Verletzung des Briefgeheimnisses. Wenn ein Brief offen an seine Adresse gelange, so sey damit noch nicht bewiesen, daß eine deutsche Regierung dieses Oeffnen angeordnet habe. Der Interpellant (Roßmäßler aus Tharand) solle sich an die Behörde wenden, welche die Aufgabe hat, die Regelmäßigkeit der Briefverwaltung zu beaufsichtigen. Roßmäßler ist damit nicht zufrieden, sondern behält sich seinen Antrag vor. Einige Interpellationen werden zurückgelegt. Man schreitet sodann zur Wahl der Präsidenten. E. Simson ist mit 244 von 369 Stimmen gewählt. Simon erhielt 79, Kirchgeßner 27, K. Welcker 10. Simson dankt in den stereotypen Ausdrücken für das Vertrauen und bittet um Nachsicht in der Ausübung des schwierigen Amtes. Als erster Vizepräsident geht aus dem nöthig gewordenen zweiten Skrutinium W. Beseler aus Schleswig mit 190 Stimmen von 343 hervor. Beseler hält auch eine Rede, in der er nachweist, daß es Zeit sey, Deutschland einmal seiner Bestimmung entgegenzuführen. Zum Schutze der Freiheit sey nöthig 1) Macht, 2) Macht und 3) Macht; (eine Redewendung, die schon der alte Fritz gebrauchte.) Zweiter Vizepräsident ist Kirchgeßner mit 161 unter 307 Stimmen. Als etwas Besonderes bei diesem Wahl-

akte ist hervorzuheben, daß auch eine Stimme auf Friedrich Hecker fiel, die denselben zum ersten Vizepräsidenten haben wollte.

Es werden nach dee Wahl der Präsidenten die Wahlzettel zur Ergänzung des Ausschusses für Begutachtung der Wahlen in den badischen Bezirken Thiengen und Konstanz durch drei Mitglieder eingesammelt. Friedrich erstattet Bericht über die Kosten der an den Reichsverweser nach Wien gesendeten Deputation. Diese Kosten betragen 2339 Gulden geradeaus und wird deren Tilgung, wie sich das ja von selbst versteht, ist's ja doch zu Deutschlands Ehre, Ruhm und Macht ausgegeben worden, genehmigt. Compes bringt die Ausweisung G. Diezels aus Nürnberg, jene ungerechte Ausweisung zur Sprache, dann die Eingabe des Mechanikus Groß zu Düsseldorf in Bezug auf die Gefangenen zu Bruchsal, und eine Eingabe, die Wahlen der Reichsversammlung betreffd. Ueber die drei Punkte wird gleichgültig zur Tagesordnung geschritten. Ein Bericht über den Antrag: Aufhebung der körperlichen Züchtigung bei den Reichstruppen, läßt Wießner aus Wien das Wort nehmen und ihn bei seinem Antrage bestehen, daß die körperliche Züchtigung bei den Reichstruppen, die noch bestehe, abgeschafft werde. Böcler entgegnet, daß dies schon in den Grundrechten vorgesehen sey. Auf der Tagesordnung ist sodann eine Petition von 106 homöopathischen Aerzten aus Rheinland und Westphalen und eine Petition praktischer Aerzte und Wundärzte zur Föderung der Gesammtinteressen des Heilpersonals. Erstere wird der Centralgewalt zur Berücksichtigung empfohlen, letztere bei Seite gelegt. Nach einigen Interpellationen endigt die Sitzung nach 1 Uhr. Nächste Sitzung morgen.

(Frankfurt, den 1. Januar.) Der Abgeordnete Dr. Wilhelm Schulz hat folgenden Antrag in der Nationalversammlung gestellt: »In Betracht, daß die eigenthümlichen Verhältnisse Oesterreichs eine befriedigende Auslegung der zu Art. II. §§. 2 und 3 („das Reich") gefaßten Beschlüsse sofort nothwenig machen, ehe durch weitere Mißdeutung dieser Beschlüsse die Kluft zwischen dem deutschen Reiche und Oesterreich vergrößert, und die Begründung deutscher Einheit in eine unbestimmte Zukunft hinausgeschoben wird — beschließe die hohe Nationalversammlung: 1) statt der §§. 2 und 3 die folgende Fassung: Sind nichtdeutsche Länder mit deutschen Gebieten unter einem Staatsoberhaupt vereinigt, so können aus dieser Vereinigung für das deutsche Reich keine andeen Verbindlichkeiten entspringen, als sie aus dem Begriffe der reinen Personalunion folgen. 2) die Verweisung dieses Antrags an den Verfassungsausschuß zu unverzüglicher Berichterstattung. — In der materiellen Begründung des Antrags heißt es unter anderem: Die Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit einer fortdauernden vollständigen Vereinigung von Deutschösterreich mit dem deutschen Reiche tritt bei näherer Betrachtung ihrer gemeinsamen praktisch-politischen Interessen nur noch deutlicher hervor. Im Gebiete der internationalen Politik würde es sich von selbst verstehen, daß die Bewohner der deutschösterreichischen Gebiete im Auslande von den Gesandten und Konsuln des deutschen Reiches vertreten würden, bei deren Ernennung ja auch Oesterreich zu konkurriren hätte. Davon abgesehen, würde jedoch Oesterreich — mag es sich nun als Staatenbund, Bundesstaat oder Einheitsstaat konstituiren — nach wie vor das aktive und passive Gesandschaftsrecht ausüben. Um so weniger können hieraus Inkonvenienzen entspringen, als das deutsche Reich und Oesterreich in ihren wichtigsten internationalen Interessen völlig Hand in Hand gehen. Denn was Oesterreichs Stellung in Italien betrifft, so liegt es, wenigstens so lange, als noch überhaupt der Zustand Europa's ein schwankender und prekärer ist, im gemeinsamen Vortheil des deutschen Reichs und des mit ihm verbundenen Oesterreichs, daß dieses im Besitze einer die Südgrenzen Deutschlands und seine Verbindungen mit dem adriatischen Meere sichernden Militärgrenze in Oberitalien bleibe. In den Beziehungen Oesterreichs zum Osten ist es aber das gemeinsame, wohlverstandene Interesse sowohl aller Deutschen, als aller Völker Oesterreichs — mögen diese Deutsche, Magyaren oder Slaven seyn — daß das deutsche Reich mit und durch Oesterreich dem Uebergewichte Rußlands in den Donauländern Schranken zu setzen, und den deutschen Einfluß bis an die Küsten des schwarzen Meeres auszudehnen suche. Sollte aus diesen Bestrebungen einer staatsklugen Politik Oesterreichs irgend ein Konflikt mit einer auswärtigen Macht entstehen, so würde das mit dem deutschen Reich in seinen deutschen Gebieten vereinigte Oesterreich stets auch die Gesammtmacht des Reiches zum Rückhalte und zur Unterstützung haben."

(Frfr.-O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 3. Januar.) Wie erfahren aus guter Quelle, daß gestern an den hiesigen österreichischen Bevollmächtigten eine Note seiner Regieeung vom 28. Dez. eingelaufen ist, worin in Antwort auf das Gagern'sche Programm erklärt wied, Oesterreich werde eine neue deutsche Verfassung nur anerkennen, wenn dieselbe mit seiner Zustimmung zu Stande komme, welche um so mehr eingeholt weeden müsse, als es nach der bisherigen Verfassung in Deutschland den Vorsitz zu führen habe. Einer Gesandtschaft bedürfe es nicht. Von den Beschlüssen der Nationalversammlung soll in dee Note mit keinem Worte die Rede seyn. Wir müssen erwarten, in den Stand gesetzt zu werden, den Inhalt genauer mitzutheilen. Nach dem aber zu urtheilen, was wir bis jetzt erfahren, bedauern wir, fürchten zu müssen, daß diejenigen Recht behalten, welche glauben, Oesterreich beeifre sich nicht, zur baldigen Herstellung eines in sich geschlossenen starken Deutschlands beizutragen. Die Mehrheit der Nationalversammlung wird nun zu zeigen haben, ob sie ihre Aufgabe versteht. Herr von Schmerling ist zurückgekehrt.

(Frkft.-O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 3. Januar.) Die erste Frucht von Herrn von Schmerlings Reise nach Olmütz ist gezeitigt. Das österreichische Ministerium hat eine Note an die Reichsgewalt gerichtet, in welcher es erklärt, sein Progeamm sey durchaus mißverstanden. Oesterreich gäbe seinen Antheil an dem deutschen Verfassungswerke keineswegs auf. Die österreichischen Abgeordneten hätten in Frankfurt zu bleiben und die Verfassung gemeinschaftlich mit den Vertretern dee übrigen deutschen Staaten zu Ende zu bringen. Oesterreich behalte sich dann wie alle Regierungen das Recht der Vereinbarung vor! Es ist also eingetroffen, was wir bei der Abreise des Hrn. v. Schmerling vorausgesagt. Die österreichische Regierung hat ihr Progeamm, das wasserklare Program, die deutlichste aller Erklärungen, mit einer Erklärung versehen, wornach sie gerade das Gegentheil von dem besagt, was sie besagt. Den kostbaren Augenblick hat man unbenützt vorübergehen lassen. Mit Deutschlands Selbstständigkeit, die einen Augenblicke zu hoffen stand, soll es wieder vorbei seyn. Oesterreich, jetzt auf's innigste mit Rußland verbindet, so innig, daß, als der französische und englische Geschäftsträger gegen die schmählichen Uebergriffe der Russen in den Donaufürstenthümern doch wenigstens eine ohnmächtige Verwahrung einlegten, der Geschäftsträger Oesterreichs, dieser Schutzmacht des Ostens, alles so ruhig, als wäre er russischer Konsul, geschehen ließ — Oesterreich hat seine Hand wieder im Spiele. Wie wird Fürst Metternich sich die Hände reiben! Die deutsche Einheit, die Reichsverfassung und andere ideologische Träume wird er bereits für beseitigt ansehen. Die österreichische Regierung behält sich die Vereinbarung wie jede andere vor! Wie jede andere! Hat sie doch bis auf diese Stunde immer von ihrer ganz besonderen Stellung gesprochen; las man doch in wohlunterrichteten Organen, Sachsen und Bayern hätten zum deutschen Verfassungswerk eine ganz andere Stellung als Oesterreich. Man wird am Ende so großmüthig seyn, diese ganz besondere Stellung der deutschen Einheit gegenüber auch jeder andren deutschen Regierung einzuräumen. Es bleibt Alles bei Kaiser Franzens Testament! Indeß wollen wir so rasch den Muth nicht sinken lassen. Die Diplomaten, die feinen und listigen, haben diesmal nicht wie 1815 allein den deutschen Bund zu Stande zu bringen. Wir vertrauen auf die Nationalversammlung und das große deutsch. Volk.

(D. Z.)

Oesterreich. (Brody, 25. Dez.) Was man so lange vergeblich gewünscht, ist endlich wenigstens zum Theile verwirklicht. Nachdem die bisher mit unglaublicher Strenge gehandhabte russische Gränzsperre dem Handel und Verkehe unserer Stadt Monate lang die empfindlichsten Wunden geschlagen, erhalten wir am Schluß des verhängnißvollen Jahres 1848 als willkommenes Weihnachtsgeschenk eine bedeutende Milderung derselben, welche auf gänzliche Aufhebung hoffen laßt. Getraide, Schlachtvieh, Pferde und Brantwein, dürfen von nun an frei aus Rußland eingeführt werden. Wie es feener mit den Ertheilen von Pässen nach Rußland gehalten werden soll, darüber weiß man noch nichts Bestimmtes. So viel steht fest, daß mehrere Personen, welche schon längere Zeit Pässe erwarteten, dieselben jetzt eehalten. Schon die wieder erlaubte Einfuhr von Getraide, Schlachtvieh u. s. w. ist ein wesentlicher Vortheil für unsere Stadt, und man ist hier allgemein sehr erfreut darüber. Indessen ermangelt man doch nicht, sich über den Zeitpunkt, in welchem diese Milderungen eintriten, über die Ereignisse, von denen sie in unserm Vaterlande begleitet weeden, höchlich zu verwundern. Unwillkührlich wird man auf die Idee eines geheimen Einderständnisses zwischen unseeem und dem russischen Kabinette geleitet. Diese Idee erweckt naturlich bei uns mehr als irgendwo ernste Besorgnisse. Man zittert, daß ein möglicher europäischer Krieg uns in die Hände Rußlands liefern könnte. — Demzunächst beschäftigt die vor sich gehende Theilung Galiziens die Gemüther. Die Regierung begünstigt offenbar die Ruthenen. Obwohl natürlich in Lemberg während des Belagerungszustandes das Associationsrecht suspendirt, hält doch der ruthenische Volksrath ungestört seine Sitzungen.

Preussen. (Berlin, den 2. Januar.) Der preussische Staatsanzeiger enthält folgenden Neujahrwunsch des Königs, dessen Tendenz Jedermann einleuchten wird. „Ich wünsche Meinem heerlichen Kriegsheere, Linie und Landwehr, Glück zum neuen Jahre. Am Schluß des verhängnißvollen Jahres 1848 aber sage Ich dem Heere aus wahrestem Herzensbedürfniß anerkennende Worte für sein unvergleichliches Verhalten während desselben. In dem verflossenen Jahre, wo Preussen der Verführung und dem Hochverrathe ohne Gottes Hülfe erlegen wäre, hat Meine Armee ihren alten Ruhm bewährt und neuen geerndtet. König und Volk blicken mit Stolz auf die Söhne des Vaterlandes. Sie hielten ihre Treue, als Empörung die friedliche Entwickelung der freisinnigen Institutionen störte, denen Ich Mein Volk besonnen entgegen führen wollte. Sie schmückten ihre Fahnen mit neuen Lorbeeren, als Deutschland unsere Waffen in Schleswig bedurfte. Sie bestanden siegreich Mühseligkeiten und Gefahren, als im Großherzogthum Posen die Insurrektion zu bekämpfen war — ihre Mitwirkung zur Erhaltung der Ordnung in Süddeutschland erwarb dem preussischen Namen neue Anerkennung. — Als endlich im Vaterlande selbst die Gefährdung des Gesetzes das Einschreiten der bewaffneten Macht und das Zusammenziehen der Landwehr erheischte, verließen die wackeren Landwehrmännee freudig Haus und Hof, Weib und Kind, und alle, Linie und Landwehr, rechtfertigten eine in sie gesetztes Vertrauen und die bewunderungswürdige Organisation, welche der hochselige König Unserem Heere gegeben hat. — Ueberall hat die Armee ihre Pflicht gethan. Höher noch als diese Thaten schlage Ich aber die Haltung an, welche die Armee Monate hindurch bewährt hat, als sie abscheulichen Schmähungen, Verläumdungen und Verführungen ihren vortrefflichen Geist und edle Mannszucht rein und ungetrübt entgegenstellte. Ich kannte Meine Armee, wo Ich rief, stand sie bereit, in voller Treue, in voller Disziplin. Mehr hätten die Truppen in Preussens glorreichster Epoche nicht leisten können. Ich danke den Generalen, Offizieren und Soldaten des stehenden Heeres und der Landwehr in Meinem Namen und im Namen des Vaterlandes. Potsdam, den 1. Jan. 1849. Friedrich Wilhelm. (gegengez.) v. Strotha.

†*† (Berlin, den 2. Januar.) Die durch mehrere Zeitungen verbreitete Angabe, als seyen die Herren Dr. Soetbeer und Jungbanns, die Verfasser des Frankfueter Zolltarifs können wir nach einer uns zugegangenen glaubwürdigen Mittheilung dahin berichtigen, daß den genannten Herren, der von der Kommission vollständig bearbeitete Entwurf lediglich zur Revision überwiesen war. Den Artikel über Baumwolle hatte Hr. Prince-Smith, den über Eisen Hr. Faucher und den über Zucker Hr. Alivater bearbeitet.

Aus der Uckermark erfahren wir, daß die Wiederwählung des Herrn Grabow durch den Wahlkreis, der ihn zur früheren Nationalversammlung abgeordnet hatte, nicht ganz wahrscheinlich ist. Wie sehr im Allgemeinen auch der ehrenwerthe von allen Motiven eines eigensüchtigen Ehrgeizes freie Charakter dieses Herrn anerkannt wird, so hat derselbe doch keiner Partei vollständig genügt. Die absolutistisch Gesinnten machen es ihm zum Vorwurf, daß er vor dem 27. November sein Mandat niedergelegt hat, um sich nicht nach Brandenburg begeben zu dürfen, die gegenüberstehende Partei findet eine seiner Rechtsansicht widerstreitende Konnivenz darin, daß er nicht an den Berathungen in Berlin nach dem 8. November Theil genommen. Beide Parteien stimmen in der wohl auf einer Verkennung der Verhältnisse beruhenden Ansicht überein, daß die Anwesenheit des Hrn. Grabow hier oder in Brandenburg eine größere Mäßigung der Versammlungen bewirkt und die äußersten Schritte Seitens der Versammlung, wie Seitens der Regierung verhindert haben würde.

Eine auffallende Erscheinung sind heute die vielen Truppenbewegungen innerhalb der Stadt. Dieselben haben ihren Grund wohl in dem Einmarsch neuer Militärabtheilungen, die an die Stelle der in letzter Zeit von hier ausgerückten Mannschaften in Berlin garnisoniren werden.

Die Einrichtungen für das Berathungslokal der zweiten Kammer im Hardenberg'schen Palais am Dönhofsplatz werden mit außerordentlichem Eifer und Aufwand von Arbeitskräften betrieben. Um die Vollendung bis Mitte Februars zu ermöglichen, sind die bei den Baulichkeiten beschäftigten Arbeiter in drei Klassen getheilt, die jedesmal innerhalb 24 Stunden wechseln. Die Arbeiten werden mithin während der ganzen Tages- und Nachtzeit ununterbrochen fortgesetzt. Die inneren Räume des Gebäudes sollen nur theilweis und zwar zu den Bureaux benützt werden. Ein besonderer Sitzungssaal wird in dem Hofraume neu gebaut.

Herr Jung, der früher längere Zeit bei rheinischen Gerichtshöfen als richterliches Mitglied beschäftigt war und sich nach Berlin zur Ausbildung für die altländische Rechtspflege hatte versetzen lassen, beabsichtigt jetzt, sich als Advokat-Anwalt bei dem rheinischen Revisions- und Kassationshofe niederzulassen. — Aus der Feder des bei diesem Gerichtshofe als Mitglied fungirenden früheren Abgeordneten, Professor von Daniels, ist so eben ein, die Grundsätze des rheinischen und französischen Strafverfahrens mit Schärfe und Klarheit entwickelndes Werk erschienen.

Sachsen. (Arnstadt, 31. Dez.) Heute früh 3 Uhr weckten uns die Alarmsignale der hier stationirten sächsischen Reichstruppen. Auf Befehl des Bataillonskommandanten Majors v. Auenmüller, der mit der 6. und 8. Kompagnie des 2. Bataillons vom Leibinfanterieregimente in Gotha liegt, mußte die hier stationirte 5. und 7. Kompagnie zur Verstärkung nach Gotha, wo arge Excesse von Seiten der Bürger gegen die Sachsen vorgekommen seyn sollen. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Schleswig, 28. Dez.) Unter den Deputirten der Landesversammlung wird vielfach über ein von der Generalgewalt hinsichtlich Alsens und Arroe's an Dänemark gestelltes Ultimatum gesprochen, in welchem der Termin der Herausgabe auf einer der letzten Tage dieses Monats gestellt sey. Zu ganz eigenthümlichen Reflexionen mußte der in der öffentlichen Sitzung von Hancke, scheinbar ohne allen Grund, gestellte Antrag veranlassen, zur Forterhebung der Steuer nur die jetzige gemeinsame Regierung zu ermächtigen. Erwägt man, daß dieser Antrag, mit dem sich auch der Finanzminister einverstanden erklärte, einstimmig angenommen ward, beachtet man ferner die Aeußerung des Grafen Reventlow, es komme jetzt vor Allem darauf an, die gemeinsame Regierung durch das Vertrauen, welches ihr von der Landesversammlung bewiesen werde, zu stärken, — so kann es kaum einem Zweifel unterliegen, daß wiederum ein diplomatisches Ungewitter im Anzuge ist, von dem man fürchtet, daß es sich in Form eines abermaligen Regierungswechsels entladen werde. Wäre die erste heutige Sitzung keine geheime gewesen, so würde man sich hinsichtlich des erwähnten Antrags und seiner einstimmigen Annahme wahrscheinlich nicht auf Muthmaßungen zu beschränken haben. (S.-H. Z.)

(Schleswig, 30. Dez.) Kopenhagener Blätter bringen einige wichtige Aufschlüsse über die dänische Truppenverstärkung auf den nordschleswigschen Inseln Alsen und Arroe und die hiermit verbundenen Absichten. Die „Berling'sche Ztg." bringt in ihrer neuesten Nummer vom 27. d. M. eine Erklärung, daß es keineswegs in der Absicht des dänischen Gouvernements liege, durch irgend eine Handlung den Waffenstillstand brechen zu wollen, sondern die Truppenvermehrung auf Alsen und Arroe sey nur eine Vorsichtsmaßregel gegen die etwanigen Uebergriffe, welche sich die „Aufruhrsregierung" erlauben könnte gegen die treuen Insularbewohner. Die Truppen seyen nur (?) zum Schutze der Inseln, heißt es weiter in der Erklärung, und nur verläumderische Leute suchten auszusprengen, daß Dänemark einen Einfall in Schleswig beabsichtige; es seyen solche Insinnationen um so beklagenswerther, weil das dänische Gouvernement bemerkt habe, daß sich zwischen den Schleswigern und Dänen bereits eine versöhnlichere (?) Stimmung Bahn zu brechen begönne. Es bestätigt sich, daß der Reichskommissär Stedmann wegen der vertragsmäßigen Rückgabe der Inseln Arroe und Alsen eine energische Note an die dänische Regierung gerichtet hat.

(Schleswig, 30. Dez.) Die Bevollmächtigten von Seiten Dänemarks haben erst jüngst von Kopenhagen die bestimmte Weisung erhalten, bei den Friedensunterhandlungen den Grundsatz festzuhalten, daß Schleswig weder in Dänemark einverleibt, noch in Süd- und Nordschleswig getheilt, sondern als selbstständiges Herzogthum und durch dänisches Protektorat regiert werden solle. Hinter den Koulissen sitzt in London der russische Gesandte Brunow, der bemüht ist, die dänischen Fürsprachen mit der Hoffnung zu ermuthigen, daß Rußland die Integrität der Gewährleistung in Bezug auf das Verhältniß Schleswigs zu den dänischen Erblanden vom Jahr 1773 nöthigenfalls mit Waffengewalt aufrecht erhalten werde. Das Jahr 1849 beginnt für Schleswig-Holstein in finanzieller Beziehung zwar mit einem Kassendefekt mit einer Million Reichsbankthaler; es wird aber dies und was sonst noch fehlt, durch die noch nicht verausgabten Kassenscheine gedeckt werden. Wir bemerkten in der Landesversammlung auch die Agnaten des Augustenburgischen Hauses, den Prinzen Friedrich und den Herzog von Augustenburg, welche sich an der etwas trockenen und kalten Debatte über den Staatshaushalt mit großem Eifer betheiligten. Ein nach Westindien bestimmtes Flensburger Kauffahrteischiff, Kapitän Klycke, ging, mit schleswig-holstein. Flagge und gleichen Schiffspapieren versehen, in See; doch kaum hatte es den Flensburger Meerbusen hinter sich, als es von den dänischen Piraten weggeschnappt und nach Sonderburg gebracht wurde. Dort hat man es mit einem dänischen Stempel und einer gleichen Flagge versehen und alsdann wieder freigelassen. Der Hauptzweck dieser Freibeuterei ist — Gelderpressung. (D. A. Z.)

(Aus Schleswig-Holstein, den 30. Dezember.) Die freie Weihnachtszeit führt mich ins Sundewitt'sche, Alsen und Arroe gegenüber, um zu sehen, in wie weit Dänemark seine Pläne auf Schleswig auszuführen Anstalten mache. Berichte von Augenzeugen und der Augenschein belehrten mich bald, daß die ausgestreuten Gerüchte nicht grundlos seyen. So viel ist gewiß, Dänemark hat eine Militärmacht auf Alsen zusammengezogen, die weit die Bedingungen des Waffenstillstandes überschreitet. Nach dem Malmöer Vertrage sollen 2000 Mann zum Schutz der Lazarethe auf Alsen zurückbleiben, statt dessen liegen auf Alsen 8000 Mann, und ist Sonderburg mit dreifachen Wallen umgeben worden, welche die Stadt terassenförmig umlaufen. Zugleich hat man ungewöhnlich viel Geschütz dort zusammengebracht, doch glauben wir jetzt nicht an die Ausführung, da ein Projekt, welches so allgemein bekannt ist, wie dieser Ueberfall, schwerlich zur Ausführung kommen kann. Indessen haben sich die Verhältnisse durch den eingetretenen Frost bedeutend geändert, ein Herüberkommen von Alsen ist zu Wasser unmöglich geworden, und zu Lande wagen es die Dänen schwerlich, da sie verfolgt werden können. Bis zum Frühjahr werden wir daher wohl das Interregnum fortbestehen sehen, und dann wird die alte Neckerei wiederum beginnen, wenn nicht der Frieden der dänischen Partei aufgedrungen wird. (D. Z.)

Vom Obermain. Das Jahr 1848, merkwürdig durch das plötzliche Aufflammen des dem Anscheine nach so lange Zeit im Todesschlummer ruhenden deutschen Volksgeistes, der sich nun zum Ende geneigt. Was wird uns der Ausgang dieses Jahres bringen? war die Frage, die sich alle Deutschen in der ersten Zeit jenes glorreichen Erwachens stellten. Große Hoffnungen, gerechte Erwartungen belebten den einen, größeren — bange Besorgniß drückten den andern, kleinern Theil. Die Antwort ist da. Die Berge haben gekreißt und geboren ward — eine kleine Maus! Gedulden wir uns nur noch einige Monden und wir werden wieder da angelangt seyn, von wo wir ausgegangen sind, und das Bewußtseyn, unsern guten, treuen, deutschen Charakter wieder gewonnen zu haben, welchen wir unbegreiflicher Weise so schnöde verläugnet hatten, wird uns wieder in sußen Schlaf wiegen. Möge denn dieser Schlaf auch wieder 33 Jahre währen! Ueberhaupt trösten wir uns über die kurze Sündenzeit, der wir verfallen gewesen, mit dem Gedanken, daß es eigentlich nicht Untreue gegen unsere Regenten von Gottes Gnaden war, die uns zu so sträflicher Auflehnung vorführte, daß es vielmehr nur die angeborne Nachäffungssucht vermocht hatte, uns in jene heillosen Umtriebe zu verwickeln. Laßt uns so Etwas nie mehr einfallen! Vertrauen war, Vertrauen sey auch für die Folge unser Losungswort! Gott Lob! In Oesterreich und Preussen ist bereits die Scharte ausgewetzt und bei uns in Bayern wird Alles bald ebenfalls ins Geleise kommen. König Ludwig fängt wieder an zu bauen, v. Abel verkehrt am Hofe und Lerchenfeld ist als Minister abgetreten!!! (Bayr. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 1. Januar.) Alle Welt vermuthete heute, dem Neujahrstage, eine mehr oder weniger allgemeine Amnestie im amtlichen Blatte der Republik zu finden. Statt dessen erscheint der Moniteur mit folgender lakonischer Erklärung an seinem Kopfe: „Da wegen des Neujahrstages die Werkstätten des Moniteurs geschlossen sind, so wird derselbe am Dienstage nicht erscheinen, es müßte denn die Publikation eines offiziellen Artikels sein Erscheinen nothwendig machen."

Das Journal des Debats trägt ebenfalls folgende räthselhafte Worte an seiner Spitze, die unsere vorgestrige Andeutung einer neuen Ministerkrisis rechtfertigen: „Wir empfingen bis zu diesem Abend keine gewissen Nachrichten über den Zustand des Ministeriums. Indessen glauben wir, daß für den Augenblick keine anderen Minister gewechselt werden sollen."

Der „Moniteur" enthält zwei Dekrete aus dem Elysée-National vom 31. Dezbr., von denen das Eine vierzehn Departementen neue Präfekten gibt; das Andere die Wahlzirkel des Departements Vienne für den 14. Januar zur Ersetzung der Volksvertreter Drault und Jeudy zusammenruft. Die Ernennung der Präfekten, welche größtentheils der monarchischen Zeit angehören, dürfte in der Tagespresse scharf kritisirt werden.

Marrast hat die amtliche Erklärung abgegeben, daß er sich nicht mehr zum Präsidenten der Nationalversammlung wählen lassen werde.

Prudhon's Peuple meldet ziemlich ernste Auftritte in Badonvilles. Das Volk schaarte sich dort zusammen und wollte mehrere Beamte und anerkannt reiche Fabrikanten aufknüpfen. Tausend Stimmen riefen: Tod dem Henker Cavaignac! Hoch die Guillotine! Nieder mit den Geldaristokraten!

[Nationalversammlung. Sitzung vom 30. Dezember.] (Schluß.) Odilon Barrot sprach sehr hart und lange in Erwiderung Bac's über die Amnestiefrage. Man will uns, sagt er, die Amnestie durch Drohung abzwingen. (Oh! Oh!) Sie beschäftige alle Gemüther u. s. w.; allein das Andenken an die Möglichkeit der Rückkehr von den Junitagen beschäftige noch viel mehr die Gemüther. (Beifall zur Rechten.) Man wirft ein, daß gegen die Insurgenten keine Gerechtigkeit geübt worden sey. Sind sie nicht laut eines Dekrets der Nationalversammlung selbst deportirt worden? Von der Nationalversammlung hängt also auch das fernere Schicksal derselben lediglich ab. Das Ministerium kann und darf nichts wagen. Bac (ironisch): Das Kabinet will also die Initiative dieser edlen Maßregel uns überlassen! Wie vorsichtig! Es sagt ferner, wir wollen es durch Drohungen zu dieser großen Maßregel zwingen. Es ist mir aber nicht im Entferntesten eingefallen, Drohungen in meine Worte zu flechten. Der Minister fürchtet nur Gefahren aus der Amnestie. Ich dagegen bin der Ansicht, daß gerade mit der Amnestie die Gefahr schwinde. Nichts entwaffnet mehr als Edelmuth. Amnestie sey also ein Schritt zur Aussöhnung, deren das Kabinet sich so sehr rühme. Wie Alle, sind für die Ordnung und gegen den Bürgerkrieg u. s. w. u. s. w. Der Redner verlangt, daß man den nächsten Dienstag zur Debatte über die Amnestie ansetze. Die Versammlung verwirft jedoch diesen Antrag und geht zur Tagesordnung (Petitionsberichte) über. Nach Anhörung eines Stoßes von Petitionen wird die Sitzung um ¼6 Uhr aufgehoben. Corbon liest die Tagesordnung für den Dienstag vor, also zwei Feiertage.

Italien.

(Mailand, den 28. Dezember.) Eine außerordentliche Kriegssteuer von 4,336,239 Lire ist der Provinz Mailand auferlegt worden, sie muß bis Ende Februars entrichtet seyn, und ist theils zum Unterhalt der Truppen, theils zur Entschädigung der Offiziere und Beamten der frühern Garnison bestimmt, welche während der Revolution ihre Effekten verloren hatten. Zum Beweise der noch immer feindseligen Stimmung gegen die österreichische Herrschaft führe ich hiemit an, daß das Bild des Kaisers Franz Joseph hier mit Koth beworfen wurde, so daß kein Kunsthändler dasselbe zur Schau aushängen will. Die Nachricht, daß der Belagerungszustand der Stadt aufgehoben sey, ist unrichtig, vielmehr wurden die Bewohner, da wieder politische Demonstrationen hätten stattfinden sollen (ein Corso mit Calabreser Hüten und rothen Halsbinden, dann Wegwerfung von Cigarren), wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß nicht die Stadt Mailand allein, sondern die ganze Provinz in Belagerungszustand sich befinde. (A. A. Z.)

Schweiz.

(Genf.) Hier ist eine Subskription für die Waisen Robert Blum's eröffnet worden, die bereits gegen 2000 Unterschriften aufweist. (N. Z. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

E.-Nr. 4039 I.

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg

werden auf Andringen eines Hypothekengläubigers das Haus der Fischermeisterseheleute Adam und Margaretha Seidlein S. Nr. 46 zwischen den Fleischbänken auf dem die Gränfischerei-Gerechtigkeit betrieben wird, theils massiv, theils von Fachwerk gebaut, mit einem Keller, im ersten Stocke: Tenne, 4 Fischkasten, 2 Kammern, 2 Fischböden und Hofreulein, im zweiten Stock: 1 Vorplatz, 1 Stube, 1 Kammer, 1 Küche, im dritten Stock: 1 Vorplatz, 1 Stube 2 Kammern, 1 Küche, unter dem Dach 2 auf einander stehende Böden, mit einem Eigengeld zu 6 fl. behaftet, bezieht ein Walderecht zu 3 Mäß Holz und 2 Mäß Stöck, dann 100 Wellen, für 2000 fl. in der Brandkassa versichert und für 2300 fl. incl. Gerechtigkeit geschätzt, sodann zwei obere Fischbehälter bei St. Peter mit einem zum Aufbewahren von Fischereigeräthschaften, gehörigen Häuschen, Pl.-Nr. 164, behaftet mit 54 kr. Erbzins und den Handlohn zu 6⅔ Prozent, geschätzt für den öffentlichen Verkauf nach §. 64 des Hypotheken-Gesetzes und §. 67 und folg. des Gesetzes vom 17 Nov. 1837 unterstellt und wird Tagfahrt hiezu auf

Donnerstag den 22. Februar 1849, Vorm. 11 Uhr im Comm.-Zimmer Nr. 6

anberaumt, zu welcher Kaufsliebhaber vorgeladen werden.

Nürnberg, den 19. Dezember 1848.

Senffert

Haller.

Eheliche Verbindung und Empfehlung.

Unsere am 31. Dez. v. J. vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir hiemit Freunden und Bekannten ergebenst an, und bitten um fernere Freundschaft und Gewogenheit.

Nürnberg, den 6. Januar 1849.

Johann Jakob Motschiedler.
Marie Motschiedler, geborne Beer.

Zugleich empfehle ich mich meinen Gönnern, Freunden und Bekannten, so wie einem verehrlichen Publikum in allen vorkommenden Schuhmacherarbeiten, indem ich es mir zur strengsten Pflicht machen werde, stets moderne, dauerhafte und billige Arbeit zu liefern; ich sehe daher geneigten Aufträgen achtungsvoll entgegen. Auch bitte ich meine schätzbare Nachbarschaft um liebevolle Aufnahme in ihre Mitte.

Johann Jakob Motschiedler.
Schuhmachermeister.
S. Nro. 1017. Judengasse.

Trauer-Anzeige.

Theilnehmenden Freunden und Bekannten zeigen wir das gestern Nachmittag um 3 Uhr erfolgte Hinscheiden unserer geliebten Mutter, Schwieger-, Großmutter, Schwester und Tante, der

Frau Katharina Elisabetha Kell,
geb. Pflug.

an. Sie starb in Folge einer Brustentzündung nach viertägigem Krankenlager, 69 Jahre alt. Wer ihre fromme Gesinnung, ihre unermüdliche Thätigkeit und ihre innige Liebe zu den Ihrigen kannte, ermißt unsern Schmerz. Der Herr gebe ihr seines Himmels Freuden.

Nürnberg, den 4 Januar 1849.

Im Namen der sämmtlichen Hinterbliebenen:
Johanna Babette Schwemmer, als Tochter.
G. Friedrich Schwemmer, Schwiegersohn.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 7. Jan. Vormittags 11 Uhr auf dem St Johanniskirchhofe statt.

Freie christliche Gemeinde.

Sonntag den 7. Januar findet der Gottesdienst Nachmittag um 4 Uhr im Katharinensaale statt. Die Einlaßkarten sind bei Herrn Wolf am Markt am Samstag den ganzen Tag über und in der Expedition der Mittelfränkischen Zeitung nur Nachmittags von 4 — 6 Uhr zu haben. Da mehrere Karten beim vorigen Gottesdienst nicht zurückgegeben worden sind, werden die Einlaßkarten für den nächsten Sonntag mit einem Stempel versehen.

Der Vorstand
der freien christlichen Gemeinde.

Einladung.

Sonnabend den 6 Januar, Nachmittag 3 Uhr, wird im Saale von Köhels Kaffeehaus eine Versammlung Behufs der Bildung eines Frauenvereins, von Johannes Ronge gehalten werden. Der Zweck des Vereins soll vorzugsweise dahin gehen: arme Schulkinder zu unterstützen, armen Mädchen, die in Dienst treten wollen, einigen Unterricht in weiblichen Arbeiten zu geben, überhaupt die Lage Armer und Bedürftiger zu bessern, um dieselben geistig und sittlich zu heben und zu bilden.

Alle Frauen und Jungfrauen ohne Unterschied der Konfession und des Standes werden dazu hiemit freundlichst eingeladen.

Männern ist der Zutritt nicht gestattet.

Nürnberg, den 5. Jan. 1849.

Der Vorstand
der freien christlichen Gemeinde.

Anzeige.

Die so allgemein verlangte

„Rede" am Schlusse des Jahres (Sylvesterabend) 1848

von **Johannes Ronge** im Katharinensaale gehalten, hat so eben die Presse verlassen, und ist in der Tümmel'schen Buchdruckerei (Expedition der Mittelfränkischen Zeitung) um 6 kr. zu haben.

Empfehlung.

Ich erlaube mir hiemit die ergebene Anzeige zu machen, daß ich die Mandelkaffeefabrik des Herrn Georg Sauerbier jun. käuflich an mich gebracht habe, und vom heutigen Tage für meine eigene Rechnung fortführen werde. Bei Bedarf von Mandel-, Eichel- und gelben Rüben-Kaffe, sowohl offen, als in jeder beliebigen Verpackung, bitte ich hiemit einen geehrten Handelsstand, als auch ein werthes Gesammtpublikum, mich mit gütigen Aufträgen zu erfreuen, und schmeichle ich mir, bei ausgezeichneter Waare und billigster Bedienung, jeder billigen Anforderung Genüge leisten zu können.

Hochachtungsvoll

Nürnberg, den 1. Januar 1849.

Johann Leonhard Hofmann,
Krämersgäßchen, S. Nr 499,
vorm. Lohnkutschereibesitzer.

Bekanntmachung.

Montag den 8. ds., von früh 8 Uhr angefangen, werden durch die Lokal-Verpflegs-Commission in der Deutschhaus-Kaserne, Gebäude II ebener Erde, mehrere unbrauchbare Kasernbettdecken und eiserne Requisiten, sowie altes Eisen gegen gleich baare Bezahlung an den Meistbietenden versteigert. Nachmittags 2 Uhr findet gleiche Versteigerung im hiesigen Militair-Krankenhause statt.

Nürnberg, den 2. Januar 1849.

Aufforderung.

Herr Barbier He..ner wolle die am 1. Nov. 1848 bereits verfallene vierteljährige Ratenzahlung von Zwei Gulden meiner kleinen Forderung vom 25. Februar 1848 nach vielen mündlichen und schriftlichen unbeachteten Aufforderungen endlich berichtigen. Morgen mehr.

E. L.....

Anzeige.

Unterzeichneter verkauft frische Bremer Bricken und Anchovis, letztere dem Gewicht nach, um damit gänzlich aufzuräumen zu ganz billigen Preisen; er logirt im Gasthaus zur goldnen Weintraube in der Lammsgasse.

Rehbein.

Volks-Verein.

Die verehrlichen Mitglieder der Riege Nro. 5. des Volksvereins werden hiemit eingeladen, sich heute Samstag den 6. Januar Abends 8 Uhr in der Pfann'schen Wirthschaft in der Nadlergasse zur Wahl eines Riegenführers einzufinden.

Maye, prov. Riegenführer.

Fasten-Bretzen

beginnen morgen Sonntag von guter Qualität und immer frisch gebacken bei

Andr. Hack,
Pfannenschmidgasse.

Großer Demokraten-Ball

findet Sonntag den 7. Januar im Saale des Bamberger Hofes statt. Die Herren Mitglieder des Politischen Vereins und der Vereine für Volksfreiheit werden hiedurch höflichst eingeladen.

J. R. Lange,
Lehrer der Tanzkunst.

Listen zu Namensunterschriften liegen in S. Nr. 39 im Gasthof zum König Otto und in L. Nr. 469 der Breitengasse auf, auch werden an obengenannten Plätzen die Karten abgegeben.

Anfang des Balls 7½ Uhr. Eröffnung des Ballokals 6 Uhr.

(Verwechselter Hut.) Am 2ten Weihnachtsfeiertag wurde in dem Gesellschaftslokale der Harmonie ein Hut verwechselt, um dessen Austausch man bei der Gesellschaftsdienerin Heller bittet.

(Empfehlung.) Von heute an sind täglich frisch gebackene Fastenbretzen zu haben bei Bäckermeister

Hannamann am Obstmarkt.

(Verloren.) Ein Kommodeschlüssel ist verloren worden Kaiserstraße Nr. 114 II. Etage.

(Gesuch.) Hasenbälge sucht zu kaufen F. Staudt, Hutmacher, Neuegasse S. Nro. 1186.

Gasthaus St. Peter.

Sonntag den 7. Januar findet Tanzmusik statt, wozu ergebenst einladet

Kaiser.

Prater.

Morgen Sonntag den 7. Januar findet gutbesetzte Tanzmusik statt — Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Wozu ergebenst einladet

M. Rupprecht.

Goldener Hirsch

an der Lauferstrasse.

Morgen Sonntag den 7. Januar

Gesangs-Unterhaltung von Hrn. Fischer

mit neuen Piecen, wozu ergebenst einladet

Sturm.

Schießhaus St. Johannis.

Morgen Sonntag findet Tanzmusik statt. Um zahlreichen Besuch bittet ergebenst

Kellermann.

Rohlederers-Garten.

Sonntag den 7. Januar findet Produktion von dem „bekannten Streichquartett" statt, wozu ergebenst einladet

Anfang 4 Uhr.

L. Furkel.

Paradies.

Samstag den 6. Januar große Vorstellung der 3 Athleten aus Coblenz, wozu ergebenst einladet

H. B. Adam.

Paradies.

Sonntag den 7. Januar „Harmonie-Musik," wozu ergebenst einladet

H. B. Adam.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Sonntag Nachmittag ist Produktion im Saale vom

Kleeblatt

mit mehreren neuen Vorträgen, um recht zahlreichen Zuspruch bittet

Neubauer.

(Zu vermiethen) Die zwei Häuser in Tafelhof Nro. 71 und 72 sind täglich zu vermiethen. Das Nähere Nro. 73 daselbst.

(Zu vermiethen.) In L. Nr. 401 der Färbersgasse ist eine Wohnung mit 3 heizbaren Zimmern, einem nicht heizbaren und Küche sogleich zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Im Schlößchen Hs.-Nro 1 zu Steinbühl ist im ersten Stock eine helle, freundliche Wohnung, bestehend aus 3 heizbaren und zwei unheizbaren Zimmern, einer Küche nebst übrigen Bequemlichkeiten, von Walburgis 1849 an zu vermiethen. Auf Verlangen kann auch eine Stallung auf 2—3 Pferde dazu gegeben werden.

(Zu vermiethen.) In der Nähe eines Hauptthores ist eine sehr freundlich gelegene Gartenwohnung, bestehend aus 3 heizbaren und 4 unheizbaren Zimmern, wozu auch eine Pferdestallung gegeben werden kann, täglich oder bis Ziel Lichtmeß zu vermiethen. Das Nähere bei der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Ein verheiratheter, zuverläßig solider Geschäftsmann, welchem mehrere Tage in der Woche frei bleiben, wünscht in Buchführung, Korrespondenz ꝛc. beschäftigt zu werden.

Bei strenger Rechtlichkeit, verbunden mit gewissenhafter Ausführung der ihm übertragenen Arbeiten, belieben sich Reflektirende zu melden unter Buchstaben N. N. in der Exped. ds. Blattes.

(Gesuch) Ein Mädchen von 24 Jahren, kräftiger Figur, aus einem Städtchen in Oberfranken, welche sich über Treue und Fleiß verbürgt, wünscht sogleich oder am Ziel Lichtmeß in Dienst zu treten. Sie würde sich zur Ladenjungfer als auch zu häuslichen Arbeiten, da sie Feinwaschen, Bügeln und Nähen kann, qualifiziren.

(Gesuch.) In S. Nro. 1073 beim Militärspital, wird an Lichtmeß eine erfahrne Magd, die kochen kann und Liebe zu Kindern hat, gedingt.

(Gesuch.) Ein solches Mädchen wünscht als Laden- oder Stubenmädchen unterzukommen.

(Gesuch.) Eine mit guten Zeugnissen versehene Köchin wunscht nächstes Ziel Lichtmeß wieder in Dienste zu treten.

(Gesuch.) Man sucht eine solide Hausmagd, die mit Waschen und Bügeln umgehen kann; es wollen sich aber nur solche melden, welche sich genügend ausweisen können.

(Gesuch.) fl. 4000 werden gegen ganz sichere Hypothek zu entnehmen gesucht.

Theater in Fürth.

Sonnabend den 6. Januar 1849. Zum Zweitenmale. „Der Pfarrherr" Original-Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Freiblatt

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 7. Januar 1849 | № 7. | Sonntag: Raimund.

Deutschland.

Bayern. (München, 5. Jan.) Weitere Ordensverleihungen: Geh. Rath ꝛc. v. Schelling das Großkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone; das Ritterkreuz des Verdienstordens vom hl. Michael erhielten: Bürgermeister Forndran in Augsburg, Regierungsdirektor Hohe in Regensburg, Regierungsrath Stadtkommissär Idl in Bamberg, der qui. Oberkonsistorialrath Dr. Rust, Lyzealdirektor Dr. Hoffmann in Aschaffenburg, Stadtkommissär Landrichter Mayer in Nürnberg, Dompropst Popp zu Eichstädt, Domkapitular Weigel zu Regensburg, Universitätsprofessor Dr. Hanneberg, Regierungsdirektor Schubert, Landrichter Frhr. v. Lerchenfeld in Kissingen, Regierungsrath Wilh. v. Kobell zu München, Landrichter v. Hartlieb zu Schwabach, Oberpostmeister v. Sundahl in Nürnberg, Oberzollinspektor K. Vogel in Eschelkam, Rektor ꝛc. Dr. Fr. Leo in Augsburg, Kaufmann Tabakfabrikant Joseph Paur in Passau, Porzellainfabrikant Anton Schwerdtner in Regensburg, Ultramarinfabrikant Zeltner in Nürnberg, der Vorstand der Kammwolle-Spinnerei Merz in Augsburg, Kattunfabrikant Ad. Arth in Kaiserslautern, Großhändler Mor. Herdegen in Oberfranken, Frhr. v. Waitz wegen seiner Verdienste um die Landwirthschaft, Staatsgüter-Administrator Dr. Veit, Regierungsrath Vogel in Landshut, Rentbeamter Eberl in Buchloe, Finanzdirektor Mark in Speyer. (N. M. Z.)

(München, den 5 Januar.) Das heutige Regierungsblatt Nr. 2. enthält eine königliche Verordnung, die dienstliche Stellung der obersten Baubehörde betreffend, nach welcher die oberste Baubehörde mit dem Baukunstausschusse, wie früher bei dem Staatsministerium des Innern, für alle an das Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten überwiesenen Staatsbausachen eine besondere Geschäftsabtheilung dieses Staatsministeriums bildet. Ihr Wirkungskreis bleibt derselbe, wie er durch die Verordnung vom 14. September 1830 bestimmt wurde. — Den Broncefabrikanten Birkner und Hartmann in Nürnberg wurde auf ihre Erfindung einer die Feinheit und den Glanz des Fabrikates erhöhenden Verbesserung der Broncefarbenbereitung ein Privilegium für den Zeitraum von fünf Jahren ertheilt.

(München, 4. Jan.) Die Abschiede für die im Oktober v. J. versammelt gewesenen Landräthe der acht Kreise sind vollendet und werden demnächst publizirt werden. Der Antrag des Landraths der Pfalz um Aufhebung des vor einigen Jahren gegründeten Minariten-Klosters in Oggersheim soll genehmigt seyn. (Agsb. Abdz.)

(München, 4. Jan.) Heute wurde der berühmte Erfinder der Stenographie, Professor und Minister-Sekretär Gabelsberger, als er eben im Hotel des russ. Gesandten anwesend war, vom Schlage gerührt und blieb zur Stelle todt. (Agsb. Abdz.)

(Edenkoben.) Von hier, Venningen, Kirrweiler und Maikammer, ist eine an die deutsche Nationalversammlung gerichtete, und mit Hunderten von Unterschriften versehene Eingabe wegen Erhaltung der **Gewerbsfreiheit** abgegangen. (N. Sp. Z.)

Baden. Die »Karlsr. Ztg.« schreibt: Ein kleines Schriftchen mit dem Titel: „Die englische Zollreform im Spiegelbilde für Deutschland“ verdient zweimal gelesen zu werden. Der Verfasser lebte längere Zeit in Amerika, England, Frankreich und der Schweiz, und schildert nun die Parteivorkämpfer der englischen Handelspolitik, Peel, Cobden, d'Israel, Farand ꝛc. Der Schluß dieser Schrift, in der die Masse von statistischen Notizen und Zahlen ein anziehendes, nicht abstoßendes Fundament bildet, übersetzt, als Ergebniß, die zwei Lehren des Freihandels und des genügenden Schutzzolles in folgende zwei Fragen an uns Deutsche: Wollt ihr lieber 100,000,000 fl. verdienen jährlich? Oder: Wollt ihr lieber 70,000,000 fl. verlieren jährlich? Wir empfehlen das Schriftchen, schon weil es deutsche Interessen mit Geist und Zahlen vertheidigt. Die Gegner Süddeutschlands in Frankfurt, wo es den Deputirten vertheilt wurde, haben bis heute Nichts dagegen erinnert.

(Karlsruhe, den 1. Januar.) Es gewährt uns ein besonderes Vergnügen, Ihnen heute die glückliche Ankunft von Dr. Friedrich Hecker zu St. Louis melden zu können. Er verließ zu Ende Oktober des vorigen Jahres Cincinati und fuhr in Gesellschaft von Tiedemann, Schöninger und der Familie des Dr. Hammer von Mannheim mit dem Steam-Boot „Lady Byron“ dem Ohio entlang nach Cairo, an der Mündung des Flusses. Die Fahrt war vom herrlichsten Wetter begünstigt und allgemeine Heiterkeit herrschte unter dem Schiffsvolk; dem gefeierten Passagier Dr. Fr. Hecker alle Ehre anzuthun und die Uebrigen wetteiferten ihm gefällig zu seyn. Der Telegraph hatte nach Louisville die Nachricht vorausgeschickt, daß der große Mann auf der »Lady Byron“ dorten vorbeikomme und so hörte man auf dem Schiff schon 2 Stunden vor Ankunft Böllerschüsse von dieser Stadt herdonnern. Bei der Landung wogten Tausende von Menschen an dem Ufer. Als Hecker auf der Bord erschien, da brach ein Jubel los, der nimmer enden wollte. Eine deutsche vorzügliche Musik-Gesellschaft spielte die ganze Nacht hindurch bis zum andern Morgen, wo Hecker unterm Donner zahlloser Böller und dem Gejauchze der Menge „Hurrah for Hecker“ auf der Lady Byron wieder abfuhr, um in Cairo an der Mündung des Ohio das Dampfboot „Diadem“ zu besteigen und damit die Reise nach St. Louis den Mississippi hinauf zu vollenden. Die Fahrt ging auch auf diesem gewaltigen Flusse ohne Unfall von Statten und der Empfang des Dr. Fr. Hecker war in St. Louis nicht weniger großartig und begeistert als in New-York, Philadelphia und anderen Städten Amerika's. (Mannh. Abdz.)

Freie Städte. (Frankfurt, 2. Jan.) Bei Gelegenheit der Neujahrsgratulation antwortete der Reichsverweser dem Präsidenten der Nationalversammlung: »Empfangen Sie, meine Herren, die Versicherung des hohen Werthes, den ich auf die Glückwünsche lege, die Sie mir als Ausdruck der Gesinnungen der deutschen Nationalversammlung so eben darzubringen die Güte hatten. Indem ich dieselben herzlichst erwiedere, spreche ich zugleich die Ueberzeugung aus, daß sich unsere gegenseitigen Wünsche in dem Einen für Deutschlands Einheit, Größe und Ruhm begegnen. Mit dem begonnenen für Deutschlands so höchst wichtigen Jahre wird die Nationalversammlung ihre erhabene Aufgabe: unserm gemeinsamen Vaterlande eine Verfassung zu geben, gelöst haben, dann ist auch mein Wirken, zu dem mich Ihr ehrendes Vertrauen berief, geschlossen. Glücklich werde ich mich schätzen, wenn mir die Ueberzeugung bleibt, daß durch dieses große Werk der Grund zu Deutschlands Einheit und Größe gelegt, und fortan alle einzelnen Stämme von einem Bruderbande umschlungen in schönem Vereine mit ihren Fürsten nur ein Ziel kennen, diesen herrlichen Bau zu vervollkommnen, auf daß er zu allen Zeiten allen Stürmen Trotz bietend unerschüttert fortbestehe.“ (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 2. Januar.) Es wird in diesem Augenblick, wo das Stadion-Schwarzenbergische Programm eine ganz unerwartete Interpretation erhalten hat, die wohl Herr v. Schmerling, eben aus Wien und Olmütz zurückgekehrt, weiter auszuführen der geeignetste Mann seyn wird, — nicht ohne Interesse seyn, auf den Antrag zurückzukommen, welchen das Reichsministerium unter v. Schmerling's Vorsitz entworfen hatte, um denselben der Nationalversammlung vorzulegen. Derselbe wurde am 17. Dezember einigen Klubbs, auf welche sich das Ministerium zu stützen pflegte, mitgetheilt. Er dürfte geeignet seyn, darzulegen, auf welche Weise vor 14 Tagen Herr v. Schmerling seine Lage und das Verhältniß Deutschlands zu Oesterreich behandeln zu müssen glaubte. Der Antrag lautet: „In Erwägung, daß nach der Natur der Verbindung Oesterreichs mit außerdeutschen Ländern und nach den vorliegenden Erklärungen der österreichischen Regierung, der Eintritt der deutsch-österreichischen Provinzen in den deutschen Bundesstaat auf den Grund der von der deutschen Nationalversammlung angenommenen Verfassungsbestimmungen nicht erwartet werden kann; in Erwägung, daß das österreichische Ministerium die Ansicht feierlich ausgesprochen hat, es seyen die Verfassungen Deutschlands und des österreichischen Kaiserstaats unabhängig von einander zu begründen, und erst nachdem beide Staatencomplexe feste Gestalt gewonnen, die Bedingungen des Anschlusses zu begründen; in Erwägung jedoch, daß zwar die Vollendung der Verfassung des deutschen Bundesstaates nicht aufgehalten werden darf, daß aber eine gänzlich getrennte Feststellung beider Verfassungen ohne Verständigung über die möglichen Grundlagen des künftigen Verbandes Oesterreichs mit Deutschland, diesen Verband selbst und mit ihm die höchsten Interessen der gesammten Nation gefährden könnte; in Erwägung ferner, daß ein Anlaß zur Verständigung mit Oesterreich auch in der unabweisbaren Nothwendigkeit liegt, den Umfang jener Bundespflichten näher zu bestimmen, zu deren Erfüllung Oesterreich auch in den gegenwärtigen Verhältnissen sich bereit erklärt hat; in Erwägung, daß Berathungen mit der österreichischen Regierung in den erwähnten Beziehungen zweckmäßig nur durch die Centralgewalt gepflogen werden können, das Gesetz vom 28. Juni aber diesen Fall nicht vorgesehen hat — beantragt das Reichsministerium bei der Nationalversammlung die Ermächtigung für die provisorische Centralgewalt mit der österreichischen Regierung in Verhandlungen zum Zweck vorbereitender Verständigung über die möglichen Grundlagen der künftigen Verbindung Oesterreichs mit Deutschland einzutreten.“ (D. Z.)

(Frankfurt, den 2. Januar.) Wir führten neulich ein Gerücht an, das wir bis auf seinen Ursprung verfolgen konnten und als falsch bezeichnen durften. Dasselbe Gerücht ist inzwischen gewachsen: Der König von Preussen, so hieß es erst, wird den Beschluß der Nationalversammlung, der ihm das Kaiserthum übertrage, nicht für eine Basis der Legalität ansehen können: jetzt heißt es schon: und wenn außer der Nationalversammlung auch die Berliner Versammlung so dekretirte und sämmtliche deutsche Fürsten ihm die Kaiserkrone anböten, so würde er sie ausschlagen, wenn nicht Oesterreich sie ihm antrüge. Uns wurde diese schreckhafte Nachricht von einem Deputirten mitgetheilt; ihm habe sie so eben ganz geheimnißvoll ein berühmter General erzählt, der dem König von Preussen, wenigstens bis vor Kurzem nur zu nahe gestanden haben soll und von welchem für die künftige Gestaltung Deutschlands ein der Dante'schen Hölle nachgebildetes System ineinandergeschachtelter Sphären projektirt wird. (D. Z.)

(Frankfurt, den 3. Januar.) Wie man aus dem nahen Hanau vernimmt, soll dort diesmal auf die Feier des Verfassungsfestes — am 5. d. M. — verzichtet, dagegen nächsten Sonntag eine Feier zur Verkündigung der Grundrechte des deutschen Volkes veranstaltet werden. Aushängung der deutschen Fahnen, Illumination, Ball, Böller, Alles, was kann, soll diese Feier erhöhen. (D. Z.)

(Frankfurt, den 4. Januar.) Die „Frkfr. Ober-Postamts-Zeitung“ enthält über die österreichische Note folgende weitere Mittheilungen: Was wir von einer Note der österreichischen Regierung vom 28. Dezember gestern mitgetheilt, bestätigt sich nach Allem dem, was wir davon zu erfahren im Stande waren. Es soll darin die Meinung als irrig bezeichnet seyn, als habe die österreichische Regierung in ihrem Kremsierer Programm die Absicht ausgesprochen, aus dem auszuscheiden, was man in Frankfurt »Bundesstaat« nenne. Es soll ferner erklärt seyn, Oesterreich werde nicht zugeben, daß ohne seine, der größten deutschen Bundesmacht, (?) Einwilligung eine neue Verfassung für Deutschland errichtet, und daß es jedenfalls seinen Platz in derselben zu behaupten wissen werde. Von den Beschlüssen der Nationalversammlung soll allerdings kein Wort in der Note vorkommen, dagegen an einer Stelle sogar der Zweifel ausgesprochen seyn, daß eine Neugestaltung Deutschlands überhaupt zu Stande kommen werde. Die ganze Note soll sehr kalten, ja schroffen Styles seyn.

** (Frankfurt, den 4. Januar.) [146. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Die Gallerien sind dicht besetzt, denn ein Gegenstand von hoher Wichtigkeit soll berathen werden, die Tagesordnung bringt den Bericht des Biedermannschen Ausschusses an die Reihe. Der Ausschuß will über Wesendonks Antrag über die Auflösung der preuß. Nationalversammlung und die Oktroyirung einer Verfassung mit Rücksicht auf die gegenwärtige Sachlage zur Tagesordnung übergehen; unter den zahlreichen Amendements, dazu findet sich eines die motivirte Tagesordnung zu beschließen. Andere Stimmen verlangen, es solle die preussische Verfassung, die ja nur oktroyirt sey, für eines freien Volkes unwürdig und daher ungültig erklärt werden. Gegen das Ausschußerachten sind zehn Redner eingeschrieben. Wesendonk spricht zuerst. In dem Antrag erblickt der Redner eine unverständliche Bundestagswirthschaft, wie in der bekannten Hannoverschen Verfassungsfrage verfahren worden sey. Das Recht der alten Bundesakte sey nicht erloschen, aber die Nationalversammlung stehe über ihr. Die preussische Verfassung sey kein bloßer Entwurf mehr, sondern sie sey fix und fertig, und nur beide Kammern könnten übereinstimmend Aenderungen darin vornehmen. Die Verfassung Preussens habe aber durch die Berathungen und Beschlußfassungen einer (der konstituirenden) Kammer zu Stande kommen sollen, daher sey der Rechtsboden verletzt, und da man sich in dieser Versammlung so oft auf den Rechtsboden beriefe, so solle man auch für den vorliegenden Fall nicht von demselben weichen. Wo kein Kläger da sey, sey auch kein Richter nöthig, wende man ein. Es seyen aber Klagen gegen die oktroyirte Verfassung bei der Reichsversammlung eingelaufen. Man habe ein Recht zur Verlegung und Vertagung der preussischen Nationalversammlung gehabt, weil dieselbe nicht frei mehr hätte tagen können. Diese Gespensterseherrien seyen nur von der Furcht ausgegangen, und der Traum des rothen Republikaners sey noch hier. (Herrn Bassermann gilt das Lachen, das hier entsteht.) Die Steuerverweigerung wäre folgerichtig gewesen nach dem Beschlusse, das Ministerium Brandenburg des Hochverraths anzuklagen, denn Hochverräthern zahle man keine Steuern. Die oktroyirte Verfassung ist auch nicht erst fertig geworden, nachdem die Krone und die Nationalversammlung so weit auseinander gegangen waren, sie war langst ausgearbeitet, und vielleicht habe man in diesem Saale schon bei dem Beginne darum gewußt. Diese oktroyirte Verfassung sey freisinnig, sage man, das sey nicht so, denn, um in die erste Kammer gewählt werden zu können, müsse man vom Reichthum beglückt seyn, gegen die Grundrechte trete sie ebenfalls auf, denn nur anerkannte Verbindungen und Korporationen dürften petitioniren, Volksversammlungen unter freiem Himmel müßten vorher der Polizei angezeigt werden. In Frankfurt habe man das absolute Veto verworfen, in der preussischen Verfassung sey es aufgenommen.

Wäre die Verfassung aber auch wirklich freisinnig, so würde sie nicht gehalten werden. Der Minister Rinteln gehöre ganz der alten Despotie an. Ein Armeebefehl läßt den Offizieren nur jene politischen Ansichten, die der König zu haben beliebt. In dem königl. Neujahrwunsch an das Heer sey die Bewegung des März mit einer Empörung verglichen, (Da wäre also der König von Preussen, der sich ihr angeschlossen, selbst ein Empörer.) Die Gerichte verfuhren wie Polizeianstalten. Uhland habe diese jüngsten preussischen Vorgänge Verfassungsbruch genannt und er habe recht. Für des Landes Wohl habe nur die Berliner Versammlung gehandelt, nicht das Ministerium Brandenburg. Man fasse daher den Beschluß, die preuss. Regierung habe wiederum ihr Wort gebrochen, die Berliner Versammlung jedoch sich um das Vaterland verdient gemacht. (Lebhafter Beifall folgt dem Redner von der Linken und der Gallerie.) Haym aus Halle sucht Wesendonck zu widerlegen. Von dem Rechtsboden hätte Wesendonck ganz schweigen sollen, meint Haym ganz naiv, die preuss. Verfassung sey dem Volke schon recht, das bewiesen die vielen Adressen aus allen Theilen des Landes. Der Redner setzt Alles daran, die preuss. Verfassung als tüchtig hinzustellen und den Uebergang zur Tagesordnung zu bewirken. Dem König von Preussen werden noch besondere Komplimente gemacht. Heinrich Simon, ein edler Kämpfer des deutschen Volkes, sagt, die diplomatischen Umtriebe hätten Deutschland zu Boden geworfen, es sey nicht mehr zu retten, der Moment vorüber, da diese Versammlung 9 volle Monate den Ursprung ihrer Wahl, den Willen des Volkes vergessen. Was hätte sie erlangt, daß sie für die Regierungen so sorglich bedacht gewesen? Nicht eine gehorche, das sey die Folge der Halbheit, mit der die Steuerverweigerung in Preussen verworfen und zugleich auf die Entfernung des Ministeriums Brandenburg gedrungen worden sey, dadurch habe man Regierung und Volk zugleich beleidigt. Solon habe die Verfassung als die beste gepriesen, welche die Verletzung des geringsten Bürgers nicht ohne strenge Strafe zulasse, dies solle man auf Preussen anwenden. Der König habe allen Zusicherungen zum Trotze durch die Oktroyirung alle Souveränetät an sich genommen. Wehe dem Volk, das ein solch entwürdigendes Verfahren nicht fühlt, wehe dem Volk, dem es gleichgültig ist, auf welche Weise ihm sein Heiligstes geraubt wird. Der Sieg sey auf Seite der Gewalt. Als sich die Berliner Versammlung mit der Abschaffung des Adels, der Orden und Titel befaßte, habe man sie aufgehoben. Ein versöhnendes Schreiben sollte an den König gerichtet werden, falls er das Ministerium Brandenburg entließe, die preuss. Versammlung wollte daher den Bruch nicht aufs Höchste treiben. Der Redner geht dann auf die Stelle des Ausschußberichtes über, welche lautet:

»War die Verlegung der preuss. Nat.-Vers. und damit auch die zur Ausführung der Maßregel nothwendige Vertagung derselben, wie die hohe Versammlung bereits in dem Beschluß vom 14. Nov. anerkannt hat, durch die obwaltenden Umstände gerechtfertigt, so folgt daraus von selbst: 1) die Verpflichtung der Abgeordneten, sich den, kein materielles Volksrecht auch nur entfernt kränkenden Anordnungen der Krone in Betreff der Vertagung und Verlegung zu fügen. Es folgt daraus aber auch 2) die Ungültigkeit aller Akte, welche von der in einseitiger Wirksamkeit forttagenden Majorität der preuss. Nat.-Vers. nach der Vertagung bis zum Wiederzusammentritt in Brandenburg (27. Nov.) gefaßt worden sind; und 3) die Verpflichtung der Abgeordneten der preuss. Nat.-Vers., an dem für die Wiedereröffnung der Sitzungen bestimmten Tage in Brandenburg zu erscheinen und in geordneter Weise das Werk der Vereinbarung einer Verfassung fortzusetzen. Was ist aber seitdem geschehen? Die der Regierung entgegentretenden Abgeordneten haben durch die wiederholten Versuche, in der Hauptstadt des Reiches, ungeachtet der Vertagung und der mit der Verkündigung des Belagerungszustandes verbundenen Verbote der bewaffneten Macht, sich zu versammeln, sowie durch das flüchtartige Wandern von einem Lokal in das andere, zwar ihren Eigenwillen durchzusetzen gesucht, dabei aber weniger zu ihrer Genugthuung gewonnen, als vielmehr ihr Ansehen als Volksvertreter herabgesetzt. Sie haben es nicht über sich vermocht, dem Wohle des Vaterlandes, welchem die Fortsetzung des traurigen Konfliktes in keiner Weise förderlich seyn konnte, das vermeintlich vorhandene formelle Recht zum Opfer zu bringen, und für ihre Bereitwilligkeit zu der auch durch Abgesandte einiger Fraktionen hier in Frankfurt angeblich erstrebten Vermittlung keinen andern Standpunkt, als den des Festhaltens an ihrem mehr als zweifelhaften Recht einzunehmen gewußt."

Wäre die Versammlung aber auch rechtlich zugestanden aufgelößt worden, so hätte eine neue mit den Rechten und nach dem Wahlmodus der alten einberufen werden müssen. Würde über die oktroyirte Verfassung berathen und es käme zum Konflikte, so würde wenig davon zugestanden werden, denn ein §. hebe den andern öfter auf. Das Steuerverwilligungsrecht sey dem Volke in der Verfassung nur zum Schein verliehen. Preßfreiheit und Vereinsrecht seyen in der papierenen Verfassung garantirt, aber der Belagerungszustand, diese pariser Erfindung sey durch die oktroyirte Verfassung mitten im Frieden zu den Märzerrungenschaften gestellt worden und ein Paragraph autorisire die Regierung, alle Rechte des Volkes zu suspendiren. Die Verfassung stelle auch noch viele organische Gesetze in Aussicht, so daß Alles noch in der Schwebe sey und die Bourgeoisie wie der Grundbesitzadel werde die Krone nicht dazu treiben, von dem absoluten Veto Gebrauch zu machen. Die preußischen Zustände glichen denen in Neapel, die Beamten hätten sich der Contrerevolution rührigst angeschlossen, eingeleitete Untersuchungen und verfügte Verhaftungen ermächtigten zu dem obigen Vergleiche. Die alte schlechte Wirthschaft sey in Deutschland wieder im Schwunge. In Oesterreich allerwärts Reaktion und in dieser Versammlung sey wohl Niemand, der nicht einen Freund gefangen gehalten wisse. Die preußischen Gerichte gäben eine schmähliche Servilität kund.

Unter Bravorufen der Linken und Gallerie wird von der Rechten der Präsident aufgefordert, Simon zur Ruhe zu rufen. Beseler weigert sich entschieden. Simon spricht weiter und beantragt unter rauschendem Beifall, das Haus solle erklären, die Oktroyirung der Verfassung sey eine Verletzung des Rechts und das Volk habe das Recht der Vereinbarung fort und fort. Reichsminister v. Beckerath meint, Simon habe sich darin gefallen, unsere Verhältnisse von ihrer Schattenseite zu betrachten, es sey nicht so schlimm damit, daß die deutschen Regierungen die Beschlusse dieser Versammlung nicht beachten wollten. Herr Beckerath vertheidigt das Verhalten der preuss. Krone und Regierung und bringt wieder die Adressen als einen Beweis vor, daß die oktroyirte Verfassung den Beifall des Landes gefunden. Die Versammlung hier solle nicht auf dem formellen Rechte beharren, die preussische Verfassung beruhe nicht auf der Willkür, sondern auf der höchsten politischen Nothwendigkeit. Es wird der Schluß der Debatte verlangt, welchen die Versammlung jedoch nicht genehmigt. Göden aus Krotoszyn: die oktroyirte Verfassung Preussens hat die Anarchie gestürzt. Der Redner protestirt dagegen, daß eine Reaktion vorhanden sey. Martiny entwickelt, daß aus der preuss. Verfassungsfrage als schlimmes Ergebniß der sittliche Einfluß folge, den der Sieg des Absolutismus auf Rechtsgefühl und Muth des deutschen Volkes ausüben werde. Der Donner gegen die Könige, der von dieser Tribune gerollt, sey verstummt, der König von Preussen würde dem heutigen Beschlusse der Versammlung nicht gehorchen, wie früher auch nicht. Mit Reichstruppen werde man ihn nicht zwingen wollen. Sein Rath laute: die Versammlung solle nach Hause gehen. Wurm fordert motivirte Tagesordnung; der sittliche Unwille, der dem Ausschußberichte mangele, müsse von dort ausgehen, wo die Einheit über Alles gestellt werde, weil dann die Freiheit sich von selbst gebe. (Schluß folgt.)

** (Frankfurt, den 1. Januar.) Neun Monate sind verflossen, seitdem das deutsche Volk durch eine glorreiche Revolution die Fesseln der Willkührherrschaft abgeworfen, und sich diejenigen Rechte erkämpft hat, die von jeher sein unantastbares Eigenthum hätten seyn sollen. Aber noch waren diese Recht zum Theil nur Verheißungen, zum Theil nur Gnadengeschenke, die ebenso leicht wieder zurückgenommen werden mochten. Gerade die letzten Ereignisse, namentlich in Oesterreich und Preussen, beweisen es, wie gering man dasjenige achtet, was in einem Augenblicke der Noth verheißen, oder lediglich zur Beschwichtigung der Revolution verliehen wurde. Viel schwerer wird man dasjenige antasten, was auf verfassungsmäßigem Wege festgestellt und zum Gesetz erhoben ist, und wird es nicht versuchen, ohne die Revolution aufs Neue und in ihren letzten Konsequenzen hervorzurufen. Darum betrachten wir es als eine Thatsache von hohem Werthe, daß die Vertreter des deutschen Volkes die wichtigsten der durch die Märzerhebung gewonnenen Grundrechte desselben durch eine in Gesetzesform erlassene magna charta verbrieft, und so demselben vor Allem eine Abschlagszahlung auf seine Freiheit geleistet haben, die es sich, ohne feig und ehrlos zu seyn, durch keine Macht wieder entreißen lassen darf. Hiezu ist jedoch nöthig, daß wir uns das lebendige Bewußtseyn, der in den Grundrechten enthaltenen Freiheit bewahren, damit dieselben, sowie sie nur in Worten sagen, was das gesammte Volk durch seine That gewollt hat, auch nunmehr das geistige und nationale Eigenthum jedes Einzelnen so sehr werden, daß ein rechtlich-menschliches Daseyn außer denselben nicht mehr denkbar ist. Die Grundrechte bringen über die Freiheit der Person, des Glaubens, der Lehre, der Presse, des Versammlungs- und des Vereinsrechtes höchst wohlthätige Bestimmungen, bezüglich der Gleichheit vor dem Gesetz, des unentgeldlichen Unterrichts, der Aufhebung der Feudallasten, Familienfideikommisse und Lehenbandes, der Unabhängigkeit des Richterstandes, sowie der Rechtspflege ist annähernd vieles Gute theils gegeben, theils verheißen. Es ist an uns, am deutschen Volk, darüber zu wachen, daß dieselben nicht wie bisher so manche Verheißungen der deutschen Nationalversammlung eine leere Phrase werden. Haben wir es nicht erlebt, daß selbst der unabhängige Richterstand, der Ausleger und Wächter des Gesetzes, sich so weit vergessen konnte, als er es gethan hat? Und man klagt noch über Mangelhaftigkeit und Verwirrung der Begriffe beim Volke? Wahrlich, seine Freiheit, sein Recht und Gesetz kann das Volk nur noch in und bei sich selbst wiederfinden und es ist die höchste Zeit und Pflicht, allenthalben sein Bewußtseyn darüber aufzuklären und wo es da ist, wach zu erhalten. In den Grundrechten besitzt das Volk die erste Urkunde der Märzrevolution. Möge es sie hoch halten, mögen sie Eigenthum jeder Hütte, das treue Pfand jeder Familie, das lebendige Heiligthum jedes Deutschen seyn. Und wenn man wagen sollte, dieselben anzutasten, oder ungesetzliche Einschränkungen bestehen zu lassen, so zeige das Volk, daß es mündig ist. Am 18. d. M. treten die Grundrechte nach Maßgabe der in dem Einführungsgesetz vom 27. Dez. v. J. enthaltenen Bestimmungen in Kraft. Wie wäre es, wenn das Volk auch seinerseits den Akt der Annahme durch eine gemeinsame, ernste Feier (vielleicht am ersten Sonntag nach seiner Besitzergreifung, als am 21. d. M.) überall in Stadt und Land bekundete? Wir em-

pfehlen jedem Vereine und jedem Volksfreunde diese Frage. Das Volk empfängt seine Freiheit, welche die beste Mutter der Einheit ist.

Vom Märzverein.

Hessen. (Kassel, 2. Jan.) Bei der heute hier stattgehabten 7. Gewinnziehung der kurfürstl. hess. Thlr. 40 Loosen sind auf die nachstehenden Nummern die beigesetzten Hauptpreise gefallen: Nr. 165,205 Thlr. 36,000; Nr. 109,253 Thlr. 8000; Nr. 70,650 Thlr. 4000; Nr. 52,987 Thlr. 2000; Nr. 42,300, 113,170 jede Thlr. 1500; Nr. 17,071, 42,287, 159,117 jede Thlr. 1000. (Fftr. J.)

Preussen. †*† (Berlin, 3. Januar.) Die Vorbereitungen zu den Wahlberathungen sind in den meisten Bezirken getroffen, und man hofft, daß noch im Laufe dieser Woche die Versammlungen ihren Anfang nehmen werden. Von den verschiedensten Seiten sind bereits Programme entworfen und vertheilt. Eine große Zahl von Männern, die sich an den Vorberathungen zu betheiligen gedenken, beabsichtigen, die Parteisonderung dahin zu gestalten, daß bei der Wahlbewegung, ganz abgesehen von allen sonstigen Meinungsnüancen in politischen Fragen, die antiministeriellen Fragen sich zu einer einzigen kompakten Partei condensiren.

Das Offizierkorps des 20 Landwehrregiments hat heute dem Prinzen von Preussen einen Glückwunsch zum Jahreswechsel dargebracht. Der Prinz dankte in freundlicher Weise und sprach sich auf eine die Glückwünschenden befriedigende Weise über die Ereignisse der letzten Monate aus. Er anerkannte die Treue und Hingebung der Landwehr, und schloß mit einer Hinweisung auf bevorstehende ernstere Kämpfe in Andeutungen, welche die Hörer auf einen auswärtigen Krieg beziehen zu müssen glauben. »Sollte mir dann — endigte die Ansprache des Prinzen — die Ehre zu Theil werden, an Ihrer Spitze zu stehen, so dürfen Sie das Vertrauen haben, daß für mich es nur eine Wahl gibt: Sieg oder Tod!«

In einzelnen Bezirksvereinen, namentlich aber in dem Bezirks-Central-Verein, der sich neuerdings durch eine von ihm ausgegangene und vielfach durch das Volk verbreitete scharfe und schonungslose Kritik der Verfassung v. 5. Dez. v. J. bekannt gemacht hat, ist die seit dem März dieses Jahres suspendirt gebliebene Wahl eines Oberbürgermeisters in jüngster Zeit zur Sprache gebracht worden. Soweit sich das Ergebniß einer künftigen Wahl schon jetzt vermuthen läßt, dürften für Hrn. v. Unruh Aussichten in diese einflußreiche Stellung berufen zu werden, vorhanden seyn. Ein nicht geringer Theil der Stimmen dürfte indeß höchst wahrscheinlich auf Hrn. Grabow fallen. Hie und da bestrebt man sich auch, die Aufmerksamkeit auf den zeitigen Vorsitzenden des Anhalt-Dessauischen Staatsministeriums Hr. Habicht zu lenken. Niemand zweifelt hier mehr daran, daß in Kürze die neueste Gestaltung der Dinge in Preußen ihren unumgänglichen Einfluß auf das kleine Nachbarland äußern und den Sturz der bereits vielfach unterhöhlten zeitigen Regierung jenes Landes herbeiführen müsse.

Schleswig-Holstein. (Schleswig, 30. Dec.) Die Landesversammlung hat sich heute auf unbestimmte Zeit vertagt, nachdem sie einen Ausschuß zur Begutachtung eines Entwurfes zu einem Zolltarif für das vereinte Deutschland erwählt und das Büreau ermächtigt hatte, nach Erforderniß die Versammlung wieder einzuberufen. Dies wird schwerlich vor dem März geschehen.

(Altona.) Aus dem Schleswigschen wird uns geschrieben: Bestimmten Versicherungen nach, sollen die Dänen in den nördlichen Gegenden des Herzogthums Schleswig das Gerücht ausgestreut haben, daß sie am 6. Januar 1849 in Schleswig einrücken wollen, und glauben sie, wenn man ihren Versicherungen glauben darf, daß jetzt der rechte Zeitpunkt gekommen sey, wo sie mit Erfolg einen räuberischen Ueberfall über dieses Herzogthum ausführen könnten. Es scheint indessen wieder bei Ausstreuung von solchen und ähnlichen Gerüchten von ihnen bloß darauf abgesehen zu seyn, unsere gemeinsame Regierung und unsern einsichtsvollen und tapferen Obergeneral v. Bonin zu unüberlegten Handlungen zu verleiten; worauf sie indeß wohl vergebens spekulirt haben dürften. Im Uebrigen aber könnten wir im Interesse unserer guten Sache nur wünschen, daß unsere Feinde von solchem Wahnsinne befallen würden. — Der neueste Artikel der „Berl. Ztg. scheint denn auch darauf zu deuten, daß man dänischer Seits zu der Einsicht gelangt ist, wie gefährlich ein solches Spiel sey, wozu wohl die Mittheilungen beigetragen haben mögen, welche General Oxholm aus England gebracht hat. Ob die Einberufung der Beurlaubten bei unserer Armee und die Bewegungen der Truppen, die von der Militärbehörde angeordnet worden und die sich auch auf das in Altona liegende Bataillon erstrecken, damit zusammen hängen, wissen wir nicht zu sagen, müssen es aber glauben, da bekanntlich gleichzeitig jenseits der Elbe Reichstruppen zusammen gezogen werden. — Wir sind heute ohne Nachrichten aus dem Inlande. (Alt. M.)

Württemberg. (Stuttgart.) [52. Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 4. Januar 1849.] Am Ministertische befinden sich sämmtliche Departementsvorstände. Eine Note des Finanzministeriums ist eingelaufen in Betreff der Bitte dieser Kammer um Revision des Gesetzes über die Civilliste. Danach haben seine Königliche Majestät Ihre Entschließung dahin ertheilt, daß, nachdem verfassungsmäßig nur eine einmalige Festsetzung der Civilliste über die ganze Regierungsdauer stattzufinden hat, und ein wohlerworbenes Recht nicht angetastet werden darf, eine Bitte um Revision des Gesetzes über die Civillisten nicht zum Ziele führe. Se. Maj. wisse auf eine solche nicht einzugehen; Se. Maj. habe aus freier Entschließung ohne Dazwischenkunft der Stände, mit Rücksicht auf die Finanzlage des Staats, an der Civilliste 200,000 fl. für das Etatsjahr 1848—49 nachgelassen und behalte sich, wenn die Zustände es erheischen sollten, für die folgenden Jahre weitere Entschließung vor.

Sodann wird eine Note des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten vorgetragen in Betreff der Bitte dieser Kammer um Revision des 7. und 10 Abschnittes des Kön. Hausgesetzes vom 8. Juni 1828, bezüglich der Apanagen und andren hausgesetzlichen Leistungen. Es heißt darin, die Regierung habe die Revision dieses Gesetzes eingeleitet und werde noch auf diesem Landtage eine Vorlage machen. Indessen werde dieselbe auf den gegenwärtigen Finanzetat keinen Einfluß haben, weil ein neues Gesetz unzweifelhaft nicht rückwirken könne, da die in Apanagen bereits eingesetzten Mitglieder auf dieselben ein wohlerworbenes Recht haben. Uebrigens werden die Apanagen in der Folge bedeutenden Besteuerungen unterworfen. Beide Noten werden an die staatsrechtliche Kommission zur Begutachtung gewiesen. (Schw. M.)

Frankreich.

† (Paris, 2. Jan.) Die gestrigen Neujahrsfeierlichkeiten haben dem Ansehen des neuen Präsidenten sehr geschadet. Obgleich alle offiziellen Reden verboten waren, konnte es doch nicht fehlen, daß jeder Diplomat, jeder Behördenchef, jeder Korporationsvorstand rc. Privatgespräche zum Theil mit dem Staatschef selbst, zum Theil mit den Ministern anknüpfte. Auf diese Weise wurde manches gewichtige Wörtchen fallen gelassen und man hoffte, verstanden zu werden. Allein der nackte, blasse Unverstand starrte allen Andeutungen und Winken entgegen und man konnte das allgemeine Erstaunen namentlich auf denjenigen Gesichtern lesen, welche am vorigen Hofe die Beredtsamkeit Louis Philipps so sehr zu bewundern Gelegenheit hatten. Der allgemeine Eindruck, den der neue Präsident machte, ist daher in den höchsten Regionen ein sehr schlechter und die Angst derjenigen, die mit dieser Puppe dem neuen Staatsgebäude die Krone aufgesetzt und den Revolutionskrater geschlossen zu haben wähnten, steigt daher um so höher.

Odilon Barrot fertigte gestern statt des Präsidenten bei Gelegenheit der Neujahrsfeier, diejenigen Körperschaften ab, denen man unbedingt etwas sagen mußte. Wir haben keinen Raum, hier die Antworten an alle Körperschaften widerzugeben. Wir beschränken uns nur auf folgende zwei, die auf den Revolutionszustand des Landes Bezug haben: An dem Kassationshofe erklärte Herr Barrot, daß er künftig nicht mehr zugeben wolle, den Richterstand auf das politische Gebiet hinüber gepflanzt zu sehen. „Ich werde,“ sagte Hr. Barrot wörtlich, den Kultus (Götzendienst) des Rechts und die Achtung vor dem Gesetz zu befestigen wissen.“ Als ob das Recht überhaupt existirt.

„Den Gewerbsverständigungs-Räthen, welche am meisten mit dem Arbeiter zu thun haben, sagte er: »An Euch ist es vorzüglich, den Arbeitern begreiflich zu machen, daß es nothwendig ist, die Gesetze zu achten und die gesellschaftliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Nur durch die Arbeit kann man die Besserung seines Schicksals und des öffentlichen Reichthums erlangen. Ihr seyd die natürlichen Rathgeber der Arbeiter. Ihr müßt uns helfen, die gefährlichen Lehren zu bekämpfen, welche ihnen von ihren Feinden gepredigt werden.« (Allgemeiner Beifall bedeckte diese Worte.)

Griechenland.

(Athen, den 17. Dezember.) Die Kammer hat beschlossen, daß die Abgeordneten Mauromichalis und Kaliphronas, die zu Ministern ernannt worden, sich keiner neuen Wahl zu unterwerfen hätten. Die Charte ist durch diesen Beschluß schlechthin verletzt, wenige Tage, nachdem die Kammer in ihrer Adresse die strenge Beobachtung der Bestimmungen der Konstitution für die Bürgschaft des Wooles der Nation erklärt hatte. Dieses Lügensystem kann nicht von Dauer seyn, und immer stärker macht sich das Verlangen geltend, daß der König Otto eine Nationalversammlung berufe, um mit ihr eine ächte Verfassung zu vereinbaren. Das Auftreten des Fürsten Hohenlohe in Athen berechtigt zu der Hoffnung, daß die deutsche Centralgewalt dazu beitragen wird. Fünfzehn deutschen Bürgern von Athen, die ihn im Namen der Uebrigen begrüßten, antwortete der Reichsgesandte: „Höchst erfreulich ist es für jeden Deutschen, im Auslande seine Muttersprache zu hören, und doppelt erfreulich meinem Herzen ist es, daß Sie, meine Herren, zu mir kommen, um Nachricht vom theuern Vaterlande zu vernehmen, und sich aufzuerbauen am Anblick des Vertreters der großen deutschen Nation. Wirklich ist Deutschland kein geographischer Begriff, das deutsche Reich kein hohler Name mehr. Der Franzos, der Türke, der Grieche respektirt sie, weil das neuerstandene Reich seine Angehörigen zu beschützen weiß. Unabänderlich tritt die deutsche Freiheit und Einheit ins Leben, denn jeder deutsche Mann von Ehre will fest und unerschütterlich Einheit und Freiheit. In jeder deutschen Brust ist das Verlangen nach Einheit und Freiheit so fest gewurzelt, daß die Errungenschaften des Frühjahrs durch die Reaktion nicht verkümmert werden können.“ Eine solche Sprache haben wir noch von keinem Gesandten deutscher Zunge gehört, und groß war die Begeisterung aller Landsleute, als wir die Rede des Reichsgesandten vernahmen, dem ein Fest im deutschen Hause vorbereitet wird.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Trauer-Anzeige.

Am dritten Tage des neuen Jahres früh gegen sieben Uhr, endete unsere gute Tochter und Schwester

Johanna Julie Bertha,

in dem Alter von fünf und einem halben Jahre ihre kurze irdische Laufbahn, an den Folgen zurückgetretener Gicht.

Groß ist unser Schmerz um ein theures Glied unserer Familie, aber wir beugen uns dem Unabwendbaren, gehoben durch den Glauben des frohen Wiedersehens, dort, wo keine Trennung mehr stattfindet, wo keine Thräne mehr fließt.

Indem wir unsern verehrten Verwandten und Freunden diese traurige Anzeige machen, bitten wir, überzeugt von ihrer Theilnahme an unserm unersetzlichen Verlust, um gütige Fortdauer ihrer freundschaftlichen Gesinnungen gegen uns.

Nürnberg, am 6. Januar 1849.

Johann Georg Busch, Schreinermeister,
und die vier Geschwister der Verstorbenen.

Goldener Hirsch

an der Lauferstrasse.

Montag den 8. Januar produzirt sich der Quartett-Musikverein aus München. Für feines Backwerk, Schneeballen, Faschingskrapfen, Abends verschiedene warme Speisen nebst Ollapotrida-Suppe ist bestens gesorgt. — Wozu ergebenst einladet

Anfang 3 Uhr.

Sinem.

Albrecht-Dürer.

Samstag den 6. Januar Abends 8 Uhr

Quartett-Musikverein

aus München,

wozu ergebenst einladet Stich.

Wiener Salon.

Außerordentliche Vorstellung

der 3 Athleten

aus Coblenz.

Regensburger Hof.

Heute Sonntag den 7. Januar Produktion von dem „Quartett-Musikverein“ aus München. Wozu hiemit höflichst einladet

Anfang 3 Uhr.

Schmidt.

Kronprinz in Gostenhof.

Sonntag den 7. Januar Produktion vom Quartett-Musikverein aus München. Wozu hiemit ergebenst einladet

Anfang 8 Uhr Abends.

Winter

Gasthaus zum gelben Löwen

in der Schildgasse.

Sonntag, Abends 8 Uhr, Produktion vom

Kleeblatt,

wozu ergebenst einladet

Kirsch.

Das Kleeblatt

Montag Abends im Schwänlein in der Schlotfegergasse. Hiezu ladet ein

Häckel.

(Verlaufen.) Ein Königshündchen, weiblichen Geschlechts, schwarz, braun und weiß gefleckt, hat sich verlaufen, und wer solches aufgenommen wird gebeten, dasselbe nach L. Nro. 401 am Häfnersplatz zurückzubringen.

(Verkauf.) Ein, in Gostenhof neben der Fürther Eisenbahn liegendes Grundstück von 2 Tagwerk, frei von Handlohn, Bodenzins und Zehnt, als Lagerplatz geeignet, wird verkauft. Näheres bei der Expedition.

(Zu verkaufen.) Ein schöner weißer Grabstein ist zu verkaufen. S. Nro. 1158. Tucherstraße.

(Zu vermiethen.) Die zwei Häuser in Tafelhof Nro. 71 und 72 sind täglich zu vermiethen. Das Nähere Nro. 73 daselbst.

(Zu vermiethen.) In L. Nr. 384 der Karolinenstraße ist die erste Etage, bestehend aus 2 Zimmern, 3 Kammern, Küche, Boden und Kelleranthell, täglich zu vermiethen.

(Gesuch.) Eine Magd, welche Hausmannskost kochen kann und sich über Treue und Fleiß auszuweisen vermag, wünscht nächstes Ziel einen passenden Platz.

(Gesuch.) Ein fleißiges Stubenmädchen, welches im Nähen und Bügeln wohl erfahren ist, wird sogleich in Dienst zu nehmen gesucht. Näheres bei Herrn Bestelmeier, Museumsbrücke.

(Gesuch.) Ein Mädchen, welches in der Küche sehr gut bewandert ist, sich auch dabei jeder Hausarbeit unterzieht, wünscht in einem soliden Hause nächstes Ziel Unterkunft, könnte auch auf Verlangen gleich einstehen. Nro. 677 auf der Veste.

Beispiellos billiges Steingut.

Nachdem ich diese Neujahrs-Messe heuer mit einer großen Auswahl von Steingut, sowohl in weißem als auch in verschiedenfarbigen Kupferdruck zum Erstenmale in Nürnberg bezog, so mache ich dieses dem verehrlichen Publikum mit dem Bemerken ergebenst bekannt, daß ich im Stande bin unter dem Fabrikpreise die schönste und beste Waare abzugeben. — So z. B. sind Teller in verschiedenen Größen von 24 bis 48 kr. per Dutzend, Schüsseln mit Deckel auf 12 Personen zu fl. 1. Kaffeezeuge aller Art, sehr billig, kupferbedruckte Teller alle Farben von 36 bis 48 kr. per Dutzend und überhaupt alle Artikel zu einem nie erfahrnen billigen Preis in schönster und mannigfachster Auswahl zu erhalten.

Mein Stand befindet sich auf der Mitte der Schütt an den Hafnern, was ich mir noch zu bemerken erlaube und um recht zahlreichen Zuspruch bitte.

Joseph Tragel,
Steinguthändler.

☞ Wohl zu merken, nur im Hause des Herrn Pabst auf der Schütt

sollen diese Messe wegen drückenden Geldmangels die nöthigsten Bedürfnißartikel zur Hälfte des reellen Werthes gänzlich aufgeräumt werden.

Bitte schnell zu kommen, sonst ist's zu spät.

schwerseidne Regenschirme à 4 fl. u. höher, beste Zeugschirme à $1\frac{1}{2}$ und $1\frac{3}{4}$ fl.

gefütterte Palletots à $6\frac{1}{2}$ fl. u. höher, feinste Burnus-Ueberwürfe à 14, 16 und 19 fl., Kaputzen (Abdelkader-Mäntel) à $3\frac{1}{2}$ fl., $10\frac{1}{2}$ fl., Haus- und Schlafröcke in solidesten Sorten à $3\frac{1}{2}$ fl. u. höher, Comtoir- und Sommerröcke à 3, $3\frac{1}{2}$ fl. u. höher.

elegante Westenzeuge à 30, 48 kr. u. höher, Westenstoffe in Sammet, schwerer Seide und neuesten Atlaß $1\frac{3}{4}$ und $2\frac{1}{2}$ fl.

neueste seidne Schlips und Shwals für Herren $1\frac{1}{2}$, $1\frac{3}{4}$ fl. u. höher, wollene Herren-Shwals à 18, 20 kr. u. höher, seidne Halstücher à 1 und $1\frac{3}{4}$ fl., seidne und leinene Foulards à 24 kr., $1\frac{1}{2}$ fl. u. höher.

Pracht-Cravatten in Seiden und Lasting à 18, 30, 54 kr. u. höher.

Gummihosenträger à 9, 15, 24 kr. u. höher, Gummigesundheitssohlen 24 kr., Port-Monnés, Geldtäschchen à 18 und 30 kr., Brieftaschen à 36 kr. u. höher, gehäckelte seidne Börsen à 36 kr. und 1 fl. u. höher.

K. K. priv. berühmteste Streichriemen à 24, 42 kr. u. höher, beste Rasirmesser à 30 u. 54 kr.

Aechte Havanna-Cigarren 250 à $3\frac{1}{2}$ fl., 100 à $1\frac{1}{2}$ fl., Cigarren-Etuis 18 kr.

Gestrickte Unterhosen für Herren und Frauen à 54 kr., 1 fl. 12 kr., gestrickte Unterjacken à $1\frac{1}{4}$, $1\frac{3}{4}$ fl. u. höher, feine wollne Leibjacken $2\frac{1}{2}$ fl.

Feinste Gemälde-Broche à 54 kr. und $1\frac{1}{2}$ fl., Agat-Bracelets $1\frac{1}{2}$ fl.

50000 Dutzend neueste magnetisch-geschliffene Stahlfedern, unübertrefflich für jede selbst zitternde Handschrift, welche weit besser als die beste Gänsefeder schreibt, Jahrelang nicht rostet, spritzt und kritzelt 144 St. 18, 30 kr. u. höher à Dutzend 2 bis 15 kr.

Das Verkaufslokal ist im geheitzten großen Zimmer nur bei Herrn Pabst das erste Haus auf der Schütt 1 Treppe.

W. Helm aus Frankfurt am Main

bezieht abermals diese Messe mit dem größten Lager in

Stahlfedern

nach neuester Verbesserung, bei denen sich auch wieder die so beliebten Zweispaltigen und alle Sorten in stumpfen und ganz stumpfen Canzleifedern befinden, die weder kritzeln noch spritzen, so daß die schwersten Hände damit schreiben können, dann alle gewöhnlichen Sorten, als: Schul-, Correspondenz-, Comptoir-, Zeichnen- und Damenfedern, das Groß von 20 bis 54 kr., die besseren von 36 kr. bis 1 fl. 48 kr. im Dutzd. von 3 bis 5 kr. und 4 bis 12 kr.

Wirklich elastische Federhalter

von Stahl, Horn und Fischbein, so leicht wie Gänsekiele, das Stück 4 kr. bis 12 kr., gewöhnliche Halter $\frac{1}{2}$ bis 4 kr. per Stück, im Dutzend billiger.

Da durch den langen und regelmäßigen Besuch der hiesigen Messen, auf welchen ich mich stets des besten Absatzes zu erfreuen hatte, meine Federn hinlänglich bekannt sind, so hoffe ich auch diesmal bei außerordentlich guter Waare, verbunden mit mäßigen Preisen, auf einen zahlreichen Besuch und werden deshalb unentgeldliche Proben ausgegeben.

Der Stand ist in der dritten Bude Nro. **106.**

In der grossen Bude der Gebrüder Bernheimer vorm Giesshaus

wird während der Messe abgegeben bei J. Wolpers

☞ zu bedeutend herabgesetzten Preisen wie folgt, als:

Nur vorm Gießhaus bei J. Wolpers

Große Auswahl in ächtfärbigem $\frac{5}{4}$ breiten Kattune, Zitz, Pers. die Elle zu 9—12 kr. dieselben in den neuesten französ. Mustern, sowie in Rosa, und Hemdenkattune 14—18 kr., Orleans 24—36 kr., die neuesten Wollmousline und neueste Neapolitain 21—24 kr., abgepaßte Wollmouslinkleider $3\frac{1}{2}$—7 fl., Baumwoll-Neapolitain nicht höher als 12 kr., Glanz-Zitz und Möbeldamast zu Möbeln, Vorhängen und Rouleaux 14—18 kr., wollene Damen-Cravatten 6 kr., in Kashmir 30 kr., in Seide 15—18—30 kr.

☞ **Große Auswahl in gewirkten Shawls und Tüchern zu $3\frac{1}{2}$—20 fl.,** ☜

sowie ganz und halbwollene Umschlagtücher in allen Größen von $1\frac{1}{4}$—5 fl., eine Partie kleine Umstecktücher für ins Haus und für Kinder 15—24—36 kr., die neuesten Westenzeuge in Halbseide und Wolle 24—36—48 kr., wollene Herren-Shawls (Schlips) 30—45 kr., ächtfärbige Schweizertaschentücher im $\frac{1}{2}$ Dutz. $1\frac{1}{2}$ fl., ächt seidene Binden und Taschentücher $1\frac{1}{2}$ fl. und höher, Schlesinger Halbleinwand 13 kr., Bielefelder Doppeltuch 12—13 kr., Tischtücher ohne Naht $1\frac{1}{2}$ fl., Servietten 24 kr., damastirte Kommode- und Tischdecken 54 kr.— $1\frac{1}{2}$ fl., halbleinene weiße Taschentücher 6—9 kr. u. dgl. m.

Wiederverkäufer, und wer ganze Stücke kauft, erhält Extra-Rabatt, sowie Briefe und Gelder, welche aber aufs beste besorgt franco erbeten werden.

Nur vorm Gießhaus in der großen Bude bei J. Wolpers.

(Gesuch.) Ein, mit den besten Zeugnissen versehenes braves Mädchen, welches in der Küche und allen übrigen Hausarbeiten wohl erfahren ist, wünscht nächstes Ziel bei einer soliden Herrschaft in Dienste zu treten. Näheres in L. Nr. 10 der Königsstraße.

(Gesuch.) Ein junger Mensch von 14 Jahren, aus einer Provinzial-Stadt Bayerns gebürtig, sucht als Conditorlehrling hier einzutreten. Das Nähere in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Ein solides mit guten Zeugnissen versehenes Kindermädchen wird gesucht.

(Zu verkaufen) Eine Metallhandlung, worauf eine Ansässigmachung leicht zu begründen, ist dahier um billigen Preiß zu verkaufen Adresse A B.

Stadttheater in Nürnberg.

Sonntag den 7 Januar. 5 Vorstellung im 4 Abonnement. »Das Turnier zu Kronstein: oder die drei Wahrzeichen« Großes romantisches Spektakel-Lustspiel in 5 Abtheilungen von Holbein. Erstes Debut der Frau von Sternwald, vom Stadttheater zu Würzburg, »Elsbeth«:

Montag, den 8 Januar 1849. 6. Vorstellung im 4. Abonnement. Zum Zweitenmale: »Die Zigeunerin.« Große Oper in 3 Akten, Musik von Balfe.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 8. Januar 1849. № 8. Montag: Erhard.

△ Einst und Jetzt.

Einst, vor 33 Jahren, auf dem Wiener Kongreß, erklärten alle Bevollmächtigten der 34 vereinten Fürsten und freien Städte wie folgt: Deutschland habe die Waffen zur Wiederherstellung der deutschen Freiheit und Verfassung ergriffen, und es sey nun ein großer deutscher Staatskörper zu bilden, worin Jeder dem Wohl des Ganzen Opfer zu bringen habe. Sie erklärten sich ferner bereitwillig für alle zur Sicherung der Freiheit und Unabhängigkeit Deutschlands nothwendig scheinenden Maßregeln, insbesondere zur Beseitigung aller und jeder Willkür wie im Ganzen so in den einzelnen Staaten, ja sogar für Herstellung eines mit kräftigem Rechte ausgestatteten Kaisers, der an der Spitze als erster Repräsentant der Nation ihren alten Rang unter den Völkern behaupte rc. Sie dachten auch an die allgemeinen Grundrechte des deutschen Volkes und an alles, was die Einheit, Selbstständigkeit und deutsche Freiheit begründen könnte. Unter den Bevollmächtigten, die hiefür die feierlichsten Zusagen gaben, waren auch die von Preussen, Bayern, Würtemberg, Hannover, Baden, Hessen rc. Man sehe nur in Klübers Akten des Wiener Kongresses nach, denen alle die hier mit gesperrten Lettern gedruckten Worte entnommen sind! Jetzt, nach 33 Jahren eitlen Hoffens und Harrens auf Erfüllung der Zusagen, — nachdem Deutschland endlich seine Grundrechte, seine Verfassung, sein Oberhaupt, seine Einheit und Freiheit erhalten soll und zwar durch das von ihm selbst gewählte Nationalparlament in Frankfurt a. M., — jetzt, nachdem dieses Parlament in Einem Jahre und unter großen Schwierigkeiten das berathen hat, womit die Fürsten in so vielen Jahren nicht fertig werden konnten oder mochten: jetzt ist Hannover, ist Bayern und wer weiß noch wer sonst, unter den Staaten, die nicht einmal die deutschen Grundrechte in ihre Gesetzblätter aufnehmen und sonst allerei Widerwärtiges thun. Deutsches Volk! Merke Dir doch endlich einmal alle diejenigen genau, die damals verheißen haben und noch nicht erfüllen mögen. Und sollte ein der bekannten Proklamation von Kalisch ähnlicher Aufruf an Dich ergehen, was vielleicht bald geschieht, nun, dann nimm zwar die Waffen wieder, um das Vaterland noch einmal zu retten, aber lege sie nicht eher wieder nieder, als bis alle Verheißungen erfüllt sind! Du mußt etwas lernen, Dir endlich einmal selbst gerecht werden und dann Deine Söhne schwören lassen, das Gewonnene mit deutscher Kraft zu hüten.

Deutschland.

Bayern. (München, 6. Jan.) Nachträglich sind noch folgende Ordensverleihungen zu erwähnen: die Verleihung des Ritterkreuzes des Verdienstordens vom heil. Michael an den Oberbaurath Beyschlag und den ordentlichen Universitätsprofessor Dollmann. — Auf die in Kulmbach in Erledigung gekommene Advokatenstelle wurde der Advokat J. Badum in Kemnath versetzt und die hiedurch erledigt werdende Stelle dem geprüften Rechtspraktikanten J. J. Schöbert in Hof verliehen, dann die beiden in Augsburg erledigten Wechselsensalsstellen den bisherigen Wechselsensalvikaren J. J. Ch. Kühn und F. W. Rau in Augsburg übertragen. (N. Münchn. Z.)

(München, 4. Jan.) In mehreren Blättern ist das Gerücht verbreitet worden, als habe man Allerhöchsten Ortes die Absicht, die in Nymphenburg bestehende königl. Erziehungsanstalt für die weibliche Jugend an einen andern Ort zu versetzen und deren Räumlichkeiten für die Aufnahme von Militär einzurichten. Nach den zuverlässigsten Erkundigungen sind wir in der Lage, die Versicherung geben zu können, daß diese, wir wissen nicht von wo ausgegangene Sage, alles und jedes Grundes entbehrt. (N. M. Z.)

Freie Städte. ** (Frankfurt, 5. Jan.) [Schluß der 146. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung.] Die ganze lange Sitzung, sie dauerte bis acht Uhr Abends, ist als so gut wie nicht dagewesen zu betrachten, wenn man nich die Worte, die gesprochen wurden, für etwas gelten lassen will. Die Sache bleibt auf sich beruhen, das ist das Resultat der Sitzung und die Reichsversammlung hat sich durch die Annahme dieses Antrags ein neues Armuthszeugniß ausgestellt. O deutsches Parlament, wie lange wirst du noch die Zielscheibe des Spottes bleiben! Wäre nur über die oktroyirte Verfassung für Lichtenstein abgehandelt worden, da hätte das Parlament schon Courage gehabt, den Vorschlag Uhlands: die von der Krone Preussen einseitig verkündete Verfassung für rechtskräftig nicht anzuerkennen, als Beschluß zu ordnen und anzuwenden, aber da es Preussen galt, so blieb das Parlament bei seiner traurigen Konsequenz stehen. Gesprochen haben in dieser Angelegenheit noch Löwe aus Kalbe, der alles Reden alles Aufbieten von Scharfsinn nur dazu dienen sieht, daß sich das Wie des Nichtsthuns herausstelle. Er lobt das preussische Volk, daß es den Bürgerkrieg, den die Regierung heraufbeschworen, beseitigt habe; denn wenn die Nationalversammlung die Landwehr gerufen hätte, da wäre sie gewiß gekommen zum Schutze. Die Krone tragenden Häupter wissen gar nicht, welcher Gefahr sie sich aussetzen, das Vertrauen deß Volks zu seinen Vertretern zu erschüttern. Eversbutsch (schon ein passender Name) aus Altona, den die Westphalen in's Parlament brachten, spricht ganz brandenburgisch und gemein, und hebt es hervor, daß ein Ministerium Brandenburg das Vaterland gerettet habe, denn es habe die dem Abgrunde zujagenden tollgewordenen Rosse der Staatskarosse zum Stehen gebracht. Raveaux ließ sich auf die bitterste, aber gewiß wahrste Art aus: Was Preussen gethan, dafür reicht das Wort Reaktion nicht aus, es seyen Gewaltmittel angewendet worden, die seit 1815 nicht da gewesen. Warum das preussische Volk keine Hülfe bei dieser Versammlung suche? Weil es, wie das übrige Deutschland auch kein Vertrauen mehr zu ihr habe. Die Versammlung solle immerhin die einfache Tagesordnung beschließen, dann könne es kommen, daß der noch immer über die Blum'sche Todtenfeier berathende Ausschuß zugleich über die Todtenfeier des Parlaments berathen werde.

Zachariä aus Göttingen erhält zum Schluß das Wort. Daß in Preussen ein Staatsstreich geschehen, sey wahr, aber es gebe gute und böse Staatsstreiche, im vorliegenden Falle soll man es machen, wie das preussische Volk selbst gethan, man solle zur einfachen Tagesordnung übergehen. Die Abstimmung geschieht auf Verlangen der Rechten und, um rascher fertig zu werden, durch Namensaufruf. Also noch einmal, die Sache bleibt auf sich beruhen. Gute Nacht! Nächste Sitzung wahrscheinlich Montag den 8. Januar. Gegenstand: österreichische Angelegenheiten, wenn der Ausschuß mit seinem Bericht fertig wird. Die österreichischen und preussischen Vorgänge der jüngsten Zeit ähneln sich, den Ausgang ausgenommen, so, daß auch im Parlament die Behandlung der österreichischen Angelegenheit nicht viel anders ausfallen wird, als die der preussischen. Es ist Alles eins, ob das Parlament Ja, ob es Nein sagt, das hat nichts mehr auf sich. Traurig aber wahr!

** Von vielen Seiten kommen uns Anfragen über die Organisation des März-Vereins zu, welche alle von der Voraussetzung ausgehen, als wäre der Anschluß bereits bestehender Vereine an denselben, durch ihre vorherige Auflösung, oder wenigstens Suspendirung und sodann neue Konstituirung unter dem von dem Märzverein aufgestellten Zweck gewünscht worden. Dies ist ein Irrthum, wie er schon aus unserem Programm sich widerlegt, welches dem Märzverein in dieser Hinsicht eine vorwiegend formelle Haltung vindizirt, die der Einigung nämlich unserer zwar verschiedenen, aber in ihrem Recht gleichmäßig bedrohten politischen Stellung zu gemeinsamem Handeln gegen den gemeinsamen Feind der Reaktion. Die Wirksamkeit der Parteien auf ihrem eigenen Gebiete ist und soll dadurch nicht ausgeschlossen, noch beirrt seyn; es handelt sich lediglich um die gleiche Richtung und Leitung unserer Kraft gegen denselben Gegner, der ohne diese gegenseitige Hülfe der Bedrohten dem Einen, wie dem Andern gleichmäßig gefährlicher wird, und ist so weit, als die natürliche Forderung der Klugheit sie gebietet und das eigene Prinzip sie zuläßt. Auf den Bestand, innere und äußere Organisation, sowie den Namen der Vereine, die zu diesem Zwecke mit uns gehen wollen, kann dies keinerlei Einfluß äußern und erklären wir unter Bezugnahme auf unser Programm ausdrücklich, daß jeder Verein, ob demokratisch, ob konstitutionell und unter welchem Namen, indem er sich an den Märzverein anschließt, weder in seiner Tendenz, noch in seinem sonstigen Verbindungen, noch selbst in dem Namen Modifikationen zu erleiden braucht und daß ebenso die etwaige Gesammtorganisation gleichgesinnter Vereine, durch die Gesammtorganisation des Märzvereins weder gehemmt, noch irgend wie beschränkt werden soll.

Der Centralmärzverein.

(Frankfurt, den 4. Januar.) Die österreichische Note, deren wir gestern Erwähnung gethan, geht von einem Mißverständniß des ministeriellen Programms aus. Es beruhe auf einem Irrthum, führt die Note aus, daß Oesterreich als in den deutschen Bundesstaat nicht eintretend zu betrachten sey; das österreichische Programm besage weiter nichts, als daß, bei den obwaltenden Schwierigkeiten, die Reichsverfassung mit der österreichischen Regierung vereinbart werden müsse. Mit den Prämissen fielen auch die vom Ministerium gezogenen Konsequenzen. Oesterreich werde nimmer zugeben, daß es von Deutschland, mit dem es seit einem Jahrtausend verbunden sey, ausscheide. Oesterreich hoffe vielmehr, daß das deutsche Verfassungswerk, und zwar mit seinen zu diesem Zwecke nach Frankfurt entsendeten Abgeordneten, gedeihlich fortberathen und auf dem Wege der Vereinbarung mit den Regierungen zu Stande gebracht werde, und der Bevollmächtigte habe Oesterreich während dieser Zeit bei der Centralgewalt zu vertreten. Durch gesandtschaftlichen Verkehr könne mit Oesterreich in keinem Falle verhandelt werden, da es ein deutscher Bundesstaat sey und bleibe, und zwar der Mächtigste von allen, da es sich dieser seiner Stellung bewußt sey, und sie zu behaupten wissen werde. Schließlich wird zu den staatsmännischen Einsichten Gagern's das Vertrauen ausgesprochen, daß er dies einsehe, und seine Aenderungen zurücknehme. Welchen Antheil die hiesigen österreichischen Abgg., namentlich Herr von Schmerling, an dieser Wendung der Dinge in Olmütz haben, ist uns unbekannt. Ueber ein mehrstündiges Gespräch, das Herr v. Schmerling gestern Abend mit dem Präsidenten des Reichsministeriums gehabt hat, verlautet noch nichts Gewisses. Der Ausschuß war gestern um 6 Uhr versammelt, die erwartete Note war ihm indeß nicht zugefertigt worden; er mußte davon abstehen, sich dieselbe zu verschaffen, weil ihm zuverlässig mitgetheilt wurde, daß Herr v. Schmerling, obgleich seit zwanzig Stunden anwesend, sie dem Reichsministerium offiziell noch nicht mitgetheilt habe. Alle Mitglieder des Ausschusses waren über diese unbegreifliche Zögerung gleich verdrossen, aber die Mehrheit konnte sich doch nicht entschließen, einen Beschluß zu fassen, bevor sie von einem so wichtigen Aktenstücke genaue und amtliche Kenntniß erhalten hatte. (D. Z.)

(Frankfurt, den 5. Januar.) Gestern Abend verbreitete sich das Gerücht, Hr. Bunsen sey zu einer Besprechung in Berlin und Frankfurt auf Befehl der preussischen Regierung von London abgereist. Wir haben dieses Gerücht bei näherer Nachforschung bestätigt gefunden. Hr. Bunsen wird etwa am 9. in Berlin eintreffen und kurze Zeit darauf sich nach Frankfurt begeben, um sich hier über die Instruk-

tion für die dänische Friedensunterhandlung mit dem Reichsministerium zu verständigen. Wie wir vernehmen, wird Hr. Syndikus Barks von Hamburg, der sich schon einige Wochen hier aufhält und sehr thätigen Antheil an den jetzt außerordentlich beschleunigten Vorarbeiten im Ministerium nimmt, eine wichtige Mission am Orte der Friedensunterhandlungen selbst übernehmen. (D. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 1. Jan.) Unser Staatsanwalt hat, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, das alte Jahr auf eine seiner bisherigen Thätigkeit würdige Weise beschlossen. Er soll nämlich 167 Verhaftsbefehle gegen Abgeordnete, welche am Steuerverweigerungsbeschlusse Theil genommen, unterzeichnet haben. Diese Maßregel läßt darauf schließen, daß mit dem Monsterprozeß vorgeschritten werden soll. (N. Rh. Z.)

†*† (Berlin, 4. Jan.) Während man bisher in Betreff der Wahlagitationen nur zwei wesentlich von einander getrennte Parteien erblickte, entfaltet jetzt auch eine dritte, unstreitig gut organisirte und mit allen Mitteln zu Wahlagitationen reichlich versehene Partei ihre Thätigkeit und zwar mit einer Lebhaftigkeit und einer Geschicklichkeit, die die der andern Parteien weit überragt. Es ist dies die hohe Aristokratie und der reiche Grundbesitz, welche man in neuester Zeit mit der Partei Harkort-Meusebach verbunden wähnte. Eine scheinbare Vereinigung hat nun wirklich existirt, aber man hat sich mit der conservativen Bourgeois-Partei doch nicht lange vertragen können und hat im Stillen sich eine besondere Einwirkung auf die bevorstehenden Wahlen vorzubehalten gewußt. Der Central-Verein dieser Partei ist der Verein zum Schutz des Grundbesitzes, das sogenannte „Junkerparlament," aus dem ein Wahlcomité hervorgegangen ist, in welchem die HH. v. Bülow, Cummerow, Prinz Hohenlohe und Oberstlieutenant v. Griesheim. Mit diesem Vereine in Verbindung steht ein neugegründeter „katholischer Central-Verein," der an 100 Zweigvereine, meist unter dem Namen „Priesterverein" in der Provinz zählt. Es wird versichert, daß dieser katholische Verein bereits mehr als 8000 Mitglieder zähle. Das erwähnte Wahlcommité versucht, durch Absendung von Emissären nach der Provinz und durch Verbreitung von Drucksachen, als deren Verfasser der frühere Redakteur der fast radikalen Arbeiterzeitung Hr. Dr. E. Schmidt genannt wird, auf die Wahlen zu influiren. Man geht damit um, eine neue Zeitung im Interesse des großen Grundbesitzes zu stiften, die noch im Laufe dieses Monats erscheinen soll. Ein Versuch, sich mit der von den HH. Lehfeld und Jonas herauszugebenden „konstitutionellen Zeitung zu vereinigen, soll fehlgeschlagen seyn.

Einer der thätigsten Agitatoren der Harkort-Meusebach'schen Partei ist der Herr Geheimerath von Bally (Abg. in Frankfurt), der vor Kurzem hier war, um mit den hiesigen Herren zu conferiren. Herr v. Bally wird sich demnächst in seine Heimath Schlesien begeben, um dort für seine Partei thätig zu seyn.

Zum Beweise, wie die Cirkular-Verfügung des Ministers v. Manteufel vom 28. Dezember in Betreff des Einflusses, welchen die Behörden bei den Wahlen geltend machen sollen, von einzelnen Beamten aufgefaßt wird, mag der Umstand lehren, daß der Polizei-Kommissarius des Reviers, in welchem der Geheimerath Waldeck wohnt, seine Bezirkseingesessenen zu 3 und 4 auf einmal nach einander zu sich kommen läßt, um sie dahin zu bewegen, keinem Demokraten, namentlich Waldeck selbst, dem Kammergerichtsrath Gatti und ähnlichen Männern, die im Geruche demokratischer Gesinnungen stehen, ihre Stimme bei den Wahlmänner-Wahlen zu geben.

Wie uns mitgetheilt wird, steht außer der Lehfeld-Jenaischen Zeitung noch die Begründung eines zweiten ähnlichen Organs zu erwarten. Das Unternehmen soll sich hauptsächlich der Mitwirkung des Fürsten L. Solms und des Grafen zur Lippe zu erfreuen haben. Der Letztere huldigt einer gemäßigten sozialistisch-demokratischen Tendenz, innerhalb der Grenzen einer konstitutionell-monarchischen Verfassung. Die Geldmittel, auf welchem basirt dieses Journal treten wird, sollen sehr bedeutend und zum größten Theil von der rheinischen Aristokratie aufgebracht seyn.

Die Einrichtung des Berathungslokals für die erste Kammer, zu dessen Herstellung der Bau einer Brücke über den sogenannten Prinzessinnengraben nothwendig wird, führt uns heute eine Erscheinung vor Augen, die seit der Verhängung des Belagerungszustandes neu und überraschend ist. Vor dem Gouvernementsgebäude in der Oberwallstrasse stehen seit dem frühen Morgen bis in die späten Nachmittagsstunden dichtgedrängte Arbeiterhaufen, welchen bei jenem Bau Beschäftigung zugetheilt werden soll. Diese Zusammenrottung würde an die Zeiten der „Anarchie" erinnern, wenn nicht das mit Soldaten und Konstablern angefüllte Gebäude über den Unterschied zwischen diesem Arbeiterhaufen und den früheren Attroupements jeden Zweifel zu beseitigen geeignet wäre.

Von Bruno Bauer, dessen Erwählung in eine der Kammern in den Provinzen, namentlich in Sachsen, lebhaft betrieben wird, erscheint binnen Kurzem eine „Geschichte des Bürgerthums."

In der „Neuen Preuss. Zeitung" rechtfertigt ein Mitglied des Geh. Obertribunals Hr. Hoeppe das Verfahren jenes Gerichtshofs gegen Hrn. Waldeck. Nach seiner Darstellung des Sachverhältnisses soll jenes Verfahren nicht durch politische Demonstrationsgelüste veranlaßt worden seyn. In den politischen Meinungen würde eine Einstimmigkeit nicht zu erzielen gewesen seyn. Lediglich auf die Frage sey es angekommen: „ob von dem einen oder dem anderen der Mitglieder des Geh.-O.-Tr., welche Abgeordnete gewesen, ein Anlaß zu dem Verdachte gegeben sey, daß den Pflichten als Richter in Beziehung auf die Heilighaltung des Eides und auf die Ehre des Kollegiums zuwider gehandelt worden?"

Unserer Hofbühne stehen Verluste bevor, welche von den Theaterfreunden vielfach beklagt werden. Fräulein Unzelmann und der Heldentenor Hr. Kraus, verlassen dieselbe. Dagegen ist an Stelle des letzteren Hr. Reer aus Koburg engagirt.

Sachsen. (Gotha, 1. Jan.) Unser seither von den Stürmen der Zeit wenig ergriffen gewesener Ort befindet sich gegenwärtig in einer bedenklichen Aufregung. Obgleich die sächsische Garnison in die Kaserne gelegt worden ist, verlangt der Bürger- und Proletarierstand dennoch, daß das ganze Militär aus der Stadt müsse, und um zum Ziele zu kommen, suchte man mit den einzelnen Soldaten Händel, verhöhnte die Offiziere und Gemeinen und reizte sie zur Gegenwehr. Mehrere Ungebührlichkeiten von Seiten des Militärs mußten die Glut nur noch schüren, und so kam es denn am 30. Dez. zu einigen blutigen Thätlichkeiten auf den Straßen. Die Folge war, daß der Bürgerwehr-Kommandant gezwungen wurde, Generalmarsch schlagen zu lassen; anfangs standen sich Bürgersoldaten und Militär einander gegenüber, letzteres zog sich aber bald, ohne den maßlosen Beschimpfungen und Verhöhnungen irgend einen Widerstand entgegenzusetzen, in die Kaserne zurück. In größter Eile wurden noch zwei Kompagnien von Arnstadt hierher kommandirt. Die Regierung soll die unzweideutigsten Beweise in den Händen haben, daß man, sobald das Militär die Stadt verlassen, dem Landtage „vor das Quartier rücken will" wie man sich bei uns ausdrückt. Eine vom Stadtrath erlassene Bekanntmachung drückt unter Anderm aus: „Mitbürger, möchten wir uns insgesammt von jeglicher Theilnahme an diesen Ordnungswidrigkeiten freisprechen können!" In der gleichzeitigen Bekanntmachung des Generals Grafen von Holtzendorf wird ausgesprochen, daß vom Militärkommando alles Mögliche gethan werden solle, weitere Zusammenstöße zu verhindern, daß man es „sich aber auch zur Pflicht machen werde, die Soldaten vor Beleidigungen aller Art, wie sie seit einigen Tagen stattgefunden, kräftig zu schützen und Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten." Die Wachen thun ihren Dienst mit geladenem Gewehre. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein, (Schleswig, 31 Dez.) Die Muthmaßung, daß die Unterhandlungen über die endliche vollständige Erfüllung des Waffenstillstandsvertrags von Seiten der Dänen jetzt zu einer Krisis gelangt seyen, können wir nach demjenigen, was wir in Erfahrung gebracht, nur bestätigen. Andererseits aber dürften die Schwierigkeiten, welche sich seither der Eröffnung der Friedensunterhandlungen entgegenstellten, jetzt beseitigt seyen, da der Ritter Bunsen sicherem Vernehmen nach den Auftrag, das deutsche Reich bei den Friedensunterhandlungen in London zu vertreten, nunmehr angenommen hat. — Die Gerüchte von einem von den Dänen beabsichtigten Einfall in Nordschleswig erhalten sich noch. Es scheint die Ausstreuung von solchen Gerüchten blos darauf abgesehen zu seyn, unsere gemeinsame Regierung zu unüberlegten Handlungen zu verleiten, worauf sie indeß wohl vergebens spekulirt haben dürften. (B.-H.)

Würtemberg. (Stuttgart, 5. Jan.) [53. Sitzung der Abgeordneten.] Stockmaier stellte an den Ministertisch die Anfrage, ob, nachdem Grundrechte und Einführungsgesetz verkündigt sind, von Seite der Regierung ein Wahlgesetz für eine konstituirende Versammlung vorbereitet werde. Würde bald ein Wahlgesetz vorgelegt werden, so habe dieses einen großen Einfluß auf die Arbeiten der Kommissionen und der Kammer. Staatsrath Römer: Bekanntlich hat die Regierung schon in der Thronrede ein Wahlgesetz zugesichert, sie hat es für unschuldig gehalten, die erste Kammer und die bevorrechteten Stände der zweiten Kammer an ihrer Beerdigung Antheil nehmen zu lassen. Damals wußte die Regierung noch nicht, was das Einführungsgesetz bestimmen wird, wornach es auch der ersten Kammer möglich ist, an der Berathung über die Umänderung der Verfassungs-Urkunde mitzuwirken. Ein Wahlgesetz wird gegenwärtig ausgearbeitet und den Ständen vorgelegt werden. Diejenigen aber, welche so sehr auf eine konstituirende Versammlung dringen, geben sich einer Illusion hin, wenn sie der auch im Publikum verbreiteten Ansicht sind, die konst. Vers. dürfe die ganz Verfassung über den Haufen werfen, und etwas ganz Neues schaffen; dieser Ansicht muß ich entschieden entgegentreten. Becher: Nicht nur im Publikum, sondern auch in dieser Kammer besteht die Ansicht von der Nothwendigkeit der Zusammenberufung einer konstituirenden Versammlung. Ueber deren Befugnisse will ich keine weitere Debatte herbeiführen, ich erkläre aber, daß einer konstituirenden Versammlung die Vollgewalt der Volkssouveränetät zusteht. Staatsrath Römer: Ich erkläre, daß ich eine würtembergische Volkssouveränetät nicht anerkenne. (Schw. M.)

Italien.

(Rom, den 29. Dezember.) Die legislative Sektion hat die Auflösung der Kammern also beschlossen, und Armellini hat dieselbe bereits gestern schon vollzogen. Von vierzig Deputirten, die noch zurückgeblieben waren, hatte kaum ein Drittheil für die Konstituante gestimmt. Diese soll nun im Laufe des heutigen Tags oder spätestens morgen promulgirt, und durch 101 Kanonenschüsse von dem Castel S. Angelo verkündet werden; letzteres dem Befehl des Circolo Popolare gemäß. Der Cirkolo Romano, welcher gegen das Ministerium Partei ergreifen zu wollen schien, ist in der Minorität geblieben, und muß nun dem allgemeinen Impuls folgen. Auch die Giunta hatte sich aufzulösen gedroht. Corsini soll gestern Morgen von der Flucht nach Florenz abgehalten worden seyn. Jetzt hat er sich wieder bereden lassen, die Würde und Burde der übernommenen Gewalt aufs neue auf die Schultern zu nehmen. Von Gaëta war Fürst Barberini eingetroffen, und hatte mit dem Kardinal Castracane eine längere Konferenz gehabt, nach welcher eine Staffette an den Papst abgesandt worden war. Wohlunterrichtete Personen versichern, daß wir uns am Vorabend des Ausbruchs eines Bürgerkriegs befinden, der fast unvermeidlich scheint. Da man der Revolution zu ihrer Entwicklung volle Zeit läßt, so wird dieselbe Kräfte zusammenziehen und gewinnen, welche ihr durch rascheres und energisches Handeln und Einschreiten hätten abgeschnitten werden können. (A. A. Z.)

(Nürnberg, den 7. Dez.) Die französische Korrespondenz ist heute ausgeblieben.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Montagsblatt

zur Mittelfränkischen Zeitung.

№ 1. Nürnberg, 8. Januar. 1849.

Ungarn.

Nun flackert durch die Haide
Der Lagerfeuer Brand;
Nun blitzt die krumme Schneide
In des Magyaren Hand;
Nun läßt er seine Heerde,
Nun schwingt er sich zu Pferde,
Nun lehnt er am Verhau;
Und vor dem Eisensporn'gen
Aufrauscht das Lied der zorn'gen
Donau, der Haidefrau.

Sie jauchzt in ihren Borden,
Sie schwillt vor Stolz und Wuth:
„Glück auf, ihr braunen Horden,
Du heißes Ungarblut!
Ihr Hirten und ihr Jäger,
Ihr wilden Zimbalschläger,
Ihr Geiger unverzagt!
Ihr, die ihr als die Letzten
Zur Schlacht mit dem zerfetzten
Panier der Freiheit jagt!

„Verrathen allenthalben,
Verrathen und schimpfirt,
Habt ihr es auf die Falben
Und Rappen euch salvirt!
Vom Roß emporgehalten,
Bluteis in seinen Falten,
So trägt es der Magyar;
So läßt er breit es fliegen,
So läßt er es mit Siegen
Einweihn das neue Jahr!

„Seht her doch, ihr nach Westen!
Ein Volk noch in der Welt,
Das trotzig mit der festen
Stahlhand am Aufruhr hält!
Im fernen wüsten Osten
Der Freiheit Außenposten,
Die schlagen jetzt die Schlacht,
Die, heiß zurück sich wälzend,
Jedwede Kette schmelzend,
Auch euch zu Freien macht!

„Hört ihr der Hörner Gellen,
Hört ihr der Rosse Trab,
Seht ihr die blut'gen Wellen? —
Das ist der Kampf bei Raab!
Vorwärts ihr zottigen Reiter!
Vorwärts Kossuth, mein Streiter!" —
So klingt der Donau Schrei;
So wälzt sie sich mit Grollen
Hinab durch ihre Schollen
Zur schläfrigen Türkei

Sylvester 1848. Ferdinand Freiligrath.

Das Kaiserlied.

Mel.: Sie sollen ihn nicht haben,
Den freien deutschen Rhein ꝛc.

Wir wollen einen Kaiser,
Es muß ein Kaiser seyn!
Was kümmern uns die Häuser
Der Fürsten groß und klein!

Sie haben uns belogen,
Betrogen und gelumpt,
Das Mark fast ausgesogen,
Das Land beinah' verpumpt

Und wollten wir uns mucksen,
So schlug man uns aufs Maul;
Den Unterthan zu fuchsen,
War auch nicht einer faul.

Man hätt' sie sollen jagen
Und stäupen aus dem Land!
Wie haben wir getragen
Geduldig uns're Schand!

Doch daß auf deutscher Erde
Nun endlich Ordnung sey,
Drum rufen wir: es werde
Ein End' der Lumperey!

Es muß ein Kaiser werden
Ein weiser, starker Herr,
Wie sie sich auch geberden,
Mit allerlei Geplerr'.

Der Kaiser mag sie treffen,
Wie Er's für gut befind't,
Wenn wir uns Feueressen
Nur geh'n mit Weib und Kind.

Als freie Männer treten
Wir um den Kaiser gern,
Und wenn die Kriegstrompeten
Auch schmettern nah' und fern

Als freie Männer zagen
Wir keinem Feindesheer;
Wir werden uns schon schlagen,
Und sichern Land und Meer

Wenn uns der Kaiser achtet,
Dann stehen wir um ihn;
Dann wird der Feind geschlachtet,
Wenn er nicht will entflieh'n.

Wir wollen nichts erstreiten
Als Freiheit, Einigkeit;
Doch auch nicht mehr uns kleiden,
In Schmach und Herzeleid.

Drum wollen wir den Kaiser;
Es muß ein Kaiser seyn,
Ein starker Herr, ein weiser,
Ob Fürsten groß und klein

Campanella.

Ein Geheimniß.

(Fortsetzung.)

13.

Das geheimnißvolle Fuhrwerk, welches vor der Kirche Sainte-Elisabeth hielt und aus welcher bei der Ausrufung des Armee-Bulletins ein so schmerzlicher Schrei drang, brachte die Herzogin von A... in das Palais der Königin Hortense zurück.

Es war in der That die schöne Marschallin, welche die Verlobten von Blanches Wohnung bis zum Altar begleitet hatte und die, gleich einer unsichtbaren Fee, allen Einzelheiten dieser Ceremonie beiwohnte, welche vielleicht ihre Seele zerriß, der sie aber, so zu sagen, von Minute zu Minute folgen wollte, indem sie es vorzog, selbst den Kelch der Bitterkeit zu leeren, statt zu warten, bis man ihr ihn brachte. Und in der That verdoppelt bei vielen Personen von nervöser und empfindsamer Organisation die Einsamkeit die Qualen, und ihre exaltirte Einbildungskraft leiht denselben weit grausamere Formen, als die traurigste Wirklichkeit sie bietet.

In Thränen aufgelöst, eilte Stephanie in ihr Betzimmer, ... in dasselbe Betzimmer, welches Odoarts Blut ihr noch theuer machte, und indem sie sich auf die Kniee warf, klagte sie dem Himmel den ganzen ungeheueren Schmerz, der sie niederdrückte, den Verlust der süßesten Zukunft des so heiß ersehnten Glückes, ... gerade in dem Augenblicke, wo das Schicksal es ihr gewähren zu wollen schien.

Aber plötzlich bemächtigte sich ihrer ein Gedanke; sie rief: „Ich bin eine Thörin! ... Mein Gott! wäre Odoart auch noch frei gewesen, der Tod des Marschalls hätte uns doch nicht vereinigen können! Hielt ihn nicht ein schrecklicher und geheiligter Grund ab, sich auf ewig mit mir zu verbinden?«

Und ihre Thränen flossen aufs Neue.

„Der Marschall lebt noch!“ sagte eine Stimme im Hintergrunde des Betzimmers, „und ich kam Sie davon zu unterrichten.“

Zitternd, außer sich vor Bestürzung und Schrecken, wandte die Herzogin die Augen nach der Seite, von welcher die Stimme kam, und sah, einige Schritte entfernt, die Königin Hortense vor sich stehen, welche die Arme gegen sie ausbreitete.

„Ach, gnädigste Frau,“ rief Stephanie, indem sie der guten Fürstin zu Füßen fiel, „Sie kennen nun mein Geheimniß, und werden mich verachten.“

„Ich werde Sie beklagen, meine arme Freundin!“ antwortete die Königin. „Was ihr Geheimniß betrifft, so habe ich es seit langer Zeit errathen, und ich leide mit Ihnen.“

„Er ist verheirathet!“ sagte Stephanie unter verdoppeltem Schluchzen.

„Ich weiß es,“ versetzte Hortense, „und das, meine theure Stephanie, ist nicht das einzige Unglück, das heute über Sie hereinbricht; denn es bleibt Ihnen noch eine heilige Pflicht übrig, eine Pflicht, von der Ihr Ruf, Ihre Ehre abhängen, und deren Unterlassung Ihnen der Kaiser niemals vergeben würde.“

Dann schloß die Königin die fast sterbende Herzogin in ihre Arme, zog sie in das Boudoir des Pavillons, und nachdem sie sorgsam die Thüre verschlossen, sagte sie:

„Die Armeeberichte sind oft ungenau; der letzte, welcher den Tod Ihres Gemahls meldete, war ein wenig zu voreilig. .... Auf dem Schlachtfelde von Astorga durch eine Kugel getroffen, wäre der Herzog unter den Rädern eines ganz nahe an ihm vorüberkommenden Artillerie-Trains zermalmt worden, hätte nicht eine Bewegung, die er zur rechten Zeit machte, die Pferde erschreckt, daß sie heftig zur Seite sprangen, wodurch der Marschall dem schrecklichen Tode entging, der ihn bedrohte. ... Alle diese näheren Umstände wurden mir eben durch einen Expressen gebracht, welchen mir der Kriegsminister mit der Bitte sandte, Ihnen die Unrichtigkeit des offiziellen Berichtes mitzutheilen. ... Der Minister fügt hinzu, daß der Marschall, welcher nur mit großer Mühe in eine elende Hütte in der Gegend von Astorga geschafft wurde, in diesem Augenblicke in großer Gefahr schwebe, und daß seine Verwundung so schwer ist, daß von einem Augenblicke zum anderen sein Ende zu erwarten steht.... Und nun, meine theure Herzogin, ist Ihnen Ihr Verhalten vorgezeichnet; Sie sind es Ihrem Gatten, der Welt und sich selbst schuldig, heute noch ohne Verzug abzureisen, den Marschall aufzusuchen, ihm Ihre Sorgfalt zu weihen und ihn entweder dem Leben wiederzugeben, oder seinen letzten Seufzer zu empfangen.“

„Ich werde gehen,“ sagte Stephanie in muthiger Resignation, „ich werde Euer Majestät gehorchen.“

„Ich befehle es Ihnen nicht,“ versetzte die Königin gütig, „ich befehle es Ihnen nicht, meine Freundin, ich rathe Ihnen nur und bitte Sie höchstens darum; denn ich will, daß Sie sich die allgemeine Achtung erhalten und daß nur ich das traurige Geheimniß Ihres Kummers kenne.“

Zwei Stunden nach dieser Unterredung war die Marschallin mit Postpferden auf dem Wege nach Spanien, und als Odoart gegen Abend sich in ihrer Wohnung einfand, übergab man ihm ein Billet, das nur die Worte enthielt:

„Ich reise ab;.... denken Sie an Ihren Eid!

— — — — — — — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — — — — — —

Vierzehn Tage waren seit dem nächtlichen Gefechte, das wir mitgetheilt, vorübergegangen.

Der Herzog von A . . ., von den Seinigen erkannt, war an den, dem Schlachtfelde zunächstgelegenen Ort gebracht worden, und dieser Ort war, wie der Kriegsminister es der Königin gemeldet, eine armselige spanische Bauernhütte, die von ihren Bewohnern verlassen worden war und in welcher das abscheulichste Elend herrschte.

Die französische Armee, ausschließend mit der Belagerung Astorgas beschäftigt, hatte nur eine sehr unbedeutende Sicherheits-Wache bei dem Marschall zurücklassen können. Auch hoffte man jeden Tag, ihn in das Hauptquartier schaffen zu können.

Larrey, der berühmte Larrey, dieser Mann mit der Hand von Eisen und dem Feuerkopfe, der stets im Gefolge aller kaiserlichen Ruhmesthaten war und sein Heilungswerk begann wenn die Kanonen ihr Zerstörungswerk vollbracht hatten, Larrey war eben in die Hütte des Marschalls getreten.

„Es ist unmöglich," sagte er zu dem Kammerdiener des Verwundeten, „heute noch diese verfluchte Kugel auszuziehen. Die Entzündung ist zu stark, der Kranke zu schwach, und die Ränder der Wunde beweisen mir, daß die Kugel vergiftet war, ein niederträchtiges Mittel, das unsere Feinde in ihrer Wuth und ihrer Verzweiflung nur zu oft anwenden. Man kann in diesem Augenblick nicht an die Operation denken, der Marschall würde ihr unterliegen, ja, ich fürchte sogar sehr lebhaft für diese Nacht. Behalten Sie wohl, was ich Ihnen sagen werde," fuhr er fort; „ich bemerke an sehr ernsten Symtomen, daß der Ausbruch eines Gehirnfiebers unvermeidlich ist. Erschrecken Sie nicht vor den grausamen Anfällen, die vorkommen werden, vor den heftigen Zuckungen und dem Schmerzgeschrei, das solche Anfälle hervorrufen. Ich wünschte sehr unseren braven Marschall nicht verlassen zu müssen, aber Sie hören von hier aus den Kanonendonner von Astorga, der neue Opfer verlangen wird und mich in ihre Reihen ruft. Da ich übrigens weiß, daß in diesem verwüsteten Lande; wo diese arme Hütte allein in der ganzen Gegend der Zerstörung entging, auch keine Hülfe zu hoffen ist, und da ich die Lage voraussah, in der ich den Kranken finden würde, habe ich den Trank bereitet, der in dieser Fiole enthalten ist; denken Sie daran, wenn Sie es unterlassen, dem Marschall alle Stunden einen Löffel von demselben einzugeben:, wird das Blut in seinen Adern erstarren und morgen wird er aufgehört haben zu leben."

Der Kanonendonner wurde immer heftiger nach der Gegend von Astorga hin; Larrey schwang sich auf sein Pferd und flog im Galopp nach der belagerten Stadt.

Der Tag senkte sich, und die verwüstete Gegend gewann jeden Augenblick einen traurigeren Anblick, je mehr die Dunkelheit sich auf die mit Ruinen bedeckte Ebene herabließ.

Von weitem hörte man das Rollen des Donners. Einige Blitze zuckten durch die Wolken und beleuchteten grell die Steinhaufen der zerstörten Gebäude, welche die Hütte umgaben. Große Regentropfen fielen schallend hernieder.

Der Marschall, ausgestreckt auf dem armseligen Lager dieser elenden Hütte, empfand mit der ausnehmenden Eindrucksfähigkeit leidender Naturen die Wirkungen des elektrischen Fluidums, mit dem die Luft geschwängert war.

Jede Bewegung des Donners verursachte ihm eine gefährliche Erschütterung; aber die Augen des Todtkranken wandten sich nicht einen Augenblick von seiner Uniform, die in einer Ecke der Hütte über einem Schemel hing. Man hätte geglaubt, seine ganze Seele concentrire sich in den lebhaften und fieberhaften Blicken, die er unaufhörlich nach dieser Seite warf.

„Baptist," murmelte er mit schwacher Stimme und einer Anstrengung, in der er die letzten Lebenskräfte zu sammeln schien, „was hat Dir Larrey gesagt. . . . . Muß ich hier sterben?. . . "

„Der Herr Marschall werden gerettet seyn," antwortete der Kammerdiener, „wenn Sie pünktlich den Trank einnehmen, den ich hier habe."

„Gib, gib!" rief der Marschall, indem er sich auf seinem Lager erhob und die Hand ausstreckte. „Ich würde Meerwasser trinken und Feuer verschlingen. . . Ich will leben, um mich zu rächen!"

Baptist begriff nichts, und der Kranke sank auf sein Lager zurück, schwach und vernichtet durch seine Leiden und die ungeheure Aufregung.

Ein dumpfer, tiefer, fast lethargischer Schlaf bemächtigte sich seiner Sinne, und die Schweigsamkeit der Hütte wurde nur noch durch dumpfe und erstickte Seufzer unterbrochen.

Eben war Baptist damit beschäftigt, die halb erloschenen Kohlen anzublasen und eine große Lampe anzuzünden: als er plötzlich inne hielt, überrascht durch ein ungewohntes Geräusch —

Das Rollen eines Wagens ließ sich in der Ferne hören und näherte sich augenscheinlich der Hütte.

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Banate.

(Fortsetzung.)

Doch nicht überall sind die deutschen Bauern so reich. — Besonders sind sie es in Hatzfeld, wo wir uns eben befanden. Die Ursache dieser Wohlhabenheit ist zumeist die Grundherrschaft die Familie Czekonitz. Ich spreche es freudig aus, Czekonitz ist das Ideal eines Grundherrn. Mit Allem, was nur diese Familie vermochte, hat sie ihre Unterthanen unterstützt, Verbesserungen vorgenommen, ökonomische Geräthschaften für dieselben angeschafft, jedem Dürftigen geholfen, und für die Armen täglich offenen Tisch gehabt, ja, der verstorbene Czekonitz ließ Viele, die ihm ihre Noth klagten, an seinem Tische, in seiner Gesellschaft speisen. Jeder Bedürftige findet bei seinem Grundherrn Rath, Unterstützung — und das Resultat ist: eine große Liebe der Unterthanen zu ihm, Reichthum und Ordnungsliebe derselben, und unberechenbarer eigener Vortheil des Gutsbesitzers. Aus Klugheit wenigstens, wenn man nicht in des Edlen Fußstapfen um des Guten selbst wegen treten will, sollten ihm die ungarischen Grundherrn nacheifern;

bart gegen seine Unterthanen bewiesen zu haben, zu Szekeniz
und wollte eine beträchtliche Summe bei ihm eröffnen. »Ich
bin in diesem Augenblicke nicht im Stande, Ihren Wunsch zu
gewähren," antwortete ihm derselbe, »in acht Tagen kann ich
es übrigens; ich werde meine Bauern um diese Summe
angehen." — „Wie, Ihre Bauern! es ist nicht möglich,
daß diese die Summe so bald herbeischaffen." — „Sie
werden sehen, daß ich mich auf meine Unterthanen verlas-
sen kann!«

Die acht Tage vergingen, der Grundherr kam zu Szekeniz
und wollte eben lächelnd fragen, ob das Geld bereits da sey,
als der Richter von Hatzfeld eintrat und sprach: »Gnädiger Herr,
hier habe ich statt 300,000 Gulden 400,000 gebracht, im Falle
Sie dieselben brauchen sollten, und bedürfen Sie noch mehr, so
stehen wir zu Diensten."

„Sehen Sie," sprach Szekeniz zu dem verblüfften Herrn,
»so kann ich mich auf die Liebe meiner Unterthanen ver-
lassen. Geht nur, mein lieber Richter,« sprach er zu diesem,
„und tragt Euer Geld wieder heim, ich benöthige dessen
nicht mehr, und da nehmt, damit sollen sich meine Leute ver-
gnügen."

Als ich von den deutschen Ansiedlungen schied — Abschied
nahm von den treuherzigen Bewohnern, mußte ich unwillkühr-
lich flehen: »daß sie Gott schütze!" Das Banat war seit je-
her die Pforte, durch welche die räuberischen Horden zur
Unterjochung des Westens zogen."

In ähnlicher graphischer Weise schildert uns der Verfasser
das Leben in den Städten, namentlich in Temeswar, die Te-
mes, die Donau und ihre Gestade, Mehadia und die Herkules-
bäder, die berühmten Militärgränzen und die zwischen den
Slaven und den Walachen in großer Menge zerstreut lebenden
Zigeuner. Wir reihen den obigen Bildern die nachstehende
Schilderung des östlichsten, zwischen Serbien, der Walachei und
Siebenbürgen gelegenen Landes, des eigentlichen Banates, an:

„Bald hinter Karansebes hört das Militärgränzland des
Banates auf. Es zieht sich bis hierher an der östlichen Seite
hinauf, vorher bildete es den südlichsten Theil des Landes.
Ungefähr sechs Stunden von dem letztgenannten Orte entfernt,
liegt der Hauptort des Krassóer Komitates, Lugos, bereits
mehr gegen die Mitte des Landes zu. Die Stadt hat recht

Franken.

Die Herzogin von Orleans bewohnt mit dem Grafen
von Paris und ihrem zweiten jüngeren Sohne in der thürin-
gischen Stadt Eisenach ein dort gelegenes herzoglich weimar-
sches Gebäude. Der Haushalt der Herzogin ist überaus ein-
fach. Dieselbe besitzt nicht einmal eine Equipage, sondern
durchwandert gewöhnlich des Mittags mit ihren beiden Kin-
dern zu Fuß die Straßen der Stadt. Ihr leutseliges erge-
benes Wesen hat ihr alle Herzen der Einwohner gewonnen.
Ihr Lieblingsspaziergang ist der Gang nach der bei Eisenach
belegenen Wartburg. Ein Berliner Reisender traf dieselbe
vor wenigen Tagen dort mit dem Grafen von Paris in dem
bekannten Zimmer, in welchem Luther die Bibel übersetzt hat.

Das Elysée Bourbon, das Palais des Präsidenten der
Republik, wurde 1718 erbaut, und hieß damals Hotel d'Ev-
reux. Madame de Pompadour kaufte es von der Familie Ev-
reux und besaß es bis zu ihrem Tode. Es kam alsdann in
Besitz des Finanziers Beaujon, der es 1786 an Ludwig XVI.
verkaufte. Nachdem es Eigenthum der Republik geworden,
wurde es nicht benutzt, bis es unter dem Kaiserthum Murat
kaufte. Nach der zweiten Restauration nahm es der Staat
in Besitz, ohne auf die Ansprüche der Familie Murat Rück-
sicht zu nehmen. Das Gesetz, welches 1830 die Civilliste
Ludwig Philipps regelte, wies das Elysée Bourbon der Kö-
nigin Amalie zur Wohnung an, im Fall sie ihren Gatten
überleben sollte. Zuletzt wurde der Palast bewohnt von Na-
poleon, bevor er 1815 Frankreich verließ. Er stieg hier am
21 Juni nach der Schlacht von Waterloo ab, und unterzeich-
nete hier seine Abdankung zu Gunsten des Königs von Rom.

(Ein kostbares Pianoforte.) Die Königin von
England hat ein schönes Pianoforte von Elfenbein gekauft,
dessen Verfertiger ein Herr Pape ist und welches in der letz-
ten Londoner Kunstausstellung die allgemeinste Bewunderung
erregte. Dieses treffliche Instrument vereinigt in sich alle Verbesse-
rung und Vervollkommungen, welche in der Technik zu Gunsten
der Pianoforte-Fabrikation stattgefunden haben, es ist durchweg
mit vierzehn bis siebzehn Fuß langen und dreißig Zoll nur

die Zukunft aber sei auch der
während 33 Jahren anvertrau
Oesterreich sich und allen Für
heit. Die praktische Wir
daß sich bei die Einigung nich
verletzt bestehen können. Da
Selbstbestimmung erheischt,
aller Partikularinteressen nur
auf das Nothdürftigste, auf
sen Bestandt überhaupt noch
kann. Damit sagen wir
dem Punkte an, von welchem
rechtlichen Verbande der Fü
deutschen Bunde mit seinem
aus des Vaterlandes Wohl
unabschließlichen Tauglichkeit
die Keime des erwachenden
les. Für die Reichsversamm
den Pfad betreten, den ihr
hat, ihr Verfassungswerk vol
Fürsten so lange amendiren,
einem Strome gleichen, der
ist und plötzlich im Sande
kann aber auch der schwer
sein, und des Vertrauens,
daß sie die Ehre einer groß
Wiande ihre eigene Ehre ve
solcher Erhebung ein solcher
lagen Lebens für Deutschland
Ausnahme der Schmach von
das Unglück der Unterdrück
Vorgänge des Kapitols lager
ein Heer nach Spanien zu
In schweren Zeiten ist die

Anarch

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 9. Januar 1849 **№ 9.** **Dienstag: Mart.**

Zwei Wege.

Was wir im Sommer vorausgesagt, ist buchstäblich eingetroffen. Trauriger Trost für den Staatsmann in einer Zeit, die der richtigen Erkenntniß der Gegenwart und ihrer Konsequenzen so sehr bedürftig ist, die Rolle der Kassandra gespielt zu haben. Die Präjudizialfrage ist endlich gelöst. Oesterreich hat gesprochen. Es hält den Standpunkt der Fürstenverträge von 1815 fest und will nur so weit von ihm abgehen, als dies im Wege freier Vereinbarung von ihm und von allen deutschen Regierungen angemessen erachtet wird. Damit ist das Verhältniß, an dessen Wirklichkeit Millionen während neun Monaten geglaubt haben, auf den Kopf gestellt. Nicht die Entscheidung, nur der Vorschlag soll bei der Reichsversammlung beruhen. Sie soll kein verfassunggebendes Parlament, sondern nur ein Verein von Notabeln zur Berathung der Angelegenheiten des Vaterlandes seyn; die Zukunft aber soll auch fortan in den Händen bleiben, denen sie während 33 Jahren anvertraut gewesen. Es ist wohl zu merken, daß Oesterreich sich und allen Fürsten die völlige freie Vereinbarung vorbehält. Die praktische Wirkung der Anerkennung dieses Satzes ist, daß sich da die Einigung finden wird, wo alle Partikularinteressen unverletzt bestehen können. Da aber jede Einigung das Opfer der freien Selbstbestimmung erheischt, so ist das Ziel der möglichsten Schonung aller Partikularinteressen nur dadurch erreichbar, daß die Verbindung auf das Nothdürftigste, auf das Minimum beschränkt wird, unter dessen Bestande überhaupt noch von einer Gemeinsamkeit die Rede seyn kann. Damit langen wir denn nach unseren Ulyssesfahrten wieder an dem Punkte an, von welchem wir ausgeschifft, nämlich an dem völkerrechtlichen Verbande der Fürsten und freien Städte Deutschlands, dem deutschen Bunde mit seinem großen Inkompetenzkollegium für alles, was des Vaterlandes Wohlfahrt und Ehre bedung, und mit seiner ausschließlichen Tauglichkeit unter der Firma von Ruhe und Ordnung alle Keime des erwachenden Volkslebens niederzuhalten oder auszurotten. Für die Reichsversammlung gibt es jetzt zwei Wege. Sie kann den Pfad betreten, den ihr die österreichische Regierung vorgezeichnet hat, ihr Verfassungswerk vollenden, und nach den Forderungen der Fürsten so lange amendiren, bis es allen genügt. Sie wird alsdann einem Strome gleichen, der eine Zeit lang majestätisch das Land durchzog und plötzlich im Sande sich verlor, verachtet und vergessen. Sie kann aber auch der schwer erkauften Ansprüche des Volkes sich erinnern, und des Vertrauens, welches sie berufen; sie kann sich zurufen, daß sie die Ehre einer großen Nation zu bewahren hat, daß dem Vaterlande ihre eigene Ehre verpfändet ist; sie muß sich sagen, daß nach solcher Erhebung ein solcher Fall selbst die Hoffnung eines selbstständigen Lebens für Deutschland ausschließt, und daß die freiwillige Uebernahme der Schmach von der Geschichte strenger gerichtet wird, als das Unglück der Unterdrückung. Als die Schaaren Hannibals sich angesichts des Kapitols lagerten, öffneten sich die Thore Roms, um ein Heer nach Spanien zu senden und dort Karthago zu bekämpfen. In schweren Zeiten ist der kühnste Entschluß immer der glücklichste.

Anarchie und Reaktion.

Anarchie — Reaktion; an diese beiden Worte knüpft sich das ganze Schicksal der Revolution des vergangenen Jahres. Die Nationalversammlung versicherte beständig, der „Anarchie von unten“ und der „Reaktion von oben“ gleichmäßig entgegentreten zu wollen. Wir haben nun keine „Anarchie von unten“ mehr, dafür aber eine um so drückendere „Reaktion von oben,“ und die Nationalversammlung befindet sich in dem Zustande der vollständigsten Machtlosigkeit. Das mußte so kommen. Wollte man selbst voraussetzen, es sey der Nationalversammlung mit ihrer Versicherung Ernst gewesen, es mußte dennoch so kommen, denn eine Stellung, wie sie die Nationalversammlung einzunehmen behauptete, war vom Anfang an schlechterdings unhaltbar. — Was sollte Anarchie, was sollte Reaktion bedeuten bei dem Verhältniß, in welches sich die Nationalversammlung zu dem Volk und zu den Fürsten gestellt hatte? Während sie durch den ursprünglichen Sinn unserer Revolution darauf hingewiesen war, alle bestehenden Gewalten an sich zu nehmen und als Ausfluß des Volkswillens auch den Volkswillen zur Herrschaft zu erheben, so warf sie sich mitten zwischen die Fürsten und das Volk hinein, hielt beide Theile aus einander und brüstete sich mit dem Vorsatze, die Fürsten gegen das Volk und das Volk gegen die Fürsten zu schützen; und doch wollte sie einen Zustand schaffen, durch welchen jedenfalls die bisherige Macht der Fürsten zum Vortheil des Volkes beschränkt werden sollte. Liegt nicht hierin schon ein offenbarer Widerspruch? Wie war ein derartiger Vorsatz auszuführen, wenn die Nationalversammlung nicht selbst mit ihrer Autorität über den Fürsten stand? Die Nationalversammlung galt freilich in der öffentlichen Meinung eine Zeit lang für die höchste Autorität; allein diese ganze Autorität konnte nichts weiter seyn, als blanker leerer Schein; es fehlte derselben der nothwendige Nachdruck, die physische Stärke, die zur Behauptung der obersten Gewalt erforderlich ist. Als eine selbstständige Macht konnte die Nat.-Vers. sich unmöglich behaupten, da sie sich zur Vermittlerin aufgeworfen; sie mußte theils bei dem Volk, theils bei den Fürsten eine Stütze borgen und nothwendig zuletzt ganz der Seite zufallen, nach welcher sie den meisten Zug hatte. Durch diese schwankende Stellung entzog sie zunächst dem Volke einen Theil seiner Souveränetät und legte dadurch selbst den Keim zur Unzufriedenheit und Empörung; aber es waren nun auch noch die Fürsten in ihrem Verhältnisse zur Nationalversammlung dem Volke gegenüber in entschiedenem Vortheile. Von den Fürsten verlangte die Nationalversammlung bloß die Unterwerfung unter ihre Beschlüsse; von dem Volke aber gerade das Doppelte, nämlich die Unterwerfung unter die fürstlichen Regierungen und zugleich unter die Frankfurter Beschlüsse. Hierdurch war das Volk geradezu der Gewalt der Fürsten preisgegeben. Eine Auflehnung gegen die Fürstenherrschaft war ein für allemal „Anarchie“, die Frage, ob das Volk in seinem Recht wäre, kam da gar nicht mehr in Betracht; die Thatsache allein war entscheidend; die „Anarchie“ ward bestraft. Anders verhielt es sich, wenn ein Fürst sich Anmaßungen gegen das Volk erlaubte. Dann entschied über die vorgefallene Ungebührlichkeit nicht mehr die nackte Thatsache für sich und die einfache Ansicht des Volkes; denn den Fürsten gegenüber nahm ja die Nationalversammlung die Stellung des Volkes ein. Das Volk war also mit seinem Schutze gegen die fürstlichen Anmaßungen einzig und allein auf die zufällige Stimmung hingewiesen, welche der betreffende Fall auf die Nationalversammlung ausübte; und diese traf eben die Entscheidung nach Maßgabe ihrer Bedenken und Befürchtungen, ihrer Neigungen und Leidenschaften, folgend entweder den Anregungen des Augenblickes, oder den Eingebungen einer kleinlichen Bedächtigkeit. Bei ihrer vermittelnden Stellung war es ihr vor allem darum zu thun, einen ernstlichen und weitgehenden Konflikt der beiden sich entgegenstehenden Gewalten zu vermeiden; dieses Streben nöthigte sie, ihre Politik je nach den Umständen zu wechseln; ihre Schwäche verlor sich zuletzt in verächtliche Feigheit und Charakterlosigkeit; sie gab die Freiheit des Volkes preis, um die Macht der Fürsten zu retten. Wir brauchen hier nicht auf die einzelnen Fälle einzugehen, welche die Belege hierzu liefern; sie stehen in dem Gedächtniß der Zeitgenossen mit unauslöschlichen Zügen eingeschrieben und haben sich eine traurige Berühmtheit in der Geschichte erworben. Zu verwundern ist dieser Verlauf der Wirksamkeit der Nationalversammlung nicht; er war in ihrer ursprünglichen Stellung schon vorgebildet. Sie wollte die Fürsten beschränken, und sie ließ dieselben mit allen Zeichen ihrer Würde und Gewalt bestehen. Sie erkannte die Möglichkeit einer von obenher kommenden Reaktion, und sie ließ den Herrn da oben von Anfang an vollständig die Mittel zur Reaktion in den Händen. Sie nannte die Bestrebungen des Volkes gegen die fürstliche Herrschaft „Anarchie“; wollte sie wirklich die Reaktion bekämpfen, was blieb ihr anders übrig, als gerade diese „Anarchie“ gegen ~~die Reaktion zu Hülfe zu rufen~~? Sie lieh aber dagegen bei der Partei der Reaktion Hülfe gegen die „Anarchie.“ Was war natürlicher, als der endliche Sieg der Reaktion? — Wollte die Nationalversammlung die „Reaktion von oben“ unmöglich machen, so mußte sie vor allem eine Macht haben, derselben nöthigenfalls auch zu begegnen, und diese konnte sie nur finden in entschiedenem unmittelbarem Anschlusse an das Volk, in der Festhaltung an dem ursprünglichen Charakter, den ihr die Revolution übermacht hatte. Wäre sie von Anfang an mit dem Volke gestanden, dann würde auch das Volk an ihr einen Anhaltspunkt gegen die Fürsten gesucht haben, und sie selbst hätte in der That nach beiden Seiten hin nur das Nämliche und Gleiche verlangt: — einzig Unterwerfung unter ihre Beschlüsse. Der „Reaktion von oben“ wäre dann die Waagschale gehalten gewesen, und die etwaige „Anarchie von unten“ durch die Majorität des Volkswillens selber überwunden worden. Der Abfall aber der Nationalversammlung von der Volkssouveränetät konnte auf keinen andern Weg führen, als zur Konterrevolution.

Deutschland.

Bayern. (München, 7. Jan.) In Erwägung der obwaltenden besonderen Verhältnisse wird zur Vertretung des als Landtagsabgeordneten gewählten Kreis- und Staatsgerichtsdirektors Dr. B. Mayer in Landshut für dieses Kreis- und Stadtgericht ein Direktor außer dem Status ernannt und diese Stelle dem Appellationsgerichtsassessor Joseph Hiltner in Amberg verliehen. (N. M. Z.)

*† (München, den 7. Januar.) München liegt fortwährend in seinem dumpfen Schlafe; aber es ist eine Ruhe, die dem Sturme vorausgeht. Außer einigen Ordensverleihungen, die nach den Namen der Begnadigten eben nicht das beste Blut machen, und dem Gerüchte, Bayern werde das Gesetz über die Grundrechte nicht promulgiren, erfährt man nichts Interessantes, obwohl eine solche Masse lügenhafter Gerüchte, welche stets die nächste Stunde zu Schanden macht, nirgends cursirt, als hier. Gestern hörte ich in einem diplomatischen Salon aus dem Munde eines österreichischen Parlamentsmitgliedes, es habe den König von Würtemberg gesprochen, und dieser habe ihm wörtlich gesagt: „Ich habe dem Könige von Preussen geschrieben und ihm erklärt, ich werde ihm 9 Millionen Deutsche entgegenstellen, wenn er die deutsche Kaiserkrone annimmt.“ Der Mann, aus dessen Munde ich diese Worte persönlich hörte, ist so verläßig und achtungswerth, daß diese Erklärung von Gewicht ist. Er fügte hinzu, auch Oesterreich werde seine deutsche Stellung nicht aufgeben. In Bayern aber wird man Hand in Hand mit Oesterreich gehen; denn Sie können sich den Widerwillen (ich möchte sagen: Haß) nicht denken, der sich hier an den Namen: „Preussen“ knüpft. Man betrachtet es — und nicht mit Unrecht — als die Wiege der Reaktion, und unsere Regierung ist klug genug, dieser Antipathie wenigstens dem Schein nach beizutreten, da sie, wohl wissend, wie wenig Sympathieen sie durch ihr Jesuiten-Spiel verdient, Alles aufbietet, sich da welche zu erwerben, wo es ihr nichts kostet.

†† (Nürnberg, den 8. Januar.) Die bayerischen Landtagsabgeordneten des mittelfränkischen Kreises sind nun offiziell durch Regierungserlaß vom 5. d. M. auf den 15. Januar einberufen.

†† (Nürnberg, den 8. Januar.) Gestern predigte Johannes Ronge wieder vor einer ungemein großen Versammlung mit der ihm eigenen überzeugenden Gewalt und mit jener Klarheit, die nur das Bewußtseyn der Wahrheit und Vernunft sich schaffen kann. Ronge ist ganz von dem Geiste Gottes und der Zeit durchdrungen und seine Lehre ist so rein und ohne Falsch und Heuchelei, daß sie bei Jedem, der das Licht aufrichtig sucht, Eingang finden muß. Deßhalb wird auch die hiesige noch junge Gemeinde bald erstarken, trotz aller Schmähungen von Pfaffen und Nichtpfaffen, welche sich nicht schämen, Verläumdungen auszustreuen, die nur in niederträchtigen Gesinnungen ihre Quelle finden. Wie aber Lüge und Verläumdung am strengsten durch sich selbst gerichtet und geächtet werden, so wird derjenige, gegen den sie gekehrt sind, über ihnen erhaben stehen.

Freie Städte. (Frankfurt, 6. Jan.) Die Frkf. O.-P.-Z. theilt nachstehend den Text der österreichischen Note mit: »Wien, 28. Dez. Ohne in eine erschöpfende Erörterung des von dem Herrn Minister v. Gagern der deutschen Nationalversammlung vorgelegten Programms einzugehen, was einem anderen Zeitpunkt vorbehalten bleibt, glaube ich dennoch die Aufmerksamkeit des Ministers schon heute auf nachstehende Punkte lenken zu müssen. Es wird in Ihrem Programm von der Ansicht ausgegangen, als spreche Oesterreich an, in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat nicht einzutreten, d. h. sich von demselben auszuschließen. Die Darlegung der Politik des österreichischen Kabinets, wie sie am 27. v. M. zu Kremsier geschehen ist, hat jedoch ausdrücklich die Regelung der deutschen Verhältnisse einer weitern Vereinbarung vorbehalten und eine Absicht, wie sie uns in dem Programm des Hrn. v. Gagern unterlegt wird, keineswegs ausgesprochen. Es ergiebt sich daraus, daß wenn wir die Prämisse nicht zugeben, wir uns auch mit den weiteren Folgerungen unmöglich für einverstanden erklären können. Oesterreich ist heute noch eine deutsche Bundesmacht. Diese Stellung, hervorgegangen aus der naturgemäßen Entwickelung tausendjähriger Verhältnisse, gedenkt es nicht aufzugeben. Kann es gelingen, wie wir aufrichtig wünschen und gern erwarten, daß eine innigere Verschmelzung der Interessen der verschiedenen Bestandtheile Deutschlands zu Stande gebracht werde, wird das Verfassungswerk, an welchem Oesterreich sich betheiligt, auf eine gedeihliche Weise seinem Ziele zugeführt, so wird Oesterreich in diesem neuen Staatskörper seine Stelle zu behaupten wissen. Jedenfalls würde der künftigen Gestaltung des bisherigen deutschen Staatenbundes auf eine wesentliche Weise vorgegriffen, wollte man schon jetzt das Ausscheiden Oesterreichs aus dem, wie es in dem genannten Programm heißt „zu errichtenden Bundesstaat“ als eine ausgemachte Sache annehmen. Eine Folgerung dieser von uns als unstatthaft zurückgewiesenen Voraussetzung erscheint die von dem Hrn. Minister bei der Nationalversammlung nachgesuchte Ermächtigung, die gesandtschaftliche Verbindung mit dem österr. Kaiserreiche anknüpfen zu dürfen. Wir haben, ebenso, wie alle anderen deutschen Bundesstaaten einen Bevollmächtigten am Sitze der Centralgewalt. Seine Vermittlung wird, wie bisher, hinreichen, den Geschäftsverkehr mit dem Ministerium zu unterhalten. Ew. werden demnach beauftragt, bei Herrn v. Gagern dahin zu wirken, daß er von dieser Anknüpfung einer diplomatischen Verbindung aus den oben angedeuteten Gründen absehe. Das, was wir suchen, ist eine gedeihliche Lösung der großen Frage. Diese wird nur — davon möge der Herr Minister überzeugt seyn — auf dem Wege der Verständigung mit den deutschen Regierungen, unter welchen die Kaiserliche den ersten Platz einnimmt, zu erreichen seyn. Gern sind wir bereit, ihm bei dem schwierigen Werke die Hand zu reichen. Wir erwarten auch seinerseits — und seine ausgezeichneten staatsmännischen Eigenschaften rechtfertigen diese Hoffnung — eine richtige Würdigung der Verhältnisse und jenes bereitwillige Entgegenkommen, das allein zu einer befriedigenden Lösung führen kann. Empfangen rc. (Gez.) Schwarzenberg."

Die Oberpostamtszeitung fügt hinzu: Wie wir hören, hat der Ministerrath auf Grund dieser Note und mündlicher Eröffnungen, die der neue österreichische Bevollmächtigte gemacht, eine ausführliche Erklärung an den österreichischen Ausschuß gelangen lassen. Wenn irgend möglich, werden wir dieselbe unsern Lesern mitzutheilen suchen.

(Frankfurt, den 6. Januar.) Das Gerücht, Bayern und Hannover hätten bereits in London angezeigt, daß sie einem Reichsoberhaupte sich nicht unterordnen, sondern vorziehen würden, wie Oesterreich in ein bloß völkerrechtliches Bundesverhältniß mit dem übrigen Deutschland zu treten, soll sich nach der Oberpostamtszeitung bestätigen. Hier hätten wir also die ersten Erklärungen, sich von dem Vaterlande abschneiden zu wollen, wenn nicht die Verfassungsbestimmungen nach Wunsch ausfallen. Daß Oesterreich sich in einer Sonderlage befindet, in welcher man ihm diese freie Wahl lassen muß, ist nicht zu bestreiten. Aber Hannover und Bayern haben keinerlei Entschuldigungen, wenn die Anklage sie trifft, daß sie in der Stunde der Wiedergeburt dem Vaterlande den Rücken wenden. Solche Erklärungen, wenn in der That erfolgt, wären um so schmählicher, als sie einer auswärtigen Regierung gemacht wären. Wozu in London solche Erklärungen abgeben? Will man etwa von außen gestützt seyn gegen das eigene gemeinsame Vaterland? Man weiß nicht, welchem Gefühle, ob dem Zorn oder der Schaam man den Vorrang lassen soll. Aber in wessen Namen, fragen wir, sind solche Erklärungen abgegeben? Im Namen des bayerischen, im Namen des hannöverschen Volkes? Sind diese beiden Volksstämme gewillt, lieber sich von der deutschen Einheit auszuschließen, damit nur nicht ihre Regenten sich einer mißliebigen Verfassungsbestimmung unterwerfen müssen? Oder sind etwa solche Erklärungen bloß von den Fürsten persönlich gemacht; gemacht selbst mit Umgehung der Minister? Dann ist es Pflicht dieser Minister, bei solchen Fürsten ihre Entlassung zu nehmen, denn konstitutionelle Minister wären sie dann nicht (und ist das vielleicht der Grund, aus welchem Lerchenfeld abgetreten?) Sind aber solche Erklärungen im Einverständnisse mit den Ministern und durch die Minister geschehen, dann mögen die Volksstämme durch ihre Vertreter, die nun gerade sich versammeln, Rechenschaft von ihnen fordern.

(Frankfurt, den 6. Januar.) Wie wir vernehmen, ist Herr v. Gagern mit Herrn v. Lerchenfeld, der sich gegenwärtig hier befindet, in Unterhandlung wegen Uebernahme des Portefeuills des Reichsministeriums des Innern. Es soll dies schon seit Herrn v. Lerchenfeld's Austritt aus dem bayerischen Ministerium Herrn v. Gagern's Absicht gewesen seyn, und er habe nur abwarten wollen, bis die Nationalversammlung über sein Programm, und also über sein eigenes Ministerium werde entschieden haben. (Frkft. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Kremsier, 2. Januar.) Die Weihnachtsferien sind zu Ende, und die erste Sitzung des neuen Jahres soll dem Beginne der Berathungen über die Grundrechte gewidmet seyn. Sie wird morgen stattfinden, wenn die nöthige Anzahl Abgeordneter sich in der Kammer einfindet, woran von einigen, wie es jedoch scheint, ohne Grund, gezweifelt wird. Auch die Minister sind heute angekommen, um morgen die Bewilligung der achtzig Millionen definitiv entgegenzunehmen, und, wenn es dazu kommt, dem Anfange der Grundrechtsberathungen beizuwohnen. Dieser Anfang ist für das Ministerium ein sehr wichtiger Moment. Es wird zweifelsohne schon aus dem ersten Paragraphen, der alle Gewalt als vom Volke ausgehend anerkannt wissen will, zu einer Kabinets- oder eigentlicher gesagt, Reichstagsfrage machen. Wenigstens spricht man viel davon, daß es mit diesem Paragraphen durchaus nicht einverstanden sey. Eine lebhafte Debatte bereitet sich vor. Es sind sogar Männer des Centrums für den Paragraphen zu reden bereit, da sie es einsehen, daß es allerdings eine gefährliche Sache darum sey, gleich den ersten Paragraphen der mit so allgemeinem Jubel begrüßten Grundrechte der Regierung zu opfern, und daß, wenn erst der Eine ging, es auch nicht an anderen fehlen wird, die ihm den Weg der Annullirung nachtreten werden. Die Linke wird es an Anstrengungen nicht fehlen lassen, den Paragraphen zu halten. Die Rechte scheint zum größten oder doch großen Theile bereit, ihn fallen zu lassen. Sie sieht in dem Satze blos eine Concession, die der Theorie gemacht wird, dessen Inhalt sich von selbst versteht, und der nicht wesentlich ist. Sie glaubt um dieses einen Paragraphen willen das ganze Werk der Verfassung nicht in Frage stellen zu müssen. Wenn aber dieser bedeutungsvolle Satz, dieser Satz, der das Wesen der Constitution eigentlich als österreichisches Volksgrundrecht ausspricht, wirklich nur ein leeres Theorem wäre, ein Kompliment für die Staatstheorie ohne Kern und Wesenheit — warum sollte dann das Ministerium so viel Aufhebens davon machen? Wenn er so unwesentlich ist, warum fürchtet man Gefahr zu laufen, durch Aufrechthaltung desselben die ganze Verfassungsangelegenheit Preis zu geben? Sonst ist nur ein Ministerium gefährdet, wenn eine Frage, die es zu der seinen macht, nicht seiner Ansicht entsprechend von der Kammer entschieden wird. Warum fürchtet man diesmal das Umgekehrte? Ich wiederhole es. Gerade die Berathungen über den ersten Paragraph der Grundrechte sind für die Regierung sowohl als für den Reichstag und dessen Clienten — das Volk — von größter und erfolgreichster Wichtigkeit. Siegt die Regierung, siegt die ministerielle Ansicht, dann wird bei jedem ihr nicht entsprechenden Paragraphen die ganze Verfassungssache neuerdings in Frage gestellt werden, sie hat, gestärkt durch einmaliges Ueberwinden, die Kraft in Händen, den Reichstag das beschließen zu lassen, was ihr gefällt, und das verwerfen zu machen, was ihr nicht zusagt. Ich glaube nicht, daß es mit diesem einen Paragraphen dann abgethan seyn dürfte. Siegt die Kammer, und siegt sie unbeschadet, dann ist freier Raum gewonnen und freier Odem für die weiteren Produkte. — Sie finden es nun begreiflich, daß man allseitig der morgigen Sitzung mit höchster Spannung entgegensieht. Findet jedoch, was, wie gesagt, kaum zu vermuthen ist, morgen keine Sitzung statt, so dürfte die Kammer leicht bis nach den heiligen drei Königen geschlossen bleiben. (E. B. a. B.)

Preussen. (Berlin, 4. Jan.) Die Berlinische Stimmung in Bezug auf die deutsche Frage ist nach wie vor dieselbe; die Meisten sind der Ansicht, nur durch Einführung eines Erbkaiserthums und die Berufung Preussens an die Spitze desselben könne die Einheit Deutschlands dauernd begründet werden. Nichtsdestoweniger verhehlt man sich nicht die ungeheuren Schwierigkeiten, welche sich einem solchen Plan entgegenstellen. In die erste Reihe muß hierbei zunächst das Verhältniß Oesterreichs zum Bundesstaat gerechnet werden. Ganz abgesehen von den dynastischen Interessen, die hier vielleicht kollidiren, kommen auch jetzt materielle Interessen des Gesammtvaterlandes mit ins Spiel. Es ist bekannt, daß die Russen die Donaufürstenthümer jetzt besetzt haben. Hiedurch wird der schlesische Handel zunächst, sodann aber auch der deutsche im Allgemeinen, mit neuen Verlusten bedroht. Wir müssen also unsere ganze Aufmerksamkeit darauf verwenden, um jene Länder von dem russischen Einflusse zu befreien. Wir können dies aber nur mit Hülfe Oesterreichs. Oesterreich ist der Grenznachbar der Moldau und Walachei, an ihm würde es zunächst seyn, den östlichen Nachbar abzuwehren. Würde Deutschland nun mit Oesterreich ganz und gar brechen, und es z. B. aus dem Bunde ausstoßen, so möchte sein Handel nach dem Orient davon fühlbar betroffen werden. Dies dürfte daher ein Moment seyn, welcher in Frankfurt reiflich erwogen werden müßte. Freilich wird dabei auch die Geneigtheit des österreichischen Ministeriums, mit Deutschland Hand in Hand zu gehen, bedeutend in die Wagschaale fallen. Jedenfalls gewinnt man mehr und mehr die Ueberzeugung, daß bis zur definitiven Verwirklichung der deutschen Einheit noch eine gute Strecke zurückzulegen ist. (D. A. Z.)

†*† (Berlin, den 5. Januar.) Gegenwärtig ist die deutsche Frage bei unserm Kabinet wieder sehr in den Vordergrund getreten, und der fast ausschließliche Gegenstand aller diplomatischen Verhandlungen. Das Kabinet Oesterreichs scheint mit dem unsrigen in dieser Frage Unterhandlungen angeknüpft zu haben, deren Ausgang den Entscheid in der deutschen Oberhoheitsfrage abgeben dürfte. Der neuerdings in seiner Stellung beglaubigte österreichische Gesandte Graf v. Trauttmannsdorff Weinsberg hat fast tägliche Konferenzen mit dem Interims-Chef der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Bülow. Sonst gut unterrichtete Personen versichern, daß man auch an unserem Hofe in den höchsten Regionen, nachdem man bei den kleinern Souveränen Deutschlands auf Schwierigkeiten gestoßen sey, nicht mehr an die Einführung einer durch einen deutschen Fürsten ausgeübten Oberherrschaft, an ein Erb- oder Wahlkaiserthum glaube, und daß man sich weit mehr zu der Idee eines regierenden Fürstenraths hinneige. — Nächst der deutschen Frage ist unser Gouvernement durch die französischen Verhältnisse sehr in Anspruch genommen, und ist mit den Vorbereitungen zur Aufstellung eines Observationskorps am Rhein lebhaft beschäftigt. —

Gegen die frühern Abgeordneten Waldeck, Jung, Borchardt und Dr. Wollheim soll nach Einleitung der Untersuchung bereits die Verhaftung verfügt seyn. Wenigstens ist hinsichtlich dieser Personen der Erlaß von Verhaftsbefehlen bereits als sicher anzunehmen. Wenn man indeß einem schon seit mehreren Tagen allgemein verbreiteten Gerücht Glauben schenken darf, so ist eine gleiche Maaßregel längst gegen alle 167 Unterzeichner der Proklamation, welche zur Ausführung des Steuerverweigerungs-Beschlusses aufrief, vorbereitet.

Die kleineren Lokalblätter tragen sich mit einer Anekdote, deren Richtigkeit noch zu erweisen ist. Herr v. Wrangel soll den Soldaten

streng befohlen haben, alle auf ihn bezüglichen Karrikaturen, wo sie dieselben auch fänden, wegzunehmen. Wer dem Befehle nachkommt, erhält eine Belohnung. Die „Lokomotive" erinnert an Friedrich II, der Spottschriften nicht wegnehmen, sondern niedriger hängen ließ. Herr v. Wrangel ist aber in allen Dingen weit davon entfernt, auf eine Aehnlichkeit mit dem großen Friedrich Anspruch zu machen.

Als in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung der Antrag der zur Begutachtung der Frage über die Nothwendigkeit sofortiger Aufhebung des Belagerungsstandes niedergesetzten Kommission, welche die Frage bejahte, durch die Mehrheit verworfen wurde, verließ die in dem Zuschauerraum ungewöhnlich zahlreich versammelte Zuhörermenge unter Aeußerungen der tiefsten Indignation den Saal. Der Berichterstatter der Kommission, welche die Aufhebung des Belagerungsstandes durch die dringendsten und durchgreifendsten Motive als nothwendig rechtfertigte, war der Buchhändler Heymann, ein Mann, gegen dessen Besonnenheit und Mäßigung in politischen Dingen noch nie ein Zweifel laut geworden ist.

Als der Verfasser der kürzlich erschienenen Schrift über die sogenannte „Mediatisirungsfrage," aus dessen Feder auch „Frankfurt und Berlin" hervorgegangen ist, bezeichnet man den früheren Minister Grafen Arnim. Derselbe lebt gegenwärtig in Neuwied, wo seine Tochter die Erziehungsanstalt der Brüdergemeinde besucht, in völliger Zurückgezogenheit (nach einer Mittheilung der „Neuen Preuß. Zeitung" mit Abfassung von Denkwürdigkeiten aus seinem Leben beschäftigt). Er ist entschlossen, als Kandidat für die erste Kammer aufzutreten.

Gegen einen preussischen Offizier, der als Mitglied der deutschen Nationalversammlung bei Gelegenheit der Frankfurter Septemberereignisse vielfach genannt und seitdem von den verschiedensten Seiten her dekorirt und belohnt wurde, liegt wegen einer geringfügigen Schuldsumme bei dem Gerichte seiner Heimath ein Exekutionsbefehl vor, welcher in Folge der Stellung des Mannes nicht vollstreckt werden kann. Der Extrahent des Befehls, ein wenig bemittelter Gewerbtreibender, will nun versuchen, durch das Präsidium der Nationalversammlung gewissermassen auf dem Diziplinarwege seinen Schuldner zur Erfüllung seiner Verpflichtung zu bestimmen.

Aus dem Kochemer Kreise erhalten wir die Mittheilung, daß von den 7 Personen, die sich als Theilnehmer einer aufständischen Bewegung der gerichtlichen Verfolgung durch die Flucht nach Frankreich entzogen haben und auf Grund einer Diebstahlsanklage zur Auslieferung requirirt werden. Diese beiden Personen, Himmer und Perretti, haben alle Papiere der Gemeinderegistratur zu Patronen verwandt. Da nun wegen ihres politischen Vergehens eine Auslieferung nicht zu erwirken seyn würde, so hat man diesen Incidentpunkt zum Fundament der Anklage gewählt.

(Deutz, den 1. Januar.) Das von Aachen hieher verlegte Bataillon des 34. Infanterie-Regimentes wurde in den Casematten einquartiert. Mehrere Soldaten äußerten heute in den Wirthshäusern ihre Unzufriedenheit über die dumpfen Räume, die ihnen um so weniger zusagen konnten, als ihnen die Bürger Aachens das schönste Quartier bereitet hatten. Soldaten der Handwerkerkompagnien und Ulanen, ebenfalls in den Casematten ruhend, fanden sich über diese auch ihre Wohnung angehenden Aeußerungen höchlich beleidigt, und es entspann sich ein so heftiger Streit, daß viele Verwundungen vorfielen, mehrere Häuser demolirt, und selbst der zur Ruhe mahnende Bürgermeister insultirt, und thätlich beleidigt wurde. Etwa 30 Helme sollen sich die anwesenden, sich passiv verhaltenden Bürger bemächtigt, und als corpus delicti aufs Rathhaus gebracht haben. (Z. f. Nrd.)

Sachsen. (Weimar, 4. Jan.) Unser thüringischer Einheitsplan ist mit dem neuen Jahre in ein neues Stadium getreten. Mag man über die deutsche Verfassung und Mediatisirungsfrage denken, wie man will, soviel muß jeder zugeben, daß kleine Staaten in demokratisch-konstitutioneller Form nicht lebensfähig sind, aus diesem Bewußtseyn entsprang der Plan eines vereinigten Thüringens, fand aber so starken Widerspruch von der Eifersüchtelei, Sonderbündelei und Selbstsüchtelei, daß die Einheitsfreunde ihre Hoffnung sinken lassen und nur noch an eine gemeinsame Gerichts-, Kirchen-, und Militärverfassung dachten. Jetzt scheint eine günstige Wendung der Dinge eingetreten zu seyn, und zwar gerade von Seiten einiger früher sehr abgeneigten Regierungen her. In diesen Tagen konferiren der Reichskommissär von Mühlenfels, unser Minister von Watzdorf, der altenburgische Minister von der Gabelenz, der gothaische Minister von Stein, der meiningische Minister von Speßart und noch zwei schwarzenburgische und reußische Bevollmächtigte in Gotha. Ziel der Berathung soll eine völlige Vereinigung Thüringens seyn und das klingt gar nicht unwahrscheinlich, denn man befürchtet von den bevorstehenden Landtagen in einzelnen Staaten nicht nur im Allgemeinen sehr radikale Stimmung, sondern vorzüglich auch einen Sturm gegen die Civillisten. (F. J.)

Schleswig-Holstein. (Hadersleben, 1. Jan.) Am Abend des 26. Dezbr., 10 Uhr, kam eine mit Säbeln und Pistolen bewaffnete dänische Bande von 30 Personen von Kolding und überfiel den Gutsbesitzer Petersen in Dalby, brachte ihm 6 Wunden bei und mißhandelte seine Söhne. Man hat in dieser Bande dänische Militärpersonen auch erkannt und vermuthet, daß es dieselbe ist, welche am nämlichen Tage in Wonsild Streit mit den dortigen Dragonern gesucht hatte, aber von diesen mit flachen Säbelhieben zur Flucht genöthigt worden war. Bei dem Ueberfall in Dalby scheint ihre Absicht auf Gelderpressungen gerichtet gewesen zu seyn. Sie forderte wenigstens Geld von Hrn. Petersen, aber ob sie es bekommen, haben wir nicht in Erfahrung bringen können. — In der Nacht auf den 28. Dez. ritt ein Knecht mit drei ausgesattelten Dragonerpferden vom Hofe Gramgaard weg, um sie den Dänen in Ripen zuzuführen. Dort ward er jedoch angehalten und betreffenden Orts die Anzeige gemacht, daß man sie wieder abholen könne. Der Knecht soll die That aus Rache unternommen haben. (H. C.)

Würtemberg. (Stuttgart, 6. Jan.) In der 52. Sitzung der Kammer der Abgeordneten sprach Staatsrath Römer folgende denkwürdige Worte: Das Assoziationsrecht hat in Deutschland bis jetzt noch keine Blüthen getragen. Es ist gesagt worden, die Hoffnungen, denen man sich im März 1848 hingegeben, seyen gesunken; ich glaube aber, daß die Hoffnungen auch übertrieben waren und nur gehegt wurden auf den Schwung der Zeit, nicht im Hinblick auf die Menschen und Verhältnisse. Wenn uns im März gesagt worden wäre, der Bundestag wird aufgelöst, neben die Fürstenvertretung kommt eine Vertretung des Volks nach Frankfurt, hätte man uns gesagt, wir erhalten eine Magna charta für Deutschland, so freisinnig, wie sie kein Volk in Europa aufzuweisen hat, so hätte man sich damals gewiß begnügt. Wird auch die Centralisation Deutschlands vielleicht nicht auf diejenige Weise zu Stande gebracht, wie sie die würdige und kräftige Stellung Deutschlands nach außen erfordert, so sollte man, wenn man so harte Urtheile gegen die Nationalversammlung ausspricht, auch bedenken, welche tausendfältige Mißstände zu beseitigen waren, welche Rücksichten auf die Verhältnisse der verschiedenen Stämme genommen werden mußten. Man durfte keinen Bürgerkrieg hervorrufen, man konnte keine Armeen nach Wien und Berlin schicken. Die Majorität der Nationalversammlung in Frankfurt, zu welcher ich bekanntlich nicht gehöre, ist aber, ich muß dieß aussprechen, in keinem Lande mit solchen Schmähungen überschüttet worden, als in Würtemberg. Was nun nähere Verhältnisse betrifft, so sind in Würtemberg die Grundrechte zuerst publizirt worden, wie es in andern Ländern geht, weiß ich nicht, ich gebe aber die Versicherung, daß sie nicht auf dem Papier stehen bleiben, sondern zur Anwendung kommen sollen. (Schw. M.)

Frankreich.

† (Paris, 3. Jan.) Ein Dokument von Wichtigkeit befindet sich heute im Moniteur. Es ist Frichon's Bericht im Namen des Ausschusses des Innern der Nationalversammlung über eine Reorganisation des gesammten Kranken- und Bettelwesens der französ. Republik, zunächst der Stadt Paris, in welcher jetzt die Hälfte der Bevölkerung von Almosen lebt. Frichon, der freilich behauptet, der Stadt- oder Staatsalmosen sey keine Entwürdigung dessen, der ihn empfängt, hat leider nach den alten Quellen des hiesigen Pauperismus arbeiten müssen. Diese Quellen bestehen nämlich in den Zusammenstellungen des Expräfekten Rambuteau, welche derselbe 1836 machte und laut denen 9000 von 24000 Todesfällen in den Hospitälern herfolgen. Seither ist das Unthier des Pauperismus bedeutend geschwollen und man hat den Almosen zum Recht erheben müssen, das sich in tägliche 18 Centimen per Kopf übersetzen läßt. Herr Frichon gibt die Summe für Paris allein auf jährlich 15 bis 20 Millionen Franken an, die der Stadtrath durch eine städtische Unterstützungskommission vertheilen soll. Die vorige Regierung unter Cavaignac wollte nur eine allgemeine Kommission eingesetzt wissen, die mehr den Charakter einer staatlichen als städtischen tragen sollte. Allein Frichon deutet auf so fürchterliche Unterschleife hin, daß er auf der Vertheilung jener 15 bis 20 Millionen durch eine Munizipalkommission (und nicht Staatskommission) dringt. Gleichzeitig schlägt er einen Aufsichtsrath mit einem Generaldirektor des Almosenwesens vor. Dieser Aufsichtsrath bleibt vom Ministerium, der Munizipalausschuß vom Pariser Stadtrath abhängig. Beide Behörden würden sich gegenseitig kontrolliren und Herr Frichon schmeichelt sich mit der Hoffnung, daß ferner jedem Unfug abgeholfen sey. Rücksichtlich der Krankenpflege enthält der Bericht wenig Neues. Die Zahl der sämmtlichen Pariser Krankenbetten in den Spitälern beträgt 7142, die etwa 100,000 Kranke jährlich aufnehmen. Die Zahl der Hilfsbedürftigen betrug im vorigen Winter offiziell 394,564 und ist trotz Deportation und Auswanderung bis auf 410,000 gestiegen. Von dieser Summe sind 93,368 Personen (in 37,480 Haushaltungen) durchaus arbeitsunfähig. Sie bilden den Hauptstock des Pariser Elendes.

Die reaktionären Blätter heben ganz besonders hervor, daß Louis Napoleon Bonaparte in dem Augenblick, wo das diplomatische Korps vorbeidefilirte, an den Nuntius schritt und ihm sagte: „Er hoffe den Papst bald wieder auf seinen weltlichen Thron zurückgeführt zu sehen."

Das Pariser Proletariat weiß sich zu helfen. Nachdem die Assoziationen vieler Gewerbe bemerkt, daß sie von ihren natürlichen Konkurrenten, den Kleinbürgern, chikanirt werden, haben sämmtliche Assoziationen ein Syndikat gebildet, das einer Arbeitskammer vorsteht, welche sich ausschließlich mit Anstellung der brodlosen Arbeiter beschäftigt und ihren Sitz in der Rue Coquillere 15 hat. Diese Arbeitskammer hat außerdem zum Zweck, die Assoziationen unter einander zu verbinden und für den Absatz ihrer Produkte zu sorgen. In Paris allein haben sich dreißig Arbeiter-Assoziationen der Kammer beigeschlossen. Eine zweite sehr wichtige Maßregel besteht in der Bildung eines Centralvereins für mündliche und schriftliche Propaganda der sozial-demokratischen Wissenschaft unter dem Vorsitze Pierre Leroux's, Bernard's, Gomet's, Hervé's, Bareste's, Mierostawski's u. A. (Dieser Central-Verein wird den Kern für demokratische (Friedens) Propaganda über ganz Europa bilden, damit das allgemeine Stimmrecht künftig die einzige Waffe des Volkes zur Geltendmachung seiner Souveränetät bildet und der Barrikadenbau überflüssig wird. Der Sitz dieses Centralausschusses, dessen Statuten heute die demokratischen Blätter bringen, ist ebenfalls in der Rue Coquillere 15.

Itailen.

(Rom, den 30. Dez.) Gestern Abend ward die konstituirende Versammlung mit Kanonendonner von der Engelsburg verkündigt. Die Wahl sollte schon am 1. Januar beginnen, die Konstituante am 5. Februar zusammentreten. (A. A. Z.)

Rußland.

(Von der Weichsel, 28. Dez.) Nach glaubwürdigen Nachrichten aus verschiedenen Theilen Rußlands, welche in der Hauptsache übereinstimmen und nur in der Angabe wesentlicher Nebenumstände von einander abweichen, wäre seit Winters Anfang in den östlichen und südöstlichen Gouvernementen des großen Czarenreiches ein Zustand obwaltend, den man, wenn auch nicht offen revolutionär, doch in politischer Beziehung jedenfalls sehr bedenklich nennen dürfte. Namentlich in den Gouvernementen Wjätka, Kasan, Simbirsk und Pensa sollen bewaffnete Bauernhorden, oft 5000 bis 6000 Mann stark, plündernd, sengend, mordend, das Land durchziehen, und selbst in Kasan, einer Stadt von 60,000 Seelen, mehrere Häuser in Brand gesteckt haben. Bestätigen sich diese Nachrichten, so könnte man denselben gewichtige Folgen entnehmen, und die vorbemerkten Thatsachen vielleicht als die ersten Symptome einer möglichen Erhebung der Leibeigenen im Königreich Kasan, wo nicht in einem weiteren Umkreise, betrachten. (Frftr.-O.-P.-Z.)

---

† (Nurnberg, den 8. Januar.) Statt der französischen Korrespondenz vom 4. Januar, die heute eintreffen sollte, ist nur die vom 3. Januar angekommen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Nro. 2758.

Bekanntmachung

Geißler a Rothhelfer Forderung hier Subhastation betr.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg

wird auf Antrag eines Hypothekengläubigers das Anwesen Nro. 2 auf dem Wöhrder-Kirchhof dem öffentlichen Verstriche unterstellt, und hiezu Strichtermin auf

Montag den 29. Januar 1849, Vormittags 11 Uhr,

im Kommissions-Zimmer Nro. 22 anberaumt

Dieses Anwesen besteht aus einem einstöckigem Wohnhaus, theils massiv, theils von Fachwerk erbaut, mit Flachziegeln doppelt eingedeckt, mit einem Vorplatze, Küche, 3 Stuben, 4 Kammern, 2 Holzlagen, Stallung, ein gewölbte Brandweinbrennerei, im ersten Stock und mit 1 Kammer und 1 Boden unter dem Dache, ferner aus einem Nebengebäude und Hofraum, Pumpbronnen und 15. Dez. Gartenland, und haftet auf demselben ein jährlicher Erbzins von 4 fl., — dann ein Hennengeld von 15 kr. und ein jährliches Handlohn von 4 fl. 3 kr. Der Schätzwerth dieses Anwesens ist 1500 fl., und wird bemerkt, daß der Hinschlag nur bei erreichter Taxe erfolgen könne.

Nürnberg, den 15. Dezember 1848

Seuffert.

Eheliche Verbindung und Geschäfts-Empfehlung.

Unsere am 7. dieses vollzogene eheliche Verbindung, zeigen wir allen unsern Verwandten und Freunden geziemend an und bitten um die Fortdauer Ihrer Liebe und Gewogenheit.

Nürnberg, den 8. Januar 1849.

Johann Egidius Vogel
Sophia Maria Vogel, geb. Hübner.

Da mir von einem hochlöblichen Magistrat das Bürger- und Meisterrecht gütigst ertheilt wurde, so wünsche ich, daß das mir von meinen bisherigen verehrten Kunden schon seit 5 Jahren als Geschäftsführer geschenkte Zutrauen auch ferner zu Theil werde; und empfehle mich auch einem verehrlichen Gesammtpublikum mit der Bitte, mich mit vielen Aufträgen zu beehren, da es mein eifrigstes Bestreben sein wird, durch prompte und billige Bedienung mich dessen würdig zu machen.

Meine geschätzte Nachbarschaft bitte ich um freundliche Aufnahme.

Johann Egidius Vogel
Flaschnermeister.

In Beziehung auf Obiges erstatte ich allen meinen verehrten Kunden den verbindlichsten Dank mit der Bitte, das mir seither geschenkte Zutrauen auch auf meinen Vetter und bisherigen Geschäftsführer Johann Egidius Vogel gütigst zu übertragen.

Sophia Maria Schmemmer,
Flaschners-Wittwe.

Trauer-Anzeige.

Gestern Mittags entschlief sanft und ruhig in dem Herrn im 61. Lebensjahre unser unvergeßlicher Vater, Bruder und Schwager, der Bleistiftfabrikant

Georg Friedrich Ziegler

dahier — Indem wir diese Anzeige theilnehmenden Freunden und Verwandten widmen, bitten um stilles Beileid

Nürnberg, den 7. Januar 1849.

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Dienstag den 9. d. M. Nachmittags 2 Uhr auf dem Johanniskirchhofe statt.

Ausstellung im Albrecht-Dürer-Hause.

Ein großes, auf Golddamastgrund gemaltes Bild, den heiligen Evangelisten St. Marcus mit dem Löwen vorstellend, Oelgemälde von Direktor C. Heideloff, Stiftung für die von ihm gebaute protestantische Stadtpfarrkirche in Oschatz. Die Evangelisten St. Matthäus, St Lucas und St. Johannis, welche der Vollendung nahe sind, werden, so wie ein Bild fertig ist, zur Ausstellung folgen.

Anzeige.

Daß ich die gegenwärtige Neujahrs-Messe nicht baue, zeige ich hiemit meiner werthgeschätzten Kundschaft sowie einem verehrten Publikum ergebenst an, und empfehle mich mit meinem Fabrikat von Leinen- und Baumwollen-Weberwaaren, so wie mit allen in Fach einschlagenden Artikeln zu den billigsten Preisen

Um gütigen Zuspruch bittet

J. G. Baum, Webermeister Laden innere Laufergasse S. Nro 801 nächst dem Egydienplatz.

Zur Nachricht.

Indem ich meinen verehrten Mitbürgern meine Versetzung hieher und Ausübung der anwaltschaftlichen Praxis dahier anzeige, empfehle ich mich deren Wohlwollen.

Nürnberg, den 1. Januar 1849.

Dr Zehler, Advokat.

(Zu verkaufen) Eine neue Siegelpresse, auf ein Comtoir tauglich, ist billig zu verkaufen.

Nur in der 3. Reihe Bude Nr. 114 neben Hrn. Helm aus Frankfurt.

In der 3ten Reihe Bude 114 werden wegen Aufgabe eines Geschäftes nachverzeichnete Waaren zu folgenden beispiellosen billigen Preisen abgegeben, als:

Kattun 1¼ Ellen breit, ächtfärbig die Elle 12—14 kr. und höher, Woll-Mousselin die Elle 18 kr., Baumwollenzeug die Elle 10 kr. und höher, Napolitains die Elle 18 kr. und höher, Thibet und Orleans die Elle von 24 kr. an, Shlips in Wolle 24 kr., in Seide 1 fl. 24 kr., Westenzeuge zur vollständigen Weste von 18 kr. an, gestrickte Unterbeinkleider und Jacken für Herren und Frauen von 40 kr. an das Paar, gewirkte Shawls 2½ Ellen groß 2 fl. 48 kr. und höher, eine große Auswahl in karirten Shawls und Tüchern in allen Größen und Farben zu auffallend billigen Preisen, ein großes Lager in Tuch und Bucksking in allen Farben, feinste Qualität zur vollständigen Hosen 3 fl. und höher und noch viele in dieses Fach einschlagende Artikeln.

Es wird sich nie eine Gelegenheit wieder darbieten, um solche spottbillige Preise kaufen zu können wie jetzt; es liegt daher im Interesse eines geehrten Publikums, in die 3te Reihe Bude Nr. 114 zu kommen, die Waare im Augenschein zu nehmen, dann wird gewiß ein Jeder Anlaß zum kaufen finden.

Nur in der 3. Reihe Bude Nr. 114 neben Hrn. Helm aus Frankfurt.

An Ronge.

Die Worte, die Du selbstbewußt,
Uns, Deinen Brüdern, hast verkündet,
Sie haben in der deutschen Brust
Der Liebe Flamme schnell entzündet;
Sie wogen fort, Dein Name klingt,
So weit die deutsche Sprache dringt.

Millionen dachten so wie Du;
Das Wort, es war Dir vorbehalten;
Millionen jauchzen jetzt Dir zu;
Denn sie erkennen Gottes Walten,
Der durch dein Wort zum Volke spricht:
Es weiche Finsterniß dem Licht!

Fort Schaugepränge! eitler Tand,
Hinweg! — Wir kennen höh're Güter;
Wir haben Gottes Geist zum Pfand
Und Er allein ist ew'ger Hüter;
Er will es, daß die Menschheit frei
Und nicht von Rom geknechtet sey.

Der helle Morgen bricht schon an,
Den Tausende von Gott erflehten;
Nur muthig vorwärts auf der Bahn,
Die Du so furchtlos, kühn betreten!
Auf daß der Deutsche geistig frei
Und in dem Glauben einig sey.

Du, wack'rer Mann, Du hast's gewagt;
Die Feinde mögen sich entsetzen
Und, d'rob im Innersten verzagt,
Auf Dich die ganze Meute hetzen:
Getrost! — Dein Lorbeerkranz bleibt grün
Und wird für ew'ge Zeiten blüh'n.

Freie christliche Gemeinde.

Dienstag den 9. Januar findet die Versammlung der Gemeinde im Saale des Berlinerhofes Abends 7 Uhr statt. Es ist wünschenswerth, daß die Mitglieder sich bestimmt einfinden, da wichtige Gegenstände zur Berathung kommen werden.

Der Vorstand

Volks-Verein.

Dienstag den 9. Januar Versammlung im goldenen Adler.

Nach neuerdings gefaßtem Beschluß, sollen nach Erledigung der auf die Tagesordnung gestellten politischen Fragen auch gewerbliche Gegenstände zur Besprechung kommen.

Beginn der Verhandlungen präcis 8½ Uhr.

Der Vorstand

SINGVEREIN.

Mittwoch den 10. Januar Produktion.

Der Vorstand.

Einhorn.

Auf vieles Verlangen spielt heute Dienstag den 9. Januar das Münchner Quartett, wozu einladet

Meisenbach.

Entgegnung.

Auf das Inserat des Herrn L... in Nro. 6 d. Bl. entgegnet der Betheiligte, um den Inseraten-Fabrikanten seinem Ursprunge näher zu führen mit dem Bibelspruch: „Herr, vergieb ihnen, denn sie wissen nicht was sie thun.“

H....r.
Wundarzt.

Deutsches Haus in Gostenhof.
Montag den 8. Januar
Masken-Kränzchen.

(Zu verkaufen.) Ein Tusch- und Miniaturfarben-Geschäft ist zu verkaufen und ertheilt nähere Auskunft

Franz Xaver Eichart,
Kommissionär.

(Verlaufen.) Ein Königshündchen, weiblichen Geschlechts, schwarz, braun und weiß gefleckt, hat sich verlaufen, und wer solches aufgenommen wird gebeten, dasselbe nach L. Nro. 401 am Häfnersplatz zurückzubringen.

(Zu vermiethen) Nahe bei dem allgemeinen Krankenhaus Nr. 99 ist der erste Stock, bestehend aus 6 heitzbaren Zimmern, eine Kammer und eine Küche mit andern Bequemlichkeiten bis Ziel Walburgi zu vermiethen; auch kann auf Verlangen der Garten verabfolgt werden.

(Zu vermiethen.) In der Nähe eines Hauptthores ist eine sehr freundlich gelegene Gartenwohnung, bestehend aus 3 heitzbaren und 4 unheitzbaren Zimmern, wozu auch eine Pferdestallung gegeben werden kann, täglich oder bis Ziel Lichtmeß zu vermiethen. Das Nähere bei der Exped. d. Bl.

(Mieth-Gesuch.) In der breiten Gasse, Pfannenschmiedgasse oder am Hallplatz wird für Lichtmeß oder Wahlburgis ein hübsches Logis von einem Zimmer und zwei, womöglich daranstoßenden Kammer, Küche, eigenem Abtritt rc. für zwei einzelne Personen zu miethen gesucht. Gefällige Anerbietungen beliebe man unter Chiffre L. in der Exped. d. Bl. zu hinterlegen.

(Gesuch) Ein lediger Mann, der bei der Kavallerie gedient hat, und als Kutscher die besten Zeugnisse hat, sucht in einer dergleichen Eigenschaften sogleich eine Unterkunft. In L. Nr. 675 auf dem Lorenzerplatz im ersten Stock.

(Gesuch.) In L. Nr. 402 der breiten Gasse wird bis nächstes Ziel eine Magd, am liebsten, welche schon in einer Wirthschaft gedient hat, in Dienst zu nehmen gesucht. Auch kann ein junges Mädchen das Kochen daselbst unentgeldlich erlernen.

(Gesuch) Ein solides Mädchen, das im Nähen und Bügeln gut bewandert ist, wünscht in einem achtbaren Hause als Jungfer oder Stubenmädchen unterzukommen, und würde sich jeder Hausarbeit gerne unterziehen.

(Gesuch) In einer soliden Werkstelle in München sucht man einen guten Buchbindergehilfen, der aber ein geübter Vergolder seyn muß. Näheres Karolinenstraße Nro. 383.

(Gesuch) Eine Köchin, welche sich mit den besten Zeugnissen auszuweisen vermag, wünscht nächstes Ziel in gleicher Eigenschaft unterzukommen. Näheres L. Nro. 1448 Schlotfegergasse.

(Gesuch.) Eine Köchin, welche gut kochen kann, sich auch willig jeder Hausarbeit unterzieht, wünscht täglich oder bis zum Ziel unterzukommen.

(Gesuch) Man sucht eine gute ausgespielte Guitarre zu kaufen. Näheres in S. Nr. 800 innere Laufergasse.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen das Liebe zu Kindern hat, wünscht wieder als Kinds- oder Hausmagd bis Ziel oder sogleich unterzukommen.

(Gesuch.) In der Nähe der Frauenkirche werden einige Mitleser zur Mittelfränkischen Zeitung gesucht.

(Gesuch.) Eine Magd, die Nähen und Waschen kann, auch die übrigen Hausarbeiten mit versieht, wird nächstes Ziel in Dienst zu nehmen gesucht; es sollen sich aber nur solche melden, die längere Zeit an einem Platze gedient und gute Atteste aufweisen können.

(Berichtigung.) In dem Inserat in Nr. 8 „Zur Kenntniß“ soll es letzte Zeile statt „Fußgänge“ „Fehlgänge“ heißen.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 10. Januar 1849. № 10. Mittwoch: Paul Eins.

Deutschland.

Freie Städte. (Frankfurt, 5. Jan.) In der gestrigen Sitzung des hiesigen Bürgervereins brachte Dr. Heinr. Hoffmann die hoffentlich bald bevorstehende Wahl eines Oberhauptes des deutschen Reichs zur Sprache. Er meinte, es sey wünschenswerth, wenn recht rasch in Deutschland jede Stadt, jedes Dorf, jeder Weiler seine Stimme erhebe und der Reichsversammlung gegenüber ausdrücke, was sie dem Heil des Vaterlandes das entsprechendste hielten; die Reichsversammlung müsse die Stimmung des Volkes in dieser Sache deutlich vernehmen und sicher seyn, ihren Beschluß auf die Zustimmung desselben bauen zu können. Klar machen müsse man sich vor allem, daß nachdem für die Freiheit durch die Grundrechte das wichtigste erlangt sey, nun das zweite Wort, das auf dem Panier der Märzbewegung gestanden, die Einheit, zur Geltung zu gelangen habe. Nicht zu leugnen sey es, daß Oesterreich durch frühere und namentlich durch seine neuesten Erklärungen leider aus Deutschland ausgeschieden. Beklagten wir auch innigst den Verlust so vieler Brüder, so könnten wir uns doch unmöglich dazu hergeben wollen, unsere Geschicke von Oesterreich aus, das nicht mit zu uns gehören wolle, geleitet zu sehen. Eine kräftige Macht müsse an die Spitze Deutschlands gestellt werden; von jeder persönlichen Sympathie oder Antipathie müsse man absehen, und an einen anderen Staat werde gar nicht gedacht werden können als an Preussen. Dieses biete auch durch die Verschiedenheit seiner Provinzen und deren Bewohner den Vortheil, daß, sowie es schon jetzt nicht allzu schlesisch oder allzu preussisch verfahren könne, um nicht antipommerisch oder antirheinpreussisch zu seyn, es auch nicht gerade antischwäbisch oder antifränkisch werde regieren können. Erblich aber müsse die Krone seyn, damit ihr gleich von vornherein die nöthige Kraft inne wohne. Sämmtliche Redner, die sich bei der Verhandlung betheiligten (9 oder 10), bedauerten einstimmig die Ausscheidung Oesterreichs, glaubten aber ebenso, man dürfe sich diese als vollendete Thatsache nicht ferner verhehlen. Um so schneller vielmehr müsse Deutschland sich gestalten, um geordnet und gerüstet dazustehen. Von Trias, Direktorium, Turnus u. s. w. ward gänzlich abgesehen. Ueber die Nothwendigkeit, den mächtigsten Stamm Deutschlands an die Spitze zu stellen, konnte keine Meinungsverschiedenheit bestehen; alle Redner sprachen unbedingt für Preussen. Nur über Erblichkeit oder Wahl war einige Verschiedenheit; einige Redner glaubten die Zustimmung der übrigen Stämme und Fürsten Deutschlands bei einer Wahl, die auch diesen Aussicht ließe, einst an die Spitze Deutschlands zu kommen, leichter zu erlangen, als bei festgesetzter Erblichkeit; die Mehrzahl aber glaubte, die Erfahrungen der Geschichte Deutschlands und Polens sollten uns hinreichende Lehre seyn, von einer Wahlmonarchie abzustehen. (Frkft. O.-P.-Z.)

Das Schreiben, welches das Reichsministerium in Bezug auf die österreichische Note vom 28. Dez. und die von dem neuen österreichischen Bevollmächtigten gemachten Eröffnungen an den sogenannten österreichischen Ausschuß hat gelangen lassen, lautet wie folgt: „Frankfurt, den 5. Januar 1849. Der Präsident des Reichsministerraths an den Herrn Vorsitzenden des Ausschusses für Begutachtung des vom Reichsministerium in der österreichischen Frage gestellten Antrags Abgeordneten rc. Kirchgeßner. Indem das Reichministerium dem obengenannten Ausschusse eine Mittheilung abschriftlich zur Kenntniß bringt, welche ihm von Seiten der k. k. österreichischen Regierung durch deren Bevollmächtigten bei der Centralgewalt zugegangen ist, findet es sich veranlaßt, diese Mittheilung mit folgenden Bemerkungen zu begleiten: 1) In dem Satze 1 des Antrages des Reichsministeriums vom 18. v. M. ist dieses von der Pflicht der Reichsgewalt ausgegangen, das bestehende Bundesverhältniß Oesterreichs zu Deutschland zu erhalten. Es ist also nicht von ihm in Zweifel gezogen worden, daß Oesterreich eine Bundesmacht und berechtigt sey, im Bundesverhältniß zu verbleiben. 2) Das deutsche Volk in seiner Mehrheit will unbestreitbar die frühere Bundesverfassung so umgestaltet wissen, daß die Gesammtinteressen der Nation durch eine Gesammtregierung mit Volksvertretung, unter Aufrechthaltung der Selbstständigkeit der Einzelstaaten, in soweit sie damit verträglich ist, souverän verwaltet werden. Der Charakter dieses künftigen Bundesstaates ist vorläufig in denjenigen Theilen einer Reichsverfassung (vom Reich, von der Reichsgewalt, vom Reichsgerichte, vom Reichstage), deren erste Lesung stattgefunden hat, gezeichnet. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die konstituirende Nationalversammlung bei der zweiten Lesung solche Veränderungen beschließen werde, die den Charakter des künftigen Bundesstaates wesentlich ändern. 3) Dem so in Aussicht stehenden Bundesstaat beizutreten, wird keiner ein deutscher Staat verweigern können. Was aber Oesterreich betrifft, so glaubte das Reichsministerium, und glaubt noch, daß dieses bei der Natur seiner Zusammensetzung mit außerdeutschen Ländern eine Sonderstellung einnehmen werde, einnehmen müsse. 4) Wenn auch Oesterreich früher nicht ausdrücklich erklärt hatte, in den deutschen Bundesstaat, wie er nach den vorliegenden Beschlüssen sich gestalten würde, nicht eintreten zu wollen; und wenn es sich jetzt seine weitere Erklärung darüber vorbehält, so glaubt das Reichsministerium berechtigt zu seyn, aus dem von der öffentlichen Meinung in Oesterreich sanktionirten Programme von Kremsier (27. Nov. v. J.) und aus dem Verhalten der österreichischen Regierung gegenüber den Anordnungen der Centralgewalt und den Beschlüssen der Nationalversammlung, eine solche Ansicht der österreichischen Regierung, in den deutschen Bundesstaat nicht eintreten zu können, unterstellen zu müssen. In diesem Programm heißt es nämlich: „Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches wie ein europäisches Bedürfniß.“ Die Fortdauer einer staatlichen Einheit der österreichischen Monarchie ist unvereinbar mit der Unterordnung eines Theiles unter einen, von der Gesammtmonarchie unabhängigen, starken, einheitlich regierten, kurz dem Willen der Nation entsprechenden deutschen Bundesstaat. Jetzt erklärt der neue österreich. Bevollmächtigte bei der Centralgewalt, daß das österreichische Ministerium die politische Ansicht, welche dem Programme von Kremsier zu Grunde lag, wesentlich modificirt habe. Die Regierung des Kaiserstaates hält ihre Antwort auf die an Oesterreich durch den deutschen Verfassungsentwurf gestellte Frage noch für frei. Diese Freiheit ihr zu bestreiten, kann nicht Sache der Reichsgewalt seyn. Aber auch nach den, von den Bevollmächtigten Oesterreichs gegebenen Erläuterungen der Note vom 28. v. M. glaubt das Reichsministerium, daß der Erfolg seine Ansicht rechtfertigen werde. 5) Das Reichsministerium ging in dem fünften Satze des Vorschlags vom 18. v. M. von der Ansicht aus, daß die Verfassung des Bundesstaates nicht Gegenstand der Unterhandlung seyn könne. In der Note vom 28. v. M. wird wohl mit Rücksicht darauf bemerkt, daß die Lösung der großen Frage nur auf dem Wege der Verständigung mit den deutschen Regierungen, unter welchen die kaiserliche den ersten Rang einnehme, zu erreichen sey. So wenig überall der Weg der Verständigung zu vernachlässigen seyn wird, wo er zum Ziele führen kann; so entschieden wird das, mit der von der constituirenden Nationalversammlung genommenen Stellung unverträgliche allgemeine Vereinbarungsprinzip, bezüglich des Verfassungswerkes, zurückgewiesen werden müssen. Die Hoffnung, wo sie auftauchen möchte, daß die Zeit gekommen sey, den starken Bundesstaat mit dauerhafter, einheitlicher oberster Gewalt, in der Geburt zu ersticken, und durch ein Surrogat zu ersetzen, das dem alten Bundestage mehr oder weniger ähnelt; diese Hoffnung wird zu Schanden werden. 6) Aber auch abgesehen von dem Verfassungswerke, der Note vom 28. v. M., und den Erläuterungen des neuen österreichischen Bevollmächtigten, bleibt eine Verhandlung mit der österreichischen Regierung nothwendig, so wohl, um das Inslebenführen der deutschen Verfassung dadurch zu beschleunigen, daß eine gegenseitige Erklärung über das Verhältniß des nichtdeutschen Oesterreichs zu dem Gesammt-Deutschlande, oder eventuell eine Union des Gesammt-Oesterreichs zu dem übrigen Deutschlande vorbereitet werde; als auch zur Erreichung der unmittelbaren Regierungszwecke der Centralgewalt, und zur Erfüllung ihrer Pflicht, welche einen Bevollmächtigten an dem Orte nothwendig macht, wo die Neugestaltung eines Reichs sich entscheidet, das zu einem großen Theile zu Deutschland gehört, und wo große europäische Interessen ihren Mittelpunkt finden. In welcher Form die Verhandlung geführt wird, ist an sich Nebensache. Indem das Reichsministerium die Ermächtigung nachsuchte, die gesandtschaftliche Verbindung mit dem österreichischen Kaiserreiche anknüpfen zu dürfen, geschah dies aus dem Grunde, weil die Sendung von Reichskommissären von Seiten der Centralgewalt den Anspruch auf eine exekutive Gewalt begründet, welche ihr in Oesterreich geradezu abgesprochen worden ist. 7) Das Reichsministerium wiederholt daher seinen in der Proposition vom 18. v. M. begründeten Antrag dahin, daß es autorisirt werde, zu geeigneter Zeit und in geeigneter Weise mit der Regierung des österreichischen Kaiserreichs, Namens der Centralgewalt, über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland in Verhandlung zu treten. gez. Gagern.“

Hessen. (Darmstadt, 4. Jan.) Ueber die heutige erste Sitzung der zweiten Kammer der Stände nach den Weihnachtsferien, welche sechs Stunden dauerte, ist noch Einiges nachzutragen. Sie war eine wichtige, namentlich durch Annahme des neuen Wahlgesetzes. Auch sonst bot sie mehrfach Interessantes. Die Abgeordneten Hillebrand und Glaubrech, stellten Anträge, welche bezwecken, daß die auch jetzt schon politischer Vergehen Angeschuldigten, doch nur vor Schwurgerichte gestellt werden sollen. Die Abgeordneten Schenk, Wernher, Gölzenleuchter, K. Zöppritz und von Riedesel beantragten, zu erklären, daß die Stände des Großherzogthums es mit Freude begrüßen würden, wenn bei der Bestimmung eines deutschen Reichsoberhauptes, Preussen an die Spitze Deutschlands gestellt werde. Abgeordneter Bolhard brachte einen Antrag auf Aufhebung des Postlehensvertrags, Herabsetzung des Porto's rc. ein. Wie ich Ihnen bereits meldete, war bei dem neulich von dem Ministerpräsidenten Jaup in die Kammer gebrachten Gesetzentwurf über Aufhebung jedes Lehensverbandes einzig und allein der mit dem fürstlichen Hause Thurn und Taxis bestehende Lehensvertrag in Bezug auf die Posten ausgenommen. Dieser Antrag wurde gleich dem vorhergehenden den betreffenden Ausschüssen zum Berichte verwiesen.

(Kassel, den 5. Januar.) So eben hat unsere Ständeversammlung die vereinigten Anträge der Herren Rebelthau und v. Sybel in Betreff der deutschen Reichsoberhauptsfrage zum Beschlusse erhoben, und damit sich nachdrücklich für das preussische Kaiserthum ausgesprochen. Ueber die Erblichkeit redet der Antrag nicht unmittelbar, doch lassen die Motive keinen Zweifel, daß auch in dieser Beziehung kein Unterschied zwischen dem braunschweigischen und dem hiesigen Landtage besteht. In der Diskussion erhob sich nur eine Stimme gegen den Antrag; bei der Abstimmung gesellten sich Demokraten und Katholiken zusammen, aber eine Mehrheit von mehr als vier Fünfteln genehmigte den Antrag und forderte die Staatsregierung auf, demselben ihrerseits möglichste Wirksamkeit zu verschaffen. Daß hieran auch nicht zu zweifeln ist, geht schon aus der Antwort, welche der Minister v. Schenck in der heutigen Sitzung auf eine Interpellation des Abg. v. Sybel ertheilte, ob der Regierung sonderbündlerische Anträge in Betreff der Oberhauptsfrage zugekommen seyen. Der Minister verneinte es: es sey nichts gekommen, und wohl aus dem Grunde nicht, weil bei der bekannten Gesinnung der Regierung Niemand ihr dergleichen Zumuthungen machen würde. Auch wird, sicherem Vernehmen nach, die Publikation der Grundrechte durch unsere Gesetzsammlung in den nächsten Tagen erfolgen. (Frkft. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Wien, 4. Januar.) Mit dem Vorrücken der kaiserlichen Truppen reichen unsere Postverbindungen mit Ungarn immer weiter, und unsere Nachrichten über Pesth werden zuverlässiger. Es ist nun gewiß, daß Deak im Repräsentantenhause mit Entschiedenheit gegen die Politik Kossuths aufgetreten ist. Die Wirkung seiner Rede soll den großen Agitator so darniedergeschmettert haben, daß man ihn ohnmächtig aus dem Saale wegtragen mußte. Eben so gewiß ist es, daß sich der größte Theil der Pesther Bevölkerung von Kossuth abwendet, und zu Deaks Partei übertritt. Unter solchen Umständen mag das seit gestern verbreitete Gerücht, Pesth habe sich den Kaiserlichen ergeben, und die Kroaten seyen ohne Widerstand eingerückt, immerhin wahr seyn. Kossuth mit vielen Magnaten soll sich nach Komorn geflüchtet haben. Es ist schwer einzusehen, wie sie sich bis zur Festung Bahn brechen konnten. Deak dürfte aber der Mann seyn, auf den das österreichische Ministerium bei der Umgestaltung Ungarns vorzüglich sein Augenmerk richtete. Deak ist der Aristides der Magyaren, sein Stern konnte für einige Zeit erbleichen, so lange der Feuereifer Kossuths alle Gemüther in Brand steckte, aber sobald diese Sonne sich verdunkelt, blicken wieder Tausende auf den funkelnden Schein des zweiten Planeten. Das Ministerium sucht und braucht einen Mann, dem es eine Stellung im Kabinet anweisen könnte, wie sie Baron Culmer inne hat. Es braucht einen Mann, der Ungarn kennt und der von den Ungarn gekannt ist. Deak hat seit seinem ersten Auftreten auf den Reichstagen in Preßburg sich die Achtung aller Parteien und die Bewunderung seines Landes erworben. Er hat das Talent, zu organisiren, wenn Kossuth Meister im Zerstören ist, er überzeugt, wenn Kossuths Leidenschaftlichkeit fortreißt. Ob aber Deaks magyarische Ueberzeugung ihm gestattet, bei der Vereinigung Ungarns mit Oesterreich thätig zu seyn, und ob er den Muth hat, selbst für den Fall, daß seine Ansichten denen des Ministeriums begegneten, dem festgewurzelten partikularistischen Stolze seiner Landsleute so entschieden entgegenzutreten, das ist eine Frage, die wir zu lösen nicht im Stande sind, nachdem in den letzten Monaten alle Parteien durch Kossuth so sehr niedergehalten wurden, daß wir von ihren Ansichten und ihrer Wirksamkeit so viel wie nichts erfuhren. Dennoch aber möchte es uns bedünken, als ob kein Ungar, der bis jetzt eine hervorragende Rolle in seinem Vaterlande spielte, sich dazu hergeben wird, im Dienste des österreichischen Kabinets zu wirken. — Im Widerspruch mit den obenangeführten Gerüchten von der Uebergabe Pesths steht eine Notiz in der heutigen Nummer des Fremdenblattes, das seine militärischen Angaben sonst aus guter Quelle schöpfte. Darin ist von den großen Vertheidigungsanstalten die Rede, die Kossuth in den Pesther Verschanzungen unablässig anzuordnen bemüht ist. Der strenge, trockene Winter, welcher den Operationen der kaiserlichen Truppen bisher so gut zu statten kam, soll jetzt zum Vortheil der Ungarn ausgebeutet, und die Verschanzungen mit Eiskanonen montirt werden. An Beispielen, daß man sich derartiger improvisirter Geschütze bedienen könne, soll es nicht fehlen, und in Sachsen hat man im Jahr 1795, und in Petersburg im Jahr 1740 aus Eismörsern geschossen. Die Sache klingt aber doch so märchenhaft, daß wir ihr keinen Glauben beimessen können. (A. A. Z.)

(Wien, den 4. Januar.) Man glaubt, der 5. Januar dürfte der zum Einrücken unserer Truppen in Ofen bestimmte Tag seyn. Der serbische Wojwode und General Supplikacz ist plötzlich vom Schlage gerührt, gestorben, als er eben eine Musterung über die Serben hielt. Der serbische General Stratimirovich soll nun hinabgesendet werden, um das Kommando über die Serben zu übernehmen. (A. A. Z.)

(Wien, den 5. Januar.) [Zehntes Armeebulletin.] Zufolge einer eben erhaltenen Mittheilung von Sr. Durchl. den Hrn. Feldmarschall Fürsten zu Windisch-Grätz hat derselbe sein Hauptquartier am 3. d. M. nach Bicske und am 4. nach Bia, vier Stunden von Ofen, verlegt. Am 3. Jan. Nachmittags kam eine von dem ungesetzlich fortbestehenden ungarischen Reichstag an Se. Durchl. gesendete Deputation im Hauptquartier zu Bicske an, welche aber von Sr. Durchl. dem Feldmarschall als solche nicht angenommen und unbedingte Unterwerfung als der einzige Weg bezeichnet wurde, fernerem Blutvergießen ein Ende zu machen. Der Banus hat mit dem ersten Armeekorps nach dem siegreichen Gefechte bei Moor, um den Rebellen Perczel, der sich nach der erlittenen Niederlage gegen Stuhlweißenburg zurückzog und seine Vereinigung mit dem Rebellenoberst Sekulich bewerkstelligen wollte, von dessen vermeintlicher Rückzugslinie nach Ofen abzuschneiden, seinen Marsch über Lovas Bereny fortgesetzt, wodurch Ofen am rechten Donauufer von unseren Vorposten umgeben ist. Feldzeugmeister Graf Nugent in Vereinigung mit Feldmarschalllieutenant Dahlen, hat sich gestern den 4. über Szalba-Egerszegg in der Richtung gegen Kanisa in Marsch gesetzt. Zur Vereinigung mit Warasdin blieb eine starke Besatzung in Lendva zur Verbindung mit Steiermark eine Besatzung in Körmönd zurück und das Oedenburger und Eisenburger Komitat wird durch die mobile Kolonne des Oberstlieutenants Graf Althann durchzogen, womit die Verbindung mit der Hauptarmee erhalten wird. Die von der Armee Sr. Durchl. des Fürsten Windischgrätz eingetroffenen Nachrichten über die günstigen Operationen gegen Ofen und Pesth bestimmten den Feldmarschalllieut. Grafen Schlick, um in Uebereinstimmung mit diesen offensiven Operationen zu handeln, gegen Miskolcz vorzurücken. Diesem gemäß wurde am 26. Dez. 1848 die Brigade des Hrn. Generalmaj. Grafen Pergen von Kaschau bis Hidas Nemethie vorgeschoben, welcher die Brigade des Hrn. Generalmaj. Gr. Deym als Reserve bis Enyiczki nachgefolgt war. Die Brigade Fiedler blieb in Kaschau als Besatzung. Am 27. rückte die Brigade Pergen bis Forro, die Brigade Deym bis A. Novaj. Bei Forro hatte der Feind die erste Stellung eingenommen, und es waren daselbst nebst mehrern Geschützen die polnische Legion und einige hundert Husaren postirt. Beim Herannahen der Avantgarde zog sich der Feind, ohne das Gefecht anzunehmen, zurück. Am 28. wurde die Vorrückung gegen Miskolcz der Art kombinirt, daß die Brigade Pergen durch eine Umgehung der feindlichen Stellung bei Szikszö, deren linke Flanke und Rücken bedrohte, während die Brigade Deym die Fronte derselben an der Hauptstrasse anzugreifen beordert war. Der Plan gelang; die Brigade Pergen, geführt von Major Baron Gablenz des Generalstabs, griff Szikszö im Rücken an, wobei eine halbe Komp. Honoed gefangen genommen wurde. Eine andere Honvedabtheilung wurde durch die Chevaulegers der Avantgarde ereilt und gleichfalls gefangen genommen. Die an der Strasse vorgerückte Brigade Deym konnte sofort diesen Ort ungehindert und mit klingendem Spiele passiren. Nachdem die Insurgenten mit bedeutenden Streitkräften die vortheilhafte Position an den Höhen bei Szikszö besetzt hatten, beschloß der Korpskommandant, trotz der vorgerückten Tageszeit und der Ermüdung seiner Truppen, dennoch den Feind anzugreifen, um ihn aus der Nähe von Szikszo gegen Miskolcz zurückzudrängen. Die sämmt[illegible] gegen Miskolcz in der Ebene vor, und es entspann sich beiderseits ein lebhaftes Geschützfeuer, welches eine erfolgreiche Wirkung gegen die in Uebermacht aufgestellte feindliche Kavallerie übte, so zwar, daß sie sehr bald die Flucht ergriff. Große feindliche Infanteriemassen, nebst Artillerie und einer Husarenabtheilung, hatten sich auf dem Höhenzuge westlich der Strasse festgesetzt. Die Brigade Pergen mit der Raketenbatterie wurde beordert, diese Höhen zu erstürmen, was auch mit dem güstigsten Erfolge geschah; — nur die einbrechende Nacht rettete den Feind von der gänzlichen Niederlage. Dieses Gefecht kostete dem Korps des Feldmarschalllieutenants Schlick nur fünf Verwundete. Der Verlust des Feindes ist bedeutend, und es wurden von demselben 85 Mann darunter 1 Offizier und mehrere Unteroffiziere gefangen genommen. Wien, den 5. Jänner 1849. Der Militär- und Civilgouverneur: Welden. (A. A. Z.)

Oldenburg. (Oldenburg, 5. Jan.) Die lange erwartete Erklärung des Großherzogs über die Domänen und die Civilliste ist dem Landtage geworden. Aber eine Freudenbotschaft haben wir dem Lande nicht zu bringen. Der frühere Vorschlag, von der geforderten Summe der Civilliste (180,000 Thaler) für die ersten 3 Jahre mit Rücksicht auf die schwere Steuerlast des Landes 30,000 Thaler schwinden zu lassen, ist zurückgenommen, statt dessen wird dem Landtage zugemuthet, eine Civilliste von 170,000 Thaler mit Einschluß aller Appanagen rc. herzustellen in Einkünften von Domänen, welche derselbe als fürstliches Haus- und Familiengut anerkennen soll, und zwar ohne besonderen Nachweis dieser ihrer Natur im Einzelnen. (Br. Wes. Z.)

Preussen. †*† (Berlin, 6. Januar.) Das wichtigste Ereigniß des Tages, der Hauptgegenstand der Diskussion sind die gestern Abend veröffentlichten Ordonnanzen. Eine Prüfung der Einzelheiten hat der Umfang der Gesetze natürlich noch nicht gestattet. Vor Allem richtet sich die Betrachtung auf die Bildung der Geschwornenlisten. Die hierauf bezüglichen Anordnungen haben sich begreiflicher Weise des allgemeinen Beifalls eben nicht zu erfreuen. Ein Census von 24 Thl. Gewerbsteuer in einem Lande, in dessen kleinern Städten schon die Gesetzgebung der absoluten Monarchie an die Zahlung von nur 6—10 der Genuß der kaufmännischen Rechte, die Wechselfähigkeit, die volle Beweiskraft der Handlungsbücher und dgl. knüpft, kann natürlich nicht befriedigen. Und ist eine Bestimmung geeignet, das ganze Institut von vorn herein zu diskreditiren, so ist es die, welche die zu den nicht ausgeschlossenen Kategorien gehörenden mit 500 Thl. besoldeten Beamten zuläßt, während außer dem Beamtenstande eine eben so große Einnahme für sich allein noch nicht die Zulassung zur aktiven Theilnahme an den Schwurgerichten gewährt. Die Demokraten sehnen sich unter solchen Umständen nach den Fleischtöpfen des Ministeriums Auerswald zurück. Der Entwurf des damaligen Justizministers Märker kannte keinen Census. Auch in Betreff der Reorganisation der Civilgerichte hat man von den freisinnigeren und durchgreifenderen Plänen des Auerswald'schen Ministeriums Absehen genommen und dem Entwurfe von Kisker den Vorzug gegeben. Die Staatsanwaltschaft in Civilsachen findet nicht statt; die Sachwalter bleiben in ihrer bisherigen Stellung, eine Gleichförmigkeit der Gerichtseinrichtungen durch das ganze Land wird nicht herbeigeführt, denn der Bezirk des Appellhofes zu Köln ist von der Reorganisation ausgeschlossen. Der kleinere mittellose Gewerbstand, der hauptsächlich bei den sogen. Bagatellsachen (Prozesse, deren Objekt die Summe von 50 Thlrn. nicht übersteigt) interessirt ist, wird benachtheiligt durch die Bestimmung, daß in derartigen Prozessen die Kosten der Vertretung, wenn der Vertretene am Orte des Gerichts wohnt, nicht erstattet zu werden brauchen. Es wird eine wesentliche Aufgabe der Volksrepräsentation seyn, diesen Gebrechen der neuen Gesetzgebung Abhilfe zu verschaffen. —

Die Anwesenheit des Hrn. v. Vinke am hiesigen Orte, die vielfach mit einem Rücktritt des Ministeriums in Verbindung gebracht wurde, hatte, wie wir bestimmt versichern können, seine private Zwecke. In Beziehung auf das Ministerium selbst können wir unsere frühere Mittheilung, daß dasselbe jedenfalls bis nach dem Zusammentritt der Kammer auf seinem Platze bleiben werde, lediglich wiederholen. Der in den Zeitungen vermuthungsweise in Aussicht gestellte Austritt des Herrn v. Radowitz aus dem preußischen Dienste kann als sicher angesehen werden.

Der erste Akt des Gerichtsdramas, welches wir den Ereignissen vom 31. Oktober v. J. zu verdanken haben, ist heute vor dem Kriminalgericht zur Aufführung gekommen. Bei der Bestürmung des Schauspielhauses durch eine von Fackelträgern umgebene Menge sollte der Vergolder Düke sich als Rädelsführer gerirt, eine rothe Fahne getragen und mit einer Fackel einen Angriff auf die Bürgerwehr gemacht haben. Die Zeugen vermochten die Rädelsführerschaft des Angeklagten nicht zu bekunden; er wurde daher nur als Theilnehmer zu 6 Monat Festungsstrafe verurtheilt.

Die heutigen Blätter bringen nicht weniger als drei Steckbriefe hinter Personen, welche der Majestätsbeleidigung angeschuldigt sind. Einer derselben, von Rübglsch, soll bereits seit längerer Zeit sich nach Amerika begeben haben. Auch ein Obergerichtsmitglied, Assessor Klatt, befindet sich unter den Verfolgten.

Die Wahlbewegung, so weit sie äusserlich zur Erscheinung kommt, scheint sich bis jetzt noch fast ausschließlich in den Händen der konservativen Partei zu befinden. »Ansprachen« aller Art werden in den Häusern und auf den Straßen vertheilt. Typisch ist in allen diesen Blättern die Aufforderung: nur solche Personen zu Wahlmännern zu wählen, welche die Gesetzlichkeit der November- und Dezember-Akte anzuerkennen sich verpflichten. Auch für die polnischen Landestheile ist man hier bedacht. Für diese werden besondere Ansprachen gefertigt, übersetzt und versandt.

Man versichert, daß Fürst L. Solms diesmal als Bewerber und zwar für die zweite Kammer auftreten werde. Andere große Grundbesitzer, namentlich aus dem Kreise der rheinischen Autonomen, sollen in gleicher Weise sich an der künftigen Volksvertretung zu betheiligen beabsichtigen. Es ist eine eigenthümliche Erscheinung, daß die Aristokraten sich um Stellen in der Volkskammer bewerben, während die Demokratie bemüht ist, ihre Kandidaten in die erste Kammer zu bringen. Die erwähnten Ansprachen der Konservativen haben hierauf ihr Augenmerk gleichfalls gerichtet. Sie suchen darzuthun, daß die freiwillige Zubilligung von Diäten an Deputirte zur ersten Kammer gesetzwidrig sey.

Der Königsberger Literat Ludwig Walesrode, der vom Bürgerwehrkongreß zurückkehrend hier durchreiste, wurde sofort polizeilich angewiesen, die Stadt zu verlassen. —

Der Oberbürgermeister von Brandenburg, Herr Ziegler, hat sein Verbleiben in der Nationalversammlung nach dem 8. November, und seine Theilnahme an dem Steuerverweigerungs-Beschlusse jetzt in einer besonderen Schrift gerechtfertigt. —

wie es scheint, die bedeutendsten materiellen Kräfte zugewendet werden sollen, wird auch der hiesige Buchhändler Jonas als Mitverleger Theil nehmen. Vielleicht hat dieser Umstand Anlaß gegeben, den Geh. Revisionsrath Jonas als Mitbegründer zu bezeichnen.

(Warmbrunn, den 31. Dez.) Zum Jahresschluß will ich Ihnen heut noch eine Probe von der neuen preußischen Freiheit mittheilen. Die beiden demokratischen Vereine in Hirschberg und Warmbrunn hatten für heut Nachmittag 2 Uhr eine Feier zum Gedächtniß des gemordeten Blum's im Schönfeld'schen Gartensaal veranstaltet. Eben wollte nach dem Schluß desselben der Lehrer Wander das Eröffnungswort der Feier sprechen, als der Kreislandrath Graf zu Stolberg, der mit dem im ganzen Kreise herumreisenden und in seiner Weise „Ruhe und Ordnung“ pflegenden Verweser des Landrathamtes, v. Gräbenitz, erschienen war, vor ihn herantrat und die Worte an ihn richtete: „Ich frage hiermit das Fest-Komité, mit welcher Befugniß es die Feier eines Mannes veranstaltet, der als Rebell durch Urtheil und Recht in Wien gerichtet worden ist?“ Wander erwiederte: „Die Versammlung findet auf Grund des Vereinigungsrechtes statt, für einen Abgeordneten des deutschen Volkes, in dem wir keinen Rebellen, sondern einen Mann erkennen, der sich unsterbliche Verdienste um die deutsche Nation erworben hat.“ Es entstand nun ein heftiger Redekampf; die Erregung war groß. Nachdem Conrad und Elsner und mehrere Andere gesprochen hatten, richtete Wander die Worte an den Landrath: „Ich ersuche Sie, die Versammlung auf Grund eines vorhandenen Gesetzes und mit Anführung des bestimmten Paragraphen für ungesetzlich zu erklären, oder die Feier nicht weiter zu stören.“ Er erklärte, „daß er einen solchen Paragraphen nicht anführen könne, denn es gäbe keinen, daß er aber dennoch die Feier nicht dulden wolle! Er werde dableiben, weil er dies als Beamter für seine Schuldigkeit erachte, und nur der Gewalt weichen.“ An eine würdige Fortsetzung der Feier war unter solchen Umständen, in solcher Aufregung nicht zu denken. Das versammelte Volk verlangte in höchster Entrüstung die „Feier“; da aber Militär in Menge hinbestellt war, und dem Komité nicht unbekannt seyn mag, daß man Unruhen zu provociren scheint, um Veranlassung zu nehmen, während der bevorstehenden Wahlperiode uns mit einem Belagerungszuständchen zu beschenken, so wurde die Blumfeier für geschlossen erklärt, nachdem zuvor von Wander ein feierlicher Protest gegen diesen Eingriff in ein feierlich garantirtes Recht ausgesprochen und die Aufnahme eines Protokolls beschlossen worden war, die auch durch Conrad erfolgte. Man wird anfragen, ob die Unterbehörden befugt sind, die Artikel der preußischen Verfassung nach ihren Ansichten auszulegen, ob die feierliche, würdige Begehung des Andenkens eines Mannes, die durch ganz Deutschland in den Kirchen aller Konfessionen, auch in Preußen gefeiert worden ist, bloß hier in unserm Thale nicht stattfinden soll, weil sie nicht mit der Ansicht des Grafen zu Stolberg und seines „Verwesers“ übereinstimmt. Dem Volke gehen übrigens immer mehr die Augen auf. Die Schuppen fallen in Masse. Solche Akte sind herrliche Staar-Operationen. Nur so fort! (Allg. Od.-Ztg.)

Schleswig-Holstein. (Flensburg, den 3. Januar.) Reisende, welche vom Norden kommen, bringen die fast unglaubliche Nachricht, daß die Dänen Alsen räumen, daß Dampfschiffe mit Kanonenböten im Schlepptau unaufhörlich von dort Truppen und Bagage fortführen. Wir können diese Nachricht freilich nicht verbürgen, halten sie indeß doch nicht für ganz unwahrscheinlich, sofern wir die Noten von Frankfurt und London in Betreff dieser Angelegenheit in Rechnung bringen. — Wenn gleich etwas verspätet, wird dennoch eine Mittheilung aus „Fyens Avis“ vom 7. Dezember (die wir bisher in den uns zugegangenen deutschen Zeitungen nicht gefunden haben), die Stärke der dänischen Landmacht betreffend, die Leser dieser Blätter interessiren. „Mit unsern Rüstungen“ (sagt gedachtes Blatt) „geht es sehr langsam, und wenn wir das Ding nicht kräftiger anfassen, so werden wir im Frühjahre weder 60,000, 50,000 noch 40,000 Mann Truppen auf den Beinen haben. Schätzt man des Heeres Stärke beim Beginn des Waffenstillstandes auf 25,000 Mann — wirklicher Combattanten waren kaum so viel — und erwägt man, daß das Heer seitdem, nach der Versicherung Wohlunterrichteter, vielleicht eine Verstärkung von 4 — 5000 Mann erhalten hat, so kann man, falls die Vermehrung desselben nicht in größerem Maßstabe zunehmen sollte, ohne gerade Prophet sein zu wollen, mit Gewißheit voraussagen, daß wir im Frühjahr die so viel verkündigten 60,000 Mann nicht mobil haben werden, ja wenn man abrechnet, was abgerechnet werden muß, Kranke und — „Kommandierte,“ wohl kaum bedeutend über 30,000. Wohl haben wir versichern hören, daß wir zu mehr als circa 35,000 Mann Truppen keine Befehlshaber stellen können, was allerdings möglich ist; ja es wird vielleicht schwer genug werden, selbige bis zu diesem Belange zu schaffen. Aber woher bekommen denn die Schleswig-Holsteiner, welche von einer Truppenmacht von 20,000 Mann großsprechen und drohen, bis zum Frühjahr 30,000 Mann zu stellen, woher bekommen sie denn Offiziere?“ — Wir brechen hier den Artikel der „Fyens Avis“ ab, welcher weiter in Betreff der fehlenden Offiziere die Blicke auf Schweden und Norwegen lenkt, dringend zu energischerer Rüstung mahnt, und am Schlusse zu dem tröstlichen Resultat gelangt, daß „nach einer sehr authentischen Quelle“ im schleswig-holsteinischen Heere statt 100 — nur fünf preussische Offiziere dienen sollen! — Unser Hafen bildet nunmehr, so weit das Auge reicht, eine feste Eisfläche. Kälte gestern und heute 10°. (H. W. N.)

(Kiel, vom 2. Januar.) Während wir längst aus den Blättern erfahren haben, daß im Norden Schleswigs mehrere dänischgesinnte Bauern sich weigern, die Kriegssteuer zu entrichten, so dürfte es doch nicht allgemein bekannt seyn, daß wir auch in Holstein einen Renitenten haben, dessen Weigerung in politischer Hinsicht eine weit größere Bedeutung beizulegen seyn möchte. Der Landgraf Wilhelm zu Hessen-Kassel, vormals General in dänischen Diensten und Gouverneur von Kopenhagen, Schwager Christians des VIII. und Vater des präsumtiven Thronerben Dänmarks, besitzt die an der holsteinischen Ostküste belegenen herrlichen Güter Panker, Schmoel, Hohenfelde und Clampe, für welche die bis jetzt fällige Grund- und Hypothekensteuer zur Stunde noch nicht entrichtet ist. Es ist deshalb militärische Exekution angeordnet und 8 Dragoner lassen es sich auf den Gütern des Landgrafen wohl seyn. Mit Ende dieses Monats läuft die Exekution ab, worauf die Auspfändung eintritt. (Alt. M.)

Frankreich.

† (Paris, 5. Jan.) [Neueste Ministerialstürme.] Die Nationalversammlung, in deren Räumen seit dem 4. Mai schon so manche unblutige Prinzipienschlacht geliefert wurde, scheint abermals wieder der Schauplatz eines neuen Kampfes zu werden! Die Kämpfer sind

und die Voltairianer mit dem Eklektiker Barthelmy Saint Hilaire an der Spitze anderer Seits. Beide Lager stehen kampfgerüstet einander gegenüber und obwohl die Eklektiker ihre hölzernen Lanzen schon einmal gegen die Brust des Generals Cavaignac zerbrochen, weil er gesagt hatte: „Was gehen mich Eure Krämer an? Glaubt Ihr, ich sey deshalb aus Afrika herübergekommen, um ihre Boutiken zu schützen?“ und ruhig geschlafen hatte: obgleich die Eklektiker keine guten Lanzenführer sind, wäre es doch möglich, daß Herr Fallour mit seinen Loyalisten geschlagen würde und wir einen neuen Ministerwechsel anzuzeigen hätten. Jedenfalls blieben Todte auf dem Schlachtfelde liegen und damit man im Auslande den Charakter des Kampfes kenne, wollen wir hier die Kriegsgeschichte in aller Kürze mittheilen: Wenige Tage nach der Junischlacht (am 5. Juli), setzte die Nationalversammlung, noch warm in ihrem Siegesgefühle, einen Ausschuß nieder, der ihr ein Gesetz ausarbeiten sollte, nach welchem der in Frankreich so heillos seit zweitausend Jahren vernachlässigte Volksschulunterricht endlich gebessert werden solle. Carnot, der Minister der provisorischen Regierung, hatte ihr zwar schon Entwürfe vorgelegt; aber sie schienen ihr zu atheistisch und selbst die Eklektiker rochen in diesen Entwürfen Luxemburger Arbeiterparlamente und Kommunismus: darum ernannte sie eine Kommission oder Ausschuß, an dessen Spitze sich der bekannte Mitarbeiter des Journals des Debats, Herr Barthelemy St. Hilaire, stellte.

Seit dem 5. Juli hält besagter Barthelemy Saint Hilaire 54, sage vierundfünfzig Sitzungen, von denen keine unter drei Stunden dauerte und in welchen kein Stein auf dem anderen in dem Carnot'schen Entwurfe gelassen wurde. Herr Barthelemy Saint Hilaire und seine Kollegen waren endlich dahin gelangt, ein neues Gesetz von mehr als hundert Artikeln zu vollenden und es der Nationalversammlung vorzulegen, als Fallour, der neue Unterrichtsminister, gestern im Moniteur das mühsame Werk der Eklektiker unzuläßig erklärte und durch Ernennung neuer Kommissionen mit einem Schlag vernichtete. Man kann sich den Schrecken leicht denken. Wie eine Bombe fiel die Fallour'sche Primarunterrichtskommission in das Lager der Eklektiker und Voltairianer. Barthelemy kannte sich vor Groll nicht mehr und rief dem Minister zu, daß er extraparlamentarisch gehandelt habe!! Repellin ging noch weiter und sagte laut, daß dem Minister kein Recht zustehe, eine solche Kommission zu ernennen. Die Unterrichtsfrage sey ein organisches Staatsgesetz und hiefür stehe Niemand die Initiative zu, als der Nationalversammlung selbst. Odilon Barrot wies dem Vorwitzigen nach, daß es gegenwärtig in Frankreich zwei souveräne Staatsgewalten gebe und die Verantwortlichkeit der Handlungen der Nationalversammlung auch auf dem Gewissen des Ministeriums läge!!! Dupont aus Bussac wollte diese Verwegenheit mit einem motivirten Tadel strafen, doch Papa Marrast begnügte sich, das Recht der Initiative der Nationalversammlung dadurch anzuerkennen, daß er die Bildung einer neuen Kommission auf die heutige Tagesordnung setzte. Soweit wäre jetzt die Schlacht zwischen den Jesuiten und Voltairianern vorgerückt. Wir werden dem Verlauf derselben genau folgen.

Fast alle Minister unter Louis Philipp befinden sich jetzt in Paris. Wir sahen bereits Gridain-Cunin, Dumont, Hebert, Trezel und Jayr. Guizot wird morgen erwartet. Wahrscheinlich werden sie im Mai alle in die neue Kammer gewählt.

Italien.

(Rom, 29. Dez.) Ich habe Ihnen geschrieben, daß am 28. d. M. ein Dekret der obersten Giunta das römische Parlament auflöste. Ich fürchte, es hat seine erste und letzte Session erlebt. Das Dekret zur Auflosung war unterzeichnet von Tomaso Corsini, Galletti und Camerata. Aber Corsini ist alsbald darauf, in Folge geheimer Unterredungen mit dem eben von Gaëta zurückgekehrten Fürsten Barberini, definitiv und unwiderruflich aus der Giunta zurückgetreten. So haben wir denn Duumviren anstatt der Triumviren. Es sind Erinnerungen aus der alten Zeit, aber dies ist ein gar modernes Geschlecht. Gestern trat sodann das Dekret zur Berufung der Konstituante an das Licht, unterzeichnet von den Duumviren und dem Ministerium. Die Epoka begrüßt sie mit einem umkränzten „Viva la Constituente Romana!“ Die Bestimmungen sind: 1) 200 Repräsentanten des ganzen Staates; 2) allgemeines und direktes Wahlrecht behufs der Erwählung dieser Repräsentanten; 3) Zweck der Konstituante ist Berathung und Feststellung der innern Verfassung; 4) dieselbe ist auf den 5. Febr. einberufen. Beim Avemarialäuten begrüßten 101 Kanonenschüsse die Konstituante. Kardinal Antonelli, Staats-Prosegretario Sr. Heiligkeit, hat dem diplomatischen Korps eine lange Note über die letzten römischen Ereignisse eingehändigt. Sie ist aus Gaëta vom 23. Dez. datirt. Der Kardinal Ostini, weiland Nuntius in Rio de Janeiro und dann in Wien, befindet sich in Gaëta. Eine Deputation der Gränzstadt Terracina hat sich zu den Füßen des heiligen Vaters verfügt, um ihm die Versicherung ihrer Unterthanentreue darzubringen. (A. A. Z.)

Rußland.

(Kalisch, den 29. Dezember.) Reisende von sonst bewährter Glaubwürdigkeit, welche am 24. Dez. Abends Warschau verlassen haben, erzählen, daß dort an jenem Tage mehre Geschütze vor dem Schauspielhause aufgefahren worden und sämmtliche Truppen schlagfertig bereit standen, um, wie man allgemein glaubte, einem zu erwartenden Aufstande möglichst kräftig zu begegnen. (Pos. Z.)

(Krakau, den 30. Dezember.) Dem Czas zufolge wäre gestern Abend hier die Nachricht eingetroffen, der Feldmarschall Fürst Paskewitsch sey in Warschau gestorben. (Nar. Now.)

---

†† Nürnberg, den 9. Januar.) In der Palm'schen Verlagshandlung in Erlangen ist ein Werkchen erschienen, das in der gegenwärtigen Zeit Jedermann als höchst zweckmäßig empfohlen werden darf, nämlich ein parlamentarisches Taschenbuch von A. Rauch, welches die Grundzüge der Verfassungen der meisten Länder Europa's enthält. Die Verfassungen sind für das politisch-gebildete Publikum als Anhaltspunkte so wichtig, wie den Christen die Bibel ist und dieses parlamentarische Taschenbuch bietet in seiner Haltung den Vortheil des leichten Vergleichs der verschiedenen Landesverfassungen, worunter die oftgenannten Konstitutionen Englands, Belgiens und Norwegens sich ebenfalls befinden. Die Form ist sehr bequem, so daß man das Werkchen leicht überall mit sich hintragen kann, um es bei Unterhaltungen, die sich jetzt doch größtentheils um Politik drehen, sogleich bei der Hand zu haben. Da auch der Preis die Anschaffung sehr erleichtert, so ist zu erwarten, daß dies eben so nützliche als nothwendige Buch in recht vieler Hände kommen wird.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer

Trauer-Anzeige.

Theilnehmenden Verwandten und Freunden bringen wir die schmerzliche Nachricht von dem Ableben unsers guten, unvergeßlichen Vaters, Schwiegers- und Großvaters, des Herrn

Johann Tobias Mässelhäußer,

Privatiers und ehemaligen Müllermeisters zu Mühlhof.

Er starb Montags den 8. Januar, Abends 5 Uhr, sanft und ruhig in dem Herrn, in Folge einer Entkräftung. Um stilles Beileid bitten

Nürnberg, den 9. Januar 1849.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

NB. Die Beerdigung erfolgt morgen Donnerstag den 11. d. M. Nachmittags 2 Uhr auf den St. Johannis-Kirchhof.

Trauer - Anzeige.

Am 7. Januar entschlummerte zum bessern Erwachen unser innigst geliebter Gatte, Vater, Großvater, Bruder und Schwager,

Herr Johann Georg Heydolph,

Rindmetzger,

im 61. Lebensjahre in Folge einer Lungenlähmung. Mit dem tiefsten Schmerzgefühle benachrichtigen wir alle Verwandte und Freunde von diesem uns betroffenen Verluste und bitten um stille Theilnahme.

Die sämmtlich Hinterbliebenen.

Da ich unverändert mit meinem Sohne die Rindmetzgerei fortführe, so erlaube ich mir, meine verehrte Kundschaft um ihr ferneres Zutrauen zu bitten.

Regina Helena Heydolph,
Rindmetzgers-Wittib.

Frauen-Verein.

Mittwoch den 10 Januar Nachmittag 3 Uhr findet im Saale des Rößelschen Kaffeehauses die zweite Versammlung von Frauen und Jungfrauen, geleitet von Johannes Ronge, statt. Es wird, Mißverständnissen wegen, bemerkt, daß sich der Verein in seinem Wirken an keine Konfession bindet, sondern im Geiste der Zeit da Hülfe leistet, wo sie noth thut. Deßhalb können Frauen und Jungfrauen aller Konfessionen Antheil nehmen.

Einladung.

Mittwoch den 10 Januar, Abends 7 Uhr, Versammlung der Landwehr-Kavallerie in der Neupert'schen Wirthschaft.

Rosenau.

Freitag den 12. Januar „Metzelsuppe“ mit freier Harmonie-Musik, welche um 2 Uhr beginnt. — Wozu höflichst einladet

G. Schwabe

(Zu verkaufen) Eine Metallhandlung, worauf eine Ansässigmachung leicht zu begründen, ist dahier um billigen Preiß zu verkaufen. Adresse A B.

(Zu verkaufen.) Ein Tusch- und Miniaturfarben-Geschäft ist zu verkaufen und ertheilt nähere Auskunft

Franz Xaver Sichnet,
Kommissionär

(Zu verkaufen) In S Nro 20 am Hauptmarkt ist ein einspänniger Schlitten mit einer Tigerpelzdecke zu verkaufen.

(Zu vermiethen) Ein Lokale mit einem Pferdeumgang und den dazu erforderlichen Maschinerien nebst daran befindlicher Wohnung und Pferdestall ist sogleich oder bis Ziel Lichtmeß zu vermiethen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Zu vermiethen) In L. Nro. 546 ist ein freundlich möblirtes Zimmer an einen soliden Herrn zu vermiethen.

(Zu vermiethen) Nahe bei dem allgemeinen Krankenhaus Nr. 99 ist der erste Stock, bestehend aus 6 heizbaren Zimmern, eine Kammer und eine Küche mit andern Bequemlichkeiten bis Ziel Walburgi zu vermiethen; auch kann auf Verlangen der Garten verabfolgt werden

---

(Mieth-Gesuch.) In der breiten Gasse, Pfannenschmiedgasse oder am Hallplatz wird für Lichtmeß oder Walburgis ein hübsches Logis von einem Zimmer und zwei, wo möglich daranstoßenden Kammern, Küche, eigenem Abtritt ꝛc. für zwei einzelne Personen zu miethen gesucht. Gefällige Anerbietungen beliebe man unter Chiffre L. in der Exped. d. Bl. zu hinterlegen

---

Lehrling - Gesuch.

Zum Badergeschäft wird ein junger Mensch von soliden Eltern gegen annehmbare Bedingungen in die Lehre zu nehmen gesucht. Näheres in der Exp. d. Bl.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen von honetten Eltern, welche schon mehrere Jahre als Jungfer conditionirte, wünscht in gleicher Eigenschaft bis zum Ziel unterzukommen.

(Gesuch.) Eine Uhrkette, in ein Knopfloch zu hängen, sucht man zu kaufen.

(Gesuch.) In der Nähe der Frauenkirche werden einige Mitleser zur Mittelfränkischen Zeitung gesucht.

Sal. Ludwig Krauß

in Nürnberg,

empfiehlt sein erstes und alleiniges Depôt der auch schon auf hiesigem Platze und dessen Umgegend vortheilhaft bekannten und erprobten

Goldberger'schen K. K. patentirten

Galvano-electrischen Rheumatismus-Ketten

à Stück mit Gebrauchs-Anweisung **15 Sgr.**, stärkere Sorten à **1 Rthlr.** und **1 Rthlr. 15 Sgr.**, Pr. Ct. fl. **1. 45 kr.** und fl. **2. 38 kr.**,

welche das bis jetzt bewährteste und vorzüglichste Heilmittel gegen **nervöse, gichtische** und **rheumatische** Uebel aller Art sind, worüber ich **viele Hundert** attestirte Erfahrungen und günstige Zeugnisse geachteter Aerzte und glaubwürdiger Privatpersonen vorzulegen im Stande bin. Jede echte **Goldberger**'sche Rheumatismus-Kette ist in einem Kästchen wohl verpackt, das auf der Vorderseite die Firma „J. T. Goldberger“ und auf und auf der Rückseite den K. K. östreich. Adler und das Wappen der freien Bergstadt Tarnowitz trägt, worauf genau zu achten bitte, da die **Goldberger**'schen Ketten bereits vielfach nachgebildet und anderweitig angekündigt werden.

Nro. 80 feste Preise.

Boutique Nro. 80 beim mittlern Durchgang in der ersten Reihe, zunächst der Schuhmacher, werden zu äusserst billigen festgesetzten Preisen verkauft:

Tuche, Buckskins, Rockstoffe, Westen, Binden, Shlips, Foulards, alle Sorten Leinwand, weiße und farbig leinene Taschentücher, in verschiedenen Größen, Shirtings, Doppeltuche, Unterhosen, Unterjacken, weiße und farbige Chemisetten, Hemden nach neuester Façon.

Jeder Anpreißung sich enthaltend, wird nur bemerkt, daß die Käufer deßhalb in jeder Hinsicht befriedigt seyn werden, da feste Preise nur bei reeller und ächter Waare stattfinden können, man bittet daher um gütigen Besuch.

Beispiellos billiges Steingut.

Nachdem ich diese Neujahrs-Messe heuer mit einer großen Auswahl von Steingut, sowohl in weißen als auch in verschiedenfarbigen Kupferdruck zum Erstenmale in Nürnberg bezog, so mache ich dieses dem verehrlichen Publikum mit dem Bemerken ergebenst bekannt, daß ich im Stande bin unter dem Fabrikpreise die schönste und beste Waare abzugeben. — So z. B. sind Teller in verschiedenen Größen von 24 bis 48 kr. per Dutzend, Schüsseln mit Deckel auf 12 Personen zu fl. 1. Kaffeezeuge aller Art, sehr billig, kupferbedruckte Teller alle Farben von 36 bis 48 kr. per Dutzend und überhaupt alle Artikel zu einem nie erfahrnen billigen Preis in schönster und mannigfachster Auswahl zu erhalten.

Mein Stand befindet sich auf der Mitte der Schütt an den Hafnern, was ich mir noch zu bemerken erlaube und um recht zahlreichen Zuspruch bitte.

Joseph Tragel,
Steinguthändler.

In der grossen Bude der Gebrüder Bernheimer vorm Giesshaus

wird während der Messe abgegeben bei J. Wolpers

☞ zu bedeutend herabgesetzten Preisen wie folgt, als:

Nur vorm Gießhaus bei J. Wolpers

Große Auswahl in ächtfärbigem $^{5}/_{4}$ breiten Kattune, Zitz, Perſ. die Elle zu 9—12 kr. dieselben in den neuesten französ. Mustern, sowie in Rosa, und Hemdenkattune 14—18 kr., Orleans 24—36 kr., die neuesten Wollmousline und neueste Neapolitain 21—24 kr., abgepaßte Wollmouslinkleider $3^{1}/_{2}$—7 fl., Baumwoll-Neapolitain nicht höher als 12 kr., Glanz-Zitz und Möbeldamast zu Möbeln, Vorhängen und Rouleaux 14—18 kr., wollene Damen-Cravatten 6 kr., in Kaschmir 30 kr., in Seide 15—18—30 kr.

☞ **Große Auswahl in gewirkten Shawls und Tüchern zu $8^{1}/_{2}$—20 fl.,** ☜

sowie ganz und halbwollene Umschlagtücher in allen Größen von $1^{1}/_{4}$ — 5 fl., eine Partie kleine Umstecktücher für ins Haus und für Kinder 15—24—36 kr., die neuesten Westenzeuge in Halbseide und Wolle 24—36—48 kr., wollene Herren-Shawls (Shlips) 30—45 kr., ächtfärbige Schweizertaschentücher im $^{1}/_{2}$ Dutz. $1^{1}/_{2}$ fl., ächt seidene Binden und Taschentücher $1^{1}/_{2}$ fl. und höher, Schlesinger Halbleinwand 13 kr., Bielefelder Doppeltuch 12—13 kr., Tischtücher ohne Naht $1^{1}/_{2}$ fl., Servietten 24 kr., damastirte Kommode- und Tischdecken 54 kr.— $1^{1}/_{2}$ fl., halbleinene weiße Taschentücher 6—9 kr. u. dgl. m.

Wiederverkäufer, und wer ganze Stücke kauft, erhält Extra-Rabatt, sowie Briefe und Gelder, welche aber aufs beste besorgt franco erbeten werden.

Nur vorm Gießhaus in der großen Bude bei J. Wolpers.

W. Helm aus Frankfurt am Main

bezieht abermals diese Messe mit dem größten Lager in

Stahlfedern

nach neuester Verbesserung, bei denen sich auch wieder die so beliebten Zweispaltigen und alle Sorten in stumpfen und ganz stumpfen Canzleifedern befinden, die weder kritzeln noch spritzen, so daß die schwersten Hände damit schreiben können, dann alle gewöhnlichen Sorten, als: Schul-, Correspondenz-, Comptoir-, Zeichnen- und Damenfedern, das Groß von 20 bis 54 kr., die besseren von 36 kr. bis 1 fl. 48 kr. im Dutzd. von 3 bis 5 kr. und 4 bis 12 kr.

Wirklich elastische Federhalter

von Stahl, Horn und Fischbein, so leicht wie Gänsekiele, das Stück 4 kr. bis 12 kr., gewöhnliche Halter $^{1}/_{2}$ bis 4 kr. per Stück, im Dutzend billiger.

☞ Da durch den langen und regelmäßigen Besuch der hiesigen Messen, auf welchen ich mich stets des besten Absatzes zu erfreuen hatte, meine Federn hinlänglich bekannt sind, so hoffe ich auch diesmal bei außerordentlich guter Waare, verbunden mit mäßigen Preisen, auf einen zahlreichen Besuch und werden deshalb unentgeldliche Proben ausgegeben.

Der Stand ist in der dritten Bude Nro. **106.**

Entgegnung.

Lesen Sie Psalm 37 Anf. Vers 21 und Römer Kap. 13 Vers 7 zur Beherzigung. Sie bibelfester Hr. Wundarzt H.

L.

(Zu vermiethen.) In L. Nr. 401 der Färbersgasse ist eine Wohnung mit 3 heizbaren Zimmern, einem nicht heizbaren und Küche sogleich zu vermiethen.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 11. Januar 1849. № 11. Donnerstag: Mathilda.

Die deutsche Arbeit ist in Gefahr!

Die norddeutschen Kaufleute haben dem deutschen Parlamente in Frankfurt einen Zolltarif vorgelegt, bei dessen Einführung der deutsche Gewerbfleiß vernichtet wird. Jene norddeutschen Freihändler entwickeln ungemeine Thätigkeit am Sitze des deutschen Parlaments und scheuen kein Opfer, um die einseitigen Interessen ihrer Häfen und jener Küstenstriche auf Kosten des gesammten Deutschlands zu fördern. Nicht allein die großen Fabriken, sondern jede Industrie, jedes Gewerbe, jedes Handwerk und der Landbau ist bedroht, wenn die Freihändler ihren Plan durchsetzen. Aus dem von den norddeutschen Kaufleuten befürworteten Tarif wollen wir zur Anschauung nur einige Sätze hervorheben: Baumwollengarn von 3 Thlr. auf 1 Thlr. — gegen die Spinner. Baumwollengewebe von 50 Thlr. auf 10 Thlr. — gegen die Weber. Cichorien von $6\frac{1}{2}$ auf $1\frac{1}{2}$ — gegen Fabriken und Landbau. Drucksachen, Formulare rc. von 5 auf 1 Thlr. gegen die Buchdrucker, Lithographen und Papiermacher. Eisen, rohes, von $\frac{1}{3}$ Thlr. auf frei — gegen die Eisenwerke und Waldbesitzer. Eisen, geschmiedetes, von $2\frac{1}{2}$ Thlr. auf $\frac{1}{3}$ Thlr. — gegen die Eisenhämmer. Eisen, faconirtes, von 3 Thlr. auf $\frac{2}{3}$ Thlr. — gegen die Schmiede, Schlosser und Blechner. Eisen, Nägel, von 6 Thlr. auf 1 Thlr. — gegen die Nagelschmiede. Eisen, Guß, von 6 Thlr. auf 1 Thlr. — gegen alle Eisenarbeiter. Eisen, feines, Stahlwaaren von 10 Thlr. auf 5 Thlr. — gegen die Messer- und Waffenschmiede. Fischbein und Schirme, von 50 Thlr. auf 20 Thlr. — gegen die Schirmmacher. Glas, Fenster, von 3 Thlr. auf 1 Thlr. — gegen die Glashütten. Holz, feine Waaren, von 10 Thlr. auf 5 Thlr. — gegen die Schreiner, Drechsler und Kammacher. Mühlenwaaren, von 2 Thlr. auf $\frac{1}{2}$ Thlr. — gegen die Fruchtproducenten und Müller. Wein, von 8 Thlr. auf 3 Thlr. — gegen die Weinproduzenten. Und so kommt die Reihe an alle Gewerbe: Schneider, Schuhmacher, Sattler, Gerber, Weber, Spinner, Tapetenmacher, Goldarbeiter, Tabakfabriken, Zuckerraffinerien, Strumpfwirker, Zinngießer, Land- und Weinbau. Zeigt sich doch bei den bisherigen Verhältnissen eine so nachtheilige Vorliebe für das Ausländische bei uns, daß man französische oder englische Stoffe, ja, sogar Möbel, Tapeten, Schlosser- und Schreinerwaaren aus Frankreich oder Belgien den deutschen vorzieht, während das Ausland unseren Industrie-Erzeugnissen durch hohe Zölle verschlossen bleibt, wird der Eingangszoll noch mehr ermäßigt; so muß die deutsche Arbeit unterliegen. Darum rührt Euch und erhebet mächtig Eure protestirende Stimme, alle, die Schutz der vaterländischen Arbeit wollen. Arbeitet mit aller Energie den Bestrebungen der norddeutschen Freihändler entgegen; schaaret Euch zusammen in Vereine und erklärt den Vertretern des Volkes, was den fleißigen Händen noth thut!

Deutschland.

Bayern (München, 8. Januar.) Es sind schon mancherlei ungereimte Dinge über Bayern von verschiedenen Seiten zu Tage gefördert worden; zu den ungereimtesten aber müssen wir rechnen, was die Frkft. O.-P.-Z. vom 6. ihren Lesern vorsetzt von einem angeblichen Gerüchte, als hätten Bayern und Hannover bereits „in London“ angezeigt, „daß sie einem Reichsoberhaupte sich nicht unterordnen, sondern vorziehen würden, wie Oesterreich in ein blos völkerrechtliches Bundesverhältniß mit dem übrigen Deutschland zu treten.“ Wir haben uns nicht mit Hannover zu befassen, obgleich wir keine Zweifel haben über seine deutsche Gesinnung. Aber Bayern, das mitten im Herzen von Deutschland liegende Bayern, in einem blos „völkerrechtlichen“ Bundesverhältniß mit dem übrigen Deutschland! Und noch dazu eine deßfallsige Anzeige nirgend anders als zu London! Warum nicht auch zu Paris und St. Petersburg? Da möchten wir wohl mit dem alten Horaz ausrufen: risum teneatis amici! Und dergleichen Dinge müssen wir in der Frkft. O.-P.-Z. finden! (N. M. Z.)

(München, den 8. Januar.) Dem Regierungsblatt Nr. 2 vom 5. Januar d. J. zufolge geruhten Se. Maj. der König den Reichsrath Grafen Giech zum I. Präsidenten der Kammer der Reichsräthe bei dem bevorstehenden Landtage zu ernennen. Mit zuverlässiger Gewißheit können wir unsern Lesern die Nachricht mittheilen, daß Hr. Reichsrath Graf v. Giech, der sich gegenwärtig noch in Frankfurt befindet, diese Stelle nicht angenommen, sondern das desfalls an ihn gelangte Dekret Sr. Maj. wieder zu Füssen gelegt hat. (A. Abdz.)

Der Herr Staatsminister des Innern, v. Beisler, soll bei der Nationalversammlung in Frankfurt nur einen Urlaub auf vier Wochen nachgesucht haben, demnach Willens seyn, nach dieser Zeit wieder in die Nationalversammlung einzutreten. Wir haben also schon in kürzester Zeit wieder Aussicht auf einen neuen Ministerwechsel. — Glückliche Aussichten! (A. Abdz.)

(München, den 8. Januar.) Gestern Abends ist Frhr. v. Closen von seiner Mission nach Olmütz hieher zurückgekehrt. Er ist mit der ihm sowohl von dem Kaiser als von den Ministern in Olmütz gewordenen Aufnahme sehr zufrieden, Hr. v. Closen begab sich heute Nachmittag nach Nymphenburg, um dem König über seine Mission mündlichen Bericht zu erstatten. (Reg. Z.)

(München, den 7. Januar.) Wir erhalten die Berichtigung, daß Hr. Bürgermeister Forndran sich nicht unter der Zahl der neuernannten Mitglieder des Michaelordens befinde.

†† (Nürnberg, den 10. Januar.) Aus Wien läuft die Nachricht ein, dort sey durch Plakate angeschlagen, Fürst Windischgrätz habe Pesth ohne Schwertstreich genommen.

△ (Erlangen, den 9. Januar) Auf den 15. d. M. versammeln sich hier die Wahlmänner, um eine neue Parlamentswahl vorzunehmen. Es sind mancherlei Kandidaten im Vorschlage, der Herr Landrichter Rehm, der Hr. Pfarrer Dr. Rehlen, der Hr. Bürgermeister Dr. Lammers; auch Hr. von Raumer, der jüngere, wurde genannt. Wer wird der Glückliche werden? Die hiesigen Wahlmänner sagen, es kommt nicht viel mehr darauf an, wen man schickt. So wenig Interesse hat man an der wichtigsten Sache. Die Intelligenz ist wirklich vor, aber am rarsten doch unter den Wahlmännern selbst. Die Wahl selbst soll im Rathhaussaale Statt finden und in den anstoßenden Zimmern, damit für keinen Zuschauer und Zuhörer Platz ist, kein Demokrat zudringlich wird und die Wahlumtriebe nicht bekrittelt werden. Der hier wohnende Präsident der Regierung, Herr von Seutter, ein ächter Volksfreund, ein Mann, der Deutschland liebt, Kopf und Herz hat, wäre der rechte Kandidat.

Freie Städte. (Frankfurt, 8. Jan.) Der bayerische Exminister v. Lerchenfeld hat nach mehrtägigem Aufenthalte gestern diese Stadt wieder verlassen. Ein hiesiges Blatt hat nicht angestanden, zu berichten, Herr v. Lerchenfeld sey zur Uebernahme des Porteseuille's eines Reichsministers des Innern hieher berufen worden und er werde auch, unter Umständen, ins Reichsministerium treten. Ohne untersuchen zu wollen, in wie weit diese Angaben gegründet sind, möchten wir einige Zweifel äussern. Wenigstens sind jedenfalls die Unterhandlungen nicht abgeschlossen. (D. A. Z.)

(Frankfurt, den 8. Januar.) Der preussische Bevollmächtigte Herr Camphausen, ist heute Morgen nach Berlin abgereist, wo auch Herr Bunsen erwartet wird. Man vernimmt, daß Herr Camphausen dahin zu wirken bemüht seyn wird, daß den politischen Verfolgungen in Preussen ein Ziel gesetzt wird. Hr. Camphausen wird dadurch nur den dringenden Wunsch jedes Patrioten, jedes redlichen Freundes von Preussen vertreten. Hauptsächlich soll die Meinung der Herren Bunsen und Camphausen in der Oberhauptsfrage eingeholt werden. (D. Z.)

** (Frankfurt, den 8. Januar.) [147. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Simson.] Statt der österreichischen Angelegenheiten kamen in dieser Sitzung ganz andere Dinge zur Sprache. Austritts- und Eintrittsanzeigen, unter letzteren die eines Herrn Gebhard von Würzburg. Groß aus Leer stellt an das Ministerium des Innern die Frage, warum sich Hannover weigere, die Grundrechte zu promulgiren und in Kraft zu setzen. Am 15. Jan. soll der gute Mann Antwort auf seine Frage erhalten. R. Mohl übergibt der Versammlung 28 Aktenstücke, die standrechtliche Behandlung R. Blums und J. Fröbels in Wien betr. zur Ueberweisung an den österreichischen Ausschuß. Roßmäßler kommt wieder auf die Verletzung des Briefgeheimnisses und beantragt, die Nationalversammlung solle berathen, wie §. 12 der Grundrechte sich bewahrheiten lasse. Wurth beantragt mit Angabe der Dringlichkeit, die Reichstruppen möchten aus dem Fürstenthum Sigmaringen entfernt werden. Beide Anträge gehen an den Minoritäts- und Petitionsausschuß. Kirchgeßner bringt zur Anzeige, der Bericht des österreichischen Ausschusses sey vollendet und man habe sich zu einem Majoritäts- und Minoritätserachten in folgenden Fassungen verstanden: Majoritäts-Antrag: In Erwägung, daß das Verfassungswerk für das deutsche Reich von der Nationalversammlung einzig und allein festzustellen und sonach die Vereinbarung mit den einzelnen Regierungen Deutschlands nicht zulässig ist, in Erwägung, daß die Feststellung des Reichsgebietes ein Bestandtheil der Reichsverfassung ist, in Erwägung, daß es die Nationalversammlung mit dem ihr vom deutschen Volke gewordenen Beruf, für alle zum früheren deutschen Bunde gehörigen Länder eine gemeinsame Verfassung zu geben, für unvereinbar erachtet, in die Ausscheidung der zum früheren deutschen Bunde gehörigen Lande Oesterreichs aus dem deutschen Bundesstaate zu willigen, in fernerer Erwägung der eigenthümlichen Verhältnisse, die sich aus der bestehenden Verbindung deutscher und nichtdeutscher Länder in Oesterreich ergeben, in endlicher Erwägung, daß die Feststellung der deutschen Reichsverfassung eine innige, sowohl politische als kommerzielle Verbindung nichtdeutscher Länder Oesterreichs mit dem deutschen Bundesstaate nicht ausschließt, sondern eine solche vielmehr im offenbaren Interesse beider Länder gelegen ist, — beschließt die Nationalversammlung: 1) Die vom Reichsministerium in dessen Erklärung vom 5. d. M. ausgesprochene Zurückweisung des Vereinbarungsprinzipes für die deutsche Reichsverfassung im vollsten Maße anzuerkennen. 2) Die Centralgewalt zu beauftragen, über das Verhältniß der zum früheren deutschen Bunde nicht gehörigen Länder Oesterreichs zu dem deutschen Bundesstaate zu geeigneter Zeit und in geeigneter Weise mit der österreichischen Regierung in Verhandlung zu treten. Minoritäts-Antrag: Dem Reichsministerium die auf Vorlage vom 18. Dez. v. J., modifizirt durch Schreiben vom 5. Januar l. J., erbetene Vollmacht zu ertheilen. Unterz.: Barth, Paur, v. Buttel, Dr. v. Linde, Rüder.

Gevekoht aus Bremen bringt vor, man solle von den für die Einrichtung einer deutschen Kriegsflotte bestimmten 6 Millionen Thalern, 3 Millionen auf eine Flotte im adriatischen Meere verwenden. Findet keinen Anklang. Folgt nun Bericht über die Aufhebung der Hazardspiele, der öffentlichen Spielbanken, der Lotterie und des Lotto. Anfangs hatte es den Anschein, man wolle das Spielwesen etwas in Schutz nehmen, Venedey meinte sogar, man solle doch auf die Homburger, die ihn gewählt, in diesem Falle besondere Rücksicht nehmen, (auch nicht übel,) und Mittermaier spricht über das Hazardspiel, als hätten ihm die Pächter in den verschiedenen Bädern ein Paar mal hunderttausend Gulden in den Geldbeutel geworfen (!!) Die Neigung zum Spiel sey mit dem germanischen Leben verschmolzen. Man könne aber auch die Spielbanken, gegen die so geeifert werde, nicht urplötzlich abschaffen, ohne daß man wohlerworbene Ansprüche verletze, die

Finanzen litten ebenfalls darunter, wenn man die Spielbanken abschaffe, man solle sie daher noch drel Jahre bestehen lassen. Degenkolb will den Spielbanken augenblicklich den Lebensnero abgeschnitt.u wissen. Christ meint, wenn nicht mehr öffentlich gespielt werden dürfe, so triebe man es eben heimlich, und das sey noch schlimmer; ist daher gegen Aufhebung. Vischer von Tübingen setzt das Hazardspiel in eine gleiche Reihe mit dem Bordellwesen, und verlangt daher Beseitigung, welche Graf Schwerin einen Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten nennt und nicht dulden will. R. Mohl sagt, die Verträge, welche ein Staat mit den Spielbankenhaltern geschlossen, seyen nicht rechtsbeständig, und man könne die Spielbanken aufheben. Wem das nicht gefalle, der solle das deutsche Reich verklagen, (wenn's einmal ein's giebt;) keine Regierung könne dagegen auftreten, wenn im Interesse der öffentlichen Sittlichkeit dekretirt würde, die Spielbanken sollten fallen. Die Centralgewalt, sage man, sey zu schwach, ein etwa zu gebendes Gesetz dieses Betreffs auszuführen. Man solle es nur geben. Wenn auch die Orte, wo Spielbanken seyen, durch die Aufhebung verlören, so sey dies nicht so arg, denn es kämen nicht lauter Spieler in die Bäder, die ihre schöne Natur und ihre Quellen ja behielten, als Aufforderungen zum fortwährenden Besuch. Müller aus Würzburg ist mehr für als gegen das Spiel. Nach dem Schluß der Debatte nimmt der Ausschuß den Antrag R. Mohls in folgender Fassung an:

Reichsgesetz. Einziger Artikel. Alle öffentlichen Spielbanken sind vom 1. Mai 1849 an in ganz Deutschland geschlossen und die Spielpachtverträge aufgehoben. Bei der Abstimmung erhebt sich das ganze Haus mit einer an Einhelligkeit grenzenden Vollständigkeit für den Antrag des Justizministers. Das beantragte Reichsgesetz ist somit angenommen. Lebhafter Beifall im Hause und von den Gallerien begrüßt dies Ergebniß. Nach dem Antrage des volkswirthschaftlichen Ausschusses beschließt die Nationalversammlung ferner: a. „die Staats-Kassenlotterien zwar vorjetzt fortbestehen zu lassen, jedoch die provisorische Centralgewalt zu beauftragen, auf deren Aufhebung in den Einzelstaaten thunlichst hinzuwirken, und b. Privatlotterien nur gegen Konzession der Regierungen der einzelnen deutschen Staaten und lediglich zu gemeinnützigenen Zwecken zu gestatten, zugleich aber c. zu beschließen, daß die Errichtung neuer Klassen-Lotterien gänzlich untersagt werde." Endlich wird zum Beschluß erhoben der Antrag des Ausschusses: „Die Nationalversammlung wolle die Aufhebung des Lotto in allen deutschen Staaten, „in welchen es noch besteht," beschließen und dieselbe von der provisorischen Centralgewalt in kürzester Zeit bewirken lassen, die Beschlüsse über Lotterie und Lotto an die provisoeische Centralgewalt zur Ausfüheung zu überweisen." Der Bericht des Verfassungsausschusses über den Reichshaushalt trägt zu §. 19 des Artikels des Verfassungsentwurfs vom Reichslage diejenigen Bestimmungen nach, welche die Finanzen des Reichs betreffen. Nach dem Vorschlage der Mehrheit sollen die nachfolgenden bei der Berathung über §. 19 vorläufig zurückgewiesenen Theile beibehalten werden. Die Uebereinstimmung der Reichsregierung und des Reichstags ist erforderlich: „Wenn der Reichshaushalt festgestellt wird, wenn Anleihen kontrahirt werden, wenn das Reich eine im Budget nicht vorgesehene Ausgabe übernimmt, oder nicht vorgesehene Steuer oder Matrikularbeiträge erhebt. Wenn von Reichswegen Banken angelegt oder bewilligt werden. Wenn die Steuerhebung der Einzelstaaten von der Zustimmung der Reichsgewalt abhängig gemacht ist." Hinzugefügt werden soll jedoch und als ein besonderer Paragraph: „Bei Feststellung des Reichshaushaltes treten folgende Bestimmungen ein: 1) Alle — die Finanzen betreffende Vorlagen der Reichsregierungen gelangen zunächst an das Volkshaus. 2) Bewilligungen von Ausgaben dürfen nur auf Antrag der Reichsregierung und bis zum Belauf dieses Antrags erfolgen. 3) Die Daner der Finanzperiode ist ein Jahr. 4) Das Budget über die eegelmäßigen Ausgaben des Reichs und über den Reservefonds, sowie über die für beides erfordetlichen Deckungsmittel wird auf dem ersten Reichstag durch Reichslagsbeschlüsse festgestellt. Eine Erhöhung dieses Budgets auf späteren Reichstagen erfordert gleichfalls einen Reichstagsbeschluß. 5) Dieses ordentliche Budget wird auf jedem Reichstag zuerst dem Volkshaus vorgelegt, und von diesem in seinen einzelnen Ansätzen und nach den Erläuterungen und Belegen, welche die Reichsregierung vorzulegen hat, geprüft und bewilligt. 6) Nach erfolgter Prüfung und Bewilligung durch das Volkshaus wied das Budget an das Staatenhaus abgegeben. Diesem steht, innerhalb des Gesammtbetrages des ordentichen Budgets, so wie derselbe auf dem ersten Reichstage oder durch spätere Reichstagsbeschlüsse festgestrllt ist, nur das Recht zu, Erinnerungen und Ausstellungen zu machen, über welche das Volkshaus endgültig beschließt. 7) Alle außerordentlichen Ausgaben und deren Deckungsmittel bedürfen, gleich der Erhöhung des ordentlichen Budgets, eines Reichstagsbeschlusses. 8) Die Nachweisung über die Verwendung der Reichsgelder wird dem Reichstage und zwar zuerst dem Volkshause zur Prüfung und zum Abschluß vorgelegt." Vinke spricht gegen den Vorschlag des Verfassungsausschusses; dem Staatenhause müsse sein Antheil an der Finanzbewilligung gesichert bleiben. Die Staaten müßten die Reichssteuer entrichten, daher dürfe auch das Volkshaus nicht für sich handeln. M. Mohl spricht dem Volkshause das Recht zu über die Steuereinrichtungen zu verfügen. Die Einnahme und Ausgabe des Reichs seyen so zu regeln, daß das Volkshaus alle Jahre einen Beschluß darüber fasse. Nach geschlossener Debatte endet die Sitzung. Nächste morgen.

Hannover. (Hannover, 5. Jan.) In unserer heutigen Zeitung wird folgendes Ausschreiben des Innern an die demselben untergebenen Obrigkeiten veröffentlicht: „Mehrfache Anfragen der Obrigkeiten wegen der denselben von der Gesetzsammlungs-Kommission zugesandten Exemplare des Reichsgesetzblattes veranlassen Uns zu folgender Eröffnung: Jene Exemplare des Reichsgesetzblattes sind den Obrigkeiten zugegangen, damit dieselben an die Gemeinden vertheilt werden. Diese Vertheilung beruht auf den vom Reichsministerium gemachten Vorschlägen und hat in diesem Maße angeordnet werden müssen, weil die Bestimmungen des Landes-Verfassungsgesetzes eine Publikation der Reichsgesetze, wie solche bei hannoverischen Landesgesetzen stattfindet, zur Zeit nicht zulassen. Dem Urtheil der Gerichte des Landes muß es anheimgestellt bleiben, ob und wie weit die Reichsgesetze dennoch in hiesigen Landen schon gegenwärtig Gültigkeit erlangt haben. Sobald die bereits einberufene allgemeine Ständeversammlung erschienen ist, wird es die Sorge der Regierung seyn, sich mit derselben wegen Publikation der Reichsgesetze zu benehmen und dabei namentlich auch mit dieser Ständeversammlung das Nöthige wegen der, von der Nationalversammlung zu Frankfurt beschlossenen Geundrechte des deutschen Volkes zu ordnen. Diese Eröffnung wied genügen, um alle etwa erregte Besorgnisse wegen des von der königlichen Regierung in dieser Sache eingeschlagenen Ganges vollständig zu beseitigen. Hannover, den 5. Januar 1849. Königlich hannoversches Ministerium des Innern. (unterz.) C. B. Stüve." Ferner publizirt heute die „Hannoverische Zeitung" mehrere Aktenstücke der kgl. Regierung über eine abgesonderte Veröffentlichung der Beschlüsse der National-Versammlung über die Grundrechte des deutschen Volkes, von welchen wir das Nachstehende mittheilen: An den Herrn Justizrath von Bothmer, königlich hannover'schen Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt zu Frankfurt a. M. Die tief eingreifenden Wirkungen, welche die Verkündigung der Grundrechte auf die gesammte Verfassung des Landes äußern muß, legen der königl. Regierung die unabweisliche Nothwendigkeit auf, sich die Folgen einer Publikation derselben deutlich und bestimmt vor Augen zu stellen. Sie hat es sich zur Pflicht gemacht, in ihrer Verfügung vom 11. vorigen Monats zu erörtern, welche Nachtheile das Königreich treffen werden, wenn die Grundrechte in der damals allein vorgelegenen ersten Abfassung zur Geltung gelangen sollten. Würdrn diese Urbet der Preis seyn, um welchen die Eintracht des deutschen Vaterlandes allein zu erkaufen wäre: so dürfte die königliche Regierung die Uebernahme derselben nicht scheuen. Anders aber liegen ihre Verpflichtungen, wenn, abgesehen von dem großen Einigungswerke, es sich allein um diese Bestimmungen handelt. Zuerst muß sich hier die königliche Regierung die Verpflichtung vergegenwärtigen, den Rechtszustand vor Ungewißheit und Unsicherheit zu bewahren. Daß dieses aber bei einer getrennten Verkündigung so tief greifender Bestimmungen unmöglich sey, wird sich bereits aus Demjenigen ergeben, was Wir unter dem 4. v. M. bei Gelegenheit der Frage über die Publikation der Reichsgesetze darzulegen Veranlassung gehabt haben. Abgesehen aber auch von dieser moralischen Verpflichtung einer jeden Regierung, sind Wir in Gemäßheit der Artikel 65, 71, 102 und 103 des Gesetzes vom 5. September, so wie des Art. 2 des Gesetzes vom 10. April dieses Jahres verpflichtet, darauf zu halten, und verantwortlich dafür, daß Abänderungen der Gesetze und der Verfassung des Königreichs nicht ohne Zustimmung der Stände vorgenommen werden. Die königliche Regierung hegt das unerschütterliche Vertrauen, daß die Centralgewalt, weit entfernt, irgend eine Landesregierung in Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Obliegenheiten zu bedrängen, es vielmehr als ihre Pflicht erkenne, jeden Angriff auf die gültig bestehenden Verfassungen abzuwehren. Nur das Zustandekommen des neuen Verfassungswerks — welches nach den, sowohl von den Regierungen als den Völkern Deutschlands durch Anordnung und Vollzug der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung anerkannten Bundesbeschlüssen vom 30. März und 7. April dieses Jahres allein auf dem Wege der Vereinbarung möglich ist — kann diese Stellung ändern. Gewiß wird aber die Centralgewalt auch in dem Beschlusse der Nationalversammlung vom 27. Mai, nach welchem alle Bestimmungen der deutschen Verfassungen bis zur Gründung des allgemeinen Verfassungswerks in Kraft bleiben sollen, und in dem ihre eigene Existenz begründenden Beschlusse vom 28. Juni, welcher alle Einwirkung der Centralgewalt auf dasselbe ausschließt, eine noch dringendere Veranlassung finden, Verhältnisse unverletzt zu erhalten, an deren unsanfter Berührung das ganze Verfassungswerk scheitern könnte. Je lebhafter die königliche Regierung die Vermeidung eines so traurigen, und für Deutschland so gefahrdrohenden Ereignisses wünscht, und je mehr sie zu der Weisheit der peovisorischen Centralgewalt vertraut, daß dieselbe auch hier die richtigen Wege einschlagen werde, um so mehr hält sie sich überzeugt, daß es derselben nicht entgangen seyn könne, wie bedenklich sich die Stellung der deutsch-österreichischen Landestheile namentlich zu dieser Frage gestalte. Nicht nur dürften bei den geringen Majoritäten, mit welchen diese an sich so zweifelhaften Grundrechte beschlossen sind, und dem entscheidenden Einflusse, den die österreichischen Deputirten auf dieselben gehabt haben, in dem unglücklichen Falle, wenn Oesterreich sich von dem neuen Verfassungswerke zurückzöge, die Stimmung der Versammlung in Bezug auf dieselben eine wesentlich verschiedene und sonach die verfrühte Publikation eine sehr unerwünschte Erschwerung dee ganzen Einigung werden; sondern es ist auch nicht minder zu besorgen, daß eine solche, ohne Rücksicht auf jenen großen Staat und dessen besondere Stellung beschaffte Verkündigung eines Theils der Verfassung dem Beitritte desselben zu dem Ganzen, den jeder wahrhaft Deutschgesinnte und die Interessen des Vaterlandes klar erkennende Mann, mit allen Kräften erstreben muß, unübersteigliche Hindernisse in den Weg wälzen könnte. Unler diesen Umständen erachtet die Regierung nach ihren gesetz- und verfassungsmäßigen Verpflichtungen gegen das Königreich und im Interesse des Einigungswerkes selbst, sich verbunden, der provisorischen Centralgewalt den dringenden Wunsch auszusprechen, daß diese Anstand nehmen möge, mit einer theilweisen Verkündigung der Beschlüsse dee Nationalversammlung über das Verfassungswerk, nach Andeutung des Rundschreibens vom 22. Oktober vorzuschreiten. Die Regierung erachtet sich zugleich verpflichtet, die einschlagenden Rechte des Königreichs Hannover, insbesondere die der hiesigen Landesvertretung, ausdrücklich vorzubehalten. Der Herr Bevollmächtigte wolle von dieser Erklärung, mittelst abschriftlicher Uebersendung der gegenwärtigen Eröffnung, das Reichsministerium amtlich in Kenntniß setzen, wolle aber damit im Namen der königlichen Regierung die bestimmte und aufrichtig gemeinte Versicherung verbinden, daß die Regierung das Zustandekommen des deutschen Verfassungswerks auf dem dazu betretenen Wege für die Ehre und das Wohl des Vaterlandes unentbehrlich betrachtet und daß sie, einer gleichen Ueberzeugung bei der in den nächsten Monaten zu versammelnden Landesvertretung im Voraus gewiß, in der vorbehaltenen Zustimmung der Regierungen ihrerseits nur eine unerläßliche Gewähr für den dauernden und segensreichen Bestand einer Schöpfung erblickt, bei deren Gründung die deutsche Nationalversammlung sich eine dankende Anerkennung des Vaterlandes für alle Zeiten zu sichern wissen wird. Hannover, 17. Dez. 1848. königl. hannoversches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Graf v. Bennigsen."

In Hannover werden die deutschen Grundrechte vom Volke mit Jubel begrüßt. Das Volk wird sie anerkennen, sagt ein hannoversches Blatt, es wird ihnen gehorchen, trotz des Zögerns der Regierungen, trotz der Gerichte, welche als „angesehene" bezeichnet sind.

Oesterreich. (Wien, 6. Jan.) Man erwartet nun jeden Augenblick die offizielle Bestätigung der Besetzung von Ofen und Pesth durch die kaiserlichen Truppen. Vielleicht ist der vor einigen Stunden aus dem Hauptquartier hier eingetroffene Kurier der Ueberbringer der darauf bezüglichen Nachricht. (A. A. Z.)

(Reichenberg, den 5. Januar.) Ein gräßliches Unglück hat sich

in unserer nächsten Nähe ereignet. Die ausgedehnte herrlich gelegene Spinn- und Maschinen-Fabrik der Herren Herzig und Söhne in dem eine Stunde von Reichenberg entfernten Grünewald ist ein Raub der Flammen geworden, welche seit 5 Uhr Morgens wüthend, ein wahres Werk der Vernichtung an sämmtlichen schönen Fabrik- und Wohngebäuden übten, und da weder Maschinen, noch Waaren, noch Einrichtungsstücke gerettet werden konnten, einen sehr beträchtlichen Schaden anrichteten. Den unersetzlichsten Verlust erleidet aber das Etablissement sowohl als die ganze Gegend und die Stadt Reichenberg durch den Tod des Reichstagsdeputirten Karl Herzig, welcher seit den Kammerferien hier anwesend, aus seiner Wohnung in Reichenberg zum Brande eilte, sich daselbst anordnend und rettend zu weit unter das brennende Gebälke wagte, und von einem einstürzenden Gewölbe begraben wurde. (E. Bl. a. B.)

Preussen. †*† (Berlin, 7. Januar.) Als das Ministerium Brandenburg in die Welt trat, wurde es von einer Zeitung als der Centralausschuß aller Preußenvereine für König und Vaterland bezeichnet. Der Zufall führt uns ein Dokument vor Augen, welches deutlich zeigt, daß jene Bezeichnung mehr als wofür man sie füglich nur halten konnte, eine witzige Bosheit war, daß sie ganz faktisch die innige Verwandtschaft der neuen Ordnung der Dinge und ihrer Träger mit jenen reaktionären Vereinen aussprach. Schon unterm 12. November, zu einer Zeit also, wo noch kein Steuerverweigerungsbeschluß gefaßt war, wo die Vorgänge im Dome zu Brandenburg noch nicht die Ueberzeugung gewährt haben konnten, daß »mit dieser Versammlung« an eine Vereinbarung nicht gedacht werden könne, schon damals erließ der Vorstand des Vereins für König und Vaterland von hier aus eine Instruktion an seine Filialgenossenschaften, in welcher er den Gang, den die Ereignisse nach dem 27. November zu nehmen begannen, haarklein voraussagte und die Mitglieder in den Provinzen aufforderte, sich auf diese Entwickelung der Dinge, die man uns später als die Folgen des Verfallens der Fraktion Unruh plausibel zu machen" bemüht war, gefaßt zu halten. Es heißt in dieser Instruktion:

»Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß mit einer Versammlung, deren überwiegende Majorität sich in dieser Weise in einen förmlichen Kampf gegen die Staatsregierung eingelassen hat und dem Volke das Beispiel der Verhöhnung des Gesetzes so wie der Auflehnung gegen die verfassungsmäßige Obrigkeit gibt, eine befriedigende Vereinbarung über die künftige Staatsverfassung von Seiten der Krone auch an einem andern Orte nicht zu bewerkstelligen sein werde, und es ist mit großer Warscheinlichkeit zu erwarten, daß die Regierung binnen Kurzem zur Auflösung der Versammlung werde schreiten müssen. — Es kann zweifelhaft erscheinen, ob in diesem Falle eine neue vereinbarende Versammlung nach dem bisherigen provisorischen Wahlgesetze zu berufen, oder ob das letztere abzuändern, oder endlich ob nicht neben der nach dem Grundsatz des allgemeinen Stimmrechts zu wählenden Volksvertretung eine die Interessen der besitzenden Klassen vertretende Kammer zu versammeln und unter Verleihung einer die verheißenen Freiheiten garantirenden und die der Krone verbliebenen Rechte wahrenden, so wie deren Ausübung regelnden provisorischen Verfassung jener beiden Kammern die definitive Vereinbarung mit der Krone .... zu übertragen sey."

Es schließt sich an diese Prophetin die Aufforderung, sich in zahlreichen Adressen »für die Maßregel der Auflösung" auszusprechen (am 12. November!), sich „als Emissäre für die gute Sache" zu betrachten, die Bevölkerung über die Nothwendigkeit und den Zweck „der ergriffenen und noch zu ergreifenden Maßregeln« zu belehren, sie über jede etwaige Besorgniß vor einer beabsichtigten Schmälerung der verheißenen Freiheiten zu beruhigen u. s. w. — Man erkennt aus dem Allem wenigstens so viel, daß so wenig die Auflösung der Kammer als die Oktroyirung einer Verfassung erst durch den Beschluß vom 15. November, und durch die Vorgänge in Brandenburg hervorgerufen sind, und diese letzten Schritte jedenfalls schon während der ersten Stadien des Konflikts zwischen der Krone und der Versammlung vorbereitet waren. —

Eine Verhaftung der früheren Abg. Waldeck, Jung u. s. w., der man in diesen Tagen entgegensah, ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Gegen Waldeck wird eine solche wenigstens wegen seiner Thätigkeit zur Ausführung des Steuerverweigerungsbeschlusses nicht erfolgen können, da derselbe außer der Theilnahme an der Beschlußfassung selbst keinen Schritt gethan hat, um denselben zur Geltung zu bringen. Der Zufall hat gewollt, daß Herr Wrangel von da ab auch nicht einmal zu anderen Zwecken einen Brief zu schreiben veranlaßt war. Nach einer Erklärung, die der Redakteur des Publicisten. in Betreff der Versammlung der Bürgerwehr-Bataillonsführer in der Nacht vom 11. zum 12. November, veröffentlicht, haben die Abgeordneten Waldeck, Berends, d'Ester, Schramm und Reuter jenen Verhandlungen im Café de Bavière beigewohnt. Es wurden viele Reden gehalten — heißt es in jener Erklärung — und mag bei der in der Versammlung herrschenden, sehr erklärlichen Aufregung auch wohl manches hitzige Wort gesprochen worden seyn, das für das Ohr eines Denuncianten nicht berechnet war. Das Ergebniß dieser Debatte war jedoch kein anderes, als daß man in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen fast sämmtlicher Bataillone, es für unehrenhaft für die Berliner Bürgerwehr hielt, jetzt auf die erste Aufforderung freiwillig die ihr anvertraute Waffe wieder abzugeben. Spione haben hieraus zu der Verdächtigung Anlaß genommen, es sey eine sizilianische Vesper beschlossen gewesen, und es ist in der That eine Untersuchung eingeleitet, um zu ermitteln, ob jene Versammlung wirklich den Beschluß gefaßt habe: „die bei den Bürgern damals einquartierten Soldaten zu ermorden, gewisse mißliebige Häuser in Brand zu stecken" u. s. w. Der Redakteur des Publicisten, Aktuar Thiele, unter dessen Vorsitz jene Versammlung stattfand, ist bereits vernommen.

Durch die Verfügung des Justizministers, welche die Untersuchung des Hrn. Temme dem Oberlandesgericht in Münster abnimmt und die Entscheidung dem Gericht in Paderborn überträgt, sind die über das Verfahren des erstgenannten Gerichts aufs tiefste indignirten Gemüther einigermaßen versöhnt worden. Es scheint, als ob Hr. Rintelen das Empörende in dem gegen Temme eingeschlagenen Verfahren selbst mit empfände. Es wird wenigstens versichert, daß derselbe sich zu der Gattin des allgemein beklagten Gefangenen begeben und dieser die tröstlichsten Zusicherungen gemacht habe.

Die österreichische Politik scheint nicht blos in der deutschen Frage einen merklichen Umschwung erlitten zu haben. Man unterhält sich heut viel über eine Note, die das österreichische Kabinet an das englische und französische gerichtet haben soll, dahin gehend, daß eine Vermittelung dieser beiden Großmächte in der italienischen Frage durch die veränderte italienische Sachlage nunmehr nicht nöthig sey. Bestätigt sich dieses Gerücht, das dem Brüßler Kongreß seine Bedeutung nimmt, so dürften die Folgen zweifelsohne von großer Bedeutung seyn.«

Die Begründung der demnächst zu erwartenden neuen Zeitung wird durch den Grafen zu Lippe unabhängig von der Mitwirkung des Fürsten Solms ins Werk gesetzt werden.

Dem besonderen Wahlkomité welches der Verein für König und Vaterland gebildet hat, sind »zur Herbeiführung guter Wahlen" auch die Herren Professor Keller, Prof. Stahl, Geh. Rath v. Bethmann, Hollweg, v. Bismark-Schönhausen, Legationsrath v. Savigny und der Redakteur der N. Preuss. Zeitung Assessor Wagner beigetreten. Der „treugesinnte Wählerverein" ist aus ähnlichen Elementen zusammengesetzt, und ressortirt von dem aus den konservativen Verbindungen und dem hier zurückgebliebenen Ausschuß der Rechten der aufgelösten Nationalversammlung zusammengesetzten Komité. Der frühere Abgeordnete Geh. Rath Maetzke agitirt in Verbindung mit dieser Organisation und auf eigne Hand in Teltower Kreise, für welchen derselbe ein besonderes Blatt in Köpnik erscheinen läßt. —

(Berlin, den 6. Januar.) Eine wichtige Mittheilung über die dänische Frage wird mir heute gemacht. Lord Palmerston nämlich hat jetzt die Basis zu neuen Friedensunterhandlungen aufgestellt. Danach würden die alten Verträge, auf die sich jede der streitenden Parteien stützt, ganz bei Seite gesetzt werden. Die neue Grundlage soll die gänzliche Unabhängigkeit Schleswigs seyn. Und zwar soll Schleswig weder in den deutschen Bund noch in Dänemark einverleibt werden. Es soll eine selbstständige Verwaltung erhalten und mit Dänemark nur durch Personalunion verbunden seyn. Rußland soll mit diesem Vorschlage ganz einverstanden seyn, und man hofft in London, daß auch Preussen (und wo bleibt die Centralgewalt?) sich für denselben erklären werde. Ob die deutsche Bevölkerung im südlichen Schleswig mit der Trennung von Holstein zufrieden seyn wird, scheint hiernach in den Cabineten wenig Berücksichtigung gefunden zu haben.

(Berlin, den 6. Januar.) Wir hatten hier gestern einen nicht unbedeutenden Löwenkampf. Im zoologischen Garten nämlich hatte ein Wärter die Thüre der Winterwohnung eines Löwenpaars nur unzureichend befestigt, und in Folge dessen stürzten plötzlich Löwe und Löwin unter eine nicht geringe Zahl erschrockener Zuschauer. Zum Glück war nur eines dieser Thiere bei blutdürstiger Laune. Es stürzte sich auf ein junges Mädchen, die Tochter eines hiesigen Professors, und begann es zu zerfleischen. Der Wärter, dessen Unachtsamkeit dieses Unglück veranlaßt hatte, eilte herbei, warf sich auf den Löwen und riß ihn mit der Kraft der Verzweiflung an der Mähne zurück, und nun begann ein äußerst grotesker Kampf zwischen den beiden Löwen und vier Wärtern. Letzteren gelang es zuletzt doch, der Thiere Herr zu werden und sie wieder in den Käfig zu sperren. —

Schleswig-Holstein. (Hadersleben) In der „S.-H.-Ztg." wird die schon erwähnte, von Damen Haderslebens ausgegangene Adresse an die Königin Victoria, die auch in Apenrade, Tondern und theilweise Flensburg zahlreiche Unterschriften gefunden hat, dem wesentlichsten Inhalte nach mitgetheilt. In dieser Adresse wird die Königin von England mit beweglichen Worten angefleht, bei den bevorstehenden Friedensunterhandlungen ihre hohe Fürsprache dafür einlegen zu wollen, daß das nördlichste Schleswig nicht aus seinem alten Verbande gerissen und von dem übrigen Lande abgetrennt werde. Die Zahl der Unterschriften unter dieser Adresse, von der ein gleichlautender Abdruck der Reichsversammlung in Frankfurt so wie der gemeinsamen schleswig-holsteinischen Regierung mitgetheilt worden, wird auf 614 aus Hadersleben, 580 aus Apenrade, Gravenstein und Lygumkloster, 518 aus Tondern und Leck und 360 aus Flensburg angegeben und dabei bemerkt, daß diese nur von der intelligenteren, durchaus selbstständigen Klasse herrühren.

Frankreich.

† (Paris, 6. Jan.) An der Börse ist man fest überzeugt, daß das Ministerium zurücktreten und einem Kabinet Platz machen werde, das die Sympathien der Nationalversammlung in höherem Grade besitzt. Sonst dürfte man die herrschenden Schwierigkeiten schwerlich besiegen.

Barrot wird sein Justizportefeuille und seine Konseil-Vize-Präsidentschaft niederlegen und wahrscheinlich durch Molé ersetzt werden. »Sonderbares Zusammentreffen! ruft Ledru Rollin's »Revolution« zu dieser Nachricht aus. So wären wir denn verdammt, die Stufenleiter der Februarrevolution noch einmal rückwärts durchzumachen? Barrot war der letzte Mann, den Louis Philipp rufen ließ und in dem Augenblick, wo er sein Kabinet bildete, proklamirte man die Republik in den Straßen. Man begreift, daß dieser todtgeborne Februarminister doch zu abgelebt sey und man wendet sich jetzt zu jenem Manne, den Louis Philipp benützte, ehe er den Barrot rufen ließ. Molé war der nächste Erbe des Guizot'schen Nachlasses. Wir sind heute wieder am 28. Februar; morgen rücken wir in den 23. Februar und es wird nicht lange mehr dauern, so sehen wir den Verräther von Gent wieder am Ruder. Die Reaktion marschirt so geschwind, daß sich die Männer der Revolution eines Tages unvermuthet wieder gezwungen sehen werden, die Zügel der Regierung zu übernehmen.«

Louis Napoleon Bonaparte empfing gestern in seinem Präsidentschaftshotel eine polnische Deputation. General Rybinski stellte dem Präsidenten die Stabsoffiziere und sonstigen Würdenträger der Revolutionsarmee vor, die sich unter der Deputation befanden und unter denen wir besonders den General Surawski und den Obersten Zaleswki erkannten, der fünfzehn Jahre auf Kufstein saß. Olizar, Glied des polnischen Senats, stellte dem Präsidenten, die Glieder der ehemaligen polnischen Kammer vor, die sich in der Deputation befanden. Mickiewicz, der bekannte dichterische Theolog, hielt die Anrede, welche ungefähr also lautet: „Herr Präsident der französischen Republik! Gott hat, indem er Sie durch die Stimme des Volkes zum ersten Beamten einer großen Nation berief, der Welt die Macht der Nationalgefühle enthüllt. Diese Gefühle beginnen bereits die künstlichen Kombinationen individueller oder einseitiger Parteipolitik zu beherrschen. Ihre Popularität, Ausdruck der Volkshoffnung in die Zukunft und der volksthümlichen Verehrung wahrer Größe der Vergangenheit, welche den Fortschritt darstellt, der stets in den Wünschen eines Volks bleiben wird, sowie die Idee der öffentlichen Ordnung, welche stets die Grundbedingung des Wohlstandes einer großen Nation war, ist und seyn wird, und diese Popularität bringt der Regierung des Landes neue Kraft. Sie haben diese Kraft dem Dienste der Republik geweiht.

Es wird von der Republik abhängen, die Thätigkeit dieser neuen Kraft so weit auszudehnen, als sich die volksthümlichen Sympathieen für Alles erstrecken, was die Napoleonische Epoche wirklich Heroisches und die französische Revolution wirklich Progressives boten. Die moralischen Gränzen dieser volksthümlichen Sympathien blieben dem Berechnungsgeiste der gewöhnlichen Politik unerreichbar: Gott allein kennt die Mysterien, welche sich in den Seelen der Völker bewegen. Der reine Geist erräth und der Heldenmuth erkundet sie, indem er die Idee der Zeit realisirt. Wir sprechen in der Ueberzeugung zu Ihnen, daß wir die Meinung des polnischen Volkes und vieler Millionen unserer slavischen Brüder vertreten. Wir wollen unsere Geister zum Allerhöchsten erheben und ihn bitten, daß er Sie in Erfüllung Ihres Amts segnen möge, das eben so unermeßlich ist, als die Kraft, welche Ihnen das moralische Gefühl des französischen Volks und aller mit ihm verbündeten Völker verleiht. Louis Napoleon! Möge der Geist des Helden, dessen Namen Sie tragen, Sie in Ihren Inspirationen leiten!" Auf diese Anrede antwortete der Präsident ziemlich zusammenhängend, daß sie ihn bewähre, wie wichtig die Polen seine Stellung auffaßten. „Franzose vor Allem," sagte er, „vereinige ich mich mit Frankreich in seinem lebhaften Sympathieen für Polen und wünsche, daß diese Sympathie von allen Völkern getheilt werden möge." Dann wandte er sich an einzelne Glieder und erkundigte sich nach den Gründen, welche die politischen Parteien der Emigration spalte, sowie nach den materiellen Bedürfnissen der Flüchtlinge.

Die Ankunft eines Kardinals in Olmütz beunruhigt das hiesige Kabinet. Man will wissen, daß der Papst heimlich durch ihn um Intervention antragen lasse. In Folge dieser Eröffnung hat das hiesige Kabinet an die betreffenden Höfe Kuriere gesandt, um jede Intervention zu hintertreiben, die nicht im Vereine mit der französ. Republik geschähe. Auch die Marschgelüste des Hrn. Wrangel nach den Rheingegenden geben hier zu allerlei für Preussen eben nicht günstigen Betrachtungen Veranlassung.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Eheliche Verbindung.

Doktor Carl Friedrich Mujer, Arzt in der kgl. Anstalt in Lichtenau.
Babette Mujer, verw. Kuhn

Nürnberg, den 7. Januar.

Empfehlung.

Weiß-Waaren,

Feinstickerei, ächte, Zwirn-Spitzen, große Auswahl in ächten schwarzen seidenen Spitzen, seidene und wollene Franzen, weiße und schwarze Haldschleier, lange Brautschleier und Bettdecken empfiehlt zur gegenwärtigen Messe

Ferdinand Lorenz,
aus Zwota in Sachsen.

Bude in der ersten Reihe

SINGVEREIN.

Sonntag den 14. Januar II. statutenmäßiger Ball.

Die für Herren und Damen nöthigen Eintrittskarten werden an demselben Tage von 11—12 Uhr im goldnen Adler abgegeben.

Der Vorstand.

Rosenau.

Um den geehrten Besuchern der Rosenau eine weitere Annehmlichkeit zu bereiten, habe folgende Blätter in meinem Lokal aufgelegt:

Kurier. Mittelfränkische Zeitung Staatsbürger. N. Correspondent. Tagblatt. Allg. Oderzeitung. Altonaer Merkur Deutsche Allg. Z Bayr. Landbote. Neue Zürcher Zeitung. Const. Blatt aus Böhmen. Deutsches Tagblatt. Leipziger Zeitung. Zeitung für Süddeutschland.

G Schwabe.

Concert-Anzeige.

Die Unterzeichnete beehrt sich hiemit, ein hochverehrtes Publikum zu ihrem großen

Abschieds-Concert,

welches Dienstag, den 16. Januar im Saale des Reichs-Adlers unter gefälliger Mitwirkung verschiedener Künstler und Dilettanten stattfinden wird, hiemit ergebenst einzuladen. Billets zum Subscriptions-Preis à 36 kr. sind von heute an bei den Herren Riegel und Wießner, dem Herrn Conditor Deecke und im Wiener Salon zu haben.

Kassa-Preis 48 kr. Das Nähere bezeichnet das Programm.

Agathe Reuß.

Einladung.

Nicht Mittwoch, sondern Donnerstag den 11. Januar findet Versammlung der Landwehr-Kavallerie in der Neupert'schen Wirthschaft statt. Anfang Abends 7 Uhr.

Einladung.

Freitag den 12. Januar findet die vierte abonnirte musikalische Abendunterhaltung im Gasthause zum silbernen Löwen statt, welches den verehrten Theilnehmern hiemit bekannt macht

Anfang 6 Uhr.

Carl Wild.

Stahlfedern.

Da ich zum Erstenmal die hiesige Messe beziehe, erlaube ich mir einem geehrten Publikum mein großartiges Lager von 180 verschiedenen Sorten Stahlfedern zu empfehlen. Die Preise fangen an mit

12 Kreuzer

für 12 Dutzend. Einzelne Dutzend gebe ich von 2 kr. pr. Dutzend. Stahlfedernhalter in allen möglichen Sorten von 3 kr. pr. Dutzend an bis ganz feine in Glas. Jeder Versuch wird von der Reellität überzeugen. Proben gratis.

Jules Le Clerc,
Stahlfedern-Fabrikant aus Hamburg und Berlin

Meine Boutique ist

2. Reihe links die 8. Boutique.

Ankündigung.

Im Verlag von W. Tümmel (Expedition der mittelfränkischen Zeitung) ist erschienen:

Grundrechte des deutschen Volkes,

das wichtigste, was bis jetzt aus dem Schooße des deutschen Parlamentes hervorgegangen ist.

Diese Grundrechte, die in der Hand jedes Deutschen seyn müssen, sind in Taschenformate hergestellt, damit man sie stets bei sich führen kann. Der Preis für das Exemplar ist auf [illegible] kr festgesetzt, durch welchen billigen Preis Jeder leicht in den Besitz eines Gesetzes kommen kann, das ihm seine theuersten Rechte zu sichern vermag.

Gesellschaft zum Robert Blum.

(Schwarzbauernhof)

Donnerstag den 11. Januar Produktion des Bauchredners und Bauchsängers Hrn. Stegl, wozu hiedurch ergebenst eingeladen wird. Anfang halb 8 Uhr.

Anfrage.

Geschieht Etwas zur Feier der Verkündung der Grundrechte des deutschen Volkes durch die Centralgewalt? Bayern darf sich nicht der Promulgirung widersetzen.

(Anzeige.) Bei Buchbinder Heubner (vormals Riecke) am grünen Markt, und bei Buchbinder Roth jun. neben dem Plobenhof ist zu haben:

Die

Grundrechte

des

deutschen Volkes

in zweimaliger Berathung festgestellt von der verfassungsgebenden Reichsversammlung zu Frankfurt am Main.

Preis 3 kr.

Kapital-Gesuch.

Es wird ein Kapital gegen sichere Hypothek zu entnehmen gesucht. Näheres unter Chiffre M. M. durch die Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Ein Mädchen von 14 bis 16 Jahren, gutem Charakter, guter Erziehung, das nähen und stricken kann, und auch zu andern Arbeiten nicht ungeschickt ist, wird zur Aufsicht auf nicht ganz kleine Kinder am Ziel Lichtmeß in Dienst zu nehmen gesucht. L. 1447.

(Gesuch) Zu einem Geschäft, das wenig Anlagekapital erfordert und doch gut rentirt wird ein Theilnehmer gesucht. Anfragen unter Chiffre K erbittet man sich durch die Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Ein verheiratheter Mann in den besten Jahren und mit den nöthigen Kenntnissen ausgerüstet, sucht, entweder für die Vor- oder Nachmittagsstunden, als Buchhalter in einer Handlung oder einem Fabrikgeschäft, eine Stelle. Anträge unter Chiffre M. besorgt die Exp. d. Bl.

(Gesuch.) Mit einem Rechnungskundigen, welcher im Stande und geneigt ist, Handlungsbücher zu prüfen, wünscht Jemand sich in Benehmen zu setzen. Adresse N. O. P.

(Zu verkaufen.) Ein moderner, noch im besten Zustande sich befindender 4zölliger Wagen ist um billigen Preis zu verkaufen bei Schmidtmeister Lang in Mögeldorf.

(Gesuch.) Eine Magd, welche im Kochen nicht ganz unerfahren ist, wünscht nächstes Ziel bei einer soliden Herrschaft unterzukommen. Füll S. Nro. 403.

(Gesuch.) Eine Köchin, welche sich auch der Hausarbeit unterzieht, wünscht täglich oder bis Ziel unterzukommen. Nro. 1433 Schlotfegergasse.

(Gesuch.) Eine treue und fleißige Magd, welche im Kochen und Waschen nicht unerfahren ist, wird bis Ziel Lichtmeß in Dienste zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) Ein Mädchen, welches in der Küche gut bewandert ist, sich auch der Hausarbeit willig unterzieht, wünscht nächstes Ziel in einem soliden Hause unterzukommen. Pfarrgäßchen Nr. 51.

(Gesuch) Eine solide Person, in allen weiblichen Arbeiten bewandert, sucht sogleich oder bis nächstes Ziel eine Stelle als Jungfer oder Haushälterin, hier oder auswärts.

(Gesuch.) Ein mit großen Räumlichkeiten und gutem Keller versehenes Haus, welches sich zum Betrieb einer Gastwirthschaft eignet, wird unter annehmbaren Bedingungen sogleich zu miethen oder kaufen gesucht. Gefällige Offerten erbittet man sich unter Chiffre L. K. durch die Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Ein solides Frauenzimmer, welches schon einige Jahre in einem Ladengeschäft konditionirte und sich dabei auch häuslichen Arbeiten unterzieht, wünscht wieder eine derartige Stelle hier oder auswärts zu erhalten. Gefällige Offerten unter Adresse B. Z. besorgt die Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Eine Köchin, welche sich jeder Hausarbeit unterzieht, wünscht nächstes Ziel unterzukommen. Laden Nro. 120 Kaiserstrasse.

(Gesuch.) Eine solide Magd, welche gut kochen kann, auch in andern Hausarbeiten wohl erfahren ist, sucht bis Ziel Lichtmeß bei einer nicht zu großen Familie unterzukommen. S. Nro. 345 Lammsgasse.

(Gesuch.) Es werden 100 fl. gegen gute Versicherung zu entnehmen gesucht Adresse L. L.

(Gesuch.) Eine Person mit guten Zeugnissen, welche gut kochen kann und der übrigen Hausarbeit sich gerne unterzieht, wünscht sogleich oder bis Ziel unterzukommen. Näheres bei den Salzfischern Nro. 978 a über 3 Stiegen.

(Gesuch.) Eine Köchin wünscht bei einer honetten Herrschaft bis Ziel Lichtmeß unterzukommen.

(Gesuch.) Ein braves Mädchen wird bis Ziel Lichtmeß in Dienst zu nehmen gesucht. Näheres S. Nro. 582 Tetzelgasse.

(Gesuch.) Eine ordentliche Magd, welche auch im Kochen nicht unerfahren ist, jeder Hausarbeit sich unterzieht und Liebe zu Kindern hat, wünscht nächstes Ziel wieder unterzukommen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Eine Köchin, welche im Kochen wohl erfahren ist, und jede andere Hausarbeit gut versteht, wünscht nächstes Ziel in einem soliden Hause unterzukommen. Näheres Burgstraße Nr. 606.

(Gesuch.) Ein fleißiges Mädchen, welches Hausmannskost kochen kann, findet bis zum nächsten Ziel gute Unterkunft.

(Gesuch.) Kapitalien auf erste Hypotheken zu 4½ Prozent auf verschiedene Landgerichte, wünscht man gegen billige Bedingungen abgelöst zu haben. Auskunft ertheilt

J. J. Pfeiffer jun.
Commissionär L. Nr. 191, Adlerstraße.

(Gesuch.) Ein junger Mensch von ordentlichen Eltern kann ein Geschäft erlernen, bei welchem er, wenn er brauchbar ist, sich während der Lehrzeit so viel verdienen kann, daß er seine nöthigsten Lebensbedürfnisse bestreiten kann.

(Zu vermiethen.) L. Nr. 141 der Kaiserstraße ist ein möblirtes Logis an einen ledigen Herrn zu vermiethen.

(Zu verkaufen.) Eine Parthie einzelner Musterstücke von Manufakturwaaren ist zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 12. Januar 1849. № 12. Freitag: Reinhold.

∆∆ Aufforderung.

Die deutsche Reichsversammlung hat nunmehr dem deutschen Volke seine Grundrechte entworfen, und den 18. Januar 1849 als den Tag bestimmt, von welchem an sie durch ganz Deutschland ihre volle Geltung haben sollen. Die deutsche Reichsversammlung ist der gesetzgebende Mund des deutschen Volkes. Durch diesen Mund hat also das deutsche Volk aussprechen lassen, was künftig in seinem Lande als Gesetz gelten soll. Daher sind diese Grundrechte anzusehen und heilig zu halten als hervorgegangen aus dem Gesammtwillen des deutschen Volkes. Jeder Bürger des deutschen Reiches wird nun auch dafür sorgen, daß er sich seine Grundrechte in's Haus schaffe, damit er sie vollständig kennen lerne, und wisse, was seine Rechte seyen. Sie seyen ihm Bibel und Katechismus der Staatsgesetze, und da sie nach langen schweren Nöthen doch erst zur Welt kommen konnten, als das Land mit Blut getränkt wurde: so seyen sie dem deutschen Volke ein Denkmal, das nun dasteht in der Gegenwart, und zurückweiset auf eine düstere Vergangenheit, und vorwärts zeiget auf eine heitere Zukunft. »Das ist mein Recht!« müsse jeder deutsche Mann sagen, und dann hat er in diesem seinem Rechte die Einheit Deutschlands, und mit der Einheit die Freiheit, und mit der Freiheit die Macht, und mit der Macht die gebührende Anerkennung und Achtung. Noch werden aber, wie man munkeln hört, der Geltung unserer Grundrechte Hindernisse entgegengestellt. Ist dies wahr, so hat das deutsche Volk es laut auszusprechen, daß es seine Grundrechte anerkennt, und in Vollzug gesetzt wissen will. Der Reichstag hat das Seinige gethan; das deutsche Volk muß nunmehr auch das Seinige thun. Ich sage, das deutsche Volk muß erklären, daß es mit seinen Grundrechten einverstanden ist; nicht aber, ob es damit einverstanden sey. Dieses „ob« würde noch einen Zweifel zulassen, wo doch kein Zweifel bestehen darf; denn die Grundrechte sind vom deutschen Reichstage gegeben, der deutsche Reichstag ist aber der Ausdruck des Gesammtwillens des deutschen Volkes, und darum muß in Deutschland der Wille des Reichstages in Vollzug gesetzt werden. Der deutsche Reichstag hat den 18. Januar 1849 als den Tag bestimmt, von welchem an die Grundrechte in Kraft treten. Dieser Tag ist es, an welchem das deutsche Volk die Erklärung abzugeben hat, daß es mit seinen Grundrechten einverstanden ist. Dieser Tag sey ein Festtag durch ganz Deutschland. Da wehe Deutschlands Fahne über den Straßen; da ruhe die Arbeit; da herrsche die Freude; es versammle sich die Gemeinde zur Andacht, die Armuth werde gesättiget; die Jugend über die Bedeutung der Feier belehrt, damit der Tag noch in der Erinnerung lebe, wenn das gegenwärtige Geschlecht schon lange von hinnen geschieden. Die Anordnung dieser Feier muß nicht von irgend einem Vereine, oder von mehreren Vereinen gemeinsam ausgehen; sondern die Behörden der Stadt, die Vorgesetzten des Dorfes haben sie zu übernehmen. Denn die Grundrechte sind ein Gemeingut des deutschen Volkes; also sey die festliche Einführung derselben die gemeinsame Sache des ganzen deutschen Volkes.

⊙ Kirchliches.

Durch die Wahl des Herrn Pfarrers Hilpert zum zweiten Bürgermeister ist eine städtische Pfarrstelle erledigt worden. Es muß an die beiden magistratischen Kollegien das dringende Ansucken gestellt werden, daß bei der Besetzung dieser Pfarrstelle auf das Bedürfniß der großen Zahl rationalistisch gesinnter Gemeindeglieder hiesiger Stadt Rücksicht genommen werde. Die hiesigen Pfarrstellen sind hier seit vielen Jahren, troz der anerkennungswerthen Gegenbemühungen der städtischen Kollegien immer im altlutherischen Sinn besetzt worden. Für die Altlutheraner ist also gewiß gesorgt genug; fortan müssen, ja müssen bei neuen Erledigungen die Bedürfnisse der rationalistischen Gemeindeglieder berücksichtigt werden. Ihrer sind in hiesiger Stadt eine sehr große Zahl. Schon bei den Eingaben im März dieses Jahres sind über 700 eingezeichnet gewesen. Viele Einwohner sind damals noch Gegner des neuen Systems gewesen, weil sie noch nicht recht klar waren, was der Rationalismus wolle, weil man ihnen vorsagte, er wolle das Christenthum, die Religion aufheben. Seitdem sie den Unterschied der beiden Systeme kennen gelernt, haben sie gefunden, daß sie selbst in ihrer Ueberzeugung schon längst Rationalisten seyen. Wir sagen gewiß nicht zu viel, sondern sicher zu wenig, wenn wir behaupten, die Hälfte der hiesigen Gemeindeglieder bekenne sich zum Rationalismus. Warum soll diese Hälfte nie ein Recht erhalten, ihre Ueberzeugung auch in Predigten in dem Religionsunterricht der Jugend, beim Genusse des Abendmahls, in den kirchlichen Gebetsformularen vertreten zu sehen? Warum soll man fortwährend seine Kinder mit dem veralteten, vernunftwidrigen System abmartern lassen, das sie doch wieder wegwerfen, so wie sie heranwachsen, da es sich mit der besseren Erkenntniß unserer Zeit nicht mehr verträgt? Warum will man den Kindern die Bibel nicht endlich in einem zweckmäßigen Auszug in die Hände geben, worin die vielen für die Jugend höchst anstößigen Stellen und Geschichten beseitigt sind, die den Aeltern durch die Fragen der Kinder zu Hause so viele Verlegenheiten bereiten? Wie lange soll man noch gezwungen werden, seinen Kindern ein System eintrichtern zu lassen, von dem man nicht will, daß sie es annehmen sollen? Stelle man also einen entschiedenen rationalistischen Geistlichen an, an den man sich vorläufig zur Beichte und mit dem Konfirmandenunterricht wenden könnte. Ist er ein tüchtiger Mann, dann wird es ihm gewiß an Beichtkindern nicht fehlen! So wie die deutschen Grundrechte publizirt sind, müssen ohnehin in dieser Angelegenheit von unserer großen protestantischen Stadt aus entschiedene Schritte gethan werden. Vorläufig wollte man hiermit an die beiden städtischen Kollegien nur die Bitte stellen, den Umschwung der Dinge vorzusehen, und schon im Ausschreiben der Pfarrstellen fortan eine entschieden rationalistische Gesinnung zur Bedingung zu machen. Findet man keine tüchtigen rationalisten Geistlichen in Bayern, so berufe man solche aus Sachsen und Preussen. Man kann natürlich, wenn die Frage in den nächsten Monaten zur ernstlichen Entscheidung kommt, die große Zahl hier bereits angestellter altlutherischer Geistlicher nicht theilweise beseitigen; desto dringender ist es, daß bei Erledigungen der rationalistische Theil der Einwohner jetzt schon berücksichtigt werde.

Deutschland.

Bayern. (München, 10. Jan.) Der Forstamtsaktuar zu Gunzenhausen Ch. Krober wurde zum Revierförster in Weingarten ernannt; der Revierförster Jlgmeier zu Bischofsreuth auf Ansuchen auf das Forstrevier Rehschaln versetzt, und an dessen Stelle zum Revierförster in Bischofsreuth der Forstamtsaktuar in Geisenfeld Ch. Spachtholz ernannt.

(München, 9. Jan.) In unserm gestrigen Artikel aus München haben wir mit Entschiedenheit und Entrüstung, lediglich unserm eigenen Gefühle folgend, die Anschuldigungen undeutscher Gesinnungs- und Handlungsweise zurückgewiesen, welche von mehr als einer Seite her gegen die bayerische Regierung erhoben worden waren. — Wir sind heute in den Stand gesetzt, diese Angaben als böswillige Verläumdungen auf das Bestimmteste zu bezeichnen. Der in nächster Woche schon beginnende Landtag wird der bayerischen Regierung willkommene Gelegenheit bieten, sich über ihre gesammte Politik offen auszusprechen, von ihrem Thun und Lassen Rechenschaft zu geben.

(N. Münch. Z.)

(München, den 8. Januar.) Die Blätter einer gewissen Farbe gefallen sich darin, uns mit dem heiligsten Ernste zu versichern, unsere Regierung könne die Grundrechte, welche die Nationalversammlung dem deutschen Volke als Weihnachtsgabe brachte, ohne Verletzung der Verfassung vor Vernehmung der „Stände“ nicht verkünden. Hat die Regierung wirklich ein so zartes, konstitutionelles Gewissen, daß sie die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung ohne ausdrückliche Zustimmung des bayerischen Landtages nicht für rechtsverbindlich hält, so kann man ihr dazu nur Glück wünschen, muß sich aber wundern, daß sich dieses Gewissen nur da regt, wo es sich, wie bei den Grundrechten, um Beförderung des Wohles, um Erleichterung der Lasten des Volkes, handelt, während es damals ganz stumm gewesen zu seyn scheint, als durch die Vermehrung des stehenden Heeres, welche ungeachtet der damit verbundenen enormen Belastung der Steuerpflichtigen auf Anordnung der Centralgewalt mit der größten Bereitwilligkeit vorgenommen wurde, die Macht der Regierung gestärkt werden sollte. Indeß soll hier auf diese Inkonsequenz unseres Ministeriums nicht näher eingegangen, sondern nur die merkwürdige Taktik beleuchtet werden, mit welcher die ultramontan-reaktionäre Partei sich in dieser Frage auf das Recht der „Stände“ — wie die Augsburger Postzeitung in süßer, vormärzlicher Erinnerung sich ausdrückt — voll Heuchelei beruft, und dem volksfeindlichen, absolutistischen Kerne eine constitutionelle Jacke umwirft, um die „dumme Menge“ mit dem Anscheine der Gesetzlichkeit zu blenden. Gerade diese Partei war es, welche in den schönen Metternich-Abel'schen Zeiten, wo freilich keine volksthümlichen Beschlüsse von Frankfurt her gefürchtet zu werden brauchten, den in Art. 58 der Wienerschlußakte ausgesprochenen Satz mit allen Leibeskräften vertheidigte, daß die Bundesfürsten durch keine landständische Verfassung in der Erfüllung ihrer bundesmäßigen Verpflichtungen gehindert oder beschränkt werden dürfen; v. Moy, der dienstfertige Schleppträger des Abel'schen Regiments, lehrt in seinem, unter hohem ministeriellem Schutze erschienenen Staatsrechte ausdrücklich, daß die Bundesgesetze in Collissionsfällen mit den bayerischen Verfassungsbestimmungen diesen unbedingt vorgehen, und die berüchtigten geheimen Beschlüsse der Wiener Minister-Konferenz vom Jahre 1834, welche der Theorie desselben Staatsrechtslehrers über das Steuerverwilligungsrecht der Stände wesentlich zu Grunde liegen, besagen in Artikel 17 wörtlich: „Die Regierungen werden nicht gestatten, daß die Stände über die Gültigkeit der Bundesbeschlüsse berathen und beschließen. So hat man damals, als der deutsche Bund für jene Partei bloß im Interesse der Fürsten vorhanden war, die Bundesbeschlüsse zu Gunsten derselben ausgebeutet, jetzt aber, wo endlich die Interessen des deutschen Volkes zur Geltung kommen sollen, haben plötzlich die Gesetze jenes Bundes, dessen Fortdauer doch gerade diese nämliche Partei am wenigsten zu leugnen gemeint ist, ihre souveräne Autorität verloren und müssen behufs ihrer Rechtsverbindlichkeit erst von der Landesgesetzgebung sanktionirt werden! Muß so unumwundener Widerspruch nicht selbst den Blindesten die Augen öffnen? Und ist es noch nöthig, darauf aufmerksam zu machen, daß nach unserer Verfassungsurkunde zu Beschlüssen, welche eine Abänderung derselben enthalten, eine Mehrheit von zwei Drittheilen der Stimmen in jeder Kammer erforderlich ist, daß es also nach der Absicht der volksfeindlichen Partei in die Macht eines ganz kleinen Bruchtheils unserer aristokratischen ersten Kammer gelegt seyn soll, das ganze deutsche Verfassungswerk umzustoßen?!

(Bayr. Landb.)

(München, den 8. Januar.) Ueber den Effectivstand des bayerischen Heers gibt das Würzburger Abendblatt folgende Nachweisung, wobei nur die wehrbare Mannschaft berücksichtigt ist: a) Linien-Infanterie 16 Regimenter, 48,800 Mann; b) leichte Infanterie 4 Bataillone Jäger 5420 Mann; c) Kavallerie-Chevauxlegers 6 Regimenter, mit 5206 Mann; d) Kavallerie-Kuirassiere 2 Regimenter, 1730 Mann;

e) Linie-Artillerie 2 Regimenter 4780 Mann; f) ein reitendes Artillerieregiment 800 Mann mit ungefähr 2000 Pferden für die gesammte Artillerie; g) ein Genieregiment mit 800 Mann; in Summa 67,541 Mann, welche gegenwärtig das stehende Heer bilden, und jeden Augenblick in's Feld rücken können. Bei einer Bevölkerung von 4½ Millionen Bewohnern beträgt dieß ungefähr 1½ Proc. Bei der von der Nationalversammlung angeforderten Bewaffnung oder Stellung des Heeres mit 2 Proc. käme die Armee auf 101,316 Mann, und so wäre eine Ergänzung mit 33,772 Mann zu stellen (wovor uns aber Gott in Gnaden bewahren wolle!). Die bevorstehende gewöhnliche Konskription wird das Resultat zwischen 9 bis 10,000 Mann ergeben.

(München, den 9. Januar.) Herr v. Abel erfreut sich des ausgezeichnetsten Wohlseyns, wozu häufige Spaziertouren nach Nymphenburg nicht wenig beitragen mögen. (N. Tgbl.)

Br. (Rasch bei Altdorf, den 3. Januar.) Der Pfarrer Marsch dahier hat mit unendlicher Bemühung und Aufbietung aller seiner Beredsamkeit, sowohl in Privatzirkeln, als auch auf der Kanzel und im Beichtstuhl, es bei den aufgeklärten Bauern seines Pfarrbezirks, bestehend aus den Dörfern Rasch, Grub, Schwarzenbach und Westheid, dahin gebracht, daß sie eine Eingabe an den Landtag unterzeichneten, worin gefordert wird, daß die Schule durchaus nicht von der Kirche getrennt, und die Beaufsichtigung jener Anstalt den geistlichen Herren belassen werde, so wie auch ferner die deutschen Lehrer eine bessere theologische Bildung zu erhalten hätten. — Wir wünschen und hoffen, daß diesem geistreichen Streiter für Emancipation des Menschengeschlechts demnächst von hoher Hand der Verdienstorden vom heiligen Michael »in Gnaden« verliehen werde

Freie Städte. (Frankfurt, 8. Jan.) Es ist merkwürdig, wohin ein einseitig aufgefaßtes Prinzip auch gescheidte und sonst wenigstens auf Konsequenz haltende Männer führen kann! Man erinnert sich, welcher Entschiedenheit, ja Heftigkeit die jüngeren Oesterreicher, wie Giskra u. A., ferner die Mitglieder der Linken sich für unbedingte Annahme der §§. 2 und 3 der Reichsverfassung (die Personal-Union zwischen dem deutschen und nichtdeutschen Oesterreich betreffend) auf der Tribüne und im Privatgespräch aussprachen. Jetzt vernimmt man, daß nicht wenige dieser Herren gewillt seyn sollen, allenfalls auf die strenge Fassung jener §§. zu verzichten, um nur die Möglichkeit, daß Oesterreich im deutschen Bundesstaate verbleibe, offen zu halten. Bei Manchen scheint die Meinung obzuwalten, als ob der Zweck jener §§. eben so vollständig erreicht werde, wenn man nur die Einheit und Untheilbarkeit des Bundesstaates ausspreche. Man vergißt dabei nur, daß es zwecklos und gefährlich ist, eine solche fundamentale Bestimmung der Bundesverfassung auszusprechen, ohne zugleich die nothwendigen Bedingungen zur Erfüllung dieser Bestimmung festzusetzen. Eine nothwendige Bedingung dafür aber ist die, daß kein Theil des Bundesstaates zugleich organisch mit einem andern Staatskomplexe verbunden seyn, daß also zwischen einem Bundeslande und einem außerdeutschen Staate keine Realunion, sondern eine bloße Personalunion bestehen dürfte. Wenn ferner jene Herren das Prinzip an die Spitze stellen: die Nationalversammlung, weil berufen zur Gründung der deutschen Einheit, habe nicht das Recht, irgend einen Theil dieser Einheit, irgend ein Stück des deutschen Gebiets aufzugeben, so steht die Frage auf den Boden der Thatsachen zurückgeführt, einfach so: will man die deutsche Einheit lieber extensiv aber unendlich schwächer, oder will man sie intensiv stark, auch wenn ein Theil des bisherigen Bundesgebietes in dieser strengen Einheitsform nicht Platz findet und deshalb außerhalb des engern Bundesstaates bleiben muß, dagegen mit demselben in eine andere, möglich enge Verbindung treten soll? Oder noch concreter gefaßt: Ist es besser für das ungetheilte alte Bundesgebiet, auch die alte Bundesform oder doch eine, in ihren Wirkungen derselben ganz ähnliche beizubehalten, oder ist es besser, für den größten Theil dieses alten Bundes eine neue, den Bedürfnissen der Nation entsprechende Verfassungsform zu begründen und nur für den Theil, der, seiner Eigenthümlichkeit halber, in diese neue Verfassung nicht eintreten kann, eine dem alten Bundesvertrage ähnliche Verbindung bestehen zu lassen? Ich meine, die Beantwortung dieser Frage könnte, vom Standpunkt des Nationalbewußtseyns aus, wie solches im Volke lebt, nicht einen Augenblick zweifelhaft seyn. (Fr. J.)

** (Frankfurt, den 9. Januar.) [148. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Simson.] Austrittserklärungen, Eingaben, Interpellationen, Berichte wegen der Geschäftsordnung, Flottenbeiträge; — damit wird die Sitzung eingeleitet. Ein Abg. Pattai, hinter dem sich noch mehrere Compagnons befinden, bringt den Antrag, man solle die Grundrechte wieder berathen, welcher Antrag jedoch fällt. Beseler will dagegen, daß die Versammlung die Verfassung vollbringe und zwar in großartigem Style. Soiron ergreift das Wort über die Abstimmung über den von ihm, Namens des Verfassungsausschusses erstatteten Bericht über §. 19 des Entwurfs: der Reichstag (Reichshaushalt betrffd.) Er spricht für die Betheiligung des Staatenhauses an den Finanzbewilligungen als Gegenmittel gegen die Volkswirthschaft, durch welche die Einzelstaaten leicht beeinträchtigt werden könnten. Nach einer Debatte erfolgt die Abstimmung, die folgendes Resultat erzielte:

„Bei Feststellung des Reichshaushaltes treten folgende Bestimmungen ein: 1) Alle die Finanzen betreffende Vorlagen der Reichsregierungen gelangen zunächst an das Volkshaus. 2) Bewilligungen von Ausgaben dürfen nur auf Antrag der Reichsregierung und bis zum Belauf dieses Antrages erfolgen. 3) Alle Bewilligungen von Ausgaben sind nur für den besondern Zweck, für welchen sie gefordert wurden, ertheilt anzusehen und nur in der Grenze der Bewilligung kann die Verwendung erfolgen. 4) Die Dauer der Finanzperiode ist Ein Jahr. 5) Das Budget über die regelmäßigen Ausgaben des Reichs und über den Reservefonds, so wie über die für beides erforderlichen Deckungsmittel wird auf dem ersten Reichstag durch Reichstagsbeschlüsse festgestellt. Eine Erhöhung dieses Budgets auf späteren Reichstagen erfordert gleichfalls einen Reichstagebeschluß. 6) Dieses ordentliche Budget wird auf jedem Reichstag zuerst dem Volkshaus vorgelegt, und von diesem in seinen einzelnen Ansätzen und nach den Erläuterungen und Belegen, welche die Reichsregierung vorzulegen hat, geprüft und ganz oder theilweise bewilligt oder verworfen. 7) Nach erfolgter Prüfung und Bewilligung durch das Volkshaus wird das Budget an das Staatenhaus abgegeben. Diesem steht, innerhalb des Gesammtbetrages des ordentlichen Budgets, so wie derselbe auf dem ersten Reichstage oder durch spätere Reichstagsbeschlüsse festgestellt ist, nur das Recht zu, Erinnerungen und Ausstellungen zu machen, über welche das Volkshaus endgültig entscheidet. 8) Alle außerordentlichen Ausgaben und deren Deckungsmittel bedürfen, gleich der Erhöhung des ordentlichen Budgets, eines Reichstagsbeschlusses. 9) Die Nachweisung über die Verwendung der Reichsgelder wird dem Reichstage und zwar zuerst dem Volkshause zur Prüfung und zum Abschluß vorgelegt. Unter den beantragten Zusätzen der verschiedensten Art, die bei der Abstimmung verworfen werden, ist unter andern der des Abgeordneten v. Hermann aus München auf Aufstellung eines »Reichsrechnungs-Hofes.« Die geänderte Nummerzahl der Absätze des §. rührt von der Einschiebung unter Nr. 3 her. Angenommen wird ferner nach dem Ausschußantrage die Wiederherstellung der bei der Berathung über §. 19 an den Verfassungsausschuß zurückgewiesenen Theile des Paragraphen mit dem Zusatze (des Minderheitserachtens) jedoch, daß die Uebereinstimmung der Reichsregierung und des Reichstags auch erforderlich ist (Nr. 3): »Wenn Papiergeld eingeführt oder das Vorhandene vermehrt werden soll.«

Die Tagesordnung führt darauf zu der Berathung des von dem Abgeordneten Martens, Namens des Ausschusses für Wehrangelegenheiten erstatteten Bericht über die Anträge des Abg. Mohr die Einquartierung in der Provinz Rheinhessen betreffend. Kriegsminister Peucker bringt vor, die nicht großherzoglich hessischen Truppen würden demnächst sammt und sonders aus der Rheinprovinz entfernt werden, was man ja wollte; daher Uebergang zur einfachen Tagesordnung nach Hieben Mohr's auf den immer noch fortdauernden Polizeistaat. Die Berathung des vom Abgeordneten Sprengel erstatteten Bericht über die von dem Hofgerichte zu Sigmaringen beantragte Einleitung einer strafrechtlichen Untersuchung gegen den Abgeordneten Würth aus Sigmaringen ruft diesen als Redner. Er gesteht seine Theilnahme an den Sigmaringer Unruhen suffisante auf eine Weise zu und ersucht die Versammlung, sie möge die beantragte Erlaubniß zur Untersuchung immerhin ertheilen, er wolle nicht bevorrechtet seyn, nur möge seine Untersuchung rasch vor sich geben, damit er der preussischen Justiz nicht in die Hände falle, sondern vor die Geschworenen gestellt werde. Winke ist darüber ausgebracht und gratulirt dem Fürstenthum Hohenzollern-Sigmaringen, wenn es Preussen einverleibt werde. Die Erlaubniß zur Untersuchung gegen Würth wird von der Versammlung gegeben. Nach einigen Interpellationen, eine von Simon aus Trier wird nicht gestattet, endet die Sitzung. Nächste Sitzung Donnerstag den 11. Jan.

(Frankfurt, 9. Januar.) Unter den Zuhörern in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung bemerkte man Interessenten der Spielbankfrage, welche sich mit großer Niedergeschlagenheit aus der reformirten Kirche entfernten, nachdem die Nationalversammlung das Todesurtheil über die Spielbanken ausgesprochen. Die Hinrichtung soll in der Walpurgisnacht stattfinden. Personen, welche gestern Abend von Homburg zurückkehrten, melden, daß die Nachricht von dem Beschlusse der Nationalversammlung rasch dort bekannt geworden und die Gemüther in besorgliche Bewegung gebracht habe. (D. Z.)

Hessen. (Kassel, 5. Jan.) Den 11. d. M. steht uns der erste öffentliche Prozeß wegen eines Preßvergehens vor Geschwornen bevor. Angeklagte sind die Herren Heisse und Raabé, ersterer als Redakteur, letzterer als Herausgeber der dahier seit diesem Sommer erscheinenden »Hornisse«; Ankläger ist Herr Staatsanwalt Büff, hinlänglich bekannt durch seine Thätigkeit als Landtagskommissär unter dem Schafferschen Ministerium. Die Anklage lautet auf Aufreizung zum Aufruhr und Hochverrath, auf Majestätsbeleidigung und Beleidigung des Militär- resp. Offizierstandes. Dieses letzte Verbrechen kannten die Kurhessen bis dahin noch nicht. Alle diese Verbrechen hat man in Nr. 9 der „Hornisse“ vom 23. v. J. zu finden geglaubt. Zur Charakteristik der ganzen Anklage diene Folgendes: In der erwähnten Nummer lautet ein Artikel: „Gestern wurde am hiesigen Orte die Republik proklamirt. Se. königl. Hoheit der Kurfürst sind zum allerhöchsten Präsidenten ernannt und Allerhöchst Dero Minister, Beamte und Hoflakaien bestätigt worden.“ Ueber die Entstehung des ganzen Prozesses erzählt man sich hier öffentlich wunderbare Dinge, und man ist genöthigt, dieselben für wahr zu halten, da Niemand, obgleich die Gelegenheit gegeben war, widersprach. Als Herr Büff vom Justizministerium aufgefordert wurde, die betreffenden Anklagen zu erheben, erklärte derselbe, daß er als Jurist in den inkriminirten Stellen die angegebenen Verbrechen nicht finden könne, und schon aus diesem Grunde müsse er von einer gerichtlichen Verfolgung abrathen; doppelt gefährlich aber sey es, vor dem ersten Geschwornengerichte mit einer so haltlosen Klage aufzutreten und dadurch sich für künftige Fälle in Mißkredit zu bringen. Das Justizministerium scheint jedoch anderer Ansicht gewesen zu seyn, und so hat man die Geschwornen berufen. — Gegen dieselben Angeklagten sind noch mehrere Anklagen eingereicht worden, unter Anderem wegen eines Aufsatzes in Nr. 30 der »Hornisse«: »Der Kurfürst und die kurhessische Zeitung.« (Frkft. J.)

(Hanau, den 8. Januar.) Zur gestrigen Feier der Grundrechte in hiesiger Stadt traf, durch die Post verspätet, heute nachträglich nebst der heute in Kassel zur Publikation kommenden Nummer des kurh. Gesetzblattes folgendes Schreiben des Vorstandes unseres Ministeriums des Innern an unsern Oberbürgermeister Rühl hier ein: „Hochgeehrtester Herr Oberbürgermeister! Damit Sie noch bis zu der veranstalteten Feier der Grundrechte des deutschen Volkes erfahren, wie die kurhessische Regierung diese hochwichtige Angelegenheit behandelte, übersende ich Ihnen hierbei die erste Nummer unserer Gesetzsammlung für das laufende Jahr, welche jene Grundrechte veröffentlicht. Hochachtungsvoll Ihr ergebenster Eberhard. Kassel, den 6. Jan. 1849.“ Brav gemacht! Solche Verfahrungsweise kann eine Regierung nie gereuen! (Frkft. J.)

Oesterreich. (Wien, 7. Jan.) So eben erscheint das zwölfte Armeebulletin: „Feldmarschall Fürst Windisch-Grätz ist am 5. d. Mittags an der Spitze der k. k. Truppen ohne Schwertstreich in Ofen und Pesth eingezogen. Die nähern Details dieses Vorgangs werden folgen.“ Der elfte Armeebericht lautet: »Das Hauptquartier, des Feldmarschalls war am 4. d. in Bia, 3 Stunden von Ofen; das erste Armeekorps in Titeny und Promontor, das zweite in Budaörs und Umgebung; das dritte in Bia und Konkurrenz. Aus dieser Aufstellung wird am folgenden Tage vorgerückt. Beim Vorrücken des ersten Armeekorps von Mardon-Basar gegen Teteny, unweit Hajzareg, hat den 3. d. gegen Mittag der Banus einen Zusammenstoß mit dem Feinde gehabt, welch letzterer einige Batterien auf den Höhen vorbrachte und damit auf große Entfernung das Feuer eröffnete. Das erste Armeekorps erwiderte dasselbe beim Näherkommen überaus lebhaft, und der Banus ließ sogleich die Division Hartlieb links im Staffel vorgehen und bedrohte dadurch die Rückzugslinie des Gegners um so mehr, als auch vom zweiten Armeekorps die daselbst anwesende Kavaleriebrigade rechts entsendet worden war,, wodurch ein Abdrängen des Feindes von Ofen um so wahrscheinlicher wurde. Die Magyaren, dem Banus an Streitkräften überlegen, zogen sich rasch gegen Promontor zurück, welchen Ort sie auch räumten und die Höhen von Ofen beset-

ten. Gestern fand sich in Bitske eine Deputation des ungarischen Reichstags ein, bestehend aus dem ehemaligen Ministerpräsidenten Grafen Louis Batthyany, dem Bischof Lonovics, dem Grafen Majlath und dem gewesenen Minister Deak. Dieselbe wurde nicht vorgelassen und ihr bedeutet, daß nur von unbedingter Unterwerfung die Rede seyn könne. Generalmajor Götz begann am 31. v. M. von Jablunka aus die Offensive, besetzte am 31. mit der Hauptkolonne Tschaja, und mit einer Umgehungskolonne das Dorf Thursowka. Am 1. Jan. rückten beide Kolonnen nach Neustadil vor, welchen Ort der Feind verlassen und bei Budatin und Sillein Stellung genommen hatte, um den Brodner Engpaß und den Uebergang über die Waag zu vertheidigen. Am 2. griff die Hauptkolonne der Rebellen an. Letztere waren 3 Bataillone Honved, einige 1000 Nationalgarden und 1 Abtheilung Honved-Kavallerie stark. Durch Umgehungskolonnen im Rücken und der rechten Flanke angegriffen, zog sich der Feind nach mehrstündigem Gefecht, wobei ihm 2 Kanonen demontirt wurden, so eilig über die Waag zurück, daß ihm nur wenig abgenommen werden konnte. Ebenso laufen aus Pancsova vom 31. Dez. höchst günstige Nachrichten über die Fortschritte der k. k. Truppen im Banate und der untern Donaugegend ein. — Oberst Baron Wernhardt zeigt an, daß er am 24. Dez. Deutsch-Bogsan, Wallachisch-Bogsan und Reschitz angreifen und diese stark besetzten Orte nach mehrstündigem Gefechte und Eroberung von 6 Kanonen eingenommen habe. Oberst v. Mayerhofer hat in Pancsova das Kommando des Obersten v. Suplicaz übernommen, und ist mit 20,000 Mann, darunter einige tausend Serben, bereit, die Offensive zu ergreifen." (A. A. Z.)

(Wien, den 7. Januar.) Am Freitag hat ein Mitwisser der gedungenen Mörder des Grafen Latour, als er sich dem Tode nahe fühlte, den Haupttödter bei dieser schrecklichen Aktion gerichtlich angezeigt. Es ist ein Schmiedgeselle, der sogleich eingezogen wurde. Dieß wird den Prozeß der in dieser Untersuchung bereits Eingezogenen beschleunigen und hoffentlich weiteres Licht über die bei dieser Gräuelthat weiter Betheiligten verbreiten. — Vergangene Nacht traf der Kurier aus Pesth ein, welcher die Nachricht von dem vorgestern erfolgten Einrücken unserer Truppen alldort meldete. Die Pesther Bürger nahmen die Truppen als Befreier mit Jubel auf. Die Kossuth'schen Fanatiker sind mit dem Anhang der Wiener Aula entflohen. Diese Nachrichten machen hier einen ungeheuren Eindruck.

(A. Abdzt.)

(Olmütz, den 5. Januar.) Damit dem Volke die Preßfreiheit unverkümmert bleibe, sah sich das Ministerium bewogen, die neue einengende Preßverordnung zu geben; damit das Volk die Grundrechte unverkümmert erhalte, wird die Regierung, dem Entwurfe des Reichstagsausschusses entgegen, ebenfalls einen Entwurf vorlegen, in welchem die freisinnigsten und volksthümlichsten Paragraphen des ersteren entweder weggelassen — so gleich der erste, nach welchem die Staatsgewalt vom Volke ausgeht — oder gehörig modificirt werden. Dr. Helfert, ein Mitglied des Ministeriums, hat diese Abänderung der Grundrechte bereits ausgearbeitet und drucken lassen; es ist kein Zweifel, daß sie von dem fügsamen Reichstage so, wie die Regierung sie will, angenommen wird. Der Reichstag ist ganz in der Gewalt des Ministeriums, das gar herrlich seine Netze um unsere erträumten Freiheiten zu legen weiß. Die erste Kremsierer Sitzung im neuen Jahr hat bereits gezeigt, welche Macht das Ministerium hat. Darum wird es auch keinen Anstand mehr haben, den gefälligen Reichstag bald nach Wien zu legen, sind doch die Hin- und Herreisen von Olmütz, Kremsier und Wien für die Minister zu umständlich und zeitraubend. (Lpzg. Ztg.)

Preussen. †*† (Berlin, 8. Jan.) In den meisten Bezirken haben die Wählerversammlungen nunmehr begonnen, und ungeachtet der polizeilichen Aufsicht, der man sie unterworfen hat, machen die demokratischen Agitatoren den Einfluß, den sie früher geübt, auch in diesen Versammlungen geltend. Die Anwesenheit der Polizeibeamten hat nichts desto weniger hie und da die Wirkung gehabt, daß die Berathung eingestellt wurde. Von konservativer Seite sind in einzelnen Zusammenkünften Störungen hervorgebracht worden, zu deren Beseitigung dann die Anwesenheit der Polizei benutzt werden konnte. Sogar ein vielgenannter höherer Offizier, Adjutant einer hohen Person, verkannte seine Stellung so weit, daß er einen, die Mängel der Verfassung vom 5. Dezember erörternden Redner durch störendes Dazwischenrufen unterbrach, und, als er vom Vorsitzenden der Versammlung darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Tribüne der Ort sey, von dem aus er den Gegner zu widerlegen habe, durch Klappern mit dem Degen seine Störungen fortsetzte. Die allgemeine heftig ausbrechende Entrüstung veranlaßte den Helden endlich, mit dem Degen aufstampfend den Saal zu verlassen.

Viel Aufsehen macht die gestern erfolgte Verhaftung des Justizkommissärs Streber, der sich als Klubbredner früher vielfach bekannt gemacht hat. Der Verhaftete war hier durch eine Reihe von Jahren bei dem Stadtgericht als richterliches Mitglied beschäftigt und hat demnächst eine Anstellung als Sachwalter in einer der größeren Städte Pommerns erlangt, diese Stellung indeß bis jetzt noch nicht angetreten. Wie uns versichert wird, ist der Grund seiner Verhaftung **kein** politischer.

Die heutige National-Zeitung bringt eine Entgegnung des Geh. Raths Waldeck auf den Angriff seines Kollegen Höppe. Erwähnenswerth ist, daß ein Schreiben, welches nach der Behauptung des Hrn. Höppe schon unter dem 14. Juni v. J. Hrn. Waldeck die Mißbilligung des Geh. Obertribunals ausgesprochen haben soll, keineswegs von diesem Gerichtshof, sondern, wie Waldeck versichert, einzig und allein von Hrn. Höppe verlassen.

Wegen der Steuerverweigerung in Guben ist jetzt die Untersuchung förmlich eingeleitet. Das Kammergericht hat zur Feststellung des Thatbestandes einen der jüngeren Assessoren Hrn. Hientzsch dorthin kommittirt. Auch im Regierungsbezirk Bromberg ist bereits gerichtlich gegen die Vorgänge, die sich an den Beschluß der Nationalversammlung vom 15. Nov. v. J. geknüpft haben, eingeschritten. Die beiden Brüder des Abgeordneten von Czarnikau, Rektors Schmidt, sind wegen Verbreitung des Beschlusses und der Proklamation gefänglich eingezogen, jedoch jetzt nach fünfwöchentlicher Haft entlassen worden. —

Seit zwei Tagen hat Hr. v. Manteuffel das Hotel des Ministeriums des Innern bezogen. Wiederum ein Beweis, daß das gegenwärtige Kabinet an nichts weniger als an seinen Rücktritt denkt! — —

Die auswärtigen Verhältnisse scheinen immer verwickelter zu werden. In gewissen Kreisen macht folgende Nachricht viel Aufsehen. Das russische Kabinet soll dem französischen eine Note zugefertigt haben, in der es sich in der italienischen Frage sehr entschieden für Oesterreich erklärt und im Falle einer französischen Intervention in Italien mit einer energischen Parteinahme droht.

Von Hrn. v. Bülow, welcher sich fünf Jahre in den vereinigten Staaten Nordamerikas aufhielt und der eine Zeitlang Direktor der belgischen Kolonie St. Thomas gewesen ist, erscheint in diesen Tagen ein reichhaltiges Werk über Central-Amerika, welches dem Publikum ein sehr wichtiges Material über Handels- und Kolonisationsverhältnisse zugänglich machen wird.

Zu den thätigsten Agitatoren der konservativen Partei gehört der aus seiner frühern Wirksamkeit im Interesse des Pietismus und Mäßigkeitssache bekannte Baron v. Seld. Unter dem Ministerium Bodelschwingh wurde Hr. v. Seld hauptsächlich zu dem Zwecke benutzt, die liberalen Einflüsse, die sich schon damals, wesentlich durch die Thätigkeit des spätern Abgeordneten Behrens in dem hiesigen Handwerkervereine geltend machten, zu neutralisiren. Durch eine bedeutende Befähigung, sich populär als Redner und Schriftsteller auszudrücken, war Hr. v. Seld zu dergleichen Agenturen vorzugsweise geschickt.

Die verschiedenen Ansprachen des »treugesinnten Wählervereins«, mit welchem besonders das Landvolk überschwemmt wird, sind sämmtlich Produkte seiner Feder. Auch das der Neuen Preuss. Zeitung beigegebene »Sonntagsblatt« wird, wie man uns bestimmt versichert, von ihm redigirt. — Herr Behrens, der vor dem März mit seinem Anhange aus dem Handwerkerverein auszuscheiden genöthigt war, hält jetzt in diesem Verein wieder Vorträge über die sociale Frage.

(Berlin, den 8. Januar.) Der Entwurf zu einem Zolltarif für das vereinte Deutschland, welcher von Abgeordneten des Handelsstandes aus den deutschen Seeplätzen und aus einigen Binnenstädten im Herbste vorigen Jahres in Frankfurt a. M. ausgearbeitet und der deutschen Reichs-Versammlung zur Berücksichtigung bei der Berathung des künftigen deutschen Zoll-Tarifs überreicht worden ist, hat das Interesse des deutschen Handels- und Gewerbsstandes in hohem Grade auf sich gezogen. Als Ausdruck der Ansichten, welche ein Theil des Handelsstandes über die Tarif-Fragen hegt, hat er auf dieses Interesse vollen Anspruch, dasselbe ist jedoch noch dadurch gesteigert worden, daß man von manchen Seiten vorausgesetzt hat, der Entwurf sey mehr als eine bloße Privatarbeit, und dazu bestimmt, bei der Redaktion eines allgemeinen deutschen Tarifs zu Grunde gelegt zu werden. Diese Voraussetzung, welche bereits lebhafte Besorgnisse erweckt und dringende Reclamationen hervorgerufen hat, ist nicht begründet. Wie in diesem Entwurfe die Interessen eines Theils des Handelsstandes vertreten und als mit dem Gesammt-Interesse Deutschlands identisch dargestellt werden, so sind in anderen, ebenfalls nur von Privaten ausgehenden Vorlagen, von wesentlich anderen Standpunkten aus und in Verfechtung wesentlich verschiedener Interessen, ganz entgegengesetzte Vorschläge gemacht und zur Berücksichtigung empfohlen worden. Jener Entwurf, wie diese Vorschläge, sind für die Ausarbeitung eines neuen Tarifs ein schätzbares Material; auf die Bestimmungen des künftigen Tarifs kann aber weder aus jenem noch aus diesen ein Schluß gezogen werden. (Pr. Sts.-Ztg.)

Schweiz.

Der Mitredakteur der in Biel angekündigten Wochenschrift »Revolution«, Alfred Michel, ein deutscher Flüchtling, ist in Folge einer Polizeimaßregel aus dem Kanton Bern gewiesen worden. Die »Revolution« erscheint nun unter dem Titel: »Evolution«. (N. Z. Z.)

†† (Nürnberg, den 11. Januar.) Die französische Korrespondenz ist heute ausgeblieben.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Anzeige und Empfehlung.

Hiermit gebe ich mir die Ehre, einem resp. Publikum, insbesondere dem verehrlichen Handelsstande zur Anzeige zu bringen, daß ich dem Herrn **Friedr. Kleindienst**, Spezereihändler am Resmarkt dahier, ein Commissions-Lager meiner sämmtlichen Fabrikate von **Siegellack** übergeben habe.

Derselbe ist in den Stand gesetzt, zu den Fabrik-Preisen abgeben zu können und wird er jedem ihm werdenden Auftrag, sowohl en gros wie en detail, aufs prompteste und sorgfältigste ausführen.

Ich empfehle daher mein Fabrikat einer geneigten Berücksichtigung und zeichne

Nürnberg, den 12 Januar 1849.

Achtungsvoll
Jacob Hüttlinger
Firma
Elias Held seel. Erben.

Unter Bezugnahme an vorstehende Annonce, erlaube ich mir, das von den Herren Elias Held seel. Erben dahier Commissionsweise erhaltene Lager von **Siegellack in allen Qualitäten und Farben**, wie auch mein Lager von **Dresdner Dampf-Chocolade, ächt Cölnischem Wasser in drei Qualitäten**, ächtem **Carmeliter-Geist**, und allen anderen in das Spezereifach einschlagenden Artikeln zu geneigter Abnahme zu empfehlen, unter Zusicherung solider und billiger Bedienung.

Friedr. Kleindienst.
S. Nr. 878 am Resmarkt

Empfehlung.

Bei herannahender Fastnachtszeit empfehle ich mein wohlassortirtes Lager sowohl von feinen als auch ordinären

Masken

zur gefälligen Abnahme.

Julius Werther,
L. Nro. 86 Königsstrasse.

Empfehlung.

Zur gefälligen Abnahme empfiehlt von heute an täglich frische

Faschingskrapfen

so wie zu jeder Tageszeit vorräthig hält

Punsch, Glühwein und Chocolade

Conditor Geyer am Obstmarkt

Jammerthal.

Freitag, den 12 Januar „Große Produktion“ der drei Athleten, wozu ergebenst eingeladen wird.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Samstag den 13. Januar produziren sich die drei Athleten Kramer, Alfred und Steitzenbach, und Freitag den 12 und Samstag den 13. d ist Metzelsuppe.

Gebrüder Schütte

empfehlen zur gegenwärtigen Messe ihr wohlassortirtes

Bielefelder Leinwand-Lager

zu außerordentlich billigen Preisen.

Die Bude ist in der 2. Reihe mit Firma.

Subscription.

Von vielen Seiten dazu ermuthigt, habe ich mich entschlossen meine in Journalen und andern Unterhaltungsschriften zerstreuten **Gedichte**, gesammelt herauszugeben. Dieselben sind politischen, epischen und lyrischen Inhalts und werden ein Bändchen von 12 Bogen füllen, welches in Bälde die Presse verläßt. Subscriptionspreis fl. 1. Ich erlaube mir, alle Freunde der Poesie, welche sich für meine Arbeiten auf diesem Felde interessiren, zu gefälliger Subscription in der Expedition dieses Blattes einzuladen.

J. Priem

(Anerbieten.) In einer der schönsten Lage liegenden Kreishauptstadt Bayerns kann 1 oder 2 Porcellainmaler, welche Figuren, Landschaften und Wappen schön malen können, sogleich dauernde Beschäftigung finden.

Auskunft giebt

Adolph Glockeisen, Maler
in Passau.
Joc Zitzmann, Porcellainmaler
in Nürnberg

Anzeige.

Daß ich die gegenwärtige Neujahrs-Messe nicht baue, zeige ich hiemit meiner werthgeschätzten Kundschaft sowie einem verehrten Publikum ergebenst an, und empfehle mich mit meinem Fabrikat von Leinen- und Baumwollen-Weberwaaren, so wie mit allen in mein Fach einschlagenden Artikeln zu den billigsten Preisen.

Um gütigen Zuspruch bittet

J. G. Baum, Webermeister Laden innere Laufergasse S. Nro 801 nächst dem Egydienplatz.

Schweizer Butter

in frischer süßer Waare à 24 kr. per Pfund empfiehlt

George Geppelt.

(Zu verkaufen) Es ist ein großer Fuhrmanns-Schlitten zu verkaufen in S. Nro. 501.

Ankündigung.

Im Verlag von W. Tümmel (Expedition der mittelfränkischen Zeitung) ist erschienen:

Grundrechte des deutschen Volkes,

das wichtigste, was bis jetzt aus dem Schooße des deutschen Parlamentes hervorgegangen ist.

Diese Grundrechte, die in der Hand jedes Deutschen seyn müssen, sind in Taschenformate hergestellt, damit man sie stets bei sich führen kann. Der Preis für das Exemplar ist auf 2 kr. festgesetzt, durch welchen billigen Preis Jeder leicht in den Besitz eines Gesetzes kommen kann, das ihm seine theuersten Rechte zu sichern vermag.

Thee-Niederlage

bei **Gebrüder Schmitt** in Nürnberg (Schildgasse S. Nr. 675.)

(In versiegelten mit Staniol ausgefütterten Dosen von 1 Pfund.)

Schwarzer Thee:	Staubfreier Souchon, (von mildem angenehmen Geschmack)	fl. 1. 45 kr.
	Feinster Pekoe, (mit weißen Blüthen)	fl. 2. 48 kr.
	Caravanen-Thee	fl. 3. 48 kr.
Grüner Thee:	Perlenthee (Gunpowder)	fl. 2. 24 kr.
	„ „ feinster	fl. 2. 48 kr.
	Feinster Hayson	fl. 2. 24 kr.

Zur gefälligen Beachtung!

Zur Vermeidung von Mißverständnissen und Besorgnissen über den Antrag I. in unserer Aufforderung an sammtliche Hausbesitzer Mittelfrankens vom 4. Januar d. J., worin es heißt: Die bereits ausgeschriebenen Beiträge zur Brandversicherung möchten von den Bewohnern des Kreises Mittelfranken **so lange zurückgehalten** werden, bis die treffende Stelle genaue Rechnung abgelegt hat ꝛc. ꝛc.!

Wir berufen uns vorläufig auf unten stehenden Paragraphen der revidirten Brandversicherungsordnung, worin es heißt: Erster Abschnitt, Titel III. Artikel 22.

„Wenn wider Verhoffen die Summe der Beiträge den Betrag von fünfzehn Kreuzer auf jedes Hundert Gulden übersteigen sollte, so werden zur Erleichterung mehrere Zahlungsfristen bewilligt.“

Dann: Zweiter Abschnitt, Titel II. Artikel 32.

„Wenn am Ende des Jahres alle im Laufe desselben vorgefallenen Brandschäden bekannt sind, so soll hiernach und zwar längstens in der zweiten Hälfte des Monats Januar der allgemeine Ausschlag **und zugleich die allgemeine Jahresrechnung** über den Stand der Anstalt verfaßt, und nicht nur durch das Regierungsblatt, sondern auch im Auszuge durch die Intelligenzblätter und auf dem platten Lande noch besonders durch mündliche Verkündigungen von den Ortsvorständen öffentlich bekannt gemacht werden.“ Zugleich machen wir bekannt, daß die Beschlüsse der Versammlung vom 2. dieses Monats einer weiter zu berufenden größern Versammlung zur abermaligen Prüfung und Berathung unterstellt werden sollen, bevor solche in Ausführung gebracht werden.

Nürnberg, den 9. Januar 1849.

Das Comité der Brandversicherungs-Angelegenheit.

Nro. 80 feste Preise.

Boutique Nro. 80 beim mittlern Durchgang in der ersten Reihe, zunächst der Schuhmacher, werden zu äusserst billigen festgesetzten Preisen verkauft:

Tuche, Buckskins, Rockstoffe, Westen, Binden, Shlips, Foulards, alle Sorten Leinwand, weiße und farbig leinene Taschentücher, in verschiedenen Größen, Shirtings, Doppeltuche, Unterhosen, Unterjacken, weiße und farbige Chemisetten, Hemden nach neuester Façon.

Jeder Anpreißung sich enthaltend, wird nur bemerkt, daß die Käufer deßhalb in jeder Hinsicht befriedigt seyn werden, da feste Preise nur bei reeller und ächter Waare stattfinden können, man bittet daher um gütigen Besuch.

Zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Große Auswahl in gewirkten Umschlagtüchern mit Schwarzgrund, dieselben kosteten früher 16—18 fl., jetzt 7, 8—10 fl., sowie alle Gattungen halb und ganz wollene Umschlagtücher in allen Größen von $1\frac{1}{2}$—5 fl., kleine Umstecktücher von 15—24 kr.; Napolitain, neueste Muster 20—26 kr.; Wollmousslin 21 kr.; Kattun, Pers 9—12 kr.; Glanz-Zitz zu Vorhängen und Möbeln 14=16 kr.

In der großen Bude vorm Gießhaus bei J. Wolpers.

Ball im weißen Lamm

findet Sonntag den 14. d. Mts. mit Entree à Person 24 kr. statt, wozu ergebenst einladet

J. M. Krieger.

Zum blauen Geyer in der Münzgasse

ist Samstag Abends Produktion vom Kleeblatt.

Empfangs-Bescheinigung.

Für Blum's Kinder durch Hr. Heberlein Sammlungen in Fürth fl. 54 24 kr, also im Ganzen

fl. 780. 34 kr.

Weitere Beiträge nehmen in Empfang
Nürnberg, den 4. Januar 1849.

Gebrüder Schmitt.

(Verloren) Vom weißen Thurm bis ins Schulgäßchen nach Gostenhof wurde am vergangenen Mittwoch Vormittag ein Barbierfläschchen, von Neusilber verloren. Der redliche Finder wird ersucht, dasselbe in Nro. 391 der Brunnengasse gegen ein gutes Douceur abzugeben.

(Gesuch.) Ein auswärtiges junges Mädchen, welches schon vier Jahre hier in einer bedeutenden Spezereihandlung conditionirte, und welche über ihre Brauchbarkeit als auch über ihr sittliches Betragen genügende Zeugnisse aufzuweisen hat, wünscht bis zum Ziel Lichtmeß in einem Spezereigeschäfte wieder als Ladenjungfer placirt zu werden. S. Nro. 75 am Weinmarkt.

(Gesuch.) Eine erfahrne Köchin wünscht künftiges Ziel in Dienst zu treten.

(Gesuch.) Eine brave und fleißige Magd, welche gut Hausmannskost kochen kann, und sich auch willig jeder andern Hausarbeit unterzieht, wird sogleich in der Karlsstrasse Nro. 100, über eine Stiege, in Dienst zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) Ein solides, treues Mädchen, welches keine Eltern mehr hat und schön nähen und bögeln kann, auch in andern weiblichen Arbeiten erfahren ist, sucht eine Stelle als Jungfer oder Stubenmädchen. Sie sieht nicht auf großen Lohn, sondern mehr auf gute Behandlung und guten Willen.

(Mieth-Gesuch) Es wird ein ganzes Haus oder ein Logis mit 4 — 5 heizbaren Piecen und andern Bequemlichkeiten bis Ziel Walburgis zu miethen gesucht. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Ein Buchbindergehülfe, der schon in einem Portefeuille-Geschäft gearbeitet, kann dauernde Beschäftigung erhalten.

(Gesuch.) Ein geübter Fein-Reißzeugmacher-Gehülfe kann sogleich annehmbare Beschäftigung finden. Näheres unter Adresse A besorgt die Exp. d. Bl.

(Gesuch) Ein Mädchen von 18 bis 20 Jahren von soliden Eltern, auf deren Treue man sich verlassen darf, kann in einem Laden Unterkunft finden

Stadttheater in Nürnberg.

Donnerstag, 11. Jan. „Donna Diana“, oder „Stolz und Liebe.“ Lustspiel in 4 Akten nach dem Spanischen von Carl August West.

Freitag den 12. Januar. Zum Erstenmale. „Dichter und Bauer.“ Posse mit Gesang in 3 Akten v. Elmar. Musik von Kapellmeister Franz v. Suppe.

Lotterie.

Die zu München herausgekommenen Nummern:

27 79 22 84 7

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 13. Januar 1849. **№ 13.** **Samstag: Hilarius.**

Der Abgeordnete zur deutschen Nationalversammlung Dr. Krafft an seine Wähler im Wahlbezirk Nürnberg.

Die Nationalversammlung hat nunmehr die Grundrechte des deutschen Volkes definitiv festgestellt und solche durch den Reichsverweser als Reichsgesetz verkünden lassen. Ich theile die mir zugekommenen Exemplare des Reichsgesetzblattes mit, und nehme dabei Veranlassung, einige Worte an meine Wähler zu richten. Die Nationalversammlung, hervorgegangen aus freier Wahl des gesammten deutschen Volks, hat von diesem den Auftrag erhalten, die Verfassung Deutschlands festzustellen. Sie einzig und allein hat dies Werk zu schaffen im Namen des deutschen Volkes; sie hat auszusprechen, was der Wille des Volkes sey, der als Gesetz gelten soll, und ihre hier gefaßten Beschlüsse geben darum eine bindende Norm. Nicht von einer Vereinbarung mit den Regierungen kann es daher abhängen, ob dieser erklärte Wille des Volkes gesetzliche Kraft und Durchführung erlangen soll; die Regierungen können nicht verwerfen, was das gesammte deutsche Volk durch seine Vertretung als nothwendig und heilsam für die Gestaltung des Vaterlandes erkannt hat; abweichende Ansichten der Regierungen äußern hier nicht nothwendige Wirkung, das deutsche Volk hat durch seine Vertreter selbstständig zu beschließen, und will diesen Beschluß einem weitern entscheidenden Urtheile nicht unterstellen. Eben deshalb hat die Nationalversammlung das von einer Seite aufgestellte Princip der Vereinbarung mit großer Mehrheit verworfen und die beschlossenen Grundrechte sofort als Gesetz publiciren lassen. Sie hat damit ausgesprochen, daß die Gultigkeit der Grundrechte nicht noch von anderm Willen abhängig gemacht werden könne, daß sie überall maßgebend seyen, ohne weiteres Zuthun. So wären denn damit die Freiheiten, wie sie dem deutschen Volke verheißen worden, gesetzlich begründet; dem Volke liegt es ob, über ihre Geltung zu wachen. Will dies das Volk mit Ernst und Festigkeit, so ist keine Fürstengewalt im Stande, mit Erfolg entgegenzutreten, denn die Macht des Willens des Volkes ist unbesiegbar und nur Verblendung könnte zu nutzlosem Versuch des Widerstehens verleiten. Auch der andere Theil des Verfassungswerkes wird demnächst ins Leben geführt werden und in nicht ferner Zeit wird der Bau vollendet dastehen. Ein mächtiger Bundesstaat soll Deutschland werden, mit kräftiger Gewalt an seiner Spitze. Sein Schaffen und Gedeihen erfordert Opfer der Einzelstaaten, erfordert Aufgeben eines Theils der Souveränetät, welche von den Fürsten jetzt ausgeübt wird. Daß diese Opfer dem Wohle der Gesammtheit gebracht werden, verlangt das deutsche Volk, die Nationalversammlung spricht diesen Willen aus, erklärt ihn zum verpflichtenden Gesetz. Mögen durch solchen Ausspruch dynastische Interessen nachtheilig betroffen, mögen partikularistische Bestrebungen zu nichte gemacht werden — es ist ist nicht Aufgabe der Nationalversammlung, die Interessen der Fürstenfamilien, die Sondergelüste der Einzelstaaten zu fördern, — sie hat zu bemessen, was das Wohl des Ganzen erheischt, und vor diesem muß jede Rücksicht weichen. Ist nun die Sehnsucht nach Einheit Deutschlands, ist der Wille des Volks, ein einiges mächtiges Deutschland zu gründen, wahr und ernst, dann wird auch die Erfüllung nicht fehlen und alle Versuche, sie zu vereiteln, werden zu Schanden werden. Zwar ist die Aufregung, welche die Märztage hervorgebracht hatten, vorüber, die Regierungen sind nicht mehr machtlos, der Wille des Volks stößt leichter auf Widerstand als damals und schon klagen ängstliche Gemüther, es sey jetzt zu spät. Allein ein Volk, welches seine Freiheit dauernd will, muß sie mit ruhigem Ernste begehren, — bei Macht der Regierung feststellen können; die Freiheit, die in momentaner Aufwallung von dem machtlos gewordenen Bedrücker erheischt wird, geht gar leicht wieder verloren, wenn die Verhältnisse anders werden. Nicht zu spät ist es daher, wenn nur der Wille des Volks ein ernster und energischer ist; es wird dauernd besitzen, was es jetzt erlangt. Aber festes, inniges Aneinanderschließen, kräftiges Wollen wird Noth thun. Das Ziel ist nahe, wird es jetzt nicht erreicht, so tritt es in weite Ferne zurück. Möge das deutsche Volk jetzt nicht wanken und auseinandergehen in der Zeit der Entscheidung, möge es in allen seinen Stämmen bereit seyn zu den nöthigen Opfern, und stark gegen jede Versuchung, gegen jede Bedrohung, gegen jede Macht. Frankfurt, am 5. Januar 1849. Dr. Krafft.

Das kgl. preuss. Wahlzirkular vom 28. Dezember.

Wir gestehen es unverhohlen, wir haben das Manteuffel'sche Cirkular mit Vergnügen gelesen. So lieben wir es: offen werfe uns der Gegner den Fehdehandschuh hin; er pflanze auf der Höhe seiner Zinnen ein weithin sichtbares Banner mit leicht erkennbaren, einem Jeden ins Auge springenden Farben auf. Wir werden ihm die Antwort nicht schuldig bleiben. Dem aufgeschlagenen Visier werden auch wie ein offenes kampflustiges Gesicht entgegen halten; auch wir werden, wenn der Tag des Kampfes kommt, mit weit entfalteter lustig und farbenhell flatternder Fahne in die Schranken treten, bereit, dem Gegner den Fehdehandschuh ins Gesicht zu schlagen, daß die blutigen Narben ihn noch lange an uns erinnern sollen. Nur verlangen wie nach gutem altem Turnierrecht gleiche Theilung von Wind, Wasser und Sonne zwischen den beiden Kämpen. Wir fordern nur, daß dem „durch die schweren Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit hoffentlich“ (wenn auch in einem andern Sinne, als Hr Manteuffel meint) „geläuterten“ und wir fügen hinzu: hoffentlich auch gestählten — „Volkswillen“ wirklich freie, unverkümmerte Gelegenheit gegeben werde, die „bevorstehenden Wahlen“ seinen „ungetrübten Ausdruck“ seyn zu lassen. Ist dies aber der Fall, wenn in der Hauptstadt des Reiches, also an dem politisch wichtigsten und einflußreichsten Punkte, die demokratische Presse geknebelt und unterdrückt, die Versammlungsfreiheit für die große Mehrheit der Bevölkerung aufgehoben oder durch Wrangel'sche Willkürbedingungen illusorisch gemacht, jede offene ehrliche Wahlagitation der einen Partei untersagt, der anderen aber Alles und Jedes gestattet ist? Ist es keine „Einschüchterung,“ sind es keine „unredlichen Mittel“ wenn auf allen Punkten des Reiches die Plakate und Flugblätter der reaktionären Partei verbreitet, die Männer der Demokratie aber unter den nichtigsten Vorwänden eingekerkert und der Agitation beraubt werden? Heißt das etwa „die Verfassung ihrem ganzen freisinnigen Inhalte nach mit ungetheilter Gerechtigkeit ausführen? Heißt das „die wahrhaft volksthümlichen Bestimmungen derselben zur Geltung bringen?“

Heißt das „mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln dahin wirken, daß die Freiheit der Meinungsäußerung keine ungesetzliche Beschränkung erleide?“ — Wir überlassen die Antwort auf diese Fragen mit vollster Zuversicht einem jeden Unbefangenen. „Treu dem Geiste“ des Machiavellismus und der Perfidie, der die Verfassung geschaffen, mag diese Handlungsweise seyn, auch wohl „zeitgemäß“ in so fern eben zu dieser Zeit die Regierung die Macht in Händen hat; ob aber die „Behörden auf diesem Wege das öffentliche Vertrauen sich erwerben“ daran sey uns einiger Zweifel gestattet. Nichts ist uns übrigens ferner, als mit dem eben gesagten eine Klage gegen diese Maßregeln der Regierung auszusprechen. Was diese jetzt thut, ist eben nur eine neue Auflage des alten vae victis, und wer besiegt ist, hat nicht eher ein Recht, das in der Macht liegende Recht des Siegers zu bestreiten, als bis er selbst die Macht hat, sein Recht zur Geltung zu bringen. Aber wenigstens wollen wir nicht dulden, daß der Sieger außer dem Schaden uns auch noch nicht die Schande anthue. Wir wollen wenigstens dieser Regierung es nicht hingehen lassen, wenn sie durch perfide Redewendungen die Gemüther des Volkes zu vergiften, und unsere augenblicklich besiegte Partei zu verleumden sucht. Verleumdung aber ist es, wenn der ministerielle Erlaß von vorn herein demokratische Wahlen „schlechte“ nennt; wenn er von der demokratischen, der „feindlichen“ Partei „Täuschungen, falsche Vorspiegelungen oder Verläumdungen“ im Voraus erwartet, und den Behörden, deren „nachdrückliche Ahndung“ anempfiehlt. Verleumdung und nichts als Verleumdung ist es, wenn der Minister die Kandidaten der Demokratie, noch ohne sie zu kennen, als solche bezeichnet, die durch „voreilige, in der Regel unerfüllbare Verheißungen, für persönliche Wünsche der Wähler und für örtliche Sonderinteressen“ (in allgemein verständliches Deutsch übersetzt, heißt dies: für Aufhebung des Jagdrechts, unentgeldliche Aufhebung der Feudal-Lasten u. s. w.) „thätig seyn zu wollen, den Mangel ihrer höhern politischen Einsicht, ihrer Gesinnungstüchtigkeit und patriotischen Hingebung an das Gemeinwohl des Vaterlandes nimmer mehr ersetzen können.“ Fair play is a jewl, ist ein in England, von allen politischen Parteien anerkannter Grundsatz. Unsere Regierenden aber scheinen, obwohl Allerhöchste Personen gerade in England das Wesen des constitutionellen Systems bis in seine feinsten Einzelnheiten und Nuancen hinein gründlich und ernstlich studirt haben wollen, in der constitutionellen Praxis noch Anfänger zu seyn, wenn sie nicht eben den Konstitutionalismus nur vorlügende Absolutisten sind. Sie mögen darüber die Wahl treffen!

Deutschland.

Bayern. (München, 11. Jan.) Die I. Assessorstelle bei dem Landgerichte Dingolfing wurde dem dermaligen II. Landgerichtsassessor dortselbst Ant. Wagenbauer verliehen; auf die hiedurch erledigte Stelle der dermalige II. Assessor Ch. Lechner von Eggenfelden versetzt; die erledigte II. Assessorstelle zu Eggenfelden erhielt der dortige Landgerichtsaktuar Fr. Jos. Gruber, und die erledigte Landgerichtsaktuarsstelle daselbst der Rechtspraktikant J. G. Schöpf; die erledigte I. Assessorsstelle bei dem Landgerichte Stadtamhof erhielt der dermalige II. Landgerichtsassessor daselbst L. Huber; auf die hiedurch sich eröffnende Stelle ward der II. Landgrichtsassessor Ph Haag vom Landgericht Burglengenfeld versetzt, und die hiedurch erledigte Stelle dem vormaligen Patrimonialrichter II. Klasse Joh. Bapt. Schmucker verliehen.

(Bamberg, den 8. Januar.) Hr. v. Lerchenfeld, welcher mehrere Tage in Frankfurt war, ist von da zurück und wird Ende der Woche nach München gehen, um seinen Platz in der Kammer einzunehmen. (N. Münchn. Z.)

⊙ (Altdorf, den 11. Januar.) Am 8. d. M. gingen einige Bauernbursche in den Wald und erlegten, in der Meinung, das Jagdrecht sey freigegeben, einen Hasen, worauf sie von zwei Gensdarmen betroffen wurden. Sie ließen sich jedoch von den Gensdarmen nicht sogleich arretiren, sondern riefen durch einen Pfiff auf dem Finger mehrere Genossen herbei, wodurch sie sich gemeinschaftlich von der beabsichtigten Haft im thätlichen Widerstand befreiten. Darauf wurde von den im Walde liegenden Gensdarmen ein Bote nach Altdorf geschickt, worauf auf Antrag des k. Forstmeisters vom kgl. Landgericht 15 Chevauxlegers aus der Garnison Neumarkt requirirt wurden, welche von 2 Gerichtsdienern und 3 Gensdarmen begleitet in dem Weiler Klingenhof eine Verhaftung von 6 Personen vornahmen, von denen 3 Söhne eines reichen Bauern sich erwiesener Massen zur Zeit der That in der Kirche befanden, also das Alibi in Anspruch nehmen durften. Nichtsdestoweniger knebelte sie der Gerichtsdiener an einaneinder und kündete ihnen in ihrer Behausung, ohne nur zu erklären, warum ihre Verhaftung vorgenommen werde, an, daß eine sechsjährige Zuchthausstrafe sie erwarte. Die Chevauxlegers transportirten die sechs Verhafteten mit gespannten Hahnen an den Karabinern in das ganz ruhige Altdorf zum Landgerichte und ein Gerichtsdiener meldete den erstaunten Altdorfern, das Militär würde von seinen scharfen Waffen Gebrauch machen, wofern sich die Bewohner nicht ruhig verhielten. Bis heute liegen die Chevauxlegers in den vom Vieh geräumten Ställen

der drei Bauern auf dem Klingenhof. So werden die Märzerrungenschaften zur Wahrheit gemacht, so die bereits von der Centralgewalt verkündeten Grundrechte des deutschen Volkes (Art. II. §. 8.) beachtet.

Baden (Freiburg, 6. Jan.) Das Verfahren gegen Struve und Blind ist nun soweit gediehen, daß Beide in Anklagestand versetzt und zur Aburtheilung vor das Geschwornengericht gewiesen sind. Nach den Vorschriften unserer Strafprozeßordnung hat der Staatsanwalt innerhalb acht Tagen die Anklageschrift bei dem Hofgerichte einzureichen, worauf solche den Angeklagten, zunächst um weitere Beweismittel zu bezeichnen, mitgetheilt wird, und erst nach Ablauf der hiefür vorgeschriebenen Frist von 8 Tagen kann sodann die öffentliche Schlußverhandlung angeordnet werden. Voraussichtlich wird sonach die Loosung der 30 Geschwornen aus den in die Kreisliste eingetragenen Namen in Bälde vor sich gehen, die Verhandlung aber gegen Ende dieses oder im Anfang des nächsten Monats beginnen. — Zu bedauern ist, daß der Sitzungssaal nur für eine geringe Zahl von Zuhörern Raum bietet. (Fr. Z.)

Braunschweig. (Braunschweig, 6. Januar.) Die in einigen Blättern enthaltene Nachricht, daß bei der in Beziehung auf die Grundrechte von dem Reichsminister v. Gagern veranstalteten Conferenz mit den Bevollmächtigten der Regierungen der hiesige Bevollmächtigte sich in seiner Erklärung der von Hannover gegebenen angeschlossen habe, hatte hier Besorgnisse erregt, man befürchtete von einer deßfallsigen Vorlage an die Abgeordneten-Versammlung unangenehme Erörterungen, indem man voraussehen zu können glaubte, daß dieselbe einstimmig oder doch mit großer Mehrheit jede Erörterung und jeden Beschluß darüber ablehnen würde. Es hat daher allgemeine Freude und Beruhigung erregt, daß gestern das die Verkündigung der Grundgesetze enthaltende Stück des Reichsgesetzblattes von den mit der Versendung dieser sowohl als der Landesgesetze beauftragten Postämtern geschehen und die Versendung in dem heutigen Stücke der hiesigen Anzeigen amtlich verkündet ist. Dies entspricht der durch die Verordnung vom 5. Januar 1814 vorgeschriebenen Publikationsform der Landesgesetze und Verordnungen, welche in Gemäßheit des Reichsgesetzes vom 27. Sep. v. J. auch für die Reichsgesetze und Verordnungen der provisorischen Reichs-Centralgewalt durch die Verordnung v. 12. Okt. v. J vorgeschrieben ist. Mit dem 17. d. M. werden daher die Grundrechte hier in Kraft treten und nun auch bald die in Folge derselben erforderlichen Einrichtungen ins Leben gerufen werden. In Folge derselben wird eine Revision nicht nur unserer Landesverfassung, sondern auch aller unserer Gesetze und Einrichtungen erforderlich werden, da sehr viele mit den Ideen und Bestimmungen der Grundrechte in schlechterdings unvereinbarem Widerspruche stehen. (W. Z.)

Freie Städte.) (Frankfurt, 9. Jan.) Die gestrige Parlaments-Korrespondenz hatte eine Statistik der Stimmen für den Minoritätsantrag in der österreichischen Frage, welche die sanguinischen Hoffnungen der Koalition niederdrücken müßte, wenn sie richtig wäre, ohne deshalb die ministerielle Partei bedeutend zu heben, denn eine absolute Majorität von 10 Stimmen will in einer Kabinetsfrage, wie die vorliegende, nicht viel bedeuten. In der That liegt die Sache ganz anders. Die Ueberzeugung, daß mit der vorliegenden Frage die deutsche Einheitsfrage entschieden wird, hat den größten Raum gewonnen und gerade die Oesterreicher haben in dieser Richtung am entschiedensten gewirkt und die Koalition faktisch aufgehoben. Seit etwa 8 Tagen, als das anonyme, mehreren Zeitungen beigefügte Blatt: „Wie ist aus dem Wirrsaal herauszukommen?" es geradezu in Aussicht stellte, daß nach Abberufung der Oesterreicher, der König von Bayern die Seinigen, und so fort Hannover, Sachsen, Würtemberg, Baden und die andern Staaten die Ihrigen abberufen würden, sind bedeutende Sinnesänderungen eingetreten. Ich will nicht von den veränderten Anschauungen des Hrn. v. R. und einiger seiner Anhänger sprechen, wohl aber von der Stellung, welche eine große Anzahl der linken Fraktionen nunmehr einnimmt, nachdem die Volksstimme sich so entschieden für den einheitlichen Bundesstaat mit preussischer Spitze ausspricht. Man wird um der Oberhauptsfrage willen sich dem Ministerium zuneigen, man möchte jetzt schon keine Kabinetsfrage mit der vorliegenden österreichischen verbinden, und wird Hr. v. Gagern jedenfalls halten, wenn seine Stellung gefährdet wäre. Der deutsche Patriotismus wird über persönliche Antipathien den Sieg davon tragen und, täuscht uns nicht Alles, den bereits von der Koalition gelösten Theil der Linken zu einer Einigung mit den Centren führen.

(Frankfurt, den 9. Januar.) Die Abreise des Herrn Camphausen nach Berlin wird in Verbindung gebracht mit der Frage des Verhältnisses zwischen Oesterreich und Deutschland. Jedermann weiß, wie eng diese Frage mit der Oberhauptsfrage zusammenhängt und eine persönliche Rücksprache Camphausen's mit dem Könige und dem Kabinete von Preussen ist dringend an der Zeit. Man glaubt, daß er den König und das Ministerium bestimmen wolle, ganz im Gegensatz zu der österreichischen Erklärung nun rasch im Großen, wie im Kleinen dem sofortigen Zustandekommen des deutschen Bundesstaates schließlich die Hand zu bieten. Heizung und Beleuchtung der Paulskirche ist neu hergerichtet. Gestern Abend schon haben die Fraktionen dort ihre Plätze belegt. Es ist auch die Rede davon, die Sitzungen von nun an Mittags zu beginnen, da man volle Beleuchtung haben kann und da die langen Ausschußsitzungen jetzt nach Vorlage des ganzen Verfassungsentwurfes nicht mehr im Wege sind. Der von Paris zurückgekehrte Reichsgesandte von Raumer hat interessante Schilderungen darüber gegeben, wie man sich in Frankreich über die deutsche Einheit äußere. Es gäbe doch Franzosen von Bedeutung, darunter Bastide, und einige jetzige Minister, welche ein geeinigtes Deutschland als europäisches Bedürfniß anerkennten. Die Mehrzahl aber und darunter die wahrscheinlich meisten Machthaber prophezeihten ein dreifaches Deutschland: Oesterreich, Preussen und — was man früher Rheinbund genannt habe; jetzt aber aus Politik nicht mehr den Rheinbund nennen solle. Der englische Gesandte, Lord Normanby, äußere sich gegen Erwarten unfreundlich über die deutsche Zukunft. (Parl.-Korr.)

(Frankfurt, den 9. Januar.) In der heutigen Sitzung unseres Senats beschloß derselbe, die Grundrechte in dem nächsten Amtsblatte zu publiziren. (Frkft. J.)

Oesterreich (Prag, 7. Jan.) Die Reichstagsnachrichten aus Kremsier lauten gewaltig trübe. Das Ministerium hat sich bekanntlich offen gegen den an der Spitze des reichstäglichen Entwurfs der Grundrechte stehenden Satz: »Alle Gewalt im Staate geht vom Volk aus« ausgesprochen. Zugleich ließ es einen unter seinem Einflusse redigirten Gegenentwurf circuliren. Dieser enthält so wesentliche Beschränkungen, daß die Kammer sich jetzt in wahrer Bestürzung befindet. Im slavischen Klub zu Kremsier, von welchem, wenn er solidarisch und einmüthig handelt, die Majorität nothwendig bestimmt werden muß, ist beschlossen worden, mit der Opposition einträchtlich vorzugehen, um von der Volksfreiheit so viel als möglich zu retten. Im allerungünstigsten Falle wollen es die Deputirten auf freiwillige Niederlegung ihrer Mandate, ja sogar auf eine Auflösung des Reichstags ankommen lassen, falls der erstere Weg sich nicht als praktisch darstellen sollte. (Leipz. Z.)

(Prag, den 7. Januar.) Es ist durch den Telegraphen die Nachricht eingelaufen, daß Pesth am 5. Abends von den kaiserlichen Truppen besetzt wurde. Kossuth und sein Anhang haben sich mit der heiligen ungarischen Reichskrone nach Debreczin gezogen. Dahin begab sich die Armee, der ungarische Reichstag und die Unzahl der Kompromittirten, worunter die hohe Aristokratie des Landes die vordersten Plätze einnimmt. Der Einzug des Fürsten v. Windischgrätz erfolgte ohne Schwertstreich. Da Garnisonen in alle besetzten Orte gelegt werden müssen, so wird sich die österreichische Hauptarmee doch sehr verkleinern. Die Einnahme von Debreczin und die gänzliche Auflösung der Insurrektionskörper, sowohl der politischen als der militärischen, scheint in dieser Jahreszeit bei der Oasenlage von Debreczin deshalb sehr schwierig, doch muß sie nach unserem Dafürhalten noch vor dem Frühjahr erfolgen, wenn nicht unsägliche Verwickelungen mehr entspringen sollen. Eine feindliche Demonstration Frankreichs in Italien wäre furchtbar für Oesterreich! Der Pesther Reichstag wollte mit Windischgrätz unterhandeln; doch dieser ist kein Freund von Kapitulationen; auch hier forderte er unbedingte Unterwerfung. Und somit wäre das Unerhörte vollbracht: das kaiserliche Schwarzgeld weht jetzt auch auf den Thürmen und Zinnen von Ofen-Pesth. — Die Breslauer Nachrichten vom Einmarsche der Russen in Siebenbürgen sind vorläufig grundlos. Doch stände diese Eventualität bevor, falls die kaiserlich österreichischen Waffen zur Bezwingung Ungarns nicht ausreichten. Wir sehen in allen Richtungen einem verhängnißvollen Lenze entgegen. (Leipz. Z.)

Oldenburg. (Oldenburg, 6. Jan.) Nachdem der Großherzog von Oldenburg nach den Märztagen verschiedentlich erklärt und in Proklamationen u. s. w. gegen sein Volk Bereitwilligkeit zugesichert hatte, die Staatseigenthums-Qualität der Domänen anzuerkennen und dagegen eine Civilliste zu vereinbaren, trat der konstituirende Landtag zusammen. Das Staatsministerium erwarb und erhielt sich während der Landtagsverhandlungen die allgemeine unbedingte Achtung und das volle Vertrauen des Landtags und des Landes. Den einzelnen Beschlüssen folgten rasch die Erklärungen und einzelne Differenzen wurden leicht und mit würdiger Nachgiebigkeit von beiden Seiten abgethan. So nahte das Verfassungswerk seinem Ende, mit dem Ende des Jahres 1848. Die Vereinbarung fehlte nur noch über wenige Punkte, auch sie würden aber ohne Zweifel friedliche Erledigung gefunden haben — aber es fehlte noch die Einigung über die Civilliste, für welche das Ministerium von vorn herein seine »Vermittlung" hätte anbieten können. Der Großherzog hatte an baarem Gelde 180,000 Thlr. verlangt, der Landtag dagegen eine Vereinbarung auf 100,000 Thlr. vorgeschlagen, wobei er von der Ansicht ausgegangen seyn mag, daß das Land ohnehin mit Lasten schwer betroffen werde, daß an der Hofhaltung Vieles zu ersparen sey und daß der im Budget jährlich wieder kehrende Anblik eines Ausgabepostens von 180,000 Thlr. der Monarchie selbst kein vortheilhafter seyn könne. Da erschien am 5. Januar 1849 eine Erklärung des Großherzogs, nur von ihm unterschrieben, in welcher er den Landtag, in Worten, wie sie lange nicht von einem Landtage gehört worden sind, in der Sprache des reinsten Absolutismus ab- und zurechtweiset. Mit Unmuth und Vorwürfen wird der Landtag beseitigt und an die Liebe des Volkes appellirt. Alles, was jemals mit dem Worte Domänen bezichnet worden ist, und vielleicht noch mehr, wird als fürstliches Familiengut wieder in Anspruch genommen und daraus eine Civilliste von 170,000 Thlr. beansprucht. Wir lassen hier die großherzogl. Erklärung im Auszug folgen: „Unser gutes Vertrauen ist getäuscht worden. Der versammelte Landtag hat die in bester Absicht zu Frieden, Eintracht und vereinter Heranbildung der erstrebten neuen Zustände dargereichte Hand zurückgestoßen. Er hat zudem Unsere im Laufe der Verfassungsarbeit so vielfach bewiesene thätige Beflissenheit und zutrauensvolle Nachgiebigkeit nicht erkannt, vielmehr ein Mißkennen der Grundbedingungen der von Uns angebahnten Vereinbarung und ein völliges Hinwegsehen über bestehendes Recht, richtiges Maß und versöhnende Form, namentlich auch durch die Verweigerung der von Uns im Interesse der Sache empfohlenen Behandlung der Civilliste und Domainenfrage zunächst in vertraulichen Berathungen, in einer solchen Weise an den Tag gelegt, daß Wir Uns, wenn gleich zu Unserm aufrichtigen und großen Leidwesen, doch mit voller Entschiedenheit in die Unmöglichkeit versetzt sehen, die Vereinbarung über die Domainen und die Civilliste auf dem vom Landtage durch seinen Beschluß vom 4. Dezbr. v. J. betretenen Weg weiter zu verfolgen. Es hat Unserm Herzen auf das Empfindlichste weh thun müssen, bei den gegenwärtigen Vertretern des Landes so wenig von denjenigen Gesinnungen wiederzufinden, durch deren Beweise Unser theures Volk Uns so oft und bis in die jüngste Vergangenheit mit beglückendem Stolze erfüllt hat, Gesinnungen, auf welche Wir doch nach dem vollen Maße Unserer eignen innigen Liebe fortwährend und unverändert gerechten Anspruch zu haben glaubten und noch glauben. Insbesondere hat es Uns schmerzlich berühren müssen, in den Gründen, auf welche der gedachte Landtagsbeschluß vom 4. Dezember gefaßt worden ist, ein so geringes Maß sorgfältiger Prüfung über die betreffenden geschichtlichen und rechtlichen Verhältnisse dieses Landes und Unseres Hauses, eine so überraschende Fülle gewagter und unerwiesener Behauptungen und einen so befremdenden Geist vieldeutiger Anspielung zu finden, um so mehr, als Berichtigung oder Widerspruch dagegen nicht erfolgt ist und es daher den Anschein gewinnen muß, es habe der Landtag alle jene Ansprüche sich zu eigen gemacht. Unser Unmuth darüber ist um so gerechter, als die öffentliche Meinung des Landes durch jene gänzliche Entstellung der Verhältnisse bei den ohnehin jetzt herrschenden Begriffen der rechtlichen und der leidenschaftlichen Gefühle nur allzuleicht von der geraden Bahn der rechtlichen und thatsächlichen Wahrheit ab- und irre geleitet und zu dem Wahn geführt werden könnte, das Land mache Uns eine Concession, statt daß Wir demselben einen Wunsch gewähren. Wir wollen indessen auf jene Gründe des mehrgedachten Beschlusses nicht weiter eingehen; vielmehr den Schleier des Vergessens darüber zu decken suchen, da Wir nicht annehmen können, es sey in dieselben mit Absicht die Unmöglichkeit Unserer Anerkennung und Zustimmung gelegt worden. Wir haben aber um so mehr Grund, mit unerschütterlicher Festigkeit auf der Wahrung Unserer Rechte zu beharren, als es Uns, wie jedem unbefangenen Auge, klar sein muß, daß die bewußte oder unbewußte Richtung der Volksführer und einzelner wahrer oder vermeinter Volksfreunde und vieler Irregeführter dahin zielt, die Fürsten und Regie-

ungen auf jede Weise ihrer Selbstständigkeit und ihres Ansehens zu berauben, um nach deren gänzlicher Entkräftung und endlicher Beseitigung einen Zustand allgemeiner Auflösung herbeizuführen, in welchem thatsächlich zuletzt nichts Anderes übrig bleiben kann, als die Willkür einiger Böswilligen über einer alsdann vielleicht vergeblich bereuenden Masse rechts- und schutzlos gewordener Guten. Denn wo ein Volk sich gewöhnt, das Recht und den Bestand der Dinge als kein Hinderniß zu betrachten, da wird es bald alles verachten, was einer Schranke ähnlich sieht. Nur Schwärmer können sich über eine solche Zukunft täuschen. Nur Schwärmer oder Böswillige können es seyn, welche die Republik für unsere Zeit und unsere Verhältnisse möglich und geeignet halten. Und dennoch wird und soll die Erniedrigung der Fürsten und Regierungen offenbar nur den Weg zu einer oder mehreren Republiken in Deutschland bahnen. Zu einer solchen unheilvollen Zukunft des Vaterlandes Unsere mitwirkende Hand zu leihen, sey es auch nur durch allmähliges Geschehenlassen, kann und wird Uns nimmermehr mit Unseren Pflichten vereinbar erscheinen. Wir würden Uns mit einer nie zu tilgenden Schuld beladen, könnten Wir an diesem klar erkannten Wendepunkte des allgemeinen Geschickes des großen deutschen Volks auch nur einen Augenblick Unsern Beruf verkennen. Wohl sind Wir willig und bereit, den im Fortgange der Zeit allgemeine und feste Geltung gewinnenden Ideen und Grundsätzen Unsere Anerkennung zu bethätigen, und haben solches durch den vorgelegten Entwurf des Staatsgrundgesetzes und noch ferner durch vielfaches Entgegenkommen auf die noch weiter gehenden Wünsche des Landes bereits hinlänglich beurkundet. Allein wenn stets mehr und mehr von Uns und Unserer Staatsregierung verlangt werden soll, wenn wir außerdem der neuen Gestaltung Deutschlands die wesentlichsten Souveränetätsrechte bereits zum Opfer bringen, und wahrscheinlich zu einem Zustande zurückkehren werden, welcher beschränkter ist, als derjenige der frühern Landeshoheit, so kann nicht von Uns erwartet werden, daß Wir in jede Entziehung und Schmälerung derjenigen Mittel Uns fügen, welche erforderlich sind, um den immer noch hohen Beruf, und die immer mehr und mehr erschwerte Stellung mit Würde und Erfolg aufrecht zu erhalten, welche vom Schicksal Uns zugetheilt worden ist. Wie geben Unserm Staats- und Kabinets-Ministerium auf, diese Unsere Erklärung an den Landtag zu bringen. August. v. Grün, (Sekretär.)

Der Eindruck, den dies Aktenstück seinem Inhalte nach, und noch mehr seiner Fassung nach, auf den Landtag machte, war in jeder Hinsicht ein sehr schmerzlicher. Das Schreiben wurde aber mit würdiger Haltung entgegengenommen, und nach einer halbstündigen Pause zur Tagesordnung übergegangen. Die Abgeordneten Thünen, Müller, Dannenberg, Bargmann und Wibel II. wurden in einen Ausschuß erwählt, um in Konferenzen mit dem Ministerium eine gütliche Vereinigung über die noch unerledigten Punkte wenn möglich „anzubahnen." Eine Lösung der Civillisten- und Domänenfrage wird aber wohl nur erst dann erfolgen, wenn das Land sich über seine Ansicht, auf welche der Großherzog gegen den Landtag appellirte, erklärt hat. Wir müssen im Interesse der Sache selbst und des Landes wünschen, daß diese Erklärungen der Provinzen bald und in zweideutiger Weise erfolgen. (Z. f. Nrddlschl.)

Preussen. †*† (Berlin, 9. Jan.) Gestern hat zur Vernehmung der Beamten der Nationalversammlung über verschiedene Vorgänge aus der Zeit nach dem 4. November auf dem Kammergericht ein Termin angestanden. Die Beamten erschienen jedoch nicht. Es scheint hiernach, als halte man das vorhandene in der Notorietät beruhende Material zur Begründung einer Anklage nicht für ausreichend, und als beabsichtige man, dasselbe aus den neben den in die Oeffentlichkeit gelangten Akten der Deputirten etwa vorgekommenen Privatäußerungen und Handlungen zu ergänzen.

Der Justizkommissär Streber ist aus dem Gefängniß, in das er nach seiner Verhaftung zunächst gebracht war, gestern nach Swinemünde abgeführt worden. Der ostensible Grund zu seiner Verhaftung ist, wie wir bereits mitgetheilt, allerdings kein politischer. Allein, wie uns bestimmt versichert wird, handelt es sich nur um Unterschlagung einer Summe von 25 Thlr., welche dem Verhafteten in einer frühern Stellung als Stadtrichter anvertraut gewesen seyn soll. Eine Verhaftung wegen so geringfügigen Betrages, zumal wenn, wie im vorliegenden Falle, der Angeschuldigte eine jene Summe bei weitem übersteigende Kaution darbietet, läßt freilich kaum einen Zweifel darüber, daß dieselbe weniger dem ungetreuen Stadtrichter als dem Gründer und Hauptleiter des Vereins für Volksrechte gelten soll.

Die Jung-Vinke'sche Duellangelegenheit hat gegen Herrn Jung einen wahren Sturm von Forderungen aller Art heraufbeschworen. Das in der Jung'schen Erklärung speziell angegriffene Junkerthum hat in den hier garnisonirenden Gardeoffizieren seine Rächer gefunden. Einer nach den Anderen will dem muthigen Demokraten an den Leib. Es versteht sich von selbst, daß der Mann, der gern bereit war, sein Leben gegen das des Herrn von Vinke zu setzen, den Einsatz, die ihm ein Gardelieutenant zu bieten vermag, zurückweisen muß. Andererseits hat der Angriff des Kammergerichts-Referendars v. Bülow auf den demokratischen Volksvertreter einen Studenten veranlaßt, den Handschuh aufzunehmen. —

In mehreren uns vorliegenden Programmen einzelner Wahlbezirke findet sich übereinstimmend die Forderung: »der zukünftigen Verfassung die Bestimmung hinzuzufügen, daß jeder Thronfolger nur kraft der Verfassung, und nachdem er sie beschworen, in den Besitz der Krone gelange.« Ein Rückblick auf die Thronbesteigung des Königs von Hannover — heißt es im Programm des 14. Bezirks — giebt den Beweis für die Nothwendigkeit dieses Grundsatzes. — Zur Leitung der demokratischen Wahlbewegung in der Hauptstadt und im Zusammenhange mit dem Central-Komité für Preussen hat sich ein Lokalkomité für volksthümliche Wahlen gebildet. Der Vorsitzende des Volksklubs, Professor Agathon Benary hat im Namen dieses Komités Ansprachen an die Wähler abgefaßt, deren Tendenz hauptsächlich dahin gerichtet ist, die Illusionen der Verfassung vom 5. Dezember zu zerstören. Der Artikel 105 (die Befugniß der Minister, auf ihre Verantwortlichkeit hin provisorische Gesetze zu erlassen) ist Gegenstand einer besonderen Ansprache. Den Harkost-Meuseldach'schen Flugblättern, den Seld'schen Bauernbriefen u. s. w. begegnet ein Blatt des Assessors Bergenroth. („Was hat der Landmann bei den bevorstehenden Wahlen zu thun?«). Er stellt den Harkort'schen Berechnungen über die Unkosten der Märzrevolution die auffallendsten Posten aus dem Bericht der Finanzkommission der Nationalversammlung treffend gegenüber. Trotz aller dieser Rührigkeit der beiden Hauptfraktionen ist der Ausgang der Wahlen hier in Berlin doch überaus zweifelhaft. Von jeder Seite geschieht natürlich das Mögliche, um sich den Sieg zu sichern. Während die Demokraten sich in die conservativen Bezirke überfiedeln, um dort ihren Einfluß geltend zu machen, versetzt man andererseits überwiegend demokratische Bezirke durch Verlegung einer angemessenen Truppenzahl in dieselben mit den erforderlichen royalistischen Zuthaten?

Man erwartet noch bis zum 15ten die Oktroyirung eines Strafgesetzes für die Presse und die Ausübung des Versammlungsrechts. Mit Eintritt der Rechtskraft dieses Gesetzes soll dann auch der Belagerungszustand aufgehoben werden.

(Köln, den 8. Januar.) In unserer Nachbarstadt Siegburg hat, nachdem die Herren Compes und Heister ihr Mandat als Deputirte für den Siegkreis bei der deutschen Nationalversammlung niedergelegt, eine neue Deputirtenwahl stattgefunden, und es wurden die Herren Justizrath Kyll von hier zum Deputirten und Referendar Pernbach von Siegburg als dessen Stellvertreter gewählt. Dem Vernehmen nach wird Kyll nicht nach Frankfurt gehen, sondern sein Stellvertreter. Dieser, ein junger Notariats-Kandidat, wird in der äussersten Linken seinen Platz einnehmen. (Frkft. J.)

Schleswig-Holstein. (Schleswig.) Die Räumung Alsens von Seiten der Dänen bestätigt sich. Man ist ungewiß, ob eine Note aus London oder der zunehmende Frost der Grund dazu gewesen ist. Aus dem Reichsministerium der auswärtigen Angelegenheiten ist unter dem 29. Dez. ein umfangreiches Aktenstück in Betreff der dänischen Machinationen seit dem Waffenstillstande von Malmö ergangen. — Nach Angabe eines Schleswig'schen Briefes in dem „Hamb. Korresp." will Dänemark, von der Anmaßung der Inkorporation, die bis dahin nach der Staatsweisheit der Dänen 1721 schon eingetreten war, abgehend, als Basis des Friedens Schleswig dergestalt eine Selbstständigkeit gewähren, daß dessen Bewohner nach Kopfzahl zu den dänischen Staatsschulden, zu den dänischen Armee-Etat und zur dänischen Civilliste, welche die dänischen Reichsstände bestimmen würden, indem über den Rest der Einkünfte aus dem Herzogthum Schleswig dessen Stände verfügen dürften. Dabei soll dieses sogenannte selbstständige Schleswig an der Eider durch eine Zollgränze von Holstein abgesperrt werden, wie es selbstständig ebenfalls seine Zollgränze an der Königsau behalten würde. Die „Börsenhalle" berichtet, daß am 4. d. M. in Folge der Nachricht, daß der Friede mit Dänemark auf der Grundlage einer scheinbaren Selbstständigkeit Schleswigs, also der Trennung von Holstein geschlossen werden solle, in Schleswig eine allgemeine Bürgerversammlung gehalten und in derselben eine sofort mit zahlreichen Unterschriften versehene Adresse an das deutsche Reichsministerium gegen ein solches Projekt beschlossen worden sey. Versammlungen zu demselben Zwecke stehen in den Landdistrikten bevor. (Brem. Wes. Z.)

Frankreich.

† (Paris, den 7. Januar.) [Wein-Emeute.] Gestern wurden starke Truppenabtheilungen nach den Batignollen und Bercy dirigirt, um die Weinhändler zur Ordnung zu zwingen, welche ihre Vorräthe nicht mehr von den Zoll- oder Domainen-Beamten durchsuchen lassen wollten. Die Morgenblätter bringen lange Details über jene Vorfälle. Aus ihnen geht hervor, daß die Ankunft der Truppen, der Anblick der Bajonette eine furchtbare Gährung hervorrief und die Erbitterung, statt zu beschwichtigen, sehr steigerte. Der Präfekt, der Prokurator der Republik, umgeben von seinen Substituten und dem Untersuchungsrichter, begaben sich an Ort und Stelle und fragten die erbitterte Bevölkerung, warum sie sich empören? Wir wollen kein Exercice (Recht des Zollbeamten, zu jeder Stunde in die Keller und sonstigen Privatgebäulichkeiten zu dringen) mehr dulden, weil es unmenschlich; sondern wir wollen die Weinsteuer per Abonnement (in Pausch und Bogen) bezahlen. Als der Präfekt und der Untersuchungsrichter ihnen bedeuteten, daß sie dafür nicht den Weg der Rebellion, sondern den Weg der Petition hätten einschlagen sollen, so rief die Menge: Wir haben schon zu oft petitionirt, aber niemals bekamen wir Antwort. Wir schlossen daher unsere Magazine und verweigerten die Inventarisirung unserer Vorräthe, bis unsere Anträge gehört wurden.

Der Prokurator stellte ihnen vor, daß die Weinsteuer die Hauptquelle der Pariser Gemeindeeinkünfte bilde, welche gerade jetzt mehr als jemals in Anspruch genommen würden und daß man sich wenigstens vorläufig noch der Ausübung des Exercice's unterwerfen solle. Die anderen Punkte sollten sofort gehörigen Orts geregelt werden. Zureden hilft, sagt das Sprüchwort und die Menge gestattete, daß die Steuer- oder Thorzollbeamten unter dem Schutz der Bajonette die Inventarisirung vornehmen durften. Aber viele Thüren mußten gesprengt werden, mancher Weinhändler war nicht zu Hause und arge Verletzungen des Eigenthums sind verübt worden, welche große Erbitterung nach sich ziehen werden. Die Truppen sind zwar gegen 6 Uhr Abends wieder heimgekehrt, ohne daß Blut geflossen wäre; aber eine unbeschreibliche Gährung herrscht vor den Barrieren unter den dortigen Kleinbürgern, deren Haupterwerbszweig der Weinbetrieb ist und deren Klagen das Ministerium früher oder später erhören muß, so sehr es sich auch bei der allgemeinen Finanznoth gegen jede Verringerung der Staatseinnahmen stemmen möge.

Die Gährung vor den Barrièren sollte von geschickten Parteiführern benutzt werden, um auch die Faubourgs aufzustacheln und eine allgemeine Bewegung hervorzurufen. Feingekleidete Emissäre begaben aus einem volkreichen Viertel in das andere, und stellten den Arbeitern vor, wie nöthig es sey, einen allgemeinen Zug zum Präsidentschaftshotel (Eliseé National) zu veranstalten, und Amnestie zu verlangen. Aber die demokratischen Organe (Peuple und Rep.) warnen vor diesen Verlockungen, welche sie als Schlingen darstellen, in denen man die demokratische Partei gern fangen möchte.

Italien.

(Neapel, 28. Dez.) Man redet jetzt frei und offen in Neapel darüber, daß Radetzky der Bundesgenosse Ferdinands geworden. Bekanntlich nannte sich König Ferdinand im März, im Giornale Costituz. del Regno (im Moniteur) einen »Re Cittadino und Soldato Italiano! Die Sicilianer verunglückten bekanntlich zu Paris mit ihrer französ. Anleihe: man sah sich zu Palermo genöthigt, eine Zwangsanleihe auszuschreiben und in wenigen Tagen sollen 1 Million Ducati eingegangen seyn. Ueberhaupt soll in Palermo ein sehr guter Geist herrschen: so sehr die Engländer zu Neapel in der Gunst gefallen, so sehr sind sie in Sicilien gestiegen; man glaubt in Sicilien allgemein, daß England die Insel nicht preisgeben, d. h. nicht aufgeben werde. (A. A. Z.)

Rußland.

Aus Rußland lauten die Nachrichten halb und halb kriegerisch. Die Ernennung des Kriegsministers Fürsten Tschernitschew zum Prä-

sidenten des Reichsraths und des Ministerkomite ist es nicht allein, das von den kriegerischen Gelüsten Zeugniß gibt. Man begegnet jetzt in russischen Zeitungen gar oft panslawistischen Bestrebungen, jede Gelegenheit wird vom Zaune gebrochen, um die Nothwendigkeit einer Einigung aller slawischen Stämme darzuthun; und mit besonderer Vorliebe wird hervorgehoben, daß die österreichische Trias, Windisch-Grätz, Radetzky und Jellacic, slawischen Ursprungs sind. Auch ist eine Annäherung an Frankreich zu bemerken und besonders wird der Kaiser Napoleon, so oft es sich nur thun läßt, in den Himmel gehoben. Sieht das nicht einer sich vorbereitenden Opposition gleich gegen eine etwaige österreichische oder preussische Hegemonie und gegen die deutsche Kaiserwahl überhaupt? (Bresl. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Bekanntmachung.

Im Orte Katzwang, königl. Landgerichts Schwabach, in welchem sich eine Pfarrei und Schule befindet und wohin noch mehrere auswärtige Orte gepfarrt sind, ist ein Oekonomiegut, worauf die reale Tafernwirthschafts- und Bäckereigerechtigkeit haftet, sammt den Wirthschafts- und Bauereiinventar zu verkaufen oder zu verpachten. Außer den im besten Baustande befindlichen Gebäuden enthält dasselbe noch 11 Tagw. 88 Dez. Aecker und Wiesen, und wurden außerdem noch 30 Tagw. 58 Dez. walzende Aecker und Wiesen, welche gleichfalls mit zum Verkauf ausgestellt werden, zugebaut.

Zum Verkaufe oder Verpachtung dieses Anwesens steht Termin auf

Donnerstag den 25. Januar 1849, Nachmittags 1 Uhr

im Orte Katzwang an, und werden Liebhaber hiezu eingeladen. Im Falle des Verkaufs, kann ein bedeutender Theil des Kaufschillings stehen bleiben, so wie überhaupt im Verkaufs-Termine die näheren Bedingungen bekannt gegeben werden.

Katzwang, den 20. Dez. 1848.

Freie christliche Gemeinde.

Freitag, den 12. Januar findet die Versammlung der Gemeinde im Saale des Röst'schen Kaffeehauses Abends 7½ Uhr statt.

Der Gottesdienst wird nächsten Sonntag um 10 Uhr Vormittag beginnen. Die Einlaßkarten sind in der Exped. der Mittelfränkischen Zeitung Nachmittag, aber nur von 4—6 Uhr zu haben. Es werden diejenigen Personen, welche Karten haben wollen, hiemit höflichst gebeten, nicht früher, oder später als die angegebene Zeit Karten zu holen, und auch keine Lehrlinge und Kinder zu schicken.

Der Vorstand.

Verkaufs-Anzeige.

Geschäftsveränderung wegen wird eine Wirthschaft, in welcher jährlich 6—7hundert Eimer Bier ausgeschenkt werden, was hinlänglich nachgewiesen werden kann, und deren Localitäten circa fl. 120- 130 Miethe tragen, mit einem Waldrecht von 3 Mäß Holz rc., und auf der auch der größte Theil des Kaufschillings stehen bleiben kann, jedoch ohne Unterhändler aus freier Hand verkauft.

Kaufsliebhaber, welche sich über ihre Zahlungsfähigkeit ausweisen können, belieben ihre Adresse unter Chiffre M. in der Exped. d. Bl. abzugeben.

Industrie- und Kultur-Verein.

Sonntag den 14. Januar

musikalische Unterhaltung.

Anfang vier Uhr

Lager

von

Bremer-, Hamburger und Havanna-Cigarren

von 16 fl. bis 150 fl. per mille,

amerikanischen Tabacken in Blättern, Rollen und geschnitten

bei

Johann Demler's Sohn, Gottlieb,

neben der Hauptwache.

Schießhaus St. Johannis.

Heute Sonnabend ist Metzelsuppe, wozu höflichst einladet

J. M. Kellermann.

Gasthaus St. Peter.

Sonntag den 14 Januar findet Tanzmusik statt, wozu ergebenst einladet

Kaiser

Prater.

Sonntag Nachmittag Produktion vom

Kleeblatt

mit verschiedenen Faschings-Scherzen und Vorträgen in Kostum; wozu ergebenst einladet

M Rupprecht.

Weidingers Bräuhaus in der Zirkelschmidsgasse.

Sonntag Abends spielt das Kleeblatt.

Stadt Erlangen (Müllersgarten.)

Heute Samstag den 13. Januar produzirt sich der Bauchredner und Bauchsänger Valentin Stigl, wozu ergebenst einladet

Lutzner.

Stahlfedern.

Da ich zum Erstenmal die hiesige Messe beziehe, erlaube ich mir, dem geehrten Publikum mein großes Lager Stahlfedern in 180 verschiedenen Sorten, welche fein gespitzt, nie spritzend oder ins Papier einschneidend sind, bestens zu empfehlen. Der Preis beginnt mit

12 Kreuzer

für 12 Dutzend (144 Stück) Stahlfederhalter von 3 kr. per Dutzend an. Proben werden gratis gegeben.

Jules Le Clerc,

Stahlfederfabrikant aus Hamburg und Berlin.

Meine Boutique ist **2te** Reihe linker Hand.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Samstag den 13. Januar

Große Vorstellung der drei Athleten

Abends 7 Uhr.

Auf mehrseitiges Verlangen der hiesigen Turngemeinde werden die Unterzeichneten die Ehre haben, eine große Vorstellung in 8 Abtheilungen zu geben, wozu die Herrn Turner höflichst eingeladen werden. Das Orchester ist gut besetzt Um gütigen Zuspruch bittet

Stretzenbach u. Compagnie.

Wiener Salon.

Samstag den 13. Januar

Musikalische Abendunterhaltung

der beliebten Steyerischen Sänger

Fischer & Nannerl.

Anfang 8 Uhr Abends.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Sonntag den 14 d. M.

Gesangs-Unterhaltung von Herrn Fischer.

Wobei nebst mehreren neuen Piecen die Lieder, „das war und das wär' eine köstliche Zeit,“ „die Landleut von Ehemals, die Landleut von Jetzt,“ und „der Bauer als Handochs“ vorgetragen werden. Zu zahlreichem Besuche ladet ergebenst ein

J Neubauer.

Zu vermiethen.

Am Albrecht-Dürer-Platz ist die zweite Etage eines Hauses, bestehend: in 3 heitzbaren und 1 unheitzbaren Zimmer nebst Garderobe, Kammer und 2 Küchen, Antheil am Waschhaus, Boden, Keller, Hof und Wasser, neu hergerichtet sogleich zu vermiethen. Näheres in S. Nr. 414 am Albrecht-Dürer-Platz.

Politischer Verein.

Heute Samstag, den 13. Januar Versammlung im Saale des Bamberger Hofes.

Ball im weißen Lamm

findet Sonntag den 14. d. Mts. mit Entree à Person 24 kr. statt, wozu ergebenst einladet

J M. Krieger.

Eintracht.

Montag den 15. d. Produktion im Lokale des Bamberger Hofes.

Der Vorstand

(Anzeige.) Wegen der schon am 24 Januar stattfindenden Vertheilung der Prämien, wollen die Herren Interessen bei den Agenten ihre Actien gegen andere zeitlich auswechseln.

Prämien liegen auch zum Empfang und Einsicht bereit vor.

Die Direktion zur Hebung des Handels in Hamburg.

Berichtigung.

Es wird hiemit berichtigt, daß der H...r, in Nr 9 d. Bl. als Wundarzt unterzeichnet, nicht Wundarzt, sondern nur approbirter Bader ist.

Nürnberg, den 10. Januar 1849.

Mehrere Wundärzte hieselbst.

Anzeige.

Die rühmlich anerkannten

Hüneraugen-Pflästerchen

der Gebrüder Lentner sind in nachstehenden Handlungen: in Nürnberg bei Friedrich Bauer am weißen Thurm und Wilhelm Dieterich am Hengäßchen, in Schwabach bei G. M. Friedlein, und in Ansbach bei Ad. D. Schlichting einzeln zu 6 kr., im Dutzend 1 fl sammt gehörige Gebrauchsanweisung zu haben.

Masken-Ball im Bamberger Hof.

Einem geehrten Publikum zeige ich an, daß Sonntag den 14. d. der erste Masken-Ball stattfindet, mit dem Entree für Herren 24 kr, Damen 12 kr. Zum gefälligen Besuch empfiehlt sich

Fuchs.

Zur Nachricht.

Meinen werthen Freunden diene zur Nachricht, daß mein Kränzchen kommenden Sonnabend den 13. Januar im Paradies stattfindet.

Jean Bäumler, Musiker.

(Anzeige.) Bei Buchbinder Wagner am Markt sind die „deutschen Grundrechte“ um 2 kr. pr Exemplar zu haben

Verkauf

von feinst ausländischen Flachs in Partien und im Kleinen billigst bei

J. L. Mühling,
Karlsstrasse Nr. 157.

(Gesuch.) Alte Walzen zu Drahtwalzen, mit oder ohne Dessin, ohngefähr 1½ Zoll lang, und 1½ bis 2 Zoll stark werden in L. Nro. 125 an der Fleischbrücke billig zu kaufen gesucht

(Gesuch) Zur Frankfurter Ober-Postamts-Zeitung mit Börsenbericht rc, Unterhaltungs-Blatt werden Mitleser gesucht.

(Gesuch.) Bürgerrechtsholz aus der Revier Buckenhof, Dormitz und Kalchreuth wird zu kaufen gesucht L. Nro 525.

(Gesuch.) Man wünscht eine Magd, die kochen kann und sich auch allen andern häuslichen Geschäften unterzieht, bis Ziel in Dienste zu nehmen.

(Gesuch.) Zum Korrespondenten und Anzeigblatt werden Mitleser gesucht. Winklerstrasse S. Nro. 72.

(Gesuch.) Eine solide Person in gesetztem Alter, welche schon mehrere Jahre in Gastwirthschaften als Köchin gedient hat, so wie auch mit dem Tranchiren gut umzugehen weiß und sich mit guten Zeugnissen auszuweisen vermag, wünscht bei einer soliden Herrschaft als Köchin oder als Haushälterin bis Ziel Lichtmeß unterzukommen.

(Gesuch) Eine Magd, die Hausmannskost gut kochen kann wird sogleich in Dienst zu nehmen gesucht.

(Gesuch) Ein junger Mann wünscht durch Briefschreiben, Rechnungen zu fertigen oder in sonstigen Schreibereien Verdienst zu erhalten, sowohl im als außer dem Hause Näheres L. Nr 932 an der Sterngasse im 3. Stock

(Gesuch) Für ein gebildetes, junges Frauenzimmer, das von mehreren der achtbarsten Familien die besten Zeugnisse aufzuweisen vermag, sucht man eine Unterkunft als Ladenjungfer oder sonst eine anständige Stellung. Näheres S. No. 76.

(Gesuch.) Eine ordentliche Person, die im Kochen und häuslicher Arbeit wohl erfahren ist, sucht einen Dienst. S Nr. 475 Obereschmidgasse.

(Lehrling-Gesuch) Zur Erlernung der Conditorei wird ein junger Mensch sogleich gesucht.

(Gesuch) In der Nähe der Frauenkirche werden einige Mitleser zur Mittelfränkischen Zeitung gesucht.

(Zu vermiethen) An einen soliden H..rrn ist täglich ein Zimmer mit Bett zu vermiethen. Nr 35 Nonnengäßchen.

Theater in Fürth.

Sonnabend den 13 Januar Zum Erstenmale. „Die Zigeunerin.“ Große Oper in 3 Akten. Musik von Balfe.

Nach der Vorstellung geht ein Eisenbahnzug nach Nürnberg zurück.

Berichtigung.

In der 1. „Anzeige und Empfehlung“ auf der letzten Seite unserer gestrigen Zeitung ist der Name Kleindienst ohne e hinten, also Kleindinst zu lesen.

Freiblatt

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 14. Januar 1849. № 14. Sonntag: Felix.

Deutschland.

Bayern. †*† (München, 11. Jan.) Große Erbitterung unter den Bessergesinnten erregt die Stellung, welche Hr. v. Abel hier einnimmt. Seine häufigen Besprechungen mit dem König haben nunmehr eine Bedeutung auch dadurch erhalten, daß man ihn, wie den früheren Minister, Hrn. v. Giese, zu einer Ministerkonferenz zog, die im Ministerium des Auswärtigen stattfand. Betrifft dieselbe nur Bayerns Stellung nach außen (hierunter müssen wir leider auch Deutschland verstehen) so wollen wir Hrn. v. Abels staatsmännischem Talente recht gerne Gerechtigkeit wiederfahren lassen und wir wollen hoffen, er werde seine diplomatische Fähigkeit zu unserem wahren Nutzen verwenden. In unseren innern Angelegenheiten wollen wir aber seine Thätigkeit für immer entbehren; denn seine Prinzipien sind uns noch in zu gutem Gedächtnisse. Möchte unsere Regierung ihm nicht zu viel Einfluß einräumen, und daß sie dies leider thut und sich damit wahrscheinlich eine Grube gräbt, beweisen die Vorbereitungen, die die Regierung zu einem Kampf auf Leben und Tod mit der Kammer trifft. Gott allein weiß übrigens, wie lange die Dinge so fortdauern; denn nach den Erklärungen und Ansichten unserer erfahrensten Generale steht ein Krieg im Frühjahr nicht zu vermeiden. Dies scheint auch die Ansicht unseres Kriegsministeriums, da es die Anfertigung von 30,000 neuen Gewehren und die Perkussionirung von ebensovielen ältern angeordnet hat. (Eine Ausgabe von beinahe 1,000,000 fl.)

(Aus Bayern.) Die jetzige Biertaxe in Bayern verdient gewiß baldige Minderung; denn 1 bayr. Scheffel Gerste kostet jetzt nicht mehr als 6—7 fl., 6 Scheffel Gerste daher circa 40 fl., Hopfen (der alte, welcher gewöhnlich jetzt genommen wird, hat gar keinen Werth) der neue kostet kaum 18 kr.; daher 30 Pfd. circa 9 fl.; der drückende bayr. Malzaufschlag ist bekannt, und macht a Scheffel 5 fl. wieder 30 fl. — in Summa Summarum 79 fl.; denn das Holz zum Dörren und Bräuen wird durch die Trebern, die Mühe, die Unkosten für Schroten, auf Darr u. s. w. recht gut und gerne durch das Nachbier sog. Hänsle gedeckt. Aus 6 Scheffel Malz können 36 Eimer, ja noch mehr, ganz gutes gesundes und starkes Winterbier erzeugt werden, diese 36 Eimer kosten davon 79 fl. und es kommt daher die Maas auf nicht ganz 2 kr. 1 pf., die Taxe ist aber 4 kr. 2 pf. (Dfz.)

Freie Städte. (Frankfurt, 10. Jan.) Wie wir hören, hat der Reichshandelsminister Duckwitz in einer Unterredung mit dem Präsidenten des allgemeinen deutschen Vereins zum Schutze der vaterländischen Arbeit, dem Fürsten Felix zu Hohenlohe-Oehringen, sich dahin ausgesprochen, daß bei Berathung der Zollangelegenheiten die Stimme des Ausschusses genannten Vereins gehört werden soll. — Der deutsche Gewerbestand wird in dieser Zusage des Reichshandelsministers ein Zeichen erkennen, daß derselbe bereit ist, seinen gerechten Ansprüchen Rechnung zu tragen, und hierin eine weitere Veranlassung finden, seine Wünsche und Ansichten bald an das von ihm bestellte Organ zu bringen, damit sie rechtzeitig in die Wagschaale fallen, ohne daß das Reichshandelsministerium mit nutzlosen Wiederholungen belästigt wird. Ueber die beliebte Art der Einvernehmen des Ausschusses später ein Weiteres. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 11. Januar.) Im heutigen Amtsblatt wird für Stadt und Gebiet der freien Stadt Frankfurt im Auftrag des hohen Senats das Reichsgesetz, betreffend die Grundrechte des deutschen Volkes, zur Nachachtung bekannt gemacht. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 11. Januar 1 Uhr Nachmittags.) Die heutige in der zweckmäßig und schön eingerichteten Paulskirche stattgefundene Sitzung der deutschen Nationalversammlung begann mit der Verlesung zweier Interpellationen der Abgeordneten Simon von Trier und Ziegert aus Preussisch-Minden an das Reichsministerium der Justiz, die Ausnahmezustände in Preussen und die Entschädigung der westphälischen Staatsgläubiger betreffend. Zur Tagesordnung übergehend, wurde der Ausschußbericht über das Ministerialprogramm, die österreichische Frage betreffend, in Berathung genommen. Zuerst ergriff der Berichterstatter des Ausschusses, Abgeordneter Venedey das Wort und nach ihm der Präsident des Reichsministerium Hr. v. Gagern, welcher Letztere für den Antrag der Minorität, »die Nationalversammlung wolle dem Reichsministerium die in der Vorlage vom 18. Dez. 1848, modifizirt durch das Schreiben vom 5. Jan. 1849, erbetene Ermächtigung ertheilen" sich erklärt. Den Antragen der Majorität, weil eine zu beschränkte Autorisation enthaltend, tritt das Reichsministerium entschieden entgegen. Die folgenden Redner, welche bis jetzt gesprochen haben, sind: Arneth aus Wien, Ziegert aus preussisch Minden, Wagner aus Steiermark, Jordan aus Berlin. Es haben sich nicht weniger als 94 Redner zur Theilnahme an der Debatte einschreiben lassen. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, 10. Jan.) Der Bericht des österreichischen Ausschusses beginnt mit der Behauptung: „Die habsburgische Politik war im Wesentlichen von Anfang an und bis in die neueste Zeit eine Hauspolitik wenn das Interesse der österreich. Dynastie auch oft mit den Bedürfnissen Deutschland's Hand in Hand gehen konnte. Es gereicht das nicht der österreich. Dynastie zum besondern Vorwurfe, denn sie handelte nur wie alle Dynastien handeln, die nicht durch Gesetze und Institutionen gebunden sind, das Interesse der Dynastie nur im Interesse der Nation zu suchen," und sucht diese Behauptung durch das Benehmen in und nach den Franzosenkriegen zu erweisen. Der Bericht bespricht dann die Nebenbuhlerschaft Preußens mit Oesterreich und fährt dann wörtlich fort:

Während Oesterreich den Staatenbund aufrecht erhielt, während Preußen neben dem deutschen Staatenbunde eine neue preußisch deutsche Einheit einzuleiten suchte, entwickelte sich im Volke immer mehr der Gedanke, daß das ganze Deutschland — einen Staat bilden müsse, und von dem Liede E. M. Arndt's, des Kampfgenossen Stein's, bis zu dem Spruche des Erzherzogs Johann zieht sich ein immer höher wachsendes Bewußtseyn des deutschen Volks hindurch, daß Deutschland endlich dennoch „trotz alledem und alledem" ein einiges Deutschland werden müsse.

Die Märzrevolution gab diesem Bewußtseyn das Losungswort: „Ein deutsches Parlament!" Der Bundestag selbst sah sich genöthigt, auf diese Idee mit einzugehen. Das Vorparlament und der Fünfzigerausschuß verwirklichten dieselbe in der deutschen verfassunggebenden Reichsversammlung. Die Regierungen fügten sich: sie erkannten für Recht, was das Vorparlament ausgesprochen hatte, und vollzogen die Beschlüsse des Fünzigerausschusses. Die Wahlen zum verfassunggebenden Reichstage wurden überall ausgeschrieben. So trat der verfassunggebende Reichstag zusammen, und so wurde sein Beruf, eine einige Verfassung für Deutschland zu schaffen, zu einem wohlerworbenen Rechte der deutschen Nation; einem Rechte, einem neuen Staatsvertrage, den die Nation mit ihren Fürsten abschloß, als sie vor den Thronen stehen blieb, weil die Fürsten damals factisch erklärten, daß sie den Bedürfnissen der Zeit, den Forderungen des Volkes nachgehen würden. Dieser neue Vertrag ist nicht niedergeschrieben, aber er steht im Herzen der Nation. Und wer ihn brechen wollte, würde das vom Volke bewiesene Vertrauen mißbrauchen und dafür dereinst so schwer büßen, wie heute Louis Philipp, der auch Jahre lang hohnlächelnd von dem „program de l'hôtel de ville" sprechen konnte, bis zuletzt das Volk ihn mit Schimpf und Schande heimschickte.

Die erste, die Hauptforderung ist in dem deutschen Parlamente verwirklicht. Die nächste war die Auflösung des Bundestags und die Schöpfung einer neuen Reichs-Centralgewalt. In dieser Centralgewalt ist der deutsche Staat zur Thatsache geworden. Wenn auch diese Centralgewalt, wie sie heute besteht, nur provisorisch ist, so liegt das Provisorische nur in den Attributen, in der neuen Macht und der Vollziehungsgewalt, als solcher. Die Auflösung des Bundestags war aber nicht provisorisch, sondern definitiv, und somit ist auch die Einsetzung einer neuen einheitlichen Centralgewalt die Verwirklichung des einheitlichen Staates, wenn auch vorerst nur in provisorischer Form. Es ist daher nicht richtig, wenn das Ministerium noch heute von dem „zu errichtenden Bundesstaate" spricht, denn dieser Bundesstaat war errichtet von dem Tage an, wo neben das verfassunggebende einheitliche Parlament eine einheitliche Vollziehungsgewalt für ganz Deutschland an die Stelle des vielköpfigen Undings, genannt „Bundestag" trat. Der Herr Minister v. Schwarzenberg hat daher ganz Recht, wenn er Ausdruck: »eines zu errichtenden Bundesstaates« in seiner Note vom 28. Dezember zurückzuweisen scheint, denn, wie gesagt, dieser Bundesstaat ist nicht mehr „zu errichten," sondern er ist errichtet, ebenso gut wie das Haus errichtet ist, wenn es in seinen Grundfesten und in seinem Mauerwerke dasteht, ob auch nur ein Schutzdach es decke, und ob auch die inneren Gemächer noch ihrer besonderen Bestimmung und Einrichtung entgegensehen.

Alle deutschen Regierungen haben sich an dieser Herstellung des deutschen Einheitsstaates betheiligt, aber nicht alle mit derselben Liebe zur Sache, sehr viele mit derselben, oft nur schwer zu verbergenden Abneigung. Sie sträubten sich gegen einzelne Verfügungen, suchten sie zu umgehen, und entschuldigten diese Versuche auf mehr oder minder geschickte Weise, so oft die Reichsversammlung und die Centralgewalt ihnen direkt den Weg vertraten. In der neuesten Zeit aber ist dies anders geworden. Die letzten Ereignisse in Wien sind der Wendepunkt gewesen, und zwar nicht nur für Oesterreich, sondern auch für die meisten übrigen deutschen Staaten — oder besser Dynastien. Es ist nicht unsere Absicht, hier einen Rückblick auf die Möglichkeit zu werfen, ob die deutsche Sache in Wien durch zeitiges und nachdrückliches Eingreifen für Oesterreich hätte gekräftigt werden können; aber es ist gewiß, daß die Sieger von Wien am Tage nach dem Siege — einen Abgeordneten der deutschen Reichsversammlung gegen Reichgesetz und Menschenrecht erschießen ließen. Das hieß Deutschland gegenüber: Bis dahin und nicht weiter!

Von da an trat der Widerstand gegen die Reichsversammlung, gegen die Reichscentralgewalt, gegen den jungen Einheitsstaat in Deutschland nicht nur in Wien, sondern fast überall, wo man ihm bisher unwillig gehorcht hatte, mehr oder weniger offen an den Tag. Noch am 11. Oktober erklärte der österreichische Bevollmächtigte in Frankfurt, in Antwort auf eine Anfrage des Reichsjustizministeriums, daß die Nr. 1 bis 3 des Reichsgesetzblattes „sogleich an die Provinzialregierungen der österreichischen Bundesländer zur schleunigen Vertheilung an die betreffenden Behörden versandt worden seyen, und in Zukunft versandt werden sollen," — er setzt hinzu: »daß die amtliche Veröffentlichung durch die Provinzialzeitungen" — (d. h. die in Oesterreich gesetzlich für Gesetzpublikationen bestimmten Organe) „unverzüglich erfolgen werde."

Vierzehn Tage später fiel Wien, und von Stunde an änderte sich die Stimmung und auch der Ton der österreichischen Regierung.

Die verwickelten Verhältnisse in Oesterreich sind die Ursache, daß die Reibungen zwischen der Centralgewalt und der neuen österreichischen Regierung jetzt sehr bald härter und verletzender wurden, als anderswo. Die ungesetzliche Tödtung eines Abgeordneten der Reichsversammlung führte zu dem Erlasse der Reichsversammlung, durch den sie die Thäter zur Rechenschaft ziehen zu wollen beschloß.

Es erklärt sich nur zu leicht, wenn die österreichische Regierung in dieser Beziehung die Einmischung der Centralgewalt zu vereiteln, und ihre Kommissare abzuweisen suchte. An der Centralgewalt aber ist es, auch hier ihren Stand zu behaupten. Die österreichische Re-

gierung aber, in der jetzt die undeutsche Tendenz vorherrschend wurde, ging von nun an in ihrem Widerstande gegen Deutschland und sein Verfassungswerk von Tag zu Tag weiter.

Schon am 27. November trat der Ministerpräsident vor dem Reichstage in Kremsier mit einem allgemeinen Programm auf, in dem er sich dahin aussprach, daß die Aufrechthaltung der österr. Gesammtmonarchie der Gegenstand seiner Bestrebungen seyn werde. In Bezug auf das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland heißt es dann weiter in diesem Programm: „Nicht in dem Zerreißen der Monarchie liegt die Größe, nicht in ihrer Schwächung die Kräftigung Deutschland's. Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches, wie ein europäisches Bedürfniß." Es ist dies unverkennbar eine Antwort auf die §§. 2 und 3 der deutschen Reichsverfassung wie sie aus der ersten Lesung hervorgegangen sind. Doch davon später. Der österr. Minister fährt fort und sagt: „Erst wenn das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt ist, wird es möglich seyn, ihre gegenseitige Beziehung staatlich zu bestimmen. Bis dahin wird Oesterreich fortfahren, seine Bundespflichten treulich zu erfüllen." Ein Schreiben des österreichischen Ministerpräsidenten an den Baron von Menßhengen vom 28. November spricht sich vollkommen in demselben Sinne aus: „Was das künftige staatliche Verhältniß zu Deutschland anbelangt," so erklärte das österreich. Ministerium „der Entwickelung der beiderseitigen Zustände in keiner Weise vorgreifen zu wollen." Es ist klar, daß hiernach das österr. Ministerium vor Allem die staatliche Reorganisation Oesterreich's im Auge hat, und die staatliche Verbindung der deutsch-österreichischen Lande mit dem neuen deutschen Bundesstaate so weit als möglich hinausschieben wollte. Das war die Stellung, die die österreichische Regierung einzunehmen suchte; der deutsche Bundesstaat, der in Frankfurt entstanden war, an dem Oesterreich's Abgeordnete mit arbeiteten, dessen Ministerpräsident ein Oesterreicher war, und dem ein österreichischer Fürst vorstand, — wurde jetzt als etwas zukünftiges bezeichnet.

Es ist unzweifelhaft, daß die deutsche Reichsversammlung und die deutsche Centralgewalt diese Zumuthung nicht annehmen konnten. (Frkf. J.)

An einer spätern Stelle sagt der Bericht: Durch die neue Note des österr. Ministeriums ist die Sachlage nicht anders, wohl aber viel klarer geworden. Das österr. Ministerium sagt mit allem Fug und Recht, daß es nirgend ausgesprochen, nicht in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat eintreten zu wollen; es hat dies in Wahrheit nirgends gethan; es behält jedoch ausdrücklich die Regelung der deutschen Verhältnisse einer weiteren Vereinbarung vor. Das ist die Doppelstellung: Oesterreich will und darf, um seiner selbst willen, nicht aus Deutschland ausscheiden, sich nicht von Deutschland lostrennen; aber es will zusehen, und nachher vereinbaren; und es scheint zu hoffen, später, wenn es mit Ungarn und Italien im Reinen ist, auch in Deutschland auf dem Wege der Vereinbarung die Rückführung Deutschland's auf den alten Staatenbund wie er vor der Märzrevolution bestanden, durchzusetzen.

Hohenzollern-Sigmaringen. (Sigmaringen, 9. Januar.) Der Fürst befindet sich noch fortwährend in Berlin, und in der Mediatisirungsfrage verdrängt ein Gerücht das andere; das einzige scheint festzustehen, daß der Fürst entschlossen ist, die Regierung nicht mehr zu behalten. (Schw. M.)

Oesterreich. (Wien, 9. Januar. Abends 4½ Uhr.) Das neueste (dreizehnte) Armeebulletin, welches noch heute erscheinen wird, enthält die Nachricht von einem vollständigen Siege bei Pancsowa über die Magyaren durch General Mayrhofer mit den serbisch-slavonischen Truppen erfochten. In Oberungarn beabsichtigten die Magyaren einen Ueberfall auf Eperies, der aber vereitelt wurde. Kossuth soll von Beamten und Bauern des Fürsten Bretzenheim festgenommen worden seyn. (A. A. Z.)

(Kremsier, den 8. Januar.) Die drohenden Wolken sind, ohne einzuschlagen, über uns hinweggezogen. Das Ministerium hat für seine Erklärung von der Kammer einen Protest erhalten (Sie kennen ihn bereits), der jedoch kein Mißtrauensvotum seyn soll; es hat erklärt, es habe es mit seiner Erklärung so übel nicht gemeint, und die von vielen Seiten befürchtete Auflösung der Kammer ist nicht erfolgt. Der unliebsame §. 1 wird wohl vorderhand von seinem stolzen Platze an der Spitze des Ganzen hinweg an eine andere Stelle der Grundrechte gewiesen werden, und ob er alsdann je wieder zur Sprache kommt, das wissen die olympischen Götter. (A. A. Z.)

Oldenburg. (Oldenburg, 7. Jan.) Heute Abend versammeln sich die Wahlmänner der Hauptstadt, um über die Schritte zu berathen, welche im Betreff des gestern veröffentlichten Erlasses des Großherzogs an die Landtagsversammlung von sämmtlichen Wahlmännern des Landes zu thun seyn möchten. Es ist kaum zu zweifeln, daß das ganze Land, durch seine Wahlmänner vertreten, ganz abgesehen von allen einzelnen Vereinen und Klubs — die Sache der so hart angegriffenen Vertreter des Volks zu der seinigen machen wird. Was den Landtag selbst betrifft, so sind seine Mitglieder übereingekommen, sich jeder Agitation zu enthalten, und lediglich die Sache selber wirken zu lassen. Sie dürfen dies thun, denn sie haben die nüchterne und besonnene aber charakterfeste und ausdauernd zähe Bevölkerung des Landes hinter sich. In kurzer Zeit wird sich's entscheiden, ob der Großherzog mit seinem gutmüthigen, wenn auch hie und da absolutistischer Eigenwilligkeit nicht abholden Naturell im Stande ist, die in ganz Deutschland anomale, isolirte Stellung zu behaupten, welche er jetzt seinem Volke und seinem Ministerium gegenüber einnimmt. An eine Auflösung des Landtages ist nicht zu denken. Denn 1) braucht der Fürst Geld und 2) würde selbst dies unverantwortliche Ministerium um keinen Preis zu bewegen seyn, eine solche Botschaft dem Landtage zu überbringen, und — dies kann ich Sie versichern — der Großherzog würde im ganzen Lande kein Ministerium finden, das zu einem solchen Wagstückchen die Hand oder auch nur den kleinen Finger böte. Wenn man übrigens die Persönlichkeiten dieses Landtags darauf ansieht, daß sie meist ältere Männer, dem Grundbesitzer und Beamtenstande angehörig, in dem Großh. Erlasse als »Schwärmer (!), Wühler«, Begünstiger republikanischer Tendenzen ꝛc. bezeichnet werden, so gewinnen solche Bezeichnungen einen wahrhaft komischen Anstrich. »Schwärmer unter Oldenburgischen Bauern und Beamten!« ist schon zu einer Art von Witzwort geworden. Indessen ist die Sache doch ernsthaft genug, und wenn auch ohne Reichstruppen, möchte es doch wohl nicht ohne einen Reichskommissär abgehen. (Z. f. N.)

Preussen. (Berlin, 9. Jan.) Sehr komisch nimmt sich fortwährend die edle Entrüstung aus, mit welcher die beiden äußersten Parteien die Wahlumtriebe der Gegner brandmarken, während sie die der eigenen Partei mit dem Mantel der christlichen Liebe bedecken. Die konservative Partei wird indessen die ganze Fülle ihrer »bedenklosen Unsittlichkeit" erst am 21. d. entwickeln. An diesem Tage, also am Tage der Wahl der Wahlmänner, soll nämlich in vielen Kreisen der Mark und Pommerns das Krönungsfest, das bisher nur im Berliner Schlosse gefeiert wurde, als Volksfest behandelt und ausgebeutet werden, und es ist in der That zu befürchten, daß viele Gutsbesitzer sich verleiten lassen werden, an diesem Tage, wie an einigen folgenden, Wagen und Pferde dazu herzugeben, um unbemittelte Urwähler, nebst mehreren Tonnen Bier an die Versammlungsorte zu befördern. Die Gegenpartei gibt sich natürlich Mühe, der Entsittlichung entgegenzuarbeiten, welche ein so gewissenloses Verfahren zur Folge haben müßte, wenn es nicht glücklicherweise noch wahre Freunde des Volkes gäbe. Zu diesem Behufe hat sie unter Anderem ein Flugblatt in Pommern zu verbreiten versucht, in welchem sie »im Namen des Königs" erklärt, es sey freilich bisher noch nicht möglich gewesen, jedem Landmanne fünf Morgen Landes zuzuweisen, weil Wrangel und Konsorten den König bis jetzt gezwungen hätten, von diesem Vorhaben abzustehen, es sey aber nach wie vor der sehnlichste Wunsch des Königs, seinen treuen Pommern diese Wohlthat zu gewähren, und wenn die Wähler nur fest blieben und die alten Deputirten wieder wählten, so würde sich die Angelegenheit schon noch in Ordnung bringen lassen. Dieses Flugblatt ist in diesen Tagen dem Ministerium als Probe der neuesten literarisch-politischen Thätigkeit Pommerns eingesendet worden. Da die in den letzten Wochen begonnenen Voruntersuchungen wegen politischer Vergehen zum Theil beendigt sind, so erfolgen jetzt fast täglich Verurtheilungen, bis jetzt hauptsächlich, wegen des Tumults am 31. Oktober. Doch werden auch in diesem Falle, wie gewöhnlich nur die untergeordneten Werkzeuge bestraft, während es den eigentlichen Urhebern gelingt, sich in den Hintergrund der Straflosigkeit zurückzuziehen. Denn auch Vater Karbe, der freilich einer Verurtheilung nicht entgehen dürfte, ist doch nur als ein untergeordnetes Werkzug zu betrachten. — Einer unserer zahlreichen Wahlkandidaten soll unter den stimmfähigen Arbeitern umher gehen und ihnen erzählen, er werde im nächsten Frühjahr eine große Fabrik gründen, in welcher tausend Arbeiter Beschäftigung finden und ungefähr dreimal so viel Lohn erhalten würden, als andere Fabrikanten zahlen. Wer dem Erzähler seine Stimme gibt, hat natürlich die ersten Ansprüche auf eine dieser glänzenden Anstellungen. — Man muß gestehen, daß unter dem Ministerium Manteuffel (Ministerium Brandenburg sagt man kaum mehr) so Manches zu Stande kommt, was bisher unmöglich schien. So stieß unter Anderem, der schon so lange besprochene und eifrig betriebene Plan, eine Creditanstalt für die Berliner Hausbesitzer zu gründen, bisher auf unübersteigliche Schwierigkeiten. Diese sind nun plötzlich beseitigt, und man versichert, daß die Anstalt in sehr kurzer Zeit gegründet seyn wird. (Leipz. Z.)

†*† (Berlin, 10. Januar.) Wie zweifelhaft hier das Ergebniß der Wahlen bis jetzt noch ist, zeigt der Umstand, daß jede Partei den Sieg der gegnerischen als sicher verkündet. Die demokratische Partei beklagt sich über den Mangel an Geldmitteln. In einer vertraulichen Konferenz dagegen, welche die Leiter und Agenten der Wahlbestrebungen des Vereins zum Schutz des Grundbesitzes und der mit diesen in Ansehung der Wahlen verbundenen Genossenschaften abhielten, mußte man das Geständniß vernehmen: „das Komitee habe die Ueberzeugung gewonnen, daß der Besitz der größeren Geldmittel das Einzige sey, was der Partei die Hoffnung gebe, bei den Wahlen den Boden behaupten zu können, welchen die früheren Bemühungen und die Macht der Ereignisse ihr erstritten hätten; nur die bereitwilligste Hingebung sey daher im Stande, ein Resultat zu sichern." Alles, was mit Hülfe dieser überlegenen Geldmittel zu unternehmen ist, wird in der That auch versucht. Der Zweck heiligt das Mittel. Um die Bestrebungen des „Komitees für volksthümliche Wahlen im preussischen Staate" zu neutralisiren, hat jene Partei „demokratische Briefe" drucken lassen, die sie mit der Unterschrift dieses Komitees versieht. Um sich der Strafe der Fälschung zu entziehen, hat man das »im preussischen Staate" in ein „im preussischen Lande" verändert. Der Zweck dieser Briefe geht dahin, die Wähler auf dem Lande glauben zu machen, die demokratische Partei wolle künftig im Interesse der städtischen Bevölkerung auf die Gesetzgebung influiren, und zu dem Ende das Landvolk höher besteuern. Unter der Firma eines „Vereins zur Wahrung der Interessen der Provinzen" verbreitet man ein Flugblatt »Enthüllung der Wahloperationen der Demokratie." Als deren nächstes Ziel ist natürlich „Republik mit Guillotine" hingestellt. Alle Lügenmärchen der jüngsten Vergangenheit, die Ermordung unserer Söhne und Brüder,« wie sie von den Berliner Demokraten gegen die eingerückten Truppen projektirt war, die beabsichtigte Ausrufung der Republik und Waldeck's zu ihrem Präsidenten, ein Brief, durch welchen Waldeck selbst dies dem Redakteur der Allgemeinen Oder-Zeitung am 11. November anzeigt, und vieles Aehnliches wird in allen Formen und Fassungen über Stadt und Land verbreitet. —

Herr Harkort benutzt, um einen desto sicheren Einfluß auf die Wahlen zu üben, die durch die Nationalversammlung veranlaßte Dauer seines Aufenthalts in Berlin dazu, an den hiesigen Wahlen als Wähler Theil zu nehmen. Ein von ihm verfaßtes Programm hat sehr zahlreiche Unterschriften gefunden, besonders in den Kreisen der Geld- und Beamten-Aristokratie. Wir finden darunter die namhaftesten Fabrikanten und Banquiers, hohe Staatsbeamte und dergleichen. Unter anderem gehört auch der Generalpostmeister v. Schaper zu den Unterzeichnern des Harkort'schen Wahlprogramms. Weniger Anklang findet das Programm des Centrencomités, von den früheren Abgeordneten Duncker, Haase und Anderen ausgehend. Dem Vernehmen nach beabsichtigt diese Vereinigung, auf die Wahl des Herrn v. Unruh durch die Wähler der Hauptstadt hinzuwirken. — Zu den Harkort'schen Kandidaten gehört unter Anderem auch der Professor Trendelenburg. Für diesen wird auch in Posen agitirt.

Das Verfahren des Oberlandesgerichts zu Münster gegen Temme hat besonders auch in dem hiesigen Richterstande eine fast allgemeine Entrüstung hervorgerufen. Es wird beabsichtigt, bei dem Justizminister die Suspension der Mitglieder jenes Gerichts zu beantragen, da man in dem Verhalten die Verletzung positiver Gesetze nachweisen zu können glaubt. Es wirkt für eine in diesem Sinn abzufassende, und dem Minister zu überreichende Rechtsausführung vornämlich ein hier im höheren Justizfache angestellter Rechtsgelehrter, der durch seine frühere amtliche Stellung mit den Verhältnissen jenes westphälischen Gerichts und seiner Mitglieder aufs innigste vertraut ist.

Im Kaufmannsstande erwartet man eine Erneuerung der schon vor einigen Jahren gegen die Papiere der Dessauer Bank eingeschlagenen Prohibitivmaßregel. Der Dirigent der Bank, Herr Rulandt befand sich kürzlich hier, um einer solchen Maßregel zu begegnen. Es scheint, als wolle man mit dieser der jenseitigen Landesregierung eine

Verlegenheit bereiten, welche sie zwingen müßte, auf Forderungen, denen sie bisher entschiedenen Widerstand entgegensetzte, endlich einzugehen. Die Nemesis will, daß Herr Rulandt, welcher der Führer der conservativen Opposition gegen das Dessauische Ministerium ist, durch eine solche Maßregel zunächst und am härtesten betroffen werden soll. —

Dem Vernehmen nach, wird beabsichtigt, die Verwaltung des Oberhauses und die des Schauspielhauses zu trennen. Man will das letztere dem Privatbetriebe überlassen, und nur noch Oper und Ballet auf öffentliche Rechnung verwalten lassen. —

Von Morgen ab wird Bruno Bauer im hiesigen Börsensaal eine Reihe von Vorlesungen über die Geschichte der Parteikämpfe in den letzten Monaten halten. —

Die erste Nummer des „Kladradatsch" neuen Jahrganges war bis auf Weiteres seine letzte. Herr v. Wrangel hat das Blatt von Neuem verboten. Veranlassung dazu hat die Charakterisirung der freien Wahlen unter polizeilicher Aufsicht gegeben. Unter dem Schutz von Gensd'armen und Konstablern stellt „Kladradatsch" Kandidaten zur ersten Kammer auf: Herr v. Bülow, weil derselbe unzweifelhaft bereits 30 Jahre alt sey, den großen Churfürsten auf der langen Brücke (die Standsäule), weil er seit länger als 6 Monaten in Berlin seinen Wohnsitz habe, u. s. w. Auch hat das Blatt sich wohl hauptsächlich durch eine eigenthümliche Vervollständigung der bekannten von Harkort aufgestellten Berechnung der durch die Märzrevolution verursachten Ausgaben mißliebig gemacht. Die „Lokomotive" von Held und das Pommern-Vereinsblatt unterliegen einem gleichen Schicksal.

Schleswig-Holstein. Dänemark rüstet und droht, und bei der Hartnäckigkeit dieses Gegners und der Verwicklung in den streitigen Haupt- und Nebenfragen wächst leider die Befürchtung mit jedem Tage, daß die Friedensunterhandlungen sich zerschlagen, die Schwerter sich abermals kreuzen werden. Wir müssen bei dem Gedanken erröthen, daß das deutsche Vaterland noch nicht im Stande ist, ohne Besorgnisse dem Wiederausbruch des Kampfes mit einem Nachbar entgegenzusehen, der, falls er auf gleichem Boden mit uns stände, mit einem Zwölftel unserer Heeresmacht geworfen würde. Das ist auch eine von den Früchten des Staatenbundes, die jetzt bitter auf der Zunge liegen, und an denen wir zur äußersten Stunde erkennen mögen, was uns weiter bevorsteht, wenn es den Sonderinteressen gelingt, das Zustandekommen der Einheit Deutschlands zu verhindern und uns in jener Ohnmacht fortvegetiren zu lassen, die das tapfere deutsche Volk zum Gespötte des kleinen Dänemarks macht. Treten wir nicht aus den Banden und Schranken des Staatenbundes heraus, werfen wir nicht mit männlichem Ernste und starker Hand die Hindernisse zur Seite, welche man der Einheit Deutschlands in den Weg legt, so war auch Das ein leeres Trugbild, dem deutschen Namen durch Gründung einer deutschen Flotte Achtung auf dem Meere und unserer Küste wie unserm Seehandel denjenigen Schutz zu verschaffen, der einer großen Nation würdig ist.

Dänemark.

(Kopenhagen, den 5. Januar.) Die Finanzrechenschaft für 1847 ist ausgegeben, sie zeigt eine Einnahme von 17,916,000 Reichsthaler, und eine Ausgabe von 17,413,000 Reichsthaler. In der nächsten Sitzung des Reichstages ist Grundtvig's Vorschlag zur energischen Fortsetzung des Krieges auf der Tagesordnung. Dem Verlauten nach meldet Fädrelandet, hat Lord Palmerston den dänischen Unterhändlern in London erklärt, daß er die schleswig-holsteinische Flagge weder anerkenne, noch anerkennen wolle. Die französische Regierung habe schon früher derselben Flagge die Anerkennung in französischen Häfen verweigert. (Brem. Wes. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 8. Jan.) Der Moniteur füllt drei lange Spalten mit Ernennungen im Justizsache. Z. B. die Appelhöfe von Poitiers, Amiens, Caen, Dijon und Montpellier erhalten neue General-Prokuratoren. Man sieht, Hr. Odilon Barrot benutzt die letzten Augenblicke seines Ministeriums, um seine Freunde zu placiren. Bemerkenswerth ist, daß diese Ernennungen die vollständige Namensunterschrift des Präsidenten der Republik tragen und daß der Moniteur an deren Schluße erklärt, die Nummer des 6. Jan. trage irrthümlich nur die Unterschrift „Louis Napoleon"; sie sey durch „Louis Napoleon Bonaparte" zu ergänzen. Die Berichtigung dieses dynastischen Druckfehlers klingt sehr ergötzlich.

Die Wein-Emeute ist aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Man läßt die Zollbeamten zwar inventarisiren soviel ihnen beliebt; aber es zirkulirt eine energische Protestation gegen die Wiedereinführung und resp. Fortdauer der von der prov. Regierung geächteten Weinsteuer-Eintreibungsqual, die man „Exercice" nennt. Diese Protestation ist an die Nationalversammlung gerichtet und bedeckt sich mit den Unterschriften aller Weinkneipiers, deren es in und um Paris nicht weniger als 12000 gibt. Eine ähnliche Gährung wie unter den Weinhändlern herrscht unter allen übrigen Krämern. „Wir können — sagen sie zu ihren Hauseigenthümern seit Neujahr — Eure hohen Miethzinse nicht mehr zahlen; ihr müßt sie um ein Viertel oder wohl gar um ein Drittel herabsetzen." Aber die Hauseigenthümer stellen sich taub und drohen mit dem — Gerichtsdiener. Kein Wunder, wenn durch diese Konflikte der niedere Bürgerstand immer revolutionärer wird. Das Gedeihen der „Arbeiterassoziationen" ist auch nicht geschaffen, um ihn in dieser Stimmung zu trösten. Dieses Moment ist sehr wichtig.

Die große Tagesfrage der heutigen Pariser und Departements-Journale ist die Auseinandersagung der Nationalversammlung. Man spricht sogar schon von einer neuen Demonstration gegen die [illegible] des Palais-Bourbon, welche Miene machen, ihre Sitzungen bis in den Mai zu verlängern.

[National-Versammlung. Sitzung vom 8. Januar] Präsident Marrast. In der ersten Reihe der Tagesordnung befinden sich die Bauneschen Interpellationen über die Lage der französischen Republik nach Außen. Baune: Bürger, beginnt er, das neue Ministerium schloß sein auswärtiges politisches System in die einzige Phrase: „Wir werden unser Wort nicht leichtsinnig geben, aber einmal gegeben, treulich halten." Ich wende nichts gegen diese Formel ein, es wäre denn, daß sie zu allgemein und zu vag sey. Frankreich hat mit 6 Millionen Stimmen den Neffen des Kaisers zu seinem Staatschef gewählt. (Gelächter.) Man braucht sich hinter keine anonyme Politik zu flüchten, wie dies die transitorischen Minister gethan. Man muß eine feste und starke Politik einschlagen, wie dieß einer so immense Majorität des allgemeinen Volkswillens entspricht. Wie steht es mit dem Kongreß, der Italien befreien sollte? Sind die Gerüchte wahr, daß er gar nicht zusammentritt trotz des Franz Lagrénés an Toqueville's Stelle?" Will man so die Entschädigung der Nationalversammlung in Erfüllung bringen? Frankreich muß endlich erfahren, ob Oberitalien noch länger unter Radetzki und seinen Barbaren bluten soll! In Rom haben sich wichtige Ereignisse zugetragen. Der Papst hat es vorgezogen, sich unter den Schutz eines grausamen Königs zu stellen, als unsere Gastfreundschaft anzunehmen. Ich frage den Minister, ob er das römische Volk zu unterdrücken gedenkt, oder nur gestatte, daß dieß Oesterreich thue? Der Redner geht nun auf die sicilische Frage über und charakterisirt das Verfahren Neapels und die rückgängigen Bewewegungen der französischen Flotte. Dann geht er zur Lage Deutschlands. Man schiebt uns dort die Absicht unter, die Rheingränze erobern zu wollen. Daran denkt unsere Regiernng nicht; scheint sie doch das Schwert für immer in die Scheide gesteckt zu haben und viele rufen: Man lasse die Revolution austoben, dann erstickt sie in ihren eigenen Exzessen. Befreiung Italiens und Wiederherstellung Polens sind Nothwendigkeiten, wenn die Februarrevolution eine Wahrheit werden soll. Der Redner wirft nun seine Blicke auf den Orient. Ueberall habe man, schließt er, die 1815er Verträge zerrissen nur das französische Kabinet allein scheine sie aufrecht halten zu wollen.

Drouyn de Lhuys, Minister des Auswärtigen. Wir hatten vor Kurzem die Ehre, Ihnen unsere Verhältnisse nach Außen zu schildern. Diese Komplikation sind noch nicht gehoben (Ah! Ah!) Sie legen uns eine absolute und delikate Vorsicht auf. Ich stelle daher meine Worte unter dieselben Bedingungen wie die vorigen Minister. Wir befinden uns in Unterhandlung über alle Fragen, die der Vorredner berührte. (Ah! Ah!) Bürger! In früherer Zeit gab es zwei Sorten von politischen Systemen für Ministerien, das eine auf dieser Bühne in schönen Worten; das andere den Krieg heimlich machend. Wir werden weder das Eine, noch das Andere dieser Systeme einseitig ausbeuten, doch den heimlichen Krieg stets vermeiden.

Lamartine, sich getroffen fühlend, besteigt die Bühne und erklärt, daß die Politik der provis. Regierung nicht bloß in schönen Worten bestanden habe. Alle ihre Schritte seyen einstimmig geschehen. Der Redner rechtfertigt sich und sagt, er fühle sich verpflichtet, die Thatsachen in ihrer Wahrheit darzustellen (ohne indeß auch nur eine einzige direkt zu berühren.

Ledru Rollin: Gleich Lamartine, protestire auch ich gegen die letzten Worte des Ministers, welche andeuten, als ob wir den Krieg heimlich gemacht hätten, ohne ihn auf dieser Bühne zu vertreten. Ich protestire gegen solche Verläumdungen! Das Haupt des Berges tritt nun in einer langen Erörterung der bekannten politischen Ereignisse auf der Halbinsel, namentlich in Rom und sagt unter Andern: „Bin ich richtig unterrichtet, so schloß das Kabinet eine Konvention mit Oesterreich und Neapel ab, um sie zu vermögen, gegen Rom einzuschreiten. Odilon Barrot mit Festigkeit unterbrechend: Man solle doch rechtlich diskutiren und nicht solche Fabeln auftischen. Ledru Rollin: Ich diskutire stets recht. Wollen Sie Beweise? Am Neujahrstage schritt der Präsident Bonaparte auf den päpstlichen Nuntius zu und sagte ihm, er hoffe den Papst bald auf seinen weltlichen Thron gesetzt zu sehen. Denjoy ruft: die Römer verdienten die Intervention. Sie begannen mit einem Meuchelmord! Ledru Rollin läßt sich indessen nicht stören, sondern fährt in seiner scharfen Kritik fast noch eine Stunde lang fort und schließt mit der Erklärung: wenn das Kabinet dergestalt zweideutig handelte, ziehe es den Verdacht auf sich, daß unehrlich handle nnd das Land verrathe. (Agitation.)

Drouyn de Lhuys, Minister, erwidert noch einige Worte auf diese zahlreichen Angriffe, sie sind jedoch vag und ohne Bedeutung.

Sprech-Saal.

Theater.

Nächsten Mittwoch findet die Benefizvorstellung für eines unserer tüchtigsten Mitglieder der Bühne, Herrn Hungar, statt. Derselbe hat ein Stück von hohem dichterischem Werthe aus Deutschlands Vorzeit „Tiphonia" gewählt, und diese Appellation an den ästhetischen Geschmack des Publikums, so wie seine bisherigen Leistungen auf dem Felde der dramatischen Kunst lassen wohl eine zahlreiche Theilnahme erwarten.

Eine gute Aussprache, frei von Dialekteigenheiten und grammatikalischen Verstößen, ein fließender Dialog, ein wohlgerundeter Vortrag, das sind Erfordernisse, welche nothwendig zu einer vollendeten Bildung gehören, nnd deshalb viel werth sind, zumal in unserer Zeit, wo der Ideenaustausch rascher, wo die Bedeutung des lebendigen Wortes immer wichtiger und anerkannter wird. Es sind dies Erfordernisse des Volks- und Geschäftslebens und zugleich eine reiche Quelle von Freuden im häuslichen Kreise. Welch ein Genuß, ein gutes Buch gut vorlesen, ein schönes Gedicht schön sprechen zu hören! Das sind, wird vielleicht Mancher einwenden, Fertigkeiten, die angeboren seyn müssen; aber es läßt sich darauf antworten, daß Fertigkeiten nie bloße Naturgaben sind, sondern zugleich ausgebildet werden müssen. Die Jugend lernt singen und spielen; aber ist ein schöner Vortrag nicht mindestens eben so nützlich und erfreulich, als ein schönes Musikstück? Des Klimperns und Schreiens in den Gesellschaften ist in Folge einer an sich vortrefflichen Zeitrichtung zu viel geworden; nicht jedes herrliche Gedicht ist herrlich in Musik übersetzt; so sey es zur Veränderung vorgelesen, damit das Singen eine Abwechselung erhalte, die Vielen willkommen seyn wird. Das fehlt uns noch so sehr; soll es uns darum immer fehlen? Auf dialektlose, regelrechte Aussprache der fremden Sprachen und der französischen insbesondere wird in Deutschland von Herrn und Damen so viel Fleiß, Zeit und Geld verwendet; ich will das nicht tadeln, meine aber, die Muttersprache habe daßlbe Recht, das Hemd sey uns näher als der Rock. Die Schulen in Norddeutschland thun etwas für den guten Vortrag, doch nicht genng, und anderwärts geschieht gar nichts dafür. Bis in den öffentlichen Anstalten und Instituten mehr Ernst gezeigt wird, muß der Privatunterricht nachhelfen. Herr Hansen erbietet sich, so viel verlautet, zu solchem Unterrichte. Daß er das Bedürfniß erkannt, spricht für seine Befähigung und seinen Eifer in der Sache; wir machen daher auf dieses Vorhaben mit dem Wunsche aufmerksam, daß Aeltern ihren Söhnen und Töchtern eine Zierde, eine Empfehlung und einen Genuß nicht vorenthalten mögen, der jedenfalls das Recht hat, in den Kreis der Bildungsmittel aufgenommen zu werden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Bekanntmachung.

Zu dem Bau einer neuen Brücke bei Fürth im 3/8 der III. Stunde der Nürnberg-Würzburger-Straße werden nachfolgende Eichenhölzer, Riegel und Dielen erforderlich:

1tens	18 Schwellen	zu 30' lang,	14'' breit,	8'' hoch.
2tens	99 Sohlhölzer	„ 34' „	8'' „	7'' „
3tens	194 Geländersäulen	3' 8'' „	8'' „	6'' „
4tens	48 Riegel	zu 13'' „	6'' „	4½'' „
5tens	130 dergleichen	„ 13' „	4½'' „	3½'' „
6tens	300 Dielen	„ 13' „	13'' „	2'' „

Alles im reinbehauenen Maaß der Verwendung und nach dem bayerischen zwölftheiligen Werkschuh.

Die Lieferung dieser Materialien wird Parthieenweise oder im Ganzen an die Mindestfordernden vergeben, wozu bei dem Stadtmagistrat Fürth am 26. Januar laufenden Jahres Nachmittags 2 Uhr Steigerungsverhandlung anberaumt ist.

Lieferungslustige werden hiezu mit dem Bemerken eingeladen, daß sie, insoferne ihre Vermögens-Verhältnisse der Steigerungs-Commission nicht bereits als zureichend bekannt sind, noch vor der Verhandlung durch legale Zeugnisse sich hierüber auszuweisen haben; daß aber die übrigen Bedingungen im Strichtermine selbst bekannt gemacht werden, und inzwischen in dem Amtslokale der unterfertigten Baubehörde zur Einsicht offen liegen.

Nürnberg, am 12. Januar 1849.

Königliche Bau-Inspektion.

Frommel.

Brendel.

Trauer-Anzeige.

Nach kurzem aber schwerem Krankenlager verschied heute Mittag 1 Uhr zu einem bessern Erwachen, an den Folgen einer Unterleibs-Entzündung in dem Alter von 62 Jahren unser geliebter Gatte, Bruder, Schwager und Onkel,

Herr Johann Jakob Löhner,
Faktor der Tümmel'schen Offizin dahier.

Wer den Biedersinn und die rastlose Thätigkeit des Entschlafenen kannte, wird unsern gerechten Schmerz ermessen, und uns stille Theilnahme nicht versagen.

Nürnberg, den 12. Januar 1849.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

Der Verstorbene war 14 Jahre in meiner Offizin als Faktor beschäftigt und zwar mit unermüdetem Fleiß und treuer Thätigkeit. Als Freund starb er in meinen Armen.

W. Tümmel.

Entgegnung.

Auf den Schmäh-Artikel in Nro. 3 des Beobachters, „Mühl-Unfug“ betitelt, diene folgende Berechnung:

1) Wer Kunstmehl haben will, zahlt für 26 Pfund Schwungmehl à 9 fl. pr. 100 Pf. Btr. 2. 20 kr.
Im Tausch erhält man aber für 26 Pfund Waitzen nur 17 Pfund Mehl gegen 24 kr. Aufgeld, und müssen weitere 9 Pfund Mehl mit 44 kr. apparte
1 fl. 8 kr. bezahlt werden, wenn man, wie verlangt wurde, für 26 Pf. Waitzen eben so viel 26 Pf. Mehl geben soll.
Dazu der Waitzenpreis .... 1 fl.
macht in total 2 fl. 8 kr.
Also Vortheil im Tausch auf 1 Metzen — fl. 12 kr.

2) In Schweinfurt, nach neuester Preisliste, kostet der Centner Schwungmehl .... 9 fl. 30 kr.
Fracht hieher 48 kr., Einfuhrgeld 42 kr ... 1 fl. 30 kr.
11 fl. — kr.
kauft man jetzt hier .... à 9 fl. — kr.
um 2 fl. billiger.

3) Wenn der Schäffel Waitzen 312 Pfund wiegend auch 312 Pfund Schwungmehl à 9 fl. liefert, wie der Beobachter rechnet, so kommt der Schäffel Waitzen sogar auf 28 fl. 4 kr. Diese Kunst muß aber der Beobachter den Kunstmühlen noch lehren.

Uebrigens hat die unterfertigte Kunstmühle seit voriger Woche an 10 der hiesigen Bäckerei-Besitzer 44 Centner von eben diesem f. Schwungmehl verkauft, und da diese sämmtlich das Rechnen gut verstehen, so muß das Mehl doch nicht himmelschreiend theuer seyn.

Die Wiß'sche Kunstmühle.

Anzeige und Empfehlung.

Am heutigen Tage habe ich auf hiesigem Platze unter der Firma

Wilhelm Zilske

ein Geschäft errichtet, welches sich vorzugsweise mit dem Speditions- und Commissions-Handel in Waaren und Producten und dem Bankfache befassen wird.

Indem ich dies hierdurch zur allgemeinen Kenntniß bringe, bitte ich um geneigtes Wohlwollen für mein neues Unternehmen; ich werde alles aufbieten, mich, durch regsten Fleiß und Energie, des in mich gesetzten Vertrauens würdig zu zeigen.

Stettin, den 1. Januar 1849.

Wilhelm Zilske.

Masken-Anzüge

für Frauenzimmer sind in der breiten Gasse Nr. 507 über zwei Stiegen sehr billig zu verkaufen.

Regensburger Hof.

Montag den 15. d. Metzelsuppe, wozu höflichst einladet Schmidt.

Wohl zu merken, nur im Hause des Herrn Pabst auf der Schütt

sollen diese Messe wegen drückenden Geldmangels die nöthigsten Bedürfnißartikel zur Hälfte des reellen Werthes gänzlich aufgeräumt werden:

schwerseidne Regenschirme à 4 fl. u. höher, beste Zeugschirme à 1⅓ und 1¾ fl., gefütterte Pallelots à 6½ fl. u. höher, feinste Burnus-Ueberwürfe à 14, 16 und 19 fl., Kaputzen (Abdelkader-Mäntel) à 8½ fl., 10½ fl., Haus- und Schlafröcke in solidesten Sorten à 3½ fl. u. höher, Comtoir- und Sommerröcke à 3, 3½ fl. u. höher, elegante Westenzeuge à 30, 48 kr. u. höher, Westenstoffe in Sammet, schwerer Seide und neuesten Atlaß 1¾ und 2½ fl., neueste seidne Schlips und Shwals für Herren 1½, 1¾ fl. u. höher, wollene Herren-Shwals à 18, 20 kr. u. höher, seidne Halstücher à 1 und 1¾ fl., seidne und leinene Foulards à 24 kr., 1½ fl. u. höher, Pracht-Cravatten in Seide und Lasting à 18, 30, 54 kr. u. höher, Gummihosenträger à 9, 15, 24 kr. u. höher, Gummigesundheitssohlen 24 kr., Port-Monnés, Geldtäschchen à 18 und 30 kr., Brieftaschen à 36 kr. u. höher, gehäckelte seidene Borsen à 36 kr., 1 fl. u. höher, k. k. priv. berühmteste Streichriemen à 24, 42 kr. u. höher, beste Rasiermesser à 30 u. 54 kr., ächte Havanna-Cigarren 250 à 3½ fl., 100 à 1½ fl., Cigarren-Etuis 18 kr., gestrickte Unterhosen für Herren und Frauen à 54 kr. und 1 fl. 12 kr., gestrickte Unterjacken à 1⅓, 1¾ fl. u. höher, feine wollne Leibjacken 2½ fl., feinste Gemälde-Broche à 54 kr. und 1½ fl., Agat-Bracelets 1½ fl., 50000 Dutzend neueste magnetisch-geschliffene Stahlfedern, unübertrefflich für jede selbst zitternde Handschrift, welche weit besser als die beste Gänsefeder schreibt, Jahrelang nicht rostet, spritzt und kritzelt 144 St. 18, 30 kr. u. höher à Dutzend 2 bis 15 kr., große Reisesäcke und lederne Umhängtaschen à 1¾ und 2½ fl., alle Sorten Handschuhe das Paar 12 und 24 kr., Bukskin-Handschuhe 54 kr.

Das Verkaufslokal ist im geheitzten großen Zimmer nur bei Herrn Pabst das erste Haus auf der Schütt, 1 Treppe.

Bitte schnell zu kommen, sonst ist's zu spät!

Concert-Anzeige.

Die Unterzeichnete beehrt sich hiemit, ein hochverehrtes Publikum zu ihrem großen

Abschieds-Concert,

welches Dienstag, den 16. Januar im Saale des Reichs-Adlers unter gefälliger Mitwirkung verschiedener Künstler und Dilettanten stattfinden wird, hiemit ergebenst einzuladen. Billets zum Subscriptions-Preis á 36 kr. sind von heute an bei den Herren Riegel und Wießner, dem Herrn Conditor Deecke und im Wiener Salon zu haben.

Kassa-Preis 48 kr. Das Nähere bezeichnet das Programm.

Agathe Reuß.

Regensburger Hof.

Sonntag den 14. Januar Nachmittags von 3 Uhr an

Launige Gesang-Unterhaltung

von den österreichisch-steyrischen Sängern

C. Fischer und Nannerl.

Wozu höflichst eingeladen wird.

Bestellungen bitte ich in meiner Wohnung im rothen Rößel bei Herrn Darst abzugeben.

Musikalische Unterhaltung

im Schwänlein in der Schleifergasse, wozu ergebenst einladen

Musiker und Wirth.

Gasthaus zur Eisenbahn,
(vormals Hertleinsgarten.)

Heute Sonntag den 14. d. findet daselbst Nachmittag Harmonie-Musik mit dem gewöhnlichen Entree statt, wozu ergebenst einladet

Hofmeister.

St. Leonhard.

Montag den 15. d. Metzelsuppe, wozu ergebenst einladet A. Feldmann.

Paradies.

Sonntag den 14. d. Harmonie-Musik, und Montag den 15. gibt es Fische, Haasenbraten, Stockfisch und Kartoffel, wozu ergebenst einladet

H. W. Adam.

Wiener Salon.

Neue Vorstellung des Bauchredners Hrn. Stegl.

Sonntag den 14. d. Mts.

Wiener Faschings-Krapfen

empfiehlt heute, so wie täglich frisch zu geneigter Abnahme

Conditor C. Eisenbeiß,
Königsstraße L. No. 111.

Zwetschgen-Verkauf.

Bei einem Oekonomen sind circa 22 Ctr trockene Zwetschgen pr. Ctr. 11 fl. zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl.

MUSEUM.

Mittwoch den 17. d. Mts.

Damen-Gesellschaft
im großen Saale.

Anfang 6 Uhr.

Nürnberg, am 13. Januar 1849.

Der Vorstand.

Dutzenteich.

Am Sonntag den 14. Jan. findet, wie regelmäßig an allen Sonntagen, die bekannte Harmonie-Musik, welche sich fortwährend des allgemeinen Beifalles erfreut, statt. — Da von der Stadt aus bis zum Dutzenteich eine ganz gute Schlittenbahn besteht, so dürfte damit erwünschte Gelegenheit gegeben seyn, die Schlittenfahrten nach diesem Unterhaltungsort zu richten. — Indem der Unterzeichnete um recht zahlreichen Besuch für seine gut geheizten Sääle gehorsamst zu bitten sich erlaubt, wird er sich angelegen seyn lassen, durch gute Getränke ꝛc. wie promte Bedienung die ihm über alles schätzbare Zufriedenheit seiner hochverehrten Gäste zu verdienen und zu erhalten.

Zugleich ist derselbe weiter ganz ergebenst bekannt zu machen so frei, daß auf dem fest zugefrornen Weiher die Eisbahn vom Schnee gereinigt ist, wodurch den Liebhabern des Schlittschuhlaufens eine schöne Gelegenheit zu diesem Vergnügen gegeben ist.

Fischer, Wirthschafts-Pächter.

Das Kleeblatt

produzirt sich Montag Abends bei Unterzeichnetem in der Rothschmiedgasse, wozu ergebenst einladet

Beck.

(Anzeige.) Berliner Pfannkuchen sind alle Sonntage vorräthig bei

Conditor Wiater beim rothen Roß.

Empfehlung.

Unterzeichneter empfiehlt in seinem Laden Nro. 100 im grünen Markt eine schöne Auswahl aller Sorten messingener und eiserner Pfannen, so wie er auch alte Pfannen wieder sehr gut und dauerhaft reparirt. Er verspricht die billigsten Preise

Christoph Kümmel,
Pfannenschmiedt.
Tucherstraße S. Nro. 1143.

Gebrüder Schütte

empfehlen zur gegenwärtigen Messe ihr wohlassortirtes

Bielefelder Leinwand-Lager

zu außerordentlich billigen Preisen.

Die Bude ist in der 2. Reihe mit Firma.

(Zu vermiethen.) In S. Nr. 939 bei der Wunderburg ist die zweite Etage bis nächstes Ziel zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Ein Zimmer nebst Alkov ist täglich mit Bett und Möbeln zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In der Nähe des Markts ist in der zweiten Etage ein möblirtes Zimmer nebst Alkov an einen oder zwei Herrn täglich zu vermiethen.

Stadttheater in Nürnberg.

Sonntag den 14. Januar. 9. Vorstellung im 4. Abonnement. Zum Drittenmale „Die Zigeunerin.“ Große Oper in 3 Akten. Musik von Balfe.

Montag den 15. Januar. Zum Erstenmale. „Tiphonia.“ Tragödie in 5 Akten von Carl Zwengsahn.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 15 Januar 1849. № 15. Montag: Maurus.

Deutschland.

Bayern. (München, 13. Januar.) Der bisherige Forsteisförster A. Hartmann zu Schönberg wurde in den Ruhestand versetzt; der Staatsrath im ordentlichen Dienste K. F. v. Heres zum Präsidenten des obersten Rechnungshofes unter Beibehaltung seiner Stelle als Staatsrath im ordentlichen Dienste ernannt; der Rentbeamte F. A. Bocke in Neustadt a/A. auf Ansuchen auf die Dauer eines Jahres in den Ruhestand versetzt; der Forstmeister J. Ch. Spindler zu Waldmünchen temporär quieszirt; der Revierförster zu Königsee Ch. v. Michael auf Ansuchen auf das Revier Niederaudorf, und der dortige Revierförster L. Lößl auf Ansuchen auf das Revier Königsee versetzt; der funktionirende Revisor und Buchhalter bei der Eisenbahnbaukommission dahier J. G. Schmid zum Buchhalter der Grundrenten-Ablösungskasse ernannt; der Regierungsfinanzrath in Regensburg L. Buxbaum zum Rath des Oberstrechnungshofes befördert; der Revierförster zu Bernhof in Kreittensee A. Filchner auf Ansuchen temporär quieszirt, und dessen Stelle dem Forstwart zu Hainburg J. Falkner v. Sonnenburg verliehen; der III. Rechnungskommissär bei der Staatsschuldentilgungskommission F. Berger zum Kontroleur bei der Spezialkasse München, der I. Revisor daselbst J. W. Mahr zum III. Rechnungskommissär, und der II. Revisor daselbst J. B. Rueß zum I. Revisor ernannt. Die erste Assessorstelle bei dem Landgerichte München erhielt der bisherige II. Assessor dieses Landgerichts N. Klemm, die II. Assessorstelle der bisherige Aktuar daselbst N. v. Raumer, und die Aktuarstelle wurde dem vormaligen Patrimonialgerichtshalter Ch. Pöllath, verliehen. (N. Mnchn. Z.)

Baden. (Karlsruhe 11. Jan.) In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurden drei von Dennig begründete Anträge angenommen: Die Kammer wolle in Uebereinstimmung mit ihrem Beschlusse vom 15. Dez. v. J. erklären: 1) Daß sie alle Sonderbestrebungen einzelner deutscher Staaten, welche der Gründung eines starken und einigen Bundesstaat entgegenwirken und Deutschland in die Anarchie und Schwäche eines Staatenbundes zurückweisen könnten, mit aller Entschiedenheit entgegentritt, damit die in der Märzerhebung einmüthig ausgesprochene Hoffnung des deutschen Volkes auf einen im Innern freien und einigen, nach Außen starken Bundesstaat ihre wahre Erfüllung finde; 2) daß sie das Recht der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung, die deutsche Verfassung zu berathen und definitiv zu beschließen, aufrecht erhalten und nicht durch den Grundsatz der Vereinbarung mit den einzelnen deutschen Staaten geschwächt sehen will; 3) daß sie das definitive deutsche Reichsoberhaupt im Einklang mit dem Wesen des Bundesstaates bestellt sehen, und weder eine fürstliche Trias, noch einen schwankenden Turnus, noch ein Wahlreich an die Spitze des deutschen Reichs gestellt, sondern die erbliche Monarchie wie in den einzelnen deutschen Staaten, so auch in dem ganzen Bundesstaate als die leitende Spitze wissen will. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 11. Jan.) [149. Sitzung der Nationalversammlung.] Zum erstenmale wieder in der Paulskirche. Präsident: Ed. Simson, Tagesordnung: Berathung der österreichischen Frage. Auf der Ministerbank: v. Gagern, v. Beckerath, v. Peucker und Robert Mohl. — Die Mitglieder hatten sich zahlreich eingestellt. Auch die Tribunen der Zuhörer waren stark besetzt, namentlich die der Diplomaten und Frauen. — Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung, zeigte der Präsident den Austritt des (aber nie eingetreten gewesenen) schleswig-holsteinischen Abg. Ritter Bunsen an, welcher den ehrenvollen Auftrag erhalten, bei den Friedensunterhandlungen mit Dänemark in London das deutsche Reich zu vertreten. Unter den neuen Flottenbeiträgen befand sich auch einer (mit lebhaftem Beifall aufgenommen) von 2785 fl. von Damen in Bremen, mit der Bitte, diese Summe für die deutsche Marine an der Weser zu verwenden. Ferner zeigt der Präsident an, daß der österreichische Bevollmächtigte bei der provisorischen Centralgewalt dem Bureau ein Exemplar der Statistik der österr. Monarchie übergeben, wofür ihm der Dank auszusprechen. — Simon aus Trier verliest nun die, in der letzten Sitzung abgelehnte Interpellation an den Reichsjustizminister, bezüglich der Ausnahmsregeln in Preussen: In Erwägung, daß den Gesetzen vom 17. März (über die Freiheit der Presse), 6. April (über einige Grundlagen der künftigen Verfassung) und 24. Sept. 1848 (über den Schutz der persönlichen Freiheit) zuwider, ja selbst im Widerspruche mit den §§. 5, 6, 24, 27 und 28 der oktroyirten Verfassung vom 5. Dez. v. Js. in Stadt und plattem Lande des preuss. Staates vielfach die Preßfreiheit vernichtet, die Censur wieder eingeführt (Stadt- und Landkreis Erfurt), das Versammlungs- und Vereinsrecht aufgehoben und die persönliche Freiheit auf das äusserste gefährdet ist, ohne daß der Fall eines Krieges oder Aufruhrs vorgelegen hätte, oder wo er vorgelegen, gegenwärtig noch vorläge, und ohne daß der selbst für diesen Fall gesetzlich erforderte Suspendirungs-Beschluß des Staatsministeriums erlassen worden wäre (§. 8 des Gesetzes vom 24. Sept. 1848 in Verbindung mit §. 110 der oktroyirten Verfassung): in dieser andern Erwägungen (der Beschluß der Nat.-Vers. vom 20. Nov.; der Ansprache des Erzherzog-Reichsverwesers an das deutsche Volk, in Betreff der preuss. Ereignisse) etc. stelle ich an den Hrn. Reichsminister der Justiz die dringende Anfrage, ob er geneigt sey, die preussische Regierung aufzufordern, die Ausnahmszustände in Ermangelung der dazu gesetzlich erforderlichen Bedingungen aufzuheben, und dadurch die Anforderungen der Wahrheit und Ehrlichkeit in einem ohnehin ungleichen Wahlkampfe wieder herzustellen. — Ziegert stellt an den Reichsjustizminister folgende Interpellation: „Die Nat.-Vers. hat in ihrer Sitzung vom 17. Oktbr. v. Js. beschlossen: (wird der Beschluß in Betreff des den westphälischen Staatsgläubigern zu eröffnenden Rechtswegs mitgetheilt), das Reichsministerium hat zur Ausführung dieses Beschlusses an die betr. Regierungen der betheiligten Staaten die geeigneten Mittheilungen erlassen.“ Ich frage den Hrn. Reichsjustizminister, in wie weit die Regierungen den von hier aus getroffenen Anordnungen entsprochen haben, und in welcher Lage sich überhaupt die Sache befindet?“ — Ködinger erstattete Bericht für den Petitions-Ausschuß, Michelsen für den Gesetzgebungsausschuß, und, nachdem die Wahl eines Mitgliedes des Centrallegitimations-Ausschusses stattgehabt, wurde zur Tagesordnung, der Berathung des ministeriellen Programms in der österr. Frage geschritten. Es wurden vom Präsidenten Verbesserungsanträge verlesen von Würth, Reh, v. Linde, v. Lassaulx, Mareck und Simon aus Trier und Konsorten: der der letztern begehrte einfache Tagesordnung. Der Antrag v. Lassaulx wurde mit Heiterkeit aufgenommen. Er begehrt die Vereinbarung mit den deutschen Regierungen in dem Verfassungswerke, somit auch für die erste deutsche Regierung, Oesterreich, und beginnt mit den Worten: „In Erwägung, daß ein verständiger Mann nicht den Weg eines Thoren gehen wird“ etc. etc. — Jordan aus Berlin hatte sich in einer Ordnungsfrage das Wort erbeten, und trug darauf an, den Antrag Lassaulx dem Ausschusse zu überweisen, der schon einmal einen ungeeigneten Antrag berathen. (Lachen. Oh!) — Der Präsident erklärte, wenn er gewußt, was er gewußt, was Herr Jordan gewollt, würde er ihm nicht das Wort gegeben haben. Waitz sprach sich für Jordans Antrag aus. — Eine lange Debatte entstand nun über die Einschreitungsweise der Redner. — Endlich wurde zur Ablesung der Rednerliste geschritten. 94 Redner hatten sich gemeldet, u. A. von Schmerling für den Majoritätsantrag. (Dagegen befanden sich aber auch Mitglieder der Linken: Reh, Freudentheil u. a. in der Reihe der Gegner des Majoritätsantrages, was eine Folge des Austritts mehrerer Mitglieder aus dem Klub „Westendhall“ ist.)

Venedey als Berichterstatter der Majorität, erhielt zuerst das Wort. Er begann mit den Worten: »Gott mit Deutschland!« des einigen Deutschlands Macht über seine Feinde. Gott mit Deutschland!« — In seiner Darstellung der Verhältnisse und des Zweckes des ministeriellen Programms gelangt er zu der Frage: »Was wollen Sie schaffen, nachdem Sie Oesterreich aus Deutschland geworfen? — Sie wollen das preußische Kaiserthum schaffen, das ist des Pudels Kern. Wenn aber das preuß. Kaiserthum geschaffen, dann würde Preußen und Oesterreich in Krieg gerathen und Deutschland mit Oesterreich. — Der Redner verwahrt sich aber, daß die Majorität des Ausschusses ein Mißtrauensvotum gegen das Reichsministerium habe aussprechen, eine Kabinetsfrage habe herbeiführen wollen, auf den Mann falle ein furchtbares Gewicht, der diese Frage zu einer Kabinetsfrage machen wolle. — Der Redner sprach sich natürlich mit aller Entschiedenheit für die Aufrechthaltung des Majoritätsantrags aus. — Der Ministerpräsident v. Gagern begehrte nach diesem Redner das Wort. Er sagte: Er nehme dasselbe Wort für sich in Anspruch, wie sein Vorgänger. Auch ihm gehe Deutschlands Wohl über Alles. „Deutschlands Freunde mögen siegen, Deutschlands Feinde verderben.“ — Das ministerielle Programm sey nicht leichtsinnig aufgestellt worden. Das Ministerium habe es der National-Versammlung vorgelegt, da es in dieser Frage zur festen Ansicht gelangen müsse, bevor der Schlußstein der Verfassung gelegt werden könne. — Der Ministerpräsident verliest nun die ministerielle Proposition vom 18. Dezember, und die weitere Erläuterung vom 5. d., sowie die Majoritäts- und Minoritätsanträge des Ausschusses, und fährt fort: Er sey beauftragt, die ministerielle Proposition zu rechtfertigen. Das Reichsministerium könne den Majoritätsantrag nicht annehmen, und mache den der Minorität zu dem seinigen. Der Ministerpräsident glaubt nun vorerst eine Einleitung zu der Besprechung des jetzigen Standes der Dinge geben zu müssen. Er bemerkt: die Revolution habe die National-Versammlung in die Paulskirche geführt, um eine Verfassung zu schaffen. Es sey Deutschland namentlich von dem Gefühle ausgegangen, daß ihm eine würdige Stellung in Europa gebühre, und deßhalb begehrte es die Verfassung. Natürlich seyen Diejenigen am meisten von dem Gefühle ergriffen worden, welche die nationale Selbstständigkeit vermißt haben. Deßhalb sey das Bedürfniß nach Einheit in den kleineren Staaten am meisten hervorgetreten. Von dem Deutsch-Oesterreich könne man dieß nicht sagen, was seine Nichtvertretung in dem Vorparlamente beweist. — Wie es aber nun zu machen ist, daß Deutschland zu einer nationalen Selbstständigkeit gelange, ohne die Grundlagen zu erschüttern, das sey die Sorge der Patrioten für alle Zeiten.

Auch er wolle sich in keinen Schulstreit einlassen, und spreche es offen aus, das große Bedürfniß Deutschlands sey, eine Gesammtregierung zu erhalten; die Schwierigkeiten, wie diesem abzuhelfen, seyen nicht zu verkennen. Sie lägen zunächst in dem Selbstgefühl der großen Stämme, die nicht zu dem Bewußtseyn gelangt seyen, welche Opfer dafür zu bringen seyen. Damit würden wir aber auch noch zu kämpfen haben, wenn die Verfassung geschaffen worden, darüber habe er sich nie eine Illusion gemacht, und den Stämmen fallen die Opfer am schwersten, welche eine Sondergeschichte haben, dieses sey namentlich mit Oesterreich der Fall. Ihm sey Oesterreich nicht so bekannt, um beurtheilen zu können, wie auf einmal ein Umschlag dieser Gesinnung eingetreten seyn soll, allein das sey gewiß, daß Oesterreich neben den Einheitsbestrebungen Deutschlands, seinen eigenen Gang gehen wolle, und namentlich seitdem jene erwacht seyen. Der Ministerpräsident geht nun zur Beleuchtung der österr. Politik seit 1815 und hebt hervor, daß sie sich von Deutschland abgezogen und dem Osten zugewendet. (Widerspruch auf der Linken.) Wenn aber in dem Ausschußberichte angedeutet werde, daß Preußen nach einer Hegemonie Deutschlands strebe, so lasse sich dies von der neuern Zeit nicht behaupten, denn das spezifische Preussen trachte in Deutschland aufzugehen, wie denn Preussen es erkenne, daß es nur in einer einigen Verbindung

mit Deutschland bestehen kann. Er müsse sich auch besonders gegen die Unterstellung erklären, daß er die preussische Hegemonie wolle. Für die Zustände, die wir erstreben, sey diese Hegemonie nicht. — Die Verhandlung der Oberhauptsfrage liege indessen außer der Kompetenz des Reichsministers, sie sey Vorrecht der Nationalversammlung. Er könne übrigens diesen Gegenstand nicht verlassen, ohne seine völlige Unabhängigkeit zu wahren. Wer da glaube, daß er eine Verbindlichkeit übernommen, die nicht seiner innigsten Ueberzeugung entspreche, der thue ihm Unrecht. — Auf die Besprechung des ministeriellen Antrags übergehend, bemerkt der Ministerpräsident, er trage dem Gefühle der deutschen Oesterreicher, nun in ein entfernteres Verhältniß mit Deutschland treten zu müssen, vollkommen Rechnung; er freue sich darüber. Er könne aber deßhalb seine politische Meinung bezüglich der Sonderinteressen Deutschlands nicht ändern.

Nun auf das Programm von Kremsier kommend, bemerkt der Ministerpräsident, er müsse deßhalb darauf fußen, weil es die große Mehrheit des österreichischen Volkes gebilligt. Man behaupte freilich, es sey nun modificiet worden. Könne man ihm die Möglichkeit darthun, daß Oesterreich in den Bundesstaat treten werde, so sey er gerne bereit, seine vorgefaßte Meinung aufzugeben. (Bravo!) Bis jetzt glaube er nicht daran, daß Oesterreich sich der deutschen Nationalitat unterwerfen werde. „Wenn dies möglich, ist die Frage gelöst und ich bin geschlagen.“ Er habe aber nicht gesagt, Oesterreich dürfe nicht eintreten, nein, es werde einst eintreten. Es sey nicht seine Absicht, Oesterreich aus Deutschland zu werfen, nein, er wolle ein einiges Verhältniß mit Oesterreich. — Das Band von 1815 sey das Minimum der Einigung gewesen, nun solle eine andere Verständigung eintreten, und dazu sey die Autorisation verlangt. — Der Ministerpräsident setzt nun noch auseinander, was das Ministerium thun werde, wenn es die Autorisation erhalte, und bezeichnet unter den nächsten Schritten namentlich den, die in Oesterreich den Anforderungen der Centralgewalt entgegenstehenden Hindernisse aus dem Wege zu räumen. An einer andern Stelle bemerkt er aber, daß wenn nur eine beschränkte Vollmacht verliehen würde, er seiner Pflicht nicht genügen könne und sein Amt niederlegen müsse. Wenn der Ministerpräsident ferner die Behauptung ausspricht, das das österreichische Ministerium an dem Programme von Kremsier festhalten werde, so gibt er doch auch zu, daß es, nach demselben, auch ferner seiner Bundespflicht genügt, und tritt den Verdächtigungen entgegen, die sich in letzterer Zeit gegen Oesterreich geltend gemacht. — Die letztere Depesche, die er von dem österreichischen Minister erhalten, spräche sich endlich dafür aus, daß es sich Oesterreich noch vorbehalten müsse, in welcher Staatsform es sich mit Deutschland einen könne. Der Ministerpräsident spricht dabei die Hoffnung auf die Mitwirkung des nunmehrigen österreichischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt zur Verständigung aus, erklärt der Nationalversammlung noch einmal, daß das Reichsministerium den Majoritäts-Antrag nicht annehmen könne, und schließt mit der Versicherung, daß es sein tiefstes Gefühl sey, Alle unter einer Verfassung zu einigen, allein wir könnten nur das Mögliche erreichen. — Unter langanhaltendem Beifall trat v. Gagern ab, doch wurde auch gezischt. — Arneth sprach für den Majoritätsantrag, Ziegert für den der Minorität. — Wagner bekämpfte mit großer Energie den Gedanken, Oesterreich von Deutschland zu trennen, bezeichnete die Machinationen, mit welchen die Petitionen gegen die §§. 2 und 3 der Verfassung in Oesterreich zu Stande gebracht worden und erwarb sich überhaupt den Beifall der Linken. — Jordan aus Berlin sprach fast zwei Stunden für den Minoritätsantrag. Von seiner Rede konnte auf den entfernteren Plätzen kaum etwas verstanden werden. Es herrschte auf der Linken unaufhörlicher Lärm, das häufige Schellen des Präsidenten half nichts, der Redner mußte oft pausiren und konnte auch keine Aufmerksamkeit erlangen, als er die Linke aufgefordert hatte, ihn offen und ehrlich und nicht mit hinterlistigen Waffen zu bekämpfen, welche Aeußerung natürlich auf der Linken Lachen und Widerspruch hervorrief. Der Präsident deutete dem Redner übrigens selbst an, daß er ermüdend spreche, drohte aber doch jedem Mitgliede mit dem Ordnungsruf, das er in lauter Privatunterhaltung antreffe. — Der letzte Redner war v. Schmerling, doch kann ich seiner nur kurz gedenken. Er trat gegen den Majoritätsantrag auf, sprach übrigens mit großer Ruhe und Besonnenheit und hob namentlich hervor, daß der österreichische Staat sich noch nicht in dem Maße consolidirt habe, um jetzt schon sich darüber auszusprechen, in welcher Staatsform Oesterreich in den deutschen Bundesstaat treten könne. Er sey aber als Bevollmächtigter Oesterreichs mit dem Auftrage hierher gesendet worden, ein einiges staatliches Verhältniß mit Deutschland anzubahnen, und wenn die letzte österreichische Note von dem Programme von Kremsier abweiche, so sey dies keine zweideutige Politik, sondern die Folge der Aufklärungen, die er dem österreichischen Ministerium über die Gesinnung der Nationalversammlung gegeben. Für seinen Freund Gagern sprach sich v. Schmerling mehrmals hochachtend aus, aber auch verdammend über die Freiheit und Einheit knechtende Politik Metternichs, der indessen weder die deutschen Fürsten noch Staatsmänner entgegen getreten. — Nach drei Uhr wurde die Debatte auf morgen vertagt.

(Frankfurt, den 10. Januar. [Fortsetzung des Berichts des österreichischen Ausschusses.] In einer Note des österreichischen Justizministeriums vom 6. Dezember wird das jetzt offen befolgte System schon klarer. Der Reichsjustizminister hatte gegen die Tödtung eines Reichsabgeordneten Protest eingelegt; der Justizminister Oesterreichs erklärt nun, daß das Reichsgesetz vom 29. und 30. Sept. nicht veröffentlicht worden; was um so auffallender erscheinen muß, als der ehemalige österr. Bevollmächtigte in Frankfurt, Hr. v. Bruck, derselbe, von dem wir gesehen, daß er noch unter dem 11. Oktbr. erklärte, wie er die Nr. 1—3 des deutschen Reichsgesetzblattes zur Veröffentlichung nach Oesterreich befördert habe, gegenwärtig Handelsminister in Kremsier war. Der österr. Justizminister fährt aber fort, und sagt allgemein: „Daß die von der Nationalversammlung in Frankfurt ausgehenden Gesetze keineswegs sofort als für die deutsch österr. Länder verbindlich erachtet werden können, da die Anerkennung des Gesetzgebungsrechts der gedachten Versammlung bezüglich der österr. Monarchie wesentlich von der Vorfrage abhänge, auf welche Weise überhaupt in Zukunft die Verbindung Oesterreichs mit Deutschland staatlich gestaltet werden solle, daher wohl, so lange dies Verhältniß nicht festgeordnet sey, auch die Frage wegen Wirksamkeit der von der deutschen Reichs-Versammlung ausgehenden Beschlüsse für Oesterreich in der Schwebe zu bleiben dürfe.“ Das ist das rechte Wort, das Verhältniß zwischen Oesterreich soll in der Schwebe bleiben. Schon am 8. Dez. trat ein weiterer Widerstand ein. Das deutsche Reichsministerium hatte den Beitrag der österr. Regierung zur Flotte eingefordert. Die österr. Regierung verweigerte denselben, und zwar unter der Angabe, daß Oesterreich eine Flotte besitze, und so an Material mehr liefern könne, als seinen Antheil an einer Umlage von mehreren Millionen, daß diese österr. Marine sich die Beschützung des deutschen Handels zur Aufgabe gestellt, und somit glaube Oesterreich in dieser Beziehung mehr als seine Bundespflicht erfüllt zu haben. Endlich trat schon am 11. Dezember ein weiterer Fall des Widerstrebens Oesterreich's gegen die deutsche Reichsversammlung und die Centralgewalt ein. Das deutsche Reichs-Ministerium hatte die zum Gesetz erhobene neue deutsche Wechselordnung an das österr. Ministerium befördert. Letzteres verweigerte die Veröffentlichung in den österr. Amtsblättern, und zwar, weil „Bedenken, die sich theils auf die eigenthümlichen Verhältnisse der verschiedenen Bedürfnisse der aus so mannigfaltigen Bestandtheilen gebildeten Monarchie beziehen, theils auch aus dem konstitutionellen Boden, auf dem sie dermalen stehe, entspringen,“ sich dieser Veröffentlichung widersetzten. (Fortsetzung folgt.)

(Frankfurt, den 12. Januar.) Wir haben unsern Lesern heute abermals eine höchst erfreuliche Kunde mitzutheilen. Der großherzgl. hess. Bevollmächtigte bei der provis. Centralgewalt hat nämlich dem Präsidenten des Reichsministeriums die ausdrückliche Erklärung Sr. kgl. Hoh. des Großherzogs von Hessen übermittelt, daß es den Gesinnungen dieses deutschen Fürsten vollkommen entspreche, wenn ein einziges und selbst erbliches mächtiges Oberhaupt an die Spitze des deutschen Bundesstaats gestellt werde. (Frkft. O.-P.-Z.) (Auch Baden hat eine ähnliche Erklärung abgegeben.)

Sachsen. (Weimar, 10. Jan.) Heute ist hier das Gesetz über die Grundrechte des deutschen Volkes in seinem vollen Umfange, sowie das Einführungsgesetz dazu publiciet worden. Die Bekanntmachung geschah im Regierungsblatte, in welchem alle unsere Gesetze und Verordnungen amtlich erscheinen. (Frkft. O.-P.-Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Montagsblatt

zur Mittelfränkischen Zeitung.

№ 2. Nürnberg, 15. Januar. 1849.

An einem Grab in fremdem Lande.

Ich stand an einem Grab in fremdem Lande,
Das einen edlen deutschen Mann umschließt,
Er hat den Tag der Freiheit nicht begrüßt —
Sein Wort, es galt nur seiner Heimath Schande.

Jetzt, Börne, ist es ledig seiner Bande
Dein armes Vaterland, die Blume sprießt,
Die Du ersehnt, — des Lichtes Quelle fließt. —
Und mit dem alten Elend geht's zu Rande! —

Da war mir's als vernähm ich diese Worte:
„Wird denn dies Volk durch keine Zeit belehrt?
Es träumt sich stets an aller Leiden Grenze!“

„Sieht es denn nicht an seines Edens Pforte
Das Flammenschwert das ihm den Eintritt wehrt? —
Geh' heim! Noch seh' ich nichts von eurem Lenze!“ —

J. Briem

Ein Geheimniß.

(Fortsetzung.)

Der Kammerdiener ging hinaus und bemerkte bei dem Strahle eines Blitzes eine Postchaise, die vorsichtig zwischen umgestürzten Bäumen, zerstörten Häusern und allen jenen Verwüstungen, die den Weg fast unfahrbar machten, sich nahte. —

Diese Postchaise wandte sich dem Hause zu, und war nur noch wenige Schritte entfernt.

Jetzt hielt sie an.

Der Postillon stieg vom Pferde, öffnete den Schlag und der Kammerdiener sah eine Frau, in einen dichten Mantel gehüllt auf sich zukommen.

„Sie hier,... Frau Herzogin,“ sagte Baptiste bestürzt, indem er seine Gebieterin erkannte.

„Wo ist der Herzog?“ fragte Frau von A..., „der Franzose, der meinen Wagen fuhr versicherte mir, der Marschall läge in einer armseligen Wohnung mitten in dieser Ebene, und er könne mich dorthin bringen.“

„Er ist hier,“ antwortete der Kammerdiener, indem er auf die Hütte zeigte, „und die gnädige Frau haben wohl daran gethan, den Herrn Herzog aufzusuchen; denn ich finde ihn sehr leidend ... und ich fürchte sehr viel für diese Nacht!“

In diesem Augenblicke brach das Ungewitter mit voller Gewalt aus; ein heftiger Donnerschlag erschütterte die Erde, und die Herzogin stieß einen Schrei des Schreckens aus, auf welchen ein Schrei des Schmerzes im Innern der Hütte antwortete.

Von Baptist gefolgt, stürzte die Herzogin in dieselbe.

Der Marschall lag ohne Bewußtseyn da.

Ein eisiger Schweiß stand über seiner bleichen Stirn, seine Zähne waren zusammengepreßt, seine Augen offen, aber starr.

Das Gewitter hatte den von dem geschickten Arzte vorausgesehenen Anfall beschleunigt.

„Was ist zu machen?“ rief die Marschallin, in deren Herzen das Mitleiden mit solchen Qualen jedes andere Gefühl verlöschte.

„Es muß ihm alle Stunden ein Löffel von diesem Tranke gegeben werden,“ antwortete der Kammerdiener, indem er auf die Fiole wies. „Aber er hat so eben erst einen genommen, und erst in ungefähr drei Viertelstunden darf die Dosis wiederholt werden. Sein Leben hängt davon ab, sagte mir Herr Larrey; die geringste Unterlassung gibt ihm den Tod.“ —

„Es ist gut,“ versetzte die Herzogin, indem sie ihre Uhr hervorzog und sie auf den Tisch legte; „ich übernehme das. Sagen Sie dem Postillon, er solle die Pferde ausspannen und mich erwarten; vielleicht ist es möglich, morgen den Herrn Herzog von diesem abscheulichen Orte wegzuschaffen.“

Baptist ging hinaus.

Ein kalter Regen, der in Strömen fiel, hatte die Atmosphäre geändert, und die Thüre, welche der Kammerdiener öffnete, indem er sich entfernte, ließ einen so kalten Luftstrom herein, daß die arme Frau zusammenschauerte.

Sie hüllte sich in ihren Mantel, setzte sich an das Bett und erwartete den Augenblick, in welchem dem Todtkranken der Heiltrank eingegeben werden mußte.

Heftige Windstöße erschütterten die Hütte, und das Unwetter schien Willens, sie unter seinen Schlägen zu vernichten.

Der Platzregen, welcher gegen die Mauern und Fenster schlug, erhöhte durch sein monotones Geräusch noch die Düsterheit dieser Scene.

Die Herzogin empfand eine unbeschreibliche Angst. Erschöpft durch die Anstrengungen einer schnellen und beschwerlichen Reise befand sie sich körperlich und geistig in jenem Zustande, in welchem die seltsamsten Träume fast zur Wirklichkeit werden,... in welchem sich Entsetzen selbst des stärksten Geistes bemächtigt,... in welchem man, ganz wach, die schrecklichen Anregungen des Alpdrückens im Schlafe empfindet.

Fast ohne Bewußtseyn hörte sie von einer dumpfen Stimme

zurück, wie ein Todter, der sein ...
er sich gegen seine Frau und heftete einen starren Blick auf
sie, ohne sie zu sehen.

Von Entsetzen ergriffen, wollte die Herzogin fliehen; aber
die Kräfte versageen ihr den Dienst und sie sank auf ihren
Stuhl zurück.

„Höre," sagte der Herzog, indem er ihre Hand ergriff.
„ich weiß Alles. .. die Elende hat sich hingegeben, . . blage-
geben. Verstehst Du! ... Sie hat mir Alles genommen,
... ihre Treue, die nicht mehr ihr gehörte, ... meine Ehre
die mir gehörte.... Ihre Treue, ... ich will sie nicht mehr;
es ist die Treue einer Meineidigen, einer entsetzlichen Frau!
Aber meine Ehre! ... Ich werde sie rächen! ... Es liegt
Blut zwischen diesem Weibe und mir, und dieses Blut es ist
das seinige! ... Ich werde sie tödten! ... Ich bin ihr Rich-
ter vor Gott, ... ich werde ihr Henker seyn vor den Menschen!

Und mit entsetzlicher Blasphemie rief der Herzog den Him-
mel zum Zeugen dieses Eides an.

Stephanie fühlte sich dem Tode nahe.

Ihre zarte Hand, die von der nervigen Hand ihres Gatten
wie zwischen zwei Schrauben gepreßt wurde, verursachte ihr
einen furchtbaren Schmerz, ohne welchen sie ohnmächtig ge-
worden wäre.

Bald verloren die Finger des Kranken ihre Spannkraft,
seine Augen schlossen sich, der Kampf war vorüben. ... Die
Herzogin war frei.

Sie erhob sich, stützte sich an die Mauer und erreichte
schwankenden Schrittes die Thüre der Hütte, als im Vorüber-
gehen an dem Tische, auf welchem die Lampe brannte, ihre
Augen auf die Fiole fielen, welche die Arznei des Marschalls
enthielt, und auf die Uhr, die in jeder Stunde sein Geschick
entscheiden sollte.

Die Stunde, in welchem er den Trank nehmen mußte, war
gekommen.

Ein heftiger Kampf entspann sich in der Seele der un-
glücklichen Herzogin.

Der beleidigte Gatte, der ihr Verbreche 1 kannte, lag ver-
theidigungslos vor der, welcher er den Tod geschworen!

Ihn ohne Hülfe zu lassen, rettete sie!!

Ihm das Leben zu geben, war für sie Tod!!"

Die Seele der armen Frau unterlag nicht in diesem grau-

stieß einen Ruf der Ueberraschung aus ...
seinem Lager erkannte.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Brief Heinrich Heine's

an

Varnhagen von Ense

über

Ferdinand Lassalle.

Paris, 3. Januar 1845.

Theuerster Varnhagen!

Es ist dies der erste Brief, den ich in diesem neuen Jahre schreibe und ich beginne ihn mit dem herzlichsten Glückwunsch. Möge in diesem Jahre leibliches und geistiges Wohlsein Sie beglücken. Daß Sie von körperlichen Leiden so oft niedergedrückt, höre ich mit großer Betrübniß. Ich hätte Ihnen gern zuweilen ein tröstendes Wort zugerufen, aber Hekuba ist eine schlechte Trösterin. Mir ging es nämlich in der letzten Zeit spottschlecht und das Schreiben erinnert mich beständig an mein körperliches Mißgeschick; ich kann kaum meine eigenen Schriftzüge sehen, indem ich ein ganz geschlossenes und ein bereits sich schließendes Auge habe und jeder Brief mir neue Pein verursacht.

Ich ergreife daher mit innigster Freude die Gelegenheit, Ihnen durch einen Freund mündlich Nachrichten von mir zukommen zu lassen und da dieser Freund in alle meine Nöthe eingeweiht ist, so kann er Ihnen umständlich mittheilen, wie entsetzlich mir von meinen nächsten Sippen mitgespielt worden und was etwa in dieser Beziehung noch für mich zu thun wäre.

Herr Lassalle, der Ihnen diesen Brief bringt, ist ein junger Mann von den ausgezeichnetsten Geistesgaben, mit der gründlichsten Gelehrsamkeit, mit dem weitesten Wissen, mit dem größesten Scharfsinn, der mir je vorgekommen. Mit der reichsten Begabniß der Darstellung verbindet er eine Energie des Willens, eine Habilité im Handeln, die mich wahrhaft in Erstaunen setzen, und wenn seine Sympathie für mich nicht

Das tausendjährige Reich der R...
... war sein letzter ... abge...
... nicht die Krone vom Haupte ...
... gelöscht — —

Vor vier Jahren hatte ich, ...
... selber, noch ein Gelöste ...
... im Mondschein. ...
... Schwanengesang der untergeh...
... ich ihn gewidmet. Das geb...
... mein wahlverwandter War...
... Gruß. Sie haben gleich mir ...
... bei der neuen Hebammen...
... sie zu Tage gefördert ...
... den armen Hut, das ...
... sieht, wie die junge Brut ...
... schwimmt.

... durch Buchhändlerko...
... herauszugeben; das soll ...
— mit Vorsicht, damit man ...
... kann.

Sie merken, theurer Freund, ...
... Rede ist. Solche ...
... zu meiner Kränklichkeit ...
... der gleich einem ...
... auch die ...
... Ich fürchte jedoch, ...
... der im Schooße ...
... war, an mir ...
... heitere Luft getroffen, ...

Wer die Umstände erwäge, ...
...-Versuch sehen. Die ...
... Jahre lang harrte, ingrimmig ...
... endlich ihre Siegesstunde ...
... eine alte Geschichte, die sich ...

Ja, ich bin sehr körperkrank, ...
... meine Mome, ...
... weit, und ...

tsetzung folgt.)

Heinrich Heine's

an

agen von Ense

über

nd Lassalle.

Paris, 3. Januar 1845.

agen!

rief, den ich in diesem neuen Jahre
n mit dem herzlichsten Glückwunsch
liches und geistiges Wohlsein Sie
körperlichen Leiden so oft niederge-
Betrübniß. Ich hätte Ihnen gern
ct zugerufen, aber Hekuba ist eine
ng es nämlich in der letzten Zeit
eben erinnert mich beständig an
f, ich kann kaum meine eigenen
d ein ganz geschlossenes und ein
e habe und jeder Brief mir nur

innigster Freude die Gelegenheit,
mündlich Nachrichten von mir
da dieser Freund in alle meine
n er Ihnen umständlich mittheis
meinen nächsten Sippen mitge-
n dieser Beziehung noch für mich

n diesen Brief bringt, ist ein jun-
chnetsten Geistesgaben, mit der
mit dem weitesten Wissen, mit
mir je vorgekommen. Mit der
lung verbindet er eine Energie
Handeln, die mich wahrhaft in
eine Sympathie für mich nicht
ihm den thätigsten Vorschub.
ung von Wissen und Können.

gesunken, als jene harten Gladiatoren, die so stolz dem Kampftode entgegengeben.

Das tausendjährige Reich der Romantik hat ein Ende und ich selbst war sein letzter und abgedankter Fabelkönig. Häte ich nicht die Krone vom Haupte fortgeschmissen, sie hätten mich richtig geköpft — —

Vor vier Jahren hatte ich, ehe ich abtrünnig wurde von mir selber, noch ein Gelüste mit den alten Traumgestalten herumzutummeln im Mondschein, und ich schrieb Atta Troll, den Schwanengesang der untergehenden Periode und Ihnen habe ich ihn gewidmet. Das gebührte Ihnen, denn Sie sind immer mein wahlverwandtester Waffenbruder gewesen, in Spiel und Ernst. Sie haben gleich mir die alte Zeit begraben hel- fen und bei der neuen Hebammendienst geleistet — ja, wir haben sie zu Tage gefördert unter Schrecken — es geht uns wie dem armen Huhn, das Enteneier ausgebrütet hat und mit Entsetzen sieht, wie die junge Brut sich in's Wasser stürzt und wohlgefällig schwimmt.

Ich bin durch Buchhändlerkontrakt verpflichtet, den Atta Troll herauszugeben; das soll in einigen Monaten geschehen — mit Vorsicht, damit man mir nicht den Prozeß macht und mich köpfe.

Sie merken, theurer Freund, wie ganz wie ungewiß mir zu Muthe ist. Solche schwachmatische Stimmung ist jedoch zumeist in meiner Kränklichkeit begründet. Schwindet der Lähmungsdruck, der gleich einem eisernen Reifen mir die Brust einklemmt, so wird auch die alte Energie wieder flügge werden. Ich fürchte jedoch, das wird noch lange dauern. Der Verrath, der im Schooße der Familie, wo ich waffenlos und vertrauend war, an mir verübt wurde, hat mich wie ein Blitz aus heiterer Luft getroffen, und fast tödlich getroffen.

Wer die Umstände erwägt, wird hierin einen Meuchel- mords-Versuch sehen. Die schleichende Mittelmäßigkeit, die 20 Jahre lang harrte, ingrimmig neidisch gegen den Genius, hatte endlich ihre Siegesstunde erreicht. Im Grunde ist auch das eine alte Geschichte, die sich immer erneut.

Ja, ich bin sehr körperkrank, aber die Seele hat wenig ge- litten. Eine müde Blume, ist sie ein bischen gebeugt, aber keineswegs welk, und wurzelt noch fest in Wahrheit und Liebe.

Und nun leben Sie wohl, theuerster Varnhagen. Mein Freund Lassalle wird Ihnen sagen, wie viel und wie

„Die schleichende Mittelmäßigkeit", die sich jüngst so lär- mend breit machte, ließ den jungen, vierundzwanzigjährigen Genius mit seinen „ausgezeichneten Geistesgaben," mit seiner „gründ- lichen Gelehrsamkeit," mit seinem „weiten Wissen" u. s. w. schmählich im Stich.

Doch den rheinischen Richtern wird es auf's Neue vorbe- halten seyn, Jemand der Freiheit wiederzugeben, der sich der Freiheit rücksichtslos opferte.

Aus dem Banate.

(Fortsetzung.)

Lugos liegt bereits in der weiten Banater Ebene. — Wir wendeten uns wieder dem Nordosten zu, nach Arad fahrend. Zwei Stunden hinter Lugos beginnen prächtige Eichenwäl- der, leichte Hügel steigen auf, und wir fuhren die Ebene ver- lassend, dem in der Ferne auftauchenden Gebirge zu. Baum- gruppen, reizend durch Form und Farbe, begleiten zu beiden Seiten in weiter Ausdehnung die Straße und Waldesdufte, der stets willkommene, erquickt und erfrischt. Wir übernach- teten in einem Dorfe, das in einem Gebirgskessel liegt, auf unserem Wagen, da die Zimmer der Schenke zu unrein waren.

Am nächsten Tage, der ein Sonntag war, brachen wir früh Morgens auf. Gegen Mittag kamen wir in die Nähe Arads. Vor demselben liegt der bedeutende Ort Neu-Arad, meist von Deutschen bewohnt. Diese rüstigen, wohlge- nährten, sehr anständig gekleideten Leute kamen eben aus der Kirche an uns vorbei. Weiterhin begegnete uns eine Reihe festlich mit Blumen und Weinlaub geschmückter Wagen, die dem Gebirge zu zur Weinlese fuhren. Auf- fallend unterscheidet sich hier der deutsche Bauer durch Unhöflichkeit von allen übrigen Landleuten, den Ungarn, Serben, Bulgaren, und Walachen. Wenn diese des Guten zu viel thun und beinahe mit kriechender Höflichkeit — was besonders den Walachen eigen ist — schon von weitem den Hut ziehen und einem entgegenkommenden Wagen ausweichen: — thut der Deutsche hier gerade das Gegentheil und weicht von seinem einmal betretenen Wagengeleise nie ab;

mit Deutschland bestehen kann. Er müsse sich auch besonders gegen die Unterstellung erklären, daß er die preussische Hegemonie wolle. Für die Zustände, die wir erstreben, sey diese Hegemonie nicht. — Die Verhandlung der Oberhauptsfrage liege indessen außer der Kompetenz des Reichsministers, sie sey Vorrecht der Nationalversammlung. Er könne übrigens diesen Gegenstand nicht verlassen, ohne seine völlige Unabhängigkeit zu wahren. Wer da glaube, daß er eine Verbindlichkeit übernommen, die nicht seiner innigsten Ueberzeugung entspreche, der thue ihm Unrecht. — Auf die Besprechung des ministeriellen Antrags übergehend, bemerkt der Ministerpräsident, er trage dem Gefühle der deutschen Oesterreicher, nun in ein entfernteres Verhältniß mit Deutschland treten zu müssen, vollkommen Rechnung; er freue sich darüber. Er könne aber deßhalb seine politische Meinung bezüglich der Sonderinteressen Deutschlands nicht ändern.

Nun auf das Programm von Kremsier kommend, bemerkt der Ministerpräsident, er müsse deßhalb darauf fußen, weil es die große Mehrheit des österreichischen Volkes gebilligt. Man behaupte freilich, es sey nun modificirt worden. Könne man ihm die Möglichkeit darthun, daß Oesterre...
bereit, seine vor...
glaube er nicht d...
unterwerfen werde...
bin geschlagen." ...
eintreten, nein, es...
Oesterreich aus D...
hältniß mit Oeste...
der Einigung gen...
und dazu sey di...
setzt nun noch au...
es die Autorisatio...
ten namentlich d...
gewalt entgegensi...
An einer andern ...
Vollmacht verliehe...
sein Amt niederte...
Behauptung auss...
Programme von ...
daß es, nach dem...
tritt den Verdäch...
Oesterreich gelten...
österreichischen M...
es sich Oesterreich...
sich mit Deutschlo...
die Hoffnung au...
Bevollmächtigten ...
der Nationalversa...
den Majoritäts-A...
Versicherung, da...
fassung zu einige...
Unter langanhalte...
gezischt. — Arn...
der Minorität. —...
ken, Oesterreich ...
tionen, mit wel...
fassung in Oester...
überhaupt den B...
zwei Stunden fü...
den entfernteren ...
auf der Linken u...
denten half nicht ...
keine Aufmerksam...
ihn offen und ...
bekämpfen, welc...
Widerspruch herr...
selbst an, daß er ...
mit dem Ordnung...
Der letzte Redne...
gedenken. Er tr...
mit großer Ruhe ...
der österreichische...

---

um jetzt schon sich darüber auszusprechen, in welcher ... Oesterreich in den deutschen Bundesstaat treten könne. Er sey aber als Bevollmächtigter Oesterreichs mit dem Auftrage hierher gesendet worden, ein einiges staatliches Verhältniß mit Deutschland anzubahnen, und wenn die letzte österreichische Note von dem Programme von Kremsier abweiche, so sey dies keine zweideutige Politik, sondern die Folge der Aufkläeungen, die er dem österreichischen Ministerium über die Gesinnung der Nationalversammlung gegeben. Für seinen Freund Gagern sprach sich v. Schmerling mehrmals hochachtend aus, aber auch verdammend über die Freiheit und Einheit knechtende Politik Metternichs, der indessen weder die deutschen Fürsten noch Staatsmänner entgegen getreten. — Nach drei Uhr wurde die Debatte auf morgen vertagt.

(Frankfurt, den 10. Januar. [Fortsetzung des Berichts des österreichischen Ausschusses.] In einer Note des österreichischen Justizministeriums vom 6. Dezember wird das jetzt offen befolgte System schon klarer. Der Reichsjustizminister hatte gegen die Tödtung eines Reichsabgeordneten Protest eingelegt; der Justizminister Oesterreichs erklärt

---

ihren Namen beinahe in ihr Ohr flüstern... und diesem Na... der natürliche Trieb der Selbsterhaltung seine Stimme in

und durch die Bildung der Bewohner übertroffen. An der Hauptstraße, die nach Siebenbürgen führt, und der schiffbaren Maros, welche in die Theiß mündet, gelegen, wird Arad, durch eine Eisenbahn mit dem übrigen Ungarn verbunden, zu noch größerer Blüthe gelangen. Zwischen den beiden Städten herrscht der Unterschied, welcher die Bestrebungen eines Jünglings und eines abgelebten Mannes charakterisirt. Was Temesvar blühend gemacht zur Zeit des Krieges, seine Befestigung und große Garnison, hemmt jetzt dessen weiteres Aufsprießen, und fördert darum seinen Untergang.

Wir saßen eben in Arad beim Mittagessen. Auf unserem Tische lag eine gedruckte Anonce. Als ich dieselbe in die Hand nahm, bemerkte ich, daß es die Anzeige eines Conzertes war, das an demselben Tage stattfinden sollte. Der Conzertgeber, ein Violinvirtuose, war mir von Wien aus bekannt. Ich erfuhr vom Speisediener, daß jener mit uns in demselben Gasthofe wohne. Bald darauf trat er in den Saal, und wir begrüßten uns. Da ein Conzertgeber für nichts Anderes Sinn hat, als für seine Produktion, so mußten wir mit allen Klagen und Beschwerden des guten Mannes bekannt werden, dem das größte Unglück bevorstand — ein leeres Haus. Er hatte von einem ungarischen Magnaten in Pesth einen Empfehlungsbrief an einen Baron in Arad erhalten, an dessen Vater sich alle Conzertgeber und andere Künstler wenden müssen, um seine Protection zu erlangen, im Falle sie durchgreifen wollen, denn nicht allein, daß er Niemand unterstützt, der ihm nicht empfohlen ist, oder den er nicht in Schutz nimmt, er hindert auch die meisten Adeligen der Stadt, da er eine große Partei hat, das Conzert zu besuchen. Unglücklicherweise hatte nun unser Bekannter einen Brief an den Sohn des Barons. Der Vater, erboßt, daß nun sein Sohn die Rolle eines Mäcens übernehme, manövrirte bereits unter seinen Freunden und suchte sie vom Conzerte des Virtuosen abzureden, um so mehr, da an einem der nächsten Tage einer seiner Begünstigten selbst eine Akademie veranstaltete!

Am Abende war das Conzert. In der ersten Loge rechts saß ein Kavalier, hinter ihm war ein Mann bisher ganz unbeweglich gestanden. Jetzt begann der Conzertgeber ungarische Weisen. Da lehnte sich der Mann über die Brüstung der Loge, und horchte mit freudestrahlendem Antlitze und gluthentzündeten Augen den Melodieen. So lag er unbeweglich bis zum Schlusse des Musikstückes. Nun aber brach der lang zurückgehaltene Enthusiasmus aus seinen Schranken. Ein éljén aus seinem Munde machte die Räume erbeben und seine Hände schlugen Beifall, zur Wiederholung auffordernd.

Nach dem Conzerte begaben wir uns in den Speisesaal. Er war bereits ganz gefüllt, wir erhielten nur mit Mühe am untersten Ende Platz. In zwei Reihen, rechts und links, saßen die Komitatsstände, Conservative und Liberale — hier Perczovits und Eubinski genannt, Namen nach Parteiführern. — Am kommenden Tage war Komitatscongregation, zu der sie sich versammelt hatten. Nach kurzer Zeit ertönte ein hundertstimmiges „éljén" durch den Saal. Wir schauten auf, ein noch junger Mann war eingetreten, den Shawl und Mantel über den Arm geworfen, schritt er zum obersten Ende des Tisches, indem er mit stolzem Kopfnicken der Gesellschaft für den Lebehoch dankte. Zehn Aufwärter sprangen herbei, um ihn doch zu bedienen. Ich fragte, wer der Mann wäre, ob ein berühmter Redner oder ein bedeutender Staatsmann, dem beide Parteien so huldigten?

„Ein Millionär," erhielt ich zur Antwort, „der das Geld mit vollen Händen herauswirft, überdies ein Mensch ohne alle sonstige Befähigung."

Dies ist ein Nachkömmling des greisen Erzbischofes Arsenius Czernovits, unter welchem die Serben in das Banat einwanderten.

Der moderne ungarische Kavalier wohnt in Debreczin. Von daher hatte er die Zigeuner mitgebracht, die eben zu spielen anfingen, und in deren Vorspieler ich den Mann erkannte, der in der Loge so applaudirt hatte. Um den Versammelten gefällig zu seyn, hatte er sie kommen lassen. Sie spielten ohne Rast die ganze Nacht. Den Ausbruch der Lebhaftigkeit und des Jubels, den Wein, politische Reden und Musik auf die Gesellschaft hervorbrachten, zu beschreiben ist unmöglich. Lautes Singen und Schreien, Umarmen und Küssen, mitunter auch Weinen und Seufzen, Juchhe und Oh, welche die Musik begleiteten, je nach dem Charakter der Melodieen, wechselten mit einander ab. — Der Kapellmeister der Zigeuner, die fortspielten, mußten mit dem Violinbogen auf den Boden des Glases, nach dem Takte der Musik, klopfen, während es die Toastausbringer leerten — O, diese Ungarn sind eine heißblütige Nation!

Am folgenden Tage war Kongregation. Wir begaben uns auf die Gallerie des Saales, wo wir, trotz der Oeffentlichkeit beinahe die einzigen Zuhörer waren. Der größte Theil der Zeit wurde, wie dies in den Komitaten oft der Fall ist mit Erörterung einer Streitfrage zwischen dem Temeser und Arader Komitate verzplittert. Es handelte sich um den Stand der Mühlen in der Maros, welche die Grenze der beiden Komitate bildet, und wovon die Hälfte hieher, die andere dorthin gehört. Die Komitate Ungarns scheinen sich beinahe als feindlich zu betrachten; den Anschein hat es wenigstens, wenn man dieses alberne Eifersüchteln und Streiten wahrnimmt, wodurch so viel Zeit verloren geht, die wahrlich mit etwas Besseren ausgefüllt werden könnte. Außer uns befand sich nur noch eine Dame mit einem kleinen Knaben auf der Galerie. Lautes Höhnen und Lachen verfolgte und unterbrach die Rede eines Konservativen, trotz des oft gerufenen: „hajnuk" — hören wir — seiner Partei.

„Mama, warum lachen denn Alle über den Vater?" fragt das Kind.

„Er hat etwas sehr Witziges gesagt!" antwortete die sich entfernende Dame.

Wie oft ist schon gegen das kleinliche Treiben in dem ungarischen Komitatsleben geeifert worden. Es scheint beinahe daß die Stände absichtlich alle Fragen, die sich auf das soziale Leben und die Kultur beziehen, fern halten, daß sie Fragen, durch deren Lösung Schulen und öffentliche Anstalten und mit diesen das Volk gehoben würde, bei Seite legen — um eben das Volk nicht zu bilden, und so von der Gesetzgebung noch lange fern zu halten. — So lange das Volk in Ungarn nicht vertreten wird, so lange Adelige wieder Adelige als Richter des Volkes wählen, kann in keinem Staate, am allerwenigsten in Ungarn, wahres Gemeinwohl gedeihen!

(Fortsetzung folgt.)

Redakteur: Maxim. Reck. — Druck und Verlag von Wilhelm Tümmel S. Nr 544 am Rathhaus.

M...

Der Tag, ...
furt beschlossen ...
deutschen Volk...
erhebung gewä...
land rechtsver...
stag der 18. ...
zen Vaterlande...
würdige Festfe...
unterzeichnete ...
glaubte sich ber...
in die Hand zu...
mit die Ausschü...
stände der Gewe...
(der verschieden...
vereine, des Tu...
ger Stadt zu ...
Montag den 15 ...
3 Uhr in den Saal des Neuschadlers ein, um daselbst ein Festprogramm für den 18. Januar zu entwerfen.

Nürnberg, den 13. Januar 1849.

Das Comité für Volksversammlungen.

Frauen-Verein.

Die nächste Versammlung des Vereins findet Montag den 15. Januar Nachmittags 3 Uhr in der Wohnung des Schönfärbers Herrn Ziegler statt.

Der Vorstand des Vereins.

Prater.

Heute Montag den 15 Januar große Vorstellung der drei Athleten aus Coburg. Es ladet ergebenst ein

Anfang 7 Uhr.

M. Rupprecht.

Wiener Salon.

Montag, den 15. Januar
Produktion der steyerischen Sänger.
Anfang 6 Uhr Abends.

... in Bayern einen gewandten Mann von gesetztem Alter, der Bayern schon einige Zeit in Tabak oder Colonialwaaren bereist hat, und wenn es gewünscht wird, Caution stellen kann — Bewerber, die diesen Anforderungen entsprechen können, mögen ihre frankirten Chiffre J B. an die Exped. d. Bl richten

---

(Gesuch) Es wird eine Magd, die kochen kann und sich willig jeder Handarbeit unterzieht, sogleich oder bis Ziel in Dienst zu nehmen gesucht.

(Zu vermiethen) Eine freundliche Wohnung bestehend aus zwei bis drei Zimmern, Kammern, Küche, Keller rc. ist täglich zu vermiethen.

n Alle über den Vater!« frag

s gesagt!« antwortete die

kleinliche Treiben in dem un
n orren. Es scheint beinah
Fragen, die sich auf das
eben, fern halten, daß sie Ar
en und öffentliche Anstalten
n würde, bei Seite lassen —
rn, und so von der Gesetz
— So lange das Volk
lange Adelige wieder Adelig
kann in keinem Staate,
s Gemeinwohl gedeihen!
folgt.)

---

hs am Rathhaus.

---

nn von gesetztem Alter,
Tabak oder Colonial-
gewünscht wird, Caution
ten Anforderungen ent-
lirten Chiffre J. B. an

Magd, die kochen kann
unterzieht, sogleich oder
dt.

---

freundliche Wohnung
en, Kammern, Küche,

und durch die Bildung der Bewohner ...
Hauptstraße, die nach Siebenbürgen führt, und der schiffbaren
Maros, welche in die Theiß mündet, gelegen, wird Arad,
durch eine Eisenbahn mit dem übrigen Ungarn verbunden, zu
noch größerer Blüthe gelangen. Zwischen den beiden Städ-
ten herrscht der Unterschied, welcher die Bestrebungen eines
Jünglings und eines abgelebten Mannes charakterisirt. Was
Temesvar blühend gemacht zur Zeit des Krieges, seine Befe-
stigung und große Garnison, hemmt jetzt dessen weiteres Auf-
sprießen, und fördert darum seinen Untergang.
Wir saßen eben in Arad beim Mittagessen Auf unserem
Tische lag eine gedruckte Anonce. Als ich dieselbe in die Hand
nahm, bemerkte ich, daß es die Anzeige eines Conzertes war,
das an demselben Tage stattfinden sollte. Der Conzertgeber,
ein Violinvirtuose, war mir von Wien aus bekannt. Ich er-
fuhr vom Speisekellner, daß jener mit uns in demselben Gast-
hofe wohne. Bald darauf trat er in den Saal, und wie be-
grüßten uns. Da ein Conzertgeber für nichts Anderes Sinn
hat, als für seine Produktion, so mußten wir mit allen Kla-
gen und Beschwerden des guten Mannes bekannt werden, dem
das größte Unglück bevorstand — ein leeres Haus Er hatte
von einem ungarischen Magnaten in Pesth einen Empfehlungs-
brief an einen Baron in Arad erhalten, an dessen Vater sich
alle Conzertgeber und andere Künstler wenden müssen, um seine
Protection zu erlangen, im Falle sie durchgreifen wollen, denn
nicht allein, daß er Niemand unterstützt, der ihm nicht em-
pfohlen ist, oder den er nicht in Schutz nimmt, er hindert
auch die meisten Adeligen der Stadt, da er eine große Partei
hat, das Conzert zu besuchen. Unglücklicherweise hatte nun
unser Bekannter einen Brief an den Sohn des Barons. Der
Vater, erboßt, daß nun sein Sohn die Rolle eines Mäcens
übernehme, manövrirte bereits unter seinen Freunden und
suchte sie vom Conzerte des Virtuosen abzureden, um so mehr,
da an einem der nächsten Tage einer seiner Begünstigten selbst
eine Akademie veranstaltete!
Am Abende war das Conzert. In der ersten Loge rechts
saß ein Kavalier, hinter ihm war ein Mann bisher ganz un-
beweglich gestanden. Jetzt begann der Conzertgeber ungarische
Weisen. Da lehnte sich der Mann über die Brüstung der
Loge, und harchte mit freudestrahlendem Antlitze und gluth-
entzündeten Augen den Melodieen. So lag er unbeweglich

beide Partreien so huldigten?
„Ein Millionär," erhielt ich zur Antwort, „der das Geld
mit vollen Händen herauswirft, überdies ein Mensch ohne alle
sonstige Befähigung."
Dies ist ein Nachkömmling des greisen Erzbischofes Ar-
senius Czernovits, unter welchem die Serben in das Banat
einwanderten.
Der moderne ungarische Kavalier wohnt in Debreczin. Von
daher hatte er die Zigeuner mitgebracht, die eben zu spielen an-
fingen, und in deren Vorspieler ich den Mann erkannte, der in
der Loge so applaudirt hatte. Um den Versammelten gefällig zu
seyn, hatte er sie kommen lassen. Sie spielten ohne Rast die
ganze Nacht. Den Ausbruch der Lebhaftigkeit und des Ju-
bels, den Wein, politische Reden und Musik auf die Gesell-
schaft hervorbrachten, zu beschreiben ist unmöglich. Lautes
Singen und Schreien, Umarmen und Küssen, mitunter auch
Weinen und Seufzen, Juchhe und Oh, welche die Musik be-
gleiteten, je nach dem Charakter der Melodieen, wechselten mit
einander ab. — Der Kapellmeister der Zigeuner, die fortspiel-
ten, mußten mit dem Violinbogen auf den Boden des Glases,
nach dem Takte der Musik, klopfen, während es die Toastaus-
bringer leerten — O, diese Ungarn sind eine heißblütige
Nation!
Am folgenden Tage war Kongregation Wir begaben
uns auf die Gallerie des Saales, wo wir, trotz der Oeffentlich-
keit beinahe die einzigen Zuhörer waren. Der größte Theil
der Zeit wurde, wie dies in den Komitaten oft der Fall ist,
mit Erörterung einer Streitfrage zwischen dem Temeser und
Arader Komitate verplittert. Es handelte sich um den Stand
der Mühlen in der Maros, welche die Grenze der beiden Ko-
mitate bildet, und wovon die Hälfte hieher, die andere dorthin
gehört. Die Komitate Ungarns scheinen sich beinahe als
feindlich zu betrachten; den Anschein hat es wenigstens, wenn man
dieses alberne Eifersüchteln und Streiten wahrnimmt, wornach
so viel Zeit verloren geht, die wahrlich mit etwas Besserem
ausgefüllt werden könnte. Außer uns befand sich nur noch
eine Dame mit einem kleinen Knaben auf der Galerie. Lau-
tes Höhnen und Lachen verfolgte und unterbrach die Rede
eines Konservativen, trotz des oft gerufenen „hajonk" —
hören wir — seiner Partei.

erledigte Ob rpostmeisterste
Eisenbahndirektor v. Gerb
Post- und Eisenb.-Angele
in Nürnberg zum General-

** (Nürnberg, den 15
gelegenen Straßen der St
erzählen, was über Nacht
nen Straßen der Stadt f
Wellen, welche auf ihrem
förung tragen. Die lind
vorgestern Abend eingetret
wässer, wie es das Jahr 1
deutliche Schnelligkeit, mit
ringsten Vorkehrungen ge
und die Communikation
sehr unzulänglich nur dur
Flöße und Kähne hergestell
Stadt wählen will. Den f
flutheit, giebt sein Stand
neuen Reichthorbrücke bis
Schaden, den dieses ungl
rechenbar, nicht allein dur
in hiesiger Stadt, sondern
hiesiger Handelsleute. Be
3 Königsmesse stattfindet,
gänzlich weggerissen worde
Tagen, und man konnte w
der Todesangst nach Hül
zu können.
Auf den ohnehin nicht
Postenlauf übt das Hochw
in dem die Brücke bei Lan
wodurch die westliche Post
natürlich auch Wiesen, Fe
überschwemmt sind, so ist
Furcht vorhanden. Wie
sehr bedrängten Zeit be...

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 16 Januar 1849 — № 16 — Dienstag: Marcellus.

Deutschland.

Bayern. (München, 14. Jan.) [Ernennungen.] Der geprüfte Rechtspraktikt. K. Moser zum II. Landgerichtsassessor in Freising; der vorm. Patrimonialrichter I. Klasse P. Eichbichler von Hurlach zum II. Landgerichtsassessor in Schrobenhausen; der II. Landgerichtsassessor bei dem Landgerichte Ebersberg F. Pfaffenzeller zum I. Landgerichtsassessor bei dem Landgerichte Rain; der dermalige Registraturgehilfe bei der Regierung von Schwaben und Neuburg zum statusmäßigen Registrator; dem Landgerichte Burghausen wurde statt des bisherigen Zivíladjunkten ein zweiter Assessor beigegeben und zum II. Assessor in Burghausen der Landgerichtsassessor G. E. Rübel zu Scheßlitz ernannt. (N. M. Z.)

(München, 13. Jan.) Einem heute hier zirkulirenden Gerüchte zufolge, würde Oberpostmeister Graf Taufkirchen in Augsburg demnächst pensionirt, Ministerialrath Freiherr von Brück auf die dadurch erledigte Oberpostmeisterstelle zu Augsburg versetzt, General-Post- und Eisenbahndirektor v. Geeb zum Ministerialrath und Referenten in Post- und Eisenbahnangelegenheiten, und Oberpostmeister v. Sundahl in Nürnberg zum General-Post- und Eisenbahndirektor ernannt werden. (D. bayer. Ldb.)

** (Nürnberg, den 15.) Seit heute Morgen wogen in den höher gelegenen Strassen der Stadt Menschenströme durcheinander, die sich erzählen, was über Nacht so rasch gekommen. In den nieder gelegenen Strassen der Stadt fluthen dagegen die Wassermassen in hohen Wellen, welche auf ihrem Rücken die Trümmer ihrer gräßlichen Zerstörung tragen. Die linde Luft und der anhaltende Regen, die seit vorgestern Abend eingetreten, brachten uns gestern Nachts ein Hochwasser, wie es das Jahr 1784 nicht aufzuweisen hat. Die ausserordentliche Schnelligkeit, mit der es gekommen, ließ auch nicht die geringsten Vorkehrungen gegen die Gewalt seiner Beschädigungen zu, und die Communikation zwischen den beiden Stadttheilen ist daher sehr unzulänglich nur durch das diesmal sehr gefährliche Mittel der Flöße und Kähne hergestellt, wenn man nicht den Umweg um die Stadt wählen will. Den sichersten Anhaltspunkt, wie hoch das Wasser fluthet, giebt sein Stand in dem Stadtgraben, in dem er von der neuen Reichthorbrücke bis beinahe zur Wöhrderthorbrücke reicht. Der Schaden, den dieses unglückliche Ereigniß angerichtet hat, ist unberechenbar, nicht allein durch die Zerstörung an Brücken und Stegen in hiesiger Stadt, sondern auch in den Gewölben und Verkaufsläden hiesiger Handelsleute. Von der Insel Schütt, wo gegenwärtig die 3 Königsmesse stattfindet, sind sämmtliche Buden sehr beschädigt, viele gänzlich weggerissen worden. Leider sind auch Menschenleben zu beklagen, und man konnte welche mehrere Stunden lang in der Schwebe der Todesangst nach Hülfe rufen hören, ohne ihnen dieselbe leisten zu können.

Auf den ohnehin nicht in jüngster Zeit nicht regelmäßig erfolgenden Postenlauf übt das Hochwasser einen vermehrten ungünstigen Einfluß, in dem die Brücke bei Langenzenn gänzlich zusammengestürzt seyn soll, wodurch die westliche Post nur sehr verspätet eintreffen wird. Da natürlich auch Wiesen, Feldern und Gärten in einem weiten Umkreise überschwemmt sind, so ist auch für diese Erzeugnisse nicht ungegründete Furcht vorhanden. Wir wollen indeß im Interesse der ohnehin jetzt sehr bedrängten Zeit hoffen, daß aller angerichteter Schaden sich geringer herausstellt, als ihn Befürchtung und Vermuthung hinstellt.

Wir werden später in den Stand gesetzt werden, nähere Details nachzubringen, namentlich über die Verluste, welche auf dem Fisch- Käse- Obst- und grünen Markte, so wie in den langen Krämen durch das Wasser herbeigeführt wurden.

Baden. (Karlsruhe, 12. Januar.) In der heutigen Sitzung der 2. Kammer erklärt sich Rapp gegen das neue Gesetz, insbesondere aber gegen den Beschluß der Centralgewalt, zu dessen Vollzug es gegeben worden, und führte in einer langen Rede aus, daß jener Beschluß nicht auf den durch das Vorparlament festgestellten Grundlagen beruhe, indem dort die Verschmelzung des Linienmilitärs mit der Bürgerwehr verlangt werde, während man jetzt ersteres noch zu vermehren gedenke. Auch bestreitet er der jetzigen Kammer, die schon so viele Mißtrauensvota erhalten hatte, das Recht darüber zu entscheiden und ist mit sich im Zweifel, ob er nicht eher austreten als mitberathen wolle. Schaaff widerlegt den Redner in den Hauptpunkten und zeigt, daß Deutschland seine Blicke über die Gränze zu richten habe, wo Rußland und Frankreich wohlgerüstet daständen, daher auch die deutsche Streitmacht, um nicht zu unterliegen, vermehrt werden müsse. Wie das Gesetz über die Bürgerwehr aufgenommen werde, habe die Erfahrung gezeigt, indem solches von den Ständen, mit rühmlicher Ausnahme von Karlsruhe, nur mit Widerwillen, auf dem Lande aber gar nicht vollzogen werde. Er zeigt ferner, daß eine Bürgerwehr nicht im Stande wäre, den Kampf mit wohldisziplinirten Truppen aufzunehmen, und daß die Kammer gerade in dem jetzigen Zeitpunkte die Pflicht habe, die Mißtrauensvota nicht zu achten, sondern zum Wohle des Landes festzustehen. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 12. Jan.) [150 Sitzung der Nationalversammlung. Präsident: Ed. Simson, Tagesordnung: Berathung der österreich. Frage. Auf der Ministerbank: v. Gagern, v. Beckerath, v. Peucker und Robert Mohl. — Die Zuhörer hatten sich wieder zahlreich eingefunden, doch nicht in dem Maße wie gestern. — Der Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung folgte die Anzeige des Austrittes des Abg. Sonnenkalb aus Sachsen-Altenburg, des Eintritts mehrerer neuer Abgeordneten, sowie die der neuen Flottenbeiträge und dann sofort der Uebergang zur Tagesordnung. Neue Anträge — der siebente und achte von Goltz und ein letzter auf motivirte Tagesordnung — wurde verlesen. An dem Worte war Wareck, allein dieser hatte es an Simon v. Trier abgetreten. — Simon begann mit den Worten: Als der frische Hauch noch durch Deutschland geweht, habe man nicht geglaubt, daß heute die Frage gestellt werde, ob Deutschösterreich deutsch bleiben solle. Deutschland habe sich dadurch mit Schimpf und Schande bedeckt. Was sey aber Schuld daran, daß wir so tief gesunken? Es seyen die konstitutionellen Priester der allein seligmachenden Theorie, welcher vor jeder That zurückbeben. Jetzt zeige es sich aber, wie wahr Ruge damals gesagt: Die Radetzky müßten geschlagen werden. Der damalige Präsident, jetziger Ministerpräsident, habe dies für halben Landesverrath erklärt. Die, welche dieses Urtheil ausgesprochen, seyen durch die Gewalt der Umstände so weit gekommen, daß sie durch das Aufgeben eines Theils von Deutschland ganzen Landesverrath begehen. (Starker Beifall auf der Linken.) Der Redner stellte sich zunächst die Aufgabe, gegen den Exreichsminister von Schmerling zu Felde zu ziehen und ihn durch Citate seiner frühern und in letzter Zeit gehaltenen Reden, (namentlich der in Wien vor seinen Wählern gehaltenen) der zweideutigen undeutschen Gesinnung zu zeihen. (Vielfaches Lachen und Schmerling dankt dem Redner für seine Aufklärung.) Simon fährt fort, wenn von Gagern trotz alledem kein Mißtrauen gegen v. Schmerling habe und dieser jenen seinen Freund nenne, dann sey es an der Zeit, daß die Nationalversammlung ein Wort dazu spreche. Das begreife er nicht, wie v. Schmerling, nachdem er in Wien die österr. Farben den deutschen vorangestellt, noch seinen Fuß auf deutschen Boden setzen konnte, noch einen Sitz im deutschen Parlament einnehmen durfte. Aber Blum, der in Wien mit so großer Mäßigung erschossen worden, habe in Wien für die deutsche Sache gegen die österr. Gesammtmonarchie gehandelt. Sein Name werde durchs deutsche Land gehen, so lang es ein Parlament gebe. Auf die eigentliche Frage übergehend, bemerkte Simon im Hinblicke auf den von Lassaulx gestellten Antrag, wenn Schwierigkeiten vorhanden seyen, so sey es nicht an uns, auf unsere Rechte zu verzichten, eine Selbstverstümmelung an uns vorzunehmen, er schlage also die einfache Tagesordnung vor; werde das Minoritätserachten angenommen, dann heiße es: ein Oesterreich, ein Preussen, kein Deutschland. Raveaux, der nächste Redner, welcher gegen die Ausscheidung der deutschen Oesterreicher sich ausspricht, verwahrt sich zuerst gegen die Unterstellung, daß eine Verständigung zwischen der Linken und Rechten stattgefunden, weil sie sich in dieser Frage begegnen. — In der Behandlung der eigentlichen Frage, bemerkt der Redner, v. Schmerling habe Unrecht, wenn er behauptet, die österrichische Regierung habe nur bedingt die Wahlen zu der deutschen Nationalversammlung zugelassen. Es betreffe diese Behauptung nur einen nicht kontrasignirten Artikel der Wiener Zeitung. Das Mandat der österreichischen Abgeordneten sey im Gegentheil weitergehend, als das der übrigen Staaten. (Hört! Hört!) Niemand habe aber das Recht, einen deutschen Abgeordneten auszuweisen. In Oesterreich sey in diesem Augenblicke weder das Volk, der Reichstag, noch das Ministerium frei; der slavische Einfluß herrsche. Wenn aber auch Oesterreich diesem Einflusse unterliege, so würden wir doch Oesterreich nicht aufgeben, — sondern wenn wir keine andere Macht haben, mit aller Energie gegen die Losreißung protestiren. Dies könne ohne den Bürgerkrieg geschehen, denn ein im Geiste der Nation gefaßter Beschluß sey von großem moralischen Gewichte. In Oesterreich herrsche aber eine deutschere Gesinnung wie in irgend einem anderen deutschen Lande, davon habe er sich überzeugt als Mitglied der Deputation, welche den Reichsverweser eingeholt. — An einer weitern Stelle äussert der Redner die Ansicht, daß die Ausführung der §§. 2 und 3 der Verfassung in Oesterreich gar keine so schwierige Aufgabe sey, wie man behaupte, namentlich da die einzelnen Völker Oesterreichs schon ihre eigene Verwaltung gehabt. Seyen aber Schwierigkeiten vorhanden, so möchten sie bei der zweiten Lesung geltend gemacht werden, und wir würden auf alles Gegründete eingehen, um uns Oesterreich zu erhalten. (Bravo.) Die Politik Oesterreichs verlange übrigens den Anschluß an Deutschland. Der Redner kommt noch auf die Weise, wie man die Oberhauptsfrage gemischt. Der König von Preussen könne und werde aber, nach einer einer früheren Kölner Deputation, deren Mitglied er gewesen, gegebenen Erklärung die deutsche Kaiserkrone nicht annehmen. Wenn man aber voreilig sie ihm andiete, und er sie ausschlage, könne ein trostloser Zustand, die Anarchie, eintreten. — Er wünsche an der Spitze Deutschlands eine republikanische Regierungsform, obgleich für die Einzelstaaten die constitutionelle. Das sey seine ehrliche Meinung, und seine Freunde auf der Linken nehmen keinen Anstoß daran. Der Redner kommt noch zuletzt darauf, daß das Wort „Rechnung tragen« in dieser Versammlung so oft gebraucht werde. Es sey aber an der Zeit, daß wir dem Volke auch einmal Rechnung tragen, sonst möchte es uns die Rechnung machen. Nachdem der Redner nochmals eindringend für das Zusammenhalten des deutschen Reichs gesprochen, schließt er mit einem altkölnischen Spruche, der auf Hochdeutsch heißt: »Halte fest am Reich, du kölnischer Bauer, mag es nun fallen, süß oder sauer. (Lebhafter Beifall.) — Der Präsident zeigt einen neuen von Wulfen und Consorten gestellten Antrag an, welcher die Autorisation für's Reichsministerium begehrt. — Der Reichsfinanzminister v. Beckerath, dessen Rede indessen bei der Unruhe eines Theiles des Hauses wenig verstanden werden konnte, vertheidigte mit allem Nachdrucke das ministerielle Programm, und bemerkt unter Anderem: Er könne vor Gott und der gesammten Nation erklären, das Ministerium hege keine partikulare, sondern eine rein deutsche Gesinnung, und im weitern Verfolge fügt er noch die Erklärung bei, daß

in Betreff des Programms zwischen dem Ministerkollegium die reinste Solidarität herrsche. — Ein neuer Antrag von Clemens wurde verlesen, und dann erhielt Wydenbrugk das Wort, welcher weit über eine Stunde für den Majoritätsantrag sprach. Er wies zuerst darauf hin, daß es sich hier eigentlich um die Oberhauptsfrage handle. Es frage sich, ob zwei so mächtige Staaten zusammen in den Bundesstaat treten können. Es wäre allerdings zu wünschen, daß in Deutschland einige Staaten kleiner und andere etwas größer seyen, — (Lachen), allein das sey nicht zu ändern, die kleinen könnten nicht größer, und die großen wollten nicht kleiner werden. — So sey es sehr räthlich, daß zwei große Mächte an der Spitze Deutschlands balancirten. Wenn kein Föderativverhältniß zu Stande gebracht werden könne, so wolle er auch seine Stellung aufgeben und eine andere nehmen; er wisse noch nicht, ob er sich für die Republik oder die einheitliche Monarchie erklären solle. — Nachdem Wydenbrugk von diesen Betrachtungen zu der Frage selbst übergegangen war, erklärte er sich entschieden dagegen, daß aus der österreichischen Frage eine ministerielle gemacht wuede. Er beklage es, weil er keine Aenderung des Ministeriums wolle; er beklage es aber noch mehr, daß man in einer so tief ins deutsche Leben einschneidenden Frage einen Einfluß damit habe ausüben wollen. (Bravo.)

Als er hieher gekommen, habe er geglaubt, stets mit Gagern gehen zu können. Er trenne sich heute von ihm wieder, weil ihm Deutschland höher stehe, als ein einzelner Mann. Der Redner behauptet nun zunächst, daß es eine sinnlose Politik sey, den alten Bundestag, der zu Grunde gegangen, für Oesterreich fortleben zu lassen. Der Gedanke des Verhältnisses sey nicht klar gemacht, weil sich nichts Klares dabei denken lasse. (Bravo.) In der weiteren Betrachtung der österreichischen Verhältnisse in welcher er die Gefahren hervorhebt, welche nach seiner Ansicht durch eine Annahme des ministeriellen Programms für Deutschland entstehen würden, spricht er noch die Ueberzeugung aus, daß die §§. 2 und 3 nicht blos für Oesterreich, sondern für alle andern Staaten, die in gleichem Verhältnisse zu Deutschland stehen, mödifizirt werden müßten. Werde Oesterreich aber zugestanden, in ein Sonderverhältniß zu Deutschland zu treten, so würden die Niederlande und Dänemark daselbe Begehren stellen, ja selbst Bayern auf dieses Nachgeben in seinen Sonderforderungen sich berufen können. Am Schlusse seiner Rede beschwört Wydenbrugk die Versammlung, den deutschen Boden nicht zu zerreißen und tritt unter großem Beifalle ab. Sepp folgte bei großer Unaufmerksamkeit des Hauses. — Eine Zwischendebatte entstand nun über die Reihenfolge der Redner, die aber ohne Folge blieb, und nachdem Sepp's Antrag: das Reichsministerium solle dahin wirken, daß Oesterreich mit allen seinen Staaten in den deutschen Bundesstaat trete, verlesen war, erhielt Dr. Würth aus Wien (früherer Unterstaatssekretär) das Wort, um für den Majoritätsantrag zu sprechen. Er stellte u. A. die Prognose, daß eine Trennung Oesterreichs von Deutschland einen Krieg zwischen beiden und eine Verblutung herbeiführen werde. Er erkennt nicht die Unmöglichkeit, daß Oesterreich in den deutschen Bundesstaat eintritt und beide Hand in Hand gehen. Alle Schwierigkeiten seyen gehoben, wenn die deutschen Theile Oesterreichs in den deutschen Bundesstaat eintreten und zugleich mit den nicht deutschen Landen Oesteereichs und Deutschland ein inniges Verhältniß geschaffen werde, dann sey die Frage gelöst und dann müsse die österr. Regierung deutsch handeln. Deutschland und Oesterreich vereinigt, würden Europa gebieten können.

Der Redner glaubt aber, um den Vorwurf zu entkräften, daß Oesterreich allein der Centralgewalt Widerstand geleistet, auf das seitherige Verhältniß Preußens zu der Centralgewalt hinweisen zu müssen, wobei er allerdings den Schein auf sich lud, er habe aus der Schule geschwätzt. Er hob hervor, Preussen habe mehrere Monate mit der Abgränzung der Demarkationslinie in Posen gezögert, so daß die Centralgewalt endlich habe durchgreifen müssen. Der Malmöer Waffenstillstand sey eine Umgehung des Ansehens der Centralgewalt. Als nach den bekannten Ereignissen in Berlin die Rede von der Absendung eines Reichskommissärs gewesen, habe die preußische Regierung auf das entschiedenste protestirt und erklärt, die Centralgewalt und die Nationalversammlung hätten sich in eine innere Angelegenheit nicht zu mischen. Der Ton, in welchem die preussische Regierung geantwortet, habe einer energischen Entgegnung bedurft. Der Beschluß der Nationalversammlung vom 20. November und die Ansprache des Reichsverwesers vom 21. November, habe den einzigen Erfolg gehabt, daß in Potsdam beschlossen worden, das Ministerium nicht zu entlassen. Was die Reichskommissäre in Berlin ausgerichtet, sey bekannt, selbst Gagern's Mission nach Berlin sey gescheitert. Als die Reichs-Kommissäre am 4. Dezember in Berlin Abends bei dem Ministerpräsidenten gewesen, um gegen die oktroyirte Verfassung Vorstellungen zu machen, sey der Minister scheinbar darauf eingegangen, als sie nach Hause gekommen, hätten sie den Staatsanzeiger mit der oktroirten Verfassung gefunden. Diesem Verfahren stelle er wenigstens das offene Verfahren des Fürst. Windischgrätz entgegen. (Bravo!) Der Redner schildert noch weiter das Benehmen Preussens, und sagt, es habe ihm jede Konzession abgedrungen werden müssen. Wenn also aus Ungehorsam gegen die Centealgewalt und die Nat.-Vers. der Ausschluß Oesterreichs stattfinden solle, so müsse auch der Preussens eintreten. — Es solle aber Oesterreich von Deutschland getrennt weeden, um Preussen an seine Stelle zu setzen. — Alle größeren Regierungen Deutschlands dächten wie Oesterreich, nur erklärten sie es nicht offen und männlich. — So habe Preussen auf die Feage, ob es die Verfassung annehmen wolle, wie sie aus den Händen der Nationalvers. hervorgegangen, bis heute noch nicht geantwortet. — Der Redner spricht zuletzt noch die Hoffnung auf eine Verständigung zwischen Oesterreich und Deutschland aus und empfiehlt seinen eigenen Antrag. — Es läßt sich leicht begreifen, daß Würth unter dem Jubel der Linken abtrat. — Hergenhahn erhielt das Woet und erklärt in fieberhafter Aufregung das, was Würth gesagt, für Unwahrheit. — (Großer Tumult). Würth erkläete darauf, er habe nur die Wahrheit, die volle Wahrheit gesagt; es sey ihm dies schmerzlich gewesen, allein er habe in diesem wichtigen Momente so seine Pflicht erfüllen müssen. (Neuer Jubel). Präsident Simon (Beseler präsidirte früher) erhielt das Wort und weist auf den Inhalt der Akten über seine und Heegenhahn's Mission nach Berlin hin, die nach seinem Willen veröffentlicht werden sollten. Er könne sich nicht rühmen, als Preusse gehandelt zu haben. — Simon aus Breslau bestätigt, daß auch ihm die Reichskommissäre in Berlin gesagt, Brandenburg habe nichts von der oktroyirten Verfassung gegen sie bemerkt. Wurm und R. Mohl sprechen noch in der Hauptdebatte gegen das ministerielle Programm. — Nach 4 Uhr wuede die Debatte auf morgen vertagt.

(Frankfurt, 10. Jan.) [Fortsetzung des Berichts des österr. Ausschusses.] Ein weiterer Umstand, daß von nun an das österr. Ministerium auch den früheren Brauch, mit Deutschland nur durch das Ministerium des Aeussern in Geschäftsverbindung zu treten, wieder aufnahm, hat an und für sich weniger Bedeutung, da eben hierin nur eine Wiederaufnahme des früheren Geschäftsbrauches lag; nichts desto weniger aber zeigt sich auch hierin eine Restauration der vorrevolutionären Zustände. Wir glauben uns nicht zu irren, wenn wir in diesem Worte: »Restauration der vorrevolutionären Zustände« soweit dies immer möglich, überhaupt den Charakter aller Bestrebungen der österreichischen Regierung Deutschland gegenüber von dem Augenblicke an, wo dieselbe in Wien die Revolution und auch das Deutschthum in Oesterreich besiegt hatte, auzudeuten versuchen. Der Hof, und mit ihm die alte Aristokratie und Diplomatie Oesterreichs hatten wieder das Uebergewicht über das Volk und über die Rechte der Neuzeit erlangt, und hofften von nun an auch die alten Zustände in Deutschland, das System Metternichs im Gewande eines lügnerischen Konstitutionalismus nach und nach wieder herbeiführen zu können. Deswegen sollte Alles in der Hauptsache in der Schwebe bleiben, bis man mit Oesterreich fertig sey. Wir glauben uns eben so wenig zu irren, wenn wir behaupten, daß der frühere Reichsminister Hr. v. Schmerling das Seinige dazu gethan hat, Deutschland und die deutsche Reichsversammlung auf den Standpunkt zu bringen, auf den die Hoffnung einer solchen, aller Bürgschaften eines einigen, starken und freien Deutschlands zernichtenden Restauration der revolutionären Zustände wieder Fuß fassen konnte, und zwar nicht nur in Oesterreich, sondern auch in allen andern deutschen Staaten, in denen der Hof, die Aristokratie und die Bureaukratie bis heran nur unwillig den Forderungen der Neuzeit Zugeständnisse gemacht hatten. In dieser Lage der Dinge ließ die Mehrzahl der Reichsversammlung den Reichsminister v. Schmerling fallen, und an seine Stelle trat H. v. Gagern. Das neue Ministerium veröffentlichte unmittelbar ein Programm, in dem es sagte: »Es ist das Sonderverhältniß Oesterreichs anzuerkennen, wonach es anspricht, in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat unter Bedingungen, die die staatliche Verbindung der deutschen mit den nichtdeutschen österreichischen Bundestheilen alteriren, nicht einzutreten.« Und weiter: »Oesterreich wird also als in den zu errichtenden Bundesstaat nicht eintretend zu betrachten seyn.« Neben diese negative Seite des Programms, neben dieses Ausschließen Oesterreich's aus dem deutschen Bundesstaate stellte das Programm des erneuten Ministeriums die positive, »daß Oesterreich's Unionsverhältniß zu Deutschland mittelst einer besondeen Unionsakte zu ordnen sey, und diese Unionsakte der nächsten Zukunft vorbehalten bleiben solle.« Wir dürfen, ohne uns der Behauptung eines Widerspruches auszusetzen, behaupten, daß das ganze System in einer negativen und positiven Richtung nicht Folge der letzten Schritte des österr. Ministeriums war. Die Rede, die der gegenwärtige Ministerpräsident bei Gelegenheit der Verhandlung der §§. 2 und 3 des deutschen Verfassungsprojekts hielt, und in der das System klar vorliegt, ist dafür ein unumstößlicher Beweis. Wir sehen fernee in diesem Programm die Verwirklichung des in der Einleitung unsers Berichts angedeuteten Systems, nach dem Preussen schon vor der Märzrevolution eine Art deutscher Einheit neben Oesterreich und unter preussischer Hegemonie verfolgte, und für die seit der Märzrevolution und seit dem Zusammentritt der Reichsvers. die tüchtigsten preuss. Publizisten und Diplomaten unausgesetzt thätig waren. Ein ehemaliger preussischer Minister (Hr. Hansemann) hat dies System am klarsten hervorgehoben, indem er einen engern und einen weitern deutschen Staatsverband forderte, und in jenen alle deutschen Staaten, mit Ausnahme Oesterreichs und Limburgs, unter dem Vorsitze Preussens, in diesen Oesterreich und etwa Holland mit Limburg brachte. Es fragt sich nun, ob die gegenwärtige Verwirklichung dieses alten, vorrevolutionären, durch Preussen längst vorbereiteten Systems durch die Stellung, die Oesterreich eingenommen hatte, gerechtfertigt wurde? Wir glauben, diese Frage mit Nein beantworten zu müssen. Die österr. Regierung war durch ihre Siege zuversichtlicher geworden, als die andern deutschen Staaten, sie war durch dieselbe in die Lage gekommen, die rascher mehr Konflikte, als mit andern deutschen Regierungen hervorrufen mußte. Aber wahrlich, sie hatte nichts gethan, was im Wesentlichen nicht andere deutsche Regierungen gethan hatten. Die Regierung Preussens hatte die wohlwollendsten und bescheidensten Beschlüsse der deutschen Reichsversammlung mißachtet; ihr gegenwärtiger Ministerpräsident ist „vielleicht nur deswegen heute noch Minister, weil die Reichsversammlung seine Entlassung gefordert hatte.“ Noch heute ist das erste Reichsgesetzblatt, in dem das Gesetz über die Gültigkeit der Reichsgesetze enthalten ist, nicht in Preußen amtlich veröffentlicht. Hannover, Bayern und Sachsen hatten sich in ähnlicher Weise den Beschlüssen und Gesetzen der Reichsversammlung entzogen. Ja, man lese nur die neuerlichen Verhandlungen des Reichsministeriums Gagern mit den Bevollmächtigten der deutschen Regierungen bei der Centralgewalt, und man wird sich überzeugen, daß die Mehezahl ebenso alles in der Schwebe halten möchte, wie die österr. Regierung. Wenn das Benehmen Oesterreichs hinreichen sollte, es vom deutschen Bundesstaate auszuschließen, so würde, sobald allen deutschen Regierungen mit gleichem Maaße gemessen werden müßte, d. h. wenn sie ihres Widerstandes gegen den neuen Bundesstaat wegen aus demselben ausgeschlossen werden sollten, der deutsche Bundesstaat sehr bald auf die Paulskirche und die Centralkanzlei beschränkt seyn. (Schluß folgt.)

(Frankfurt, den 11. Januar.) An der heutigen Börse hieß es, es habe der Kaiser Nikolaus den größten Theil des neuen österreichischen Anlehens übernommen. (D. Z.)

(Frankfurt, den 12. Januar.) Die Berathung über die österreichische Frage soll wo möglich morgen geschlossen werden. Die Rede v. Gagerns hat in so fern einen wichtigen Einfluß auf die Fraktionen gehabt, als sie gleichsam zur näheren Inhaltsangabe des Minoritätsgutachtens geworden ist. Der Pariser Hof, welcher einen Antrag im Sinne hatte, der gegen beide Gutachten des Ausschusses ging, wird sich nunmehr noch dem Minoritätsgutachten anschließen. Da nach Abschluß der österreichischen Frage keine größere Vorlage bereit liegt, als die Oberhauptsfrage, so ist man der Ansicht, daß man am Ende der künftigen Woche vielleicht schon über die Spitze des Bundesstaates entschieden seyn wird. (D. Z.)

(Frankfurt, den 12. Januar.) Es zirkulirt unter den Mitgliedern der Nationalversammlung gegenwärtig eine Adresse zur Unterschrift, welche an den Oberlandesgerichtsdirektor Temme in Münster

gerichtet ist, und demselben in seiner Haft die Hochachtung der Unterzeichneten ausspricht. Als Verfasser nennt man Herrn Rösler aus Oels. Gestern hat uns das 4. großherzoglich-hessische Infanterie-Regiment verlassen, um in seine frühere Garnison Offenbach zurückzukehren. Statt seiner werden die seither in Offenbach stationirten Bayern hier einrücken. (D. Z.)

Hannover. (Hannover, 11. Jan.) Die gestrige Hannov. Ztg. bringt zwei Widerlegungen des aus der Oberpostamtszeitung durch viele Blätter gegangenen Gerüchtes: Bayern und Hannover hätten in London Anzeige von ihrer antiunitarischen Politik gemacht.

Oesterreich. (Olmütz, den 9. Januar.) Einer neuesten Nachricht zufolge ist die Schlußfassung über den ersten Paragraph der Grundrechte bis zur Zeit, wo die Rechte der Krone zur reichstäglichen Verhandlung kommen würden, suspendirt worden. Zeit gewonnen, Alles gewonnen, denken Reichstag und Ministerium. Gleichwohl scheint der größere Nutzen solcher Taktik letzterem zuzufallen, welche binnen Kurzem die „unnatürlich“ gescholtene Koalition der Rechten und Linken gesprengt zu sehen hofft. Das Gerücht wegen demnächst bevorstehender Auflösung des Reichstags erhält sich. Als willkommener Vorwand dient die beabsichtigte Reichsvertretung der ungarischen und kroatischen Lande. In der That aber wird uns aus sehr glaubwürdiger Quelle versichert, daß es in diesem Falle von dem Konstituirungswerke sein Abkommen erhalten und eine oktroyirte Verfassung mit zwei Kammern sofort beliebt werden würde. (Lpz. Z.)

Oldenburg. (Oldenburg, 7. Jan.) Sicherm Vernehmen nach hat unser Großherzog dem Könige von Preussen eine Zuschrift dahin zugesendet, daß er seinerseits es gern sehen würde, wenn dem Hause Hohenzollern ein Platz an der Spitze von Deutschland in nächster Zeit eingeräumt werden würde. Da unser Bevollmächtigter bei der Centralgewalt in den letzten Tagen hier war, so zweifelt man nicht, daß eine ähnliche Erklärung auch der provisorischen Centralgewalt werde abgegeben werden. — Die Grundrechte des deutschen Volkes werden im nächsten Gesezblatte veröffentlicht werden, wie das auch mit der Wechselordnung geschehen ist. (Sind publizirt worden.) Die etwas rückhaltige Erklärung unseres Bevollmächtigten in Frankfurt ist wohl nur dem Umstande zuzuschreiben gewesen, daß er nicht genau darüber unterrichtet war, ob im hiesigen Lande besondere Hindernisse der Einführung beständen. Schwierigkeiten bestehen rücksichtlich einiger Punkte, aber sie müssen überwunden werden. (O.-P.-Z.)

Preussen. †*† (Berlin, den 11. Januar.) Seitdem die demokratische Presse durch den Belagerungszustand so gut wie erdrückt ist, vergeht fast kein Tag, der nicht ein schriftstellerisches Produkt aus aristokratischen Federn gebiert. Die Bahn, welche vor ihm der Fürst Solms, der Prinz Löwenstein, Baron Arnim, Graf Pinto und Graf Arnim in den jüngstvergangenen Tagen betreten haben, sehen wir seit gestern von neuem durch einen illustren Autor beschritten. Die Freunde des alten im März gestürzten Systems in Preussen legen bekanntlich ein großes Gewicht darauf, daß die sogenannten Märzfreiheiten nicht erst durch die Revolution vom 18. März erkämpft, sondern bereits vor derselben durch einen freien Akt der königlichen Gnade gewährt seyn sollen. Die Bekenner dieses Glaubenssatzes differiren nur darin, daß die einen den Bruch mit dem alten System unmittelbar vor dem Ausbruch der Revolution (als dessen Zeitpunkt übereinstimmend der 18. März Nachmittags 2 Uhr angegeben wird), die anderen schon in der Nacht vom 17ten zum 18ten eintreten lassen. Diese chronologische Differenz hat einem der Mitglieder des Ministeriums, welches bis zum 18. März an der Spitze der Geschäfte gestanden, die Feder gegen den Verfasser, der, von dem Parteistandpunkt abgesehen, meisterhaften Signatura temporis in die Hand gegeben. „Die Kontrasignatur der Proklamation vom 18. März“ bezweckt hauptsächlich: die Männer, welche bis zum 18. März im Rathe des Königs gesessen, gegen den Vorwurf in Schutz zu nehmen, als hätten sie denen, die sie ersetzten, ihre Stellung verdorben, und „die Schuld des Uebels“ auf sich geladen, das mit dem 19. März über uns hereinbrach. Es gehört nur geringer Scharfblick dazu, in dem Verfasser dieser polemischen Schrift den früheren Minister des Auswärtigen Frhrn. v. Canitz zu erkennen. —

Die antiministeriellen Wahlprogramme der hiesigen Stadtbezirke, welche bis jetzt auf sich haben warten lassen, kommen jetzt immer zahlreicher zum Vorschein. Welcher politischen Partei man auch angehören mag, man wird ihnen das Lob nicht versagen können, daß sie sich von der Verdächtigungswuth, welche einen großen Theil der conservativen Programme widerwärtig macht, frei gehalten haben. In einem Programme der konservativen Partei, welches unter Anderem auch von dem ehemaligen Stadtverordnetenvorsteher Fournier gezeichnet ist, geht diese Partei sogar so weit, alle Wähler, die nicht mit ihr stimmen, von vornherein für bestochen und nicht ehrlich zu erklären. Wir wollen zur Ehre aller Parteien hoffen, daß von keiner Seite Bestechung zu befürchten, daß dieß aber nicht von demokratischen Parteien zu erwarten, dafür bürgt schon der Mangel an Geldmitteln, an dem die Demokraten von jeher laborirt haben. —

Ein hier vielfach verbreitetes Gerücht, das auch von verschiedenen Zeitungen wiederholt wurde, unser Reichsgesandter Hr. Camphausen sey hier, um seinen Abschied zu nehmen, ist, wie uns von guter Quelle versichert wird, nicht begründet. Herr Camphausen soll vielmehr, wie wir schon gestern berichteten, hier lediglich in der deutschen Oberhauptsfrage unterhandeln.

Aus Schlesien schreibt man uns unterm 9. d. M.: Ueber den Ausfall der Wahlen in unserer Provinz läßt sich für jetzt wenig Gewisses sagen. So viel ist als ziemlich sicher anzunehmen, daß Stein, Elsner und Reichenbach wiedergewählt werden. Auf die ersten beiden Kandidaten scheint man sich in Breslau geeinigt zu haben, nachdem der von einer Fraktion der Breslauer Demokratie als Kandidat aufgestellte Eisenbahndirektor Assessor Breinersdorf, die etwaige Wahl abgelehnt hat. Im Gebirge, besonders auf dem Lande um Lauban ist die Bevölkerung durch die neuesten Regierungsmaaßregeln sehr eingeschüchtert. Die Exzesse des 2. Bataillons des 8. Landwehrregiments, welche in Löwenberg ohne alle Veranlassung die Bürger-Ressource in ihrem Versammlungslokale überfallen und den Justizverweser Schultze sogar erheblich verwundet hat, haben eine allgemeine Erbitterung hervorgerufen, welche auf den Ausgang der Wahlen in oppositionellem Sinne nicht ohne Einfluß bleiben wird. Auch in Lauban hat eine Kompagnie desselben Bataillons mehre Tage hindurch ähnliche Exzesse, obschon von geringerer Bedeutung sich erlauben dürfen. — In Oberschlesien dagegen steht zu erwarten, daß die von der katholischen Geistlichkeit ganz abhängigen Wahlen meist konservativ ausfallen werden und daß wir von hier aus meist Adelige und reiche Grundbesitzer zu Deputirten bekommen werden.

(Breslau, 8. Jan.) Sie kennen die Erklärung des Ministerium Brandenburg-Manteuffel über das Wort „selbstständig.“ In dieser sehr auf Schrauben gestellten Erklärung vom 19. Dec. steht auch, daß die Gefangenen nicht zu den selbstständigen Preussen gehören. Wer hätte geglaubt, daß diese Erklärung gebraucht werden solle zu einem neuen „Staatsstreiche.“ Ich kann Ihnen nämlich aus ziemlich sicherer Quelle mittheilen: das Ministerium beabsichtigt falls die Aussichten auf demokratische Wahlen günstig sind, um dann in die organisirte demokratische Partei Unordnung, Rathlosigkeit und Bestürzung zu bringen, den 21. Januar sämmtliche auf die Wahlen einflußreiche, demokratisch gesinnte Männer einzuziehen. Die Aussicht auf diesen neuen Staatsstreich muß durch alle Zeitungen verbreitet werden, damit die demokratische Partei nicht überrascht und das Ministerium vielleicht durch das Bekanntwerden seiner Absicht abgeschreckt werde. N. rh. Z.

Neuß, den 9. Januar. Gestern erfolgte hier die Wahl unseres Deputirten für die deutsche Reichsversammlung zu Frankfurt durch die Wahlmänner unseres und der damit verbundenen Kreise. Dieselbe fiel auf den Oberlandesgerichtsdirektor Temme zu Münster und auf den hiesigen Progymnasiallehrer Blumberger als Stellvertreter. Von den 130 Wahlmännern waren nur 83 anwesend. — Gestern früh wurde der hiesige Fruchtmackler G. Herwegh, welcher beschuldigt ist, in Volksversammlungen und bei anderen öffentlichen Gelegenheiten aufrührerische und verbrecherische Reden gehalten zu haben, auf Requisition des Instruktionsamtes beim königl. Landgerichte verhaftet und nach Düsseldorf abgeführt. (K. Z.)

Sachsen. (Leipzig, 10. Jan.) Nachdem nun schon drei bedeutende Transporte — der gestrige betrug über 600 Centner — Silber in Stangen von Köln hier ankamen und auf der Eisenbahn weiter nach Wien befördert worden, ist gestern noch ein vierter Transport angezeigt worden. Man schätzt den Werth des bis jetzt hier durchpassirten Silbers auf über vier Millionen Thaler und will wissen, daß es aus England komme und mit der neuen österr. Anleihe durch Rothschild in Verbindung stehe. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Gotha, den 9. Januar.) Sicherem Vernehmen nach haben die acht thüringischen Fürsten (der Großherzog und die drei Herzoge zu Sachsen, die beiden Schwarzburg und die beiden Reuß) beschlossen, in einem amtlichen Schreiben dem Könige von Preussen anzuzeigen, daß sie ihn als willkommenes Oberhaupt von Deutschland anzuerkennen bereit seyen, falls die deutsche Reichsversammlung in diesem Sinne die Verfassung Deutschlands beschließen sollte. Die Adresse der thüringischen Fürsten an den König von Preussen ist von jedem der Fürsten besonders eingesandt; bei allen Adressen hat jedoch ein gemeinsamer Entwurf vorgelegen, der folgendermaßen lautet: „Die Majorität des Verfassungsausschusses der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M. hat den Beschluß gefaßt, daß an die Spitze unseres gemeinsamen Vaterlandes ein Kaiser gestellt werde. Wir hoffen, daß die Nationalversammlung diesen Beschluß zu dem ihrigen machen werde, denn einig und kräftig wollen auch wir das neue Deutschland, da es nur so die ihm gebührende Stellung nach Außen behaupten, da nur so die gesetzliche Freiheit gedeihen kann. Darum erkennen wir jenen Beschluß als gerechtfertigt, wenn anders, wie wir nicht zweifeln, das Absehen darauf gerichtet ist, die neue Würde einem Fürsten zu übertragen, der mit dem Willen auch die Kraft hat, dem hohen Beruf vollständig zu entsprechen. Wollen wir auch nicht undankbar vergessen, was die Erinnerung an frühere Jahrhunderte uns lehrt, so dürfen wir doch auch eben so wenig unbeachtet lassen; was der Lauf der Zeiten uns gebracht hat. Die Geschichte ist der getreue Ausdruck der ewigen Gesetze, welche die Geschicke des Menschengeschlechts leiten und sie weist Ew. Majestät die erhabene Stelle an. Darum, das göttliche Gebot ehrend, werden Ew. Majestät keinen Anstand nehmen, dem Rufe zu folgen, wenn er auf irgend einem Wege an Höchstdieselben gelangen sollte. Aber im Hinblick auf die edlen Gesinnungen, welche in einer anderen Richtung Ew. Majestät stets beseelt haben, wollen wir, die unterzeichneten Fürsten Thüringens, nicht säumen, allerhöchst und höchstdenselben hierdurch noch besonders die Erklärung zu Füßen legen, daß wir Ew. Majestät mit Freuden an der Spitze Deutschlands sehen und anerkennen werden ꝛc.“ (Frkf. O.-P.-Z.)

Schleswig-Holstein. (Schleswig, 8. Jan.) Die Dänen haben wieder auf Alsen einen Beitrag geliefert zu der Schilderung ihres Benehmens auf den deutschen Inseln. Eine Pastorswittwe in Sonderburg hatte die Sonderburger Adresse mit unterschrieben, worin die gemeinsame Regierung gebeten wird, dafür zu sorgen, daß Alsen nicht Dänemark inkorporirt werde, sondern bei Schleswig verbleibe. Der dortige neue Bürgermeister Lassen, um sich beim dänischen Gouvernement Lorbeeren zu verdienen, ließ die Wittwe hierauf zu sich rufen und befrug sie hinsichtlich der Adresse. Die Pastorin erklärte, daß sie allerdings die Eingabe unterzeichnet habe, weil der Inhalt derselben ihrer vollen Ueberzeugung entspreche, weil sie glaube, ein Recht dazu zu haben, die von dem Könige von Dänemark durch seinen Kommissär eingesetzte gemeinsame Regierung für ihre und Alsens höchste Behörde bis zum Ende des Waffenstillstandes zu betrachten. Es erschien dem Herrn Bürgermeister „keck“ und „frech,“ so etwas einem Beamten gegenüber zu äußern, und die Inquisitin wurde für ihre unerschrockene Ueberzeugung zu 10 Rthlrn. verurtheilt. Man forderte hierauf von ihr die Angabe derjenigen Personen, welche die Adresse entworfen haben, und da sie erklärte, nie eine Denunziantin gewesen zu seyn, so ward ihr angekündigt, daß sie 1 Thlr. täglich Strafe zu zahlen habe, bis sie den Urheber nenne. Bald jedoch meldeten sich die Entwerfer der Adresse, einige wohlhabende Kaufleute in Sonderburg, und befreiten die gepeinigte Frau aus den Händen des Inquisitors. Den Kaufleuten ist natürlich der Prozeß gemacht wegen Hochverraths und diese Angelegenheit schleunigst nach Kopenhagen berichtet worden. So wird mit den Deutschen auf der Insel Alsen verfahren und dabei hat das dänische Gouvernement die Unverschämtheit zu sagen, es müsse eine starke Truppenmacht auf Alsen zum Schutze der persönlichen Freiheit und Sicherheit der Einwohner halten. (D. Z.)

Dänemark.

(Kopenhagen, 6. Jan.) Heute kam im Reichstag Grundtvigs Antrag vor: „die Reichsversammlung möge im Namen des dänischen Volks den Wunsch aussprechen die Regierung wolle unter Vermeidung

fruchtloser Friedensversuche die ganze Macht des Reichs aufbieten, um den schleswig-holsteinischen Aufruhr zu unterdrücken, und Dänemark die volle Gewalt über die Herzogthümer Schleswig, das alte Süd-Jütland, zu verschaffen." Er ward auf Otterströms Vorschlag ohne Verhandlung mit 103 gegen 27 Stimmen abgewiesen.

Frankreich.

(Paris den 10 Januar.) Heute marschiren wiederholt Truppen an die Barrieren. Es scheint eine zweite Weinemeute ist im Anzuge. Thiers führte gestern bei der Falloux Schulkommission den Vorsiz im Universitätssaal. Die Gesandten in Petersburg und Berlin, Gen. Leflo und Em. Arago, haben ihre Entlassung eingegeben. —. Die Pariser Anklagekammern des Appellhofes haben gestern ihre Berathungen über die Maigefangenen in Vincennes geschlossen. Ihre Beschlüsse sind jedoch noch ein Geheimniß. — Guizots Schrift über die Demokratie in Frankreich ist erschienen. — An den Straßenecken fordern kolossale Anschläge mit der Ueberschrift: „Auf! Auf! Nach den Goldminen!" zur Ueberfahrt nach Californien auf. Die Rheder in Havre haben hiefür ein Bureau errichtet, wo alle Geldgierigen sich einfinden sollen, um gegen gutes Geld eingeschrieben zu werden — Ricci, den man als gänzlich in Ungnade gefallen nach Turin zurückkehren ließ, geht als Vertreter Sardiniens, zu den Konferenzen nach Brüssel. — Marrast soll erklärt haben, daß er wieder Journalist werden wolle, wenn man ihn nicht wieder zum Präsidenten der Kammer wähle. — Bouvet der jüngst den Brüsseler Friedenskongreß präsidirte, hat bei der Nationalversammlung den Antrag gestellt, einen allgemeinen Kongreß am 1 Mai 1849 in Konstantinopel zusammen zu rufen, wo man über die Mittel berathen wolle, die stehenden Heere abzuschaffen.

Der Präsident Ludwig Bonaparte befindet sich in einer solchen Klemme, daß er weder rechts noch links kehren kann. Vor der Hand lassen ihn auch die Parteien unberührt eben wegen dieser Schwebe. Hat er aber einmal einen entscheidenden Schritt gethan, so beginnt auch gegen ihn das Koalitionswesen, dem schwerlich irgend eine Persönlichkeit Widerstand wird leisten können. — Die Absetzung des Rektors der medizinischen Fakultät giebt zu bedeutendem Aergerniß Gelegenheit. Vicomte Falloux wird wohl Mühe haben, dem Drange sowohl der Eklektiker, der unumschränkten Herrscher der Universität, welche momentan mit der Geistlichkeit gemeinsame Sache machen, Widerstand zu leisten. In dieser Beziehung stehen die Sachen wie vor dem Jahre 1828 nach dem Sturze des Kabinets von Villele. Von allen Seiten begegnet man Schwierigkeiten. Odilon Barrot ist gewiß denselben nicht gewachsen, es muß daher bald ein Kabinettswechsel stattfinden. — Reynal (vom Berg) wäre heute früh beinahe von einer Hyäne in Stücke zerrissen worden. Er hatte nämlich eine Hyäne wie einen Hund erzogen; das Thier war ganz zahm geworden, scheint aber in einem Anfall von Wuth sich gegen seinen Herrn gestürzt zu haben. Die Beschädigungen sind indeß nicht gefährlich.

Italien.

Briefe aus Rom vom 6. Jan. melden, daß man dort jetzt eine Intervention von Neapel aus fürchtete, dazu ward in Rom selbst an einer Kontrerevolution gearbeitet, die den Papst zur Rückkehr bewegen sollte. Der ganze Gemeinderath der Stadt hatte abgedankt. Aus Toskana liegen Berichte vom 8. Jan. vor uns; am 10. sollten die Kammern eröffnet werden, für welchen Tag man Unruhen besorgte; Maueranschläge drohten den Senatoren, man werde sie in den Arno werfen. (A. A. Z.)

Schweiz.

(Bern.) Der Papst hat durch seinen Nuntius in Luzern, Msgr. Bovieri, von der Protestation, die er gegen die Römer erlassen, auch dem schweiz. Bundesrath Kenntniß geben lassen. (N. Z. Z.)

(Tessin.) Laut dem Republikano hat der schweizerische Bundesrath in einem Schreiben an die eidg. Repräsentanten den Kanton Tessin verantwortlich erklärt für jeden weitern Unterbruch der freundschaftlichen Beziehungen zur Lombardei. Der Republ., der das Schreiben selbst nicht mittheilt, bemerkt ferner, daß demselben zufolge nun alle Flüchtlinge, Weiber und Kinder nicht ausgenommen, den Kanton werden verlassen müssen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Exped.-Nr. 4776.

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg.

Im Hause L. Nr. 1140 werden

am Donnerstag, den 25. Januar 1849, Nachmittags 3 Uhr,

verschiedene Nachlaßstände bestehend in Möbeln, dann Porzellaine und Glaswaaren gegen sogleich baare Bezahlung an den Meistbietenden versteigert. Kaufslustige werden hiezu eingeladen.

Nürnberg, den 29. Dezbr. 1848,

Seuffert.

Haller.

Exp.-Nro. 1477.

Bekanntmachung

Vom k. Landgerichte Beilngries.

Betreff Gantsache des Bauern Michael
Minderlein von Sulzkirchen und dessen
Ehefrau Kunigunda geb. Wimmer.

Das in der Gantsache des Bauern Michael Minderlein von Sulzkirchen und dessen Ehefrau Kunigunda geborne Wimmer unterm 30. v. M. erlassene Prioritäts-Erkenntniß wurde unterm Heutigen an das schwarze Brett statt der Verkündigung angeschlagen, was hiemit bekannt gemacht wird.

Beilngries, am 9. Januar 1849.

Königliches Landgericht.

Martin.

Exped.-Nro. 3461.

Bekanntmachung.

Die diesjährige Lichtmesse beginnt am 31. l. Mts. und endiget am 8. Februar. Der erste Tag ist zum Auspacken der Waaren und der letzte zum Einpacken derselben bestimmt, wonach also die Verkaufszeit auf 6 Tage beschränkt bleibt.

Diejenigen Verkäufer, welche Meßbuden bestellen wollen, haben sich an den Herrn Magistratsrath Kunstmann zu wenden

Erlangen, am 11. Januar 1849.

Stadtmagistrat.

Dr. Lammers

Bekanntmachung.

Gegen einen meine Ehre verunglimpfenden Artikel in der Nro. 14 des freien Staatsbürgers habe ich der Expedition desselben schon den andern Morgen um 9 Uhr eine Erwiderung zur Aufnahme in die Nummer 15 jenes Blattes eingehändigt. Ich sehe mich veranlaßt, bekannt zu machen, daß die dortige Redaktion der Aufnahme meiner Erwiderung Schwierigkeiten macht, und weise einstweilen darauf hin, daß je nach der erwiesenen Willfährigkeit der Redaktion in einem der nächsten jener Blätter meine Erwiderung erscheinen wird.

Dr. Schwarz

(Zu vermiethen.) Nahe am Markt ist ein möblirtes Zimmer mit Alkov bis 1. Februar zu vermiethen

Bekanntmachung.

Zur Versteigerung der Straßenmaterial-Lieferungen für die Staatsstraßen im Landgerichtsbezirk Nürnberg und zwar für die 3 Etatsjahre 1849/50, 1850/51 und 1851/52 ist auf

Donnerstag den 1. Februar l. J., Vormittags 9 Uhr,

Termin im Amtslokale des königl. Landgerichts Nürnberg anberaumt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die Bedingungen inzwischen bei dem kgl. Landgerichte eingesehen werden können.

Nürnberg, den 13. Januar 1849.

Königliche Bauinspektion.

Frommel.

Berndel
Aktuar.

Concert-Anzeige.

Die Unterzeichnete beehrt sich hiemit, ein hochverehrtes Publikum zu ihrem großen

Abschieds-Concert,

welches Dienstag, den 16. Januar im Saale des Reichs-Adlers unter gefälliger Mitwirkung verschiedener Künstler und Dilettanten stattfinden wird, hiemit ergebenst einzuladen. Billets zum Subscriptions-Preis à 36 kr. sind von heute an bei den Herren Riegel und Wießner, dem Herrn Conditor Deecke und im Wiener Salon zu haben.

Kassa-Preis 48 kr. Das Nähere bezeichnet das Programm.

Agathe Reuß.

Arbeiter-Verein.

Montag, den 15. Januar, Versammlung im König von England, Abends 7 Uhr. wobei die Mitglieder, sowie sämmtliche Arbeiter ersucht werden, sich recht zahlreich einzufinden, da wichtige Mittheilungen von Frankfurt und Würzburg zu machen sind.

Der Ausschuß.

Von den Rheumatismus-Ableitern

des Dr. Bucrand Riofrei in London à 18 kr. per Stück sichere und schnelle Hülfe gewährend gegen Rheumatismus-, Gicht-, Gesichts-, Kopf-, Hals-, Zahn- und Brustschmerzen, Rücken-, und Lendenweh, Krämpfe, Rothlauf, Augen- und Halsentzündung ꝛc. befindet sich fortwährend ein Depot bei Hrn. Joh Engelhard jun. in Nürnberg A. B. (Die beste Bürgschaft für die Untrüglichkeit ist gegeben, durch rühmliche Erwähnung im med. Korrespondenzblatt, wo solche als allein ächt und vom Erfinder stammend beurkundet sind, sowie in den amtlichen und Privatzeugnissen achtungswerther Männer, welche abwechslungsweise jeden Monat 1 Mal in diesem Blatte zu lesen sind und keinen Zweifel zulassen. Die Beträge sind baar und franco nebst 3 kr. Posteinschreibgebühr einzusenden.

Carl Graf, Agent in Augsburg

Einhorn.

Dienstag den 16 Januar

Produktion des Bauchredners und Bauchsängers Valentin Stegl.

Anfang Abends halb 8 Uhr.

Wozu höflichst einladet

Meisenbach.

Empfehlung.

Zur diesjährigen Neujahrsmesse halte ich mein bekanntes ächtes Steingut Kochgeschirr (roth) erst von Montag den 15 d. zum Verkauf bereit, und empfehle daher solches zur gefälligen Abnahme zu möglichst billigen Preisen auf der Schütt an meinen vorigen Verkaufsplatz.

Auernhammer,
Besitzer der Steingutsfabrik zu Steinsberg.

Masquen etc.

Alle Gattungen Karrikaturen- und Charakter-Masquen, Bukskin- und andere Handschuhe, nebst übrigen Modeartikeln in schöner Auswahl empfiehlt ergebenst

J. A. Meinecke am Markt.

(Vertauschter Hut.) Vergangenen Freitag Abends wurde im Gasthof zum Strauß ein sogenannter Demokratenhut gegen einen andern ditto vertauscht, um gefällige Auswechslung in obigem Gasthof wird gebeten.

(Gesuch.) Ein auswärtiges Mädchen, welches hier schon diente, treu und fleißig ist, wünscht bei einer nicht allzugroßen Familie bis kommendes Ziel ein Unterkommen, es würde gute Behandlung großem Lohn vorziehen. Näheres in der Engelhardsgasse Nr. 1312.

(Gesuch.) Eine gute Köchin, welche sich auch willig andern häuslichen Hausarbeiten unterzieht, wird am nächsten Ziel in Dienst zu nehmen gesucht Es möchten sich aber nur solche Personen melden, welche sich mit guten Zeugnissen ausweisen können. Nro. 293 am Josephsplatz

(Gesuch) Für eine stille Familie wird bis Ziel Walburgi ein Logis bestehend aus 2 heizbaren Zimmern, 3 Kammern, oder 3 heizbaren Zimmern, 2 Kammern, Küche, Holzlage und andern Bequemlichkeiten zu miethen gesucht. Näheres in L. Nr. 407.

(Gesuch.) Einem soliden Provisions-Reisenden, welcher Bayern bereist, wünscht man Proben einiger gangbarer Artikel zu übergeben Frankirte Briefe notre R. S. besorgt die Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Bürgerrechtholz aus der Revier Buckenhof, Dormitz und Kalchreuth wird zu kaufen gesucht L. Nro. 525.

(Zu vermiethen.) In L. Nro 133 der Kaiserstraße ist die dritte Etage, bestehend aus 1 heizbarem Zimmer, Alkov, Kammer, Küche u. s. w. am Ziel Walburgi an eine stille Familie zu vermiethen.

(Zu verkaufen.) Ein Backensessel, ein seidenes Kleid und ein Knabenmantel sind zu verkaufen in S. Nr. 53 am Trödelmarkt.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 17 Januar 1849. № 17 Mittwoch: Anton.

Karl Gutzkow über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland.

Das Ministerium zu Kremsier hat es offen ausgesprochen, daß Oesterreich nicht in den deutschen Bundesstaat eintreten wird, und wie zu vermuthen steht, wird man sich in Frankfurt ebenfalls damit einverstanden erklären. Es ist diese Frage gewiß eine der bedeutungsvollsten für die neue Gestaltung Deutschlands, die noch lange hin den Gegenstand heftiger Debatten abgeben dürfte. Hören wir nun einmal die Stimme eines Schriftstellers in dieser Angelegenheit, der bereits vor mehreren Monaten die Trennung Oesterreichs von Deutschland mit der ihm eignen Geistesschärfe beleuchtet hat. Wir meinen Gutzkow in seinem Buche: „Deutschland am Vorabend seines Falles oder seiner Größe." Die italienische Frage ist es, an welche sich die Erörterung Gutzkows über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland anknüpft, und nachdem er nachgewiesen, daß ein Deutschland, wie es seyn sollte, Italien weder politisch, noch merkantilisch, noch strategisch nöthig habe, kommt er auf die Bedürfnisse des Hauses Habsburg oder des österreichischen Kaiser-Staats zu sprechen, und meint, „der wahre Vaterlandsfreund kann nur wünschen, diese Bedürfnisse von denen Deutschlands auf immer getrennt zu sehen- und zwar aus geschichtlichen, wie aus politischen Gründen. — Vier Jahrhunderte lang wäre Deutschland langsam mit dem Hause Habsburg abgestorben, bis im Jahre 1803 Kaiser Franz die Leiche des deutschen Kaisers auf der Landstraße liegen ließ und sich hinter seine österreichischen Staatsinteressen zurückzog. — Metternich und Kaiser Franz haben auch später Deutschland als solches aufgegeben, und behielten sich nur eine gewisse Influenz auf den öffentlichen Geist in Deutschland. Den Hauptschwerpunkt ihrer Politik warfen sie auf die Einigung der zu Oesterreich gehörenden Nationalitäten, das slavische Prinzip wurde dem deutschen vorgezogen. Das deutsche, nur durch sechs Millionen vertreten, verwandte man zu den kleinen Bedienten-Diensten des Bureau's, der Subaltern-Posten der Diplomatie, der Spionage; aber zu allem Bedeutsamen und Gouvernementalen wurden die andern Nationalitäten, besonders die czechische, verwandt. Lag nun hierin der Anfang zu einer Vernichtung des deutschen Elements, so wird sich dieselbe bei dem Platzgreifen freisinniger Institutionen erst recht vorbereiten. Denn jetzt, wo die Regierung nicht mehr blos das aristokratische, sondern auch das demokratische Element an das gemeinsame Staatsleben zu fesseln sucht, werden die andern Nationalitäten die deutsche vollends erdrücken. Ein Czeche, ein Ungar, ein Pole, ein Serbe, ein Italiener, der freimüthig seyn darf, überflügelt um hundert Schritte den Deutschen, und daher ist auch das deutsche Element, das sich in Oesterreich nur durch den Despotismus und eine gewisse Konkurrenz des Hofes halten konnte, nunmehr in Oesterreich verloren. Der Verfasser geht nun näher auf die Stellung des neuen Oesterreichs zu Deutschland ein. Das Kaiserhaus ist deutsch; aber Leopold in Belgien, Viktoria und ihr Gemahl in England sind es auch. Deutschland würde gut thun, den deutschen Ursprung des Hauses Habsburg, der sich längst in seinen lothringischen und spanischen Verwandtschaften verloren hat gleichfalls zu vergessen. Wien, Ober- und Niederösterreich, Salzburg, Tyrol und die böhmischen Gränzmarken sollen uns eine vaterländische Verwandtschaft bleiben aber auf diese Besitzthümer hin von Oesterreich etwas Deutsches hoffen, und seiner Dynastie etwa einräumen, daß Deutschland für seine Schicksale Gut und Blut einsetze, wäre eine unverantwortliche Schuld am Vaterlande, — das deutsche Wien werde sein Kaiserhaus nicht zwingen können, sich dem deutschen Elemente verwandter zu fühlen, als dem der dreimal größeren fremden Nationalitäten. Es mag unserem Stolze schmeicheln, so an der äußeren Grenze unserer nationalen Ausdehnung noch einen so starken deutschen Kern, wie die Stadt Wien zu finden, aber im guten und schlimmen Sinne war diese Stadt doch von jeher das Abendroth des deutschen Geistes. Von Wien hat die Allmacht der Beichtväter, die Schlauheit der Jesuiten, die Bigotterie der fürstlichen Ehefrauen Deutschland um alle Besitzthümer der Freiheit und Aufklärung zu bringen gesucht. Von Wien aus lernten unsere Höfe das System versteckter Kabinetspolitik. Die Kriege, in die Deutschland durch Oesterreichs burgundische und italienische Besitzungen, durch seine Ansprüche auf die Throne Spaniens und Mittelitaliens verstrickt wurde, kosteten uns nicht nur Gut und Blut, sondern noch mehr an innerer Einigkeit, die verloren ging. Und wo wären die Kriege, die Oesterreich für Deutschland allein, die Opfer, die es dem Reiche als solchem gebracht hätte? Der Verfasser entwickelt hierauf die innere Politik Oesterreichs, die dahin strebt, die eine Partei durch die andere aufreiben zu lassen. Das Slaventhum wurde gegen das liberale Deutsch- und Magyarenthum entfesselt; der Slavismus sollte die Vendee werden, wie die Kroaten gegen die Ungarn die Vendee sind. Die Zusammensetzung der Monarchie schreibt der Regierung diese Politik unwiderruflich vor, die sie selbst bei der deutschesten Gesinnung befolgen muß, um nicht allein dem Hause Habsburg, sondern auch dem Prinzipate Wiens Das zu erhalten, was man seit Jahrhunderten besitzt. In die Gefahr solcher Strudel möge sich aber Deutschland nicht verlieren, und es bleibe ihm nichts übrig, als seine Interessen von einer Dynastie zu trennen, die sich auf solche Ungerechtigkeiten und Machiavellismen begründet und stützt. — Der Verfasser schließt diesen Abschnitt seines Briefes mit der Aufforderung an das deutsche Volk, in Oesterreich nichts zu erblicken, als ein Land, in welchem nur zufällig 6 Millionen Deutsche wohnen. „Diese sollen unser seyn, Wien mag seine reichen aus den Provinzen fließenden Hülfsquellen für die Verherrlichung des deutschen Stammes ergiebig machen, aber einen Schwerpunkt deutscher Interessen suche man nimmermehr in jenen äußersten Gränzen, wo unsere Liebe und Hingebung nur zu den Zwecken der spanisch-italienischen Handelspolitik verwandt werden würde."

Deutschland.

Bayern. (München Jan.) Durch eine allerh. Verordnung hat Se. Maj. der König nunmehr auch für die sämmtlichen Militärbeamten, welche den Feldzügen vom Jahr 1813—1815 beigewohnt haben, die Fertigung der ihm in Antrag gebrachten Medaillen genehmigt. Regierungsfinanzrath Ludwig Burbaum in Regensburg wurde zum Rath des obersten Rechnungshofs befördert. Von den Landtagsmitgliedern ist schon eine gute Zahl in München eingetroffen, unter ihnen auch Frhr. v. Lerchenfeld. Fürst v. Leiningen wird erwartet. Wer die Stelle eines ersten Präsidenten der Kammer der Reichsräthe erhalten soll, ist immer noch nicht offiziel bekannt. Die feierliche Eröffnung des Landtages soll auf nächsten Samstag festgesetzt seyn. (N. M. Z.)

(München, 14. Jan.) In der Ministerkonferenz im Ministerium des Aeußern, in welcher die HH. v. Giese und v. Abel Theil nahmen, sind sicherm Vernehmen nach einige Vorschläge über die Vereinbarung der Reichsverfassung von Seite der deutschen Regierungen mit der Nationalversammlung, zur Berathung gekommen. Es sind diese Vorschläge vom preußischen Kabinet ausgegangen und sollen dieselben an und für sich nicht unpraktisch seyn. Legationsrath Frhr. v. Aretin ist mit der Antwort unserer Regierung über diesen Gegenstand gestern nach Olmütz abgegangen. — Wie man vernimmt, wird von vielen unserer Abgeordneten Anstand genommen werden, unter den jetzigen Verhältnissen den Eid auf die Verfassung in unbedingter Weise zu leisten; es dürften in dieser Beziehung interessante Verhandlungen zwischen der Abgeordneten-Kammer und dem Ministerium stattfinden, durch welche möglicher Weise die Eröffnung des Landtages etwas verzögert werden könnte. Vorläufig glaubt man, daß die Eröffnung am Samstag stattfinden wird und zwar durch Se. Maj. den König. (A. Abdz)

† (München, den 14. Januar.) Als Präsident der Reichsraths-Kammer wird Hr. v. Zu-Rhein, als jener der 2. Kammer Graf Hegnenberg-Dux bezeichnet. Man spricht hier allgemein davon, daß unsere freisinnige und volksfreundliche Regierung nicht bloß die neuesten Sünden der Presse bestrafen will, sondern auch emsig nach den alten, während des Sommers begangenen suchen läßt, um sie dann vor das Forum des Staatsprokurators zu ziehen. Es liegt in diesem Benehmen nur eine enge Harmonie mit dem ganzen reaktionären Treiben, von dem wir nun bald eclatante Beweise haben werden. Wer wollte noch zweifeln, daß wir im März wieder ein Ministerium Abel seine segensreiche Thätigkeit entfalten sehen? — Armes Bayern, das sind die Errungenschaften der Märztage! Die Linke unserer Kammer, die die Zahl von circa 60 Köpfen erreichen dürfte, wird sich als Klub konstituiren und ihre Zusammenkünfte bei Schimon in der Kaufingergasse halten.

** (Nürnberg, den 16. Januar.) Das Hochwasser, obgleich noch immer in ungewöhnlichen Massen vorhanden, fluthet doch schon wieder in dem Beete der Pegnitz. Die Zerstörungen, die das reißende Element angerichtet, stellen sich erst heute in ihrer ganzen Größe dar. Alle Stege sind abgerissen, auch der Kettensteg ist stark beschädigt, von der Heubrücke ist die steinerne Brüstung eingeworfen. Einzelne Häuser sind ihrer Fronten beraubt, mehrere theilweise unterminirt, das Straßenpflaster ist in einzelnen Strassen und Gassen aufgerissen, der Nonnengarten gänzlich demolirt; auf der Allerwiese ist der artesische Brunnen umgestürzt. In den Kellern der am Wasser gelegenen Häuser sind alle untern Gemächer und Keller noch voll Wasser, mit dessen Ausschöpfen allenthalben man beschäftigt ist. An den langen Krämen hät es auch Trümmer gekostet. Die Läden von A. Ott, Lobenhofer und Bäumler Söhne sind am ärgsten mitgenommen. Viele Waaren der Messe sind so beschädigt, daß sie die Fieranten zu Spottpreisen verkaufen müssen. Der Schaden ist enorm, einzelne Handelsleute bezeichnen ihren Verlust auf 6000, 8000, ja 10 und 12,000 Gulden. Von Menschenleben haben wir zwei zu beklagen.

Freie Städte. ** (Frankfurt, 14. Januar.) In der letzten Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung erfocht das Ministerium durch die Abstimmung einen Sieg, indem der Wulffensche Antrag (Minoritätsantrag): die hohe Nationalversammlung wolle dem Reichsministerium die in der Vorlage vom 18. Dezbr. 1848, modifizirt durch das Schreiben vom 5. Januar 1849 und erläutert durch die Erklärung des Ministerpräsidenten in der Sitzung vom 11. Jan. d. J. erbetene Ermächtigung ertheilen, mit 261 gegen 224 Stimmen angenommen wurde. Die Sitzung war wie die vorigen beiden über diesen Gegenstand voll Rednerreichthum und Phrasenaufwand, voll Beweise des historischen Rechtes und Darlegungen des faktischen Unrechtes, voll Schwankungen zwischen preussischen und österreichischen Sympathieen. Die österreichischen Abgeordneten verwahren sich in großer Zahl gegen jeden Beschluß, der Oesterreich von Deutschland losreißen könnte und erklären, sie würden nur aus der Paulskirche scheiden, wenn sie von ihren Wählern zurückberufen würden. Die Sitzung war eine sehr bewegte, der katholische Abgeordnete Lassaulx aus Bayern kommt schlimm darin weg, sein Antrag fällt wie ein alter Scherben zu Boden und zerbricht. Die Linke, die am wenigsten mit der Abstimmung zufrieden seyn konnte und durfte, giebt eine Verwahrung zu Protokoll, worin ausgesprochen ist, man solle Deutschland nicht zwischen die Häuser Habsburg und Hohenzollern vertheilen. Vogt von Gießen sprach wieder mit der ihm eigenen Forçe: Allerdings auf ein politisches Ungethüm steuert es sich hin, das heißt auf ein erbliches Kaiserthum. Herr v. Gagern hat zwar erklärt, er wolle keine Hegemonie, sondern

eine starke Gesammtregierung. Ich denke aber, in dem Oberhaupte dieser Regierung steckt der Hegemon. Die Schwierigkeit, die deutsche Einheitsfrage zu lösen, liegt nicht in dem Widerstreben der Stämme, sondern der Dynastieen. Daß Sie einen Bundesstaat mit den Dynastiren begründen wollten, daran wird Ihr Werk scheitern. Das Reichsministerium hat das Prinzip der Vereinbarung zurückgewiesen. Was aber begreift es unter dem Ausdrucke »Verständigung?« Ich hoffe, das ist so gemeint, daß die Nationalversammlung das letzte und souveräne Wort hat, sonst wär's eine bedeutungslose Phrase. Diktiren Sie die politische Trennung Oesterreichs von Deutschland, so zwingen Sie es, sich commerziell gegen uns abzuschließen, so vernichten Sie den deutschen Handel nach der Levante, nach dem Osten und Süden. Oesterreich aber sucht in dem Bundesstaate Deutschlands eine Anlehnung und darum besteht es auf seinem Platze. Statt dessen verweisen Sie es auf eine völkerrechtliche Union, die Ihnen alle Verpflichtungen des Bundesgenossen auferlegt, Sie in alle Verwickelungen der österreichischen Monarchie hineinziehen würde, ohne daß Sie irgend welche Rechte ausübten. Der Redner entwirft dann ein klägliches Bild der »kleinen Einheit,« die hergestellt werden würde unter dem Widerstreben des ganzen südöstlichen Deutschlands. Dann geht er auf eine Schilderung der österreichischen Zustände über, wo die deutsche Regierung mit Hülfe der Südslaven unterdrückt worden, wo die Auflösung des Bandes mit Deutschland von jeher der Zweck der czechischen Bestrebungen gewesen sey. Als die Meinung in Oesterreich frei war und sich für Deutschland aussprach, haben Sie nicht auf ihre Stimme gehört. Jetzt, wo sie von dem Slavenregimente niedergehalten ist, lassen Sie erzwungene Adressen als beweisende Zeugnisse gelten. Wer denn habe die entscheidende Interpretation der Note des österr. Ministeriums zu geben, wenn nicht das österr. Ministerium selbst? Das deutsche Reichsministerium befinde sich in voller Unklarheit über den Plan seines Verfahrens. Der Centralgewalt haben die deutschen Regierungen, um sie zu legitimiren, die ganze Gewalt des vormaligen Bundestags übertragen. Sie hat damit selbst die Befugniß zum Erlaß organischer Gesetze. Warum macht das Reichsministerium nicht Gebrauch von dieser Macht? Selbst die „deutsche Zeitung" hat gesagt: „Deutsches Volk erhebe dich!« Leider nur hört das deutsche Volk nicht auf solche Stimmen (Lachen von der Linken) und auch der Ruf »Macht, Macht, Macht!" gleitet machtlos an ihm ab. Denn bei den Vertretern der deutschen Kaiseridee ist keine Kraft der That. Die Gewalt, auf welche Sie Ihre Einheitspläne stützen konnten, ist nicht mehr. Dagegen hat sich die Gewalt, die Sie unterstützten, gegen Sie gewendet. Machen Sie also, was Sie wollen — es wird nichts daraus. Praktisch ist es ganz gleichgültig, was hier beschlossen wird, weil alle Geltung desselben gleich unpraktisch. (Allgemeiner Beifall von der Linken.)

Giskra, der letzte Redner, der am 13. das Wort hatte, schloß mit der Hoffnung, daß Friedrich Wilhelm IV großherzig genug denke, nicht eine doch unselbstständige Krone mit Deutschlands Zerreißung erkaufen zu wollen. Er würde den Fall des Ministeriums Gagern bedauern, aber er warne die Versammlung, sich nicht durch einen Namen, einen Mann, wie groß er auch wäre, bestimmen zu lassen, ein Lebensprinzip der deutschen Nation zu opfern. »Die Wurzel des Baums der deutschen Einheit ist bloßgelegt, die Axt ist gehoben; schlagen Sie zu, wenn Sie den Muth haben." (Rauschender Beifall ertönte diesen Worten.)

(Und sie haben zugeschlagen. Nun wird sich's zeigen, ob die vielgepriesene deutsche Freiheitseiche fällt?)

Hessen. (Kassel, 11. Jan.) Heute waren die Rechtskandidaten Heise und der Buchhändler Raabe wegen Preßvergehen (Majestätsbeleidigung, Beleidigung des kurhessischen Heeres rc.) vor das wider Preßvergehen angeordnete Schwurgericht gestellt. Da die beiden Angeklagten der republikanischen Partei angehören, so hatte sich diese in ihren Mitgliedern sehr zahlreich eingefunden; der Sitzungssaal war gepfropft voll und alle Zugänge mit Zuhörern besetzt. Bis zum Beginn der Sitzung und der Eröffnung des Gerichts wurde die Ruhe ziemlich aufrecht erhalten, unmittelbar nach der Eröffnung und beim Eintritte der Angeklagten und ihrer Vertheidiger (Dr. Kellner und Prof. Bayrhofer) erhob sich der furchtbarste Lärm, nur mit Mühe gelang es der Klingel und Stimme des Gerichtspräsidenten, für einige Augenblicke Ruhe zu schaffen. Das Toben begann trotz der wiederholten Drohung, den Saal von Zuhörern räumen zu lassen, stets auf's Neue, vier bis fünf Male mußten die Verhandlungen unterbrochen werden; alle Ermahnungen und Aufforderungen blieben fruchtlos. Die Verhandlungen waren noch nicht bis zur vollständigen Verlesung der Anklageakte und der inkriminirten Stellen aus den Druckschriften gediehen, als die Schranken durchbrochen wurden und allgemeiner Tumult entstand; die Sitzung wurde im eigentlichsten Sinne des Wortes gesprengt und mußte aufgehoben werden. Wie weit der Wirrwarr gediehen war, mögen Sie daraus entnehmen, daß Dr. Kellner als Vertheidiger vom Sitzungspräsidenten das Wort erhielt, um das Publikum zur Ruhe und zu gesetzlicher Ordnung zu ermahnen. Als der Staatsanwalt nach geschlossener Sitzung das Lokal verließ, wurde derselbe verhöhnt, mit Schnee beworfen und er würde sicher noch ärgere Mißhandlungen zu erdulden gehabt haben, wenn er sich nicht ins Obergerichtsgebäude geflüchtet hätte. Das war der Hergang und die Haltung der ersten schwurgerichtlichen Sitzung in Kassel. Während der ersten Sitzung wurde auch mehrfach in der Nähe geschossen. Wann die unterbrochene Sitzung fortgesetzt werden wird, ist noch ungewiß. (D. Z.)

Oesterreich. (Wien, 7. Jan.) [Die österr. Grundrechte.] Der Minister des Innern, Graf Stadion, hat in der Reichstagssitzung vom 3. Januar bekanntlich die Annahme des ersten Artikels der Grundrechte: »Alle Staatsgewalten gehen vom Volke aus« als einen Eingriff in das monarchische Prinzip bezeichnet. Der Reichstag hat diese Erklärung des Ministers schweigend hingenommen und die Debatte über den Artikel vertagt. „Die Würfeln sind geworfen«, sagt Kuranda's »Ostdeutsche Post«, die Kabinetsfrage ist formulirt.« Der Kampf zwischen dem in dem Artikel aufgestellten Rechte der Revolution und dem vom Minister vertheidigten historischen Rechte ist somit eröffnet. Der Reichstag, „das Kind der Revolution vom 15. Mai,« hat diesen Kampf hinausgeschoben und auf die Herausforderung des Ministers, der es leugnete, daß Oesterreichs Kaiser sein Recht vom Volke hat, sich nicht gleich zu fassen gewußt.

Der Stand dieser Prinzipien-Frage wird von diesem Blatte folgendermaßen bezeichnet. Der §. 1 ist nicht zufällig, nicht aus einer doktrinären Liebhaberei, sondern mit tiefer Bewußtheit an die Spitze der Grundrechte gestellt. Er spricht ein Prinzip aus, er formulirt ein Recht — das Recht der Revolution. Vor dem Rechte der Revolution gilt kein anderes Recht; sie nimmt und verleiht aus eigener Machtvollkommenheit; sie kennt kein „von Gottes Gnaden«, sondern nur ein »von Volkes Gnaden«. Will die Revolution die Republik — so ist Republik; will sie die Monarchie, so ist die Monarchie; aber sie hat Republik wie Monarchie gesetzt; sie kennt kein gestern, sondern nur ein heute. Ihre politische Formel ist die des §. 1: alle Staatsgewalten gehen vom Volke aus.«

(Wien, den 11. Januar.) Vorgestern wurden aus dem nächst der Alser-Kaserne gelegenen sogenannten „rothen Hause" in der Alservorstadt auf einen Wachtposten beim Bettenmagazin und zwei andere vorübergehende Soldaten drei scharfe Schüsse abgefeuert, ohne jedoch zu treffen. In Folge einer hierauf angestellten Untersuchung fand man bei einer dort wohnenden Partei (Schleifer) vierzig scharfe Patronen. Der Gouverneur Feldmarschallieutenant Welden hat aus Anlaß dieses Umstandes heute eine abermalige Aufforderung erlassen, welche alle Hauseigenthümer zu verschärfter Aufsicht und sämmtliche Bewohner zur Ablieferung aller und jeder Munition binnen drei Tagen bei sonstiger kriegsrechtlicher Verhandlung ermahnt. Bei dieser Gelegenheit muß ich auch eines anderen, nicht minder auffallenden Ereignisses erwähnen. Am Neujahrstage spät in der Nacht wurde hier in Fünfhaus nahe vor der Linie ein Mann von drei bisher unbekannten Individuen, wie es hieß, räuberisch angefallen und mit einem Dolchstiche, der zum Glück nicht gefährlich war, verwundet. Es ergab sich nun, daß dieser Mann damals im Dunkel der Nacht jene drei Individuen bei der sogenannten Bierhalle rein zufällig belauschte, wie sie die Ermordung verschiedener hochgestellter Personen u. s. w. unter sich verabredeten. Eine unwillkürliche Bewegung verrieth den ungeahnten Zeugen, und die drei Kerle, wahrscheinlich befürchtend, entdeckt und verrathen zu seyn, stürzten auf ihn los um ihn zu erdolchen. Das Geschrei des Unglücklichen und das Geräusch herbeieilender Menschen vertrieb die Mörder, die bis jetzt nicht entdeckt werden konnten. (A. A. Z.)

(Prag.) Bezüglich der Unterdrückung der Ostdeutschen-Post erhielten wir folgende Zuschrift: „Wien, 10. Jänner. Wir halten es für unsere Pflicht, unsern Abonnenten die schmerzliche Thatsache mitzutheilen, daß gestern Abends von Seiten des Civil- und Militär-Gouvernements uns eröffnet wurde, die »Ostdeutsche Post« müsse auf ausdrücklichen Befehl des Herrn Minister-Präsidenten sogleich unterdrückt werden und dürfe von heute an nicht mehr erscheinen. Wir haben bereits Schritte eingeleitet, um die Interessen unserer Abonnenten zu wahren. Karl Gerold und Sohn, Verleger der Ostdeutschen Post. — „So wären wir denn wieder verdammt, die Stufenleiter der Revolution noch einmal rückwärts durchzumachen," rief dieser Tage Ledru-Rollin, und wir Oesterreicher können für den Augenblick wirklich nichts Besseres thun, als in diesen Ruf mit einzustimmen. Wir sind auf der Leiter, die wir seit unserm vorjährigen März hinangeklommen waren, binnen wenigen Wochen so fleißig wieder herabgestiegen, daß uns in der That nur noch wenig Sprossen übrig bleiben, um wieder glücklich am alten Boden anzulangen. Erst war es der Reichstag, dem man das Paradekleid „konstituirend" abnahm, und ihm ein engeres Jäckchen für die „Prüfung" anlegte; dann kamen die Vereine, freilich für den Augenblick nur die »demokratischen«, denen man den Lebensfaden abschnitt; hierauf trat die ministerielle Fürsorge für die studirende Jugend ein und löste die akademischen Legionen auf; endlich kam die „Unverkümmerterhaltung des politischen Rechtes der freien Presse« und nun zu guter Letzt schon vollständige Zeitungsverbote. Wir haben jedenfalls, sowohl dem Kalender, als unserer politischen Witterung nach nicht mehr weit vom März, nur daß die Rechnung im Kalender vorwärts und der politische Luftstrom rückwärts geht. (K. Bl. a. B.)

Preussen. (Berlin, 13. Jan.) [Kann's noch deutlicher gegeben werden?] Die Urwähler der Dorfgemeinde Ressin bei Kolberg hatten sich mit einer Vorstellung an Se. Majestät den König gewandt, um eine Lösung der Zweifel zu erhalten, in welche sie durch heimlich und angeblich in Allerhöchstem Auftrage verbreitete Flugschriften versetzt worden waren. Sie fragten in dieser Vorstellung namentlich an, ob, wie ihnen in solchen Flugschriften mitgetheilt worden, Se. Maj. der König wirklich durch seine Rathgeber gezwungen worden sey, die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung aufzulösen und die Verfassung vom 5. Dezember zu verleihen: ob es ferner der Allerhöchste Wille sey, das Grundeigenthum zu theilen und den Besitzlosen zuzuwenden, und ob nur die Gutsbesitzer und Beamten der Ausführung dieser Absicht hindernd entgegenträten, ob sie endlich nach dem Willen Sr. Maj. bei den bevorstehenden Wahlen mit Ausschluß der größern Grundbesitzer nur Leuten aus ihrer Mitte ihre Stimme geben sollten? Die Bittsteller erbaten sich die unmittelbare Belehrung Se. Maj. über diese Punkte, so wie eine bestimmte Anweisung über die Person des zu Wählenden, indem sie nur zu Allerhöchstdenselben in dieser Beziehung volles Vertrauen hätten, und das, was ihnen von Sr. Maj. angerathen werde, unbedingt ausführen würden. Se. Maj. der König haben hierauf folgendes Allerhöchste Schreiben an die Bittsteller erlassen: »Auf die Vorstellung vom 5. d. M., deren treue und vertrauensvolle Worte Meinem Herzen wohlgethan haben, eröffne Ich Euch Folgendes: Die zu Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung habe ich auf den Rath Meiner Minister, aber in eigener freier Entschließung aufgelöst. Niemand anders hat Mich dazu gezwungen, als jene Versammlung selbst, indem die Mehrzahl ihrer Mitglieder Meinem Rufe, in Brandenburg ihre Berathungen fortzusetzen, nicht folgte, und durch gesetzwidrige Beschlüsse den Staat und Mein Königliches Haus in die äußersten Gefahren brachte. Ich durfte es nicht dulden, daß durch die Verirrungen jener Abgeordneten die von Mir verheißenen Freiheiten länger dem Lande vorenthalten und Ruhe und Ordnung länger gestört und dadurch das Gedeihen der Gewerbe und die Wohlfahrt des Landmanns beeinträchtigt wurden. Ich habe demnach bei Auflösung jener Versammlung ebenfalls aus freier, eigener Bewegung Meinem Volke ausgedehnte Rechte und Freiheiten in einer Verfassungsurkunde feierlich verbrieft. Die nochmalige genaue Prüfung und jede mögliche Verbesserung der Verfassung sind vorbehalten und werden unter Mitwirkung der jetzt zu wählenden Abgeordneten ausgeführt werden. Nachdem solchergestalt ein geordneter Zustand gegründet, und nachdem auch das mehrfach erschütterte Ansehen des Gesetzes wiederhergestellt worden, wird, so hoffe Ich zu Gott, das preussische Volk neuem Ruhme und erhöhtem Glücke entgegengehen, und die Segnungen einer wohlgeordneten, sorgsamen und kräftigen Regierung werden allen Einwohnern des Staates, vornehmlich auch den Armen und Besitzlosen, deren Lage zu verbessern, Ich eifrigst bemüht bin, zu Statten kommen. Diejenigen täuschen Euch aber und verdienen Euer Vertrauen nicht, welche Euch sagen, es sey Meine Absicht, die Besitzenden ihres Eigenthums zu berauben,

und es an die Besitzlosen zu vertheilen. Damit würde Niemanden geholfen, wohl aber Recht und Gerechtigkeit, welche aufrecht zu erhalten Mein von Gott Mir ertheilter heiliger Beruf ist, in schmählicher Weise verletzt werden. Fragt Ihr endlich, wen Ihr wählen und als Abgeordneten nach Berlin senden sollt, so habe Ich zwar darüber bestimmte Vorschriften nicht zu ertheilen, und hoffe, daß mein biederes und treues Volk seiner würdige Vertreter ausersehen wird; Meinen Rath aber will Ich Euch nicht versagen: lenkt Eure Wahl auf Männer, die eine wahrhafte Liebe zum Vaterlande beseelt, vor denen Ihr aufrichtige Achtung wegen ihres ehrbaren und tadellosen Wandels hegt, die ein warmes Herz für die Noth der Armen durch Thaten bewährt und genügende Einsicht und Willenskraft haben, um bei der Gesetzgebung des Staats zum Glück und Heil seiner gedeihlich mitzuwirken. Solche Männer wählt, wo Ihr sie findet, unter Gutsbesitzern oder Bauern, unter Niederen oder Hohen; hütet Euch aber vor denen, welche Euch mit unerfüllbaren Hoffnungen schmeicheln, welche Haß und Unfrieden säen und Euch die verdächtigen, welche Ihr zeit Eures Lebens als zuverlässig und redlich kennen gelernt habt. Eure Bitte in Gnaden gern gewährend, habe Ich diesen Bescheid, dessen Veröffentlichung Ich Euch gestatte, eigenhändig vollzogen und lasse ihn Euch unmittelbar zufertigen. Berlin, den 12. Januar 1849. (gez.) Friedrich Wilhelm. (gegengez.) v. Manteuffel. An den Schulzen Kreugel, den Taglöhner Gräber und die übrigen Urwähler in Nessin bei Kolberg."

(Pr. St.-Anz.)

†*† (Berlin, den 13. Januar.) In den Bezirkswahlversammlungen gerathen die politischen Parteien immer heftiger an einander. Der Belagerungszustand thut jetzt der Lebhaftigkeit der Wahlagitationen wenig Abbruch. Die Parteien stehen sich schroffer, als im April gegenüber. Die entscheidende Frage ist meist die Rechtsbeständigkeit der Verfassung eventuell die Veränderung des absoluten Vetos in ein suspensives und vor Allem der Artikel über das Steuerbewilligungsrecht.

Der Aufhebung des Belagerungszustandes in den nächsten Tagen sieht man nunmehr entgegen, als Anfang künftigen Monats nach dem Bürgerwehrgesetz (3 Monat nach der Auflösung) mit der Reorganisation der Bürgerwehr begonnen werden muß. Es ist jedoch zu erwarten, daß der Eifer, mit dem sich früher die männliche Bevölkerung zur Theilnahme drängte, jetzt etwas erkaltet seyn wird.

In neuester Zeit erhielt der durch seine Agitationen zu Gunsten der Deutschen in Posen bekannte Assessor Dasüe, welcher hier zu den eifrigsten Mitgliedern des konstitutionellen Klubs gehörte, die Weisung Berlin binnen 24 Stunden zu verlassen. Der Polizei-Präsident v. Hinkeldey, der sich hier durch seine amtliche Thätigkeit den Ruf eines humanen Beamten verschafft hat, soll jedoch, wie wir hören, auf die dringenden und gegründeten Vorstellungen des Herrn Dasüe die Ausweisungsordre zurückgenommen haben.

Zu der von dem Handelsminister Hrn. van der Heydt angeordneten Konferenz zur Vorberathung zu den Reformen in den Gewerbsverhältnissen ist Seitens der Goldschmiedegesellen, der als Vorsteher des Centralkomites der deutschen Arbeiter und der »Arbeiter-Verbrüderung« bekannte Hr. Bisky gewählt worden.

Von der aus Berlin ausgewiesenen Schriftstellerin Louise Aston erscheint in Kurzem ein Lustspiel „die Wahlumtriebe," welches zunächst auf dem Thalia Theater in Hamburg in Scene gehen soll. —

Zu unsern bisherigen drei Theatern, wird mit dem Februar auch ein viertes treten. Die Kroll'schen Erben beabsichtigen nämlich, eine Art Tivoli-Theater zu errichten, das sich vorzüglich mit dem Vaudeville und dem Lustspiel befassen soll. —

In Charlottenburg sind vorgestern von einigen Soldaten, wahrscheinlich im Interesse »für Gesetz und Ordnung« Exzesse begangen worden. — Der dortige Polizeichef hat nämlich verordnet, daß in der Weinhandlung von Egbert Bauer (ein Bruder von Bruno Bauer) keinerlei politische Gespräche geführt werden sollten. Vier Berliner, die sich dort trafen, kehrten sich an diese Vorschrift nicht; ihrem Vergehen folgte die Strafe auf dem Fuße. Einige Soldaten drangen in die Weinstube mit gezogenem Säbel ein, und verwundeten zwei jener politisirenden ganz harmlosen Leute ziemlich schwer, beider wären dies gerade zwei Konservative, die wenige Minuten vorher in der straffälligen Debatte für „Gesetz und Ordnung" gekämpft hatten. —

Ein in der That zeitgemäßes Flugblatt: »Vorschläge zu einem Wahlprogramm" hat ein bekannter Gelehrter Professor Kruges jetzt erscheinen lassen. Er warnt hauptsächlich vor dem Sichergehen in unbestimmten und flachen Allgemeinheiten. Mit Recht erklärt er praktische Einzelheiten von entschiedener Farbe und Fassung für viel zweckdienlicher. Er schlägt z. B. vor, dem Kandidaten kurze Fragen etwa in folgender Art zu stellen: „Wenn Du in die Nothwendigkeit gesetzt wärst, entweder den Herrn Prediger Südow oder den jetzt ins Zuchthaus gesteckten, aber von Vielen hochverehrten Temme zu wählen: welchem von beiden würdest Du Deine Stimme geben?« —

Der Bund der Gerechtigkeit. Die Neue Preussische Zeitung will sich den Glauben an das Bestehen dieses Bundes um keinen Preis nehmen lassen. Wir hätten an sich nichts dagegen; Wir unsererseits glauben nicht daran, jeder Andere mag es damit halten, wie es ihm beliebt. Allein die Neue Preussische Zeitung giebt zu verstehen, wir hätten ein Interesse daran, die Existenz dieses Bundes in Abrede zu stellen. Es läßt sich hier in der That nicht absehen, welches dieses Interesse seyn sollte. Bestände jener Bund, nun immerhin, er hätte dazu ein eben so gutes Recht, als die Vereine für König und Vaterland; und wüßten wir nur sein Bestehen, wie wir das Gegentheil wissen, wir würden nicht daran denken, es zu bestreiten. Wie die Neue Preussische Zeitung selbst mit den übrigen Blättern der verschiedensten Farben durch Benutzung unserer Berichte anerkennt, ist es uns in allen Stücken lediglich um Thatsachen, und niemals um Tendenzen zu thun. Aber die Pflicht zu beweisen, daß Etwas nicht existire, können wir uns nimmermehr aufbürden lassen. —

Sachsen. (Koburg, 11. Jan.) Nachdem vorgestern der hiesige Bürgerverein eine mit mehreren Hundert gegen 2 Stimmen beschlossene Adresse, welche sich für erbliche Uebertragung der deutschen Kaiserkrone an die Krone Preußens ausspricht, nach Frankfurt abgesendet hat, ist heute in der hiesigen Abgeordnetenversammlung mit entschiedener Stimmenmehrheit eine Adresse in gleichem Sinne beschlossen worden.

(D. Z.)

(Gotha, den 9. Januar.) Gegenwärtig beschäftigt die Abgeordnetenversammlung sich mit dem schwierigsten Punkte ihrer Berathungen, mit dem Finanzhaushalte. Hoffentlich wird eine gütliche Vereinigung mit dem Herzog nach langen Debatten zu Stande kommen. Er beansprucht eine jährliche Civilliste von 125,000 Thlr. (exklusive einer Allodialrente von 28,000 Thlr. und des freilich nicht verhältnißmäßigen Beitrags [30,000 F.], welchen Koburg zur Hofhaltung steuert), und will zugestehen, daß das Dominalvermögen als Staatsgut bezeichnet werde, wenn ihm, im Falle der Mediatisirung, ein Güterkomplex als bleibendes Eigenthum zugesichert werde, aus dem er jährlich 100,000 Thlr. Revenuen beziehen könne. Anfangs standen die Forderungen des Herzogs noch höher, obschon unser ganzes Land nur 104,000 Einwohner und 700,000 Thlr. Jahreseinkünfte hat.

(D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Flensburg, 5. Jan.) Neuere Nachrichten machen es nicht unwahrscheinlich, daß in den letzten Tagen Mannschaften von Alsen nach Fühnen übergeschifft sind, wir halten es indeß für voreilig, wenn man hieraus auf die Absicht der Dänen, Alsen zu räumen, schließen will. Da nämlich in neuester Zeit auf der ganzen Insel Alsen die junge Mannschaft zwangsweise für den dänischen Militärdienst ausgehoben und dabei Seitens der Ausgehobenen, namentlich aus der Norderharde, ein zum Theil sehr ernster Widerstand geleistet seyn soll, so wird man es wohl passender gefunden haben, sie statt auf Alsen selbst, auf Fühnen mit der dänischen Kriegszucht bekannt zu machen. (K. Z.)

(Alsen, 6. Jan.) Ueber unserer Insel Alsen schwebt ein dunkler Geist; es wohnen in Alsens Gauen Hinterlist und Verrath; alle Maßregeln werden geheimnißvoll vorgenommen, indessen ist dieses Treiben der Dänen nicht unbeachtet geblieben. Ich versichere, und habe Gelegenheit gehabt, mich davon zu überzeugen, daß sich die dänische Regierung auf wichtigere Dinge vorbereitet, wie vielleicht Viele zu glauben geneigt seyn mögen; Vorsichtsmaßregeln sind unbedingt nöthig. Die dänischen Offiziere sind steif und fest der Meinung, daß sie in Flensburg (Gott gebe es, denn bei vielen Flensburger Dänen soll man sich schon auf einen angemessenen Empfang gefaßt hatten!) in den ersten Tagen ihren Einzug halten. Die schweren Batterien, die dort liegen, sind zum augenblicklichen Ausbruche fix und fertig; die Bagagewagen sind schon am 30. Dezember aufgepackt worden; kurz, die ganze auf Alsen sich befindende Dänenarmee kann zu jeder beliebigen Stunde fortgeschafft werden. Alles ist in Ordnung. — Der General Bülow, (Krogh, wie kürzlich berichtet wurde, ist in Jütland) hat sich in einer Gesellschaft vor zwei bis drei Tagen dahin geäußert, daß die Stunde nunmehr herangerückt sey, wo das Herzogthum Schleswig wieder seinem »liebevollen dänischen König« anheimfallen werde. Ich muß noch aufs Bestimmteste bemerken, daß die Dänen etwas »Großartiges« im Schilde führen, und kann die Behauptung hinzufügen: daß Alsen entweder geräumt, oder daß ein Ausfall gemacht wird. Man schrieb schon in einigen Zeitungen, daß die Truppen von Alsen schon wieder fortgeschafft würden. Dem ist nicht so; dagegen sind jetzt 10—12,000 Mann da, wobei es aber wohl bleiben wird, denn schon seit einigen Tagen haben die Truppentransporte inne gehalten. Das Wasser ist bei Alsen noch offen. Es wird auch schon wieder an dem Brückenbau über den Sund bei Sonderburg angefangen; es darf freilich nicht bekannt seyn, ist aber doch wahr. (H. C.)

Frankreich.

† (Paris, 11. Januar.) Die Vorgänge an den Barrieren werden täglich ernster. Die Bürgerwehr der 1. und 2. Legion war gestern den ganzen Tag auf dem Platze (in den Batignolles) und da sie Miene machte, die Agenten des Fiskus nicht unterstützen zu wollen, so löste sie General Corbin mit 3000 Mann Infanterie, Lanciers und Dragoner ab. Um 2 Uhr protokollisirten die Zollbeamten noch. Um 3 Uhr wurden mehrere Kanonen auf den Place-Bintimille beim ehemaligen Tivoli gefahren, um im äußersten Fall die energischsten Maßregeln anzuwenden. — Zweiunddreißig Mitglieder der Nationalversammlung haben sich bereits einschreiben lassen, um an der morgigen Debatte über den Rateau'schen Antrag auf Auflösung der Nationalversammlung Theil zu nehmen — In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung war die Debatte über eine Veränderung der Geschäftsordnung auf der Tagesordnung. Sämmtliche neugemachte Vorschläge wurden angenommen. Hierauf schritt die Versammlung zur Diskussion eines Gesetzes, die Aenderung des Eingangszolls auf fremde Salze betreffend.

(Colmar, 11. Januar.) Der Republikaner Fawtier ist zum Deputirten des Oberrheins gewählt worden; der nächstbestimmte bonapartistische Kandidat hatte 1100 Stimmen weniger. Dieser Wahlsieg des Expräfekten ist die erste Niederlage, welche der neue Präsident im Volke selbst erleidet, das ihn gewählt hat; und es ist dies um so beachtenswerther, als dessen Partei die verschiedenen Niederlagen des Ministeriums Barrot-Falloux in der Nationalversammlung nur als systematische Feindseligkeiten einer Korporation deklarirt, und sich auf die Volksstimme, auf die öffentliche Meinung beruft. Diese hat nun im obern Elsaß gerichtet. Es bestätigt sich, daß man im elysäischen Palast an ein Ministerium der reinen Linken denkt, daß aber diese Leute aus guten Gründen zurückhalten. Es handelt sich gerade jetzt darum, das Staatsschiff durch den Sumpf des Defizits zu leiten, und die Demokraten scheinen nicht geneigt, an diese Herkules-Arbeit Leben und Ruf zu setzen. Ja, man sagt, daß die republikanische Gesellschaft »Solidarität«, welche bereits durch ganz Frankreich organisirt ist, es als Gesellschaftssache betrachte, daß vor der Hand keines ihrer Mitglieder ein Portefeuille übernehme. Fawtier ist heute morgens nach Paris auf seinen Posten gereist, nachdem ihm gestern Abend die Musik der Nationalgarde eine Serenade gebracht.

Italien.

(Rom, 6. Januar.) In Civitavecchia sind 16,000 Rationen bestellt worden, und vergangene Nacht sind zwei Kompagnien reitender Jäger nach Anagni und Ferentino abgegangen. An der Gränze von Ceprano sollen 6000 Neapolitaner zum Einmarsch bereit stehen, und den Weg nach Gaëta zur See hat nicht bloß Zucchi, sondern auch Latour, der General der Schweizer, eingeschlagen. Als das Fahrzeug bei Civitavecchia anlegte, sandte Latour seinen Adjutanten ans Land, um den Delegaten an Bord einzuladen. Dieser soll geantwortet haben, daß er der Ruhe des Orts zu Liebe dieser Aufforderung nicht folgen zu dürfen glaube; man vermuthet indeß, daß er bei dieser Gelegenheit Instruktionen für sein Verhalten bei der nahe bevorstehenden Intervention erhalten habe. Auch hier scheint sich eine Reaktion zu Gunsten des Papstes vorzubereiten, und morgen, wo man eine von der Republik an die Konstituante gesandte Fahne in feierlichem Aufzug nach dem Capitol zu bringen beabsichtigt, wird ein Zusammenstoß befürchtet. Seit einigen Tagen zirkulirt eine Adresse, durch welche die Civica aufgefordert wird, sich der Regierung im Namen des Papstes zu bemächtigen, und dann an diesen eine Deputation zu senden, um ihn zur Rückkehr einzuladen. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

G.-Nr. 4710

Bekanntmachung

(Die Sammlung freiwilliger Beiträge für die durch das gestrige Hochwasser beschädigten Bewohner der Stadt und des Burgfriedens betreffd.)

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg.

Durch das in heutiger Nacht eben so unerwartet schnell, als mit verheerender Gewalt hereingebrochene Hochwasser sind viele Bewohner hiesiger Stadt und des Burgfriedens mehr oder minder bedeutend, theilweise auf das empfindlichste an ihrem Eigenthum beschädigt worden, und es bedarf daher zu ihrer Aushülfe der schleunigsten Unterstützung von Seite ihrer von diesem Unglück verschont gebliebenen und wohlhabenden Mitbürger

Der Magistrat hat zu diesem Zweck sämmtliche Herren Distrikts-Vorsteher zur schleunigen Vornahme einer Sammlung freiwilliger Unterstützungsbeiträge aufgefordert und ist fest überzeugt, daß der angestammte Wohlthätigkeitssinn der hiesigen Einwohnerschaft sich auch bei diesem traurigen Ereignisse neuerdings bewähren wird.

Nürnberg, am 16 Januar 1849.

Dr. Binder.

Quehl.

Bekanntmachung.

Zur Versteigerung der Straßenmaterial-Lieferungen für die Staatsstraßen im Landgerichtsbezirk Nürnberg und zwar für die 3 Etatsjahre 1849/50, 1850/51 und 1851/52 ist auf

Donnerstag den 1. Februar l. J., Vormittags 9 Uhr,

Termin im Amtslokale des königl. Landgerichts Nürnberg anberaumt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die Bedingungen inzwischen bei dem kgl. Landgerichte eingesehen werden können.

Nürnberg, den 13. Januar 1849.

Königliche Bauinspektion.

Flemmel.

Brendel
Actuar.

Eheliche Verbindung.

Unsere am 14. d. M. vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir hiemit Freunden und Verwandten ergebenst an, mit der Bitte, uns auch ferner ihre Freundschaft nicht zu versagen.

Jakob Kühnel.
Paulina Kühnel,
verw. Eichling

Eheliche Verbindung.

Baptist Cantor, Musiklehrer.
Babette Cantor, geb. Beheens.

Nürnberg, am 15. Januar 1849.

Berichtigung.

Durch das Inserat „⊙ Altdorf den 11. d. Mts.“ in Nro. 13 dieser Zeitung sieht sich der k. Forstmeister zu Altdorf, von welchem unrichtig gemeldet wird, daß er auf Anzeige der im Walde liegenden Gendarmen beim k. Landgerichte beantragt habe, Militär zu requiriren, veranlaßt, zur Steuer der Wahrheit theils aus eigener Wahrnehmung, theils aus den Berichten verpflichteter Bediensteten das Nachstehende der Oeffentlichkeit zu übergeben:

Am Sonntag den 7. d. M. wurden zwei Gendarmen auf der Patrouille nach Schottsdorf zur Kirchenzeit zwischen 9 und 10 Uhr von einer aus zehn bis zwölf Mann bestehenden Rotte mit Prügeln bewaffneter Landleute im Walde hinter Klingenhof unversehens überfallen, ehe sie von ihren Waffen Gebrauch machen konnten hinterrücks zu Boden geschlagen, dem Einen wurde der Arm abgeschlagen, und beide so gräßlich am Kopfe, an den Armen und Beinen beschädigt, daß sie sich nur mit Mühe nach Klingenhof schleppen konnten, wo der Wirth sie mit eigenem Anspann nach Altdorf bringen ließ. Mit welcher blinden Wuth die Streiche auf die zu Boden Gestreckten geführt wurden, beweist der Umstand, daß eine metallene Spange am Säbelkorb des Einen zersprang. Noch befindet sich der mit vielen tiefen Kopfwunden blessirte Gendarm nicht außer Lebensgefahr. Die Blutspuren und Blutlachen auf dem Schnee, das mit Blut bespritzte und mit abgeschlagenen Haaren beklebte Gestäng im Egertbacher Privatwald des Engelthaler Revierbezirks geben von dem mörderischen Attentat eine grausende Zeugschaft. Die Justiz, welche keinen Unterschied zwischen reich und arm macht, wird hoffentlich die sämmtlichen Theilnehmer an der Frevelthat zu ermitteln und zu überführen wissen. Die Verhaftung der am meisten gravirten sechs Personen geschah am darauf folgenden Tage mit militärischer Beihilfe nach Vorschrift auf gerichtliche Veranstaltung. Hier in Altdorf vernehme ich nur Worte der Entrüstung über die verübte Barbarei, und von vielen Seiten hat sich eine reelle Theilnahme an dem Schicksal der im Dienst schwer Verwundeten zu erkennen gegeben

Wiener Salon.

Einer meiner Kellner hat ein Stück Leinwand gefunden; der rechtmäßige Eigenthümer wolle dieselbe gefälligst bei mir abholen.

Schenk.

In der großen Boutique, in der ersten Reihe, vor den Schuhmachern, Nro. 10.

Zur gegenwärtigen Messe empfehle ich mein

Leinwand-, Weisswaaren- und Spitzen-Lager

in großer Auswahl und mache besonders darauf aufmerksam, daß ich alle Arten Leinwand, weiße und bunte leinene Taschentücher zu sehr billigen Preisen verkaufen kann und gewiß Jedermann in jeder Art zufrieden gestellt wird.

G. Selling aus Fürth.

Nothgedrungene Anzeige.

Da mich leider die Ueberschwemmung sehr hart betroffen hat und mir durch dieselbe 3 Kisten Waaren, bestehend in Kattun, Weißzeugen, Westenzeuge, Neapolitan, Möbeldamast, weiße Taschentücher, gestrickte Unterhosen, weiße und graue Futtermolle, schwarzseidene Halsbinden und noch sehr viele andere Artikel naß und schmutzig geworden sind und es mir unmöglich ist, diese Waare wieder zu trocknen, indem es zu viel Zeit und Raum erfordert, so verkaufe ich solche um jeden Preis der mir darauf geboten wird.

R. Reichmann aus Bockenheim bei Frankfurt a. M.
Bude Nr. 114 in der 3. Reihe.

W. Helm aus Frankfurt am Main

bezieht abermals diese Messe mit dem größten Lager in

Stahlfedern

nach neuester Verbesserung, bei denen sich auch wieder die so beliebten Zweispalligen und alle Sorten in stumpfen und ganz stumpfen Canzleifedern befinden, die weder kritzeln noch spritzen, so daß die schwersten Hände damit schreiben können, dann alle gewöhnlichen Sorten, als: Schul-, Correspondenz-, Comptoir-, Zeichnen- und Damenfedern, das Groß von 20 bis 54 kr., die besseren von 36 kr. bis 1 fl. 48 kr. im Dutzd. von 3 bis 5 kr. und 4 bis 12 kr.

Wirklich elastische Federhalter

von Stahl, Horn und Fischbein, so leicht wie Gänsekiele, das Stück 4 kr. bis 12 kr., gewöhnliche Halter ½ bis 4 kr. per Stück, im Dutzend billiger.

☞ Da durch den langen und regelmäßigen Besuch der hiesigen Messen, auf welchen ich mich stets des besten Absatzes zu erfreuen hatte, meine Federn hinlänglich bekannt sind, so hoffe ich auch diesmal bei außerordentlich guter Waare, verbunden mit mäßigen Preisen, auf einen zahlreichen Besuch und werden deshalb unentgeldliche Proben ausgegeben.

Der Stand ist in der dritten Bude Nro **106.**

Einladung.

Das eingetretene Hochwasser hat die Abhaltung der für gestern in den Saal des Reichsadlers zur Besprechung der Feier des 18. Januar ausgeschriebenen Versammlung verhindert, und soll nun dieselbe

☞ **Dienstag** den 16. Januar Abends 7 Uhr

im Saale des **Bamberger Hofes** stattfinden. Es ergeht deshalb aufs Neue an die Vorstände der Gewerbe und Vereine hiesiger Stadt die Einladung, sich zur Entwerfung eines Festprogramms in dieser Versammlung einzufinden.

Nürnberg, 16. Januar 1849.

Das Comité für Volks-Versammlungen.

☞ Nicht zu versäumen ☜

Schlafröcke, sehr schön und gut gearbeitet, per Stück von 3 fl. 48 kr. bis zu 5, 6 und 7 fl. werden auf der Schütt während der Messe verkauft bei

Morgenthau,
in der ersten Reihe.

Gebrüder Schütte

empfehlen zur gegenwärtigen Messe ihr wohlassortirtes

Bielefelder Leinwand-Lager

zu außerordentlich billigen Preisen.

Die Bude ist in der 2. Reihe mit Firma.

Masken-Anzüge.

Ganz neu angefertigte, vorzüglich schöne Maskenanzüge von Brokat-, Sammt- und Seidenstoffen, für Damen und Herren, Ballkleider, verschiedene Arten Ballausputz, so wie Gold- und Silberflitterstickkrägen, sind billig zu verleihen, bei

Caroline Prechtel, im Nonnengarten.
Eingang beim Katharinenkloster.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen von gutem Charakter, welches Hausmannskost gut kochen, schön nähen, stricken und spinnen kann, wünscht sogleich oder nächstes Ziel in einem achtbaren Hause unterzukommen. Näheres auf dem Lorenzerplatz Nr. 654 über 2 Stiegen.

Volks-Verein.

Dienstag den 16. Januar keine Versammlung.

Wiltensinn'sches Brauhaus.

Heute Mittwoch, den 17. Januar, Produktion vom Bauchredner Valentin Stegl. Anfang 8 Uhr Abends.

Wiener Salon.

Mittwoch den 17. d. M.

Produktion der steyerischen Sänger **Fischer und Nannerl.**

Anfang 7 Uhr Abends.

Anzeige.

Alle Arten seidene und halbseidene Waaren; Sammte; Blonden u. s. w. werden nach einer neuen Methode sehr schön gewaschen. Albrecht-Dürer Straße, Ecke der Lamms-Gasse S. Nr. 397 im zweiten Stock.

(Gesuch.) Ein junges solides Frauenzimmer aus einer achtbaren Familie, Doppelwaise, wünscht bei einer soliden ordentlichen Familie, hier oder auswärts, zur Besorgung des Hauswesens oder zur Aufsicht von Kindern ein Unterkommen zu finden, und sieht nicht sowohl auf Lohn, als auf anständige Behandlung. Näheres unter L. M. durch die Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Ein junges Frauenzimmer, welches schon längere Zeit in einem hiesigen Spezerei-Geschäft als Ladenjungfer diente, und sich durch vortheilhafte Zeugnisse über ihre Solidität und Brauchbarkeit auszuweisen vermag, sucht in gleicher Eigenschaft wieder unterzukommen, und könnte sogleich eintreten. Näheres unter F. S. durch die Exped. d. Bl.

(Kapital-Gesuch.) Es werden bis Ziel Walburgi 1200 oder 1300 fl. auf erste Hypothek zu entnehmen gesucht.

(Zu vermiethen.) In S. Nr. 700 auf dem Egydien-Platz sind zwei Logis an ledige Herren mit oder ohne Möbeln täglich zu vermiethen, auch könnte man gute Hausmannskost dabei haben.

(Zu vermiethen.) In der Nähe des Markts ist in der ersten Etage ein möblirtes Zimmer nebst Alkov an einen oder zwei Herren täglich zu vermiethen.

Stadttheater in Nürnberg.

Mittwoch den 17. Januar. 10. Vorstellung im 4. Abonnement. Für die am Montag ausgefallene Vorstellung. Zum Erstenmale. »Tithonia.« Tragödie in 5 Akten von Carl Zwangsahn.

Programm

zur

Feier der Einführung der deutschen Grundrechte

am 18. Januar 1849.

Schmückung der Häuser mit den schwarz- roth- goldnen Fahnen.

Erste Abtheilung.

Der Festzug, bestehend aus den sämmtlichen Gewerben mit ihren Fahnen, dem Gesang- und Turn-Vereine, den verschiedenen politischen Vereinen Nürnbergs und der Umgegend, sowie allen denjenigen, welche sich am Zuge zu betheiligen wünschen, versammelt sich Morgens 8 Uhr beim Rathhause, am Eingange der Theresienstrasse und stellt sich von da in der Richtung nach dem Theresienplatze auf, wobei die dafür ernannten Zugführer die nöthige Anleitung ertheilen.

Um 9 Uhr setzt sich der Festzug in Bewegung und zwar in folgender Richtung: Hauptmarkt — Fleischbrücke — Kaiserstrasse — Josephsplatz — Karolinenstrasse — Lorenzerplatz — nach der Katharinen-Kirche,*) woselbst unter Mitwirkung der Gesang-Vereine eine dem hohen Ernste und der Würde des Tages angemessene Feier stattfinden wird.

Nach hier beendigter Handlung begibt sich der Festzug über die Heubrücke — Spitalgasse — Museumsbrücke — Königsstrasse — Hallplatz — Jakobsstrasse — Jakobsplatz — Weißen Thurm — Josephsplatz — Karlsstrasse — Weinmarkt — Sebalder Kirche — Burgstrasse — nach der Burg (Freiung.) Dort angekommen, werden unter Zuziehung der daselbst aufgestellten Schuljugend mit Musikbegleitung passende Gesänge vorgetragen und insbesondere Ersterer die Bedeutung des Festes in geeigneter Ansprache erläutert.

Zweite Abtheilung

Von 3 Uhr Nachmittags an allgemeine Versammlung im Saale des Bamberger Hofes zur Fortsetzung der Feier in freier Rede und Gesang.

Um 7 Uhr Abends Zusammenkunft sämmtlicher Theilnehmer des Festzuges auf dem Maxplatze zu einem Fackelzuge, dieser setzt sich von da in Bewegung nach der Maxbrücke — Waizenstrasse — Weißen Thurm — Ludwigsstrasse — Karolinenstrasse — Königsstrasse — Fleischbrücke — Hauptmarkt — Theresienstrasse und Theresienplatz, worauf nach Ausführung von patriot. Gesängen die Festfeier schließt.

*) An deren Eingänge Schüsseln aufgestellt werden zur Entgegennahme von Beiträgen für unsere durch das Hochwasser beschädigten Mitbrüder.

Das Fest-Komité.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 18. Januar 1849 | **№ 18.** | **Donnerstag: Prisca.**

Deutschland.

Bayern. †°† (München, 15. Jan.) Das bei Gmähle gestern stattgehabte Abschiedsdiner zu Ehren des Hauptmanns Grafen Bothmer trug, trotz der früheren Erklärung des Gefeierten, durchaus einen entschieden demokratischen Charakter. Fast wäre es zu bedauerlichen Konflikten gekommen. Dr. Riedel sprach nämlich von „Knechten und Söldlingen der Dynastie" und nannte Bothmer als den Einzigen in der Armee, der nicht zu diesen gehöre. Auf diese Worte entfernten sich viele der Offiziere. Endlich gelang es dem Hauptmann Bothmer, in einigen versöhnenden Worten die Sache auszugleichen. Er sagte unter Anderem: er sey zwar der Erste gewesen, der freiere Gesinnungen ausgesprochen, allein daß sie in den Herzen Vieler geglüht, hätten die Märztage bewiesen, in denen das Militär gezeigt, daß es nicht zu den Söldlingen gehöre. Unter den vielen schönen Toasten bemerke ich noch jenen des Abgeordneten Schmitt aus Nürnberg: Ein Hoch der Demokratie! Und den 8 unschuldig eingekerkert gewesenen Münchner Demokraten! Alle hier anwesenden rheinischen Deputirten, sowie überhaupt jene der Linken wohnten dem Diner bei. — Der Klub der Linken geht seiner festen Konstituirung entgegen. Wie ich höre, hat sich derselbe dahin geeinigt, entschieden gegen die Wahl des Grafen Hegnenberg-Dux als Präsident der II. Kammer zu protestiren und dieselbe nicht durchgehen zu lassen. Zu den Kandidaten der Linken für diesen Posten gehören: Stockinger, Willich, Kolb, Boger, Honitz, Schmitt (aus Nürnberg). Der Letztere soll indessen entschieden abgelehnt haben. Die Regierung soll mit aller Macht dahin zu wirken suchen, **Hrn. v. Abel** als Präsidenten der II. Kammer durchzusetzen. Es versteht sich, daß sie sehr wenig Chancen für diesen Wunsch hat. Man glaubt, daß es diesmal schneller mit den Vorarbeiten und der Kammereröffnung gehen wird; von den zur Gültigkeit der Berathungen erforderlichen ⅔ sollen nur Wenige noch fehlen. Morgen werde ich Ihnen hierüber Definitives berichten können.

(Bayreuth, den 15. Januar.) Auf die von vielen Einwohnern hiesiger Stadt an den Abg. Herrn von Lerchenfeld gerichtete Adresse ist nachstehende Antwort eingelaufen: „Meine Herren! Die Zuschrift, welche Sie bezüglich der unlängst in meinem Wirkungskreise eingetretenen Veränderung an mich zu richten die Güte hatten, hat mir die freudige Ueberzeugung gewährt, daß dieselbe das Vertrauen, dem ich die Ehre verdanke, als Ihr Vertreter bei dem bevorstehenden Landtage dem Vaterlande noch ferner nach dem schwachen Maaße meiner Kräfte dienen zu können, nicht erschüttert hat, und erhöhte so wesentlich den Stolz und die Freudigkeit, womit mich der Gedanke erfüllt, Abgeordneter dieses Bezirks zu seyn: — ich sage Ihnen dafür meinen aufrichtigsten, innigsten Dank: — der Ausspruch solches Vertrauens ist der schönste Lohn, welchen die oft dornenvolle Bahn des öffentlichen Dienstes dem redlichen Kämpfer bieten kann. Mag immerhin die Aufgabe, welche uns bevorsteht, eine schwierige seyn, so wird es doch der Weisheit, dem Rechtsgefühle und dem beharrlichen Streben der Volksvertreter gelingen, sie zum Wohle des Vaterlandes glücklich zu lösen. Bei allen dahin zielenden Bestrebungen, werde ich stets auf der Seite der Freiheit und des Rechtes stehen, und hoffe, dadurch Ihren Gesinnungen am Besten zu entsprechen" Mit der erneuerten Versicherung meines herzlichsten Dankes und meiner aufrichtigsten Hochachtung zeichne ich Ihr ergebner v. Lerchenfeld. Bamberg, 10. Jan.

(Bayr. Z.)

Baden. (Freiburg, 5. Januar.) Wir werden vor Mitte Februar Struve und Blind nicht vor Gericht stehen sehen; wann dies aber bei dem übrigen Angeschuldigten der Fall seyn dürfte, kann um so weniger jetzt schon bestimmt werden, als ein dahin bezügliches Erkenntniß der Anklagekammer noch nicht erlassen worden seyn soll.

(Karlsr. Z.)

(Mannheim, 14. Jan.) So eben erfahren wir, daß heute Morgen 7 Uhr Florian Mördes in seiner Wohnung unversehens von der Polizei überfallen und aus der Stadt hinaus über die Neckarbrücke weiter transportirt worden. Wohin, und aus welcher Ursache, das weiß der Himmel. Nur so viel ist uns bekannt, daß kürzlich eine Nummer des „deutschen Zuschauers" (den Mördes bekanntlich redigirte) aus dem Monat Novbr. v. J. nachträglich mit Beschlag belegt wurde. Wir erwarten, daß über diese räthselhafte Polizeigeschichte die öffentliche Meinung baldigst aufgeklärt werde. (Mannh. Abdz.)

Freie Städte. (Frankfurt, 14. Jan.) Der Centralmärzverein hat auf nächsten Dienstag eine öffentliche Versammlung angezeigt. Gegenstand der Berathung wird, wie man hört, namentlich der gestern von der N.-V. gefaßte Beschluß in der österr. Frage seyn, und man wird zu einem Beschlusse gelangen, welcher dem Programm des Märzvereins: »Erhaltung der Märzerrungenschaften« entsprechen wird.

(N. W. Z.)

(Frankfurt, den 14. Januar.) Wir erfahren so eben aus ganz zuverlässiger Quelle, daß sich jetzt die kgl. sächsische Regierung dahin erklärt hat, daß sie, da die bedeutenderen süddeutschen Staaten damit einverstanden schienen, auch ihrerseits kein Bedenken habe gegen die Uebertragung der einheitlichen Oberherrschaft über Deutschland an die preussische Krone. Für den Fall jedoch, daß ein ernsterer Widerstand von Seiten Deutschlands einträte, würde sie wenigstens wünschen, daß die Reichsregierung zunächst ohne Erblichkeit auf die Person des Königs von Preussen übertragen werde. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 15. Januar.) Der großherzogliche mecklenburgische Bevollmächtigte bei der Centralgewalt hat dem Reichsministerium folgende Erklärung übergeben: Am 6. d. M. wurde in der 38. Sitzung der hiesigen Abgeordnetenversammlung der nachstehende motivirte Antrag eingebracht; in Erwägung 1) daß das deutsche Volk schon seit einer Reihe von Jahren die Nothwendigkeit der innern Einheit Deutschlands, nicht bloß einer allgemeinen geistigen, sondern auch einer besondern politischen, erkannt hat; 2) daß das deutsche Volk in der großen Bewegung des verflossenen Jahres sowohl den Willen, als auch die Befähigung und die Macht gezeigt hat, die politische Einheit unter Vernichtung aller sich absondernden Bestrebungen, in geschlossener Gliederung zu gestalten; 3) daß diese gegliederte Einheit für die Sicherung ihrer innern Lebendigkeit durch eine einfache, dauernde und kräftige Centralgewalt bedingt ist; 4) daß eine solche Centralgewalt nur in dem Oberhaupte eines nicht blos intelligenten, sondern auch mächtigen, aus überwiegend deutschen Bestandtheilen zusammengesetzten und die Interessen von Nord- und Süddeutschland in sich vereinigenden Staats gefunden werden konnte; 5) daß daher jetzt die Krone Preussen allein geeignet erscheint, Trägerin der deutschen Centralgewalt zu seyn — beschließt die Versammlung, der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt eine Erklärung dahin zugeben zu lassen; die Versammlung der Abgeordneten beider Mecklenburg hieselbst anerkenne die politische Nothwendigkeit, daß die neu zu begründende deutsche Centralgewalt an die Krone Preussen erblich übertragen werde. Durch Beschlußnahme der Versammlung ward dieser Antrag angenommen. Das Ministerium erlaubt sich, Ihnen diesen Beschluß mit dem Hinzufügen mitzutheilen, daß Se. k. Hoh. der Großherzog mit dem materiellen Inhalte desselben vollkommen einverstanden sind, und fordert Sie auf, dies an geeignetem Orte sowohl auszusprechen, als auch mit allen Kräften im Bereich Ihrer Stellung dahin zu wirken, daß der hier dargelegte Wunsch über die zukünftige Gestaltung Deutschlands eine Wahrheit werde. Schwerin am 9. Januar 1849. Großherzoglich-mecklenburgisches geheimes Staatsministerium. Lützow.

(Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 14. Januar.) Hannover hat, wie wir hören, seinen Vertrag mit Nordamerika gekündigt, ohne dessen Aufhebung seinerseits der Eintritt in die deutsche Zolleinheit nicht möglich wäre.

(O.-P.-Z.)

** (Frankfurt, den 15. Januar.) [152. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Austrittserklärung des Abg. Stolle aus Holzminden, dagegen Eintrittserklärung des Abg. v. Thielau aus Braunschweig. Flottenbeiträge von 1330 fl. Gegen den Abg. Minkus kann die Untersuchung wegen Hochverraths, auf welche ein preussisches Gericht angetragen, aus Mangel an hinreichenden Gründen nicht eingeleitet werden. Auf eine Interpellation wird angegeben, daß der Reichskommissär Ammon sich deshalb so lange in Bernburg aufhalte, weil er die anhaltinischen Länder zu einem Gesammtstaat vereinigen möchte. Die Tagesordnung führt zur Berathung des vorliegenden Verfassungsentwurfs, Abschnitt »das Reichsoberhaupt«. Für und gegen den Entwurf sind 40 Redner eingeschrieben. Die Debatte beginnt, da die Versammlung auf eine allgemeine Besprechung des Artikels verzichtet mit §. 1. der nach der Majorität des Ausschusses lauten soll: »die Würde des Reichsoberhaupts wird einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen.«

Schüler von Jena empfiehlt den andern Vorschlägen gegenüber seinen Antrag: »Die Ausübung der Regierungsgewalt wird einem Reichsoberhaupt übertragen. Wählbar ist jeder Deutsche.« Dadurch werde den 30 Monarchien Deutschlands ein demokratisches Gegengewicht gegeben, die dynastischen Interessen und Stammeseifersuchten fielen durch ihn weg. Gegen alle Hegemonie will er eine republikanische Spitze über den Dynastien. Das Volk würde die Versammlung unterstützen, wenn sie ihm eine volksthümliche Verfassung gäbe. Falk ist gegen die republikanische Staatsform, die man dem Volke nicht aufdrängen dürfe, da es dieselbe verworfen, diese Staatsform sey eine Unmöglichkeit. Erbliche Monarchie ist das Losungswort des Redners.

Schütz spricht entschieden für die Republik. Auf den Ursprung dieser Versammlung zurückzeigend, verlangt er, daß die Versammlung ihren revolutionären Charakter auch in der Verfassung bewähre. Er kommt auf die österreichische Frage zurück. Die Unterhandlungen des Ministeriums, hofft er, würden zur Rückkehr der österreichischen Brüder in unsere Mitte führen. Dann werde es nicht nöthig seyn, eine neue Kaiserdynastie in Deutschland zu gründen. Oder habe man sich der Einheit nur bedient, um mit ihrer Hülfe die Throne zu stützen und die Freiheit des Volkes zu unterdrücken? Wenn er auch einräumen wolle, daß die Erhebung des Volks im März nicht auf die Republik hinausgegangen, so sey sie doch gewiß gerichtet gewesen gegen die Fürsten-Herrschaft, die Deutschland geknechtet und in's Unglück gestürzt habe. Die deutsche Geschichte sey das Verdammungsurtheil des Kaiserthums, und auch der neue Kaiser werde sich „arrondiren« wollen, und zu den demokratischen Wühlern würden sich »fürstliche Wühler" gesellen, d. h. Regenten, die ihre Mediatisirung mit Unwillen ertrügen, und den Boden des Kaiserthums zu unterhöhlen suchten. Im Namen der Freiheit werde man das Volk wider die Einheit zum Widerstande führen. Daß die materiellen Interessen ebenfalls den Zusammenhalt mit Oesterreich fordern, das glaubt der Redner auch in dieser Frage wieder ausführen zu müssen. Den alten Bundestag selbst erachtet er für bei Weitem vorzüglicher, als das beabsichtigte Kaiserthum, dem er Schwäche nach Innen, Ohnmacht nach Außen prophezeit, welches die goldenen Lasten des Volkes vermehren, und welches kein deutscher Fürst annehmen werde.

Biedermann für das erbliche Kaiserthum, und Preussen soll es erhalten, nicht Oesterreich; Sachsen werde trotz seiner antipreussischen Bestrebungen der preussischen Hegemonie günstiger seyn, als der Hegemonie einer katholischen oder gar als ultramontan verrufenen Macht. Vogt verzweifelt an unserm Werke, denn wir hätten den rechten Zeitpunkt dazu versäumt. Wir hätten tabula rasa machen und darauf die deutsche Einheitsrepublik begründen müssen. Das wäre aber nach meiner Meinung gerade der Weg zur Theilung Deutschlands gewesen. Hätten wir auch vielleicht den Süden Deutschlands in unsere Bewegung gerissen, der Norden hätte sich uns unfehlbar feindlich gegenüber gestellt. (Beifall.) Der Redner begegnet dann der Befürchtung, daß uns der Bundesstaat zum Einheitsstaat führen werde. Gegen eine Centralisation, wie sie auf Frankreich laste, seyen wir in Deutschland wohl für immer gesichert und dagegen bedürfe unsere Vielseitigkeit desto dringender einer einheitlichen Regierung. Er schließt mit den Worten: wenn wir den mächtigsten Fürsten Deutschlands an die Spitze stellen, so haben wir die Macht Deutschlands begründet, die Einheit gewonnen und damit die Freiheit gesichert. (Lebhafter Beifall.)

Hagen gegen die Erblichkeit und für die Wahlkaiser. Namentlich spricht Hagen gegen das Haus Hohenzollern. Einen verantwortlichen auf Zeit gewählten Reichsverweser hält Hagen für gerathen. Jahn spricht in seiner deutschthümelnden Weise: Die Freiheit sey die Tochter der Einheit. Wer die Tochter haben wolle, müsse es mit der Mutter halten. „Ein Kutscher auf dem Bock, Ein Steuermann auf dem Deck, Ein Führer auf dem Feuerwagen der Eisenbahn, Ein Arzt am Krankenbett, Ein erblicher Kaiser!" Schluß der Sitzung 3 Uhr. Nächste morgen.

(Frankfurt, 10. Jan.) [Fortsetzung des Berichts des österreichischen Ausschusses.] Wir fragen uns weiter: darf eine solche Ausschließung Oesterreichs stattfinden? Und wir antworten ebenfalls mit Nein! denn eine solche Ausschließung würde eine Theilung Deutschlands seyn, und zwar nicht, wie das Ministerium zu glauben scheint, eine Theilung, bei der ganz Deutschland, mit Ausnahme Oesterreichs auf der einen, und Oesterreich allein auf der andern Seite stehen würde. Ohne Oesterreich, ohne Böhmen und ohne Tyrol, würde auch Bayern nicht bei Deutschland bleiben können. Bayern und ein Theil Süddeutschlands haben mehr natürlichen Zug nach Oesterreich als nach Preussen hin. Aber auch ohne diese natürliche Richtung des staatlichen und gewerblichen Lebens von Süddeutschland würde Bayern strategisch stets Preis gegeben seyn, wenn Deutschland Oesterreich ausschlösse. Wir fragen ferner: Würde Oesterreich selbst diese Ausschließung am Ende zugeben? Und wir glauben, auch diese Frage verneinen zu müssen. Oesterreich hat nicht nur Pflichten gegen Deutschland, sondern auch Rechte in Deutschland. Oesterreich, das deutsche Oesterreich, würde kaum ohne Deutschland bestehen können, und am Ende aller Verwickelungen, die aus einer Ausschließung Oesterreichs hervorgehen würden, dürfte Deutschland sogar in Krieg gerathen, um nur seine eigene Theilung durchzusetzen. Wir fragen endlich: darf Deutschland die Deutschen in Oesterreich aufgeben? Und auch hier antworten wir mit dem entschiedensten Nein! Denn dieses Aufgeben der Deutschen in Oesterreich würde dieselben unwiederbringlich an die Slaven und Nichtdeutschen in Oesterreich überliefern. Das Deutschthum ist heute augenblicklich in Oesterreich niedergehalten; es darf nicht mit seinen Wünschen offen hervortreten. Das Aufgeben Oesterreichs von Seiten Deutschlands würde diesen Sieg verewigen. Die heiligste Pflicht der Vaterlandsliebe, der Bruderliebe zu unseren Landsleuten fordert gebieterisch von Deutschland, diese Schmach zu verhindern. Haben wir für ein paar Hunderttausend Deutsche in Posen die Sympathieen von ganz Posen, dem dereinstigen Bundesgenossen, dem wahren Bollwerke Deutschlands gegen Rußland, geopfert; haben wir für ein paar Tausende von Deutschen in Schleswig den Krieg mit Dänemark, vielleicht mit Rußland gewagt, — und heute sollten wir Millionen der edelsten deutschen Völker ohne Schwertstreich opfern? „Aber wir wollen sie ja nicht opfern, es soll ja ein inniges Unions-Verhältniß stattfinden" ist die Antwort. Die deutsche Geschichte kennt diese Antwort. Sie wurde mehr als einmal gegeben. Im Vertrage von Verdun, — und ganz Lothringen wurde französisch; im Frieden von Basel, — und die Schweiz war und blieb von Deutschland abgerissen; im westphälischen Frieden, — und Elsaß ging verloren, trotz allen Vorbehalten. Deutsch-Oesterreich, erst von Deutschland getrennt, wird trotz allen Unionsphrasen die Zahl der Deutschland entfremdeten deutschen Vorländer vermehren, neben Lothringen, Elsaß, die Schweiz, Belgien, Holland, die deutschen Ostseeprovinzen treten, und ein neues Vorwerk des Auslandes gegen Deutschland werden. Und von Rechtswegen, wenn wir nicht die Macht und den Muth hätten, zu sagen: Die Deutschen in Oesterreich sind Deutsche, und sollen im Vaterlande das Recht der Deutschen haben. Und eine solche Theilung Deutschlands am Tage, nachdem Deutschland sich wie Ein Mann erhob, und verlangte: Das ganze Deutschland soll es seyn! Wahrlich Deutschland würde des Theuers würdig, und zum Theilen in weiterm Umfange reif seyn, wenn es die vorläufige Theilung freiwillig zuließe. Und es würde sicher über kurz oder lang weiter getheilt werden, denn ohne Oesterreich, ohne Böhmen und Tyrol, ohne Bayern würde ein nordisches Kaiserthum beim nächsten Sturme der Slaven gegen Deutschland verloren seyn, denn die deutsche Zwingburg Böhmen würde Deutschland jedem Feinde von Osten unwiderruflich preis geben. Durch die neue Note des österreichischen Ministeriums ist die Sachlage nicht anders, wohl aber viel klarer geworden. Das österreichische Ministerium sagt mit allem Fug und Recht, daß es nirgend ausgesprochen, nicht in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat eintreten zu wollen; es hat dies in Wahrheit niegends gethan; es behält jedoch ausdrücklich die Regelung der deutschen Verhältnisse einer weiteren Vereinbarung vor. Das ist die Doppelstellung: Oesterreich will und darf, um seiner selbst willen, nicht aus Deutschland ausscheiden, sich nicht von Deutschland lostrennen; aber es will zusehen, und nachher vereinbaren; und es scheint zu hoffen, später, wenn es mit Ungarn und Italien im Reinen ist, auch in Deutschland auf dem Wege der Vereinbarung die Rückführung Deutschlands auf den alten Staatenbund, wie er vor der Märzrevolution bestanden, durchzusetzen. Das hat gegenwärtig auch das Ministerium sehr klar eingesehen, und eben so klar als kräftig auf diese Frage geantwortet. Es sagt: »So wenig überall der Weg der Verständigung zu vernachlässigen seyn wird, wo er zum Ziele führen kann, so entschieden wird das, mit der von der constituirenden Nationalversammlung genommenen Stellung unverträgliche, allgemeine Vereinbarungs-Prinzip, bezüglich des Verfassungswerkes, zurückgewiesen werden müssen." „Die Hoffnungen, wo sie auftauchen möchten, daß die Zeit gekommen sey, den starken Bundesstaat mit dauerhafter, einheitlicher oberster Gewalt in der Geburt zu ersticken, und durch ein Surrogat zu ersetzen, das dem alten Bundestage mehr oder weniger ähnelt, diese Hoffnung wird zu Schanden werden." Wir freuen uns dieser Kernworte, wir sind von dem Manne, der gegenwärtig an der Spitze der deutschen Reichsregierung steht, fest überzeugt, daß er sie wahrhalten wird; wir sind eben so überzeugt, daß noch heute, trotz allen absichtlichen und unabsichtlichen Herabdrückens des öffentlichen Geistes, die unendliche Mehrzahl des deutschen Volkes, seine ganze Jugend wie ein Mann, ihm zur Seite stehen wird, wenn er gezwungen wäre, das tapfere Wort zur That werden zu lassen. In Bezug auf die Hauptsache aber ist das Ministerium, trotz der erläuternden Antwort der österreichischen Regierung, auf dem System seiner ersten Erklärung stehen geblieben. Es sagt in seiner Antwort: „Die Regierung des Kaiserstaats hält ihre Antwort auf die in Oesterreich durch den deutschen Verfassungsentwurf gestellte Frage noch für frei. „Diese Freiheit zu bestreiten, kann nicht Sache der Reichsgewalt seyn." Und dennoch fährt der Ministerpräsident fort und sagt: »Aber auch nach den von dem Bevollmächtigten Oesterreichs gegebenen Erläuterungen der Note v. 28. v. M. glaubt das Reichsministerium, daß der Erfolg seine Ansicht rechtfertigen werde." Es ist das freilich nur ein Urtheil über die Zukunft, aber es zeigt dasselbe doch die gegenwärtige Stellung der Reichsregierung, welche die österreichische Frage nach wie vor der Note der österr. Regierung aus demselben Gesichtspunkte auffaßt. Wir werden in dieser Ansicht bestätigt, wenn das Reichsministerium die Erlaubniß zu Verhandlungen fordert, sowohl um das Inslebenführen der deutschen Verfassung dadurch zu beschleunigen, — als eventuell um eine Union des Gesammt-Oesterreichs zu dem übrigen Deutschland vorzubereiten." Dieser eventuelle Antrag ist das System, das durch alle Aeußerungen des Präsidenten der Reichsregierung durchgeht, und das Deutschland selbst eventuell nicht zugeben kann; das, wenn es Deutschland durch einen 30jährigen Krieg aufgedrungen würde, immerhin eine Folge der Zernichtung aller deutschen Kraft seyn konnte, nie aber von Deutschland selbst in Aussicht gestellt werden darf. Das Reichsministerium fordert dann das Recht der Unterhandlung mit Oesterreich nach »Erreichung der unmittelbaren Regierungszwecke der Centralgewalt und zur Erfüllung seiner Pflicht." Aber die eventuelle Union steht hier überall neben den Regierungszwecken. Es fließt Eines in das Andere und führt dann das Reichsministerium selbst zu dem Schlusse: »Das Reichsministerium wiederholt daher seinen in der Opposition vom 18. v. M. begründeten Antrag dahin: daß es autorisirt werde, zu geeigneter Zeit und in geeigneter Weise mit der Regierung des österreichischen Kaiserreichs, Namens der Central-Gewalt, über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland in Verhandlung zu treten." Es handelt sich also am Ende und schließlich dennoch um die Proposition vom 18. vor. Mts. um die Unterhandlungen über das Verhältniß des gesammten Oesterreichs zu Deutschland. Noch einmal der Ausschuß glaubt Alles in Allem berücksichtigt, die Ermächtigung in dieser Allgemeinheit dem Hause nicht vorschlagen zu sollen. Der Ausschuß hat übrigens die Schwierigkeiten keineswegs verkannt, die gegenwärtig zwischen Oesterreich und besonders der zeitigen österr. Regierung und der Centralgewalt bestehen. Er sieht aber diese Schwierigkeiten gerade vielfach und vor Allem in den augenblicklich in Oesterreich eingetretenen Zuständen. Der Fall Wiens hat Verhältnisse in Oesterreich hervorgerufen, die nicht nur der deutschen Reichsversammlung und Centralgewalt, hervorgegangen aus der Revolution, sondern auch der deutschen Sache im Allgemeinen feindlich seyn müssen. Und deswegen um so mehr hält er gerade den gegenwärtigen Augenblick für vollkommen ungeeignet; in besondere diplomatische oder quasidiplomatische Verhandlung über die inneren Verhältnisse zwischen Deutsch-Oesterreich und der deutschen Reichsversammlung und Centralgewalt mit der österr. Regierung zu treten. Es scheint ihm, als ob es die staatsmännische Pflicht der deutschen Centralgewalt seyn müsse, die Rechte Deutschlands zu wahren, mit allen Mitteln gegen jeden Eingriff zu protestiren; dafür formen zu helfen, daß die zukünftige Verfassung Deutschland's der Art sey, daß Deutsch-Oesterreich vollkommen hineinpasse und wenn dann je besondere Verhandlungen über Ausnahmen von der Regel nöthig werden sollten, sie einer Zeit vorzubehalten, wo die Regierung Oesterreichs geneigter erscheinen möchte, den deutschen Interessen ein offenes Ohr zu leihen.

(Schluß folgt.)

Hannover. (Hannover, 11. Jan.) Sechzehn hannoveranische Abgeordnete zur deutschen Reichsversammlung erlassen in der hiesigen „Morgenzeitung" eine Ansprache an ihre hannoveranischen Mitbürger, in welcher sie das Verhalten der hannov. Regierung in Betreff der Grundrechte des deutschen Volkes als ungehörig und mit dem Beschluß der deutschen Reichsversammlung vom 27. Mai vor. J.s im Widerspruch stehend darstellen, die Anstände und Einwendungen gegen die sofortige Verkündigung der Grundrechte mit Gesetzeskraft als ungeeignet bezeichnen und hieran die Aufforderung knüpfen, daß das Land der Regierung gegenüber sich in diesem Sinn ausspreche. (Frkf. O.-P.-Z.)

Hessen. (Darmstadt, 11. Jan.) Während in einer der letzten Sitzungen durch einige Abgeordnete dem König von Preussen die deutsche Krone zugedacht wurde, so machte sich der Abgeordnete Heldmann in der heutigen Sitzung den Spaß, folgenden Antrag einzureichen: »Die Kammer möge erklären, daß sie es mit Vergnügen sehen würde, wenn der Großherzog von Hessen zum Reichsstatthalter ernannt werde." (Mannh. Abdztg.)

Preussen. †*† (Berlin, 14. Januar.) Die Wahlberathungen im Belagerungszustande scheinen so frei nicht zu seyn, als man sich vorgestellt hatte, und nach amtlichen und halbamtlichen Versicherungen hoffen durfte. Die polizeiliche Ueberwachung findet selbst dann noch statt, wenn alle von Hrn. v. Wrangel gemachten Bedingungen, vorherige Anzeige, Leitung durch ein Mitglied der Stadtbehörde u. s. w. aufs strengste erfüllt sind. In einer Versammlung erklärte der anwesende Polizei-Kommissär: wenn das Volk sich um die Schritte der Regierung kümmere, so könne es sich nicht wundern, wenn die Regierung auch die Intentionen des Volkes zu erfahren suche. Darf man aber Mittheilungen, die zum Theil schon ihren Weg durch die Presse in die Oeffentlichkeit gefunden haben, Glauben schenken, so beruhigt sich die Regierung bei dieser Exploration der Volksintentionen keineswegs. Wegen verschiedener gegen die Rechtsgültigkeit der Verfassung vom 5. Dezember gehaltenen Reden sollen gerichtliche Verfolgungen eingetreten seyn, und, wie der „Publizist" als Thatsache meldet, sey ein Beamter des Stadtgerichts wegen einer in einer

Wahlversammlung gehaltenen Rede durch den Direktor des Gerichts, Geh. Justizrath Dr. Schröder entlassen worden. Als Gerücht enthält dasselbe Blatt die Mittheilung, der Justizminister habe die Gerichtsvorstände zur Ueberwachung der politischen Thätigkeit ihrer Untergebenen veranlaßt, dagegen mißbillige der Chef der Justiz selbst die politischen Demonstrationen, welche das geh. Ober-Tribunal gegen sein Mitglied Waldeck und die mehrfach genannten 3 Oberlandesgerichte gegen die Herren Gierke, v. Kirchmann und Temme vorgenommen haben.

In Betreff des in der Vossischen Zeitung berichteten Vorfalles aus den letzten Tagen des November v. J. sind wir im Stande, folgende authentische Mittheilung zu machen: »Einer Parteiversammlung, welche die Abgeordneten, die in Mylius Hotel zusammenzukommen pflegten, abhielten, wohnten, da Heimlichkeiten nicht zu verhandeln waren, auch Nichtabgeordnete bei, von welchen die meisten jedoch den Deputirten bekannt waren. Nur ein Individuum, Allen unbekannt, lenkte die Aufmerksamkeit auf sich. Der Vorsitzende der Versammlung, Joh. Jakoby, wurde veranlaßt, den Unbekannten über den Zweck seiner Anwesenheit zu befragen. Mit ziemlicher Befangenheit und nach mehrfachen Ausweichungen erklärte dieser endlich, er sey eine »Civilordonnanz« des Polizeipräsidenten. Diese Eröffnung verursachte allerdings einige tumultuarische Bewegungen gegen den Geheimnißvollen, die jedoch Seitens der Abgeordneten zu keinem anderen Ergebniß, als zu der Entfernung des unberufenen Theilnehmers, gleichzeitig aber auch aller übrigen Nichtabgeordneten geführt haben. Möglich, daß die Letzteren sich des Menschen bemächtigten und mit ihm eine Justizkomödie aufführten, die mit seiner Verurtheilung als Spion zum Strange geendigt haben mag. Daß, wie versichert wird, der Staatsanwalt diese Angelegenheit zur richterlichen Kontestation bringen wolle, können wir kaum für wahr halten.

Der französische Gesandte Emanuel Arago wird schon nächsten Donnerstag seine Reise nach Paris antreten. Bis zur Besetzung des hiedurch erledigten Gesandtschaftspostens wird der Attaché Hr. Grenier die Geschäfte führen. Die hier auch in den höchsten Kreisen bedauerte Rückkehr des Hrn. Arago ist übrigens, wie wir bestimmt versichern können, lediglich auf das ausdrückliche und wiederholte Nachsuchen desselben erfolgt. Wir vermuthen, daß Hr. Arago seinem Vaterlande durch einen Eintritt in die Legislatur sich nützlich zu machen beabsichtige.

Für die Berufung des Hrn. v. Unruh in die hiesige Oberbürgermeisterstelle hat sich bereits eine genügende Anzahl der Mitglieder unserer Stadtverordneten-Versammlung ausgesprochen. Natürlich hat dies lediglich auf privatem Wege geschehen können, insofern zu einer amtlichen Erklärung ein Anlaß bis jetzt noch nicht vorliegt.

Eine Wahlversammlung, welche gestern Abend allem Anschein nach ohne Beachtung der von Hrn. v. Wrangel gebotenen Vorschriften in dem früheren Versammlungslokal einer Faktion der Linken, dem Weinhause von Jacoschewitz, abgehalten wurde, mußte auf Befehl einer Abtheilung von Konstables auseinandergehen. Auch diese Versammlung bestand nur aus Oppositionsmitglieder des betreffenden Wahlbezirks.

Den Machinationen, welche von den verschiedensten Seiten her gegen die zeitige Dessauische Regierung unternommen worden sind, soll man jetzt in Folge der auf Veranlassung eines Artikels in der Ober-Postamts-Zeitung angestellten Entwickelungen auf die Spur gekommen seyn. Die Bevölkerung, welche von Vertrauen zur Landesregierung und namentlich zu deren Vorsitzenden Hrn. Habicht, dessen Talent und Charakter von Freund und Feind anerkannt wird, erfüllt ist, sieht mit Entrüstung auf jene Agitationen herab, die zum Theil in Verbreitung falscher Gerüchte durch Frankfurter und Berliner Blätter sich äussern. Es herrscht gerade in Anhalt-Dessau diejenige Ruhe und Ordnung und in dem Militär die Subordination, welche man in andern Ländern erst durch ausserordentliche Maaßregeln herzustellen sich genöthigt glaubt. Das Vertrauen zur Regierung ist daher dort jetzt fester als je begründet.

Trotz des Belagerungszustandes ist wiederum ein neues »Witzblatt«, die Karnevalszeitung aufgetaucht, das den »Kladderadatsch« zu ersetzen beabsichtigt.

(Posen, 9. Januar.) Die Bedenken wegen des völligen Stillschweigens unserer neuen Verfassung in Bezug auf das Verhältniß von Polnisch-Posen zum übrigen preussischen Staat waren vor mehreren Wochen Anlaß zu einer Anfrage beim Ministerium Seitens der deutschen Verbrüderung geworden. Der Ministerpräsident hat nun in seiner Antwort darauf eine in jeder Beziehung zufriedenstellende Erklärung darüber gegeben. Man erwartet da ach in Berlin nur den definitiven Beschluß wegen der Demarkation in Frankfurt a. M., um dann sofort die Maßregeln ins Leben treten zu lassen, welche durch die politische Trennung der beiden Landestheile bedingt sind. (D. Z.)

(Breslau, den 10. Januar.) Trotz Gensdarmen, Polizei, Landräthen, gnädigen Gutsherren rc., welche sämmtlich theils offen, theils geheim, theils mit, theils ohne Belagerungszustände für das gottbegnadete Königthum und seine Pläne ausarbeiten und schwitzen, manövriren und intriguiren: sind sie doch in steter Angst und Besorgniß, daß ihnen schließlich — was die Wahlen für die zweite Kammer anlangt — die ersehnte Siegespalme aus der Hand gleiten könne. Was sie rasend macht, ist, daß Seitens der Demokratie, die sie durch Verhaftungen, Untersuchungen, Bedrohungen rc. eingeschüchtert glaubten, doch an den meisten Orten nach Kräften gewirkt wird. Ganz besonders hat aber den Ingrimm unserer Reaktionäre ein Wahlmanifest erregt, das in Oberschlesien zu Tausenden verbreitet, den Wählern räth, nur ganz erprobten Volksmännern zu trauen und nur Solche zu wählen, welche dahin sich verpflichten: 1) daß sie den von der letzten Nationalversammlung begonnenen Kampf um Aufhebung der Feudallasten fortsetzen wollen. 2) Daß sie dafür stimmen, die Ausgaben für das Militär, die jährlich 26 bis 30 Mill. betragen, um 10 Mill. jährlich zu verringern. Bleiben für das Heer 16 Mill., so ist das übrig genug, es kommen dann immer noch zu diesem einen Zweck 1 Thlr. Steuer auf den Kopf der Bevölkerung, während z. B. in der Republik Schweiz hierfür nur 8 Sgr. auf den Kopf kommen, und die Schweiz wahrlich nicht minder schlagfertig als Preussen ist. Bekanntlich hat Neuenburg dem König von Preussen den Gehorsam gekündigt und sich an die Republik Schweiz angeschlossen, und Preussen ist trotz seines kostbaren Heeres nicht im Stande, Neuenburg von der Republik Schweiz zurückzufordern. Verringert man die Ausgaben für das Militär um 10 Mill., so wird man die Salzsteuer mit 5 Mill., die Braumalzsteuer mit 1,300,000 Thlr. und die Gewerbesteuer mit 2,600,000 Thlr. ganz abschaffen können, das Pfund Salz wird statt 1 Sgr. nur 4 Pf. kosten und der arme Mann nicht mehr seine Kartoffeln ohne Salz zu essen brauchen, auch der Bauer sein Vieh mit hinlänglichem Salzfutter gesund erhalten können, das Bier wird um die Steuer billiger oder besser werden, und dem kleinen Gewerbsmann und Anfänger wird die ungleichmäßige Gewerbsteuer, die den Reichen nur sehr wenig trifft, nicht mehr den halben Gewinn seiner Arbeit nehmen. 3) Daß sie dafür stimmen: die Civilliste, den jährlichen Gehalt des Königs, nicht wie §. 57 der neuen Verfassung will, auf 2,000,000 Thl. festzusetzen, sondern auf 1 Mill. Thlr. Man hat so viel darüber gesprochen, daß eure Vertreter jeden Tag, den sie zusammen sind, 1200 Thlr. kosten, warum sagte man euch nicht dazu, daß der König täglich ohne Ausnahme 7000 Thaler kostet? Will man hier sparen, wird man dies jedenfalls viel zweckmäßiger bei einer Person, die täglich allein 7000 Thlr., als bei 400, die täglich zusammen 1200 Thlr. erhalten. Von dem so ersparten Gehalt des Königs könnten sich 50,000 arme hungernde Spinner und Weber das Jahr hindurch vollkommen satt essen, denn es kämen auf jeden täglich 2½ Sgr. Der König hat, da er sich außerdem für 50,000,000 Thlr. an Gütern behält, mit einer Million Thlr. jährlichen Gehalt vollkommen genug, der König von Sachsen erhält nur 500,000 und hat wenig oder gar keine Güter. 4) Daß sie dafür stimmen, den König mit seinem Gehalte für solche Ausgaben seiner Minister, die die Volksvertretung nicht gut heißt, verantwortlich zu machen. Wenn es auch in der neuen Verfassung heißt: die Minister sind verantwortlich, so hat es gar keinen Werth, denn gesetzt den Fall, ein Minister gäbe 1,000,000 Thlr. für das Volk unnütze oder gar schädliche Dinge aus, und die Volksvertretung genehmigte das auch nachträglich nicht, so kümmert das den Minister doch nicht, weil er keine Million Vermögen hat, das Vergeudete wieder zu ersetzen, und weil er sehr wohl weiß, daß darum die Volksvertretung, in der Ueberzeugung, daß, wo Nichts ist, selbst der Kaiser sein Recht verloren hat, von seiner Verfolgung abstehen wird. Ein Minister wird so immer sehr gern dergleichen volksschädliche Ausgaben machen, weil er dadurch die Gunst der Großen, in deren Nutzen er die Summen verwendet, erlangt; wenn aber der König mit seinem Vermögen für unnütze Ausgaben seiner Minister verantwortlich ist, wird dieser schon tüchtig aufpassen, daß seine Minister nichts Unrechtes ausgeben. 5) Daß sie dafür stimmen: die Klassensteuer und die Schlacht- und Mahlsteuer in eine nach dem Einkommen gerecht vertheilte Steuer zu verwandeln. Wie ungerecht die Klassensteuer vertheilt ist und wie die Mahl- und Schlachtsteuer ausschließlich den Aermeren trifft und drückt, darf nicht erst auseinander gesetzt werden. 6) Daß sie dafür stimmen: die Grundsteuer gleichmäßig zu vertheilen und überhaupt jede Steuerbefreiung aufzuheben. 7) Daß sie dafür stimmen: die Dienstzeit der Soldaten allgemein auf ein halbes Jahr herabzusetzen. Ein halbes Jahr reicht nach dem Urtheil unparteiischer Sachverständiger vollkommen hin, jungen Männern das Exerzieren beizubringen, darum ist es die größte Sünde, sie ihrem Geschäft und ihrem Erwerb längere Zeit zu entziehen, wodurch ihre und des ganzen Volkes Wohlfahrt leidet. Ist Landesvertheidigung und nicht Spielerei und Polizeizwecke das Wesen des Soldatenthums, so ist der Zweck erreicht, wenn die Mannschaft die nöthige Waffenübung erlangt hat. (N. Rh. Z.)

Sachsen. (Weimar, 11. Jan.) Eine von den hier liegenden reußischen Soldaten verübte Brutalität hat unter der Bürgerschaft die übelste Stimmung hervorgerufen, und das gute Einvernehmen zwischen Bürger und Militär dürfte dadurch für immer gestört worden seyn. An einem der letzten Abende saßen nämlich mehrere geachtete Bürger im städtischen Bierhause friedlich beisammen, und amüsirten sich durch das Singen volksthümlicher Lieder, und da zufällig auch einer mit Namen „Hecker" unter ihnen war, so stimmte man aus Scherz auch das bekannte Heckerlied an. Dagegen protestirten aber mehrere anwesende reußische Soldaten, und meinten, das Heckerlied dürfe in ihrer Gegenwart nicht gesungen werden. Als die Bürger darüber lachten, gingen die Soldaten fort, holten mehrere andere von ihren Kameraden herbei, die sie an der Thür des Hauses aufstellten, und drangen alsbald wieder in die Schenkstube ein, wo sie abermals das Verbot gegen das Heckerlied aussprachen. Der Tischlermeister Hecker erwiederte hierauf, das Lied werde ja nur ihm zu Ehren gesungen, weil er Hecker heiße, auf welche Aeußerung hin die Soldaten auf ihn losstürzten, die Treppe hinunter, und unter den gröbsten Mißhandlungen nach der Hauptwache schleppten. Eben so einen andern Bürger, welcher zum Schutze seines beleidigten Freundes herbeigeeilt war. Dort wurden Beide jedoch von dem wachhabenden Offizier wieder frei gelassen. Gegen die betreffenden Militärpersonen ist eine Untersuchung eingeleitet. Die Reußen haben seitdem in den Quartieren der Bürger einen schweren Stand, und, wie es heißt, hat die Bürgerschaft bereits auf gänzliche Entfernung der reußischen Soldaten aus der Stadt angetragen. (Frkf. J.)

Frankreich.

† (Paris, 12. Januar.) Unsere Kaiserlichen haben den Verstand verloren. Sie belagern jetzt die republikanische Majestät im Elysée-National mit dem Ansinnen: um die Hand der in Eisenach wohnenden Witwe des Herzogs v. Orleans zu werben und sich dann zum Kaiser proklamiren zu lassen.

(Paris, 12. Januar.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die Berathung über die Rateau'sche Proposition für Auflösung der gegenwärtigen Kammer eröffnet. Hr. v. Seze unterstützte den Antrag. Herr Pierre Bonaparte bekämpfte denselben; mit Unrecht behaupte man, daß die Nationalversammlung dem Präs. der Republik feindselig sey; eine solche Behauptung sey ein Irrthum. (Beifall links). Das, was man für Feindseligkeit halte, sey nichts weiter, als eine demokratische Empfindlichkeit, die sehr zu begreifen sey; die Nationalversammlung und der Präsident seyen zwei Gewalten, welche sich gegenseitig unterstützen müßten, um die Kühnheit der contrerevolutionären Partei im Zaume zu halten (Beifall); die Nationalversammlung möge nun entschlossen über eine Frage urtheilen, die nicht hätte angeregt werden sollen (rechts Unterbrechung); die Nationalversammlung habe im Juni so herrliche Beweise von ihrem Patriotismus und Muth gegeben, daß man auch ferner auf sie vertrauen könne; sie werde sich nicht einschüchtern lassen durch die Gerüchte der Parteien, sie werde die Rebellen zum Schweigen bringen (links Bewegung); wie übrigens die Entscheidung der Nationalversammlung ausfalle; sie werde geachtet werden; wer es nicht thue, sey Verräther am Vaterland (links stürmischer Beifall. Lange anhaltende Bewegung.) Um 4½ Uhr war Herr v. Montalembert auf der

Rednerbühne, zum die Auflösung der Kammer zu empfehlen; die öffentliche Meinung des Landes verlange zu dringend eine solche Maßnahme, als daß man sich ihr werde entziehen können.

Rußland.

Aus Russisch-Polen berichtet das »Echo am Memelufer«: Die Truppenmärsche haben hier noch nicht aufgehört. Im Frühjahr, so sprechen die Soldaten, geht es nach Italien. Die Truppen werden gut gehalten, die Löhnung kommt prompt und, merkwürdiger Weise, ohne die vielen bisher beliebten Abzüge, die einen Silberrubel oft auf 10 Sgr. zusammenschmolzen. Energische Befehle des Kaisers gegen das bisherige betrügerische Verfahren der Offiziere aller Grade sollen elektrisch gewirkt haben.

Sprech-Saal.

Vertrauensäußerung.

Die drei konstitutionellen Vereine Erlangens theilen die Gesinnung, welche der konstitutionelle Verein zu Nürnberg in seiner Adresse an Freiherrn von Lerchenfeld ausgesprochen hat (S. Beilage zu Nr. 11 des Korrespondenten v. u. f. D.) und treten durch diese öffentliche Erklärung jener Vertrauensäußerung bei.

Erlangen, den 14. Januar 1849.

Die drei konstitutionellen Vereine.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Bekanntmachung

Die verehrlichen Mitglieder des Volksvereins werden freundlichst ersucht, sich Donnerstag den 18. dies früh punkt 8 Uhr im Saale des goldenen Adlers zum Anschluß an den großen Festzug recht zahlreich zu versammeln.

Das Festcomité des Volksvereins.

Politischer Verein.

Es werden alle Mitglieder freundlich eingeladen, bis Donnerstag den 18. l. Monats punkt 8 Uhr zu den Festfeierlichkeiten, zu Ehren der Grundrechte im Bamberger Hof recht zahlreich zu erscheinen.

Volks-Verein.

Freitag den 19. Januar Abends punkt 8 Uhr Ausschußsitzung im Jammerthal.

Der Vorstand.

Freie christliche Gemeinde.

Donnerstag den 18. d. Abends 7½ Uhr, gesellschaftliche Zusammenkunft der freien christlichen Gemeinde im Saale des Reichsadlers.

Freitag den 19. d. Abends 7 Uhr Zusammenkunft des Aeltesten-Collegiums bei dem Vorstande.

Reichsadler

zur Ausschmückung der Häuser, auf Leinwand gemalt 36 Kr., auf Papier 18 Kr., sind in Commission zu haben in der Exped. d. Bl.

Empfehlung.

Zu dem nächsten Donnerstag den 18. ds. stattfindenden großen Fackelzuge empfehle ich mein Lager von Pechfackeln zur gefälligen Abnahme.

J. M. Scharrer, Seiler-Meister. Bergstrasse S. No. 420.

Anzeige.

Von heute an wohne ich Parterre bei Hrn. Schneidermeister Handbaum, vis à vis der Kreis und Handelsgewerbschule.

Dannhorn.

Paradies.

Donnerstag den 18. Januar »Launige Gesangs-Unterhaltung von den österreich-steyrischen Sängern

C. Fischer und Nannerl.

Anfang 3 Uhr Nachmittag.

Donnerstag den 18. d. Metzelsuppe.

Wozu ergebenst einladet

H. B. Adam.

Musicalischer Verein.

Donnerstag den 18. Januar

Produktion

im rothen Hahn.

Zu beachten.

Bei K. und G. Neuburger am Gießhaus ist eine große Partie Futter-Moll, welche naß geworden, das Stück mit 25 Ell. zu 54 kr., eine Partie Vorhäng-Borten und Gimpen von 42 kr. bis fl. 1. mit 25 Ell. per Stück und noch mehr in dieses Fache einschlagende Artikel, welche naß geworden, zu verkaufen.

An der nächststehenden Bude bei J. Löwenthal sind ebenfalls nasse baumwollene, leinene und seidne Bänder zu allen Preisen zu verkaufen.

Versteigerung.

Künftigen Montag den 22. Januar 1849 werden im Hause S. Nro. 320 in der Adlerstraße Silber, Weißzeug, Porzellan, Gläser, Zinn, Kupfer, Messing, Spiegel, mehrere Sofa und Sessel, Schreibtisch, Etagere, überhaupt vieles Schreinzeug, Betten rc., versteigert, wozu Steigerungslustige eingeladen werden.

Zu empfehlende Gelegenheit

für Passagiere und Auswanderer nach New-York.

Expeditions-Tage

der Schiffe der Hamburger-Amerikanischen-Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft:

Das kupferbodene Hamburger Schiff	»Rhein,«	Kapitän Ehlers,	am 24 März	1849.
" " " " " "	„Deutschland",	" Haneker,	„ 21. April	
" " " " " "	„Nordamerika",	" Kalje,	„ 19. Mai	
" " " " " "	„Elbe",	" Heitmann,	„ 23. Juni	

Ueber obige Schiffe, welche durch hohes lustiges Zwischendeck und elegant eingerichtete Kajüten sich auszeichnen, ertheilt nähere Nachricht der Schiffsmakler

Friedrich Toussaint in Nürnberg, S. Nr. 401.

Aug. Bolten Wm. Millers Nachfolger in Hamburg.

Während den letzten Messtagen

sollen sämmtliche Herren-Artikel wegen drückenden Geldmangels zu nochmals herabgesetzten Preisen abgegeben werden, und wird auf jedes Gebot reflektirt!!!

250 Stück schwerseidene Regenschirme à 3½ fl. und höher, Regenschirme in gutem Zeug à 1 fl. 12 kr. u. h.

Großes Lager in Paletots à 5½ fl. u. h., feinste Burnus-Ueberwürfe à 9, 14 und 19 fl., Kapuzen (Abdelkader-Mäntel à 7 und 10½ fl., Haus- und Schlafröcke in solidesten Sorten 3 fl. u. h., Bureau- und Sommerröcke à 3 und 3½ fl.

Elegante Westenzeuge à 18, 30 kr. u. h., Westenzeuge in allerneuestem eleganten Atlas, schwerer Seide und Sammt à 1¾ fl., 2½ fl.

Seidene Schlips und Shawls für Herren à 1¼ und 1¾ fl., wollene Herren-Shawls à 18, 30 kr. u. h., gute seidene viereckige Halstücher 1½ fl. u. h., ächt ostind. seidene und leinene Foulards à 18 kr., 1, 1½ fl. u. h.

500 Stück Pracht-Kravatten (Schlips) in Seide und Lasting à 18, 30 und 54 kr. u. h.

500 Stück Gummihosenträger à 9, 15, 24 kr. u. h., große Reisesäcke und lederne Umhängtaschen à 1¾ u. 2½ fl. Alle Sorten Handschuhe à 12 und 24 kr., Buksin-Handschuhe 54 kr., Gummigesundheitssohlen à 24 kr., Porte-Monnais, Geldtäschchen à 18 und 30 kr., Brieftaschen à 24 kr. u. h.

K. K. priv. berühmteste Streichriemen à 18, 36 kr. u. h., ächt engl. beste Rasiermesser à 30 u. 54 kr., Cigarren-Etuis à 15 kr.

Aechte Havanna-Cigarren in wohlriechendem Geschmack 250 Stück 3½ fl., 100 St. 1½ fl.

Gestrikte Unterhosen für Herren und Frauen à 40, 55 kr., gestrickte Unterjacken à 40 kr., 1 fl., 1¾ fl., feinste Patent wollene Leibjacken à 2½ fl.

50,000 Duz. Stahlfedern in neuesten magnetisch geschliffenen Sorten und unübertrefflich für jede selbst zitternde Handschrift, 144 St. à 18, 30 kr. u. h., à Duz. 2 kr.

Feinste vergoldete Gemälde-Brochen für Damen à 54 kr. und 1½ fl., ächt vergoldete Agat-Armspangen à 1¾ fl.

Das Verkaufs-Lokal ist nur im Hause des Herrn Pabst auf der Schütt 1 Treppe hoch im geheitzten Saal.

Herrman Schaarschmidt jun.

Strumpfwaaren-Fabrikant aus Kandler bei Chemnitz in Sachsen,

verkauft um jeden Preis mehrere hundert Dutzend durchnäßte Strümpfe, Handschuhe, Hosen, Kinder- und Frauen-Hauben, Geld-Börsen und noch viele dergl. Artikel.

Sein Verkaufs-Lokal befindet sich im weißen Engel am Tuchhaus, S. No. 826.

Die durch das grosse Wasser beschädigten Waaren

werden um die Hälfte des Preises abgegeben in der großen Bude vorm Gießhaus bei

J. Wolpers.

Anzeige.

Die gestrige Ueberschwemmung hat namentlich den minder bemittelten Gewerbsleuten einen unersetzlichen Verlust bereitet, es hätte aber dieses Vieles gerettet werden können, wären dieselben früher von dem Annahen des großen Wassers unterrichtet gewesen. In verschiedenen Städten geschieht diese Mittheilung durch ein Signal, nämlich durch zwei Kanonenschüsse; wäre dieß auch hier eingeführt, so wäre der Schaden wenigstens um ein Drittel minder gewesen, als dies jetzt der Fall ist. Man erlaubt sich daher, die treffende Behörde darauf aufmerksam zu machen, daß künftig ähnliche Signale gegeben werden; damit die betreffenden Leute bei Zeiten von dem Annahen des Hochwassers unterrichtet, und ihnen die Möglichkeit gegeben wird, wenigstens den größern Theil ihrer bedrohten Habseligkeiten zu retten.

(Anzeige.) Seiden, Stoffe zu Ballkleidern, Bänder, Sammt u. dgl. werden in allen Farben schön gefärbt und gewaschen S. Nro. 955 Dötschmannsplatz.

(Anzeige) S. 1 Ballot Nr. 1897 A Wachstuch enthaltend, wird seit ungefähr 6 Wochen vermißt. Derjenige der Auskunft darüber geben kann, beliebe sich im Gasthaus zum goldenen Ochsen in der Pfannenschmiedgasse dahier zu melden.

(Anzeige.) Der Eigenthümer einer, vor einiger Zeit verloren gegangenen Brieftasche, in welcher sich Geld befunden haben soll, kann darüber Auskunft erhalten durch die Exped. d. Bl.

(Gesuch) Eine Köchin, welche sich jeder Handarbeit willig unterzieht, und die besten Zeugnisse vorweisen kann, wünscht nächstes Ziel oder 14 Tage nach dem Ziel in Dienst zu treten. Näheres L. Nr. 1448 der Schlotfegergasse.

(Gesuch) Ein solides Mädchen von 22 Jahren, welches bestens empfohlen werden kann, in Kleidermachen und häuslichen Arbeiten erfahren ist, sucht einen Platz in einen Laden, als Studen- oder Kindermädchen oder in anderer Eigenschaft. Auskunft S. Nr. 563 Theresienstraße.

(Gesuch.) Erdmans Journal für technische und ökonomische Chemie, 5. Band, wird zu kaufen gesucht.

(Literatur.) Bei C. W. B. Naumburg in Leipzig ist erschienen:

Keine Frostbeulen mehr!

Preis 18 kr.

Das Büchlein enthält genau was sein Titel verspricht. Das darin zum ersten Mal veröffentlichte Heilmittel der Frostbeulen hat schon Tausende von diesem lästigen Uebel befreit.

Vorräthig in der C. H. Zeh'schen Buchhandlung in Nürnberg.

Stadttheater in Nürnberg.

Donnerstag den 18 Januar. 11. Vorstellung im 4. Abonnement. Zur Feier der Verkündung der Grundrechte des deutschen Volkes. „Wilhelm Tell." Schauspiel in 5 Akten von Fr. v. Schiller.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 19 Januar 1849 № 19. Freitag: Sara.

†† Das deutsche Parlament und die Grundrechte.

Wenn der Engländer von seinem Parlament spricht, so wird seine Seele weiter, denn er weiß, welche Größe der Macht in diesem volksthümlichen Institute ruht, welche Rechte dem Königthum gegenüber dem Volke darin gesichert sind. In der organischen Gliederung dieses Konstitutionalismus hat die Freiheit dem Engländer die ebenmäßigste Bewegung, er würde seine Landesverfassung nicht mit der republikanischen vertauschen, so sehr ihm auch von anderer Seite her das strenge Haften am Buchstaben seiner Gesetze vorgeworfen wird, an deren Bestimmungen nicht ein Jota geändert werden soll. Es mag dies allerdings ein Fehler genannt werden, denn Nichts ist vollkommen auf der Erde, kein einzig Menschenwerk, und jedem sollte die Verbesserung eingefügt werden können, die der Geist des Fortschrittes erheischt; allein der Engländer ist von eigenthümlicher Denk- und Sinnesart, neben der trocknen praktischen Auffassung des Lebens und seiner Gestaltungen ist der Spleen eine Nationalkränkelei, welche von der Wiege bis zur Bahre ihre Phasen durchläuft. Aus dem englischen »God dam« spricht zwar etwas Entschiedenes, aber der Spleen ist doch häufig dabei. Nichtsdestoweniger hat der Engländer mit seinem Spleen mehr Charakter als der Deutsche. Das läßt sich aus allen deutschen Ständeversammlungen heraus auf den offenen Markt des Lebens tragen. Seit dem 18. Mai hat der Deutsche auch sein Parlament in Frankfurt sitzen, aber, daß Gott erbarm, er kann nicht mit dem Stolze darauf blicken, mit dem der Engländer sich fühlend ausruft: »ich gehorche nur dem Parlament;« dem deutschen Parlament will im Gegentheil bald Deutschland gewiß nicht gehorchen, die Fürsten nur dann, wenn das Parlament einen Beschluß zur Ausführung verkünden läßt, der in ihre Pläne paßt. Nach dem März des vorigen Jahres, da sah es allerdings so aus, als sollte auch der Deutsche ein achtunggebietendes, starkes und freies Parlament erhalten, aber dieser Wahn überdauerte kaum das kurze Leben der Märzveilchen. Wäre durch die Permanenz des Vorparlaments die Kardinalfrage der damaligen Epoche Deutschlands, die Frage der neu zu bestimmenden Regierungsform kräftiger zur Hand genommen worden, so würde man nicht so gar trostlos und erquickungsleer nach Frankfurt geblickt haben, als dieß neun Monate lang der Fall war, allein diese Frage fiel zu Boden, nachdem gerade die edlen Helden der Geschichte, welche der Freiheit am redlichsten zu dienen sich gerühmt, (man denke nur an einen Bassermann, Mathy, Welcker u. s. w.) den verantwortlichen Reichsverweser aufzuheben mit geholfen hatten. Das Vorparlament hatte einen Kraftwillen, da war Kern darin und der hätte ein wahrhaft souveränes Volk geschaffen, aber das aus beeinflußten und ironisch frei zu nennenden Wahlen hervorgegangene Parlament fürchtete sich bald vor seiner eigenen Bedeutung, war's da ein Wunder, daß die Fürsten die Zügel wieder nehmen konnten? War's ihnen etwa zu verdenken, daß sie es thaten, nachdem man ihnen so deutlich merken ließ, daß sie das Fahren doch besser verstünden? Es ist entsetzlich, wenn man daran denkt, welch neidenswerthes Loos dem deutschen Vaterlande hätte durch sein eignes Volk beschieden werden können, und welches Komödiensatum ihm aufgedrängt worden ist durch sein theures Parlament, denn die 9monatliche Frankfurter Wirthschaft hat wahrlich keine geringen Summen gekostet. Aber keinem vernünftigen Menschen würde es einfallen, darüber einen Vorwurf zu erheben, wenn das Parlament große Erfolge zu Stande gebracht, wenn es sich Achtung gegen Aussen verschafft hätte. So aber konnte dieses Parlament nicht einmal nach Innen eine durchbrechende Anerkennung erlangen, und das großentheils, weil es wie ein aus der guten Art geschlagenes Kind, die Lehren seiner Mutter, der Revolution, vergessen hat. Die Revolution und der Volkswillen haben das Parlament erzeugt, das kann ihm nicht oft genug gesagt werden, würde es darauf hören, so müßte es sich auch auf einen andern Boden stellen. Aber hat denn nicht dieses so sehr getadelte Parlament die Grundrechte des deutschen Volkes geschaffen? Man vergleiche diese Grundrechte nach der Annahme in der zweiten Lesung mit jenen nach der ersten Lesung und man wird finden, daß das Parlament im Subtrahiren gut bewandert ist. Das kommt von dem immerwährenden Hoffiren. Und doch sind diese geschmälerten, den Demokraten nicht viel geltenden Grundrechte, das Einzige von allgemeiner Bedeutung, was aus den Anstrengungen des Parlaments zum Ausfluß der Märzerrungenschaften gemacht worden ist. Jetzt fragt sich's aber erst, ob und wie sie die einzelnen Regierungen als Landesgesetze aufnehmen werden. Einzelne haben sie bereits bekannt gemacht und die andern, so will es wohl das Parlament, müssen sie bekannt machen und zur politischen Richtschnur wählen. Das Parlament darf nicht auseinander gehen, bis die Grundrechte deutsches Nationaleigenthum geworden sind, das gesammte deutsche Volk wird damit einverstanden seyn und diesem Willen kräftig unter die Arme greifen. Lassen es die Fürsten durch Widerstreben gegen die Anerkennung und Einführung der Grundrechte zu einer Permanenzerklärung des Parlamentes kommen, so stehen wir vor einem neuen März, daran ist nicht wohl zu zweifeln, nehmen sie die Fürsten an, so müssen nothwendig die Landesverfassungen umgeändert werden und wir erhalten allenthalben konstituirende Ständeversammlungen. Der Adel verliert und die Juden gewinnen am meisten dabei, deßhalb wird sich auch von diesen beiden Seiten die Stimme am lautesten dagegen und dafür erheben und das „dagegen“ hat in Bayern eine böse Wurzel, denn die gesammte erste Kammer besteht aus dem Adel, und diese erste Kammer muß mit der zweiten Hand in Hand gehen, wenn die Grundrechte zum bayerischen Landesgesetz werden sollen. Dürfen wir mit Zuversicht darauf rechnen, daß die Herren Reichsräthe so viel polische Resignation besitzen, ihre Vorrechte fallen zu lassen? Bald wird sich's zeigen, denn die Grundrechte werden einen der ersten vor die Kammer der Abgeordneten zu bringenden Gegenstand bilden und die Abgeordneten werden diesen Gegenstand mit dem ihm gebührenden Eifer aufnehmen und darin das oberste Interesse des Volkes erblicken; das Volk aber wird hinter der Kammer stehen, als ein starkes, das jeder undeutschen Sonderbündelei, wenn sie auftauchen sollte, sey es unter dieser oder unter jener Form, mit gebührender Macht begegnet.

Deutschland.

Bayern. (München, 16. Jan.) Der bisherige Legationsrath bei der kgl. Gesandtschaft in Berlin Frhr. v. Aretin wurde unter Beförderung zum geheimen Legationsrathe zur bayer. Gesandtschaft am k. k. österr. Hofe versetzt; in die bei dem Wechselgericht erster Instanz in Schweinfurt zur Erledigung gekommene erste Rathsstelle wurde der bisherige zweite Wechselgerichtsrath dortselbst J. K. G. Merkel versetzt, die hiedurch eröffnete Stelle dem Kreis- und Stadtgerichtsrathe F. F. Künsberg in Schweinfurt, und die dem Wechselgerichte erster Instanz zu Bamberg erledigte zweite Rathstelle dem dortigen Kreis- und Stadtgerichtsrathe Wilh. v. Heyder übertragen. (N. M. Z.)

(München, den 14. Januar.) Gestern ist nun auch aus Olmütz eine entschiedene Antwort in der deutschen Frage an den bayerischen Hof gelangt: der Kaiser Franz Joseph wolle nicht deutscher Kaiser seyn, dulde aber auch nicht, daß ein Anderer die deutsche Krone erhalte. Ungarn sey pacificirt, seine Truppen stünden von Bregenz bis Schärding. Also den alten Bundestag und Bundestyrannei oder — Bürgerkrieg! Das ist die österreichische Hofpolitik! (Bayr. Z.)

(München, den 15. Januar. Auf dem hiesigen Leichenacker fand gestern die erste Beerdigung aus der deutsch-katholischen Gemeinde unter zahlreicher Begleitung statt. Am Grabe sprach der Herr Pfarrer Dumhof, dessen Rede einen tiefen Eindruck im Gemüthe der Anwesenden hinterließ. (Bayer. Ldb.)

(München, den 15. Januar.) Aus Frankfurt ist diesen Nachmittag die Nachricht eingelaufen, daß sich Graf Giech auf das wiederholt an ihn gestellte Ansuchen veranlaßt sah, die Stelle eines I. Präsidenten der Kammer der Reisräthe dennoch zu übernehmen. Es wird derselbe noch heute Abend eintreffen, jedoch in einigen Wochen zur Nationalversammlung nach Frankfurt zurückkehren. Der zu wählende II. Präsident der Kammer wird dann das Präsidium bis auf Weiteres übernehmen. (A. Abdz.)

(München, den 15. Januar.) Sicherem Vernehmen nach, geruhten Se. Maj. der König den Direktor bei der k. Regierung von Schwaben und Neuburg, Kammer des Innern, H. v. Forster zu Ihrem Kommissär bei der demnächst in Ansbach zusammentretenden protestantischen General-Synode zu ernennen. Die Wahl dieses nach allen Richtungen und Beziehungen hin, ausgezeichneten, humanen und liberalen höhern Staatsdieners, dürfte als ein erfreulicher Ausdruck der persönlichen unseres Königs gelten, und geeignet seyn, bei Allen, welche ein wahrhaftes Vorwärtsschreiten auch im religiösen Gebiete wünschen und anstreben, die frohesten Hoffnungen für die Zukunft zu begründen. (A. Abdz)

(München, den 15. Januar.) Die Posten aus Paris vom 11., sowie die ganze über Nürnberg kommende Post aus dem Norden ist ausgeblieben. Wie es scheint, ist das Austreten der Gewässer in Folge des raschen Schmelzens der ungeheuren Schneemassen, welche im Laufe der verflossenen Woche gefallen sind, die Ursache dieses mißlichen Umstandes. Auch der Eisenbahnbetrieb zwischen hier und Augsburg hat seit gestern Abend Verzögerungen erlitten, da die Bahn an mehreren Stellen unter Wasser gesetzt war. Schon der letzte gestern Abend $7\frac{1}{2}$ Uhr von Augsburg abgegangene Bahnzug traf die Bahn an mehreren Stellen besonders aber durch das Austreten der von ihr durchschnittenen Gewässer des Lech, der Paar und der Maisach unter Wasser gesetzt. In der Nähe der letztern stand das Wasser so hoch über dem Bahngeleise, daß es sogar in den Herd der Lokomotive drang, und das Feuer auslöschte, so daß der Zug längere Zeit am Weiterkommen gehindert war, bis man aufs Neue das Feuer angezündet hatte. Erst gegen $10\frac{3}{4}$ Uhr Nachts konnte der Wagenzug den Münchener Bahnhof erreichen. An der Paar sollen in der verflossenen Nacht bei einem Bauernhofe 22 Stück Vieh durch das rasch Alles überfluthende Wasser umgekommen seyn. Doch sind uns diesen Abend Augsburger Blätter zugekommen, mit dem ersten Bahnzuge von dort, der erst Abend $4\frac{3}{4}$ Uhr eintraf. Auch vorwärts Augsburg gegen Donauwörth zu und besonders in der Nähe der Donau selbst soll die Bahn überschwemmt seyn. (N. M. Z)

(München, 14. Jan.) Da man sich hier nicht von dem bräutlichen Sträuben Preussens gegen die Annahme des Kaisertitels berücken läßt, ist die Stimmung sehr ernst. Heute vielleicht ist die Abstimmung in Frankfurt, welche über das Wohl oder Weh Deutschlands entscheiden wird. Vergesse man aber nicht: sogar die Zustimmung unserer Regierung zu einem erblichen preussischen Kaiserthum würde die Frage vollkommen unentschieden lassen. Man will in Bayern Preußen nicht. Kurz und trocken: man will Preussen nicht: und an diesem Willen einer so willenskräftigen Nation wird jedes Ministerium scheitern, das für Preussen aufträte. Man will Preussen nicht als herrschenden Stamm; man will den jetzigen König von Preussen nicht, weil man sich in Bayern bereits zu bestimmt ausgesprochen hat, als daß, abgesehen von allen gerechtfertigten Antipathieen, nicht die eigene Ehre auf dem Spiel stünde. Eine Huldigung — man vergegenwärtige sich dieß — in München z. B. wäre ohne heftige Rückwirkungen, die keineswegs blos vorübergehender Natur wären, unmöglich. (A. Abdz.)

(München, den 16. Januar.) Nachdem der Hr. Bischof von Augsburg, Peter Richarz, auf die ihm verliehene Würde eines Reichsrathes wegen seines Gesundheitszustandes verzichtet hat, hat der König statt seiner, vermöge offenen Dekretes vom 15. d. M. den Hrn. Bischof von Eichstädt, Johann Georg v. Oertl zum Reichsrathe ernannt. (A. A. Z.)

(München, den 16. Jan.) In einer von Abgeordneten aus allen Kreisen sehr zahlreich besuchten Versammlung in der blauen Traube wurde diesen Nachmittag mit großer Mehrheit beschlossen, von dem Ministerium eine Erklärung zu verlangen, daß durch den bei Eröffnung der Kammern zu leistenden Eid auf Aufrechterhaltung der Verfassung in keiner Weise deren Abänderung und Revision auf Grund der Reichsgesetze ausgeschlossen seyn solle. (N. Münch. Z.)

° (Nürnberg, den 18. Januar.) In der gestrigen Versammlung des constitutionellen Vereines wurde die Anerkennung der Feier wegen Einführung der Grundrechte einstimmig ausgesprochen, zugleich glaubte der Verein im Interesse der Sache am zweckdienlichsten zu verfahren, wenn in einer heute abgefaßten Adresse dem Landtage die schleunigste Durchführung der Grundrechte wiederholt zur Pflicht gemacht wird.

†† (Nürnberg, 18. Jan.) Die Einführung der Grundrechte des deutschen Volkes, die von der deutschen Nationalversammlung beschlossen wurde, rief den nahe liegenden Gedanken, den Tag, an welchem dieses wichtige Gesetz nach dem Willen der Vertreter des Volks in Kraft treten soll, in Nürnberg festlich zu begehen, auch ohne daß die bayer. Regierung diese Grundrechte verkündet hat. Die Schmückung der Häuser mit den deutschen Fahnen, die festlichen Aufzüge der politischen Vereine und der Gewerke fanden deshalb in der schönsten Ordnung unter den hebenden Tönen mehrerer Musikkorps statt und auch die übrigen in dem Programme angegebenen Feierlichkeiten werden im Laufe des Tages nachfolgen.

△ (Erlangen, den 17. Januar.) Weil die Mehrzahl der hiesigen Einwohnerschaft der Ueberzeugung lebt, daß die Beschlüsse der Nationalversammlung in Frankfurt bindend seyen für Fürsten und Volk, und weil man die Grundrechte der deutschen Nation, vom 18. Januar an für ganz Deutschland gültig erachtet, ob sie gleich die Laune einzelner Regierungen noch nicht überall gesetzlich publizirt hat, so wird morgen dieser Tag festlich begangen, und es ist im Redoutensaale Abends ein großes allgemeines politisches Eintrachtsfest von den konstitutionellen Vereinen in Verbindung mit der akademischen und anderen Gesellschaften angeordnet, wobei es weder an freisinnigen und nationalen Reden, an von patriotischer Begeisterung eingegebenen Trinksprüchen fehlen wird. Die Regierungen sollen und dürfen wissen, daß man hier jeden Sonderbestrebungen entgegen; und wenn es nicht anders gehen kann, sogar für einen erblichen deutschen Kaiser aus dem Hause Hohenzollern ist, wenn nur dadurch zu der deutschen Freiheit auch die deutsche Einheit gewonnen wird. Man hofft die Sonderbündelei und alles die Einheit Deutschlands störende Streben, wie sehr sich auch die „N. Münchn. Z.“ braucht, bei jeder Gelegenheit in dieser Hinsicht dem Bayernstamme und den Franken Verblendung zu imputiren und zu insinuiren, man werde, wenns nöthig, in Bayern die Waffen für Bayern's Sonderbestrebungen ergreifen und sich lieber an Oesterreich als an Preussen anschließen. Die Neue Münchener Zeitung ist über die Stimmung des Volkes in Betreff der Oberhauptsfrage für Deutschland sehr im Irrthum. — Auch ist hier eine Adresse in den konstitutionellen Vereinen vorbereitet an die hohe Kammer der Abgeordneten Bayerns, welche die gesetzförmliche Verkündung der Grundrechte betrifft und die Regierung darüber belehren kann, daß man hier vor Allem deutsch und dann erst bayerisch ist und denkt. —

Zum Deputirten nach Frankfurt am Main ist Herr Bürgermeister Dr. Lammers erwählt worden. Mit dieser Wahl kann und wird man zufrieden seyn. Derselbe wird seiner Gesinnung nach für Deutschlands Einheit und einen erblichen Kaiser seyn, überhaupt dem linken Centrum angehören. Sein Ersatzmann ist Herr Professor v. Raumer, der jüngere, über diese Wahl ist nichts zu sagen, als daß sie das Produkt der pietistischen Umtriebe ist. Als zweiter Ersatzmann ist ein Herr von Pfordten in Lauf erwählt, ein ruhender Staatsdiener.

(Augsburg, 16. Januar.) Nach einem starken Schneefall auf gefrornen Boden erhob sich verflossenen Sonntag plötzlich bei eingetretenem Thauwetter ein gräßlicher Sturm, welcher bis Nachts 12 Uhr anhielt und mit einem Regenguß endigte. Hierdurch wurden die Schneemassen dergestalt flüssig, daß das Wasser von den Bergabhängen stromweis dem Lechbette zufloß und dessen Austritt herbeiführte. Am Montag Morgens 3 Uhr fingen die vom hohen Ablaß in unsere Stadt geleiteten Lechkanäle an auszutreten, so daß die ganze Gegend der Stadt von St. Ursula an, dann die Jakobsvorstadt größtentheils unter Wasser gesetzt wurde, welches in den Kellern und Parterrewohnungen vielen Schaden anrichtete. (Augsb. Abdz.)

Freie Städte. (Frankfurt, 15. Jan.) Verläßigen Urtheilen zufolge hat der Verfassungs-Antrag in der Oberhauptsfrage eine Majorität von 25—30 Stimmen. Wir erhalten also, vorausgesetzt, daß die Theorie der Praxis folgt, und der König von Preussen annimmt, den erblichen Kaiser und auch — das preussische Kaiserthum. Die österreichischen Abg. hatten heute in gewohnter Weise ihre Plätze eingenommen, und wenn einer fehlte, war es zufällig. (N. W. Z.)

(Frankfurt, den 15. Januar.) Personen aus der nächsten Umgebung des Reichsverwesers versichern, daß der Erzherzog glaube, bis Ende Februar seine Mission erfüllt zu haben. Das wäre denn doch etwas frühe im Hinblick auf die der Nat.-Versammlung noch gestellten Aufgaben. (N. Wrzb. Z.)

** (Frankfurt, den 16. Januar.) [153. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Simson.] Nach Beantwortung mehrerer Interpellationen, worunter die der Herren Freudentheil und Genossen: 1) Wird die deutsche Marine bis zum Ende des Waffenstillstandes in dem Zustande, daß sie den deutschen Handel und die deutschen Interessen schützen könne, sich befinden? 2) In welchem Zustande befindet sich dermalen die deutsche Marine, und was gedenkt das Reichsministerium zu thun, um es wahr zu machen, daß wie bei Vertheidigung der siebenmonatlichen Dauer des Waffenstillstandes behauptet worden, die Zwischenzeit zur Gründung einer deutschen Kriegsflotte benutzt werden solle? die wichtigste, dahin von dem Handelsminister Duckwitz beantwortet wurde, daß er diese Fragen nicht beantworten könne, daß er aber die Versicherung zu ertheilen im Stande sey, es sey das nach Lage der Umstände Mögliche geschehen. Reichsfinanzminister Beckerath ertheilt über den Eingang der Matrikularbeiträge zur Begründung einer deutschen Marine folgende Auskunft: Die Matrikularbeiträge zu der unterm 10. Okt. v. M. ausgeschriebenen Umlage von 3 Mill. Thalern sind von nachfolgenden Staaten berichtigt worden: Hannover, Holstein, Lauenburg, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Schaumburg-Lippe, Lübeck, Bremen, Hamburg, Würtemberg, Baden, Großherzogthum Hessen, Braunschweig, Nassau, Sachsen-Weimar, Sachsen-Koburg, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Anhalt-Dessau, Anhalt-Bernburg, Anhalt-Köthen, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Hohenzollern-Hechingen, Hohenzollern-Sigmaringen, Waldeck, Lippe, Reuß ältere Linie, Reuß jüngere Linie, Hessen-Homburg, Frankfurt, und zwar geschah die Berichtigung theils durch baare Einsendung an die Reichskasse, theils durch Anweisung auf die preussische Regierung, welche in Folge einer deßfallsigen Verhandlung sich bereit erklärte, außer ihrer eigenen Beitragsquote auch diejenigen Kontingente, welche Zollvereinsregierungen auf die demnächst eingehenden Zollüberschüsse anweisen möchten, sofort zur Verfügung zu stellen. Daß die österreichische Regierung die baare Entrichtung der auf sie fallenden Quote abgelehnt hat, ist der hohen Versammlung aus dem in der Sitzung vom 11. d. M. zur Verhandlung gekommenen Ausschußbericht, welcher die betreffende Erklärung Oesterreichs enthielt, bekannt; Mecklenburg-Strelitz, Lichtenstein, Luxemburg und Limburg sind noch im Rückstand. Bayern und Kurhessen haben gegen ihre Matrikularbeiträge die Forderungen aufrechnen wollen, die sie wegen Truppenaufgeboten an das Reich zu stellen haben, die aber, abgesehen davon, daß sie erst in einer noch vorzunehmenden Liquidation näher festzustellen sind, bei Aufbringung des Marinefonds nicht als Kompensation zugelassen werden können. Auf die in dieser Beziehung seitens des Finanzministeriums ertheilte ausdrückliche Erklärung steht zu erwarten, daß eine befriedigende Regulirung, die besonders der bayerische Bevollmächtigte in einer neuen Note in Aussicht gestellt hat, demnächst erfolgen wird.

Schließlich ist anzuführen, daß mit der sächsischen Regierung, die ebenfalls ihre Beitragspflicht anerkannt hat, über den Modus der Zahlung noch eine Verhandlung schwebt, die unbezweifelt baldigst zur Erledigung auch dieses Postens führen wird. Ich füge hinzu, daß Seitens des Finanzministeriums die Aufbringung des Marinefonds als eine dringende Angelegenheit erkannt und demgemäß behandelt wird.

Folgt hierauf Fortsetzung der Berathung über das Reichsoberhaupt. Schulz aus Darmstadt will, daß die Wahl des Reichsoberhauptes nur auf ein Jahr stattfinde und die Wahl allen Urwählern vorgelegt werde. Rödinger beantragt, die regierenden Fürsten von der Wahl auszuschließen. Philipps aus München, streut seinem „großen“ Freund Görres Weihrauch, (Hört! Hört!) welcher nie für ein preussisches Kaiserthum eingenommen gewesen sey. Redner sagt, Bayern sey strategisch entblößt, kommerziell ruinirt, wenn der König von Preussen Kaiser würde, weil Bayern ganz von Oesterreich umgeben sey, er will daher ein Reichsdirektorium. Das preussische Kaiserthum, würde nicht 6 Monate dauern, dann käme die Republik. Stahl von Erlangen gegen das Direktorium und für die Einherrschaft. Gerade mit Preussen in Verbindung könne Bayern im künftigen Deutschland einen Ausschlag geben. Der Blick des bayerischen Volkes werde absichtlich verwirrt. Bayern sey von jeher von Oesterreich als eine zu verschlingende Beute betrachtet worden, dadurch sey Bayern nach Frankreich hin gedrängt worden. Deutschland könne nur geeinigt werden in dem erblichen Oberhaupte, mit dem Direktorium sey nichts anzufangen. Von der republikanischen Spitze will der Redner gar nicht sprechen, sie sey praktisch nicht möglich. Nach Stahl spricht Venedey. Er meint keinem an die Spitze gestellten deutschen regierenden Fürsten werde von den Regenten gehorcht werden. Das Reichsoberhaupt müsse aus dem Volke hervorgehen und werde in ihm seine Stütze finden. Bassermann spricht aus seinem Staatssekretariat natürlich ganz konservativ heraus für die Monarchie. Reichensperger aus Trier für das Direktorium. Schluß der Sitzung 3 Uhr. Nächste Donnerstag.

(Frankfurt, den 15. Januar.) Unter den hier weilenden Fremden befindet sich Herr Mascasenas, Gesandter der Republik von Bolivia. Er ist von seinem Gouvernement nach Deutschland geschickt, um betreffs der deutschen Auswanderung die Aufmerksamkeit der deutschen Regierungen auf sein Vaterland zu lenken und Vorbereitungen zu einem zwischen der Republik Bolivia und Deutschland abzuschließenden Handelsvertrage zu treffen. — Bolivia gehört zu den Ländern Südamerika's, die von unserer Seite sowohl bezüglich der Auswanderung als Betreffs unseres Handels und unserer Industrie die höchste Beachtung verdienen, leider aber bis jetzt noch nicht gefunden haben. Das bolivianische Gouvernement ist der deutschen Auswanderung manche Vortheile zu gewähren bereit, so unter andern will es sich verbindlich machen, deutschen Einwanderern eine 50jährige Freiheit von allen Steuern und Abgaben zuzuführen. (O. Z.)

(Prag, den 13. Januar.) Zu Kremsier zirkulirte das Gerücht, die Minister Stadion und Bach würden austreten, dagegen Doblhoff und Strobach an ihre Stelle ins Ministerium kommen. Ich brauche wohl nicht zu bemerken, daß dieses Gerücht der Glaubenswürdigkeit vollkommen entbehrt. Sicher ist dagegen, daß Schwarzenberg im Namen des Gesammtministeriums dem Monarchen ein Entlassungsgesuch überreichte, welches aber nicht angenommen ward. Unter solchen Umständen gewinnen die Auflösungsgerüchte neuen Bestand. Die sehr heftige gegen das Ministerium gerichtete Rede des Abgeordneten Rieger scheint den stärksten Eindruck gemacht zu haben. Die tiefer liegende Ursache des zwischen den Ministern und der tschechischen Rechten bewirkten Bruches ist die Lebensfrage: Föderation oder Centralisation? Von ersterer, und nur von ihr wollen die Slaven hören, und ihre bedeutenderen Organe sprechen sich sämmtlich in diesem Sinne aus. — Redakteur Häfner, bei Gelegenheit einer im Oktober mit dem Dampfschiffe unternommenen Reise angeblich als Aufwiegler des Landvolks verhaftet, hierauf nach der Festung Josephstadt transportirt, von da dem Wiener Kriminalgerichte übergeben, ward von diesem wegen Mangel an Thatbestand, das heißt ab instantia entlassen; kaum hatte er aber den Kerker verlassen, so ward er neuerdings in Haft gebracht, man weiß nicht, ob eines Preßvergehens oder einer nachträglichen Denunciation wegen. Man will des Mannes sich keinesfalls so billig entäußern. — Der jetzt regierende Kaiser ist seit etlichen Tagen unpäßlich. (Leipz. Z.)

(Prag, den 13. Januar.) Aus Siebenbürgen wird laut zuverläßigen Privatberichten hörbar, daß die Magyaren unter Anführung des Generals Bem Clausenburg wieder zurückerobert haben. In den bereits pacificirten Szeklerdistrikten gährt es auch lebhaft, und sogleich mußten die Generale Ziokovicz und Matkovicz aus der Bukowina mit allen disponiblen Mannschaften aufbrechen, um den Insurgenten die Spitze zu bieten. (Leipz. Z.)

Preussen. †°† (Berlin, 15. Jan.) Wir haben neulich eines Betruges Erwähnung gethan, durch welchen die reaktionäre Wahlagitation das Landvolk über die Absichten der ihr entgegenstehenden Par-

teien zu tauschen sucht. So plump die Täuschung ist, so gelingt sie doch. Die gestrige Nummer der „Schles. Ztg." z. B. enthält den demokratischen Brief Nro. 1, der von einem der Getäuschten in der Meinung, daß er ächt sey, veröffentlicht wird. Vor uns liegt Nro. 2 jener Briefe. Er enthält in der bekannten Manier des vielgewandten Herrn Harkort eine Berechnung, daß die demokratische Staatsverfassung mehr Geld koste als die „konstitutionelle". (Hr. Harkort versteht unter der letzteren freilich nur die absolutistische). Er nimmt die Jahreseinnahme auf 94½ Mill. Thaler an, legt aber dem angeblichen Verfasser des Briefes die Ansicht unter, daß 4½ Mill. „zur Belohnung derjenigen Männer, welche sich um den Sieg der demokratischen Sache vorzüglich verdient gemacht haben," verwandt werden müßten. Der Plan der Demokraten ist nach diesem Briefe, die Staatseinnahme auf 120 Mill. zu steigern, »weil wir ja auch einmal alle reich werden wollen,« und weil Waldeck, Jacoby, d'Ester, Kirchmann, Reichenbach u. A. mit Staatsgütern ausgestattet werden sollen. Unter der Form einer Enthüllung der Pläne der Demokraten sollen auf diese Weise die Bauern in die Meinung versetzt werden, die Opposition gehe nur darauf aus, sie zu plündern. Dieselben Briefe sind auch in polnischer Uebersetzung verbreitet, und zu dem Betruge, der das ganze Verfahren ausmacht, begeht man noch die Infamie, die Verbreitung unter der Firma des „Centralcomité's für volksthümliche Wahlen" zu bewirken.

Es ist bemerkenswerth, daß derselben Wahlversammlung, welche vorgestern durch Konstabler gesprengt wurde, Tags vorher die Herren General v. Reyher, Graf Sedlnitzky, Geh. Rath Peșz und ähnliche hochgestellte Männer als Genossen des betreffenden Bezirks beigewohnt hatten. In Anwesenheit dieser Herren hatte ein Redner der demokr. Partei das Wort geführt. Am anderen Tage erschienen nun nicht jene Bezirksgenossen, wohl aber die Schutzmänner.

Die Vorlesungen, welche Bruno Bauer auf Veranlassung des Vereins der jüngeren Kaufmannschaft im Börsensaale zu halten beabsichtigte, sind durch das Polizeipräsidium untersagt worden.

Herr Rodbertus befindet sich mit vielen anderen Mitgliedern der aufgelösten Nationalversammlung noch hier. Wie wir hören, war seine Ausweisung im Werke, und mag nur die Erwägung, daß man dann nicht umhin können würde, in gleicher Weise gegen zweckdienliche Mitglieder, wie z. B. Hrn. Harkort, zu verfahren, von jener Maßregel abgehalten haben.

Das Ordensfest wird am 18. in den hergebrachten Solennitäten begangen werden. Man erwartet, daß Hr. v. Wrangel mit dem schwarzen Adlerorden dekorirt werden wird. Die „Karnevalszeitung" fragt mit Beziehung auf das Wrangel'sche Verbot der rothen Abzeichen: ob man denn die Austheilung von rothen Adlerorden dulden werde? —

[Organisation der Gewerbsverhältnisse.] Zum 17. d. M. beginnen die bei dem Ministerium für Handel und Gewerbe angesetzten Verhandlungen über provisorische Reorganisation der Gewerbe-Verhältnisse, zu denen aus jeder Provinz zwei Meister und ein Geselle als Sachverständige einberufen sind. Die Wahl dieser Sachverständigen stützt sich nach dem Erlaß des Ministers auf die Organisation der Central-Handwerker-Vereine. Diese sind aber bekanntlich ein Ergebniß des Frankfurter Meisterkongresses, dessen Beschlüsse s. Z. dadurch Aufsehen erregten, daß sie den Innungszwang für die Handwerker und manche lästige Beschränkung für den Gewerbebetrieb wieder heraufbeschwören wollten. — Zum Gesellen-Deputirten wurde der Goldschmied Bisky gewählt, welcher bei seiner Theilnahme an den Berathungen der Fachkommission der Nationalverslg. mit Entschiedenheit gegen die Beschränkungstheorieen der Frankfurter aufgetreten war. Seine Wiederwahl ist von 37 Gewerken gegen 4 erfolgt und haben sich demnach die Berliner Gesellenschaften eben nicht für den Innungszwang ausgesprochen. — Schon gleich nach dem Erlaß des Ministers hatten die hiesigen Gesellenschaften durch eine Deputation an denselben nicht sowohl ihre Bedenken gegen die angeordnete Vertretung einer einseitigen Richtung unter den Handwerkern, als auch gegen die Bevorzugung der Meister-Interessen, durch doppelte Vertretung, geltend gemacht. Die Erwiederung des Ministers lautete aber dahin, daß diese Einberufung zu seiner eigenen Kenntnißnahme dienen solle, daß es den Nichtvertretenen immer noch freistände, sich gegen etwaige Meinungsverschiedenheiten zu erklären, daß aber auch das Ministerium durch keinerlei äußere Eindrücke sich bestimmen lasse, sondern immer das thun würde, was es selbst für Recht halte. —

Nach Berichten aus den Provinzen haben in Sachsen namentlich die Herren v. Unruh, Rodbertus und Uhlich Aussichten, gewählt zu werden. Die Oppositionspartei Magdeburgs stellt Hrn. v. Unruh als Kandidaten für die erste Kammer auf, und hofft bei der Wahl durchzudringen. — Aus Pommern haben wir Herrn Baumstark wieder zu erwarten, gewiß auch Rodbertus, Gierke und Bucher. Für die Wahl des hiesigen Kriminal-Aktuarius Stein, welcher den Pommer'schen Grundbesitzern und Kaufleuten wegen seiner Wirksamkeit im Sinne des Freihandelssystems genehm sein dürfte, scheinen gleichfalls Aussichten vorhanden zu seyn. Hrn. Harkorts Wahl wird vor Allem in Pommern und Berlin betrieben. Hier ist man darauf gefaßt, seiner Kandidatur Bedenken entgegenzustellen, die den Antecedentien seines viel bewegten Privatlebens entnommen sind. Am Rhein sind Unruh und Rodbertus mehrfach in Vorschlag gebracht, der rheinische Provinzial-Partikularismus scheint jedoch wenig geneigt, seine Vertretung Nicht-Rheinländern zu überlassen. Die Brüder Reichensperger, Schlink, Kyll, Hansemann, Camphausen, Beckerath und v. Berg sind die am meisten begünstigten Kandidaten. Aus Westphalen wird Herr v. Vinke sicher nicht fehlen, und neben ihm Justizminister Rintelen, Tribunalsrath Ulrich und die Geh. Räthe Aulicke und Brüggemann. — (Aus Preussen und Schlesien erwarten wir morgen detaillirte Nachrichten.)

Schleswig-Holstein. (Holstein, 8. Jan.) Es verlautet immer bestimmter, daß Endland, als vermittelnde Macht im dänisch-deutschen Kriege, nicht die Theilung Schleswigs als Friedensbasis aufstelle, sondern die Trennung Schleswigs von Holstein unter Gewährung einer Art provinzieller Selbstständigkeit für das erstgenannte Herzogthum, jedoch so, daß es in den wesentlichsten Beziehungen mit dem Königreich Dänemark eine staatliche Einheit bilde. Diese Ansicht Englands ist nicht geeignet, einen nahen Friedensabschluß in Aussicht zu stellen, denn am allerwenigsten auf dieser Grundlage wird Deutschland unterhandeln können. Bekanntlich lag gerade derselbe Gedanke der Ordnung der Dinge zum Grunde, welche Friedrich VII. durch seinen letzten Erlaß an die Herzogthümer anbahnen wollte und worüber der Krieg ausbrach, den ganz Deutschland zu dem seinigen machte, die Ungerechtigkeit erkennend, welche darin für beide Herzogthümer und mittelbar für Deutschland lag. Würde nun das Reich den jetzigen Vorschlägen Englands nachgeben, so würde es eben dadurch zugestehen, daß es einen ungerechten Krieg gegen Dänemark geführt habe — oder daß es vollkommen besiegt sey. Beides halten wir für gleich unmöglich selbst bei dem leider noch immer ungeordneten Zustand der inneren Staatsverhältnisse Deutschlands. Wenn nun auch England keine übertriebenen Vorstellungen von dem nationalen Ehrgefühl der Deutschen haben mag, so wird ihm doch jenes Hinderniß für die Ausführbarkeit seiner Friedensvorschläge wenigstens als eine Schwierigkeit erscheinen müssen, die durch irgend einen in Aussicht gestellten Vortheil für Deutschland zu überwinden sey. Es wird deshalb eine Kombination der schleswig-holsteinischen Angelegenheit mit einer andern nothwendig, welcher ein vortheilhaftes Verhältniß für Deutschland zu entnehmen ist. Welches andere könnte dies seyn als die Sundzollfrage? Dieses Ineinanderweben zweier in sich getrennter Fragen, wovon die eine kein umfassendes, unmittelbar praktisches Interesse für Europa hat, sondern hauptsächlich eine Prinzipienfrage ist (ob eine Vergrößerung Deutschlands zulässig seyn sollte?), die andere aber für einen großen Theil Europa's vom unmittelbarsten praktischen Nutzen seyn würde (die Aufhebung des Sundzolles) — darin setzt die Diplomatie ihren größten Triumph, und wir fürchten, daß ein solches Kunststück auf Kosten Schleswig-Holsteins versucht wird. Schon verlautet von Frankfurt aus, daß nächstens der Sundzoll Gegenstand der Verhandlungen im deutschen Parlamente werden soll. Wie kommt man gerade jetzt auf diese Frage? Sollte nicht eine äußere Anregung dazu gegeben seyn? Der Sundzoll bildet das schönste Compensationsobjekt für die Ansprüche Deutschlands auf Schleswig. Die Aufhebung oder Verminderung des Sundzolls kommt zugleich allen denjenigen Staaten zu Gute, die ein besonderes Interesse an dem Kriege oder der Pacifikation mit Dänemark gezeigt haben: Rußland, Schweden oder England. Verkauft man Schleswig für den Sundzoll, so ist das gemeine Interesse Aller befriedigt — bis auf Schleswig-Holstein. Aber was ist Schleswig-Holstein den europäischen Mächten? Vor einem solchen Verhandeln, Verschachern, kann uns nichts retten, als die deutsche Ehrenhaftigkeit; auf diese vertrauen wir. Zu wünschen ist jedoch, daß die Centralgewalt und die Nationalversammlung sich hüten, überhaupt diese beiden Gegenstände mit einander zu vermischen. Sie würden dadurch einen schlüpfrigen Boden betreten, der immer nicht ohne Gefahr wäre, vorzüglich für eine neue, noch ungeübte Diplomatie; der Sundzoll wird binnen Kurzem von selbst fallen. Bei der Rolle, welche in der gegenwärtigen politischen Welt der internationale Handel spielt, wird man sich eine solche Barriere nicht lange mehr gefallen lassen. Die Umgehung derselben durch einen großen holsteinischen Kanal wird wohl noch lange Chimäre bleiben, und leistet nie das, was eine völlig freie Seestraße leistet. So gut, wie man ererbte Rechte, die natürliche Unrechte sind, innerhalb der Staaten des allgemeinen Wohles wegen ohne Entschädigung aufhebt, wird man bald nicht mehr anstehen, unter den Völkern gegenseitig nach gleichen Grundsätzen zu verfahren. (S.-H. Z.)

Würtemberg. (Stuttgart, 16. Jan.) Verfügung sämmtlicher Ministerien in Betreff der Einführung der Grundrechte des deutschen Volkes. Das von der deutschen Nat.-Vers. beschlossene im Reichsgesetzblatt vom 28 Dez. 1848 verkündigte Gesetz, betreffend die Grundrechte des deutschen Volkes, ist gleich allen Reichsgesetzen, dem würtembergischen Regierungsblatte vom 31. Dez. 1848 beigelegt worden, und es erhalten hiedurch diejenigen Bestimmungen jenes Gesetzes, welche sogleich ins Leben treten sollen, mit dem 17. Jan. 1849 für Würtemberg verbindende Kraft. Indem wir auf allerhöchsten Befehl Sr. Maj. des Königs dem Würtembergischen Volke dieses mit dem Bemerken eröffnen, daß die übrigen Bestimmungen des Gesetzes nach Maßgabe des Einführungsgesetzes später längstens binnen 6 Monaten in Kraft treten werden, sprechen wir die zuversichtliche Hoffnung aus, dieses erste große Werk der deutschen Nationalversammlung werde das Wohl und die gesetzliche Freiheit Deutschlands, und somit auch Würtembergs, dauernd begründen und wesentlich dazu mitwirken, daß den verschiedenen deutschen Volksstämmen nicht nur die Freiheit gewonnen sei, sondern auch die nationale Einheit. (Schw. M.)

(Ulm, den 15. Januar.) Heute haben die drei bei Ulm sich vereinigenden Flüsse, die Blau, die Donau und die Iller ihre Ufer überschritten, und die Straße nach Augsburg ist in Neu-Ulm zum Theil unter Wasser gesetzt. (A. A. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 13. Januar.) So wäre denn der honnette »fünfzehnte Mai« glücklich vorüber. Man will ihn zwar heute noch fortsetzen, aber das sind nur Hiebe ins Wasser. Die Nationalversammlung ist todt — voraus todt. Sanft ruhe ihre Asche! Sie hat gestern Abend 8 Uhr mit 404 gegen 401 Stimmen entschieden, daß sie sich am 19. März trennen wolle, nachdem sie nur zwei der organischen Gesetze, nämlich das Wahlgesetz und das Staatsrathsgesetz votirt habe. Mit anderen Worten, sie zieht den Rateauschen Antrag in Betracht und hat sich somit selbst entleibt.

Die Bäckergesellen-Excesse haben sich gestern in der Rue Sartine (nächst der großen Wahlhalle bei der Post) erneuert. Etwa 150 Gesellen wollten ein dort gelegenes Placements-Büreau stürmen und zertrümmern, als ein Polizeikommissarius mit starker Bedeckung den Haufen umzingelte und gefangen nehmen ließ. Er ließ sie ohne weiteres arretiren und nach der Präfektur führen.

† (Paris, 14. Januar.) Als Versuche die Debatte über die Auflösung der Nationalversammlung zu verlängern können folgende Amendements betrachtet werden: 1) Wolowski, Fr. Lasteyrée und Gerard beantragen: »Art. I. Die legislative Kammer wird für den 10. April 1849 zusammengerufen. Die Mandate der Nationalversammlung erlöschen an diesem Tage. Art. II. Die Wahlen für Ernennung der 750 Glieder jener Kammer sollen am 26. März 1849 statthaben.« 2) Dabaux (Haute-Garonne) verlangt die Abschaffung des Gesetzes vom 15. Dez. 1848, das die zehn organischen Gesetze aufzählt, welche sich die Nationalversammlung zu berathen noch vorgenommen hatte. Sie solle nur das Wahlgesetz berathen und dann unmittelbar die neue Kammer einrufen. Dieser Dabaux ist einer der vollblütigsten Legitimisten, welchen uns die spanische Gränze in die Nationalversammlung schickte. 3) Endlich liegen noch die Bixioschen und Pagnerreschen vor.

Aus Toulon vom 8. Januar berichtet man: Die Magazin-Verwaltungen erhalten so eben Befehl, die ganze Nacht hindurch offen zu halten. Die Fahrzeuge setzen sich in der Rhede in Bewegung. Man erwartet von einem Augenblick zum anderen die Ankunft einer wichtigen Person, welche die Regierung zum Pabst nach Gaëta sende rc.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Albrecht-Dürer-Verein.

Donnerstag den 25 Januar d J. wird die Schluß-Generalversammlung im Albrecht-Dürer-Hause abgehalten. Statutengemäß liegt die Tagesordnung so wie der Rechnungsabschluß der verflossenen Verwaltungsperiode von heute an für die verehrlichen Mitglieder zur gefälligen Einsicht auf.

Die Versammlung beginnt 7½ Uhr Abends.

Nürnberg, den 18. Januar 1849.

C. Heideloff.

Dank.

Zum Trocknen meiner auf der Messe naß gewordenen Waaren überließ mir Herr Braun, Gastwirth zum goldenen Adler, mit der größten Zuvorkommenheit nicht nur mehrere geräumige Lokalitäten, sondern auch dessen verehrliche Angehörigen waren mir bei dieser mißlichen Arbeit derartig behülflich, daß ich mich verpflichtet fühle, diesen edlen Menschenfreunden hiemit meinen öffentlichen Dank abzustatten, mit dem innigen Wunsche, daß der Allmächtige diese braven Leute vor jedem Unglücke behüten möge.

J. Erlenbach aus Fürth.

Schmiede-Verkauf.

In einem Dorfe, 1½ Stunden von Nürnberg, wird Wohnungsveränderung halber ein Haus mit der darauf haftenden realen Schmiede-Gerechtigkeit aus freier Hand verkauft Bei derselben befinden sich an Grundstücken circa 5 Morgen Aecker, Wiesen und Hopfengärten, und kann das Anwesen entweder mit oder ohne die liegenden Grundstücke abgegeben werden.

In oben benanntem Dorfe befinden sich 51 Häuser, und ist das Schmiedgeschäft mit bestem Erfolg in dem angegebenen Anwesen bisher betrieben worden, indem auch die nahe angrenzenden Dörfer ihre Arbeiten daselbst fertigen lassen

Kaufsliebhaber erfahren das Nähere in der Exped. d. Blattes.

Großer Masken-Ball im goldenen Adler.

Einem verehrlichen Publikum mache ich die ergebenste Anzeige, daß kommenden Sonntag die sogenannte Karoline-Redoute stattfindet, wozu ergebenst einladet und um einen recht zahlreichen Besuch bittet.

Claud. Braun.

Literarischer Verein.

Freitag den 19. Jannar grössere Versammjung im Gasthofe zum rothen Hahn.

Der Vorstand.

(Eingesandt.)

Dem Lieutenant Hermann wird hiemit der gute Rath ertheilt, sich in Zukunft gegen Bürger, welche ohne alle Absicht an den Gewehren der Hauptwache vorübergehen, so zu benehmen, wie es einem bayer. Lieutenant geziemt, der auf Bildung Anspruch machen will, und wie man es von einem Lieutenant erwarten kann. Dies hat aber der Herr Lieutenant am 18. d. bei der an diesem Tage veranstalteten Feyerlichkeit vergessen, indem er sich gegen hiesige Bürger ganz ungeziemender Ausdrücke bediente, und die dadurch beleidigten Bürger haben nur dazu geschwiegen, um öffentlichen Scandal zu vermeiden, finden sich aber veranlaßt, ihn hiemit öffentlich zu rügen, damit er in Zukunft sich gegen solche Kompromittirungen verwahren möge.

Anfrage.

Wann wird von Seite des Hülfs-Vereins für nothleidende Manufakturgewerbe einmal Rechenschaftsbericht ertheilt werden?

Mehrere Aktionäre.

Auktions-Anzeige.

Die auf Montag den 15 d. anberaumte Versteigerung wurde wegen dem großen Wasser nicht abgehalten und wird dieselbe Samstag den 20. Januar Nachmittags 1 Uhr im Hause L. Nro 431 stattfinden und folgende Gegenstände, als: Weißzeug, Zinn, Herren- und Frauenkleider, ein schönes Bett mit Roßhaar-Matratze, Schreinzeug gegen gleich baare Bezahlung versteigert, wozu Kaufsliebhaber eingeladen werden.

Anfrage.

Wie kommt es, daß wir untern Bewohner der mittlern Kreuzgasse so gar stiefmütterlich hinsichtlich der Beleuchtung behandelt werden. Wir wären mit einer der abgedankten Laternen zufrieden, und verzichten gerne auf Gaslaternen, da erstere, wie es häufig bei uns vorkommt und vergangenen Sonntag namentlich der Fall war, nicht angezündet wird, so, daß in der ganzen Gasse eine wahrhaft ägyptische Finsterniß war.

Mehrere untenwohnende Bürger der mittlern Kreuzgasse, die auch nicht gerne Arm und Beine brechen wollen.

Schiffsexpeditionen für Auswanderer
von Bremen nach den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika.

Nach Baltimore

am	15. May	und	15. Juli	das dreimastige Schiff	Albert,	Capitain	Reichel.
„	1. April	und	1. August	„ „ „	Agnes,	„	Arensfeld.
„	15. „	„	15. „	„ „	Bessel,	„	Haesloop.
„	1. Mai	„	1. Septemb.	„ „ „	Gustav,	„	van Santen.
„	15. „	„	15. „	„ „ „	Virginia,	„	Jansen
„	1. Juni	„	1. Oktober	„ „ „	Johannis,	„	van Tritzen.
„	15. „	„	15 „	„ „ „	Ann,	„	Lübering.
„	1. Juli	„	1. Novbr.	„ „ „	Julius,	„	Klockgeter.

Nach Newyork.

am	15. März	und	15. Juli	das dreimastige Schiff	Hermine,	Capitain	Volckmann.
„	1. April	„	1. August	„ „ „	Carolina,	„	Raschen.
„	15. „	„	15. „	„ „ „	Jason,	„	Schilling.
„	1. Mai	„	1. Septemb.	„ „ „	Minna,	„	Dannemann
„	15 „	„	15 „	„ „ „	Emma,	„	Edgar.
„	1. Juni	„	1. Oktober	„ „ „	Florian,	„	Poppe.
„	15. „	„	15. „	„ „ „	Charlotte,	„	Günther.
„	1. Juli	„	1 Novbr.	„ „ „	Bremen,	„	Geercken.

Nach New-Orleans

am	15 März	und	1. Septemb.	das dreimastige Schiff	America,	Capitain Götjen.
„	1. April	„	15. „	„ „ „	Itzstein u. Welcker,	Capitain Besse.
„	15. „	„	1. Oktober	„ „ „	Eberhardi,	Capitain Treveranus.
„	15 Oktober			„ „ „	Wichelhausen,	Capitain Warncken.
„	1. November			„ „ „	Agnes,	Capitain Arensfeld.

Nach Galveston in Texas

am	15 Mai	und	1. Septemb.	„ „ „	Matador,	Capitain	Balleer.
„	1. April	„	15. „	„ „ „	Franziska,	„	Hagedorn.
„	15. „	„	1. Oktober	„ „ „	Diamant,	„	Balleer.

Nach Quebeck in Canada

werden wir in den Monaten April Mai und Juni ebenfalls regelmäßig gute Schiffe abfertigen, da dieser an dem großen St. Lorenzstrom vortheilhaft gelegene Hafen, sich als Landungsplatz für Passagiere nach den nordwestlichen Theilen der americanischen Freistaaten aufs Beste bewährt hat

Nach Philadelphia

wird ungefähr alle 6 Wochen ein gutes Schiff abgefertigt, doch gelangt man dorthin auch von Baltimore sowohl, als von Newyork, in einem Tage für ein Paar Dollars.

Nach Adelaide in Süd-Australien

werden im Laufe des Jahres auch einige für die Passagiere wohl eingerichtete Schiffe expedirt.

Die Expedition der Passagiere und Güter besorge ich in diesem Jahre wie in den früheren; Passagiere können per Eisenbahn von hier aus Bremen in zwei Tagen erreichen, wodurch, weil die Reise-Kosten sehr gering sind, dieser Hafen als Einschiffungsplatz sehr empfehlenswerth ist.

Die Ueberfahrtspreise sind billig gestellt, und Kinder unter 1 Jahre frei von Passagegelde.

Nach Californien

wird eine regelmäßige Fahrt eingerichtet, und das erste Schiff schon am 15. Marz expedirt. Zur Ausstellung von Passage-Akkorden bin ich bereits ermächtigt.

Nürnberg, den 16. Januar 1849.

Der von der königl. Regierung bestätigte Agent.
N. F. Pröbl.

Beispiellos billiges Steingut.

Nachdem ich diese Neujahrs-Messe heuer mit einer großen Auswahl von Steingut, sowohl in weißen als auch in verschiedenfarbigen Kupferdruck zum Erstenmale in Nürnberg bezog, so mache ich dieses dem verehrlichen Publikum mit dem Bemerken ergebenst bekannt, daß ich im Stande bin unter dem Fabrikpreise die schönste und beste Waare abzugeben. — So z. B. sind Teller in verschiedenen Größen von 24 bis 48 kr. per Dutzend, Schüsseln mit Deckel auf 12 Personen zu fl. 1. Kaffeezeuge aller Art, sehr billig, kupferbedruckte Teller alle Farben von 36 bis 48 kr. per Dutzend und überhaupt alle Artikel zu einem nie erfahrnen billigen Preis in schönster und mannigfachster Auswahl zu erhalten.

Mein Stand befindet sich auf der Mitte der Schütt an den Hafnern, was ich mir noch zu bemerken erlaube und um recht zahlreichen Zuspruch bitte.

Joseph Tragel,
Steinguthändler.

Empfehlung.

Zur diesjährigen Neujahrsmesse halte ich mein bekanntes ächtes Steingut Kochgeschirr (roth) erst von Montag den 15. d. zum Verkauf bereit, und empfehle daher solches zur gefälligen Abnahme zu möglichst billigen Preisen auf der Schütt an meinen vorigen Verkaufsplatz.

Auerhammer,
Besitzer der Steingut-Fabrik zu Steinsberg.

Gebrüder Schütte

empfehlen zur gegenwärtigen Messe ihr wohlassortirtes

Bielefelder Leinwand-Lager

zu außerordentlich billigen Preisen.

Die Bude ist in der 2. Reihe mit Firma.

(Anzeige.) Bei dem Hochwasser ist ein kleines leinernes Säckchen, zugebunden, worin sich ein Schnellrechner und drei Einschreibbüchlein, welches sich in einer Kiste Weberwaare befand, mit fortgekommen. Sollte dieses Säckchen Jemand nah oder ferne in Händen haben, so wird dringend gebeten, dasselbe gegen Erkenntlichkeit in der Expedition der Mittelfränkischen Zeitung abzugeben.

(Zu vermiethen) Am Ziel Lichtmeß ist in S. Nr. 1569 am Spitzenberg eine Logis, bestehend in 1 kleinen Stube und 2 Kammern rc. zu vermiethen.

(Zu verkaufen.) 6000 Stück schwarzseidene Schuhband sind pr. Stück à 8 kr. im Fränkischen Hof, jedoch nicht unter 25 Stück zu verkaufen.

(Anzeige.) Bei dem Lohnkutscher Uebler in der Tucherstraße hat das Hochwasser die Hausthüre, welche grün angestrichen und mit einem alten Schlosse versehen ist, mitgenommen. Der Wiederbringer erhält ein Trankgeld.

(Verloren.) Ein Ueberschuh von Gummi-Elasticum ist am Mittwoch Abend, wahrscheinlich in der Gegend des Theaters verloren worden, um dessen gefällige Rückgabe gegen eine entsprechende Belohnung gebeten wird.

(Gesuch.) Ein auswärtiges Mädchen, welches schon mehrere Jahre als Köchin hier in Diensten stand und gute Zeugnisse aufweisen kann, auch sich allen Hausarbeiten unterzieht und im Waschen und Bügeln wohl erfahren ist, sucht bis kommendes Ziel einen Platz.

(Gesuch) Es wird bis nächstes Ziel eine brave, fleißige Hausmagd in Dienst zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) 1 oder 2 möblirte Zimmer werden von einem ledigen Herrn zu miethen gesucht. Es wird gebeten, die Adressen unter Chiffre A. K. in der Exped. d. Bl. abzugeben.

(Gesuch.) In ein Gasthaus wird eine ordentliche Hausmagd gesucht, am liebsten vom Lande.

Stadttheater in Nürnberg.

Freitag den 19. Januar. 12. Vorstellung im 4 Abonnement. »Die Karlsschüler.« Schauspiel in 5 Akten von Heinrich Laube.

Freiblatt München

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 20. Januar 1849. № 20. Samstag: Fab. Seb.

Am 18. Januar 1849.

Mein deutsches Volk, Du sehntest Dich nach Thaten
Von jenen Männern, Die Dein Wohl berathen,
Nun siehst Du eine Hoffnung Dir erfüllt.
Sieh', Deine Saat schoß auf zu schönen Halmen,
Kein Tritt des Feindes konnte sie zermalmen,
Der seine Pläne Dir zu rasch enthüllt!

Zu rasch, wie Du zu rasch verzagen wolltest,
Wie Du zu rasch so oft Dir selber grolltest; —
Verkenne nicht die That, die vor Dir liegt;
Doch sinke nicht zurück in dumpfes Brüten,
Nicht träume schon von dem errung'nen Frieden,
Noch hast Du ja Dich selber nicht besiegt!

Noch sitzt ein Uebel Dir im tiefsten Herzen
Und martert Dich mit tausendfachen Schmerzen,
Ein gift'ger Wurm ist's, der Dein Glück benagt:
So lange nicht der Freiheit Jubellieder
Von Herzen singen alle deine Brüder
Hat man in Frankfurt noch umsonst getagt! —

In diesen Tagen werd' Dir eine Lehre,
Ein Element stund auf zu grimmer Wehre
Und brach die Bande, die es knechteten.
Will man noch einmal Dich in Fesseln schlagen,
Dann laß das Winseln und das feige Klagen —
Wirf Deinen Feind zu den Geächteten!

J. Priem.

Deutschland.

Bayern. †*(München, 17. Jan.) Wie ich heute höre, soll der Armeebefehl noch im Laufe des Tages oder morgen ausgegeben werden. Gestern Nachmittag fand im Saale der blauen Traube eine Vorversammlung von Abgeordneten aller Parteien und Farben statt. Es waren circa 100 Abgeordnete anwesend. Man hatte das Lokal absichtlich gewählt, weil die reaktionäre Partei ausgestreut hatte, daß sich in dem bisherigen Lokale bei Schimon nur die Umsturzmänner, die Wühler, (beliebter Ausdruck der Neuen Münchnerin) die Republikaner versammelten. Die Eidesfrage war Hauptgegenstand, über welchen verhandelt wurde, und man gelangte nach ausführlichen Debatten zu dem Resultate, daß folgende Erklärung an das k. Staatsministerium verfaßt und zur Unterschrift aufgelegt werde: „Die unterzeichneten Abgeordneten der zweiten Kammer sehen sich veranlaßt, von dem kgl. Staatsministerium eine Erklärung dahin zu beanspruchen, daß der Eid, welcher bei Eröffnung der Kammer von den Abgeordneten abzuleisten ist, eine Umänderung und Revision der Verfassung auf Grund der Reichsgesetze keineswegs ausschließe." Dieser Beschluß wurde mit einer Stimmenmehrheit von wenigstens ³/₄ gefaßt, bis es aber zum Unterschreiben kam, hatte insbesondere das talarirte Korps durch absichtliche Verzögerung des Schlusses der Debatte und durch Zwischenfragen über Gewerbefreiheit, welche durch Einführung der Grundrechte unausbleiblich wäre, die anwesenden ängstlichen Gewerbsmänner einzuschüchtern gewußt, so daß die Adresse bis jetzt allerdings nur circa 60 Unterschriften zählt. (Also doch bereits eine Majorität.) Die pfälzischen, mittel- und unterfränkischen Abgeordneten unterzeichneten sämmtlich, von Nürnberg auch Professor v. Scheurl. Selbst Ministerial-Rath Feder unterzeichnete die Adresse, welche durch 8 Deputirte (je 1 von jedem Kreise) übergeben werden soll. Sie haben keine Idee, mit welchen Mitteln die ultramontane Partei und die Reaktionärs die unwissendere Klasse der Abgeordneten (größtentheils aus Ober- und Niederbayern, Oberpfalz rc.) bearbeitet, um sie ihren Zwecken zu gewinnen. Einige Abgeordnete erzählten uns, daß sie mit eignen Augen gesehen, wie ein großer, dicker Mann (der Name folgt später) seinen Nachbar, einen schlichten Bürger, welcher durch Aufstehen für die Erklärung gestimmt hatte, wieder gewaltsam niederziehen wollte. Der brave Mann kannte aber seine Pflicht, war konsequent und blieb stehen. Wie man einst die Worte: Ruhe und Ordnung der rothen Republik gegenüber stellte, so ist jetzt die Gewerbefreiheit der Popanz, mit dem die Jünger der Finsterniß und Knechtschaft die ängstlichen Gewerbsleute zu schrecken suchen. Der Grund, warum diese, nur durch Wenige vertretene Partei die gestrige Versammlung über den Eid zu vereiteln suchte, ist einfach der, daß wenn die Abgeordneten nach — ohne Vorbehalt — geleisteten Eid zeitgemäße Reformen in Vorschlag bringen würden, z. B. Abschaffung des Staatsrathes, Umbildung der ersten Kammer rc., man ihnen vielfach zurufen würde: Ihr könnt doch Euren Eid nicht brechen! Das ist das Spiel dieser Leute, die um jeden Preis specifisch bayerisch bleiben wollen, die Euch mit der Gewerbefreiheit schrecken, um von den Grundrechten eben nur soviel anzuerkennen und einzuführen, als in ihren Kram taugt. Die Krone aber setzt dem Streben dieser Partei die Verwirklichung dessen auf, was ich Ihnen jüngst angedeutet: sie will wirklich Hrn. v. Abel mit aller Macht als Präsidentschafts-Kandidaten für die II. Kammer durchzusetzen. Die Einweisungs-Kommission, auf die man Anfangs große Hoffnung setzte, scheint sehr illiberal zu Wege zu gehen und soll bereits in Fällen, wo es gar nicht zu erwarten stand, Anstände erheben. Es ist doch hübsch, wenn Alles der Reaktion in die Hände arbeitet!

(München, den 14. Januar.) Nicht nur Herr v. Beisler, der Minister des Innern, sondern das Gesammtministerium soll entschlossen seyn, wie wir aus guter Quelle erfahren, nach Eröffnung der Kammern zurückzutreten. Die Ursache wird theils in Differenzen mit der ewig rückwärts blickenden Krone, theils darin gesucht, daß die zurücktretenden Herren sich bewußt seyn sollen, mit ihren Gesetzentwürfen bei der Kammer nicht durchdringen zu können. Im Ministerium des Innern ist zur Zeit noch keine Vorlage fertig; vieles wird präparirt, aber alles in der Weise, daß das Bestehende bleibt und nur eine einigermassen geänderte äußere Form erhält. (Bayr. Z.)

(München, den 15. Januar.) Der König präsidirte heute einer mehrstündigen Sitzung des Staatsraths, in welcher die Thronrede zur Eröffnung des Landtags und mehrere Gesetzentwürfe zur Berathung kamen. Die Thronrede wird, wie ich aus guter Quelle weiß, einen entschieden abgefaßten Paragraphen bezüglich der Stellung Bayerns zur Centralgewalt enthalten, dessen Inhalt und Fassung geeignet seyn soll, allgemein zu befriedigen. (N. W. Z.)

(München, den 15. Januar.) Die Umwandlungen unseres Kadetenkorps in ein Militärgymnasium, mit welcher bereits in diesem Jahre der Anfang gemacht werden sollte, scheint auf nicht zu beseitigende Hindernisse gestoßen zu seyn; denn, wie ich höre, werden in Folge eines Kriegsministerialreskripts nicht nur, wie beabsichtigt war, die Zöglinge der siebenten und achten Klasse nach dem alten, kaum etwas modifizirten Lehrplan bis zu ihrem Austritt aus der Anstalt fortgeführt, sondern auch die der dritten, vierten, fünften und sechsten Klasse. Die angedeutete Modifikation selbst besteht darin, daß in den beiden obersten Klassen kein Latein mehr gelehrt wird, daß in den drei obersten Klassen die rein militärischen Wissenschaften vorgetragen werden, und daß für die fünf untern Klassen Repetitoren angestellt sind, welche das Eigenstudium der Zöglinge zu leiten haben. Es blieben nun nur noch die zweite und dritte Klasse, welche nach dem neuen Lehrplan für das Militärgymnasium vorbereitet werden und seiner Zeit mit von außen hereinkommenden Kompetenten zu konkurriren haben werden. Doch sollen die Eltern auch dieser Zöglinge schon eingekommen seyn, um das Zugeständniß, daß auch auf sie die Bestimmung des neuen Lehrplans keine Anwendung finden möge, und wenn, wie nicht unmöglich ist, diese Bitte gewährt wird, so kann der ganze Reorganisationsplan vorausgesetzt, daß man an dem Grundsatz festhält, keine neuen Zöglinge auf den alten Lehrplan hin mehr aufzunehmen, indem durch dessen Nichtbeachtung alles faktisch beim alten bliebe) höchstens nach drei Jahren anfangen, allmählig ins Leben zu treten. (A. A. Z.)

(München, den 17. Januar.) Die Legitimationsprüfung der Abgeordneten hat bezüglich der bis jetzt angekommenen, 126 an der Zahl dahin geführt, daß die Wahl von dreien beanstandet und ihr Eintritt bis zum Beschluß der Kammer selbst vertagt wurde. Es sind dieses Hr. Uhlherr aus Fürth, weil das seiner Erwählung vorangegangene Skrutin bereits für Herrn Dr. Mogenstern entschieden haben soll, dann Hr. Schmitt aus Nürnberg, weil ihm zur Zeit der Wahl die Bürgeraufnahme und Hr. Crämer aus Doos, weil ihm damals zum gesetzlich für die Wählbarkeit erforderlichen Alter noch 34 Stunden mangelten. Nach der thatsächlichen Lage der Dinge und deren wahrscheinlicher Beurtheilung dürfte das Resultat zum Eintritt des Dr. Morgenstern und der beiden letztgenannten, sämmtlich von demokratischer Farbe, führen. (A. A. Z.)

(München, 17. Jan.) Nach einer dem Oberkommando des 7. und 8. deutschen Armeekorps durch das Reichsministerium des Krieges zugekommenen Weisung ist die Auflösung des Truppenkorps in Schwaben und das Aufhören der in Garnison befindlichen dazu gehörigen Bereitschaften verfügt worden. (A. A. Z.)

(München, den 18. Januar.) Der II. Landgerichtsassessor F. v. Egger in Cham wurde unter Vorrücken auf die erledigte I. Assessorstelle zu Radburg versetzt, an dessen Stelle der dortige Aktuar H. Niederle vorrückt; dem übernommenen Patrimonialrichter E. Fischer wurde die erledigte Aktuarsstelle zu Cham verliehen; auf die I. erste Landgerichtsassessorsstelle zu Weilheim rückt der II. Assessor des Landgerichts Landsberg D. Bauer vor, zum II. Landgerichtsassessor wurde der geprüfte Rechtspraktikant G. Braam aus München ernannt; auf die I. Assessorsstelle bei dem Landgerichte Werdenfels rückt der II. Landgerichtsassessor Wilh. Lodenhofer zu Erding, auf die II. Landgerichtsassessorstelle zu Erding der dortige Aktuar G. Eggerdinger vor, und an dessen Stelle wurde der Rechtspraktikant E. Heterberg aus Landshut ernannt. (N. Münch. Z.)

†† (Nürnberg, den 19. Januar.) Die gestrige Feier zur Einführung der Grundrechte des deutschen Volks wird der Wichtigkeit der Veranlassung wegen, eine dauernde Erinnerung bleiben. Das Fest wurde auch, ohne gerade großen Aufwand zu machen, in einer so sachdenklichen Weise begangen, daß es die allgemeine Betheiligung daran wohl verdient hat. Der Nachmittag im Saale des Bamberger Hofs durch begeisterte und begeisternde Reden und deutsche Gesänge durch zwei Musikkorps gehoben, konnte den Beweis liefern, daß die politische Bildung im demokratischen Sinne in Nürnberg Riesenfortschritte gemacht hat. Einen erhabenen Moment bildete der Schluß des Festes durch einen der großartigsten Fackelzüge, die je in Nürnberg gesehen worden sind. Möge nun das deutsche Volk fest an diesen Grundrechten als an den Errungenschaften des März vom vorigem Jahre halten, und nie zugeben, daß auch nur ein Schimmer von diesem Kleinode, sey es von wem immer, verkürzt werde, dann haben wir, wenn auch nicht Alles, worauf wir gehofft, so doch Vieles durch die Kraft unsres Willens erreicht.

(Würzburg, den 17. Januar.) Im Laufe des gestrigen Nachmittags und der Nacht stieg der Main ansehnlich, so daß er die dem Ufer nahegelegenen Straßen überschwemmte und die Pegelhöhe [illegible]

über 14 Fuß erreichte. Seitdem ist das Wasser im Sinken begriffen und eben jetzt (um 1 Uhr) zeigt der Pegel 13 Schuhe. (N. W. Z.)

(Bayreuth, 17. Januar.) Das so schnell eingetretene Thauwetter und der dadurch veranlaßte Eisgang haben uns in der Nacht vom Sonntag auf den Montag so großes Wasser gebracht, daß sich die ältesten Leute eines solchen nicht entsinnen können. Dasselbe hat wie überall so auch hier große Verheerungen angerichtet und den namentlich von der ärmsten Klasse bewohnten Stadttheil Neuenweg hart mitgenommen. Das Wasser kam in solcher Schnelle, daß an ein Herausschaffen der Mobilien aus den Häusern nicht zu denken war, und stieg zu solcher Höhe, daß in den Stuben das Wasser fast bis an die Decken stieg und alles herum schwamm. Die wenige Habe die diese Leute besitzen, ist dadurch unbrauchbar gemacht und ihre Lage ist eine wahrhaft herzzerreißende. (Bayr. Z.)

Baden. (Mannheim, 18. Jan.) Der Zwiespalt zwischen Militär und Bürger scheint eher im Zunehmen, als im Abnehmen begriffen. Von den Schlägereien, welche leider zur Tagesordnung geworden und zu denen das Militär — wie nicht zu leugnen — meistens die Veranlassungen gibt und der Bürger den Kürzeren zieht. Gestern war wegen der Waffen der Bürgerwehr, die von der Regierung noch nicht herausgegeben sind, eine Versammlung in der Aula. Hier brachte der bekannte Strauber, als Deutschkatholik schon vor den Merztagen oft genannt, die Rede auf diese »Brutalitäten« und bediente sich gegen das Militär des Ausdrucks „Buden in Uniform." Dr. Ladenburg protestirte gegen diesen Ausdruck, konnte jedoch nicht durchdringen, besonders da er gegen den Antrag war, eine Klagschrift wegen Verweigerung der Waffen einzureichen. Um 8 Uhr wurde ihm gestern eine Katzenmusik gebracht. Heute reichten die Dragoner eine Schrift an den Gemeinderath ein des Inhalts, „daß Strauber den Ausdruck widerrufen sollte, widrigenfalls sie für nichts stünden." Von der Infanterie soll eine gleiche Schrift im Werke seyn. (D. Z.)

(Mannheim, den 16. Januar.) Ueber die Verhaftungsgeschichte des Bürgers Florian Mördes wissen wir nunmehr so viel, daß derselbe nach Weinheim gebracht worden. Dem Vernehmen nach wird wegen einer Rede auf der bekannten Volksversammlung in Weinheim vom 3. Sept. eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet. Nach vier vollen Monaten hat man erst das Verbrechen entdeckt. Die Polizei fängt jetzt allmählig an, wie es scheint, eine Nachlese zu halten. (Mannh. Abdz.)

(Sinsheim, den 15. Januar.) In Folge des plötzlichen Schmelzens des Schnee's auf gefrorener Erde trat gestern die Elsenz mit ihren Nebenbächen über die Ufer und das ganze Elsenzthal war nur ein reißender Strom. Ein bedeutender Theil der hiesigen Stadt wurde zugleich unter Wasser gesetzt, was vermuthlich viele Erkrankungen nach sich ziehen wird. Auf der Straße von Heidelberg hieher soll der Eilwagen verunglückt seyn, wobei der Postillon ertrank und die Reisenden bis zur Ankunft weiterer Hilfe sich auf Bäume retteten. (Karlsr. Z.)

Braunschweig. (Braunschweig, 13. Jan.) Unsere Regierung befindet sich in einer eigenthümlichen Verlegenheit. Die Grundrechte, welche, wie man weiß, hier publizirt sind und demnach am 18. d. M. in Kraft treten, verbieten bekanntlich im § 8 die polizeiliche Detention. Die Korrektionsanstalt in Bevern nun, welche ziemlich gefüllt ist, enthält lauter Subjekte, welche durchaus nicht durch richterliches Urtheil, sondern wegen vagabondirenden oder unmoralischen Lebenswandels durch Machtgebot der Polizei gezwungen sind, längere oder kürzere Zeit in jener Anstalt zuzubringen. Was soll die Regierung nun thun? Entläßt sie die ganze Rotte auf einmal, so möchte die Ordnung und Ruhe mancher Gemeinde, namentlich in der Nähe Beverns leicht gefährdet werden; setzt sie dieselben nicht in Freiheit, welches Gericht könnte dann nach einem möglichen Aufstande der Gefangenen dieselben verurtheilen? Man denkt schon daran, die Leute sämmtlich rasch vor Gericht zu stellen und sie, so gut es geht, wegen irgend erdenkbarer Vergehen zu weiterer Haft zu verurtheilen. Zu läugnen ist übrigens nicht, daß die Willkür der Polizeibehörden manchen nach Bevern transportirt hat, der ein solches Schicksal nicht verdiente. (Z. f. Nordd.)

Freie Städte. (Frankfurt, 16. Jan.) Es ließ sich erwarten, daß die Bewohner Homburgs, namentlich die Häuserbesitzer, die Vermittlung ihres Fürsten zur Zurücknahme des Beschlusses der Nationalversammlung, bezüglich der Aufhebung der Spielbanken, in Anspruch nehmen würden. Dieses Gesuch mußte natürlich zurückgewiesen werden, und es soll den Homburgern bedeutet worden seyn, daß sie sich auch den Konsequenzen eines Zustandes unterwerfen müßten, für welchen sie sich im März ja ausgesprochen. (D. Z.)

(Frankfurt, den 76. Januar.) Heute traf hier die Nachricht aus Hamburg ein, daß am 13. d. dort der Mitdirektor des dasigen Stadttheaters J. B. Baison an den Folgen eines Nervenfiebers gestorben ist. Baison war drei Jahre Mitglied der Frankfurter Bühne und eine Zierde derselben. Ein eminenter Fleiß und die vollste Hingebung für seinen Beruf, verbunden mit unablässigem Streben nach der intellektuellsten Ausbildung ließen ihn eine höchst ehrenvolle Stufe unter den dramatischen Künstlern erreichen. Er unterlag seiner rastlosen Thätigkeit im besten Mannesalter. (D. Z.)

(Frankfurt, den 16. Januar.) Der Commodore Parker soll in den ersten Tagen hier eintreffen und wird sich dann an den Arbeiten zur Gründung der deutschen Marine wesentlich betheiligen. Man glaubt sich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß bis zum Frühjahre die Resultate unter den gegebenen Umständen sehr erfreulicher Natur seyn werden. (D. Z)

(Frankfurt, den 13. Januar.) Man wird sich erinnern, daß zur Zeit der Berathung über die §§. 1—3 des Kapitels vom Reich und der Reichsgewalt der Prof. Wurm die verunglückte, im Sinne seines jetzigen Ministerprogramms gehaltene Rede Gagerns glänzend zernichtete. Damals entstand sogleich folgendes Distichon:

Gestrigen Tags verübte der Edle
kläglichen Selbstmord;
Schneller ist keiner verwes't,
heute schon frißt ihn der Wurm.

Nachdem nun gestern Prof. Wurm seinem damaligen Standpunkte gegenüber auf die Seite des Gagernschen Programms trat, erschien sogleich folgendes Doppeldistichon:

Wie doch verderbliche Speis' verderbt
Gesinnung und Sitte!
Kaum ist nach greulichem Mord
Gagern vom Wurme verzehrt, —
Sieh! da ergreifet auch den ein
gleiches Selbstmordgelüste,
Und er „gagert" trotz ihm, den
er vor Kurzem verschlang.

Lippe-Detmold. (Detmold, 13. Jan.) Heute hat unsere Regierung auf Befehl der Centralgewalt die Grundrechte des deutschen Volkes im Regierungsblatt publicirt. (Z. f. N.)

Mecklenburg. (Schwerin, 10. Jan.) Die Grundrechte sind heute publicirt. Die Kammer beschloß, »in Veranlassung der kürzlich erfolgten Publikation der Grundrechte des deutschen Volks an die Herren Kommissarien den Antrag zu richten, daß dieselben die Versammlung schleunigst von den Maßnahmen, welche die großherzgl. Regierungen zur Einführung der gedachten Grundrechte getroffen haben oder zu treffen gedenken, in Kenntniß setzen mögen.« (Z. f. N.)

Nassau. (Wiesbaden, 12. Jan.) Die Regierung hat die Grundrechte des deutschen Volks als nassauisches Gesetz publicirt. (Fr. Z.)

Oesterreich. (Olmütz, 12. Jan.) Am 10. beschloß der Reichstag in seiner Majorität, den §. 1 »als nicht hieher gehörig wegzulassen und dem Ausschuß zu überweisen,« trotz der herrlichen Reden Schuselka's und Rieger's. Das Ministerium weiß den guten Reichstag wohl zu führen, die Abgeordneten fürchten eine Auflösung der Kammer, sie hoffen auf gute Stellen, die ihnen bereits in Aussicht gestellt sind, und die sind eben mit den Ministern allewege. Aber auch die Tschechen — das sind die »Rechten«! — haben mit dem Centrum gestimmt. Schuselka sprach zwar: „Mit der Rechten und der Linken greifen wir nach der Freiheit"; aber nur die ungeschickte Linke hielt an der Freiheit fest! Der Geist Metternich's schwebt über dem Wasser — wir sind nahe den Märztagen, der alte Jahresring ist als vorübergehende, ausnahmsweise Erscheinung abgeschlossen, und die vormärzliche Zeit nimmt ihren Fortgang. Der „konstituirende« Reichstag wurde durch das kaiserliche Wort in einen »geprüften« verwandelt; dann wurde das »demokratische« Vereinsrecht abgeschnitten, die akademischen Legionen aufgelöst, die freie Presse dem Volke „unverkümmert" beschränkt; nun werden die mißliebigen Zeitungen ganz und gar verboten, und der folgsame Reichstag schneidet selbst den Grundrechten den Kopf ab. Von dem »Volke« wird bald keine Rede mehr seyn; der wohlregierte Staat tritt an dessen Stelle. (Lpz. Z.)

Preussen. †*† (Berlin, den 16. Januar.) Die deutsche Oberhauptsfrage wird in wenigen Tagen voraussichtlich in Frankfurt zum Entscheid kommen, und diese Katastrophe beschäftigt die Politiker, die nicht blos den Augenblick im Auge haben, mit Recht noch lebhafter als die bevorstehenden Wahlen zu den ersten preussischen Legislativen. Diese Frage ist es auch, welcher in vollkommen begründeter Weise die Thätigkeit unseres Gouvernements vorzugsweise zugewandt war. Diese Thätigkeit des preussischen Kabinets scheint auch vom Erfolge gekrönt gewesen zu seyn. Die Widersacher der preussischen Hegemonie sind mit Ausnahme Oesterreichs und Bayerns gänzlich aus dem Felde geschlagen, und so ist es denn auch wirklich, wie Gutunterrichtete versichern, zu erwarten, daß das deutsche Parlament Friedrich Wilhelm IV. und dem Hause der Hohenzollern mit der deutschen Kaiserkrone huldigen wird; 27 Millionen Deutsche haben sich durch ihre offiziellen Vertreter, durch ihre Fürsten und Ständekammern bereits für Preussen ausgesprochen. Bayern wird sich in das Unvermeidliche fügen!

Außer der deutschen Frage und den Wahlkämpfen giebt jetzt wieder mehr als je das Gerücht von der Aufhebung des Belagerungszustandes den Stoff zu politischen Diskussionen. Man erzählt, daß bereits ein Gesetz in Betreff der Volksversammlungen und Klubbs, ein anderes, die Presse betreffend, und endlich ein Tumultgesetz ausgearbeitet seyen, und in den nächsten Tagen publizirt werden sollten. Das Gesetz, wegen den Volksversammlungen und Klubbs soll bestimmen: 1) die polizeiliche Erlaubniß zu jeder Volksversammlung einzuholen. 2) Der Präsident der betreffenden Versammlung ist verantwortlich für die Reden, die in derselben gehalten werden. 3) Während der Zeit, daß in Berlin die Volksvertretung tagt, sind im einmeiligen Umkreise der Residenz Volksversammlungen nicht gestattet. Außerdem soll bei den Klubbverhandlungen dem betreffenden Revier-Kommissarius oder seinem Stellvertreter das Recht zustehen, denselben beizuwohnen. — Bis auf Weiteres soll durch eine Ordonnanz bei Aufhebung des Belagerungszustandes der Straßenverkauf von Plakaten verboten werden. —

Zu den bemerkenswertheren Verhandlungen, welche die bevorstehenden Wahlen veranlaßt haben, gehört die gestern Abend in einem Wahldistrikte des sogen. Geheimraths-Viertels stattgefundenen. Hier sind die Herren Kammergerichts-Präsident v. Strampff, Prof. Stahl und ähnliche Notabilitäten des gegenwärtig herrschenden Systems für die Wahlmannskandidatur in Vorschlag gebracht. Der Bezirk ist quand même überwiegend oppositionell. Hr. Stahl suchte deshalb in einem längeren Vortrage mit vielem Scharfsinn auszuführen, daß Niemand, der nicht auf dem Boden der Verfassung vom 5. Dezember v. J. stehe, gewissenhaft an den Wahlen Theil nehmen dürfe; entwickelte, daß die Ereignisse des 18. März v. J. nicht als eine Revolution betrachtet werden könnten, aus der ein neuer Rechtsboden hervorgegangen sey, und daß die Krone keineswegs, blos durch die politische Nothwendigkeit gedrängt, fortan in ihrem vollen unverkürzten Recht gewesen sey, wenn sie durch Oktroyirung einer Verfassung die früheren Verheißungen zur Wahrheit gemacht habe. Diesem beredten Vertheidiger des Königthums von Gottes Gnaden gegenüber wahrte Assessor Pratzow „das Recht des Urwählers von Gottes Gnaden« mit entschiedenem Erfolge. — In einer anderen Wahlversammlung wurden die im Mai gewählten Wahlmänner zur Rechtfertigung ihrer früheren Wirksamkeit veranlaßt. Es war dies eine Abtheilung des Bezirks, aus dessen Wahlen Waldeck, Grabow und Duncker als Abgeordnete, Bruno Bauer als Stellvertreter hervorgegangen waren. Wir glauben diesen Wahlbezirk nicht angemessener charakterisiren zu können, als wenn wir anführen, daß in seiner gestrigen Versammlung dem dieselbe überwachenden Polizeibeamten ein besonderer Platz gewissermassen als Ehrensitz angewiesen wurde.

Der Redakteur der Zeitungshalle, Gustav Julius, der, obschon der Steckbrief gegen ihn ausdrücklich zurückgenommen war, es dennoch für zweckmäßig hielt, nicht nach Berlin zurückzukehren, ist heute von Neuem wegen Majestätsbeleidigung steckbrieflich verfolgt. — Wie uns mitgetheilt wird, ist Wiederaufnahme dieser Maßregel im Zusammenhange mit Bestrebungen, die dahin gehen, Hrn. Julius im Kreise Merseburg für eine der Kammern zu wählen.

Die Vorträge, welche der frühere Abgeordnete Berends im Handwerkervereine über die sozialistischen Systeme zu halten beabsichtigte, sollen gleichfalls nicht ohne polizeiliche Ueberwachung stattfinden dürfen.

Den hiesigen Zeitungen liegt heute eine neue „Enthüllung" bei, der angebliche Operationsplan der Demokraten gegen die im November eingerückten Truppen. Wir müssen den Männern, deren Namen bei dieser Gelegenheit veröffentlicht werden (General v. Hochstetten, die Abgeordneten d'Ester, Gretel, Graf Reichenbach, Lipski, Reuter, Lieutenants v. Chevallerie, v. Mauschwitz, Fallei, Nord r. w. [illegible])

überlassen, die Unwahrheit jenes Gewebes in's Licht zu setzen, und bemerken nur, daß die „Enthüllung“ von dem Verein zur Wahrung der Interessen der Provinzen ausgeht. Wer mit den Verhältnissen bekannt ist, weiß zur Genüge, was er von einer Enthüllung, die man diesem Vereine verdankt, zu halten habe. In Bezug auf dessen frühere Publikation erklärt heute Hr. Waldeck, daß dieselbe, so weit sein Name darin verflochten, durchweg erlogen ist. Namentlich bestreitet er, jemals mit dem Redakteur der Allg. Oder-Zeitung, am wenigsten wegen Proklamirung der Republik, in Briefwechsel gestanden zu haben. —

Seitens der Oppositionspartei wird das sog. Testament Friedrichs d. Gr. in vielen Exemplaren zur Vertheilung gedruckt; eben so eine Abhandlung von Kant: „Was ist Aufklärung?“ Beide Schriften werden auch durch die Verlagshandlung von Stargardt und Reuter buchhändlerisch vertrieben. Die Gemäßigt-Konstitutionellen beabsichtigen, eine Uebersetzung der Schrift des Hrn. Guizot über die Demokratie vertheilen zu lassen.

(Posen, den 13. Januar.) Während der Erzbischof von Kulm, Herr Sedlag, den Geistlichen seiner Erzdiözese die ernstliche Mahnung zukommen läßt, die Kanzel nicht zu Ankündigungen politischer Versammlungen zu mißbrauchen, und noch weniger die Kirchen zu denselben herzugeben, schlägt unser Herr Erzbischof Przyluski den entgegengesetzten Weg ein, ermuntere seine untergebenen Priester förmlich dazu, und beschwichtigt ihr Gewissen, wenn sie sich an ihn wenden und erklären, daß die Politik nicht zum Berufe eines Priesters gehöre. Die Gazeta polska veröffentlicht einen Brief des Herrn Erzbischofs an einen Pfarrer, in welchem es ausdrücklich heißt: „ich theile Ihre Ansicht durchaus nicht, daß der katholische Klerus zur Zeit der herannahenden Wahlen sich passiv verhalten soll, im Gegentheil dürfen wir dabei nicht die Hände in den Schooß legen, und mit gleichgültigem Auge zusehen, wie sich unsere Heerde bei den Deputirtenwahlen verhält.“ Welche Umtriebe in Folge eines solchen Verfahrens stattfinden werden, läßt sich voraussehen. (D. Z.)

(Aus Masuren, den 31. Dezember.) An den Handlungen der Minister soll seit dem 5. Dezember wenig auszusetzen seyn? 14 Tage in der Provinz, und man findet nichts mehr für die Minister einzusetzen! Das frühere Denunziantenwesen, die alte Demagogenriecherei sind nie so stark gewesen, als jetzt; Servilismus ist die Seele von dem Allen. Ich will nicht einmal sagen, daß das Gouvernement etwas dafür thut; aber es handelt unwürdig, indem es ein solches Unwesen auch nur duldet. (D. Z.)

(Aus Schlesien.) In den Cirkularen der königlichen Konsistorien an die Superintendenten der Provinz heißt es: „Je zahlreicher und gefährlicher die Wunden sind, aus denen unser armes Vaterland blutet, und je flehentlicher alle Gläubigen um deren Heilung zu Gott rufen, desto schmachvoller ist es, daß einige der zu Mitgliedern der nunmehr aufgelösten Nationalversammlung zu Berlin gewählt gewesenen Prediger der heiligen Obliegenheiten ihres göttlichen Berufes so weit vergessen konnten, daß sie nicht nur zu dem unheilvollen Beschluß der Steuerverweigerung ihre Stimme gegeben, sondern sogar durch verbrecherische Aufreizungen zur Auflehnung gegen die von Gott geordnete Obrigkeit und unsern theuern König, dem sie den Eid der Treue geschworen, ihres Standes sich gänzlich unwürdig gezeigt haben.“ (D. Z.) (Ist das nicht ächt konsistoriallsch-pfäffisch-jesuitisch?)

Sachsen. (Dresden, 15. Jan.) Die Eröffnung des Landtags wird den 17. d. M. Mittags um 1 Uhr durch den König im Sitzungssaal der zweiten Kammer erfolgen. (A. Abdz.)

Schleswig-Holstein. (Von der Schlei, 11. Jan.) Vor 14 Tagen soll das preussische Kabinet, der dänischen Vexationen endlich müde, dem Kabinet in Kopenhagen erklärt haben, daß unter gewissen fortdauernden Verhältnissen der Waffenstillstand als gekündigt zu betrachten sey. Dahin deuten auch Briefe aus dem preussischen Heere, daß man Beamte zum Frühjahr vielleicht wiedersehen werde. Hier ist man auch auf Erneuerung des Kampfes gefaßt; denn die Losreißung Schleswigs von Holstein würde uns doch vernichten. So ist es aber besser, mit den Waffen in der Hand zu sterben, als ein Daseyn, losgerissen von Holstein und damit von Deutschland, hinsiechend zu führen. Am verwichenen Donnerstage fand eine große Volksversammlung in Süderbrarup in Angeln statt. Die Kirche faßte nicht die Anwesenden. Der Beamte bestieg die Kanzel und forderte von da aus die Anwesenden auf, eine Protestation gegen die beabsichtigte Trennung Schleswig-Holsteins zu unterschreiben. Die Agitation nimmt zu, und wir sind fest überzeugt, daß das Projekt des Lord Palmerston einen blutigen Krieg und die entsetzlichsten Zustände herbeiführen würden. Wie es überhaupt denkbar ist, daß der König Friedrich VII. von Dänemark als Herzog von Schleswig-Holstein in den Herzogthümern wieder regieren oder sich da zeigen soll, gehört in der That zu den unbegreiflichen Problemen der Zukunft. (Z. f. Nordd.)

Würtemberg. (Stuttgart.) [60. Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 17. Jan.] Am Ministertische die Staatsräthe Römer, Duvernoy, Goppelt und Oberregierungsrath Schmidlin. Präsident: An der Spitze der Volksvertretung unseres Würtembergs vermöchte ich die heutige Sitzung nicht zu eröffnen, ohne auf den 17. Januar 1849 hinzusehen, auf den welthistorischen Tag, an welchem die von dem deutschen Volke sich selbst gegebenen Grundrechte gesetzlich in Wirksamkeit treten. Wird auch diese für unsere Gewohnheiten, unsere Gesetze, unsere materiellen und geistigen Interessen so tief gehende Umgestaltung nicht überall wolkenlos ins Leben treten, so können wir sie doch, das ganze Vaterland im Auge habend, begrüßen als die erste Hauptgrundlage eines einigen und freien Deutschlands. Holzinger: Diesen Ausspruch können wir Alle thun. Die Kammer erhebt sich zum Zeichen der Zustimmung. Frhr. v. Hornstein: Allerdings kann man zustimmen, wenn Deutschland einmal Eins seyn wird, jetzt aber bekenne ich, daß ich in den Jubel mich nicht so unbedingt einlassen kann, weil ich noch nicht weiß, ob wir ein einiges Deutschland haben werden, denn es sind so manche Bedenken über die Grundrechte vorhanden, welche ausgefallen sind, wie ich sie nicht erwartet habe. Dies gilt namentlich in Hinsicht der kirchlichen Verhältnisse, sodann deshalb, weil Ein Stand die Lücke hat ausfüllen müssen, die man in die Gesammtheit hat brechen wollen. Ich würde glauben, die Ehre meines Standes, die Ehre meiner Vorfahren zu verletzen, wenn ich den Jubel theilen würde darüber, daß mein Stand vernichtet worden ist. Freiherr v. Berlichingen schließt sich dieser Erklärung an. Staatsrath Römer: Wenn gesagt worden ist, ein einzelner Stand habe die Lücke ausfüllen müssen — so entgegne ich, allerdings verliert er mehr, als alle übrigen Stände, aus dem Grunde, weil er bisher unendlich mehr gehabt hat als die übrigen. Es war nothwendig, diese Lücke auszufüllen. (Allgemeines Bravo.) Seeger: Wir sind Alle einverstanden mit dem Wunsche des Präsidenten, ich sehe in den deutschen Grundrechten eine Abschlagszahlung von der Schuld, welche die spätere Zukunft vollends abtragen wird. Becher: Ich freue mich über die Offenheit von jener Seite, weil damit ausgesprochen ist: Wahrheit über Alles! Und weil es sich dadurch zeigt, mit welchem Rechte man unserer Seite so oft Mangel an Patriotismus vorgeworfen hat. Holzinger lenkt die Aufmerksamkeit auf die im heutigen Regierungsblatt enthaltene Verfügung der Staatsregierung, betreffend die Einführung der Grundrechte. Es geht — sagt er — daraus hervor, daß ein großer Theil unseres öffentlichen und des Privatrechts theils aufgehoben, theils modifizirt wird; deshalb scheint die verfassungsmäßige Prüfung dieser Verfügung so bald als möglich eintreten zu müssen. Der Antrag Holzingers, diese Instruktion an die staatsrechtliche Kommission zur Prüfung zu überweisen, wird zum Beschluß der Kammer erhoben. (Schwb. M.)

Aus allen Theilen Würtembergs laufen Nachrichten über den Schaden ein, den das jüngste Hochwasser angerichtet.

Italien.

(Mailand, 12. Jan.) Tag für Tag mehren sich die Gründe zu glauben, daß Karl Albert noch einmal mit der österreichischen Armee anbinden wolle, um sich die eiserne Krone aufzusetzen. Die ansehnliche Zahl der nach Piemont ausgewanderten Lombarden, und Alberts eigene Truppen sollen zusammen ein Heer von 100,000 Mann bilden. Man ist auf Einschwärzungen von Waffen, selbst von zwei Kanonen, nach Mailand gekommen. Ueberhaupt dürfte keine geringe Zahl Waffen in dieser und auch in den andern Städten versteckt seyn. (A. A. Z.)

Türkei.

(Belgrad, 8. Jan.) Der Sultan hat einen Ferman erlassen, welcher auch den Christen gestattet, zu den hohen Würden eines Paschas oder Veziers zu gelangen. Die Veröffentlichung dieses Fermans soll von den Muselmännern mit Murren aufgenommen worden seyn.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Bekanntmachung

(Liquidation des durch das Hochwasser entstandenen Schadens an Gebäuden betr.)

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg.

Es ist in mehr als einer Hinsicht wünschenswerth, daß der Magistrat den Werth des ganzen Schadens kennen lerne, welcher durch das Hochwasser an den Gebäuden der Stadt und des Burgfriedens entstanden ist.

In Folge dessen werden sämmtliche Immobiliar-Beschädigte hiemit eingeladen, ihren Schaden innerhalb 3 Tagen im Commissionszimmer des Polizei-Offizianten Jäckel Neo. 10 kurz zu beschreiben, und den Werth der erlittenen Beschädigung anzugeben. Befinden sich darunter solche, welche einen theilweisen Schadensersatz aus den milden Beiträgen wünschen, die sowohl durch die hiesige Kollette als durch die allgemeine sich ergeben werden, um deren Bewilligung nach der gestrigen Bekanntmachung auch bezüglich der Mobiliar-Beschädigungen bei der allerhöchsten Stelle nachgesucht werden wird, so haben sie solches bei der Liquidation des Schadens sofort gewissenhaft anzugeben, und hierauf wird alsdann der Werth desselben durch eine magistratische Commission mit Zuziehung von Sachverständigen festgestellt werden.

Nürnberg, den 19. Januar 1849.

Dr. **Binder.**

B i t t e.

Das in der Nacht vom 14. auf den 15. d. unbegreiflich schnell und reißend über unsere Stadt hereingebrochene Hochwasser, dessen Höhe die vom Jahre 1784 überstieg, hat einen großen Theil derselben überschwemmt und beispiellose Verwüstung, Jammer und Noth herbeigeführt, welche das innigste Mitgefühl und die Theilnahme jedes Menschenfreundes in höchstem Grade in Anspruch nehmen.

Hülfe, schnelle Hülfe thut Noth; und die Unterzeichneten sehen sich daher veranlaßt, dem Handels- und Fabrik-Stande und edlen Menschen aller Stände, hier und auswärts, die dringende Bitte hierdurch ans Herz zu legen, dem Unglücke ihre Hülfe nicht zu versagen.

Milde Beiträge werden im Lokale des Marktgewölbes und von Jedem der unterzeichneten in Empfang genommen und dem Stadtmagistrate zur zweckmäßigen Vertheilung übergeben werden.

Nürnberg, den 17. Januar 1849.

Die verordneten Vorsteher des Handelsstandes:
Fuchs. Bierck. Knopf. Merkel.

Zur Abwehr.

Es wird von dem Verwalter Peeu im städtischen Bauamte das Gerücht verbreitet, als hätte die Polizeiwache ihre Pflicht in soferne vernachläßigt, als sie bei dem jüngsten höchst gefährlichen Hochwasser das Einbrechen dieses Elements in unsere Stadt erst um oder nach 2 Uhr im städtischen Bauamte angezeigt. Der Unterzeichnete, der speziell mit diesem Auftrage betraut war, erklärt dieses Gerücht als für ein seinem Amte höchst nachtheiliges und durchaus lügenhaftes, und zwar aus folgenden Gründen: Der Bote, der die Gefahr des Hochwassers von Lauf aus überbrachte, traf mit einer Extrafahrt Punkt 1 Uhr in dem Polizeilocale ein. Der jourhabende Aktuar Hr. Dörfuß erbrach sogleich das Schreiben und beorderte den Unterzeichneten augenblicklich, die Anzeige in der gewöhnlichen Form in dem städtischen Bauamte zu machen, welchem Auftrage in der möglichst kurzesten Zeit nachgekommen wurde. Der Brunnwächter Gruber wurde von dem Unterzeichneten 11 Minuten nach 1 Uhr geweckt und demselben das Hochwasser mit dem Bedeuten angesagt, daß dasselbe gefährlicher als je werden würde, wie es in dem Schreiben von Lauf enthalten war. Von dem Bauamte hatte der Unterzeichnete die gewöhnlichen übrigen Aufträge zu besorgen und auf diesem Wege theilte er noch Mehreren die Nachricht von dem zu fürchtenden Hochwasser mit, was demselben von dem Zimmergesellen Willmann in der Beunigasse, dem Schuhmacher Sterninger auf dem Steig, von den Leuten in der Witz'schen Kunstmühle und von dem commandirten Polizeisoldaten am Frauenthor, welcher die Bewohner und Wasserwerkbesitzer auf der Hadermühle von der Gefahr in Kenntniß zu setzen hatte, bezeugt werden kann.

Nachdem der Unterzeichnete alle seine vorgeschriebenen Gänge besorgt hatte, und auf die Polizei zurückgekehrt war, wo der Kaufmann Reinecke sich befand, um sich ebenfalls nach dem Hochwasser zu erkundigen, schlug es erst 2 Uhr, woraus es also constatirt ist, daß Herr Verwalter Peen eine Lüge und Verläumdung verbreitet hat, indem derselbe aussprach, es sey erst um oder nach 2 Uhr das Hochwasser im städtischen Bauamte angesagt worden.

Nürnberg, den 19. Jan. 1849.

F r. C. L o t t e r,
Polizeisoldat.

(A n z e i g e.) Naßgewordenes Dochtgarn für Seifensieder und Nachtlichterfabrikanten, so wie noch viele andere beschädigte Gegenstände, verkauft

Joh. Georg Meyer. Plobenhof Nr. 823.

Herrman Schaarschmidt jun.

Strumpfwaaren-Fabrikant aus Kändler bei Chemnitz in Sachsen,

verkauft um jeden Preis mehrere hundert Dutzend durchnäßte Strümpfe, Handschuhe, Hosen, Kinder- und Frauen-Hauben, Geld-Börsen und noch viele dergl. Artikel

Sein Verkaufs-Lokal befindet sich im weißen Engel am Zuchthaus, S. No. 826.

☞ Während den letzten Messtagen

sollen sämmtliche Herren-Artikel wegen drückenden Geldmangels zu nochmals herabgesetzten Preisen abgegeben werden, und wird auf jedes Gebot reflektirt!!!

☞ 250 Stück schwerseidene Regenschirme à $3\frac{1}{2}$ fl. und höher, Regenschirme in gutem Zeug à 1 fl. 12 kr. u. h.

Großes Lager in Paletots à $5\frac{1}{2}$ fl. u. h., feinste Burnus-Ueberwürfe à 9, 14 und 19 fl., Kapuzen (Abdelkader-Mäntel à 7 und $10\frac{1}{2}$ fl., Haus- und Schlafröcke in solidesten Sorten 3 fl. u. h., Bureau- und Sommeröcke à 3 und $3\frac{1}{2}$ fl.

Elegante Westenzeuge à 18, 30 kr. u. h., Westenzeuge in allerneuestem eleganten Atlas, schwerer Seide und Sammt à $1\frac{3}{4}$ fl., $2\frac{1}{2}$ fl.

Seidene Schlips und Shawls für Herren à $1\frac{1}{2}$ und $1\frac{3}{4}$ fl., wollene Herren-Shawls à 18, 30 kr. u. h., gute seidene viereckige Halstücher $1\frac{1}{2}$ fl. u. h., ächt ostind. seidene und leinene Foulards à 18 kr., 1, $1\frac{1}{2}$ fl. u. h.

500 Stück Pracht-Kravatten (Schlips) in Seide und Lasting à 18, 30 und 54 kr. u. h.

500 Stück Gummihosenträger à 9, 15, 24 kr. u. h., große Reisesäcke und lederne Umhängtaschen à $1\frac{3}{4}$ u. $2\frac{1}{2}$ fl. Alle Sorten Handschuhe à 12 und 24 kr., Bukskin-Handschuhe 54 kr., Gummigesundheitssohlen à 24 kr., Porte-Monnais, Geldtäschchen à 18 und 30 kr., Brieftaschen à 24 kr. u. h.

K. K. priv. berühmteste Streichriemen à 18, 36 kr. u. h., ächt engl. beste Rasiermesser à 30 u. 54 kr., Cigarren-Etuis à 15 kr.

☞ Aechte Havanna-Cigarren in wohlriechendem Geschmack 250 Stück $3\frac{1}{2}$ fl., 100 St. $1\frac{1}{2}$ fl.

Gestrickte Unterhosen für Herren und Frauen à 40, 55 kr., gestrickte Unterjacken à 40 kr., 1 fl., $1\frac{1}{4}$ fl., feinste Patent wollene Leibjacken à $2\frac{1}{2}$ fl.

☞ 50,000 Duz. Stahlfedern in neuesten magnetisch geschliffenen Sorten und unübertrefflich für jede selbst zitternde Handschrift, 144 St. à 18, 30 kr. u. h., à Duz. 2 kr.

Feinste vergoldete Gemälde-Brochen für Damen à 54 kr. und $1\frac{1}{2}$ fl., ächt vergoldete Agat-Armspangen à $1\frac{3}{4}$ fl.

Das Verkaufs-Lokal ist nur im Hause des Herrn Pabst auf der Schütt 1 Treppe hoch im geheitzten Saal.

Ausverkauf in Fürth.

Um aufzuräumen werden morgen Sonntag am 21. d. Mts. nachstehende überschwemmte Waaren in dem neuen Eckladen des Espermüller'schen Hauses in der Schwabacherstraße in Fürth zu äußerst billigen Preisen verkauft und zwar alle Sorten: Tuche, Buckskins, Westen, Binden, Shlips, Foulards, Leinwand, weiße und farbige leinene Taschentücher, für deren Aechtheit garantirt wird, Shirtings, Doppeltuche, farbige Hemden, Chemisetten, Unterhosen, Unterjacken, und noch viele ähnliche Artikel **kommenden Sonntag und zwar nur bis Abend.**

☞ Zu beobachten!

Die Bewohner von Himpfelshof bei Nürnberg, einige Bessergesinnte ausgenommen, verdienen wohl, in allen öffentlichen Blättern bekannt gemacht zu werden, da sie sich nämlich keiner Sünde fürchteten, mir, der ich durch das Hochwasser einen Verlust von dreitausend Gulden erlitten habe, meine Kiste, die sie aus dem Wasser gezogen hatten, mit Gewalt aufzubrechen und wie Raubvögel über ein Aas darüber herfallen und deren Inhalt zu theilen. — Nur durch energisches Einschreiten der Polizei mittelst des Haussuchens gelang es mir, mehrere Trümmer wieder zu erhalten.

Gedankt sey es aber den edlen, gutherzigen Polizeioffizianten, die sich Mühe gaben, mir zu einem Theil meiner Waaren zu verhelfen. — Gedankt sey es auch allen denen, die sich nicht genirten, mir meine schmutzigen Ueberreste abzukaufen. Gott, der Vergelter alles Guten, wird auch Ihr reichlicher Vergelter seyn. Was sich mir sonst noch für Szenen beim Haussuchen dargeboten haben, vermag ich wohl nicht zu beschreiben, nur so viel möchte ich noch bemerken, daß mich Gott vor ein etwaiges Asyl in Himpfelshof bewahren möge.

Johann Hemmether,
Schnittwaarenhändler von Baiersdorf.

Schießhaus St. Johannis.

Sonntag Nachmittag Produktion vom

K l e e b l a t t

mit vielen neuen Vorträgen in Kostüm. Hiezu ladet ein

K e l l e r m a n n.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Sonntag den 21. Januar »Launige Gesangsunterhaltung« von den steyerischen Sängern F i s c h e r und R u n n e r l, wozu höflichst einladet

J. R e u b a u e r.

Goldener Hirsch

an der Lauferstraße.

Sonntag den 21 Januar

Gesangs-Unterhaltung von Herrn Fischer,

wobei mehrere neue Piecen vorgetragen werden. – Wozu ergebenst einladet

E i x r m.

Prater.

Sonntag den 21. Januar findet gutbesetzte Tanzmusik statt, wozu hiemit höflichst einladet

R u p p r e c h t.

E i n l a d u n g.

Mit Genehmigung des Königl. Regiments-Commandos geben die Unterzeichneten

Freitag den 19. d. Abends

eine große musikalische Produktion für die bei dem Hochwasser so hart betroffenen unbemittelten Einwohner hiesiger Stadt und Burgfriedens im Saale des goldenen Adlers. Sich der Hoffnung hingebend, daß die menschenfreundliche Gesinnung die edlen Bewohner hiesiger Stadt bestimmen werde, durch recht zahlreichen Besuch ihre Theilnahme an dem unverschuldeten Unglück an den Tag zu legen, ladet ergebenst ein

Entree nach Belieben. Anfang 8 Uhr.

D u r s c h,
Musikmeister im 5. Inf.-Regiment,
nebst sämmtlichen Hoboisten.

Vorläufige Anzeige.

Im Selbstverlage des Unterzeichneten erscheint demnächst in elegantem Stahlstich in groß Folio:

Abbildung des durch das letzte Hochwasser am 14. Januar 1849 dem Abbruche zugeführten sog. Käshauses am Einflusse der Pegnitz in Nürnberg.

Der Unterzeichnete hofft um so mehr, sich eines recht zahlreichen Absatzes erfreuen zu dürfen, da der dritte Theil der Einnahme für die beim Hochwasser Verunglückten bestimmt ist. — Das Nähere in der Exped. d. Bl.

Alexander Marx,
Kupferstecher.
Garten Nr. 101 zu St. Johannis.

(V e r l a u f e n.) Ein weiß- und schwarzgefleckles Königshündchen, welches auf den Ruf »Belli« hört, hat sich verlaufen.

(A n z e i g e.) Um vielen Nachfragen zu begegnen, ob ich wieder mein Geschäft ausüben kann, benachrichtige ich meine verehrliche Kundschaft und das geehrte Gesammtpublikum, daß meine Werkstätte wieder so in den Stand gesetzt ist, daß ich jeden mir werdenden Auftrag prompt und pünktlich auszuführen im Stande bin.

T h i e m e,
Tuchbereiter und Dekateur.

(Z u v e r k a u f e n.) Verschiedene Sorten feiner, mittel und ordinärer Maschinen-Druck, feine Kupferdruck- und Goldschlag-Papiere, welche durch das letzte Hochwasser beschädigt wurden, werden zu sehr billigen Preisen verkauft

M e r k e l'sche Papier- und Schreibmater. Handlung.

Theater in Fürth.

Sonnabend den 20. Januar 1849: „Die Schule des Lebens," oder: „Die Königstochter als Bettlerin". Schauspiel in 5 Akten von Dr. Raupach.

NB. Nach der Vorstellung geht eine Eisenbahnfahrt nach Nürnberg zurück.

(B e r i c h t i g u n g.) In dem einleitenden Artikel unseres gestrigen Blattes ist Zeile 39, Spalte 1 zu lesen: a n z u g e b e n statt aufzufinden.

Mit einer Beilage.

S Das deutsche Reichsoberhaupt.

Der deutsche Reichsverweser wurde, abgesehen von dem kühnen Griff »nicht weil, sondern obgleich er Fürst ist" ohne Einvernehmen mit den Regierungen Deutschlands gewählt, und man hat vielfach darin den Grund gefunden, daß, als es sich um die einfache Huldigung des Erwählten handelte, ein Theil der Regierungen nur lau, der andere bedingt, der dritte gar nicht huldigen ließ. Möge der Stand der Vereinbarung zwischen Fürsten und Volk bei der bevorstehenden Wahl eines definitiven Reichsoberhaupts nicht mehr verlassen werden! Durch die Kreirung dieses Hauptes, hieße es nun Kaiser oder wie immer, verlieren die Fürsten einen Theil ihrer Hoheitsrechte, und es findet es gewiß jeder Verständige und Billigdenkende in Ordnung, daß sie sich bei der Wahl dessen, dem sie einen Theil ihrer Gerechtsame abtreten oder abtreten müssen, mitbetheiligen. Eben so findet es jeder Verständige in Recht und Billigkeit gegründet, daß das Reichsoberhaupt aus der Mitte der regierenden Fürsten Deutschlands gewählt werde. Einem andern Oberhaupte würden sich theilweise weder Fürsten noch Völker fügen, und ohne dieses würde unser zerrissenes, theils mit überhastigem Fort-, theils mit unheilvollem Rückschritt im Kampf begriffenes deutsches Volk nie mehr zur Ruhe, geschweige denn zu Ansehen und Wohlfahrt gelangen. Wahlreiche aber sind durch die Geschichte als verderblich gerichtet; ein Staatenbund, wie wir ihn von 1815 — 1848 hatten, ist durch sein die Völker knechtendes Wirken geächtet; eine Mehrherrschaft, etwa Triumvirat, wie es in Rede stand, entbehrt die für unser vielfach in Ohnmacht und Schmach liegendes Deutschland so absolut nöthige Einheit der Entschlüsse und des Wirkens der Centralgewalt, und ein erbliches Oberhaupt, ein erblicher Kaiser etwa, ist für Fürsten und Völker Deutschlands gleich gefahrbringend. Bei geringer Hausmacht wird dieser Erbfürst nach Vergrößerung ringen, seinem Interesse das allgemeine Wohl unterordnen; bei bedeutender Hausmacht werden, wie die Geschichte sattsam belegt, die Rechte der einzelnen Fürsten und Völker allmählig verschlungen und sich zum absoluten Herrscher erhoben. Eine Wahl scheint uns daher nur zum Wohle Deutschlands, zum Wohle der Völker und Fürsten Deutschlands gegeben: die Wahl, das deutsche Reichsoberhaupt nach einer gewissen, unabänderlichen Reihenfolge zu bestimmen, und hiefür haben wir uns bereits im Mai v. J., ähnlich den uns später bekannt gewordenen Ideen Eisenmanns, ausgesprochen. Wir wünschten, daß die Fürsten von Oesterreich, Preussen und Bayern die höchste Würde Deutschlands bekleiden und nach einem festgesetzten Turnus alterniren. Bayern durfte und darf in dieser Reihe nicht fehlen. Bayern ist die den beiden Großmächten sich unmittelbar anreihende Macht, und erscheint gleichsam als vermittelndes Organ zwischen diesen und den übrigen Staaten Deutschlands. Auch müssen durch die Mitbetheiligung Bayerns an der Reichsregierung die Rechte der kleinern Fürsten gleichsam als mitrepräsentirt und die Opfer ihrer Unterordnung unter die beiden Großmächte als ausgeglichen betrachtet werden. Ueberdies wurde auch noch speziell den Ansprüchen der übrigen Fürsten Rechnung getragen, indem, ebenfalls nach einem feststehenden Turnus, den Königen von Hannover, Würtemberg u. Sachsen die Verwesung der Reichsregierung in vorkommenden Fällen vindizirt wurde. Wir bekennen uns auch jetzt noch zu dieser unserer Ansicht und halten ihr Inslebentreten dem Ruhm und der Wohlfahrt Deutschlands entsprechend. Für den Fall jedoch die kleinern Staaten Deutschlands mit diesem Vorschlag sich nicht sollten befreunden können, erlauben wir uns, denselben auch weiter auszudehnen. Wir gehen dabei von der Ansicht aus: Jeder Staat, jeder Fürst hat das Recht, nach dem Maße seiner Macht, mit der er dem Gesammtdeutschland beitritt, demselben innewohnt, auch an der Reichsregierung zu partizipiren. Daraus ergibt sich nun klar, daß Preußen mit seinen 15,000,000 Einwohnern ein größeres Maß zukommen muß als Sachsen mit seinen anderthalb Millionen, und wir schlagen daher vor, Deutschland in sieben Reichsregierungsbezirke (jeder mit ca. 5,000,000 Seelen) zu bilden. Preußen bildet 3, Oesterreich 1, Bayern 1, Würtemberg mit Hohenzollern, Lichtenstein, Baden, Luxemburg, Großhessen, Homburg und Nassau 1, Hannover mit Kurhessen, Mecklenburg, Holstein, Oldenburg, Lippe und den freien Städten 1, Sachsen mit Anhalt, Schwarzburg, Reuß und den sächsischen Herzogthümern 1. In Summa also sieben. Jeder Reichsregierungsbezirk, der mehrere selbstständige Staaten bildet, mag unter sich durch Erbverbrüderung die Reihenfolge an der Reichsgewalt festsetzen; auch hat es nichts auf sich, wenn Oesterreich, da es mit über fünf Millionen Seelen am deutschen Reiche partizipirt, zwei Reichsregierungsbezirke zuerkannt würden; es würde sich in diesem Falle einfach die Zahl sieben auf acht erhöhen. Nun stelle man einen Turnus fest, in welchem diese 7 oder 8 Bezirke, resp. deren Fürsten das Scepter der deutschen Reichsregierung zu führen haben, begränze die Regierungsdauer eines jeden Bezirks auf eine gewisse Reihe von Jahren, etwa auf fünf, und lasse stets auf jede einzelne Nummer einer Großmacht die eines kleinen Fürsten folgen. Hiedurch ist allen Ansprüchen genügt. Die kleinern Staaten und Fürsten können sich nicht beschweren, von der Reichsregierung ausgeschlossen zu seyn und den Großstaaten und Großmächten ist gegeben, was sie rechtlich ansprechen können. Das deutsche Volk ist auf diese Weise für immer vor dem Absolutismus gesichert. Jeder der Reichsregenten wird sich hüten, seine Macht ungebührlich auszudehnen; denn nach Jahren steigt er vom Throne des Reichs wieder herab, und je höher er sich hier gestellt, desto tiefer müßte er nun als Unterthan stehen. Dem deutschen Volke sind durch diese Einrichtung seine Rechte am besten gewährleistet; jeder Reichsfürst tritt nach kurzer Zeit zum Volke zurück, um mit ihm befreundet zu seyn; keiner verbleibt so lange auf dem Reichsthron, um seine Sondergelüste, wenn er deren wirklich hätte, durchführen zu können. Gleichwohl darf man nicht wähnen, einem so oft wechselnden Oberhaupte fehle die nöthige Macht, das nöthige Ansehen. Einer so streng auf Recht und Gerechtigkeit gegründeten Ordnung kann nie die Stütze des Volkes fehlen und — auf dieser Stütze beruht ja die Macht und das Ansehen der Throne. Möge dieses Projekt ruhige Würdigung finden! Wir halten uns überzeugt, daß seine Verwirklichung zum Wohle Deutschlands ausschlagen würde.

Zur Darnachachtung.

(Nürnberg, den 28. Dezember 1848.) [Volksschulwesen.] Wir hatten vor etwa 14 Tagen hier die erste öffentliche Schulkommissionssitzung. Es ist dies um so mehr als ein Fortschritt zu begrüßen, als nach dem Beispiele Nürnbergs andere Städte Bayerns gewiß auch in dieser Beziehung bald die Bahn der Oeffentlichkeit betreten werden. In den Verhandlungen derselben kam zuerst der neu revidirte Lehrplan für die deutschen Schulen Nürnbergs an die Reihe. Der hiesige Schullehrerverein hatte sich lange schon vor den Märztagen die Revision desselben zur Aufgabe gemacht und längere Berathungen darüber gepflogen, deshalb auch früher schon einen Antrag an die hiesige Schulkommission gestellt, in Folge dessen dann im Laufe dieses Sommers eine Kommission, bestehend aus zwei Geistlichen, zwei Magistratsräthen und drei von den Lehrern der Stadt frei gewählten Lehrern zusammentrat und das Werk in Angriff nahm und vollendete. Von den früheren Gedächtnißlektionen wurde abermals bedeutend gestrichen, so, daß jetzt nur etwa ein Drittel derselben noch steht, und zwar mit solcher Auswahl, daß nur das dem kindlichen Verständniß Zugängliche stehen geblieben ist. Dabei ist wohl ins Auge zu fassen, daß schon früher bei weitem nicht der ganze Katechismus, mit allen Sprüchen, wie dies auswärts häufig der Fall ist, sondern nach Auswahl gelernt wurde, und daß dadurch das jetzige Pensum also noch um so kleiner wird. Man ging dabei das letzte Mal auch von der Ansicht aus, daß den Schülern auch noch Zeit zu lassen sey zum Lernen klassischer Gedichte rc. nach freier Wahl des Lehrers. Zahn's biblische Historien, als Lehrbuch der biblischen Geschichte, sind, ihrer Unbrauchbarkeit wegen, in der Art gefallen, daß es ebenfalls dem Lehrer überlassen bleibt, ob er sie beim Unterrichte gebrauchen will, oder nicht. So ist in allen Unterrichtsgegenständen mehr Ziel und Maß gehalten und auch der Naturkunde und der Geschichte zu verhältnißmäßigem Vortrage im neuen Lehrplane ein Plätzchen gestattet worden. Wir behalten uns vor, später einen ausführlichen Bericht darüber zu erstatten, da derselbe zwar von der Schulkommission angenommen, aber was den religiösen Theil betrifft, noch nicht vom Dekanate anerkannt ist. Im weiteren Verlaufe der Sitzung kamen folgende Anträge, von Geistlichen gestellt, vor: 1) Es sollen künftig auch 2—3 Lehrer in der Schulkommission sitzen. (Dieser Antrag wurde früher schon auf Betrieb der Lehrer von einem Magistratsrathe gestellt.) 2) Es möchten von Seite des Schulreferats von jetzt an die Schulprüfungsgehülfen resp. die Prüfungskommissäre aus der Zahl der Lehrer gewählt werden, da es ja allgemeiner Wunsch der Lehrer sey, von Ihresgleichen beurtheilt zu werden. 3) Es mögen auch die Schulinspektoren künftig theilweise aus den Lehrern gewählt werden, ohne erst über diese Antragsgegenstände noch weitere Beschlüsse der Nationalversammlung oder unseres Landtags abzuwarten. 4) Die weiblichen Sonntagsschulen seyen aufzuheben. Dies waren die Hauptgegenstände der Verhandlungen der ersten öffentlichen Schulkommissionssitzung dahier, über deren Bedeutung und Folgen das Weitere noch mitgetheilt werden wird.

† Warum sollen Schullehrer Vereine bilden, und welche Zwecke sollen sie dabei verfolgen?

Einheit macht stark! Dies ist ein altes und wahres deutsches Wort, und, vox populi, vox dei, gilt auch hier, wenn es ja auch einer lateinischen Erhärtung bedarf. Aber wir brauchen keine lateinische. Als die Deutschen unter Hermanns Banner vereinigt gegen die römischen Legionen stürmten, da fielen die römischen Adler und Varus mit; dies war im Jahre neun nach Christo. Als die Deutschen in den letzten Jahren Napoleonischer Knechtung ihre Schmach erkannten und wie Ein Mann sich erhoben; da ging der Stern des Korsen unter und Deutschland schüttelte das zerbröckelte Joch desselben von seinem freien Nacken. — Dies war in den Jahren 1812 bis 15. Soll ich denn noch weitere geschichtliche Fakta deutscher Freiheit, hervorgegangen aus deutscher Einheit, anführen, um meinen ersten Satz zu beweisen? Ist denn aus der Geschichte Nichts zu lernen? Stehen selbst Diejenigen, welche auch hier den Schlüssel der Geheimnisse besitzen sollten, die Lehrer, ewig, wie jener Jüngling vor dem verschleierten Bilde? Was hier von ganzen Völkern gilt, das gilt auch von einzelnen Korporationen. Einheit macht stark! Es hat lange gedauert, fast 300 Jahre, bis man für die ehemaligen Schuster-, Schneider- und Weberschulmeister in unserm deutschen Vaterlande Seminarien errichtet hat, auf welchen sie die Schuster-, Schneider- und Weberei ver- und dafür die Schulmeisterei im guten, wahren Sinne erlernen konnten, wenigstens bessere Anfänge davon. Es hat lange gedauert, bis nach dem Tilsiter Frieden, bis die deutschen Regierungen erkannt haben, in der Bildung der Massen liege der Schutz, sowohl für Volk, als Thron, gegen innere und äußere Feinde des Deutschthums, d. i. der Volksfreiheit. Und darum haben die Regierungen im Sinne Pestalozzis, Fichtes, und aller wahren Freiheitsmänner und Freiheitserzieher, wenn auch mit Umgehung ihrer Systeme, so doch mit Beibehaltung und Anerkennung ihrer Ideen, Schullehrerseminarien und Volksschulen errichtet, Lehrpläne entworfen und auf deren Ausführung gedrungen rc., die es deutlich erkennen lassen, daß es ihnen voller, heiliger Ernst war, auch die Masse besser zu erziehen und zu bilden. Haben doch die Massen mit ihrem Blute Throne und Volk gerettet, haben doch sie eingestanden für das unterlegene Panier deutscher Freiheit gegen ausländische Unterjochung! Darum gestand man ihnen auch in der Noth und im ersten Taumel der Freude das Recht einer Menschenerziehung zu. Aber es hat nicht lange gedauert, nachdem der Karren der deutschen Sache wieder im Trockenen war, bis die Metterniche und Konsorten aller deutschen Staaten erkannten, nun sey es Zeit, wieder einzulenken mit der allzufreisinnigen Volkserziehung, die Throne stünden wieder auf dem Blutleim der Völker, auch der ganze Feudalismus lagerte wieder in alter Glorie um dieselben und halte noch um so länger, je kleiner man die Lichtphasen einer wahren Erziehung wieder unter die Massen und also zunächst auch auf die Träger der Volksbildung, auf die Lehrer fallen lasse. Darum zog man in den 20ger Jahren schon die früher gemachten Konzessionen allmählig wieder zurück; darum verlegte man die Schullehrerseminare in kleine Provinzialstädtchen; darum übergab man die Bildung der Schullehrer wieder den Händen der rechtgläubigsten Geistlichen; darum führte man wieder neue orthodoxe Katechismen und Lehrbücher ein; darum ließ man in Bayern den echt freisinnigen Lehrplan von 1804 und 1811 allmählig wieder in Vergessenheit gerathen, und darum machte man in Bayern die Schullehrer noch heimathlos, und ließ sie hungern, hier, wie fast in allen deutschen Ländern, bis zur Stunde, u. s. w. u. s. w. Da jer.

brachen die Februarstürme des v. J. den französischen Thron; da zerrissen die Märzwinde das Lügengewebe der fatalen Feudalismuspolitik in Deutschland; da zersprengten die Aprilschauer auch die Fesseln der Volksschule, und die Paulskirche zu Frankfurt erklärte den Riß für giltig, und schloß auch die Volksschule mit ein, als sie das Gesetz der freien Association dekretirte. Und Ihr fragt nun noch, wozu Schullehrervereine? Wollt ihr über kurz oder lange wieder in die alten Hände kommen? Oder vielmehr **seyd** ihr faktisch schon aus denselben? Wird man Euch nicht wieder mit Halbheiten abspeißen wollen, und abermals für unmündig erklären? Wollt Ihr den Schubkarren immer noch im alten Geleise lassen, nichts ändern an Eueren stabilen Methoden und Lehrbüchern, Lehrplänen und Erziehungs-, resp. Abrichtungsgesetzen? Wollt Ihr noch nicht in Besitz nehmen, was längst Euch gebührt hätte, bessere, **wissenschaftliche** Bildung, Selbstbeaufsichtigung, Eure Rechte der Staatsdiener, bessere Besoldung und Versorgung Eurer Wittwen und Waisen, und, was die Hauptsache von Allem noch ist: eine Erziehung des Volkes zur wahren, vernünftigen, sittlich-religiösen Freiheit? Das Alles wird man Euch aber nicht so freiwillig und fertig in den Schoos legen, man wird es darauf ankommen lassen, ob auch Ihr Euch darum **rührt**? Hier habt Ihr Grund und Zweck Eurer Vereinigung. In ganz Nord- und Westdeutschland sind die Schullehrer deßhalb längst zusammengetreten und haben unter den Augen und mit Anerkennung der Regierungen im Sinne der Grundrechte gewirkt, längst vor den Grundrechten. Und nicht genug, daß in ganz Preussen und Sachsen und in den allermeisten norddeutschen Staaten die **Schullehrer** sich vereinigten, **die Lehrer aller Kategorien**, von den Kindergärten oder Bewahranstalten bis zur Hochschule sind in kleineren und größeren Kreisen zusammengetreten und haben sich vereinigt und verbrüdert, und den alten Hochmuth und die alte stolze Verachtung unter sich gestürzt, und als unserer Zeit und unserem Streben unwürdig aus ihren Kreisen verbannt, und den größten und letzten Zweck aller Vereinigung: **aus der deutschen Volkserziehung und Bildung endlich ein wohlgegliedertes Ganzes zu machen**; auch auf diesem Wege anzubahnen. Mag seyn, daß es nicht allen mit dieser Verbrüderung Ernst war und ist, genug, der erste Schritt einer allgemeinen engen Verbrüderung aller Lehrer ist damit geschehen und die Zukunft wird das Weitere bringen. Was ist aber in Bayern, in Süddeutschland **dafür** bis jetzt geschehen? Bis jetzt gar Nichts. Es ist allenthalben bekannt geworden, daß und warum die deutschen Lehrer aller Klassen zu Ende September vorigen Jahres in Eisenach 3 Tage lang getagt haben; es ist sogar eine recht witzige Broschüre darüber erschienen und gewiß in Vieler Hände gekommen, worin ebenfalls, wie anderwärts gesagt ist, daß sämmtliche Lehrer Deutschlands im kommenden Frühjahre oder Sommer eine solche Versammlung in Nürnberg halten wollen, und dennoch hat bis jetzt Alles still geschwiegen und Niemand die Hand zu gleicher Vereinigung **aller** bayerischen Lehrer geboten. Fühlt man in Bayern nicht dasselbe Bedürfniß, wie anderswärts? »**Machen Sie Propaganda**«! rief mir der Präsident der Eisenacher Versammlung in Gotha beim Scheiden zu; ich rufe dasselbe Wort hinaus in die ganze bayerische Lehrerwelt. Nürnberg, den 5. Januar 1849. G. F. Müller.

Der ist nicht von Penzenhofen!

(Die Zeit, in der die Finken schlagen, ist zwar noch nicht da; allein, da die Raben ihre krächzenden Stimmen fast überall so laut erheben, so sieht sich auch der Fink veranlaßt, seinen hellen Schlag früher ertönen zu lassen, als dieß in der Regel der Fall ist.)

Es ist uns aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt worden, daß die Königliche Distriktsschulinspektion Wassertrüdingen an die ihr untergebenen Lokalschulinspektionen ein Cirkular habe ergehen lassen, dessen Inhalt ohngefähr folgender war: Da von mehreren Gemeinden Petitionen theils für, theils gegen die Emanzipation der Schullehrer, resp. Trennung der Schule von der Kirche eingereicht worden seyen, so erscheine es wünschenswerth und räthlich, die Stimmung der Gemeinden im hiesigen Distrikte zu vernehmen. Wie viele der untergebenen Herrn Lokalschulinspektoren diesem Wunsche oder dieser Aufforderung nachgekommen seyen, wissen wir nicht; aber so viel wissen wir, daß die Herren Geistlichen zu D—b—ch, B—b—rg, und B—k gar **Nichts** in der Sache thaten, und daß der Herr Geistliche zu E. am H. die ganze Sache dem Gemeindevorsteher überließ. Anders war es zu Lentersheim. Nachdem der dortige Gemeindevorsteher auf Veranlassung des Königlichen Lokalschulinspektors, Herrn Pfarrer Tretzel am Freitag den 15ten Dezember v. J. sämmtliche Gemeindeglieder und Altsitzer durch den Gemeindediener hatte auffordern lassen, recht zahlreich beim nächsten Sonntagsnachmittags-Gottesdienste den 17ten dieses Monats zu erscheinen, um »im höheren Auftrage“ über eine höchst wichtige, religiöskirchliche und rechtliche Frage zu berathen, fanden sich von 95 Gemeindegliedern etliche 50 ein, und der obengenannte Geistliche hielt nun, im Priesterrocke vor dem Altare stehend, an die um ihn Versammelten eine Rede, welche folgende 4 Hauptpunkte enthielt: 1) das Parlament in Frankfurt habe beschlossen, die Schule von der Kirche zu trennen. 2) In den künftigen Staatsschulen solle keine Religion mehr gelehrt, keine Bibel gelesen, kein Katechismus und kein geistliches Lied mehr gelernt werden!? 3) In Zukunft gäbe es nur weltliche, bekenntnißlose (hört! hört!) Staatslehrer, die nur in weltlichen Gegenständen Unterricht ertheilen, nur nach dem Maaße ihrer weltlichen Kenntnisse und Geschicklichkeiten, ohne Rucksicht auf Glauben (hört! hört!) den Gemeinden von der Regierung aufgedrungen würden, so daß an der hiesigen protestantischen Schulstelle leicht ein Jude oder ein Katholik angestellt werden könnte!? Da aber die Gemeinde nicht wollen werde, daß ein Jude oder ein Katholik dem Geistlichen der heiligen Taufe das Wasser aufgieße, so wäre nach dem Gesagten noch ein besonderer Konfessionslehrer nöthig, wodurch neue Kosten für die Gemeinde erwachsen würden. 4) Die Beaufsichtigung und Prüfung der künftigen Staatsschulen durch die bekenntnißlosen Staatslehrer (wie sie Herr Pfarrer zu nennen beliebte,) sey kostspieliger; als die durch Geistliche, indem der Hr. Dekan die Schule umsonst visitire und nur für die Kirchenvisitationen Gebühren bekäme. — Nach weitläufiger Erörterung dieser vier Punkte fragte er, ob Jemand etwas dagegen einzuwenden habe. Von den um den Geistlichen Stehenden ertönte (wie wohl vorauszusehen war) keine Sylbe, und, wäre der dortige Schulverweser aus Penzenhofen gewesen, so würde jedenfalls gar kein Einspruch erfolgt seyn; allein — Der ist nicht aus Penzenhofen! Von der Emporkirche herab fragte er: ob es ihm erlaubt sey zu reden? und, da ihm dies gestattet wurde, sprach er folgende Worte: »Im Namen meiner sämmtlichen Kollegen erkläre ich, erstens, daß die Religion nicht aus der Schule verbannt, sondern daß sie auch fernerhin der erste und wichtigste Gegenstand bleiben solle, und zweitens, daß (der leider sehr unglücklich gewählte Ausdruck) »Trennung der Schule von der Kirche« nichts Anderes heiße, als Befreiung der Lehrer von der Beaufsichtigung durch Geistliche. Darauf gab ihm der Geistliche zur Antwort: „Ja das sagen Sie!“ Nun forderte der Geistliche zur Unterschrift eines bereits verfaßten auf dem Altare liegenden Protokolls auf. Gegen 50 mögen unterzeichnet haben; etliche entfernten sich ohne zu unterschreiben. Fehlende wurden später ins Pfarrhaus beschieden und zur Unterschrift aufgefordert. Ein Gemeinde-Verwaltungsmitglied erschien jedoch trotz viermaliger Aufforderung nicht, und ein früheres Gemeindeverwaltungsmitglied, welches zwar erschien, fragte: „Was bin ich schuldig? Ich habe meine Heuzehnten noch nicht bezahlt.“ — Dieß die Thatsache, wie sie uns mitgetheilt worden ist. Im Namen aller Derer, die nicht aus Penzenhofen sind, Hrn. Schulverweser Dannenbauer zu Lentersheim, für seine herzhafte Entgegnung unter freundlichem Gruße unsern wärmsten Dank, mit der dringenden Aufforderung, eine ausführliche Darstellung der Sache zu veröffentlichen! Ueber das Verfahren des genannten Geistlichen lassen wir die öffentliche Stimme richten; das aber erklären wir, daß Alle, die nicht aus Penzenhofen sind, der Erwiderung des Hrn. Dannenbauer von ganzer Seele beistimmen werden. Hrn. Pfarrer Tretzel aber möchten wir hiedurch veranlassen, nachzuweisen: 1) In welchem Beschlusse der Frankfurter Nationalversammlung eine Trennung der Schule von der Kirche ausgesprochen ist? 2) Von wo die Petitionen ausgegangen seyen, welche den Religionsunterricht aus der Schule verbannt wissen wollen, da vom Schulausschusse in Frankfurt gerade das Gegentheil ausgesprochen worden ist? 3) Wie er sich unterstehen könne, eine kgl. Regierung dadurch zu verdächtigen, daß er ihr zutraut, ganz gegen die Beschlusse der Frankfurter Nationalversammlung — nach welchen zur Zeit dieses Vorfalles den Gemeinden das Recht zugesprochen war, aus der Zahl der Geprüften ihre Lehrer selbst zu wählen — Gemeinden **ihre** Lehrer **aufdringen** zu wollen?

4) Ob es wahr ist, daß die bisherigen Distriktsschulinspektoren die Schulvisitationen unentgeldlich abgehalten haben, da doch zur Genüge bekannt ist, daß sie für eine jede 3 fl. Gebühren zu erheben hatten. — Schließlich fragen wir Herrn Pfarrer Tretzel, ob er glaube, daß seine, als eine sehr christlichgesinnt bekannte Gemeinde wohl so schwach seyn wurde, daß sie einen Juden oder einen Katholiken zum Lehrer berufen würde?! Der Gemeinde Lentersheim aber auch rufen wir zu: „Hütet euch vor den falschen Propheten, die in Schafskleidern zu euch kommen — inwendig aber raubgierige Wölfe sind. An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen.“ Denjenigen Gemeinden, welchen es darum zu thun ist, sich über die Trennung der Schule von der Kirche einen richtigen Begriff zu verschaffen (und dieser Vorfall, so wie viele andere der Art beweisen, wie nothwendig dies ist), werden auf das Schriftchen aufmerksam gemacht: »Trennung der Schule von der Kirche. Ein Schriftchen fur Jedermann, so wohl in Städten als auf dem Lande, namentlich auch für Gemeinden, um sich in dieser für bessere Volksbildung so hochwichtigen Sache die nothige Belehrung zu verschaffen.“ Zu haben in Ansbach bei C. H. Gummi. Preis 9 Kreuzer.

Eine Stimme über die Abstimmung im Reichsparlament über die §§. 17—20 der Grundrechte, Schule und Unterricht betreff. Frankfurt, den 27. Septbr. 1848.

Unter diesem Titel finden wir in der katholisch-pädagogischen Zeitschrift: „Der deutsche Schulbote“ herausgegeben von Pfarrer Floßmann zu St. Zeno und Schullehrer Heitzler in Piding, nachstehende interessante Abhandlung, die wir hier **wörtlich** folgen lassen, da erwähnte Schrift vielleicht in die Hände nur weniger Lehrer (protestantischer) kommen wird. (Siehe 3. Quartalheft 1848.) „Wer die Resultate der letzten Abstimmung über die Schulfrage mit Umsicht sich vergegenwärtigt, der möchte wohl in dem Vertrauen irre werden, daß diese Nationalversammlung es sey, welche nach dem Geiste, der sich in einem großen Theil derselben manifestirt, die Geschicke Deutschlands entscheiden werde. Man wüßte nicht bei dem im ganzen Vaterlande herrschenden Tumulte einsehen lernen, daß unsere Zukunft mit unumgänglicher Nothwendigkeit zuletzt doch auf dem Schlachtfelde entschieden werden wird, so mußten die leitenden Prinzien der Feindseligkeit gegen jede moralische Grundlage in der Festsetzung der Grundrechte das deutsche Volk auf diesen Gedanken führen. Oder ist es je erhört und möglich erachtet worden, daß man derartige Beschlüsse nach dem Wunsche der Radikalen sanktionire? — Die Kirche hat in Deutschland, wie in allen Ländern, zuerst die Schulen gegründet und dotirt, und nun erklärt das erste deutsche Parlament ausdrücklich, alle Geistlichen als solche, das heißt, weil sie Diener der verhaßten Religion sind, für ausgeschlossen von der Schule! Wahrhaftig, wir begreifen kaum, wie ein Priester, nachdem er seines Standes wegen hinter alle andern zurückgesetzt seyn soll, noch ferner mit Freude der Schule sich annehmen mag, (die ihm bisher nichts eintrug, sondern nur als ein onus zur Inspektion übertragen war,) wenn dies die Anerkennung für die Mühwaltung des Klerus ist. Wir begreifen schwer, was überhaupt aus den Schulbenefizien werden soll, wenn diese Beschlüsse in der zweiten Berathung auch noch die Genehmigung der Mehrheit finden sollen. Wir wissen nicht, was aus den fondirten Schulen werden soll, da fortan alle Armenschulen aufhören müssen. Damit werden sie schwerlich gesättigt seyn, daß sie nur den Namen „Staatsdiener“ erhalten. Ist dieser Titel nicht selbst im Widerspruche mit der Bestimmung, daß sie von den Gemeinden gewählt werden sollen? Auch das Schulgeld soll aufgehoben seyn; dafür muß natürlich eine neue Steuer erhoben werden, die durch viele vermittelnde Hände geht, und überall Abzug erleidet, bis der Ertrag derselben als Gehalt dem Gemeindelehrer zufließt. Ueberall guckt zuletzt der Alles zu oberst verwaltende und regierende Polizeistaat durch, dessen Vielregiererei man eben als Hemmschuh der »Volkswohlfahrt beseitigt wissen wollte. So führt der Haß gegen die Kirche Alles der unbedingten Leitung des Staates zu, obwohl die Nation vom Drucke des Letzteren gerade durch seine liberalen Vertreter befreit werden wollte.“

Eine Beleuchtung dieses Artikels wird wohl nicht lange auf sich warten lassen!

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Fr. Mayer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 21. Januar 1849. № 21. Sonntag: Agnes.

Deutschland.

Bayern. †* (München, 18. Jan.) Der Wunsch der Linken, nur zwei Fraktionen in der Kammer zu sehen, nämlich eine entschiedene Rechte und Linke, verwirklicht sich leider nicht. Es wird sich nämlich ein Centrum bilden, das bis jetzt hauptsächlich durch Dr. Grießmaier aus Neuburg vertreten ist. Wollen wir sehen, wohin diese Fraktion sich bei Principienfragen neigt! Schlimmes Blut hat bei der Linken die Beanstandung Schmitts aus Nürnberg gemacht. Wahrscheinlich wird Nürnberg den hohen Ruf freiheitstüchtiger Gesinnung wahren und im Falle einer Neuwahl sich konsequent bleiben. Das muß die Ausgabe aller Bessergesinnten seyn. Gehörte Schmitt der Rechten an, würde diese Beanstandung nicht erfolgt seyn, deren Ungrund bei allen Juristen entschieden ist. Dagegen hat Dr. Morgenstern alle Chancen für sich, in die Kammer zu treten. Mögen die braven Franken nicht vergessen, daß jede Stimme für die Sache der Freiheit und des Lichts von Gewicht ist; auf sie und die Pfälzer allein sind die Augen aller Feinde der Reaktion und des Ultramontanismus gerichtet. In der gestrigen 2. Vorberathung der Abg. bei Gmähle wurde bezüglich der Eidesleistung beschlossen, dem Staatsministerium zu erklären, man werde zwar den Verfassungseid ableisten, aber nur in der Ueberzeugung, daß dadurch die Anerkennung der Gültigkeit der Reichsgesetze, insbesondere der Grundrechte nicht ausgeschlossen sey.

(München, den 18. Januar.) Diesen Morgen versammelten sich die HH. Abgeordneten in ihrem Sitzungssaale zur Vornahme der Wahl der sechs dem König vorzuschlagenden Kandidaten für die Stellen des ersten und des zweiten Präsidenten der Kammer. Diese Wahlen zogen sich aber außerordentlich in die Länge, da die Stimmen sich sehr zersplitterten. Doch trat schon in den ersten Ergebnissen so viel hervor, daß die Herren Frhr. v. Lerchenfeld und Hegnenberg-Dux die meiste Aussicht auf Erlangung der absoluten Majorität hatten. So fiel denn auch das erste Skrutin aus. Die Zahl der Abstimmenden betrug 124, die absolute Mehrheit sonach 63 Stimmen. Nur drei Mitglieder erhielten die nöthige Stimmenzahl, nemlich die Herren: 1) Frhr. v. Lerchenfeld 78 Stimmen, 2) Graf v. Hegnenberg-Dux 71 Stimmen und 3) Justus Willich 69 Stimmen. Diese drei Herren sind also gewählt. Nach ihnen hatten die meisten Stimmen erhalten die Herren Forndran 60, Stockinger 58, Müller 51, Binder 50, Rubner 47, Prell 44, Feder 39, v. Scheurl 33. Beim zweiten Skrutin, an welchem abermals 124 Abstimmende theilnahmen, vereinigte nur Hr. Feder (königl. Ministerialrath) die absolute Mehrheit; er erhielt 64 Stimmen, und er ist sonach der vierte erwählte Kandidat für die Präsidentschaft. Nach ihm hatten erhalten die HH. Forndran 62, Stockinger 61, Tinnes 55, Binder 52, Rubner 50. Gegen 6 Uhr Abends wurde zum dritten Skrutin geschritten, welches folgendes Resultat: Zahl der Abstimmenden 120, absolute Majorität 61. Es erhielten die HH. Stockingee 68, v. Scheurl 62. Hiemit waren die 6 Kanditaten also erwählt. Es sind die Herren 1) Frhr. v. Lerchenfeld, 2) Graf Hegnenberg-Dux, 3) Justus Willich, 4) Feder, 5) Stockinger, 6) v. Scheurl. Außerdem hatten im dritten Skrutin noch erhalten die HH. Forndran 57, und Tinnes 50 Stimmen. Die übrigen Stimmen waren zu vereinzelt, um Erwähnung zu verdienen. Hienach dürfte sich auch die Stärke der Parteien, so weit es nach diesen Ergebnissen möglich ist, sie zu ermessen, etwa wie folgt sich herausstellen; Rechte 50, Zentrum 35, Linke 40. Dieses Verhältniß dürfte wohl durch den Umstand, daß noch etwa 17 Abgeordnete fehlen, wenig geändert werden. Morgen wird zur Wahl der Sekretäre geschritten werden. Man glaubt, die Ernennung der Präsidenten von Seite Sr. Maj. des Königs werde im Laufe des Tages morgen erfolgen, und die feierliche Eröffnung des Landtages dann wohl am nächsten Montag stattfinden. (N. Münch. Z.)

(München, den 19. Januar.) Der Reichsrath Frhr. Schenk von Stauffenberg wurde für die Dauer des Landtages zum I. Präsidenten der Kammer der Reichsräthe ernannt; die bei dem Wechsel- und Merkantilgerichte zu München erledigte Stelle des Sekretärs und Taxbeamten wurde dem Protokollisten des Kreis- und Stadtgerichts München M. Schweller verliehen; der Rechnungskammerfunktionär L. Hettersdorf wurde zum Kanzellisten bei der Rechnungskammer ernannt. (N. M. Z.)

†† (Nürnberg, den 20. Januar.) Das jüngste Hochwasser hat einen solch' enormen Schaden und so große Verluste in Nürnberg verursacht, daß die angeordneten Sammlungen für die vom Unglück Betroffenen bei weitem nicht ausreichen, die Zustände dieser Unglücklichen zu erleichtern. Man muß daher bei diesem außerordentlichen Falle auch zu außerordentlichen Maaßnahmen schreiten, und nicht bloß die Hülfe der Nürnberger, sondern aller Bayern, ja von ganz Deutschland ansuchen, wodurch etwas erzielt werden würde, was einen gewünschten Ausschlag geben könnte. Herr Kaufmann Meinecke hat in Verbindung mit den Herren Sämann und Mayer bei dem Magistrate den Antrag gestellt, derselbe möge die Initiative zur Bildung eines Komités geben zum Behuf der Sammlungen von Beiträgen für die durch das jüngste Hochwasser Beschädigten, und Seiner Majestät dem Könige die Bitte vorlegen, die Genehmigung zu diesen Kollekten zu ertheilen. Um zu erfahren, wie viel ein jeder hiesiger Einwohner durch das Hochwasser Schaden gelitten, liegt im Turnariate ein Verzeichniß auf, in welchem Jeder nach Pflicht und Gewissen seinen Schaden constatiren kann. In Anbetracht, daß Nürnberg stets mit thatsächlicher Hülfe bereit war, wenn es galt, fremdes Unglück durch Beiträge zu erleichtern, darf wohl die sichere Hoffnung ausgesprochen werden, daß den Nürnbergern nun der gleiche Liebesdienst wiederfahren wird.

Baden. (Mannheim, 15. Jan.) Man theilt uns so eben mit, daß bei Neckargemünd, an der Stelle, wo sich die Chaussee hinabsenkt, der Neckar dieselbe so überschwemmt habe, daß der in später Nacht daherfahrende Eilwagen sammt den Pferden und dem Kutscher versank und daß die Reisenden sich nur mit Mühe auf die Bäume retten konnten, wo man sie bei Tagesanbruch noch fand und mit Nachen rettete. (D. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 17. Jan.) Die Gegner des Ausschuß-Antrages in der Oberhauptsfrage vereinigen sich, wenigstens von der Rechten und den Centren, in dem Rotenhan'schen Antrag, der ein Reichsdirektorium aus dem Kaiser von Oesterreich und den 5 deutschen Königen, und an dessen Spitze wieder einen Reichsvorstand, der von 4 zu 4 Jahren bald der Kaiser von Oesterreich, bald der König von Preussen ist, vorschlägt. Man glaubt übrigens, daß morgen über §. 1 entschieden ist. Bei der Abstimmung in der österreichischen Frage stimmten von den aus Bayern gewählten Parlamentsmitgliedern für den angenommenen (durch Wulfen modifizirten) Minoritäts-Antrag, also für das Ministerium Gagern: Barth, Bassermann, Bauer, Eckart, Friedrich, Gebhard (aus Hof), Giech, Gombart, Graf, Haudenschmied, Herzog, Krafft, Obermüller, Paur, Quante, v. Raumer, Reitmayr, Rotenhan, Schauß, Schubert, Stahl, Wulffen, Zerzog, Zeltner (ebenso stimmte dafür der in Aachen gewählte Müller aus Würzburg). Mit Nein stimmten: Arndts, Blumröder, Christmann, Eucumus, Cullmann, Döllinger, Eisenmann, Fallmerayer, Geigel, Gulden, v. Hermann, Kirchgeßner, Kleinschrod, Künsberg, Lassaulx, Mayer, Müller (aus Damm), Neumayr, Phillips, Reichardt, v. Schrenk, Schüler, Sepp, Spatz, Tafel, Titus, Umbscheiden, Vogel, Weber. Abwesend mit Entschuldigung waren: Beisler, Burkhardt, Edel, Grunden, Käfferlein, Pötzl, Schlörr, Schmitt, Stöcker, Tbinnes. Abwesend ohne Entschuldigung: Buß, Kolb, Stockinger. (N. W. Z.)

(Frankfurt, den 17. Januar.) Dem großherzoglich badischen Bevollmächtigten ist vorgestern nachstehendes Schreiben vom Präsidenten des Reichsministerrathes zugegangen: „Der Reichsverweser hat von der Erklärung Kenntniß genommen, durch welche Seine königliche Hoheit der Großherzog von Baden den Entschluß ankündigt, sich einem einzigen und selbst erblichen Oberhaupte, wenn ein solches an die Spitze des deutschen Bundesstaates gestellt werden sollte, in den großen gemeinsam deutschen Angelegenheiten nach den Verfassungsbestimmungen, wie sie endgiltig zu Stande kommen werden, unterzuordnen. In dieser hochherzigen Erklärung hat der Reichsverweser mit inniger Freude eine starke Bürgschaft des Gelingens des seiner Obhut anvertrauten Werkes erkannt. Als der erste Vertreter der nationalen Einheit Deutschlands hat er den Unterzeichneten mit dem Auftrage beehrt, bei Seiner königlichen Hoheit den Ausdruck des Dankes zu übernehmen, in welchem das ganze Vaterland übereinstimmen wird. Das badische Fürstenhaus hat sich ein neues und unvergängliches Anrecht auf die Liebe des Volks erworben, indem es seinen Namen einzuzeichnen eilte auf derjenigen Tafel der gemeinsamen Geschichte, an welcher fortan, wenn die Hoffnung der Einigung nicht scheitert, die theuersten Erinnerungen des deutschen Volks haften. Ganz Deutschland wird dem badischen Lande und seinem Fürsten zu dem gegebenen Beispiele Glück wünschen; und was jetzt als ein Opfer empfunden werden mag, dafür wird hoffentlich eine nahe Zukunft weit höheren Ersatz bieten in dem Antheil, welcher den Fürsten Deutschlands an der Kraft und Würde des Ganzen zufallen wird. Die Zeit der Schwäche und Zersplitterung Deutschlands kann nicht die Zeit des ächten Glanzes deutscher Fürstengeschlechter seyn. Der Unterzeichnete bittet den Herrn Bevollmächtigten für Baden, diese Erwiederung zur Kenntniß des Großherzogs zu bringen. Frankfurt am Main, den 13. Januar 1849. (gez.) Gagern. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 18. Januar.) Auch von Tübingen traf eine von den meisten Universitätslehrern und Mitgliedern des Gerichtshofs, von vielen Bürgern und Studenten unterzeichnete Adresse an die Nationalversammlung ein, worin die Uebertragung der Kaiserwürde an Preussen als der einzige Weg bezeichnet wird, auf welchem Deutschland einig und mächtig werden könne. (Frkf. O.-P.-Z.)

°* (Frankfurt, den 18. Januar.) [154. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson] Austrittserklärung K. Liebelts aus Posen, Berichterstattungen für den volkswirthschaftlichen und den Wehrausschuß. Der Reichsministerpräsident Gagern beantwortet zwei Interpellationen, die eine in Betreff der Publikation der Grundrechte in Hannover, die andere in Betreff der Wahl Temme's zum Reichstagsdeputirten. Die hannover'sche Regierung habe schon mehrfache Beweise ihrer Bereitwilligkeit gegeben, den Anordnungen der Centralgewalt nachzukommen, und sie zu unterstützen, so durch die Stellung von Reichstruppen, durch Anbieten matrikularmäßiger Beiträge für die zu gründende Kriegsflotte, Aufkündigung des Handelsvertrags mit Nordamerika, um in den deutschen Zollverein treten zu können. Von den Grundrechten habe nur der §. 33 über Theilbarkeit des Grundeigenthums einiges Bedenken erregt. Das Reichsministerium werde aber Sorge tragen, daß der Beschluß der Reichsversammlung aufrecht erhalten werde, und falls ihn Hannover nicht vollziehe, in Beschwerdefällen demgemäß verfahren. Also muß Hannover an die ungeschmälerte Verkündung, bald wird auch an Bayern die Reihe kommen. Ueber Temme's Wahl will das Reichsministerium noch keine Anzeige erhalten haben. Daß der Hannoversche Bevollmächtigte der Hannoverschen Regierung bei der Centralgewalt die Erklärung gab, die Verkündung der Grundrechte solle auf die Vollendung der Verfassung vertagt, zur Begründung der Verfassung aber der Weg der Vereinbarung gewählt werden, damit erklärte sich der Abgeordnete Groß nicht zufrieden. Darauf kam nach der Tagesordnung Berathung über den Verfassungsentwurf, Abschnitt „Reichsoberhaupt." Barth aus Kaufbeuern erinnert daran, daß der 18. Januar der Tag sey, an welchem Deutschland seine magna

charta erhalten durch die gesetzliche Einführung der Grundrechte. Alle Bedenken müßten weichen, nur ein erblicher Kaiser sey festzustellen.

Eisenstuck aus Chemnitz zieht gegen Stahl aus Erlangen zu Felde. In Bezug auf die Oberhauptsfrage tritt er für den Mayfeldschen Vorschlag ein, so daß also das deutsche Volk über das Oberhaupt des Reichs abzustimmen habe. Der deutsche Zollverein Preussens war nur das Mittel zur Erreichung großer politischer Zwecke. Die Zolltarife dieses Vereins aber — ich muß es endlich einmal von diesem Orte herab erklären — sind seit 1820 in London diktirt worden. Darum wurde keiner der Anträge der deutschen Gewerbtreibenden berücksichtigt, daher lasen wir die neubeschlossenen Zollansätze zuerst in — englischen Blättern. Nun ist in den handelspolitischen Kreisen kein Zweifel darüber, daß nur durch den Beitritt Oesterreichs das Gleichgewicht zwischen dem Süden und Norden hergestellt und damit die Gewähr einer gesunden deutschen Handelspolitik gegeben würde. Ohne Oesterreich haben Sie nur eine Linke und ein Centrum in dieser Frage, keine Rechte. Im August v. J. versammelten sich in Töplitz 69 Vertrauensmänner des deutsch-österreichischen Gewerbsstandes. Sie beriethen dort über den Anschluß der kommerziellen Verhältnisse Oesterreichs an Deutschland, gegründet auf politische Einheit und erklärten sich dafür. Auch von dem gegenwärtigen Handelsminister Oesterreichs erwartet der Redner nur Förderung, keine Hindernisse der Identifizirung des deutschen mit dem österreichischen Interesse, so daß er denn dringend darauf besteht, daß Oesterreich nicht von Deutschland abgetrennt werde. **Welcker** will das Vaterland nicht zerstückeln und keine der deutschen Großmächte vom Reiche ausschließen, daher soll die Oberleitung der deutschen Angelegenheiten zwischen Preussen und Oesterreich sechsjährig wechseln. Nach Welcker's Meinung steht dem Eintritte Oesterreichs in den deutschen Bundesstaat auch gar kein Hinderniß entgegen. Auch nicht nach dem Programm von Kremsier. Was sind kleine Abweichungen von unserer Verfassung, von unserem Heerwesen, die wir den Oesterreichern werden gestatten müssen, gegen den unermeßlichen Vortheil des Zusammenhalts? Das Aufgeben eines theoretischen Krams gegen die lebendige Wirklichkeit, weiter nichts. Wie oft hat Oesterreich für Deutschland gekämpft, ohne das wir nicht blos französisch, sondern sogar türkisch geworden wären! An ein Schutz- und Trutzbündniß denke man, an eine Union der materiellen Interessen? Wen man ausstoße, den verbinde man sich nicht. Es ist eine Täuschung unseres guten Volks, wenn man ihm sagt, Oesterreich könne und wolle nicht zu uns. Nicht blos nicht austreten wolle Oesterreich — es könne sogar nicht bestehen ohne Deutschland, wenn es nicht slavisch werden, wenn es nicht dem russischen Einflusse verfallen wolle. Frei wollt Ihr seyn und wisset nicht gerecht zu seyn! Dies Wort des Franzosen ruft Welcker am Schlusse denjenigen in der Versammlung zu, die Deutschland von Oesterreich ablösen wollen. **Wernher** von Nierstein für den erblichen Kaiser. **Lassaulx** aus München will den katholischen Kaiser von Oesterreich zum deutschen Kaiser haben, er will aber auch die großen Feldherrn mit haben. Er ist für ein Direktorium, durch das er die wirkliche Macht Deutschlands zu begründen hofft. Schluß der Sitzung gegen 3 Uhr; nächste Sitzung morgen.

Oesterreich. (Wien, 13. Jan.) [Reklamationen eines ungarischen Offiziers.] Der Einsender dieses, der am 2. d. M. Pesth verlassen, findet bei seiner Hieherkunft, daß die Bulletins der österreichischen Armee nicht allein übertrieben, sondern auch mit groben Unwahrheiten ausgeschmückt sind; er hält es daher für seine Pflicht, besonders über das 14. Armee-Bulletin Folgendes zu berichten: Es heißt nämlich im 14. Bulletin des Feldmarschallieutenant v. Welden: von Seiten der Chevauxlegers seyen viele Gefangene gemacht und außerdem den Feinden 1000 Gewehre nebst 6 Mörsern rc. und der polnischen Legion 10,000 Dukaten in Gold abgenommen. In Letzterem kann ich nur eine grobe Unwahrheit erkennen, da bisher die Einrichtung getroffen war, daß den betreffenden Kommandanten eine Vollmacht gegeben wurde, bei den Komitats-Kommissären das Nöthige an Geld u. s. w. zu erheben; jedoch nahmen jene selten mehr als höchstens einige tausend Gulden in Empfang, und zwar nur in ungarischen Banknoten. Dukaten aber wurden nie, unter keiner Bedingung, weder an Militär- noch an sonstige Beamten verabfolgt, sowie man in der Münze weder gegen ungarische noch österreichische Banknoten, sondern nur gegen Silber Dukaten auswechseln kann. — Soviel mir ferner bekannt, befehligte Schlick nur 2 bis 3 Divisionen Chevauxlegers. Weltbekannt ist indeß die Tapferkeit der ungarischen Husaren, sowie der polnischen Legionäre; und da diese jedenfalls den Rückzug gedeckt haben, so ist eine Erbeutung von 1000 Gewehren und 6 Mörsern höchst unwahrscheinlich; die erbeuteten Gewehre rc. können nur solche gewesen seyn, welche die National-Garden in Kaschau und Umgegend freiwillig abgaben. Daß übrigens die Operation gegen Schlick nicht nach Wunsch ausfiel, dürfte wohl viel dem säumigen Verhalten des Kriegs-Ministers Meszaros zuzuschreiben seyn, dessen Aufrichtigkeit und Ergebenheit für die ungarische Sache in der letzten Zeit in Pesth von Vielen in Zweifel gezogen wurde. Die weitere Berichtigung des 9. Bulletins betreffend will ich gerne zugeben, daß von der Infanterie nur 50—60 Mann durch Moor zurückgegangen sind; indem das 8000 Mann starke Perczelsche Korps von einem numerisch mehr denn 3fach, namentlich durch Kavallerie und Geschütze überlegenen Feinde angegriffen und zerstreut wurde. Jedoch schon am 1. Januar sammelte es sich im Hauptquartier bei Ofen, und nach Aussage des Armee-Kommissärs ergab es sich, daß Perczel bis dahin etwa 800 Mann vermißte. Die Gefangennehmung des Generals Moga, die in den Zeitungen mit großem Geschrei angekündigt worden, wird gewiß Niemand für eine Heldenthat ansehen können, wenn er weiß, daß Moga des Verraths beschuldigt, seinen Abschied erhielt, und derselbe es nur der Milde der Regierung verdankt, nicht erschossen oder erhängt worden zu seyn, worüber das Volk nicht wenig unzufrieden war. Es blieb ihm daher keine andere Wahl, als sich den Oesterreichern zu überliefern, in deren Interesse er den Verrath übte oder mit nach Debreczin im Innern Ungarns zu gehen, wo er die sichere Aussicht hatte, der Volks-Justiz anheimzufallen; außer diesem Moga waren mehre andere Generale in Pesth, die zwar wie alle pensionirte österreichische Offiziere und Beamte, von der ungarischen Regierung ihre volle Pension empfingen, aber in der Armee nicht verwendet wurden, weil man von ihrer schwarzgelben Gesinnung zu fest überzeugt war, und dürfte es nicht zu verwundern seyn, wenn diese in den Bulletins als Gefangene pompbaft angekündigt würden. Schließlich kann ich nicht umhin, über den Erfolg des General Bém in Siebenbürgen zu veröffentlichen, daß nach einem Schreiben desselben vom 26. December v. J., welches in meiner Gegenwart Kossuth übergeben und von ihm vorgelesen wurde, Bém die Oesterreicher in die Flucht gejagt, und soviel ich mich entsinne, 2 Divisionen Kavalerie, 1 Bataillon Infanterie nebst 6 Kanonen genommen, sowie die zuverlässige Hoffnung aussprach, binnen 14 Tagen Herr von Siebenbürgen zu seyn, wovon die österreichischen Bulletins jedoch klüglich schweigen. Ueber die Beweggründe des Rückzuges der ungarischen Armee werde ich nebst vollständiger Widerlegung der lügenhaften Gerüchte über Kossuth und der Stimmung der ungarischen Nation nächstens mehr mittheilen. „Den Freunden der Freiheit aber möge zur Beruhigung dienen, daß man in Ungarn nicht den Muth verloren, im Gegentheil die Ueberzeugung hegt, daß der Absolutismus der Habsburger gerade dort sein Grab finden werde. Ein Deutscher, Offizier der ungarischen Armee." (A. Oder-Z.)

Oldenburg. (Oldenburg, 15. Jan.) [Strafurtheil gegen die Unteroffiziere. Tagesbefehl.] Bekanntlich ist unsere Staatsregierung auf die Bitte des Landtags um Niederschlagung der Untersuchung der Unteroffiziere wegen der dem Landtage eingereichten Petition nicht eingegangen. Im Gegentheil wurde gegen 15 Unteroffiziere die Spezialuntersuchung wegen Verletzung der militärischen Formen erkannt und den meisten von ihnen das Urtheil publizirt. Der höchste Satz ist — an der Spitze der Präsident des Unteroffizier-Vereins — 6 Wochen und der geringste Satz 3 Wochen Arrest. Die Beurtheilten werden zwar appelliren, es wird ihnen aber wenig helfen. — Ein Feldwebel, der in der letzten Versammlung zur Sprache brachte, daß wohl kein Unteroffizier des Vereins in eine Vacanz eintrete, die in Folge der Untersuchung in dem Korps entstehen würde, wurde gestern von seiner Funktion einstweilen suspendirt und eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet. Ueber diesen Gegenstand, sowie über den jetzigen Stand des Vereins giebt folgender gestern erlassene Tagesbefehl des Generals das Nähere. „Veranlaßt durch eine auf dem Dienstwege an mich gelangte Anzeige über einen Versuch zu einer meuterischen (?) Aufreizung, welche in der Versammlung des Unteroffizier-Vereins von einem seiner Mitglieder gemacht seyn soll, habe ich sofort Disziplinar-Untersuchung anstellen lassen. Das bis jetzt schon zu übersehende Resultat dieser Untersuchung läßt mich zwar erkennen, daß manches Gute und Zweckmäßige vom Verein angestellt worden, daß er aber auf der andern Seite in Richtungen und Bestrebungen hineingerathen ist, die das fernere Fortbestehen des Vereins im Interesse der militärischen Disziplin nicht gestatten. Aus diesem Grunde hebe ich hiemit den Unteroffizier-Verein gänzlich auf und verbiete seine Wiedereröffnung. Den Feldwebel Gerön von der 5. Komp. 4. Inf.-Bat. suspendire ich hiermit bis zur Beendigung der gegen ihn einzuleitenden Untersuchung von der Ausübung der Feldwebel-Funktion." — Somit hätte also wieder ein General eines deutschen Ländchens einen Strich durch den § 30 der deutschen Grundrechte gemacht und zwar in einem Augenblick, wo dieselben eben erst publizirt sind, und das Volk auf die Vollziehung derselben ein eifersüchtiges Auge hat. Das Militär scheint nach den Begriffen des General **Ranzow** nicht zu dem deutschen Volke zu gehören. (Wes.-Z.

Preussen. †*† (Berlin, 17. Jan.) Eine kleine Schrift macht hier Aufsehen zunächst schon durch die geheimnißvolle Weise, in der sie in die Hände gesellschaftlich hervorragender Persönlichkeiten gelangte. Vor wenigen Tagen wurde sie von unbekannter Hand hohen Beamten und Mitgliedern des diplomat. Korps von Paris aus zugesendet. Sie führt den Titel: „An die aufgelöste preussische Nationalversammlung. Stimmen aus Paris." Eine Pariser Handlung (Massue u. Comp., Quai Voltaire) ist als die Verlegerin bezeichnet. Trotzdem lassen nicht nur der Umstand, daß die Schrift aus einer hiesigen Druckerei hervorgegangen und daß sie der Frau Bettina v. Arnim gewidmet ist, sondern auch manche Gedanken und Anspielungen mit Sicherheit darauf schließen, daß Ursprung und Ziel dieser an Berlin gerichteten Stimme aus Paris nicht ebenweit auseinander liegen. Die Schrift, deren Verfasser sich unter der Widmung St. Albin nennt, ist im Wesentlichen eine Schutzrede für die polnische Nation, welcher der Verfasser selbst anzugehören sich das Ansehen giebt.

Der Fürst von der Moskwa, welcher fortan die französische Republik hier zu vertreten bestimmt ist, wird in Kürze erwartet. Manches berechtigt übrigens zu der Erwartung, Herrn Arago diese Stellung bald wieder einnehmen zu sehen.

Die Ankunft des Herrn Milde wird wegen seiner Eigenschaft als Minister a. D. durch den Staatsanzeiger amtlich gemeldet. Herr Gierke, der mit Hrn. Milde gleichzeitig eingetroffen ist, muß es sich gefallen lassen, daß seine Ankunft wie die anderer Sterblicher nur durch das Fremdenblatt zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird. Das Verhalten der Nationalversammlung nach dem 9. November übt sogar auf die sonst gewissenhaft beobachtete Etikette des Staatsanzeigers seinen Einfluß. Auch Hr. Rodbertus, früher gleichfalls Staatsminister, hat dies öfter erfahren müssen.

In dem Wilhelmsstraßenbezirk, in welchem Hr. Rodbertus inmitten der Crème unserer Aristokratie von seinem Urwählerrechte Gebrauch machte, wurde derselbe bei seinem ersten Erscheinen in der vorberathenden Versammlung mit Mißfallsbezeugungen empfangen. Er ließ sich hierdurch jedoch nicht abhalten, an der Konstituirung der Versammlung Theil zu nehmen, und zwar mit dem überraschenden Erfolge, daß die Majorität der Versammlung ihn zum Vorsitzenden wählte.

Die oft allzuscharfen Charakteristiken, welche die „ewige Lampe" den Mitgliedern der Rechten der aufgelösten Nationalversammlung zu Theil werden ließ, hat diese jetzt der Linken vergolten. In den so eben erschienenen „Rückblicken auf die Nat.-Vers. und ihre Koryphäen" wird auf die hervorragendsten Mitglieder dieser Partei Alles, was sich an Schmutz nur zusammenraffen ließ, mit einer Rücksichtslosigkeit geschleudert, die in der parlamentarischen Literatur wohl noch nicht erreicht seyn mag. Waldeck's Wahnsinn, Jakoby's „Judengeist" und „Judenwitz", Reichenbachs Schulden und zerrissene Mannschetten, Rodbertus und Berg's mancherlei Abenteuer sind die Kothwürfe, durch die man dem Volke diese Männer zu verleiden sucht. Natürlich wird es die andere Seite an Erwiderungen nicht fehlen lassen. Die merkantilischen Aventüren des Hrn. Harkort, die politischen Missionen des Hrn. v. Meusebach, die amtliche Laufbahn des Hrn. Mätzke werden uns bereits als die Waffen genannt, mit denen man den Angreifern auf ihr Terraine zu folgen denkt. Ob es gelingen wird, es diesen gleich zu thun, muß dahin gestellt bleiben. Jedenfalls läßt das Lesen dieser „Rückblicke" den Eindruck zurück, als müsse man sich die Hände waschen.

Es wird uns mitgetheilt, daß folgende Personen Aussicht haben, durch den Preussenverein zu Abgeordnetenstellen in Vorschlag gebracht zu werden: für die erste Kammer Geh. Finanzrath Kühne, General v. Wrangel, Baron v. Stockhausen und der Fabrikbesitzer Borsig; für die zweite, Professor Keller, Staatsrath Keibel, Syndikus Möves, Assessor Ulfert, Geh. Rath Dieterici, Baurath Cantian, Kaufmann Devaranne und ein Herr Gebhardt.

Es war gestern das Gerücht verbreitet, man sey bei Hofe auch durch die neuesten Beschlüsse der Stadtbehörde von Berlin noch nicht so weit versöhnt, um ihr die volle Gnade Sr. Majestät zuwenden zu können, es sey deshalb auch, abweichend von einem langjährigen Brauche, weder der Bürgermeister noch der Stadtverordneten-Vorsteher zum Ordensfeste geladen. Eine gestern Abend stattgefundene geheime Sitzung der Stadtverordnetenvers. brachte man mit diesem Gerüchte in Verbindung, man glaubte die Versammlung über die Schritte, um das sie bedrohende Geschick abzuwenden. Wir erfahren jedoch, daß die Einladung heute nachträglich erfolgt ist.

„Konferenz im Handelsministerium, betreffend die Berathungen über den Entwurf einer Verordnung zur Ergänzung der allgemeinen Gewerbeordnung." — Die erste Sitzung der zu dieser Konferenz berufenen Sachverständigen fand heut Vormittag statt. Im Auftrage des Ministers eröffnet der Ministerialdirektor Hr. v. Pommer-Esche die Verhandlung. Er deutete darauf hin, daß den vielseitigen Wünschen und Kundgebungen der Handwerker zu genügen, die Regierung provisorische Verordnungen zur Regelung der Handwerkerverhältnisse zu erlassen beabsichtige. Dieselbe habe indeß Bedenken getragen, das mehrfach gestellte Verlangen nach Wiedereinführung des Innungszwanges zu berücksichtigen. Den gesetzgebenden Kammern müsse überlassen bleiben, schließliche und umfassende Bestimmungen hierüber festzustellen. Hierauf wurde den Deputirten des Handwerksstandes ein „vorläufiger Entwurf einer Verordnung zu Ergänzung der allgemeinen Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845" vorgelegt. Derselbe besteht aus 42 Paragraphen und enthält zunächst (§. 1.) für eine Reihe von Handwerken zu den allgemeinen und maßgebend bleibenden Bestimmungen der Gewerbeordnung die Beschränkung, daß ihnen der Beginn des selbstständigen Gewerbebetriebes nur dann zu gestatten sey, wenn sie entweder in eine Innung aufgenommen sind, oder ihre Befähigung durch das Zeugniß einer Prüfungsbehörde nachweisen. Zu den so beschränkten Gewerben (im Ganzen etwa 70) gehören: die Müller, Bäcker, Fleischer, Schneider, Tischler, Schuhmacher, Schlosser, Riemer u. s. w. Die Zulassung zur Prüfung ist bedingt durch den Nachweis, daß der zu Prüfende das Handwerk innungsmäßig erlernt habe, nach der Gesellen-Prüfung entlassen und seit der Entlassung mindestens 3 Jahre verlaufen. Bei Innungsangelegenheiten, welche die Gesellen berühren, muß diesen gestattet werden, ihre Interessen durch Vertreter (Altgesellen) vor der Innung zur Sprache zu bringen. Es folgen dann die schon früher der Nationalversammlung vorgelegten Bestimmungen gegen das Trucksystem (§ 16 u. ff.) Fabrikinhaber dürfen die Arbeiter nur in baarem Gelde befriedigen (ausgenommen ist Anrechnung des Lohnes auf verabreichte Wohnung, Arzneien u. s. w.), ihnen keine Waaren kreditiren und Forderungen deshalb nicht einklagen. Uebertretungen werden mit 5 bis 500 Rthl. bestraft; die Geldbußen fließen den Kranken- und andern Hülfskassen zu, deren Mitgliedschaft durch Ortsstatuten jedem Gewerbtreibenden zur Pflicht gemacht wird. In gleicher Weise kann die Verpflichtung festgesetzt werden zu andern gemeinnützigen Einrichtungen. (Unterstützung hülfsbedürftiger Gesellen und Fortbildung der Lehrlinge). Der Beitritt und die Beitragspflichtigkeit zwangsweise auferlegt werden. Besonders wichtig ist §. 33. Er lautet wörtlich: „Die Ortspolizei ist ermächtigt, die Bäcker und Verkäufer von Backwaaren anzuhalten, die Preise und das Gewicht ihrer verschiedenen Backwaaren für gewisse von ihr zu bestimmenden Zeiträumen durch einen von außen sichtbaren Anschlag am Verkaufslokale zur Kenntniß des Publikums zu bringen. Dieser Anschlag ist kostenfrei mit dem polizeilichen Stempel zu versehen und täglich während der Verkaufszeit auszuhängen. Ueberschreitungen der erwähnten Taxen werden nach §. 186 der Gewerbeordnung bestraft.

Außerdem wird in den nächsten Tagen ein Entwurf zur Bildung von Gewerbsgerichten vorgelegt werden.

Nach Vorlesung und allgemeiner Erläuterung der ersteren Vorlage wurde die Frage an die Versammlung gestellt: ob sie die vorläufige Erlassung einer solchen Verordnung im Allgemeinen für rathsam halte? Es wurde indeß von mehreren Deputirten der Antrag gestellt, die Berathungen darüber zu vertagen, damit noch erst private Erörterungen und Verständigungen unter den Vertretern des Handwerksstandes über diese unerwartete Vorlage statthaben könnten. In Folge dessen wurde die Sitzung bis zum 19. d. M. Vormittags 9 Uhr ausgesetzt. — Die Vertreter des Handelsstandes, welche soeben ihre Berathungen über Handelsgerichte beendet hatten, wurden von dem Ministerialdirektor zur berathenden Theilnahme an den Verhandlungen der Handwerker eingeladen. —

Die Deputirten der Handwerke erhalten an Diäten während der Dauer der Verhandlungen für jeden Tag: die Meister 2 Rthlr., die Gesellen 1½ Rthl.

Schleswig-Holstein. (Schleswig, 12. Jan.) Das vorgestern verbreitete Gerücht, als sey der König von Dänemark auf Alsen angekommen, hat sich nicht bestätigt. Die geringfügige Kavallerie, welche auf dieser Insel sich befindet, soll dieselbe verlassen haben; dagegen befinden sich sieben Bataillone Infanterie (zu 200 Mann) daselbst, während die übrigen acht zwischen Beile, Kolding und Friedericia stehen. Daß der Antrag des fanatisirten Pastor Grundtwig in der dänischen National-Versammlung auf sofortige Erhebung der Waffen, um Schleswig zu unterwerfen, ein so klägliches Ende erfahren, dürfte eine Folge davon seyn, daß Alsen durch das Eis jetzt landfest geworden, mithin von der schleswig-holsteinischen Armee täglich betreten werden kann. (Wes. Z.)

Von der Oder, den 13. Januar. Schon vor fünf bis sechs Wochen las man in allen Zeitungen, daß von dem allgemeinen Kriegsdepartement in Berlin bereits die Aufträge zu dem Bau von 35 Kanonenbooten an die verschiedenen Schiffbaumeister der Ostseeküste gegeben wären. Allein im Widerspruche damit erfahren wir so eben aus ganz sicherer Quelle, daß bis zum 10. d. M. noch kein einziger Kontrakt mit den Bauunternehmern abgeschlossen war, sondern daß das erwähnte Departement Sommer, Herbst und Winter damit hingebracht hat, die Holzhändler, Schiffbaumeister und Seeleute der Ostseeküste mit nutzlosen Fragen zu quälen, die oft genug Mangel an Sachkenntniß verriethen und belacht wurden. So steht es in Berlin. Ob es in Frankfurt besser steht? Uns schrieb vor Kurzem ein Freund, wie ein dortiger gesagt: Er wolle lieber auf einem Wrack ohne Mast auf offener See treiben, als in Frankfurt Flotten bauen. Wir erwarten in der That auch nicht viel von dort. Was kann man auch von einer technischen Reichs-Marine-Kommission erwarten, in welcher sich, mit Ausnahme der Kapitäne Schröder und Donner, kein Techniker, kein einziger Schiffbaumeister befindet? Wenn wir auch in Deutschland keine oder doch nur wenige Schiffbaumeister besitzen, welche Kriegsschiffe gebaut haben, so haben wir doch deren genug, welche eben so wohl, wie jeder Marine-Baumeister, im Stande sind, die allgemeinen Vorfragen bei Gründung einer Marine zu beantworten. Weshalb hat der Staat junge Leute reisen lassen, um uns Marinen kennen zu lernen, wenn jetzt deren Kenntnisse dem Volke, auf dessen Kosten dieselben gesammelt wurden, nicht zu güte kommen sollen? Weßhalb sind jene 35 Kanonenboote nicht längst gebaut? Warum hat man jene kostbaren Versuche bei der Insel Rügen angestellt, wenn man jetzt, wie wir so eben in der Ostsee-Zeitung lasen, nicht die dort erprobten Boote zum Muster für unsere Küstenflotte nehmen will, sondern drei Entwürfe wählt, welche von Offizieren der Landarmee gemacht sind, welche ihre maritimen Erfahrungen auf der Havel und am Schaafgraben gesammelt haben? Doch was helfen uns zuletzt alle kleinen Boote, wenn wir keine großen Schiffe haben? Ueber den Ankauf zweier großen Dampfschiffe haben wir uns sehr gefreut. Der Amerikaner, Kommodore Parker, welcher jetzt in Frankfurt erwartet wird, ist hoffentlich ein Rough and Ready, der kurzen Prozeß macht, und die Landwasserweisheit über Bord wirft. Denn was soll sonst werden, wenn im Frühjahr der dänische Krieg wieder losgeht? Der Weser Zeitung ward zwar neulich von Frankfurt aus geschrieben, der Krieg mit Dänemark werde nicht wieder der Kampf der Dogge mit dem Fische werden, denn die Dogge hätte inzwischen schwimmen gelernt. Aber ich möchte die Marinekommission nicht in's Wasser werfen, um den Versuch zu machen. (D. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 15. Jan.) Die Toulouner „Sentinelle" vom 10. Jan. bestätigt die von uns gestern gemachten Mittheilungen vollständig. Auch dieses Präfekturblatt behauptet: es wurden ungefähr 10,000 Mann eingeschifft, die dem Papst bei seiner Uebersiedelung von Gaëta nach Civita Vechia als Schutzarmee dienen sollen.

Aus Marseille wird die plötzliche Expedition gegen die Römer auf folgende Weise erklärt: „Die gesammte europäische Diplomatie umschwärmte Se. Heiligkeit in Gaëta, um ihn zu vermögen, energisch gegen die Römer zu verfahren. Man sey endlich übereingekommen, daß er sein Hoflager in Civita Vechia aufschlage und hiefür seyen jene Rüstungen bestimmt.

Aus Toulon wird unterm 10. Jan. gemeldet: die Engländer seyen in Civita Vechia gelandet und hätten dort Garnison bezogen! Der Papst werde daselbst mit jeder Stunde erwartet. Die Besatzung der Engländer sey übrigens nur provisorisch und werde demnächst von den Franzosen abgelöst. So schreibt es eine geheime Uebereinkunft der Großmächte vor.

Der Moniteur veröffentlicht heute die Resultate der indirekten Steuer-Erträge des berühmten Jahres der Ungnade 1848. Laut seiner offiziellen Tabellen nahm der Staatsschatz im Ganzen 530,720,000 Franken an indirekten Steuern ein, wobei die berüchtigte 45 Centimensteuer mit 162,524,000 Franken glänzt.

Man schreibt aus Toulon vom 9 an „La Republique" vom 15.: Nicht unwichtig ist folgende Nachricht, die hiesigen Hafenarbeiter haben sämmtlich eine Protestation unterzeichnet, welche gegen die jüngsten Beschlüsse der Nationalversammlung rücksichtlich ihrer Arbeitsweise gerichtet sind. Sie haben zwei Delegirte gewählt, die auf gemeinschaftliche Kosten morgen nach Paris reisen, um dort die Protestation dem Marine-Minister oder der Nationalversammlung zu übergeben. (Nachschrift) Der Dampfer Liamone hat den Hafen noch nicht verlassen. Es scheint, daß Contre-Admiral Trehouart auch diese dritte Dampferpedition wider befehlige."

Unter den Bäckergesellen (es gibt deren 6000 in Paris) herrscht allgemeine Gährung. Die Meister haben um Militärschutz vor ihren Läden gebeten.

Spanien.

(Von der Gränze Kataloniens, 11. Jan.) Am 7. hatte ein mörderisches Gefecht in der Gegend zwischen Vich und St. Hipolyt statt. Zahlreiche Streitmassen fochten gegen einander; die königlichen Truppen waren von dem General Manuel de la Concha, die montemolinistischen Schaaren von Cabrera in Person befehligt. Sechs bis sieben hundert Mann wurden kampfunfähig gemacht. Die Montemolinisten erlitten die meisten Verluste und wurden in wilde Flucht getrieben. (F. J.)

Asien.

Ostindien. Eine neue indische Ueberlandpost (Calcutta, 7, Bombay, 18. Dez.) meldet den vollen Wiederausbruch des Kriegs mit den Sikh. Die Berichte sind d. d. Multan, 2, Lord Goughs Hauptquartier 4, Lahor 5. Dez. Das brittische Hauptheer, das am 22. Nov. von Ramnaggur aufgebrochen, hatte die Hauptmacht des Feindes unter Schir Singh, deren Stärke zu 30,000 bis 40,000 Mann angegeben wird, über den Tschenab zurückgedrängt, und sofort diesen Strom großentheils überschritten. Dieß geschah aber erst in Folge einiger blutigen Gefechte, in deren einem, in der Nähe von Ramnaggur, die Engländer bei einem ungestümen Reiterangriff, welchen die Sikh muthvoll erwarteten, beträchtlichen Verlust, namentlich an Offizieren, erlitten. General Cureton und Oberst Harvelock sind unter den Gefallenen. Die Sikh scheinen sich mit kühlerem Muthe zu schlagen als im vorigen Krieg. Zwischen den Flüssen Tschenab und Dschelum, im Duab Tschinut, erwartete man eine Hauptschlacht, da die Sikh hier ihre Truppenmassen zusammenzogen. Englische Verstärkungen rückten von allen Seiten nach. General Whish vor Multan war, in Erwartung der aus dem Sind anrückenden Verstärkungen, noch nicht in die Offensive übergegangen. Die von den Engländern abgefallene Besetzung der Stadt Peschawer ist 6000 Mann stark. Major Lawrence, der daselbst kommandirte, soll nicht durch die Flucht entkommen, sondern mit seiner Frau und andern englischen Offizieren von Sultan Mahommed Chan verrätherischer Weise an Tschutter Singh ausgeliefert seyn, der sie in Peschawer gefangen hält, jedoch ziemlich gut behandelt. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Oeffentlicher Dank.

Das furchtbare Unglück, welches vielen von unsern Mitbürgern einen Theil ihrer Habe zerstörte, brachte uns Unterzeichnete in die höchste Todesgefahr. Beschäftigt, um unser Eigenthum in Sicherheit zu bringen, überraschte uns das Hochwasser mit einer Schnelligkeit, daß es uns unmöglich wurde, uns zu retten. Auf den letzten noch übrigen Raum zusammengedrängt, inmitten der immer höher steigenden Fluthen, war der gräßlichste Tod unvermeidlich, wenn nicht zwei wackere, edle Männer, der Rothschmidt Pfuntsch, und der Polirer Junge, uns mit höchster Gefahr ihres eigenen Lebens die heiß erflehte Hilfe und Rettung gebracht hätten.

Unser und unserer Familien heißes Dankgefühl drängt uns, die edle That dieser wackern Männer, so wie der Familie die uns in ihr Haus aufnahm und pflegte, zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Möge Sie der Allmächtige, und das schöne Bewußtseyn, drei Menschen den Ihrigen erhalten zu haben, dafür belohnen.

Nürnberg, den 19. Januar 1849.

Frau Laugenberger nebst Sohn

Joh. Boehmländer, Uhrenschmiedmeister.

Oeffentlicher Dank.

Die Unterzeichnete kann nicht umhin für die Rettung aus Wassersnoth und außerordentlich menschenfreundliche Pflege und liebevolle Sorge, mit welcher am 15. dieses Monats Herr Freiherr von Harsdorf ihrem Sohne in seinem Hause beistand, öffentlich ihren Dank auszusprechen. Möge der Himmel seinen reichsten Segen über ihn und seine Familie sowie über alle, welche ihrem Sohne hülfreiche Hand leisteten, ausschütten und mit dauernder Gesundheit und langem Leben begnaden.

Marie Semann.
und ihre Kinder.

Beachtungswerthe Anzeige.

Meine zur Messe sämmtlich naß gewordenen Waaren, bestehend in: **Leinwand-Weißwaaren,** namentlich **Vorhäng-Stoffen, Stickereien, Schleiern, Spitzen** und dergl. vielen Artikeln, werden nur kommenden Sonntag im Saale des Hrn. Wolfermann, Gastwirth zum Kronprinz von Preußen in Fürth, zu äußerst billigen Preisen verkauft.

Fürth, den 18. Januar 1849.

G. Selling.

Anfrage.

Endesunterzeichneter stellt hiemit die Anfrage, wer von den beiden Einsendern der Berichtigung in No. 17 der Mittelfränkischen Zeitung, und der Erklärung in No. 17 des Nürnberger Kurier Recht habe. Der Gerichtsdiener erklärt die Gefangenen für Wilderer, und der Forstmeister für eine Rotte mit Prügeln versehen; wenn also beide Recht haben wollen, so müßten ja die Leute so dumm seyn, und die Haasen mit Prügeln todtschießen. Ferner ist der Gerichtsdiener so frech, diejenigen für Schurken zu erklären, welche sagen, er habe den Leuten am Klingenhof eine Strafe von 6 Jahren Zuchthaus diktirt, was jedoch der Bauer Eckstein und noch mehrere Augen- und Ohrenzeugen nöthigenfalls beeidigen können, und daß der Gerichtsdiener beim hineinreiten in die Stadt gesagt hat: »ruhig, meine Herren, es ist scharf geladen, es ist scharf geladen«, haben gar viele Bürger mit angehört, und werden es ihm gelegentlich wieder ins Gedächtniß rufen, dennoch ist möglich, daß er auch an diesem Tage keine Ausnahme von seiner gewöhnlichen Lebensweise machte, daher etwas benebelt war und es vielleicht wieder vergessen hat; hat er ja doch geäußert: »heute habe ich den Windischgrätz gemacht.« Uebrigens traut man dem Gerichtsdiener gar nicht zu, daß die oben angeführte Erklärung in No. 17 d. Kurier von ihm herrührt, denn er ist sonst ein ganz harmloser Mann, wenn er auch öfters wiederholt: »Tod und Verderben, ich habe 16 Jahre die Waffen getragen,« so sah man ihn in dem Wirthshaus zum Kreuz auch schon Thränen vergießen, wenn man ihm gehörig zu Leibe rückte, deshalb kann der Schurke von ihm nicht stark alteriren, man weiß im Voraus, daß wenn man es ihm wieder vorhält, er es unter Thränen bereuen wird, daß er diese Aeußerung machte.

Bauer Eckstein
von Klingenhof.

Mandelmaultaschen

empfiehlt täglich frisch zur geneigten Abnahme

Wilhelm Förderreuther,
Conditor am Ecke der Bindergasse.

Wein-Verkauf.

Eine Parthie ganz gute und reine 1846r Frankenweine wird, in Quantitäten zu ½ 1 und mehreren Eimern, zu dem billigen Preise von fl. 20 per Eimer, aus Auftrag verkauft, und Proben davon abgegeben durch

Büttnermeister Riegel im Rathhauskeller.

(Anzeige.) Berliner Pfannkuchen sind alle Sonntage vorräthig bei

Conditor Winter beim rothen Roß.

(Zu verkaufen.) Im Hofe des Zimmermeisters Simon in Gostenhof ist fortwährend billig zu haben Buchen-, Eichen- und Fohren-Brennholz, auch verschiedenes Werk-Holz nebst einigen hundert Bau-Stämmen.

MUSEUM.

Dienstag den 23. dies

Großer Ball.

Anfang 8 Uhr.

Nürnberg, den 10. Januar 1849.

Der Vorstand.

Ausverkauf in Fürth.

Um aufzuräumen werden heute Sonntag am 21. d. Mts. nachstehende überschwemmte Waaren in dem neuen Eckladen des Espermüller'schen Hauses in der Schwabacherstraße in Fürth zu äußerst billigen Preisen verkauft und zwar alle Sorten: Tuche, Buckskins, Westen, Binden, Shlips, Foulards, Leinwand, weiße und farbige leinene Taschentücher, für deren Aechtheit garantirt wird, Shirtings, Doppeltuche, farbige Hemden, Chemisetten, Unterhosen, Unterjacken, und noch viele ähnliche Artikel **kommenden Sonntag und zwar nur bis Abend.**

Lager

von

Bremer-, Hamburger und Havanna-Cigarren

von 16 fl. bis 150 fl. per mille,

amerikanischen Tabacken in Blättern, Rollen und geschnitten

bei

Johs. Demler's Sohn, Gottlieb,

neben der Hauptwache.

Gasthaus zur Eisenbahn,

(vormals Hertleinsgarten.)

Heute Sonntag den 21. d. Nachmittags Produktion von dem Blechseptett des Hn. Sprecher und Kollegen, wozu ergebenst einladet

Entree wie gewöhnlich.

Hofmeister.

Steinbühl.

Heute Sonntag den 21. Januar, Nachmittags 3 Uhr, Große Produktion der 3 Athleten aus Coburg.

Wozu ergebenst einladet

Georg Koch.

Paradies.

Montag den 22. d. gibt es Hasen-Braten, Rehbraten und Stockfisch, wozu ergebenst einladet

H. B. Abam.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Sonntag den 21. Januar »Launige Gesangsunterhaltung« von den steyerischen Sängern Fischer und Runnerl, wozu höflichst einladet

J. Reubauer.

Abends im Wiener Salon.

Großer Masken-Ball im goldenen Adler.

Einem verehrlichen Publikum mache ich die ergebenste Anzeige, daß kommenden Sonntag die sogenannte Karoline-Redoute stattfindet, wozu ergebenst einladet und um einen recht zahlreichen Besuch bittet.

Claud. Braun.

Gasthaus St. Peter.

Sonntag den 21. Januar findet Tanzmusik statt, wozu ergebenst einladet

Kaiser

Liedertafel!

Montag den 22. Januar Produktion. Karten für Fremde sind bei Hrn. Kleining in der neuen Gasse in Empfang zu nehmen Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand.

Rößels Kaffeehaus.

Heute Sonntag den 21. Januar:

Große Produktion der 3. Athleten.

Anfang Nachmittags 5 Uhr.

Einladung.

Heute Sonntag den 21. Januar vorzügliches Doppel-Bier, hiezu ladet ergebenst ein

Hoch in der Tetzelstrasse.

(Empfehlung.) Mit dem Monat Februar beginnt der Tanz-Unterricht in Françaîs, Cotretänze und Tampet, wozu sich empfiehlt

J. R. Lange, Tanzlehrer
Bergtgasse L. Nr 869.

(Zu vermiethen.) In S. Nro. 939 bei der Wunderburg ist die 2. Etage bis Ziel Lichtmeß oder Walburg's zu vermiethen.

Schmiede-Verkauf.

In einem Dorfe, 1½ Stunden von Nürnberg, wird Wohnungsveränderung halber ein Haus mit der darauf haftenden realen Schmiede-Gerechtigkeit aus freier Hand verkauft Bei derselben befinden sich an Grundstücken circa 5 Morgen Aecker, Wiesen und Hopfengärten, und kann das Anwesen entweder mit oder ohne die liegenden Grundstücke abgegeben werden.

In oben benanntem Dorfe befinden sich 51 Häuser, und ist das Schmiedegeschäft mit bestem Erfolg in dem angegebenen Anwesen bisher betrieben worden, indem auch die nahe angrenzenden Dörfer ihre Arbeiten daselbst fertigen lassen

Kaufsliebhaber erfahren das Nähere in der Exped. d. Blattes.

Versteigerung.

Künftigen Montag den 22. Januar 1849 werden im Hause S. Nro. 320 in der Adlerstrasse Silber, Weißzeug, Porcellan, Gläser, Zinn, Kupfer, Messing, Spiegel, mehrere Sofa und Sessel, Schreibtisch, Etagere, überhaupt vieles Schreinzeug, Betten rc., versteigert, wozu Steigerungslustige eingeladen werden.

Masken-Anzüge

für Frauenzimmer sind in der breiten Gasse Nr 507 über zwei Stiegen sehr billig zu verleihen.

(Anzeige.) Ich mache hiemit bekannt, daß ich Fortepianos auf das billigste reparire und auf das beste herrichte, und verspreche reelle Bedienung.

J. D. Friedrich Häring,
Lauferplatz Nro. 1388.

(Einladung) Montag den 22. d. ist Metzelsuppe und Produktion vom Kleeblatt, wozu ergebenst einladet

Mulzer in Wöhrd.

(Anzeige.) Mehrere schöne Maskenanzüge sind billig zu verleihen. L. Nr. 1219 der Mayengasse.

(Zu verkaufen.) Ein schöner Hühnerhund ist zu verkaufen.

(Zu verkaufen.) Ein gutes sechsoctaviges Fortepiano ist billig zu verkaufen? Wo? sagt die Exped. d. Bl.

(Zu verleihen) Ganz neue, sehr schön verfertigte Maskenkleider sind zu verleihen bei Lisette Dewald in der vordern Ledergasse Nr. 260 III. Etage.

(Zu vermiethen.) In der Nähe des Markts ist in der 1. Etage ein möblirtes Zimmer nebst Alkov an einen oder zwei Herren täglich zu vermiethen.

(Zu verleihen) Schöne neue Masken-Anzüge sind billig zu verleihen am Lorenzerplatz Nr. 675.

(Zu vermiethen.) In der schönsten Lage des Hauptmarktes ist ein großer Laden mit Schreibstube sogleich zu vermiethen.

(Gesuch) Ein Lithograph, ausgezeichnet im kalligraphischen Fache wird gegen gutes Salair und dauernde Beschäftigung sogleich anzunehmen gesucht. Auskunft ertheilt die Exped. d. Bl.

(Gesuch) Eine solide Bierwirthschaft wird sogleich zu pachten gesucht. Schriftliche Offerten unter Ziffre A. H beliebe man in der Exped. d. Bl. abzugeben.

(Gesuch.) Zur Mittelfränkischen Zeitung werden in der Albrecht-Dürer-Straße noch einige pünktliche Mitleser vom nächsten Quartal an gesucht.

(Gesuch.) Es werden 300 fl. sogleich auf zweite Hypothek zu 6½ pCt. auf ein halbes Jahr zu entnehmen gesucht.

(Gesuch.) Ein tüchtiger Kellnerbursche wird sogleich in ein hiesiges Gasthaus anzunehmen gesucht.

(Gesuch.) Eine tüchtige Hausmagd wird am Ziel Lichtmeß in Dienst zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) Der Sohn auswärtiger Eltern, welcher 14 Jahre alt und von gesundem, kräftigem Körperbau ist, wünscht hier eine Profession gegen ein mäßiges Lehrgeld zu erlernen; sey es Buchdrucker, Uhrmacher oder sonst ein anderes gangbares Geschäft. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Ein solides Frauenzimmer, welches im Rechnen und Schreiben, so wie in allen andern weiblichen Arbeiten erfahren ist, und auf Verlangen Kaution leisten kann, sucht als Ladenjungfer unterzukommen.

Gefällige Offerten bittet man unter der Adresse M. H. in der Exp. d. Bl. abzugeben.

(Gesuch.) Eine stille Familie sucht täglich oder bis nächstes Ziel ein heiteres Logis in der Nähe des Frauenthors oder Bahnhofs zu miethen. Näheres Nr. 44 in Gostenhof.

(Verloren.) Freitag Abend wurde ein goldner Armring auf dem Wege von St. Lorenzen, Museums-Brücke, schönen Brunnen und Theresienstraße nach dem Aegydienplatz verloren. Der Finder wird gebeten, denselben gegen angemessene Belohnung in S. Nr 764 A abzugeben.

Stadttheater in Nürnberg.

Sonntag den 21. Januar. 1. Vorstellung im 5. Abonnement. Zum Siebentenmale: »Der Pfarrherr« Original-Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Lotterie.

Die zu Regensburg herausgekommenen Nummern:

86 47 31 37 48

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 22 Januar 1849. № 22 Montag: Vincentius.

Deutschland.

Bayern. (München, 19. Jan.) [Kammer der Reichsräthe.] Durch schriftliche Einladung des ersten Hrn. Präsidenten waren die Mitglieder dieser Kammer auf heute Mittag zu einem Zusammentritte eingeladen worden. In derselben wurden zuerst die königl. Ernennungs-Reskripte und Mittheilungen verlesen. Darauf wurde geschritten zur Wahl I. der die Belege der neu eintretenden HH. Reichsräthe untersuchenden Legitimationskommission, II. der beiden Sekretäre, welche die HH. v. Niethammer und Graf August v. Seinsheim traf; III. der drei Kandidaten für die zweite Präsidentenstelle: sie fiel auf die Herren 1) Baron v. Zu-Rhein, 2) Graf v. Reigersberg, 3) Graf Karl v. Seinsheim; IV. der Deputation, welche die Anzeige zu machen hat, daß sich die Kammer der Reichsräthe konstituiren könne; und endlich V. der Kommission für die Prüfung der eingekommenen Entschuldigungen ausbleibender Herren Reichsräthe. In diese Kommission wurden gewählt die Herren Fürst Wallerstein, Graf Arco-Valley und Graf Armannsperg.

(München, den 19. Januar.) [Kammer der Abgeordneten.] Die Wahl der Sekretäre der Kammer wurde diesen Vormittag in einem Skrutinium vollendet. Von 125 Stimmen erhielten Hr. Stadtgerichtsdirektor Meyer von Landshut 71, Hr. Adv. Dr. Grießmayer von Neuburg 69 Stimmen. Die nächste Stimmenzahl erhielten Hr. Anwalt Stockinger (53) und Hr. Dr. Greiner (27). — Der König hat den Abg. Frhrn. v. Lerchenfeld zum ersten und den Abg. Grafen v. Hegnenberg-Dux zum zweiten Präsidenten der Kammer ernannt.

Baden. (Karlsruhe, 18. Jan.) [133. Sitzung der zweiten Kammer.] Der Präsident des Justizministeriums legt einen Gesetzentwurf vor, die Vernahme von Hausuntersuchungen und die Beschlagnahme von Papieren und Briefen betr. Brentano stellt die Frage, warum die Regierung, welche die Grundrechte faktisch anzuerkennen scheine, solche im Regierungsblatte noch nicht veröffentlicht habe, und erhält durch Staatsrath Bekk die Antwort, daß dies im nächsten Regierungsblatte geschehen werde. (Schw. M.)

(Mannheim, den 18. Januar.) Die „Mannheimer Abendzeitung“ vom 1. Dez. wurde wegen zwei Zeilen eines Artikels aus Karlsruhe, in denen der Staatsanwalt „eine Herabwürdigung der Regierung“ erkannte, mit Beschlag belegt. Die inkriminirte Stelle lautete: „Da hat neuerdings der Abg. Häusser Platz genommen, der Mitarbeiter der deutschen Zeitung und unterlegene Gegenfüßler des Republikaners Hagen bei der Parlamentswahl zu Heidelberg, um dessen Willen der wackere Thibaut 14 Tage länger ohne Grund im Kerker gehalten wurde, damit er ihm nicht am Ende auch bei der Durlacher Kammerwahl das Spiel verderbe.“ Gegen die Klage und Beschlagnahme erfolgte von Seiten der Mannh. Abendztg. der Rekurs an das Hofgericht. Die Sache kam am Heutigen zur Verhandlung. Das Gericht erkannte Klage und Beschlagnahme für ungerechtfertigt und verurtheilte die Staatskasse in die Kosten. (M. Abdz.)

Freie Städte. ** (Frankfurt, 19. Jan.) [155. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Simson.] An der Tagesordnung ist die Berathung über den gestern verlassenen Gegenstand „Reichsoberhaupt“. Es sprachen die Abgg. Zimmermann von Stuttgart und Mittermaier über die Oberhauptsfrage, worauf die Berathung geschlossen und dem Berichterstatter Beseler das Wort ertheilt wurde. Bei namentlicher Abstimmung wurde zuerst der Rotenhansche Antrag mit 361 gegen 97 Stimmen verworfen. Der Antrag von Haubenschmidt und Cons. (Direktorium mit von 6 Jahr zu 6 Jahr wechselndem Vorsitz Oesterreichs und Preussens) wurde mit Aufstehen und Sitzenbleiben abgelehnt; eben so das Minoritäts-Gutachten II. (Direktorium aus 5 Mitgliedern mit zweijährigem Turnus zwischen Preussen und Oesterreich). Der Welcker'sche Antrag 6jähriger Turnus zwischen den beiden höchst bevölkerten Einzelstaaten) wird mit 377 gegen 80 Stimmen verworfen. Darauf wird mit Namensaufruf abgestimmt über das Minderheitserachten unter Nro. 1 des Entwurfs: „die Ausübung der Reichsgewalt wird einem Reichsoberhaupt übertragen. Wählbar ist jeder Deutsche“, — wird verworfen mit 339 gegen 122 Stimmen. Eben so fällt (auf dem Wege gewöhnlicher Abstimmung) der Antrag von Spatz auf einen Reichsstatthalter — wählbar ist dazu jeder volljährige Deutsche. — Desgleichen fällt ein Antrag auf verantwortliche Präsidentschaft von Dieskau. Endlich kommt zur Abstimmung durch Namensaufruf der Mehrheitsantrag des Verfassungs-Ausschusses: „Die Würde des Reichsoberhauptes wird einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen.“ Wird mit 258 gegen 211 Stimmen bejaht. Enthusiastischer Beifall von der Rechten und aus der Mitte, Trommeln und Pfeifen links. Nächste Sitzung Montag den 22.

Oesterreich. (Oedenburg, 13. Jan.) In Csorna und Kapuár (4—5 Meilen von hier, in der Richtung gegen Raab) sind neue Bauernaufstände ausgebrochen. Der in Csorna hatte zuerst stattgefunden; zu seiner Dämpfung waren die in Kapuár liegenden Truppen gegen den erstern Ort abgeschickt worden. Kaum waren sie fort, so erhoben sich — Sie sehen, die Sache wird mit System betrieben — die Bauern in der Umgegend Kapuárs. Ein Geistlicher stieß zwischen den beiden genannten Orten auf einen Haufen von etwa 1500 derselben, die mit Knitteln und Mistgabeln bewaffnet (andere Waffen haben sie nicht mehr) gegen Raab zogen. Weiteres konnte ich nicht erfahren, indeß genügt das angeführte Faktum, in Verbindung mit dem, was ich oben über die Stimmung der Landbevölkerung bemerkte, um meine Behauptung zu rechtfertigen, daß die Pacifikation Ungarns keine so ganz leichte Sache sey.

[Reklamation eines ungar. Offiziers.] Als Ungarn durch die Anmuthungen der österreichischen Dynastie gezwungen wurde, zur Wahrung seiner Rechte die Waffen zu ergreifen, besaß es außer den wenigen regulären Regimentern, besonders den Husaren, nur wenige Truppen, auf welche es, selbst nur theilweise rechnen konnte. — Da nun bekanntlich die Bevölkerung Ungarns aus verschiedenen Nationen besteht, und nach den teuflischen Plänen der Kamarilla Ungarn nicht allein von mehreren Seiten angegriffen, sondern auch die verschiedenen Völker und Racen auf alle nur erdenkliche Weise aneinander gehetzt wurden, so war es die Aufgabe der ungarischen Regierung, so viel als möglich diese zurückzuhalten; gleichzeitig aber auch aus den oberen Comitaten, welche größtentheils von Slovaken und Deutschen bewohnt sind, so viel an Mannschaften etc. als möglich herauszuziehen — Daß dieses mit der größten Umsicht, Klugheit und dem besten Erfolge geschehen, ist nicht zu bezweifeln. Die Ungarn haben durch die Befestigung von Preßburg und die Vertheidigung der oberen Gränzen Zeit gewonnen, nicht allein sich im Innern zu organisiren, sondern auch aus de slovakischen Comitaten sämmtliche waffenfähige Mannschaft herauszuziehen, sowie aus den fruchtbaren Gegenden des rechten Donauufers Frucht Vieh und Fourage, was Alles nur zum vierten Theil, und zwar in ungarischen Banknoten bezahlt wurde, nach Komorn zu transportiren. Hierdurch erhielt der Feind eine doppelte Schlappe; indem ihm die Lebensmittel fast gänzlich entzogen und die nöthigen Geldquellen verstopft wurden. Dies findet in den Proklamationen des Windischgrätz auch seine Bestätigung. Windischgrätz confiszirt kaum unter dem Deckmantel der Fürsorge für die durch den ungarischen Krieg Verarmten die Güter der Kossuth-Anhänger; im Grunde geschieht dies aber nur, um dadurch Mittel und Wege zu finden, sich das ihm durchaus fehlende Geld zu verschaffen. Ob dies gelingen wird und die wiener Kapitalisten leichtsinnig genug seyn werden, ihre Gelder hinzugeben, wird die Folge lehren. — Wahrscheinlich wird Windischgrätz — der in Pesth und Ofen kein Mailand hat, und nicht à la Radetzky täglich immense Summen erpressen kann, genöthigt seyn, in den eroberten Comitaten Steuern und Contributionen einzutreiben und dürfte demnach die in den österreichischen Bulletins so prahlerisch angekündigte Sympathie — welche nebenbei gesagt, sich allenthalben zeigt, wo eine feindliche Armee einrückt; da die Einwohner meist es vorziehen, den Einziehenden ein Hoch zu bringen, als von räuberischen Soldaten geplündert zu werden — sich bald in offenen Aufruhr verwandeln. Unter Kossuth, der in jenen Gegenden keine Kräfte zur Eintreibung der Steuern verwenden konnte, und dies auch politischer Rücksichten halber unterließ, waren die Bauern ungemein zufrieden und glücklich: Robot, und Steuerfrei zu sein, sehr bald werden sie sich daher jenes Glück zurückwünschen und auch helfen, es zurückzubringen, wenn Windischgrätz sie auf eine andere Weise glücklich machen wollte; da die Bauern der ganzen Welt sich gleichen, und der Regierung am meisten huldigen, welche die wenigsten Steuern verlangt.

Da es nach dem Gesagten für die ungarische Regierung von Wichtigkeit war, sich die oben angedeuteten Vortheile zu sichern, so durfte sie keine Kosten scheuen, diese zu ermöglichen, und wurde zu dem Zweck: den Feind so lange als möglich außerhalb der Grenzen zu halten, Preßburg befestigt, so wie die oberen Grenzen so viel als thunlich, vertheidigt. — Daß durch die Befestigung Preßburgs der Einmarsch des feindlichen Heeres in die Länge gezogen werden sollte, so wie daß ein ernstliches Behaupten von Preßburg, nach den der ungarischen Regierung zu Gebote stehenden Streitkräften strategisch unrichtig gewesen wäre, wird Jedem, der darüber zu urtheilen vermag, einleuchten. Demzufolge ordnete Görgey, nachdem die österreichische Armee den ernstlichen Angriff begann, den schon früher von Preßburg geordneten Rückzug an, und zog sich in der größten Ordnung mit allem nur Transportablen nach Komorn und Raab zurück. Bei dieser Gelegenheit ist auch die vielseitig angefochtene Tapferkeit der ungarischen Armee gerechtfertigt worden, indem, um eine Störung des Görgey'schen Rückzuges zu verhindern, sich der Brigadier Guyon mit 1700 Mann, zum Theil aus Nationalgarden bestehend, vor dem durchaus nicht zu vertheidigenden Ort Tyrnau gegen Schwarzenberg mit 12,000 Mann auf das Hartnäckigste beinahe einen ganzen Tag vertheidigt, und mit einem Verlust von nur 300 Mann nach der Waag zurückzog. (A. O.)

Preussen. (Berlin, 18. Jan.) Wie alle Jahre wurden auch an dem diesjährigen Krönungs- und Ordensfeste wieder eine Menge Orden und Ehrenzeichen vertheilt, am meisten an Militärs.

†°† (Berlin, den 18 Januar.) Das Ergebniß der hiesigen Wahlen ist bis jetzt noch eben so zweifelhaft, als es in der vorigen Woche war. Die neue Bezirkseintheilung, die von der Discretion des Magistrats allein abhing, die Beschränkungen, welche der Belagerungszustand gebietet, und die indifferente ermüdete Stimmung eines großen Theiles von Wahlberechtigten namentlich im Arbeiterstande entziehen der Wahrscheinlichkeitsberechnung über den eventuellen Ausgang der Wahlen jeden positiven Boden. Die Arbeiter haben sich an den Vorversammlungen bis jetzt zum großen Theil noch gar nicht betheiligt; in einigen Bezirken lassen sie sich durch diese oder jene politische oder sociale Schnulle von einer energischen Betheiligung zurückgehalten. Nicht selten hört man die Aeusserung: Freiheiten haben wir genug, nun wollen wir Etwas „für uns,“ das heißt Brot. In der Gegend des Frankfurter Thores, einem hauptsächlich von Proletariern bewohnten Stadtviertel, hat sich eine große Anzahl in der Marote vereinigt, nur für eine Kammer wählen zu wollen; eine andere Fraktion will keinen Wahlmann durchlassen, der nicht die Verpflichtung übernimmt, Jacoby zu wählen. Eine Vereinigung der demokratisch Gesinnten wird in nicht wenigen Stadtvierteln durch die Weigerung der Bezirksvorsteher (Beamte, die vom Magistrat ressortiren,) die belagerungsmäßige Ueberwachung zu übernehmen, unmöglich gemacht. Kommen sie dennoch zusammen, so erscheinen die Konstabler und fordern die Versammelten auf, „im Namen des Gesetzes“

auseinanderzugehen, ohne Rücksicht darauf, daß „das Gesetz“ die Associationsfreiheit garantirt. — Unzweifelhaft sind nun die Wahlen der Garnison, sie wahlt etwa 70 Wahlmänner, also bei der beabsichtigten Eintheilung 2 oder 3 Abgeordnete.

Aus der Provinz gehen uns folgende Nachrichten zu, nach welchen es scheint, daß dort die Resultate der bevorstehenden Wahlen schon jetzt einigermaßen bestimmter angegeben werden können, als hier. In dem nahe gelegenen Potsdam wird die conservative Partei wohl den Sieg erfechten, für die erste Kammer ist der Fabrikbesitzer Hr. Jacobs, bekannt durch seine großartigen Spekulationen in Magdeburg-Potsdamer-Eisenbahn-Aktien der begünstigste Kandidat. — Der deutschen Handelswelt ist Herr Jacobs zur Genüge bekannt. — In Spandau trat bis jetzt ein Major Hege als Kandidat der konservativen Partei auf, die Aussichten auf den glücklichen Erfolg seiner Kandidatur nehmen jedoch in der neusten Zeit immermehr ab, Prenzlau wird es sich, wie es scheint, nicht nehmen lassen, den konsequenten ehrenhaften Grabow zu wählen. Hr. G. soll auch an andern Orten der Mark Chancen haben. Auch für Hr. Milde wird in Bernau agitirt; man bringt seine Anwesenheit in Berlin mit jenen Agitationen in Verbindung und vermuthet, daß er persönlich in Bernau als Kadidat auftreten werde.

Aus Königsberg schreibt man uns: Die Wahlen werden hier liberaler ausfallen, als das vorige Mal, obschon radicale Kandidaten hier auch jetzt gar keine Aussichten haben. Außer dem frühern Abg. Dr. Kosch ist Justizkommissarius, Keben als Kandidat von der antiministeriellen Partei aufgestellt. So viel sich nach der Lage der Verhältnisse schon jetzt über die Wahlen sagen läßt, dürfte die antiministerielle Partei mit ihren Kandidaten obsiegen.

(Breslau, 16. Januar.) [Geheime konstitutionelle Vorversammlung.] Aus der gestern Abend im Magdalenäum von Herrn Direktor Schönborn veranstalteten geheimen Versammlung, sind wir im Stande, folgende Mittheilung zu machen. Direktor Schönborn ließ sich in nachstehender Anrede vernehmen: Meine Herren! Ich bin aufgefordert, die konstitutionell-monarchisch Gesinnten zu einer Vorversammlung aufzufordern. Sie werden mit mir gewiß darin übereinstimmen, daß wir unserem Könige dafür dankbar seyn müssen, daß er uns eine der freiesten Verfassungen, die in keinem europäischen Staate ihres Gleichen hat, gegeben hat. Nun ist es aber unsere Aufgabe, daß wir nicht wie früher wieder solch schlechte Wahlen treffen, wodurch der König gezwungen war, die Versammlung aufzulösen und uns die Verfassung zu geben. Wir sind ihm übeigens für beides dankbar. Unsere Abtheilung hat 110 Urwähler, wir sind hier 19 anwesend, und wenn jeder von uns nur 3 neue zu der Donnerstag Abend hier stattfindenden Vorversammlung mitbringt, so ist unserer Partei der Sieg gewiß. Sollten Sie nicht alle Angeworbenen mit zur Stelle bringen können, so suchen Sie sich deren Unterschriften zu verschaffen, womit sie sich schriftlich verbindlich machen, nur den beiden Kandidaten, welche wir vorschlagen werden, ihre Stimme zu geben. Jadasson erklärt: Ich bringe 5 Stück mit. Major Hoppe: Ich 11 Stück. Schluß der Sitzung. (Ist das nicht hübsch?) (A. O.)

Sachsen. (Dresden, 17. Jan.) Heute Mittag 1 Uhr wurde die feierliche Eröffnung durch den König in der üblichen Weise vollzogen. Die Thronrede lautet: Meine Herren Abgeordneten! Obwohl zwischen der Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes, auf Grund dessen ich Sie heute um mich versammelt sehe, und dem Schlusse des vergangenen Jahres nur wenige Wochen inne lagen, so ist es doch durch die rasche Förderung des Wahlgeschäfts möglich geworden, in Gemäßheit des §. 116 der Verfassungsurkunde die Einberufung des Landtags noch im Laufe der letzten Finanzperiode zu bewerkstelligen und heute denselben mit Ihnen zu eröffnen. Indessen blieb es immer nöthig, wenn nicht ein Stillstand in dem regelmäßigen Gange der Verwaltung eintreten sollte, wegen Forterhebung der zeitherigen Steuern eine Verordnung zu erlassen, welche Ihnen zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt werden wird. — Es reihen sich daran der Rechenschaftsbericht auf die Finanzperiode 1843/45, eine vorläufige Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben in der Finanzperiode 1846/48, ein Voranschlag der Einkünfte und Ausgaben für das Jahr 1849 und ein provisorisches Finanzgesetz auf das Jahr 1849, welchen Vorlagen im Laufe des Landtags das Budget auf die ganze Finanzperiode 1849/51 nachfolgen wird. Wenn dieses Verfahren nicht allenthalben dem bei frühern Landtagen beobachteten entspricht, so liegt der Grund lediglich darin, daß es unmöglich ist, schon jetzt den Einfluß zu überblicken, welchen die Umgestaltung der deutschen Verfassung sowohl als wesentlicher Theil der Verwaltung des Königreichs auf die Einnahmen und Ausgaben der folgenden Jahre üben wird. — Der gegenwärtige Landtag fällt in einen wichtigen Abschnitt der deutschen Geschichte. Das Verfassungswerk Deutschlands geht seiner Vollendung entgegen, hoffen wie zum Frommen vernünftiger Freiheit, dauernder Einheit und dadurch möglicher Stärke im Innern wie nach Außen. Wie meine Regierung zur Förderung dieser hohen Zwecke, so viel an ihr ist, beizutragen nicht anstehen wird, so rechne ich auch hiebei, meine Hrn. Abgg. auf Ihre Unterstützung, wenn es sich um die nach der Verfassungsurkunde den Kammern zustehenden Mitwirkung handeln wird. — Was die innern Reformen anlangt, so ist die Trennung der Justiz von der Verwaltung bereits grundsätzlich ausgesprochen. Zur Durchführung derselben, so wie zur Erzielung größerer Vereinfachung und dadurch erreichbarer Ersparnisse haben Vorarbeiten begonnen, deren Ergebnisse Ihrer Prüfung werden unterstellt werden. — Abänderungen des Gewerbe- und Personalsteuergesetzes wie der das Pensionswesen regelnden Gesetze haben nothwendig geschienen. Auf die Entwürfe hierüber wird sich Ihre Thätigkeit zu erstrecken haben. — Dasselbe gilt von den Vorlagen, welche wegen Beseitigung mehrerer Grundlasten erforderlich sind. — Umfangreiche Vorarbeiten sind in vollem Gange wegen Umgestaltung des bürgerlichen und peinlichen Rechts und Gerichtsverfahrens, wegen Begründung einer selbstständigen Verfassung der evangelischen Kirche, wegen Verbesserung des gesammten Unterrichtswesens, wegen Revision der Gemeindeverfassung. — Von den seit dem letzten ordentlichen Landtage mit andern Staaten abgeschlossenen Verträgen wird Ihnen gehörige Kenntniß gegeben werden. — Genauere Mittheilung über die zur Vorlage bestimmten Gegenstände wird Ihnen der von mir hierzu beauftragte Staatsminister nachher eröffnen. — Wie ich das Bewußtseyn in mir trage, stets aufrichtig bemüht gewesen zu seyn, auf verfassungsmäßigem Wege das Staatsleben in gesundem Entwickelungsgange weiter zu führen, so werde ich dieses Ziel auch fernerhin zu erstreben suchen. Ich rechne dabei auf Ihre Mitwirkung, und glaube, daß durch gegenseitige Verständigung über die hochwichtigen Fragen, welche Gegenstand Ihrer Berathung seyn werden, den Erwartungen am besten entsprochen werden wird, welche das Land an die gegenwärtigen Kammern zu stellen berechtigt ist. (D. A. Z.)

(Altenburg, den 17. Januar.) Die Einführung des Reichsgesetzes die Grundrechte des deutschen Volks betreffend, ist in dem Herzogthum Altenburg durch Ministerialbekanntmachung verkündet worden. (D.A.Z.)

(Gotha, den 16. Januar.) Die Civilliste unseres Herzogs beträgt nach der neuen Vereinbarung mit Einschluß der auf die Staatskassa übernommenen Ausgaben, jährlich 125,000 Thlr. Außerdem bezieht er aus dem Herzogthume Koburg eine Jahresrente von 30,000 Fl., und will überdies an die hiesige Staatskasse eine jährliche Allodialrente von 28,000 Thlr., nöthigenfalls im Rechtswege, geltend zu machen suchen. Erwägt man nun, daß das Herzogthum Gotha nur 101,000 Einwohner zählt, daß seine sämmtlichen Einkünfte jährlich etwa 700,000 Thlr. betragen und daß seine Schulden in den letzten Friedensjahren zu einer Summe von $2^1/_2$ Mill. Thlr. angewachsen sind (im Jahr 1827 bestand der Passivkapitalstock der herzogl. Kammer in 536,002, im Jahr 1848 aber in 1,143,043 Thlr.): so erreicht die obige Bewilligung fast das höchste Verhältniß, welches zwischen Staatseinnahmen und Hofhaltungsaufwand irgend existirt. Wenn man dagegen erwägt, daß dieser Aufwand, der durch die Verwandtschaft mit den berühmtesten Regentenhäusern Europas, durch zwei getrennte Hofhaltungen (zu Koburg und Gotha) und durch eine übergroße, meist aus früherer Zeit vererbte Hofdienerschaft zu einer die Kräfte unsers kleinen Landes weit übersteigenden Höhe gewachsen ist, im vorigen Jahre 218,762 Thlr. betrug (während noch im Jahr 1836 nur 101,147 Thlr.) und daß lediglich drei Ausgabeposten, die der Herzog zu bestreiten hat (Hoftheater 24,000 Thlr., Hofkapelle 11,000 Thlr., Hofdienerschaft 64,000 Thlr.), die ganze Civilliste consumiren: so reichen 100,000 Thlr. bei weitem nicht aus, um die Kosten der herzogl. Haus- und Hofhaltung zu decken. (D. A. Z.)

Würtemberg. (Stuttgart.) Zur Feier der Erlangung der Grundrechte des deutschen Volks und zum Dank gegen Se. Maj. für die unverweilte Verkündigung derselben rückt die gesammte Bürgerwehr Sonntag den 21. d., Vormittags 11 Uhr, vor Sr. Maj. auf dem Schloßplatz aus. (Schw. M.)

Dänemark.

(Kopenhagen, 13. Jan.) Offizielle Mittheilungen in der Berlingischen Zeitung, in Antwort auf die jüngste Note des deutschen Reichsministeriums, zeigen, daß Dänemark auf allen seinen Ansprüchen wegen Alsen und Arroe beharrt. Die neulich besprochene Räumung von Alsen reducirt sich auf einen bloßen Truppenwechsel.

Frankreich.

† (Paris, 17. Jan.) De Persigny, der Vertraute Bonaparte's, ist mit geheimen diplomatischen Aufträgen nach Deutschland abgereist.

Das „Univers“ veröffentlicht heute den Bannfluch des Papstes gegen seine lieben Unterthanen. Er scheint aber wenig zu fruchten, denn aus den neuesten Berichten aus Rom riß ihn das Volk von den Kirchthüren und warf die Kardinäle in effigie in die Tiber.

Die Bäcker-Revolte ist leider noch nicht zu Ende. Da sich die Gesellen den harten Bedingungen der Meister nicht fügen wollten, so treibt man sie wie tolle Hunde aus der Stadt und eventuell über die Landesgränzen. Dieses Verfahren rief neue Gräuel hervor und wie man hört, will das Ministerium erst jetzt eine neue Bäckerzunfteinrichtung treffen lassen, die den Rechten der Gesellen besser entspreche.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Montagsblatt

zur Mittelfränkischen Zeitung.

№ 3. Nürnberg, 22. Januar. 1849.

Abschied eines aus dem Canton Bern Verwiesenen.

Das Fürstenbanner überwacht
Der Schutt zerstörter Städte
Und jede Fahne kommt zu spät,
So wild sie auch die Rache bläht,
Daß sie die Freiheit rette.
Zu spät — ihr hehres Zeichen sank
In jenen Schreckenszeichen
Und selbst erbleichend sahst auch Du
O Schweiz ihr Bild erbleichen.

Was aber thatst Du, daß ihr Stern
An Deinem Himmel bleibe?
Er sank vom Volk gekrönter Herrn
In Dein Gebiet, doch selbst dein Bern
Benützt ihn nun als Scheibe
Und legt den Diplomatenpfeil
Auf Deinen Heldenbogen
Aus dem es gute Schützen wohl
Doch keinen Tell gezogen.

Das Land, in dem der Adler kreist,
Wird auf den Wunsch der Eulen
Von einem Späher rings durchreist,
Der schnoppernd auf den Felsen weilt
Um die die Hunde heulen;
Das Volk was einst die Axt ergriff,
Daß es den Stammbaum fälle,
Was einst die Vögte niederschlug —
Jetzt fängt es auf die Teile.

So helfe denn der Alpensohn
Die Freiheit überlisten,
Er füge denn um Sündenlohn
An's blut'ge Schwert der Reaktion
Den Stock des Polizisten.
Doch legt sich selbst die freie Schweiz
Dem Mörder Wien's zu Füßen —
Pflanzt Ihr den Hut des Geßler auf;
Heißt nicht daß wir ihn grüßen.

Heißt nicht daß wir um ein Asyl
Das Lebensziel verrathen!
Wer nie verkäuflich und servil
Vor Gottes Gnaden niederfiel,
Er lernt auch Eure Gnaden

Auch Eure Herrn und ihre Huld
Entbehren und verachten,
Die ihm für ihren Götzendienst
Die liebsten Götter schlachten.

Thut was Ihr könnt, thut was Ihr müßt
Wenn's Euch verwehrt zu wählen;
Verkauft die Braut die Ihr geküßt,
Und drängt sie hin aufs Blutgerüst,
Die Euch zu Brüdern zählen
Drängt uns zurück bis uns das Schwert
Der Fürsten rücklings meuchelt,
Und seht, daß wie das treu geliebt,
Was Ihr zu lieben heuchelt.

Was liegt an uns — wir werden kaum
Zu unsern Zielen fliegen;
Vielleicht ein Sturm bricht unsern Baum
Schlägt unsern Wogenzug zu Schaum
Doch unsre Brüder siegen.
Dann aber weht der große Tag
Den Aar um Eure Fahnen
Und es erstickt der Fluch der Zeit
Den Segen Eurer Ahnen!

Dr Alfred Michel.

Ein Geheimniß.

(Fortsetzung.)

»Stephanie hier!« sagte er mit wildem und spöttischem Lachen, „Stephanie!... Die tugendhafte und ehrbare Stephanie, . . . die brave und treue Gattin, die ohne Zweifel Zeuge meines Todeskampfes seyn will, um sich dann auf immer mit ihrem Geliebten zu verbinden. »Bei den Mächten der Hölle!« fügte er mit rauher und vor Wuth bebender Stimme hinzu, „dieses Schauspiel wird ihr für dieses Mal nicht werden; wir werden die Rollen wechseln; . . . denn nicht ich, . . . sie wird sterben!“ . . . .

„Mein Herr!“ sagte die Herzogin, indem sie vor dem Bette auf die Kniee sank, ... »man täuscht Sie, . . . hören Sie mich!«

„Madame,“ antwortete der Herzog, . . . »Worte täuschen oft, . . . aber ich habe etwas Besseres als Worte, . . . ich habe Geschriebenes, . . . Geschriebenes, das Sie ohne Mühe wieder erkennen werden, . . . Briefe, die Sie ohne Zweifel viele süße

Thränen vergießen ließen;... denn sie sind von der Hand Ihres Mitschuldigen ..."

Die Herzogin fühlte, daß sie verloren sey.

„Seit vierzehn Tagen an dieses Schmerzenslager gebannt," fuhr der Marschall fort, „glaubte man, ich liege im Dilirium, so oft ich mit gefalteten Händen bat, man möge mir diese Uniform bringen, die man mir ausgezogen, um meine Wunden zu verbinden; aber heute werde ich die Kraft haben, sie mir selbst zu holen; denn ich bin genug bei Vernunft, um Ihre Schande Ihnen zu beweisen, und wie man wird Sie bestrafen...."

Und nun entspann sich ein schrecklicher, unerhörter Kampf zwischen den beiden Spielern dieses schrecklichen Dramas.

Der Herzog war blutend und fast nackt aus seinem Bette gesprungen und zog die Herzogin nach sich, die sich an seinen Arm klammerte, um ihn zu hindern, den Schemel zu erreichen, auf welchem seine Kleider lagen, und dennoch kam er, trotz der Anstrengungen Stephaniens jeden Augenblick einen Schritt dem Ziele näher, nach welchem ihn seine Wuth und Rachsucht lockten.

Endlich stieß er mit einer letzten wüthenden Bewegung die Herzogin zurück, erreichte den Schemel und zerriß seine Uniform, um sich nur schneller der furchtbaren Papiere zu bemächtigen. Als er sie ergriffen, näherte er sich der Lampe und rief, indem er bei ihrem Anblicke einen Schrei der Wuth ausstieß:

„Bei der Hölle! Die Schurken haben mir meine Briefe geraubt und meine Geldpapiere gelassen!..."

Der Paroxysmus des Zorns war so heftig in dieser durch die Gewalt des Fiebers und der Aufregung erschöpften Natur, daß der Herzog ohne Bewußtseyn und wie vom Blitz getroffen zu Boden stürzte.

Außer sich, fast wahnsinnig, floh die Herzogin aus der Hütte.

Wenige Augenblicke später belebte die Kälte des Bodens, auf dem der Herzog ausgestreckt lag, seine Sinne wieder.

Er warf ungewisse und unruhige Blicke um sich und fragte sich, ob Alles, was eben vorgegangen, nicht ein abscheulicher Traum gewesen. Aber der Anblick der zerfetzten Uniform, wie der Papiere, die um ihn herum lagen, gaben ihm bald die Ueberzeugung der grausamen Wahrheit.

Seine festgeklemmten Finger hielten ein Stück eines Briefes, den die Banditen zerrissen hatten, als sie ihm seine werthvollen Papiere zu entreißen glaubten.

Der Herzog brachte es seinen geschwächten Augen näher und las folgende Worte:

„Place Beauvau, Hotel de Monteran. — Dort allein wird man den Schlüssel zu unserem undurchdringlichen Geheimniß finden!...."

„Noch ist nicht Alles verloren!" rief der Marschall.

In diesem Augenblick hörte man das Geräusch eines Wagens, der sich schnell von der Hütte entfernte.

15.

Ein doppeltes Gebet.

Drei Monate waren seit der Vermählung des Fräulein von Monteran mit dem Fürsten Odoart Metzerski verstrichen, und seit dem Tage dieser Ceremonie hatte die junge Frau nicht mehr von dem Fürsten sprechen hören, der, wie ihr der alte Graf Boromsoff versicherte, nach Rußland zurückgereist war.

Blanche hatte sich leicht an ihr neues Glück gewöhnt. Dieser Luxus, diese Eleganz standen wunderbar mit ihrer ganzen Persönlichkeit im Einklange.

Dennoch erfreute sie sich derselben nur in sehr wenigen Beziehungen; sie verließ ihr Hôtel nur sehr selten, um mit ihrer Mutter und dem Ritter spazieren zu fahren.

Geleitet durch den Rath des vortrefflichen Herrn von Saint-Laurent verwandte sie einen Theil ihrer großen Einkünfte zu guten Werken, die ihr der Ritter jeden Tag ausspürte und zwar mit solch' glühendem Eifer, daß er sich selbst lachend den Leithund der Mildthätigkeit der Fürstin nannte. Bei sich aber nannte er es die Sühne eines großen Vergehens.

Und wenn er manchmal die Bewunderung der jungen Frau für einzelne der Wunderdinge sah, die sie umgaben, dachte er augenblicklich daran, was aus ihm werden würde, wenn sie den Preis, den sie dafür zahlt, kennen lernte.

Dieser geheime Gedanke beschäftigte den armen Ritter ohne Unterlaß; er kostete keine der Annehmlichkeiten seiner neuen Existenz, und wenn er glücklich über dessen Wohlstand war, der seine Freundinen umgab, vergällte ihm gleich darauf ein tiefer Kummer die wenigen Augenblicke des Glückes.

Auf diese Weise lag seine Seele in stetem Kampfe mit den entgegengesetztesten Entzücken. Dank der beständigen Sorgfalt und der Geschicklichkeit des teutschen Arztes, ging eine sichtbare Besserung mit dem Zustande der Frau von Montaran vor.

Die Organe des Gehöres und des Gesichtes machten sich mit jedem Tage mehr von den fremden Körpern frei, die ihre Funktionen paralysirten.

Schon verkündete der Arzt eine neue Heilung der Kranken, der bald auch jene der anderen Leiden folgen würde, und der Ritter, obwohl er mit den Hoffnungen Blanche's vollkommen sympathisirte, fürchtete doch den Augenblick, wo seine Freundin wieder vollkommen im Besitze ihrer körperlichen Fähigkeiten, von ihm Rechenschaft über die Verbindung ihrer Tochter verlangen würde.

Eine Mutter ist so scharfsichtig! Nichts entgeht ihr! Sie ist die zärtliche Vorsehung derer, die ihr das Leben danken!... Selbst die mit den geringsten geistigen Fähigkeiten Begabte wird erfindungsreich, stark und geschickt, wo es sich um das Interesse oder die Zukunft ihrer Kinder handelt!

Wie also sollte er dieser Frau von so hohen geistigen Eigenschaften antworten, wenn der Tag gekommen, an dem sie ihn über den plötzlichen Reichthum Blanche's, über die Ursachen dieser ebenso glänzenden als unerwarteten Verbindung befragen würde?"

Dieser Tag war nahe.

An einem schönen und warmen Juli-Morgen stickte Blanche an einem Fenster in dem Zimmer ihrer Mutter, während Herr von Saint-Laurent aufmerksam einen Artikel des Journal de l'Empire las und Frau von Montaran in ihrem Fauteuil eingeschlafen schien.

Ein leichter Schrei, ausgestoßen hinter dem Rücken der jungen Frau, veranlaßte diese, den Kopf zu drehen. Der Ritter, in seine Lektüre vertieft, hörte nichts.

Mit gen Himmel gerichteten Blicken saß die Marquise da, wie aus einem Traume erwachend, während ihre Lippen glühende Gebete stammelten.

Blanches Herz schlug heftig. War dieser selige Ausdruck in den Zügen ihrer Mutter, dieser, vor kurzem noch so starre.

jetzt von Feuer und Leben strahlende Blick das von dem Arzte versprochene Wunder? ... Sollte Lazarus aus dem Grabe erstehen? ... Sollte die Blinde sehen? ...

Dieser Augenblick der Ungewißheit war von kurzer Dauer.

Mit jenem bewunderungswürdigen Naturinstinkte, mit jenem magnetischen Zauber, der Liebe zur Liebe zieht, ... errieth die Mutter den Platz, den ihre Tochter einnahm. Sie wandte sich lebhaft nach jener Seite, Beider Augen begegneten einander, ihre Arme öffneten sich, und Blanche stürzte an die Brust ihrer Mutter und rief:

„Meine Mutter! ... Meine Mutter! ... Sie sieht mich!"

Und unter Thränen und Küssen hielten sie sich fest umschlungen.

Herr von Saint-Laurent eilte herbei. ... Seine früheren Besorgnisse, seine Angst vor der Zukunft: Alles verschwand vor dieser rührenden und feierlichen Scene, und freudetrunken küßte er die Hand, die seine Freundin ihm bot.

Nachdem die erste Aufregung vorüber war, ließ die Marquise ihre Blicke über ihre ganze Umgebung gleiten, dann schloß sie plötzlich die Augen wieder, als ob die Helle des Tages zu blendend für sie sey.

„Meine Mutter!" rief Blanche beunruhigt, „wäre das nur ein Blitzstrahl des Glückes gewesen! Hätte sie mich nur einen Augenblick gesehen, um mich dann nie mehr im Leben wiederzusehen?

Mit geschlossenen Augen erhob sich Frau von Monteran, und indem sie in jedem Möbel eine Stütze suchte, machte sie langsam die Runde im Zimmer, während sie bedächtig die Wände und alle Gegenstände betastete.

Indem sie dann wechselweise ihre Tochter und den Ritter betrachtete, rief sie:

„Ich glaubte zu träumen, aber ich bin erwacht. Alles, was ich sehe, ist wirklich vorhanden! Ich bin wieder in diesen Gemächern, wie vor zwanzig Jahren, ... wie in den schönsten Tagen meines Lebens!"

Blanche hatte die Bewegungen errathen, die im Herzen ihrer Mutter vorgingen, und während die edle Frau ihre Wanderung vollendete und ihre Entdeckungen fortsetzte, eilte sie zu einem Schreibtische und schrieb auf einen Streifen Papier einige Worte. Dann kniete sie, gleich dem Engel, als ob Moses die Gesetztafeln übergab, zu den Füßen ihrer Mutter und übergab ihr das Papier.

Und diese las:

„Ich bin verheirathet, ... reich, ... Fürstin! ..."

Der Blick der Frau von Montaran belebte sich, ein Gefühl mütterlichen Stolzes durchbebte sie, aber nachdem sie Blanche ein Zeichen gegeben, ihr eine Feder zu reichen, schrieb sie unter das Papier die einfache Frage, in welcher alle Gedanken ihrer Seele zusammenströmten:

„Und glücklich?" . .

Wie ein spitziges Eisen drang diese Frage durch Blanche's Herz; sie machte ein bejahendes Zeichen gegen ihre Mutter und floh, um ihre Thränen zu verbergen

Ach! das arme Kind war so weit entfernt, glücklich zu seyn! ...

Ehe von ihrer Verheirathung die Rede gewesen, war ihr Leben in vollkommener Unkenntniß der süßesten Segnungen dahingeflossen.

Das Wort: Heirath, bei einem jungen Mädchen unzertrennlich von jenen: Liebe und Glück, hatte den Frieden dieser so reinen und ruhigen Seele gestört.

Aber bald hatten die seltsamen Bedingungen ihrer Verbindung, welche diese alles Reizes und aller Hoffnungen auf Glück entkleideten, in den Gedanken Blanche's nur Entmuthigung und Entsetzen zurückgelassen.

In dieser Stimmung hatte sie den Tag ihrer Verbindung erwartet; aber der Anblick des Fürsten, sein edles und sanftes Gesicht, seine theilnehmende und innige Sprache, sein in Form und Ausdruck so zartfühlendes Benehmen gegen sie und ihre Mutter, seine rührende Aufmerksamkeit, die Rücksichten, die er nahm, seine ungemeine Großmuth: Alles hatte in dem Herzen der jungen Fürstin ein Gefühl erzeugt, das ihr selbst unerklärlich war, ein Gefühl der Trauer, des Kummers, der Bitterkeit, und dennoch voller Reiz, welches ihr stetes Gedenken an Odoart mit jedem Tage erhöhte und das nichts anderes war, als die Liebe.

Und diese Liebe war um so gefährlicher für die arme Verlassene, die die Fürstin ohne Argwohn, ja in vollkommener Unkenntniß ihres Daseyns sich allen ihren Empfindungen überließ, ohne sie zu bekämpfen oder besiegen zu wollen.

Auch nicht der kleinste Umstand ihrer Zusammenkunft mit Odoart war ihrem Gedanken entfallen, jedes Wort des Fürsten tönte in ihren Ohren wieder. Dieser Mann, der wie ein wesenloses Trauergespenst in den Kreis ihres Lebens getreten, stand unaufhörlich vor ihr, ihr nahe in jedem der Gegenstände, mit welchen sein ausgesuchter Geschmack sie umgeben hatte.

Kurz, ... Blanche liebte mit jener ersten Liebe der Jungfrau, die so süß und rein ist, daß sie aus Gott entsprungen scheint.

Dieses herrliche Gemach, in welchem Alles von Glück sprach, hallte nur von traurigen Seufzern wieder, ... war nur der Zeuge bittrer Thränen. Die arme Blume, die unter den glühenden Blicken eines Gatten sich jeden Tag schöner entfalten mußte, welkte dahin und starb vergessen im Schatten der Einsamkeit und Verlassenheit. ....

Zu stolz jedoch, den tiefen Gram, der sie verzehrte, ahnen zu lassen, erkünstelte Blanche dem Ritter gegenüber eine Resignation, die ihren alten Freund täuschte und beruhigte.

Er glaubte sie gleichgültig und kalt; denn er verstand die Symptome der Leidenschaft nicht mehr.

Die Theorien des Herzens vergessen sich schnell, wenn man sie nicht mehr ausübt. ... Deshalb gebrauchte die junge Frau, sicher, nicht errathen zu werden, alle ihre Feinheit und ihren ganzen Scharfsinn, — gleich allen Verliebten — um das Gespräch stets auf den einzigen Gegenstand aller ihrer Gedanken zurückzuführen.

Sie zwang durch tausend geistreiche Umwege den guten Ritter, mit ihr von dem Fürsten zu sprechen; aber Herr von Saint-Laurent legte in dieser Beziehung soviel Kälte an den Tag, seine Bemerkungen in Bezug auf Odoart zeigten soviel üble Laune und soviel Widerwillen, daß die arme Betrübte am Ende diesem lieben Spielzeuge ihres kranken Herzens gleichfalls entsagte.

So verflossen drei Monate.

Blanche, indem sie ihre Thränen verbarg und ihre Nächte schlaflos zubrachte, nahm unter den Einwirkungen dieser unseligen Leidenschaft immer mehr ab.

Das Gebet, diese Zuflucht frommer Seelen, brachte ihr keine Ruhe mehr, und nachdem sie am Glücke verzweifelt,

setzte sie selbst keine Hoffnung mehr auf denjenigen, der in allen Leiden dieser Welt Trost gibt.

— — — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — —

Die heilige Woche ging zu Ende und die junge Fürstin hatte erst einmal an den Stufen des Altars ihre Knie gebeugt.

Am Charfreitag wollte sie eine der Pflichten ihres Mädchenlebens wieder erfüllen und sich in die Kirche begeben; aber ihr entmuthigtes Herz fühlte, daß ein viel glühenderer Gedanke, als der an den Himmel, sie selbst im Tempel des Herrn ganz beherrschen würde. . . . Da durchdrang plötzlich eine Idee ihre Seele, die sie mit sanfter Freude erfüllte.

»Ich will für ihn beten," sagte sie bei sich, . . . „aber an der heiligen Stätte, wo Gott uns gesegnet . . . Dort allein werde ich Muth und Andacht wiederfinden."

Einige Augenblicke darauf trat sie in die Kirche Sainte-Elisabeth.

Der Tag neigte sich, und durch die hohen Fenster des Tempels fielen die letzten Sonnenstrahlen auf die auf den Knieen liegenden Gläubigen.

Einige Wachskerzen, fromme Stiftungen, brannten in die finsteren Theile des Schiffes; überall herrschte ergreifende Stille, und der seines heiligen Schmuckes entkleidete Altar verkündete die Trauer der Christenheit, welche den Tod des Gottmenschen beweinte.

Blanche kniete in der Kapelle nieder, welche sie an den ersten und letzten Augenblick ihres Glückes erinnerte.

In ihren Gedanken verloren versetzte sie sich zurück in jenen feierlichen Augenblick, in welchen ihre Hand in jener des Fürsten lag, in welchem sie schwur, denjenigen ewig zu lieben, den sie niemals lieben durfte. Sie glaubte, ihn wieder vor sich zu sehen, seine Nähe zu fühlen, und Odoarts sanfte Stimme tönte noch in ihren Ohren.

Bei dieser Erinnerung entrangen sich ihren Augen Thränen, und ein schmerzlicher Seufzer entwand sich ihrer gepreßten Brust.

Aber . . . war es Täuschung, war es Wirklichkeit, es schien ihr, als ob ein anderer Seufzer Antwort auf den ihrigen gäbe.

Von unsäglichem Schrecken ergriffen, den die Dunkelheit, welche sie umgab, noch erhöhte, erhob sie sich zitternd, warf scheue Blicke nach der Seite, von welcher sie ein Echo ihres Schmerzes zu vernehmen geglaubt, und sah bei dem schwachen Scheine einer Lampe, die ihr mattes Licht über die Kapelle ausgoß, neben sich einen Mann auf den Knieen, der weinte und betete. . . .

Sie wollte sich entfernen, als dieser Mann mit unwiderstehlicher und trauriger Stimme zu ihr sagte:

„Da Gott zum zweitenmal im Gebete diejenigen vereint, deren irdisches Glück er verknüpft, so verzichten Sie nicht auf diese Gemeinschaft im Gebete und lassen Sie unsere beiden Seelen sich in frommen Gedanken vor ihm verbinden.

Blanche hatte den Fürsten Metzecski erkannt, und indem sie stumm und kraftlos auf den Betschemel knieen wollte, fühlte sie, daß sie wankte und das Bewußtseyn verlor.

Der Prinz fing sie in seinen Armen auf.

Indem er rasch den Schleier zurückschlug, der ihre Züge verbarg, betrachtete er einige Augenblicke, hingerissen durch die Schönheit dieses engelgleichen Gesichtes und vergaß in dieser unfreiwilligen Bewunderung den Zustand, in welchem Blanche sich befand.

Bald jedoch gab ihm die entsetzliche Blässe der jungen Frau die Fassung zurück, er setzte sie mit der zärtlichsten Vorsicht nieder, warf sich vor ihr auf die Kniee und ließ sie aus seinem Flacon flüchtiges Salz einnehmen, worauf wieder Leben auf ihre farblosen Züge zurückkehrte

Als Blanche die Augen wieder öffnete, begegnete sie jenen Odoarts, die mit dem Ausdruck der zärtlichsten Unruhe auf sie gerichtet waren.

Die Kirche war fast leer. Die reizende Gruppe in der Dunkelheit verloren, entging den Blicken der wenigen Andächtigen, die noch beteten, und hatte nur Gott zum Zeugen ihrer heftigen Aufregung.

»Sie fühlen sich besser?« . . . sagte Odoart, indem er seine Lippen dem Ohre der jungen Fürstin näherte, damit der erstickte Schall seiner Stimme nicht die Schweigsamkeit des Tempels störe.

„Besser," antwortete Blanche; „ich habe mich niemals so wohl befunden." . . .

Und wie erschrocken über das Geständniß, das ihrer Seele entflohen, wandte sie sich ab, um ihre lebhafte Röthe zu verbergen.

(Fortsetzung folgt.)

Eine schwimmende Eisenbahn! Die große Eisenbahnlinie, welche sich bald an der Ostküste Englands von London bis Aberdeen erstrecken wird, hat ein großes Hinderniß in den beiden die Strecke durchschneidenden Meerbusen Forth und Tay zu überwinden. Man suchte lang nach einem Mittel, die Unbequemlichkeiten zu vermeiden, welche immer damit verbunden sind, wenn Reisende und Güter umgepackt werden müssen. Endlich hat der vor nichts zurückweichende Scharfsinn der Britten einen Plan ausgesonnen, die Eisenbahnzüge quer über den Tay zu führen, da wo er etwa $1\frac{1}{2}$ englische Meilen breit ist. Herr R. Napier baut nach einem Glasgower Blatte gegenwärtig eine schwimmende Eisenbahn für die Edinburg- und Nordbahngesellschaft. Sie wird aus Eisen gefertigt in einer Länge von hundertachtzig und in einer Breite von fünfundzwanzig Fuß. Es liegen drei Schienenreihen nebeneinander, so daß also ein Wagenzug von mehr als fünfhundert Fuß Länge übergesetzt werden kann. Dieses ungeheuere Dampfschiff, welches bestimmt ist Dampfschifffahrt und Eisenbahn in die allerinnigste Verbindung zu bringen, hat eine Maschine von zweihundertfünfzig Pferdekraft. Da aber das Niveau der Eisenbahn zu beiden Seiten um ein beträchtliches über der Wasserfläche des Tay liegt, so werden an beiden Ufern zwei stehende Maschinen angebracht, um die Züge hinunterzulassen und heraufzuziehen.

Redakteur: Maxim Reck. — Druck und Verlag von Wilhelm Tümmel S. Nr 314 am Rathhaus.

Freiblatt

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 23. Januar 1849. № 23. Dienstag: Emerentia.

Deutschland.

Bayern. †* (München, 21. Jan.) Folgendes ist die Anwort, welche der Minister Beißler der Deputation des Märzvereins, welche ihm die Denkschrift betreffs der Grundrechte übergab, ertheilte: »Meine Herren! Ich glaube, Sie greifen durch Ihre Denkschrift in die Kompetenz der Stände. Es steht zwar jedem Verein und jedem bayerischen Staatsangehörigen frei, Anfragen und Petitionen an die Regierung zu richten, und deshalb nehme ich Ihre Denkschrift ohne Anstand entgegen. Glauben Sie mir, meine Herren, Niemand will inniger die Einheit Deutschlands, als gerade die bayerische Regierung (Hört! Hört!) Aber über die Mittel und Wege sind wir verschiedener Ansicht. Die Regierung kann die Grundrechte ohne die Stände nicht promulgiren; sie müssen erst von diesen berathen werden, weil dadurch eine Aenderung der bayerischen Verfassung nothwendig wird, welche, wenn das Ministerium hier ohne die Stände handelte, leicht seine Versetzung in Anklagestand herbeiführen dürfte." Hierauf erwiderte der Sprecher der Deputation Dr. Riedel im Allgemeinen: er glaube, daß von einer Berathung der Grundrechte durch die Stände nicht die Rede seyn könne, sondern lediglich von einer Berathung, wie die §§. der bayer. Verfassung, welche den Grundrechten entgegen stünden, abzuändern seyen. Die Grundrechte seyen ein Gemeingut der ganzen deutschen Nation. Uebrigens glaube er, der Herr Minister werde sicher von den Geschwornen freigesprochen werden, wenn er vor Gericht gestellt werde." Wir wissen also nun, was wir von der bayer. Regierung in Bezug auf die Grundrechte zu erwarten haben; übrigens konnten wir gar nichts anderes erwarten! Rechnen sie noch hinzu, daß (horribile dictu!) gestern ca. 50 Gewerbleute (Deputirte) eine Vorberathung hielten, ob die Grundrechte von der Kammer ohne Vorbehalt anzunehmen seyen, wozu man sich erst nach vielen Debatten entschloß. Dieselben Herren beschlossen auch, in der bayerischen Kammer zu beantragen, daß die im §. 3. Art. I. der Grundrechte erwähnte Gewerbeordnung für ganz Deutschland nicht von der jetzigen konstituirenden Reichsversammlung sondern vom Staaten- und Volkshause berathen und entworfen werden solle.

(München, den 21. Januar.) Der dermalige I. Landgerichtsassessor zu Mallersdorf M. A. Krimm, wurde zum Landrichter in Landau a. d. Isar ernannt, der Landgerichtsaktuar E. Weinmann von Berchtesgaden zum I. Assessor bei dem Landgerichte Straubing, der II. Assessor bei dem Landgericht Amberg F. Micheler, zum I. Assessor daselbst, und der übernommene gutsherrliche Beamte J. Dollacker zum II. Assessor bei diesem Amte. (N. M. Z.)

(München, den 20. Januar.) Frhr. v. Lerchenfeld hat heute das Amt als I. Präsident der Kammer der Abg. nach einer von ihm gemachten Andeutung, jedoch nur vorläufig, übernommen. Ob derselbe es auch für die Dauer des Landtags beibehalten wird, scheint demnach noch nicht gewiß. (N. M. Z.)

(München, den 20. Januar.) Die der Eröffnung des Landtages in üblicher Weise vorangehende feierliche Auffahrt zur Kirche wird Montag Vormittag statthaben, und entweder denselben Mittag oder Tags darauf der Landtag durch den König selbst eröffnet werden. So eben werden nach der noch bestehenden verfassungsmäßigen Vorschrift die Plätze der Abgeordneten im Sitzungssaale durch das Loos vertheilt. In der That wird man sich aber heuer noch weniger als sonst hieran halten, und die fragliche Bestimmung selbst bald möglichst zu beseitigen suchen. Eine sehr wünschenswerthe Veränderung steht bezüglich der Sitzungsprotokolle bevor. Dieselben erschienen bisher so spät — oft erst nach Monaten — daß sie für Privaten und Zeitungen fast werthlos waren. Von Seite des ständischen Archivars sind nun alle Anstalten getroffen, um der Kammer den Druck derselben nach Art der stenographischen Berichte in Frankfurt vorschlagen zu können, und es ist nicht zu bezweifeln, daß hierauf eingegangen werde. (A. A. Z.)

†* (München, den 21. Januar.) Charakteristisch ist die Antwort des Hrn. v. Beisler an die Deputation der Kammer betreffs der Eidesfrage. »Er sagte unter Anderem: er sehe in dieser Erklärung ein Mißtrauensvotum gegen seine Person und werde unbedenklich zurücktreten, wenn dasselbe nur mit 1 Stimme in der Majorität sey. Am Schlusse sagte er (ich verbürge Ihnen das): „er werde wenige Vorlagen an die Kammer bringen können; denn er habe die erste Zeit seines Hierseyns mit Visiten zubringen müssen." Ein sehr naives Geständniß! Wie viel kostet wohl jede Visite des Herrn Ministers dem Lande?!? —

** (Bayreuth, den 20. Januar.) Allgemein verbreiteten Gerüchten zufolge sind Befehle hier angelangt, das neue Schloß und die Eremitage bis Frühjahr in wohnlichen Stand für höchste Personen herzustellen. Sollte dieses Gerücht nicht wieder, wie schon öfters nur aus einzelnen Bau-Genehmigungen entsprungen und demnach ein leeres seyn, so ist es allerdings erfreulich, einmal an einen der ehemals markgräflichen Fürstensitze gedacht zu sehen. Unwillkührlich drängt sich dabei jedoch der Gedanke auf, ob die zugedachte Gnade nicht zugleich eine Lockspeise sey, um unsere durch stete Vernachläßigung sehr deprimirte Bevölkerung für die altbayerisch-österreichischen Bestrebungen des jetzigen Augenblicks zu gewinnen. Obwohl unser Königspaar hier jederzeit mit ungeheuchelter Freude und Liebe empfangen werden wird, so dürfte man sich doch in der angeführten Erwartung sehr täuschen.

Baden. (Mannheim, 19. Jan.) Ein kleines Beispiel von dem enormen Aufwand einer fürstlichen Haushaltung giebt nachstehende Zusammenstellung der Ausgaben, die das badische Fürstenhaus von dem sauer erworbenen Geld des Volkes macht, das wir als Steuern abgeben mußten. A. Der Marstall kostet jährlich 97,103 fl. 39 kr., B. Hofökonomie-Dienst 155,866 fl. 7 kr., C. Kunst-Kabinette 18,795 fl. 35 kr., D. Oberkammerherrn-Amt 5,770 fl, E. Oberhofmarschallamt, Kanzlei 7,915 fl., Oberhofmarschall-Amt Dienst 35,378 fl., F. Schloßbau-Aufwands-Etat 31,232 fl. Auswärtige Schlösser und Häuser 15,778 fl. 39 kr., G. Hof-Orchester 35,400 fl., H. Hof-Gärtnereien-Aufwands-Etat 36,249 fl. 4 kr., I. Garderobe des Großherzogs 2,860 fl., K. Hof-Kirchendienst 4,160 fl., L. Hof-Medizinal-Wesen 8,142 fl. 30 kr., M. Hof-Rechnungs-Kontrolkammer 4,600 fl., N. Zahl-Amt 2,884 fl., O. Fürstliche Kindsstube 2,757 fl., P. Hofstaat der Großherzogin 9,840 fl., Q. Hof-Theater 66,200 fl., R. Hof-Jägermeister-Amt 2,662 fl. 45 kr., S. Pensionen der Hofdiener 124,863 fl. 40 kr., T. Gewehrkammer 300 fl., U. Aeußere Beleuchtung des Schlosses 2,500 fl., V. Reisen, Landaufenthalt und Festivitäten 30,000 fl. im Ganzen 624,300 fl. 44 kr. Aus der Staatskasse erhält der Fürst jährlich 725,000 fl., die Bedarfsumme abgezogen 624,300 fl. 44 kr. so bleiben 100,699 fl. 16 kr. zur Disposition des Regenten und davon gehen ferner noch ab: a) Nachlaß an der Civilliste 35,000 fl. b) Nadelgeld der Großherzogin 10,000 fl. Summa 45,000 fl Rest zur Disposition 55,698 fl. 10 kr.

Die „Republik« knüpft an diese ihre Zusammenstellung noch folgende Betrachtungen: »Ein Land mit 1,300,000 Einwohnern zahlt seinem Fürsten jährlich 725,000 fl. für Marstall, Hofgärten, Hofkirchen, Kindsstuben, Nadelgeld, Jägerei, Festivitäten ꝛc. Das wäre aber nicht das Theuerste, — die Monarchieen müssen auch noch, um sich und ihre Throne halten zu können, zahlreiche stehende Heere für sich haben, die von dem Geld des Volkes bezahlt werden, müssen ein Beamtenheer haben, das jede Regung des Volkes gleich im Entstehen unterdrückt; müssen Zeitungen bezahlen, welche die Einrichtungen, wie sie gegen alle Vernunft bestehen, loben, die dem Volke Sand in die Augen streuen und es zu belügen suchen. Man wundert sich über die wachsenden Steuern, über die vielen Pfändungen Derer, die das viele Geld nicht mehr auftreiben können, man erschrickt ob dem überhandnehmenden Elende und fragt nach dem Grunde. Wir kennen den Grund, er liegt auf der Hand, in den konstitutionellen Monarchien muß das so kommen und kam auch in allen Staaten der Art, die längere Zeit bestanden, so z. B. in England. Darum sagen wir immer wieder: die Republik ist die beste Staatsform, und nur sie kann die Völker glücklich machen.«

Braunschweig. (Braunschweig, den 17. Januar.) [Erklärung Braunschweigs für den König von Preussen als erbliches Oberhaupt.] Dem braunschweigischen Bevollmächtigten in Frankfurt, Legationsrath Liebe, wurde gestern die Instruktion zugesandt: Im Namen des Herzogs von Braunschweig der Reichsgewalt zu erklären, daß derselbe mit Einsetzung eines einzigen und erblichen Oberhauptes für den deutschen Bundesstaat einverstanden und der Meinung sey, daß diese Würde am entsprechendsten auf die Krone von Preussen übertragen würde. Die Grundrechte sind bei uns ohne weiteres Landesgesetz geworden. Niemand hat daran herumgemäkelt; der ständische Ausschuß und die Staatsregierung begegneten sich in preiswürdigem Eifer, die ungesäumte Einführung des großen deutschen Volksbriefes möglich zu machen, Umstände von örtlicher Beschaffenheit erforderten dringend einige besondere gesetzliche Bestimmungen, namentlich zur Ausführung der Paragraphen 8 und 10, über welche heute die gesetzlichen Bestimmungen amtlich veröffentlicht worden sind. Ueberdies sind die Grundrechte den Braunschweigischen Anzeigen beigelegt worden. Man ist hier sich allgemein bewußt, daß die Grundrechte das heiligste Gut der deutschen Nation sind; ihre Einführung wird festlich und würdig gefeiert werden, hier in Braunschweig wie in den übrigen Städten des Landes, und wie wir hören, auch in manchen Dörfern. Bei der Feier wird sich jeder sagen: „Jetzt bist du Glied eines Volkes, deß Grundrechte eine solche Summe von Freiheit feststellen, wie kaum ein anderes Volk sie besitzt. Jetzt mach sie zu deinem lebendigen Eigenthum und trage sie im Herzen."

(Reichs-Ztg.)

Freie Städte. (Frankfurt, 19. Jan.) Gestern ist Commodore Parker, ein erfahrener nordamerikanischer Seemann, hier eingetroffen, von dessen Thätigkeit man sich die glücklichsten Erfolge versprechen darf. Er wird wohl zunächst die von dem Reichsministerium bisher getroffenen Anstalten mit kundigem Auge prüfen und auf die Lücken hinweisen, die sich hie und da noch zeigen möchten. Hoffentlich sind die Vorbereitungen der Art, daß der ehrenwerthe Commodore darin die Veranlassung findet, im Falle der Noth die Anführung unserer jungen Flotte zu übernehmen, womit das Kabinet von Washington, wie wir versichern zu dürfen glauben, sich vollständig einverstanden erklären würde. So viel ist gewiß, daß Deutschlands Handel im Jahre 1849 nicht wieder so schutzlos den dänischen Fregatten Preis gegeben seyn wird, daß das tapfere seegewohnte Volk der Küste, bisher nur der Führer entbehrend, nichts mehr herbeisehnt, als die Scharte des Sommers 1848 auszuwetzen. Möge daher Dänemark die Friedensunterhandlungen nicht länger mit Hinblick auf ein mögliches Zerwürfniß Deutschlands hinhalten; es könnte sich täuschen in dieser stillen Hoffnung und wird Deutschland, jeder unbilligen Forderung gegenüber, ganz gewiß geeinigt finden. Aus glaubwürdiger Quelle geht uns so eben die Nachricht zu, daß auch der Herzog von Nassau geneigt ist, in derselben Weise, wie die Großherzoge von Baden und Darmstadt gethan, sich über die Oberhauptsfrage auszusprechen. Unter diesen Umständen wird die Spannung täglich größer, mit der man der endlichen Erklärung des preussischen Kabinets entgegensieht.

(Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 19. Januar.) Die Oesterreicher scheinen zum Theil wieder auf dem Standpunkt angekommen zu seyn, wo sie sich mit ihrer Regierung solidarisch verbunden dem Ausland, d. h. Deutschland, gegenüber betrachten, sonst hätten sie schon in der Frage über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland, statt gegen die Majorität der Nat.-Vers. und die §. 2 und 3, vielmehr gegen ihr eigenes Ministerium und dessen Erklärung Front machen müssen. Noch mehr müßten sie es jetzt, wo, schlimmer als der eingestandene und offene Absolutismus Metternichs, eine Despotie neben einer Scheinverfassung und einem Scheinreichstag regiert, den man bei seinen Berathungen maßregelt, hinter dem das Ministerium ein Preßgesetz, ein Rekrutirungsgesetz gibt, Zeitungen unterdrückt, Religionsgesellschaften ausschließt, die Lehrfreiheit auf auch unter Metternich unerhörte Weise beschränkt kurz ein Reichstag, der nur eine Steuerbewilligungsmaschine ist. Aber gegen dieses Verfahren hört man keine Beschwerden, ja einem solchen täglich um eine Freiheit verkürzten Staate sollen wir uns unterordnen! (D. Z.)

(Frankfurt, 19. Januar.) Bei der heutigen Abstimmung der National-Versammlung fehlten viele Mitglieder der Linken und es ist somit leicht möglich, daß die Abstimmung über die Kaiserfrage selbst ein anderes Resultat liefert, namentlich daß Viele gegen den erblichen Kaiser sind. (N. W. Z.)

(Lübeck, 13. Jan.) Die Grundrechte des deutschen Volkes sind zwar bis heute noch nicht publizirt, doch wird, sicherem Vernehmen nach, deren Veröffentlichung zu Anfang nächster Woche erfolgen, so daß die durch das Reichsgesetz vom 27. Sept. v. J. vorgeschriebene 20tägige Frist gewahrt erscheinen wird. (Frkftr. O.-P.-Z.)

Mecklenburg. (Schwerin, 13. Jan.) In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenversammlung wurde dem Majoritätsantrage des betreffenden Ausschusses gemäß beschlossen, die mecklenburgische Lotterie abzuschaffen, sobald die darüber gegen den jetzigen Pächter derselben übernommenen Verpflichtungen von der Regierung gelöst werden können. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Schwerin, den 10. Januar.) Die Grundrechte sind heute publizirt. Die Kammer beschloß, „in Veranlassung der kürzlich erfolgten Publikation der Grundrechte des deutschen Volkes an die Herren Kommissarien den Antrag zu richten, daß dieselben die Versammlung schleunigst von den Maßnahmen, welche die großh. Regierungen zur Einführung der gedachten Grundrechte getroffen haben oder zu treffen gedenken, in Kenntniß setzen mögen.“ (Frkft. O.-P.-Z.)

Preussen. †*† (Berlin, 19. Jan.) Ohne daß man belegende Thatsachen dafür anzuführen weiß, ist heute durch die ganze Stadt das Gerücht verbreitet, Graf Brandenburg sey aus dem Staatsministerium getreten, und — Herr Camphausen habe den Vorsitz im Kabinet übernommen. An der Börse schenkte man, was freilich als eine Bestätigung nicht angesehen werden kann — dem Gerüchte vollen Glauben, dessen Einfluß auf das Steigen der Kurse unverkennbar war. Seltsamer Weise läßt das Gerücht nur den Grafen Brandenburg zurücktreten, obschon es unglaublich erscheint, daß Hr. Camphausen mit Hrn. v. Manteuffel in einem und demselben Kabinet Theil nehmen sollte. —

Gestern war in der Stadt viel von einem Krawall unter den früher so oft genannten Rehbergern, den Erdarbeitern vor den Thoren, die Rede. Es hieß sogar, es seyen Soldaten zur Herstellung der Ruhe auf die Arbeitsplätze kommandirt. Ein Theil der Truppen soll auch mit scharfen Patronen versehen seyn.

Der halbamtliche Artikel in der gestrigen Nummer der Vossischen Zeitung, welcher im Einklange mit den Pamphleten der reaktionären Vereine den Volkshaß gegen die Juden zu provoziren die unverkennbar Tendenz hat, hat hier in allen Kreisen mit Ausnahme derjenigen, welche eine derartige Tendenz hegen und begünstigen, die tiefste Indignation erregt. Das Ministerium, aus dessen Bureaus jener Artikel hervorgegangen ist, macht es der jüdischen Nation zum Vorwurf, daß unter den Emissären der Demokratie „die verschmitztesten“ dieser Nation angehören. Abgesehen davon, daß dies noch zu beweisen steht, wäre darauf aufmerksam zu machen, daß auch die Contrerevolution ihre eifrigsten Verfechter diesem Stamme verdankt. Wir nennen nur die Namen Jonas, Leo, Job-Jacoby, With, Beer, und selbst der allergemäßigteste Konstitutionalismus sieht in Männern wie Simson, Heckscher, Veit, Rießer, eine Hülfe, die ungeachtet ihres orientalischen Ursprungs im Interesse des germanischen Ministeriums recht nützlich verwendet wird. —

Wie wir erfahren, wird Herr Arago nach seiner Ankunft in Paris zur Erledigung diplomatischer Angelegenheiten, hauptsächlich wohl in Betreff der italienischen Verwickelungen, eine Mission übernehmen.

Als einer der Kandidaten Schlesiens für die erste Kammer wird der suspendirte Landrath des Kreises Krotoszyn, Herr Bauer, genannt. Seine Bewerbung wird durch den noch immer einflußreichen demokratischen Klub in Breslau unterstützt.

Vor dem Kriminalgericht standen heut fünf Schriftsetzer und Buchdrucker unter der Anklage der strafbaren Arbeitseinstellung und der Verleitung dazu. Die Verhandlung ergab, daß die Angeklagten nur im Auftrage ihrer Gewerbsgenossen (470) gehandelt und für ihre Personen vor der Arbeitseinstellung das Verhältniß zu den Principalen gekündigt hatten. Ihr Vertheidiger, Dr. Stieber, wies mit vielem Scharfsinn nach, daß die eingreifenden Strafbestimmungen der Gewerbepolizeigesetze durch das gesetzlich bestehende Recht der freien Vereinigung unanwendbar geworden seyen. Das Erkenntniß wurde bis morgen Mittag ausgesetzt. Unter den Belastungs-Zeugen befand sich neben andern auch der Kammergerichtspräsident von Strampff, welcher als Mitglied des Lokalvereins eine Verständigung zwischen Arbeitern und Principalen versucht hatte.

Aus der Geh. Oberhofbuchdruckerei ist so eben eine Schrift hervorgegangen, deren officiösen Charakter ausser anderen Indicien schon der Preis (3 Sgr. für 47 Seiten gr. 8) verräth. Hr. Dr. Ludwig Wandrup, Abg. zur deutschen Nat.-Vers. tritt hier gegen die polemischen Schriften der Hrn. Kretz, Rodbertus und v. Kirchmann in die Schranken. Sein Standpunkt charakterisirt sich am besten durch die Bemerkung: »Darum heißt es denn mit Recht: Gegen Demokraten helfen nur Soldaten; — es ist aber eigentlich besser, wenn man statt Soldaten das Wort Männer setzen kann.“

Der Regierungs-Präsident Hr. Wallach aus Königsberg befindet sich hier. Es scheint, als stehe der Zweck der Anwesenheit dieses in seiner Provinz sich einer seltenen Beliebtheit erfreuenden Beamten mit der demselben von gewisser Seite her oft zum Vorwurf gemachten Indulgenz gegen einzelne antiministerielle Vorkommnisse in nahem Zusammenhange.

(Köln, den 17. Januar.) Von dem korrektionellen Tribunal sind der Tapezierer Mauß und der Bäcker Schmitz, welche am 25. Sept. den Rentner Wachter den Händen der Polizei entrissen, von der Beschuldigung, »einen des Hochverraths Beschuldigten mit Gewalt befreit zu haben,“ freigesprochen worden. Thatsächlich wurde von den Angeklagten fast Alles eingestanden, namentlich daß Mauß mit gezogenem Säbel auf den Gendarmeriewachtmeister losgegangen. Dagegen wurde von Seiten der Vertheidigung geltend gemacht, daß gegen Wachter nur ein Vorführungsbefehl vorgelegen, nicht aber ein Verhaftsbefehl, dieser mithin kein détenu im Sinne des Strafgesetzes sey. Dieser Ansicht trat der Gerichtshof bei und wies die erhobene Anklage zurück, indem er die Bestrafung wegen Störung der Beamten bei der Amtsverrichtung vorbehielt. Dieses Erkenntniß ist um so wichtiger, als gewaltsame Befreiung Solcher, die dem Untersuchungsrichter, damit dieser erst über die Verhaftung beschließe, vorgeführt werden sollten, im vergangenen Jahre öfter vorgekommen. Andere Präjudizien über diesen Fall liegen noch nicht vor, und es steht deshalb zu vermuthen, daß die Anklagebehörde Berufung einlegen, eventuell die Sache bis zur Kassationsinstanz verfolgen wird.

Nach längern Debatten haben sich die Mitglieder der demokratischen Gesellschaft, des Arbeitervereins, des Pinsvereins und einer Fraktion des Bürgervereins dahin geeinigt, daß vor der Wahl nachstehender Protest überreicht werden soll: „Die unterzeichneten Urwähler des N. Wahlbezirks der Stadt Köln erklären hiermit, daß sie, indem sie zur Wahl schreiten, nicht beabsichtigen, auf diejenigen Rechte zu verzichten, welche dem preussischen Volke durch die Verordnungen und Gesetze vom März und April v. J. gewährleistet worden sind. Sie ersuchen, den Herrn Wahlkommissär, diese ihre Erklärung dem Wahlprotokolle beizufügen.“ So weit sich bis jetzt die Stimmung der Bevölkerung übersehen läßt, haben Wenige Aussicht, Wahlmann zu werden, die diesen Vorbehalt nicht unterschreiben. Man kennt heute noch immer nicht die Wahlbezirke. (D. A. Z.)

Sachsen. (Dresden, 18. Jan.) Die frankfurter Zeitungen berichten, die sächsische Regierung habe sich nunmehr auch zu Gunsten eines preußischen Kaiserthums ausgesprochen, und berufen sich dabei auf sehr gute Quellen. Wir kennen diese Quellen natürlich nicht, so weit aber die unsrigen reichen, müssen wir jene Nachricht für vollkommen ungegründet erklären. Es verhält sich damit ebenso, wie mit der frühern, später auch als falsch erwiesenen Nachricht, die würtembergische Regierung habe sich für das Kaiserthum des Königs von Preussen erklärt. In der heutigen ersten öffentlichen Sitzung der II. Kammer befanden sich auf der Registrande mehre königl. Dekrete über Finanzgegenstände, darunter eins, die Erhöhung der Grundsteuer um 2 Pfennige von jeder Einheit betreffend. Präsident Hensel schlägt die Wahl einer aus sieben Mitgliedern bestehenden Finanzdeputation zur Begutachtung der eingegangenen Dekrete vor, was einstimmig genehmigt wird. Die Wahl soll morgen erfolgen. Nach Vortrag der Registrande interpellirt Vicepräsident Tzschirner das Ministerium auf Vorlegung des dem Gesandten v. Könneritz hinsichtlich R. Blum's abzufordern gewesenen Rechenschaftsberichts, da die Kammer nicht würdiger ihre Verhandlungen beginnen könne, als mit dem Andenken an Robert Blum. Zugleich wünscht er Auskunft, was in dieser Angelegenheit sonst vom Ministerium geschehen sey. Staatsminister v. d. Pfordten: Der Abgeordnete komme dem Ministerium nur entgegen, da der Rechenschaftsbericht des Gesandten auch ohnedem vorgelegt worden seyn würde; er erwarte nur noch die Abschrift von einigen Aktenstücken aus Frankfurt, deren Abgang ihm bereits angezeigt sey, sodaß er jedenfalls nächste Woche auf die Interpellation werde antworten können. Die Kammer ist damit einverstanden.

Zuletzt erwähnte der Präsident, daß nach der neuen Geschäftsordnung die Kammer in der ersten Sitzung darüber Entschließung zu fassen habe, ob eine Adresse erlassen werden solle oder nicht, und fragte, ob Jemand das Wort darüber begehre. Alles schweigt. Endlich erhebt sich der Abgeordnete Fincke aus Crimmitzschau und stellt den Antrag: „Die Kammer beschließt, unter den obwaltenden Umständen von ihrem Recht, eine Adresse zu erlassen, für diesmal keinen Gebrauch zu machen.“ Der Antrag wird fast einstimmig unterstützt, nur einige Mitglieder der Linken und Rechten erheben sich nicht. Der Präsident fragt, ob Jemand über den Antrag zu sprechen wünsche? Wieder allgemeines Schweigen. Der Antrag wird einstimmig angenommen und die Sitzung geschlossen. Auch die erste Kammer hat heute auf Antrag eines Abgeordneten einstimmig beschlossen, von Erlassung einer Adresse auf die Thronrede abzusehen. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Vom schlesw.-holst. Kanal.) Zur Unterstützung der Forderung unserer Herzogthümer, daß nur ein solcher Friede mit Dänemark abgeschlossen werde, der unser Recht und unsere Wohlfahrt sichert, ist ein Punkt noch immer nicht mit der Entschiedenheit geltend gemacht worden, die er unleugbar verdient, wir meinen die kommerziellen Interessen der Herzogthümer. Zwar so weit diese einen öffentlichen Charakter an sich tragen, also in Bezug auf Zoll und Handel, ist ihrer oft genug gedacht worden, nie aber in Beziehung auf Rechts- und Privatgeschäfte und Privatvereine. So werden unsere wichtigsten Geldgeschäfte für beide Herzogthümer gemeinschaftlich im Kieler Umschlag abgemacht, hier kauft und verkauft man Güter und Grundstücke, hier negociirt und bezahlt man Kapitalien und Zinsen, der ganze größere Geldverkehr von der Königsau bis zur Elbe concentrirt sich hier. Und was die Privatvereine betrifft, unsere Assekuranzen, Brand-, Vieh-, Hagel-, Mobelgilden u. s. w., politische Vereine, wissenschaftliche Vereine, z. B. für vaterländische Alterthumskunde und Geschichte; ferner die Stiftungen und Stipendien für unsere Universität — alles erstreckt sich auf beide Herzogthümer gemeinschaftlich, und es macht nicht den mindesten Unterschied, ob man südwärts oder nordwärts vom Kanal geboren ist oder wohnt. Kein Band dieser Art verknüpft dagegen das nördliche Schleswig mit Jütland. Beweis genug, daß man sich daselbst seit Jahrhunderten als Einwohner verschiedener Staaten angesehen hat. Und dies alles sollte zerrissen, sollte aufgelöst werden? Man versuche es: es würde eine solche Verwirrung und Störung aller bestehenden Verhältnisse, eine solche Zerrüttung des öffentlichen Kredits, daß die Grundstücke, ich bin davon überzeugt, fast auf die Hälfte ihres jetzigen Werthes heruntersinken, einen Druck und eine Mißstimmung hervorbringen, die gleich wieder zu dem äußersten Mittel greifen ließe, um die von Geschlecht auf Geschlecht ererbte Verbindung wieder herzustellen. Der Angelpunkt, um den sich alles dreht, ist die Verbindung oder Trennung Schleswigs und Holstein. Die erste und entscheidende Frage ist, sollen Schleswig und Holstein in ihrer bisherigen Verbindung verbleiben oder nicht? Und die zweite: wenn nicht, was soll dann mit Schleswig geschehen? Incorporation oder Nichtincorporation, Selbstständigkeit oder Unselbstständigkeit Schleswigs, alles das sind Fragen zweiter Ordnung, und

nur die Perfidie der Dänen hat die wahre Sachlage schon so weit verrückt, daß dieses als die Hauptentscheidung vorangestellt wird.

Dänemark.

(Kopenhagen, den 13. Januar.) In Antwort auf die Denkschrift des deutschen Reichsministeriums über die Lage der dänisch-deutschen, Verhältnisse, die dänischen Verletzungen des Waffenstillstandes und offiziellen falschen Darlegungen bringt die »Berlingsche Zeitung« in ihren Blättern eine offizielle Mittheilung. In dieser offiziellen Mittheilung wird die deutsche Denkschrift bezeichnet als ein Versuch, wenn auch nicht gerade die Beiseitesetzung der im Malmöer Vertrage eingegangenen Verpflichtungen zu rechtfertigen, so doch sie näher zu erklären. Diese in Form einer Denkschrift der Oeffentlichkeit übergebene Note stütze sich auf eine fast wörtliche mit ihr übereinstimmende Note vom 16. Dez. welche der abgetretene Minister v. Schmerling dem sich in offiziöser Sendung der Zeit in Frankfurt befindenden Baron U. Dirckinck-Holmfeld übergeben, und sey wesentlich eine Antwort auf die von dem dänischen Minister des Auswärtigen am 25. Nov. dem außerordentlichen Abgesandten der deutschen Centralgewalt, Syndikus Banks, zugestellte, in Erwiderung auf seine (des Syndikus Banks) Note vom 18. Nov., in welcher die vertragsgemäße Räumung Alsens und Arröes von der deutschen Centralgewalt verlangt wurde. Die „Berl. Ztg.« theilt diese dänische Note v. 25. Nov. als erste pièce justificative mit. In derselben werden nach nochmaliger Belobung der Redlichkeit dänischerseits und Tadels der Frechheit der aufrührerischen schleswig-holsteinischen Partei als Weigerungsgründe und Gegendeschwerden angeführt: die Weigerung, in Altona mit Beschlag belegte Schiffe freizugeben, Absetzung der dem König treugebliebenen Beamten, die Nichtausführung der stipulirten Sonderung der schleswigischen und holsteinischen Truppen und Ernennung höherer Offiziere in der schleswig-holsteinischen Armee, die Vollmachtüberschreitungen der gemeinsamen Regierung. Die Note fährt dann folgendermaßen fort: „Durch diese angeführten Thatsachen, die gewiß auch jenseits nicht vorhergesehen worden und vorausgesetzt werden konnten, sind die Interessen Dänemarks und die ihm nach dem Vertrage zustehenden Gerechtsamen in einem Grunde beeinträchtigt und verletzt, daß die königliche Regierung schon längst mit vollem Fug den faktisch eludirten Waffenstillstand, dessen Bedingungen hiesigerseits nachgelebt ist, als nicht mehr existirend hätte betrachten können. Sie hat sich indeß dieses, durch die vielfachen Uebertretungen und Nichterfüllungen einfach und unstreitbar begründeten Rechtes bis zu diesem Augenblicke begeben, und wünscht auch fernerhin, so weit irgend möglich, dasselbe nicht zu benutzen, um Alles zu vermeiden, wodurch der von den Contrahenten aufrichtig gewünschte Friede erschwert, und die Herzogthümer noch größerem Elende ausgesetzt werden könnten. Dieser unsererseits bethätigten versöhnlichen Gesinnung dürften weitere Konzessionen nicht zugemuthet werden; namentlich kann man diesseits bei den auf einer gänzlichen Verkennung der Basis der Malmöer Konvention beruhenden Verhältnissen auf eine Veränderung der einstweilen bestehenden Administration der Inseln Alsen und Arröe auf keinen Fall eintreten." Der dänische Minister erklärt den ganzen Aufstand als aus den Weltbegebenheiten des Februar und März, aber keineswegs durch innere Gründe veranlaßt: „Die königliche Regierung muß es in dem Geiste, der beide Kontrahenten für die Herbeiführung einer friedlichen Lösung beseelt, als besonders wichtig bezeichnen, daß der Aufruhr in der ihm entgegengesetzten Bestrebung eine hemmende Begrenzung finde, da die Urheber desselben in ihren unrechtlichen Sonderinteressen mit Trotz auf der Durchführung desselben beharren und immer mehr bekunden, daß in ihren Augen vor diesen alle die ernsten Betrachtungen zurücktreten, die eine Erneuerung des Krieges in so wichtigen Beziehungen erweckt, und daß ihnen alle die Komplicationen allgemeiner Bedeutung ebenso gleichgültig sind, wie ihnen die Geschicke ihres Vaterlandes, die Wohlfahrt und der ungestörte Gang der commerciellen und industriellen Bewegungen Deutschlands wenig am Herzen liegen." — Zum Schluß protestirt die dänische Note gegen die Vertretung Schleswigs in Frankfurt, und gegen den Antrag auf eine besondere sogenannte „gleichgültige Flagge für Schleswig.«

Die Beilage zu dieser Note zählt die Verordnung der gemeinsamen Regierung auf, wodurch sie ihre im Malmöer Waffenstillstand festgestellte Vollmacht überschritten. Das folgende rechtfertigende Aktenstück ist die Abschrift eines Schreibens des Baron Dirckinck-Holmfeld, vom 13. Dezember, Hrn. v. Gagern als deutschen Reichsminister des Auswärtigen übergeben in Antwort auf die Note, welche Herr v. Schmerling ihm (den Baron D.) zugestellt (die nach der obenangeführten dänischen Erkärung wörtlich mit dem veröffentlichten deutschen Memorandum stimmt). In dieser Note erklärt der dänische offiziöse Abgesandte, daß die Räumung Alsens und Arröe's dadurch unmöglich, und eine ganz andere geworden sey, als sie zur Zeit des Abschlusses des Waffenstillstandes gewesen, daß die gemeinsame Regierung nach dem Waffenstillstand erlassene Gesetze publizirt habe und also auch auf jene Insel anwenden würde. Das letztere Aktenstück besteht in einem Auszuge der vom dänischen Minister des Auswärtigen dem Baron v. Dirckinck-Holmfeld nach Frankfurt mitgegebenen Instruktionen, welche dahin gehen, das Unrecht der gemeinsamen schleswig-holsteinischen Regierung, das Recht der dänischen und die Unmöglichkeit, in welcher die letztere sich befinde, weiter nachzugeben, zu vertreten; es wird dem dänischen Unterhändler dabei ein möglichst versöhnlicher Ton in mündlichen Verhandlungen anempfohlen, damit man in Frankfurt einsehe, wie die dänischen Rüstungen keineswegs aus dem Wunsche hervorgingen, einen unnatürlichen Krieg erneuert zu sehen, und daß die dänische Nation den Kampf nicht erneuern werde, so lange noch die geringste Aussicht, durch Unterhandlungen einen ehrenvollen Frieden zu erreichen. (Frkf. O.-P.-Z.)

Frankreich.

† (Paris, 18. Jan.) [Gesetzentwurf.] Artikel I. Die Urheber und Mitschuldigen des Attentats vom 15. Mai 1848, welche ein Beschluß des Pariser Appelhofs vom 16. Januar 1849 in Anklagestand versetzte, werden vor den hohen Nationalgerichtshof gestellt. Art. II. Dieser Nationalgerichtshof tritt binnen einem Monat nach Annahme des gegenwärtigen Gesetzentwurfs durch die Nationalversammlung in Bourges zusammen. Art. III. Der Justizminister ist mit Ausführung dieser Maßregel beauftragt. Gegeben im Elysée National, 17. Januar 1849. (gez.) Louis Napoleon Bonaparte. (gegenz.) Odilon Barrot.

Die Bureaus der Nationalversammlung wählen so eben die Kommission, welche ihr gegen 3 Uhr uber die Dringlichkeit des ministeriellen Antrages: »die Maigefangenen vor einen Nationalgerichtshof zu stellen,« Bericht zu erstatten hat. Die Diskussion ist sehr lebhaft. Die Ansicht des Appellhofs, die Angeklaglen vor die Jury des Seine-departements zu stellen, findet viele Vertheidiger. Wie kann ein Gesetz gegen sie angewandt werden, das viele Monate später erst entworfen und angenommen wurde? Die Verfassung könne doch unmöglich eine rückwirkende Kraft üben? Da es sich jedoch blos um die Dringlichkeit handelt, so mussen wir den Kern der eigentlichen Frage für die öffentliche Debatte aufsparen.

Cabrera's Niederlage scheint sich zu bestätigen. Laut Depeschen aus Bayonne vom 13. warf sich ein Carlistenkorps von 600 Mann über die spanische Gränze auf französischen Boden, entwaffnete dort mehrere Posten und wird uns somit in eine unangenehme internationale Streitigkeit verwickeln.

In den Marseiller und Toulonder Blättern nichts Wesentliches über die Expedition nach Italien. Einigen Zeilen im Pariser »National« zufolge dringt Sotomayor im Namen Spaniens vorzüglich in das Kabinet, um zu wissen, was Frankreich eigentlich für den Papst zu thun beabsichtige? Das Kabinet, viel zu sehr mit dem Innern beschäftigt, zeigt sich aber zähe und unschlüssig. Es gibt ausweichende Antworten. „Wahrhaftig," ruft darum das Organ Ledru-Rollins, »wir kehren in die Zeiten Karl des Großen zurück.« Unter dem Pretext, daß Frankreich die älteste Tochter Roms sey, scheint unser Präsident gar nicht üble Lust zu haben, eine französische Division gegen die revolutionären Römer zu schleudern. Der Bannfluch des Papstes soll das Zeichen zu einem neuen Kreuzzuge geben. Die ganze Christenheit möchte ausbrechen; Spanien rüstet seine acht lecken Kriegsschiffe, die seine Marine noch zählt; Portugal stellt seine Flotten und Armee'n (!!) dem Papste zu Gebote und selbst die Türkei ist schon auf dem Wege, Sr. Heiligkeit zu Hülfe zu springen. So erbietet sich der Teufel selbst, die bedrohte Kirche zu retten. Das protestantische England und das griechische Rußland reiben sich bei diesem erbaulichen Schauspiele die Hände, fest überzeugt, einen guten Gewinn aus diesem neuen Kreuzzuge zu ziehen.

Der päpstliche General Zucchi aus Bologna ist in Paris eingetroffen (Constitutionel). Die Ankunft Poniatowskis aus Florenz melden wir bereits vorgestern. Poniatowski sprach in Turin mit Karl Albert über die Pläne Radetzkys und unterhielt sich gestern ziemlich lange mit dem Präsidenten Bonaparte, mit Bugeaud, Changarnier 2c. Hier verspricht man sich von den Brüsseler Konferenzen keine Lösung der italienischen Frage. Das Schwert allein wird diesen Knoten lösen. Die Verlegenheiten, welche dem Wiener Kabinet aus den Voten in Frankfurt erwachsen, sowie die Ueberzeugung, daß Ungarn noch lange nicht besiegt ist und Windischgrätz an der Theiß sein Grab finden dürfte, werden daher häufig in den diplomatischen Zirkeln besprochen.

Von Amnestie keine Rede. Im Gegentheile spedirt man die Junigefangenen nächtlich aus St. Pelagie nach den Hafenfestigungen und überwacht die Begnadigten aufs Strengste. So lange Barrot Premierminister, ist jede Hoffnung vergebens. Zum Glück wird er wohl binnen drei Tagen zum Vizepräsidenten der Republik gewählt werden. Wer hätte geglaubt, daß diese Februar-Leiche jemals wieder lebendig würde?!

So hätten wir denn endlich die Vizepräsidentenliste! Hr. Leon Faucher, Minister des Innern, bestieg heute Nachmittag um $3^1/_2$ Uhr die Bühne und schlug der Nat.-Versammlung im Namen des Präsidenten Bonaparte die Deputirten

1) Boulay, ein Centrier, der mitunter im Juni schrie,

2) Baraguey d'Hilliers, Junigeneral und Präsident der Rue de Poitiers,

3) Vivien. Exvicepräsident des alten Staatsrathes unter der Monarchie.

Alle Welt wird sich über diese Nullitäten wundern. Allein der Vizepräsident muß von Rechts- oder Constitutionswegen eine Null seyn. Darum erklärt auch Odilon Barrot im heutigen dreistündigen Ministerrathe, daß er eher sein Portefeuille niederlege, als die Vizepräsidentschaft anzunehmen. Passy erklärte, daß auch er zurücktrete, wenn Barrot nicht mehr Konseilpräsident bleibe. So kam obige Liste zu Stande.

Italien.

(Rom, den 11. Januar.) Der bisherige sardinische Gesandte, Marchese v. Pareto, wurde abgerufen, und der Ritter Martini vom Ministerium Gioberti an dessen Stelle ernannt. Dieser war schon seit einigen Tagen in Rom, und hatte die Regierungskommission aufgefordert, für den bevorstehenden neuen sardinisch-österreichischen Krieg ein römisches Truppenkontingent zur Armee Karl Alberts stoßen zu lassen; die römische Regierung will aber lieber wieder ein Hülfskorps nach Venedig senden. Martini ist nach Gaëta abgereist. Der römische Contemporaneo will wissen, der König von Neapel habe der »päpstlichen Camarilla« in Gaëta seine bewaffnete Intervention im Kirchenstaat nur unter der Bedingung versprochen, daß auf der andern Seite die Oesterreicher in die Legationen einrücken; da nun Oesterreich binnen wenigen Tagen mit Piemont vollauf beschäftigt seyn werde, so sey überall keine Intervention zu befürchten. Eine spanische Landung behandelt dieses römische Blatt als ein Märchen. Die Florentiner Alba sucht zu beweisen, daß Pius IX. in Gaëta ein Gefangener der dort versammelten Gesandten der Italien feindlichen Mächte sey. Der Genueser Corriere Mercantile meldet gerüchtsweise: Sterbini werde in der jetzigen Krisis die Dictatur von Rom übernehmen. Einige Blätter behaupten: der Kaiser von Rußland habe erklärt, in der sizilischen Frage diplomatisch interveniren zu wollen. (A. A. Z.)

Rußland.

(Posen, 11. Jan.) Ueber die Ereignisse in Warschau am Weihnachtsabend haben wir nunmehr näheren Aufschluß erhalten. Die russischen Behörden hatten Kunde davon bekommen, daß sich daselbst ein Zweigverein der hiesigen Liga polska gebildet, und zogen die Häupter derselben gefänglich ein. Um ihre Schuld als gefährliches Staatsverbrechen darzustellen, sollen die bereits gemeldeten militärischen Maßnahmen stattgefunden haben, denn die Regierung liebt es bei solchen Gelegenheiten, ihre Macht zu entfalten, um das Volk einzuschüchtern und auf die damit verbundenen Gefahren aufmerksam zu machen. Eine neue im Königreich Polen eingeführte Maßregel, wodurch den Verschwörungen unter den jungen Polen der höhern Stände wirksam entgegengearbeitet wird, besteht darin, daß alle jungen polnischen Edelleute fortan eine Reihe von Jahren Civil- oder Militärdienste im Innern von Rußland ableisten müssen. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Anzeige und Empfehlung.

Da mir von einem hochlöblichen Magistrat das Bürger- und Meisterrecht gütigst ertheilt wurde, so bitte ich, das meiner Mutter seither geschenkte Zutrauen auf mich gütigst übertragen zu wollen, und empfehle mich einem verehrlichen Gesammt-Publikum mit der Bitte, mich mit vielen gütigen Aufträgen zu beehren, da es mein eifrigstes Bestreben seyn wird, durch prompte und billige Bedienung mich dessen würdig zu machen.

Meine geschätzte Nachbarschaft bitte ich um Fortdauer ihres Wohlwollens

Johann Christoph Löscher,
Schuhmachermeister.

In Beziehung auf Obiges erstatte ich allen meinen verehrten Kunden für das mir bisher geschenkte Zutrauen hiemit meinen verbindlichsten Dank ab, mit der Bitte, dasselbe auch auf meinen Sohn gütigst zu übertragen.

Ursula Maria Löscher,
Schuhmachermeisters-Wittwe.

Anzeige und Empfehlung.

Bis zur Wiederherstellung des durch das Hochwasser unbrauchbar gewordenen Magazins befindet sich mein noch assortirtes Lager in dem obern Lokale. Der Eingang ist der frühere. —

Dankbar für das mir bisher geschenkte gütige Vertrauen, empfehle ich mich zur ferneren Gewogenheit und Abnahme ergebenst.

Joh. Phil Lobenhoffer.

Ansuchen und Bitte.

Wegen Verderben meines ganzen Waarenlagers in letzter Wassersnoth, könnte ich unter Monaten meinen Laden nicht wieder ergänzen und eröffnen; ich bitte daher mich in meinem Berufe als Lehrer der französischen, italienischen und englischen Sprache gütigst zu unterstützen; Mittwoch und Samstag Nachmittag wird ein eigener Cursus für Anfänger und sich Ausbildenwollende besonders ertheilt

Am 25. dieses ist Abrechnung für die Aktien zur Hebung der Industrie; im Besitz einer kleinen Anzahl empfehle ich solche zur gütigen Abnahme.

J. A. Meinecke am Markt,
jetzt Winklerstrasse S. No. 32.

Erwiederung.

Auf die in Nr 19 dieses Blattes gestellte Anfrage, haben die Unterzeichneten die Ehre zu erwiedern, daß bereits in einer am 15. September v J. abgehaltenen General-Versammlung u. A. Rechenschaftsbericht vorgelegt und in der letzten General-Versammlung am 10. Oktober v. J. unter Zustimmung aller Anwesenden beschlossen wurde, die Thätigkeit des Vereins auf die seitherige Weise bis Ende Februar d. J fortzusetzen.

Zu beiden General-Versammlungen wurden wiederholt in öffentlichen Blättern alle Actionairs eingeladen, was auch in der Folge geschehen wird und es bleibt alsdann nur zu wünschen, daß alle Betheiligten, die sich von der Thätigkeit des Vereins näher überzeugen wollen, eine recht lebhafte Theilnahme bethätigen.

Nürnberg, den 20. Januar 1849.

Für den Ausschuß des Hülfs-Vereins für nothleidende Manufactur-Gewerbe.

Heinr. Gebhardt, Vorstand. J. C. Hering,
Secretair.

Bekanntmachung.

Ich Unterzeichneter mache einem geehrten Publikum ergebenst bekannt, daß ich mich bei Herrn Denerlein, Bierwirth in der breiten Gasse, mit Portrait-Malen zu den billigsten Preisen beschäftige.

Ein Portrait groß mit Farben 1 fl. 30 kr.
Auch kleiner mit Farben .... 1 fl. — kr.
Gezeichnet mit schwarzer Kreide — fl. 24 kr.

Sollte ein Portrait nicht getroffen seyn, so nehme ich es wieder zurück. Auch male ich auf Verlangen der geehrten Familien in ihren Lokalen selbst.

Ergebenster

Döderlein.

Liederkranz.

Sonntag den 28. d. Mts.

Grosser Maskenball.

Die verehrlichen Mitglieder werden ersucht, die hiezu nöthigen Eintrittskarten, am Balltage selbst, Vormittag zwischen 11 und 12 Uhr, im goldnen Adler in Empfang zu nehmen.

Der Vorstand.

Handlungs-Bücher.

Es liegen bei mir zum Verkauf Handlungsbücher, in welchen nur einige Blätter benützt sind, es ist dabei ein großes Hauptbuch, Copirbuch rc. Die Bücher sind sehr schön linirt und haben gutes Papier, der Verkaufspreis ist sehr billig.

G. L. Baer, Buchbinder,
in der Weizenstraße.

(Gesuch) Ich suche sogleich am Hauptmarkt, am Josephsplatz, oder sonst in einer frequenten Straße ein im ersten Stock gelegenes helles Logis mit 2 oder 3 heitzbaren Zimmern, nebst 2 Kammern, Küche u s. w. oder einen trockenen hellen Laden Paterre, mit Zimmern und Kammern in demselben Hause. Zu erfragen im preussischen Adler in der Jakobsstraße.

C. L. G. Dessart
aus Mainz.

Während den letzten Messtagen

sollen sämmtliche Herren-Artikel wegen drückenden Geldmangels zu nochmals herabgesetzten Preisen abgegeben werden, und wird auf jedes Gebot reflektirt!!!

250 Stück schwerseidene Regenschirme à 3½ fl. und höher, Regenschirme in gutem Zeug à 1 fl. 12 kr. u. h.

Großes Lager in Paletots à 5½ fl. u. h., feinste Burnus-Ueberwürfe à 9, 14 und 19 fl., Kapuzen (Abdelkader-Mäntel à 7 und 10½ fl., Haus- und Schlafröcke in solidesten Sorten 3 fl. u. h., Bureau- und Sommerröcke à 3 und 3½ fl.

Elegante Westenzeuge à 18, 30 kr. u. h., Westenzeuge in allerneuestem eleganten Atlas, schwerer Seide und Sammt à 1¾ fl., 2½ fl.

Seidene Schlips und Shawls für Herren à 1½ und 1¾ fl., wollene Herren-Shawls à 18, 30 kr. u. h., gute seidene viereckige Halstücher 1¼ fl. u. h., ächt ostind. seidene und leinene Foulards à 18 kr., 1, 1½ fl. u. h.

500 Stück Pracht-Kravatten (Schlips) in Seide und Lasting à 16, 30 und 54 kr. u. h.

500 Stück Gummihosenträger à 9, 15, 24 kr. u. h., große Reisesäcke und lederne Umhängtaschen à 1¼ u. 2½ fl. Alle Sorten Handschuhe à 12 und 24 kr., Bukskin-Handschuhe 54 kr., Gummigesundheitssohlen à 24 kr., Porte-Monnais, Geldtäschchen à 18 und 30 kr., Brieftaschen à 24 kr. u. h.

K. K. priv. berühmteste Streichriemen à 18, 36 kr. u. h., ächt engl. beste Rasiermesser à 30 u. 54 kr., Cigarren-Etuis à 15 kr.

Aechte Havanna-Cigarren in wohlriechendem Geschmack 250 Stück 3½ fl., 100 St. 1½ fl.

Gestrikte Unterhosen für Herren und Frauen à 40, 55 kr., gestrickte Unterjacken à 40 kr., 1 fl., 1¾ fl., feinste Patent wollene Leibjacken à 2½ fl.

50,000 Duz. Stahlfedern in neuesten magnetisch geschliffenen Sorten und unübertrefflich für jede selbst zitternde Handschrift, 144 St. à 18, 30 kr. u. h., à Duz. 2 kr.

Feinste vergoldete Gemälde-Brochen für Damen à 54 kr. und 1½ fl., ächt vergoldete Agat-Armspangen à 1¾ fl.

Das Verkaufs-Lokal ist nur im Hause des Herrn Pabst auf der Schütt 1 Treppe hoch im geheitzten Saal.

Ausverkauf.

Boutique Nro. **80** feste Preise.

In Boutique Nro. 80 feste Preise wird in Folge der unglücklichen Ueberschwemmung das Ganze auf der Messe hier befindliche Lager, bestehend aus nachbenannten Artikeln, zu äußerst billigen Preisen ausverkauft, als:

Tuche, Buckskins, Rockstoffe, Westen, Binden, Foulards, farbige Hemden u. Chemisetten, Unterjacken, Unterhosen, Leinwand, weiße und farbige leinene Taschentücher, für deren Echtheit garantirt wird, in großer Auswahl.

Da in Boutique No. 80 niemals ein Abhandeln eingeführt war und bekanntlich festgesetzte Preise nur bei reeller und ächter Waare stattfinden können, und übrigens dies nur ein nothgezwungener Ausverkauf ist, zu dessen Beschleunigung die Preise derartig herabgesetzt sind, daß Niemand die Boutique unbefriedigt verlassen wird.

Besonders wird bemerkt, daß die Nässe auf obige reinen Leinen- und Tuchwaaren niemals einen schädlichen Einfluß hat.

Boutique Nro. **80** feste Preise befindet sich in der 1. Reihe zunächst der Schuhmacher.

Musicalischer Verein Concordia

(sogenannte kleine Musik.)

Mittwoch den 24 Januar findet Produktion im Lokale des »deutschen Hauses« (Neubauersgarten) statt.

Eintrittskarten für Fremde können Mittwoch bei »Herrn Dietrich« S. Nro. 1143 in der Tucherstrasse abgeholt werden.

Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand.

Volks-Verein.

Dienstag, den 23. Januar, Abends 8 Uhr Versammlung im goldnen Adler.

NB. Auf der Tagesordnung steht unter Anderem: Bericht wegen der Petition an den Landtag in Betreff der Verkündung der Reichsgesetze und Commentirung der Grundrechte.

Erwiederung.

Auf die in Nro. 20 dieses Blattes durch den Polizeisoldaten Lotter gegen mich erhobene schamlose und unbegründete Beschuldigung erwiedere ich vorläufig, daß ich gehörigen Orts Klage gegen denselben geführt habe, und das Resultat seiner Zeit veröffentlichen werde.

Nürnberg, den 19. Januar 1849

Peen, Bauverwalter.

Masken-Anzüge.

Ganz neu angefertigte, vorzüglich schöne Maskenanzüge von Brokat-, Sammt- und Seidenstoffen, für Damen und Herren, Ballkleider, verschiedene Arten Ballauspuz, so wie Gold- und Silberflitterstickkrägen, sind billig zu verleihen, bei

Caroline Prechtel, im Nonnengarten.
Eingang beim Kartharinenkloster.

(Wunsch.) Mehrere Bürger wünschen die am 18. ds. von Herrn Schmidt im Katharinen-Saale gehaltene Rede gedruckt zu haben.

Zum grauen Kater.

Montag den 22. Januar, und alle darauf folgenden Montage

Gesellschaftliche Unterhaltung.

Versteigerung.

Die Fortsetzung der Versteigerung im Hause L. No. 310 in der Adlerstrasse findet

Donnerstag den 25. Januar 1849 Morgens 9 Uhr und an den folgenden Tagen

statt —

Verlaufen.

Donnerstag, den 18. d. Abends hat sich ein junger Hund, Bulldogge, mit messingenem Halsband und Schlößchen verlaufen, dieselbe ist weiß, mit hellbraunen Flecken und hört auf den Namen „Flambo". Wer diesen Hund im Besitz hat, wolle ihn gegen ein Trankgeld in Nro. 839 Spitalgasse zurückbringen.

(Zu verkaufen.) In Folge Domizils-Veränderung sind 147 Metzen Kartoffel à 14 kr. von sehr guter Qualität sogleich zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Anzeige) Die mit so vielem Beifall und von mir so oft verlangten vier Piecen, Quodlibet der 4. März in München, Glück auf mein Vaterland, Schwarz, Roth, Gold! und Robert Blum, sind mit Begleitung der Guitarre täglich zu haben.

Fischer, Musiklehrer, L. 495.

(Verloren.) Am vergangenen Donnerstag ist ein brauner baumwollener Regenschirm mit einem Knopf vom weißen Thurm bis zur Fürther Eisenbahn verloren gegangen. Der redliche Finder wolle solchen gegen Erkenntlichkeit in die Garküche im weißen Thurm zurückbringen.

Geschäfts-Verkauf.

Familien-Verhältnisse wegen wird ein Geschäft verkauft, welches bei einem sehr bedeutenden Nutzen nur wenig Anlagekapital erfordert. Es besteht noch keines der Art in Bayern, und hat auch sonst mit keiner Konkurrenz zu kämpfen. — Auf frankirte, mit L. L. bezeichnete Briefe wird nähere Auskunft ertheilt.

Schmirgel,

von bester Qualität, ist wieder angekommen bei

Sonna und Hutzler.

(Zu vermiethen.) Eine schöne, durchaus helle Wohnung in erster Etage, bestehend aus 5 in einandergehenden heizbaren und einem unheizbaren Zimmer nebst allen sonstigen Bequemlichkeiten, auf Verlangen kann auch Stallung für 3 Pferde dazu erlassen werden, ist auf Ziel Walburgi zu vermiethen. Näheres in der Expedition dieses Blattes.

(Gesuch) Eine solide, noch junge Zuspringerin, welche alle Hausarbeit versehen kann, wünscht täglich unterzukommen.

(Zu verkaufen.) Zwei schöne Betten und noch ein geringeres sind billig zu verkaufen und werden auch einzeln abgegeben S. 966 nahe am Obstmarkt hinter der Hans-Sachsengasse

Stadttheater in Nürnberg.

Mittwoch den 24. Januar. Zum Vortheil des Schauspielers Hrn. Hunger. Zum Erstenmale. »Die Mönche.« Lustspiel in 3 Akten von Tenelli.

Zu dieser Vorstellung ladet ein hochverehrliches Publikum ergebenst ein

Wilhelm Hunger, Schauspieler.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 24. Januar 1849. № 24. Mittwoch: Timotheus.

Deutschland.

Bayern. †*(München, 22. Jan.) Als unverbürgtes Gerücht theile ich Ihnen mit: Gestern ging ein Kurier nach Frankfurt mit dem Antrage, für Prinz Luitpold um die deutsche Kaiserkrone zu werben; dann werde sich Bayern unbedingt allen Beschlüssen unterwerfen; auch Oesterreich sey hiemit einverstanden.

(Pfalz.) Es liegt uns ein Circular vor, das den Lesern seiner Tendenz wegen von nicht geringer Wichtigkeit seyn dürfte. Es lautet: Pirmasenz, den 8. Dez. 1848. An die sämmtlichen Bürgermeisterämter des Bezirks. Die verordnungswidrigen Konferenzen der Volksschullehrer betr.) Es ist anher zur offiziellen Anzeige gekommen, daß die Lehrer verschiedenen Ortes sich beigehen lassen, willkürlich ohne Beiseyn der kgl. Distriktsschulinspektionen Konferenzen zu halten, wodurch den kgl. Regierungsbestimmungen geradezu entgegen gehandelt wird. Diese Abhaltung der Konferenzen soll nebstdem auf Kosten der obliegenden Dienstespflichtigen geben, indem ebenso willkürlich und ohne eingeholte Erlaubniß die Schulen ausgesetzt und der Kirchendienst versäumt werde. Die Bürgermeisterämter haben die Lehrer ihres resp. Amtsbezirkes von dieser Beanzeigung in Kenntniß zu setzen mit der nachdrücklichen Verwarnung gegen fernere ähnliche Eigenmächtigkeiten und dem Bedeuten, daß bei wiederholter Anzeige, an kgl. Regierung behufs geeigneter Maßregeln gegen die fraglichen Willkürlichkeiten Bericht werde erstattet werden. — Königl. Landkommissariat: (gez.) Decrum. Schmitt.

So sehr wie es mißbilligen, wenn Lehrerversammlungen wirklich auf Kosten der zum Unterricht bestimmten Stunden stattfinden, so können wir doch nicht umhin, unser Erstaunen darüber auszudrücken, daß Männer, die mit von den ersten Verwaltungsstellen einnehmen, durch solche Ausnahmsbestimmungen die klaren Aussprüche der Grundrechte sowie die kgl. Proklamation wie mit einem Schlage aus dem Wege räumen zu können wähnen. Es ist übrigens wieder ein neuer Beweis wie viele Beamte, selbst in unsrer aufgeklärten Pfalz, die neueste Revolution begriffen haben und wie dieselben die Errungenschaften des März aufrecht zu halten gewillt sind. Hoffentlich werden solche Vorkommnisse der Aufmerksamkeit unserer Deputirten in München ebenfalls nicht entgehen. (N. Sp. Z.)

Braunschweig. (Braunschweig, 19. Jan.) Gestern, am Tage der Einführung der deutschen Grundrechte hatte die von dem Volksvereine hieselbst angekündigte Feier derselben statt. (D. Tgbl.)

Freie Städte. (Lübeck, 18. Januar.) Heute hat der Senat die Grundrechte veröffentlichen lassen, und dabei die baldthunlichste Vorlage der erforderlichen Gesetzentwürfe verheißen. (D. A. Z.)

(Hamburg, den 17. Januar.) An einem der nächsten Tage wird auch hier die Publikation der Grundrechte erfolgen, und zwar selbstverständlich durch den Senat, welcher jedoch dabei auf die von der konstituirenden Versammlung zu erwartende Einkleidung dieser Grundrechte für manche unserer Specialverhältnisse Bezug nehmen dürfte. — Was die bürgerliche und politische Gleichstellung der Israeliten betrifft, so wird solche — nach mehrseitigem Vernehmen, wie kürzlich auch in Lübeck geschehen — direkt vom Rathe ausgesprochen werden. (Wes. Z.)

(Frankfurt, 10. Jan.) [Schluß des Berichts des österr. Ausschusses.] Der Ausschuß hat eben so wenig verkannt, daß gerade die falsche Deutung der §§. 2 und 3 mit Ursache an den Mißverhältnissen ist, die zwischen Oesterreich und Deutschland obwalten. Es wurden deßwegen selbst Anträge dahin gestellt, diese §§. unmittelbar zurückzunehmen, und anstatt schon jetzt das Verhältniß zwischen dem nichtdeutschen Oesterreich und Deutschland negativ, das Verhältniß zwischen Deutschösterreich und dem übrigen Deutschland positiv festzustellen. Aber diese Ansicht wurde schon aus dem Grunde zurückgewiesen, weil diese Frage als eine reine Verfassungsfrage, nicht von einem Ausschuß über eine Spezialfrage entschieden werden könne, und überdies diese §§. einer zweiten definitiven Lesung vorbehalten seyen. Nichts desto weniger hat der Ausschuß — Angesichts der hohen Interessen Deutschland's für seine Kolonisation, seine Industrie, seinen Handel, seinen Einfluß auf die Donauländer hin, — schon jetzt erklären zu müssen geglaubt, daß Deutschland eine innige politische und kommerzielle Verbindung mit nichtdeutschen Ländern, und somit ganz Oesterreich für höchst wünschenswerth halte, wodurch hoffentlich in Oesterreich die Hauptzweifel in Bezug auf die §§. 2 und 3 schwinden werden. Der Ausschuß hofft, daß die allgemein geschäftlichen Verhandlungen mit dem österreichischen Bevollmächtigten in Frankfurt in Bezug auf Deutschösterreich und die besonderen Unterhandlungen durch deutsche Bevollmächtigte in Wien in Bezug auf Nicht-Deutschösterreich um so leichter zum Ziele führen werden, als die österreichische Regierung durch einen festen Beschluß der Reichsversammlung zu der Ueberzeugung kommen muß, daß die deutsche Nation ein Lostrennen ihrer deutschen Brüder in Oesterreich, eine Theilung Deutschland's nicht zugeben wird, ohne das Letzte gewagt zu haben, sie zu verhindern. Alle diese Rücksichten führten den Ausschuß, mit Beseitigung aller andern Anträge, zu den folgenden Erachten: In Erwägung, daß das Verfassungswerk für das deutsche Reich einzig und allein von der Nat.-Vers. festzustellen und sonach die Vereinbarung mit den einzelnen Regierungen Deutschlands nicht zulässig ist; in Erwägung, daß die Feststellung des Reichsgebietes ein Bestandtheil der Reichsverfassung ist; in Erwägung, daß es die Nat.-Vers. mit dem ihr vom deutschen Volke gewordenen Berufe für alle zum frühern deutschen Bund gehörigen Länder eine gemeinsame Verfassung zu geben, für unvereinbar erachtet, in die Ausscheidung der zum frühern deutschen Bund gehörigen Länder Oesterreichs aus dem deutschen Bundesstaate zu willigen; in fernerer Erwägung der eigenthümlichen Verhältnisse, die sich aus der bestehenden Verbindung deutscher und nichtdeutscher Länder in Oesterreich ergeben: in endlicher Erwägung, daß die Feststellung der deutschen Reichsverfassung eine innige, sowohl politische als kommerzielle Verbindung der zum frühern deutschen Bunde nicht gehörigen Länder Oesterreichs mit dem deutschen Bundesstaat nicht ausschließt, sondern eine solche vielmehr im offenbaren Interesse beider Theile gelegen ist;" faßt die Nat.-Vers. folgende Beschlüsse: „1) die vom Reichsministerium in dessen Erklärung vom 5. Jan. ausgesprochene Zurückweisung eines Vereinbarungsprinzips für die deutsche Reichsverfassung im vollsten Maaße anzuerkennen; 2) die Centralgewalt zu beauftragen, über das Verhältniß der zum frühern deutschen Bunde nicht gehörigen Länder Oesterreichs zu dem deutschen Bundesstaate zur geeigneten Zeit und in geeigneter Weise mit der österreichischen Regierung in Unterhandlungen zu treten.«

Oesterreich. (Wien, den 17. Januar.) Das arme Wien scheint ausersehen, dieses Jahr so recht den Zorn des Himmels zu empfinden. Erst schlägt er es Monate lang mit Blindheit, um es in seinem eigenen Fleische wühlen zu lassen, dann die Belagerung, das Bombardement und nun diese Wassernoth, wie sie nur mit dem Jahre 1830 unglückseligen Andenkens zu vergleichen ist. Freilich, wäre Wien nicht im Belagerungszustand gewesen, und hätte man, wie in andern Jahren, recht wacker mit Kanonen in die aufthürmenden Eisschollen gefeuert, es hätte können Vieles vermieden werden, so aber scheute man sich, die Wiener diese noch nicht gar zu lang entbehrte Musik wieder hören zu lassen, und läßt lieber alle Vorstädte an der Donau überschwemmen. Ich mag gar nicht daran denken an das grausenhafte Unglück, das bereits geschehen; welche Folgen für den Gesundheitszustand werden diese feuchten nassen Wohnungen haben, wo wir noch sechs Wochen Winter, ja vielleicht ein nochmaliges Eintreten strenger Kälte zu erwarten haben. Und wie, wenn plötzlich gestern in der Nacht Frost eingetreten wäre, und das Wasser wäre in allen Gassen, in allen Kellern und Häusern gefroren? Aber freilich, unser Gemeinderath, den eigentlich die Sache am meisten kümmern sollte, hat Loyalitätsadressen und dergleichen zu machen, und das Wohl und Wehe der Bevölkerung — was liegt daran! — Auf die Operationen in Ungarn wird das Wetter ebenfalls hemmend wirken, um so hemmender, als die Insurgentenarmee noch keineswegs aufgelöst ist. Aufgelöst wohl als Ganzes, aber in Banden von größerer oder minderer Stärke besteht sie fort, und dieses Wetter schadet ihr, der an dieses Klima Gewohnten, weniger als unsere Truppen. Die Cernirung von Komorn wird flau betrieben, die Truppen liegen in Kantonnirungen in den nächsten Ortschaften, und scheinen mehr Winterquartiere zu halten, als ein Belagerungskorps zu seyn. Doch soll im Innern der Festung der Gesundheitszustand ein sehr schlechter seyn. Als richtig kann ich Ihnen folgende Neuigkeiten mittheilen. Kossuth ist nicht mehr in Debreczin, er ist spurlos verschwunden, selbst seine Getreuen wissen nicht, wo er hin ist. Die ungarischen Reichskleinodien befinden sich unter dem Schutze von 33 Eskadrons Husaren, welche sie bewachen und vertheidigen wollen. Vor einigen Tagen haben unsere Truppen ein siegreiches Gefecht bestanden, wobei einige Tausend Honvéd das Gewehr streckten. Heute wurden von der hiesigen Polizei die Steckbriefe gegen Kossuth, seine Gattin, Nyary, Madaras, Meszáros, Irányi und den Sekretär Kossuths erlassen. Auch unsere heutige Wiener Zeitung meldet mehrere Verurtheilungen, unter andern die des Dr. Emperger, wobei im Urtheile denunciatorisch auf 2 Reichstagsabgeordnete, die ihm eine Zufluchtsstätte gegeben, hingewiesen wird. — Zum Schlusse meines heutigen Briefes noch eine interessante Neuigkeit. Heute morgen traten zwei Herren in das Redaktionsbureau der Wiener Zeitung, und zeigten dem Redakteur an, daß er auf Befehl des Ministeriums des Innern die Redaktion niederzulegen habe. An seine Stelle tritt als Strohmann ein Herr Seuffert, während ein Herr Lakenbacher die eigentliche Redaktion führt. Als Grund dieses Ukases bezeichnet man die Artikel über den Adel, welche vor Kurzem in dem als nicht offiziell angekündigten Abendblatte standen. (C. Bl. a. B.)

[Reklamation eines ungarischen Offiziers.] In Komorn ließ man die für die Festung nöthige Besatzung, wozu auch die Györsche Brigade gehörte, zurück; und mit dem Rest der Armee zog man nach Raab, weit entfernt jedoch, dieses hartnäckig vertheidigen zu wollen, sondern um sich dort mit dem über Wyesselburg am rechten Donau-Ufer zurückziehenden Theil der Armee zu vereinigen. Bei diesem Rückzug fiel außer einem kleinen Gefecht bei Parendorf, — wo eine Division Husaren ein ganzes Regiment österreichischer Kavallerie zurückdrängte, so wie bei Altenburg und Wyesselburg, wo es zwischen der Avantgarde der Oesterreicher und der Arrieregarde der Unsrigen, die sich wegen Verbrennens der noch nicht ganz geräumten Fruchtmagazine dort einige Zeit halten mußten, zu einem Scharmützel kam, in dem ebenfalls die Husaren die bei weitem numerisch überlegene Kavallerie zersprengte, sowie unsere Artillerie durch gutgezielte Schüsse bedeutende Lücken in den Reihen des Feindes machten, unsererseits nur einige verwundet wurden — nichts weiter vor! Was die Verschanzung von Raab betrifft, so wurde dieselbe nicht vom General Görgey angeordnet, sondern von der Regierung befohlen und zwar in der Art angelegt, daß zu deren Vertheidigung viel größere Streitkräfte erforderlich waren, als dem Görgey zu Gebote standen. Hierzu kam noch, daß durch einen persönlichen Haß der Generale Görgey und Perczel, Letzterer sich nicht unter das Kommando des Ersteren stellen wollte, wodurch auch die isolirte Stellung des Perczel und deren angedeutete unglückliche Fol-

gen entstanden sind. Es war unter diesen Umständen in jeder Beziehung eätblich, sich in Raab nicht zu halten, als der Operation der österreichischen Armee die günstige Witterung sehr zum Vortheil gereichte. Wie von Preßburg, so wurde auch von Raab außer Zurücklassung von 50—60,000 Metzen Frucht, — die nach Berichten aus Pesth durch Arsenik ungenießbar gemacht waren, was indeß durch Plakate bekannt gemacht worden — alles fortgeschafft, und zwar so, daß in 3 Tagen 1780 Wagen nach Pesth und Komorn abgeführt wurden. — Durch das Zufrieren der Moräste wurde es der österreichischen Armee um so leichter, nach Stuhlweissenburg vorzudringen; es wäre daher die längere Vertheidigung von Raab ein unverzeihlicher Fehler gewesen. Auf dem Wege von Raab nach Pesth kam es ebenfalls nur zwischen dem Vortrab der Oesterreicher und dem Nachtrab der Ungarn zu einem Scharmützel, welches der deutschen Legion 20, dem Regiment Prinz von Preussen 150 Mann kostete. Es war nun allerdings von Wichtigkeit für die Ungarn, sich in Ofen und Pesth zu halten; da indessen das Zufrieren der Donau dem Feinde einen großen Vortheil gewährte, und es auch unmöglich war, die so sehr zersplitterten ungarischen Streitkräfte schnell zusammenzuziehen, um zur Offensive übergehen zu können, so blieben der Regierung die beiden Alternative, sich in Ofen und Pesth defensiv zu halten, oder mit der Armee nach Debreczin zurückzugehen, ein dritter Fall, ohne die Armee sich nach Debreczin zu begeben, würde den Oesterreichern Gelegenheit geboten haben, mit einem Theil ihree Armee über Waitzen nach Debreczin vorzurücken und dadurch die Regierung von ihrem Heere noch weiter zu entfernen, oder sich wohl gar ihrer zu bemächtigen. Nimmt man an: die Regierung hätte den früheren Plan, Pesth und Ofen zu halten, ausgeführt, so war mit Sicherheit zu erwarten, daß die österreichische Armee Pesth und Ofen cernirte, und dann Gelegenheit hatte, die nach allen Seiten hin vertheilten von Geld und Unterstützung entblößten ungarischen Truppen einzeln anzugreifen und sie durch Uebermacht aufzureiben, demnächst aber ganz Ungarn zu occupiren, womit dann natürlich der Krieg beendigt worden wäre, es blieb also unter diesen Umständen der von der ungarischen Regierung eingeschlagene Weg dee einzig ausführbare. — Obschon nun der Verlust von Ofen und Pesth für die ungarische Sache nicht von Unwichtigkeit ist, so ist er doch nicht von dee Bedeutung, als die von Oesterreich besoldeten Zeitungsschreiber verkünden, indem, wie schon vielfach bemerkt, aus Pesth und Ofen alles Werthvolle von der ungarischen Regierung fortgeschafft war und daß qu. Städte nur dadurch eine Wichtigkeit haben, daß sie die Marktplätze für die untere Donaugegend sind. — Von diesen aber abgeschnitten, wird der bis zuletzt von der ungarischen Regierung der mit ungarischen Banknoten rege gehaltene Verkehr jetzt aufhören und Pesth wie Ofen sehe bald die traurige Copie von dem jetzt geschäfts- und verkehrlosen Wien abgeben. — Das Stillschweigen der österreichischen Siegesposaune seit der Einnahme Pesth's und Ofen's wird also vermuthlich noch lange währen und in dem Falle das eben eingetretene Thauwetter fortdauert, wird jene Schreierin für immer verstummen, da die ungarische Armee in den besetzten Ebenen mit ihree leichten Kavallerie zu operiren hat, gegen welche die österreichische schwere Kavallerie dort unmöglich Stand halten kann; die in den Gebirgsgegenden neuerdings errichteten Guerilla-Korps werden die Truppen der Oesterreicher lange beschäftigen und während dieser Zeit wird sich die ungarische Infanterie in dem Gebrauch der Waffen vervollkommnen können. —

Die ungarische Armee hat 67 vollständig bewaffnete und adjustirte Honved's-Bataillone, 12 (bald 18) Regimenter Kavallerie, so wie an schwerem Geschütz circa 300 Kanonen; hiernach ist es wohl nicht in Abrede zu stellen, daß die Alles in Allem kaum stärkere in Ungarn operirende österreichische Armee ohne bedeutende Verstärkung selbst in der günstigsten Jahreszeit (im Sommer) nicht weiter vordringen darf; da sie doch wenigstens die Hälfte ihrer Mannschaften zur Besetzung der schon eingenommenen Comitate und der noch in den Händen der Ungarn befindlichen Festungen Komorn, Leopoldstadt rc. zurücklassen muß. — Niemand wird bestreiten, daß die von der österreichischen Armee bis jetzt erfochtenen Siege in Italien und anderswo, größtentheils den Soldaten aus Ungarn, Kroatien odee Galizien zuzuschreiben sind; Erstere sind jetzt aber feindlich gesonnen und aus Kroatien und der Militärgränze ist Alles Waffenfähige nnd Entbehrliche schon früher genommen, Galizien wird aber fern aller Wahrscheinlichkeit vom General Bém occupirt werden und da in den übrigen Provinzen Oesterreichs die Revolution noch immer gährt, und eine größere Rekrutirung diese zum abermaligen Ausbruch bringen wird, außerdem noch Wien wie sämmtliche Theile des Staates schon auf das Minimum (für die jetzigen Verhältnisse) der Militairbesetzung beschränkt sind, so ist an eine namhafte Verstärkung der österreischen Armee in Ungarn nicht zu denken. Hierzu kommt noch das zerrüttete Finanzwesen des österreichischen Staates, so wie der große Geldmangel in den oberen ungarischen Comitaten; dagegen ist die ungarische Regierung im Besitz der an Naturprodukten rc. reichsten Theile des Landes und sind hier die ungaeischen Banknoten in vollster Gültigkeit, demnach eine Erschöpfung der Kasse nicht in Aussicht steht. Was die Stimmung der unteren Gegenden betrifft, so möge Jeder, ob mit Ungarn bekannt oder nicht, versichert seyn, daß jede Lippe nur einen Fluch für Habsburg, aber tausend »Eljen“ und Segensrufe für Kossuth, den Abgott der Nation, hat; daß ferner die Oesterreicher mit jeder Kanone, die sie in das Innere führen (durch die im Frühjahr und Herbst unpassirbaren Wege) der ungarischen Nation ein Geschenk machen; daß auch auf den Ruf Kossuths binnen weniger Zeit mehr denn 30 bis 40,000 berittene Shikos (Hirten, die so zu sagen mit dem Pferde Eins sind, und füglich die Kosaken Ungarns genannt werden dürfen) sich sammeln und mit ihren leichten an Entbehrung und langen Tagereisen gewöhnten Pferden auf den unübersehbaren Steppen den Feind zu Tode hetzen werden. Das von mir Gesagte wird Niemand, der Wahrheit liebt, widerlegen können und habe ich daher nicht nöthig, noch weitee zu beweisen, daß das Vabanque der österreichischen Regierung nur zu deren Nachtheil ausfallen kann, und ihr System, die verschiedenen Racen und Völker an einander zu hetzen, um in ihrem eigenen Fleische zu wühlen — zwar für jetzt gelungen ist, sich aber doch zuletzt noch an dem Erfinder rächen wird. (A Odz.)

(Kaschau, den 11. Janar.) Uebee die Operationen des Schlik'schen Armeekorps entnehmen wir dem Briefe eines Offiziers folgende Details: Obgleich wir den Feind bei Szigzo geschlagen haben, so war das Resultat dieses Sieges in seinen Folgen dem eines Verlustes sehr ähnlich; denn statt den Muth des Feindes gänzlich niedergedrückt zu haben, erweckten und belebten wir ihn von Neuem durch unsern Rückzug. Die unmittelbare Folge war, daß uns der Feind, wenn auch in ehre-bietiger Entfernung folgte. Sein Operationsplan war kombiniet und großartig. Aus dem Süden von Miskolcz und Szikszo marschirte er mit 18 Bataillons, 34 Geschützen und zahlreicher Kavalleeie gegen uns; aus dem Osten, dem Zempliner Komitate war eine Kolonne von 4000 Mann, westlich aus der Zips eine von 3000 gegen Kaschau, eine von 4000 gegen Eperies, unsere Operationsbasis, in Anmarsch. Alle diese Kolonnen hatten ihe Rendezvous am 4. vor Kaschau, und wäre diese Kombination geglückt, wir wären von der Uebermacht erdrückt worden. Zum Glück aber wurde dieser Plan verrathen. Der Ueberfall von Eperies am 2. um 4 Uhe früh von zwei Seiten wurde durch das Bataillon Nugent und 6 Kanonen zurückgeschlagen, und der Feind verfolgt. Das Bataillon Parma ging dem Feinde auf der Zipser Straß entgegen, traf ihn ebenfalls am 2. und warf ihn nach einem mehrstündigen Gefechte zurück. Am 3. vereinigten sich die Bataillone Parma und Nugent, und schlugen den Feind abermals bei Hamer. Das Bataillon Hartmann wurde auf der Zempliner Straße östlich geschickt, es fand den wichtigen Dargo-Paß bereits vom Feinde besetzt; er wurde in einem hitzigen Gefechte mit der blanken Waffe mit Bravour genommen. So waren von drei Seiten die feindlichen Kolonnen geschlagen und zersprengt. In der Nacht vom 3. auf den 4. wurde ein Theil der ausgesandten Bataillons zurückgezogen, während der Rest derselben die genommenen Positionen besetzt hielt. Ich weiß nicht, ob die von Miskolcz anrückende feindliche Hauptmacht unter dem Befehle des Exministers Meszaros Nachrichten von den Niedeelagen der Seitenkolonnen hatte — es scheint beinahe nicht, denn am 4. d. M. 2 Uhr griff er uns plötzlich auf den 2 Straßen von Miskolcz und Moldau, die in einem Winkel von beiläufig 45° aus Kaschau dirigirend auslaufen, an. Obgleich wir die Nähe des Feindes wußten, waren wir dennoch eines so plötzlichen Ueberfalls nicht gewärtig. Ich z. B. saß gerade in dem Salon einee liebenswürdigen Dame, deren Besorgnisse vor einem Ueberfall ich zu beruhigen suchte, als mich die Alarmtrommel dort abrief. Die Pferde waren bereit, in wenigen Minuten war ich auf dem Platze. Mein General schickte mich sogleich vor die Stadt, um den Feind zu eekognosziren. Der Anblick, der meiner dort harrte, war fürchterlich; — die Ebene von Barcza und alle Höhen bis zur Moldauer Straße waren mit dichten Massen und langen Fronten des Feindes bedeckt, alle dominirenden Höhen besetzt, unsere schwache Vorpostenrotte repliirte sich, überall vom Feinde auf dem Fuße gefolgt — ich eilte mit dieser Hiobspost zurück.

Mein Geneeal hatte während dessen seine Brigade gesammelt und führte sie aus dem Debuche des Eingangs von Kaschau. Unsere Zwölfpfünder-Batterie fuhr auf, das erste Geschütz warf im Wassergraben um und sperrte den andern das Auffahren, der Augenblick war desperat, überall stiegen die weißen Dampfsäulen der feindlichen Kanonenschüße, die koncentrisch auf uns feuerten, auf, die Kugeln schlugen dicht vor uns ein, es sauste um unsere Köpfe —. die schwarzen Massen wälzten sich näher und näher. Endlich fuhr die Zwölfpfünder Batterie auf, die ersten Schüsse krachten, sie demontirten 2 feindliche Piecen, die Brigade marschirte auf, die Raketen-Batterie und Infanterie wurden in den rechten Flügel derselben zur Erstürmung des Galgenberges bestimmt, dieser wurde in einem fürchterlichen Feuer mit gefälltem Bajonnet genommen. Durch beinahe 2 Stunden rollte der Geschützdonner unaufhörlich von beiden Seiten aus 50 Kanonen; der Feind stand und wir rückten vorwärts. Da floh jede Wolke der Besorgniß, Freude und Hoffnung strahlte in jedem Blick — der Himmel konnte den Sieg der gerechten Sache nicht entziehen Während der Zeit hatte der Major Bar. Gablens auf unsern rechten Flügel die Höhen der Moldauer Strasse ebenfalls mit dem Bajonnete genommen und den Feind zum Stehen gebracht, auch dort neigte sich die Wage auf unsere Seite. Die 2 unmittelbaren Anführer dieses Tages waren auf dem linken Flügel und im Centrum der General Graf Deym mit 2 Batterien, 2 Bat. Infanterie und der Kürassier Division; auf dem rechten Flügel der Major Baron Gablenz mit 1 Bataillon, einer Sechspfünder-Batterie und einem Flügel Chevauxlegers. Unser geliebter Führer F. M. L. Graf Schlick war die Seele des Ganzen, überall, wo die Gefahr am größten, ein wahrer chevalier sans peur et sans reproche ordnete er alles mit solcher Ruhe an, als gäbe es ein lustiges Feldmanöver bei Prag. Von seiner Ruhe zeugt folgender kleiner Zug. Die Gräfin C..., eine gutgesinnte Dame, die uns alle sehr gastfrei in ihrem Hause aufgenommen hatte, schwebte natürlich in der tödtlichsten Angst, während des Gefechtes; mitten in der Schlacht schickte der F. M. L. seinen Reitknecht zu der Gräfin und ließ sich zum Thee für diesen Abend bei ihr ansagen. — Der Feind wich bald, unsere Geschütze rießen ihn gliederweise nieder, der schönste Tag unseres Lebens ging zue Ruhe. Die Trophäen dieses Tages sind 16 Kanonen und Mörser, 600 Gefangene, 700 Gewehre, 1 Fahne, 5 Trommeln, 41 Pferde, Bagage und Beute allee Art. (C. Bl. a. B.)

(Von der österreichischen Grenze, den 18. Januar.) Die amtliche Bestätigung über das Vordringen des General Bem ist nunmehr erfolgt; überraschend klingt jedenfalls die Angabe, daß Czernowicz von ihm genommen worden. Noch überraschender aber dürfte es lauten, daß Russen aus dem benachbarten Podolien und der Moldau sich zur Disposition des kommandirenden Generals stellten und in diesem Augenblicke höchst wahrscheinlich schon eingerückt sind. Beglaubigte Privatbriefe geben diese wichtige Thatsache als gewiß. (Leipz. Z.)

Oldenburg. (Oldenburg, 17. Jan.) Die Aufhebung der Titel durch §. 7 der deutschen Grundrechte wird in unserm Lande eine große Umwälzung hervorbringen. Wir haben hier acht Rangklassen, alle auf chinesische Weise nach Knöpfen unterschieden. Von diesen führen die 5 obersten (vom Rathe in einem Kollegium an) sämmtlich Titel, die nicht zur Bezeichnung des Amtes dienen. Die Stufenfolge ist Hofrath, Geheimer Hofrath, Staatsrath, Geheimer Staatsrath, Geheimerath. Alle diese schönen Titelzöpfe sollen nun auf dem Altare des Vaterlandes am 17. Januar fallen! (Z. f. N.)

Preussen. (Berlin, 19. Jan.) Unter andern literarischen Kuriositäten unserer reaktionären Wühler (sie stehen den radikalen nicht nach) zeichnet sich ein Büchelchen aus, welches den Titel führt: »Das schwarze Buch der aufgelösten preuss. Nat.-Vers. Ein Warnungsspiegel für preussische Wahlmänner“ Dieser Warnungsspiegel gibt auf 64 Seiten Westentaschenformat in schwarzem Falz ein vollständiges Sündenregister der Nat.-Vers. Zuerst werden die zehn Hauptsünden aufgezählt; sie bestehen in 1) Berend's Antrag wegen Anerkennung der Revolution; 2) Waldeck's und Wachsmuth's Antrag wegen Einsetzung einer Verfassungskommission, „der erste Schritt zur Erfüllung ihre Souveränetätsgeluste;“ 3) Robertus und Berg wegen Vorlegung eines Gesetzes über die Schutzmannschaften, »der erste größere Uebergriff in die Verwaltung; 4) Stein's Antrag wegen des Erlasses an

die Armee; 5) **Waldeck's Antrag, daß General Wrangel seinen Armeebefehl** zurückziehen solle, »ein schreiender Uebergriff der Versammlung;" 6) Rodbertus' Antrag in Betreff der wiener Verhältnisse; 7) Streichung des „von Gottes Gnaden;" 8) Jung's Antrag, das „vereinbaren fallen zu lassen; 9) Berends' Antrag wegen Abschaffung des Adels; 10) Antrag wegen Abschaffung des Adels. Hierauf folgt dann in alphabetischer Ordnung das Verzeichniß der Abgeordneten, vor welchen die Wähler gewarnt werden, und zwar mit Beifügung aller ihrer sündhaften Abstimmungen. Es sind fast alle Mitglieder der Versammlung, mit Ausnahme der Rechten und des rechten Centrums. Nur einige der hervorragendsten wollen wir namhaft machen; es sind die HH. Arnß, v. Berg, Bornemann (früher Justizminister, Duncker, (Berlin), Esser, geheimer Revisionsrath, Gierke, Minister, Harassowitz, Kriminalgerichtsdirektor, v. Kirchmann, Phillips, Plönnies, Rodbertus, v. Unruh. Man sieht, welche Zumuthungen hier an die preussischen Urwähler gestellt werden. Denn welch ein politisches Armuthszeugniß würden sie sich ausstellen, wenn sie unterließen, die tüchtigsten und befähigsten der frühern Abgeordneten wieder zu wählen. Auch darf dies nicht befürchtet werden, im Gegentheil ist kaum daran zu zweifeln, daß viele der Genannten an verschiedenen Stellen wieder gewählt werden. (D. A. Z.)

†*† (Berlin, den 20. Januar.) Die Entscheidung über die wegen Arbeitseinstellung angeklagten Schriftsetzer (siehe unseren gestrigen Bericht) ist heute vom Kriminalgericht gefällt. Das Urtel lautet auf nur 14tägige Gefängnißstrafe. Bei Erwähnung des Strafmaaßes bemerkte der Vorsitzende, das Gericht würde eben so wohl auf eine Strafe von einer Minute als auf einjährige Strafe erkennen können. Die Verabredung der Angeklagten zu dem Zwecke, die Arbeit einzustellen, um dadurch einen höheren Lohn zu erzielen, wurde als erwiesen angenommen. Die Buchdrucker — führten die Entscheidungsgründe aus — seyen als Gewerbtreibende zu betrachten, und deßhalb der §. 182 der Gewerbeordnung gegen sie in Anwendung zu bringen. Eine den Strafgesetzen zuwider laufende Association liege sonach allerdings vor, jedoch sey nach dem Polizeistrafgesetz zu erkennen, wozu der Gerichtshof, da der Polizeianwalt die Denunciation zurückgewiesen habe, sich kompetent erachte. Die pecuniäre ungünstige Stellung der Angeklagten, und die allgemeine Aufregung zur Zeit der That wurde als mildernde, die Ausdehnung der Arbeitseinstellung und die Gefährdung der allgemeinen Wohlfahrt durch dieselbe als die Strafe verschärfende Umstände angesehen. —

Der Bescheid des Königs auf die Vorstellung der Dorfgemeinde Nessin bei Kolberg wurde heute in besonderem Abdruck an die Bauern auf den Wochenmärkten durch Gensd'armen vertheilt. Die Blätter haben die Ueberschrift „das königliche Wort." Die „Enthüllungen" des Herrn von Bülow-Cummerow und die Ansprachen des treugesinnten Wählervereins« werden sogar in den Elementarschulen vertheilt, auf daß, wie geschrieben steht, des Herrn Wort durch den Mund der Säuglinge verkündet werde. —

Das gestern mitgetheilte Gerücht von einem bereits stattgehabten Ministerwechsel erhält sich auch heute. Etwas Zuverlässiges ist jedoch darüber nicht in Erfahrung zu bringen. —

Von neuen Kandidaten, die sich hier wählen zu lassen gedenken, und größere oder geringere Aussichten haben, nennen wir den Oberlandesgerichts-Rath Martius I., den Professor Krüger und Arnold Ruge. Der letztere, kurz nach Verhängung des Belagerungszustandes, obgleich er schon früher das Burgerrecht erlangt hatte, lebt jetzt, nachdem Herr v. Manteuffel sich veranlaßt gesehen hat, jene Maßregel rückgängig zu machen, durch Krankheit öffentlich aufzutreten verhindert, in stiller Zurückgezogenheit. —

Nach einer Mittheilung, deren Glaubhaftigkeit wir in Zweifel zu ziehen keinen Grund haben, sind wegen Reden in Wahlversammlungen bereits mehr als 20 Voruntersuchungen eingeleitet. Dies hat natürlich die Folge, daß die die Versammlungen überwachenden Kommunalbeamten die ängstlichste Kontrole üben. Der Stadtverordnete Dr. Schulz gestattete gestern, vermuthlich aus gleicher Rücksicht, selbst nicht die Analysirung eines conservativen Wahlprogramms. —

Die Besitzer der hiesigen Maschinenbaufabriken sollen die Absicht haben, den im März ihren Gesellen erhöhten Lohn wieder zu kürzen; eben so soll die damals verkürzte Arbeitszeit wieder verlängert werden. Die Gesellen sind hiermit natürlich nicht einverstanden, hoffentlich kommt jedoch eine gütliche Einigung zu Stande. —

Auffallend ist es, daß in den Konferenzen im Handelsministerium zur Reorganisation der Gewerbeverhältnisse sowohl Meister als Gesellen einen furchtbaren Schutz und Innungszwang beanspruchen. Die in dieser Beziehung gestellten Ansprüche scheinen selbst dem gegenwärtigen dem Schutzzollsystem huldigenden Herrn Handelsminister zu pyramidal, als daß sie vollkommene Berücksichtigung finden sollten. Bedauerlich ist die leider schon jetzt gewonnene Aussicht, daß aus jenen Konferenzen wenig wird hervorgehen können, trotzdem die Bemühungen des Hrn. van der Heydt durch die Konferenzen praktische Resultate zu erzielen alle Anerkennung verdienen.

(Aus der Provinz Sachsen.) Hier macht eine offenbar willkürliche Interpretation der Behörde in Betreff der Wahlfähigkeit für die erste Kammer böses Blut. Die Magistrate hatten nach dem Wortlaut des Wahlgesetzes vom 6. Dez. v. J. alle diejenigen Einwohner, welche jährlich 8 Thlr. Klassensteuer und darüber zahlen, ohne Weiteres in die Urwählerlisten aufgenommen. Die Behörden erklären nun, daß die in einzelnen Städten an Stelle der Schlacht- und Mahlsteuer getretene, den Namen Klassensteuer führende Ersatzabgabe nicht die Natur der Klassensteuer habe. Es sind deshalb alle die steuerzahlenden Einwohner aus den Listen gestrichen worden, und nur diejenigen werden mitwählen dürfen, welche einen Grundbesitz von 5000 Thlr. oder ein reines Einkommen von 500 Thlr. jährlich haben. Auf eine Gegenvorstellung der Bürgerschaft von Quedlinburg, die durch eine Deputation überreicht wurde, erwidert ein Reskript der Regierung zu Magdeburg: daß ihr bei Aufstellung und Prüfung der Urwählerlisten gesetzlich keine Entscheidung zustehe. — In Wittenberg beklagt man sich darüber, daß man mit dem Kreise Torgau gemeinschaftlich in Dommitzsch zu wählen angewiesen ist. Während der wittenberger Kreis vorherrschend ministeriell gesinnt ist, wird der Torgauer von einer demokratisch erregten Bevölkerung bewohnt, der es ohne Zweifel gelingen wird, den frühern Abgeordneten Justizkommissär Moritz, als Deputirten durchzusetzen. Beide Kreise haben nur zwei Abgeordnete zur zweiten Kammer zu wählen. — In Magdeburg wird die oppositionelle Partei außer Hrn. v. Unruh auch nach den jetzigen Auspizien ihren zweiten Kandidaten Hrn. Professor Pax durchsetzen.

Sachsen. (Dresden, 19. Jan.) [2. öffentliche Sitzung der II. Kammer.] Unter den Eingängen befanden sich u. A. die Eingabe eines Advokaten in Dresden, den Abgeordneten Richter aus Zwickau für die von ihm wegen seiner „Biene" früher bezahlten Preßstrafgelder aus Staatskassen zu entschädigen, eine Motion Schaffraths und Genossen, daß die Kammer sich gegen ein unverantwortliches erbliches Oberhaupt Deutschlands und die Uebertragung dieser Würde, auf Preussens König, aber für einen verantwortlichen Präsidenten erklären mögen. Nachdem Staatsminister v. d. Pfordten bemerkt, daß die auf Rob. Blum's Tödtung sich beziehenden Akten aus Frankfurt eingegangen und ziemlich voluminös seyen, er deshalb am nächsten Mittwoch auf die gestrige Interpellation Tzschirners antworten werde, interpellirt v. Trützschler, ob das Ministerium der Centralgewalt oder ihren Organen gegenüber seine Ansicht über die deutsche Oberhauptsfrage bereits ausgesprochen habe, wie von Frankfurter Blättern behauptet worden. Staatsminister v. d. Pfordten entgegnet, daß bei Berathung der Schaffrath'schen Motion Gelegenheit sey, sich hierüber auszulassen, daß jedoch das Ministerium seine Ansicht der Centralgewalt mitzutheilen weder Anlaß gefunden noch gesucht habe. (Lpz. Z.)

Schleswig-Holstein. Das am 16. d. M. in Schleswig zusammengetretene Bureau der vertagten Schleswig-Holsteinschen Landesversammlung hat den Beschluß gefaßt, die Abgeordneten einzuladen, sich am 26. d. M. Mittags 12 Uhr in dem Sitzungssaale in Schleswig einzufinden. (Z. f. Nordd.)

Sprech-Saal

Theater.

(Eingesandt)

Unser allgemein beliebter Hungar, dessen Benefiz vor einigen Tagen in diesen Blättern angezeigt war, hat sich entschlossen, statt dem genannten Stücke ein Lustspiel von Tenelli: „Die Mönche" zu wählen. Dieses Stück ist eines von denen, welche vor dem März 1848 der Tyrannei der Censur unterlagen, und später ihre Auferstehung feierten. Bei der Ungewißheit, wie lange ihr Daseyn dauern wird, möchte wohl bezüglich des erwähnten Lustspiels um so mehr die Bemerkung als Empfehlung genügen, daß es mit dem entschiedensten Erfolge über alle deutschen Bühnen gieng, und daß der Ausspruch der Kritik darüber die Wahl des Herrn Hungar nur rechtfertigen kann.

† (Nürnberg, den 23. Januar.) Der Kupferstecher Alexander Marx, der durch seine malerischen Ansichten aus dem Pegnitzthale und seine Ansichten des Ludwigskanals sein entschiedenes Talent für derlei Darstellungen auf eine sehr ansprechende Weise bekundet hat, beabsichtigt das nun abgebrochene sogenannte Käshaus am Einfluß der Pegnitz in Nürnberg im Stahlstich herauszugeben. Wir haben die Zeichnung dieses interessanten Bildchens gesehen und können das Unternehmen des Künstlers nur empfehlen, zumal der Zweck damit verbunden ist, den bei dem letzten furchtbaren Hochwasser zu Schaden und Verlust gekommenen Nürnbergern einen Theil des Ertrags zukommen zu lassen.

Neu ausgestellte Werke im Albrecht-Dürer Hause in Nürnberg.

Nr. 1. Seesturm, von A. de Marées. — Nr. 2. Würzburg, Abendbeleuchtung v. Geist. — Nr. 3. Mädchen aus der Kirche kommend v. P. Geist. — Nr. 4. Eine Mühle im Gebirge. — Nr. 5. Sonnenuntergang von A. Sommer. — Nr. 6. Sonnenaufgang von T. Goetze. — Nr. 7. Heerden auf der Alpe.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Bekanntmachung.

(Die Eigengelder hiesiger Stadt betr.)

Am 4. Mai 1848 habn die Hausbesitzer hiesiger Stadt eine Vorstellung an die Kammer der Abgeordneten ergehen lassen, worin gebeten war:

„es wolle bei der Berathung über das dermalen vorliegende Ablösungsgesetz diese Eingabe berücksichtiget der in hiesiger Stadt auf den Häusern lastenden Eigengelder nöthigenfalls erwähnt, oder, wenn sie nach Intention des Gesetzes ausgeschlossen seyn sollten, sie noch in solches aufgenommen werden.“

Diese Vorstellung wurde dem dermaligen Landtags-Abgeordneten und II. Bürgermeister Herrn Bestelmeyer mit der Bitte übersendet, solche zu übergeben und sich anzueignen, was auch von demselben geschehen ist.

Es kann nun zwar keinem Zweifel unterliegen, daß die auf den hiesigen Häusern bestehenden Eigengelder unter das Gesetz vom 4. Juni 1848, die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten betreffend zu subsummiren sind, und somit nach den in diesem Gesetz enthaltenen Vorschriften entweder ablösbar sind, oder nach der im Gesetz bestimmten Reihe von Jahren selbst erlöschen: allein gleichwohl sollen manche der Berechtigten der Meinung seyn, daß die Eigengelder nach wie vor den Bestimmungen der Nürnberger Reformation unterliegen, welche bezüglich der Ablösung so hart und lästig sind, daß an eine Ablösung gar nicht zu denken ist.

Unter diesen Umständen erscheint es jedenfalls wünschenswerth und zur Beruhigung der vielen Betheiligten nothwendig, daß wenigstens der Magistrat hiesiger Stadt, welcher als Verwalter der verschiedenen Stiftungen die meisten Eigengelder bezieht, sich öffentlich erkläre, ob er seinerseits bezüglich der Ablösung der Eigengelder die Anwendung der Gesetze vom 4. Juni 1848 beanstande.

Von dieser Erklärung des Magistrats wird es abhängen, welche weiteren Schritte die Betheiligten in dieser für sie so wichtigen Sache zu thun haben.

Nürnberg, den 20. Januar 1849.

Im Namen mehrerer mit Eigengeldern belasteter Hausbesitzer

Johann Mich. Passing.
S. Nro. 1177 b.

Johann Georg Dobel,
L. Nro. 562.

Anzeige und Empfehlung.

Die Herren Gebrüder Born in Erfurt haben mich auch in diesem Jahre wieder mit der Annahme von Bestellungen und Geldern für ihre selbst erzeugten Gemüse-, Feld- und Blumensämereien beauftragt, was ich Blumen- und Gartenfreunden, Kunst- und Handelsgärtnern mit dem Bemerken zur empfehlenden Anzeige bringe, daß Cataloge pro 1849 bei mir gratis in Empfang genommen werden können. Die Zufriedenheit ihrer geehrten Abnehmer zu erwerben, ist das Ziel, wonach die Producenten streben.

Nürnberg im Januar 1849.

Friedrich Bauer
am weißen Thurm.

Freie christliche Gemeinde.

Donnerstag den 25. d. M. 7½ Uhr findet im Saale zum Reichsadler Gemeindeversammlung statt.

Nächsten Sonntag wird der Gottesdienst um 10 Uhr und zwar vom Prediger Herrn Dumhof aus München gehalten. Der Zutritt ist ohne Karten gestattet.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Unterzeichneter macht hiemit einem hochverehrten Publikum bekannt, daß mit dem Monat Februar ein neuer Lehrkurs des „Tanz-Unterrichts“ beginnt, wo er sich zu gütiger Theilnahme ganz ergebenst empfiehlt.

George Heidling, S. Nro 331.
(Hôtel de Berlin)

Bürgerverein für Freiheit und Ordnung.

Donnerstag, den 25. Jan., allgemeine Versammlung, Anfang 8 Uhr. Tagesordnung: Besprechung der Reichsoberhauptsfrage. Anträge auf Beschleunigung der Publikation der Grundrechte in Bayern. — Die Mitglieder des Ausschusses werden ersucht, sich um 7 Uhr zu versammeln.

(Verloren.) Sonntag Abend wurde vom römischen Kaiser in der breiten Gasse bis in die Karthäuser-Gasse ein abgerissenes Stück von einem Korallengehäng, mit vergoldeter Schließe verloren. Der redliche Finder wird ersucht, dasselbe gegen eine gute Belohnung in L. Nro. 923 der Sterngasse zurückzubringen.

Für Auswanderer.

„Die Hoffnung“
Concessionirte deutsche Bureaux für

Auswanderer
nach
Amerika

von **J. M. Bielefeld** in Mannheim.

Regelmäßige Fahrten vom nächsten März an mit gekupfertem Dreymaster erster Klasse, sogenannter Paquetboote, nach

New-York & New-Orleans
über **Rotterdam & London.**

Zur näheren Erkundigung und zum Abschluß von Ueberfahrts-Verträgen beliebe man sich an Unterzeichneten zu wenden.

Heinrich Klippel,
General-Agent in Frankfurt am Main

Kalifornien.

Ein vielgereister Mann wünscht mit einigen Gefährten die Reise nach

„Kalifornien“

zu unternehmen und zwar im Monat Mai oder Juny 1849.

Die Reise würde von Bremen aus nach Newyork und von da den nächsten, besten Weg nehmen.

Alle diejenigen, welche unternehmend sind, und an der Reise Theil nehmen wollen, auch ein Kapital von 3—4000 fl. einlegen können: wollen sich unter der Adresse K. R. in frankirten Briefen an die Expedition dieses Blattes wenden.

Wasserdichter Leder-Anstrich aus Gutta-Percha.

Dieser Wasserdichter-Lederanstrich ist besonders auch bei neuen und neugesohlten Stiefeln und Schuhen zu empfehlen, dieselben erhalten eine doppelte Dauer und bei feuchter und nasser Witterung ist ein Durchdringen des Wassers nicht zu fürchten.

Der Preiß dieses Anstriches ist aufs billigste a 12 kr. pr. Töpfchen mit Gebrauchs-Anweisung gestellt und ist solcher nur allein ächt zu haben:

in Nürnberg bei Herrn Joh. Engelhardt, zunächst dem schönen Brunnen,
" bei Herrn Lederhändler Weidmann in der Kaiserstraße,
in Fürth bei Herrn Fr. Heberlein,
in Erlangen bei Herrn J. C. Helm,
in Ansbach bei Herrn G. B. Blonhorn,
in Bamberg bei Herrn Paul Müller,
in Sulzbach bei Herrn Chr. Krauß.

Ueber weitere Anwendung des Gutta-Percha-Anstriches auf Holz, Stein, Leinwand ꝛc gibt Unterzeichneter gerne jede Auskunft und Anleitung.

Sal. Ludwig Krauß,
Kautschuk-Gutta-Percha-Firniß-Fabrikant
in Nürnberg.

Empfehlung.

Feinster Räucherlack,

von höchst angenehmen Parfüm, die Stange à 6 kr.; zweifarbiges (grün und weiß, rosa und weiß, blau und weiß u. s. w.) Damensiegellack in eleganten Etuis à 6 Stangen, das Etui zu 30 Kreuzer; feinstes

Schwarzrothgold-Siegellack

die Stange zu 4 Kreuzer; feinstes rothbronce, rosa, hellgrün, carmin und blau Damensiegellack in kleinen Stangen à 2 Kreuzer; ferner

geschnittene Kielfedern

in Käßchen zu 25 Stück à 9 Kreuzer pr. Käßchen und

geschnittene Stockkielfedern

in Käßchen zu 100 Stück a 16 Kreuzer, letztere Sorte für den Gebrauch in Volksschulen sehr geeignet, empfiehlt nebst allen andern Sorten Siegellack und Schreibfedern zu ausserordentlich billigen Preisen

Friedrich Bauer am weißen Thurm.

NB. Die oben bezeichneten Sorten Siegellack geben troß ihres ungleich billigen Preises dem feinsten französischen an Qualität durchaus nichts nach; Wiederverkäufern werden überdies noch besondere Vortheile eingeräumt.

Einhorn.

Mittwoch den 24. d. M. Gesangunterhaltung von dem österreichischen Sänger Fischer und Ranerl. Anfang 8 Uhr

---

Bräuhaus-Verkauf.

In hiesiger Stadt ist ein in gutem Betriebe stehendes und mit allen zur Bräuerey gehörigen Utensilien versehenes Bräuhaus, nebst gutem und großem Felsenkeller täglich zu verkaufen. Näheres in L. Nro 846.

(Verloren.) Vergangenen Sonntag Abend wurde auf dem Bahnhof der Fürther Eisenbahn eine Tabackpfeife mit porzellainenem Kopfe und dergl. Wassersack verloren. Man ersucht den redlichen Finder, selbige gegen Erkenntlichkeit in S. Nro. 394 Albrecht-Dürer-Strasse abzugeben.

(Verloren.) Vom Webersplatz bis zum Thiergärtnerthor ist am vergangenen Sonntag ein silberner Armring verloren worden. Der redliche Finder wolle solchen gegen Erkenntlichkeit in der Exped. d. Blattes abgeben.

(Gesuch.) Ein junger Mensch, der mit Rechnen und Schreiben umzugehen weiß, wünscht als Auslaufer unterzukommen. Sterngasse Nro. 917.

(Verlaufen.) Ein 8 Wochen altes Königshündchen, schwarz und braun gezeichnet, hat sich verlaufen, um dessen Zurückgabe gegen ein Trankgeld im Wallfisch gebeten wird.

(Zugelaufen.) Am Dienstag den 16. d. ist Jemand ein kleiner schwarzer Dachshund mit brauner Brust und weißen Pfoten zugelaufen. Der rechtmäßige Eigenthümer kann solchen gegen Ersatz der Einrückungsgebühr und des Futtergeldes in Empfang nehmen.

(Zu vermiethen.) Ein großer, trockner Keller ist in der Nähe vom Museum täglich zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Ganz nahe vor dem Spittlerthor, im Gebhard'schen Garten ist eine schöne Wohnung zu vermiethen.

(Zu verpachten.) Ein großer Antheil an einer Wasserkraft ist entweder im Ganzen oder getheilt zu verpachten.

(Gesuch.) Volgers Handbuch der Geographie neueste Auflage, wird zu kaufen gesucht.

(Gesuch.) Es wird ein kräftiges Frauenzimmer gesucht, welches schon an einem Schwungrade gearbeitet hat.

(Gesuch.) In L. Nro. 497 Brunnengasse wird eine brave Magd am Ziel angenommen.

(Gesuch.) Eine Köchin, welche gut kochen kann und sich willig jeder Hausarbeit unterzieht, auch Liebe zu Kindern hat, wünscht täglich oder bis nächstes Ziel in Dienst zu treten.

(Kapital-Gesuch.) 7—8000 fl. werden auf ein hiesiges großes Anwesen gegen die vollkommenste hypothekarische Sicherheit zu entnehmen gesucht.

Auch würden dafür 3½% bayerische Obligationen zum vollen Werthe angenommen, jedoch mit der Bedingniß, daß das Kapital unter 3 Jahren nicht gekündigt wird.

Schriftliche Offerten unter A. D. No. 1 besorgt die Exp. d. Bl.

(Gesuch.) Zum hiesigen Regiment wird ein Ersatzmann anzunehmen gesucht.

(Kauf-Gesuch.) Ein gebrauchtes noch guterhaltenes Pianoforte von 6 Oktaven wird billig zu kaufen gesucht. Nro. 313 b nächst der Karolinenstrasse.

(Gesuch.) Ein Mädchen mit 24 Jahren wünscht am Ziel in einem soliden Hause als Köchin unterzukommen. Näheres Nro. 112 Marplatz.

(Gesuch.) Ein Kräuterhandel-Geschäft wird zu kaufen gesucht. Schriftliche Anerbieten unter dem Buchstaben D besorgt die Exped. d. Blattes.

(Gesuch.) In der Nähe des Theaters wird eine Parterre-Wohnung, wo möglich mit dem ersten Stock zu miethen gesucht. Näheres unter Adresse N. N. durch die Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Eine Magd, welche gute Hausmannskost kochen kann, mit der Wäsche gut umzugehen weiß, und sich willig allen andern Hausarbeiten unterzieht, wird nächstes Ziel in Dienst zu nehmen gesucht.

Theater-Anzeige.

Mittwoch den 24. Januar 1849.

Zum Vortheil des Unterzeichneten.

Zum Erstenmale:

Die Mönche.

Lustspiel in 3 Akten von M. Tenelli.

Durch die Wahl dieses anerkannt trefflich und pikanten Lustspiels, welches auf allen Bühnen Deutschlands entschiedenes Glück gemacht, hoffe ich den verehrlichen Theaterfreunden einen recht heiteren Abend verbürgen zu dürfen.

Ich hoffe daher einem recht zahlreichen Besuche entgegensehen zu dürfen, und zeichne

Hochachtungsvollst und ergebenst
Wilhelm Hunger, Mitglied hiesiger Bühne.

Mit einer Beilage.

Deutschland.

Bayern. ✝ (München, 16. Jan.) Der Artikel über die Audienz des Predigers und des Vorstandes der hiesigen deutsch-katholischen Gemeinde, der aus Ihrem Blatte die Runde durch so viele Blätter macht, gibt der Augsburger Postzeitung einmal wieder Grund, ihr Gift gegen die — wie sie sich ausdrückt — sogenannten Deutschkatholiken zu verspritzen. Wir würden diesen Schmäh- und Schmachartikel mit der diesem Blatte gebührenden Verachtung übergehen (die Augsburger Postzeitung ist ein bei allen Bessergesinnten viel zu berüchtigtes Blatt, um einer Polemik würdig zu seyn), hätten wir nicht auf die Schandtafeln dieses Blattes ein paar neue Fakta zu setzen, die dieses jesuitischen Organs würdig sind. Indem nämlich die Augsburger Postzeitung in einem Passus ihres Artikels sagt: „Dieser „neue Glaube," der sich durch das Wegleugnen der Gött„lichkeit als entschiedener Unglaube mit demokratischer Freiheit von „vornherein dokumirte" hat sie sich selbst wieder als eine würdige Nachfolgerin ihres großen Meisters Loyola dokumentirt. Sie will dadurch den Deutschkatholizismus zum Atheismus stempeln, während doch die Grundsätze der deutsch-katholischen Kirche ausdrücklich unter S. 2 sagen: Als allgemeinen Inhalt unsrer Glaubenslehre stellen wir folgendes Symbol auf: Ich glaube an Gott den Vater ꝛc., ich glaube an Jesum Christum, unsern Heiland, ich glaube an den heiligen Geist ꝛc. — Ist das Wegleugnen der Göttlichkeit? Nein, dieser Vorwurf ist nur der Ausdruck der Wuth, weil sub 9 der deutschkatholischen Grundsätze gesagt ist: „Wir verabscheuen allen Zwang, alle Heuchelei und alle Lüge," in welchen Eigenschaften die Augsb. Postztg. und ihr Anhang freilich stets die Basis aller Göttlichkeit suchten. Daß die Augsb. Postztg. bei Anführung des Hrn. Dowiat erwähnt, er sey zufällig in Berlin zu sechsjährigem Zuchthaus verurtheilt worden, ist eine höchst unwürdige Gemeinheit. Wäre er für ultramontane Grundsätze verurtheilt worden, wie er jetzt für die Sache des Lichtes leidet, würde ihn die Augsburger Postzeitung sicher als Märtyrer bezeichnen und vielleicht sogar seine Heiligsprechung erzielen. Freilich das ist die christliche Liebe, nicht wie sie der Deutschkatholizismus versteht, sondern nach den Begriffen der Augsburger Postzeitung. Daß dieses Jesuitenblatt den Herrn Minister Beisler wegen seiner Protektion des Deutschkatholicismus angreift, war zu erwarten. Freilich, wenn es ihr gelänge, den Minister unpopulär zu machen, und eine neue Brandfackel in das Land zu schleudern, so wäre einer ihrer Zielpunkte erreicht; denn dann stünde es vielleicht noch besser um ihre ultramontanen Bestrebungen, deren Schlußstein sichtlich ein Ministerium Abel bildet. Nur so fort, Du wackerer Vorkämpfer in der Finsterniß. Gerichtet bist Du schon lange, aber trefflich, wie Du es selbst nicht glaubst, arbeitest Du den Freunden des Lichtes in die Hand! Es scheint übrigens nicht unwahrscheinlich, daß der Monarch, wie Du es sagst, den höheren Gegeneinfluß bildet; denn das gnädige Handschreiben des Königs an den Bischof von Augsburg ist wirklich ein glänzendes Dokument für die ultramontanen Gesinnungen der Krone, die jedenfalls dem Lande viel Segen bringen werden.

⁐ (Nürnberg, den 23. Januar.) Der Volksverein hat folgende Petition, die Verkündung der Reichsgesetze in Bayern betreffend, an die hohe Kammer der Abgeordneten in München eingereicht:

Hohe Kammer der Abgeordneten! Die von allen Freunden des Vaterlands mit Jubel aufgenommene königl. Proklamation vom 6ten März 1848 sprach es aus: »Ein großer Augenblick ist in der Entwicklung der Staaten eingetreten!« Große Ereignisse erheischen große Maßnahmen; deshalb bezeichnet auch dieselbe Proklamation „als Ziel des königl. Strebens" Deutschlands Einheit durch wirksame Maßnahmen zu stärken, dem Mittelpunkte des vereinten Vaterlandes neue Kraft und nationale Bedeutsamkeit mit einer Vertretung der deutschen Nation am Bunde zu sichern. Wie anders aber kann Deutschlands Einheit, Freiheit und Macht fester begründet und auf die Dauer gesichert werden, als durch die unbedingte rückhaltslose und vollständige Anerkennung, Annahme und Einführung der von der konstituirenden deutschen Reichsversammlung gefaßten Beschlüsse und der auf Grund derselben von der provisorischen Centralgewalt verkündeten Gesetze in den einzelnen Staaten? Dies erkennend, hat der aus mehr als 700 Mitgliedern bestehende Nürnberger Volksverein in seinen Statuten den Grundsatz aufgestellt, daß alle Beschlüsse der Majorität der deutschen Nationalversammlung allgemein für das ganze deutsche Volk bindend seyen. — In Anbetracht nun, daß die von der provisorischen Centralgewalt bisher erlassenen Reichsgesetze, theils auf eine zweideutige und ungenügende Weise, theils — wie die allgemeine Wechselordnung für Deutschland (6. St. des Reichsgesetzblattes), und wie die Grundrechte des deutschen Volkes (8. St. gar noch nicht von der kgl. bayer. Staatsregierung promulgirt worden sind, sieht sich der Nürnberger Volksverein veranlaßt, Eine hohe Kammer der Abgeordneten ehrerbietig zu bitten: Dieselbe wolle vor Allem die königl. Staatsregierung auffordern, daß die in dem Reichsgesetzblatte erschienenen und ferner erscheinenden Reichsgesetze in Gemäßheit des allgemeinen und der besondern Einführungsgesetze sofort auch in dem bayer. Gesetzblatte als verbindliche Gesetze bekannt gemacht werden. Zwar möchte es scheinen, daß die Reichsgesetze ohne den Beirath und die Zustimmung der Stände des Königreichs in Bayern nicht eingeführt werden können, allein dieser Schein schwindet bei der Erwägung, daß schon jetzt sowohl die Selbstständigkeit u. Hoheitsrechte der regierenden Fürsten, als auch die legislatorischen Befugnisse der Volksvertreter in den Einzelstaaten eine Beschränkung erlitten haben, auch in Bayern eine Versammlung der Stände des Königreiches nicht mehr existirt, und daß überhaupt zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands allein die deutsche Nationalversammlung kompetent ist. (Parlamentsbeschluß am 27. Mai 1848, durch welchen zugleich alle entgegenstehenden Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen für ungültig erklärt wurden, kraft der ausschließlich konstituirenden Befugniß der Nationalversammlung.)

Der Nürnberger Volksverein ist deßhalb der gewiß begründeten Ansicht, daß die Reichsgesetze, insbesondere der Grundrechte des deutschen Volks, sowie überhaupt alle von der Centralgewalt verkündeten Beschlüsse der deutschen Reichsversammlung, der partikulären Berathung und Zustimmung der gesetzgebenden Körper in den Einzelstaaten nicht mehr unterbreitet werden können, noch dürfen. Die Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands wäre auch in der That unmöglich, es würden die Territorialregierungen über die Reichsregierung, die Volksvertretung in den deutschen Einzelstaaten würde über das allgemeine deutsche Parlament gestellt, und dieses unnütz gemacht werden; wenn jeder einzelne deutsche Staat befugt wäre, die allgemeinen Reichsgesetze abzuändern, oder nur theilweise, oder auch gar nicht anzunehmen, und den bisherigen elenden Zustand der politischen und legislativen Zerrissenheit in tausendfacher Verschiedenheit beizubehalten. Das sey ferne! Das Allgemeine steht über dem Besonderen, und so gewiß das Kleinere im Größern enthalten ist, so gewiß ist der Beirath und die Zustimmung der Vertreter des bayerischen Volkes zu den allgemeinen Reichsgesetzen gewahrt und bethätigt in der Theilnahme der bayerischen Parlamentsmitglieder an den Berathungen und Beschlüssen der deutschen Reichsversammlung und an den daraus hervorgegangenen Reichsgesetzen. In schuldiger Ehrerbietung ꝛc.

△ Kein Oesterreich! Kein Preussen! Ein einiges Deutschland!

Der deutsche Michel. Kein Oesterreich! Kein Preussen! Ein einiges Deutschland! So muß es werden. Professor. Das heißt: es soll Deutschland Ein selbstständiger und ganzer, ein einiger und einträchtiger Staat seyn, wie ein Mensch, an dem das Haupt nicht ohne und wider den Leib, der Leib nicht ohne und wider die Glieder, und die Glieder nicht ohne und wider den Leib sind; sondern in dem Alles und Jedes in schönem Ebenmaß und in richtigem Verhältniß steht und Einem Geiste der Freiheit und Ordnung dient. — Ein einiges selbstständiges und ganzes Deutschland! Ich kann es mir nicht denken ohne die Einheit, Selbstständigkeit und Fülle eines dasselbe beseelenden Geistes. Ein Körper ohne Geist und Seele ist eine Leiche. Wer daher das Eine und einige Deutschland in keinem Leichnam will, der muß für dasselbe auch den Einheit schaffenden Geist wollen; und da dieser Geist auch im Leben des deutschen Volkes hervortreten, sichtbar werden muß: so muß derselbe in eine bestimmte Form sich kleiden. Als Kaiser muß er erscheinen, wenn die einzelnen Theile und Glieder Deutschlands eine repräsentativ-monarchische Form als Präsident aber, wenn sie eine republikanische Föderation haben sollen. Michel. Weshalb sind denn die Herrn in Frankfurt? Professor. In dem Satze »Kein Oesterreich, kein Preussen, ein einiges Deutschland ist also auch mitbegriffen der Satz „Einen Kaiser oder Einen Präsidenten für das Eine einige Deutschland!" Michel. Wo ist ein lebendiger und ganzer Körper ohne Kopf und Glieder? Professor. Sie wollen aber in Frankfurt zum Theil ein vielköpfiges Direktorium. Michel Sieh mich an! Ich habe nur Einen Kopf. Ich bin kein indisches Götzenbild mit drei oder mehr Köpfen. Das sind Ungeheuer der Phantasie, die mich anwidern. Ich habe die Herren nach Frankfurt geschickt, damit sie phantasiren? Nicht wahr? Professor. So klar wie auch der Satz ist, so scheint es aber doch, als wenn man ihn sowohl in Frankfurt als auch ausser Frankfurt nicht recht verstehen wollte. Jetzt, wo es sich um die Fleischwerdung des Oberhauptes handelt, entsteht gerade ein Zetergeschrei, daß es mir zu grausen anfängt. Und die Fürsten mit ihren Hofschranzen und Pfaffen machen den meisten Larmen, sie, die großen Reaktionäre, sie meinen, Du habest vor den Blitzen der Reichsbajonette die Augen zugedrückt, vor den Reichstrommeln die Ohren zugehalten und seyst nun schon wieder zum Schlafen geneigt. Michel. Nur nicht bange, Herr Professor! Der Gegner hat seinen Kopf, und der Michel hilft schon, wenn's Noth thut. Ich bin nur ein Bißchen ruhig gewesen und habe zugesehen, wie der Märzsturm gewirkt hat. Laß gut seyn, ich lache heimlich über das Treiben in meinem Hause; ich bin nicht schläfrig, ich war auch nie dumm, nur zu gut und zu langmüthig. Professor. Du lachst über das grandiöse eifersüchtige Gebaren Deiner Söhne, der hohen Dynastie. Es wird nichts Gutes daraus. Michel. Laß sie doch schreien: der Habsburger soll's nicht seyn, der Hohenzollern, der Wittelsbacher nicht! Was kümmern mich die Häuser! Die Deutschen sind meine Sorge und wenn ich die Herren der Häuser noch ein wenig habe schreien lassen, nun! dann stampfe ich mit dem Fuß, daß die Erde von ganz Deutschland erbebt, und rufe mit meiner kräftigen Stimme: Ruhe da! und halte folgende Rede: Meine Herren! Meine Meinung gilt. Kein Haus Habsburg! Kein Haus Hohenzollern! Kein Haus Wittelsbach! Nur das Haus Deutschland! Ihr treibt schlechte Wirthschaft; die hat ein Ende. Ist das Friedensliebe, Gemeinsinn, Vaterlandsliebe, daß Ihr Euch so übel geberdet und widereinander stemmt, wenn ich Ordnung haben will? Von Euch hat Einer so viel Recht als der Andere. Vor mir, Eurem Papa, seyd Ihr alle einander gleich. Punktum! Ich brauche blos einträchtig gesinnte Deutsche, die Häuser und ihre Interessen kenne ich nicht; die hat mir der »Gott sey bei uns!« während meines Schlafs in meinen Dom gebaut. So eine Lächerlichkeit, ein Haus in das andere, Häuser in das deutsche Haus zu bauen! Ich bin jetzt munter und thue nun, was nöthig und recht. Ich richte als Herr mein Haus ein, wie es mir gefällt; den Nachbar Russe und den Nachbar Franzose geht es nichts an, und meine Söhne müssen es sich gefallen lassen. Ich habe es nicht anders gewollt; mein Haus muß eine große Halle seyn, in welcher sich alle meine Söhne und alle meine Kinder in Freiheit und Ordnung bewegen, wie ich's gerne sehe, wie die Sterne am Himmel, rein und klar und ohne Wandel. Professor. Das just ist auch mein Gedanke. Die Sterne sind Sterne, haben aber alle Einen Gott, der sie schuf, und Eine Sonne, um die sie sich drehen, ohne die sie nichts sind. Michel. Ander's duld' ich's auch nicht in meinem Dom. Wozu die besonderen Kämmerchen, die besonderen Nester? Wir haben alle an einem großen Nest genug. Professor. Der Habsburger — Michel. Der Habsburger, der mag gehen, wenn ihm der Habsburg mehr gilt, als der Deutsche! Er mag sich vor der Hand einmal außer dem deutschen Hause umsehen, wie der Ostwind bekömmt und wenn sein Hochmuth dann Schüttelfrost bekommt, Dann soll er nur wiederkommen. Wie Gott den Deutschen nicht verläßt, so verläßt auch der Deutsche den Deutschen nicht. Als Deutscher aber muß er kommen. Professor: Und der Hohenzollern. Michel: Das ist der rechte von meinen Söhnen, der, den ich brauchen kann, nicht, weil er sich Hohenzollern nennt, sondern, weil er hoffentlich diesen Namen bei Seite schafft und, weil er Kraft hat. Dem sage ich: folge mir, Deinem Papa und sey hübsch vernünftig! Wie man dem Dom zu Bamberg seine reine Gestalt wieder gegeben hat, so werden wir jetzt mit einander den großen Dom, das deutsche Haus, in Ordnung bringen. Hier nimm den großen Flederwisch; wir werden ihn vielleicht brauchen. Ihr habt alle wunderlich Zeug getrieben, während ich lag und schlief, wahre Schwalbennester daher gebaut und

seyd nun der Meinung, das seyen Häuser und jedes von diesen Häusern sey Deutschland, und doch sind alle zu klein für ein Volk. Hier wische einmal weg die Firma „Hohenzollerngebiet!" Das ist deutsches Reichsgebiet, das ist die Firma, die wahre. Der Preusse ist erst ein Deutscher und dann ein Preusse. Professor: So wohl mit allen Firmen? Geht das? Michel: Es muß muß gehen. Einst stand die wahre Firma »deutsches Reich« da; die muß wieder her. Darum habe ich die Herren nach Frankfurt geschickt, daß sie auf meine Idee hinaus eine Verfassung, ein Freiheits- und Ordnungsgesetz machen. Wenn sie fertig sind, sage ich: komm Preusse; Du sollst Hüter dieses Gesetzes seyn. Du wirst im Hause mit Weisheit schalten und walten und mit Liebe gegen Deine Brüder verfahren, so wie sie sich mit Liebe und Weisheit gegen Dich oder vielmehr gegen das Reichsgesetz betragen. Ich will Eintracht und Ordnung. Die Nester der Selbstsucht und Absonderung haben kein Glück für Deutschland. Der deutsche Dom, das ist Deine Hauptsorge, muß innen und außen hübsch säuberlich und ehrbarlich aussehen. So Herr Professor meine ich's. Professor: Einverstanden! Bis aber die Arbeit fertig und die Ordnung hergestellt ist, so lange bleibst Du wohl munter, lieber Michel? Michel: Ich muß wohl, und will auch; denn ohne mich geht's nicht. Ich kann das Versäumte später schon nachholen.

G Der deutsche Kaiser.

Die Grundrechte der Deutschen sind geschaffen, und wer sie ruhig und unbefangen betrachtet, wird bekennen, daß sie gut sind. Daß hie und da der eine oder andere die Sache anders wünscht, liegt in der Natur menschlicher Dinge. Möge man sich beruhigen, es ist ja Nichts vollkommen unter dem Monde! Wir wiederholen es: Die Grundrechte sind gut, und die Nationalversammlung hat ihre Aufgabe hierin, im Ganzen genommen, zur Zufriedenheit gelöst. Möge nun auch das deutsche Reichsoberhaupt bald geschaffen werden! Eine Masse Projekte sind aufgetaucht. Jedes derselben hat mehr oder minder sein Gutes; aber die Ausführung stößt bei allen bisher bekannten auf Hindernisse, die unübersteiglich genannt werden müssen. Komme man auch hierin zum Ziele! Uebertrage man, nach gewiß leicht zu erzielender Vereinbarung, die Reichsregierung an Oesterreich und Preussen. Jeder der beiden Fürsten sey deutscher Kaiser lebenslänglich; wenn der eine endet, trete der andere ein, und in vorkommender Minorität des treffenden Reichsregenten sey Bayerns König der Reichsverweser. Ausserdem kommen wir nie zu einem einigen, großen und mächtigen Deutschland, und — vor einem erblichen Kaiser bewahre uns der Himmel!

Zur Brandversicherungsfrage.

Auf den in der „Neuen Münchner Zeitung" vom 10. Januar Nr. 8 erschienenen Artikel gegen die von Nürnberg ausgegangene Aufforderung an sämmtliche Hausbesitzer Mittelfrankens, die Brandversicherungsanstalt betreffend, findet man sich veranlaßt, hier die in Nr. 12. des „freien Staatsbürgers" erschienene Erwiderung abdrucken zu lassen, und dieselbe mit einigen Anmerkungen zu begleiten. Nürnberg, 11. Jan. (Die Brandversicherungsfrage.) Wenn es noch irgend eines Beweises dafür bedürfte, daß wir in Bayern noch bis über die Ohren im Polizeistaate stecken, daß die bayerische Bureaukratie den Gedanken, daß die bayerischen Staatsbürger selbst ihre Angelegenheiten in die Hand nehmen und ordnen oder ihre Verwaltung kontroliren sollen, zu ertragen durch und durch unfähig ist, so dürfte man nur den Artikel der halboffiziellen N. M. Z. Nr. 8 vom 10. Januar lesen, in welchem die von Nürnberg aus angeregte Idee einer Revision der Brandassekuranzrechnungen, zu der man sich durch die außerordentlich hohen, in jetziger Zeit für viele Hausbesitzer kaum erschwinglichen Beiträge veranlaßt fand, mit einem an Wahnwitz grenzenden Fanatismus angefallen und bekämpft wird. Der Schreiber dieses halboffiziellen Artikels würde, wenn er nur die Macht dazu hätte, die frechen Aufwiegler, die mit ihrem beschränkten Unterthanenverstand sich herausnehmen, über die Verwaltung und Verwendung der von ihnen gesteuerten Beiträge klare Rechnung haben zu wollen, ohne Weiteres zu Galgen und Rad verurtheilen und die Exekution nöthigenfalls selbst vornehmen, so zittert und bebt er vor Wuth über ein Ansinnen, das in jedem konstitutionellen Lande als vollkommen begründet und gerechtfertigt kaum einer Vertheidigung bedürfte, das Jederman ganz in Ordnung finden würde. Ja, diese Herrn Bureaukraten, die nach dem März so konstitutionell sich gebärdeten, wie ist doch jeder Buchstabe, den sie schreiben, jede Maßregel, die sie treffen, ein bitterer Hohn auf Konstitutionalismus und verfassungsmäßige staatsbürgerliche Freiheit! Doch wir wollen uns den Artikel der N. M. Z. etwas näher in's Auge fassen. Nachdem der Artikel den Inhalt der in der hiesigen Versammlung gefaßten Beschlüsse dargelegt, und namentlich die Aufforderung herausgehoben hatte, mit den Beiträgen so lange zurückzuhalten, bis genaue Rechnung gelegt sey, fährt er also fort: „Wir wollen nicht darauf eingehen, ob eine solche Aufforderung zur Nichtzahlung gesetzlicher Beiträge, die immerhin stark nach dem Steuerverweigerungsbeschluß des Rumpfparlaments zu Berlin riecht, nicht an sich eine Handlung ist, die gegen die gesetzliche Ordnung verstoßend, die richterliche Thätigkeit in Anspruch nehmen muß. Es wird Sache der betreffenden Behörden seyn, diese Frage zu würdigen." Mit andern Worten: der gereizte Bureaukrat, welcher den Artikel verfaßte, denuncirt die Nürnberger Versammlung den Behörden zur Einleitung eines Hochverrathsprozesses. Um die ganze Staatsgefährlichkeit des Verbrechens der hiesigen Versammlung zu erkennen, vergegenwärtige man sich folgendes: Die Brandversicherungsanstalt ist, nach der Bestimmung der revidirten Brandversicherungsordnung, eine freie Anstalt, d. h. es kann durchaus Niemand gezwungen werden, ihr beizutreten, viele Hausbesitzer gehören ihr wirklich nicht an. Ferner: die Beiträge sollen immer zugleich mit der allgemeinen Jahresrechnung ausgeschrieben werden, eine Bestimmung, welche den Mitgliedern offenbar die Möglichkeit gewähren soll, sich vor Erlegung der neuen Beiträge über die Verwendung der frühern Gewißheit und Klarheit zu verschaffen. Aus jener ersten Bestimmung folgt, daß diejenigen, welche die Fortzahlung ihrer Beiträge verweigern würden, höchstens als aus der Anstalt ausgetreten betrachtet werden, keineswegs aber wegen „Steuerverweigerung" bestraft werden können. Es ist ein Unterschied zwischen Staatssteuern, die, sobald sie von den Kammern verwilligt sind, von den einzelnen Staatsbürgern bezahlt werden müssen, und zwischen Beiträgen zu einer freien Versicherungsgesellschaft, zu deren Theilnahme Niemand gezwungen werden kann. Da indessen jene zweite Bestimmung ausdrücklich sagt, daß die Beiträge nicht eher ausgeschrieben, beziehungsweise erhoben werden können, als bis die Rechnungen gelegt sind, so hat sich die hiesige Versammlung bei ihrem Beschluß ganz innerhalb der Bestimmung gehalten, und es konnten die Theilnehmer an jenem Beschlusse, sofern sie diesen Beschluß ausführten, nicht einmal als ausgetreten betrachtet werden, es müßte ihnen vielmehr unbedingt gewillfahrt und die verlangte Rechnung gelegt werden, und erst dann, wenn dies geschehen, sie sich aber gleichwohl noch weigern würden, ihre Beiträge zu bezahlen, wären sie als aus dem Institut ausgeschieden zu betrachten. Wenn man in jenem Beschluß ein Mißtrauen in die Verwaltung ausgesprochen finden mag, so wird vielleicht die Versammlung dies nicht in Abrede stellen. Eine andere Frage aber ist, ob dieses Mißtrauen nicht gerechtfertigt erscheint, wenn durch nichts anderes, so schon durch die zahlreichen Rechnungsfehler, welche in früheren Rechnungsablagen nachzuweisen sind [1]). Die N. M. Z. sagt, es sey jedes Jahr genaue Rechnung abgelegt worden; dieß wußten die Theilnehmer an jener Versammlung, aber sie wußten auch, was eben angeführt, daß in früheren Rechnungen sich Fehler eingeschlichen, sie wissen, daß es von Interesse ist, nicht blos ein einzelnes Rechnungsjahr, sondern den ganzen Bestand der Anstalt von früherer Zeit her zu prüfen; sie wissen endlich, was die N. M. Z. nicht läugnen kann, daß für das Jahr 1847/48 Rechnung noch nicht gelegt ist, obwohl es nach den Bestimmungen der Brandversicherungsordnung längst hätte geschehen seyn sollen [2]). Die N. M. Z. meint, ebensogut als dem Nürnberger Verein, müßte man allen Städten und Vereinen, ja jedem Einzelnen das Recht vindiciren, „dem es einmal einfallen sollte, auf diese Weise im Namen des Volkes eine Controle über eine Anstalt zu üben, die von verpflichteten Beamten verwaltet wird." Allerdings, sagen wir, müssen die Rechnungen einer freien Anstalt jedem Mitglied zugänglich seyn und der Deputation eines ganzen Kreises vollends, welche von den Rechnungen Einsicht nehmen will, muß die Einsicht in dieselben ohne Weiteres geöffnet werden [3]). Wenn Beamte „verpflichtet" sind, so sind sie deßhalb nicht unverantwortlich, und Bayern hat nicht bloß „verpflichtete", sondern sogar angeblich unverantwortliche Beamte genug gehabt, die unverantwortlich genug wirthschafteten und Pflicht und Gewissen verletzten. Die N. M. Z. sagt, daß die Gründe der Beitragserhöhung im Ausschreiben angegeben seyen, und daß der Aktivrest nicht ausreiche, die Beiträge zu erleichtern, wenn die Brandschulden in einem Kreise (Oberpfalz) über 600,000 fl. betragen. Gerade hierin hat die N. M. Z. den Schlüssel zu dem gerechten Verlangen der mittelfränkischen Hausbesitzer, auf die Lostrennung Mittelfrankens von der allgemeinen Brandversicherung auf verfassungsmäßigem Wege, durch die Kammer, hingewirkt zu sehen. Mittelfranken zahlt die gleichen Beiträge, wie alle Kreise: es fallen aber auf Mittelfranken die geringsten Entschädigungssummen [4]), sey es nun, daß in anderen Kreisen, namentlich in Altbayern, die Löschanstalten schlecht sind, oder daß hier die schlechte Bauart der Häuser sie der Vernichtung durch Feuer mehr ausgesetzt. In jedem Fall liege, nach dem Ergebniß nicht eines Jahres, sondern einer ganzen Reihe von Jahren hier ein Ungleichheitsverhältniß vor und die mittelfränkischen Hausbesitzer hoffen über diese sie so genau angehende Sache berathen und in gesetzlicher Weise auf Abhülfe gegründeter Beschwerden hinarbeiten zu dürfen, ohne deßhalb von der Neuen Münchner Zeitung mit einem Hochverrathsprozeß bedacht zu werden [5]). Das war freilich eine glückliche Zeit für die Bureaukratie, als jeder der an den bisher bestandenen Gebräuchen und Mißbräuchen zu rütteln sich erlaubte, sofort des Hochverraths angeklagt werden konnte; allein die neuen durch die Frankfurter Versammlung gewährleisteten Freiheiten der Presse und der Vereinigung sind, so erlauben wir uns wenigstens anzunehmen, gerade deßhalb garantirt, damit jeder Staatsbürger sich über die öffentlichen Angelegenheiten berathen könne und so jener heillosen Beamtenwirthschaft und Volksbevormundung ein Ende gemacht werde, welche Deutschland und Bayern insbesondere an den Rand des Verderbens geführt hat. Die N. M. Z. sagt, die revidirte Brandversicherungsordnung sey zum Landesgesetz erhoben. Gut! Dann ist also die Brandversicherungsanstalt nicht blos durch eine Verordnung, sondern durch ein Landesgesetz als eine freie garantirt, zu welcher Niemand mit Gewalt herbeigezogen werden kann; dann ist also durch ein Gesetz, nicht blos durch eine Verordnung garantirt, daß die Beiträge nicht erhoben werden können, außer nachdem genaue Rechnung über die Einnahme und Ausgabe des vergangenen Jahres abgelegt ist. Die hiesige Versammlung war also nur um so mehr berechtigt, ihre Beschlüsse zu fassen, und diese Beschlüsse finden auch allenthalben Anklang und Billigung. Mag daher die Münchner Büreaukratie sich noch so sehr ereifern, mag sie noch so wüthend nach Inquisition und Henker rufen, es wird ihr Alles nichts helfen. Der Geist der Selbstverwaltung, der Geist der staatsbürgerlichen Freiheit ist nun einmal in das Volk gedrungen, und wir wollen einmal sehen, ob es nicht möglich ist, durch ihn jenem bureaukratischen Geist zu verdrängen, der jeden „verpflichteten" Beamten unverantwortlich wissen und jeden Zweifel daran mit Kerker und Galgen strafen möchte. Wir wollen sehen, ob die Zeit auf bureaukratische, oder auf unsere, auf demokratische Weise „vorwärts" gehen wird!

1) Siehe Nürnberger Kurier vom 23. Nov. 1848.

2) Tit. II. Art. 32 der Brandversicherungsordnung lautet: „Wenn am Schlusse des Jahres alle im Laufe desselben vorgefallenen Brandschäden bekannt sind, so soll hienach, und zwar längstens in der zweiten Hälfte des Januar, der allgemeine Ausschlag und zugleich die allgemeine Jahresrechnung über den Stand der Anstalt verfaßt und nicht nur durch das Regierungsblatt, sondern auch im Auszug durch die Intelligenzblätter und auf dem platten Lande noch besonders durch mündliche Verkündigung von den Ortsvorständen öffentlich bekannt gemacht werden." Der Ausschlag ist zwar unterm 30. Oktober v. J. veröffentlicht worden, die Jahresrechnung aber, die zugleich hätte veröffentlicht werden sollen, ist noch immer im Rückstand.

3) Beamten, welche nicht blos „verpflichtet", sondern auch pflichtgetreu sind, sollte es nur angenehm seyn, wenn das Volk sich von ihrer Pflichttreue überzeugen kann.

4) Die Summe der von Mittelfranken seit 1811 geleisteten Beiträge würde nach Abzug der für diesen Kreis bis jetzt bezahlten Entschädigungssummen, schon jetzt ein Aktivkapital bilden, mit dessen Zinsen die in Mittelfranken vorfallenden Brandschäden leichtlich gedeckt werden könnten, wie wir aus den im Regierungsblatt vorliegenden Rechnungen dieser Tage beweisen werden.

5) Es ist uns übrigens eine Behörde vorangegangen. Der Magistrat der Stadt Würzburg hat schon unterm 27. Juli 1848 die Lostrennung Unterfrankens von der allgemeinen Brandversicherungsanstalt in Anregung gebracht. (Nürnberger Kurier Nr. 321 vom 17. Novbr. 1848).

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Fr. Mayer

Extra-Beilage zu Nro. 24 der Mittelfränkischen Zeitung.

Mittwoch den 24. Januar 1849.

Thronrede Seiner Majestät des Königs bei Eröffnung des Landtages am 22. Januar 1849.

Bayern. †* (München, den 22. Januar.) Die Eröffnung des Landtags fand heute um 2 Uhr Nachmittags statt. Der König hielt folgende Thronrede:

Meine Herren Reichsräthe und Abgeordnete!

Der zweite Landtag ist es, den Ich seit Meiner Thronbesteigung eröffne. Kaum hat der erste seine wichtigen Arbeiten vollendet.

Das Land, glaube Ich, darf mit Zufriedenheit auf diese Monate zurückblicken, nicht Weniges ist in diesem kurzen Zeitraum geschehen.

Die meisten der vereinbarten Gesetze sind in's Leben getreten, oder in der Ausführung begriffen. Die Aufgabe dieses Landtages ist es, das begonnene Werk fortzuführen im wahren, wohlverstandenen Interesse des Volkes, weise Rechnung tragend den Anforderungen der Zeit.

Folgende Gesetzentwürfe werden Ihnen vorgelegt werden:

Die vorgeschriebenen Nachweisungen über die Verwendung der Staats-Einnahmen, dann

über den Stand der Staatsschuldentilgungskasse für die Jahre 1845/46 und 1846/47;

die Uebersicht des Staatsbedürfnisses und der Gesammt-Staats-Einnahmen, in welcher das Zahlen-Lotto ausser Ansatz geblieben ist;

ein Gesetzes-Vorschlag, die Kapital- und Einkommen-Steuer betr.;

Gesetz-Entwurf, die allgemeine deutsche Wechselordnung betr.;

Gesetz-Entwürfe, die Gerichtsverfassung betr.; resp. Trennung der Justiz und der Administration und Einführung des Notariats;

Entwurf eines Preß-Straf-Gesetzes;

Gesetz-Entwurf über Aburtheilung der Preßvergehen in der Pfalz;

Gesetz über die Geschäftsordnung der beiden Kammern des Landtages;

ein Polizei-Straf-Gesetz;

die Revision des Gemeindeedikts;

die Revision des Distriktsumlagengesetzes;

die Revision des Landraths-Gesetzes;

ein Gesetz, die Bildung der Kammer der Reichsräthe betr.;

ein Gesetz über Association und Versammlungen;

Gesetz über die Landesbewaffnung;

Gesetz über die Verhältnisse der Juden, resp. deren Emancipation;

Gesetz gegen Auflauf und Verpflichtung zum Ersatze der hiebei verursachten Beschädigung und Kosten;

Gesetz über den Religionswechsel der Minderjährigen; —

Gesetz über die Heimath der Schullehrer; nebst anderen nicht minder bedeutenden Gesetzentwürfen. —

Treu und gewissenhaft habe Ich die bei Meiner Thronbesteigung ertheilten Verheißungen gehalten und werde sie halten, als konstitutioneller König im Geiste und Sinne der Verfassung regieren: diese ist der Grundbau, der Boden, auf dem Wir stehen, den Wir nicht verlassen dürfen. Wahrheit wird die Grundlage Meiner Regierung seyn und bleiben. Recht und gesetzmäßige Freiheit soll herrschen im Gebiete des Staates wie der Kirche.

Die Anarchie werde Ich mit aller Kraft bekämpfen und vertraue dabei auf Ihre Mitwirkung. Alle deutschen Stämme bewegt der Drang nach einer lebenskräftigen, das gesammte Deutschland umfassenden Einigung.

Auch Mich beseelt dieses Streben und vereint mit Ihnen hoffe Ich das schöne Ziel zu erreichen.

Die nothwendig werdenden neuen Gesetze und Verfassungs-Abänderungen sollen an Sie gelangen.

Bayern konnte nicht unberührt bleiben von den Stürmen der Zeit: aber auch in diesen gab es rühmendes Zeugniß seiner ehrenhaften, biedern, treuen Gesinnung.

Möge der Allmächtige auch ferner schirmend seine Hand über Uns ausstrecken, dem Könige wie dem Volke seinen Willen erkennen lassen und den Weg, der allein zu dauerndem Heile und Segen führt.

der Geltung
staaten, folglic
in den Grund
rechte gelte,
mindert werd
verfassung.
derung frei
scheidungsges
6) Herbeiführ
für die 7 ält
gung des
Wahl seiner
dehnung jede
keiten und
der Oeffentli
ung aller
Civilliste, der
nen; Beseiti
Luxusbauten
namentlich d
tigen Form;
volksthümlich
großen Theil
8) Einführu
gen entsprech
dere sofortige
Gesetze über
Verminderung
sittenverderbli
Gunsten der
der Aufhebun
10) Förderun
die Gesetzgeb
sondere dur
11) Möglich
ihren Zustän
richts und
wendung a
Bierbrauer

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 25 Januar 1849 — **№ 25** — **Donnerstag: Pauli Bek.**

Programm der Linken in der bayerischen Volkskammer.

Die Linke stellt folgende Grundzüge ihres Programms auf: 1) Volkssouveränetät, — Alles für das Volk und durch das Volk, vermittelst allseitiger Vertretung desselben, nach seiner freien Wahl; folglich Wahrung aller März-Errungenschaften, vollständige Erfüllung aller März-Verheißungen. 2) Freiheit und Einheit Deutschlands, — keine maßlose Centralisation, dagegen aber Kräftigung der deutschen Reichsgewalt und unbedingte Unterordnung der einzelnen deutschen Länder unter dieselbe in allen Verhältnissen, in denen solches erforderlich ist, damit das gemeinsame deutsche Vaterland kräftig und geachtet nach Außen, blühend und glücklich im Innern werde. Zu diesem Zwecke der Anbahnung einer Einigung des leider noch so sehr zersplitterten Deutschlands; 3) Festhalten an dem Grundsatze unbedingter Geltung der „Grundrechte des deutschen Volkes“ in allen Einzelstaaten, folglich auch in Bayern, und zwar in der Weise, daß das in den Grundrechten Gewährete als das geringste Maaß der Volksrechte gelte, welches sonach vermehrt, in keiner Beziehung aber vermindert werden darf. 4) Neue Gestaltung der bayerischen Staatsverfassung. 5) Abfassung eines neuen Landraths-Gesetzes, unter Sicherung frei gewählter Vertretung der Kreise. Umgestaltung des Ausscheidungsgesetzes und Oeffentlichkeit der Landrathsverhandlungen. 6) Herbeiführung neuer Distrikts- und Gemeindeordnungen, so wohl für die 7 ältern Kreise, als auch für die Pfalz, unter zu Grundlegung des Prinzips der Selbstverwaltung des Volks; sonach freie Wahl seiner Vorstände und Beseitigung einer in der bisherigen Ausdehnung jeden Aufschwung hemmenden und durch maßlose Förmlichkeiten und Beamtenwillkür verderblichen Bevormundung; Sicherung der Oeffentlichkeit der Distrikts- und Gemeindeverwaltung. 7) Entfernung aller Verschwendungen im Staatshaushalte; Verminderung der Civilliste, der Apanagen und der zu großen Besoldungen und Pensionen; Beseitigung von bloßen Luxusunternehmungen, insbesondere von Luxusbauten; Abschaffung aller überflüssigen Stellen und Institute, namentlich der Gesandtschaften und des Staatsrathes in seiner bisherigen Form; Hinwirkung auf möglichste Verminderung des jedenfalls volksthümlich zu organisirenden stehenden Heeres und Ersetzung eines großen Theils desselben durch eine zweckmäßig geordnete Volkswehr. 8) Einführung eines den Steuerkräften eines jeden Staatsangehörigen entsprechenden, sonach allein gerechten Steuersystemes, insbesondere sofortige Abänderung des Häuser- und Gewerbsteuergesetzes; der Gesetze über Taxen, Sporteln, Einregistrement und Stempelgebühren; Verminderung und Gleichstellung der Salzpreise und Aufhebung des sittenverderblichen Lottos. 9) Abänderung des Ablösungsgesetzes zu Gunsten der Belasteten; unbedingte Durchführung des Grundsatzes der Aufhebung der Feudallasten, Revision der Forst- und Jagdgesetze. 10) Förderung des Ackerbaues, der Gewerbe und des Handels durch die Gesetzgebung, durch geeignete Einrichtungen und Anstalten, insbesondere durch Vernehmung von Betheiligten und Sachkundigen. 11) Möglichste Fürsorge für die arbeitende Klasse und Verbesserung ihrer Zustände. 12) Zeitgemäßes Gesetz über das Gesammt-Unterrichts- und Erziehungswesen. Erstrebung alles Voranstehenden mit Anwendung aller gesetzlichen Mittel. (Unterzeichnet.) Georg Amschler, Bierbrauer und Gastwirth aus Sassendorf (Oberfranken). Peter Binder, Privatmann aus Gmünden (Unterfranken). Kaspar Borst, Gemeindevorsteher aus Eschendorf (Unterfranken). Adolph Boye, Bezirksrichter von Frankenthal (Pfalz.) Reinhard Domidion, Buchbinder von Alzenau (Unterfranken). Johannes Eckhard, Pfarrer aus Gönheim (Pfalz). Peter Eymann, Bürgermeister von Frankenstein (Pfalz.) Georg Joseph Fillweber, Floßhändler von Kronach (Oberfranken). Peter Gelbert, protestantischer Pfarrer von Landau (Pfalz.) Ludwig Greiner, Dr., Rechtspraktikant, aus Thaleischweiler (Pfalz). Philipp Hack, Handelsmann von Kaiserslautern (Pfalz). August Hannitz, Dr., prakt. Arzt von Zweibrücken (Pfalz). Philipp Heintz, Anwalt von Frankenthal (Pfalz). Leonhard Hensolt, Bürgermeister von Gunzenhausen (Mittelfranken). Philipp Hepp, Dr., prakt. Arzt von Neustadt a. H. (Pfalz). Georg Martin Herrlen, Bierbrauer von Windsbach (Mittelfranken). Johann Köhl, Seifensieder von Würzburg (Unterfranken). Philipp Kohlhepp, Bahnhofverwalter von Haßloch (Pfalz). Georg Friedrich Kolb, Bürgermeister von Speyer (Pfalz). Georg Michael Krämer, Gutsbesitzer von Uttenhofen (Mittelfranken). Johann Künkel, Gemeindevorsteher von Jakobsthal (Unterfranken). Ignaz Mair, Dr., prakt. Arzt von Roßhaupten (Schwaben). Adam Müller, Oekonom von Gerhardsbrunn (Pfalz). Ignaz Prell, kgl. Advokat von Bamberg (Oberfranken). Michael Friedrich Reinhart, Kaufmann von Neustadt a. S. (Unterfranken). Johann Richter, Thierarzt von Gersfeld (Unterfranken). Gustav Rubner, Dr., prakt. Arzt von Wunsiedel (Oberfranken). Christoph Schäfer, Gemeindevorsteher von Feuchtwangen (Mittelfranken). Karl Scharpff, Landkommissariatsaktuar von Cusel (Pfalz). Fidel Schlund, Kaufmann von Immenstadt (Schwaben). Ignaz Schopp, Weinwirth von Orb (Unterfranken). Moriz Stöcker, Posthalter von Langenfeld (Mittelfranken). Georg Jakob Stockinger, k. Advokat von Frankenthal (Pfalz). Carl Heinrich Tröger, Lehrer an der Gewerbschule von Nürnberg (Mittelfranken). Adam Ultsch, Rothgerber und Magistratsrath von Bamberg (Oberfranken). Florentin Wächter, k. Adv. von Aschaffenburg (Unterfranken). Balthasar Waibel, q. Rechtsrath von Kempten (Schwaben). Johann Walz, Bierbrauer von Geldersheim (Unterfranken). Adam Weippert, Schullehrer von Sendelbach (Unterfranken). Friedrich Willich, k. Advokat von Frankenthal (Pfalz). Franz Carl Wimmer, Stadtvorstand von Mellerichstadt (Unterfranken). Johann Zellhuber, Bauer von Kreuzberg (Niederbayern). Michael Zink, Gerbermeister von Hofheim (Unterfranken).

Deutschland.

Bayern. (München, 23. Jan.) Der II. Assessor M. Gartner bei dem Landgerichte Au wurde in gleicher Eigenschaft an das Landgericht Ebersberg; der Aktuar M. Bauer bei dem Landgerichte Neumarkt in der Oberpfalz als II. Assessor zum Landgerichte Au, der dermalige Lehrer an der Gewerbschule zu Kempten Dr. A. Feistle zum Professor der Mathematik an dem Gymnasium zu Amberg ernannt

†* (München, den 23. Januar.) Die Thronrede hat einen mehr, als ungünstigen Eindruck gemacht. Selbst die gemäßigte Partei sieht in dem allgemeinen Ausdrucke, in welchem sie gehalten ist, nichts als das Produkt des Hrn. v. Abel, der eben der Regierung eine Hinterthür offen lassen will. Hat man doch von den Grundrechten gar kein Wort erwähnt, ein Schweigen, das der Regierung bittere Früchte tragen dürfte. Man will also dem Volke seine heiligsten Rechte vorenthalten. Niemand stellt dem Landtag ein anderes Prognostikon, als jenes einer baldigen Auflösung. Heute Nachmittag ist Sitzung der Kammer zur Wahl des Adreß-Ausschusses. Die Kandidaten der Linken für diesen Ausschuß sind: Willich, Dr. Rubner, Dr. Mair (prakt. Arzt) und v. Wächter. Die numerische Stärke der Linken ist jetzt circa 50; es wird also, um eine Majorität für sie zu erreichen, darauf ankommen, wohin sich das Centrum neigt. — Man hört jetzt, daß statt eines Armeebefehls nur ein Reskript zur Ergänzung einiger fehlenden Chargen erscheinen werde.

(München, den 22. Januar.) Noch zu keiner Zeit erinnert man sich in München eines solchen Zudrangs zu den Galerien des Ständehauses wie dießmal. Auch der untere Saal war so gedrängt voll, daß man nicht ohne einige Mühe für den König und sein Gefolge durch blitzende Uniformen und schwarze Röcke eine Gasse machte. Se. Majestät las die Thronrede langsam und so vernehmlich, daß auch der entferntesten Tribüne kein Laut entging. Besondere Betonung legte der König auf die Worte, daß er die bei seiner Thronbesteigung ertheilten Verheißungen gehalten habe und halten werde. Die Verkündigung der Aufhebung des Lotto ward allein mit lautem Beifall begrüßt. Ueber das Verhältniß Bayerns zum übrigen Deutschland scheint das Publikum mehr, eine bestimmtere Erklärung und einen wärmern Ton erwartet zu haben. Die darauf bezügliche Stelle am Schluß der Thronrede wurde mit tiefem Schweigen aufgenommen, und wir mußten darüber noch während der Eidesleistung der Abgeordneten flüsternde, aber seltsame Glossen auf der Galerie hören. Die hohen Beamten und Stabsoffiziere, die Reichsräthe, die Mitglieder der Universität in grotesken Talaren rc. waren in großer Zahl anwesend, darunter die HH. Thon-Dittmer, v. Maurer, v. Armansperg, Fürst Wallerstein, Graf Bassenheim rc. Herr v. Abel saß im schwarzen Frack unter den Abgeordneten, und der Zufall hatte ihn auf die linken Bänke geführt, in seiner Nachbarschaft mehrere Geistliche, mit denen er sich meist unterhielt. Als der erste in der alphabetischen Ordnung leistete er nach dem Präsidenten und Vicepräsidenten zuerst den Eid der Treue dem König und der Verfassung, und keine Kehle hat so kräftig wie die seinige gerufen: ich schwöre. Fürst Wallerstein war wie gewöhnlich höchst beweglich, und wir sahen ihn mit vielen Abgeordneten, namentlich mit Dr. Willich lange plaudern. Abwesend war nur ein Abgeordneter, und nur einer von den Anwesenden hat den Eid nicht in der gewöhnlichen Form geleistet, und bloß einfaches Gelöbniß gethan, weil er Mennonit ist. (A. A. Z.)

** (Nürnberg, den 24. Januar.) Von gewisser Seite wird absichtlich verbreitet, daß sich die hiesige freie christliche Gemeinde wieder auflösen werde, sobald Johannes Ronge Nürnberg verlassen würde und es lassen sich deshalb auch Manche, wie wir zuverlässig wissen, vom Beitritt abhalten. Wir können indeß die Versicherung geben, daß Joh. Ronge, der nie gewohnt ist, in seinem Wirken halb zu verfahren, Nürnberg und Franken nicht eher verlassen wird, bis die junge Kirche fest begründet ist. Nächsten Sonntag wird, während er in Fürth die erste Reformversammlung hält, auf seine Veranlassung der Prediger aus München, Hr. Dumhof, in der hiesigen Gemeinde den Gottesdienst leiten. Sollte Hr. Dumhof den Forderungen der Gemeinde entsprechen, so dürfte er recht bald als Prediger hier angestellt werden, da in München zu Neujahr ein zweiter kathol. Geistlicher der dortigen Gemeinde beigetreten ist. Denjenigen, welche noch immer besorgt sind, als würde die Reform in Franken wenig Fortgang finden, und die deshalb zögern, ungeachtet der Religionsfreiheit, ihrer Ueberzeugung zu folgen, können wir die bestimmte Mittheilung machen, daß aus vier Städten hiesiger Umgegend Deputationen bei Joh. Ronge waren und ihn zur Begründung von Gemeinden eingeladen haben. Auch aus Schweinfurt ist Ronge eine Einladung zugekommen und zwar besonders von einem einflußreichen Manne, der seinen Beitritt mit der Aeußerung erklärt, daß er es für Schwäche und Unrecht halte, jetzt, da Jeder seine religiöse Uberzeugung auch in Bayern bekennen dürfe, noch länger in einer Kirche zu bleiben, der er seiner Ueberzeugung nach nicht mehr angehöre. Ehre solch männlicher Gesinnungs- und Handlungsweise! Wir möchten dabei wünschen, daß Nürnberg sich nicht den Rang streitig machen ließe und den Ruhm der ersten Reformation auch in der zweiten bewahrte. Die hiesige Gemeinde ist übrigens vollständig geordnet, zählt bereits über 400 Mitglieder und fast täglich sieht man neue Mitglieder bei Hrn. Tümmel und Hrn. Ziegler, wo die Listen aufliegen, sich einzeichnen. Alle Verdächtigungen der Gegner sind demnach fruchtlos.

Baden. (Karlsruhe, 20. Januar.) Das so eben erschienene Regierungsblatt Nr. 2, vom 18. Jan., verkündigt die Grundrechte des deutschen Volkes nebst dem Einführungsgesetze, mit folgender Einleitung: In Gemäßheit höchster Entschließung Sr. k. Hoh. des Großherzogs im Staatsministerium vom 8. Jan., Nr. 92, werden hiemit

die im Reichsgesetzblatt vom 28. v. M. verkündeten Grundrechte mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Entwürfe der zum Vollzug erforderlichen Gesetze den Ständen werden vorgelegt werden. Karlsruhe, den 12. Jan. 1849. Ministerium des großhzgl. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

(Mannheim, den 20. Januar.) Wie wir so eben vernehmen, ist Florian Mördes gegen Kaution seiner Haft entlassen. (M. A. Z.)

(Freiburg, den 20. Januar.) Gestern Abend brachte die studirende Jugend hier als Antwort auf die in letzter Zeit gegen Professor Hecker gemachten Angriffe in der Karlsruher Zeitung letzterem ein solennes Ständchen. (Bad. Bl.)

Braunschweig. (Braunschweig, 19. Januar.) Wir theilen heute unsern Lesern die früher erwähnte Instruktion mit, welche unser Ministerium dem Braunschweigischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt hat zugehen lassen, sie lautet: Ew. rc. ist es bekannt, daß seine Hoheit der Herzog seit dem Beginne der Verhandlungen über Umgestaltung des deutschen Bundes fortwährend der Ansicht gewesen ist, daß eben so viel eine würdige und kraftvolle Vertretung der deutschen Nation nach Außen, um ihr den Platz unter den europäischen Staaten anzuweisen, den sie einzunehmen berufen und berechtigt ist, als auch eine den wahren Bedürfnissen Deutschlands entsprechende neben der Selbstständigkeit der deutschen Staaten zu bildende Einheit im Innern sich nur werde erreichen lassen, wenn ein erbliches Oberhaupt an die Spitze der Reichsregierung tritt. Se. Hoheit haben bis jetzt mit dieser Ansicht offen hervorzutreten Anstand nehmen müssen, wollen aber nunmehr nach dem Vorgange anderer deutscher Fürsten Ew. rc. hierdurch ermächtigen, eine dem Inhalt dieses Reskripts entsprechende Erklärung an den Präsidenten des Reichsministeriums abzugeben und zwar um so mehr, als die Vertreter des Landes sich mit dieser Ansicht einverstanden erklären. Blankenburg, den 15. Jan. 1849. Herzoglich Braunschw. Lüneburg. Staats-Ministerium von Schleinitz. (Brem.-Wes. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 22. Jan.) Das Reichsministerium hat an den Bevollmächtigten für Sachsen-Weimar, Hrn. v. Wydenbrugk, nachstehendes Schreiben erlassen: „Der Reichsverweser hat aus Ihrer sehr geschätzten Mittheilung vom 18. Kenntniß davon genommen, daß Se. königl. Hoheit der Großherzog von Sachsen-Weimar gleichzeitig mit den Fürsten der übrigen thüringischen Staaten in einer Adresse an Se. Maj. den König von Preussen Ihre Zustimmung zu dem Antrage des Verfassungsausschusses der deutschen Nationalversammlung ausgesprochen, wonach an die Spitze Deutschlands einer der regierenden deutschen Fürsten gestellt werden soll. Dieser Antrag ist von der verfassunggebenden Reichsversammlung gestern zum Beschluß erhoben worden. Die Fürsten Thüringens finden sich dadurch mit den Vertretern der deutschen Nation in erfreulichem Einklange und tragen durch den gegebenen Beweis hochherzige Bereitwilligkeit auf dankenswerthe Weise zu der trostreichen immer mehr erstarkenden Gewißheit bei, es werden die Leiden und Anstrengungen des deutschen Volkes nicht vergebens und durch eine Zukunft belohnt seyn, welche den Fürsten, wie den Völkern wohl bald die Zeiten der Schwäche und Zersplitterung wird vergessen lassen. — Der Unterzeichnete hat darum mit Freude den Auftrag übernommen, Sr. königl. Hoh. den wärmsten Dank im Namen der Centralgewalt auszusprechen, und bittet, Sie Herr Bevollmächtigter, Gegenwärtiges zur Kenntniß des Großherzogs bringen zu wollen. Frankfurt, 29. Januar 1849. (gez.) Gagern." (Frkf. O.-P.-Z.)

∞ (Frankfurt, den 22. Januar.) [156. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Der Vorsitzende mahnt die Versammlung zu größerer Ruhe und Ordnung, wodurch Irrthümer und Unrichtigkeiten, die sich in die Protokolle einschlichen, vermieden würden. Die oberösterreichischen Stände haben 1750 fl. rh. zur Errichtung der deutschen Flotte beigesteuert, was einen Beifallssturm zur Folge hat. Ergänzungswahl zweier Mitglieder für den Wehrausschuß. Sofort Berathung des Verfassungsentwurfs. Ein Amendement von Reubauer aus Wien will dreijährige Wahl des Reichsoberhauptes. Ahrens aus Salzgitter besteht auf sechsjährige Wahl und durchaus gegen den Erbkaiser, diese Jugendträumerei und Aufputzung des Mittelalters. Der Erbkaiser würde das Parlament, die wesentliche Anstalt des Bundesstaates, erdrücken und das dürfe nicht geduldet werden. Belgien, das Bassermann angeführt, sey hier nicht maßgebend, König Leopold sey mit englischen Erfahrungen nach Belgien gekommen. Die Oberhauptsfrage, eine politische und zugleich nationale müsse mit Rücksicht auf Oesterreich entschieden werden, in welchem jetzt ein naturgemäßer Umbildungsprozeß zum dauernden staatlichen Zusammenfluß vorgehe. Würde man aber Oesterreich von Deutschland trennen, so würde dort der Slave an Einfluß gewinnen, Deutschland aus- und Rußland einziehen. Das Reichsoberhaupt selbst wird nicht zugeben, daß Oesterreich von Deutschland scheide. Beda Weber aus Meran ironisirt gegen den Herrn v. Gagern wegen des Ausschlusses Oesterreichs und des beabsichtigten erblichen preuss. Kaisers.

Auch Hr. Bassermann erhält seine Hiebe von dem Redner. Das deutsche Reich ohne Oesterreich nennt dieser stets Kleindeutschland. Der Redner ist voll Laune während seines ganzen Vortrags und kommt auf die ihm von Beseler zugetraute Kraft des Teufelaustreibens, die er in der Versammlung wohl probiren möchte. Das Volk werde sich Kleindeutschland nicht gefallen lassen, es wird seine Vereinigung durchsetzen und wenn die Welt voll Professoren wäre. Er stimme für einen Präsidenten. Rümelin aus Schwaben will um jeden Preiß die Einheit Deutschlands und ist für das erbliche Kaiserthum. Uhland: Nachdem der Beschluß gefaßt ist, daß nur regierende Fürsten zur Oberhauptswürde des Reichs zu berufen sind, bleibt mir nur gegen die Erblichkeit zu sprechen. Ich will die Verdienste der konstitutionellen Staatsform nicht herabsetzen aber eine Schattenseite muß ich hervorheben. Das ist die Unverantwortlichkeit des erblichen Monarchen, die ihn zugleich in die Unmöglichkeit der Selbstbestimmung versetzt. Der neue Geist Deutschlands fordert auch neue Staatsformen. Ich war daher schon der Widersacher des doktrinären Erbkaisers, als er noch in der Wiege lag bei den Siebzehnern. Denn es ist ein Jüngling in grauen Haaren. Der Ausschluß Oesterreichs endlich — als wir Schleswig eroberten, wer hätte gedacht, daß wir Oesterreich verlören! Als die österreichischen Abgeordneten mit den deutschen Bändern geschmückt in Frankfurt einzogen, wer hätte gedacht, daß sie ohne Sang und Klang aus der Paulskirche scheiden würden! Dieß ist eine stümperhafte Einheit, die ein Drittheil ausschließt. Wenn ich einen Oesterreicher hier reden hörte und war's auch nicht nach meinem Sinne, so schien es mir doch immer, als hörte ich eine Stimme von den Tyroler Bergen, oder als hörte ich das adriatische Meer rauschen. Unser Werk wird nicht gelobt werden, wenn wir ohne Oesterreich nach Hause kommen. Ich werde mit meinem Landsmanne, der vor mir gesprochen, keinen Bürgerkrieg beginnen. Aber ich weiß, daß auch meine Anschauungen nicht in der Luft stehen. Der Thurm Preussen am deutschen Dome ragt hoch auf. Lassen Sie Platz für den Thurm Oesterreich. Verwerfen Sie die Erblichkeit, schaffen Sie keinen herrschenden Einzelstaat, stoßen Sie Oesterreich nicht ab, retten Sie das Wahlrecht, das letzte Wahrzeichen des Geistes, der uns hiehergerufen. »Es wird kein Haupt über Deutschland herrschen, das nicht mit einem vollen Tropfen demokratischen Oels gesalbt ist." Dahlmann, der Professor, für sein Minoritätserachten: Die Würde des deutschen Oberhauptes ist erblich in dem Hause des Fürsten, dem sie übertragen wird, von dessen Unumstößlichkeit er so überzeugt ist, wie von dem: 2mal 2 ist 4. Zuletzt kommt nochmal der Satz, daß der Herr Professor für das erbliche Kaiserthum ist. Fröbel bezeichnet die Stellung der Parteien so, daß die rechte Seite des Hauses die Thatsachen, die linke die Prinzipien zu vertreten habe. Ein Staat fährt er fort, kann nur dann vom Kleinen zum Großen wachsen, wenn er von dem richtigen Mittelpunkte ausgeht. Für Deutschland, ja für ganz Europa sind die österreichischen Länder dieser Mittelpunkt. Alles würde ich daran setzen und mich selbst mit jeder Staatsform leicht zufrieden geben, könnten wir den Sitz unserer Centralgewalt nach Wien verlegen. Seine Meinung in Bezug auf die Oberhauptsfrage aber ist die, daß das Volk selbst und daß es auf die kürzeste Periode wähle. Vincke spricht für Erblichkeit. Schluß der Sitzung. Nächste Morgen.

(Frankfurt, den 22. Januar.) Es werden allerhand Gerüchte seit der Ankunft des preussischen Ministers und Bevollmächtigten bei der Centralgewalt, Herrn Camphausen, verbreitet, welche von seinem Eintritt in das Berliner Ministerium an Brandenburgs Stelle sprechen, und auch andeuten, daß seine Bemühungen in Berlin in der deutschen Oberhauptsfrage an der Entschlossenheit des Königs, nunmehr auf keine Weise an die Spitze Deutschlands zu treten, gescheitert seyen. Wir haben guten Grund zu glauben, daß diese Gerüchte mindestens nicht aus unterrichteter Quelle geflossen sind. (D. Z.)

Hessen. (Kassel, den 18 Jan.) Heute wurde die am 11. d. M. begonnene, aber unterbrochene schwurgerichtliche Sitzung über die wegen „Aufforderung zur Revolution, des Hochverraths halber, wegen Majestätsbeleidigung und wegen Beleidigung des kurhessischen Militärs, insbesondere des Offizierstandes- (Preßvergehen) Angeklagten: Rechtskandidat Heise und Buchhändler Raabe, unter dem Vorsitze des Obergerichtsdirektors Endemann in demselben Lokale fortgesetzt und zu Ende geführt. Ueber beide Angeklagte wurde von den Geschwornen einstimmig das Nichtschuldig gesprochen. (D. Z.)

Mecklenburg. (Schwerin, 15. Jan.) Vor einigen Tagen sollten in Fürstenberg einige Forstfrevler in das gemeine Gefängniß eingesperrt werden. Nicht also, meinten sie, wir wollen in dasselbe Gefängniß, das die ehrsamen Bürger für sich eingerichtet haben, denn in den Grundrechten des deutschen Volkes steht ausdrücklich §. 7: »Alle Standesvorrechte sind abgeschafft.« (D. Tgbl.)

Oesterreich (Prag, 20. Jan.) Heute verlas der Bürgermeister eine Kundmachung des Stadtkommando, daß von nun an alle Wachtposten und Patroullen mit scharf geladenen Gewehren versehen seyn, und daß auf jeden, der auf den Ruf derselben nicht Stand halten sollte, gefeuert werden werde, wogegen ein energischer Protest an das Landesgubernium einzureichen beschlossen wurde. (E. Bl. a. B.)

Aus Agram wird der „Slowanska lipa" berichtet: Die Südslaven bestehen auf ihren Fodertaions-Forderungen. Als unlängst Baron Kulmer als Minister zu handeln begann, erklärt ihm der Locumtenent des Ban, Lentulay, ohne Umschweife: »Sagt, Herr Bruder, dem Herrn Stadion, daß ich von ihm keine Befehle annehme und annehmen werde, daß wir unsere eigenen Verordnungen haben, und daß Kroatien und Slavonien seine Autonomie zu wahren wissen wird.« Zugleich wird in dem Berichte gesagt, Herr Jelen habe wohl vergebens den Südslaven Sitze auf dem Reichstage vorbehalten, außer er würde seinen Einfluß benützen, und beim Minister Stadion für die Autonomie der österreichischen Staaten fürsprechen. Auch die Agramer Zeitung beginnt bereits Opposition gegen das Ministerium Stadion zu machen. (E. Bl. a. B.)

(Lemberg, den 10. Januar.) Was vom Eindringen des General Behm in Gallizien gemeldet worden, bestätigt sich. Es sind von hier alle nur irgend entbehrlichen Truppen an die bedrohten Punkte abgeschickt worden. Hier ist Alles in freudiger Bewegung, die allerdings nicht laut werden darf, theils in ängstlicher Erwartung der weiteren Ereignisse. Es heißt, daß die Zollämter an der ungarischen Grenze bereits durch vorgedrungene Magyaren aufgehoben worden sind und andererseits man hier im Orte selbst die schleunigsten Rüstungen wahrnimmt." (N. Rh. Z.)

(Krakau, vom 14. Januar.) Von heute beginnt für Galizien und Krakau der Belagerungszustand, und zwar in strengster Form. (N. Rh. Z.)

Preussen. †*† (Berlin, 21. Jan.) Die Wahlen und nichts als die Wahlen. Morgen sollen sie stattfinden und es ist leicht erklärlich, daß sie alle Gegenstände der Tagesunterhaltung mit in den Hintergrund gedrängt haben. Selbst an den Belagerungszustand, dessen Aufhebung schon mit dem gestrigen Staatsanzeiger erwartet wurde, wird nicht gedacht. Es scheint in der That, als wolle die Regierung die Urwahlen noch unter dem Schutze des Belagerungszustandes vor sich gehen lassen. So viel sich jetzt vermuthen läßt, werden diese hier in Berlin überwiegend im Sinne der Opposition ausfallen. Nur die Fortdauer des Belagerungszustandes namentlich die durch denselben herbeigeführte völlige Unnahbarkeit des Militärs mit den Erschwerungen der Agitationen der demokratischen Partei gegenüber der Erleichterung, deren sich die konservative zu erfreuen hat, vermögen der letzteren noch einige der mit unglaublichem Aufwande von Arbeit und Mitteln errungenen Resultate zu sichern, fast überall, wo die beiden Parteien in gemeinschaftlichen Versammlungen an einander gerathen sind, trug die oppositionelle den entschiedensten Sieg davon.

Man ist auf die Abgrenzung der größeren für die Abgeordnetenwahlen bestimmten Bezirke sehr gespannt. Allgemein wird gemißbilligt, daß der Magistrat diese Eintheilung bis nach den Wahlmännerwahlen verschiebt, um bei denselben dann seine Sympathieen geltend zu machen.

Folgende Herren sind durch den Vorstand des Vereins für König und Vaterland sämmtlichen Mitgliedern, Zweig- und anderen Vereinen mittels besonderen Circulars als Kandidaten empfohlen: Prof. Stahl, Prof. Keller, Geh. Oberregierungsrath v. Bethmann-Hollweg, v. Bismark-Schönhausen, v. Kleist-Rezow, Minister v. Manteuffel, die früheren Minister Graf v. Alvensleben und Baron v. Canitz, Präsident v. Gerlach, Fürstbischof v. Diepenbrock, Graf Fürstenberg-Stammheim, und die Assessoren Graf v. d. Golz, Bindewald und Wagener (Redak-

teur der N. Preuss. Zeitung). Hr. v. Canitz tritt mit einer der N. Preuss. Zeitung beigegebenen Ansprache selbst als Kandidat vor das Publikum. Es bleibt immer interessant, einen Minister der alten Regime so menschlich mit den Leuten wie mit Seinesgleichen reden zu hören. Die Kardinalpunkte des 6 enggedruckte Seiten umfassenden Glaubensbekenntnisses sind folgende:

1) „Eine Wiederherstellung der Dinge, wie sie vor der Revolution standen, erklärt Hr. v. C. nicht im Sinne zu haben. Ich habe nicht in das jubelnde Juchheh! einstimmen können, das die Revolution wie eine Erlösung aus vieljähriger Verknechtung begrüßte, als ob das preuss. Volk, wie einstens die Juden, in einer babylonischen Gefangenschaft geschmachtet hätte; — da aber nun einmal eine Revolution über uns gekommen ist, so halte ich es für verkehrt, wenn wir thun wollten, als wäre keine gewesen. Wir müssen hindurch!“ 2) Die Frage: »ob er die Umgestaltung der monarchischen Staatsform in die republikanische für eine zeitgemäße politische Verbesserung halte?« beantwortet der Kandidat, wie leicht zu denken, mit Nein! 3) Ein „juste milieu zwischen Royalismus und Liberalität“ glaubt er sich verbitten zu müssen; 4) »in kirchlichen Dingen vollständige Glaubens- und Bekenntnißfreiheit.« Die weltliche Obrigkeit soll in allen Verhältnissen dieser Welt auf Recht und Ordnung halten, den Weg zum ewigen Heile soll sie Niemandem mit Zwangsmaßregeln vorzeichnen wollen, sie soll also auch die christliche Kirche schützen, aber nicht kommandiren wollen; 5) Deutschland's Einheit, aber nicht »ein Aufgeben alles dessen, worauf das preuss. Nationalgefühl ruht.« Aus einem besonders beigefügten Ueberblick seines Lebenslaufs erfahren wir, daß der Herr Kandidat 1787 in Kassel geboren ist, die Feldzüge von 1806, 1807, 1812—1815 mitgemacht, 1828 eine Sendung nach Konstantinopel, 1831 eine andere zur russischen Armee in Polen erhalten und von 1832—45 als Gesandter erst in Kassel, dann in Hannover, dann in Wien gewirkt hat. Von da ab bis zum 18. März v. J. verwaltete Hr. v. Canitz das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Das seit zwei Tagen schwebende Gerücht einer neuen Kabinetsbildung durch Herrn Camphausen erhält sich nicht nur, sondern gewinnt auch immer mehr an Glaubwürdigkeit. Wie wir erfahren, hat der gegenwärtige Premier Graf Brandenburg bereits vor einigen Tagen seine Demission gegeben; hat nun auch Se. Majestät dieselbe noch nicht definitiv angenommen, so scheint doch ziemlich sicher, daß Herr Camphausen jene Stellung angetragen worden ist. Herrn Camphausen soll sich für den Fall der Annahme die Bildung des neuen Kabinets vorbehalten haben. Herrn Mildes Anwesenheit wird, und wie es scheint mit Grund, mit der in Aussicht stehenden neuen Kabinetsbildung in Verbindung gebracht. Die Person des gegenwärtigen Justizministers soll der beabsichtigten neuen Kombination vorzugsweise hindernd im Wege stehen. —

(Köln, den 20. Januar.) Unsern Lesern wird es nicht uninteressant seyn, folgenden — für die Oeffentlichkeit allerdings nicht bestimmten, sondern ganz vertraulich-Manteuffel'schen — Erlaß aus dem Ministerium des Innern an sämmtliche Regierungs-Präsidenten, und durch diese an alle Landräthe, Bürgermeister und — Wahlkommissarien kennen zu lernen. Er lautet: »Es ist für die Regierung von Interesse, sogleich nach Beendigung der am 22. d. Mts. und beziehungsweise 29. d. Mts. stattfindenden Urwahlen von dem Ausfall derselben Kenntniß zu ertheilen. Das königliche Regierungs-Präsidium ersuche ich daher ergebenst, die Wahlkommissarien des dortigen Regierungs-Bezirks zu veranlassen, daß sich dieselben zu diesem Zwecke mit den einzelnen Wahlvorstehern oder sonstigen zuverlässigen Einwohnern der Wahlorte in geeignete Verbindung setzen, und mir sofort nach dem Empfange der deßfallsigen Nachrichten unmittelbar anzeigen, in welchem Sinne die Urwahlen in ihrem Wahlbezirke ausgefallen sind. Diese Anzeige braucht weder von der vorgängigen formellen Prüfung der Wahlen abhängig gemacht zu werden, noch eine vollständige Nachweisung der gewählten Wahlmänner zu enthalten; vielleicht genügt es, das allgemeine Ergebniß der Urwahlen in so weit anzuzeigen, als sich daraus Vermuthungen über das Resultat der 14 Tage später stattfindenden Abgeordneten-Wahlen begründen lassen. Sofern sich diese Vermuthungen bereits auf die Person eines bestimmten Kandidaten richten lassen, wünsche ich hievon gleichzeitig Kenntniß zu erhalten; doch ist um deswillen die Berichterstattung nicht zu verzögern. Das königliche Regierungs-Präsidium ersuche ich, an die Wahlkommission hiernach schleunigst das Erforderliche zu verfügen. Berlin, den 8. Januar 1849. Der Minister des Innern. (gez.) Manteuffel. (N. Rh. Ztg.)

(Neu-Strelitz, den 17. Januar.) Der „offizielle Anzeiger“ veröffentlicht das Gesetz, betreffend die deutschen Grundrechte. (Br. Wes. Ztg.)

(Düsseldorf, den 20. Januar.) Heute ist der Belagerungszustand aufgehoben worden. (N. Rh. Z.)

Sachsen. (Eisenach, 20. Jan.) Gestern Abend hatten wir auch hier das Schauspiel eines Arbeiter-Cravalls. Die an der Eisenbahn beschäftigten Arbeiter hatten nämlich einen höheren Tagelohn gefordert, was ihnen aber nicht gewährt werden konnte. Hierüber erbost, zogen sie in Massen vor das Rathhaus, wo der Oberbürgermeister ihnen entgegentrat und sie zu verständigen suchte. Da dieses aber nicht gelang, vielmehr die Masse tumultuirte und mit jeder Minute eine bedrohlichere Stellung einnahm, auch nicht auf den Kommandanten der Bürgergarde, der sie zum Weggehen aufforderte, hörte, so wurde Allarm geschlagen, worauf ein Detachement Militär hinreichte, die Tumultuanten zu zerstreuen, nachdem einige von ihnen es noch gewagt, mit Steinen auf das Militär zu werfen. Die Bürgerwehr hatte sich auch bald zahlreich eingefunden und wirkte eifrigst zur Herstellung der Ruhe mit, die auf diese Weise wohl nicht wieder gestört werden wird, da die verständigeren Arbeiter selbst einsehen, daß sie es nur der Wohlthätigkeit eines reichen Privaten und der Fürsorge der Stadt verdanken, daß sie überhaupt — wenn auch nur für geringen Lohn — noch beschäftigt werden. (Fkft. J.)

Schleswig-Holstein. (Schleswig-Holstein.) Die in Kiel versammelten Mitglieder der Landesversammlung, etwa 40 an der Zahl, haben am 13. eine Adresse an das Reichsministerium des Auswärtigen in Frankfurt erlassen, worin die Unzertrennlichkeit der beiden Herzogthümer als allein zulässige Basis der Friedensunterhandlungen aufgestellt, und insbesondere die Blößen des Projektes einer Konstituirung Schleswigs als selbstständigen Staates, das angeblich im Werke ist, nachgewiesen werden. Dieser Schritt soll durch ein Schreiben des Regierungsbevollmächtigten und Abgeordneten Francke in Frankfurt veranlaßt worden seyn. — Adressen in gleichem Sinne sind von den Behörden und Einwohnern der Städte Schleswig, Tondern und Hadersleben ausgegangen, und werden auch unter der Landbevölkerung vorbereitet. (Br. Wes. Z.)

(Schleswig, den 17. Januar.) Das Gesetz, betreffend die Grundrechte des deutschen Volks, ist heute hier publicirt. (Br. Wes. Z.)

(Schleswig, 18. Jan.) Wir berichteten in einer früheren Korrespondenz von der Mißhandlung, welche den schleswig-holsteinischen Postführern bei Ueberbringung der Posten in Kolding widerfahren sey. Dem zuletzt anwesenden Frachtpostführer hat der Pöbel (mit rauhen und harten Händen), nachdem derselbe zuvor durch die dänischen Beamten sogar schimpflich behandelt worden war, die Knöpfe aus dem Rock schneiden wollen. Am Frachtwagen, welcher des Nachts über in Kolding untergebracht worden war, fand derselbe am Morgen die Bezeichnung Schleswig-Holsteins übergetheert und auf dem Wagen das dänische FR. gemacht. (S.-H. Z.)

Vom Rhein, den 18. Januar. Der Sequester auf die metternich'sche Domäne Johannisberg (die er sich nach den sogenannten Freiheitskriegen schenken ließ, und für die er bis zum Jahre 1848 nie einen Kreuzer Steuer entrichtet) ist jetzt wieder aufgehoben und dem Herrn Metternich zurückgestellt worden. Denn jener Sequester war bei der täglich steigenden Kontrerevolution natürlich nicht länger zu dulden. (N. Rh. Ztg.)

Donaufürstenthümer.

(Bucharest, 2. Januar.) Gestern ist eine Deputation achtungswerther Bürger und Beamten aus unserer Nachbargränzstadt Kronstadt in Siebenbürgen hier angekommen, welche in der höchsten Gefahr, in der sie sich befinden, durch unaufhaltsam anrückende, alles verheerende magyarische Horden gänzlich vernichtet zu werden, einestheils bei dem hiesigen Truppenkommando um wirksam einschreitenden Schutz, und anderntheils (pro forma) bei der walach. Landesregierung? um Erleichterung bei der eventuellen Flucht — wenn noch möglich — ihrer Familien und ihres beweglichen Vermögens hieher baten. Ersteres wurde, wie natürlich abgelehnt, das Letztere jedoch zugesagt. Die Gräuel, die nach der Erzählung dieser Deputation von jenen Horden in dem von k. k. Truppen entblößten Siebenbürgen verübt worden, sind haarsträubend und die Gefahr, welche besonders dem Sachsenlande und ihren Hauptstädten Kronstadt und Herrmannstadt droht, wird leider durch eine Mittheilung des k. k. kommandirenden Generals Baron von Puchner bestätigt, welche Se. Exzellenz an die hiesige k. k. Agentie gelangen ließ, die ebenfalls gestern per Estafette hier einlangte; wobei wir erfuhren, daß die k. k. Truppen an mehreren Orten geschlagen unter anderen auch Klausenburg von den Ungarn wieder genommen worden sey. Bedenkt man nun noch die mit aller Macht eingetretene Strenge des Winters: so erscheint die Lage der armen, mit Schwert und Feuer auf das Grausamste verfolgten Einwohner jenes blühenden harmlosen Sachsenländchens wirklich schauderhaft. Man ist auf die nächsten Nachrichten auf das Aengstlichste gespannt, da man eine feindliche Berennung von Kronstadt schon zwischen heute und morgen befürchtet. (C. B. a. B.)

Frankreich.

†(Paris, 20. Jan.) Der Moniteur bestätigt heute die Nachricht, wonach nicht 52, sondern 63 Insurgentinnen aus den St. Lazaregefängnissen entlassen werden sollen.

Boulay ist zum Vizepräsident der Republik gewählt. Nach geleistetem Eid dankt derselbe zunächst der Versammlung für das ihm erwiesene Vertrauen. Ich bedauere, sagt er, daß Sie mir den Vorzug vor den beiden anderen berühmten Kandidaten gegeben, von denen der Eine ein glorreicher verstümmelter General, der Andere einer der tüchtigsten Kämpfer auf der Bühne sey. Welche aber auch immer die Geringfügigkeit meiner Kräfte seyn möge, die mir noch übrig bleiben, so gelobe ich, sie zur Befestigung der Republik anzuwenden. (Beifall.) Ich verdanke meinen Vorschlag zu diesem hohen Amte dem Präsidenten Louis Napoleon Bonaparte. Ich habe in seinem Herzen lesen können und kann Sie versichern, daß er die Hoffnungen nicht täuschen wird, die Frankreich auf ihn setzte. In Betreff der Nat.-Versammlung sprach der Redner die Ueberzeugung aus, daß sie den Faktionen, wie im Mai und Juni, so auch jetzt zu widerstehen wissen werde.

†* (Paris, 19. Jan.) Die Nationalversammlung berieth den Gehalt des Vizepräsidenten der Republik. Der Antrag, ihm 60,000 Franken auszusetzen, wurde mit 472 gegen 270 Stimmen verworfen. Zur Wohnung ist ihm Klein-Luxemburg bestimmt; als Gehalt wurden ihm nur 48,000 Franken bewilligt, soviel als der Präsident der Nationalversammlung hat. — Die beiden Klubs Beaux-Arts und Palais National wollen für Boulay (Meurthe) als Vizepräsidenten stimmen. Die Rateau-Kommission hat alle Auflösungs-Anträge verworfen und Grevy zum Berichterstatter gewählt. Die Duell-Kommission verwirft ebenfalls den Antrag des Staatsprokurators.

Aus Toulon reichen die Berichte bis zum 15. Januar. — Man erwartet dort immer noch telegraphische Befehle. — Die 52 Juni-Insurgentinnen, welche in den Gefängnissen von Lazare saßen, sind auf Verordnung des Präsidenten Bonaparte freigelassen worden. — Zu den politischen Leiden gesellen sich seit der auffallend gelinden Witterung plötzliche Ueberschwemmungen. Fast alle Flüsse, namentlich aber wieder Seine, Rhone und Loire, sind so plötzlich gestiegen, daß die Uferbewohner kaum Zeit gewannen, das Nöthigste zu retten. Die Berichte aus den Departements lauten fürchterlich.

Die Assemblée Nationale enthält aus der Feder eines alten Diplomaten eine Uebersicht der europäischen Politik, aus der wir Folgendes hervorheben: „Die Politik des Kaisers von Rußland ist in folgenden Worten enthalten: Ich werde mich nirgends in die inneren Fragen zwischen den Regierungen und ihren Völkern mischen, allein sobald die französischen Republikaner an einem einzigen Punkte auswärts erscheinen, werden die Streitkräfte Rußlands aufmarschiren. Der General Leflo hat dies mehr als einmal Cavaignac geschrieben, und dies hat den Marsch jedes Expeditionskorps aufgehalten. — Der Wahlspruch der Politik Oesterreichs ist der: »Ich werde in Italien machen, was mir gefällt, und wenn in 14 Tagen der ungarische Krieg beendigt seyn wird, so werden 80,000 Mann vortrefflicher und kriegslustiger Truppen zu Radetzky stoßen, und wenn Frankreich in Italien intervenirt, so kann dies nur im Einverständniß mit Oesterreich und Rußland zur Wiederherstellung der zeitlichen Macht des Papstes seyn.“

Der National enthält unter der Aufschrift „Mitgetheilt“ folgende Notiz: Die Absendung eines französischen Geschwaders nach Civita Vecchia ist das Resultat von Unterhandlungen mit einer der größten katholischen Mächte, welche an die französische Regierung folgende Ansprache richtete: „Der Papst ist seiner Hoheitsrechte beraubt; wir wollen ihn in dieselben wieder einsetzen. Wir wünschen im Voraus zu wissen, wie Frankreich diese Intervention betrachten wird; auch wün-

schen wir seine Beistimmung und Mitwirkung zu haben. Allein wir sind in jedem Fall entschlossen, zu handeln.« Die Antwort auf dieselbe ist der Abgang eines Geschwaders nach den Küsten von Italien, den man nun auf zwei sehr verschiedene Arten auslegen kann. — Von Lamartine ist so eben ein neues Buch erschienen: Raphaël, Blätter aus dem zwanzigsten Jahre. Es enthält eine sehr einfache und rührende Liebesgeschichte.

Schweiz.

(Bern, 18. Januar.) Mehrere Pariser Blätter legen der Reise des General Dufour eine politische Ursache zu Grunde. Der Bundesrath befürchtete nämlich, so heißt es dort, einen Angriff von Oesterreich und Preussen, welche von Rußland unterstützt würden, um die hinsichtlich Neuenburgs gebrochenen Verträge von 1815 wieder herzustellen. Dufour habe nun den Auftrag erhalten, den Präsidenten der französischen Republik um seine Haltung zu befragen, welche er in dem erwähnten Falle beobachten würde. — Hier weiß kein Sterblicher von diesen Dingen etwas. Dagegen enthalten die Blätter der französischen Schweiz Andeutungen anderer Art, welche wohl zum Theil Stoff zu Besprechungen in Paris geben werden. Neuerdings, wie schon im vorigen März, ist das Gerücht eines Anschlusses von Savoyen an Frankreich wieder aufgetaucht. Damals, wie jetzt, hegte man in Genf und Waadt ernste Besorgnisse. Beide Kantone, namentlich Genf, würden dadurch in die gefährlichste Lage versetzt. Der Einfall der savoyischen und französischen Freischärler wurde glücklich abgeschlagen, und zwar nicht ohne indirekte Mitwirkung von Genf. Jetzt erneuert sich die Gefahr wieder, und diesem Umstande schreibt man die Reise sowohl General Dufours als James Fazys nach Paris zu. Zufällig und blos privater Natur ist sie bei diesen beiden Männern gewiß nicht. (Schw. M.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 26. Januar 1849. **№ 26.** **Freitag: Polikarpus**

† Aufruf.

Mitbürger! Das Vaterland ist in Gefahr! Ermannt Euch und thut Eure Pflicht! Aus der Thronrede, die wir der Schonung des Raumes halber keiner weitern Besprechung würdigen, ersehet Ihr, daß unser bayer. Ministerium das einzige Erzeugniß des vielversprechenden Jahres 1848, welches wir mit gewiß ankennungsvollster Enthaltsamkeit unser theures und durch einen großmüthigen Vertrag erworbenes Eigenthum nennen können, die Grundrechte des deutschen Volkes, nicht anerkennt. Die Pflicht, darauf zu antworten und die nöthigen Maßregeln gegen diese anarchischen Gesinnungen des Ministeriums zu ergreifen, liegt zwar zunächst unsern versammelten Landes-Abgeordneten ob; aber entweder werden diese einmüthig ihre Aufgabe erkennen und lösen, und dann wird ihrem Muthe und ihrer Ausdauer das Bewußtseyn, die Zustimmung des Volkes hinter sich zu haben, recht wohl zu statten kommen, oder es erkennt und thut nur ein geringerer Theil derselben seine Pflicht, dann ist es um so nothwendiger, daß das Volk seine Stimme erhebe und seine Vertreter an ihre Pflicht erinnere. Ihr also, die Ihr für Freiheit und Ordnung wirken wollt, Ihr, die für konstitutionell-demokratische Verfassung, und Ihr der reinen Demokratie Ergebenen, wenn Ihr Euren deutschen Namen nicht verläugnen wollt, so thut Eure Pflicht! Aber endlich auch Ihr, die Ihr unter allerlei Vorwänden, oder aus purer Gesinnungslosigkeit bisher nichts in der Sache des Volkes gethan habt, gebet in Euch und ehrt Euch selbst soweit als Menschen und Bürger, daß Ihr für Eure und Eurer Kinder Recht in die Schranken tretet! Alle vereinigt Euch einmüthig zu einer großartigen Volksversammlung in einem großen Lokale, jedenfalls einer unserer größten Kirchen. Dort sprecht es männlich aus, daß Euch die Verleugnung der Grundrechte in der Thronrede mit Entrüstung erfüllte, und in Euch den Entschluß gereift und befestigt hat, Euch von den ohnedies nur magern Errungenschaften des verflossenen Jahres auch nicht ein Iota nehmen oder verkümmern zu lassen.

Diese Erklärung, abgegeben in dem Augenblick, wo die Reaktion den größten Schritt auf ihrem heillosen Rückwege zur vormaligen Zeit gethan hat, und ausgesprochen von allen Parteien, wird davon Zeugniß ablegen, daß wir deutsche Männer sind, und man sich nicht erkühnen dürfe, uns wie Buben zu behandeln.

Deutschland.

Bayern. (München, 23. Jan.) Die Kammer der Reichsräthe beschäftigte sich heute mit der Wahl ihrer Ausschüße. Das Ergebniß war folgendes. Den ersten Ausschuß (Gesetzgebung) bilden: Präsident Arnold, Graf Reigersberg, Graf Armansperg, v. Maurer, Frhr. v. Freyberg, Ersatzmann Erzbischof Graf Reisach; zweiten Ausschuß (Steuern resp. Budget): Fürst Wallerstein, Graf Schönborn, v. Niethammer, Freiherr von Lotzbeck, Graf Armansperg, Ersatzmann Freiherr von Würtzburg; dritten Ausschuß (innere Verwaltung): Erzbischof Reisach, Graf Castell, Präs. Arnold, von Maurer, Graf C. Seinsheim, Ers. Fürst Wrede; vierten Ausschuß (Staatsschuldentilgung): Graf Sandizell, Graf Arco-Valley, Graf Reigersberg, Graf L. Arco, Frhr. von Aretin, Ers. Graf A. Seinsheim; fünften Ausschuß (Beschwerden): Bischof Oettl, Präs. Arnold, Graf Reigersberg, Frhr. v. Würtzburg, Frhr. v. Freyberg, Ers. Graf Castell. Den aus Deputirten dieser fünf Ausschüsse zusammengesetzten Petitionsausschuß bilden Graf Reigersberg, Frhr. v. Lotzbeck, Graf Reisach, Graf Arco-Valley und Frhr. v. Wurtzburg. Zur Bildung einer Redaktionskommission für die Veröffentlichung der Kammerverhandlungen wurden bestimmt: der erste Sekretär v. Niethammer, v. Mauree und v. Freyberg. Mit Entwerfung der Antwortsadresse auf die Thronrede wurde das Direktorium (Präsidenten und Sekretäre) nebst Graf Arco-Valley, Graf Armansperg und Präs. Arnold beauftragt. — Die Kammer der Abgeordneten ist bereits um 3 Uhr Nachmittags zur Wahl von 9 Abgeordneten für die Adreßkommission zusammengetreten. Bei Postabgang Abend 7 Uhr, war ein zweites Skrutinium im Gange, nachdem das erste nur auf folgende sechs die absolute Majorität fallen ließ: Dr. Willich mit 68, Bürgermeister Maier 68, Dr. Rubner 67, Bürgermeister Kolb 67, Seilermeister Schad 67, Prof. v. Scheurl 66 unter 131 Stimmen. Die bis jetzt Gewählten haben die Majorität zweifelsohne durch ein Kompromiß der Linken, welche bereits auf 49 gestiegen ist, mit jenem Theile des von Lerchenfeld und Grießmaier beabsichtigten Centrums, der aus dem hier vorgelegten Programm Anlaß genommen hat zur Bildung eines wirklichen linken Centrums auszuscheiden. Die obengenannten v. Scheurl und Maier sind unter dieser Anzahl. Heute höre ich indessen, daß das Programm jenes durch seine eigne Minorität nach rechts gedrängten Lerchenfeld'schen Centrums in solcher Weise modifizirt werden will, daß eine Wiedervereinigung in Aussicht steht. Jedenfalls ist vorauszusehen, daß der Adreßentwurf der Reichsräthe von dem der Abgeordneten durch bedeutenden Rückhalt abweichen wird. Alle bisherigen Wahlen der ersteren scheinen darauf hinzudeuten, daß sie noch einen letzten Kampf um ihre angestammten Rechte für zeitgemäß halten. (A. A. Z.)

†† (Nürnberg, den 25. Januar.) In dem „Boten von Altdorf" finden wir zu unserem höchsten Staunen folgende amtliche Aufforderung: Vom königl. bayer. Landgericht Altdorf werden die Lokal-Polizeibehörden aufgefordert, das Regierungsausschreiben vom 12. Januar l. J., die Brand-Assekuranz-Beiträge pro 1847/48, hier die Aufforderung des Ausschusses eines Nürnberger Vereins zur Verweigerung der Zahlung derselben betr. (Kreisblatt 1849, S. 20) in ihren Bezirken sogleich überall bekannt zu machen und ist auf den Grund eines weiteren Regierungs-Reskripts vom 12. Januar beizufügen: daß für den Fall etwaiger Zahlungs-Verweigerung und nach fruchtloser Anwendung der durch die Gesetze vorgeschriebenen exekutiven Einschreitungen unnachsichtlich militärische Hülfeleistung auf Kosten der Renitenten angeordnet wird. Die Verkündung ist zu rapportiren. Altdorf, den 17. Januar 1849. Königlich Bayerisches Landgericht. Schumacher. Die Aufforderung ist zu selbstredend, als daß sie noch eines Kommentars bedürfte. Nur die Frage möchte hier am Platze seyn, was geschehen wäre, wenn nach dem März im vorigen Jahre eine solche Sprache mit dem Volke geführt worden wäre? Wir haben jetzt bald wieder März, vielleicht kommt's noch anders, so, daß die Errungenschaften unserer Revolution auch in Bayern durch Wanderbücher, die man dem Belagerungszustand ausstellt, zu Traumbildern werden.

△ (Erlangen, 22. Januar.) In dem Korrespondenten v. u. f. Deutschland erscheint in neuester Zeit eine Reihe von Artikeln, in welchen die Autorität der deutschen Reichsversammlung in Frankfurt am Main nicht anerkannt, die Beschlüsse dieser Versammlung als Ausgeburten unreifer jugendlicher Phantasie verunglimpft, ein Sonderbund Bayerns mit einer nicht ausschließlich deutschen Großmacht angerathen, und überhaupt in dem Zustandekommen einer einheitlichen Centralgewalt die größten Gefahren für die bayerischen Interessen gesehen werden, eine Besorgniß, zu welcher, Angesichts der durch die Reichsverfassung bereits festgestellten Beschränkung der künftigen Centralgewalt, nicht der leiseste Grund vorhanden ist. Die Verfasser jener Artikel sind aber nicht zufrieden, durch solche Artikel das Volk gegen die Autorität der Reichsversammlung aufzustacheln, — nein, sie entblöden sich selbst nicht, der Regierung glauben machen zu wollen, daß jene partikularistische und unpatriotische Ansicht die des Volkes sey! — Nachdem hiesigen Ortes die allgemeine Indignation über jene Artikel von Tag zu Tag gewachsen, so wurde am Abende des 18. Januar bei Gelegenheit einer Feier der Verkündigung der Grundrechte, an welcher außer den hiesigen konstitutionell-monarchischen und übrigen politischen und sonstigen Vereinen auch der größte Theil der Universität nebst Hunderten von anderen Bürgern und selbstständigen Einwohnern aus allen Ständen Theil nahmen, der Beschluß gefaßt, durch öffentliche Erklärung die Behauptung jener Artikel Lügen zu strafen. Es war unter allen Parteien und Parteischattirungen nur Eine Stimme: Wir wollen in guter deutscher Treue festhalten an der Anerkennung der Autorität der Reichsversammlung; wir wollen festhalten an der Einheit Deutschlands; wir wollen, daß, wenn die Stimme des Vaterlandes ruft, jede partikulare Rucksicht schweige; wir vermögen in nichts Anderem eine Gefahr zu erblicken, als darin, wenn der Bau deutscher Macht und Größe sich der Spitze nahe, durch Sonderbündelei gesprengt würde. Das ist des Volkes Stimme, bei uns und gewiß auch in ganz Franken! Und wir bitten dringend, daß aller Orten Alle, die mit uns an der deutschen Einheit festhalten, in öffentlichen Erklärungen unser Beispiel nachahmen möchten, auf daß sich nicht zwischen Volk und Fürst ein Gewebe verderblichster Täuschung lagere! Die konstitutionellen Vereine Erlangens.

Freie Städte. (Frankfurt, 22. Jan.) Das Reichsministerium hat an den Bevollmächtigten für Braunschweig, Hrn. Dr. Liebe nachstehendes Schreiben gerichtet: „Aus Ihrer geschätzten Mittheilung vom 19. d. M. hat der Reichsverweser Kenntniß davon genommen, daß Se. Hoheit der Herzog schon seit dem Beginne der Verhandlungen über die Umgestaltung des deutschen Bundes fortwährend der Ansicht gewesen, daß zur würdevollen Vertretung Deutschlands nach Außen, wie zur Herstellung einer kräftigen inneren Einheit ein erbliches Oberhaupt an die Spitze der Reichsregierung treten müsse. In diesem Ausspruche erkennt der Reichsverweser einen neuen Beweis hochherziger Bereitwilligkeit deutscher Fürsten, zu dem Gelingen des seiner Obhut anvertrauten großen Einigungswerkes beizutragen. In den Dank, welchen der Unterzeichnete Seiner Hoheit dafür darzubringen beauftragt ist, wird das ganze deutsche Volk einstimmen. Denn mit jeder neuen Kundgebung echt fürstlicher Gesinnung schwindet der quälende Zweifel, als könnten die Leiden und Anstrengungen der Nation abermals vergeblich gewesen seyn, und eröffnet sich eine nahe Zukunft, welche Fürsten, wie Völker sicherlich bald die Zeit der Schwäche und Zersplitterung wird vergessen lassen. Der Unterzeichnete bittet den Hrn. Bevollmächtigten für Braunschweig, diese Erwiederung zur Kenntniß des Herzogs zu bringen. Frankfurt, den 20. Januar 1849. (gez.) Gagern."

(Frkft. O.-P.-Z.)

** (Frankfurt, den 23. Januar.) [157. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Eine Interpellation wegen Beeinträchtigung des Vereinsrechts im Herzogthum Sachsen-Altenburg beleuchtet Gagern damit, daß er darauf antworten werde, wenn er von dem Reichskommissär den eingeforderten Bericht über die Beschwerde erhoben haben wird. Statt dem ausgetretenen Schriftführer des Hauses Plathner wurde Martens aus Danzig gewählt. Dann Berathung über den Abschnitt des Verfassungsentwurfs „das Reichsoberhaupt" Professor Edel aus Würzburg nimmt das Wort; er tritt zuerst als Ritter für Oesterreich auf, was man begreiflich finden muß, wenn man Edels Standpunkt betrachtet. Oesterreich werde wissen, was es zu thun habe und seine Rechte an Deutschland von Niemand schmälern lassen. An Preussen die erbliche Kaiserwürde übertragen, hieße den Untergang der übrigen Einzelstaaten

herbeiführen. Ein preussisches Erbkaiserthum sey eine verhaßte niederdrückende Hegenomie, die Deutschland nur ruiniren würde. In einem großen Theile Süddeutschlands würde dieses Erbkaiserthum nur durch den Belagerungszustand möglich seyn. In ganz Bayeen, bei Groß und Gering treffe man ein und dieselbe Abneigung gegen ein preussisches Kaiseethum; selbst in der Pfalz stehe diese Stimmung fest. Bayern müßte zu Oesterreich halten, und wenn sich's auch Jahrhunderte lang vor Oesterreichs Umarmung gesträubt, so wied es sich auch gegen andere zugemuthete Umarmungen sträuben.

Grumbrecht aus Hannover will nicht so partikularistisch wie Herr Edel, nicht hannoverisch, sondern deutsch specchen. Er will den mächtigsten Fürsten erblich an die Spitze Deutschlands gestellt wissen. In Hannover, das bei der Umgestaltung Deutschlands keinen Vortheil habe, sondern Opfer bringe, bestehe eher Abneigung gegen, als Vorliebe für Preussen, aber man weiche der Nothwendigkeit, und verlange doch auch Peeussen an die Spitze. Der Rednee tritt mit den Worten ab: Wollen Sie ein mächtiges Deutschland nach Außen durch die Einheit, wollen Sie die Freiheit im Inneen, so stimmen Sie für ein erbliches Oberhaupt. Es wird sofort zur Abstimmung geschritten. Ueber das Wie der Abstimmung entsteht eine Diskussion; es wird also mit 270 gegen 216 Stimmen beschlossen, daß zuerst über das Peinzip der Erblichkeit abgestimmt werde. Das Minoritätserachten des Verfassungsausschusses: Die Würde des Oberhauptes ist erblich im Hause des Fürsten, dem sie übertragen worden; sie vererbt im Mannsstamme nach dem Recht der Erstgeburt kommt zuerst an die Reihe. Die Erblichkeit wird mit 263 gegen 211 Stimmen verweefen.

Das Minderheitserachten II., welches hierauf zur Abstimmung gelangt, lautet: „Die Wahl des Kaisers geschiebt auf Lebenszeit.“ Wird mit 413 gegen 39 Stimmen verworfen. Ebenso wied verworfen mit 442 gegen 14 Stimmen (!) das Minderheitserachten III.: „Dieselbe (die Würde des Oberhauptes) wird jedesmal auf zwölf Jahre einem der Regenten von Preussen, Oestereeich, Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg übertragen. Dem vieeten Minderheitserachten: „Das Reichsoberhaupt wied auf sechs Jahre gewählt“, über welches die Abstimmung so eben (3½ Uhr Nachmittags) beginnt, scheint kein anderes Schicksal bevorzustehen, als den vorhergehenden Anträgen.

(Schluß folgt.)

(Frankfurt, den 23. Januar.) Dem Vernehmen nach ist von Preussen die Erklärung eingegangen, daß es kein Bedenken habe, der Herstellung eines Bundesstaates innerhalb des Staatenbundes beizutreten, und daß es bei den übeigen deutschen Regierungen angefragt habe, welche Einwendungen man dagegen zu machen habe, jedoch ohne hieein das Prinzip der Vereinbarung aufstellen zu wollen. (D. Z.)

(Frankfurt, 23. Jan.) Das »Montagskränzchen« hatte auf seine Anregung zur Feier der Einführung der Grundeechte, wie man hört, von der einschlagenden Behörde keine Rückäußerung erhalten. Deshalb beschloß der genannte Verein in seiner gestrigen Versammlung, die für die Allgemeinheit fruchtlos angeregte Feier für sich zu begehen und halte zu diesem Zwecke die Mitglieder der Linken der Nat.-Vers. besonders eingeladen. (D. Z)

(Frankfurt, 23, Jan.) Wie man vernimmt, steht der Kommodore Parker, kaum erst über Berlin hier eingetroffen, im Begriffe, nach Nordamerika wieder abzureisen, doch nicht auf direktem Wege. Der Kommodore wird aber allsogleich nach der Wahl des neuen Präsidenten in Washington mit den deutschen Dampffeegatten unter Segel gehen und hoffentlich zeitig genug an der norddeutschen Küste erscheinen. In der Marineabtheilung des Handelsministeriums herrscht unausgesetzt besondere Thätigkeit und man überläßt sich der Hoffnung, daß diese bis zum nächsten Frühjahr sehr fruchtbringend seyn werde.

(Frankfurt, 23. Jan.) In der Handelswelt soll es überrascht haben, daß die preussische Staatskasse auf sie von der Reichskasse gezogene Wechsel, deren Betrag indessen nur bis zu 40,000 Rthle. angegeben wied, mit Protest habe zurückgehen lassen. Wenn sich diese Angabe wirklich bestätigt, so kann dazu nur ein formeller Grund vorhanden seyn, denn die preuss. Regierung hat sich ja nicht allein bereit erklärt, ihre Matrikularbeiteäge zu liefeen, sondern auch für andere deutsche Regierungen, wenn es seyn muß, Voeschüsse zu leisten. (D. Z.)

(Frankfurt, den 27. Januar.) Die französischen Zeitungen können sich nicht einigen, welchen Zweck die Seerüstungen in Toulon hatten. Wir können aus sicheeer Quelle folgende Mittheilung machen, die über diese Rüstungen Licht verbreiten dürfte. Vor ungefähr deei Wochen sagte Louis Napoleon zum Abgesandten der Republik Bolivia: »In kurzer Zeit weeden 6000 Feanzosen unteewegs seyn, um gegen Rosas zu kämpfen. Schreiben Sie das Ihren Landsleuten!« (D. Z.)

Hannover. (Hannover, den 20. Januar.) Im Lager der Gelhweißen, der Ritter vom Krebsorden, heeescht eine heillose Angst davor, daß das Volk die Grundrechte als sein wohlerworbenes Recht annehmen, bewahren und sich erhalten will; eine Angst, welche zu allerlei ergötzlichen Sprüngen und Manövers treibt. Hat man je eine seltsamere Empfehlung für einen Kandidaten zur Ständeversammlung gesehen, als die Versicherung, er werde gegen die Einführung der Grundrechte wieken? Und doch hat neulich Geaf- v. A. die ihm benachbarten Grundbesitzer bäuerlichen Standes neben leiblicher Atzung mit jener Lockspeise für Hrern v. B. ködern wollen. In ländlichen Wahlterminen konnte man königliche Jagdoffizianten und Domänenpächtee in großer Thätigkeit treffen, wie sie die Wahlmänner einzeln bei Seite zogen und ihnen die Gefährlichkeit dee Grundrechte begreiflich zu machen suchten, natüelich nicht ohne Nutzanwendung auf diesen oder jenen Kandidaten. Mit Speck fängt man Mäuse. Bei dem Bauer wendet man den §. 33 an, und zeigt ihm deutlich, wie sein schöner Hof nach 20 Jaheen gevieetheilt seyn werde, den Büeger fängt man mit dem Schreckmittel der Freizügigkeit und Gewerbefreiheit. Es ist kaum zu glauben, und doch dürfen wir aus eigner Kenntnißnahme versichern, daß viele hannoveesche Büeger, die man sonst zu den aufgeklärteren rechnet, glauben, mit den Grundrechten werde die Freizügigkeit und Gewerbefreiheit eingeführt. Wunderbar in der That, wenn man die klaeen Bestimmungen des §. 3 ansieht, die doch jedes Kind veestehen kann, wundeebar und nur zu erklären, wenn man ungefähr weiß, wie viele Helfershelfer die Krebsritter haben, wenn man von den Schlichen deeselben einigermaßen die Spuren zu veefolgen sich bemüht. An die vaterländische Korrespondenz, an deren mehrfach verleugneter Autorschaft Hr. Abeken wohl hängen bleiben wird, schließen sich die Flugblätter würdig an, welche unter allerlei Gestalten jetzt ins Publikum geschleudert werden. Die Hannov. Zeitung bringt neben ihrer gesteigen Nummer auch so ein Machwerk unter dem Namen »eine Anfrage über die Grundrechte«, unterzeichnet. »Ein Bürger aus einer Landstadt.« Es ist ja für einen guten Zweck; warum soll ein kluger Mann nicht einmal die Maske der Dummheit voenehmen? Vielleicht findet er bei dem dummen Volke dann einen bessern Boden für seine Weisheit, als wenn er diese im eignen Gewande auftreten läßt. Der Bürger aus der Landstadt, vielleicht ein Vetter des Schulzen Gottlieb, ist ein gar schlauce Gesell. Er stellt sich, als verstände er die Grundrechte nicht, und ich möchte meinen Kopf daran setzen, er versteht sie so gut, wie Einer, dee in der Paulskirche sie mit gemacht hat. Er weiß recht gut, daß weder Freizügigkeit noch Gewerbefreiheit in den Grundrechten ausgesprochen sind; er sagt selbst, daß ein Heimathsgesetz und eine Gewerbeordnung kommen soll, er schlüpft aber hierüber, wie über eine gefährliche Stelle weg, um desto sicherer das Volk be—lehren zu können. Er läßt den ersten Absatz des §. 2: „Jeder Deutsche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebietes seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen u. s. w.“ abdrucken, um die Gefahren der Freizügigkeit und Gewerbefeeiheit mit den schwärzesten Farben zu malen und unteeläßt es, den zweiten Absatz »die Bedingungen für den Aufenthalt und Wohnsitz werden durch ein Heimathsgesetz, jene füe den Gewerbebetrieb duech eine Gewerbeordnung für ganz Deutschland von dee Reichsgewalt festgesetzt.« (die Brücke auf der man ein Bein bricht) beizufügen. Er hätte ja sonst sein eignes Werk, sein künstliches Gewebe selbst zerstört, denn auch der schlichte Verstand des einfachen Bürgers würde augenblicklich gesehen haben, daß von Freizügigkeit und Gewerbefreiheit gar nicht die Rede ist. Dieses eine Peobe von der Art, wie die große wichtige Frage der Grundrechte neben und in dem Oegan der Regierung veehandelt wird. (Z. f. Norddtschl.)

Oesterreich. (Wien, 20. Jan.) Nach einer Ministerialverordnung werden alle deutsch-katholischen Gemeinden in Oesterreich aufgelöst. (A. Abdztg.)

(Graz, den 17. Januar.) Gestern langte vom Ministerium die Weisung hierher, daß die freie deutsche (deutsch-katholische) Gemeinde aufzulösen, und dem Prediger Scholl der Aufenthalt hier nicht länger zu gestatten sey. (G. Z.)

(Preßburg.) Der »Steckbrief« gegen Kossuth schließt wörtlich wie folgt: In Anbetracht 2c. erkläre ich hieemit Ludwig Kossuth, so wie den ganzen Landesvertheidigungsausschuß und sämmtliche durch sie in die Komitate und Städte ausgesendeten sogenannten Regierungskommissäre für vogelfrei, und befehle allen Jurisdiktionen und Gemeinden unter schwerstee Verantwortung, diese einzufangen und an die nächste Militärabtheilung auszuliefern. Jene, welche es dennoch wagen sollten, noch den geringsten Befehl dieses revolutionären Ausschusses anzunehmen, oder demselben Folge zu leisten, werden unnachsichtlich sogleich standrechtlich hingeeichtet. Jene Ortschaften aber, aus welchen mehrere Einwohner vereint sich erkühnen, von der kaiserlichen Armee Kueiere, Transporte, oder einzelne Kommanden anzugeeifen, odee ihr auf welch' immee für eine Art zu schaden, werden der Erde gleich gemacht. Die Ortsvorsteher bürgen mie mit ihrem Kopfe für die Aufrechthaltung der Ruhe. Hauptquartier Raab, am 29. Dez. 1848. Alfeed Fürst zu Windischgrätz, k. k. Feldmaeschall.

Preussen. †*† (Berlin 22. Jan.) Wiederum ist in der geoßen Kette ereignißeeicher und bedeutungsvoller Tage für die peeussische Geschichte mit dem heutigen Morgen eine neue Epoche eingetreten. Es gilt die Wahl der Wahlmänner fur die erste preussische Legislative. Wied auch die erste Legislative die Schicksale dee ersten Konstituante theilen, wied auch sie ihre Mission, die ungleich verwickelter und schwieriger, als die der ersten Versammlung, nicht erfüllen können? Wird durch sie die endliche Abschließung der Revolution erfolgen, oder wird sie den Anfang einer neuen Revolutionsepoche bilden? Das krankhafte Preussen und mit ihm Deutschland hat eine Crisis zu bestehen, aus der es, hoffen wir es, politisch geläuteet und gekräftigt hervorgehen wied.

Berlin ist heute am Wahltage natürlich furchtbar öde, selbst die bereits heimisch gewordenen Konstabler fehlen an den Strasseneckeu. Alle genügen ihrer Staatsbügerpflicht und wählen. In den einzelnen Wahlabtheilungen ist der Kampf ein heftiger und doch haben die meisten Bezirke den Wahlakt Mittags beendet.

Der bekannte Florencourt beabsichtigt mit „einer Schaar christlicher Freunde,« wie er dee „Neuen Preussischen Zeitung, selbst meldet, nach den westlichen Staaten Nordamerika's überzusiedeln.

Von den verschiedensten Seiten sind aus der Provinz Schlesien, Sachsen und Westphalen an den frühern Abgeordneten, Geh. Tribunalsrath Waldeck Anfragen gerichtet woeden, ob er die etwaige Wahl annehmen werde. Heer Waldeck hat bejahend geantwortet, jedoch für den Fall, daß er in Berlin wieder gewählt werde, an seine Stelle den Kammergerichtsrath Striethorst und den Landrath Reuter empfohlen.

Sehr gespannt ist man auf den heutigen Staats-Anzeiger, der Alles, was ein großer Theil der Bevölkeeung wünscht, ein Ministerium Camphausen und „Aufhebung des Belagerungszustandes“ bringen soll. —

Die von dem »Vereine zur Wahrung der Inteeessen der Provinzen“ gemachten 3 Enthüllungen werden eine Masse von Klagen hervor, und der unglückliche Drucker hat zu gewärtigen, rufen entweder eine sehr gute Kundschaft zu verlieren odee selbst einige Jahre, denn auf so viel könnte sich die Strafe bei der Anzahl dee Herren, die eine Klage anhängig machen wollen, belaufen, Festungsarrest abzusitzen. Man befüechtet nur, daß, da in jenen Enthüllungen zu den angeführten Namen häufig keine näheren Bezeichnungen hinzugefügt sind, die Identität der injueiirten Personen geläugnet werden wird. —

Das Ergebniß der Wahlen läßt sich für ein gut Theil der Stadt jetzt so ziemlich übersehen. Es ist so ausgefallen, wie wir es gestern vermuthungsweise angegeben. Die demokratischen Wahlmänner sind nach Anzahl und Bedeutung übeewiegend; sie gehöeen zum größeren Theile den Kreisen der Intelligenz an, junge Aerzte, Schriftsteller, Gerichtsassessoren und dergleichen. Von namhafteren Männern dieser Kategorie, welche aus den Wahlurnen hervorgegangen sind, nennen wir Dr. Dorn, Assessor Friedländer, Kammeegerichtsrath v. Rönne, Seminardirektor Diesteeweg, Dr. Theodor Mügge, Assessor Bergenroth, Abgeoednete Beheends, Bahn (Redakteur des Krakehler), Dr. Wöninger, Dr. Meyer, Dr. Lindner, Assessor Juncker, Stadtrath Runge, Professor Agatz, Benary, Justizrath Voglee, Assessor Lichtenstein (als Gegenkandidat seines Vaters, des conservativ gesinnten be-

rühmten Zoologen), Kriminalaktuar Stein. Die „Königsstadt,“ das alte Berlin, hat der oppositionellen Partei die meisten Wahlmänner geliefert. Aus den vorherrschenden demokratischen Vorstädten besteht noch kein sicheres Resultat. Die Wahlmänner der conservativen Partei sind zum größeren Theile aus den höheren Beamten und Bürgerklassen hervorgegangen. Geh. Med.-Rath. Casper, Stadtgerichtsrath Hufeland, Kriminalgerichtsrath Röner, Baurath Stüler, Bürgermeister Nonege (nur mit einer Stimme über die erforderliche Stimmenzahl), Bankier Dr. Jacobson, Geh. Rath Basch, Buchhändler Reimerus, Buchhändl. Gropius, Prof. Magnus, Prof. Keller, Teppichfbr. Reuter, Gymnasialdirektor Kramer sind uns bis jetzt als namhafte Wahlmänner dieser Partei bezeichnet. Aus der alten Aristokratie ist uns jetzt nur Graf Driolla, ein Mann der hochrothen Reaktion, genannt. Das Militär hat, wie vorauszusehen, meist Offiziere, einige militärische Wähler in ihrer Art von Opposition etliche demokratisch-inficirte Unteroffiziere gewählt. — Bornemann ist gleichfalls gewählt, Geh. Rath Jonas, früherer Abgeordneter Duncker, Pastor Jonas sind durchgefallen. Andere demokratische Wahlmänner sind Geh. Rath Romberg, Professor Kalisch, Baron v. Weiher-Nimptsch, Dr. Edler, Dr. med. Waldeck.

Die Zahl der Urwähler zur ersten Kammer soll nach den bisher eingegangenen Meldungen nicht mehr als 13,000 betragen. Die Meisten scheuen aus Besorgniß vor einer etwaigen Einkommensteuer die Angabe eines jährlichen Einkommens von 500 Reichsth. Zieht man in Betracht, daß die Besitzer der 9000 Häuser, welche Berlin hat, sich unter jenen 13,000 zum größten Theil befinden müssen, so erscheint die geringe Anzahl der Angemeldeten überaus auffällig.

Aus Schlesien schreibt man uns: Unter den Kandidaten, welche die konstitutionell - konservative Partei in den Kreisen „Glatz, Frankenstein, Reichenbach, Waldenburg, Schweidnitz, Brieg, Glau, Strehlen, Münsterberg, Nimptsch, Neisse und Grotkau“ für die erste Kammer aufstellen wird, bezeichnet man namentlich, den Fürstbischof Melchior v. Diepenbrock zu Breslau, Graf v. Zedlitz, Trütschler, Graf York von Wartenberg, Baron Gaffron auf Kummern, Graf Zielhen, Geh. Rath Kramsta, v. Mutius, Graf Pfeil und v. Eichborn. — In Hirschberg und Striegau ist man gewillt, die früheren Abgeordneten Dr. Elsner und Schramm wieder für die zweite Kammer zu wählen. Eine erfolgreiche Thätigkeit entwickelt der konstitutionelle Verein in Waldenburg. Mehr als 1000 Bergleute wurden, wie unser vollkommen glaubwürdiger Korrespondent berichtet, durch die Drohung, anderenfalls auf eine andere Grube versetzt zu werden, zum Beitritt bewogen. Bei der Mißlichkeit einer solchen Versetzung mitten im Winter sahen sich die Leute genöthigt, den demokratischen Klub, dem sie seit dahin angehört hatten, zu verlassen und sich jenem Verein anzuschließen. Das amtliche Waldenburger Kreisblatt enthält eine Aufforderung des konstitutionellen Vereins für gesetzliche Freiheit und Ordnung „in konstitutionellem Sinne“ zu wählen. Der Verein verspricht alle Personen, die in diesem Sinne zu wählen sich verpflichten, für die Versäumniß und Reisekosten zu entschädigen. Eine Agitation — bemerkt unser Korrespondent — welche in dem freien England als Wahlkorruption und öffentlicher Bestechungsversuch mit der härtesten Strafe belegt werden würde, hier aber für ein von den Behörden gebilligtes vollständig loyales Verfahren gilt.

Sachsen. (Dresden, 20. Jan.) In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde beschlossen: der Regierung den entschiedensten Widerwillen des sächsischen Volkes gegen ein unverantwortliches und erbliches Oberhaupt des deutschen Bundesstaates (mit 57 gegen 7 Stimmen); wie gegen die Uebertragung der Gesammtregierung Deutschlands an eine Krone eines bestehenden deutschen Einzelstaates (mit 55 gegen 9 Stimmen) zu versichern, und zu erklären, daß das sächsische Volk einen verantwortlichen Präsidenten an die Spitze des Bundesstaates gewählt zu sehen wünsche (mit 54 Stimmen.) Der Zusatz des Vicepräsidenten Tzschirner: „die Volksvertreter sollten erklären, sie würden die deutsche Verfassung nur dann annehmen, wenn sie einen Präsidenten an die Spitze des Bundesstaates stelle“ wurde abgeworfen mit 33 gegen 30 Stimmen, jedoch beschlossen, die Regierung zur Abgabe einer Erklärung im oben ausgesprochenen Sinne aufzufordern. (Fkft. J.)

(Gotha, 20. Jan.) Am vorgestrigen Tage ist unser Herzog nach Dresden gereist und wird von da nach Berlin gehen. Man schiebt dieser Reise politische Zwecke unter. Jedenfalls dürfte ein näherer Anschluß der thüringischen Staaten an das Königreich Sachsen demnächst zu erwarten seyn. Unter einander scheinen diese kleinern Länder nicht einig werden zu können und wollen sich darum lieber einem größern Staate fügen, um in Gemeinschaft mit demselben einen ansehnlichen Reichskreis und eine respektale Streitmacht zu bilden. Die starre Eifersucht der kleinern Staaten unter einander und die Sonderinteressen, die sie mit kleinlicher Energie verfolgen, lassen nicht einmal die Herzogthümer Koburg und Gotha, obwohl von demselben Regentenhause beherrscht, einander zu einer innigern Vereinigung die Hände bieten! (D. A. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 21. Jan.) Der Moniteur veröffentlicht die Protokollauszüge, welche sich auf die gestrigen Proklamationsförmlichkeiten des Vizepräsidenten der Republik beziehen. „In Gegenwart Gottes und des französ. Volkes, welches die Nationalversammlung vertritt, schwöre ich: der demokratischen Einen und untheilbaren Republik treu zu bleiben und alle Pflichten zu erfüllen, die mir die Verfassung auflegt.“ So lautet der Eid, den auch der Bürger Boulay gestern in die Hände Marrast's leistete.

Die Hartnäckigkeit, mit welcher unser alter Freund Lagrange die Amnestiefrage verfolgt, sowie die beabsichtigte Fortschaffung eines neuen Schubs von Juniräubern in die Häfen von Brest und Rochefort, rufen natürlich unter dem Volk große Gährung hervor, die dem Kabinet so bedenklich erscheint, daß es im Moniteur folgende Erklärung aus den Abendblättern wiederholen läßt: „Die Amnestie dient seit einigen Tagen gewissen Journalen zum Vorwand, Beleidigungen und Verläumdungen gegen den Präsidenten der Republik zu richten. Wir wollen auf diese Beleidigungen und Verläumdungen nichts antworten; der gesunde Verstand des Volks mag sie zu richten wissen. Indessen befindet sich unter den Behauptungen jener Journale eine Angabe, die man nicht unwiderlegt lassen darf, weil auf sie das meiste Gewicht gelegt zu werden scheint, nämlich die: daß sich der Präsident verpflichtet habe, Amnestie zu bewilligen. Der Präsident hat aber eine solche Verpflichtung nicht übernommen. Wahr ist es, daß er mehrere Male bei Privatgesprächen den Wunsch ausdrückte, sein Gelübde zu erfüllen, das er in seinem Manifest machte und auch immer in seinem Herzen bleiben wird, nämlich Amnestie zu ertheilen, wenn es ohne Gefahr geschehen können werde! Aber eine Verpflichtung hat er nicht übernommen.“

Sprech-Saal.

†† (Nürnberg, den 25. Januar.) In Nro. 24 des Nürnberger Kurier findet sich hinter der Redaktionsverantwortlichkeit des Blattes ein mit *Sch.* unterzeichneter Artikel: „Abhülfe gegen Hochwasser,“ über welchen wir uns gewissermaßen gefreut haben, 1) weil wie ihn als einen alten Bekannten aus dem Jahre 1845 begrüßen durften, 2) weil wir gute Vorschläge immer gerne wiederholen hören und selbst wiederholen. Man lese nämlich die Nummern 115 und 117 des Jahrganges 1845 unseres damals noch den Titel Nürnberger Zeitung führenden Blattes nach und man wird, was die Vorschläge zur Abhülfe gegen Hochwasser in unserer Stadt betrifft, so ziemlich Alles ausgeführt finden, was der Herr *Sch.* gegenwärtig als neu anführen möchte. Als Ursachen der Ueberschwemmungen haben wir damals bezeichnet: die von Jahr zu Jahr zunehmende Versandung des Flußbettes der Pegnitz, den krummen Lauf dieses Flüßchens hinter den Weidenmühlen, und die in den Fluß hineingebaute Schwabenmühle, wodurch die Wasserstraße zwischen genannter und der Pfannen-Mühle nur circa 50 Fuß (Herr *Sch.* gibt 46 Fuß an) mißt. Nachdem wir also schon 1845 die Schwabenmühle als eine Hauptursache angeführt, warum das Hochwasser bis zur Stadtmauer hinauf austritt, meint Herr *Sch.* in Folgendem etwas Neues zu berichten: „es ist fast unbegreiflich, daß eines der wesentlichsten Hindernisse des freien Wasserabflusses und daher eine der Hauptursachen der Zurückstauung und des Austrittes des Wassers **noch nicht zur Sprache gebracht wurde.** Herr *Sch.* wird uns sonach schon erlauben, daß wir durch die Berufung auf unsere Artikel aus dem Jahre 1845 seiner eingebildeten Ruhmredigkeit den Mund etwas zuhalten. Aber nicht allein die Ursachen der Ueberschwemmungen haben wir damals angegeben, sondern auch die Vorschläge zur Beseitigung derselben und die Mittel zur Deckung der Kosten. Diese Vorschläge bestanden in einem Durchstich hinter den Weidenmühlen, (der nun in Ausführung begriffen ist,) in der Anlegung dreier Grundschleußen an den Wehren der Pfannen- und Schwabenmühle, der Dörren- und Bauernmühle und der Weidenmühlen, und in der Versetzung der Schwabenmühle aus dem Fluß an das Ufer. Wir haben damals die Kosten zur Beseitigung der Hochwasser auf 50,000 fl. angeschlagen und zwar den Durchstich mit 22,000 fl., die drei Grundschleußen mit 18,000 fl., den Ankaufspreiß der Schwabenmühle mit 30,000 fl., die Versetzung derselben an das Ufer mit 20,000 fl., also 50,000 fl. Da aber dadurch die Mühle 40,000 fl. mindestens werth ist, so bleiben nur 10,000 fl., wie gesagt im Ganzen 50,000 fl. Nach unserem weiteren Anschlage sollten zur Bestreitung der Kosten beitragen: die sämmtlichen an der Pegnitz liegenden Wasserwerkbesitzer etwa in folgender Ordnung: die Weidenmühlbesitzer 5000 fl., die Bauern- und Dörrenmühle, jede 1000 fl., die Ahlenschmiede 250 fl., die Tuchmacher 250 fl., also 2500 fl. der Schwabenmüller wegen gesteigerten Werthes seiner Mühle um 10,000 fl. 5000 fl., der Pfannenmüller 1000 fl. die Schleiferei an der Pfannenmühle 500 fl., der Sandmüller 3000 fl. die Rothschmiede 1000 fl. der Katharinenmüller (jetzt Wiss'sche Kunstmühle) 2000 fl. also 6000 fl., das Militär wegen Abwendung der Versandung der Deutschherrnwiese 5000 fl., der Staat wegen Befreiung des Hochwassers von seinen ca. 36 Tagwerk haltenden dreimähtigen Wiesen hinter der Deutschherrnwiese 5000 fl., die Bürgerschaft, namentlich die Besitzer von Häusern, die immer von Ueberschwemmungen leiden, 15,000 fl., der Magistrat hätte also noch 5000 zu der Gesammtsumme von 50,000 fl. beizusteuern, und das ist gewiß nicht ausser dem Verhältniß, da jedes Hochwasser den Magistrat nicht unbedeutend in Anspruch nimmt. Herr *Sch.* spricht in seinem Aufsatze hauptsächlich von seinem sich arrogirten Projekte (uns aber schon 1845 angehörig) der Versetzung der Schwabenmühle an das Flußufer und setzt dafür eine Summa von 40,000 fest, wovon die Kommune 20,000 fl. tragen soll, während die anderen 20,000 fl. die gewöhnlich vom Wasserschaden Heimgesuchten zu übernehmen hätten; auch die Staatskasse will Hr. *Sch.* im Hintergrund etwas agiren lassen. Kurz, der ganze Artikel enthält nichts Wesentliches, was wir im Jahre 1845 in den oben angeführten Nummern 115 und 117 unseres Blattes nicht auch schon gesagt. Das Publikum wird daher die Billigkeit haben, uns zu entschuldigen, daß wir unser altes Eigenthum schützen und Hrn. *Sch.* zurufen, sich in Zukunft vor ähnlichen Dementis zu hüten.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg

Geißler a Rathhelfer Forderung hier Subhastation betr.

wird auf Antrag eines Hypothekogläubigers das Anwesen Nro. 2 auf dem Wöhrder-Kirchhof dem öffentlichen Verstriche unterstellt, und hiezu Strichtermin auf

Montag den 29. Januar 1849, Vormittags 11 Uhr,

im Kommissions-Zimmer Nro. 22 anberaumt

Dieses Anwesen besteht aus einem einstöckigen Wohnhaus, theils massiv, theils von Fachwerk erbaut, mit Flachziegeln doppelt eingedeckt, mit einem Vorplatze, Küche, 3 Stuben, 4 Kammern, 2 Holzlagen, Stallung, ein gewölbte Brandweinbrennerei, im ersten Stock und mit 1 Kammer und 1 Boden unter dem Dache, ferner aus einem Nebengebäude und Hofraum, Pumpbrunnen und 15. Dez. Gartenland, und haftet auf demselben ein jährlicher Erbzinns von 4 fl., — dann ein Hennengeld von 15 kr und ein jährliches Handlohn von 4 fl. 3 kr. Der Schätzwerth dieses Anwesens ist 1500 fl., und wird bemerkt, daß der Hinschlag nur bei erreichter Taxe erfolgen könne.

Nürnberg, den 15. Dezember 1848.

Sauffert.

Trauer - Anzeige.

Unsere unvergeßliche geliebte Mutter, Groß- Schwiegermutter und Tante,

Frau Dorothea Wagner,

hinterlassene Wittwe des Kreis- und Stadtgerichts-Sekretärs Wagner dahier,

verschied gestern Abends in ihrem 87. Lebensjahre sanft und gottergeben. Ein theures und biederes Leben ist aus unserer Mitte genommen.

Schätzbaren Verwandten und Freunden bringen diese schmerzliche Kunde zur Anzeige, überzeugt von Ihrer stillen Theilnahme

Nürnberg, den 24. Januar 1849.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

Empfehlung.

Feinster Räucherlack,

von höchst angenehmen Parfüm, die Stange à 6 kr.; zweifarbiges (grün und weiß, rosa und weiß, blau und weiß u. s. w.) Damensiegellack in eleganten Etuis à 6 Stangen, das Etui zu 30 Kreuzer; feinstes

Schwarzrothgold-Siegellack

die Stange zu 4 Kreuzer; feinstes rothbronce, rosa, hellgrün, carmin und blau Damensiegellack in kleinen Stangen à 2 Kreuzer; ferner

geschnittene Kielfedern

in Kästchen zu 25 Stück à 9 Kreuzer pr. Kästchen und

geschnittene Stockkielfedern

in Kästchen zu 100 Stück à 16 Kreuzer, letztere Sorte für den Gebrauch in Volksschulen sehr geeignet, empfiehlt nebst allen andern Sorten Siegellack und Schreibfedern zu ausserordentlich billigen Preisen

Friedrich Bauer am weißen Thurm.

NB. Die oben bezeichneten Sorten Siegellack geben trotz ihres ungleich billigen Preises dem feinsten französischen an Qualität durchaus nichts nach; Wiederverkäufern werden überdies noch besondere Vortheile eingeräumt.

Unglück.

Das Hochwasser am 15. d. hat von dem Nürnberger Meßplatz 10 Kisten Steingut fortgeschwemmt und da sich erwarten läßt, daß diese ihrer Schwere wegen, sich bald an's Land setzten, so werden Diejenigen, die allenfalls schon in deren Besitz sind, oder Auskunft darüber geben können, höflichst gebeten, Herrn A. C. Domeyer in Nürnberg gütige Anzeige davon machen zu wollen. Die Kisten hatten die Nummern 2457 bis 2469 wovon einige gerettet sind.

Aufforderung.

(Die Brandversicherungsangelegenheit betreffend.)

Da an viele Hausbesitzer die in Umlauf gesetzten Listen nicht gekommen sind, so werden alle diejenigen, welche sich durch ihre Unterschriften an dieser hochwichtigen Sache noch zu betheiligen wünschen hiemit aufgefordert, solches noch im Laufe dieser Woche zu thun. Listen zum unterzeichnen liegen auf: bei Hrn. Spezereihändler Bauer am weißen Thurm; im Laden des Bürstenfabt. J. Eichling an der Frauenkirche, und bei Hrn. Fink, Spezereihändler äußere Laufergasse.

Daselbst werden auch freiwillige Beiträge zur Deckung der Kosten entgegengenommen.

(Anzeige.) Ich mache hiemit bekannt, daß ich Fortepianos auf das billigste reparire und auf das beste herrichte, und verspreche reelle Bedienung.

J. D. Friedrich Häring,
Lauferplatz Nro. 1388.

Zu empfehlende Gelegenheit

für Passagiere und Auswanderer nach New-York.

Expeditions-Tage

der Schiffe der Hamburger-Amerikanischen-Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft:

Das kupferbodene Hamburger Schiff	„Rhein,"	Kapitän Ehlers,	am 24. März	1849.
„ „ „ „	„Deutschland",	„ Haneker,	„ 21. April	
„ „ „ „	„Nordamerika",	„ Ratje,	„ 19. Mai	
„ „ „ „	„Elbe",	„ Heitmann	„ 23. Juni	

Ueber obige Schiffe, welche durch hohes luftiges Zwischendeck und elegant eingerichtete Kajüten sich auszeichnen, ertheilt nähere Nachricht der Schiffsmakler

Friedrich Toussaint
in Nürnberg, S. Nr. 401.

Aug. Bolten Wm. Millers Nachfolger
in Hamberg.

Wasserdichter Leder - Anstrich aus Gutta-Percha.

Dieser Wasserdichter-Lederanstrich ist besonders auch bei neuen und neugesohlten Stiefeln und Schuhen zu empfehlen, dieselben erhalten eine doppelte Dauer und bei feuchter und nasser Witterung ist ein Durchdringen des Wassers nicht zu fürchten.

Der Preiß dieses Anstriches ist aufs billigste à 12 kr. pr. Töpfchen mit Gebrauchs-Anweisung gestellt und ist solcher nur allein ächt zu haben:

in Nürnberg bei Herrn Joh. Engelhardt,
zunächst dem schönen Brunnen,
„ bei Herrn Lederhändler Weidmann in der Kaiserstraße,
in Fürth bei Herrn Fr. Hederlein,
in Erlangen bei Herrn J. C. Helm,
in Ansbach bei Herrn G. W. Blauhorn,
in Bamberg bei Herrn Paul Müller,
in Sulzbach bei Herrn Chr. Krauß,

Ueber weitere Anwendung des Gutta Percha-Anstriches auf Holz, Stein, Leinwand rc gibt Unterzeichneter gerne jede Auskunft und Anleitung.

Sal. Ludwig Krauß,
Kautschuk-Gutta-Percha-Firniß-Fabrikant
in Nürnberg.

Das humoristische Originalblatt

Münchener Punsch

von

M. E. Bertram

beginnt seinen zweiten Jahrgang und die Redaktion beehrt sich zur Erneuerung des Abonnements einzuladen. Der ausserordentliche Beifall, dessen sich dieses humoristische Blatt in kurzester Zeit zu erfreuen hatte, ermuthiget uns trotz aller Schwierigkeiten, die Gebrechen der Zeit fortan in gleicher Weise zu geißeln. Das Blatt wird häufig durch Illustrationen verziert, und kostet

ganzjährig ..... 2 fl.
halbjährig ..... 1 fl.
vierteljährig ... — . 30 kr.

Der Punsch erscheint jeden Sonnabend Bei besonderen Fällen auch unter der Woche, was den Abonnenten zum besten kommt.

Auswärtige belieben bei der nächstgelegenen Postexpedition Bestellungen zu machen.

Freitag den 26. Januar

III. Stadtwehr - Compagnie

im

Gasthaus zum Peter Vischer.

Albrecht-Dürer.

Freitag den 26. Januar Produktion von dem steyerischen Sängern Fischer und Rannerl. Anfang 8 Uhr

---

Gasthaus zur Eisenbahn.

(Vormals Pertleins-Garten.)

Samstag Metzelsuppe.

Sonntag den 28. Gesangunterhaltung von den österreichischen Sängern Fischer und Rannerl. Anfang Nachmittag 4 Uhr, hiezu ladet ergebenst ein

Hofmeister.

Prater.

Sonntag Nachmittag Produktion vom

Kleeblatt,

mit vielen neuen Vorträgen in Costume. Wozu höflichst einladet

M. Rupprecht.

Ball im weißen Lamm

findet Sonntag den 28. dieses Monats mit Entree à Person 24 kr. statt, wozu ergebenst einladet

G. M. Krieger.

(Anzeige.) Ein junger Mann, der modelliren und schnitzen kann, findet Beschäftigung bei

Fr. H. Rupprecht, Graveur.

(Haus-Verkauf.) Ein im besten Bauzustand befindliches massives Mittelhaus im Jakober Sprengel ist zu verkaufen.

(Haus-Verkauf.) Ein kleines, gut ausgebautes Haus, im Jakober Viertel, auf der Mittagseite liegend, ist zu verkaufen.

(Cigarren-Verkauf.) Eine Partie Cigarren mit schönem Deckblatt, gut gemacht und leicht gehend, das Tausend 3 fl., ist zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

(Anzeige.) In der Wiß'schen Kunstmühle wird, wegen Mangel an Platz, schöne Weizenkleye sehr billig abgegeben.

Masken - Anzüge

für Frauenzimmer sind in der breiten Gasse Nr 507 über zwei Stiegen sehr billig zu verleihen

---

(Literatur.) So eben ist erschienen und für 2 Kr. zu haben:

Rede

zur Feier der Einführung der Grundrechte, gehalten am 18 Januar von Herrn Lehrer Grießhammer an die auf der hiesigen Burg versammelten Schulkinder

W. Tümmel (Exped. d. Mittelfr. Ztg.)

(Literatur.) In der C. H. Zeh'schen Buchhandlung in Nürnberg ist haben:

Keine Hämorrhoiden mehr!

Erfahrungen über das eigentliche, bisher nicht erkannte Wesen und den Grund der Hämorrhoidalkrankheit nebst Angabe des einzigen Mittels, durch welches dieselbe auf die sicherste, völlig unschädliche und schnellste Weise geheilt und verhütet werden kann.

Nach dem Englischen

von

Dr. Mackenzie.

Siebente verbesserte und vermehrte Auflage.

Preis 54 kr.

(Vertauscht) Am vergangenen Sonntag ist in der Wirthschaft zum heil Kreuz bei St. Johannis ein Hut von Wagner gegen einen aus einer Berliner Fabrik vertauscht worden. Man bittet den Rücktausch in besagter Wirthschaft zu bewerkstelligen.

(Zu verkaufen.) Ein einspänniges Chaischen neuester Façon, eine leichte Whisky, auch auf Reisen tauglich, und zwei einspännige Pferdegeschirre stehen zum Verkauf.

(Zu verkaufen) Zwei große neue Winden und zwei Kästen zu Tabackpressen sind zu verkaufen.

(Zu verkaufen.) Eine starke eichene Hausthüe und ein Bratenwender werden verkauft.

(Zu vermiethen.) Im Garten Nro. 146 nahe am Vestnerthor, sind zwei freundliche abgesonderte Wohnungen zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Die erste Etage des Hauses Nr 36 in der Winklerstraße ist bis Walburgis dieses Jahres zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) An einen soliden Herrn ist täglich ein heiteres Zimmer mit Bett zu vermiethen. Nr. 35 Kronengasse.

(Gesuch) Ein lediger Herr wünscht bis Februar oder Merz in einer lebhaften Straße auf der Sebalder Seite 1 möblirtes Zimmer mit Alkov zu miethen. Offerten beliebe man unter der Chiffre A B in der Exped. d. Bl. abzugeben.

(Gesuch) Kommendes Ziel wird in S. Nr. 1333 eine brauchbare Köchin in Dienste zu nehmen gesucht. Näheres im II. Stock daselbst.

(Gesuch.) Ein auswärtiges solides braves Mädchen, welches auch im Französischen etwas bewandert ist, wünscht sogleich oder nächstes Ziel als Ladnerin unterzukommen Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Eine gesetzte, mit guten Zeugnissen versehene Magd, welche im Kochen und andern Hausarbeiten erfahren ist, wünscht hier oder auswärts am Ziel bei einer soliden Herrschaft unterzukommen.

Stadttheater in Nürnberg.

Freitag den 26. Januar. 4 Vorstellung im 5. Abonnement Zum Besten der durch das letzte Hochwasser verunglückten Einwohner „Ouverture zu Egmont" von Beethoven Hierauf zum Zweitenmale: „Iphigenia." Tragödie in 5 Akten von Zwengsohn. Die Zwischenakte werden durch das vollständige Theater-Orchester mit nachstehenden Piecen ausgeschmückt: 1) Lorgnettin aus der Sinfonie von Maurer. 2) Ouverture zu Yelva von Reissiger. 3) Ouverture von Kalliwoda. 4) Finale aus der Sinfonie von Maurer.

Freiblatt München

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 27. Januar 1849. № 27. Samstag: Joh. Christ.

Bericht über die Versammlung des Volksvereins in Nürnberg am 23. Januar 1849.

Nach Berichterstattung über die Absendung der in voriger Sitzung beschlossenen Adresse an den bayerischen Landtag, bezüglich der Veröffentlichung der Reichsgesetze und besonders der Einführung der Grundrechte in Bayern bildete den ersten Gegenstand der Besprechung in der heutigen Versammlung der Vortrag eines Mitgliedes, über das Thema „Sparen thut Noth." Der Redner behandelte seinen Gegenstand in Bezug auf den Staatshaushalt im Allgemeinen, und verweilte besonders bei dem stehenden Heere, als dem Institute, welches durch eine gut organisirte Volkswehr hinlanglich ersetzt und übertroffen werde, in seiner jetzigen Form fortgeführt, aber nothwendig den Staat ins Verderben bringen müsse, da der größte Theil der Staatseinkünfte durch dasselbe verzehrt, und wohlthätigen das allgemeine Beste befördernden Einrichtungen die Kräfte und Mittel des Staates entzogen würden. Der Redner entwickelte eine Idee zur Organisation der Volkswehr, und schließt mit dem Antrage, bei der Landesversammlung dahin zu wirken, daß das stehende Heer vermindert werde. Unter Hinweisung auf das Programm der Linken des bayerischen Landtags wurde von anderer Seite auf den Parlamentsbeschluß wegen Erhöhung des Heeres auf 2% der Bevölkerung hingewiesen, der nur wieder durch einen neuen Beschluß der Nationalversammlung abgeändert werden könne, und beantragt, dahin zu wirken, daß dieser Beschluß in volksthümlicher Weise ausgeführt werde, da der besagte Parlamentsbeschluß keineswegs die Herstellung eines stehenden Heeres von 2% der Bevölkerung beabsichtigt habe; es ward beantragt, das Programm der bayerischen Linken anzuerkennen, welche die Sparsamkeit im Staatshaushalte zum leitenden Prinzip genommen habe, und sich ihr bezüglich des besprochenen besonderen Gegenstandes zu geeigneter Zeit mit dem Gewicht des Vereins zur Seite zu stellen. Nachdem noch die Thronrede und das Programm der Linken vorgelesen worden und der erste spezielle Antrag auf Verminderung des stehenden Heeres abgelehnt worden war, forderte ein Mitglied die Versammlung auf, sich für das Programm der bayer. Linken zu erheben, welchem Aufrufe von der ganzen Versammlung Folge gegeben ward. Es wurde sodann von einem andern Mitgliede eine Zustimmungsadresse an die Linke des bayer. Landtags vorgeschlagen, welcher Vorschlag von der Versammlung einstimmig angenommen und der Ausschuß mit deren Abfassung und Absendung beauftragt wurde. In klarer, freier Rede verbreitete sich sodann ein Mitglied über Artikel VI §§. 22—28 der Grundrechte, „die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei ꝛc.« In der Geschichte zurückgehend, beleuchtet er die Knechtung der Wissenschaft und deren Verbreitung seit Jahrhunderten und spricht die Hoffnung aus, daß die Wissenschaft, frei von der hemmenden Einwirkung der Geistlichkeit und des Polizeistaates, die sicherste Grundlage seyn werde für die Freiheit und Wiedergeburt unseres Vaterlandes. Nachdem der Verein die Besprechung über Armenschulen sich vorbehalten, wurden von einem Mitgliede noch zwei humoristische unsere Zeitverhältnisse scharf geißelnde Zeitungsartikel vorgelesen und die Versammlung unter allgemeiner Heiterkeit geschlossen.

Deutschland.

†* Bayern. (München, 25. Jan.) Die Wahl des ersten Ausschusses ging abermals ganz im Sinne der Linken durch. Es wurden gewählt (bei 130 Anwesenden): im I. Skrutin. Meyer von Ansbach mit 69 St., Stockinger mit 68 St., Boye aus der Pfalz mit 68 St., Kolb von Strauding mit 67 St., Prell mit 66 St.; im II. Skrut. (129 Votanten) Roßbach mit 126 Stimmen; im III. Skrut. (127 Votanten) Dr. Wächter mit 64 Stimmen. — Heute wird mit der Wahl des Finanzausschusses fortgefahren, die, wie wir hören, kein so günstiges Resultat ergeben dürfte. Wenigstens scheinen hier lokale Interessen eine bedeutende Rolle zu spielen. — Der Nürnberger Kurier hat sich mit der Nachricht täuschen lassen, Lerchenfeld sey von einem Theile der Linken nur darum gewählt worden, weil er sich beinahe dahin ausgesprochen, er werde die Wahl nicht annehmen. Wir können diese Nachricht auf das Bestimmteste widerlegen, und wundern uns nur, daß gerade in Beziehung auf Herrn v. Lerchenfeld der sonst so gut unterrichtete Kurier einen Irrthum brachte.

†° (München, 26. Jan. Mittags.) In den Finanzausschuß wurden gewählt (Votanten 131): Im I. Scrutinium: Kolb (Speyer) mit 67, Gerber 67, Steinhäuser 67, Schlund 66, und Langguth 66 Stimmen; im II. Scrut.: Binder 67, Schüler 69. Die Linke hat nun den dritten vollständigen Sieg davongetragen. Heute Nachmittags wird mit der Wahl der Ausschusse fortgefahren.

N.-S. (1 Uhr.) Nach dieser Niederlage hat sich das Centrum, (ob links, oder rechts?) bei verschlossenen Thüren im Ständehause selbst zur Berathung von Maßregeln betreffs der Wahl des Ausschusses der inneren Reichsverwaltung versammelt.

(München, den 25. Januar.) Der königl. Appellationsgerichtsassessor M. Lüst zu Bamberg, wurde seiner gestellten Bitte entsprechend, der Funktionen eines zweiten Staatsanwaltes am königlichen Appellationsgerichte von Oberfranken enthoben, und statt dessen der Appellationsgerichtsassessor J. Lamprecht als zweiter Staatsanwalt aufgestellt. Ferner wurde in Erwägung, daß durch die Abhaltung der Schwurgerichtssitzungen bei den Kreis- und Stadtgerichten Straubing und Bayreuth die Geschäftsführung der an denselben funktionirenden Staatsanwälte einen beträchtlichen Zuwachs erhalten hat, jedem dieser beiden Gerichte ein zweiter Staatsanwalt beigegeben, und der Kreis- und Stadtgerichtsrath J. G. Mayer als zweiter Staatsanwalt des Kreis- und Stadtgerichts Bayreuth, und der Kreis- und Stadtgerichtsassessor O. v. Schintling als zweiter Staatsanwalt des Kreis- und Stadtgerichts Straubing aufgestellt. (N. M. Z.)

(München, den 24. Januar.) Zu Kommissären zu den Sitzungen dieses Landtags hat der König ernannt: für das Ministerium des Aeußern die Ministerialräthe v. Bezold und Daxenberger; für das Ministerium der Justiz die Ministerialräthe Molitor und Ringelmann; für das Ministerium des Innern die Ministerialräthe v. Benning und Hänlein; für das Ministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten die Ministerialräthe v. Kleinschrod, Frhr. v. Brück und Pfeufer; für das Finanzministerium die Ministerialräthe Dr. v. Wanner und Dr. Aschenbrenner; endlich für das Kriegsministerium den Generallieutenant Frhrn. v. Heideck und den Generalverwaltungsdirektor v. Habel. (A. A. Z.)

†† (Nürnberg, den 20. Januar.) Während von gewissen wohlbekannten Seiten auf niederträchtige Weise gegen Johannes Ronge operirt wird, erhält derselbe täglich Aufmunterungen und Anerkennungen seines rüstigen und muthigen Strebens. So hat den wackern Mann der dem Lichte und der geistigen Freiheit zugekehrte Theil der studirenden Jugend und die ihm freundlich geneigte Partei der übrigen Einwohnerschaft Erlangens ersucht, einen Vortrag dort zu halten, was Ronge auch, trotz er wegen der Bildung und Organisirung von mehreren Gemeinden in unserer Gegend (Fürth, Schwabach, Altdorf ꝛc.) mit Arbeiten überhäuft ist, zugesagt hat.

(Neustadt, 18. Jan.) Dem Vorstande der freien christlichen Gemeinde dahier ist ein k. Regierungsreskript durch das k. Landkommissariat Neustadt zugekommen, in welchem es heißt: »Nachdem in München sich eine deutsch-kathol. Gesellschaft gebildet, und durch die unterm 20. Okt v. J. bekannt gegebene allerh. Entschließung die allerh. Genehmigung erhalten hat, (Regierungsbl. S. 57 Nr. 1049) so wird dem kgl. Landkommissariat in der Anlage ein Exemplar des von dieser Kirchengesellschaft bei der allerhöchsten Stelle übergebenen Glaubensbekenntnisses mit der Weisung zugeschlossen, dasselbe den Deutschkatholiken zu Neustadt mitzutheilen und dieselben zur Erklärung darüber aufzufordern, ob sie die in diesem Glaubensbekenntnisse enthaltenen Grundsätze und Bestimmungen auch für sich als geltend erachten, oder welche andere Glaubenssätze und organische Bestimmungen sie aufzustellen gesonnen seyen. Hiebei ist zu bemerken, daß die Bestimmung des §. 37 der 2. Verfassungsbeilage die Vorlage eines bestimmten Glaubensbekenntnisses und die Bekanntgebung der innern kirchlichen Verfassung erfordert, eine Vorschrift, welche bis jetzt von den Deutschkatholiken in Neustadt nicht befolgt wurde." (Frkft. J.)

(Aus Rheinbayern, 21. Jan.) Gestern Abend sahen wir auf unserem Haardtgebirge riesige Feuer emporlodern, zum Zeichen, daß auch die Pfalz den vom deutschen Volke festgesetzten Grundrechten huldige und sie als die Schwalben des kommenden Sommers begrüße. Nach vorliegenden Nachrichten und Programmen finden heute an vielen Orten des Landes deßhalb öffentliche Feierlichkeiten statt. Wenn diese das Gepräge »einer Demonstration" tragen, so liegt der Grund hauptsächlich darin, daß die Staatsregierung die Verkündigung der Grundrechte weder im Gesetzes- noch im Regierungsblatte vollzogen hat: denn der richtige Sinn des Volkes erkannte die Nothwendigkeit der thatsächlichen Verkündigung, weil die gesetzliche unterblieben ist. In Kirchheimbolanden soll dieses sogar durch eine notarische Urkunde verbrieft werden. Bei uns herrschen durchweg ächt-deutsche Gesinnungen. Wie jetzt die Dinge stehen, müssen auch wir Preussen, dem mächtigsten deutschen Stamme, die Geschäftsführung in die Hände gelegt wünschen. Zunächst die Einheit, die Freiheit müssen wir uns selbst erwerben! Unsere Provinz — ein à jour gefaßter Edelstein der bayerischen Krone, — würde sicherlich dem Könige nicht beistehen, wenn er die „Opfer," die die Einheitsfrage des großen Vaterlandes von ihm fordert, verweigern wollte. Vor Allem deutsch und dann bayerisch. (D. Z.)

Baden. (Karlsruhe, 22. Jan. [135. Sitzung der zweiten Kammer.] Auf der Tagesordnung Berichte der Petitions-Kommission. Die hitzigste Debatte veranlaßte ein durch Malsch erstatteter Bericht über eine Beschwerde von Florian Mördes und Grohe aus Mannheim gegen das stadtamtliche Verbot einer dortigen Bürgerversammlung. Die Kommission beantragte wegen mangelnden Enthörungs-Nachweises den Uebergang zur Tagesordnung. Itzstein, Brentano, Lehlbach und Kiefer bestritten dem Stadtamt Mannheim das Recht, ein solches Verbot zu erlassen, während Staatsrath Bekk, Haußer, Lamey und der Berichterstatter diese Berechtigung unter Berufung auf ein bestehendes Gesetz nachzuweisen und zu zeigen suchten, daß fragliche Versammlung, worüber früher schon in öffentlichen Blättern berichtet worden, den Zweck hatte, die Kammer durch Sturmpetitionen zu einer verfassungswidrigen Handlung, nämlich zu einer Selbstauflösung zu veranlassen, und darauf vermittelst Deputationen aus dem ganzen Lande sofort durch Entwicklung physischer Gewalt hinzuwirken. Zugleich wurde darauf aufmerksam gemacht, daß gerade zu jener Zeit, in welcher die Versammlung hätte stattfinden sollen, die ganze Bevölkerung durch die kaum niedergedrückten Aufstände noch erschüttert war, und das auch der ruhige Bürger Ansprüche auf Staatsschutz habe. (Schw. M.)

Freie Städte. ** (Frankfurt, den 24. Jan.) [Schluß der 157. Sitzung der Reichsversammlung.] Wie gestern schon angedeutet, wird auch das Minderheitserachten IV: »das Reichsoberhaupt wird auf 6 Jahre gewält« — verworfen mit 264 gegen 196 Stimmen. Dann

kommt der Verbesserungsvorschlag Neugebauer's zur Abstimmung: „Die Wahl des Reichsoberhauptes geschieht auf 3 Jahre und wird das erstemal durch die konstituirende Nationalversammlung und später in gemeinschaftlicher Sitzung des Volkshauses und des Staatenhauses vorgenommen. Absolute Stimmenmehrheit ist erforderlich." Verworfen mit 305 gegen 120 Stimmen. Der Abgeordnete, Hr. Schulze von Darmstadt, zieht seinen auf ein einjähriges Oberhaupt lautenden Antrag zurück, desgleichen Hr. Hößken. Hr. Schoder verlangt darnach, da kein Antrag die Mehrheit erlangt habe, daß die Bestimmungen über die Dauer der Oberhauptswürde an den Verfassungsausschuß zurückgegeben und einer zweiten Bearbeitung unterbreitet werden möchten. Dies sowohl, als der Antrag auf Niedersetzung eines neuen Ausschusses für die Oberhauptsfrage wird abgelehnt und dagegen beschlossen, in der Berathung über den vorliegenden Verfassungsentwurf nächsten Donnerstag, den 25. Januar, fortzufahren. Nachdem die Erblichkeit verworfen war, liefen eine Menge von Erklärungen ein, des Inhalts, daß die Unterzeichner jetzt gegen die Erblichkeit gestimmt hätten, weil das Verhältniß zu Oesterreich noch nicht entschieden sey, und daß sie eine andere Stimmgebung bei der zweiten Lesung vorbehielten. So haben wir denn die Gewißheit, daß, was heute ein relativer Sieg war, das nächste Mal ein absoluter werden wird. Müßte man denn nicht auch an der Vernunft verzweifeln, wenn das, was für jeden Menschen mit fünf gesunden Sinnen von Anfang hätte entschieden seyn sollen, sich zuletzt nicht doch Bahn bräche? Nach Geschichte und Gegenwart kann nur Preussen an die Spitze treten, und die Frage war nur: werden die anderen Stämme die alte kleinliche Eifersucht und das gehässige Wesen überwinden können?

(Frankfurt, 22. Jan.) Die preuss. Regierung hat am 20. v. M. beschlossen: 1) durch Rundschreiben sämmtliche deutsche Regierungen zu einer Erklärung aufzufordern, in welcher Weise sie den Berathungen der verfassunggebenden Nationalversammlung über das Verfassungswerk gefolgt, und ob sie geneigt wären, sich kollektiv darüber zu äußern oder einzeln ihre Stimmen darüber abzugeben. 2) Der Centralgewalt zu erklären, daß Preussen auf jeden Fall, ob Oesterreich eintrete oder nicht, an der Form des Bundesstaats für Deutschland festhalten werde. Durch diesen Beschluß ist der Rücktritt Camphausens aus seiner Stellung, wenn er zu befürchten stand, sicherlich verhindert. (D. Z.)

(Frankfurt, den 23. Januar.) Auf die in Betreff der Oberhauptsfrage von dem großherzoglich hessischen Bevollmächtigten überreichte Erklärung vom 11. d. M. hat der Präsident des Reichsministeriums folgende Antwort ertheilt: »Der Reichsverweser hat aus der dem Reichsministerium überreichten Erklärung vom 11. d. M. Kenntniß davon genommen, daß es den Gesinnungen Sr. kgl. Hoh. des Großherzog von Hessen vollkommen entspreche, wenn ein einziges und selbst erbliches Oberhaupt an die Spitze des deutschen Bundesstaates gestellt werde. In diesem hochherzigen Ausspruche erkennt der Reichsverweser eine weitere starke Bürgschaft des seiner Obhut anvertrauten Einigungswerkes. Er hat den Unterzeichneten beauftragt, dafür den Ausdruck des Dankes zu übernehmen, in welchem das ganze deutsche Volk übereinstimmen wird. Denn nach so vielen Leiden war diesem schon die Sorge genaht, ob das große Ziel auch wirklich werde erreicht werden. Seine Zuversicht aber richtet sich wieder auf an der Wahrnehmung so edler Bereitwilligkeit deutscher Fürsten, und die vaterländische Geschichte wird solchem Beispiele des schönsten Zusammenwirkens einst das Denkmal großer Anerkennung nicht versagen. Der Unterzeichnete bittet den Herrn Bevollmächtigten für das Großherzogthum Hessen, diese Erwiederung zur Kenntniß des Großherzogs zu bringen. Frankfurt, 20. Jan. 1849. (unterz.) Gagern. (O. P. Z.)

(Frankfurt, den 23. Januar.) Analog den Bestimmungen der Grundrechte des deutschen Volks hat der Senat in seiner heutigen Plenarsitzung beschlossen, daß den Beisassen das volle Staatsbürgerrecht verliehen werde. (D. Z.)

Hannover. (Hannover, 21. Jan.) [Die Feier wegen der Grundrechte.] Heute Nachmittag fand die vom Volks- und Arbeiter-Verein veranstaltete Feier der Grundrechte in ruhiger und würdevoller Haltung sämmtlicher Theilnehmer Statt. Betheiligt waren zunächst der Volks-Arbeiter und städtische Verein, die Arbeiter der Eisenbahn und der Egestorff'schen Eisengießerei, die Polytechniker und verschiedene Gilden. Vom Rathhause aus bewegte sich der Zug mit einem Musikkorps an der Spitze — den hiesigen Militärmusikkorps war es untersagt, bei diesem Volksfeste mitzuwirken — durch die Markt-, Breite- und Friedrichsstrasse, der Esplanade entlang zum Neustädter Kirchhofe. Hier wurde gesungen: Was ist des Deutschen Vaterland, darauf die Grundrechte verlesen, hiernach die Festrede gehalten von Herrn Callin, ein Vers des Gesanges: „Nun danket alle Gott" gesungen, darauf ein Gebet von Herrn Rommel gehalten, und zum Schlusse: „Eine feste Burg ist unser Gott" gesungen. Darauf zogen die einzelnen Abtheilungen in geordneten Zügen zu den Sammelplätzen zurück, und gingen ruhig, wie sie gekommen waren, aus einander. Es war deßhalb eine höchst überflüssige Mühe, daß man das Militär in die Kasernen consignirt hatte. (Br. Wes. Z.)

Hessen. (Darmstadt, 22. Januar) Beim Beginne der heutigen Sitzung der zweiten Kammer der Stände des Großherzogthums beantwortete der Ministerpräsident Jaup zwei Interpellationen des Abgeordneten Mohr, und zwar die erste rücksichtlich der an die Quartierträger von Reichstruppen in Rheinhessen zu leistenden Vergütungen dahin, daß diese Vergütungen in Rheinhessen, in so weit die betreffenden Rechnungen bis jetzt eingereicht und revidirt werden konnten, bis Ende Dezember geleistet worden seyen; die zweite Interpellation des Abgeordneten Mohr, welche die Anfrage enthielt, warum die Grundrechte bis jetzt nicht im Regierungsblatte bekannt gemacht worden seyen, beantwortete der Ministerpräsident dahin, daß, um Verzögerung in der Publikation der Reichsgesetze zu vermeiden, die Regierung das Reichsgesetzblatt zur örtlichen Bekanntmachung in den Gemeinden ausgeben läßt, und daß die Grundrechte auf diese Art publicirt seyen und Geltung hätten. (Frkf. O.-P.-Ztg.)

Oesterreich. (Pesth, 19. Jan.) In der heutigen Nacht erhielt ein bedeutender Theil der hier liegenden Truppenmacht plötzlich Befehl sich zum Ausbruch bereit zu halten, und es sind heute Morgens etwa 8 bis 10,000 Mann meist Kroaten, in nordöstlicher Richtung gegen Erlau und Kaschau abgegangen. Wie es heißt, sollen sie dem Feldmarschallieutenant Schlick, der bedrängt zu seyn scheint, zu Hülfe kommen. (A. A. Z.)

(Prag, den 18. Januar.) Ungeheures Aufsehen macht die bekanntgewordene Forderung des Fürsten Windischgrätz, ihm die Akten über die hiesigen Juniereignisse einzusenden. Vorgestern sind sie vollständig an ihn abgegangen. Wohl mit Recht nennt man als Grund dieser unerwarteten Durchsicht die in ihnen enthaltenen Geständnisse des Polen Lucinsky über seinen früheren Aufenthalt in Eperies in Ungarn und die daselbst angeknüpften Verbindungen. Diese Thatsachen standen damals ganz vereinzelt da; nun aber scheint der Feldmarschall Stoff für seine Vorliebe, allenthalben Verschwörungen zu sehen, gefunden zu haben und dürfte diesen abgerissenen Faden verfolgen wollen. Es ist diese Wiederaufnahme für die Czechen und ihre Führer sehr peinlich; da viele derselben hierin verflochten sind und sie es nur nach langem Drängen des damaligen Ministeriums, dem sie dafür jede Hülfe zugesagt hatten, dahin brachten, den Prozeß niederzuschlagen. Windischgrätz stand damals als Lügner da, der die Ehre der Nation beleidigt hatte. Er dürfte schwerlich Alles das vergessen haben. (Wes. Z.)

Preussen. †°† (Berlin, 23. Jan.) In Folge der gestrigen Wahlen ist die hiesige Bevölkerung heute in einem Siegesrausche, wie sie ihn seit dem März v. J. nicht empfunden hat. Nach der gestern Abend dem Minister des Innern amtlich erstatteten Meldung soll die Zahl der unzweifelhaft oppositionellen Wahlmänner sich auf 605, die der dubiösen auf 46 und die der conservativen auf 362 belaufen haben. Ueber mehr als 200 Wahlmänner fehlten noch die Angaben. Wir können nach ziemlich sicherer Schätzung heute mittheilen, daß mehr als 3/4 der Wahlen oppositionell ausgefallen sind. Man würde indeß irren, wollte man annehmen, daß in gleichem Verhältnisse die Vortheile des Sieges der Demokratie zufallen werden. Die Opposition ist diesmal aus ziemlich verschiedenartigen Elementen zusammengesetzt und besteht zwar vorwiegend, doch keineswegs ausschließlich aus Männern der demokratischen Partei. Von bekannten Namen tragen wir aus dem Wahlergebniß noch nach: Kammerger.-Präsid. a. D. v. Grollmann (früher als unabhängiger Richter oft genannt), Major v. Wildenbruch, Staatsanwalt Sethe, Buchh. Reimer, Justizrath Fesbach, Oberlandesgerichtsrath Crelinger, Buchhdlr. Duncker, Prediger Pischon, Bankier Mendelssohn (konservative Wahlmänner) — und Oberlandesgerichtsrath Martius I., Professor Gneist, Kommerzienrath Heymann, Dr. Lövison (Gegenkandidat Dr. Andr. Sommer), Buchhdlr. Heymann, Springer, Simion, Prof. Salomon, Prof. Hotho, die Gebrüder Bénary, Assessor. Wache, Dr. Ruge (Bruder des bekannten Schriftstellers), früherer Abg. Zacharias, Kriminalaktuar Thiele (Redakteur des „Publizist"), Dr. Zabel (Redakteur der Nat.-Zeitung), Dr. Löwenstein (Redakteur des »Kladradatsch«), Dr. A. Benda, Dr. Zunz (ein älterer jüdischer Gelehrter) — als Wahlmänner der Opposition.

Gegen Adel und Beamtenaristokratie gab sich überall die entschiedenste Abneigung kund. Der Geh. Ober-Postdirektor Schmückert, der in dem Bezirke, in dem zum großen Theil Postbeamte an den Wahlen Theil nahmen, die Wahlen leitete, erhielt nicht die Majorität. Herr v. Katte, der Präsident des Preussenvereins, eben so wenig. Dagegen war auch der Geh. Rath Waldeck, ungeachtet er 4 oder 5 Male in die engere Wahl kam, nicht durchzubringen. Derselbe ist übrigens für die Wahlmannschaft nirgends aufgetreten. Hr. Rodbertus war in den Urwählerlisten verzeichnet, hat aber an der Wahl keinen Theil genommen. Hr. Harkort war von dem Magistrat zum stellvertretenden Wahlkommissarius seines Bezirks ernannt. Seinen Namen hört man nun einmal nie ohne Zusammenhang mit zweideutigen und unklaren Vorkommnissen nennen. Seine demokratischen Bezirksgenossen haben bereits gegen die Gültigkeit der Wahlen protestirt. Die Stimmzählung, die Hr. Harkort bewirkt hat, wird namentlich angefochten. Hier, wie in einigen anderen Bezirken, endigte die Wahlhandlung mit einer Schlägerei. Ein Baron (Prinz v. Buchau), der sich laut darüber beschwerte, daß die »Canaille« die Oberhand gewinne, wurde unter Mißhandlungen aus dem Wahllokal entfernt.

Entschiedene Abneigung gab sich kund gegen die Mitglieder der Stadtbehörden. Diese hatten zuletzt noch das Mißfallen eines großen Theils der Bevölkerung dadurch erregt, daß sie diejenigen Stadtverordneten, die sich geweigert hatten, die Dankadresse an den König zu unterzeichnen, nicht zu Wahlkommissarien bestellten. Nur auf einige der auf diese Weise ausgeschlossenen Stadtverordneten lenkten sich deshalb die Wahlen.

Aus den nahegelegenen Provinzialstädten sind bereits Nachrichten über den Ausfall der Wahlen, jedoch nur in allgemeinen Angaben, eingelaufen. In Potsdam soll das Resultat zur Hälfte, in Magdeburg, Frankfurt a. O. und Krossen überwiegend im Sinne der Opposition seyn; in Breslau hingegen, wie es heißt, nicht so radikal, als man erwartet hatte. —

Die unverwüstliche Frivolität des Berlinerthums hat sich auch bei dieser Gelegenheit nicht verleugnen können. Der vielgenannte »vergnügte Weinhändler« Louis Drucker ist in seinem Bezirk zum Wahlmann gewählt. —

Herr Arago hat gestern Abend Berlin verlassen. Man hat indeß gegründete Hoffnung, ihn bald wieder hier zu sehen. Da ein Nachfolger noch nicht eingetroffen ist, so versieht Herr Grenier die Geschäfte. —

Arnold Ruge wurde vorgestern ungeachtet seiner Krankheit, ja trotzdem die Herren v. Manteuffel und v. Hinkeldey, wie uns versichert wird, energisch sich für seine Berechtigung hier zu bleiben, ausgesprochen hatten, lediglich nach dem Willen des Herrn v. Wrangel polizeilich genöthigt, die Stadt zu verlassen. Eben so der gelehrte Orientalist Dr. Goldstücker aus Königsberg. Derselbe hält sich hier auf, um zu gelehrten Arbeiten die hiesige Bibliothek zu benutzen. Die ihm hiezu ertheilte Ermächtigung des Ministers v. Ladenberg, die entschiedensten Remonstrationen des Herrn v. Schoen und Rosenkranz vermochten nichts gegen die Omnipotenz des Oberbefehlshabers in den Marken. —

Das Gerücht von der Auflösung des Kabinets Brandenburg-Manteuffel hat an Bestand noch nicht verloren. Trotzdem hat etwas Sicheres über das Wann und Wie einer neuen Kabinetsbildung durch Herrn Camphausen bis jetzt noch nicht verlautet. Daß „in gewissen Kreisen" von einem Ministerium Bassermann die Rede ist, wird uns berichtet, und wir theilen es mit, ohne irgend einen Werth darauf zu legen. —

(Breslau, den 21. Januar.) Aus Striegau wird uns eine seltsame Begebenheit gemeldet. Es war dort eine große Volksversammlung zusammenberufen, in welcher Herr Schramm als Wahlkandidat auftreten sollte. Als die Versammlung bereits des Redners harrt,

verbreitet sich plötzlich das Gerücht, Herr Schramm sey entflohen! Und wirklich hatte Herr Schramm eine Aufforderung erhalten, vor dem Stadtgerichte über eine in der Umgegend von Striegau verbreitete Schrift Auskunft zu geben, und hatte sich geweigert, dies zu thun. Darauf hatten Gerichtsdiener Befehl erhalten, Herrn Schramm vor das Gericht zu führen. Dieser aber hatte in vollem Laufe das Wirthshaus, in dem er abgestiegen war, verlassen, und nun hatte ein höchst wunderbares Rennen durch die Strassen Striegau's begonnen; Herr Schramm voran, der Gerichtsdiener in der Mitte, hinter ihnen ein gewaltiger Schwarm lärmender Gassenbuben! In einer Vorstadt endlich flüchtete Herr Schramm in einen Garten, doch hier zeigt sich kein Ausweg. Der Verfolgte zeigte also den Verfolgern die Stirn, er sagte ihnen, er werde, wenn er Abgeordneter werde, diesen Vorfall in der Kammer zur Sprache bringen, die Gerichtsdiener gehen nach Hause, um neue Verhaltungsbefehle zu holen, und Hr. Schramm reist nach Breslau ab. (Leipz. Z.)

(Köln, den 22. Januar.) Allen gegentheiligen Bemühungen zum Trotz bei den heutigen Wahlen für die zweite Kammer hat die liberale Partei im Durchschnitt gesiegt, so daß nur in wenigen Bezirken echt Konservative durchgebracht werden konnten. In einigen Bezirken sind auch Proteste gegen die oktroyirte Verfassung eingereicht worden. Ein Ergebniß der Wahl, wie das heutige, haben Manche nicht erwartet. Wahrscheinlich werden der Justizrath Kyll und Adv. Schneider II. — beide gehören zur entschieden freisinnigen Partei — in die zweite Kammer gewählt werden; die allgemeine Stimme spricht sich wenigstens für diese Männer aus. Die Wahl für die erste Kammer, welche heute über 8 Tage stattfindet, wird dagegen anders ausfallen, weil die Wähler selbst zum größten Theile aus Beamten bestehen. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Köln, 23. Januar.) Der Wahlsieg der Demokraten in der Rheinprovinz ist vollständig. In Neuß, Düsseldorf, Kaiserswerth, Gerresheim, Hamm bei Düsseldorf, Mülheim am Rhein, Siegburg, Bonn, Andernach, Coblenz u. s. w. haben die Demokraten überall die entschiedenste, oft an Einstimmigkeit gränzende Majorität. Und in Köln selbst gehören zwei Drittel der Wahlmänner der demokratischen Partei, sehr viele der arbeitenden Klasse an. (Rhein. Z.)

(Ratibor, 19. Jan.) Nach heute hier eingelaufenen Briefen sind eine Menge Kreise in Gallizien insurgirt; Bem ist auf 5 Punkten eingedrungen. Man erwartet das Einrücken der Russen und in Folge dessen den allgemeinen Krieg. (N. Rh. Z.)

(Kreuznach, den 22. Januar.) So eben sind hier die Wahlmännerwahlen beendet, und alle mit wenigen Ausnahmen in entschieden demokratischem Sinne ausgefallen; selbst in dem Zirkel der Bourgeois konnte diese Partei ihre Kandidaten nicht durchsetzen. — Auch aus dem Kreise St. Goar vernehme ich, daß dorten die Wiederwahl ihres seitherigen Deputirten, welcher auf der äußersten Linke saß, so gut als gesichert ist. (Manh. Abdz.)

(Koblenz, 23. Jan. Die Wahlen der Wahlmänner sind hier völlig radikal ausgefallen. (D. Z.)

(Wetzlar, den 22. Januar.) Heute sind die Urwahlen zu der demnächstigen Volksvertretung zu Berlin dahier abgehalten worden und entschieden volksthümlich ausgefallen. (Frkft. J.)

(Düsseldorf, den 22. Januar.) Schon jetzt — nach zwei Tagen sucht man nach Vorwänden, uns in der nächsten Zukunft wieder mit dem Belagerungszustand zu beglücken. In der ganzen Stadt ging gestern das Gerücht, auf den Abend würde ein Konflikt mit dem Militär stattfinden. Gestern Abend war eine Volksversammlung in der Bockhalle angesagt, und es zweifelte Niemand mehr an der Wahrheit des erwähnten Gerüchts, als vor Eröffnung der Sitzung sich der Saal immer mehr mit Soldaten, besonders Jägern, worunter viele Unteroffiziere, anfüllte. Die Versammlung wurde trotzdem eröffnet, und der Abgeordnete Weisendonk ließ sich in seiner Rede, durch die häufigen Störungen der Soldaten, nicht unterbrechen. Kurze Zeit darauf wurde jedoch, um jeden Konflikt zu vermeiden, die Sitzung geschlossen Es dauerte nicht lange, so begann das Absingen preussischer Lieder. Hr. Wesendonk wollte sich nun auf das Ersuchen seiner Freunde, welche fürchteten, daß es auf ihn abgesehen, entfernen. An der Thür stellte sich ihm ein Uhlanen-Unteroffizier in den Weg, und sagte, ihn provocirend und auf seinen Säbel gestützt: »Se Maj. von Preussen ist ein tüchtiger Kerl! Hr. Wesendonk ersuchte ihn, ihm den Weg nicht zu versperren, und mit Hülfe seiner Freunde gelang es ihm, den Saal zu verlassen. Er begab sich sofort auf die Hauptwache und nach langem Drängen verstand sich der wachthabende Offizier, eine Patrouille zu senden, was natürlich Nichts fruchtete. Der Tumult war unterdeß unbeschreiblich geworden, und die Bürger, welche den Zweck der Provokation sehr wohl einsahen, entfernten sich sämmtlich aus dem Saale. Man wird auf das Entschiedenste die Forderung aufstellen, daß die Soldaten künftighin ohne Waffen in den Versammlungen erscheinen. Sie waren gestern fast sämmtlich bewaffnet. Die Sache endete damit, daß die Soldaten den Sohn eines hiesigen Bürgers in ihrer Wuth schrecklich maltraitirten. (N. Rh. Z.)

Neuß. (Neuß, 22. Jan.) Ich beeile mich, Ihnen die erfreuliche Nachricht von dem vollständigen Siege der demokratischen Partei bei den hiesigen Wahlen mitzutheilen. (N. Rh Z.)

Sachsen. (Dresden, 22. Jan.) Die heutige zweite öffentliche Sitzung der I. Kammer war nur von kurzer Dauer, und wurde mit dem Vortrage der Registrande ausgefüllt. Wir heben daraus hervor die Motion des Abg. Heubner, die deutsche Oberhauptfrage anlangend, welche nach Beseitigung einiger formellen Bedenken dem Beschlusse der Kammer gemäß für morgen auf die Tagesordnung gebracht werden wird; alsdann den Antrag des Abg. Böricke auf unverzügliche Veröffentlichung der deutschen Grundrechte im sächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt, und im Falle nöthig befundener Abänderungen auf alsbaldige Einbringung der darauf bezüglichen Gesetzvorlage; ferner die Verwahrung gegen das erbliche Kaiserthum, von dem sächsischen Reichstagsabgeordneten Wuttke eingesendet; ferner die Motion des Abg. Kaiser, die Einbringung einer Gesetzvorlage betreffend, auf Abänderung des § 85 der Verfassungsurkunde dergestalt, daß der Volksvertretung in Zukunft die Initiative der Gesetzgebung zustehe; ferner den Antrag des Abg. Müller aus Taura auf unentgeltliche Aufhebung der Jagdgerechtigkeit etc.; endlich den Antrag der Abgg. Heinze und Jahn auf Erlassung eines Gesetzes wegen sofortiger Sistirung des bisherigen Lehnsablösungsverfahrens. Hiernächst interpellirte der Abg. Müller aus Friedebach die Staatsregierung, wann dieselbe die in der Thronrede versprochenen Gesetzentwürfe einbringen werde? Das Volk erwarte von den Kammern Thätigkeit, bis jetzt aber habe die Kammer ohne ihre Schuld in Unthätigkeit verharrt. Da die Ministertische nicht besetzt waren, so konnte die Antwort auf der Stelle nicht gegeben werden. (D. A. Z.)

(Dresden, den 22. Januar.) Der Minister v. d. Pfordten ist vom deutschen Vereine als Kandidat für die erste Kammer vorgeschlagen. Das schadet seiner Popularität mehr, als irgend eine nicht volksthümliche eigne Haltung. Wer ruinirt seyn will, muß vom deutschen Vereine in Dresden empfohlen werden. So weit hat es dieser Verein endlich gebracht. Obgleich sich v. d. Pfordten bis jetzt noch nicht »aristokratisch« gezeigt hat, wirft man es ihm doch vor. (Frkft. J.)

Frankreich.

† (Paris, 21. Januar.) »Die Kommunisten entwickeln hier eine unglaubliche Thätigkeit; ich bin mit einem Chef der Propaganda befreundet, der mir u. A. gestern erzählte, daß sie jetzt nach Einführung der neuen Brieftaxe, in Erwartung dessen, daß die Arbeiter häufiger als früher an ihre Angehörigen schreiben werden, Briefpapier zu dem Preise des gewöhnlichen verkaufen werden, dessen erste Seite jedesmal mit einem lithographirten Aufsatze, im Interesse der kommunistischen Propaganda bedruckt ist.

Die Klubs haben hier einige Eigenthümlichkeiten, deren vornehmste darin besteht, daß, um alle Spionage zu vermeiden und unnöthig zu machen, ein Polizeikommissär anwesend seyn muß, der die Pflicht hat, über den wesentlichen Inhalt jeder Sitzung Bericht zu erstatten und es ist dann nicht selten, daß die ihrer Sache sichern Redner, zu großer Belustigung ihrer Zuhörer, ihre Mittheilungen etwa in folgender Weise einleiten: Citoyens, le fait dont je vais vous parler — et je prie Mr le commissaire de police de faire bien attention afin qu' aucune erreur ne se glisse dans son rapport — prouve évidemment que le gouvernement plus que jamais etc. etc.

Man spricht übrigens neuerdings von einer beabsichtigten Schließung der Klubs und wenn man bedenkt, daß jede Kommunikation unter einander ihnen streng verboten ist, daß den Frauen der Eintritt versagt, daß sie nie Namen nennen dürfen, so muß man gestehen, daß es mit den republikanischen Freiheiten auch hier nicht weit her ist. Ueberhaupt ist in den Franzosen so wenig republikan. Blut, daß man sich über ein gewisses Unbehagen nicht wundern darf und unglücklicher Weise trifft gerade die Pariser dieser Umstand doppelt schwer. Paris ist eine Stadt, deren Existenz weit mehr als die irgend einer andern Hauptstadt auf die Ausbeutung aller derjenigen Richtungen im Menschenleben basirt ist, die aus der Neigung resultiren, sich über ihresgleichen zu erheben, sey es in Kunst und Wissenschaft oder in Betreff der polit. Bedeutsamkeit, des s'avoir vivre, des Raffinements in der Kunst, das Leben zu genießen und den Genuß zu adeln. Es leuchtet ein, daß seine Exclusivitat, die seinen einzigen Stolz ausmacht, gerade mit den gleichen Eigenschaften im Königthum zusammenfällt und von ihm begünstigt wird und es ist in der That schwer, sich diese Königin der Städte ohne einen König, d. h. ohne einen Mittelpunkt zu denken, der in jedem Augenblicke, einem Brennspiegel gleich, den Sammelpunkt alles Größten bildet, was die Stadt hervorbringt oder bietet und gleichzeitig durch die Macht seines Beispiels zu neuen Anstrengungen spornt. Die stillen weißen Marmorpalläste von Venedig und seine schwarzen Gondeln sind in Paris für immer unmöglich. — So kannst du dir denken, daß es in der That eine mächtige Partei hier gibt, die um jeden Preis der Republik ein Ende machen möchte und es nur deshalb noch nicht wagt, weil die ungemein zahlreichen unteren Klassen jeden derartigen Versuch nur als methodischen Haß gegen ihre Souveränetät betrachten würden.« —

Italien.

(Rom, 16. Jan.) Der Sicherheitsausschuß ist beschlossen und Fürst Cesarini zum Bürgergeneral erwählt. Letzterer will den Papst hieher zurückführen, und jener jede Reaktion als Verrath bestrafen. Seine Ernennung scheint daher Schwierigkeiten zu unterliegen. Einige behaupten, man habe ihm für den Fall der Annahme mit Mord und Todschlag gedroht, andere sind der Meinung, die Ernennung werde vom Ministerium beanstandet. Eine andere Fraktion der Reaktionspartei hatte sich zu Kardinal Castracane begeben und ihre Plane und Absichten wegen des Sturzes der Regierung dargelegt. Um dem neuen Provisorium ein gesetzliches Ansehen zu sichern, wollte man ihn, Mons. Roberti und Fürst Barberini als die vom Papste ernannten Inhaber der Regierungsgewalt erklären. Der Kardinal hat abgelehnt, und ruhige Leute meinen, es sey so besser. Zucchi's Tagsbefehl zirkulirt und scheint die Truppen stutzig gemacht zu haben. Das hier liegende Regiment Dragoner hat Marschbefehl erhalten und bezieht bereits Feldlöhnung. Nach Gaëta sind vier Linienoffiziere vergangene Nacht abgereist. Auch ist von einer Verschwörung die Rede, die man entdeckt haben will. Einer der vier Pfarrer, die nach Gaëta als Deputation an den Papst gesandt worden waren, erzählt: der Papst habe ihm versichert, er werde in Balde zurückkehren, aber unter dem Schutz fremder Truppen, noch vor Petri Stuhlfeier werde man von ihm hören, und in der That stimmen alle Gerüchte darin überein, daß übermorgen spanische und neapolitanische Truppen hier einrücken würden.

(Görz, 13. Januar.) Die Italiener, die auf Frankreich und Ungarn zuletzt ihre meiste Hoffnung gebaut hatten, richten nun — nach der friedlichen Erklärung des Präsidenten der Republik und nach der Niederlage der Ungarn — ihre Blicke allein nach Rom, wo die „Costituente“ ausgerufen, mit 101 Kanonenschüssen, Beleuchtung, dreitägigen Militärparaden gefeiert wurde; unsere Italiener glauben nun ihrem Ziele durch sich selbst näher gekommen zu seyn und meinen die »Costituente« werde alle italienischen Regierungen stürzen, Demokratien auf breitester Basis einführen, namentlich die Oesterreicher verjagen lassen, ohne daß die Betheiligten sich wehren würden. In unserer Lombardei kocht es fort und fort. So wurde in jüngster Zeit eine Verschwörung in Brescia entdeckt, bei der vorzüglich der Gemeinderath schwer betheiligt erscheint. Man fand in der Chiesa della Pietà, anstoßend an das Frauenhospital, ein großes Depot von Monturen, darunter auch viele neue österreichische Militärröcke, eine Menge Musketten, Bajonnette, Säbel. Pulver, Patronen. Die Schlüssel dieser Kirche (die seit einiger Zeit als Municipalitätsmagazin benützt wurde) befanden sich in Verwahrung des Gemeinderaths, dessen Verhaftung daher verfügt wurde. Der Podestà Arnoldi und der Assessor Joh. Ducco hatten sich noch frühzeitig geflüchtet; der Sekretär Guerrini und die Beisitzer Brunelli, Benedetto und Andrea Fè wurden aber am 2. Jan. verhaftet und in das Schloß abgeführt. In Bergamo wurden in Wirthshäusern Verabredungen in revolutionärem Sinne gehalten; daher müssen dort nach 10 Uhr alle Gasthäuser und nach 11 Uhr alle Kaffeehäuser

geschlossen werden; zugleich wurde, um dem Nachtschwärmen, dem Insultiren der Wachen und des Militärs einigen Einhalt zu thun, befohlen, daß nach 10 Ube Niemand ohne eine brennende Laterne sich auf der Gasse zeigen dürfe. Am ersten Abend ließ sich wirklich Niemand mehe ohne Laterne auf der Gasse blicken, nue äußerst wenige Leute, die wirklich nothwendig auszugehen hatten, waren sichtbar. Am folgenden Tage aber sah man mit Schlag 10 Uhr sich alle Hausthore öffnen, zu 3 und 3 zogen Leute aus und spazierten stumm durch die Gassen, der eine mit weißee, der mittlere mit rother, der dritte mit grüner Glaslaterne. Daß diesee offenbaee Hohn nicht geduldet wurde, versteht sich; man schlug ihnen die Laternen zusammen, verhaftete einige der schon als kompromitirt Bekannten und jagte die andern nach Hause. Es ging so mit einigen Kolbenstößen ab, und seitdem ist es in Bergamo wieder ruhig. Um dem häufigen Ausreißen der jungen Leute am untern Po etwas zu steuern, sind vom 1. Jan an alle Ueberfuhren über den Po gegen die Legationen zu gesperet, nur S. Maria Magdalena und Polesella dürfen noch als Ueberfahrten benützt werden. Auch die häufige Ausfuhr von Lebensmitteln und Holz nach Venedig ist von Seite des küstenländ. Guberniums aus verboten; wer in Istrien ein Schiff frachtet, muß ein Drittel des Werthes des Geladenen, wenn es in Lebensmitteln oder Holz besteht, beim betr. Sanitätsamt deponiren, und erhält diese Kaution erst zurück, wenn er nach der Rückkehr legal — duech Certifikate k. k. österreichischee Behörden, Konsulate &c. nachweist, daß er seine Ladung in einem andern Hafen gelöscht habe, als in Venedig oder dem dazu gehörigen Territorio. Dieß ist wohl ein großes Hemmniß des freien Verkehrs aus Istrien, allein doch nothwendig, theils um Venedig nicht so offen unterstützen zu sehen, theils und hauptsächlich abee um der ungeheuern Theurung der Lebensmittel und des Holzes in Istrien, welches auch die bedeutende in Pola stationirte österreichische Flotte zu verproviantiren hat, einigermaßen abzuhelfen. (Grazer Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

München

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 28. Januar 1849. № 28. Sonntag: Carolus.

Deutschland.

Bayern. (München 26. Jan.) Die Stelle eines II. Assessors bei dem Landgerichte Hofheim im unterfränkischen Regierungsbezirke wurde dem vormaligen Patrimonialrichter I. Klasse, G. F. Güth, zu Birkenfeld, verliehen; desgleichen der Rechtspraktikant J. Brandstetter von Altötting zum II. Assessor des Landgerichts Herrieden in Mittelfranken ernannt.

In den dritten Ausschuß (für Gegenstände der innern Verwaltung) wurden gewählt die Herren: Willich mit 68, St. Gelbert mit 68, Wächter (Julius) mit 68, Schad mit 68, Föckerer mit 67, Scharpf mit 67 und Reinhard mit 66 Stimmen. An diesen Wahlen hatten 130 Mitglieder Theil genommen. Morgen Nachmittag wird die Kammer mit den Ausschußwahlen fortfahren. (N. Münch. Z.)

(München, den 25. Januar.) Vergangene Nacht starb dahier der aus unsern frühern Landtagen mehrfach bekannte Finanzmann Staatsrath v. Betterlein. — Einer amtlichen Bekanntmachung zufolge befinden sich in hiesiger Stadt: 67 Civil- und 32 Militärärzte, 7 Zahnärzte, 30 Landärzte und approbirte Bader, 14 Thierärzte, 16 Apotheker und 15 Hebammen. (A. A. Z.)

Baden. (Baden, 23. Jan.) Hier ist man bescheidener als in Homburg; man wendet sich nach Frankfurt und Karlsruhe, daß man wenigstens noch ein Jahr die Spielbank genieße. Das ist wie in den Sagen und Legenden, wo der arme Sünder sich noch ein Jahr Gnadenfrist erbittet, ehe ihn der Teufel hole. (A. A. Z.)

Freie Städte.** (Frankfurt, 25. Jan.) [158. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Zuerst Austritts- und Eintrittserklärungen. Ein kgl. preuss. Inquisitoriat will eine Untersuchung gegen den Redakteur Levysohn einleiten. Wird an den Untersuchungsausschuß verwiesen. Von hannoverschen Aemtern gehen 40 Louisd'or zur deutschen Flotte ein. Fortsetzung der Berathung über den Verfassungsentwurf. Der § das Oberhaupt führt den Titel Kaiser der Deutschen wird mit 214 gegen 205 unter 419 Stimmen angenommen. Auch über §. 3 wird die Besprechung abgelehnt und derselbe dann (durch Aufstehen und Sitzenbleiben) zum Beschluß erhoben: §. 3. »Die Residenz des Kaisers ist am Sitze der Reichsregierung. Wenigstens während der Dauer des Reichstags wird der Kaiser dort bleibend residiren. So oft sich der Kaiser nicht am Sitze der Reichsregierung befindet, muß einer der Reichsminister in seiner unmittelbaren Umgebung seyn. Die Bestimmungen über den Sitz der Reichsregierung werden einem Reichsgesetze vorbehalten.« §. 4. Der Kaiser bezieht eine Civilliste, welche der Reichstag festsetzt, gibt dem Abg. Buß aus Freiburg Gelegenheit, das Wort zu nehmen. Der Kaiser werde, denkt der Redner, keine Civilliste annehmen, man solle daher den § streichen. Die Einen wollen den König von Preussen, die Anderen den Kaiser von Oesterreich, aber Alle wollten einen Kaiser für Deutschland. Der Kaiser von Oesterreich werde keine Civilliste verlangen. Herr Buß bleibt nicht bei der Sache, sondern lobt fortwährend Oesterreich und sein kaiserliches Haus. Der Präsident verweißt den Redner auf die Materie des §., worauf letzterer unter Gelächter abtritt.

Zachariä aus Göttingen vindizirt dem künftigen Oberhaupt eine Civilliste, auf die es gar nicht verzichten dürfe, worauf der §. angenommen wird. Es folgt Art. II. §. 5. „Die Person des Kaisers ist unverletzlich. Der Kaiser übt die ihm übertragene Gewalt durch verantwortliche von ihm ernannte Minister aus." Auf die Diskussion wird verzichtet, und der Paragraph darauf angenommen. Desgleichen §. 6. »Alle Regierungshandlungen des Kaisers bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung von wenigstens einem der Reichsminister, welcher dadurch die Verantwortung übernimmt.« Eben so Art. III. §. 7. „Der Kaiser übt die völkerrechtliche Vertretung des deutschen Reichs und der einzelnen deutschen Staaten aus. Er stellt die Reichsgesandten und die Konsuln an und führt den diplomat. Verkehr." Ueber §. 8: »Der Kaiser erklärt Krieg und schließt Frieden" wird eine Debatte eröffnet, die Cullmann aus Zweibrücken beginnt. Da der Krieg mit den Mitteln und Kräften des Volkes geführt werde, so solle auch das Volkshaus über Krieg und Frieden zu entscheiden haben. Man begründe eine konstitutionelle Monarchie mit oktroyirter Verfassung, keine demokratische, wenn man Krieg und Frieden in die Hände des Kaisers lege. Der Redner ist mit entschiedener Kraft gegen den §. Wurm von Hamburg ist anderer Ansicht, und führt dafür England, Norwegen, Belgien und Holland an. Die Abstimmung erfolgt durch Namensaufruf. Aus ihr ergibt sich die Annahme des §. 8 mit 282 gegen 136 Stimmen. Ohne Diskussion wird angenommen §. 9. „Der Kaiser schließt die Bündnisse und Verträge mit den auswärtigen Mächten ab, und zwar unter Mitwirkung des Reichstags, in so weit diese verfassungsmäßig vorbehalten ist." Desgleichen: §. 10. „Alle Verträge nicht rein privatlichen Inhaltes, welche deutsche Regierungen unter sich oder mit auswärtigen Regierungen abschließen, sind dem Kaiser zur Kenntnißnahme, und insofern das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen." §. 11. »Der Kaiser beruft und schließt den Reichstag; er hat das Recht, das Volkshaus aufzulösen.« §. 12. „Der Kaiser hat das Recht des Gesetzvorschlags. Er übt die gesetzgebende Gewalt in Gemeinschaft mit dem Reichstage unter den verfassungsmäßigen Beschränkungen aus. Er verkündigt die Reichsgesetze, und erläßt die zur Vollziehung derselben nöthigen Verordnungen." §. 13. »In Strafsachen, welche zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören, hat der Kaiser das Recht der Begnadigung und Strafmilderung, so wie der Amnestirung. Das Verbot der Einleitung oder Fortsetzung einer einzelnen Untersuchung kann der Kaiser nur mit Zustimmung des Reichstags erlassen.« Zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurtheilten Reichsministers kann der Kaiser das Recht der Begnadigung und Strafmilderung nur dann ausüben, wenn dasjenige Haus, von welchem die Anklage ausgegangen ist, darauf anträgt. Zu Gunsten von Landesministern steht ihm ein solches Recht nicht zu. §. 14. »Dem Kaiser liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob." §. 15. „Der Kaiser hat die Verfügung über die bewaffnete Macht.« §. 16. „Ueberhaupt hat der Kaiser die Regierungsgewalt in allen Angelegenheiten des Reichs nach Maßgabe der Reichsverfassung. Ihm stehen als Träger dieser Gewalt diejenigen Rechte und Befugnisse zu, welche in der Reichsverfassung der Reichsgewalt beigelegt, und dem Reichstage nicht zugewiesen sind." Mit der Annahme des Abschnittes: Das Reichsoberhaupt ist die Tagesordnung erschöpft, worauf die Sitzung schließt. Morgen die nächste.

(Frankfurt, den 23. Januar.) Die als Gerücht umlaufende Nachricht, Preussen habe in einer Cirkularnote an sämmtliche deutsche Regierungen eine das deutsche Verfassungswerk betreffende und fördernde Erklärung und Aufforderung erlassen, bestätigt sich zu unserer Freude vollkommen. Sind wir auch noch nicht im Stande, den genaueren Inhalt der Note mitzutheilen, so glauben wir doch aus bester Quelle zu wissen, daß er für das gedeihliche Zustandekommen der deutschen Verfassung nicht günstiger erwartet werden könnte. — Daß Hr. Camphausen an die Spitze eines neu zu bildenden preussischen Ministeriums trete, wie nunmehr eine Zeitung der anderen nachdruckt, ist hingegen völlig unrichtig. — Wie wir vernehmen, hat das Reichsministerium auf den Antrag des Reichskommissärs Hrn. v. Ammon beschlossen, denselben für jetzt seiner Dienste zu entlassen. Ein Zerwürfniß zwischen Landtag und Regierung ist in Anhalt-Bernburg nicht mehr beizulegen und durch die Ermuthigung der wohlgesinnten Bürger ist ein gesetzlicher Zustand vorerst gesichert. Wohl war Hr. v. Ammon, wie aus der neulichen Beantwortung einer Interpellation hervorging, auch noch bei den Verhandlungen thätig, durch welche eine Vereinigung Bernburgs mit Dessau-Cöthen, also des ganzen Anhalt herbeigeführt werden sollte. Allein diese Verhandlungen haben vorerst zu keinem Ziele geführt. Der Ursachen dieses einstweiligen Scheiterns sind mehrere. Eine der wirksamsten soll die energische Kundgebung einer in Bernburg vielfach verbreiteten Abneigung seyn, die oktroyirte bernburger Verfassung mit der dessauischen zu vertauschen, von welch letzterer kein Kundiger annimmt, daß sie die Handhabung eines geordneten und gesetzlichen Zustandes auf die Dauer begünstige. Auch will man in dem dessauischen Ministerium Einflüsse gewahren, die einer gesicherten, stetigen Entwickelung der Staatsordnung nicht gar förderlich seyen, und so wird denn wohl die Vereinigung der beiden Herzogthümer so lange ausgesetzt bleiben müssen, bis Gesetzgebung und Verwaltung mehr in Uebereinstimmung gebracht seyn werden. (Fr. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, 24. Jan.) Eine vielfach in der Presse erwähnte Angabe, daß Wechsel, von der Reichskasse auf die preussische Staatskasse gezogen, mit Protest zurückgekommen seyen, wird durch folgende Mittheilung berichtigt: Ich kann Ihnen aus guter Quelle mittheilen, daß die Reichskasse keine Wechsel ausgestellt hat, und daß auch keine für ihre Rechnung ausgestellten Tratten zurückgekommen sind, sondern lediglich die Annahme der letztern, in Folge einer in Berlin stattgehabten Verspätung des Avises, um einen Tag verzögert worden, dann aber sofort erfolgt ist. (Ffft.-O.-Z.)

Hessen. (Mainz, 24. Jan.) Ein Akt des rohesten ultramontanen Fanatismus, wie er in der Geschichte der Gegenwart wohl kaum noch einmal vorkommen dürfte, ist vorgestern hier ausgeübt worden. Im Hause einer streng katholischen Frau (ihr Name ist Schaberick) starb ein Protestant, ein alter pensionirter Stallmeister, Namens Hinze. Vorgestern Morgen um 7 Uhr sollte die Leiche beerdigt werden. Der protestantische Geistliche, der Leichenwagen und das Gefolge hatten sich eingefunden und hielten vor dem Hauptthore des Hauses. Die strenggläubige Hausbesitzerin ließ das Hauptthor trotz aller Vorstellungen nicht öffnen, weil sie verlangte, daß die Leiche des Protestanten durch ein enges Pförtchen, das in eine kleine Gasse führt, getragen werden sollte. Von dieser unverschämten Forderung ging sie nicht ab; der Geistliche, der Leichenwagen und das Gefolge entfernten sich endlich, erschienen aber um 11 Uhr wieder, begleitet von einem Polizei-Kommissär, der, als auch auf seine Vorstellungen das Thor nicht geöffnet wurde, dasselbe von einem Schlosser aufbrechen ließ. Dieser skandalöse Auftritt, den bereits heute ein hiesiges Lokalblatt mittheilt, hat die tiefste Entrüstung hervorgerufen und kann, als schlagendes Beispiel, zu welcher abscheulichen Lieblosigkeit blinder Fanatismus hinreißen kann, dienen. (Ffft. J.)

Lippe-Detmold. (Detmold, 21. Jan.) Vor mehreren Tagen wurden zwei Häupter der roth-republikanischen Partei in Lemgo gefangen genommen und hier festgesetzt. Mancherlei Gerüchte kreuzten sich schon damals, daß die „Rothen" dies nicht auf sich sitzen lassen würden. So rückten denn wirklich heute Nachmittag um 2 Uhr ungefähr 5 bis 600 Mann aus Lemgo und den umliegenden Ortschaften in unsere Stadt, um die Gefangenen zu befreien. Alsbald sandten sie eine Deputation aufs Schloß zum Fürsten, um die Freilassung auf gütlichem Wege zu erwirken. Dieser ließ aber die Abgesandten gar nicht vor sich, viel weniger gab er den Befehl zur Begnadigung, was er ohnehin als konstitutioneller Regent ohne Zuziehung der Regierung nicht konnte. Einige Bürger, die zur Ruhe und Ordnung reden wollten, wurden von der tobenden Menge überschrieen. Der Platz vor dem Schloß ward abgesperrt, die Soldaten konsignirt. Um 4 Uhr erschien auch die Bürgerwehr, patrouillirte in den Straßen, die am dichtesten besetzt waren, und zerstreute die Masse durch einige Bajonetangriffe. Die Bürgerwehr wurde mit furchtbarem Toben empfangen und der Haufen versuchte, die Schloßgitter zu erbrechen, was ihm aber nicht gelang. Die Nacht wird wahrscheinlich unruhig werden. (Ztg. f. Nordd.)

Oesterreich. (Wien, 19. Jan.) Reisende aus Ungarn berichten, daß vor wenigen Tagen in der Nähe des Bakonierwaldes die Kaiserlichen mit den ungarischen Truppen ein bedeutendes Gefecht gehabt haben, wobei die unüberwindlichen Soldaten Windischgrätz's eine totale Niederlage erlitten — und gegen 4000 Mann einbüßten. Offiziell ist wie natürlich davon nichts verlautet worden. (A. O.-Z.)

(Olmütz, den 19. Januar.) Die österreichische Armee, welche gegenwärtig aus 500,000 M. besteht, besitzt 358,122 M. Infanterie, 64,524 M. Kavallerie, 31,815 M. Artillerie, 40,000 M. Fuhrwesen und 5539 M. Marinetruppen. Diese imposante Streitmacht soll bis zum künftigen März auf 700,000 M. erhöht werden, wozu Italien und Ungarn eine bedeutende Anzahl stellen werden. (A. O. Z.)

Oldenburg. (Oldenburg, 20 Jan.) Der Landtag hat nicht blos, wie sich von selbst versteht, die unbedingte Gültigkeit der Grundrechte anerkannt, sondern auch in einem heutigen Beschlusse ausgesprochen: „Daß gegen die mit dem 17. Jan. in Kraft getretenen Grundrechte kein wohlerworbenes Recht Bestand behalten könne.« — Außerdem faßte der Landtag folgenden Beschluß: »Die National-Vers. beschließe über die Oberhauptsfrage, was sie für Deutschland recht und gut erkennt; einmüthig unterwerfen wir uns jedem ihrer Beschlüsse und wünschen, daß kein Mann in Deutschland sey, der anders denkt.“ (Ztg. f. Nordd.)

Preussen. †*† (Berlin, 24. Jan.) Die Wahlen sind noch immer ausschließlicher Gegenstand des Tagesgesprächs. Aus einer Anzahl von Bezirken sind bereits Proteste gegen die Gültigkeit der Wahlen eingereicht. Die Proteste haben die verschiedenartigsten Motive. Zum Theil sind sie gegen die vom Magistrat einseitig ohne Mitwirkung der Stadtverordneten vorgenommene Abgränzung der Bezirke gerichtet, zum Theil auch gegen die Mangelhaftigkeit des Wahlmodus. Ein so eben erschienenes durch Maueranschlag feilgebotenes Flugblatt eines Hrn. Vorster aus Köln bemängelt die Legitimationsprüfung durch Anführung nicht unerheblicher Bedenken. Es war ein Leichtes bei dem hier beobachteten Verfahren, sich in den Besitz einer Urwählerkarte zu setzen und mit Hülfe derselben ohne alle Berechtigung an der Wahl Theil zu nehmen. Auch ohne den Besitz einer solchen Karte war es möglich, sich an dem Wahlakt zu betheiligen, da nach Ablieferung der Legitimationskarten keine weitere Kontrole stattfand. So sollen von 220 anwesenden Wählern an einem Orte über 250 Stimmzettel abgeliefert worden seyn. Endlich giebt die willkürliche Entfernung von Wahlberechtigten durch polizeiliche Zwangsmaßregeln eine Basis für die Anfechtung einzelner Wahlen her. In dem Mariestraßenbezirk z. B. hatte die demokratische Partei den Dr. Goldstücker als ersten Kandidaten auf ihre Liste gesetzt, und nur die Maßregeln des Herrn v. Wrangel haben die Wahl desselben hintertrieben.

Nach dem bis jetzt bekannt gewordenen Parteienverhältniß unter den Wahlmännern hat die Opposition in sämmtlichen vier Bezirken das Uebergewicht. Im zweiten Wahlbezirk z. B., wo sie am schwächsten ist, wird sie nach ungefährer Schätzung eine Majorität von 40 bis 56 Stimmen haben; im ersten, welcher 3 Abgeordnete zu wählen hat, dürfte sich die Majorität auf 150 belaufen. — Das Mandat eines sehr großen Theiles der oppositionellen Wahlmänner geht dahin, nur für Temme, Waldeck und Jacoby zu stimmen. Daß diese hier gewählt werden, scheint schon jetzt wenig zweifelhaft.

Die Nachricht von der Aufhebung des Belagerungszustandes in Düsseldorf hat hier von neuem die Hoffnung geweckt, auch Berlin bald von demselben befreit zu sehen. Wer Gelegenheit gehabt hat, der Stimmung unserer Bevölkerung durch die verschiedenen Stadien, die sie seit dem 12. November v. J. durchlaufen hat, zu verfolgen, wird die ziemlich allgemeine Annahme erklärlich finden, daß die Fortdauer des durch die gegenwärtigen Verhältnisse in keiner Art gerechtfertigten Militärregiments an dem Siege, den die Opposition errungen hat und noch erringen wird, einen wesentlichen Antheil hat. Wie uns aus guter Quelle versichert wird, war höheren Orts von einer Aufhebung seit längerer Zeit wiederholt die Rede; nur die Entfesselung der Presse ist es, welche eine unüberwindliche Scheu vor der Beendigung des gegenwärtigen Zustandes stets von neuem heraufbeschwört. —

Hr. Camphausen ist mit dem Auftrage nach Frankfurt zurückgekehrt, mit dem Bevollmächtigten der österreichischen Regierung wegen der deutschen Oberhauptsfrage sich zu benehmen und zugleich dem Reichsministerium zu erklären, daß nur nach einem unbedingten Resigniren Oesterreichs der König von Preussen sich zur Annahme der höchsten Würde im deutschen Reich geneigt erklären könne. — Die Berliner Kabinetsfrage soll bis nach Erledigung dieses Auftrages sistirt bleiben.

Aus der Provinz Sachsen. Die Wahlen sind, so viel bis heute (23. Jan.) bekannt geworden, fast durchweg demokratisch, an vielen Orten mehr als demokratisch, ausgefallen. In Nordhausen haben die Demokraten ihre sämmtlichen Kandidaten, 53 an der Zahl, mit mehr als genügender Majorität durchgesetzt. Die Gegner brachten einen ihrer Kandidaten durch, und — wie sich nachher ergab, war auch dieser ein entschiedener nur noch nicht allgemein bekannter Demokrat, der sich mit Hülfe einer Mystifikation auf die Listen der Gegenpartei gebracht hatte. — In Erfurt, wo der Belagerungszustand die Oppositionspartei in ihren Agitationen den anderen Parteien gegenüber entschieden hemmte, wo die Militäraristokratie und die Bureaukratie allein Versammlungen halten durfte, wurde die Opposition gerade dadurch vorzugsweise gefördert, daß sie genöthigt war, sich immer nur in sehr engen Kreisen von je 10 Mann zu versammeln und zu berathen. Von den 120 Wahlmännern, die hier zu wählen waren, wird die Majorität sicher nur einen Mann der äußersten Linken in die zweite Kammer senden. Der frühere Abg. Krackrügge, der übrigens in diesen Tagen höchst wahrscheinlich seine Verhaftung zu erwarten hat, befindet sich unter den Gewählten. Der Sieg der Demokratie war zu einem nicht geringen Theil sein Werk.

Aus Schlesien erfahren wir, daß im Kreise Namslau die Wahlen wider alles Erwarten für die Demokratie nicht günstig ausgefallen sind; in Brieg dagegen entschieden demokratisch; in Breslau etwa zur Hälfte, in Freiburg ziemlich ministeriell.

Die Posener Wahlen sind zu einem sehr großen Theile im Sinne der Opposition gerathen.

(Breslau, den 18 Januar.) Gestern ist Pulszky hier durchgereist, sagt die »Allg. Oder-Ztg.,“ und direkt nach Dresden gefahren, um von da mit Szallay, dem Schwager Kossuth's, nach Brüssel zu gehen. Pulszky hat Pesth am 4. d. verlassen und hat lange Zeit in Schlesien krank gelegen. Seine Aufschlüsse über den ungarischen Kampf beschränkten sich auf Folgendes: Ein entscheidender Sieg kann vor der Hand über die österreichische Macht nicht errungen werden, dazu wäre eine Verwicklung der Oesterreicher, vielleicht mit Italien günstig; doch kann sich Kossuth noch lange halten können, da die Berichte über das Zerschmelzen seiner Armee durchweg lügenhaft sind. — Pulszky hat das Lager wegen Krankheit verlassen und seine Reise scheint eine politische Mission zu seyn; seine Güter in Ungarn, im Werthe von 1½ Mill. Gulden, hat Windischgrätz als konfiszirt erklärt.

(Naumburg, den 22. Januar.) Fast in allen Wahlbezirken des hiesigen Kreises sind aus den Urwahlen Demokraten und Radikale hervorgegangen. Parrisius scheint in die Kammer gewählt werden zu sollen. (Fr. O.-P.-Z.)

Sachsen. (Dresden, 23. Jan.) Die I. Kammer berieth heute den Schaffrath'schen Antrag über die Oberhauptsfrage, den Abg. Heubner zu dem seinigen gemacht. Nach Begründung des Antrags durch den Abg. Heubner sprachen da für die Abgeordneten Kloß, Böricke, Theile, Zschweigert, Kaiser, Tzschucke, Jahn u. A. Dagegen sprach nur Abg. Dufour-Ferone. Das Resultat war, daß der erste Theil des Schaffrath-Heubner'schen Antrags mit allen gegen eine Stimme angenommen wurde, der zweite gegen drei Stimmen. Hierauf begründete Abg. Heinze auf Sistirung des Lehngelderablösungsverfahren, der an eine Abtheilung verwiesen wurde. Schließlich wählte die Kammer in den Staatsschuldenverwaltungsausschuß: die Abgg. Tzschucke mit 37, Schönberg mit 36 und Dufour-Ferone mit 21 Stimmen, und die Abgg. Haußwald, Kaiser und Haden zu Stellvertretern und endlich die Abgeord. Böricke, Esche, Haden, Heuber und Kaiser in eine Deputation zur Begutachtung der Geschäftsordnung.

[4. öffentliche Sitzung der 2. Kammer, am 23. Januar.] Nach dem Vortrage des Protokolls wird Abgeordneter Haußner durch Handschlag verpflichtet. In der Registrande befindet sich ein Antrag des Abgeordneten Hitzschold, betreffend die Initiative in der Gesetzgebung den Kammern zuzugestehen, ein Antrag Klette's auf unverzügliche Publikation der deutschen Grundrechte. Staatsminister Georgi bemerkt hierbei, daß die Regierung nächsten Sonnabend auf eine in gleichem Sinne gestellte Interpellation antworten werde, und dabei die Berathung über den Klette'schen Antrag zugleich erfolge. Ein Antrag Fritzsche's auf Abänderung der Bestimmungen über die Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte und Blöde's auf Einziehung der sächsischen Gesandten kommt auf die nächste Tagesordnung. Auf Vicepräsidenten Schaffrath's Antrag beschließt die Kammer, alle dringlichen Anträge drucken zu lassen. Staatsminister Oberländer antwortet auf die frühere Interpellation Jäkel's, daß sofort nach der Erwähnung des Advokaten Böttcher diesem die Legitimation zugesendet, und beim Justizministerium auf Zurücknahme des hinter Böttcher erlassenen Steckbriefes angetragen worden sey. Haustein interpellirt die Regierung, die unter den Thüringischen Staaten wegen deren Vereinigung gepflogenen Verhandlungen den Kammern mitzutheilen. Riedel: ob die Regierung wirklich geneigt sey, die in Sachsen befindlichen Wiener Flüchtlinge auszuweisen, auszuliefern, und ob bereits dergleichen Requisitionen von Oesterreich eingegangen seyen. Der 1. Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag Müller's von Dresden auf Ernennung einer Deputation zu Revision der Kriegsartikel und des Dienstreglements. Der Antragsteller bemerkt, daß die Stellung der Armee nach ihrer Vereidung auf die Verfassung eine andere geworden sey, daher aber auch die die Freiheit beschränkenden Bestimmungen der genannten Militärgesetze wegfallen müssen. Staatsmin. v. Buttlar erinnert, daß eine Aenderung des Militärstrafgesetzbuchs bereits im Werke sey. Wenn übrigens der Antragsteller glaube, daß der Soldat seinem Vorgesetzten außer dem Dienste nicht Gehorsam schuldig sey, so müsse er dem doch widersprechen. Müller entgegnet, daß seit der Vereidung auf die Verfassung nichts geschehen sey, als eine unwesentliche Modifikation der Kriegsartikel und daß die längere Dauer des gegenwärtigen Zustandes nothwendig die Disciplin lockern müsse. Zwischen den staatsbürgerlichen Rechten der Soldaten und ihrer Ausübung gähne die große Kluft der Mißliebigkeit, die nur wenige zu überspringen gewagt. Zwischen den Führern und den Truppen ist Mißtrauen entstanden, weil jene diese zu gewissen Zwecken zu benutzen versucht. Die Annahme seines Antrages, schloß der Abg. Müller, werde für die Sicherheit des Staates, der Ordnung selbst, von größtem Einflusse seyn, denn wo die Heeresverhältnisse nicht im Einklange stehen mit den Staatseinrichtungen, da sey die Armee nicht eine starke Säule des Staates, sondern ein Bleigewicht für seine freie Entwickelung. Tzschirner empfielt ebenfalls dringend die Annahme des Antrages. Staatsminister Georgi macht darauf aufmerksam, daß in keinem Lande der Armee so viele staatsbürgerliche Rechte eingeräumt seyen, als in Sachsen und daß der Erfolg zeigen werde, ob die von der Regierung begonnene Revision der Militärstrafgesetze frei seyn werde, oder nicht. Der Müllersche Antrag, wird hierauf einstimmig angenommen und die Wahl der Deputation auf die nächste Tagesordnung gesetzt. Der 2. Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag v. Trützschler's, die Aushändigung der Akten vom 57. Wahlbezirke betreffend. Da dieselben bereits eingegangen, so stellt Trützschler den Antrag, daß überhaupt alle Akten, wenn auch der betreffende Abgeordnete noch nicht in Dresden sey, der Kammer zugewiesen werden. Da nach des Staatsministers Oberländer Aussage dies bereits geschehen, so erledigt sich diese Angelegenheit. (Leipz. Z.)

(Leipzig, 22. Jan.) Von hier wird in diesen Tagen folgende Adresse an den Staatsminister v. d. Pfordten abgehen: »Herr Minister! Sie haben in der verhängnißvollen Sitzung der zweiten Kammer vom 2. Jan., welche zur Schande Sachsens die endlich herannahende Erfüllung der Hoffnungen der deutschen Nation im Keime zu ersticken bemüht ist, es ausgesprochen, daß die Feinde Deutschlands über diese Sitzung frohlocken werden, denn sie haben Verbündete und Genossen in der Mehrzahl der sächsischen Abgeordneten gefunden. Wir vertrauen diesem Worte, hochgeehrter Herr, wir vertrauen darauf, daß Sie selbst es ausgesprochen, wohin dieser Weg führt. Sie kennen die Genossen, mit denen gemeinschaftlich Sie ihn würden wandeln müssen. Ist auch der souveräne Unverstand für den Augenblick zur Herrschaft gelangt, so sind doch seine Tage gezählt; die bethörte Mehrheit im Volke wird die Augen öffnen und endlich begreifen, daß nur in und mit Deutschland für unser sächsisches Land eine bessere Zukunft gedeihen kann. Mit Vertrauen erwarten wir, daß Sie der Stimme Deutschlands und Ihres Gewissens folgen werden, und daß Sie kein Mittel werden unversucht lassen zur Rettung Sachsens und Deutschlands. Eingedenk, daß Sie ein Deutscher, zuerst und vor Allem ein Deutscher sind, werden Sie, wir zweifeln nicht daran, in dieser großen Erfullungswoche das Heil des ganzen deutschen Vaterlandes einzig und allein bedenken. Leipzig, den 22. Jan. 1849.“ (D. Z.)

(Gotha, den 22. Januar.) Obwohl sich die hiesige Abgeordnetenversammlung erst vor wenigen Tagen dahin ausgesprochen hat, daß Preussen an die Spitze Deutschlands treten möge, so wurden doch in der heutigen Sitzung so viele gewichtige Stimmen, die ein Antrag des Abg. Brückner geweckt hatte, gegen Preussen laut, daß man da-

raus die eigentliche Stimmung des Volks, welches nur geringe Sympathien für Preussen hegt, unläugbar erkennen konnte. Es sind nämlich, wie schon berichtet, Unterhandlungen im Werke, welche die thüringischen Staaten und das Königreich Sachsen zu einem Reichskreise, jedoch mit ungefährdeter Selbstständigkeit der einzelnen Länder, vereinigen sollen. In Bezug darauf wurde heute beantragt, an die herzogliche Staatsregierung die Erklärung abzugeben, daß sie die Selbstständigkeit unseres Landes zu erhalten sich bemühen solle, soweit dieselbe in Rücksicht auf Deutschlands Einheit und auf solche Verwaltungszweige, deren Durchführung das Herzogthum Gotha nicht füglich verwirklichen könne, keine nothwendige Beschränkung erleiden müsse, daß aber in Bezug auf solche gemeinsame Einrichtungen nicht eine Verbindung mit den übrigen thüringischen Staaten und dem Königreiche Sachsen, sondern vielmehr mit dem benachbarten Preussen eingegangen werde. Diese Ansicht, obgleich von dem Antragsteller mit aller dialektischen Gewandtheit vertheidigt, fand jedoch vielseitigen Widerspruch. Der Abgeordnete Henneberg sprach sich überhaupt für Mediatisirung der kleinern Staaten aus; der Abg. Ritz erklärte sich entschieden über reaktionäre Tendenzen der preuss. Krone und als der Abg. Schwerdt in die Worte ausbrach: »Wenn wir einmal nicht mehr auf eigenen Füßen stehen können, so wollen wir uns lieber unter den sächsischen Rautenkranz als unter die Fänge des preuss. Adlers flüchten!« Da wurde selbst unter der sonst schweigsamen Zuhörerschaft eine so beifällige Bewegung laut, daß man wohl daraus schließen darf, es würden nicht einmal materielle Vortheile, welche ein Anschluß unseres Herzogthums an Preussen gewähren dürfte, den Widerwillen gegen Preussens Politik, der sich in dem Herzen des Volks festgenistet, aufwiegen können. Darum lasse sich durch die Stimmen, welche auch aus Thüringen für Preussens Hegemonie laut geworden sind, Niemand täuschen. Sie sind entweder von der politischen Rathlosigkeit der Gegenwart oder von engherzigen Interessen diktirt. Die Sympathien des Volks haben sich durchaus noch nicht mit einem preuss. Deutschland versöhnt und nur mit innerm Widerstreben würde man sich den Forderungen der Nothwendigkeit beugen. (D. A. Z.)

(Jena, den 11. Januar.) Die erste gestern ausgegebene Nr. des großh. Weimar. Regierungsblattes verkündigt im Namen des Reichsverwesers das am 28. Dez. 1848 in Frankfurt ausgegebene Gesetz über die deutschen Grundrechte. Wo es gelesen wird, in Stadt und Land, erregt es Befriedigung und Freude in den Herzen aller, die ihr Vaterland frei und einig zu sehen wünschen. Die Freude ist um so reiner, als die Regierung unsers Ländchens durch keinerlei Einschränkung oder Vorbehalt verkümmert hat, was ohnehin durch das Einführungsgesetz schon ziemlich weit verschoben ist, und als die letzten wahrlich mehr als zweideutigen Vorgänge und neuen Manifestationen alter Gelüste in einigen andern Ländern tiefen Unwillen erregt hatten. (A. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Flensburg.) Der hiesige „Ostsee-Telegraph" enthält Folgendes: „Warum ich deutsch gesinnt bin. Eingesandt von einem alten Landmann in Hürup. Durch eine Trennung der Herzogthümer Schleswig und Holstein würde getrennt, „was Gott zusammengefügt," und dies Vornehmen von Seiten Dänemarks muß gewiß Jeden empören, dessen Vaterland Schleswig-Holstein ist. Durch Gebräuche, Gewohnheiten, Familienbande u. s. w. sind die beiden Herzogthümer zusammengekeilet. Ihre Bücher für Kirche und Schule, ihre Lieder in Kirche und Haus sind sich gleich. Sie sind immer in Freud und Leid Eins gewesen, haben gemeinschaftlich getragen und geschlagen, während zwischen ihnen und Dänemark immer Zwiespalt war. Sie zahlen mit einerlei Münze, messen mit einerlei Maß. Sie werden als treue Zwillingsbrüder stehen oder fallen." (Alt. Merk.)

(Altona.) Die „S.-H. Z." berichtet über einen Vorfall in Nordschleswig: »Wir erhalten so eben mehrere Briefe aus dem Norden über einen Vorgang in Forballum (an der Gränze der dän. Enklave Ballum), wo ein Detachement Jäger von 19 Mann (ein Oberjäger, 1 Gefreiter und 17 Mann) als Exekutionskommando stationirt war. Das kleine Kommando ward am 18. oder 19. Abends, was aus den uns zugegangenen Berichten nicht genau erhellt, von einem von der dän. Gränze herübergekommenen Trupp von mehreren Hunderten als Landsturm bewaffnet, überfallen und genöthigt, vor der Uebermacht sich zurückzuziehen. Blut ist nicht geflossen, da die Jäger, trotz eines Schusses, welcher gegen das von ihnen besetzte Haus abgefeuert ward, keinen Gebrauch von dem Feuergewehr machten, indem sie die Anweisung gehabt haben sollen, auf jede Art den Beginn von Feindseligkeiten zu vermeiden. Von Flensburg ist bereits ein Truppendetaschement nach jener Gegend aufgebrochen, und ein anderes von Schleswig, um die Besatzung Flensburgs zu kompletiren. — In Apenrade, von wo aus gleichfalls ein Schreiben vorliegt, wußte das Gerücht bereits von zwei gefallenen Bauern, — was indessen nach einem vorliegenden authentischen Bericht nicht gegründet ist."

(Schreiben aus Kiel, vom 22. Januar.) Am 17. Januar d. J. wurde die am 16. Januar von Prälaten, ritterschaftlichen und andern Gutsbesitzern beschlossene Vorstellung an des Reichsverwesers kaiserl. Hoh. abgesandt. Wir hoffen, daß Se. Maj. der König von Preussen seinem Worte vom 24. März, wonach die Herzogthümer ein Recht haben, unzertrennlich mit einander verbunden zu seyn, Geltung verschaffen wird bei den Friedensunterhandlungen. Hat doch der holstein-lauenburgische Gesandte bei dem Bundestage am 7. Septbr. 1846 erklärt, daß die Herzogthümer alle öffentlichen Rechtsverhältnisse mit einander gemein haben. Die Centralgewalt, auf welche die Rechte des Bundes übertragen wurden, wird dieses älteste Grundrecht unserer Lande, welches die Wohlfahrt der Herzogthümer wesentlich förderte, nicht umstürzen lassen. (Alton. M.)

(Aus Nordschleswig, vom 18. Januar.) Daß die Landbewohner hauptsächlich durch die Furcht vor den Dänen von der Bezahlung der Steuern abgehalten werden, ergiebt wieder nachstehendes Faktum. Die Bewohner der in der Ejenner Föhrde belegenen kleinen Insel Barsöe waren während des Sommers, da fortwährend dänische Kriegsfahrzeuge in der Nähe lagen, mit ihren sämmlichen Abgaben im Rückstand geblieben, und hatten die Dänen auch nach dem Abschlusse des Waffenstillstandes, bis das Eis die Passage hinderte, fortwährend Verbindungen mit ihnen unterhalten. Sie sollten nun gepfändet werden, und erklärten sich gegen den mit der Pfändung beauftragten Beamten bereit, die rückständigen Steuern sofort abzuführen, wenn er ihnen die Zusicherung ertheilen wollte, daß sie eben so sicher gegen die Dänen geschützt werden sollten, als die Bewohner des Festlandes. Der betreffende Beamte hielt sich nicht für befugt, eine solche Zusicherung zu ertheilen, und mußten die Parsöer daher auch ohne dieselben wegen sofortiger Abführung der Abgaben Sicherheit bestellen, worauf die Pfändung unterblieb. (B.-H.)

Würtemberg. (Von der würtemb. Grenze.) In der Nacht vom 18. auf den 19. d. M. ereignete sich in dem Städtchen Geisingen bei Donaueschingen ein Brandunglück, das um seiner Furchtbarkeit willen an den Theaterbrand in Karlsruhe erinnert. Im dortigen Armenhaus brach um die Mitternachtsstunde Feuer aus und zwar in einer Remise, und bemächtigte sich der untern Räume, noch ehe die in ruhigem Schlaf sich befindenden Bewohner dieses Hauses entkommen konnten. Ein Theil der Unglücklichen wurde zwar gerettet, sey es durch Hülfe von Außen, oder durch einen gewagten Sprung; 13 Personen dagegen verfielen der Zerstörung des Elements. Eine Frau warf zwei Kinder zum Fenster hinaus, deren eines auf dem Platze blieb, während das andere von einem würtembergischen Soldaten aufgefangen und gerettet wurde. Ein Mann soll, wie ich sagen höre, mehrere Personen durch muthige Entschlossenheit gerettet, am Ende aber den eigenen Tod in den Flammen gefunden haben. (Schw. M.)

Dänemark.

(Kopenhagen, den 18. Januar.) In der Reichstagssitzung am 17. Jan. wurde der Ausschußantrag in Betreff der abzuschließenden Anleihe von 7 Mill. Rthlr. mit 142 gegen 1 Stimme, sowie der zweite Antrag des Ausschusses in Betreff der im Dezember-Termine d. J. auszugebenden neuen Kreditscheine zum Belaufe von 4 Mill. Rthlr. mit 136 Stimmen angenommen; letzterer Antrag vorbehaltlich näherer Bestimmung von Seiten des Reichstags. — Das Fädrelandet sieht sich in Stand gesetzt, ein interessantes Bruchstück aus einem Briefe des deutschen Reichstagsmitgliedes Gülich an den apenrader Bürgermeister Schouw mitzutheilen. Gülich, der sich von den von London und Kopenhagen zurückgekehrten Reichstagsgesandten (Banks und Andrian) wie von dem Ministerium von Allem, was die schleswig-holsteinische Sache betrifft, in diesem Brieffragmente gehörig unterrichtet nennt, erzählt, daß es sowohl mit der deutschen Sache im Allgemeinen als mit der deutschen Sache im Besondern traurig aussehe. Näheres dürfe er nicht mittheilen, doch sey es gut, wenn die Obrigkeiten, Bürgerdeputirtenkollegien und Beamten der Landdistrikte von Schleswig nicht säumten, Anträge an die Centralgewalt (nicht an die Nationalversammlung) zu stellen und zu erklären, daß Schleswig mit Holstein verbunden zum deutschen Reiche gehören wolle, und eben so wenig selbstständig hingestellt werden wolle zwischen Holstein und Dänemark als mit dem letztern verbunden, zugleich könne man sich passend über die angebliche Garantie Rußlands und Frankreichs aussprechen.

Frankreich.

† (Paris, 23. Januar.) Der Telegraph auf der Linie von Toulon und Marseille ist überaus thätig. Die Einen sagen, er bringe dem Geschwader den Befehl, in Marseille und Port-Vendres Truppen aufzunehmen; die Anderen behaupten, er lasse im Gegentheile alle Rüstungen einstellen. Bis Postschluß haben wir noch nichts Näheres erfahren können.

Rücksichtlich der Rüstungen in Toulon schreibt der dortige meist gut unterrichtete Korrespondent an die Pariser Republique vom 23.: »Es bestätigt sich immer mehr, daß die Regierung niemals ernstlich auf eine Intervention zu Gunsten des Papstes absah. Die Ausrüstung der sämmtlichen Dampfschiffe scheint lediglich zum Zweck zu haben, die Rekruten für die algierischen Regimenter nach Afrika und vice versa zu führen.«

Die Vorgänge in Frankfurt fangen an, hier zu interessiren. Die Tagespresse wirft heute einige Blicke in das neue Kaiserreich; unter Anderen sagt »Courrier français«: »Wir bewiesen schon zwanzig Male, daß Rußland mit seinem ganzen Gewicht auf Deutschland lastet, und dem deutschen Handel keinen anderen Ausgang läßt als gegen Italien und Frankreich. Ein Einigkeitsstreben Deutschlands, das die Ausdehnung dieser Richtung zum Zweck hätte, muß und wird stets von Frankreich bekämpft werden. Es wäre wahnsinnig, ein Streben zu unterstützen, das uns beim ersten Anlaß 45 Millionen Menschen auf die Arme würfe! Nein, so etwas kann die deutsche Demokratie nicht wollen. Wir wiederholen es, die Kämpfe in Deutschland sind rein innerer Natur, und man haßt uns in Deutschland nicht, sondern man ist uns geneigt. Deutschlands Einheit kann in der europäischen Welt nur in Einer Weise gebilligt und begründet werden, wenn sie sich nämlich dem Osten wieder zuwendet, und die Donaumündungen wieder nimmt, und alle jene Provinzen wieder erobert, den in Verbindung mit seinem Illyrien und Triest ihm die wahre Herrschaft über das Adriatische und Schwarze Meer sichern. Gegen Rußland muß sich also die deutsche Centralgewalt richten. Das wird einen großartigen Kampf absetzen, und welches auch immer die Stärke der russischen Tyrannei seyn möge, welche europäische Verwickelungen auch immer drohen mögen, dieser Kampf wird eines Tages eintreten, und wenn es eine Gerechtigkeit auf Erden gibt, so muß er siegen! Auf ihn muß die wahre Centralgewalt Deutschlands gerüstet seyn; nicht gegen die Gränzen Frankreichs in Frankfurt; diese Einheit werden wir bekämpfen, wir werden uns gegen sie erheben, denn es gibt einen Punkt, in dem wir eben so sehr Franzosen sind als Richelieu und Ludwig XIV., als der Convent und Napoleon Bonaparte. Wir können nicht glauben, daß die deutsche Demokratie ihr Auge eben so nach dem Westen richte, als es die krebsartigen Regierungen und das Haus Habsburg von jeher gethan."

Rußland.

Aus Bukarescht schreibt die Allgemeine Oesterreichische Zeitung: In den letzten Tagen des alten Jahres ereignete sich hier ein Fall, der wohl ein sprechender Beweis ist von der zwischen Türken und Russen herrschenden entente cordiale. In einem der ersten Hotels der Stadt, in dem sich mehre Offiziere der im „brüderlichen Bunde gegen den walachischen Communismus" stehenden türkisch-russischen Armee befanden, trat ein russischer Kapitain mit dem Absatz — ob mit Absicht oder ohne solche, wissen wir nicht — einem türkischen Offizier auf den Säbel, ohne sich deshalb zu entschuldigen. Augenblicklich zog der türkische Offizier die Klinge und führte einen so gewaltigen Hieb gegen seinen Beleidiger, daß er ihm augenblicklich den Kopf spaltete.

Schweiz.

(Neuenburg, 22. Jan.) Heute sollte hier ein Putsch versucht werden. Mit Sang und Klang um Fahnen geschaart, zogen die Royalisten vor das Schloß (Lokal der Regierung) mit dem beständigen Rufe: Nieder mit der Regierung! Es lebe der König von Preussen! Staatsrath Stock trat der Menge entgegen, wurde aber mißhandelt, und der Lärm hörte nicht eher auf, als bis die Bürgergarde den Platz säuberte. (B. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Trauer-Anzeige.

Gestern Abend 7 Uhr entschlief zum bessern Erwachen, sanft und Gott ergeben, nach zweijährigem Lungenleiden und im 34. Lebensjahre unsere vielgeliebte Gattin, Mutter, Schwester und Schwägerin,

Frau Anna Helena Kundörfer.

Wer die Verblichene kannte wird unsern gerechten Schmerz fühlen. Um stilles Beileid bitten

Nürnberg, den 27. Januar 1849.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

Bitte.

Bei unserer bevorstehenden ehelichen Verbindung bitten wir, von den sonst üblichen Hochzeitgeschenken bei uns gütigst Umgang zu nehmen.

Nürnberg, den 27. Januar 1849.

Dr Schobig, prkt. Arzt.
Fridr Roehser.

Bitte und Empfehlung.

Durch das Unglück, das uns durch das Hochwasser betroffen hat, welches unser ganzes Putzwaaren-Lager vernichtete, waren wir diese Zeit ausser Stand gesetzt etwas zu thun, da auch unsere Gesundheit sehr dabei gelitten hat. Wir kommen nun mit der Bitte an unsere hochverehrten Kunden und Gesammtpublikum hier und auswärts, uns ja Ihre werthen Aufträge nicht zu entziehen, denn so sehr es gewiß immer unser Bestreben war, Jedermann zur Zufriedenheit zu bedienen, wird es nun noch mehr die eifrigste Aufgabe unsers Lebens seyn, alles aufzubieten, was in unsern Kräften steht, um jede gütigen Aufträge zur Zufriedenheit auszuführen. In der Hoffnung, daß unsere Bitte Gewährung findet, danken wir auch zugleich recht herzlich für die freundliche Theilnahme die uns allenthalben Theil geworden ist, und zeichnen

Hochachtungsvoll die

Schwestern Babette und Kunigunde Satorius in der Tuchgasse am grünen Markt in Nürnberg.

Bekanntmachung

Dem Vernehmen nach wird nächsten Montag den 29. Januar Nachmittags wahrscheinlich von 3—5 Uhr dahier eine Volks-Versammlung abgehalten, um eine Eingabe an unsre Landes-Versammlung zu veranlassen, welche dieselbe zum energischen Auftreten für sofortige Publikation der Grundrechte auffordern soll. Es wäre gut, wenn die angrenzenden Landgemeinden ihren Beitritt zu dieser Eingabe erklärten und durch Deputationen bei der beabsichtigten Volksversammlung vertreten wären.

Ausverkauf in Fürth.

Da nun nachstehende überschwemmte Waaren sämmtlich von Schmutz gereinigt und gut getrocknet sind, so findet der Ausverkauf im Eckladen des Espermüllerschen Hauses in der Schwabacherstraße dahier nur noch **einige** Tage statt und werden zu äußerst billigen herabgesetzten Preisen verkauft:

Tuche in allen Farben und zwar in ordinären, mittelfeinen und ganz feinen Sorten, Buckskins, Westen, Binden, Foulards, farbige Hemden und Chemisetten, Unterhosen, Unterjacken, Linzer, Passauer Leinwand, hausgewirkte leinene Tuche, ferner Bielefelder, Schlesische und Zittauer Leinwand, weiße und farbige leinene Taschentücher, für deren Echtheit garantirt wird.

☞ Ausverkauf in Fürth, in der Schwabacherstraße im Eckladen des Espermüller'schen Hauses.

Laden-Veränderung.

Die v. Ebner'sche Buchhandlung und Leihbibliothek

befindet sich vom 26. d. Mts. an im Hause S. No. 906 am Obstmarkt, wo früher die Handlung der Herren Blank und Comp. war.

Bei dieser Gelegenheit sey es uns erlaubt, unsere Buchhandlung dem liter. Publikum zu empfehlen, mit der Bitte, uns mit Ihren schätzbaren Aufträgen, die wir stets auf das Beste und schnellste zu besorgen uns bestreben, zu beehren.

Auch haben wir unsere Leihbibliothek um mehrere hundert neuer Romane vermehrt, worüber in wenigen Tagen ein Katalog ausgegeben wird.

Versteigerung

am Mittwoch, den 31. Jan. 1849, Vormittags 10 Uhr im Hause S. Nr. 72, gegenüber der kleinen Stadtwage: 1 Char-à-banc, der ungemein leicht und angenehm sich fährt, 1 Wyski, 1 Schlitten sammt Geläute, Reitzeug, Chaisengeschirre, Strohbank, Kutschers-Kleidung und Mantel ꝛc. 1 Flügel sammt Packkiste, 1 runder Tisch mit Bildhauer-Arbeit, 2 Weinfäßchen ꝛc.

(Anzeige.) Frische Cervelat- und Trüffelleberwürste sind angekommen bei

Paul Merkel.

Regensburger Hof.

Heute Sonntag den 28. d. Mts. auf mehrseitiges Verlangen:

Produktion

von dem Blechsextett des Hrn. Sprecher und Kollegen, wozu ein verehrliches Publikum ergebenst einladet

Schmidt.

Entrée für Herren 6 kr.
" " Damen 3 kr.

MUSEUM.

Dienstag den 30. d. Mts.

Damengesellschaft

im großen Saale.

Anfang 7 Uhr.

Nürnberg, den 27. Januar 1849.

Der Vorstand.

HARMONIE.

Sonntag den 4. Februar

Grosser Maskenball.

Anfang 7 Uhr.

Die nöthigen Eintrittskarten für die verehrlichen Mitglieder und deren Angehörige werden Donnerstag den 30. Januar Abends zwischen 6—8 Uhr im Gesellschaftslokale ausgegeben, Diejenigen für wirkliche Fremde am Balltage selbst Vormittag von 10—12 Uhr.

Ohne Karten kann der Eintritt durchaus nicht gestattet werden.

Zugleich wird vorläufig bemerkt, daß der kleine Maskenball Sonntag den 18. Februar stattfindet.

Der Vorstand

Regensburger Hof.

Montag den 29. Januar „Metzelsuppe", wozu höflichst einladet

Schmidt.

Schwarzbauern-Hof.

Sonntag den 28. Januar Produktion von den steyerischen Sängern Fischer und Knauerl. Anfang 8 Uhr.

Paradies.

Sonntag den 28. Januar Harmonie-Musik. Entree a Person 3 kr. — Montag den 29. d. Stockfisch und Rehbraten. Wozu ergebenst einladet

H. B. Adam.

Rosenau.

Dienstag den 30. Januar Metzelsuppe, wozu höflichst einladet

G. Schwabe.

Rohlederers-Garten.

Sonntag den 28. Januar Tanzmusik.

Ludwig Farkel.

Zum Schlößlein in der Grasers-Gasse.

Sonntag Abend ½8 Uhr Produktion vom Kleeblatt mit ganz neuen Vorträgen, um gütigen Besuch bittet

Martin.

Militär-Veteranen-Verein.

Montag den 29. ds. Mts. ist Versammlung im Gasthaus zum grünen Stern beim weißen Thurm, wozu die Herren Kameraden recht zahlreich erscheinen möchten.

Carl Schellhorn.

Sal. Ludw. Krauß in Nürnberg

empfiehlt seine Niederlage der ächten kaiserl. königl. privilegirten

Goldberger'schen galvano-electrischen Rheumatismus-Ketten

in drei Sorten à 53 kr., fl. 1. 45 kr. und stärkste fl. 2. 38 kr. mit Gebrauchs-Anweisung.

Es gehen fortwährend die besten Zeugnisse über die Heilkraft dieser Ketten ein und habe nachstehendes neuerdings zur Veröffentlichung wieder empfangen.

Zeugniß.

Meine Mutter und ich wurden schon mehrere Jahre von rheumatischen Uebeln geplagt, konnten trotz aller angewandten Mittel nicht davon befreit werden, bis wir auf die Goldberg'schen galvano-electrischen Rheumatismus-Ketten aufmerksam gemacht wurden. Meine Mutter kaufte für uns zwei Ketten bei Herrn Kaufmann Sal. Ludwig Krauß in der Theresienstraße dahier und nach kurzem Gebrauch trat Linderung ein und bis jetzt ist fast keine Spur des Uebels mehr vorhanden. Dies bezeugen der Wahrheit gemäß und zum Wohle aller Gicht- und Rheumatismus-Leidenden.

Nürnberg, den 24. Januar 1849.

Katharina Franz und ihre Tochter
Susanna Babette Franz,
S. Nr. 1016 in der innern Laufer-Gasse.

Daß sich obiges so verhält, bezeugt der Wahrheit gemäß der Vorsteher des 15. Distrikts

Nürnberg, den 14. Januar 1849.

Empfehlung.

Frische Schellfische und holländische Süssbücklinge sind billigst zu haben bei

G. C. Prückner.
Königsstrasse L. Nro. 109.

(Eingesandt.)

Theater-Intriguen!!

Noch haben wir das Abtreten der Fräulein Reuß von unserer Bühne nicht verschmerzt, als wir schon wieder, und zwar mit Bedauern vernehmen müssen, daß ein sehr beliebtes Mitglied des Schauspiels uns in Folge einer wahrhaft kränkenden Behandlung von Seite der Direction verlassen will. — Fräulein Beil, welche wir bey jedem Auftreten mit Freude begrüßten, bat, da sie von einem durch ärztliches Zeugniß constatirtem Augenübel befallen war, sie von der bey der in voriger Woche herrschenden Witterung ihr besonders schädlichen Fahrt nach Fürth zu dispensiren, erhielt aber von der Direction eine rundweg abschlägige Antwort, die mindestens große Rücksichtslosigkeit gegen ein Mitglied bewies, dessen Leistungen stets mit großem Beyfall aufgenommen wurden. — Ja, nicht genug, es wurde sogar mit polizeilichen Zwangsmaßregeln gedroht, wenn die Kranke ihrer Pflicht nicht nachkommen wolle. — Daß ein solches Begegnen Fräulein Beil zum Begehren ihrer augenblicklichen Entlassung veranlaßte, ist natürlich leicht einzusehen, und so verliert denn die Anstalt abermals eine brave Künstlerin. Dem Publicum kann aber ein solches Verfahren gewiß nicht gleichgültig seyn! Man stellt daher an die Direction das Ansuchen: „Fräul. Beil auf's Neue wieder für unsere Bühne zu gewinnen und in Zukunft Einflüsterungen von gewisser Seite nicht mehr zu beachten, welche ein größeres Talent zur Intrigue verrathen, als für die Komik, in der man sich ohnehin schon seit langer Zeit nicht mehr recht geltend zu machen weiß. — Ebenso ersuchen wir die Direction dahin zu wirken, daß für die Folge, maliziöse Behandlungen gegen beliebte Opernmitgliedern, wie sie vergangenen Donnerstag bey Aufführung der „Zigeunerin" von Seiten des Hrn. Eubano gegen Fr. Bruckner vorfielen, und die selbst den ganz Unpartheyischen empören mußten nicht mehr stattfinden.

Die Nichtbefolgung dieses Rathes, möchte viele Abonnenten endlich doch vermögen den Theaterbesuch unter solchen Umständen aufzugeben.

Mehrere Abonnenten.

(Einladung) Nächsten Sonntag den 28. Jan. ist gutbesetzte Tanzmusik in Eibitzenhof, wozu ergebenst einladet

Ahrens.

(Anzeige.) Ich mache hiemit bekannt, daß ich Fortepianos auf das billigste reparire und auf das beste herrichte, und verspreche reelle Bedienung.

J. D. Friedrich Häring,
Lauferplatz Nro. 1388.

(Verloren.) Donnerstag Abends wurde vom neuen Spitalthor bis an die breite Gasse eine Lorgnette verloren. Der redliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen ein angemessenes Trankgeld in L. Nro. 353 der Karolinenstraße zurückzubringen.

(Verloren.) Ein Foulard-Halstüchlein wurde verloren, und wird der redliche Finder ersucht, dasselbe gegen ein Honorar in der Exped. ds. Bl. abzugeben.

(Gefunden.) Eine goldene Kapsel mit Haarlettchen wurde gefunden.

(Gesuch.) Ein Kapital von 3—5000 Gulden wird gegen 3fachen Werth auf erste sichere Hypothek sogleich zu entnehmen gesucht.

(Gesuch.) Es werden 100 fl. gegen achtfachen Werth und gute Verzinsung sogleich oder nächstes Ziel zu entnehmen gesucht unter Buchstaben K. N.

(Vermiethung.) Es kann eine schöne Wohnung von 6 Zimmern, Küche und übrigen Bequemlichkeiten von Ziel Lichtmeß bis Ziel Walburgi um sehr billigen Preiß abgelassen, von da an aber, mit dem Besitzer des Hauses eine weitere Miethe abgeschlossen werden.

(Zu vermiethen.) Im Hause L. Nro. 197 a der Kaiserstraße ist die 1. Etage nebst Stallung für 3 Pferde bis nächstes Ziel zu vermiethen.

(Zu vermiethen) In S. Nro. 20 am Hauptmarkt ist die erste Etage zu vermiethen.

(Verkauf.) Ein Anwesen mit zwei Häusern, einem Stadel und Nebengebäude, Hofraith, Gemüsegarten, nebst einem großen Baumgarten ist im Ganzen, oder getheilt ganz billig zu verkaufen; auch kann der größte Theil des Kaufschillings darauf stehen bleiben. Dasselbe würde sich wegen seiner Geräumlichkeit zu einer Fabrik oder mechanischen Werkstätte am besten eignen. Näheres S. Nr. 751.

Stadttheater in Nürnberg.

Sonntag den 28. Januar. Zum Zweitenmale. „Die Mönche" Lustspiel in 3 Akten von Tenelli.

Montag den 29. Januar. Zum Erstenmale. „Der Graf v. Monte Christo." Dramatisches Gemälde in 3 Abtheilungen nach Alexander Dumas von Carlschmidt.

Freiblatt — Münche

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 29. Januar 1849. № 29. Montag: Valerius.

Mitbürger!

Unsere Reichsversammlung hat die deutschen Grundrechte vollendet. Bis zur Feststellung dieser Rechte mußten die Anforderungen nach zeitgemäßer Umgestaltung unserer kirchlichen Verhältnisse billig ruhen. Die Zeit ist jetzt gekommen, wo auch die kirchlichen Fragen zur Sprache und Entscheidung gebracht werden sollen. Es ist ein dringendes Bedürfniß, daß das kirchliche Bekenntniß in Uebereinstimmung gebracht werde mit der helleren Ueberzeugung der Zeit; darüber ist bei Millionen kein Zweifel. Auch das aber muß eine gemeinsame Aufgabe des protestantischen Deutschlands werden. Von verschiedenen Seiten sind die Unterzeichneten bisher angegangen worden, das im März vorigen Jahres begonnene Werk nicht ruhen zu lassen; sie wollten das auch nicht, nur den rechten Zeitpunkt wollten sie erwarten. Allerdings wäre es wünschenswerth, auch jetzt noch diese Angelegenheit auf einige Monate hinauszuschieben, weil uns die politischen Fragen noch zu sehr in Anspruch nehmen: aber da die protestantische Generalsynode für Bayern trotz aller Mahnungen zum Aufschub gleichwohl auf den 28. Januar einberufen ist; so können auch wir nicht länger zögern; wir müssen unsere Ansichten und Absichten offen an den Tag legen, damit man wisse, die protestantische Kirche in Bayern bestehe nicht blos aus Altlutheranern, und wer da will, erfahren könne, die Beschlüsse im altlutherischen Sinne, welche wahrscheinlich auf dieser Synode gefaßt werden, seyen gegen die Ueberzeugung einer großen Zahl — wir dürfen wohl sagen der Mehrzahl selbstständig denkender Protestanten. Mitbürger! Es ist ein heiliges, ein großes Werk, das wir fordern heisen. Unsere Zeit bedarf dringend eine Verbesserung der veralteten religiösen Bekenntnißschriften; unsere Erkenntniß ist über die vor einigen Jahrhunderten aufgesetzten Glaubenssätze hinausgeschritten, wir können uns an viele derselben nicht mehr aus innerer Ueberzeugung anschließen und befinden uns auf diese Weise in einem traurigen Zwiespalt mit dem kirchlichen Leben. Wir gehen, um nur einige Punkte anzuführen, z. B. zum Abendmahl, wollen uns an die Wohlthaten Jesu erinnern, uns zu guten Vorsätzen stärken — gewiß das ist gut, recht und nothwendig — aber der Geistliche sagt uns vor, ist gezwungen es zu sagen: wir äßen da das wirkliche Fleisch und Blut eines menschlichen Leibes, was Vergebung der Sünden wirke — und das können wir ja nimmermehr glauben, das verleidet uns die ganze Feier! Wir geben unser Kind zur Taufe, wünschen es eingeweiht für das Christenthum, stehen tief ergriffen, voll von Wünschen für sein körperliches und geistiges Wohl vor dem Geistlichen. Dieser aber liest uns vor, wie solch ein Kind vom Mutterleibe an durch die Erbsünde ewig verdammt sey und nur durch den Glauben an das Opferblut Jesu seelig werden könne. Das können wir aber wiederum nimmermehr glauben, das stört unsere ganze Feier und Andacht. Warum wollen wir aber solche störende Verhältnisse, die der Religion selbst so nachtheilig sind, länger schweigend ertragen? Warum wollen wir nicht darauf dringen, daß die Bekenntnißschriften der Erkenntniß unserer Zeit gemäß geändert und die öffentliche Religionsübung wieder in Uebereinstimmung mit der inneren Ueberzeugung gebracht werde? Es steht ja nur bei uns, dies auszuführen! Mitbürger! Nichts könnte uns hindern, und wenn unserer auch noch so Wenige wären, einen Gottesdienst für uns herzustellen, der unserer religiösen Ueberzeugung entspricht. Diese Ueberzeugung theilen aber heut zu Tage die Protestanten im Allgemeinen; es wäre also nicht klug gehandelt, aus der Kirche etwa auszutreten und den Altlutheranern die Kirchen und Kirchengüter zu überlassen. Wir vielmehr sind heut zu Tage die Kirche, wenn auch nicht allein, doch ein ansehnlicher Theil derselben, und werden auf den unserer Zahl entsprechenden Theil der Kirchengüter, wenn es zu einer Trennung wirklich kommen sollte, so wenig verzichten, als die ersten Lutheraner, nachdem sie das alte katholische Bekenntniß verbessert hatten, die bis dahin katholischen Kirchen an die alte Confession hinausgegeben haben. Auch wollen wir diese wichtige Sache, so dringend auch das Bedürfniß einer baldigen Ausführung ist, keineswegs allein und vereinzelt, sondern im Verein mit den rationalistisch gesinnten Protestanten des ganzen deutschen Vaterlandes in's Werk setzen. Eine große protestantische Nationalsynode soll einen neuen, vernunftgemäßen Katechismus, zweckmäßigen Bibelauszug für die Jugend, ein neues Gesangbuch, eine neue Kirchenagende ausarbeiten, die bei den rationalistischen Gemeinden in ganz Deutschland eingeführt werden; sie auch soll die Verhältnisse mit dem altlutherisch gesinnten Theil der Protestanten ordnen. Das Nächste, was unsere alte protestantische Stadt in dieser Beziehung zu thun hätte, wäre, eine Eingabe in diesem Sinne an die gegenwärtige Generalsynode zu richten. Wir legen Euch eine solche Eingabe hiermit zur Unterschrift vor. Ihr Alle, die Ihr Euch längst nach der Einführung eines vernunftgemäßen Christenthums in der Kirche sehnt: der wichtige Augenblick ist jetzt da. Nehmt Euch dieser ernsten und heiligen Sache thätig an und zwar zunächst durch Sammlung von Unterschriften für die vorliegende Eingabe an die Generalsynode! *) Redet Niemanden eure Ueberzeugung ein; aber Diejenigen, von denen Ihr wißt, daß sie dieselbe theilen, ermahnet, nicht lässig zu seyn; denn es kommt darauf an, daß die Unterschriften zeigen, unsere Zahl sey kein schwaches Häuflein, das man nicht zu berücksichtigen brauche. Sendet die gedruckte Eingabe und Einzeichnungslisten auch allerwärts an Eure protestantischen Freunde in Bayern und fordert sie auf, an ihren Wohnorten Unterschriften zu sammeln und dieselbe Petition an die Generalsynode abgehen zu lassen! Die vorliegende Petition an die Generalsynode wird nur unser erster Schritt seyn; wahrscheinlich wird man uns dort ausweichend bescheiden. Dann werden wir ohne fernere Rücksicht auf die protestantischen Kirchenbehörden uns mit Norddeutschland selbstständig in Verbindung setzen.

Nürnberg, den 28. Januar 1849.

G. J. Platner. Dr. Ghillany.

---

*) Einzeichnungslisten, Exemplare dieser Ansprache und der Eingabe an die Generalsynode sind in der Tümmel'schen Buchdruckerei zu haben. Daselbst sind auch noch Exemplare jenes im März erschienenen Bogens, welcher die Unterscheidungslehren der altlutherischen Orthodoxie und des Rationalismus enthält, zu bekommen. Auch können die Einzeichnungen sogleich in der Tümmel'schen Offizin Statt finden.

Hochwürdige Generalsynode!

Es bedarf keines näheren Erweises, daß sich seit mehreren Jahrzehenten das Bedürfniß unter den Protestanten immer dringender kund gegeben habe, die Glaubenssymbole des Mittelalters den Anforderungen unserer Zeit gemäß zu verbessern. Von den Regierungen allerdings, und ganz besonders auch von der unseres engeren Vaterlandes, wurden bisher alle Bestrebungen nach Möglichkeit unterdrückt, welche darauf hinarbeiteten, daß diesen Anforderungen endlich Genüge geschehe; der neueste Umschwung der Dinge in Deutschland aber hat alle bisherigen Hemmnisse beseitigt und wir säumen daher nicht, von dem Wunsche beseelt, daß die protestantische Kirche, wenn immer möglich, nicht in Parteien auseinander falle, Einer hochwürdigen Generalsynode Folgendes ehrerbietig vorzutragen.

Das Recht, ein Glaubensbekenntniß zu verbessern, können nicht blos Luther und seine Zeitgenossen gehabt haben. Allerdings wird sich nicht jedes Jahrzehent beikommen lassen, reformiren zu wollen; aber wenn drei Jahrhunderte vorübergegangen sind, in denen die Welt so ausserordentliche Fortschritte in allen Gegenständen des Wissens gemacht hat, dann ist es wohl nicht mehr zu frühe, die Resultate der wissenschaftlichen Forschungen auch auf das kirchliche Gebiet überzuführen; ja, eine solche Verbesserung wird dringend nothwendig im Interesse der Religion selbst, die an Würde und Kraft mehr und mehr verliert, je größer bei der wachsenden Bildung der Widerspruch wird, in welchen veraltete Glaubenssätze mit der inneren Ueberzeugung der Zeitgenossen gerathen.

Die reine Lehre Jesu ist schon in den frühesten Zeiten unter den Händen der Heidenchristen verunstaltet worden, indem diese, dem Wesen ihrer früheren Religion gemäß, anstatt sich an die eigenen Aussprüche des Stifters unserer Religion von Gott und christlicher Tugend zu halten, alsobald die bei der Gründung des Christenthums auftretenden Persönlichkeiten zum Hauptgegenstand der neuen Religion machten. Jesus wurde nach und nach völlig zu Gott erhoben, obgleich er in den Evangelien nirgends göttliche Verehrung verlangt. Ja der ewige Gott selbst mußte vor diesem jüdischen Weisen in den Hintergrund treten; man beugt bis heute in den protestantischen Kirchen das Haupt vor dem Namen Jesu, aber nicht vor dem Namen Gottes; Jesus ist das A und O aller Predigten und Reden; der allmächtige Gott erhält weit weniger verehrende Berücksichtigung und Anbetung, als dieser, wenn auch höchst verehrungswürdige, doch immerhin nur menschliche Stifter des Christenthums. Auch seiner Mutter wurde beinahe göttliche Verehrung erwiesen; man hat selbst für ihre weiblichen Umstände Kirchenfeste errichtet; die Apostel aber und ersten Bekenner wurden Heilige, Mittelwesen zwischen Gott und Menschen. Nicht das fromme Handeln, auf welches Jesus aller Orten dringt, sondern der Glaube an die Göttlichkeit seiner Person, an die wirkende Kraft seines vergossenen Blutes, seines blutigen Opfertodes, ein Genießen des geopferten Leibes und Blutes sollte Gnade bei Gott verschaffen und die Stelle der Tugend ersetzen. Gott selbst, der Allgütige, soll alle Menschen ewig unschuldig verdammen, weil die ersten Stammältern einen Apfel gegen sein Gebot gegessen hätten; er, der Gerechte, soll seinen einzigen, unschuldigen Sohn hinrichten lassen, damit die Sünder von seinem geopferten Fleisch und Blut genießen und sich auf diese Weise von Sünden reinigen könnten! — Ist das nicht grobes Heidenthum? — Luther hat diesen groben Aberglauben nur zum Theil beseitigt, indem er den Maria- und Heiligendienst und das Meßopfer abschaffte; auf der anderen Seite stellte er, befangen in den Grundsätzen seines Augustinermönchsordens, den Satz, »daß nur das Opferblut Jesu seelig machen könne,« noch entschiedener hin, als selbst die katholische Kirche, da er dem Menschen alle und jede natürliche Fähigkeit zum Guten absprach. Es ist hier der Ort nicht, auf eine weitere Auseinandersetzung dieser Punkte einzugehen, welche die Wissenschaft seit einigen Jahrhunderten gründlich und ausführlich erörtert hat.*) Genug, die religiöse Ueberzeugung, wie sie in den Glaubensschriften der lutherischen Kirche niedergelegt ist, stimmt in vielen Punkten nicht mehr mit dem jetzigen Zeitbewußtseyn.

Unsere Zeit verlangt, daß die Vergötterung der Person Jesu, sowie die Annahme eines bösen Geistes, des Satans, und eines von den Stammältern heraufgeerbten Fluches der Menschheit beseitigt und das Christenthum auf sein eigentliches Wesen, auf die Verehrung eines Gottes und die Uebung christlicher Tugend zurückgeführt werde.

Im Geiste unserer Zeit erkennen wir, die Unterzeichneten, als ewig dauernde Grundwahrheiten des Christenthums und als das eigentliche Wesen desselben:

1) die Lehre von der Existenz eines vollkommenen geistigen Gottes;

2) die Liebe zu Gott und dem Nächsten als höchstes Gebot,

3) die Verpflichtung, nach möglichster Vollkommenheit zu streben und Gott nur im Geiste und in der Wahrheit anzubeten, und

4) die Hoffnung auf ein ewiges Leben.

Wir begnügen uns nicht länger damit, diese Ueberzeugung blos als Einzelne zu theilen, sondern verlangen sie fortan kirchlich vertreten, um endlich an dem Gottesdienst wieder mit innerer Freudigkeit Theil nehmen zu können und unsere Gewissen nicht ferner zu beschweren, indem wir unsere Kinder einem Religionsunterricht überliefern, der sich in seinen Hauptlehren auf einen vor der besseren Erkenntniß unserer Zeit nicht mehr zu rechtfertigenden Aberglauben stützt.

*) Diejenigen, welche einige weitere Nachweise in dieser Beziehung wünschen, verweisen wir auf die Schrift: Leonegg, Glaubensbekenntniß der denkenden Christen dieser Zeit. Leipzig bei Brandstetter 1847. (Preis: 24 Kreuzer.)

Es ist in der That auch eine ernste und heilige Gewissenssache, daß wir durch unser Beispiel unsere Mitmenschen offen belehren, wie sie, anstatt an Gott, an einen, wenn auch immerhin sehr verehrungswürdigen Menschen hingewiesen werden, der ihnen das nimmermehr gewähren kann, was sie von ihm, als von einem Gotte, erwarten.

Da die von uns hier ausgesprochene Ueberzeugung zugleich diejenige der Mehrzahl aller selbstständig denkenden Protestanten in Deutschland ist, da wir in dieser allgemeinen protestantischen Angelegenheit nicht in und für Bayern allein handeln wollen, da es im Gegentheil wünschenswerth ist, daß ein allgemeines verbessertes Bekenntniß der deutschen Protestanten zu Stande komme: so stellen wir an Eine hochwürdige Generalsynode die ehrerbietige Bitte, dieselbe wolle die Einleitung treffen, daß

eine reformirende Nationalsynode der deutschen Protestanten in kürzester Zeit sich versammle,

welche

1) Die mit der Erkenntniß und Bildung unserer Zeit unverträglichen Lehren von der Gottheit des Stifters unserer Religion, von einem bösen Gott, dem Teufel, von der Erbsünde und völligen Unfähigkeit des Menschen zum Guten, von der ewigen Verdammniß aller Menschen und alleinigen Rettung durch den Glauben an das versöhnende Opferblut Christi, von der Auferstehung des Fleisches, — aus dem protestantischen Bekenntnisse beseitigt und demselben überhaupt eine bessere Fassung gibt, so daß dasselbe nicht mehr blos auf ein Abwehren römisch-katholischer Lehrsätze hinausgeht;

welche

2) in diesem Sinne neue kirchliche Bücher, (eine neue Kirchenagende, einen neuen Katechismus, ein neues Gesangbuch) ausarbeitet, die für die gleichgesinnten Protestanten in ganz Deutschland Geltung haben sollen. Dieselbe Synode soll auch durch eine Commission für die Jugend einen Auszug aus der Bibel bearbeiten lassen, in welchem die vielen für das jüngere Alter unpassenden und nachtheiligen Stellen beseitigt sind.

Es wird uns allerdings entgegnet werden, daß sich vor solchen Abänderungen die Partei der sogenannten Altgläubigen, die gerade in jenen Lehrsätzen, welche wir beseitigt wissen wollen, das Wesen der Christenthums finden, entschieden verwahren werde. Wir erkennen allerdings ihre Berechtigung an, auch ihrerseits ihre religiöse Ueberzeugung kirchlich vertreten zu wissen: auf der anderen Seite aber wollen auch wir die kirchliche Vertretung unseres Glaubens nicht länger entbehren, um so weniger, da unsere Partei, wenn man von dem Landvolke absieht, dem bisher die Mittel nicht gegeben waren, sich in dieser Beziehung aufzuklären, gewiß die bei weitem zahlreichere ist, und von der immer mehr sich verbreitenden Bildung bei der jetzigen Freiheit der Schrift und des Bekenntnisses zuversichtlich erwartet werden kann, daß das sogenannte alte Lutherthum in wenigen Jahrzehnten zu einer völlig unbedeutenden Secte herabgesunken seyn werde. Sache der zu berufenden Nationalsynode wäre es daher, in dieser Beziehung einen beide Parteien zufriedenstellenden Ausweg zu finden, der darin bestehen müßte, daß entweder 1) die kirchlichen Bücher (wie Gesangbücher und Agenden) Lieder und Formulare für beide Richtungen böten, (was freilich für den Katechismus kaum anwendbar wäre) und die Gemeinden sodann, je nach ihrer Ueberzeugung, entweder rationalistische oder orthodoxe Geistliche beriefen, oder 2) daß beide Richtungen sich förmlich trennten und die Kirchen und Kirchengüter interimistisch theilten, so nämlich, daß je nach einem zu bestimmenden Cyklus von Jahren, gemäß des Zuwachses oder der Abnahme der Mitglieder der einen Partei, eine neue Theilung vorgenommen werden müßte.

Schlüßlich verhehlen wir nicht, daß wir nur eine sehr geringe Hoffnung hegen, Eine hochwürdige Generalsynode werde sich geneigt finden, unserer vorgetragenen Bitte zu entsprechen. Es ist in Bayern seit einigen Jahrzehnten von den kirchlichen Oberbehörden mit allen Kräften gegen den Rationalismus und für die Aufrechthaltung des alten Stabilitätsglaubens gewirkt worden. Diese Thätigkeit hat ihre Wirkung auf die Geistlichkeit auch nicht verfehlt; sie zählt leider nur noch sehr wenige Bekenner des Rationalismus in ihren Reihen. Die Generalsynoden selbst sind bisher nur immer darauf ausgegangen, den alten Symbolglauben zu wahren, ohne die immer entschiedener auftretenden Anforderungen unserer Zeit auch nur im geringsten zu berücksichtigen. Es war, als wären das protestantische Oberconsistorium und die ihm ergebenen Geistlichen die alleinigen Herren der protestantischen Kirche, welche die Stimmung und die Wünsche der Gemeinden nicht nur ganz und gar nicht zu beachten Ursache hätten, sondern ungestört den Anforderungen unserer Zeit entgegenstreben könnten, bis sie endlich, von den Gemeinden selbst verlassen, völlig allein daständen. Nach solchen Erfahrungen kann allerdings unsere Hoffnung nur sehr gering seyn, daß die gegenwärtige Generalsynode unserem Antrag Folge geben und uns nicht vielmehr mit der Erklärung bescheiden werde, wir stünden mit unserer religiösen Ueberzeugung außerhalb der lutherischen Kirche und möchten daher ausscheiden, um eine Kirche unseres Glaubens zu bilden. Wir waren aber gleichwohl der Meinung, um den Weg der Ordnung einzuhalten, unseren Antrag zunächst an die Generalsynode stellen zu müssen; wird er von dieser zurückgewiesen, so werden wir ihn sodann selbst zur Ausführung bringen und alsobald Verhandlungen mit dem protestantischen Norden behufs der Veranstaltung einer großen Nationalsynode anknüpfen. Denn die protestantische Kirche kann nicht für ewige Zeiten an die Ansichten einiger Männer des sechzehnten Jahrhunderts gebunden werden; eben so wenig können aber auch die bayerischen Geistlichen entscheiden, was protestantisch sey und wer aus der protestantischen Kirche auszutreten habe, oder nicht. Dies ist Sache des ganzen protestantischen Theils der deutschen Nation. Käme es nun aber wirklich zu einer Trennung, so würden wir nur ausscheiden mit denselben Rechten, mit welchen die ersten Protestanten die katholische Kirche verlassen haben, nämlich mit einem entsprechenden Theil der Kirchengüter.

In Ehrerbietung verharren:

(Folgen die Unterschriften.)

Deutschland.

Bayern. †* (München, 27. Jan.) Die Wahl des 4. Ausschusses (Staatsschuldentilgung) ergab folgendes Resultat (133 Votanten): Tröger mit 69 St., Stöcker mit 69 St., Greiner mit 68 St., Heintz mit 68 St., Kleindienst mit 67 St., Schäfer mit 67 St., Rock mit 67 St. Im 5. Aussch. (Beschwerden ɛc.) wurden gewählt (126 Votanten): Waibel mit 68 St., Rubner mit 68 St., Mair (von Roßhaupten) mit 67 St., Gummi mit 67 St., Heintz mit 67 St., Eckardt mit 66 St., Nabel mit 66 Stimmen. Sämmtliche Wahlen sind also wieder im Sinne der Linken ausgefallen. Es ist fast gewiß, daß Dr. Morgenstern in die Kammer tritt. In der Kammer hat sich bei den Wahlen ein fast dem seinigen gleicher Fall ergeben, der allein schon genügen würde, seine Angelegenheit günstig zu entscheiden.

(München, 27. Jan.) Auf die bei dem Appellationsgerichte der Oberpfalz und von Regensburg in Erledigung gekommene zweite Direktorsstelle wurde der Oberappellationsgerichtsrath G. Wehner befördert. Der bisherige Regierungssekretär K. Dubois zu Ansbach wurde zum Assessor der Regierung von Mittelfranken K. d. J. unter Enthebung von der Stelle eines Oberkommissärs der Polizei-Direktion München befördert, und der Regierungsaccessist L. Tils von Amorbach an dessen Stelle ernannt. (N. M. Z.)

△ (Nürnberg, den 27 Januar.) Heute ist von dem hiesigen Bürgerverein für Freiheit und Ordnung folgende Adresse an die Kammer abgegangen: „Hohe Kammer! mit dem größten Befremden vermißt das Land in der Thronrede jede Beziehung auf die deutsche Reichsversammlung und die deutschen Grundrechte. Selbst der deutschen Einheit wird nur in unbestimmten Ausdrücken Erwähnung gethan. Die deutsche Einheit ist der höchste Wunsch der Deutschen; die deutschen Grundrechte haben sie bereits von der Reichsversammlung erhalten und in Besitz genommen; sie bedürfen der Bestätigung der einzelnen Kammern nicht mehr; denn Bayern und alle übrigen Staaten hatten ja bereits ihre Deputirten zur Reichskammer gestellt. Was sollte aus unserer Einheit werden, wenn die Beschlüsse der Reichsversammlung erst immer der Genehmigung der einzelnen Kammern unterstellt werden müßten? Der unterzeichnete Verein richtet an eine hohe Kammer die dringende Aufforderung, vor dem Beginne jeder anderen Verhandlung die öffentliche Erklärung abzugeben: »Die deutschen Grundrechte, aus dem Beschluß der Reichsversammlung hervorgegangen, bedürfen der Sanktion der bayerischen Kammer nicht und die bayerische Verfassung sey nach denselben abzuändern.“ Durch diese Erklärung werden auch die Verhandlungen über mehrere der vorgelegten Gesetzentwürfe abgekürzt und zum Theil unnöthig werden.

Baden. (Freiburg, 24. Jan.) Die Untersuchungen gegen die politischen Verbrecher sind nunmehr beinahe überall beendet. Die Vorbereitungen zu den gerichtlichen Verhandlungen werden nach Kräften gefördert, und dürften die letztern wohl um die Mitte Februars eröffnet werden. Der Rekurs, den Struve gegen seine Versetzung in Anklagestand ergriffen hatte, ist vor einigen Tagen verworfen worden. (Schwäb. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 26. Januar.) Die verfassunggebende Reichsversammlung hat gestern die Berathung und Abstimmung über die Befugnisse des Reichsoberhauptes beendigt; vielleicht geschieht ein Gleiches schon heute mit dem Abschnitte über den vom Ausschusse vorgeschlagenen Reichsrath. (Ist geschehen.) Für die nächste Woche bleiben dann die Abschnitte von der Gewähr der Verfassung und von dem Reichswahlgesetze übrig, deren Berathung, wie wir hören, im Verfassungsausschusse vollendet ist. Bei dem eingehaltenen erfreulich raschen Gange der Verhandlung ist es wahrscheinlich, daß beide Gegenstände nächste Woche auch zu ihrer Erledigung gelangen. Dann, — also schon in etwa 10 Tagen — stehen wir an der zweiten Lesung der Verfassung, d. h. an der Vollendung derselben. Dann gilt der Trost nicht mehr: man werde ja bis zur zweiten Lesung sehen, wie sich die Dinge gestalten, ob Oesterreich wolle oder nicht, u. dgl.; dann muß jeder in- und außerhalb der Paulskirche mit sich im Reinen seyn, das Kabinet zu Olmütz, wie die Kabinete zu München, Dresden und Hannover. Die Nationalversammlung hat wahrlich zu Erwägungen und Entschließungen Zeit genug gelassen, und ist nicht Schuld, wenn sie in ihrer letzten verhängnißvollen Woche, einzig und allein auf ihre eigene Ansicht bauend, die Endentscheidung gibt, die darum, weil sie die einzige, auch die endgiltige seyn wird. Dies hat wohl der Bevollmächtigte für Oesterreich auch sofort eingesehen, denn wie wir hören, hat er gestern Abend Hrn. v. Wurth nach Olmütz gesandt, um nun endlich eine schleunige und bestimmte Erklärung dort auf Grund einer ausführlichen und umfassenden Zuschrift des Reichsministeriums einzuholen, welche dieses vor wenigen Tagen an ihn gerichtet. Es fragt sich nur, ob zu einer so wichtigen Sendung gerade ein Mann geeignet ist, dem, wie Hr. v. Würth auf der Rednerbühne gezeigt, die leidenschaftlose Gemessenheit bei Behandlung großer Fragen abgeht. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, 25. Januar.) Das heute ausgegebene 10. Stück des „Reichsgesetzblattes“ veröffentlicht folgendes »Gesetz«, betreffend die Schließung der öffentlichen Spielbanken und Aufhebung der Spielpachtverträge. Der Reichsverweser, in Ausführung des Beschlusses der Reichsversammlung vom 8. Januar 1849, verkündet als Gesetz: Einziger Artikel. Alle öffentlichen Spielbanken sind vom 1. Mai 1849 an in ganz Deutschland geschlossen, und die Spielpachtverträge aufgehoben. Frankfurt, den 20. Jan. 1849. Der Reichsverweser Erzherzog Johann. Der Reichsminister des Innern Hr. v. Gagern. Der Reichsminister der Justiz R. Mohl. (Frkf. O.-P.-Z.)

⇔ (Frankfurt, den 26. Januar) [159. Sitzung der konstituirenden Reichversammlung. Vorsitzender Simson.] Abg. Haupt aus Weimar und Abg. Hontges aus Heilbronn treten aus; Abg. Lammers aus Erlangen meldet sich, findet aber eine Beanstandung. Man will erst eine Erklärung des Abgeordneten Stöcker aus Langenfeld, den Lammers ersetzen soll, abwarten. Bei der Fortsetzung der Berathung über den Verfassungsentwurf „der Reichsrath“ nimmt zuerst das Wort Schütz aus Mainz gegen den Reichsrath, weil durch dieses Institut die Demokratie beeinträchtigt werde, wodurch diese den steten Kampf mit dem monarchischen Prinzip zu unterhalten gezwungen sey, bis sie siege. Jahn aus Freiburg a. d. U. Der Redner fragt u. A. wie man den Zopf, der an Deutschland hänge und schon oft ausgekämmt worden sey, aber immer fortwachse wie ein Weichselzopf, abschneiden könne? Er stimmt nach vielen Vergleichen und Anführungen für den Reichsrath.

Buß aus Freiburg; Wenn das Staatenhaus bei der zweiten Lesung einige Abänderungen erleidet, so wird der Reichsrath unnöthig seyn. Nicht blos zum Zweck der Gesetzgebung, sondern noch mehr für Maßregeln der Vollziehung, wird aber mehr und genauere Kenntniß der Einzelverhältnisse nöthig seyn, als von einem Staatenhause zu erwarten, wie Sie es vor der Hand zusammengesetzt haben. Errichten Sie einen festen Dom der Verfassung, allein lassen Sie auch die Luftlöcher daran offen, durch die der Wille des Volkes Eingang finden kann.

Welcker für den Reichsrath, der für die Bildung eines gesunden, organischen Bundesstaates, wenn auch nicht unbedingt nothwendig, doch ein nützliches Glied sey. Ein Antrag „die Nat.-Vers. wolle beschließen, das von der Mehrheit des Verfassungsausschusses vorgeschlagene Institut eines Reichsrathes in das Verfassungswerk nicht aufzunehmen,“ wurde in namentlicher Abstimmung mit 214 gegen 200 Stimmen verworfen. Dazu folgt die Erklärung, daß Mehrere nur für den Reichsrath gestimmt haben, damit in der Voraussetzung die Erblichkeit des Kaisers bei der zweiten Lesung des Entwurfes zum Beschluß erhoben werde.

Die Abstimmung über die einzelnen Paragraphen erzielt Folgendes: Angenommen wird die erste Bestimmung des §. 1: „Der Reichsrath besteht aus Bevollmächtigten der deutschen Staaten.« Verworfen wird dagegen der fernere Vorschlag sowohl der Ausschußmehrheit, als der Ausschußminderheit, worauf der nachstehende Antrag zur Abstimmung kommt: »Preussen, Oesterreich, Bayern, Sachsen, Hannover, Würtemberg und Baden ernennen dazu je ein Mitglied. Das achte die drei Hessen. Das neunte Nassau, Luxemburg, Limburg und Braunschweig. Das zehnte Schleswig-Holstein, Lauenburg, beide Mecklenburg und Oldenburg. Das eilfte die thüringischen Fürstenthümer, Anhalt, die beiden Lippe, Waldeck, (Hohenzollern, Lichtenstein). Das zwölfte die vier freien Städte.« Der dritte Absatz von §. 1 dagegen: »Die Ernennung der Mitglieder des Reichsraths geschieht durch die Regierungen der betreffenden Staaten und Staatsverbände—« wird angenommen. Desgleichen: §. 2. Der Reichsrath bildet ein begutachtendes Kollegium. Derselbe tritt am Sitze der Reichsregierung zusammen. Den Vorsitz im Reichsrathe führt der Bevollmächtigte des größten deutschen Staates, dessen Regent nicht das Oberhaupt ist. §. 3. Die Beschlüsse des Reichsrathes werden durch Stimmenmehrheit gefaßt.

§. 4. Die Reichsminister sind berechtigt, den Sitzungen des Reichsrathes beizuwohnen oder sich in denselben durch Kommissarien vertreten zu lassen. §. 5. Dem Reichsrathe sind die Gesetzentwürfe, welche die Reichsregierung bei dem Reichstage einbringen will, zur Begutachtung vorzulegen. Der Reichsrath hat sein Gutachten binnen einer jedesmal von der Reichsregierung zu bestimmenden Frist zu erstatten. Wird diese Frist nicht eingehalten, so ist die Reichsregierung hierdurch an dem Einbringen des Gesetzentwurfs bei dem Reichstage nicht behindert. §. 6. „Die Reichsregierung ist befugt, in allen Fällen, in welchen es ihr angemessen erscheint, das Gutachten des Reichsrathes einzuziehen.« Hiemit ist die Berathung über den Abschnitt vom »Reichsrathe« beschlossen. Zum Schluß zeigte sich die Versammlung einmal wieder recht zaghaft, indem sie einem Antrag, die Nationalversammlung möge die Aufhebung der gegen Herrn Temme verhängten Haft verfügen, kein Gehör gab, sondern dem Rathe des Justizministers folgte, der dahin gieng, die Versammlung solle sich damit begnügen, die beschleunigte Vorlage der Wahlakten zu beantragen. Nächste Sitzung Montag den 29. Januar.

(Frankfurt, den 24. Januar.) Der Abg. Vogt hatte noch am Schlusse der gestrigen Sitzung der Reichsversammlung (zum Spott) darauf aufmerksam gemacht, daß, nachdem die Erblichkeit der Kaiserwürde und die Wahl auf eine bestimmte Zeit abgelehnt sey, der Kaiser nun wohl auf Kündigung angenommen sey. (Schw. M.)

(Bremen, den 24. Januar.) Die Publikation der Grundrechte ist nun auch für unsern Freistaat erfolgt. Den wöchentlichen Nachrichten ist außer dem Abdruck der Nr. 8. des Reichsgesetzblattes folgende „obrigkeitliche Bekanntmachung“ beigegeben: „In Bezug auf das heute hieselbst aus der Regierungskanzlei bekannt gemachte VIII. Stück des Reichsgesetzblattes, enthaltend die von der Reichsversammlung beschlossenen und von der provisorischen Centralgewalt Deutschlands am 28. Dezember v. J. publicirten „Grundrechte des deutschen Volkes«, findet der Senat sich veranlaßt, auf das zugleich mit veröffentlichte Einführungsgesetz, wonach die in den Grundrechten ausgesprochenen Prinzipien vor ihrer Verwirklichung zum Theil noch erst durch Reichsgesetze oder durch die Gesetze der Einzelstaaten näher bestimmt werden sollen, ausdrücklich hinzuweisen und somit darauf aufmerksam zu machen, daß die gesetzlichen Bestimmungen, welche zur Verwirklichung des einen oder andern der zum großen Theil schon mit dem im bremischen Freistaat Bestehenden oder Anerkannten übereinstimmenden Grundrechte noch erforderlich seyn möchten, vorbehalten bleiben. Beschlossen Bremen in der Versammlung des Senats den 22. und bekannt gemacht den 24. Januar 1849. (Fr. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Wien, 20. Jan.) Die Sieges-Bulletins vom Hrn. Windischgrätz sind abermals verstummt. Statt ihrer füttert der glorreiche Feldherr das schwarzgelbe Publikum von Wien in seinem offiziellen Standrecht-Blatt mit Steckbriefen, die wo möglich noch lächerlicher sind als seine Sieges-Bulletins. Lassen wir übrigens solche Persönlichkeiten bei Seite, um statt ihrer einige berichtigende Aufklärungen über die Lage der Dinge in Ungarn und besonders über die vielfach mißverstandenen militärischen Operationen mitzutheilen. Bekanntlich geben sich alle Standrechtblätter die verzweifelte Mühe, zu beweisen, nicht allein, daß die Ungarn völlig besiegt seien, sondern, daß sie sich schmählich feig benommen haben, um dadurch vor allen den Wienern begreiflich zu machen, wie dumm sie waren, sich im Oktober für Ungarn zu erheben. Leider finden diese Ansichten über den militärischen Charakter und die militärischen Operationen der Ungarn in den übrigen deutschen Blättern vielfachen Glauben und es erhebt sich fast keine Stimme zur Vertheidigung derselben und zur wirklichen wahrheitsgetreuen Darstellung der Sachlage. — Alle, welche die Verhältnisse an Ort und Stelle bis in den letzten Tagen mit angesehen, wie wir, hegen deshalb die entschiedene Hoffnung, daß der Kampf Ungarns gegen Oesterreich nicht allein für die Freiheit Ungarns, sondern auch für die europäische Freiheit ein günstiges Endresultat haben muß. (A. O.-Z.)

Preussen. †‡ (Berlin, 25. Januar.) Gestern fanden bereits Parteiversammlungen der aus den Wahlen vom 22. hervorgegangenen Wahlmänner statt. Die der conservativen Partei angehörigen Mitglieder scheinen so lange als möglich ein gemeinsames Berathen mit den Männern der Gegenpartei vermeiden zu wollen. Ihre Thätigkeit wird jedenfalls eine mehr organische und einheitliche seyn. In

der Oppositionspartei geben sich mannigfache Verworrenheiten und Unklarheiten kund, die einer gehörigen Organisation hinderlich werden und die Kräfte zersplittern dürften. Diese Partei ist nur in dem einen Punkte einig: Waldeck zu wählen. Für Jakoby und Temme ist eine solche Einheit schon nicht vorhanden. Die im Verhältniß zu den Maiwahlen dießmal ungleich größere Zahl von Handwerkern und Gesellen unter den Wahlmännern besteht darauf, „Männer des Faches“ namentlich solche, welche Innungszwang und dergleichen vermeintliche Schutzmaaßregeln“ durchzusetzen verheißen, in die zweite Kammer zu bringen. Ein Theil der Wahlmänner dieses Staates, die intelligenten, wie Eichel, der Vorsteher des Büchsenmachervereins, Pinzger, der Vorsteher der Maschinenbauer, Michaelis, Lüchow, die Führer der sehr zahlreich vertretenen Schneider, sind von socialistischen Gedanken und Forderungen nicht ganz frei, und wollen die Wahlen nach einer Seite hin geleitet wissen, auf welcher eine Realisirung dieser in Aussicht steht. —

(Breslau, den 20. Januar.) Heute ist hier folgendes Plakat an den Straßenecken zu lesen: „Preis-Courant.“ Es ist uns zu Ohren gekommen, daß viele der unbemittelten Urwähler für ihre den Freunden für ungesetzliche Ordnung geleisteten Unterschriften zu gering bezahlt und dadurch übervortheilt werden. Im Interesse des öffentlichen und heimlichen Verkehrs, welcher durch ein ferneres Herabdrücken der Preise empfindlich leiden würde, halten wir es demnach für angemessen, ein für allemal folgenden Preis-Courant Käufern und Verkäufern zur Nachachtung zu veröffentlichen. Stimmen für: 1) demokratische Wahlmänner kosten nichts, auch werden auf der Börse keine Geschäfte mit ihnen gemacht; 2) für konstitutionelle Wahlmänner, schwarz-roth-gold gefärbt, à Stück 1 Thaler 5 Sgr.; 3) für konstitutionelle Wahlmänner, schwarz-roth-gold und schwarz-weiß gesprenkelt, à Stück 1 Thlr. 20 Sgr.; 4) für konstitutionelle Wahlmänner, schwarz und weiß gescheckt, à Stück 2 Thlr. 5) für konstitutionelle Wahlmänner von reinstem reaktionärem Wasser, à Stück 5 Rthlr. Gold. Indem wir alle Urwähler, welche in den genannten Artikeln Geschäfte machen, auf diese Preise verweisen, bemerken wir noch ausdrücklich, daß der Handel in den letzten beiden Nummern am lebhaftesten geht und wahrscheinlich zum 21. d. M. seinen Höhepunkt erreichen dürfte. — Käufern, wenn sie auch bedeutende Partien auf einmal übernehmen, kann wegen der lebhaften Nachfrage kein Rabatt bewilligt werden. Breslau, den 20. Januar 1849. Das allerkonstitutionellste Wahlkomité. (N. Rh. Z.)

Sachsen. (Dresden, 24. Januar.) [5. öffentliche Sitzung der II. Kammer.] Auf die Interpellation Tzschirner's wegen des Rechenschaftsberichtes über die Tödtung Blum's antwortet Staatsminister v. d. Pfordten: der Bericht sey am 21. Nov. erstattet und am 24. Nov. hier eingegangen. Der Gesandte habe seiner ihm obliegenden Pflicht der Fürsorge für den gefährdeten sächsischen Staatsbürger allerdings nicht vollkommen genügt; daß jedoch in seinem Verhalten kein Grund zur Einleitung einer kriminellen Untersuchung wider ihn zu finden sey, habe das Ministerium aus dem Berichte ersehen und dies auch dem Gesandten eröffnet. Was die sonstigen Schritte der Regierung anlange, so sey der Bevollmächtigte in Frankfurt beauftragt worden, beim Reichsministerio eine sorgfältige Erörterung des Zusammenhanges der ganzen Angelegenheit und für das verletzte Volksgefühl völlige Genugthuung zu verlangen. Es seyen darauf auch die ans Reichsministerium eingegangenen Akten hierher abschriftlich gesendet worden. Die Auslieferung der Prozeßakten von Wien selbst ist nicht gelungen, auch die des Leichnams ist wiederholt jedoch vergeblich versucht worden. Das Ministerium habe die Ueberzeugung und die Kammern würden sie auch hoffentlich bekommen, daß die Ursache der erfolglosen Bemühungen in dem jetzt noch nicht zu lösenden Konflikte politischer Standpunkte zu finden sey. — Tzschirner: es muß noch erörtert werden, ob nicht der Gesandte wenigstens von seinem Posten abberufen zu werden verdient hätte. Auch hinsichtlich eines Protestes gegen das Reichsministerii sey es zweckmäßig, eine außerordentliche Deputation von 7 Mitgliedern zur Untersuchung der ganzen Angelegenheit zu ernennen. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Abgeordneter Blöde motivirt seinen Antrag auf schleunige Abberufung der sächsischen Gesandten im Auslande und an deutschen Höfen. Die Gründe für den Antrag seyen bereits am letzten außerordentlichen Landtage erörtert worden. Theils aus finanziellen, theils aus politischen Gründen sey das Gesandtschaftswesen von Ueberfluß; es koste mit dem Ministerium des Auswärtigen jährlich über 100,000 Thlr. Eine Hauptaufgabe des Landtages sey aber Ermäßigung der Lasten für die Steuerpflichtigen. Auch vom politischen Standpunkte aus seyen die Gesandtschaften für Sachsen ganz überflüssig; das Volk betrachte sie als Sinecuren für vornehme Adelige, als Reisestipendien u. s. w. Als Organe der Angelegenheiten der Höfe unter sich müssen sie von diesen, nicht vom Volke bezahlt werden. Lincke unterstützt den Antrag und verweist auf die eclatanten Beweise der Unwirksamkeit der Gesandten, namentlich deutscher Staaten. — Herz will nicht leugnen, daß Bedenken Seiten der Staatsregierungen gegen die Aufhebung der Gesandtschaften obwalten, aber Seiten des Volkes gebe es deren keine. Während man im Auslande die sächsischen Gesandten nicht achtet, kommt man den auswärtigen Gesandten in Sachsen mit der größten Zuvorkommenheit entgegen. — Vicepräsident Schaffrath beantragt, den Blöde'schen Antrag einer Deputation zu überweisen und zwar der Finanzdeputation, die nach Finck's Erklärung hierüber einen besondern Bericht erstatten werde. — Staatsminister v. d. Pfordten empfiehlt diesen Antrag als höchst zweckmäßig anzunehmen, und macht im Voraus darauf aufmerksam, daß eine Ersparniß von 40,000 Thalern im Budget für die Gesandtschaften eingetreten sey. (Leipz. Z.)

(Eisenach, den 21. Januar.) Die Landtagswahlen für das Großherzogthum Sachsen sind am 18. Januar erfolgt. Die demokratische Partei ist im entschiedenen Vortheil geblieben. (D. A. Z.)

Würtemberg. (Stuttgart.) [Grundrechte.] Der §. 3. des Art. 1 der deutschen Grundrechte hat bei vielen Gewerbtreibenden große Beunruhigung und Besorgniß erregt. Es wird daher nicht unpassend seyn, auf den zweiten Absatz des gedachten Paragraphen und auf Art. 1, 2 und Art. 6 des Einführungsgesetzes hinzuweisen, wornach die Bedingungen für den Gewerbbetrieb durch eine Gewerbeordnung für ganz Deutschland von der Reichsgewalt erst noch festzusetzen sind und bis zur Verkündigung dieses Gesetzes es in Beziehung auf den Gewerbetrieb bei den bestehenden Gesetzen sein Verbleiben hat. Es können daher vorerst Gewerbe, welche bis jetzt von einer Konzession der Regierung abhängig waren, ohne eine solche nicht errichtet werden. Wir fügen dem vorstehenden Artikel noch bei, daß, sicherem Vernehmen nach, unsere Regierung die hier ausgesprochene Ansicht aufs Entschiedenste theilt und vorkommenden Falls zur Anwendung bringen wird, und daß ebenso diejenigen Bestimmungen der Grundrechte, welche den Angehörigen anderer deutschen Staaten, gegenüber der bisherigen Gesetzgebung, bestimmte Rechte in Beziehung auf Erwerbung des Gemeindebürgerrechts in Würtemberg u. dgl. einräumen, vorerst nur, so weit Gegenseitigkeit stattfindet, zur Ausführung kommen können. (Schw. M.)

Italien.

(Aus Savoyen, 19. Jan.) Ich schrieb Ihnen neulich über einen vermutheten Plan, wonach die Ungarn den Italienern die Hand reichen könnten. Dieser Plan scheint auch von Andern vermuthet zu werden, und zwar von dem alten Radetzki selbst. Nach neuesten Nachrichten läßt er eine Masse Truppen nach der deutschen Grenze, nach dem Isonzo hinausmarschiren. Nach Abzug der zahlreichen Kranken, soll sich seine disponible Armee etwa auf 40,000 Mann reduziren, und es ist sehr glaublich, daß er 40,000 Mann neue Truppen verlangt. Der Augenblick, ihn anzugreifen, wäre daher jetzt sehr gut gewählt. Die Venetianer haben 20,000 Mann unter den Waffen, und eine Flotte, welche die Stärke der österreichischen beinahe erreicht. In Verbindung mit der sardinischen kann sie zur See Oesterreich völlig matt machen. Soll ihm etwa die russische helfen? Die Operationen nach Illyrien hin will Radetzki vielleicht durch die Sperre gegen Piemont blos maskiern. Die nächste Zukunft muß auch in Italien die Lösung manches Räthsels bringen. — Der Pabst hat gegen die Anhänger der Konstituante in Rom den Bannstrahl geschleudert, und in Rom — lacht man ihn aus. So ist auch für diese „Majestät“ die Zeit gekommen. Arme Christenheit!

(Von der italienischen Gränze, 16. Januar.) Sehr gut unterrichtete Männer behaupten, daß nächstens der jüngere Sohn des Erzherzogs Franz Karl, Bruder des jungen Kaisers, zum Vicekönig des lombardisch-venetianischen Reiches erhoben werden würde. Man sieht, die Erzherzogin Sophie sucht die erhabensten und besten Posten für ihre Nachkommenschaft zu monopolisiren und auf diese Weise die Dynastie zu stärken. (Wes. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Deutschland.

Bayern. †* (München, 27. Jan.) Zu meinem Berichte von heute Morgen trage ich ergänzend nach, daß bei einer der letzten Ausschußwahlen in der 2. Kammer sich der angeregte Fall, welcher jenem in Betreff der Wahl des Dr. Morgenstern ganz gleich ist, in folgender Weise ergab: Anwesend waren 132 Votanten; bei Sammlung der Stimmzettel fand sich einer ohne Unterschrift. Die Kammer, keinen Augenblick unentschieden, legte denselben als ungültig bei Seite, bestimmte die Zahl der gültigen Wahlzettel auf 131 und somit war die absolute Majorität mit nur 66 Stimmen vollkommen genügend, um den Gewählten eintreten zu lassen. Hiedurch also ist von der Kammer selbst Morgenstern's Wahlbeanstandung schon faktisch entschieden. — Ebenso wurden auch in Nürnberg bei der Wahl eines Ersatzmannes 5 ununterschriebene Wahlzettel von dem Wahlkommissär als ungültig bei Seite gelegt, wodurch sich statt 168 nur 163 Votanten ergaben und die absolute Mehrheit nach der letzteren Zahl nur auf 82 festgestellt wurde. — Auch die Ansicht des Referenten in Dr. Morgenstern's Angelegenheit geht dahin, daß sein Eintritt in die Kammer wohl keinem Zweifel unterliegt. Nach dem oben erwähnten Vorgange in der Kammer selbst konnte der Herr Referent keiner anderen Ansicht seyn, weil er ohnedem sich so gern an den Buchstaben des Gesetzes festklammert, wie dies bei seiner individuellen Meinung über die Wahlbeanstandungen Schmitts und Crämers hervorgehen dürfte. Crämer sey einmal um 34 Stunden im Augenblicke der Wahl zu jung gewesen und Schmitt habe in demselben Augenblicke die Entlassung aus dem Frankfurter Bürgerverbande noch nicht beigebracht. Dies ist die offizielle Ansicht des Königlichen Kreis- und Stadtgerichts-Direktors von Landshut (Referenten:), was aber die persönliche Ansicht des Hrn. Dr. Mayer als Jurist ist, lassen wir dahin gestellt seyn. Denn als solcher muß er wissen:

1) Der Beschluß der Gemeindebevollmächtigten vom 5. Dezember (in Sachen Schmitt) ist ein unbedingter, da derselbe dem Magistrate es nur überläßt, dafür zu sorgen, daß die Entlassung von Frankfurt nachträglich beigebracht werde. Diese Beibringung kann, streng genommen, eine wirkliche Bedingung gar nicht einmal genannt werden, weil sie sich gesetzlich von selbst versteht; sie könnte jedenfalls nur als resolutive Bedingung in der Weise angesehen werden, daß, wenn die Entlassung nicht beigebracht werde, das bereits ertheilte Bürgerrecht wieder erlösche.

2) Der Beschluß des Magistrats vom 6. Dez. hat den Beschluß der Gemeindebevollmächtigten bestätigt und sich nur mehr in Form einer Suspensiv-Bedingung dahin ausgesprochen, daß Schmitt als Bürger aufgenommen werde, sobald er die Entlassung aus dem Unterthanen-Verbande der freien Stadt Frankfurt beibringe.

Aber das soll und muß Hr. Dr. Mayer, wie jeder andere Jurist, wissen, (mag man nun eine nothwendige Bedingung, d. h. eine Thatsache, die sich gesetzlich von selbst versteht, oder eine Suspensiv-, d. h. aufschiebende, oder eine Resolutiv-, d. h. auflösende Bedingung annehmen) daß der juristische Grundsatz in allen Fällen unabänderlich feststeht: daß die eintretende Erfüllung auf die Zeit, in welcher ein Geschäft, wenn gleich bedingt, wirklich abgeschlossen wurde, zurückwirke, d. h. die Gesetze wollen, daß derjenige, dem etwas bestimmt versprochen oder stipulirt ist, es auch im ganzen Umfange erhalte, ohne daß auf die Zeit etwas ankommen kann, zu welcher sich die Bedingung eben verwirklichte. Durch diesen Grundsatz aber ist Schmitts Fall vollständig klar entschieden; denn durch seine Entlassungs-Urkunde aus dem Frankfurter Bürger-Verbande ist auch die Bedingung seiner Aufnahme in Nürnberg mit rückwirkender Kraft erfüllt. Uebrigens sind sicherlich in dieser Angelegenheit Perfidien begangen worden, lediglich um sich nach Oben beliebt zu machen, die wir später, nach den Verhandlungen in der Kammer, den wackeren Nürnbergern vor Augen führen werden; denn es ist endlich einmal an der Zeit, daß das Volk sehe und erkenne, wie man seinen deutsch manifestirten Willen durch allerlei Machinationen zu umgehen weiß, obschon man ihn vollziehen zu wollen öffentlich sich das Ansehen gibt.

Uebrigens müssen wir nun fragen, an welchem Tage Schmitt eigentlich Nürnberger Bürger geworden ist? — In der Bürgerrechtsurkunde der Stadt Nürnberg heißt es: „in Folge Plenarbeschlusses vom 6. Dezember 1848." Wenn also dieser Plenarbeschluß Schmitt die Bürgeraufnahme verleiht, so war er am 6. Dezember Bürger von Nürnberg und jeder Wahlanstand fällt weg; da aber ein späterer Plenarbeschluß nicht vorliegt, so wäre Schmitt heute noch nicht Bürger von Nürnberg, wenn dieser erste Plenarbeschluß seine Bürgeraufnahme nicht vollzogen hätte. Ist nun auch die Urkunde erst vom 5. Januar ausgefertigt, so ist es ja nicht die amtliche Fertigung des Beschlusses, sondern der Plenarbeschluß selbst, der ihm das Bürgerrecht gab, und dieser Beschluß ist — wie gesagt, vom 6. Dezember 1848. —

Wir fragen nun z. B. an, ob man, wenn mit dem 7. Dezember neue Steuern oder sonstige Bürgerpflichten zu leisten wären, Schmitt nicht zur Erfüllung derselben angehalten hätte werden können. Wo aber Pflichten, sind auch Rechte, wenn auch in dem Falle Schmitts sich wieder beweist, daß dieser juristische Grundsatz in Bayern noch lange nicht Geltung fand.

Wir sind z. B. fest überzeugt, daß, wenn ein etwaiges Testament Schmitts die Klausel enthielte: „Ich vermache der Stadt, in welcher ich in der Stunde meines Ablebens Bürger bin, die Summe von 10,000 fl." — und der Todesfall Schmitt's wäre am 6. oder 7. Dez. erfolgt, die Stadt Nürnberg diese Summe sicher für sich in Anspruch genommen und solche nicht dem Senat der Stadt Frankfurt zugewiesen haben würde, welcher diese auch schon vornherein nicht in Anspruch hätte nehmen können, da es in der Entlassungs-Urkunde ausdrücklich heißt: „Die Entlassung erfolge auf den Grund seiner bescheinigten Aufnahme in den k. bayer. Staatsunterthanenverband vom 6. Dez.

Nach dieser Entlassungsurkunde wurde Schmitt am 6. Dez. in Frankfurt nicht mehr als Bürger betrachtet, war er es nun auch in Nürnberg nicht, wo war er es dann? Logisch war er dann eine Zeitlang »heimathslos.« Ist nun auch von unserer Seite gar kein Zweifel, daß Schmitt am 6. Dez. Nürnberger Bürger war, so bestreben sich doch die Mißliebiggestimmten, die Sache als wenigstens „zweifelhaft" erscheinen zu lassen, ohne sich jedoch auch hier wieder zu dem Rechtsgrundsatze zu bekennen, »daß jede zweifelhafte Sache zu Gunsten, nicht aber zum Nachtheile des Betreffenden entschieden und ausgelegt werden müsse.

Wir sprechen übrigens die zuversichtliche Ueberzeugung aus, daß unsere Kammer nicht den todten Buchstaben des Gesetzes, sondern den Geist desselben erfassen werde; denn es kann unmöglich im Sinne vernünftiger Gesetze liegen, einer Stadt von 50000 Seelen den Mann ihres Vertrauens auf 6 Jahre unmöglich machen zu wollen, wo, im schlimmsten Falle, nur Zweifel bestehen, ob er im bedingenden Momente das Staatsbürgerrecht besaß oder nicht.

Selbst die königl. Regierung von Mittelfranken, an deren Spitze ein Hr. von Welden steht, war nach Uebersendung der Bürgerrechts-Urkunde vollkommen befriedigt und sah den vermeintlichen Anstand beseitigt, da sie eine zweite Einberufung ohne allen Vorbehalt ausfertigen ließ.

Preussen. †*† (Berlin, den 25. Januar.) Die Untersuchung, welche das Kammergericht wegen der Steuerverweigerung eingeleitet hat, befindet sich noch immer in dem Stadium des Skrutinialverfahrens. Dieselbe erstreckt sich mit der peinlichsten Genauigkeit auf Umstände von anscheinend untergeordneter Bedeutung. So finden u. A. Vernehmungen von Buchdruckern statt, welche einen Abzug der Zeitungsreferate über die Sitzung vom 15. Nov. im Auftrage von Abgeordneten anzufertigen beauftragt waren. Es muß übrigens anerkennend erwähnt werden, daß das Kammergericht den Beispielen eines gewaltthätigen Verfahrens, wie es von Provinzialgerichten in dieser Angelegenheit vielfach eingeschlagen wird, nicht folgt. Nach dem Vorgange des bekannten westphalischen Gerichtshofes hat jetzt auch das Oberlandsgericht zu Magdeburg die Amtssuspension eines Richters, des Justizcommissarius Lindenberg zu Gent, ohne Weiteres und wie es scheint lediglich deshalb verfügt, weil derselbe in einer Wahlmännerversammlung, die am 13. November stattfand, ein Mißtrauensvotum für den Abg. Möwes und eine Zustimmungsadresse an die Nationalversammlung zu Stande brachte. Er wird gleichzeitig wegen einer in derselben Versammlung, jedoch nachdem er dieselbe bereits verlassen hatte, von einer dritten Person gestellten Aufforderung zu einem Zuzuge nach Berlin verantwortlich gemacht.

Der Herzog von Koburg-Gotha ist hier anwesend und überbringt persönlich Se. Majestät für sich und einige andere thüringische Fürsten die Bitte, die deutsche Kaiserwürde anzunehmen. Der thüringische Staatenbund, der in Aussicht stand, scheint an der gegenseitigen Eifersucht der kleinen sächsischen Herzöge zu scheitern und man soll es Seitens dieser vorziehen, mit Zuziehung des Königreichs Sachsen einen Staatenbund zu schaffen, in welchem das letztere die Suprematie erhält.

Hr. v. Bülow Cummerow beabsichtigt in Teltow als Kandidat für die zweite Kammer aufzutreten; seine Chancen dürften jedoch dort wie anderwärts nicht groß seyn, nachdem er sich mit einem großen Theile seiner Verbündeten entzweit hat. Durch jene Entzweiung, deren Grund höchst delicater Natur sein soll, ist auch in dem „Junkerparlament" eine Spaltung eingetreten, die für die Interessen jenes Vereins um so schmerzlicher wird empfunden werden, als man sich auch durch die Ansichten und Maaßnahmen des gegenwärtigen Ministeriums in Betreff der Grundsteuer, demselben gegenüber, in Opposition sieht. Das frühere Junkerparlament ist in drei Vereine zerfallen, an der Spitze des einen steht Herr v. Bülow, ein zweiter sieht in dem frühern Minister Grafen Arnim Boitzenburg seinen Leiter, und ein dritter hat den Grafen Herter zum Führer. —

Sachsen. (Dresden, 24. Januar.) [3. öffentliche Sitzung der I. Kammer.] Heubner bringt nunmehr den von Schaffrath in der II. Kammer gestellten dort angenommenen Antrag in Betreff des deutschen Oberhauptes ein, nicht als ein Plagiat, sondern damit in so wichtiger Sache beide Kammern Hand in Hand gehen. Gleiche Gesinnung bewege ihn, wie den jenseitigen Antragsteller dazu. Man wolle durch eine erbliche Gewalt Deutschland mächtig machen, Ruhe, Ordnung, Wohlstand und vor Allem Einigung herbeiführen. Doch solchen Theorien sey nicht zu glauben. Als im März 1848 die Bewegung begonnen, sey von solchem Oberhaupte die Rede nicht gewesen; da habe man die Macht im Volke gesucht, wie die Nachgiebigkeit der Fürsten gegen das Vorparlament beweise. Am 19. Mai habe Gagern sich noch auf die Volkssouveränetät bezogen, am 27. Mai sey noch der Raveaux'sche Antrag durchgegangen; dann aber haben immer mehr die dynastischen Bestrebungen den Sieg über die Nationalversammlung davon getragen, die gegen Hannover wohl einen kleinen Sieg errungen, aber gegen Hohenzollern und Habsburg Nichts gethan. Endlich sey die Macht des Parlaments gelöst worden; es habe zu sich, das Volk zu ihm das Vertrauen verloren. Dennoch dürfe man sich von ihm nicht lossagen; es kann sich ermannen, es darf sich nur wieder auf seinen natürlichen Boden stellen. Darum ist es jetzt an den Einzelstaaten, die Wahrheit auszusprechen. Ganz Deutschland sollte sich gegen den Kaiser erheben, dann würde es auch die Nationalversammlung. Das mißverstandene Feldgeschrei: Ruhe und Ordnung! haben Viele bethört. Aber von einem Oberhaupte kann nicht Ruhe und Ordnung kommen, nur vom Volke selbst. Man darf es die Konsequenzen des März 1848 nicht vergessen lassen, es nicht in die fürstliche enge Form des Absolutismus zurückdrängen. Das Volk, wenigstens das sächsische, will es nicht. Seine Vertreter wollen nur eine demokratische Lösung. Auch die Einigkeit wird durch das beabsichtigte Oberhaupt nicht gefördert, im Gegentheil gestört. Denn die Volkssouveränetät geht durch dasselbe zu Grunde, welche deßhalb noch nicht unpraktisch ist, weil sie in Frankfurt gerade nicht zur Geltung gekommen ist. Dem Volke steht es zu, seinen Bevollmächtigten, die über ihr Mandat hinausgegangen, zuzurufen. Die Anerkennung der Volkssouveränetät laufe auch nicht dem Eid auf die Verfassung zuwider. Der Beschluß des Parlaments vom 27. Mai auf den Raveaux'schen Antrag wurde in ganz Deutschland freudig begrüßt: das allgemeine Gesetz mußte das besondere aufheben. Der Majorität müsse man sich fügen, aber die Volksstimme gegen Verfälschungen zu sichern, sey Pflicht der Volksvertreter, die an dem aus dem Beschlusse in der Oberhauptsfrage entstehenden Unheil dann ihrerseits unschuldig sind. — Floß protestirt im Namen der Landbewohner gegen ein erbliches unverantwortliches Oberhaupt. Erbliche Kaiser haben blutige Kriege heraufgeführt, Handwerk und Ackerbau gedrückt. Unser Oberhaupt muß den Arbeiterstand ehren, nicht mit Kanonen behandeln, den Ackerbau schützen. —

Ein solches Oberhaupt bilde ein verantwortlicher vollziehender Ausschuß. - Böricke: die Idee eines unverantwortlichen erblichen Kaisers ist bereits verhöhnt und verlacht; wenn in Crimmitzschau eine Kaiserpuppe verbrannt worden ist, so hat sich dadurch der Zorn oder die Verachtung des Volkes ausgesprochen. Abgesehen von den großen Kosten für das Volk ist ein Kaiser auch aus Vernunftgründen unhaltbar; ein Bundesstaat von konstitutionellen Monarchieen und mit einem konstitutionellen Kaiser darüber ist ein Widerspruch und als solcher von der Geschichte bewiesen. Dem Rheinbund unter Napoleon und Deutschland unter den erblichen Kaiser steht glänzend gegenüber der Staatenbund der Schweiz und Amerikas. Das Glück Deutschlands werde durch ähnliche Formen erzielt; denn bei den schweren Kosten ist doch der Kaiserspaß zu gering. Um den mächtigsten Mann an der Spitze zu haben, hat man an den König von Preussen als deutsches Oberhaupt gedacht. Doch welches würde dann das Schicksal Sachsens seyn? Es würde vielleicht ein preussischer Regierungsbezirk. Das Volk wird nicht vergessen, welche Wunden Sachsen von Preussen geschlagen worden sind. Unbedingt würde das erstere Preussens Uebergewicht in Handels- und Zollsachen empfinden; diese Leiden würden dadurch vermehrt werden, daß Sachsen nach Ablösung Oesterreichs von Deutschland ein Grenzland werden wird. Die Weber im Erzgebirge würden verhungern, wie die in Schlesien, die Leipziger Handelsherren Agenten der preussischen Metropole werden, Sachsen aus der Geschichte verschwinden, da Preussen nicht zum ersten Male die Hand an Volkszerfleischung gelegt habe. Er beantragte den Zusatz: »die Regierung möge sich in Gemäßheit des Heubner'schen Antrages gegen Uebertragung der Oberhauptwürde an Preussen in Frankfurt erklären«. Nachdem dieser Antrag Unterstützung gefunden, sprachen Arndt, Unger und Zschweigert für den Heubner'schen. Gautsch erklärt sich aus voller Ueberzeugung dafür. Durch einen erblichen deutschen Kaiser werde die Größe und Macht des deutschen Volkes gebrochen werden, weil er immer nach Vergrößerung seiner Hausmacht streben, dadurch aber die Selbstständigkeit und Kraft der einzelnen Theile schwächen werde. Die Erblichkeit gewähre keine Garantie für die Tüchtigkeit, die Unverantwortlichkeit verletze das Princip der Demokratie und die Freiheit. Der preussischen Politik, welche stets die Freiheit anderer Staaten unterdrückt, dürfe man sich nicht hingeben. Am meisten haben die Monarchen zur Zerstückelung Deutschlands beigetragen. Nach Riedel erklärt sich auch Theile gegen das deutsche Kaiserthum, das wie ein Damoklesschwert über der deutschen Freiheit schwebe.

Die Mehrheit des sächsischen Volkes wolle keinen erblichen, ja gar keinen Kaiser, am wenigsten einen preussischen. Die Nachfolger eines erblichen Kaisers, der vielleicht ganz tüchtig sey, könnten Schwächlinge oder Tyrannen seyn. Schon ein lebenslänglicher Kaiser könne sich bald ändern, wovon Beispiele vorhanden seyen. Die verantwortlichen Minister schützen nicht, denn sie haben schon viele Böcke geschossen, und noch ist keiner zur Verantwortung gezogen worden, im Gegentheil, man giebt ihnen noch große Pensionen. — Dufour-Feronce erklärt sich gegen den Heubner'schen Antrag, er wünsche die Einigkeit und Macht Deutschlands, und habe daher mit Bedauern die Anfeindungen benachbarter Staaten gehört. Das könnte anderwärts Nachahmung finden. Solle denn jeder Beschluß der Nationalversammlung in 37 Staaten nachdiscutirt werden? Er fühle sich nicht befugt, die Oberhauptsfrage hier zu erörtern, es sey eine reine Frankfurter Angelegenheit. Ein erblicher Kaiser, oder vielleicht ein preussischer Kaiser finde auch bei ihm nicht viel Sympathie; dennoch müsse jeder zur Einigkeit führende Beschluß, der von Frankfurt kommt, mit Freuden begrüßt werden, man müsse den Reichstag kräftigen und Sonderinteressen unterdrücken, sonst werde Deutschland nie einig. Durch Anarchie und Ohnmacht wird auch die Freiheit zu Grabe getragen; das Volk, das der Anarchie anheim gefallen, werde auch den drückendsten Absolutismus ertragen, Beweis: Napoleon's eiserne Faust nach der Revolution, Cavaignac's Militärdespotismus nach der Junirevolution, der Belagerungszustand nach dem Septemberkrawall in Frankfurt nach der Ungemessenheit der letzten Berliner Nationalversammlung. Daher Einigkeit! Unterordnung unter das Parlament, der Minorität unter die Majorität! Kaiser schämt sich zum ersten Male seines Namens, er müsse daher seine Gesinnung kurz darlegen. Er halte Freiheit und Einheit unzertrennlich; die Frankfurter Versammlung habe mit Ausnahme der Grundrechte nichts Nennenswerthes geschaffen; doch sollten alle Mißgriffe hingehen, wenn sie nur den Schlußstein einer rein demokratischen Verfassung geschaffen hätten. Vicepräsident Tzschucke vindizirt der Kammer das Recht, wie jeder Privatmann über die Sache ihre Ansicht aussprechen zu können; die Nationalversammlung müssen sich freuen, wenn es auch schiene, als wolle sie dasselbe nicht mehr hören. Krone über Krone tauge Nichts; von Anarchie sey jetzt Nichts zu befürchten.

Durch das Oberaufsichtsrechtsrecht des Kaisers würden die einzelnen Staaten nur bevormundet werden. Daß sich nach Böricke's Antrag die Regierung jetzt schon erkläre, sey nicht zu verlangen. Nachdem Jahn und Jungnickel noch gegen das erbliche Kaiserthum gesprochen, wird der Schluß der Debatte erklärt. Staatsminister v. d. Pfordten erklärt, wie in der 2. Kammer, daß die Regierung die Angelegenheit noch nicht für dahin gediehen erachte, wo sie ihre Ansicht aussprechen könne. — Der Eid auf die Verfassung und § 2 derselben verpflichte das Ministerium allerdings, ohne Genehmigung der Kammern die Reichsverfassung nicht anzunehmen. Die Regierung habe das Mandat der Nationalvertreter nie anders betrachtet, als daß sie vereinbaren sollten. Der Raveaux'sche Antrag ändere darin Nichts, er sey ohnehin nur eine Zweideutigkeit, weil man Entscheidendes nicht bringen konnte. Wohl könne seine Pflicht mit seiner deutschen Gesinnung in Zwiespalt kommen, nie aber werde er dem Partikularismus huldigen und vergessen, daß er ein Deutscher sey. Nach dem Schlußworte des Antragstellers wird der Antrag in 3 Theilen gegen 1 und beziehentlich 3 Stimmen angenommen, der von Böricke gegen 6 Stimmen abgelehnt. In den Ausschuß für die Staatsschuldenkasse werden gewählt: Vizepräsident Tzschucke, Schönberg, Dufour-Feronce, als Stellvertreter; Kaiser, Haden, Haußwald. Die Deputation zur Prüfung der Geschäftsordnung besteht aus Böricke, Esche, Haden, Heubner und Kaiser. (Leipz. Z.)

(Leipzig, den 23. Januar.) Die Ideen der Neuzeit sind auch in Bezug auf die hiesigen Universitätsverhältnisse nicht ohne Einfluß geblieben. So hat sich hier ein demokratischer Studentenverein gebildet, der alle Kräfte aufwendet, um die bisherigen Universitätsverhältnisse zu reformiren, und da sich der neue Rektor bemüht, den Weg zum Fortschritt anzubahnen, so ist anzunehmen, daß die genannten Verhältnisse sich bald anders gestalten dürften. Der Verein hat sich auch an den hiesigen Centralausschuß der demokratischen Vereine angeschlossen. Die Rechtsverhältnisse und die innere Verfassung der Deutschkatholiken in Sachsen sind nun gänzlich geordnet. Das Land ist in vier Kirchensprengel eingetheilt und in Dresden ein Landeskirchenvorstand ins Leben gerufen worden, welcher, von der Regierung anerkannt und bestätigt, die Stelle des Konsistoriums vertritt, ohne jedoch gesetzgebende Gewalt zu haben, die einzig nur in der Gemeinschaft ruht.

(Schw. M.)

Frankreich.

† (Paris, 24. Januar.) Ein Studentenkrawall hat stattgehabt. Als Lherminier gestern Mittag seinen Cursus über »vergleichende Gesetzgebung« nach langjähriger Pause wieder eröffnen wollte, begann eine widerspenstige Minorität (wie sich die Débats ausdrücken) zu zischen und zu pfeiffen. Man schrie auch wohl: Nieder mit dem Jesuitengünstling! — Lherminier, Ruhe affektirend, wollte fortfahren. Aber da stimmten die hinteren erhöhten Bänke die Marseillaise an und der Tumult brach los. Vergebens trat der Republikaner und Universitätsadministrator Barthelemy in den Saal und hielt, von heiliger Schaar umgeben, eine Rede zur Versöhnung. Indessen nützte dies nichts und Hr. Lherminier mußte abtreten. Darauf wurde Alles wieder ruhig. Dieser Krawall wäre also eine erste Folge des Falloux-Montalembert'schen Reorganisations-Systems à la Thiers und Guizot!

Aus Rom sehr wichtige Nachrichten. Die Regierung war der dortigen Reaktion auf die Schliche gerathen und hat sofort einen Wohlfahrtsausschuß niedergesetzt, der hoffentlich mit den Verräthern kurzen Prozeß machen wird. Sie geht somit vom Rechte zum Wohle über.

Die Polizei schloß in voriger Nacht wieder drei Spielhöhlen 1) bei Madame Müller, deren Person und Meubeln arretirt wurden, 2) bei Madame ***, Schwester der berühmten Schauspielerin gleichen Namens, in der Rue d'Amboise (nahe der Richelieustraße) und 3) in der Cité d'Antin. Hier wollten die Spielwölfe durchaus nicht öffnen und die Thüren mußten gesprengt werden. Nachdem dies geschehen, erkannte der Polizeikommissarius die berüchtigsten Spieljäger im Innern.

Schweiz.

(Chur, den 23. Januar.) Die Ansichten im benachbarten Italien sind wieder kriegerischer. Die Zusammenziehungen großer Truppenmassen in Piemont und bei Piacenza, von wo aus man gleichgut so wohl nach Turin als Toskana vordringen kann; die bedenkliche Stimmung und verdächtige Stille in den italienischen Provinzen und unter den Flüchtlingen in Tessin und Bünden: alles läßt wieder auf baldigen Ausbruch des Krieges schließen. (Schw. M.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Fr. [illegible]

Anzeige.

Volksversammlung.

Montag den 29. Januar große Volksversammlung in der [illegible]kirche. Anfang 4 Uhr.

Das Komité für Volksversammlungen.

(S. m. R.)

...teur: Dr. Fr. ...agre.

...ng.
...sversammlung in

...versammlungen.

... — er sprengt die letzte Kette,
Die Oestreich noch dem deutschen Volk verband.
Es reicht auf Blum's geweihter Grabesstätte
Der Kaiser dem Kroaten seine Hand.

Sie haben Dich zum Opfer auserkoren —
Es soll dein Blut den Bund der Knechte weih'n
Fort mit den schwarz-roth-goldnen Tricoloren —
Schwarz-gelb soll wieder Oestreichs Zeichen sein.
Der Baum der Freiheit fiel mit einem Streiche —
Fort mit dem deutschen Sinn, dem freien Sinn,
Sie werfen eines Volksvertreters Leiche
Mit bitterm Spott uns vor die Füsse hin.

Brausend mit viel schönen Reden trat der Edle in sein Amt
Und die deutschen Fürstenboten rief er zu sich insgesammt:
Erbt die Grundrecht' hier der Deutschen, die die Reichsversammlung schuf!
Diese zu vollziehn, ist Euer, ja, und Eurer Herrn Beruf.« —
Herrlich sprach der Erste: »Oesterreich fehrt vor seiner Thüre halt,
Nachher wird man Euch schon sagen was von Frankfurt uns gefällt.«
Preußen sprach: »Wir sind dem Reichstag neuerdings in Gnaden hold,
Doch wir werden kritisch prüfen — nicht was glänzt ist Alles Gold.«
Sprach der Bote von Hannover: »Truely German is my King,
Wenn er nur nicht allzu schmählich ab von seinen Ständen hing'!«
»Welf läßt nicht von Welf, sprach Bayern, aber — was man läßt und thut.

Stände, sagt der Wittelsbacher, Stände sind für Alles gut!
Drum in so besonderm Falle stellen wir uns auf den Kopf
Und doch prangt der Münchner Landtag über'm Reich und seinem Zopf.-
„Stände sind auch im Bejahen oft, sprach Sachsen, unbequem:
Unsre Stände sagten zu dem Reichstag Ja trotz alledem;
Vollmacht haben wir, zu leisten, was man will in Frankfurt hier,
Aber nur cum grano salis machen wir Gebrauch von ihr."
Hessen ist auf's Reichsgesetzblatt abonnirt seit lange schon,
Das wird auch in Nassau genügen zu der Publikation.
Braunschweig kennt 'ne dumpfe Sage die von Reichsgesetzen spricht,
Freilich, ob sie etwas gelten, zu verbürgen ist es nicht.
Badens Herz schlug stets für Einheit an dem freien deutschen Rhein,
Drum bedauert man unendlich, heut nicht instruirt zu sein.
Schleswig-Holstein meerumschlungen folgt mit leeren Händen nach,
Luxemburg bedenkt sich, Limburg schwebt in Nöthen tausendfach,
Dessau, Köthen, Koburg, Gotha, Sondershausen, Rudolstadt,
Zweifeln gar nicht, nur daß eben keiner keine Vollmacht hat.
Lauenburg verhofft das Beste. Mecklen-Strelitz und Schwerin
Werden dankbar diese Arbeit und gewiß zu Rathe ziehn.
In Ermangelung einer Vollmacht läßt sich Altenburg herbei,
Zu eröffnen, was des Sprechers personelle Ansicht sei
Frankfurt hält zur Mehrheit. Bremen, Hamburg, Lübeck wollen Frist
Vor dem off'nen Communismus, der doch Schuld an allem ist.
Einer um den andern tutet in das Ohnevollmachtshorn,
Und es überschaut der Edle sinnend all den Wust im Zorn,
Schaut, die Stirn' in schweren Falten, wie so einig Ries' und Zwerg
Bei dem neuen großen Werke. Da erhebt sich Würtemberg:
»Zwar scheint ein und andres häßlich in dem Grundrecht da zu sein,
Doch bei uns kam die Regierung mit den Ständen überein,
Daß, was man in Frankfurt ausmacht, alsobald in Wirkung tritt.
Der Beschluß der Reichsversammlung wird verkündigt. Sich damit!«
Und es rief der Vol' von Sachsen, der von Bayern, die vom Rhein,
Main und Weser Elb' und Eider, und von Strelitz und Schwerein,
Dessau, Köthen, Ka-Schwarz-Alten-Lauen-Lim- und Luxemburg,
Rudolstadt und Sondershausen, Gotha und der Reichsvikarg,
Riefen wie aus einem Munde, wie von Einem Geist beseelt:
Schwaben, Ihr sind doch die Bravsten — daß Ihr nur die Gais nicht stehlt.

H. K.

Ein Geheimniß.

(Fortsetzung.)

„Ich wage nicht, zu hoffen, daß ein und derselbe Gedanke uns Beide an demselben Orte vereinigt habe; aber ich hoffte, hier Glück zu finden, und meine Ahnungen,« fügte er hinzu, indem er die Hand seiner jugendlichen Gattin ergriff, »meine Ahnungen haben mich nicht getäuscht."

Blanches Herz schlug heftig.... Endlich hatte ihr das Geschick diese so sehr ersehnte Zusammenkunft gewährt..... Sie sah denjenigen wieder, den sie anbetete,.... ihn, dem sie vor Gott und dem Menschen gehörte!.... Sie mußte nun das Geheimniß seiner Entfernung und seines Schweigens erfahren!....

Ihre Liebe und ihren Schmerz zu Hülfe rufend, wollte sie sprechen, ihm sagen, er möge seine Gaben, sein Vermögen, seine Titel zurücknehmen, oder.... sie mit ihr theilen.

Auf den Knieen vor ihr liegend, schien Odoart sie mit den zärtlichsten Blicken zu befragen, als eine Frau,... ein Schatten vielmehr, in lange schwarze Schleier gehüllt, leicht an dem Fürsten vorüberhuschte, ihn mit der Hand berührte, auf die Kirchenthüre zeigte und verschwand.

Bestürzt und wie durch eine unwiderstehliche Macht beherrscht, wollte Odoart fliehen und den Spuren der düstern Erscheinung folgen, als Blanche, die diese Bewegung bemerkte und die fühlte, sie werde ihn aufs Neue verlieren, zu seinen Füßen sank und, da sie keine Worte für ihre Verzweiflung fand, in stummer und herzzerreißender Bitte die Hände vor ihm faltete.

Der Fürst hob sie rasch auf, zog sie an sein Herz und indem er sie mit der lebhaftesten Leidenschaft an sie drückte, sagte er:

„Blanche, ... ich liebe Dich."....

Dann verließ er sie.

— — — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — —

Ein neues Leben ging der jungen Frau auf. Kummer, Entsetzen vor der Zukunft, ... Alles verschwand vor dem Zauber der Worte: „Blanche, ... ich liebe Dich!" ...

Diese Worte allein erfüllten Blanches Herz und tönte in seinen geheimsten Fibern nach.... Sie verwandelten ihr ganzes Wesen.

Blanche war geliebt, ... Blanche liebte nicht allein. Was lag jetzt daran, daß sie litt. ... Sie litten ja Beide; denn er hatte ihr gesagt: »Blanche, ich liebe Dich,« und doch hatte er fliehen müssen.

Trostlos hatte sie den Tempel des Herrn betreten, voll Glück und Freude verließ sie ihn. Als sie zu der Marquise zurückkehrte, warf sie sich in deren Arme mit einem Ausdrucke von so trunkener Freude, daß derselbe als Antwort auf die Frage der Frau von Montarau zu sagen schien:

»Fürchte nichts mehr für mich, meine Mutter, ... ich bin glücklich!«

Am folgenden Tage stützte sich Blanche auf den Balkon ihres Zimmers, von wo sie mit zerstreutem Blicke auf die Gärten des Hotels hinabsah.

Plötzlich wurde sie ihrer Gedanken durch den Ausbruch frischen und fröhlichen Gelächters entzogen, jenes frischen und kindlichen Lachens, um dessen Heiterkeit und Sorglosigkeit man die Jugend so gerne beneidet.

Im Schatten einer kleinen Laube, deren Gebüsch eine Zuflucht gegen die Hitze des Tages bot, saßen zwei schöne Kinder von höchstens drei Jahren auf einer Bank und hielten sie umschlungen gleich zwei Engeln correggios. Sie schienen sehr emsig mit der Zusammenstellung eines Bouquets von Margarethenblümchen beschäftigt, welche ihre kleinen Händchen in rührender Eintracht sammelten und zusammenlegten.

Ueberrascht durch dieses anmuthige Bild, aber durch das dichte Laubwerk in ihrer Beobachtung beschränkt, wollte Blanche die beiden reizenden Figuren in der Nähe sehen.

Sie eilte in den Garten hinab, und da sie besorgte, die unschuldigen Kleinen durch ihre plötzliche Erscheinung zu stören, schlich sie durch einen bedeckten Gang, um sich umzusehen, den beiden reizenden Geschöpfen nähern zu können.

Hinter einem wilden Rosenstrauche verborgen, bewunderte Blanche seit einigen Minuten die Spiele der beiden Kinder und die sanften Liebkosungen, mit denen sie einander über-

häuften, als ein Sonnenstrahl, der auf das Gesicht des kleinen Jungen fiel, ihr die lebhafteste Aufregung verursachte.... Sie konnte einen Schrei der Ueberraschung nicht unterdrücken; denn sie erkannte in seinen Zügen eine treffende Aehnlichkeit; mit jenen des Fürsten, von dem das Kind ein lebendes Miniaturbild zu seyn schien.

15.
Einladung.

Bei dem Schrei, den die Fürstin ausstieß, liefen die beiden hübschen Kinder hinzu.

Blanche ergriff den kleinen Jungen unter den Armen, hob ihn empor, betrachtete ihn näher, während er, in dem Glauben, man verlange eine Liebkosung von ihm, seine Lippen auf die Ihrigen drückte. Nachdem sie mit stets wachsender Unruhe in seinen Zügen geforscht, rief sie:

„Er ist es!... Er ist es!... Das sind seine Züge, seine Augen, seine blonden gelockten Haare.... Man glaubt, ihn zu sehen."

Und dieses Mal war sie es, welche das Kind umarmte und küßte.

In diesem Augenblicke erschien eine Frau von ungefähr dreißig Jahren, in welchen ihre Manieren und ihr etwas steifes Wesen leicht die Engländerin erkennen ließen.

„Vergebung, gnädige Frau," sagte diese Frau mit sehr scharf markirtem Accente zu Blanche, „ich habe die Ehre, eine der Miethbewohnerinnen im Hause Euer Hoheit zu seyn. ... Seit sechs Monaten bewohne ich den zu diesen Hôtel gehörigen Pavillon mit diesen beiden Kindern, meinem Neffen und meiner Nichte.... Seit langer Zeit quälen mich diese, sie den schönen Garten besuchen zu lassen, den sie von unseren Fenstern aus sehen; ich gab endlich ihrem Wunsche nach und ließ Ihren Intendanten um die Erlaubniß bitten, sie dahin zu führen.... Aber ich entferne mich und biete Euer Hoheit, mich zu entschuldigen."

Blanche hörte nur halb; die Augen auf den kleinen Jungen geheftet, vergaß sie Alles um sich, indem sie jeden Augenblick eine neue Aehnlichkeit mit demjenigen erkannte, dessen Blick in ihr Herz eingegraben war.

„Gehören diese Kinder Ihrer Familie an?" fragte sie.

„Es sind zwei Waisen," antwortete die Engländerin, „die ich nach dem Tode meines armen Bruders annahm und die ich nach meinen besten Kräften in Frankreich erziehe, wo das Leben angenehmer und weniger kostspielig ist, als in England."....

Nach diesen Worten verneigte sie sich gegen die Fürstin und wollte sich entfernen, als die beiden kleinen Wesen mit jenem kindlichen Instinkte, der sie die errathen läßt, welche sie lieben und beschützen, Blanche mit ihren Armen umschlangen, entschlossen, weder sie, noch den schönen Garten zu verlassen.

„Bleiben Sie, Madame," sagte diese zu der Fremden; „diese Wohnung ist sehr einsam, ... zu einsam," fügte sie mit einem Seufzer hinzu, „und die Anwesenheit dieser Kinder wird ihr Leben und Frohsinn bringen."

Dann entfernte sie von der hübschen, weißen Stirn des Knaben seine schönen Haare und küßte ihn wiederholt. Sie wollte sich entfernen, um durch ihre Gegenwart den freudigen Jubel ihrer kleinen Gäste nicht zu zu stören; aber das kleine Mädchen lief ihr nach, faßte sie am Kleide und indem es Blanche seine frische und rosige Wange bot, sagte es in liebenswürdigem, vorwurfsvollem Tone:

„Und ich?"

Jetzt erst bemerkte Blanche den Vorzug, den sie dem Knaben geschenkt, und schämte sich fast desselben. Indem sie das Köpfchen Mary's (so nannte ihr Bruder das Kind) zwischen ihre Hände nahm, umarmte sie dieselbe gleichfalls, wenn auch vielleicht nicht so zärtlich, als den kleinen Jungen.

Dieses seltsame Spiel der Natur, dieser sonderbare Zufall erfüllte die Seele Blanches mit Glück und Leben.

Jeden Morgen erwartete sie mit der lebhaftesten Ungeduld den Augenblick, in welchem sie ihre kleinen Gäste wiedersehen sollte und wenn das Freudengeschrei derselben ihre Ankunft verrieth, flog sie ihnen entgegen, theilte ihre Spiele, indem sie ihre anmuthige Eifersucht erregte, wenn sie ihre Liebkosungen nicht gleichmäßig zwischen beide vertheilte.

Die Tante der Kinder, der Aufsicht und Sorgfalt der Fürstin gewiß, sandte ihr dieselben jeden Tag, und ersparte sich zur großen Freude Blanches, die nur eine sehr mittelmäßige Sympathie für diese Frau empfand, oft die Mühe, im Garten zu erscheinen.

Mehrere Male hatte Blanche versucht, diese Frau über die sonderbare Aehnlichkeit zu befragen, die jeden Tag nahe hervortrat; aber die Fremde verstand das Französische nur mit Mühe, und schien so erstaunt über die an sie gerichteten Fragen, daß Blanche endlich dieselben einstellte.

Jedermann im Hôtel liebte und verzog die kleinen Nachbarn, ausgenommen Herr von Saint-Laurent, der sehr mißvergnügt schien, wenn er sie sah, und alle Mühe anwandte, Blanche ihnen zu entfremden. Als Grund seiner Abneigung gab er an, er könne die Kinder nicht leiden, und ihre Spiele, wie der Lärm, den sie machten, störten die Ruhe des Hauses.

Aus Rücksicht für den Ritter beschränkte Blanche die beiden Waisen auf den Garten, aber nichts destoweniger blieben sie ein Gegenstand steter Beschäftigung für die arme Verlassene.

Wohl neigte sie sich mit etwas größerer Vorliebe zu Edgar, wie man den Jungen nannte, aber wenn sie das hübsche Köpfchen Marys zwischen ihren Händen hielt und mit ihren schönen braunen Haaren spielte, wenn sie ihre hellen freundlichen Augen bewunderte, schien sie auch in diesem reizenden Wesen eine unbestimmte Erinnerung an Oodart wiederzufinden.

Dann sammelte sie alle ihre Gedanken und saß mit geschlossenen Augen, damit nichts den geliebten Schatten verwische, lange Stunde da, an ihrem Herzen zog die kurze Geschichte ihres ephemeren Glückes vorüber und als einzigen Trost in ihrem Kummer und ihrem Schmerze wiederholte sie die theuren Worte, die sie nur einmal gehört hatte:

„Blanche, ich liebe Dich!

Und wenn dann die Kinder, die neben ihr spielten, durch ihre Küsse ihre glühende Wange kuhlten, endete ihre Extase in einer süßen Wirklichkeit.

Es war gerade während eines jener schwermüthigen Träume, als der Ritter ihr eines Tages den Besuch des Grafen Voromsoff meldete.

„Was Teufel, kann er wollen?" sagte Herr v. Saint-Laurent, indem er Blanche aus dem Garten in das Hôtel zurückführte. „Ich glaubte, ich hoffte, wir wären für immer der Besuche dieses alten Moskowiters entledigt, und sein Kommen verkündet mir nichts Gutes."

„Und warum, lieber Papa?" antwortete Blanche, indem

sie, um ihn zu beruhigen, ihm den Namen gab, den er vor allen liebte; „ich sehe Herrn von Voromsoff mit Vergnügen wieder. Und überdieß," fügte sie erröthend hinzu, „bringt er uns vielleicht Nachrichten ... von ihm. ..."

„Von dem Fürsten, von Deinem Scheingemahl!" versetzte der Ritter mit wachsendem Zorn. „Ich kann nicht begreifen, wie Du nur daran denken magst. Ich traute Dir mehr Entschlossenheit und Stolz zu."

„Ich versprach ihn zu lieben, und," fügte sie lächelnd bei, „eine ehrbare Frau hält ihr Wort."

„Was ihn betrifft," erwiderte Herr von Saint-Laurent, „so hält er das seinige treulich. Er hat erklärt, Dich niemals wiederzusehen, und ist wirklich seit Eurer Verheirathung nicht wieder erschienen."

„Glauben Sie!" sagte Blanche lebhaft. Sie hatte dem Ritter nichts von ihrem Zusammentreffen mit Odoart erzählt, da sie seine Abneigung gegen denselben fürchtete.

„Wie? Ob ich glaube? Aber wenn er nicht unter der geheimnißvollen Form eines Gnomen Besuch gemacht hat, möchte ich glauben, Du habest ihn ebenso wenig gesehen, als wir."

Blanche antwortete nichts; denn sie scheute jede Lüge, und es fehlte ihr an Muth, den Fürsten den Spöttereien ihres alten Freundes auszusetzen.

Glücklicherweise war man jetzt im Salon angelangt.

„Gnädige Frau," sagte Voromsoff, „ich komme als Gesandter zu Ihnen; ich bin mit einer Botschaft Seiner Excellenz beschäftigt."

Blanche fühlte bei diesen Worten ihr Herz vor Freude beben.

„Seine Excellenz," versetzte der Ritter, an den der Graf seine Worte nicht entfernt gerichtet hatte, der aber glücklich war, seine üble Laune auf Jemand fallen zu lassen, „Seine Excellenz haben geruht, sich in Rußland zu erinnern, daß Sie in Frankreich verheirathet sind? ... Das ist wahrhaftig sehr liebenswürdig von Hochdenselben!" ...

„Seine Excellenz kann in keinem Lande vergessen," antwortete Voromsoff mit dem anmuthigsten Tone, „welch' reizende Gattin er gewählt hat. ... Aber seine Erinnerung habe nicht nöthig, einen so weiten Weg zu machen; der Fürst ist in Paris."

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Banate.

(Fortsetzung, siehe Nro. 2.)

„Aber, man sehe das Volk, das tiefer steht als irgend wo!" hört man oft sagen. Man sehe nur die Edelleute, die Cortes, welche hier „Bocskoros némesek" — Sandalen-Adeline — genannt werden; sie selbst sind ja bei weitem unter das Volk aller gesitteten Nationen zu stellen, und wahrlich vom übrigen ungarischen Volke durch nichts als den Namen „némes" unterschieden.

Im Arader Komitate wohnen an der siebenbürgischen Gränze noch viele Walachen. Auch diese haben ihre Bauern Edelleute. Bei der Restauration, die alle drei Jahre abgehalten wird, um vom Vicegespann angefangen, bis herab zum Esküdt, Inrassor — Geschwornen, Polizeirichter in jedem bedeutenden Orte — alle Komitatsbeamte zu wählen, waren diese walachischen Cortes ebenfalls nach Arad gekommen. Die liberale Partei versicherte sich ihrer durch Wein und Essen. Damit sie aber nicht nachträglich doch noch von den Conservativen gewonnen werden möchten, wenn diese ihnen mehr anböten — sperrte man sie sämmtlich in ein Haus ein, in welchem sie bis zur Wahlzeit harren mußten. Speise und Trank wurden ihnen dahin gebracht. Ein ungarischer Edelmann fuhr eben mit einem schwer bepackten Proviantwagen vor dem Hause vor. Von einem Vorübergehenden gefragt, was er da habe, antwortete er: „Getrocknete Fische für die Herren Stände!" — So blieben diese Edelleute, bis die Zeit zur Stimmensammlung kam. Man nannte ihnen den Namen des Mannes, den sie als ersten Vicegespann ausrufen sollten. Bei der Stimmenabgabe muß jeder Einzelne in den Saal gehen, wo der Stimmensammler sitzt, und den Namen Desjenigen nennen, den er wählt. Als es aber dazu kam und der Beamte sie fragte: „Wer soll Vicegespann seyn?" hatten sie den Namen vergessen. Nur den Taufnamen hatten sie behalten, und so antworteten sie schreiend: „Gusti, Gusti!"

Ostwärts von Arad, den Lauf der Maros entlang, liegen, durch diesen schönen, dunkelgrünen Fluß getrennt, Lippa und Radna, unweit der siebenbürgischen Gränze. Der Fluß verläßt hier die Berge und schlingt sich in der Ebene fort, während die Gebirge sich gegen Norden abwenden. Maria Radna liegt im eigentlichen Ungarn, Lippa noch im Banate. Die herrlichsten Berge umschließen beide Orte, zwischen ihnen fließt der Fluß. Im Rücken der Städte liegt auf einem hohen kahlen Berge die Ruine Szlemos. Von hier aus übersieht man gegen Osten ein enges langes Thal, von den herrlichsten Bergen, die sich weithin hinter einander erheben, umkränzt, woher die Maros kömmt — gegen Westen umfangen die zerbröckelten Fensterruinen des alten schwarzen Schlosses das Bild der beiden Orte mit dem letzten Bergwächteen und der weitern Ebene, in der sich der leuchtende Fluß schlängelt.

Maria Radna ist ein weit berühmter Wallfahrtsort, mit einem auf einem Berge gelegenem Kloster. Den Gipfel des Berges krönen herrliche Eichen. Hier steht ein Obelisk. Eine Inschrift darauf meldet, daß Kaiser Joseph der Zweite daselbst ausgerufen haben soll: „Einen solchen Anblick gewährt in meinem ganzen Reiche kein Punkt!" In diesen Ausruf kann man nun durchaus nicht einstimmen, da selbst hier andere Punkte bei weitem reizvollere Fernsichten gewähren. Ich halte dafür, daß Joseph damals bei sehr guter Laune gewesen seyn müsse, und mit dieser Rede den guten Vätern Kapuzinern Ersatz habe leisten wollen für den Schaden, den er ihnen zugefügt. Er hatte nämlich gehört, daß in diesem Kloster sich zwölf massive silberne Bildsäulen der Apostel befinden sollten. Als nun die wohlgenährten Väter vernahmen, daß der pfaffenfeindliche Kaiser kommen werde, strichen sie die silbernen Bildsäulen schwarz an. Aber Joseph hatte einen scharfen Blick — er erkannte auch hier den Betrug. „Was sind das für Bildsäulen?" fragte er. „Kaiserliche Hoheit, die zwölf Apostel!" antworteten die zitternden Pfaffen. „Nun, so mögen sie wandern," sprach der Kaiser lächelnd, „und den Völkern das Evangelium predigen!"

(Schluß folgt.)

Redakteur: Maxim. Reck. — Druck und Verlag von Wilhelm Tümmel S. Nr 514 am Rathhaus.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 30. Januar 1849. **№ 30.** **Dienstag: Adelgunde.**

Das deutsche Reichsoberhaupt.

Das Volk hat in seiner immensen Mehrheit entschieden, daß es keine Republick will. Unsere Verhältnisse sind auch in der Art, daß der Weg zur Republik erst zur Ströme von Bürgerblut aufzehrenden Anarchie geführt hatte, und — ob aus dieser Saat Heil für unser deutsches Vaterland erspriossen, wäre jedenfalls sehr problematisch. Oder vielmehr nicht problematisch: wie hätten uns zerfleischt, wären entweder dem Absolutismus, oder den Eroberungsgelüsten fremder Völker anh im gefallen. Das deutsche Volk hat entschieden, daß es vereint mit seinen Fürsten bleiben, vereint mit seinen Fürsten ein einiges Deutschland bilden will. Daß dieses einige Deutschland, wie jedes Reich ein Oberhaupt haben müsse; dies nur in Frage zu stellen, wird Niemanden einfallen. Gegenwärtig handelt es sich darum, ein solches Oberhaupt zu kreiren, (man redet häufig von einem Kaiser), und nicht selten begegnet uns mit Entrüstung die Frage: Wie, zu den 34 Fürsten Deutschlands wollt ihr noch einen 35sten machen, einen 35sten wählen? Gut, es braucht's nicht, wenn, wie bis zum Frühjahr d. Js., die 34 Fürsten vereint Deutschland regieren sollen, wenn wir mit andern Worten, wieder ein deutschen Bund, einen Bundestag wollen. Welch ein Hohn! hören wir aber durch alle Gauen Deutschlands rufen, der deutsche Bund vom Volke wie von Einem Mann gerichtet, er kann nie mehr wiederkehren! Ein Direktiorium, wie es früher vorgeschlagen, scheint als eine Mehrherrschaft, die nöthige Einheit im Entschließen und Handeln entbehrend, ebenfalls nicht beliebt, und — somit brauchen wir einen 35sten, gleichviel, ob wir ihn Kaiser oder anders heißen, gleichviel ob er aus dem Volke oder aus der Mitte der Fürsten gewählt ist. Daß er übrigens aus der Mitte der Fürsten und zwar der regierenden Fürsten gewählt werde, gewählt werden müsse, bedarf wohl nicht erst des Beweises, und steht bei jedem nur einigermassen politische Bildung Besitzenden ohnehin fest. Die Frage ist somit einfach die: Wer soll unter den deutschen Fürsten das Reichsoberhaupt seyn; soll die Reichsregierung erblich an einem haften, oder soll sie nach Wahl, oder in vorausbestimmter Reihenfolge wechseln? Das „erblich“ ist wohl zunächst entschieden. Fürsten und Völker fürchten mit Recht, daß sie hier im Lauf der Zeit, sey es spät oder früh, geknechtet und von dem Absolutismus verschlungen werden, und — sind somit gegen einen erblichen Reichsfürsten. Schwerer ist die Entscheidung zwischen den andern Formen. Wir möchten für eine festgesetzte Reihenfolge stimmen und schlugen, von dem Grundsatze ausgehend, daß jeder Staat nach dem Maße seiner Macht, mit welcher er dem deutschen Reiche inwohnt, auch an der Reichsregierung zu partizipiren habe, in diesem Blatt vor, Deutschland in acht Reichsregierungsbezirke (à ca. 5,000,000 Einwohner) zu theilen, und die Reichsgewalt zwischen deren Fürsten von 5 zu 5 Jahren alterniren zu lassen. Bei einer jedesmaligen, ausserdem nöthigen Wahl entstehen voraussichtlich Reibungen, Feindschaften, Spaltungen; auch ist nicht daran zu denken, daß immer eine entsprechende Wahl aus der Urne hervor geht, und — die Geschichte hat mit Flammenzügen in jedes ihrer Blätter eingegraben, daß Wahlreiche der Völker Verderben sind. Eine weitere Frage begegnet uns aber: Soll die Reichsregierung nicht möglichst wenig kostspielig werden? Wir glauben: Ja, und sicher ist man hauptsächlich deßwegen gegen einen Kaiser, weil man eine neue bedeutende Kostenlast fürchtet. Man ist gewohnt, einen Kaiser mit besonderem Glanz nach allen Seiten umgeben zu wissen, und weiß, welche enorme Summen dieser Glanz zu verschlingen geeignet ist. Man abstrahire daher von dem Titel Kaiser und gebe dafür dem jeweiligen Reichsfürsten den Titel „Reichsregent.“ Dieser Titel ist vollkommen bezeichnend; auch kann kein Fürst verleitet werden, ihn noch fortzuführen, wenn er von der Reichsregierung ab, in seine Staatenregierung zurückgetreten ist. Man verlege aber auch die Residenz des Reichsfürsten in die Mitte Deutschlands, damit nicht einzelne Völker und Staaten wegen zu weiter Entfernung von Reichsregierung im Nachtheil stehen; man wähle endlich eine Stadt, in welcher Reichsfürst und Reichsregierung auf die mindeste kostspielige Weise ihren Sitz aufschlagen können. Hiezu bietet namentlich die alte ehrwürdige Noris mit ihrer Kaiserburg, mit ihrem die nöthigen Räume für Volks- und Staatenhaus bietenden prächtigen Rathhause die trefflichste Gelegenheit und Bayerns Regierung würde gewiß nicht anstehen, sowohl die Kaiserburg Nürnbergs, als selbst auch die Residenz der Nachbarstadt Bambergs unentgeldlich dem deutschen Reich abzutreten. Nürnberg würde dabei werden, was es früher bereits war: eine freie Reichsstadt. — Möge man sich nicht beirren lassen! Wollen wir ein deutsches Reich, so müssen wir auch ein Reichsoberhaupt wollen. Geben wir lieber dem sich sträubenden Oesterreich an der Oberhauptsfrage etwas zu gute; denn ohne dasselbe haben wir kein einiges kräftiges Deutschland, und — daß eine Halbheit komme, dies kann nur der Wunsch unsrer Feinde seyn.

Deutschland.

Bayern. (München, 25. Jan.) Als höchst erfreuliche Thatsache kann ich Ihnen auf das bestimmteste melden, daß die bayerische Regierung bereits unter dem 29. Dez. 1848 ihrem Bevollmächtigten in Frankfurt folgende Instruktion, die Einführung der Grundrechte betreffend, hat zukommen lassen: »Es werde ihm nicht entgehen, daß in wenigen deutschen Ländern auf dem Wege der Gesetzgebung dem Volke ausgedehntere Rechte bereits verliehen seyen, als gerade in Bayern, und daß hier im Wesentlichen alle jene Einrichtungen bereits in Kraft bestehen, welche zu begründen und zu gewährleisten die Grundrechte bezwecken. Eine materielle Differenz könne demnach als nicht bestehend angesehen werden; daß aber formelle Aenderungen nur auf verfassungsmäßigem Wege und in Uebereinstimmung zwischen Krone und Ständen herbeigeführt werden können, liege am Tage und sey begründet im Wesen der konstitutionellen Regierungsform, bedingt durch den auf die Verfassung des Königreichs geleisteten Eid.« Warum die Regierung nicht schon längst diese ihre Ansicht publicirt hat, bleibt allen Freunden konstitutioneller Freiheit ein Räthsel. Es hätte die Veröffentlichung dieser Erklärung hingereicht, alle Verdächtigungen in dieser Frage augenblicklich niederzuschlagen, die man gegen die bayerische Regierung nicht müde wird, laut werden zu lassen. (N. W. Z.)

(München, den 25. Januar.) Die Offiziere müssen bekanntlich sammt und sonders zu einem Unterstützungsfond beisteuern, durch welchen bei besonderen Vorkommnissen den Einzelnen Erleichterungen gewährt werden sollen. Nun hat es sich zugetragen, daß einem Lieutenant, während er mit den Truppen in Baden abwesend war, mittelst Einbruch seine ganze zurückgelassene Habe entwendet wurde. Der Lieutenant kommt um Vergütung des Schadens ein, den er auf 250 fl. angibt und erhält aus besagtem Unterstützungsfond 60 fl. Generalen und Allen, die daran hängen, hat man unter allerlei nichtigen Vorwänden nach Tausenden gegeben, ja, man hat einen dieser verdienten Männer sogar nach dem Lager in Augsburg für (prinzliche?) Grobheiten mit einer solchen Unterstützung abgefunden! Haben unter diesen Verhältnissen nicht die Offiziere das Recht und die Pflicht, die Verwaltung ihres Eigenthums einer strengeren Kontrolle zu unterstellen und öffentliche Bekanntmachung der Unterstützten (sonst hieße es wohl gar „Begnadigten“!) des Unterstützungsbetrages und der Unterstützungsursache zu fordern? Die Sache wird wohl vor dem Landtage zur Sprache gebracht werden, wenn auch nicht durch Hrn. Oberst Krazeisen, so doch von anderer Seite. (Münchn. Tgbl.)

(München, den 28. Januar.) Die bayerische Regierung hat bereits unterm 29. Dezembr. 1848 dem bayerischen Bevollmächtigten zu Frankfurt folgende Erklärung über die Einführung der Grundrechte zugehen lassen: »Daß in wenigen deutschen Landen auf dem Wege der Gesetzgebung dem Volke ausgedehnter Rechte bereits verliehen seyen, als gerade in Bayern, und daß hier im Wesentlichen alle jene Einrichtungen bereits in Kraft bestehen, welche zu begründen und zu gewährleisten die Grundrechte bezwecken. Eine materielle Differenz könne demnach als nicht bestehend angesehen werden. Daß aber formelle Aenderungen nur verfassungsmäßigem Wege und in Uebereinstimmung zwischen Krone und Ständen herbeigeführt werden können, liege am Tage und sey begründet im Wesen der konstitutionellen Regierungsform und bedingt durch den auf die Verfassung des Königreiches geleisteten Eid: „Die materielle Geneigtheit des Ministeriums ist somit offiziell ausgesprochen. Den Ständen aber ist das Recht nicht vergeben, auch ihrerseits im Einzelnen die realen Volksinteressen bei der daherigen Berathung näher zu würdigen.“ (N. M. Z.)

△ (Erlangen, den 26. Jan.) Die am 18. Jan., bei Gelegenheit zur Einführung der Grundrechte des deutschen Volkes, im hiesigen Redoutensaale vor einer Versammlung von 800 Menschen vorgelesene und mit allgemeinem Beifall aufgenommene und bereits abgegangene Adresse an die hohe Kammer der bayer. Abgeordneten lautet folgendermassen: Hohe Kammer der Abgeordneten! — Die Grundrechte des deutschen Volkes sind von der konstituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. beschlossen und von der Centralgewalt am 27. Dez. v. J. durch das Einführungsgesetz für ganz Deutschland verkündet worden. Der freudige Jubel über dieses Ereigniß wird aber leider gedämpft durch den traurigen Gedanken, daß in so vielen Theilen Deutschlands ihrer wirklichen Einführung noch Hindernisse in den Weg gelegt werden. Noch sind sie auch bei uns nicht auf dem gewöhnlichen Wege, auf welchem sonst Gesetze verkündet werden, bekannt gemacht worden; und, wie wir hören, soll ihrer Anerkennung auch in Bayern unter Anderem erst die Zustimmung der Stände vorangehen. Wir können in diesen Maßnahmen nicht den Geist wiederfinden, der uns alle im Frühling des verflossenen Jahres beseelte, den Geist und Sinn, in welchem das Volk seine Vertreter nach Frankfurt sandte, mit dem Recht und der Pflicht, eine gemeinsame Verfassung, ein gemeinsames Gesetz für unser ganzes Volk nicht bloß zu entwerfen, sondern endgültig zu beschließen. Tausendfältig und wie einstimmig erscholl der Ruf des Volkes: die Beschlüsse der konstituirenden National-Versammlung zu Frankfurt sind bindend für Fürst und Volk! Mit Sehnsucht sahen wir alle der festen Begründung unserer Zustände durch eine hohe Versammlung entgegen: und jetzt — sollen ihre Beschlüsse vor Allem noch erst einer dreißigfachen Berathung und Vereinbarung mit den einzelnen Ländern unterworfen werden. So sind unsere Hoffnungen in unabsehbare Ferne gerückt. Lassen einmal die zweiten Kammern sich zur Vornahme einer Revision herbei: wer wird dann auch den ersten Kammern, wer wird den Fürsten das Recht bestreiten dürfen, ihr Veto einzulegen? Wehe dann unserem Vaterlande! — Das war aber wahrlich die Meinung des Volkes nicht, das nicht der Wunsch der Millionen patriotischen Herzen, die im Beginn unsers Erwachens für die Einheit und Freiheit des Vaterlandes erglühten! Das deutsche Volk hat sein Parlament versammelt, daß es ihm die Verfassung gebe; es hat ein Recht, zu fordern, daß ihm diese gegebene Verfassung auch unverkürzt und unbeschritten werde. Abgeordnete Bayerns! Wir haben das Vertrauen zu Euch, daß Ihr mit Freudigkeit dem Begehren des Volkes, das Euch gewählt, Rechnung tragen, und dem allgemeinen Verlangen nach unbedingter Anerkennung der Frankfurter Verfassungsbe-

schlüsse Geltung verschaffen werdet. Ihr seyd von denselben Volksstämmen gewählt, die auch die deutsche Reichsversammlung beschickten: so gebt denn, indem Ihr entschieden Eure Uebereinstimmung mit dieser erklärt, der Welt den Beweis, daß in diesen Volksstämmen nur Ein Geist, nur Eine Hingebung für die gemeinsame Sache walte. Zeigt den Feinden unserer Eintracht, daß das Vorgeben, als sey die Absonderung und Selbstherrlichkeit einzelner deutscher Länder in einer Lieblingseigenthümlichkeit des Volkes begründet, eine Lüge sey; entsaget freiwillig der zweifelhaften Ehre, eine höhere Instanz seyn zu wollen als die Nationalversammlung; und lasset jeden Versuch, dadurch Eure Eitelkeit zu kitzeln, an Eurer deutschen Treue und Vaterlandsliebe scheitern. Noch ist die Zeit nicht lange vorüber, wo alle Forderungen und Bestrebungen nach einem freien, so wohl als nach einem mächtigen Deutschland durch eine Berufung auf angebliche Pflichten gegen den Bundestag zurückgewiesen wurden; gebet jetzt nicht der Welt das Beispiel, daß das Hinderniß unserer Freiheit und Einheit von den einzelnen Volksvertretungen ausgeht! Beherzigt, daß unsere Nachkommen nicht den Stamm am höchsten ehren werden, der durch seinen Eigenwillen das Einigungswerk am längsten verzögerte, sondern den, der mit edler Selbstverläugnung in unbedingter Hingebung für die deutsche Sache voranschritt! So setze denn die Kammer der bayerischen Abgeordneten, statt das neue Gesetz ihrer Prüfung zu unterwerfen, einen größeren Ruhm darein, ihm sich selbst zu unterwerfen! In diesem Vertrauen richten wir an Sie, es mögen ihr nun die Geundrechte zur Genehmigung vorgelegt werden oder nicht, die ehrfurchtsvolle Bitte: „Hohe Kammer wolle auf eine Berathung und Beschlußnahme über die Grundrechte des deutschen Volkes im Einzelnen nicht eingehen, sondern die Regierung auffordern, dieselben, so wie sie durch das Einführungsgesetz für ganz Deutschland bereits publicirt sind, durch Verkündigung im Gesetzblatt unverzüglich auch süe Bayern in Kraft zu setzen." In der Hoffnung, durch diese Bitte nur ausgesprochen zu haben, was bereits in den Ansichten und Wünschen der hohen Kammer lebt, verharren wir ehrerbietigst der hohen Kammer der Abgeordneten ꝛc. Diese Adresse der constitutionellen Vereine Erlangens mag ein sprechendes Zeugniß seyn dafür, daß die Sonderbestrebungen in Bayern hier keine Sympathie haben; diese Sympathien sind sogar bei den Altbayern ziemlich zweifelhaft, und finden sich bloß bei den Gliedern und dienstbaren Geistern der bayerischen Kamarilla. Die demokratische Gesinnung in Franken hat zugenommen, wächst durch das Sträuben der bayerischen Regierung von Tag zu Tag, und, wofern nicht zu rechter Zeit Anschluß an die allgemeine deutsche Sache aufrichtig und ohne Rückhalt erfolgt von oben, so könnte der zweite Märzmonat ernstlichere Scenen bringen, als der erste der deutschen Nationalerhebung brachte.

Es ist auffallend bemerkbar, aber richtig, daß auch hier, seit die bayerische Regierung sich sträubt, mit den Beschlüssen der Frankfurter Versammlung sich einverstanden zu erklären, und in andern fränkischen Orten Preussen mehr und mehr Freunde gewinnt hinsichtlich der Oberhauptsfrage. Man strebt mit Macht danach, aus dem Zustande der Ungewißheit und nationalen Zerrissenheit herauszukommen.

§ (Bayreuth, den 27. Januar.) Heute fand dahier die erste öffentliche Sitzung des königlichen Kreis- und Stadtgerichtes statt, in der ein Verbrechen des ausgezeichneten Diebstahls, und ein Vergehen der Körperverletzung, beide aus dem Februar 1847, verhandelt wurden. In beiden Fällen sprach der Gerichtshof das „Schuldig" aus, und erkannte die vom Staatsanwalt beantragte Strafe. — Jeder der von den Angeklagten gewählten Anwälte überließ deren Vertheidigung seinen Concipienten. Zwei junge Männer also hatten die Ehre, die ersten Lanzen zu brechen! Die Vertheidigung des Rechtsbestandes für den des Diebstahls Beschuldigten war mehr eine Interpellation des Gesetzes, die Abänderungen des Strafgesetzbuches von 1813 betreffend, — durch die er sogar im vorliegendem Fall die Kompetenz des Gerichtshofes zu beanstanden suchte, und noch mehr eine Lobrede auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in volkssouveränem Sinn, wobei er sich sichtbar an das zahlreich versammelte Publikum wandte, als eine rationelle Auffassung des zu behandelnden Gegenstandes. Die beinahe einhalbstündige Rede des Rechtsbeistandes für den der Körperverletzung Angeklagten war eine klare, in allen Beziehungen motivirte, auf alle Umstände eingehende Vertheidigung. Der Gerichtshof sowohl, als der Staatsanwalt verliehen der Verhandlung die gehörige Würde, und wir wünschen den Worten des Gerichtspräsidenten, daß die Vertheidigungen mit Anstand und Mäßigung zu führen seyen, praktische Bedeutung; denn gerade bei der Oeffentlichkeit kann der Anwalt auf das Rechtsgefühl des Volkes wirken.

§ (Bayreuth, 28. Januar.) Schon seit mehreren Jahren haben die Redaktionen periodischer Blätter aus dem Gefühl der Rechtlichkeit und wegen gegenseitiger Courtoisie die Quellen ihrer Nachrichten mit Anfangsbuchstaben angegeben, und dies ist bei der »Bayreuther Zeitung" selbst unter der seit Anfang laufenden Jahres abgetretenen Redaktion des Israeliten Julius Würzburger befolgt worden; bei der gegegenwärtigen läßt sich aber weder eine Angabe der benützten Zeitungen, noch, da diese fehlt, eine Bezeichnung füe Original-Korrespondenzartikel finden, was um so mehr zu bedauern ist, als dadurch die darin gelieferten Nachrichten jeder Glaubwürdigkeit entbehren und auch für den aufmerksamen Leser keinen Anhaltspunkt in der Verfolgung der Zeitgeschichte und Vergleichung der gegenwärtig herrschenden Parteiansichten darbieten. — Im Interesse des einzigen Organs der Kreishauptstadt von Oberfranken liegt es, sich nicht mit fremden Federn zu schmücken und die Handhabung der hier mit Begierde gelesenen »Mittelfränkischen Zeitung", des »Nürnberger Kuriers«, ja selbst des aller Welts „Korrespondenten v. u. f. Deutschland" sich als Beispiel dienen zu lassen.

Baden. (Donaueschingen, 25. Januar.) Wir hatten gestern in Donaueschingen eine hell auflodernde Flamme, welche von 7½ Uhr an in wenig Stunden bei stark gehendem Ostwinde an sieben Häuser verzehrte. Ein alter Mann erstickte in seinem Häuschen und eine Frau starb aus Schrecken vor meinen Augen. Eine mangelhaftere Löscheinrichtung, größere Unordnung und geringere Lust zum Arbeiten traf ich nicht im kleinsten würtembergischen Landstädtchen, mit weniger rühmlicher Ausnahme, indem sich besonders ein Mann gewiß 1½ Stunden durch unausgesetztes Löschen vom Gibel eines Daches aus, mit persönlicher größter Gefahr auszeichnete. Ehre dem Biedermann, dessen Namen ich noch heute erfahren werde. Der in Donauschingen liegenden Kompagnie, sowie der von Auffen herbeigeeilten Infanterieabtheilung des Kgl. würtembergischen 4. Infanterieregiments hat man unter der einsichtsvollen und kräftigen Oberleitung des Generals Grafen Wilhelm von Würtemberg den Einhalt des Feuers mitzuverdanken, das durch anlehnende Scheiterbeugen und Schindeldächer reichliche Nahrung finden mußte. Zwei Soldaten verbrannten ihre ganze Ausrüstung. Es ist dieses seit ein paar Monaten der siebente Brand in hiesiger Umgegend. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 27. Jan.) Den Vorsteherinen des Vereins, welche die Ehre hatten, den von vielen hiesigen Frauen und Jungfrauen verfertigten Teppich Sr. kaiserl. Hoheit dem Erzherzog Johann Reichsverweser zu überreichen, ist eben nachfolgendes Schreiben zugekommen, welches sie sich zur angenehmen Pflicht machen, ihren Mitbürgerinen mitzutheilen: »Ich habe mit gerührtem Herzen die schöne und sinnige Gabe empfangen, die Sie mir bei Gelegenheit meines Geburtstages im Namen Ihrer Mitbürgerinen dargereicht haben. Diese von deutschen Frauen und Jungfrauen ausgeführte herrliche Arbeit liefert den Beweis, was gemeinsames Zusammenwirken zu leisten vermag. Es wird für die spätesten Tage meines Lebens ein theures Andenken an meinen Aufenthalt in dem schönen Frankfurt, und eine sprechende Erinnerung an die Zeit verbleiben, wo neue Hoffnungen uns Alle belebten, wo der Wunsch, für des Vaterlandes Einigkeit und Kraft im Vereine mit dessen Vertretern zu wirken, dieses Streben mit Erfolg gekrönt zu sehen, mich nach der alten Krönungsstadt geführt hatte. Drücken Sie — ich bitte Sie darum — denen Frauen und Jungfrauen Frankfurts, die im Vereine mit Ihnen dieses schöne Werk mit dem Bilde unserer Germania geschaffen, meinen herzlichen Dank aus. Sagen Sie denselden, daß dieses Sinnbild Deutschlands, nach seinem vollem Werthe gewürdiget, im Süden unseres gemeinsamen Vaterlandes, wo der kräftigen Alpensöhne biedere Herzen warm und treu für dessen Ruhm und Glück schlagen, aufbewahrt bleiben wird. Ein werthes Zeichen der Anerkennung redlichen Willens und uneigennütziger Bestrebungen, bleibt es für mich und meine Nachkommen ein theures Pfand der Gesinnungen deutscher Frauen. Ihr aufrichtigster Johann. Frankfurt, den 23. Jan. 1849."
(Frkft. O.-P. Z.)

(Hamburg, 23. Jannar.) Die heute hier angelangte Nummer der halboffiziellen „Berling'schen Zeitnng" enthält mit ausgezeichneter Schrift die unter den gegenwärtigen Umständen nicht unwichtige amtliche Nachricht, daß Baron v. Pechlin, der ehemalige Bundestagsgesandte für die Herzogthümer, nach Olmütz abgereist sey, um Namens des Königs von Dänemark den jungen Kaiser von Oesterreich zu seinem Regierungsantritt zu beglückwünschen. (Fkft. O.-P.-Z.)

Hannover. (Hildesheim, 24. Januar.) Gestern Abend 8 Uhr wurde die Stadt durch Hornsignale und Generalmarsch in die höchste Aufregung versetzt, die hier garnisonirenden Soldaten sammelten sich kampfbereit auf dem Markte, die Bürgerwehr, welche, wie lobend anzuerkennen, sehr zahlreich erschien, marschirte nach der Neustadt, wo eine blutige Schlägerei zwischen Soldaten und Bürgern ausgebrochen war. Es sind auf Seiten der Civilisten, weil die Soldaten sich der blanken Waffe bedienten, bedeutende Verwundungen vorgekommen, man spricht sogar von einem Todten. Ein gewaltsames Einschreiten der bewaffneten Bürgermacht oder gar des Militärs war nicht nöthig, gegen 10 Uhr war die Ruhe vollkommen wieder hergestellt und blieb durch zahlreiche Patrouillen gesichert. Der Tumult hatte übrigens durchaus keinen politischen Charakter, sondern scheint eine Folge früherer Reibungen zwischen Militärs und Civilisten gewesen zu seyn. Man hört von den glaubhaftesten und ehrenwerthesten Bürgern, daß die Soldateska sich der rohesten und gröbsten Excesse schuldig gemacht hat. (Hildesh. Z.)

Hessen. (Kassel, 23. Jan.) In der heutigen Sitzung der Stände ist der Bayrhoffersche Antrag über die Wirkung der Grundrechte auf unsere Wahlgesetzgebung, wonach in Folge der Aufhebung aller Standesvorrechte unsere ganz auf das ständische System gegründete Vertretung zusammenfallen wurde, gegen 8 Stimmen durchgefallen. Die Ständeversammlung hat sich nun dahin ausgesprochen, daß in Folge der Grundrechte die besondere Vertretung der Prinzen und Standesherrn, des Adels- der ritterschaftlichen Stifter und der Universität, sowie die Standlsstimme im §. 73 der Verfassungs-Urkunde mit rechtlicher Nothwendigkeit wegfallen müßten, und daß hierzu nur einfache Stimmenmehrheit erforderlich sey, während alle übrigen Abänderungen in das Gebiet der Zweckmäßigkeit fielen, und daher der verfassungsmaßigen Erschwerung nach §. 153 unterliegen müßten. (Fr. J.)

Oesterreich. (Von der ungar. Grenze, 23. Jan.) Aus vollkommen zuverlässiger Quelle kann ich Ihnen folgende Nachrichten mittheilen. Zwischen den Magyaren und den kaiserlichen Truppen scheint sich in den ungarischen Bergstädten Schemnitz und Kremnitz ein erbitterter Kampf vorzubereiten. Das Korps des Generals Götz, dem sich die Stur-Hurban'sche Freischaar, jetzt etwa 800 Mann stark, angeschlossen, ist dis Turczeck, an der Grenze des Sohler und Thuroczer Komitats, vorgedrungen; dort fand ein Gefecht statt, in welchem die Kaiserlichen sieglen, ohne jedoch vorzurücken. Major Bichl trat aus den Reihen hervor und haranguirte die Soldaten des Regiments Vasa, geborne Slowaken, die noch auf magyarischer Seite standen, aber sich von ihm nicht bereden ließen, sondern ihn ergriffen und entführten. Von den Führern der kaiserlichen Truppen selbst wird der Effektivstand der magyarischen Besatzung der (sehe schwer einzunehmenden) Bergstädte auf 20,000 Mann mit 40 Kanonen angeschlagen. (Die Nachricht von der Einnahme der Stadt Chemnitz scheint demnach voreilig zu seyn.) Nunmehr treten die strategischen Plane der Magyaren klarer zu Tage. Sie wollen, daß Windischgrätz seine kompakten Massen zertheile, mit den Abtheilungen hoffen sie dann mittelst des Lokallandsturms desto leichter fertig zu werden. — General Bem soll nun auch wieder auf Klausenburg heraufgedrängt seyn. Der Kronstädter Satellit meldet: „Gestern Abend sind 2 Pulks Kosaken, 1 Bataillon russischer Jäger und 6 Kanonen mit der nöthigen Artilleriemannschaft und Bespannung auf dem Predjal angekommen. 1 russisches Infanterieregiment ist in Valeni und andere starke Abtheilungen russischer Kavallerie und Infanterie mit Kanonen in Tirgovetsch u. a. Orten einmarschirt. Unsere ganze Grenze ist also mit russischen Truppen besetzt. General Engelhard wurde gestern in Obertömös erwartet." In einem anderen siebendürgischen Berichte heißt es, in Bistritz seyen „fremde Krieger mit langen Bärten" erschienen. Diese russischen Mahnungen sind denn doch etwas stark. Hätte die Expedition Bem's nur den Schein der Bedroblichkeit bezüglich Podoliens gewonnen, so wäre die russische Hülfeleistung bereits eine vollzogene That. (Lpz. Z.)

Preussen. †*† (Berlin, 26. Jan.) Das „politische Berlin" ist überaus eifrig mit den Wahlen beschäftigt Die Wahlmänner hal-

ten Parteiversammlungen, von denen sie jedoch der Polizeibehörde Anzeige machen müssen. Gestern Abend versammelten sich unter dem Präsidium des Dr. Waldeck die Wahlmänner des Königstädtischen Bezirks; die Versammlung mußte sich jedoch auf Remonstration des betreffenden Revierkommissarius auflösen, kam aber nach inzwischen erfolgter Anzeige bei der Behörde nach Verlauf einer Viertelstunde wieder zusammen.

Die zahlreich in der Corporation der Wahlmänner vertretenen kleinen Handwerkermeister verlangen, wie sie sich ausdrücken, die Vertretung ihrer Interessen in der Kammer. Ueber das »wie?« sind ihre Ansichten wesentlich verschieden, die einen wollen Sozialisten, die andern solche wählen, die sich verbindlich machen, das Innungswesen wieder einzuführen. Die Gesellen sind klarer, sie verlangen auch Vertretung ihrer Interessen, wollen aber vom Zunftzwange nichts wissen. Von ihnen wird der Goldarbeiter Bisky als Kandidat aufgestellt. Auf Waldeck vereinigen sich die Stimmen fast aller antiministeriellen Wahlmänner und es ist leicht möglich, daß Waldeck in allen vier Wahlbezirken gewählt wird. — Das Komité für »volksthümliche Wahlen« ist bemüht jede Zersplitterung der Stimmen zu verhüten, es will wo möglich die Aufstellung neuer Kandidaten der Oppositionspartei ganz vermeiden und die Namen der HH. Waldeck, Temme, Jacoby, Behrens vorerst festhalten. Bemerkenswerth ist, daß vor dem Frankfurter Thor, einer vorzugsweise von Arbeitern bewohnten Gegend den Wahlmännern die Pflicht auferlegt wurde, für Jacoby zu stimmen.

Aus Düsseldorf geht uns die Nachricht zu, daß ein großer Theil der demokratisch gesinnten Wahlmänner ihre Stimmen auf Hrn. Wesendonk und Hrn. Blöm zu vereinigen beabsichtigen. Der Letztere soll sich jedoch noch nicht entschieden haben, die event. Wahl anzunehmen. Hr. Blöm, ein viel gesuchter Rechtsanwalt, soll während der Zeit seiner Theilnahme an den hiesigen Kammerverhandlungen in seinen Revenuen einen Ausfall von mehreren tausend Thalern erlitten haben. Wie man uns berichtet, hat er an seiner Statt die Herren Rodbertus und Unruh vorgeschlagen.

Bei seiner letzten Anwesenheit soll Hr. Camphausen sich in einem Kabinetsrath, zu dem er zugezogen worden, sehr entschieden gegen die politischen Verfolgungen, welche in der neusten Zeit in Preussen vorgekommen, ausgesprochen haben. Insbesondere hat Hr. Camphausen darauf hingewiesen, wie die Maaßnahmen verschiedener Richterkollegien gegen ihre Mitglieder und vorzugsweise die Behandlung des Hrn. Temme selbst in den konservativesten Fraktionen des Frankfurter Parlaments Mißbilligung hervorgerufen hätte. Auf seinen Rath hat der Justizminister Hr. Rintelen die Freilassung Temmes aus seiner Untersuchungshaft verfügt, um so den etwaigen Remonstrationen der Frankfurter Versammlung zuvorzukommen. Nach den neusten Briefen aus Frankfurt ist Hr. Temme jedoch noch nicht dort eingetroffen.

Das Gerücht eines Rücktritts des Herrn Camphausen aus preuß. Staatsdiensten ist, wie uns von sehr zuverläßiger Seite aus versichert wird, nicht begründet.

Herr Borsig soll gewillt seyn, sein Geschäft aufzugeben; Viele glauben jedoch, daß dies nur ein Schreckschuß ist, und für die Arbeiter des Herrn Borsig bestimmt sey.

In den heutigen Zeitungen erklärt Herr Bülow-Cummerow, daß er mit dem »Verein zur Wahrung der Interessen der Provinzen" nicht liirt sey. Man hat Herrn v. Bülow von verschiedenen Seiten mit Unrecht mit diesem Verein, so wie mit den von diesem Verein ausgegangenen Enthüllungen in Verbindung gebracht. Jener Verein besitzt in Hrn. v. Meusebach seinen Dirigenten, dem Hrn. Gödsche, Mitarbeiter der Neuen Preuß. Zeitung zur Seite steht.

(Posen, den 23. Januar.) Die gestrigen Wahlen sind bei uns nicht ohne gewaltsame Störungen vorübergegangen und in einzelnen Wahlbezirken hat militärischer Schutz requirirt werden müssen. Dessenungeachtet ist das Wahlgeschäft in mehren Revieren nicht zu Ende gebracht worden, sondern hat, um blutige Kämpfe zu verhüten, abgebrochen werden müssen, nachdem es hin und wieder schon zu furchtbaren Balgereien, Hieben und Messerstichen gekommen war. (D.A.Z.)

(Posen, den 20. Januar.) Dr. Libelt, Abg. des Buksamerschen Wahlbezirks in Deutschposen für Frankfurt, welcher so eben zum Minister der Presse in der Liga ernannt worden, hat so eben ein Rundschreiben an seine Wähler erlassen, in welchem er ihnen eröffnet, daß er im Sept. v. J. nur nach Frankfurt gegangen sey, weil er gehofft, die Posener Abgrenzungsfrage bei der Berathung des Paragraphen über die deutsche Reichsgrenze noch rückgängig zu machen. Da er sich aber von der Unmöglichkeit dieses Unternehmens bald überzeugt, da ferner ein Reichskommissär zur endgültigen Ausführung der Abgrenzung abgesandt worden, so habe er es nicht vor seinem Gewissen verantworten können, die Deutschland einverleibten, also deutschen Kreise zu vertreten, und deshalb sein Mandat niedergelegt. Bei der bevorstehenden Neuwahl fordert er nun seine Mitbürger auf, dennoch mit zu wählen, um die Wahl eines Deutschen zu verhindern. Er schließt mit den Worten: »es muß ein Pole nach Frankfurt gehen, um ein lebendiger Vorwurf für das politische Gewissen der Völker zu seyn. Er soll wie das Gespenst des zerrissenen Landes sich unter denen herumbewegen, die es zerfleischten!« (D. Z.)

Sachsen. (Dresden, 26. Januar.) (4te öffentliche Sitzung der I. Kammer, am 25. Jan.) Auf die vorgestrige Interpellation von Gautsch in Betreff der Aufhebung der Stifter und Klöster antwortet Staatsminister v. d. Pfordten: in Bezug auf diese Aufhebung sey kein Antrag an die Regierung vom vorigen Landtag ergangen. Zur Aufhebung der Stifter sey die Regierung bereit und zwar auf dem Wege der Verhandlungen und hoffe, daß sie bald zu einem allseitig befriedigenden Resultate gelangen werden. Wegen der Klöster sey allerdings zu bemerken, daß ihrer Aufhebung entschiedene Rechtsgründe entgegen stehen, Verpflichtungen gegen Oesterreich, die Oberlausitzer Provinzialstände und die Verfassungsurkunde. Das Vermögen der Klöster solle unter die Oberaufsicht der Regierung kommen; dazu seyen die Schritte eingeleitet, und die Exemtionen von der Jurisdiction sollten beschränkt werden. Die Durchsicht des Vermögensbestandes geschehe jetzt; eine Frist zur Beantwortung der anderen Fragen sey den Klöstern nicht zu versagen gewesen, um sich mit den auswärtigen Oberen zu vernehmen. Gautsch ist dadurch nur theilweise befriedigt; bloße Hoffnungen genügten jetzt nicht; beantragt daher, die Regierung zu ersuchen, daß noch im Laufe dieses Landtages eine Vorlage wegen der Stifter darüber rechtzeitig an die Kammer gelange. Wegen der Klöster würde sich bei Revision der Verfassung leicht eine Bestimmung treffen lassen. Min. v. d. Pfordten: durch eine sofortige Diskussion des Antrages werde schwerlich das Resultat der Unterhandlungen gefördert; vielmehr möge man dieselben erst beendigen lassen. Jede Frucht brauche zu ihrer Reife eine gewisse Zeit, in der Entwickelung gestört wird gar keine oder eine unreife Frucht. Tzschucke wünscht, daß die Kammer hierbei vor der Hand Beruhigung fasse und zur Tagesordnung übergehe. Böricke widerlegt diese Ansicht und stellt den von Gautsch adoptirten Antrag, daß die Regierung unverweilte Anordnung treffen möge, um bei der Umänderung der Verfassung sofort die Aufhebung der Klöster vornehmen zu können. Tzschucke beantragt, die erwähnten Anträge an die Abtheilungen zu verweisen. — Günther interpellirt über den Uebelstand bei der Briefpost, daß Briefe durch Orte durch nach der nächsten Station und dann wieder zurück geben. Minister Georgi sichert in der nächsten Sitzung Auskunft zu. — Böricke interpellirt, ob das Rochlitzer Justizamt bei dem Ministerium angefragt, ob es die Akten über den Waldenburger Exzeß dem Staatsanwalt mittheilen solle, und was das Ministerium darauf verfügt habe. Hierauf erstattet Tzschucke Bericht über das königl. Dekret, das Münzcartell betreffend, und beantragt beifällige Erklärung zu demselben, die auch einstimmig ertheilt wird. (Lpz. Z.)

(Neustadt, den 24. Januar.) In Nro. 13 Ihrer Zeitung hat der †-Korrespondent aus Thüringen den Widerspruch hervorgehoben, der zwischen dem Reichsministerium und unserer Staatsbehörde hinsichtlich des Schutzes durch Reichstruppen stattfände. Daß unsere Regierung sich rechtfertigen, und diesen scheinbaren Widerspruch lösen könne und werde, bezweifelte kein Schwarzburger; aber höchlich waren wir erstaunt, den Versuch einer Lösung dieses Räthsels in einem hier erscheinenden Blatte zu lesen, das zeither nichts weniger als freundlich sich für unsere freisinnige Regierung gezeigt, auftreten zu sehen. Die Rechtfertigung ist aber auch so ausgefallen, daß unsere Regierung denken mag: Gott bewahre uns vor unsern Freunden 2c.

Folgende aus zuverlässiger Quelle geschöpfte Mittheilung dürfte eher die Zweifel beseitigen, welche jene in scheinbarem Widerspruche stehenden Erklärungen des Reichsministers und unserer Behörden hervorgerufen haben. Als die hiesige Bürgerschaft auf Anfrage der Regierung, ob sie im Stande sey, sich selbst zu schützen, diese Frage bejaht, eine zweite Anfrage, ob sie sich einem Angriffe von Außen her gewachsen fühle, verneint hatte, glaubte unsere Regierung die Centralgewalt um Unterstützung für gewisse Fälle angehen zu müssen, ohne jedoch eine militärische Unterstützung von der Seite aus oder in der Art, von und in welcher sie der hiesigen Staatsregierung geworden ist, zu beabsichtigen und zu erbitten. Allerdings hatte sich die Regierung schon im Mai v. J. bestimmen lassen, sich für gewisse Fälle der Aussicht auf bundesmäßigen Beistand zu versichern. Nachdem sich jedoch später die Centralgewalt für Deutschland und mit ihr ein neues Verhältniß ausgebildet hatte, so fürchtete die Regierung, daß das von ihr angegangene Preussen Bedenken tragen möchte, dem Land in den untergestellten Fällen der Noth den früher von ihm zugesagten Beistand zu gewähren. Die Pflicht gebot aber diesen zu erhalten. Nur für diesen Zweck wendete sich die Regierung an die Centralgewalt, um so mehr, da bald darauf Preussen sein Versprechen zurückzog und erst dann wieder herstellte, als der Reichsminister des Innern Preussen angewiesen hatte, unserer Regierung die nach den Bundesgesetzen zu leistende Hülfe zu gewähren. So ist die Sache geblieben, bis im Monat Oktober der Reichskommissär erklärte, daß nicht-preussische Reichstruppen im Schwarzburgischen Kantonnements beziehen würden, welche Maßregel weder in den Bundesgesetzen lag noch durch ein Verlangen unserer Regierung herbeigeführt worden war. Demnach durfte die Regierung dem Reichskommissär gegenüber behaupten, daß das Einrücken von Bundestruppen zur Zeit wenigstens nicht durch die und noch weniger durch ihren Antrag veranlaßt worden sey. Eben darum konnte sie gleichzeitig, ohne mit sich selbst in Widerspruch zu gerathen, diese Maßregel für ein Mißverständniß erklären, auf ihre schleunige Abstellung antragen und sich gegen jede daraus entspringende nachtheilige Folge verwahren. (A. D. Z.)

(Gera, 25. Januar.) Unter die Statuten, in welchen die von der Centralgewalt verkündeten Grundrechte des deutschen Volks bereits publizirt worden sind, gehört auch unser Fürstenthum Reuß j. L., wo sie schon am 12. Jan. d. J. durch Veröffentlichung im Gesetzblatte Gesetzeskraft erlangt haben. Auch hat unser Ministerium sich bereits bei Gelegenheit einer Verordnung, betreffend die Abschaffung des Abspaltungszinses, auf einen Paragraphen der Grundrechte berufen. In dieser Hinsicht kann also bei uns über Vernachlässigung der Beschlüsse der Nationalversammlung nicht geklagt werden. Anders ist es in Bezug auf den Beschluß über ein erbliches Kaiserthum: in dieser Hinsicht ist die große Mehrzahl unserer Bevölkerung, ebenso unsers konstituirenden Landtags ganz einverstanden mit den von den beiden sächsischen Kammern gefaßten Beschlüssen gegen ein preussisches Erbkaiserthum. Und gewiß stimmen mit uns die Meisten mit der Aeusserung eines Abgeordneten der gothaischen Kammer überein: daß sie eher an Sachsens Rautenkranz sich anschließen, als unter des preuss. Adlers Fänge sich flüchten werden. Wenn auch noch Manche wegen befürchteter höherer Abgaben einen Anschluß an Sachsen fürchten, so werden diese doch gar bald bekehrt werden, sobald sie die neuen Steuern zahlen sollen, die in unserm Städtchen sich in kurzem als nothwendig herausstellen werden. Nach einer vor kurzem mitgetheilten Uebersicht der Finanzverhältnisse unseres Landes ist es fast nicht möglich, daß dasselbe seine Selbstständigkeit bewahre. Durch das, wie es heißt, von der Centralgewalt „kategorisch verlangte" Aufbringen der 2 Proz. wird ein jährlicher Militäraufwand von circa 50,000 Thlr. verlangt, für unser kleines Land von 77,000 Seelen eine unerschwingliche Last. Da mag die Centralgewalt Geld schaffen; der reussische Landtag wird keins verwilligen. Daß sich in Altenburg und Thüringen immer mehr Sympathien für einen Anschluß an Sachsen aussprechen, hat hier überall sehr erfreut; unser Landtag hat den Ruhm, diese Idee zuerst angeregt, und seinerseits durch die That der Verwirklichung nahe gebracht zu haben. (D. A. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 25. Januar.) Die Polizei will durchaus Krieg haben! Sie ließ gestern alles Militär in die Kasernen sperren, um auf den ersten Wink schlagfertig zu seyn. Am Abend schloß sie drei der bedeutendsten Klubs, darunter den neuen Fraternitätssaal, gegen den sie nicht weniger als drei Bataillone Infanterie und zweihundert Gardiers (Tyroler) dirigirte. Da sie jedoch nirgends auf Widerstand stieß, so begnügte sie sich, die Sitzungslokale zu versiegeln und Protokolle darüber aufzunehmen.

Wie man hört, wird die Bergpartei den Minister des Innern

wegen der polizei- und untergerichtlichen Willkürmaßregeln interpelliren, welche seit mehreren Tagen die ganze Stadt in Allarm setzen. Bald sind es die Bäckergesellen, bald die Lichtzieher, deren Zunftwirren ihnen zum Pretext dienen.

Ein Erlaß des Präsidenten der Republik reorganisirt die berüchtigte Mobilgarde, traurigen Andenkens. Vom 1. Febr. ab wird dieselbe nur noch zwölf Bataillone (statt 24) zählen, jedes Bataillon zu 990 Mann, von denen die Gemeinen täglich 1 Frks. 20 C. und resp. 1 Frks. 10 Centimen Sold beziehen. 1848 kostete dieser hehre Vortrab der Pariser Bürgerwehr (offizieller Styl des Ministers Faucher) die Bagatelle von 12½ Millionen Franken, während er 1849 nur 7,600,000 Frks. kosten soll. Hiedurch erspart Hr. Passy 4,600,700 Franken. Diese Ersparniß bildet das eigentliche Hauptmotiv der vielbesprochenen Maßregel.

Italien.

Aus Rom vom 20. Januar wird berichtet, daß die Stadt in Belagerungsstand erklärt wurde. Die Klubs verlangten, daß General Zamboni vor ein Kriegsgericht gestellt werde, während die Soldaten seines Korps ihn befreien wollten, was fehlschlug. Fürst Cesarini hatte sich auf dem Wege nach Civitavecchia geflüchtet.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n.

Berichtigung.

In der Empfehlung von Herrn Johs. Demmler in Nro. 27. der Mittelfränkischen Zeitung ist per Mille Cuba-Cigarren statt 25 fl. 28 fl. zu lesen.

Freiblatt München

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 31. Januar 1849. № 31. Mittwoch: Virgilius.

†† Eine Lanze für Johannes Ronge.

Als Ronge im Jahre 1845 den bekannten Brief an den Bischof Arnoldi von Trier richtete, da reichten alle Hellsehenden und Helldenkenden dem muthigen Streiter für die Wahrheit im Geiste die Hand und Jeder sprach dazu: der Mann hat recht und nur die das Volk verdummende Partei, das protestantische und katholische Pfaffenthum und die Jesuiten aller Konfessionen sahen in diesem Briefe den Anfang zu ihrem späteren Ansehensverluste. Ronge aber ließ sich durch keinerlei der vielen ihm in den Weg geworfenen Hindernisse beirren und abhalten, sondern baute eifrig fort an seinem begonnenen großen Werke und die Ereignisse der Märztage des Jahres 1848 unterstützten seine Bemühungen auf eine kräftige Weise. Die freien christlichen Gemeinden nahmen an Zahl und Umfang immermehr zu, und, woran in der finsteren Zeit eines Metternich und Abel Niemand wohl gedacht hatte, das begab sich dennoch in Oesterreich und Bayern, ja in Wien und München, es bildeten sich freie Gemeinden unter der persönlichen Leitung Ronge's. Nach Nürnberg, das bei der Kirchenreformation im 16. Jahrhundert so kräftig dem Geiste des Fortschrittes Rechnung getragen hatte, kam Ronge mit besonderem Vertrauen, es werde diese Stadt auch jetzt wieder den gleichen Eifer für eine anerkannt gute Sache an den Tag legen, denn, daß Ronge's Lehre nur das will, was wahr und gut ist, wird Niemand läugnen, der nicht von Sonderinteressen umstrickt, oder mit völliger Blindheit geschlagen ist. Hätten sich, wie es bei der lutherischen Lehre der Fall gewesen ist, auf die Seite der Rongeschen Verbesserungen auf kirchlichem und geistlichem Gebiete Fürsten und Andere von mächtigem Einflusse gestellt, so läßt sich ohne Zweifel behaupten, daß die freien christlichen Gemeinden mit den übrigen Religionsgesellschaften sehr gut einen numerischen Vergleich auszuhalten vermöchten. Weil aber Ronge's Lehre den Fürsten, als zu volksthümlich, nicht zusagen kann, weil das Pfaffenthum, das mit den Thronen zusammengewachsen ist, von der Verbreitung dieser Lehre Alles zu fürchten hat, so wird auch Alles aufgeboten, dem äußeren Wachsthume derselben hinderlich zu seyn. Man scheut sich in dieser Beziehung durchaus nicht, in die bodenlosesten Unsittlichkeiten zu verfallen und zur Lüge und Verläumdung seine Zuflucht zu nehmen, da man aber hiebei der Sache nicht so recht ankann, so kehrt man die vergifteten Pfeile gegen die Person. Ronge lehrt durchaus nichts, was nicht moralisch, was nicht wahr ist, in seinem ganzen Systeme spiegeln sich hell und klar Vernunft und reine Liebe, wie im edlen Krystalle die Sonne sich spiegelt. Man hört indeß öfter den Vorwurf aussprechen, daß Ronge in seine Vorträge zu viel Politik mische, (wie er denn auch selbst ein freier Kämpfer im Vorparlamente zu Frankfurt für des Volkes Rechte gestritten hat), allein dagegen läßt sich die Frage aufwerfen, ob denn unsere Zeit nicht einen besondern Cultus für die Politik erfordere? Gerade in der Politik läßt sich das Walten der Gottheit, der Geist, der alle Welt- und Sittengeschichte mächtig durchdringt, am merkbarsten ahnen.

Diesen Ansichten wird wohl Ronge schwerlich aus dem Wege gehen, und damit die Vorwürfe, die ihm aber nicht von religiösen Exaltados allein gemacht werden, für beseitigt halten. Wenn die römisch Katholischen auf Ronge nicht gut zu sprechen sind, und die gesammte katholische Klerisey selbst mit den unredlichsten Waffen gegen ihn zu Felde ziehen, so ist das eine Sache, auf die eigentlich gar Nichts zu geben ist. Wenn man pro domo spricht und handelt, so ist das auf Berechnungen basirt, die aus der Natur des Egoismus entspringen. Wenn aber, wie in der Augsburger Postzeitung, diesem Kothblatt, dem der verfaulte Ultramontanismus aus dem Halse riecht, schandbare Andichtungen gegen Ronge als Thatsachen niedergelegt werden, so kann solches Lügenpack nur auf den Schindanger verwiesen werden. Die protestantische Geistlichkeit pietistischer Abstammung und ihre Nachtreter und Nachbeter wenden sich übrigens auch ab von Ronge, und dieß aus sehr begreiflichen Gründen. Das „Vorwärts« in ihm ist ihnen in der Seele zuwider, er stört sie und die Ihrigen in der Ueberschwenglichkeit ihrer Gemüthsbuhlerei, er ist ihnen ein »moderner Gottesläugner," weil er Christus nur Gottes Sohn seyn läßt, wie es jeder Mensch ist, weil er nur seine vortrefflichen Eigenschaften anerkennt, vereinigt zu einem Vorbilde, das zur Nacheiferung beseelen soll, weil er mit einem Worte nicht sagt: Christus ist so viel, als Gott selbst, was er in der Erscheinungswelt mit ihren menschlichen Bedürfnissen und Schwachen niemals war. Darüber sind auch unsere Rationalisten einig, allein sie sind doch mit Ronge nicht einig, weil er früher römisch katholisch war, weil sie gerne ihre eigene Gesellschaft um sich vereinigen wollen. Nicht das Wesen, die Form bildet in diesem Fall die Differenz. Mit der Form wird indeß Ronge noch lange am meisten zu kämpfen haben, denn, wenn auch viele im Innern mit ihm einverstanden sind, so scheuen sie sich doch, dieser inneren Uebereinstimmung den gehörigen Ausdruck zu geben; sie lassen sich hauptsächlich aus zu vielerlei Rücksichten befehlen, nicht aus den gewohnten Verhältnissen herauszutreten, und die Kirche als das zu betrachten, was sie nicht seyn soll, als Parteiumgebung. Mit diesen Schwierigkeiten wird Ronge, wie gesagt, noch eine Zeit lang zu kämpfen haben, aber als ein fester Charakter, der auch kleine Erfolge wohl beachtet, und sich durch Nichts muthlos machen läßt, wird er endlich, deß kann man gewiß seyn, für sein begonnenes großes Werk der Kirchenverbesserung des neunzehnten Jahrhunderts den vollständigen Sieg erringen. In Nürnberg ist es ihm nicht besser gegangen, wie anderwärts, ja in vielen Stücken noch schlimmer. Es wurde von den Kanzeln herab, von wo aus doch nur die Wahrheit und die Liebe gepredigt werden soll, Lüge, Verläumdung und Haß auf ihn geschleudert, dem blöden Verstande Einzelner wurde sogar von bekannten Seiten her eingeredet, die Anwesenheit Ronge's sey die alleinige Ursache der letzten großen Ueberschwemmung und ihrer Folgen, und diese Dummheit fand trotz ihrer Riesengröße doch ihre Verbreiter, gegen die von ihm gebildete Gemeinde und den so gut zur Aufklärung dienenden Frauenverein ergoß sich die Galle frömmelnder Zeloten in schmählichen Invektiven, was aber der ganzen Miserabilität eines schwarzen Gelichters die Narrenkappe aufsetzt, ist folgender wortgetreu wieder gegebener Brief:

Nürnberg, den 26. Januar. Ronge! Ich will Sie hiemit ermahnen, binnen dreimal vier und zwanzig Stunden die Stadt zu verlassen, oder die gegen Sie sich gebildete Verschwörung wird ihren Schwur vollziehen. Eine große Anzahl ist es, die sich gegen Sie verschworen haben, und unter diesen befinden sich 6 sehr hohe Personen. Sie haben jetzt in unserer Stadt Unheil genug verbreitet und haben Ihr unsinniges Wesen lange genug getrieben. Ueberhaupt möchte ich Ihnen rathen, einmal von dem Wege des Unglaubens, des Unsinnes und der Dummheit, mit der Sie Leider Gottes, sehr geschlagen sind, zurückzukehren, und sich auf einen besseren wenden. Das Licht von oben haben Sie ganz und gar verloren; bekehren Sie sich, und es wird Ihnen wieder leuchten. Wenn Ihnen also Ihr Leben lieb ist, so verlassen Sie schleunigst die Stadt; ich thue es Ihnen zu wissen, damit Sie wissen, wie es mit Ihnen steht; Ihr Leben ist in Gefahr, und ich versichere Sie, ein Mensch, wie Sie, der nur Unheil und Unzufriedenheit verbreitet, und den Saamen der Zwietracht unter die Menschen streut, ist nicht werth, daß er lebe. Befolgen Sie meinen Rath. Dieses im Namen der Verschwornen.

Deutschland.

Bayern. (München, 26. Jan.) Bezeichnend für die siegreiche Stellung der Linken ist folgende Anekdote: Vor der Wahl zum Ausschusse für inneee Verwaltung kam gestern ein Anführer der Rechten (Abel) zu einem Führer der Linken (Stockinger) und bat um dessen Stimmzettel zum Abschreiben, da man, um alle Verzögerung zu verhüten, auch von jener Seite für die von der Linken Vorgeschlagenen votiren wolle, denn einen von der rechten Partei durchzubringen vermöge man doch nicht. Und Abel schrieb die Kandidaten Stockingers ab! — (Bayr. Z.)

(München, den 28. Januar.) Da die mit der Entwerfung der Adresse der zweiten Kammer beauftragte Kommission den Entwurf noch nicht beendet hat, gleichwohl dieselbe bereits vier Sitzungen hielt, so wird die erste öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten nicht morgen, sondern erst am Dienstag stattfinden. So viel man jetzt schon über den Adresse-Entwurf hört, wird derselbe ein sehr interessantes, hochwichtiges Aktenstück werden. In Betreff der deutschen Angelegenheiten wird sich die Kommission in dem Entwurfe entschieden im deutschen Sinne aussprechen und daher auch alle Reichsgesetze, folglich auch die Grundrechte, als bindend für alle Einzelstaaten erklären. Ist dies der Fall und stimmt die Kammer diesem bei, wie kaum zu bezweifeln steht, so wird man unsern Volksvertretern zurufen müssen: „Ihr habt Euch um das Vaterland verdient gemacht.“ Tritt die Kammer in dieser Beziehung so entschieden auf, so wird dem Ministerium nichts übrig bleiben, als zurückzutreten. (A. Abdz.)

(München, den 28. Januar.) Die Reihe der Vorträge für diesen Landtag ist eröffnet durch ein Referat des II. Sekretärs der Kammer der Abgeordneten, De. Griesmaier, den Druck der Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten in den Versammlungen von 1849 betreffend. Dr. Griesmaier stellt folgende Anträge: 1) daß die Kammerprotokolle für die Zukunft nur die historischen Vorgänge in jeder Sitzung, die vorgekommenen Anträge und Abstimmungen enthalten, die ausführlichen Voten und Reden dagegen einem als Protokollsbeilage zu betrachtenden Berichte einverleibt werden sollen; 2) daß nur für das Protokoll, nicht aber für den Bericht über die Voten und Reden die Verlesung in der Kammer, und deren Genehmigung nothwendig sey; 3) daß die Berichte über die Kammervoten und Reden mit der thunlichsten Beschleunigung zum Drucke zu befördern, und deshalb die einzelnen Redner verpflichtet seyen, die ihnen noch während der Sitzung oder unmittelbar darnach zukommenden stenographischen Diktate innerhalb dreier Stunden vom Schluß der Sitzung an gerechnet, mit ihren allenfallsigen Verbesserungen versehen, in die stenographische Kanzlei zurückzuliefern, da widrigenfalls das stenographische Diktat unverändert abgedruckt würde; 4) daß für den Druck der Kammer-Protokolle und die stenographischen Berichte das Format der doppelspaltigen Großquartkolonne gewählt und Maschinenpapier hiezu verwendet werden solle; 5) daß das Direktorium ermächtiget werde, die Lieferung sämmtlicher Druckarbeiten durch öffentliche Ausschreibung im Wege schriftlicher Submission an den Mindestfordernden zu vergeben, und auf Grund der erhaltenen Angebote die geeigneten Verträge abzuschließen. (A. Abdz.)

†† (Nürnberg, den 30. Januar.) Nachdem die gestrige Volksversammlung nicht in der Egydienkirche, wie es angezeigt war, gehalten werden konnte, weil ein Ministerial- und Regierungsreskript die Benützung der zum gottesdienstlichen Gebrauch bestimmten Kirchen zu politischen Zwecken strenge untersagt, wurde die Arena zum Versammlungslokale gewählt und füllte sich dicht mit Menschen an, so daß selbst auf der Bühne Viele Platz suchen mußten. Hauptgegenstand der Berathung war ein Adreßentwurf an die Abgeordneten-Kammer wegen der Einführung der Grundrechte, welcher Entwurf nach einem formulirten Antrage angenommen wurde. Der formulirte Antrag und die Adresse lauten:

wegen der polizei- und untergerichtlichen Willkürmaßregeln interpelliren, welche seit mehreren Tagen die ganze Stadt in Allarm setzen. Bald sind es die Bäckergesellen, bald die Lichtzieher, deren Zunftwirren ihnen zum Pretext dienen.

Ein Erlaß des Präsidenten der Republik reorganisirt die berüchtigte Mobilgarde, traurigen Andenkens. Vom 1. Febr. ab wird dieselbe nur noch zwölf Bataillone (statt 24) zählen, jedes Bataillon zu 990 Mann, von denen die Gemeinen täglich 1 Frks. 20 C. und resp. 1 Frks. 10 Centimen Sold beziehen. 1848 kostete dieser hehre Vortrab der Pariser Bürgerwehr (offizieller Styl des Ministers Faucher) die Bagatelle von 12½ Millionen Franken, während er 1849 nur 7,600,000 Frks. kosten soll. Hierdurch erspart Hr. Passy 4,600,700 Franken. Diese Ersparniß bildet das eigentliche Hauptmotiv der vielbesprochenen Maßregel.

Italien.

Aus Rom vom 20. Januar wird berichtet, daß die Stadt in Belagerungsstand erklärt wurde. Die Klubs verlangten, daß General Zamboni vor ein Kriegsgericht gestellt werde, während die Soldaten seines Korps ihn befreien wollten, was fehlschlug. Fürst Cesarini hatte sich auf dem Wege nach Civitavecchia geflüchtet.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Berichtigung.

In der Empfehlung von Herrn Johs. Demmler in Nro. 27. der Mittelfränkischen Zeitung ist der Mille Cuba-Cigarren statt 25 fl. 26 fl. zu lesen.

Freiblatt München

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 31. Januar 1849. **№ 31.** **Mittwoch: Virgilius.**

†† Eine Lanze für Johannes Ronge.

Als Ronge im Jahre 1845 den bekannten Brief an den Bischof Arnoldi von Trier richtete, da reichten alle Hellsehenden und Helldenkenden dem muthigen Streiter für die Wahrheit im Geiste die Hand und Jeder sprach dazu: der Mann hat recht und nur die das Volk verdummende Partei, das protestantische und katholische Pfaffenthum und die Jesuiten aller Konfessionen sahen in diesem Briefe den Anfang zu ihrem späteren Ansehensverluste. Ronge aber ließ sich durch keinerlei der vielen ihm in den Weg geworfenen Hindernisse beirren und abhalten, sondern baute eifrig fort an seinem begonnenen großen Werke und die Ereignisse der Märztage des Jahres 1848 unterstützten seine Bemühungen auf eine kräftige Weise. Die freien christlichen Gemeinden nahmen an Zahl und Umfang immermehr zu, und, woran in der finsteren Zeit eines Metternich und Abel Niemand wohl gedacht hatte, das begab sich dennoch in Oesterreich und Bayern, ja in Wien und München, es bildeten sich freie Gemeinden unter der persönlichen Leitung Ronge's. Nach Nürnberg, das bei der Kirchenreformation im 16. Jahrhundert so kräftig dem Geiste des Fortschrittes Rechnung getragen hatte, kam Ronge mit besonderem Vertrauen, es werde diese Stadt auch jetzt wieder den gleichen Eifer für eine anerkannt gute Sache an den Tag legen, denn, daß Ronge's Lehre nur das will, was wahr und gut ist, wird Niemand läugnen, der nicht von Sonderinteressen umstrickt, oder mit völliger Blindheit geschlagen ist. Hätten sich, wie es bei der lutherischen Lehre der Fall gewesen ist, auf die Seite der Rongeschen Verbesserungen auf kirchlichem und geistlichem Gebiete Fürsten und Andere von mächtigem Einflusse gestellt, so läßt sich ohne Zweifel behaupten, daß die freien christlichen Gemeinden mit den übrigen Religionsgesellschaften sehr gut einen numerischen Vergleich auszuhalten vermöchten. Weil aber Ronge's Lehre den Fürsten, als zu volksthümlich, nicht zusagen kann, weil das Pfaffenthum, das mit den Thronen zusammengewachsen ist, von der Verbreitung dieser Lehre Alles zu fürchten hat, so wird auch Alles aufgeboten, dem äußeren Wachsthume derselben hinderlich zu seyn. Man scheut sich in dieser Beziehung durchaus nicht, in die bodenlosesten Unsittlichkeiten zu verfallen und zur Lüge und Verläumdung seine Zuflucht zu nehmen, da man aber hiebei der Sache nicht so recht ankann, so kehrt man die vergifteten Pfeile gegen die Person. Ronge lehrt durchaus nichts, was nicht moralisch, was nicht wahr ist, in seinem ganzen Systeme spiegeln sich hell und klar Vernunft und reine Liebe, wie im edlen Krystalle die Sonne sich spiegelt. Man hört indeß öfter den Vorwurf aussprechen, daß Ronge in seine Vorträge zu viel Politik mische, (wie er denn auch selbst ein freier Kämpfer im Vorparlamente zu Frankfurt für des Volkes Rechte gestritten hat), allein dagegen läßt sich die Frage aufwerfen, ob denn unsere Zeit nicht einen besondern Cultus für die Politik erfordere? Gerade in der Politik läßt sich das Walten der Gottheit, der Geist, der alle Welt- und Sittengeschichte mächtig durchdringt, am merkbarsten ahnen.

Diesen Ansichten wird wohl Ronge schwerlich aus dem Wege gehen, und damit die Vorwürfe, die ihm aber nicht von religiösen Exaltados allein gemacht werden, für beseitigt halten. Wenn die römisch Katholischen auf Ronge nicht gut zu sprechen sind, und die gesammte katholische Klerisey selbst mit den unredlichsten Waffen gegen ihn zu Felde ziehen, so ist das eine Sache, auf die eigentlich gar Nichts zu geben ist. Wenn man pro domo spricht und handelt, so ist das auf Berechnungen basirt, die aus der Natur des Egoismus entspringen. Wenn aber, wie in der Augsburger Postzeitung, diesem Kothblatt, dem der verfaulte Ultramontanismus aus dem Halse riecht, schandbare Andichtungen gegen Ronge als Thatsachen niedergelegt werden, so kann solches Lügenpack nur auf den Schindanger verwiesen werden. Die protestantische Geistlichkeit pietistischer Abstammung und ihre Nachtreter und Nachbeter wenden sich übrigens auch ab von Ronge, und dieß aus sehr begreiflichen Gründen. Das „Vorwärts“ in ihm ist ihnen in der Seele zuwider, er stört sie und die Ihrigen in der Ueberschwenglichkeit ihrer Gemüthsbuhlerei, er ist ihnen ein „moderner Gottesläugner,“ weil er Christus nur Gottes Sohn seyn läßt, wie es jeder Mensch ist, weil er nur seine vortrefflichen Eigenschaften anerkennt, vereinigt zu einem Vorbilde, das zur Nacheiferung beseelen soll, weil er mit einem Worte nicht sagt: Christus ist so viel, als Gott selbst, was er in der Erscheinungswelt mit ihren menschlichen Bedürfnissen und Schwachen niemals war. Darüber sind auch unsere Rationalisten einig, allein sie sind doch mit Ronge nicht einig, weil er früher römisch katholisch war, weil sie gerne ihre eigene Gesellschaft um sich vereinigen wollen. Nicht das Wesen, die Form bildet in diesem Fall die Differenz. Mit der Form wird indeß Ronge noch lange am meisten zu kämpfen haben, denn, wenn auch viele im Innern mit ihm einverstanden sind, so scheuen sie sich doch, dieser inneren Uebereinstimmung den gehörigen Ausdruck zu geben; sie lassen sich hauptsächlich aus zu vielerlei Rücksichten befehlen, nicht aus den gewohnten Verhältnissen herauszutreten, und die Kirche als das zu betrachten, was sie nicht seyn soll, als Parteiumgebung. Mit diesen Schwierigkeiten wird Ronge, wie gesagt, noch eine Zeit lang zu kämpfen haben, aber als ein fester Charakter, der auch kleine Erfolge wohl beachtet, und sich durch Nichts muthlos machen läßt, wird er endlich, deß kann man gewiß seyn, für sein begonnenes großes Werk der Kirchenverbesserung des neunzehnten Jahrhunderts den vollständigen Sieg erringen. In Nürnberg ist es ihm nicht besser gegangen, wie anderwärts, ja in vielen Stücken noch schlimmer. Es wurde von den Kanzeln herab, von wo aus doch nur die Wahrheit und die Liebe gepredigt werden soll, Lüge, Verläumdung und Haß auf ihn geschleudert, dem blöden Verstande Einzelner wurde sogar von bekannten Seiten her eingeredet, die Anwesenheit Ronge's sey die alleinige Ursache der letzten großen Ueberschwemmung und ihrer Folgen, und diese Dummheit fand trotz ihrer Riesengröße doch ihre Verbreiter, gegen die von ihm gebildete Gemeinde und den so gut zur Aufkläeung dienenden Frauenverein ergoß sich die Galle frömmelnder Zeloten in schmählichen Invektiven, was aber der ganzen Miserabilität eines schwarzen Gelichters die Narrenkappe aufsetzt, ist folgender wortgetreu wieder gegebener Brief:

Nürnberg, den 26. Januar. Ronge! Ich will Sie hiemit ermahnen, binnen dreimal vier und zwanzig Stunden die Stadt zu verlassen, oder die gegen Sie sich gebildete Verschwörung wird ihren Schwur vollziehen. Eine große Anzahl ist es, die sich gegen Sie verschworen haben, und unter diesen befinden sich 6 sehr hohe Personen. Sie haben jetzt in unserer Stadt Unheil genug verbreitet und habrn Ihr unsinniges Wesen lange genug getrieben. Ueberhaupt möchte ich Ihnen rathen, einmal von dem Wege des Unglaubens, des Unsinnes und der Dummheit, mit der Sie Leider Gottes, sehr geschlagen sind, zurückzukehren, und sich auf einen besseren wenden. Das Licht von oben haben Sie ganz und gar verloren; bekehren Sie sich, und es wird Ihnen wieder leuchten. Wenn Ihnen also Ihr Leben lieb ist, so verlassen Sie schleunigst die Stadt; ich thue es Ihnen zu wissen, damit Sie wissen, wie es mit Ihnen steht; Ihr Leben ist in Gefahr, und ich versichere Sie, ein Mensch, wie Sie, der nur Unheil und Unzufriedenheit verbreitet, und den Saamen der Zwietracht unter die Menschen streut, ist nicht werth, daß er lebe. Befolgen Sie meinen Rath. Dieses im Namen der Verschwornen.

Deutschland.

Bayern. (München, 26. Jan.) Bezeichnend für die siegreiche Stellung der Linken ist folgende Anekdote: Vor der Wahl zum Ausschusse für innere Verwaltung kam gestern ein Anführer der Rechten (Abel) zu einem Führer der Linken (Stockinger) und bat um dessen Stimmzettel zum Abschreiben, da man, um alle Verzögerung zu verhüten, auch von jener Seite für die von der Linken Vorgeschlagenen votiren wolle, denn einen von der rechten Partei durchzubringen vermöge man doch nicht. Und Abel schrieb die Kandidaten Stockingers ab! — (Bayr. Z.)

(München, den 28. Januar.) Da die mit der Entwerfung der Adresse der zweiten Kammer beauftragte Kommission den Entwurf noch nicht beendet hat, gleichwohl dieselbe bereits vier Sitzungen hielt, so wird die erste öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten nicht morgen, sondern erst am Dienstag stattfinden. So viel man jetzt schon über den Adresse-Entwurf hört, wird derselbe ein sehr interessantes, hochwichtiges Aktenstück werden. In Betreff der deutschen Angelegenheiten wird sich die Kommission in dem Entwurfe entschieden im deutschen Sinne aussprechen und daher auch alle Reichsgesetze, folglich auch die Grundrechte, als bindend für alle Einzelstaaten erklären. Ist dies der Fall und stimmt die Kammer diesem bei, wie kaum zu bezweifeln steht, so wird man unsern Volksvertretern zurufen müssen: „Ihr habt Euch um das Vaterland verdient gemacht.“ Tritt die Kammer in dieser Beziehung so entschieden auf, so wird dem Ministerium nichts übrig bleiben, als zurückzutreten. (A. Abdz.)

(München, den 28. Januar.) Die Reihe der Vorträge für diesen Landtag ist eröffnet durch ein Referat des II. Sekretärs der Kammer der Abgeordneten, Dr. Griesmaier, den Druck der Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten in den Versammlungen von 1849 betreffend. Dr. Griesmaier stellt folgende Anträge: 1) daß die Kammerprotokolle für die Zukunft nur die historischen Vorgänge in jeder Sitzung, die vorgekommenen Anträge und Abstimmungen enthalten, die ausführlichen Voten und Reden dagegen einem als Protokollsbeilage zu betrachtenden Berichte einverleibt werden sollen; 2) daß nur für das Protokoll, nicht aber für den Bericht über die Voten und Reden die Verlesung in der Kammer, und deren Genehmigung nothwendig sey; 3) daß die Berichte über die Kammervoten und Reden mit der thunlichsten Beschleunigung zum Drucke zu befördern, und deshalb die einzelnen Redner verpflichtet seyen, die ihnen noch während der Sitzung oder unmittelbar darnach zukommenden stenographischen Diktate innerhalb dreier Stunden vom Schluß der Sitzung an gerechnet, mit ihren allenfallsigen Verbesserungen versehen, in die stenographische Kanzlei zurückzuliefern, da widrigenfalls das stenographische Diktat unverändert abgedruckt würde; 4) daß für den Druck der Kammer-Protokolle und die stenographischen Berichte das Format der doppelspaltigen Großquartkolonne gewählt und Maschinenpapier hiezu verwendet werden solle; 5) daß das Direktorium ermächtiget werde, die Lieferung sämmtlicher Druckarbeiten durch öffentliche Ausschreibung im Wege schriftlicher Submission an den Mindestfordernden zu vergeben, und auf Grund der erhaltenen Angebote die geeigneten Verträge abzuschließen. (A. Abdz.)

†† (Nürnberg, den 30. Januar.) Nachdem die gestrige Volksversammlung nicht in der Egydienkirche, wie es angezeigt war, gehalten werden konnte, weil ein Ministerial- und Regierungsreskript die Benützung der zum gottesdienstlichen Gebrauch bestimmten Kirchen zu politischen Zwecken strenge untersagt, wurde die Arena zum Versammlungslokale gewählt und füllte sich dicht mit Menschen an, so daß selbst auf der Bühne Viele Platz suchen mußten. Hauptgegenstand der Berathung war ein Adreßentwurf an die Abgeordneten-Kammer wegen der Einführung der Grundrechte, welcher Entwurf nach einem formulirten Antrage angenommen wurde. Der formulirte Antrag und die Adresse lauten:

In Erwägung, daß durch das Reichsgesetz vom 27. September vorigen Jahres Beschlüsse der Frankfurter Nationalversammlung 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Reichsgesetz-Blatt in ganz Deutschland in Kraft treten, und die am 28. Dezember im Reichsgesetz-Blatt verkündigten Grundrechte des deutschen Volks somit am 18. Januar in ganz Deutschland, also auch in Bayern rechtsverbindlich wurden; in Erwägung, daß, um diesen Grundsätzen thatsächliche Geltung bei den Behörden zu verschaffen, die besondere Verkündigung derselben durch die Regierungen der Einzelnstaaten nothwendig ist, in Erwägung, daß die bayerische Regierung bisher nicht nur die Grundrechte nicht verkündigte, und somit auch nicht zur thatsächlichen Geltung in Bayern kommen ließ, sondern daß vielmehr aus vielen Anzeichen hervorzugehen scheint, sie wolle dieselben nur theilweise und nach vorheriger Prüfung im Einzelnen in Bayern zur Geltung kommen lassen, — in Erwägung, daß es der eben so gerechte als laut ausgesprochene Wunsch des ganzen fränkischen Volkes ist, in den unverkümmerten Genuß der Grundrechte des deutschen Volkes eben so eingesetzt zu werden, wie unsere deutschen Brüder in Würtemberg, Baden, Hessen-Kassel und vielen andern deutschen Einzelnstaaten, deren Regierungen die Grundrechte zur gesetzlichen Zeit in ihren Ländern verkündigten, in Erwägung, daß die Abgeordneten des bayerischen Volkes, als die gesetzlichen Vertreter dieses Volks, eben so berechtigt als verpflichtet sind, den Forderungen des Volkes bei der Regirrung Geltung zu verschaffen, beschließt das versammelte Volk in Nürnberg:

1) Es wird die Abgeordneten-Kammer in einer Adresse ersucht, bei der Regierung schleunigst auf sofortige und unbedingte Verkündigung und Einführung der Grundrechte des deutschen Volkes hinzuwirken; 2) diese Adresse wird öffentlich bekannt gemacht und die Bewohner des fränkischen Landes aufgefordert, durch massenhafte Unterschriften dieser Adresse beizutreten:

Hohe Kammer der Abgeordneten! Das Bedürfniß nach Erlösung aus der materiellen und geistigen Noth und Knechtschaft, in der das deutsche Volk Jahrhunderte hindurch von seinen Fürsten gehalten wurde, führte die Volkserhebung im März des verflossenen Jahres herbei. Feierlich wurde verheißen, daß die Deutschen fortan eine Nation und eine freie Nation seyn sollten, und als Bürgschaft für die Erfüllung dieser Verheißung wurde die deutsche Nationalversammlung berufen, welche die lange vorenthaltenen Rechte des deutschen Volkes selbstständig feststellen sollte. Nach langem vergeblichem Harren ist endlich ein kleiner Theil dieser einzigen Rechte von Frankfurt aus festgestellt worden, und weitaus die meisten deutschen Regierungen haben sich beeilt, ihre Staatsbürger in den Genuß derselben einzusetzen. Diejenigen Regierungen aber, welche sich der Einführung dieser Grundrechte in ihren Staaten weigern, beweisen dadurch, daß sie es weder mit Deutschland noch mit der Freiheit wohl meinen. Die bayerische Regierung hat sich bis jetzt troß aller dringenden Aufforderungen des Volkes, das jene Rechte bereits als sein Eigenthum betrachtet, zur Verkündigung derselben nicht herbeigelassen, obgleich gerade das bayerische Volk der Erlösung am Meisten bedarf; denn die bureaukratische Bevormundung, welche alle freie Bewegung des Volkes ertödten will, scheint in Bayern eher zu- als abzunehmen. Die Regierung macht sich daher eine vergebliche Mühe, wenn sie uns zu beweisen sucht, wir hätten das Wesentliche der Grundrechte bereits und ein anderer Theil derselben passe nicht für unsere Zustände. Wir lassen uns durch solche Redensarten nicht beirren. Wir wollen die sofortige Verkündigung der Grundrechte, weil wir deutsch und weil wir frei seyn wollen, und wir scheuen uns nicht, es offen auszusprechen, daß eine Regierung, wenn sie sich der Verkündigung und Einführung der Grundrechte hartnäckig weigert, sich des Hochverraths an dem Volke schuldig macht. Obschon wir die feste Zusicherung hegen, daß eine hohe Abgeordnetenkammer, als die gesetzliche Vertreterin des Volkes, sich der Aufgabe, die Regierung an ihre Pflicht gegen das Volk zu mahnen, bestens bewußt ist, und im vollen Vertrauen darauf, daß die Kammer auf die Stimme des Volkes hören werde, stellen wir an Sie das Ersuchen: schleunigst auf geeignetem Wege bei der Regierung dahin zu wirken, daß die sofortige und unbedingte Verkündigung und Einführung der Grundrechte des deutschen Volkes in Bayern erfolge, und überhaupt Ihre spezielle Thätigkeit nicht eher zu beginnen, als bis die Regierung in dieser Beziehung dem Volke gerecht worden, außerdem aber die Regierung mit allen aus dieser unverantwortlichen Renitenz allenfalls entstehenden Folgen zu belasten.

†† (Nürnberg, den 30. Januar.) Der Prediger Bierdimpfel von München hat am letzten Sonntag den Gottesdienst der freien christlichen Gemeinde geleitet und nach der Aussage Aller, die ihn gehört, in seiner freisinnigen Predigt sehr gut angesprochen.

Freie Städte. (Frankfurt, 27. Jan.) Auf Privatwegen erhalten wir die Gewißheit, daß die preussische Erklärung endlich hier eingetroffen ist. Sie ist befriedigend. Die Grundlage der Verständigung ist ein engerer und weiterer Verein unter Aufrechthaltung der völkerrechtlichen Verträge. (Frkft. O.-P.-Z.)

Hessen. (Mainz, 27. Jan.) Die Aufführung des „Glöckners von Notre-Dame," welche seither verhindert worden war, veranlaßte gestern in unserm Theater eine kleine Revolte, wobei sich indessen das zahlreich anwesende Publikum mit vielem Takte benahm und durch eiserne Ausdauer die Anordnungen der städtischen Behörden scheitern machte. Aus Rücksicht für die Geistlichkeit waren nämlich einige Stellen des Buches gestrichen, welche besonders anstößig geschienen, und aus dem Archidiakonus Claude Frollo hatte man einen Vogt von Notre-Dame gemacht. Mit diesen Abänderungen sollte das Stück gegeben werden dürfen. Darob schlug die Mainzer Ztg., welche von der Sache Wind bekommen hatte, großen Lärm, und fragte die Behörde an, ob denn auch jetzt noch, nach der Publikation der Grundrechte, die Censur fortbestehen solle? In einem Tags darauf in der Mainzer Ztg. abgedruckten Schreiben hatte der Bürgermeister ablehnend geantwortet, und verschiedene Gründe hervorgehoben, welche die vorgenommenen Aenderungen rechtfertigen sollten. Unter solchen Auspicien begann die Vorstellung vor einem gedrückt vollen Hause, welches die Neugierde herbeigeführt hatte. Kaum hatte die zweite Abtheilung begonnen, in welcher Claude Frollo zuerst erscheint, als auch der Tanz losging, indem das Publikum gewahrte, daß der die Rolle gebende Schauspieler in dem Anzuge einer Magistratsperson erschien. Jetzt erscholl ein solches Pfeifen und Toben, daß einem Hören und Sehen verging, und daß der Vorhang fallen mußte. Auch jetzt wollte die Behörde noch nicht nachgeben, sondern es wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um das Publikum mit der getroffenen Anordnung zufrieden zu stellen. Nicht weniger als sechs Mal wurde der Vorhang aufgezogen und eben so oft mußte er wieder niedergelassen werden, da das Publikum keine Entschuldigung annahm. Selbst die Benefiziantin erschien zuletzt, mit der Bitte an das Publikum, aus Rücksicht für sie das Stück, so wie es abgeändert, geben zu lassen, da sonst die Aufführung unterbleiben müsse. Alles vergebens. Eine Stentorstimme rief unter der größten Stille des Hauses von der Gallerie herab: „Frau Ahrens, nicht Ihnen gilt der Unwille des Publikums; Niemand im Hause ist es eingefallen, Ihnen wehe thun zu wollen; es gilt ein Prinzip, das wir mit aller Kraft aufrecht erhalten werden; entweder wollen wir das Stück, wie es geschrieben, oder wir wollen gar nichts sehen; im letzteren Falle gehen wir nach Hause und Niemand wird hier bezahltes Geld zurückbegehren!" Stürmischer Beifall folgte diesen Worten, als eine andere Stimme erscholl: „Geht denn der Piusverein über das Parlament zu Frankfurt?" Kurz, das Publikum blieb fest, die Behörde mußte bon-gré mal-gré nachgeben, und nun wurde der als Priester erscheinende Claude Frollo mit stürmischem Jubel empfangen. Das Stück wurde ruhig zu Ende gespielt, und wird, wenn es morgen wiederholt werden sollte, der Direktion eine tüchtige Einnahme verschaffen. (Frkfr. J.)

Oesterreich. (Wien, 25. Jan. 4 Uhr Abends.) Die Verwüstungen des Sturmes sind nicht gering. Gestern Abends um 6 und heute Morgens um 6 Uhr wüthete er am ärgsten, jetzt endlich läßt er nach. Das Nothdach aus Breitern der Hofbibliothek und des Museums ist herabgeworfen, die Durchfahrt ist dort gesperrt, so auch auf dem Minoritenplatz, wo ein ganzes Eck der Kirche abgedeckt ist und der Thurm seine Blechkuppel verlor. Die Münze hat bedeutende Beschädigungen erlitten. Das Kupferdach des Josephstädter Theaters ist ganz aufgerollt. Mehrere Feuermauern und auf der Landstraße eine Gartenmauer sind eingestürzt. Zahllos sind die zertrümmerten Fenster, und in viele Zimmer flogen die Ziegel der gegenüberstehenden Häuser, so daß die Inwohner beschädigt wurden. Schilderhäuser und Gaslaternen liegen zu Dutzenden und vor der Stadt brannte gestern Nacht fast gar keine Laterne mehr. Das Heulen des Sturmes, Stürzen der Ziegel und Prasseln der Bäume war in der Dunkelheit wahrlich mehr als romantisch. Mehrere Leute sind erschlagen und eine große Menge beschädigt. Ein Freund von mir sah aus seinem Fenster, wie ein armes Weib mit einem Kinde auf dem Arme ging, ein Dachziegel traf das Kind mit der Spitze, spaltete ihm förmlich den Kopf — gräßlich anzusehen; das Weib starb wenige Stunden später in Folge des Schreckens. Wir haben nun alle Elemente genossen, es fehlt nur noch ein Erdbeben! Uebrigens machte der Sturm wenigstens dem Eise im Donaukanal Luft und trocknete mächtig aus. — Heute früh wurde wieder ein Grenadier erschossen. (A. A. Z.)

(Prag, den 23. Januar.) Ueber die Wiederaufnahme der Untersuchung der Junieereignisse haben bereits Sitzungen stattgefunden. Die erlassene Amnestie spricht ausdrücklich nur von Theilnehmern, die Urheber bleiben also strafbar. Die Ursache zur Wiederaufnahme derselben soll wichtige Dokumente über den Slawencongreß vom vorigen Jahre gegeben haben, welche man in Galizien und Nordungarn auffand. Gewiß ist, daß Hammerstein aus Galizien drei Kisten Papiere unter starker Eskorte nach Wien schickte. Ein weiterer Anklagepunkt dürfte die Schrift Bakunnins, Mitglied des Slawencongresses, Sektion Polen, werden, welche derselbe durch den Druck veröffentlichte und die nichts Anderes ist, als eine förmliche indirekte Denunciation der damaligen staatsverrätherischen, geheimen Verhandlungen über Losreißung aller slawischen Theile von Oesterreich und Gründung eben so vieler föderativen Republiken. In den Verhören der Junigefangenen bildete dies einen Hauptpunkt, und man konnte keine Beweise finden, da die bezüglichen Schriften zur rechten Zeit verschleppt worden waren. Nun tritt ein Genosse, ein Eingeweihter auf und sagt allen Mitgliedern des Congresses die nackte, gefährliche Wahrheit ins Gesicht, sollten sich die Papiere wirklich finden, so hätte die „weit verzweigte Verschwörung" doch einen Grund und Windisch-Grätz stände gerechtfertigt da. Die Zeitschrift Slowanska Lipa hatte die Taktlosigkeit, die Bakunnin'sche Schrift im Auszuge zu geben, die prager offizielle Zeitung fodert nun die Haupttheilnehmer des Slawencongresses: Havlicek, Palacky, Deym, Neuperg, auf, sich zu rechtfertigen. (Brsl. Z.)

Preussen. †*† (Berlin, 27. Jan.) Der unverkennbare Wille der Regierung, den Belagerungszustand auch jetzt noch nach der Beendigung der Urwahlen zur zweiten Kammer fortdauern zu lassen und die jüngst gegebene Erklärung des Herrn v. Manteuffel und Strotha, daß die Aufhebung erfolgen solle, sobald die Verhältnisse es irgend gestatten würden, hat in einer gestern Abend stattgehabten Versammlung der Wahlmänner, des zweiten größeren Wahlbezirks den Antrag veranlaßt, die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes nachzusuchen. Der Antrag war vom Justizrath Vogler gestellt, und da die Versammlung schon durch die Abberufung des frühern Vorsitzenden, Justizkommissär Forbach, und durch Ernennung des Oberlandesgerichtsraths Martius I. zu ihrem Präsidenten bekundet hatte, daß das oppositionelle Element in ihr das überwiegende sey, so verließen etwa 100 Mitglieder der konservativen Partei, an der Spitze die Offiziere, namentlich der General v. Webern, den Versammlungsort. Zu dieser Spaltung hatte wesentlich das von einer Seite her laut gewordene Verlangen, bei der Abstimmung über den obenerwähnten Antrag die Mitglieder namentlich aufzurufen, beigetragen. Die Mehrheit trat nichts desto weniger dem Antrage bei, der indeß nach allen bisherigen Erfahrungen erfolglos seyn dürfte.

Derselbe Wahlbezirk ist bereits in seinen bisherigen Vorversammlungen zu folgendem Resultate gelangt, das noch bemerkenswerther dadurch wird, daß dieser Bezirk als der konservativste gilt. Bei den bisherigen Abstimmungen hatte die demokratische Partei 165 Stimmen kompakt, während die konservative nur 112 Stimmen zählte, 17 Wahlmänner nahmen an den Verhandlungen nicht Theil. Von Seiten der Oppositions-Partei sind für diesen Bezirk Waldeck und Philipps als Kandidaten aufgestellt.

Die drei übrigen Wahlbezirke Berlins haben ebenfalls in ihrer Majorität um Aufhebung des Belagerungszustandes petitionirt.

Auch in diesen fanden Parteiversammlungen statt, theils von Wahlmännern zur zweiten, theils von Urwählern zur ersten Kammer. In einer der ersteren trat Herr Waldeck als Kandidat auf, ohne indeß den Beifall zu erndten, der ihm in den drei übrigen Wahlbezirken desto sicherer ist. Noch weniger Anklang fand in derselben Versammlung Herr Behrends. Der kleinere Handwerker- und Arbeiterstand, der hier vertreten war, hat sein Augenmerk auf Personen gerichtet, von deren Wirksamkeit in der Volksvertretung er sein Heil mit einer Art von gläubiger Zuversicht erwartet. Es sind dies die Herren

Nees von Esenbeck aus Breslau und der hiesige Goldschmied Bisky. Wahrscheinlich in Folge dieses dem Erstgenannten zu Theil gewordenen Vertrauens ist noch gestern Abend seine polizeiliche Ausweisung erfolgt. Als die Nachricht hiervon an den Handwerkerverein gelangte, begab sich sofort ein großer Theil der Mitglieder desselben vor die Wohnung des Hrn. v. Esenbeck und drückte demselben durch ein Ständchen die Anerkennung aus, auf die ihn seine Verdienste um den Verein vollgültige Ansprüche gewähren. — In einer Versammlung von Urwählern zur ersten Kammer, deren Mitglieder zum größten Theil konservativ gesinnt waren, veranlaßte ein Vortrag des Dr. Merriges eine sehr stürmische Scene. Die Wahlen vom 22. haben die unterlegene Partei zu verdoppelter Thätigkeit und Wachsamkeit aufgestachelt. Man ist vor Allem bemüht, die kleineren Gewerbtreibenden von der Theilnahme an den Urwahlen zur ersten Kammer fern zu halten. Während in allen bisherigen Abschätzungsfällen der jährliche Miethsbetrag bei Berechnung des Einkommens in der Art zu Grunde gelegt wurde, daß man die jährliche Miethe als den fünften Theil der Jahreseinnahme annahm, verlangt man für diese unter Zugrundelegung neuer Normen jetzt ganz andere Nachweise. Natürlich erreicht man dadurch, daß nur das bemittelere Bürgerthum und die Beamtenschaft für wahlberechtigt gelten.

In Kalau beabsichtigt man den frühern Abgeordneten für Berlin Assessor Jung wieder zu wählen.

(Ratibor, 25. Jan.) Gestern Abend erzählte ein Reisender, aus Troppau kommend, daß in Bielitz und Biala zwischen Civil und Militär Skandal gewesen sey, und daß hierbei die Soldaten von den Bürgern entwaffnet wurden. Sechs Kompagnien gingen daher von Troppau nach Bielitz, um die Ruhe herzustellen. (Brsl. Z.)

Sachsen. (Dresden, 27. Januar.) Soeben gab Staatsminister v. der Pfordten in der II. Kammer folgende Erklärung ab: Se. Maj. der König habe sich nicht entschließen können, die angebotene Entlassung der Minister schon jetzt anzunehmen. (Bravo auf den Tribünen.) Die Kammer werde sich aber wohl nicht wundern, daß das Ministerium nicht im Stande gewesen sey, einen erst nach mehrfacher und reiflicher Ueberlegung gefaßten Beschluß sogleich aufzugeben, sondern sich seine letzte Entschließung vorbehalten müsse. Zugleich bemerkte der Minister: Es sey gestern in diesem Hause die Vermuthung ausgesprochen worden, daß das Entlassungsgesuch der Minister seinen Grund in einer Differenz mit der Krone wegen Publikation der Grundrechte habe. Er erkläre, daß dies falsch sey. Das Ministerium habe in dieser Sache Sr. Maj. dem Könige Vorschläge gemacht, von denen es hoffe, daß auch die Kammern sie genehmigen werden, und S. M. der König habe diesen Vorschlägen beigepflichtet. Dazu, Se. Maj. die Entlassung des Ministeriums anheimzugeben, sey dieses nur dadurch bewogen worden, daß es nach wiederholter ernster Ueberlegung die Ueberzeugung gewonnen habe, bei der Gesammtlage der Verhältnisse nicht länger gedeihlich zum Wohle des Landes wirken zu können. Diese Ueberzeugung habe sich in wenigen Stunden nicht verändern können, und bis jetzt sey das Ministerium daher entschlossen, auf seinem Gesuche zu beharren. Es sprachen nun mehrere Abgeordnete, die keinen hinreichenden Grund zum Rücktritt des Ministeriums erblicken wollen; Abg. Tzschirner erinnerte die Minister an ihre Verantwortlichkeit, worauf Hr. v. d. Pfordten ihm erwiderte, eben weil die Minister dem Lande verantwortlich seyen, für ihr Gehen, wie für ihr Bleiben, müßten sie sich die Entscheidung noch vorbehalten. (Lpz. Z.)

(Dresden, den 25. Januar.) [5. öffentliche Sitzung der I. Kammer.] Nachdem Staatsminister v. d. Pfordten dieselbe Erklärung wie in der II. Kammer über den Abtritt der Minister gegeben, bedauert Heubner den Rücktritt eines Ministerii, mit dem die Kammer eine lange Reihe nützlicher und volksthümlicher Institutionen zu schaffen gedacht habe, um so mehr müsse er es bedauern, wenn der Grund des Rücktritts ein Hinderniß bei Veröffentlichung der Grundrechte gewesen wäre. Die Grundrechte seyen schon jetzt Gesetz seit dem 18. Januar d. J. Ihre Publikation müsse erfolgen, um Konflikte in der Ausübung der richterlichen Gewalt zu vermeiden. Darf ein Richter strafen, wenn dem Reichsgesetz gemäß gehandelt worden ist, aber dem sächsischen Gesetz zuwider? Es wird eine Störung des Rechtszustandes eintreten, des Rechtsgefühles, das kann zur Anarchie einführen. Böricke: Die Erklärung der Minister sey ein Ereigniß für das Volk, die Volksvertretung und die erste Kammer insbesondere. Sie habe zwar weder ein Vertrauensvotum, noch ein Mißtrauensvotum ausgesprochen gegen die Minister. (Leipz. Z.)

Schleswig-Holstein. (Schleswig, 22. Jan.) Nachdem die Dänen lange Zeit vergeblich gesucht haben, durch unablässige Aufwiegelungen, namentlich durch die überall heimlich verbreitete Proklamation des Königs von Dänemark vom 15. Dezember v. J. die Nordschleswiger zum Aufruhr zu verleiten, haben in diesen Tagen selbst dänische Freischaaren von Ripen und von Jütland aus einen Einfall auf schleswigsches Gebiet gemacht. Nachdem es diesen vor ein paar Tagen gelungen war, eine kleine Abtheilung Dragoner von 10 Mann, die in Scharrnbeck lag, zu einer rückgängigen Bewegung zu nöthigen, ist es gestern, nachdem von der Stadt Hadersleben und von Flensburg Verstärkungen nach dem Westeramte Hadersleben geschickt waren, zu einem förmlichen Gefechte bei Bröns gekommen. Dem Rittmeister v. Rumohr, welcher unsere Truppen im Westeramte Hadersleben commandirt, ward gestern Morgen gemeldet, daß ein 5- bis 600 Mann starker, mit Piken und Flinten bewaffneter Haufe von der jütischen Gränze her in Schleswig eingefallen, und bereits bis Reisbye gekommen sey. Er zog sogleich mit einer Schwadron Kavallerie und einer Abtheilung Jäger (lauter schleswigsche Truppen) den Dänen entgegen, und traf bei Bröns mit ihnen zusammen. Während er durch gütliches Zureden die Aufrührer zum Niederlegen der Waffen bewegen wollte, fiel von dänischer Seite ein Schuß, durch den einer unserer Dragoner, Namens Jansen, getödtet wurde. Nun wurde sofort zum Angriff commandirt, und nach einem kurzen Gefechte waren die Dänen gänzlich geschlagen und zerstreut. Außer dem erwähnten Dragoner ist auf unserer Seite noch ein Jäger gefallen. Von den dänischen Freischärlern sind drei gefallen, vier schwer und 22 leicht verwundet und gefangen, die Uebrigen in die Flucht geschlagen; außerdem sind auch einige Pferde und Waffen erbeutet. Die Verwundeten sind nach Tondern ins Hospital, die übrigen Gefangenen nach Hadersleben geschickt. (Ztg. f. Nrddtschl.)

(Tondern, den 23. Januar.) Die Nachrichten über den jütischen Landsturm nehmen allmählig eine festere Gestalt an. In Forballum waren sämmtliche Bauern mit Büchsen versehen; die Büchsen hatten Bajonette. Aehnliche Auftritte, wie in Forballum vorgekommen, werden von Scherrebeck her berichtet, einem Dorfe, das ungefähr drei Meilen von Tondern, 6 Meilen von Hadersleben liegt, und größtentheils zum Amt Hadersleben gehört. Auch hier zeigte sich bei einer Militärexekution plötzlich eine Menge zum Amte Ripen gehöriger Insassen vollständig bewaffnet. Man sieht, daß Waffen überall an die jütschen Bauern gegeben sind; vor einigen Tagen ist nach einem bestimmten Orte (dies wird von mehreren Seiten berichtet) ein Wagen voll Munition gekommen, die dann nach den verschiedenen Gegenden hin vertheilt wird.

Die Redaktion der Schleswig-Holsteinischen Zeitung bemerkt dazu: Die Gefahr für unser Land ist, wie von verschiedenen Seiten uns zugehende Nachrichten übereinstimmend berichten, sehr dringend; wir beschwören die Landesversammlung, zu den allerentschiedensten Maßregeln zu greifen. (Ztg. f. Nrddtschl.)

(Lauenburg, den 24. Januar.) Die deutschen Grundrechte sind endlich auch hier am 20. d. als Reichsgesetz, jedoch ohne irgend eine Erläuterung von Seiten der höchsten Landesbehörde veröffentlicht worden. (Ztg. f. Nrddtschl.)

(Kiel, 24. Jan.) Der Landgraf von Hessen hat die von seinen Gütern im östlichen Holstein abzuhaltende Kriegssteuer bereits vor einiger Zeit entrichtet, so daß die Exekution aufgehoben ist. Wie anzunehmen war, hat die Renitenz wohl nur zu einer Demonstration dienen sollen, welche sich freilich von Seiten eines deutschen Prinzen nicht eben wohl ausnimmt. (Z. f. N.)

Dänemark.

(Kopenhagen, 22. Jan.) Die politischen Flugblätter wissen von einer russischen Erklärung, in welcher das petersburger Kabinet das ganze Auftreten Dänemarks gegen die gemeinsame schleswig-holsteinische Regierung und insbesondere die Besetzung von Alsen und Arroe entschieden billigt. — Aus Alsen wird gemeldet, daß dort ein Sergeant vom 7. Bataillon, der frühere Buchdruckergehülfe Schütz, standrechtlich erschossen werden, weil er vom Wachtposten auf Sundewitt zu den Schleswig-Holsteinern desertirt, die ihn, merkwürdig genug, wieder nach Alsen zurückgeschickt!

Frankreich.

† (Paris, 26. Jan.) [Beginn der Bauernaufstände.] Ehe der Märzschnee zerfließt — äußerten wir nach dem Volksvotum vom 10. Dezbr. — werden sich die Bauern in Masse erheben, um auf Erfüllung der ihnen im Namen Louis Napoleons gemachten Versprechungen zu dringen. Noch ist der Märzschnee nicht gefallen und schon scheint unsere Prophezeihung eingetroffen; denn die neuesten mittäglichen Posten melden uns heute früh den Ausbruch von Bauernaufständen im Süden. Folgendes ist der Hergang in aller Kürze nach dem »Echo« des Lotdepartements vom 21. Januar. „Seit einigen Tagen gibt sich in den Dörfern, welche um Gourdon liegen, eine große Gährung kund; die Bauern wollen die 45 Centimensteuer nicht zahlen; Andere wollen überhaupt keine Steuern mehr zahlen und der Präfekt jenes Departements schickte zur Unterstützung der mit der Steuereinnahme beauftragten Beamten ein Bataillon des 35. Infanterieregiments dahin ab. Er glaubte, durch diese Militärhülfe dem Ausbruche einer Revolte vorzubeugen und die Widerspenstigen einzuschüchtern. Aber das Gegentheil ist eingetroffen. In Rozac, Roussilac, Payrac und Lamothe Finelon wurde in der Nacht vom 19. Sturm geläutet und etwa fünftausend Bauern, mit Sensen, Hacken, Flinten, Mistgabeln und Stöcken bewaffnet, zogen nach Gourdon, wo der Sitz der Präfektur ist. Trotzdem sie das Militär und sieben gegen sie ausrückende Gendarmerieabtheilungen vom Einzuge in die Stadt hindern wollten, waren jedoch die Bauern bald Herren der Bezirkshauptstadt. Ohne zu rauben und zu plündern, wie es die Stadtbewohner befürchtet, begab sich ein Ausschuß der empörten Bauern in das Präfekturgebäude, wo es den Unterpräfekten, Burger Martine, vorfand. Sie erklärten ihm, daß sie die Steuer verweigerten und übergaben ihm einen Bogen Papier, worauf diese Erklärung in Form einer Petition an die Nat.-Versammlung gerichtet war. Er solle zuerst unterschreiben, riefen die Bauern auf dem Platze vor dem Präfekturgebäude und da Martine mehrere Gründe vorschob, welche eine Verzögerung bezweckten, so verloren einige der Untenstehenden die Geduld und warfen einige Steine in die Fenster; auch ein Schuß fiel aus der Menge gegen die Truppen, doch hatten ihre Oberoffiziere Verstand genug, das Feuern nicht zu erwiedern, wodurch einer allgemeinen Metzelei vorgebeugt wurde. Bis zum 21. lief daher die Sache ohne Schlacht ab, weil die Bauern die Antwort von der obersten Behörde abwarten wollen. Aber, setzt das »Echo« hinzu, der Unterpräfekt erhielt einen Hieb auf den Kopf, ferner wurden zwei Soldaten und mehrere Gendarmen verwundet. Hoffen wir, daß die allgemeine Wuth der Bauern keine schlimmen Folgen nach sich ziehe.“

»Peuple« sagt zu den südlichen Bauern-Unruhen: die Wahlagenten des 10. Dezbr. glaubten die Republik zu stürzen, indem sie den Bauern einen Präsidenten (dieses Marrastische (Gewächs) vormalten, welcher allein im Stande sey, ihre Lage zu bessern und sie von der Steuerlast zu befreien. Jetzt dringen die Bauern auf Erfüllung jener glänzenden Versprechung und wenn man sie ihnen nicht erfüllt — was rein unmoglich — so werden sie sich aller Orts erheben. Auf diese Weise streuten jene Agitationen den Saamen zu einer gesellschaftlichen Umwälzung, von deren Europa noch kein Beispiel erlebte.

Das Kabinet hält den Ausbruch eines Volkssturms in Paris so nahe, daß es alle Truppen in den Kasernen consignirt und starke Patronenvorräthe organisirt. Auch mag folgendes Rundschreiben im Moniteur als Beweis dienen: »Paris, 25. Jan. Mehrere Präfekten haben geglaubt, ihre Posten verlassen und sich nach Paris begeben zu dürfen, ohne vorher beim Minister anzufragen. Ich kann ein solches Desertiren in einem Augenblick um so weniger dulden, wo die Erfüllung der amtlichen Pflichten dringender ist als sonst. Ich benachrichtige daher, daß jeder Präfekt oder Unterpräfekt, welcher seinen Posten ohne vorherigen Urlaub verläßt, als Demissionär betrachtet wird. Empfangen Sie den Ausdruck meiner Hochachtung. (gez.) Leon Faucher, Minister des Innern.

Aus Algier haben wir Berichte bis 19. Januar. Im Westen der Kolonie drohten bei Abgang der Post neue Stürme. Ein junger Häuptling El Hadi Hamed, von dem Geschlecht des Ouled Riad's, hat nicht übel Lust, die Rolle Abdelkaders fortzuspielen. Das Echo aus Oran gibt hierüber nähere Auskunft.

Der Minister des Innern, Herr Leon Faucher, hat heute der Nationalversammlung das Gesetz gegen die Klubs vorgelegt. Alle Klubs

sollen geschlossen werden (!) Kein Zweifel, daß dieser Vorschlag mit Mehrheit verworfen wird.

Italien.

(Rom, 22. Jan.) Gestern Abend begaben sich fünfzig Liniensoldaten aus dem Quartier Cimarra nach der Pilotta, der Wohnung des Kriegsministers, um die Loslassung des Generals Zamboni zu verlangen. Der Minister antwortete, dieß hänge nicht von ihm ab, sondern von dem Minister des Innern, dem der Wohlfahrtsausschuß untergeordnet ist. Hierauf suchten die Soldaten die an der Pilotta aufgestellten Dragoner auf ihre Seite zu bringen, und da sie keine günstige Antwort erhielten, legten sie Feuer an. Eine Menge Leute und andere Dragoner eilten herbei und verhafteten viele der Empörer, die übrigen nahmen reißaus. Mehrere wurden erschossen; zwei Dragoner sind schwer verwundet. Von einigen Bürgerwehrmännern wurden die Flüchtigen verfolgt, welche, wie verlautet, bei Rieti über die Grenze gingen um sich nach Gaeta zu begeben. Den verschiedenen Waffengattungen ist eine Erklärung der Treue und Anhänglichkeit an die provisorische Regierungskommission der römischen Staaten übergeben worden, welche jeder Soldat und Offizier unterschreiben soll. Im Ganzen hatte heute das Geniekorps, mit Ausnahme von fünf Mann, dieselbe unterschrieben. Die Sappeurs verweigerten die Unterschrift. Gestern hatte man sämmtliche Truppen in ihren Quartieren zurückgehalten: man fürchtete eine militärische Bewegung. Fast die ganze Provinz Matritima und Campagna, das Land der Herniker und Volsker, ist im Aufstand gegen die Regierung von Rom. Mayr, der neue Präsident der Provinz, mußte von Frosinone flüchten; später ist er dahin zurückgekehrt. Viele Gemeindemagistrate fordern ihre Entlassung. Man erwartet die unter den Befehlen Bartolomeo Galetti's, weiland Gewürzhändlers, stehende Legion: sie ist zu Besetzung der Provinz Frosinone bestimmt. (A. A. Z.)

Schweden und Norwegen.

Ein merkwürdiger Preßprozeß liegt den Gerichten von Stockholm vor. Es wurde neulich in der ersten Abtheilung des Untergerichts ausgerufen: „Se. Maj. der König von Preußen contra Andreas Wilhelm Rosenberg.“ Dieser Herr Rosenberg ist der neue Herausgeber des Dagligt Allehanda, und dieses Blatt hatte in einem Gedichte den König von Preussen in einer Weise angegriffen, daß der preussische Minister einschreiten zu müssen meinte. Der schwedische Justizminister hat nun auch dem Ankläger Befehl gegeben, Hrn. Rosenberg zu belangen. Der Angeklagte wendet nun aber ein, daß das Gesetz nur die Beleidigung befreundeter Mächte verböte, damals zur Zeit des schleswigschen Kriegs aber der König von Preussen feindselig zu Schweden gestanden. Der Präsident des Gerichts hat Hrn. Rosenberg den Beweis auferlegt, er möge durch irgend eine competente Behörde sich eine Bescheinigung verschaffen, daß der König von Preussen sich nicht in befreundeten Verhältnissen zu Schweden befunden. Herr Rosenberg hat die Competenz des Gerichts bestritten. Die Sache ist wieder ausgesetzt. (B.-H.)

Schweiz.

(Neuenburg.) Das Organ der Royalisten, der „Neuchatelois,“ erzählt die letzten tumultuarischen Auftritte, welche von andern Blättern als ein förmlicher Aufruhrsversuch aufgefaßt werden, folgendermassen: „Schon am Sonntag Abend wurde es in der Stadt lärmend, Schlaghändel mit und ohne politische Bedeutung erfolgten. Die Polizei schritt ein und verhaftete einige Personen. Diese setzten in der Prison ihre Gesänge und Rufe fort, und um sie zum Schweigen zu bringen, führte man Feuerspritzen auf und bespritzte sie mit kaltem Wasser. Das erbitterte, man lief zusammen, verlangte ihre Freilassung, welche auch am Montag Morgen erfolgte. Aber der Anstoß war einmal gegeben, die Zusammenrottungen dauerten fort, der Ruf vive le roi! wurde vernommen, die Bürgergarde schritt ein und zerstreute die Haufen. Bei diesem Anlasse geschahen auch bedauerliche Mißgriffe, ganz ruhige durch ihren Charakter über den Verdacht der Ruhestörung erhabene Personen wurden verhaftet, aber bald wieder freigelassen. Auch später fanden wieder solche Verhaftungen statt unter den leichtesten Vorwänden und auf ganz unbegründeten Verdacht hin. Die Behörde ließ nun Bewaffnete aus der Nachbarschaft anrücken, und während des ganzen Nachmittags wurde die untere Stadt, wo der Lärm vorgefallen war, durch Patrouillen durchstreift und Kanonen waren aufgestellt. Das Militär nahm Verhaftungen vor, nicht gerade in den gesetzlichen Formen, und mehre dem Lärm ganz fremde Personen erhielten starke Einquartierung. Die Nacht verlief ruhig, Kontingentstruppen wurden auf Dienstag einberufen.“ (N. Zürch. Z.)

(Bern.) Im Jura sind Unruhen ausgebrochen! Am 25. d. machte der Regierungspräsident dem Gr. Rath die Anzeige, daß in Saignelegier starke Unruhen, hervorgerufen durch bewaffnete und organisirte Banden, an deren Spitze Einwohnergemeinderäthe ständen, stattgefunden hätten. Beamte seyen mißhandelt, im Staatsbureau eingefallen worden, Alles wegen der Verweisung der Ursulinerinen, die in den umliegenden Gemeinden eine bedeutende Agitation hervorgerufen. Die Banden beständen meist aus begnadigten Sonderbundsdeserteurs. Es hätte darum die Regierung beschlossen, zum Schutze der Ordnung alsogleich 1 Bataillon Infanterie und 1 Scharfschützenkompagnie sammt einem Regierungskommissär dorthin abzusenden. Die Maaßregeln der Regierung wurden vom Gr. Rathe mit 131 gegen 3 St. genehmigt und verdankt. — Der Beschluß des Regierungsrathes lautet: 1) Der in den Saignelegier ausgebrochene anarchische Zustand ist durch Waffengewalt zu unterdrücken und die gestörte gesetzliche Ordnung wieder herzustellen. 2) Zu diesem Zwecke wird die Militärdirektion angewiesen, sofort ein Infanteriebataillon und eine Scharfschützenkompagnie zu verwenden und das Militärkommando zu bestellen. 3) Ein Kommissär ist mit der Führung einer strengen und umfassenden Untersuchung zu beauftragen. 4) Die Gemeinde Saignelegier und übrigen betheiligten Gemeinden sind für die Folgen der Unordnungen verantwortlich erklärt, unter Vorbehalt des allfälligen Regresses gegen die Schuldigen. 5) Der Gr. Rath ist von den getroffenen Maßregeln in Kenntniß zu setzen. In Folge dieses Beschlusses sind aufgeboten das Infanteriebataillon Hauser und die Scharfschützenkompagnie Bählee. Als Kommissär wurde abgeordnet: Hr. Regierungsstatthalter Sydold von Bern. (N. Zürch. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 1. Februar 1849 — № 32. — Donnerstag: Brigitta.

An den österreichischen Minister Graf Stadion
wegen der Erneuerung des Metternich'schen Reskripts gegen die (deutsch-kath.) freie christliche Kirche.

Wenn ich auch annehmen muß, Graf Stadion, und österreichischer Kultusminister, daß Sie kein Gewissen und kein menschliches Gefühl haben, (denn wie könnte ein Mensch, der jetzt im österreichischen Ministerium sitzt, Gewissen oder menschliches Gefühl haben!), so kann ich doch annehmen, daß Sie ein Gedächtniß und Urtheilsfähigkeit besitzen und daß Sie insofern rechnen und beurtheilen können. Als solches Gedächtnißwesen zählen Sie doch einmal die Morde, die geschehen sind unter Ihrem Ministerium, die Räubereien, die Schandthaten, verübt namentlich von den Kroaten in Wien, die Thränen, die Tropfen Blut, die vergossen sind wegen der Selbstsucht und der Herrschaft einer Fürstenfamilie, vergessen durch die Rachelust einer entmenschten Kamarilla und satanischer Jesuiten, wie durch die Rachelust niederträchtiger und entwürdigter Hoflakaien mit und ohne Adel. Sie werden mir zugestehen müssen, daß diese Morde, Schandthaten ꝛc. nicht zu zählen sind, daß in der Geschichte ähnliche Beispiele bis jetzt nicht zu finden sind und daß die Sprachen noch keinen Namen dafür haben. Oder soll ich die Grausamkeit, mit welcher in Wien, in Italien, in Ungarn verfahren wird, Tiger- oder Hyänenwuth nennen? Diese Art Thiere morden nur, wenn sie hungrig sind, bei Euch aber drängte keinerlei Noth als Ihr zum Beispiel den Blum ermordetet, folglich seyd Ihr schlimmer als diese Thiere. Ich gestehe, daß ich seit den Oktobertagen vorigen Jahres oft beschämt die Augen niedergeschlagen habe, weil ich sah, daß die menschliche Natur zu solcher blutdürstiger Bestialität herabsinken kann, wie sie sich besonders in Oesterreich unter Windischgrätz und unter Euerem Ministerium gezeigt hat, und gegenwärtig noch zeigt. Ja diese Grausamkeiten drücken um so mehr nieder, wenn man erwägt, daß sie verübt wurden unter einem kaum 18jährigen Jünglinge, dessen Gemüth doch noch weich seyn sollte, unter einem Weib, das Mutter ist, unter einem Greis, der schon am Grabe wankt, und unter einem Ministerium, dessen Mitglieder die Bildung des 19. Jahrhunderts genossen haben. Gern hätte ich daher der holden Jugend meines Volkes die Augen zugehalten, daß sie die Schandthaten nicht sähe, und ihr einen Mondenlangen Winterschlaf gewünscht, daß sie nichts hörte von dem Fluch und Rachegeschrei der Gegenwart, und daß die Milch ihrer frommen Denkart nicht auch in gährend Drachengift verwandelt würde, wie dies in Millionen Anderer geschehen ist. Doch es scheint, als wolle die Geschichte die finstersten Mächte der alten Zeit noch einmal in ihrer ganzen Grauenhaftigkeit heraufbeschwören, damit sie sich selbst den Fluch sprechen, um dann auf immer zu versinken. Das bewahrheitet in Deutschland vorzugsweise das Haus Habsburg. Denn nicht genug, daß die Kamarilla den von seinen Jesuiten vergifteten Mordstahl barbarischen Horden in die Hand gab, um die Freiheit die Zukunft, die Jugend des deutschen Volkes zu erdrosseln, seine Frauen und Töchter zu schänden; sie wagt es jetzt noch, die bluttriefende Mörderhand an das heiligste Heiligthum der Menschheit, an die Religion zu legen, und das göttlichste Recht des Menschen, sich frei zu Gott zu erheben, dem Volke zu vernichten. Ich sage Euch, das heißt die Hand frevelhaft gegen Gott erheben und eine solche Hand wird durch ihre eigene Fluchthat verbrennen. Wie! Ihr, Minister Oesterreichs, Ihr sucht den sittenlosesten Mordbefehl gegen Deutschlands Freiheit, den der alte Henkersknecht Metternich gegen die junge Kirche im Jahre 1846 gab, wieder zur Geltung zu bringen? den Befehl, daß alle Mitglieder der jungen Kirche, deren jetzt an 6000 sind, als Staatsverbrecher betrachtet, das Land verlassen sollen, und daß, wenn solche in Oesterreich sterben, deren Leichen, wie die von Räubern und Mördern nicht auf die Kirchhöfe gelegt werden sollen? Ihr wagt dies, während die Abg. der deutschen Stämme Oesterreichs in Frankfurt die Religionsfreiheit dekretirt haben im Namen von 40 Millionen Deutschen? Wagt es, während die Reichsstände zu Kremsier tagen und die Glaubensfreiheit so gut als zum Beschluß erhoben haben; ja während Mitglieder der jungen Kirche selbst am Reichstage als Abgeordnete sitzen?!

Soll dieß der Weg seyn, wie die österreichische Regierung wieder in Verbindung mit Deutschland treten will? Dann habt ihr Frevler, die ihr Euch Minister nennt, das letzte Band zerschnitten, das Euch mit Deutschland einen konnte. Indeß kommt die Zeit, wo Deutschland auf Oesterreich seinen Entschluß geltend machen wird, und wo die Rosse der norddeutschen Jugend die Donau bei Wien sehen und besuchen werden. Oder haben Sie, Herr Graf Stadion, die Gemeinden der jungen Kirche aus sogenannter höherer Politik aufgehoben, vielleicht weil der Papst der mit dem österreichischen Kabinet wieder in Verbindung treten will, dieß wünscht? Dann schreiben Sie nur dem Papst, daß ich, wenn dieses schändliche Metternich'sche Reskript in Osterreich nicht bald zurückgenommen wird, noch in diesem Jahre nach Italien und Rom kommen werde. Fragen Sie den Papst und die Klerisei, wo sie lieber Gemeinden der jungen Kirche sieht, in Wien oder Rom! Ich hoffe, wie die Sachen jetzt stehen, in Italien nicht unwillkommen zu seyn, und kann vielleicht der römischen Kurie dort besser begegnen als in Oesterreich. An Euch, die Ihr als Vertreter der 8 Millionen Deutschen Oesterreichs zu Frankfurt tagt, stelle ich im Namen der jungen Kirche die dringende Forderung, sofort die Aufhebung des Metternich'schen Reskripts gegen die Deutschkatholiken vom österreichischen Hofe zu fordern, zu fordern mit aller Kraft und Entschiedenheit. Ihr werdet erkennen, daß, wenn solcher Hohn mit den Beschlüssen, die Ihr in Frankfurt gefaßt, in Oesterreich getrieben wird, Eueres Bleibens in der Nationalversammlung nicht mehr seyn kann, weil Ihr sonst die ganze Nationalversammlung entkräftet, und zum Spott und Spiel der Einzelregierungen macht, die sich an Oesterreich anlehnen. Ihr Männer aber zu Kremsier, vergeßt die kleinlichen Nationalrivalitäten, wo es gilt, das Höchste, Heiligste aller Völker zu retten und zu wahren, die Religion, besonders Ihr Böhmen gedenkt Eueres großen Huß, gedenkt, daß Ihr den Treubruch des Kaisers Sigismund an Euerem Volke noch nicht gesühnt; gedenkt, daß die Jesuiten Tausende Euerer Väter mit Hunden in die katholischen Kirchen und in die Beichtstühle gehetzt haben; daß Tausende von Böhmen als Märtyrer der Religionsfreiheit ihr Leben in den Kerkern und auf den Schlachtfeldern ausgehaucht haben; daß unter den lachenden Fluren Eueres schönen Landes große Gräber aus Ferdinands II. Zeiten sind, die noch nicht gesühnt worden. Böhmen, in Constanz am Grabe und am Kerkergitter Eueres Huß habe ich im Jahre 1845 gestanden. Kein Denkmal zierte noch die große Stätte, wo er verbrannt worden, und noch waren seine Manen nicht beruhigt, weil der größere Theil Eueres Volkes noch in der Knechtschaft des Pfaffenthums ist. Ich habe an der Stätte, wo Euer Huß verbrannt worden, wie vor seinem Käfig mir gelobt, Euch seine Manen sühnen, und ihm ein Denkmal setzen zu helfen, dadurch, daß ich Euere religiöse Freiheit anbahnte. Böhmen! Oeffnet mir den Weg, und gebt mir Gelegenheit dazu, dadurch, daß Ihr Religionsfreiheit für Oesterreichs Völker fordert.

Nürnberg, den 29. Januar 1849.

Johannes Ronge.

Deutschland.

Bayern. (München, 30. Jan.) Der geheime Sekretär K. Betterlein im Staatsministerium der Finanzen wurde zum Regierungsfinanzrath in Regensburg; an dessen Stelle zum geheimen Finanzministerialsekretär der Rentbeamte W. Quante in Füssen, und an des Letzteren Stelle der Finanzrathsaccessist in Augsburg J. Braunsberger ernannt; der Landrichter C. W. Fürst von Naila wurde auf das erledigte Landgericht Wunsiedel versetzt, und der dermalige rechtskundige Bürgermeister C. T. Schrön zu Hof erhielt die erledigte Landrichterstelle zu Münchberg. (N. M. Z.)

(München, den 29. Januar.) Der Entwurf der Antwort auf die Thronrede circulirt gegenwärtig noch bei den Mitgliedern der Kommission, die heute Mittag in der Zwischenzeit von 3 bis 6 Uhr sich über die beiden vorliegenden Entwürfe einerseits von Stockinger, andrerseits von Scheurl gefertigt, zu einigen suchen wird. Beide Arbeiten tragen das Gepräge freier Gesinnung, nur ist der Entwurf von Stockinger in einer entschiedeneren Sprache gehalten. Bis jetzt ist der sechste Ausschuß (Petitionsschuß) noch nicht zu Stande gekommen. (A. A. Z.)

†† (Nürnberg, den 31. Januar.) Der hiesige Volksverein hat an die Linke unserer Abgeordnetenkammer folgende Adresse gerichtet: „Volksvertreter! Wir fühlen uns gedrungen Euch unsere Zustimmung zu den von Euch erlassenen Programme auszudrücken. Es fußt auf den Prinzipien der Volkssouveränetät und den Errungenschaften des deutschen Volkes glorreicher Erhebung, die wir uns wahren wollen ganz und unverkümmert, trotz Allem, was sich uns entgegen stellt. Wir verkennen nicht, daß Euer Kampf ein großer seyn wird, denn allenthalben regt sich der giftige Wurm der Reaktion und benagt die jungen Triebe am Baume der Freiheit. Zeugniß hievon gibt auch das neueste Aktenstück unsers Ministeriums, eines Ministeriums, das dem Volke für seine Handlungen und Unterlassungen verantwortlich ist. Darum rufen wir Euch zu: Seyd treue Wächter der Freiheit! Euch stützt das Vertrauen des Volkes. Mit ihm werdet ihr siegen. Mit deutschem Gruße? ꝛc.

†† (Nürnberg, den 31. Januar.) Heute fand die erste öffentliche und mündliche Gerichtsverhandlung vor dem hiesigen Stadtgericht als Bezirksgericht statt. Das Lokal, (der kleine Rathhaussaal) obgleich bedeutend vergrößert, reichte für die Menge der neugierigen Zuhörer keineswegs aus, obgleich keine besonders wichtigen Gegenstände zur Aburtheilung kamen. Die ganze Verhandlung zeigt, daß sich unsere Beamten leicht in die juridische Verbesserung finden werden.

Freie Städte. (Frankfurt, 29. Jan.) Wie wir aus guter Quelle vernehmen, hat das Reichsministerium heute 12 Uhr, sämmtliche Herren Bevollmächtigten versammelt, um ihnen aus Anlaß der viel besprochenen preussischen Note offizielle Kenntniß zu geben von dem Stadium, in welchem sich die Berathung der deutschen Verfassung in der Paulskirche befindet und um durch sie die sämmtlichen Regierungen Deutschlands aufzufordern, die etwaigen Erklärungen, welche auf Preussens Einladung an das Reichsministerium einzureichen seyen, möglichst zu beschleunigen, da die zweite und also definitive Lesung der Verfassung sehr nahe bevorstehe und mit der längst ersehnten Vollendung derselben nicht gezögert werden dürfe. Wir halten diesen Schritt des Reichsministeriums für einen sehr zweckmäßigen, und sehen überhaupt in dem von Preussen betretenen Weg endlich die praktische Bahn eröffnet, um das große Werk zum Ziele und in das wirkliche Leben einzuführen. Man sieht Land, und wenn nur der Wind der landsmannschaftlichen, wie der Parteileidenschaft nicht allzu heftig in die Segel bläst, so ist nun an dem Einlaufen des Schiffes in den sichern Hafen nicht mehr zu zweifeln. Aus all' dem Bangen, ob nicht schon Verabredungen unter den Kabineten bestehen, sind wir nun erlöst. Sind

wir recht unterrichtet, so danken wir dies namentlich Preussen, welches beharrlich alle derartigen Anträge abgewiesen und dadurch der deutschen Nationalversammlung die letzte Beschlußfassung offen erhalten hat. Das deutsche Volk ist dadurch dem König von Preussen zu großem Danke verpflichtet, und es wird sich nun bald vor den Augen der Welt enthüllen, welcher der andern Fürsten denn eigentlich dem großen Einigungswerke sich wird hindernd entgegenstellen wollen. Die nun einlaufenden Erklärungen können für die dauernde Zukunft des monarchischen Prinzips in diesem und jenem deutschen Staate entscheidend seyn. Welch schönes, großartiges Schauspiel böte sich aber der Welt dar, wenn die nächsten Tage in der alten Kaiserstadt die Boten Aller deutschen Fürsten zusammenströmen sähe, deren Zustimmung bringend zu den Beschlüssen der deutschen Nationalversammlung! Und warum sollte nicht in so großer Stunde der Genius des Vaterlandes auf allen Seiten den Eigen- und Sonderwillen beugen, damit ein Umwandlungsprozeß, wie ihn die Welt größer noch nicht gesehen, friedlich vollbracht werde. (Fr. O.-P.-Z.)

°° (Frankfurt, den 29. Januar.) [160. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender zuerst Simson, später Vicepräsident Kirchgeßner] Auf der Tagesordnung befinden sich 14 zu erledigende Gegenstände, die jedoch die Sitzung zu keiner interessanten, sondern zu einer langweiligen machen. Flottenbeiträge aus Erlangen und Heidelberg, aus ersterer Stadt sehr bedeutende, werden angezeigt. Die auf der Tagesordnung befindlichen Nummern erledigen sich sammt und sonders theils durch Verweisung an die Centralgewalt, theils durch Uebergang zur Tagesordnung. Würth aus Sigmaringen bringt wieder seinen dringlichen Antrag vor die Versammlung, welcher lautet: „In Erwägung, daß das Fürstenthum Sigmaringen schon seit Monaten mit Reichstruppen besetzt ist; daß diese Besetzung den belasteten Gemeinden um so härter fällt und um so beschwerlicher wird, als früher keine und in jüngster Zeit nur eine ganz ungenügende Vergütigung an die Quartierträger geleistet wurde; daß Grund zu einer derartigen Maßregel nie vorgelegen ist, und heute noch weniger vorliegt, und daß endlich alle bisherigen Schritte, welche dazu unternommen wurden, fruchtlos geblieben und mit grundlosen Einwendungen zurückgewiesen worden sind, stelle ich an die hohe Nationalversammlung den Antrag, zu beschließen: die noch im Fürstenthum Sigmaringen befindlichen Reichstruppen seyen ungesäumt zurückzuberufen." Nachdem schon eine kleine Debatte darüber geführt worden ist, ob der Würth'sche Antrag — ohne vorhergängige Berichterstattung darüber — auch nur zur Berathung zugelassen sey, erregt folgende Erklärung, die Herr Stavenhagen Namens des Reichskriegsministeriums abzugeben ermächtigt ist, die allgemeine Heiterkeit der Versammlung. Sie erledigt nämlich den Würth'schen Antrag vollständig durch die amtliche Mittheilung: daß seit dem 24. Januar kein Mann Reichstruppen mehr in Sigmaringen stehe, (Gelächter), indem seitdem auch die letzten beiden dort stehenden Kompagnien Würtemberger — im Ganzen 300 Mann — zurückgezogen worden seyen! Herr Würth steht darnach allerdings davon ab, daß über seinen Antrag ein Beschluß gefaßt werde. Ende der Sitzung 1 Uhr Nachmittags. Nächste Sitzung morgen.

(Frankfurt, den 28. Januar.) Auch die oldenburgische Regierung hat gleich der hannöverischen auf die Aufforderung des Reichsministeriums des Handels die erforderlichen Schritte bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika gethan, um das Hinderniß zu beseitigen, welches der Handelsvertrag zwischen Nordamerika und Hannover, dem Oldenburg beigetreten ist, der deutschen Zolleinigung in den Weg legt. Obwohl eine Erwiderung von Washington noch nicht erfolgt ist, ist doch Grund vorhanden, es für unzweifelhaft zu halten, daß man dort mit aller Bereitwilligkeit auf die Wegräumung derjenigen Hemmungen eingehen wird, welche der Begründung eines kommerziell einigen Deutschlands in den Verträgen jetzt noch entgegenstehen. (Fr. O.-P.-Z.)

Hannover. (Hildesheim, 25. Jan.) Die Stadt ist wieder ruhig und ein Ausbruch ähnlicher Exzesse für heute und die folgenden Tage wohl nicht zu fürchten. Das Militär ist aus der Stadt zurückgezogen und in den Kasernen konsignirt, die Bürgerwehr hält die Wachen besetzt. Auf der Eisenbahn ist ein Gardejägerbataillon eingetroffen. Wie es heißt, sollen uns heute noch mehrere Truppen auf der Eisenbahn zugeführt werden. (Hild. Z.)

Hessen. (Kassel, 27. Jan.) Wir stehen im Augenblicke an dem Rand einer für unser Land verhängnißvollen Ministerkrisis. Seit gestern ist die Stadt von dem Gerüchte beunruhigt, Minister Eberhard habe seine Entlassung eingereicht. Heute ist dies Gerücht zur Gewißheit geworden, und hat die ganze Stadt in eine ungewöhnliche Aufregung gebracht. Der Präsident der Ständeversammlung und der Oberbürgermeister begaben sich heute ins Palais, um den Kurfürsten von der herrschenden Aufregung in Kenntniß zu setzen; allein sie erhielten keinen Zutritt, weil Se. k. Hoheit eben von einer Spazierfahrt zurückgekehrt war und gerade zur Tafel gehen wollte, und weil die Hofetiquette der vorherigen Anmeldung durch den Hofmarschall verabsäumt worden war. Der Präsident berief deßhalb heute die Ständeversammlung zu einer außerordentlichen Sitzung. Sämmtliche Ministerialvorstände erschienen in derselben, und wurden von der überfüllten Tribüne mit lauter Akklamation empfangen. Hr. Eberhard eröffnete, daß er allerdings seine Entlassung eingereicht, daß er dieselbe aber noch nicht erhalten habe; Veranlassung dazu seyen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Kurfürsten wegen der Organisation der neuen Verwaltungsbehörden, sowie andere Schwierigkeiten, die seiner verfassungsmäßigen Thätigkeit entgegentreten. Min. v. Baumbach erklärte, daß alle übrigen Ministerialvorstände Se. k. Hoh. ersucht hätten, die Entlassung nicht anzunehmen, widrigenfalls sie sämmtlich abtreten würden. Diese Eröffnung brachte auf die Versammlung und unter den Zuhörern eine unbeschreibliche Aufregung hervor. Einmüthig erklärte die Ständversammlung auf den Antrag des Abg. v. Sybel, daß sie die Entlassung des Ministeriums als eine Kalamität für das Land ansehe, und auf den Antrag des Abg. Eissengarthen wurde beschlossen, morgen um 11 Uhr diese Erklärung bei dem Kurfürsten in corpore zu überreichen, wenn bis dahin keine befriedigende Lösung erfolgt sey. Noch nie hat wohl ein Ministerium unzweideutigere und herzlichere Beweise des ungetheilten Vertrauens erhalten, als das unsrige in der heutigen denkwürdigen Sitzung. Selbst die politischen Gegner desselben, wie Hr. Knobel, traten mit Enthusiasmus dem allgemeinen Vertrauensvotum bei. Die Stadt ist troß der allgemeinen Aufregung vollkommen ruhig. Man will den morgenden Schritt der Ständeversammlung abwarten. Möge diese Krisis einen heilvollen Ausgang nehmen; ein unglücklicher Ausgang könnte unabsehbare Folgen nach sich ziehen und den Urheber derselben mit großer Verantwortung belasten. (Ffstr. J.)

(Mainz, 28. Jan.) Man spricht hier in Kreisen, die mit höheren österreichischen Militärpersonen in Verbindung stehen, von dem möglichen Eintreffen des Fürsten Metternich auf dem Johannisberg und bezeichnet das Ende des Monats April als die Zeit, in welcher sich dieses Ereigniß zutragen könnte. (Ffst. J.)

Hohenzollern-Sigmaringen. (Sigmaringen, 28. Jan.) Der Fürst wird nächster Tage von Berlin zurück erwartet; die Verleihung des schwarzen Adlerordens an denselben steht mit der Mediatisirung in keinem Zusammenhang; jeder Fürst von Hohenzollern erhielt denselben bei seinem Regierungsantritt. (Schw. M.)

Oldenburg. (Oldenburg, den 26. Januar.) Der Herzog von Oldenburg hat eine Deputation von Wahlmännern nicht vor sich gelassen; was Aufregung der Gemüther zur Folge hat. (Br W. Z.)

Preussen. (Berlin, 28. Januar.) Die königliche Regierung hat an alle ihre bei den deutschen Regierungen beglaubigten Missionen ein Cirkular erlassen, dem wir folgende Stellen entnehmen, die Stellung Preussens, Oesterreich gegenüber, werden wir aus diesem Cirkulare morgen nachtragen. Zur Zeit des Zusammentritts der deutschen National-Versammlung in Frankfurt war die begonnene Revision der Bundesverfassung nicht so weit gediehen, daß es den deutschen Regierungen möglich gewesen wäre, einen gemeinsam verabredeten Verfassungs-Entwurf der Versammlung vorzulegen und vor derselben zu vertreten. Die Versammlung befand sich in der Nothwendigkeit, selbstständig das Verfassungswerk anzugreifen, und sowohl die Passivität der Regierungen, wovon viele ihre ganze Kraft durch innere Angelegenheiten in Anspruch genommen sahen, — als die greifbare Schwierigkeit der Vereinbarung mit 37 verschiedenen und unabhängigen Staaten mochten dazu mitwirken, die Vorstellungen über den Umfang der staatsrechtlichen Befugnisse der Versammlung hoch zu steigern. Auch die königl. Regierung hat geglaubt, der Lage, worin sich die deutschen Staaten, gegenüber einer aus der Gesammtheit der Nation auf gesetzlichem Wege erwählten Versammlung befanden, großes Gewicht beilegen zu müssen; sie hat geglaubt, die äußersten Anstrengungen machen zu sollen, um einer Versammlung, der die Regierungen einen positiven Vorschlag nicht vorgelegt hatten, nicht durch Negation entgegenzutreten; sie hat geglaubt, die deutsche Nation sey zu der Forderung berechtigt, daß der Versuch, auf dem von den deutschen Regierungen theils gesetzlich angebahnten, theils zugelassenen Wege zur Einigung zu gelangen, möglichst vor äußeren Hemmungen geschützt werde. Auf diesen Punkt hat die Regierung, nachdem ihr im Monat Juli gemachter Vorschlag zur Gewinnung der Grundlagen einer kollektiven Vertretung der Regierungen gescheitert war, nachdem auch andere Versuche, auf den Weg der Verständigung zu leiten, erfolglos blieben, ihr vorzüglichstes Augenmerk gerichtet, und zugleich, während sie ohne Zögern bereit war, für einige Zeit von der ausführenden Gewalt zurückzutreten und deren Uebertragung auf Se. kais. Hoheit den Erzherzog Johann von Oesterreich zu genehmigen, mit nicht geringerer Hingebung und oft mit Selbstverleugnung die Centralgewalt Deutschlands durch die Macht und die Mittel Preussens gestützt und getragen. Der Zweck ist erreicht worden; die Nat.-Vers. zu Frankfurt hat sich beinahe acht Monate hindurch in freier Bewegung ihrer Verfassungs-Arbeit widmen dürfen, und indem diese Arbeit anscheinend ihrem Ende naht, wird jede deutsche Regierung den Beruf fühlen, dahin zu wirken, daß sie zu einem glücklichen Ergebniß führe, und daß ein mögliches Fehlschlagen dieser Hoffnung nicht einem Verschulden der Regierungen beigemessen werden könne. Die preuss. Regierung darf sich der Hoffnung überlassen, vor einem solchen Vorwurf gesichert zu seyn; allein sie ist sich sehr wohl bewußt, daß ihre alleinige Zustimmung nicht ausreicht, eine Umgestaltung der deutschen Verfassung ins Leben zu führen, und daß das Scheitern des großen Zweckes nicht minder zu beklagen wäre, wenn auch zweifellos feststände, daß er nicht an Preussen gescheitert sey. — Die kgl. Regierung erkennt nach wie vor die Pflicht, auf dem durch die Berufung der deutschen Nat.-Versammlung betretenen Wege fortzuschreiten. Zu dem Ende wird zu geneigter Erwägung der Vorschlag anheimgegeben, daß die deutschen Regierungen der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. durch das Reichsministerium vor der zweiten Berathung über die Theile der entworfenen Verfassung, welche die Titel: „das Reich und die Reichsgewalt", »der Reichstag«, „das Reichsoberhaupt", »der Reichsrath« führen, Erklärungen über den Inhalt, wie er nach der ersten Berathung festgestellt worden, zur Erwägung übergeben wollen. Wir glauben, daß dieser Vorschlag sich sowohl den deutschen Regierungen als der Nat.-Versammlung empfehlen werde, da wir auf beiden Seiten das ernstliche Bestreben voraussetzen, zu einer redlichen Verständigung zu gelangen. Die Stellung, welche die letztere zu dem Verfassungswerke einnimmt, ist im Eingange angedeutet worden. Die meisten deutschen Regierungen hingegen haben niemals auf das Recht der Zustimmung verzichtet, und insbesondere ist dies von Preussen nicht geschehen. Wollte man diesen Gegensatz noch jetzt auf die Spitze treiben, so ist es wohl Niemandem zweifelhaft, daß nicht allein das Verfassungswerk nicht zu Stande kommen, sondern auch das deutsche Vaterland den gefährlichsten Krisen ausgesetzt und in seiner ganzen Entwickelung gehemmt werden würde. Je fester daher ein deutscher Staat entschlossen wäre, an dem Rechte der Zustimmung festzuhalten, je mehr er befürchten konnte, dieselbe versagen zu müssen, um so lebendiger dürfte sich ihm die Verpflichtung aufdringen, sich nicht auf die nachträgliche Negation zu beschränken, sondern die Bedenken und Abänderungsvorschläge rücksichtlich der vorläufigen Beschlüsse zur Kenntniß der Nat.-Versammlung zu bringen, und derselben zu deren reiflicher Erwägung vor der zweiten Beschlußfassung Gelegenheit zu geben. Und wenn wir auf der anderen Seite sehen, wie selbst die das Vereinbarungs-Recht im Prinzip am entschiedensten bestreitenden Fraktionen der Nationalversammlung doch die Herbeiführung einer Uebereinstimmung mit den Regierungen als wünschenswerth erkennen: so dürfen wir hoffen, daß die Versammlung selbst, eingedenk ihrer Würde und ihrer Pflicht gegen das gesammte Vaterland, durch ein gleiches freundliches Entgegenkommen auf dem Wege der Verständigung jenem gefährlichen Gegensatze die Spitze abbrechen werde.

Die Königliche Regierung glaubt daher mit diesem Vorschlage um so mehr den Wünschen der deutschen Regierungen entgegenzukommen, als sie fest überzeugt ist, daß das wahre Interesse der Regierungen mit den Bedürfnissen und Wünschen des deutschen Volkes Hand in Hand geht. Sie darf daher auch hoffen, daß, wenn auch

die Ansichten in einzelnen Punkten auseinander gehen mögen, doch bei dem bei allen Regierungen vorausgesetzten deutschen Sinn und der Gemeinsamkeit der Interessen in den wesentlichsten Stücken Uebereinstimmung herrschen werde. Der Gewinn wird um so größer seyn, je mehr die Staaten sich gleichmäßig aussprechen; und indem die Königliche Regierung dazu die Hand bietet, erwartet sie ein gleich vertrauensvolles Entgegenkommen von den anderen deutschen Regierungen. Sie hat ihren Bevollmächtigten in Frankfurt am Main mit umfassenden Instruktionen zu diesem Zweck versehen, und indem sie der Ansicht ist, daß jener Ort für alle Regierungen den geeignetsten Mittelpunkt der Verständigung bilden werde, so stellt sie das Ersuchen an dieselben, dorthin baldmöglichst ihre Bemerkungen und eventuellen Vorschläge auf geeignetem Wege gelangen lassen zu wollen, da sie eine baldige Besprechung und Verständigung im Interesse des gesammten Deutschlands für höchst wünschenswerth halten muß.

Preussen strebt nach keiner Machtvergrößerung oder Würde für sich selbst; es begehrt, wie auch die deutsche Bundesverfassung sich gestalte, keinen anderen Antheil an der obersten Leitung der Bundesgewalt, als denjenigen, welchen seine Stellung in Deutschland und die Bedeutung der geistigen und materiellen Kräfte, die es dem gemeinsamen Vaterlande zur Verfügung stellen kann, der Natur der Dinge nach, ihm anweist. Es wird keine ihm angebotene Stellung annehmen, als mit freier Zustimmung der verbündeten Regierungen; es hält sich aber verpflichtet, sich bereit zu erklären, Deutschland diejenigen Dienste zu leisten, welche dieses im Interesse der Gesammtheit von ihm verlangen sollte, selbst wenn dies nicht ohne Opfer von seiner Seite geschehen könnte. Es wird dabei eben so gern Allem entgegen kommen, was, ohne Gefährdung des gemeinsamen Zweckes, die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der einzelnen Staaten zu erhalten geeignet ist. In Folge dieser Gesinnung kann ich es schon jetzt Ew. rc. aussprechen, daß Se. Maj. der König und Höchstdessen Regierung nicht der Ansicht sind, daß die Aufrichtung einer neuen deutschen Kaiserwürde zu der Erlangung einer wirklichen und umfassenden deutschen Einigung nothwendig sey; daß wir vielmehr befürchten müssen, daß das ausschließliche Anstreben gerade dieser Form des an und für sich nothwendigen Einheitspunkts der wirklichen Erreichung jenes Zieles der Einigung wesentliche und schwer zu überwindende Hindernisse in den Weg legen würde. Es dürfte wohl eine andere Form gefunden werden können, unter welcher, ohne Aufopferung irgend eines wesentlichen Bedürfnisses, das dringende und höchst gerechtfertigte Verlangen des deutschen Volkes nach einer wahrhaften Einigung und kräftigen Gesammt-Entwickelung vollständig befriedigt werden könnte.

(Pr. Staats-Anz.)

(Berlin, den 28. Januar.) Die von einigen Blättern voreilig gegebene Nachricht, daß der Justizminister die Entlassung des Ober-Landesgerichts-Direktors Temme zu Münster aus seiner Untersuchungshaft verfügt habe, können wir heute als richtig bestätigen.

(Pr. Staats-Anz.)

†*† (Berlin, den 28. Januar.) Das Interesse an den Wahlbewegungen hat alle andern politischen Fragen in den Hintergrund gedrängt. Morgen sollen die Wahlen der Wahlmänner für die erste Kammer vor sich gehen. Nimmt man die Ausübung der politischen Rechte zum Maaßstab für die politische Bildung, so stellt sich für Berlin das Resultat sehr ungünstig für die wohlhabenderen Klassen. Zu den Urwählerlisten für die erste Kammer sind wenig über 14000 Namen eingezeichnet, während man hier allein 9000 Hausbesitzer zählt. Auch die Vorversammlungen der Urwähler der ersten Kammer liefern den Beweis, wie wenig politische, wie allgemeine Bildung von einem größeren oder geringern Besitzthum abhängig sind; es geht in diesen Versammlungen noch weit unruhiger zu, als in denen für die zweite Kammer und man hat der Beispiele viele, daß gerade höhere Staatsbeamten sich durch ein durchaus unangemessenes Benehmen bemerklich machen. In dieser Hinsicht zeichnete sich auch in einer gestern stattgehabten Vorversammlung, Hr. Kammergerichtsrath v. Drigalski aus, der so weit ging durch Handgreiflichkeiten einige Mitglieder der Oppositionspartei zum Verlassen des Lokals zu zwingen. — Voraussichtlich werden die Wahlen für die erste Kammer hier konservativ ausfallen, da die radikale Partei fast in allen Bezirken in der Minorität ist und sie es vorzieht, anstatt bald liberale Wahlen zu unterstützen, lieber streng konservative Kandidaten durchbringen zu lassen.

Sachsen. (Dresden, den 27. Jan.) [Die öffentliche Sitzung der II. Kammer.] Die Sitzung begann vor überfüllten Tribünen nach 10 Uhr. Die Staatsminister, mit Ausnahme des Dr. Braun, erschienen gegen das Ende der Protokollverlesung. In der Registrande befand sich ein Protest des Vaterlandsvereines zu Crimmitschau gegen das erbliche deutsche Oberhaupt, dessen Verlesung vom Abg. Fincke beantragt, aber abgelehnt wurde. Staatsminister v. d. Pfordten: Der Grund der gestrigen Erklärung der Minister ist gesucht worden in einem Konflikte derselben mit der Krone wegen der Grundrechte. Der Grund liegt darin nicht, sondern lediglich in der Ueberzeugung, daß sie bei der Gesammtlage des Ministeriums nicht mehr im Stande seyen, gedeihlich für das Vaterland zu wirken. Se. Maj. habe die Entlassung des Ministeriums nicht angenommen, doch die Minister seyen von ihrem reiflich gefaßten Entschlusse bis jetzt noch nicht abgegangen. — Abg. Tzschirner: der Grund der Krisis ist noch nicht bekannt; in den Kammern ist noch nichts vorgekommen, vor dem das Ministerium die Flucht ergreifen müsse. Ueber die Erlassung der Grundrechte könne wohl das Ministerium Auskunft geben (die allerdings Minister v. d. Pfordten jetzt zu ertheilen für unangemessen hielt). Lincke findet die Gewährung der deutschen Grundrechte für ganz unbedenklich als das Minimum dessen, was dem Volke gewährt werden kann. Staatsmin. v. d. Pfordten: mitten in einer Ministerkrisis können so wichtige Verfassungsfragen nicht verhandelt werden — das ist parlamentarischer Gebrauch. Man werde das Ministerium wohl entschuldigen, wenn es nicht übereilt seinen reiflich gefaßten Entschluß zurücknehme. Klette verzichtet, seinen Antrag wegen Erlassung der Grundrechte zu motiviren; v. Trützschler findet es für überflüssig, darauf zu verzichten. Fincke: die Kammer habe die Krisis nicht herbeigeführt; die Minister seyen für dieselbe verantwortlich oder jeder Andere, der sie veranlaßte. Staatsmin. v. d. Pfordten: die Minister lehnen die Verantwortlichkeit nicht ab; sie haben ihre Entlassung nachgesucht, in der Ueberzeugung, daß sie für ihr Gehen und Verbleiben verantwortlich sind. Klette begründet hierauf seinen Antrag auf sofortige Publizirung der Grundrechte und Vorlage der dazu nöthigen Ausführungsgesetze. Wehner wünscht, daß die Grundrechte erst den Kammern vorgelegt werden, und daß sie nicht blos erweitert oder vermehrt, sondern auch einzelne Punkte ganz in Wegfall gebracht werden, und stellt einen den ersten Wunsch ausdruckenden Antrag. Gegen denselben erheben sich Gruner, Auerswald, Dammann, für den Antrag Meinel, der sich in längerer Rede über die Lage Deutschlands ergeht, und Kellermann. Schaffrath findet die Entscheidung über die wichtige Prinzipfrage der unbedingten Souveränetät der Nationalversammlung und ihrer Beschlüsse jetzt nicht für geeignet und beantragt, unterstützt von Schieck, die »verfassungsmäßige Durchführung der Grundrechte in Sachsen.« v. Trützschler kann eine Prinzipfrage hierbei nicht erkennen, erklärt sich aber für den Schaffrath'schen Antrag, da eine sofortige Publikation gar nicht möglich sey, insofern viele gesetzliche Bestimmungen dadurch abgeändert werden würden. Tzschirner zieht den Wehner'schen Antrag vor; die Nationalversammlung habe ganz und gar nicht den Erwartungen des Volkes entsprochen, sie sey nur eine gehorsame Dienerin der Regierungen. Aenderungen in den Grundrechten würden von der Kammer gewiß nicht vorgenommen werden, da sie nur das Minimum der Rechte darstellen. Bertling stellt hierauf das Ammendement zum Schaffrath'schen Antrage, die Grundrechte nur in soweit verfassungsmäßig zu publiziren, als nicht sächsische Gesetze größere Freiheit gewähren. Blöde verwendet sich für den Wehner'schen Antrag, da nur durch Gesetze zur Ausführung die Grundrechte praktisch werden können. In gleichem Sinne spricht sich Riedel aus. Wehner bemerkt gegen Fincke, daß die Annahme seines Antrages die Ministerkrisis durchaus nicht verwickelter mache, sondern im Gegentheile sey das Ministerium ganz der Ansicht, alle Beschlüsse der Nationalversammlung den Kammern vorzulegen. Nachdem der Antragsteller Klette zum Schluß gesprochen und seinen Antrag zurückgenommen, dafür aber den Schaffrath'schen adoptirt, wird zuförderst der Wehner'sche Antrag von 38 Stimmen abgelehnt und der Schaffrath'sche Antrag einstimmig angenommen. — Wehner hielt es nicht für passend, die Berathung des Berichts der Finanzdeputation über ein Dekret wegen der Grundsteuerentschädigung heute vorzunehmen, welche auf der Tagesordnung gestanden, und wird daher auf seinen Antrag davon abgesehen, weil kein Mitglied des Ministerii zugegen sey. (Lpz. Z.)

Schleswig-Holstein. Die Schl.-H. Z. spricht sich wie folgt über die gegenwärtige Lage des Landes aus: Unsere Erhebung als Aufruhr gestempelt, unsere Regierung als eine rebellische desavouirt, Alsen mit offenem Hohn uns vorenthalten, unsere Postbeamten beschimpft und verhöhnt, unsere Flagge selbst im neutralen Hafen geschändet, unsere Schiffe gekapert und nach dänischen Häfen aufgebracht, das Landvolk in Nordschleswig zur Nichtbezahlung der Steuern aufgewiegelt, unsere dort stationirten Truppen überfallen durch dänische Eindringlinge, und zu dem Allen die Aussicht auf einen schmählichen Frieden, welcher die Lebensader der Herzogthümer, ihre unzertrennliche Verbindung, durchschneiden würde, so daß sie sich einzeln verbluten müßten — das sind die Früchte, welche der unselige Waffenstillstand für uns getragen hat! Die Männer, welche damals schon entschiedenen Maßregeln das Wort redeten und dieses allzugehorsame sich Fügen und Schmiegen des Landes bekämpften, wurden als Wühler verdächtigt und das Land lullte sich selber in den trägen sorglosen Schlummer der Sicherheit ein. Nun ist es — wenigstens für Schleswig kann man es wohl bereits sagen — erwacht, aber die Schwierigkeiten unserer Lage haben sich seit dem Abschluß des Waffenstillstandes nicht verringert, viel eher vermehrt. Wir werden trotzdem jetzt den Schritt thun müssen, zu dem wir uns damals nicht entschließen konnten; wir werden unsere Angelegenheiten selbst in die Hände nehmen, wir werden alle unserem guten Recht und unserer Ueberzeugung widersprechenden Zumuthungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, von der Hand weisen und wenn es noth thut, den Kampf dafür noch einmal beginnen müssen.

(Ztg. f. Nordd.)

Frankreich.

† (Paris, 27. Januar.) Die Erbitterung steigt mit jeder Stunde. Das Klubgesetz macht großen Eindruck. Heute früh erschienen die demokratischen Blätter (z. B. Peuple, Republique, Reforme, Revolution u. s. w.) mit folgender Protestation gegen das Klubgesetz und Antrag auf Versetzung der Minister in Anklagestand. In Erwägung, daß das Recht der Versammlung und Assoziation ein natürliches Recht, das jedem positiven Gesetze vorhergeht und über ihm steht und übrigens von der Verfassung ausdrücklich anerkannt ist. In Erwägung, daß das vom Ministerium des Präsidenten vorgelegte Gesetz nicht zum Gegenstande hat, die Ausübung dieses Rechts zu regeln, wie es die Verfassung vorschreibt, sondern daß es dasselbe auf ganz absolute Weise unterdrückt und darum das souveräne Volk seines wichtigsten polit. Vorrechts entkleidet. In Erwägung, daß das Ministerium durch die bloße Vorlage dieses Gesetzes die Verfassung und die natürlichen Rechte des Menschen angreift »protestiren die Unterzeichneten mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft gegen dieses Gesetz und verlangen von der Nationalversammlung, die Minister in Anklagestand zu versetzen, welche diesen Staatsstreich auszuführen wagen.« (Folgen die Unterschriften.)

Unter der „Garde Republikaine«, welche das Ministerium aufzulösen oder wenigstens gleich der Mobilgarde umzuschmelzen gedenkt, herrscht große Gährung. Das ist eine neue Gewitterwolke am Pariser Horizonte. Diese Garde wird nicht mehr in die Stadt gelassen. Sie bleibt in ihren Kasernen.

Der Minister des Innern hat sich durch die Polizei bei allen Wortführern nach der Stimmung des Proletariats erkundigen lassen. Sie haben erklärt: daß die Gährung einen solchen Grad erreicht habe, qu'il faudra prendre un partie!!!

[National-Versammlung. Sitzung vom 27. Januar.] Um 1 Uhr umgeben starke Militärkräfte das Gebäude. In den Abtheilungs- oder Bureausäälen herrscht große Agitation, denn man hört, daß 10 bis 15000 Studenten und Proletarier dem Sitzungssaale zuströmen, um gegen Lherminier und Gott weiß Alles zu protestiren. Gegen 2 Uhr bilden sich im Saale selbst starke Gruppen, worin der neueste Staatsstreich gegen die Klubs und polit. Gesellschaften verhandelt wird. Achtzig Glieder der äussersten Linken haben einen Anklage-Akt gegen das Ministerium entworfen, den 165 Marrastianer unterschrieben; ferner hört man, daß von 15 gewählten Kommissionsgliedern sich 11 gegen das Klubgesetz aussprechen. Es müßte ein Wunder geschehen, wenn das Ministerium ohne Sturm aus dieser Krisis entschlüpfte. Unter solchen Auspizien eröffnet Marrast um $2\frac{1}{2}$ Uhr die Sitzung. Das Protokoll wird vorgelesen. Gent und Lagrange überreichen Petitionen gegen die Auflösung.

Martin Bernard (ebenfalls vom Berge) überreicht dem Präsidenten eine mit zahlreichen Unterschriften bedeckte Petition und resp. Protestation der Studenten gegen die Vorträge Lherminier's und die militärische Intervention vom heutigen Tage. (Ah! Ah! Aufsehen.) Die Versammlung geht zur Tagesordnung, zur lästigen Staatsrathdebatte über. Niemand [illegible] dem Artikel 30, [illegible] gerückt, viele Aufmerksamkeit, denn alle Welt sieht dem Augenblick entgegen, wo die Kommission des Klubsgesetzes im Saale erscheinen wird. (4 Uhr.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Anzeige und Einladung.

Einem verehrlichen Publikum bringe ich hiemit zur ergebenen Anzeige, daß ich zu meiner Bierwirthschaft nun auch eine Gastgerechtigkeit zugelegt habe, ich bin daher berechtigt, von nun an kalte Speisen im Hause als über die Gasse zu verabreichen, und es wird mein eifrigstes Bestreben seyn, daß solche geschmackhaft zubereitet sind, und daß ich Jedermann auf das reellste und prompteste bediene.

Heute Donnerstag den 1. Februar ist „Metzelsuppe," und ist Bockbier aus dem Graf Pückler'schen Bräuhaus von Farnbach den ganzen Tag über zu haben. Zu recht zahlreichem Besuch ladet hiemit höflichst ein.

Kißkalt.

Haus- mit Garten-Verkauf.

Das Haus L. Nr. 436 in der Kohlengasse ganz massiv gebaut mit einem Garten 44 Dezimalen groß im ehemaligen Zeughausgraben, enthaltend: 2 Keller, 8 Zimmer, 4 Kammern, 2 Küchen, 2 Holzlagen unter der Brücke, 1 Pumpe, Vorplatz, s. v. Appartement, mehrere Böden, mit dem gewöhnlichen Waldrecht behaftet, wird aus freier Hand verkauft; hiezu ist Termin

Montag, den 12 Febr. 1849 Vormittag von 10 bis 12 Uhr, Nachmittag von 2 bis 4 Uhr

in selbigem Lokale anberaumt.

Kaufslustige können täglich davon Einsicht nehmen, und über das Nähere vom Unterzeichneten in Kenntniß gesetzt werden.

Nürnberg, den 30. Januar 1849.

J. J. Pfeiffer jun.
Commissionär L. Nro. 191 Adlerstrasse.

Bekanntmachung

Der berühmte Bettfedernreiniger, bei Herr Gastwirth Schwarzkopf in den 3 Königen in der Theatergasse, ist durch seinen neuen Dampfapparat im Stande, ein vollständiges Bett um fl. 3 herzurichten. Es werden die Inlets von allem Schmutz befreit, und die Federn von allen Krankheitsstoffen gereinigt, so, daß die Betten völlig neu werden. Er empfiehlt sich daher dem verehrlichen Publikum, indem er gewiß allen Fleiß aufbieten wird, Jedermann zur größten Zufriedenheit zu bedienen. Auch bemerkt er noch, daß Herr Schwarzkopf für jedes ihm zum Reinigen übergebene Bett Garantie leistet, es möge sich daher Jeder durch eine Probe überzeugen.

Nürnberg, den 1. Februar 1849.

Die größte denkbare Wasserfluth in Nürnberg den 15. Jan. 1849.

Gedächtnißblatt, gezeichnet von W. Schroll, lithographirt von Rothbarth in 7 Tableaux: der Herrenmarkt, Ein- und Ausfluß der Pegnitz, das Käsehaus, die Agnesbrücke, der Spitalplatz, Aussicht von der Maxbrücke.

Nebst einem Grundplan über den damaligen Wasserstand.

Suscriptionspreis 36 kr.

Indem Unterzeichneter das Blatt, in welchem er das fürchterliche Naturereigniß auf entsprechende Weise zu versinnlichen gesucht hat, auf dem Subscriptionsweg veröffentlicht, empfiehlt er dasselbe zu geneigter Abnahme.

W. Schroll,
Zeichner und Kupferstecher
S. 523.

(Empfehlung.) Indem ich bei meinem Umzug in meine neue Wohnung im Hause des Schreinermeisters Herrn Fritz meiner bisherigen Nachbarschaft für das geschenkte Wohlwollen während meines 24jährigen Aufenthalts in Ihrer Mitte herzlich danke, empfehle ich mich derselben bestens und bitte eine neue um freundliche Aufnahme.

Nürnberg, 29. Jan. 1849.

Agnes Prinoth.

Große Waage am Hallplatz.

Mittwoch, den 31. Januar, Produktion von dem steyerischen Sänger Fischer und Nannerl.

Jammerthal.

Heute Donnerstag, den 1. Februar, launige Gesangs-Unterhaltung von dem steyerischen Sänger Fischer und Nannerl.

Ammersdörfer.

Pferds-Dünger-Versteigerung.

Künftigen Montag den 5. Februar, Vormittags 9 Uhr, wird in der Deutschhaus- und hierauf in der Karthaus-Kaserne, der vorhandene Dünger der Artillerie-Fuhrwesens-Pferde, an den Meistbietenden versteigert.

(Zu vermiethen.) Das Haus Nro. 71 und Nro. 72 in Tafelhof ist täglich oder bis Ziel Walburgis zu vermiethen. Das Nähere Nro. 73.

Mit allerhöchster Genehmigung des königl. Ministeriums des Innern.

Cocos - Nuss - Oel - Soda - Seife.

Die ächte Cocosnußölsodaseife aus gereinigtem Cocosnußöl und Soda, wie sie von mir schon seit mehreren Jahren zum Gebrauche dargeboten wird, erfreut sich eines immer größern Absatzes und Beifalls, was als der beste Beweiß ihrer Nützlichkeit anzusehen ist; sie besitzt alle wohlthätigen Eigenschaften einer der Haut zuträglichen Seife, welche, durch ein eigenthümliches Verfahren erwirkt, in ihr vereinigt sind. In Deutschland wurde das Publikum zuerst von dem rühmlichst bekannten Aerzte Herrn Staatsrath Dr. C. W. Hufeland auf die besondern Vorzüge der Cocosnußölsodaseife aufmerksam gemacht; auch andere berühmte Aerzte haben sich im Laufe der Zeit über die Vorzüglichkeit dieser Seife ausgesprochen, und sie als ein vortreffliches Hautreinigungsmittel anerkannt. Sie ist bei mir fortwährend in Stücken zu 3 kr., 6 kr., 9 kr. und 12 kr., so wie auch in ganzen Stangen von ausgezeichneter Qualität zu haben; ferner parfümirte Cocosnußölsodaseife und alle anderen Toilettenseifen, namentlich Windsorseife in großer Auswahl, Palmseife, Transparentseife, Königsseife, Rasirseife, Seifenpulver u. Seifenkugeln, Seife mit eingepreßten Wappen, Figuren, Blumen ꝛc. flüssige Citronenseife gegen Leber- und andere gelbe und braune Flecken, so wie sonstige Hautunreinheiten das kleine Glas zu 20 kr. u. das große zu 40 kr. sammt Gebrauchsanweisung mit Zeugnissen berühmter Aerzte; ferner frische Pommaden in vielen Gattungen und Blumengerüchen, Haar- und Bart-Pommaden in Stangen, blond, braun und schwarz, Pommade cosmétique und Cosmétique Kephalia zur Verschönerung der Haare, schwarze und braune Pommaden in Tiegeln zum Haarfärben, Mailändischer Haarbalsam in Gläsern zu 30 kr. und zu 54 kr., Haaröle in allen Gerüchen von 5 bis 48 kr. pr. Glas, ächtes Eau de Cologne double von J. M. Farina und C. A. Zanoli, Extraits d'odeurs in den feinsten und stärksten Blumengerüchen, Eau de Mille fleurs zu 18 kr. und zu 36 kr. das Glas, Duft-Essig, ein vorzügliches Räucherwerk und Luftreinigungsmittel das Glas zu 15 kr., feinstes Königsräucherpulver die Schachtel zu 6 kr., orientalische Blumenessenz zum Räuchern, das Glas zu 36 kr., Räucherpapier das Blatt zu 2 kr., Riechkissen zum Parfümiren der Wäsche und Kleider und viele andere in das Parfümeriefach einschlagende Artikel.

Carl Kreller.
Karlsstraße S. Nr. 91 nächst dem Weinmarkt.

Erwiederung.

Herr F. C. Hysel, Bürger und Schauspieler, früher Komiker, jetzt Intriguant, geht „mehreren Abonnenten," die sich gegen das Ausscheiden der Fräulein Beil erklärten, in der vorgestrigen Nummer dieses Blattes auf eine Weise zu Leibe, welche die dem Publikum schuldige Achtung gröblich verletzt, ein um so unschöneres Benehmen, als ihn eben dieses Publikum nur zu nachsichtig behandelt hat. — Wir können deßhalb nicht umhin, ihm einige Worte zu erwiedern, indem wir es jedoch dem Verbreiter des Gerüchtes selbst überlassen, auf die ihm hingeschleuderten Grobheiten des Herrn Hysel zu antworten, die sich nebenbeigemerkt in einem achtbaren Organ, wie die mittelfränkische Zeitung sehr unpassend ausnehmen.

Die Logik des Hrn. H. ist lahm, wie seine zu Tode gerittenen Parade-Pferde, denn er verschanzt sich in angezogener Sache hinter seine „Bewußtlosigkeit," während er doch im Eingang nur widerspricht: „daß seine Intrigue nicht allein Schuld sey" — womit freilich seine Betheiligung oder der Glaube an solche noch lange nicht erloschen seyn dürfte. — Daß Herr Direktor Carot von Hrn. H. s. Z. noch disponirt werden wird, die von ihm gewünschte Erklärung in der ihm vorgeschriebenen Form zu geben, glaubt man, wundert sich jedoch, daß dieses natürlich alle Einreden, Ansichten u. s. w. mit einem Worte niederdonnernde Instrument nicht schon als Appendix der Hysel'schen Erklärung, zermalmend auf die Häupter der unruhigen, pflichtvergessenen Abonnenten, deren anerkannte Schuldigkeit ewige Geduld und Nachsicht ist, herniederfiel. — Bei der Berufung auf das Attest des Theaterdieners Ritter ist zwar das Hrn. Dir. Carot ausgestellte Leumundszeugniß „als Mann von Ehre" beizufügen vergessen — wir halten demohngeachtet Hrn. Ritter für einen solchen — sein Zeugniß müssen wir aber als das eines gebrödeten Dieners der Direktion und seiner Camarilla, als aller Competenz mangelnd, zurückweisen. — Aller Logik entbehrend ist die Ansicht des Hrn. H., der dem Publikum aufdringen will, daß er nicht gegen Frln. Beil intriguiren könne, weil sie durch seine dringende Vermittlung engagirt worden sey; — als ob dieselben Verhältnisse, die ihn damals bestimmten — nur vielleicht etwas potenzirter — nicht für eine neue Clientin begeistern könnten, statt der dringenden Empfehlung eine noch dringendere in die Wagschaale zu werfen!?

Dankbar ist es übrigens von Hrn. H, daß ihm jetzt die Abonnenten zu vorschnell sind — Wenn Hr. H. Unterstützungen seines Gesuchs um Engagement bei der hiesigen Bühne, Unterschriften für theatralische oder musikalische Unternehmungen, Theilnahme der Abonnenten zu seinen Benefizen brauchte, da waren ihm die Abonnenten gewiß nicht schnell genug — von vorschnell war gar keine Rede — und alle seine Einladungen, die in hiesigen Blättern und Zettelsammlungen noch nachzulesen sind, strotzten von Devotion, jedes Complimentirbüchleins würdig! So drang auch Hr. H. nie darauf, daß die Empfehlungen seiner Stücke, die das Publikum stets so gläubig, oft auch leichtgläubig hinnahm, demselben „Offnen Helm! Offne Stirn! Offnes Gesicht!" zeigten. — Wir halten das auch jetzt nicht für nothwendig, denn es handelt sich hier um die Sache und nicht um die Person, wenn auch Herr H die Sache in das persönliche Gebiet ziehen will, wobei wir allerdings seiner Selbsterkenntniß rühmend gedenken müssen, daß er, wenn im Allgemeinen von nicht genügenden Komikern gesprochen wird, sich gemeint glaubt. — Aber freilich, wems juckt, der kratzt sich, sagt der Dänenprinz, und wenn der Schuß in's Schwarze gegangen ist, springt der Hanswurst hervor!!!

Unsere Absicht war übrigens keineswegs, irgend eine Art von Polemik, sondern lediglich der Wunsch, das beste Mitglied unseres weiblichen Bühnenpersonals nicht auf ähnliche Weise wie unsere seither auch nicht ersetzte Primadonna zu verlieren. — Sollte Herr H. fernere Erwiederungen und in denselben den in der letzten angeschlagenen rohen Ton für nothwendig erachten, so würden vielleicht nicht nur wie Mehrere, sondern viele Abonnenten und Theaterfreunde sich veranlaßt finden, in den Hallen der Kunst selber mit einer Demonstration gegen Hrn. H zu operiren, die uns wenigstens endlich einmal von seinem öffentlichen Wirken befreien dürfte!

Mehrere Abonnenten.

Musicalischer Verein.

Donnerstag den 1. Februar

Produktion

im rothen Hahn.

Mieth-Gesuch.

Eine bequeme Wohnung, mit 5 heizbaren Zimmern sucht eine kleine Familie zu miethen, in einem Theil der Stadt, wo wegen Wassernoth nichts zu befürchten wäre.

(Anzeige) Die mit so vielem Beifall und von mir so oft verlangten vier Piecen, Quodlibet der 4. März in München, Glück auf mein Vaterland, Schwarz, Roth, Gold! und Robert Blum, sind mit Begleitung der Guitarre täglich zu haben.

Fischer, Musiklehrer, L. 495

(Zu vermiethen.) In L. Nr. 335 der Karolinenstrasse auf der Sommerseite ist ein möblirtes Zimmer mit Alkov zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Zwei möblirte Zimmer sind an solide Herren täglich zu vermiethen, Nro. 563 Lorenzerplatz.

(Gesuch.) Es wird ein Haus, oder ein Logis mit 4—5 heizbaren Piecen und andern Bequemlichkeiten bis Ziel Walburgi zu miethen gesucht.

Zu verkaufen.

Eichenstämme in beliebiger Größe zu Bau-, Nutz- oder Arbeitsholz, auch große Fichtenstämme sind täglich ganz nahe bei Mögeldorf zu verkaufen. Kaufsliebhaber belieben sich an den Wirth Wambach in Mögeldorf zu wenden.

Stadttheater in Nürnberg.

Donnerstag den 1. Februar. „Von Sieben die Häßlichste." Lustspiel in 3 Akten nebst einem Vorspiel von L. Angely.

Freiblatt ... München

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 2. Februar 1849. № 33. Freitag: Mar. Rein.

Deutschland.

Bayern. †† (München, 30. Jan.) Heute fand die erste Sitzung der Kammer der Abgeordneten statt. Hauk und Schüler leisten den vorgeschriebenen Verfassungseid, letzterer mit dem Vorbehalte von 69 andern Mitgliedern in Bezug auf die Einführung der Reichsgesetze. Dies gab dem Herrn Minister des Innern Grund zu einer Erklärung, die auch von den übrigen Ministern angenommen ist, wie die bayerische Regierung das Verhältniß der Reichsgesetzgebung zu Bayern selbst auffasse. Diese Erklärung lautet vollständig: Die Erklärung, welche vorhin Herr Schüler dem von demselben geleisteten Eide begefügt, und welche in Uebereinstimmung sey mit jener, welche schon früher von einer Anzahl von Abgg. ihm übergeben worden, veranlasse ihn zu einer Erklärung im Namen des Gesammtministeriums, die er als Dokument niedergeschrieben habe und daher ablesen werde. Dieselbe lautet vollständig wie folgt: „Kurz vor Eröffnung des Landtags wurde mir von mehreren Mitgliedern dieser hohen Vers. eine vom 17. d. datirte, von 69 Mitgliedern der II. Kammer unterzeichnete Erklärung nachstehenden Inhaltes überreicht. (Hier folgt die schon früher erwähnte Erklärung der 69 Abgeordneten, die Eidesleistung betr.) Da es hiernach scheint, als bestehe ein Zweifel darüber, wie die Regierung das Verhältniß der Reichsgesetzgebung zu Bayern auffasse, so benütze ich die erste Gelegenheit, welche mir zu dieser hohen Versammlung amtlich zu sprechen vergönnt, um im Namen des gesammten Staatsministeriums die Grundsätze darzulegen, welche dasselbe in dieser großen Angelegenheit geleitet haben. — Von den Vorschriften unseres Staatsgrundgesetzes ausgehend darf das Staatsministerium keine Abänderungen in den Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde, kein allgemeines neues Gesetz, welches die Freiheit der Personen oder das Eigenthum der Staatsangehörigen betrifft, ohne den Beirath und die Zustimmung der Landesvertretung als gesetzlich bindend anerkennen und zum Vollzug bringen. — Hieraus folgt, daß erst dann, wenn die von der Nationalversammlung zu Frankfurt beschlossene Reichsverfassung mit den gesetzgebenden Gewalten Bayerns vereinbart seyn wird, von da an alle von der Reichsgewalt innerhalb ihrer Kompetenz emanirenden Gesetze, ohne den Beirath und die Zustimmung sonderstaatlicher Volksvertretung, auch bei uns gesetzlich bindende Kraft erlangen und vollzogen werden können und müssen; — daß aber, so lange dieses nicht geschehen ist, das Staatsministerium zum Vollzuge der bereits erschienenen und noch erscheinenden einzelnen erscheinenden Reichsgesetze der Beistimmung der bayerischen Landesvertretung bedürfe. — Von diesen Grundsätzen ausgehend hat die bayer. Regierung bereits unterm 5. d. hinsichtlich der Grundrechte des deutschen Volkes die nachfolgende Erklärung an das deutsche Reichsministerium abgeben lassen:

„Der unterzeichnete interimistische königl. bayer. Bevollmächtigte hat hinsichtlich der bei dem Zusammentritte mit dem Gesammt-Reichsministerium am 23. v. Mts. an die Bevollmächtigten der deutschen Staaten ergangenen Aufforderung, sich rücksichtlich der Verkündigung und des Vollzugs der Grundrechte des deutschen Volkes zu äußern — seiner allerhöchsten Regierung Bericht erstattet, und ist nunmehr ermächtigt, nachfolgendes zu eröffnen: In wenigen deutschen Ländern sind auf dem Wege der Gesetzgebung dem Volke so frühzeitig ausgedehnte Rechte verliehen worden, als in Bayern und hier bestehen bereits im Wesentlichen jene Einrichtungen in Kraft, welche die Grundrechte zu begründen und zu gewährleisten bezwecken. — In Bayern ist die grundherrliche Gerichtsbarkeit aufgehoben, der Unterthans- und Hörigkeitsverband für immer gelöst, das Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden unterdrückt, der Lehensverband für auflösbar erklärt, das Versammlungs- und Vereinsrecht gestattet, die Preßfreiheit im größten Umfange gewährt, und ist der Weg angebahnt, die übrigen Grundrechte nach Maßgabe der Landesverfassung zur Geltung zu bringen. Demnach wird eine materielle Differenz mit dem von der Nationalversammlung ausgesprochenen Grundrechten kaum als bestehend anzusehen seyn: daß aber formelle Aenderungen nur auf verfassungsmäßigem Wege und in Uebereinstimmung zwischen Krone und Ständen herbeigeführt werden können, liegt am Tage, ist begründet im Wesen der konstitutionellen Regierungsform und bedingt durch den auf die Verfassung des Königreichs geleisteten Eid. Das Staatsministerium erkennt die Grundrechte als die Grundlage an, auf welche die allen Deutschen gemeinschaftlichen Rechte einheitlich angebaut und zu diesem Zwecke in der vaterländischen Verfassung und in den betreffenden Gesetzen die nöthigen Abänderungen vorgenommen werden sollen, um die Gesetzgebung Bayerns mit der des deutschen Reiches in Einklang zu setzen. In diesem Sinne werden Ihnen bezüglich der Grundrechte die entsprechenden Vorlagen gemacht werden, und Sie werden zu berathen haben, wie in deren Ausführung die Interessen des Staates, der Gemeinden und der Staatsgenossen mit Sicherheit gewahrt werden können. — Möge die hohe Versammlung aus dieser Darlegung die Ueberzeugung schöpfen, daß in dieser Angelegenheit das Verfahren des Ministeriums nicht durch Meinungen bedingt, sondern durch Pflicht und Gesetz überall geboten war und bleiben wird."

Aus der von dem Herrn Finanzminister der Kammer der Abgeordneten mitgetheilten „Generalübersicht des voranschlägigen Betrages des Staatsbedarfes für ein Jahr der VI. Finanzperiode" beeilen wir uns, unsern geehrten Lesern sogleich das Folgende mitzutheilen: A. Staatsausgaben. Kap. I. Auf die Staatsschuld 9,612,622 fl. II. Etat des k. Hauses und Hofes 2,992,632 fl. (diese Summe zerfällt in fünf Paragraphen, nemlich 1) permanente Civilliste Sr. Maj. des Königs 2,350,580 fl.; 2) Unterhalt Sr. Königl. Hoheit des Kronprinzen; — 3) Appanagen 605,000 fl.; 4) Wittwengehalte; 5) Pensionen a conto heimgefallener Appanagen 37,052 fl.) III. Etat des k. Staatsraths 93,624 fl. IV. Etat der Ständeversammlung und des ständischen Archivs 139,990 fl. V. Etat des k. Staatsministeriums des k. Hauses und des Aeußern 236,642 fl. VI. Etat des k. Staatsministeriums der Justiz 1,305,989 fl. VII. Etat des k. Staatsministeriums des Innern 1,063,198 fl. VIII Gemeinschaftlicher Etat der k. Staatsministerien der Justiz und des Innern, resp. der Landgerichte, 1,420 778 fl. IX. Etat des k. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten 91,777 fl. X Etat des k. Staatsministeriums der Finanzen 775,178 fl. XI. Staatsanstalten 5,262,748 fl. (davon treffen auf 1) Erziehung und Bildung 746,065 fl.; 2) Kultus a) katholischer 1,160,085 fl., b) protestantischer 323,051 fl.; 3) Gesundheit 197,000 fl.; 4) Wohlthätigkeit 201,565 fl.; 5) Sicherheit 717,031 fl; 6) Industrie und Kultur 164,185 fl.; 7) Straßen, Brücken und Wasserbau 1,743,983 fl.; 8) besondere Leistungen des Staatsärars an die Gemeinden 99,403 fl; 9) Münzanstalt 10,350 fl.) XII. Zuschüsse an die Kreisfonds 371,106 fl. XIII. Militär-Etat 8,524,930 fl. (nämlich 1) aktive Armee a) in Geld 7,000,000 fl., b) in Naturalien 792,930 fl.; 2) Gensd'armerie 792,950 fl.; 3) topographisches Bureau 50,000 fl; 4) Zuschuß an den Militär-, Invaliden-, dann Wittwen- und Waisenfond 92,000 fl. und 5) Militärpensionen und Medaillen-Zulagen 600,000 fl.) XIV. Landbau-Etat 344,366 fl. XV. Pensionen der Wittwen und Waisen der Staatsdiener 557,662 fl. Die Gesammtsumma der Staatsausgaben beträgt also im Voranschlage 32,903,262 fl.

B. Staatseinnahmen. A. Einnahmen des laufenden Jahres. I. Direkte Staats-Auflagen 7,558,061 fl. (Diese Summe vertheilt sich wie folgt: 1) Grundsteuer 4,023,586 fl. 2) Haussteuer 592 011 fl 3) Dominikalsteuer 262,662 fl. 4) Gewerbsteuer 818,237 fl. 5) Kapitalsteuer 484,032 fl. 6) Einkommensteuer 472,650 fl. 7) Wittwen- und Waisen-Fonds-Beiträge 51,883 fl. 8) Steuerbeischlag der Pfalz 253,000 fl.) II. Indirekte Staatsauflagen 14,136,367 fl. (zerfallend in 1) Taxen 2,531,809 fl 2) Stempelgefälle 1,020,622 fl. 3) Aufschlagsgefälle 5,327,062 fl. 4) Zölle 5,257,074 fl.) III. Staatsregalien und Anstalten 3,379,919 fl. (zerfallend in 1) Salinen und Bergwerke 2,227,014 fl. 2) Eisenbahnen 689,560 fl. 3) Post 417,492 fl. 4) Gesetz- und Regierungsblatt 14,425 fl. 5) Donau-Dampfschifffahrt 1,065 fl 6) Uebrige Staatsregalien 29,373 fl. IV. Staatsdomänen 7,330,369 fl. nämlich 1) aus Staatsforsten, Jagden und Triften 2,467,485 fl. 2) Aus Oekonomien und Gewerben 227,342 fl. 3) Lehen-, grundgerichts-, zins- und zehentherrliche Gefälle incl. Naturalien 4,441,744 fl. V. Besondere Abgaben 53,173 fl. VI. Uebrige Einnahmen 145,173 fl. (nämlich 1) Aerarialrente aus der Bank in Nürnberg 40,000 fl. 2) Entschädigung von der Krone Oesterreich 100,000 fl. 3) Erlös aus Mobiliarschaften 826 fl. 4) Zufällige Einnahmen 4,347 fl. Summa A. der Einnahmen des laufenden Jahres 32,603,262 fl. B. Einnahmen aus dem Bestande der Vorjahre: An Ausständen die sich in jedem Jahre der VI. Finanzperiode ergeben 300,000 fl. Gesammtsumma der Einnahmen 32,903,262 fl. Der Abschluß am 31. Dez. 1848 ergibt also vollkommene Gleichstellung der Ausgaben mit den Einnahmen. Ausserordentliches Ausgaben-Budget für ein Jahr der VI. Finanzperiode. I. Etat des Staatsministeriums des königl. Hauses und des Aeussern (Kap. V. des ordentl. Budgets) 183,903 fl.; II. Etat des Staatsministeriums der Justiz (Kap. VI. des ordentl. Budgets) 75,941 fl.; III. Etat der Staats-Anstalten (Kap. XI. des ordentl. Budgets) 2,100,382 fl. (nämlich a) auf Erziehung und Bildung 47,365 fl., b) Kultus und zwar auf den katholischen 3000 fl., c) auf Industrie und Kultur 100,000 fl.), d) Straßen-, Brücken- und Wasserbau 1,294,017 fl, e) besondere Leistungen des Staatsärars an die Gemeinden 50,000 fl, f) Steuerkataster 600,000 fl.); IV. Militär-Etat (Kap. XIII. des ordentl. Budgets) 2,229,102 fl.; V. Landbau-Etat (Kap. XIV. des ordentl. Budgets) 400,634 fl. Summa 4,989,962 fl Hiezu Reichsreservefond 800,000 fl. Gesammtsumme 5,789,962 fl.

Kolb von Speier trägt darauf an, daß ein Ausschuß ernannt werde, welchem diese Erklärung zur Prüfung und Berichterstattung darüber an die Kammer zugehen soll. Der erste Präsident schlägt vor, die Erklärung solle autographirt und unter alle Mitglieder vertheilt werden, damit dieselben genaue Einsicht davon nehmen und sich ein Urtheil darüber bilden könnten. Bei der Adressedebatte sey dann Gelegenheit, sich darüber auszusprechen. Kolb zieht seinen Antrag zurück und der Vorschlag des Präsidenten findet Annahme. Den übrigen Theil der ersten Sitzung nehmen zumeist formelle Gegenstände hinweg. Der Herr Finanzminister legte die Nachweisungen über die Verwendung der Staatseinnahmen in den Jahren 1845/46, 1846/47, über den Stand der Staatsschuldentilgungskasse und das Budget der Jahre 1849/50, 1850/51 vor. Der Minister des kgl. Hauses und des Aeussern kündigte an, daß für die Korrespondenz der Herren Abgeordneten und an dieselben Portofreiheit sey, welche Neuerung von allen Seiten beifällig aufgenommen wurde. Nach Abschneidung einer voraussichtlich in die Länge gezogenen Debatte über die Interpellation, ob die Behörden sich an die gesetzlichen Vorschriften bei der Verpachtung der Jagden gehalten hätten? schließt der erste Präsident die Sitzung. Nächste morgen.

(München, den 31. Januar.) Der Landgerichtsaktuar zu Kronach Dr. F. Zölch ward auf die erledigte Landgerichtsaktuarsstelle zu Vilseck, der Landrichter zu Weidenberg J. J. Siebäus auf die Landrichterstelle zu Naila, und der II. Landgerichtsassessor A. Koppel zu Nürnberg auf die Dauer eines Jahres in den Ruhestand versetzt; der Civiladjunkt W. H. Körbitz zu Kulmbach zum Landrichter in Weidenberg, der Landgerichtsassessor J. Endres zu Uffenheim zum Landrichter in Selb, der I. Landgerichtsassessor J. K. Zänner zu Heidenheim zum Landrichter in Hof, der vormalige Patrimonialrichter I Klasse J. K. Scheidemantel zu Rügland zum II. Landgerichtsassessor in Nürnberg, der bisherige Patrimonialrichter I. Klasse zu Markt-Neuhweinsberg

A. v. Schallern zum I. Landgerichtsassessor in Kissingen, der II. Landgerichtsassessor zu Hilders Ch. F. Aster zum I. Landgerichtsassessor daselbst, und der II. Landgerichtsassessor zu Donauwörth J. Millbauer zum I. Landgerichtsassessor daselbst ernannt; der II. Landgerichtsassessor zu Lindau L. Paur als II. Landgerichtsassessor zum Landgerichte Donauwörth versetzt; der Landgerichtsaktuar zu Neuburg F. Berchtold zum II. Landgerichtsassessor in Lindau, der II. Landgerichtsassessor zu Günzburg Georg Hauner zum I. Landgerichtsassessor bei dem Landgerichte Lauingen, der Landgerichtsaktuar zu Günzburg Kl. Pfeiffer zum II. Landgerichtsassessor daselbst, der geprüfte Rechtspraktikant A. Gallenmüller zum Landgerichtsaktuar in Günzburg, der II. Landgerichtsassessor E. v. Braun zu Illertissen zum I. Landgerichtsassessor daselbst, der geprüfte Rechtspraktikant F. Müller aus Kempten zum II. Landgerichtsassessor in Illertissen, der II. Landgerichtsassessor zu Füssen W. Enzensberger zum I. Landgerichtsassessor bei dem Landgerichte Zusmarshausen, und der geprüfte Rechtspraktikant O. Zöller aus Oetting zum II. Landgerichtsassessor in Füssen ernannt. (N. M. Z.)

(Haag, 29. Jan.) Bei der heute vorgenommenen Wahl eines Ersatzmannes für den hiesigen Wahlbezirk wurde der Ministerialrath Dr. Darenberger mit 78 unter 88 Stimmen zum Abgeordneten der Nationalversammlung in Frankfurt gewählt. (N. M. Z.)

Baden. (Karlsruhe, 29. Jan.) [138. Sitzung der zweiten Kammer.] Staatsrath Bekk legt einen Gesetzesentwurf vor, wornach der §. 7 des badischen Preßgesetzes, welcher von Kautionen handelt, den Grundrechten angepaßt, beziehungsweise aufgehoben wird. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 30. Jan.) [161. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Simson.] Temme's Wahlprotokoll und seine Erklärung über die Wahlannahme sind von der preussischen Behörde eingegangen, die übrigen Aktenstücke sollen demnächst folgen. Hecker's Name, der in Thiengen und Konstanz wiederum gewählt wurde, kommt auch wieder in die Sitzung, die Sache wurde aber, da ja Hecker so schnell nicht von Amerika da seyn könnte, selbst wenn das Parlament ihn zuließ, ad acta gelegt. Auf der Tagesordnung ist nun der Entwurf „Gewähr der Verfassung.« Angenommen werden unter Verwerfung der Minderheitsanträge: Art. I. §. 1. »Bei jedem Regierungswechsel tritt der Reichstag, falls er nicht schon versammelt ist, ohne Berufung zusammen in der Art, wie er das letztemal zusammengesetzt war. Der Kaiser, welcher die Regierung antritt, leistet vor den zu einer Sitzung vereinigten beiden Häusern des Reichstags einen Eid auf die Reichsverfassung. Der Eid lautet: »Ich schwöre, das Reich und die Rechte des deutschen Volkes zu schirmen, die Reichsverfassung aufrecht zu erhalten und sie gewissenhaft zu vollziehen, so wahr mir Gott helfe!“ Erst nach geleistetem Eide ist der Kaiser berechtigt, Regierungsverhandlungen vorzunehmen.« §. 2. »Die Reichsbeamten haben beim Antritt ihres Amtes einen Eid auf die Reichsverfassung zu leisten. Das Nähere bestimmt die Dienstpragmatik des Reichs.“ §. 3. „Die Verpflichtung auf die Reichsverfassung wird in den Einzelstaaten mit der Verpflichtung auf die Landesverfassung verbunden und dieser vorangesetzt.« Art. II. §. 4 lautet: „keine Bestimmung in der Verfassung oder in den Gesetzen eines Einzelstaates darf mit der Reichsverfassung im Widerspruch stehen.“ Buß bemerkt dazu einiges gegen den Partikularismus, § 4 wird aber in obiger Fassung unverändert angenommen. Der § 5 veranlaßt eine längere Debatte. Angenommen lautet er: »eine Aenderung der Regierungsform in einem Einzelnstaate kann nur mit Zustimmung der Reichsgewalt erfolgen. Diese Zustimmung muß in den für Aenderungen der Reichsverfassung vorgeschriebenen Formen gegeben werden.« Schüler aus Jena empfiehlt den Minoritätsantrag, der den § streichen möchte, weil er nicht die Reichsverfassung, sondern die Verfassungen der Einzelstaaten gewährleiste; der Majoritätsantrag sey eine Stütze der Monarchieen. Die Einzelstaaten möchten sich in Republiken verwandeln, die, als geschmeidiger und lenksamer, von der Centralgewalt leichter gehandhabt würden als die spröden Monarchieen. Soiron: Nicht die einzelnen 38 Nationalitäten trügen die Souveränetät, das thäte nur das deutsche Volk in seiner Gesammtheit. Deshalb keine Verfassungsänderung in einem einzelnen Lande ohne Zustimmung der Gesammtheit. Hagen: Was solle diese Auslegung der Volkssouveränetät in dem Munde des Hrn. v. Soiron, der früher behauptete, nur vom Willen des Volkes werde das Fortbestehen der Dynastieen abhängen. Warum wolle man denn nicht einmal die Einführung der Republik in Deutschland versuchen? Eben deshalb solle man den § 5 streichen. Nachdem noch Buß, der sich immer lächerlich macht, Wigard, Gombart und Schwarzenberg für und gegen den § gesprochen, hält Hr. Staatssekretär Bassermann, der Bourgeoisliberale, einen historischen Vortrag gegen die Republik und ihre Geschmeidigkeit und führt als Hülfstruppen die eben jetzt versammelte sächsische Kammer, die französische Republik in den 90er Jahren und den neuesten royalistischen Aufstand in Neuenburg auf. Der § sey nothwendig. Darauf wird der Schluß der Besprechung beliebt und Hr. Waitz als Berichterstatter bemerkt u. A., daß unter »Veränderung der Regierungsform« nicht Verfassungsabänderungen der Art wie die Verschmelzung von zwei Kammern in Eine zu begreifen sey. Nicht blos im Interesse der Einheit, auch im Interesse der Freiheit sey die Bestimmung des § 5. Ein verehrtes Mitglied des Hauses hat kürzlich unter dem Beifall von ganz Deutschland erklärt: „er kenne keine würtembergische Souveränetät!« Auch § 5 ist nur ein Schritt mehr zu der Einheit, aus der die Macht unseres Vaterlandes hervorgehen soll! (Beifall von der Mehrheit des Hauses). Die Abstimmung findet durch Namensaufruf statt. Sie ergibt die Annahme der ersten Hälfte des Paragraphen mit 294 gegen 137, desgleichen die Annahme des zweiten Satzes mit 237 gegen 189 Stimmen. Schluß der Sitzung. Nächste Donnerstag den 1. Februar.

(Hamburg, den 26. Januar.) In demselben Augenblicke, wo man in Hamburg die Grundrechte publizirt, weist man die Dichterin Frau Louise Aston, welche still hier lebte, aus. Demselben Schicksale unterlagen mehrere andere mißliebige Personen. Die Ausgewiesenen begeben sich gewöhnlich nach Altona, wie dies Weitling, Dr. Kleinpaul, Prinz und andere Schriftsteller gethan haben. Auch Anders aus Breslau, der frühere Redakteur der Geißel, welcher von dort entflohen, wird sich hier oder in Altona habilitiren, wenn man ihm in Hamburg den Aufenthalt nicht gestattet. (D. Z.)

(Lübeck, den 27. Januar.) Unsere Handwerker, durch einige vom Senat vorgenommene zweckmäßige Milderungen des Zunftzwanges erschreckt, haben eine Petition dahin eingegeben, daß bis zur Einführung der von Frankfurt zu erwartenden allgemeinen deutschen Gewerbeordnung die den Zünften hier zustehenden Rechte möchten aufrecht erhalten werden. (D. A. Z.) (O Zopf aller Zöpfe. (!?))

Hessen. (Darmstadt, 29. Januar, Mittags 12 Uhr.) So eben kommt es nach einer dreistündigen interessanten Debatte in unserer zweiten Kammer zur Abstimmung über den Antrag der Herren Schenk, Wernher rc., das deutsche Reichsoberhaupt betreffend: Der Antrag der Minorität des Ausschusses auf einfache Tagesordnung wird mit 30 gegen 14 Stimmen verworfen. Bei der nun folgenden Abstimmung über den Antrag selbst, Preussen an die Spitze Deutschlands zu stellen, fordert der Präsident, da sich Zeichen des Hohns auf der Galerie kundgeben bei einzelnen Abstimmungen, zur Räumung dieser auf, mit dem Bemerken, daß die Journalisten bleiben könnten und er die Sitzung auf zehn Minuten suspendire. Die meisten Zuhören entfernen sich. Da aber die Räumung der Galerie nicht vollständig erfolgt, so erscheint auf Befehl des Präsidenten die bewaffnete Macht. Ein Offizier mit einem Kommando Soldaten tritt auf die Galerie, läßt mit der Trompete ein Signal geben und fordert im Namen des Gesetzes auf, die Galerien zu räumen. Dies geschieht unter einzelnen Zeichen des Unwillens. Nur die Journalisten bleiben auf ihren Plätzen. Das Kommando faßt Posto im Hintergrunde der Galerie. — Als der Präsident mit der Abstimmung fortfahren lassen will, erklären Heldmann, Zitz rc., daß sie unter den Bajonetten nicht abstimmten. Der Präsident entschuldigt sich, daß er in seinem Rücken die weitere Anwesenheit des Kommando's nicht bemerken konnte und ließ dieses abtreten, worauf die Abstimmung ruhig fortgeht. Der Antrag, daß die Stände erklären möchten, wie sie bei Festsetzung der definitiven Verfassung Deutschlands, Preussen mit Freude an dessen Spitze sehen würden, wird mit 30 gegen 5 Stimmen angenommen. Der Antrag des Abg. Heldmann bezüglich des Großherzogs von Hessen als Oberhaupt von Deutschland wird nun einstimmig als erledigt angesehen. (Fkft. J.)

(Kassel, den 28. Januar, Mittags.) Die Krisis ist vorüber; der Kurfürst hat Alles genehmigt, das Ministerium bleibt, es sind Maßregeln getroffen, daß solche traurige Differenzen nicht wieder vorkommen können. Um 11 Uhr waren die Stände versammelt; eine ungeheure Menschenmasse umstand das Haus: Hr. v. Sybel hatte kaum die Adresse bis zum Schlusse verlesen, als Herr Minister Eberhard eintrat und den Ausgang der Sache mittheilte; die Sitzung wurde geschlossen, die Adresse zum ewigen Gedächtnisse zu den Akten genommen und den anwesenden Ministern, HH. Eberhard und Wippermann, vom Publikum ein rauschendes Lebehoch gebracht. Alles ist in alter Ordnung; nur die Anhänglichkeit an den Fürsten hat einen neuen, bei Vielen den letzten Stoß bekommen. Der Abg. Henkel sagte gestern von dem Ministerium: »Dieses Ministerium gehört uns, wir betrachten es als eine Märzerrungenschaft, welche wir nicht fahren lassen«, und so denkt mit sehr wenigen Ausnahmen das ganze kurhessische Volk. (D. Z.)

(Aus der Landgrafschaft Hessen-Homburg, den 28. Januar.) Bis heute sind bei uns noch nicht die „Grundrechte des deutschen Volkes“ publizirt worden, obgleich man solches bisher täglich erwartete. Eben so wenig auch der Entwurf der ständischen Verfassung. Die Gründe, warum solches von Seiten unserer Staatsregierung bis jetzt nicht geschehen, sind uns unbekannnt. Die Staatsbürger äußern sich hierüber sehr unzufrieden. (Frkf. J.)

Oesterreich. (Von der ungarisch. Grenze, 26. Jan.) Aus Originalkorrespondenzen stellt die Leipz. Ztg. ein Bild der jetzigen Zustände Ungarns zusammen, das freilich mit den halboffiziellen Angaben der Abendbeilage zur Wiener Ztg., die von vielen norddeutschen Korrespondenten mit Unrecht als Orakel gläubig betrachtet und benutzt wird, bedeutend contrastiren dürfte, für dessen Treue aber eingestanden werden kann. Das halboffizielle Blatt weiß nur von Horden, Räubern, Unmenschen, von Auseinanderlaufen der zusammengerafften Schaaren, von feigkriechendem Entgegenkommen des Rumpfparlaments zu Debreczin u. dgl. zu erzählen. Gegen die Lombarden und Piemontesen ward nie eine solche Fülle von Schimpf und Unglimpf ausgekramt, und war es die politische Unsicherheit der verflossenen Sommermonate, war es der feinere, dem italienischen Feldherrn innewohnende Takt, welcher von Uebertreibungen und Gemeinheiten abhielt, man behandelte die Feinde als ebenbürtige Männer. Anders verfährt man dem Volke der Magyaren gegenüber. Der süße, berauschende Most der Reaktion ist den Wiener Artikelschreibern und den Verfassern der Bulletins zu Haupte gestiegen, und hört man ihre Sprache, so sollte man meinen, sie hätten blos mit einem Auswurfe der Menschheit zu thun. Das ist Unrecht und muß sich selbst bestrafen. Der Stachel des unversöhnlichen Hasses wird in die Brust des Volkes gedrückt, und nach einem kurzen, vorübergehenden Triumphe wird wenig damit gewonnen seyn. Werden Sie es glauben — und doch ist es buchstäbliche Wahrheit — daß jetzt selbst in Kroatien anerkennende, ja freundliche Stimmen für Kossuth und seine Partei laut werden. »Wir haßten diesen Mann,« sagt die südslavische Zeitung, „denn wir erkannten in ihm den gefährlichsten Gegner unserer Nationalität. Allein wir lernen ihn jetzt seiner ritterlichen Ausdauer wegen achten und verachten aus tiefster Seele seine geifernden Gegner, die ihn gern wie eine Katze einfangen mochten!“ — Es handelt sich um die förmliche militärische Occupation Ungarns, dazu bedarf es einer Armee von mindestens 250,000 Mann. Komorn, Esseg und Peterwardein werden von den Insurgenten fortwährend fest behauptet. Die Karpathengegenden, namentlich der wichtige Bergdistrikt, befinden sich noch immer in der Hand Görgey's. Das mörderische und hartnäckige Treffen bei Aßöd beweist, daß er nicht aus bloßer Feigheit retirirte; dieses Treffen wird in den offiziellen Berichten gänzlich ignorirt. Kossuth's begeisterte Aufrufe sind auch nicht ganz ohne Nachhall geblieben; denn — dies ist sicher — es ist ihm gelungen, neuerdings große Massen von Landstürmen aufzutreiben. Außerordentliche Bewegung zeigt sich namentlich in den Gegenden von Szolnok und der Theiß. Die Magyaren wünschen zu unterhandeln, und sollte man auf billige, gerechte Bedingungen nicht eingehen wollen? Viel zu reden gibt ein Pirat der unermeßlichen Haide, Namens Rozsa Sandor, der jetzt schon einen verheerenden Guerrillakrieg begonnen. Einstweilen findet es die Untersuchungskommission im Ofner Schlosse für gut, gelind zu verfahren, da bis jetzt, mit Ausnahme eines einzigen, gegen den armen Theatersouffleur, keine Todesurtheile gefällt wurden, und auch mit den beliebten Vermögenssequestrationen plötzlich innegehalten ward. Man scheint demnach auf manches und unvorhergesehenes Hinderniß gestoßen zu seyn; und wird Ungarn nicht aus der Tiefe seines unendlich verwickelten Wesens durch Maßregeln der strengsten Gerechtigkeit und höchsten Weisheit gründlich pacificirt, so dürfte es leicht im Belagerungszustande eben so große Verlegenheiten bereiten, als kürzlich, da es auf dem Sprunge stand, sich mit einem Sprunge von Oesterreich loszumachen.

Preussen. †*† (Berlin, 29. Jan.) Die gestern durch den Staats-

anzeiger veröffentlichte Note in Betreff der deutschen Frage an die übrigen Bundesregierungen, erregt viel Aufsehen, obschon sie im Wesentlichen nichts anders sagt, als was verschiedene Zeitungen und auch wir über den Standpunkt, den das preussische Gouvernement zur deutschen Frage einnimmt, schon früher geäussert hatten. Man erwartet übrigens, daß das Frankfurter Parlament in Betreff jener Note einen Beschluß fassen wird, der gewissermaßen als Beantwortung derselben wird angesehen werden können. — Hr. Camphausen soll dem Gouvernement von Frankfurt aus ein Memoir zugefertigt haben, in welchem er zu beweisen sucht, wie nothwendig und wichtig es sey, daß gerade Preussen mit der Publicirung der »deutschen Grundrechte« durch die Gesetz-Sammlung den übrigen Bundesstaaten vorangehe. Schon während seines hiesigen Aufenthalts hatte er sich die größte Mühe gegeben, das Kabinet von der Nothwendigkeit jener Maaßregel zu überzeugen und wirklich soll nur ein Passus der Grundrechte »die Abschaffung der Todesstrafe« deren Publikation verhindert haben. Merkwürdig genug, da doch auch die preussische Volksvertretung im Einverständniß mit dem Auerswaldschen Kabinet einen ähnlichen Beschluß gefaßt hatte und dem selbst das Tory-Ministerium Pfuel-Eichmann nur die Fassung des von der Versammlung beschlossenen Gesetzes beanstandet und eine im Wesentlichen mit dem Entwurfe der Nat.-Vers. übereinstimmende Vorlage eines Gesetzes zur Abschaffung der Todesstrafe gemacht hatte!

Aus der Provinz Preussen, wird uns gemeldet, daß Kasch's Wahl in Königsberg, Temme's in Ragnit und v. Kirchmann's in den Niederungen als gesichert anzusehen ist.

(Breslau, den 27 Januar.) Allgemein war heut das Gerücht verbreitet, es sey ein an der Cholera verstorbener Student lebendig begraben worden. Wir sind im Stande, dieses Gerücht auf das Vollständigste widerlegen zu können. Die Thatsache ist folgende. Am 22. d. M. starb der Stud. jur. Sonnenburg an der Cholera. Da der Verstorbene nach kurzem Kampfe verschieden und nicht entstellt war, verbreitete sich das Gerücht, er sey lebendig begraben worden. Obgleich alle Versuche, den Verstorbenen durch Durchschneiden der Pulsadern, Abbrennen von Spiritus auf der Herzhöhle ꝛc., zum Leben zu bringen vergeblich gemacht worden waren, wurde dennoch durch das verbreitete Gerücht zunächst die Polizeibehörde (Hr. Polizei-Kommissarius v. Zeuner) und die Medizinalbehörde (Kreisphysikus Wendt), bewogen, am gestrigen Abende, gegen 5 Uhr eine Ausgrabung der Leiche, behufs näherer Untersuchung, vorzunehmen. — Das Resultat ergab, daß die Leiche in unveränderter Stellung, und bereits in Fäulniß übergegangen, aufgefunden wurde, und daß alles anderweitige Gerücht auf leerer Klatscherei beruhe. (A. O.-Z.)

(Magdeburg, 24. Jan.) Man hört, daß auch gegen v. Unruh Voruntersuchungen wegen der Steuerverweigerung im Gange sind; die in dieser Sache vorgenommenen Personen haben aber nichts ihn Gravirendes ausgesagt. Auch gegen Militär, welches die hiesigen Bürger- und Volksversammlungen besucht und Erkläerungen für die in Berlin verbliebene Majorität der Nat.-Vers. unterschrieben hat, ist ebenfalls eine Untersuchung eingeleitet. Dergleichen Untersuchungen sollten auch in der Altmark, namentlich in Tangermünde gegen den Vorstand des dortigen Volksvereins, der eine Proklamation des Stendal'schen Abgeordneten Pilit vervielfältigt und verbreitet hatte, angeordnet werden. Schon war die Untersuchung mit der Verhaftung der höchst geachteten Männer jenes Vorstandes begonnen, als die Tangermünder Bevölkerung unruhig wurde, mit mehreren Wagen, ihren Magistrat an der Spitze, nach Stendal zog, die Befreiung der Gefangenen erlangte und nun mit bekränzten Wagen unter dem Jubel der Menge aus Stendal und bei voller Illumination der Stadt Tangermünde in letztere einzog. Eine schnell improvisirte Volksversammlung, in der die Wahlen besprochen wurden, endete mit einem Banquet zu Ehren der Verhafteten. So richtet das Volk über die Vorgänge seiner Vertrauensmänner! (D. Z.)

(Stralsund, den 26. Januar.) Von dem Probe-Manöver der ersten deutschen Küsten Flottille ist zwar auch jetzt der amtliche Bericht noch nicht öffentlich bekannt, indessen erfährt man doch soviel, daß die hölzernen und die eisernen Jollen für unsere Gewässer und die preussische See-Küste überhaupt ganz unbrauchbar befunden worden sind. Eine genaue Probe der übrigen, verschiedenartigen Schaluppen war, bei dem sehr schlechten Wetter im November, mit einer ganz ungeübten Bemannung gar nicht möglich; namentlich für Ruder- und Segelfähigkeit. Mit der Anschaffung selbst scheint man jetzt Ernst machen zu wollen; allein die bisher bekannt gewordenen Einleitungen sind nicht von der Art, daß die Dänen deshalb in Sorge gerathen könnten; das Holz wächst noch im Walde, die Schiffbaumeister scheuen die bureaukratischen Formen der Bedingungen und die Jahreszeit läßt weder einen raschen, noch tüchtigen Bau zu. Fünf Monate von den sieben des Waffenstillstandes sind schon unbenutzt verschwunden, und in den zwei bevorstehenden kann zwar Vieles angefangen, aber nichts vollendet werden; Gutes gewiß nicht. Kaufleute, Rheder und Schiffer bereiten Petitionen und Deputationen vor, um auf schleunige Entscheidung in der Friedensverhandlung zu dringen und ein lebhafter Unmuth wehet an der deutschen Ostsee-Küste entlang, wo die gewohnte Seerüstungszeit herannaht und nun Nichts geschehen kann, weil Keiner weiß, was zu hoffen oder zu fürchten! (D. Z.)

(Halle, den 28. Januar.) In der Nacht des 26. d. starb der Senior unserer Universität, Dr. Julius August Ludwig Wegscheider, Proffessor der Theologie, seit 1810 Lehrer an unserer Hochschule, im 78. Jahre. Durch seinen Tod verliert nicht nur unsere Universität eine ihrer ersten Zierden, sondern die theologische Welt einen der hervorragendsten Geister. (Leipz. Z.)

Sachsen. (Dresden, 26. Januar.) Die heutige Sitzung der II. Kammer brachte die Lösung unserer Ministerkrisis. Nachdem die Registrande vorgetragen war, erschienen die Staatsminister Oberländer und v. d. Pfordten. Letzterer ergreift das Wort: Se. Majestät der König habe die Minister wiederholt aufgefordert, in ihrer Stellung zu verbleiben, und die Minister hätten hierauf nach nochmaliger Ueberlegung beschlossen, ihr Entlassungsgesuch zurückzunehmen und ihre Geschäfte fortzuführen. (Anhaltendes Bravo!) Hierauf antwortete Staatsminister Oberländer auf die auf der heutigen Tagesordnung befindliche Interpellation des Abgeordneten Riedel, die Ausweisung der Wiener Flüchtlinge betreffend. Der Minister erklärt, daß Requisitionen von der österreichischen Regierung nicht eingegangen seyen, außer gegen einen österreichischen Deserteur, auf die man dem Cartel vom 19. März 1831 gemäß hätte eingehen müssen. Der Deserteur sey aber nicht zu treffen gewesen. Uebrigens entspreche es den Ansichten der Regierung nicht, politische Flüchtlinge, welche das sächsische Gastrecht in Anspruch nehmen in Betreff von Aufenthalt und Durchreise, auszuweisen. Die Regierung werde diesen Grundsatz mit den vorkommenden Fällen in Einklang zu bringen suchen. (Lautes Bravo.) Der Interpellant erklärt, hierdurch völlig zufriedengestellt zu seyn. Sodann erklärt noch Staatsminister v. d. Pfordten in Bezug auf die neulich eingebrachte Interpellation wegen der Grundrechte. Er füge Dem, was schon neulich geantwortet worden sey, noch hinzu, daß spätestens zu Ende dieser Woche die Vorlage über die Grundrechte an die Kammer kommen würde, die den Weg bezeichnen werde, welchen die Regierung unter Mitwirkung der Kammern gehen wolle, die Grundrechte in Sachsen zur Geltung zu bringen. (Ueber den Grund, der zur Ministerkrisis geführt, haben sich die Minister nicht ausgelassen.) (D. A. Z.)

Würtemberg. (Stuttgart.) Das Regierungsblatt vom 27. Jan. enthält das Gesetz, wonach die Strafe der körperlichen Züchtigung, soweit sie bisher noch bei dem Militär, abweichend von dem bürgerlichen Strafgesetzbuche, bestanden hat, abgeschafft ist.

Vom Rhein, 28. Jan. Die ausgesprochene Aufhebung der Spielbanken hat, wie wir aus guter Quelle vernehmen, die Pächter derselben, welche bekanntlich fast durchgängig Franzosen sind, veranlaßt, bei ihrer Regierung die Anfrage zu stellen, ob sie zu ihren Gunsten einschreiten werde, um von den betreffenden deutschen Regierungen nicht nur die pünktliche Rückerstattung ihrer Guthaben, sondern auch eine angemessene Schadloshaltung zu erlangen. Die Antwort des Ministerpräsidenten Odilon-Barrot soll die Betheiligten ganz zufrieden gestellt haben, indem er sich anheischig machte, im Namen der französischen Regierung kräftig einzuschreiten und darauf zu dringen, daß die Interessen der französischen Staatsangehörigen jedenfalls gewahrt werden. Auch mehrere englische Aktionäre haben sich an ihre Regierungen gewendet und um deren Einschreiten gebeten, was sicher nicht ausbleiben wird. (Frkf. J.)

Frankreich

† (Paris, 28. Jan.) Die Nationalversammlung trennte sich gestern Abend erst gegen 8 Uhr. Senard erwiderte dem Minister Barrot, daß der Ausschuß keineswegs angestanden haben würde, schwerere Strafen, härtere Bedingungen, ja sogar eine zeitweilige Suspension des Vereins- und Assoziationsrechts zu bewilligen. Aber eine volle Unterdrückung des 8ten Artikels der Verfassung könne er nimmermehr bewilligen. Die Versammlung entschied hierauf mit 418 gegen 342 Stimmen, daß keine Dringlichkeit vorliege und der ministerielle Antrag daher dem gewöhnlichen Ordnungswege anheimfalle. Als Marrast dieses Stimmenresultat unter tiefster Stille verlas, erscholl der Ruf: Es lebe die Republik! Nachdem sich die Ruhe hergestellt, bestieg Ledru-Rollin die Bühne. Ich habe die Ehre, sagte er, auf den Bureautisch der Nat.-Verslg. einen Antrag auf »Anklage gegen das Ministerium« vorzulegen. Der Ruf: Es lebe die Republik! folgte auch dieser Erklärung. Eine Stimme links rief sogar: das Ministerium nach Vincennes! Die Sitzung wurde um 7½ Uhr geschlossen.

[Anklage-Akt gegen das Ministerium.] In Betracht, daß die antirepublikanische Politik des Ministeriums sich durch eine Handlung an den Tag legt, welche die Rechte der Bürger und das Grundprinzip der Volkssouveränetät angreift. In Betracht, daß das Recht, sich zu versammeln, ein natürliches Recht und ein politisches Recht ist, das in die Verfassung der französischen Republik eingeschrieben und konsakrirt ist. In Betracht, daß sich das Ministerium durch den von ihm gestern am 27. Jan. vorgelegten Gesetzentwurf über Unterdrückung der Klubs einer Handlung schuldig gemacht, welche eine offenbare Widerlegung der Artikel 8 und 51 der Verfassung ist. In Betracht, daß das Ministerium laut Art. 68 der Verfassung für seine Handlungen verantwortlich ist: verlangen die unterzeichneten Volksvertreter die Versetzung der Minister in Anklagestand und ihre Verurtheilung durch den haute Cour National in Gemäßheit des Artikels 91 der Verfassung. Paris, 27. Januar 1849. (Folgen die Unterschriften von 230 Deputirten.)

Der „Moniteur“ zeigt an, daß der Lherminiersche Universitäts-Kursus bis auf weiteres geschlossen. Die »Patrie“ will wissen, daß der Apostat bereits seine Entlassung eingereicht habe. (Dies wäre das erste Nachgeben des Ministeriums auf die gestrigen Volks- und Studentendemonstrationen.

Francisque Bouvet schreibt an den Moniteur: „Daß er gegen die unsinnige Handlungsweise des Ministeriums gestimmt haben würde, wenn er nicht im Augenblick des Votums mit Abschriftnahme des Barrotschen Anklageaktes gegen das Februarministerium wegen Verletzung des Versammlungsrechtes beschäftigt gewesen wäre.“ Die jetzige Revolution nehme äußerlich denselben Gang wie die vom Februar 1848. — Der National und die Democratie pacifique erzählen sehr umständlich die Dinge, welche sich gestern in demjenigen Flügel der Tuilerien ereigneten, wo seit dem Juni v. J. Pascha Changarnier mit seinem Generalstabe hauset. Hieraus ersieht man, daß die von uns gestern flüchtig gemeldete Verhaftung des Bataillonschefs Aladenize hohe Wichtigkeit hat. Changarnier von der Gährung unterrichtet, welche sein Reorganisationsplan in der Mobilgarde und in der Garde Republikaine hervorrufe, ließ gestern sämmtliche Bataillonschefs zu sich bescheiden. „Die Mobilgarde zeigt sich unzufrieden (redete Changarnier diese Bataillonskommandanten an) Sie will sich morgen auf dem Carré Marigny in den elysäischen Feldern in Ausschüssen versammeln, um gleich einem Klub unter freiem Himmel zu berathen.“

Ich sage Ihnen, sie soll sich in Acht nehmen. Wenn sie sich rührt, lasse ich sie niedersäbeln. Hierauf erwiderte Aladenize: „Ihre neuesten Maaßregeln haben nicht nur die Desorganisation der Mobilgarde und Republikgarde, sondern die Republik selbst zum Zweck. Sie beweisen Ihnen Verrath an der Republik und an der Verfassung. Als solcher erkläre ich Sie zum Verräther an der Republik und am Vaterlande.“ Der General reißt an der Klingelschnur. Gensd'armen stürzen in den Saal, Changarnier befiehlt ihnen, den Redner zu arretiren. „General! ruft dieser, Sie verlangen meinen Degen. Ich erhielt ihn von der Wahl freiwilliger Republikaner. Ich kann ihn nur zerbrechen. Aber General, wir finden uns wieder!“ Nach diesen Worten ergriffen die Gensd'armen den Redner und führten ihn in das berüchtigte Militärgefängniß Abbaye ab.

Der »National« fügt hinzu, daß im Laufe des Abends noch die Bataillons-Chefs Duseigneur, Arrighi, Bassac, Camulet und der Befehlshaber des 10. Bataillons zu ihrem Kameraden Aladenize in die Abbaye geworfen worden seyen.

Paris, Nachmittags 2 Uhr. Es regnet fürchterlich. Große Gährung in den Kasernen. Indeß nirgends Ruhestörung. Alles wartet auf morgen und übermorgen. Das Ministerium ist entschlossen, es auf den Kampf ankommen zu lassen. Es tritt nicht ab.

Schweiz.

(Neuenburg.) Unterm 25. d. hat der Staatsrath eine Proklamation an das Volk erlassen. Heute theilen wir daraus mit, daß die letzten tumultuarischen Vorgänge als das Resultat eines früher verabredeten Planes bezeichnet werden, daß die Gemeinde Verrieres militärisch besetzt wurde und daß der Gr. Rath auf den 29. d. einberufen ist.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Bekanntmachung.

Von Dienstag den 6. Februar an ist die Superdividende von 1848 mit fl. 6. — bei dem Handlungshause des Herrn Georg Platner zu erheben.

Nürnberg, den 31. Januar 1849.

Das Direktorium der K. p. Ludwigs-Eisenbahn-Gesellschaft.

Mainberger.
Direktor.

Trauer-Anzeige.

Mit tiefbetrübten, schweren Herzen bringen wir verehrten Verwandten und Freunden die traurige Kunde von dem gestern Abend gegen 8 Uhr erfolgten Hinscheiden unsers theuern, unvergeßlichen Sohnes, Gatten, Vaters, Bruders, Schwieger- und Großvaters, dann Schwiegersohnes

Herrn Johann Martin Schores,
Chokoladefabrikant dahier,

im 48. Jahre seines Lebens.

Indem wir uns stiller Theilnahme versichert halten, empfehlen wir uns zugleich fernerer freundschaftlicher Liebe.

Nürnberg, den 1. Febr. 1849.

Sämmtliche Hinterbliebene.

Billard.

Unterzeichneter macht hiermit seinen werthen Gästen so wie dem verehrten Publikum bekannt, daß er ein eignes Zimmer mit einem ausgezeichneten Billard eingerichtet hat und selbiges vom nächsten Sonntag an eröffnen wird. Auch ist bei ihm täglich von früh 9 Uhr an warmes Gabelfrühstück, so wie den ganzen Tag über sehr guter Kaffee, Punsch und Glühwein, auch andere gute Weine zu haben, so wie fortwährend ausgezeichnetes „Extra-Bier," und bittet um gefälligen Besuch

Meisenbach
zum weißen Einhorn.

Berichtigung.

Es ist mir zu Ohren gekommen, daß das böswillige Gerücht verbreitet werde, als sey bei der Einsammlung von Beiträgen für die durch die Ueberschwemmung Beschädigten von der in meinem Districte wohnenden Familie T..n nur ein Beitrag von 36 Kreuzern gegeben worden. —

Ich finde mich zur Steuer der Wahrheit veranlaßt zu bemerken, daß dieses Gerücht unwahr ist, und der Beitrag jener Familie gerade zu den stärksten im Distrikte zu zählen ist, wie dieses die Jedermann freistehende Einsicht in die Einzeichnungsliste erweist.

Der Vorsteher des 4. Districts S. S.
Conrad Schwarz.

Maskenball im weißen Lamm

findet Sonntag den 4. Februar mit Entree a Person 24 kr. statt, wozu ergebenst einladet

G. M. Krieger.

Musikalischer Verein Cäcilia.

Sonntag den 4. d. M. Nachmittag Unterhaltung zur goldnen Schwane in Wöhrd.

Der Vorstand.

Gummy-Verkauf.

Eine Partie Gummy ist billig zu verkaufen in L. Nro. 334 in Nürnberg.

Goldner Hahn hinterm Rathhaus.

Heute Freitag den 2. Februar Produktion von dem steyerischen Sänger Fischer und Nonnerl.

Hummelstein.

Heute Freitag den 2. Febr. ist Metzelsuppe.

(Zu vermiethen.) In Nr. 17 b zu Gostenhof dem Spittlerthore gegenüber ist ein Logis, bestehend aus 4 heitzbaren tapezirten und 2 unheitzbaren Zimmern, 1 Küche, Vorplatz, nebst Kelleranteil, Waschgelegenheit und noch andere Bequemlichkeiten täglich zu vermiethen.

Auch wird daselbst ein helleres, tapezirtes möblirtes Zimmer an einen soliden Herrn vermiethet.

(Verloren.) Ein Bund Schlüssel wurde verloren. Der redliche Finder wird ersucht, denselben in der Exped. d. Bl abzugeben.

(Literatur.) Bei W. Jurany in Leipzig ist erschienen und in der v. Ebner'schen Buchhandlung in Nürnberg, Obstmarkt Nr. 906 zu haben:

Kalifornien's Gold- und Quecksilber-Distrikt

von

Fr. Gerstädter.
Preis 18 kr.

Ein höchst interessantes Werkchen, welches über dieses reiche Goldland befriedigende Auskunft giebt.

(Zu vermiethen.) Das Haus Nro. 71 und Nro. 72 in Tafelhof ist täglich oder bis Ziel Walburgis zu vermiethen. Das Nähere Nro. 72.

Auktions-Anzeige.

Nächsten Montag den 5., und Dienstag den 6. Februar fortsetzend, wird jedesmal Vormittags von 8 bis 12 Uhr, und Nachmittags von 2 bis 5 Uhr im Saale des Rößel'schen Kaffeehauses dahier (Eingang in der Adlerstrasse) eine Auktion abgehalten von einer großen Parthie seidener und baumwollenener

Regen- und Sonnenschirmen,

welche mir bei dem letzten Hochwasser beschädigt wurden, und ich lade deshalb das verehrliche Publikum hiezu ergebenst ein.

J. Krumm,
Schirm-Fabrikant.

Zu empfehlende Gelegenheit

für Passagiere und Auswanderer nach New-York.

Expeditionstage

der Schiffe der Hamburg-Amerikanischen-Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft.

Das kupferbodene Hamburger Schiff	„Rhein",	Kapitän Ehlers,	am 24. März	1849.
„ „ „ „	„Deutschland",	„ Haucker,	„ 21. April	
„ „ „ „	„Nordamerika",	„ Rathje,	„ 19. Mai	
„ „ „ „	„Elbe",	„ Heitmann	„ 23. Juni	

Ueber obige Schiffe, welche durch hohes luftiges Zwischendeck und elegant eingerichtete Kajüten sich auszeichnen, ertheilt nähere Nachricht der Schiffsmakler

Friedrich Toussaint,
Kommission- und Speditions-Handlung
in Nürnberg, L. Nr. 401.

Aug. Bolten Wm. Millers Nachfolger
in Hamburg.

Schiffsexpeditionen für Auswanderer

von Bremen nach den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika.

Nach Baltimore

am	15. März	und	15. Juli	das dreimastige Schiff	Albert,	Capitain Reichel.
„	1. April	und	1. August	„ „ „	Agnes,	„ Arensfeld.
„	15. „	„	15. „	„ „ „	Bessel,	„ Haesloop.
„	1. Mai	„	1. Septemb.	„ „ „	Gustav,	„ van Santen.
„	15. „	„	15. „	„ „ „	Virginia,	„ Jansen.
„	1. Juni	„	1. Oktober	„ „ „	Johannis,	„ van Tritzen.
„	15. „	„	15. „	„ „ „	Ann,	„ Lüdering.
„	1. Juli	„	1. Novbr.	„ „ „	Julius,	„ Klockgeter.

Nach Newyork.

am	15. März	und	15. Juli	das dreimastige Schiff	Hermine,	Capitain Volckmann.
„	1. April	„	1. August	„ „ „	Carolina,	„ Raschen.
„	15. „	„	15. „	„ „ „	Jason,	„ Schilling.
„	1. Mai	„	1. Septemb.	„ „ „	Minna,	„ Dannemann
„	15. „	„	15. „	„ „ „	Emma,	„ Edgar.
„	1. Juni	„	1. Oktober	„ „ „	Florian,	„ Poppe.
„	15. „	„	15. „	„ „ „	Charlotte,	„ Günther.
„	1. Juli	„	1. Novbr.	„ „ „	Bremen,	„ Geercken.

Nach New-Orleans

am	15. März	und	1. Septemb.	das dreimastige Schiff	America, Capitain Gätjen.
„	1. April	„	15. „	„ „ „	Itzstein u. Welcker, Capitain Bosse.
„	15. „	„	1. Oktober	„ „ „	Eberhardt, Capitain Treverauns.
„	15. Oktober			„ „ „	Wichelhausen, Capitain Warncken.
„	1. November,			„ „ „	Agnes, Capitain Arensfeld.

Nach Galveston in Texas

am	15. März	und	1. Septemb.	das Schiff	Matador,	Capitain Balleer.
„	1. April	„	15. „	„ „	Franziska,	„ Hagedorn.
„	15. „	„	1. Oktober	„ „	Diamant,	„ Balleer.

Nach Quebeck in Canada

werden wir in den Monaten April, Mai und Juni ebenfalls regelmäßig gute Schiffe abfertigen, da dieser an dem großen St. Lorenzstrom vortheilhaft gelegene Hafen, sich als Landungsplatz für Passagiere nach den nordwestlichen Theilen der americanischen Freistaaten aufs Beste bewährt hat.

Nach Philadelphia

wird ungefähr alle 6 Wochen ein gutes Schiff abgefertigt, doch gelangt man dorthin auch von Baltimore sowohl, als von Newyork, in einem Tage für ein Paar Dollars.

Nach Adelaide in Süd-Australien

werden im Laufe des Jahres auch einige für die Passagiere wohl eingerichtete Schiffe expedirt.

Die Expedition der Passagiere und Güter besorge ich in diesem Jahre wie in den früheren; Passagiere können per Eisenbahn von hier aus Bremen in zwei Tagen erreichen, wodurch, weil die Reise-Kosten sehr gering sind, dieser Hafen als Einschiffungsplatz sehr empfehlenswerth ist.

Die Ueberfahrtspreise sind billig gestellt, und Kinder unter 1 Jahre frei von Passagegelde.

Nach Californien

wird eine regelmäßige Fahrt eingerichtet, und das erste Schiff schon am 15. März expedirt. Zur Ausstellung von Passage-Akkorden bin ich bereits ermächtigt.

Nürnberg, den 16. Januar 1849.

Der von der königl. Regierung bestätigte Agent.
N. F. Pröhl.

Kalifornien.

Ein vielgereister Mann wünscht mit einigen Gefährten die Reise nach

„Kalifornien"

zu unternehmen und zwar im Monat Mai oder Juny 1849.

Die Reise würde von Bremen aus nach Newyork und von da den nächsten, besten Weg nehmen.

Alle diejenigen, welche unternehmend sind, und an der Reise Theil nehmen wollen, auch ein Kapital von 3—4000 fl. einlegen können: wollen sich unter der Adresse K. R. in frankirten Briefen an die Expedition dieses Blattes wenden.

(Gesuch.) Ein Mädchen von 15 Jahren (Waise), welches nähen, stricken, spinnen, auch in andern häuslichen Arbeiten mithelfen kann, wünscht täglich bei einer soliden Familie, wenn auch ohne Lohn, unterzukommen. Näheres Schildgasse Nro. 679 im 2. Stock.

(Gesuch) Eine Kinderwärterin in gesetztem Alter, mit guten Zeugnissen versehen, wird sogleich in Dienst zu nehmen gesucht. Wo? ist in der Exped. d. Blattes zu erfahren.

(Gesuch.) Ein braves Mädchen, das jede vorkommende Handarbeit verrichten kann, wird 14 Tage nach dem Ziele in Dienst zu nehmen gesucht.

Berichtigung.

In der Anzeige und Einladung von Hrn. Kißkalt in der gestrigen Zeitung soll es Zeile 4 von oben statt „kalte", „warme" heißen, was hiemit berichtigt

Die Exped.

Freiblatt — München

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 3 Februar 1849 № 34. Samstag: Blasius.

Deutschland.

Bayern. †† (München, 31. Jan.) In der heutigen zweiten öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurden die Wahlbeanstandungen der Herren Schmitt aus Nürnberg und Crämer aus Dooß dahin entschieden, daß diese beiden Wahlen von der Kammer für ungültig erklärt, und Neuwahlen angeordnet wurden. Also wohl bedacht, Ihr Männer Frankens, auf Euch sind große Hoffnungen gesetzt, rechtfertigt dieselben und wählt wieder wie das erstemal nach dem erwachten Volksbewußtseyn, im demokratischen Geiste! — Aus den Nachweisungen, welche der Hr. Staatsminister der Finanzen über die Verwendung der Staatseinnahmen in den Jahren 1845/46 und 1846/47 in der ersten öffentlichen Sitzung am 30. Jan. der Kammer der Abgeordneten vorgelegt hat, entnehmen wir die folgenden Hauptresultate. Jahr 1845/46. Einnahme. Verlagskapital 6,940,668 fl. 32 kr., IV. Finanzperiode et retro 7,984,788 fl. 34 kr. 1 Pf., laufender Dienst 47,128,878 fl. 19. kr. 2 Pf., Summe 62,054,335 fl. 15 kr. 3 Pf.. Ausgaben. Verlagskapital 6,940,668 fl. 32 kr. (wie bei den Einnahmen); IV. Finanzperiode et retro 1,894,642 fl. 44 kr. 2 Pf.; laufender Dienst 40,013,161 fl. 39 kr., Summe 48,848,472 fl. 55 kr. 2 Pf. Gesammtaktivrest mit Ausschluß des Verlagskapitals: IV. Finianzperiode et retro 6,090,145 fl. 39 kr. 3 Pf., laufender Dienst 7,115,716 fl. 40 kr. 2 Pf. Summe 13,205,862 fl. 20 kr. 1 Pf. Mit Einschluß des Verlagskapitals besteht demnach der in die Rechnung für 1846/47 überzutragende Aktiorest in 20,146,530 fl. 52 kr. 1 Pf. Jahr 1846/47. Einnahme. Verlagskapital 6,940,668 fl. 32. kr., IV Finanzperiode et retro 6,090,145 fl. 39 kr. 3 Pf., laufender Dienst 47,624,560 fl. 21 kr. 1 Pf., Summe 60,655,314 fl. 33 kr.; Ausgaben: Verlagskapital 6,940,668 fl. 32 kr. IV. Finanzperiode et retro 1,338,111 fl. 52 kr. 3 Pf., laufendee Dienst 41,945,656 fl. 37 kr. 3 Pf. Summe 50,224,437 fl. 2 kr. 2 Pf. Gesammtaktivrest mit Ausschluß des Verlagskapitals: IV. Finanzperiode et retro 4,752,033 fl. 47 kr., laufender Dienst 5,678,903 fl. 43 kr. 2 Pf., Summe 10,430,937 fl. 30 kr. 2 Pf. Mit Einschluß des Verlagskapitals besteht demnach der in die Rechnung für 1847/48 übergehende Aktivrest in 17,371,606 fl. 2 kr. 2 Pf. Stand der Staatsschuld. Jahr 1845/46. Der Stand der Staatsschuld belief sich am 1. Okt. 1845 an Kapitalien und Zinsrückständen auf 125,922,265 fl. 47 kr. 3 hl., am 1. Okt. 1846 war derselbe 126,542,569 fl. 20 kr. 4 hl. Die Mehrung beträgt demnach 620,303 fl. 33 kr. 1 hl. Das Aktivermögen der Staatsschuldentilgungsanstalt bestand am 1. Okt. 1845 in 17,530,059 fl. 1 kr. 3 hl. vom 1. Okt. 1846 in 21,325,752 fl. 2 kr. 3 hl., dasselbe hat sich demnach im Laufe des Jahres 1845/46 gemehrt um 3,795,693 fl. 1 kr. — hl., wovon der Grund in den der Eisenbahn-Bau-Dotationskasse gemachten Darlehen liegt. — Die aus der Abgleichung des Passivstandes mit dem Aktiververmögen einschließlich des Kassarestes hervorgehende reine Staatsschuld betrug am 1. Okt. 1845 105,269,791 fl. 54 kr. 5 hl. Am 1. Okt. 1846 stellte sich dieselbe, wenn von den Passiv-Kapitalien und Zinsrückständen zu 126,542,569 fl. 20 kr. 4 hl. das Aktivermögen a) an Kapitalien und rückständigen Zinsen mit 21,325,752 fl. 2 kr. 3 hl. b) Kassabaarschaft 1,354,524 fl. 43 kr. 4 hl. — zusammen 22,680,276 fl. 45 kr. 7 hl. in Anrechnung und resp. in Abzug gebracht wird, auf 103,862,292 fl. 34 kr. 5 hl. Demnach beträgt die effektive Minderung während des Jahres 1845/46 1,407,499 fl. 21 kr. — hl.

Jahr 1846/47. Der Stand der Staatsschuld belief sich am 1. Okt. 1846 an Kapitalien und Zinsrückständen auf 126,542,569 fl. 20 kr. 4 hl. Am 1. Okt. 1847 war derselbe 126,478,279 fl. 40 kr. 4 hl. Die Minderung beträgt demnach 642,289 fl. 40 kr. Das Aktivvermögen der Staaatsschuldentilgungs-Anstalt bestand am 1. Okt. 1846 in 21,325,752 fl. 3 kr. 1 hl., am 1. Okt. 1847 in 23,011,608 fl. 55 kr. 7 hl. — Dasselbe hat sich demnach im Laufe des Jahres 1846/47 gemehrt um 1,685,856 fl. 52 kr. 6 hl., wovon der Grund in den der Eisenbahn-Bau-Dotations-Kassa gemachten Darlehen liegt. Die aus der Abgleichung des Passivstandes mit dem Aktivvermögen einschließlich des Kassarestes hervorgehende reine Staatsschuld betrug am 1. Okt. 1846: 103,862,292 fl. 34 kr. 5 hl. Am 1. Okt. 1847 stellte sich dieselbe, wenn von den Passiv-Kapitalien und Zinsrückständen zu 126,478,279 fl. 40 kr. 4 hl., das Aktivvermögen a) an Kapitalien und rückständigen Zinsen mit 23,011,608 fl. 55 kr. 7 hl. b) die Kassabaarschaft mit 632,417 fl. 38 kr. 2 hl., zusammen 236,440,026 fl. 34 kr. 1 hl. in Abrechnung resp. in Abzug gebracht wird, auf 102,834,253 fl. 6 kr. 3 hl. Demnach beträgt die effektive Minderung während des Jahres 1846/47 1,026,039 fl. 28 kr. 2 hl.

(München, den 31. Januar.) Das heutige Regierungsblatt Nr. 5. enthält eine königl. Entschließung, die Verhältnisse der Weg- und Werkmeister, dann der Wegmacher auf den Staatsstrassen betr., wonach die Wegmacher einem geregelteren und besseren Lohn entgegengeführt werden.

(München, den 30. Janaur.) In Folge königlichen Erlasses ist bei unserem Militär die Verbrechensstrafe des „Festungsarrestes in erweiterter oder enger Verwahrung“ aufgehoben, und festgesetzt worden, daß bezüglich der nach den bisherigen Bestimmungen mit Festungsarrest bedrohten strafbaren Handlungen lediglich die im Art. 27. Theil I. des Strafgesetzbuches mit gleichem Namen bezeichnete gemeine Vergehensstrafe in Anwendung zu bringen sey. Hiezu wird noch bemerkt, wie es unzweifelhaft Fälle gibt, in denen neben der gemeinen Vergehensstrafe des Festungsarrestes als Hauptstrafe auch die einfache Entlassung des Offiziers oder Militärbeamten erkannt werden darf, und von Amtswegen erkannt werden muß, wenn der militärische Charakter des Offiziers oder Beamten durch das Vergehen verletzt wird. (A. A. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 30. Jan.) Es verlautet, daß bereits mehrere Bevollmächtigte bei der Centralgewalt dieser die Anzeige gemacht, daß sie sich auf kurze Zeit an den Sitz ihrer Höfe in Urlaub begeben. Es unterliegt keiner Frage, daß es sich dabei um Instruktionen im Hinblick auf das von Preussen für die Einzelregierungen beantragte Vereinbarungsrecht für das Verfassungswerk handelt. (D. Z.)

(Frankfurt, den 30. Januar.) Wie man vernimmt, ist der österr. Kontreadmiral mit der Inspizirung der norddeutschen Häfen von der Centralgewalt beauftragt. (D. Z.)

Hessen. (Hanau, 20. Januar.) Endlich hat auch Hanau den Tag einer öffentlichen Sitzung des Geschwornengerichts erlebt. Die wegen einer Petition an die Ständeversammlung angeklagten 16 Mitglieder des Volksraths dahier und der Redakteur der Han. Ztg. sind heute vollkommen freigesprochen worden. Die Petition ward durch die Presse veröffentlicht und darauf gründete sich der Anklageakt des Staatsanwalts wegen Beleidigung gegen die Nationalversammlung in Frankfurt a. M. Die inkriminirte Stelle lautete in angeblichem Bezug auf die Nationalversammlung: „Eine Höhle des Egoismus, ein feiler Kramladen eitler Geschwätzigkeit, hohnlachend dem Volke, das einen Volkstempel geschaffen.“ Die Angeklagten ließen sich nicht darauf ein, auf die Fragen zu antworten, ob sie in der bezeichneten Stelle die Nationalversammlung in Frankfurt a M. gemeint, dagegen stellten zuerst die Vertheidiger diese Meinung nicht in Abrede, nur einige derselben ließen den etwaigen Zweifel auf sich beruhen, aber alle stimmten darin überein, daß, weil eine Prinzipienfrage hier walte, die Geschworenen gegen die Angeklagten keinen Ausspruch thun könnten, ohne eine politische Sünde zu begehen. Mehrere Rechtskundige, welche an der Vertheidigung Theil zu nehmen versprochen hatten, waren nicht erschienen; anwesende Vertheidiger waren die Herren Brentano aus Mannheim, Cullmann aus Rheinbayern, Müller aus Mainz, Würth aus Sigmaringen und die Herren Advokaten Blachière und Cöster aus Hanau, welche aus verschiedenen Gesichtspunkten in formeller und materieller Beziehung die Ueberzeugung einzuflößen wußten, daß hier kein Preßvergehen gegen die Nationalversammlung vorliege. Die Sitzung währte von Morgens 9 Uhr bis Abends 6¾ Uhr, wo die Geschworenen nach einer halbstündigen Berathung im anstoßenden Zimmer die zwei ersten Fragen einstimmig zu Gunsten der Angeklagten beantworteten. Die übrigen fünf Fragen, denn es waren deren sieben, fielen in sich zusammen. Ein unbeschreiblicher Jubel des Publikums in und vor dem Rathhause, wo die Sitzung abgehalten worden, folgte dem freisprechenden Urtheile des Gerichts. Im Uebrigen hat sich das Auditorium würdig und überhaupt meisterhaft benommen, trotzdem der Raum beschränkt und das Gedränge groß und peinlich war. Unverkennbar ist es, daß dieser Fall von großer Bedeutung für unsere Presse ist, und wir können hierbei die Anmerkung nicht unterdrücken, daß die Anklage etwas übereilt und unpolitisch war. (Frkf. J.)

Oesterreich. (Prag, 28. Jan.) Die seit einigen Tagen verbreitet gewesenen Gerüchte von militärischen Vorsichtsmaßregeln scheinen sich zu bestätigen. Die kaiserl. Reisewagen stehen wirklich gepackt und jeden Augenblick zur Abreise bereit. (D. A. Z.)

(Pesth, den 23. Januar.) Beunruhigend lauten die Gerüchte aus der szolnoker Gegend. Es soll den Rebellen gelungen seyn, mit Hülfe des fanatisirten untern Bauernstandes eine ziemlich zahlreiche Heeresmacht auf die Beine zu bringen. Man erwartet bei Szolnok eine entscheidende Schlacht. (C. Bl. a. B.)

Einem Schreiben zufolge, das der Abg. Bodnar aus Radautz, seinem Wahlbezirk, erhielt und Nachrichten bis zum 9. Januar hat, ist Kobylica wieder im Gebirge erschienen. Es sey allgemein bekannt, daß er mit den Rebellen jenseit der Karpaten in Verkehr stehe, und werde noch die Feinde über das Gebirge (aus Szigeth, wohin der Rebellenhäuptling Pietrowski mit einem Theile der ungarischen Armee sich geflüchtet) herüberführen. Die Huzulen haben den Gehorsam wieder aufgekündigt. (A. D. Z.)

(Gratz, den 20. Jannar.) Die Gratzer deutsch-katholische Gemeinde hat einen warmen und energischen Protest an das Gesammtministerium eingereicht gegen die Suspendirung ihres Gottesdienstes und Ausweisung ihrer Priester. Das ministerielle Dekret wird darin eine „Ausgeburt des Metternich’schen Systems“ genannt. Die Gemeinde beruft sich, und wohl mit Recht, auf §. 17 der Konstitution Ferdinands vom 28. April, die wörtlich lautet: „Allen Staatsbürgern ist die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit gewähleistet.“ Der Protest selbst ist aus einer tiefen religiösen Ueberzeugung entsprungen, denn nur eine solche könnte der Gemeinde den Muth und die Kühnheit geben, dem Ministerium so entschieden gegenüberzutreten. Die Schlußworte des Protestes lauten: Treu unserer Ueberzeugung, treu unserem Gewissen und den kaiserlichen Zusagen, sind wir fest entschlossen, in unserem Glauben uns nicht beirren zu lassen. Wir können Niemanden das Recht zugestehen, in Glaubenssachen uns befehlen zu wollen, denn der Glaube ist nach unserer Ueberzeugung dasjenige Eigenthum and Heiligthum des Menschen, worüber er einzig und sich selbst und seinem Gott verantwortlich ist.

(Aus Siebenbürgen, den 18. Januar.) Die Ungarn und Szekler dominiren in Siebenbürgen, haben das Land bis an die Distrikte der Sachsen inne, und beherrschen, da sie im Besitze von Clausenburg sind, den Ungarn, der über Banfy-Hunyad Fekete-To geht und bei Barod in die Ebene Niederungarns mündet. Allem Anscheine nach, geht General Bem jetzt damit um, mit einem möglichst großen Heerhaufen durch diesen Paß vorzudringen, und Kossuth aufzunehmen, der ja sein Hauptquartier schon in Groß-Wardein haben soll, was nur 4 Stationen (8 Meilen) von Barod liegt. Sollte ihm dies gelingen, so würde

das Ende des Kampfes, wenn Beide vor der gegenüberstehenden größeren Macht zurückweichen, in Siebenbürgen seyn. (Bresl. Z.)

Oldenburg. (Oldenburg, den 27. Januar.) Nachdem der Großherzog gestern die Annahme der Deputation der Wahlmänner aus sechs Kreisen des Herzogthums verweigert hatte, fanden sich dieselben gestern Nachmittag um 5 Uhr zu einer Versammlung zusammen, in welcher die ferner zu ergreifenden Schritte berathen wurden. Ein Antrag, die Deputation noch einmal am nächsten Tage und zwar ohne Begleitung der 150 Wahlmänner, an den Großherzog abzusenden, ward verworfen. Man einigte sich nach langen Debatten dahin, die Adresse dem Ministerium noch heute, am Abend, durch die vom Großherzog abgewiesene Deputation übergeben zu lassen, dabei aber alle und jede Demonstration zu vermeiden. Die Versammlung blieb bis zur Rückkehr der Deputation zusammen, welche gegen 11 Uhr Nachts erfolgte. Das Ministerium hatte erklärt, daß es in seiner Stellung als bloßer unverantwortlicher Rathgeber der Krone nicht in dem gewünschten Sinne Partei ergreifen könne, und daß es auch seinen Rücktritt nicht an die in der Adresse aufgestellten Forderungen zu knüpfen vermöge, daß es aber die Adresse dem Großherzog übergeben wolle, und eine Entscheidung überhaupt in den nächsten Tagen zu erwarten stehe. Die Versammlung beschloß hierauf, die Adresse (im Ganzen mit mehr als 3000 Unterschriften von Wahlmännern und Urwählern versehen) dem Landtage einzureichen, und demselben, so wie dem Ministerium das Vertrauen auszusprechen, daß beide auch fernerhin das Recht des Landes wahren würden. Erst nach Mitternacht trennte sich die Versammlung, um sich heute früh wieder zusammenzufinden. Der Bruch zwischen dem Großherzoge und dem Lande ist gestern auf unheilvolle Weise erweitert worden, die Stimmung so gereizt und erbittert, wie niemals zuvor. (J. f. N.)

Preussen. (Berlin, 29. Jan.) Die Centralgewalt in Frankfurt a. M. hat sich entschieden geweigert, einen Frieden abzuschließen, dessen Basis eine Lostrennung Schleswigs von Holstein, wenn auch ebenfalls ohne Anschluß an Dänemark, wäre. Die preussische Regierung, welche für den Augenblick nicht geneigt scheint, den Krieg mit Dänemark wieder aufzunehmen, beabsichtigt nun in London darauf hinzuwirken, daß der Waffenstillstand von neuem verlängert werde. (D. A. Z.)

†*† (Berlin, den 30. Januar.) Die gestrigen Urwahlen zur ersten Kammer haben eine ziemlich allgemeine Verstimmung hervorgebracht. Die Ueberzeugung hat sich Bahn gemacht, daß, wie die Abgeordnetenwahlen nach gleicher Richtung hin ausfallen, der Konflikt, den alle Besonnenen vermieden wünschen, unvermeidlich sey. So weit uns die Persönlichkeiten, welchen das Loos des gestrigen Tages zugefallen, bekannt sind, ist nicht zu hoffen, daß ihre Wahlmannsthätigkeit ein versöhnendes Ergebniß haben werde.

Die Wähler zur zweiten Kammer sind, wie es scheint, geneigter, ihre Befugniß im Interesse der Mäßigung zu üben. Dafür sprechen namentlich die Bestrebungen, starke und entscheidende Centren zu bilden. Gestern Abend war eine Fraktion des zweiten Wahlbezirks (über 100 Wahlmänner) unter dem Vorsitz des Stadtschuldirektor Kreck zu diesem Zwecke vereinigt. In andern Wahlmännerversammlungen ließen sich eine Reihe von Kandidaten hören, von denen nur wenige die Wahl auf sich lenken dürften. Ein Mitarbeiter der Nationalzeitung, Paalzow fand nicht geringen Anklang. Der Preis des Tages gebührt dem Geh.-Rath Waldeck. Vor einer Versammlung in Villa Colonna nahm derselbe Veranlassung, auf Interpellation des Dr. Eaan sich über seine Stellung zum katholischen Klerus auszusprechen. Wer seiner und seiner Partei Wirksamkeit in der Nationalversammlung aufmerksam gefolgt sey, werde über diese seine Stellung einer Aufklärung nicht bedürfen. Den Zehnten habe er der Geistlichkeit nur deshalb belassen wollen, weil häufig das gesammte Pfarreinkommen in dem Zehnten bestehe. Die Frage, ob er „ein geheimes Mandat" vor der katholischen Partei gehabt habe, wies er als »eine Beschuldigung« mit Entrüstung zurück. Zur näheren Aufklärung theilte der Redner noch mit, daß ihm die katholische Partei das Vicepräsidium der Nationalversammlung angetragen und erst, nachdem er das Anerbieten ausgeschlagen, Hrn. Esser von Köln durchgesetzt habe. Einen Konflikt mit der Krone erkläre er unvermeidlich, er erachtet es jedoch, für seine Pflicht, den Zusammenstoß so lange als möglich zu vermeiden. — Eine vorläufige Abstimmung im 3. Wahlbezirk ergab für Waldeck 218 unter 293 Stimmen; für Jacoby nur 75. Der 4. Bezirk will über Waldeck hinaus. Hier wird muthmaßlich Jacoby gewählt, ja man denkt an Marx, (den Redakteur der N. Rhein. Ztg.) Dr. Gottschalk in Köln und an ähnliche Männer. —

Der Antrag der Wahlmänner wegen Aufhebung des Blagerungszustandes hat bis jetzt 230 Unterschriften erlangt.

Neue Kandidaten für die zweite Kammer sind Seminardirektor Diesterweg, Dr. Edler, Kammergerichts-Assessor Herford, Professor Michelet, Rodbertus, Bruno Bauer. Sie werden ihre Bewerbungsreden im ersten Wahlbezirk halten. Die Herren Arnold Ruge und Prince-Smith empfehlen sich durch gedruckte Zuschriften. Der letztere erklärt: für jetzt, die Regierung unterstützen, später aber zur Opposition übergehen zu wollen. Mit anderen Worten: erst Deputirter seyn, um dann Minister werden zu können. —

Es charakterisirt die gestrigen Wahlen, daß mehr als $^2/_3$ der Gewählten bei den Wahlen zur zweiten Kammer durchgefallen sind. Herr Hansemann und Stadtrath Duncker fielen auch gestern als zu liberale Kandidaten durch. —

Die Arbeiten zur Herstellung der Sitzungslokale werden für beide Kammern unausgesetzt fortgeführt. In dem für die zweite Kammer bestimmten Gebäude werden im Erdgeschoß zwei Räume zur Aufnahme von 2 Kompagnien Soldaten eingerichtet. Auf dem Dönhofsplatze vor dem für die erste Kammer bestimmten Sitzungshause befindet sich eine Bude, welche von einer Anzahl Konstabler zum Schutze der Versammlung besetzt werden soll. —

Nach Nachrichten, die uns aus der Rheinprovinz zugehen, werden dort, mit Ausnahme Elberfelds und des Wupperthales, die Wahlen fast durchgängig oppositionell ausfallen. In der Stadt Köln haben Kyll und Schneider II., im Landkreise Köln Gottschalk oder Annecke gesicherte Aussichten. Aus der Provinz Sachsen schreibt man uns zu den früher bereits mitgetheilten Berichten: In einzelnen Wahlkreisen bestrebt man sich, Kandidaten durchzubringen, die unserer Provinz nicht angehören. So hat der Geh. Ober-Berg-Rath von Carnall aus Berlin, hier Allen unbekannt, Eingang gefunden. Die Konservativen des Wahlkreises Stolberg vertreten diesen Kandidaten vorzugsweise. Die ultraconservative Partei setzt ihm den Bergrath Kammer in Astern entgegen. Aus den Wahlen in Halle a/S. hofft man Leo für die erste Kammer hervorgehen zu sehen. Im Merseburger Kreise wirkt eine starke Partei für Dr. Julius, den verfolgten Herausgeber der Zeitungshalle. Krackrügge hat wenig Aussicht, in Erfurt wieder gewählt zu werden; die Partei der entschiedensten Reaktion hat von hier aus für die erste Kammer Verstärkung zu hoffen.

Die gesetzliche Gleichstellung der Konfessionen wird noch immer nicht von allen Behörden anerkannt. Bekannt ist, daß erst wiederholte Ministerial-Verfügungen das Kammergericht nöthigen mußten, den Dr. jur. Jonas zur Ausculatur zu verstatten. Jetzt hat auch ein hiesiger Gymnasialdirektor erklärt: er werde keine jüdischen Schulamtskandidaten zum Probeunterricht bei seiner Anstalt zulassen, und im äußersten Falle den Rücktritt vom Amte vorziehen. —

Sachsen. (Dresden, 20. Jan.) Heute Morgen erfolgte, wie in der zweiten, so auch in der ersten Kammer (in dieser durch den Minister Georgi) die mit Beifallsruf von den Abgeordneten und den Tribunen aufgenommene Erklärung: daß, nachdem der König die Entlassung der Minister nicht angenommen, diese sich entschlossen haben, in ihren Aemtern zu bleiben und alle ihre Kräfte der Lösung der an sie gestellten gemeinsamen Aufgabe widmen würden. Die Betonung des Wortes »gemeinsam« schien den innigen Zusammenhang der Minister andeuten zu wollen. Für künftigen Sonntag ist die Vorlage hinsichtlich der Proklamirung der deutschen Grundrechte angekündigt. Ob diese wirklich Antheil an der Ministerkrisis gehabt — wer kann es wissen? Zuversichtlich kann angenommen werden, daß mehrere Ursachen zusammengewirkt haben. In Privatgesprächen hatten die Minister geäussert: die Art, wie die Kammer verfahre, scheine es ihnen für den Augenblick unmöglich zu machen, ihre Wirksamkeit fernerhin fortzusetzen. (Frkf. O.-P.-Z.)

Schleswig-Holstein. (Hadersleben, 27. Jan.) Zur ferneren Charakterisirung des neuerlichen Ereignisses bei Bröns fügen wir unsern Berichten vom 21. und 24. noch folgende Einzelheiten hinzu. Zwei Wagen voll Bewohner von Ripen, die dem bewaffneten Haufen zu Hülfe kommen wollten, kamen erst nach der Affaire an und kehrten schleunigst um, so daß es leider nicht gelang, ihrer habhaft zu werden. Der Haufe bestand größtentheils aus Dienstknechten, von denen bekanntlich in Nordschleswig die überwiegende Mehrzahl geborne Jüten sind, und es scheint, daß in dem betreffenden Distrikt jede Hülfe angehalten wurde, wenigstens einen Mann zu stellen: so mußte z. B. ein entschieden schleswig-holsteinisch gesinnter Hufner auch seinen Knecht stellen, widrigenfalls ihm mit Mord und Brand gedroht wurde, und selbiger liegt jetzt schwer verwundet darnieder. Die Zahl der Verwundeten soll größer seyn, als anfänglich gemeldet wurde, indem Viele in den Häusern umherliegen und noch gestern wurde ein Arzt aus Hadersleben zu Mehreren hinausgeholt: unzweifelhaft ist es dagegen, daß nur dadurch ein größeres Blutbad verhindert wurde, daß es den Jägern durchaus verwehrt wurde, mit ihren Flinten der Sache ein Ende zu machen und daß auch die Dragoner mit flachen Hieben eingehauen haben, sieht man schon daraus, daß eine größere Zahl von Säbeln abgesprungen ist, obgleich, wie man allgemein hört, kaum ein Einzelner davon gekommen ist, ohne eine, wenn auch fühlbare, Warnung mitzubekommen. Von welcher Art der Haufe, oder richtiger die Mehrzahl desselben war, sieht man schon daraus, daß es sich herausstellt, daß Einzelne in demselben ohne alle Bewaffnung waren, daß Andere mit ungeladenen Gewehren kamen, während Einige sich wohl mit Munition versehen hatten und daß die Aussage der Mehrzahl der Gefangenen darauf hinaus lief: „Vi ville kuns kyse dem! (d. h. wir wollten sie nur davon jagen). Wenn man bedenkt, daß, wie man hörte, allgemein dieselbe Antwort gegeben wurde, als die ähnliche Sache in Reisbye geschah, so wie als die einem Theile der Bevölkerung unbequemen Kontrolleure vertrieben wurden und daß bisher dieselbe Sache wiederholt auch anderweitig glückte, ohne daß sie von unangenehmen Folgen gewesen wäre, daß die Propagandisten diese Umstände sehr schlau benutzten, fortwährend mit der Rache der bald ankommenden Dänen drohten und über die öffentlichen Erklärungen der Schleswig-Holsteiner spotteten, so muß man eingestehen, daß es für die Gesinnung der ländlichen Bevölkerung Nordschleswigs ein entschieden günstiges Zeugniß ist, daß es dem Eifer der Dänen nicht gelang, einen größeren und mehr fanatisirten Haufen zusammenzubringen, und daß es, gerade im Interesse der betreffenden Bevölkerung selbst, wie auch des gesammten Vaterlandes, durchaus wünschenswerth ist, daß durch ernste und entschiedene Behandlung der Sache ihre Wiederholung verhütet werde, indem die verborgenen Wühler ans Licht kommen und ihren verdienten Lohn erhalten, damit die gesammte Bevölkerung einsehe, wo ihre wahren Freunde sind und wo ihr natürlicher Schutz ist. Es freut uns um so mehr, daß wir schließlich hinzufügen können, daß gestern Morgen um $5^1/_2$ Uhr die nicht, oder doch nicht bedeutend verwundeten Gefangenen nach Süden zu abgeführt wurden, weil wir damit die Erreichung unseres Wunsches in Aussicht gestellt sehen. Nur einer unter den Gefangenen, der schon angedeutete Schullehrer, hatte anfänglich noch sehr das große Wort, sprach viel von den bald ankommenden Dänen rc., soll aber jetzt gleich den Uebrigen ziemlich verdutzt dastehen. Der schwer verwundete jütische Bauer, den man für den Anführer ansehen mußte, ist, wie wir hören, bereits gestorben, soll aber nicht derjenige gewesen seyn, der während der Unterhandlung den Dragoner erschoß. (Alt. M.)

(Altona.) Nach den Adressen und andern Kundgebungen zu urtheilen, sieht es wieder sehr kriegerisch aus; auch ergiebt das Kriegsbudget, daß die Regierung es nicht an Rüstungen fehlen läßt, um auf alle Fälle gefaßt zu seyn: einzelne jener Adressen setzen sogar nicht bloß auch den Fall als möglich voraus, daß wir den Krieg auf unsere eigne Hand wieder aufnehmen müssen, sondern scheinen dieß auch als das beste Auskunftsmittel anzusehen, um zu unserm Rechte zu kommen, und aller Ungewißheit über die Friedensunterhandlungen und der Abhängigkeit von Andrer Hülfe überhoben zu seyn, wobei man aber von Voraussetzungen über eine schon festgestellte Basis der Friedensunterhandlungen und schon bestimmten Instruktionen auszugehen scheint, die eben nur Voraussetzungen sind. (Alton. M.)

Würtemberg. (Stuttgart, 31. Jan.) Die Steuern werden bis zum letzten März d. J. provisorisch forterhoben unter Zustimmung des geheimen Raths und der Stände.

Donaufürstenthümer.

(Bukarest, den 9. Januar.) Die neuerlichen Erfolge der Szekler gegen die Sachsen und Walachen in Siebenbürgen stellen das Einschreiten der russischen und türkischen Militärmacht daselbst in Aussicht. Von Kronstadt ist nämlich eine Deputation an General Lüders mit der Bitte angekommen, diese Stadt mit 6000 Mann zum Schutze gegen die Szekler besetzen zu wollen, da die dortige Besatzung durch die neuesten drängenden Ereignisse nach Hermannstadt abgerufen wurde.

Auch an Fuad Effendi hat man dasselbe Ansuchen gestellt. Da Lüders für diesen Fall keine Instruktionen hatte, so schickte er, weil inzwischen auch vom Kommandirenden in Hermannstadt Botschaften an ihn angelangt waren, nacheinander zwei Feldjäger nach St. Petersburg, so wie Fuad Effendi seinerseits einen Kurier nach Konstantinopel ab. Der russische General ließ unterdessen einige tausend Mann aus allen Theilen der Walachei an die siebenbürgische Gränze vorrücken, um erforderlichen Falls ohne Verzug einschreiten zu können. Mit den türkischen Truppen, welche den Törzburger Paß an der Gränze besetzt halten, ist es von Seite der Szekler bereits zu einem blutigen Gefecht gekommen, da sie fliehende Walachen bis jenseits derselben verfolgt hatten. Es sollen 40 Mann Szekler geblieben seyn. Die Zahl der Getödteten türkischer Seits weiß man nicht genau; ihre blutigen Fezz sind hieher in den Palast des Omer Pascha gebracht worden, der gegenwärtig auf einer militärischen Rundreise begriffen ist. Auf die kommenden Weisungen aus St. Peterburg und Konstantinopel ist man natürlich hier im höchsten Grade gespannt.

(Schw. M.)

Frankreich.

† (Paris, 29 Januar, 8 Uhr Morgens.) Man schlägt den Rapell im Ersten Arrondissement. Das hat nichts zu bedeuten. Die Löwen der Ersten Legion sollen sich nur versammeln, um ihren neugewählten Obersten (den berüchtigten Napoleonsverräther General Gourgaud) in den elysäischen Feldern anzuerkennen. Wie wir so eben hören, ging diese Förmlichkeit ruhig vorüber.

(11 Uhr.) Die Sache wird ernster. Der Rapell erschall in allen Arrondissements. Die Boulevards füllen sich mit Menschen; man eilt an die Fenster und fragt sich: ob es losgehe? Die arbeiterreichen Viertel von St. Denis, St. Martin ꝛc. sind fast unbefahrbar, so groß ist das Gedränge. »Wir müssen die Nationalversammlung schützen — hört man aus den Gruppen.«

(11¾ Uhr.) Eben verbreitet sich das Gerücht, die Mobilgarde (jene Retterin des Vaterlandes vom Juni) rücke heran, um ihre Bataillon-Chefs zu befreien, die der Afrikaner Changarnier (wie sie sich ausdrückt) in das Militärgefängniß der Abbaye werfen ließ. Auch von der Linie wurden im Laufe des gestrigen Tages mehrere Sergent-Majors in jenes Gefängniß geworfen. Es scheint, der Andrang nach dem Concordienplatze ist sehr stark. Da das Gerücht geht: die 1., 2. und 10. Legion wollten einen royalistischen 15. Mai gegen die Nationalversammlung wagen, so wollen Volk und andere Legionen nicht müssig daheim bleiben, sondern ebenfalls zum Schutze der Versammlung dahin aufbrechen.

(12 Uhr.) Der Rappel dauert fort. Ordonnanz-Offiziere reiten durch die Straßen... Wir eilen in die Nationalversammlung, um uns einem zweiten 15. Mai auszusetzen.

Das Ministerium will allen Stürmen Trotz bieten. Während die Trommel alle Legionen zu den Waffen ruft, bringt der »Moniteur« folgende lakonische Erklärung, die unsere gestrige Nachmittagsmeldung vollständig bestätigt: »Der Ministerrath hat sich im Elysée National versammelt. Nach Anhörung eines Berichts über die Ereignisse in der Sitzung der Nationalversammlung (vom Sonnabend) hat der Präsident erklärt, daß er darin kein Motiv sehe, seine Politik zu ändern und daß das Kabinet auf seine feste und ausdauernde Unterstützung rechnen könne.« Bravo! Herr Barrot knüpft darum folgende offizielle Anzeige daran: »Der Justizminister (Barrot) wird am nächsten Dienstage, 30. Januar, nicht empfangen. Dagegen werden sich seine Säle an allen nächstfolgenden Dienstagen wieder öffnen.“ Man ist hier sehr neugierig zu wissen, ob Hr. Barrot an den nächstfolgenden Dienstagen die Säle des Justizministerialgebäudes überhaupt noch bewohnen dürfte? Der Vendomeplatz erlebte seit Cremieux so viele Aenderungen in seinen Bewohnern!

Generalissimus Changarnier hat, einem Morgenblatte zufolge, folgenden strategischen Plan seinem Generalstabe in Bezug auf den bannetten 15. Mai mitgetheilt: »Die beiden Seine-Ufer sollen vollständig isolirt werden. Jede Brücke wird in eine Art Festung umgewandelt. Von hier aus sollen die widersätzigen Stadttheile mit Kanonen und Wurfgeschütz bestrichen und an den Eingängen unterminirt werden.“ Man sieht, Hr. Changarnier sucht seinen Vorgänger Lamoricière an Ruhm zu übertreffen.

Sämmtliche demokratische Blätter, mit dem »Peuple« an ihrer Spitze, beschwören das Volk, sich nicht früher zu erheben, als bis sie es dazu aufrufen. »An das Volk! Die finstersten Gerüchte laufen über die freiheitsmörderischen Pläne der Reakteurs umher. Wir fahren jedoch fort, das Volk zu beschwören, die tiefste Nichtachtung den Aufhetzereien entgegenzusetzen, welche von einer grundsatzlosen Polizei, von einer im Sterben liegenden Regierung oder von einer bis auf den letzten Grad der Anarchie und Verzweiflung getriebenen Reaktion gegen dasselbe gewagt werden sollten. Auf dem Punkt, wo die Sachen jetzt stehen, könnte nur ein Attentat gegen die Nationalversammlung die Intervention der guten Bürger rechtfertigen. Hoffen wir, daß die Nationalversammlung ihre Pflicht zu erfüllen wisse, wie wir die unsrige zu erfüllen wissen werden. Paris, 29. Jan. 1849. Die Redaktoren des Peuple. (Folgen die Unterschriften.)

In der Wohnung des Präsidenten Bonaparte geht es sehr lebhaft zu. Unsere ersten politischen Kannegießer, wie z. B. Lamartine, Marrast, Dufaure, Molé, Thiers ꝛc. fahren seit gestern Mittag abwechselungsweise daselbst vor. Auch Bugeaud, der einen Ausflug in den Süden machte, ist heute zurückgekehrt und hatte eine Zusammenkunft mit dem Präsidenten.

Zwischen Bugeaud und Changarnier soll der Plan festgestellt worden seyn: im Falle die Rothen gewönnen, einen Aufruf an die Departements zu erlassen und sämmtliche Bürgerwehren um Lyon herum zu concentriren, um dann gegen das „verfluchte“ Paris loszumarschiren.

Inmittelst verfertigt man in Lyon bereits einen (mit Lilien oder Bienen?) übersäeten Hermelinmantel, und der Kunstmaler Perrignon hat bereits zwei bezaubernd schöne Portraits des Frohsdorfer Königspaares in Lebensgröße vollendet, an welchen sich das Auge des Pariser Volks bereits weidet!!! Gute Nacht, Republik!

Sämmtliche Bischöfe und Erzbischöfe beabsichtigen im Laufe des Februar ein Conzil abzuhalten, um die Religionsgefahr abzuwenden. Als Versammlungsort nennen die Blätter Toulouse.

Vorige Nacht schaffte man die Maigefangenen aus Vicennes nach Bourges. (Le Pays.)

In vielen Café's, sowie in allen demokratischen Journalbureaus liegen Listen zur Unterschrift der Anklage gegen das Ministerium auf.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 29. Jan.] Die ganze Gegend gleicht einem Kriegslager. Alle öffentlichen Gärten und Ministerialgebäude sind geschlossen; die Wachen verdoppelt. Im Tuilerienhofe lagern vier Infanteriebataillone mit einem Artilleriepark. Ein Mobilgardist habe auf Changarnier geschossen, ihn aber nur leicht an der Stirn verwundet! 7000 Mobilgarden haben, sagt man, ein Fort überrumpelt und es mit allem Geschütz eingenommen, von wo sie sich vertheidigen wollen. Gegen 2 Uhr erscheinen die ersten Deputirten auf ihren Plätzen. Die Agitation ist außerordentlich. Berard, der Schreiber des Klubs der Poitierstraße, tritt eben in den Saal und wird von einigen Gliedern der Linken hart angefahren. Wir können jedoch nichts verstehen. Caussidière, Louis Blanc und Thoré, heißt es, seyen in Paris betroffen und arretirt worden (?) Um 2 Uhr nimmt Marrast den Präsidentenstuhl ein; er ist aussergewöhnlich blaß und sieht sehr aufgeregt aus. Er hat, erfahren wir, mit Changarnier eine heftige Szene gehabt, weil Changarnier seine Amtsgewalt überschritten. Ihm (Marrast), als Präsidenten der Nationalversammlung, komme die Anordnung des militärischen Schutzes für den Sitz der Nat.-Vers. allein zu. General Lamoricière sey, heißt es, mit dem Oberbefehl über alle Kräfte um den Sitzungssaal von Marrast betraut worden. Das Protokoll der letzten Sitzung wird vorgelesen. Lebreton, Quästor der Nat.-Vers., erscheint in der Uniform eines Generallieutenants auf seinem Platze. Buchez überreicht einen ganzen Petitionsstoß mit 6000 Unterschriften gegen die Auflösung der Versammlung. B. Grandin überreicht 2 Petitionen aus der Nieder-Seine mit 10450 Unterschriften für baldige Auflösung. Blin de Bourdon, A. Rausteau, Degeorges, Sainte-Beuve, Manguin und Grevy überreichen unter manigfachen Exklamationen ebenfalls Petitionen für oder gegen die Auflösung. Odilon Barrot (tiefe Stille): Ich muß im Namen der Exekutivgewalt über die Repressivmaßregeln Rechenschaft ablegen, welche zur Aufrechthaltung der Ordnung in der Stadt Paris und zum Schutze der Nationalversammlung ergriffen worden sind. Nach dieser Einleitung geht der Minister in eine Geschichte der Mobilgarde über. Es sey der Moment gekommen, dieses Korps zu reorganisiren. Viele ihrer Offiziere seyen von gewohnlichen Unteroffizieren zu Hauptleuten u. s. w. gemacht worden; dies sey mit der militärischen Disciplin unverträglich und die Regierung daher zur Reorganisation genöthigt gewesen. Diejenigen, welche sich im vorigen Juni ausgezeichnet, würden beibehalten u. s. w. Es scheine aber, als sey diese Maßregel von den ewigen Feinden des öffentlichen Friedens zu neuen Umwälzungsplänen ausgebeutet worden.... Stimmen links: Nein, vom Ministerium! ... Stimmen rechts: Schweigen Sie! Zur Ordnung! .... Odilon Barrot: In voriger Nacht sind wir auf neue Umsturzprojekte gestoßen. ... Hierin liegt der Grund zu den außerordentlichen Maßregeln. Jetzt sey es dem Präsidenten der Nationalversammlung überlassen, sich mit dem militärischen Oberbefehlshaber zu verständigen, damit die Sicherheit der Versammlung gewahrt bleibe. In einem Punkte sind Mehrheit und Minderheit einig, nämlich der Aufrechthaltung und Respektirung der Verfassung. (Zweideutiger Beifall.) Degousse, Quästor: Ich war nicht wenig erstaunt, eine solche Truppenmacht um das Sitzungsgebäude entfaltet zu sehen, ohne daß die Quästur auch nur davon benachrichtigt worden wäre. Hierin liegt ein Mangel an Achtung, gegen welchen die Versammlung gewiß protestiren wird. (Ja, Ja.) Marrast: Ich schulde der Versammlung einige Aufklärung. Ich vermuthe, daß schon im Laufe der vorigen Nacht die Truppen um das Gebäude gestellt wurden. Ich wurde aber erst heute früh davon benachrichtigt. (Ah! Ah!) Ohne Zweifel wollte Hr. Changarnier mich nicht im Schlafe stören. (Ah! Ah!) Ich empfing, wie gesagt, erst heute früh ein Schreiben Changarnier's, worin er mir anzeigt, daß die Truppen zum Schutze der Nationalversammlung aufgeboten seyen. Ich habe hierauf den General Lebreton (also nicht Lamoricière?) zum Kommandanten derselben ernannt. (Lärm. Eine Pause.) Billault: Ich übergebe hiermit den Bericht über das Wahlgesetz (Beifall) und trage bei dieser Gelegenheit darauf an, daß es der Versammlung gefallen möge, am nächsten Mittwoch meinen Antrag rücksichtlich des Einnahmebudgets zu berathen. (Ja, Ja!) [In diesem Augenblick erfahren wir auf der Journalistenbühne, daß Clement Thomas in einem Degenkampfe gegen den edlen v. Cotlogon, Redakteur des Corsaire, lebensgefährlich verwundet wurde und so eben gestorben ist.] Die Versammlung schreitet zur eigentlichen Tagesordnung, nämlich zur großen Rateauschlacht. Man entsinne sich, daß alle Anträge darauf zielen, das Dekret vom 15. Dezbr., das die organischen Gesetze aufstellt, abzuändern und die neuen Kammerwahlen zu beschleunigen, mithin die National-Versammlung so bald als möglich aufzulösen. Fresneau (Ex-Souspräfekt unter Louis Philipp) erhält zuerst das Wort. Er vertheidigt natürlich die Auflösungsanträge. Die Lage des Handels und der Industrie (Ah! Ah!) erheischten, so rasch wie möglich in einen stabilen Stand hineln zu kommen. (Ah! Ah!) Unser Mandat, unsere Mission sey geendet und man dürfe die Dauer der Versammlung nicht verewigen, das wäre Usurpation. (Lärm.) Ja, Usurpation der Minorität gegen die Majorität des Landes. (Tumult.) Als Verfassungsmacher seyd Ihr unverletzlich, nicht so als organische Gesetzmacher. (Oh! Oh!) Diese könnten und würden von der legislativen Kammer verworfen werden. (Dufaure, Malleville, Grandin und Coquerel gerathen in diesem Augenblick unter unserer Bühne in solchen Wortstreit, daß wir den Redner nicht weiter verstehen.) Jules Favre spricht gegen die Auflösungs- und Petitionswuth. Er ist besser, schärfer und witziger wie gewöhnlich, und erntet vielen Beifall.

---

†† (Nürnberg, den 2. Februar.) Wir erhalten heute von unserm in München engagirten Referenten für die bayerische Kammer einen Pack Schriften, welche großentheils bereits in hiesigen Blättern abgedruckt sind, so die Adreßentwürfe von Stockinger-Willich, dann von Dr. v. Scheurl und eine Adresse der Kammer der Reichsräthe, die wir, als eine Wiederholung der Thronrede, übergehen können. Auffallenderweise sind diesen Sendungen keine Berichte über die 1. und 2. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten beigefügt, so daß wir hierüber, unserem Referenten gegenüber, unser Ungehaltenseyn öffentlich aussprechen und ihn ermahnen müssen, entweder pünktlicher zu seyn oder unsern Kontrakt als gelöst zu betrachten.

Wilhelm Tümmel,
Besitzer der Mittelfränkischen Zeitung.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer

Anzeigen.

Trauer-Anzeige.

Heute entschlief an gänzlicher Entkräftung, nach der ihm von Gott verliehenen hohen Lebensdauer von 85 Jahren, unser innigstgeliebter Vater,

Herr Johann Lorenz Engelhard.

Seine treue Liebe für die Seinigen, sein Biedersinn, mit strenger Rechtlichkeit gepaart gegen Jedermann, werden dem Geschiedenen ein liebevolles Andenken bewahren und bitten wir, uns eine stille Theilnahme nicht zu versagen.

Nürnberg, den 31. Januar 1849.

Joh. Bernhard Engelhard, Büchsenmachermeister, } als Sohn.
K. M. Engelhard,
H. B. Engelhard, } als Töchter.

Wohnungs-Veränderung u. Empfehlung.

Da ich unterm heutigen meine Wohnung in der Neuen-Gasse S. Nr. 1200 verlassen und dagegen meine neue in L. Nr. 951 a. der Grasersgaße bezogen habe, danke ich der bisherigen Nachbarschaft für ihr Wohlwollen und bitte die neue um freundliche Aufnahme.

Zugleich bringe ich zur Kenntniß, daß ich das Geschäft der Wittwe Bayer für meine Rechnung übernommen habe und bitte, das derselben geschenkte Vertrauen, auch auf mich übergeben zu lassen, das ich durch neue geschmackvolle und solide Arbeit stets rechtfertigen werde. Aus Achtung gegen meinen Verfahren behalte ich die Firma: Joh. Primus Bayer bei und empfehle mein Fabrikat von allen Sorten Teppichen, insbesondere Fußteppichen zur gefälligen Abnahme.

Nürnberg, den 1. Februar 1849.

Joh. Leonh. Kraft, Teppichmachermeister.
Unter Firma:
Joh. Primus Bayer, Teppich-Fabrikant
L. Nr. 951 a. in Nürnberg.

Bekanntmachung

Die von hier am Montag den 29. Januar abgehaltenen Volksversammlung beschlossene Adresse an die Hohe Kammer der Abgeordneten in München, liegt für hier zur Unterzeichnung auf:

bei Herrn Kaufmann Mayer, Plobenhof,
der Expedition der Mittelfränkischen Zeitung,
der Expedition des Freien Staatsbürgers (König Otto),
und bei Herrn Kfm. Bauer, weißen Thurm.

Um unsern Mitbürgern in Franken Gelegenheit zu gleicher Betheiligung zu bieten, haben wir die nöthigen Einleitungen getroffen, daß gedruckte Formulare dieser Adresse mit Einladungen zur Betheiligung sofort an sämmtliche Städte, Marktflecken, Pfarrdörfer u. s. w. verschickt werden.

Nürnberg, den 3. Febr. 1849.

Das Volks-Versammlungs-Comité.

Empfehlung.

Bei Unterzeichnetem ist zu haben:

Großes helles Maryland Deckblatt		à 48 kr.	pr. Pf.
Getiegertes hellbraunes	ditto	„ 33 kr.	„ „
Neues helles Pfälzer	ditto	„ 16 kr.	„ „
Altes dergl.		„ 12 kr.	„ „
Alte Pfälzer Einlage		„ 12 kr.	„ „
Alle Sorten Schnupftabacke.			

Joh. Demlers Sohn, Gottlieb,
neben der Hauptwache.

Anzeige.

In der privilegirten Waldsamen-Anstalt von Zimmermann und Sohn Gostenhof werden jeden Dienstag und Freitag Nachmittag dürre Fohrenzapfen, der bayerische Metz zu 4 kr. abgegeben.

Daselbst werden fortwährend Arbeiter zum Zapfen-Einsammeln angenommen.

Anzeige.

Den häufigen Anfragen zu begegnen, zeige ich hiemit ergebenst an, daß der von mir angekündigte Stahlstich »Abbildung des sogenannten Käferhauses am Einfluß der Pegnitz« in den ersten Tagen der nächsten Woche erscheint und ausgegeben werden kann.

Alexander Marx, Kupferstecher.
Garten Nro. 101. zu St. Johannis.

Anzeige und Bitte.

Indem ich die Wiedereröffnung meines Ladens, welcher durch die gräßliche Zerstörung, die das Hochwasser vom 15. d. M. in demselben verursachte, bis jetzt geschlossen bleiben mußte hiemit zur gefälligen Anzeige bringe, verbinde damit zugleich die Bitte an meine hiesige und auswärtige verehrte Kundschaft und an die verehrten Bewohner Nürnbergs, das mir bisher in meinem Geschäfte so vielseitig zu Theil gewordene Vertrauen auch mir für die Folge zu bewahren.

Nürnberg, den 31. Januar 1849.

B. Adler, Pasamentier.
Laden Nro. 69 zwischen dem Schleifersteg.

Pferds-Dünger-Versteigerung.

Künftigen Montag den 5. Februar, Vormittags 9 Uhr, wird in der Deutschhaus- und hierauf in der Karthaus-Kaserne, der vorhandene Dünger der Artillerie-Fuhrwesens-Pferde, an den Meistbietenden versteigert.

(Zu vermiethen) Vor dem Lauferthor ist ein Gartenlogis, Sommer und Winter bewohnbar, am Ziel Walburgis zu vermiethen.

Im Verlag von Friedrich Campe in Nürnberg erscheint seit Januar 1849 die reich illustrirte, humoristisch-satyrische Zeitschrift:

Nürnberger Trichter

redigirt von

Franz Trautmann.

Freiheitsliebe, Volksthümlichkeit und Heiterkeit sind die Hauptgrundzüge dieser Zeitschrift.

In ihr wird mit allen gerechten Waffen des Humors und der Satyre, wohl auch des bitteren Ernstes, gegen Jene gekämpft, welche der Verbesserung der sozialen Zustände entgegenarbeiten oder deren Hoffnungen und Bestrebungen auf politischem Gebiete dahin gerichtet sind, daß das deutsche Volk seine unverjährbaren und unveräußerlichen Rechte um ein diplomatisches Linsenmuß vertrödeln möchte. Auch harmlose Bilder werden eingewoben und zunächst der schrofferen Zeitfrage soll manche farbige Blume zarter Poesie erblühen.

Die künstlerische Ausstattung betreffend, dürfte sich schon in den ersteren Nummern zeigen, daß ausgezeichnete Kräfte in den verschiedensten Richtungen mitwirken.

☞ Probenummern liegen in allen Buchhandlungen zur Einsicht auf.

Wöchentlich erscheint eine Nummer, einen Bogen stark, in hoch 4°; 26 Nummern bilden einen Band, dem ein illustrirtes Titelblatt und Inhaltsverzeichniß beigegeben wird.

Pränumerationspreis pr. Bd. Fl. 3.

☞ Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postämter und Zeitungsexpeditionen an.

Die zwei letzten Reden

von

„Johannes Ronge“

haben so eben die Presse verlassen und sind bei den bekannten Herren Buchbindern, sowie bei W. Tümmel (Expedition der Mittelfr. Zeitung) um 6 kr. zu haben.

Vereins-Versammlung.

Künftigen Montag den 5. Februar Abends 7½ Uhr findet eine allgemeine Versammlung der Mitglieder des Industrie- und Kultur-Vereins statt, wozu dieselben hiemit ergebenst einladet

Nürnberg, den 1. Februar 1849.

Das Direktorium.
Dr. Weidenkeller, I. Direktor.

(Anzeige.) In Folge eines langjährigen Unterleibsleiden, wodurch meine Gesundheit sehr geschwächt ist, sehe ich mich hiedurch veranlaßt mein Herrenkleidermagazin bis 1. April d. J. gänzlich aufzugeben, und dann nur auf vorherige Bestellung Kleider anzufertigen. Um einen raschen Ausverkauf zu erzielen, werde ich sämmtlichen Kleidervorrath unberücksichtiget der Kostenauslage zu jedem Gebot abgeben. Da meine Kleider alle, bei soliden Stoffen dauerhaft gearbeitet sind, wovon sich Jedermann überzeugen kann, so lade ich ein verehrliches Publicum zum Kauf hiemit ergebenst ein

A. L. Wüst,
Tuchgasse S. Nr. 21.

Maskenball im weißen Lamm

findet Sonntag den 4. Februar mit Entree à Person 24 kr. statt, wozu ergebenst einladet

G. M. Krieger.

Liedertafel!

Sonntag den 4. d. M. findet großer Maskenball im Bamberger Hofe statt. Die Unternehmer werden sich alle Mühe geben, den verehrten Mitgliedern einen genußreichen Abend zu verschaffen. Zur regen Theilnahme ladet höflichst ein

Der Vorstand.

Karten für Fremde können beim Vorstand, sowie auch Sonntag Nachmittag von 1 bis 4 Uhr bei Herrn Kleining, Wirth in der Neuengasse in Empfang genommen werden. Anfang 8 Uhr.

Goldener Hirsch

an der Lauferstraße.

Morgen Sonntag den 4. Februar

Gesangs-Unterhaltung von Herrn Fischer,

mit mehreren neuen Piecen, wozu ergebenst einladet

Sturm.

Schießhaus in Wöhrd.

Heute Samstag »Metzelsuppe,« wobei sich das »Kleeblatt« produzirt, hiezu ladet höflichst ein

Dohm.

Rohlederers-Garten.

Sonntag den 4. Februar Tanzmusik.

L. Furkel.

Einladung.

Montag den 5. Februar findet großer abonnirter Masken-Ball im Bamberger Hof statt, wozu Unterzeichneter höflichst einladet. Karten hiezu sind bis zum Balltage Mittag zu haben in L. No. 643.

H. Hägerich.

Schießhaus St. Johannis.

Morgen Sonntag findet die gewöhnliche Tanzmusik statt. Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein

Kellermann.

Prater.

Sonntag den 4. Februar

Gesang-Unterhaltung

von dem steyerischen Sänger

C. Fischer und Nannerl.

Einladung.

Sonntag den 4. Februar findet zu Röthenbach bei Schweinau Tanzmusik statt. Wozu ergebenst einladet

Peter Mulzer.

Gasthaus St. Peter.

Sonntag den 4. Februar findet Tanzmusik statt, wozu ergebenst einladet

Kaiser.

Industrie- und Kultur-Verein.

Sonntag, den 4. Februar

musikalische Unterhaltung.

Anfang vier Uhr.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Sonntag Nachmittag Produktion vom

Kleeblatt,

immer mit abwechselnd neuen Vorträgen, wozu ergebenst einladet

Neubauer.

☞ Heute Samstag ist Metzelsuppe.

Das Kleeblatt

produzirt sich Sonntag Abends 8 Uhr bei Unterzeichnetem auf dem Paulerplatz, wozu ergebenst einladet

Neuff.

Masken-Anzüge

für Frauenzimmer sind in der breiten Gasse Nr. 507 über zwei Stiegen sehr billig zu verleihen.

(Zugelaufen.) Vergangenen Donnerstag Abends ist Jemand ein Schwein zugelaufen, und kann solches der rechtmäßige Eigenthümer gegen Ersatz der Einrückungsgebühren und des Futtergeldes in L. Nro. 982 Entenhof in Empfang nehmen

(Anzeige.) Die Antiquariats-Buchhandlung von G. Selzinger befindet sich von heute an in der Weißgerbergasse S. Nro. 198.

(Zu beziehen.) In L. Nro. 513 der breiten Gasse ist eine Wohnung, bestehend aus 2 heizbaren Zimmern, 2 Kammern, Küche und Boden, täglich oder bis Ziel Walburgi zu beziehen.

(Gesuch.) Ein junger Mann, der schon mehrere Jahre bei hohen Herrschaften als Diener konditionirte und mit den besten Zeugnissen versehen ist, wünscht in gleicher Eigenschaft, hier oder auswärts engagirt zu werden. Gefällige Anfragen beliebe man unter Chiffre F. K. in die Exped. d. Bl. zu senden.

(Kapital-Gesuch.) Es werden 2500 fl. auf ein gut ausgebautes Haus, und mit 3000 fl. der Brandversicherung einverleibt, sogleich zu entnehmen gesucht. Näheres in der Exped. ds. Bl.

Theater in Fürth.

Sonnabend den 3. Februar 1849. Zum Erstenmale. »Der artesische Brunnen.« Zauberposse mit Gesang in 4 Abtheilungen von G. Raeder.

Nach der Vorstellung geht ein Eisenbahnzug nach Nürnberg zurück.

Freiblatt München

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 4. Februar 1849. № 35. Sonntag: Veronica.

V An die Protestanten.

In Ansbach ist gegenwärtig eine Generalsynode versammelt, muthmaßlich, um die längst nothwendigen Veränderungen und Verbesserungen der protestantischen Kirche in Bayern und ihrer zum Theil veralteten und irrthümlichen Lehrsätze zu berathen. Die Synode ist zur Hälfte aus Geistlichen, zur andern Hälfte aus Weltlichen zusammen gesetzt. Die Geistlichen haben in der Regel ihre Dekane, oder sonst tüchtige Vertreter ihrer Interessen gewählt, die Weltlichen haben, durch die Politik in vollen Anspruch genommen, meist ziemlich gleichgültig und mit geringer Betheiligung — häufig blos nach dem Willen ihrer Pfarrer — den weltlichen Abgeordneten gewählt. Nun ist aber die Zahl der protestantischen Geistlichen in Bayern diesseits des Rheins nicht anderthalb Tausend, die der Weltlichen, welche doch eigentlich die Kirche bilden, über anderthalb Millionen, beide Parteien aber — so darf man sie der Erfahrung gemäß wohl nennen — in der Synode ganz gleich vertreten. Es leuchtet demnach ein, daß es ein höchst komischer Einfall wäre, in einer derartig zusammengesetzten Versammlung eine Repräsentation des Protestantismus erblicken, oder ihr gar beschließende Gewalt einräumen zu wollen. Sie wird sich dieß auch nicht anmassen, sie wird, ihre ungeeignete und originelle Beschaffenheit einsehend, ihre Berathungen über die materiellen Verhältnisse der Geistlichen hinaus hoffentlich nicht erstrecken. Sollte dies indeß wieder Erwarten doch geschehen, so ergeht an alle selbstdenkende Protestanten die Aufforderung, »daß in allen protestantischen Orten Bayerns einzelne Männer von bewährtem Charakter und ausdauerndem Muthe sich der Sache annehmen möchten, daß dieselben gleichgesinnte Personen zu gewinnen suchen, dann mit ihnen sich jedem mit den Anforderungen der Zeit und dem Geist des Protestantismus unverträglichen Beschluß energisch und beharrlich auf jede erlaubte Art widersetzen, und dadurch die Ausführung so lange verhindern möchten, bis eine allgemeine deutsche protestantische Kirchenversammlung die Verhältnisse und Reformen der Kirche ordnet und durchführt.«

Feuchtwangen im Jahre 1849.

Deutschland.

Bayern. (München, 2. Febr.) Der Forstkommissär I. Klasse in Ansbach, Ed. Frhr. v. Crailsheim, wurde zum Forstmeister auf das erledigte Forstamt Laurenzi in Nürnberg, und an dessen Stelle zum Forstkommissär I. Klasse in Ansbach der Forstkommissär II. Klasse daselbst L. Frhr. v. Godin ernannt; der Oberrechnungsrath W. v. Hornberg zum Regierungsfinanzdirektor in Ansbach befördert; der Rechnungsrath A. Melzl in den Ruhestand, und an dessen Stelle der Regierungsfinanzrath J. May in Ansbach versetzt. Der Regierungsrath der Regierung K. d. J. in Speyer A. Heinz ward zum Ministerialrath im Staatsministerium des Innern ernannt.

(München, 1. Febr.) Der bisherige österreichische Geschäftsträger am hiesigen Hof, Baron v. Brenner, ist von hier nach Olmütz abgereist, wird aber dem Vernehmen nach alsbald von dort mit einer Sendung von längerer Dauer nach Oberitalien abgehen. Gestern passirte ein k. k. österreichischer Kabinetskurier hier durch nach Frankfurt. (N. M. Z.)

Finanzgesetzentwurf für VI. Finanzperiode, und zwar vorerst für die zwei ersten Jahre desselben 1849/50 und 1850/51. Se. Maj. der König haben auf den Antrag allerhöchst Ihres Staatsministeriums der Finanzen, nach Vernehmung des Staatsrath mit dem Beirathe und soviel die Erhebung der direkten und die Veränderung der indirekten Steuern, dann die Festsetzung der Maximalbeiträge der Tarife für den Transport auf den Staats-Eisenbahnen, und mittelst der Dampfschifffahrt auf der Donau anlangt, die Zustimmung der Kammer der Reichsräthe und der Kammer d. Abg. über Staatseinnahmen und Staatsausgaben für die nächste VI. Finanzperiode und zwar vorerst für die ersten zwei Jahre derselben, sohin für den Zeitraum vom 1. Okt. 1849 bis letzten Sept. 1851 beschlossen und verordnen, wie folgt: Das Budget, welches in Rücksicht der gegenwärtigen außergewöhnlichen Verhältnisse und momentanen gesteigerten Anforderungen an die Staatskasse, wie eben erwähnt, anstatt für die ganze nach den Bestimmungen der Verfassungsurkunde Tit. VII, §. 5 und 7 und des Gesetzes vom 15. April 1840 die Abänderung des §. 6. dieses Titels betreffend, anzunehmende sechsjährige Periode 1849/55, vorläufig nur für die beiden ersten Jahre derselben 1849/50 und 1850/51 maßgebend erklärt wird, zerfällt in ein ordentliches und ein außerordentliches, wovon ersteres die regelmäßig fortlaufenden Einnahmen und Ausgaben enthält, letzteres für die minder ständigen und mitunter nur vorübergehenden Bedürfnisse und Ausgaben und deren Deckungsmittel bestimmt ist. A. Ordentliches Budget. Titel I. Bestand der Vorjahre. §. 1. Die durch den Landtagsabschied vom 25. Aug. 1843 Abschnitt II. §. 11 getroffene Anordnung, wonach die Einnahmen und Ausgaben auf den Bestand der IV. Finanzperiode et retro unter diesem Kollektivtitel für sich vereinigt vorzutragen sind, hat auch in der VI. Finanzperiode fortzubestehen, bis die auf die Ueberschüsse dieser Periode hingewiesenen Verwendungen vollständig realisirt und rechnungsmäßig bereinigt seyn werden. §. 2. In gleicher Weise ist die bisherige gesonderte Behandlung der Einnahmen und Ausgaben auf den Bestand der V. Finanzper. beizubehalten. Aus den bis zum Schlusse dieser Periode sich ergebenden Erübrigungen resp. Mehreinnahmen derselben sind vor Allem die sämmtlichen dieser Periode noch angehörigen Ausgaben und Leistungen zu bestreiten. Der hiernach noch übrig bleibende verwendbare Bestand ist in dem Betrage, welchen die Rechnung pro 1848/49 nachweisen wird, für die Dotation des außerordentlichen Budgets zur theilweisen Deckung der darauf hingewiesenen Ausgaben bestimmt. §. 3. Die Summe von 300,000 fl., welche zufolge des Landtags-Abschiedes vom 25. August 1843, Abschnitt II. Lit. B. §. 10 der V. Finanzperiode zur Deckung des in dem ersten Jahre sich ergebenden Entganges an Ausständen zugewiesen worden ist, geht zu gleichem Behufe auf die VI Finanzperiode über, wogegen am Schlusse dieser Periode ein gleicher Betrag für den Dienst der nächstfolgenden Periode verfügbar zu stellen ist. Tit. II. Festsetzung der Staatsausgaben. §. 4. Die sämmtlichen ordentlichen Staatsausgaben für den laufenden Dienst der Periode sind auf die jährliche Durchschnittssumme von 32,903,262 fl. festgesetzt. Vorgriffe auf diese Durchschnittssumme für Rechnung nachfolgender Jahre finden nicht statt. §. 5. Die besondere Verwendung und die für die einzelnen Staatsministerien und Staatsanstalten bestimmten Etatssummen enthält die Beilage Lit. A. Die Etats sind in der Regel unüberschreitbar. Jeder Staatsminister ist dafür verantwortlich, daß die für seinen Geschäftskreis festgesetzten Summen zu den bestimmten Zwecken verwendet werden; er hat die Etats seines Ministeriums und der demselben untergebenen Staatsanstalten und Stellen zu vertreten, und für unvermeidliche Mehrausgaben die nachträgliche Genehmigung zu erwirken. §. 6. Zur Deckung des Bedarfs der Staatsschuldentilgungs-Anstalt werden bestimmt, und zwar 1) für die Zinskassa: a. der schon von jeher dieser Anstalt überlassene Malzaufschlag mit dem veranschlägigen Reinertrage zu 5,327,062 fl.; b. wegen der Verzinsung des durch das Gesetz vom 12. Mai 1848 zur Aufnahme im Wege der freiwilligen Subskription genehmigten Anlehens ein Zuschuß von der k. Centralstaatskasse mit jährlichen 350,000 aus den im Art. III. des obigen Gesetzes bezeichneten Staatsgefällen. 2) Für die Tilgungskasse. a. Der für die alte Schuld, excl. der Sparkassenkapitalien bestimmte Tilgungsfond von $^1/_2$% in der bisherigen Aversalsumme von jährlichen 880,000 fl., welcher, in so weit er nicht aus dem Ueberschusse der Zinskasse gedeckt ist, durch Zuschüsse der k. Centralstaatskasse aus den schon in den Gesetzen vom 11. September 1825 und 28. Dezember 1831 bestimmten Staatsgefällen ergänzt werden soll; b. eine Dotations-Vermehrung wegen der Entschädigungsleistung für die eingelösten Gerichtsbarkeiten durch einen auf jährliche 26,000 fl. veranschlagten Zuschuß der Staatskassa aus den Taxgefällen nach Art. 15 des Gesetzes vom 28. Dezember 1831. 3) Für die Pensions-Amortisations-Kassa. Die in den Gesetzen vom 28. Dezember 1831 und 11. September 1825 hiezu bestimmte bisher geleistete Summe von 2,700,000 fl., welche aus den dortselbst genannten Staatsgefällen erhoben, und nöthigenfalls von der k. Centralstaats-Kasse ergänzt wird. (Fortsetzung folgt.)

§ (Bayreuth, 1. Februar.) [Märzerrungenschaften.] Seit den, Gott sey bei uns! von und zu Abel'schen Zeiten hatten wir hier einen durch landständische „Ja-Rechte" wohl erworbenen »ausschließlichen Bock.« In Folge des Reskripts aus dem Staatsministerium des Innern vom 19. Dezember vorigen Jahres ist aber neben dem bisher privilegirten ein „demokratischer Bock" entstanden, der ganz in's Blut des Volkes einzudringen scheint, obgleich letzterem jene widerliche Süße, mit der sein Stiefbruder die Mäuler bestreicht, und jene stolze, spirituöse Haltung nicht eigen ist. — Diese gnädige Bewilligung zeigt das Gute: daß die Regierung keinen Abgeordneten aus dem beim gegenwärtigen Landtag so zahlreich vertretenen Gewerbsstande durch Verleihung eines Bierzeichens sich verbindlich machen mag. Doch auch der Orden „des deutschen Michels" ist in seinen Notirungen gewichen; denn vor Eröffnung der Kammern haben wir von Bayerns größtem Wechselplatze, Augsburg, gleich vornherein gelesen, daß er nicht mehr mit Agio bezahlt wird.

Anhalt-Bernburg. (Bernburg, 28. Jan.) Der Plan, die gesammten anhaltinischen Lande zu einem einzigen Staate zu verschmelzen, war seiner Ausführung so weit entgegengereift, daß alle Hindernisse, welche von Seiten der regierenden Häuser vorher in den Weg gelegt worden, durch freiwillige Entsagung derselben entfernt waren. Während man sich nun den schönsten Hoffnungen hingeben zu dürfen glaubte, tritt Preussen mit einer Rechtsverwahrung dazwischen, die sich auf eine Testamentsbestimmung des verstorbenen Herzogs von Bernburg bezieht, durch welche der Prinzessin Friedrich von Preussen, seiner Tochter, die Erbschaft des Allodialvermögens ihres Bruders, des jetzigen Herzogs, zugesichert wird, im Falle sie ihn überleben sollte. Der König von Preussen erklärt nun (obwohl der Herzog noch lebt), daß er in eine Veränderung der Regierung in Bernburg nicht eher willigen könne, als bis das Allodialvermögen des Herzogs vom Staatsgute getrennt und somit die Rechte der Prinzessin Friedrich gewahrt seyen. (L. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 31. Jan.) Die preussische Note bildet noch fortwährend den vorherrschenden Gegenstand der Besprechung und Unterhaltung. Jede Partei bemüht sich, dieselbe zu ihren Gunsten zu deuten. Welchen Einfluß sie auf die fernere Berathung des Verfassungswerkes ausüben wird, läßt sich vorläufig noch nicht beurtheilen; wie verlautet, haben mehrere Bevollmächtigte sich dahin vernehmen lassen, daß eine Rückäußerung ihrer Regierungen in sehr kurzer Frist nicht zu erwarten stehe, mithin dürfte es noch geraume Zeit währen, bevor über die Art und Weise, wie die Verständigung erfolgen soll, über ein zu dem Ende zu schaffendes gemeinschaftliches Organ, worüber gleichfalls die Verhandlungen schweben, eine Uebereinstimmung herbeigeführt wird. In letzterer Hinsicht soll, wie man uns aus glaubhafter Quelle mittheilt, der österreichische Bevollmächtigte einen Vorschlag gemacht haben, welcher auf der bisherigen Militärorganisation des Bundesvertrages fußt, derartig, daß sich die über das Verfassungswerk abzugebenden Stimmen der Einzelstaaten nach der Zahl der Armeekorps bestimmen, welche dieselben, sey es in Gemeinschaft mit andern, oder für sich allein zu stellen gehabt. Schwerlich aber dürfte ein solcher Plan weder von Seiten der solchergestalt zu einer Stimme vereinigten Einzelstaaten, unter denen alsbald [illegible]

eine besondere Verständigung über ihr Stimmenverhältniß stattfinden müßte, noch von Seiten der Reichsversammlung, welche gerade bei den auf diese Weise beeinträchtigten kleineren Staaten auf die unbedingteste Zustimmung zu der Verfassung zu rechnen hat, Billigung finden. Derartige, in Folge der preussischen Note herbeigeführte „Verständigungsvorschläge“ haben hin und wieder die Befürchtung laut werden lassen, daß die fernere Berathung der Verfassung ihretwegen eine zweckwidrige Verzögerung erleiden möge. Wir können versichern, daß diese Befürchtungen ungegründet sind, und das Verfassungswerk in gewohnter Weise seinen Fortgang nehmen wird. Die Reichsversammlung beabsichtigt, sobald der Verfassungsausschuß, wozu derselbe allerdings noch einiger Zeit bedarf, die zweite Lesung vorbereitet haben wird, sofort damit zu beginnen; bis dahin wird sie an dem bereits fertigen Entwurfe über das Wahlgesetz und dem Berichte des völkerrechtlichen Ausschusses über die Posener Demarkationslinie hinreichenden Stoff zur Berathung haben. (Frkf. O.-P.-Z.)

** (Frankfurt, den 1. Februar.) [162. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Stöcker von Langenfeld tritt aus der Versammlung, Lammers von Erlangen für denselben ein. Ein Antrag über die Aufhebung der Ausnahmszustände in Berlin und der Umgegend, so weit dadurch die Grundrechte beschränkt werden, geht an den betreffenden Ausschuß zur Berichterstattung. Hierauf Fortsetzung der Berathung des Verfassungsentwurfs, Abschnitt „Gewähr der Verfassung“ Art. III. §. 6 lautet nach dem Majoritätserachten: „Abänderungen in der Reichsverfassung können nur durch einen Beschluß beider Häuser und mit Zustimmung des Reichsoberhauptes erfolgen. Zu einem solchen Beschlusse bedarf es in jedem der beiden Häuser: 1) der Anwesenheit von wenigstens zwei Dritteln der Mitglieder; 2) zweier Abstimmungen, zwischen welchen ein Zeitraum von wenigstens acht Tagen liegen muß; 3) einer Stimmenmehrheit von wenigstens zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder bei jeder der beiden Abstimmungen.“

Bedingtes oder unbedingtes Veto des Reichsoberhauptes? Das ist die Frage hier und nach einer unerquicklichen Debatte wird der § angenommen, wie er oben angeführt ist. Der § 7 spricht von Aufhebung einzelner Bestimmungen der Grundrechte im Falle eines Krieges oder Aufruhrs. Ein Theil der Abgeordneten will den Reichsgewalten in diesem Falle die erweitertsten Befugnisse zugewiesen wissen. Vogt von Gießen ist natürlich dagegen. Selbst das französische Verfahren, sagt er, gestatte nur den Belagerungszustand in Festungen und nur, weil Paris eine Festung sey, sey dort die Aufhebung der Gesetze möglich. In der Schweiz sey sogar der ganze Sonderbundskrieg durchgeführt worden, ohne Beschränkung der Preßfreiheit und anderer Rechte; auch in Amerika kämen Ausnahmsmaßregeln, wie sie § 7 wolle, nicht vor. In Wien, Berlin und andern Orten regiere die Minderheit statt der Mehrheit und dieser Minderheit dürfe man nicht auch noch außerordentliche Zwangsmaßregeln gestatten. Als der Redner vom „Recht der rettenden That“, wie es in Preussen geübt worden, sprach, wurde er von der rechten Seite des Hauses tumultuarisch unterbrochen.

Vogt fährt aber nach dem Tosen ruhig fort: Auch jetzt werde man vielleicht wieder sagen: das sey keine Frage der Freiheit, sondern der Macht. Nur daß man dabei die Gewalt nach außen verwechselt mit der Gewaltthätigkeit nach innen. So lange Napoleon ein bloßer Konsul der französischen Republik war, befand sich sein Stern im Aufsteigen. Er sank, nachdem aus dem Konsul ein unumschränkter Kaiser geworden. Aber was uns hier als Macht geschildert wird — wir brauchen es gar nicht. Wir wollen nicht erobern und die Kraft, unsere Freiheit zu schützen, wird uns nicht fehlen. Der Minderheitsantrag unter Nr. 2 muthet uns den Erlaß eines unerhörten Blutgesetzes zu. Trauen wir den Regierungen nicht, sie werden alle ihre Mittel nur gebrauchen, um ihre Macht zu vergrößern und die Freiheit zu unterdrücken. Vincke, im entgegengesetzten Sinne, schließt mit dem Satze, daß von den oft angegriffenen Professoren dieser Versammlung wenigstens Geschichte gelernt werden könne. Die Versammlung ruft nach Schluß, dem Berichterstatter wird das Wort gewährt, das er aber erst in der nächsten Sitzung, Samstag den 3. Febr. erhalten kann, wo die Abstimmung über § 7 und die neue Präsidentenwahl vorgenommen werden sollen.

Hessen. (Hofgeismar, 28. Jan.) In unserer ruhigen Stadt ist es seit einigen Tagen ziemlich tumultuarisch hergegangen. Die kurhessische Garde du Corps, die in der hessischen Märzrevolution und kurz darauf die zweideutige Rolle spielte, in Folge deren ihr der Proceß gemacht und sie hierher verlegt wurde, war die Veranlassung. Daß zwischen diesem volksfeindlichen Militär und der hiesigen Bevölkerung von vornherein eine Bitterkeit herrschte, ließ sich denken, zum Ausdruch kam sie am 21. dieses Monats. Die Bevölkerung Hofgeismars feierte das Fest der Grundrechte in einfacher, schöner Weise, die Soldaten suchten Streit mit den Bürgern, es gelang, und es gab wirklich eine Art Straßenkrawall, bei dem Blut floß und mehrere Bürger arg verstümmelt wurden. Die Sache wurde pr. Estaffette nach Kassel berichtet, aber es war noch keine Antwort erfolgt, als wir heute Abend mit dem Rufe: Feuer! geschreckt wurden. Die prächtige Husarenkaserne brennt an allen vier Seiten. Wer der Anstifter ist, ist bis jetzt nicht zu sagen. Jetzt beim Abgang der Post (12 Uhr Nachts) steht die Kaserne noch in vollen Flammen; Hofgeismar und die Umgegend ist in bedenklicher Aufregung. (Z. f. N.)

Oesterreich. (Wien, 28. Jan.) Es ist nun gewiß, daß unsre Armee auf den Stand von 600,000 Mann gebracht werden wird. Nebst der Errichtung der 6. Infanteriebataillone wird eine bedeutende Zahl neuer Jägerbataillone aufgestellt. Die Rekrutenaushebung wird im nächsten Monat beginnen. (A. A. Z.)

(Prag, den 30. Jannar.) Es wird uns von einem großen Brandunglück gemeldet. Am 24. brach in dem zwei Stunden von Kaplitz entfernten Marktflecken Beneschau, im budweiser Kreise, in dem Hause eines Tischlers Feuer aus, und binnen kurzem lagen 84 Häuser, die Kirche, Schule und das Ratthaus in Asche. Zu allem Unglück wüthete ein solcher Sturmwind, daß an eine Hilfeleistung gar nicht zu denken war. Hunderte von Menschen sind obdachlos und zu Bettlern geworden; möge man nicht säumen, den Unglücklichen so bald als möglich Hilfe zu bringen! (C. Bl. a. B.)

(Von der österreichischen Grenze, den 29. Januar.) Ein Privatbrief aus Pesth, datirt vom 23. d. Mts., meldet, daß sich zu Debreczin noch 106 Kossuthisch gesinnte Reichstagsablegaten befinden, aber keine Sitzungen halten, während der Landesvertheidigungsausschuß seine Funktionen im Geiste Kossuth's fortsetzt. Alle Magazine und Vorräthe, die Pressen und Cassen waren nach Großwardein abgeführt worden. Durch diese Angaben dürften die optimistischen Berichte der Beilage zur Wiener Abendzeitung, so wie einiger schlesischer Blätter auf ihr richtiges Maß zurückgeführt werden. Aus einer von Kossuth am 6. Januar erlassenen Proklamation theilen wir folgende interessante Stelle mit: „Ich sah euch, heldenmüthige Heiduken, deren Brust so überreich ist an ruhmgekrönnten Erinnerungen; ich sah euch, deren Ahnen das Banner Bocskay's geschwungen, euch, die die Freiheit mit ihrem Blute errungen; euch, die ihr euch rühmen könnt, daß aus der Saat eures vergossenen Blutes der Segen der Religion und der politischen Freiheit hervorgeblüht ist für das ganze Vaterland. Euer Beruf ist es auch jetzt, eurem Vaterlande jene Freiheit zu erhalten, welche eure Ahnen ihm erworben; eure Aufgabe ist es, euch gegen die Geißeln der Sklaverei zu erheben und, so lange noch ein Heiduk athmet, nicht zu dulden, daß fremde Tyrannei das Land Ungarn besitze. Für unsern Sieg haftet die makellose urwüchsige magyarische Natur die unteren Gegenden, ihre durch und durch magyarische Hauptstadt, das begeisterte Debreczin, welches Gott dazu auserkoren hat, um in dessen Schooße einen festen Tempel unserer Freiheit zu erbauen.“ Ungeachtet der strengen Mahnung des Fürsten von Windischgrätz sind bis jetzt nur auffallend wenige der geforderten Unterwerfungsadressen eingelaufen. Die amtliche Pesther Zeitung bringt deren nicht mehr als neun, darunter selbst einige von ganz unerheblichen Ortschaften. Die Nachricht von einer Debrecziner Adresse war daher bis jetzt voreilig. (Leipz. Z.)

Preussen. †*† (Berlin, den 31. Jannar.) Vor den Schranken unseres Kriminalgerichts wurde heute ein nicht uninteressanter Prozeß in der Schloßgitterangelegenheit verhandelt. Auf der Bank der Angeklagten saß der „Präsident des souveränen Lindenklubbs, Herr Müller.“ Der Staatsanwalt hatte die Anklage auf Aufruhrstiftung erhoben. Der Gerichtshof erkannte auf sechswöchentliche Freiheitsstrafe wegen unerlaubter Selbsthülfe, ein Erkenntniß, das durch die Motive, die ihm zu Grunde liegen, nicht ohne Bedeutung ist, und das jedenfalls den politischen Standpunkt des Gerichtshofes bezeichnet. Der Gerichtshof betrachtete nämlich den von dem Königlichen Oberhofmarschall gegebenen Befehl zur Einhängung der Gitter nicht als einen obrigkeitlichen, sondern als den eines Privatdieners Seiner Majestät, das Schloß selbst aber als ein Privatgebäude. — Dem Angeklagten stand der Advokat-Anwalt Volkmar als Vertheidiger zur Seite. Für unsere Rechtspflege dürfen bezeichnend seyn, daß die Untersuchungshaft wegen des nur mit 6 Wochen bedrohten Verbrechens etwa 10 Wochen gedauert hat. —

Schleswig-Holstein. (Schleswig, 26. Jan.) Heute Morgen wurden die gefangenen Freischärler, welche in der bekannten Affaire bei Bröns unser Militär angegriffen, eingebracht; sie werden hier in Verwahrsam kommen und durch eine obergerichtliche Kommission die Untersuchung gegen sie eingeleitet werden. Es waren 22, noch meist junge Bursche; mehrere von ihnen zeigten leichte Verwundungen, und ihr ganzes Aussehen war bei ihrer Niedergeschlagenheit und Haltlosigkeit von der traurigsten Art. Der Anführer der Freischaaren soll an seinen Wunden gestorben seyn. (Alt. M.)

Frankreich.

† (Paris, 30. Jan.) Paris ist vollkommen ruhig. Der gesammte militärische Troß, mittels welchem man die demokratische Partei in die Pfanne zu hauen gedachte, ist wieder verschwunden: Paris hat seine gewöhnliche Physiognomie an diesem Morgen. Wir können den 29. Januar mit vollem Recht nennen: la journée des dupes.

Die Nationalversammlung endigte gestern Abend so spät, daß wir das Resultat nicht mittheilen konnten. Der Namensruf mit Kugelabstimmung konstatirte die Theilnahme von 821 Gliedern, von denen 405 für die Grevy'schen Conclusionen, d. h. unbedingte Verwerfung aller Auflösungsanträge stimmten, aber 416 dagegen.

Das Journal des Debats sagt zu diesem Votum: „... Die Ausschuß-Conclusionen sind mit einer Majorität von 11 Stimmen verworfen worden. Aber das bezeichnet noch nicht, daß die Rateausche Proposition angenommen wäre. Wir glauben selbst, um aufrichtig zu sprechen, daß sie verworfen worden wäre, wenn sie ganz allein stände. Das Votum bezeichnet also nur, daß sich über die drei anderen Propositionen sowie über die Amendements, die dazu gestellt werden dürften, eine zweite Deliberation eröffnen werde. Die Kammer hat nur die unbedingten und schneidenden Conclusionen des Rapports verworfen; sie behält sich eine neue Prüfung vor. Ihr Votum hat keine andere Bedeutung. Indessen ist es ein Beweis (und wir sind glücklich, ihn hervorzuheben), daß sie geneigt sey, ihrem Mandate eine Gränze zu setzen.“

Als gestern Abend 8½ Uhr Marrast das Stimmresultat verkündete, klatschten viele Deputirte der Rechten in die Hände. Die äusserste Linke rief ihnen zu: Nieder mit den Royalisten! Eine Stimme von der Journalistenbühne ergänzte C'est la Convention!

[Proklamation des Ministers des Innern.] Bürger von Paris! Wir haben die Bürgerwehr unter die Waffen gerufen. Dies geschah zur Vertheidigung der gesellschaftlichen Ordnung, welche noch einmal von denselben Feinden bedroht war, die sie in den Junitagen angriffen. Die Pläne dieser Menschen haben sich noch nicht geändert. Was sie wollen, das ist: zu jedem Preise die Etablirung einer geregelten und honetten Regierung zu hindern. Was sie bedürfen, das ist: fortwährende Agitation, Anarchie, Zerstörung des Eigenthums, Umsturz aller Prinzipien. Den Despotismus der Minoritäten hoffen sie zu gründen, indem sie wie ein Privilegium das gemeinschaftliche Eigenthum, den heiligen Namen der Republik usurpiren. Um die Widerspenstigkeit gegen die Gesetze zu färben, sagen sie, daß wir die Verfassung verletzt haben und daß wir die republikanische Regierung zerstören wollen. Das ist eine verächtliche Verleumdung. Die Republik hat keine festere Stützen, als diejenigen, welche sie gegen die ultrarevolutionären Exzesse zu bewahren suchen, mit denen man diese Regierungsform nur zu sehr verwechselte. Was die Verfassung betrifft, so hat der Herr Präsident der Republik geschworen, sie zu respektiren und respektiren zu lassen: er wird seinen Schwur halten. Seine Minister haben eine Vergangenheit, welche Niemandem das Recht gibt, ihre Intentionen zu verdächtigen und sie können keine größere Probe ihrer Anhänglichkeit an die republikanischen Staatseinrichtungen geben, als die Energie, mit welcher sie entschlossen sind, jede Ruhestörung zu unterdrücken, von welcher Proportion sie auch immer seyn möge! Bewohner von Paris, es genügt nicht, daß die Gesellschaft stark sey; sie muß auch ihre Stärke zeigen. Ruhe und Sicherheit sind zu diesem Preise. Mögen darum alle guten Bürger die Regierung in Unterdrückung der Unordnung unterstützen, welche auf öffentlichem Platze entstehen könnte. Die Republik, die Gesellschaft selbst, die ewigen Grundlagen der Regierungsgewalt sind es, welche die Perturbatoren in Frage stellen. Der Sieg der Ordnung muß entscheidend und unwiderruflich

seyn. Möge also Jeder seine Pflicht thun; die Regierung wird die ihrige nicht versäumen. — Paris, den 29. Jan. 1849. Der Minister des Innern. (gez.) Leon Faucher.

Peuple erläßt an der Spitze seiner Nummer eine Proklamation an die Republikaner, worin er ihnen für die edele Haltung am gestrigen Tage dankt. »Künftig ist der Bürgerkrieg unmöglich! Ihr sehet ein, daß Ihr, wenn Ihr losgeschlagen hättet, nur der Reaktion in die Hände gearbeitet haben würdet. Das Volk marschire stets mit seinen Vertretern Hand in Hand und es wird Alles durchsetzen. Neulich zählte die Demokratie nur 258, heute zählt sie schon 405... Verlasset nicht wieder Euere Werkstätten, bis wir Euch rufen. Lasset Militär und Bürgerwehr, Mouchards und Polizei allein spazieren gehen und geht nicht auf die Strasse... Die eigentliche Frage lag nicht im Rateauschen Antrage, sondern in einem Staatsstreiche... Wohlan der Sieg, den sich das Ministerium auf der Straße versprach, kommt Euch zu Gute; Ihr habt ihn Euch auf Eure feste Haltung angeeignet. Wie dürftig ist der Lohn des Kabinets? Eine Majorität von sechs Stimmen! Paris 30. Jan. 1849. (Unterschriften der Red.)

Das Ministerium wird in jedem Falle sehr bald gewechselt. Als Bonaparte gestern um 2 Uhr Nachmittag die Truppen auf dem Concordienplatz und einen kleinen Theil der westlichen Boulevards zu Pferde besuchte, rief ihm das Volk zu: Es lebe die Republik! Es lebe die Amnestie! Weg mit Changarnier! Wir wollen andere Minister 2c.! »Ihr sollet sie haben! antwortete der Präsident auf dem Pferde und ritt rasch weiter. (Liberté.)

Marrast versuchte gestern seinen Liebling Lamoricière an die Stelle Changarnier's zu schmuggeln, fiel aber mit seinem Vorschlage bei Bonaparte durch. Uebrigens versprach ihm Bonaparte einige neue Portefeuilles ... in nächster Zukunft.

Thomas ist noch nicht todt, sondern auf dem Wege der Besserung.

Gegen 2 Uhr sollen gestern bei hellem Tage einige verkleidete Polizeispionen an dem Place de Châtelet wirklich das Pflaster aufzureißen und eine Barrikade zu bauen vorgeschlagen haben. Aber die Arbeiter selbst jagten sie zum Teufel. Kein Mensch sah sie wieder. Sonst melden die Journale zahlreiche Verhaftungen.

Aus Toulon erhalten wir eben die Blätter vom 25. Jan. Die Flotille liegt vernachlässigt im Hafen; einige Fahrzeuge sind abgelöst und von »Expedition« ist keine Rede mehr.

[National-Versammlung. Sitzung vom 30. Januar.] Aller militärischer Lärm ist verschwunden; Vicepräsident Billaut eröffnet ein 1¼ Uhr die Sitzung. Das gestrige Protokoll wird verlesen. Molé überreicht einen neuen Stoß von Bittschriften für die Auflösung der National-Versammlung. Kerdrel thut desgleichen. Degeorge überreicht drei Petitionen gegen die Auflösung. Ihm folgt eine lange Reihe von Abgeordneten mit ähnlichen Petitionen. Jeder will dabei sprechen. Stimmen links: Deponirt! Keine Exekutionen! (Lärmen zur Rechten.) Sarrans verlangt das Wort vor der Tagesordnung zu Interpellationen an den Minister des Innern. Forestier, Oberst der 6. Legion, beginnt; er sey gestern im Mairieamte verhaftet worden, angeblich, weil er einen Brief an Marrast, Präsidenten der Nationalsammlung, gerichtet habe, in welchem er ihm die 6. Legion zum Schutz der Nationalversammlung anbot und ihm den Vorschlag machte, mit der ganzen Linken die Sitzung in das Rue St. Martin gelegene Kunst- und Gewerbekonservatorium zu verlegen, falls man das bisherige Gebäude stürmen sollte. Ich frage den Minister, ob Forestier aus diesen Gründen, von ihm arretirt wurde? Stimmen: Changarnier ließ ihn verhaften? Sarrans: Wäre das etwa ein Verbrechen, sich zum Schutze der National-Versammlung zu stellen? Eine zweite Veranlassung, warum ich den Minister interpellire, liegt in dem Gerücht, daß Changarnier einen unziemlichen Brief an Marrast richtete, um ihm das unerhörte Truppenaufgebot anzuzeigen. Ich verlange, daß dieser Brief auf den Tisch gelegt werde. Einen dritten Grund, weshalb ich den Minister interpellire, fand ich in der Proklamation, die Faucher an die Pariser richtete und worin er von Conspiration spricht. Ja, es herrschte Verschwörung, aber gegen die Republik.... ich verlange eine parlamentarische Untersuchung über diese Thatsachen. (Ja! Ja!) Faucher, Minister: Zwei Punkte verdienen Widerlegung: 1) Changarnier soll einen unehrerbietigen Brief an den Präsidenten Marrast geschrieben haben. Ist dieser Brief wirklich unehrbietig, so glaube ich, ist Hr. Marrast ein zu eifersüchtiger Wächter der Ehre seines Amtes, um eines Fürsprechers zu bedürfen. Warum klagte Marrast nicht selbst, er schwieg aber. 2) Forestier wäre sicher nicht verhaftet worden, wenn er nur jenen Brief geschrieben hätte. Aber es liegt gegen ihn eine Anklage auf Truppenverführung vor; es ist eine gerichtliche Untersuchung gegen ihn eingeleitet; man wolle also ihrem Erfolg nicht vorgreifen. Was endlich 3) die Vorsichtsmaaßregeln, Proklamationen u. s. w. betrifft, so waren wir von Komplotten unterrichtet. Geheime Gesellschaften warteten nur auf das Zeichen zum Losbruch. (Oh! Oh!) Es sind mehr als 100 Personen verhaftet worden; die Untersuchungen werden das Nähere herausstellen. (Ah!) Wären wir überrascht worden, wie sehr würde man das Kabinet getadelt haben. (Unterbrechung. Lärm.) Marrast (tiefe Stille.): Ich besteige die Bühne, um gegen die Behauptung zu protestiren, daß Changarnier einen unziemlichen Brief an mich geschrieben. Hier ist derselbe. (Marrast liest ihn vor.) Was Forestier betrifft, so hat der Brief, den er an mich richtete, seine Haft nicht hervorgerufen. (Marrast liest auch diesen Brief vor.) Bac (vom Berge): Ich unterstütze den Antrag auf Untersuchung, die gestrige Kriegskomödie muß untersucht werden. Die Sache war offenbar vorher abgekartet. (Der Redner liest das Journal de la Gironde vor, das den ganzen Putsch vorher kündete. Lärm und Sausen.) Ferner sagt er, daß die Proklamation den Berg angreife. Maleville unterbricht ironisch: Ah bah! getroffen! Faucher erklärt, daß er das Journal de la Gironde nicht kenne. Hainard und Quinet erheben sich mächtig für Forestier und bieten sich als Kaution an. Flocon sagt energisch zur Rechten und zu den Ministern: Ihr habt einen Staatsstreich ausführen wollen. (Er tritt in Details. Zum Schluß! Zum Schluß!)

Nach zweimaliger Probe wird eine Raquete entschieden. (Große Agitation.) Die Versammlung geht zur Erbschafts-Goudchaux-schen Invention über. (4 Uhr.)

Schweiz.

Die neue Züricher Zeitung enthält folgendes Aktenstück über die weiland Metternichsche Politik. Wie Oesterreich die Handhabung der Neutralität gegenüber der Schweiz zur Zeit des Sonderbundes verstand, ist männiglich bekannt. Die Ehrlichkeit der Metternich'schen Politik bewährte sich sowohl in der Unterstützung der Rebellen, als in den Mitteln, die sie zu deren Verheimlichung anwandte. Mit Beziehung auf letzteres hat uns die letzte Nummer des „Zuger'schen Kantonsblattes" mit einem neuen merkwürdigen Belege bekannt gemacht. Es lohnt sich der Mühe, zur Vergrößerung des Ruhmes der Metternich'schen Ehrlichkeit beizutragen. Demnach wollen wir unsern Lesern die interessante Entdeckung des »Zuger'schen Kantonsblattes« nicht vorenthalten. Es ist zwar keine Goldgrube, die da entdeckt wurde, wohl aber eine Grube von Pfiffigkeit und Perfidie, vor der die wahre Ehrlichkeit zu warnen nicht überflüssig erscheint. Wie bekannt, hat der Sonderbund im Jahre 1847 eine Sendung von 3000 österreichischen Gewehren aus dem Arsenal von Mailand erhalten. Ob diese Gewehre geschenkt oder verkauft waren, wußte man nicht genau. Die jetzige Regierung von Zug, die von Hrn. Oberstlieutn. v. Reding-Biberegg angegangen wurde, die Transportspesen (300 Franken) für die 300 f. Z. dem Stande Zug abgelieferten Gewehre zu bezahlen, verlangte vorerst bei dem frühern Standeshaupte, sodann bei demselben Herren Oberstlieutenant Reding, der die Sendung besorgt hatte, Auskunft über die Art, wie diese 300 Gewehre in den Besitz des Standes Zug gekommen seyen. Niemand wollte etwas hievon wissen und alle Nachforschungen der jetzigen Zuger Regierung waren vergeblich. „Der Hochverrathsprozeß mußte nun aber endlich — schreibt das Zuger Kantonsblatt — dazu dienen, dem Herrn Reding aus der Verlegenheit zu helfen. In dem von der Regierung des Standes Luzern gestellten Auslieferungsbegehren der schwyzerischen Mitglieder des ehemaligen VIIörtigen Kriegsraths fand sich nämlich eine Berufung auf ein Aktenstück, welche über jene Waffenlieferung denjenigen Aufschluß gibt, den Herr Reding selbst zu ertheilen sich so sehr scheute. Die Regierung von Luzern bezog sich nämlich, um ihr Auslieferungsbegehren zu begründen, unter andern auch auf die Zuschriften des österreichischen Gesandten, Herrn v. Kaisersfeld, an den Kriegsrath der 7 katholischen Stände vom 8. Februar, und an dessen Präsidenten vom 25. April und 16. Juni 1847. „Im zweiten obigen Schreiben" — besagt nun das von der Kantonskanzlei Schwyz beglaubigte Aktenstück — „gibt Herr v. Kaisersfeld die Nachricht, daß der bewußte Unteroffizier, Escormotagni, alsbald seine Reise nach Luzern antreten werde, und im dritten Schreiben erklärt er: beauftragt zu seyn, die Mittheilung zu machen, daß Se. Majestät der Kaiser auf Ansuchen der Herren Meier und Müller den kleinen Kantonen ein Geschenk von 3000 Flinten aus den lombardischen Zeughäusern bewilligt habe, der Bezug dieser Waffen aber durch die Umstände und im Interesse der Kantone in der Form eines simulirten Kaufes zu bewerkstelligen geboten seyn dürfte!" Bis zu einem simulirten Kauf erniedrigte sich also die Metternich'sche Politik, um den Schein zu retten? So edel, wie ehrlich und neutral war ein solches Verfahren und würdig des Mannes, den gewisse Staatsmänner großer und kleiner Staaten bis zum 13. März 1848 als den größten Diplomaten des Jahrhunderts anzupreisen pflegten.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Freie christliche Gemeinde.

Morgen Sonntag früh 10 Uhr Gottesdienst im Katharinen-Saal, geleitet durch Prediger Bierdimpfl.

Nachmittags 3 Uhr Gemeinde-Versammlung ebendaselbst (Katharinensaal) wobei jedoch nur mit Karten versehene Mitglieder Zutritt haben, es werden deshalb die rückständigen Mitglieds-Karten Vormittags nach dem Gottesdienst zwischen 11 und 12 Uhr ausgetheilt.

Erklärung und Dank.

Um den vielseitigen Gerüchten wegen meines Abgehens von hiesiger Bühne vorzubeugen, erkläre ich hiemit, daß ich nach meinen abgespielten Gastrollen in Augsburg, wohin ich Urlaub erhalten, wieder nach Nürnberg zurückkehren werde. — Zugleich erlaube ich mir allen Freunden, die sich so liebevoll gegen mich bewiesen, zu sagen, daß Herr Hysel bei der Streitigkeit, die zwischen der Direktion und mir vorfiel, nicht im mindesten betheiligt war. Denn ich habe Herrn Hysel immer nur als Freund kennen lernen. Nochmals meinen herzlichsten Dank für Ihre unverdiente Güte. Auf baldiges Wiedersehen.

Luise Beil.

Erklärung.

In Nro. 10 des Zuschauers an der Pegnitz befindet sich auf der letzten Seite ein poetisches Flitterwerk unter dem Titel »letzter Wunsch.« dessen Verfasser sich das Ziel gesetzt, den Ruf eines ganz unbescholtenen Mädchens auf gemeine Art anzutasten. Wie man an den Federn den Raben erkennt, so schaut aus diesem Dichterlingsmischmasch der pauvre Dilettantismus des Verfassers heraus. Der liebe Mann thäte wirklich besser, die aus seinen vielen gestrandeten Carrieren geretteten wenigen geistigen Habseligkeiten auf andere Gegenstände, als auf elende Pasquille zu wenden, die ja doch nur in nicht erhörten Wünschen ihren Entstehungsgrund haben und den verschmähten Ritter (aber nicht sans peur und sans reproche) zum Fuchs in der Fabel umgestalten, der die zu hoch hängenden Trauben, weil er sie nicht bekommen konnte, zu sauer fand. Die Lebens- und Liebesabenteuer des Ritters böten Gelegenheit genug, ihm gegen die in seinem »letzten Wunsch« enthaltenen Er- und Andichtungen selbst geschaffene Wahrheiten entgegenzuhalten, wie man der eingebildeten Häßlichkeit stets den Spiegel vorhalten sollte, um sie von dieser Einbildung zu überzeugen, allein es mag dies auf künftige Fälle aufgehoben bleiben, wenn es ihn etwa wieder gelüsten sollte, Ausfälle gegen Leute zu wagen, die in keinerlei Beziehungen zu ihm treten wollen. Vorderhand sey dieß genug, nach der Hand mag er sich auf Nachdrücklicheres gefaßt machen.

Ein Freund des Rechts.

Liederkranz.

Den verehrten Mitgliedern diene hiemit zur vorläufigen Anzeige, dass

Montag den 12. ds. Mts.

Maskenkränzchen

stattfindet, bei welchem, ausser den Mitgliedern, nur wirkliche Fremde Zutritt haben können.

Der Vorstand.

SINGVEREIN.

Den verehrlichen Mitgliedern diene vorläufig zur Nachricht, daß Donnerstag den 15 Februar ein großes

Maskenkränzchen

stattfindet, daß aber hiezu nur Mitglieder und wirkliche Fremde Zutritt haben. Herren und Damen, welche nicht zur Familie gehören, können unter keiner Bedingung eingeführt werden.

Der Vorstand.

Stahl- und Moorschlammkugeln.

Bei Unterzeichnetem sind vom bekannten Stahlbad Kellberg bei Passau **Stahlkugeln**, zur Anfertigung von Eisen- oder Stahlbädern, und **Moorschlammkugeln**; zur Anfertigung von künstlichen Heilbädern gegen Gicht- und Rheumatismus, das Stück zu 2 kr. nebst Gebrauchs-Anweisung zu haben.

Briefe und Gelder erbitte mir franko.

G. C. Martini in Nürnberg,
Füll S. Nr. 407.

Billard.

Unterzeichneter macht hiemit seinen werthen Gästen so wie dem verehrten Publikum bekannt, daß er ein eignes Zimmer mit einem ausgezeichneten Billard eingerichtet hat und selbiges von heute Sonntag an eröffnen wird. Auch ist bei ihm täglich von früh 9 Uhr an warmes Gabelfrühstück, so wie den ganzen Tag über sehr guter Koffee, Punsch und Glühwein, auch andere gute Weine zu haben, so wie fortwährend ausgezeichnetes »Extra-Bier,« und bittet um gefälligen Besuch

Meisenbach
zum weißen Einhorn.

Berliner Pfannkuchen

sind heute, so wie jeden Sonntag vorräthig bei

Conditor G. Winter,
beim rothen Roß.

(Zu beziehen.) In L. Nr. 512 der breiten Gasse ist eine Wohnung, bestehend aus 2 heizbaren Zimmern, 2 Kammern, Küche und Boden, täglich oder bis Ziel Walburgi zu beziehen.

Albrecht-Dürer-Verein.

Bei der am 25. Januar 1849 abgehaltenen Generalversammlung hat sich bei der Neuwahl eines Gesammtausschusses, folgendes Resultat ergeben:

I. Direktor, Hr. Prof. Ritter Heideloff.
II. " " Maler v. Haller.
Cassier, Hr. Buchhändler Geiger.
I. Sekretair, Hr. Lithogr. Rothbart.

Ausschußmitglieder:

Herr Dr. Dietz, Professor. — Hr. Dr. Göschel. — Hr. F. Leuchs, Weinhändler und Gemeindebevollm. — Hr. Maar, Maler. — Hr. Marr, Kupferstecher. — Hr. G. Kellner, Glasmaler. — Hr. Rorich, Maler. — Hr. Rotermund, Bildhauer. — Herr Schaplach, Zimmermeister. — Herr Schrag jun., Buchhändler. — Herr Tümmel, Buchdruckereibesitzer. — Herr Winter, Magistratsrath. — Herr Walther, Kupferstecher. — Herr Wilder, Zeichner.

Bemerkung. Bei der Wahl eines zweiten Sekretärs hat sich die absolute Stimmenmehrheit nicht herausgestellt, weßhalb dieselbe bei der nächsten Generalversammlung wiederholt wird.

Nachdem das frühere Ausschreiben, bezüglich der Anfertigung eines Gedächtnißblattes pro 1849 entsprechende Vorschläge nicht zur Folge hatte, so wird dasselbe mit dem Beifügen wiederholt, daß bei dieser Wahl eines Gedächtnißblattes der Darstellung einer landschaftlichen Ansicht oder einer historischen Gruppe den Vorzug erhalten würde. Die verehrlichen Künstler werden ersucht, Skizzen oder Zeichnungen zu betreffendem Zweck, — die nach der gemachten Skizze ausgeführte Zeichnung wird eigends honorirt, — binnen vier Wochen an das Direktorium einzusenden, welches auf Anfrage näheren Aufschluß über die Bedingungen ertheilt.

Nürnberg, den 30. Januar 1849.

C. Heideloff.

Th. Rothbart.

Für Auswanderer.

„Die Hoffnung"
Concessionirte deutsche
Bureaux
für
Auswanderer
nach
Amerika
von **J. M. Bielefeld** in Mannheim.

Regelmäßige Fahrten vom nächsten März an mit gekupfertem Dreymaster erster Klasse, sogenannter Paquetboote, nach

New-York & New-Orleans
über **Rotterdam & London.**

Zur näheren Erkundigung und zum Abschluß von Ueberfahrts-Verträgen beliebe man sich an Unterzeichneten zu wenden.

Heinrich Klippel,
General-Agent in Frankfurt am Main.

Auktions-Anzeige.

Nächsten Montag den 5., und Dienstag den 6. Februar fortfahrend, wird jedesmal Vormittags von 8 bis 12 Uhr, und Nachmittags von 2 bis 5 Uhr im Saale des Rößel'schen Kaffeehauses dahier (Eingang in der Adlerstraße) eine Auktion abgehalten von einer großen Parthie seidener und baumwollenener

Regen- und Sonnenschirme,

welche mir bei dem letzten Hochwasser beschädigt wurden, und ich lade deshalb das verehrliche Publikum hiezu ergebenst ein.

J. Krumm,
Schirm-Fabrikant.

Die kleine Musik-Gesellschaft

veranstaltet auf Montag den 5. Februar einen „Masken-Ball," welcher im goldnen Adler stattfindet und wozu Freunde und Bekannte eingeladen werden. Eintrittskarten sind bei den Herren Wirthen Guth im Hirschlein und im Peter-Vischer in Empfang zu nehmen.

MUSEUM.

Dienstag den 6. d. Mts.

kleiner Ball.

Anfang 7 Uhr.

Nürnberg, den 3. Februar 1849.

Der Vorstand

Paradies.

Heute Sonntag den 4. Februar findet Harmonie-Musik statt, Entree a Person 3 kr., und Montag den 5. Februar ist „Metzelsuppe." Es ladet hiemit höflichst ein

H. B. Adam.

Prater.

Sonntag den 4. Februar

Launige Gesang-Unterhaltung

von dem österreichisch-steyerischen Sänger

C. Fischer und Nannerl.

Anfang 4 Uhr.

Dutzendteich.

Dem verehrlichen Publikum, besonders den Freunden des Schlittschuhfahrens bringe ich hiemit zur ergebenen Anzeige, daß der große Weiher mit schönem glatten Eise haltbar überfroren ist, ich lade daher zu recht zahlreichem Besuch mit dem Bemerken höflichst ein, daß die Lokalitäten gut geheizt sind, und Harmoniemusik stattfindet, so wie auch für Speisen und Getränke bestens gesorgt ist. Einem zahlreichen Besuch sieht entgegen

Fischer,
Pächter der Dutzendteichwirthschaft.

Einladung.

Montag den 5. Februar findet großer abonnirter Masken-Ball im Bamberger Hof statt, wozu Unterzeichneter höflichst einladet. Karten hiezu sind bis zum Balltage Mittag zu haben in L. Nr. 643.

H. Hägerich.

Einladung.

Heute Sonntag den 4. Februar „Doppel-Bier," hiezu ladet ergebenst ein

Hoch
in der Tetzelstrasse.

(Gesuch.) Es wird ein kleines Zimmer zu miethen gesucht. Näheres unter Adresse S. L.

(Gesuch) Ein Metalldrucker-Gehülfe wird angenommen, welcher flink in Verfertigung von Trichtern und Mundstücken ist

(Gesuch) Bürgerrechtholz, in den Revieren Kalchreuth, Heroldsberg und Dormitz, wird zu kaufen gesucht von Gastwirth Ziegler im rothen Ochsen.

(Gesuch.) Eine Wittwe ohne Kinder und Geschäft, sucht eine Wohnung mit 3 heitzbaren Zimmern, Kammern rc. bis Ziel Laurenzi zu miethen. S. 809. 1. Etage.

(Zu verkaufen.) Eine große und eine kleine eiserne Geld-Kasse sind zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Zu verkaufen.) 6 Stück schön gearbeitete Renaissance-Sesseln und ein Sopha sind billig zu verkaufen.

(Bitte.) Ich ersuche den Herrn, welcher am Montag Abends in der Taucher'schen Wirthschaft meinen Hut mitgenommen hat, denselben daselbst gegen den seinigen zurückzugeben.

H. Weniger, Souffleur.

(Ersuchen.) Es werden sämmtliche Schuhmachergesellen ersucht, Montag den 5. Februar Abends 6 Uhr auf der Herberge zu erscheinen. Der Altgeselle.

Stadttheater in Nürnberg.

Sonntag den 4. Februar. 8. Vorstellung im 5. Abonnement: »Hinko der Freiknecht.« Drama in 5 Akten und einem Vorspiel, genannt: „Der jüngere Sohn« von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Montag den 5. Februar. 9. Vorstellung im 5. Abonnement. »Die gefährliche Tante.« Lustspiel in 4 Akten von Albini.

Freiblatt München

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 5. Februar 1849. № 36. Montag: Agatha.

Deutschland.

München. †° (München, 3. Febr.) [3. öffentliche Sitzung der 2ten Kammer.] Tagesordnung: Verlesung des Protokolls der 2ten öffentlichen Sitzung. | Bekanntgabe des Einlaufs — Bekanntmachung der Uebersicht der gewählten Ausschüsse. — Vortrag des 1ten Sekretärs über die Wahlreklamation des Dr. Morgenstern aus Fürth, Berathung und Schlußfassung hierüber. —

Unter den Einläufen befinden sich folgende, die Erwähnung verdienen. — Ein Schreiben des Vereins für konstitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit, die Vertheilung der Zuschrift, „offene Verwahrung in der Oberhauptsfrage gegen die Ausscheidung Oesterreichs aus dem deutschen Bundesrechte" betr. — Eine Adresse der Bürger und Bewohner der Stadt Fürth: „die Publikation der Grundrechte" betr. — Eine Adresse gleichen Betreffs von Seiten des konstitutionell-monarchischen Vereins zu Augsburg. — Eine gleiche von Seiten des Volksvereins in Kempten. — Eine Eingabe des ꝛc. G. Z. Platner und Dr. Ghillany zu Nürnberg: »die Vertheilung einer Ansprache an die Bürger von Nürnberg und einer Adresse an die Generalsynode" betr. — Eine Bitte der Geistlichen der Diezöse Gräfenberg: „die nothwendige Abhülfe der materiellen Nothstände der protestantischen Kirche in Bayern" betr. —

Der Referent, erster Sekretär der Kammer, Dr. Mayr, gibt in seinem Referate über Dr. Morgenstern's Wahlreklamation zuerst einen ausführlichen Bericht des Faktums, den ich hier nur mit kurzen Zügen angebe.

Dr. Morgenstern wurde im 3. Scrutinium von 178 Stimmenden mit 89 Stimmen als Abgeordneter für den Wahlbezirk Fürth gewählt. Von den abgegebenen 178 Stimmzetteln war der eine wegen mangelnder Unterschrift des Wählers als ungültig verworfen worden. Der Wahlkommissär und die Majorität des Wahlausschusses gingen von der Ansicht aus, daß die Zahl der anwesenden Wahlmänner bei Berechnung der absoluten Stimmenmehrheit den Ausschlag gebe, berechneten hiernach letztere auf 90 und schritten, weil Dr. Morgenstern diese absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht habe, zu einem 4. Skrutinium, bei welchem Ullherr aus Altsittenbach als Abgeordneter aus der Urne hervorging. Dr. Morgenstern legte sowohl im Wahlprotokolle vom 7. Dez. 1848, als später in einer besonderen, an die k. Reg. von Mittelfranken gerichteten Vorstellung vom 11. Dez. v. J. einen Protest gegen dieses Verfahren ein und beantragte, seine Reklamation der Entscheidung der Kammer zu unterstellen. Folgende Umstände sind noch zu erwähnen, um in der Sache klar zu sehen. Nach dem Wahlprotokolle waren ursprünglich 176 Wahlmänner anwesend.

Während des Kollektionirens der Wahlprotokolle erschienen noch 2 Wahlmänner, deren Zettel ausgefolgt wurden. Sodann wurde mit dem Kollektioniren fortgefahren, als noch ein dritter Wahlmann um einen Zettel bat, der eine abschlägige Antwort erhielt. Bei Feststellung des Wahlresultates lagen 178 Stimmzettel vor, von denen, wie schon erwähnt, einer wegen Mangel der Unterschrift als ungültig erklärt wurde. Von den übrigen hatten Langguth von Hersbruck 99, Dr. Morgenstern 89 Stimmen erhalten. Es wurde nun angenommen, nur Langguth habe die absolute Majorität erreicht und zum 4. Skrut. geschritten, in dem Ullherr mit 92 St. als Abgeordneter gewählt wurde. In seiner Verwahrung und Reklamation erklärt Morgenstern die Zurückweisung des 3. Wahlmannes, der noch einen Stimmzettel verlangte (für ihn stimmend) für ungesetzlich und glaubt, zur Abgabe der Stimmzettel im 3. Skrutin sey keine Zeit festgestellt gewesen, die Stimmzettel hätten sohin so lange angenommen werden sollen, als die Liste nicht geschlossen und die Resultate der Abstimmung durch den Wahlkommissär nicht kundgegeben gewesen sey.

Allein auch abgesehen davon habe die Wahl im 3. Skrut. für ihn ein günstiges Resultat gehabt. Er behauptet nämlich, der nicht unterschriebene Zettel hätte offenbar nicht beachtet und bei der Zahl der abgegebenen Wahlzettel nicht berücksichtigt werden sollen; die Zahl der Wahlzettel sey demnach nicht 178, sondern 177 gewesen, also seyen 89 Stimmen, die für ihn fielen, die absolute Stimmenmehrheit gewesen, Morgenstern bittet nun, Ullherrs Wahl zu annulliren und seinen Eintritt in die Kammer zu verfügen. Referent trägt nun die ziemlich nichtigen Gegenangaben des Fürther Wahlkommissärs Regierungs-Assessor von Branca vor, die Ihnen auch längst bekannt sind, worin behauptet wird, die absolute Stimmenmehrheit berechne sich nicht nach der Zahl der abgegebenen giltigen Wahlstimmen, sondern nach der Zahl der anwesenden Wahlmänner (welcher Unsinn!!); auch sey die Zurückweisung des 3. Wahlmannes, der einen Zettel verlangte, begründet gewesen, da die zur Abgabe der Stimmzettel im 3. Skrut. festgesetzte ½ Stunde verflossen gewesen sey. Hierauf folgt die Vorlesung einer eben nicht das beste Licht auf die Unparteilichkeit des Hrn. v. Branca und einiger Wahlausschußmitglieder werfenden, von drei Ausschußmitgliedern (Eduard Meyer, Albert Cramer und Stephan Riedel) unterschriebenen Erklärung an die Kgl. Regg. von Mittelfr. d. 11. Jan. 1849.

Aus dieser geht unzweifelhaft hervor, daß man Morgenstern um jeden Preis beseitigen wollte. Die aufklärenden Bemerkungen, die auf diese Erklärung hin Hrn. v. Branca von der Regierung abgefordert wurden, sind ebenso nichtssagend und, um sich am Ende bei einer allenfallsigen Unwahrheit nicht zu kompromittiren, beruft er sich gleich vornherein darauf, er müsse sich auf sein Gedächtniß in dieser Sache verlassen, da die Wahlakte und Protokolle bei der k. Regg. zur Zeit nicht vorlägen. — Der Referent verliest nun eine erst am 27. Januar eingegangene Eingabe Dr. Morgensterns, mit welcher derselbe ausser der oben erwähnten Reklamation die Vorstellung einer Anzahl Wahlmänner des Bezirks Fürth vom 23. Dez. 1848 übergibt, welche sich der Reklamation Morgensterns in allen Theilen anschließen. Die Entgegnungen Ullherrs gegen Morgensterns Reklamation verdienen als unwichtig und keinen Ausschlag gebend, keiner Erwähnung. Nach Vortragung dieser aktenmäßigen, faktischen Momente geht Referent zu seinem Gutachten über. Er spricht zuerst davon, daß die Kompetenz der Kammer, in dieser Sache zu entscheiden, unbestritten sey, da der Wahlausschuß, vor dessen Forum Morgensterns Reklamation in Folge §. XXIII. des Wahlgesetzes vom 4. Juni 1848 gewiesen worden, dieselbe unentschieden gelassen und die Entscheidung der Kammer überlassen habe.

Unter Anderem sagt er hier: „Das Recht, über Wahlreklamationen Beschlüsse zu fassen, haben sich stets die Kammern zu wahren gesucht, und immer im volksthümlichen, liberalen (!!!) Geiste sich angeeignet ꝛc." Sodann geht er zu dem materiellen Theile seines Votums über. Dieses fällt ganz zu Gunsten Morgensterns aus, und werden durch dasselbe die verkehrten Ansichten des hochfahrenden Herrn v. Branca auf eine Weise durch §§. des Wahlgesetzes so aufs Haupt geschlagen, daß dem Unbefangenen nur die Wahl bleibt, den Herrn Regierungs-Assessor für einen böswilligen Parteigänger oder für einen Ignoranten zu halten. Es wird durch dieses Gutachten die Forderung Morgensterns, in die Kammer zu treten, als ein jus quaesitum (ein wohlerworbenes Recht) bezeichnet. Der Antrag des Referenten geht dahin: Die Wahl des Ullherr für ungültig zu erklären, dagegen die Wahl des Dr. Morgenstern für rite geschehen zu betrachten, und diesen als Abgeordneten einzuberufen. Die allenfalls entstehende Frage, ob, falls für Ullherr Morgenstern als Abgeordneter einzutreten hat, nicht auch die Fürther Ersatzmänner-Wahl umzustoßen sey, glaubt der Referent für die heutige Debatte nicht geeignet, sondern besonderen Anträgen vorbehalten zu müssen.

Die Kammer beschließt in dieser Angelegenheit einstimmig Morgensterns Wahl für gültig zu erklären und ihn einzuberufen, dagegen Ullherrs Wahl zu annulliren. Die Wahl der Ersatzmänner in Fürth, wird mit 61 gegen 50 Stimmen für ungültig erklärt und mit einer Majorität von 24 Stimmen beschlossen, eine neue Wahl der Ersatzmänner anzuordnen. Die Debatten werden wir morgen nachtragen.

[Fortsetzung des gestern abgebrochenen Artikels: Finanzgesetz-Entwurf für die VI. Finanzperiode.] Damit hat die Pensions-Amortisationskassa außer den auf ihr bereits dermalen lastenden Pensionen und Alimentationen und der Verzinsung und allmähligen Abzahlung der an die Tilgungskasse noch haftenden Kapitalschuld, vom 1. Oktober 1849 an noch weiter zu übernehmen, und resp. zu bestreiten: a. die Pensionen und Alimentationen für das zufolge des Gesetzes vom 4. Juni 1848 vom Staate übernommene Personal der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt; b. die Pensionen und Alimentationen des Personals der mit dem 1. Oktober 1849 aufhörenden Lottoanstalt; c. die Pensionen und resp. Ruhegehalte aller jener Beamten und Bediensteten, welche in Folge der Einführung der neuen Gerichtsverfassung und der dadurch nothwendig gewordenen durchgreifenden Organisation der Stellen des Justiz- und gemischten Dienstes, dann der inneren Administration in Quieszenz zu treten haben; d. die den Hinterlassenen der vorstehenden Pensionen auf den Grund der einschlägigen und beziehungsweise gesetzlichen Normen zu bewilligenden Pensionen und Alimentationen. 4) Für die Eisenbahnbau-Dotations-Kassa. a. Der dieser Kassa durch die Eisenbahngesetze vom 25. August 1843 und 23. Mai 1846 zugewiesene Netto-Ertrag der Bahnrente mit dem voranschlägigen Jahresbetrage von 689,560 fl.; b. ein jährlicher Zuschuß von 300,000 fl. aus der königlichen Centralstaatskasse, von welcher Dotation die Verzinsung der für den Eisenbahnbau bei Privaten aufgenommenen und noch aufzunehmenden Darleben, dann die Tilgung derselben nach Maaß des in den vorallegirten Eisenbahngesetzen vom 23. Mai 1846 mit ½% der jeweiligen Anlehensgröße bestimmten Tilgungsfonds zu bestreiten, der nach Erfüllung dieser Verbindlichkeiten aber noch verbleibende Rest dem Eisenbahnbaue zuzuwenden ist. 5) Für die Ablösungskassa. Zum Vollzuge des Gesetzes vom 4 Juni 1848 für die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, die Fixirung und Ablösung von Grundlasten ein jährlicher Zuschuß von 220,000 fl. aus der Central-Staatskassa. §. 7. Dem Etat für die aktive Armee werden die Budget-Ansätze der Naturalien, welche darunter mit 54,888 Schäffel 2½ Metzen Roggen und mit 109,554 Schäffel 4½ Metzen Haber im Geldanschlag zu 904,770 fl. 32½ kr. begriffen sind, in der bisherigen Art garantirt, wornach geringere Preise dem bei dem außerordentlichen Budget vorgesehenen Reichsreservefonde zu gut und höhere Preise demselben zur Last geschrieben werden sollen. Tit. III. Staats-Einnahmen. §. 8. Zur Bestreitung der sub Tit. II. bestimmten ordentlichen Staatsausgaben sind dem Staatsministerium der Finanzen die in der Beilage lit. B. ausgeführten und einschlüssig der nach §. 3 aus dem Bestande der Vorjahre herübergehenden 300,000 fl. voranschlägig auf 32,903,262 fl. festgesetzten Einnahmen zugewiesen. §. 9. An direkten Steuern sind für jedes der zwei Jahre vom 1. Oktober 1849 bis letzten September 1851 zu erheben: a. in denjenigen Gebietstheilen, wo das Steuerprovisorium noch Giltigkeit hat, mit Einschluß des Regierungsbezirkes von Oberbayern, vier Simpla der Grundsteuer, drei Simpla der Haussteuer, vier Simpla der Dominikalsteuer, die ganze Gewerbsteuer, dann die Kapital- und Einkommensteuer nach den diesfallsigen gesetzlichen Bestimmungen. b. im Regierungsbezirke der Pfalz 60½ % (sechzig ein halb Prozent) der Gewerbsteuer; der Steuerbeischlag mit 253,000 fl. nach Art. XII des Gesetzes vom 23. Mai 1846 über die Ausscheidung der Kreislasten

von den Staatslasten und die Bildung der Kreisfonds, die Kapital- und Einkommensteuer wie sub lit. a. c. Im Regierungsbezirke von Unterfranken und Aschaffenburg 77% (sieben und siebzig Prozent) der Grundsteuer, 100 (hundert) Prozent der Haussteuer, 80 (achtzig) Prozent der Dominikalsteuer; die Gewerbsteuer nach dem bisherigen Fuße mit Rücksicht auf das Gesetz vom 25. Aug. 1843 über die Gewerbs- und Personalauflagen im Regierungsbezirke von Unterfranken und Aschaffenburg. Die Kapital- und Einkommensteuer wie sub lit. a. d. In denjenigen Gebietstheilen, wo die definitive Grund- und Häusersteuer eingeführt ist, oder während der VI. Finanzperiode resp. der ersten zwei Jahre derselben eingeführt wird, richtet sich die Erhebung der Grundsteuer nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 1 Juli 1834, die Abänderung des §. 114 des Grundsteuergesetzes betr., die Erhebung der definitiven Häusersteuer, nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1846, den Vollzug der Steuergesetze vom 15. August 1828 betr.; die definitive Dominikalsteuer wird mit vier Simpla die Gewerb- dann Kapital- und Einkommensteuer wie sub lit. a erhoben. (Schluß folgt.)

(München, den 3. Februar.) Damit die öffentlichen Gerichtsverhandlungen mit entsprechender Würde abgehalten werden, ist erforderlich, daß alle dabei beschäftigten Beamten und Vertheidiger in angemessener Kleidung erscheinen. Es ist deßhalb bereits Einleitung zur Einführung einer Amtstracht getroffen worden, ähnlich derjenigen, welche in den öffentlichen Gerichtssitzungen Frankreichs und anderer Staaten getragen wird, in welchem seit lange die Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahres besteht. Bis diese Amtstracht durch allerh. Verordnung eingeführt seyn wird, haben, nach hiemit geschehener Verfügung des unterfertigten k. Staatsministeriums, sämmtliche bei den öffentl. Gerichtssitzungen beschäftigte Beamte, als Richter, Staatsanwälte und Protokollführer, in ihren bisherigen Uniformen, diejenigen aber, welche mit Uniformen nicht versehen sind, so wie die Vertheidiger in schwarzer Kleidung, d. i. in schwarzem Fracke zu erscheinen, wie dies auch den in den öffentlichen Sitzungen des Kassationshofes der Rheinpfalz beschäftigten Anwälten durch die Geschäftsordnung zur Pflicht gemacht ist. München den 31. Januar 1849. Königliches Staats-Ministerium der Justiz. (gez.) Heintz. (N. M. Z.)

(München, 2. Februar.) Am Donnerstag den 22. Februar dieses Jahres wird die erste für den Kreis Oberbayern in München abzuhaltende Schwurgerichtssitzung eröffnet. (N. M. Z.)

* (Nürnberg, den 3. Februar.) Von den Adressen an die Generalsynode sind auch Exemplare an die Magistrate der größeren protestantischen Städte Bayerns abgegangen. Man konnte sich von diesem Schritt freilich keine besonderen Erfolge versprechen, da es vom Zufall abhängt, ob sich in einem magistratischen Kollegium gerade einige Männer finden, die sich der Sache thätig annehmen. Um so erfreulicher ist es, daß nun von solchen Städten, an die man diese Zusendungen nicht ergehen ließ, Ansuchen um schleunige Absendung von Exemplaren der Ansprache und Adresse erfolgen. Dies zeigt, daß die Angelegenheit auswärts weit größere Theilnahme findet, als man erwartete. Bayern, auch das protestantische Bayern, ist von den Norddeutschen immer als ein Land betrachtet worden, das noch wenig oder keinen Sinn für den religiösen Fortschritt habe, wo sich das Bedürfniß nach einer zeitgemäßen Verbesserung der veralteten Bekenntnißschriften noch nicht einmal zu regen anfange. Unsere nördlichen Landsleute werden von dem Gegentheil belehrt werden.

Baden. (Karlsruhe, 1. Febr.) Bei der heute dahier stattgehabten 16. Serienverloosung der großh. bad. fl. 50 Loose vom Jahre 1840 sind nachstehende 6 Serien gezogen worden, als: Nr. 227, 241, 337, 450, 533, 685. (Frkf. J.)

(Freiburg, den 31. Jan.) Mit den Vorbereitungen zur Konstituirung des Geschwornengerichts zur Aburtheilung der politischen Verbrechen ist man jetzt so weit gelangt, daß morgen in öffentl. Sitzung des hiesigen Hofgerichts die Namen der Geschwornen aus der aufgestellten Liste gezogen werden. Von Seiten der Staatsanwaltschaft und der andern bezüglichen Stellen und Sektionen des Hoferichts werden die Vorarbeiten rasch gefördert. (Fr. Z.)

Nassau. (Wiesbaden, 1. Febr.) Bei der heute hier stattgehabten 11. Gewinnziehung der herzogl. nassauischen 25 fl. Loose sind auf folgende Nummern die beigesetzten Hauptpreise gefallen: Nummer 69,420 15000 fl., Nr. 91,481 3000 fl., Nr. 68,812 2000 fl., Nr. 20,167 1000 fl., Nr. 60191 und 92,971 jede 400 fl. Nr. 86501 und 86002 jede 200 fl., Nr. 30,745 und 15,946 jede 100 fl. (Frkft.-O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Prag, 29. Jan., Ab.) Gestern früh soll ein Kurier Radetzky's in Olmütz angelangt seyn, der das höchst dringende Verlangen desselben gebracht, ihm eine Verstärkung von 60,000 Mann zukommen zu lassen. Darauf wurde gleich große Konferenz der Minister gehalten, wobei der Kaiser den Vorsitz führte. Man beschloß den Fürsten Windisch-Grätz und den Banus Jellachich zu einer am 3. Febr. in Olmütz stattfindenden Konferenz einzuladen.

(30 Jan. Morgens.) Man erfährt heute, daß gestern der Beschluß gefaßt sey, aus den deutschen Provinzen mit Ausnahme Wiens sämmtliche Truppen nach Italien zu senden und die Nationalgarden zum innern Dienst zu verwenden. Es heißt sogar, daß die akademische Legion wieder errichtet werde. Jedoch soll der Oberbefehl nur Offizieren der Armee anvertraut werden. (D. A. Z.)

Preussen. †*† (Berlin, 1. Februar.) Belagerungszustand seit 12 Wochen und doch Anarchie. Gestern und heute erlebten wir Scenen, die uns an die schönsten Tage des März und April lebhaft erinnerten. Arbeiterhaufen zogen vor das Rathhaus, um den Magistrat zu einer Lohnerhöhung zu bestimmen. Der Magistrat hat nämlich den früher bewilligten höheren Arbeitslohn auf den ursprünglichen niedrigen Satz ermäßigt. Die Konstabler versuchten vergeblich die Haufen zu zerstreuen. Es mußten deshalb Militärmannschaften herangezogen werden, denen die Zusammenrottung dann auch zu weichen genöthigt war. Weitere Folgen haben jene Vorgänge bis jetzt noch nicht gehabt.

Die Parteiversammlungen der Wahlmänner werden polizeilich nicht mehr geduldet. Eine Versammlung, welche vorgestern im Jaroschewitz'schen Lokale unter dem Vorsitz des Dr. Stern stattfand, wurde von dem Polizeikommissär des Reviers unterbrechen. Wenig fehlte, so wäre ein Anlaß zu thätlichem Einschreiten gegen die Versammelten gegeben worden; denn die Entrüstung war so außerordentlich, daß Einzelne sich an der Person des Polizeibeamten zu vergreifen versuchten. Die Energie des Vorsitzenden wußte so wohl diesem Ausgange zu begegnen, als auch nach einer kurzen Vertagung die Fortsetzung der Verhandlungen zu bewirken. In diesem Falle war es darauf abgesehen, die Bewerbungsrede des sehr radikalen Professors Michelet zu hintertreiben. Ein Gleiches wird in Beziehung auf Rodbertus beabsichtigt, der heute Abend vor der Wahlmännerversammlung des zweiten Bezirks sprechen soll. Herr von Unruh soll zu gleichem Zweck gestern hier angelangt, auf dem Bahnhof jedoch durch Polizeibeamte zur Rückreise genöthigt worden seyn.

Vielleicht ist es als eine Wirkung dieser erneuerten Strenge in Bewahrung des verfassungsmäßigen Vereinigungsrechtes und der Wahlfreiheit, daß die Centrenfraktion des am wenigsten oppositionell gesinnten zweiten Wahlbezirks, die sich erst vorgestern unter dem Direktor Kerch constituirt hatte, schon gestern wieder sich der Linken dieses Wahlkörpers anschloß. Diese zählt mithin jetzt über 230 Mitglieder, den Rest von 60 Wahlmännern bildet unter dem jetzigen Justiz-Kommissär Furbach die Rechte.

Der Handelsverein Teutonia, der beiläufig nicht mehr als 186 Mitglieder zählt, hatte Hrn. Hansemann ersucht, als Kandidat des Vereins in Berlin aufzutreten. Herr Hansemann hat indeß die Lage der Dinge hinreichend erkannt und erklärt: er sey nicht in den Verhältnissen, „eine feste Zusage machen zu können.“

Gestern wurde die demokratische Korrespondenz, angeblich auf Verfügung des Staatsanwalts, in Beschlag genommen. Dieser Vorgang ist um so auffallender, als sogar zur Zeit der Censur die autographische Vervielfältigung gegen Präventivmaßregeln geschützt war.

Schleswig-Holstein. (Schleswig, 28. Jan.) Dem Vernehmen nach hat der zur Einbringung von Vorschlägen hinsichtlich des Friedens niedergesetzte Ausschuß sich vorläufig dahin geeinigt, zu beantragen, daß die Landesversammlung gegen die Konstituirung eines selbstständigen Herzogthums Schleswig protestire, auf kräftige Rüstung dringe und die Annahme des Friedens von ihrer Genehmigung abhängig mache. (D. A. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 31. Januar.) Die Szenen der letzten Tage (sagt Cavaignac's Organ le Credit) haben dem von allem liberalem Einflusse gänzlich abgesperrten Präsidenten Bonaparte die Augen geöffnet. Wie wir hören, ist folgender Plan im Werke: „Die Nationalversammlung wird bei der zweiten Deliberation den Rateauschen Antrag verwerfen, dagegen aber im Laufe der Amendements-Debatten die Zahl der organischen Gesetze herabsetzen. Dufaure tritt zunächst an Leon Faucher's und Vivien an Lacrosse's Stelle. Lamoricière würde den alten General Rullieres im Kriegsministerium ersetzen.

Armand Lefebre, bisher in Karlsruhe, ist nach München versetzt.

Die Bergpartei hat sich nicht begnügt, das Ministerium in Anklagestand zu versetzen, sondern sie hat gestern noch die Einleitung einer parlamentarischen Untersuchung (wofür die Nationalversammlung soeben, Mittags, im Begriff ist, 15 Kommissionsglieder zu ernennen) durchgesetzt. Das wird wieder einen schönen Skandal absetzen.

Die Abbaye ist mit Gefangenen aller Gattungen überfüllt; ebenso die Conciergerie. Selbst Alton Shee, Stadt-Garden und Mobilgarden-Offiziere wurden neuerdings verhaftet. Die Soldaten campiren unter Holzschuppen in dem Invalidenviertel, und legen kaum beim Essen das Gewehr aus den Händen. Aus Orleans, Blois ꝛc. führen uns die Eisenbahnen immer neue Truppen zu! — Hr. v. Bugeaud verließ Paris und eilte zur alten Armee, um, im Falle des Gelingens des Staatsstreiches, mit zwei Divisionen die neue Ordnung der Dinge zu schützen und uns den lahmen Heinrich einzukartätschen! Da nun der Streich mißlungen, so herrscht große Bestürzung in allen Säälen des Fauburgs St. Germain. — P. S. So eben nimmt die Polizei beim Maler Perigon die Portraits des Frohsdorfer Königspaars weg. Entsetzlich!

Die Pariser Arbeiter machen sich bereits über die Januarposse lustig. Sie singen schon folgende Knittelverse: „Leon Faucher s'était promis de faire égorger tout Paris; Mais son coup a manqué, grâce à nos canoniers!“ (Anspielung auf Guinard, den braven Chef der Stadtartillerie.) General *** sagte zu seinen Soldaten und Mobilgardisten in der Kaserne Rue de Reuilly (Faubourg St. Antoine) als er die Patronen austheilen ließ: „Kinder! denkt an den Juni und macht keine Gefangenen!“ Mit andern Worten: „Schießt Alles nieder.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung dringt Marrast die Frage zur Abstimmung: ob der Antrag Ledru Rollins und Konsorten auf Versetzung der Minister in Anklagestand in die Büreaus gewiesen werden solle oder nicht? Es stimmen 708. Davon 250 für die Ueberweisung und 458 gegen dieselbe. Marrast: In Folge dessen überweist die Versammlung den Antrag nicht an die Bureaus (Agitation links. Triumph rechts.)

Martin Bernard (vom Berge) eilt auf die Bühne, schlägt mit der Faust wüthend auf die Brustwehr und erzwingt sich Gehör. Er erzählt die Verhaftung des Beamten-Personals der Solidarité Republicaine, bei der auch 25 Deputirte betheiligt seyen und wie die Gründe dieses Verfahrens wissen. Ledru Rollin unterstützt ihn. Barrot und Baroche erwiedern, daß die Maaßregel rein gerichtlicher Natur seyen und man die Untersuchung abwarten müsse.

Großbritannien.

(London, den 26. Januar.) Ein schauderhaftes Unglück hat sich vorgestern in einem Kohlenwerke unweit Barnsley zugetragen. In einer der Gruben entzündeten sich böse Wetter, und von 100 dort beschäftigten Arbeitern wurden 88 Opfer der furchtbaren Explosion.

Wie Metternich von Brighton aus den Kaiserstaat regiert, darüber giebt ein schon manchfach besprochener Aufsatz in der Revue des deux Mondes merkwürdigen Aufschluß. Man wußte es aber auch schon früher. Man wurde in England dadurch zuerst darauf aufmerksam, daß der Fürst in einer Eingabe an das Londoner Generalpostamt bat, ihm die Samstags ankommenden Briefe noch desselben Tags zu übermachen, da wie bekannt Sonntags keine Briefe in England ausgegeben werden, und er die Post von zwei Tagen nicht an Einem bewältigen könne. Bei einiger Aufmerksamkeit fand man nun, daß ein regelmäßiger Depeschenlauf zwischen Olmütz und Brighton stattfindet. (Das ist noch ein größeres Unglück.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

...agestand in die Büreaux
...en 708. Davon 250 für
... Marraft: In Folge
...g den Antrag nicht
...nyh rechts.)
... die Bühne, schlägt mit
...erzwingt sich Gehör. Er
...ersonals der Solidarité
...etheiligt seyen und wie
... Rollin unterstützt ihn.
...aßregel rein gerichtlicher
...rten müße.

...erhaftes Unglück hat sich
...rnsley zugetragen. In
...r, und von 100 dort be-
...rchtbaren Explosion.
... Kaiserstaat regiert, dar-
... Aufsatz in der Revue des
... wußte es aber auch schon
...rst darauf aufmerksam,
...ener Generalpostamt hat,
... desselben Tags zu über-
...fe in England ausgege-
... nicht an Einem bemäl-
... man nun, daß ein re-
...nd Brighton stattfindet.

Dr. Friedrich Meyer.

... mit einem ... Lächeln. „Vielleicht um seine glückliche Verbindung mit Fräulein von Montaran zu feiern?“

„Der Prinz gibt keine Feste, mein Herr, aber er muß demjenigen beiwohnen, welches der Herr Graf Frochot, Präfekt der Seine, für die Hauptstadt in den Salons des Stadthauses veranstaltet, zu Ehren der Taufe S. M. des Königs von Rom.“

„Der Fürst wird dort seyn?“ sagte Blanche mit einer unwillkürlichen Regung von Freude.

„Er hofft,“ antwortete Woronzoff, „er hofft, die Ehre ... wenn er ... bei dieser Gelegenheit be-gleitet. Und dann,“ fuhr sie fort, von einem unwiderstehlichen Bedürfnisse getrieben, ihr Herz auszuströmen, indem sie ihr Köpfchen an die Schultern des Ritters lehnte, um ihr Erröthen zu verbergen, „und dann kostet es mir zu viel, vor Ihnen ein Geheimniß zu haben. ... Ich liebe ihn! ... Ich liebe ihn mit allen Kräften meiner Seele, ... ihn, der Sie stets anklagen, ... wie Sie sich vorwerfen, ihn mit mir vereint zu haben!“

Und sie erzählte ihm den Vorgang in der Kirche Sainte-Elisabeth.

Wie ein nachsichtiger und gütiger Beichtvater hörte Herr von Saint-Laurent das Geständniß derjenigen, die er seine Tochter nannte, und indem er sie mit Zärtlichkeit umarmte, sagte er: „Gott muß so viel Leiden, so viel Liebe unter seinen Schutz nehmen, mein Kind.... Er allein kann die unverbesserlichen Fehler wieder gut machen.... Vertrauen wir auf ihn!“

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Banate.

(Schluß.)

Während die Maros durch gesegnete Gefilde dem Westen zuströmt, weithin umrauscht von Eichenwäldern und Weiden, die wie ein grünes Band ihrem Laufe folgen und den Norden des Banates umschlingen, biegen die Gebirge rechts ab, und ziehen sich an der östlichen Gränze Ungarns gegen Norden. Dies sind die letzten Ausläufer der Karpathen. Von ihrem Fuße, durch kein Hügelland oder die mindeste Erhöhung verbunden, zieht sich die Ebene gegen Westen. Ein so plötzlicher Uebergang von hohen Bergen zur weiten Fläche ist mir nirgends vorgekommen; denn Berg und Ebene bilden einen rechten Winkel.

Und diese Berge sind die herrlichen, weit berühmten, über und über vom Fuß bis zum Gipfel mit den schwellendsten, üppigsten Reben bedeckten Weingebirge von Menesch, Vilagos und Magyarat. Es war Lesezeit; überall in den Weingärten lautes Jauchzen und Singen; Böllerschüsse und Musik hallten vielfach wieder; auf der Straße, die an den Weinbergen vorüberführt, ein reges Gewimmel. Die weinlaubgeschmückten Fässer, mit brausenden „flüssigen Flammen und feuerdurchflammter Fluth“, wie Hafis singt, gefüllt, rollten eilend den Kellern zu.

Im Herbste muß man ziehen durch ein gesegnetes Land! — Alle deutschen Dichter, die je bei Wasser im einsamen Zimmer ein lustathmendes Weinlied gesungen, hätten hier, versammelt, wenn sie sich dem seltenen Genusse, der hier in aller Fülle sich aufdringt, hingegeben haben würden, keinen so die Ufer der Alltäglichkeit überströmenden Freudenausbruch hervorgebracht, als die einfachen Kinder der Natur. Bei der Weinlese wird jahrelang erduldete Noth vergessen; da gibt es kein Gestern, kein Morgen, weder Tag noch Nacht, noch kommende Stunde — der Augenblick des Genusses wird geschlürft und öffnet alle seine flammenden Himmel! Ist er vorbei, wohlan! Es war ein schöner Traum, ein glühender Sommernachtstraum, der noch lange in den Winter hinein durch Erinnerung trübe Stunden erhellt und erwärmt.

In dieser Gegend wohnen viele Deutsche. Zwischen den deutschen Ortschaften liegen mehrere walachische Dörfer. Da gibt es nun oft Reibungen, hervorgebracht durch die Walachen, die sich Nachts in die deutschen Dörfer schleichen, um zu rauben. Es soll bei diesen Gelegenheiten oft viel Blut geflossen seyn. Ueberall hört man in dieser Gegend von den Deutschen über die Schlechtigkeit und die Diebereien der Walachen klagen. Besonders sollen sie listige Holzdiebe seyn. Sie fahren mit ihren Ochsenwagen in den Wald, lassen sie auf dem Wege stehen und schleichen sich weiter in den Wald. Nach jedem einzelnen Beilhiebe legen sie sich auf den Boden und horchen, ob Jemand nahe. Vernehmen sie keinen Fußtritt, so werden die Schläge fortgesetzt, jedoch stets nach dem dritten Hiebe durch Lauschen unterbrochen. Hören sie aber Jemand nahen, so lassen sie Wagen und Ochsen im Stiche und laufen davon.

An der nördlichen Gränze des Banates, unweit des Maros, liegen die Ansiedelungen St. Hubert, Charleville und Solothurn nahe beisammen. Sie werden von Franzosen, die aus Lothringen eingewandert, bewohnt, welche aber bereits alle deutsch sprechen. In dem erstgenannten dieser Orte übernachteten wir auf unserer Heimreise nach Türkisch-Kanischa. Als wir daselbst ankamen, begaben wir uns alsbald in die Küche des Gasthauses, um unser Essen zu bestellen, und wurden da Zeugen eines heftigen Streites zwischen der jungen schönen Wirthin und ihrem Manne. Je kleiner und unansehnlicher der Mann, desto größer und stärker, für ein Weib beinahe von Riesenverhältnissen, war die Frau, der einzelne schwere Thränen über das zornentstellte Gesicht herabrollten. Es rollte französisches Blut in ihren Adern, und sie erinnerte mich lebhaft in dieser Wuth an die Weiber, die in der französischen Revolution eine so furchtbare Rolle gespielt.

Aus Langweile begaben wir uns in den großen Wirthshaussaal, wo ein Taschenspieler seine Künste den Bewohnern des Dorfes zeigen wollte. Als wir an der Thür standen, kamen ein paar hübsche Kinder und fragten meinen Freund: „Sie, Herr Komödiant, wir haben kein Geld und möchten doch gar gern zusehen: können wir vielleicht statt Geld Maiskolben bringen?“

Mein Freund lächelte und bejahte die Frage. Die Kinder hatten uns, da wir Reiseblousen und runde weiße Hüte trugen, für Taschenspieler gehalten. Mein Freund sagte dem Eskamoteur, er wolle für die Kinder zahlen. „O, ich bitte,“ entgegnete dieser, „man muß im Nothfalle nehmen, was man bekommt. Maiskolben sind auch gut, wer weiß, wozu sie dienen können!“

Eine Scene aus den Wiener Oktobertagen.

Es war am Abend des 29. Oktober. In den Vorstädten Leopoldstadt, Jägerzeile, Weißgärben, Erdberg, Landstraße bis zur Wieden lagen bereits die kaiserlichen Truppen. Eine Waffenruhe auf beiden Seiten war eingetreten, welche nur durch einzelne Kanonenschüsse auf den entferntesten Linienposten unterbrochen wurde. Die Ankunft der Ungarn schien endlich zur Wahrheit zu werden. Raketen und Leuchtkugeln hatten verabredeter Weise ihre Nähe angekündigt. Messenhauser jedoch hatte bereits durch den Gemeinderath die Kapitulation der Stadt abgeschlossen und ein großer Theil der Nationalgarde und Legion die Waffen niedergelegt. Selbst im Studentencomitee waren die kräftigsten und ausdauerndsten Mitglieder, welche bisher die Bewegungen geleitet, nicht minder anwesend. Dennoch hoffte noch der Theil der Legion, und die größere Masse der Arbeiter und Freiwilligen, welche unter unmittelbarem Einflusse der „Demokratenführer“ standen, auf einen Entsatz durch die Ungarn und auf einen möglichen Sieg.

In einem kleinen Zimmer des rothen Igels sehen wir eine Gruppe von männlichen und weiblichen Gestalten, welche dem Pinsel eines Malers einen würdigen Vorwurf zu einem historischen Genregemälde bieten konnte. In einer Ecke lehnt müde von der Aufregung und den Strapatzen des Tages Julius Fröbel, das schwärmerische Auge auf den Plafond geheftet, als suche er dort

eine neue Combination für seine demokratischen Bestrebungen. Ein schwarzer Sammtrock hebt seine dunkle Gestalt noch mehr hervor, der Stürmer mit der wallenden Feder hängt an der Wand über seinem Kopfe. Neben ihm, unverdrossen plaudernd, sitzt eine kleine hagere Frau, von sehr verblichenen Reizen. Es ist die Präsidentin des „ersten Wiener demokratischen Frauenvereins," die aufopfernde Freundin des „Radikalen." An sie schließen sich in bunter Reihenfolge ein wilddreinblickender, laut scheltender Pole, ein Mitglied des demokratischen Vereins in Nationalgardeuniform, die imposante breitschultrige Form Robert Blums, das untersetzte Weibchen des Oberkommandofeldadjutanten Fenneberg und ein flaumbärtiger Legionär mit einer breiten weißen Ordonnanzbinde über die Achsel. In einer andern Ecke bemerken wir auch die romantische Figur eines Baron …, in Nationalgardenuniform, hohe schwarze Stulphandschuhe, langen Stoßdegen an der Seite, wie er hinter einem graublonden Bocksbart eine unendliche Reihe von Flüchen und Vermaledeihungen auf die Feigheit Messenhausers, auf den unglücklichen Ausgang des Kampfes mit tiefer Baßstimme hervorstößt. Im Ganzen herrscht eine sehr gedrückte Stimmung in der Gesellschaft. Plötzlich stürzt ein Offizier von der Legion ins Zimmer und fragt, ob Fenneberg nicht hier wäre? — Nein, aber er wird alle Augenblick erwartet, sagt die Frau des Gesuchten, was wünschen Sie von ihm? Er muß Oberkommandant werden, Messenhauser verräth uns, die Ungarn sind in der Nähe! — Ja Verrath, Verrath, rief die romantische Rittergestalt aus dem Hintergrunde mitten hinein, 60,000 Ungarn — Windischgrätz in die Flanke nehmen — Ausfall aus der Stadt machen — Alles niederhauen — Kinderspiel! — „Hat denn Messenhausser, abgedankt," fragte endlich Fröbel in ruhigem Tone. — Noch nicht, wie ich glaube, entgegnet der Legionsoffizier. — Ja wir haben ihn die Abdankungsschrift auf dem Stephansthurm oben unterschreiben lassen, bemerkt ein anwesendes Mitglied des Studentenkomités, Es entsteht nun ein Streit darüber, ob Messenhauser bereits abgedankt, ob Fenneberg bereits das Kommando übernommen und welche Maßregeln noch ferner zur Vertheidigung der Stadt genommen werden könnten. Blum und Fröbel sind beide der Ansicht, daß die Stadt nicht mehr zu halten sey, werden aber von den übrigen Anwesenden mit großem Lärm überschrieen: Wir brauchen einen tüchtigen Anführer, Ausfall, 12,000 mobile Garden, polnische Legion! u. s. f. Indessen tritt ein zart gebauter Mann mit einem fein geschnittenen Gesicht, dessen größter Theil in einen großen braunen Backenbart gehüllt ist, ins Zimmer. — Hier ist Fenneberg — also wie ist's, kann man Sie als Oberkommandant begrüßen? so ruft's dem neuen Ankömmling entgegen.

Fenneberg tritt bis an den Rand des Tisches vor, seine Nationalgardemütze in der Hand, und sagt mit hohler Stimme, die Augen bescheiden und schwermüthig zu Boden gesenkt: Ja ich war vor einer halben Stunde Oberkommandant, nachdem ich dem bisherigen Herrn Oberkommandanten meinem Freunde Messenhauser schriftlich erklärt hatte, daß es sich nicht mehr mit meiner Ehre vertrüge, unter seinem Commando zu dienen. Der Herr Oberkommandant hatte meine Entlassung angenommen. Wenige Minuten später mußte er selbst seine Abdankung einer Deputation von der Universität auf dem Stephansthurm schriftlich übergeben und ich wurde von dieser Deputation mit dem Oberkommando betraut. Hr. Messenhauser hat jedoch hierauf in der Kanzlei des Oberkommando im kaiserlichen Stallgebäude nochmals die Offiziere der Garden zusammenberufen und wurde von diesen einmüthig zum Oberkommandanten der Nationagarde erwählt. Hiermit bin ich meinen Pflichten als wahrer Patriot entledigt und zeige Ihnen, meine Herren, an, daß ich Nichts mehr mit den militärischen Maßregeln zu thun habe."

„Nichts da, Sie müssen Oberkommandant werden, ruft man dem tiefverletzten Fenneberg nach dieser parteilischen Rede entgegen, Messenhauser muß fort, wir müssen einen Ausfall machen!"

Indessen stürzt abermals ein Legionär ins Zimmer; den Stürmer auf dem Kopf, die Arme auf sein Gewehr gestützt, stellt er sich erschöpft in die Mitte der aufgeregten Gruppe, und ruft mit jugendlichem Feuer: Wir sind verloren, wir sind verrathen! Messenhauser will nicht mehr kämpfen lassen, und wir haben noch Munition in Massen, und die Ungarn schlagen sich bereits bei Schwechat und unser Volk ist kampflustig. Wer will den Oberbefehl übernehmen? Ist Fenneberg nicht hier? Ein Königreich für einen neuen Oberkommandanten!"

Mäßigen Sie sich, bester Freund, man wird ja Alles in Ruhe berathen können, antwortete Fröbel dem jungen Legionär, der aber in seinem ungeheuerlichen Pathos fortfährt: Mäßigung? wie Mäßigung in solchen verhängnißvollen Augenblicken? Das Volk braucht einen Mann, zu dem es Vertrauen hat, einen Mann, wie Herr Fenneberg. Oh, wir müssen etwas thun, wir müssen Alles thun, für das Volk und für das Vaterland!

Nun so geh zum Teufel, und schau einstweilen auf deinen Posten, wo du hingehörst, ruft ihm endlich ungeduldig ein anderer Legionär zu. — Ja, ich soll auf meinen Posten, aber kann ich denn Alles thun?! Das Volk, vergessen Sie auch das Volk nicht, bin ich denn das ganze Volk?! — Und mit diesen Worten stürzt der patriotische Jungling wieder zur Thüre hinaus. —

In derselben Nacht wechselte der Oberbefehl noch einmal zwischen Messenhauser und Fenneberg, wodurch endlich der Erstere, dessen Ehrgeiz hierdurch tief aufgestachelt wurde, am folgenden Tage beim Heranrücken der Ungarn zu jenen zwei merkwürdigen „Berichten vom Stephansthurme" gedrängt wurde, auf deren Inhalt ihm später der Prozeß wegen Bruches der Kapitulation gemacht worden war. —

Die Puritanerin.

Aus dem Tagebuch eines Freundes,
mitgetheilt von
August Zoller.

Am äußersten Ende der Stadt hatte sich ein Missionär angesiedelt; ein düsterer Mann, den Religions-Schwärmerei von der Pirleme, die er mit Glück in einem großen Dorfe des Schwarzwaldes handhabte, in das Baseler Missionshaus getrieben hatte. Der eiserne, unermüdliche Fleiß mit dem er seinem schwer fassenden Kopfe die fremden Sprachen einzuprägen sich bemühte, galt bei den Vorstehern für einen Beweis seiner einstigen Unermüdlichkeit in Verbreitung der christlichen Lehre. Sie irrten sich nicht; als der ehemalige Schuster zu den Missionsfunktionen geeignet schien, wies man ihm eine Stelle in Indien an; fünf Jahre lang lebte er in einer Hütte ferne von allem Umgange mit menschlicher, gebildeter

Gesellschaft; am frühen Morgen ging er an sein Tagwerk, setzte sich unverdrossen den glühenden Sonnenstrahlen aus, um weit entlegene Wohnungen ungläubiger Indier aufzusuchen und nach dem Verlaufe eines halben Jahrzehntes war es ihm wirklich gelungen, eine Seele für das Reich Christi zu gewinnen, — sein Bedienter hatte sich taufen lassen. — Der Missionär suchte seine zerrüttete Gesundheit im Vaterlande wieder herzustellen; zwei Schätze brachte er mit, das lohnende Bewußtsein, Unvergängliches gewirkt zu haben, und ein Weibchen, die mit ihrem lebendigen Wesen, mit dem feurigen Augenpaare, die puritanische Dumpfheit ihrer Umgebung jeden Moment zu durchbrechen drohte. Nie ruhte des Weibchens Blick, er hatte immer etwas zu thun, zu suchen, und oft eine komische Idee zu seyn, dem er nachlief, um der tödtenden Einförmigkeit eine entsprechende Seite abzugewinnen. In der Haltung des Missionärs habe ich nur einmal eine Aenderung wahrgenommen; mit unerschütterlicher Festigkeit heftete er das rechte Auge an den Himmel, das linke an den Boden; durch lange Gewohnheit hatte er es dahin gebracht, wenn er in der heiligen Schrift las, zugleich seine Gemüthserhebung nach Oben äußerlich darzuthun.

In des Missionärs einsamer Wohnung fand sich eine Engländerin ein. Wenige Tage schon nach ihrer Ankunft erzählte man sich die seltsamsten Dinge von ihrer Erscheinung. Sie sollte unermeßliche Reichtümer besitzen, und nur gekommen seyn, um die unschuldigen Kindlein mit dem Wasser ihres tiefmystischen Glaubens zu taufen, und so eine Gemeinde zu bilden, deren Grundsätze entfernt standen von allen Lehren, die man bisher gelehrt. Ob sie gleich nur ihre Muttersprache kannte, so war den Kindern, die sich in ihrem Kreise versammeln durften, jedes Wort so klar, wie das des eigenen Vaters in der Stunde des Unmuths.

Nach kurzer Frist waren alle Gläubige der Stadt — und ihre Zahl war Legion — an die Fremde gefesselt, die jeder Witterung trotz bietend, die Häuser des Jammers, wie vom Instinkte getrieben, aufzufinden vermochte, mit vollen Händen gab und jedes Zeichen des Dankes mit Strenge zurückwieß. Sie schien ihr ganzes Leben nur der Religionsübung geweiht zu haben; sie theilte ihre Zeit zwischen Beten, Glaubensauslegung und Wohlthun, und nur, wer sich eines sehr nahen Umgangs mit ihr rühmen konnte, wollte bemerken, ihr Gemüth beschäftige sich außer dem Glauben noch mit einem irdischen Gegenstand, mit der Sehnsucht nach dem Gatten, der in der Grafschaft Kent zurückgeblieben war, um seine geistliche Heerde zu weiden, und, nicht minder schwärmerischen Sinnes, als seine Frau, dieser eine Bekehrungsreise nach dem südlichen Deutschland zur Pflicht gemacht hatte.

Meine Ohren lauschten zur Zeit mehr den Tönen der Komödien-Sängerinnen und den Märschen der Militärmusik, wenn sie zur Parade an meinem Fenster vorüberzog, als der Stimme der Glaubensausleger; alle die Gerüchte von der Fremden so auffallend sie auch mit ihren vielen Zusätzen klingen mochten, waren unbeachtet an mir vorübergeschwebt; — und doch war gerade ich auserseben in die sonderbarste Berührung mit der Engländerin zu treten. Einer meiner älteren Freunde hatte die Bekanntschaft der Fremden dadurch gemacht, daß sie ihm aus eigener Machtvollkommenheit in seine pädagogischen Rechte griff und die Kinder, die ihm zur Erziehung anvertraut waren, für das Reich ihrer Ansichten, Gott weiß, auf welchem Wege, zu gewinnen suchte. (Forts. folgt.)

Der große Politiker Oliver Cromwell hatte keine große Meinung von der sogenannten Volksgunst. In Bezug darauf hat jemand folgendes Epigramm gemacht:

Als Cromwell einst nach der City ging,
Das Volk ihn mit Vivatruf empfing,
Da sagte Thurloe, sein Sekretär:
„O höre das Volk doch — es liebt dich so sehr!“
„Ich kenne, sprach Cromwell, die Beifallsbezeigung:
Das Volk hat immer zum Lärm eine Neigung;
Ich weiß, daß es eben so schreiend sich rührte,
Wenn man uns beide zum Galgen führte.“

Die Berliner Reaktionäre werden jetzt „Freiheitsniederschmetterlinge“, der General v. Pfuel „Kommandeur der Mißverständnisse“ und General Wrangel der Berliner „Cravallier“ genannt.

Theater.

Bei den jetzt so wenig hervorragenden und wirklich interessanten Erscheinungen in der dramatischen Literatur ist es uns eine angenehme Pflicht, die Theaterbesucher auf das neueste Werk des verdienstlichen Schriftstellers Heinrich Laube, betitelt: „Prinz Friedrich“ aufmerksam zu machen, welches am nächsten Mittwoch den 7. ds. Monats zum Benefiz des Herrn Wittko über unsere Bühne gehen wird. Laube, der uns durch seine, Verstand und Gemüth in gleichem Maaße in Anspruch nehmenden „Karlsschüler“ so manchen genußreichen Abend verschafft hat, behandelt in diesem seinem neuesten Werke den interessantesten und tragischsten Abschnitt aus der Jugendzeit Friedrichs des Großen, seine vereitelte Flucht bis zur Hinrichtung seines Freundes Katte und knüpft in dem überaus gelungenen letzten Akte die, durch die Läuterung der Seele des jugendlichen Kronprinzen herbeigeführte Versöhnung mit seinem despotischen Vater an. Der geschätzte Dichter verstand es auch hier, mit seiner geschickten bühnenkundigen Feder Effekt an Effekt zu reihen, ohne der Wahrheit der allbekannten Geschichte zu große Opfer zu bringen, und lieferte uns somit ein überaus anziehendes, bis zum Ende in fortwährender Spannung erhaltendes Drama, denn in rascher Aufeinanderfolge entwickelt sich die Handlung durchaus naturgemäß, und nirgends bietet sich etwas Unnatürliches, Geschraubtes und Ueberspanntes dar. Wie sehr es Laube verstand, auf das Gemüth der Zuschauer zu wirken, beweisen die glänzenden Erfolge seines Drama's auf allen den Bühnen, die es bis jetzt aufgeführt, wie namentlich vor Kurzem noch in Frankfurt a. M.; wir konnten es daher nicht unterlassen, auf die Aufführung desselben auf unserer Bühne hinzuweisen, um so mehr, als dieselbe den Zweck eines Benefizes hat. Der überaus gefällige und liebenswürdige Dichter hat dem Benefizianten; der gern ein anerkannt tüchtiges Werk dem Publikum bieten wollte, aus Gefälligkeit sein Drama überlassen, jedoch nur für eine **einmalige** Aufführung behufs des Benefizes; wir sprechen demnach hiermit den lebhaftesten Wunsch aus, daß sowohl der Dichter für seine Güte, als auch der Benefiziant ihren Lohn durch eine recht zahlreiche Theilnahme unseres kunstsinnigen Publikums finde, dem wir mit voller Ueberzeugung einen genußreichen Abend versprechen, da auch die Direktion Alles aufbieten wird, das Stück würdig in Scene zu setzen.

Redakteur: Martin Reck. — Druck und Verlag von Wilhelm Sümmel S. Nr. 544 am Rathhaus.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 6. Februar 1849. **№ 37.** **Dienstag: Dorothea.**

Deutschland.

Bayern. †°(München, 3. Febr.) [3. öffentliche Sitzung der Kammer der Abg.] Vor Beginn des Vortrages des Referates über Morgenstern hatte ein Abg. den Antrag gestellt, das Referat darüber nicht vorzulesen, dies sey nur eine unnöthige Zeitverschwendung, da durch Ausgabe des lithographirten Referats alle Mitglieder genau Kenntniß desselben hätten. Die Kammer verweist den Vorschlag, sowie einen anderen, blos ein kurzes Resumé vortragen zu lassen. Auf die Einwendung eines Mitgliedes, auch die Zuhörer auf der Tribune hätten Anspruch, den Vortrag zu verlangen, bemerkt der Präsident: »die Vorträge seyen lediglich für die Kammer und das Publikum könne eine solche Rücksicht nicht fordern." Hr. v. Lerchenfeld scheint diese Erklärung auch persönlich dadurch bekräftigen zu wollen, daß er stets mit einer so schwachen und süßlichen Stimme spricht, welche es den Zuhörern auf der Gallerie unmöglich macht, seine Worte zu vernehmen.

Hierauf wird zum Vortrage des Referats, Morgenstern betr. geschritten. Nach Vorlesung desselben beantragt v. Scheurl folgenden Zusatz zu dem Gutachten: Die Wahl der Ersatzmänner in Fürth für ungültig zu erklären und eine neue anzuordnen. Das IV. Skrut., wie die Wahl der Ersatzmänner habe auf unrichtigen Voraussetzungen beruht, da Morgenstern schon im III. Skrut. durch Majorität gewählt gewesen sey. Hr. v. Scheurl hört sich selbst gern, das beweist sich aus der unendlich langen und salbungsvollen Rede, die er zu Gunsten Morgensterns hält und die eigentlich nichts sagt, was nicht das Referat schon gesagt hatte. Unter Anderem sagte Hr. v. Scheurl, »die Wahlen würden um des Volkes willen vorgenommen." Wahr im Prinzip, aber Hr. von Scheurl scheint bei seinem Gutachten über Schmitts Wahl noch nicht dieser Ansicht gewesen seyn; sonst hätte er volksthümlicher gestimmt. Er wußte freilich, daß diese Wahl fallen mußte, ebenso, daß jene Morgensterns durchgehen würde. Und Hr. v. Scheurl ist Majoritätsmann. Nach ihm spricht Reinhardt: Er wolle die Kammer mit keiner langen Rede belästigen, (Anspielung auf seinen Vormann); er könne aber nicht begreifen, wie ein k. Beamter Hr. Regierungs-Assessor v. Branca sich dazu habe hergeben können, in einem so klaren Falle, wie Morgensterns Wahl sey, so zu handeln. Er habe in der Kammer freilich davon reden hören, daß man Morgenstern absichtlich habe wegräumen wollen, weil er ein Jude sey; aber er hoffe, die Kammer werde solche Kleinlichkeiten nicht hegen. Morgenstern solle schnellstens einberufen werden.

Gegen Scheurls Antrag, betreffs einer Neuwahl von Ersatzmännern, erwehrt er sich aus Prinzip; er werde nächstens einen Antrag auf gänzliche Abschaffung der Ersatzmänner eindringen. Schlund meint, es scheine, die Vollzugsinstruktionen ständen in Bayern, statt unter, über dem Gesetze; dies beweise sich bei M's Wahl, so wie gar oft bei Anstellung von Staatsdienern. — (Schlund spricht schlecht und langweilig.) Tinnes (der Kleriker) will die Angriffe auf den Wahlkommissär zurückweisen; er gibt Herrn von Branca ein sehr rühmliches Zeugniß, und glaubt, die Unordnung, die bei dem Wahlakte geherrscht, habe Herrn v. Branca den Ueberblick erschwert; aber böse Absicht sey ihm nicht vorzuwerfen. Dagegen erhebt sich Reinhardt gleich wieder: Dies habe er auch nicht gethan, aber was Herr Tinnes sage, schade seinem Schützlinge am allermeisten; denn er spreche Herrn v. Branca die nöthige Energie und sohin die Fähigkeit ab, eine Wahlhandlung zu leiten. Die Kammer verlangt nach Schluß und beschließt einstimmig: Morgensterns Wahl für gültig zu erklären und ihn einzuberufen: dagegen Ullherrs Wahl zu annulliren. Die Wahl der Ersatzmänner in Fürth wird mit 61 gegen 52 Stimmen für ungültig erklärt, und mit einer Majorität von 24 Stimmen beschlossen, eine neue Wahl der Ersatzmänner anzuordnen. (Was wir gestern bereits mitgetheilt.) Der Präsident liest hierauf noch ein Minist.-Schreiben in Bezug auf 2 Wahlen in der Pfalz vor. Dort hatte nemlich 1 Abgeordneter die Wahl wegen seines Sitzes im Frankfurter Parlament abgelehnt, eben so weigern sich die 3 Ersatzmänner einzutreten, weil der Nichteintritt der Ersatzmänner in der Pfalz Prinzip ist. Die Kammer beschließt, die Neuwahl anzuordnen. Im zweiten ähnlichen Falle war vom dritten Ersatzmanne die Erklärung noch nicht eingegangen, und die Kammer beschließt, ihn einzuberufen. Sodann wird die Sitzung für geschlossen erklärt, und die vierte auf Montag festgesetzt. Stockinger bemerkt dem Präsidenten bei dieser Ankündigung: Die Kammer hoffe, am Montag die Adreßdebatte verhandelt zu sehen, und zwar in öffentlicher Sitzung, was Herr v. Lerchenfeld auch zusagt.

†° (München, den 4. Februar.) Das Programm des linken Centrums der Kammer der Abgeordneten lautet: Wir unterzeichneten Mitglieder der bayerischen Kammer der Abgeordneten haben uns zu gemeinschaftlichem Wirken vereinigt, und hiefür folgende Grundsätze aufgestellt: 1) Wir wollen die Einigung der deutschen Volksstämme in einen Bundesstaat mit einer einheitlichen kräftigen Bundesstaatsgewalt. 2) Wir anerkennen die Nationalversammlung zu Frankfurt als das gesetzliche Organ des deutschen Volkes zur Begründung seiner Einheit und Freiheit. 3) Wir wollen, daß Bayern ihre durch die Centralgewalt verkündeten Beschlüsse, gleich allen deutschen Einzelnstaaten, unbedingt vollziehe und soviel von seinen Souveränetätsrechten an die Reichsgewalt übertrage, als zur Bildung des deutschen Bundesstaates erforderlich seyn wird. 4) Wir wollen daher die unbedingte Anerkennung der Grundrechte des deutschen Volkes, und auf Grund der organischen Reichsgesetze die Revision unserer bayerischen Staatsverfassung unter Festhaltung des Prinzips der konstitutionellen Monarchie. 5) Wir wollen in dieser Staatsform die volle Verwirklichung des vernünftigen Gesammtwillens des Volkes. 6) Wir verlangen die Berufung des Landtages in kürzern Zwischenräumen und für diesen die Initiative in jeder Art von Gesetzgebung, sowie die Regelung der Staatsausgaben und Staatseinnahmen für kürzere Finanzperioden. 7) Wir erstreben ferner eine freie Gemeinde-, Distrikts- und Kreis-Verwaltung, mit Ausschluß bureaukratischer Bevormundung, Ersparnisse in allen Zweigen des Staatshaushaltes insbesondere im Militär-Etat, sowie durch Vereinfachung der Verwaltung, durch Aufhebung des Staatsrathes in seiner gegenwärtigen Gestaltung durch Verminderung zu hoher Besoldungen, Pensionen und Diäten, endlich aber auch dadurch, daß die Civilliste und Appanagen in ein richtiges Verhältniß zu den Kräften des Staates gebracht werden. — Wir wollen durchgreifende Verbesserung des Unterrichts-, und Erziehungswesens, sowie Ausbesserung der zu geringen Lehrerbesoldungen von Seite des Staates, gerechte Steuergesetze, zeitgemäße Gesetzgebung im Forstwesen, Hebung der Landwirthschaft durch ein Kulturgesetz und Verbesserung des Ablösungs- und Jagdgesetzes, Förderung und Unterstützung der Gewerbe und Industrie durch eine Gewerbeordnung, durch Schutzzölle und sonst hiezu geeignete Mittel, und Fürsorge für die arbeitende Klasse. Friederich Adami aus Winterhausen (Unterfranken.) Ferdinand Andreä aus Freyhart (Mittelfranken). Johann Fischer aus Monheim (Schwaben). Karl Fockerer aus Vilshofen (Unterbayern). Friederich Gerber aus Schney (Oberfranken). Ehrhard Gummi aus Culmbach (Oberfranken). Johann Hofmann aus Mistelgau (Oberfranken). Georg Hofmann aus Unterneuses (Oberfranken). Thomas Kleindienst aus Baunach (Unterfranken). Friedrich Meyer aus Ansbach (Mittelfranken). Julius Röck aus Memmingen (Schwaben). Mich. Schad aus Schweinfurt (Unterfranken.) Leonhard Schaflitzel aus Zusamaltheim (Schwaben). G. G. Schuster aus Steinwiesen (Oberfranken). Moritz Steinhäuser aus Hof (Oberfranken). Julius Wachter aus Rothenburg (Mittelfranken). Theodor Wagner aus Bayreuth (Oberfranken).

[Schluß des gestern abgebrochenen Artikels: Finanzgesetz-Entwurfes für die VI. Finanzper.] c. In sämmtlichen Regierungsbezirken: Die den Staatsdienern und andern Angestellten, dann denn Quieszenten und Pensionisten nach der Verordnung vom 8. Juni 1807 obliegenden Wittwen- und Waisenfondsbeiträge von ihren aus den Staatskassen fließenden Bezügen. §. 10. Die Zollgefälle werden nach dem bestehenden Vereinszolltarife mit Rücksicht auf die dießfalls vertragsmäßigen und gesetzlichen Bestimmungen und Vorbehalte erhoben. Die Erhebung der übrigen indirekten Abgaben hat nach den bisherigen Normen zu geschehen. §. 11. Das Zahlen-Lotto ist vom 1. Oktober 1849 an aufgehoben. §. 12. Für den Personen- Waaren- und andern Transport auf den Staatseisenbahnen haben die unterm 15. Mai 1845. (Reggsbl. v. J. 1845, S. 291) bekannt gemachten provisorischen Tarife als Maximalsätze auch für die VI. Finanzperiode ihre Geltung beizubehalten. Dasselbe ist der Fall in Ansehung der bisherigen provisorischen Tarife für die Donau-Dampfschifffahrt. §. 13. Es bleibt vorbehalten, den Weinbergsbesitzern in denjenigen Distrikten von Unterfranken und Aschaffenburg, in welchen das Steuerdefinitivum zur Zeit noch nicht eingeführt ist, alljährlich und so lange, als dieses nicht der Fall seyn wird, ausserordentliche Steuernachlässe zu bewilligen, wozu die erforderlichen Mittel bis zu einem jährlichen Maximalbetrage von 10,000 fl. aus den bei dem ausserordentlichen Budget vorgesehenen Reichsreservefonde geschöpft werden. §. 14. Die an dem wirklichen Anfalle der budgetmäßigen Einnahmen nach vollständiger Erfüllung aller davon zu bestreitenden ordentlichen Ausgaben etwa verbleibenden Ueberschüsse und resp. aufkommenden Mehreinnahmen sind als theilweises Deckungsmittel für das ausserordentliche Budget und zur Entrichtung der auf dasselbe verwiesenen Ausgaben zu verwenden.

B. Außerordentliches Budget. Titel IV. Ausgaben. §. 15. Die auf Rechnung des außerordentlichen Budgets gehenden Ausgaben welche sich auf die Etats der Staatsministerien des Aeußern und der Justiz, der Staatsanstalten auf Erziehung und Bildung, auf Kultus Industrie und Kultur, Straßen-, Brucken- und Wasserbau, besondere Leistungen des Staats-Aerars an Gemeinden und das Steuerkataster, dann auf den Militär- und Landbau-Etat vertheilen, sind mit ihren einzelnen Ziffersätzen in der Beilage Lit. 6 enthalten, und einschlüssig des für unvorhergesehene Ausgaben gemäß Lit. VII. §. 5 der Verfassung zu bildenden, und mit 800,000 fl. angenommenen Reservefond auf jährliche 5,789,962 fl., sohin für die zwei Jahre 1849/50 und 1850/51 auf die Summe von 11,579,924 fl. festgesetzt. — Tit. V. Einnahmen oder Deckungsmittel. §. 16. Zur Bestreitung dieser außerordentlichen Ausgabssumme sind bestimmt: a. die am Schlusse der V. Finanzperiode verbleibenden Erübrigungen und resp. verfügbaren Mehreinnahmen dieser Periode nach Inhalt des §. 2 des gegenwärtigen Gesetzes; b. die allenfallsigen Mehreinnahmen aus dem ordentlichen Budget der VI. Finanzperiode und resp. der Jahre 1849/50 und 1850/51 gemäß der dießfalls in §. 13 enthaltenen Verfügung, und c. für den durch diese beiden Quellen nicht gedeckten Betrag wird der Staatsminister der Finanzen ohne Beschränkung auf einen Zinsfuß und Kapitalsgröße ermächtigt, die nöthigen Summen vorbehaltlich der genauen Nachweisung des Bedarfes und der Verwendung durch Geldaufnahme herbeizuschaffen. Der Staatsminister der Finanzen ist mit

der Vollziehung des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt. Gegeben ꝛc. Für den Entwurf Weigand.

Se. Maj. der König haben in Ansehung des Staatsschuldenwesens nach Vernehmung des Staatsrathes unter dem Beirathe und der Zustimmung der Kammer der Reichsräthe und der Kammer der Abgeordneten beschlossen und verordnen, wie folgt: §. 1. Zur Deckung der Staatsschuldentilgungs-Anstalt werden bestimmt und zwar 1) für die Zinskasse: a) der schon von jeher dieser Anstalt überlassene Malzaufschlag mit dem für die nächste Finanzperiode im Durchschnitte veranschlagten und den jährlichen Zinsbedarf mehr als hinreichend deckenden Reinerträge zu 5,327,062 fl., b) wegen der Verzinsung des durch das Gesetz vom 12. Mai 1848 zur Aufnahme im Wege der freiwilligen Subskription bewilligten Anlehens ein Zuschuß von der königlichen Central-Staatskasse mit jährlichen 350,000 fl., aus den in Art III des obigen Gesetzes bezeichneten Staatsgefällen; 2) für die Tilgungskasse: a) der für die alte Schuld bestimmte Tilgungsfond von ⅔ Proz. in der bisherigen Aversalsumme von jährlichen 880,000 fl, welcher — insoweit er nicht aus dem Ueberschusse der Zinskasse gedeckt ist — durch Zuschüsse der Central-Staatskasse aus den schon in den Gesetzen vom 11. September 1825 und 28. Dezember 1831 bestimmten Staatsgefällen ergänzt werden soll, b) eine Dotations-Mehrung wegen der Entschädigungsleistung für die eingelösten Gerichtsbarkeiten durch einen nach Art. 15 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der auf die Gerichtsbarkeit freiwillig verzichtenden Standes- und Gutsherren vom 28. Dezember 1831 aus den Taxgefällen zu schöpfenden und auf jährliche 26,000 fl. veranschlagten Zuschuß der Staatskasse; 3 fur die Pensions-Amortisationskasse: die schon in den mehrgedachten Gesetzen vom 11. September 1825 und 28. Dezember 1831 hiefür angenommene und bisher geleistete Summe von 2,700,000 fl, welche aus den dortselbst genannten Staatsgefällen erhoben und nöthigenfalls von der Central-Staatskasse ergänzt wird; 4) für die Eisenbahnbau-Dotations-Kasse: a) der dieser Kasse durch die Eisenbahngesetze vom 25. Aug. 1843 und 23. Mai 1846 zugewiesene Nettoertrag der Bahnrente mit dem voranschlägigen Jahresbetrag zu 689,560 fl., b) ein jährlicher Zuschuß aus der königl. Central-Staatskasse von 300,000 fl.; 5) für die Ablösungskasse: ein zum Vollzuge des Gesetzes vom 4. Juni 1848 über die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung der Grundlasten aus der Central-Staatskasse zu leistender Zuschuß von jährlichen 220,000 fl. §. 2. Die Deckungsmittel für die Summe von 1,000,000 fl., welche die Staatsschuldentilgungsanstalt zu Folge des Art. II des Gesetzes vom 4. Juni 1848 die Verhältnisse der Sparkassen und beziehungsweise die bei der Staatsschuldentilgungsanstalt anliegenden Sparkassakapitalien betreffend, jährlich an die Sparkassaverwaltungen pro rata ihres Guthabens heimzubezahlen hat, erhält die Tilgungskasse durch die Anfälle an Zinsen und Kapitalsrückzahlungen ihrer Aktiven. §. 3. Auf die Pensionsamortisationskasse werden zu den — auf derselben bereits dermalen lastenden Pensionen und Alimentationen vom 1. Okt. 1849 an noch weiter überwiesen: a) die Pensionen und Alimentationen für das zu Folge des Gesetzes vom 4. Juni 1848 vom Staate übernommene Personal der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt: b) die Pensionen und Alimentationen des Personals, der mit dem 1. Okt. 1849 aufhörenden Lottoanstalt; c) die Pensionen und resp. Ruhegehalte aller jener Beamten und Bediensteten, welche in Folge der Einführung der neuen Gerichtsverfassung und der dadurch nothwendig gewordenen durchgreifenden Organisation der Stellen des Justiz- und gemischten Dienstes, dann der innern Administration in Quieszenz treten; d) die den Hinterlassenen der vorstehend von a bis c bemerkten Pensionisten auf den Grund der einschlägigen und beziehungsweise gesetzlichen Normen zu bewilligenden Pensionen und Alimentationen. §. 4. Die Pensions-Amortisations-Kasse hat ferner neben der Verzinsung und allmählichen Abzahlung des noch bestehenden Restes ihrer in Gemäßheit des §. 8 des Staatsschuldenwesens-Gesetzes vom 11. September 1825 bei der Tilgungs-Kasse haftenden Kapitalsschuld zum Vollzuge der Artikel V. und VI. des Gesetzes vom 30. November 1847, den Zinsfuß der Eisenbahnanlehen und beziehungsweise die Verzinsung der Staatsschuld betreffend, die Verzinsung und successive Rückerstattung des aus den Beständen derselben Tilgungs-Kasse entnommenen, dem Eisenbahnbaue zugewendeten Darlehens à 3½ Prozent nach dem Rechnungsstande 1848/49 in voranschlägiger runder Summe zu 3,000,000 fl. zu übernehmen, wogegen der Pensions-Amortisations-Kasse bis zur gänzlichen Erfüllung dieser beiderartigen Verbindlichkeiten die sub §. 1 Nro. 3 aufgeführte Dotationssumme ungeschmälert verbleibt. §. 5. Von den, der Eisenbahnbau-Dotations-Kasse sub §. 1 Nro 4 lit. a und b zugewiesenen Mitteln hat diese Kasse die Verzinsung sämmtlicher, für den Eisenbahnbau bei Privaten aufgenommenen und noch aufzunehmenden Darlehen, dann die Tilgung dieser Anlehen nach Maaß des in den Eisenbahngesetzen vom 23. Mai 1846 mit ⅔ Prozent der jeweiligen Anlehensgröße bestimmten Tilgungsfonds zu bestreiten, wodurch die in Artikel VI. des Gesetzes vom 30. November 1847, den Zinsfuß der Eisenbahn-Anlehen und beziehungsweise der Verzinsung der Staatsschuld betr., wegen Ermittelung der für die Eisenbahnbau-Schuld festgesetzten Tilgungs-Dotation enthaltene Bestimmung den entsprechenden Vollzug erhält. Die Tilgung der Eisenbahnbau-Schuld und resp. Kapitals-Heimzahlung findet im Wege der Verlosung statt. Der an den Einnahmsmitteln der Eisenbahnbau-Dotationskasse nach Erfüllung der obigen Anlehens-, Verzinsungs- und Kapital-Heimzahlungs-Verbindlichkeiten noch verbleibende Rest ist dem Eisenbahnbaue zuzuwenden. Der Staatsminister der Finanzen ist mit der Vollziehung des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt. Gegeben ... Für den Entwurf Weigand.

(München, den 3. Februar.) Der 6. Ausschuß der II. Kammer ist nun gleichfalls gebildet. Er besteht aus dem Herrn I. Präsidenten der Kammer der Abg., Frhrn. v. Lerchenfeld, und in dessen Verhinderung, dem Herrn II. Präsidenten derselben Kammer, Graf v. Hegnenberg-Dux und den HH. Dr. Roßbach, Schüler, Willich, Dr. Greiner, Dr. Waibl; Vorstand derselben ist Hr. Willich, Sekretär Hr. Dr. Roßbach. Zu Ersatzmännern wurden gewählt die HH. Prell, Georg Fr. Kolb, Julius Wächter, Dr. Hannitz und Heintz. (N. M. Z.)

(München, den 4. Februar.) Der Regierungsrath v. Muffel wurde von der Regierung von Schwaben und Neuburg, K. d. J., zu jener von Oberbayern versetzt, und der Landrichter G. Kaiser in Aschaffenburg zum Regierungsrath bei der Regierung von Schwaben und Neuburg, K. d. J., befördert. Die I. Assessorsstelle beim Landgerichte Hollfeld wurde dem dortigen II. Assessor J. Lorenz; die hiedurch erledigte II. Assessorstelle daselbst dem Landgerichtsaktuar K. M. Küster von Münchberg; dessen Stelle als Aktuar zu Münchberg dem übernommenen Patrimonialrichter I. Klasse K. Kilinger von Wallsdorf; die erledigte I. Assessorsstelle bei dem Landgerichte Ebermannstadt dem übernommenen Patrimonialrichter I. Klasse G. C. Raab von Weißendorf; die II. Assessorstelle beim Landgerichte Regenstauf dem geprüften Rechtspraktikanten G. Mandl aus Roding; die I. Assessorsstelle beim Landgerichte Lichtenfels dem dortigen II. Assessor F. Eichinger; die hiedurch eröffnete II. Assessorstelle dem dortigen Aktuar E. Dietz; die solchermaßen erledigte Aktuarsstelle dem dortigen Aktuar extra statum G. Gelder; die erledigte Civiladjunktenstelle beim Landgerichte Herzogenaurach dem Landgerichtsaktuar G. Ed. Hörmann zu Ludwigsstadt; dessen Stelle als Landgerichtsaktuar in Ludwigsstadt dem übernommenen Patrimonialrichter I. Klasse J. A. Münch verliehen; der II. Landgerichtsassessor K. Waas zu Neuburg a. D. wurde vom Antritte der ihm übertragenen Stelle eines I. Assessors beim Landgerichte Krumbach enthoben, und diese Stelle dem früheren Patrimonialrichter F. Koneberg in Füssen übertragen. Der Revierförster zu Allersberg F. Ranchner wurde in den Ruhestand, und an dessen Stelle der Revierförster zu Brunn K. G. Frhr. Haller v. Hallerstein versetzt; der Revierförster zu Oberlenkenreuth F. Pausch zum Forstmeister in Waldmünchen ernannt; der Revierförster zu Traunstein J. Feichl zum Forstmeister II. Klasse bei der General-Bergwerks- und Salinen-Administration befördert.

(München, den 2. Februar.) Auf die von der hiesigen deutsch-katholischen Gemeinde gegen den Stadtpfarrer der Ludwigskirche bei dem Staatsministerium des Innern erhobene Beschwerde, daß letzterer bei einem Austrittszeugnisse den Ausdruck „zu der sogenannten deutsch-katholischen Gemeinde" gebrauchte, hat das genannte Ministerium erkannt, „daß dieser Religionsgesellschaft die Führung des Namens Deutsch-Katholiken unbedingt zustehe, und ihr derselbe weder von einer weltlichen noch von einer geistlichen Behörde des Königreichs verweigert werden dürfe." Das Verfahren des Stadtpfarrers könne weiter weder gebilligt noch im Hinblick auf die Verfassungsurkunde geduldet werden, wovon das k. Pfarramt zu verständigen sey, damit das Ministerium für die Zukunft weiterer Einschreitungen überhoben werde. (A. A. Z.)

(Neustadt a. d. H., 30. Jan.) Von hier aus ist eine energisch abgefaßte Adresse an die Kammer der Abgeordneten nach München wegen Einführung der Grundrechte abgegangen. (N. Sp. Z.)

Baden. (Freiburg, den 1. Februar.) Heute versammelte sich der hiesige Gerichtshof, bestehend aus neun Richtern, unter dem Vorsitze des Hofrichters Litschgi — und in Gegenwart des Staatsanwalts Eimer und der zwei ältesten Hofgerichtsadvokaten, um nach Maßgabe des Gesetzes die beiden Geschwornen-Listen zu bilden, nämlich jene der 30 Hauptgeschworenen und der 8 Ersatzmänner. Der vorsitzende Hofrichter Litschgi eröffnete die Sitzung mit der Angabe des Zweckes, unter Hinweisung auf die betreffenden Bestimmungen des Gesetzes, zu dessen Vollzug die Ortslisten, aus diesen die Amts-, und endlich die Kreisliste der Geschworenen gebildet worden, welche letztere 716 Namen ausweist. Der Präsident verlas nun die auf 716 Zettel eingetragenen Nummern, und legte die Zettel in die Urne; während der älteste Rath die Namen der auf jede Nummer kommenden 716 Geschwornen verlas. Nachdem die in die Urne geworfenen Zettel von einem der Anwälte gemischt worden, schritt der Präsident zur Ziehung der Geschwornen. Die 30 Männer, aus welchen die Liste der 12 Geschwornen über Struve und Blind ausgelesen wird, gehören folgenden Berufsarten an. Es sind darunter 6 Landwirthe, 15 Gemeindebeamten, Bürgermeister ꝛc., 1 Thierarzt, 3 Gewerbtreibende, 1 Apotheker, 2 Kaufleute und Fabrikanten, 1 Wirth, 1 Wundarzt. (Fr. Z.)

Freie Städte. ** (Frankfurt, 3. Februar.) [163. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Venedey will, daß Schmerlings Rede über Kriegsrecht und Belagerungszustand in der 162. Sitzung wörtlich im Protokolle wiedergegeben werde, was aber verworfen wird. Martiny interpellirt den Reichsminister des Innern, was gegen die Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts, die in Preussisch-Minden von den Behörden verfügt wurden, geschehen werde? Würth von Sigmaringen fragt, ob es denn wahr sey, daß die Reichstruppen aus Sigmaringen entfernt worden seyen, wie es ausgesprochen worden, indem er entgegengesetzte Nachrichten erhalten habe. Beide Interpellationen sollen am Montag den 5. beantwortet werden. Nun folgt Fortsetzung der Berathung des Verfassungsentwurfs, respektive §. 7 des Abschnittes „Gewähr der Reichsverfassung." Mittermaier nimmt sich des Minderheitsvorschlags I. an. Man solle ein Gesetz über das Versammlungs- und Vereinsrecht geben, allein keine Ausnahmsgerichte und Ausnahmsbestimmungen gestatten. Wenn Redner daran denke, daß in gewissen Fällen das Kriegsrecht geheiligt werden solle, so sehe er den blutigen Schatten Alba's vor sich aufsteigen. Aufhebung der Habeas-Corpus-Akte könne nur durch ein zwischen Regierung und Volksvertretung vereinbartes Gesetz erfolgen.

Redner erinnert an eine Warnung Ruthardts: vertheidigt Euch gegen die Feinde der öffentlichen Ordnung, wendet die kräftigsten Mittel zur Erhaltung des Staates an, aber heuchelt keine Untersuchung unter der Maske des Gesetzes, mordet nicht unter der Form eines richterlichen Urtheils! Waitz vertheidigt das Minderheitserachten II. Es wird darauf zur Abstimmung geschritten nach Ablehnung des Antrags Vincke's und Genossen, nach welchem im Krieg und Aufruhe auch die Preßfreiheit aufgehoben werden darf. Das Amendement: Im Fall des Krieges oder Aufruhrs können die Bestimmungen der Grundrechte über Haussuchung, Vereins- und Versammlungsrecht von der Reichsregierung oder der Regierung eines Einzelstaates für einzelne Bezirke zeitweise, unter Verantwortlichkeit des betreffenden Gesammtministeriums gegen den Reichstag, beziehungsweise Landtag, außer Kraft gesetzt werden, wird mit 261 gegen 188 Stimmen verworfen; angenommen wird mit 242 gegen 206 Stimmen der Vorschlag der Ausschußmajorität „Im Falle des Krieges oder Aufruhrs können die Bestimmungen der Grundrechte über Verhaftung, Haussuchung, Vereins- und Versammlungsrecht von der Reichsregierung oder der Regierung eines Einzelstaates für einzelne Bezirke zeitweise außer Kraft gesetzt werden; jedoch nur unter folgenden Bedingungen: 1) Die Verfügung muß in jedem einzelnen Falle von dem Gesammtministerium des Reichs oder Einzelstaates ausgehen. 2) Das Ministerium des Reichs hat die Zustimmung des Reichstags, das Ministerium des Einzelstaates die des Landtags, wenn dieselben zur Zeit versammelt sofort einzuholen. Wenn

dieselben nicht versammelt sind, so darf die Verfügung nicht länger als vierzehn Tage dauern, ohne daß dieselben zusammenberufen und die getroffenen Maaßregeln zu ihrer Genehmigung vorgelegt werden. Weitere Bestimmungen bleiben einem Reichsgesetze vorbehalten. Für die Verkündigung des Belagerungszustandes in Festungen bleiben die bestehenden gesetzlichen Vorschriften in Kraft." Der von Simon und Genossen beantragte Zusatz: »Die Einberufung muß in diesem Falle sofort geschehen, so daß der Zusammentritt spätestens am 21. Tage von Verkündigung der Ausnahmsmaßregeln an gerechnet, stattfindet, widrigenfalls derselbe ohne Berufung erfolgt.« wird mit 265 gegen 163 Stimmen verworfen. Andere Zusatzanträge, worauf bei dringender Gefahr auch das Kriegsrecht verkündet werden dürfe, verwirft die Versammlung. Die Linke legt im Namen der europäischen Civilisation Verwahrung gegen die in der heutigen Sitzung gefaßten Beschlüsse ein. Der §. 7 ist aber fix und fertig und die Sitzung zu Ende, die nächste Sitzung findet Montag den 5. Febr. statt.

Hannover, (Hannover, den 1. Februar.) Die Eröffnung des Landtags hat in der Weise, wie in dem bereits mitgetheilten Programme vorgezeichnet, Statt gefunden. Zuerst also Gottesdienst in der Neustädter Hof- und Stadtkirche. Consistorialrath Riemann hielt die Predigt. Ueber den Inhalt der Predigt zu referiren, würde kaum möglich seyn, ohne in eine Kritik derselben zu gerathen; Predigten aber sollen nicht kritisirt werden, daher begnügen wir uns mit der Anführung des Bibeltextes, welchen Herr Consistorialrath Riemann seiner Predigt zum Grunde legte. Er steht geschrieben im 85. Psalm V. 8 und 9, und lautet: „Herr, erzeige uns Deine Gnade und hilf uns! Ach, daß ich hören sollte, daß Gott der Herr redete, daß er Frieden zusagte seinem Volk und seinen Heiligen, auf daß sie nicht auf eine Thorheit geriethen." Nach beendigtem Gottesdienst wurde von 12½ Uhr an die Beeidigung der Abgeordneten im Ständehause vorgenommen. Um 2 Uhr erschien der Graf Bennigsen, als königlicher Kommissarius und eröffnete die Ständeversammlung mit nachstehender Thronrede. „Von Seiner Majestät dem Könige, welcher sich mit Bedauern verhindert sieht, persönlich in Ihrer Mitte zu erscheinen, ist mir der ehrenvolle Auftrag ertheilt, Sie, die erste Ständeversammlung, welche in Folge des Verfassungsgesetzes auf völlig neuen Grundlagen berufen ist, an dieser Stelle willkommen zu heißen und Ihnen das Folgende zu eröffnen. Bei dem ungewissen Stande der Dinge, der in den meisten Staaten Europa's seit den Erschütterungen des vorigen Jahres noch besteht, oder nur durch Gewalt der Waffen niedergedrückt scheint, gereicht es Sr. Maj. zu großer Beruhigung und gerechtem Stolze, an der Spitze eines der wenigen Staaten zu stehen, deren Volk durch Gesetzlichkeit und Treue nach allen Seiten hin sich Achtung erworben und dadurch den eigenen Wohlstand neu und fester gegründet hat. Auf diese Haltung Ihres Volks vertrauend, blicken Se. Maj. mit minderer Sorge auf den Zustand des gesammten deutschen Vaterlandes, dessen Verfassung leider noch immer unvollendet ist, und auf den noch nicht beendigten Kriegszustand, der dem Königreiche vor andern Gefahren droht. Se. Maj. betrachten es als heilige Pflicht, für die Sicherheit und Wohlfahrt des Landes keine Opfer zu scheuen; wenn nur die Verfassung so geordnet wird, daß das Land seine Lasten tragen kann und der freien inneren Entwickelung keine verderblichen Fesseln angelegt werden. In diesem Streben hoffen Se. Majestät auf den Beistand der gegenwärtigen Versammlung zählen zu können. Um so mehr gereicht es Allerhöchstderselben zur Befriedigung, daß eben jetzt durch eine der ersten Regierungen Deutschlands Schritte geschehen sind, um die drohende Gefahr eines Zwiespalts abzuwenden und diejenige Einigung von Fürsten und Volk herbeizuführen, ohne welche dauernde Eintracht und Sicherheit in Deutschland unmöglich ist. Se. Maj. haben diesen Schritten mit Freuden ihre Beistimmung gegeben, und werden die Erreichung des Ziels wahrer Einigung mit aller Kraft und Aufopferung, welche die Pflicht gestattet, fördern. In der Hoffnung, daß es gelingen werde, auf diesem Wege die Verfassung Deutschlands neu zu befestigen, wird es die Aufgabe der Stände seyn, die Zusicherungen des Verfassungsgesetzes vom 5. Septbr. v. J. vollständig ins Leben zu rufen. Eine Reihe von Anträgen über die Verfassung der Gerichte und der Verwaltungsbehörden der Städte und Landgemeinden, der Kirche und Schule, so wie einzelne Gesetze über Gegenstände von besonderer Wichtigkeit werden Ihre volle Thätigkeit in Anspruch nehmen. Von gleicher Bedeutung wird die Aufgabe seyn, den Haushalt so zu ordnen, daß derselbe die Opfer, welche die Unruhen des letzten Jahres mit sich geführt haben, und die ungleich größeren, welche die Neugestaltung Deutschlands fordern wird, zu ertragen im Stande sey. Leider sind die Sachen noch nicht so weit fortgeschritten, daß es möglich wäre, schon jetzt eine dauernde Ordnung festzustellen. Um so dringender wird es aber seyn, dahin zu arbeiten, daß der Zukunft die Last nicht noch mehr erschwert werde. Se. Maj. beklagen es aufrichtig, daß Ereignisse, deren Vermeidung außer Ihrer Macht gelegen ist, so schwere Lasten mit sich führen. Um so erfreulicher ist es, daß das Land in sich selbst Kräfte besitzt, deren Erweckung und Belebung die Tragung der Last ohne Zerrüttung des Wohlstandes möglich machen wird. Freiheit und Ordnung, ungehemmte geistige Thätigkeit und Selbstverwaltung des Volkes werden zu diesem Ziele am sichersten führen. Dem unverbrüchlichen Halten am Gesetze, welches den wahren, edlen Volkscharakter bezeichnet, verdanken wir alle die Ruhe und Sicherheit, deren das Land vor andern sich im verwichenen Jahre erfreut hat. Durch das Halten am Gesetz ist das Land in kurzerer Zeit nur weiter auf der Bahn des Fortschritts gefördert, als es denen möglich gewesen ist, die sich vom Gesetz und Verfassung entfernten. Dem Halten am Gesetz verdankt eben die Verfassung, kraft deren Sie, meine Herren, hier versammelt sind, ihre Entstehung; der Geist gesetzlicher Freiheit und die Liebe zum Vaterlande werden auch ihre Berathungen leiten, und durch diese wird es Ihnen gelingen, Werke zu schaffen, die auf späte Jahre hinaus dem Lande zum Segen gereichen mögen. Im Namen Sr. Maj. des Königs erkläre ich die Ständeversammlung für eröffnet." Zu Präsidenten sind gewählt für die erste Kammer: 1) Professor Briegleb, 2) Baurath Hausmann, 3) Prokurator Wyneken.
(Z. f. Nrddtschl.)

Oldenburg. (Oldenburg, 30. Jan.) Das Ministerium hat sich in Folge der letzten hier stattgefundenen Austritte beeilt, dem Landtage seinen Vergleichsvorschlag in der unglücklichen Streitsache zwischen dem Landtage und dem Großherzoge über die Domänen zu übergeben. Er lautet so: der Landtag bewilligt als Civilliste dem Fürsten, einschließlich der Apanage des Erbgroßherzogs u. s. f., die Summe von 170 000 Thlr., davon 85,000 Thlr. in baarem Gelde und 85,000 Thlr. in Domanen, welche aber Krongut bleiben und als solches im Falle einer Mediatisirung dem Lande einheimfallen. Von diesen Domänen übernimmt der Großherzog nur die Kommunal- aber keine Staatslasten. Nehmen die Stände diesen Antrag an, so ist allem Anscheine nach das Ministerium sicher, daß der Großherzog seinerseits darauf eingehen wird. Verwerfen sie ihn aber, so ist zur Zeit gar kein Ausgang dieser Sache abzusehen, und eine Reichskommission würde das Ende vom Liede seyn. Heute Abend wird den Ständen der Vorschlag des Ministeriums mitgetheilt werden. So viel stellt sich aber auch jetzt schon heraus, daß er, wenn die Stände ihn annehmen, materiell bedeutend vortheilhafter für den Regenten ist, als die Annahme seiner eigenen Forderung gewesen seyn würde, nach welchen, wie Wohlunterrichtete versichern, aus den beanspruchten Domänen kaum ⅔ jener Summe als reines Kroneinkommen sich ergeben haben würde. (Frkft. O.-P.-Z.)

Preussen. †*† (Berlin, 2. Febr.) Es fällt auf, daß der General Wrangel einen großen Theil seiner Truppen seit Kurzem wieder die Privathäusern unterzubringen anfängt. Den Hausbesitzern, deren leer stehende Wohnungen trotz der mit dem Belagerungszustand wiedergekehrten Ordnung nicht zu vermiethen waren, ist diese Maßregel natürlich sehr erwünscht. Zum Theil mag dieselbe ihren Grund die dem Umstande haben, daß verschiedene öffentliche Gebäude durch in Besitznahme Seitens der Soldaten nicht länger ihren ursprünglichen Zwecke entzogen bleiben können.

Nach einer uns zugehenden Mittheilung, die wir nach der achtbaren Quelle, aus der sie fließt, für glaubwürdig halten müssen, steht eine Wiederaufnahme des Kriegs mit Dänemark Seitens der preuss. Regierung nicht zu erwarten. Man versichert uns, daß dies die unerlaßliche Bedingung eines zwischen den Kabinetten von Wien, St. Petersburg, Berlin, Kopenhagen und Stockholm zu Stande gekommenen, zunächst gegen die revolutionären Bewegungen im Innern der betheiligten Staaten gerichteten Schutz- und Trutzbündnisses sey.

Man spricht viel von einem Konflikt zwischen Hrn. v. Wrangel und dem Polizeipräsidenten Hrn. v. Hinkeldey. Als Anlaß wird die Ausweisung des Hrn. Rodbertus, namentlich die schonungslose Form bei der Ausführung dieser Maßregel, bezeichnet. Hrn. Rodbertus gelang es selbst auf Verwendung des Hrn. v. Hinkeldey nicht, bei Hrn. v. Wrangel vorgelassen zu werden.

Frankreich.

† (Paris, 1. Febr.) Nichts ist possirlicher, als zu sehen, wie sich Leon Faucher und Changarnier Mühe geben, den blinden Lärm vom 29. Januar — welcher, beiläufig gesagt, dem armen Lande über Eine Million Frkn. kostet — doch wenigstens einigermaßen zu rechtfertigen. Hier einige offizielle Beweise: Der Moniteur meldet: »Im Ministerium des Innern (bei Hrn. Faucher) lief gestern Abend folgende telegraphische Depesche ein: Dijon, 31. Jan. Das Komplot, das in Paris ausbrechen sollte, war auch mit den geheimen Gesellschaften des hiesigen Departements (Côte d'Or) verabredet. Sie hielten in der Nacht vom 29. zum 30. Januar eine permanente Sitzung. Eine Abtheilung von Dragonern, angeführt von zwei Chefs der Sozialisten, welche ebenfalls sich als Dragoner verkleidet hatten, versuchten die Ruhe zu stören. Einem Polizeidiener wurde ein Arm zerschlagen. Die beiden Chefs sowohl als die Dragoner sollen arretirt werden." Die ultrareaktionäre Opinion publique fügt hinzu: „Auch aus Straßburg und anderen Departements sind Depeschen eingetroffen, welche beweisen, daß sich das Komplot über ganz Frankreich erstreckte. Wir sind dem Ministerium den heißesten Dank für seine außerordentlichen Maßregeln schuldig." Die orleanistische Assemblée ruft: „Hatten wir nicht Recht, als wir die hochverrätherischen Plane der Gesellschaft Solidarité Républicaine vor den Augen des Publikums enthüllten? Noch einige Tage später, und das beabsichtigte Revolutionstribunal (die Guillotine) hätte uns die Antwort gegeben....« Die grauhäärige Gazette de France meldet: „Unter den Papieren Alton Shee's befand sich die Liste einer neuen provisorischen Regierung und mehrere Gesetzentwürfe. Eine derselben empfiehlt nicht nur eine Milliarde, wie Barbès am 15. Mai vorschlug, sondern drei Milliarden Steuern von den Reichen sofort einzuziehen. Die persönliche Freiheit, die Preßfreiheit 2c. sollten auf 6 Monate, bis zur Begründung der rothen (demokratisch-sozialen) Republik suspendirt werden.

Die Kommission zur Einleitung einer „parlamentarischen Untersuchung" des Ereignisses vom 29. Jan. ist heute aus folgenden Deputirten gewählt worden: 1) Charamaulle, 2) Dupont (Bussac), 3) Berville, 4) Corbon, 5) Alem Rousseau, 6) Morel, 7) Canty, 8) Lherbette, 9) Anthony Thourret, 10) Pin, 11) Guinard, 12) Boirhaye, 13) Porion, 14) Oudinot. Hievon gehören 7 der Linken und 7 der Rechten an. Bei den Enthüllungen, die heute die konservative Gazette des Tribunaux macht, ist man auf das Ergebniß der Gegenuntersuchung ausserordentlich gespannt.

Großbritannien.

(London, 31. Jan.) Die heutige Nummer der „Times" enthält einen leitenden Artikel über die deutsche Oberhauptsfrage, in welchem die Unschlüssigkeit der Frankfurter Nationalversammlung in dieser wichtigsten Angelegenheit einem ziemlich harten Tadel unterworfen wird. „Was immer dahin strebt," schließt der Artikel, „die Einheit der deutschen Staaten auf der Grundlage wahrer Freiheit und Ordnung zu kräftigen, das dient auch dazu, die Defensivgewalt des Kontinents zu befestigen und etwaigen kriegerischen Gelüsten am Rhein und an der Weichsel Schranken zu setzen, im Fall der Noth aber die wirksamste und zweckmäßigste Allianz, welche Deutschland auf dem Festland haben kann, zu sichern. Für die englische Politik ist der Fortschritt einer solchen Einigung von dem größten Interesse, eine Einigung, welche man um so weniger erwarten zu dürfen glaubte, als schon Befürchtungen rege wurden, es möchten durch die Leidenschaft, mit welcher man in Frankfurt zu Werke ging, der Norden mit dem Süden, der Protestantismus mit dem Katholizismus, die Monarchisten mit den Republikanern in Konflikt gerathen und alles dies zu der Wiederkehr eines dreißigjährigen Krieges führen. Die Entschließung der preussischen Regierung hat, wie wir glauben und überzeugt sind, die Gefahr abgewendet."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n.

Auktions = Anzeige.

Montag, den 12. Februar und die folgenden Tage verkauft Unterzeichneter in seinem Hause Lit. S. Nr. 977 am untern Obstmarkte eine große Partie Schnittwaaren, welche durchs Hochwasser beschädigt wurden, daher unterm Fabrikpreiße abgegeben werden. Bestehend in: Seiden, Wollen und baumwollenen Kleiderstoffen, als: Orleans, Mousslin de laines, Cattune, Piqué, Beinkleiderzeuge und Westen, dann Seiden, Wollen und baumwollene Umschlagtüchern, Cravatten, nebst mehreren andern Artikeln.

Es bittet um gefälligen Besuch

Joh. Jac. Graßer.

Exp.-Nro. 5050.

Bekanntmachung

(Die für 1848/49 verfallenen grundherrlichen Gefälle für die Wohlthätigkeits-Stiftungen dahier betr.)

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg

wird hiemit bekannt gemacht, daß die Getreid-Normal-Preise für das Etats-Jahr 1848/49 auf

12 fl.	24 kr.	per Schäffel	Waizen,
7 „	36 „	„ „	Korn,
7 „	6 „	„ „	Gerste,
4 „	30 „	„ „	Haber.
8 „	42 „	„ „	Dinkel,
11 „	54 „	„ „	Erbsen,
9 „	24 „	„ „	Hirse,
13 „	12 „	„ „	Linsen und
4 „	30 „	„ „	Rauhgetreide

festgesetzt worden sind, und daß daher alle diejenigen, welche ihre zu Martini 1848 bereits verfallenen Gülten und Zehenten in dem Zeitraume von Martini 1848 bis Lichtmeß 1849 nicht in natura geliefert haben, nunmehr nach den vorbemerkten Preisen in Geld zu berichtigen haben. Unter die bereits verfallenen Gefälle gehören weiters, in so ferne hiefür nicht besondere Termine bestehen, die Erbzinse, Eigengelder, Bodenzinse, Pachtgelder, dann fixe Handlöhner und Kapital-Zinsen, deren Einzahlung nunmehr binnen 14 Tagen um so mehr gewärtigt wird, als ausserdem die Beitreibung auf Kosten der säumigen Zahler verfügt werden müßte.

Die Zahlungen erfolgen in dem Bureau der Rendantur der Wohlthätigkeits-Stiftungen, Zimmer No. 18 auf dem hiesigen Rathhause.

Nürnberg, den 2. Februar 1849.

H a u d e n s t r i c k e r.

v. n.

Exp.-Nro. 890.

Bekanntmachung.

Auf den Antrag eines Hypothekgläubigers wird nachstehender Besitz des Oekonomen Ludwig R o t h von hier, als:

Wohnhaus Nro. 556a nebst Höfchen, Stallung, Schupfe und Schweinstall, Pl.-Nro. 678 ½ und Pl.-No. 678 ½, zusammen 6 Dezimalen haltend, und unterm 18. dieß gerichtlich auf 800 fl. taxirt,

der gerichtlichen Versteigerung ausgesetzt, und hiezu Termin auf

Mittwoch den 7. März h. Jrs. Vormittags 10 Uhr.

in der Gerichtskanzley anberaumt.

Der Hinschlag richtet sich nach §. 98 bis 101 des Prozeßgesetzes vom 17. November 1837; die weiteren Bedingungen werden im Verkaufstermine bekannt gemacht.

Weissenburg, den 26. Januar 1849.

Königliches Landgericht.

Der königl. Landrichter

S c h m i d.

Eheliche Verbindung.

Allen Freunden und Bekannten widmen hiemit die Anzeige ihrer heute vollzogenen ehelichen Verbindung

Nürnberg, den 5. Febr. 1849.

P h i l. H e b e l.

M a r i a M a g d a l e n a H e b e l, geb. N e ß l e r.

Trauer-Anzeige.

Mit tiefem Schmerzgefühl zeigen wir unseren nahen und fernen Verwandten und Freunden hiemit an, daß unser geliebter Gatte, Vater, Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Neffe,

Herr Georg Nikolaus Fellner,

Maler und Zeichnenlehrer,

im 34. Lebensjahre und im 9. einer höchst glücklichen Ehe am 4. d. Mts. nach einem lange andauerndem Lungenleiden selig in dem Herrn zu einem bessern Erwachen entschlafen ist.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

B i t t e u n d D a n k.

Durch das Hochwasser sind uns fast sämmtliche Waaren naß, und theilweise in unbrauchbaren Zustand versetzt worden, wir haben heute frische Sendungen erhalten und wagen die dringende Bitte an unsere verehrte Kundschaft und Gesammt-Publikum, uns in dem schwer betroffenen Unglück durch gütige Abnahme gefälligst zu unterstützen, welches Zutrauen wir stets durch reelle und billige Waare zu erhalten suchen werden.

Zugleich danken wir für die liebevolle Theilnahme, die uns von so vielen Seiten geworden, insbesondere unserer lieben Nachbarschaft für ihr freundliches Entgegenkommen, und sind zu jedem Gegendienst gerne bereit.

C a r l U h l i g nebst F r a u,
Spitzenhändler, S. Nro. 35.

(E i n l a d u n g.) Am Montag den 5. Februar spielt bei Unterzeichnetem das Kleeblatt, wozu hiemit höflichst einladet

J o h. R ö d e r,
in der hintern Ledergasse.

Am Grabe

m e i n e s t r e u e n F r e u n d e s

Georg Bielling.

Der Hülle ledig bist Du heimgegangen,
Das Erdendunkel ward Dir aufgehellt!
Zum fernen Lichte zieht ein heiß Verlangen
Den müden Wandrer, den die Nacht befällt!
Wir weinen nicht um Deinen süßen Frieden,
Der aus dem Kampf erlösend Dich umfing, —
Nein, daß so karg die Stunde Dir beschieden,
An der ein Kranz geschwellter Knospen hing!
Leb wohl, Gefährte aus den heitern Tagen,
Wo wir vereint zum Lebensernst gereift!
Die Blüthe Dein hat keine Frucht getragen,
Weil sie der Sturm im Frühling abgestreift!
Mit festem Schritt gingst Du der Welt entgegen,
Es barg die Brust ein treu gesinntes Herz;
Und wers gekannt in seinen warmen Schlägen,
Trug hin zu Dir sein Glück und seinen Schmerz!
Ach, zarte Liebe weint an Deinem Hügel,
Die noch der Traum vom Daseyn Dir erklärt!
Wohl trugen Dich der Hoffnung lichte Flügel,
Doch die Erfüllung ward Dir nicht gewährt!
Du kehrst in diese Welt voll Trug nicht wieder,
O ruhe sanft von allen Leiden aus!
Schaust Du zu uns aus Deinem Jenseit nieder,
Dann sende Trost in Dein verlass'nes Haus!

S....s

E r k l ä r u n g.

Ein hiesiger Schreiber für auswärtige Zeitungen (Manche derselben geben sich auch als Mitredakteure hiesiger Zeitungen aus) hat im Frankfurter Journal behauptet, daß ich der Aufgabe des Präsidiums der letzten hiesigen Volksversammlung in der Arena nicht gewachsen gewesen wäre. Die Majorität der Stimmen hat mich an eine Stelle gerufen, deren Schwierigkeiten mir sehr wohl bekannt sind, und ich will durchaus nicht sagen, daß ich nicht Formlichkeiten in Nebensachen strikter hätte einhalten sollen, allein die Lösung der Hauptaufgabe, die Berathung und Annahme einer Adresse an die bayerische Kammer der Abgeordneten wegen Einführung der Grundrechte des deutschen Volkes in unserm engeren Vaterlande hat durch mein Präsidium nicht die geringste Störung in der sehr zahlreich besuchten Versammlung erlitten. Der Vorwurf im Frankfurter Journal würde mich daher, noch dazu von einem Anonymus ausgegangen, nicht zu einer Erwiderung veranlaßt haben, wenn nicht eine folgende Stelle besagte, man solle Leute an die Spitze von Volksversammlungen stellen, die f r e i v o n E i t e l k e i t s i n d. Soll die Anklage auf Eitelkeit mir gelten, so ist sie keiner aufrichtigen Gesinnung entsprossen, denn ich erklärte dem Komite noch in der Vorsitzung vor der Versammlung, es möge das Präsidium einem andern Mitgliede überlassen werden. Diese perfide I n s i n u a t i o n veranlaßt mich aber zugleich, den Schreiber des fraglichen Artikels im Frankfurter Journal aufzufordern, das S c h e u l e d e r seiner Anonymität fallen zu lassen und mir den Weg einer ehrenhaften Gegenstellung zu öffnen, so fern dieß anders seine Persönlichkeit zuläßt, oder er muß es hiemit hinnehmen, daß ich ihn als einen Feigling erkläre, der nur aus einem verächtlichen Hinterhalte zu werfen im Stande ist.

Nürnberg, den 5. Februar 1849.

Dr. F r i e d r i c h M a y r.

Volks-Verein.

Dienstag den 6. Februar Abends 8 Uhr

Versammlung im goldnen Adler.

B e i H e r r n K i ß k a l t

in der Lorenzer-Gasse

Montag den 5. Februar Gesangs-Unterhaltung von den steyerischen Sängern C. Fischer und Nannerl.

Anfang 8 Uhr.

E i n l a d u n g.

Dienstag den 6. Februar

Gesang-Unterhaltung

bei Herrn Wirth Neßler vom steyerischen Sänger C. Fischer und Nannerl.

Anfang 8 Uhr.

(G e s u c h.) Mitleser zur Mittelfränkischen Zeitung werden in S. Nro. 1411 (Münzhof) gesucht.

Turner Maskenball

Donnerstag den 8. Februar

im goldenen Reichsadler.

Die Karten sind Mittwoch und Donnerstag Nachmittag von 1—3 Uhr bei J. Weidinger im goldnen Hahn zu haben.

Der Vorstand

E m p f e h l u n g.

Der Unterzeichnete ist mit einer bedeutenden Auswahl abgerichteter Kanarien-Vögel, und auch welchen mit Nachtigallenschlag, hier angekommen, und empfiehlt solche Vogelliebhabern zu gefälliger Abnahme um die billigsten Preise. Sein Logis befindet sich im Gasthaus zum Türken in der Waitzenstrasse.

H e i n r i c h Z B a r t e k e,
Vogelhändler.

Geschäfts - Verkauf.

In Nürnberg wird Familienverhältnissen wegen, ein im besten Betriebe und Renommé stehendes Spezerey-, Material- und Farbwaarengeschäft en detail sammt schönem Haus, in der schönsten und frequentesten Lage, aus freier Hand abgegeben. Reflektirende wollen sich gefälligst wenden in freien Briefen

an das öffentliche Kommissions-Bureau von P. Fr. X. S i c h a r t in Nürnberg.

Literarische Anzeige.

Im Verlage der Unterzeichneten ist so eben erschienen und in jeder Buchhandlung zu haben:

Fichte's Reden an die deutsche Nation im Hinblick auf die Gegenwart, von J. L. Hoffmann.

8. geheftet. Preis 15 kr

☞ Dieser im literarischen Verein dahier vom Herrn Verfasser gehaltene Vortrag bietet so viel des Interessanten und eine so gesunde Anschauung bei der Würdigung unserer gegenwärtigen Zeitverhältnisse, daß sich das allgemeine Verlangen aussprach, durch die Presse in den Besitz desselben gelangen zu können, und diesem Wunsche entsprechend wurde es vom Verfasser uns zum Druck überlassen.

Den Ueberschuß über die Druckkosten bestimmen wir zum Beitrag für die durch das jüngste Hochwasser beschädigten Einwohner unserer Stadt.

Nürnberg, den 5 Februar 1849.

B a u e r und R a s p e.

(M a s k e n - A n z ü g e.) Neue Masken-Anzüge sind billig zu verleihen auf dem Lorenzerplatz No. 675.

(Z u v e r m i e t h e n.) Zwei Zimmer, 2 Kammern, Küche, Keller, Holzlage und versperrter Vorplatz sind in S. Nro. 490 am Albrecht-Dürer-Platz zu vermiethen.

(Z u v e r m i e t h e n) Im Hause L. Nro. 97 der Königsstrasse ist ein Laden mit Ladenstübchen und Gewölbe bis Walburgi oder Lorenzi zu vermiethen.

(Z u v e r m i e t h e n.) Auf dem Egydienplatz ist ein ganzes Haus mit 6 heizbaren Zimmern, Stallung für zwei Pferde und sonstigen Bequemlichkeiten zu vermiethen. Näheres in S. Nr. 773.

(M i e t h - G e s u c h.) Ein lediger Mann, welcher den Tag über nicht zu Hause ist, sucht ein möblirtes Zimmer, wo möglich in der Nähe des Marktes. Anerbietungen unter N. O.

(G e s u c h.) Ein solides Mädchen, welches im elterlichen Hause Kost und Logis haben kann, wünscht eine Arbeit zu erhalten die im Zimmer betrieben wird.

(G e s u c h.) Ein solides Frauenzimmer, welches in Wäschausbessern, auch einfachen Kleidermachen zwei Tage der Woche frei hat, wünscht dieselben besetzt zu sehen.

(G e s u c h) Eine solide Magd wird 14 Tage nach dem Ziel in Dienst zu nehmen gesucht.

(G e s u c h.) Aus einem soliden Hause wird ein noch in gutem Zustande befindliches Kinder-Bettstättchen (Wiege) billig zu kaufen gesucht. Näheres in der Exp. d. Blattes.

Nachmittags 4 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Die Anerkennung der Grundrechte des deutschen Volkes.

Die meisten Staaten Deutschlands haben nach dem ehrenvollen Vorgange Würtemberg's die Grundrechte des deutschen Volkes gesetzkräftig publicirt — an vielen Orten hat man durch sinnige Festlichkeiten den Tag bezeichnet, an welchem sie Geltung im Lande erhielten. — Man hatte vollgültigen Grund zu dieser Feier, denn waren auch diese Rechte in manchen Punkten nicht so ausgedehnt, als Viele es wünschten, gingen sie auch in manchen Bestimmungen den bescheidenen Wünschen Einzelner zu weit, so waren doch diese Grundrechte die erste Errungenschaft der Revolution für das gesammte Deutschland, das erste Erzeugniß der Nationalvertretung für das Volk und dessen Zwecke. — Denn die Centralgewalt, welche als Schöpfung der Reichsversammlung den Grundrechten vorangegangen und zu Regierungszwecken geschaffen war, sollte zwar auch den Interessen des Volkes ein kräftiger Hort sein — sie war aber, wir müssen es leider bekennen, in der Hand ihrer verantwortlichen Lenker nichts mehr geworden, als eine Polizeigewalt, stark nach Unten, schwach nach Oben. Auch in diesen beiden Erzeugnissen spiegelt sich die tiefe Verschiedenheit zweier Richtungen ab, welche in der Reichsversammlung von Anfang an herrschten. — Die Centralgewalt war das Abbild jener Rathlosigkeit und Schwäche, welche sich stets zeigte, wenn die Reichsversammlung zu einer politischen Handlung den Anstoß geben sollte; — in den Grundrechten dagegen verkörpert sich die theoretische Konsequenz, welche die Grundsätze der Revolution anerkannte, ohne sie zugleich praktisch in's Leben einführen zu wollen. Unser Zweck ist hier nicht, den materiellen Inhalt der Grundrechte zu erörtern, es galt uns nur, darauf hinzuweisen, daß sie das erste, allgemeine Gesetz für ganz Deutschland sind und daß das deutsche Volk auch in seiner Gesammtheit die Verpflichtung hat, dieses Schatzes sich zu vergewissern, ihn überall festzuhalten und wuchern zu lassen, — so daß er ihm reichliche Zinsen trägt. Mag auch der Schatz klein seyn, — wir lassen hierüber Jedem seine Meinung — so muß es doch Jedem am Herzen liegen, sich zuerst diesen Boden zu gewinnen. Der Eine möge dann von diesem Boden aus weiterstreben, um ihn auszudehnen, zu vergrößern, seine Lücken zu bessern, der Andere sich mit ihm begnügen und ihn als die letzte Gränze seiner Bestrebungen ansehen — jedenfalls ist dieser Boden jetzt einmal gegeben, und es wäre thöricht, ihn verschmähen zu wollen. Wir glauben deshalb, daß es Pflicht eines jeden guten Bürgers sey, darauf zu dringen, daß diese Grundrechte in jedem deutschen Lande ungeschmälerte Geltung erhalten und überall die Grundlage bilden, auf welcher sich das deutsche Staatsleben weiter entwickeln soll. Wo Einreden gegen ihre Einführung erhoben werden, bestrebe man sich, dieselben zu beseitigen, ihren Ungrund darzuthun und den besseren Zustand hervorzuheben, welchen die Anerkennung dieser Grundrechte bringen wird; — wo Widerstand versucht wird, mögen sich alle Kräfte vereinen, denselben zu brechen! An Euch geht namentlich unser Gesuch, an Euch Bürger, deren Regierungen bis jetzt noch keine Einleitung getroffen haben, die Grundrechte zur Geltung zu bringen. Wir fordern alle Vereine in Bayern, Hannover, Sachsen, in Preußen und Oesterreich auf, dahin ihre Bestrebungen zu richten und auf jede Weise durch Petitionen an Regierungen und Kammern, durch Deputationen und Volksversammlungen, den Willen des Volkes zur Kenntniß der Säumigen zu bringen. — In dieser Frage vor Allem zeigt sich der wahre Freund der Freiheit und der Einheit unseres Vaterlandes. Man hat geglaubt die Einheit nur in der Spitze des ganzen Verfassungs-Gebäudes, in der ausübenden Regierungsgewalt suchen zu müssen; — es droht eine erbitterte Spaltung in Deutschland über die Frage, ob diejenigen die wahren Freunde der Einheit seyen, welche einen Bundesstaat nur mit Oesterreich schaffen wollen, oder ob die Vertheidiger eines Bundesstaates ohne Oesterreich mit Preußen die richtige Lösung des Räthsels gefunden hätten. — Weit besser würde man gethan haben, wenn man die Feinde der Einheit in dem Lager der Wenigen gesucht hätte, welche unbegründeten Widerstand gegen die Grundrechte leisten und wenn man als wahre Freunde der Einheit die Männer betrachtete, welchen die Durchführung der Grundrechte als nächstes Ziel ihrer Bestrebungen gilt. — Ist hier nicht ein Band gegeben, welches das ganze Volk Deutschlands vereinen soll; — nicht Gehorsam und gleiche Unterwürfigkeit, sondern in gleichem Rechte und in gleicher Freiheit? Was bindet mehr an einander, was vereint sicherer mit einander, gleiche Gewalt von Oben oder gleiches Interesse von Unten? Es ist wahr, mancher Volksstamm hat schon errungen, was der andere erst in den Grundrechten als willkommene Gabe findet; — aber ist es nicht lohnender, dem Bruder die hülfreiche Hand zu leisten und ihn heranzuziehen zu sich, als weiter zu eilen, ohne sich um sein Nachkommen zu kümmern? Auch das mögen die Freunde der Freiheit nicht vergessen, daß nur diejenige Freiheit gesichert ist, für welche ein ganzes Volk in seiner Gesammtheit einsteht, und daß jedes Recht, welches errungen wird, nur dadurch gegen die Gewalt geschützt werden kann, daß das ganze Volk sich dieses Rechtes bewußt ist und es mit seinem Gesammtwillen vertheidigt. — Das deutsche Volk hat zu zwei verschiedenen Zeiten in diesem Jahrhundert manche Freiheit erkämpft, manches Recht sich erobert, aber weil es in seiner Gesammtheit nicht diese Rechte und Freiheiten hütete, weil es nur vereinzelt, hie und da sie durchsetzte, konnte es sie so leicht und theilweise sobald wieder verlieren. Mögen wir jetzt nicht wieder in den gleichen Fehler verfallen und die Einheit da herzustellen suchen, wo sie auch ihre Wurzel hat, nämlich in dem Rechte des gesammten Volkes!

Keine Regierung in Deutschland ist so mächtig, daß sie dem vereinten Andrange zweier Gewalten, ihres eigenen Volkes und des Reichstages mit seiner ausübenden Behörde widerstehen könnte. Eine Regierung eines Einzelstaates kann sich mit Erfolg dem Reichstage und der Centralgewalt widersetzen, wenn sie sich auf den klaren Willen ihres Volkes stützt — sie kann sich gegen den Willen der Mehrheit ihres Volkes sogar einige Zeit aufstemmen, wenn sie von der Reichsversammlung und der Centralgewalt unterstützt seyn sollte. Wo aber der Wille des Volkes im Einzelstaate im Einklange mit diesen Organen des Gesammtwillens ist, da muß sich jede Macht beugen, hätte sie sich auch für noch so fest begründet. — Der März-Verein fordert deshalb Alle, die es mit dem Vaterlande redlich meinen, dringend auf, zur Verwirklichung der Grundrechte, als gemeinsames Band der Einheit für alle Volksstämme Deutschlands, alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel in Bewegung zu setzen.

Vom März-Verein.

Sendschreiben des Münchener März-Vereins an die freisinnigen Vereine Bayerns.

Am 23. Dezember v. J. konstituirte sich der hiesige Märzverein provisorisch als Central-Verein für Bayern, wobei besonders hervorgehoben wurde, daß derselbe nothwendig seinen Sitz in München haben müsse, um bei dringenden Fällen sogleich die nöthigen Maßnahmen der Regierung und den Landtagen gegenüber nehmen zu können. Viele Vereine haben sich angeschlossen, allein von einigen scheint der Kreis unserer Wirksamkeit nicht gehörig aufgefaßt worden zu seyn, weßhalb wir eine kurze Erläuterung darüber für nöthig erachten. Unserer Ansicht nach versteht es sich von selbst, daß die direkten Verbindungen mit dem Frankfurter Märzvereine von den entschiedenen ihm beigetretenen Vereinen wie bisher fortgesetzt werden können, daß jedoch der Münchener März-Verein zur Erzielung des möglichst einträchtigen Handelns sowohl in allgemeinen deutschen Fragen, als auch namentlich in Angelegenheiten unseres engern Vaterlandes den Centralverein für Bayern bilde. Die Gründe hiefür sind selbstsprechend. München ist der Sitz der höchsten Gewalten in Bayern, hier tagen die Vertreter des Volkes, von hier gehen alle Regierungsmaßregeln aus, in München muß sich also nach unserer Ansicht auch die Macht des Volkes vertreten, durch alle freisinnigen Vereine konzentriren, um alle Schritte der Regierung zu überwachen und reaktionären Bestrebungen denselben sogleich ohne Aufenthalt mit der moralischen Kraft der hinter uns stehenden Tausenden von Gleichgesinnten entgegen zu treten. Nur so wird es möglich, rasch, einheitlich und kräftig wirken zu können. So verstehen wir die Aufgabe des Central-März-Vereins für Bayern. Uebrigens wird es für unser Gesammtwirken nur ersprießlich seyn, wenn in allen Kreisen sich noch Central-Kreisvereine bilden, welche auf einer Seite den Verkehr mit dem Central-Vereine in München und auf der andern Seite mit den Zweigvereinen ihres Kreises lebhaft unterhalten. Einigkeit macht stark! Im Namen des Ausschusses des Münchener März-Vereins. J. Riedel, Vorsitzender. Emil Roller, Schriftführer.

Deutschland.

Bayern. †* (München, 4. Febr.) Bisher war man der Meinung, daß die Adreß-Debatte mehrere Sitzungen der 2. Kammer ausfüllen würde. Nach dem, was ich nun aber in der gestern Abend im bayerischen Hofe stattgehabten ersten öffentlichen Sitzung der Linken gehört, wird die Sache schneller erledigt seyn, als man glaubt. Herr von Scheurl wird sich mit seinem matten, ganz die Farbe eines rechten Centrums tragenden Adreß-Entwurfe umsonst bemüht haben, obgleich sich ihm zu seinem Minoritäts-Entwurfe ein Herr Dr. Roßbach (ein ominöser Name), rechtskundiger Magistraths-Rath v. Würzburg, Kandidat der dortigen aristokratischen Bourgeoisie, übrigens im Verhältniß zu Herrn v. Scheurl noch immer ein ächter Demokrat, angeschlossen hat. Wenn auch nebst den beiden eben Genannten Mitglieder des sogenannten rechten Centrums noch Herr v. Forndran, Herr Graf Hegnenberg-Dux, der hochwürdige Herr Domkapitular Zuncs, und wenn selbst der süßliche Herr Minister, nunmehriger Kammerpräsident, Frhr. v. Lerchenfeld sich bewogen finden sollten, an diesem todtgebornen Kinde des würdigen Herrn v. Scheurl mit aller Macht der Rede die Pathenstelle zu spielen, und ihm Leben und Athem zu geben, so wird dieses nichtssagende Machwerk doch von der Kammer verworfen, und dagegen der Stockinger-Willich'sche Entwurf um so mehr unverändert angenommen werden, als das linke Centrum nach gestern stattgehabter 3stündiger Debatte sich ebenfalls gegen die von Scheurl'sche Mißgeburt und für die unveränderte Annahme des Entwurfs der Linken entschieden hat. Die Linke zählt nun 51, das linke Centrum 17 Mitglieder, Adam Müller von Damm und Bertmann aus der Pfalz stimmen mit der Linken, somit ist durch diese 71 Stimmen die Majorität, und somit die Adresse als angenommen zu betrachten. Von der Pfalz haben wir noch 2 Abgeordnete als Verstärkung der Linken zu erwarten, und wir hoffen, ja wir sind überzeugt, daß die wackern Wahlmänner des Nürnberger und Fürther Wahlbezirkes, auf wen auch ihre Wahl fallen wird, doch im Sinne der volksfreundlichen Linken ihre Stimmen abgeben werden. Werden sie sich consequent bleiben, so wird der Schaden, der durch die formell bedingte Wahlbeanstandung durch den Abgang zweier entschiedener Stimmen in den Kammer-Ausschuß-Wahlen sich ergab, wieder ausgeglichen werden, und wir werden nun, da jeder Anstand bei der Neuwahl gehoben, aus diesen Bezirken dieselben Männer wieder hier begrüßen, welche die Linke so ungern aus ihren Reihen verlor, wie sie es durch Stimmenabgabe für eine Neuwahl hinlänglich bewiesen hat: Wahrt Eure angetasteten Grundrechte!!

Daß Hr. v. Scheurl morgen in der Kammer durch die „Gewalt der Rede“ einen günstigeren Erfolg für sein Kind hervorbringen wird, läßt sich kaum erwarten, da die Kammer gewöhnlich, wenn er zu sprechen anfängt, eine gewisse Beängstigung zu fühlen scheint und eine gewisse Besorgniß, noch vor Anbruch des nächsten Tages den Saal verlassen zu können. — Von der Unfähigkeit des Herrn von Lerchenfeld als Kammerpräsident konnten wir uns gestern in der 3. öffentlichen Kammersitzung wieder mehr, als zur Genüge überzeugen; es fehlt ihm eben geradezu Alles, was zu dieser Stellung nöthig ist und sein hofmännisches, süßliches Lächeln gibt keinen Ersatz für die ihm fehlenden Eigenschaften. Mußte er doch gestern über dieselbe Frage noch einmal abstimmen lassen, da kein Mensch nach seiner Art, die Frage zu stellen, begriff, wer sitzen zu bleiben habe: die dafür oder die dagegen Stimmenden. Wahrlich, solche Vorkommnisse werfen ein mehr als zweifelhaftes Licht über die allzuhoch gegriffenen Erwartungen, die man sich in gewissen Kreisen in Bezug auf Hrn. v. Lerchenfeld schuf, und wir möchten demselben vor allen Dingen rathen, zuweilen die öffentlichen Sitzungen der Linken zu besuchen, nicht etwa, um diesen Herrn von dem Bunde mit der äussersten Rechten abzuziehen, sondern damit er den ersten Takt erlerne, den Vorsitz in einer Kammer zu führen. Wir haben in Ihrer Stadt, wie hier, mancher Versammlung der Vereine beigewohnt, aber wahrlich, dort fähigere Präsidenten gefunden, als es der erste Präsident der bayerischen Volkskammer ist.

Außer der Verhandlung über den Adreßentwurf wurden im Klub der Linken noch Anträge zur Eingabe in die Kammer angemeldet über: politische Amnestie — Beamten-Höflichkeit — und über eine vom Ministerium zu verlangende Vorlage eines umfassenden Kulturgesetzes. Es ist nämlich Prinzip bei der Linken, daß jedes Mitglied

dieses Klubs, welches einen Antrag an die Kammer bringen will, denselben zuerst dem versammelten Klub vorzulegen hat, welcher dann entscheidet, ob diese Anträge alsogleich, in dergleichen Fassung, der Kammer übergeben oder aber durch einen aus dem Klub zu wählenden Ausschuß geprüft und modifizirt, oder theilweise ergänzt werden. Erheiternd waren verschiedene Bemerkungen, welche über die allbekannte bayr. Beamtenhöflichkeit gemacht wurden, insbesondere der HH. Landrichter, Post- und Eisenbahnbeamten. Wir erwähnen eine hiebei von Pfarrer Eckart erzählten Anekdote, die ihm selbst vorgekommen: Auf einem Dampfschiffe habe er 2 Reisende getroffen, die, in Streithändel verwickelt, sich mit allen möglichen Verwünschungen überhäuften. Der kräftigste Fluch, mit dem der Eine derselben seinen Gegner belegte, war der: „O so wollte ich doch, daß Du einem bayerischen Beamten unter die Hände kämest!" Am längsten verweilte man bei der Frage über einzubringende Anträge wegen Abänderung der Landes-Brand-Assekuranz, und diese Frage wurde dann einem Ausschusse zugewiesen, zu welchem aus jedem Kreise je ein Abgeordneter gewählt wurde, wiewohl 2 Kreise (Oberbayern und Oberpfalz) bei der Linken gar nicht vertreten sind, so wenig wie bei dem linken Centrum, das zu diesen Berathungen zugezogen wird. Diese beiden Kreise müssen natürlich nun in dieser Frage unvertreten bleiben, da ihre Hrn. Abgeordneten, wie bekannt, nur bei der Abel'schen Partei zu finden sind. Sollte aber auch einer von ihnen im rechten Centrum sitzen, so wenden wir hier die Hand nicht um; denn — wie die Programme zeigen — sind diese Fraktionen und die äußerste Rechte eng verbrüdert, und ihre Führer Hegnenberg-Dux, Lerchenfeld stehen täglich im engsten Verkehre mit den Häuptern der Ultramontanen und Reaktionärs: Oberkamp und dem Helde der Partei: Hrn. v. Abel!

Preussen. (Berlin, 28. Jan.) In Bezug auf Oesterreich heißt es in Nr. 33 d. Ztg. mitgetheilten preussischen Note: Durch diese Betrachtung bewogen, würde die Regierung vielleicht schon früher dazu übergegangen seyn, die Vorbereitung der in einiger Frist von den Staaten des deutschen Bundes erwarteten Erklärungen in Vorschlag zu bringen. Allein eine bedeutungsvolle Entwickelungs-Periode des eigenen Staates traf zusammen mit einer entscheidenden Wendung der inneren Zustände Oesterreichs, welches, als das mächtigste Glied des Bundes, zu einer Initiative um so mehr berufen war, als die europäische Stellung und der hohe Beruf des österreichischen Kaiserstaates, verbunden mit der eingeschlagenen central-konstitutionellen Richtung, ihm das Eingehen in manche jener bundesstaatlichen Bestimmungen erschweren mußten, in welchen die Nationalversammlung zu Frankfurt am Main den Ausdruck eines gemeinsamen Verlangens der deutschen Nation gefunden zu haben glaubte. Der österreichische Staat ist mit alten Banden an Deutschland gekettet, und er hat ihnen in der bewegtesten Zeit des vergangenen Jahres eine neue Innigkeit verliehen, indem ein Fürst des österreichischen Kaiserhauses die Leitung der Angelegenheiten Deutschlands übernahm. Seinerseits kann das übrige Deutschland auf die alte Verbindung mit Oesterreich nicht verzichten, und am wenigsten hätte die preussische Regierung einen auf Ablösung der bisher bestandenen Bande beruhenden Plan bevorworten können, vielmehr war es für sie unerläßlich, die Absichten der kaiserlich österreichischen Regierung in Bezug auf die Verfassung Deutschlands nach der wieder gewonnenen festeren Gestaltung der inneren Zustände im österr. Kaiserstaate zu kennen. Mit hoher Befriedigung sieht die Kgl. Regierung nunmehr festgestellt, daß Oesterreich, mit uns den deutschen Bund als fortbestehend betrachtend, in demselben beharren und an dessen kräftiger Entwickelung theilnehmen will und zu einer Verständigung darüber mit der National-Vers. und den übrigen Regierungen Deutschlands bereit ist. Diese Verständigung wird jedenfalls der Art seyn müssen, daß in ihr weder die Bestrebungen des Kaiserstaats in seinem ganzen Länder-Komplexe zu einer kräftigen, dem inneren Bedürfniß desselben genügenden Konstituirung zu gelangen, noch die Bestrebungen Deutschlands, die auf die Darstellung eines dem Auslande gegenüber einheitlich verbundenen politischen Körpers, so wie auf die Verschmelzung der kommerziellen und materiellen Interessen, und eine möglichste Ausgleichung der inneren Gesetzgebung gerichtet sind, ein Hinderniß finden. Es ist von der kaiserlich österreichischen Regierung zu erwarten, daß sie auch hierzu nach Kräften die Hand bieten, und auch bei der Gestaltung der inneren Verhältnisse jener Monarchie auf die Beziehungen zu Deutschland die möglichste Rücksicht nehmen werde. Wenn sie indeß glauben sollte, an der eben angedeuteten Entwickelung Deutschlands nicht in vollem Maße Antheil nehmen zu können, wenn sie die dazu erforderlichen Beschränkungen der Souveränetäts-Rechte zu Gunsten einer kräftigen Centralgewalt des Bundes und die Anwendung der materiellen Verknüpfung der Interessen auf ihre deutschen Länder nicht eintreten lassen könnte, so würde daraus freilich folgen, daß Oesterreich einerseits nicht begehren würde, Rechte auszuüben, denen nicht die korrespondirenden Pflichten gegenüberständen, und daß andererseits den übrigen deutschen Staaten nicht anzusinnen wäre, einer aus der Gesammtbevölkerung des Bundes hervorgehenden Vertretung, und einer die Angelegenheiten der Gesammtheit leitenden Bundesregierung, in welcher Oesterreich seine Stelle behauptete, Rechte in Beziehung auf die auswärtige allgemeine und kommerzielle Politik, auf die innere Gesetzgebung und Finanzwirthschaft einzuräumen, bei deren Ausübung das österreichische Bundesgebiet nicht in gleichem Umfange den Beschlüssen der Centralgewalt unterworfen wäre. Es würde aber daraus noch nicht der Schluß zu ziehen seyn, daß Deutschland ausschließlich zu den wesentlichen Grundlagen des Staatenbundes zurückkehren, und daß der mit Begeisterung erfaßte Plan einer bundesstaatlichen Verbindung gänzlich verlassen werden müsse. Vielmehr wird so wohl die Aufrechthaltung und Entwickelung des deutschen Bundes, — Oesterreich, so wie das deutsche Gebiet der Niederlande und Dänemarks eingeschlossen, — als die Erhaltung der dem österreichischen Kaiserhause gebührenden Stellung in Deutschland vollkommen vereinbar seyn mit dem Zusammentritte der übrigen deutschen Staaten zu einem engeren Vereine, zu einem Bundesstaate innerhalb des Bundes. So wie innerhalb des Bundes der Zollverband, nicht nur einen engeren Verein für Handel, Gewerbefleiß und Verkehr darstellend, sondern auch die Wurzeln zu einer gemeinsamen handelspolitischen Vertretung nach außen in sich tragend, entstehen und bestehen konnte, ohne den Bund selbst und das Verhältniß zwischen den dem Zollverein angehörenden und den demselben nicht angehörenden Bundesgliedern zu stören, so kann auch ein noch weitere Interessen umfassender Verein unter der Mehrzahl der Bundesglieder geschlossen werden, und innerhalb des Bundes bestehen.

---

* Ungesetzliches Treiben gegen die sogenannte Emancipation der Schule in Bayern.

Der Centralschullehrerverein zu Nürnberg ist von verschiedenen Seiten durch auswärtige Lehrervereine von einem höchst unwürdigen Treiben einzelner Geistlichen 2c. in ihren Gemeinden gegen die sogenannte Trennung der Schule von der Kirche unterrichtet und aufgefordert worden, diesem Treiben in allen öffentlichen Blättern Nürnbergs entgegen zu treten, resp. dasselbe in weitern Kreisen nahmhaft und bekannt zu machen. Es geschieht dies hiermit aber nicht etwa, um in Bayern der Emancipationssache der Schule dadurch einen Vorschub leisten zu wollen, denn dies wäre eben so unnöthig und zweckverfehlend, als das Treiben jener Herren, einen Aufschub derselben zu erzielen; es geschieht vielmehr nur deshalb, um einerseits unverdiente Verdächtigungen des Lehrerstandes zurückzuweisen und andererseits der Welt zu beweisen, welcher Mittel sich solche Herrn zur Erreichung ihrer Zwecke öfter bedienen und wie gerade sie an jenen Gebrechen leiden, welche sie im Geheimen bei ihren Umtrieben ihren Gemeinden gegenüber den ganzen gegenwärtigen Schullehrerstande Schuld geben. Nach den genannten Mittheilungen sollen einzelne Gemeinden der Distrikte Feuchtwangen und Wassertrüdingen sowohl heimlich, als öffentlich von den Kanzeln herab gegen die sogenannte Trennung der Schule von der Kirche bearbeitet und dabei der gegenwärtige Schullehrerstand als ein Stand ohne Religion verdächtigt worden seyn. Dasselbe haben wir von den Umtrieben der Geistlichen in Rasch bei Altdorf und Lenkersheim bereits in hiesigen Localblättern gelesen. Noch auffallender aber ist es, daß selbst das Landgericht Herrieden bei Ansbach seine Gemeinden zu Petitionen gegen diese Trennung aufgefordert haben und darin, ganz wie die Rascher Petition, ausdrücklich auf eine religiöse Bildung der Schullehrer für die Zukunft gedrungen haben soll. Wenn jene Herren, welche so sehr gegen die Trennung der Schule von der Kirche, d. h. gegen die Befreiung der Schule von der Aufsicht der Geistlichen, agitiren, die Religiösität eines ganzen Standes darein setzen, daß er, mit sehenden Augen, blind, ewig die Zeichen der Zeit und den Fortschritt derselben verkennen und mit Lammesgeduld für alle Zeiten in seinen zum großen Theil sehr unwürdigen Verhältnissen „zu ihrer vollen Zufriedenheit" verharren soll; so sind sie mindestens auf psychologischen und philosophischen Abwegen, und der unparteiische Beobachter muß sie — belächeln. Wenn sie aber einem bis zum Jahre 1848 sowohl von den Regierungen, als auch von der öffentlichen Meinung eben so gut, wie andere Stände, als religiös anerkannten Stande, der bis dahin sogar nicht nur verpflichtet, sondern auch befähigt war, mit zum Theil vorzüglichem Erfolge, wie die alljährlichen Schulprüfungsnoten ausweisen, Religionsunterricht zu ertheilen, jetzt urplötzlich den Vorwurf der Irreligiosität, des Zurückversunkenseins in's moderne Heidenthum, wie sie es nennen, der Unchristlichkeit 2c. machen, und zwar vor einem Publikum machen, von dem sie voraussetzen, daß sie Recht behalten, daß sie also durch ihr bisheriges Ansehen bestechen und hintergehen, und nur deshalb bestechen und hintergehen, um von demselben Unterschriften und Zugeständnisse ohne Ueberzeugung zu erschleichen; so richtet sich ein solches Verfahren in den Augen der Besserdenkenden und Besserunterrichteten von selbst, und der Stein, den sie auf einen ganzen Stand geschleudert, fällt zurück auf sie selbst. Der Schullehrerzentralverein glaubt daher seine Pflicht gegenüber solchen Beschuldigungen gethan zu haben, wenn er jener Aufforderung zur weiteren Verbreitung solcher Umtriebe genügt und sämmtliche verehrliche Zweigvereine ersucht, ähnliche Verunglimpfungen des Lehrerstandes gefälligst zu seiner Kenntniß zu bringen. — Es werden hiermit alle verehrlichen Redaktionen öffentlicher Blätter in Bayern ersucht, dies gefälligst in ihre Spalten aufzunehmen. Nürnberg, den 21. Januar 1849. Der Zentralschullehrerverein.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Fr. Mayer.

Freiblatt in München

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 7. Februar 1849 № 38. Mittwoch: Richard.

Deutschland.

Bayern. †* (München, 5. Februar.) [Vierte öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.] Am Ministertisch: Heinz, v. Beisler, Lesuire, Weigand. Tagesordnung: Verlesung des Protokolls der 3. öffentlichen Sitzung — Bekanntgabe der Einläufe — Vortrag, Berathung und Schlußfassung über die Adresse an Se. Majestät den König. — Unter den Einläufen befindet sich, mit Ausnahme einiger Adressen, die Grundrechte betreffend, nichts besonders Erwähnenswerthes. (Eine Vorstellung des Gewerbevereins der Stadt Nürnberg, die Beiziehung von sachverständigen Gliedern des Gewerbestandes zu den Berathungen der Kammerausschüsse über gewerbliche Fragen betreffend.) Dr. Morgenstern wird, als neu eingetreten, beeidigt. Er leistet den Eid mit dem Bemerken, daß er sich dem Vorbehalte, den 69 Kammermitglieder an das Ministerium eingereicht, in dieser Beziehung anschließe. — Minister Heinz legt der Kammer einen Gesetzentwurf, Trennung der Justiz von der Administration betr., vor, den ich Ihnen im Auszug mittheilen werde. Nun wird der Bericht über die Adresse von Stockinger erstattet. Er sagt in der Einleitung: Ueberall gebe sich nur ein Gefühl kund für die Größe, das Wohl und die Stärke für eine gemeinsame organische Zusammenfügung Deutschlands. Die Majorität in dem Adreßausschusse erkenne das Parlament in Frankfurt für das Organ des Gesammtwillens des deutschen Volkes und betrachte ihre Beschlüsse für giltig und bindend für alle Einzelstaaten, sowohl in materieller, als formeller Beziehung. Die Minorität dagegen stelle sich auf das Vereinbarungsprinzip, das auch jenes des Ministeriums sey. Sie wolle das Einführungsgesetz nach den Normen unserer Verfassung beurtheilt wissen. Es handle sich also darum, ob das deutsche Parlament in Frankfurt, als konstituirend in formeller wie materieller Beziehung anzusehen sey, und diese Frage entscheide die Adresse, welche von der Majorität vorgelegt werde, so deutlich, daß man nicht zwischen ihren Zeilen lesen könne. An den Grundrechten darf nicht gemäckelt, nicht gerüttelt werden. Man müsse, um Deutschlands Einheit zu erzielen, erst als Deutscher, dann als Bayer handeln, erst die allgemeinen, dann die besondern staatlichen Verhältnisse im Auge haben. Wer das Vaterland aufgebe, gebe sich selbst auf!

v. Scheurl. Nicht aus Eigensinn oder Vorliebe für sein Machwerk spreche er für den Entwurf, den er verfaßt, und der von der Majorität verworfen worden sey. Auch er hält die Beschlüsse der Centralgewalt für bindend für die Einzelstaaten. Die Revolution im März nennt er eine der schönsten Erhebungen des Volkes, nicht gegen das Recht, sondern gegen die Willkür. Er will die Grundrechte und alle Frankfurter Beschlüsse, aber in der Formerfüllung des Gesetzes. Er hielt es nicht für möglich, daß die Anerkennung der Grundrechte nicht erfolge, führt noch mehrere Gründe an, um den Minoritätsentwurf zu rechtfertigen. Der I. Präsident beantragt Trennung der Discussion in eine allgemeine und spezielle. Willich sucht aus der Verfassung zu beweisen, daß diese Trennung ungesetzlich sey und spricht gegen dieselbe, auch um Zeit zu ersparen. Graf Hegnenberg-Dux schließt sich der Meinung Willichs nicht an; er glaubt, die Geschäftsordnung verlange die Trennung. Er würde zwar ebenfalls für Willichs Ansicht stimmen, wenn er glauben könne, daß Zeit dadurch gewonnen werde; er sey eben im Gegentheil überzeugt, daß eine solche Verwicklung ohne die Trennung erfolge, daß nur Zeitverlust eine Folge davon sey. Dr. Greiner behauptet, eine Trennung der Diskussion sey nach der Gesch.-Ordnung nur bei Regierungsvorlagen zulässig. Hegnenberg vindizirt der Kammer das Recht, zu entscheiden, ob eine Trennung stattfinden solle oder nicht. Ein gesetzlicher Zwang könne nicht stattfinden. Kolb sagt: in England komme nie eine Trennung bei der Adreßdebatte vor. Es handle sich auch nur um die Fassung des Ganzen, damit der Wille der Majorität der Krone bekannt werde. Abel behauptet, die Kammer habe zu entscheiden, das Gesetz thue es nicht, ob die Trennung zu erfolgen oder nicht; ohne die Trennung sey zu keinem klaren Resultate zu kommen. (Allgemeines Gelächter, als v. Scheurl glaubt, wenn nicht die Frage getrennt würde, so müsse die allgemeine, nicht specielle Diskussion wegfallen.) Berkmann spricht für die allgemeine Discussion. Abel glaubt, die Adresse umfaße nicht eine Frage, sondern viele höchst wichtige, worauf Berkmann erwidert, wenn die Kammer speciell auf alle diese Fragen eingehen wolle, so werde sie wahrscheinlich in einem Jahre nicht fertig. Hegnenberg-Dux wünscht eine specielle Discussion, um noch eine Einigung zu erzielen

Die Kammer verlangt nach Schluß, (wobei sich Reinhard wieder lächerlich macht.) Die Kammer beschließt (nach Abstimmung durch Namensaufruf) mit 64 gegen 61 Stimmen, die Trennung der Diskussion. Binder erhält zuerst das Wort. Er fragt, was die Adressen bisher gewesen? Leere Echos, ministerielle Weisheit, verzuckerte Pillen, nichtssagende Phrasen. Man habe stets in allerhöchster Ehrfurcht leere Verheißungen hingenommen, die heute noch nicht erfüllt seyen. Stets hätten im Ministerium die nachfolgenden Schüler die Lehrer übertroffen. Man habe die edelsten Männer in den Kerker wandern sehen, was biete ihnen jetzt die Regierung für den gebrochenen Geist? Schnödes Gold! Ein schöner Lohn!! Die Grundrechte seyen die einzige schöne Frucht geistiger Kämpfe. Mit dem Volkswohl sey stets die Freiheit Hand in Hand gegangen. In Millionen Herzen werden die Volksvertreter den reinsten Wiederhall finden, wenn sie die Wünsche des Volkes der Krone rücksichtslos vorlegen würde. Föckerer: Der Majoritätsantrag spreche sich in der wichtigsten Frage so aus, wie allein der Wille des bayerischen Volkes sey. In der Majoritäts-Adresse finde sich Alles, was man in der Thronrede vermißt habe. — Die Anarchie, die man fürchte, habe in der bayerischen Geschichte kein Blatt, wenn man den 18. Oktober aus Münchens Geschichte streichen könne. Die Aufhebung des Staatsrathes, den die Regierung als ein Invalidenhaus für die abgetretenen Minister betrachte, leider aber mit dem einzigen Unterschiede, daß nicht das Verdienst dabei berücksichtigt werde, sey ein längst ausgesprochenes Verlangen. Er stimmt für die Majoritäts-Adresse. Kolb (aus Speyer) sagt: Die Thronrede sey und müsse das Programm des Ministeriums seyn. Er könne sich aber nicht denken, daß, wenn, wie man sage, die Thronrede aus fremder Feder geflossen sey, konstitutionelle Minister an ihrem Platze geblieben wären. Er müsse die Herrn am Ministertische fragen, ob es in Bayern ein Gesammtministerium gebe oder einzelne Minister, woher die Veränderungen im Ministerium stets gekommen, woher die späte Einberufung der Kammer gekommen? Er und alle seine Freunde wollten die Freiheit, und gerade deshalb nicht die Anarchie; denn diese sey das Grab der Freiheit. Er finde nirgends Anarchie, wenn man nicht die Münchner Vorgänge, wie schon erwähnt, als solche betrachte.

Die Reaktion sey der wirkliche Feind, der drohe. Diese wolle man bekämpfen. In der Thronrede sey ein auffallender Widerspruch, oben spreche man von Bekämpfung der Anarchie, und unten spreche man von ehrenhafter treuer Gesinnung. Er müsse fragen, warum die Kammer so spät einberufen worden sey? Dies sey Anarchie von oben. Die Einberufung könne nicht von einem Ministerwechsel abhängig gemacht werden. In der Thronrede sey die Frage über die Noth des Volkes ganz weggeblieben. Er frage, ob in dieser Sache alles geschehen sey, um abzuhelfen, oder ob nichts zu geschehen habe? Er betrachte diese Noth als eine Folge des früheren faulen Systems der Regierung, dessen Brücke jetzt gebrochen sey und das Deutschland längst gerichtet habe. Min. Beißler antwortet auf die Frage Kolbs. Er sagt: die Thronrede sey von jeher vom Könige verfaßt worden; die Verantwortlichkeit der Minister geht nur so weit, nichts in dieselbe kommen zu lassen, was sie nicht vertreten könnten. Heinz (Justizminister) antwortet, die Ministerveränderungen betreffend. Der Austritt mehrerer Minister sey nicht durch Differenzen zwischen den Ministern herbeigeführt worden, sie seyen heute noch in allen Principienfragen einig. Andere Veränderungen hätten ihren Grund in der Bildung neuer Ministerien gehabt. Lerchenfeld und Weishaupt hätten ihre Entlassung gegeben. Bei Lerchenfelds Entlassung hat der Minister geglaubt, austreten zu müssen, weil sie ihn für den nervus gehalten, ohne den sie nicht fungiren zu können geglaubt. Der König habe erklärt, das bisherige System solle nicht verändert werden, und die Entlassung der übrigen Minister verweigert. Die Einberufung der Stände sey nicht früher möglich gewesen, da durch Lerchenfelds Austritt die Vorarbeiten gehindert gewesen.

Dr. Greiner: Er habe nie gehört, daß die Thronrede vom Monarchen selbst verfaßt werde, überall müsse sie von den Ministern vertreten werden. Die Verspätung der Einberufung sey ungesetzlich, und man müsse das Gesetz aufrecht erhalten. Er geht zur Thronrede über und sagt unter Anderem: Der Rechtsstaat müsse an die Stelle des Polizeistaates treten. (Er bekämpft das Wort „Verständigung“, das Scheurl gebraucht). Wenn man die Verfassung betrachte, so sehe man ihr immer an, daß sie ein Geschenk des Absolutismus an das »unterthänige« Volk sey. Er spricht von der Verschwendung der Staatsgelder unter Abel, von Verletzung der Freiheit der Person. Nehme man die Verfassungsurkunde zur Hand, so finde man, daß höchstens 1/5 derselben das Volk angehe, 4/5 aber die bevorrechteten Stände, als Adel, Geistlichkeit, Militär etc. Der Konstitutionalismus sey nirgends ein Wahrheit geworden. — Er verweist auf die Proklamation vom März, wo gesagt ist, „eine neue Richtung sey gekommen, eine andere als die der Verfassung.“ Und jetzt stelle man sich in der Thronrede wieder auf den Boden der Verfassung. Dann geht Greiner auf die Grundrechte über, und vergleicht ihre Bestimmungen mit allen volksfeindlichen Bestimmungen unserer jetzigen Verfassung. Zuletzt entwickelt er eine kurze Charakteristik über die Wirksamkeit des Ministeriums seit dem März. Es wäre gut, wenn das Ministerium in den Märzereignissen mehr, als eine bloße Ministerveränderung, wenn es einen Umsturz darin erkenne. Bei Erwähnung der Verantwortlichkeit der Minister macht er es lächerlich, daß es Gesetz sey, die Minister könnten nicht unter 3000 fl. Gehalt entlassen werden. Dann kommt er auf die Erklärung des Staatsministeriums betreffs der Grundrechte mit kurzen Worten, behält sich auf später eine weitere Ausführung vor. Früher habe man das Bundesgesetz als den Hemmschuh genannt, wenn freiere Institutionen gefordert wurden, jetzt, wo das Bundesgesetz sie gebe, schlage man eine umgekehrte Taktik ein, man sage, die Verfassung stehe der Promulgirung der Reichsgesetze (Bundesgesetze) entgegen. Schlüßlich bemerkt er, er sey fest überzeugt, die Grundgesetze des deutschen Volkes würden bald auch bayerische Gesetze werden. Das Volk lasse sich sein Recht nicht nehmen. Scheurl erklärt sich nun in Bezug auf das Wort »Verständigung«, wegen dessen ihn Greiner angriff. Sein Vortrag ist ohne Interesse, aber sehr gedehnt (die Kammer gähnt dabei.)

Berkmann fragt, welche Sprache den Volksvertretern dem Könige gegenüber gezieme? Fürsten seyen nicht mit untrüglichem Blicke begabt, sie hörten so selten die Sprache der Wahrheit, wohl aber die der Täuschung; deßhalb zieme den Volksvertretern die Sprache der reinen, vollen, ungeschminkten Wahrheit. Dieß zugegeben, müsse die Adresse ganz verschieden von den früheren seyn. Die Revolution sey

aus dem ganzen Reichthum der Sündenschuld von oben hervorgegangen. Wer das Vaterland liebe, müsse die Sprache des Volks sprechen und verlangen, was geschehen muß. Die Throne müßten sich hinfort nicht auf Bajonnette, sondern auf die Liebe des Volkes stützen, sonst seyen sie unmöglich. Aber Großes müsse geschehen, um die Liebe, das Vertrauen des Volkes wieder zu gewinnen; im Majoritätsentwurfe sey der Zeit Rechnung getragen und allen Forderungen des Volkes; deßhalb stimme er für denselben. Die Kammer solle nicht lange diskutiren, sie solle an das Volk denken, an Deutschland, und an Bayerns Ehre! Forndran spricht blos, um seine politische Gesinnung zu dokumentiren, dann in allgemeinen Phrasen von Volk, Freiheit, März-Errungenschaften. (Sein Vortrag ist langweilig, ohne Neues.) Er spricht sich für die Grundrechte aus; jedoch unter Einkleidung in der gesezlichen Form. Kommt auf Oesterreichs Anschluß an Deutschland, ohne den keine Einheit, kein Deutschland möglich. Er stimmt am Schlusse für den Minoritätsentwurf. Waibel ist unbefriedigt durch die Erklärungen vom Ministertische und möchte die Gründe, warum einige Minister abgetreten, genau wissen. Man habe aus Frankfurt statt ihrer einen Mann der äußersten Rechten, einen Mann des Ministeriums Abel, einen Mann, der Bayerns Namen zum Spott gemacht, als Minister geholt. (Stimmt für die Majoritätsadresse.)

Hegnenburg-Dux wirft einen kurzen Rückblick auf die Vergangenheit. - Er will den Vorwurf der Unentschiedenheit in Bezug auf die deutsche Frage von dem Minoritäts-Entwurfe entfernen, hält das Prinzip der Vereinbarung als ein den Zwecken der Frankfurter Versammlung geradezu gegenüberstehendes und entgegengesetztes. Dieses Prinzip würde zu einem 2. Stadium der Revolution führen. Er für seinen Theil erkläre, er verlange einen klugen Gebrauch von dem Rechte der Nat.-Vers., als konstituirend aufzutreten. Die Nat.-Vers. beruht auf der moralischen Achtung, die ihr das Volk zolle; sie müsse in der nächsten Berührung mit dem Willen des Volkes bleiben, um ihre Existenz zu retten. Es sey schwer, eine richtige Beurtheilung der Verhältnisse in Frankfurt zu erhalten. Will der Nat.-Vers. verständigend die Hand bieten, um ihr den Geist und Willen des bayer. Volkes erfahren zu lassen. Will mit der äussersten Entschiedenheit, nur in die gesetzliche Form gekleidet, die Einführung der Grundrechte, ohne daß über sie von der Kammer diskutirt werde. Er will eine Revision der bayer. Verfassung. Dann spricht er von den entgegenstehenden Parteien; er sey überzeugt, jede wolle des Volkes Wohl. Das konstitut. monarch. Prinzip sey als Wille des Volkes überall anerkannt worden und man solle sich auch hier klar für dasselbe bekennen. Er vermißt dieses Prinzip in der Majoritäts-Adresse, findet es in der Minoritäts-Adresse, und stimmt daher für diese. Die Kammer verlangt Schluß, nachdem Reinhardt und Schad, die die Worte: »allgemein« und »speziell« nicht zu verstehen scheinen, sich noch lächerlich gemacht.

Kolb als Berichterstatter erhält noch — wie gebräuchlich — das letzte Wort und bekämpft die Ansicht des Hrn. v. Hegnenberg-Dux, sowie jene des Hrn. v. Scheurl. Als wichtig heben wir seine Erklärung hervor: Dadurch, daß man die Grundrechte von der Verfassung in Bayern abhängig machen wolle, mache man sie von der Krone Bayern abhängig, denn nach der Verfassung stehe der Krone das Veto zu. In Bayern gehen alle Gewalten vom Könige, nach den Grundrechten aber vom Volke aus. Das Volk habe aber deßhalb seine Revolution gemacht und wolle sie nicht umsonst gemacht haben. Es werde also eine Umgestaltung der Verfassung stattfinden müssen; aber was gut ist, werde bleiben, dafür stimme auch er und seine Freunde. Man solle nicht behaupten, er und seine Freunde huldigten nicht dem konstitutionellen Prinzip. In Bezug auf die Grundrechte glaube er, daß die Nat.-Vers. auf Modifikationen eingehen werde, z. B. die Gewerbeordnung betr. Auch er stimme für diese Modifikation, da er wisse, welches Kapital z. B. diesseits auf Radikalrechte geliehen worden, u. s. w., was nur im Vertrauen auf unveränderten gewerblichen Zustand geschehen sey. Er will die Majoritäts-Adresse angenommen wissen.

Min. Heinz. Es schmerze ihn, Männern entgegen treten zu müssen, mit denen er früher stets bei den Landtagen gestimmt, er meine Willich- und Stockinger. Auch heute sey er derselben Meinung wie damals. Im Jahre 1847 sey er Redakteur der Adresse gewesen und habe schon damals für Deutschlands Einheit gestimmt. Er liest einige Stellen dieser Adresse vor. Damals habe man eine solche Stimmung aber nicht sehr gnädig angesehen. Man könne daraus sehen, wie das Ministerium an Deutschlands Einheit gedacht, es sey noch heute derselben Meinung, es wünsche keine Sonderbestrebung, wie man ihm vorwerfe, aber es trete anderen Sonderbestrebungen entgegen. Man verlange die sogenannten Grundrechte. Warum solle denn eigentlich die Regierung ihnen entgegentreten, sie treten ja nicht einmal den dynastischen Verhältnissen entgegen. Man habe den größten Theil der Grundrechte schon (Nein, nein!!), der andere werde kommen. Nun sucht er Greiners Vortrag zu widerlegen, was ihm schlecht gelingt, da er immer nicht von dem spricht, was ist, sondern was seyn wird. Er beweist dadurch, daß er sich auf dem Boden der Gegenwart nicht fest fühlt. Man werfe dem Ministerium vor, daß es zwar das Minister-Verantwortlichkeitsgesetz ausgebracht, aber nicht „das Verfahren." Dieß sey unrichtig, es sey eine Vorlage deßwegen gebracht. Er huldige dem Prinzip der Gewerbefreiheit, aber sie augenblicklich ohne Rücksicht einführen, ohne Berathung, hieße den Gewerben den Todesstoß geben. Deßhalb kann man nicht ohne Weiteres anerkennen, was in Frankfurt beschlossen worden. Dasselbe sei mit der Freizügigkeit der Fall.

In beiden Fällen müsse die Regierung die Stimmen des Landes hören. Wolle die Kammer die Grundrechte annehmen, gut, die Regierung habe kein besonderes Interesse dabei, nur das Land habe dann durch seine Vertreter entschieden. Wir befinden uns in Bayern auf dem Boden der Reform und nicht der Revolution. Das Land und das Volk habe alle Märzerversprechungen durch seine Kammer zum Gesetz erhoben verlangt; es wolle also auch in formeller Beziehung den Gesetzesweg. Die Regierung habe den besten Willen. Er spricht sich für die Minoritäts-Adresse aus.

Greiner, der gegen den Minister remonstrirt, kommt kaum zu Worte. Postschluß 3 Uhr.

△ (Bayreuth, den 5. Febr.) In Nro. 30 dieses Blattes wird unterm 27. Januar über die erste öffentliche Sitzung des hiesigen k. Kreis- und Stadtgerichts berichtet und dabei angeführt, »daß jeder der von den Angeschuldigten gewählten Anwälte deren Vertheidigung seinen Conzipienten überlassen habe." Diese Angabe enthält faktische Unwahrheiten, denn es ist aktenmäßig, daß von keinem der Angeklagten ein Rechtsanwalt als Vertheidiger erwählt, und der für den des Diebstahls Angeklagten als Vertheidiger aufgetretene Conzipient des Advokaten Dr. Mayer, nach Vorschrift der Verordnung vom 2. Septbr. 1814 dem mittellosen Angeschuldigten als Vertheidiger von Amtswegen bestellt worden war.

§ (Bayreuth, den 5. Februar.) Mit welcher Oberflächlichkeit und Dienstesvernachlässigung oder auch Unwissenheit die medicinische Büreaukratie gerichtsärztliche Untersuchungen vornimmt, beweist wieder aufs Neue nachstehender Vorfall. Eine Bauerndirne in einem Dorfe des Landgerichts Berneck, die von ihren Ortsbewohnern für schwanger gehalten wurde, erhielt von dem dortigen Gerichtsarzt das Zeugniß, daß sie nicht schwanger sey, sondern vielmehr an Bauchwassersucht leide. Die traurige Folge dieses ärztlichen Parere bekundet, daß in diesem Falle die Bauern mehr praktische Medicin verstunden, als der salvo titulo Doktor; denn die Bauerndirne wurde dieser Tage menschlicherweise Mutter, und zugleich auf eine unmenschliche Art Mörderin ihres Kindes. — Es ist nicht selten, daß unsere, in den Kinderschuhen der Entbindungskunst noch stehenden Hebammen Aerzte in der Erkenntniß weiblicher Zustände, diesem wichtigen Theil der praktischen Heilkunde, übertreffen. So wurde vor Jahren eine Irre in der hiesigen Anstalt wegen scheinbar erkannter Wassersucht behandelt, die aber in die Geburt eines unwillkommenen Messias ausartete. Selbst ein Hof- und Leibarzt erachtete eine hohe und allgemein geliebte Dame hier an der Wassersucht leidend, was zum Glück, wie sich später zeigte, „interessante Umstände" waren.

Hannover. (Hannover, 2. Febr.) Die Nothwendigkeit einer festen und geschlossenen Parteibildung wird vielfach von den Abgeordneten besprochen und es sind schon auf heute zwei Zusammenkünfte zu diesem Zweck verabredet. Wenn sonst die Neigung zum gemüthlichen Durcheinander und vielleicht auch die Ungewohntheit des parlamentarischen Lebens bei so vielen neugewählten Deputirten mehr dahin geführt haben würde, die Sache sich selbst zu überlassen und etwa erst nach einer Hauptdebatte in Parteien auseinander zu treten: so kann man es sich jezt doch nicht verhehlen, daß gerade für diesen Landtag ein solcher Weg nicht paßt. Eine der Hauptfragen, bei denen eine Scheidung nach rechts und links erfolgen muß, die Grundrechte und die Reichsangelegenheiten überhaupt, wird ohne Zweifel zuerst angegriffen werden und wenn man sich darüber nicht vorher bestimmt verständigt, alle Anträge und Gegenanträge, die zu erwarten sind, reiflich erwägt und sich der festen Unterstützung der Gleichgesinnten versichert, so möchte es für eine erwünschte Lösung dann zu spät seyn. Wenn man nur Hannover im Auge hat, so ist es freilich einerlei, ob die grundrechtlichen Bestimmungen ein paar Tage früher oder später, und ob sie einzeln auf dem Wege der konstitutionellen Vereinbarung oder in ihrer Gesammtheit eingeführt werden; wer aber in diesen Zeiten der Noth das deutsche Reich nicht aufgeben und dessen rechtskräftige Gesetze nicht zu unmaßgeblichen Vorschlägen einer berathenden Kommission degradiren lassen will, der muß gerade hier auf der Form bestehn, denn für Deutschland ist gerade die Form der Reichsvollmacht in diesem Augenblicke die Sache, um die es sich handelt. Es wird nicht an wohlmeinenden Vermittelungsvorschlägen fehlen, mit denen man eine möglichst große Mehrheit zu vereinigen suchen wird. Da gilt es Entschiedenheit und Klarheit, und auf die gute Gesinnung im »Allgemeinen" ist kein Verlaß, sondern nur auf feste Programme und geschlossene Parteien. Man wird damit um so weniger zaudern dürfen, da die Aufgabe durch das Zweikammersystem in seiner jetzigen Gestaltung eine doppelte geworden ist. So lange man von der 1. Kammer nichts als Hemmungen und Widersprüche erwarten und kein Gedanke an ein gemeinsames Handeln aufkommen konnte, hatte die zweite Kammer weit freiere Hand und einfachere Arbeit als jetzt, wo auf beiden Seiten Gleichgesinnte von einander getrennt sind und die Verständigung von den Berathungen oft die zweifache Zeit in Anspruch nehmen wird. Die Unzuträglichkeiten des Zweikammersystems auch in dieser Beziehung dürften sich im Laufe dieser Session noch vielfach herausstellen; die einzige jetzt mögliche Erleichterung beruht auf einer Parteienbildung, welche den Ueberblick vereinfacht und sichre Anhaltspunkte für die Berechnung der parlamentarischen Pläne und Abstimmungen gewährt. Daß sie auch das einzige Mittel gegen den verderblichen Einfluß der Intriguen ist, — dies darzulegen würde uns heute zu weit in die Leidenszeit der früheren Landtage zurückführen. Wer diese aber miterlebt hat, wird an der Andeutung genug haben und das Mittel eifrig befördern. (Ztg. f. Nordd.)

Aus einer hannoverschen Garnison erhalten wir folgende Zuschrift eines Unteroffizierkorps, der wir sehr gern einen Platz einräumen. »Mit Bedauern haben wir den Artikel in der Zeitung für Norddeutschland, den neuesten Krawall in Hildesheim betreffend, gelesen, und sind desbalb, wenn dem Korrespondenten in allen Theilen Glauben zu schenken ist, zu der Aeusserung, die aus einem deutschen Gefühle kömmt, gezwungen: daß man das Treiben der Kameraden des 2. leichten Bataillons unserer Seits durchaus mißbilligen muß. — Dem Schuldigen und dem Urheber möge Gott verzeihen!« (Z. f. N.)

Oesterreich. (Prag, 1. Febr.) Berichte aus Kroatien melden, daß die Festung Arad den Magyaren in die Hände gefallen sey. Der kaiserliche Festungskommandant Berger ist auf grausame Weise von ihnen gemordet worden. (Leipz. Z.)

(Von der ungarischen Gränze, den 29. Januar.) Die Macht der ungarischen Insurrektion ist keineswegs vernichtet, sondern noch gegenwärtig sehr beträchtlich, denn fortwährend strömen den magyarischen Schaaren aus allen Theilen des Landes zahlreiche Freiwillige zu, Leute von Waghalsigkeit, Beutelust oder Patriotismus, an denen es nie gefehlt hat und die jetzt ein offenes Feld vor sich sehen, zumal durch die Anerkennung der Kossuthbanknoten von Seite Oesterreichs die Habgier einen neuen Sporn erhalten hat, da der Diktator mit beiden Händen Geld austheilt. Noch hat die magyarische Sache vier starke Armeekorps auf den Beinen, nämlich in Oberungarn unter Görgey, an der Theiß unter Kossuth, im Banat gegen die Serben und in Siebenbürgen unter Bem, die sich immerhin noch einige Monate herumschlagen können, indem sie jedem Hauptschlage sorgfältig auszuweichen wissen. Schon dauert der Kampf sechs volle Wochen, und doch hat die Zahl der magyarischen Streiter, mit Ausnahme der Offiziere, deren viele zu den Oesterreichern desertiren, eher zu- als abgenommen. Gelingt es ihnen, wie sie beabsichtigen, den Krieg bis zur Eröffnung des Krieges in Oberitalien, der wahrscheinlich eine französische Intervention nach sich ziehen dürfte, auszudehnen, so ist ihre Sache noch keineswegs verloren. Sogar im

Oedenburger Komitat, unmittelbar an der Grenze Oesterreichs findet man unter dem Landvolke die lebhaftesten Sympathien für Kossuth, indem noch jüngst in einem Dorfe nach einer schwarzgelben Predigt die Bauern den Diktator hochleben ließen, worauf eine Abtheilung Militär erschien und die sieben angesehensten Personen des Ortes verhaftete und wegführte, so daß man noch zur Stunde nicht weiß, was mit denselben geschehen ist. — In der serbischen Woiwodschaft, wozu auch das Banat gehört, ist die serbische Sprache zur Geschäftssprache erhoben worden, doch mit Berücksichtigung der deutschen Einwohner.

Preußen. (Berlin, 2. Febr.) Unsere Regierung hat es bei den in ihrer Note an die deutschen Höfe angedeuteten Wünschen hinsichtlich der definitiven Constituirung des deutschen Staatenbundes nicht bewenden lassen. Sie hat bereits einen dahin abzielenden Vorschlag den betreffenden Regierungen zur Begutachtung unterbreitet. Danach nämlich soll Deutschland in sieben Reichskreise eingetheilt werden. Und zwar soll diese Eintheilung so geschehen, daß Oesterreich, Preussen und Bayern je einen Kreis bilden; Hannover, Oldenburg, die beiden Mecklenburg und die Hansestädte zusammen einen; Württemberg und Baden einen; die beiden Hessen, Nassau und die kleinern Rheinuferstaaten einen; endlich Sachsen und die thüringischen Staaten einen. Ein zweiter Vorschlag weicht von dem oben erwähnten nur dadurch ab, daß statt sieben nur sechs Kreise gebildet werden. Nämlich Rheinhessen würde Württemberg und Baden, und Kurhessen Sachsen und Thüringen zugetheilt. Dieser letzte Vorschlag nimmt also einfach die Königreiche zur Grundlage. Diese sieben oder resp. sechs Kreise haben jeder einen Vertreter in dem neu zu bildenden Bundesrath, auch einen Vertreter bei den fremden Mächten. Der Bundesrath welcher aus seiner Mitte den Präsidenten (vermuthlich wohl Oesterreich) ernennt, ist die vollziehende Behörde für den weitern Bundesstaat. Dieser Plan schließt dann nicht aus, daß einzelne Kreise unter sich einen besondern Verein zur gleichförmigen Durchführung gewisser politischer und commerzieller Institutionen bilden, wie dies auch in der preussischen Note angedeutet ist. Die Frage der Herzogthümer Schleswig und Holstein sowie Limburg ist hierbei noch offen gelassen, bis die künftigen Verhältnisse dieser Staaten definitiv festgestellt sind. D. A. Z.

(†*† Berlin, 3. Februar.) Die Ernennung des bisherigen Regierungs-Assessors, seit wenigen Tagen Regierungsrath von Meusebach an die Stelle des Freiherrn v. Richthofen zum Chef des literar. Kabinets des Staatsministeriums hat heute der Vossischen Zeitung Stoff zu einer rainnomirenden Notiz gegeben. Der Eindruck, den jene Ernennung auf das Publikum und auf viele Beamte gemacht hat, ist ein ungünstiger. Das Publikum sieht in jener Beförderung (die mit einem Einkommen von 1800 Thlr. jährlich verbunden ist) eine Belohnung d. H. v. M. für seine parlamentarische wie für seine ausgedehnte Wirksamkeit als Agitator der ultra-conservativen Partei, welche letztere öffentlich zu vertreten H. v. M. nicht einmal den Muth hat.

Gestern Abend hielt das Comité für volksthümliche Wahlen eine Sitzung, in der über die Stellung der Parteien in den 4 Wahlbezirken und über die in denselben erfolgten Einigungen mit dem Centrum der Wahlmänner referirt wurde. Nach einer Zusammenstellung der Berichte ergab sich folgendes ziemlich sicheres Resultat für die Montagswahlen. Waldeck 2 mal, Jakobi 2 mal, Temme, Behrens, Philipps, Heinrich Simon und Rodbertus jeder 1 mal. Der letztgenannte Herr hat seine Wahl in Berlin hauptsächlich seiner letzten Verfolgung zu danken, übrigens ist ihm neuerdings ein 24 stündiger Aufenthalt in Berlin gestattet worden, den er heute zu einem Auftreten vor den Wahlmännern des 27. Bezirks benutzen wird. In der Oppositionspartei machten sich vorzüglich zwei Ansichten geltend, ein Theil wollte als Demonstration vielfache Doppelwahlen, der andere, von einem praktischeren Gesichtspunkte ausgehend, war entschieden gegen jede Doppelwahl. Jetzt scheinen sich die Parteien, wie oben angegeben, vereinbart zu haben. —

Man erwartete gestern wieder allgemein durch den Staatsanzeiger die Veröffentlichung eines Preß- und Klubgesetzes, so wie die Aufhebung des Belagerungszustandes. Ein Gerücht wollte wissen, daß in der Decker'schen Hofbuchdruckerei wirklich die betreffenden Aktenstücke gesetzt würden. Der Vorsitzende einer Wahlmännerversammlung erklärte jedoch, daß er aus sehr guter Quelle wisse, daß der Belagerungszustand erst unterm 19. März würde aufgehoben, und der Zusammentritt der Kammer bis zum Anfang April würde verschoben werden.

Im Kaufmannsstande erwartet man mit Bestimmtheit in Kurzem den Erlaß eines Gesetzes über die Umgestaltung des Konkursverfahrens, welches in seiner gegenwärtigen Gestalt als ein Theil der schon im Jahre 1791 erschienenen allgemeinen Gerichtsordnung den Anforderungen und Bedürfnissen des Geschäftslebens in keiner Art entspricht. Dem Vernehmen nach wird die bisher bestehende vielfach angegriffene Allgemeinheit des förmlichen Konkursprozesses in der neuen Gesetzgebung aufgehoben und der Konkurs nur über das Vermögen solcher Gewerbtreibender zugelassen werden, bei welchen nach der Natur ihres Geschäfts ein Verkehr mit Auswärtigen zu vermuthen ist. — Die Erwartung auf ein allgemeines deutsches Handelsrecht, welches auch die Fallitverhältnisse umfassen müßte, scheint man wie in den höheren Beamtenkreisen, so auch im Handelsstande aufgegeben zu haben.

Amtliche Artikel in den heutigen Zeitungen suchen das Verbot der Parteiversammlungen so darzustellen, als ob dasselbe ohne Rücksicht auf die durch die Versammlungen vertretenen Parteien zur Anwendung gebracht würde. Es ist indeß Thatsache, daß Versammlungen „konservativer" Wahlmänner bisher unangefochten stattfinden durften, und zwar nach vorgängiger öffentlicher Einladung durch die Zeitungen. Ja sogar die Räumlichkeiten zu derartigen Versammlungen wurden von Staatswegen bewilligt, so das kgl Schauspielhaus und die kgl. Bauschule. Es ist nicht bekannt geworden, daß man andere als oppositionelle Wahlmännerversammlungen inhibirt hätte.

Es fällt auf, daß heute in ungewöhnlicher Anzahl Militärpatrouillen die Stadt durchstreifen. In einzelnen Stadttheilen sollen in den letzten Tagen bedeutende Schlägereien theils zwischen Militär- und Civilpersonen, theils unter den erstern ausschließlich vorgefallen seyn. Auch von einem Konflikt zwischen Soldaten und Konstablern wird Allerlei erzählt.

Seit längerer Zeit sucht man die Antipathien gegen die Märzereignisse durch eine zur Unterzeichnung in Umlauf gesetzte Vorstellung an die Stadtverordneten zu erregen. Als Anlaß benutzt man die Repartition der Brandentschädigungsgelder, die von der zur städtischen Feuerkassen-Sozietät verbundenen Hausbesitzer aufgebracht werden müssen. Die mit dem nächtlichen Kampfe vom 18/19 März verbundenen Brandschäden sind nämlich theilweise mit zu decken.

Sachsen. (Dresden, den 3. Febr.) [11. öffentliche Sitzung der II Kammer.] Vizepräsident Schaffrath erstattet Bericht über den zwischen beiden Kammern bestehenden Differenzpunkt hinsichtlich der Beschlüsse über die deutsche Oberhauptsfrage. Die I. Kammer hat bekanntlich den Antrag, daß die Regierung sich in gleichem Maße wie die Kammer erklären möge, nicht angenommen. Der Berichterstatter beantragt aber, bei dem früheren Beschlusse stehen zu bleiben, zumal da die preuss. Regierung in einer Cirkularnote die deutschen Regierungen zu einer Erklärung über diese Angelegenheit aufgefordert habe, die sächsische Regierung also ausdrücklich veranlaßt sey, sich hierüber auszusprechen. Nachdem Staatsminister Georgi Seiten der Regierung, daß, insofern sie sich nicht selbst erklären müsse, ein Bedenken gegen die sofortige Berathung der Sache nicht vorhanden sey, erklärt, empfiehlt Tzschirner den Beitritt zu dem Vorschlage Schaffrath's und interpellirt die Regierung, ob sie die preuss. Note erhalten und vor ihrer Beantwortung den Kammern vorlegen wollen. Zincke stimmt ebenfalls für den Schaffrath'schen Vorschlag, ohne dem Grundsatze der Volkssouveränetät Etwas vergeben zu wolle. Im Schlußworte rechtfertigt Schaffrath die Kammern gegen den Vorwurf des Partikularismus; die Einheit des deutschen Volkes bestehe aber nicht in einem erblichen, unverantwortlichen Oberhaupte; vielmehr gefährde die Hegemonie eines Landes die Einheit. Die Kammer befinde sich bei ihrer Ansicht in guter Gesellschaft, selbst Welcker (Murren in der Kammer) habe sich gegen die Erblichkeit ausgesprochen und Welcker sey und bleibe einer der verdientesten Männer Deutschlands. (Widerspruch, Murren in der Kammer.) Noch bedürfe die Aeußerung des Ministers v. d. Pfordten nach der Berathung über die Oberhauptsfrage: „die Feinde Deutschlands würden darüber nicht trauern" der Widerlegung, da jedoch der Herr Minister abwesend sey, so wolle er von einer Kritik dieser Aeußerung absehen. Dieselbe sey nur eine Phrase, eine allgemeine Beschuldigung, die Niemand, am wenigsten ein Minister, ohne Beweise beizubringen, aussprechen dürfe; er müsse dies für nicht schicklich erklären. (Trommeln auf der einen, Beifall auf der andern Tribüne.) Staatsminister Georgi: männlich und ehrenhaft sey die Erklärung des Vizepräsidenten gewesen, in Abwesenheit des Ministers nicht auf die Kritik seiner Aeußerung eingehen zu wollen; er müsse aber dem Urtheile des Landes überlassen, ob er seiner Erklärung treu geblieben. Gewiß werde der Minister die Antwort nicht schuldig bleiben. Gegen 9 Stimmen wird bei dem früheren Beschlusse beharrt. (Lpz. Z.)

Schleswig-Holstein. (Schleswig, 31. Jan.) Die Landesversammlung hat heute ein einstimmiges Votum gegen jeden Versuch, die Herzogthümer zu trennen, abgegeben. Nach dem Berichte des wegen der Friedensverhandlungen niedergesetzten Ausschusses (Berichterstatter Dr. Lorenzen) ward eine Adresse an den Reichsverweser beschossen, deren Inhalt in Kürze folgender ist. Ein Friede auf Grundlage einer Trennung der Herzogthümer werde das ganze Land gegen sich haben, weil ein solcher gerade das vornehmste seiner Rechte, um dessen willen der Krieg begonnen, und vom deutschen Bunde unterstützt wurde, verletzt wurde. „Wir würden es nicht geschehen lassen, daß ein Friede abgeschlossen werde, der uns den Preis unseres Kampfes nimmt, und uns gerade in diejenige Lage bringt, die wir durch den Krieg verhindern wollten! Gewiß, dies wird nimmermehr geschehen." Kein ehrenhafter Mann in den Herzogthümern würde zur Ausführung eines solchen Friedens die Hand bieten; das deutsche Reich müßte seine Waffen gegen die Herzogthümer kehren, wollte es Schleswigs Trennung von Holstein durchsetzen. Einen annehmbaren Frieden wird das Land möglichst erleichtern, im andern Falle aber lieber mit allen Opfern sich für die Erneuerung des Krieges rüsten. Die Adresse erklärt, daß sie nur in der Einverleibung Schleswigs in das deutsche Reich eine Gewähr für die Zukunft erblicken könne. — An die gemeinsame Regierung hat die Versammlung die Aufforderung gestellt, einen besonderen Bevollmächtigten der Herzogthümer an den Ort der Friedensunterhandlungen abzusenden. Die Landesversammlung trägt ausserdem darauf an, „daß mit aller Anstrengung die ausgedehntesten Rüstungen vorgenommen werden mögen; und indem sie im Voraus ihre Bereitwilligkeit ausspricht, jede zu diesem Behufe erforderliche Summe zu bewilligen, ersucht sie die gemeinsame Regierung, baldthunlichst über die Deckung des Mehrbedarfs der Versammlung Vorschläge machen zu wollen." (Br. Wes. Z.)

(Nordschleswig.) Aus einem Privatbriefe, datirt Gravenstein, vom 22. Januar und geschrieben von einem Unteroffizier des 1. schlesw.-holst. Jägerkorps an seinen Bruder, theilen die „W.-F.-Bl." nachstehende Kuriosa mit: Es sind in diesen Tagen hier 4 dänische Deserteurs angekommen; erst kam ein Dragoner, dann ein Jäger von den sogenannten Freispielern, ein geborner Fühne, und am selbigen Tage ein Matrose von dem Dampfschiff „Skirner." Letzterer hatte den Auftrag, bei den Bauern Milch und Rahm für die Schiffsbesatzung einzukaufen; als derselbe indeß ein Stück nach dem Düppeler Berge zugegangen war, warf er seine Töpfe an die Steinmauer, und machte sich davon. In Rübbel angekommen, vertrank er das zum Einkauf für Milch rc. erhaltene Geld. Gestern Abend kam ein Deserteur vom 10. Bataillon; dieser, so wie der Matrose waren aus der Nähe Flensburg's gebürtig. — Vor einigen Tagen war unser Bruder mit mehreren Kameraden auf Wache bei der Eckensunder Schanze; am Morgen fand er hinter dem Wachthause, in einem Busche versteckt, ein Packet mit der Aufschrift: „An die Unteroffiziere und Gemeinen in der sogenannten Schleswig-Holsteinischen Armee." Das Packet, welches wahrscheinlich von Sonderburg aus hierher geschmuggelt war, enthielt 20 gedruckte Proklamationen, theils in dänischer, theils in deutscher Sprache. Die Schleswig-Holstein. Soldaten wurden darin aufgefordert, zu ihrem rechtmäßigen König zurückzukehren, auch wurde ihnen darin Verzeihung für die Vergangenheit versprochen. Die auf dem Posten befindlichen Jäger machten sich den Scherz, nahmen ein Buch weißes Papier, legten dazu eine der dänischen Proklamationen und fügten demselben ein Schreiben bei, das ungefähr dahin lautete: „Da die Schleswig-Holst. Soldaten in Erfahrung gebracht haben, daß es mit den dänischen Finanzen sehr schlecht steht, sie gleichwohl aber von den Proklamationen, jedoch nur in deutscher Sprache gedruckt, noch mehrere Exemplare zu haben wünschen, so senden solche zu dem Behufe an Dieselben anbei ein Buch weißes Papier." Das Ganze ward gepackt und, an den kommandirenden General der dänischen Armee auf Alsen adressirt, dahin abgesandt (Alt. M.)

Frankreich.

† (Paris, 2. Febr.) Komplotte! Komplotte! Nichts als Kom-

plotte. Vom Moniteur herab bis zum kleinsten Blatte beschäftigt sich Alles mit Komplotten. Und in keinem erfährt man die Wahrheit... Doch hören wir zuerst den Moniteur, der aller Welt glauben machen will, daß eine Art Mordbrenner-Komplott existirt habe, vor dem uns Faucher und Changarnier gerettet. Das offizielle Blatt sagt hierüber: „Die telegraphischen Depeschen, welche aus den Departementen einlaufen, sind sehr beruhigend, obgleich sie beweisen, daß das Komplott von Paris die weitesten Verzweigungen hatte, wurden doch die Präfekten bei Zeiten davon unterrichtet und konnten die gehörigen Maßregeln treffen im Interesse des öffentlichen Friedens. In Marseille vereitelte die Behörde einen bewaffneten Angriffsplan, indem sie in der Nacht vom 27. auf den 28. alle Posten verdoppelte. In Lyon hielt der Anblick einer starken Garnison die Agitatoren im Schach, deren Thätigkeit bemerkt worden war. In Mâcon und Châlon (Saône) gab's eine tumultuarische Klubbdemonstration, bei der ein Polizeikommissarius beleidigt wurde. In Straßburg durchzog ein Haufe von mehreren Hundert Arbeitern die Straßen und rief ungestüm nach Arbeit. Auf eine Ansprache des Adjointen und Vertheilung von Almosen an die Dürftigsten ging er jedoch auseinander. In Limoges erschien die Haltung der Arbeiter Anfangs drohend; aber die vortreffliche Haltung der Bürgerwehr und der Garnison beruhigte alsbald die Gemüther. In Troyes hat der Präfekt 16 Kisten voll Gewehre aufgefangen, die nach Châlons bestimmt waren. An der nordöstlichen und östlichen (also deutsch-belgischen) Gränze ist man mehreren Munitionsschmuggeleien auf die Spur gekommen (?) Auf den Landstraßen, namentlich in der Nähe von Paris, hat man starke Haufen Arbeiter aus den Departements dem Sammelplatze der Emeute zueilen sehen, während Emissäre von Paris in die Departements reisten, um dort Agitation und Revolte zu stiften. Das Gerücht vom nahen Ausbruch einer Insurrektion war überall verbreitet. Die schlechten Bürger machten aus ihren Hoffnungen hiefür gar kein Geheimniß. Man hätte sich noch einmal am Vorabend des Juni glauben können. Dieses ist die große Bewegung, welche die Regierung durch ihre Wachsamkeit im Keime erstickte und zu erdrücken mit Energie entschlossen war."

Man versichert uns, daß das Kabinet die Auslieferung von 300 Verhaftsbefehlen en blanc verordnet hat, und daß in Folge dieser Befehle eine allgemeine Razzia in der Nacht vom 3. zum 4. Februar ausgeführt werden soll. Wir gestehen, daß die persönliche Freiheit in einem Lande vortrefflich gewährleistet ist, wo man mit Wiedereinführung der Lettres de cachet beginnt."

Ohne zu untersuchen, in wieweit die „Revolution" gut unterrichtet ist, können wir versichern, daß die äusserste Linke jedenfalls verloren ist, wenn sie nicht energisch verfährt oder sich etwa mit Brandenburger Widerstand wählen wollte. Bonaparte und Changarnier sind entschlossen, die parlamentarische Opposition in die Seine zu werfen, wenn sie nicht gehorchen will. Seit dem verflossenen Montage stehen die Würfel: Aut caesar, aut nihil! Im Elysée National wird konspirirt, im Präsidentschaftshotel der Nationalversammlung wird konspirirt, in der Rue Duphot wird konspirirt, in der Rue Casette wird konspirirt — alle Welt konspirirt, nur die rothe Republik nicht. Sie handelt offen und Hr. Faucher wird sich vergebens anstrengen, sie als Sündenbock der letzten Ereignisse vor Europa hinstellen zu wollen.

Marrast, Cavaignac, Lamoricière, Dufaure und Komp. und die sogenannte »Parlamentarische Opposition," hatten am vorigen Montage ihre Karten vortrefflich gemischt. Sie warteten nur auf die ersten Flintenschüsse in den Strassen von Paris, um durch ein Glied des Berges (immer muß der Berg herhalten!) den Präsidenten Bonaparte vor die Schranken des Hauses laden zu lassen, das Ministerium zu stürzen und sich wieder auf die verlornen Sessel zu schwingen. Das Pariser Volk that ihnen diesen Gefallen nicht. Bonaparte u. Changarnier entlarvten ihre Pappenheimer und Marrast und Cavaignac sind vor Verdruß und Aerger seit jenem Montag auffallend gelb geworden. Sic transit gloria! Die parlamentarische Opposition muß sich in die rothe Republik stürzen, oder sie wird morgen, am 3. Febr. Abends 7 Uhr, zu Grabe getragen. Lagrange „mit dem Galeerensclavengesichte" will ihren Sarg zunageln! Ist diese Junirache nicht köstlich?

Es ziehen immer neue Truppen in Paris ein. Changarnier traut der Bürgerwehr nicht (Ah! hah! das lehrte ihm der Apell am Montage!) und er will nur mit der Linie operiren.

Marrast will den Changarier durch Reglementsparagraphen in die Flucht schlagen. Er läßt heute den §. 83 in allen Journalen abdrucken, welcher den Oberbefehl alles Militärs in die Hände des Präsidenten der Nationalversammlung legt. Zu spät! zu spät! guter Marrast!

Ein Antrag: Dem General Changarnier 50,000 Frkn. Gehalt zu streichen und ihn der Wahl der Bürgerwehr zu unterwerfen, ist gestellt worden.

Heute berieth der Justizausschuß der Nationalversammlung über die Anklage gegen das Ministerium. Dieser Justizausschuß besteht aus 24 Gliedern. Zwanzig davon (reine Royalisten,) sprachen sich gegen und nur vier Glieder für die Anklage aus. Also durchgefallen!

[Nationalversammlung. Sitzung vom 2. Febr. Anfang 1½ Uhr.] Präsident Marrast. Das Protokoll wird verlesen. Billault protestirt gegen dasselbe, weil es die Anklage der Saumseligkeit rücksichtlich der Ausarbeitung des neuen Wahlgesetzes enthalte. Er beweist, daß die Kommission sowohl als er als Berichterstatter nicht hätten schneller arbeiten können. Soll vervollständigt werden. Alem Rousseau nähert sich der Bühne mit einer Petition aus seinem Departement. Sie fordert die Nat.-Vers. auf — sagte er — sich sofort aufzulösen. Ich überlasse es der Versammlung, eine so pöbelhaft abgefaßte Adresse zu würdigen, indem mich leider meine Pflicht zur Uebergabe zwingt. Baune überreicht eine Petition, worin 200 Bürger von Troyes auf Anklage gegen das Ministerium dringen. (Murren Rechts.) Ledru Rollin überreicht eine Petition aus Marseille, worin ebenfalls auf Anklage gegen das Ministerium gedrungen wird. (Lärm rechts.) Denjoy und eine lange Zeile anderer Deputirten überreichen ebenfalls Petitionen für und gegen die Auflösung. (Bewegung.) Die Versammlung schreitet zur Tagesordnung über. In erster Linie steht »ein Kredit für Bezahlung der Grundbesitzer Entschädigung etc. für Vollendung der Eisenbahn von Avignon nach Marseille.« Nach zweistündiger geisttödtender Debatte gehen die vier Artikel, welche den Gesetzentwurf bilden und rein lokaler Natur sind, endlich durch. Der zweite Gegenstand an der Tagesordnung betrifft einen Kredit von 584,900 Frk. für allerlei (geheime) Ausgaben des Ministeriums des Innern, für die das ordentliche Budget nicht hinreichte. Die Debatte verspricht vielleicht einiges Interesse. (4 Uhr.)

Italien.

(Rom, den 27. Januar.) Von einer hochgestellten Person hab' ich die Versicherung, daß der Kapitain der päpstlichen Schweizergarde, Meyer, der sich bekanntlich nach Gaëta begeben, von dort an la Tour, den Befehlshaber der in Lugo und Cento (in den Delegationen Ferrara und Bologna) concentrirten päpstlichen Schweizerregimenter, abgegangen. Er ist mit einem eigenhändigen Schreiben des Papstes ausgerüstet, und der Zweck seiner Sendung ist, diese Regimenter aus der Provinz Bologna wegzuführen, und sie auf dem adriatischen Meer nach Gaëta einzuschiffen. Die Dampfboote des österreichischen Lloyd oder die der neapolitanischen Flotte werden ihnen zur Verfügung gestellt werden. Glaubhaften Berichten zufolge soll Pius IX. nun doch beschlossen haben, vorläufig nach Frankreich überzusiedeln. Baron Usedow, der preussische Gesandte am heiligen Stuhl, ist in Gaëta angekommen. Deßgleichen die französischen Kardinäle Dupont und Giraud. Die römische Regierung trifft Vertheidigungsanstalten. Die Festung Civitavecchia ist mit 200 Kanonen, darunter 8 à la Paixhans, besetzt und mit Munition wohl versehen. Das Artilleriekorps stellt fast täglich Schießübungen an. Major Sartori geht nach Paris, um dort auf Kosten der Regierung Flinten anzukaufen. (A. A. Z.)

(Rom, 27. Januar.) Der Senatorenpalast wird festlich hergerichtet. Der ganze Unterbau ist mit rothem Zeug beschlagen, und die Pilaster, welche durch mehrere Stockwerke durchgehen, auf gleiche Weise behängt. Goldene Dressen umsäumen die Hauptmassen, und über dem Portal sind tricolore Fahnen massenweise aufgethürmt. Morgen Abend wird also das Costituentefest abgehalten, und bei dieser Gelegenheit könnte es leicht dazu kommen, daß die Republik ausgerufen würde. Die umsichtigeren unter den Radikalen fürchten zwar diesen Moment der Krisis, weil sie überzeugt sind, daß sie dann nicht blos Neapel, sondern auch Sardinien gegen sich haben werden. Wahrscheinlich aber wird es ihnen nicht gelingen, die Exaltirten zurückzuhalten. Zwei Schiffe mit 1500 Spaniern sind glücklich in Gaëta gelandet; andere 6 bis 7000 wurden erwartet. Da die Intervention der Großmächte auf Schwierigkeiten gestoßen ist, so wird vielleicht General Zucchi diese Freiwilligen zu einem Corps organisiren, für welches er schon anderweitig den Kern gewonnen zu haben scheint.

(Turin.) Die Gazetta Piemontese vom 31. Januar enthält in ihrem nichtamtlichen Theil, aber vom Conseilpräsidenten und Minister des Auswärtigen Gioberti unterzeichnet, eine an die auswärtigen Mächte gerichtete Protestation der sardinischen Regierung gegen angebliche Verletzungen der Waffenstillstandsbedingungen auf Seite Oesterreichs, namentlich hinsichtlich der Räumung Peschiera's, der Besetzung der Herzogthümer durch österreichische Truppen und der in der Lombardei vorkommenden militärischen Hinrichtungen und Konfiskationen, welche der am 20. Septemb. vom Kaiser bewilligten Amnestie zuwider seyen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Fr. Mayer.

Mit einer Beilage.

** Die Gesangbuchsfrage in Bayern betr.

Der Central-Volksschullehrer-Verein Nürnberg hat eine Adresse in der Gesangbuchsfrage an die Generalsynode abgehen lassen, welche man hiermit veröffentlicht:

H. G.! Ein Gesangbuch unsrer protest. Kirche war bis jetzt nicht nur ein Buch der religiösen Erhebung und Erbauung für die erwachsenen Glieder der Gemeinde, es war auch ein Lehr- und Lernbuch für die Jugend; ja in manchen unserer Schulen wird es täglich und ausschließlich zum Singen und Beten, Lesen und Auswendiglernen, zu Sprech- und Sprachübungen benutzt, es ist fast die einzige Liedersammlung für unsere Jugend aus dem reichen Schatze unserer deutschen Poesie. Grund genug, wenn die protest. Lehrer nicht mit Gleichgültigkeit dem Erscheinen eines neuen Gesangbuches entgegensehen, wenn sie vielmehr diese hochwichtige Frage als eine entscheidende für den Fortschritt oder Rückgang wie des religiösen Lebens der Volksschule, so überhaupt der menschlichen und nationalen Bildung ansehen. Wenn daher die unterzeichneten Lehrer einer hochwürdigen Generalsynode ihre Bedenken über den Entwurf des neuen Gesangbuches vorlegen, so hat sie nur das Interesse für diese heilige Sache und die Ueberzeugung geleitet, daß auch künftig Religion der Hauptgegenstand der Schule und Religiosität ihr erstes Ziel seyn müsse, daß aber in dieser Beziehung Hand in Hand mit der Kirche zu gehen nur dann in Aussicht steht, „**wenn diese der Gegenwart und ihren billigen Forderungen gebührende Rechnung trägt**. Daß aber bei dem Entwurfe des neuen Gesangbuches diesem Grundsatze nicht gehuldiget wurde, das beweisen die veralteten Poesien vergangener Jahrhunderte mit ihren sprachlichen Härten, Unvollkommenheiten und Unrichtigkeiten; das beweist dieses an Pedanterie grenzende Festhalten an den alten steifen Formen, welche großentheils sentimental und schwärmerisch, unverständlich und geistlos genannt werden müssen. Wenn auch nicht geläugnet werden kann, daß so manche Lieder von wahrer Frömmigkeit, Kraft und Tiefe der Empfindung zeigen, so ist doch dieses Festhalten an der ursprünglichen Form nur geeignet, auch diesen Liedern für unsere jetzige deutsche Zunge und für unser deutsches Ohr — Wohllaut, Klarheit, Einfachheit und Würde zu rauben. — Wir haben bei dem Gebrauche des luth. Katechismus und Zahns bibl. Historien erfahren, und alle praktischen Schulmänner stimmen mit uns überein, daß diese alte Sprachweise das Auffassen und Behalten im höchsten Grade erschwert, ja in manchen Fällen für dieses Alter unmöglich macht; wir haben es erfahren, wie die Behandlung einiger Gegenstände in dieser Form auf die anderen Unterrichtsgegenstände nicht ohne bedauerlichen Einfluß geblieben ist, wie dies auf die Entwicklung und den Bildungsgang des Kindes überhaupt, namentlich aber auf die Erlernung der Muttersprache eine entschieden nachtheilige Wirkung geäußert hat. Die Kinder fühlen sich dadurch aus dem lichten lebendigen Tag in ein mystisches Dunkel versetzt, daß der nüchternen verständigen Erwägung, dem klaren Bewußtsein und dem regen Streben nach Erkennen, wodurch alles Lernen und jede Bildung bedingt wird, so sehr entgegen tritt. Und wenn diesem Vorwurfe seine Gültigkeit bestritten, wenn diese Redeweise als die beste und zweckfoderndste hingestellt werden wollte, warum findet man es nicht für passend, ja nothwendig, in der Sprache vergangener Jahrhunderte in Predigten und Kinderlehren zu dem Volke und der Jugend zu sprechen? — Um konsequent zu verfahren und alle Gegenstände der Schule in die so wünschenswerthe innige Verbindung und Beziehung zu bringen, müßte nothwendig ein Lesebuch für die Schüler, ein Handbuch der Naturkunde, Geographie und Geschichte für die Lehrer, in derselben Form und in demselben Geiste verfaßt, der Schule übergeben werden, um sie so einheitlich, mit ihrem ganzen Thun und Treiben aus der Gegenwart in das 16. und 17. Jahrhundert zurückzuversetzen. Wir protestiren aber gegen solche Maßnahmen nicht blos in unserem Namen, sondern im Namen des kommenden Geschlechtes und versichern, daß noch Tausende hinter uns stehen, denen noch ein freier, ungetrübter Blick und ein nüchterner, gesunder Sinn geblieben ist. Es ist aber dieses neue Gesangbuch zum Gebrauche in unseren Schulen ferner nicht geeignet, weil durch die fast ausschließend dogmatisch-religiösen Gesänge die christliche Moral, welche doch zu den ersten, einfachen und kindlichen Religionsbelehrungen den natürlichsten Stoff bietet, nicht vertreten ist. Die konfessionellen Unterscheidungslehren oder gar die dogmatischen Spitzfindigkeiten gehören nicht für die zarte Jugend, wenn nicht Selbstgefälligkeit und Verdammungssucht und alle Fehler und Gebrechen eines von dem Nebel einer trüben Glaubensansicht umfangenen Gemüthes in der jugendlichen Seele keimen, wurzeln und wuchern soll. Es will uns bedünken, daß die Einheit unseres deutschen Vaterlandes so lange eine leere Phrase ist, so lange eine dem freien Vernunftgebrauch in Lehrmeinungen entgegenwirkende Partei durch solche Gesangbücher und ähnliche Katechismen schon dem zarten Alter die Ansicht von einer herrschenden alleinseligmachenden Kirche einpflanzt. Diese der religiösen Duldung und der Freiheit der Gewissen entgegentretende starre Orthodoxie haben wir in dem Entwurfe des neuen Gesangbuches zu sehr vertreten gefunden, als daß wir nicht gegen die Einführung im Namen der Lehrer, und im Namen der Kinderwelt protestiren sollten. — Noch einige Mängel möchten wir rügen, die Manchem, der am Schulleben nicht unmittelbaren Antheil nimmt, wohl kleinlich erscheinen mögen, die aber für's praktische Wirken nicht unbedeutend sind. Wir rechnen hiezu: 1) daß jeder Vers einer Strophe mit einem Großbuchstaben anfängt, ohne daß die Lieder doch nach dem Versmaße abgetheilt wären, was dieses Buch als Sprachbuch fast unbrauchbar macht; 2) daß die Interpunktion in vielen Fällen nicht den gewöhnlichen Schulregeln, in manchen nicht dem gegebenen Sinn und Geiste entspricht; 3) daß gar viele schöne Lieder, welche die Kinder mit Lust und Liebe auswendig gelernt haben, gänzlich fehlen; namentlich Schullieder, dann ein Lied bei der Einführung des Lehrers in sein Amt und das schöne Lied: Laßt dankbar uns die Lehrer ehren; 4) daß viele Lieder, welche die Kinder schon dem Gedächtnisse eingeprägt haben, im Entwurf mit so bedeutenden Varianten aufgeführt sind, daß das Wiederlernen und Behalten in dieser Form wohl sehr schwierig sein wird. — Schlüßlich geben wir einer hohen Generalsynode noch zu bedenken, daß Zeiten mannchfacher Zerwürfnisse im politischen Leben, Zeiten, in denen man auf jeder Stufe und in jedem Lebensverhältnisse einer freien Entwickelung mit Sehnsucht entgegensieht; Zeiten, in denen auch unsere Volksschule einer volksthümlicheren Verfassung entgegen reift, nicht geeignet sind, ein solches Gesangbuch den protestantischen Gemeinden aufzudringen. — Am allerwenigsten möchte der Kostenpunkt bei den drückenden äußeren Verhältnissen aus dem Auge zu lassen seyn.

Wer da weiß, daß der Lehrer bei Einführung neuer Schulbücher oder anderer Lernmittel, wenn sie auch nur eine Ausgabe von wenigen Kreuzern erheischt, mit tausenderlei Hindernissen zu kämpfen hat, der wird diesen Punkt nicht für unwichtig erklären.

Das sind die Bedenken, welche die Unterzeichneten gegen die Einführung dieses neuen Gesangbuches haben. Da eine h. G. bei der feierlichen Eröffnung ihrer Sitzungen im Zuge nach der Kirche die Schuljugend vorangehen ließ, so ist zu erwarten, daß Hochdieselbe die Bitten der Lehrer im Interesse der Jugend nicht in den Hintergrund stellen werde; vielmehr hoffen wir, „daß eine hochwürdige Generalsynode bei der Berathung über den Entwurf des neuen Gesangbuches dieses Gutachten, vom pädagogischen Standpunkte aus gegeben, würdigen und mit in die Wagschale der Entscheidung legen möge." Mit Ehrerbietung verharren: (Folgen die Unterschriften.)

Deutschland.

Bayern. = (Aus den sechs Aemtern der ehemaligen preuß. Provinz Bayreuth.) Es erregt in der That kein Vertrauen, wenn bayerische Abgeordnete in der Reichsversammlung zu Frankfurt a. M. die herrschende Volksstimmung anders angeben, als wie sie wirklich ist, und es gehört mehr als Dreistigkeit dazu, zu sagen: Bayern wünsche den Anschluß an Oesterreich. Wollte auch jener Abgeordnete seine Ansicht nur für Altbayern geltend machen, so ist dieß eben so unwahrscheinlich, denn da wir als Grenzbewohner von Oesterreich in demselben Verhältniß wie Altbayern stehen, so sind wir vermöge unserer geographischen Lage im Stande, Vergleichungen über die Wechselwirkung mit unsern Nachbarstaaten Sachsen und Oesterreich anzustellen. Thörichter Weise wird von einer gewissen Partei als Grund einer bestehend sollenden Hinneigung zu Oesterreich die bisherige Lebhaftigkeit der Handelsbeziehungen und Gewerbsverbindungen mit diesem Staate angegeben. Wer aber je im Besitz seiner fünf Sinne, ohne gerade Geschäftsmann zu seyn, in Bayern an den Grenzen von Oesterreich verweilt oder längere Zeit sich aufgehalten hat, muß gestehen, daß eine Geschäftsverbindung mit diesem Lande wegen seiner Zollschranken weder stattgefunden hat, noch Platz greifen kann. Selbst der Schmuggelhandel hat nicht jene Ausdehnung erlangt, wie er vor der Gründung des preußisch-deutschen Zollvereins mit andern Staaten im Schwunge war. Und wir müssen offen sagen, daß österreichische Kaufleute nicht selten von der Rechtswohlthat Gebrauch machen, eingeschmuggelte Waaren nicht zu bezahlen, wozu sie gerichtlich nicht gezwungen werden können. Oesterreich hat vorgezogen, mit England, mit andern antideutschen Staaten Handelsverträge einzugehen, selbst auf Kosten seines eigenen kommerziellen Interesses, wenn es nur in der geschlossenen Verbindung einen politischen Vortheil zum Nachtheil seiner deutschen Stammgenossen erhaschen konnte. Abgesehen von Allen Dem, so sind die österreichischen Zollschranken eine Wohlthat für Bayern. Bayern wurde schon einmal (1834) durch die geöffneten Schleußen des Waarenzuges überschwemmt; diese Wunden sind vernarbt, und ein geregeltes Verhältniß ist wieder eingetreten. Bayern hat noch nirgends und niemals den Wunsch ausgesprochen, einen weitern Kampf auf Leben und Tod einzugehen. Die preußisch-deutschen Zollsätze erlauben, daß Bayern alle etwa von Oesterreich bedürfenden Handelsartikel beziehen kann, im grellen, nicht einmal die Gegenseitigkeit beobachtenden Gegensatz, daß Oesterreich viele Artikel unter keiner Bedingung einführen läßt. Ferner ist die bayerische Industrie nicht so mächtig, um der österreichischen die Spitze zu bieten. Die Hinneigung zu Oesterreich in Altbayern, wenn je eine solche faktisch bestünde, wäre eine fanatisirte und gegen den praktischen Menschenverstand, da selbst das österreichische Tyrol, seine kommerzielle Lage erkennend, trotz der italienischen Nachbarschaft von Oesterreich getrennt und mit dem deutschen Zollverein verkörpert seyn möchte, wie wir an der Grenze von Böhmen in keine nähere Berührung mit einem Lande kommen mögen, wo „deutscher Hund" als größtes Schimpfwort gilt und sich bei jeder Annäherung die volksthümlichen Antipathien kundgeben. Sollten die eben dargelegten Verhältnisse nicht so für den Grenzbezirk von Altbayern, wie für den Grenzbezirk des Fichtelgebirges anwendbar seyn und sich dort eine ultramontan-österreichische Partei geriren, so reduzirt sich die in Betreff der deutschen Oberhauptsfrage in Frankfurt ausgesprochene Abneigung gegen Preußen in ganz Bayern auf einen kleinen Theil desselben. Wir in den ehemaligen brandenburgischen Markgrafthümern oberhalb und unterhalb des Gebirges, wir in den beiden Franken waren als spätere Unterthanen der preussischen Provinzen Bayreuth und Ansbach, die Schooskinder; seit 1810 behandelt man uns als Stiefkinder. Die noch übrigen Spuren des Wohlstandes, den Anfang und die Hebung unserer Gewerbthätigkeit, die Idee einer weisen Verwaltung, verdanken wir Preussen, wohlthätige Gesetze, öffentliche Bauten, Kunststrassen, Brücken rc., sind preussischen Ursprungs. Wir sind zwar im Allgemeinen nicht gegen das System der Centralisation; aber bei der Vertheilung der Kunstbauten in Bayern, jener kostspieligen Hallen, sind wir leer ausgegangen. Bei Eisenbahnen ist es kein Umweg, wenn man Städte mit mehr denn 16,000 Einwohner verbinden kann; die beiden Hauptstädte der fränkischen Fürstenthümer Bayreuth und Ansbach wurden aber von dem Eisenbahnnetz ausgeschlossen. Warum? — aus technischen Rücksichten! Ja freilich! die schiefe Ebene bei Neumarkt ist ein besseres Terrain für Ingenieure. Und als ob man den hierländischen Bauleuten geflissentlich die Arbeiten für den Staat entzöge, hat man Staatsgebäude so in Verfall kommen lassen, daß sie wegen Gefährlichkeit von der Polizei geschlossen werden mußten. —

Unsere Erinnerungen, unser Glaube, unser Recht fesseln uns an Preussen, und wenn Bayern einen andern Weg gehen sollte, als den zum einigen und großen Deutschland, so geben wir in Deutschland auf.

Oesterreich. (Wien, 1. Febr.) Bei der heute vorgenommenen 14. Verloosung des k. k. Lotterie-Anlehens v. J. 1834 wurden nachstehende 100 Serien gezogen: 40, 43, 68, 105, 141, 188, 189, 190, 219, 224, 227, 244, 262, 265, 297, 365, 443, 467, 470, 474, 529, 535, 542, 557, 573, 595, 609, 631, 636, 644, 665, 677, 690, 705, 735, 750, 779, 794, 804, 816, 830, 855, 895, 902, 965, 987, 1002, 1038, 1106, 1126, 1176, 1215, 1249, 1250, 1252, 1261, 1279,

1291, 1320, 1347, 1355, 1363, 1381, 1407, 1413, 1439, 1472, 1483, 1553, 1573, 1620, 1634, 1660, 1665, 1670, 1698, 1717, 1775, 1794, 1797, 1848, 1868, 1875, 1885, 1902, 1934, 1970, 2025, 2042, 2100, 2119, 2139, 2196, 2249, 2253, 2256, 2360, 2407, 2427, 2448. Die Nummernziehung der darin enthaltenen Schuldverschreibungen erfolgt am 1. Mai d. J. Laut des heute erschienenen Bankausweises fur den eben verflossenen Monat betrug der Stand der österr. Nat.-Bank am 30. Jan. d. J. an bankmäßig ausgeprägter Konventionsmünze und in Silberbarren 32,482,541 fl. 15¾ kr., und dee Banknotenumlauf 227,918,660 fl. Das Wechselporteseuille der Bank belief sich (mit Einschluß des Prager Porteseuille, dann der Vorschüsse an das Wiener Aushülfskomité, die Triester Börse, die Pesther Commercialbank u. s. w.), zusammen auf nahe an 29 Millionen, und die auf Depositen statutenmäßig geleisteten Vorschüsse auf 14 Millionen. Von dem im Monat Dezember v. J. der Staatsverwaltung neuerdings eröffneten unverzinslichen Kredit per 20 Millionen hatte die Bank bereits 11 Millionen der Regierung voegeschossen. (A. A. Z.)

Preussen. (Köln, 3. Februar.) Wir erfahren aus ganz sicheer Quelle, daß vor Eröffnung der Kammern das Ministerium Brandenburg adtreten, und Herr Camphausen den Kammern bei ihrer Ereöffnung als neuer Ministerpräsident entgegen treten wied.

Asien.

Privatbriefe englischer Offiziere in der Pendschab-Armee, deren die Times mehrere mittheilt, sprechen mit hoher Anerkennung von der Tapferkeit und Kriegsübung der Sikh-Truppen. So schreibt einer: „Man kann nicht präcisee und schneller schießen als die Sikh bei Ramnaggur schossen, so wohl der einzelne Mann als ihre reitende Artillerie. Wie man sagt, ist die Artillerie der Sikh von einem Franzosen Namens L'Enfant befehligt, der schon unter dem Mahârâdscha Randschit Singh als Adjutant des (seitdem nach Europa heimgekehrten) General Avitabile diente." Die Infanterie der Sikh, großentheils mit langen und sehr weit tragenden Luntenflinten bewaffnet, führt Schilde, deren sie sich wie die homerischen Krieger beim Ruckzug bedient: sie werfen sie auf den Rücken, um sich, wenn nicht vor den Kugeln, doch vor den Säbelhieben des Feindes zu schützen.

Sprech-Saal.

Alle Theaterfreunde müssen es beklagen, daß das Opern-Repertoir uns seit Neujahr nichts dringt, als die Zigeunerin, die, dem Geschmacke des Publikums nicht entsprechend, weder ein Gewinn für die Kasse ist, noch das durch klässische Musik gebildete Publikum befriedigen kann. Die einzige Erholung zwischen den vier schnell aufeinander folgenden Wiederholungen der Zigeunerin war Stradella, welche uns durch die wahrhaft künstlerische Leistung unsers allgemein beliebten Tenoristen Herrn Sabano einen hohen G nuß verschaffte.

Sowohl die hohe, reine und klangvolle Tenorstimme, so wie die edle Bildung und gediegene Schu e, das damit verbundene treffliche Spiel, die charaktervolle Darstellung jeder seiner Parthien, lassen bei diesem ausgezeichneten Tenoristen nichts zu wunschen übrig. Die erhabene Auffassung der Hymne in der Schluß-Scene, machten es jedem Kenner fühlbar, auf welchem hohen Niveau der Kunst sein Gesang steht, und mit welchem hohen Maaßstab man seine künstlerischen Leistungen messen darf. Die wahrhaft ergreifende Darstellung dieser Schlußscene, sein hinreißender Gesang voll Seele, Kraft und Feuer, erregten einen wahren Enthusiasmus und lohnten den Sänger durch rauschenden Beifall und Hervorruf. Wir bedauerten unsern geschätzten Baritonist, Herrn Heeger, dem wir manchen Genuß zu verdanken haben, der aber diesen Abend durch das taktlose und falsche Singen des Barbarino gänzlich verstimmt wurde.

Leider bietet uns die jetzige Stellung der Bühne seit dem Austritt unserer sehr beliebten ersten Sängerin Fräulein Reuß keine große Oper dar, und bringt uns um den Genuß Heren Sanbano in Heldenpartien, als: Raoul, Robert, Eleaser, Adolar, Masaniello, Othello und in anderen zu höeen, in denen er gewiß Großartiges zu leisten vermag, wie er es in seinem Sever und Alamir bewies, worin seine Leistungen zu so allgemeinem Beifall hinrießen, daß er duech dreimaliges Hervorrufen ausgezeichnet wurde.

Wir hoffen die geehrte Direktion wird uns bald durch den Eintritt einer Primadonna, deren Mangel uns schon allzufühlbar geworden, den lang entbehrten Genuß großer Opern gewahren, die wir hier stets zu hören gewohnt waren. P. G.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Stadttheater in Nürnberg.

Mittwoch den 7. Februar. Abonnement suspendu. „Oberon, König der Elfen." Große romantische Oper in 3 Akten. Musik von C. M. v. Weber.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 8 Februar 1849. № 39. Donnerstag: Salomon.

Deutschland.

Bayern. †* (München, 6. Februar.) [Sitzung der Kammer der Reichsräthe.] Tagesordnung. — Bekanntmachung des Einlaufes. — Vortrag der Kommission für die Bekanntmachung der Verhandlungen. — Wahl des ständischen Kommissärs für das Staatsschulden-Tilgungs-Wesen. — Verlesung des Protokolls der Sitzung vom 30. Januar. — Zum Schuldentilgungskommiss. wurde gewählt: Graf Reigersberg gegen 4 Stimmen. Niethammer als Ersatzmann im II. Skrut. gegen 6 Stimmen. Die Verhandlung betreffs des Druckes der Verhandlung ist unwichtig.

†° (München, den 5. Februar, nach Postschluß.) [4. öffentliche Sitzung betr.] Nach Kolb (wenn ich mich nicht täusche, schrieb ich irrthümlich in der Eile Stockinger) sprach noch Willich ein paar Worte an den Minister Heinz: Seit 1831 habe er seine Meinung und seine Ueberzeugung nie gewechselt. Als man ihn berufen habe, den Gesandtschaftsposten in Frankfurt einzunehmen, habe er erklärt, daß er diese Stellung nur annehmen könne, wenn sie ihn in seiner Verpflichtung nicht hindere, seiner Ueberzeugung treu zu bleiben. Hierauf habe man ihn ersucht, selbst die Punctationen festzustellen, die die Grundlage seiner Wirksamkeit bilden sollten. Er wünsche nur, daß dieselben hier vorlägen, um dadurch beweisen zu können, daß dieselben nichts enthielten, was mit seiner heute hier ausgesprochenen Ueberzeugung nicht im Einklange stehe. Min. Heinz erwiderte: das habe er auch nicht sagen wollen, sondern er habe blos mit seinen Worten vorhin bezeichnen wollen, daß er das Gleiche wolle, wie seine früheren Kollegen, wenn auch die Form verschieden sey. Kolb widerlegte eine frühere Aeusserung des Hrn. Ministers, daß in der Pfalz die Gemeinden keine Verpflichtung hätten, für ihre Armen zu sorgen. Er behauptet, Heinz sey hier nicht recht unterrichtet, denn eine Verpflichtung, für die Armen von Gemeindewegen zu sorgen, bestehe in der Pfalz.

Hierauf wollte der 1. Präsident die Sitzung schließen und erklärte, die nächste Sitzung finde morgen über die spezielle Debatte unter Zugrundlegung des Majoritäts-Entwurfes statt, worauf ein Mitglied der Rechten (in Bezug auf Zugrundlegung des Majoritäts-Entwurfs) anderer Meinung war, was jedoch nur Heiterkeit erregte, die in allgemeines Gelächter überging, als wieder Hr. v. Scheurl das Wort nehmen wollte. Die nächste Sitzung findet morgen früh 9 Uhr statt. Wie sehr es noth thut, feste und entschiedene Stimmen auf der Linken zu haben, beweist der Fall, daß heute wieder bei der Debatte über Trennung der Diskussion ein Mitglied des linken Centrums zuerst mit Ja, und dann bei Abstimmung durch Namensaufruf mit Nein stimmte.

†° (München, den 6. Jan.) [5. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.] Am Ministertische: v. Beisler — Bray — Weigand — Heinz — Lesuire — mehrere Ministerialräthe. Tagesordnung: Verlesung des Protokolls der 4. öffentl. Sitzung — Bekanntgabe des Einlaufs — Fortsetzung der Berathung und Schlußfassung an Se. Maj den König. — Unter den Einläufen: Beitrittserklärungen mehrerer Vereine zur offenen Zuschrift des Münchner Vereins für konstit. Monarchie und religiöse Freiheit an den am 15. Januar 1849 zusammentretenden Landtag. — Verschiedene Eingaben, Publikation der Grundrechte betr. — Adresse des Gewerbevereines der Stadt Fürth: die spezielle Vertretung desselben bezüglich der Handels-Industrie in Fürth betr. — Adresse der Einwohnerschaft von Nurnberg: Erwirkung der sofortigen Verkündigung und Einführung der deutschen Grundrechte betr. — Adresse des Volksvereins zu Nürnberg: die Verkündigung der Reichsgesetze in Bayern betreff. — Verwahrung der Bürger und Gewerbetreibenden zu Tölz, gegen die unbedingte Annahme der Reichsgesetze betr. — (Eine gleiche von Reichenbach.)

Es beginnt die spezielle Diskussion.

Absatz 1 wird ohne Modifikation nach dem Majoritäts-Entwurfe angenommen.

Zu Abs. 2, 3, 4 der Majorit.-Adresse wird eine Modifikation von Dr. Müller eingereicht, die der Präsident verliest: Er will eine und dieselbe Verfassung für ganz Deutschland, ein einiges Deutschland, ein einiges Bayern (!!!) Dr. Müller: Er habe stets der Freiheit, wie dem Vaterlande mit Wärme und allen Kräften gedient. Kommt auf die gestrige Minist.-Erklärung über die Thronrede, die, wie er geglaubt, ein Werk des verantwortlichen Ministeriums seyn muß. Wo nicht, würde er es nicht wagen, einen Tadel über dieselbe auszusprechen. Spricht viel von »Einigung« und freut sich, daß in der Majoritäts-Adresse dieses Wort statt „Einheit" gebraucht ist. Wer das erste Wort für die Trennung Deutschlands ausgesprochen, könne nicht ruhig sterben, wer die erste That hiezu gethan, den halte er für einen Vaterlandsverräther oder Wahnwitzigen. Nun setzt er auseinander, was Deutschland mit Oesterreich und was es ohne Oesterreich sey. (Seine eine halbe Stunde dauernde Rede, während deren er oft 5 Minuten nach dem Context in seinem Mannscript sucht, beweist, daß er viel Geographie gelernt, aber das Haus gähnt und gibt Zeichen der Unruhe; denn er verliert sich in weite Felder, die nicht zur Sache gehören.) Ohne Oesterreich kein Blühen und Gedeihen, mit Oesterreich Gedeihen und Blühen! Nun kommt er auf die Bevölkerung seiner Gegend, die gut bayerisch gesinnt sey, und springt ohne Zusammenhang dahinüber, daß er nur eine Verbrüderung mit Oesterreich für segensreich halte; denn unter dem preussischen Kaiserthum, das projektirt sey, sehe er kein Heil; es habe keine Sympathieen für sich.

Am Schluß erst geht er auf die Thronrede zurück und wünscht das Wort „Bundesstaat" in „Staatenverein" verwandelt. (Was er sagt, beruht auf lauter Sylbenstecherei.) Stimmt für die alsbaldige Einführung der Grundrechte, unterscheidet aber dabei die Beschlüsse, die auf die Verfassung Bezug haben und jene, die organische Gesetze sind. Nach diesem langen Geschwätze zieht er sein Amendement zurück, was die Kammer gestattet. Der Präsident liest dann die 2. Modifikation (Absatz 2 betr.) des Abgeordneten Scheurl vor, der folgende Absätze aus der von ihm verfaßten Minoritätsadresse angenommen haben will.

v. Scheurl: Er glaubt, die Annahme der Majoritätsadresse werde eine große Unsicherheit auf dem Rechtsboden herbeiführen. Er wolle nichts als fest an der Gesetzmäßigkeit halten. Das ganze rechte Centrum erhebt sich, sowie ein Theil der Rechten, um Scheurls Modifikation zu unterstützen. Thinnes bringt eine Modifikation ein, deren Inhalt kurz der ist: Die Reichsversammlung werde keine solche Gesetze erlassen, die den Anschluß einzelner Staaten, besonders Oesterreichs unmöglich machen. — Er hält den Ausschluß Oesterreichs für das größte Unglück und für die Zerstörung des ganzen Einheitswerks. Dies sey auch die Stimme ganz Bayerns. — Durch den Ausschluß Oesterreichs bekomme Deutschland neben Rußland und Preussen einen neuen Feind und man müsse stets ein schlagfertiges Heer bereit halten. Welche neue Staatslast! Wie hätten dann eine Flotte aber kein Meer dazu! Und die Repräsentation im Volkshause, wie im Staatenhause werde bei Oesterreichs Ausscheiden zwischen Nord- und Süddeutschland sehr ungleich seyn, was einem beutesüchtigen deutschen Kaiser viel Gelegenheit gebe, die kleineren Staaten zu verschlingen. Dies habe man bei Oesterreichs Anschluß nicht zu fürchten. Die Modifikation wird unterstützt.

Graf Bray (vom Ministertische aus) gibt Erläuterungen zur gestrigen Debatte über die Worte: „Einigung" und „Verständigung," die uninteressant sind. Kommt auf die Einigkeit der Minister, die wie ein Mann vor der Kammer stünden. Die Kammer werde nichts von ihnen fordern, was gegen ihren Verfassungseid sey. Er berührt dann eine Note des Reichsministeriums an die Bevollmächtigten, das Verfassungswerk Deutschlands betreffend. — Das Ministerium sey zur Verständigung mit dem Reichsministerium bereit und glaube, im Sinne der Kammer zu handeln. Der 1. Präsident verliest eine Modifikation des Abg. Roßbach zum Maj.-Entwurf Abs. 4. Er will darin die Beschlüsse der Nat.-Vers. wo möglich den Verfassungen der Einzelstaaten angepaßt und soviel als thunlich die Befürchtungen gehoben wissen, die besonders über die Gewerbefreiheit und das Heimathsrecht vorhanden sind. Roßbach kommt bei Vertretung seiner Modifikation auf die Schweizer Heimathsgesetze und verliest mehrere Paragraphen derselben. Spricht gegen die Abschaffung der Realrechte, sowie gegen die Freizügigkeit ohne Veto der Gemeinden. Süddeutschland werde dann von dem Proletariat des Nordens überschwemmt werden und verarmen. Will von der Nat.-Vers. diese Punkte nach den Schweizergesetzen geordnet wissen. Durch seine Modifikationen würden viele ängstliche Gemüther beruhigt werden und die Grundrechte freudig als das Palladium der Freiheit begrüßen.

Roßbachs Modifikation wird unterstützt von dem rechten Centrum und einem Theil der Rechten. Stautners Modifikation ist unwichtig. Er vertritt sie mit so leiser Stimme und so stotternd, daß die Kammer „lauter" ruft, weil kein Mensch etwas versteht. Er hält die Nationalversammlung nicht für constituirend, ihre Gesetze nicht für bindend. (Unruhe. — Unwille über solche Keckheit!!) Die Nationalversammlung könne nur berathen. Er wisse wohl, daß während ihrer Berathung das verführerische Wort: „Volkssouveränetät" erschienen sey, und dieses Prinzip finde sich auch in den Grundrechten wieder. Dem Eide, auf die bayer. Verfassung geleistet, nach, hätte man, wie gesagt, den Vertretern in Frankfurt nur das Recht der Berathung geben können. Sonst wäre man eidbrüchig, und daraus könne nichts Gutes kommen. (!!!) Deshalb können die Grundrechte nicht als Gesetz gelten, sie müssen erst der Verständigung und Vereinigung unterliegen. (Bureaukratische Frechheit!) Er bekämpft fortwährend der Nationalversammlung die Eigenschaft der Souveränetät, und die Grundrechte. (Es ist schrecklich, daß auch diese Modifikation unterstützt wird von der äussersten Rechte.) Freudensprung bestreitet die gesetzgeberische Gewalt der Nationalversammlung in Frankfurt (!!) gleichfalls. Er läßt ihr die constituirende, aber nicht die legislative Eigenschaft. Nun gibt er eine historische Erläuterung über konstituirende Versammlungen.

Die Kammer, wie die Tribunen lachen laut, so lange er spricht; denn solcher Unsinn könnte einen Misanthropen zum Lachen bringen. Dazu spricht der Mann nicht deutsch, sondern gut altbayerisch und mischt im schlechtesten Französisch diplomatische Ausdrücke ein. Zuerst hätten die Fürsten das Verfahrungswerk in die Hand nehmen wollen; das sey nicht ganz entsprechend gegangen, darum hätten die Völker das Werk in die Hand genommen. Das Recht dazu bestreitet er und bezieht sich hiebei auf Frankreich, die Schweiz, Belgien rc. — Denn aber fragt er, wer die Grundrechte annehme. Die Annahme stehe nach unserer Verfassung nur dem Könige zu. Er bestreitet der Kammer die Kompetenz, über die Grundrechte zu entscheiden, weil diese kein Gesetz, sondern ein internationaler Akt seyen, dessen Vollzug nur der Krone zustehe. (Hört! Hört!) Er will den Grundrechten bindende Kraft nur durch Annahme der Krone zulassen. Der Präsident liest einen Paragraphen der Geschäftsordnung vor, nachdem Freudensprung abgetreten, daß alle Modifikationsvertretungen in Kürze zu geschehen haben. Forndran will aus Absatz 5 des Majoritätsentwurfes den Satz „wie auch der allgemeinen Wechselordnung" weggelassen wissen.

(Auch diese Modifikation wird unterstützt. Nun sind die Modifikationen über die ersten Absätze zu Ende und beginnt die Debatte.)

Schüler erhält zuerst das Wort. Er bestreitet, daß die Reichsgesetze erst der Vereinbarung bedürften, um in Bayern zur Geltung zu kommen. Gibt einen historischen Rückblick über die Entstehung der Nationalversammlung, wodurch er ihre konstituirende Eigenschaft beweist. Die bayr. Regierung hat die Abgeordneten nach Frankfurt ohne beschränkende Vollmacht hingesandt und dadurch ihre konstituirende Natur erkannt. Er erwähnt mehrere Beschlüsse der Nationalversammlung, welche die bayr. Regierung vollzog, wodurch sie gleichfalls die Verfassung als konstituirend erkannte. Aber auch formell hat sie es dadurch gethan, daß sie im k. bayr. Reg.-Blatte das Gesetz der Reichsgewalt die Verkündigung der Reichsgesetze betr., zur Kenntniß brachte. Unter diesen ist eines, welches bestimmt, daß die Reichsgesetze 20 Tage nach ihrer Verkündigung in Frankfurt die verbindende Kraft in ganz Deutschland erhielten. Das bayr. Min. fand zu keinem dieser Vollzieh.-Akte oder Verständigung die Einwilligung der bayr. Stände nöthig. Wenn daher das jetzige Ministerium zur Verkündigung der Grundgesetze die Einwilligung der Kammern zu bedürfen erklärt, so ist das jetzige Reg.-System ein anderes, als das frühere, was sich nicht annehmen läßt, da der Justizminister in der gestrigen Sitzung das Gegentheil erklärte. Sey aber das jetzige System ein unverändertes, so könne Beißlers Erklärung bei Beginn der Kammer nur als Einzeln-Meinung betrachtet werden, was aber in derselben Erklärung widerlegt ist. Es ist nun der Ungrund der Behauptung noch, daß die Grundgesetze nicht ohne Beistimmung der Kammer promulgirt werden können. Der §. der Verfassung, auf den man sich stützt bei dieser Meinung, betreffe nur ein bayr. Gesetz, aber kein deutsches Reichsgesetz. Wie für Bayern die Verfassung, so seyen für ganz Deutschland die Reichsgesetze maßgebend. Es sey zur Geltung der Reichsges. selbst nicht nöthig, daß die bayr. Regg. sie pormulgire; gültig seyen sie schon durch die Veröffentlichung im deutschen Reichsgesetzblatt. Die Veröffentlg. der Grundgesetze im bayr. Reg.-Blatt sey nützlich, aber nicht nothwendig zu ihrer Geltung. Auch vom Reichsministerium sey diese Ansicht ausgesprochen worden.

Nun kommt er auf die Ansicht des Verfassers der Minoritäts-Adresse, es sey zwar keine materielle, aber eine formelle Anerkennung der Grundrechte nöthig. Im Falle man dies Recht der Kammer anerkenne, die Reichsgesetze noch zu berathen und beizustimmen, so könnten sie zuletzt an dem Nichtbeistimmen der Kammer, oder an dem absoluten k. Veto scheitern. Die Besorgnisse über die Folgen der Freizügigkeit und Gewerbsfreiheit fielen durch das angekündigte Urwahls- und Gewerbsgesetz von selbst weg. Diese Behauptung habe der Herr Minister heute durch Vorlesung der Note der Reichsgewalt bestätigt. Am Schluß erklärt er die in der Kammer ausgesprochene Ansicht des Hr. v. Scheurl: die Regierung könne am Ende doch noch, wenn die 1. oder 2. Kammer sich nicht für die Vereinbarung erkläre, die Grundrechte promulgiren und dadurch die Sache ausgleichen, als eine schreckliche Maßregel. Graf Bray widerlegt zuletzt noch ein paar faktische Behauptungen des Vorredners, die unwesentlich sind. Nach seiner undeutlichen Mittheilung hat die bayer. Regierung eben die Reichsgesetze anerkannt, soweit sie ihr zusagten, wo nicht, hat sie es abgelehnt. Dieß der langen Rede kurzer Sinn.

Schuler findet, aus den Reden des Minister gehe am besten hervor, daß die Reichsgesetze unabhängig seyen von der Veröffentlichung durch eine Einzelregierung. Er beweist dies mit einem Scharfsinn, mit einer Logik, die ausgezeichnet ist und ihm den lauten Beifall der Kammer und der Tribune erwirbt. Die Kammer verlangt Schluß. v. Abel verlangt das Wort gegen den Schluß. Die Debatte wird dann fortgesetzt und v. Thinnes erhält das Wort, indem er den Schlußsatz Schülers in Beziehung auf ihn angreift, aber nicht entsprechend widerlegt. v. Abel. Es handle sich nicht darum, ob die Freiheiten der Grundrechte Bayern angeeignet werden sollen, sondern ob sie auch von Nutzen seyen. Für die Frankfurter Nat.-Vers. werde die legislative Kraft in Anspruch genommen; er konne dies nicht anerkennen. Die bayer. Verfassung erkenne keine auswärtige Oberhoheit an und diese Ansicht sey selbst dem Bunde gegenüber stets festgehalten worden. Er erinnert an die Karlsbader Beschlüsse, die nie zur Geltung in Bayern gekommen seyen. Er beruft sich auf eine Aeusserung Beisler's im Parlamente, welche davor warnt, die Nat.-Versammlung als konstituirend zu betrachten.

Abel spricht von einer Willkürherrschaft, die nirgends geduldet werden dürfe. (Die Tribunen brechen in lautes Stampfen und Zischen aus, so daß der 1. Präsident Ruhe gebietet.) Als Abel in seiner Rede das Wort „Bevormundung“ gebraucht, beginnt das Stampfen wieder und Abel fragt den Präsidenten, ob er das Wort habe oder die Gallerie. Der 1. Präsident ermahnt hierauf zur Ruhe und droht mit strengeren Maßregeln. Er sagt: für das, was in der Kammer gesagt werde, sey dieselbe dem Volke, nicht aber einer so kleinen Fraktion Rechenschaft schuldig, als die Gallerien bildeten. Bei Postschluß spricht noch immer Hr. v. Abel.

†* (München, 6. Februar.) Wie wir hören, hat es einen sehr schlimmen Eindruck gemacht, daß der Minister heute in der Sitzung erklärte, die Thronrede sey vom Könige verfaßt und die Minister hätten nur negative Einwirkung auf sie gehabt, d. h., sie wären blos verantwortlich, daß nichts in derselben enthalten sey, was gegen die Verfassung und gegen ihre Verantwortlichkeit sey. Die Linke sieht darin Grund zu einem Mißtrauensvotum gegen das Ministerium, das wahrscheinlich noch zu Stande kommen dürfte, wenn man hoffen kann, eine Majorität dafür zu erhalten. Wahrscheinlich wird sich das linke Centrum dabei anschließen. Wird Hr. v. Beisler dann abtreten, da er erklärte, daß 1 Stimme, die ein Mißtrauensvotum gegen ihn ausspreche, ihm zwinge, seine Entlassung zu verlangen? Dann müßte das übrige Ministerium nachfolgen. Mit den Grundrechten spielt die Regierung ein ebenso jesuitisches Spiel, als es gewagt ist. Ihre Politik ist ebenso waghalsig, als unmoralisch. Auch sie schützt den Popanz der Gewerbefreiheit vor, um die Gewerbtreibenden für sich zu gewinnen und dann die Grundrechte fallen zu lassen. Aber sie hat keine Chancen für das Gelingen. Gelingt es der Linken, wie kein Zweifel ist, die Majoritäts-Adresse von Willich und Steckinger durchzusetzen, so ist ein Mißtrauensvotum eo ipso für das Ministerium ausgesprochen. Die Linke wird dem Ministerium mit allen Mitteln auf dem Boden entgegentreten, hinter welchen dasselbe sich verschanzt: auf dem Boden des Gesetzes und der Verfassung. Die Zeiten einer Abelschen Politik sind vorüber; das Volk läßt sich nicht mehr betrügen, es bittet nicht, es fordert und steht zu seinen Vertretern.

(München, den 5. Februar.) Der bisherige Ministerialsekretär II. Klasse bei dem königl. Staatsministerium des Innern, Dr. J. B. Stautner, ward zum Ministerialsekretär I. Klasse bei gedachtem Staatsministerium befördert. (N. M. Z.)

Freie Städte. ** (Frankfurt, den 5. Februar.) [164. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Unter dem lauten Beifall der Linken wird Temme aus Münster angemeldet. Hehner aus Wiesbaden interpellirt den Reichskriegsminister und den Reichsminister des Innern, warum die Waffen, die in den Septemberereignissen in Frankfurt abgenommen worden seyen, nicht zurückgegeben würden, und ob und warum die eben seit jener Zeit angeordnete Besetzung der Stadt Höchst mit Reichstruppen noch fortdauern solle? Gagern antwortet auf die Interpellation wegen Beeinträchtigung des Vereins- und Versammlungsrechts in preussisch Minden. Das Reichsministerium schreite nur dann unmittelbar ein, wenn vergebens Beschwerde bei den betreffenden Landesbehörden geführt worden sey. Der Reichskriegsminister, Herr v. Peucker, beantwortet die Anrufungen der Herren Fehrenbach, Würth und Hehner in folgender Weise: Auf die Fehrenbach'sche Anfrage: „In Erwägung 1) daß durch übereinstimmende Erklärungen der lokalen Regierungsbehörden und der betreffenden oberen militärischen Befehlshaber das Verbleiben der königlich würtembergischen Brigade im badischen Oberlande zur Unterstützung der für die Ueberwachung so ausgedehnter Grenztrakte nicht ausreichenden großherzoglich badischen Truppen zur Zeit noch als unerläßlich bezeichnet, und ausdrücklich im allgemeinen Landesinteresse gefordert wird; 2) daß nach eingegangenen amtlichen Berichten die aufregenden Bewegungen längs der Grenze nicht ab-, sondern gegentheils weiter zugenommen haben; 3) daß im Laufe des Monat Januar an mehreren Orten auf Schildwachen der Reichstruppen, ja am 15. Januar einige Stunden von Freiburg selbst auf einen vorüberfahrenden Eisenbahnzug scharf geschossen, und bei letzterer Gelegenheit einem im Wagen sitzenden Gensd'armen der Fuß zerschmettert, und hierdurch der Beweis geliefert worden ist, daß eine beruhigte Stimmung in jenen Landestheilen noch nicht überall eingetreten sey; — kann die Centralgewalt in Erfüllung ihrer Pflicht die Zurückziehung der verhältnißmäßig nicht bedeutenden, und schon durch Beurlaubung so weit als möglich verminderten königlich würtembergischen Brigade aus dem badischen Oberlande zur Zeit noch nicht verfügen.“

Auf die Anfrage Hrn. Würths bemerkt der Herr Minister, die Räumung des Fürstenthums Sigmaringen von Reichstruppen sey gegen seine Voraussetzung auf dem Wege des militärischen Instanzenzuges verzögert, seit dem Tage aber, um den es sich handle, ohne Zweifel bewirkt worden. Auf die Hehner'sche Anfrage wegen der zurückgehaltenen Waffen: „Das Reichsministerium hat im Einverständnisse mit dem Reichsminister des Innern bereits vor einem Monat das Oberkommando der hiesigen Reichstruppen ermächtigt, die in Folge der Septemberereignisse abgelieferten Waffen ihren Besitzern mit Ausnahme derjenigen, welche von der Untersuchungskommission als der Theilnahme an jenen Ereignissen verdächtig oder angeschuldigt bezeichnet werden, zurückzugeben. Das Oberkommando hat sich mit Bevollmächtigten der betreffenden Regierung demnach ohne Verzug in Verbindung gesetzt, und wenn die Rückgabe zur Zeit noch nicht erfolgt ist, so liegt der Grund davon in dem Umstand, daß die Verzeichnisse der Angeschuldigten nun erst von der Frankfurter Untersuchungskommission vorgelegt worden sind, und daß die Hersendung der in Mainz deponirt gewesenen Waffen, vermöge der Unterbrechung der Verbindung mit Mainz durch Eisgang, eine Verzögerung erlitten hat. Es ist indeß am 31. Jan. den Bevollmächtigten von neuem in Erinnerung gebracht worden, daß nach Eingang der betreffenden Verzeichnisse der Rückgabe der Waffen an die hiezu Berechtigten kein Hinderniß im Wege stehe.“ Desgleichen wegen der Besetzung von Höchst: „Die Reichstruppen in Frankfurt sind zum Schutze der Reichsversammlung zusammengezogen. Für die Erfüllung dieses Zweckes ist die Besetzung der wichtigsten Punkte der Umgebung Frankfurts eine militärisch gebotene Nothwendigkeit. Unter dieser Umgebung nimmt Höchst eine sehr beachtenswerthe Stellung ein. Das Reichskriegsministerium muß daher Höchst, dessen Garnison bereits auf ein Minimum von einer Kompagnie verringert worden ist, so lang besetzt lassen, als der vorhin gedachte Zweck überhaupt noch vorhanden ist.“ Der dringende Antrag, welchen Herr Fehrenbach hierauf wegen der Truppenaufstellung im badischen Oberland an die Versammlung richtet, wird auf den Ausschußweg verwiesen. Herr Würth erneuert nach obiger Erklärung des Kriegsministeriums sofort seinen früheren Antrag auf Zurückziehung der würtembergischen Reichstruppen aus Hohenzollern-Sigmaringen. Vor Verkündigung der Präsidentenwahl wird Temme von der Linken, seiner Partei, mit lautem Beifallsrufen in ihrer Mitte begrüßt. Die Wahl erzielt folgendes Resultat. Erster Präsident E. Simson, welcher folgende Worte sprach: Meine Herren, ich übernehme das Amt, zu dem Sie mich abermals berufen wollen, in dem dankbaren Gefühl bewährten Vertrauens auf die ausdauernde Unterstützung aller Seiten dieses hohen Hauses und mit dem festen Entschlusse, es nach allen meinen Kräften im Interesse dieser Gesammtheit zu handhaben. Auch die zweite Hälfte unser Hauptaufgabe ist inzwischen in ihrer ersten Lesung beendet worden. Der mäßige Zwischenraum, den wir bis zu der zweiten durch eine Reihe andrer zum Theil kaum minder wichtigen Berathungen ausfüllen werden, wird sicherlich von allen Seiten dazu benützt werden, um endlich das gemeinsame Ziel friedlich zu erreichen, (Bravo) nach welchem die Nation in immer erneuter Anstrengung gerungen hat, und wahrlich nicht vergebens gerungen haben darf. (Beifall.) Die Wege zu diesem Ziele geben sich jetzt, meine ich, deutlicher zu erkennen als jemals; sie werden sich hoffentlich auch geebneter erweisen als hier und da bis daher geglaubt seyn mag. Und in dem Angesichte dieses nahen Zieles, meine Herren, da scheint mir — ich denke, ich darf wagen, es auszusprechen — der Zwiespalt der Meinungen, unter deren Antrieb und Einfluß diese Arbeit begonnen und fortgeführt worden, dürfte täglich mehr an Berechtigung verlieren. (Zustimmung im Hause.) Der Vollendung so nah, meine Herren, da sollten wir — und das ist der Wunsch, mit dem ich schließe — da sollten wir das alte Wort des Homerischen Helden auch unter uns zur Wahrheit werden zu lassen: Daß nichts darauf ankomme, ob die Vögel von rechts oder links fliegen, und daß es nur ein Wahrzeichen gebe: des Vaterlandes Errettung. (Anhaltendes allseitiges Bravorufen und Händeklatschen.)

Erster Vicepräsident wurde Herr Beseler aus Schleswig, zwei

ter Vizepräsident Kirchgeßner aus Würzburg. Wegen Mangel an hinreichender Prüfung und Vorberathung des Gegenstandes wird die Berathung des Berichts über die definitive Feststellung der Demarkationslinie im Großherzogthum Posen auf die Tagesordnung der morgenden Sitzung gestellt, und die heutige um 12½ Uhr Mittags geschlossen. Zerzog von Regensburg tritt in den volkswirthschaftlichen Ausschuß.

Hessen. (Darmstadt, 3. Febr.) Unsere zweite Kammer beschäftigte sich heute mit dem Gesetzentwurf, welcher die Vermehrung unserer Truppen auf 2 Prozent der Bevölkerung und die Aufhebung der als Staatsanstalt bestehenden Stellvertretung im Militärdienste betrifft. Es darf nicht geleugnet werden, daß der Entwurf nicht zu den populären bei uns gehört; die Staatsausgaben, welche damit in Verbindung stehen und welche man an mehr als 900,000 Gulden anschlägt, würden schwer auf unser ohnedies schon überbürdetes Budget drücken. Abgesehen hiervon lag bei der sehr großen Mehrheit der Kammer die entschiedenste Neigung vor, den Beschlüssen der Nationalversammlung und der Centralgewalt ungeschmälerte Folge zu geben, und Ausführungen der Abgeordneten Heldmann, Zitz und Mohr, welche zum Zweck hatten, die Fundamente einer derartigen Verpflichtung überhaupt in Frage zu stellen, fanden selbst bei diesen kritischen Umständen kein besonderes Gehör. Der Ausschuß hatte beantragt, dem Gesetzentwurfe Folge zu geben. Außerdem hatten sich zur Vertheidigung desselben der großherzogliche Ministerpräsident Jaup und der großherzogliche Oberauditeur Hoffmann eingefunden. Abg. Heldmann sprach zuerst von der Tribüne gegen den Entwurf. Er wollte ihn einfach abgelehnt. Abgeordneter Glaubrech verhielt sich im Sinne der angeführten öffentlichen Stimmung mehr vermittelnd. Bei Heldmann standen Zitz, Mohr und Behlen. Zitz und Mohr wollte motivirte Tagesordnung; Behlen hatte für den Fall, daß dieser Antrag durchfiele, den weiteren gestellt, die Berathung und Abstimmung über den Gesetzentwurf bis zur Vorlage des Berichts über den Kostenpunkt auszusetzen. Man hatte schon längere Zeit diskutirt und namentlich auch der großherzogl. Ministerpräsident Jaup, wie früher Reh, Wernher, u. A., für den Gesetzentwurf und zu Gunsten der Autorität der Centralgewalt mit Wärme gesprochen, als der Schluß der Berathung verlangt, deren Fortsetzung aber von der Kammer mit 27 gegen 16 Stimmen beschlossen wurde. Endlich gelangte man zur Abstimmung über die Sache selbst. Heldmanns einfache Tagesordnung blieb, als nicht unterstützt, auf sich beruhen, Mohrs und Zitzs motivirte Tagesord. wurde mit 36 gegen 7 St., Behlens eventueller Antrag mit 32 gegen 11 St. abgelehnt, dagegen Rehs Antrag, auf eine spezielle Berathung des großh. Entwurfs zu verzichten, mit 31 gegen 12 St. und sein weiterer Antrag, den Gesetzes-Entwurf, wie er vorliege, anzunehmen, mit 35 gegen 8 Stimmen genehmigt. Glaubrech wollte noch der Annahme des Gesetzes zwei Bedingungen beigefügt wissen. Die erste: daß die Staatsregierung vorerst mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auf das Dringendste bei der deutschen Centralgewalt dahin wirke, daß die Anordnung wegen Vermehrung des stehenden Heeres auf 2 pCt. entweder zurückgenommen oder wenigstens mit Berucksichtigung der Kräfte der einzelnen Staaten wesentlich modifizirt werde. Die zweite: das das Gesetz nicht eher zur Ausführung gebracht werde, bis die vorstehend erwähnte dringende und energische Vermittelung sich als durchaus erfolglos dargestellt habe. Die erste Bedingung nahm die Kammer mit der schwachen Majorität von 23 gegen 20 Stimmen an; die zweite lehnte sie ab mit 29 gegen 14 Stimmen.
(D. Z.)

Oesterreich. (Wien, 1. Februar.) Vorgestern in der Dunkelheit erhielt ein armer Teufel von Soldat, ruhig in die Alserkaserne zurückkehrend, eine Pistolenkugel in das Knie, mußte gestern früh amputirt werden, und starb im Verlauf des Tages. Es soll ein Komplott existiren, daß jede Hinrichtung durch das Leben eines Soldaten gerächt werden müsse. (A. A. Z.)

(Prag, den 28. Januar.) Gestern verbreiteten sich die abenteuerlichsten Gerüchte über den Anzug der Magyaren, welche die Theiß überschritten und den General Ottinger mit der Avantgarde bis Szegléd zurückgeworfen haben sollten. Gegen Abend erst liefen sichere Nachrichten ein: General Ottinger stehe bereits wieder in Szolnok (an der Theiß) und die Magyaren seyen zurück. Ein Gefecht hat aber jedenfalls stattgefunden, denn ich sah mehre Verwundete von den Kaiserlichen hereintragen, und überdies einen starken Transport gefangener Honvéds. — Aus sicherer Quelle eines von Debreczin Angelangten erfahre ich das Nachstehende: Die magyarische Regierung beabsichtige vor dem Frühjahre keine forcirte Offensive, sondern gedenke günstigere politische Ereignisse von aussen abzuwarten. Man arbeite rüstig in der Waffenfabrik (welche bekanntlich von Pesth mitgeschleppt wurde), und mache fleißig Banknoten, darunter auch 30 Kreuzerstücke. Den Oberbefehl über die gegen die Theiß hin operirenden Truppen führte der polnische General Dembinski, und falls die Vereinigung mit dem Görgey'schen Korps, welches sich in Oberungarn umhertreibt, glückt, soll auch Görgey dem General Dembinski unterstehen. - General Bem, erzählt man in Debreczin, halte Klausenburg noch immer besetzt, und habe versprochen, Hermannstadt bis Ende Januar zu nehmen, um sodann gegen Temeswar vorzudringen. — Die Magyaren haben alle ihre Truppen bis auf einige Observationskorps von Arad und den serbischen Grenzen zurückgezogen, um das Vordringen der Kaiserlichen gegen Debreczin und Großwardein zu hindern. Hingegen erwarten wir in Pesth 6000 M. vom Burich'schen Korps, welche die hiesige Garnison verstärken sollen. (A. O. Z.)

Preussen. †*† (Berlin, 4. Februar.) Herr Rodbertus, der gestern in verschiedenen Wahlmänner-Versammlungen erwartet wurde, ist nicht eingetroffen. Er hat vielmehr brieflich angezeigt, daß er einer Einladung, vor den Wahlmännern von Cammin (in Pommern) zu sprechen, Folge geben musse. In dem übersandten Schreiben entwickelte Herr Rodbertus seine Ansichten über die Grundfragen der gegenwärtigen Krisis in einer der Wahlmänner befriedigenden Weise. Nach Verlesung der Zuschrift im zweiten Wahlbezirk wandten sich alle Stimmen, die so eben bereit gewesen waren, sich für Heinrich Simon zu entscheiden, zunächst ihm zu. Im ersten Wahlbezirk ergab eine vorläufige Abstimmung, daß von 261 Anwesenden 248 Rodbertus zu wählen entschlossen sind.

Die letzte Abstimmung in Frankfurt, durch welche dem künftigen Reichsoberhaupte ein absolutes Veto eingeräumt wird, hat in den höchsten Regionen Beifall gefunden und die Oberhauptsfrage ist durch jenen Beschluß wahrscheinlich in eine neue Phase getreten. Erwägt man die vielfachen Erklärungen der kleinen deutschen Fürsten, zu Gunsten der Hegemonie Preußens, die Willfährigkeit des Frankfurter Parlaments, so scheint es, daß wir trotz der letzten preuß. Note bald Preußen an der Spitze Kleindeutschlands sehen werden. Einflußreiche hohe Personen, die bisher entschiedene Gegner der Annahme der deutschen Kaiserkrone waren, scheinen jetzt weit mehr geneigt, sich den Frankfurter Propositionen zu accommodiren.

Man will wissen, daß binnen Kurzem einige gewerbliche Gesetze werden publizirt werden, welche eine Art von Innungs- und Zunftwesen anbahnen sollen.

Während Gustav Julius, der verfolgte Redakteur der Zeitungshalle, die Muße, die ihm seine unfreiwillige Zurückgezogenheit gewährte, zur Vollendung früher begonnener literarischer Arbeiten benutzt und namentlich auf die Sichtung seiner werthvollen Vorarbeiten für die Geschichte der Jesuiten verwendet, erscheint von dritter Hand eine Fortsetzung des von Julius nur bis zum Tode Loyola's geführten im Verlage von Nauenburg in Leipzig erschienenen Werkes „die Jesuiten." Der gegenwärtige Eigenthümer des Nauenburg'schen Verlages mißbraucht den Namen von Julius, indem er diesen auch auf den Umschlägen der Fortsetzung als Verfasser bezeichnet, obschon weder Julius selbst an dieser Fortsetzung betheiligt ist, noch auch jene Vorarbeiten bei derselben benuzt werden.

Bei den Nachwahlen, welche die morgen ohne Zweifel vorkommenden Doppelwahlen zur Folge haben werden, beabsichtigt man die Aufmerksamkeit der Wahlmänner auf Personen zu richten, die ungeachtet ihrer zweifellosen sittlichen und geistigen Befähigung zum Amte eines Volksvertreters in den politischen Bewegungen der letzten Monate unbeachtet geblieben sind. Namentlich hofft man Varnhagen von Ense zur Bewerbung um eine Deputirtenstelle bewegen zu können. Die Gestalten, welche man der politischen Lage Preußens seit dem November gegeben, hat diesen früher mehr als gemäßigten Staatsmann auf die Seite der entschiedensten Anhänger demokratischer Staatseinrichtungen geführt.

(Köln, den 3. Februar.) In Folge der schwebenden Streitigkeiten, welche in der jüngsten Zeit zwischen den Ulanen und dem 34. Regimente entstanden, fand gestern Abend wieder eine hervorragende Schlägerei statt. Die Hauptwache rückte aus, und vollzog mehrere Arrestationen. Trotzdem erschien das Militär nach wenig Minuten wieder in der Nähe der Martinskirche, nachzusehen, ob nicht noch ein Ulane aufzutreiben sey. An einem Hause, wo man einen solchen versteckt glaubte, begann man die Thüre mit Säbelhieben zu bearbeiten, bis ein Offizier nahte. Die Soldaten sind in der letzten Zeit sehr kampflustig, und wir glauben nach den Aeusserungen, die wir gestern Abend auf der Straße vernahmen, schließen zu dürfen, daß diese Reibungen noch nicht als abgeschlossen zu betrachten sind.
(Frkft. J.)

Schleswig-Holstein. (Schleswig, vom 2. Febr.) Der Eisenbahnzug bringt uns folgende schlichte Erklärung eines unter uns bekannten Mannes, die manchem aus der Seele geschrieben seyn wird. »Die Cirkularnote der preussischen Regierung vom 23. Jan. stellt den Plan in Aussicht, das deutsche Gebiet Dänemarks, worunter wir leider wohl auch unser altes deutsches Holstein zu verstehen haben, dem weiteren Bundesgebiete zuzuweisen, mithin von dem eigentlichen deutschen Bundesstaate auszuschließen. Man kann nur annehmen, daß entweder die preussische Regierung, irrige Schlußfolgerungen aus unserem Streben für die Verbindung mit Schleswig ziehend, die Ansicht hegt, daß die uns zugedachte Stellung unseren Wünschen entspreche, oder daß es mit dem in Aussicht gestellten Plan nicht ernstlich gemeint ist. Denn es ist undenkbar, daß die nämliche Regierung, welche uns mit nie genug zu erkennender Bereitwilligkeit in dem Kampfe für eine gerechte Sache unterstützte, und wahrlich nicht allein in Worten sich als deutsch gezeigt und bewährt hat, aus irgend welchen politischen Gründen es über sich sollte gewinnen können, uns, ächte wahre Deutsche, unseres Rechts auf unverkümmerte Theilnahme an den Geschicken unseres Vaterlandes wider unseren Willen zu berauben. — Ist von jenen Annahmen die erste begründet, so wird ein unverholener Ausdruck der Empfindung, die das Herz jedes Patrioten ergriffen haben muß, genügen, um die Gefahr zu beseitigen. Wäre es aber auch, wovon eine Ueberzeugung nicht zu erlangen steht, an dem, daß der Plan nicht ernstlich gemeint sey, so müßte gleichwohl Ein Aufschrei des ganzen Volkes an seinem Platze seyn. Denn es giebt Güter, die, auch nur zum Schein zu verleugnen, sich mit ehrenhafter Gesinnung nicht verträgt, und zu diesen gehört, wenn irgend eins, das Vaterland. — Ich habe Deutschland und sein Volk geliebt in seiner Erniedrigung, wie man Vater und Mutter liebt, ohne über seine Schwäche zu grübeln. Zu denken, daß ich jetzt, nachdem der schlummernde Volksgeist geweckt und die Morgenröthe einer bessern Zukunft angebrochen ist, nicht ganz dem Vaterlande angehören sollte, an dem ich mit ungetheiltem Herzen hänge, ist mir völlig unerträglich. Für mich ist der Standpunkt gegeben, daß ohne Rücksichten irgend einer Art, ohne Aufschub und nach äussersten Kräften gestrebt werden muß, unser Ausscheiden aus dem deutschen Bundesstaate zu hindern. — Dies ist keine Frage, in der das Volk die Wahrung seines Rechts seinen Vertretern überlassen darf. Hier gilt es selbst zu sprechen und zu zeigen, daß jeder Einzelne empfindet, wie tief er durch den Gedanken ergriffen wird, eine seinen Brüdern nicht ebenbürtige Stellung im Vaterlande einzunehmen. Darum, Mitbürger, rufe ich Euch zu, gebt Euren Gefühlen einen unverhalenen Ausdruck, damit man erkenne, wie hoch ihr das Gut haltet, dessen Bewahrung in Frage gestellt worden. Schleswig, den 2. Febr. 1849. Syndicus Prehn." (Alt. M.)

Dänemark.

(Kopenhagen, 29. Januar.) Am 26. März geht der Waffenstillstand, falls er nicht verlängert wird, zu Ende, am 26. Februar ist in jenem Falle der Kündigungstag von einer oder der andern Seite. Flyveposten will keine Verlängerung des Waffenstillstandes, auch wenn die Mächte sie verlangen; Krieg oder Frieden müsse es heißen. — Fädrelandet hat nichts gegen einen planmäßig vorbereiteten Aufstand in Nordschleswig, allein warnt vor vereinzelten planlosen Widerstandsversuchen; entschieden allgemeiner passiver Widerstand sey das Beste.

Großbritannien.

(London, den 1. Februar.) Heute wurde das Parlament von der Königin in Person eröffnet. Die Thronrede lautet: „Mylords und Gentlemen! Da die Zeit herangekommen ist, in welcher nach üblicher

Weise die Parlamentsthätigkeit wieder aufgenommen wird, so habe ich Sie zu dieser Erfüllung Ihrer wichtigen Pflichten zusammenberufen. Mit Befriedigung kann ich Ihnen anzeigen, daß im nördlichen, wie im südlichen Europa, die streitenden Parteien in Waffenstillstände behufs der Unterhandlung über Friedensbedingungen eingewilligt haben. Der Krieg von Sicilien war von so empörenden Umständen begleitet, daß der brittische und französische Admiral aus Gründen der Menschlichkeit einzuschreiten und weiterm Blutvergießen Einhalt zu thun, veranlaßt wurden. Ich habe die hierdurch erlangte Pause benützt, um in Verbindung mit Frankreich dem Könige von Neapel einen Vergleich vorzulegen, welcher geeignet ist, die sicilianischen Angelegenheiten auf eine dauernde Weise zu ordnen. Die Unterhandlungen darüber schweben noch. Indem ich den verschiedenen streitenden Mächten meine freundschaftlichen Dienste anbot, war es mein angelegentliches Bemühen, der Ausbeutung des Kriegsunglücks vorzubeugen und den Grund zu einem dauerhaften und ehrenvollen Frieden zu legen. Sobald es die Staatsinteressen erlauben, werde ich Ihnen, die auf diese Unterhandlungen sich beziehenden Papiere vorlegen lassen. Von neuem empfehle ich Ihrer Aufmerksamkeit die dem Handel durch die Schifffahrtsgesetze auferlegten Beschränkungen. Wenn Sie finden, daß diese Gesetze im Ganzen oder theilweise, für die Erhaltung unserer Seemacht unnöthig sind, während sie Handel und Gewerbe fesseln, so werden Sie es ohne Zweifel für Recht erachten, ihre Bestimmungen abzuschaffen oder zu modifiziren. Ein Aufstand von furchtbarem Charakter ist im Pendschab ausgebrochen und der Generalgouverneur hat sich zur Erhaltung des Friedens im Lande genöthigt gesehen, eine beträchtliche Streitmacht zu sammeln, welche jetzt in ihren militärischen Operationen gegen die Insurgenten begriffen ist. Die Ruhe des brittischen Indiens ist jedoch durch diese unprovocirten Unruhen nicht gestört worden. Herren vom Hause der Gemeinen! Ich habe angeordnet, daß Ihnen die Voranschläge für den Dienst des Jahres vorgelegt werden. Sie werden mit der sorgfältigsten Rücksicht auf eine weise Sparsamkeit entworfen werden. Die gegenwärtigen Aussichten haben mich in den Stand gesetzt, bedeutende Reduktionen in den Anschlägen des vorigen Jahres eintreten zu lassen. Mylords und Gentlemen! Mit Befriedigung nehme ich wahr, daß unter den Stürmen, welche so viele Theile Europas betroffen haben, dieser Theil des vereinten Königreichs ruhig geblieben ist. Der Aufstand in Irland hat sich nicht erneuert, aber noch dauert der Geist der Unzufriedenheit fort, und zu meinem großen Bedauern sehe ich mich genöthigt, für eine begrenzte Zeit eine Verlängerung der Vollmachten, die Sie in der vorigen Session für die Erhaltung der öffentlichen Ruhe nöthig erachteten, zu verlangen. Es gereicht mir zur großen Freude, Ihnen anzuzeigen, daß der Handel von den Erschütterungen, die ich zu Anfang der vorigen Session beklagen mußte, sich wieder erholt. Mit gleicher Freude nehme ich wahr, daß der Zustand der Einnahmen fortschreitend sich bessert. Zu beklagen habe ich indeß, daß ein neuer Ausfall in der Kartoffelärnte in verschiedenen Bezirken Irlands großes Elend verursacht hat; die Wirkung der Gesetze zur Unterstützung der Armen in Irland wird ein Gegenstand Ihrer Untersuchungen seyn, und jede Maßregel, durch welche diese Gesetze wohlthätig abgeändert und die Lage des Volks verbessert wird, ist meiner herzlichen Zustimmung gewiß. Mit Stolz und Dankbarkeit blicke ich auf den loyalen Sinn meines Volks und seine Anhänglichkeit an unsere Institutionen, die es in einer Zeit der Handelsnoth, der mangelhaften Produktion der Lebensmittel und der politischen Revolution beseelt hat. Möge der Allmächtige gnädig unsere fernern Wege schützen. Von Ihnen hoffe ich, daß Sie mir beistehen werden in der Erhaltung des Verfassungsgebäudes, das auf Freiheit und Gerechtigkeit gegründet ist.

Italien.

(Turin.) Am 1 Februar erfolgte die Eröffnung der piemontesischen Kammern durch den König Carl Albert in Person; bei der Auffahrt wurde sowohl Se. Majestät als der Minister Gioberti mit dem lebhaftesten Volksjubel begrüßt. Das Aktenstück kommt uns zu spät zu, als daß wir es heute ganz geben könnten; folgendes aber sind die zwei prägnantesten Stellen: „Die Conföderation der italischen Fürsten und Völker ist einer der liebsten Wünsche unseres Herzens, und wir werden alle Kraft anstrengen, dieselbe rasch zur Ausführung zu bringen." Dann: „Alles läßt uns hoffen, daß die von zwei befreundeten und edelmüthigen Potentaten Uns angebotene Vermittelung schnell ihr Ziel erreichen werde (un per avere pronto fine.) Sollte Unser Vertrauen getäuscht werden, so würde dieß Uns nicht hindern, den Krieg mit fester Siegeshoffnung wieder aufzunehmen." Dem sardinischen Heer sind in der Rede die höchsten Lobsprüche gezollt.

A. Z.

Rußland.

Die Petersburger Handelszeitung enthält einen Ukas des dirigirenden Senats, wonach in Folge der stattgehabten großen Feuersbrünste, wodurch allein in den Städten über mehr als 12 Millionen Rubel Silber an Privateigenthum verzehrt wurden, und weil sich ergeben, daß jene Brände meistens durch Brandstiftungen entstanden, und die Brandstifter sehr häufig ihr Verbrechen mit Hülfe der Streichzündhölzchen verübt hätten, Folgendes verordnet wird: 1) Zündhölzchenfabriken sollen nur in der Residenz geduldet werden; 2) die zum Verkauf bestimmten Hölzchen zu 1000 Stück in Blechdosen mit Bandrollen abgegeben, diese Bandrollen von der Stadt geliefert, und für jede 1 Rubel Silber zum Besten der Stadteinkünfte gezahlt werden; 3) der Detailverkauf der Hölzchen ist ganz verboten; 4) die in den Gouvernements befindlichen Fabriken sollen binnen Monatsfrist geschlossen seyn. — Berücksichtigt man, wie häufig auch bei uns durch Unachtsamkeit und Kinder mittelst der Streichzündhölzchen Brände entstanden, und große Unglücksfälle herbeigeführt worden sind; so liegt der Wunsch, es möchte auch hier diesem Gegenstand einige Aufmerksamkeit geschenkt werden, gewiß sehr nahe.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Fr. Mayer.

Anzeigen.

Mit einer Beilage.

** Meine Ausweisung aus München.

Wenn ich bisher noch keine Veranlassung genommen habe, meine Ausweisung aus München im Dezember 1848 vor der Oeffentlichkeit zur Sprache zu bringen, so geschah dies, weil ich wußte, daß meine Beschwerden vor dem Zusammentritt der Kammern doch keinen Erfolg haben konnten. Denn die Polizei ist wieder unfehlbar, wie der Papst, allmächtig, und allwissend, wie Gott, nur nicht so gerecht und oft da nicht gegenwärtig, wo sie es seyn sollte. Jetzt aber, wo die Stände versammelt sind, halte ich es für Pflicht, öffentlich gegen solche unwürdige Behandlung Protest einzulegen und die hohen Kammern zu ersuchen, solcher Willkür dadurch Schranken zu setzen, daß die Grundrechte eingeführt werden, nach denen eine solche schmachvolle Verletzung der persönlichen Freiheit nicht mehr stattfinden kann. Ich theile das Nähere der Ausweisung mit, damit sich Jeder überzeuge, wie viel wir von den Märzerrungenschaften haben und daß die Grundrechte mit aller Kraft zu fordern seyen, damit der Deutsche nicht länger wie ein rechtloser Fremdling im eigenen Vaterlande behandelt oder besser mißhandelt wird. Gegen Mitte Novbr. v. J. kam ich von Graz aus nach München, nahm eine Aufenthaltskarte auf einen Monat und zwar vom 14. ab. Meine Berufsgeschäfte brachten es mit sich, daß ich meine Abreise zum 15. Dezbr. festsetzen mußte, also einen Tag später, wie meine Aufenthaltskarte lautete. Den 14. Dezbr. Mittags 12 Uhr erhielt ich von der Polizeidirektion ein Schreiben, worin mit dürren Worten gesagt war: meine Aufenthaltskarte könnte nicht verlängert werden (ich hatte eine Verlängerung nicht nachgesucht!), weil ich meine Thätigkeit nicht blos auf die Kräftigung der deutsch-katholischen Gemeinde beschränkt, sondern auch die Geistlichkeit angegriffen und dadurch den Frieden der Stadt gestört hätte. Mehrere Bürger hätten deshalb meine Ausweisung gefordert. Ich antwortete darauf, daß ich es auf Gewaltmaßregeln würde haben ankommen lassen, wenn ich meine Abreise nicht schon zum 15. festgesetzt hätte; daß die kathol. Geistlichkeit mich mehr, als ich sie angegriffen hätte.

Wenn das Ministerium jüngst geäußert, Bayern besitze bereits mehr als die Grundrechte brächten, so ist diese Thatsache ein schlagender Gegenbeweis, da nach den Grundrechten eine solche völlig unberechtigte und darum schmachvolle Verletzung der persönlichen Freiheit nicht gestattet ist. Ich meine, es wäre doch endlich ein Mal Zeit, daß der Deutsche in seinem eignen Lande nicht länger willkührlich aus den Städten seines Vaterlandes gejagt werden könnte! Soll denn diese Schmach ewig dauern und soll die römische Kurie mit ihren Jesuiten und mit ihrer unverschämten Frechheit in Deutschland den Deutschen mißhandeln dürfen! Ich meine, das Schaamroth müßte auf jede deutsche Wange treten, wenn wir Söhne des Vaterlandes von römischen Pfaffen und Jesuiten der heiligsten Rechte beraubt werden können. Die Polizeidirektion führt zwar als Grund an, ich hätte die Geistlichkeit angegriffen und den Frieden der Stadt gestört.

Warum hat denn die Polizeidirektion keine Augen gehabt für die ultramontanen Blätter? Darin würde sie sich überzeugt haben, daß nicht mein Aufsatz, der zur Abwehr gegen die Unverschämtheit eines katholischen Geistlichen geschrieben war, sondern das freche Lügenthum und die Schmähungen der ultramontanen Partei, den Frieden zu stören, geeignet war. Oder soll ich etwa schweigen auf jede Verletzung der römischen Hierarchie?

Die Polizeidirektion führt noch einen Beschönigungsgrund des Verfahrens an, indem sie sagt, eine Anzahl Bürger hatten die Ausweisung gefordert. Ich sage der Polizeidirektion, daß ich zehnmal mehr Bürger zusammenbringen könnte, welche gegen meine Ausweisung protestirt hätten. Das möchte mir eine saubere Anzahl Bürger seyn, die so kindisch sind, ihre eigenen Rechte mit Füßen zu treten, aus einfältigem Glaubenshaß! Wahrscheinlich waren es eine Anzahl jener deutschen Stoffel, die zur Görrischen Censurpartei gehören. Ich hoffe, daß die hohen Kammern von meiner Ausweisung Umgang nehmen und darin einen selbstredenden Grund mehr sehen werden, auf die Einführung der Grundrechte zu dringen. Ich, meinerseits, thue der Polizei zu wissen, daß ich vom 18. Januar ab die Grundrechte als eingeführt in ganz Deutschland betrachte und mich stets, wie das Reichsministerium ausgesprochen, darauf berufen, und deshalb eine zweite derartige Ausweisung nicht mehr dulden werde. Ja, selbst dann werde ich mich darauf berufen, wenn ein ganzer deutscher Stamm nicht Muth genug hätte, das geltend zu machen, was seine gesetzlich gewählten und theuer bezahlten Vertreter zu Frankfurt beschlossen haben, besonders deshalb, weil die Regierungen nicht genug eilen konnten, solchen Beschlüssen Geltung zu verschaffen, welche die Rechte des Volkes beschränkten und der Freiheit gefährlich waren. Ich will keinen Antheil haben an der Schande, daß in Deutschland die Volksvertreter zu Polizeibütteln erniedrigt werden. — Nürnberg, den 7. Februar 1849.

Johannes Ronge.

Deutschland.

Bayern. † (Nürnberg, den 7. Februar.) Zum Beweise, wie die Adressenangelegenheit auch unter auswärtigen Geistlichen Anerkennung findet, theilen wir folgendes Schreiben mit. Hochgeehrter Herr! Wenn schon meine amtlichen Verhältnisse es nicht gestatten, mich den Subscribenten Ihrer in Nro. 29 der Mittelfränkischen Zeitung veröffentlichten, mir erst gestern zugekommenen Eingabe an die Generalsynode anzuschließen, mein Name auch jedenfalls höchstens einiges Aufsehen veranlassen würde, ohne die Sache selbst wesentlich zu fördern, so kann ich mir doch das Vergnügen nicht versagen, Ihnen meine herzliche Freude über diese von Ihnen ausgehende Eingabe auszudrücken. Gewiß ist diese Eingabe für mich und viele meiner Herrn Amtsbrüder eine um so erfreulichere Erscheinung, als das seit ein paar Dezennien sogar von der theologischen Fakultät der Universität Erlangen vorzugsweise gepflegte altlutherische Muckerthum immer anmaßender in allen unsern kirchlichen Verhältnissen sich breit macht. Geschah es ja doch aus Anregen einer im Mai vorigen Jahres zu Erlangen abgehaltenen Theologen-Konferenz, daß nicht nur bey dem letzten Central-Missions- und Bibel-Vereins-Feste zu Nürnberg (mit Harleß Zeitschrift, Juli 1848, pg. 61) von vielen Anwesenden eine für den altorthodoxen Lehrbegriff der luther. Kirche eifernde Eingabe an das kgl. Oberkonsistorium unterzeichnet, sondern auch sämmtlichen Diözesansynoden zugemuthet wurde, diese Eingabe sich anzueignen und durch Namensunterschrift sämmtlicher Kapitularen zu beurkunden, wie sehr es ihnen allen darum zu thun sey, daß das volle und unverkümmerte Bekenntniß der evangelisch lutherischen Kirche, den seit 1580 abgeschlossenen symbol. Büchern gemäß, aufrecht erhalten werde. Wurde auch das Ansinnen, diesen Antrag in das Protokoll der letzten zu Nürnberg gehaltenen Diözesansynode mit aufzunehmen, mit Mißbilligung zurückgewiesen, so fand dasselbe leider desto willigere Aufnahme bei den Synodalverhandlungen vieler anderer Dekanatsbezirke und namentlich sind es in der Diözese nur drei Kapitularen, welche hinlänglichen Muth und Gewissenhaftigkeit bezeigten, diesem von Seiten des kgl. Dekanates gestellten Antrage ihre Mitunterschrift zu versagen. Findet dasselbe, oder wohl gar ein noch beklagenswertheres Verhältniß in den meisten Diözesen statt, so ist allerdings von der diesjährigen Generalsynode nicht viel Besseres zu erwarten, als daß auch bei derselben von der Parthei unserer ultra-orthodoxen Stocklutheraner alles werde aufgeboten werden, um wo möglich die Tage des berüchtigten Wöllner'schen Religions-Edicts wieder zurückzurufen.

Um so nothwendiger und erfreulicher ist es daher, daß auch Stimmen, wie Ihre Eingabe an die Generalsynode unsre allzu indifferente protestantische Laienwelt aus ihrem geistlichen Schlummer aufrütteln und unsere in theologischem Aristokratismus sich blähende ultralutheranische Zeloten-Partey zwingen, auch andre, minder hofgerechte Ansichten und deren Lautwerden mindestens doch zu dulden. Gewiß würden auch viele im Amte stehende Geistliche schon freier aufgetreten seyn, wenn sie nicht mehr noch als manche hohepriesterliche Ungnade gefürchtet hätten, durch geistliche Verunglimpfung und Verdächtigung benachbarter Zions-Zeloten auch der Liebe und des Vertrauens ihrer eigenen Pfarrgemeinden sich beraubt zu sehen. Nürnbergs Bürger sind es, welche in dieser Hinsicht vorangehend in weitem Umkreise Großes und Erfreuliches zu bewirken vermögen; und daß in dieser Hinsicht unter der Leitung der rechten Männer, und in rechter Weise geschehe, was durch Ihre Eingabe an die Generalsynode bereits so freimüthig und rühmlich begonnen ist, wünschet aus vollstem Herzen, und bittet vorliegendes Schreiben als den Ausdruck seiner ausgezeichneten Hochachtung nicht ungütig aufzunehmen ergebenst.

Frankreich.

† (Paris, den 3. Februar.) Großes Aufsehen in der offiziellen Welt erregt folgende heute erschienene „Deklaration der Montagne." „Die Repräsentanten der Montagne im Vertrauen auf das allgemeine Stimmrecht; fest entschlossen, in dem Kampfe, den sie gegen die Reaktion führen, auf dem Boden der Gesetzlichkeit zu bleiben; überzeugt, daß die Besprechung und öffentliche Belehrung über die hohen politischen und sozialen Fragen das sicherste Mittel zum Erfolge der Demokratie ist — hatten die Gründung eines Klubbs beschlossen, der am 22. Januar im Verbrüderungssaale der Rue Martel eröffnet werden sollte. Inzwischen wurden die Thüren jenes Saales versiegelt — eine Maßregel, von der uns gesagt wurde, daß sie bald gehoben werden sollte. In dieser Erwartung getäuscht, bestimmten wir die Eröffnung des Klubbs auf Sonnabend den 3. Februar im Saale der Assozirten Köche an der Barrière Du Maine. Gestern Abend haben wir aber auch diesen Termin verschoben, und wir legen hiermit öffentlich unsere Gründe für diese abermalige Verschiebung nieder: Für Alle, welche die Augen öffnen wollen, und welche nicht selbst in die royalistische Verschwörung verwickelt sind, ist es klar, daß das Ministerium schon so tief gesunken in der Achtung des Landes und der Nationalversammlung durch eine Reihe von Herausforderungen eine feindliche Demonstration hervorzulocken suchte, deren gewaltsame Unterdrückung ihm in den Augen der besorgten Bevölkerung zu neuer Befestigung verholfen haben würde. Seine Herausforderungen und Versuche zu einer solchen Tragi-Komödie fielen jedoch ungeachtet aller Sorten von Verleumdungen und Lügen der legitimistischen Journale so wie der Anwendung von Gewaltmaaßregeln fruchtlos aus. Dieses Ministerium, dessen Unfähigkeit und Böswilligkeit gegen die republikanische Regierungsform von Allen gekannt ist, muß binnen Kurzem unter der allgemeinen Verachtung und Lächerlichkeit stürzen. Den Gliedern, die dieses Ministerium bilden, entgeht übrigens die Unhaltbarkeit ihrer Lage selbst nicht, und darum greifen sie zu allen Mitteln, um sich am Regierungsruder zu erhalten. Ihr letzter Versuch wird der Welt zeigen, zu welchen verächtlichen, erbärmlichen und gehässigen Mitteln diese Männer zu greifen sich nicht scheuten, um ihre Eigenliebe zu befriedigen, und im Interesse der sie benützenden monarchischen Faktionen, denen sie obendrein Schutz gewähren, ihren Ehrgeiz zu stillen.

Um nun in dieser Lage den Agenten einer solchen Regierung durchaus keine Gelegenheit zu verschaffen, bei Eröffnung eines Klubbs einen Konflikt hervorzurufen, den sie bei der nächstens in der Nationalversammlung zu eröffnenden Debatte über Abschaffung des Vereins- und Assoziationsrechtes ausbeuten könnte, um diese Abschaffung zu rechtfertigen; damit ferner der Regierung dem Handelsstande gegenüber nicht länger die Möglichkeit bleibe, sich fortwährend mit der banalen Redensart zu entschuldigen, die Klubbs seyen an der Stockung des Geschäftsverkehrs schuld, eine Redensart, hinter der sie aber nur ihre eigne Schwäche und Machtlosigkeit verbirgt: haben die Repräsentanten der Montagne beschlossen, die volle Ausübung des durch die Verfassung garantirten Vereins- und Assoziationsrechtes vorläufig zu wahren und die Eröffnung des von ihnen gegründeten Volksklubbs auf eine nahe Epoche zu schieben, welche von ihnen angezeigt werden soll.

Thiers, eigentlicher Vater des Rateau-Antrages und wahrscheinlich glaubend, daß heute Sonnabend, Paris mit Feuer und Schwert vertilgt werden solle, hat sein Hotel am St. Georgenbrunnen verlassen, und sich mit seiner ganzen Familie nach Lille geflüchtet.

Bonaparte steht seit Montag ganz unter der Ruthe Changarnier's. Als Beide gestern die 2. Division auf dem Marsfelde besichtigten, riefen viele Soldaten: Vive la Republique democratique! Bonaparte griff dankend an den Hut, aber Changarnier schnitt ein essigsaures Gesicht und knirschte mit den Zähnen. Der Teufel soll Euch holen, hörte ihn der Generalstab später rufen.

Sprech-Saal.

Die bayerische Süd-Nord-Eisenbahn.

V In allen Ländern, wo bis jetzt Eisenbahnen gebaut wurden, wurde immer als Hauptsache die schnelle Beförderung der Personen, Gelder, Briefe, Güter u. s. w. betrachtet. Dieses scheint aber auf der bayr. Süd-Nord-Bahn nur eine Nebensache. Diese Bahn ist bekanntlich seit 1. November bis Hof und seit 15. Nov. von da bis Plauen eröffnet, so daß zwischen hier und Leipzig nur noch 4 Postmeilen per Chaussee mit Kurierfahrt zurückzulegen sind, und dennoch kommt man jetzt nicht eine Minute früher nach Leipzig als vor dem 1. Nov., wo noch 14 Meilen, nemlich von Kulmbach bis Reichenbach per Eilwagen zurückgelegt werden mußten. Jeder, der schon größere Reisen auf Eisenbahnen in anderen Staaten gemacht hat, wird natürlich behaupten, oben Gesagtes sey eine Unwahrheit, — selbst Einsender dieses würde dieser Ansicht seyn, wenn er nicht schon im November und Januar die Tour auf genannter Bahn gemacht hätte. Die Abfahrt von Nürnberg nach Hof ist früh 6¾ Uhr, Ankunft in Hof vor 2¾ Uhr, dort dauert der Aufenthalt ohne allen Grund bis 7 Uhr Abends. In Reichenbach kommt man gewöhnlich zwischen 1 und 2 Uhr an, weil bei Nacht das Umpacken und die Expedition viel langsamer als bei Tag geht. Der erste Zug nach Leipzig geht von Reichenbach früh 6 Uhr ab; also findet hier wieder ein Aufenthalt, und zwar um jetzige Zeit ein höchst unangenehmer, von circa 4½ Stunden statt. Wer von Sachsen aus in Hof ankömmt, muß von früh 8¾ Uhr bis Mittag 12½ Uhr warten, bis er weiter befördert wird, hat dann aber das Vergnügen, bei gegenwärtiger Jahreszeit von Lichtenfels bis Nürnberg bei Nacht zu fahren.

Wäre die Abfahrt von Nürnberg um 5 oder 5½ Uhr, so würde man ohne den zwecklosen Aufenthalt in Hof, denselben Tag bis 9 oder 9½ Uhr in Leipzig ankommen, und konnte noch mit dem Nachtzug um 10 Uhr nach Berlin oder Hamburg weiter reisen. Was die Wagen zweiter und dritter Klasse betrifft, so sind solche die schlechtesten in ganz Deutschland, und würde es ganz wenig mehr gekostet haben, wenn man die dritter Klasse statt mit Leinwand, mit Holz und Glas gemacht haben würde. Es wäre Dieß auch menschlicher, denn es ist in der Regel anzunehmen, daß, wer in Wagen dritter Klasse fährt, nicht die in solchen luftigen Behältern nöthige warme Bekleidung besitzt. Die Wagen zweiter Klasse sind so spärlich gepolstert, und mit so flachen Sitzen, daß, wenn man aus Norddeutschland kommt, wo diese Wagen ganz elegant und zweckmäßig eingerichtet sind, man sich darin ganz unbehaglich findet.

Auf allen nordischen Eisenbahnen hat jeder Reisende 50 Pfund an Gepäck frei, was in Bayern nicht der Fall ist, und was auf Fremde beim Eintritt in dieses Land keinen guten Eindruck macht. — Ferner sind unsere Taxen im Verhältniß zum Verdienste der arbeitenden Klassen zu hoch. Will z. B. ein Arbeiter von Erlangen nach Nürnberg und wieder zurück, so hat er ⅛ zu bezahlen, wodurch ihm der Verdienst von fast 1½ Tagen darauf geht; da er diesen nicht aufwenden kann, so muß er den Weg zu Fuß machen. Es würde höhern Orts eine nicht gar große Mühe machen, sich zu überzeugen, daß, als der Fahrpreis dritter Klasse nach Bamberg 42 kr. gewesen, die Einnahme viel bedeutender war, als jetzt, wo 1 fl. 3 kr. bezahlt werden muß. Daß nur solche Bahnen sich rentiren, bei denen niedrige Fahrpreise bestehen, davon haben die rheinischen Bahnen den Beweis geliefert, indem dort eine VI. Wagenklasse besteht, die im Verhältniß die bedeutendsten Einnahmen liefert. An Einsender dieses wurde schon von mehreren Reisenden des Auslandes die Anfrage gestellt, ob denn in dem großen prachtvollen Bahngebäude hier, ein Wartzimmer I. und II. Klasse nicht existire, oder etwa zu andern Zwecken verwendet werde? eine Aufklärung darüber wäre wünschenswerth, damit das Publikum erführe, warum man so menschenfreundlich für dessen Annehmlichkeiten besorgt ist. Auch mit dem Gütertransport besteht noch ein bedeutender Widerspruch, so z. B. kann man in Leipzig mit der Bahn Güter direkt nach Nürnberg verladen, während die Bahnverwaltung in Nürnberg solche nur bis Hof annimmt. Auch über diesen Gegenstand hat wohl das betheiligte Publikum bald Aufklärung zu erwarten? Alle verehrlichen Redaktionen werden höflichst ersucht, Vorstehendes in die Spalten Ihrer Zeitungen aufzunehmen, damit es zur baldigen Abhilfe der berührten Uebelstände an Ort und Stelle komme und damit Bayern fernerhin nicht mehr wie bisher das Stichblatt des übrigen Deutschlands sey!

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Fr. Mayer.

Anzeigen.

Dank.

Für die ebenso ehrenvolle, als zahlreiche Begleitung, welche trotz des ungünstigen Wetters, meinem geliebten Sohn zu seiner letzten Ruhestätte wurde, fühle ich mich gedrungen allen Verwandten und Bekannten des Verblichenen, als auch den beiden Herren Stabs-Ober- und Unter-Offizieren, so wie allen andern Waffengattungen, meinen innigen Dank auszusprechen.

Es liegt ein großer Trost in dieser warmen Theilnahme für das gebeugte Vaterherz, und aus gerührter Brust wünsche ich, daß Gott Sie vor solchen Schlägen recht lange bewahren und mir Gelegenheit geben möge, Ihnen bei freudigen Gelegenheiten meinen Dank zu bethätigen.

Nürnberg, 6. Februar 1849.

And. Tob. Bieling.

Einladung.

Die Mitglieder der diesseitigen Anstalt werden zur gesetzlich vorgeschriebenen Quartal-Versammlung auf

Freitag den 9. Februar curr. Abends 5 Uhr

in das Conferenz-Lokale, im Gasthause zum silbernen Löwen in der innern Laufergasse hiemit eingeladen, und wird dabei bemerkt, daß in derselben sowohl die inzwischen eingelangten Bewerbungen um die Aufnahme in die Anstalt, als überhaupt die sie betreffenden Angelegenheiten werden berathen werden.

Nürnberg, den 28. Januar 1849.

Die
Administration der allgemeinen Pensions-Anstalt für Wittwen und Waisen aus allen Civilständen.

Huber, v. Königsthal, Dr. Schwarzenbach. Wagler.

Freie christliche Gemeinde.

Da die gesellschaftliche Versammlung der freien christlichen Gemeinde im Saale des Reichsadlers nicht abgehalten werden kann, so findet dieselbe

Freitag den 9. Februar

Abends ½ 8 Uhr im Saale des Herrn Weinwirth Wolf zum weißen Schwan statt.

Der Vorstand.

Vorschlag der Güte.

Um Herrn Pfarrer Kindler für die Folge einen bessern Platz, als den am Sylvesterabend auf einer Leiter eingenommenen, von wo er erbärmlich frierend und in ungewohnt unbequemer Stellung dem im Katharinensaale gehaltenen Vortrag des J. Ronge mit anhörte zu verschaffen, schlägt man demselben vor, künftig die Büchse der freien christlichen Gemeinde, innerhalb der Saalthüre zu halten, wo er dann sein am letzten Sonntag begonnenes Bekehrungswerk fortsetzen kann, ohne daß sein unberufenes Stehen ausserhalb der Kirche den bösen Leuten so sehr in die Augen fällt.

Mehrere Augenzeugen.
Mitglieder der Gemeinde.

(Pacht-Gesuch.) Ein Wasserrecht in der Stadt, oder so nahe als möglich an derselben wird zu pachten gesucht.

Anzeige.

In Bezug auf meine frühere vorläufige Anzeige vom 20ten Januar d. J. erlaube ich mir nun zur Kenntniß zu bringen, daß der von mir gefertigte Stahlstich, vorstellend

„Das sogenannte Käsershaus am Einflusse der Pegnitz in Nürnberg, nach den Verheerungen des Hochwassers am 14. Januar 1849"

bereits erschienen ist, und hoffe ich um so eher eines zahlreichen Absatzes mich erfreuen zu dürfen, als ich den 3ten Theil des Ertrages zum Besten, der bei dem Hochwasser Verunglückten, bestimmt habe.

Die Ansicht, in gr. Folio und in eleganter Manier gestochen, ist innerhalb des Einflusses der Pegnitz vom Thurme aus aufgenommen, und zeigt das sehr stark beschädigte Käsershaus im Mittelgrunde; rechts die Schleif- und Sandmühle nebst der demolirten Maxbrücke links die Aussicht gegen die Heubrücke zu, und wird das Blatt gewiß Jedermann eine bleibende Erinnerung an die größte Ueberschwemmung in Nürnberg, bis in die spätesten Zeiten, sein.

Der Preis des Abdruckes auf dem Subskriptionsweg, ist 30 kr., und sind die Subskriptionslisten bereits in Umlauf gesetzt. Abdrücke sind noch überdies zu haben, in der Stein'schen Buchhandlung, so wie im Laden der Herren Portefeuilleurs Dummerlang am Obstmarkt und Portefeuilleur Marr am Ecke der Weintraubengasse.

Hochachtungsvoll empfiehlt sich

Alexander Marx,
Kupferstecher.
Garten Nro 101 zu St. Johannis.

Entgegnung.

Das hier verbreitete Gerücht, als bestünde mein Waarenlager in Commissionsartikeln, erkläre ich für unwahr, und können sich Interessenten durch meine Handlungsbücher von der Wahrheit dieser Entgegnung überzeugen.

Nürnberg, den 5. Februar.

A. Ott,
Schnittwaarenhändler.

Geschäfts-Verkauf.

In Nürnberg wird Familienverhältnissen wegen, ein im besten Betriebe und Renommé stehendes Spezerey-, Material- und Farbwaarengeschäft en detail sammt schönem Haus, in der schönsten und frequentesten Lage, aus freier Hand abgegeben. Reflektirende wollen sich gefälligst wenden in freien Briefen
an das öffentliche Kommissions-Bureau von
P. Fr. X. Sichart in Nürnberg.

(Zu verleihen.) Ganz schön und neu verfertigte Anzüge sind billig zu verleihen in dem neu eingerichteten Maskenkabinet von Lisette Dewald in der vordern Ledergasse Nro. 260.

Empfehlung.

Ich erlaube mir hiemit die ergebene Anzeige zu machen, daß ich die Mandel-Kaffee-Fabrik des Herrn Georg Sauerbier jun. käuflich an mich gebracht habe und vom heutigen Tage für meine eigene Rechnung fortführe. Bei Bedarf von Mandel-, Eichel- und Gelbenruben-Kaffee, sowohl offen als in jeder beliebigen Verpackung, bitte ich hiemit einen geehrten Handelsstand als auch ein werthes Gesammt-Publikum, mich mit gütigen Aufträgen zu erfreuen und schmeichle mir, bei ausgezeichneter Waare und billiger Bedienung jeder billigen Anforderung Genüge leisten zu können.

Hochachtungsvoll

Joh. Leonhard Hofmann, vormals Lohnkutschereibesitzer. S. No. 499.

Samen-Lager-Verkauf.

Das bedeutende Samenlager der so lange bestandenen Handlung (Firma H. D. Schiller in Nürnberg) wird von den Erben dem öffentlichen Verkaufe an den Meistbietenden ausgestellt wozu

Donnerstag den 22. Februar
Vormittags 9 Uhr

Termin anberaumt ist, und die Versteigerung im Hause S. Nro. 983 am Obstmarkt stattfinden wird.

Die verschiedenen Samen werden in verschiedenen Parthien gegen baare Zahlung nach erfolgtem Zuschlage sogleich abgegeben.

(Anzeige.) In der Wiß'schen Kunstmühle wird, wegen Mangel an Platz, schöne Weizenkleye sehr billig abgegeben.

(Verkauf.) Ein eingelegter doppelter Behälter und zwei kirschbaumene Bettstellen sind zu verkaufen.

(Zu vermiethen.) Eine Wohnung am Eingange der Radlersgasse nächst dem weißen Thurm Nr. 420, bestehend in Parterre-Räumlichkeiten, 3 kleinen Zimmern und Laden ist auf die Dauer vom Ziel Walburgi bis Ziel Lichtmeß 1850 billig zu vermiethen. Näheres im Hause bei F. Thomae, Metallwaarenfabrikant.

(Zu verkaufen.) In L. Nr 313 b. nächst der Karolinenstraße ist ein ganz neues und ein noch guterhaltenes, gebrauchtes Pianoforte, beide von Nußbaumholz und 6 Okt. billig zu verkaufen.

(Verlaufen.) Den 3. d. Mts hat sich ein großes weiß und graues Windspiel verlaufen, um dessen Zurückbringung man gegen eine Erkenntlichkeit bittet in L. Nr. 1385 in Nürnberg.

(Gesuch.) Eine Kellnerin von solidem Charakter, die sich hauptsächlich über Treue auszuweisen vermag, wird 14 Tage nach dem Ziel in Dienst zu nehmen gesucht.

Stadttheater in Nürnberg.

Freitag den 9. Februar 1849. Gastspiel der Fräulein Caroline Achilles. „Die Puritaner." Große Oper in 3 Akten von Bellini.

Wegen Vorbereitung der Oper bleibt Donnerstag die Bühne geschlossen.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 9. Februar 1849. № 40. Freitag: Apollonia.

Deutschland.

Bayern. †* (München, 6. Febr., Abends.) Indem ich Ihnen hier den Schluß der heutigen Sitzung nachtrage, da dieselbe Nachmittag bei Postabgang nicht zu Ende war, ergreife ich die Gelegenheit, für Ihre Leser einen kurzen Ueberblick und eine kurze Auseinandersetzung der Hauptfrage zu geben, da es unmöglich ist, dieselbe aus den flüchtigen Umrissen zu entnehmen, welche die Eile der Aufzeichnung in der Kammer selbst erlaubt. Die Redner lassen sich in Parteifragen oft zu einer solchen Schnelligkeit in Wort und Rede hinreißen, der Gegenstand der Debatte (die Adresse) führt — besonders bei einer so unzureichenden Thronrede wie die letzte — auf so viele weitliegende Fragen, daß es unmöglich ist, aus den Sitzungsberichten eine ganz klare Uebersicht zu gewinnen. Diese Ihnen zu geben, will ich, mich von Haupt-Raisonnements fern haltend, hier versuchen. Der weniger Prüfende wird erstaunt seyn, wie 5 Absätze der Adresse (denn nur 5 sind jetzt zur noch nicht beendeten Diskussion gekommen) die Grundlage zu so lebhaften Debatten geben konnten; allein dem tiefer Eingehenden wird ein Vergleich zwischen den beiden Adressen gar bald die Ueberzeugung geben, daß gerade in diesen Absätzen die Feststellung, die Lösung der hochwichtigen Frage beruhe: ob das deutsche Prinzip oder das Partikular-Prinzip die Oberhand gewinnen solle. Die Majoritäts-Adresse (von Stockinger und Willich redigirt) will ein aufrichtiges, rücksichtsloses Eingehen auf den Zeitgeist, bereitwillige Unterordnung unter die Beschlüsse der konstituirenden Nat.-Vers., sie erkennt die Gesetzeskraft der deutschen Grundrechte und Reichsgesetze und fordert die örtliche Verkündigung derselben durch die gesetzlichen Organe. Nicht so die Minorität. Schon in dem zweiten Absatze ihres Entwurfes spricht sie neben der „heißersehnten" Einigung Deutschlands von einem „Eintreten Bayerns in diesen neuen Staatskörper als eines der kräftigsten und gewichtigsten Glieder," von einer würdevollen Stellung in demselben, ohne auf die Selbstständigkeit zu verzichten. Im 3. Absatz begrüßt sie (während doch die ganze Welt das Gegentheil weiß!) mit hoher Freudigkeit das schöne Beispiel des festen patriotischen Anschlusses an die provisorische Centralgewalt von Seiten der Krone Bayern. (!!!) Sie sagt ferner: Die von der letzteren (nämlich von der Centralgewalt) jetzt schon als Reichsgesetze verkündigten Beschlüsse der deutschen Nat.-Vers., an welche wir uns auf das Entschiedenste anzuschließen für Pflicht halten, erkennen wir als ihrem Inhalte nach bindend für alle deutschen Einzelnstaaten an. — Wir hoffen zuversichtlich, daß, um sie auch mit äußerer Gesetzeskraft für Bayern zu bekleiden, Ew. kgl. Maj. alsbald den nöthigen Anlaß zur Erfüllung der verfassungsmäßigen Formen geben, und ebenso die rasche Vollendung der deutschen Gesammt-Verfassung auf dem von der Nat.-Vers. selbst angebahnten Weg der Verständigung offen und kräftig unterstützen werden.

Die Minoritäts-Adresse, scheint es uns, treibt hier mit Sylbenstechen ein jesuitisches Spiel. Sie erkennt die Reichsgesetze als bindend für alle Einzelstaaten (was ist das anders, als ein kategorischer Imperativ ihrer Vollzugsetzung), gleich darauf aber verlangt sie eine „Verständigung," nachdem sie durch diesen Imperativ schon eine völlige Unterwerfung ausgesprochen. Nun geht aber die äußerste Rechte in ihren Debatten noch weiter. Einzelne Mitglieder sprechen der deutschen Nationalversammlung alle konstituirende (verfassunggebende) und legislative Eigenschaft ab. Was heißt das anders, als die ganze Revolution leugnen, was heißt das anders, als das Prinzip der Volks-Souveränetät in ihren Frankfurter Vertretern in Abrede stellen? Stand Anfangs die Frage einfach so: Bedürfen Reichsgesetze noch der Veröffentlichung durch die Einzelstaaten und kann diese Veröffentlichung ohne Sanktion der Kammer geschehen, so ist durch die Rechte nun die Frage auf einen ganz andern Standpunkt gestellt: Sind die Beschlüsse der Nationalversammlung überhaupt Gesetze und haben sie Gesetzeskraft? Dadurch aber wird diese Frage erst recht zur Parteifrage; denn es handelt sich nun darum: Wer ist die höchste Autorität? Das deutsche Volk, das durch seine Frankfurter Vertreter Gesetze gibt, oder die Einzelstaaten, die nach Lust und Laune diese Gesetze vollziehen oder verwerfen? Dadurch aber wird die ungeheure Weitläufigkeit der Debatten mehr als erklärlich. Rechnen Sie dazu noch, daß Leute, wie ein Abel und einige Pfaffen recht listig und diplomatisch die Gewerbefreiheit und die Freizügigkeit als den Ruin des Gewerbestandes hinzustellen wissen, während doch in den Grundrechten ausdrücklich auf eine kommende Gewerbeordnung und ein Heimathsgesetz hingewiesen ist, so begreifen Sie leicht, daß durch diese niederträchtige Taktik ängstliche Gemüther geschreckt werden, die sich nun der Promulgirung der Grundrechte widersetzen, und daß dadurch in der Kammer ein Kampf entsteht, der sich vielleicht noch lange fortspinnt, da die Linke, die es mit dem Volke ehrlich meint, mit Recht darauf besteht, die Grundrechte, als die Grundlagen für das wahre Wohl des Volkes in Bayern promulgirt zu fordern und da sie, nachdem die Frage einmal in dieses Stadium getreten, um jeden Preis das Prinzip der Volkssouveränetät in der gesetzgebenden Eigenschaft der Frankfurter Vertreter gewahrt wissen will. Dabei besitzen manche Kammermitglieder eine Elastizität, die, um volksthümlich zu reden, — ins Aschgraue geht. Können Sie es für möglich halten, daß ein Abel, der so lange jede freie Regung mit Füßen getreten, der unser Vaterland an den Abgrund der Geisterfinsterniß und der Knechtschaft gebracht, es noch wagt, der „Willkürherrschaft" und „Bevormundung" den Stab zu brechen? Und das that er heute, wofür ihn das Publikum mit Recht weidlich verhöhnte. Wie aber kann ein Herr von Scheurl auf eine Weise stimmen, die mit dem von ihm anerkannten Nürnberger Programme so gerade im Widerspruch steht? Allein er ist nicht bloß inkonsequent, er macht sich auch lächerlich, und dies ist ein bitteres Gefühl für Ihren Landsmann, wenn er sieht, wie die Kammern den Vertreter des freien, freigesinnten Nürnbergs verlachen und verhöhnen. Scheurl's Name wird sogar in den abscheulichsten Blättern der entschiedenen Rechten (z. B. ein Volksbote, furchtbar verhöhnt und das begreifen wir: er gehört der „Wackel-Partei" an, die wie die Balancierstange eines Seiltänzers bald nach rechts, bald nach links fallen will.

Wir haben bei Hrn. v. Abel's Vortrag abgebrochen und fahren fort: Er macht den Regierungen den Vorwurf, daß sie durch ihre Unthätigkeit die Nat.-Vers. zu dem „kühnen Griffe" verleitet haben, sich als konstituirend zu betrachten. „Ein kühner Griff ersetze aber nicht das Gesetz. Aus einer konstituirenden Versammlung gehe die Herrschaft der Willkür hervor, „aber", fügt er hinzu, „wir verwerfen die Herrschaft der Willkür!" (Hier brach der schon erwähnte Unwille der Gallerieen los. Aus dem Munde eines Schüler oder Stockinger, Willich rc. würde dieses Wort einen Beifallssturm hervorgerufen haben; aus dem Munde eines Abel konnte es nur Abscheu und Eckel über solchen Jesuitismus erregen.) Er erkennt selbst einige Vorzüge der republikanischen Verfassung an, in ihr sey eine Verständigung und Vereinbarung leichter möglich, (mit Bezug auf die amerikanischen Freistaaten) anders wäre dies in Staaten mit monarchischer Verfassung. Hier müsse ein Oberhaupt seyn, und es wären Volk und Fürst und Fürsten mit Fürsten zu vereinigen. Er ist gegen das Prinzip der Bevormundung (Neue Verhöhnung, neues Rufgebieten von Seite des I. Präsid.). Nun kommt er auf §. 25 des Reichsgesetzes über Schiffahrt und behauptete (Hört! Hört! Welche Perfidie): Bayern wäre auf diese Weise nicht mehr Herr seiner Donau, des Rheins, Mains, des Lech rc. ebenso, wie nach § 30, wonach die Eisenbahnen nicht mehr Sache der Einzelstaaten, sondern des Reiches wären. Welche Verluste! Durch allerlei Perfidien will er beweisen, daß selbst das Schicksal des bayer. Handels in Frage gestellt, der Süden preisgegeben sey; der Ertrag der Zölle werde in die Reichskasse fließen. Und diese hätten Bayern bisher 5 Millionen getragen. Wenn auch in Bayern die Steuern vermindert würden, werde das Reichsbudget doch so viel neue Steuern in Anspruch nehmen, daß nichts damit gewonnen. Er liest eine Stelle aus einer Schrift, wonach das Reichsbudget 70 Millionen beträgt und davon 10 Mill. auf Bayern kommen. Und das Alles, behauptet der diplomatische Abel, sage er nicht, um vor den Grundrechten abzuschrecken, aber man müsse auch das Wohl des Einzelstaates im Auge behalten. Am Schlusse sagt er: Was bliebe den bayer. Ständen noch zu ordnen bei so maßloser Ermächtigung der Reichsgewalt? Er glaube nicht, daß die Grundrechte die deutsche Einigkeit sichern und von Bestand seyn lassen würden. Die Beschlüsse der Nat.-Vers. hätten das konstitutionell-monarchische Prinzip geschwächt. Auch materielle Gründe ließen gegen die unbedingte Annahme der Grundrechte. Die Gewerbefreiheit habe alles Vertrauen bei den Gewerbetreibenden erschüttert, die Freizügigkeit hebe das Veto der Gemeinden bei Ansässigmachungen auf rc. Auch er wolle und liebe die Freiheit (Welch' frecher Hohn!!), aber die Freiheit dürfe einem Volke nicht aufgezwungen werden. (Diese Absicht konnten wir Hrn v. Abel nie vorwerfen. Wie Hr. v. Abel die Freiheit versteht, ist aus dem Programme der Rechten zu ersehen. Mit den Rechten des Einzelnen, welche man dort schützen zu wollen vorgibt, sind wohl die Vorrechte der privilegirten Stände gemeint.) Er schließt mit den Worten: „Wenn Sie die Grundrechte unbedingt annehmen, beschwören Sie den Bürgerkrieg, die Revolution herauf, (was Hr. v. Abel schon einmal zu thun sich nicht scheute) und deshalb will ich keine unbedingte Annahme der Grundrechte.

Kolb widerlegt den Vorredner mit triftigen Gründen. Ihm grause vor der Interpellation der Gesetze aus dem Munde eines Abel, aus demselben Munde, der 10 Jahre lang die Gesetze auf eine solche Weise interpretirt habe, dann erwähnt er die Unrichtigkeit der Angabe, die Abel gemacht, daß vom volkswirthschaftlichen Ausschusse kein Entwurf über Gewerbeordnung ausgegeben worden sey, und liest zum Beweise dieser Behauptung 2 Briefe von Abgeordneten zur Frankfurter Nationalversammlung vor, worin nachgewiesen ist, daß eine niederträchtige Intrigue gespielt werde, um die Grundrechte zu hintertreiben. Es seyen zwar mehr als 10 Entwürfe von den Sub Comissären des volkswirthschaftlichen Ausschusses und anderen Unberufenen ausgearbeitet, aber keiner habe bis jetzt die Genehmigung des Ausschusses erhalten. Er glaube auch nicht, fügte er hinzu, daß die gegenwärtige Frankfurter Versammlung eine solche Gewerbeordnung nur berathen werde, sie werde es dem Staaten- und Volkshaus überlassen. Uebrigens seyen $^{11}/_{12}$ der Mitglieder der Nationalversammlung gegen die unbedingte Gewerbefreiheit, und sollte hierüber gegen Erwarten ein Beschluß gefaßt werden, so würde man sich mit einer noch nie da gewesenen Majorität dagegen entscheiden. Sie sehen also, welchen perfiden Gebrauch man von diesen Entwürfen macht! Was übrigens die Bemerkungen des Hrn. von Abel über Flüsse, Zölle und dergl. betreffe, so wäre das eher als Glück zu betrachten, wenn nicht jeder Einzelstaat künftig solche Zölle erheben könne. Man würde eben durch solche Neuerungen reichen Lohn für diesen Verzicht finden. Er hätte in Frankfurt einer Partei angehört, die gegen alle großen Reichsausgaben gestimmt, aber dessen ohngeachtet könne er versichern, daß man nicht so blindlings verfährt, wie Abel sagt. „Wollen Sie die Einheit, die Freiheit Deutschlands, müssen Sie auch Opfer bringen!" Wolle man die Reichsgesetze nur bedingt annehmen, so habe man am Ende durch Kammern und Einzeln Vetos nicht bloß 38 Staaten und Stäätchen, sondern 3 mal 38 zu fragen. Die Einheit Deutschlands thue noth. Von Westen ziehe ein schweres Wetter auf und Rußland sey längst begierig, seine Krallen in die Seiten Deutschlands zu schlagen. Die

Kammer solle ein großes Beispiel geben und die unbedingte Verkündigung der Grundrechte aussprechen.

Wiedemann, der nach ihm das Wort hat, verwahrt sich gegen einen Angriff des Vorredners, als verbreite er in böser Absicht eine „entstellte" Ausgabe einer Gewerbeordnung, nur um gegen die Grundrechte zu intriguiren. Er verwahrt seine persönliche Ehrenhaftigkeit gegen einen solchen Vorwurf und liest einen Brief vom Abg. Mai in Frankfurt vor, der ihm, resp. den Gewerbeverein den von Kolb berührten Entwurf einer Gewerbeordnung, als den besten unter 6 vorliegenden gesandt, um ihn im Gewerbeverein zirkuliren zu lassen. Der (alberne) Redner spricht sehr viel, wiederholt vielmehr mehr, als zehnmal, daß er gegen die Grundrechts-Annahme sey. Die Gewerbe seyen ohnedem schon dem Bettelstab nahe und würden durch dieselbe ganz in die Grube kommen. Man mache den Arbeitern viel weiß, daß sie sich nun seßhaft machen könnten, wo sie wollten und dergleichen, er aber sage, die Einführung der Grundrechte (die er mit unbedingter Gewerbefreiheit absichtlich zu verwechseln scheint) sey ein Unglück nicht blos für die Meister, sondern auch für die Arbeiter und für das consumirende Publikum.

Kolb nimmt den Vorwurf, als habe er den Vorredner persönlich angreifen wollen, nicht an.

Dr. Müller: Er sey selbst Mitglied des volkswirthschaftlichen Ausschusses in Frankfurt gewesen und er theile Kolbs Ansicht, daß eine Gewerbeordnung von der gegenwärtigen Versammlung nicht berathen werde. Um übrigens ängstliche Gemüther zu beruhigen, glaube er, sagen zu müssen, daß man auch in Frankfurt von der Herrschaft der Idee, die kurz, während jene der Interessen lang sey, zurückgekommen wäre. Ein Heimathsgesetz liege zwar zur Berathung vor, würde aber schwerlich zur Entscheidung kommen. Von einer Gewerbeordnung aber dürften die Gewerbetreibenden erwarten, daß sie alle ihre Befürchtungen unnütz machen werde. Die Kammer ruft nach Schluß. — Es wird abgestimmt, ob über die beregten Absätze des Adressentwurfs Schluß gefaßt oder Vertagung eintreten solle. Die Majorität entscheidet für das letztere. Die Sitzung wird daher auf morgen früh 9 Uhr vertagt.

†* (München, den 7. Februar.) [6te öffentliche Sitzung der 2. Kammer.] — Den Präsidentenstuhl hat Hegnenberg-Dux. Am Ministertische: v. Beisler, Heinz, Weigand, Lesuire, Bray. Tagesordnung: Verlesung des Protokolls der 5. öffentlichen Sitzung. — Bekanntgabe des Einlaufs — Fortsetzung der Berathung und Schlußfassung über die Adresse an Se. Maj. den König. — Unter den Einläufen wieder mehrere, die Grundrechte betreffend, (unter diesen eine des patriotischen Vereines zu Fürth und des Zweigvereines zu Großgründlach, angeeignet von Dr. Morgenstern). — Antrag des Abgeordneten Zellhuber „freundlichere Behandlung des Volkes von Seite der Beamten betreffend.« — (Vor der Sitzung wird der Abgeordnete Schüler von Zweibrücken bei seinem Eintritt von den Gallerieen mit lauten Bravos und Händeklatschen empfangen, eine Huldigung, die der treffliche Redner, der treue Kämpfer für des Volkes Wohl und Freiheit vollkommen verdient.) Scheurl hat eine neue Submodifikation gestellt. (Gleich vornherein wieder Gelächter und Verhöhnung.) Er schlägt vor, ein Verfassungsgesetz vorzulegen, durch welches bestimmt wird, die im Reichsgesetzblatt verkündeten Gesetze hätten auch in Bayern Geltung und Gesetzeskraft, ohne daß eine besondere Verkündigung in Bayern nöthig sey. Die Kammer gestattet, die neue Submodifikation Scheurls statt seiner gestrigen einzubringen. Minister Heinz: Seine Erörterung werde Schülers Votrag besonders im Auge haben, den er als den geeignetsten anerkennt. Schüler habe anerkannt, daß das Ministerium sich stets möglichst eng an die Centralgewalt angeschlossen habe. Die Minister seyen in der That immer die Ersten, die Deutschlands Einheit gewollt, gewesen. Die Zahlung zur deutschen Flotte hätte Bayern allerdings nicht geleistet, wohl aber die Verbindlichkeit dazu anerkannt. Bayern habe nie ein Sonderbündniß geschlossen. Es müsse ganz Deutschland geeinigt werden, nicht bloß Theile. Das bayerische Ministerium wäre sogar Wünschen von Frankfurt aus entgegengekommen, ehe sie zur Diskussion gekommen. Der zweite Punkt von Schülers Rede freut den Minister, weil Schüler auf den gesetzmäßigen Boden geblieben. Die wahre Freiheit sey nichts anderes als die Herrschaft des Gesetzes. Wer auf gesetzlichen Boden stehe, habe Kraft, wer nicht, verliere diese Kraft. Die Folgen des Abweichens vom Gesetzboden hätten schlimme Folgen. Die Kraft eines Parlaments, einer Kammer bestehe darin, auf dem Boden des Gesetzes zu bleiben. Die Bundesbeschlüsse, von denen Schüler gesprochen, seyen in Bayern nie maßgebend gewesen, wären niemals geltend gewesen, so wäre es der vom 30. März v. J. gewesen, durch welchen die neuen Gesetze in Bayern veranlaßt worden seyen. Ueber die Verhältnisse zu Frankfurt habe man 2 Gesetze. Schüler habe sich auf den Ausdruck im Wahlgesetze bezogen, wonach die nach Frankfurt gesendeten Abgeordneten »zur allgemeinen deutschen Volksvertretung" gesandt seyen. (Ueber diesen Ausdruck gibt er nun einen langen Vortrag aus den gedruckten Berichten des vorigen Landtags. Besonders den Bericht des dermaligen Abgeordneten Edel hebt er hervor, worin allerdings der damals zusammentretenden Nat.-Vers. die legislative Eigenschaft nicht eingeräumt wird, sondern nur von einer Vereinbarung die Rede ist, Staatsminister v. Beisler habe damals schon großen Werth auf die Worte gelegt, die man gebrauchen solle, und besonders schon damals das Wort: constituirend für die Nationalversammlung, das schwere Folgen haben könne, vermieden wissen wollen. Stockinger als I. Sekretär habe damals schon von einer Einigung zwischen Nat.-Vers. und den damaligen Bundesgliedern gesprochen in Betreff des zu bildenden Verfassungswerkes.

In Bayern sey damals das Wort: konstituirende Versammlung nicht ins Gesetz aufgenommen worden. Wäre dies aber auch der Fall, so sey dies noch kein Beweis. Eine constituirende Versammlung sey noch keine souveräne und sey nicht von der Sanktion des Staatsoberhauptes dispensirt. Erwähnt hier die französische Nationalversammlung (assemblée constituante) während der ersten franz. Revolution Aus dem Vorgelesenen erfuhr man klar, daß Stockinger sich damals für eine Vereinbarung zwischen Regierung und der Frankfurter Versammlung in Bezug auf das Verfassungs-Werk ausgesprochen. Das 2. Gesetz, auf das der Minister seinen Beweis gründet, ist das über die Diäten; er erwähnt es, weil dort der Ausdruck „für die Abgeordneten zur Volksvertretung beim deutschen Bunde" gebraucht ist. Der kühne Griff von dem gestern die Rede gewesen, sey Bayern gegenüber nicht nöthig gewesen; es habe stets Deutschlands Einheit gewollt. Die Politik Bayerns sey stets gewesen, sich an Deutschland so innig als möglich anzuschliessen. Deshalb habe man auch die Reichsgesetze im Regierungs-Blatte verkündet, nicht aber im Gesetzblatt, weil dies nicht habe geschehen dürfen ohne Sanktion der Kammer. Man habe die Publikation der Reichsgesetze mit Lerchenfelds Austritt aus dem Ministerium in Zusammenhang gebracht; dies sey irrig, er sey damals schon ausgetreten gewesen. Es sey sogar im Interesse dieser Gesetze, den Kammern vorgelegt zu werden; nur dadurch erhielten sie gezwungenen Vollzug. Er halte das bisherige Princip der Vereinbarung auch für ein Glück; denn darauf allein beruhe die Hoffnung eines einigen Deutschlands. Scheide Oesterreich aus Deutschland, so frage es sich sehr, ob in Oesterreich das deutsche Element das Uebergewicht behalte. Werde aber das slavische Element siegen, hätten wir einen neuen Feind.

Ueber die jetzigen Gesetze sey ja gar kein Anstand. Was den nöthigen Anschluß der Reichsraths-Kammer betrifft, glaube er versichern zu dürfen, daß auch diese den Geist der Zeit begriffen. Was die einigen Schwierigkeiten betrifft in Bezug auf Privatinteressen, die verletzt werden, den Grundrechten im Wege stehen, so bedaure er, daß man in Frankfurt zu weit gegangen. In München allein gingen 4000000 fl. an Realrechten verloren; solche Verluste könne die Regierung nicht herbeiführen. Noch einen Punkt erwähne er: Man sey so sehr gegen das preuß. Kaiserthum. Wo bleibe denn das so sehr verlangte Unterwerfungs-Prinzip, wenn man hier eine Ausnahme mache? Er glaube also, wenn man diese Frage überlege, so könnten keine Zweifel mehr herrschen. Dr. Schüler hat das Wort zu faktischer Berichtigung. Er hebt hervor, daß, als Beißler sich in der Nat.-Vers. zu Frankfurt ausgesprochen hatte, er sey nur ermächtigt, für ein zu vereinbarendes Verfassungswerk zu stimmen, sämmtl. bayr. Abgeordnete, die jetzt noch im Parl. säßen, dagegen remonstrirt hätten, unter diesen auch Edel. Es käme nicht darauf an, was die bayr. Reg. vor Einberufung der deutschen Nat.-Vers. ihr für eine Kompetenz zugestanden, sondern wie sie sich dann selbst erklärt habe. Und sie habe ausgesprochen, daß sie einzig und allein mit voller Gewalt das Verfass.-Werk gründe. Die bayr. Reg. aber habe durch Vollziehung vieler Verfügungen ꝛc. sie in dieser Eigenschaft vollständig anerkannt. Er widerlegt gründlich die Behauptung, daß die assemblée constituante in Frankreich nicht gesetzgebend gewesen. Der angeführte Punkt, daß man die Gesetze nicht im Gesetzblatt, sondern nur im Reg.-Blatt verkündet habe, begreife er nicht. Uebrigens würden durch das Gesetzblatt nur bayr. Gesetze verkündet, die Staatsgesetze gehörten auch nicht dahin, er glaube, sie werden dadurch so verkürzt. Weit entfernt dadurch, daß dies den Reichsgesetzen in Bayern die Gesetzkraft entziehe, gebe es ihnen dieselbe vielmehr. Gegen diese Aeußerung des Hrn. Ministers, daß es gut gewesen sey, die Regierung habe ihr Prinzip festgehalten, sonst müßte man sich dem preuß. Kaiserthum auch unterwerfen, aber ein preuß. Kaiserthum werde auch von der deutschen Nat.-Vers. verworfen. Die bayr. Regierung habe sich diesen guten Erfolg nicht zuzuschreiben.

Minister Heinz will nicht in nähere Details des Vorredners eingehen; er berichtigt nur im Allgemeinen einzelne Punkte des Vorredners. Dr. Müller, als 2. Präsident der letzten bayer. Ständeversammlung sagt, man habe bei dem damaligen Wahlgesetze die Verhältnisse in Frankfurt noch nicht so gekannt. Edel habe in Frankfurt das Vereinbarungsprinzip nicht anerkannt. Dann kommt er auf Volkssouveränetät; er nennt dies ein gutes Wort, das die Einheit des Gesammtwillens einer Nation bedeute. Irgendwo im Staate müsse die absolute Gewalt, ja selbst die despotische Gewalt liegen. (Der Präsident ermahnt ihn hier, zu beachten, daß er das Wort blos zu einer faktischen Berichtigung habe.) Dr. Müller verspricht, sich in aller Kürze zu fassen. Er findet in Bayern die wahre Volkssouveränetät in den beiden Kammern und dem Könige, und glaubt deßhalb, für die Grundrechte stimmen zu können. (Ein sonderbarer Schluß!) Stockinger: Der Minister habe irrig die Pfälzer auf den Boden des Gesetzes gewiesen. Er habe dadurch unterstellt, daß die Pfälzer nicht auf diesem Boden ständen. Wer die Pfalz kenne, werde das nicht glauben. Nun widerlegt Stockinger die Konsequenzen, die der Herr Justizminister aus dem von ihm angeführten Wahlgesetze und den darin angebrachten Ausdrücken zieht, daß die Nationalversammlung nur vereinbarend, nicht konstituirend sey. Nur mit dem alten Bunde habe eine Vereinbarung stattzufinden gehabt; diesen aber habe die Nationalversammlung aufgelöst und die Regierungen hätten die volle gesetzgebende Gewalt in die Hände der von der Nationalversammlung ernannten Zentralgewalt gelegt. Die National-Vers. stehe also auf konstituirendem Boden. Minister Heinz will Stockinger widerlegen, es gelingt ihm aber schlecht, und stellt zuletzt die Hauptfrage auf juridischen Boden, welche Spitzfindigkeiten aber gar nichts bewiesen. (Vor lauter faktischen Berichtigungen kommt man nicht zur Debatte.)

Dr. Greiner. Die Frage sey, ob die Beschlüsse der Nat.-Vers. ohne weiters Gesetzeskraft erlangten; von Abels Seite, wie des Ministeriums habe man sich hinter die Verfassung Bayern's, wie hinter die Sonderstellung verschanzt, die Bayern unter dem Bunde eingenommen. Das Wahlgesetz sey im Fluge gemacht worden. Die Stellung Bayern's betreffend, so sey es bis 1806 der Reichsgewalt unterthänig gewesen; es habe durch Rebellion die Souveränetät erlangt, indem es mithalf, die Reichsgewalt zu zertrümmern. In den Freiheitskriegen hätten die deutschen Völker ihr Blut nicht verspritzt, um solche Sondersouveränetäten zu begründen, statt eines einigen Deutschlands. Bayern habe 1820 eine deutsche Bundesgewalt anerkannt und jetzt behaupte man, ihr nicht untergeordnet gewesen zu seyn. Aus allerlei Fakten weist er nach, daß Bayern untergeordnet war unter den Bund. Oder solle etwa die Merzrevolution Bayern erst recht die Souveränetät gebracht haben? Er geht nun auf ganz juridische Erörterungen ein über die Eigenschaft der Nationalversammlung. Dann kommt er auf die Erweisung der materiellen Nachtheile von Seite Abels im Falle der Einführung der Grundrechte. Auch in materieller Beziehung glaubt er, es sey die Uebergebung der Gewalt in andere Hände ein Glück. Wenn er aus Abel's Munde das Wort „Freiheit" vernehme, überfalle ihn ein Schauer. (Hier unterbricht ihn der zweite Präsident mit der Frage, ob diese Worte der Person Abel's oder seinem Systeme gelten. „Dem System" entgegnet Greiner.) Er widerlegt dann einige Vorwürfe, die man ihm in früherer Sitzung gemacht. Min. Heinz. Er sagt: er sey stolz auf die Angriffe Greiner's gegen ihn, die sehr mager seyen (auch wir fanden sie mager und nicht der Erwähnung werth), und wendet den Vorwurf von sich ab, daß nichts geschehen sey während des vorigen Landtages. (Ueberhaupt sind die Vorwürfe Greiner's wie deren Beantwortung nichts als eine fast wörtliche Wiederholung der schon in der neulichen Sitzung vorgekommenen.) Dr. Greiner kommt nun zu einer faktischen Berichtigung, so daß zuletzt wirklich gar an einen Schluß der Debatte über die erste Abtheilung der Thronrede nicht zu denken ist. Frhr. v. Lerchenfeld will Aufklärung geben über seine frühere Wirksamkeit als Minister

in Bezug auf die deutsche Frage. Man habe den Bayern lange Zeit Partikularismus vorgeworfen, er wolle es nicht leugnen, allein es werde sich rechtfertigen lassen im Interesse der Freiheit, wie der Verfassung. Man habe von Pflichtvergessenheit ꝛc. gesprochen, das seyen Ansichten. Bayern habe zuerst eine Verfassung gegeben, wenn sie nicht Aller Wünsche entsprochen habe, müsse man die Zeit bedenken. Für jene Zeit sey es viel gewesen. Vom Jahre 1831 habe die Reaktion allerdings viel Fuß gewonnen und er gehe über diese Zeit hinweg. Die *konstituirende* Eigenschaft der Nat.-Vers. sey gegen das bayr. Staatsgesetz. Er glaubt nicht, daß sich aus den Verhandlungen während des Wahlaktes zur Nat.-Vers. entnehmen lasse, daß damals für die Nat.-Vers. eine solche Eigenschaft beansprucht wurde.

Er sey kein Anhänger der starren Vereinbarungstheorie, aber er folgere die Kompetenz der Nationalversammlung in dieser Frage nur aus dem Gebiete der *Nothwendigkeit*, in einem bayer. Gesetze stehe sie nicht. Dadurch müsse man gestehen, sey die Stellung des bayer. Ministeriums eine Eigenthümlichkeit der Kammer gegenüber gewesen. Die Verkündigung des Reichsgesetzes betreffend, so sey in dem Beschlusse hierüber nicht die Ursache seines Austrittes aus dem Ministerium zu suchen. Er glaube, für die Reichsgesetze sey eine formelle Anerkennung durch die Kammer nöthig. Er wisse wohl, daß eine Klasse der Staatsbürger unter den Grundrechten leide, allein er halte es für das größte Unglück, wenn die Grundrechte verworfen würden. Er könne nicht glauben, daß die Kammer das thue. Die Krone könne es nicht, *sie habe die Reichsgesetze durch Vollzug einzelner schon anerkannt.* Er halte das starre Festhalten an der Vereinbarungstheorie für eine Unmöglichkeit. Die kleinen Staaten hätten sich unterworfen, weil sie eingesehen hätten, daß ihr Widerstand nichts nütze, ob aber die größeren, darauf dürfe man sich nicht verlassen. Er spricht also für die *Verständigungstheorie.* Das Ministerium in Frankfurt sey auch für die Verständigung und sehe ein, daß ohne sie nichts zu Stande kommen könne. Er spricht mit aller Bestimmtheit für Anerkennung der Reichsgesetze, aber ebenso für deren formelle Einkleidung, jedoch alles aber für Erwähnung des Verständigungsprinzipes in der Adresse auf die Thronrede.

Schlund spricht, — sein Vortrag ist wie immer unbedeutend und nichtssagend. Die Kammermitglieder plaudern während desselben, ohne auf ihn Acht zu geben. Und so ein Mensch wagt es, die Kammer Stundenlang zu langweilen. Der Justizminister gibt ein paar überflüssige Widerlegungen gegen Schlund's Vorwürfe. Freudensprung beweißt Schlund, daß er gerade das Gegentheil von dem ihm in den Mund gelegt, was er gestern gesagt. Föckerer: Wenn er wüßte, das die Grundrechte den Ruin des Gewerbestandes herbeiführen würden, würde er sein Mandat lieber niederlegen, als für sie stimmen. Er hält aber diese Befürchtung nicht für begründet. Man hätte die Frankfurter Nat.-Vers. nicht aus den privilegirten Ständen, sondern aus Gewerbsleuten beschicken sollen, dann hätte man diese Angst nicht herbeigeführt. Er beschuldigt Wiedenmann, sehr viel zur Verbreitung der Gewerbsordnungs-Entwürfe, welche diese Angst erregt, beigetragen zu haben.

Zuletzt sagt er: Wolle er mit Abel einen Wortkampf, so wisse er wohl, daß er wie David gegen Goliath stehe. Er kommt auf die Zeit, wo Abels Name gefürchtet war in Bayern. Er greift nun Abel als Führer der Rechten ꝛc. immer mehr an, worauf die Rechte unwillig ruft, sie habe keinen Führer. Es entsteht ein furchtbarer Lärm. Der II. Präsident weist zur Ruhe. Abel ruft ihm zu: Er hätte Föckerer zur Ordnung rufen sollen, thue er das nicht, werde er seine Ehre persönlich zu wahren wissen — einem Jeden gegenüber. (Also eine Herausforderung.) Der Präsident antwortet ihm heftig. — Kolb verlangt nun, daß der II. Präsident den Präsidentenstuhl verlassen und derselbe von dem I. Präsidenten eingenommen werde, damit dieser Abel zur Ordnung rufe. **Hiefür stimmt selbst v. Lerchenfeld.** — Es ist eine solche Verwirrung in der Kammer, daß kein Mensch ein Wort versteht.

Es ist interessant, Abel zu sehen. Ein freches oder verzweifelndes Lächeln spielt um seine Lippen; aber er sitzt kalt da. Diese Verhöhnung *müßte jeden Mann von Ehre veranlassen, sein Mandat niederzulegen, das für ihn ein Pranger ist und bleiben wird. Abel wird noch den Grund zu furchtbaren Kämpfen geben, die selbst, was Gott verhüte, zu — — — mehr führen können.*

Die namentliche Abstimmung für Kolb's Antrag fällt bejahend aus und wird mit 90 gegen 41 Stimmen angenommen. Hegnenberg-Dux verläßt den Präsidentenstuhl und Lerchenfeld nimmt ihn ein, um Abel und Föckerer zur Ordnung zu rufen. Föckerer habe Abel persönlich angegriffen, Abel aber sich ordnungswidrig gegen diesen wie gegen den II. Präsidenten benommen und sich sogar zur Androhung einer illegalen Handlung hinreißen lassen. Er hoffe, daß der Vorfall ohne Folge bleibe. *Föckerer* fährt fort, da er das Wort wieder erhält. Er verzichtet auf den Schluß seiner Rede, aber entschuldigt sich. Heute sey derselbe Fall schon vorgekommen, derselbe Name sey heute schon mit gleichen Beschuldigungen überhäuft worden. Er habe Abel nicht persönlich, sondern sein System angreifen wollen. *Bergmann.* (Da die Kammer Schluß ruft, dringt er auf den Redestuhl und bleibt unter allgemeinem Lachen stehen.

Er habe eine große Hoffnung auf die Throne und Regierungen gesetzt, die man auch Staatsregierungen nenne. Seine Erfahrungen gäben ihm ein Recht dazu. Er sey in seiner Ansicht sehr bestärkt durch die neuesten Debatten; er sey überzeugt, obgleich der Minoritätsentwurf von der Ministerbank unterstützt worden sey, daß er doch den Todesstoß erhalten habe. Eine Adresse müsse durch und durch volksthümlich, nicht ministeriell seyn. Er spricht noch bei Postschluß um 3 Uhr.

Freie Städte. (Frankfurt, 6. Febr.) [Amtliches.] In Erwägung erstens, daß die auswärtigen Verhältnisse, deren Lage nach den Ereignissen in Frankreich vom Februar v. J. am 8. März v. J. die deutsche Bundesversammlung vermochte, an die Bundesregierungen das Ersuchen zu richten: »zur Sicherstellung des Bedarfs an Pferden bei etwa erforderlich werdender Mobilmachung des einen oder des andern Bundesarmeekorps vorerst die Ausführung von Pferden nach anderen nicht zum deutschen Bunde gehörigen Staaten zu untersagen,« gegenwärtig keinen Grund zur allgemeinen Fortdauer eines solchen Verbotes darbieten; in Erwägung sodann, daß die landwirthschaftlichen Interessen mehrerer deutscher Staaten, namentlich Hannovers, Mecklenburgs, Oldenburgs, Luxemburgs, zufolge der Berichte der Regierungen dieser Staaten, welche die Pferdeausfuhr wieder freizusehen wünschen, unter dem Verbote derselben leiden, hat Se. kais. Hoheit der Erzherzog Reichsverweser auf den Antrag seines Ministerrathes am 27. Januar 1849 beschlossen, den Regierungen der deutschen Einzelstaaten kund zu geben, daß die provisorische Centralgewalt für Deutschland in dessen auswärtigen Verhältnissen keinen Grund mehr sehe, ein allgemeines Pferdeausfuhrverbot in den deutschen Einzelstaaten fortbestehen zu lassen, und daher den Regierungen der Einzelstaaten anheimstelle, die von ihnen in Folge des Bundesbeschlusses vom 8. März v. J. erlassenen Verordnungen wieder aufzuheben. Der Reichsminister des Handels hat diese Kundmachung am genannten Tage durch Circularnote an alle deutschen Regierungen vollzogen. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 5. Februar.) So eben erfahren wir von den bedeutsamen Verhandlungen der gestrigen Sitzung des Verfassungsausschusses. Er hat sich, indem er die Reichsverfassung zur zweiten Lesung zu revidiren begann, zunächst dafür entschieden, der Nationalversammlung in Betreff des §. 1 vorzuschlagen: „Daß sie in Rücksicht auf die Verhältnisse Oesterreichs und Schleswig-Holsteins die zweite Lesung dieses § bis auf weiteres aussetze.“ Wir finden diesen Beschluß — und der Ausschuß hat sich immer noch als ein getreues Abbild der Versammlung bewährt — darum so bedeutend, weil er die Gründung des Bundesstaates nicht mehr von der Zustimmung der österreichischen Regierung abhängen seyn lassen, nicht mehr die Gesammtheit des Bundesgebietes zur petitio principii unserer Aufgabe, die eben dadurch unlösbar wird, machen will. Er verbessert den Gagern'schen Antrag, der nach Annahme des §. 1 gebracht wurde, dahin, daß er mit §. 2. die Gründung eines deutschen Bundesstaates als den Ausgangspunkt setzt und die Frage über seine Ausdehnung über Oesterreich u. s. w. als sekundäre Frage behandelt. Diesem wichtigen ersten Beschluß folgte der noch wichtigere über §. 2 und 3. Es wurde geäußert, diese §§, nur beantragt, um die künftige Stellung Oesterreichs zu Deutschland zur Entscheidung zu bringen, hätten jetzt ihre Bedeutung verloren, könnten um so mehr gestrichen werden, als sie auf den rein doktrinellen Begriff der Personal-Union gegründet seyen, und obendrein die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage erschwerten. Ein Mitglied des Ausschusses aus Schleswig-Holstein entgegnete: „Schon bei der ersten Lesung habe er für diese Sätze stimmend sehr wohl gewußt, was sie für seine Heimath bedeuteten; er werde, überzeugt, daß Deutschlands Heil sie fordere, wieder für dieselben stimmen, auf die Gefahr hin den Herzogthümern ihre Hoffnungen wenigstens für den Augenblick zu zerstören, denn Deutschland stehe ihm höher als Schleswig-Holstein, und für das schließliche Schicksal jener Lande bürge ihm der Geist der dortigen Bevölkerung; übrigens sey dort kein Bauer, der nicht sehr klar wisse, was das Wort Personalunion bedeute.“ Genug, es wurde der Vorschlag: statt §§. 2, 3, 4 zu sagen: „Die Vereinigung eines deutschen Landes mit einem nichtdeutschen unter gemeinschaftlicher Regierung kann den Rechten und Verpflichtungen dieses deutschen Landes als solchen keinerlei Abbruch thun,“ mit 6 gegen 14 Stimmen verworfen; jene sechs Stimmen waren 2 Oesterreicher, 2 Bayern, 1 Hannoveraner, 1 Braunschweiger. Es wurden nach einander die Paragraphen, welche den Abschnitt vom Reich bilden, mit 15 gegen 5 Stimmen angenommen. Von den fehlenden 10 Stimmen würde 1 unbestimmt, 6 für die Majorität, 3 für die Minorität gewesen seyn. Also im Ausschuß ist das System des Bundesstaates entschieden angenommen, in der festen und energischen Form der ersten Lesung, und zwar mit der Majorität von ⅔. Es widerlegt diese Abstimmung in einem gewissen Grade das Gerücht von der Coalition der Linken mit den Oesterreichern. Noch wird uns die Aeußerung eines sehr angesehenen österreichischen Mitgliedes des Ausschusses mitgetheilt: „Nicht die Regierung, sondern die deutsche Bevölkerung Oesterreichs sey über jene §§. 2 und 3 erbittert gewesen, denn so deutsch gesinnt sie sey, wolle sie doch entschieden das Zusammenbleiben der Gesammtmonarchie; dies sey die erste Foderung; und er erkenne sehr wohl, daß die zweite, die eines aufrichtigen Bundesstaates, damit unvereinbar sey; wolle man endlich klare Verhältnisse, so müsse man definitiv jene Sätze annehmen; das würde das Ausscheiden der österreichischen Deputirten zur Folge haben, ja die österreichische Regierung sey zu ehrenhaft, als daß sie zögern sollte, ihre Deputirten in jenem Falle sofort zurückzuberufen.“ (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 4. Februar.) Der österreichische Bevollmächtigte Hr. v. Schmerling hat vorgestern Abend einen Kurier von seiner Regierung erhalten. Man hoffte dieser bringe endlich eine entscheidende Erklärung in Bezug auf die Verfassungsfrage; so viel wir aber hören, hat wenigstens das Reichsministerium keine derartige Mittheilung erhalten. Dagegen soll Hr. v. Schmerling am andern Morgen einen Kurier an das Hannoversche Kabinet abgesandt haben. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 6. Februar.) Durch den §. 48 der von der Nationalversammlung angenommenen Grundrechte sind die Grenzen der Militärgerichtsbarkeit näher bestimmt und es ist bei der ersten Lesung des Abschnittes über die Reichsgewalt der Beschluß gefaßt worden, daß für das deutsche Heer ein- und dasselbe Militärstrafgesetz zu erlassen sey. Das Reichskriegsministerium hat, im Einverständnisse mit dem Ministerium der Justiz, schon vor einiger Zeit es für nöthig erkannt und demgemäß veranlaßt, daß durch den für diesen Zweck hierhergezogenen und im Fache der Militärgesetzgebung bereits rühmlich bekannten königl. preuss. Geh. Kriegsrath Fleck die Vorarbeiten für diesen Theil der Reichsgesetzgebung und zwar sowohl für ein diesen Grundsätzen entsprechendes allgemeines Kriegsgesetz, als für das Verfahren vor den Kriegsgerichten mit der größten Thätigkeit ausgeführt werden. Um die hiernach in der Bearbeitung begriffenen Entwürfe zu einer für das gesammte deutsche Heer giltigen Kriegsgesetzgebung einer möglichst umfassenden Prüfung zu unterwerfen und dabei einerseits die Bedürfnisse des praktischen Kriegsdienstes als nächste und unerläßliche Grundlage festzustellen, andererseits aber auch alles Zweckmäßige, was die zur Zeit in den wichtigsten Theilen des deutschen Bundes-Heeres geltenden Vorschriften darbieten, benützen zu können, hat das Reichskriegsministerium dem Vernehmen nach eine Kommission berufen, welche in den gedachten beiden Richtungen aus mit den praktischen Dienstbedürfnissen vollkommen vertrauten Stabsoffizieren und aus höheren Militär-Justiz-Beamten der verschiedenen deutschen Armeekorps bestehen, und wozu das österreichische, preussische, bayrische Heer und das 8., 9. und 10. Armeekorps je einen Offizier und einen Justizbeamten hierher senden wird. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 3. Februar.) Noch geben die Spielbankhalter und die Freunde des „grünen Tisches“ ihre Hoffnungen nicht auf. Sie vertrauen jetzt auf die Nachsicht der Lokalpolizeistellen gegen »geschlossene“ Klubs. »Trotz alle dem“ haben es, wie man hört, die Brüder Blanc für gerathen gefunden, den Fortbetrieb ihres „Geschäfts“ nicht allein in Spaa in Belgien, sondern auch auf freiem Schweizerboden, in Interlaken im Kanton Bern, fortzusetzen. (D. Z.)

— (Frankfurt, 6. Februar.) Der preuss. Gesandte in London, Herr Bunsen, welcher bei den Friedensunterhandlungen mit Dänemark in London die provisorische Centralgewalt vertreten wird, steht im Begriffe, von hier abzureisen. Die Instruktionen, welche Hr. Bunsen erhalten, entsprechen natürlich der Absicht der Centralgewalt, den Frieden mit Dänemark abzuschliessen, ohne die Interessen der Herzogthümer zu benachtheiligen und der Würde Deutschlands zu nahe zu treten. Die Instruktionen lauten demzufolge für die Selbstständigkeit Schleswigs in Unzertrennlichkeit von Holstein. Ist in dieser Hauptfrage ein Verständniß erfolgt, so werden die unterhandelnden Theile nun rascher über alle andern Punkte zur Einigung gelangen, da der Nothschrei der materiellen Interessen den Wiederausbruch der Feindseligkeiten nicht zuläßt und schon deshalb eine Prolongation des Waffenstillstandes eintreten würde, müßte das nicht schon wegen der Friedensunterhandlungen geschehen. (D. Z.)

(Frankfurt, 6. Febr.) Von dem Oberkommando der hier concentrirten Reichs-Truppen ist gegenwärtig die Rückgabe derjenigen Waffen verfügt, welche von hiesigen Einwohnern in das Zeughaus abgeliefert worden. In Folge dieser Verfügung werden von morgen ab jene Waffen an die Eigenthümer wieder verabfolgt werden. — In diesen Tagen haben die Arbeiten zur Herstellung einer electro-magnetischen Telegraphenlinie zwischen Frankfurt und Berlin auf hiesigem Gebiete begonnen. (D. Z.)

** (Frankfurt, den 6. Februar.) [165. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Simson.] Die definitive Feststellung der Demarkationslinie im Großherzogthum Posen rief mehrere Redner zum Worte. Schubert von Königsberg, Berichterstatter, meint die Versammlung soll ihrem Beschluſse vom 27. Juli Kraft und Nachdruck geben, wogegen Schmidt aus Löwenberg einwendet, der Reichskommissär habe sich nur 10 Tage in Posen aufgehalten und diese kurze Zeit reiche nicht hin, die Verhältnisse der polnischen und deutschen Bevölkerung kennen zu lernen. Er werde zu einem so miserablen Marionettenspiele, wie man es der Versammlung zumuthe, indem man auf ungegründete Vorlagen hin urtheilen solle, seine Zustimmung nicht geben und seinen Namen aus der Rednerliste streichen lassen. Döllinger aus München spricht sich für Polen und gegen die Zerstückelung dieses Landes aus, wenn gleich er keine Wiederherstellung desselben will. Die Einverleibung Posens in Preussen, nennt er ein großes Unrecht und man solle sich hüten, an die Ostseite des Reichs ein unglückliches Irland zu setzen.

Göden von Krotoszyn: Die ganze Bewegung in unserer Provinz ist auf beiden Seiten eine nationale gewesen und als solche von Ihnen anerkannt worden. Eine Grenzlinie sollte gezogen werden zwischen dem deutschen und polnischen Theile. An dieser Trennung halte ich noch heute fest. Wir würden polnische Vertreter im deutschen Parlament, wir würden die Zwietracht anstatt des Friedens in meiner Heimath haben, sollte die ganze Provinz in Deutschland einverleibt werden. Allein der Antrag der Herren Döllinger, Thinnes rc. darauf ist schon nach der Geschäftsordnung nicht mehr zulässig, denn er ist schon einmal verworfen worden. Dagegen muß ich mich aus folgenden Gründen für die jetzt gezogene Grenzlinie dringend aussprechen. Unsere Provinz bildet ein flaches, wasser- und hügelarmes Land. Kein Berg und kein Fluß kann uns zur Grenzscheide dienen, und die Bauern, die Besteller des Bodens, sind wesentlich Deutsche. Dazu befindet sich unsere Provinz seit 10 Monaten in einer Unsicherheit ihrer Zustände, die allen ihren Wohlstand, die Handel und Gewerbe lähmt. Ich bitte Sie, genehmigen Sie die vom General Schäffer-Bernstein gezogene Grenzlinie, damit aus meiner Heimathgegend der Ausdruck des Danks und der Freude hierher dringe! Venedey ist durch den Bericht des völkerrechtlichen Ausschusses von Schaamgefühl erfüllt. Aber wie klein es auch sey, so verlangt er doch, daß ein Polen übrig bleibe, ein Stück Vaterland, wo die Namen der Völker aufgezeichnet werden können, die Polen getheilt und zerrissen haben. Dies Polen, welches wir bald schmerzlich vermissen werden, wenn es den Kampf gegen Rußland gilt! Radowitz hat natürlich Preussen im Auge, und spricht für Feststellung der Demarkationslinie, wie sie der Reichskommissär gezogen. Rößler von Oels stellt einen Antrag in Erwartung, daß genauere Vorlagen gemacht werden, zur Tagesordnung überzugehen. Wurm aus Hamburg für die Demarkationslinie. Wießner für Uebergang zur Tagesordnung. Wuttke aus Leipzig will die deutsch-polnische Frage durch einen Beschluß endgiltig entschieden wissen.

Da hierauf der Schluß der Debatte beliebt wird, so ergreift noch einmal der Berichterstatter, Schubert das Wort und bringt durch seinen Vortrag, worin er das ganze Ergebniß der heutigen Debatte zusammenfaßt, und die wider die Genehmigung der vorgeschlagenen Abgrenzungslinie geäußerten Bedenken sowohl, als die der deutschen Nationalität in Bezug auf Polen gemachten Vorwürfe widerlegt, eine nachdrückliche Wirkung hervor. Dann erfolgt die Abstimmung — nachdem der Antrag der Herren Wigard und Genossen auf Tagesordnung abgelehnt, und der von Nauwerck gestellte eventuelle Antrag zurückgezogen worden ist — durch Namensaufruf darüber, daß die Nationalversammlung, dem Ausschußerachten gemäß, „die vorbehaltene Genehmigung zu der in Auftrag der provisorischen Centralgewalt vom Reichskommissär von Schäffer-Bernstein festgestellten Demarkationslinie auf Grund des Beschlusses vom 27. Juli vorigen Jahres ertheile." — Dies wird von 280 bejahenden gegen 124 verneinende Stimmen angenommen. Alle Zusätze dazu werden abgelehnt. — Die nächste Sitzung findet Donnerstag den 8. statt.

Hannover. (Hannover, 3. Febr.) In der heutigen Sitzung der Landesversammlung fragte Rumann: Ob hinsichtlich der deutschen Grundrechte eine Vorlage der Regierung, und zwar bald zu erwarten sey? Hr. Stüve antwortete: Wahrscheinlich bald. (D. Z.)

Hohenzollern-Sigmaringen. (Sigmaringen, 5. Febr.) Die vor acht Tagen eingezogenen württembergischen Truppen sind gestern nach Donaueschingen abmarschirt, und so wären endlich die oft wiederholten Interpellationen unseres Reichstags-Abgeordneten in Frankfurt erledigt. Bei Donaueschingen sollen größere militärische Kräfte zusammengezogen werden, und es steht diese Maßregel wohl mit dem Gerüchte in Verbindung, daß es demnächst im badischen Oberlande wieder losgehen werde. Dieses allgemein verbreitete Gerücht beabsichtigt wahrscheinlich nichts Anderes, als die Geschwornen, welche über Struve und Genossen zu urtheilen haben, einzuschüchtern und zu einem gelinden Urtheile zu stimmen. (Schw. M.)

Preussen. (Berlin, 5. Febr.) Bei den heute Morgen hier vollzogenen Wahlen der Abg. zur zweiten Kammer sind gewählt worden: Im I. Wahlbezirk (432 Wahlmänner): Herr Waldeck mit 277 St., Herr Berends mit 267 St., Rodbertus mit 276 St. Im II. Wahlbezirk (293 Wahlmänner): Herr Rodbertus mit 168 St., Herr Philipps aus Elbing mit 172 St. Im III. Wahlbezirk (296 Wahlmänner): Herr Waldeck mit 216 St., Herr Jacobi mit 211 St. Im IV. Wahlbezirk (291 Wahlmänner): Herr Jacobi mit 229 St., Herr Temme mit 228 St. (Pr. St.-Anz.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Fr. Mayer.

Anzeigen.

Berichtigungen.

In Nro. 38. d. Bl. findet sich in dem Artikel § (Bayreuth den 5. Februar) ein Druckfehler, den wir zu berichtigen bitten In der vorletzten Zeile heißt es nämlich hier an der Wassersucht leidend statt für an der Wassersucht leidend.

In der gestrigen Beilage soll es in dem Artikel über die bayerische Süd-Nord-Eisenbahn heißen Spalte 2 Zeile 11 von oben statt ⅙. 48 kr., und Zeile 19 statt VI. Wagenklasse IV. Wagenklasse.

Lotterie.

Die zu München herausgekommenen Nummern:

62 48 17 11 52

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 10. Februar 1849 № 41. Samstag: Scholastica.

Deutschland.

Bayern. †* (München, 8. Febr.) [7. öffentl. Sitzung der 2. Kammer.] Am Ministertisch: v. Beisler. Tagesordnung: Vorlesung des Protokolls der 6. öffentl. Sitzung. — Bekanntgabe des Einlaufs. — Fortsetzung der Berathung und Schlußfassung über die Adresse an Se. Maj. den König. (Unter den Einläufen: ein paar Adressen Verkündigung der Grundrechte und Reichsgesetze betr. — Sonst nichts Erwähnenswerthes.) Simon erhält das Wort. Sein Amendement zur Adresse sey nicht beliebt worden. Er frage, ob die Kammer beschließen wolle, daß dieses Amendement als Petition mit oder ohne Empfehlung an das Ministerium gegeben werden soll, wie er gestern schon gebeten. (Dies sey schon gestern geschehen.) Dr. Müller gibt eine Erklärung: Pflicht und Ehre gebieten gegen Oesterreichs Ausschluß aus Deutschland, gegen das preuss. Kaiserthum und für einen innigen Anschluß von allen Staaten an Deutschland zu stimmen. Dies sey der Inhalt seiner eingebrachten Modif. gewesen, die er zurückgezogen. Stöcker interpellirt das Ministerium wegen der Vollziehungsinstruktion betr. die Jagdgesetze. v. Beisler erklärt, es sey der Meinung, die Stöcker ausgesprochen, schon entsprochen. Die Instruktionen seyen schon in diesem Sinne an die Regierungen ergangen. Stöcker erklärt sich zufriedengestellt.

v. Beisler: Das Resultat der gestrigen Abstimmung hat das Ministerium bewogen, insgesammt seine Entlassung zu geben. Sie werden zwar den laufenden Dienst besorgen, bis Se. Majestät diese Entlassung angenommen, könnten aber an den Kammerverhandlungen keinen Antheil mehr nehmen.

†* (München, den 7. Februar, Abends.) Die heutige mehr als ermüdende Sitzung der Kammer der Abgeordneten war erst um 5 Uhr zu Ende. Ich theile Ihnen den Schluß mit. Bei Postschluß sprach, wie ich Ihnen schrieb, Bergmann. Dieser Jupiter tonans, wie ihn der Kurier mit Recht nennt, erregt immer das laute Gelächter der Versammlung, wie der Gallerien. Mir kommt er — der Vergleich ist etwas prosaisch; aber wahr — wie ein brüllender Stier vor. Er ist ganz rother Republikaner. Hier den kurzen Inhalt seiner Rede, so weit ich sie nicht gegeben: Er glaube nicht an ein Verzichtleisten der Privelegirten auf ihre Vorrechte. Die Hrn. Reichsräthe, sähen ihm gar nicht darnach aus, als wollten sie sich selbst morden. Das müsse er anführen, daß dem Minoritätsentwurf dadurch der Todesstoß gegeben sey, daß derselbe von der Ministerbank unterstützt werde. Im Jahre 1849 dürfe die Adresse der Kammer der Abgeordneten keine aus der Feder eines Ministers seyn, sondern sie müsse die reine, wahre Volksstimme klar und deutlich vor den Thron bringen. Der Hauptinhalt, das gewichtigste Wort der Adresse, müsse das seyn, daß die schwer erkämpften Grundrechte unbedingt anerkannt werden und volle Gültigkeit und Gesetzeskraft in Bayern erhalten. Die Grundrechte sollen von unserem guten Willen Zeugniß geben, vom guten Willen der Reichsräthe und eines Königs erwarte er nichts. Man habe sich auf unseren Eid berufen, damit schrecke man aber ihn nicht. Halbheiten aus Menschenfurcht müsse er bemitleiden. Die bayer. Deputirten erschienen in Frankfurt ohne Vorbehalt, namentlich ohne den Vorbehalt, daß es uns noch zustehe, Vorbehalte zu machen. Im Merz sey es anders gewesen. Damals habe den gekrönten Herren vor dem nächsten Tag, vor der nächsten Stunde gebangt. Heute sey es anders. Damals war von widerspenstigen Ministern, von Widerspenstigkeit der Krone keine Rede, damals hatte man gefügige Minister, eine gefügige Krone. Heute bewege man sich in Phrasen, heute spreche man von Vereinigung, von Vereinbarung, von Staatenbund und Bundesstaat, mit welchen Worten man die Begriffe verwickeln wolle. Mit den Gespenstern der Republik und Gewerbefreiheit suche man zu schrecken. Das sey Alles nicht stichhaltig, das Einzige, was stichhaltig sey, sey, was ein Hr. v. Abel ihnen gesagt und daran wolle auch er sich halten: nämlich, daß zur Schaffung der Centralgewalt ein Budget von 70 Millionen nothwendig werde und daß davon Bayern zu tragen habe 10 Millionen. „Hr. v. Abel hat es gesagt und ganz Deutschland soll es hören, was man braucht zu einem 35sten Fürsten!" (Stürmischer Beifall der Linken und der Gallerie. Hr. v. Lerchenfeld, diesmal mit erhobener und kräftiger Stimme, ja mit Entrüstung, droht Räumung der Gallerien. Hr. v. Lerchenfeld hat also doch eine Stimme, was wie bis heute bezweifelt.)

Sind das die Früchte unserer Revolution, daß man es wagt, von Seite der Rechten der Kammer und des rechten Centrums, von Seite der Minister es wagt, die Beschlüsse der Frankfurter Versammlung anzutasten? Wollen Sie, daß wir die Frankfurter Versammlung, die Versammlung der deutschen Volksvertreter unter die unsere, die bayerische stellen? Wer hätte geglaubt, daß man dies im Febr. 1849 wagen würde, während man im Febr. 1848 das Wohl der Republik in allen Gauen ausgebracht? Und warum thue man das? Weil man durch Temporisiren, durch den Popanz der Gewerbefreiheit bei den Gewerbetreibenden Unterstützung zu finden hoffe. Sehr beruhigend wäre es ihm, daß die Minister erklärt, wie die Regierungen die Zeit begriffen, daß man in den Fürsten nichts mehr als Menschen erkenne, nicht mehr Fürsten von Gottes Gnaden, daß man ein Vaterland, ein einziges Deutschland wolle, aber ein anderes, als manche in diesem Hause sich denken. Ich sage Ihnen, daß wenn das Werk der Reaktion sich noch so fest gestalten wird, immerhin Länder vorhanden sind, die uns durch ihr Beispiel sagen werden, was es um einen freien Mann, um ein freies Volk sey.

v. Abel. Nicht er habe gesagt, 70 Millionen erfordere das Budget, er habe dies nur aus einer Schrift von Schulze abgelesen. Er habe nicht gesagt, daß keine Einigung zu Stande komme, im Gegentheile habe er gesagt, sie müsse kommen.

Grißmaier spricht gegen Bergmann. Die Adresse seines verehrten Freundes Scheurl (hierdurch dokumentirt er sich gleich vornherein) sey nicht vom Ministertische unterstützt worden; er theile sie aus vollster Ueberzeugung. Er empfiehlt den Minoritäts-Entwurf, er beschwört die Kammer, ihn anzunehmen, er bittet innig, sich mit der Nat.-Vers. zu verständigen. Daß die Reichsgesetze nicht Gesetzeskraft gewonnen, ohne daß sie in Bayern zum Gesetze erhoben wären, haben in neuester Zeit die Urtheile des obersten bayr. Gerichtshofes bewiesen. Die Todesstrafe sey nämlich durch die Grundrechte abgeschafft, der bayr. höchste Gerichtshof habe aber erst kürzlich auf Tod erkannt, weil kein Richter, der die bayr. Verfassung beschworen habe, ohne ihre Aenderung anders habe erkennen können. Man möge nicht vom Gesetzboden der Verfassung weichen, denn man beschwöre unendliches Unglück über das Land, um so mehr bei der aufgeregten Stimmung, die überall herrsche.

Thinnes will eine Verständigung, aber nicht für die schon erlassenen, sondern für die künftig zu erlassenden Reichsgesetze; denn leider sey es zu spät, daß die Regierungen ihre Einsprüche gegen die Grundrechte zu rechter Zeit gemacht hätten. Er für seine Person halte die oft berührte Formalität über die Art und Weise der Einführung für überflüssig, aber wegen der alten Gesichter (wie Herr Dr. Greiner sich ausgesprochen) bei den Gerichtshöfen halte er sie für nothwendig. Wo führe es denn hin, wenn die Majorität der Kammer erkläre, sie erkenne die Grundrechte gar nicht an?? — Er wolle unbedingte Anerkennung der Grundrechte, nur, wie er oben bemerkt, Verständigung für die Zukunft, unter Vorbehalt für die noch zu erlassenden Reichsgesetze. Nun ruft die Kammer nach Schluß der Debatte.

Stockinger als Berichterstatter erhält das Wort. Er begründet die Majoritätsadresse kurz durch lauter Angaben, die er früher schon beim Referate gemacht, und um die ohnedem müde Kammer nicht länger aufzuhalten. Zu § 2—5 seyen verschiedene Modifikationen eingekommen; unter anderm jene Scheurl's, der aber selbst eingesehen, daß er zu weit gegangen sey und deshalb die größere eingebrachte Modifikation zurückgezogen habe. Trotz der veränderten Form aber bliebe das Prinzip immer dasselbe, nämlich das der Vereinbarung, und er erkläre, daß die Bayern nach Frankfurt berufen seyen, zur Vereinbarung, ohne auf Bayerns Selbstständigkeit zu verzichten. §. 6 des Scheurl'schen Entwurfs spreche aus, daß der König auf der eben beschworenen Verfassung fortfahren werde, konstitutioneller König zu seyn. Die Einführung von Gesetzen, die zur Einführung einzelner §§. der Grundrechte nöthig seyen, verlange auch er und seine Freunde. Man habe vielfach behauptet, daß die Grundrechte nicht Geltung und Gesetzeskraft in Bayern hätten, weil die bayer. Abgeordneten nicht als verfassunggebend, sondern zur Verständigung mit dem deutschen Bunde nach Frankfurt gesandt worden seyen; das Volk aber habe nicht gewählt, damit die bayer. Kammer nochmals berathe, was in Frankfurt beschlossen sey, das Volk habe nicht mit Vorbehalt gewählt, weder für hier, noch für Frankfurt. Was die Kammer hier thue, müsse das Volk gutheißen, eben so wie das, was in Frankfurt geschehen sey. Oesterreich betreffend, wünsche auch er und seine Freunde den Anschluß desselben, eine Gesammtverfassung für alle deutschen Staaten. Roßbachs Modifikation betreffend, so verstehe es sich von selbst, daß die Wünsche der Einzelstaaten, insbesondere der Gewerbetreibenden bei Entscheidung über Gewerbeordnung von der Nat.-Vers. in Frankfurt berücksichtigt würden. Staudner's Modifikation sey partikularistischer Natur und nur von Herrn v. Abel vertheidigt (also schon dadurch gebrandmarkt). Der wahre Grund zu derselben scheine ihm mehr im §. 23 der Grundrechte zu liegen, weil dort gesagt sey, das Unterrichts- und Erziehungswesen werde der Bevormundung der Geistlichkeit als solcher enthoben. Dies sey der wahre Grund der Bekämpfung der Majorit.-Adresse von dieser Seite. Man wünsche einen herrschenden Clerus, einen diesem dienenden König. Was Grießmaier's Bemerkungen betrifft, so habe das Oberappellat.-Gericht vollkommen recht gehabt. Art. 9 der Grundrechte habe die Todesstrafe abgeschafft, aber das Einführungsgesetz stelle die in diesem Art. enthaltenen Bestimmungen der Landesgesetzgebung anheim und eben deshalb wollen ja auch wir (die Linke) die Vorlage eines Einführungs-Gesetzes für Bayern, für die Artikel, wozu dies nothwendig durch das von der Nat.-Vers. festgestellte Einführungsgesetz. Stautner bemerkt gegen Stockinger, es stecke nichts hinter seiner Modifikation, als was er offen und klar darin ausgesprochen; auch Abel verwahrt sich gegen Stockinger's Beschuldigung: er wolle weder einen herrschenden Clerus, noch einen dienenden König. Zarbl (Domkapitular) fühlt sich gekränkt durch solche Behauptungen und behauptet, er und seine priesterl. Kollegen seyen nicht im Namen des Clerus, sondern als Abgeordnete des Volkes hier. Er verwahrt sich im Namen des Clerus, — ja, des Vaterlandes. Ecklart (protest. Pfarrer) zwingt sich, das Wort zu nehmen, lediglich um zu erklären, daß sie, nämlich die protestant. Geistlichkeit, sich durch Stockinger's Erklärung nicht getroffen fühlten.

Stockinger behauptet, Abel's System in dieser Beziehung stehe noch immer im Zusammenhange mit der Presse, darauf stütze sich seine Behauptung. Herr v. Dur (der das Präsidium führt) will nun gegen allen parlamentarischen Gebrauch dem Referenten der Minoritäts-Adresse das Wort geben, wogegen Kolb von Speyer Einsprache erhebt. Der schlaue Minister v. Beisler will die Erklärung, die ihm

zum Schlusse nach der sauberen Geschäftsordnung der bayerischen Kammer als Minister zusteht, wegen Erwiederung der Kammer auf morgen verschieben, (das letzte Wort des Ministers.) Von verschiedenen Seiten wird dagegen protestirt, weshalb abgestimmt werden muß hierüber, wobei die Linke mit Majorität sich gegen die Vertagung ausspricht. v. Beisler bezieht sich hauptsächlich auf den Vortrag des Abgeordneten Schüler, dessen Scharfsinn er anerkennt und bewundert, nicht aber habe er den logischen Scharfsinn allerwärts gefunden. Er habe darüber beinahe vergessen, daß dieser Vortrag gegen ihn gerichtet gewesen. Die Centralgewalt wäre etwas Anderes, als die National-Versammlung; die Centralgewalt ist Fortsetzung des Bundestags. Schüler habe Unrecht, diese beiden Gewalten als identisch anzusehen; eben so Unrecht, wenn er aus einer Reihe in Vollzug gesetzter Reichsgesetze die Anerkennung aller folgere. Die auf diese Weise geschehene Unterstützung der Centralgewalt sey nur aus dem innigen Wunsche nach einer politischen Einheit Deutschlands hervorgegangen. Was Schüler sagt, daß die Reichsgesetze auch nicht in das bayerische Gesetzblatt gehören, daß ihre Verkündigung im Regierungs-Blatt genüge, ihnen Geltung und Gesetzeskraft zu geben, so habe er gleichfalls Unrecht. Man möge nicht vergessen, daß es hiezu der Unterschrift des Königs und des Gesammtministeriums bedurft hätte, daß sie aber nur durch einen einzigen Minister, lediglich zum Zwecke der Bekanntgabe contrasignirt seyen. (Welch' diplomatisch perfide Interpretation.) Die Nationalversammlung sey allerdings eine constituirende Gewalt, aber nur der eine Faktor derselben, der andere werde durch die Fürsten und Kammern jedes Landes gebildet. Die Bedenklichkeiten über die Grundrechte seyen nicht so eitel. Allerdings, wie gestern ein verehrter Abgeordneter (Wiedermann) gesagt, stehe der Ruin der Gewerbe in Bayern durch die unbedingte Gewerbefreiheit in Aussicht. Welches sey aber dann das Loos der Arbeiter? Wenn der Meister feire, habe auch der Geselle nichts zu thun. Man sage, die gegenwärtige Nationalversammlung werde dem Parlamente die Ausführung einer Gewerbeordnung und eines Heimathsgesetzes überlassen. Werde aber dieses den Wünschen der Gewerbtreibenden mehr Berücksichtigung schenken? Dann spricht er von der preussischen Cirkularnote. Was sey die Idee des engeren Bundes im weiteren anders, als das Gagern'sche Programm eines Hinausschiebens Oesterreichs aus Deutschland. Man werde sehen, kaum seyen die österreichischen Deputirten aus der Paulskirche, habe man die Personalunion. Wie das Stimmenverhältniß sich herausstelle, habe Preussen allein dann eben so viel Stimmen in der National-Versammlung, als alle übrigen kleineren Staaten zusammen. Man sage, der preussische König wolle die Krone Deutschlands nicht annehmen, man möge sich nicht zu sehr darauf verlassen. Sey Preussen allein mächtig, werde sich schon ein Kaiser finden; das preussische Königshaus habe mehr als einen Prinzen.

(Nun kommen einige Phrasen, die der Minister Heinz schon ein paarmal erschöpft hat. Er schließt: Die Befürchtung von 38 nöthigen Zustimmungen zu den Gesetzen sey eitel. Vor der allgemeinen Stimmung, vor dieser moralischen Macht müsse sich Fürst und Volk beugen. Man möge nicht zu ängstlich in der Form seyn, wenn man das Wesen wolle. Mit einer systematischen Verfassung sey nichts gethan, in ihr müßten alle Interessen berücksichtigt werden. Keine Regierung sey stark genug, einen Beschluß zurückzuweisen, der das Wohl des Volkes wolle. Aber warum sich die Hände binden? Man dürfe der Großmuth der Nationalversammlung nichts überlassen. Die Politik kenne keine Großmuth; die Aufgabe der Regierung sey, die Interessen zu wahren. Und die Nationalversammlung bestehe aber auch aus Menschen. Wenn die Interessen vom Norden ausgingen, wie gestalte sich dann Süddeutschlands, Bayerns Geschick? Das Volk in Bayern, statt sich zu heben, werde in wenigen Jahren dann zum — Bettelvolk werden und werde zahlen und immer zahlen müssen, um den Bundespflichten zu genügen. Die unbedingte Annahme der Frankfurter Beschlüsse sey ein Akt der Selbstentmannung. Wer es wage, möge ihn vertreten. Schüler nimmt nur zu faktischer Widerlegung das Wort. Die Mitglieder der Nat.-Vers. seyen freilich Menschen, aber deutsche Menschen. Vor einem preussischen Kaiserthum hege er keine Furcht; denn schon bei der ersten Lesung sey der bezügliche Entwurf in der Nat.-Verf. durchgefallen und werde es bei einer zweiten gewiß noch mehr. Wenn Oesterreich, wie es seine Pflicht wäre, sich hätte vertreten lassen, so hätten wir 80 Deputirte mehr im Parlament und Süddeutschland eine überwiegende Stimmenmehrheit. Beisler erwidert einiges, um den Vorredner zu berichtigen. Es sind nur ein paar Worte, daß nemlich im Verfassungsausschuß 16 gegen 14 für Preussen gesinnt seyen, und in diesem Sinne gestimmt. Die Debatte über die §. 2 3 4 5 des Maj-Entw. sind nun geschlossen. Hegnenberg-Dux (als Präs.) stellt nun die Fragen zur Abstimmung. Stautners und Freudensprungs Modifikationen werden mit großer Majorität verworfen, (selbst Abel stimmt gegen den letztern). Scheurls Modifikation wird ebenfalls mit großer Majorität verworfen, nur das rechte Centrum stimmt dafür, aber selbst die Rechte dagegen. Die §§. 2 3 4 u. 5 des Maj.-Entw. werden mit 72 gegen 62 Stimmen in unveränderter Fassung angenommen, wie folgt:

Das von allen wahren Vaterlandsfreunden längst heiß ersehnte Ziel der Einigung Deutschlands auf dem Grunde gleichmäßiger, wahre Volksfreiheit gewährleistender Einrichtungen in den einzelnen Staaten, und einer Gesammtverfassung, die alle deutschen Stämme ohne Ausnahme zu einem kräftigen, Achtung gebietenden Bundesstaate unauflöslich verbinde, naht seiner Verwirklichung.

Dieses hohe Ziel legt allen einzelnen Staaten die Pflicht auf, sich selbst dadurch zu stärken und zu befestigen, daß sie einen Theil ihrer bisherigen Rechte und Befugnisse zur Stärke und Macht des Gesammtvaterlandes aufgeben. Nur ein aufrichtiges, rückhaltloses Eingehen auf den neu erwachten Zeitgeist, welcher alle Schichten der bürgerlichen Gesellschaft durchdringt, nur bereitwillige Unterordnung unter die Beschlüsse der konstituirenden Nationalversammlung und der Centralgewalt vermag die Mittel zu gewähren, dauernde Ruhe und nachhaltigen Wohlstand dem deutschen Volke zu sichern.

Die Kammer der Abgeordneten erkennt daher auch insbesondere die Gesetzeskraft sowohl der deutschen Grundrechte als des geringsten Maßes der Freiheiten und Rechte, die allen Deutschen ohne Ausnahme gehören; wie auch der allgemeinen Wechselordnung und sieht der örtlichen Verkündigung derselben durch die gesetzlichen Organe entgegen.

Hierauf wird noch über die Zusätze Thinnes und Roßbachs abgestimmt; der erste mit 65 gegen 54, der zweite mit 69 gegen 55 Stimmen verworfen. Die Sitzung ist geschlossen, die nächste auf morgen früh 9 Uhr festgesetzt. Die Linke hat (in einer Prinzipien-, in der deutschen Frage) den Sieg davon getragen.

†* (München, 8. Februar, Früh 10 Uhr.) Während ich auf die Post eilte, um Ihnen die Entlassung der Minister mitzutheilen, begann die Diskussion über den Absatz 6 des Majoritätsentwurfes. v. Scheurl brachte eine Modifikation: Wahrung des konstitutionellen Prinzips, die mit 66 gegen 60 Stimmen verworfen wird. Absatz 6 des Maj.-Entwurfes wird in unveränderter Fassung angenommen, wie folgt: Wir bezeugten die angekündigten Verbesserungen und Reformen in der Gesetzgebung, Besteuerung, Staatsverwaltung und Gerechtigkeitspflege, welche die fortgeschrittene Wissenschaft und der in Folge der Märztäge veränderte Zustand der Gesellschaft nothwendig machen, halten aber auch die weitere organische Ausbildung und Durchführung der Grundrechte, wie die Umgestaltung der Verfassung, im wohlverstandenen Interesse des Volkes, dem wir weise Rechnung tragen werden, indem wir eben so wenig die Wichtigkeit des jüngsten Landtages verkennen, als wir überzeugt sind, daß dessen Ergebnisse den gerechten Forderungen des Volkes noch nicht genügen.

Nun beginnt die Diskussion über Abs. 7 des Maj.-Entw. Hiezu wieder eine Modifikation Scheurl's, die, so wenig als die vorige, zur Debatte kommt. Auch dieser Absatz wird unverändert in folgender Fassung angenommen: Nur eine Volksvertretung, die in ihrer Gesammtheit aus der freien Wahl des Volkes hervorgegangen, mit der Krone das Recht der unbedingten Initiative theilt, wird den erhabenen Zweck erfüllen, gemeinsam mit ihr das Wohl des Staates zu berathen und die zweckdienlichsten Mittel, die dazu führen, aufzufinden und zu beschließen. Von der öffentlichen Meinung getragen, wird sie mit Ruhe und Besonnenheit, aber auch mit Kraft und Entschiedenheit die Errungenschaften der Neuzeit gegen jede Anarchie, gegen jeden Angriff, von wo er auch kommen mag, vertheidigen, die Herrschaft der Gesetze schützen und der Krone eine Stütze gewähren, auf die Sie mit Sicherheit rechnen kann; denn von den Stürmen der Zeit wurden die Lande am wenigsten berührt, in denen freisinnige Institutionen und volksthümliche Gesetze den Sinn für gesetzliche Ordnung im Volke geweckt und befestigt hatten. Mit 70 gegen 61 Stimmen.

Absatz 8. Hiezu wird eine Modifik. Hegnenberg Dux's eingebracht, die statt konstitutionellen Prinzips den Ausdruck »konstitutionell-monarchischen Prinzips gesetzt haben will. Er begründet sie dadurch, daß er auf die gegenwärtigen Stürme hinweist, die eine genaue Bezeichnung der Form verlangten. Ganz Bayern sey für das konstitut.-monarchische Prinzip. Die Modifikation wird unterstützt. Kirchberger hält es für beschworene Pflicht, sich offen auszusprechen. Die Adresse sey Wortschwall, wenn sie sich nicht klar ausspreche. Stimmt für die Modifikation. Schad begreift die Begeisterung für diese Modifikation nicht. Bringt konfuse Wortsetzungen: konstit.-monarchisch, oder monarch.-konstitutionell. Spricht (in lauter Unsinn) doch gegen die Adresse-Modifikation. Kolb. Eine Mißdeutung des Wortes konstitutionell sey nicht möglich ohne absichtliches Hineinlegen. Es sey in der Adresse von einer Krone die Rede, was das monarchische Prinzip schon voraussetzt. Föckerer gleichfalls gegen die Modifikation. (Er und Schad gehören dem linken Centrum an.) Hegnenberg Dux scheint sich mit Wortspielen zu belustigen, ohne etwas damit zu begründen. Schad und Hegnend.-Dux streiten sich nun um die Worte: „fett" und „dürr" (Das letzte Wort hat Dux gebraucht.) **Es ist schamlos, daß die Kammer ihre Zeit so verschwendet.** Dr. Müller hält es für so klar, daß man die konstitutionelle Monarchie und nicht Republik wolle, daß er die Modifikation Dux's für überflüssig hält. Hirschberger spricht abermals für die Modifikation. Schad kommt nun auf das Programm der Linken. Er und seine Freunde vermißten darin das Wort: konstitutionelle Monarchie, aber in der Adresse halte er es für überflüssig. Stimmt gegen die Modifikation. (Er gehört dem linken Centrum an.) Forndran. Es sey erfreulich, von Allen in der Kammer die Anerkennung des konstitutionell-monarchischen Prinzips aussprechen zu hören. Es sey besser, wenn der Ausdruck klar bestimmt sey. Er stimmt für die Modifikation. Stockinger. Man habe sich im Programme ausgesprochen, in Gemeinschaft mit der Krone das Wohl des Volkes zu berathen. Er habe den Ausdruck monarchisch vermieden, weil eine Mißdeutung des Begriffs über Monarchie in späterer Zeit zum Nachtheile des Volkes führen können. Aus der Monarchie habe man früher nur den Einzelwillen des Monarchen ersehen können, ohne daß dem Volke irgend eine politische Berechtigung zugestanden worden sey.

Stöcker spricht in gleichem Sinne. Pfarrer Geyer glaubt, vor dem Mißbrauche des Wortes „monarchisch" sey man durch die Thronrede gesichert, aus der ja zu sehen, daß man Alles vom Könige zu hoffen habe. (Allgemeines Gelächter.) Griesmaier ergeht sich wieder auf juridischem Gebiete in Phrasen. Er sieht in Vermeidung des Wortes: „monarchisch" Hintergedanken. Stockinger sagt in Bezug auf Griesmaiers Worte: er wolle verhindern, daß nicht Hintergedanken in die Adresse gelegt würden, welche, habe er vorhin klar gesagt. Weitl: Dieselben, die jetzt das konstitutionelle Princip wollten, hätten es einst mit Füßen getreten. Er wirft den Fürsten alle ihre Sünden: Kabinetsjustiz, Steuerzwang, Preßbedrückung, Staatsverschwendung vor. Er kommt auf Schüler, der 16 Jahre lang um seiner Gesinnung willen in der Verbannung leben mußte. Man könne leicht mit den Partisanen das Abel'sche System verwechselt werden, wenn man einem konstitutionell-monarchischen Princip das Wort rede, so lange man nicht vor Mißbrauch geschützt sey. Eckart sagt nichts Bedeutendes, obwohl er sehr viel spricht. Er stimmt gegen die Modifikation. „So lange die Demokratie nicht mit der konstitutionellen Monarchie verbunden sey, könne er nicht für den Ausdruck: konstitutionell-monarchisch stimmen." Heinz findet ebenfalls wegen der Mißbräuche den Ausdruck gefährlich. Er kann Griesmaiers Besorgnisse nicht gerechtfertigt finden. Ein wahrer Rechtsfriede, den dieser bedroht findet, werde sich erst finden, wenn der Wille des Volkes unbedingt geschieht, wenn der Staat aufhöre, eine Pensionsanstalt für privilegirte Stände zu seyn; durch die Annahme des Ausdruckes in der Modifikation könne er gestört werden. Man sey eingedenk des Eides, aber auch des Umstandes, daß man von dem Volke hergesendet sey, um seinen Gesammtwillen auszuführen. Greiner bekämpft Griesmaiers Ausdruck Oktroyirung. Es sey unmöglich, das System der Oktroyirung in der konstitutionellen Monarchie zu wehren: Griesmaier stehe auf einem absolutistischem Standpunkt. Gegen diesen Vorwurf verwahrt sich Gries-

maier. Er stützt sich hierbei auf das Programm des rechten Centrums, das er unterzeichnet.

Müller spricht gegen die Modifikation. Kolb hält den Ausdruck „monarchisch“ für unverfänglich. Er beweist dies durch mehrere Absätze des Maj.-Entwurfs. Aber durch den Ausdruck, den man hineinlegen wolle, finde er, daß man alle alten Mißbräuche, das alte System zurückführen wolle. Ob man dieses oder die März-Errungenschaften wolle. Hegnenberg-Dux erwehrt sich gegen diese Beschuldigung. Das habe er nicht mit seiner Modifikation sagen wollen. Er habe das alte System bekämpft, zu einer Zeit, wo mancher Andere es nicht gewagt. Liest dann eine Stelle vor, durch die er beweisen will, wie er die konstitutionelle Monarchie verstehe. (Diese Stelle ist aus Rotteck's Werken.) Hanitz. Der Sieg der Linken von gestern scheine böses Blut gemacht zu haben. Die Linke habe nicht nöthig, ihre Grundsätze zu vertheidigen; es seyen die der Märztage. Deßwegen sey man hier, und es sey eine schöne Aufgabe. Durch den Eid, den man dem Könige geleistet auf die Verfassung, bleibe kein Zweifel, was die Linke wolle. Sonst müsse man sie für meineidig halten. Geyer (kath. Pfarrer) glaubt, sein Wahlbezirk werde ihn verachten, wenn er nicht für das Wort „monarchisch“ stimme. Die Kammer verlangt Schluß der Debatte, der mit 61 gegen 58 verworfen wird. Freudensprung. Es handle sich darum, was dem Volke und was dem Könige gehören solle. Er frage, ob die Kammer den bayerischen König gestellt wolle, wie den englischen? Er weist auf die Zeit Olivier Cromwells zurück. Er geht in historischen Ausführungen durch ganz Europa, so daß die Kammer Zeichen der Unruhe gibt. In der konstitutionellen Monarchie müsse der König kein Schattenkönig, sondern ein König mit Macht seyn. Auch die Krone müsse Macht haben. Die Frage sey, ob man nicht dem König diese Gewalt lassen wolle, ob man sie ganz allein dem Volke überlassen dürfe. Wenn es sich vom Wesen handle, sey konstitutionell genug, vom Modus aber, stimme er für konstitutionell-monarchisch. (Lachen.) Roßbach. Er und seine Partei erkenne gleichfalls kein oktroyirendes Prinzip, keinen Absolutismus; sie wollen die Märzerrungenschaften und ihre Fortbildung in der konstitutionellen Monarchie. Wie jetzt das Wort aufgefaßt worden sey, stimme er u. seine Partei für die Modifikation. Thinnes sagt nichts Neues. Die Definitionen Kolb's und Waibl's hätten ihn stutzig gemacht. Damit sey gesagt, unter der Monarchie sey so viel gesündigt worden, daß man sie nicht annehmen wolle. Dies sey seine Folgerung. Es entstehe die Frage, in welcher Regierungsform das Glück zu finden sey. Er finde es in der konstitutionellen Monarchie und schließt sich Roßbach's Erklärung an, und stimmt dafür, der Krone Macht und das Recht der Berathung zu geben. Boye: Durch den Art. 7 des Maj.-Entwurfes sey schon klar ausgesprochen, daß mindestens der König gleiches Recht, gleiche Macht mit dem Volke theile; sohin sey Mißdeutung unmöglich. Wohl aber sey später eine Mißdeutung zum Schaden des Volkes möglich; deßhalb stimme er gegen die Modifikation.

v. Scheurl: Ein absolutistisches Einschmuggeln könne nicht nachgewiesen werden für ihn und seine Freunde. Er und seine Freunde hätten zwar jetzt auf das wohlfeile Vergnügen verzichtet, das alte System täglich anzugreifen; sie hätten es zur rechten Zeit gethan. Man könne ihnen also nicht den Vorwurf des Absolutismus machen. Schiund schwätzt lauter Unsinn. Wie konnte man einen solchen Deputirten wählen?!! Kühl glaubt, man müsse sehr vorsichtig mit dem Worte seyn. Hegnenberg-Dux: Anfangs habe er geglaubt, es stünde blos der Grund der Ueberflüssigkeit dem Worte seiner Modifikation entgegen. Im Lauf der Diskussion habe sich der Standpunkt verändert. Er wies noch einmal entschieden jede Verdächtigung zurück, daß er mit dem Worte: „monarchisch“ das alte System zurückführen wolle. Dieses System falle nicht der konstitutionellen Monarchie zur Last, sondern der damaligen Schwäche der öffentlichen Meinung. Werde diese wieder schwach, so werde das alte System wiederkehren. Er werde dem konstitutionell-monarchischen System treu bleiben. Er müsse bei seiner Modifikation bleiben, um so mehr, als er wüßte, daß ein großer Theil des Volkes an diesem Schlagwort: „monarchisch“ hänge; denn die Menge verstehe die Deduktionen des Hauses nicht. Er wünsche, daß nichts Ueberflüssigeres in diesem Hause gesprochen werde, als diese Worte. Stockinger: Die Fassung des Majoritätsentwurfes §. 8, wegen welcher die Rechte und das erste Centrum Nebengedanken vorwerfe, sey ja gerade vom Centrum durch Scheurl vorgeschlagen und von der Linken in der jetzigen Fassung angenommen worden. Die Frage bleibe einfach die, ob man die Märzerrungenschaften verfolgen, oder den alten Zustand vor den Märztagen zurückführen wolle.

Stockinger, der Hegnenberg-Dux widerlegen will, beweist, daß seine Angaben richtig seyen. Scheurl's Modifikation zu diesem § 8 wird mit 70 Stimmen (Majorit.) verworfen, jene des Grfn. Hegnenberg-Dux mit 66 gegen 63 verworfen. (Also das Wort: **monarchisch** verworfen!!!) Der Adreßentwurf der Majorität wird mit derselben Majorität unverändert in folgender Fassung angenommen:

Als nothwendiges äusseres Kennzeichen des konstitutionellen Prinzips, das Ew. königliche Majestät gleich uns in voller Wahrheit festhalten wollen, betrachten wie vor Allem ein verantwortliches und auf das Volksvertrauen sich gründendes wahres Gesammtministerium als ausschließliches Organ der Regierung.

Zu Zusatz 9 bringt Scheurl wieder eine Modifikation vor, gegen die Stockinger spricht und die gegen 58 Stimmen verworfen wird. — Zu dem nämlichen Absatz liegt eine Modifikation des Abg. Schmid, Landrichter, vor, der für die Bevormundung der Gemeinden spricht. Die Gemeinden bedürften einer wohlwollenden Curatel. Er sey nicht für eine kleinliche Beengung der Magistrate, aber für eine „volksthümliche Oberaufsicht“ (!!!) — Seine Modifikation wird nicht unterstützt. —

Beide Modifikationen werden mit Majorität verworfen; § 9 des Majorit.-Entw. wieder mit Majorität in unveränderter Fassung angenommen, wie folgt:

Wir erachten für unerläßlich die Durchführung des Repräsentativ-Systems durch alle Stufen des Staats-Organismus, damit auch wir dem hohen Ziele jedes freiheitliebenden gebildeten Volkes, dem Ziele der Selbst-Regierung immer näher kommen. Eine freie Gemeinde- und Kreisverfassung, entfesselt von jeder lästigen und hemmenden Bevormundung und dem Unsegen unmäßiger Beamtenherrschaft, wird den Gemeinden gestatten, die sittliche und bürgerliche Ordnung zu schützen; sie wird ihre Theilnahme am Gemeinsamen und Vaterländischen erhöhen.

Das für Bayern so vorzüglich wichtige Interesse der Landwirthschaft, der Zustand des Handels und der Industrie, der gesunkene Wohlstand des eigentlichen Gewerbestandes, so wie die Lage der arbeitenden Klassen erheischen die sorgfältigste und weiseste Berücksichtigung; ein entschiedenes Bedürfniß ist möglichst baldige Vollendung der Hauptlinien unserer Eisenbahnen, kräftiger Schutz der deutschen Arbeit, Anbahnung neuer Wege für ihren Absatz und eine durchgreifende Verbesserung der gewerblichen Einrichtungen mit Zugrundlegung des überall so heilsam wirkenden Prinzips der Selbstvertretung.

Das zugesicherte Gesetz über die allgemeine Landesbewaffnung ist eine Anforderung nicht nur der Nützlichkeit, sondern auch der Nothwendigkeit, um so mehr, als durch deren volksthümliche Organisation eine Verminderung des stehenden Heeres und folgeweise Erleichterung der Staatslasten erreicht werden würde. Die Abgeordneten müßten glauben, die Pflicht rückhaltloser Offenheit gegen Regierung und Volk zu versäumen, würden sie nicht auf Verminderung der Abgaben, Einführung eines den Kräften der Einzelnen entsprechenden Steuersystems und einer durchgreifenden Reform auf legislativem Wege im Erziehungs- und Unterrichtswesen in allen seinen Gliederungen und Abstufungen ihr Augenmerk richten. Das durch diese großen Anforderungen bedrohte Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Staates wird nur durch die strengste Sparsamkeit im Staatshaushalte aufrecht erhalten werden können, besonders dadurch, daß überflüssige Institute, wozu sie auch den Staatsrath in seiner jetzigen Gestalt rechnen, beseitigt, die Verwaltung möglichst vereinfacht, sowie alle zu hohen Bezüge aus der Staatskasse vermindert und auf das gehörige Maaß zurückgeführt werden.

Zu Abs. 10 wieder eine Modifikation von Scheurl und eine von Hirschberger. Die Letztere sagt nichts, als was schon gestern gegen die Gewerbefreiheit gesagt wurde. (Nur sagt er schlecht, was Andere gut sagten.) Bei Postabgang spricht Schad (sehr langweilig und schlecht, wie immer). — Es scheint, die Majoritäts-Adresse wird ganz angenommen. — Die Linke siegt immer.

(München, den 6. Februar.) Die Augsb. allgemeine Ztg. äußert folgendes über Hrn. v Abel, den Führer der Ultramontanen, denen er als Minister soviel auf Kosten der übrigen Konfessionen gethan. Hr. v. Abel sprach heute ausführlicher aber schwächer als je. Da er seinen alten Standpunkt nicht aufgab, und doch keinen Anstand nahm, Liebe für Freiheit, für Selbstständigkeit der Gemeinde und Widerwillen gegen Willkürherrschaft zu äußern, so war es wohl zu erklären, daß das sonst sehr gemäßigte Auditorium in einen Sturm der Entrüstung und des Hohnes ausbrach. Er hat selbst seinen Gegnern die Waffe in die Hand gegeben, ihn für alle Zukunft unschädlich zu machen.

△ (Nürnberg, den 8. Februar.) Täglich laufen Schreiben ein, auch von unbedeutenden Orten, welche Exemplare der Adresse an die Generalsynode und Einzeichnungslisten fordern. Merkwürdig ist besonderes ein Schreiben von Kempten, von einem lutherischen Geistlichen und einem Rechtskundigen Magistratsrath unterzeichnet. Nach Kempten waren keine Exemplare der Adresse gegangen. Die Kemptner bedauern in dem Briefe, daß man von ihnen glaube, sie nähmen an der Sache kein Interesse; in ihrer Gegend herrsche ein aufgeklärter Geist und ein reges Leben. Noch ehe sie von der Nürnberger Adresse gehört, hätten sie eine große Versammlung gehalten, eine ganz ähnliche Adresse beschlossen, und an die Generalsynode abgesandt. Sie böten den Nürnbergern die Bruderhand, man möge sie nicht zurückweisen! — Das sind gewiß gewichtige Zeichen der Zeit!

Freie Städte. (Frankfurt, 7. Febr.) Während der Verfassungsausschuß die zweite Lesung fördert, bereiten sich die Regierungen vor, ihre Erklärungen abzugeben. Mehrere Bevollmächtigte haben, wie wir vernehmen, bereits die darauf bezüglichen Instruktionen erhalten, auch mit dem preussischen Minister, Herrn Camphausen, eine vorläufige Berathung gepflogen. Einige andere, welche diese Instruktionen mündlich einholen wollen, sind täglich zurückerwartet. Von Baden ist der Staatsminister, Herr v. Dusch, selbst hier anwesend, und Bayern hat in der Person des Ministerialraths Weber einen eigenen Bevollmächtigten zum Zwecke der Verfassungsberathung ernannt. Dieser ist durch eine Schrift über die deutsche Verfassung bekannt, welche schon vor einigen Monaten, gleichsam als eine offizielle Meinungsäusserung der bayerischen Regierung, an die Mitglieder der Nationalversammlung vertheilt worden. Sie verlangt an der Spitze Deutschlands ein Direktorium. Von der österreichischen Regierung ist noch immer nichts eingelaufen. — Es ist nun beim Präsidium der Nationalversammlung, in den Klubs und im Schooße des Reichsministeriums die Frage aufgeworfen worden, bis zu welchem Tage man den Regierungen noch Raum lassen könne, um ihre Erklärungen einzureichen. So sehr auch Jeder fühlte, daß die Billigkeit gebiete, eine nicht zu kurze Frist anzusetzen, so wenig ließ es sich doch verhehlen, daß Gefahren auch mit dem Zuwarten verbunden seyen, und man soll, wie wir vernehmen, dahin übereingekommen seyn, mit der zweiten Lesung der Verfassung am Montag den 19. Februar zu beginnen. Bis dahin sind von heute an zehn Tage. Erwägt man aber, daß die preussische Note mindestens am 27. Januar in den Händen einer jeden deutschen Regierung war, so ergeben sich volle drei Wochen Zeit für jede derselben, sich über Fragen zu erklären, die nun seit bald einem Jahre in jedem Munde erörtert werden. Tage sind Jahre in diesem Augenblick, und die Nationalversammlung erschöpft das äusserste Maß, indem sie so nahe am lang ersehnten Ziele eine so peinliche Pause mache. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 7. Februar.) Es laufen aus mehreren deutschen Ländern Nachrichten ein, welche melden, daß die demokratischen Vereine einen Aufstand vorbereiten. Die Nachrichten sind so übereinstimmend, daß an ihrem Inhalte leider nicht zu zweifeln ist. Wir sagen „leider,“ nicht weil wir irgend Besorgniß vor dem Gelingen solcher wahnsinnigen Pläne hegten, sondern weil den Feinden der Freiheit dadurch der erwünschte Anlaß zu dem höhnischen Ausrufe gegeben würde: „Seht, wohin die Grundrechte führen; mit der Freiheit befriedigt ihr nicht, ihr reizt nur!“ Wenn unsere „Volksmänner“ nur einen Funken politischen Verstandes besäßen, sie müßten aus allen Kräften dahin wirken, daß von nun an durch Beobachten strenger Gesetzlichkeit von Seiten des Volkes die Unwahrheit des oft gehörten Satzes bewiesen würde, „mit so ausgedehnten Freiheiten, wie die Grundrechte sie gewähren, sey nie und nimmer zu regieren, und es werde sich bald zeigen, daß sie ungeschmälert nicht fortbestehen können.“ (Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 6. Februar.) Der preussische Gesandte in London, Herr Bunsen, welcher bei den Friedensunterhandlungen mit Dänemark in London die provisorische Centralgewalt vertreten wird, steht im Begriffe, von hier abzureisen. Die Instruktionen, welche Herr Bunsen erhalten, entsprechen natürlich der Absicht der Centralgewalt, den Frieden mit Dänemark abzuschließen, ohne die Interressen der Her-

zogthümer zu benachtheiligen und der Würde Deutschlands zu nahe zu treten. Die Instruktionen lauten demzufolge für die Selbstständigkeit Schleswigs in Unzertrennlichkeit von Holstein. Ist in dieser Hauptfrage ein Verständniß erfolgt, so werden die unterhandelnden Theile nun rascher über alle andern Punkte zur Einigung gelangen, da der Nothschrei der materiellen Interessen den Wiederausbruch der Feindseligkeiten nicht zuläßt und schon deßhalb eine Prolongation des Waffenstillstandes eintreten, würde, müßte das nicht schon wegen der Friedensunterhandlungen geschehen. (D. Z.)

(Frankfurt, den 7. Februar.) Unseren Landsleuten an der Ost- und Nordsee können wir aus sicherer Quelle die Nachricht mittheilen, daß, soweit die Diplomatie über Krieg und Frieden zu bestimmen hat, es so gut wie gewiß ist, daß noch vor Ablauf dieses Monats der Waffenstillstand mit Dänemark verlängert werden wird. (D. Z)

Hannover. Hannover, 5. Januar.) In der dritten Sitzung unserer zweiten Kammer hielt der Abg. Elissen eine Rede, woraus wir folgende Stelle erwähnen: Es ist gesagt: der König betrachte es als heilige Pflicht, für die Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands kein Opfer zu scheuen, wenn nur die Verfassung so geordnet werde, daß das Land seine Lasten tragen könne und der freien innern Entwicklung keine verderblichen Fesseln angelegt werden. Ich wünsche, daß die Volksvertreter hierauf erwiedern, wie sie in den von der Reichsregierung verkündeten und am 18. Januar in Kraft getretenen Grundrechten des deutschen Volks die sicherste Gewähr für die Beseitigung solcher verderblichen Fesseln erkennen, die der freien innern Entwicklung hinderlich seyn könnten, und daß hinsichtlich jener Lasten des Landes etwa noch hinzugefügt werde: „man gebe sich der Hoffnung hin, daß ein hochherziger Akt der Einschränkung und Entsagung an Allerhöchster Stelle das erfreuliche Signal zu möglichster Erleichterung der vielbeklagten Lasten geben werde. (Z. f. N.)

Hessen. (Darmstadt, 5. Februa.) Auf der Tagesordnung der zweiten Kammer der Stände des Großherzogthums stand heute ein Antrag des Abg. Lehne, die Publikation der Beschlüsse der Reichsversammlung und deren Rechtskraft betreffend. Der Antrag lautet dahin: die Kammer wolle die Staatsregierung ersuchen, zur Beseitigung jeden Zweifels die Erklärung durch das Reg.-Bl. zu veröffentlichen, daß alle Beschlüsse der Reichsversammlung zur Erlangung der Rechtskraft im Großherzogthum keiner andern Publikation bedürfen, als jener, welche durch das Reichsgesetzblatt erfolgt. Das Resultat der ausführlichen Diskussion, an welcher sich die Abgg. Schenck, Krug und Mohr, so wie der Ministerpräsident Jaup gegen, und die Abgeordneten v. Rabenan II., Vollhard und Görtz für den Antrag betheiligten, war, daß die Kammer den Antrag mit 28 gegen 9 Stimmen verwarf, und in Betracht, daß es sich von selbst verstehe, daß die Reichsgesetze lediglich durch ihr Erscheinen im Reichsgesetzblatt gesetzliche Gültigkeit im Großherzogthum erlangen, wie denn auch die Staatsregierung diese Ansicht als richtig erkennt und sie durch die Verordnung vom 18. Okt. v. J. ausgesprochen habe, nach einem Amendement des Abg. Schenck einstimmig zur motivirten Tagtsordnung überging. Die neun Abgeordneten, die für den Antrag des Abg. Lehne gestimmt hatten, stimmten später auch für diese motivirte Tagesordnung, da sie erklärt hatten, persönlich nicht den mindesten Zweifel an der Gültigkeit der Reichsgesetze auch ohne die vorgeschlagene Bekanntmachung zu haben, und nur durch dieselbe vielen jetzt schon auftauchenden Zweifeln vorbeugen, und die Gültigkeit der Reichsgesetze über alle Ansichten, und gegen jeden Wechsel der Personen und Zeiten sicher stellen zu wollen. Ferner stand neben mehreren Gegenständen lokaler Natur ein Antrag des Abg. Hillebrand: die Stellung der politisch Angeklagten vor das Schwurgericht betreffend, nebst einem ähnlichen Antrag dieser Art, auf der Tagesordnung. Die Kammer beschloß nach dem Antrage der Minorität ihres Ausschusses: die Regierung um Erlaß eines transitorischen Gesetzes zu ersuchen, wonach die Aburtheilungen aller wegen Preßvergehen oder politischer Vergehen sowohl bereits anhängigen Untersuchungen, als noch anhängig gemacht werdenden Untersuchungen, insofern hinsichtlich beider die Beschuldigten oder civilrechtlich Betheiligten nicht eine frühere Entscheidung begehren, bis zum Eintritt der Wirksamkeit der Gesetze vom 28. Oktober und 31. Dez. 1848 über die Schwurgerichte, ausgesetzt bleibt. (Fkft.-O.-P.-Z.)

Sachsen. (Dresden, den 5. Februar.) [12. öffentliche Sitzung der II. Kammer.] Auf der Registrande befand sich ein königliches Dekret, die Einführung der Grundrechte betreffend. Staatsminister Oberländer beantwortete die Interpellation Blöde's über die an die Kammeen zu bringenden Gesetzvorlagen dahin, daß die Ministerien in angestrengtester Thätigkeit gewesen seyen, und die Gesetze bald an die Kammern gelangen würden. Auf die Interpellation Tzschirner's: ob die Regierung die bekannle Cirkularnote der preussischen Reglerung erhalten habe u. s. w., bemerkt Staatsminister v. d. Pforten: die Regierung habe die Note erhalten; aber noch keine Erklärung darauf gegeben, zumal die Aufforderung zu einer solchen nicht so bindend sey. Der Kompetenz der Kammern werde auch durch eine Erklärung durchaus nicht zu nahe getreten werden. (Leipz. Z.)

(Dresden, den 5. Februar.) Der heute ausgegebene Bericht der außerordentlichen Deputation zur Prüfung der Robert Blum's Tödtung betreffenden Fragen bezeichnet im Allgemeinen es „als einen Uebelstand des ganzen Verwaltungswesens, daß in selbiges noch zu viel Leute eingreifen, die den neuen Umschwung der Dinge und die hieraus herzuleitenden Obliegenheiten nicht erkennen.“ Dies sey auch mit dem Gesandten v. Koenneritz der Fall. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Altona.) Die „H. W. Nachr.“ bringen folgende allarmistische Nachricht aus Flensburg vom 3. d. Abends, die angeblich auf telegraphischem Wege gekommen seyn soll: „Das Kopenhagener Ministerium ist gestürzt, der König hat einen mißlungenen Fluchtversuch gemacht und wird jetzt vom Volke bewacht. Man schreit nach Krieg und will sofort in Schleswig einfallen.“ Der Flensburger Berichterstatter sagt: „Wir referiren, wie uns berichtet ist, ohne die Mittheilung verbürgen zu können.“ Wir fügen hinzu, daß die Kopenhagener Blätter vom 2. auch nicht einmal ein Verzeichen einer solchen Begebenheit enthalten.

Schwarzburg-Rudolstadt. (Arnstadt, den 4. Februar.) Die von Woche zu Woche erwartete Bekanntmachung der Grundrechte ist endlich im gestrigen Regierungsblatt erfolgt. (D. A. Z)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Fr. Mayer.

Anzeigen.

Mit einer Beilage.

✠ Erste deutsche Kolonie in Kalifornien.

Schon seit dem 3. März 1848 haben sich in Kalifornien, 140 engl. Meilen südlich von San Francisco, ungefähr 200 Mann, größtentheils Deutsche, angesiedelt und eine deutsche Kolonie gegründet, um deutsche Sitten, deutsches Treiben (haben eine Bibliothek der besten deutschen und englischen Klassiker, wozu Jeder 10 Schill. beitragen muß) in dieses bis dahin noch so wenig bewohnte aber schöne Land zu verpflanzen. — Die Kolonie hat noch keinen Namen, die Mitglieder der Gesellschaft sind aber unter der Benennung: Steffenson'sche Corps, 2 Detachement New-York Volunteers for California-Farm near San Francisco bekannt, und bestehen aus gebildeten Handwerkern, Oekonomen, Künstlern u. s. w. Mehrere dieser Kolonisten bildeten einzelne Abtheilungen, welche sich zu gemeinschaftlichen Arbeiten und gegenseitigem Schutze auf gewisse Jahre verpflichteten. —

Eine dieser Abtheilungen besteht aus folgenden Mitgliedern:

1) Otto Bornig, Jurist — — — — — aus Meissen.
2) Joh. Dracker, Bäcker — — — — — „ Würtemberg.
3) Max Sauerwald, Maler — — — — „ Petersburg.
4) Throner, Kaufmann — — — — — „ Nürnberg.
5) Fried. Schulze, Oekonom — — — — „ Berlin.
6) C. Schrodt, Konditor — — — — — „ Bayern.
7) C. Kreger, Schneider — — — — — „ Ungarn.
8) Schumacher, „ — — — — — „ H. Darmstadt.
9) C. Bader, Schmied — — — — — „ Trier.
10) R. Marx, Tischler — — — — — „ Bingen.
11) Wohlgemuth, Bildhauer — — — — „ Mainz.
12) Leopold Blechschmidt, Geometer und Architekt „ Holzminden.

Zur Begründung der deutschen Kolonie empfing ein Jeder einen Kaufbrief von 160 Acres freies Land — auf äußerst fruchtbarem, gut bewässertem Boden, meist mit üppigem Graswuchs, Waldungen (eine Art weiße Fichte bis zu 180' Höhe u. s. w.) Alle Getreidearten, Gemüse, Früchte und auch Wein gedeihen herrlich. — Das Klima ist warm und sehr angenehm.

W (Vom Hesselberg.) Die nebelfinstern, stickstoffschwangern Tage der vergangenen Tage sind wahrlich ein ganz getreues Bild unserer politischen Schwüle, die insbesondere dessen Brust nicht zusagt, der in freierer Gebirgsregionen mit den befiederten Sängern der Natur der hehren Freiheit Fülle in vollen Zügen genießt. Ein derartiger — jedes über das gewöhnliche Thun und Treiben serviler Alltagsmenschen hinausgehende Streben vergiftende — Temperaturwechsel, führt ohnedem schon kränkelnde Pflanzen einem sichern Tode entgegen, und impft auch gesunden Gebirgskräutern jenen erschlaffenden Stoff ein, der ein ferneres Keimen zur reinen Unmöglichkeit macht. Ist nun gar schon der Gärtner ein Schurke; hat dieser am Verkrüppeln seine teuflische Freude; verzieht er die schönen Alpenröschen in dumpfen Gewächshäusern; reizt er langsam reifende Stammgewächse treibhausmäßig zum schnellern und darum unnatürlichen Wuchse; stutzt er unsere edlen Kernstämme nach französischer Art zu und macht sie so bei Zeiten verkümmern: dann Erbarmen mit dir, du schöne herrliche Natur! du Mutter so hoffnungsvoller Kinder! Doch, alle Hoffnung ist noch nicht verloren! Man muß eben auf den jeweiligen Garteninspektor sein Vertrauen setzen, der ja ein Kenner der Gärtnerei, ein Freund der Kultur, ein seinem Berufe gewachsener Mann seyn kann! Wenn er es nur wirklich wäre! So aber pfeift er seinem Gärtner die Tänze vor und dieser muß wohl oder übel, wie sonst der deutsche Michel überhaupt, darnach hüpfen; er ist auch nur ein Freund von Treibhausgewächsen, ein Spötter vollsaftiger, lebenskräftiger Sprößlinge einer markigen triebfähigen Flur; stutzt frische Zweige bis zum Verbluten zu; hätschelt bleichsüchtige Keimlinge aus schwindsüchtigem Samen zu völligen Unnaturen; stümpert sie rechtzeitig zu lauter noli metangere; knickt sie schon während der Blüthenzeit zu liebenswürdigen Duckmäusern und biegt und bindet, und dreht und windet so lange, bis sie, wie die kopfhängerische Sonnenblume, sammt und sonders nach der Sonne schauen. Diese Sonne ist nun der Generalinspektor sämmtlicher Gärtner und Aufseher. Daß dieselbe ihre milden Strahlen derlei folgsamen Söhnen reichlich spendet, bedarf keiner Auseinandersetzung. Ein herablassendes Lächeln belohnt diese Sclavenseelen genugend für ihre Mühe; ein huldvoller Blick läßt ihnen jahrelange Pflege vergessen, ein geneigtes Nicken der heuchlerischen Sonnenblumen ist ihnen hinreichender Beweis, daß sie ihre Schuldigkeit trefflich gethan und die hoffnungsvollen Pflänzchen nach „höherm Willen" frühzeitig geknickt haben. Uebrigens können solche feile Knechte auf keine würdige Belohnung Anspruch machen; sie haben sich ihre Aemtchen erschlichen und erkauft, wenigstens eine gute Censur erkrochen und müssen dafür — schweigen. Erst kürzlich bot ein Garteninspektor einem Gärtner eine bessere Stelle an; das Anerbieten wurde mit Dank und Freude von dieser Schildkröte in die Tasche gesteckt und beide bedachten nicht, daß ein Höherer einen rechten Strich durch ihre des Fundamentes entbehrende Rechnung machen würde. Sie verkauften die Haut und hatten den Bären noch nicht! Was mussen sich wohl diese „Freunde" ins Ohr raunen lassen?! Dennoch freuet euch ihr Schlingpflanzen und Schmarotzergewächse! Jauchzet, ihr Nesseln und Disteln, euch hat die Stunde der Erhebung geschlagen, ihr sollt die Nahrungs- und Zierpflanzen der Menschheit werden! Sättigt nun vor allen Dingen den danaidenfaßartigen Kameelmagen eurer hohen Gönner, verbrennet aber ihre Eingeweide nicht, damit sie von der Nesselsucht frei bleiben! Und du bescheidene Distel, du Lieblingsgericht aller Esel und dummköpfigen Zwei- und Vierfüßler, lege deine scharfen Zähne ab und wisse, daß solche Herren nicht einmal das Kitzeln, viel weniger das Stupfen und Stechen vertragen können! — Wenn nun so viel „Hohe" und auch etwelche „Niedere" an der Verziehung der Pflanzenwelt so eifrig arbeiten, so darf es uns nicht wundern, eine Umgestaltung der Natur eintreten zu sehen. Vielleicht suchen solche Freunde beschränkter Miniaturausgaben unser Gewächsreich in die Periode zu versetzen, die unsern Altvordern ihren kräftigen Wuchs, ihre einfachen Sitten und ihre Zufriedenheit in großem Maaße raubte, bis sie endlich von ihrem großen Armin — dem die Jetztwelt, wieder in ihren angewohnten Schlummer versinkend, ein Denkmal setzt — zur Freiheit geführet wurden! — — — — Es erscheinen doch aber gute Gartenbücher; kann man denn aus ihnen nicht lernen, wie man in unsern Tagen und in unserm Klima kultiviren muß? Man kann es wohl! Viele gaben sich auch Mühe, dem alten Schlendrian den verdienten Abschied zu geben. Und, Gott sey es gedankt, daß seit einigen Monden wenigstens den meisten Gärtnern die Augen aufgegangen sind! Aber es gibt leider! hie und da noch einen, der täglich erscheinende, dem Geiste des freien Fortschritts huldigende Blätter wie das „fränkische Zeitungsmittel" ein schmutziges, zur Unzufriedenheit aufreizendes Blatt nennt, der den freien Boten „des Friedens und des Kriegs" seiner radikalen Richtung wegen verunglimpft, und ein anderes an demselben Orte erscheinendes konservatives (reaktionäres) Blatt allenthalben empfiehlt. *) Lasset sie plaudern, schmähen und lästern diese hohlköpfigen Schlotteräpfel! Sie haben ihren Lohn dahin! Sie suchen nur das Ihre, fragen nichts nach der Zukunft, leben nur der Gegenwart und vergessen, daß sie der Nachwelt Fluch auf sich laden! Wollten doch alle Gärtner nach rationellen Grundsätzen, nach naturgemäßen Erfahrungen ihre Pflanzen pflegen und begießen, Gott wird gewiß sein Gedeihen nicht versagen! Das Wahren des Odems Gottes gibt ihnen Kraft, auch die Unbill zu ertragen, stärkt ihren Muth und wenn auch hie und da aus schwarzer Wolke ein Blitzstrahl fährt, er zündet nicht! Es ist ein kalter Strahl! Dabei müssen wir aber auf der Hut seyn! Weil in jüngster Zeit den meisten Gärtnern die Freiheit juckt, ein würdigeres Loos ihnen winkt; da und dort ein Strahl der Hoffnung leuchtet: so werden sie um so schärfer bewacht und mit Argus-Augen gehütet. So hat in jüngster Zeit ein Generalgarteninspektor an seine sämmtlichen Gartenaufseher den Auftrag ergehen lassen, da es rathlich erscheint, so möchten sie die Stimmung der gesammten Pflanzenwelt eines Bezirks erforschen, um auf diese Weise sicher herauszubringen, ob sie mit der bisherigen Gartenkunst und ihrer Beaufsichtigungsweise zufrieden wären oder nicht. Da hat sich nun bei der Ueberzahl der verwitterten Holzbirnbäume, der saftlosen Weidenstämme, der verkrüppelten Wildlinge und der Unzahl von Schlingpflanzen und Schmarotzergewächsen das voraussichtliche Resultat ergaben, daß sie mit den Pflanzen mit verwachsenen Pistillen und Staubbeuteln ihre kurzen und langen Hälse für das „es soll beim Alten bleiben" emporstreckten. Ich aber mit den meisten meiner Mitgärtner will das Gartenland tüchtig bearbeiten; die Pflänzchen fleißig hegen und pflegen, damit die kranken gesunden und die gesunden erstarken, um so eine Baumschule heranzuziehen, die die alten Storren erröthen, die Moose und Flechten genesen macht oder letztere wenigstens so weit schult, daß sie selbstständig ihre Säfte einsaugen und aus eigener Fülle emporstreben können. Damit Gott befohlen, zu dessen Ehre wir pflanzen! Möge er unser Streben mit Segen krönen.

Deutschland.

Sachsen. (Gotha, 31. Jan.) Im Verfolg der in Bezug auf die Grundrechte von unserer Abgeordneten-Versammlung angenommenen Prinzipien, die der Partikulargesetzung erweiternde Zusätze gestatten, hat dieselbe in ihren letzten Sitzungen in die Verfassungsurkunde ein besonderes Kapitel mit der von dem Regierungskommissär Kopp vorgeschlagenen Ueberschrift aufgenommen: „Die reichsgesetzlichen Grundrechte bilden einen Bestandtheil der Verfassung des Herzogthums Gotha, es wird aber in dieser Beziehung noch Folgendes näher festgesetzt und bestimmt." Sodann hat man die Volksrechte noch um zwölf Paragraphen erweitert und erläutert, deren hauptsächlichste Bestimmungen dahin lauten: a) „Es besteht für alle Staatsangehörige des Herzogthums Gotha die Verpflichtung zur gleichmäßigen Mitübertragung der Staatslasten. Bleibende Befreiungen (Exemtionen) von dieser Verbindlichkeit dürfen nicht bewilligt werden." b) „Niemanden kann künftig das Recht verliehen werden, seinem Namen eine Adelsbezeichnung beizusetzen. c) „Kein Staatsangehöriger darf forthin einen Orden annehmen; denen, die solche bereits besitzen, soll das Tragen derselben nicht verwehrt seyn." d) „Für den Vermögensnachtheil, welchen ein Staatsbürger durch bösliche Absicht oder grobe Fahrlässigkeit eines Staatsbeamten als solcher erlitten hat, haftet der Staat, vorbehaltlich seiner Rückentschädigungsansprüche an den schuldigen Beamten." e) „Moratorien, Monopolien und Privilegien dürfen nicht mehr verliehen werden. f) „Jeder Staatsangehörige hat das Recht, entweder allein oder in Verbindung mit Mehreren sich mit Bittschriften oder Beschwerden an die Staatsbehörden und an die Abgeordnetenversammlung zu wenden", wobei der vorgeschlagene Zusatz: „und Bescheid darauf zu erwarten," abgelehnt wurde. g) „Das Vermögen milder Stiftungen darf unter keinerlei Vorwand dem Staatsvermögen einverleibt oder für andere als die stiftungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Wo diese jedoch nicht mehr zu erreichen sind, kann Verwendung zu andern ähnlichen Zwecken mit Zustimmung der etwa dabei Betheiligten, und, sofern es sich um allgemeine Landesanstalten handelt, mit Einwilligung der Abgeordnetenversammlung eintreten. Der in Frankfurt ausgesprochene Grundsatz über das Jagdrecht wurde ohne die Beschränkung aufgenommen, welche die zweite Lesung der Grundrechte zu Tage gefördert hat, indem unser neues, schon vor Monaten erschienenes Jagdgesetz, das bei dem überhandnehmenden Jagdunfug nicht länger zurückgehalten werden konnte, lediglich auf die Grundsätze der ersten Lesung basirt ist.

(Frkft. O.-P.-Z.)

Sprech-Saal.

Vom 28. Jan. — 1 Febr. war ich in München anwesend und bin daher im Stande, da ich den Verhandlungen der II. Kammer beigewohnt, Ihnen Einiges über dieselben mitzutheilen, um so mehr, als Ihr dortiger Referent mir klagte, daß seine Briefe durch die Post verworfen worden seyen! Die Verhandlungen betriffen die Wahlbeanstandungen Schmitt's und Crämers, und besonders erstere ist von Wichtigkeit für Nürnberg. Die Details, die ich geben werde, sind, soviel ich weiß, in Nürnberger Blättern nicht berührt worden. Wie schon bekannt, hatte sich die Linke aus wohlerwogenen Gründen gegen

*) Anm. Obwohl nicht hieher gehörig, kann ich die sich mir aufdrängende Frage doch nicht unterdrücken. „Ist es denn wahr, daß den Seminaristen Schwabachs das Lesen der „Mittelfr. Ztg." und des „Nürnberger Kuriers" auf „höheren Befehl" untersagt ist?" Zur Steuer der Wahrheit wäre diese Frage einer Antwort werth. (Allerdings ist diese Frage zu bejahen. Anm. der Redakt.)

die Gültigkeit der beiden Wahlen entschieden, hingegen beschlossen, mit aller Entschiedenheit auf einer Neuwahl für beide Abgeordnete zu bestehen, welcher Antrag, wie Sie wissen, mit sehr großer Majorität zum Beschluß erhoben wurde. Allgemein wurden von der Linken Schmitts und Krämers Verlust bitter beklagt, allein man hegte die Ueberzeugung, daß Beide doch wieder gewählt und sonach ihre Stimmen der guten Sache des Volkes nicht entzogen würden. Dies sprechen die meisten Mitglieder offen aus, besonders drückte ein Abgeordneter sich ungefähr in folgender Weise aus: „Wir wollen einer gewissen Partei keine Gelegenheit bieten, die Linke mit ihrem Schlangengifte noch mehr zu begeifern. Schon höre ich die ultramontanen Blätter in die Lärmtrompete stoßen, um die Linke zu verdächtigen, man habe das Gesetz mit Füßen getreten, um die Gesinnungsgenossen zu behalten.

Höre man doch jetzt schon täglich, wie die Linke verdächtigt werde, wie man die lächerlichsten Gerüchte ausstreue, wie man kein Mittel scheue, das linke Centrum von der Linken zu trennen, um die abgefallenen Sünder zurückzuführen in den Schooß der alleinseligmachenden Rechten. Herr v. Scheurl, der angeblich für Aufrechthaltung beider Wahlen sprechen wollte, aber doch, wie er im Verlauf der Rede selbst sagte, mit aller Entschiedenheit sich gegen die Neuwahl erklären müsse, berief sich, je nachdem es ihm gutdünkte für seinen Zweck, einmal auf das alte, einmal auf das neue Wahlgesetz. Bei Greiner's und Weidls Reden, daß man den Willen der Wähler achten müsse, daß die Wahlmänner doch wieder die Männer ihres Vertrauens wählen würden, erhob sich lauter Beifall. Ein allgemeines zweifelhaftes Lächeln zeigte sich auf die von dem Abg. Dr. Greiner an den Berichterstatter gestellte Anfrage, warum er zwei der wichtigsten, zu Gunsten der Aufrechthaltung der Wahl Schmitts sprechenden Aktenstücke, nämlich den Beschluß des Gemeinde-Kollegiums in Nürnberg und die Entlassungsurkunde aus Frankfurt, bei den Vorlagen nicht verlesen habe, worauf der Referent, Dr. Mayer versetzte, diese Dokumente habe er zu spät erhalten (obgleich 40 Stunden vor der Verhandlung!!) und daß er dieselben auch unaufgefordert **am Schlusse** der Debatte noch vorgelesen haben würde. (!?) Neue Methode eines Berichterstatters! Greiner und Stöcker erwiederten, der Bericht sey doch erst vom 30. Jan. datirt, worauf Hr. Dr. Mayer versetzte, dann müsse er sich im Datum geirrt haben. (Allgemeines Gelächter.) Die kluge Taktik der Linken in dieser Sache hat sich bewährt, schon dadurch, daß sie streng auf dem Boden des Gesetzes geblieben, streng sich an den Buchstaben des Gesetzes gehalten hat, und die ex officio erfolgte Beanstandung bei der zu erwartenden Konsequenz der Wähler ohnehin ohne Folgen ist. Gehörten Schmitt und Krämer der Rechten an, wer weiß, ob dieses offiziöse Gefühl der tgl. Einweisungs-Kommission dann dieselbe zur Beanstandung dieser Herrn geführt hätte.

L. M.....t.

* (Nürnberg, den 9. Februar.) Die letzte große Ueberschwemmung hat zwei Künstlern Stoff zu Darstellungen gegeben, welche beide, wenn gleich von verschiedenem Interesse sind. Kupferstecher A. Marx hat das Käserhaus, das durch das Hochwasser seinem Untergang zugeführt wurde, durch den Stahlstich vervielfältigt und diese Darstellung ist in der That eine so durchaus gelungene zu nennen, daß sie als eine Zimmerzierde sehr zu empfehlen ist. Ferner hat Kupferstecher Schroll eine Zeichnung geliefert, welche durch Rothbart lithographirt worden ist. Auf derselben befinden sich die von dem Wasser hauptsächlich heimgesuchten Theile der Stadt in niedlichen Abbildungen und ein beigefügter Plan stellt den Umfang der Ueberschwemmung in genauer Bezeichnung dar. Auch diese Arbeit darf mit allem Rechte der Theilnahme empfohlen werden.

† (Nürnberg, 9 Febr.) Durch die plötzliche Entfernung des Herrn Clarot sind die Mitglieder unseres Theaters in nicht geringe Kalamitäten versetzt. Nichts destoweniger bieten dieselben Alles auf, dem Publikum genußreiche Abende zu verschaffen, indem sie eine Reihe ausgezeichneter Opern geben wollen, und auch notable Gäste, wie Frl. Achilles im Abonnement vorführen. Auch die nennenswerthe Oper Martha von Flotow wird eben einstudirt. Das verehrliche Publikum wird deßhalb diesem anerkennenswerthen Streben durch einen recht zahlreichen Besuch wohl die sachdenklichste Unterstützung gewähren.

(Aus der Grafschaft Glatz, im Febr.) [Der Teufel als Wahlkandidat.] Der Wunsch, bei den Wahlen am 22. vorigen Monats berücksichtigt zu werden, hatte einen Bauerngutsbesitzer im Habelschwerder Kreise veranlaßt, bei einem seiner Nachbarn, einem sehr beliebten, ihm aber abholden Manne, die Rolle des leibhaftigen Teufels zu spielen. In der Nacht vor dem verhängnißvollem Wahltage findet er sich, mit Hörnern, langem Schwanze und andern teuflischen Abzeichen versehen, in der Schlafstube seines Nachbars ein, weckt ihn durch dumpfes Gebrüll und befiehlt ihm, seinen ganzen Einfluß in der Gemeinde darauf zu verwenden, daß jener Bauergutsbesitzer (nämlich er selbst) gewählt würde, weil sonst ihm und der Gemeinde Pestilenz und andere Uebel bevorständen. Der erschreckene Nachbar, vielleicht ein wenig abergläubisch, verspricht den Befehlen des Teufels nachzukommen, worauf sich derselbe entfernt. Zu seinem Unglücke werden ihn einige Kettenhunde gewahr, von denen sich der eine losreißt und auf den armen Teufel losspringt. Dieser flüchtet sich in seiner Angst auf die an den Kuhstall angelegte Brandleiter und bleibt auf dem Dache desselben sitzen. Durch das wüthende Gebell der Hunde aufgeweckt erscheinen mehrere und immer mehrere Leute, welche dem auf dem Dache zusammengekauerten Teufel durch fleißiges Bewerfen mit Schneebällen dermaßen zusetzen, daß derselbe endlich um Pardon bitten und beschämt den Grund zu seiner Verkappung angeben muß. — Buchstäblich wahr! (Bresl. Ztg.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 11. Februar 1849. № 42. Sonntag: Euphrosina.

Entwurf des Reichswahlgesetzes für das Volkshaus.

Für die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause sollen folgende Bestimmungen gelten: Art. 1. §. 1. Wähler ist jeder selbstständige unbescholtene Deutsche, welcher das fünf und zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat. §. 2. Als nicht selbstständig, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen, sollen angesehen werden: 1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen, oder über deren Vermögen Konkurs- oder Fallitzustand gerichtlich eröffnet worden ist, und zwar letztere während der Dauer dieses Konkurs- oder Fallitverfahrens; 2) Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben; 3) Dienstboten; 4) Handwerksgehülfen und Fabrikarbeiter; 5) Tagelöhner. §. 3. Als bescholten, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen, sollen angesehen werden: 1) Personen, welche wegen Diebstahls, Betrugs oder Unterschlagung oder welche wegen eines andern Verbrechens zu einer Zuchthaus-, Arbeitshaus-, Festungsarbeitsstrafe oder zum Verlust der staatsbürgerlichen Rechte durch rechtskräftiges Erkenntniß verurtheilt und in ihre Rechte nicht wieder eingesetzt worden sind; 2 Personen, welche des Rechts zum Wählen rechtskräftig für verlustig erklärt worden sind. §. 4. Mit dem Verlust des Rechts zu wählen für eine Zeit von vier bis zwölf Jahren, außer den durch die Strafgesetze bestimmten oder zu bestimmenden Strafen, ist zu belegen: wer bei den Wahlen Stimmen erkauft, seine Stimme verkauft, oder mehr als einmal bei der für einen und denselben Zweck bestimmten Wahl seine Stimme abgegeben, oder als Beamter seine Stellung zur Einwirkung auf die Wahlen mißbraucht hat. Art. II. §. 5. Wählbar zum Abgeordneten des Volkshauses ist jeder selbstständige unbescholtene (§. 2. 3.)) Deutsche, welcher das fünf und zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat. §. 6. Staatsdiener bedürfen zur Annahme der auf sie gefallenen Wahl keiner Genehmigung ihrer Vorgesetzten. Art. III. § 7. In jedem Einzelstaate sind Wahlkreise von je 100,000 Seelen, der nach der letzten Volkszählung vorhandenen Bevölkerung zu bilden. §. 8. Ergibt sich in einem Einzelstaate bei der Bildung der Wahlkreise ein Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen, so ist hiefür ein besonderer Wahlkreis zu bilden. Ein Ueberschuß von weniger als 50,000 ist unter die anderen Wahlkreise des Einzelstaates verhältnißmäßig zu vertheilen. §. 9. Kleinere Staaten mit einer Bevölkerung von wenigstens 50,000 Seelen bilden einen Wahlkreis. Diejenigen Staaten welche keine Bevölkerung von 50,000 Seelen haben, werden mit andern Staaten, nach Maßgabe der Reichswahlmatrikel (Anlege A.) zur Bildung von Wahlkreisen zusammengelegt. §. 10. Die Wahlkreise werden zum Zweck des Stimmenabgebens in kleinere Bezirke eingetheilt.

Art. IV. §. 11. Wer das Wahlrecht in einem Wahlbezirke ausüben will, muß in demselben zur Zeit der Wahl seinen festen Wohnsitz haben. Jeder darf nur an Einem Orte wählen. Die Garnison der Soldaten soll nur dann als fester Wohnsitz gelten, wenn sie seit 6 Monaten nicht gewechselt worden ist. §. 12. In jedem Bezirke sind zum Zweck der Wahlen Listen anzulegen, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen werden. Diese Listen sind spätestens vier Wochen vor dem zur ordentlichen Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht auszulegen, und dies öffentlich bekannt zu machen. Einsprachen gegen die Listen sind binnen acht Tagen nach öffentlicher Bekanntmachung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten vierzehn Tage zu erledigen; worauf die Listen geschlossen werden. Nur Diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind. Art. V. §. 13. Die Wahlhandlung ist öffentlich. Bei derselben sind Gemeindemitglieder zuzuziehen, welche kein Staats- oder Gemeinde-Amt bekleiden. Das Wahlrecht muß in Person ausgeübt, die Stimme mündlich zu Protokoll abgegeben werden. §. 14. Die Wahl ist direkt. Sie erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreis abgegebenen Stimmen. Stellt bei einer Wahl eine absolute Stimmenmehrheit sich nicht heraus, so ist eine zweite Wahlhandlung vorzunehmen. Wird auch bei dieser eine absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so ist zum dritten Mal nur unter den zwei Kandidaten zu wählen, welche in der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos §. 15. Stellvertreter der Abgeordneten sind nicht zu wählen. §. 16. Die Wahlen sind im Umfang des ganzen Reichs an einem und demselben Tage vorzunehmen, den die Reichsregierung bestimmt. Die Wahlen, welche später erforderlich werden, sind von den Regierungen der Einzelstaaten auszuschreiben. §. 17. Die Wahlkreise und Wahlbezirke, die Wahldirektoren und das Wahlverfahren, in so weit dieses nicht durch das gegenwärtige Gesetz festgestellt worden ist, werden von den Regierungen der Einzelstaaten bestimmt. Anlage A.: Reichswahlmatrikel. Zum Zweck der Wahlen der Abgeordneten zum Volkshaus werden zusammengelegt: 1) Liechtenstein mit Oesterreich. 2) Hessen-Homburg mit Großherzogthum Hessen. 3) Schaumburg-Lippe mit Hessen-Kassel. 4) Hohenzollern-Hechingen mit Hohenzollern-Sigmaringen. 5) Reuß älterer Linie mit Reuß jüngerer Linie. 6) Anhalt-Köthen mit Anhalt-Bernburg. 7) Lauenburg mit Schleswig-Holstein. 8) Lübeck mit Mecklenburg-Schwerin. Reichsgesetz über die Tagegelder und Reisegelder der Abgeordneten zum Reichsgesetz. Die Mitglieder des Staatenhauses und des Volkshauses erhalten ein Tagegeld von 7 Gulden rheinisch, und eine Reisekosten-Entschädigung von 1 Gulden für die Meile sowohl der Hinreise als der Rückreise.

Deutschland.

Bayern. †°(München, 8. Febr.) [Schluß der 7. Sitzung der Kammer der Abg.] Schad hat das Wort. Er mißbraucht es eine Stunde, um den Abs. 10 des Majoritäts-Entw. zu begründen, da er Mitglied der Adreß-Kommission (der einzige Gewerbetreibende in derselben, weshalb er auch lediglich hineingewählt wurde) war. Unter andern hohlen Phrasen (auswendig gelernt) bringt er auch diejenige, daß die soziale Frage bald der politischen über den Kopf wachsen werde. Hr. v. Scheurl habe geglaubt, die Eisenbahnen seyen nicht so nothwendig, so wenig als manches Andere, was doch dringendes Bedürfniß für den Handel sey. v. Scheurl sucht Schads und andere Angriffe zu widerlegen, was ihm nicht gelingen will, weshalb der schon gestern bezeichnete Majoritätsmann seine Modifikation, wie schon mehrere, zurückzieht, was die Kammer mit großem Vergnügen genehmigt. (v. Scheurl scheint überhaupt nur seinen Minoritäts-Entwurf verfaßt zu haben, um dem Lande für fünftägige Debatten ca 5—6000 fl. Kosten zu machen; denn bei allen Begrundungen seiner Modifikationen hören wir immer dieselben Worte, daß seine Fassung dem Maj.-Entw. gleich sey; aber dennoch müsse er darauf bestehen.) Rohrbach spricht gegen den Adresse-Entwurfs-Paragraphen und gegen Gewerbefreiheit, will die Grundrechte, aber mit Vorbehalt, obgleich er anerkennt, daß die Nat.-Vers. über uns stehe. — Binder sagt: Bayerns Nerv liege im Ackerbau; es sey daher die heiligste Pflicht, dem Landbauer unverkümmert nach dem Geiste der Neuzeit alle Verheißungen in Erfüllung zu bringen. Ein Kulturgesetz fehle noch. Er stimme für Einbringung eines Kulturgesetzes und Revision des Ablösungsgesetzes. Forndran wünscht den alten Schutz der Gewerbe. Eine Gewerbefreiheit könne man zur Zeit nicht brauchen. Stimmt für Hirschbergers Modifikation. Erhielten wir Gewerbefreiheit, was sicher bevorstehe, so würden die Gewerbe noch mehr zurückkommen, als jetzt. Man müsse das Proletariat zu verhindern suchen. Es bestehe ein Widerspruch gegen die Grundrechte, aber nicht gegen sie als solche, sondern lediglich in der Befürchtung in Betreff des §. 3. derselben. Man müsse Bayern das Mark des Lebens nicht nehmen wollen.

Reinhard will blos den Unterschied zeigen, wie früher die Adressen auf Thronreden gehalten wurden, geht dann auf den Ruin der Gewerbe über. Er werde das Ministerium angreifen, nicht die Minister, nur ihr System. Geht zum Ackerbau über. Man habe auf falsche Weise diesen heben wollen, durch landwirthschaftliche Feste. Er habe nie einem beigewohnt; es müsse aber, das könne er sich denken, ein schöner Anblick seyn, die größten Ochsen rc. zu sehen. (Sein Vortrag erregt auch heute fortwährende Heiterkeit.) Er kommt auf das fluchwürdige System Abel's, das den Wohlstand zerstörte, auf das Abelsche Verdummungssystem. Wo nichts für die Gewerbe geschehen sey, wie in Bayern, dürfe man nicht hoffen, daß etwas für den Handel geschehe. Man möge nur die zwecklose Binnenkontrolle in Bayern betrachten. So ein Binnenkontrolleur sey ein wichtiger Mann, ohne dessen Unterschrift man beim Zollamt nichts ausrichten könne. Die ungerechte Besteuerung sey hauptsächlich im Lokalaufschlag zu finden. Der große Nachtheil der noch auf dem Lande liege, sey immer noch dem fluchwürdigen System Abels zuzuschreiben, es sey für Bayern die ägyptische Plage, aber diese Plage sey nicht untergegangen im rothen Meer, sondern in einer spanischen Kloake. v. Abel: Er habe in Berücksichtigung des § 7. der Geschäftsordnung bisher gegen alle Vorwürfe geschrieben. Er erkenne das Recht an, einem Manne des öffentlichen Wirkens, besonders einem Minister, Rechenschaft abzufordern. Beschuldigungen der Presse könne man mit Schweigen übergehen; der Kammer aber stehe das Recht hiezu zu, aber mit Anstand müsse es geschehen.

Man habe seinem System zuerst die Vernachlässigung der Straßen- und Flußbauten vorgeworfen. Als er das Ministerium 1837 angetreten, sey das Budget hiefür bereits festgesetzt gewesen; die darin bestimmten Summen seyen zu dem angegebenen Zwecke verwendet worden. — Es sey ferner von Seiten eines Redners der Ausdruck gebraucht worden, es überfalle ihn ein Schauer, wenn der Mann von freisinnigen Ideen spreche, der 1837 für körperliche Züchtigung das Wort gesprochen. Nachdem er das Ministerium angetreten, habe er eine alte Verfügung, welche wegen Rohheit in wiederholten Fällen gegen junge Bursche körperliche Züchtigung anordnet, in Erinnerung bringen lassen. Was heiße das? Vor 8 Jahren erst sey in auswärtige Gesetzbücher die körperliche Züchtigung aufgenommen worden, wenn er nicht irre, in das sächsische oder hannöver'sche. Sonst wußte er zu seiner Entschuldigung nichts zu sagen.

Man habe ferner vom Verdummungssystem gesprochen; wenn er aber die Blicke rings in diesem Saale umherwerfe, so sehe er darin die beste Widerlegung; wäre dieses System wirklich 10 Jahre lang mit solcher Energie gehandhabt worden, als man ihm vorwerfe, so könne er nicht begreifen, wie alle diese Kräfte der Intelligenz noch möglich seyen, die er hier um sich sehe. —

Dann spricht er davon, was er für Universitäten, Gymnasien und Unterrichtsanstalten gethan!! Dann habe ein anderer Redner eine ganze Reihe Beschuldigungen gegen das fluchwürdige System Abel vorgebracht, man habe ihn beschuldigt, er habe die edelsten Männer verbannt und in Kerker geworfen, man habe besonders auf einen Mann dabei hingewiesen, den er so hoch verehre, der in diesem Hause sitze, (Schüler). Als jener Akt geschehen, sey er in Griechenland gewesen, und nie seyen ihm während seiner Geschäftsführung die Akten solcher

politischen Strafurtheile zu Gesicht gekommen. — Er habe nie einen Verbannungs- oder Verdammungsakt während seines Ministeriums für politische Vergehungen verfügt. — Ebenso unrichtig sey es, daß er das Steuerbewilligungsrecht in eine Steuerbewilligungspflicht verwandelt habe. Wie hätte dies auch in meiner Macht gestanden? Noch heute ist ja den Ständen das Recht der Steuerverweigerung nicht eingeräumt. Denken Sie nur an die neuesten Ereignisse in Preussen! Denken Sie an den deshalb von der deutschen Nat.-Vers. erlassenen Beschluß!! Auch der Verschwendung von Millionen sey er beschuldigt. Er vermöge nicht zu begreifen, woher sie gekommen; denn den Ständen sey über alle Einbringungen vollständige Rechenschaft abgelegt und diese von ihnen anerkannt worden. Und die frühere Kammer, worin ein Thon-Dittmer, habe doch auch ihre Pflicht erkannt. — Auch den Preßzwang habe man diesem fluchwürdigen Systeme zugeschoben, obgleich solcher zufolge Bundesbeschlusses während der Zeit eingeführt wurde, wo er nach Griechenland verbannt war. Die Censur über innere Angelegenheiten sey unter seinem fluchwürdigen Systeme schon seit 1846 milder als je gewesen. (Hört! Hört!!) Und den Vorwurf, als habe er Gewissenszwang geübt, zu entkräften, weist er auf die Verfassungsurkunde; an diese habe er sich streng gehalten. (Eine hübsche Verfassung!) Daß er die Protestanten verhöhnt, davon spreche ihn sein Gewissen frei. Er wisse nichts davon. An der Kniebeugung habe er nicht den entferntesten Antheil gehabt, das habe sein König selbst erklärt. Die Herrschaft des Clerus und einen dienenden König betr. ff., habe er sich keinen Vorwurf zu machen; er wünsche einen starken König, und habe immer gehört, daß der Clerus sich eher über Beschränkungen unter ihm beklagt habe. Dann kommt er auf Baumwolle, Runkelrübenzucker, Zollverein, Binnenzölle, Malzaufschlag, Mehlaufschlag und weist alle darauf bezügl. Vorwürfe zurück. Alle diese Verordnungen seyen vor ihm, nicht durch ihn eingeführt. — 1840 habe Bayern seine Pflichten gegen den drohenden Feind erfüllt und dadurch seinen deutschen Sinn bewiesen.

Was den Schluß des Vorredners (Reinhard) betreffe, so verstehe er, was damit gemeint sey. Er habe damals das erste Wort gesprochen, als er gesehen, wie es stehe. Er habe seine ganze Existenz und die einer geliebten Familie auf das Spiel gesetzt, um das zu thun, was seine Ehre geboten. Er habe kein Vermögen, aber er habe eine Pension von 2500 fl. genommen und sey zurückgetreten, ja er habe 6000 fl. auf dem Gesandtschaftsposten in Turin zugesetzt. Alle diese Opfer habe er seiner Ehre, seiner Ueberzeugung gebracht. Die Geschichte werde über Manches richten. *Er habe seinen Rücken nie gebeugt!!* — Nach Abel spricht Hirschberger noch ein paar Worte, die nichts sind als Wiederholung dessen, was er schon früher gesagt, und Begründung seines Zusatzes zu §. 11 des Major.-Entwurfes. Dieser Zusatz wird mit 68 gegen 61 Stimmen verworfen. Abs. 10 der Maj. des Adr.-Entwurfs *einstimmig* angenommen, wie folgt: Das für Bayern so vorzüglich wichtige Interesse der Landwirthschaft, der Zustand des Handels und der Industrie, der gesunkene Wohlstand des eigentlichen Gewerbstandes, sowie die Lage der arbeitenden Klassen erheischen die sorgfältigste und weiseste Berücksichtigung; ein entschiedenes Bedürfniß ist möglichst baldige Vollendung der Hauptlinie unserer Eisenbahnen, kräftiger Schutz der deutschen Arbeit, Anbahnung neuer Wege für ihren Absatz und eine durchgreifende Verbesserung der gewerblichen Einrichtungen mit Zugrundelegung des überall so heilsam wirkenden Prinzips der Selbstvertretung. Der Sieg der Linken ist entschieden. Morgen um 9 Uhr ist die nächste Sitzung. Zu erwähnen ist, daß unter denen, welche mit der Linken stimmten, 33 Gewerbtreibende sind, wovon 15 Realrechte besitzen. Diese stimmten also für unbedingte Einführung der Grundrechte. Herr v. Abel, der seinen Vortrag beinahe als eine Darlegung seines Systems ankündigte, hat eigentlich nichts, als Unwahrheiten gesagt, aber mit einer bewunderswürdigen Dialektik, die momentan seine Gegner bestach.

†* (München, 8. Febr. Nachts halb 12 Uhr.) Eben endet die Sitzung des Klubs der Linken im bayer. Hofe, und ich eile, Ihnen noch Bericht in Kürze zu ertheilen. Es wurde beschlossen: 1) eine Kommission zu ernennen, welche die an die Mitglieder des Klubs eingehenden Anträge zur Vorlage an die Kammer prüfe und über die Vorlage entscheide. Die Kommission wurde sogleich gewählt und Dr. Greiner als Depositor der Anträge ernannt. 2) Die Ernennung einer Kommission zum Entwurf eines Landrechts-, Gemeinde- und Ausscheidungs-Gesetzes. Sodann wurde vorgeschlagen, das Ministerium wegen der heutigen ungewöhnlichen Militärdemonstrationen zu interpelliren. Einige Klubmitglieder trugen vor, was sie darüber gehört. Demnach hätte man Unruhen befürchtet, einen Angriff auf das Ständehaus und die Kammermitglieder. Diese habe die Polizei schützen wollen. Nach einer anderen Version war es auf Katzenmusiken abgesehen. Nach einer dritten Version habe eine gewisse Klasse Bürger eine Adresse an den König einreichen wollen, die Entlassung der Minister nicht anzunehmen und in Folge der ausgesprochenen Annahme der Grundrechte habe man Unruhe befürchtet. *Der Vorschlag der Interpellation wurde verworfen* und Dr. Greiner hatte recht, wenn er, wie Heinz, der Ansicht war, er sey des Hauses unwürdig, solche kleinliche Dinge zu berühren. So lange die Regierung den Gesetzboden nicht verlasse, müsse man schweigen, geschehe dies, werde man zu handeln wissen. Ferner wurde beschlossen, in Gemeinschaft mit dem linken Centrum (das heute vom Klub der Linken eingeladen war) einen Bericht oder eine Erklärung an das Volk zu erlassen und darin über die Abstimmung in der Adresse und die Haltung und Beweggründe der Linken dem Volke Klarheit zu geben. Das ist aber auch nothig; denn Sie haben keine Idee, wie die Rechte, die Bureaukraten, Adeligen Pfaffen, das Volk bearbeiten (besonders den ungebildeteren Theil), wie sie durch verbrauchte Phrasen von Gewerbefreiheit und Freizügigkeit es gegen die Linke, die Partei seiner wahren Freunde aufhetzen, damit sie nur ihre Sonderinterressen wahren, die (durch die Grundrechte allerdings zum Glück einmal untergehen. Es ist die heilige Aufgabe der guten Presse, das Volk zu belehren, daß es die Linke gut mit ihm meine, daß sie nicht die Republik, sondern die konstitutionelle Monarchie, aber keinen Mißbrauch derselben zum Schaden des Volkes wolle, daß das Volk, um seine Souveränetät zu wahren, die Nat.-Vers. in Frankfurt als seine höchste gesetzgebende Autorität erkennen müsse, daß die Grundrechte ihm seine heiligsten Rechte allein gewährleisten und daß durch eine Gewerbeordnung und ein Heimathsgesetz alle Befürchtungen verschwinden; denn es sey doch klar, daß die Vertreter des Volkes nicht des Volkes Untergang, sondern sein Wohl wollten. Zu welchen von ihnen es aber dieses Vertrauen nicht haben kann, die muß es mit aller seiner Macht zwingen, abzutreten. Zur Abfassung der obenerwähnten Erklärung an das Volk sind 3 Mitgl. der Linken und 3 des linken Centrums gewählt. Man sprach heute Abend von Maueranschlägen die Folgendes enthielten: Das souveräne Volk ernennt Wallerstein und Pfeufer zu Ministern. (Ungeheure Ironie!) Zu Gesicht ist mir keiner gekommen, denn dies nur als Gerücht. Die Adresse an den König um Nichtentlassung der Minister soll wirklich cirkuliren. Von welcher Partei sie ausgeht, ist klar. Haben die Minister Ehre im Leib, können sie nicht bleiben, nachdem trotz ihrer Gegenentwürfe die Grundrechte unbedingt mit Majoritätät durchgingen. Wollte man aber die Kammer dem Ministerium opfern und sie auflösen, dann wehe der Regierung! So sehr sie auch einen Grund zu diesem Gewaltschritte und ein Berliner Belagerungszuständchen wünscht, so sehr sie dasselbe prophezeit, das Volk in seinem richtigen Takte wird ihr diesen Grund nicht geben.

†* (München, 9. Febr. Morgens ½9 Uhr vor Postabgang.) Die Nacht ging ruhig vorüber. Noch ist nichts bestimmt; aber man sagt, der König habe die Entlassung der Minister nicht angenommen. Es ist dies für jetzt noch Gerücht ohne alle feste Grundlage. Die Regg. hat also wieder einmal sich lächerlich gemacht, indem sie ihre Grundrechte (so nennt man hier Kuirassiere, überhaupt Soldaten) in solcher Macht aufbot. Auf der Tagesordnung der heute früh 9 Uhr beginnenden Sitzung steht: Vorlesung des Protokolls der 7. öffentl. Sitzung. — Bekanntgabe des Einlaufs. — Fortsetzung der Berathung und Schlußfassung über die Adresse an S. M. den König.

Vortrag des Sekretärs des 6. Ausschusses über die geprüften Anträge der Abgeordneten; Berathung und Schlußfassung über die Zuläßigkeit der von dem Ausschusse zur Vorlage an die Kammer der Abgeordneten geeignet befundenen Anträge. Unter den Einläufen wieder mehrere die Grundrechte betr. — Verwahrung von ein paar Landgemeinden (Oberbayern) gegen §§. 3. 4. 5. 21 und 27 eines Entwurfs der Gewerbeordnung — eine andere Verwahrung gegen §. 3 der Grundrechte. Sonst nichts Erwähnenswerthes.

†* (München, den 9. Februar.) Die Ministerkrisis läßt noch keine Lösung voraussetzen. Als Kombination trägt man heute folgende Mitglieder: Stockinger, Willich, Hegnenberg-Dux, Lerchenfeld. Der Letztere war bereits gestern beim König. Wir können keinen rechten Vereinigungspunkt für die verschiedenen Farben finden, denen diese Männer angehören. *Stockinger* hat, glaube ich, am meisten Aussicht auf ein Portefeuille. Möge sich der König der Linken in die Arme werfen; dies wird guten Eindruck im Volke machen. Die Reaktionspartei bereitet heute einen großen Fackelzug für den König vor, nach einem unten folgenden Aufruf, jedenfalls also eine Demonstration gegen die Linke und den erfochtenen Sieg derselben, und eine Huldigung des ministeriellen Reaktions-Prinzips. Wenn der König solch' plumpen Demonstrationen in die Falle ginge, dann wüßten wir wahrlich nicht, was wir von unserer Krone zu denken hätten. Dann — gute Nacht Märzerrungenschaften! Aber auch va banque den schlechten Regierungsgelüsten! Uebrigens geht noch immer sehr stark das *Gerücht* von einem Fackelzug für Abel. Es ist sogar wahrscheinlich, denn der Verdummungspartei ist nichts zu dumm. Und Hr. v. Abel ist ja der große Agitator für dieses Verdummungssystem.

Aufruf und Einladung.

Eine große Anzahl der Bürger Münchens hat im Einvernehmen mit dem Verein für konstitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit in den jüngsten Ereignissen eine dringende Aufforderung erblickt, ihre Gesinnung für Deutschlands Größe und Bayerns Wohl öffentlich kund zu geben. Sie wollen ein großes, ein mächtiges, ein freies und unverstümmeltes Deutschland mit Einschluß aller Stämme; sie wollen aber auch Bayerns konstitutionelle Monarchie und seine volle Freiheit und Selbstständigkeit in seinen innern Angelegenheiten, *welche sie durch eine unbedingte Einführung der Grundrechte gefährdet sehen*, gegen jede Willkühr gewahrt und den Wohlstand aller Klassen in Stadt und Land vollständig gesichert wissen. Sie werden daher heute Abend zur Kundgebung dieser ihrer heiligen Ueberzeugung als freie deutsche Männer und gute Bayern ihrem *König*, als dem Schirmer des Rechts und der gesetzlichen Freiheit, *einen Fackelzug darbringen*, und laden Alle, welche diese Gesinnung für Deutschland und Bayerns Wohlfahrt theilen, hierdurch zur Theilnahme ein. Der Zug versammelt sich heute Abend um sechs Uhr bei der protestantischen Kirche. Die Vereinsmitglieder erhalten dort ihre Fackeln, die übrigen Theilnehmer werden gebeten, sich damit selbst zu versehen, oder, wenn der vorhandene Vorrath nicht hinreicht sich dem Zuge ohne Fackeln einzureihen. München, den 9. Febr. 1849. *Der Ausschuß für den Fackelzug.*

†* (München, den 9. Februar.) [8te öffentliche Sitzung der 2. Kammer.] (Die Tagesordnung habe ich Ihnen bereits mitgetheilt, eben so die wichtigen Einläufe: *Herr Schüler wird beim Eintritt wieder mit Applaus und Bravos von den Gallerieen empfangen.*) — Der Präsident zeigt an, daß an Darenbergers Stelle von Coulon zum Ministerial-Kommissär bei der Kammer ernannt wurde; — die Einberufung des Abgeordneten Hermann wird verfügt. — Es wird in der Diskussion des Majoritäts-Entwurfes der Adresse mit Abs. 11 und 12 fortgefahren. Vorher aber bringt Kolb eine Verwahrung gegen das preussische Kaiserthum und gegen den Ausschluß Oesterreichs von Deutschland, und die Kammer bringt auf *Müllers Antrag dem einigen und einen, dem ungetrennten Deutschland und einem kräftigen Bayern drei lebhafte Hochs.* Dagegen spricht v. Scheurl, er schließe sich der deutschen National-Versammlung auch dann an, wenn dieser Ausschluß von ihr nothwendig erkannt würde, und er stimme nicht für den Austritt der bayerischen Mitglieder aus der National-Versammlung für diesen Fall. Das linke Centrum bringt eine Erklärung zu Protokoll, daß es nicht für *unbedingte Gewerbefreiheit sey*; aber für ein einiges Deutschland und unbedingte Annahme der Grundrechte. Diese Erklärung ist also nur ein Vorbehalt gegen unbedingte Gewerbefreiheit und Freizügigkeit. Nach diesem Zwischenfalle wird zum oben erwähnten Abs. 11 geschritten. Hiezu wieder eine Modifikation Scheurls. Er will bloß eine Beschickung des Militärbudgets. Er könne nicht glauben, daß durch volksthümliche Organisation des Heeres eine Erleichterung der Volkslasten und Staatsausgaben erzielt werde. Am Schlusse sagt er: Auch er wolle ein einiges Deutschland, auch er unbedingte Unterwerfung unter die Reichsgesetze, auch er alle Konsequenzen der Märzereignisse. Nur alles mit dem gesetzlichen Rechte und mit dem monarchisch-konstitutionellen Prinzip in Einklang gebracht. Die Modifikation Scheurls wird mit 69 gegen 55 Stimmen verworfen. Abs. 11 und 12 des Majoritäts-Adreß-Entwurfes werden mit derselben Majorität angenommen, eben

so Absatz 13, 14, 15 ohne Diskussion mit noch größerer Majorität. Der Schluß des Majoritäts-Adreß-Entwurfes wird einstimmig angenommen. Absatz 13 bis Schluß lautet:

Euere Kgl. Maj. hochherzige Gesinnungen bürgen uns dafür, daß Sie zur Erreichung möglichster Verminderung der Staatsausgaben selbst mit einem großmüthigen Beispiel vorangehen werden. Mit Freimuth und Hingebung werden wir unseren Beruf erfüllen und das unserer Bewilligung und Zustimmung unterliegende Budget gewissenhaft prüfen, vermögen aber unser Bedauern nicht zu unterdrücken darüber, daß durch eine gegen die Bestimmungen der Verfassung verspätete Einberufung uns die Gelegenheit hiezu nicht früher geboten wurde. Möge der Allmächtige seinen Segen spenden zum gemeinsamen Wirken zwischen König und Landtag, damit hieraus reiche Saat entsprieße zum Heil Bayerns und unseres deutschen Gesammtvaterlandes. Euerer Königlichen Majestät treugehorsamste Kammer der Abgeordneten.

Staudner will im Eingange das: „Allerdurchl. Großmächt. König“ und am Schluß das „allerunterth. treugehorſ.“, was Stockinger widerlegte. Er beweist durch die Geschäftsordnung, daß die Kammer diese submisse Formel nicht anzuwenden brauche. Bergmann behält sich einen besonderen Antrag hierüber vor. Es wird gegen wenige Stimmen, die in dem Majoritätsentwurfe gebrauchte Courtoisie-Formel: „Königl. Majestät“ und „treugehorsamste Kammer der Abgeordneten“ angenommen. Dann wird nach Usus die ganze Adresse nochmals vorgelesen. Die Linke hat in allen Punkten gesiegt, da sie auch die definitive Abstimmung am Schluß mit 72 gegen 61 St. den Maj.-Adreß-Entw. annimmt. Nun beginnt der Sekretär des 6. Ausschusses seinen Vortrag über die geprüften Anträge der Abgeordneten. Zur Berathung des betreffenden Ausschusses wird unter anderen zugewiesen: Ein Antrag, die Ausnahmsbestimmung des Jagdgesetzes in Bezug auf die Krone, die Jagdrechts-Uebung im Umfang von 3 Stunden um München, betreffend. Hegnenberg-Dux vertritt den Antrag, weil dieses Geschenk der Ausnahms-Jagd-Berechtigung um so weniger ein schätzenswerthes sey, als es nur Unzufriedenheit errege. Die Krone werde gerne darauf verzichten. Kolb glaubt, durch die Grundrechte und das Einführungsgesetz sey diese Ausnahmsbestimmung von selbst aufgehoben. Dr. Greiner erklärt, diesen Antrag sich gleichfalls angeeignet zu haben. Er bemerkt, wenn zwischen der Verkümmerung des Landmannes und dem Vergnügen der Krone zu wählen sey, werde Niemand Anstand haben, wohin er sich zu wenden. An den treffenden Ausschuß wird ferner verwiesen: ein von Dr. Grießmaier angeeigneter Antrag, pragmatische Rechte der Unteraufschläger betreffend, ferner: ein Antrag (v. Scheurl angeeignet), die materiellen Nothstände der protestantischen Kirche betreffend, ein Antrag, Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse, angeeignet von Dr. Greiner, ein Antrag Stockingers, Veränderungen der Geschäftsordnung der Kammer betreffend, welchem Föckerer seine volle Beistimmung gibt, indem er von einem Manne ausgehe, der seit langen Jahren praktische Erfahrungen habe, wird zur Verhandlung auf die nächste Sitzung vertagt. Die Sitzung wird, da die Tagesordnung erschöpft ist, geschlossen. Wann die nächste Sitzung stattfindet, ist nicht entschieden.

†† (Nürnberg, 10 Febr.) Kommenden Dienstag den 13. Februar findet die neue Wahl eines Abgeordneten zur bayerischen Ständversammlung durch die aus der letzten Urwahl hervorgegangenen Wahlmänner für hier statt. Ohne Zweifel wird der zum Abgeordneten delegirte J. Schmitt wieder gewählt werden.

† (Nürnberg, den 9. Februar.) Einer der hellsten Köpfe bei der General-Synode muß doch wohl Herr Schäzler (protestantischer Dekan in Diekenheim) seyn! Leute von reiferen Jahren erinnern sich gar wohl, wie noch vor wenigen Jahrzehnten das rationalistische System auch in den Kirchen herrschend war. Die Geistlichen konnten natürlich die Artikel von der Erbsünde, der Vergötterung Jesu, dem Satan nicht öffentlich angreifen; aber sie vermieden die Besprechung derselben auf der Kanzel und gingen im Religionsunterricht kurz darüber weg. Sie beteten nicht zu Jesus, sondern zu Gott, so weit sie nicht durch die kirchlichen Formulare zum Gegentheil gezwungen wurden. Sie erklärten die Erbsünde als die natürliche Neigung zum Bösen, die dem Menschen frei gelassen werden mußte, wenn er sich selbstständig entwickeln sollte, nicht als einen angebornen Fluch, der ihn schon von Mutterleib an der Verdammniß schuldig mache. Sie stellten Jesum dar als ein von Gott auserkorenes Werkzeug, das Menschengeschlecht zu beglücken, als einen erhabenen Weisen, und suchten über das Wunderbare, womit diese große Persönlichkeit ein finsteres Zeitalter umgeben hat, schnell hinwegzukommen. Das wußten alle Denkenden jener Zeit, die Männer, wie einen Veillodter oder Witschel gekannt und gehört haben. Allerdings war es eine sehr drückende Lage, in welcher sich diese Männer den alten Glaubensvorschriften gegenüber befanden: sie mit allen Denkenden mußten wünschen: wären doch unsere Glaubensschriften der besseren Erkenntniß unserer Zeit gemäß umgestaltet! Was will nun die Adresse an die Generalsynode? Sie will, daß diese Umänderung, welche alle Denkenden schon seit langen Jahrzehnten herbeisehnten, endlich in's Werk gesetzt werde. Hat nun Herr Schäzler unter den Hottentotten oder in einem Trappistenkloster bisher gelebt, daß er von allem Dem gar Nichts gehört hat, daß er das Verlangen der Adresse, welches von Norddeutschland namentlich in den letzten Jahren kund gegeben worden ist, so entsetzlich findet? Wahrlich, man hat zu thun, um Bayern im Auslande vor dem Geruch des Moders, der Finsterniß und Versumpfung zu wahren, welchen allem Anscheine nach die Beschlüsse dieser Generalsynode verbreiten werden.

Baden. (Mannheim, 7. Febr.) Eine schauderhafte Geschichte erregt hier die allgemeine Theilnahme. Vor beiläufig achtzehn Jahren wurde ein Schlosserlehrling zur Ausbesserung eines Glockenzugs in die Wohnung eines Hofbeamten in das großherzgl. Schloß gerufen, ging dahin ab, kehrte aber niemals zurück und war spurlos verschwunden. Die allgemeine Meinung vermuthete damals einen Mord und bezüchtigte die Frau dieses Beamten, welche in dem Rufe eines schlechten Lebenswandels gestanden, der gräßlichen That. Die Untersuchung, welche aber, wie es jetzt heißt, nicht in gehöriger Ausdehnung geführt wurde, erzielte jedoch kein Ergebniß, und die Sache beruhte endlich auf sich. Nun wurde aber gestern in dem Garten, welchen damals der Beamte besessen, nun aber in die Hände Dritter übergegangen ist, beim Graben eines größeren Loches das Skelet eines Menschen aufgefunden, welches wahrscheinlich die Ueberbleibsel jenes verschwundenen Knaben bildet. Man fand an dem Halse den Draht, der zum Glockenzuge verwendet werden sollte, in mehrfacher Umschlingung, so daß auf eine Erdrosselung geschlossen werden kann. Die Ursache der Ermordung wird aber leider ein Geheimniß bleiben, denn die Frau des Beamten, so wie der muthmaßliche Helfershelfer, sind seitdem — und zwar letzterer, gleichfalls eines Mords beschuldigt, im Zuchthause — gestorben. Der Beamte, so wie Familienangehörige des unglücklichen Knaben, leben noch, und man ist begierig, ob die Untersuchung noch einmal aufgegriffen und zu welcher Aufklärung sie führen wird. (Schw. M.)

Freie Städte. ** (Frankfurt, 8. Februar.) [166. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Austritts- und Eintrittserklärungen. Anzeige eines Flottenbeitrags von 135 Thaler aus Polnisch Posen. Hierauf Berathung über die noch rückständigen §§. des Entwurfs der Grundrechte. §. 21 des Art. V. wird in folgender Fassung angenommen: „Jeder Deutsche hat das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden schriftlich an die Behörden, an die Volksvertreter und an die Reichsversammlung zu wenden. Dies Recht kann sowohl von Einzelnen, als von Mehreren in Verein ausgeübt werden.“ Ueber §. 22: „Jeder hat das Recht, öffentliche Beamte wegen amtlicher Handlungen gerichtlich zu verfolgen, einer vorgängigen Erlaubniß der Oberbehörde bedarf es dazu nicht. Die Verantwortlichkeit der Minister ist besonderen Bestimmungen vorbehalten,“ wogegen der Verfassungsausschuß folgende Formulirung vorgeschlagen hat: „Eine vorgängige Genehmigung der Behörden ist nicht nothwendig, um öffentliche Beamte wegen ihrer amtlichen Handlungen gerichtlich zu verfolgen. Die Verantwortlichkeit der Minister ist besonderen Bestimmungen vorbehalten,“ entsteht eine Debatte. Mittermaier als Berichterstatter erklärt, der §. sey deßhalb so umgeändert worden, damit nicht auch Andere als der Verletzte sich ein Recht der Klage gegen den betreffenden Beamten aneigne. Löwe aus Calwe will die ursprüngliche weitere Fassung des §, weil sonst die dem Volke ertheilten Freiheiten auf dem Papiere blieben. Der §. wird in der modifizirten Gestalt des Ausschusses angenommen. Art. V. §. 30 lautet: „Die Besteuerung (Staats- und Gemeindelasten) soll so geordnet werden, daß die Bevorzugung einzelner Stände und Güter aufhört.“ Als Redner haben sich mehr als ein Dutzend Mitglieder einzeichnen lassen. Die zu dem Paragraphen gestellten Verbesserungs- und Zusatzanträge betreffen die mannichfaltigsten Gegenstände von der Besteuerung der fürstlichen Apanagen und Civillisten bis zum Rechte der Armen auf Unterhalt aus öffentlichen Mitteln. Der von Herrn Degenkolb für den volkswirthschaftlichen Ausschuß erstattete Bericht jedoch über die ihm übergebenen Anträge auf Bürgschaft und Schutz der Arbeit geht nicht dahin, daß ein die Arbeit verbürgender Paragraph in die Grundrechte aufgenommen werde. Er überweist vielmehr die auf Schutz der Arbeit und der Arbeiter gerichteten Eingaben dem Reichsministerium, um sie bei Entwerfung des Zolltarifs in Erwägung zu ziehen. Nachdem mehrere Redner über Arbeit und Arbeiter und damit in Verbindung gebrachte Besteuerungen, Schutz ꝛc. gesprochen, wird die Fortsetzung der Berathung auf morgen vertagt.

Hessen. (Kassel, 6. Febr.) In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung wurden nach längerer Berathung folgende Anträge angenommen: 1) Die Ständeversammlung hält es unter den gegenwärtigen Verhältnissen für dringend nothwendig, daß der kurhessische Bevollmächtigte bei der provisorischen Centralgewalt über alle durch die preuss. Cirkularnote angeregten Fragen Instruktion habe oder sofort erhalte; 2) sie erachtet den Titel des Reichsoberhauptes zwar für minder wichtig, würde aber mit desto größerer Freude einen Beschluß der deutschen Nationalversammlung begrüßen, durch welchen die Erblichkeit der Oberhauptswürde ausgesprochen würde; 3) sie hält es bei der gegenwärtigen Sachlage nicht für zweckmäßig, irgend welche Aenderungen der bisher gefaßten Beschlüsse der Nationalversammlung zu beantragen, erachtet es aber für geboten, daß durch offene Erklärung jeder Zweifel beseitigt werde, als ob seitens der Regierung oder der Stände Kurhessens den bisherigen Beschlüssen der Nationalversammlung über deutsche Verfassung die Anerkennung fehlen könne; 4) Die Beschließung endlich, diese Ansichten hoher Staatsregierung in der Hoffnung auf ein volles Einverständniß mit derselben über diese Lebensfragen des großen Vaterlandes mitzutheilen. Der erste Antrag, oder vielmehr der erste Theil des Gesammtantrags, wurde einstimmig, der zweite Theil gegen 10, der dritte gegen 3 Stimmen und der vierte gegen 1 Stimme angenommen. (D. Z.)

Oesterreich. (Hermannstadt, 18. Jan.) Heute früh wurde unsere Stadt durch dumpfe Gerüchte alarmirt, Mediasch sey nach einem für unsere Waffen ungünstigen Gefecht von unsern Truppen geräumt und von den ungarischen Insurgenten eingenommen. Das Unglaubliche bestätigt sich. (Ostd. P.)

Oldenburg. (Oldenburg, 5. Febr.) Civilliste oder Dotation? die Frage ist heute entschieden worden. Der Vermittlungs-Vorschlag des Ministeriums, nach welchem halb das Eine, halb das Andere stattfinden soll, ist heute von dem Landtage bei namentlicher Abstimmung mit 26 gegen 5 Stimmen (Wibel I., Luerssen, Lindemann, Ellerhorst und Böckel) angenommen worden. Eine vierstündige recht vielseitige Besprechung ging voraus, vor einer ungewöhnlich großen Zuhörermenge, welche mit der gespanntesten Aufmerksamkeit den Verhandlungen folgte. Fast keiner der Abgeordneten blieb eine ausführliche Begründung seiner Abstimmung schuldig. (Wes. Z.)

Preussen. (Berlin, 6. Februar.) Der Lieutenant v. Bockmann (3. Dragonerregiment) in Bromberg ist von seinen eigenen Kameraden denuncirt worden, im November v. J. demokratische Gesinnungen ausgesprochen und gegen einige Offiziere geäussert zu haben, daß er, wenn das Militär in Berlin auf das Volk schieße, sofort seinen Abschied nehmen würde. In Folge dieser Denunciation ist Hr. v. Bockmann zu seiner verantwortlichen Vernehmung auf den 24. Januar d. J. vor den Ehrenrath geladen worden, hat indessen erklärt, daß er dieser Ladung nicht Folge leisten könne, weil er die Kompetenz des Ehrenraths in dieser Angelegenheit bestreite und die in der Verfassung vom 5. Dez. jedem Preussen zugestandene Befugniß, seine Meinungen frei äussern zu dürfen, auch für sich als Militär in Anspruch nehmen müsse, weil ferner die Ehrengerichte im grassesten Widerspruche zu Art. 7 der Verfassung ständen. (Nat.-Z.)

Sachsen. (Dresden, 6. Febr.) [10. öffentl. Sitzung der I. Kammer.] Ueber die Differenzpunkte in den Beschlüssen beider Kammern in Betreff der deutschen Oberhauptsfrage — nämlich den nur von der II. Kammer angenommenen Antrag: die Regierung aufzufordern, daß sie sie sich in gleichem Sinne wie die Volksvertretung erkläre — eröffnet zunächst Präs. Joseph die Debatte. Heubner, der früher gegen einen ähnlichen Antrag Böricke's gesprochen, findet es jetzt nach der bekannten preuss. Cirkularnote für nothwendig, dem Beschlusse der II. Kammer beizutreten. Böricke hebt heraus, daß derselbe ganz allgemein gehalten sey, während sein früherer Antrag direkt gegen das Haus Hohenzollern gerichtet gewesen. Abg. Oberländer: es sey am zweckmäßigsten, es bei

dem früheren Beschlusse der I. Kammer zu lassen. Die öffentliche Meinung habe sich ausgesprochen und das sey die Hauptsache gewesen. Ueber die Nothwendigkeit eines enigen deutschen Vaterlandes, sey so wenig Zweifel wie über die Existenz Deutschlands selbst. Bei der Oberhauptsfrage sey aber die österreichische Frage von der allergrößten Wichtigkeit; die Bewegung unseres Handels und unserer Gewerbe müsse künftig vorzugsweise wieder nach dem Orient gehen; sie sey die Bedingung der Freiheit und Selbstständigkeit Deutschlands, ohne Oesterreich, ohne die Macht an der Donau und am adriat. Meer könne daraus Nichts werden. Die österreichische Frage sey also die allerwichtigste; sie sollte von den Nationalvertretern zunächst ins Auge gefaßt werden. Je mehr man das Ansehen der Vertreter in Frankfurt schwäche (obschon er selbst nicht mit allen ihren Beschlüssen einverstanden sey), um so mehr werde die Oberhauptsfrage auf den schmutzigen Schleichwegen der Diplomatie entschieden werden. Er für seine Person sey gegen ein erbliches unverantwortliches Kaiserthum. Etwas Anderes als die öffentliche Meinung gestalten könne die Kammee doch nicht — das habe sie gethan und daher möge es nun bei dem früheren Beschlusse der I. Kammer verbleiben. Heubner erklärt sich in der Hauptsache mit dem vorigen Sprecher einverstanden; der Beschluß der sächsischen Kammer gehe ja dahin, die Spaltung Deutschlands in Preussen und Oesterreich zu verhüten. Es handle sich nur um eine Erklärung, nicht um einen Widerstand der Regierung, dieselbe könne also ganz unbedenklich den Antrag der Kammern annehmen. Derselbe wird einstimmig angenommen. (Lpz. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Fr. Mayer.

Anzeigen.

Eheliche Verbindung.

Unsere am 4. d M. vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir schäzbaren Freunden und Bekanten hiemit an, und bitten um Ihr gütiges Wohlwollen und Gewogenheit.

Nürnberg, den 10. Febenarar 1849

Lorenz Frühwald, Bäckermeister.
Nannette Frühwald, geb. Reichert.

Anzeige.

Indem ich hiemit zur ergebensten Anzeige bringe, daß ich mein Haus nebst Bäckereigeschäft an Herrn Lorenz Frühwald käuflich abgetreten habe, so fühle ich mich gedrungen für das mir so viele Jahre geschenkte Zutrauen hiemit öffentlich meinen tiefsten Dank mit der Bitte auszusprechen, solches auf meinen benannten Nachfolger übergehen zu lassen.

Zugleich empfehle mich meiner bisherigen Nachbarschaft auf das freundschaftlichste und bitte Sie auch ferner um Ihre Liebe und Gewogenheit.

Georg Conrad Weber,
nebst Frau.

Anzeige und Bitte.

In Bezug auf obenerwähnte Anzeige des Herrn Weber, empfehle mich meiner sehr geschätzten Kundschaft und besonders meiner verehrten Nachbarschaft mit der Bitte, das meinen Herrn Vorfahren geschenkte Zutrauen auf mich übergehen zu lassen, da es meine strengste Pflicht seyn wird, mich in jeder Art desselben würdig zu machen.

Meine veerhrte Nachbarschaft noch um gütige Aufnahme bittend, zeichnet hochachtungsvoll

Lorenz Frühwald
nebst Frau.

Dank.

Allen Freunden und Verwandten, so wie den Stadtwehrmännern dahier, welche meinem so früh entschlummerten Gatten die lezte Ehre erzeigten und ihn so zahlreich zu Grabe begleiteten, sage ich hiemit den innigsten Dank. Da es mein Wunsch ist, daß Sie Gott alle vor ähnlichen Schicksalen bewahren möge, so hoffe ich, Ihnen einst bei freudigen Ereignissen meinen Dank duech die That an den Tag legen zu können.

Wöhrd, den 10. Februar 1849.

Die trauernde Wittwe
Magdalena Pfann.

Dank.

Allen verehrten Verwandten und Bekannten, die meinen geliebten Gatten noch die lezte Ehre erzeigten und ihn zu seiner Ruhestätte begleiteten, spreche ich hiemit den wärmsten Dank aus mit dem Wunsche, daß der liebe Gott Sie vor einem so traurigen Schicksal noch lange bewahren möge, mir aber recht bald Gelegenheit werde, Ihnen bei freudigen Ereignissen zu dienen.

Nürnberg, den 9. Februar 1549

Die trauernde Gattin
Maria Nußgillee.

Haus- mit Garten-Verkauf.

Das Haus L. Nr. 436 in der Kohlengasse ganz massiv gebaut mit einem Garten 44 Dezimalen groß im ehemaligen Zeughausgraben, enthaltend: 2 Keller, 8 Zimmer, 4 Kammern, 2 Küchen, 2 Holzlagen unter der Brücke, 1 Pumpe, Vorplatz, e. v. Appartement, mehrere Böden, mit dem gewöhnlichen Waldrecht behaftet, wird aus freier Hand verkauft; hiezu ist Termin

Montag, den 12 Febr. 1849 Vormittag von 10 bis 12 Uhr, Nachmitlag von 2 bis 4 Uhr

in selbigem Lokale anberaumt.

Kaufslustige können täglich davon Einsicht nehmen, und über das Nähere vom Unterzeichneten in Kenntniß gesetzt werden.

Nürnberg, den 30. Januar 1849.

J. J. Pfeiffer jun.
Commissionär L. Nro. 101 Adlerstrasse.

Schmiede-Verkauf.

Der Unterzeichnete ist gesonnen seine Schmiede H.-Nr. 42 in Fischbach aus freier Hand zu verkaufen. Hiezu ist Termin Montag, den 19. Febr. d. J., wozu Kaufslustige mit dem Bemerken höflichst eingeladen werden, daß die näheren Bedingnisse am gedachten Tage bekannt gemacht werden.

Stephan Rupprecht, Schmiedmeister.

(Zu verkaufen.) Am Hauptmarkt S. Nr. 809 ist die erste Etage mit 4 heizbaren Zimmern, Alkov, Küche rc. bis Ziel Laurenzi 1849 zu vermiethen.

Auktions-Anzeige.

Montag, den 12. Februar und die folgenden Tage verkauft Unterzeichneter in seinem Hause Lit. S. Nr. 977 am untern Obstmarkte eine große Partie Schnittwaaren, welche durchs Hochwasser beschädigt wurden, daher unterm Fabrikpreiße abgegeben werden. Bestehend in:

Seiden, Wollen und baumwollenen Kleiderstoffen, als: Orleans, Mousslin de laines, Cattune, Piqué, Beinkleiderzeuge und Westen, dann Seiden, Wollen und baumwollene Umschlagtüchern, Cravatten, nebst mehreren andern Artikeln.

Es bittet um gefälligen Besuch

Joh. Jac. Grasser.

Exp.-Nro. 234.

Von der Verwaltung des vereinigten protestantischen Kirchen-Vermögens der Stadt Nürnberg

werden

Donnerstag den 15. d. M. Vorm. 10 Uhr

circa 6 Scheffel Waizen,
76 " Korn,
230 " theils kleiner, theils Zwiefelhaber,
3 " Dinkel

verkauft. Kaufslustige wollen sich im Amtslokale (Lorenzer Pfarrhof) einfinden.

Nürnberg, den 5. Februar 1847.

Hilpert.

Sal. Ludw. Krauß in Nürnberg

empfiehlt seine Niederlage der ächten kaiserl. königl. privilegirten

Goldberger'schen galvano-electrischen Rheumatismus-Ketten

in drei Sorten à 53 kr, fl. 1. 45 kr. und stärkste fl. 2, 38 kr mit Gebrauchs-Anweisung.

Es gehen fortwährend die besten Zeugnisse über die Heilkraft dieser Ketten ein und habe nachstehendes neuerdings zur Veröffentlichung wieder empfangen.

Zeugniß.

Meine Mutter und ich wurden schon mehrere Jahre von rheumatischen Uebeln geplagt, konnten troz aller angewandten Mittel nicht davon befreit werden, bis wie auf die Goldberg'schen galvano-electrischen Rheumatismus-Ketten aufmerksam gemacht wurden. Meine Mutter kaufte für uns zwei Ketten bei Herrn Kaufmann Sal. Ludwig Krauß in der Theresienstrasse dahier und nach kurzem Gebrauch trat Linderung ein und bis jezt ist fast keine Spur des Uebels mehr vorhanden. Dies bezeugen der Wahrheit gemäß und zum Wohle aller Gicht- und Rheumatismus-Leidenden.

Nürnberg, den 24. Januar 1849.

Katharina Franz und ihre Tochter
Susanna Babette Franz,
S. Nr. 1016 in der innern Laufer-Gasse.

Daß sich obiges so verhält, bezeugt der Wahrheit gemäß der Vorsteher des 15. Distrikts

Nürnberg, den 14. Januar 1849.

Carl Riedt.

Um vielen Anfragen und Aufforderungen zu begegnen, und um Jedermann, der an Gicht und Rheumatismus leidet, Hülfe und Linderung der Schmerzen verschaffen zu können, habe ich mir auch Rheumatismus-Ableiter a 18 kr. und à 36 kr. per Stück mit Gebrauchs-Anweisung beigelegt, und kann solche aufs Beste empfehlen.

S. L. Krauß,
Theresienstrasse S. No. 561 in Nürnberg.

Anfrage.

Warum hat das Landwehrregiments-Kommando in Nürnberg das Gesetz vom 9. Dezember 1848, die Wahl der Landwehroffiziere und Unteroffiziere betreffend, nicht in einem Regimentsbefehl verkündigt, und warum sind die Wahlen für die unbesezten Offizier- und Unteroffizierstellen bis jezt nicht vorgenommen worden? Es sind nun 2 Monate her seit das Gesetz in Kraft getreten ist. Das Regiments-Kommando wird hiermit an die Erfüllung seiner Pflicht erinnert.

Mehrere Landwehrmänner.

Berliner Pfannkuchen

sind heute, so wie jeden Sonntag vorräthig bei

Conditor G. Winter,
beim rothen Roß.

(Zu verkaufen.) Eine Parthie einzelner Manufakturwaaren-Muster ist zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Tanzunterhaltung

findet morgen Sonntag im Gasthaus zum römischen Kaiser (in der breiten Gasse) statt. Anfang 8 Uhr. Zu geneigter Theilnahme empfiehlt sich hochachtungsvoll

Kehr.

Einladung.

Im braunen Hirschen in der Lottergasse findet heute Sonntag den 11. Februar musikalische Abendunterhaltung statt, wozu höflichst einladet H. Säil.

Anfang 8 Uhr.

Paradies.

Sonntag den 11. Februar Harmonie-Musik. Entree a Person 3 kr. Montag den 12. Februar Metzelsuppe. Wozu ergebenst einladet

H. B. Adam.

Rosenau.

Alle Sonntage findet nach beendigter Harmonie-Musik Tanz-Unterhaltung statt.

G. Schwabe.

Gasthaus zur Eisenbahn am Bahnhof.

Sonntag den 11. Februar Produktion von Fischer und Mannerl. Zur Bequemlichkeit des Publikums ist das Billard beseitigt. Hiezu ladet höflichst ein

Hofmeister.

Abends im goldnen Elephanten bei Herrn Kalb in der Kaiserstrasse.

Arbeiter-Verein.

Montag den 12. d. Mts.

Versammlung im König von England.

(Anzeige) Patronenrs können dauernde Beschäftigung finden. Schildgasse S. 675.

(Zu verkaufen.) Eine reale Garküchen-Wirthschaft wird mit oder ohne Haus täglich verkauft.

(Zu verpachten:) Ein nicht allzugroßer Garten mit Wohnung und Stallung ist sogleich zu verpachten.

(Verlaufen.) Ein Hund männlichen Geschlechts, wolfsgrau, von mittlerer Größe, mit geschnittenen Ohren und einer Doppelnase hat sich verlaufen. — Dem Zurückbringer wird in S. Nro. 1406 ein Douceur zuerkannt.

(Gefunden) Ein goldner Ring, eine goldne Tuchnadel und eine goldne Kapsel mit Haarleitchen wurde gefunden.

G. Schwabe zur Rosenau.

(Gesuch.) Ein junges Mädchen von 16—17 Jahren, welche mit Kindern umzugehen weiß, wird sogleich in Dienst zu nehmen gesucht. Näheres Nro. 16 Winklerstrasse.

(Mieth-Gesuch.) Eine solide stille Familie wünscht bis Ziel Walburgis eine Wohnung von 1 Zimmer, 1 Kammer, Küche und wo möglich noch einer Kammer zu miethen.

(Gesuch.) Ein Mädchen von 25 Jahren wünscht in einem soliden Hause als Köchin sogleich unterzukommen.

(Stelle-Gesuch.) Ein mit sehr empfehlenden Zeugnissen versehener Jäger, 30 Jahre alt und noch ledigen Standes, der auch im Forstfache nicht unerfahren ist, wünscht als solcher ein baldiges Unterkommen, entweder bei einer Gutsherrschaft, oder bei irgend einer Gemeinde. — Nähere Auskunft ertheilt die Exped. d. Bl. sub Lit. P. P.

Mit einer Beilage.

Die Trennung der Schule von der Kirche betr.

[(vom Hesselberg.)

Sonntags, den 21. Januar 1849 forderte Hr. Pfarrer Dr. Layriz in Unterschwaningen nach geendigter Predigt die Hausväter der Pfarrei auf, in der Kirche etwas länger zu verweilen, und als der Gottesdienst vorüber war, versammelte er dieselben am Altar um sich herum und sprach zu ihnen von der „Trennung der Schule von der Kirche" in ächt hierarchischer zelotischer Weise. Unter den Anwesenden war nur einer, nämlich der Vorsteher Linsenmeyer von Oberschwaningen (ein gesinnungstüchtiger, furchtloser Mann), der es wagte, dem Redner zu widersprechen und die bedrängte, gedrückte Volksschule mit ihren Lehrern in Schutz zu nehmen und zu vertheidigen. Das half jedoch nichts; Herr Dr. Layriz hatte das erste und das letzte Wort und der Schluß der Verhandlung war, daß sich derselbe erbot, eine gegen die Trennung der Schule von der Kirche lautende Erklärung zu entwerfen, die sämmtliche Glieder der Pfarrgemeinde unterschreiben sollten und die wir hiemit der Oeffentlichkeit übergeben. In Unterschwaningen wurden die Gemeindeglieder zum Vorsteher beschieden und von diesem mit der Ermahnung, „auf den Glauben aushalten zu wollen" zur Unterschrift aufgefordert. Abschrift. Erklärung der unterzeichneten Miglieder der Pfarrei Schwaningen sammt den dahin gepfarrten Ortschaften: Oberschwaningen, Dennenlohe und Kröttenbach. Die im Werke befindliche Trennung der Schule von der Kirche betr. Sowohl aus öffentlichen Zeitungen, als aus den Mittheilungen unseres Geistlichen, haben wir vernommen, daß in den zu Frankfurt ausgesprochenen Grundrechten die Bestimmung enthalten sey; „Die Schule solle für künftighin vollkommen von der Kirche losgetrennt, der Aufsicht der Geistlichen gänzlich entzogen und überhaupt zu einer rein weltlichen Staatsanstalt gemacht werden." Die Unterzeichneten können nicht umhin, hierüber folgende Erklärung abzugeben: Wenn die Deputirten in Frankfurt mit obigen Bestimmungen dem allgemeinen Wunsch und Willen des deutschen Volks zu entsprechen geglaubt, so waren sie in stärkster Täuschung befangen; denn zum deutschen Volke gehören auch wir und wir haben niemals einen solchen Wunsch gehegt, haben auch von keiner Gemeinde, so weit unsere Bekanntschaft reicht, einen solchen Wunsch gehört. Wir halten vielmehr die Ausführung dieses Beschlusses für das deutsche Volk im höchsten Grade verderblich. Indeß wollen wir die Gründe, weßhalb wir diese Ueberzeugung hegen, hier nicht ausführlicher darlegen, da wir eine Aufhebung jenes Beschlusses um unserer Einwendungen willen kaum hoffen dürfen. Wir wollen darum andern Gemeinden überlassen, zu thun, was wir für unsere Pflicht halten und was wir mit vollem Rechte hinsichtlich der Schulerziehung unserer Kinder beanspruchen dürfen. Wir protestiren jedenfalls auf das Bestimmteste dagegen, daß unsere Schulen jemals zu bloßen Staatsanstalten gemacht werden und verlangen eben so bestimmt, daß dieselben wenigstens eben so sehr als Gemeindeanstalten gelten, als sie als Staatsanstalten gelten sollen. Denn nimmermehr werden wir zugeben, daß unsere Kinder, das theuerste Gut, das wir besitzen, zuerst dem Staate und hernach erst, soweit es dieser für gut finden will, uns gehören sollen. Sondern unsere Kinder gehören vors allererste nach göttlichem und menschlichem Rechte unser und hernachmals erst dem Staate. So verlangen wir denn auch volle Freiheit für Erziehung unserer Kinder. Nun ist die Gemeinde Schwaningen sammt eingepfarrten Ortschaften seit den Zeiten der Reformation der evangelisch-lutherischen Konfession zugethan und will unverrückt bei diesem lautern Bekenntnisse bleiben, so wie dasselbe seit der Reformationszeit in den Bekenntnißschriften dieser Kirche, namentlich in Dr. Luthers kleinem Katechismus ausgesprochen ist. Sie verlangt daher auf das Bestimmteste, daß auch ihre Kinder nicht blos in der Kirche und vom Geistlichen, sondern auch in der Schule und vom Schullehrer in diesem Glauben unterrichtet werden. Sie verlangt daher auf das Bestimmteste, daß ihre Schulen keine blos weltlichen Anstalten werden, und sie vielleicht in kurzem einen Juden, Katholiken, Deutschkatholiken, Lichtfreund oder Gott weiß, was für einen Glaubensgenossen zum Lehrer ihrer Kinder erhalten, sondern daß ihre sämmtlichen Schulen konfessionelle d. h. evangelisch-lutherische Schulen verbleiben und daß ihnen hiefür die vollkommensten, genügenden Bürgschaften und Gewährleistungen gegeben werden. Als soche Bürgschaften und Gewährleistngen stellen wir aber folgende auf: 1) Jeder künftig bei unsern Schulen anzustellende Lehrer muß feierlich auf die Bekenntnißschriften unserer lutherischen Kirche sich verpflichten lassen, weil nur ein solcher Mann unsere Kinder evangelisch-lutherisch erziehen kann, der selber diesem Glauben von Herzen zugethan ist. 2) Es dürfen hinfüro nur Männer auf unsere Schulstellen ernannt werden, zu denen wir auch wirklich ein volles Vertrauen haben können. Wir verlangen daher ein Recht des Einspruchs und überhaupt der Mitbetheiligung bei der Besetzung unserer Schulen in der Art, daß entweder wir 3 bis 5 Männer der Staatsregierung zur Auswahl vorzuschlagen haben, oder, was wir noch für zweckmäßiger erachten, daß hinfüro die Schulbehörde uns bei jeder Erledigung 3 bis 5 Schulmänner in Vorschlag bringe, aus welchen wir den Mann unsers Vertrauens aussuchen dürfen. 3) Es muß der Gemeinde für alle Zeiten ein Recht der Mitaufsicht über die Schule neben dem Staate eingeräumt werden, um auch für die Zukunft ihre Interessen wahren zu können, und muß ihr frei stehen, ganz nach ihrer freien Wahl die Männer ernennen zu dürfen, welche in ihrem Namen die Aufsicht führen sollen, ohne alle Standesbeschränkung. Endlich 4) verwahrt sie sich auch feierlich gegen jede Einführung von neuen Lehrbüchern, die nicht erst ihre Zustimmung erhalten haben. Sie verlangt daher, daß jedes neue Lehrbuch ihr erst zur Prüfung vorgelegt und die Erlaubniß ihr gegeben werde, das Gutachten anderer Männer, auch ihres Geistlichen, darüber einzuholen und dann ihren Beschluß zu fassen und daß auch späterhin ihr noch das Recht verbleibe, die Abschaffung eines Lehrbuchs zu fordern, das für ihre Kinder als unnütz, ja vielleicht gar verderblich findet. Sollten diese Bedingungen ihr nicht gewährt werden wollen, so erklären die Unterzeichneten, auch mit diesen neuen Staatsschulen nichts zu schaffen haben zu wollen; mag im allerersten Falle auch der Staat seine fernere Unterstützung versagen, so verlangen sie dagegen, daß auch die bei ihnen vorhandenen, meist vom ehemaligen Kircheneigenthum herrührenden Schulstiftungen ihnen vom Staate unangetastet verbleiben, und verwahren sich in jedem Falle dagegen, daß ihnen irgend welche neue Lasten und Steuern aufgebürdet werden, die zur Errichtung jener Staatsschulen erforderlich seyn möchten. Diese ihre wohlerwogene und auf ihre innigste Ueberzeugung gegründete Erklärung bitten sie der zusammentretenden Generalsynode vorzulegen und dieselbe zu ersuchen, auch erforderlichen Falls bei dem jetzt versammelten bayerischen Landtage die nöthigen Schritte zu thun, damit ihrem gerechten Verlangen Gewährung wiederfahre. Geschrieben am 22. Januar 1849. (Folgen 68 Unterschriften der Gemeindeglieder von Unterschwaningen) „Die Gemeinde Oberschwaningen schließt sich Vorstehendem nach einstimmig gefaßtem Beschluß nicht an." Linsenmeyer, Vorsteher. Die Gemeinde Dennenlohe erklärte, daß sie nicht nur der Gemeinde Oberschwaningen nicht beitrete, sondern auch die Grundrechte, namentlich Abschnitt VI. vollkommen anerkenne. (Folgen die Unterschriften aller Gemeindeglieder.)

Wir können nicht unterlassen, vorstehende, vom Herrn Pfarrer Dr. Layriz zu Unterschwaningen verfaßte Erklärung durch Beifügung einiger Bemerkungen etwas zu beleuchten.

1) Diese Erklärung ist nicht der „wohlerwogene und auf die innigste Ueberzeugung gegründete Ausdruck" der Ortschaften Oberschwaningen und Dennenlohe über die zur Lebensfrage gewordene Autonomie der Volksschule (dies beweist die Verweigerung der Unterschriften); und auch von Unterschwaningen, Kröttenbach darf dies angenommen werden, da viele Glieder dieser zwei letztgenannten Gemeinden gar nicht, mehrere aus Furcht, die meisten aber aus Unwissenheit unterschrieben haben. Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie thun. 2) Eine gröbere Entstellung, Verdrehung und Verfälschung der deutschen Grundrechte, insbesondere des Art. VI., muß noch nicht vorgekommen seyn, als die in der Erklärung enthaltene. Denn Lüge ist es, wenn es in derselben gleich Anfangs heißt: in Frankfurt sey beschlossen worden, die Schule soll künftighin ganz von der Kirche losgetrennt werden, (das ist aber nicht beschlossen worden); Lüge ist es, wenn ferner gesagt wird; die Schule soll der Aufsicht der Geistlichen gänzlich entzogen werden (über den Religionsunterricht sollen ja die Geistlichen noch die Aufsicht führen); Lüge ist endlich die Behauptung: die Schulen sollen zu rein weltlichen Staatsanstalten gemacht werden (davon steht kein Wort in den deutschen Grundrechten). Man nehme nur die deutschen Grundrechte zur Hand und überzeuge sich mit eigenen Augen! Die Gemeinden Unterschwaningen und Kröttenbach sind also auf eine schändliche Weise belogen und betrogen worden, und von wem? — Die 68 Unterschriften aus diesen Gemeinden bezeugen in der Erklärung selbst: „Sowohl aus öffentlichen Zeitungen, als aus den Mittheilungen unseres Geistlichen haben wirs erfahren." Was aber die Zeitungen betrifft, so hat keine einzige seit der 2. Lesung der deutschen Grundrechte eine veränderte oder verfälschte Fassung des Art. VI. derselben gebracht; somit fällt die Verdrehung und Verfälschung, der ganze Lug und Trug einzig und allein auf den würdigen Seelsorger der Pfarrgemeinde Schwaningen, auf Hrn. Dr. Layriz, als den Verfasser und eigenhändigen Schreiber (mit vielen orthographischen Eigenheiten) der Erklärung. Schönen Respekt vor einem Geistlichen, der seine Pfarrkinder mit Lügen traktirt! Erkennet hieran den Mann Eures Vertrauens, Ihr Gemeinden Unterschwaningen und Kröttenbach! Doch bei Hrn. Dr. Layriz heiligt der Zweck das Mittel. — Die Behauptung, „daß die Ausführung des frankfurter Beschlusses für das deutsche Volk im höchsten Grade verderblich sey," ist rein aus der Luft gegriffen und entbehrt aller Begründung. Diese bleibt auch Hr. Dr. Layriz schuldig, da er durch deren Darlegung, ja sogar ausführlichen Darlegung selbst eine Aufhebung des frankfurter Beschlusses kaum hofft. Wir erklären, daß dies ganz schlechte, elende, erbärmliche, nichtige Gründe sein müssen, die man sich selber nicht anzuführen getraut, und von denen man selbst keine Anerkennung, Berücksichtigung und Wirkung, kein Durchdringen hofft. 4) Die Protestation: „Nimmermehr werden wir zugeben, daß unsere Kinder zuerst dem Staate und hernach erst, so weit es dieser für gut finden will, uns gehören sollen," ist eine Faselei; denn fast möchte man glauben, es wollte der Staat und zwar der christliche Staat, die neugeborenen Kinder den Eltern gleich nach der Geburt wegnehmen, was er doch noch nie verlangt und ausgesprochen hat. Was wollte auch der Staat mit den neugebornen Kindern thun? In Erziehungsanstalten stecken? — Da möchte guter Rath theuer werden, um Säugammen und Kindswärterinnen in hinreichender Anzahl zu bekommen. Oder will der Staat die Knäbchen gleich zu Soldaten, und die Mädchen zu Markendenterinen machen? — Das wäre eine saubere Armee! 5) Heißt das nicht gelogen, wenn Hr. Dr. Layriz seinen Pfarrkindern vorschwätzt, „sie könnten einen Juden, Katholiken, Deutschkatholiken u. s. w. als Lehrer ihrer Kinder bekommen," nachdem doch den Gemeinden bei der Besetzung ihrer Schulstellen nach den deutschen Grundrechten eine Betheiligung, ein Mitwirkungsrecht eingeräumt ist? — Werden die Gemeinden so dumm seyn, und sich einen Lehrer wählen, der einem andern Glaubensbekenntnisse zugethan ist? — — Wir haben jedoch Grund und Ursache genug, zu glauben, daß sich die Unterschwaninger bei der nächsten nothwendig werdenden Besetzung ihrer Schulstelle auf den Rath des Hrn. Dr. Layriz einen Jesuiten zu ihrem Lehrer wählen werden. 6) Wie will Hr. Dr. Layriz die Behauptung vertheidigen, „daß nur derjenige Mann Kinder evangelisch lutherisch erziehen könne, der feierlich auf die Bekenntnißschriften der evangelisch lutherischen Kirche verpflichtet sey? — Hiernach wären nur die Kinder der protestantischen Geistlichen evangelisch-lutherisch erzogen, da nur diese allein auf die Bekenntnißschriften ihrer Kirche verpflichtet, und zwar feierlich verpflichtet sind. Hr. Doktor, wie sind denn dann alle andern Glieder der protestantischen Kirche erzogen? — 7) Aus den in der Erklärung unter Nr. 3 und 4 verlangten Bürgschaften und Gewährleistungen sieht man ganz deutlich, daß Hr. Pfarrer Dr. Layriz seinem Stande um jeden Preis und durch jedes Mittel (und der Zweck heiligt das Mittel) die gesammte Oberaufsicht und den leitendsten Einfluß auf das Erziehungs- und Unterrichtswesen erhalten möchte. Jedoch von der Geschicklichkeit der Geistlichen, Lehrbücher für die Volksschulen zu verabfassen, zeugen die in denselben eingeführten, von Geistlichen verfertigten unzweckmäßigen Lehrbücher; und über ihre Fähigkeit, Aufseher und Leiter der Volksschule zu seyn, haben sich die Geistlichen selbst das Todesurtheil gesprochen. Denn in deren Conferenz zu Ansbach wurde vom Hr. Rektor Elsperger eine bessere pädagogische Bildung der Pfarramtskandidaten unter dem Zusatze beantragt, daß „die Unkunde der Pfarramtskandidaten im Katechisiren und in den pädagogischen Systemen zum Theil sehr groß sey;" Hr. Consistorialrath Ranke stimmte damit überein, und von den übrigen anwesenden Geistlichen (worunter auch Hr. Dr. Layriz war) wurden auch keine Einwendungen dagegen gemacht. Vrgl. Kirchl. Zeitfragen Nr. 43. Jahrgang 1848. 8) Den Schluß und die Krone von der bisher besprochenen Erklärung bildet die Offerirung, „mit den neuen Staatsschulen nichts zu schaffen haben zu wollen," und die energische Verwahrung „gegen die Aufbürdung irgend welcher neuer Lasten und Steuern," die zur Errichtung jener Staatsschulen erforderlich seyn möchten. — Hier liegt die geistliche Wühlerei, Aufhetzerei und Reaktion offen am Tage, und wir enthalten uns darum aller weitern Zusätze. Nur: der Zweck heiligt das Mittel. —

Schlußwort. Es bedarf wohl nicht der Erwähnung, daß die Gemeinden Oberschwaningen und Dennenlohe, welche nicht in den Rath und Handel ihres Seelsorgers gewilliget und dessen Erklärung nicht unterschrieben haben, das tiefste Mißfallen desselben erregt, daß namentlich die Chorführer derselben dessen grimmigsten Haß auf sich geladen haben.

Dieser machte sich schon auch in dem zu Oberschwaningen am 27. Januar stattgefundenen Sonntagsgottesdienste Luft. Ganz der kirchl. Perikopenordnung zuwider wählte Herr Dr. Lapriz zur Grundlage seiner Predigt das Evangelium vom „Unkraut unter dem Waizen," und es wird sich der geneigte Leser einbilden, daß in der Predigt ziemlich Hindeutungen auf die jüngsten Vorgänge in der Gemeinde vorkamen, daß namentlich alle diejenigen, welche die Erklärung nicht unterschrieben, mit dem Unkraute verglichen wurden. Am Schlusse der Predigt kam die Sache ganz offen zur Sprache, Herr Dr. Lapriz drohte sogar: „gegen diejenigen, welche binnen 2 Tagen nicht zu ihm kommen, sich eines Besseren belehren lassen und die Erklärung unterschreiben, die weiteren geeigneten Schritte zu thun, indem er sie dann kenne" und erklärte denjenigen, der namentlich die Oberschwaninger anders, als wie er, belehrte, für einen „unverschämten Lügner." Doch derjenige, den dieser Donnerkeil treffen sollte, ist nicht getroffen worden, er lacht darüber wie die Römer über den vom „heiligen Vater" über sie ausgesprochenen Bannfluch, denn sein Gewissen beißt ihn nicht. Der „unverschämte Lügner" aber ist derjenige, der die deutschen Grundrechte, hier den Art. VI. verdreht und verfälscht hat; der aus der Luft gegriffene Behauptungen macht und die Begründung schuldig bleibt; der den größten Unsinn faselt; der seiner Gemeinde vorschwätzt, einen anders gläubigen Lehrer bekommen zu können; der die freche Behauptung aufstellt, daß nur derjenige Kinder evangelisch-lutherisch erziehen könne, der auf die Bekenntnißschriften der prot. Kirche feierlich verpflichtet sey, womit alle bisherige Kindererziehung verdammt wird; der für seinen Stand eine Herrschaft beansprucht, zu der dieser gar nicht befähigt ist; der gute Unterthanen zum Ungehorsam gegen die Obrigkeit und zur Steuerverweigerung aufreizt, und Kirchen durch Unwahrheiten und Schmähungen entweiht. Und das haben Sie gethan, Herr Dr. Lapriz; der von Ihnen gleich einem Bannstrahl von der Kanzel zu Oberschwaningen herabgeschleuderte „unverschämte Lügner" hat sich auf Sie zurückgebogen, er sitzt auf Ihnen!

O weh der Lüge! sie befreiet nicht,
Wie jedes andre, wahrgesprochne Wort,
Die Brust; sie macht uns nicht getrost, sie ängstet.

Den, der sie heimlich schmiedet und sie kehrt,
Ein losgedrückter Pfeil, von einem Gotte,
Gewendet und versagend, sich zurück
Und trifft den Schützen.

Nachschrift. Soeben erfahren wir, daß auf die Drohung des Hrn. Dr. Lapriz von Oberschwaningen und Dennenlohe etwa 15 schwache und furchtsame Gemüther dessen Erklärung noch nachträglich unterschrieben haben. Nicht umsonst heißt es: „Sie beschweren die Gewissen und verwirren die Gemüther"; und: „der Zweck heiligt das Mittel."

Frankreich.

† (Paris, den 6. Februar.) Die Nationalversammlung nahm gestern Abend die Oudinotsche motivirte Tagesordnung mit 461 gegen 359 Stimmen an. Durch dieses Votum hat die Versammlung nur die Dringlichkeit einer parlamentarischen Untersuchung verworfen. Der Antrag geht jetzt seinen gewöhnlichen Reglementsweg. Damit ist die Untersuchung des Montagsspektakels keineswegs durchgefallen.

Bugeaud ist bei der Alpenarmee eingetroffen. Auf seiner Durchreise in Bourges redete er die dortigen Offiziers-Korps der Bürgerwehr und Linie in so contrerevolutionärer Weise an, daß die Linke den Kriegsminister hierüber heute oder morgen zur Rede stellen wird. Auf diesen alten Narren zählt die Kontrerevolution im mittäglichen Frankreich ausserordentlich viel. Leute, die seine Verdienste genau kennen, bemitleiden den Süden, daß er seine föderalistischen Hoffnungen auf den Friedensschließer an der Taffna setzte.

Heute findet die 2te Deliberation über den Antrag Rateau-Thiers rücksichtlich der Auflösung der Nationalversammlung statt. Keine Spur von Unordnung. Die Trommel begleitet einige Kompagnien Bürgerwehr in die Mairieämter. Unnütze Vorsicht. Wir führen zunächst den Kampf auf dem beliebten Rechtsboden fort.

Lanjuinais hat den Antrag gestellt: die Zahl der organischen Gesetze auf drei zu reduziren. a) Wahlgesetz, b) Staatsrath, c) Verantwortlichkeit des Präsidenten 2c. Mittels dieses Antrages wollen Dufaure, Lamartine und die übrigen Koriphäen der parlamentarischen Opposition der Rateauschlacht ein versöhnliches Ende sichern. Auch Bonaparte unterstützt dieses Amendement heimlich.

Oberst Forestier perhorrescirt den Minister des Innern wegen willkürlicher Verhaftnahme. Die Morgenblätter bringen den Text verschiedener Dankadressen, welche die Linke und andere Staatskörperschaften und Privatvereine an diesen Patrioten richteten. Er wurde im förmlichen Triumphe aus dem Gefängnisse in seine Wohnung geführt.

Die Polizei verhaftete einige Personen, die an ihren Hüten weiße Kokarden trugen.

Die Polizei gibt sich alle erdenkliche Mühe, ihre Behauptungen von der Existenz einer kolossalen Kommunisten-Verschwörung am 29. Januar durch Schriftstücke zu beweisen. In demselben Augenblicke, wo Faucher gestern Abend vor der Nationalversammlung förmliche Abbitte that und durch Oudinot's Mund Versöhnung predigte, überfielen die Carlierschen Häscher die Bureaux der Solidarité Populaire, nahmen dort alle Papiere weg, schleppten den Direktor dieser rein ökonomischen Gesellschaft (welche die Einführung eines Umlaufes aller Produkte unter dem Proletariat bezweckt,) Namens Damety — den sanftesten Mann von der Welt in das Stadtgefängniß. Kein Zweifel, daß auch er, gleich Forestier und den übrigen Opfern vom Montagne bald wieder freigelassen werde. Hr. Carlier, die Seele aller legitimistischen Komplotte, wird sich auch wegen dieses neuen Gewaltakts zu verantworten haben.

Italien.

(Rom, 30. Jan.) Nach und nach gestaltet sich's hier kriegerisch. Die venezianisch-lombardischen Freischaaren sind im Begriff — angeblich 12,000 Mann stark — nach der neapolitanischen Gränze aufzubrechen. Dragoner und Pontoniere haben Marschbefehl erhalten. Letztere sollen den Paß von Teracina besetzen. Garibaldi deckt die Straße von Ascoli. Ausgezogen war er mit 12,00 Mann. Er hat aber unbeschränkte Vollmacht anzuwerben, so viel er kann und mag.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Weber.

Anzeigen.

Verauktionirung eines Mode- und Galanterie-Waaren-Lagers.

Montags den 20. Februar, Vormittags 9 Uhr und folgende Tage werden im Laden S. Nr. 606 an der Fleischbrücke:

Damenhüte, Krägen, Schleier, Chemisetten, Handschuhe, Zephyre, Taschen, Stickereien, Sacktücher, Strümpfe, Schürzen, Kinderkleidchen, kölnisch Wasser, feine Pomaden, Oele und Seifen, Knöpfe, Perlen, Tülle, Strick- und Nähgarne, Stramin- und Strickwolle, Bänder, Seide, Näh- und Vorstecknadeln, vergoldete Broncewaaren; — Herren-Cravatten von Atlas, seidene Halstücher, Sammtmützen und Schlafröcke, Cigarrendosen, Hosenträger, Börsen, Chemise, Manschetten und Vatermörder, Reise- und Geldtaschen und vieles Andere mehr, öffentlich versteigert und ein verehrliches Publikum zur wohlwollenden Theilnahme auf das ergebenste eingeladen.

Obstbäume-Verkauf.

Im K. landwirthschaftl. Institut zu Lichtenhof bey Nürnberg werden mit kommenden Frühjahr wieder mehrere Hundert veredelte Obstbäume und zwar Birnhochstämme per Stück 18 kr., Aepfel, Zwetschgen, Kirschen und Amarellen per Stück 15kr., gewöhnliche Kirschen und Weichseln per Stück 12 kr. Birn, Aepfel, Zwetschgen und Weichseln, Zwerg-Pyramiden oder Spalier-Bäumchen per Stück 8—10 kr. verkauft. Die Stämme sind alle 6—9 Fuß bis zur Krone hoch und auf dem sandigen Boden erzogen, weßhalb dieselben durch ihre vielen Saugwurzeln in jedem Boden von guter, wie geringer Beschaffenheit, ganz sicheres Gedeihen versprechen; auch sind alle mit den besten Früh- und Spätobstsorten veredelt. Man ersucht die Bestellungen bey Zeiten zu machen bey

Der Kgl. landwirthschaftl. Instituts-Inspection Lichtenhof.
Dr. Weidenkeller.

Einladung.
Montag den 12. Februar Abends 8 Uhr

findet eine Vorberathung der Wahlmänner der Stadt Fürth im Löhe'schen Gasthause zum grünen Baum statt. Zur Erzielung einer baldigen, erspriesslichen Einigung werden die übrigen Wahlmänner des Wahlbezirks Fürth zur Theilnahme eingeladen.

Der Ausschuß der Fürther Wahlmänner.

Zu empfehlende Gelegenheit
für Passagiere und Auswanderer nach New-York.
Expeditionstage
der Schiffe der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft.

Das kupferbodene Hamburger Schiff	„Rhein",	Kapitän Ehlers,	am 24. März	1849
„ „ „ „	„Deutschland",	„ Haucke,	„ 21. April	
„ „ „ „	„Nordamerika",	„ Rathje,	„ 19. Mai	
„ „ „ „	„Elbe",	„ Heitmann,	„ 23. Juni	

Ueber obige Schiffe, welche durch hohes luftiges Zwischendeck und elegant eingerichtete Kajüten sich auszeichnen, ertheilt nähere Nachricht der Schiffsmakler

Friedrich Toussaint, Kommission- und Speditions-Handlung in Nürnberg, L. Nr. 401.
Aug. Bolten Wm. Millers Nachfolger in Hamburg.

Regensburger Hof.

Heute Sonntag den 11. d. M. auf mehrseitiges Verlangen (bei günstiger Witterung):

Produktion

von dem Blechsextett des Hrn. Specher und Kollegen, wozu ein verehrliches Publikum ergebenst einladet

Schmidt.

Entrée für Herren 6 kr.
„ „ Damen 3 kr.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Sonntag den 11. d. Mts.
Gesangs-Unterhaltung von Hrn. Fischer wobei einige ganz neue komische Lieder vorgetragen werden. Zu zahlreichem Besuche ladet ergebenst ein

J. Reubauer.

Versammlung.

Die Unteroffiziere und Wehrmänner der Landwehr-Artillerie-Compagnie, werden auf Montag den 12. d. M. Abends 8 Uhr zu Herrn Danner in die Krone am Obstmarkt eingeladen.

Verein deutscher Frauen.

Dienstag, den 13. Februar findet im Hause des Herrn Ziegler Nachmittags 3 Uhr „Generalversammlung statt, was den verehrlichen Mitgliedern hiemit zur Kenntniß gebracht wird.

Der Vorstand.

(Verlaufen.) Ein halbjähriges Hündchen, englischer Race hat sich verlaufen, ist silberfarben, hat spitzige Ohren, ein grünledernes Halsband mit Rollen. Wer ihn in Verwahrung hat wird gebeten, ihn gegen ein Trankgeld zurückzugeben L. Nr. 1098 Unschlittplatz.

(Zu vermiethen.) Am Markte ist ein großer Laden mit Schreibstube und Gewölbe nebst Logis von drei Zimmern, Alkof, Küche, Kammern, Böden, Waschgelegenheit, Hofantheil mit laufendem Wasser bis Ziel Lichtmeß d. J. zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In S. Nro. 771 auf dem Weberplatze ist die erste Etage, bestehend aus 6 Zimmern 2c. zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Ein hübsches Logis auf dem Herrnmarkt, mit 5 Zimmern und andern Bequemlichkeiten, ist bis Walburgi zu vermiethen.

(Masken-Anzüge.) Neue Masken-Anzüge für Herren und Damen sind billig zu verleihen in No. 675 Lorenzerplatz.

(Anzeige.) Montag Abends Gesangsunterhaltung von Herrn Fischer in der Wolf'schen Wirthschaft am Treibberg.

Stadttheater in Nürnberg.

Siebte Vorstellung im 5. Abonnement. Montag den 12. Februar „Die Mönche." Lustspiel in 3 Akten von Tenelli.

Anzeige.

Unseren verehrlichen Abonnenten, welche die Zeitung abholen lassen diene hiermit zur Nachricht, daß Sonntags die Zeitung nicht mehr, wie bisher um 11 Uhr, sondern um 1/4 12 Uhr ausgegeben wird.

Die Exped. d. Mittelfrk. Ztg.

Freiblatt in München

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 12 Februar 1849 № 43. Montag: Eulalia.

Deutschland.

Bayern. †° (München, 10. Febr.) Ich habe Ihnen gestern noch die Aufforderung zum Fackelzuge gesandt, welche der Verein für konstitutionelle Monarchie gestern an allen Straßenecken anschlagen ließ. Enthielt diese Aufforderung offen die Bekennung der volksfeindlichsten Tendenz, indem es dem Majoritätsbeschluß der Kammer in Bezug der Grundrechte entgegentrat, so lag noch ein „Hintergedanke" (ich brauche dieses Wort absichtlich, da die Rechte der Linken in der Adreß-Debatte stets solche „Hintergedanken« zuschob) dieser Demonstration zu Grunde. Dieser Hintergedanke aber war der, die anders gesinnte Partei möge sich zu Exzessen hinreißen lassen, worauf man dann Gelegenheit gehabt hätte, den so heißersehnten Belagerungszustand und die aus ihm von selbst folgende Kammerauflösung zu verfügen. Diese Absicht wurde aber von der anderen Seite begriffen; denn bald nach dem geschehenen Aufrufe zum Fackelzug sah man neben demselben folgende Ansprache angeschlagen: Deutsches Volk in den Mauern unserer Stadt! Wir mahnen, warnen, beschwören Dich, in dieser Stunde in ruhiger Besonnenheit um die gesetzliche Mehrheit Deiner Vertreter Dich zu schaaren und allen Aufreizungen zur Unordnung kein Gehör zu schenken. Laßt die früheren Fanatiker für Ordnung nur immer den Weg der Ungesetzlichkeit betreten, die wahre Gesetzlichkeit ist auf unserer Seite. Darum Ruhe! Ruhe! Ruhe! Mehrere aus dem Volke.

Die Wirkung war eine treffliche. Der Fackelzug bewegte sich in einer langen Reihe von der protestantischen Kirche nach der Residenz. Der König war eigens von Nymphenburg hereingekommen und befand sich an den Fenstern der Residenz, dem Hofgarten zu. Ueber den Fackelzug nur so viel: Er war offenbar ein von Adel und Reaktionärs bezahlter. Die Zahl der Fackelträger darf man auf circa 1500 angeben, aber welches Gesindel!! Großer Gott! Leute in bunten Kitteln kamen zwischen einzelnen wohlgekleideten Männern, die natürlich dem stockreaktionären und ultramontanen System aus Ueberzeugung oder Interesse angehörten. Auch sah man einzelne Landwehrmänner. Hauptsächlich vertreten aber war die ehrbare Zunft der Herren Lehrjungen und — wir sagen es offen — Betteljungen. Ein solcher, den ich abfing, zeigte mir 12 kr, die er für das Mitgehen erhalten, auch hat er, wie er sagte, so wie alle andern, die Fackeln umsonst erhalten. Ich verbürge den eben erzählten Fall durch die achtungswerthesten Zeugen. In der Nähe des Fackelzuges sah ich (vielleicht Zufall!) im größten Schmutz zu Fuß den Herrn Grafen von Seinsheim, den ehemaligen Finanzminister. Als der König sich am Fenster zeigte, längs denen der Zug sich aufstellte, erschallten ihm, begonnen von ziemlich dünner Diskantstimme, aus dem Zuge laute Hochs. Die Menge aber im Hofgarten schrie: „Die Linke hoch! Die Grundrechte hoch!" Und, auch das verbürge ich, eine Gruppe ließ während des Volksliedes: „Heil unserm König" recht deutliche Pfiffe, Miaus ꝛc. hören, worauf sich ein augenscheinlich bezahlter Trupp Gesindel auf sie stürzte, um Händel anzufangen, aber nur ausgelacht wurde. Polizeispitzeln, Gensdarmen, Militärpatrouillen von 8—10 Mann, die sich grob durch die Menge drängten, konnten, trotz aller Anstrengung, ihre wahrscheinliche Aufgabe, einen Spektakel hervorzubringen, nicht lösen. Es ging ruhig ab.

Müssen wir beklagen, daß es eine Partei gibt, die solche Demonstrationen veranlaßt, so können wir nicht begreifen, daß der König sie annehmen konnte; denn durch Annahme dieser Ovation hat er natürlich sich zu den Tendenzen derer bekannt, die sie ihm brachten, also gegen die Majorität der Vertreter des Volkes und gegen die deutsche National-Versammlung, die Repräsentantin der Märzerrungenschaften, consequent also gegen die letzteren selbst. Was bleibt ihm nun übrig? Entweder er muß die Kammer auflösen (was doch mehr als gewagt ist), muß ihre Beschlüsse in Bezug auf die Grundrechte nicht vollziehen, die alten Minister behalten, (wenn sie so ohne Ehre sind, zu bleiben) oder er muß sich das Dementi geben, die gestrige Huldigung jetzt nachträglich zu desavouiren. Immer wäre das Letzte das Beste; irren kann auch ein König und es ist besser, einen Irrthum gut zu machen, als durch seine Fortsetzung traurige Folgen herbeizuführen. Möge König Max sich durch solche bezahlte Huldigungen nicht täuschen lassen, sondern den Willen seines Volkes erkennen! Die gestrige Huldigung aber war nicht der Ausdruck des Volkswillens!

Der Märzverein läßt als Gegendemonstration keine Gassendemonstration, sondern eine ruhige, würdige Adresse an die Majorität der Kammer ergeben.

Ueber die Minister-Krise noch nichts bestimmtes. Als am meisten Chancen habend, nennt man Lerchenfeld. Ich glaube nur nicht, daß nach dem gestrigen Fackelzug ein Mann von Ehre sich zum Minister hergibt.

Wann die nächste Sitzung, ist noch nicht bestimmt.

(München, den 10. Februar.) Zum Professor der Bildhauerkunst an der Akademie der bildenden Künste wurde der Bildhauer M. Widnmann aus München; zum Oberkommissär der Polizeidirektion München der Regierungs-Sekretär II. Klasse bei der Regierung von Oberfranken, K. d. I., O. J. Düring ernannt. (N. M. Z.)

†° (München, den 9. Februar.) Die ganze Erklärung des Dr. Müller lautet wie folgt: „Ich habe in der vorgestrigen fünften Sitzung, wie Ihnen noch in frischer Erinnerung ist, klar und bestimmt ausgesprochen, daß Pflicht und Ehre uns dringendst gebieten für Deutschlands wie für Bayerns Wohlfahrt und Bestand einestheils gegen die Lostrennung Oesterreichs aus dem Staatenvereine und gegen die Errichtung eines preussischen Kaiserthums anderntheils für eine alle deutschen Staaten mit Einschluß Oesterreichs umfassende gemeinsame Verfassung und für eine delegirte Centralgewalt in entschiedendster Weise sich auszusprechen. Verehrliche Mitglieder aus verschiedenen Fraktionen dieses Hauses haben mir erklärt, daß sie mit diesen meinen Mittheilungen vollkommen einverstanden seyen, daß sie auch meine weitere Ansicht vollständig theilen: »daß für den Fall, den Gott verhüten wolle, die österr. Abgg. aus moralischen oder Zwangsgründen aus der deutschen konstituirenden Nationalvers. zu treten genöthigt würden, die Beschlüsse dieser nicht mehr als die Beschlüsse der Vertretung gesammter deutscher Nation betrachtet werden könnten, und daß deßhalb dann auch die bayer. Abgeordneten moralisch verpflichtet würden, aus der ihrer ursprünglichen Bestimmung entrückten Nat.-Vers. auszutreten." Durch diese mir gewordene Erklärung habe ich mich, da dem Prinzip nach meine manifestirten Gesinnungen über die deutsche Frage in dem Entwurfe der Majorität nicht widerstritten sind, veranlaßt gefunden zum Zweck der Verkürzung der Debatte die eingebrachte Modifikation zurücknehmen und diese Erklärung als Motiv für mein abgegebenes Votum über die Sätze 2, 3, 4 und 5 des Majoritätsentwurfs in das Protokoll niederzulegen.

(München, 9. Febr.) Die Abdankung unsers Gesammtministeriums wurde vom König nicht angenommen, wohl aber die des Staatsministers des Innern v. Beisler, der ohnehin schon längst nach einer günstigen Gelegenheit suchte, das nicht eben mit besonderer Vorliebe übernommene Portefeuille wieder abzugeben. Wer soll ihn ersetzen? Man sagt Lerchenfeld. Es scheint dieses Gerücht aber sehr der Bestätigung zu bedürfen. (A. A. Z)

† (Nürnberg, den 11. Februar.) Gestern starb auf dem Stadtwehrball der kgl. bayer. Generalmajor Gräbner in Folge eines plötzlichen Schlaganfalles.

Freie Städte. °° (Frankfurt, 9. Febr.) [167. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Der Präsident zeigt den Austritt des Abgeordneten Quante v. Arnstein in Bayern an. Ferner theilt derselbe mit, daß die Herren Hadermann und Behagel dahier einen Beitrag von 3000 fl. für die deutsche Flotte als Ertrag der von hiesigen Frauen und Jungfrauen veranstalteten Verloosung weiblicher Handarbeiten dem Marineministerium übergeben haben. (Beifall.) Die Herren Hadermann und Behagel sprechen dabei den Wunsch aus, daß dieser Beitrag für den Kompaß und das Segelwerk einer Fregatte verwendet werde. Werner von Oberkirch interpellirt den Reichsjustizminister über die ohne Zustimmung der Nat.-Vers. von einem österreichischen Gerichte gegen den Abgeordneten Gritzner eingeleitete Untersuchung. Der Minister wird hierauf am nächsten Montag antworten. Eulmann interpellirt das Reichsministerium über die Erklärung des bayerischen Gesammtministeriums in Betreff der Gültigkeit der Reichsgesetze. Der Reichsminister des Innern, v. Gagern, wird diese Interpellation heute über acht Tage beantworten. Auf die frühere Interpellation Nauwerck's, die Vereinigung der anhaltischen Herzogthümer betreffend, erwidert der Minister: es sey ungegründet, daß diese Vereinigung an Einsprüchen von preussischer Seite gescheitert sey. Die Vermittlung des Reichsministeriums werde fortgesetzt.

Simens interpellirt den Reichshandelsminister über die Vorlage des Zolltarifs. Pfeiffer stellt an den sog. Biedermann'schen Ausschuß die Frage: wann er über seinen Antrag wegen Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin Bericht erstatten werde? Abg. v. Saucken antwortet hierauf: Der Ausschuß habe beschlossen, das Reichsministerium zu ersuchen, bei der preuss. Regierung anzufragen, aus welcher Veranlassung der Belagerungszustand, zum Bedauern der hohen Versammlung, noch fortdauere. Der Tagesordnung gemäß wird sodann die Berathung über Paragraph 30 der Grundrechte und der Bericht des volkswirthschaftlichen Ausschusses fortgesetzt, und der Reihe nach den Abg. Schütz, Lette und Simon von Trier das Wort ertheilt. Hierauf wird die Berathung auf Antrag mehrerer Mitglieder geschlossen, und die Berichterstatter der Minorität und Majorität des volkswirthschaftlichen Ausschusses, Abg. Merck und Degenkolb, dann der Berichterstatter des Verfassungsausschusses, Beseler aus Greifswalde, erhalten das Schlußwort.

Zur Abstimmung kommt zuvörderst und durch Namensaufruf der Antrag von Makowiczka, Kierulff, Kirchgeßner und Genossen: „In Erwägung, daß die Aufstellung allgemeiner Besteuerungsgrundsätze und die Empfehlung oder Verwerfung bestimmter Arten von Steuern nicht in die Verfassung gehört, sondern Sache der Administration der Einzelstaaten und beziehungsweise des Reichs ist: daß die Vorsorge für arbeitsunfähige Arme einen Gegenstand der Heimats-, Gemeinden- und Armengesetze bildet; daß endlich ein Grundrecht auf die Einführung oder Aufhebung bestimmter Steuern, sowie auf Errichtung von Kreditanstalten überhaupt nicht wohl gedacht werden kann, wolle die Nationalversammlung beschließen, die in sämmtlichen zu dem § 30 der Grundrechte gestellten Minderheitserachten beantragten Bestimmungen nicht in die Grundrechte aufzunehmen.«

Da obiger Antrag mit 317 bejahenden gegen 114 verneinende Stimmen zum Beschluß der Versammlung erhoben wird, so sind damit alle die verschiedenartigen Anträge beseitigt, bis auf den von der Mehrheit des Verfassungsausschusses ausgegangenen Vorschlag: §. 30. »Die Besteuerung (Staats- und Gemeindelasten) soll so geordnet werden, daß die Bevorzugung einzelner Stände und Güter aufhört.« Diese Fassung wird angenommen. Sämmtliche Zusätze dazu fallen hinweg, theils durch freiwilliges Zurückziehen der Antragsteller, theils durch Abstimmung darüber. Endlich erledigt sich noch der Bericht des volkswirthschaftlichen Ausschusses durch die Annahme des Mehrheitsantrages eben dieses Ausschusses: „die Nationalversammlung wolle beschließen, die auf Schutz der Arbeit und der Arbeiter eingereichten Petitionen aus Stuttgart, Berlin, Nassau und Sachsen dem Reichshandelsministerium zu dem Ende zu überreichen, bei Entwerfung des Tarifs den Schutz der Arbeit in Berücksichtigung zu ziehen." Die Sitzung schließt darnach gegen 2 Uhr Nachmittags. Die Fortsetzung der Berathung über die Grundrechte findet Montag den 12. Febr statt.

(Frankfurt, den 8. Februar.) Es heißt bestimmt, daß die zu den hier gehörenden Reichstruppen gehörenden kurhessischen Husaren, sowie die kurhessische reitende Batterie zu Anfang des nächsten Monats durch bayerische Kavallerie und Artillerie ersetzt werden, und diese Nachricht verdient besonders deßhalb einer Erwähnung, weil sich an sie die fernere Mittheilung knüpft, daß jene zu hessischen Truppen nach Schleswig-Holstein bestimmt sind. Es wäre das ein weiterer Beweis, daß man den Wiederausbruch der Feindseligkeiten jenseits der Elbe, wenn auch vielleicht nicht für wahrscheinlich, doch wenigstens für sehr möglich hält. (D. Z.)

(Frankfurt, den 8. Februar.) Herr v. Würth ist von seiner Sendung nach Olmütz wieder hier eingetroffen. Man versichert, daß derselbe eine Note des österreichischen Kabinets mitgebracht, welche demnächst zur Oeffentlichkeit gelangen soll. (Frkf. O.-P.-Z.)

Hessen. (Friedberg, 6. Febr.) So eben geht von hier ein Piket des hier garnisonirenden Infanterieregiments nach Büdingen ab. Man weiß bis jetzt nur, daß dort unter den Bauern Unruhen ausgebrochen und, wie es scheint, gegen den Standesherrn gerichtet sind. (D. Z.)

Oesterreich. (Prag, 7. Febr.) Mit dem heutigen Nachmittagstrain langte ein starker Trupp Marodeurs der italienischen Armee in Prag an. Die abgezehrten, bleichen Gestalten erregten bei Jedem, der sie so matt und hinfällig durch die Straßen ziehen sah, um in die verschiedenen Casernen einquartirt zu werden, das lebhafteste Mitgefühl. (Const. Bl. a. B.)

Preussen. †°† (Berlin, den 8. Februar.) In unserm Kabinet herrscht jetzt eine sehr rege Thätigkeit, die, wie es scheint, nicht bloß durch den nahen Zusammentritt der Kammern bedingt ist; vielmehr ist man überzeugt, daß jene Regsamkeit zum großen Theil den auswärtigen Verhältnissen gilt, die nicht bloß durch die deutsche Frage ziemlich complicirter geworden sind. Die Aufmerksamkeit, die unser Gouvernement, durch die europäische Stellung Preussens dazu gezwungen, allen europäischen Fragen zuwendet, ist jetzt durch gewisse Nachrichten auf die ungarischen Verhältnisse hingelenkt worden. Die dem Gouvernement auf anderm Wege gewordenen Mittheilungen stechen merkwürdig von den offiziellen Oesterreichs ab; nach ihnen sind die Siege Oesterreichs ungleich weniger erfolgreich, als uns die österreichischen Bülletins gern glauben machten. Seltsamerweise wird uns übrigens mit dieser aus sehr guter Quelle kommenden Nachricht auch die mitgetheilt, daß Kossuth sich seit gestern hier befinde. Es soll dies auch bereits der hiesigen Polizei-Behörde angegeben, und von dieser Nachforschungen angeordnet worden seyn. —

Im Stabe des Herrn v. Wrangel wird noch immer ein großer Fleiß auf Entwerfung und Verbesserung von Operationsplänen für den Fall eines Aufstandes in Berlin verwandt. Demnach sollte man also wirklich glauben, daß höhern Orts die „Demokraten" in gewisser Beziehung mehr gefürchtet sind, als sie es verdienen. Für die Aufhebung des Belagerungszustandes werden aber, wenn diese Nachricht eben so begründet wie die Verstärkung der hiesigen Garnison durch 10,000 Mann Infanterie, die Auspicien immer ungünstiger.

Die Wahlen, die heut bekannt geworden sind, haben der demokratischen Partei neuen Muth gemacht, während sie gestern die Köpfe einigermaßen hängen ließ. Sie ist heut ziemlich fest davon überzeugt, daß sie in der zweiten Kammer von vornherein die Majorität haben wird, und daß diese Majorität immer größer werden wird, je mehr alle Schwankenden sich überzeugen werden, daß die Kontraste zwischen einem ehemaligen Liberalen und Männern, wie Herr v. Bodelschwingh, die Herren v. Arnim noch größer sind als die zwischen ihnen und der offenen, entschiedenen Opposition. Durch die Verschiedenheit der Mitglieder der Rechten selbst aber wird, so setzt man voraus, diese Partei in so viele Fraktiönchen zerfallen, es wird ihr innerer Desorganismus so schroff in allen materiellen Fragen hervortreten, daß dieser Partei kaum eine entschiedene Opposition gegen die wirkliche Opposition gelingen dürfte, trotz der Anzahl hervorragender Persönlichkeiten, die wir diesmal auf dieser Seite erblicken werden.

Sachsen. (Dresden, 7. Febr.) Das an die Kammern gelangte Dekret, die Grundrechte des deutschen Volkes betreffend, lautet: Se. Maj. der König lassen den Kammern in der Anlage A. das achte Stück des Reichsgesetzblattes, welches die Grundrechte des deutschen Volks mit dem dazu gehörigen Einführungsgesetz enthält und in der Anlage B. eine Darlegung der bei der Anerkennung und Einführung der Grundrechte in hiesigen Landen einzuhaltenden Grundsätze zur verfassungsmäßigen Erklärung darüber zugehen. (Gez.) v. d. Pfordten. Georgi. Rücksichtlich der bei Einführung der Grundrechte einzuhaltenden Grundsätze läßt sich die Regierung also vernehmen: Die Reichsgesetze sollen nach der Ansicht der Regierung auch in Sachsen zur Geltung gelangen, als die erste Frucht der Einigung des deutschen Vaterlandes in einem neuen Geiste. Die meisten der bei Einführung der Grundrechte in Betracht kommenden Schwierigkeiten, welche durch besondere Gesetze beseitigt werden müssen, hat die Reichsversammlung selbst erkannt und in dem Einführungsgesetze gewürdigt. Andere, heißt es in der Darlegung weiter, dürften aus den besonderen Verhältnissen einzelner deutscher Länder entspringen und hierbei müßte bei einigen sehr tief eingreifenden Bestimmungen der Grundrechte, wenn die Bewohner einzelner deutschen Staaten nicht den größten materiellen Nachtheilen ausgesetzt werden sollen, die Voraussetzung festgehalten werden, daß die Grundrechte wirklich in allen denjenigen Staaten, welche das deutsche Reich bilden, zur Geltung kommen. Unter diesen Gesichtspunkten glaubt die Regierung bei Einführung der Grundrechte zu Werke gehen zu müssen. Hienach bemerkt sie zu §. 3. in Verbindung mit §. 16, daß es bis zum Erscheinen des Reichsgesetzes wegen der Erwerbung des Grundeigenthums und des Gemeindebürgerrechts bei den zeitherigen landesgesetzlichen Bestimmungen verbleiben müsse; zu § 4, daß eine Revision der sächsischen Gesetzgebung dadurch erforderlich werde; zu § 6, daß die Mitwirkung der Vormundschaftsbehörden wenigstens bei beabsichtigter Auswanderung Unmündiger auch künftig nicht ausgeschlossen werden könne; zu § 8, daß, so lange Verwaltungsbehörden noch einen Theil der Strafgewalt ausüben, ihre Anordnungen dieselbe der Wirksamkeit wie die richterlichen Behörden haben und ihre Befehle als richterliche gelten müßten; zu §§ 15, 17, 18, daß das jus circa sacra vorerst stehen bleiben müsse und daß die Gesetzgebung dahin zu wirken haben werde, daß auch künftig Handlungen, welche der christlichen Sittenlehre zuwiderlaufen, bei Bildung neuer Religionsgesellschaften nicht zugelassen werden und nicht ungeahndet bleiben; zu §§ 18 und 19, daß die gesetzlichen Bestimmungen über die Beweiskraft des Eides in Kraft bleiben müßten; zu § 27, daß die Gesetzgebung die Frage zu lösen habe, wer die Unterrichtsmaßregeln zu gewähren und mit welchen Modifikationen die in diesem Paragraphen enthaltenen Sätze zur Ausführung kommen sollen; zu § 34, daß die aus diesen Verhältnissen hervorgegangenen Leistungen nicht insgesammt als aufgehoben zu betrachten seyen rc. Mit den gegebenen Erläuterungen ist die Regierung gesonnen, die Grundrechte des deutschen Volkes für Sachsen anzuerkennen und deren Publikation zu bewerkstelligen, sobald sie Gewißheit darüber erlangt hat, daß in denjenigen Staaten, welche das deutsche Reich bilden werden, auch in den an das Königreich Sachsen angrenzenden größern Staaten die Grundrechte wenigstens rücksichtlich derjenigen Punkte zur Geltung kommen, bei denen in den gegenseitigen Staatsverhältnissen Reciprocität nothwendig ist. Aber auch unerwartet dessen wird die Regierung demnächst über die in den §§ 8, 10, 11, 35, 36 und 37 enthaltenen Bestimmungen Gesetzvorlagen an die Kammern gelangen lassen. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Aus dem Holsteinischen.) Die Stelle der preussischen Cirkularnote, wovon dem „deutschen Gebirte Dänemarks" geredet wird, beginnt in Schleswig-Holstein großes Aufsehen zu machen und Reklamationen hervorzurufen. Professor Olshausen in Kiel, Vicepräsident der Landesversammlung hat sich dem „Hamb. Korresp." zufolge gleich veranlaßt gesehen, deßhalb eine Berathung vorzuschlagen und ein Komite darüber niederzusetzen. Man ist von diesem Ausdruck, der Mißtrauen gegen eine Macht einflößt, von der man wahrhaft deutschen Beistand erwartete, verstimmt und beängstigt. — Auch die in Kiel gehaltene Centralversammlung schlesw.-holst. Volksvereine hat am 4. Februar beschlossen, allen den Landesrechten feindlichen Friedensplänen namentlich in jeder Weise der durch die preußische Note in Aussicht gestellten „Ausschließung aus dem deutschen Bundesstaat" entgegenzutreten. Eine Volksversammlung in Kiel hat an demselben Tage einen energischen Protest an die Landesversammlung „gegen das Ausschließungsprojekt erlassen. (Wes. Z.)

(Hadersleben, den 3. Februar.) Die „Nordschl. Ztg." berichtet folgenden von dänischen Soldaten von Fühnen aus ins Schleswigsche unternommenen Raubzug: Etwas über eine Meile östlich von Kolding, Mittelfahrt schräg gegenüber auf schleswigschem Gebiet liegt am Stenderupstrande ein Försterhaus. Der dortige landesherrliche Försterposten ward von dem früheren Holzvogt Harmsen bekleidet, der sich nach erhaltenem Abschiede jetzt in Dänemark aufhält. Der gegenwärtige Aufseher heißt Jürgen Larsen und ist aus Stenderup. Bei ihm fanden sich am 31. Januar Abends zwischen 8 und 9 Uhr außer zweien mit Säcken versehenen Bootsleuten, 6 mit Gewehren und Säbeln bewaffnete, als dänische Ingenieursoldaten gekleidete Militärpersonen ein, und erklärten, daß sie gekommen seyen, das auf Larsens Boden liegende ausgedroschene Korn abzuholen. Sie forderten ihn und einen zufällig bei ihm anwesenden Knecht auf, ihnen beim Transport des Korns nach dem Boote behülflich zu seyn. Als er sich weigerte und erklärte, nur der Gewalt weichen zu wollen, brachen die Eingedrungenen die verschlossene Bodenthür auf, und zwangen Larsen und den Knecht, 23 T. Hafer und 4½ T. Weizen in die mitgebrachten Säcke einzufüllen, und sie in's Boot zu tragen. Darauf entließen sie ihn mit dem Auftrag, den Jagdjunker Schrader und dessen Holzvogt Schröder von ihnen zu grüßen und beiden zu melden, daß auch sie binnen Kurzem einen Besuch von ihnen erwarten könnten, und segelten dann nach Fühnen hinüber. (Br. W. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 7. Febr.) Wenn Mordthaten und Diebstähle dem Kritiker als Leitfaden bei Beurtheilung gesellschaftlicher Verhältnisse dienen, so können wir uns auf ein sehr herbes Urtheil gefaßt machen. Während einerseits ein Maskenball den anderen jagt, folgt andererseits Mord auf Mord, Diebstahl auf Diebstahl, Verzweiflung auf Verzweiflung. Die Morgue, dieser schauerliche Guckkasten, wird förmlich belagert. Seit acht Tagen sahen wir dort nicht weniger als 11 Leichen aufgestellt. Darunter ein noch rüstiges Weib, das in Stücke zerhauen, und in einem Sacke in die Seine geworfen war, aus dem sie gefischt und künstlich wieder zusammengesetzt wurde, damit man sie erkenne. Letzteres ist geschehen und seit gestern melden die Gerichtszeitungen, daß es der Ehegatte dieser Unglücklichen selbst war, der diesen Vandalismus verübte. Das Opfer war eine Wäscherin und lebte mit dem Vandalen in Unfrieden.

Es drohte uns heute das Glück eines theilweisen Ministerwechsels. Faucher, Falloux und Lacrosse wollten sich endlich zurückziehen und sollten durch Dufaure und Comp. ersetzt werden. Aber Präsident Bonaparte wollte von keiner Nachgiebigkeit hören und widersetzte sich hartnäckig jeder Ministerialänderung. (Bravo!)

Schweiz.

(Bern, den 5. Februar.) Mit dem Großherzogthum Baden könnten demnächst ernste Verwicklungen eintreten wegen der Beschlagnahme schweizerischer Klostergüter. Der Bundesrath ist von den Kantonen Zürich und Thurgau mit Leitung dieser Unterhandlungen beauftragt worden. Auch Wallis hat dergleichen Beschwerden mit Sardinien wegen der Güter des Klosters St. Bernhard. Zum Glück hat dieser Kanton ein wirksames Mittel in Händen. Er schuldet nämlich vom Sonderbundskriege her noch bedeutende Summen für Waffen und Munition an Sardinien und bezieht auch alles Salz von dort, das er eben so leicht und jetzt wohlfeiler aus Frankreich beziehen könnte. Diese klingenden Gründe werden wohl Gehör finden, auch in Bezug auf die Simplomstrasse, die Sardinen so schmählich vernachlässigt. (Schw. M.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Fr. Mayer.

Freiblatt München

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 13. Februar 1849 № 44. Dienstag: Jordan.

Deutschland.

Bayern. †* (München, 11. Febr., 2½ Uhr Nachmitt.) So eben höre ich, daß der König die Entlassung der Minister angenommen habe. Die Adresse der zweiten Kammer soll der König zwar angenommen, die Deputation aber, welche sie nach dem Usus zu überbringen hatte, abgelehnt haben! Unsere Regierung überstürzt sich in Volksfeindlichkeiten und unklugen Schritten! Möge sie es nicht bereuen!

(München, den 11. Februar.) Die erste Rathsstelle am Wechselgerichte I. Instanz in Schweinfurt wurde dem Kreis- und Stadtgerichtsrathe F. F. Künßberg zu Schweinfurt, und die zweite Rathsstelle bei demselben Gerichte dem dortigen Kreis- und Stadtgerichtsassessor J. K. G. Merkel übertragen; dem I. Appellationsgerichts-Direktor K. v. Menz in Neuburg der nachgesuchte definitive Ruhestand gewährt; dem Kreis- und Stadtgerichte München zwei Assessoren und dem Kreis- und Stadtgerichte Baireuth ein Assessor — alle außer dem Status — beigegeben, und zu Assessoren bei dem Kreis- und Stadtgerichte München, der I. Landgerichtsassessor Al. Mähler in Wertingen, und der II. Landgerichtsassessor D. Serl in Vohenstraus, zum Assessor am Kreis- und Stadtgerichte Baireuth, der Appellationsgerichtsaccessist F. Greiner, zur Zeit in Ansbach, ernannt; dem Kreis- und Stadtgerichte Strauding ein Assessor außer dem Status beigegeben, und als solcher der Assessor des Kreis- und Stadtgerichts Memmingen J. Gürster, dahin versetzt, sofort zum Assessor am Kreis- und Stadtgerichte Memmingen der Appellationsgerichtsaccessist E. v. Hörmann zur Zeit in Kempten ernannt. Der Revierförster K. Schurk. zu Neuwirthshaus in den Ruhestand, und an dessen Stelle der Revierförster F. Egerer zu Schmalwasser versetzt. (N. M. Z.)

(München, 10. Febr.) Se. Maj. der König äußerte sich gegen die bei Gelegenheit des gestrigen Fackelzuges an ihn abgeordnete Deputation: er finde sein Glück nur im Glücke Seines Volkes; er sey überzeugt von den Mängeln der Verfassung und werde stets auf das Eifrigste bemüht seyn, dieselbe zum einzigen und wahren Besten seines Volkes, dessen Liebe und Treue sich im Vergleich mit dem Maße der gegebenen Zeit in kaum glaubbaren Glanze bezeugt, zu reformiren, daß jedoch die Mängel von Jahrhunderten nicht in einem Tage und mit wenigen Worten ausgerottet werden könnten, ohne vielleicht dem Ganzen bedeutenden Schaden zuzuziehen. — Er habe stets auf seine Bayern vertraut, sich nie in ihnen getäuscht. Die Bayern sollten mit ihm gehen, so wie er mit ihnen gehen wolle, dann werde alles gut werden. (N. M. Z.)

†† (Nürnberg, 12. Februar.) Gestern leitete Herr Prediger Bäthig aus Glogau den sonntägigen Gottesdienst der hiesigen freien christlichen Gemeinde. Man kann es in der That ohne Uebertreibung aussprechen, daß ein so ergreifender, zu Herz und Gemüth gehender, die edlen Gefühle des Menschen erweckender Vortrag, wie ihn Hr. Bäthig in dieser Versammlung gehalten, vielleicht seit Jahrzehnten von unseren bisher vom blinden Eifer orthodoxer Pfaffen okkupirten Kanzeln herab nicht gehört wurde. Hr Bäthig hat uns so recht den Kontrast zwischen dem starrgläubigen, die Würde des Menschen tödtenden alten Lutherthums und der wahren reinen unverfälschten Christuslehre durch seine gediegenen, das Gemüth tief ergreifenden Worte vor die Seele geführt, und es ist, wenn die junge Gemeinde ihn als ihren Seelsorger gewinnt, an ihrem weitern Gedeihen und Emporblühen gewiß nicht zu zweifeln. Am Schluß des Gottesdienstes fand die erste kirchliche Verbindung eines Brautpaares statt. Dem Schreiber Dieses und seiner Frau wurden vor 1½ Jahren von einem protestantischen Pfarrer eine abscheuliche, Schaam- und Sittlichkeitsgefühl tief verletzende Traurede gehalten; unser gestern eingesegnetes Brautpaar kann sich eines Besseren rühmen.

Baden. (Karlsruhe, den 9. Febr.) [145. Sitzung der zweiten Kammer.] Der von Christ erstattete Kommissionsbericht über den durch die Regierung zum Vollzuge des §. 8 der Grundrechte des deutschen Volks vorgelegten Gesetzentwurf, die Verhaftung von Verbrechern betreffend, wird nach dem Beginne der Sitzung zur Berathung ausgesetzt, und nach Erörterung der Frage, welchen Weg die Regierung beim Vollzug der Grundrechte überhaupt einzuschlagen habe, zu den einzelnen Artikeln übergegangen. Der Berichterstatter glaubt nämlich, es sollten die Grundrechte in buchstäblicher Fassung in die Gesetzgebung aufgenommen werden, weßwegen er die jetzige Vorlage nur als eine Anweisung betrachten zu müssen glaube, wie sich bei einer spätern Ueberarbeitung derselben zu benehmen sey. Staatsrath v. Stengel erwiedert hierauf, daß die Grundrechte im Regierungsblatt veröffentlicht worden, daher Gesetzeskraft hätten, daß es sich aber hier um ihre Anwendung, welche durch Vollzugsgesetze näher bestimmt werden müsse, handle, die Regierung daher den richtigen Weg eingeschlagen habe. Was nun die einzelnen Artikel betrifft, so wurden dieselben ohne erhebliche Abänderungen angenommen, nur veranlaßte beim dritten Artikel die Frage eine weitläufige Erörterung, ob zu Folge der Bestimmungen des §. 8 Absatz 4 der Grundrechte nur diejenigen Angeschuldigten gegen Kaution oder Bürgschaft entlassen werden dürfen, bei welchen keine Gefahr wegen allfälliger Flucht vorhanden, oder ob jene Bestimmungen auch auf solche Angeschuldigte Anwendung finden, die wegen Kollusionen oder des öffentlichen Aergernisses wegen verhaftet worden. Die Kammer entschied sich für die letztere Ansicht, indem nach dem §. 8 der Grundrechte anzunehmen sey, es habe die persönliche Freiheit in ausgedehntester Weise geschützt werden wollen. Der weitere Gesetzentwurf, die Vornahme von Haussuchungen, so wie die Beschlagnahme von Papieren und Briefen betreffend, worüber Christ ebenfalls Bericht erstattet hatte, wurde wie der erstere angenommen. (Schw. M.)

(Karlsruhe, 8. Februar.) So eben theilt man mir verlässig mit, daß die Verhandlungen über Auflösung der Stände und Berufung einer konstituirenden Versammlung nächsten Samstag den 10. Februar Vormittags stattfinden wird.

Freie Städte. (Frankfurt, 9. Febr.) Die „Frankf. Z.“ theilt den Wortlaut der österreich. Note vom 4. Febr. 1849 mit, wie folgt: „Als im Frühlinge des verflossenen Jahres das nach engerer politischer Einigung ringende Nationalgefühl der Deutschen in dem Verlangen nach einer zeitgemäßen Umgestaltung der staatlichen Verhältnisse des Vaterlandes seinen Ausdruck fand, kamen die Fürsten Deutschlands Wünschen und Bestrebungen ihrer Völker mit Bereitwilligkeit entgegen. Am 30. März beschloß der Bundestag, die Wahlen der Nationalvertreter einzuleiten, deren Aufgabe es seyn sollte, zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen. Die Wahlen fanden statt, unbeirrt und ungehemmt, in vollster Freiheit. Bald trat die Nationalversammlung in Frankfurt zusammen und begann das große Unternehmen. Auf ihre Berathungen und Beschlüsse hat Oesterreich nie einen Einfluß zu üben versucht. Der Standpunkt, welchen die kaiserl. Regierung an dem Tage einnahm, an welchem ihr Bevollmächtigter am Bundessitze den obenerwähnten Beschluß unterzeichnete, ist seither unwandelbar derselbe geblieben. Treu der damals durch ganz Deutschland zur Geltung gelangten Ansicht, daß dem Wunsche Deutschlands nach engerer Einigung volle Rechnung zu tragen sey, zugleich aber festhaltend an dem am 30. März in der Bundesversammlung aufgestellten Grundsatze der Vereinbarung zwischen den Fürsten und dem Volke, glaubte die Regierung Sr. Maj. die Ergebnisse der Berathungen der Volksvertreter zu Frankfurt abwarten zu sollen, um im Einklang mit den übrigen deutschen Regierungen das große Werk der Wiedergeburt Deutschlands auf eine nach allen Seiten hin befriedigende Weise zu vollenden. Die Regierung Se. Maj., welche immer fortfuhr, ihre Bundespflichten getreulich zu erfüllen, nahm gleichfalls keinen Anstand, die an die Stelle des Bundestags von der Nationalversammlung geschaffene Centralgewalt anzuerkennen und dadurch thatsächlich zu beurkunden, wie bereit sie sey, den durch die gesetzlichen Vertreter der deutschen Nation ausgesprochenen Wünschen zu entsprechen. Die neue Bundesbehörde wird, mit billiger Rücksicht auf die schwierigen innern Verhältnisse, nicht umhin können, zu bethätigen, daß die Regierung Se. Maj. selbst unter dem äußersten Drange der Ereignisse beflissen war, allen Anforderungen zu genügen, wenn solche nicht das Gebiet der Gesetzgebung berührten. Aufmerksam verfolgte das kaiserliche Kabinet die Berathungen der Nationalversammlung und gegenüber dem in Deutschland ausgesprochenen Verlangen, sich über seine Ansichten zu erklären, mag es nicht den Schein auf sich laden, als wolle es unter der Hülle einer zweideutigen und zurückhaltenden Politik sich verbergen. Die kaiserliche Regierung theilt in vollem Maße mit den deutschen Volksstämmen dies- und jenseits der österreichischen Grenzen das tiefgefühlte Bedürfniß der Wiedergeburt Deutschlands; sie erkennt hierzu mit ihnen in einem engern Verbande der einzelnen Staaten die erste Bedingung. Diesen engern Verband zu begründen, diese nähere Einigung und Verschlingung herbeizuführen, ist, ihrer Ansicht nach, die gemeinsame Aufgabe der Fürsten und Völker Deutschlands. Weit entfernt, sich auszuschließen, ist sie vielmehr bereit zur ernstlichen und aufrichtigen Mitwirkung, vorausgesetzt, daß es sich hier um Einigung, nicht um gänzliche Umschmelzung der bestehenden Verhältnisse handle; um Wahrung der verschiedenen lebenskräftigen organischen Glieder Deutschlands, und nicht um deren Aufhebung und Vernichtung. Die Gestaltung eines unitarischen Staates erscheint dem kais. Kabinete nicht ausführbar für Oesterreich, nicht wünschenswerth für Deutschland. Nicht ausführbar für uns, denn die österreichische Regierung darf über der Stellung Oesterreichs im Bunde, die ihr gegenüber den nichtdeutschen Bestandtheilen der Monarchie zustehenden Rechte und Pflichten nicht vergessen. So wie sie das Band, welches die deutschen und nichtdeutschen Lande Oesterreichs seit Jahrhunderten zusammenhält, nicht lösen kann, ebensowenig vermag sie eine einseitige Aufhebung des deutschen Bundesverhältnisses zuzugeben, welches einen wesentlichen Bestandtheil der europäischen Verträge bildet. Aber ein solcher einheitlicher Staat erscheint uns auch nicht wünschenswerth für Deutschland, denn er würde nicht nur die mannichfach gestalteten Bedürfnisse, die nächsten moralischen und materiellen Interessen, die Ueberlieferungen der Vergangenheit und die Ansprüche auf die Zukunft auf das vielfältigste und tiefste verletzen, sondern auch der mit Sehnsucht herbeigewünschten und mit Eifersucht bewachten Entwickelung der staatlichen und persönlichen Freiheit der Deutschen hemmend in den Weg treten. Man wende dagegen nicht ein, daß ein solcher einheitlicher Staat nicht beabsichtigt werde, daß es sich ja um einen Bundesstaat handle. Wir können jene Behauptung und diese Benennung hiefür gleich wenig gelten lassen. Die Majorität der Nationalversammlung hat sich entschieden für das Programm des Hrn. Ministers v. Gagern ausgesprochen. Dieses Programm, sollte es verwirklicht werden können, würde den sogenannten engeren Bundesstaat, d. h. jenen von uns eben angedeuteten einheitlichen Staat begründen, gleichviel, ob der Schwerpunkt in Frankfurt bliebe, oder nach einem andern Theile Deutschlands verlegt würde. Von welchem Standpunkte auch ein solches Unternehmen betrachtet wird, es zeigt nach allen Seiten große, unüberwindliche Schwierigkeiten. Für Deutschland, weil, wenn

wir nicht sehr irren, den einzelnen Gliedmaßen, der Geschichte und den Bedürfnissen der Gegenwart entgegen, jedes selbstständige Leben entzogen und nach einem künstlich geschaffenen Brennpunkte übertragen würde; für Oesterreich, weil es uns entweder aus dem neuen Deutschland gänzlich ausschließen oder den Verband zwischen den deutschen Erblanden und den nichtdeutschen Bestandtheilen lösen, d. h. faktisch die §§. 2 und 3 des Verfassungsabschnittes über das Reich ins Leben rufen würde. Man erinnert sich, daß letztere in ganz Oesterreich einschließlich der deutschen Lande mit einem Schrei des Unwillens aufgenommen, und in der Paulskirche selbst von vielen österreichischen Rednern, und besonders von dem jetzigen Ministerpräsidenten in der 103. Sitzung die gegen jene Paragraphen sprechenden Gründe und Bedenken hervorgehoben wurden. Also Ausschließung der deutschen Lande Oesterreichs, mit andern Worten Verstümmelung Deutschlands oder aber Lösung der so innig verbundenen und unter einander verwachsenen Bestandtheile Oesterreichs, welche fortan nur mehr der dünne Faden der Personalunion zusammenhalten soll. Dies sind die beiden Endpunkte, zu welchen die Begründung des sogenannten Bundesstaats — der eben alles andere eher als ein Bundesstaat ist — Deutschland und Oesterreich mit folgerichtiger Nothwendigkeit führen müßte. Die Pflicht der Selbsterhaltung, als Deutsche nicht minder, denn als Oesterreicher, bestimmt uns in gleicher Weise, solche Bestimmungen abzulehnen. Wir wiederholen es, Oesterreich und Deutschland würden hierdurch in ihrer Entwickelung nicht gefördert, sondern geschwächt und bloßgestellt, in ihrem innern staatlichen Leben tief, vielleicht unheilbar verwundet; denn wie wir an einem andern Orte zu äußern veranlaßt waren: »nicht in dem Zerreißen der österr. Monarchie liegt die Größe, nicht in ihrer Schwächung die Kräftigung Deutschlands; Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches, wie ein europäisches Bedürfniß.« Von der Ansicht durchdrungen, daß zwischen den so vielfach verschlungenen, wenn auch manchmal scheinbar divergirenden Interessen der deutschen und nichtdeutschen Theile der Monarchie einerseits, und andererseits dieser und des übrigen Deutschlands ein innerer Widerspruch nicht obwaltet, verkennt die Regierung zwar keineswegs die Schwierigkeit einer innern Vereinigung, aber sie zweifelt nicht, will man nur unbefangen und ohne Nebenabsicht das Werk vollbringen, an einer glücklichen Lösung der großen Aufgabe. Der kaiserlichen Regierung schwebt ein nach Außen festes und mächtiges, im Innern starkes und freies, organisch gegliedertes und doch in sich einiges Deutschland vor. Wir gehen hierbei von der Ansicht aus, daß, je schärfer die Scheidelinie gezogen wird zwischen den dem gesammten Deutschland gemeinsamen Interessen und denen der einzelnen Theile, desto sicherer nach einem Vorwalten der Sonderinteressen vorgebeugt, desto weiter die Grenzmarke des großen Reichs ausgesteckt. Auf dem betretenen Wege würde man statt zur Einheit Deutschlands zunächst zur Nothwendigkeit gelangen, Oesterreich, die erste deutsche Macht, auszuschließen und die künftigen Beziehungen zu uns denen zu den Niederlanden und Dänemark gleichzustellen. Auf der von der kaiserlichen Regierung in Aussicht zu stellenden Grundlage finden alle deutschen Staaten und alle ihre außerdeutschen Landestheile Platz. Nicht eine gegenseitige Beeinträchtigung, nicht einen Racenkampf befürchtet die kaiserliche Regierung als die Wirkung der näheren Berührung zwischen Deutschland und Oesterreichs nichtdeutschen Provinzen; vielmehr erkennt sie hierin nach beiden Seiten hin eine Quelle unermeßlicher Vortheile. Allerdings stehen der Ausführung dieses Gedankens große, aber wie uns scheint, nicht unüberwindliche Hindernisse entgegen. Ein stufenweiser Gang, der beginnt mit dem aufrichtigen Willen, sich anzunähern, und allmälig übergeht zum wirklichen engen Verbande, gehört nicht in das Reich der Träume. Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß ein wirklich einiges Deutschland nur geschaffen werden kann, wenn Oesterreich und Preussen bei dem Baue Hand in Hand gehen, war unsere erste und vornehmste Sorge, nach Berlin unsere Ansichten mitzutheilen. Wir gingen hierbei mit voller Aufrichtigkeit und ohne die Absicht voran, Oesterreich an der Leitung der deutschen Angelegenheiten einen größern Antheil zuzuwenden, als ihm seine Stellung als erste deutsche und als europäische Großmacht thatsächlich und vertragsmäßig bisher gesichert hat. Zugleich wurde vorgeschlagen, das Werk der Vereinbarung in Frankfurt gemeinsam mit den Fürsten, und zwar zunächst mit den Königen Deutschlands zu beginnen. Die beabsichtigte vorläufige Verständigung mit der königlich preußischen Regierung konnte jedoch nicht in vollem Maße erzielt werden. Wir betreten daher, statt, wie wir gewünscht hätten, in Gemeinschaft mit Preußen, nun allein den Weg der Vereinbarung mit Frankfurt. Se. Maj. der Kaiser und allerhöchst dessen Regierung begleiten die der Erstarkung und Einigung Deutschlands gewidmeten Bestrebungen mit ihren aufrichtigen Wünschen. Sie sind hierbei zur Mitwirkung bereit, soweit es die eigenthümlichen Verhältnisse der Monarchie gestatten. Sie hoffen und wünschen, daß die heutige Eröffnung in und außerhalb der Paulskirche günstige Aufnahme finden und jedenfalls die Aufrichtigkeit und die Bereitwilligkeit Oesterreichs in vollem Maße gewürdigt werde. Gern geben wir uns der Erwartung hin, daß der Weg der Verständigung nicht abgeschnitten werde durch die jüngsten Beschlüsse der Versammlung, durch jene unter dem Eindrucke erfolgten Abstimmungen, daß es sich eigentlich um mehr und um anderes handle, als die zur Schlußfassung vorgelegten Anträge mit Worten aussprachen. Gerne erwarten wir, daß wenn die von der Versammlung zu beschließende Verfassung den deutschen Regierungen zur Vereinbarung vorliegen wird, eine nach allen Seiten hin befriedigende Verständigung erzielt werden könne. Welche Phasen aber auch das Vereinbarungswerk noch durchlaufen sollte, eines steht hierorts fest, daß Se. Maj. der Kaiser und allerhöchstdessen Regierung in der Begründung eines einheitlichen Centralstaats den Keim unheilvoller Spaltungen erkennen müßten, den Anlaß zur Zersplitterung und nicht zur Einigung Deutschlands. Gegen eine Unterordnung Sr. Maj. des Kaisers unter die von einem andern deutschen Fürsten gehandhabte Centralgewalt verwahren sich Se. Maj. der Kaiser und allerhöchstdessen Regierung auf das Feierlichste. Sie sind dies sich, Sie sind es Oesterreich, Sie sind es Deutschland schuldig.«

Nassau. (Wiesbaden, 9. Febr.) Die Regierung hat endlich der Kammer einen Gesetzentwurf über die Civilliste des Herzogs, wodurch unsere Domänenangelegenheit definitiv erledigt werden soll, vorgelegt. Dem Vernehmen nach soll der Entwurf folgende Bestimmungen enthalten: 1) die Civilliste wird für 5 Jahre auf jährlich 350,000 fl. festgesetzt (wovon jedoch der Herzog nach einer Eröffnung der Kommissäre zur friedlichen Lösung der Domänenfrage 50,000 fl. schwinden [illegible] Vermögen [illegible]; 3) die älteren Hof-Pensionen und Leib[illegible]en, welche nicht unbedeutend sind, sollen außerdem auf die Staats[illegible]kasse belastet werden, desgleichen die Apanagen für die Prinzen [illegible] und Prinzessinen des herzogl. Hauses, sowie die Wittwe des Her[illegible]zogs Wilhelm, welche über 50,000 fl. betragen sollen; 4) [illegible]ere Güter und Gebäude sind ausdrücklich dem herzogl. Hause [illegible]eservirt, z. B. das Schloß zu Wiesbaden, das Schloß zu Biebrich nebst Garten und der sogenannten Biebricher Au, die Schlösser zu Oranienstein und Weilburg nebst dem Thiergarten daselbst 2c. Eine ausdrückliche und unumwundene Erklärung der Domänen zu Staatseigenthum soll in dem Entwurf nicht enthalten seyn. Die von der Kammer erwählte Kommission hat in der heutigen Sitzung eine speziellere Vorlage über die Apanagen von der Regierung verlangt. Die Kommission besteht aus zwei Mitgliedern der älteren Kammer von 1835, 1836, in welcher Zeit der bekannte Domänenstreit geführt worden war, nämlich Habel und Gergens, aus dem Berichterstatter des engeren Ausschusses für die Vorarbeiten zur Domänenfrage von Eck, aus dem neu eingetretenen Abg. Heidenreich, aus einem Abgeordneten von der entschiedenen Rechten (Bertram) und aus zwei Abgeordneten der entschiedenen Linken (Müller II. und Lang.)

(Frkf. J.)

Oesterreich. Die neuesten Wiener Berichte sagen: Bem habe auf Stolzenberg — zwei Stunden von Hermannstadt — eine feste Stellung genommen; Schlick sey in Oberungarn zu einer rückgängigen Bewegung gezwungen worden; die von den Magyaren besetzten festen Punkte wurden mit Hartnäckigkeit vertheidigt, sie seyen wieder in Miskolcz eingerückt, und der Krieg erdehne sich noch über eine weite Strecke; in Croatien sey die Stimmung sehr getheilt, die Forderungen der Südslaven steigen, kurz die Schwierigkeiten sind eher im Wachsen, als im Abnehmen. (A. A. Z.)

(Von der österreichischen Grenze, 7. Febr.) In den letzten zu Wien abgehaltenen Ministerkonferenzen wurde vorzugsweise auch das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland besprochen. Für die Nothwendigkeit des Anschlusses an Deutschland stritt vorzüglich der Handelsminister Bruck, während Baron Kulmer (bekanntlich ein Croate) die unbedingt entgegengesetzte Meinung vertrat. Stadion schien sich zu Bruck's Ansichten zu neigen, während Bach den Vermittler machte. Das Resultat dieser Berathungen war, jedenfalls Verwahrung einzulegen gegen die Ernennung eines deutschen Kaisers ohne allseitige Zustimmung der deutschen Staaten, im Uebrigen aber, falls vom Frankfurter Parlamente auf der Errichtung eines deutschen Bundesstaates beharrt werden wollte, nur die Möglichkeit eines völkerrechtlichen Bündnisses österreichischerseits einzuräumen. Der Bundesstaat im Bunde scheint daher den Beifall des österreichischen Ministeriums auch nicht geerntet zu haben. Noten, in diesem Sinne abgefaßt, sind bereits nach Frankfurt und Berlin abgegangen. — (L. Z.)

(Preßburg, 3. Febr.) Reisende, welche eben aus Debreczin gekommen sind, erzählen, daß der berühmte polnische General Dembinski es gewesen, welcher die glänzenden Siege bei Szolnok und Czegled errungen, und daß demselben die Volksrepräsentanten in Debreczin einen überaus herrlichen Fackelzug gebracht haben. Dembinski soll bei dieser Gelegenheit die Versicherung gegeben haben, daß bis Ende Februar kein Oesterreicher auf ungarischem Boden mehr stehen werde, und daß er den 15. März in Wien zu feiern gedenke. Die Begeisterung in dem ganzen Theißgebiet wird als unbeschreiblich geschildert. — In dem Eisenburger Komitat haben die zahlreichen Guerillas sich sehr furchtbar gemacht, den General Nuritsch wiederholt geschlagen und demselben Kanonen und Munition abgenommen. Während die Wiener Blätter den ungarischen Krieg für beendet ausposaunen möchten, gestehen hier die Offiziere ein, daß er erst im Beginne, jedenfalls für Oesterreich höchst gefahrvoll sey. (Br. Z.)

(Krakau, 5. Febr.) Gestern zu Mittag ist nach der Ankunft einer Estafette sogleich eine Anzahl (6) Kanonen unter Bedeckung von etwa 2 Compagnien in größter Eile weggeführt worden. Wohin? ist unbekannt; man glaubt, nach Sandec, wo wahrscheinlich die Ungarn eingefallen. In Zusammenhang damit scheint auch die Hinausschiebung des Termins für die Rekrutirung auf den 5. März zu stehen. Gleichzeitig wird hier stark von Unruhen in Lemberg gesprochen. (K. B a. B.)

Oldenburg. (Oldenburg, 6. Febr.) In der heutigen Landtagssitzung ist mit einer Majorität von nur einer Stimme das absolute Veto, statt des bei der zweiten Berathung an dessen Stelle gesetzten suspensiven Veto angenommen worden, da jenem früheren Beschlusse die höchste Bestätigung versagt worden war und die Majorität, nachdem sie in der materiellen Frage nachgegeben hatte, jetzt um jeden Preis das Verfassungswerk zu Ende führen wollte. Sie sehen, auch bei uns kehrt Gang der der Dinge wieder »zum Anfange« zurück. Erst entschied sich der Landtag für das absolute Veto, dann bei der zweiten Lesung, da von allen Ecken und Enden Mißbilligungsadressen einliefen, ward an dessen Stelle ein suspensives gesetzt, und jetzt — kehren wir zum Anfange zurück und setzen mit einer einzigen Majoritätsstimme das absolute Veto wieder ein. Die besiegte Partei ist sehr erbittert, die siegende aber sagt: »was hätte es uns geholfen, wenn wir unsern früheren Beschluß behauptet hätten! Der Großherzog hätte ihn verworfen, und das Land — würde uns am Ende im Stiche gelassen haben, wie es die preussische Versammlung im Stiche ließ.« Aber wenn das der Fall wirklich ist, nun — so ist ja auch die Verfassung selbst bis dato nur noch ein Stück Papier, und wenn man dem Lande zutraut, daß es seine lebendigen Vertreter im Stiche läßt, warum sollte man ihm dann zutrauen, daß es ein todtes Stück Papier besser vertheidigen würde? Jene Entschuldigung ist also — mild gesagt — nichtssagend. (Z. f. Nrdd.)

Preussen. †*† (Berlin, 9. Febr.) Die beiden heute vor unserm Kriminalgericht verhandelten Preßprozesse sind vorzugsweise Gegenstand der politischen Tagesdiskussion. Der erste betraf eine im Verlage des Kunsthändlers Hirsch (bekannt durch den Verlag verschiedener Karrikaturen aus der Paulskirche) erschienene Karrikatur, welche nach Ansicht des Staatsanwalts den Prinzen v. Preussen persifliren sollte. Der Angeklagte wurde nur von der Anklage entbunden und die Kosten niedergeschlagen. Als Vertheidiger fungirte Hr. Referendarius Meier, der besonders hervorhob, wie nach der Verfassung vom 5. Dezbr. 1848 alle Staatsbürger gleichberechtigt seyen und wie durch die aktive und passive Wahlberechtigung der Prinzen des königl. Hauses diese lediglich als Staatsbürger betrachtet würden, insonders da auch die Verfassung selbst ihnen nicht besondere Rechte vorbehalte. Der Gerichtshof trat jedoch dieser Ansicht nicht bei, hielt vielmehr die ältern Gesetze wegen Beleidigung von Mitgliedern des königl. Hauses noch für

maaßgebend und entband den Angeklagten nur um deshalb von der Anklage, weil der Bezug, den die Karrikatur auf den Prinzen haben sollte, nicht nachgewiesen wurde.

Gutunterrichtete versichern, daß Graf Brandenburg wiederholt seine Entlassung gewünscht habe; der Umstand, daß sich bis jetzt Niemand gefunden hat, der die Stelle eines Ministerpräsidenten ohne Bildung eines neuen Kabinets annehmen will, trägt die Schuld, daß die Demission höhern Orts noch nicht angenommen ist. Hr. v. Manteuffel und die übrigen Minister sollen fest entschlossen seyn, vor die Kammern zu treten.

Sachsen. (Dresden, 9. Febr.) In der heutigen Sitzung begründet Vizepräs. Tzschirner seinen Antrag wegen der preuss. Cirkularnote, daß die Regierung, ehe sie eine Erklärung darauf abgebe, zuvor den Kammern eine Vorlage darüber mache und sich mit denselben verständige. Nachdem der Redner behauptet, wie nach der Verfassungsurkunde die Regierung sich wohl über diese Frage mit den Ständen zu vereinbaren habe, bemerkt er noch: „Wenn das preussische Rundschreiben vielleicht auch die Absicht, die bereits in Frankfurt geltend gemacht worden, enthalte, Oesterreich von Deutschland zu trennen, so würde man das beklagen müssen. Oesterreich sey durch Sprache und Geschichte mit uns verbunden, unsere Handelsverhältnisse seyen bedingt durch eine Einigung mit demselben. „Die deutschen Revolutionen, hört es, ihr Nationalversteter, ist nicht gemacht worden, um Deutschland zu zerstückeln, sondern um es immer inniger zu verbinden. Es folgt nun der Bericht über die Blum'sche Angelegenheit. Nachdem der Referent Tzschirner den gedruckten Bericht vorgelesen, bemerkt er noch unter Anderm: Eine solche Passivität, wie sie der Gesandte in Wien in der Blum'schen Angelegenheit gezeigt, könne nur aus Pflichtvergessenheit hervorgegangen seyn. Ein solcher Mann könne länger nicht das Vertrauen des Volkes haben, er könne sein Amt nicht länger verwalten und müsse abberufen werden. Obgleich die Deputation ihn strafbar erachtet, so habe sie hierauf keinen Antrag gestellt, weil hierüber die Dienstbehörde, das Ministerium, zu entscheiden habe, eine Untersuchung dürfe man nicht aufgeben. Es dürfe eine Kabinetsjustiz weder von oben noch von unten geübt werden, ein Grundsatz, der freilich zu Zeiten von der Aristokratie z. B. bei den wallenbürger Ereignissen, nicht befolgt worden sey. Eine Pflichtverletzung habe der Gesandte sich zu Schulden kommen lassen, das könne das Gesandtenrecht nicht widerlegen. Schreibe dasselbe vor, in Zeiten der höchsten Gefahr blos Noten zu wechseln, dann möge man ein heiliges Feuer anzünden und diese Bücher, welche das Gesandtenrecht enthalten, verbrennen, und für solche Leute, welche nach diesem Rechte handeln, könne man keinen Pfennig mehr bezahlen. (Bravo auf der Tribüne.) Abg. Auerswald wünscht, die Deputation wäre weiter gegangen, und verbreitet sich dann über das Verhalten des Gesandten. Abg. Keil aus Leipzig: Es sey Pflicht, diese Angelegenheit nicht vorübergehen zu lassen, ohne einen praktischen Nutzen daraus zu ziehen. Eine an Blum verübte That möge einen recht gründlichen Abscheu vor Belagerungszustand und Standrecht einflößen. Die Deutschen müßten darauf hinwirken, daß künftig nicht mehr Belagerungszustand und Standrecht verfügt werden könnten, das würde die beste Sühne für Blum's Tod seyn. Sekr. Jäckel spricht sich über das Verfahren des Gesandten aus und nennt die in dessen Bericht enthaltene angebliche Aeußerung Blum's vor seiner Tödtung, als ob er sein Verfahren bereue, eine Verläumdung und Lüge. Abg. Tauerschmidt geht ebenfalls näher auf die Handlungsweise des Gesandten ein und sucht ferner darzuthun, daß sowohl die sächsische Regierung als auch die Centralgewalt sich schwach bewiesen hätten. Beide hätten energisch gegen Oesterreich auftreten sollen. Oesterreich verlangt von uns die Auslieferung der Demokraten, warum verlangen wir nicht von ihm die Auslieferung der Mörder Blum's?! Abg. Neimann: Die Deputation habe ihren Auftrag vielleicht mit einer solchen Ruhe und Mäßigung abgefaßt, um eine einstimmige Genehmigung zu erzielen. Er sey entsetzt, als er die Berichte des Gesandten gelesen, entsetzt darüber, daß er unverhohlen sagen konnte, daß er für Blum nichts thun wolle! Es sey eine Lässigkeit des Gesandten, mit welcher er sage, daß er seine Note an einen nichtssagenden Ort geschickt habe, denn dort sey weder Hülfe noch Auskunft zu erlangen gewesen. Niemand, selbst Gott im Himmel werde ihn nicht freisprechen können! Abg. Linke macht es dem Ministerium des Auswärtigen zum Vorwurf, daß es den Gesandten nicht unverweilt abberufen habe, und zieht auch gegen die Centralgewalt zu Felde, die stets nur da handle, wo es gelte die Demokratie niederzuhalten. Es gäbe aber noch eine andere Centralgewalt, welche den Tod Blum's sühnen werde, das sey die Centralgewalt im Reiche des deutschen Volksgeistes! Nachdem hierauf ein Antrag des Abg. Bode auf Schluß der Debatte angenommen worden, ergreift Staatsminister v. d. Pfordten das Wort: Die Regierung habe schon früher einmal erklärt, daß der Gesandte seiner Pflicht gegen Robert Blum in umfassenderer Weise hätte genügen können und daß die Regierung ihm dies auch zu erkennen gegeben habe. Man habe die Regierung getadelt, daß sie den Gesandten nicht abberufen und ein kriminalrechtliches Verfahren gegen ihn eingeleitet habe. Allein die reiflichste Erwägung habe erwiesen, daß zu einem solchen Verfahren kein Grund da sey; dies sey die einstimmige Ueberzeugung des Gesammtministeriums, welches sogar juristischen Rath darüber eingeholt habe. Daß die Regierung den Gesandten nicht abberufen habe, liege „in allgemeinen Erwägungen,“ deren Motive eine Frage sey, vor der alle andern in den Hintergrund träten, die Frage der Stellung Deutschlands zu Oesterreich. Sollten beide auf immer getrennt oder sollten sie wieder vereinigt werden? Die Regierung halte es für ihre Pflicht, nichts zu thun, was nur im geringsten dazu beitragen könne, die Größe, Macht und das Wohl Deutschlands zu beeinträchtigen. Sie habe mit Ueberlegung gehandelt und habe die Ueberzeugung, daß sie ihre Pflicht, sowohl gegen Deutschland als gegen Sachsen recht erfüllt habe. Was den Tadel betreffe, daß die Regierung nicht eine drohende Stellung gegen Oesterreich angenommen, so frage er nicht, ob Sachsen das vermöge, sondern nur, ob bei der Wiedergeburt eines einigen Deutschlands ein deutsches Land dem andern drohen solle? Die Regierung wolle nicht zu der einen Gefahr noch eine neue hinzufügen. Von dem 2. Antrage der Deputation verspreche er sich jetzt nichts mehr. Refer. Tzschirner spricht noch ein Mal über die Fassung der Anträge und geht dann zu weitern Bemerkungen über: ihm gehe aus Allem hervor, daß die Grundsätze des Gesandten mit denen des Ministeriums nicht im Einklange ständen, einen solchen Mann dürfe es nicht schonen. (Beifall.) Nachdem der Redner noch Tadel gegen die Centralgewalt ausgesprochen, bemerkte er noch, daß aus den Vorgängen in Wien deutlich hervorgehe, daß man Blum habe absichtlich ums Leben bringen wollen; Blum's letzte Proteste seyen ja unterschlagen worden. „Das Andenken Blum's wird aber nicht aus unsern Herzen gerissen werden, wir wollen uns um seinen Namen wie um ein Panier schaaren, und der Sieg wird uns nicht fehlen!“ (Bravo!) Staatsminister v. d. Pfordten: Die Regierung habe nicht aus Rücksicht und Schonung für einen Mann, sondern aus Rücksicht auf die ihr anvertrauten Interessen so gehandelt. Es sey schlimm, sich von allen Seiten einer leidenschaftlichen Beurtheilung ausgesetzt zu sehen, aber die Regierung halte es für eine ihrer wichtigsten Pflichten, mit Resignation auch dies zu ertragen. Was er in dieser Sache gethan, habe er ruhig und gewissenhaft gethan, sein Gewissen spreche ihn frei. Der Antrag auf unverweilte Abberufung des Gesandten wird hierauf mit Namensaufruf einstimmig, dagegen der zweite Antrag: die Regierung möge bei der Centralgewalt die weitere Ausführung des Beschlusses der Nationalversammlung vom 19. Nov. beantragen, gegen 1 Stimme (Spitzner) angenommen. (D. A. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 8. Februar.) Die Rateaudebatte nahm gestern Abend, kurz vor Sitzungsschluß, eine ganz eigenthümliche Wendung. Dezeimeris wies nämlich die Nothwendigkeit nach: das Budget von 1849 noch zu berathen, ohne (im Gegensatze zu Rateau's Antrage) die Dauer der Nat.-Versammlung zu verlängern. Dezeimeris, ein praktischer Arzt und tüchtiger Landwirth, prophezeite der Kammer, daß sie 7 bis 8 Prozent Zinsen werde zahlen müssen, wenn sie noch länger zögere. Die Staats-Einnahme würden schwerlich über 1249 Mill. betragen und das gefürchtete Defizit handle um die Kleinigkeit von 300 Mill. Frkn.

Wodurch glauben Sie das Defizit zu decken? fragte Dezeimeris die ungeduldige Versammlung: durch Anleihen? Aber wer wird Ihnen bei den heutigen Börsenkursen Geld leihen? Sie bestimmen z. B. 193 Millionen Frk. pr. 1850 zur Beschäftigung des Proletariats durch Staatsbauten. Wie aber, wenn sie keine 193 Mill. in der Kasse zum Verbauen haben?..... Diese Sprache des berühmten Hausarztes machte einen solchen Eindruck auf die Versammlung, daß sie mit 445 gegen 373 Stimmen das Budget zu den Wahlgesetz-, Staatsrathsgesetz- und Verantwortlichkeitsgesetz-Entwürfen hinzufügte und sich erst um 7 Uhr trennte.

Die Nationalversammlung, nachdem sie gestern Abend noch das schwere Budget pro 1849 zu ihren Arbeiten gefügt, hat durch Annahme des Rateauantrages ihrer Laufbahn ein Ziel gesetzt, und wird etwa noch 80 bis 90 Tage sitzen.

Italien.

Die Alba enthält das, wohl grundlose Gerücht: Pius IX. sey aus Genua nach Frankreich entflohen. Am 29. Jan. fielen in Neapel blutige Händel vor, indem das Militär gegen einen Volkshaufen, der diesen politischen Jahrestag feiern wollte, viva la costituzione! rief, die Waffen gebrauchte. Viele sollen verwundet, mehrere getödtet worden seyn.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Exp.-Nro. 234.

Von der Verwaltung
des
vereinigten protestantischen Kirchen-Vermögens der Stadt Nürnberg

werden
Donnerstag den 15. d. M. Vorm. 10 Uhr
circa 5 Scheffel Waizen,
76 " Korn,
230 " theils kleiner, theils Zwieseihaber,
3 " Dinkel
verkauft Kaufslustige wollen sich im Amtslokale (Lorenzer Pfarrhof) einfinden

Nürnberg, den 5 Februar 1847.

Hilpert.

MUSEUM.

Dienstag den 13. d. Mts.

Musikalische Abend-Unterhaltung und Tanz.

Anfang 7 Uhr.

Nürnberg, den 10. Febr. 1849.

Der Vorstand.

SINGVEREIN.

Donnerstag den 15. Februar

Grosses Maskenkränzchen.

Die Eintrittskarten für Herren und Damen, für den Saal wie für die Gallerie (letztere à 12 kr.) werden an demselben Tage von 11—12 und von 1-3 Uhr im goldnen Adler abgegeben.

Der Saal wird Punkt 6 Uhr geöffnet.

Nichtmitglieder, so wie Damen, welche nicht zur Familie eines der verehelichten Mitglieder gehören, können unter keiner Bedingung Zutritt erhalten.

Der Vorstand.

Verauktionirung
eines Mode- und Galanterie-Waaren-Lagers.

Montags den 20 Februar, Vormittags 9 Uhr und folgende Tage werden im Laden S. Nr. 806 an der Fleischbrücke:

Damenhüte, Krägen, Schleier, Chemisetten, Handschuhe, Zephire, Taschen, Stickereien, Sacktücher, Strümpfe, Schürzen, Kinderkleidchen, kölnisch Wasser, feine Pomaden, Oele und Seifen, Knöpfe, Perlen, Tülle, Strick- und Nähgarne, Stramin- und Strickwolle, Bänder, Seide, Näh- und Vorstecknadeln, vergoldete Bronce-waaren; — Herren-Cravatten von Atlas, seidene Halstücher, Sammtmützen und Schlafröcke, Cigarrendosen, Hosenträger, Börsen, Chemise, Manschetten und Vatermörder, Reise- und Geldtaschen und vieles Andere mehr, öffentlich versteigert und ein verehrliches Publikum zur wohlwollenden Theilnahme auf das ergebenste eingeladen.

Für Auswanderer.

Der unterzeichnete Verein expedirt vom 1. März ab alle 14 Tage schnellsegelnde Schiffe mit hohem geräumigem Zwischendeck sowohl von Bremen als auch von Hamburg aus nach

Neuyork, Baltimore, Philadelphia, New-Orleans, Galveston, Charleston, Port-Adelaide, Quebec, Californien, Australien,

und befördert Einzelne, sowie ganze Gesellschaften zu den billigsten Ueberfahrtspreisen.

Leipzig, Februar 1849.

Das Directorium des Nationalvereins für deutsche Auswanderung.

Nähere Auskunft ertheilt
G. C. Martini Füll S. Nr. 407
in Nürnberg.

Anzeige.

Eingetretener Hindernisse wegen wird mit der angekündigten Auktion in meinem Hause Nro 977 am untern Obstmarkt nun am Mittwoch den 14 und Freitag den 15. d Mts. fortgefahren.

Nürnberg, den 12. Februar 1849.

J J Grafer.

Aufforderung.

Wer an dem am 28 März vorigen Jahres verstorbenen Privatier Georg Christian Reich dahier eine Forderung zu machen hat, wolle seine Ansprüche binnen heute in 4 Wochen geltend machen, widrigenfalls bei Auseinandersetzung des gedachten Nachlasses keine Rücksicht auf ihn genommen werden wird.

Fürth, den 10 Februar 1849

L. C. Löblein, Testamentsexecutor.

Bürgerverein für Freiheit und Ordnung.

Montag den 12. Februar ausserordentliche Versammlung. Anfang 8 Uhr. Gegenstand: Adresse an die Reichsversammlung.

(Haus-Verkauf) Nahe am Frauenthor in L. Nr 845 ist ein 3stöckiges Haus, massiv gebaut, mit großem Hof und Garten, und Brunnen, täglich sehr billig zu verkaufen.

Thee-Niederlage
bei **Gebrüder Schmitt** in Nürnberg (Schildgasse S. Nr. 675.)

(In versiegelten mit Staniol ausgefütterten Dosen von 1 Pfund.)

Schwarzer Thee:	Staubfreier Souchon, (von mildem angenehmen Geschmack)	fl. 1. 45 kr.
	Feinster Pekoe, (mit weißen Blüthen)	fl. 2. 48 kr.
	Caravanen-Thee	fl. 3. 48 kr.
Grüner Thee:	Perlenthee (Gunpowder)	fl. 2. 24 kr.
	" " feinster	fl. 2. 48 kr.
	Feinster Hayson	fl. 2. 24 kr.

Erwiderung.

Die mir zugekommene Erklärung eines Theiles der Wahlmänner des Wahl-Bezirkes Nürnberg, mir bei der bevorstehenden Neuwahl wiederholt ihre Stimmen zuwenden zu wollen, hat mich mit aufrichtiger Anerkennung erfüllt.

Ich fühle mich gerührt durch das Vertrauen meiner Mitbürger, das mich in einem so entscheidenden Augenblicke abermals in eine Stellung beruft, für die, ich fühle das, sich würdigere in ihrer Mitte finden.

Was mich ermuthigt, diesem Rufe zu folgen, ist das innere Bewußtseyn, daß ich von der aufrichtigsten, wärmsten Hingebung, von dem besten Willen beseelt bin, für das Wohl derer zu wirken, die mich als Vertreter ihrer höchsten und theuersten Interessen beriefen.

Ebenso bin ich mir bewußt, daß Niemand von heiligerer Begeisterung für die Rechte und die wahre Freiheit des Volkes durchglüht ist, und ich erkläre es wiederholt, daß ich mit allen Kräften dafür kämpfen werde, dem Volke die theuren Errungenschaften der Märztage des vergangenen Jahres erhalten zu sehen und ihre volle Ausbildung auf dem Wege freier Gesetzesentwicklung zu erzielen.

Dem mit der obigen Erklärung verbundenen Wunsche, daß ich München nicht verlassen, sondern den Kammersitzungen anwohnen und die Verhandlungen verfolgen solle, werde ich entsprechen.

Schlüßlich wiederhole ich, daß ich meine Stelle als Abgeordneter nur so lange beibehalten werde, als ich mich im Besitze des Vertrauens meiner Wähler zu erkennen vermag.

München, den 10. Februar 1849.

Jacob Schmitt.

Kalifornien.

Ein vielgereister Mann wünscht mit einigen Gefährten die Reise nach

„Kalifornien"

zu unternehmen und zwar im Monat Mai oder Juny 1849.

Die Reise würde von Bremen aus nach Neuyork und von da den nächsten, besten Weg nehmen.

Alle diejenigen, welche unternehmend sind, und an der Reise Theil nehmen wollen, auch ein Kapital von 3—4000 fl. einlegen können: wollen sich unter der Adresse K. R. in frankirten Briefen an die Expedition dieses Blattes wenden.

Für Auswanderer.

„Die Hoffnung"

Concessionirte deutsche Bureaux für **Auswanderer** nach **Amerika**

von **J. M. Bielefeld** in Mannheim.

Regelmäßige Fahrten vom nächsten März an mit gekupfertem Dreymaster erster Klasse, sogenannter Paquetboote, nach

New-York & New-Orleans
über **Rotterdam & London.**

Zur näheren Erkundigung und zum Abschluß von Ueberfahrts-Verträgen beliebe man sich an Unterzeichneten zu wenden.

Heinrich Klippel,
General-Agent in Frankfurt am Main

Deutsches Haus in Gostenhof.

Heute Dienstag den 13. Februar

Metzelsuppe.

(Zu vermiethen) In Lit. S Nr. 804 ist der erste Stock, bestehend aus 4 Zimmern, 2 Kammern, Küche, Keller und Boden, so wie auch Garten; ein Zimmer und Alkov zu einem Comtoir sich eignend und 2 Gewölben, zusammen oder getrennt. Ziel Walburgis zu vermiethen und kann täglich Mittags von 1 bis 2 Uhr eingesehen werden

(Zu vermiethen.) Ein sehr freundliches und bequemes Logis, bestehend aus 3 heizbaren Zimmern, 2 Alkoven, einer großen Kammer, Küche, Boden, Keller rc. ist bis kommendes Ziel billig zu vermiethen.

(Mieth-Gesuch.) Eine bequeme Wohnung oder ein nicht allzugroßes Haus mit trockenen Parterre-Räumlichkeiten wird am Ziel Laurenzi zu miethen gesucht — Offerten unter L. A durch die Exped d. Bl.

(Mieth-Gesuch.) Eine solide stille Familie wünscht bis Ziel Walburgis eine Wohnung von 1 Zimmer, 1 Kammer, Küche und wo möglich noch einer Kammer zu miethen.

(Gesuch) Ein geübter Fein-Reißzengmacher-Gehülfe kann sogleich bei einem wöchentlichen Verdienst von 6 Gulden Beschäftigung finden. — Näheres unter dem Buchstaben A durch die Exp. d Bl.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches Hausmannskost kochen kann, und auch die vorkommenden Hausarbeiten besorgt, sucht 14 Tage nach Ziel Lichtmeß bei einer soliden Herrschaft unterzukommen.

(Zu verkaufen.) Eine reale Garküchen-Wirthschaft wird mit oder ohne Haus täglich verkauft.

Theater-Einladung.

Mittwoch den 14. Februar. Zum Vortheil des Hrn. Blitka und Frau Güldenberg Zum Erstenmale. „Prinz Friedrich" Schauspiel in 5 Akten von Laube, Verfasser der Karlsschüler. Wozu die Benefizianten ein hochverehrliches Publikum ergebenst einladen.

Theater-Nachricht.

Die Unterzeichneten geben sich die Ehre, dem P. T. verehrungswürdigen Publikum hiermit ergebenst anzuzeigen, daß es ihnen nach mehrfachen Bestrebungen gelungen, die Balltänzer-Gesellschaft des Herrn Schier aus Wien, auf ihrer Durchreise nach München auf drei Gastvorstellungen zu gewinnen, und glauben dem resp kunstliebenden Publikum einen hier am Orte gewiß seltenen Genuß in den ausgezeichneten Leistungen der höheren Tanzkunst bereiten zu können.

Die vereinte Gesellschaft des hiesigen Stadttheaters.

Stadttheater in Nürnberg.

Montag den 12 Februar. „Die Mönche." Lustspiel in 3 Akten v. Tenelli.

Theater in Erlangen.

Dienstag den 13. Februar. Zum Erstenmale. „Die Mönche." Lustspiel in 3 Akten von Tenelli.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 14. Februar 1849. № 45. Mittwoch: Valentin.

Deutschland.

Bayern. (München, 11. Jan.) Es heißt, die Minister Lesuire und Weigand würden bleiben. Die Kammer soll auf sechs Wochen vertagt, nicht aufgelöst werden. Das Projekt eines Fackelzugs von der Linken oder für sie, scheint vorerst aufgegeben zu seyn. (A. A. Z.)

† (München, den 12. Februar.) Die Gerüchte kreuzen und widersprechen sich in Bezug auf die Ministerkrisis so sehr, daß zuletzt keines mehr für wahrscheinlich gilt. Doch wird sich diese Angelegenheit bald entscheiden.

Ein sehr, ja allgemein verbreitetes Gerücht ist: die Kammer werde auf 6 Wochen vertagt. Der 1. Präsident weiß, wie ich gewiß bin, bis jetzt nichts davon, also will ich Ihnen keine Bürgschaft für diese Nachricht geben, obwohl ich sie deshalb bringe, weil sie, mit der Ministerkrise in Zusammenhang gebracht, nicht ganz unwahrscheinlich ist.

Bleibt die Kammer beisammen, so wird sie nach ihrem letzten Beschluß über folgenden Gegenstand berathen, der zur ernsten Debatte führen dürfte:

Antrag über Zusätze zur Geschäftsordnung. In Erwägung, daß die Bildung der Ausschüsse, wie sie der §. 25. im X. Edikt Tit. II. vorschreibt, an sich unvollständig und lückenhaft ist, daß zwar die Kammer von 1831 die bestehenden Mängel durch eine selbstständige Geschäfts-Ordnung zu beseitigen suchte, daß aber diese Geschäftsordnung bei den neuern konstitutionellen Verfügungen, nach welchen der Kammer ein (leider) beschränktes Recht der Initiative zugestanden wurde, sich als unzureichend erweist und die Nothwendigkeit vorliegt, eine Abänderung der hierüber noch bestehenden Verfassungs-Bestimmungen herbeizuführen, um für die Kammer das in der Natur der Sache begründete Recht zu verlangen, sich selbst die Normen festzustellen, nach welchen sie sich konstituiren und die ihr obliegenden Geschäfte behandeln und erledigen will. In Erwägung jedoch, daß der Weg einer besondern Motion bei der Krone die zugesicherte Abänderung der Kammer nicht sogleich die Vortheile einer beschleunigten Behandlung der aus der Mitte ihrer Mitglieder gestellten Anträge gewähren wird, daher es zweckmäßig erscheint, sich vorerst auf solche Regeln zu beschränken, welche die Kammer, in so weit es die verfassungsmäßigen Bestimmungen erlauben, selbst zu geben befugt ist. In Erwägung, daß in der Verfassung nur der Geschäftskreis des 4. 5. und 6. Ausschusses theils bestimmt, theils angedeutet ist, und der Beruf des 6. Ausschusses hinsichtlich der von den einzelnen Mitgliedern der Kammer gestellten Anträge sich auf eine blos vorläufige Prüfung zu beschränken hat, die weder langen Zeitaufwand noch ausführliche Bearbeitung nöthig macht.

In Erwägung, daß die Art, wie die Behandlung solcher Anträge im Art. 102 der Geschäftsordnung vom 10. September 1831 bestimmt ist, erfahrungsmäßig die Gründlichkeit der Prüfung und Bescheidung derselben gefährdet, und in der Regel mit einer Verweisung in die, durch die Vorlagen der Staats-Regierung ohnehin überbürdeten Ausschüsse endigt. In Erwägung, daß es Noth thut, alle Mitglieder der Kammer zu beschäftigen, damit jeder eingreife, wo er sieht, daß es an seiner Kraft fehlt. Aus diesen Gründen „wolle die Kammer vorläufig folgende Zusätze zu der Geschäfts-Ordnung vom 10. September 1831 beschließen:" §. 1. Alle Wünsche und Anträge, die in Gemäßheit des § 35 des X. Edikts von einzelnen Kammer-Mitgliedern eingereicht werden, hat der Präsident spätestens in 24 Stunden dem sechsten Ausschuß zu überweisen. Dieser Ausschuß hat die Pflicht, in gleicher Frist nach geschehener Zuweisung den im genannten Paragraphen vorgeschriebenen Bericht in der Kammer zu erstatten. §. 2. Wenn die Kammer die Erörterung über den Antrag blos vertagt, (Art. 102 lit. c der Geschäfts-Ordnung von 1831) so wird derselbe vor der zur Verhandlung bestimmten Sitzung in den Abtheilungen berathen. § 3. Zu diesem Zwecke theilt sich die Kammer sogleich, nachdem diese Zusätze zum Beschluß erhoben sind, durch Verloosung in zwölf möglichst gleiche Abtheilungen. Diese Abtheilungen werden nach Ablauf von vier Wochen auf dieselbe Weise wieder erneuert.

§. 4. Nachdem jede Abtheilung unter sich nach Stimmenmehrheit einen Vorstand, dessen Stellvertreter und einen Schriftführer gewählt hat, wird die Ansicht der Abtheilung über den Gegenstand durch Berathung und Abstimmung ermittelt. Nach Beendigung dieser Verhandlung ernennt jede Abtheilung durch absolute Stimmenmehrheit ein Mitglied für die Kommission. §. 5. Die Kommission ist beschlußfähig, sobald 7 Mitglieder zugegen sind. Sie tritt ohne Verzug in gemeinschaftliche Berathung, zu welcher die Minister und die k. Kommissäre Zutritt haben, und wählt durch absolute Stimmenmehrheit einen Berichterstatter. §. 6. Der Berichterstatter bringt die Meinung der Mehrzahl der Kommissions-Mitglieder zur Kenntniß der Kammer.

§. 7. Wenn jedoch bei einem Antrage in der Kommission eine Minorität von wenigsten dreien besteht, so hat sie das Recht, ein Minoritäts-Gutachten zu geben und dieses dem Hauptberichte beizufügen. Doch darf die Erstattung des letzteren dadurch nicht verzögert werden. §. 8. Die Berichte und Anträge der Kommissionen werden in fortlaufenden Nummern gedruckt oder autographirt und wenigstens 24 Stunden vor der Berathung an die Kammer-Mitglieder vertheilt. §. 9. Der Berichterstatter der Majorität eröffnet die Berathung in der Versammlung und kann nach erklärtem Schlusse derselben noch einmal das Wort verlangen. Gleiches Recht hat der Berichterstatter der Minorität. §. 10. Die Kammer wird sodann über den Berathungsgegenstand sofort einen endlichen Beschluß erlassen oder die Verweisung an den betreffenden im X. Edikte vorgesehenen Ausschusse verfügen. Stockinger.

†† (Nürnberg, den 13. Februar.) In einer gestern abgehaltenen Volksversammlung wurde nachstehende Adresse an die bayerische Volkskammer berathen und einstimmig angenommen: Hohe Versammlung! Auf eine Thronrede, welche die wichtigsten Fragen der Gegenwart unberührt, die gerechtesten Erwartungen des Landes unerfüllt ließ, auf eine Thronrede, deren unkonstitutionelle Entstehung ein Minister offen zu bekennen wagte, zum schmachvollen Beweis dessen, was die bayerischen Ministerien bisher unter konstitutionellem Regiment verstanden, haben Sie mit einer Adresse geantwortet, welche aus dem Herzen des Volks gesprochen und freier deutscher Männer würdig ist. Offen und unumwunden haben Sie eine deutsche Politik verlangt, die Bayern bisher entbehrte. Offen und unumwunden haben Sie die Verkündigung der Grundrechte des deutschen Volks verlangt, welche die bayerische Regierung in unverantwortlicher Widersetzlichkeit gegen rechtsgültige Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung und gestützt auf eine finstere Partei ihren Bürgern seit Wochen vorenthält, offen und unumwunden haben Sie eine wahrhaft konstitutionelle Regierung verlangt, im Gegensatz zu jenem Scheinkonstitutionalismus, mit welchem die Reaktion jetzt den Absolutismus zu überkleiden sucht. Sie haben am Thron die Sprache freier Männer geredet. Nehmen Sie unsern Dank dafür. Nicht umsonst will das Volk nach Freiheit gerungen haben und nicht darum ist es bei seiner Erhebung in den Märztagen vor den Thronen stehen geblieben, damit das alte verruchte System der Knechtung und Zersplitterung sich unter neuen trügerischen Formen wieder einschleiche. Das Volk will eine gründliche Umgestaltung seiner politischen Zustände; es will eine feste Begründung seiner Freiheit, und ein Volk, das die Freiheit will, wird sie auch finden, trotz aller Versuche zu neuer Unterdrückung. In Ihnen erkennen wir mit Stolz und Freude die Männer, welche berufen sind, Hand anzulegen an die eingerosteten Schäden des Staatsorganismus, ihn zu reinigen von dem Unrath, der sich darin festgesetzt, und in dem Prinzip der Selbstverwaltung des Volks einen festen Damm aufzuführen gegen jegliche Bevormundung und Willkürherrschaft. Und wenn es noch irgend eines Umstandes bedurft hätte, um unsere Anerkennung und Verehrung für Sie zu steigern, so hätten wir ihn finden müssen in jenen Ausbrüchen der Rohheit und fanatischen Wuth, in jenen Kränkungen, mit welchen eine von der Bildung und dem Zeitgeiste gerichtete Partei, die leider noch immer mit einigem Erfolg an den Unverstand und den Knechtsinn appelliren kann, Sie herabzuwürdigen glaubte, während Sie in Wahrheit dadurch in den Augen der Vernünftigen nur geehrt wurden. Schreiten Sie, unbeirrt durch das Geschrei des Fanatismus, muthig vorwärts auf dem Pfade, den Ueberzeugung und Ehre Ihnen vorzeichnen; kämpfen Sie standhaft für die ewigen Rechte des Volks und vertrauen Sie dem Volke, das seine Vertreter nicht verlassen wird. Sollte es aber, gegenüber den freisinnigen Elementen in Ihrer Umgebung jener Partei der Finsterniß, die vor ihrem gänzlichen Versinken ihre letzten Kräfte noch einmal zum verzweifelten Kampfe gegen das Licht aufbieten zu wollen scheint, gelingen, die Freiheit Ihrer Berathungen zu stören und Sie in der Verfolgung Ihrer Wirksamkeit zu hindern, so vergessen Sie nicht, daß es noch Städte in Bayern gibt, deren Bevölkerung in ihrer ungeheuern Mehrheit rein von Knechtsinn, begeistert für Freiheit und von hoher Verehrung für treue und unerschrockene Vertreter des Volks erfüllt ist.

†† (Nürnberg, 13. Februar.) Wie vorauszusehen war und wie es ganz in der Billigkeit lag, wurde heute J. Schmitt hier wieder zum Abgeordneten der bayerischen Volkskammer mit 136 Stimmen gewählt. Alle kleinlichen Ränke und Absichten von gewissen Seiten her sind an diesem Akte der Rechtlichkeit gescheitert. Ausser Schmitt erhielten noch Stimmen Bauer, Dekan in Bamberg 8, Studienlehrer Hofmann hier 13, Rektor Bensen von Rotenburg 4, Kutter 2, Schuh 1, Blümlein 1, Wagner 1. Gestimmt haben 166.

Freie Städte. (Frankfurt, 9. Febr.) Das Bureau der Nationalversammlung hat ein neues Verzeichniß der Abgeordneten derselben ausgegeben, das bis zum 5. d. M. geht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die Gesammtzahl 558 beträgt. Sie vertheilt sich auf: Oesterreich mit 110, Preussen 193, Bayern 68, Königreich Sachsen 21, Hannover 24, Würtemberg 26, Baden 19, Großherzogthum Hessen 12, Kurfürstenthum Hessen 11, Schleswig-Holstein und Lauenburg 11, Mecklenburg-Schwerin 6, Nassau 6, Luxemburg und Limburg 5, Oldenburg 5, Braunschweig 4, Sachsen-Weimar 4, Sachsen-Koburg-Gotha 2, Sachsen-Meiningen-Hildburghausen 2, Sachsen-Altenburg 2; auf jeden der noch übrigen 19 Einzelstaaten kommt 1 Abgeordneter. Ausgetreten waren bis zum 5. d. 181 Mitglieder, unter welchen, ausser den verstorbenen Brunck und Wirth, auch Robert Blum als „erschossen" und Auerswald und Lichnowsky als »gestorben« aufgeführt sind. Von 36 ausgetretenen Mitgliedern — namentlich österreichischen — sind die Ersatzmänner noch nicht eingetroffen. (D. Z.)

(Frankfurt, den 9. Februar.) Nach dem neu vertheilten Verzeichnisse der Abgeordneten bei der Nationalversammlung sind im Ganzen 176 Abgeordnete ausgeschieden. 28 Sitze, darunter 15 aus Oesterreich, sind nicht wieder besetzt. Mehrere Sitze haben ihre Inhaber mehrmals gewechselt. So folgten Haugh, Dieringer, Frings und Temme auf einander, ebenso Gluck, Stöcker und Lammers, ferner Sedlag, v. Platen und v. Boeries. (Fkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 8. Februar.) Der Entwurf des deutschen Heimathsgesetzes, wie er der Reichsversammlung zur Berathung vorgelegt ist, lautet: Heimathsgesetz. §. 1. Das Gebiet eines jeden deutschen Staates zerfällt in bestimmt abgegrenzte Gemeindebezirke; diese bilden zugleich Heimathsbezirke. Den einzelnen Staaten bleibt es über-

lassen, mehrere Gemeindebezirke zu einem Heimathsbezirke zu vereinigen. §. 2. Der Aufenthalt und Wohnsitz in einem Heimathsbezirke, sowie das Recht zum Gewerbebetriebe, so weit dies nicht durch die deutsche Gewerbeordnung beschränkt wird, darf keinem Deutschen verweigert werden, so lange er nicht daselbst der öffentlichen Armenunterstützung anheimfällt oder wegen eines gemeinen Verbrechens verurtheilt wird. §. 3. Das Heimathsrecht wird erworben: a) durch Geburt. Eheliche Kinder folgen der Heimath des Vaters, uneheliche der Heimath der Mutter, Findlinge erlangen das Heimathsrecht in dem Heimathsbezirke, in welchem sie gefunden werden, fallen aber der Fürsorge des Staats anheim. b) Durch Verheirathung. Ehefrauen erwerben die Heimath in dem Heimathsbezirke ihres Ehemanns. c) Durch ausdrückliche Aufnahme. Diese darf keinem Deutschen verweigert werden, welcher erwerbsfähig ist und zur Zeit seiner Aufnahme weder öffentliche Armenunterstützung genießt, noch wegen eines gemeinen Verbrechens bestraft worden ist. d) Durch mehrjährigen Aufenthalt. Wer sich fünf Jahre lang ununterbrochen durch sein Vermögen oder seine Thätigkeit in einem Gemeindebezirke redlich ernährt hat, erwirbt daselbst das Heimathsrecht, wenn er nicht sein früheres Heimathsrecht sich erhalten hat. e) Durch Erwerbung des Gemeindebürgerrechts. Dasselbe schließt das Heimathsrecht stets in sich. §. 4 Wer in einem Gemeindebezirke Heimathsrecht erwirbt, verliert dasselbe in seinem früheren Heimathsbezirke, wenn er nicht daselbst Gemeindebürger bleibt. §. 5. Das Heimathsrecht kann ohne Besitz des Gemeindebürgerrechts bestehen und begründet noch kein Recht auf die Nutzungen des Gemeindevermögens. §. 6. Das Heimaths-Recht gewährt den Anspruch, im Falle der Arbeitsunfähigkeit und Verarmung, von dem Heimathsbezirk nothdürftig unterhalten zu werden. Liegt in diesem Falle Dritten die Verpflichtung ob, für den Unterhalt des Heimathsberechtigten zu sorgen, so kann die Gemeindebehörde diese zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen anhalten. §. 7. Die weiteren Rechte und die Verpflichtungen der Heimathsberechtigten und Derer, welche, ohne heimathsberechtigt zu seyn, in einem Gemeindebezirke Wohnsitz haben, gegen die Gemeinde, werden durch die Gemeindeverfassung bestimmt. §. 8. Hülfsbedürftige haben in jedem Gemeindebezirke, wo sie sich zur Zeit ihrer Hülfsbedürftigkeit befinden, Anspruch auf nothdürftige Verpflegung. Die betreffende Gemeinde hat dieselbe vorschußweise für Rechnung des verpflichteten Heimathsbezirkes zu leisten. Der Anspruch auf Wiedererstattung des geleisteten Vorschusses verjährt drei Monate nach eingetretenem Verpflegungsfalle, beziehungsweise nach Ermittelung des verpflichteten Bezirks. §. 9. Wer fünfzehn Jahre von seinem Heimathsbezirke freiwillig abwesend gewesen und an keinem andern Ort Heimathsrecht erlangt hat, behält zwar daselbst sein Heimathsrecht, fällt aber im Verarmungsfalle der Versorgung desjenigen Staates anheim, zu welchen der Heimathsbezirk gehört (Frkft. O.-P. Z.)

Hannover. (Hannover, 8. Febr.) In der Sitzung der zweiten Kammer spricht Lang gegen die Eidesformeln in der Geschäftsordnung: So wahr mir Gott helfe und sein heiliges Wort und gegen die besondere Formel für Juden. Das ist gegen die Grundrechte. Ich trage auf Streichung der Wörter »und sein heiliges Wort« und auf die Streichung der auf die Juden bezüglichen Worte an. Ich habe gezweifelt, ob die Bestimmung, daß den Mennoniten und andern Glaubensparteien der Eid erlassen werden könne, zulässig oder ob das im Widerspruche mit den Grundrechten stehe; aber dem ist nicht so. Die Grundrechte geben dem deutschen Volke nur das Minimum, nur die Grundlagen seiner Freiheit, die Verfassung eines Einzelstaates darf in Gewährung von Freiheiten weiter gehen; — Keiner sprach über, Keiner sprach gegen den Antrag des greisen Ehrenmannes; die Vertreter des Volkes fühlten, daß nicht ein Wort gegen die Grundrechte in einem Gesetze unseres Landes stehen darf. — Als der Präsident den Antrag Lange's zur Abstimmung brachte erhoben sich Alle; nur fünf stimmten dagegen: die Minister Stüve, Lehzen, v. Düring und der Pastor Tiemann von einem ostfriesischen Landbezirke und der Justitiar Münster von Papenburg. (Wes. Z.)

Mecklenburg. (Schwerin, 7. Febr.) In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde folgende vom 6. Februar datirte Botschaft des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin in Betreff des Verfassungswerkes verlesen: Friedrich Franz rc. drei volle Monate sind seit der am 31. Okt. v. J. stattgehabten Eröffnung der Abgeordnetenversammlung bereits verflossen, ohne daß bisher die Berathungen über die Feststellung eines Staatsgrundgesetzes, welches wir im Entwurfe haben ausarbeiten und vorlegen lassen, in der Abgeordnetenkammer selbst begonnen haben. Schon in unserer Eröffnungsrede haben wir hervorgehoben, wie wichtig es ist, den Abschluß der Verfassung so entschieden und rasch zu fördern, als es nur irgend mit einer gründlichen und gewissenhaften Prüfung sich vereinigen läßt. Zwar lassen die besonderen Schwierigkeiten sich nicht verkennen, welche die in Mecklenburg bestehenden Verhältnisse rücksichtlich ihrer Hinüberführung in die neue Staatsform darbieten. Allein in der Sache selbst liegt es, daß die Mehrzahl dieser Schwierigkeiten immer erst auf dem Wege einer allmähligen Entwickelung, die den Anforderungen des Lebens Rechnung trägt, sich wird beseitigen lassen, und ist es um so nothwendiger, mit dem Abschluß der Verfassung vorzuschreiten, zumal erst dann desto wirksamer und gleichmäßiger mit den organischen Einrichtungen wird verfahren werden können. Eine lange Fortdauer der Ungewißheit über die Gestaltung der staatlichen Verhältnisse wirkt nach den verschiedensten Seiten hin nachtheilig ein auf die Wohlfahrt des Landes, und das allgemeine Verlangen nach Vollendung der Verfassung tritt mit jedem Tage stärker hervor. Wir sehen uns demnach veranlaßt im Einverständnisse mit Sr. kgl. Hoh. dem Großherzoge von Mecklenburg-Strelitz die dringende Aufforderung an die Versammlung der Abgeordneten zu richten, nunmehr ungesäumt mit der Berathung der Verfassung zu beginnen. Ein ähnlich lautendes Reskript des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz wurde ebenfalls verlesen. (D. A. Z.)

Preussen. †*† (Berlin, 10. Febr.) Auch in Beziehung auf die im Kultus-Ministerium abgehaltenen Seminarlehrer-Konferenz hat man der Anforderung der Zeit endlich dahin genügt, daß die Vorlagen des Ministeriums mit den in Veranlassung derselben gefaßten Konferenzbeschlüssen veröffentlicht werden. Das hier erscheinende Centralblatt für Schulreform bringt 22 solcher vom Ministerium den berufenen Mitgliedern der Konferenz vorgelegten Sätze nebst den Beschlüssen, die als Resultat aus den Berathungen hervorgegangen sind. Es soll jedoch bemerkt werden, daß jene Sätze, die sich sämmtlich auf die Organisation der Lehrerbildung beschränken, nur den Zweck hatten, zum Anhalt für die Berathung zu dienen, keineswegs aber den Anspruch machten, eine bereits feststehende Ansicht der Unterrichtsbehörde auszusprechen. Vielmehr hat die letztere ausdrücklich erklärt, sämmtliche in den Vorlagen berührte Fragen als offen zu behandeln. Bemerkenswerth ist nichts desto weniger die auf dem ersten Satz kundgegebene Meinung über die Pflicht des Staats zur Bildung der Volksschullehrer. Derselbe lautet: „Der Staat sorgt n u r durch vollständig organisirte öffentliche Seminarien für die Bildung der Volksschullehrer." — Die Konferenz hat das „nur" gestrichen. Das niedrigste Einkommen eines Seminarlehrers ist in den Vorlagen und Beschlüssen übereinstimmend auf 400 Thlr. angesetzt. Die Konferenz beantragt außerdem noch freie Wohnung oder Miethsentschädigung. Jedes Seminar soll, den Direktor eingeschlossen, mindestens vier Lehrer haben. Die Zahl der Zöglinge setzt die Vorlage auf höchstens 70—80 (die Konferenz auf 60) an; die Zahl der Unterrichtsstunden wöchentlich im Seminar für jeden Kursus auf höchstens 26; die Konferenz beantragt 28. Die Seminarien sollen freien Unterricht, freie Wohnung in der Anstalt, Heizung und Beleuchtung gewähren. Konfessionell sollen die Seminarien in evangelische, katholische und jüdische geschieden seyn; Mitgliedern anderer Konfessionen soll jedoch in jedes Seminar der Eintritt offen stehen; die Anstalten sollen in der Regel in Städten mittlerer Größe angelegt, auch für Lehrerinen sollen, wo es das Bedürfniß erfordert, Seminarien errichtet werden.

Frankfurter Briefe liefern interessante Einzelheiten über ein neues Rencontre, welches Herr von Vincke diesmal mit einem Herrn Deutsch gehabt hat. Auch in diesem Falle, so viel uns bekannt, seit der parlamentarischen Thätigkeit des Herrn von Vincke auf dem Vereinigten Landtage der vierte, ist das von Herrn von Vincke provocirte Duell nicht zu Stande gekommen. Eine solche Person, die für witzig gilt, soll bei Aufzählung dieser Fälle lachend ausgerufen haben: Rien n'est perdu hors l'honneur! Franz I. war es bekanntlich, der sich über sein Mißgeschick mit dem Ausruf tröstete: Tout est perdu hors l'honneur! —

Als wir in dem Gerant der „Enthüllungen," Herrn Biessig, einen frühren Genossen des Zuchthauses zu entdecken Gelegenheit hatten, ahnten wir nicht, daß die Partei, welche jene Pamphlete in die Welt sendet, nicht die einzige sey, welche ihre Bestrebungen dem Zuchthause entnimmt. Nach einer uns so eben zugehenden vollkommen glaubwürdigen Mittheilung gab sich im Sternberger Kreise (in der Neumark) der in der criminalistischen Welt hinlänglich bekannte ehemalige Handlungsdiener Fritze alle erdenkliche Mühe, die Wahl jenes Kreises auf den Minister des Innern v. Manteuffel zu lenken. Der Agent dieser Wahlthätigkeit war offenbar von dem Manne selbst, für den er zu wirken hatte, persönlich und nach seinen Antecedentien nicht gekannt. In einer Wahlmännerversammlung am Tage vor der Deputirtenwahl wurden zwei Schreiben des Herrn v. Manteuffel, an den Gutsbesitzer v. Walter-Reitzenstein und Herrn Senff v. Pilsack gerichtet, verlesen. Herr v. Manteuffel erklärte darin: „Der Doktor Fritze« aus Berlin habe ihm mitgetheilt, wie die Bevölkerung des Sternberger Kreises seiner Kandidatur günstig gestimmt sey, und daß er das Mandat gern annehmen würde, wenn man geneigt seyn sollte, ihm dasselbe zu übertragen. Dies wäre nun ohne Zweifel geschehen, hätte nicht eben die Agentur Fritze's Anstoß erregt. Der Agent war im Wahlkreise als ein früherer Bewohner der Strafanstalt Sonnenberg zur Genüge bekannt. Er hatte jene Anstalt vor Kurzem verlassen und gebot, obschon unter diesen Umständen seine Mittellosigkeit sich von selbst zu verstehen schien, doch über bedeutende Mittel, und sein ganz ostensibler Zweck war, für die Wahl Manteuffel's zu agitiren. Daß er auch zu diesem Mandate nur mit Hülfe der gewandtesten Vorspiegelungen, in welchen er Meister ist, gelangt seyn kann, bezweifeln wir wenigstens nicht; gelang es ihm doch vor Jahren als Chevalier Ankerström in die Hofzirkel und als Domänenrath Neumann in die Kreise der höchsten Büreaukratie Eingang zu gewinnen.

Hätte Hr. v. Schelling nicht die Erlaubniß erlangt, einen bayerischen Orden tragen zu dürfen, alle Welt würde ihn todt geglaubt haben. Gerade so geht es uns mit Hrn v. Kamptz. Er, den wir längst zu den Begrabenen zählten, tritt mit einer Schrift „Fragmente über das Recht des Landesherrn, Ständeversammlungen zu verlegen, zu vertagen und aufzulösen" unter den Lebenden auf. Wie der ehrenwerthe Rechtskonsulent des Absolutismus diese Frage entscheidet, sagt der Leser sich selbst. Die Haltung seiner Schrift ist hinreichend aus der früheren Polemik ihres Verfassers gegen Joh. Jacoby und Heinr. Simon bekannt.

Die Kammergerichtspräsidenten v. Strampf und v. Bonseri haben dem Justizminister ein Gutachten zugefertigt, in welchem sie von der praktischen Anwendung der Gesetze über Reorganisation der Rechtspflege bis zu dem Zeitpunkte abrathen, in welchem die künftige Volksvertretung jene Gesetze revidirt und anerkannt haben wird.

(Berlin, den 8. Februar.) Vorgestern wurde in nicht öffentlicher Sitzung eine Anklage wegen versuchter Kuppelei verhandelt. Es stellt sich dabei ein Punkt heraus, der hervorgehoben zu werden verdient: das Verfahren von Schutzmannern in dieser Sache, die hier als kupplerische agents provocateurs erscheinen. So hatte ein Schutzmann und noch dazu ein Wachtmeister, wie er selbst zugestehen mußte, die Angeklagte selbst zu dem Verbrechen verleitet, indem er mit einem jungen Mädchen in die Wohnung der Angeklagten gegangen war, um seinen unsaubern Zweck zu erreichen. Zuvor hatte er beide in einem Schenklokale mit ½ Dutzend Gläsern Punsch bewirthet. Der Vertheidiger hob mit Recht hervor, wie schändlich dieser Beamte seine Stellung mißbraucht habe, und daß es bei solchem Verfahren wohl Niemanden wundern könne, wenn das Institut der Schutzmänner beim Volke verhaßt sey. (N. Rh. Z.)

Sachsen. (Dresden, 9. Febr.) In der heutigen Sitzung der II. Kammer erstattete Abg. Rewitzer Bericht über den Antrag des Abg. Blöde, die Einziehung der sächsischen Gesandtschaften betreffend. Die Finanzdeputation ist dem Antrage beigetreten und gibt ihr Gutachten dahin ab, daß die Regierung sämmtliche sächsische Gesandtschaften an den deutschen und ausländischen Höfen, mit alleiniger Ausnahme des Bevollmächtigten bei der Centralgewalt in Frankfurt, einziehen möge. Der Bericht gibt an, daß der gegenwärtige Aufwand für die Gesandtschaften, mit Einschluß des Bedarfs für das Ministerium des Aeußern, 69,000 Thlr. betrage. Abg. Damman ergreift zunächst das Wort und beginnt mit einer Beleuchtung des Gesandtschaftswesens von den Patriarchen und Römern an bis auf die Theilung Sachsens. Es lasse sich nicht ersehen, ob Sachsen die Gesandt-

schaften etwas genutzt hätten, und es passe daher wohl auf sie der alte Spruch: »Wir sind nur da, um die Früchte des Landes aufzuzehren.« Die Gesandtschaften seyen daher einzuziehen, und zwar um so mehr, als die drängende Forderung der Erhöhung der Steuern alle möglichen Ersparnisse anzuwenden gebiete. Abg. Sauck: Er wünsche nichts sehnlicher, als daß der Zeitpunkt gekommen sey, wo die Einigung Deutschlands so weit gediehen, daß die Gesandten abberufen werden könnten. Allein es sey noch keine Aussicht auf baldiges Zustandekommen des Verfassungswerks, wobei die größern Staaten einen großen Einfluß geltend machten. Hiebei könne Sachsen seine Interessen nur durch die Gesandten vertreten. Auch in kommerzieller Hinsicht könne er die Wirksamkeit der Gesandten aus der Erfahrung nachweisen. Ehe es also noch keine deutschen Reichsgesandten gebe, möge man die Gesandten noch nicht abberufen. Auch die Ersparnisse würden nicht so bedeutend seyn, da die dafür anzustellenden Konsuln ebenfalls besoldet werden müßten. Abg. Rewitzer vertheidigt den Deputationsantrag. Wenn sich Industrie und Handel auf die Gesandten verlassen sollten, würden sie gewiß ganz verlassen seyn. Abg. Blöde: Vermöchten wohl die sächsischen Gesandten in Berlin und Wien etwas gegen das Wrangeln und Todtschießen? In Betreff der Zustandebringung des deutschen Verfassungswerks hätten wir den Bevollmächtigten in Frankfurt a. M. das sey genug.

Staatsminister v. d. Pfordten: Die Regierung sey noch derselben Ansicht wie am vorigen Landtage. Der finanzielle Gesichtspunkt könnte nur so weit geltend gemacht werden, als es die nothigsten Bedürfnisse des Staats zuließen. Die Regierung habe die finanziellen Rucksichten nicht außer Acht gelassen, der Aufwand für die Gesandtschaften sey um zwei Fünftel gemindert worden. Vom höheren politischen Standpunkt aus bemerke er, daß die sofortige Einziehung der Gesandtschaften nicht räthlich sey. Bei der jetzt gerade in der Krisis liegenden Einigung Deutschlands möge man der Regierung nicht die Mittel entziehen, welche ihr hierbei zur Wahrung der Interessen und der Selbstständigkeit des Landes nöthig seyen. Sey die deutsche Verfassung einmal festgestellt, wisse man, wie Deutschland nach innen und außen vertreten wird, so sey die Regierung mit dem Antrage der Deputation einverstanden. Das, was die Deputation beantrage, sey vielleicht in sechs Monaten Ansicht der Regierung; es bestehe also nur eine Zeitdifferenz. Die Deputation selbst habe erkannt, daß nach Ausführung ihres Antrags Konsuln nöthig seyn würden. Allein hier sey zu entgegnen, daß dieselben keinen politischen Einfluß haben. Wenn man in den völkerrechtlichen Verkehr eintreten wolle, so müsse man sich auch nach den üblichen Formen richten. Abgeordneter Rewitzer: Die Gesandten seyen nur die Vertreter der Höfe gewesen, sie seyen unthätige, wirkungslose, gut besoldete Mussiggänger. Er sey unbedingt für bloße Geschäftsträger oder Konsuln, da ja unsere Gesandten auch keinen gro en Einfluß übten, und doch bedeutenden Aufwand erforderten. Minister v. d. Pfordten widerlegt dies.

Vicepr. Tzschirner bezweifelt in einer längern Rede die Nützlichkeit und Thätigkeit der Gesandten, welche hierauf Staatsminister v. d. Pfordten nochmals in Schutz nimmt. Secr. Jäckel: Die Deputation sey nicht weit genug gegangen, und er beantrage daher, daß die den Landgehalt der Gesandten übersteigenden Beträge nur noch bis zum Monat April verwilligt, von da an aber verweigert würden. Die Abgg. Klette und Auerswald sind gegen den Antrag. Abg. Haustein empfiehlt ihn zu schleuniger Berathung. Abg. Spitzner ist gegen sofortige Abberufung der Gesandten, und bemerkt nebenbei, Robert Blum wäre gerettet worden, wenn er nach dem 21. Okt. nicht in der unsinnigen Verblendung gewesen wäre, noch in Wien zu bleiben. (Oh! auf der Linken und der Galerie.) Vicepr. Tzschirner gibt eine spitze Erwiderung, ebenso Abg. Müller aus Dresden wegen einer andern Aeußerung. Nachdem noch Abg. Meyer einen Ausfall gegen Staatsminister v. d. Pfordten gemacht, erfolgt nach dem Schlußworte des Referenten die Abstimmung. Der Antrag der Deputation wird, nachdem Secr. Jäkel den seinigen zurückgezogen, gegen acht Stimmen (der Abgg. Bauer, Fischer, Häbnel, Heyne, Hohlfeld, Schieck, Siegel und Spitzner) angenommen. (D. A. Z.)

Vom Rhein, 10. Febr. Aus bester Quelle können wir Ihnen die Nachricht mittheilen, daß sämmtliche Festungen Preussens, sowohl die an den Gränzen wie im Innern belegenen armirt werden. Ob dieselbe Maßregel für alle deutsche Festungen eintreten wird, ist uns unbekannt. Man will für alle Fälle vorbereitet seyn, und es scheint hiernach, daß sowohl von Westen wie von Osten her Gefahren hereinbrechen können. (Fkft. J.)

Frankreich.

† (Paris, 9. Februar.) Eine wichtige Zeiterscheinung sind die unter der niederen französischen Geistlichkeit stark verbreiteten sozialistisch-kommunistischen Studien. Das Blatt „Univers“ kündigt mit vielem Pomp das neueste Werk eines solchen katholischen Kommunisten in einem langen Artikel an. Es heißt: Un Eclair avant la Foudre, ou le Communisme et ses Causes, bei Perisse fréres in Paris und Seguin in Avignon. Auch dieses Werk scheint durch die Thiers'sche Broschüre über das Eigenthum hervorgerufen worden zu seyn. Es spricht nicht den Barbès'schen oder Blanquischen Kommunismus das Wort und sucht ihn vielmehr zu bekämpfen; aber immerhin verdient die Erscheinung gelesen zu werden: „Entweder — sagt der Verfasser — hat man bewiesen, daß das Eigenthum ein Bedürfniß der menschlichen Natur, ein unerläßliches Bedürfniß, ein Gesetz des Menschen — mithin sein Recht ist; oder man hat dies nicht bewiesen. Ein Mittelding gibt es nicht. Im erstern Falle gebührt jedem Menschen eben kraft dieser natürlichen Gesetze nicht nur ein Recht auf Arbeit, sondern auch ein Recht auf Eigenthum, wie es eben die Kommunisten und ihre Gegner (Thiers) auffassen und dieses Recht auf Eigenthum ist ebenso legitim als das Recht auf Freiheit, das Niemandem hoffentlich bestritten wird u. s. w.“ Das „Univers“ bricht hier leider seine Auszüge ab und fügt hinzu: »Unsere Leser werden das Werk eines erprobten Athleten selbst prüfen wollen. Dasselbe ist eine glänzende Apologie des göttlichen Rechts ....« Halt! Göttliches Recht und Kommunismus! Henri V. und Kommunismus! Das klingt sehr ergötzlich. Wäre der Verfasser vielleicht an der Emme oder an der Elbe geboren? Warum verschweigt das Univers seinen Namen? Es sagt uns nur, es ist der Verfasser des Monopole universitaire und damit Basta! Wie bescheiden! oder vielmehr, wie grausam!

Italien.

(Mailand, 27. Jan.) Der Befehl der österreich. Regierung, daß sich Delegirte aus dem lombardisch-venezianischen Königreich nach Wien begeben sollen, um an den Berathungen über die Befriedung dieses Landes theilzunehmen, wird wahrscheinlich, wenn auch nicht sofort, zur Ausführung kommen. Neun Delegirte sollten die Lombardei vertreten, so daß einer auf jede Provinz käme, nämlich auf Mailand, Pavia, Bergamo, Como, Cremona, Lodi, Sondrio, Brescia und Mantua. Acht sollten für die venezianischen Provinzen gewählt werden, nämlich für Venedig, Belluno, Padua, Verona, Vicenza, Polesina, Treviso und Friaul. Indeß wird die Ausführung dieses kaiserl. Befehls einigen Aufschub erleiden. Die Provinzialcongregations, mit Ausnahme der von Sondrio, weigerten sich, demselben nachzukommen, worauf der kaiserl. Bevollmächtigte in Mailand den unbotmäßigen Provinzen kundthat: daß, wenn sie hartnäckig auf ihrer Weigerung beständen, sie sich alle Folgen dieses Ungehorsams selbst zuzuschreiben hätten. Nach Empfang dieser Verwarnung versammelten sich die Provinzialcongregationen, allein mit Ausnahme der von Brescia lehnten sie die Vollziehung des Befehls ab, unter dem Vorwand, daß sie sich gesetzlich nicht für berechtigt erachteten, demselben Folge zu geben, und daß die Ermächtigung zu der Wahl solcher Abgeordneten ihnen nur durch die Centralcongregation in Mailand, die nicht mehr bestehe, ertheilt werden könne. Sonach haben von allen lombardischen Provinzen nur Brescia und Sondrio Vertreter gewählt, und der kaiserl. Befehl bleibt für jetzt unausgeführt, da die Vertreter aller neun Provinzen sich zusammen von Mailand nach Wien begeben müssen. Trotz dieser Halsstarrigkeit ist indeß doch nicht alle Möglichkeit verschwunden, daß die widerspänstigen Provinzen endlich nachgeben und gehorchen; immerhin aber muß das Betragen der die Mailänder Kongregation bildenden Abgeordneten den Widerstand gegen den kaiserlichen Befehl in die Länge ziehen. Diese Körperschaft hat nämlich einstimmig erklärt: sie werde niemals eine Wahl vornehmen zur Vertretung Mailands im österreichischen Parlament, außer unter dem Zwang der Gewalt, oder nach Androhung von Geldstrafen und Einkerkerung. Wichtige militärische Bewegungen gehen in diesem Augenblick in den Provinzen vor sich. Ein großes Truppenkorps und ein zahlreicher Zug Geschütze sind nach Cremona abgegangen, und in den letzten Tagen hat auch die Militärkasse den Weg dahin eingeschlagen; die Frauen und Familien der Offiziere aber haben sich insgesammt nach Verona begeben. Das Hauptquartier des Feldmarschalllieutenant d'Aspre befindet sich fortwährend hier in Mailand, jedoch ist dieser General im Begriff, den Oberbefehl über das bei Lodi zusammengezogene Armeekorps zu übernehmen. Sie wissen bereits, daß die Einwohner der Lombardei angefangen haben, sehr zahlreich in die Schweiz auszuwandern, seit einigen Tagen aber hat der Geist der Auswanderung, wie es scheint, die ganze Bevölkerung ergriffen, und ist so furchtbar geworden, daß die Militärbehörden ins Mittel treten mußten, um der Auswanderung Einhalt zu thun. Zu dem Ende sind die angeseheneren Einwohner verantwortlich gemacht worden für ihre Pächter und andere von ihnen abhängende Personen, indem man ihnen erklärte, daß diejenigen, welche nicht alles anwenden würden, um ihre Angehörigen von der Auswanderung abzuhalten, Geld- oder Kerkerstrafen zu gewärtigen hätten. Um indessen der Entvölkerung des Landes noch einen weitern wirksamen Damm entgegenzusetzen, ist von Luino bis nach Sesto-Calende am östl. Ufer des Laggo-Maggiore ein Kordon gebildet worden, den man jetzt dem Tessin und Po entlang bis nach Piacenza ausgedehnt hat. Unabhängig von diesem aber hat man auch auf dem rechten Ufer des Comer See's von Lecco bis nach Colico noch einen zweiten Kordon errichtet. Hiedurch hofft man die Auswanderung aus der Lombardei nach der Schweiz und Piemont zu hemmen, wo nicht ganz zu verhindern. Vor einigen Tagen ist die Besatzung von Mailand um drei Bataillone Fußvolk verstärkt worden, so daß sie sich jetzt auf 17,000 Mann beläuft, von denen man 10,000 in Bereitschaft hält, um aufs erste Zeichen nach jedem Punkt abmarschiren zu können, wo ihre Abwesenheit erheischt wird. Fast scheint es, als seyen die Oesterreicher entschlossen, mit noch mehr Strenge in dieser Stadt aufzutreten. Das Eigenthum aller Einwohner, die an der letzten Umwälzung theilnahmen, soll durch eine Kommission, an deren Spitze der General Wohlgemuth steht, unter Sequester gelegt werden. Die ersten Opfer dieser Maßregel dürften die Mitglieder der provisorischen Regierung, sowie die vornehmen und reichen Familien Mailands seyn. Sodann wird alles Eigenthum, welches 10,000 österreichische Lire Jahreseinkünfte abwirft, sequestrirt werden, (?) und zu allem diesem kommen noch die durch die Proklamation Radetzky's vom 11. Nov. verhängten Geldstrafen. Von diesen Maßregeln sind nur diejenigen ausgenommen, welche darthun können, daß sie seit der Rückkehr der Oesterreicher das Königreich nie verlassen haben — diese bilden aber nur einen kleinen Bruchtheil der Einwohner. Der Termin, welchen die Proklamation für die Rückkehr der Ausgewanderten festsetzt, ist seinem Ende nahe — und dennoch haben nur sehr wenige sich denselben zu Nutzen gemacht. Wie soll das enden? (A. A. Z.)

Spanien.

† (Von der Catalonischen Gränze, 1. Febr.) Am 27. Jan. kam es bei Pasteral Amer zwischen dem königl. Oberst Solano und einem karlistischen Korps, das Cabrera in Person befehligte, zu einem ernsten Gefechte. Der Sieg war auf Seiten des Solano. Am 31. Januar wollte Cabrera, den Solano mit Heftigkeit verfolgte, Revanche nehmen. Aber er wurde vernichtet. Persönlich verwundet, gelang es ihm, die französ. Gränze zu erreichen, die er beim Dorfe La Farge, nahe Prats de Molso aus von einem einzigen Diener und seinem Leibarzte begleitet, überschritt.

Sprech-Saal.

† (Nürnberg, den 13. Februar.) In Bezug auf die günstige Besprechung des Stückes: »Prinz Friedrich« von Heinrich Laube in Nr. 5 des Montagsblattes zur mittelfränkischen Zeitung, bemerken wir dem Publikum, daß diese treffliche Geistesschöpfung des genialen Dichters morgen auf hiesiger Bühne zum Vortheil der Frau Gündenberg und des Herrn Bittko gegeben wird. Sowohl die Wahl des Stückes, als die Umstände der Zeit lassen es wünschen und hoffen, daß eine recht zahlreiche Theilnahme von Seite der Theaterfreunde statt finden möge.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Eheliche Verbindung.

Carl Haußner.
Babette Haußner,
geb. Grus.

Zugleich bitte ich einen hochverehrlichen Handelsstand, mich mit dem bisher geschenkten werthen Zutrauen auch ferner zu beehren.

Nürnberg, den 11. Februar 1849.

Carl Haußner,
Zahnbürsten-Fabrikant.

Anzeige und Empfehlung.

Hiedurch erlaube ich mir, Gartenbesitzer, Handelsgärtner und Landwirthe auf mein Verzeichniß von Blumen-, Gemüse-, Feld- und Sträucher-Samen, nebst Auszug von Pflanzen und Knollen für das Jahr 1849 aufmerksam zu machen. Dasselbe enthält an 2500 Nummern und ausser den älteren anerkannt besten, die werthvollsten neuesten Acquisitionen.

Durch Hr. G. C. Martini in Nürnberg, der auch Bestellungen und Gelder für mich in Empfang nimmt, sind Kataloge gratis zu beziehen.

Ernst Benary,
Kunst- und Handelsgärtner in Erfurt.

Unter Bezugnahme auf Obiges empfehle ich mich zu geneigten Aufträgen unter Versicherung promptester und reellster Bedienung.

G. C. Martini,
Fäll S. Nro. 407 in Nürnberg.

Wohnungs-Veränderung.

Von heute an wohne ich im Ammon'schen Garten Nr. 183 zunächst dem Wörhderthor.

Hochachtungsvollst
Nürnberg, den 5. Febr. 1849.

Dr. Schobig,
prakt. Arzt.

Freie christliche Gemeinde.

Heute Mittwoch den 14 dies, Abends ½ 8 Uhr, gesellschaftliche Unterhaltung im Saale des Reichsadler.

Der Vorstand

Freie christliche Gemeinde.

Diejenigen Herren und Damen, welche sich zum Kirchengesang der freien christlichen Gemeinde eingezeichnet haben, werden hiemit ersucht, sich Donnerstag den 15. d. in der Kuhn'schen Wirthschaft Abends 7½ Uhr einzufinden.

Der Vorstand.

Verkaufs-Anzeige.

Nächsten Freitag den 16 d. M., Vormittag 9 Uhr, werden in Eckenstegen Haus-Nro 21 nachbenannte Gegenstände gegen sogleich baare Bezahlung aus freier Hand verkauft: 3 Kühe, Heu und Stroh, ein Wagen, ein Pflug, eine Egge und mehrere Geräthschaften.

HARMONIE.

Sonntag den 18. Februar

Kleiner Maskenball.

Anfang 8 Uhr.

Die nöthigen Eintritts-Karten für die verehrlichen Mitglieder und deren Angehörige werden Donnerstag den 15 Abends zwischen 6—8 Uhr im Gesellschafts-Lokale ausgegeben, diejenigen für wirkliche Fremde am Balltage selbst Vormittag von 10—12 Uhr.

Ohne Karte kann der Eintritt durchaus nicht gestattet werden.

Der Vorstand.

Musicalischer Verein.

Donnerstag den 15. Februar

Masken-Ball

im rothen Hahn.

Die zum Eintritt nöthigen Karten sind am Balltage zwischen 1 und 2 Uhr Nachmittags im Gasthaus zum Essigbrätlein zu erhalten.

Empfehlung.

Holländische Vollbücklinge zu 2½ und 3 kr. pr. Stück, holländischer Rahmkäs, feinster Strassburger Schachtelkäs, ächt englische Mixed Pickles, ächter Cayenne Pfeffer sind zu haben bei

G. C. Prückner.
Königsstrasse L. Nro. 109.

Zur Nachricht.

Wegen Verhinderung findet die am 19. d. angekündigte

Versteigerung eines Mode- und Galanterie-Waarenlagers an der Fleischbrücke S. Nr. 808 schon

am Donnerstag den 15. Februar,
früh 9 Uhr statt.

(Anzeige.) Kartoffelsamen und aus Samen gezogene Steckkartoffeln sind billig zu haben bei J. L. Distel in Feucht. Briefe werden frankirt erwartet.

Mittwoch den 14. Februar Nachmittags 4 Uhr

Volksversammlung im Katharinen-Saale,

worin wichtige das deutsche Volk betreffende Fragen der National-Versammlung in Frankfurt gegenüber zur Berathung kommen.

Das Komité für Volksversammlungen.

Mit allerhöchster Genehmigung des königl. Ministeriums des Innern.

Mailändischer Haarbalsam, anerkannt bestes Mittel zur Erhaltung, Verschönerung, Wachsthumsbeförderung und Wiedererzeugung der Haupthaare sowohl, als zur Hervorrufung kräftiger Schnurr- und Backenbärte in schönster Fülle. — Dieses untrügliche Haarwuchsmittel, approbirt von höchsten Medizinalstellen, und rühmlichst empfohlen durch tausende der unverwerflichsten Zeugnisse von Personen aus allen Ständen, großen Chemikern und Aerzten von europäischem Ruf und Namen, wird fortwährend in ganzen Gläsern zu 54 kr. und in halben zu 30 kr. abgegeben. Nicht weniger vortheilhaft bekannt sind:

Eau d'Alirona oder feinste flüssige Toilettenseife gegen Sommersprossen, Leber- und andere gelbe und braune Flecken, so wie sonstige Hautunreinheiten, das große Glas zu 40 kr. und das kleine zu 20 kr. nebst Gebrauchszettel mit ärztlichen Zeugnissen

Eau de Mille fleurs nach neuester Pariser Composition, welches das lieblichste und feinste aller bis jetzt bekannt gewordenen Parfüms darstellt; das große Glas zu 36 kr. und das kleine zu 18 kr. Wenige Tropfen dieser ätherisch-geistigen Flüssigkeit sind hinreichend, dem Waschwasser der Leibwäsche, Taschentüchern, Kleidern, Handschuhen &c. den köstlichsten u. dauerndsten Wohlgeruch zu ertheilen.

Duft-Essig, ein vortreffliches Zimmerparfüm und Luftreinigungsmittel, dessen höchst angenehmer, erquickender u. belebender Duft den verwöhntesten Geruchssinn befriedigt und ergötzt. Preis pr. Glas 15 kr. Auswärtige Bestellungen mit Beifügung der Beträge und 3 bis 6 kr. für Verpackung werden franko erbeten.

Carl Kreller in Nürnberg.

Nachricht über die Wirksamkeit des Mailändischen Haarbalsams aus Paris.

Paris, den 9 August 1848.

Mein Herr! So eben erhalte ich einen Brief von meinem besten Freunde, Monsieur L'Abbe Trub, Pfarrer und Professeur au gymnase à Zug (Suisse) in welchem er mir meldet, daß er, nachdem er sich aller Haarsalben vergebens bedient, endlich ein Mittel gefunden, auf welches seine verlornen Haare wieder gewachsen sind und sich vermehrt haben, und dieses Mittel ist Ihr Mailändischer Haarbalsam. Ich selbst habe mich vieler Mittel vergebens bedient und will nun auch Ihren Balsam gebrauchen; ich ersuche Sie daher mir ½ Dutzend flacons zu senden &c.

Charles Frantz, ancien Organiste de la Cathédrale de Langres. (Haute-Marne) Rue Meslay, Nr. 17 à Paris.

Einladung.

Bei Unterzeichnetem ist heute Mittwoch den 14. d. „Metzelsuppe“ den ganzen Tag über, und wo den noch verschiedene warme Speisen verabreicht. Zu zahlreichem Besuch ladet höflichst ein

Kißlalt.

Anzeige.

Dem geehrten Handelsstand die ergebenste Anzeige, daß ich mein Haus S. Nro. 774 am Egydienplatz bereits bezogen.

L. Hartung.
Gold- und Silber-Gespinnstfabrikant.

Berichtigung.

Nicht allein die Gemeinden Rasch, Dörlbach, Grub und Weßhuib, wie irrigerweise in Nr. 12 dieses Blattes angegeben ist, sondern auch die übrigen Gemeinden des Landgerichtsbezirks Altdorf, im Ganzen 34, haben sich gegen die Trennung der Schule von der Kirche laut Synodal-Protokoll vom 20 Nov. u 3t. durch ihre Vertreter ausgesprochen und ihre Erklärung dem geistlichen und weltlichen Abgeordneten zur diesjährigen Generalsynode übergeben.

(Warnung.) Daß die Kretha Baukraß nicht mehr bei mir in Dienst ist, mache ich hiedurch bekannt und warne zugleich Jedermann derselben auf meinen Namen etwas verabfolgen zu lassen, weil ich keine Zahlung mehr leiste.

Margreitter,
Oberstlieutenants-Gattin.

Gesuch.

Ein Mann, der eine für die geistigen wie socialen Interessen von ganz Teutschland und dessen einheitliche Entwicklung gleich unerläßliche Angelegenheit in all ihren unermeßlich einflußreichen Beziehungen der hohen teutschen Nationalversammlung zu Frankfurt schon im August vorigen Jahres schriftlich vorzulegen sich beeilte, der zugleich eine die Ausführung dieser Idee befördernde und ihr dereinst den kräftigsten Schutz verbürgende Erfindung gemacht hat, sich aber durch Chikanen der verzweigtesten Art in all' seinen Unternehmungen gehindert sieht, und der noch überdies, um ihn für die Annahme eines von Sonderinteressen bedeutend ermäßigten, wiewohl in nicht mehr ferner Aussicht gestellten Affectionspreises nothgedrungen doch noch zu bestimmen, durch die niedrigsten Verläumdungen creditlos gemacht wurde, sucht durch die materielle Unterstützung eines deutschen Patrioten und Ehrenmannes endlich in Stand gesetzt zu werden. Diese Idee und Erfindung persönlich zu Frankfurt in rücksichtslose Anregung bringen; ihr unbedingte Anerkennung verschaffen und sie dadurch allseitige Verwirklichung unfehlbar entgegen führen zu können.

Daß natürlich dann einst auf solch' einen vorurtheilsfreien wie furchtlosen Biedermann ein Antheil aus dem Erlös der Erfindung fallen, und auch er sich unsterbliche Verdienste um das große gemeinsame Vaterland durch Beförderung dieses Unternehmens machen würde, versteht sich von selbst.

Darauf Reflektirende würden sich aber unter den Ziffern M. K. in frankirten Briefen an die Exped. d. Bl. zu wenden haben.

A in Franken, im Februar 1849.

Empfehlung.

Bei herannahender Fastnachtszeit empfehle ich mein wohlassortirtes Lager sowohl von feinen als auch ordinären

Masken

zur gefälligen Abnahme.

Julius Werther,
L. Nro. 86 Königsstrasse.

Anzeige.

Die rühmlich anerkannten

Hühneraugen-Pflästerchen

der Gebrüder Lentner sind in nachstehenden Handlungen: in Nürnberg bei Friedrich Bauer am weißen Thurm und Wilhelm Dieterich am Heugäßchen, in Schwabach bei G. M. Friedlein, und in Ansbach bei Ad. D. Schlichting einzeln zu 6 kr., im Dutzend 1 fl. sammt gehörige Gebrauchsanweisung zu haben.

(Zu vermiethen.) In einer schönen, sonnigen Lage, nahe am Markt ist ein kleines Logis sogleich zu vermiethen.

(Zu vermiethen) Ein heiteres möblirtes Zimmer mit Alkov auf der Mittagseite ist täglich zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In S. Nro. 939 bei der Wunderburg ist die 2. Etage bis nächstes Ziel zu vermiethen.

(Zu vermiethen) In der schönsten Lage am Hauptmarkt ist ein bequeme Wohnung von 4 Zimmern, 2 Alkofen, Küche, Kammern, Boden, Holzantheil, mit Waschhütte, Stallung &c, bis Ziel Laurenzi zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In der Winklerstraße ist ein großer Laden zu vermiethen

---

(Zu vermiethen.) An solide Herren sind zwei möblirte Zimmer in L. Nro 663 täglich zu vermiethen.

(Mieth-Gesuch.) Eine solide stille Familie wünscht bis Ziel Walburgis eine Wohnung von 1 Zimmer, 1 Kammer, Küche und wo möglich noch einer Kammer zu miethen.

(Gesuch.) Ein Sofa und 6 Stück Sessel, eine Kommode sämmtlich von Nußbaumholz noch modern werden zu kaufen gesucht in S. Nro. 94 Weinmarkt.

Stadttheater in Nürnberg.

Donnerstag den 15. Februar. Erste Gastvorstellung der Wiener Ballet-Tänzer-Gesellschaft unter der Direktion der Gebrüder Schier vom kais. königl. Hoftheater am Kärnthnerthor zu Wien. „Die Spiele des Ilos und Laomedon auf dem Berge Aetna.“ Mytologisches Ballet nebst einem Pas Anglais. Vorher: „Das Sonntags-Räuschchen.“ Lustspiel in 1 Akt von Zieto. Pas de Grotesque. Burlesken Pariser Polka. La Gitana. Hierauf: „Drei Frauen und keine.“ Posse in 1 Akt von Kettel. Zum Beschluß: Das Fest der Chinesen in Peking. Großes komisches Tanz-Divertissement mit Gruppirungen und Tableaux.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 15. Februar 1849 — № 46. — Donnerstag: Faustinus.

Offener Brief an die beiden städtischen Collegien der Stadt Nürnberg.

Wider Erworten nimmt die gegenwärtig in Ansbach versammelte Generalsynode die wichtigsten Fragen in Angriff, welche über die Zukunft der protestantischen Kirche auf lange hinaus entscheiden und ihr ihre Stellung in der neuen Ordnung der Dinge anweisen sollen; so namentlich die Frage, in welcher Weise die Trennung der Kirche vom Staat durchgeführt, ob man einen katholischen Regenten als Oberhaupt der protestantischen Kirche ferner anerkennen wolle, und Aehnliches.

Jeder Vernünftige muß einsehen, daß zuvor die neue Ordnung der Dinge im bürgerlichen Leben Platz gegriffen haben muß, ehe man über die Stellung der Kirche Beschluß fassen kann und daß für dergleichen Angelegenheiten in gegenwärtigem Moment höchstens eine vorläufige Berathung, aber keine Beschlußfassung Statt finden könne.

Ferner aber kann die gegenwärtige Generalsynode nicht als eine Repräsentation der protestantischen Kirche in Bayern anerkannt werden, denn

1) hat man sie in einer Zeit zusammengerufen, wo die politischen Angelegenheiten die Bürger vollauf beschäftigten, so daß nicht der zehnte Theil der Wahlberechtigten zur Abgabe seiner Stimme erschienen ist; auch hat man nicht einmal die drei gesetzlichen Ausschreibungen des Wahlaktes ergehen lassen,

2) kann der Wahlmodus nimmermehr als gültig anerkannt werden. Nach diesem Wahlmodus hat jedes Dekanat einen geistlichen und einen weltlichen Deputirten zu stellen. Nun aber sind a) die Dekanate an Umfang sehr ungleich; manches hat nur 5, manches 15 und mehr Pfarreien, manches zählt vielleicht 5000, ein anderes 50,000 Protestanten. Es ist aber völlig unbillig, daß die 50,000 nicht mehr Deputirte stellen sollen, als die 5000. Ferner aber liegt b) in dem Verhältniß der geistlichen und weltlichen Mitglieder die schreiendste Unbilligkeit. Die Synode zählt nicht mehr weltliche Mitglieder, als geistliche, den vielleicht 60,000 Einwohnern weltlichen Standes im Dekanat Nürnberg ist nicht mehr Stimmrecht eingeräumt, als den vielleicht 25 Geistlichen.

Die Synode wird berathen, beschließen, viel Geld kosten — und zuletzt werden die Protestanten, erklären, *wir erkennen diese Synode nicht an!* Sie benimmt sich auch schon so ungeberdig, unduldsam, daß sie den rheinpfälzischen Deputirten, welche eine gewisse Verbindung zwischen der rheinpfälzischen Synode und den diesseitigen Protestanten erhalten sollten, den Zutritt verweigert hat — weil die Rheinpfälzer dem altlutherischen System entgegen sind.

Unter solchen Verhältnissen wäre es wohl Sache der magistratischen Kollegien der ersten protestantischen Stadt des Reiches, dem Ministerium zu erklären, es wäre jetzt die Zeit noch nicht, die kirchlichen Verhältnisse auf den Grund der neuen Ordnung der Dinge zu bestimmen; man möge die Synode schließen und zu geeigneter Zeit auf den Grund eines besseren, den Anforderungen der Zeit genügenden Wahlmodus eine neue berufen.

Setzt die unbedingte Geltung der Grundrechte durch!

Fast in allen kleinern deutschen Ländern sind die Grundrechte von den Regierungen der Einzelstaaten publicirt, die Regierungen der größten und größeren deutschen Staaten dagegen haben sich in der Veröffentlichung der Grundrechte meist säumig bewiesen. Die Regierung von Würtemberg ist bekanntlich allen deutschen Regierungen mit einem rühmlichen Beispiele vorangegangen, indem in Würtemberg die Grundrechte zuerst publicirt; die Regierungen von Oesterreich, Preussen, Hannover und Bayern haben dagegen die Grundrechte noch nicht veröffentlicht, und in Sachsen hat die Regierung in einer Vorlage an die Kammern die Grundrechte nur mit Beschränkungen als gültig anerkannt, Oesterreich beansprucht in der Note vom 4ten Februar das Recht, sich mit der Nationalversammlung wegen der Reichsverfassung, also auch wegen der Grundrechte, zu vereinbaren. Preussen nimmt in einer Note vom 23. Januar nicht undeutlich dasselbe Vereinbarungsrecht in Anspruch, die Regierungen von Hannover und Bayern wollen ebenfalls die constituirende Macht der National-Versammlung nicht anerkennen; sie stellen sich ihr gegenüber ebenfalls auf den Boden der Vereinbarung. Stillschweigend, wenn nicht ausdrücklich, scheinen alle kaiserlich-königlichen Regierungen, mit Ausnahme der Würtembergischen darüber einig geworden zu seyn, daß sie in ihren Staaten die Grundrechte als ein von der souveränen deutschen Nation gegebenes Gesetz nicht anerkennen wollen, wozu bei einzelnen Regierungen noch eine Abneigung gegen manche freisinnige Bestimmung der Grundrechte hinzukommen mag. Unter solchen Verhältnissen bedarf es der allerkräftigsten Anstrengungen der deutschen Nation, damit die Grundrechte, welche gesetzlich schon durch die Publikation im Reichsgesetzblatt in ganz Deutschland Gültigkeit erlangt haben, wirklich auch überall zur Anwendung gebracht werden. Theils ist dies wichtig des Grundsatzes wegen Das deutsche Volk, nach eigenem freiem Willen zu einer neuen Staatsgesellschaft, zu einem Bundesstaat, zusammengetreten, muß das Recht seines freien, unabhängigen Willens, das Recht der Selbstgesetzgebung, thatsächlich durchsetzen, muß einen ungerechten dagegen erhobenen Widerstand, von welcher Seite er auch kommen mag, siegreich überwinden. Der Sieg der Volkssouveränetät in diesem einen Falle ist von unermeßlicher Wichtigkeit für die fernere Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse in ganz Deutschland. Außerdem sind die Freiheiten in den Grundrechten auch an sich des Kampfes werth. Die in denselben gewährleistete Freiheit der Presse, des Vereins- und Versammlungsrechts, die Unzulässigkeit von Ausnahmsgerichten und andere in den Grundrechten gegebene Freiheiten sind einzelnen Theilen des deutschen Volks schon thatsächlich verkümmert. Jeder Theil des deutschen Volkes, und am Ende das ganze Volk, ist in Gefahr, die wichtigsten Freiheitsrechte, die nothwendigsten Werkzeuge für die Erringung eines besseren Zustandes, entweder geschmälert oder gar vernichtet zu sehen, wenn die unbedingte Anerkennung der Grundrechte nicht in allen deutschen Staaten errungen wird. Die Einzelstaaten für sich allein werden manche Freiheiten der Grundrechte entweder nicht zu erlangen oder nicht zu behaupten im Stande seyn. Die Adelskammer z. B. und die Vorrechte der Standesherren möchten von den erwählten Volksvertretern der Einzelstaaten ohne die Hülfe der Grundrechte schwer zu beseitigen seyn. Daher fordert der Central-März-Verein alle März-Vereine auf, mit der ganzen moralischen Kraft eines einigen Volkswillens die unbedingte Anerkennung der Grundrechte zu erringen, und zu solchem Zwecke mit allen patriotischen Männern, welche in diesem Punkte mit Ihnen einig sind, sich zu verbrüdern. Lassen Sie die Differenzpunkte, in welchen Sie von einander abweichen mögen, bei Seite liegen! Mag Ihnen auch in den Grundrechten dieses oder jenes nicht gefallen, mögen darin Einige zu viel, Andere zu wenig Freiheit finden, das Ganze ist gut, die Grundrechte haben auch, dies beweisen viele Anzeichen, die allgemeine Zustimmung des deutschen Volkes gefunden. Es ist jetzt dringend nothwendig, daß das ganze deutsche Volk über die unbedingte Giltigkeit der Grundrechte einen einigen kräftigen Willen zeige. Denn daß ein solcher unwiderstehlich ist, haben die Märzereignisse im Jahre 1848 auf das Glänzendste erwiesen. Die einmüthigen, in großen Volksversammlungen mit Entschiedenheit ausgesprochenen, damals auf Volksbewaffnung, Preßfreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht, sowie auf ein deutsches Parlament gerichteten Forderungen mußten sogar von den derzeitigen deutschen Polizeistaaten, mußten selbst von dem deutschen Bundestag bewilligt werden. Jetzt ist das deutsche Volk doch größtentheils im Besitz der Volksbewaffnung, der Preßfreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes, es besitzt eine von allen deutschen Regierungen als gesetzlich anerkannte konstituirende Nat.-Vers. Die erste Schöpfung dieser Versammlung, die Grundrechte, welche von den meisten, wenn auch nicht von den größten deutschen Staaten bereits als rechtsgiltig anerkannt sind, zur allgemeinen Geltung zu bringen, ist doch offenbar weit leichter, als dem Polizeiregiment die Märzrechte des vorigen Jahres abzuringen. Das Volk muß nur mit derselben Entschiedenheit wie im März 1848 durch Volksversammlungen, Petitionen u. s. w. — den Regierungen klar und deutlich — zeigen, daß die unbedingte Geltung der Grundrechte der allgemein energische Wille des Volkes sey. Die Regierungen müssen aus der der festen, kräftigen Haltung des Volkes die unabweisliche Ueberzeugung schöpfen, daß ein längeres Widerstreben gegen die Grundrechte ganz unmöglich sey, und der Sieg des Volkes ist gewiß! — Darum auf, Ihr deutschen Brüder, säumet nicht, die wackern Volksvertreter für die deutsche Einheit und für die Grundrechte, auf welche das deutsche Volk mit stolzer Freude blickt, in den Bayerischen, Hannöverschen und Sächsischen Kammern, denen sich die Preussische Volksvertretung bald anschließen wird, auf das kräftigste durch Eure moralische Haltung zu unterstützen! Mäckelt nicht an Einzelheiten! Soll das große Werk der deutschen Einheit gelingen, soll das deutsche Volk als ein fest verbundenes Ganze gegen das Ausland stark werden, und im Innern auf dem Wege der geistigen und materiellen Entwickelung mächtig fortschreiten: so müssen Einzelne Opfer bringen, wofür sie in anderer Weise reichen Ersatz finden. Was sie hingeben, ist ein Kapital, welches sie mit reichlichen Zinsen wieder erhalten. Das Ganze der Grundrechte ist ein Schatz, dessen festen Besitz man sich sichern muß. Siegten die deutschen Einzelregierungen mit Hülfe der Zwietracht, welche unter das deutsche Volk wegen der Grundrechte gesät wird, über die Souveränetät der deutschen Nation: so würden die Hoffnungen auf deutsche Einheit und deutsche Freiheit, welche im März v. J. die Brust der Patrioten hoch schwellten, wer weiß auf wie lange Zeit noch vereitelt werden! — Das Schwere steht noch bevor, eine gute Reichsverfassung zu Stande zu bringen und ins Leben einzuführen. Scheitert an der Gleichgültigkeit, dem Unverstand oder an weiter gehenden Forderungen eines Theils des deutschen Volks das leichtere Werk, die unbedingte Geltung der Grundrechte: so möchten für das größere Werk für eine Einigung Deutschlands zu Einem Handels- und Zollgebiet und zu Einem politischen Körper dem Auslande gegenüber, die Aussichten sich trübe gestalten. Darum säumet nicht, mit allen gesetzlichen Mitteln die Grundrechte, das erste große Werk deutscher Einigung, zur allgemeinen Anerkennung zu bringen! — Frankfurt am Main den 11. Februar 1849.

Der Central-März-Verein.

Deutschland

Bayern. (München, 12. Febr.) Die Adresse der Kammer der Abg. ist gestern Sr. Maj. dem Könige nach Nymphenburg übersendet worden, nachdem derselbe auf die Meldung der Deputation zur Uebergabe derselben hatte erwiedern lassen, daß er dieselbe nicht nach Nymphenburg zur persönlichen Uebergabe bemühen wolle und deshalb der Uebersendung entgegen sehe. (N. M. Z.)

(München, den 12. Februar.) Der kgl. Landgerichtsarzt Dr. Reder zu Melrichstadt wurde in den definitiven Ruhestand, der Kreiskasse-Offiziant Peter Lizius in Würzburg in den temporären Ruhestand versetzt, und an dessen Stelle der dortige Rechnungskommissariatsfunktionär Gg. Weiß ernannt. (N. M. Z.)

†* (München, den 13. Februar.) Noch immer keine Entscheidung in der Minister-Krise; noch immer dasselbe Gerücht von Kammervertagung. Wunderbarer Zustand. Es scheint, man sey in den höchsten Regionen diesmal in Verlegenheit, und Niemand finde sich für Ministerporteseuilles, die sonst doch ein gesuchter Artikel sind. ...

Im Klubb der Linken gestern gar nichts Wichtiges. Der Bericht an das Volk über die Motive, welche die Linke bei ihrer Abstimmung in der Adreßdebatte geleitet, wurde im Entwurfe vorgelegt, jedoch — verworfen, da weder die formelle noch materielle Fassung entsprach. Man hatte vergessen, daß er für alle Klassen der Gesellschaft verfaßt werden sollte.

Ganz scheint man mit der Linken nicht brechen zu wollen, da die Ablehnung der Deputation, um die Adresse zu übergeben, mit einer Höflichkeitsformel versüßt war. „Der Gescheite kennt das", sagt Kaspar im Freischützen.

†† (Nürnberg, 14. Febr.) Unter den vielen harten Urtheilen, welche die Militärdespotie des Windischgrätz in Wien fällen ließ, findet sich auch eines gegen einen Mann, der treu der Ehre deutschen Namens, seiner Pflicht und seinem Gewissen in den Gefahren der Oktoberereignisse gestanden hat. Es ist dies das Urtheil gegen Hrn. Plattensteiner, das, ausführlich nach Privatbriefen gegeben, für Nürnberg besonderes Interesse haben dürfte, da der Mann, den es traf, hier viele Freunde und Bekannte besitzt. Dieses Urtheil lautet:

Christian Heinrich Plattensteiner, von Nürnberg in Bayern gebürtig, 45 Jahre alt, evangelisch, verheirathet, vormals Lieutenant des k. k. Kuirassier-Reg. Nr. III, und von demselben mit Beibehaltung des Offizierscharakters durch Quittirung ausgetreten, hatte auf letzteren im Monat April v. J. wegen beabsichtigten Eintrittes in die Nationalgarde vollends verzichtet, und ward in Folge zum Chef des Nationalgardebezirks „Landstraße" ernannt. Obschon er in der Erfüllung dieses Berufes für die Aufrechthaltung der Sicherheit und Ordnung durch eine Reihe von Monaten eifrig besorgt war und bei verschiedenen, mitunter hochwichtigen Anlässen, ja selbst noch am 6. Oktober 1848 eine entschiedene der konstitutionellen Monarchie ergebene Haltung an den Tag legte, so hatten dennoch die wachsenden Fortschritte des Aufstandes, verbunden mit der Entfaltung außerordentlicher Vertheidigungsmaßregeln, dann die damalige fast allgemeine Furcht vor dem Gespenste Reaktion und übelverstandener Ehrgeiz einen raschen Umschwung in seinem äußeren Verhalten, und scheinbar auch in seinen Gesinnungen hervorgebracht, wodurch derselbe bis zur entschiedenen thätigen Betheiligung an dem aufrührerischen Widerstande gegen die Truppen Sr. Majestät verleitet ward. Er begann schon um die Hälfte des Oktobers an kriegerischen Dispositionen Antheil zu nehmen, um sich mit dem Garde-Oberkommando über Verstärkung des Bezirkes durch Kanonen und Mannschaft und über die Vertheidigung der St. Marxer-Linie laut vorliegenden Rapporten ins Einvernehmen zu setzen. Ja, schon nach der Veröffentlichung der Proklamationen Sr. Durchlaucht des k. k. Herrn General-Feldmarschalls Fürsten zu Windischgrätz vom 20. und 23. Oktober, forderte er die am Platze versammelten Garden anstatt des nicht erschienenen Ober-Kommandanten Messenhauser, in feuriger Rede zur äußersten Vertheidigung der nach seiner Meinung in Gefahr schwebenden Errungenschaften und Freiheiten auf, befahl für den Fall eines ausbrechenden Straßenkampfes in einem Plakate den Hauseigenthümern das Offenhalten der Thore zur Erleichterung des Schutzes und des Widerstandes der flüchtigen Garden gegen die etwa vorrückenden k. k. Truppen, und haranguirte noch am 28. Oktober am Invalidenhause die fliehenden Garden verweisend über das Verlassen der Barrikaden, zog sich aber dann, als Letztere nicht mehr Stand halten wollten, mit ihnen in die Stadt zurück, wo er sich, von der Dunkelheit des Abends begünstigt, in das allgemeine Krankenhaus begab, und daselbst für seinen erschöpften Geist und Körper Ruhe und Zuflucht suchte. Diese und noch andere Thatsachen, deren Aufzählung zu weitläufig wäre, sind vollkommen außer Zweifel gestellt, und Christian Plattensteiner derselben theils durch vorliegende Aktenstücke, theils durch Zeugen, so wie auch durch eigenes Geständniß überwiesen. Derselbe hat sich daher der Theilnahme an dem Oktober-Aufstande in höherem Grade schuldig gemacht, und ward in Erwägung der für ihn mildernd vorgekommenen Umstände von dem über ihn abgehaltenen beeideten Kriegsrechte nach den bestehenden Civil-Strafgesetzen in Verbindung mit den Eingangs gedachten Proklamationen zu sechsjährigem schwerem Kerker einstimmig verurtheilt. In besonderer Würdigung der schon im Kriegsrechte geltend gemachten Milderungsgründe und in Berücksichtigung der theils von der Central-Untersuchungs-Kommission, theils von Seiner Exzellenz dem Herrn Civil- und Militär-Gouverneur, k. k. Feld-Marschall-Lieutenant Freiherrn v. Welden selbst noch besonders hervorgehobenen Umstände, daß Plattensteiner als ein früher der guten Sache so anhängiger treuer Bürger durch die Macht der Ereignisse zu einer von ihm selbst früher verdammten Handlungsweise hingerissen ward; daß er dem Arbeiter-Tumulte im Monat August 1848 mit besonderer Aufopferung erfolgreich entgegentrat; daß er der Aufforderung Wittenbergs am 28. Oktober Abends das Kommando über die nach der Stadt geflüchteten Garden wieder zu übernehmen, nicht entsprach, und dem Aufruhr von jenem Augenblicke an fremd blieb; ferner, weil sich über seine Vergangenheit, über seinen früheren ehrenvollen Charakter, und über dessen Wohlthätigkeitssinn viele günstige Stimmen erhoben; weil er für die Verprovianlirung der k. k. Truppen im Schwarzenberg-Garten, endlich auch für die Beschützung der öffentlichen Gebäude vor Beschädigung viele Sorge trug, haben Se. Excellenz die obschon gesetzlich ausgesprochene kriegsrechtlich zuerkannte Strafe auf jene eines vierjährigen einfachen Kerkers zu mildern befunden, wonach sofort dies Urtheil heute kundgemacht worden ist, und in Vollzug gesetzt wird.

Baden. (Konstanz, 7. Febr.) Kürzlich kam hier ein Preßfall vor, wo von den Grundrechten des deutschen Volkes schon Gebrauch gemacht wurde. Die Polizeibehörde in Konstanz hatte nämlich am 25. Januar d. J. die Seeblätter mit Beschlag belegt, weil der bisherige Redakteur, Letour, verhaftet war und der neue Redakteur noch keine Kaution gestellt hatte. Von dem Bezirksamt als Gericht wurde aber der polizeilich verfügte Beschlag sogleich wieder aufgehoben und diese Entscheidung darauf gegründet, daß der §. 13 der Grundrechte des deutschen Volkes in Gemäßheit des Art. 1, Ziff. 8 des Einführungsgesetzes jetzt schon Anwendung finde und es zur Wirksamkeit der Grundrechte in dieser Beziehung keines besondern Vollzugsgesetzes bedürfe. Der Staatsanwalt am Hofgerichte des Seekreises, welcher mit dieser Ansicht einverstanden war, ergriff auch kein Rechtsmittel gegen die gerichtliche Verfügung, wodurch die polizeiliche Beschlagnahme der Seeblätter aufgehoben wurde, und das Justizministerium billigte dieses Benehmen des Staatsanwalts. Somit hat unsere Staatsregierung anerkannt, daß der § 13 der Grundrechte auch jetzt schon Anwendung findet, bevor der zum Vollzuge dieser Bestimmung dienende, den Ständen vorgelegte Entwurf zum Gesetz erhoben ist. (K. Z.)

Freie Städte. ** (Frankfurt, 12. Jan.) [168. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Vorsitzender. E Simson.] Verlesung der österreichischen Note bei ziemlich gleichgültigem Hause. Eisenmann nimmt nach der Verlesung zuerst das Wort: Wäre die Note nur durch die Presse veröffentlicht worden, so könnten wir sie ignoriren. Allein sie geht uns auf amtlichem Wege zu und so wäre es denn nicht anständig, eine Antwort darauf zu verweigern. Der Herr Präsident schlägt vor, die Note dem Verfassungsausschusse zu übergeben. Ich denke jedoch, das Haus muß selbst einen Beschluß darüber fassen, wie es seine Berathungen fortsetzen will. Herr Reichensperger spricht darauf seine Freude darüber aus, daß der Inhalt der Note wenigstens die Befürchtung widerlege, daß Oesterreich nicht in den deutschen Bundesstaat eintreten wolle. Außerdem sey den Nachrichten aus München zufolge die Mittheilung einer sehr prägnanten Thatsache zu erwarten, die auf unser Verfassungswerk von Einfluß seyn könnte. Er schlägt daher vor, von der österreichischen Note indessen einfach Akt zu nehmen. Herr Giskra erklärt sich gegen den Antrag Reichenspergers. Es werde von der österreichischen Regierung ein Schritt der Versammlung erwartet und es müsse etwas Bestimmtes geschehen. Der Weg dazu sey durch die Annahme des Gagern'schen Programms vorgezeichnet. Vor den zur Begutachtung dieses Programms ernannten Ausschuß gehöre die Note. Herr Jahn aus Freiburg beantragt (schriftlich) daß über die österreichische Note zur Tagesordnung übergegangen werde

Herr Georg Beseler: Ich bin ganz der Ansicht des Herrn Reichensperger, daß wir uns vor der Hand jeder Erklärung über die österreichische Note enthalten sollen. Ich denke, unser Verfassungswerk soll die Antwort darauf geben. Wird daher die Note dem Verfassungsausschuß überwiesen, so fordere man keinen eigentlichen Bericht darüber. Präsident des Reichsministeriums Herr Heinrich v. Gagern: Meine Herren, ich habe auf zwei Bemerkungen zu antworten, die von Vorrednern geäußert wurden. Einmal weise ich die Beschuldigung (Herr Eisenmann hatte dergleichen angedeutet) zurück, als habe das Ministerium als solches irgend einen ungeeigneten Einfluß auf die Bestimmung der Geschäftsordnung ausüben wollen. Ich kann vielmehr dem Hrn. Eisenmann versichern, daß von mir Schritte gethan sind, um die Zeit zur Verständigung zu gewinnen, die er, wie ich wünscht. Dann habe ich einen Irrthum des Herrn Giskra zu berichtigen. Ich betrachte dieses Reskript der österreichischen Regierung an ihrer Bevollmächtigten keineswegs als eine Antwort auf diejenigen Mittheilungen, welche das Ministerium in Folge der ihm von der Nationalversammlung zur Verhandlung mit Oesterreich ertheilten Ermächtigung in verschiedenen Punkten erlassen hat. Es ist dies nicht blos meine persönliche Meinung, sondern ich kann versichern, daß ich mich über diesen Umstand, ob dies Reskript eine Antwort seyn solle, mit dem Herrn Bevollmächtigten als eine Antwort auf die Mittheilungen des Ministeriums zu betrachten gehabt, so würde ich es als eine Pflicht erachtet haben; der Nationalversammlung zugleich von allen denjenigen Schritten Rechenschaft abzulegen, welche seit der Zeit der Ermächtigung vom Ministerium geschehen sind, indem alsdann die Ermächtigung durch diese Antwort ihren Abschluß erhalten haben würde.

Herr Rösler von Oels: Eine Note der größten deutschen Macht darf von dem Verfassungsausschusse nicht behandelt werden, wie jede andere beliebige Eingabe. Sie gehört vielmehr an den zur Begutachtung des Gagern'schen Programms niedergesetzten Ausschuß. Herr Rüder aus Oldenburg: Es kann nicht für jede einzelne Erklärung jeder deutschen Regierung ein besonderer Ausschuß gesucht oder geschaffen werden. Die Note gehört daher ihrem Inhalte nach an den Verfassungsausschuß. Herr Berger aus Wien: Die Ansichten des österreichischen Kabinets und die ganze Politik Oesterreichs ist seit den letzten Monaten in fortwährender Schwankung. Das Resultat unserer Versammlung aber ist, daß wir uns auf dem Boden der Vereinbarung befinden. (Widerspruch.) Theoretisch vielleicht hält noch ein Theil des Hauses an einem andern Prinzipe fest, allein praktisch haben wir uns in den Winkel der Vereinbarung verrant. Wir müssen daher unter Auflösung des Verfassungsausschusses einen neuen Ausschuß für die österreichische und ähnliche Noten haben: einen Vereinbarungs-Ausschuß. (Bewegung des Unwillens.)

Hr. Künßberg kommt auf seinen Antrag zurück, der auf Niedersetzung eines neuen Verfassungsausschusses geht, bis dahin solle man eine Erklärung aufschieben. Hr. Fuchs aus Breslau. Könnten wir weiter nichts thun, als uns mit 34 deutschen Regierungen vereinigen, so wären wir mit unserm Werke zu Ende. Aber so steht es nicht und nimmermehr werde ich an der Wahl eines Vereinbarungsausschusses Theil nehmen. Hr. Venedey: Die österr. Note will uns herabwürdigen, sie will nicht einmal mit uns, sie will nur mit den Fürsten vereinbaren. Sie gehört nicht an den Verfassungsausschuß, sondern muß einem besonderen Ausschusse zugewiesen werden. Herr Riesser aus Hamburg ist für die Verweisung an den Verfassungsausschuß, wodurch der Selbstständigkeit der Versammlung nichts vergeben werde. Von dem einen Vorredner ist befürchtet worden, die Note werde zu wenig, von dem andern sie werde zu sehr berücksichtigt werden. Allein der Verfassungsschuß hat nichts als das Werk der Einheit und Freiheit Deutschlands im Auge, seiner Prüfung ist zu überlassen, in wie weit dem Inhalt der Note ein Einfluß auf die Verfassungsarbeit zu gestatten. Die Versammlung entscheidet sich hierauf für den Schluß der Debatte über den behandelten Gegenstand, worauf die verschiedenen Anträge zur Unterstützung kommen. Bei der Abstimmung werden die Anträge der Herren Künßberg und Reichensperger abgelehnt und dagegen wird der Antrag mit großer Mehrheit angenommen, „daß die österr. Note dem Verfassungsausschusse übergeben werde."

Hr. Martiny aus Friedland fragt an, ob das Reichsministerium Schritte gethan, an den Brüsseler Unterhandlungen über die italienischen Angelegenheiten Theil zu nehmen und in welcher Weise es seine Bevollmächtigten instruirt habe. Der Uebergang zur Tagesordnung führt die Versammlung zur Berathung über Artikel IX. §. 43, der von dem Verhältnisse der Gemeinden zum Staate handelt. Dieser § erhielt folgende Fassung: Jede deutsche Gemeinde hat als Grundrechte ihrer Verfassung: a) die Wahl ihrer Vorsteher und Vertreter, b) die selbstständige Verwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten mit Einschluß

der Ortspolizei, c) die Veröffentlichung ihres Gemeindehaushalts, d) Oeffentlichkeit der Verhandlungen, soweit die Rücksichten auf besondere Verhältnisse es gestatten. §. 14 soll lauten: Jedes Grundstück muß einem Gemeindeverbande angehören. Beschrankungen wegen Waldungen und Wüsteneien sind der Landesgesetzgebung vorbehalten. Dann wird die Fortsetzung der Berathung auf morgen vertagt.

(Frankfurt, 10. Febr.) Die österreichische Landsmannschaft aller Fraktionen der Paulskirche versammelte sich gestern Abend auf die Einladung des Abgeordneten v. Somaruga im Hotel Schröder, um die Note des österreichischen Kabinets vom 4. Febr. zu vernehmen. Der Abgeordnete v. Würth soll die Note auch commentirt und u. a. hervorgehoben haben, die preussische Regierung habe nicht aufrichtig gehandelt, indem sie mit der von den HH. Camphausen und Bunsen hervorgerufenen Cirkularnote vom 25. Jan. sogleich hervorgetreten, als die von Oesterreich angebahnte Unterhandlung (mit Preussen) einen günstigen Erfolg in Aussicht gestellt. Wie man vernimmt, sollte heute Abend eine abermalige Versammlung der österreichischen Abgeordneten im Hotel Schröder stattfinden, um zu berathen, welche Stellung sie nun in der Paulskirche einzunehmen haben. (D. Z.)

(Frankfuet, den 12. Februar.) Gestern Morgen gingen eine Abtheilung bayerischen Militärs, nebst zwei Stück hessischen Geschützen von hier nach dem benachbarten Höchst ab, wo sich angeblich die Burger weigern wollten, neue Einquatierung aufzunehmen. Die Exekutionstruppen, die keinerlei Widerstand vorfanden, zogen sichnach kurzem Verweilen in die Stadt wieder zurück. (Frkft. J.)

Preussen. (Berlin, 10. Febr.) Das Resultat der Wahlen zur II. Kammer liegt nun mit Ausnahme weniger noch nicht eingegangener Berichte in seiner Gesammtheit vor uns. Vor allen Dingen muß darüber bemerkt werden, daß die beiden extremen Parteien sich in ihren Erwartungen getäuscht sehen. Die Konservativen, welche seit dem März v. J. in jeder noch so leisen Volksregung Anarchie und Gott weiß saben, denen der Belagerungszustand als eine unerläßliche Zugabe freier Institutionen erscheint, hatten die Hoffnung genährt, den Handwerkerstand auf ihre Seite zu ziehen und auf diese Weise einen entscheidenden Sieg davonzutragen. Man lese nur die verschiedenen Flugschriften, welche diese Partei kurz vor den Wahlen im Lande verbreitet, und man wird die obige Bemerkung bestätigt finden, daß die Konservativen auf die Unterstützung der Handwerker mit ziemlicher Bestimmtheit rechneten. Sie hat sich aber dadurch nur zersplittert. Indem sie an das Sonderinteresse Einzelner appellirte, rief sie Spaltungen hervor, welche den Gegnern zu gut kamen. Nachdem ein solcher Gedanke einmal angeregt war, wollte jeder Stand vertreten seyn. Die Kaufleute wollten Kaufleute, die Fabrikanten Fabrikbesitzer, die Handwerker ebenfalls ihres Gleichen. Unter solchen Umständen wurde eine ordentliche Organisation unmöglich. Viel geschickter operirte die demokratische Partei. Die Radikalen verbanden sich mit den Gemäßigten, bildeten gemeinsame Komités und stellten gemeinsam die Kanditanlisten fest. So gelang es ihnen den größten Theil ihree Anhänger durchzubringen. Freilich ist die ultraradikale Partei nicht befriedigt. Sie hatte erwartet, daß ihre besondere Farbe noch größere Siege erringen, oder doch überhaupt die vereinigte Demokratie eine bedeutende Majorität erlangen werde. Sie hat aber die Augen gegen die Erfahrungen der letzten Monate gänzlich verschlossen, und dies ist um so mehr zu verwundern, als ihr neuestes Auftreten doch am deutlichsten zeigt, welches die Grundstimmung in den Massen ist. Es ist z. B. bekannt, daß fast nirgend unter Protesten gewählt worden; im Gegentheil haben sich die Radikalen genöthigt gesehen, von vorn herein zu erklären, daß, so sehr sie die Rechtmäßigkeit der Schritte der Krone bestritten, sie dennoch die oktroyirte Verfassung als die neue Grundlage des Staatslebens betrachteten. Indem sie so auftraten, mußten sie sich heimlich sagen, daß eine entgegengesetzte Politik die Sympathien der Massen nicht für sich haben würde. Die Parteistellung der II. Kammer jetzt schon genau durch Zahlen anzugeben, ist nicht gut thunlich, indem sich unter den Gewählten sehr Viele befinden, deren politische Antecendentien wenig oder gar nicht bekannt sind. Ungefähr läßt sich aber sagen, daß Rechte und Linke etwa gleich stark, letztere vielleicht etwas stärker noch als die erstere seyn werden, während dazwischen ein Centrum von etwa 50 Mitgliedern stehen wird. Dies Resultat ist ein solches, wie es den Wünschen eines jeden wahrhaft Freisinnigen nur vollkommen entsprechen kann. Bei der leidenschaftlichen Erregtheit und dieses Gefühl ist bei den Mitgliedern der alten Nationalversammlung wohl zu entschuldigen, in welcher sich noch der größte Theil der Radikalen befindet, würde es unausbleiblich zu den unglücklichsten Konflikten geführt haben, wenn diese Partei schon von vorn herein ein numerisches Uebergewicht mit in die Kammer gebracht hätte. So wie die Sachen jetzt stehen, weiß die Linke, daß sie eine ansehnliche Gegenpartei zu bekämpfen hat, und daß die größte Umsicht, die größte Mäßigung erforderlich ist, wenn sie in entscheidenden Fällen zu einer Majorität gelangen will. Es läßt sich auch bereits voraussagen, daß ein auf die Spitze Treiben gewisser Prinzipien, wie es in der Nationalversammlung so häufig war, dies Mal auf der linken Seite seltener seyn werde. Damit ist aber auch schon viel gewonnen, denn bei vernünftigen praktischen Fragen wird es bei einiger Geschicktheit in ihrem Auftreten der liberalen Partei gewiß gelingen, die Majorität zu erhalten. Den Grund hiervon möchten wir vor allen Dingen in der Zusammensetzung der Partei sehen, welche jetzt als die Rechte bezeichnet wird. Diese Rechte besteht aus sehr verschiedenartigen Elementen. Es sind Gegenstände vorhanden, bei denen eine Spaltung unausbleiblich ist. Man denke nur an das Wahlgesetz. Hierüber sind vornehmlich folgende Ansichten in dieser Partei laut geworden. Die Einen, es sind die adeligen Gutsbesitzer, wollen den Grundbesitz vertreten haben, die Andern — die Geldaristokratie — wollen nichts vom Junkerthum wissen, aber auch eben so wenig von den nichtbesitzenden Klassen; andere endlich, und deren gibt es nicht wenige, wollen keins dieser Prinzipien, sondern das allgemeine Wahlrecht, welches nun doch Eigenthum des Volkes geworden, fernerhin beibehalten. Die Geldmänner werden so wenig der hohen Aristokratie Concessionen machen, als Hr. Hansemann dem Herrn Bülow-Cummerow; wir zählen uns nicht zu den politischen Freunden des Hrn. Hansemann, aber darin pflichten wir ihm bei, wenn er sagt, er habe der Reaktion ins Fleisch geschnitten. Und ebenso werden auch die Anhänger des allgemeinen Wahlrechts zu Gunsten des Geldbeutels nachgeben. Solche Streitfragen werden genug auftauchen und hierbei wird die liberale Partei Gelegenheit haben, Apostaten zu machen, wenn sie ihr nicht schon freiwillig zufallen. Somit darf man einem heftigen, aber auch entschiedenen Kampfe der Parteien entgegensehen. Auf der linken Seite findet sich Alles zusammen, was die Nationalversammlung an bedeutenden Kräften auf eben dieser Seite gehabt. Die Rechte hat sich bedeutend verstärkt, fast alle hervorragenden Persönlichkeiten dieser Farbe erscheinen auf ihren Bänken. Mit leeren Phrasen werden diesmal keine Siege erfochten werden. Hier wird es sich zeigen, welche Partei die meiste Befähigung zeigt, die Geschicke des Staats zu leiten. Die hohlen Charaktere werden mit der nächsten Kammer vom Schauplatz abtreten müssen, die praktischen Staatsmänner werden das Terrain behaupten. Und damit können Alle zufrieden seyn, die ein gesundes kerniges Staats-Gebäude aufgeführt wünschen. (D. A. Z.)

†*† (Berlin, den 11. Febeuar.) Mit einiger Spannung sieht man den morgigen Wahlen zur ersten Kammer entgegen. Die konservative Partei tröstet sich mit dem voraussichtlichen Resultate dieser Wahlen über die bei den Wahlen für die zweite Kammer erlittene Niederlage. Sie hofft mit Recht auf einen Sieg, den ihre Organe gehörig ausdeuten werden, um zu beweisen, wie trefflich eine durch Census beschränkte Wahl und wie verwerflich die Urwahlen. Die gute Presse hat ja bereits angefangen den Beweis zu führen, wie Censuswahlen allein den wahren Volkswillen ausdrücken, sie hat sich aber wie gewöhnlich getäuscht über diesen Ausdruck des wirklichen Volkswillens, wenigstens was Berlin anbetrifft. Die geringe Anzahl von Urwählern (in ganz Berlin etwa 14000) hat eine so lebhafte Sympathie für diese erste Kammer, daß sie sich gar nicht um die Versammlungen ihrer Wahlmänner, um die Kandidaten, die in diesen Versammlungen aufgetreten, gekümmert hat. Die konservative Partei wird übrigens gegen die demokratischen Doppelwahlen zur zweiten Kammer ein Gegenmanöver ausführen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Herr Obristlieutenant v. Griesheim (der verunglückte Wahlmann zur 2. Kammer) als Deputirter für die 1. Kammer aus beiden Wahlbezirken hervorgehen, außer ihm stehen zu erwarten für den 1. Bezirk Hr. Dannenberger, Besitzer einer sehr großen Kattunfabrik und Hr. Generalsteuerdirektor Kühne; im 2. Bezirk Herr Staatsminister Camphausen. — Für den doppeltgewählten Hrn. v. Griesheim hat man bei der Neuwahl Hrn. Geh.-Rath Dieterici, Direktor des statistischen Bureaus in petto. — Wenn die Neuwahlen für die 2. Kammer vor sich gehen werden, ist noch unbekannt; von vielen Seiten wird auf die Wahl der HH. Jung und Bruno Bauer hingewirkt, das Komite für volksthümliche Wahlen scheint jedoch noch nimmer abgeneigt, diese Herren als Kandidaten für Berlin aufzustellen.

Nachrichten aus Stettin zu Folge ist von dort aus als Mitglied der 1. Kammer Regierungsrath Graf v. Bülow zu erwarten.

Gestern wurde unter unsern Schutzmännern wieder eine Auslese gehalten und vorzüglich solche Schutzmänner, die fremder Sprachen mächtig sind, aus dem Corps bis auf Weiteres entlassen und der Polizeibehörde „besonders zur Verfügung gestellt.

In der hier garnisonirenden Kavallerie, welche die Stadt verlassen soll, um auf den nahe belegenen Dörfern untergebracht zu werden, hat diese Ordre Mißstimmung und manche Regung des Widerstandes hervorgerufen. Nichts desto weniger wird die Maßregel ausgeführt und die Stelle der Kavallerie durch verschiedene auswärtige Infanterie-Regimenter u. A. durch das jetzt in Torgau garnisonirende 19. Inf.-Reg. ersetzt werden.

Das Gerücht von dem nahen Rücktritt des gegenwärtigen Ministerpräsidenten Grafen Brandenburg, wiederholt sich. Vielleicht hat die Erneuerung dieses Gerüchts seinen Grund in den Umstande, daß keine der Wahlen zur ersten Kammer bei aller Thätigkeit der ministeriellen Partei auf den Gr. Brandenburg gefallen ist. Seine Freunde hoffen indeß, ihn in Pommern oder Schlesien für die erste Kammer gewählt zu sehen.

Von neuem laufen allerlei dunkle Traditionen über bevorstehende Aufstände um. So viel wenigstens ist gewiß, daß man in den höchsten Kreisen an insurrektionelle Versuche, die im März stattfinden sollen, mit Bestimmtheit und nicht ohne Besorgniß glaubt. Natürlich gibt es Leute, die in ihrem Parteiinteresse es gerathen finden, dergleichen Befürchtungen zu nähren und ihnen durch Heranziehung der geringfügigsten Umstände den Anstrich der Begründetheit zu geben. So wird das kürzlich allerdings unter auffallenden Umständen erfolgte Verschwinden eines jungen Rechnungsbeamten mit einer Verschwörung, an welcher der Verschwundene betheiligt gewesen sey, in Verbindung gebracht.

Dem Vernehmen nach hat die von dem Kammergerichts-Präsidenten v. Strampff in einer Versammlung von Wahlmännern zur ersten Kammer gegebene Ausführung: daß er die Minister nicht für berechtigt erachte, ohne Genehmigung der Kammer Gesetze, zumal solche, die in die Justizpflege eingreifen, zu erlassen, die Kandidatur des Hrn. v. Str., so gesichert sie war, vereitelt. Die rothe Reaktion, welche in jenen Wahlmännervereinigungen die zahme der hautebourgeoisie dominirte, stempelte jede oppositionelle Aeusserung zum Verbrechen. Gegen Hrn. Dieterici wurde aus gleichen Gründen Bedenken erhoben.

Die literarische Industrie hat sich der Wahlen bereits bemächtigt. Noch sind kaum die Wahlergebnisse aus allen Landestheilen bekannt, und schon kündigt die rührige Verlagshandlung von Reuter u. Stargardt ein Verzeichniß der Deputirten mit Bezeichnung ihrer Parteirichtung an.

(Stettin, 5. Febr.) Folgende Zuschrift des Verwesers des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten liegt an der Börse auf: »In der von Ihnen unterm 8. v. M. an das königl. Handelsministerium gerichteten, von diesem hierher abgegebenen Vorstellung sprechen Sie den Wunsch aus, darüber Auskunft zu erhalten, ob Hoffnung vorhanden sey, daß es nicht zu einer die Handelsinteressen der Ostseehäfen gefährdenden Wiederaufnahme der Feindseligkeiten mit Dänemark kommen möchte. Ich nehme keinen Anstand, Ihnen zu erwiedern, daß die königliche Regierung ungeachtet der unverkennbaren Schwierigkeiten, welche einer befriedigenden Lösung der mit Dänemark obwaltenden Differenz im Wege stehen, der Hoffnung nicht entsagen zu dürfen glaube, zu einer definitiven Erledigung derselben zu gelangen. Jedenfalls wird es die k. Regierung ihrerseit nicht an Bereitwilligkeit und angestrengter Bemühung fehlen lassen, um eine friedliche Ausgleichung herbeizuführen. Der Art. I. der Waffenstillstandsconvention macht übrigens der dänischen Regierung zur Pflicht, falls sie die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten beabsichtigen sollte, den Waffenstillstand 4 Wochen vorher zu kündigen, und in dieser Frist liegt wenigstens in so fern einige Beruhigung, als sie den Handelsstand in den Stand setzt, auch im ungünstigsten Falle einige Vorkehr gegen direkte Schäden und Verluste zu treffen. Berlin, 2. Febr. 1849. (gez. v. Bülow).«

Schleswig-Holstein. Auf Alsen sind wieder neue dänische Truppen gelandet und an den Verschanzungen wird daselbst unausgesetzt gearbeitet. Die Nachrichten aus Kopenhagen lauten immer

kriegerischer und ein Schreiben von daher, das der heutige Correspondent mittheilt, bestätigt Das, was wir Ihnen schon zu Anfang dieser Woche mitgetheilt, nämlich, daß man daselbst auf keine Verlängerung des Waffenstillstandes eingehen wird, und es sich nur um Krieg oder Frieden handle. (Frkf. J.)

Donaufürstenthümer.

(Bukarescht, 21. Januar.) Vorgestern traf ein Feldjäger aus Petersburg hier ein, welcher auf die in Folge der von der letzt hier gewesenen kronstädter Stadtdeputation gestellten Bitte, in Petersburg gemachte Anfrage, die Weisung brachte: Es könne den siebenbürgischen Grenzstädten die gewünschte militärische Hülfe der russischen Truppen gegen die invadirenden Rebellen geleistet werden, sobald die k. k. obersten Landesbehörden eine solche Hülfe ansprechen würden. In Erwartung einer solchen Requisition erließ General v. Lüders noch in derselben Nacht die nöthigen Weisungen an die auf der Grenze aufgestellten Truppen, zu deren Verstärkung gestern Nacht noch eine Division unter General Kamar dahin abgegangen ist. (C. Bl. a. B.)

Frankreich.

† (Paris, 10. Febr.) Der Moniteur enthält folgende telegraphische Depesche: „Cette, 8. Febr. (Der Präfekt des Heraultdepartements an den Minister des Innern.) Sehr ernste Unruhen sind in Cette ausgebrochen, bei Gelegenheit der Suppression einer rothen Jakobinermütze, die auf einem Freiheitsbaume angebracht war. Die Mairie ist geplündert worden. Das Handels-Kasino wurde abgebrannt und drei andere Häuser zerstört. Der Präfekt, der Generalprokurator und kommandirende General des Departements haben sich in Begleitung von 50 Mann des Genie-Korps unverzüglich an Ort und Stelle begeben. Die Ruhe der Stadt ist wieder hergestellt; zahlreiche Verhaftungen wurden ohne Widerstand ausgeführt; der Maire ist vom Präfekten in seinem Amte abgesetzt worden; außerdem hat er einen provisorischen Gemeinderath organisirt. Die Gerichte sind mit Untersuchung der Ereignisse beschäftigt, auch sind Maßregeln so energischer Natur getroffen, daß eine Wiederholung dieser Szenen nicht zu befürchten. Und da sagt man noch, daß die Departements nichts von der republikanischen Regierungsform wissen wollen! Das bloße Verbot einer rothen Mütze ruft solche Szenen hervor!

Aus Lyon meldet der Courrier de Lyon vom 9. Februar: „Marschall Bugeaud ist hier eingetroffen und hat im Hotel de Provence sein Hauptquartier aufgeschlagen. Der ganze Generalstab der Alpenarmee ist daselbst installirt. General Gémeau, der Präfekt, der Maire, der Kardinal Bonald und alle Civil- und Militärbehörden haben ihm aufgewartet. Der Marschall zeigte sich wie gewöhnlich sehr gesprächig; er hielt sowohl an die Civil- als Militärbehörden lange Reden. Den Ersteren sagt er: „....Vor allen Dingen müsse der innere Frieden gesichert seyn. Frankreich habe eine schöne Armee, aber es könne sie nicht nach Außen gebrauchen und die Regierung dürfe so lange nicht daran denken, die Alpen zu überschreiten, als sie hinter ihrem Rücken den Bürgerkrieg nicht überwältigt. Es könne leicht ein Augenblick kommen, wo wir die Perturbatoren mit den Waffen in der Hand bekämpfen müssen ... Und Sie, meine Herren Richter und Geschwornen, Sie müssen vorzüglich Festigkeit im Amt zeigen; sorgen Sie dafür, daß man den Mißbrauch der mildernden Umstände abschaffe; er schwächt den Arm der Justiz und schont die Verächter der Gesetze zum Nachtheile der guten Bürger. Man hat in Frankreich die üble Gewohnheit, politische Verbrechen zu leicht zu nehmen. Triumphirt der politische Verbrecher, so ist er ein Held, unterliegt er, so ist er ein Unschuldiger, ein Märtyrer. Und doch verletzt ein Privatverbrecher nur das Einzelne, während sich der polit. Verbrecher gegen die ganze Gesellschaft richtet. — Zu den Offizieren sagte er: „....Ich weiß nicht, ob wir berufen werden, gemeinschaftlich jenseits der Alpen zu kämpfen. In diesem Falle mahne ich, daß Sie zur Verherrlichung unserer glorreichen Fahnen beitragen. Doch dieser Punkt ist nicht die einzige Bestimmung der Alpenarmee. (Ah, Ah!) Die innere Lage des Landes erheischt vielmehr ihre ganze Mitwirkung; ihr Zweck ist, die Gesellschaft gegen die bösen Leidenschaften zu schützen und einen unübersteiglichen Damm gegen alle Pläne zu bilden, welche die Desorganisation des Staates herbeiführen würden.... Im Innern müsse das Land erst erstarken: diese Aufgabe (die Regierungen nach Innen zu stärken) scheint die Aufgabe aller großen europäischen Armeen im jetzigen Augenblick zu seyn. Daß die österreichische Monarchie ihrem Sturze und ihrer Auflösung entrann, die Allen unvermeidlich erschien, hat sie lediglich der starken Organisation, der exakten Disciplin und dem militär. Geiste ihre Armee zu danken.... Kein Zweifel, daß die treffliche französ. Armee einen ähnlichen hohen Beruf zu erfüllen nicht ermangeln würde, wenn der Bürgerkrieg ausbräche." (Der Marschall tritt hierauf in lange Details über den Straßenkrieg — welcher große Sensation unter allen Anwesenden hervorrufen.) Für den folgenden Tag (10. Febr.) war eine große Heerschau angesagt.

Sprech-Saal.

Mehrere Wahlmänner des Wahlbezirks Nürnberg haben auf die ausgestreuten Gerüchte, die hier über Herrn Jacob Schmitt verbreitet wurden, als dürfe derselbe den Klubsitzungen seiner Fraktion nicht mehr anwohnen, sey überhaupt unbeliebt u. dergl., sich nach München gewandt, und die von sehr achtungswerthen dortigen Personen eingegangene Antwort ergibt das kurze Resultat, daß diese Gerüchte nichts als ein Komplex schmählicher Lügen und Verleumdungen sind. Wenn die Wahlmänner auch kein anderes Resultat erwartet hatten und erwarten konnten, sehen sie sich doch veranlaßt, vor solchen Erbärmlichkeiten, deren Spur man verfolgen und auffinden wird, zu warnen; denn verunglückte Wahlkandidaturen geben noch kein Recht zu solchen Schamlosigkeiten, wohl aber beweisen letztere, wie sehr die Wahlmänner recht hatten, ihre Stimme nicht solchen Kandidaten zuzuwenden. Natürlich ist es, daß Herr Schmitt, nachdem seine Wahl als Abgeordneter von der Kammer für ungültig erklärt war, auch in Klubsitzungen seiner Fraktion eine berathende und entscheidende Stimme bis zu einer Neuwahl nicht haben konnte, da dieser Klubb lediglich aus Abgeordneten besteht, was Herr Schmitt nach dieser Entscheidung vom 31. Januar nicht mehr war. Uebrigens können wir versichern, daß Herr Schmitt diesen Sitzungen als gerngesehener Gast stets beiwohnte, und überhaupt mit allen Abgeordneten in dem freundlichsten und besten Vernehmen steht. Nürnberg, den 13. Februar 1849.

Mehrere Wahlmänner des Wahlbezirkes Nürnberg.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

(Berichtigung.) Der würdige Geistliche, von dem wir kürzlich ein Schreiben in der Synodalangelegenheit veröffentlichten, ersucht uns, den sinnentstellenden Druckfehler zu verbessern, nach welchem es im Abdruck heißt: „protestantische Lügenwelt," während es heißen soll: „protestantische Laienwelt."

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 16. Februar 1849. **№ 47.** **Freitag: Juliana.**

Deutschland.

Bayern. †* (München, 14. Febr.) Folgendes ist die Tagesordnung der auf heute Vormittag 9 Uhr festgesetzten 9. öffentlichen Sitzung der 2. Kammer: Vorlesung des Protokolls der 8. öffentlichen Sitzung. — Bekanntgabe des Einlaufs. — Vortrag des 1. Sekretärs über die Reklamation des Gutsbesitzers und Bräuers M. Treffel in Schwabmünchen. — Berathung und Beschlußfassung über den Antrag des Abg. Stockinger, Zusätze zur Geschäftsordnung betr. — Vortrag des Sekretärs des sechsten Ausschusses über die geprüften Anträge der Abg.; Berathung und Schlußfassung über die Zulässigkeit der von dem Ausschusse zur Vorlage an die Kammer geeignet befundenen Anträge. Unter den 78 Einläufen nichts Erwähnenswerthes. (Ein Antrag des Abg. Scheurl, »zwei Denkschriften der Gewerbevereine zu Nürnberg und Erlangen betr., — wieder mehrere Adressen von Pius-Vereinen u. dgl. reaktionärer und ultramontaner Gesellschaften gegen die Annahme der Grundrechte, gegen den Ausschluß Oesterreichs. Diese Adressen erhalten aber auch in numerischer Beziehung ein starkes Gegengewicht durch die vielen freisinnigen Adressen entgegengesetzten Inhalts.)

Das Referat des I. Sekretärs der Kammer, Dr. Mayr, über die Wahlreklamation des Michael Treffel in Schwabmünchen ist unwichtig. Es geht daraus hervor, daß Treffel, der als dritter Ersatzmann im Wahlbezirke Augsburg gewählt ist, einen Platz als Abgeordneter in der Kammer für den in Augsburg als dritten Abgeordneten gewählten Grafen Hegnenberg-Dux beansprucht, der die Wahl nicht annahm, sondern als Abgeordneter für die Vorstadt Au eintrat. Treffel behauptet: Das Wahlgesetz besage, es solle in gesonderten Wahlakten für je einen Abgeordneten je ein Ersatzmann gewählt werden, und als dritter Ersatzmann gehöre ihm für den dritten Abgeordneten, der die Wahl abgelehnt, der Eintritt in die Kammer.

Die k. Regierung von Schwaben und Neuburg, an die er sich wandte, wies ihn ab und berief den 1. Ersatzmann, Beer von Augsburg, ein. Auch die Einweisungskommission fand die Ansicht der Regierung richtig und gesetzmäßig und ging auf die Reklamation des Treffel nicht ein. Da dieser nun bittet, die Sache vor die Kammer zu bringen, so werden von dem k. Staatminister des Innern die Akten der Kammer eingefordert, da in formeller Beziehung die Entscheidung derselben zulässig ist. Der Referent beantragt: dem Herrn Treffel die Abweisung mit seiner Reklamation zu bedeuten, da keineswegs aus dem Gesetze hervorgehe, daß für jeden Abgeordneten ein bestimmter Ersatzmann gewählt werde. Da nach diesem Grundsatze in ganz Bayern gewählt worden sey, müßten die Wahlen in ganz Bayern umgestoßen werden, wenn man das Gesetz nach Herrn Treffels Interpretation deute. (Auch wir glauben, daß der Sinn des Gsetzes die Auffassung nach dem Referenten des Hrn. Dr. Mayr will, doch gestehen wir, daß die treffenden Artikel des neuen Wahlgesetzes eine so schlechte zweideutige Fassung haben, daß sie eben so gut zu Gunsten Treffels gedeutet werden können.)

†* (München, den 14. Februar.) [Fortsetzung des Berichts über die 9. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.] Anwesend die Ministerialräthe v. Hänlein, Aschenbrenner, Wanner, Mayer. Der Abgeordnete Herrmann leistet den vorgeschriebenen Eid beim Eintritt in die Kammer. Der Rechenschaftsbericht des ständischen Archives lief ein und wird zu dessen Prüfung eine Kommission von 3 Mitgliedern ernannt, bestehend aus: Mayer (Ansbach), Rar, Langgut. Dann wird zur Wahlreklamotion des M. Treffel aus Schwabmünchen geschritten. Die Verwerfung dieser Reklamation wird ohne Diskussion nach dem Antrage des Referenten angenommen. Nun kommt Stockinger's Antrag. Willich interpellirt das Ministerium, ob die in der Thronrede versprochene Geschäftsordnung bald vollendet seyn werde, da die Kammer nun doch schon 4 Wochen beisammen sey? Ministerialrath v. Heinlein glaubt, keine Erklärung hierüber geben zu können, bevor das neue Ministerinm gebildet sey. Kolb v. Speyer stellt den Antrag, die Sache an einen Ausschuß zur Prüfung zu verweisen, da mit einer partiellen Abänderung der Geschäftsordnung nichts gedient sey, sondern die Abänderung der ganzen Geschäftsordnung erzielt werden müsse. Thinnes findet in Stockinger's Antrag nur das eine Gute, daß er eine Probe liefere, ob die Eintheilung in Sektionen gut sey. Nur in dieser Hinsicht stimme er für den Antrag, wenn das Unmögliche daraus entfernt werde, aber nur als Probe. Stockinger erklärt seinen Antrag nur als Fragment, da die Verfassung ihm Grenzen gesetzt habe. Er lege keinen großen Werth auf denselben und sey einverstanden, wenn derselbe an den Ausschuß verwiesen werde. Kolb (v. Speyer) formulirt nun seinen obenerwähnten Antrag dahin: den Antrag Stockinger's an einen hiezu besonders zu erwählenden Ausschuß zu verweisen, um einen Entwurf einer ganz neuen Geschaftsordnung zu entwerfen, welcher Stockinger's Antrag als Material benutzen kann. Willich will hiezu einen neuen Ausschuß gewählt wissen. Lerchenfeld erklärt dies für zulässig; im Jahre 1819 sey dasselbe bestimmt geschehen; auch Griesmaier unterstützt den Antrag. Einstimmig wird der Antrag Kolb's angenommen und ein Ausschuß zur Entwerfung einer neuen Geschäftsordnung erwählt, bestehend aus: Hegnenberg-Dux, Stockinger, Thinnes, Willich, Schüler, beide Kolb. Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist der Vortrag des Sekretärs des 6 Ausschusses über die an die Kammer gelangten und von demselben geprüften Anträge. Zur Diskussion kommt keiner, sondern sie werden mit Ausnahme eines an die betreffenden Ausschüsse gewiesen. Es sind folgende: 1) Antrag des Gabelsberger'schen Stenographen-Vereins, die Verdienste des Erfinders und Meisters der deutschen Stenographie, des Fr. Xaver Gabelsberger betreffend. Dr. Müller, der sich diesen Antrag angeeignet, beantragt eine Pension für die hinterlassene Familie Gabelsberger's. 2) Antrag des Abg. Schlund, die Kultur, des Grund und Bodens durch den Schutz eines weisen Gesetzes betreffend. Der Antragsteller glaubt, der Antrag bedürfe kaum einer Motivirung, da er bei den Landrathsversammlungen schon so oft erörtert worden sey.

3) Vorstellung des Gewerbevereins zu Fürth, die gewerblichen Zustände Bayerns betr, angeeignet von Dr. Morgenstern. (Der Antragsteller ist nicht anwesend, aber Forndran unterstützt auch aus eigner Ueberzeugung den Antrag auf das Wärmste.) 4) Bittvorstellung der Grundbesitzer zu Bergrheinfeld, ihre Entschädigungsansprüche aus der Mainkorrektion betr. angeeignet von dem Abg. Schad. Schad bemerkt, seit unendlicher Zeit sey dieser Antrag auf allen Landtagen zur Sprache gekommen, 1847 sogar empfehlend an das Ministerium überwiesen worden; aber noch sey nichts geschehen. Die Folge sey der Ruin vieler Familien gewesen; viele hätten auswandern müssen; „denn (hört die Logik des Hrn. Schad) sie haben ihren unvermeidlichen Ruin vorausgesehen, weil er schon eingetreten war." (Sehr hübsch!) Der fünfte Antrag, Beschwerde der Juliusspitälischen Grundholden zu Bergrheinfeld, die ungebührliche Erhebung einiger Grundgefälle von Seite des Juliusspitales betr., ebenfalls von Schad angeeignet, wird vom 6. Ausschusse zur Vorlage nicht geeignet befunden, weil der Gegenstand in das Gebiet des Privatrechtes gehört, das der Zuständigkeit der Kammer entzogen sey. 6) Bittvorstellung des Gewerbvereins der bürgerlichen Bierbrauer in München, das Verhältniß der Bierbrauer zum Publikum und zu den Wirthen betr., angeeignet vom Grafen Hegnenberg-Dux. In seinem kurzen Vortrage erwähnt Graf Hegnenberg-Dux, es müsse sonderbar erscheinen, daß in dieser Bittvorstellung die Bräuer Schutz der Person und des Eigenthums verlangten. Aber leider sey diese Forderung begründet; denn seit 1844 habe das Prinzip roher Gewaltthat leider in München und anderwärts in Bayern Platz gegriffen. Der 17. und 18. Okt. v. J. sey ewig ein Schandfleck in den Annalen Münchens. Die Bräuer müßten geschützt werden. Das Tarifgesetz von 1811 sey heutzutage nicht mehr anwendbar. Er empfehle diesen ernsten Gegenstand zu einer strengen Prüfung. 7) Vorstellung der Rechnungsrevisoren der k. Regierung von Oberfranken K. d. Innern, die Verbesserung ihrer Verhältnisse betr., angeeignet vom I. Präs. v. Lerchenfeld. Dieser unterstützt den Antrag nur mit ein paar Worten. 8) Vorstellung der Gemeinde Durstadt in Unterfranken, die Aufhebung der fixirten Frohnden betr. Nachdem die Tagesordnung erledigt, liest der I. Präs. ein Schreiben des königl. Hofmarschalls vor, wornach der König die Adresse der Kammer zwar annimmt, aber die Absendung einer Deputation ablehnt! „er wolle sie nicht nach Nymphenburg bemühen," heißt es darin. Der Präsident erklärt, nach seiner Befugniß die Adresse übersandt zu haben.

Hanitz bittet um das Wort, um dem 6. Ausschuß genauere Ausführung und Berichterstattung über die eingelaufenen Anträge zur Pflicht zu machen. Er bemerkt dabei, er habe 70 Adressen in Bezug auf unbedingte Annahme der Grundrechte erhalten. Dux überzeugt ihn von der Unmöglichkeit größerer Weitläufigkeit. Auf Kolbs Antrag wird beschlossen, ein kurzes Inhaltsverzeichniß der eingelaufenen Anträge im Sekretariat aufzulegen und wie bisher die Einläufe lithographiren zu lassen. Am Schluß interpellirt Eckhart den Ministertisch, warum die Eingabe der Pfälzer Generalsynode um unmittelbare Stellung des Konsistoriums der Pfalz, unter das Ministerium, statt unter das Oberkonsistorium noch nicht (seit 3 Monaten) erledigt sey. Ministerrath v. Hänlein erklärt, das Oberkonsistorium habe hierüber noch nicht Rückbericht erstattet und sey mehrmals dazu aufgefordert worden. Nach Schluß der Ansbacher Generalsynode werde die Sache schleunigst erledigt werden. Man habe nur den Beschluß der letzteren in Beziehung auf die gegenseitige Beschickung der beiden dies- und jenseitigen Generalsynoden abwarten wollen. Eckhart erwidert hierauf: eben dieser Beschluß habe ihn veranloßt, die Sache anzuregen; denn die Ansbacher Synode habe die gebotene Hand der Pfälzer zurückgestoßen. Die Sitzung wird um 11 Uhr geschlossen; die nächste auf Mittwoch den 21. Februar festgesetzt.

N. S. Daß Stockinger's Antrag nicht zur Berathung kam, liegt in der Taktik der Linken, die, nachdem sie gesiegt, sich nicht den Vortheil aus der Hand nehmen lassen will, wie dies bei Annahme von Stockingers Entwurf geschehen würde, indem sie alle Ausschüsse jetzt mit Leuten ihrer Farbe besetzt hat, was denn alle 4 Wochen durch das Loos entschieden und dem Zufall überlassen bleiben würde. Die heutige Beschlußnahme in dieser Sache ist daher nur ein ehrenvolles Zurückziehen von Stockinger's Antrag.

†* (München, den 13. Februar.) Der Abg. Scheurl bringt folgende Eingabe an das Präsidium der 2. Kammer: Hohes Präsidium der Kammer der Abg.! So eben erhalte ich eine Mittheilung von Frankfurt, für deren Verläßigkeit ich mit Manneswort bürge, welche Folgendes besagt: Am 10. d. M. sind vom volkswirthschaftlichen Ausschusse der Nationalversammlung sämmtliche Entwürfe der Gewerbeordnung mit fünfzehn gegen fünf Stimmen **verworfen**. Zugleich brachten Veith und Stahl einen Antrag in den Ausschuß, der achtzehn Unterschriften hatte, so daß also seine Annahme keinem Zweifel unterliegt, folgenden Inhalts: 1) Die Nationalversammlung möge nicht in Berathung über eine Gewerbeordnung treten. 2) Sie möge alle Entwürfe drucken lassen und durch die Mitglieder verbreiten, um der öffentlichen Stimme Gelegenheit zur Aussprache zu geben. 3) Sie möge sämmtliche Petitionen und Entwürfe dem Reichsministerium abgeben zur Berücksichtigung bei der Reichsgesetzgebung. Man ist allgemein der Ueberzeugung, daß diese Angelegenheit nicht durch die Nationalversammlung, oder das künftige Volkshaus abgemacht werden kann, sondern daß das Staatenhaus hiebei nothwendig ist. Ein ähnlicher Antrag wird bezüglich des Heimathgesetzes

von einem bayer. Abg. in das Haus gebracht werden, und der Antragsteller ist bereits der Majorität dafür gewiß. Ich bitte Ein hohes Präsidium gehorsamst, »diese Mittheilung autographiren und an sämmtliche Abg. vertheilen zu lassen.« Ehrerbietigst München den 12. Febr. 1849. Scheurl, Abg.

Wir können nicht recht finden, was Hr. v. Scheurl mit dieser Mittheilung beabsichtigt und welche Konsequenzen er für sich und seine Freunde aus derselben zieht. Die darin angegebenen Thatsachen sprechen ja gerade für die Gefahrlosigkeit einer unbedingten Annahme der Grundrechte und sind früher gerade von der Rechten und dem rechten Centrum bestritten worden, während die Linke und das linke Centrum (besonders Kolb von Speyer) sie voraussagte. Will Hr. Scheurl sie eben zu einem Vermittlungspunkte zwischen den schroff sich entgegenstehenden Parteien benützen? Dann gut! Wo nicht, können wir nicht begreifen, welches Verdienst er sich mit dieser Mittheilung erwerben will.

(München, den 13. Februar.) Wo immer in Bayern die Nachricht von dem am Freitag Abends hier stattgefundenen Fackelzuge hingelangte, wurde dieselbe mit Bedauern oder Entrüstung aufgenommen. Es ist schmerzhaft für ein Volk, seine Vertreter durch eine Demonstration gekränkt zu sehen, welche, im Gewande eines Huldigungsaktes für das Landesoberhaupt, doppelt gehässig erscheint. Man darf sich daher nicht wundern, daß von verschiedenen Seiten schon die Verlegung der Landtagesitzungen von München nach irgend einer andern Stadt Bayerns gefordert wird, in welcher man die Vertreter des Volkes mit Stolz und Freude aufnehmen, in welcher man in den Abgeordneten das bayerische Volk, sich selbst ehren würde. (Bayr. Landb.)

△ (Von der Pegnitz.) In einem Inserat dieses Blattes lesen wir, wie sich der Ultramontanismus breit machen möchte und seine vermeintlich erfochtenen Siege um Altdorf auszuposaunen gedenkt, indem er angibt, daß nicht bloß die Bauern von Rasch, Grub und Westhaid auf Bemühung des sorgsamen Seelenhirten Marsching (wie ein Korrespondenzartikel Ihrer Zeitung früher meldete) eine Eingabe gegen die Trennung der Schule von der Kirche, resp. gegen die Enthebung der Geistlichen von der Beaufsichtigung der Schule, eingereicht hätten, sondern auch noch von Seite vieler anderer Ortschaften des Landgerichtsbezirks Altdorf sey ein Gleiches geschehen. — Wenn das Pfaffenthum, getrieben von seinem Privatinteresse und dem mit dieser sauberen Genossenschaft förmlich zusammengewachsenen Absolutismus an die Dummheit und den Knechtssinn einzelner Bewohner jener Bauerndörfer, welche der weitaus berühmten Oberpfalz so nahe liegen, und woselbst gleiche Dunkelheit herrscht, appellirt, so ist zu erwarten, daß ihm die Larve nicht vom Gesicht gerissen werde. Wären jene Leute besser unterrichtet, so würden sie wohl das Ansinnen jener schleichenden und kriechenden Dunkelmänner und Mucker zurückgewiesen haben, da sie alsdann wissen müßten, daß nur die reine Wahrheit uns frei zu machen vermöge, die freie Schule aber es sey, welche zur Begründung und Befestigung unserer politischen Freiheit diene, und nicht jenes verruchte und fluchwürdige System der Lüge und Heuchelei uns beglücken könne. Die Anerkennung und Durchführung der Grundrechte des deutschen Volkes und somit die Befreiung der Schule von dem despotischen Druck jener finstern Partei wird übrigens selbst das vereinte Pfaffenthum nicht zu vereiteln vermögen, — der vollständige Sieg des Volks ist uns gewiß.

(Freie Städte. *) (Frankfurt, 13. Febr.) [169. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Anzeige deutscher Flottenbeiträge von 174 Thlr. Die Berathung der noch rückständigen Paragraphen des Entwurfs der Grundrechte Art. X.—XII. §. 43—48 wird fortgesetzt. §. 45, zu dessen besonderer Berathung übergegangen wird, lautet im Entwurfe des Verfassungs-Ausschusses: „Jeder deutsche Staat muß eine Verfassung mit Volksvertretung haben." Rödinger aus Stuttgart warnt davor, als einzigen Uebergang aus der alten in die neue Welt die Revolution übrig zu lassen. Das geschehe, wenn man den wandelbaren Geist des Staates in zu starre Formen presse. Die Freiheit sey nicht blos ein Recht, sie sey sogar eine Pflicht. Sie, m. H., beabsichtigen das Unding der Herstellung einer Obermonarchie aus 35 Untermonarchien. Dennoch haben sie es abgelehnt, Mediatisirungen zu verfügen. Als ob gegen das höhere Recht der Einheitsinteressen des Vaterlandes irgend welche dynastische Widersprüche von einigem Gewicht gewesen wären! Die deutschen Souveränetäten sind usurpirt. Das deutsche Volk hat die Einheit bereits besessen, sie ist ihm entrissen worden, aber sein Recht auf die Einheit ist deßhalb nicht verjährt, denn gegen Minderjährige läuft keine Verjährung und unmündig leider war das deutsche Volk. Wo die Diplomatie einmal wieder ihre Hand hereinstreckt in die Verhandlungen über Wohl und Weh eines Volkes, da gebe ich alle Hoffnung auf. Der Redner schließt damit, daß das historische Recht selbst im Civilrechte von sehr zweifelhafter Bedeutung sey. Im Staatsleben könne es ihm gar keine Entscheidung gestatten. Denn „was Recht ist, muß nicht allein Recht bleiben, sage ich — es muß Recht werden! Linde: Die Frage über das unbedingte und aufschiebende Veto ist eigentlich gar nicht mehr von Bedeutung, denn das europäische Staatsleben hat das Steuerbewilligungsrecht auf eine Weise üben gelernt, daß sich kein dynastischer Widerstand für die Dauer dagegen zu behaupten vermag. Der Berichterstatter G. Beseler verbreitet sich in seinem Schlußworte zugleich über §. 46: „Die Volksvertretung hat eine entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung und Besteuerung. Die Minister sind ihr verantwortlich. Die Sitzungen der Ständeversammlung sind in der Regel öffentlich." Er erinnert daran, daß das Haus seine Bestimmungen für einen Bundesstaat treffe. Daher haben wir hier nicht für die einzelnen Staaten über absolutes und suspensives Veto, über allgemeines Wahlrecht, über die Gesetzgebungsinitiative der Kammern 2c. abzusprechen. Uhland verlangt den Zusatz daß in keinem Staate einseitige Verfassungsabänderungen gestattet werden sollen. Ich verweise jedoch deshalb auf unsere bereits getroffenen Bestimmungen in dem Abschnitte: Gewähr der Reichsverfassung. Dort ist der Platz dergleichen, nicht hier. Entsprechend den allgemeinen Bestimmungen über die Gemeindeverfassung, haben wir uns auch in den Paragraphen über den Staat mit allgemeinen Umrissen und Vorschriften zu begnügen, unter Verzicht auf Spezialitäten.

Nachdem durch einfache Abstimmung mit Einhelligkeit der vom Verfassungsausschusse vorgeschlagene §. 45 angenommen worden ist, wird über eine Reihe von Zusätzen ablehnend entschieden. Darunter fällt namentlich auch der Zusatz des Hrn. Würth v. Sigmaringen: auf Wahl zur Volksvertretung »ohne Census«. Durch Namensaufruf, auf Heisterbergk's Antrag, wird abgestimmt über den Zusatz von Gulden und Genossen: »Das Veto der Staatsregierung gegen die Beschlüsse der Volksvertretung kann nur ein beschränktes seyn.« Von 365 Abstimmenden erklären sich 246 mit Nein, gegen diesen Zusatz. Bejahende mithin nur 119. Ebenso wird verworfen der Antrag der Minderheit des Verfassungsausschusses: ferner der Antrag Rödinger's, (daß die Feststellung der Verfassung in den einzelnen Staaten Sache der Volksvertretung sey und der Regent nur eine aufschiebende Ablehnung dagegen habe). Ueber den Antrag Uhlands, daß unter keinen Umständen eine Landesverfassung einseitig gegeben oder abgeändert werden dürfe, ist das Ergebniß zweifelhaft, so daß durch Zettel abgestimmt werden muß. 203 gegen 199 Stimmen lehnen den Antrag ab. Auf dem Wege einfacher Abstimmung wird dann noch der Antrag Zimmermann's aus Stuttgart beseitigt: »Jeder Staatsbürger nimmt an der Gesetzgebung des Gesammtstaates wie des Einzelstaates, dem er angehört, auch an dem Recht zu wählen und gewählt zu werden, gleichmäßig Theil. Eine Beschränkung dieses Rechts kann nur wegen des Mangels der Dispositionsfähigkeit und der bürgerlichen Ehrenrechte durch das Reichs-, beziehungsweise Landeswahlgesetz bestimmt werden.» Die Form, in welcher §. 46 aus der Abstimmung hervorgegangen, theilen wir morgen mit. Nächste Sitzung findet Donnerstag den 15. Statt.

(Frankfurt, den 13. Februar.) Morgen Abend um sieben Uhr sind »alle Abgeordnete, welche das Verbleiben der deutsch-österreichischen Lande in einem wahren und kräftigen, das gesammte Deutschland umfassenden Bundesstaate anstreben«, zu einer gemeinsamen Besprechung in die Mainlust geladen. Dem Vernehmen nach wird die Linke an den bekannten Paragraphen der Personalunion festhalten, jedoch einen Zusatz annehmen, zufolge welchem die österreichische Regierung die Stellung der deutschen Bestandtheile der Monarchie zu den nichtdeutschen zu bestimmen haben solle, nicht aber die der ersteren zu Deutschland, da vielmehr Deutsch-Oesterreich thatsächlich und unzertrennlich zu Deutschland gehöre. (Frkft. J.)

Hannover. (Hannover, den 10. Februar.) Die Regierung hat über die Veröffentlichung der Grundrechte in beiden Kammern ein umfangreiches Aktenstück verlesen, welches mit großem Erstaunen und tiefem Schweigen vernommen wurde. Die Regierung tritt aus formellen und materiellen Bedenken gegen die Grundrechte auf; formell: dieselben hätten erst mit der ganzen Reichsverfassung veröffentlicht werden können, und sey deshalb ihre Rechtskraft in Abrede zu nehmen; materiell spricht man sich namentlich und insbesondere gegen die Bestimmungen der Grundrechte hinsichtlich der Theilbarkeit des Eigenthums, der Freizügigkeit, der Aufhebung der Stellvertretung im Heere 2c. aus, und erklärt geradezu, daß solche Vorschriften für Hannover nicht in Geltung gesetzt werden könnten. Dann spricht man noch aus: daß die Zustimmung der Fürsten und der Regierungen zur Begründung der Reichsverfassung erforderlich sey 2c. Wie die zweite Kammer über die Grundrechte denkt, liegt jetzt wenigstens unzweifelhaft vor Augen. Als man nämlich in ihr bei der zweiten Berathung der neuen ständischen Geschäftsordnung zur Besprechung der Eidesformel kam, erhob sich Abgeordneter Lang I. (aus Verden), und trug darauf an, daß diese mit der durch die Grundrechte vorgeschriebenen in Einklang gebracht werden müsse. Er bemerkte, daß auch die Juden nach Vorschrift der Grundrechte zu beeidigen seyn würden. Nach kurzer Verhandlung, an welcher sich kein Minister betheiligte, ward über den Lang'schen Antrag abgestimmt und derselbe gegen nur wenige Stimmen angenommen. Abgeordneter Rumann stimmte für den Antrag, und kennt man demnach gegenwärtig seine Ansicht über die Grundrechte. Unter Denen, welche mit den Ministern stimmten, es waren ungefähr drei Abgeordnete, befand sich auch ein Pfarrer. Man kann sich nicht denken, mit welchem Groll unsere Geistlichkeit durchschnittlich gegen die Grundrechte erfüllt ist. In nächster Woche wird jedenfalls die Adresse auf die Thronrede zur Berathung kommen. Ob die Kommissionen beider Kammern zu einer gemeinschaftlichen Beantwortung sich einigen werden, muß man abwarten. Es ist das sehr zu wünschen. (D. A. Z.)

Hessen. (Darmstadt, 11. Febr.) Die Wiederherstellung und Erhaltung der mehrfach erschütterten Militärdisciplin ist unstreitig einer der wichtigsten Punkte, die man in unserer so ereignißreichen Zeit in's Auge zu fassen hat. Mit ihr steht im innigen Verband und ist selbst davon abhängig die Erhaltung der gesetzlichen Ordnung und bürgerlichen Freiheit. Von großem allgemeinen Interesse sind darum auch einige in der 2. Kammer unserer Stände gestellte Interpellationen und darauf erfolgte Antworten. Abg. Heldmann hatte wegen des darauf an Soldaten der hiesigen Garnison ergangenen Verbotes zum Besuche mehrerer namhaften Wirthshäuser und Personen, in welchem Verbote er eine Beeinträchtigung der Soldaten in Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte und persönlichen Freiheit, so wie eine Verletzung der Wirthe in ihrem besteuerten Geschäftsbetriebe sah, die Fragen an das Kriegsministerium gerichtet: 1) ob dasselbe um dieses Verbot wisse und 2) ob es solches billige? — Am 18. Januar beantwortete der großherz. Regierungskommissär Oberauditor Hoffmann die erste Frage mit Nein und glaubte, daß hierdurch die zweite in sich selbst zerfalle. Am 27. Januar bemerkte hierauf Abg. Lehne, Niemand könne verkennen, daß der schlimme Schein eines Mangels an gebührender Offenheit auf diese Erklärung fallen würde, wenn wenige Tage darauf, im Widerspruch mit derselben, einem Offiziere das Verbot ertheilt worden wäre, politische Vereine zu besuchen, und doch sey nach ihm (Lehne) aus sicherer Quelle gewordener Mittheilung, am 26. Januar dem Oberlieutenant Rosenberg im 1. Bataillon des 2. Inf.-Regiments durch den Major im Auftrag des Regiments-Kommandeurs, Obersten Seitz, ein solches Verbot ausgesprochen worden. Abg. Lehne wollte nun wissen, 1) ob es wahr sey, daß dieses Verbot ergangen? 2) ob es im Auftrage und mit Wissen des Kriegsministeriums geschehen? 3) welche Maßregeln dasselbe ergreifen werde, um künftig dergleichen Vexationen und Beeinträchtigungen der Freiheit der Militärpersonen vorzubeugen? Zugleich übergab Abg. Lehne eine ihm vom Märzvereine, dessen Mitglied der fragliche Oberlieutenant ist, eingehändigte Adresse ähnlichen Inhalts. Der großh. Reg.-Kommissär Oberauditor Hoffmann beantwortete nun in der gestrigen Sitzung die letztere Interpellation Lehne's. In Bezug auf das Faktische der Sache bemerkt er, daß dem Oberlieutenant v. Rosenberg nicht der Besuch der politischen Vereine verboten, sondern daß ihm nur der Rath ertheilt worden sey, ihn zu vermeiden. Es ist dieses nicht im Auftrage und mit Wissen des Kriegsministeriums geschehen; dasselbe findet aber, namentlich mit Rücksicht auf die beklagenswerthen Vorfälle in jenem Regimente, keinen Anlaß, das Verfahren des Regimentskommandeurs zu beanstanden und billigt den von ihm ertheilten wohlgemeinten Rath. Uebrigens besage Art. 74 unserer Verfassungsurkunde: »dem Großherzoge steht die ausschließliche Verfügung über das Militär, die Formation desselben, die Disciplinargewalt und das Recht, alle den Kriegsdienst betreffenden Verordnungen zu erlassen, ohne ständische Mitwirkung zu« — und § 31. der Grundrechte: „die in den §§ 29 und 30 enthaltenen Bestimmungen (über das Versammlungs- und Vereinsrecht der Deut-

schen) finden auf das Heer und die Kriegsflotte Anwendung, insoweit die militärischen Disciplinarvorschriften nicht entgegenstehen.“ Man werde also mit vollem Rechte auch selbst ein solches Verbot erlassen, wenn es die Disciplin nöthig machen sollte. Was den speziellen Fall des Oberlieutenant v. Rosenberg betreffe, der Beschwerde bei dem Regimentskommando eingereicht habe, so werde er auf dem Dienstwege erledigt werden. — Der Reg.-Kommissär fügt noch bei, daß bezüglich des früheren, vom Abg. Heldmann interpellirten Falles deshalb kein Bericht vom Kriegsministerium eingefordert worden sey, weil es ganz in der Befugniß des Regierungskommandeurs liege, den Besuch der Orte zu verbieten, wo der Disciplin Gefahr drohe. Nach nunmehr eingeholtem Berichte sey allerdings ein solches Verbot erfolgt und das Kriegsministerium billige es, weil es angemessen sey, Exzessen und schweren Strafen vorzubeugen, wenn man könne. Zu allen Zeiten hätten die Regimentskommandeure solche Mittel zur Erhaltung der Disciplin angewandt, und würden es auch ferner thun. — Alle Freunde der Ordnung und gesetzlichen Freiheit, welche die Militärexcesse der neuesten Zeit mit Besorgniß erfüllt hatten, haben diese klare und bestimmte Erklärung des Kriegsministeriums mit großer Befriedigung vernommen. (Fkft. J.

Oesterreich. (Von der österr. Grenze, 10. Febr.) Ein in Nr. 30 der Bresl. Ztg. enthaltener „Siege der Ungarn“ überschriebener Artikel hat auch hier nicht verfehlt, bedeutendes Aufsehen zu machen. So handgreiflich manche Unwahrheiten und Uebertreibungen sich darin darstellen, so können wir uns doch selbst des Glaubens nicht entschlagen, Alles sey nicht so klar und rosenfarbig in Ungarn, als die Verfasser der Bülletins es melden. Die Leser werden uns das Zeugniß nicht versagen, daß wir bei unseren Mittheilungen über Ungarn die größte Vorsicht walten ließen, daß wir aber auch dem audiatur et altera pars gern Geltung verschafft hätten, wenn es eben nur einer Stimme aus dem feindlichen Lager geglückt wäre, sich vernehmbar zu machen.. Von einer bedeutenden Schlappe, die dem General Schlick beigebracht worden sey, hörte man vielfach berichten. Von einer Niederlage des Fürsten Windischgrätz bei Czegléd wußte und weiß man Nichts. Nach der von ihm ausgegangenen Verlautbarung hätte sich vielmehr Perczel bei dem Anblicke der kaiserlichen Truppen sofort unsichtbar gemacht Es liegen uns eben aus Pesth direkte Briefe vor, die von einer großen gegen Windischgrätz gelieferten Schlacht der Ungarn Nichts erwähnen. Und daß überhaupt eine Schlacht geliefert worden, ließe sich doch wohl nicht verheimlichen! Blutende Wunden und irre Blicke erzählen treuer und beredter als officiöse Buchstaben. Doch erinnern wir uns eines Pesther Berichts in einem unbefangenen Wiener Blatte, welches unmittelbar, nachdem Fürst Windischgrätz ausmarschirt war, eines Transports von Gefangenen und Blessirten, die aus den Szolnoker Gegenden kamen, als zuverläßig erwähnte. Leicht möglich also, daß vor jenem Ausmarsche ein für die Ungarn günstiges Vorgefecht stattgefunden. — Daß General Bem am 23. Januar Hermannstadt eingenommen, ist offenbar unwahr. Dagegen spricht der Inhalt von Briefen und Blättern, die am 26. jene Hauptstadt des siebenbürgischen Sachsenlandes verließen, daß sich General Bem zwei Stunden oberhalb Hermannstadt festgesetzt und verschanzt hat. Das konstitutionelle Blatt aus Böhmen bringt in Nro. 35 sogar vom 27. eine Privatkorrespondenz, wonach die Russen bereits die Grenze Siebenbürgens überschritten hätten. Doch bemerkt es selbst, daß diese Nachricht vorerst noch der Bestätigung bedürfe, umsomehr, als eine Beilage zum Siebenbürger Boten sich gegen jeden Versuch fremder Dazwischenkunft, als zwecklos, erkläre. General Bem halte indeß noch immer den größten Theil Siebenbürgens besetzt. Vom Kriegsschauplatze in Nordungarn lauten unsere eigenen Berichte nicht sonderlich gut. Das Arvaer Komitat hat sich für die Magyaren erklärt und nunmehr ist das kaum gewonnene Thuroczer bedroht. Eine Thatsache, die gleichfalls fest gehalten zu werden verdient, ist der Umstand, daß, als Windischgrätz Pesth räumte, eine höchst unbedeutende Besatzung zurückblieb. Die Stärke der Hauptarmee ist demnach nicht gar zu imposant; wäre sie es, oder bestände Perczel's Operationskorps nur aus etlichen Zusammenläufern, so hätte der Marschall gewiß eine stärkere Besatzung zurückgelassen.. Wir zweifeln nicht, daß es der kaiserlichen Armee gelingen wird, Ungarn zu bewältigen; doch muß sie zu diesem Zwecke wenigstens 160,000, vielleicht sogar 200,000 Mann stark seyn. Soll es uns erlaubt seyn, jetzt schon, vor dem Ausgange der blutigen Tragödie, ein Urtheil zu fällen, so möchten wir die Bemerkung machen, Fürst Windischgrätz sey mit dem alten Marschall Radetzky nicht zu vergleichen, mindestens nicht in militärischer Befähigung, während in politischer Beziehung Beide sich auffallende Fehler haben beikommen lassen. Windischgrätz drang nach Ungarn vor, mit den kaiserlichen Manifesten in der Hand, aber ohne sich ernst und aufrichtig auf den Enthusiasmus der mit den Magyaren ringenden Nationalitäten zu stützen. Weder ist gesagt worden, was man diesen biete, noch daß man die wahrhaften Rechte den Ungarn unverkürzt erhalten wolle. Die Ungarn sehen Nichts vor sich als Besetzung, Belagerungszustand, Standrecht; daher ihr Widerstand, an welchem größtentheils auch die Bewohner der Slowakei Theil nehmen. Vor etlichen Tagen noch fand es General Götz für gut, den slowak. Landstürmern die Abhaltung von Volksversammlungen und die Lieferung von Munition zu verweigern; neuestens aber ist ihm Alles wieder genehm worden, und während das gesammte Thuroczer Comitat in bewaffneten Zustand gesetzt wird, befindet sich eine slowakische Deputation am kaiserlichen Hoflager in Olmütz, die um Lostrennung der Slowakei vom Königreiche Ungarn bittet. Auch in Wien erwies sich der Fürst als ein mittelmäßiger Politiker, denn mit wenigen, sehr wenigen Exempeln der Züchtigung hätte sich eine unendliche sittliche Wirkung erreichen lassen, wenn man zugleich auch mit Milde vorzugehen und Vertrauen zu erwecken gewußt hätte. War denn in der Erhebung der Wiener nicht mehr, weit mehr vom Irrthum als Verbrechen? Und wie ward der Irrthum großgezogen! Der schwierigste Theil der Aufgabe, welche die Armee in Ungarn zu lösen hat, beginnt eben jetzt erst. Der Fall von Pesth bedeutet nicht Alles, nicht einmal allzu viel. Pesth ist der Kern des magyarischen Lebens nicht, und steht bei Weitem nicht in jenem Verhältnisse zum Lande wie Mailand zur Lombardei. Was die militärischen Bewegungen des Marschalls betrifft, so hätte es uns vorzüglicher geschienen, wenn er sein Augenmerk nicht so sehr auf die Einnahme der an der Donau gelegenen Städte als vielmehr darauf gerichtet hätte, den Feind zur Schlacht zu nöthigen. Andererseits hätte ein etwas stärkeres Armeekorps als das des Generals Götz hingereicht, die Bergstädte Schemnitz, Kremnitz und Neusohl, bevor Görgey sie besetzte, zu nehmen. Wenn aber auch in diesem Jahre Alles gelingt, so ist nach unserem Dafürhalten die fortdauernde militärische Besetzung Ungarns bei dem großen Flächenraume dieses Landes eine sehr große Schwierigkeit. Was Rußland in Bezug auf das verhältnißmäßig geringe Königreich Polen schwer fällt, dürfte sich für Oesterreich beinahe unerschwinglich gestalten. Wie ist folglich Ungarn dauernd zu pacificiren? Nur aus dem Geiste und mit Hülfe der dem zügellosen Magyarismus widerstrebenden Elemente. Am wenigsten aber durch russische Maximen oder durch die Beihülfe von Russen selbst.

Würtemberg. (Stuttgart.) [79. Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 13. Februar.] Am Ministertische Staatsrath Römer, General Rüpplin und Direktor Hölder. Reyscher stellt den in der gestrigen Sitzung angekündigten Antrag, die Kammer möge zu Protokoll erklären: 1) daß sie nur in der festen Vereinigung, aller, auch der österreichisch-deutschen Bruderstämme zu einem verfassungsmäßig gegliederten Bundesstaat die Einheit des Gesammtvaterlandes, die Freiheit und Wohlfahrt der einzelnen Stämme gesichert halte; 2) daß die Beschlußnahme über die künftige Verfassung Deutschlands einzig und allein der vom Volk gewählten deutschen Nationalversammlung zu überlassen sey; 3) daß die Kammer das Vertrauen zu der Nat.-Vers. hege, sie werde unbeirrt durch die entgegenstehenden Erklärungen einzelner Regierungen das große Werk der Nationaleinigung auf dem betretenen Wege zum Ziele führen Er begründet den Antrag folgendermaßen: Die Schwaben hatten einst das Vorrecht, als die Vordersten im Reiche zu streiten, dieses Vorrecht wird jetzt nicht mehr geltend gemacht, denn wir kämpften oft auch gegen das Reich, wie die in der gestrigen Sitzung geschehene Erwähnung einer Fahne beweist, die wir gerne wieder zurückgeben würden, da wir sie in der unglücklichen Zeit eines Bürgerkriegs erobert haben. Wenn wir jetzt unter die Letzten gehören, welche sich mit dem Verfassungswerk beschäftigen, so liegt der Grund darin, daß wir schon früher ausgesprochen haben, daß wir der Nationalversammlung das Verfassungswerk in die Hände geben. Ich stelle nun im Sinne der Nationalsouveränetät meinen Antrag, zu welchem die preussische Cirkular-Note und die österreichische Note mich veranlassen. Beide Noten stimmen darin überein, daß sie das Vereinbarungs-Prinzip festhalten, nur mit dem Unterschied, daß Preussen eine vorausgehende Vereinbarung wünscht, während Oesterreich seine Zustimmung bis zu dem Zeitpunkt aussetzt, wo die Nationalversammlung mit ihren Beschlüssen zu Ende gekommen ist. Ferner stimmen beide darin überein, daß sie den alten Bund als rechtlich fortbestehend betrachten. Preussen sieht kein Hinderniß für eine selbstständige Konstituirung Deutschlands oder der einzelnen deutschen Staaten, während Oesterreich auf die alten Gesetze sich stützt und insbesondere gegen die Paragraphen 2 und 3 des angenommenen Abschnitts über das Reich protestirt und es ausspricht, daß es keine Centralgewalt in den Händen eines andern deutschen Fürsten anerkennen werde. Diese Noten sind von einer solchen Bedeutung, daß keine deutsche Regierung und keine deutsche Volkskammer ihrer Besprechung sich entziehen kann. Denn würde ihr Inhalt angenommen werden, so würde das deutsche Verfassungswerk in die Hände der einzelnen Regierungen gelegt werden. Es entstand nun die Vorfrage, ob der Antrag sogleich in Berathung gezogen werden solle? wogegen sich Prälat Mehring, Frhr. v. Linden erklären, dagegen Mack und Andere sofortige Erledigung wünschen. Bei der Abstimmung sind 52 für, 21 gegen sofortige Berathung, da aber in einem solchen Falle drei Viertheile der Stimmenzahl nothwendig sind, so ist die alsbaldige Berathung abgelehnt. Dagegen wird durch Mehrheit beschlossen, daß die staatsrechtliche Kommission den Antrag heute noch begutachte, und derselbe dann, ob der Bericht noch gedruckt werden könne oder bloß mündlich erstattet werde, in morgender Sitzung berathen werde. (Schw. M.)

Frankreich.

† (Paris, 11. Febr.) [Polizeijagd.] Nachdem das Ministerium die heimischen Chefs der demokratischen Partei proskribirt oder ins Gefängniß geworfen, fällt es mit einer wahrhaft lächerlichen Wuth über diejenigen Fremden her, die ihm durch ihren Einfluß auf die Zeitungspresse oder das hiesige deutsche Proletariat gefährlich dünken. So hat es den hervorragendsten Gliedern des hiesigen deutschen Vereins, Hermann Ewerbeck, Sebastian Seiler, Moses Heß 2c. gestern Abend den Befehl zustellen lassen: Paris binnen 24 Stunden und das Gebiet der Republik in der möglichst kurzen Frist zu verlassen, widrigenfalls es sie durch Gendarmerie auf die Beine bringen lassen werde. S. Seilers Abreise — wenn sie wirklich erfolgt — dürfte für die gesammte deutsche Tagespresse um so fühlbarer seyn, als er es ist, der den Verhandlungen der Nationalversammlung seit ihrem Beginn mit vieler Aufmerksamkeit folgte und sie in gedrängten Uebersichten der deutschen Tagespresse durch das große (halbministerielle!) Havas'sche Korrespondenzbureau mit bisher unerhörter Schnelligkeit zuschickte. Diese Lücke wird, da geübte deutsche Schnellschreiber hier selten sind, schwer zu ersetzen seyn. Was den bekannten Hermann Ewerbeck betrifft, so hat derselbe an den würdigen Nachfolger des Grafen Duchatel, Hrn. Leon Faucher, folgende Protestation gerichtet: An den Bürger-Minister des Innern! Ich erhielt diesen Abend von dem Polizeikommissarius meines Stadtviertels den Befehl, das Seinedepartement binnen 24 Stunden und das französische Gebiet in der kürzesten Frist zu verlassen. Dieser Befehl ist auf einen Beschluß von Ihnen vom 26. Januar gestützt, worin Sie sagen, daß ich preußischer Unterthan sey, daß meine Gegenwart für die Ordnung und den öffentlichen Frieden gefährlich und daß Sie mich auf Grund des bekannten Vendemiaire's-Gesetzes gegen die Fremden aus dem Lande weisen. Hierauf habe ich die Ehre, Ihnen zu erwidern, Bürgerminister, daß ich kein preussischer Unterthan mehr bin, sondern seit dem 19. April 1848, kraft eines Erlasses des provisorischen Regierungsgliedes, Justizministers Cremieux, die Rechte eines französischen Bürgers genieße — Rechte, die ich seit jener Epoche wirklich ausübte, wie Sie sich durch ihre Agenten aus den offiziellen Wahllisten überzeugen können. Gruß und Brüderschaft. Paris, den 10. Febr. 1849. (gez.) Herman Ewerbeck.

Wie man sich erzählt, liegen der jüngsten Razzia gegen die hiesigen deutschen Demokraten weniger diplomatische Requisitionen als erlogene; und darum doppelt lächerliche Berichte deutscher Spione an Carlier, das sichtbare Haupt unserer unsichtbaren Beißzangen zum Grunde. Der deutsche Verein gehört zu den verläumdetsten Dingen von der Welt. Weit entfernt, für die Bildung neuer Bornstedt'scher Legionen oder gar gegen Leon Faucher und Carlier zu konspiriren, beschäftigte er sich lediglich mit der Besprechung rein ökonomischer Fragen, die den Arbeiter am meisten interessiren, und ihn für den Bau seiner besten Schutzwehr, nämlich der moralischen Barrikaden vorbereiten. Oder wünscht Herr Faucher, daß auch die deutschen Arbeiter ihren ruhigen Verträgen entzogen werden und wieder in den alten Schlendrian zurückkehren? Er antworte.

Von hohem Interesse für die französischen Parteizustände ist der Krieg im Lager der Sozialisten. Man entsinnt sich, daß Proudhon

in seinem Peuple die Phalasterianer im Palais der Rue de Banne, unbarmherzig geißelte, und sie Verräther, Apostaten nannte. „Gestern erhob sich der Pascha jenes Palastes, Viktor Considerant, und schuldigte den Proudhon an, daß er sich einen Pelz aus allerlei Lappen der Kommunisten, Saint-Simonisten, Fourieristen und deutschen Arbeisten zusammengeflickt habe, den er unter dem Prunknamen „Banque du Peuple" dem französischen Proletariat zur Schau stelle. Nicht einmal der Name dieser Bank sey sein eigen; auch ihn habe er gestohlen. Das ganze Mannöver sey eine Seifenblase, die sehr bald zerplatzen werde. Proudhon sey — wie Thiers sehr richtig gesagt, — nichts als ein Erostrat — ein Zerstörer, ein Attila neuen Schlages, dessen sich die Vorsehung bediene, um die Menschheit für ihre Mammonssucht, für ihren Durst nach Gold, für ihren Egoismus, für ihre Ausbeutungs- und Eigenthumswuth zu züchtigen. Diese Philippika, (welche Charivari heute ergänzt) machte in der Nationalversammlung einiges Aufsehen. Die Reaktionäre reiben sich beim Anblick dieser Händel natürlich die Hände.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Eheliche Verbindung.

Sebastian Vogt
Eva Vogt, geborne
Oertel.

Zugleich empfehle ich mich meiner verehrten Nachbarschaft und Kundschaft so wie einem Gesammtpublikum, daß ich stets die neueste Facon von Putzarbeiten verfertige und verspreche stets billige und schöne Arbeit.

Um gütige Aufträge bittet

Eva Vogl,
Cosleahof Nro. 35.

Eheliche Verbindung.

Unsere am 14. d. vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir hiemit Verwandten und Freunden ergebenst an, und bitten um ferneres Wohlwollen.

Nürnberg, den 16 Februar 1849.

J. B. Perge
B. J. Perge, geborne
Hübner von Erlangen.

Volks-Versammlung.

Die auf Mittwoch den 14. Februar anberaumt gewesene Volksversammlung findet in Folge eines Majoritätsbeschlußes

Donnerstag den 15. Februar
Abends 7 Uhr

im Katharinen-Saale statt.

Das Komité für Volkversammlungen.

Albrecht-Dürer-Verein.

Die verehrlichen Mitglieder des Vereines werden hiemit zur Theilnahme an dem nächsten Samstage den 17. d. Mts. im Gasthofe zum „rothen Roß", stattfindenden Soupée und Ball mit dem Bemerken eingeladen, daß das Programm und die Einzeichnungslisten im Albrecht-Dürer-Hause aufliegen.

Nürnberg, den 13. Februar 1849.

Das Ball-Comite.

Churf. Hessische 40 Thaler Prämien-Scheine & Großh. Badische 20 Thaler Prämien-Scheine

können bis zum 28. Februar 1849 bei uns bezogen werden.

Nachfolgende Prämien werden in diesen nächsten Ziehungen erlangt: fl **50,000**, **15,000**, **5,000**, 4 à **2,000**, 13 à **1,000**, 40 a **250** rc; ferner: Rthlr **36,000**, **8,000**, **4,000**, **2,000**, 2 à **1,500**, 3 a **1000**, 5 a **400**, 10 a **200** rc

Käufer von Prämien-Scheinen, welche solche nach der Ziehung wieder zurückverkaufen wollen, brauchen **blos 2⅓ Thaler Pr. Ct. oder fl. 4 40 kr.** für einen Hessischen und Badischen zusammen, einsenden. Prospektus und Listen werden prompt besorgt

J. Nachmann & Comp.
Banquiers in Mainz am Rhein.

Gummyarabicum-Verkauf.

Eine Partie Gummy arabicum ist billig zu verkaufen in L. Nro. 334 in Nürnberg.

(Anzeige.) **Feinster weißer Gummi arabicum ist billig zu haben bei**

Hungelein & Güllich.

(Eingesandt.)

Von der Pegnitz. Die Anmaßung und Grobheit eines unserer Eisenbahnbetriebs-Beamten ist so, daß sie der öffentlichen Rüge bedarf. — Dieser so unschuldig auf so schönen Posten gestellte Beamte scheint sein Wirken in groben Herumschreien mit seinen Untergebenen — zur Langweilverkürzung der die Abfahrt erwartenden Reisenden — zu suchen, oder auch darin: daß er am Einsteigplatze aufgeblasen hin und hergehend Rippenstöße an diejenigen Reisenden auszutheilen sucht, welche unterlassen ihre Huldigung seiner im Salonwagen spazierenfahrenden Familie darzubringen; gerade als ob das Publikum dieserwegen zur Fahrt gekommen wäre.

Ein Augenzeuge.

(Bitte.) Derjenige Herr, welcher von dem Unterzeichneten einen mit dem Tonrelait'schen Postzug bemalten Pfeifenkopf zum Abzeichnen entlehnt hat, wird um baldige Zurückgabe gebeten.

Christian Kaufmann,
Magistrats-Kanzlist, L. No. 932, II. Stock.

Anzeige.

Die Auktion verschiedener Schnittwaaren wird Freitag den 16. Februar fortgesetzt, wozu um gefälligen Zuspruch bittet

Joh. Jac. Grasser.

Für Auswanderer.

„Die Hoffnung"
Concessionirte deutsche
Bureaux
für
Auswanderer
nach
Amerika
von **J. M. Bielefeld** in Mannheim.

Regelmäßige Fahrten vom nächsten März an mit gekupfertem Dreymaster erster Klasse, sogenannter Paquetboote, nach

New-York & New-Orleans
über **Rotterdam & London.**

Zur näheren Erkundigung und zum Abschluß von Uebersahrts-Verträgen beliebe man sich an Unterzeichneten zu wenden.

Heinrich Klippel,
General-Agent in Frankfurt am Main.

Eintracht.

Nächsten Sonntag den 18 Februar ist Maskenball im Bamberger Hof. Eintrittskarten können täglich beim Vorstand S. Nro. 382, und am Balltage im Bamberger Hof von 10—12 Uhr in Empfang genommen werden.

Anfang 8 Uhr

Der Vorstand.

Maskenball im deutschen Haus.

Sonntag den 18. Februar findet Maskenball statt, wozu ein hiesiges Publikum höflichst eingeladen wird. Billets zu 18 kr. sind bei Oswald im Kühnertsgäßchen Nro. 707 zu haben. An der Kassa 24 kr.

Masken-Anzüge

für Damen und Herren sind sehr billig zu verleihen bei

Caroline Prechtel im Nonnengarten.

Musikalischer Verein Cäcilia.

Zu dem bereits angekündigten Masken-Kränzchen können Sonntag den 18. d. M. Nachmittags von 1—2 Uhr bei Herrn Gastwirth Weidinger zur Blumenkönigin die Karten für Masken in Empfang genommen werden

Der Vorstand.

Maskenball im weißen Lamm

findet Sonntag den 18. Februar mit Entree a Person 24 kr. statt, wozu ergebenst einladet

J. M. Krieger

Hummelstein.

Heute Freitag den 16. Februar „Metzelsuppe." Wozu ergebenst einladet

Fahner

Reichsapfel in der Bindergasse.

Freitag Abends produzirt sich das „Kleeblatt," wozu seine Freunde und Gönner höflichst einladet

Peter Meier.

Anfrage.

In der Expedition der Mittelfr. Zeitung hat ein junger Mann ausgesagt, daß er in Erlangen von der Polizeibehörde 15 Ruthenstreiche erhalten habe, weil er sich ein Mittagessen von einem dortigen Bürger erbeten. — Wäre diese Aussage begründet, so wüßten wir wahrlich nicht, was wir zu solchen dem Geiste der Zeit und den Grundrechten des deutschen Volkes widersprechenden Maasregeln sagen sollten?

Anfrage.

Wenn bei den Gerichtssitzungen die Plätze innerhalb der Schranken blos für Advokaten, Gerichtsbeamten, überhaupt Juristen bestimmt sind, aus welcher Rücksicht ist denn Offizieren und andern nicht berechtigten Personen der Zutritt dorthin gestattet? Diese Herren könnten sich ebensogut wie jeder Andere, rechtzeitig hinter den Schranken einfinden. Auch hier eine Bevorzugung der vornehmen Leute vor dem gewöhnlichen Volk??

(Verloren.) Mittwoch den 14. d. Abends halb 6 Uhr ließ Jemand in einem Wagen der Fürther Eisenbahn ein Paquet Zirkel liegen, um deren Zurückgabe man gegen Erkenntlichkeit bittet. Näheres in der Exp. d. Blattes.

(Verloren.) Am Sonntag Abends ist von der Bergstraße zum neuen Thor hinaus bis auch Gostenhof ein Siegelring verloren worden. Der redliche Finder erhält einen Kronenthaler Trankgeld.

(Anzeige.) So eben hat die Presse verlassen und ist in der Tümmel'schen Buchdruckerei (Exped. der Mittelfränkischen Zeitung) um 6 kr. zu haben:

Mein Uebertritt
aus der
römisch-katholischen in die freie christliche Kirche
am 21. Januar 1849 zu München
und
Meine erste Predigt
in Nürnberg
von
Ludwig Bierdimpfel
bisher römisch-katholischer Geistlicher

(Dank) Ein Frauenzimmer, welches bei Mad. Rang das Kleidermachen gründlich erlernt hat, unterläßt nicht, derselben hiemit ihren Dank für die liebevolle Behandlung und vortreffliche Anweisung, durch welche dasselbe das Kleidermachen gründlich erlernt, ihren Dank auszusprechen, und rathet jedem Frauenzimmer, welche das Kleidermachen zu erlernen wünscht, zu Madame Rang zu gehen.

(Gesuch.) In eine Buchhandlung wird unter vortheilhaften Bedingungen ein Jüngling mit guten Vorkenntnissen gesucht. Offerten mit gleichzeitiger Handschriftsprobe unter Chiffre N. S. befördert die Exped. ds. Bl.

(Gesuch) Ein Kindermädchen wird sogleich in Dienst zu nehmen gesucht. Das Nähere in der Exp. d. Blattes.

(Gesuch.) In S. Nro 92 am Weinmarkt wird 14 Tage nach dem Ziel eine treue und fleißige Magd in Dienst zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) Ein geübter Portefeuillearbeiter kann Beschäftigung finden in L. Nro. 1488 b der Mohrenstraße in Nürnberg.

(Gesuch) In einem Spezereigeschäft sucht ein junger Mensch von soliden Aeltern gegen Lehrgeld unterzukommen. Näheres unter A. B. in der Exped. d. Bl.

(Gesuch) In eine Etuis- und Portefeuille-Fabrik Bayerns werden einige in diesem Fache geübte Arbeiter gesucht

(Gesuch.) Ein solides Frauenzimmer von braven Eltern sucht in 14 Tagen als Ladenjungfer eine Stelle in Nürnberg. Es ist dieselbe auch im Weißnähen erfahren.

(Zu vermiethen.) Nahe bei dem allgemeinen Krankenhaus Nr. 90 ist der erste Stock bestehend aus 6 heizbaren Zimmern, einer Kammer, Küche mit einem großen Keller und anderen Bequemlichkeiten bis Ziel Walburgi zu vermiethen, auch kann auf Verlangen der Garten verabfolgt werden.

(Zu vermiethen.) Im Hause L. Nro 254 am Josephsplatz ist der 2. Stock täglich zu vermiethen. Auf Verlangen können auch Möbeln dazu gegeben werden.

Stadttheater in Nürnberg.

Freitag den 16. Februar Zweite Gastdarstellung der Wiener Ballet-Gesellschaft unter Direktion der Gebrüder Schier. Dazu: „Nehmt ein Exempel d'ran." Lustspiel in 1 Akt von Töpfer. und „Die Maskerade im Dachstübchen" Schwank in 1 Akt.

Mit einer Beilage.

Eine Antwort auf den Hirtenbrief des Erzbischofs zu München-Freising von Johannes Ronge.

Wenn ich bis jetzt mit einer Antwort auf das Fluch und Haß schnaubende geistliche Schmäh-Schreiben, der Hirtenbrief des Erzbischofs von München genannt, gezögert habe; so geschah es, weil ich vorher den Eindruck, den dieses Schreiben machen würde, beobachten, besonders aber, weil ich den Zusammentritt der bayerischen Kammer abwarten wollte. Ehe ich auf das Einzelne dieses bischöflichen Fluch-Hirtenbriefes eingehe, muß ich vorher erklären, daß derselbe so wie die übrigen Hirtenbriefe, die jetzt zahlreich erscheinen, das Machwerk des raffinirtesten Jesuitismus ist und Feuerbrände des brutalsten Fanatismus, die demselben Herd entnommen, wo die blutgierigen Standrechtserklärungen eines Windischgrätz entstehen, daß sie berechnet sind, das Volk zu entzweien, den Katholiken die Grundrechte zu verdächtigen und uns dann leichter alle schwer errungenen, noch sehr geringen bürgerlichen Freiheiten gänzlich zu rauben und uns in das asiatische Barbarenthum zurückzustoßen. Es hat mich aber dieser sogenannte Hirtenbrief aus München bitter und schmerzlich entrüstet, weil ein Bischof es wagen darf, jetzt noch im 19ten Jahrhundert und in Deutschland der Religion Jesu auf solche Weise Hohn zu sprechen, weil er es wagen durfte, durch ein amtliches Schreiben die so schwer errungenen und theuer erkauften Rechte der deutschen Nation und deren neuesten Gesetze zu verspotten, ihre Wissenschaft und Bildung zu beschimpfen und überhaupt ihre höchsten geistigen Errungenschaften, welche ihren Ruhm, ihre Ehre vor Mit- und Nachwelt ausmachen, zum Verbrechen zu stempeln.

Indeß würde ich es unter meiner Würde gehalten haben, auf ein solch unsittliches Schreiben eines Bischofs nur eine Silbe zu antworten, wenn ich mich nicht überzeugt hätte, daß die ganze giftige Bedeutung desselben, so wie die der andern Hirtenbriefe, die ebenso massenhaft zum sittlichen und geistigen Morde unter das Volk geworfen werden, wie die Kartätschen Seitens der Olmützer Kamarilla zum physischen Morde, nur von einem Theile verstanden worden ist. Die meisten Protestanten sehen im Dünkel ihrer religiösen Bildung und ihres Indifferentismus in diesem Hirtenbriefe nur eine der gewöhnlichen lächerlichen Zelotenbullen, die durchaus ein Himmelreich für die Pfaffen allein haben will, die orthodoxe evangel. Geistlichkeit merkt nicht, daß der ganze Fluchapparat des Tridentinischen Koncils eben so auf sie, wie auf uns geschleudert wird und sehr Viele der Politiker gehen über diese, gegen die Geistesfreiheit gerichteten Kartätschen leichtfüßig hinweg, weil sie sich gewöhnt haben, das deutsche Volk nach dem französischen zu beurtheilen und immer noch nicht die Bedeutung der religiösen Reform für Deutschland begreifen, obwohl unsre Geschichte sie auf jeder Seite verkündet und die Diplomaten, namentlich Metternich, sie längst hätten darauf hinweisen sollen. Deßhalb nun, weil dieser und die andern Hirtenbriefe der Bischöfe nur als geringfügig betrachtet werden, hielt ich für Pflicht, im Namen der jungen deutschen Nationalkirche diesen sogenannten Hirtenbrief zu beleuchten und zu zeigen, daß die Maßnahmen der Bischöfe parallel die Errungenschaften des März ebenso zu vernichten bestimmt sind, wie die Kanonen des Windischgrätz, die Schrapnells und der Höllenstein des Preußen Königs, die er gegen die Polen anwendete. Ich will es am Wenigsten hoffen, aber wie die Dinge gegenwärtig stehen, ist es nicht unwahrscheinlich, daß sich in unserm Vaterlande die Scheußlichkeiten des dreißigjährigen Krieges wiederholen, wenn das Parlament in Frankfurt uns den Bürgerkrieg durch seine Halbheiten und durch die preußische Kaiserwürde wird bescheert haben, weil zu der politischen Parteiwuth noch der religiöse Fanatismus von der Olmützer Diplomaten- und Jesuitenkammarilla geschürt wird. Doch nun zum Einzelnen des Graf Reisach'schen Hirtenbriefes. Was Ihren Hirtenbrief, Erzbischof von München, in religiöser Beziehung betrifft, so werden Sie selbst zugestehen müssen, daß er anders, im geraden Gegensatz zu den Hauptlehren der christlichen Religion steht, wenn Sie die Lehren Jesu kennen gelernt haben und verstehen wollen. Der Hauptgrundsatz der christlichen Religion ist die Liebe, der Hauptinhalt Ihres Hirtenbriefes ist Haß und Fluch. Christus sagt zu den Jüngern, welche ihn aufforderten, die Bewohner eines Fleckens durch Feuer zu vertilgen, weil sie nicht an ihn glaubten, wisset ihr, weß Geistes ihr seyd? Beleg für meine Behauptung ist auch die Erzählung vom barmherzigen Samariter. Lesen Sie dieselbe, Erzbischof von München, stets, bevor Sie an Ihre Diöcesanen schreiben und handeln Sie darnach. Vom politischen Standpunkte aus betrachtet ist Ihr Hirtenbrief eine amtliche Empörung gegen die Reichsgrundgesetze des deutschen Volkes und muß in Zukunft als solche bestraft werden. Sollte Ihnen und Ihresgleichen diese Wahrheiten nicht einleuchten, so will ich es Ihnen klarer machen und Ihren wie Ihrer Kollegen unverschämten Hochmuth, mit welchem Sie uns Religion, Sittlichkeit und Aufrichtigkeit rc. absprechen, vor Mit- und Nachwelt gebührend züchtigen. Sie sagen in der Einleitung Ihres Schreibens, Sie wären zu der geärgerten Gemeinde nach Ilmünster geeilt, um sie zu trösten. Wenn diese Gemeinde Aergerniß genommen hat, so hat sie es durch ihren Erzbischof erhalten; denn nichts war wohl mehr geeignet, der Gemeinde Aergerniß zu geben, als das saubere Inquisitionsverhör, das Sie mit dem weiblichen Dienstpersonal in der Pfarrei gehalten. Warum haben Sie denn der Welt gar nichts davon mitgetheilt? Eine solche Untersuchung, wie Sie dieselbe gehalten, würde selbst manchem Kriminalrichter etwas ganz Neues seyn. — Wenn Sie von Irrlehren-Verbreiten sprechen, so überlasse ich ohne weitern Nachweis dem öffentlichen Urtheil die Entscheidung, ob in der römischen oder in der freien christlichen Kirche mehr Irrlehren sind. Es wäre mir ein Leichtes, sehr viele der römischen Kirche aufzuzählen, ich begnüge mich aber, nur die Lehre von der alleinseligmachenden Kirche anzuführen und Ihren eigenen Hirtenbrief, durch den sie uns und die Protestanten verdammen, als einen Beweis des unsittlichsten Fanatismus anzugeben: »Wir Karl August, durch Gottes Barmherzigkeit und des hl. apostolischen Stuhles Gnaden Erzbischof von München Freysing, Sr. Heiligkeit Pius IX. Hausprälat, et Solio Pontificio Assistens etc. etc. entbieten allen Gläubigen unserer Erzdiözese Gruß und Segen! Es sind drei Monate verstrichen, geliebteste Diözesanen, seit Unserem Herzen der unaussprechliche Schmerz bereitet wurde, daß ein mitleidswerther Priester Unserer Erzdiözese den unseligen Entschluß faßte, den Glauben der einzig wahren kath. Kirche zu verläugnen und sich zum Anführer jener Verirrten zu machen, welche sich zur Ungebühr Deutschkatholiken nennen. Wir haben nicht gesäumt, Geliebteste, durch die öffentliche Exkommunikation dieses Unglücklichen die *schwere Pflicht* Unseres bischöflichen Strafamtes zu erfüllen und dadurch unzweideutig kund zu geben, was von jener Empörung gegen die Kirche zu halten sey. Wir haben uns auch die Beruhigung nicht versagt, in die verlassene Gemeinde Ilmünster zu eilen und dort durch Unser Hirtenwort die geärgerten und betrübten Gläubigen aufzurichten und im Glauben zu bestärken. Wir haben endlich die weise Erfahrung jener ehrwürdigen Mitbischöfe berathen, in deren Diözesen dieses Unheil schon früher vorhanden war und können nun nicht mehr länger zögern, Euch, theuerste durch das Blut Jesu Christi erkaufte Seelen, die ihr unserer Obsorge anvertraut seyd, in wenigen aber ernsten Worten zu sagen, was jene Sekte ist, und welche Gefahr Euerem ewigen Heile von ihr droht. Es nennen sich dem Irrlehrer Deutsch-Katholiken und begehen schon in diesem Namen ein Unrecht. Denn *Katholiken* sind nur solche, die der *katholischen*, d. h. *allgemeinen*, durch alle Länder verbreiteten seit achtzehn Jahrhunderten bestehenden, heiligen Kirche Gottes angehören, deren Mittelpunkt der Nachfolger Petri ist, welche in ununterbrochener apostolischer Reihenfolge ihrer Bischöfe und Priester von Christo selber herstammt, durch die apostolische Nachfolge die gesammte Lehre des Herrn besitzt und in den Sakramenten ihre Gläubigen heiligt und stärkt, welche als die streitende, leidende und triumphirende, abgestuft Erde, Reinigungsort und Himmel wunderbar verbindet. Dieses gestern ausgesäte Unkraut aber ist, wenn auch vielfach eine Erneuerung alter Irrthümer, in dieser Gestalt den vergangenen Jahrhunderten und den übrigen Ländern des Erdkreises fremd; die Anhänger dieser Irrlehre verwerfen und verachten den obersten Hirten und die Bischöfe der Kirche; sie erkennen nicht die heilige durch alle Geschlechter vererbte Lehre; sie glauben nicht an die durch Anrufung und Verehrung der Heiligen bethätigte Gemeinschaft der Heiligen und wissen nichts von der so tröstlichen Verehrung der allerseligsten und unbefleckten Jungfrau Maria, sie berauben sich und Andere der heiligen Siebenzahl der Sakramente; sie vernichten, soweit es an ihnen ist, das erhabenste Versöhnungsopfer der hl. Messe. Wer aber dieß Alles thut, Geliebteste, der ist kein *Katholik*; er ist all jenen feierlichen Bannsprüchen verfallen, die das letzte allgemeine Koncil von Trient gegen diejenigen festgesetzt hat, welche solches lehren würden. Sie sind aber auch keine *deutschen* Katholiken; denn ihre Lehre ist nicht jene, welche die Apostel von Deutschland die heiligen Bischöfe, Märtyrer und Bekenner, wie St. Maximilian, St. Rupert, St. Kilian, St. Bonifaz, St. Willibald, St. Corbinian, St. Magnus und so viele Andere, die wir dankbarst verehren, unsern Urvätern gebracht haben; nein, ihr Irrthum ist ein trauriger Abfall von jenem ehrwürdigen apostolischen und katholischen Christenthume, auf welches einst die Größe und Einheit Deutschlands gebaut worden ist. Der Geist der Wahrheit treibt uns, Geliebteste, freimüthig zu sagen: Diese Irrlehrer sind keine Christen, und wie der hl. Apostel Thaddäus rufen wir Euch zu: es haben sich Menschen eingeschlichen, die schon lange für dieses Gericht vorher bezeichnet sind, Unselige, welche die Gnade unseres Gottes in Schwelgerei verkehren und den einzigen Gewalthaber und Herrn Jesum Christum verläugnen. (Jud. 4.) Denn derjenige erkennt Jesum Christum nicht als unseren unumschränkten Herrn und Gebieter, der ihn nicht als Gott glaubt.

Kaum der fünfzehnte Theil der Menschen die auf Erden leben, sind römisch-katholisch und nur diese sollen das Privilegium haben, selig zu werden? Welch' ungeheuere Lieblosigkeit und Unvernunft, und welch' eine *Irrlehre*! Die Aeußerungen über den Namen: „Deutschkatholiken," den Sie uns streitig machen wollen, würden mich an ihrem Verstande zweifeln lassen; wenn ich nicht wüßte, daß die 25 Bischöfe zu Würzburg auf den komischen Einfall gekommen sind, plötzlich das erwachte deutsche Nationalgefühl für ihre Zwecke auszubeuten und dem Volke, das im März d. J. anfing, sich seiner Nationalität mehr bewußt zu werden und sich an dem Namen: *römisch* stoßen könnte, vorzulügen: seht! wir sind eigentlich das wahre Deutschland; unter der kath. Kirche war Deutschland groß, durch uns kann Deutschland wieder seine alte Größe erlangen! So treibt's ja auch der König von Preußen, wenn er dem Volke vorplaudert, er wolle durch den Wrangl und die mittelalterlichen Einrichtungen nur die wahre Freiheit einsetzen lassen. Ob wir uns Katholiken nennen dürfen oder nicht, darum werden wir wahrhaftig die römische Klerisei nicht fragen; und wenn Sie ihre Katholicität dadurch beweisen wollen, daß Sie sagen: die römisch katholische Kirche sey über die ganze Erde verbreitet; so will ich Ihnen zur Beruhigung für Ihr Gewissen sagen, daß unsere junge Kirche weit größer werden wird, als die römisch k tholische es jemals war und werden kann. In unsrer Kirche werden sich nicht blos alle Christen; sondern auch die Muhamedaner und Heiden vereinigen. Sie nennen unsere Religions- und Sittenlehre das gestern ausgestreute „Unkraut" Darauf dieses: Die junge Kirche ist das Erzeugniß, der durch die deutsche Wissenschaft, Philosophie und Literatur, überhaupt durch das ganze deutsche Leben gezeitigten Ideen; sie steht ganz auf den Grundsätzen des höhern religiösen Bewußtseyns von Gott, dem Menschen und der Welt, zu dem unsere Zeit gelangt ist und Sie nennen somit die höchsten geistigen und sittlichen Errungenschaften des deutschen Volkes, ja die geistlichen und sittlichen Errungenschaften der kath. und prot. Kirche, (denn ohne die röm. kath. und prot. Kirche war unsere junge Kirche nicht möglich) *das gestern ausgestreute Unkraut*!

Sehen Sie, wir wissen die kath. Kirche als solche, (ich verstehe freilich nicht euch Bischöfe mit euern Privilegien und euerm Hochmuth darunter) besser zu schätzen als Sie; wir wissen, daß sie großes geleistet hat (nicht in Ihrem Sinne!), daß sie eine nothwendige Entwicklungsstufe der Menschheit war, aber so gewiß, als die kathol. Kirche höher steht als das Juden- und Heidenthum, so gewiß steht die junge Kirche höher als die kath. Kirche und muß höher stehen, weil die Menschheit zu immer höherer Vollendung dringt. Unsere Kirche ist die Kirche der selbstbewußten freien Menschheit; die kath. Kirche ist dagegen unfrei und die Laien sind durch die Priester bevormundet; daß unsere Glaubens- und Sittenlehren höher stehen und reiner sind, als die der kath. Kirche ist sehr leicht zu erweisen.

Denn wir glauben z. B. nicht an einen tyrannischen Gott, der durch das Blut seines Sohnes versöhnt werden müsse, wie die katholische Kirche lehrt; und wir lehren nicht, daß Andersgläubige verdammt werden müßten. Ihr aber verflucht und verfolgt und der Glaubenshaß und Priesterhochmuth hat in der kath. Kirche schon viele tausend Menschen umgebracht. Ich erinnere bloß an Huß und an den dreißigjährigen Krieg, wo der bayerische General Tilly Magdeburg vernichtete. Deß ungeachtet aber haben Sie noch nicht gehört, daß wir die kathol. Kirche als solche verachten oder verfluchen, wie ihr, hochmüthigen Bischöfe euch herausnehmt, uns und die Protestanten zu verdammen; und wahrlich wir hätten weit mehr Recht, das gottlose Treiben, die Schwelgerei, den Hochmuth rc. gar vieler Bischöfe und Priester zu verdammen, als ihr Ursache habt, unsere Lehren und Grundsätze zu verdammen. Unsere Kirche hat noch Niemanden verflucht und verbrannt. Wenn Sie daher sagen, wir verachten den Pabst und die Bischöfe, so lügen Sie und wollen durch diesen jesuitischen Kunstgriff das katholische Volk gegen die Mitglieder der jungen Kirche und gegen die Grundrechte erbittern. Ein Mann in Ihrer Stellung sollte zum wenigsten nicht aufreitzen! So lange das kath. Volk religiös unmündig ist, wird es Bischöfe und Priester brauchen. Wir erkennen nicht die äußern Formen der christl. Lehren als bindend, sondern wissen, daß die Religion etwas Inneres ist und daß die religiöse Erkenntniß fortschreitet und daß der Geist stets neue Formen schafft. Wir halten uns nicht an die Schale, sondern an den Kern; nicht an den Buchstaben, sondern an den Geist. Deßhalb finden wir es wohl erklärlich, daß Menschen, die sich Gott ähnlich wie einen Fürsten vorstellen, der sich durch Fürbitten erweichen läßt, die Heiligen anrufen. Doch wir glauben, Gott dürfe nicht erst erweicht werden durch andere Personen, wie ein Fürst und sagen mit Christus: „Euer Vater weiß, was ihr bedürft." Die Menschheit besitzt alle die Kräfte von Natur, die sie bedarf, sie dürfen nur gewissenhaft angewendet werden. Aber ihr,

kath. Priester, macht das Volk träg, einmal weil ihr lehrt, es könne nichts Gutes thun aus eigener Kraft, und zum Andern, weil ihr es immer auf die Heiligen, also auf fremde Hülfe verweist. Darum kommen solche Beispiele vor, wie wir sie noch finden in den kath. Landen, daß der Landmann in der Absicht, seinen Acker fruchtbringender zu machen, Feldkreuze darauf setzt, anstatt daß er ihn fleißiger bestellte; oder daß eine Gemeinde, um Unglück auf Brücken zu vermeiden, eine Johannes-Statue daraufstellt, statt selbe sicherer und fester zu bauen; aber daß ein Pfarrer die Feuersbrunst löschen will durch den Segen mit der Monstranz, wodurch er die frommen Leute vom Löschen ab und nach sich zieht, statt daß er zu eifriger Dienstleistung aufforderte. — Nach unserer religiösen Ueberzeugung brauchen wir keine Mittelspersonen zwischen Gott und dem Menschen, keine äußerlich geweihte Priester und Heilige, jeder Mensch soll sich selbst zu Gott, dem höchsten Geiste erheben und sich in ihm innerlich heiligen. Da wir nun überhaupt die Fürbitte der Heiligen mit der höheren Vorstellung, die wir von Gott haben, nicht vereinen können; so ist es natürlich, daß wir auch die Mutter Jesu nicht um Fürbitte anrufen. Indeß ist die Verehrung, die wir der Maria zollen, ebenfalls viel höher, als die der kath. Kirche. Uns ist Maria nämlich die Mutter Jesu, als welche sie die größten Verdienste um ihren Sohn und somit um die Menschheit hat. Wir wissen auch, daß die kath. Kirche, in dem Bilde, das sie sich von der Maria gemacht hat, die Idee der Hoheit und heiligenden Würde der Weiblichkeit und der heiligenden Kraft der Mutterliebe zusammenfaßte; deßhalb erkennen wir die Idee, welche der Verehrung der Maria in der kath. Kirche unterliegt, nicht für Wahn und Irrthum. Wir lösen aber die Lehre der alten Kirche auf und dringen in den Geist derselben ein. Wir glauben demnach nicht an die übernatürliche Maria mehr, aber wir glauben an die heiligende Würde edler Weiblichkeit und die heiligende Kraft der Liebe; eine Wahrheit, die nur der nicht ahnen und kennen kann, der die heiligende Kraft der Mutter- und Gattenliebe nie geahnt und kennen gelernt hat. In Folge dieser Idee fordern wir, daß alle Frauen und Jungfrauen der Maria ähnlich zu werden suchen, daß sie, wie Maria, durch Gottinnigkeit Reinheit und Heiligkeit der Gesinnung die jetzige Zeit der Lüge und Knechtschaft entsündigen, heiligen und befreien helfen, sowie Maria ihre Zeit entsündiget, geheiliget und befreit hat in Verbindung mit Christus. Sie sagen „wir berauben uns und Andere der heiligen Siebenzahl der Sakramente.“ Der Ausdruck berauben ist entweder jesuitisch oder einfältig, und der ärmlichen Weltanschauung eines kath. Geistlichen entnommen. Wir schleppen Niemanden bei den Rockschößen zu unserer Gemeinschaft, stellen es Jedem frei, zu uns zu kommen, exkommuniziren und berauben weder an Geld durch Stol- und Meßgebühren, noch an Gnaden durch Verweigerung der Sakramente. Ja, wir können Niemanden der Absolution, (noch weit weniger aber durch Geldforderungen für Fastenerlasse und Ehedispense), berauben; da wir dieselben nicht als Etwas Aeußerliches betrachten und die Ertheilung der Gnade Gottes nicht an die Ohrenbeichte und die äußerlichen Manipulationen der Priester binden. Ebenso jesuitisch, wenn nicht einfältig ist der Ausdruck: sie vernichten das erhabenste Versöhnungsopfer der heiligen Messe. Sie konnten als ehrlicher Mann nur sagen: „sie feiern das Versöhnungsopfer nicht so wie wir.“ Dann hätte ich Ihnen geantwortet: Die kath. Kirche lehrt die Versöhnung des Menschen mit Gott durch das Blut Christi, also äußerlich, wir aber lehren die Vereinigung und Versöhnung mit Gott durch den Geist Christi, d. h. durch den Geist der Wahrheit und Liebe, also innerlich. Darum bedürfen wir, um uns in Gott zu heiligen und uns mit ihm zu versöhnen, keiner Priester mit goldenen Meßgewändern, Rauchfaß und dergleichen, am wenigsten aber bedarf es bei uns der Bezahlung der Messe. Wir feiern das Meßopfer, d. h. die Erhebung zu Gott und die Vereinigung mit ihm im Herzen täglich und stündlich, indem wir uns bemühen, in der Liebe zu unsern Mitmenschen zu leben nach dem Worte Christi: „Wer in der Liebe lebt, lebt in Gott.“ Nach dieser Idee ist auch unser Kultus geregelt und ausgeprägt, von dem Sie freilich nichts verstehen. Sie sehen aber schon daraus, daß wir den Geist des Katholizismus in uns aufgenommen haben, während Sie noch an den Formen und Schalen hängen und diese für das Wesen ausgeben. Menschen, wie Sie, die kaum eine Ahnung haben von der hohen Bedeutung der freien christlichen Kirche, sollten sich gar kein Urtheil erlauben. Weil wir nicht an äußern Formen kleben geblieben, d. h. weil wir fortgeschritten sind zu höherer Erkenntniß Gottes und zu höherer Sittlichkeit, darum schleudern Sie die ganze Fluth der Fluchformeln gegen uns, welche einst gegen die Protestanten von den erbosten Bischöfen zu Trident zusammengebraut wurden.

Nachdem Sie uns feierlich in den Bann gethan, d. h. im Namen Gottes verflucht haben, wollen Sie uns den Namen deutsche Katholiken streitig machen. Das klingt in der That ganz lustig. Wie, Herr Erzbischof, wenn ich Ihnen und der ganzen Klerisei nachwiese, daß Sie das Christenthum in der Form, wie es der Herr Kilian, Bonifazius und andere in Deutschland verkündeten, auch schon lange nicht mehr hätten, und daraus folgerte, sie wären abgefallen? Und es ist dem so. Sie lehren das Christenthum ganz anders; denn Sie lehren und verfluchen — um nur Eins anzuführen — nach dem Tridentinischen Concil und das, Erzbischof von München, war zu Kilians Zeiten noch nicht gehalten worden; auch waren damals noch keine Jesuiten in der Mode. Endlich kommen Sie an den Hauptplatz, Herr Bischof und Graf Reisach! Dabei ergreift Sie der Geist der Wahrheit! also von Anfang an wäre es nicht der Geist der Wahrheit gewesen, dem Sie gefolgt, und wir hätten das Recht, anzunehmen, daß Sie ein wenig gelogen hätten! Sie behaupten: Wir seyen keine Christen, weil wir nicht an die Gottheit Christi glauben. Herr Erzbischof! aus der Kirchengeschichte sollten Sie wissen, daß Christus in den ersten Jahrhunderten nicht als übernatürlicher Gottessohn geglaubt wurde, daß das Dogma von der Gottheit Christi erst in dem Kampfe mit Arius im sechsten Jahrhundert zum Glaubensdogma in der Kirche gekommen. Sie sollten ferner wissen, daß Christus sich selbst nur Gottessohn nennt in dem Sinne, als wir Alle aus Gott geboren (vom Teufel können wir doch nicht abstammen!) sind; denn er sagt zu den Juden (Joh. X.), als diese ihn deßhalb Gotteslästerer nennen: heißt es nicht in der Schrift: ihr seyd Götter! Demnach wären Christus, die Apostel und die Christen der ersten Jahrhunderte auch keine Christen gewesen. Sollten Sie im Jesuitenkollegium zu Rom nicht gelernt haben, warum sich das Dogma von der Gottheit Christi nothwendig in der Kirche ausbilden mußte, so will ich es Ihnen beizubringen suchen. Die Kirche im Kampfe mit den heidnischen Lehren und Ansichten, strebte die Ideen des Christenthums zu sichern vor Einmischung heidnischer Elemente und faßte die Wahrheiten in die Form der göttlichen Offenbarung zusammen, die man unbedingt glauben müsse und über die Niemand nachdenken dürfe. Besonders aber suchte sie die Einheit des Menschen mit Gott sich in der Person Christi zu erfassen und darzustellen. Wir erkennen demnach die Bildung des Dogma von der Gottheit Christi als nothwendig im Entwicklungsgange des Christenthums begründet, das aber für uns nicht mehr nothwendig ist, weil unsere Zeit es nicht mehr blos glaubt, sondern weiß, daß der Mensch dem Wesen nach Eins ist mit Gott. Auch können wir nicht glauben, daß Gott im Wesen sey, das durch das Blut seines Sohnes versöhnt werden müßte und daß der Gottessohn gerade auf den kleinen Erdkörper gekommen sey, um der unvollkommenen Schöpfung

seiner [...] einen Gotteslästerer und Ungläubigen nannten: „Die Werke, welche im Namen meines Vaters wirken, geben Zeugniß von mir.“ So sagen auch wir: „beurtheilt uns nach den Werken, ob wir Christen sind. Christus hat nun gesagt: „daran wird man es erkennen, daß ihr meine Jünger seyd, wenn ihr Liebe habt unter einander.“ Sie, Herr Erzbischof, verfluchen uns, und desgleichen ihre Kollegen; folglich handeln Sie nicht im Geiste Christi. Wir dagegen verfolgen und verdammen Niemanden des Glaubens wegen und haben demnach weit eher Anspruch auf den Namen Christen, als ihr, Fluchapostel, mit euren Schand- und Lügenblättern. Hätten Sie statt dieses Fluchbriefes, den Sie Hirtenbrief nennen, lieber die Hälfte oder ⅔ von ihren 20,000 Gulden Gehalt dem Volke erlassen und ihre Vorrechte aufgegeben, man hätte dann weit eher geglaubt, daß Sie den Namen Christ verdienten. Oder ist etwa das Leben und Treiben des größern Theiles des katholischen Klerus Christenthum zu nennen?“ Uebrigens muß ich Ihnen sagen, daß die große Mehrzahl der Katholiken wie Protestanten nicht an die Gottheit Christi glaubt, und ich möchte sogar Sie dazu zählen, wenn mir etwas daran läge. Wenn Sie durch die bisherigen Ausdrücke vielfach gezeigt, daß Sie das Jesuitenkollegium in Rom nicht ohne Nutzen besucht haben, so zeigen Sie in den nächstfolgenden Stellen, die Sie aus den alten Kirchenvätern und Heiligen anführen, recht deutlich, weß Geistes Sie sind.

Sie schreiben: St. Polykarpus ruft den Philippern zu (K 7.) „Wer nicht bekennt, daß Jesus Christ Fleisch geworden, ist ein Antichrist, und wer das Geheimniß des Kreuzes nicht kennt, ist aus dem Teufel, und wer die Worte des Herrn verdreht nach seinen eignen Begierden und behauptet, daß weder Auferstehung sey noch Gericht, der ist der Erstgeborne des Satans &c.

Die Worte der Heiligen und alten Bischöfe müssen Ihnen dazu dienen, uns Antichrist, Teufel und Söhne des Satans zu nennen, und der Deckmantel seyn, unter dem Sie den Haß der Katholiken gegen uns heraufbeschwören und denselben als Christenthum und göttlichen Willen darstellen. Indeß mögen Sie sich mit Ihren Plänchen hinter eine Legion von Heiligen und Kirchenvätern verstecken und sich auf Olmütz oder Petersburg stützen, ich werde Sie so, wie Ihr bannbullenlustigen Mitbischöfe schon ans Tageslicht ziehen und dem deutschen Volke zeigen, welches der Hauptgrund dieser saubern Hirtenbriefe ist. Ja euch treibt auch der Geist der Wahrheit und meine Wahrheit kommt aus Ueberzeugung und gründet sich auf Thatsachen, und so sage ich dem deutschen Volke: „Die vielen Hirtenbriefe, welche in letzterer Zeit erlassen worden sind, sollen die Einführung der Grundrechte verhindern und die deutschen Bischöfe benutzend die Sondergelüste der Dynastien, besonders der Dynastie Habsburg, wollen die schwer errungene Freiheit des deutschen Volkes und die Einheit des Vaterlandes vernichten, sie wollen Deutschland wieder in das alte Knechtesjoch und in die alte Schmach bringen, damit sie noch lange in Saus und Braus vom Schweiße des Volkes leben können.“ Nun, es kommt die Zeit immer näher, wo das Volk Rechnung fordert, und Eure Bestrebungen beschränkt, indem es Euch die Gehalte vermindert. Meinerseits sey Euch Bischöfen unterdeß gesagt, daß ich Euch am rechten Pfade belange, wenn Ihr Euch nach der Einführung der Grundrechte nochmal herausnehmt, uns in Euren Hirtenbriefen zu schmähen und zu injuriren.

Glaubt ja nicht, daß die Laienkapelle, wie Ihr die junge Nationalkirche Deutschland nennt, so zart mit Euch römischen Bischöfen umgehen wird, wie weiland die evangelischen Konsistorialräthe. Wir, bewußt unserer freien Kraft, und erfüllt von der Zuversicht des Sieges, werden als deutsche Söhne nicht mehr dulden, daß römische Knechte und Jesuiten uns in unserm eigenen Vaterlande verfolgen und unterdrücken. Wir werden Euern Exkommunikationen deutsche Exkommunikationen entgegenzusetzen wissen, die jedenfalls mehr Wirkung haben sollen. Damit Sie einen Vorgeschmack einer solchen deutschen Volksexkommunikation bekommen, will ich eine kurze Andeutung davon geben. „Da der Erzbischof von München sich gegen die Reichsgrundgesetze und die Volkssouveränetät empört, wie dies durch die Gerichte erwiesen, so ist er sofort seines Amtes zu entsetzen und des Landes zu verweisen.“

Das Schlimmste bei einem solchen etwaigen Mißgeschick wäre, daß das bayrische Volk dann aufhören würde, Ihnen jährlich 20,000 Gulden Gehalt zu zahlen, die es jetzt mit seinem sauern Schweiße erringen muß. Oder erhalten Sie etwa diese 20,000 Gulden jährlichen Gehalt nicht vom Schweiße des bayerischen Volkes? Rom und die fleißigen Geistlichen geben es Ihnen wahrhaftig nicht. Zum Dank nun, daß Sie so bequem und angenehm leben können, wollen Sie dem Volke die theuersten Rechte vernichten helfen. Die Deutschkatholiken tragen durch die Steuern, die sie geben, auch bei zu ihrem Gehalt. Unser Geld verfluchen Sie wohl nicht. Das Volk weiß übrigens schon allgemein, daß die Geistlichkeit der Einführung der Grundrechte entgegen ist. Dem Parlament und der Centralgewalt möchte ich hiebei empfohlen haben, den bischöflichen Hirtenbriefen die nöthige Aufmerksamkeit zu schenken und aus den Andeutungen, die ich gegeben habe, entnehmen, daß man die klerikalische Partei nicht obenhin als geringfügig beurtheile und daß man deren Treiben Schranken setzen müsse. Gegen die demokratische Partei hat die deutsche Centralgewalt Bajonette und Gefängnisse, ich muß mindestens fordern, daß die junge Kirche gegen die amtlichen Gewaltthätigkeiten der klerikalischen Partei durch die Gesetze geschützt werde. Die bayerische Kammer wird, hoffen wir, das Ihre thun. Den Katholiken will ich bei dieser Gelegenheit zurufen: Laßt Euch eure schwer errungenen bürgerlichen Rechte, nicht schmälern oder entziehen unter dem Vorwande, die Religion und Euer Glaube sey in Gefahr, noch weit weniger laßt Euch von Eueren Kirchenbehörden als ein Werkzeug gebrauchen, die Rechte welche Ihr durch Eure Vertreter in Frankfurt errungen habt, durch Euch selbst zu vernichten. Tyrol ist Euch ein Beispiel, wie die Geistlichkeit das blindgläubige Volk mißbraucht. Dort haben die Jesuiten bei Beginn der Revolution, den treuherzigen Bergbewohnern vorgelogen: die Revolution gienge von den Lutheranern aus, und man wolle ihnen ihren Glauben nehmen. In Folge dessen forderten die Tyroler die Censur, und behalten die Zehnten und andere Lasten der Leibeigenschaft. Nicht der Glaube, nicht die Religion sind in Gefahr, die Vorrechte und die großen Güter der Geistlichkeit sollen beschränkt werden. Diese aber nennen die argen Pfaffen: Kirche und Religion.

Wenn Euch der Erzbischof warnt vor uns, als ob wir Euch den Glauben nehmen wollten, so sagen wir Euch, wir zwingen Niemanden, unsre Ansichten anzunehmen, und ziehen Niemand beim Rockschooß zu uns, es ist freier Wille und freie Ueberzeugung, die uns die Mitglieder zuführt. Auch läßt sich der Glaube nicht nehmen, denn er ist etwas Inneres. Laßt Euch also nicht zu kindischem Glaubenshaß verleiten gegen uns, die wir Euch nicht hassen, sondern Eure wie jede Ueberzeugung ehren und nur der Lüge und Heuchelei entgegentreten. Wir fordern von Euch die Gerechtigkeit, unsere Ueberzeugung zu ehren, wie wir die Eure ehren. „Was du nicht willst, das dir geschehe, das thue auch Niemanden.“ Nürnberg, im Januar 1849.

Freiblatt

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 17. Februar 1849. № 48. Samstag: Constantia.

⊙ Die religiöse Frage.

Die allenthalben kund gewordene Nürnberger Adresse an die protestantische Generalsynode hat im Lager der finstern Partei bereits einen Sturm hervorgerufen, der recht lebhaft an das barbarische Mittelalter erinnert. Die wahrhaft aufgeklärten und furchtlosen Unterzeichner dieser Adresse werden von pfäffisch erzogenen Finsterlingen jeden Alters und Geschlechts auf die schamloseste, roheste Weise als Religionsspötter und Heiden verschrieen, während sie doch nur wollen mitbauen helfen an dem erhabenen Tempel einer reinen, von blindem Aberglauben und Pfaffentrug gereinigten Gottesverehrung im Geiste des großen Weisen aus Nazareth. Nicht der ewig unverwüstliche Tempel des ursprünglichen, reinen Christenthums wird durch die Nürnberger Adresse untergraben, wohl aber die Basilica eines herrsüchtigen Pfaffenthums. Und darum heulen und schreien wüthende Zeloten von heiliger Stätte ihr unchristliches Verdammungsurtheil über alle Diejenigen, welche fortan gemeinschaftlich Gott im Geiste und in der Wahrheit anbeten wollen. Wenn es bei diesem unsinnigen Gebahren sein Bewenden hätte, so könnte man dasselbe immerhin belächeln. Weiß ja der Hellersehende doch, daß sich die bei weitem größere Mehrzahl der protest. Geistlichen im Stillen aus voller Seele zu dem Inhalte der Nürnberger Adresse bekennt. Aber das Pfaffenthum hat gar absonderliche Prinzipien, die dem denkenden Kopfe schon längst kein Geheimniß mehr sind, die dasselbe wahren muß um jeden Preis, und sollte die liebe Heerde auch hintereinandergehetzt werden zu einem Vernichtungskampfe auf Tod und Leben. Und solche Menschen haben die Frechheit, sich Diener Christi zu nennen, der da deutlich sagt: „Richtet nicht, so werdet ihr auch nicht gerichtet; verdammet nicht, so werdet ihr auch nicht verdammet. —“ Wer sind denn da die Abtrünnigen? Liebe Mitchristen! Ahmt das fluchwürdige Beispiel solcher blinden oder jesuitischen Glaubenseiferer nicht nach. Nicht auf den Glauben, sondern immer nur auf die Handlungen der Menschen legt Jesus — wie ihr ja in seiner herrlichen Bergpredigt lesen könnt — das entschiedenste Gewicht. Sagt er denn nicht: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!?“ — Nun, so ehrt den Glauben eurer Mitbrüder, und wenn derselbe auch von dem eurigen himmelweit verschieden wäre; sie haben dieselben Rechte und Ansprüche, wie ihr. Dem unmoralischen Menschen aber, dem Heuchler, dem Schurken und Bösewichte werde eure tiefste Verachtung im vollsten Maße zu Theil!

Aufruf!

(Vom Mittelmain.)

Die Worte eines Reichsrathes der letzten bayerischen Ständeversammlung: „Der gräßliche Zustand der Schulen ist der Grund von der Verwahrlosung der Jugend, und diese der Grund von der zunehmenden Armuth,“ hallten am 7. Juli v. Js. in der Paulskirche zu Frankfurt wieder: „Sie kennen Alle jenen Namen, der in der neuern Zeit ein Schreckensname geworden, ein Hannibal, möchte ich sagen, der an die Thore des ruhigen Besitzes mit eiserner Hand klopft, das Proletariat. Ich behaupte, dessen Keim und Anfang liegt in der Volkserziehung, d. h. in der bisher vernachlässigten Volkserziehung. Der Proletarier wird nicht geboren, er wird erzogen.“ Diese Worte gaben einen guten Klang bei Allen, welche es ehrlich mit der Volkserziehung meinten, welche der Aufkläeung und dem Fortschritte huldigten. Daher erhoben sich alle Volkslehrer der deutschen Gauen — bis auf wenige Fromme und folgsame Schäflein, — eine Unzahl von Gemeinden, welche die Schule zur Staatsanstalt erhoben, die Schule von der Kirche — d. h. die Aufhebung der Aufsicht der Geistlichkeit über die Schulen und ihre Lehrer — getrennt wissen wollten. Allein dieses Streben hielt eine gewisse Partei für einen Abfall vom Christenthum, für eine Gotteslästerung. — Durch die Rührigkeit dieser Partei, des „schwarzen Landsturmes, wanderte eine Unzahl von Petitionen, deren Betreff: innige Verbindung der Schule mit der Kirche, ihrer liebenden und sorgenden Mutter“ war, nach Frankfurt, und diese ihre Rührigkeit blieb nicht ganz ohne Erfolg.

Die Grundrechte des deutschen Volkes in Beziehung aufs Volksschulwesen entsprachen nicht ganz den Erwartungen der Volkslehrer und der Mehrheit des deutschen Volkes, doch sind dieselben von der Fassung, daß sie bei freisinniger Durchführung in den Einzelstaaten für die Schulen und das Volk segensreich werden können. Dies scheint das Heer der Schwarzen in Bayern bei einem freisinnigen Ministerium — wie Lerchenfeld-Heintz — befürchtet zu haben; daher ein Konsistorialreskript. — Die Fama erzählt nämlich, die protestantischen Geistlichen seyen von den Konsistorien beauftragt, Petitionen, deren Betreff „Verbindung der Schule mit der Kirche“ sey, zu entwerfen, solche in ihren Gemeinden zirkuliren zu lassen und mit versehenen Unterschriften der hohen Kammer einzuschicken. Dieser Fama zu widersprechen, wage ich nicht. Der protest. Oberpfarrer in K........ a. M. — ein Mann der die Religion sehr in Gefahr sieht, ein Mann, der angeblich die Trennung der Schule von der Kirche wünscht, hat bereits eine Petition in dem vorgeschriebenen Sinne entworfen und durch einen getreuen Spitzel in Umlauf gesetzt.

Hört! Hört! Sind das gesetzlich erlaubte Mittel, um die Wünsche — und sind das Wünsche? — des Volkes an die Vertreter desselben zu bringen? Wird ein solches Treiben die höchste Behörde dulden? — Es wäre schlimm, wenn dem so wäre!

Wenn dem so ist, so habe ich einige Worte zu richten an Euch, Ihr Bildner des Volkes! Schaaret Euch zusammen und stehet fest wie ein Mann! Seid einig, denn Einigkeit macht stark! Was der Geistlichkeit zu treiben erlaubt ist, kann Euch nicht untersagt werden. Was diese im Geheimen thut, das thut Ihr offen! Petitionirt in Gemeinschaft mit Euern Mitbürgern um Erhebung der Schule zur Staatsanstalt, um Trennung der Schule von der Kirche! Arbeitet und wirket, ehe es heißt: „Es ist zu spät!“ — Kommt dieß „zu spät,“ dann möchten die Worte Rehabeams an Euch in Erfüllung gehen: „Mein Vater hat Euch mit Peitschen gezüchtigt, ich aber will Euch mit Skorpionen züchtigen!“

Und Ihr, die Ihr Euch Eltern nennet, schließt Euch mit Vertrauen an die Lehrer an, an die Lehrer, welche es gut mit Euern Kleinen meinen! Sie, die Lehrer, wollen nicht die Religion in Gefahr bringen, nicht die Religion aus den Schulen verbannen, nicht Eure Kinder zu Türken, Heiden 2c. erziehen; nein, sie wollen Euere Kinder in einer vernünftigen Religion unterrichten, in einer Religion, die Christus lehrte, in einer Religion, die Liebe athmet, nicht Haß und nicht Verdammniß prediget! Sie, die Lehrer, wollen Euere Kleinen erziehen und heranbilden, daß sie werden sollen hell im Kopfe, warm im Herzen, treu dem Gesetze, treu der Ordnung und feind der Anarchie!

a × b = ab.

Deutschland

Bayern. (München, den 15. Februar.) Der König hat den Professor W. v. Kaulbach zum Direktor der Akademie der Künste ernannt. (N. M. Z.)

†† (Nürnberg, den 16. Februar.) In einer gestern abgehaltenen Volksversammlung wurde folgender Adreßentwurf vorgelesen und einstimmig angenommen zur Absendung an die deutsche Nationalversammlung nach Frankfurt:

Hohe Versammlung!

Das Verfassungswerk, welches Sie selbstständig und endgültig zu schaffen nach Frankfurt gesendet wurden, naht sich seinem Ende. Mit Schmerz haben wir gesehen, daß trotz aller Conzessionen, die im Laufe der Berathungen von der Versammlung auf eine in unsern Augen unverantwortliche Weise der Fürstengewalt gemacht wurden, gleichwohl noch über dies über die endliche Annahme der Verfassung eine „Verständigung“ mit den Fürsten von der Nationalversammlung angebahnt wird, von welcher Verständigung wir eine neue Beschränkung der vom Volk errungenen Freiheiten zu gewärtigen haben. Hat nun auch die Versammlung im Laufe ihrer Berathungen Beweise in Menge dafür geliefert, daß sie ihres Ursprungs aus dem Volke vergessen hat, so hat doch das Volk nicht vergessen, daß die Herren, welche es sich jetzt in ihren hohen Stellen als Reichsbeamte so angelegen seyn lassen, die Freiheit des Volks an die Fürsten zu überliefern, noch immer in gänzlicher Dunkelheit und Unbedeutendheit leben würden, wenn ihnen das Volk durch seine Revolution nicht die Bahn zu Ehren und Würden eröffnet hätte, die sie jetzt so emsig zum Nachtheil des Volks mißbrauchen. Das Volk wird sich daher auch nicht das Recht nehmen lassen, die hohe Versammlung von Zeit zu Zeit an ihren Ursprung zu erinnern, und ihr bemerklich zu machen, daß sie über der „Verständigung mit den Fürsten“ nicht ganz des Volkes vergessen darf, von welchem alle Gewalt und insbesondere die Gewalt der Nationalversammlung kommt und das gegen die von der hohen Nationalversammlung zu Stande gebrachte Verfassung leicht ein unendlich gewichtigeres Veto geltend machen könnte, als irgend ein König oder gar Erbkaiser. Wir erlauben uns deshalb, da das Recht der freien Meinungsäusserung uns vorläufig noch gelassen ist, einer hohen Versammlung die Punkte anzugeben, welche wir bei der zweiten Berathung der Verfassung im Interesse der Einheit sowohl, als der Freiheit berücksichtigt sehen wollen, und möchten der hohen Versammlung rathen, wenn sie anders ein Werk auf die Dauer schaffen will, gegen diese von Millionen Deutscher getheilten Wünsche das Ohr nicht zu verschließen. Was zuerst den Punkt der Einheit betrifft, so wollen wir eine kräftige Centralgewalt, wenn wir gleich dieselbe keineswegs einem Kaiser übertragen wissen wollen, wir wollen daher das Aufhören nicht blos der ständigen, sondern überhaupt aller Gesandtschaften der Einzelstaaten; wir wollen ferner, daß die Reichsgewalt alle deutschen Truppen unter ihrem Befehl habe, und daß die Regierungen der Einzelstaaten keine stehenden Heere mehr halten. Was aber die Freiheit des deutschen Volks anlangt, welche durch die neue Verfassung auf die Dauer befestigt werden soll, so halten wir diese durch viele Beschlüsse der Nationalversammlung auf's Höchste gefährdet. Wir wollen vor allen Dingen kein Zweikammersystem, das nach allen Erfahrungen sich als der Freiheit und dem Fortschritt durchaus feindlich erwies, da die bisherigen ersten Kammern die Einführung des Guten und dem Volke Nützlichen durch ihren Widerspruch stets verhinderten. Sollte aber ja gegen den laut ausgesprochenen Willen des Volkes ein Staatenhaus beliebt werden, so müßte dasselbe doch ganz anders zusammengesetzt seyn, als die Nationalversammlung in ihrer ersten Berathung es beschlossen hat.

Nach diesem ersten Beschlusse hätten die Fürsten schon von vornherein die Mehrheit in diesem Staatenhause, da sie mehr Mitglieder in dasselbe ernennen, als die Volksvertreter der Einzelstaaten. Soll es je ein Staatenhaus geben, so müssen seine Mitglieder doch einzig und allein von der Volksvertretung gewählt werden. Soll es endlich ein Staatenhaus geben, so muß doch die Geldbewilligung nur vom Volkshause abhängig seyn. Wir verlangen ferner, daß alle diejenigen Mitglieder des Volkshauses, welche ein Amt, sey es von der Reichsgewalt oder von der Regierung eines Einzelstaates annehmen, sich

[illegible]

einer neuen Wahl zu unterwerfen haben. Wir verlangen, daß die Reichsregierung, als eine rein vollziehende Behörde, nicht berechtigt sey, die Kammern aufzulösen. Wir wollen, daß die Reichsregierung nur in Uebereinstimmung mit der Reichsvertretung Krieg und Frieden beschließen könne.

Wir wollen kein absolutes Veto, das bei der zweiten Lesung eingeschwärzt werden soll, und das für gewisse Fälle schon jetzt beschlossen ist. Wir wollen keinen Reichsrath, der bei der ersten Berathung nur eine kleine Mehrheit für sich hatte, weil viele von der Volkspartei im Hause fehlten. Wir wollen jenen Artikel entfernt haben, welcher es in die Hände der Regierung legt, durch den Belagerungszustand alle Freiheiten und Rechte zu suspendiren, eine Befugniß, welche jede Verfassung illusorisch macht. Wir verlangen mit aller Entschiedenheit, gemäß jenem von der National-Versammlung selbst ausgesprochenen Prinzip der Volkssouveränetät, daß die Einzelstaaten ihre Verfassungen abändern dürfen, ohne an die Zustimmung der Reichsvertretung oder des Reichsoberhauptes gebunden zu seyn, und was dieses Reichsoberhaupt betrifft, so wahren wir uns feierlich gegen ein preussisches Erbkaiserthum mit einem Klein-Deutschland und gegen den Ausschluß Oesterreichs aus dem deutschen Verbande. Wir verlangen vielmehr eine Wahl des Reichsoberhaupts auf kurze Zeit und zwar soll die Wahl unter allen Deutschen stattfinden und keineswegs an einen Fürsten gebunden seyn.

Soviel in Bezug auf die Ergebnisse der bereits vorgenommenen ersten Berathung. Noch müssen wir aber in Betreff des kürzlich erschienenen Wahlgesetzentwurfs hinzufügen, daß, so sehr wir auch daran gewöhnt worden sind, in der Nationalversammlung nur eine Vertreterin bevorrechteter Klassen zu sehen, wir doch bei diesem Aktenstück kaum unsern Augen trauten, nach welchem nur die Begüterten, nur die Bourgeoisie im Volkshause vertreten, alle Arbeiter aber, alle Handwerksgehilfen, alle Taglöhner, von jedem Antheil an den Wahlen ausgeschlossen seyn sollen. Sollte, was wir noch immer nicht annehmen wollen, dieser Entwurf von der National-Versammlung angenommen werden, dann hat sie die Revolution zu verantworten, die dann unausbleiblich erfolgen muß, denn sie hat dieselbe mit Gewalt herauf beschworen. Möge sie jetzt, da es noch Zeit ist, es wohl bedenken, daß das Volk es nimmer mehr dulden wird, um alle Früchte seiner Märzerhebung betrogen zu werden.

‖ 0 (Von der fränkischen Rezat.) Die jesuitische Weihrauchbüchse der Pfaffen — die Augsburger Postzeitung — die Ihr geschätztes Blatt jüngst mit Recht das Kothblatt des faulsten Ultramontanismus nannte, bringt in einem "Protest" aus Franken wieder eines jener Pröbchen christlicher Menschenliebe, deren aus diesem Schmutztiegel pfäffischer Selbstsucht so viele und unvergleichliche auftauchen. Sie wird bitterböse, daß man in Unterfranken, wie ihr Korrespondent heult, „Schweinschneider," liederliche Handwerker und dem Gante verfallene Leute und — o gotteslästerliche Frechheit — zum Schrecken der geistlichen Füchse sogar einen geschwätzigen Schulmeister, der es in seinem Dörfchen mit dem A B C nicht weiter bringen könne — freilich kein Mensch kann es den geschickten Geistlichen gleichthun — und nun doch in der bayerischen Kammer auf der Linken sitze, zum Landtag geschickt habe. Sie schlägt ein gewaltiges Lamento auf, daß man bei der Wahl die Beamten und Pfaffenkaste nicht gehörig, dafür aber den Gewerbstand respektirt habe. Und hat sie nicht recht? Wozu schlichte Handwerker und Bauern in Fragen über des Landes Wohl und Wehe? Genug, wenn sie geduldig im Joche schieben. Was thut ein einfacher Schulmeister auf der Bank des Stände-Hauses, den ein listiger „hochgelehrter" Pfaffe zehnmal ersetzen könnte? Das bayer. Volk hat nicht klug gewählt, da es, statt 143 talarirte Schwarzplättchen in der Kammer singen zu lassen, deren nur 14 rechte und 2 linke zwitschern läßt, mit welch' ersteren dann freilich auch jene außerhalb des Hauses gemeinschaftlichen Chorus machen. Nur unter ihrem schwarzen Fittig sollte das Volk zu der vorigen Ruhe und »Ordnung" gelangen, nur unter ihrer väterlichen Sorgfalt konnte es sich wieder des Wohlstandes erfreuen, da nur sie es verstehen, dem Volke zu gewissen Zeiten eine starke Dosis geistlichen Schlaftrunkes beizubringen, um so recht bequem die Schafe scheeren zu können, die leider durch das neue Ablösungsgesetz etwas von ihrer früheren Sanftmuth verloren haben. Und wie der unterfränkische Postzeitungs-Korrespondent aus der von ihm mit eklem pfäffischen Geifer besudelten Abgeordnetenwahl das „Ende Frankens« im prophetischen Geiste voraussehen möchte, so können wir mit aller Gewißheit den „Anfang schmachvoller Knechtschaft« vorhersagen, nisteten auf den gepolsterten Sitzen der Abgeordneten-Kammer die gefräßigen schwarzen Krähen, die sich jetzt allenthalben in Deutschland die Kehlen heißer schreien, weil sie in der „Mause« sind.

Daß die Postzeitung in ihrem heiligen Eifer mit liederlichen Leuten und Lumpen um sich haut, und zuletzt einem bei der Wahl betheiligten Schreiber seine körperliche Gebrechlichkeit aus lauter christlicher Liebe unter die Nase reibt, das läßt sich nur von einem solchen Blatte erwarten. Die Abgeordnetenwahl ist zwar schon lange vorüber, aber doch kann ich die Umtriebe noch nicht vergessen, mittels deren manche Pfäfflein mit vollen Segeln in die Kammer rudern zu können glaubten. —

Ein Ortsgeistlicher war am Urwählertage mit seinen untergebenen Helfern mit einer Menge Wahlzettel versehen, die er unter die Urwähler vertheilte, für seine Mühewaltung aber ließ er jedesmal auch seinen Namen unter die Zahl der zu wählenden Wahlmänner einschmuggeln. Daß er aber seinen Plan in der zweiten Wahlhandlung nicht durchzusetzen vermochte, war bei dem festen Willen der Wahlmänner vorauszusehen; er hätte ja so gerne einen Abgeordnetensitz — freilich gegenüber des auf der Linken sitzenden Schulmeisters genommen. Dank dem gesunden Sinne der fränkischen Bevölkerung!

Freie Städte. (Frankfurt, 13. Febr.) Mit der Ankunft des heute hier erwartenden Grafen v. Rechberg wird einer weiteren Erklärung des kaiserlich österreichischen Kabinets in der Verfassungsfrage entgegengesehen. Wie es heißt, werden die mit Ueberreichung der österreichischen Note an die königlichen Höfe beauftragt gewesenen kaiserlichen Bevollmächtigten nach Vollendung ihrer Mission sich hier vereinigen. Darunter befinden sich der nach Hannover deputirte bisherige k. k. Geschäftsträger am k. bayerischen Hofe, Freiherr von Brenner, ein naher Verwandter des Grafen v. Münch-Bellinghausen. — In gewissen Kreisen will alles Vertrauen auf eine glückliche Lösung unserer schwierigen Lage schwinden. Ja, es gibt Personen, welche in dem offenen Gegensatz der Noten von Potsdam und von Olmutz ein abgekartetes Spiel sehen, um die Meinung herabzustimmen und der Kabinetspolitik den Triumph einer scheinbar im Interesse Deutschlands durch wechselseitige Nachgiebigkeit und Selbstüberwindung bewirkten Aussöhnung zu verschaffen. — Einigermaßen im Widerspruche damit stehen die verbürgten Nachrichten von solchen Rüstungen Oesterreichs, wie sie seit 1809 in gleicher Ausdehnung nicht mehr stattgefunden, und die weder durch die Lage des fast unterworfenen Ungarns, noch, bei Frankreichs friedlichen Gesinnungen, durch die Angelegenheiten in Italien erfordert werden. Durch die Verordnung, daß alle Infanterie-Regimenter auf sechs Bataillone gebracht werden, erlangt die österreichische Armee einen Effektivbestand, wie keine andere in Europa. Auch von größeren Rüstungen in Preussen wird gesprochen, insbesondere von Armirung sämmtlicher Festungen. — Während man noch vor einigen Tagen von Vertagung des Termins zur Eröffnung des preussischen Reichstags als von einer ausgemachten Sache sprach, ist es jetzt ganz still davon geworden und man neigt sich zu der Ansicht, daß es bei der ersten Festsetzung bewenden werde. (Frkft. O.-P.-Z.)

** (Frankfurt, den 14. Februar.) [168. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] §. 46 gieng aus der Abstimmung in folgender Fassung hervor: „Die Volksvertretung hat eine entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung und der Besteuerung. Sie hat das Recht der Initiative bei der Gesetzgebung und die Ordnung des Staatshaushalts. Die Minister sind ihr verantwortlich. Die Sitzungen der Landtage sind öffentlich. Die regelmäßigen Sitzungsperioden der einzelnen Landesversammlungen dürfen nicht zusammenfallen mit denen der Reichsversammlung." Verworfen wird dagegen mit 229 gegen 176 Stimmen der Zusatz von Moritz Mohl: „Keine direkte noch indirekte Staatssteuer darf ohne periodische Verwilligung der Volksvertreter erhoben werden." Die Berathung der Grundrechte wird sofort vertagt. Das Haus bestimmt sodann gegen Herrn Biedermann und Bassermann, daß das Wahlgesetz demnächst zur Berathung komme.

Hannover. (Hannover, 11. Febr.) Gestern hat endlich das Ministerium seine Einwendungen gegen die Grundrechte den Kammern mitgetheilt und zugleich erklärt, daß es die Gültigkeit derselben nicht anerkenne. In allen praktischen Fragen will die Regierung ihre Pflicht gegen Deutschland erfüllen; in Bezug auf die Verfassung aber müßten die Mittelstaaten, mithin auch Hannover, eine abwartende Stellung einnehmen. Preussen und Oesterreich haben jetzt eine andere Stellung als im Sommer des vorigen Jahres und erwünscht sey es der Regierung, daß Preussen in der Verfassungsfrage die Initiative ergriffen habe. Käme auf dem Wege, welchen Preussen eingeschlagen, die Einigung zu Stande, dann würden auch die Grundrechte, ein Theil des Verfassungswerkes zur Geltung gelangen. — Gegen die sofortige Publikation der Grundrechte wurde dann geltend gemacht, daß Landesgesetze, welche ja doch die Grundrechte würden, nicht ohne Zustimmung der Stände erlassen werden könnten. — In der Art wie früher die Bundesbeschlüsse könnten die Grundrechte aber nicht publizirt werden, da die Centralgewalt, auf welche die Autorität des Bundes übergegangen, vom Verfassungswerk ausgeschlossen ist. Gegen die materiellen Bestimmungen der Grundrechte wurde namentlich hervorgehoben: die Freizügigkeit, die zur Gewerbefreiheit führen müsse, die Theilbarkeit des Grundeigenthums, die Aufhebung der Stellvertretung im Heere. Unter dem Vorbehalt, daß, so lange die Verfassung noch nicht festgestellt sey, die Publikation der Grundrechte der Einwirkung der Landesgesetze nicht entzogen werden darf, ist die Regierung bereit, sie mit den Ständen, mit Ausnahme der Paragraphen, gegen die sie um das Wohl des Lands willen Bedenken trägt, zu vereinbaren. — Die Kammer hörte dies Schreiben mit tiefem Schweigen; es soll gedruckt und sobald als möglich vertheilt und dann auf die Tagesordnung kommen. — Die erste Kammer, in der das Schreiben gegen 3 Uhr verlesen worden war, war so bestürzt über dasselbe, daß sie auf den Antrag von Wachsmuth und Wynecken ihre Sitzung schloß. Was wird die Ständeversammlung, was wird das Land thun? Die Worte Freudentheils werden das Losungswort seyn: „Ich will mit den Grundrechten stehen und fallen. (Wes.-Z.)

Nassau. (Wiesbaden, den 5. Februar.) Die Sitzung unserer Kammer am 1. dieses Monats beseitigte abermals ein Gebrechen unseres Staatshaushaltes, durch unbedeutend modifizirte Annahme des von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurfs: „Die Aufhebung des befreiten Gerichtsstandes in bürgerlichen Rechtssachen.« Darnach sind also die betreffenden Klagen nicht mehr am Hofgerichte, sondern bei den betreffenden Justizämtern anzubringen. Die Aufhebung soll sich auch auf den Landessteuerfiscus, den Domanialfiscus, so wie die übrigen Fiscus des Landes erstrecken. Auch die vom Militärgericht in bürgerlichen Rechtssachen ausgeübte Gerichtsbarkeit ist nun aufgehoben. Bei Insinuationen, Hülfsvollstreckungen und persönlichen Verhaftungen gegen Militärpersonen kommt also das Civilgesetz zur Anwendung. Das Urtheil soll auch nicht durch Militärbehörden vollzogen werden. Müller II.: Kein besonderes Privilegium für den Militärstand, keine Soldatenkaste, wir wollen, daß der Soldat Bürger werden soll. Rahl: Die Vermittlung der Militärbehörde wäre Befangenheit im alten Kastengeiste, welche das Gericht schwächt, und den Zweck stört. Die Kraft des Gesetzes geht aber über Alles. Reg.-Kommissär Bertram: Die Vollziehung ist kein nothwendiges Attribut des Gerichts. Wenkenbach I.: Der Soldat würde sonst halb Fisch, halb Vogel seyn, halb privilegirt, halb nicht privilegirt. Wimpf: Das käme mir vor, als wenn der Gerichtsvollzieher bei geringeren Personen im Rock käme, bei vornehmen in Frack und Glacéhandschuhen. Der Soldat, der das Gesetz schützen soll, muß ihm vor Allen unterworfen seyn. Rahl: Alles, was durch Requisition geschieht, ist schleppend und verzögernd. v. Eck: Der Gerichtsvollzieher wird beim Soldaten eher ein Pfand finden, als der Feldwebel. Hebner: Der Gerichtsvollzieher wird eben so wenig einen Soldaten von der Wache, wie einen Kollegienrath aus dem Sitzungszimmer, und einen Pfarrer von der Kanzel holen. (Frkf. J.)

Oesterreich. (Wien, 12. Febr. 5 Uhr. Nachm.) An der heutigen Börse war die ziemlich verbürgte Nachricht verbreitet, daß der Einmarsch der Russen in Siebenbürgen wirklich bereits erfolgt sey. (A. A. Z.)

(Gratz, den 9. Februar.) Vorgestern Abends 8 Uhr wurde hier eine beklagenswerthe Gewaltthat verübt. Ein Haufen Windischgrätz Chevauxlegers, zwischen 60 bis 70 Mann, drang in die Wohnung des Redakteurs der hiesigen radikalen Volkszeitung, Julius Gretschnigg, in der Vorstadt Münzgraben ein, und mißhandelte denselben mit Stichen und Hieben auf das Erbärmlichste. Die Veranlassung zu diesem Frevel gaben mehrere Artikel des genannten Blattes, worin

dem Militär, namentlich aber der Person des Fürsten Windischgrätz arg zugesetzt wurde. In einem dieser Aufsätze heißt es: „Windischgrätz sey nicht würdig, Radetzky die Schuhriemen aufzulösen, da jedem einfachen Korporal, wenn man ihm 100,000 Mann und ein paar hundert Kanonen zur Verfügung gestellt, das Gleiche hätte gelingen müssen." Nach dem Erscheinen dieser Diatribe verflossen mehre Tage, ohne daß es zu einem Auftritte kam, als das böhmischen Blättern in der Volkszeitung nachgedruckte Pamphlet des Russen Bakunin, welches nicht minder gegen Windischgrätz eifert, die Erbitterung der Chevauxlegers, die seinen Namen führend, 600 Mann stark hier garnisoniren, derart steigerte, daß sie sich zu jener elenden That hinreißen ließen. — Gretschnigg ist mit unzähligen jedoch durchgehends nicht gefährlichen Wunden bedeckt, an welchen man erkennt, daß es nicht in der Absicht der Uebelthäter lag, ihn zu tödten; daß diese übrigens in so großer Zahl erschienen, rührt daher, weil Gretschnigg bereits früher einigemal in der Absicht, ihn wegen Beleidigung des Militärs zu Rede zu stellen, aufgesucht worden, aber stets durch eine Gartenthür entkommen war. Um dies zu verhindern, beschloß man nun das Haus förmlich zu besetzen.

Schon im Sommer vorigen Jahres hatten ihn aus ähnlichem Grunde einige Offiziere von Nikolaus-Husaren heimgesucht, ihm fernere Beleidigungen ihres Standes zu untersagen. Das Gleiche und ebenfalls ohne Beabsichtigung einer Gewaltthat hatten sich später mehrere Militärs vom Likkaner Grenzregimente vorgesetzt, welchen es jedoch nicht gelang, Gretschnigg in seiner Wohnung anzutreffen.

An den zahlreichen Gruppen, welche sich gestern in den Gassen zeigten, ersah man die Aufregung, welche jenes Verbrechen hervorgerufen hatte. Auch versuchte man einen Chevauxlegers-Rittmeister, welcher eben zum Kommandirenden in das Thor eintritt, vom Pferde zu reißen und hatte ihm bereits die Scheide seines Säbels umgekehrt, daß dieser herausfiel, als Offiziere von der Nationalgarde sich dazwischen legten, und den Rittmeister befreiten. Wäre dies nicht augenblicklich geschehen, so hätte ohne Frage ein blutiger Konflikt Statt gefunden, denn die Pioniers waren schon aus der nahen Kaserne herbeigeeilt, indem sie im Laufen ihre Gewehre luden. Mittags erschien indeß ein Plakat, womit das Landespräsidium kund gab, daß die ehemöglichste Bestrafung der Schuldigen eingeleitet werde. Seither ist Ruhe eingetreten. (Const. Bl. a. B.)

Preussen. †°† (Berlin, 13. Februar.) Die Berichte über das Resultat der Wahlen zur ersten Kammer sind heute zu einem großen Theile wenigstens aus den näher belegenen Provinzen hier eingetroffen. Sie haben nicht überrascht, das Ergebniß ist genau so, wie es erwartet wurde. Diese Wahlen haben die früher oft bestrittene Behauptung, daß auch bei uns bereits eine Spaltung des Volkes in zwei sich gegenüberstehende Klassen vorhanden sey, vor aller Welt Augen zur Evidenz erhoben. Die Stimmung der beiden Parteien, wie sie die Wahlen offenbart haben, läßt nicht hoffen, daß durch diese Kammer eine Versöhnung zu Stande gebracht werden wird. Wessen man sich versieht, lehrt der Umstand, daß das Gericht von einer Seitens der Regierung beabsichtigten Vereinigung beider Kammern zu einer einzigen Körperschaft sich fortwährend im Publikum erhält und überall, wo es verlautet, Glauben findet.

(Berlin, den 11. Februar.) Sicherem Vernehmen nach betrachtet unser Ministerium die Grundrechte des deutschen Volkes als integrirenden Theil der unvollendeten Reichsverfassung und deshalb als einstweilen noch ungültig, bis die Vereinbarung die Grundsätze in den Einzelverfassungen hinübergeführt haben werde. (Br.-Wes. Ztg.)

Sachsen. (Dresden, 12. Febr.) In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer verlangte Abg. Rewitzer, auf die Wichtigkeit der Zollfrage hindeutend, im Interesse der sächsischen Arbeiter Schutz gegen auswärtige Konkurrenz. Er interpellirte deßhalb die Regierung: 1) welche Grundsätze sie in Bezug auf Schutzzölle oder Freihandelssystem habe, 2) in welcher Weise der Bevollmächtigte in Frankfurt instruirt worden sey? Unabsichtlich des auf der Tagesordnung stehenden Antrags Tzschirners, die Erklärung auf die von Preussen an die Regierungen ergangene Cirkularnote betreffend, stellte Abg. Klette den Antrag, daß man dieselben erst zur Begutachtung an die zwei Deputationen verweisen möge. Abg. Linke äußerte dabei: es sey bei Gagerns Besuch in Berlin alles bereits abgemacht gewesen. Die qu. Note decke darüber nur einen Schleier. Es werde zuletzt das Ende vom Ganzen doch nur eine Vereinbarung der Fürsten unter sich seyn. Minister v. d. Pfordten wiederholt seine frühere Antwort: Die Regierung finde in der preussischen Note keine Veranlassung zu bindenden Erklärungen und definitiven Beschlüssen. Eine Antwort an Preussen sey von Sachsen gestern erfolgt. Er werde sie der Kammer gerne mittheilen. Daraus werde erhellen, ob sich die sächsische Regierung von Preussen „ins Schlepptau nehmen lasse." Nachdem noch Schaffrath aus §. 2. der Verfassungsurkunde nachgewiesen, daß die Regierung die Kammern in dieser Angelegenheit hören müsse, beschloß die Kammer — durch den Antrag auf Schluß der Debatte in weiterer Auslassung gehemmt — den Tzschirnerschen Antrag erst der zweiten Deputation zur Begutachtung zuzuweisen, und zwar gegen 23 Stimmen. Der Zweck des ganzen Antrags wurde dadurch ersichtlich vernichtet, da den 19. Februar schon die zweite Lesung der Reichsverfassung stattfinden soll. Den Schluß der Sitzung bildete die Wahl der Deputation für das Unterrichtswesen. (Frkft. O.-P. Z.)

(Gotha, den 8. Februar.) In der am 6. stattgehabten Sitzung der Abgeordnetenversammlung fragte der Abg. Ritz das Staatsministerium, welches Benehmen von demselben in Bezug auf die preussische Note beobachtet und eingehalten werden würde? Hierauf antwortete Staatsminister v. Stein, daß diese Note mit vollem Vertrauen zu dem Bestreben der preuss. Staatsregierung, etwas Erdeihliches für Deutschland festzustellen und zu ordnen, sorglich und wiederholt von ihm geprüft worden sey. Würdige man die Stellung Preussens, von dessen Ausspruch der Weltfriede abhängig sey, so werde bei jener Note manches in einem milden Licht erscheinen. Unzweifelhaft gehe aber auch aus derselben hervor, daß die preuss. Staatsregierung die Verhältnisse zu ordnen beabsichtige, wie die Zeitumstände es gestatteten, daß namentlich von derselben eine Stätigkeit in den staatlichen Verhältnissen, der ruhige Genuß der Rechte der Neuzeit, Erweckung des Vertrauens nach innen und Erstarkung Deutschlands nach außen erstrebt werde. Darum habe die hiesige Staatsregierung bereits unterm 2. Februar an den diesseitigen Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt ein beifälliges Instruktionsschreiben erlassen, das in seinen Hauptpunkten dahin lautet: Wenn, was den Inhalt der erwähnten Note betrifft, die k. preuss. Staatsregierung darin die bestimmte Antwort gegeben: 1) daß Preussen die Einigung Deutschlands zu einem kräftigen Bundesstaat als unabweisbare Nothwendigkeit erkenne und nicht allein eine solche Umgestaltung der Verhältnisse erstreben, sondern in der beabsichtigten Verbindung der deutschen Staaten auch diejenige Stellung einnehmen wolle, zu welcher es sowohl durch Intelligenz und materielle Kraft, als auch durch das öffentliche Vertrauen berufen ist; 2) daß ferner Preussen mit Deutschland auf die alte Verbindung mit Oesterreich nicht verzichten, sondern derselben nur eine solche Form gegeben sehen wolle, wie sie einerseits durch die europäischen Beziehungen des Kaiserreichs und andererseits durch die unerläßliche innigere Vereinigung der deutschen Lande zu einem Bundesstaat bedingt werde, und 3) daß die beabsichtigte Verständigung unter den deutschen Regierungen und mit der Nationalversammlung nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung erstrebt werden solle, daß hierin mit den Bedürfnissen und Wünschen des Volkes Hand in Hand gegangen und sonach nur in Uebereinstimmung mit der Nationalversammlung verfahren werde: so ist man auch diesseitserseits, in vollkommenem Einverständnisse hiermit, sehr gern bereit, diesen Erklärungen beizutreten, und hat insbesondere die unter 1) ausgesprochene Bereitwilligkeit mit wahrer Freude begrüßt. (Frkft. O.P. Z.)

Schleswig-Holstein. (Alsen, den 8. Februar.) Unter den hiesigen dänischen Offizieren ist allgemein die Ansicht herrschend, daß der Kampf nach Ablauf des Waffenstillstandes wieder beginnen werde. Die Befestigungen auf unserer Insel sind wirklich imposant. Eine Menge von Geschützen der schwersten Kaliber sind zu uns herüber geschafft. (S.-H. Z.)

(Hadersleben, den 10. Febr.) Mehrere Ueberläufer von der dänischen Armee (geb. Schleswiger) sind in diesen Tagen angekommen, und erzählen, daß eine große Zahl ihrer Landsleute ihnen gern zu folgen wünschten, wenn sie nicht so scharf bewacht würden. Nach ihrer Aussage soll ein Offizier in Fridericia entwichen seyn, und ein anderer sich erschossen haben. — In hier eingelaufenen Briefen aus Dänemark ist wieder von dem baldigen Kommen der Dänen die Rede. Was dieses so oft wiederholte Thema bedeutet, weiß man nachgerade zur Genüge. Daß die Dänen aber sich ernstlich rüsten, ist außer allem Zweifel. Ihr Schweigen in dieser Hinsicht ist eben so beredt, als ihre Schilderungen unserer Zustände unzuverläßig. — Die nordschleswigschen Gefangenen sind von Nordschleswig zurückgekommen, um hier vor Gericht gestellt zu werden und ihr Urtheil zu empfangen. — Die von Kolding kommenden schleswig-holsteinischen Frachtposten tragen noch immer deutliche Spuren von den früher erwähnten Unbilden, die ihnen dänischer Seits widerfahren. (Nordfl. Tid.)

Frankreich.

† (Paris, 12. Febr.) Der Moniteur enthält folgende Dekrete: 1) Buffet, Ackerbau und Handelsminister, ist per interim mit Verwaltung des Unterrichtsministeriums während der Abwesenheit des Bürgers v. Falloux beauftragt (Bürger Falloux ist in Angers bei seinem sterbenden Vater.) 2) Die Nationalgarde zu Fuß in Cette (Herault-departement) ist aufgelöst, der Maire der Stadt Cette, Bürger Mercier, von seinem Amte entsetzt. Dem zweiten Dekret ist ein Bericht vorangestellt, in welchem der von uns bereits erzählte Jakobinermützenkrawall in reflektirender Weise wiederholt wird und der also schließt: »Erlauben Sie mir, Herr Präsident der Republik, Ihnen bei dieser Gelegenheit mein Bedauern auszudrücken, das ich darüber empfinde, daß die Vollmachten der Regierung nicht ausreichen, um das Strafmaaß dem Ernst jener Ereignisse angemessener einzurichten. Paris, 11. Febr. 1849. (gez.) Leon Faucher.

An der Börse zirkuliren allerlei Hiobsgerüchte von der spanischen Gränze. So hieß es gestern Abend, Cabrera sey an seinen Wunden gestorben; ein spanisches Corps habe das Gebiet der französischen Republik verletzt u. s. w. Darauf erklärt heute der Moniteur:

»Es geht in der That aus den Berichten der Ortsbehörden (an der Pyrenäengränze) hervor, daß ein Theil der Progressisten (Republikaner) unter Don Vittoriano Ametler von einem Korps der kgl. Truppen auf das französische Gebiet zurückgeworfen wurde und daß sich noch hier (256 Metres vom französischen Gränzposten Las Illas) ein heftiges Gewehrfeuer entspann, das nur durch das energische Dazwischenschreiten des Offiziers des Gränzpostens endete, der sich in die Mitte des Kugelregens begab und die Spanier zum Verlassen des französischen Gebiets nöthigte: Der Offizier forderte demnächst auch die republikanischen Insurgenten auf, ihre Waffen zu strecken und nahm 21 von ihnen nebst dem Obersten Ametler gefangen, welche alle an die Ortsbehörden des Dorfes Las Illas abgeliefert wurde. Aus den Protokollen geht aber hervor, daß die spanischen Soldaten vier Insurgenten auf französ. Gebiete gefangen nahmen und mit sich hinüber führten. In Folge dieses Faktums hat sich der Präfekt der Pyrenäens-Orientales an den französ. Konsul in Barcelona gewandt, um bei den betreffenden Behörden Kataloniens zu reklamiren, und jeder Maßregel vorzubeugen, welche diese vier Gefangenen treffen könnte.

Anderer Seits hat der Präfekt, in Verbindung mit dem kommandirenden General der 9. Militärdivision solche Maßregeln getroffen, die jeder Erneuerung einer ähnlichen Gebietsverletzung vorbeugen. Ebenso ist von Seiten des Ministers des Auswärtigen eine Note an das Madrider Kabinet abgegangen, in dessen Namen der General Narvez das größte Bedauern wegen jener Vorfälle ausgedrückt hat. Es ist eine strenge Untersuchung von denselben angeordnet worden. Jene vier Gefangenen sollen zurückgeliefert und gleich ihren Kameraden in Perpignon wohnen. Kurz, es ist Alles geschehen, um jede fernere Störung der freundnachbarlichen Verhältnisse beider Länder zu vermeiden.

(Generalversammlung aller hiesigen Demokraten aus Deutschland, Italien, Spanien, Polen u. s. w.) In Folge der harten Maßregeln gegen mehrere deutsche Demokraten, denen das Ministerium den Befehl zugehen ließ, innerhalb 24 Stunden Paris zu verlassen, wobei es sich, wie gewöhnlich, auf die barbarische Fremdengesetzgebung gegen die damaligen Koblenzer (Artikel 7 des Gesetzes vom 28. Vendemiaire des Jahres VI) beruft — habe der deutsche Verein beschlossen, einen Aufruf an sämmtliche hier lebende Demokraten aller Nationen zu erlassen, um mit ihm bei der Nationalversammlung auf Abschaffung oder wenigstens Milderung jener Vendemiaire-Gesetzgebung (gegen die Koblenzer Royalisten) zu petitioniren.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Trauer-Anzeige.

Verwandten und Bekannten widmen wir die traurige Nachricht von dem Ableben unserer innigstgeliebten Gattin, Tochter und Schwester

Frau Margaretha Keller,
geb. Föderreuther.

Wer die theure Verblichene kannte, wird unseren Schmerz zu würdigen wissen und uns stille Theilnahme nicht versagen.

Nürnberg, den 16 Februar 1849

Keller, Großpfragner,
und sämmtliche Hinterbliebene.

Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittag 2 Uhr auf dem St. Johannis Kirchhofe statt.

Freie christliche Gemeinde.

Sonntag den 18. ds früh 10 Uhr, Gottesdienst im Katharinensaal, geleitet durch Prediger Bähtig. In Fürth, geleitet durch Prediger Bierdimpfel, früh 10 Uhr Gottesdienst im bekannten Local.

Der Vorstand.

Freie christliche Gemeinde.

Der Religions-Unterricht für Kinder beginnt künftige Woche.

Dahier findet derselbe vorläufig in der Wohnung des Predigers, Jakobsplatz Nro. 1342

jeden Dienstag 11—12 Uhr für jüngere Kinder,
jeden Donnerstag 11—12 Uhr für die reifere Jugend,
zu Fürth in derselben Weise jeden Mittwoch und Sonnabend statt.

Kinder, welche daran Theil nehmen, mögen hievon ihren bisherigen Religionslehrern Anzeige machen.

Anzeige.

— Versammlung der freien christlichen Gemeinde von Fürth und Nürnberg findet Sonntag den 18 Februar im Gasthaus zur Eisenbahn am Bahnhof statt; wozu die Mitglieder höflichst eingeladen werden.

Samen-Lager-Verkauf.

Das bedeutende Samen-Lager der so lange bestandenen Firma H. D. Scheller in Nürnberg, wird von den Erben dem öffentlichen Verkauf an den Meistbietenden ausgestellt; wozu

Donnerstag den 22. Februar, Vormittag 9 Uhr,

Termin anberaumt ist, und die Versteigerung im Hause S Nr. 983 am Obstmarkt stattfinden wird.

Die verschiedenen Samen werden in verschiedenen Parthien gegen baare Zahlung nach erfolgtem Zuschlage sogleich abgegeben.

Auch wird eine Parthie Tabak und Cigarren zum Verkauf gebracht.

Brüsseler Strohhut-Fabrik.

Unterzeichneter beehrt sich, sein reichhaltiges Lager von allen Sorten Strohhüten eigner Fabrik in neuester Facon zu den billigsten Preisen hiemit zu empfehlen

Alle Strohhüte werden gewaschen, und auf Verlangen in moderne Facon so schön umgeändert, daß sie von neuen Hüten nicht zu unterscheiden sind.

Ich bin im Stande, meine Abnehmer in jeder Hinsicht vollkommen zufrieden zu stellen, und die mir zukommenden Aufträge ganz schnell und pünktlich auszuführen.

Mein Magazin eröffne ich am 15. Februar; es befindet sich in dem Winter'schen Hause Kaiserstraße Nr. 197, wo von demselben Tage an auch Strohhüte zum Waschen und zum Umändern angenommen werden.

F. L. G. Dessart,
Strohhutfabrikant aus Brüssel

Anzeige und Empfehlung.

Hiedurch erlaube ich mir, Gartenbesitzer, Handelsgärtner und Landwirthe auf mein Verzeichniß von Blumen-, Gemüse-, Feld- und Sträucher-Samen, nebst Auszug von Pflanzen und Knollen für das Jahr 1849 aufmerksam zu machen. Dasselbe enthält an 2500 Nummern und außer den älteren anerkannt besten, die werthvollsten neuesten Acquisitionen.

Durch Hr. G. C. Martini in Nürnberg, der auch Bestellungen und Gelder für mich in Empfang nimmt, sind Kataloge gratis zu beziehen.

Ernst Benary,
Kunst- und Handelsgärtner in Erfurt.

Unter Bezugnahme auf Obiges empfehle ich mich zu geneigten Aufträgen unter Versicherung promptester und reellster Bedienung.

G. C. Martini,
Füll S. Nro. 407 in Nürnberg.

Masken-Anzüge

für Damen und Herren sind sehr billig zu verleihen bei

Caroline Prechtel im Nonnengarten.

(Haus-Verkauf.) Das Haus Nro. 845 am Frauenthor, mit Hof, Garten und Brunnen, ist aus freier Hand zu verkaufen. Hiezu ist Termin auf Mittwoch den 21. Febr. früh 9—12 Uhr anberaumt, Kaufsliebhaber werden höflichst eingeladen.

MUSEUM.

Wegen nothwendiger Vorbereitungen zum Maskenballe bleibt der s. g. Königs-Saal Sonntag den 18. dies geschlossen.

Die nächste Damengesellschaft findet Sonntag den 25. dies statt.

Nürnberg, den 16. Febr. 1849.

Der Vorstand.

Museum.

Montag den 19. d. Mts.

großer Maskenball.

Anfang 8 Uhr.

Billets für Masken und Fremde, welch' Letztere einem Vorstandsmitgliede vorzustellen sind, so wie zum Eintritte in die Logen, zu welchen nur Mitglieder und deren in §. 10 der Statuten bezeichneten Angehörigen Zutritt haben, werden am Balltage

Vormittags von 11—12 Uhr und Nachmittags von 2—3 Uhr

im unteren Museumslocale abgegeben und können von den verehrlichen Museumsmitgliedern persönlich oder gegen schriftliche Anmeldung in Empfang genommen werden.

Nürnberg am 16. Febr. 1849.

Der Vorstand.

Liedertafel!

Montag den 19. d. M. findet Maskenball im Bamberger Hofe statt. Der Unterzeichnete ladet die verehrten Mitglieder hiemit höflichst ein.

Anfang 7 Uhr.

Der Vorstand.

Karten für Fremde sind bei Herrn Wirth Kleinnig in der Neuengasse, so wie beim Vorstand L. Nr. 416 am weißen Thurm abzuholen.

Geharnischter Mann (vulgo Laus.)

Samstag den 17. Februar „Gesang-Unterhaltung" vom steyerischen Sänger E. Fischer und Nanneri.

Anfang 6 Uhr.

Gasthaus St. Peter.

Sonntag den 18. Februar findet Tanzmusik statt, wozu ergebenst einladet

Kaiser.

Einladung.

Morgen Sonntag den 18. Februar findet Maskenball statt. Anfang 6 Uhr. Wozu ergebenst einladet

G. Hagenbauer zum Flaschenhof.

Prater.

Sonntag Nachmittag ist Produktion vom

Kleeblatt

mit vielen neuen Abwechslungen in den Vorträgen. — wozu ergebenst einladet

Rupprecht.

Das Kleeblatt

producirt sich Sonntag Abends 8 Uhr bei Unterzeichnetem im Doktorshof am Steig, wozu ergebenst einladet

Kugelmeier.

Schießhaus St. Johannis.

Nächsten Sonntag findet gut besetzte Tanzmusik statt, wozu höflichst einladet

Kellermann.

Maskenball im weißen Lamm

findet Sonntag den 18. Februar mit Entree a Person 24 kr. statt, wozu ergebenst einladet

J. M. Krieger.

Musicalischer Verein Concordia.

Dienstag den 20. Februar „Masken-Kränzchen," im „deutschen Haus." Eintrittskarten können am genannten Tage von 1 auf 2 Uhr bei Herrn Gastwirth Kalb in Empfang genommen werden.

Anfang 7 Uhr.

Der Vorstand.

Goldener Hirsch

an der Lauferstraße.

Sonntag den 18. d. Mts.

Gesangs-Unterhaltung von Herrn Fischer,

wobei nebst mehreren neuen Piecen „der Traum des Windischgrätz (der auch während des Gesanges in Transparentbeleuchtung erscheint) vorgetragen wird. Es ladet ergebenst ein

Sturm.

Grüner Baum zu Galgenhof.

Sonntag den 18. Februar ist gutbesetzte Tanzmusik, wozu hiemit höflichst einladet

Entree 24 kr.

Peter Sackenreuther.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Heute Samstag den 17. und Montag den 19. Februar ist Metzelsuppe, wozu höflichst einladet

J. Neubauer.

Robert Blum.

(Schwarzbauern-Hof.)

Täglich frischer Bock wird sowohl im Hause als auch über die Gasse ausgeschenkt

Industrie- und Kultur-Verein.

Sonntag den 18 Februar

großer Maskenball.

Anfang 8 Uhr.

Eintrittskarten werden für Mitglieder und auswärtige Fremde in der breiten Gasse Nro. 446 und auf der Schütt Nro. 606 abgegeben.

Zustimmung.

Mit der gestrigen Anfrage in diesem Blatt, die Plätze bei den öffentlichen Gerichtssitzungen betreffend, erklären wir uns vollständig einverstanden und ersuchen den Hrn. Gerichtspräsidenten, dergleichen das Publikum unangenehm berührende Bevorzugung Einzelner, künftig nicht weiter gestatten zu wollen.

Mehrere Bürger die auch den Schein der Bevorzugung vermieden wissen möchten.

Erklärung.

Der Unterzeichnete erklärt hiemit die gegen Herrn Röß in dem Bärenreuther'schen Wirthshause ausgesprochenen Schimpfreden als in Uebereilung gesprochen und nimmt alles Gesagte recht gern zurück.

Heinrich Meine.

(Einladung.) Sämmtliche Rothgießer-Gesellen werden auf Sonntag den 18. Februar Mittags 1 Uhr zu einer wichtigen Berathung auf die Herberge höflichst eingeladen.

Die Altgesellen.

Von den Rheumatismus-Ableitern

des Dr. Bureaud Riofrei in London à 18 kr. per Stück sichere und schnelle Hülfe gewährend gegen Rheumatismus-, Gicht-, Gesichts-, Kopf-, Hals-, Zahn- und Brustschmerzen, Rücken-, und Lendenweh, Krämpfe, Rothlauf, Augen- und Halsentzündung rc. befindet sich fortwährend ein Depot bei Hrn. Joh. Engelhard jun. in Nürnberg. A. B. (Die beste Bürgschaft für die Untrüglichkeit ist gegeben, durch rühmliche Erwähnung im med. Korrespondenzblatt, wo solche als allein ächt und vom Erfinder stammend beurkundet sind, sowie in den amtlichen und Privatzeugnissen achtungswerther Männer, welche abwechslungsweise jeden Monat 1 Mal in diesem Blatte zu lesen sind und keinen Zweifel zulassen. Die Beträge sind baar und franco nebst 3 kr. Posteinschreibgebühr einzusenden.

Carl Graf, Agent Augsburg.

(Gesuch.) Ein junger Mann, welcher in einem hiesigen Colonialwaaren-Geschäfte die Lehre erstanden, wünscht zu seiner weitern Ausbildung alsbald eine passende Stelle, und würde in der ersten Zeit kein Salair beanspruchen.

Nähere Auskunft ertheilt

J. J. Pfeiffer jun.
Commissionär L. Nro 191 Adlerstraße.

(Gesuch.) Man sucht einen jungen kräftigen Menschen, am liebsten vom Lande, zu einem gangbaren Geschäft in die Lehre zu nehmen.

(Gesuch.) Ein ordentliches Mädchen, welches mit der feinen Wäsche sehr gut umgehen kann, auch das Putzmachen gründlich erlernt hat, in den vorkommenden Hausarbeiten nicht unerfahren ist und sich derselben willig unterzieht, wünscht bei einer soliden Familie hier oder auswärts als Jungfer oder Stubenmädchen unterzukommen.

(Anzeige.) Im Gasthaus zum braunen Hirschen in Sündersbühl ist Sonntag den 18. Februar Tanzmusik

(Zu vermiethen.) In S. Nro. 939 bei der Wunderburg ist die 2. Etage bis nächstes Ziel zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In der Karolinenstraße Nr. 333 ist eine Wohnung im 1ten Stocke von 3 Zimmern, 2 Kammern, Küche, Keller, Boden, Waschgelegenheit sogleich oder kommendes Ziel zu vermiethen.

(Zu verkaufen.) In Nr. 73 in Tafelhof ist eine Chaise täglich zu verkaufen.

(Zu verkaufen.) Eine Conditorei-Gerechtigkeit (Realrecht) mit Einrichtung ist billig zu verkaufen. Anfragen L. Nro. 191.

Lotterie.

Die zu Regensburg herausgekommenen Nummern:

63 53 59 84 13

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 18 Februar 1849. № 49. Sonntag: Concordia.

Deutschland

Bayern. (München, 16. Februar.) In die bei dem Wechsel- und Merkantilgerichte erster Instanz zu Regensburg erledigte erste Rathsstelle rückt der zweite Rath dieses Gerichtes, zugleich Kreis- und Stadtgerichtsrath, A. Reitmayer, vor, und die hierdurch in Erledigung gekommene Stelle wurde dem Rathe des Kreis- und Stadtgerichts Regensburg J. Haller übertragen. Der Prof. der Mathematik an der Forstschule in Aschaffenburg A. Pfaff wurde mit dem Lehrfache des zweiten Professors der Forstwissenschaft an gedachter Anstalt betraut, und an dessen Stelle zum Professor der Mathematik, Mechanik und Physik an der Forstschule der bisherige Lehrer der Landwirthschafts- und Gewerbschule in Würzburg Dr. Gg. Langmantel ernannt; der Regierungsfinanzrath W. Engerer in Landshut zum Oberrechnungsrath ernannt, und an dessen Stelle der Rentbeamte in Aibling Dr. G. Danzer befördert. (N. M. Z.)

(Speyer, den 15. Februar.) Wahrlich, wir wissen nicht zu sagen, ob Schaam, ob Unwille größer war, als wir die Rede des Hrn. Abel in der Deputirtenkammer lasen. Wir schämten uns für den Herrn Abel, daß ein solcher Geist, ja ein solches Talent, das Abel ohne Zweifel ist, das die Wahrheit erkennt und als Talent erkennen muß, so sich erniedrigen kann, alles Bessere verläugnend, eine unsaubere Sache zu vertheidigen, ja nicht blos zu vertheidigen mit Gründen, die allenfalls sich noch hören ließen, Scheingründe wären, sondern sich auch durch Verdrebungen, durch Vorspiegelung von Gefahren und furchterregende Schilderungen, um die guten Meister zu gewinnen, durch Verdrehungen und falsche Behauptungen, von denen Abel glaubte, daß sie nicht sogleich durch Dokumente, wie sie ihm Kolb vorlas, würden widerlegt werden, sich auf solche Weise für seine Meinung, für seine Zwecke — jesuitische? — eine Majorität verschaffen will. Freilich als Minister hat er ja öfter dies Exerzitium mit großem Glücke benützt; aber — hat das Talent nicht erkannt, daß eine andere Zeit geworden, daß andere Männer, als damals, vor ihm stehen, die sich in ihrer Majorität gewiß nicht mehr gängeln lassen, der nicht mehr die Gottesgnädigkeit erlaubt hat, zur Berathung da zu seyn, sondern Männer des Volkes und im Namen des souveränen Volkes. Lächle Hr. Abel nur, wenn er etwa diese Zeilen liest, über diesen Ausdruck. Er ist so gut wie wir überzeugt, daß über kurz oder lang das Volk seine Souveränetät mit Frakturschrift zu lesen vorhalten wird. — Der Unwille aber übermannte uns, als wir lasen, daß der Mann jetzt auftreten kann, um im Interesse der Freiheit zu sprechen, und eine Willkürherrschaft zurückzuweisen, der, während er im Bunde mit den Jesuiten und — den Beichtvätern allmächtiger Minister war, nicht blos jede Freiheitsbestrebung, sondern auch durch eine Censur — die Krücke eines jeden morschen Staats! — wie sie früher und gleichzeitig in den andern deutschen Ländern nie geübt wurde, jedes freie Wort, ja jedes ihm nur unangenehme, die Schlechtigkeit der Verwaltung, die Pfaffenwirthschaft im Geringsten berührend, unterdrückte; der die ihm und seinen Helfern mißliebigen Beamten, die nicht unbedingt seinen Befehlen nachkamen und sein System beförderten, ohne Weiteres, ohne einen Grund anzugeben, versetzte und absetzte; der nicht die Würdigsten und Kenntnißreichsten anstellte und beförderte, sondern die Charakterlosesten (Ausnahmen geben keine Regel), die ihm versprachen, am besten in seiner Willkürherrschaft zu dienen; der damit aber auch den Nepotismus in einer Art heraufbeschwor, wie er wohl kaum je in einem Staate vorgekommen ist; der, wie schon Jemand gesagt hat, die Kreuzer verrechnete, und Millionen für seine Zwecke oder sonst eines andern verausgabte; der die Protestanten, die Gleichberechtigten, als wenn es kein Gesetz und keine Konstitution gäbe, nur als Akatholiken behandelte, ihnen Kirchen zu bauen versagte, sie zwang, Gebräuche mitzumachen, die ihrem Glaubensprinzip und somit ihrem Gewissen zuwider waren; der eine Spionerie einführte, wie sie kaum unter Napoleon und in Wien größer, schlechter und moralisch verderbender war, und das heißt viel. Und dieser Mann will nun im Interesse der Freiheit sprechen, will die Willkürherrschaft zurückweisen! Wir müßten an dem gesunden Menschenverstand verzweifeln, sollten wir glauben, daß dieser Mann bei irgend einem von ihm unabhängigen Manne in der Kammer Unterstützung finden könnte. Nur ganz Gleichgesinnte können ihm beistimmen. Deshalb hat es uns auch tief betrübt, daß dieser Mann wieder am Hofe Zutritt erhalten, ja, wenn es wahr ist, sogar über die Stellung, die Bayern zu nehmen habe, sey zur Berathung gezogen worden. Haben die gegenwärtigen Minister mit Abel berathen, es sey auf Veranlassung wessen immer, so können wir es nur bedauern. Selbstständigkeit haben sie dann nicht, ein konstitut. Gesammtministerium gibt es nicht. So haben wir denn wieder das Alte (N. Sp. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 15. Febr.) Wir sind heute in den Stand gesetzt, (meldet die Fränkf. Ztg.), den Wortlaut der Erklärung der kaiserl. Regierung in Bezug auf die Einführung des deutschen Wechselrechts in Oesterreich mitzutheilen. Es liegt in derselben eine neue Bestätigung der Thatsache, daß Oesterreich durchaus geneigt ist, die Gesetze der deutschen Centralgewalt in Vollzug zu bringen, soweit es nur immerhin bei den eigenthümlichen Verhältnissen der österreichischen Lande möglich ist: „Der Bevollmächtigte bei der Centralgewalt an das Reichsministerium der Justiz. Der Gefertigte beehrt sich, die Mittheilung zu machen, daß er die verehrliche Zuschrift des Reichsministeriums der Justiz vom 17. Jan. 1849 wegen Kundmachung der Reichsgesetze in Oesterreich seiner Regierung vorgelegt hat und ihm hierauf der Auftrag geworden ist, Folgendes zu erwidern: Die k. k. Regierung hat bereits in der Ministerial-Erklärung vom 15. April 1848 ausgesprochen, daß sie sich die Zustimmung zu den Beschlüssen der Nationalversammlung vorbehalte, und hat in dem Reskripte vom 28. Dez. 1848 wiederholt, daß Oesterreich das deutsche Verfassungswerk nur im Wege der Verständigung in Wirksamkeit treten zu lassen erkläre. Wenn sonach die Zustimmung oder Verständigung für Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung und für die Verfassung selbst vorbehalten wurde, so muß dies bei Reichsgesetzen um somehr der Fall seyn, als manche von ihnen die Konstituirung Deutschlands gar nicht oder sehr entfernt berühren. Ohne in den Umfang der gesetzlichen Gewalt der Nationalversammlung und ihres Rechtes, die Verfassung allein hinzustellen, einzugehen, muß es doch anerkannt werden, daß Oesterreich sich das Recht der Zustimmung zu allen Beschlüssen vorbehalten müsse, weil sein Gebiet theils deutsches, theils nichtdeutsches ist, letzteres aber bei seiner staatlichen Verbindung mit ersterem von allen Veränderungen wesentlich berührt wird, welche die deutschen Gebietstheile in ihrer Verfassung oder Legislation erfahren. Die Vetretung der außerdeutschen Provinzen muß durch die k. k. Regierung geübt werden. Der Unterzeichnete ist aber angewiesen, zu erklären, daß seine Regierung, von dem Wunsche beseelt, das große Einheitswerk nach Möglichkeit zu fördern, es gewiß nicht unterlassen wird, jene Beschlüsse und Reichsgesetze, welche sich den dortigen, so komplizirten Verhältnissen und Bedürfnissen aneignen lassen, auch zur gesetzlichen Richtschnur für die österr. Behörden und Unterthanen kund zu machen — sowie sie nun auch namentlich keinen Anstand genommen hat, die Promulgirung der vom Reichsministerium der Justiz mitgetheilten allgemeinen deutschen Reichsordnung, bei welcher die oben angedeuteten Bedingungen für Oesterreich eintreten, als nunmehrige gültige Norm in Wechselsachen für die deutschen Länder der österr. Monarchie zu beschließen und anzuordnen, welcher Maßregel jene der gleichmäßigen Einführung der gedachten Ordnung auch in den nichtdeutschen Gebietstheilen des Reichs, unter geringen Modifikationen, demnächst folgen wird. Frankfurt a. M. den 10. Febr."

(Frankfurt, den 15. Febr.) Den gestern durch unsere Stadt von Hanau zurückkehrenden Bockenheimer Konskriptionspflichtigen wurde, nachdem sie bereits die Thor- und Konstablerwache, erstere von Preussen und letztere von Oesterreichern besetzt, ungehindert passirt hatten, von den auf der Hauptwache befindlichen Bayern ihre Fahne hinweggenommen. Auf ihrem Hinwege nach Hanau, der ebenfalls hier durchführte, machte man ihnen keine Schwierigkeiten. Die Farbe der Fahne war keine verbotene und es scheint demnach, als ob die verschiedenen hier lagernden Reichstruppen für solche Fälle auch verschieden lautende Instruktionen hätten. (Frkft. J.)

(Frankfurt, den 15 Februar.) Auf eine Einladung an alle jene Abgeordnete, »welche das Verbleiben Deutschösterreichs in einem wahren und kräftigen, das gesammte Deutschland umfassenden Bundesstaate anstreben«, hatte sich gestern Abend sieben Uhr eine zahlreiche Versammlung von Abg. in der Mainlust eingefunden. In einer passenden und kräftigen Rede wurde zuerst von Welcker auseinandergesetzt, daß es sich darum handle, durch eine gemeinschaftlich zu bestimmende Kommission das Verfassungswerk in einer Weise revidiren zu lassen, daß der Eintritt Deutsch-Oesterreichs möglich werde, ohne andrerseits an den errungenen Volksfreiheiten im mindesten zu rühren, in welchem wahrhaft patriotischen, die Größe und Macht Deutschlands im Auge habenden Zwecke er auf die Mithülfe aus allen politischen Fraktionen rechne. Schon aber bei den nächsten Rednern stellt sich die große Schwierigkeit heraus, ein Einverständniß und eine Einigung unter so verschiedene und widerstrebende Elemente zu bringen. Geistreich bemerkte Vogt in seiner Rede, man brauche die Linke, von ihr hänge es ab, ob überhaupt etwas im Verfassungswerke zu Stande komme, sollte sie sich über die Bestimmungen des Reichsoberhaupts zur Nachgiebigkeit vielleicht herbeilassen, so müßte man diese Nachgiebigkeit durch Concessionen in andern Dingen, im Reichswahlgesetz, im Volks- und Staatenhaus »erkaufen«. Nach vielen Rednern, worunter Heckscher, Wydenbruck, M. Mohl, Hermann, Venedey, Wiesner u. A., kam man zu dem Endergebniß, es sollte aus den verschiedenen Landsmannschaften und Vereinen ein Kommissionsausschuß ernannt und bezüglich der bereits provisorisch gewählte Ausschuß ergänzt werden, um das Verfassungswerk in dem angeregten Sinne durchzugehen und geeignete Abänderungsanträge zu entwerfen; die Fraktionen der Linken wollten aber über ihre Betheiligung noch vorerst untereinander berathen und behielten sich jede bestimmte Entscheidung vor (Frkft. J.)

** (Frankfurt, den 15. Februar.) [170. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson, später Kirchgeßner.] Die Sitzung beginnt mit mehreren Interpellationen, Austrittserklärung Heubners aus sächsisch Friedberg, Flottenbeitraganzeige von 400 Thlr. aus Gera und 2212 Gulden rh. aus Oldenburg. Die Erwiderung Widemanns im Namen des Biedermann'schen Ausschusses ist von Wichtigkeit. Man solle nämlich den Versuchen der Regierungen, die Nationalversammlung auf das Vereinbarungsprinzip zurückzudrängen, die unbeirrte, schleunige Vollendung der Verfassung entgegensetzen. Nach diesen Anträgen, die meist unvollkommen beantwortet wurden, wenigstens nicht befriedigend, wurde zu Art. XI. §. 47 des Entwurfs der Grundrechte übergegangen. Dieser lautet: „den nicht deutsch redenden Volksstämmen Deutschlands ist ihre volksthümliche Entwickelung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprachen, so weit deren Gebiet reichen, in dem Kirchenwesen, dem Unterrichte, der Literatur, der innern Verwaltung und der Rechtspflege," und so wurde er auch

angenommen. §. 48 heißt: „jeder deutsche Staatsbürger in der Fremde steht unter dem Schutze der Nation.“ Dazu wird angenommen der Zusatz des Hrn. Michelsen: »Die im Auslande angestellten Gesandten, Konsuln und sonstigen Agenten Deutschlands sind verpflichtet, den Angehörigen des deutschen Volks den erforderlichen Schutz zu gewähren,“ und mit der Annahme desselben ist die erste Lesung des rückständigen Theils der Grundrechte fertig. Die zweite Lesung wurde nicht sogleich beliebt. Nun berathet die Versammlung über den Künßberg'schen Antrag, die weitere Behandlung des Verfassungswerks betreffend, welcher lautet:

»In Anbetracht, daß 1) die vom Verfassungsausschusse bisher nach und nach im Entwurfe vorgelegten, daher von der Nationalversammlung ohne die Möglichkeit eines Totalüberblicks berathenen einzelnen Abschnitte der Reichsverfassung von der Art sind, daß sie den Begriff eines Bundesstaats schlechterdings ausschließen und in vielen Beziehungen nicht nur für Oesterreich, sondern auch für jeden andern deutschen Staat unannehmbar sind, der weder an die Spitze des projektirten Gesammtstaates berufen wird, noch in der Lage ist, sich einer auf absolute Unterdrückung und Vernichtung der deutschen Einzelstaaten berechneten Gewalt auf Gnade und Ungnade ergeben zu müssen, 2) daß der bundesstaatswidrige Charakter des nun vorliegenden Gesammtentwurfs ganz besonders dem Abschnitt über das Reichsoberhaupt inne wohnt, 3) daß demnach alle bisherigen Verfassungsarbeiten einer so durchgreifenden Revision bedürfen, daß dieses Geschäft dem bisherigen Verfassungs-Ausschusse nicht füglich zugemuthet werden kann, aus diesen Gründen stelle ich den Antrag: die hohe Nationalversammlung wolle beschließen: 1) es sei durch die Abtheilungen ein Ausschuß von fünfzehn Personen zu wählen, welcher — abgesehen von dem bereits publicirten Theile der Grundrechte — alle von dem bisherigen Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Abschnitte eines Verfassungsentwurfs zu revidiren und über das Ergebniß unter Vorlegung eines neuen Gesammtentwurfs Bericht zu erstatten hat; 2) bis letzteres geschehen ist, sey die Berathung der Versammlung über das Verfassungswerk auszusetzen.« Dem Erachten des Prioritäts- und Petitions-Ausschusses gemäß, soll dem Künßberg'schen Antrage keine Folge gegeben werden. Zur Vertheidigung seines Antrags erscheint Künßberg auf der Rednerbühne. Er fürchtet, daß die Versammlung, unverrichteter Sache, d. h. ohne das Verfassungswerk begründet zu haben, werde auseinandergehen müssen, wenn sein Vorschlag keine Berücksichtigung finde, denn das Projekt eines deutschen Erbkaiserthums sey ein derartiges, daß man es so lange als möglich »unter dem Schleier der Nacht verborgen« habe.

Jahn aus Freiburg: Die Zeit hat uns abgemattet, das fühlen wir und ein Jeder sehnt sich nach Hause. Durch die Schuld, wenn nicht von Vielen, so doch von Einzelnen, haben wir das Vertrauen von Deutschland verloren. Berathen wir daher das Wahlgesetz für die Volksvertreter und lesen wir zum zweiten Male das Gesetz über das Staatenhaus. Dann lösen wir uns auf und die neue sofort an unsere Stelle einzuberufende Versammlung möge dann die Oberhauptsfrage erledigen. Auf Rüder's Antrag, der vom Centrum zahlreich unterstützt wird, erfolgt die Abstimmung über das Erachten des Prioritäts- und Petitionsausschusses durch Namensruf. Mit 298 gegen 1[illegible] Stimmen wird diesem Erachten gemäß beschlossen, dem Künßberg'schen Antrage keine Folge zu geben. Eine Erklärung von 64 österreichischen Abgeordneten wird verlesen, worin die Unterzeichner gegen das von ihrer Regierung in der Note vom 4. Febr. der Versammlung angemuthete Vereinsprinzip Verwahrung einlegen und auf ihrem Mandate als Volksvertreter beharren. Für den Verfassungsausschuß beantragt Scheller als dessen Berichterstatter, daß auch das Wahlgesetz einer zweimaligen Lesung unterworfen werde. Dieser Antrag sowohl, als die Anwendung des Schnerr'schen Abkürzungsverfahren auf die Berathung über das Wahlgesetz wird von der Versammlung angenommen. Als Redner für und gegen den Entwurf des Wahlgesetzes zum Volkshause haben sich 42 Redner einzeichnen lassen. In dieser Liste erscheint zum ersten Male der Name des Herrn Temme und natürlich unter den Gegnern des Entwurfs. Zuletzt ist das Haus nicht einmal mehr Beschlußfähig (welche Gleichgültigkeit von Seite der Deputirten!) und die Berathung wird auf morgen vertagt.

Hannover. (Hannover, den 11. Februar.) Es wird hier in gutunterrichteten Kreisen mit Bestimmtheit versichert, vom hiesigen Hofe sey eine Anfrage an das preussische Kabinet gerichtet, wie dasselbe es mit der Publikation der Grundrechte zu halten gedenke. Diese Anfrage soll am 2. Februar von hier abgegangen, und am vierten von dem hannover'schen Gesandten, Grafen Knyphausen dem Herrn von Bülow übergeben seyn. Die preussische Note, welche die Antwort enthält, ist am 8. hier eingetroffen. Sie habe von einer Publikation der Grundrechte entschieden abgerathen, in Preussen habe man, was von den Grundrechten für zweckmäßig erachtet sey, im wesentlichen durch die Landesgesetzgebung eingeführt, und werde die Publikation selbst so lange verschieben, bis die Vereinbarung über das Verfassungswerk zum Ziele geführt habe. (Br. Wes. Z.)

Hessen. (Darmstadt, den 15. Februar.) Bei der heutigen 14. Verloosung der großherzoglich hessischen fl. 25 Loose fielen auf folgende Nummern die beigesetzten Hauptpreise: Nr. 14381 fl. 15,000; Nr. 89,099 fl. 4000; Nr. 8817 fl. 2000; Nr. 41,444 fl. 1000; Nr. 20,399 und 81,465 jede fl. 400; Nr. 34,814 und 36,963 jede fl. 200; Nr. 2797 und 8829 jede fl. 100. (Frkf. J.)

Mecklenburg-Schwerin (Schwerin, den 11. Februar.) Mit den Reichsexekutionstruppen hat es nichts auf sich, denn der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin — das ehrende Zeugniß muß ihm Jeder geben — meint es ehrlich mit der Neugestaltung unserer Verhältnisse. Welche Ansichten aber am Strelitzer Hofe gelten, darüber erzählt man hier, freilich unverbürgt, sehr Verschiedenartiges. Ob die häufigen Reisen einiger daselbst hochgestellten Personen an das preussische Hoflager oder sonstige Thatsachen dazu Veranlassung geben, ist mir unbekannt, genug, man sagt mit vieler Bestimmtheit, daß das Kaiser-Franz-Grenadier-Regiment den ehrenvollen Auftrag erhalten habe, im Großherzogthum Strelitz die Freiheit zu unterdrücken. Was an diesem Gerüchte Wahres ist, vermag ich nicht zu sagen, gewiß ist es aber, daß der aus adeligen und bürgerlichen Aristokraten bestehende „allgemeine politische Verein“ in den höheren Regionen ungeheure Anstrengungen macht, um das ancien regime zurückzuführen. Daß derselbe hierin durch eine nicht unbedeutende Hofpartei unterstützt wird, ist sehr klar, einstweilen sind aber diese gescheitert an dem offnen und ehrlichen Sinn des Großherzogs. Daß man hier an eine Oktroyirung der Verfassung gedacht hat und in Strelitz noch denkt, ist zwar wahr, es ist dies aber nichts, was irgend wie Furcht erregt, weil dieselbe eine reine Unmöglichkeit ist. Durch unsere segenbringende althergebrachte ständische Verfassung sind wir in einen solchen Sumpf gerathen, daß es den verfaulten Kräften der Aristokratie nicht gelingen kann, uns herauszuziehen, dazu gehört die nervige Faust der Demokratie, und dieser gehören sieben Achtel aller Mecklenburger an. In der Kammer der Abgeordneten bilden 44 Demokraten die »Linke,« die vollständig auf dem Boden der Volkssouveränetät steht, an sie schließen sich 13 Mitglieder des linken Centrums an, die durch ihr unbestimmtes Programm beurkundet haben, daß sie auf keinem bestimmten politischen Boden stehen. Die dann kommenden 24 Mitglieder des rechten Centrums wollen eine altkonstitutionelle Verfassung und eine zwischen Fürst und Volk getheilte Souveränetät endlich die Mitglieder der Rechten wollen „halt Alles beim Alten“ lassen. 11 Mitglieder halten sich zu keiner Partei und eins, ein Apostat der Linken, wandert ohne Rast und Ruhe, aber mit würdevollem Ernst durch alle Fraktionen. Jetzt, da in den nächsten Tagen die Berathung der Verfassung beginnen wird, wird die Linke sich mit den Centren zu verständigen suchen, ob mit Erfolg, lassen wir dahin gestellt seyn. (Ztg. f. Nrddtschl.)

Oesterreich. (Lemberg, 6. Febr.) Von der russischen Grenze haben wir aus sicherer Quelle erfahren, daß große Heeressäulen sich der Grenze Galiziens und den beiden Fürstenthümern Moldau und Wallachei aus dem Inneren des Reiches nähern. Davon hat ein Armee-Korps von 45,000 Mann bereits die Bestimmung erhalten, dem König von Neapel (!) zu Hilfe zu ziehen, worunter 10,000 Mann irreguläre Reiterei, Kosaken, Kalmuken und Baschkiren. Wegen der jetzt sehr günstigen Witterung (4 Kältegrade und sehr guten Schlittenweg) dürften wir hier auch einen Theil dieser Truppen bald durchziehen sehen. (C. Bl. a. B.)

Preussen. †°† (Berlin, den 14. Februar.) Während das Gerücht von einer Vertagung des Zusammentritts der Kammern plötzlich neuen Boden gewinnt, und in Folge eines Artikels der heutigen Haude-Spener'schen Zeitung, den man allgemein aus offiziellen Quellen herleitet, als amtlich bestätigt erachtet wird, rüstet sich hier doch die Industrie schon zum baldigen Empfange der Volksvertreter die Anzeigeblätter wimmeln von Wohnungsankündigungen für Deputirte, die industriösen Buchhändler kündigen Abgeordneten-Verzeichnisse, aus den verschiedenartigsten Gesichtspunkten zusammengestellt, an. Die dankenswertheste Gabe, die auch außerhalb parlamentarischer Versammlungen nützlich und angenehm seyn dürfte, bringt die Handlung Duncker und Humblot in einem „Politischen Tagebuch“, welches außer den üblichen Notizblättern und Votirbogen für Abstimmungen die gesammte bisherige Reichsgesetzgebung, die oktroyirten preussischen Grundgesetze und eine Menge anderen überaus werthvollen Hülfsmaterials enthält. — Aus einer nach den Provinzen geordneten Nachweisung der Abgeordneten geht hervor, daß die Provinz Preussen 26 Rechte, 19 Linke, Posen 14 Rechte, 16 Linke, Brandenburg 30 Rechte, 14 Linke, Pommern 18 Rechte, 7 Linke, Schlesien 28 Rechte, 34 Linke, Sachsen 13 Rechte, 14 Linke, Westfalen 18 Rechte, 10 Linke, die Rheinprovinz 20 Rechte, 33 Linke gewählt haben. Die übrigen Gewählten sind politisch unbekannt oder zweifelhaft. — Unter den Gewählten befinden sich 104 Mitglieder der aufgelösten Nationalversammlung. Von diesen gehörten 26 der Rechten, 6 dem rechten Centrum, 21 dem linken Centrum und 51 der entschiedenen Linken an. 15 Abgeordnete sind mehrmals gewählt: unter ihnen Temme und v. Vinke 3 mal, Graf Cieszkowsky, v. Lipski, Waldeck, Rodbertus, Jakoby, v. Bodelschwingh, Harkort, Schaffranek, Ludwig, Aldenhorn, Schornbaum, Grebel, Gierse und v. Berg 2 mal. 6 dieser mehrfach Gewählten gehören der ministeriellen, 11 der Oppositions-Partei an. Der durch seine Pönitenz bekannt gewordene oberschlesische Pastor Schaffranek, früher der äußersten Linken angehörig, ist jetzt in Betreff seiner Parteistellung mehr als zweifelhaft. —

Man versichert, daß die Vertagung der Kammeröffnung vorläufig bis Ende März beschlossen seyn soll. Ob und wann nun die von den verschiedenen Parteien beabsichtigten Versammlungen zu Stande kommen werden, steht dahin. Die Oppositionspartei wollte nach einem von den hiesigen Abg. ausgegangenen Vorschlage in Breslau oder Frankfurt a. O. zu einer Vorberathung zusammentreten; die Mitglieder der Rechten werden durch den in Schlesien gewählten Grafen Renard eingeladen, am 23. Febr. in Berlin zusammenzukommen, um zu verabreden, »wie der oberste Grundsatz, daß Ordnung die Mutter der Freiheit sey, zur Geltung zu bringen.« Hr. Harkort agitirt bereits für die Bildung von Parteiklubs. Seinen Agitationen werden sich indeß seine Meinungsgenossen diesmal schwerlich mit jenen blinden Vertrauen hingeben, das sie ihm zu ihrem eigenen Schaden vor den Wahlen geschenkt haben. Es ist bemerkenswerth, daß Hr. Harkort als Leiter der konservativen Wahlbewegung auf sich selbst eine mehrfache Wahl zur zweiten Kammer zu lenken vermochte, während es wunderbarer Weise seinen ausgedehnten Verbindungen und der großen Macht der ihm zu Gebot gestandenen Mittel nicht hat gelingen wollen, auch nur einen Einzigen seiner eifrigsten Mitarbeiter den Mitgliedern des permanenten Ausschusses der Rechten, eine Abgeordnetenstelle zuzuwenden. Denn die Hrn. Ostermann und Müller haben ihre Wahlen eigener Thätigkeit zu danken; die Herren Gosse, Walter, Bauernstark, Reichensperger, von Meusebach sind — nicht obgleich, sondern weil der wackere Verfasser der Bergmannsbriefe ihr Kooperator war — ungewählt geblieben.

(Berlin, den 12. Februar.) Die konstitut. Korrespondenz enthält folgenden kriegslustigen Schluß im preussischen Sinne: Preussen würde sich dem Willen des deutschen Volkes und seiner Vertreter in Frankfurt gefügt haben; dem Willen Oesterreichs darf es, wird es sich nicht fügen. Will Oesterreich aber den Vertretern Deutschlands in der Paulskirche einen Zwang anlegen, dann wird Preussen einstehen für die Freiheit derselben. Das Schwert Friedrich des Großen ist noch nicht eingerostet!

Sachsen. (Dresden, 13. Febr.) Die I. Kammer hielt heute eine längere Sitzung. Während dem Vortrage der diesmal sehr reichlich ausgestatteten Registrande ergreift zuvörderst Abg. Böricke aus Anlaß einer Petition auf Abberufung des sächsischen Gesandten in Wien das Wort, um an die Kammer den Antrag zu bringen, ohne weitere Diskussion ihre Zustimmung zu den in Betreff der Tödtung R. Blum's gefaßten Beschlüssen der II. Kammer zu geben, was denn auch sofort einstimmig geschah. Abg. Heubner erstattet Bericht, anlangend die authentische Interpretation, des Wortes „selbstständig“

im provisorischen Wahlgesetz vom 15. Nov. 1848. Nachdem die Debatte eine Zeit lang von den Abgg. Todt, Jahn, Zschweigert, Böricke und Gautsch fortgeführt worden war, und Abg Kaiser einen Antrag im Sinne des Abg. Todt eingebracht hatte, den er jedoch später bei der Fragstellung vorläufig wieder zurückzog, hat Abg. Heubner als Berichterstatter das Schlußwort: Zuerst weist derselbe den Vorwurf der Ungeradheit mit aller Entschiedenheit zurück, alsdann bemerkt er, daß er von dem Minister kein Wort der Entschuldigung rücksichtlich der Verordnung vom 8. Dezbr. gehört habe, endlich theilte er vielfache Aeußerungen der Staatsminister Oberländer, v. d. Pfordten und Braun, sowie des Abg. Todt mit, die nicht mit den heutigen Ansichten im Einklange ständen. Er will nach den Ministertischen nicht die Verdächligung reaktionärer Gesinnung schleudern, glaubt aber das mahnende Wort dahin richten zu müssen, sich nicht von dem natürlichen Boden wegdrängen zu lassen. Jetzt käme es nicht mehr darauf an, sich auf diese oder jene Seite stellen zu wollen; der ganze Staat sey demokratisch geworden, und es handle sich blos darum, das Ruder dieses Staats in die Hand zu nehmen. Staatsminister Oberländer bemerkt endlich noch, daß er rücksichtlich seiner früheren Aeußerungen kein Wort zurücknehme, und er habe noch niemals politische Reue zu fühlen nöthig gehabt. Dem Vertrauen des Volks verdanke er seinen Platz am Ministertische, wie in der Kammer; er würde beide aufgeben, wenn er das Vertrauen des Volks nicht mehr besäße. Er habe dem sächsischen Volk eine parlamentarische Regierung versprochen. Er werde sein Wort zu halten wissen. Der erste Antrag der Deputation: „selbstständig ist gleichbedeutend mit: befähigt, seine Rechte vor Gericht selbst zu vertreten und wesentlichen Wohnsitz für gleichbedeutend mit demjenigen Wohnorte, der den Gerichtsstand einer Person gegründet," wurde bei namentlicher Abstimmung gegen 7 Stimmen (Abgg. Hauswald, Hilbert, Oberländer, Oedmichen, Todt und Ziesch) angenommen, ebenso auch der zweite Antrag: „Die Kammer wolle im Vereine mit der zweiten Kammer die Staatsregierung ersuchen, der oben ersichtlichen Auslegung der in §. 4 des provisorischen Wahlgesetzes enthaltenen gesetzlichen Bestimmungen beizutreten und die hierdurch ermittelte authentische Interpretation im verfassungsmäßigen Wege zu publiziren," gegen dieselben Stimmen. Außerdem wurde noch ein unwesentlicher Zusatzantrag des Abg. Böricke angenommen. Hierauf wurde die Sitzung von dem Präsidenten geschlossen. (D. A. Z.)

(Leipzig, den 14. Februar.) Heute morgen gegen 9 Uhr sprang in der Schwedler'schen Fabrik bei Lindenau der Dampfmaschinenkessel. Ein Maschinist und ein in der Nähe arbeitender Zimmermann sind dadurch getödtet worden. Ausserdem wurde Niemand beschädigt. Der vordere Theil des Kessels ward herausgesprengt und sammt dem übrigen Theil aus dem Maschinenhause, das sehr zerstört wurde, weit hinausgeschleudert. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Tondern, den 8. Februar. Man erfährt von unserm noch im Norden weilenden zweiten Jägerkorps Nachfolgendes: Eine an der Königsau in der Nähe von Foldingbro zur Nachtzeit umhergehende Patrouille stößt auf eine dänische Patrouille, die sich am jenseitigen Ufer befindet. Plötzlich fallen Schüsse auf unsere Patrouille, wenn wir recht unterrichtet sind, ohne Schaden anzurichten. Diese schickt nun einen Parlamentär hinüber, um nach der Ursache des Schießens zu fragen. Der bei der dänischen Patrouille befindliche Offizier antwortet: Es sey ohne ein Kommando geschossen worden! bei welcher Antwort er es glaubte bewenden lassen zu können. — Das Oberinspektorat vom Gute Gramm, das bekanntlich im Amte Hadersleben liegt, bekleidet Graf Sponneck in Ripen. Die Bedienung des Gutes verweigerte der hierher gelegten Einquartierung Anfangs jede Dienstleistung. Der Grund der Weigerung hat sich später herausgestellt, indem Graf Sponneck der Dienerschaft auf das strengste untersagt hatte, den Unsrigen sich irgendwie hülfreich zu beweisen. (S.-H. Z.)

Würtemberg. (Stuttgart, 14. Febr.) In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde der Reyschersche Antrag in folgender Fassung angenommen: „Die Kammer der Abgeordneten, in Uebereinstimmung mit der in der 78. und 80. Sitzung vom Ministertisch dargelegten Politik der würtembergischen Regierung über das deutsche Verfassungswerk erklärt zu Protokoll: 1) daß sie nur in der festen Vereinigung aller, auch der österreichisch-deutschen Bruderstämme zu Einem verfassungsmäßig gegliederten Bundesstaat die Einheit des Gesammtvaterlandes, die Freiheit und Wohlfahrt der einzelnen Stämme gesichert halte; 2) daß die Beschlußnahme über die künftige Verfassung Deutschlands einzig und allein der vom Volke gewählten deutschen Nationalversammlung zu überlassen sey; 3) daß die Kammer das Vertrauen zu der Nationalversammlung hege, sie werde unbeirrt durch sich ihr entgegenstellende Schwierigkeiten, woher sie auch kommen mögen, das große Werk der National Einigung im Sinne und Geist des ihr vom deutschen Volke ertheilten Auftrags zum Ziel führen." Nachdem über die einzelnen Punkte durch Aufstehen und Sitzenbleiben entschieden worden, wurde in namentlicher Abstimmung der Gesammtantrag mit 61 gegen 12 Stimmen angenommen. — Noch wurde der Antrag der Kommission gutgeheißen: Den gefaßten Beschuß durch Vermittlung des Präsidiums zur Kenntniß der Natinalversammlung zu bringen. (Schw. M.)

Frankreich.

† (Paris, 13. Febr.) Der Schluß der gestrigen Nationalversammlung ist für das Ausland so wichtig, daß wir ihn nach dem heutigen Moniteur so vollständig als möglich geben.

[Sitzung der Nationalversammlung vom 12. Febr., nach 6½ Uhr.] Odilon Barrot: Ich glaube, mich genügend darüber ausgesprochen zu haben, daß ich daran zweifle, der Marschall Bugeaud habe sich genau so ausgedrückt, wie dies die Blätter angeben. Ich habe erklärt, daß, wenn der Chef, dem das Oberkommando der Alpenarmee übergeben wurde, wirklich öffentlich oder in Privatgesprächen erklärte, daß die Alpenarmee nicht jene Bestimmung erhalten solle, die ihr gesetzlich und amtlich zugedacht wurde und die sie auch behält: so hätte dieser Chef alle seine Amtspflichten ausser Acht gelassen, er hätte den stupidesten Unsinn begangen, er hätte sich selbst destituirt. (Gelächter.) Ich füge hinzu, daß mir die Sache Seitens des Marschalls Bugeaud dergestalt erstaunlich erscheint, daß es sich wohl der Mühe lohnt, sie verifiziren zu lassen..... Ja, unsere schöne und tapfere Alpenarmee hat einer Frage die Spitze zu bieten, die noch unter uns brennt, welche aber die Weisheit und der gesunde Sinn sowohl der Nationen, als der Regierungen zu pazifiziren suchen werden und zwar, wie ich hoffe, im Interesse der Freiheit selbst. Wenn also die Alpenarmee wirklich berufen würde, die Alpen zu übersteigen, glaubt Ihr dann, daß es von keiner Gefahr sey, wenn in ihrem Rücken der Bürgerkrieg entbrenne?... David (Angers): Aber Sie selbst sehnen sich ja nach dem Bürgerkriege!... Arago (Emanuel): Billigen oder mißbilligen Sie die Sprache Bugeauds? das ist die Frage! Barrot (ohne auf die Unterbrechungen zu antworten fährt fort): Der Redner Arago scheint zu befürchten, daß die Aeusserungen Bugeauds den Negoziationen schaden könnten, welche in diesem Augenblicke gepflogen werden. Beruhige er sich. Das Ausland sowohl, als die Regierung selbst, wisse sehr gut, daß, je energischer der Geist der Unruhe im Innern unterdrückt wird, desto höher unser Einfluß nach Außen steige. (Lärm vom Berge.) Das Ausland versteht die Worte Bugeauds sehr wohl. Es sieht sehr gut, daß sich, Gott sey Dank! die Gefahr allmälig entferne und sich mit jedem Tage schwäche... Diese Anerkennung bildet nicht nur die Freude aller Patrioten (ah, ah!), sondern des Auslandes selbst (oh, oh! links, Beifall rechts). Die Ordnung und die Achtung der Obrigkeit, die in unsere Städte wieder eingezogen, sind Symptome, denen das Ausland vielleicht mit eben so viel oder noch größerer Aufmerksamkeit folgt, als wir. (Bewegung links. Rechts Geschrei: Tagesordnung! Tagesordnung!) Corall entgegnet: Dieses immerwährende Vorhalten eines blutigen Gemäldes von Bürgerkrieg im Innern birgt eine enorme Gefahr nach Aussen. Daß die gesellschaftlichen Fragen mit Weisheit und unblutig gelöst werden müssen, ist schon hundert Male auf dieser Bühne gesagt worden. Das ist der Wille und das Streben von uns Allen. Aber diese Befürchtung und Schilderung einer Gefahr bis aufs Höchste treiben — wollen Sie wissen, wie das heißt? Ein Plagiat! Verzeihe mir's der Hr. Konseilpräsident, aber er wiederholt das Spiel, wie man es 18 Jahre lang trieb. Seine Sprache ist reiner Guizot! Barrot: Nie befand sich Herr Guizot in meiner Lage! Corall: Es handelt sich hiebei nicht um die Person, sondern um das System. Repression nach Innen braucht keineswegs den Frieden nach Aussen à tout prix zu bedingen. Indem man nach Aussen und Innen fortwährend von Staatsgefahr und Bürgerkrieg schreit, lähmt man die Kräfte nach Aussen und Innen (des Verkehrs und der Armee). Die Erklärungen des Ministers finde ich keineswegs genügend, darum schlage ich folgenden Tadel in Form einer begründeten Tagesordnung vor: „Die Nationalversammlung betrachtet die Explikationen der Regierung als eine Ablehnung der dem Marschall Bugeaud zugeschriebenen Worte und geht zur Tagesordnung über." Vom Berge: Unterstützt! Unterstützt! Stimmen rechts: Einfache Tagesordnung! Bedeau erscheint auf der Tribüne mit einem Zeitungsblatt und will unter zahlreichen Unterbrechungen den Ruhm der afrikanischen Offiziere, in specie Bugeaud rechtfertigen. „Die Macht des Namens des Marschalls Bugeaud allein — ruft er durch den Tumult — wird sicherlich für die Erfolge der Zukunft — (oh! oh!) ich sage, die Macht des Namens des Marschalls Bugeaud an der Spitze der Alpenarmee, wird den Erfolgen der Zukunft gewiß keinen Schaden thun. (Sturm, in dem man vorzüglich die Stimme St. Gaudens's erkennt.) St. Gaudens: Der Bürger Bedeau schien den Gliedern der Nationalversammlung das Recht der Kontrole über die Handlungen des Marschalls Bugeaud abzusprechen. Ich protestire dagegen. Wir haben das Recht, alle Militär- und Civilbeamten zur Rechenschaft zu ziehen. (Ja, Ja!) Als Bedeau vom Marschall ferner sagte, daß er die Alpenarmee gewiß nur zur Aufrechthaltung des Gesetzes und der gesellschaftlichen Prinzipien anwenden würde, wenn die angedeuteten beklagenswerthen Umstände eintreten sollten, so rief ich ihm zu: „....und der Republik!" Diesen Zuruf that ich, weil ich den reaktionären Gang der Regierung sehe, weil man das Wort Republik zu vermeiden sucht, weil man selbst amtliche Dekrete nicht mehr mit dem republikanischen Wahlspruche beginnt. (Sturm.) Ich protestire gegen diese monarchischen Tendenzen! (Zur Abstimmung! Zur Abstimmung!) Marrast: Da die einfache Tagesordnung der begründeten vorangeht, so bringe ich sie zur Abstimmung. Stimmen: durch Namenszettel! Das Resultat ist folgendes: Anwesend sind 682, von denen 397 gegen, 285 für die einfache Tagesordnung stimmen. Die Sitzung wird um 7 Uhr geschlossen.

(Belfort, im Februar.) Eine hier beliebte napoleonische Demonstration ist übel abgelaufen. Die kaiserliche Propaganda hat aus Knaben und allerlei Gesindel einen Festzug veranstaltet, an dessen Spitze der Mann „mit kleinem Hut und grauem Oberrock" (ein hiesiger veramter Küfermeister) stand. Bei dem Halt vor einer Brauerei wurde die große Cortege zersprengt, der Kaiser seines Degens beraubt und sonst nicht viel besser behandelt, als weiland seine Kollegen Wenzel und Sigismund von den böhmischen und ungarischen Rebellen. Der Geprügelte bekannte unter Thränen, daß er zu seiner großen Rolle durch Geld gedungen worden sey, jedoch um „Himmelswillen" die Direktoren nicht nennen dürfe. Noch immer „à la Strasbourg et Boulogne."

Italien.

(Florenz, den 10. Febr.) Die provisorische Regierung von Toskana hat nach der Florentiner Alba beschlossen: die Bürgerwehr und die stehenden Truppen sind von ihrem Schwur entbunden (9. Febr.); der Name Leopold II. verschwindet von der Spitze der Entscheidungen der Staatstribunale und der Akte öffentlicher Notare; statt dessen tritt die Bezeichnung: provisorische Regierung von Toskana ein. Von Livorno ist unterm 8 Febr. 11 Uhr 30 Min. Nachmittags eine thelegraphische Depesche ans Ministerium abgegangen, die ergangenen Befehle seyen vollzogen, um 2 Uhr nach Mitternacht werde die Expeditou nach Elba abgehen, die Stadt sey ruhig. Die Stadt Lucca war bis zum 8. Febr. 2½ Uhr Nachmittags ruhig. Die Stadt Pisa deßgleichen; die politischen Klubs von Pisa haben ihren Anschluß an die provisorische Regierung ausgesprochen. In einigen Ortschaften nahe bei Florenz hatten sich Spuren von Unruhen gezeigt, waren aber sogleich unterdrückt. Das italienische Bataillon halte sich zur Verfügung der provisorischen Regierung gestellt. (A. A. Z.)

(Neapel, den 1. Februar.) Die Bewegung in hiesiger Stadt von vorgestern (Jahrestag der Ertheilung der Konstitution), hat das Reg.-Journal (Giornale Costituz.), was den Ausgang betrifft, ziemlich getreu dargestellt. Ueber Umfang und Zweck derselben herrschen die verschiedensten Meinungen. Vernünftigerweise (angesichts der bis an die Zähne bewaffneten Forts) kann keine andere Absicht dabei geherrscht haben, als eine wirklich ganz unschuldige Kundgebung, daß man sich dieser Tage gerne erinnern und auch die Regierung daran

erinnern möchte. Unbegreiflich bleibt die Aengstlichkeit der Behörden bei solchen Anlässen: viele Regimenter waren aus den Kasernen gerückt, und die meisten Patrouillen, ganze Kompagnien- und Schwadronenweise aufmarschirt. Sollte diese Ostentation wohl dazu dienen, dem Gerücht, daß die Polizei selbst die Unruhen hervorrufe, zu begegnen? Leute vom königlichen Palast sprechen seit einigen Tagen mit großer Zuversicht von einem nahe bevorstehenden gänzlichen Umschlag der politischen Angelegenheiten Italiens zu Gunsten der Reaktion, vielleicht in Bezug auf einen Vorgang bei dem diplomatischen Korps in Gaëta, indem dort laut ziemlich zuverläßigen Berichten eine Intervention im Kirchenstaat zu Wiedereinsetzung des Papstes in seine weltliche Gewalt beschlossen worden seyn soll. Zu diesem Zwecke würde im Einverständniß sämmtlicher Hauptmächte Europa's, Frankreich über Civitavecchia für Unterwerfung der Hauptstadt, und Oesterreich gleichzeitig für diejenige der Legationen auftreten. Heute wurden hier die Kammern eröffnet. Die Deputirtenkammer vertagte sich, da sie noch nicht in hinreichender Zahl beisammen war, bis übermorgen.

Der Monitore Toskano veröffentlicht folgendes Aktenstück: Schreiben Leopolds II. an den Präsidenten des Ministerraths. Hr. Präsident! Glauben Sie nicht, daß, indem ich Siena verlasse, es meine Absicht sey, Toskana aufzugeben, an das ich mit so viel Liebe geknüpft bin. Ich empfehle lebhaft und mit Vertrauen meine sowohl in Florenz als in Siena befindlichen Familienglieder, sie wußten nichts von meinem Entschlusse. Ich bitte, daß mir diejenigen folgen dürfen, die mir unumgänglich nothwendig und welches diejenigen sind, die ich hier in Siena habe; ferner bitte ich, die Art und Weise erleichtern zu wollen, daß sie mir meine und meiner Familie Equipagen, diejenigen, welche ich gleichfalls hier in Siena habe, folgen dürfen, da diese sonst dessen sich beraubt sähe, was zum Leben nothwendig ist. Zu der Zahl der Personen die mir folgen mögen, rechne ich auch den Ajo meiner Söhne, oder ihren Begleitungs-Cavalier und mein Sekretariat. Wenn die Personen meines Gefolges die Richtung der königlichen Maremmenstraße einschlagen, werden sie den Ort erfahren, wohin ich mich begeben habe. Mit ausgezeichneter Hochachtung unterzeichne ich — Siena, 7. Febr. 1849 — Ihr wohlgewogenster Leopold. (A. A. Z.)

Neu ausgestellte Werke im Albrecht-Dürer Hause in Nürnberg.

Der Evangelist St. Mathäus mit dem Engel. Oelgemälde auf Goldgrund. Altarblatt für die neue Stadtkirche in Oschatz, gemalt von Professor C. Heideloff. — Ein weibliches Portait. Oelgemälde von Göß.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Exp.-Nro. 6718 I.

Bekanntmachung.

Vom

kgl. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg.

Da sich bei der zum Verkauf des Rothhelferschen Anwesens auf den 29. v. Mts. dahier anberaumten Tagfahrt ein Kaufslustiger sich nicht einfand, so wird das genannte Anwesen unter Rückbezug auf die frühere Ausschreibung vom 15. Dezember v. Js. nun wiederholt dem öffentlichen Verstrich unterstellt, und hiezu Termin auf

Donnerstag den 22. März curr. Vormittags 11 Uhr

im Kommissionszimmer Nro. 5 angesetzt, mit dem Bemerken, daß der Zuschlag nunmehr ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgt.

Nürnberg den 6 Februar 1849.

D. I.

Iberl, k. Rath.

Exp.-Nro. 435.

Bekanntmachung.

Die Wiedereröffnung der Schifffahrt auf dem Ludwig-Kanal findet

Montag den 12. März d. J.

statt, in so ferne nicht allenfalls eintretender Frost Hindernisse in den Weg legt.

Nürnberg, den 16. Febeuar 1848.

Kgl. Verwaltung des Ludwig-Kanals.

v. Hartmann.

Schwarz.

Eheliche Verbindung.

Unsere eheliche Verbindung zeigen wir hiemit verehrten Verwandten und Freunden ergebenst an.

Kraiowa (Klein-Wallachei), den 25 Jan. 1849.

Gustave Glaise, Professor.
Ida Glaise, geb. Winter.

Trauer-Anzeige.

Meinen Verwandten, Freunden und Bekannten widme ich hiemit die Anzeige, daß Gott der Allmächtige meine unvergeßliche Frau

Elisabetha Rosina Langus

am 15. d. früh 3 Uhr im 59 Lebensjahre nach einer 35jährigen zufriedenen Ehe von dieser Welt abgerufen hat. —

Sie starb nach 34 Jahre langen Leiden, welche ihr durch eine schwere Entbindung verursacht wurden, und mit denen sie diese lange Zeit zu kämpfen hatte, bis eine noch zu diesen hinzugetretene Wassersucht ihr zeitliches Ende herbeiführte in Gott ergeben.

Wer die redlichen Handlungen der Dahingeschiedenen kannte, wird wissen, was ich an ihr verliere, und meinen Schmerz ehren.

Der trauernde Gatte

Langus.

Dank.

Hiemit statte ich den Herren von den Freikorps von Nürnberg und Tafelhof, welche meinen verstorbenen Bruder Paulus Seyschab so zahlreich zu seiner Ruhestätte begleiteten, meinen verbindlichsten Dank ab, mit der Bitte zu Gott, daß er sie alle recht lange vor ähnlichen Fällen bewahren möge, mir aber Gelegenheit zu Theil werden lasse, ihnen meine Dankbarkeit bei freudigen Vorkommnissen bethätigen zu können.

Jeremias Seyschab.

Allgemeine Arbeiterversammlung

wird heute Sonntag den 18. d. Nachmittags 4 Uhr

im Katharinen-Saale

stattfinden, wozu sämmtliche Arbeiter eingeladen werden.

Das Comité für Arbeiterversammlungen.

Anzeige.

Die Auktion an der Fleischbrücke 808 S. wird Montags und folgende Tage fortgesetzt.

Einladung.

Heute Sonntag den 18. Februar Bock. Hiezu ladet ein

Hoch
in der Tetzelstrasse.

Grosser Maskenball

im goldnen Adler.

Einem verehrlichen Publikum mache ich die ergebenste Anzeige, daß an Fastnacht großer Maskenball stattfindet. Entree a Person 30 kr. Um einen zahlreichen Besuch bittet

Eland. Braun

Weiße Taube am Webersplatz.

Sonntag den 18. Februar »Launige Gesang-Unterhaltung vom steyerischen Sänger C. Fischer und Mannerl. Anfang 8 Uhr

Th. Müller.

Liedertafel!

Montag den 19. d. M. findet Maskenball im Bamberger Hofe statt. Der Unterzeichnete ladet die verehrten Mitglieder hiemit höflichst ein.

Anfang 7 Uhr.

Der Vorstand.

Karten für Fremde sind bei Herrn Wirth Kleining in der Neuengasse, so wie beim Vorstand L. No. 416 am weißen Thurm abzuholen.

Berliner Pfannkuchen

sind heute, so wie jeden Sonntag vorräthig bei

Conditor G. Winter,
am rothen Roß

Berichtigung.

Zur Berichtigung der öffentlichen Rüge in No. 47 der Mittelfränkischen Zeitung, wegen körperlicher Züchtigung eines Bettlers wird von einem Zeugen der öffentlichen Sitzungen des Erlanger Polizei-Senats erklärt:

daß der Bestrafte nicht wegen Betteins eines Mittagessens, sondern wegen gefährlicher Landstreicherei, rechtswidriger Aneignung einer fremden Reiselegitimation, falscher Namensangabe, Entweichung auf dem Transport und arbeitsscheuer Sterunerei im In- und Auslande, worüber derselbe mehrmals auf den Schub kam, nach Vorschrift des in Kraft erhaltenen Art. 5 der allerhöchsten Verordnung vom 28 Nov. 1816, die Bettelei und Landstreicherei betr., bestraft worden ist.

F. P.

Anzeige.

Der Schlüssel zum Katharinen-Saale ist abhanden gekommen. — Man ersucht um dessen Zurückgabe in der Exped. d. Blattes.

(Garten-Verpachtung.) Der Unterzeichnete ist gesonnen, von dem an seinem Gasthofe anstoßenden großen Garten einige Tagwerke in ganz kleinen Parzellen von der Größe der Cultur-Vereins-Gärtchen auf längere Zeit an Gartenfreunde zu verpachten und ladet daher Pachtliebhaber ein, sich mit ihm über die Pachtbedingungen zu verständigen.

Schmidt,
Gastwirth zum Regensburger Hof.

Masken-Anzuge

für Frauenzimmer sind in der breiten Gasse Nr. 507 über zwei Stiegen sehr billig zu verleihen.

(Zu verkaufen.) Ein großer Ofen von Mauersteinen ist auf Abbruch zu verkaufen. Näheres S. Nro 881 Rathhausgasse.

(Anzeige.) So eben hat die Presse verlassen und ist in der Tümmel'schen Buchdruckerei (Exped. der Mittelfränkischen Zeitung) um 6 kr zu haben:

Mein Uebertritt

aus der

römisch-katholischen in die freie christliche Kirche

am 21. Januar 1849 zu München

und

Meine erste Predigt

in Nürnberg,

von

Ludwig Bierdimpfel

bisher römisch-katholischer Geistlicher.

(Anzeige.) Unterzeichneter eröffnet mit dem Monat März einen neuen Lehrkurs des Tanzunterrichts, welches verehrten Theilnehmern hiemit zur Kenntniß bringt

Anton Kleining.
S. No. 1178.

Zu verkaufen.

Ein Garten, eine halbe Stunde von hier entfernt, an der Hauptstrasse und Eisenbahn gelegen, 2 Tagwerk 66 Dez. groß, mit einem Wohn- und zwei kleinen Neben-Gebäuden, in hoher schöner Lage und mit weiter Aussicht ist zu verkaufen und kann die Hälfte des Kaufschillings gegen billige Verzinsung hierauf stehen bleiben.

Nähere Aufschlüsse ertheilt

das öffentliche Kommissions-Bureau von
J. St. Schmidt in Nürnberg.

☞ Zu verkaufen

ist eine reale Großpfragnerei-Gerechtigkeit mit allen hiezu gehörigen Utensilien

durch das öffentliche Kommissions-Bureau
von J. St. Schmidt

(Zu verkaufen) Shakspeare's sämmtliche dramatische Werke, übersetzt von Böttger u. A. mit Kupfern, 12 Bändchen, schön gebunden, sind billig zu verkaufen in S. Nr. 1119 in der Judengasse (Zwerglein-Wirthschaft)

(Zu verleihen) Masken-Anzüge für Herren sind billig zu verleihen in der breiten Gasse L. Nro. 509 im ersten Stock.

(Zu verkaufen. In Nr. 73 in Tafelhof ist eine Chaise täglich zu verkaufen.

(Gesuch.) In eine Etuis- und Portefeuille-Fabrik Bayerns werden einige in diesem Fache geübte Arbeiter gesucht. Näheres in der Exp. d. Bl.

(Verlaufen.) Am 16 d hat sich ein kleiner Pinscherhund mit weißen Pfoten und mit rothen Quasten versehen verlaufen. Wem derselbe zugelaufen beliebe ihn in Nro. 1017 S. zurückzubringen.

(Gesuch) Eine an Ordnung und Reinlichkeit gewöhnte Hausmagd wird sogleich in Dienste zu nehmen gesucht.

(Anzeige.) In Gostenhof Nr. 132 am Kirchhofweg sind täglich gute Hefenküchlein zu haben und werden Bestellungen angenommen.

Stadttheater in Nürnberg.

Sonntag den 18 Februar. Dritte und letzte Vorstellung der Wiener Ballet-Tänzer-Gesellschaft. Dazu: »Der Vetter.« Lustspiel in 3 Akten von Benedix.

Montag den 19. Februar. Letzte große brillante Darstellung der Wiener Ballet-Tänzer unter Direktion der Gebrüder Schier. Dazu: »Die Helden«, Lustspiel in 1 Akt von Marsano, und Gesangsproduktion in Kostüm der Herren Herger, Sabano und Frl. Pruckner.

Theater in Erlangen.

Sonntag den 18 Februar. »Die Zauberflöte.« Große Oper in 2 Akten v. Schickaneder. Musik v. Mozart.

Freiblatt

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 19. Februar 1849. № 50. Montag: Susanna.

Deutschland.

Bayern. (München, 13. Febeuar.) Dem Vernehmen nach hat der Abg. Kolb von Speyer, als Mitglied des Finanzausschußes es übernommen, das Verhätniß wegen des hinter dem Rücken der Stände aus Staatsgeldern an Griechenland gemachten Anlehens zu erforschen und festzustellen. Bisher wuede höchstens in geheimen Sitzungen davon geredet, dieser wichtige Gegenstand aber niemals so behandelt, wie es in einem wahrhaft konstitutionellen Staate geschehen muß. Es werden sich wohl manche merkwürdige Enthüllungen daran knüpfen. (N. Sp. Z.)

(München, den 16. Februar.) Es scheint, als ob wir dem Ende unserer Ministeekrise endlich nahe wären, da in Folge einer heute Nachmittags zu Nymphenburg abgehaltenen Konferenz dee zurückgetretenen Minister mit dem König für morgen ein definitiver Beschluß bezüglich einer neuen Verwaltung in Aussicht steht. Soviel man hört, ist Heintz entschlossen, an letzteree unter der Bedingung theilzunehmen, daß seine neuen Kollegen bezüglich ihrer politischen Gesinnung mit ihm auch vollkommen übereinstimmen. Das Verhältniß zue Kammer möchte dann wohl auf diese Weise festgestellt werden, daß das neue Ministerium als wirkliches Gesammtministerium ein Programm entwirft, welches der Kammer vorgelegt und auf dessen Basis mit derselben transigirt werden soll. Sollte der Versuch einer Verständigung auf diesem Wege scheitern, so bliebe dann allerdings kein anderer Weg übrig, als nach Auflösung der Kammer an das Volk zu appelliren. Wer indeß mit Heintz das neue Ministerium bilden soll, ist in diesem Augenblicke noch unbekannt. (A. A. Z.)

Freie Städte. ** (Frankfurt, 16. Febr.) [171. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Auf dee Tagesordnung steht der wichtige Gegenstand der Berathung des Entwurfs »Reichsgesetz über die Wahlen der Abg. zum Volkshause,« durch dessen Annahme die Versammlung sich ein neues Armuthszeugniß ihres dünnen Begriffes von Volksfreiheiten und Volksrechten ausstellen und einen neuen Stuem heeausbeschwören würde. Die allgemeine Besprechung über das Wahlgesetz zeigte wieder in den Rednern der linken und rechten Seite des Hauses und in den ihnen gespendeten Zustimmungen, die scharfen Gränzlinien der Parteien. So sprach Löwe aus Calwe gegen den Entwurf. Er führt England und Frankreich an, um seine Meinung zu rechtfertigen.

Louis Philipp hat sich auf eine Regierung der Interessen gestützt, sagt der Redner, wie sie duech Ihr Wahlgesetz dargestellt wird, und doch ist keine Regierung so schmachvoll gestürzt, so ohne alle Wurzel zu hinterlassen, als die Dynastie Orleans. Bei uns aber würde sich die Partei der Inteeessen mit dem Philisterthume, mit dem bürgerlichen Zopfe unseres Volkes veebünden zu einer Herrschaft des Egoismus von der schamlosesten Art. Wo hat man je eine solche Windmühlenpolitik erlebt, wie kürzlich in Deutschland? Heut ein Adressensturm, der für die Kammern nach Berlin blies, als die Kammern im Vortheil schienen, und morgen ein entgegengesetzter Adeessensturm für die Regierung, als die Regierung die Oberhand behauptete. Die Vorschläge des Verfassungsausschusses gehen dahin, daß der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit noch vergroßert wird. Ja der Entwurf thut mehr, er macht die Arbeit zur Schande. Aber der Entwurf ist unausfübebar. Wie haben das Vereinsrecht. Schließen Sie nun eine ganze Klasse von der Theilnahme am Staate aus, so wird sich diese Klasse zusammenthun, und einen Staat im Staate bilden. Sie werden dann dahin gedeängt werden, das Associationsrecht zu verbieten, und Sie werden es nicht blos aufheben können für die Arbeiter. Sie werden die ganze Nation einer ihrer theuersten Freiheiten berauben müssen. Nachdem sich der Redner endlich mit Nachdruck füe direkte Wahlen erklärt hat, ermahnt er die Versammlung, daß sie den Steom der öffentlichen Meinung, auf welchem ihr Fahrzeug schwimme, nicht selbst seicht machen solle, damit das Fahrzeug nicht scheitere.

Reichsminister Beckerrath will durchaus nur ein beschränktes Wahlrecht, das selbst die Humanität (wie stupent, tiefsinnig!) fordere. Pfeiffer sagt ganz richtig, dieses Wahlgesetz öffne der Willkür Thür und Thor. Durch die Ausschließung der Fabrikarbeiter, Taglöhner und Handwerksgehilfen schließen Sie die Hälfte der bisherigen Urwähler aus. Wer hat auf den Barrikaden gestanden, wer die Revolution des März mit seinem Blut und Leben durchgefochten? Die Handwerksgesellen und die Fabrikarbeiter, die sie in ihre Rechtlosigkeit zurückdeängen wollen. Wenn sie wirklich ungesittet, wenn sie einsichtslos wäeen, so würde dies nur eine ernste Erinnerung für uns seyn an das, was wir versäumt haben. Ehren Sie die Arbeit, sie ist die Grundlage der sozialen Ordnung und des Wohlstands. Ehren Sie die Arbeit und die Arbeiter. (Beifall.)

Auf diesen Rednee folgt der geschwätzige bourgeoisliberale Herr Staatssekretär Bassermann, und weist nach (natürlich auf seine Begriffe gestützt, also etwas schwache Stützen), daß die Kaufleute, Gelehrte, Staatsmänner die rechten Arbeiter wären, die Männer des Volks, den Lumpen gegenüber, die nicht zum Bürgerthum als Kern des Volkes gehörten. Herr Bassermann führt ein Heer von Männern an, Herder, Göthe, Schiller, Fichte, Gneisenau, die hätten die Freiheit gemacht, das wären die wahren Männee des Volkes gewesen. Aus der neueren Zeit führt er Eisenmann, Behr, Welcker, Rotteck an. Bassermann will, daß es Führer, wozu er wahrscheinlich sich auch rechnet und Gefährte geben müsse, die zum unbedingten Folgen bestimmt seyen. Bassermann ist für den Entwurf oder wenn dieser nicht beliebt würde, für einen Census von 350 fl. jährlichee Einnahme.

Vogt von Gießen: Das Wahlgesetz drückt endlich einmal offen aus, daß dee Konstitutionalismus nicht mit dee Majorität des Volkes regieeen kann, sondern nur mit einem Auszuge der Minoeität, wie auch das nicht-offizielle Organ des Ministeriums bereits darauf hingedeutet hat, der Staat lasse sich nicht aufrecht erhalten mit den Grundrechten und mit dem allgemeinen Stimmrecht. Gerade so sagen auch die Vertheidigee der Sklaverei in Noedamerika, daß, um die Staaten zu erhalten, die Sklaverei erhalten werden müsse! Der Herr Finanzminister erblickt die Gleichheit dee Berechtigung in der gleichen Eröffnung des Wegs für Alle zu allen Rechten. Ist das aber eine Gleichheit, die nicht den Zustand selbst beeechtigt, sondern zu deren Erreichung erst ein Veelassen des Zustands nöthig wied? Die Universitäten stehen unter den Regierungen. Gehen und suchen Sie mir unter den Professoren so viel freien und unabhängigen Sinn, als Sie untee den Fabrikarbeitern finden. Wenn Almosenempfänger ausgeschlossen werden sollen — seyen etwa gewisse aus öffentlichen Mitteln an Ministee, Generäle und Räthe ertheilte Belohnungen nicht auch Almosen, nur daß sie anders heißen? Man hat auf den Unterschied hingewiesen, der zwischen Arbeit und Arbeit gemacht werde, und daß hier nur eine niedrige Thätigkeit mit diesem Namen belegt werde.

Ich schätze jede Arbeit, auch die des Ministers. Aber über die Berechtigung der höheren Thätigkeiten ist kein Zweifel vorhanden, darum ist nur davon die Rede, auch den geringer Beschäftigten die Anerkenntniß ihres Rechts zu verschaffen. Denn kann auch nicht jede Arbeit den gleichen Lohn erlangen, so soll doch keine neben der andern gering geschätzt werden. Wenn vorzugsweise die Familienväter bei der Erhaltung des Staats interessirt seyen, so solle man sich doch umsehen, wo die meisten Familien und die kinderreichsten zu finden seyen. Für die Armen nimmt alsdann Hr. Vogt auch das tiefste Familiengefühl in Anspruch. Die uns Rotteck als Muster hinstellen wollen, sind diejenigen, die an keine Fortentwicklung der Freiheit glauben. Grade so, mit denselben Gründen, wie man jetzt in Deutschland gegen den vierten Stand eifert, habe zur Zeit der französischen Revolution der Adel wider das Aufkommen des deitten Standes gesprochen. Einen Census hätten in Nordamerika nur die Sklavenstaaten. Von der Freiheit Belgiens hat man uns gesprochen, allein warum schwieg man von den weit vorzüglicheren Freiheiten der Schweiz? Auch in Belgien ward die Revolution nur veemieden — durch ein Herabsetzen des Census. Neuerdings ist sogar im belgischen Ministerrathe von der Einführung des allgemeinen Stimmrechts die Rede gewesen. England und immer wieder England stellt man uns als Beispiel hin. Seine Macht nach Außen ist freilich glänzend, aber eben nur nach Außen, so daß die Arme der Maschine für den Körper längst zu groß geworden sind. Die Majorität des Volks durch die Minorität zu beherrschen, das ist der Schlüssel zu dem Räthsel des uns aufgetischten Wahlgesetzes! (Beifall von der Linken.) Reichensperger von Trier gegen das allgemeine Wahlrecht. Die allgemeine Besprechung ist damit zu Ende. Nächste Sitzung moegen.

Hannover. (Hannover, 14. Febr.) Eine Entscheidung in dem Konflikt über die Grundrechte steht nahe bevor. Morgen wird das Schreiben der Regierung über die Nichtanerkennung derselben in der zweiten Kammer zur Verhandlung kommen, indem etwa 50 Mitglieder derselben sich geeinigt haben, die Angelegenheit nicht aus der Kammer zu lassen. Der von ministeerieller Seite zu erwartende Antrag, das Schreiben an eine Kommission zu verweisen, wird somit morgen abgelehnt und sofort die Debatte unverzüglich eröffnet weeden, deren Resultat in II. Kammer der Beschluß seyn wied, daß die Kammer die unbedingte Rechtsgültigkeit der Grundrechte anerkenne und die Regierung zue Beseitigung jedes Mißverständnisses um Publikation durch die Gesetzsammlung ersuche. Es könnte leicht seyn, daß alsdann das Ministerium seine Entlassung einreichte, nicht um wieklich zurückzutreten, sondeen weil, sobald kein andeeer Ausweg bleibt, das Ministerium von dee Krone eesucht werden wird, im Amte zu bleiben, und zwar unter Ertheilung der Autorisation, die Grundrechte als Reichsgesetz zu publiciren. Das wird der wahrscheinliche Verlauf dieser Angelegenheit seyn, an eine Auflosung der Kammern aber vom Ministerium schwerlich gedacht werden. (Wes. Z.)

Oesteereich. (Wien, 13. Febe.) Das Gerücht von dem Einmarsch der Russen in Siebenbürgen bestätigt sich nicht. (A. A. Z.)

Preussen. †*† (Berlin, 15. Febe.) Die österreichische Note in Betreff der deutschen Frage soll beeeits eine Erklärung der diesseitigen Regierung hervorgerufen haben, in welcher Oesterreichs Absichten in Bezug auf Deutschland offen gelegt seyn sollen. Berthold Auerbach's „Tagebuch aus Wien" enthält neben vielem Interessanten auch folgende merkwüedige Mittheilung: „Ich hörte einen Diplomaten, der dem Stadion'schen Keeise nahe steht, den Plan auseinandersetzen: Kaiser Ferdinand müsse abdanken und die Keone seinem Neffen Franz Joseph abtreten. Dieser solle dann zum Kaiser von Deutschland erwählt, das Frankfurter Paelament nach Wien verlegt und so Deutschland und Oesterreich in Eins verschmolzen weeden. Wie man hört, sollen die Andeutungen der preuss. Note von dieser zum Theil schon durch die Ereignisse bestätigten Mittheilung nicht allzuweit abweichen.

Der aus dee jüngsten posener Insureektion bekannte Justizkommissär v. Krauthofer-Krotowski befand sich einige Tage hier. Da die Ausweisung aller Polen zu den Fundamentaldogmen des Hrn. v. Wrangel gehört, so soll gestern die gewaltsame Entfernung des Hrn. v. K. erfolgt seyn.

Wegen eines kurz nach Verhängung des Belagerungszustandes erschienenen Plakats, in welchem die drei Unterzeichner zur Ergreifung gemeinsamer Maaßregeln gegen die vom Ministerium eingeführten Zwangszustände aufforderten, ist eine Kriminaluntersuchung eingeleitet, die indeß bis jetzt noch keinen Abschluß erreicht hat, da der eine der Angeklagten, Literat Mag, inzwischen Berlin verlassen hat, ein zweiter, der bekannte Schriftsteller Ludw. Buhl durch Krankheit verhindert ist, sich zur Vernehmung einzufinden

Die wenigen Oppositionswahlen zur ersten Kammer, die bis jetzt bekannt geworden sind, und die vermuthlich auch vereinzelt bleiben werden, sind die des Geh. Raths Waldeck in Glatz, des Regierungsraths v. Merckel in Liegnitz und des Landrichters Zenker in Friedeberg am Quaiß. Sie gehören also sämmtlich der Provinz Schlesien an. Auch von den früheren Mitgliedern des Vereinigten Landtages, den Grafen Dyhr und York-Wartenberg glaubt man erwarten zu dürfen, daß sie in wesentlichen Fragen dem Ministerium entgegen treten werden. Herr Waldeck hat sich über die Annahme des Mandats zur ersten Kammer noch nicht erklärt. —

Man erwartet in Kurzem die Veröffentlichung des im Ministerium entworfenen und den Kammern vorzulegenden Gesetzes über Einführung einer Einkommensteuer. Dem Vernehmen nach ist beabsichtigt, die Verpflichtung zur Entrichtung der Einkommensteuer bei einem jährlichen Einkommen von 300 Reichsthalern beginnen zu lassen. Der niedrigste Steuersatz soll 3 pCt. des Einkommens betragen, der höchste mit 5 pCt. erst bei 20,000 Reichsthalern jährlichen Revenüen eintreten.

Sachsen. (Dresden, den 14. Februar.) In der heutigen Sitzung der I. Kammer hat Abgeordneter Böricke über den Antrag, betreffend die Publikation der Grundrechte des deutschen Volkes, Bericht zu erstatten. Im Auftrage der Deputation trägt er darauf an, die Berathung über diesen Antrag einstweilen bis dahin auszusetzen, wo die Beschlüsse der jenseitigen Kammer, welche denselben Gegenstand so eben in Berathung habe, herüber gekommen seyen, und die von der Deputation jetzt vorbereiteten Anträge an den Ausschuß zu überweisen, welchem die erwähnten Beschlüsse der andern Kammer zur Begutachtung vorliegen werden. Die Kammer erklärt sich hiermit einverstanden. (D. A. Z.)

(Dresden, den 14. Februar.) In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erstattet Abgeordneter Helbig über das königliche Dekret, die deutschen Grundrechte betreffend. Das Deputationsgutachten beantragt: 1) sich dahin zu erklären, daß die Grundrechte das geringste Maß der Rechte und Freiheiten des sächsischen Volks enthalten, und daß ungeachtet der Publikation derselben alle Gesetze fortbestehen, welche dem Volke größere Rechte und Freiheiten gewähren; 2) an die Staatsregierung den Antrag und die Ermächtigung zu bringen, daß dieselbe die Grundrechte nebst dem damit erschienenen Einführungsgesetze, und mit dem damit vorstehend aufgestellten Grundsatz, aber ohne die dem Dekret in der Anlage beigefügten Bemerkungen der Regierung, sofort zur Publikation gelangen lasse. Die Grundrechte haben auch in Sachsen das Schicksal, das ihnen in andern Ländern zu Theil wurde, man verdächtigt sie und sucht das Volk dagegen einzunehmen.

Staatsminister v. d. Pfordten: Die Regierung sey damit einverstanden, daß die Grundrechte in Sachsen anerkannt würden und so bald als möglich zur Geltung kämen. Es handle sich nur um den Zeitpunkt, wo die Publikation erfolgen solle. Dies könne nach der Ansicht der Regierung erst geschehen, wenn alle Bestimmungen der Grundrechte, welche die Reciprocität erfordern, auch von den andern deutschen Staaten zur Geltung gebracht werden seyen. Die Regierung habe ferner nicht blos die Pflicht, dem Volke die Freiheit zu wahren und festzustellen, sondern sie habe auch zugleich die Ordnung zu erhalten, und Nachtheile, die mit Einführung der Grundrechte eintreten könnten, abzuwenden. Es lägen gewisse Gefahren vor, die mit der Publikation derselben ohne Bemerkungen und Erläuterungen erwachsen könnten. Diese Schwierigkeiten habe man in Frankfurt selbst gefühlt und sie im Einführungsgesetze berücksichtigt, diese Berücksichtigung sey aber nicht ganz klar gefaßt, auch seyen die Verhältnisse der einzelnen Staaten nicht genau beachtet. Und dies habe besonders auch Bezug auf Sachsen. Sodann müsse die Hauptbedeutung der Grundrechte darin gefunden werden, daß sie durch ganz Deutschland als ein gemeinsames Werk in Geltung sind. Sollten sie z. B. in Preussen und andern größern Staaten nicht publizirt werden, so würden eine Menge Nachtheile für Sachsens Handel und Gewerbe erwachsen. In Bezug hierauf habe die Regierung nun eben in der Vorlage ihre Bemerkungen gebracht, man wolle dadurch mögliche Irrungen und Rechtsunsicherheiten verhüten. Man habe §. 17 in Anregung gebracht. Wie solle es z. B. hier in der Zwischenzeit bis zum Erlasse des Einführungsgesetzes gehalten werden? Darüber, ob das bisherige jus circa sacra fortdauere oder nicht, würden in der Uebergangsperiode Irrungen unvermeidlich seyn. Gleiche Schwierigkeiten böten sich noch in vielen andern Fällen. Daher verdiene die Regierungsvorlage wohl eine Prüfung.

Vicepräsident Schaffrath: „Unsere sonst klare und erleuchtete Regierung scheint auf einmal von Nebeln und Zweifel umzogen zu seyn." Nicht blos der Regierung, sondern auch den Volksvertretern komme es zu, die Ordnung zu erhalten. Kein einziger von ihnen wolle dieselbe durch die Einführung der Grundrechte verletzen. Die Bemerkungen der Regierung seyen entweder ganz überflüssig, oder sie enthielten, und darauf mache er das sächsische Volk aufmerksam, Beschränkungen der Grundrechte. Er habe den Minister nicht ein einziges eigenthümliches Verhältniß anführen hören, das nicht auch andere Staaten theilten. Warum müßten die Grundrechte gerade in ganz Deutschland zur Geltung kommen? Davon hänge ihre Wirksamkeit nicht ab. Die Bedenken seyen unwahr, voreilig, ganz falsch. Er nehme die Nationalversammlung gewiß zu allerletzt in Schutz, aber Unordnung, Anarchie habe sie gewiß durch die Grundrechte nicht einführen wollen. Staatsminister Georgi: Die Regierung verzögert die Publikation nicht wegen Meinungsverschiedenheit, sondern wegen der materiellen Interessen des Landes. Die Debatte wird hierauf noch lebhaft zwischen den Abgg. Tzschirner, Berthold, Jul. Kell, Linke, welche gegen die Regierungsvorlage sprechen, und den beiden genannten Ministern fortgeführt. Nachdem noch Referent Helbig im Schlußworte auf „verschleierte Hofhindernisse" hingedeutet, und Staatsminister v. d. Pfordten widersprochen, werden die Deputationsanträge gegen eine Stimme angenommen, mit Ausnahme der im zweiten Deputationsantrage enthaltenen Worte: „aber ohne die von der Regierung dazu gemachten Bemerkungen," die bei besonderer Abstimmung gegen neun Stimmen genehmigt werden. (D. A. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 14. Febr.) Der Moniteur enthält heute die Faschingsordnung. Der berüchtigte Festochse, wahrscheinlich in das große Kommunisten-Komplott vom 29. v. M. verwickelt, ist unterdrückt. Ferner heißt es im Art. 3: „Kein Individuum darf eine Verkleidung tragen, welche die öffentliche Ruhe stören oder den Anstand und die öffentliche Sitte verletzen könnte. Ebenso wenig dürfen Anzüge und Abzeichen von Geistlichen und Beamten bei den Maskeraden benützt werden." Art. 5: „Niemand darf auf der Strasse oder den öffentlichen Plätzen innehalten und Reden halten. Jede unanständige Geberde und Anrede ist verboten u. s. w. (gez.) Rebillot."

Aladenize, der intime Freund und Gefährte Bonaparte's bei der unsterblichen Landung in Boulogne, ist mit seinen Kameraden, den übrigen Bataillonschefs, die mit ihm in das Abbaye geworfen wurden, wieder auf freien Fuß gesetzt. Aladenize erhält aus besonderen Rücksichten seinen Majorgrad wieder. Auch gegen die arg verfolgten deutschen Demokraten scheint das Treibjagen nach zu lassen.

Die Morgenblätter besprechen den sogenannten Kongreß in Brüssel in sehr verschiedener Weise. Debats und Constitutionnel sind sehr zurückhaltend. Siècle tritt etwas tiefer in den Gegenstand: „Auf welche Basis hin werden sich die Versammlungen eröffnen? Offenbar auf die Verträge von 1815. Diese sind nach dem neueren europäischen Rechte (!) zu modifiziren. (!!) Obgleich nun Oesterreich seinen Gesinnungen in Bezug auf die italienische Frage je nach seinem Waffenglück gewechselt und an den 1815er Verträgen festhält, so scheint es doch nicht ganz abgeneigt, auf die Lombardei zu renonciren. Es fühlt, daß es einen Unsinn beging, als es erst um Mediation bat und sie acceptirte. Es wird sich natürlich so zähe, als möglich zeigen in seinen Zugeständnissen, aber Zugeständnisse will und muß es machen, denn sonst käme es nicht nach Brüssel. Ohne als Propheten zu gelten, weiß man ungefähr, was Oesterreich vorschlagen wird. Es wird die vollständige Rekonstituirung des lombardisch-venezianischen Königreichs mit selbstständiger Verwaltung, aber ohne Armee und Bürgerwehr vorschlagen. Dringt es nicht durch, dann wird es die Lombardei fahren lassen und sich auf die Minciogränze beschränken natürlich gegen enorme Geldentschädigung. Oesterreich will Venedig zu jedem Preise retten und einen österreichischen Prinzen an die Spitze Venedigs stellen. Verlangt man mehr von ihm, dann wird es sich von der Debatte zurückziehen, und jede weitere Entschädigung dem Waffenglück überlassen.

Die Nationalversammlung wählte heute Marrast mit 408 gegen 213 Stimmen. (Fr. Dufaure) zu ihrem Präsidenten.

Die gerichtlichen Schritte gegen Proudhon sind fast einstimmig bewilligt.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 14. Februar.] Proudhon spricht: Bürger-Vertreter! Ich bekämpfe die Conklusionen, welche darauf hinauslaufen, die gerichtliche Verfolgung gegen mich zu gewähren. Sie sind verfassungswidrig und den bestehenden Preßgesetzen entgegen. Der Bericht theilt die Ansicht des Staatsanwalts, daß ich 1) den Präsidenten, 2) die Verfassung angegriffen und 3) zum Haß gegen die Regierung aufgehetzt hätte. Ich bekämpfe dies. Ich stimmte gegen die Verfassung. Jetzt, nachdem sie angenommen, befolge ich sie. Ich habe nicht den Präsidenten, sondern nur die Prätentionen des Präsidenten kritisirt. Die Frage zu besprechen, ob der Präsident etwa unverletzlich? Die Unverletzlichkeit selbst zu kritisiren, heißt nicht die Regierung angreifen. Dies ist gar keine Frage unter Republikanern und selbst unter Denen sollte es keine Frage seyn, die ganz andere als republikanische Gesinnungen haben. Solche Kritik durfte die Staatsanwaltschaft nicht zur Verfolgung ermuthigen. Aber auch die Regierung zu kritisiren, hat jeder Bürger das Recht. So hätte ich am 3. Febr. im Peuple schreiben können: Das Ministerium ist gestürzt worden durch das Amendement Perées. (Oh! Oh!) Ja wohl das Votum vom 3. Februar war ein Mißtrauensvotum! Mein Kollege Dupont de Bussac sagte dasselbe und in dem Augenblick, wo Minister und Versammlung nicht einig sind, ist die Regierung gestürzt. (Lärm.)

Ich griff den Präsidenten nur als Bürger Bonaparte an. Nur der Bürger Bonaparte, nicht der Präsident dürfte klagen. Der Chef der Exekutivgewalt ist nicht als Beamter, Napoleon ist nur der erste Beamte der Republik! Warum verfolgt man die reaktionären Blätter nicht? Bugeauds Reden sind viel hochverrätherischer. Uebrigens verdienten die Antizedenzien, die Monomanie nach dem demokratischen Kaiserthum eine Kritik Bonapartes; von dem ich nicht fasse, wie er sich solche Männer (mit einem Blick auf die Ministerbank) zu Ministern oder richtiger Dienern hat wählen können.

Italien.

(Rom, 9. Februar.) Heute Nacht um halb 2 Uhr unterbrach ein plötzliches Geläute vom Monte Citorio und vom Capitol den Schlaf der Bürger: die Glocken verkündigten die von der konstituirenden Versammlung beschlossene römische Republik. — Der um 1½ Uhr Nachts erfolgte Beschluß für Erklärung der Republik ward von etwa 120 Stimmen gegen 20 gefaßt, und lautet: 1) Das Papstthum ist in der Wirklichkeit und von Rechtswegen von dem weltlichen Regiment des römischen Staats abgesetzt (decaduto); 2) der römische Bischof wird alle nöthigen Garantien dafür erhalten, daß er seine geistliche Gewalt unabhängig ausüben kann; 3) die Regierungsform des römischen Staats wird die reine Demokratie seyn und den glorreichen Namen: römische Republik annehmen; 4) mit dem übrigen Italien wird die römische Republik in denjenigen Verbindungen stehen, welche die gemeinsame Nationalität erfordert. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Montagsblatt

zur Mittelfränkischen Zeitung.

№ 7. Nürnberg, 19. Februar. 1849.

Die Puritanerin.

(Fortsetzung.)

Je näher wir dem Nachtlager kamen, desto mehr bangte mir davor, des Missionärs Stelle einnehmen zu müssen. Ich führte meine Dame, die bei der Ankunft sogleich nach dem Zimmer verlangte, in ihr Gemach; sie ließ sich von allem Gepäcke nur die englischen Utensilien und die bewußte Kiste nachbringen; legte den Mantel ab, zog aus den Seitentaschen Bibel, Gebetbücher und eine Menge von frommen Schriften hervor, und mit jedem Stücke verlor sich die Mißgestalt, und ein schönes Weib stand vor mir. — „Gehen Sie, in Gottes Namen," sprach sie, „ich bedarf einer einsamen Stunde." Tiefere Schwermuth und dennoch höhere Begeisterung lag in der Tiefe des Auges bei den letzten Worten. Glücklich über die Enthüllung der scheinbaren Mißgestalt, mochte ich der Engländerin die dargebotene Hand wohl stärker drücken, als ich sollte; eine leichte Röthe flog über die zarte Haut.

Am folgenden Morgen empfing mich Mistreß Mary nicht gerade freundlicher, aber bei weitem entschlossener; den Tag zuvor schien sie mit großer Schwäche zu kämpfen, jetzt trat sie mir festen Schrittes entgegen, jedoch ohne mich anzuschauen. Die Schwermuthsstelle war im Auge verschwunden und es zeigte sich gefüllt mit unendlicher Exaltation. Der heitere Morgen flog unter einer äusserst anziehenden Beschreibung der gefahrvollen Reise hin, welche meine Gefährtin einst nach Ostindien gemacht hatte. Statt Mittags zu Tische zu gehen, als wir am bestimmten Gasthofe angelangt waren, bat sie mich, ihr ein Zimmer anweisen zu lassen, und allein zur Tafel zu gehen. Dort mußte man ihr Kaffee bringen, den sie stark mit Milch versetzte — die einzige Nahrung, welche sie in vielen Tagen zu sich nahm. Als ich wieder erschien, um nach ihren Wünschen zu fragen, flog abermals die Röthe über ihr lilienweißes Antlitz; sie verbarg rasch ein kleines Buch in ihrer Tasche, und bat mich, zu Fuß mit ihr dem Wagen vorauszugehen. Die zarte Dame, die zuvor über jeden Luftzug geklagt hatte, war plötzlich kräftig geworden. Drei Stunden Wegs mußte ich sie am Arme die Landstraße hinführen, ehe uns der Wagen erreichte. Sie, die gestern noch in Stillings Leben vertieft, mich hatte einen halben Tag stille neben sich sitzen lassen, gab sich alle Mühe, mich bei gutem Muthe zu erhalten. Ich fühlte mich wohl in der Nähe der schönen Frau, die sich nun mehr dem Irdischen zuwendete. Nur sparsam hatten wir heute unser Bekehrungswerk verrichtet. In Worms begab ich mich an die Table-d'hôte, nachdem Mistreß Mary mir gute Nacht gesagt hatte. Der Saal war gefüllt mit Gästen, unter ihnen ein fremder Offizier, der sehr unglaubliche Geschichten aus seinen Feldzügen erzählte, und jede Anekdote mit schweren Flüchen und Schwüren zu bekräftigen suchte. Eben hatte er wieder Hunderte von Russen mit ungeheuren Exclamationen sterben lassen, Alles lauschte seiner Erzählung, da trat eine Gestalt hinter ihn, gehüllt in einen weißen Shawl, um den Kopf ein hellfarbnes ostindisches Tuch, klopfte auf seine Schultern und legte sachte ein kleines Buch auf seinen Teller. Ich hatte nicht aufgeschaut, ein schallender Schrei des Bramarbas machte mich erst aufmerksam, ich gewahrte die Gestalt der Mistreß Mary, die bereits nach der Thüre zuschritt; auf des Offiziers Teller lag »des Fluchers Belehrung.« Todesstille herrschte im ganzen Saale. Niemand kannte die Fremde; die Dienerschaft hatte sie in anderer Kleidung gesehen. Ein Mädchen trat ein, wies auf mich, und flüsterte einem ältlichen Manne zu: „Es ist eine närrische Engländerin, die mit jenem Herrn so eben angekommen." Das „närrisch" stach mich. Ich trat für die Gekränkte in die Schranken; man interessirte sich nach meiner Erklärung für die Fremde; den Offizier, der Lust bekam, sich höhnisch über das Wesen der Engländerin zu äussern, brachte ich durch Hinweisung auf seinen nicht sehr heldenmüthigen Schrecken zum Schweigen. — Mistreß Mary vertheilte bei unserer Abreise im ganzen Hause das Doppeltrinkgeld — das geistliche und das weltliche. Ueber den geisterhaften Gang des vorigen Abends konnte ich ihre Zunge nicht lösen. —

In einem einsamen Wirthshause nahe bei Oppenheim nahmen wir ein Frühstück ein. Man führte einen Raubmörder schwer mit Ketten beladen auf einem Wagen vorüber. Ich hatte dieß nicht so bald der Engländerin mitgetheilt, als sie emsig aus ihrem Vorrathe ein deutsches Gebetbuch hervorsuchte, zum Zimmer hinausrannte, und dem Verbrecher das Buch gab. Der rohe Kerl schleuderte die Gebete von den Knieen, warf der frommen Frau gräßliche Flüche in's Gesicht, die sie wohl aus seinen Grimassen verstehen mochte: in den Zügen der Mistreß war auch nicht die leiseste Spur von Mißmuth und Aerger über das verfehlte Unternehmen und die rohe Behandlung zu lesen.

Es war eben Mittag; als wir bei Mainz ankamen. Viele Schiffersleute waren am Strande versammelt. Die Schwärmerin hielt es für hohe Zeit, wieder an das Bekehrungswerk zu gehen, und warf ihre Traktate mit vollen Händen wieder unter das Volk. Gierig sprangen die Umherstehenden nach den flatternden Bogen, doch nicht minder hastig fielen die Katholiken über uns her, als sie im Momente eine Proselytenmacher-Tendenz aus diesen Skarteken der niedersächsischen Gesellschaft entnehmen zu können glaubten. Sie fielen den Bier-

nen Mund und auf den zarten Wangen, derselbe, tiefe, schwär-
merische Ausdruck in den blauen Augen. — Die Polizei löste
den Knoten.

Wir gelangten in den Gasthof. Mistreß Mary zog sich zu
ihrem einfachen Mahle zurück. Als ich nach Tisch zu ihr
eintrat, verschloß sie die Thüre und bat mich, ruhig ihren
Worten zuzuhören: »mein werther Freund," begann sie mit
unendlich weicher Stimme, „herzlichen Dank für ihre Mühe-
waltungen mit meiner schwachen Person. In der Nacht nach
dem ersten Tage unserer Reise hat mich der Herr erleuchtet.
Lange betete ich und konnte keinen Entschluß finden; da stand
die Gestalt meines sterbenden Gatten vor meinen Augen und
sprach: „Dein Werk ist nicht vollendet, Mary, es bringt
keine Frucht, wenn Dein Herz so gewaltig nach mir verlangt,
daß es spottet der lähmenden Anstrengung auf beschwerlicher
Reise. Gehe von ihm, der Dich geleitet, und begib Dich zu
Ihr, die ein starkes Werkzeug wird durch Deine Stärke, zu
wirken für den alleinigen Glauben.« — Das war ein harter
Schlag; die belgische Reise lag im Wasser; die schöne, zarte
Frau, in deren Wesen ich so manche poetische Klänge zu fin-
den geglaubt, kam mir plötzlich wie eine gewöhnliche Reprä-
sentantin des ausgebildeten Whim vor. — Dem meinte ich
steuern zu müssen; ich warf ihr die schnelle Veränderung
nicht gerade in den gewähltesten Ausdrücken vor, und mahnte
sie an unsern Reisebegleitungs-Vertrag. Die Engländerin
fuhr mit der Hand über die Stirne, als wollte sie das Auf-
steigen einer Unmuthswolke zurückdrängen, dann nahm sie eine
Anzahl von Goldstücken, legte dieselben vor mich hin und
fragte in schärferem Tone: »Sind Sie zufrieden, mein Herr?«
Ich war entwaffnet; die Engländerin sollte mehr Achtung
vor mir haben. Liebreich sprach ich ihr zu; jetzt zu reisen,
da man für die Sicherheit später wohl nicht mehr stehen
könne. Die Engländerin stellte sich vor mich, ergriff meine
beiden Hände, und wie sie wieder sprach, flog abermals jene
Röthe über ihre zarte Haut: „Lieber Freund, ich kann nicht
mit Ihnen weiter reisen; Christenpflicht heischt die Ausfüh-
rung meines neuesten Entschlusses. Zwingen Sie mich zu
nichts Anderem und bringen Sie mich nach dem Orte meiner

Engländerin ... Sterbenden nachzugeben,
zu bewegen suchen, dem Wunsche des Sterbenden nachzugeben,
und nach England an sein Krankenlager zu eilen. In weni-
gen Stunden schon stand ich vor der Thüre der Gouvernante
im weiten Gange des alten Schlosses. Die Engländerin sprach
einzelne Sätze nach ihren puritanischen Grundsätzen langsam
und vernehmlich aus; wie sie schwieg, ertönte die Stimme des
Burgfräuleins, deutsche, sinnlose Worte hinschnatternd, welche
eine Uebersetzung seyn sollten, jedoch nur die flachsten Seiten
des katholischen Glaubens berührten. Ich wollte doch sehen,
was dieses alberne Spiel bedeuten sollte, und öffnete hastig die
Thüre; Mistreß Mary saß auf einem erhabenen Stuhle, zu
ihrer Seite, etwas tiefer unten die Gouvernante, vor ihnen
auf langen Bänken, wie in der Schule, eine nicht unbedeu-
tende Anzahl von Knaben und Mädchen. » Meine Dazwischen-
kunft löste die Lektion auf; der Blick, welchen ich der Betrü-
gerin zuwarf, mag sehr klar gewesen seyn; sie stand blaß
und zitternd eine Weile still und zog sich dann schnell aus
dem Gemache zurück. Die Engländerin empfing mich ruhig;
nicht die Nachricht vom unvermeidlichen Tode, dem ihr Gatte
entgegenging, nicht der Anblick der halb verwischten Schrift-
züge vermochte die geringste Aenderung im Antlitze hervorzu-
bringen. „Wenn es des Herrn Wille ist," sprach sie gelassen,
»jedoch noch heute und auf dem nächsten Wege.«

Die blutigen Tage des Septembers waren über Belgien
hereingebrochen; der nächste Weg nach Calais unterlag großer
Gefahr. Ich schlug der Mistreß eine Reise durch Frankreich
vor; aber ihr Entschluß stand fest. „Es ist des Herrn Wille,
daß ich zu meinem Gatten reise," erwiederte sie mir auf meine
Vorstellung; »der Herr wird mich schützen vor Gefahr und
decken mit dem Mantel seiner Gnade, denn ich thue sein
Gebot."

Die Sachen waren gepackt; der Wagen stand vor der Thüre;
die Engländerin nahm herzlich von der Gouvernante Abschied,
welche sich vergeblich mühte ihren Groll darüber zu verbergen,
daß sie nicht länger die schönen Sovereigns in ihre Kasse
eskamotiren konnte. Auf der Treppe begegnete uns das ver-
witterte Gesicht eines alten Kammerdieners, wahrscheinlich ein
... des Burgfräuleins, nach seinem giftigen Blicke auf

... sich doch bewogen, das ...
Mistreß Mary war unbewegli...
... sie allein reisen zu lassen.
... zwanzigste Weib, wollte sich ...
Luftuhrs begeben, so fest stan...
... verlierst, war natürlich.

Auf der niederländischen ...
in größter Unordnung. Man ...
... Stücke heraus und erklä...
Mary sah ruhig zu, wie ma...
... — Ein muthwilliger ...
... auf dem Wagen
... frommen Werke zu seine...
... in der man zu ...
... nicht so bald gewa...
... den Verbrecher a...
... Sanftmuth entfa...
Junge wollte sich das nicht ...
Douanier, den ich eben mit ...
... ihn durch einen gut...
... zu bringen. Mit ...
ihre Schützlinge wieder zusa...
..., und warf sie in den Wagen

Am Morgen des 24. Se...
brach. Vom Berge aus ko...
ganz gewahr werden, aber ...
erhob sich plötzlich ein Gra...
bei wildem Lärmen, als ...
... verheerend mit Flam...
... Die Sturmglocken heu...
Kirchthürmen herab, an alle...
geschlagen — halbbefranste ...
allen Werkstätten tobten ...
Waffen, war das einzige ...
das Volk wüthete über da...
dem Innern der Stadt; vo...
laut aus den Schlägen ...

...nd, nach seinem giftigen Blicke ...
Eben, als wir das Haus verl...
die zarte Stimme der Gouvernant...
brulez-moi, je vous en prie, ...
Autodafé sollte, wie ich bei meine...
erfuhr, einer Kiste mit Toilett...
Virginerin, mit dem Versprechen...
Mistreß Mary in Empfang genom...

...den am Rheine hinab, nach Köl...

...lons und den Schlägen der an der Seite Rennenden getrieben, welche in unserem Wagen ein Hinderniß für die Nachfolgenden fanden, jagten unsere Pferde, wie wüthend auch den Haufen. — Der Augenblick war kostbar; mit einem gewaltigen Streiche zertrümmerte ich den Deckel einer zu meinen Füßen stehenden Chatoulle, nahm Gold- und Banknoten heraus und verbarg sie in meinen Taschen. Die Engländerin bat ich nach ihren liebsten Schätzen zu greifen, wenn sie es noch im Stande wäre. Mit völliger Gelassenheit in allen Gesichtszügen, nur mit erhöhtem schwärmerischen Ausdrucke...

...zu gewinnen, beharrte Mistreß Mary doch auf ihrem Entschlusse, nach dem festgesetzten Plane weiter zu reisen. Auf jede Einwendung erwiederte sie: »Bleiben Sie zurück, mein Freund, der Herr wird mir beistehen in der Gefahr.«

(Schluß folgt.)



bielt. Wirklich waren sie es, und der Sand gab beim Wa-
schen mehr Ausbeute als der sibirische; denn in Sibirien ge-
ben hundert Pud Sand nur fünfundzwanzig Habbas Gold,
bei Cassen dagegen fünfzig bis zweiundfünfzig Habbas. Wäh-
rend die Arbeiter bei den Goldwäschen beschäftigt waren, zog
der Oberst mit tausend ägyptischen Soldaten weiter und un-
tersuchte die Ufer der Flüsse Ramla, Dys, Gucka, Benisch-
angol und Gamamil; dieser letztere liegt etwa acht Stunden
südlich von Cassen und der Sand war noch weit goldhaltiger
als dort. In Cassen werden die Arbeiten von zwei Arabern
geleitet, die in Deutschland studiert haben. Kavelowski, der
übrigens keine Steinkohlen fand, nach denen er gleichfalls
suchte, erklärt, daß die reichsten Goldsandlager am Ufer des
Samat liegen. Die Engländer, welche den Yankees die Gold-
gruben Californiens beneiden, trösten sich jetzt damit, daß sie
von Sarawak und Pulo Labuan aus die Goldgruben Borneo's
sich eröffnen würden, welche schon jetzt alljährlich für 1,000,000
Pfund Sterling Ausbeute geben.

Ueber die »Slowanska Lipa« schreibt man der Kölnischen
Zeitung: Das Wort Lipa bedeutet in den slawischen Dialek-
ten eine Linde, wie denn bekanntlich auch Leipzig (die „Lin-
denstadt“) durch seine wendischen Gründer nach den vielen da-
mals in der Gegend wachsenden Linden (lipe) den Namen
Lipzk (Leipzig) erhielt. Die Linde ist von jeher Attribut des
Slawenthums gewesen, und die Slowanska Lipa, die slawische
Linde, bezeichnet, nach Analogie und im Gegensatz zu der
deutschen Eiche, alle die eigenthümlichen Vorzüge und charak-
teristischen Merkmale, durch welche das Slawenthum sich
vom Deutschthum unterscheidet. Die Linde ist es daher
auch, welche jener große bekannte Bund zu seinem Symbol
wählte, der von einem sogenannten Panslawismus (Wszeslo-
wia, Allslawenthum) hoffentlich nur träumte, indem er Po-
len, Czechen, Mähren, Kroaten, Serben, Wenden rc. zu einem
einzigen Reiche vereinigen wollte, das alle slawischen Nationen
mit Ausschluß Rußlands, umfaßte.

---

zur Haft gebracht. Justizkommissär Lewald vertheidigte den
Angeklagten und führte namentlich an, daß zwischen Frankfurt
a. M. und München der kaufmännische Gebrauch bestehe, daß
der Acceptant der Wechsel sich erst 14 Tage vor der Verfall-
zeit hierüber zu erklären brauche. Der Angeklagte sey somit
nur durch seine Verhaftung in Auslösung der Wechsel vor
der Verfallzeit abgehalten. Der Gerichtshof sprach schließlich
die Entbindung des Angeklagten von der Anklage aus.

Der neue kaiserliche Kreml in Moskau ist neuesten Berich-
ten zufolge beinahe fertig. Die vergoldeten Kuppeln und der
goldene Kamm des ganzen Daches erglänzen schon im Son-
nenlicht, und erinnern an die goldgipfeligen Paläste der alten
russischen Großfürsten. Im Ordenssaale des heiligen Georg
sieht man bereits den Heiligen zu Pferde mit dem Lindwurm
streiten. Achtzehn Standbilder, die Unterwerfung von Ge-
genden, die jetzt zu Rußland gehören, darstellend, stehen in
voller Rüstung da, mit Schildern, auf welchen die Epoche
angegeben ist. Der Andreas- oder Thronsaal ist mit prach-
tigen vergoldeten Reliefs geschmückt; der Alexandersaal aus
rosenrothem Marmor ist mit den schönsten architektonischen
Ornamenten verziert, welche die Spiegelwand im Grunde
zurückstrahlt. Es ist schwer, mit Worten die außerordentliche
Größe der Säle, das Geschmackvolle der Arbeit und alle Ein-
zelheiten des Palastes würdig zu beschreiben.

An einem dunkeln Decemberabend des vorigen Jahres
ging Kossuth durch die Straßen von Pesth. Ein Laternenbube
kommt ihm in den Weg und fragt, ob er ihm leuchten solle.
— Nein, antwortete der Diktator, ich selber bin ein Licht. —
Nun, so wünschte ich, antwortete der Bube, daß sie am
Ende dieser Straße aufgehängt würden, denn da ist es immer
stockfinster.

In Meiningen wurden die deutschen Grundrechte sogleich
auf eine gefährliche Probe gestellt. Ein israelitischer Handels-
mann Strupp hielt um das Bürgerrecht an. Mehrere Mit-

...d heraus bekam. Die Unschuld ...
und der Angeklagte am 1. Aug. ...
Justizkommissär Lewald vertheidigte ...
te namentlich an, daß zwischen ...
der kaufmännische Gebrauch bestehe, ...
...hielt sich erst 14 Tage vor der ...
...en brauche. Der Angeklagte ...
...haltung in Auslösung der Wechsel ...
...lten. Der Gerichtshof sprach ...
...ngeklagten von der Anklage auf

...r Kreml in Moskau ist neuesten ...
...rtig. Die vergoldeten Kuppeln und ...
...anzen Daches erglänzen schon im ...
an die goldgipfeligen Paläste der ...
Im Ordenssaale des heiligen ...
Heiligen zu Pferde mit dem ...
...andbilder, die Unterwerfung der ...
...pflanz gehören, darstellend, stehen ...
...t Schildern, auf welchen die ...
...erreal- oder Thronsaal ist mit ...
...eis geschmückt: der Alexandersaal ...
...d mit den schönsten architektoni...
welche die Spiegelwand im ...
...mer, mit Worten die außerordentli...
...eschmackvolle der Arbeit und alle ...
...ürdig zu beschreiben.

Decemberabend des vorigen Jahr...
Straßen von Pesth. Ein Laternen...
und fragt, ob er ihm leuchten ...
Diktator, ich selber bin ein Licht — ...
antwortete der Bube, daß ...
...hängt würden, denn da ist es imm...

...n die deutschen Grundrechte ...
gestellt. Ein israelitischer Handel...
...as Bürgerrecht an. Mehrere ...
...waren der Meinung, das könne ...
...en, die Mehrzahl war dagegen ...
...erbeordnung abwarten. Am ...

Funken.

Gold und wieder Gold! Kaum sind die californischen Gruben erst entdeckt, und wir erhalten aus Aegypten gleichfalls Kunde von großem Goldreichthum. Ein russischer Bergmann, Oberst Kaveloveski, welcher die sibirischen Bergwerke gründlich kennt, war vor längerer Zeit, wie unser deutscher Landsmann Russegger auch, veranlaßt worden, Aegypten zu besuchen und das Land zu durchforschen. Er kam auf seinem Zuge am 16. März 1848 nach Gassen, wo er am östlichen Ufer des Somat seine Untersuchungen begann. Nachdem seine sibirischen Bergleute zweihundert Fuß tief gegraben hatten, stießen sie auf Wasser. Etwa eine Tagreise vom Flusse entfernt fand Kaveloveski mehre Hügel, die er für goldhaltig hielt. Wirklich waren sie es, und der Sand gab beim Waschen mehr Ausbeute als der sibirische; denn in Sibirien geben hundert Pud Sand nur fünfundzwanzig Habbas Gold, bei Gassen dagegen fünfzig bis zweiundfünfzig Habbas. Während die Arbeiter bei den Goldwäschen beschäftigt waren, zog der Oberst mit tausend ägyptischen Soldaten weiter und untersuchte die Ufer der Flüsse Ramla, Dys, Gucka, Venischangol und Gamamil; dieser letztere liegt etwa acht Stunden südlich von Gassen und der Sand war noch weit goldhaltiger als dort. In Gassen werden die Arbeiten von zwei Arabern geleitet, die in Deutschland studirt haben. Kaveloveski, der übrigens keine Steinkohlen fand, nach denen er gleichfalls suchte, erklärt, daß die reichsten Goldsandlager am Ufer des Somar liegen. Die Engländer, welche den Yankees die Goldgruben Californiens beneiden, trösten sich jetzt damit, daß sie von Sarawak und Pulo Labuan aus die Goldgruben Borneo's sich eröffnen würden, welche schon jetzt alljährlich für 1,000,000 Pfund Sterling Ausbeute geben.

Ueber die »Slowanska Lipa« schreibt man der Kölnischen Zeitung: Das Wort Lipa bedeutet in den slawischen Dialekten eine Linde, wie denn bekanntlich auch Leipzig (die „Lindenstadt") durch seine wendischen Gründer nach den vielen damals in der Gegend wachsenden Linden (lipe) den Namen Lipzk (Leipzig) erhielt. Die Linde ist von jeher Attribut des Slawenthums gewesen, und die Slowanska Lipa, die slawische Linde, bezeichnet, nach Analogie und im Gegensatz zu der deutschen Eiche, alle die eigenthümlichen Vorzüge und charakteristischen Merkmale, durch welche das Slawenthum sich vom Deutschthum unterscheidet. Die Linde ist es daher auch, welche jener große bekannte Bund zu seinem Symbol wählte, der von einem sogenannten Panslawismus (Wseslawia, Allslawenthum) hoffentlich nur träumte, indem er Polen, Czechen, Mähren, Kroaten, Serben, Wenden &c. zu einem einzigen Reiche vereinigen wollte, das alle slawischen Nationen mit Ausschluß Rußlands, umfaßte.

Die Reichstruppen sind schneller im Reich herumgekommen als die Reichsthaler. Sogar die Frankfurter warten noch auf sie, etwa auf 120,000 Stück. Dem Reich wollen die reichen Quartiergeber das Geld nicht schenken, aber den armen Kindern des ermordeten Abgeordneten von Auerswald.

In Berlin stand in diesen Tagen ein Mann von dereinst bedeutendem Ansehen in der kaufmännischen und politischen Welt, der ehemalige nordamerikanische Konsul für das Königreich Bayern und die preussischen Rheinprovinzen, Louis Marc, bei der zweiten Abtheilung des Kriminalgerichts unter der Anklage des Betrugs durch Wechselfälschung vor den Schranken. Bei der Geldnoth im vorigen Jahre hatte derselbe sich verleiten lassen, Wechsel auf Münchener und Frankfurter a. M. Häuser über nicht unbeträchtliche Summen auszustellen, wobei er die Namen der Aussteller fingirte, und sie bei Bestellungen von Waaren dergestalt in Zahlung gab, daß er nach Abzug des Preises für die bestellten Waaren von den Kaufleuten stets noch baares Geld heraus bekam. Die Unächtheit der Wechsel ward entdeckt und der Angeklagte am 1. Aug. v. J. zur Haft gebracht. Justizkommissär Lewald vertheidigte den Angeklagten und führte namentlich an, daß zwischen Frankfurt a. M. und München der kaufmännische Gebrauch bestehe, daß der Acceptant der Wechsel sich erst 14 Tage vor der Verfallzeit hierüber zu erklären brauche. Der Angeklagte sey somit nur durch seine Verhaftung in Auslösung der Wechsel vor der Verfallzeit abgehalten. Der Gerichtshof sprach schließlich die Entbindung des Angeklagten von der Anklage aus.

Der neue kaiserliche Kreml in Moskau ist neuesten Berichten zufolge beinahe fertig. Die vergoldeten Kuppeln und der goldene Kamm des ganzen Daches erglänzen schon im Sonnenlicht, und erinnern an die goldgipfeligen Paläste der alten russischen Großfürsten. Im Ordenssaale des heiligen Georg sieht man bereits den Heiligen zu Pferde mit dem Lindwurm streiten. Achtzehn Standbilder, die Unterwerfung von Gegenden, die jetzt zu Rußland gehören, darstellend, stehen in voller Rüstung da, mit Schildern, auf welchen die Epoche angegeben ist. Der Andreas- oder Thronsaal ist mit prächtigen vergoldeten Reliefs geschmückt; der Alexandersaal aus rosenrothem Marmor ist mit den schönsten architektonischen Ornamenten verziert, welche die Spiegelwand im Grunde zurückstrahlt. Es ist schwer, mit Worten die außerordentliche Größe der Säle, das Geschmackvolle der Arbeit und alle Einzelheiten des Palastes würdig zu beschreiben.

An einem dunkeln Decemberabend des vorigen Jahres ging Kossuth durch die Strassen von Pesth. Ein Laternenbube kommt ihm in den Weg und fragt, ob er ihm leuchten solle. — Nein, antwortete der Diktator, ich selber bin ein Licht. — Nun, so wünschte ich, antwortete der Bube, daß sie am Ende dieser Strasse aufgehängt würden, denn da ist es immer stockfinster.

In Meiningen wurden die deutschen Grundrechte sogleich auf eine gefährliche Probe gestellt. Ein israelitischer Handelsmann Strupp hielt um das Bürgerrecht an. Mehrere Mitglieder des Gemeinderaths waren der Meinung, das könne jetzt nicht mehr verweigert werden, die Mehrzahl war dagegen; man müsse erst eine Gewerbeordnung abwarten. Am Ende wurde beschlossen, die Sache an eine Kommission zu verweisen, vorläufig aber den Strupp abschlägig zu bescheiden. Es wird aber Alles nichts helfen.

Redakteur: Maxim. Reck. Druck und Verlag von Wilhelm Tümmel'S. Nr. 546 am Rathhaus.

d heraus bekam. Die Anschuldigung
und der Angeklagte am 1. Aug.
Justizkommissär Lewald vertheidigte
e namentlich an, daß zwischen Frank
der kaufmännische Gebrauch bestehe,
chsel sich erst 14 Tage vor der Verf
en brauche. Der Angeklagte sey in
haltung in Auslösung der Wechsel
lten. Der Gerichtshof sprach schließ
ngeklagten von der Anklage auf

---

e Kreml in Moskau ist neuesten Ber
rtig. Die vergoldeten Kuppeln und
nzen Daches erglänzen schon im Er
an die gothgiebeligen Paläste der
Im Ordenssaale des heiligen Ge
Heiligen zu Pferde mit dem Lindwurm
andbilder, die Unterwerfung von
ußland gehören, darstellend, sieben
t Schildern, auf welchen die Gen
ndreas- oder Thronsaal ist mit pra
erk geschmückt, der Alexandersaal
st mit den schönsten architektonisch
welche die Spiegelwand im Gro
chwer, mit Worten die außerordentl
eschmackvolle der Arbeit und alle G
ärtig zu beschreiben.

Decemberabend des vorigen Jah
Straßen von Pesth. Ein Laternentr
und fragt, ob er ihm leuchten sol
Diktator, ich selber bin ein Licht
, antwortete der Bube, daß Sie
hängt wären, denn da ist es imm

---

n die deutschen Grundrechte sozi
gestellt. Ein israelitischer Hand
das Bürgerrecht an. Mehrere M
waren der Meinung, das könne
den, die Mehrzahl war dagegen
ordnung abwarten. Am G

rasch spricht, seiner unendlich weitläufigen politischen Definition zu folgen.) Er spricht entschieden für Oesterreichs Anschluß; denn mit Oesterreich ist Deutschland, was es seyn soll, ein Centralstaat, die Freiheit sey mit ihm verbürgt, weil zwei Staaten sich gegenüber ständen, die sich controllirten. Man sage, Oesterreich wolle nicht beitreten, das österreichische Ministerium wolle nicht. Das sey unlogisch. Sey das Ministerium denn die höchste Autorität? Man solle Oesterreich einen würdigen Platz anweisen, der Autorität Preussens werde sich der große Staat freilich nicht fügen; Oesterreich müsse den Vorsitz haben. Das deutsche Element in Oesterreich wolle zu uns. Er fragt den Minister, ob Bayern beitragen werde, daß die Verfassung Deutschlands so eingerichtet werde, daß für Oesterreich ein würdiger Platz offen bleibe, wenn es nicht jetzt und erst später eintreten könne? Dies bejaht der Minister. Der I. Präsident fragt, ob man Arco Valley's Antrag annehmen wolle, die Kammer wolle sich gegen ein preussisches Kaiserthum und gegen den Ausschluß Oesterreichs erklären. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Man geht zur Tagesordnung über. An den zweiten Ausschuß wird verwiesen: eine Vorstellung der protestantischen Dekanate, die materiellen Nothstände der protest. Kirche rc. betreffend. Die Beschwerde des Benefiziaten Fackler wegen Mangel gesetzlicher Bescheinigung und Begründung wird ad acta gelegt. Die Beschwerde des Benefiziaten Holzleitner wird dem Staatsminister des Innern überwiesen. Die Sitzung wird geschlossen.

†ᵃ (München, den 18. Febr.) Die gestrige Sitzung der Kammer der Reichsräthe gab dem Beobachter einen recht deutlichen Beweis, wie sehr eine Aufhebung oder Umgestaltung dieses Instituts nöthig ist. Wer dieses alberne, parfümirte Etiquettenwesen, diese Phraseologie des Hoftones und der Servilität in die feinsten Nuancen verfolgt, den muß ein nicht zu besiegender Widerwillen befallen. Wie weiß man doch hier mit übertünchten Phrasen die perfidesten Handlungen aufzuputzen, daß der weniger tief Blickende fast ein bußfertiger Sünder wird und recht aufrichtig bereut, daß er solch' ehrlichen Männern, die nur das Wohl und die Freiheit des Volkes gewollt, so schwer Unrecht gethan. — Der König soll die Annahme des Fackelzuges bitter bereuen. Die Sitzung des Klubs der Linken, gestern eine öffentliche, war im höchsten Grade unbedeutend. Außer einem Berichte des Abg. Greiner über Jagdrechte beschäftigte man sich damit, die eingegangenen Adressen an die Linke vorzulesen, deren Hauptinhalt der gleiche ist: Dank für das entschiedene Verhalten der Kammermajorität, Beistimmung zu den Grundrechten und die Versicherung, daß das Volk zur Majorität der Kammer stehe.

(München, den 18. Februar.) Auf das erledigte Stadtgerichtsphysikat Bamberg wurde der Gerichtsarzt Dr. Eicherich zu Miltenberg versetzt; ferner der zum I. Assessor bei dem Landgerichte Werdenfels designirte II. Assessor Lobenhofer zu Erding vom Antritte dieser Stelle entbunden, und an dessen Statt der II. Assessor Ed. Widerer beim Landgerichte Wolfratshausen zum I. Assessor in Werdenfels befördert, auf die hiedurch erledigte II. Assessorstelle in Wolfratshausen der vormalige Patrimonialgerichtshalter Gg. Hoppe berufen. Die bei dem Kreis- und Stadtgerichte Regensburg erledigte Expeditorstelle dem Kreis- und Stadtgerichtsschreiber J. Zaspel in Passau verliehen.

(München, 17. Februar.) Dem Landgerichte Werdenfels wird ein II. Nebenbeamter beigegeben, und demgemäß der bisherige II. Assessor beim Landgerichte Landsberg G. Braam dahin versetzt, auf dessen Stelle der Landgerichtsaktuar daselbst J. Pfaffenzeller befördert, und auf die hiedurch erledigte Stelle der bisherige Aktuar E. v. Hellersberg zu Erding versetzt; dann dem Landgerichte Ebersberg ein Aktuar beigegeben, und hiezu der Appellationsgerichtsaccessist F. X. Hausinger von Straubing ernannt. (N. M. Z.)

(München, den 17. Februar.) Nach einem heute Vormittag bekanntgewordenen Beschlusse der seitherigen Minister werden dieselben sämmtlich im Amte bleiben (?), da sie es vorzogen, lieber alle zu bleiben, als den Austritt einzelner zuzugeben. Ihr Auftreten gegenüber der Kammer, wird höchst wahrscheinlich in der Art sich gestalten, wie ich Ihnen bereits angedeutet habe. (A. A. Z.)

§ (Bayreuth, 16. Februar.) Wie sorglos man auf dem platten Lande mit den Namen der „Chargen" umgeht und wie leicht dadurch Verwechslungen stattfinden können, ersieht man aus nachstehender **Berichtigung** des Artikels in Nr. 38 d. Bl. d. d. Bayreuth, den 5. Februar. Das Faktum bestätigt sich in so fern, als der Bauerndirne das Zeugniß des Krankseyns **nicht** von dem betreffenden **Gerichtsarzt**, sondern von einem **praktischen** Arzt gegeben wurde, ohne daß man damit sagen will, daß derselbe mittelbare Veranlassung zur Tödtung des Kindes gab. Wir bedauern, den von sonst glaubwürdigen Personen erzählten Vorfall unbedingt referirt zu haben und erklären auf demselben Wege, auf welchem die irrthümliche Bezeichnung stattfand, solche als eine reine Irrung, welcher Mißgriff zur Wahrung der Ehre des Betreffenden hiemit verbessert wird. — Der Eingang jenes Artikels steht folglich zu diesem Fall in keiner Beziehung.

Baden. (Konstanz, 15. Febr.) Eine der größten Schwierigkeiten für die Offiziere des jeweils hier anwesenden Korps ist, die Soldaten vom Besuch der nahen Schweiz abzuhalten. Fast jede Truppenabtheilung hat deßhalb mehr oder minder erhebliche Unannehmlichkeiten gehabt. Eine solche Störung der Ordnung hat vor einigen Tagen stattgefunden. Dem Vernehmen nach besuchten 8—10 Soldaten ein Wirthshaus in der Schweiz, woselbst sie sich etwas gütlich thaten, worauf eine Schlägerei erfolgte, in welche auch Leute aus der Schweiz verwickelt wurden. Schon hatte es einige bedeutende Verletzungen abgesetzt, als Schweizer Landjäger herbeigeholt wurden, welche Ruhe schaffen sollten. Aber zu schwach an Zahl, wurden sie übermannt, und wie man hört, zum Theil ihrer Waffen verlustig. Inzwischen gelang es dem Wirth oder anderen, die Raufenden aus einander zu bringen; die Soldaten kehrten nach Konstanz zurück, es blieb jedoch Einer ihrer Kameraden, wie es scheint in der Trunkenheit zurück, der, wir wissen nicht aus welchen Gründen, seither von den Schweizern im Arrest festgehalten wurde. Folgenden Tag hieß es, daß, nachdem eine Unterhandlung wegen Rückgabe desselben zu keinem gewünschten Resultate führte, die Soldaten den Entschluß gefaßt hätten, ihn eigenmächtig zu befreien. Ein solcher Versuch der Gebietsverletzung fand nicht statt; doch scheint es, daß man in der Schweiz einen gewaltthätigen Einfall befürchtete, denn gestern Abend hörte man in den nahen Dorfschaften der Schweiz Generalmarsch schlagen, und kaum 100 Schritte von unserem Kreuzlinger Thor soll die Nacht über ein Wachtposten von 200 Schweizer Scharfschützen gestanden haben. Auch diesseits sind die Posten verstärkt, doch steht zu hoffen, daß sich die Sache bald friedlich ausgleichen wird. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 17. Febr.) [Amtliches.] Nachstehende zum Schutze der verfassunggebenden Reichsversammlung und der provisorischen Centralgewalt getroffene Uebereinkunft wird hiemit öffentlich bekannt gemacht. Frankfurt, 17. Febr. 1849. Der interimistische Reichsminister des Innern, Hr. Gagern. Die nachbenannten Bevollmächtigten bey der provisorischen Centralgewalt Deutschlands: 1) für das Kurfürstenthum Hessen, geheimer Legationsrath Jordon; 2) für das Großherzogthum Hessen, Ministerialrath Eigenbrodt; 3) für das Herzogthum Nassau, der stellvertretende Bevollmächtigte, Regierungsrath Schepp; 4) für das Landgrafenthum Hessen-Homburg, wirkl. Geheimerath v. Holzhausen; 5) für die freie Stadt Frankfurt, Schöff Dr. Souchay sind, in Folge geschehener Aufforderung seitens des Reichsministeriums des Innern und der hierüber erhaltenen Instruktionen Ihrer respekt. Regierungen heute zusammengetreten und haben die Erklärung gegenseitig ausgetauscht, daß den uniformirten Sicherheitsbeamten des Kurfürstenthums Hessen, des Großherzogthums Hessen, des Herzogthums Nassau, der Landgrafschaft Hessen-Homburg und der freien Stadt Frankfurt in jedem der fünf genannten Nachbarlande die Befugniß eingeräumt werde, in dringenden Fällen und wenn sonst die Flucht einer zu verhaftenden Person zu besorgen stünde, die Verhaftung derselben in der nämlichen Weise vorzunehmen, als ob solches in dem eigenen Lande, welchem die betreffenden Beamten angehören, geschehe und zwar, ohne Requisition der Angestellten des Ortes der Verhaftung. Jedoch müssen in solchen Fällen die Verhafteten der zuständigen Polizei- oder Gerichtsbehörde des Orts der Verhaftung alsbald abgeliefert werden. Die Verhaftenden haben zum Zweck des Transports der Verhafteten dahin die Unterstützung der nächsten Polizeistelle in Anspruch zu nehmen, die Verhafteten jedoch bis zum Orte der Ablieferung zu begleiten und dort der zuständigen Behörde die nöthigen Aufklärungen zu geben. So geschehen Frankfurt den 28. Nov. 1848. (gez.) Jordan. Eigenbrodt. Schepp. Holzhausen. Souchay. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 17. Februar.) Das heute ausgegebene 12. Stück des „Reichs-Gesetz-Blattes" enthält folgende Verordnung, betreffend die Beschaffung von 5,250,000 fl. (3,000,000 Thaler) für die deutsche Marine: „Der Reichsverweser, in weiterer Ausführung des Beschlusses der Reichsversammlung vom 14. Juni v. J., verordnet, wie folgt: §. 1. Zum Zwecke der Begründung eines Anfangs für die deutsche Marine soll nunmehr auch die zweite Hälfte, der von der Reichsversammlung bewilligten Summe von Sechs Mill. Thlrn. mit Fünf Mill. Zweihundertfünfzigtausend Gulden (Drei Mill. Thlrn.) mittelst Umlage nach der bestehenden Bundesmatrikel verfügbar gemacht werden. §. 2. Das Reichsministerium der Finanzen ist mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt. Frankfurt, den 12. Februar 1849. Der Reichsverweser: Erzherzog Johann. Der Reichsminister der Finanzen: v. Beckerath." — Dann folgt eine weitere Bekanntmachung des Reichsministeriums der Finanzen, betreffend die Vertheilung der obigen, für die deutsche Marine verfügbar zu machenden Summe auf die einzelnen Staaten.

(Frankfurt, den 17. Februar.) Die verfassunggebende Reichsversammlung eröffnete in ihrer heutigen 172. Sitzung die spezielle Berathung über das Wahlgesetz und zwar zunächst über die §§. 1 und 2, nachdem deren gemeinschaftliche Berathung mit 199 gegen 182 Stimmen beschlossen worden war. Von den eingeschriebenen Rednern, deren Zahl sich auf 73 beläuft, sprachen die Abg. Jahn, v. Raumer aus Berlin, Hildebrand, Mölling, Venedey und Matthies, worauf die weitere Berathung bis Montag ausgesetzt wurde. (Morgen werden wir den ausführlichen Bericht nachliefern.)

(Frankfurt, den 17. Februar.) Dem Reichsministerium ist folgendes Schreiben zugegangen: Der unterzeichnete herzogl. nassauische Bevollmächtigte ist beauftragt, Ihnen, Herr Ministerpräsident, Namens seiner Regierung die nachstehende Erklärung abzugeben: Se. Hoheit der Herzog, von dem innigsten Wunsche beseelt, die Einheit Deutschlands in Wahrheit verwirklicht zu sehen, erblicken in der Bildung einer starken Centralgewalt das einzige Mittel diesen Zweck zu erreichen und zu sichern. Höchstdieselben werden ihre Regierung einem an die Spitze der Reichsregierung zu stellenden Reichsoberhaupte eben so bereitwillig unterordnen, als die oberste Reichsgewalt mit allen denjenigen Attributen, welche zu einer starken Vertretung nach Außen, zu einem gesicherten Rechtszustande im Innern, zur Förderung und Belebung des innern Verkehrs und zur Hebung des dadurch bedingten Nationalwohlstandes erforderlich sind und zweckmäßig befunden werden, gerne bekleidet sehen. Se. Hoh. der Herzog haben zugleich die Ueberzeugung, daß in der Erblichkeit der Würde des Reichsoberhauptes die sicherste Garantie für die einheitliche Entwicklung der Verfassung des inneren Rechtszustandes und der Regierung Deutschlands zu finden ist. Frankfurt, den 15. Februar 1849. Der herzoglich nassauische Bevollmächtigte bei der provisorischen Centralgewalt. (gez.) Hergenhahn. An den Herrn Präsidenten des Reichministerrathes, Herrn v. Gagern. (Frkfr. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 17. Febr.) Seit einigen Tagen sind in unserer Stadt wieder verschärfte militärische Vorsichtsmaßregeln getroffen. Die Passage an der Stadtallee, in deren Mitte sich die hölzernen Nothställe für die hess. Husaren befinden, ist von Abends 10 Uhr an nur für die Bewohner der benachbarten Häuser noch zugänglich, weil sich in der jüngsten Zeit allerlei verdächtige Symptome von Brandlegung rc. gezeigt haben sollen. Auch die Kanonen sind in sicheres Gewahrsam gebracht und die vor denselben befindlichen Wachen verstärkt worden. Außerdem hat man der hiesigen Besatzung die Dienstvorschrift vom vergangenen November neuerdings in Erinnerung gebracht, und es macht sich überhaupt allenthalben eine strengere Handhabung der militärischen Vorsichtsmaßregeln bemerkbar. — Heute wurde von einer großen Anzahl österreichischer, preußischer und hessischer Truppen mit den dazu gehörigen Geschützen ein großer Uebungsmarsch durch die Umgegend vorgenommen. (Frkft. J.)

Hannover. (Hannover, 14. Febr.) In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung zeigt der Präsident den Eingang mehrerer Bittschriften von Volksvereinen, vaterländischen und konstitutionellen Vereinen an, welche die sofortige Anerkennung der Grundrechte fordern. Weinhagen wünscht baldige Berichterstattung über diese Bittschriften; Buddenberg entschuldigt sich mit den vielen Vollmachten der Abgeordneten, die er noch zu prüfen habe. — Als der Präsident die Tagesordnung für morgen festsetzen will, bittet Lang II. vor Allem das Ministerialschreiben über die Grundrechte morgen berathen zu lassen. Ellissen, Lang I. sind auch für rasche Entscheidung. Windthorst (Justizrath): Das Land habe das Ministerialschreiben noch nicht er-

wogen, die Abgeordneten müßten sich erst über diese so wichtige Angelegenheiten mit ihren Wählern verständigen. Lang I.: Wir Alle wissen, was die Wähler wollen. Aber unser Gewissen muß uns vor Allem gelten. Wer mit seinen Wählern nicht übereinstimmt, muß zurücktreten. Lang II.: Das Land muß wissen, wie die Stände in dieser wichtigsten aller Fragen zur Regierung stehen, auch Deutschland muß es wissen. Buddenberg warnt vor Uebereilung und in „Sturm" gefaßten Beschlüssen. Böhmer (Regierungsrath) ist gleichfalls gegen zu rasche Berathung. Schäfer: Auch er sey für rasche Entscheidung. Aut Caesar, aut nihil, aber auf vierundzwanzig Stunden kommt es ja doch nicht an. (Gelächter.) Stüve: Auch die Regierung wünsche rasche Entscheidung. Er müsse sich aber gegen das Wort des Abgeordneten von Verden aussprechen, daß, wer mit seinen Wählern nicht übereinstimme, sein Mandat niederlege; das sey gegen die Verfassung. Lang II.: Es sey keine Pflicht, wohl aber eine Ehrensache, sein Mandat niederzulegen, wenn man nicht mehr mit seinen Wählern übereinstimme. Es freue ihn aber, daß auch der Minister des Innern eine baldige Entscheidung über die Grundrechte wolle. Die Gründlichkeit unserer Berathungen gewinnt, wenn die Entscheidung da ist. Jeden Tag kommen wir ja auf die Grundrechte; wir können uns keinen Schritt bewegen, ohne über die Grundrechte ins Klare zu kommen. Der Präsident glaubt allen Wünschen gerecht zu werden, wenn er das Schreiben übermorgen auf die Tagesordnung setzt. Die Kammer erklärt sich damit einverstanden. (Br. Wes.-Z.)

(Hannover, den 13. Februar.) Die deutsche Frage scheint auch hier gleich wie in Bayern zu einer Kabinetsfrage sich gestalten zu wollen, und irren wir nicht, so hat gerade die bekannte, in Nr. 1611 d. Bl. abgedruckte Ministerialerklärung durch ihre determinirte Fassung, dem Bogen zu dieser entscheidenden Spannung verholfen, und also zu der entgegengesetzten Wirkung geführt. Das Ministerium hat durch jene Erklärung sich selbst eine höchst unbequeme Grenze gezogen, die ihrer gewichtvollen Begründung halber jeder Biegsamkeit und deshalb jedem Nachgeben widersteht. Die Kammern, die entschieden abweichende Richtung ihrer Mandanten erkennend, sind dadurch zu repressiven Maßnahmen provocirt worden. Auch sie haben, wie man versichert, in einer Vorberathung und Vorabstimmung eine bestimmte Grenze fixirt, die sie, bezüglich der obschwebenden Frage über die unbedingte Durchführung der Grundrechte, unabänderlich inne zu halten entschlossen sind. Beide Grenzlinien liegen, so viel sich augenblicklich übersehen läßt, in einigermaßen schroffer Form, weit auseinander, und ermangeln jeder vermittelnden Annäherungspunkte. Kurz, die ganze Constellation ist augenblicklich eine entschieden bedenkliche, und der Ausbruch eines unlöslichen Konflikts durchaus wahrscheinlich. Es wäre sehr zu beklagen, wenn das gegenwärtige Ministerium, dessen nur irgend genügende Ersetzung wir für sehr zweifelhaft halten müssen, in dem Augenblick sollte weichen müssen, wo die von ihm ausgegangenen vielseitigen umfassenden Reformen in der Verfassung und Verwaltung ihrer Verwirklichung nahe geführt sind. (Br. Wes. Z.)

Hessen. (Mainz, 15. Febr.) In der gestrigen Sitzung des hiesigen demokratischen Vereins wurde beschlossen, die Jahresfeier der französischen Februarrevolution durch ein großartiges Banket im Theater zu begehen, zu welchem die Linke der deutschen Nationalversammlung, sowie die Ausschüsse sämmtlicher demokratischen Vereine der Umgegend eingeladen werden sollen. Auf den Dörfern in unserer Provinz haben die demokratischen Vereine den Anfang mit einer sozialen Verbesserung gemacht. Sämmtliche Grundbesitzer haben nach Maßstab ihres Grundbesitzes eine Abtretung eines oder mehrerer Morgen Landes an die Armen ihrer Gemeinde veranstaltet, ebenso durch Sammlung von Saatfrüchten und Kartoffeln denselben Mittel an die Hand gegeben, sich ihr Unterkommen selbst zu verschaffen, und dadurch aus den Gemeinden alle Bettler zu beseitigen — Am 23. April beginnt das II. Quartal der Assisensitzungen, unter dem Präsidium des Obergerichtsraths Metz. (Frkf. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Von der österreich. Grenze, 14. Februar.) Aus mehreren Provinzen der Monarchie vernimmt man von hartnäckiger Verweigerung der geforderten Rekrutenstellung. Im Prachimer Kreise in Böhmen weigern sich die Bauern unter dem Vorgeben, daß der Reichstag die neuestens in so großartigem Maßstabe verordnete Rekrutirung nicht bewilligt habe. Mehr noch auf dem Lande als in der Hauptstadt Prag zeigt sich eine ziemlich auffallende Gährung. Tritt die Regierung, wie man versichert, in Kurzem mit dem Entschädigungsvorschlag bezüglich der aufgehobenen Urbariallasten auf, so dürfte zu den zahllosen und nicht enden wollenden Erschütterungen unseres staatlichen Lebens eine neue, bedenklichere hinzutreten. (A. A. Z.)

(Von der österreichischen Grenze, den 14. Februar.) In den südslavischen Gegenden wächst die Verwirrung; aber es bereitet sich offenbar auch ein höchst gefährlicher Sturm vor, dessen Ziel und Ende noch nicht abzusehen ist. General Theodorovich ließ Carlowitz, den Sitz des serbischen Nationalcomites, in Belagerungsstand erklären. Die Zerwürfnisse des Patriarchen mit Stratimirovich scheinen dazu die veranlassende Ursache zu seyn. Indeß wird wiederholt versichert, daß diese beiden Häupter der serbischen Nation auf dem Punkte der Ausgleichung stehen. Das Chaos der serbischen Angelegenheiten wird durch die spezifisch-österreichischen Bemühungen des Konsuls Mayerhofer noch vermehrt. Mit kaum verhaltener Wuth schreien die Südslaven: Verrath! Sie behaupten, alle in neuester Zeit von der Regierung in Ungarn getroffenen Maßregeln gingen dahin, den Ultramagyarismus, sofern er sich in das altaristokratische Gewand hülle, wieder herzustellen. In Agram hat die Agitation einen sehr bedenklichen Grad erreicht. — Die Lage von jetzt und vom September ist eine wesentlich veränderte. Als Jellacic die Drave passirte, galt es einen Kampf von Nation gegen Nation; als das Ministerium Wessenberg sich entschloß, zu interveniren, trat es auf die Seite einer Partei, und ein endliches für alle drei Theile befriedigendes Kompromiß stand im Hintergrunde. Aber Fürst Windischgrätz drang nach Ungarn vor, während Jellacic seinen Befehlen untergeordnet wurde, ohne zu sagen, welche Sache er dort verfechten wolle. Und dadurch ward die Verwicklung zu einem so bedenklichen Grad gesteigert, daß wir eine neue Katastrophe in nicht ferner Zukunft erwarten zu müssen glauben. Jellacic steht in Szolnok. Was ich Ihnen jetzt melde, ist zuverläßige Thatsache. Er hat gegen die Trennung und Zertheilung seines Korps protestirt. Er mußte es thun, um nicht seine ausnehmende Popularität in der slavischen Welt auf das Spiel zu setzen. Auf die Zusammenberufung des Landtags wird in Kroatien energisch gedrungen. Mit derselben nimmt die Jellacic im Sommer zu Theil gewordene Diktatur ihr Ende. — Der Patriarch Rajachich liegt zu Hatzfeld in der Nähe von Semlin krank darnieder. (Lpz. Z.)

(Olmütz, den 14. Februar.) Wenn dieser Brief mit der gewöhnlichen Postschnelligkeit, wollte sagen Postlangsamkeit, in Ihre Hände kömmt, so werden wir vielleicht dann schon sagen: wir haben einen Reichstag gehabt! — Denn Wohlunterrichtete gestehen, daß die langen Verhandlungen der Minister in Wien und auch der neulich endlosen Ministerkonseil in Olmütz, ausdrücklich Berathungen über die vorzulegende Konstitution enthielten. (C. Bl. a. B.)

Oldenburg. (Sitzung vom 14. Februar.) [Schließung des Landtags.] Nachdem in gestriger Nachmittagssitzung der Landtag seine bisher im Einzelnen gefaßten Beschlüsse nun auch im Ganzen noch einmal genehmigt hatte, und von den Regierungskommissären ebenso die Zustimmung der Staatsregierung ertheilt worden war, fand heute die Schlußsitzung statt. Zu dem Ende erschien der Staatsminister Schloifer mit einem Kabinetssekretär in Begleitung der Regierungskommissäre, überreichte dem Landtagspräsidenten die mit dem schriftlichen eidlichen Revers des Großherzogs versehene Ausfertigung des Staatsgrundgesetzes, und begleitete dieselbe mit einer Anrede an die Versammlung, in welcher Hoffnungen für die glückliche Zukunft des Großherzogthums und des deutschen Vaterlandes ausgesprochen wurden, so wie die Zuversicht, daß der Wohlstand des Landes befestigt genug sein werde, um die durch die Neugestaltung erforderlich werdenden Opfer darbringen zu können, weshalb um so mehr zu bedauern sey, daß der Landtag der Staatsregierung nur so geringe Geldmittel zur Verfügung gestellt habe, daß die Zusammenberufung eines außerordentlichen Landtages lediglich zu diesem Zwecke erforderlich werden könne. — Der Landtagspräsident verlas hierauf den großherzoglichen Revers, sprach auch seinerseits die Hoffnung aus, daß die neue Verfassung das Wohl des Großherzogs wie des Landes befördern werde, und nachdem noch das heutige Protokoll verlesen worden war, trennte sich die Versammlung schweigend. (Br. Wes. Z.)

Preussen. (Berlin, 16. Febr.) Der Staatsanzeiger enthält in seinem amtlichen Theil folgende Bekanntmachung: Die Eröffnung der durch das Königliche Patent vom 5. Dezember v. J. zum 26sten d. M. zusammenberufenen Kammern wird an dem gedachten Tage Vormittags 11 Uhr im Weißen Saale des hiesigen Königlichen Schlosses stattfinden. Die Herren Abgeordneten werden hiervon mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt, daß ihnen am 24sten und 25sten von 8 Uhr Morgens bis Abends 8 Uhr und in den Morgenstunden des 26sten d. M. in dem provisorischen Bureau jeder der beiden Kammern (für die erste Kammer hinter der katholischen Kirche Nr. 1, für die zweite Kammer in der Leipziger Straße Nr. 55), gegen Vorzeigung der zur vorläufigen Legitimation dienenden Schreiben der Wahl-Kommissarien, durch welche sie von der auf sie gefallenen Wahl benachrichtigt worden, Eintrittskarten werden ausgehändigt werden. Berlin, den 16. Februar 1849. Der Minister des Innern. v. Manteuffel.

Sachsen. (Dresden, 14. Febr.) Sitzung der ersten Kammer. Die heutige Sitzung begann mit Verlesung einer Landtagsschrift, in welcher der Wunsch ausgedrückt wird, „daß an die Spitze Deutschlands ein verantwortlicher Präsident gestellt werde" und daß die Regierung sich in gleichem Sinne erklären möge.

Belgien.

(Brüssel, den 15. Februar.) Der König Leopold empfing gestern Mittag nacheinander und in officiöser (nicht offizieller) Form Sir Henry Ellis, Hrn. v. Lagrenée und den Marquis von Ricci, die Bevollmächtigten Englands, Frankreichs und Sardiniens für die Konferenzen in Bezug auf die italienischen Angelegenheiten. Hr. v. Colloredo-Walsee, der Bevollmächtigte Oesterreichs, welcher gestern aus Deutschland in Brüssel erwartet war, wird dem Vernehmen nach erst Ende dieser Woche hier anlangen. (Frkft. J.)

Italien.

(Florenz, 10. Febr.) Die Alba, das Organ der herrschenden Partei, spricht ihre Gedanken in folgenden Betrachtungen aus: „Der 8 Febr. 1848 (d. h. der Tag der Flucht des Großherzogs) wird in den Blättern der Geschichte ein nicht mit Bürgerblut beflecktes, sondern mit Blumen begränztes Denkmal bilden, neben denen des 12 Jan. 1848 in Palermo, des 22. März in der Lombardei und Venedig, des 16. Nov. in Rom. Leopold II. von Oesterreich, Großherzog von Toskana, ein Mann, der sich nicht aufzuschwingen vermochte zu der Höhe der Zeiten, ein gutes aber schwankendes Gemüth, unentschlossen, mehr für andere Jahrhunderte als für die der Schmerzen und der Hoffnungen Italiens erzogen, Leopold II., das farbenblasse Abbild Papst Pius IX., ist aus seinen Staaten entflohen, hat freiwillig seiner Macht entsagt und ist, nachdem er sein Gewissen befragt, ob es ein Italien geben könne und er hierauf von Pius IX. eine verneinende Antwort erhalten hatte, für immer entwichen aus diesem Land, das annoch eingedenk ist seiner Vergangenheit, das annoch raucht von dem Blute Ferruccio's, das annoch glüht von dem Scheiterhaufen, auf welchem einer der großen Sendboten der Freiheit, Girolamo Savanarola, seine Seele aushauchte! (Leopold II. soll verantwortlich seyn für Ferruccio's und Savanarola's Blut.) Die provisorische Regierung von Toskana ist unter dem Rufe: „Es lebe die Constituante!" aus dem Volk geboren, sie ist am heutigen Tage unter dem Rufe: „Es lebe das freie und einige Italien!" von demselben Volk sanctionirt worden. Krieg also! Krieg und Einheit! Krieg dem Fremden, so lange zwischen den Apenninen und dem Arno nur Ein Soldat und Ein Schild noch übrig ist! Einheit und Brüderlichkeit mit allen Völkern Italiens! Krieg dem Fremden! Die Taufe des Ruhmes und der Brüderlichkeit für Italien! ... Waffen! Waffen! Waffen! Geld! Geld! Geld! Hier das Geheimniß, hier die Kraft, hier der Muth des Unternehmens, der Entschluß im Vollführen! Die Begeisterung, theilweise erloschen, wird mit aller Gluth einer nationalen Revolution wieder angefacht werden. Wenn die neue provisorische Regierung nicht durchgreifend revolutionär, national-revolutionär seyn wird, so wird sie fallen; sie wird fallen unbedauert, angeklagt, verwünscht von den getäuschten Gläubigen wie von den wachsamen Feinden. Gestern beschloß das Volk: die provisorische Regierung solle mit der von Rom in Verbindung treten um angesichts von Italien und der Welt einen einzigen Staat zu bilden. Heute stand auf allen Mauern von Florenz

geschrieben: Vereinigt mit Rom. Möge dieser edle Wille ein glückverkündendes Zeichen seyn für die künftigen Geschicke. Central-Italien mit mehr als fünf Millionen Menschen, würde einerseits ein starker Damm seyn gegen den überwiegenden Ehrgeiz des Sardiniers, andererseits eine Drohung und ein Zügel für die Grausamkeiten des Bourbonen von Neapel." A. A. Z.

Briefe aus Rom vom 10. Februar schildern, wie die Republik bis auf Wappen und Zeichen überall an die Stelle der päpstlichen Gewalt sich setzt. Wo sonst Kardinalshüte prangten, waren Freiheitsmützen aufgehängt, der Obelisk von Piazza del Popolo, der schon so viele Jahrhunderte mit ihren Wechseln an sich vorübergehen sah, erhielt einen von Fahnen umwehten Freiheitsbaum aufgepflanzt, die päpstlichen Wappenschilder und die Schlüssel St. Peters sanken überall unter dem Jubel der Menge, welche — mit Haken und Spaten bewaffnet — Prozessionen bildete, während die Engelsburg 101 Kanonenschüsse erdröhnen ließ. (A. A. Z.)

Briefe aus Genua reichen nur bis zum 7. Februar, wissen also noch nichts von der Umwälzung der Dinge in Rom und Florenz. Sie schildern aber die Agitation für Krieg und Republik auch dort im Steigen begriffen, und versichern, daß in Turin selbst der König und sein Minister (Gioberti) fortwährend durch stürmische Volkshaufen aufgefordert werden, die italienische Konstituante zu beschicken, Oesterreich und Neapel mit Krieg zu überziehen und die Schweizer zum Lande hinauszujagen. (A. A. Z.)

Niederlande.

(Haag, den 13. Februar.) Heute fand unter den üblichen Feierlichkeiten die Eröffnung der Kammern statt. Der König verlas die Thronrede, in welcher in Bezug auf die auswärtige Politik folgende Stelle vorkommt; ich freue mich, Ihnen anzeigen zu können, daß das gute Einvernehmen mit den andern Staaten troß der Revolutionen und des Krieges, welche einen großen Theil Europas heimgesucht haben, aufrecht erhalten blieb. Die Beziehungen des Herzogthums Limburg zu dem deutschen Bunde haben einige Schwierigkeiten verursacht, welche ich, gestützt auf die Verträge, beseitigen zu können hoffe. Die Ruhe und die öffentliche Ordnung sind demungeachtet in diesem Herzogthume stets bewahrt worden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

E.-Fa. 4039 I.

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg

werden auf Andringen eines Hypothekengläubigers das Haus der Fischermeisterseheleute Adam und Margaretha Seidlein S. Nr. 46 zwischen den Fleischbänken auf dem die Grünfischerei-Gerechtigkeit betrieben wird, theils massiv, theils von Fachwerk gebaut, mit einem Keller, im ersten Stocke: Tenne, 4 Fischkasten, 2 Kammern, 2 Fischböden und Hofreulein, im zweiten Stock: 1 Vorplatz, 1 Stube, 1 Kammer, 1 Küche, im dritten Stock: 1 Vorplatz, 1 Stube, 2 Kammern, 1 Küche, unter dem Dach 2 auf einander stehende Böden, mit einem Eigengeld zu 8 fl. behaftet, bezieht ein Waldrecht zu 3 Mäß Holz und 3 Mäß Stöck, dann 100 Wellen, für 2000 fl. in der Brandkassa versichert und für 2300 fl. incl. Gerechtigkeit geschätzt, sodann zwei obere Fischbehälter bei St. Peter mit einem zum Aufbewahren von Fischereigeräthschaften, gehörigen Häuschen, Pl.-Nr 164, behaftet mit 54 kr. Erbzins und den Handlohn zu 6⅔ Prozent, geschätzt für den öffentlichen Verkauf nach §. 64 des Hypotheken-Gesetzes und §. 87 und folg des Gesetzes vom 17 Nov. 1837 unterstellt und wird Tagfahrt hiezu auf

Donnerstag den 22. Februar 1849, Vorm. 11 Uhr im Comm.-Zimmer Nr. 6

anberaumt, zu welcher Kaufsliebhaber vorgeladen werden

Nürnberg, den 19. Dezember 1848.

Seuffert

Haller.

Exp.-Nro. 435.

Bekanntmachung.

Die Wiedereröffnung der Schifffahrt auf dem Ludwig-Kanal findet

Montag den 12. März d. J.

statt, in so ferne nicht allenfalls eintretender Frost Hindernisse in den Weg legt.

Nürnberg, den 16. Februar 1848.

Kgl. Verwaltung des Ludwig-Kanals.

v. Hartmann.

Schwarz.

Nachruf

am Grabe der zu früh verblichenen Freundin

Kunigunde Klatzkopf.

Der kurze Traum des Lebens ist entschwunden,
Und Dich umfängt der Erde kühler Schoos,
Wohl spricht der Mensch: wir können es nicht ändern,
Es trifft uns alle ja dasselbe Loos.

Doch wer Dein Herz, Dein edles, jemals kannte,
Wie es zum schönen Ziele stets gestrebt,
Der kann gar leicht den herben Schmerz ermessen,
Der durch den Busen Deinen Lieben bebt.

D'rum können sie mit Recht auch Dich beklagen,
Denn Du bist es gewiß vor allem werth, —
Ja manche Thräne wird im stillen fließen
Von Denen die als Freundin Dich verehrt

Nur diese Hoffnung mög' sie ferner trösten,
Wie sehr sie Dein Verlust auch hat betrübt,
Daß, wer Dich einst in Deinem Leben liebte,
Dich auch gewiß noch in dem Tode liebt.

...

Holz-Verkauf.

In einer Privatwaldung bei Heroldsberg werden

Freitag, den 23. Febr. 1849 Vormittags 9 Uhr

an den Meistbietenden versteigert:

25 Stück Föhren-, Fichten- und Tannen-Blöcher
33 Stück Föhren-, Fichten- und Tannen-Bauholzstämme.
22 Mäß weiches Scheitholz.

Die Zusammenkunft ist im Wirthshause zum Bären in Heroldsberg.

Für Auswanderer.

„Die Hoffnung"

Concessionirte deutsche Bureaux für

Auswanderer nach Amerika

von **J. M. Bielefeld** in Mannheim.

Regelmäßige Fahrten vom nächsten März an mit gekupfertem Dreymaster erster Klasse, sogenannter Paquetboote, nach

New-York & New-Orleans

über **Rotterdam & London.**

Zur näheren Erkundigung und zum Abschluß von Ueberfahrts-Verträgen beliebe man sich an Unterzeichneten zu wenden.

Heinrich Klippel,

General-Agent in Frankfurt am Main

Dietenhöfer Leichenkassa.

Die verehelichen Mitglieder der Dietenhöferschen Leichenkassa-Gesellschaft werden zur Abhör der Halbjahrs-Rechnung auf Sonntag den 25. Februar, Nachmittags 1 Uhr, ins Gasthaus zum Elephanten in der Jakobsstrasse hiedurch höflich eingeladen.

Zugleich werden die Beitrags-Restanten sowohl, als auch diejenigen, welche an die Kasse Interessen zu zahlen haben, erinnert ihre Schuldigkeit bis zum 22. d. M. zu entrichten, um erstere sich vor dem Nachtheil des Ausschlusses, letztere aber vor den sie treffenden Klagekosten zu sichern.

Personen, welche dieser Anstalt beitreten und nicht über 50 Jahre alt sind, können sich täglich bei einem der vier Einkassirer: Biermann, Schädlich, Wolf und Wild melden, welche dann sogleich die Einschreibung besorgen werden.

Nürnberg, den 18. Februar 1849.

Die Vorstände:

Fels. Heim. Lindner.

Nebst Ausschußmitgliedern.

Anzeige und Empfehlung.

Unterzeichneter erlaubt sich zur ergebensten Anzeige zu bringen, daß er durch Tausch Besitzer des Gasthauses zum „weißen Schwan" in der Marktstrasse in Altdorf geworden, und er mit Stallungen, Hofraum und Remise zum Einstellen versehen ist, weshalb er sich daher allen verehelichen Reisenden, Freunden und Bekannten zum gefälligen Besuche bestens empfiehlt.

Altdorf, den 17. Februar 1849

Johann Maul,
Gastwirth zum weißen Schwan.

Empfehlung.

Zur Fastnacht empfiehlt?

Faschings-Krapfen

zur geneigten Abnahme

Wilhelm Föderreuther,
Conditor am Ecke der Bindergasse

Goldener Hirsch

an der Laufersteasse.

Heute Dienstag, als am Fastnachtstag, Hefenküchlein, Schneeballen und anderes feines Backwerk, wozu ergebenst einladet

Sturm.

(Empfehlung) Außer den gewöhnlichen Sorten Concept-, Schreib-, Post- und Zeichnen-Papieren, empfehlen wir auch:

liniirtes Schul-Papier zu Schreibheften,

wovon wir neue Lieferung erhalten haben

J. A. Endter'sche Buch- und Papier-Handlung.

(Zu vermiethen.) In S. Nro. 347 der Radbrunnengasse ist ein Logis bis Walburgi zu vermiethen.

Fabrikgeschäfts-Eröffnung und Empfehlung.

Der Unterzeichnete hat seine für das Königreich Bayern privilegirte Erfindung, die es ihm möglich macht, feinste Chokolade durch eine eigene Verfahrungsweise so herzustellen, daß sowohl Eier als Milch bei der Masse sich befinden, zur Ausführung gebracht und eine Fabrik eingerichtet. Der Wohlgeschmack und die Billigkeit des Fabrikats, insbesondere aber die gegen den bisherigen Preis sehr bedeutende Wohlfeilheit und seine Nährkraft verschaffen ihm leicht Eingang auch bei dem Unbemitteltsten, und es mag hier das Wenige noch genügen, daß, während man bisher z. B aus einem Viertelpfunde 6 Tassen herstellte, ein halbes Viertelpfund meiner Schokolade 9 Tassen und zwar bei gleicher Dickflüssigkeit und größerer Feinheit gibt. — Mit dem 1. März wird das Verkaufs-Lokal geöffnet, welches sich im Hause S. Nro 17a des Herrn Kaufmann Friedrich Fuchs am Heumarkte befindet.

Indem ich diese Anzeige zur gefälligsten Beachtung hiermit bestens empfehle, zeichne ich mit besonderer Hochachtung

Nürnberg, am 18. Februar 1849.

Dr. Karl Schäfer,
Schokolade-Fabrik-Besitzer.

St. Leonhard.

Dienstag, den 20. Februar, „Maskenkränzchen," wozu ergebenst einladet

A. Feldmann.

(Gesuch.) In eine Buchhandlung wird unter vortheilhaften Bedingungen ein Jüngling mit guten Vorkenntnissen gesucht. Offerten mit gleichzeitiger Handschriftsprobe unter Chiffre N. S. befördert die Exped. ds. Bl.

Zu verkaufen.

Ein Garten, eine halbe Stunde von hier entfernt, an der Hauptstrasse und Eisenbahn gelegen, 2 Tagwerk 56 Dez. groß, mit einem Wohn- und zwei kleinen Neben-Gebäuden, in hoher schöner Lage und mit weiter Aussicht ist zu verkaufen und kann die Hälfte des Kaufschillings gegen billige Verzinsung hierauf stehen bleiben.

Nähere Aufschlüsse ertheilt

das öffentliche Kommissions-Bureau von J. St. Schmidt in Nürnberg.

Zu verkaufen

ist eine reale Grosspfragnerei-Gerechtigkeit mit allen hiezu gehörigen Utensilien

durch das öffentliche Kommissions-Bureau von J. St. Schmidt.

Mit einer Beilage.

Hinc illae lacrimae!

Das Streben des Lehrerstandes nach einer — zum segensreicheren Wirken der Volksschule durchaus erforderlichen Selbstständigkeit, die nur durch Befreiung von unwürdiger Bevormundung und durch möglichste Beseitigung des sogenannten geistlichsten Einflusses zu erreichen stand — dieses Streben ist keineswegs ein Ergebniß der neuesten, oder nur der neuern Zeit; wer sich einigermassen mit der pädagogischen Literatur vertraut gemacht hat, dem ist wohlbekannt, daß schon längst einzelne Stimmen über das Unnatürliche und Verderbliche des bestehenden Verhältnisses laut geworden sind, und daß seit Jahrhunderten die Vordersten in den Reihen der Kämpfer für allgemeine Volksbildung sich dem Unwesen hierarchischer Bestrebungen in der Schule, mit scharfer Waffe entgegenstellten. Ein Erfolg dieses Kampfes war lange Zeit um so weniger sichtbar, als die Hierarchie in ihrer stolzen Größe denselben abzuwehren kaum für nöthig hielt, sich und ihre sehr unheiligen Zwecke stets, wie noch heutiges Tages, verwechselnd mit der hochheiligsten Angelegenheit des Menschengeschlechts, die auch die Pforten der Hölle nicht überwältigen werden. Machtlos und niedergehalten mit eifersüchtiger Härte wurde die gute Sache wohl noch lange „vergebliche" Anstrengungen gemacht haben, wenn nicht die gewaltigen Ereignisse der Gegenwart den Anforderungen der Zeit zum Fortschritt Rechnung getragen und der Freiheit eine Gasse auch zum Besten der Schule gemacht hätten. Alsbald änderte sich die Scene. Die im täuschenden Bewußtseyn der Unbesiegbarkeit bis jetzt selbst den Mächten der Hölle zu trotzen behauptet hatten, erschracken bei des Lehrerstandes Rufen um Recht und Gerechtigkeit. — Die Religion ist in Gefahr! Trennen, losreißen von der Kirche will sich die Schule und unsere heilige Religion umstürzen! Regierungen und Gemeinden, Himmel und Erde müssen sich dagegen erheben, um dieses gottlose Beginnen zu kämpfen! — So, ein Sturmgeschrei, ertönt der Hülfe- und Weheruf der geängsteten Kirche, mit deren Namen sie sich und ihr eigenes Interesse bemänteln. Auf eine Widerlegung solcher grundlosen, und in ihrer Grundlosigkeit schon unzähligemal dargelegten Behauptungen gehen wir, als unserm Zwecke fernliegend, hier nicht im geringsten ein. Wir drücken beiläufig nur Verwunderung und staunende Ueberraschung aus, daß wir erfahren, was wir bisher — wohl auch gewußt haben: welch nothwendige, unentbehrliche Stütze die Geistlichen an dem Lehrerstande haben; daß sie selbst in die Wirksamkeit ihres eigenen Berufes so wenig Vertrauen setzen; daß ihre Sache (wohlgemerkt: ihre Sache, nicht die Religion!) auf so schwachen Füßen stehe, um bei der verlangten Trennung derselben sogleich in den, den Kampf listig nach einem andern Richtung hinlenkenden, Nothruf auszubrechen: Die Religion ist in Gefahr! Woher aber diese auffallenden Widersprüche? Worin liegen die Gründe des heftigen Widerstrebens, mit welchem die Geistlichkeit den Forderungen entgegen tritt, durch welche der Lehrerstand und Alle, die dem Fortschritte huldigen, doch das Bessere, eine schönere Zeit herbeizuführen beabsichtigen? Der zu Anfang dieser Zeilen stehende Satz erfordert die Darlegung unserer Ansicht hierüber, und wir geben solche kurz in Folgendem. Zuerst lassen wir für uns eine Stimme sprechen, die in unserer Zeit allerdings spruchgültig geworden ist, und beliebigenfalls in den „Rheinischen Blättern" näher nachgesehen werden kann. Als Ursache der in Rede stehenden auffallenden Thatsache wird dort die Faulheit bezeichnet. — Wir haben das nicht gesagt, wollen auch keineswegs damit dem Stande, der so manche würdige Glieder zählt, zu nahe treten; offen gestehen wir jedoch: Dieser Grund ist uns aus der Seele gesprochen. — Andere sagen: Bildung ist Macht. Die Bildung leiten heißt: Die Macht am Zügel lenken. Sehr erklärlich ist daher das geistliche Sträuben, das Beispiel in andere Hände fallen zu lassen. — Gegen diesen Grund wird schwerlich etwas Erhebliches einzuwenden seyn. — O, die süße Gewohnheit des Herrschens und Befehlens! spricht eine dritte Partei. — Wir begreifen wohl, daß es einige Entsagung kostet, (und diese ist freilich immer schmerzlich), die bisher so freigebig dem folgsamen Diener gespendeten Befehle hinunterschlucken zu müssen; wir finden jedoch an einer weitern Ausführung dieser Dinge keinen Gefallen, und wollen nur noch einen vierten Punkt berühren, der zwar auch hin und wieder angeregt, aber noch nicht gehörig hervorgehoben worden ist. Wie gesagt: das Benehmen der Geistlichkeit gegen die Bestrebungen der Lehrer, die — früher die besten Christen — auf einmal sammt und sonders heidnisch geworden seyn sollen, ist auffallend; wir hätten wenigstens ein so gewandtes Auftreten in wahrhaft jesuitischer Manier ganz und gar nicht erwartet. Besonders aber fällt auf, daß gerade von den Leuten, die man von protestantischem Geiste beseelt, und also dem Fortschritte huldigend glauben sollte, gar viele als die heftigsten Gegner und thätigsten Widersacher auftreten, und Alles anwendeten, was finsterer Ultramontanismus nur hätte ersinnen können. Einige Dekanate haben sich dadurch so bekannt gemacht, daß die Nennung derselben unnöthig ist. Die Lösung aber dieser bayerisch-protestantischen Räthselfrage kann jeder schon in dem Büchlein finden, das er dem Kinde gleich bei dessen erstem Eintritte zur Schule in die Hände geben muß, in dem „ersten Lehr- und Lesebuche," wo seinem Auge sogleich auf dem ersten Blatte das Privilegium entgegenstrahlt, welches der allgemeinen Pfarrwittwenkassa zur bessern Begründung einer Versorgungsanstalt für Pfarrers Witten und Waisen, sowohl auf das Gesangbuch als auf alle Religionsbücher zum Unterrichte in den Schulen, verliehen ist. — Also die Schule, die arme, dürftige Schule wird beigezogen, den geistlichen Wohlstand aufzubessern! Deswegen umklammert die geistliche »Mutter" die Tochter wie mit Geiersklauen, um von ihr weltlichen Vortheil zu ziehen? Wir können nicht in bestimmten Zahlen die jährlichen Summen des Tributs angeben, den die entblößte Sclavin ihrer habsüchtigen Herrin auf diese Weise entrichtet; aber es läßt sich leicht berechnen, daß eine Abgabe sehr bedeutend seyn muß, zu der jedes schulpflichtige protestanische Kind des Königreichs von mehreren Büchern die es in Händen haben soll, kontribuirt. Die scheinbaren Berichtigungsgründe zur Erhebung dieser Steuer lassen sich eben so leicht aufstellen, als — niederschlagen; daher schweigen wir jetzt in beiden Beziehungen. Die Tausende aber, die solchergestalt bisher den geistlichen, bekanntlich bodenlosen Säckel füllten, würden unwiederbringlich für denselben verloren gehen, wenn die Schule wie es ihr von Gott und Rechtwegen zusteht, ihre Angelegenheiten selbst ordnete, — et hinc illae lacrimae. Aus diesem einzigen Zuge aber ist wohl zur Genüge zu erkennen, und ein sicherer Schluß zu ziehen, in welcher Art und Weise die zärtliche Kirche für das Wohl und Beste der ihr anvertrauten Schule auch im Ganzen sorge, und wir können den geistlichen Streitern in Beziehung auf die von ihnen so beliebte Verhältnißbezeichnung von Mutter und Tochter nur rathen, diese ohnehin völlig unpassende Benennung künftig zu vermeiden, denn dieselbe ruft für die Kirche nur die bittersten Wahrheiten hervor, denen sich passend jedesmal nur der vorwurfsvolle Zuruf anschließt: Rabenmutter! Rabenmutter!

Fragement aus der alten Geschichte mit Nutzanwendung auf die heutige.

Fallen mir da 5 Kapitelchen aus einem alten lateinischen Schriftsteller ein, deren Inhalt die Geschichte eines Feldherrn oder Generalfeldmarschalls ausmachen, welche zu den ernstesten Betrachtungen und bedeutungsvollsten Parallelen in unserer Zeit dringendste Veranlassung gibt, so daß ich sie gar zu gerne der Tageslektüre übergeben möchte. Timoleon heißt der Feldherr und war leider! nur ein Heide! Ihm allein gelang es, sowohl sein unterdrücktes Vaterland Korinth von dem Tyrannen, seinem Bruder Timophanes, zu befreien, als auch die Syrakuser, welchen er zu Hülfe geschickt wurde, von ihrer langwierigen Knechtschaft loszumachen und so das viele Jahre hindurch mit Krieg heimgesuchte, von den Barbaren (Karthagern) unterdrückte Sicilien durch seine Ankunft wieder in den vorigen Stand zu setzen. Er hatte aber bei seinen Thaten Glück und Unglück, und trug dabei, was für schwer gehalten wird, das Glück mit mehr Weisheit, als das Unglück. Denn als sein Bruder Timophanes durch die Soldtruppen die Gewaltherrschaft an sich riß und Timoleon Theilnehmer des Regiments seyn konnte, nahm er so wenig Antheil an der schändlichen Handlung, daß er vielmehr die Freiheit seiner Mitbürger dem Wohle seines Bruders vorzog und für besser hielt, den Gesetzen des Vaterlandes zu gehorchen, als zu herrschen. In dieser Einsicht ließ er sogar seinen Bruder umbringen, wiewohl er dabei nicht selbst Hand anlegte und das Blut seines Bruders nicht ansehen wollte. Diese That wurde freilich von Vielen nicht gebilligt, indem sie sagten, er hätte seine Pflicht gegen seinen Bruder verletzt. Seine Mutter ließ ihn auch nie mehr vor sich. Unterdessen, nach Ermordung des Dion durch die Syrakuser, bemächtigte sich Dyonisius nochmals der Stadt Syrakus. Da baten die Feinde desselben die Korinther um Hülfe und verlangten ganz besonders einen im Krieg wohl erfahrenen Feldherren. Der dahin geschickte Timoleon vertrieb mit unglaublichem Glücke den Dyonisius aus ganz Sicilien. Obschon dabei Timoleon den Dyonisius hätte tödten können, so wollte er dies doch nicht, sondern machte, daß er nach Korinth gelangte. Weil die Korinthier oft von den beiden Dyonisen Hülfe erhalten, wollte er dieser Wohlthaten gedenken und er hielt es für einen herrlichen Sieg, in welchem mehr Milde, als Grausamkeit wäre. Auch wollte er, daß man nicht bloß höre, sondern klar sehe und erkenne, was für einen berühmten Mann er aus einem so mächtigen Reiche zu so seltenem, niedrigen Geschicke heruntergestoßen hatte. Nach der Abreise des Dyonisius kriegte er mit Hicetas, der ein Feind des Dyonisius gewesen war. Dieser Hicetas stand nicht aus Haß der Tyrannei dem Dyonis entgegen, sondern wohl mehr aus Begierde zur Tyrannei, weil er selbst nach Vertreibung des Dyonis die Herrschaft nicht fahren lassen wollte. Nach Ueberwindung dieses schlug Timoleon die Karthager und zwang sie zum Frieden und nahm den Mamerkus gefangen, einen italienischen General und einen kriegerischen und mächtigen Mann, welcher zum Beistand der Tyrannen nach Sizilien gekommen war. Da er in Folge des langwährenden Krieges Gegenden und Städte verwüstet sah, suchte oder rief er zusammen, soviel er zusammen bringen konnte, zuerst Siculer, hernach auch Korinther, weil von diesen Anfangs Syrakus erbaut worden war. Den alten gab er das ihrige wieder zurück, unter die neuen vertheilte er die durch den Krieg herrenlos gewordenen Besitzthümer, die eingerissenen Mauern der Städte und ihre zerstörten Tempel stellte er wieder her und gab den Gemeinden Gesetze und Freiheit zurück. Den größten Krieg verwandelte er für die ganze Insel in so große Ruhe, daß er der Erbauer der Städte zu seyn schien, nicht Jene, welche am Anfang sie aufgebaut hatten. Die Burg von Syrakus, welche Dyonis zur Bezähmung der Stadt befestigt hatte, ließ er bis auf den Grund niederreißen, die übrigen Zuchthäuser der Tyrannei zerbrach er und bemühte sich, daß so wenig als möglich Ueberreste der Knechtschaft übrig blieben. Obschon er so mächtig war, daß er auch ohne den Willen der Syrakuser hätte herrschen können, und die Liebe aller Siculer in solchem Grade besaß, daß er von keinem verweigert das Reich hätte behalten können, wollte er doch lieber geliebt als gefürchtet seyn. Daher legte er, sobald er konnte, die Herrschaft nieder und lebte als Privatmann sein übriges Leben in Syrakus. Und daran handelte er sehr klug, denn was die übrigen Könige nur durch Gewalt zuwege brachten, das erreichte er durch Güte. Denn es mangelte ihm keinerlei Ehre und auch nachher wurde keine einzige Sache in Syrakus verhandelt, in welcher nicht vor deren Schluß seine Ansicht und Meinung vernommen worden wäre. Und sein Rath wurde nicht allein angenommen, sondern so vorgezogen, daß er gar mit keines Andern Rath mehr verglichen wurde. In seinem hohen Alter verlor er ohne irgend eine Krankheit sein Augenlicht, welches Unglück er so gelassen trug, daß ihn weder Einer einmal klagen hörte, noch ihn dasselbe von den Privat- und öffentlichen Geschäften abhielt. Er kam aber ins Theater, woselbst Volksrath gehalten wurde, wegen seiner Blindheit mit zwei Pferden gefahren und redete so vom Wagen herab. Dies legte ihm Niemand für Stolz aus. Denn aus seinem Munde ging nie etwas prahlendes. Wenn er sein Lob öffentlich rühmen hörte, sagte er niemals anders, als daß er hierin den Göttern den größten Dank sage, daß sie sowohl Sizilien wieder glücklich zu machen beschlossen, als auch, daß sie gerade ihn zum vornehmlichsten Führer bestimmt hätten. Nichts glaubte er ohne die Allmacht der Götter in menschlichen Dingen thun zu dürfen. Daher errichtete er der Göttin des Glücks in seinem Hause einen Altar und hielt denselben sehr heilig.

Zu dieser ausgezeichneten Güte des Mannes gesellten sich noch wunderbare Zufälle. Denn die größten Schlachten schlug er alle an seinem Geburtstage, weßhalb ganz Sicilien denselben festlich beging. Als ihm ein gewisser Lamestius, ein anmaßender und grober Mensch, einen Gerichtstag auflegen wollte und sagte, er wolle nach dem Gesetze mit ihm handeln, und mehrere zusammenliefen, welche die Frechheit dieses Menschen mit den Fäusten zu unterdrücken sich unterfangen wollten, bat Timoleon alle, daß sie solches nicht thun sollten. Denn das sey dem Lamestius und den übrigen erlaubt, da sie doch auch die größten Mühen und Gefahren ausgestanden hätten. Das sey die (rechte) Freiheit, wenn Allen, was ein Jeder wolle, nach den Gesetzen zu untersuchen zustände. Ebenso als ein gewisser Freund des Lamest, Namens Demänetus, in der Volksversammlung über seine Thaten zu spotten angefangen hatte und über Einiges auf den Timoleon geschol-

ten ward, sagte er: nun erst ist mein Wunsch erhört worden. Denn dieß habe ich von den unsterblichen Göttern immer gebeten, „daß den Syrakusanern eine solche Freiheit wieder hergestellt werden sollte, in welcher einem Jeden erlaubt sey, über was er nur wolle, ungestraft zu reden.

Ein Wort über den Wahlmodus zur Generalsynode.

In der kommenden Generalsynode diesseits des Rheins wird wohl ein neues Wahlgesetz zur Berathung kommen. Es wird daher wohlgethan seyn, wenn Vorschläge in dieser Sache sich hören lassen, um bei Prüfung derselben zu einer festen, gegründeten Ansicht und zu einem genügenden Resultate zu gelangen. Es kommt natürlich hiebei nicht darauf an, daß der geistliche Stand gehörig vertreten sey, sondern vielmehr die protestantische Gesammtgemeinde oder die protestantische Kirche (in Bayern). Es gehören aber dazu solche Männer, welche die gehörige Einsicht mit der der dazu gehörigen Unbefangenheit und zeit- und fortschrittgemäßen Freisinnigkeit mitbringen und in ruhiger, leidenschaftloser Berathung und Anhören verschiedener Ansichten dasjenige als bindend heraussuchen, was dem Ganzen zuträglich und ersprießlich ist. Man sollte eigentlich keinen Unterschied in den Ständen machen. Bei solch allgemeinem Stimmenrechte müßte man aber, wenn es zu etwas Tüchtigem und Ausgezeichnetem führen sollte, voraussetzen, daß Jeder der Stimmenden auch weiß, klar und deutlich weiß, was er will und sagt. Das ist aber, wie jeder Verständige zugeben wird, nicht der Fall. Wie z. B. kürzlich bei der provisorischen Wahl in einem ländlichen Wahlbezirke einer Urwahl: Da versammelten sich von 130 Wahlberechtigten etwa 15—20, setzten sich zu einem Glas Bier und sprachen untereinander von allem Möglichen, nur nicht von dem, weshalb sie sich eigentlich eingefunden hatten. Der Geistliche erschien und ohne ein Wort der Aufklärung schritten die Anwesenden zur Wahl, unbekümmert um die Gesinnung des zu Wählenden. Bei (allen) Wahlen aber sollte, wenn sie nicht bloße Form seyn, sondern einen höhern, auf die Steigerung der Erkenntniß und Selbsterziehung des Volkes hingehenden Zweck haben sollen, die freie Rede nie fehlen, um durch Darlegung der Differenzen zur rechten Anschauung, zur Klarheit und Wahrheit zu kommen. Daher unbedingt: direkte Wahl. Man bilde also etwa 20 Wahlbezirke (beispielsweise), von denen jeder 5 Abgeordnete wählt, so, daß 1) weltliche Abgeordnete 3, aus dem geistlichen Stande 1, und 3) aus dem Stande der Lehrer, Organisten und Kantoren 1 eintreten. Auf diese Weise wird dem Volke gebührendermaßen das volle Stellvertretungsrecht in allen gemeinsamen kirchlichen Angelegenheiten, ohne fürchten zu müssen, es würden die allgemeinen kirchlichen Interessen den Standesinteressen der Diener der Kirche nachgesetzt, und ohne in die Möglichkeit zu kommen, daß die Stimmen der dem Kultus dienenden Stände, welchen doch gewiß als Sachverständigen und wissenschaftlich gebildeten Personen der wohlbemessene Antheil an solch wichtigen Debatten mit vollem Rechte gebührt, allzusehr ausgeschlossen blieben. Da ohnedem angenommen werden dürfte, daß bei gesetzlich ganz freier, unbeschränkter Wahl doch, wie weltliche, so auch geistliche Mitglieder und Männer aus dem Lehrer- (Religionslehrer, Kantor u. Organisten) Stande gewählt werden würden, so erscheinen obige Bestimmungen, um so mehr, da nicht die Stände aus sich, sondern das Volk aus ihnen wählen soll und darf, nicht sowohl als eine hemmende Beschränkung, sondern vielmehr als eine leitende Hinweisung auf das, was hier Noth thut, nämlich darauf, daß die tüchtigsten Elemente in eine solche Versammlung kommen, die nicht gerade in theologischen Sophistereien und dogmatischem Gezänke sich gefallen, sondern ernst und aufrichtig nur die sittliche Hebung und Vervollkommnung des ganzen Volkes durch Liebe und Wahrheit vor Augen haben.

Deutschland.

Bayern. †† (Nürnberg, 19. Febr.) Gestern hielt der hiesige Arbeiterverein eine Versammlung, welche [illegible] Maaße verdient. Sowohl der sichere Takt, mit dem die Versammlung vom Vorsitzenden geleitet wurde, als auch die freimuthigen, gediegenen Vorträge der Redner, die aufgetreten sind, beweisen, daß unsere Arbeiter auf einer tüchtigen Stufe politischer Bildung stehen, welche sie einzig und allein den demokratischen Elementen verdanken, die sie in sich aufgenommen haben.

†† (Nürnberg, den 19. Febr.) Gestern hielt der Prediger Bäthig in dem gedrückt vollen Katharinensaale einen Vortrag, der das allgemeinste Interesse erweckte, wegen seines erbauenden und belehrenden Inhalts. Von allen Seiten wird der Wunsch ausgesprochen, diese Predigt dem Drucke übergeben zu sehen. Möge Herr Bäthig seine mächtigen Kräfte als Seelsorger der hiesigen freien christlichen Gemeinde weihen, er würde einen großen Ausschlag in der Erstarkung derselben geben. Die zelotischen Führer werden dann endlich zum Schweigen gebracht werden und die Freiheit des Glaubens und Gewissens in der Kirche ihre schönsten Triumphe feiern über jene Finsterlinge, die nur von der Dummheit und dem Aberglauben des Volkes zehren.

Würtemberg. (Stuttgart, 18. Febr.) In Betreff der Anwendbarkeit des §. 3 der deutschen Grundrechte bei staatsbürgerlichen Aufnahmen von Ausländern ist unterm 26. Januar und 2. Februar nachstehender Erlaß des Ministeriums des Innern ergangen: Der §. 3 der deutschen Grundrechte setzt fest, daß jeder Deutsche das Recht haben soll, an jedem Orte des Reichsgebiets das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen, und wenn für die übrigen in diesem Paragraphen den Deutschen eingeräumten Rechte des Aufenthalts, des Wohnsizes und des Gewerbebetriebs nähere durch Reichsgesetze festzusetzende Bedingungen vorbehalten wurden und daher die bisherigen, über diese Verhältnisse geltenden gesetzlichen Bestimmungen in so lange auch ferner zu beachten sind, bis dieselben durch die Reichsgesetzgebung ersetzt werden (Einführungsgesetz Art. 6), so ist, was das Recht der Erwerbung des Gemeinde-Bürgerrechts betrifft, ein gleicher Vorbehalt nicht gemacht worden, und es hat daher diese Bestimmung der Grundrechte sofort in Kraft zu treten (Einführungsgesetz Art. 1, Ziff 2.) Dabei kann die Bedeutung derselben allerdings zweifelhaft erscheinen, indem nicht gesagt ist, unter welchen Bedingungen die Erwerbung des Gemeindebürgerrechts als ein Recht solle angesprochen werden können, ja aus den Worten nicht einmal das hervorgeht, daß zwischen den Angehörigen des eigenen Staats und andern Deutschen ein Unterschied nicht gemacht werden dürfe. Allein so viel ist jedenfalls als feststehend anzunehmen, daß die Ertheilung des Gemeindebürgerrechts, wenn sie auch an die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen gebunden bleibt, willkürlich nicht verweigert werden kann, sobald diese Bedingungen erfüllt sind. Hieraus ergibt sich namentlich, daß die Staatsbehörden der Erwerbung des Gemeindebürgerrechts durch die Verweigerung der Aufnahme in das Staatsbürgerrecht nicht entgegentreten dürfen, weil sonst das jedem Deutschen eingeräumte Recht der Gewinnung des Gemeindebürgerrechts illusorisch wäre. Wenn aber hienach einem Deutschen, welcher die Zusicherung der Aufnahme als Gemeindebürger freiwillig oder im Wege des gesetzlichen Zwangs gegen den betreffenden Gemeinderath erlangt hat, die Aufnahme in das Staatsbürgerrecht nicht verweigert werden kann, so muß doch von dieser Regel denjenigen Staaten gegenüber, von welchen die sofortige Gültigkeit der Grundrechte nicht anerkannt ist, eine Ausnahme gemacht werden. Es ist zwar einer solchen Ausnahme in dem betreffenden Reichsgesetze keine Erwähnung geschehen, die Befugniß, eine solche zu machen, beruht aber in dem allgemein anerkannten Rechte der Retorsion, und es wäre überdieß eine rechtliche und politische Unmöglichkeit, so bedeutende Vortheile den Angehörigen eines Staates zu gewähren, welcher dieselben den eigenen Angehörigen verweigert.

(Schw. M.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 21. Februar 1849. № 52. Mittwoch: Eleonora.

Deutschland.

Bayern. †° (München, 19. Februar.) [Neues Ministerium.] Heinz, Inneres. Ringelmann, Justiz. — Die Anderen bleiben. Man sagt, der Ernennung werde unmittelbar die Kammerauflösung folgen.

†° (München, den 19. Februar.) Die heutige 6. öffentliche Sitzung der Reichsräthe war sehr unwichtig und sehr gering besucht. Sie dauerte 10 Minuten. Auf der Tagesordnung stand: Verlesung des Protokolls der 5. Sitzung. — Bekanntgabe des Einlaufs. — Damit war die Sitzung geschlossen.

†° (München, 19. Febr.) Ich sende Ihnen hier den ersten Bericht des Klubs der Linken, dessen weiteste Verbreitung eine Ehrenaufgabe der Presse ist, da das Volk belehrt werden muß, was die Linke eigentlich will. Es sind seit der Einberufung des ersten Landtags, welcher aus dem neuen, freieren Wahlgesetze hervorgegangen ist, 4 Wochen verflossen. Das Ergebniß des bisherigen Wirkens desselben: der Rücktritt des Ministeriums liegt vor. Wir, die Mitglieder der Linken, fühlen uns um so mehr verpflichtet, dem bayerischen Volke und insbesondere unsern Wählern gegenüber uns über unsere bisherige Thätigkeit auszusprechen, als eines Theils obiges Ergebniß hauptsächlich durch unsere Mitwirkung herbeigeführt, anderntheils dieselbe vielfach verdächtigt und entstellt worden ist. Das Bedürfniß gemeinschaftlichen Handelns zur Erreichung eines gemeinsamen Zieles hat am diesmaligen Landtage zum erstenmale, wie anderwärts schon längst, engere Vereinigung derer, welche von gleichen Grundsätzen und Ansichten ausgehend nach gleichem Ziele streben, herbeigeführt. Aus diesem Bedürfnisse ist auch unser Klub hervorgegangen, welcher, sich eine allgemein angenommene und allgemein verständliche Bezeichnung beilegend, sich „Klub der Linken“ nennt. Wir wollen damit bezeichnen, daß wir in den Märzbewegungen des vorigen Jahres eine Revolution erblickten, welche nicht nur den bisherigen Machthabern einige volksthümliche Zugeständnisse abgedrungen, sondern dem Volke das ihm entzogene, aber unveräusserliche Recht auf Selbstregierung, gegenüber der bisherigen alleinigen, oder doch vorzugsweisen Berechtigung der Fürsten, zurückgegeben hat. Das deutsche Volk hat dieses Recht seit langer Zeit zum erstenmal wieder ausgeübt, indem es durch die Organe seines Willens, das Vorparlament und den Fünfzigerausschuß, eine allgemeine Nationalvertretung vorbereitete, die als verfassunggebende aus der freien Wahl des Volkes hervorging und deren Befugniß durch Beschluß des Bundestags und die ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung der Regierungen gesetzliche Anerkennung erhielt.

Diese verfassunggebende Nationalversammlung hat durch die von ihr unter nachträglicher Zustimmung der Regierungen geschaffene Centralgewalt verschiedene Gesetze und Theile der Reichsverfassung als für ganz Deutschland verbindlich bereits verkündigt, und unter diesen als geringstes Maaß der Freiheit, welcher jeder Deutsche theilhaftig seyn müsse, die Grundrechte des deutschen Volkes. Da nun unsere bayerische Verfassung auf den Grundsatz der Bevorrechtung einzelner Klassen, die deutschen Grundrechte aber auf den Grundsatz der Gleichberechtigung Aller gebaut sind, so ergab sich die Nothwendigkeit durchgreifender durch die Grundrechte gebotener Verfassungsänderungen, um jenen Widerspruch zu beseitigen. Es entstand daher noch vor Eröffnung der Kammern unter der Mehrzahl der damals anwesenden Abgeordneten das Bedenken, ob der vorschriftsmäßige Eid auf »Beobachtung und Aufrechthaltung der Verfassung“ könne geleistet werden, ohne einen ausdrücklichen Vorbehalt bezüglich der durch die Reichsgesetze und Grundrechte gebotenen und beabsichtigten Abänderungen derselben. In Erwägung nun, daß die verfassungsgemäß vorgeschriebene Eidesformel zu einer Zeit abgefaßt worden war, in welcher den Vertretern des Volkes das Recht, Gesetze und Verfassungsänderungen vorzuschlagen, gar nicht zustand, daß aber seit dem letztverflossenen Landtage dieses Recht denselben wenigstens theilweise eingeräumt wurde; in Erwägung ferner, daß in der Verfassung selbst die künftige Entwickelung und Abänderung derselben vorgesehen ist, hätte es keinem Anstande unterliegen können, den vorgeschriebenen Eid ohne Vorbehalt zu leisten, wenn im gegebenen Falle nicht zu den bestehenden zwei Gewalten, welchen das Recht der Verfassungsabänderung auf verfassungsmäßigem Wege zusteht, — Krone und Kammern — eine dritte gekommen wäre, von welcher unsere Verfassung nichts weiß und nichts wissen konnte: die Nationalversammlung und die Reichsgewalt. Diese hat im Einführungsgesetze der Grundrechte Art. 8, r. die Bestimmungen der Verfassung über Abänderungen derselben bereits aufgehoben. Es erschien demnach als Pflicht und Aufgabe des zusammentretenden Landtages, nicht die Verfassung, wie sie ist, aufrecht zu erhalten, sondern im Gegentheile sie umzugestalten. Folgerecht konnte also der Eid auf Aufrechthaltung der Verfassung nur unter einem Vorbehalte geleistet werden, welcher den Abänderungen derselben, die nicht aus ihrer inneren Entwicklungsfähigkeit hervorgingen, Rechnung tragen mußte. Ein solcher wurde dann von der Mehrheit in einer Fassung, bei welcher sich auch Mitglieder des gegenwärtigen rechten Centrums betheiligten, angenommen, und mit 69 Unterschriften dem Ministerium überreicht. Es war dies der erste Anlaß, bei welchem der Zwiespalt der Ansichten und Grundsätze in den zwei Hauptfragen, bezüglich des Verhältnisses Bayerns zur Reichsgewalt und bezüglich der Verfassungsumänderung, an den Tag kam. Ihm folgte denn auch die Scheidung der Parteien und Bildung der Klubs unmittelbar nach. Wir haben die Grundsätze, welche unsern Klub leiten, die Folgerungen, welche aus denselben für Staat und Volk hervorgehen, sowie das Ziel, dem er zustrebt, im „Programm der Linken“ offen dargelegt. Wir haben außerdem Satzungen für den Klub veröffentlicht, durch welche bei möglichster Wahrung der Freiheit des Einzelnen die Unterordnung unter den Gesammtzweck als Pflicht ausgesprochen ist.

Der Gegensatz der Parteien zeigte sich zuerst bei den Wahlen. Die Linke, welche bei der Wahl des Direktoriums (Vorstandschaft) wiewohl sie gezeigt hatte, daß sie zu gemeinschaftlichem Handeln gerne bereit sey, durch die Verbindung der Rechten und des rechten Zentrums, ausgeschlossen worden war, nahm ihrerseits, nachdem sie durch Verbindung mit dem linken Zentrum zur Mehrheit geworden war, bei der Wahl der Ausschüsse keine Rücksicht auf jene Parteien. Die Presse hat uns dies vielfach zum Vorwurfe gemacht; mit Unrecht. Haben wir, wie man sagt, bewährte Arbeitskräfte der Gegenparteien unbenutzt gelassen, so wird man erst dann uns dies zum Vorwurfe machen können, wenn sich die unserigen als nicht ausreichend zeigen sollten. Haben wir nicht Rücksicht genommen auf gleiche Vertretung aller Landestheile in den Ausschüssen, so leitete uns der Grundsatz, daß jeder Abgeordnete nicht seinen Bezirk, sondern das ganze Volk, das ganze Land zu vertreten habe.

Ueber allem aber stand der Zweck, dem Landtage, und durch ihn der Landesregierung eine Richtung aufzuprägen, wie sie aus unseren Grundsätzen nothwendig folgt, sie zu drängen auf einen wahrhaft konstitutionellen Standpunkt, sie zu nöthigen, das bisherige System des Scheinkonstitutionalismus aufzugeben, nach welchem es als Aufgabe des Ministeriums und des Beamtenthums erschien, trotz der Verfassung so zu regieren, als bestände eine solche nicht. Zudem ist von unserer Seite bereits ein Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung eingebracht, welcher einer Kommission zur Entwerfung einer ganz neuen Geschäftsordnung überwiesen wurde, bei deren Wahl wir abermals gezeigt haben, wie sehr wir zu einer Verständigung mit der Gegenpartei geneigt sind, soweit eine solche ohne Verläugnung unserer Grundsätze möglich ist. Dieß möge beweisen, daß das Wohl des Landes uns höher steht, als Parteizwecke.

Weitaus am wichtigsten ist jedoch unsere Betheiligung bey dem Adressenentwurf und den Verhandlungen darüber. Dieser Entwurf, von der Mehrheit der Adreßkommission vorgelegt, zerfällt in 3 Haupttheile, die deutsche, die Verfassungs- und die materiellen Fragen. Bei dem beredten Schweigen der Thronrede über erstere, welches alle Besorgnisse über die Sondergelüste der bayerischen Regierung zu rechtfertigen schien, mußte nothwendig das Verhältniß Bayerns zur deutschen Centralgewalt unumwunden bestimmt und genau festgestellt werden. Die Wähler hatten vielfach den ausdrücklichen Auftrag ertheilt, für unbedingte Unterwerfung unter die Centralgewalt zu wirken. Wir konnten daher in der Ueberzeugung, daß unsere Ansicht nicht nur in der Kammer, sondern im Volke eine überwiegende Stimmenmehrheit besitze, um so zuversichtlicher diese festhalten. Wir fühlten uns dazu um so mehr veranlaßt, als sich hier in München und in vielen altbayerischen Landestheilen eine Agitation gegen die Grundrechte kundgibt, welche durch die Blätter und Vereine der ultramontanen Partei geschürt, von den Regierungsorganen unterstützt wird. Man benützt die §§. 3. und 33., um das Volk glauben zu machen, die Grundrechte brächten in ihrem unmittelbaren Gefolge unbedingte Gewerbefreiheit und unbedingte Freizügigkeit, während diese §§ doch nur Gesetze über Gewerbeordnung und Heimathsrecht in Aussicht stellen. Man benützte auf den Grundsatz der Gewerbefreiheit gebaute Entwürfe zu einer Gewerbeordnung, welche man als vom volkswirthschaftlichen Ausschusse der Nationalversammlung ausgehend darstellte, während sie von diesem ausdrücklich verworfen waren. Die Entwerthung der Realrechte und der radicirten Gewerbe durch Gewerbefreiheit, die Verarmung der Gemeinden durch Freizügigkeit, ja des ganzen Landes durch Freihandelsgrundsätze, waren das Schreckbild, durch welches man die unbedingte Anerkennung der Grundrechte zu hintertreiben gedachte. Selbst das Ministerium scheute sich nicht, diesen Popanz in der Kammer zu gebrauchen, während es die Verkündigung der Grundrechte nur aus der Ursache zu unterlassen vorgab, weil diese nur mit Zustimmung der Kammern erfolgen könne. Dasselbe Ministerium, welches unbedenklich sich den Reichsgesetzen gefügt hatte, wo es sich darum handelte, die Lasten des Volkes zu vermehren, zeigte einen hohen Grad von angeblich konstitutioneller Gewissenhaftigkeit, wo es galt, die Freiheit des Volkes zu erhöhen. Doch erklärte es, daß kein Grund für es vorhanden sey, gegen die Einführung der Grundrechte zu seyn, weil durch diese die „dynastischen Interessen“ nicht berühet würden, und wollte damit wahrscheinlich bezeichnen, was es für seine nächste Aufgabe halte. Auch aus dem zu fürchtenden Uebergewichte Preussens und dem von dieser Seite gewünschten Ausschlusse Oesterreichs nahm man die Gründe gegen die von uns geforderte unbedingte Geltung der Reichsgesetze her.

Die rechte Seite verlangte Vereinbarung und Berathung der Reichsgesetze durch die 3 gesetzgebenden Gewalten Bayerns; das rechte Centrum erklärte sich zwar für die Gültigkeit derselben ihrem Inhalte nach, forderte aber die formelle Anerkennung derselben auf verfassungsmäßigem Wege, und für die in Zukunft zu erlassenden — vorausgehende Verständigung. All' dem gegenüber verharrete die Linke im Vereine mit dem linken Centrum auf den im vorgelegten Adressenentwurf ausgesprochenen Grundsätzen. Sie ließ sich dabei von folgenden Gründen leiten: Die Nationalversammlung in Frankfurt hat sich selbst für einzig und allein berechtigt erklärt, die deutsche Verfassung festzusetzen. Vom politischen Standpunkte aus leiten wir diese Berechtigung nicht ab von Beschlüssen des Bundestages, von Wahlgesetzen der Regierungen und Proklamationen der Fürsten, sondern vom Fünfzigerausschuß, vom Vorparlamente und von dem durch die Revolution ausge-

sprochenen Gesammtwillen des deutschen Volkes. Vom juridischen Standpunkte aus kommt ihr diese Berechtigung zu durch den Beschluß des Bundestages vom 7. April 1848, welcher die Wahlen zu der „konstituirenden“ deutschen Nationalversammlung anordnete, und durch Vollzug dieser Anordnung seitens der Einzelregierungen, so wie ferner die Gültigkeit der Reichsgesetze für ganz Deutschland darin eine rechtliche Quelle findet, daß der Bundestag, bevor er sich einem Beschlusse der Nationalversammlung zufolge auflöste, seine Befugnisse der durch diese geschaffenen Centralgewalt feierlich übertrug. Wendet man auch ein, die bayerische Regierung habe die unbedingte Gültigkeit der Bundesbeschlüsse nicht anerkannt, so hat sie doch ihre Anerkennung der Centralgewalt ausgesprochen, mehrere Beschlüsse der Nationalversammlung vollzogen, und die von der Centralgewalt ausgeschriebenen Gesetze örtlich verkündet; sie hat namentlich sich zur Zahlung der Flottenbeiträge verbindlich erklärt, und die Erhöhung der bewaffneten Macht ohne ständische Zustimmung durchgeführt. Wir glauben uns dadurch berechtigt, auch die Durchführung der Grundrechte ohne ständische Zustimmung fordern zu dürfen.

Durchdrungen von dieser auf politischen wie auf juridischen Gründen fußenden Ueberzeugung, daß die Reichsgesetze, ohne Zuthun der Einzelregierungen, für ganz Deutschland rechtsverbindlich seyen, vermöge ihrer bloßen Verkündigung im Reichsgesetzblatte, durften wir um so weniger die Anerkennung derselben, wenn sie auch sicher zu erwarten war von Seite der zweiten Kammer, von der Zustimmung der Kammer der Reichsräthe, welche damit ihr eigenes Todesurtheil hätte fällen müssen und von dem absoluten Veto (unbedingtes Verwerfungsrecht) der Krone abhängig machen, als wir dadurch die von uns aufgestellten Grundsätze geradezu würden verläugnet, auf Herstellung der deutschen Einheit verzichtet, und dem Auftrage unserer Wähler entgegengehandelt haben. Da nun ferner die oben angeführten den materiellen Interessen entnommenen Gründe der Gegner vollkommen nichtig erscheinen, indem weder das Gesetz über Gewerbeordnung noch das über Heimathsrecht von der verfassunggebenden Nat.-Vers. ausgehen, sondern voraussichtlich vom ersten regelmäßigen Reichstag unter Mitwirkung des Staatenhauses werden erlassen werden, somit alle von daher entstandenen Besorgnisse unbegründet sind, so mußten wir auf der Fassung des Entwurfs, wie er von der Mehrheit angenommen wurde, beharren, wie wenig übrigens diese Besorgnisse von der Mehrheit der zunächst betheiligten Abgeordneten getheilt wurden, möge dadurch bewiesen werden, daß unter 52 Gewerbetreibenden 34, unter denen 16 Besitzer von Realrechten sind, mit uns für, und nur 18, worunter nicht mehr als 4 Realrechte besitzen, gegen unbedingte Geltung der Reichsgesetze stimmten. Es verdient Anerkennung, daß das Ministerium, welches durch die Erklärung, es sey nicht betheiligt bei der Abfassung der Thronrede, gezeigt hatte, wie es nicht auf konstitutionellem Boden stehe, diesen wenigstens dadurch anerkannte, daß es in Folge obiger Abstimmung seine Entlassung forderte. (Schluß folgt.)

△ (Erlangen, 19. Febr.) Wie man vernimmt, wird nächsten Mittwoch hier im großen Redoutensaale Johannes Ronge eine Rede halten. Es ist alles gespannt darauf, den Reformator des 19. Jahrhunderts zu hören, denn die Bewohner Erlangens sind keineswegs so lethargisch, wie man gewöhnlich meint; sie nehmen gerne und vernünftigen Antheil an den Bewegungen der Zeit. Nur die Finsterlinge, die hier wie anderwärts zu treffen sind, könnten scheel sehen zu dem Auftreten Ronge's. Die Tageshelle thut den Fledermäusen wehe. Noch schöner, und das Publikum würde noch weit lebendigeren und ausdauernden Antheil an der deutsch-katholischen Reformationssache nehmen, wenn Ronge die hiesige theologische Fakultät zu einem deutschen Disputatorium herausforderte und mit den Waffen seines logisch gewandten Geistes derselben eine längst verdiente Niederlage bereitete. — In den hiesigen politischen Vereinen herrscht viel Rührigkeit. Man folgt den Verhandlungen der Nationalversammlung Schritt für Schritt, eben so den Vorfällen und Verhandlungen in München. Die Oberhauptsfrage beschäftigt sehr und man hat den Vorort der konstitutionellen Vereine aufgefordert, eine Kreisversammlung deshalb zu halten. Die Stimmung ist für Preussen. Die Ministerkrise in München wird tief beklagt man hat eigentlich Mitleid mit dem schlecht berathenen König Max und sehnt sich nach der Stunde, die uns Kunde geben wird davon, daß er endlich, wie es das Interesse des Landes heischt, besser berathen sey. — Sehr viel Widerwillen erregt der Korrespondent v. u. f. Deutschland hierorts, da er freien politischen Meinungsäußerung zu wenig Raum gönnt, zu viel Rücksicht auf Bayerns und Oesterreichs Regierung nimmt und zu sehr Windfahne ist. Besonderes Vergnügen scheint es ihm zu machen, den Erlangern etwas am Zeuge zu flicken, es könnte aber schlecht bekommen und die Anzahl der Exemplare, die hieher gehen, dürfte sich vielleicht sehr verringern, während die Anzahl freisinnigerer und festsinnigerer Nürnberger und anderer Zeitungen hier Zunahme finden würde.

Freie Städte. ** (Frankfurt, 17. Febr.) [172. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] An der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Berathung über den Wahlgesetzentwurf. Es wird bestimmt, daß nach der Abstimmung der einzelnen §§. noch eine Abstimmung über Annahme oder Verweisung des Gesetzes im Ganzen vorgenommen werden soll. Wernher v. Nierstein. Die Deutschen werden ein gelehrtes Volk genannt. Zeigen wir daher, daß wir etwas aus der Geschichte gelernt haben. Ich kenne und ehre das Volk, ich habe den größten Theil meines Lebens mit Mitgliedern der niedersten Schichten desselben in arbeitsvoller Thätigkeit zugebracht. Ich behaupte aber aus meiner Erfahrung, daß zur Beurtheilung der Bedürfnisse eines großen Staatswesens die niedersten Volksklassen nicht geeignet sind. Ich liebe mein Volk und ich achte es zu sehr, um es durch das allgemeine Wahlrecht der Bestechung preiszugeben — der Bestechung der Aristokratie, wie der Demokratie. Die letztere wird es nicht bestechen mit Geld, aber mit trügerischen Versprechungen, der gefährlichsten Korruption, denn sie untergräbt Vertrauen, Glauben und Treue. Handeln wir wie ein Arzt, der einen Fieberkranken mit besänftigenden Mitteln behandelt, und ihm Spirituosen versagt, auch wenn der Kranke darnach verlangt. Herr Wernher von Nierstein fordert demnach, daß das Wahlgesetz nur für die nächste Wahl erlassen werde. M. Mohl erklärt sich dagegen; denn dann würde das Wahlgesetz dem Einfluß des Staatenhauses anheimfallen, und die constituirende Macht der Nationalversammlung illusorisch. Scheller aus Frankfurt an der Oder hält es für angemessen, erst die Vollendung des Wahlgesetzes zu erwarten, um nach dem Ausfalle seines Inhalts Entschluß über die Dauer seiner Gültigkeit zu fassen. Eisenmann erklärt sich gegen Wernher's Vorschlag, weil das Wahlgesetz ein Theil der Verfassung sey, welche die Versammlung endgiltig zu bestimmen habe. Da Wernher's Antrag formell nur auf einen Zusatz zu den Eingangsworten des Gesetzentwurfs gerichtet ist: »Für die Wahlen der Abgeordneten zum („nächsten«) Volkshause sollen folgende Bestimmungen gelten ꝛc.,“ so bleibt die Abstimmung darüber von selbst aufgeschoben. Für die Debatte über die einzelnen Paragraphen ist eine eben so lange Reihe von Rednern angemeldet, als die zu ihnen gestellten Verbesserungsanträge von umfänglicher Menge sind, wozu noch immer neue Verbesserungsanträge angezeigt werden. Ob sowohl sie als die Abstimmung sich nur auf § 1 oder zugleich auf mehrere der Eingangsparagraphen zu erstrecken habe — die Entscheidung darüber ruft eine Verhandlung und mehrere zeitraubende Abstimmungen hervor. Die letzte (durch Zettel) entscheidet sich endlich dahin, daß § 1 und 3 in der Besprechung und Abstimmung zusammengefaßt werden. Das Wort erhält darauf Jahn aus Freiburg: Mein Schild bei diesem Turnier und Gottesgericht führt drei Farben: Schwarz, Roth, Gold, mit der Inschrift Freiheit, Gleichheit, Einheit. Aber meine Freiheit ist keine Zügellosigkeit, die Gleichheit keine Einerleiheit und unter Vaterland verstehe ich etwas mehr, als den Acker, wo die Kartoffeln zu meiner Mahlzeit wachsen. (Heiterkeit.) Ich begreife das ganze deutsche Land und Volk darunter und den Bettler wie den Fürsten. Eins kann nur seyn: mittelbare oder unmittelbare Wahl. Mit der mittelbaren Wahl ist's wie bei dem Kuppler und Freiwerber, aber doch lieber mittelbare Wahlen, als solche, wo der Wähler nach Geld abgeschätzt wird! Es muß so weit in der Welt kommen, daß sich Niemand scheut, arm und mittellos zu seyn. Wer hat die deutsche Sprache erhalten seit Hermann? Haben es die Geistlichen, die Fürsten, die Gelehrten gethan? Das Volk hat sie erhalten und die Dichtkunst dazu. Oder haben alle Schöppenstühle und hohen Gerichte etwas in Deutschland gethan zur Erhaltung des deutschen Rechts? Aus Rom haben sie das Gesetz geholt und die Polizei haben sie uns gebracht aus Frankreich in unser Deutschland, wo alle Polizeianstalten aus dem Bettelvogte bestanden. Das Volk allein hat die deutsche Sprache bewahrt und seine alten Mährchen und Sagen dazu und das deutsche Recht. Daher soll das Volk auch seinen Theil haben an der Gesetzgebung. Was ferner heißt ein selbstständiger Mann? Die Beantwortung dieser Frage führt Hr. Jahn mit der lustigsten Weise aus. Auch den tapfersten Mann findet er endlich abhängig — von seiner Frau. Dennoch erkennt er gerade in dem eigenen Haushalte das entscheidende Zeichen von Selbstständigkeit. Wer dazu unbescholten, wer seiner Wehrpflicht nachgekommen ist, der muß das Wahlrecht haben. Auch der ärmste Deutsche muß mit Stolz im Auslande sagen können, ich bin ein Urwähler und mein Mann sitzt im Volkshause. Das wird ihm ein Gefühl geben und unseren drei Farben Ehre und Glanz. Machen Sie keine Kasten und Stände, lassen Sie jenes Berliner Witzwort nicht zur Wahrheit werden, nun haben wir drei Stände: den Belagerungsstand, den passiven Widerstand und den Unverstand. Raumer aus Berlin schlägt dagegen wieder den ernsten Ton an, indem er das Auge der Versammlung bis auf die Gesetzgebung des Solon und Numa Pompilius zurück lenkt, dann auf die Verfassungen der neueren Welt, vorzüglich auf die von Nordamerika. Der Redner schließt mit der Mahnung, daß die Minorität den Willen der Majorität achte, die Majorität aber auch die Rechte der Minorität nicht unterdrücke. Hildebrand aus Marburg vertheidigt das allgemeine Stimmrecht. Aus statistischen Nachweisen gehe hervor, daß viele kleine Meister, was den Ertrag ihrer Thätigkeit anlange, weit schlechter gestellt seyen, als Fabrikarbeiter und Handwerksgehülfen. An der Sklaverei sey die alte Welt zu Grunde gegangen, die Kraft der neueren Völker beruhe auf der Aufhebung der Leibeigenschaft und nicht, daß die niederen Schichten der Bevölkerung herrschen, nur daß sie theilnehmen sollten an der Herrschaft, darauf komme es an. Mölling aus Oldenburg tritt in der Reihe der Redner auf, die für den Entwurf eingezeichnet sind. Das heißt er anerkennt, daß nur volljährige Personen das Wahlrecht haben sollen, aber alle übrigen Bestimmungen des Verfassungsausschusses verwirft er, ist also eigentlich gegen den Entwurf.

Venedey: Die Ausschließung eines großen Theils von Staatsbürgern ist von einem gestrigen Redner eine konservative Maßregel genannt worden. Ich halte sie vielmehr für eine revolutionäre. Sie veranlassen dadurch eine wiederholte Zählung der berechtigten und unberechtigten Bürger. Aller drei Jahre würden sich dann die Ausgeschlossenen sagen: wie sind so und so viel Millionen, und die Folgerung liegt auf der Hand.

Matthies aus Greifswalde stimmt im Allgemeinen mit den Ansichten des Verfassungsausschusses überein, daß nur ein beschränktes Wahlrecht gewährt werde. Doch würde er anstatt des schwankenden Begriffs der Selbstständigkeit lieber einen Census zur Grundlage nehmen. — Nachdem Matthies seinen von dem unmittelbaren Widerspruche der Linken häufig gestörten Vortrag zu Ende gebracht, vertagt das Haus die Fortsetzung der heutigen Berathung auf Montag den 19. Februar.

(Frankfurt, den 16. Februar.) Mit der ausdrücklichen Ankündigung als »Ausdruck der linken Seite des Parlaments« erscheint so eben von dem Reichstags-Abgeordneten v. Dieskau der »Entwurf einer demokratisch-republikanischen Verfassung für die vereinigten Staaten von Deutschland.« Folgendes ist aus dem sehr langen Entwurf das Wesentlichste: Fürsten gibt es nicht mehr; Deutschland zerfällt aber, mit Rücksicht auf die Stammeseigenthümlichkeit seiner Bevölkerung, in 22 Kreise oder Staaten, die zu einer Föderativrepublik zusammentreten. Die gesetzgebende Gewalt jedes einzelnen Staates übt ein aus nur einem Hause bestehender Landtag, die ausübende Gewalt ein Statthalter und dessen Stellvertreter; die gesetzgebende Gewalt der vereinigten Staaten beruht in einer ebenfalls nur aus einem Hause gebildeten Tagsatzung, und Bundesoberhaupt ist ein auf 4 Jahr gewählter Präsident mit einem Vizepräsidenten. (Karlsr. Z.)

Hannover. (Hannover, 17. Febr., 5 Uhr Nachmittags.) Soeben hat die zweite Kammer nach langem und lebhaftem Kampfe den Antrag von Lang I. bei namentlicher Abstimmung mit 53 gegen 27 Stimmen in erster Berathung angenommen, und den Schäferschen Antrag, die Sache einer Kommission zu überweisen, damit abgeworfen. Mehrere von den Deputirten, besonders Lang der Aeltere und der Jüngere, Freudentheil, Ellisen, wurden beim Heraustreten aus dem Ständehause mit lebhaftem Zuruf und Hoch vom Volke empfangen.

Der angenommene Antrag lautet bekanntlich, wie folgt:

„In Rücksicht auf die nach Ansicht der königlichen Regierung obwaltenden Bedenken gegen den Inhalt der Grundrechte wollen Stände

nicht verkennen, daß es der königlichen Regierung wünschenswerth seyn konnte, die Ansicht der Stände zu vernehmen, bevor die königl. Regierung ihrerseits in dieser Angelegenheit vorschritt.

Da nun aber Stände die Ueberzeugung hegen, „daß die Grundrechte so wie die Reichsgesetze überhaupt, durch die Verkündigung im Reichsgesetzblatte Gesetzeskraft erlangen, und es ihrer Zustimmung dazu überall nicht bedarf, so können Stände die Bedenken der königlichen Regierung nicht theilen. Stände tragen vielmehr darauf an:

1) zur Beseitigung aller etwaigen Zweifel, die Grundrechte, so wie die Reichsgesetze überhaupt, durch die Gesetzsammlung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen und für deren örtliche Veröffentlichung Sorge zu tragen, so weit dies noch nicht geschehen seyn sollte;

2) die Gesetze, die zu weiterer Ausführung der Grundrechte den Einzelstaaten überlassen sind, den Ständen alsbald vorzulegen."

Oesterreich. (Laibach.) Das Ministerium des Innern hat ein Reskript erlassen, nach welchem alle rückständigen Wahlen für Frankfurt schleunigst vorzunehmen sind. (Lloyd.)

Preussen. †°† (Berlin, 17. Febr.) Ein dem Anscheine nach wohlbegründetes Gerücht erregt ziemliche Sensation. Man erzählt von einem Bündniß zwischen Rußland, Oesterreich und Bayern, das nichts weniger als die Wiederherstellung des deutschen Bundes, wie er vor dem März bestanden, zum Zwecke haben soll. Ein großes aber nicht unerreichbares Ziel, wenn man erwägt, daß selbst die österr. Note nicht im Stande war, den Frankfurter Herren die Augen zu öffnen. Wie sich von selbst versteht, ist jenes Bündniß nicht blos gegen den angestrebten Einheitsbund der deutschen Volksstämme, sondern auch gegen jede und alle Fortschrittsbestrebungen gerichtet. So viel man bis jetzt von der ganzen Angelegenheit in Erfahrung bringen konnte, ist die preussische Regierung bei jener Allianz durchaus nicht kompromittirt. Es scheint dem Sohne des deutschen Ludwig, dem durchweg deutschen Bayernlande vorbehalten gewesen zu seyn, die Sache Deutschlands zu verrathen! — (Wir geben diesen Artikel nur, um einen gegründeten Widerspruch gegen diese Anschuldigung hervorzurufen. Anmerk. d. Red.)

In einem kürzlich beim Kammergericht zur Verhandlung gekommenen Rechtsstreit kam die Frage zur Erörterung: ob durch die Gleichberechtigung aller Stände auch die Strafe für Anmaßung des Adels als aufgehoben zu erachten sey? Der Vertheidiger führte aus, daß Anmaßung des Adels nur als Führung fremden Namens zu erachten und mit 5 Thlr. zu bestrafen sey. Eine Entscheidung ist bis jetzt nicht erfolgt. —

Sachsen. (Dresden, 16. Februar.) In der heutigen Sitzung der 2. Kammer findet die Berathung über den Bericht der zweiten Deputation (Referent v. Trützschler) über den Tzschirner'schen Antrag, die preussische Circularnote betr. statt, daß nämlich die Regierung angegangen werde, ehe und bevor sie eine Auslassung in Bezug auf die in dem preussischen Rundschreiben bemerkten Fragen wegen Gestaltung der deutschen Reichsgewalt rc. abgebe, den Kammern hierüber eine Vorlage gewähre, und deren Zustimmung dazu einhole. Die Deputation bemerkt in ihrem Berichte, daß sie in der Antwort des Ministers v. d. Pfordten auf das preussische Rundschreiben etwas nicht gefunden, was ihr zu Stellung eines besondern Antrags Veranlassung zu geben geeignet wäre, sodann auch gegenwärtig mit Hinblick auf den überaus kurzen Zwischenraum, der muthmaßlich zwischen der Berathung dieser Angelegenheit in den sächsischen Kammern und der zweiten Lesung der deutschen Reichsverfassung in der deutschen Nationalversammlung inneliegen werde, die Annahme des Tzschirnerschen Antrags nicht mehr anzurathen sey. Man habe vielmehr auf das Materielle der Sache selbst einzugehen, dabei zunächst, ob nach der Stellung der Einzelstaaten zu der Nationalversammlung die Abgabe einer Erklärung über das Verfassungswerk zulässig und räthlich sey, zu prüfen und Vorschläge über den Inhalt jener Erklärung selbst zu machen. Die Nationalversammlung habe, indem sie sich für ein Staatenhaus ausgesprochen, das Prinzip der wahren Föderation sämmtlicher Deutschen verlassen, die Einzelstaaten als dem Gesammtvolke gegenüberstehende, besonders zu vertretende Individuen hingestellt und die Idee der Volkssouveränetät aufgegeben. Dies rechtfertige nun eine Vereinbarung der Verfassung mit den Einzelstaaten. Nur wenn die Nationalversammlung die Idee des Staatenhauses aufgebe, könnte keinem Einzelstaate das Recht des Widerspruchs zugestanden werden. Allein dies sey nicht zu erwarten und es erscheine daher um so mehr an der Zeit, daß die Einzelstaaten sich über den Inhalt der Verfassung, sowie dieselbe aus der ersten Lesung hervorgegangen ist, aussprechen, als sonst zu befürchten stehe, daß, nachdem die zweite Lesung vollendet und somit die Verfassung von Seiten der Nationalversammlung vielleicht unter dem oder jenem fremdartigen Einflusse definitiv festgestellt worden seyn werde, eine Modifikation unmöglich, blos noch die Wahl zwischen Annehmen und Ablehnen, oder wohl gar durch die Gewalt der Umstände eine Verfassung uns oktroyirt werde. Die Deputation stellt den Antrag: Im Vereine mit der I. Kammer die Staatsregierung um Abgabe folgender Erklärung an das Reichsministerium behufs der Benachrichtigung der Nat.-Vers. zu ersuchen: Die Regierung und Volksvertretung des Königreichs Sachsen kann sich mit dem dritten Abschnitte der Verfassung: „Das Reichsoberhaupt," namentlich mit dem darin enthaltenen Plane, einen unverantwortlichen Kaiser an die Spitze Deutschlands zu stellen, für einverstanden nicht erklären, und betrachtet die Uebertragung so großer Rechte, als der gedachte Abschnitt enthält, auf die Person des Oberhauptes oder auch der Reichsregierung für unheilvoll. Sie kann die Einrichtung eines Staatenhauses nur dann billigen, wenn alle Einzelstaaten, beziehentlich die aus den kleinsten derselben zu bildenden Gebiete darin gleichmäßig vertreten und in Ernennung ihrer Abgeordneten unbeschränkt sind. Sie hält das Institut des Reichsraths für überflüssig und schädlich. Sie betrachtet den §. 5 des Abschnitts von Gewährung der Reichsverfassung (Aenderungen der Regierungsform in Einzelstaaten können nur mit Zustimmung der Reichsgewalt erfolgen, für einen unzulässigen Eingriff in die Selbstständigkeit der Einzelstaaten und erklärt den §. 7. desselben Abschnittes („Im Falle des Kriegs oder Aufruhrs können die Bestimmungen der Grundrechte über Verhaftung, Haussuchung und Versammlungsrecht aufgehoben werden") für im Widerspruch stehend mit den Anforderungen der Humanität und Civilisation. Außer dem Referenten sprachen die Abgg. Hohlfeld, Schaffrath, Schick, Benseler, Tzschirner, Jul. Kell und Staatsminister v. d. Pfordten über das Deputationsgutachten. Der Letztere äußerte sich dahin: Die Regierung habe ihre Ansicht schon im vorigen Sommer mitgetheilt, sie sey dieselbe geblieben und in der Antwort auf die preussische Note enthalten. Ferner hatte Vizepräs. Schaffrath den Zusatz beantragt: Man halte zuförderst die deutschen Staaten Oesterreichs für unzertrennliche und nothwendige Bestandtheile des deutschen Bundesstaates und deshalb zur Erleichterung des vollständigen Eintritts jener in diesen eine Modifikation des 2. Art. des I. Abschnittes „Vom Reich" für höchst wünschenswerth. Ebenso beantragt er noch eine Abänderung der §§. 49 (Reichssteuern) und 58 (Reichsgesetzbücher). Der Antrag der Deputation wird sodann als vorläufige Erklärung gegen 4 Stimmen angenommen. Der erste Theil des Schaffrath'schen Antrages findet ebenfalls gegen 2 Stimmen (Abgg. Spitzner und Bauer) Genehmigung, der zweite Theil desselben, die Modifikation des Art. 2. des I. Abschnittes betreffend, wird mit 40 Stimmen abgelehnt. (D. A. Z.)

(Dresden, den 16. Februar.) Die Note, welche die sächsische Regierung als Antwortschreiben auf die preussische Circularnote unterm 10. Februar d. J. an den königl. preussischen Geschäftsträger hierselbst, Frhrn. v. Canitz, hat abgehen lassen, lautet wie folgt: In Erwiderung der gefälligen Note des königl. preussischen Geschäftsträgers hierselbst, Frhrn. v. Canitz vom 24. v. M., deren Inhalt der Erwägung der königl. sächsischen Regierung unterzogen worden ist, beehrt sich der Unterzeichnete, nachstehende ergebenste Eröffnung zu machen. Es hat der königl. sächsischen Regierung zu großer Befriedigung gereicht, in jener geehrten Mittheilung den Ausdruck des Bestrebens zu erkennen, welches die königl. preussische Regierung einer raschen und persönlichen Förderung des deutschen Verfassungswerkes widmet. Die Regierung Sr. Maj. des Königs von Sachsen hat unverändert den ihr durch die sächsische Verfassung vorgezeichneten Grundsatz festgehalten und unbeirrt durch die darauf gestützten Verdächtigungen ausgesprochen, daß das deutsche Verfassungswerk im Wege der Verständigung und Vereinbarung zwischen der Nationalversammlung und den Einzelstaaten gegründet werden muß, wenn eine auf Dauer berechnete und die Bürgschaft eines rechtlichen Bestandes in sich tragende Lösung der großen Aufgabe gewonnen werden soll. Mit Genugthuung findet sie jetzt diesen Grundsatz auch von der königl. preussischen Regierung dargelegt, und wird ihrerseits keinen Versuch zurückweisen, der jene Verständigung herbeizuführen geeignet ist, um so mehr, als sie immer die Absicht kundgegeben hat, von ihrem Rechte einen solchen Gebrauch zu machen, daß dadurch die Lösung der zunächst der Nationalversammlung gestellten Aufgabe nicht gehemmt, sondern vielmehr gefördert werde. Se. Maj. der König von Preussen und höchstdessen Regierung sind nach der erwähnten Eröffnung nicht der Ansicht, daß die Aufrichtung einer neuen deutschen Kaiserwürde zu der Erlangung einer wirklichen und umfassenden deutschen Einigung nothwendig sey, und sie glauben vielmehr befürchten zu müssen, daß das ausschließliche Anstreben gerade dieser Form des an und für sich nothwendigen Einheitspunktes werde der wirklichen Erreichung jenes Ziels der Einigung wesentliche und schwer zu überwindende Hindernisse in den Weg legen. Die königlich sächsische Regierung kann nicht umhin, dieser Ansicht vollkommen beizutreten, um so mehr, als das Anstreben des erblichen Kaiserthums ganz geeignet ist, unter dem Namen des Bundesstaats vielmehr einen Einheitsstaat darzustellen oder doch herbeizuführen, welchen eine unbefangene Prüfung als den wahren Bedürfnissen Deutschlands und den Wünschen der Nation entsprechend nicht erkennen kann.

Ganz einverstanden ist demnach die sächsische Regierung damit, daß eine andere Form gefunden werden könne, unter welcher ohne Aufopferung irgend eines wesentlichen Bedürfnisses das dringende und höchst gerechtfertigte Verlangen des deutschen Volkes nach einer wahrhaften Einigung und kräftigen Gesammtentwickelung vollständig befriedigt zu werden vermag. Sie wird auch stets bereit seyn, so viel an ihr ist, zur Auffindung und Begründung jener Form mitzuwirken, insbesondere auch durch Besprechung und Verständigung der Bevollmächtigten zu Frankfurt a. M., und sie sieht daher mit Interesse denjenigen Eröffnungen entgegen, welche der königl. preußische Bevollmächtigte nach den zufolge der geehrten Note ihm ertheilten umfassenden Instruktionen zu machen in dem Falle seyn wird. Dabei glaubt sie jedoch die Ueberzeugung aussprechen zu müssen, daß die unabweisliche Vorbedingung für solche Verhandlungen und deren Erfolg die Betheiligung der k. k. österreichischen Regierung ist. Von derselben Ansicht ausgehend, hat die Nationalversammlung das Reichsministerium zu Verhandlungen mit Oesterreich ermächtigt, und es scheint daher unerläßlich, das Resultat dieser Verhandlungen zu kennen, bevor weitere Entschließungen über eine Frage gefaßt werden können, welche mit der Einigung oder Zerstückelung der deutschen Nation zugleich deren Macht nach außen und deren Wohlfahrt im Innern in ihrem Schooße trägt. Indem der Unterzeichnete den Hrn. Frhrn. v. Canitz ersucht, diese Mittheilung zur Kenntniß seiner hohen Regierung zu bringen, ergreift er mit Vergnügen rc. (Gez.) Dr. v. d. Pfordten. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Altona.) Nach Allem, was man hört, wird auch bei uns sowohl zu Lande als zur See, so weit die Mittel reichen, oder vielmehr zur Vertheidigung der Küsten, eifrig gerüstet. Auch scheint es in Kiel mit der freiwilligen Volksbewaffnung Ernst werden zu sollen. Wenigstens ist dort ein Aufruf von einer Anzahl auch sonst bei solchen Gelegenheiten genannter Männer, unter welchen man auch den konst. Polizeimeister Krohn bemerkt, ergangen, worin zur Einzeichnung freiwilliger Mannschaft zur Einübung für den Kriegsdienst als Musketiere oder Scharfschützen bei dem mitunterschriebenen Advokaten Meergaard aufgefordert wird, mit dem Bemerken, daß ein der Regierung vorzulegender Organisationsplan nächstens vollendet seyn werde, daß aber, um die Ausführung nach Kräften vorzubereiten, die Unterzeichneten sich über einen vorläufigen Plan für die Stadt Kiel geeinigt haben. (Alt. M.)

Frankreich.

† (Paris, 16. Febr.) Das Ministerium erlitt am Schluß der gestrigen Nationalversammlung eine neue Niederlage, indem der Faucher'sche Entwurf der Revolutionsfeier verworfen und der des Justizausschusses dagegen mit 490 gegen 99 Stimmen angenommen wurde. Wir werden also am nächsten Sonnabend (heute über acht Tage) ein großartiges Schauspiel genießen. Die Geldmittel, die das Ministerium dem Proletariat zur Verfügung stellt, werden freilich nicht weit reichen. Es sind im Ganzen 500,000 Frk. bestimmt. Das be-

trägt für manches Dorf **zwei** Franken. Wie kann sich eine ganze Gemeinde mit zwei Franken erheitern!

Der Moniteur veröffentlicht heute das so heiß erfochtene Rateau-Lanjuinaische Dekret, laut welchem sich die Nationalversammlung auflöst, nachdem sie das Wahlgesetz, Staatsrathsgesetz, Verantwortlichkeitsgesetz des Präsidenten Bonaparte wie seiner Minister, sowie das heillose 1849ger Budget votirt hat. Das Wahlgesetz befindet sich bereits im 2. Stadium, das Staatsrathgesetz im 3.; nur das Verantwortlichkeitsgesetz ist noch nicht auf der Bühne.

Italien.

(Rom 10. Febr.) Man versichert, daß ein Brief Gioberti's an Monf. Muzzarelli auf den kühnen Entschluß von vorgestern Abend den entschiedendsten Einfluß geübt, ja daß er geradezu den Ausschlag gegeben haben soll. Gioberti nämlich hatte darin zur Versöhnung mit dem Papste gerathen, und nebenbei auch einfließen lassen, daß der König von Sardinien bereit sey, dem Papste eine Art Leibgarde von 3000 Mann zur Verfügung zu stellen. Letztere Aeußerung mußte natürlich große Aufregung hervorbringen, und auf dieß Aktenstück hauptsächlich bezogen sich die Anspielungen und verdeckten Hiebe der Leiter der republikanischen Anträge. — Seit gestern sind an allen Hutmacherläden die rothen Kardinalshüte durch Freiheitsmützen ersetzt. Bei der Verkündigung der Republik von der Rampe des Senatorenpalastes durch Galletti wurde großer Jubel angestimmt, sämmtliche Taglöhner der öffentlichen Arbeiten, denen man einen Festtag mit Löhnung bereitet hatte, zogen in Prozession mit geschulterten Hacken und Spaten auf, das Kastel St. Angelo löste hundertundeinen Kanonenschuß. Auf dem Obelisken von Piazza del Popolo ist ein Freiheitsbaum mit Fahnen umweht, aufgepflanzt. Die päpstlichen Wappenschilder und Schlüsselabzeichen sinken unter dem Jubel der gaffenden Menge. Die Regierung hat indessen feiner und schlauer Weise die Anordnung getroffen, daß das päpstliche Wappen allen Kirchen und frommen Stiftungen, sowie dem diplomatischen Korps wegen seiner kirchlichen Verbindungen mit dem hl. Stuhl verbleiben sollen. Alle übrigen müssen binnen 3 Tagen abgenommen werden. (A. A. Z.)

Galletti hat im Namen der in Rom versammelten Constituante einen Aufruf an die Toskaner erlassen, der diese deutlich genug zur Einführung der Republik auffordert. In Toscana ist es ruhig; von den Provinzen erfährt man aus der Alba, daß diese sich der provisorischen Regierung fügen oder anschließen; Unruhen in Empoli, bei denen der Ruf erscholl: es lebe der Kommunismus, es lebe das Rauben, wurden rasch unterdrückt; in Florenz selbst ward am 12. Febr. ein Versuch gemacht, auf der Piazza del Popolo die italienische Republik zu proklamiren, Guerrazzi redete dem Volkshaufen ab, man möge die Dinge nicht überstürzen, und mit Proklamirung einer definitiven Regierungsform so lange warten, bis sich die gesetzmäßig nach allgemeinem direktem Stimmenrecht gewählten Deputirten in der Hauptstadt versammelt und reiflich die Frage berathen hätten. Man antwortete ihm mit lauten Rufen: es lebe die Republik, und ging später auseinander. Das Heer scheint sich der provisorischen Regierung gleichfalls anzuschließen; ein Versuch, den einige Soldaten in Florenz (11. Febr.) machten, gegen die Regierung aufzutreten, mißglückte.

(Genua, den 9. Februar.) Das Ausbleiben der Dampfboote von Neapel seit drei Tagen hat hier zu den wildesten Muthmaßungen über den Zustand der Dinge zu Neapel Veranlassung gegeben. So findet seit gestern hier ein Gerücht von der Ermordung des Königs von Neapel fast allgemeinen Glauben. Große Freude verbreitete gestern Abend hier die Nachricht von einer neuen Revolution zu Modena, in Folge welcher der Herzog von Modena sich durch die schleunigste Flucht vor persönlichen Gewaltthätigkeiten gerettet haben soll. Eine nicht minder willkommene Nachricht war die von der Besitznahme von Parma und Piacenza durch piemontesische Truppen. Von Turin lauten die Berichte weniger erfreulich, indem eine Spaltung im Gioberti-Kabinet stattgefunden, welche den Austritt von drei Ministern (de Sonnaz, Kriegsminister; Domenico Buffa, Handelsminister und Cadorno, Minister des öffentlichen Unterrichts) herbeigeführt hat. Als neuen Kriegsminister schlug Herr Gioberti den General della Marmora vor, welcher jedoch von einer großen Mehrheit der Kammer verworfen wurde, nicht weil dieselbe das glänzende Talent, die Tapferkeit und Vaterlandsliebe dieses Staats- und Kriegsmannes verkannte, sondern weil sie alle diese seltenen Eigenschaften nicht für eine hinreichende Sühne hielt für das Verbrechen, Mitglied des Pinelli-Kabinets gewesen zu seyn. Die Opponenten (d. h. die Giobertianer) hatten auch bereits einen andern Kandidaten im Aermel, einen gewissen Herrn Chiodo, dessen großes Verdienst darin zu bestehen scheint, daß derselbe nicht wie de Sonnaz und della Marmora zur Aristokratie gehört. (A. A. Z.)

Schweden und Norwegen.

Wir haben des Preßprozesses, welchen die preussische Regierung gegen den Redakteur des Dagligt Allehanda wegen eines Schmähgedichtes auf den König von Preussen anhängig gemacht erwähnt. Die Jury hat den Angeklagten freigesprochen. (Lpz. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 22 Februar 1849. № 53. Donnerstag: Petr. Stuhlf.

Δ Deutschland und Preussen. *)

Was in der Geschichte eines Volkes vorbereitet ist, vollzieht sich nach dem Gesetze der Nothwendigkeit. Die Verhältnisse unserer Zeit gestalten sich immer sichtbarer so, daß es kaum anders kommen kann; als daß die deutsche Krone in die Hände des mächtigsten deutschen Fürsten gegeben werde. Das völlige Zusammengehen Deutschlands und Preussens, wenn nicht die Republik urplötzlich eintritt, bleibt nicht lange mehr aus. Der Augenblick rückt immer näher, wo Preussen, wenn es nicht für unentschlossen gelten und unser Vaterland in unabsehbare Jammer stürzen will, sich als Großmacht in und für Deutschland opfern und denken muß: „wer sich selbst verliert, gewinnt die Welt! Erfaßt Preussen dieses Moment, so erhält Deutschland endlich das Langersehnte, Eine Regierung, Ein Parlament, Eine Politik, Eine auswärtige Vertretung, Ehre und Ansehen. Der Schritt selbst ist für Preussen leicht, weil seine Staatsgliederung und sein zeitheriges Wirken ihn vorbereitet und möglich gemacht haben. Es hat eine richtige, natürlich und geschichtlich begründete, jeder Verbesserung fähige Provinzialeintheilung und Provinzialverfassungen; es umschließt süd- u. norddeutsche Volksstämme und die verschiedensten deutschen Interessen; gerade dadurch, wodurch man es hindern wollte, compact zu werden, kann es mit Deutschland selbst leichter zusammenschmelzen. Ausserdem hat es die materielle Einheit in Zoll und Handel für unser Vaterland angebahnt und hier einen großen Einfluß gewonnen. Auch hat es bereits die deutsche Wehrverfassung ausgebildet und führt so thatsächlich das deutsche Reichsschwert. Wenn nun die Zeit dazu sich bietet, braucht es das deutsche Zepter nur noch anzunehmen. Ohne unterzugehen, kann es in Deutschland aufgehen. Vor jedem anderen Staate hat es den Vortheil, für Alles und Jedes die Zügel leicht in die Hand nehmen und Deutschlands Einheit fördern zu können. Unter seinem Schirm kann sodann Deutschland mit Berücksichtigung aller einzelnen Staatenverhältnisse sich in Regierungsbezirke zusammenlegen und daraus werden für das Wohl des Ganzen in jeder Hinsicht unbemeßbare Vortheile erwachsen. Eine solche Verzichtleistung Preussens aber als besondere Großmacht, solch ein Hineinleben der preussischen Hausmacht in das Ganze kann nur durch eine vollkommene Ehe Statt haben. Dr. Leutbecher.

Deutschland.

Bayern. †* (München, 20. Febr.) Was gestern noch alle Wahrscheinlichkeit für sich hatte, ja fast als Gewißheit galt: ein Ministerium Heinz, scheint heute wieder ganz unwahrscheinlich. Heinz soll nach einer Besprechung in Nymphenburg nun entschieden seyn, in gar keiner Kombination Mitglied eines Ministeriums zu werden und soll sich ganz zurückgezogen haben. Ohne ihn ist auch das Bleiben des alten Ministeriums kaum möglich, aus der Minorität der Kammer ein Ministerium zu erhalten, ist ebenso unmöglich, da Niemand der Majorität entgegentreten will, die Auflösung der Kammer soll der Krone selbst mehr als gefährlich scheinen, da sie den zweifelhaften Zustand nur auf wieder 3 Monate verlängert, kurz die Krone ist in der rathlosesten Lage der Welt.

Aber sie hat es verdient; warum will sie durchaus Männer, die ihre Sondergelüste als höchste Autorität erkennen! Es wird ihr zuletzt denn doch nichts übrig bleiben, als zu Stockinger und Willich die Zuflucht zu nehmen, und sie würde gut dabei fahren; beide sind, so zu sagen, konstitutionell-liberal und nicht — wie man sie verschreit — rothe Republikaner.

(München, den 17. Februar.) Das Schreiben des bayerischen Gesandten in London Frhrn. v. Cetto an Lord Palmerston lautete: In Bezug auf das Projekt, das jetzt betrieben wird, Preussen in der deutschen Einheitsfrage an die Spitze zu stellen, kursirt das Gerücht, von dem man wahrscheinlich auch in München Kenntniß haben muß, daß England gegen eine solche Gestaltung nichts einzuwenden habe, vorausgesetzt, daß die andern deutschen Souveräne frei und ungenöthigt einwilligen würden. Daß man dies fälschlich vermuthet, kann zu bedenkliche Folgen haben, um es ruhig Glauben gewinnen zu lassen. Auch legt der König Werth darauf, daß Sie wüßten, wie unbegründet es sey, soweit es ihn betreffe. Nicht allein wird Se. Maj. jedes Einverständniß mit dem fraglichen Projekt von sich weisen, sondern ebensowenig, zu wessen Gunsten immer, die Errichtung einer erblichen Kaiserwürde für Deutschland billigen, und sollte dieser Plan, der schon mehreremal von dem Verfassungsausschuß in Frankfurt gutgeheißen worden, jedesmal wieder auftauchen, so würde der König deutlich und entschieden ausdrücken, daß er demselben entgegen sey. Dazu hat er das Recht kraft der unter Garantie aller Großmächte in Wien unterzeichneten Verträge, und die gebietende Veranlassung dazu sind ihm die Pflichten, deren Erfüllung er als Souverän eidlich zugesagt. In jetziger Zeit jagen die Ereignisse sich so, daß ich Sie hiervon nicht zeitig genug benachrichtigen zu können glaube. Deßhalb habe ich Ihre Rückkehr nicht erst abgewartet, sondern obiges geschrieben. Da ich aber nur angewiesen bin, solches Ihnen gesprächsweise kundzugeben, so müssen Sie gütigst das Mitgetheilte blos so ansehen, als hätten Sie es aus meinem Munde erfahren während unserer Unterredung, wenn ich Sie nämlich noch in London getroffen.... (Gez.) v. Cetto.
(A. A. Z.)

[Schluß des gestern abgebrochenen Artikels über den Bericht der Linken.] Ueber die Verfassungsänderung selbst erhob sich eine Verhandlung nicht, jedoch wurde eine solche durch einen Verbesserungsvorschlag herbeigeführt, welcher beabsichtigte, in dem Satze des Entwurfs: „Als nothwendiges äußeres Kennzeichen des konstitutionellen Prinzips, das Ew. Königliche Majestät gleich uns in voller Wahrheit festhalten wollen" zuzusetzen: des „konstitutionell monarchischen Prinzips". Wir haben diesen Zusatz, als sich in einer Anrede an den Monarchen von selbst verstehend und daher vollkommen überflüssig, um so mehr ablehnen zu müssen geglaubt, als das Mißtrauen nur zu sehr gerechtfertigt ist, welches geweckt wurde durch das Hervorheben des Wortes „monarchisch" bei gleichzeitiger Hintansetzung des Begriffs „konstitutionell," wie es im bisherigen Systeme gepflogen wurde, und gegenwärtig von Vereinen, die sich „konstitutionell-monarchische" nennen, im Sinne der Reaktion gepflogen wird. Wir glauben vollständig im Sinne unserer Wähler gehandelt zu haben, wenn wir uns weigerten, dem Wiedereinschmuggeln des bisher beliebten konstitutionell-monarchischen Systems durch Aufnahme dieses Zusatzes auch unsererseits Vorschub zu leisten.

Ebenso lehnten wir eine bei dem Satze der Adresse, welcher die materiellen Fragen behandelt, nochmals versuchte Einschiebung einer Verwahrung gegen die unbedingte Annahme der zu erwartenden Reichsgesetze über Gewerbeordnung und Heimathsrecht deßhalb ab, weil wir mit unserm vorangestellten Grundsatze der unbedingten Unterwerfung unter die Centralgewalt, dadurch würden in Widerspruch gerathen seyn, und weil wir die Befürchtungen, welche die Gegenpartei in dieser Beziehung ausgesprochen hat, nicht theilen. Die Thronrede hatte dasselbe Schweigen, wie in der deutschen, auch über die materielle Frage beobachtet. Wir würden das Vertrauen unserer Wähler getäuscht haben, hätten wir in der Antwortsadresse bei der stets wachsenden Wichtigkeit der sozialen Zustände gleiche Unterlassung uns zu Schulden kommen lassen. Wir halten es für unsere Pflicht, unsere und des Landes Wünsche in Bezug auf Erziehung, auf Ackerbau, Handel und Gewerbe auszusprechen, und Berücksichtigung der arbeitenden Klasse, sowie möglichste Sparsamkeit im Staatshaushalte dringend zu empfehlen.

Haben wir somit in dem Adressentwurf, dessen unveränderte Annahme wir so durchsetzten, wie er diesem Berichte anliegt, und durch unsere öffentliche Thätigkeit in der Kammer bewirken, daß wir das Wohl des Volkes nicht aus den Augen verloren haben, so dient noch weit mehr zum Beweise dessen dasjenige, was wir im Innern unseres Klubbs für diesen Zweck schon vorbereitet haben. Anträge sind theils von Einzelnen gestellt, theils Kommissionen zur Bearbeitung übergeben, theils bereits in Berathung gezogen worden: bezüglich der Abänderung des mit so viel Willkür vollzogenen Jagdgesetzes, bezüglich der Forst- und Streuberechtigten, bezüglich eines Kulturgesetzes, der Verbesserung des Ablösungsgesetzes, der Brandversicherungsangelegenheit, der Uebernahme der Distriktsstraßen auf Staats- und Kreisfonds, der Fluß- und Uferbauten, der freundlichen Behandlung des Volkes von Seite der Beamten, und besonders bezüglich durchgreifender Verbesserungen im Schulwesen.

Unsere Wähler mögen hieraus ersehen, daß ihre Vertreter ernstlich darauf bedacht sind, die ihnen gewordene hohe Aufgabe würdig zu erfüllen. Damit uns aber dieß möglich werde, ist es nöthig, daß Ihr der Regierung und unsern Gegnern zeigt, daß das, was wir ausgesprochen haben, der Wille des Volkes ist. Schaaret Euch daher um Eure Vertreter, und stützet sie durch Euren moralischen Beistand!

Dann werden die Hoffnungen, mit denen Ihr uns hieher gesandt habt, keine vergeblichen seyn. Drohen uns auch Stürme und Kämpfe, wir werden sie, gestützt auf Recht und Gesetz, getragen von Euch und gekräftigt durch den Rückhalt, den wir in Euch zu haben uns bewußt sind, zu Eurem und des Landes Bestem bestehen.

Der Klubb der Linken.

(Frankenthal, den 14. Februar.) Heute war dem hiesigen Bezirksgerichte zum erstenmale Gelegenheit gegeben, sich über die Gültigkeit der Grundrechte auszusprechen. Es handelte sich nemlich um den Vollzug des §. 4. der Grundrechte, eines Paragraphen, welcher durch das Einführungsgesetz mit dem 17. Jan. unbedingte Geltung erlangt hat. Die dem Gerichte zur Entscheidung vorgelegte Frage war nemlich die, ob ein Preusse als Ausländer zu betrachten sey, ob er demnach auf den Grund des franz Gesetzes vom 10. September 1807 in provisorische Haft genommen werden könne. Der verhaftete Preusse berief sich auf den sonnenklaren § 4 der Grundrechte, welcher wörtlich lautet: „Kein deutscher Staat darf zwischen seinen Angehörigen und andern Deutschen einen Unterschied im bürgerlichen, peinlichen und Prozeßrechte machen, welcher die Letzteren als Ausländer zurücksetzt." — Das hiesige Gericht kennt aber keine Grundrechte, denn in den Motiven des heute erlassenen Urtheils heißt es: In Erwägung, daß der Verhaftete ein preussischer Unterthan, also ein Ausländer ist, — in Erwägung ferner, daß die von der in Frankfurt sitzenden Nationalversammlung beschlossenen Grundrechte in Bayern weder anerkannt, noch promulgirt, noch publizirt sind, aus diesen Gründen rc. — Der ausländische Preusse bleibt demnach in Haft, bis er Kaution gestellt hat. — Dies ist das Resultat, der mit so vieler Mühe endlich zu Stande gebrachten Grundrechte, — dies ist die Antwort auf die Adresse unserer Volkskammer in München, welche sich erst vor wenigen Tagen für unbedingte Gültigkeit der Grundrechte ausgesprochen hat. Deine Revolution, — höre es, deutsches Volk! war also nur ein Posse, denn die Beschlüsse deiner konstituirenden Nationalversammlung haben nur Kraft, wenn sie von den einzelnen Staaten und Stäätchen anerkannt i. e. genehmigt worden sind. Wir können uns freuen, daß die in politischer Bildung vorangeschrittene Pfalz dem übrigen Deutschland in der Einheitsfrage mit so gutem Beispiele vorangeht. Wir enthalten uns für heute aller weiteren Bemerkungen. Von dem gebildeten pfälzischen Volke darf man übrigens erwarten, daß das obenberührte Urtheil nicht ohne Kommentar bleiben wird. (N. Sp. Z.)

Freie Städte. ** (Frankfurt, 19. Febr.) [173. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Die würtembergische Kammer theilt dem Präsidium ihre protokollarische Erklärung vom 14. Febr. mit, die bekanntlich auf die verfassungsmäßige Ver-

*) Ohne mit diesem Artikel einverstanden zu seyn, überläßt denselben die Redaktion der Oeffentlichkeit dennoch, damit sich Jeder sein Urtheil darüber selbst bilden kann.

einigung aller deutschen Stämme, auch der österreichischen, und wider das der Nationalversammlung angemuthete Vereinbarungsprinzip gerichtet ist. (Bravo!) Das Wort über §§. 1 und 2 des Reichswahlgesetzes erhält Rappard aus Berlin: Zwei Drittheile der Nation würden durch die Beschränkung des Wahlrechts ausgeschlossen und in eine feindliche Stellung zum Staate gebracht werden. Ueben wir dagegen Gerechtigkeit gegen den Arbeiterstand, so werde derselbe eine Stütze des Staats und ein Bundesgenosse unserer Freiheit seyn. Mathy aus Karlsruhe: Der Entwurf, der uns zur Annahme vorgelegt ist, hat mehr als sechzig Verbesserungsanträge hervorgerufen, zu denen noch immer neue kommen. Wo die Meinungen so weit auseinander gehen, ist zu befürchten, daß überhaupt keine Meinung die Mehrheit erlange. Mein zweites Bedenken sind die Bestrebungen derer, durch die der deutsche Bundesstaat gesprengt werden soll. Denn drängen sie durch, dann würde das Wahlgesetz unnöthig seyn. Der Verbesserungsantrag, den er demnach empfiehlt, ist der von den Herren Veit, Plathner und Genossen gestellte: »Die Zahl derjenigen, welche die Wahl des Abgeordneten vornehmen, beträgt in jedem Wahlbezirke ein Zehntel der Wahlberechtigten. Die eine Hälfte dieser Zahl besteht aus denjenigen, welche im verflossenen Steuerjahre in ihrem Wahlbezirke die höchste direkte Staatssteuer entrichtet haben. Die andere Hälfte wird von den übrigen Wahlberechtigten des Wahlbezirks aus ihrer Mitte gewählt. Welche Steuern zu den direkten zu rechnen oder denselben gleichzuachten sind, bleibt der Bestimmung der einzelnen Staaten überlassen.“ Durch diesen Antrag werde vermieden, daß das geringere Maaß der Befähigung durch seinen numerischen Druck überwiege. Wir wollen keine Vorrechte für den Besitz, aber auch keine Massenherrschaft. Damit der wahre Volkswille zur Erscheinung komme, müssen Sie die Wahlfreiheit wie jede andere organisiren. Wiesner aus Wien: Was sollte aus der Demokratie werden, wenn Sie die Wahlfähigkeit vom 21. bis zum 25. Lebensjahre hinaussetzen? Ich wenigstens ziehe den Ostracismus eines allgemeinen Stimmrechts, der den Aristides verbannte, doch jedenfalls dem Belagerungszustande und dem Standrechte vor. Wenn Sie dem größten Theil des deutschen Volks das Recht entziehen; welches ihm das Vorparlament und der Fünfzigerausschuß gegeben, so wird es seinen heiligen Berg zu finden wissen. Gagern: Ich gehöre der Partei an, wenn Sie es so bezeichnen wollen, die der Meinung ist, daß sich das allgemeine Stimmrecht mit dem Gemeinwohle nicht vertrage, und daß nicht das Stimmrecht ein nothwendiger Anhang jedes individuellen Bürgerrechts sey. Herr Vogt hat die Beschränkung des allgemeinen Stimmrechts die Lüge des Konstitutionalismus genannt. Es ist nicht gut, wenn man Begriffe, die man klar in sich trägt, unklar entwickelt und dies vor Massen, die dadurch irre geführt werden. Denn diejenigen selbst, welche die Republik wollen, wollen sie denn keine Konstitution der Republik? Richtiger hätte Herr Vogt sagen müssen, es sey die Lüge des Repräsentativsystems. Denn um letzteres handelt es sich, und nun wollen wir fragen, bey welchem Wahlgesetze besteht die Lüge, und durch welches wird sie entfernt?

Es gibt nach meiner Ansicht zwei Mittel für die nöthigen Garantien des Wahlrechts. Diese zwei Beschränkungen sind indirekte Wahlen oder bei direkten Wahlen gewisse Ansprüche an die bürgerliche Stellung des Wählers. Auch der Verfassungsausschuß, der unter Voraussetzung eines beschränkten Wahlrechts direkte Wahlen beantragt hat, weißt darauf hin, daß, wenn alle Beschränkungen des Wahlrechts wegfallen sollten, er bei der zweiten Lesung auf indirekte Wahlen zurückkommen werde. Greifen Sie zu dem Mittel umfassende Garantien: Census, Vermögen, Einkommen zu fordern, so entscheide ich mich für direkte Wahlen, umgekehrt für indirekte — und der Redner bezieht sich auf ein Beispiel aus seinem Staatsdienerleben im Großherzogthum Hessen, wo er sich für indirekte Wahlen ausgesprochen habe unter der Zustimmung der ständischen Mehrheit. Die Gründe, die mich heute für indirekte Wahlen sprechen lassen, sind dieselben, die ich bei Gelegenheit jener Verfügung kundgegeben. Wie bei der Ausübung aller wichtigen Volksrechte muß auch bei den Wahlen der Ausdruck des wahren Volkswillens gesichert seyn. Der Wähler muß versichert seyn, daß ihn der Gewählte auch wirklich nach seiner Gesinnung vertrete. Daher muß ein unmittelbares Verhältniß zwischen den Gewählten und den Wählern herrschen und dies ist nur durch indirekte Wahlen zu erreichen. Die Betriebsamkeit der Parteien ist eine berechtigte und wird auch dabei nicht fehlen. Allein sie ist durch kein Gesetz zu schützen. Ist das Stimmrecht kein allgemeines, so entscheide ich mich für direkte Wahlen. Allein ich kann dem Systeme des Ausschußvorschlags nicht beipflichten, nach welchem ganze Klassen von Staatsbürgern ihrem Berufe nach ausgeschlossen werden, um so mehr, als darunter Kategorien von Bürgern sind, die vielleicht einen höhern Grad von Selbstständigkeit als andere besitzen. Nur gegen den Vorwurf will ich den Verfassungsausschuß in Schutz nehmen, als habe er die Arbeit herabwürdigen wollen. Arbeit ist Pflicht und Beruf aller Bürger, und es gereicht unserer Nation zur Ehre, daß bei ihr der Ackerbau, die schwerste der Handarbeiten, stets am meisten geehrt war. Auch vor dem Zustande der Fabrikarbeiter, wie er z. B. in einigen Theilen Englands herrscht, würde sich eine deutsche Seele empören. (Beifall.) Das Mißtrauen, ist hier gesagt worden, sey bei uns eine Pflicht der Freiheit. Wenn damit eine achtsame Obhut und Aufmerksamkeit auf die Handlungen der Beamteten gemeint ist, so stimme ich zu. Ich habe diese Obhut selbst mein Leben lang geübt. Aber in der Aufstachelung des Mißtrauens der Besitzlosen gegen die Besitzenden begeht man ein Verbrechen der Civilisation. (Stürmischer Beifall.) Ich fordere, daß die Ausübung des Stimmrechts im Sinne des Gemeinwohls stattfinde. Daß wir ganze zahlreiche Menschenklassen auszuschließen hätten, dawider erkläre ich mich. Wir haben kein eigentliches Proletariat in Deutschland, wogegen wir uns schützen müssen, und am wenigsten ist dazu zu rechnen der Dienstbotenstand, wie überhaupt die arbeitenden Klassen. Besonders die Dienstboten gehen bei uns häufig aus einer Jugend der ländlichen Bevölkerung hervor, die durchaus nicht blos zu den Armen gehört. Dennoch fordere ich, daß die Jugend nicht zu früh zur Ausübung von Rechten zugelassen wird, deren Bedeutung sie noch nicht kennt. Ich werde also für einen mäßigen Census stimmen, wenn die direkte Wahl aufrecht erhalten wird, und zwar nach dem Georg Beseler'schen Verbesserungsantrage. Wir haben persönliche Freiheit im weitesten Umfange, wir dürfen die politischen Rechte nicht beschränken, aber wir müssen bei ihrer Ausübung dafür sorgen, daß auch der Besitzende sich wohl und sicher dabei fühlen kann. (Wiederholter Beifall von der Mehrheit.)

Tellkampf hält es ebenfalls für unrecht und unpolitisch, ganze Klassen oder Berufe von der Vertretung auszuschließen. Zieht man nach der Beschäftigung oder dem Berufe eine unübersteigliche Scheidewand zwischen Wählern und Nichtwählern, so weckt man dadurch gegenseitigen Hader, macht alle Ausgeschlossenen zu Feinden des Staates und streut den Saamen zu späteren Revolutionen. In der Zahl jener Klassen liegt eben so wohl eine Gewalt, als im Grundbesitz oder dem Kapital der Reicheren, und die Vertretung muß alle im Staatsleben geltenden Gewalten umfassen, damit letztere legal und friedlich und nicht zerstörend wirken. Während sich der Redner gegen §. 2 erklärt, macht er auf die Folgen aufmerksam, welche eintreten würden, wenn man allein das Zahlenverhältniß zur Basis eines direkten Wahlsystems erheben wollte. Das Wahlgesetz betreffe die eigentliche Machtfrage: „Wer soll herrschen unter der Form der neuen Verfassung?“ Die Majorität der Volksvertretung herrscht, und diese hängt ab vom Wahlgesetz. Dasselbe muß die Interessen aller Klassen zur Vertretung bringen; und dieß geschieht durch das indirekte Wahlverfahren sicherer, als durch das allgemeine direkte. Herr Tellkampf sucht diese Sätze durch Mittheilungen über Nordamerika zu belegen. Eisenstuck aus Chemnitz kennt keine bessere Gewähr für den eigentlichen Ausdruck des Volkswillens, als direkte Wahlen. Als Unselbstständigkeit ferner werde im Verfassungsentwurfe grade die einzig sittliche Grundlage der Gesellschaft, die Arbeit, bezeichnet. Selbstständig sey überhaupt derjenige am Meisten, der die wenigsten Bedürfnisse und sich sein ganzes Leben hindurch nur auf Kopf und Hand gestützt habe. Wäre die besitzlose Klasse bis jetzt geflissentlich aufgeregt worden, so sey es nur durch das Wort geschehen. Das vorgeschlagene Gesetz aber rege es auf durch die That. Denn ausgeschlossen würden durch den Entwurf außer den schon gedachten auch ganze Bevölkerungsmassen, die von der Hausindustrie, als Holzarbeiter und Weber z. B., leben. Ausgeschlossen werden sogar ganze Dörfer, deren Bewohner, wie es in Schlesien vorkomme, nur als Tagelöhner ihren Erwerb finden. Wenn Sie aber die Dienstboten ausschließen, wie steht es dann mit dem Hofgesinde, mit den Jagdjunkern und Kammerherren? Der Redner kommt auf die Selbstständigkeit zurück, wovon er nur Ein Symptom anerkennt, den hingebenden Willen an die Gesammtheit und die klare Erkenntniß ihrer Bedürfnisse. Sie würde man viel häufiger im Arbeitsrocke als unter der Toga der Bureaukraten und unter dem Hermelin finden. Die zu den §. 1. und 2. des Gesetzes gestellten Verbesserungsanträge zerfallen in drei Gruppen, in solche die einen Census, in solche, die ein Einkommenmaß wollen, und in eine Kombination von beiden. Der Census ist eine Täuschung, denn gerade die niedrigsten Klassen der Staatsbürger tragen am meisten zu den Staatseinnahmen bei, nicht per Kopf, wohl aber in ihrer Gesammtheit. Ein und dasselbe Einkommenmaß für ganz Deutschland anzunehmen, führt zur Ungerechtigkeit, und wie soll ein Mann von einem wechselnden Einkommen geschätzt werden, wenn er in dem einen Halbjahr so viel und in den andern so viel einnimmt? Eben so entschieden erklärt sich jedoch der Redner wider eine Kombination beider Systeme. Der ärgste von allen Vorschlägen sey der nachträglich eingebrachte des Herrn Beseler. Denn wenn drei Thaler direkter Steuern zur Begründung des Stimmrechts dienen sollten, so würden vom Hundert kaum Zwanzig übrig bleiben, und die Ausschließung viel bedeutender seyn, als der Antragsteller selbst zu ahnen scheine. Schließlich citirt Herr Eisenstuck die Stelle einer Rede, die Riesser im Vorparlamente gehalten, um zu zeigen, daß sich dies Mitglied des Verfassungsausschusses selbst früher für die unbedingte Allgemeinheit des Stimmrechts ausgesprochen. Plathner aus Halberstadt: Mit der Theilnahme am Staate sey's wie mit der Theilnahme am Eigenthum. Eine quantitative Gleichheitsforderung führe zum Kommunismus. Der Antrag, den Herr Mathy empfohlen, sey der Antrag des Centrums, und nicht an das Einzelne darin solle man sich stoßen, sondern an das Ganze halten. Ludwig Simon: Ein Wägen und kein Zählen der Stimmen lasse ich mir wohl gefallen. Allein dann muß das ganze Volk die Wage führen. Eben so wenn ein Ermessen über die Fähigkeit des Wählers statt finden soll. Kein subjektives Urtheil darf dabei gelten, sonst möchte uns (von der Linken) wenn wir ein politisches Examen bestehen müßten, der Verfassungsausschuß wohl durchfallen lassen. Aber das Volk hat uns nicht durchfallen lassen. Ueber die absolute Monarchie selbst sind wir hinaus, aber wie Ihre Prinzipien zeigen, so sind wir doch noch bei den Grundsätzen der absoluten Monarchie. Wiederum soll es einen reifen Theil des Volks und einen unreifen, wiederum politisch Mündige geben und Bevormundete, wiederum Herrschende und Herrscher. Die ganze Naturgeschichte der Unselbstständigkeit, die Ihnen der Verfassungsausschuß vorgelegt hat, ist falsch. Fallit wird der Kaufmann nach französischem Rechte schon durch eine bloße Zahlungseinstellung, deßhalb ist er noch nicht immer vermögenslos. Und durch Kündigungen von Kapital, durch Kreditentziehungen könnte der Mittelstand zum Zwecke einer Wahlbewegung leicht in die größte Verlegenheit gesetzt werden. Was die Almosenempfänger anlangt, so sollte man eine Wohlthat nicht verbinden mit einer Rechtsberaubung. In Darmstadt sind Hoflakaien durch ausdrückliches Gesetz von der Kategorie der Dienstboten ausgenommen, und die hannover'schen Staatsbeamten wurden bekanntlich stets als „königliche Diener“ aufgezählt. Die Handwerksgehülfen, Tagelöhner — es ist nicht ihre Unselbstständigkeit, um derentwillen Sie sie ausschließen wollen, sondern gerade die Selbstständigkeit, mit der sie sich für die Demokratie erklären. Die einzige Selbstständigkeit ist die des Willens und Charakters. Gerade in den höhern Regionen herrscht die Kriecherei, das Verläugnen von Grundsätzen und nicht bei den Fabrikarbeitern. Der Arbeiter habe kein Interesse bei der Erhaltung des Staates? Wer leide denn am meisten bei jeder Erschütterung als gerade der, welcher nur seine Arbeitskraft zu verwerthen habe? Die Steuern der Armen tragen mehr ein, als die der Reichen. Die Wehrpflicht ist für Alle gleich, und wer von der Vertretung ausgeschlossen wird, ist auch ausgeschlossen von der Bildung und von der Freiheit. Eigentlich geht das Gesetz dahin, den Theil des Hauses, den wir vertreten, d. i. die Linke zu beseitigen. Sie sind unserer republikanischen Bestrebungen müde, und wollen sich Ruhe schaffen. Das zu heilende Uebel wolle man nicht mit aufnehmen in den Staatskörper? Ich warne Sie vor dem Arzte, den die Zukunft schicken, und der uns leicht mehr Recht als Ihnen (zur Rechten) geben könnte. Der Redner schließt: Aber wir sollen das allgemeine Stimmrecht nicht in Frankreich, nicht in Amerika suchen. Es ist vorhanden in Deutschland, das Volk hat es erkämpft, es darf ihm nicht veruntreut und unterschlagen werden. Retten Sie die volle Freiheit, die uns hierher geschickt hat, so werden Sie auch die Einheit des Vaterlandes retten. (Beifall von der Linken.)

Riesser erhält das Wort zu einer persönlichen Berichtigung Eisenstuck gegenüber: Einmal sey er nicht in dem Falle, §. 2 des Verfassungsentwurfs, an dessen Berathung er nicht Theil genommen, zu vertreten. In seinem von dem Vorparlament angenommenen Antrage aber war die Selbstständigkeit als Bedingung des Wahlrechts enthalten. Die Frage der direkten und indirekten Wahl war den Einzelstaaten überlassen. Endlich handelte es sich damals um eine Kon-

sitzirende Versammlung. Das bleibende Gesetz dagegen für die dauernde gesetzgebende Gewalt sey ein Anderes. Nachdem noch einige Verbesserungsanträge verlesen und die Abstimmung über die Paragraphen durch Namensaufruf von den Herren Schneer und Wigard beantragt ist, wird die Debatte über §. 1 und 2 geschlossen und die morgende Abstimmung vorbereitet, indem der Präsident die sämmtlichen vorliegenden Anträge zur Unterstützung bringt. Den Berichterstattern der Ausschußmehrheit und Minderheit ist das Schlußwort vorbehalten, worauf die heutige Sitzung 2¼ Uhr Nachmittags schließt.

(Frankfurt, den 19. Februar.) Die Erklärung, welche gestern früh aus dem Berliner Kabinet bei dem preussischen Bevollmächtigten Minister Campbausen eingegangen ist, lautet eben so bestimmt als ruhig. Sie hält den Standpunkt der Note vom 23. Januar durchaus fest und spricht sich klar über den engeren bundesstaatlichen Verband aus, in welchen einzutreten, Preussen ebensowenig einen Staat zwingen wird, als es zugeben wird, daß irgend einer am Eintritt verhindert werde. Es steht zu erwarten, daß diese Erklärung eben so wie die von Seiten Hannovers eingelaufene, welche ebenfalls sehr günstig lauten soll, bald vollständig in die Oeffentlichkeit gelangen werde. Es tritt immer klarer hervor, daß das jetzige preussische Kabinet auf dem in der deutschen Politik betretenen Pfade mit ernstem Willen und Kraft vorgehen, und daß es darin von dem Volkswillen sehr energisch unterstützt werden wird. Namentlich ist es Graf Bülow und Herr v. Ladenberg, welche mit größter Entschiedenheit eine durchaus selbstständige nationale Politik in der deutschen Sache befolgt wissen wollen. (D. Z.)

(Frankfurt, den 19. Februar.) Die preussische Note ist angekommen. Preussen besteht mit würdiger Mäßigung auf seinem und jedes deutschen Staates Recht, sind enger zu vereinigen; es besteht auf dem Bundesstaate, in welchen zu treten Niemand gezwungen, aber auch Niemand abgehalten werden dürfe. Bereits haben die Bevollmächtigten mehrerer Staaten die Wünsche ihrer Regierungen wegen der Verfassung vorgetragen. Die Bedenken, welche sich auf Heerverfassung, Flußzölle u. s. w. beziehen, werden bei der zweiten Lesung gewiß gebührende Berücksichtigung finden. (D. Z.)

Preussen. †*† (Berlin, 18. Febr.) Für die Schroffheit, mit der sich die politischen Parteien gegenüberstehen, spricht es vielleicht am deutlichsten, daß und vorzugsweise von der konservativen Partei förmliche Bündnisse geschlossen werden, bei keinem demokratischen Handwerker oder Kaufmann etwas zu kaufen. Man geht natürlich ebenso wenig in öffentliche Lokale, deren Wirthe und Besucher entgegengesetzter Ansicht sind. — Dieser Schroffheit ausserhalb der Kammer will die Oppositionspartei in der Kammer durch die Mäßigung imponiren. In dem Verlangen Sr. Maj., daß sich die Abgeordneten bei der Eröffnung der Kammern nach dem weißen Saale begeben, sehen viele wieder einen den Kammern hingeworfenen Streitapfel. Es ist nichts als ein Abweichen von der gewöhnlichen konstitutionellen Form, (z. B. Frankreich und Belgien) und die Opposition wird sich weislich hüten, mit einem Formstreit zu beginnen.

Binnen kurzer Zeit haben wir wieder ein großes Gerichtsschauspiel zu erwarten. Gegen einen bei dem bekannten Omnibusprozesse sehr verwickelten früher vielfach verwendeten Staatsbeamten, soll Seitens eines Pariser Großhandelshauses eine ihn sehr gravirende Anklage erhoben werden.

Würtemberg. (Stuttgart.) [63. Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 19. Febr. Vorläufiger Bericht.] Die Kammer beschließt, die Exigenz von 3600 fl. für einen (noch nicht angestellten) Chef des Departements der auswärtigen Angelegenheiten, (wofür es, wie Staatsrath Römer sagte, an Liebhabern nicht fehlt) nicht zu bewilligen und die Regierung zu bitten, die Einleitung zu treffen, daß das Departement der auswärtigen Angelegenheiten mit dem der Justiz alsbald vereinigt werde. Bis jetzt sind weiter gestrichen worden, ein Ministerialassessor, zwei Expeditoren, zwei Kanzlisten und ein Diener des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten. Nachdem sich der Ministertisch wie die Kammer gegen die spätere Beibehaltung ständiger Gesandtschaften Würtembergs ausgesprochen hatte, wurde die Exigenz der Regierung für diplomatische Vertretung Würtembergs noch für das laufende Etatsjahr angenommen. (Schw. M.)

(Ludwigsburg, den 17. Febr.) Wie wir hören, ist Befehl hier eingetroffen, eine reitende Batterie binnen zweimal 24 Stunden marschfertig auszurüsten, und ebenso hat sich eine Abtheilung Reiterei zum Ausmarsch parat zu halten. Eine gestern bemerkte geschäftige Thätigkeit im Packen ꝛc. beim k. Arsenal scheint die Sache zu bestätigen. Die Veranlassung zu diesem Befehl ist unbekannt. (L. T.)

Belgien.

(Brüssel, den 12. Januar.) Unsere Regierung hat von ihren Konsuln Berichte erhalten, nach welchen jede Hoffnung, daß die in Flandern ganz darnieder liegende Leinenweberei wieder aufblühen werde, aufgegeben werden muß, wenn man sich nicht schnellstens die Vortheile aneignet, welche die irländischen Fabriken sich seit Kurzem in der Gleichheit des Fadens, in der Bleiche und besonders in der Apretur erworben haben. Lange Zeit erhielt noch der Ruf der besondern Güte der flandrischen Leinwand einige Abnehmer. Jetzt ist aber der Unterschied in dem Ansehen so groß, daß auch diese schwinden, und alles nur irländische Leinwand verlangt. Der Gesandte in den Vereinigten Staaten berichtet, daß New-York jetzt jährlich für 25,500,000 Franken Leinwand erhält, und zwar meist irländische. Von belgischer sind nur für 14,000 Franken darunter! (Moniteur Belgique vom 29. Januar 1849.) Die belgische Regierung, die bereits unterm 12. Febr. 1848 zehn Jahr lang jährlich 30,000 Franken, also im Ganzen 300,000 Franken zu dem Zweck bewilligt hat, um die Verluste zu decken, welche die erste Einrichtung einer von Privatpersonen errichteten großen Bleicherei und Apretur nach irländischer Art in der Gegend von Gent etwa verursachen könnte, beschäftigt sich gegenwärtig mit einem Gesetzentwurf, um die Flachsspinnerei ebenfalls von Seite des Staats zu unterstützen, und der flandrischen Leinwand wieder den alten Ruf zu verschaffen. (Die Hauptvorzüge der irländischen Leinwand bestehen in der Gleichheit des Fadens, in der Weiße und in dem Glanz derselben, was durch eine neuerfundene Stampfmaschine, welche die bisherigen Kalander ersetzt, erreicht wird. Auch die hannoverische Regierung hat übrigens neuerdings einen Techniker nach Irland gesandt, der die bedeutendsten irländischen Spinnereien und Bleichen besuchte, und dessen Bericht in Kurzem zu erwarten ist.)

Frankreich.

† (Paris, 17. Febr.) Sind wir gut unterrichtet, sagt ein Morgenblatt, so benachrichtigte eine telegraphische Depesche das Kabinet vom Ausbruch einer Revolution in Barcelona, in Folge deren Soto Mayor in das Ministerium des Aeussern gerufen wurde. Dasselbe Blatt, sonst sehr vorsichtig in seinen spanischen Mittheilungen, fügt hinzu: daß in Barcelona die Republik proklamirt worden sey. Wir glauben diese Nachrichten unächt.

Die Rue de Poitiers entwickelt eine ausserordentliche Thätigkeit. Sie versammelte sich gestern sehr zahlreich, um über die Frage zu berathen: welchen Gang sie bei dem bevorstehenden Wahlkampf für die legislative Versammlung zu beobachten? Ehe sie in die Debatte trat, wurde die Vorfrage gestellt, ob es nicht gerathen, die Sitzung geheim zu halten? Dieser Antrag ging durch und es soll von heute an ein dichter Schleier über den ferneren Operationen des konservativen Repräsentanten-Klubs ruhen. Es lebe die Finsterniß!

Je näher wir dem Ende der Nationalversammlung (der Marrastinischen Republik) rücken, desto thätiger wird das Treiben aller Parteien. Die pfäffisch-demokratische Partei hat einen Centralausschuß unter dem Titel: Comité Napoléonien Catholique; die Cavaignacisten, ein Komité unter dem Titel: République modéré und wie die Rue de Poitiers ihren Ausschuß taufen wird, wollen wir in den nächsten Tagen berichten.

In Châteauroux, das unsere Leser von den Szenen in Busançais her kennen, ist der Maire und der ganze Gemeinderath abgesetzt worden, weil sie gegen den Willen des Präfekten das Pflanzen von Freiheitsbäumen mit rothen Mützen gestattet hatten und sich nicht mehr Conseil municipal, sondern Conseil républicain nennen wollten. — In Limoges durchzog das Volk unter dem Absingen des Ça ira! und der Marseillaise die Straßen und rief: Es lebe die rothe Republik! Es lebe die Guillotine! Nieder mit den Kapitalisten! Nieder mit den Reaktionären! — In Lyon ist nicht nur die Mobilgarde, sondern auch die ganze Bürgerwehr aufgelöst. Minister Faucher wird dieserhalb übermorgen in der Kammer zur Rede gestellt werden. — In Marseille und Aix greifen Sozialismus und Kommunismus dergestalt um sich, daß der Generalprokurator in Aix dem Pariser Kassationshof erklärt hat, er dürfe ohne Gefahr des öffentlichen Friedens die Marseiller Juni-Insurgenten vor dem zuständigen Assisenhofe des Bouches-du-Rhone-Departements nicht richten lassen, er schlage ihm deshalb vor, sie vor die Assisen des Drômedepartements zu schicken. „Es gibt ganze Dörfer, heißt es im Bericht des Generalstaatsanwalts, welche in der letzten Präsidentenwahl auch nicht Eine Stimme dem Napoleon gaben, sondern für Ledru-Rollin votirten. Dicht bei Aix sind die Dörfer ganz roth. Lambesc z. B. u. andere, würden in die Stadt dringen und die zu Richtenden befreien." Dieser Bericht wird von dem jetzigen Präfekten bestätigt. Der Kassationshof hält heute (17.) sowohl über diesen Gegenstand als über die Rekursgesuche der Maigefangenen in Vincennes Sitzung. — Aus Lyon erfährt man, daß das kommunistische Blatt „Peuple Souverain" in der Bugeaudschen Angelegenheit zu 1 Monat Gefängniß, 500 Franken Kosten und 1000 Frkn. Ehrengelder an Bugeaud verurtheilt worden ist.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 16. Februar.] Pelletier: Ich erfahre soeben, daß der Minister des Innern die Nationalgarde in Lyon aufgelöst hat. (Sensation.) Ich bitte die Versammlung, mir einen Tag zu bestimmen, an dem ich den Minister wegen dieser wichtigen Maßregel zur Rede stellen darf. Die Versammlung bestimmt den nächsten Montag.

Italien.

Am 11. Februar Abends gelangte die Nachricht von der Proklamirung der Republik zu Rom nach Bologna. Sofort Gesang und lärmende Musik in den Straßen, Menschenströme, Flüche und Verwünschungen überall. Das päpstliche Wappen wurde allenthalben von den öffentlichen Gebäuden heruntergerissen, dem Gespötte der Umstehenden preisgegeben und mit Füßen getreten; das Ultimatum des Papstes wurde im Angesicht der Hauptwache auf dem Marktplatz verbrannt. Die beiden Schweizerregimenter sind einfach unter der Alternative abgedankt worden, nach Hause zu gehen oder in die Nationalgarde überzutreten. Der Abmarsch des ersten Transports sollte am 15. beginnen. (A. A. Z.)

(Genua, den 11. Februar.) Gestern früh kam der außerordentliche königl. Kommissär Hr. Domenico Buffa von Turin hieher zurück. Sein Empfang war sehr kalt, da schon vor seiner Rückkehr die Erklärung Gioberti's hier angelangt war, daß so lange er an der Verwaltung stände, von Gewährung der Konstituante nicht die Rede seyn könne, und dies um so weniger, als die piemontesische Armee dieselbe nie anerkennen würde! Dieser letzte Beweggrund hat nun zu einer heftigen Polemik der Oppositionsadresse Veranlassung gegeben. Dabei erfüllen Maueranschläge die Stadt mit Angst und Schrecken. Die Nachricht von der Flucht des Großherzogs von Toskana mit seiner ganzen Familie von Siena nach Elba hat gestern die Gemüther hier so sehr beschäftigt, daß projektirte Demonstrationen zu Gunsten der Konstituante unterblieben. Heute aber erhebt das Volk heftiges Geschrei von Viva la Constituente, welches alle Strassen der Stadt durchlärmt. (A. A. Z.)

(Mailand, 8. Febr.) Hier wird die Stimmung täglich schlechter. Die Berufung der Vertrauensmänner zur Berathung der lombardisch-venezianischen Zustände hat nicht den geringsten Erfolg! Warum gibt sich auch die Regierung fortwährend die Mühe, leeres Stroh zu dreschen? Alle noch so ehrlich gemeinten, noch so nützlichen, noch so freisinnigen Vorschläge stoßen hier auf die systematische Feindseligkeit der Signori! Diese wollen nichts mit und durch Oesterreich, und wäre es das Beste! Warum also noch die fruchtlosen Versuche einer Vereinbarung mit diesen Leuten, die einestheils in ihrem Sinne nicht zu ändern, auf der andern Seite durchaus nicht furchtbar sind. Wenn die Regierung sich nur halb so viel Mühe gäbe, die Zustände der unglücklichen Bauern zu verbessern, sie zum Erwerbe von Eigenthum zu befähigen, man würde ganz andere Resultate sehen. Man rufe eine Konsulta zu diesem Zwecke aus dem Bauernstande zusammen, und wir werden sehen, welchen Respekt schon dieser erste vorbereitende Schritt den Signori einflößen wird. Nichts fürchten sie mehr für sie, als das thatsächliche Eingehen in die Verbesserung der bäuerlichen Verhältnisse. Wie in Galizien ist dort die Grundkraft der Nation noch wenig verdorben, zumal im Vergleich mit den gänzlich verderbten Bevölkerungen der Städte. Wenn die Signori nicht berathen wollen, so rufe man den Landmann — der wird berathen gern und willig, und wird tausendmal dankbar seyn, daß man sich um sein Loos bekümmert. In der That ist es seltsam, sich an den guten Willen jener zu wenden, die uns hassen, statt an die, welche uns bereitwillig entgegenkommen. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Eheliche Verbindung.

Jacob Eichhorn,
Margaretha Eichhorn,
geb. Rummel aus Feuchtwangen.

Nürnberg, 18 Febr. 1849

Hiermit verbinde ich zugleich die Anzeige, daß mir von dem hiesigen löbl. Magistrat das Bürger- und Meisterrecht gütigst ertheilt wurde, mit der Bitte, mich mit vielen gütigen in mein Geschäft einschlagenden Arbeiten zu beehren.

Jacob Eichhorn,
Büttnermeister,
wohnhaft in der Pennigasse L. Nr. 831.

Anzeige und Empfehlung.

Ich erlaube mir hiemit die ergebenste Anzeige zu machen, daß ich das

Spezerei- und Farbwaaren-Geschäft

des Herrn Carl Meißner dahier käuflich übernommen habe und dasselbe in dem bisherigen Laden auf dem Hauptmarkt S. No. 18 fortführe.

Ich empfehle mich daher dem verehrten Gesammt-Publikum, besonders auch meiner werthen Nachbarschaft in allen in mein Fach einschlagenden Artikeln aufs beste, mit der Versicherung, daß auf reelle und billige Bedienung stets mein Haupt-Augenmerk gerichtet seyn wird.

Achtungsvollst
M. Erdmannsdörfer,
Hauptmarkt S Nro. 18

Freie christliche Gemeinde.

Heute Donnerstag den 22. d. Abends ½ 8 Uhr gesellschaftliche Unterhaltung im Saale des Reichsadlers.

Der Vorstand.

Anzeige.

Mein Samen-Geschäft befindet sich von heute am im Hause der Herren Gebrüder Birkner, Burgstrasse S. Nro. 496.

Nürnberg, den 20. Febr. 1849.

Theodor Klein.

Cigarren-Verkauf.

Das Cigarren-Lager im Laden in L. Nro. 114 der Kaiserstrasse (Kreuz-Gänglein) ist mit den manchfaltigsten Sorten Cigarren verstärkt worden; und wird zu fortdauernd geneigter Abnahme bestens empfohlen.

Sämmtliche Cigarren von 12 Gulden per 1000 (1 Kreuzer per Stück) aufwärts, sind aus den edelsten amerikanischen Blättern, mit vorzüglicher Auswahl, bereitet; und werden nur — nachdem sie mindestens 1 Jahr gelagert haben — in Verkauf gegeben.

Reine Pfälzer-Cigarren aus 1846r Blättern zu 6 fl. per 1000 (¼ kr. pr. Stück.)

J. G. Seger.

Bekanntmachung.

Die nächste Nummer des Zuschauers an der Pegnitz erscheint eingetretener Hindernisse wegen erst am Freitag.

(Eingesandt.)

Wenn Herr Bäthig aus Glogau in die Herzen seiner Zuhörer und Zuhörerinnen sehen, wenn der mit so ausgezeichneten Fähigkeiten begabte Mann sich überzeugen könnte: wie fast alle von dem innigsten Wunsche beseelt sind, solche tief ergreifenden Worte noch recht oft zu hören, er würde sich gewiß, im Interesse der jungen Gemeinde, veranlaßt fühlen, oder es möglich zu machen suchen, wenn nicht auf immer, so doch auf längere Zeit, in Nürnbergs Mauern zu verweilen

Mehrere Zuhörer, welche gewiß im Sinne Vieler reden.

Musicalischer Verein.

Donnerstag den 22. Februar

Produktion

im rothen Hahn.

Einladung.

Zur General-Versammlung, im Betreff der Brandversicherungsangelegenheit, werden alle Betheiligten zu einer weitern Besprechung und Beschlußfassung eingeladen.

Dieselbe findet nächsten

Montag den 26. Februar Nachmittags 2 Uhr im Katharinen-Saale statt.

Nürnberg, den 22. Februar 1849.

Das Comité.

Haus- und Schmiede-Verkauf.

In der Nähe eines Hauptthors wird eine in gutem Baustand bestehende und mit empfehlender Kundschaft versehene

Schmiede mit Haus

zu verkaufen öffentlich angezeigt. Das Nähere zu erfragen bei

J. J. Pfeiffer jun.
Commissionär. L. Nro. 191 Adlerstrasse.

Zu empfehlende Gelegenheit

für Passagiere und Auswanderer nach „Rio de Janeiro"
mit dem schönen kupferbodenen Packetschiff
Merck, Kapitain Valentin,
welches am 15. März 1849 expedirt wird durch den Schiffsmackler

August Bolten,
Wm. Millers Nachfolger in Hamburg.

Passagepreise: für die Erste Cajüte 150 Rthlr. Preuß. Court.
im Zwischendeck … 50 „ „ „

Sonstige Auskunft ertheilt

Friedrich Toussaint,
Commissions- und Speditions-Handlung in Nürnberg L. Nro. 401.

Für Auswanderer.

„Die Hoffnung"

Concessionirte deutsche Bureaux für **Auswanderer** nach **Amerika** von **J. M. Bielefeld** in Mannheim.

Regelmäßige Fahrten vom nächsten März an mit gekupfertem Dreymaster erster Klasse, sogenannter Paquetboote, nach

New-York & New-Orleans
über **Rotterdam & London.**

Zur näheren Erkundigung und zum Abschluß von Uebersahrts-Verträgen beliebe man sich an Unterzeichneten zu wenden.

Heinrich Klippel,
General-Agent in Frankfurt am Main

Einladung.

Es werden bis künftigen Donnerstag den 22. Februar sämmtliche ausgediente Soldaten, welche Anspruch auf das von Sr. Majestät verliehene Denkzeichen von den 90geen bis zu Ende des russischen Feldzugs 1813 zu machen haben, Abends 6 bis 7 Uhr zu einer wichtigen Berathung im Kontumazgarten eingeladen.

Die Unternehmer
C. M. L. G.

(Dank) Dank den edlen Menschenfreunden, welche vergangenen Montag im gesellschaftlichen Kreise dem maskirten Orgelspieler ihre Gaben spendeten Dieselben waren für einen arbeitslosen Familienvater bestimmt — Edel waren die Geber und noch edler die Unternehmer, die ihr Vergnügen nur darin suchten, Andern Gutes zu thun. Der reiche Vergelter wird auch ihr Vergelter seyn.

St.....l.

Zu verkaufen.

Ein Garten, eine halbe Stunde von hier entfernt, an der Hauptstrasse und Eisenbahn gelegen, 2 Tagwerk 56 Dez. groß, mit einem Wohn- und zwei kleinen Neben-Gebäuden, in hoher schöner Lage und mit weiter Aussicht ist zu verkaufen und kann die Hälfte des Kaufschillings gegen billige Verzinsung hierauf stehen bleiben.

Nähere Aufschlüsse ertheilt

das öffentliche Kommissions-Bureau von J. St. Schmidt in Nürnberg.

Zu verkaufen

ist eine reale Großpfragnerei-Gerechtigkeit mit allen hiezu gehörigen Utensilien

durch das öffentliche Kommissions-Bureau von J. St. Schmidt.

Anzeige.

Es ist ein großer Metzgerhund mit langer Ruthe und russenartigem Kopf abhanden gekommen. Wer diesen Hund in Verwahrung hat, wird gebeten, ihn gegen ein Trankgeld zurückzubringen in L. Nro. 1453.

(Anzeige.) Es wünscht Jemand, der eine angenehme Handschrift schreibt, sich in seinen Nebenstunden mit Abschreiben zu bethätigen. Da es demselben mehr um Beschäftigung, als um Lohn zu thun ist, so sieht er recht vielen gefälligen Aufträgen entgegen. Näheres in S. Nr. 629 II. Etage in der obern Schmiedgasse.

(Haus-Verkauf.) Ein Haus mit realer Wirthschafts- und Bäckergerechtigkeit und Oekonomie, wird Familienverhältnissen wegen aus freier Hand verkauft. Näheres in der Exped d. Bl.

(Anzeige.) Bei Unterzeichnetem wird täglich frischer Bock, sowohl im Hause als über die Gasse ausgeschenkt

J. Schmidt zum Luftsprung.

(Wein-Verkauf) Mehrere Eimer selbst gezogener und rein gehaltener 1818r Werthheimer Wein, wird zu billigem Preis verkauft. Proben sind zu haben bei

J. J. Pfeiffer jun.
Commissionär L. Nro. 191 Adlerstrasse.

(Verloren) Letzten Montag Abends wurde vom Josephsplatze bis zur Schmiedgasse ein Rechnenbuch verloren, das mit Papier durchschossen ist, und in welchem sich einige Blätter mit den Antworten dazu befinden. Es wird dringend um Zurückgabe desselben in S. Nro. 2 gebeten.

(Anerbieten.) Jungen Leuten, welche Clavier so wie auch Gesang zu erlernen wünschen, kann gründlicher Unterricht ertheilt werden.

(Zu vermiethen.) In S. Nro. 416 und 17 ist die erste und dritte Etage, eine jede bestehend aus 4 heizbaren Zimmern, 1 Kammer, Küche, Boden, Waschhaus, Wasser im Haus am Ziel Laurenzi zu vermiethen

---

(Zu vermiethen.) In einem Hause in einer frequenten Strasse ist ein Logis mit Bett und Möbeln an einen soliden Herrn täglich zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In einer angenehmen Lage der Stadt, ist ein Logis, bestehend in 2 Zimmern, 3 Kammern, 1 Küche, Holzlage und Waschgelegenheit bis künftiges Ziel Walburgi zu vermiethen

---

(Zu vermiethen) An einen soliden Herrn ist ein schönes Zimmer und Alkov mit Bett und Möbeln sogleich oder bis zum 1. März in S. Nro. 1237 zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) L. Nro 948 b am Hallplatz ist ein Quartier, bestehend in 1 Stube, 2 Kammern, 1 Küche und Bodenkammer an eine stille Familie zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In der Karthäusergasse Nr. 1018 sind zwei schöne Wohnungen sogleich oder bis Ziel Walburgi an stille Familien zu vermiethen.

(Zu verpachten.) Am Wege von Schweinau nach Gibitzenhof sind ungefähr 3 Tagwerk Wiesen zu verpachten. Das Nähere ist in L. Nr. 271 der Waitzenstraße in Nürnberg zu erfragen.

(Gesuch.) Für einen ziemlich großen Garten, nahe an einem Hauptthor, welcher schon abgedüngt ist, wird ein solider Pächter gesucht.

(Gesuch.) Es werden 3800 fl. auf ein hiesiges Haus sogleich zu entnehmen gesucht. Näheres in der Exped d. Bl.

(Gesuch.) Geübte Steindrucker können sogleich in L. Nro. 333 in der Karolinenstrasse Beschäftigung erhalten.

(Anzeige.) In der von Ebner'schen Buchhandlung in Nürnberg (Obstmarkt 906) ist zu haben:

Geschichte Napoleons

von

J. Sporschil.

Preis 10 kr.

Von allen Lebensbeschreibungen des Kaisers Napoleon ist die vorgenannte die billigste und populärste.

Stadttheater in Nürnberg.

Donnerstag den 22 Februar. Große Vorstellung der Wiener Ballet-Tänzer-Gesellschaft unter Direktion des Herrn Schier. „Der grüne Teufel, oder Luzifer, Pächter und Pierrot." Zauberballet in 1 Akt. Vorher: „Erziehungsresultate." Lustspiel in 2 Aufzügen von Carl Blum.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 23. Februar 1849. № 54. Freitag: Reinhard.

△ Deutschland und Oesterreich.

Viele Jahre hindurch hat die unselige Politik Metternichs den österreichischen Gesammtstaat von Deutschland getrennt gehalten und die Entwickelung des deutschen Elements niedergedrückt, um das slavische Element emporkommen zu lassen. Dieser Politik treu erklärte Oesterreich nun sowohl durch das Programm seines Ministeriums und durch die Zustimmung des Reichstages von Kremsier zu demselben, als auch durch die scheußliche Demonstration mittelst der Hinrichtung des deutschen Reichsabgeordneten Robert Blum und durch die zeitherige Nichtbeachtung der deutschen Reichsbeschlüsse: daß es sich als einen von dem Gesammtdeutschland unabhängigen Staat betrachte, der wie Deutschland selbst seinen eigenen Entwickelungsgang zu vollziehen habe. Bei Abgabe dieser Erklärung und bei allem seinem Handeln dachte es gewiß das deutsche Oesterreich als einen integrirenden Theil seines Gebietes.

Obgleich aber Oesterreich durch diese Erklärung auch das übrige Deutschland als einen Gesammtstaat bezeichnet, und diesem ebenfalls ganz selbstständige Entwicklung zugestanden hat: so will es dennoch von diesem übrigen Deutschland nicht lassen, so meint es dennoch, als europäische Großmacht ein Recht auf die Oberherrlichkeit des übrigen Deutschlands zu haben, des Deutschlands, dem es sich zeither als Großmacht sowohl in materieller als in geistiger Hinsicht fast nach altchinesischer Weise verschlossen hielt. Das sind offenbar doch Widersprüche grellster Art, ausgeheckt von einer Herrschsucht, die zuletzt nur zum Nachtheil Oesterreichs selbst ausschlagen müssen. Es ist keine Frage, daß die deutschen Oesterreicher als Theil der deutschen Nation angesehen werden müssen, und daß sie jetzt in einer widernatürlichen Trennung von den übrigen Deutschen gehalten sind; sie werden sich selbst stets als Deutsche wissen und als solche auch anerkannt bleiben. Das nur ist das Fatale für sie und uns, daß sie auch im slavischen Oesterreich einen Theil bilden, und so zweien Herren, oder vielmehr zweien Staaten angehören sollen. Würden sie frei sich erklären können und dürfen, gewiß, sie würden ohne Zögern sich an uns eng anschließen und von dem slavischen Oesterreich sich lostrennen. Das geht aber nicht; die despotischen Verhältnisse zwingen sie zum geduldigen Ausharren bei dem Slavismus, bis die Stunde ihrer Erlösung schlägt.

Gagern hat, mit richtigem politischem Scharfblick alle Vortheile Deutschlands wahrend, mit seinem Programm den besten friedlichen Weg betreten, der dahin führen kann, die deutschen Oesterreicher für Deutschland zu erhalten und mit diesem eng und fest zu verbinden, ohne Gesammtösterreich, Deutschlands Vorposten nach Osten zu zu schwächen oder gar zu einem Feinde unsers Vaterlandes und zu einer Beute für Rußland zu machen. Er hat erkannt, wie diese schwierige Aufgabe gelöst werden kann: allein er darf nicht recht gesehen haben, weil er eben Gagern und nicht Schmerling ist. Die Folge davon wird seyn, daß die Nationalversammlung zuletzt ihre Schuldigkeit vollkommen thut, die Bundesstaatsverfassung Deutschlands fertig macht, in den Artikel vom Reiche die §§. 2 und 3 beibehält, die deutschen Oesterreicher für einen integrirenden Theil Deutschlands erklärt, die Reichsverfassung auf dem Wege der Verständigung einführt, das erbliche Oberhaupt des deutschen Bundesstaats beschließt, den König von Preussen zum König der Deutschen oder zum Kaiser erklärt und es dann diesem und der folgenden Nationalversammlung überläßt, die deutschen Oesterreicher, vorausgesetzt, daß sie selbst bei Deutschland seyn wollen, dem slavischen Oesterreich wie nöthig mit Gewalt der Waffen abzunehmen. Es ist und bleibt eine unverschämte und ungerechte Forderung des slavischen Oesterreichs, wenn es verlangt, Deutschland solle und müsse mit ihm als slavischem Staate vereinbaren, weil ein kleiner Theil unserer Nation unter seinem Zepter lebt; wenn es fordert, Deutschland müsse sich bequemen, ihm mehr Rechte als anderen deutschen Staaten zuzugestehen, und gleichwohl weniger Pflichten von ihm als von anderen zu verlangen. Die Löwengesellschaft zwischen dem slavischen Oesterreich und Deutschland muß ein Ende haben. Will das slavische Oesterreich in Verkennung seiner eigenen Wohlfahrt und der Bedingungen seines ferneren Bestehens wegen seiner deutschen Bevölkerung nicht mit dem Bundesstaat Deutschland in eine ehrliche und festbestimmte Union treten; will es sich lieber die Russen immer näher rücken und sein Reich zerfallen sehen: gut! so lasse man ihm seinen Willen, aber es lasse dann auch Deutschland seinen Entwicklungsgang zur Einheit ungehemmt gehen und versuche es nicht, habsburgische Politik bei uns, wo es dann nichts mehr zu suchen hat, zur Geltung bringen zu wollen.

Mit dem übrigen einheitlich organisirten Deutschland verbunden wird Oesterreich als ein freier Staatenbund von den Ufern der Donau bis ins schwarze Meer herrschen, die Türkei und Sudslavenland für immer von Rußland scheiden. Getrennt von dem übrigen Deutschland wird es zertrümmern und eine Beute Rußlands werden und dieß dann so lange bleiben, bis das gesammte Deutschland entweder allein oder in Verbindung mit Frankreich sich gegen den russischen Koloß erhebt und denselben siegreich auf seine natürliche Bestimmung zurückweiset; diese aber liegt nach Asien zu. Es ist ein Irrthum Oesterreichs, seinen Schwerpunkt anstatt im Deutschthum im Slaventhum zu suchen. In Folge dieses Irrthums wird Rußland leichter in den Donauländern Besitz fassen und sich immer fester zwischen Deutschland und dem Morgenlande einkeilen. Dabei aber verliert Oesterreich seine Bestimmung und Gebiet, erleichtert Rußland den längst ersehnten freien Weg nach Italien, an das adriatische und mittelländische Meer, und fördert so die Vernichtung des europäischen Gleichgewichts zu Gunsten seines Erbfeindes und der Knechtschaft. Verläßt es aber diesen Irrthum, einiget es sich ohne Anmaßung und innig mit Deutschland, verlangt es für das deutsche Oesterreich keine Ausnahmstellung im deutschen Bundesstaat, hört es auf, Deutschlands Hemmschuh zu seyn: dann wird sich in Deutschland alles zum Besten lösen, dann werden die politischen Träume von einem siebenköpfigen Direktorium oder von einem Wahlkaiser verfliegen, und das sichere erbliche Oberhaupt wird Deutschland zur Erfüllung seines Weltberufes kommen lassen. Was zu thun ist, das thue man bald, und ehe es zu spät ist! Sollten überhaupt die deutschen Fürsten zu lange auf ihr Einverständniß mit der Nationalversammlung warten lassen, so könnte leicht bald der Demokratismus siegreich die Republik bringen, die sehr vielen Bewohnern Deutschlands unbequem ist. Nur schnelles und sicheres Zustandekommen der deutschen Reichsverfassung, kein noch so großes stehendes Heer kann unser Vaterland vor blutigen Kämpfen und Ueberstürzungen bewahren. Dr. Leutbecher.

Deutschland.

Bayern. †* (München, 21 Febr.) Folgendes ist die Tages-Ordnung für die 10. öffentl. Sitzung der Kammer der Abgeordneten. 1) Verlesung des Protokolls der 9. öffentlichen Sitzung. 2) Bekanntgabe des Einlaufs 3) Vortrag des Sekretärs des VI. Ausschusses über die geprüften Anträge der Abgeordneten; Berathung und Schlußfassung über die Zulässigkeit der von dem Ausschusse zur Vorlage an die Kammer geeignet befundenen Anträge. Wenn nicht, wie man erwartet, der Kammer in Betreff des zu ernennenden Ministeriums Mittheilungen gemacht werden, dürfte die Sitzung nichts weniger, als interessant werden.

□ (München, 21. Febr.) Es heißt hier, aus guter Quelle wisse man, daß Windischgräß in seiner Angst und Noth Hilfstruppen von Bayern verlangt habe, und zwar 50,000 Mann. Diese sollen denn auch bewilligt worden seyn. — Am 24. d. M. soll ein von Arbeitern angeordnetes, und von Demokraten geleitetes Bankett statfinden, welches der zahlreichen Theilnahme wegen nur einen Beitrag von 18 kr. à Person erheischt. An der Spitze des Ausschusses stehen Franken, Rheinpfälzer und Liberale anderer Staaten. Das deutet, so glaubt man, auf einen demnächstigen Belagerungszustand Münchens.

†† (Nürnberg, den 22. Februar.) Die am letzten Sonntage stattgehabte Arbeiterversammlung hat folgende Adresse an die bayer. Volkskammer in München berathen und einstimmig angenommen:

Hohe Versammlung!

Die Bewegung unserer Zeit, die keine Macht der Erde zu unterdrücken vermag und deren Geist sich in ihren Beschlüssen schon so kräftig bethätigte, hat zu ihrem inneren Kerne das Bedürfniß nach Umgestaltung der sozialen Verhältnisse.

Wie wir die Schwierigkeiten, welche die Lösung dieser großen Frage darbietet, vollkommen erkennen, so sehen wir alle zu gut ein, daß die letzten Ergebnisse dieser Bewegung, in der wir stehen, jetzt noch nicht mit Sicherheit bestimmt werden können. Gewiß aber ist, daß sich diejenigen Reformen feststellen lassen, deren Durchführung schon jetzt möglich ist, und die zur Verbesserung der Lage der Besitzlosen, auf die Arbeit angewiesenen Klasse wesentlich beitragen werden.

Im vollen Vertrauen auf jenen Geist des weisesten Zeitverständnisses, der sich von der in einer hohen Kammer beschlossenen Antwortsadresse ausspricht, legen wir, die Arbeiter Nürnbergs, Ihnen unsere Ansichten und Wünsche zur geneigten Berücksichtigung vor.

Wir verlangen: die Aufhebung der indirekten Steuern, damit der geringe Lohn des besitzlosen Arbeiters ferner nicht durch die hohe Besteuerung der unentbehrlichsten Lebensmittel verschlungen werde.

Wir verlangen, zur Ausfüllung der durch diesen Ausfall in den Staats-Einnahmen entstehenden Lücke die konsequente Durchführung der progressiven Einkommensteuer.

Wir verlangen die Durchführung von Ersparungen im gesammten Staatshaushalt, insbesondere die Aufhebung des stehenden Heeres oder wenigstens Verminderung desselben, und an dessen Stelle die allgemeine Volksbewaffnung treten soll.

Wir verlangen unentgeldliche Rechtspflege, damit nicht die gesetzlich ausgesprochene Gleichheit vor dem Gesetze durch die Kostspieligkeit der in Anspruchnahme des Gesetzes zu einer Täuschung werde.

Wir verlangen, daß die durch einen weisen Staatshaushalt ersparten Summen eines Theils auf Verbesserung des Schulwesens verwendet werden, damit die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten schon der Jugend zum Bewußtseyn gebracht, und der allgemeinen Verbreitung von Bildung und Kenntnissen dem Laster und Verbrechen entgegen gearbeitet werde, die ihre Quelle meist in der Rohheit und Unwissenheit haben; anderntheils auf Unterstützungsbanken, durch deren weise Verwaltung der Ausgleichung des Kapitals und der Arbeit, mächtig Vorschub geleistet werden kann.

Wir verlangen Unterstützung der Gewerbe durch einen angemessenen Schutz für die inländischen Erzeugnisse, und eine nationale Handelspolitik.

Wir verlangen Aufhebung der Beschränkung des Wahlrechts, damit der Besitzlose, welcher zu allen Lasten zum Theil so unverhältnißmäßig beitragen muß, nicht ferner ausgeschlossen ist, von dem wichtigsten Akte des Staatsbürgers, der Wahl der Vertreter. Wir verlangen endlich eine solche Regelung der Gewerbordnung, daß Jeder Arbeiter in einem bestimmten Alter zur selbstständigen Betreibung seines Berufes berechtigt sey; indem wir uns ebensowohl gegen eine unbedingte und unbeschränkte Gewerbefreiheit, wie gegen die Mono-

polisirung der Gewerbe erklären. Wir vertrauen darauf, daß eine hohe Kammer diese durch die Zeit gebotenen und der Gleichheit und Gerechtigkeit entsprechenden Verbesserungen kräftig in Schutz nehme, und verharren einer hohen Kammer. Ergebenste

II (Weißenburg, den 18. Februar.) Dahier besteht seit mehreren Monaten ein konstitutioneller Verein, welcher mit Einschluß dreier Filial-Vereine — zu Oberhochstadt, Weiboldshausen und Höttingen — gegen 400 Mitglieder zählt. Bei der am 11. d. Mts. abgehaltenen Sitzung beschloß der Verein, der Majorität der Kammer der Abgeordneten zum bayerischen Landtag eine Zustimmungs-Adresse zu ihren bisher gefaßten Beschlüssen zu übersenden. Diese Adresse hebt die unbedingte Anerkennung der Grundrechte des deutschen Volkes besonders hervor und ist heute an die hohe Kammer abgegangen. Der Ueberzeugung lebend, es sey die offen ausgesprochene Ansicht des Volkes die sicherste und kräftigste Stütze der Vertreter derselben, geben wir uns der Hoffnung hin, es werden von allen freisinnigen Vereinen, Städten und Dorfeen ähnliche Schritte geschehen. Einheit macht stark! Gemeinschaft gibt Kraft!

△ (Erlangen, 22. Febr.) Gestern erlebten wir einen Tag, der in den Annalen unserer Stadtgeschichte besonders bezeichnet zu werden verdient. Mit dem Nachmittagstrain kam in Begleitung mehrerer Freunde Johannes Ronge hier an und hielt Abends einen Vortrag, der voll Freiheitssinn, Liebe und Geistesschärfe genannt werden darf. Der gedrängt volle große Redoutensaal, der statt des Salons im Prater gewählt worden war, bewies am besten, welches Interesse die Erlanger an Ronge's Auftreten nehmen. Im Eingange seiner trefflichen Rede wandte sich Ronge an die akademische Jugend, die ihn gerufen, verbreitete sich aber später auf allgemeinere reformatorische Prinzipien und Vorgänge unseres Jahrhunderts. Wahrscheinlich erhält Ronge den Auftrag zur Bildung einer freien christlichen Gemeinde in unserer Stadt. Der Elemente sind genug vorhanden, nur möchte es einer bedeutenden Säuberung derselben bedürfen, die Ronge in seinem gewohnten energischen Handeln wohl vornehmen wird.

Freie Städte. °° (Frankfurt, 20. Februar.) [174. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Unter den angemeldeten Flottenbeiträgen sind hervorzuheben: Einhundert Thaler von den Schülern des Afragymnasiums zu Meißen, 2915 Gulden Ertrag der Sammlungen im Amte Ritzebüttel bei Cuxhafen, 237 Thaler Gold, Sammlung im Bezirk Syke und 205 Thlr. weiblicher Arbeiten der Frauen und Jungfrauen der Stadt Ribnitz. Als Berichterstatter der Ausschußminderheit erscheint sodann Mittermaier auf der Tribüne. Er verwirft den Census als eine durchweg verkehrte Anstalt des überwundenen Feudalstaats. Dabei verliest er eine Stelle aus Karl v. Rotteck's späteren Schriften, aus welcher allerdings hervorgehen würde, daß dieser Publizist seine Ansicht darüber, ob ein Census das Stimmrecht bedingen solle oder nicht, gründlich geändert hätte, wenn nicht in der citirten Stelle — von den Gemeindewahlen die Rede wäre. Hr. Mittermaier führt dann eine Reihe von Beispielen auf, um an ihnen die Albernheit des Census zu erweisen. Geben wir eine Probe davon. Ein Vater hat die Nutznießung des Vermögens seines Sohnes. Die Volljährigkeit dieses Sohnes tritt ein — und plötzlich wird der Vater „ein dummer Kerl", der sein Wahlrecht verliert. Von erheblicherem Gewicht ist, was Hr. Mittermaier über die Verschiedenheit der deutschen Steuerverhältnisse bemerkt, sowie über die Verschiedenheit der Lebensverhältnisse. Im Odenwalde seyen 350 fl. Einkommen selbst für einen Bauerngutsbesitzer ein nur selten erreichter Satz. An andern Orten hingegen dürften 200 Thaler jährlich für eine sehr geringfügige Summe gelten.

Nach Klassen zu wählen heiße dem Einen eine volle, dem Andern aber nur eine Zehntheilsseele zuerkennen. Wie ferner solle sich ein auf einem Census beruhendes Reichsgesetz vor den verschiedenen Landesgesetzgebungen Deutschlands behaupten, die keinen Census mehr kennen! Der Redner vergleicht dann die Lage von verschiedenen im Verfassungsentwurfe als „unselbstständig" aufgeführten Handwerksgehülfen und Fabrikarbeitern. Macher Geselle, der als Werkführer der Werkstätte fungire, habe eine Einnahme von mehr als 1000 Gulden, und ein Zuckersieder in Magdeburg sey besser bezahlt als — ein Staatsrath. Bringen Sie doch um Gotteswillen, meine Herren, nicht noch mehr Aufregung in unsere gereizte Bevölkerung. Das aber thun Sie, wenn Sie sagen: Der soll wählen, Jener nicht! Errichten Sie keine Kategorien. Das Ergebniß des allgemeinen Wahlrechts kann hier und da eine unbrauchbare Persönlichkeit zum Vorschein bringen, aber nur die Ausschließung bringt allgemeine Gefahr. Der Theil des Volkes, der nicht in den Kammern kämpfen kann, wird auf den Barrikaden kämpfen. Schaffen Sie keinen Pöbel, so werden Sie keinen Pöbel haben. (Stürmischer Beifall von der Linken und den Galerien.)

Scheller, als Berichterstatter der Mehrheit: Ich will Ihnen das Geheimniß des Entwurfs enthüllen, welches man zu errathen bemüht gewesen ist. Der Entwurf hat gewollt, daß die Vernunft die Oberherrschaft erhalte. Es ist ist bei §. 2 viel geredet worden von Menschenrechten, von Volkssouveränetät, selbst der Protestantismus ist aufgerufen worden, die Bestimmungen des §. zu bekämpfen. Auf solche allgemeine Redensarten aber lasse ich mich nicht ein, denn mit Ihnen ist Alles und Nichts zu beweisen. Daß unser Entwurf so freisinnig ist, als irgend ein Wahlgesetz der liberalsten Staaten, ergibt sich aus einem Vergleiche der norwegischen, der englischen Verfassung und der nordamerikanischen mit der Vorlage des Ausschusses. Sie will nur, daß weder nach der einen Richtung hin noch nach der andern die Massen mißbraucht werden sollen. Das Vorparlament, auf das man sich häufig beruft, hat sich nicht sowohl gegen einen Census erklärt, sondern vielmehr die Bestimmung des Wahlmodus den einzelnen Staaten überlassen. Daß 72 Prozent der Wahlfähigen durch den Beseler'schen Vorschlag ausgeschlossen würden, beruht auf der irrthümlichen Annahme als ob die direkte Steuer nur nach der Klassensteuer bemessen werden solle. Mittermaier, hat außerdem dabei übersehen wollen, daß Beselers Vorschlag, wo ein direkter Steuersatz fehlt, auf ein Jahreseinkommen von 350 Gulden eingeht, oder auf einen Grundbesitz. Geben Sie ein unbeschränktes Wahlrecht, so setzen Sie das Vaterland der Gefahr aus, daß es in sich zerfalle. Nur durch beschränkte Wahlen können Sie machen, daß ein deutsches Reich auf die Dauer begründet werde.

Die Fragestellung hat sich über einen Umkreis von mehr als einem halben Hundert verschiedenartiger Verbesserungsanträge zu verbreiten, die zu den §. 1 und 2 gestellt worden sind und die Schwierigkeit wird noch vermehrt durch die entgegengesetzten Systeme, von denen die Vorschläge einander durchkreuzend, ausgehen. Ausserdem wird von Herrn Wigard für ganze Reihenfolgen von Fragen die namentliche Abstimmung beantragt. Das Ergebniß der hierauf gefaßten Beschlüsse ist zunächst die Annahme des Titels und der Eingangsworte: „Reichsgesetz über die Wahlen der Abg. zum Volkshause" „Für die Wahlen der Abg. zum Volkshause sollen folgende Bestimmungen gelten." Nach dem Vorschlage der Mehrheit des Verfassungsausschusses würde Artikel 1 fortfahren: §. 1. Wähler ist jeder (selbstständige) unbescholtene Deutsche, welcher das fünf und zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat." Sowohl über den Ausdruck: „unbescholten" als über die Eigenschaft der „Selbstständigkeit" wird durch Namensruf abgestimmt. Das „Unbescholten" wird demgemäß beibehalten mit 237 gegen 224 Stimmen. Verworfen dagegen das „Selbstständig" mit 422 gegen nur 21 Stimmen (Gelächter und Beifall bei der Verkundigung dieses Erfolgs.) Die Gestalt, in welcher §. 2 aus der Abstimmung hervorgeht, ist folgende: §. 2. „Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen: 1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen, oder über deren Vermögen Konkurs- oder Fallitzustand gerichtlich eröffnet worden ist, und zwar letzterer während der Dauer dieses Konkurs- oder Fallitverfahrens; 2) Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen, oder im letzten der Wahl vorangegangenen Jahre bezogen haben;" Nachdem hierauf Beseler's Antrag: §. 1. „Wähler ist jeder Deutsche, welcher 1) das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat und 2) mindestens entweder a) 5 fl. 15 kr. rhein. (3 Thlr. preuss.) direkte Steuern jährlich an den Staat entrichtet, oder b) ein jährl. Einkommen von 350 fl. rh. (200 Thlr. preuss.), oder c) ein Grundeigenthum zum Werthe von 350 fl. rhein. (200 Rthlr. preuss.) hat, welche Steuern als direkte gelten sollen, wie das Einkommen nachzuweisen und wie der Werth des Grundeigenthums festzustellen ist, bleibt der Bestimmung der Einzelstaaten überlassen", mit 332 gegen 117 Stimmen verworfen ist, so findet die namentliche Abstimmung so eben Statt über den Antrag Biedermann's und Genossen: „Wähler ist jeder Deutsche, welcher 1) das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat; 2) entweder a) einen eigenen Hausstand hat und ein volles Jahr lang unmittelbar vor der Wahl zu Gemeindelasten beigetragen oder da, wo es noch keine Gemeindeverbande gibt, irgend eine direkte Steuer entrichtet hat; oder b) ein Einkommen von 350 fl. (200 Rthlr.) nachzuweisen vermag." Das Ergebniß derselben, so wie überhaupt den Ausgang heutiger Sitzung berichten wir im morgenden Blatte.

(Frankfurt, den 20. Februar.) Die bayerische Erklärung, welche eben an die Centralgewalt eingegangen ist, ist noch nicht als Ultimatum zu betrachten, sondern gleich der österreichischen erst eine allgemeine abwartende Aeußerung. Sie spricht sich bestimmt dahin aus, daß Bayern zu keinem „Ausschlusse" Oesterreichs aus Deutschland, auch nicht zu einer Stellung desselben in einem weiteren Bundesverhältnisse seine Zustimmung geben werde. Ferner verwahrt sich Bayern im Voraus auf das Allerbestimmteste gegen jede allzu starke Anforderung an die souveräne Selbstständigkeit Bayerns. Der Veröffentlichung dieser Erklärung sieht man heute in dem Organe der österreichisch-bayerischen Partei, der Frankfurter Zeitung, entgegen, der sie, wie die österreichische Note, gleichzeitig bei der Ueberreichung an die Centralgewalt zugekommen ist. (D. Z.)

(Frankfurt, 20. Febr.) Die gestrige zweite Versammlung im Weidenbusch war noch zahlreicher besucht als die erste. Wir schätzten die Theilnehmer auf 200. Von den Oesterreichern war nur Herr Rößler aus Wien zugegen. Das von dem Ausschusse entworfene Programm führte eine Diskussion herbei, indem die Herren Rümelein, Rießer und Wedemeyer einen Oesterreich betreffenden Zusatz begehrten, worin sie von Hrn. Schwetschke, Amstetter und Siemens unterstützt wurden, während sich die Herren v. Saucken, Arndt, Grumbrecht, G. Beseler, Backhaus gegen eine solche Erwähnung der österreichischen Verhältnisse erklärten. Die Abstimmung entschied sich und fast mit Einhelligkeit für die Annahme des Programms mit einem unwesentlichen Zusatze G. Beselers: „Wir Unterzeichnete vereinigen uns, gemeinschaftlich dafür zu wirken, daß die bei der ersten Lesung angenommenen Grundlagen und Konsequenzen des deutschen Bundesstaates im Wesentlichen festgehalten werden. Insbesondere betrachten wir die Bestimmungen der §§ 2 und 3 vom Reich, des § 1 vom Reichstag und des §. 1 vom Reichsoberhaupt als solche, welche für den deutschen Bundesstaat nicht aufgegeben werden dürfen. Jeder Verzögerung, jeder Unterbrechung des Verfassungswerkes werden wir entgegentreten, sie komme von welcher Seite sie wolle." Ein großer Theil der Anwesenden unterzeichnete dies Programm, bevor er den Saal verließ. Den Vorsitz führte Herr Reh aus Darmstadt. (D. Z.)

(Frankfurt, 19. Febr.) Wie für das Festhalten am Bundesstaat, so erklärt sich auch die neue preussische Note gegen den Vorschlag Oesterreichs, das Verfassungswerk zunächst mit den „Königen" zu Stande zu bringen, und mit gutem Grunde, denn die kleineren Staaten gerade sind die besten Träger der Einheit, die an den Königreichen von Bayern, Sachsen und Hannover, ihre festesten Stützen nicht zu haben scheint. — Während indeß die österreich. Regierung schweigt über das, was sie eigentlich will, bemüht sich der neugebildete sogenannte großdeutsche Verfassungsausschuß, Formen für das neue Deutschland zu erfinden, mit welchen nach seiner Meinung Oesterreich sich befreunden könnte. Herr Welker rühmt folgende Gestaltung eines künftigen deutschen Reichsoberhauptes. Es besteht aus sieben Mitgliedern eines Direktoriums. Oesterreich, Preussen und Bayern senden je eines, die übrigen vier werden von kombinirten Gruppen der übrigen Staaten gesendet. In dem Kollegium führen Oesterreich und Preussen je zwei Stimmen, so daß die sieben Personen im Ganzen neun Stimmen haben. Den Vorsitz führt Oesterreich und Preussen alle drei Jahre abwechselnd. Der Vorsitzende heißt Reichsstatthalter, hat für sich allein das Recht der Ministerernennung und einige andere nicht unwichtige Befugnisse. Man thut sich viel darauf zu gut, in dieser Form das Direktorium, den Turnus und die Monas glücklich vereinigt zu haben. Sind wir recht unterrichtet, so war es indeß, um noch immer mehr Leute zufrieden zu stellen, bereits nöthig, die Mitgliederzahl schon auf eilf zu erhöhen, und es sollte uns nicht wundern, wenn die Zahl am Ende noch auf die des alten Bundestages anwüchse, mit dem ja auch alle Fürsten zufrieden waren. — Ein förmliches Bündniß Oesterreichs mit Rußland unterliegt keinem Zweifel mehr. (Frkf. O.-P.-Z.)

Hessen. (Kassel, den 16. Febr.) In der heutigen Sitzung der

Stände verkündigte der Präsident einen Antrag des Herrn Henkel, auf den Beitritt Kurhessens zum deutschen Bundesstaat und Ablehnung der Wiederherstellung des alten Bundesverhältnisses, welcher von dem Antragsteller alsbald begründet wurde. Preussen und Oesterreich hätten sich jetzt entschieden, ersteres für einen Bundesstaat, letzteres für einen Staatenbund; es sey jetzt nicht mehr Sache der Nationalversammlung, sondern der einzelnen Länder, die Entscheidung zu treffen, da derselbe eine Präjudicialfrage für das Bestreben und die Wirksamkeit der Nationalversammlung sey. Der Antrag geht dahin: „die Ständeversammlung möge sich im Namen Kurhessens dahin aussprechen, daß Kurhessen entschieden den Bundesstaat mit Preussen wolle, und den Staatenbund mit Oesterreich ablehne, auch die Regierung zu ersuchen, sich dieser Ansicht anzuschließen, und die Nationalversammlung zu veranlassen, eine Trennung der Deputirten derjenigen Staaten, welche sich für einen Staatenbund erklären würden, von den übrigen zu veranlassen." Der Antrag wurde in Erwägung gezogen und dem Verfassungsausschuß überwiesen. Herr Kompe begründet seinen Antrag wegen Feststellung der Reichsgesetze in Kurhessen, davon ausgehend, daß gegen die Gültigkeit der Grundrechte von mehreren Seiten, selbst von richterlichen Behörden, Zweifel erhoben seyen, weßhalb beantragt wird, eine gesetzliche Abänderung des §. 113 der Verfassungsurkunde, (wonach »die Beurtheilung, ob eine Sache zum Gerichtverfahren sich eigne, dem Richter nach Maßgabe der allgemeinen Rechtsgrundsätze und solcher Gesetze, welche mit Beistimmung der Landstände werden erlassen werden, gebührt«) zu Gunsten der deutschen Reichsgesetze zu treffen. Herr v. Sybel hält den Antrag für unnöthig und für unrathsam und beantragt über denselben zur Tagesordnung zu geben. Nach lebhafter Debatte wurde der Antrag des Herrn Henkel: »die Ständeversammlung selbst hege keinen Zweifel gegen die rechtliche Giltigkeit der Reichsgesetze; sie ziehe den Antrag nur deßhalb in Erwägung, um zu untersuchen, ob und welche Nichtberücksichtigung der Grundrechte seitens der Behörden stattgefunden«, angenommen. — Hr. Henkel bemerkte, der Antrag sey wohl deßhalb nicht einstimmig angenommen worden, weil viele Mitglieder gegen den zweiten Theil desselben seyen; gleichwohl sey es wünschenswerth, daß die Versammlung sich über den ersten Theil mit Einstimmigkeit ausspreche. — Auf den Antrag des Herrn Oetker wurde hierauf eine getrennte Abstimmung beschlossen und der erste Theil einstimmig angenommen, der zweite Theil mit 21 gegen 18 Stimmen abgelehnt — Herr Theobald begründete einen Antrag wegen Zusammensetzung der Staatskammer dahin gehend: die Ständeversammlung möge aussprechen, daß durch die §§. 4, 5. und 6 des deutschen Verfassungsentwurfes die deutsche Volkssouveränetät gefährdet sey, und die Nationalversammlung zu ersuchen, bei der zweiten Lesung diese §§ dahin abzuändern, daß die Mitglieder des Staatenhauses sämmtlich von den Volksvertretern gewählt werden. Der Antrag wurde in Erwägung gezogen und dem Verfassungsausschuß überwiesen. (F. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Von der österreich. Grenze, 17. Febr.) Die Kunde von der Flucht des Großherzogs von Toscana, von der (unbegründeten) Vertreibung des Herzogs v. Modena, von der Aufregung zu Neapel wirken erschütternd. Man erblickt darin den Sturz des monarchischen Princips auf der italienischen Halbinsel und sieht mit Bangen dem kommenden Frühjahr entgegen. Der Zusammenhang der italienischen und ungarischen Bewegung liegt auf der Hand. Desto mißlicher berührt es, daß der ungarische Feldzug noch immer keine wesentlich entscheidende Wendung nehmen will. Während die Serben im Süden vordringen — Peterwardein ist jetzt auch in die Hände der Kaiserlichen gefallen; während das Banat der alten Autorität zurückerobert ward, ist Siebenbürgen verloren gegangen und wird keine entscheidende Operation gegen die Theiß unternommen. — Ueber die künftige Organisation Ungarns will noch immer Nichts verlauten und Fürst Windischgrätz schwankt zwischen Maßregeln der Milde u. Strenge. Zu Preßburg ließ er die Güter der Verdächtigen mit Beschlag belegen; zu Raab drohte er Orte, die im Rücken der Armee aufstehen würden, der Erde gleich zu machen; zu Pesth ward er ungewöhnlich nachsichtig und man vernahm beinahe Nichts von den in Wien üblichen Erschießungen. Neuerdings geht er aber mit Maßregeln der äußersten Strenge vor. — Die russische Intervention in Siebenbürgen wird sehr wahrscheinlich in weit ausgedehnterem Maße stattfinden, als sie vor dem Falle Hermannstadts und Kronstadts eingeleitet war. Das russische Schutz- und Trutzbündniß, das bereits lange geschlossen, dürfte in nicht ferner Zeit zur Veröffentlichung gelangen. (Lpzg. Ztg.)

Würtemberg. (Stuttgart, den 18. Februar) [83. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.] Reyscher berichtet über 14 (mit den heute eingelaufenen 17) Petitionen im Namen der staatsrechtlichen Kommission. Dieselben verlangen eine konstituirende Versammlung, eine unter ihnen will Abänderung der Bestimmungen hinsichtlich des Orts der Wahl. Die Eingaben sind von Urach, Eningen, Heilbronn, Neckargartach, Reutlingen, Aalen, Gaisburg (diese beklagt sich, nach Reyschers Bericht, über eine Aeußerung des Staatsraths Römer über die Befugnisse der konstituirenden Versammlung, worauf Staatsrath Römer sagt: Diese Erklärung genirt mich nicht,) Vaihingen, Salzstetten, Maulbronn. Sie kommen theils von Volksversammlungen, theils von einzelnen Vereinen her. Der Redner führt nun die Bestimmungen des Einführungsgesetzes zu den Grundrechten an und fährt fort: Die würtembergische Regierung hat schon beim Anfang unseres Zusammenkommens ihre Bereitwilligkeit zu Einbringung eines neuen Wahlgesetzes erklärt, und da nach den neuesten Aeußerungen vom Ministertisch aus die Vorlage eines Wahlgesetzes demnächst zu erwarten steht, so trägt die Kommission darauf an, die Petitionen der Regierung zur Kenntnißnahme vorzulegen. Frhr. v. Hornstein: Der Antrag der Kommission kann keinen Anstand haben, ich verwahre mich aber dagegen, daß wir nicht auch im Stande wären, die Verfassung umzuändern. Die Nationalversammlung hat ganz bestimmt ausgesprochen, auf welchem Wege die Verfassungsänderung ausgeführt werden soll. Nach den Bestimmungen des Einführungsedikts sollen in erster Linie die bestehenden Faktoren der Gesetzgebung das Verfassungswerk vornehmen, es wird nur freigestellt, eine konstituirende Versammlung einzuberufen, ich bin also gegen die Vorlage eines Wahlgesetzes, so lange die Regierung nicht den Versuch gemacht hat, eine Vereinbarung mit den jetzigen Ständen herbeizuführen. Staatsrath Römer: Das Einführungsgesetz sagt nicht, daß in erster Linie die bestehenden Faktoren das Verfassungswerk zu Stande zu bringen haben, es schlägt nur die zwei Wege, durch die dermaligen Stände oder durch eine neue eigens zu diesem Zwecke zu berufende Versammlung vor. Die würtembergische Regierung ist von der Ansicht ausgegangen, daß neue Vertreter das Verfassungswerk ins Leben zu rufen haben, denn das Vertrauen zu einer neuen Versammlung wird im Volke größer seyn, als wenn die jetzige Versammlung das Verfassungswerk vornehmen würde. In Folge der ihr zustehenden Initiative hat die Regierung ein Wahlgesetz ausarbeiten lassen, welches dermalen im Geheimen Rathe berathen wird; sind die Stände damit nicht einverstanden, so mögen sie dagegen stimmen. Allein die Regierung glaubte, der allgemeinen Stimmung in Würtemberg und in ganz Deutschland Rechnung tragen zu müssen. (Vielfache Zustimmung.)

Eisenlohr: Die Aeußerungen des Freiherrn v. Hornstein erscheinen mir als ein Barometer für die in gewissen Kreisen herrschende Stimmung, welcher auf Rückschritt deutet. Das Land wartet mit der größten Spannung auf ein Wahlgesetz. — Freiherr v. Hornstein: Ich protestire gegen solche Unterstellungen, ich habe noch nie als Meilenzeiger gedient, habe vielmehr stets meine eigene Ansicht und Konsequenz und bin stolz darauf. Frhr. v. Wöllwarth schließt sich an. Die Regierung darf nicht einseitig einen anderen als den von der National-Versammlung vorgezeichneten Weg einschlagen; denn nur wenn sich die jetzigen Stände nicht vereinigen können, soll die Regierung eine neue Versammlung einberufen, auch hat sich die badische Kammer gegen eine konstituirende Versammlung ausgesprochen, und wenn eine Versammlung wie diese, solches erklärt hat, so kann man sich beruhigen. Staatsrath Römer: Wenn der Regierung ein Vorwurf gemacht werden will, so wahre ich ihr das Recht, Gesetzes-Entwürfe einzubringen. Becher: Ich sehe in der Aeußerung des Freiherrn v. Hornstein nur eine Differenz hinsichtlich der Form. Die Regierung hätte freilich erst die Frage an die Stände bringen können, ob sie eine neue Versammlung wollen, — sie bringt gleich das Wahlgesetz mit ein, und das ist sehr zweckmäßig, so hat man die Frage blos einmal zu berathen. Nachdem noch Seeger und Schnitzer den Kommissionsantrag unterstützt hatten, wird derselbe angenommen. (Schw. M.)

Frankreich.

† (Paris, 18. Febr., Mittags.) Eben erhalten wir Briefe aus Genua vom 13. Febr., die uns melden: daß in Florenz die Republik proklamirt wurde. Die Anhänger des geflohenen Großherzogs und Freunde des Absolutismus, boten zwar Alles auf, um diesen Schritt zu hintertreiben. Das ganze platte Land wurde von ihnen in Bewegung gesetzt, um gegen Florenz zu marschiren. Allein wie jene Privatbriefe melden, blieben ihre Anstrengungen fruchtlos und die Republik wurde proklamirt. Der Volksjubel ist unbeschreiblich.

Die Contre-Revolution sieht ihren letzten Retter in Rußland. In den Zirkeln der Rue de Poitiers herrschte daher große Freude, als die „deutsche Reform" anzeigte, daß Oesterreich die Russen um Hilfe angerufen habe und daß bereits ein starkes russisches Korps in Siebenbürgen eingedrungen sey. Die philippistische Assemblée konnte ihren Jubel kaum bändigen. Ebenso bliesen Opinion, Constitutionnel rc. Chorus. Nur Hr. Berlin beobachtete ein geheimnißvolles Stillschweigen. All dieser Jubel scheint plötzlich zerronnen. Die Russen sind noch nicht in Siebenbürgen! ... hat Hr. Hatzfeld, der preussische Geschäftsträger, auf dem bonapartistischen Balle vorgestern Abend gesagt, und diese Aeusserung verbreitete sich wie ein Lauffeuer. Dennoch ist ihre Hoffnung noch nicht gesunken. Hören wir die „Assemblée Nationale" von diesem Morgen: Ein Russe, dem man in einem Salon sagte, daß es England nimmermehr dulden würde, wenn sich Rußland irgendwie an den Kämpfen an der Donau (in Ungarn) direkt betheilige und daß es die Pforte sogleich zur Kriegserklärung zwingen könne, erwiderte: „Desto besser; wenn die Pforte unsere Allianz bricht und unser Protektorat zurückstößt, so wird Rußland seinen Hauptplan verfolgen und nach Konstantinopel marschiren. Kein Feldzug ist in Rußland volksthümlicher, als der türkische. Das Volk wirft sich vor seinem Kaiser auf die Kniee, wenn er ihm anzeigt, daß es aufbrechen solle, um die Fahnen des heil. Nikolaus auf die Kuppeln der Sophienkirche zu pflanzen. Si Lord Palmerston fait trop le méchant, la fatalité de l'islamisme s'accomplira."

Italien.

(Genua, den 12. Febr.) Der Stadt wurde gestern Mittags das Schauspiel einer großen Pöbeldemonstration gegeben. Etwa 500 Personen verdächtigen Aussehens durchzogen mit fliegenden Fahnen die Straßen unter unaufhörlichem Geschrei von Viva la Costituente italiana! Nach einigen Stunden zerstreute sich dieser Haufe, scheinbar ohne Theilnahme bei der Einwohnerschaft erregt zu haben. Daraus läßt sich jedoch keineswegs auf ein Mißlingen dieses neuen Projectes schließen, da die meisten der so zahlreichen Demonstrationen oft drei- oder viermal von einer sehr geringen Zahl von Theilnehmern ausgeführt wurden, ehe sich das große Publikum denselben zugesellte. Jedenfalls ist es hier allgemein bekannt, daß man auf Gelegenheiten sinnt, um diesem neuen Vorhaben allgemeine Theilnahme zu verschaffen. Die erste dieser Gelegenheit soll ein Ball seyn, welcher heute Abend zu Gunsten Venedigs in den Staatsgemächern des Palazzo ducale stattfinden soll. Der Geist der Zwietracht scheint mit neuer Wuth zwischen gewissen italienischen Provinzen erwacht und namentlich zwischen Genua und Piemont. Der hiesige Handel leidet sehr in seinen Interessen in Folge der Anleihe von 20 Millionen Franken, welche die hiesige Bank (gezwungen) der Regierung zu Turin geleistet hat, und wofür ihr das Recht bewilligt worden, für 20 Millionen Franken neue Banknoten auszugeben. Durch eine so ungeheure Vermehrung des Papiergeldes sind die Noten der Genueser Bank, die noch nie unter Pari waren, um 3 Procent unter dasselbe gefallen. Die daraus erwachsenden Uebel für den Kredit dieses Platzes sind so groß und fast unberechenbar, daß der hiesige Handelsstand um ungesäumte Wiedererstattung jener 20 Millionen Franken an die Genueser Bank bei den Kammern zu Turin angetragen hat. (A. A. Z.)

Sprech-Saal.

Antwort des Schulverwesers Dannenbauer zu Leutershausen auf die in der Beilage zu Nr. 20 der Mittelfränkischen Zeitung enthaltene Aufforderung.

In der Beilage zu Nr. 20 der Mittelfränk. Zeitung bin ich zur öffentlichen Darstellung eines Vorganges in der hiesigen Gemeinde,

die Trennung der Schule von der Kirche betreffend, aufgefordert. Ich komme dieser Aufforderung hiemit nach, ungeachtet der gegen mich bereits vorhandenen Anfeindungen. Der Einsender besagter Aufforderung war von dem ganzen Vorfalle sehr genau unterrichtet, und darum möge zur Vermeidung unnöthiger Wiederholungen von meiner Seite die einfache Erklärung genügen, daß alles das wahr, buchstäblich wahr ist, was in der Aufforderung enthalten ist. Nur das erlaube ich mir noch hinzuzufügen, daß außer den schon bekannten Unwahrheiten auch noch folgender Schwank, wie ein moderner — ungläubiger Lehrer das Einmaleins lehrte, als pure Wahrheit erzählt worden ist. Nämlich: Kind: $3 \times 1 = 3$; Lehrer: nicht wahr, $3 \times 1 = 1$, es steht ja in der Bibel und der muß man glauben, und machte dabei eine Anspielung auf die unächte Stelle 1 Joh. 5, 7. —

Meine Bemühungen waren leider umsonst, und so unterschrieben sich denn in unseliger Verblendung (mit wenigen rühmlichen Ausnahmen) fast alle hiesigen Gemeindeglieder, Freund gegen Freund, Schwäger gegen Schwäger, Bruder gegen Bruder, ein Vater sogar gegen seinen — Sohn (Letzteres ist auch in Ehingen vorgekommen, ohne nur zu wissen was? wenn gleich das zur Unterschrift bereit liegende Protokoll vorgelesen wurde, das (nebenbei gesagt) hinsichtlich seines Inhalts der Schwaninger Erklärung nicht nachsteht. — In Gerolfingen wurden (wie mir der dortige Schullehrer mittheilte) in einer geheimen vorberathenden Konferenz diejenigen, welche nicht unterschreiben würden, im Voraus für **Blumianer** erklärt. Das ist die Stunde und Macht der Finsterniß.

Allen Kollegen, Schulfreunden, sonstigen Freunden und Bekannten freundlichen Gruß!

Fr. Dannenbauer.

Jetzt eine allgemeine Lehrersynode in Bayern?

Es ist bereits durch mehrere öffentliche Blätter Bayerns die Aufforderung an sämmtliche bayerische Schulmänner von verschiedenen Seiten her ergangen, „Vorschläge in Betreff des Orts und der Zeit ꝛc. zum Zusammentritt einer allgemeinen bayerischen Lehrersynode" zu machen. So wünschenswerth die Anordnung und der Zusammentritt einer solchen Synode im Interesse der bayerischen Lehrerverhältnisse wäre, und so sehr die Resultate derselben das Streben einer späteren allgemeinen deutschen Lehrerversammlung unterstützen und erleichtern würden, wie eine solche in der vielleicht nächsten Zukunft nicht nur in Aussicht steht, sondern im September v. J. in Eisenach beschlossen worden ist; so dürften sich doch erhebliche Gründe auch gegen eine bayerische Lehrersynode noch vor der allgemeinen deutschen finden lassen. Der hierauf bezügliche Beschluß der Eisenacher deutschen Lehrerversammlung vom September v. J. geht dahin, daß im Laufe des kommenden Frühjahres oder Sommers was erst vom Vororte Dresden näher zu bestimmen ist, eine „allgemeine deutsche Lehrerversammlung" in Nürnberg statfinden solle, bei welcher sich die Lehrer Deutschlands aller Kategorien und aller deutschen Staaten betheiligen sollen. Möchte man sagen, eine bayerische Lehrer-Synode sey jetzt um so nothwendiger, weil es eine Aufgabe der gegenwärtig versammelten Ständekammer mit ist, die Verhältnisse des deutschen Schulwesens für Bayern zu reformiren und gesetzlich festzustellen, wozu praktische Vorschläge von Sachverständigen um so nothwendiger sind, als das künftige Schulgesetz nur dann im Sinne und nach dem Bedürfnisse der Zeit ausfallen kann, wenn es auf solcher Grundlage ruht; so sage ich, dazu ist es zu spät, so sehr ich die Wahrheit des Gesagten anerkenne, und dazu haben wir nur noch den Weg des Petitionsrechtes. Diesen Weg sollen aber alle Lehrer einstimmig betreten, und zu diesem Zwecke wird demnächst eine Denkschrift vom Central-Lehrer-Verein in Nürnberg erscheinen, der sich jeder anderweitige Lehrerverein anschließen kann. Ein Hauptgrund aber und der triftigste vor allen, warum die bayerische Lehrersynode vorläufig unterbleiben soll, scheint mir der zu seyn, daß eine deutsche allgemeine Lehrerversammlung von allgemeineren Prinzipien ausgeht, in welchen sich am Ende auch die speziellen finden, und daß eben deshalb die finanziellen Kräfte der bayer. Lehrer etwa auf Kosten der einmal beschlossenen allgemeinen deutschen Lehrersynode nicht geschwächt werden sollen.

Nürnberg, den 11. Februar 1849.

G. F. Müller, als Abgeordneter der Nürnberger Lehrer zur Lehrerversammlung in Eisenach am 28., 29. und 30. Sept. v. J.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 24. Februar 1849. № 55. Samstag: Matthäus.

Deutschland.

Bayern. (München, 17. Febr.) Die ultramontane Partei wühlt unbeschreiblich gegen die Volkskammer. Sie kann indessen nicht verhindern, daß nicht täglich Zustimmungsadressen an die Linke eintreffen, und zwar mitunter aus dem eigentlichen Altbayern; so eben eine aus Ingolstadt. — Welcher Geist mitunter im diesseitigen Bayern Wurzel faßt, davon gibt z. B. ein Brief kund, welchen ein (unterzeichneter) katholischer Geistlicher aus dem Kreise Schwaben an den Abg. Kolb gerichtet hat, folgenden Inhalts: „Verehrter Herr! An die Pfälzer überhaupt und dann an deren Gesinnungsgenossen ergeht von der Mehrzahl der Bewohner Bayerns der laute Ruf um Aufhebung oder doch wenigstens Verminderung der Klöster. Sie sind Krebsschäden im Lande, häufen Geld auf Geld, sind zur jetzigen Zeit überflüssige Anstalten; sie schmälern sogar — wo möglich — den Schullehrern ihr Einkommen, indem die Klosterfrauen bereits überall die Mädchenschulen besorgen. Sie kosten dem Staat noch Tausende, wegen der baulichen Unterhaltung; sie sind eine schmähliche Ausgeburt des.... Abel, der in der That seinen Lohn jetzt erntet. (Unser Allgäuer Waibel wird Sie unterstützen.) — In der Hoffnung, nicht umsonst gebeten zu haben, zeichnet« (folgt die Unterschrift). (N. Sp. Z.)

(München, den 21. Februar.) Da mehrere Mitglieder der Kammer der Abg. der morgen stattfindenden Eröffnung der Assisen beizuwohnen wünschten, so wurde die auf Donnerstag den 22. d. anberaumte öffentliche Sitzung auf Freitag den 23. ds. verlegt. (N. M. Z.)

† (Nürnberg, den 23. Februar.) Mehrere Wahlmänner Nürnbergs hielten es ihren Urwählern gegenüber für Pflicht, folgendes Schreiben an den Abgeordneten Scheurl zu richten:

„Durch die Annahme des Wahlprogrammes der kombinirten politischen Vereine Nürnbergs von Ihrer Seite und noch mehr durch Ihre Ansprache an die versammelten Wahlmänner des Fürther Wahlbezirks (siehe Nürnberger Kurier, Nr. 335, 337 und 357.) wurden die unterzeichneten Wahlmänner veranlaßt, ihre Stimme Ihnen als Landtagsabgeordneten zu geben. Ihr Beitritt zum Programm des rechten Centrums der Abgeordnetenkammer und der von Ihnen verfaßte Entwurf der Adresse auf die Thronrede, steht nach unserer Ansicht im Widerspruche mit Ihrer vorherigen Meinungsäußerung und erregt in uns die Besorgniß, daß Sie die Richtung, der wir und der größte Theil unserer Urwähler angehören, und die wir durch Sie vertreten haben wollen, nicht vertreten. Im Hinblicke auf unsere moralische Verantwortlichkeit unseren Urwählern gegenüber glauben wir, Sie hiemit auffordern zu müssen, uns klar und offen zu sagen, wie Sie die Ansichten der Verständigung, welche Sie im Adreßentwurf niederlegten, in Uebereinstimmung bringen können mit Ihrem früher'n Ausspruch: Den Beschlüssen der Frankfurter Versammlung gebührt allgemeiner Gehorsam, welche verfassungsmäßige Gestaltung sie unserm theuern Vaterlande geben wird, „sie muß von den Regierungen Deutschlands angenommen, willig und aufrichtig in das Leben eingeführt werden." Wirken Sie mit allen gesetzlichen Mitteln dahin, daß die sofortige unbedingte Anerkennung der Grundrechte von Seiten der Regierung erfolgt und Sie können unserer Zustimmung versichert seyn; ebenso, wenn Sie Ihre Aufgabe so auffassen und durchzuführen suchen, wie das Programm des linken Centrums der Abgeordneten-Kammer es ausspricht. Ihrer geneigten Erklärung entgegensehend zeichnet mit Hochachtung &c.

⊙ (Aus der Grafschaft Thurnau.) [Verspätet.] In Nro. 28 Ihres viel gelesenen Blattes sehen wir mit Freude die konstitutionellen Vereine der Universitätsstadt Erlangen den Anmaßungen einer gewissen Partei entgegentreten, die einen ähnlichen Zweck wie der weiland schweizerische Sonderbund zu beabsichtigen scheint und die der Regierung glauben machen will: ihre unlautere Ansicht sey die des gesammten bayerischen Volkes. Gehörten wir zufällig nicht zu dem bayerischen Antheil von Deutschland, und unter dem Ministerium „Abel" schämten wir uns, im Auslande „Bayern" zu seyn und declarirten uns als „Franken", — wären wir selbst nicht aus dem Volke und kennten wir nicht die allgemeine Volksstimmung in Franken, so müßte man beim Lesen jener schamlosen Artikel in einem leider fränkischen Blatt, das sich jene altbayerisch-österreichische Partei zu ihrem Tummelplatz auersehen hat, glauben: ganz Bayern revoltire gegen die Centralgewalt und die Reichsversammlung. Nein! wir verlangen ernstlich und dringend die unbedingte und Gesetzeskraft habende Verkündigung der deutschen Grundrechte, der vollendeten Arbeit derselben, wir erkennen die Gesammtheit der Reichsversammlung als das Organ unsers Willens an, wir halten so lange fest an der Einheit Deutschlands, so lange das undeutsche Oesterreich nicht an die Spitze Deutschlands kommt, denn der böse Geist „Metternichs" durchschleicht noch immer das Haus Lothringen. Nur einem mächtigen Oberhaupte folgen die Fürsten, nur ein mächtiger Staat kann den Völkern kräftigen Schutz gewähren und die Stimmung in Franken für Preussen würde eine Adresse bekunden.

Baden. (Konstanz, 18. Febr.) Gestern wurde der frühere Redakteur der Seeblätter, J. N. Letour, von dem Hofgericht des Seekreises auf den Grund des Reichsgesetzes vom 10. Oktober v. J. zweimal wegen Beleidigung der deutschen Nationalversammlung verurtheilt: einmal zu sechs Wochen Gefängniß und das zweite Mal bezüglich eines Gedichtes in Nr. 1 der diesjährigen Seeblätter zu zwei Monaten Gefängniß, welche er in einer Festung zu erstehen hat. Dagegen wurde Letour von der weitern Anklage wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung des Königs von Preussen freigesprochen. (K. Z.)

Freie Städte. ∞ (Frankfurt, den 20. Febr.) [174. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson. Schluß des gestrigen Berichts.] Der Antrag Biedermann's und Genossen wird mit 248 gegen 204 Stimmen abgelehnt. Desgleichen mit 239 gegen 209 Stimmen der Antrag Hofmann's von Friedberg: „Wähler ist jeder selbstständige unbescholtene Deutsche, der das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat und entweder Grundbesitz oder eigenen Haushalt hat, oder Gemeindebürger oder endlich Staats-, Kirchen- oder Gemeindediener ist." Endlich wird noch durch Namensaufruf abgestimmt über den Antrag von Lette und Genossen: §. 2a. „Das Wahlrecht ruht bei Denjenigen, welche a) unter Kuratel &c. §. 2b. Alle Uebrigen üben das Wahlrecht theils unmittelbar, theils mittelbar durch Wahlmänner aus. §. 2c. Zur unmittelbaren Ausübung sind Diejenigen befugt, welche jährlich 3 Thaler oder 5 fl. 15 kr. an direkten Steuern entrichten oder ein jährliches Einkommen von 200 Thaler oder 350 fl. haben. §. 2d. Diejenigen, welche einen geringeren Betrag von direkten Staatssteuern entrichten, beziehungsweise ein geringeres Einkommen haben, üben das Wahlrecht durch Wahlmänner aus, welche sie gemeinde- oder bezirksweise nach absoluter Stimmenmehrheit aus ihrer Mitte ernennen. §. 2e. Auf je zehn Urwähler wird ein Wahlmann ernannt" mit 299 gegen 125 Stimmen ebenfalls abgelehnt. Damit sind die andern, theils Verbesserungs-, theils Zusatzanträge, abgelehnt. Die heute angenommenen Bestimmungen lauten mithin: Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause. Für die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause sollen folgende Bestimmungen gelten:

Art. I. §. 1. „Wähler ist jeder unbescholtene Deutsche, welcher das fünf und zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat.

§. 2. Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen: 1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen, oder über deren Vermögen Konkurs- oder Fallitzustand gerichtlich eröffnet worden ist, und zwar letztere während der Dauer dieses Konkurs- oder Konkursverfahrens; 2) Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen, oder im letzten der vorhergegangenen Jahre bezogen haben."

Nachdem noch mehrere protokollarische Erklärungen zu den Abstimmungen gegeben worden sind, wird die Sitzung gegen 5 Uhr Nachmittags geschlossen. Fortsetzung der Berathung über [illegible] Donnerstag den 22. Februar.

(Frankfurt, den 21. Febr.) Die „Frankf. Ztg." theilt nachstehend den Text der bereits mehrfach besprochenen bayerischen Erklärung mit: „Der unterzeichnete königl. bayerische interimistische Bevollmächtigte hat die Cirkularnote des Reichsministeriums vom 28. v. Mts. der königl. Regierung in Vorlage gebracht und beehrt sich nunmehr im Auftrage derselben, dem Herrn Präsidenten des Reichsministerraths deren dankbare Anerkennung für das zur Forderung des deutschen Verfassungswerkes bethätigte Entgegenkommen auszudrücken und nachfolgende Erwiederung abzugeben: Die bayerische Regierung hat das Bedürfniß einer Verständigung der deutschen einzelnen Staaten unter sich bei dem Beginne der Arbeiten der Nationalversammlung tief empfunden. Sie hat dies schon im Monat Mai v. J. und seitdem wiederholt durch dringende Aufforderungen an die verbündeten Regierungen bethätigt, welche keinen andern Zweck hatten, als durch eine rechtzeitige Einigung über die Hauptpunkte der künftigen Verfassung auch ihrerseits zu beschleunigter, praktischer Begründung des von ganz Deutschland heißersehnten Einigungswerkes den Bemühungen der Nationalversammlung fördernd entgegenkommen zu können. Wenn das Reichsministertum zu dem Schritte, welchen es sämmtlichen deutschen Staaten gegenüber zu thun für gut fand, durch den augenblicklichen Stand der Verhandlungen über die Verfassungsfrage sich besonders veranlaßt sah, so kann die bayerische Regierung der hierdurch kundgegebenen Ansicht nur vollkommen beipflichten. Der Zeitpunkt zwischen der ersten und zweiten Lesung des Verfassungsentwurfes erscheint auch ihr als der geeignetste zu der durch eine gegenseitige Verständigung zu erreichenden Vereinbarung zwischen den einzelnen Regierungen und der Nationalversammlung und Bayern wird nicht anstehen, seine Erinnerungen zu diesem Zwecke mit möglichster Beschleunigung nach Frankfurt gelangen zu lassen. Es wird aber durch das Anstreben dieses so nothwendigen Einverständnisses nicht etwa ein Hemmniß, nicht ein Hinausschieben der gerechten Erwartungen der Nation sich ergeben, wohl aber die sicherste, die allein dauernde und feste Grundlage des deutschen Verfassungswerkes. Dieses vorausgeschickt, wird es hier genügen, die Ueberzeugung schon jetzt auszusprechen, daß nur eine, ganz Deutschland in allen seinen Bestandtheilen zu einem Bunde verbindende und daher Oesterreich weder ausschließende, noch in die Sonderstellung eines weitern Bundesverhältnisses hinausdrängende Verfassung, dem mächtigen Streben nach Einigung und nach Kräftigung des deutschen Gesammtvaterlandes entsprechen werde, daß dagegen, wie dieses in der Note vom 23. v. M. ausgesprochen ist, auf welche auch der Erlaß des Reichsministeriums Bezug nimmt, — „die Aufrichtung einer neuen deutschen Kaiserwürde zu der Erlangung einer wirklichen umfassenden deutschen Einigung nicht erforderlich sey," daß vielmehr hierdurch der allseitig gewünschten Einigung ein unbesiegbares Hinderniß entgegengestellt würde. Der Unterzeichnete hat die Zusicherung erhalten, daß ihm in kürzester Zeit speziellere Instruktionen für seine Theilnahme an den über das Verfassungswerk zu pflegenden Berathungen zugehen werden. Wobei bemerkt worden ist, daß bei Abfassung derselben die königliche Regierung von dem obersten Grundsatze ausgehe, daß zur Erreichung des gemeinsamen großen Zweckes mit

aufrichtiger Hingebung Opfer zu bringen sind, eine Beeinträchtigung der Selbstständigkeit und inneren freien Bewegung der einzelnen Glieder des großen Ganzen aber in nicht höherem Maße einzutreten habe, als zur Erreichung jenes Zieles einer wahrhaften Einigung und kräftigen Gesammtentwickelung in der That erforderlich ist. Frankfurt a. M., den 16. Februar 1849. Der königlich bayerische interimistische Bevollmächtigte bei der provisorischen Centralgewalt Deutschlands. gez. v. Xylander.

Hannover. (Hannover, den 18. Febr.) So eben hören wir, daß die sämmtlichen Minister ihre Demission eingegeben und zum Könige beschieden sind, der dieselben indessen allem Vermuthen nach nicht annehmen wird. Die „Hannovr. Ztg.“ schließt ihren in einem Extrablatte gegebenen Bericht über die neuesten Kammersitzungen mit folgenden Worten: »Die Minister sind entschlossen, der Stimme ihres Gewissens zu folgen. — Die erste Kammer hat eine Kommission beschlossen, die zweite nicht. Da beide gesetzgebende Körper übereinstimmen müssen, um einen für das Land gültigen Beschluß zu fassen, so folgt, daß vor einer »Verständigung“ beider Kammern der Konflikt nicht zur Krisis werden kann. Hätten wir jetzt nur Eine Kammer, so wäre in jedem Falle ein Theil des Landes unzufrieden, möchte sie nun bejahen oder verneinen. Die zwei Kammern machen, daß die Sache etwas länger unentschieden bleibt, bei der es keine Lebensgefahr gilt. Deutschlands und also Hannovers Lebensgefahr liegt in Frankfurt ohne Staatenhaus.

Oesterreich. (Von der moldauischen Gränze, 10. Febr.) In Folge wiederholter dringender Aufforderung des Feldmarschallieutenants Puchner, der am 21. und 23. v. M. den General Bem bei Hermannstadt mit wechselndem, jedenfalls aber mit entschiedenem Erfolg angegriffen, ließ General Lüders am 31. v. M. aus der Walachei an zwei verschiedenen Punkten russische Truppen (einstweilen 5000 Mann mit 20 Kanonen) unter Anführung des Generals Engelhardt und des Obersten Skariatin in Siebenbürgen einrücken. Der erstere hat Kronstadt, der zweite Hermannstadt besetzt, nachdem der österreichische General Schurter, der Uebermacht der Szekler weichend, Kronstadt preisgegeben, und mit seinen hart bedrängten Streitkräften die Gränze der Walachei überschritten, um durch dieses Land und unter dem Schutze der an der Gränze aufgestellten Russen nach Hermannstadt zu marschiren. Der russische General Engelhardt hat auch bereits am 4. d. M. die Szekler nach einem mehrstündigen hartnäckigen Gefecht bei Kronstadt aufs Haupt geschlagen und über den Olt- (Aluta-) Fluß gejagt. Die Zahl der Szekler, die an diesem Gefecht theilgenommen haben, wird von russischen Berichterstattern auf 6000 Mann geschätzt, während General Engelhardt 2500 Russen, 2000 Siebenbürger Romanen und 600 k. k. österreichische Husaren, die sammt dem österreichischen General Schurter seinem Kommando untergeordnet wurden, ins Treffen führte. Zur Bemessung der Tragweite dieser verhängnißvollen Intervention dient Ihnen die authentische Nachricht, daß ein Feldjäger, der die Reise von St. Petersburg in fünf Tagen zurückgelegt, dem General Lüders den Befehl des Kaisers Nikolaus überbrachte, den österreichischen Truppen in Ungarn und Siebenbürgen auf den ersten Wink der dortigen Militärbehörden zu Hülfe zu eilen. In Folge dessen schickte General Lüders einen großen Theil seiner Truppen in Eilmärschen an die Siebenbürger Gränze, während er gleichzeitig frische Truppenmassen (eine Division = 16,000 Mann) aus Bessarabien in die Moldau über Leowa und Skuleni, ebenfalls in Eilmärschen einrücken ließ. Die Zahl der gegenwärtig in der Moldau und Walachei befindlichen russischen Streitkräfte kann man, ohne dem Vorwurf der Uebertreibung sich auszusetzen, auf 70,000 bis 80,000 Mann schätzen. Ihre Artillerie beträgt 120 bis 150 Kanonen. General Freitag, der Oberbefehlshaber sämmtlicher Reservebataillons, erhielt den Auftrag, die Gränzen Galiziens zu besetzen, um den General Bem, wenn dieser einen Einfall in dieses Land wagen sollte, unverzüglich anzugreifen. Die russische Intervention erstreckt sich also auch auf Galizien, dem der Kaiser Nikolaus drei ganze Armeekorps — und zwar außer dem des General Lüders, und außer dem Reservekorps Freitags, auch das unter dem General Tschewodajew stehende vierte Armeekorps gewidmet. Freitags Hauptquartier ist in Nowosselitz, an der Gränze der Bukowina, während Tschewodajew das seinige in Kaminitz in Podolien, an der Gränze von Bessarabien aufgeschlagen, um schnell bei der Hand zu seyn. Nächstens mehr. — Nachschrift. Puchner ist in Verfolgung Bems begriffen, der den Weg nach Klausenburg eingeschlagen, das er schon vor vier Wochen, Dank der Kopflosigkeit des Feldmarschallieutenants Wardener, eingenommen.
(A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 17. Februar.) Das Vertagungsprojekt ist von derjenigen Partei des Ministeriums, welche von vornherein dafür war, noch nicht aufgegeben; nur wird man es jetzt auf anderm Wege zu verwirklichen suchen. Man wird nämlich den Vertagungsantrag von der Kammer selbst ausgehen lassen und hofft in der zweiten Kammer die Partei Vinke-Bodelschwingh dazu benutzen zu können. In der Presse arbeitet man einstweilen durch die bekannte Parlaments-Korrespondenz darauf hin und läßt auch von Frankfurt aus noch immer in demselben Sinne schreiben. Zusammenhängend mit diesen Plänen, welche auf möglichst lange Aufrechterhaltung der Bayonnettherrschaft hinauslaufen, sind die in neuester Zeit mit so offenbarer Absichtlichkeit verbreiteten Gerüchte, wonach die republikanische Partei in Süd- und Mittel-Deutschland Vorbereitung zu einer bewaffneten Schilderhebung treffe. Mit diesen einschüchternden Nachrichten nicht zufrieden, verbreitete dieselbe Partei das Gerücht, als werde heute hier selbst ein Aufstandsversuch gemacht werden und sind deshalb nicht allein sämmtliche Truppen seit einigen Tagen in den Kasernen schlagfertig gehalten, sondern auch heute Kanonen ins Schloß gebracht worden. Das Lächerliche und Ungegründete aller dieser Verdächtigungen bedarf kaum der Erwähnung. (N. N. Z.)

†*† (Berlin, 20. Februar.) Ueber die Erklärung, welche die diesseitige Regierung auf Anlaß der österreichischen Cirkularnote dem preußischen Bevollmächtigten bei der deutschen Centralgewalt hat zugehen lassen, erfahren wir im Allgemeinen, daß die energische Fassung derselben einer eventuellen Kriegserklärung nicht unähnlich seyn soll.

Die außerordentlichen Vorsichtsmaßregeln, welche in den letzten Tagen Seitens der Regierung ergriffen worden sind, und die nicht blos in der Entfernung der Kavallerie und in dem Heranziehen neuer Infanterie, sondern auch in verschärften polizeilichen Maßregeln gegen Fremde, in der Bewaffnung der Ingenieur- und Artillerieschüler mit Zündnadelgewehren und in einer Verbarrikadirung der Ingenieurschule im Innern, sowie in der Entfernung des zweifelhaften 24. Regiments bestanden, haben allgemein die Vermuthung begründet, daß die Behörden sich in diesen Tagen auf eine Schilderhebung der revolutionären Partei gefaßt halten zu müssen glaubten. In der That wird mitgetheilt: die Behörden hätten von einer weitverzweigten Arbeiterverschwörung Kenntniß erhalten, die ihren Centralsitz in Thüringen und Süddeutschland und ihre Ausläufer hier in Berlin habe. Ein Arbeiter — wird uns berichtet — habe den General Wrangel um Beschäftigung gebeten und auf dessen abschlägige Antwort erwiedert: nun gut, dann gehe er nach Thüringen, dort werde man ihm Geld und Lebensmittel geben, wenn er verspreche, mit darauf zu schlagen. — Wir können kaum glauben, daß diese angebliche Aeusserung eines unbeschäftigten Arbeiters das einzige Indicium der großen Verschwörung gewesen seyn soll. Sie allein würde bei der ohnehin bedeutenden Truppenmasse, die Berlin überfüllt, Maßregeln der Art, wie sie in den letzten Tagen stattgefunden haben, schwerlich rechtfertigen können. Die neuerdings stattfindende Umzäunung von öffentlichen Gebäuden mit Eisengitter scheint einen Theil jener Vorsichtsmaßregeln auszumachen. Auch der Zugang zu dem Marstall des Prinzen von Preussen wird in dieser Weise jetzt abgesperrt. Den Anfang zur Ausführung dieses wunderlichen Vergitterungssystems machte die historisch gewordene Abschließung der Schloßportale, ein Ereigniß, das man hier als das erste offne Auftreten unserer Restauratoren anzusehen pflegt.

Die mysteriöse Entführungsgeschichte, von welcher die hiesigen Blätter öfter Mittheilung machten, soll ihren Grund in dem Liebesfanatismus eines Barons haben. Der Mann soll von der Vorstellung nicht ablassen, daß das Mädchen, welches er mit seinen Attentaten verfolgt, und das bereits die Verlobte eines jungen Arztes ist, sein Lebensglück begründen werde. Das ist Alles, was, wie man uns meldet, polizeiliche Recherchen bis jetzt ans Licht zu bringen vermochten. Ein Werkzeug des hartnäckigen Verfolgers, Therese Sch., soll bereits zur Haft gebracht seyn; dieselbe soll aber durch anscheinend simulirte Krämpfe jeden Versuch, sie gerichtlich zu vernehmen, vereitelt haben. —

In voriger Woche führten anonyme Denunciationen zur Entdeckung eines Depots von Infanteriegewehren, welche von den der Bürgerwehr übergebenen Waffen zurückgehalten worden waren. Das Zurückbehalten soll nach der Verwarnung des Kommandos als Diebstahl gestraft werden. Die Sache ist dem Staatsanwalt zur gerichtlichen Verfolgung übergeben. Schwerlich wird dieser jedoch eine Anklage erheben, da kein Richter den Thatbestand des Diebstahls in der inkriminirten Handlung zu sehen vermag.

Durch Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes und Umgestaltung des Kammergerichts zu einem bloßen Appellhof sind die bisherigen Kammergerichts-Justizkommissarien in die Gefahr gebracht, den größten Theil ihrer sehr ergiebigen Praxis einzubüßen. Sie haben deshalb bei dem Justizministerium beantragt, sie auch zur Advokatur bei dem hiesigen Stadt- und Landgericht zu verstatten. Die bei diesen Gerichten fungirenden Anwälte werden gegen diesen Antrag Wiederspruch einlegen.

Die „Konstitutionelle Zeitung“, das Organ des Hrn. Hansemann, wird mit dem 1. März zu erscheinen anfangen. Die Magnaten der Berliner und rheinischen Bourgeoisie, Gebr. Schickler, die Banquiers Anhalt und Wagner, Oppenheim Söhne, die Buchhändler Jonas, Dr. Veit, Hr. Oppenheim in Köln sind mit beträchtlichen Summen betheiligt. Der Betrag der gesicherten Zeichnungen beläuft sich bis jetzt auf nahe an 100,000 Rthlr.

Gestern war unser Exekutivpolizei auf den Beinen, um die im Buchhandel noch vorhandenen Exemplare der „Fastnachtszeitung“ in Beschlag zu nehmen. Es ist dies Blatt eine Frucht jenes unerschöpflichen Humors, der seit dem März in immer neuen Formen als der beredteste Zeuge der hier heimischen frivolen Auffassung aller öffentlichen Verhältnisse sich geltend zu machen weiß. Die Verfolgungen, die ihm der Belagerungsstand zugezogen, haben gezeigt, daß er unvertilgbar ist. Keine Erscheinung der Opposition in unserer Hauptstadt hat so herzhaften und nachhaltigen Widerstand der Militärgewalt entgegengestellt, als dieser Humor. Er ist der Einzige, der sich nicht auf den passiven Widerstand beschränkt, sondern die Offensive ergriffen hat. Diesmal dürfte er einen schweren Stand haben. Gestern sind eine Menge von Exemplaren konfiszirt und heute der Druckerei von Draeger, aus welcher die „Fastnachtszeitung“ hervorgegangen, die Schließung ihrer Officin aufgegeben worden.

Der Herzog von Gotha hat seine jüngste Anwesenheit im Interesse der deutschen Oberhauptsfrage gleichzeitig dazu benutzt, die Aufführung einer neuen von ihm componirten Oper „die Vergeltung“ (Text von Franz v. Elsholz) zu bewirken. Die Kenner dieser Komposition sprechen sich über dies neue Werk des fürstlichen Komponisten gleich günstig wie über seine ältere Komposition „Zaire“ aus. —

Aus **Dessau** schreibt man uns von einem Preßprozeß, den ersten und einzigen in jenem Lande; er ist, wie sich das für Dessau von selbst zu verstehen scheint, gegen ein *reaktionäres* Produkt gerichtet. Das corpus delicti ist ein angeblich vom Offizierkorps der Oberpostamts-Zeitung inserirtes »Eingesandt,« das Reichstruppen zur Dämpfung der »Anarchie“ in Dessau heranbeschwört. Für den Verfasser hält man einen Lieutenant L., der vorläufig entfernt worden ist. Die Regierung war zur Einleitung des Prozesses durch Anträge des Landtages veranlaßt worden. —

(Breslau, den 16. Februar.) So eben erhalte ich folgende (gewiß nur mystifizirende) Mittheilung: In etwa vier Wochen wird gleichzeitig in Polen, Galizien, Kroatien, Italien und in mehreren Gegenden Deutschlands, namentlich in Thüringen, in der Gegend von Frankfurt am Main und im Großherzogthum Baden ein Aufstand ausbrechen, und zugleich werden die Ungarn, welche bis dahin sich ziemlich still verhalten werden, zur Offensive übergehen, und aus der Schweiz und Frankreich werden Freischaaren in Deutschland einbrechen. Alles dieses wird in Folge eines seit längerer Zeit gehegten Planes geschehen, welcher mit Hülfe sehr bedeutender Geldmittel zur Ausführung gebracht werden soll. Die dazu nöthigen Summen sind theils aus Polen, theils aus Frankreich bereits nach den verschiedenen Schauplätzen des künftigen Aufstandes abgesendet worden. Diese gesammte Unternehmung wird von einem Komite geleitet, welches in Berlin seinen Sitz hat, aber dennoch fast nur aus Fremden, aus Polen, Franzosen, Italienern besteht. Die Berliner Demokratie ist diesem Unternehmen noch ziemlich fremd, ein Theil derselben mißbilligt den ganzen Plan, und möchte jene Schilderhebung gern um einige Monate verschoben sehen. Andere hoffen, daß die preussische Regierung in Folge jener Aufstände einen Theil der jetzt in Berlin

stehenden Truppen nach anderen Orten versetzen werde, und nur in diesem Falle würde man auch in Berlin einen Aufstand versuchen. Obgleich diese Mittheilungen mir natürlich nicht in urkundlicher Form zugekommen sind, so stimmen sie doch mit einzelnen Nachrichten, welche die Zeitungen aus verschiedenen Gegenden bereits gebracht haben, als auch mit denen, welche hiesigen Behörden sowohl als auch Privatleuten zugegangen sind, so gut überein, daß man wohl Ursache hat, dieselben für begründet zu halten. Hier in Schlesien ist Alles ruhig; der Gegensatz zwischen der Aufregung, welche noch im Herbste hier herrschte, und der Ruhe, welche jetzt an deren Stelle getreten, ist im höchsten Grade merkwürdig und auffallend. Selbst in den Kreisen, welche so eben noch demokratische Abgeordnete gewählt haben, und in denen vor fünf oder sechs Monaten nicht nur die Schlösser der Gutsherren, sondern auch die Höfe der wohlhabenderen Bauern in der äußersten Gefahr zu stehen schienen, sämmtlich eingeäschert zu werden, zeigt sich eine an Abspannung, ja Lähmung grenzende Ruhe. Auf Schlesien also dürfen die Urheber des oben berichteten Planes sicher nicht rechnen, obgleich die Noth der Handarbeiter und Tagelöhner in einzelnen Distrikten wieder anfängt, sehr drückend zu werden. Nur eine Klasse unserer Bevölkerung ist jetzt mehr als je aufgeregt, nämlich die gerade hier allerdings sehr zahlreichen Patrimonialrichter. Diese berathen sich so eben sehr emsig, und mit vieler Leidenschaft über gemeinschaftliche Maßregeln, gegen die Vielen von ihnen in Folge der Zeitverhältnisse drohenden Unannehmlichkeiten.
(Leipz. Ztg.)

(Münster, den 19. Februar.) Prinz Waldemar starb hier am 17. d. Mts. des Nachmittags 4 Uhr, umgeben von seinem Vater, dem Prinzen Wilhelm, und seinen Geschwistern. Ein ritterliches Wesen, gepaart mit Sanftmuth und Wohlthätigkeitssinn, zeichneten den Verstorbenen aus; sein herannahendes Ende scheint er nicht geahnt zu haben, denn kurz vor demselben soll er noch von verschiedenen Reisen gesprochen haben, die er zu unternehmen die Absicht hatte. Die Armee verliert in ihm eine Zierde. Wir erinnern nur an die hohe Achtung, die sich der Verstorbene bei dem Feldzuge in Indien in dem englischen Heere zu erwerben wußte. Ueber den Transport seiner Leiche werden die näheren Bestimmungen aus Berlin erwartet.
(Frkft. J.)

Sachsen. (Dresden, 19. Febr.) Gemäß eines frühern Beschlusses der Kammer erfolgte in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer mittels Namensaufrufs der Beitritt der I. Kammer zu den von der jenseitigen Kammer in Betreff der Tödtung R. Blums gefaßten Beschlüssen. Der Abg. Dufour-Feronce will nun zwar seine Abstimmung speziell motiviren, allein der Präsident konnte ihm jenem Beschlusse zufolge das Wort nicht ertheilen. Staatsminister v. d. Pfordten bezog sich, da Abstimmung ohne Diskussion beschlossen, auf seine in der II. Kammer gegebenen Erklärungen. Der erste Antrag, die Abberufung des Gesandten in Wien betreffend, wird gegen zwei Stimmen (Dufour-Feronce und Ziesch), der andere, anlangend die Schritte, welche die sächsische Regierung bei der Centralgewalt in dieser Angelegenheit thun solle, gegen 1 Stimme (Dufour-Feronce), welcher seine Motivirung zu den Akten geben zu wollen erklärt, angenommen. Hierauf wird die Sitzung von dem Präsidenten geschlossen.
(D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Altona, 15. Febr.) Großes Aufsehen und viel Gerede macht hier eine in den heutigen Adreß-Komptoir-Nachrichten enthaltene „Anfrage“, die von den Soldaten des 4. bad. Regiments unterzeichnet ist. Sie lautet: 1) Weshalb erhalten wir keine Feldzulage, während doch die Offiziere vom Lieutenant bis zum Höchsten hinauf ihre Feldzulage erhalten? 2) Warum behandelt man uns so gewaltig despotisch? Sind wir etwa so sehr verwildert? Wir sind der Meinung, man möge unter solchen aufgeregten Zeitumständen die Soldaten etwas liebreicher behandeln, sonst möchten sie ihres Handwerkes überdrüssig werden. 3) Wir haben auf dem Marsche nach Schleswig-Holstein aus eigenen Mitteln zehren müssen, und sind der Meinung, daß der badische Staat den Soldaten dieses nicht auflegt, und wünschen zu wissen, wo unsere Verpflegungsgelder geblieben sind; wir bitten deshalb um Aufklärung.
(Frkft. J.)

Frankreich.

† (Paris, 19. Febr.) Auf dem Marsfelde findet so eben eine große Parade statt. Auch sind dort wie auf dem Concordiaplatze bereits die Zimmerleute mit dem Aufschlagen der Gerüste beschäftigt, die zur Revolutionsfeier am 24. Febr. dienen sollen. Die beste Feier wäre eine Amnestie aller politischen Gefangenen seit jenem Tage.

Die Gerichte inquiriren immer noch Tag und Nacht über das Vorhandenseyn des großen Kommunisten-Komplots vom 29. Januar. Die strenge Haft ist zwar gehoben von den zahlreichen Gefangenen, aber die Furcht des Ministeriums vor dem Gespenst des Kommunismus, als dessen erstes Stadium der Constitutionnel heute den Sozialismus wiederholt nennt, ist eher im Steigen als im Abnehmen. So hat die Staatsanwaltschaft auf das Gerücht hin: heute Abend würde im Fraternitätssaale der Rue Martel eine große Assisensitzung zur Schlichtung mehrerer Ehrensachen zusammentreten, Befehl zu geben, das ganze Stadtviertel, in welchem jener Saal liegt, militärisch zu besetzen. Um diesen Pomp zu verhindern, erklären die sozialistischen Chefs in den Morgenblättern, daß jene Assisensitzung nicht stattfinde. So wird dem General Changarnier jede Gelegenheit genommen, als Retter des Vaterlandes neue Lorbeeren um seine Schläfe zu winden. Dieses Schauspiel ist sehr ergötzlich.

Für die Pariser Journale gibt es nur zwei wichtige Tagesfragen: 1) der Sozialismus, der nach dem heutigen Constitutionnel wie die Cholera um sich greift und dem durch die nächsten Wahlen der Hals gebrochen werden muß. 2) Die italienische Frage. Letztere wird namentlich von der Girardinschen „Presse“ ausgebeutet, die für russisches und sardinisches Geld den Franzosen die Nothwendigkeit der Herstellung eines lombardisch-venetianischen Königreichs, Wiedereinsetzung des Papstes, Rückkehr des patriotischen Leopold nach Florenz u. s. w. vordemonstrirt. In seiner heutigen Predigt sagt der Verfasser: „Wie jedes Menschenwerk, glauben auch wir die Wiener Verträge einer Aenderung fähig und wir wünschen sie sogar. Aber die jetzige Epoche ist so revolutionär, daß man mit nicht genug Ruhe und Reife an diese Revision schreiten könnte. Zerhiebe man diese Verträge mit dem Schwerte, so zerrisse man mit ihnen die letzten internationalen Bande, welche die Völker noch zusammenhalten, und statt einer allgemeinen Verbrüderung würde man einen allgemeinen Sturz der Rechtsherrschaft (l'empire du droit) herbeiführen, der nur die Gewalt als Grundgesetz folgen dürfte. Es gäbe einen allgemeinen Völkerkrieg — la guerre des races. Europa zählt 250 Millionen Einwohner; 76 Millionen (38 Millionen französischer, 22 Millionen italienischer, und 16 Millionen spanischer Zunge) romanischen Ursprungs; 60 Mill. Deutsche und 65 Millionen Slaven. Man frage die Geschichte, und man wird sehen, daß in allen Augenblicken großer Gefahr die Deutschen mit den Slaven stets gemeinschaftliche Sache gegen die Romanen (Franzosen, Italiener und Spanier) machten. Die heilige Allianz ist der letzte Beweis für diese Behauptung.

Ja wohl der Letzte! Denn die Kritiken, die es in Deutschland von allen Seiten gegen die Bakunin'sche Broschüre regnet, und wobei der Rheinischen Zeitung abermals die Initiative gebührt, beweisen uns klar, daß die Deutschen sich nicht noch einmal auf die Seite der Kontrerevolution beim nächsten Weltkriege stellen, sondern mit den Franzosen und Italienern gegen die Slaven und Kalmucken kämpfen werden. Der Verfasser geht also von einer falschen Voraussetzung aus, und verdient also keine spezielle Widerlegung.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 19. Febr. Anfang 1½ Uhr.] Pelletier erhält das Wort, um den Minister des Innern zur Rede zu stellen, warum die im Juli v. J. aufgelöste Bürgerwehr in Lyon noch nicht wiederhergestellt worden sey; es sey diese Wiederherstellung in jenem Auflösungsdekrete ausdrücklich versprochen worden. Warum hält das Ministerium nicht Wort? Faucher, Minister des Innern, erklärt, daß er die betreffenden Akten durchgelesen und folgenden Thatbestand gefunden habe: Nach dem Februar wurden allen Bürgern Waffen überliefert. Waffen in den Händen des Proletariats seyen aber gefährlich. (Lärm.) Lyon sey eine gewerbreiche Stadt und es hätten sich dort immer zwei Klassen einander gegenüber gestanden; hierin liege der Grund, weshalb seine Vorgänger schon Bedenken getragen, Waffen in die Hände zu geben, die keine Confiance inspiriren. Er (Faucher) und der Lyoner Präfekt theilen diese Bedenken und halten es darum gerade jetzt für höchst gefährlich, einer solchen Bevölkerung Waffen in die Hand zu geben. (Beifall von der Rechten. Lärm zur Linken.) Chanay: Die Nationalgarde erwies der Republik große Dienste. (Oh! Oh!) Sie kann ihr deren noch erweisen. (Oh! Oh! rechts; Ja, Ja, links.) Kein Motiv darf also ihre Reorganisation aufhalten. Jeder Vorzug ist ein Hohn auf die patriotischen Gefühle jener braven Bevölkerung. Ferouilhat unterstützt im Namen der Mehrzahl die Lyoner Stadtbürger (oh, oh! links) die Bedenken des Ministers. Das Arbeitervolk von Lyon sey wegen seines kommunistischen Geistes bekannt. (Lärm.) Er, der Redner, könne sich also nur den Behörden beigesellen. Doutre protestirt energisch gegen solche Verläumdungen des Geists des Lyoner Arbeitervolks. In einer Republik müsse gleiche Berechtigung herrschen u. s. w. Pelletier und Lagrange treten in demselben Sinne auf. Doch die Versammlung läßt die Interpellation fallen und kehrt nach Erledigung des Malbois'schen Antrages rücksichtlich der Urlaube zum Wahlgesetz zurück. (Artikel 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34 und 35 folgen rasch hintereinander.) Cavaignac unterbricht hier die Debatte. Ich habe (beginnt er unter tiefem Stillschweigen) Interpellationen an den Kriegsminister rücksichtlich eines persönlichen Faktums zu richten, das, wenn es gegründet wäre, mich vor ein Kriegsgericht stellen müßte. Das Journal „Union“ hat nämlich vor mehreren Tagen einen Artikel veröffentlicht, der mich angeklagt, im Heere revolutionäre Propaganda zu machen (Cavaignac verliest jenen Artikel, den wir schon vor mehreren Tagen nach dem National erwähnten.) 4 Uhr.

Italien.

(Rom, den 12. Februar.) Die constituirende Versammlung hat Triumvirn ernannt, es sind die HH. Advokat Armellini, Advokat Aurelio Saliceti (ein Neapolitaner, welcher bereits im Königreich Neapel Minister der Gnaden und der Gerechtigkeit war) und der Gerichtsbeamte Montecchi, früher Mitglied des Wohlfahrtsausschusses. Sie werden, wie man sagt, den Rath oder Ausschuß bilden, in welchem die vollziehende Gewalt ihren Vereinigungspunkt findet. Die Triumvirn sind verantwortlich und absetzbar. Das Ministerium ist ebenfalls für verantwortlich erklärt. Ein großer Theil der Versammlung ist nicht geneigt, den Herrn Sterbini im Ministerium zu bestätigen. Sterbini aber hat viele Anhänger, Freunde und Brüder im niedersten Pöbel, insbesondere unter den bei den öffentlichen Arbeiten Beschäftigten. Gestern ward, in Anwesenheit der Versammlung, der Truppen und ungefähr 8000 Mann Nationalgarden, in der vaticanischen Basilika ein Tedeum gesungen. Das vaticanische Capitel nahm keinen Theil daran. Die Wappen des Papstes, so wie die aller adeligen Familien sind abgenommen. Gestern wurden auf dem Corso bei Einbruch der Dunkelheit alle die Carrossen beschimpft, welche Bediente in Livree bei sich hatten. Der General Ferrari ist nach der Provinz Marittima und Campagna abgegangen, wo ein Beobachtungslager gebildet wird.

In der Sitzung der constituirenden Versammlung vom 12. Februar legte Sterbini im Namen des Vollziehungsausschusses folgende Gesetzentwürfe vor: 1) „Die Gesetze werden erlassen, und die Gerechtigkeit wird geübt im Namen Gottes und des Volkes, und unter dieser Formel sollen die Gesetze und die gerichtlichen Urkunden ausgefertigt werden. 2) Die Fahne der römischen Republik wird die dreifarbige seyn, mit dem Adler in der Mitte. 3) Die Beamten aller Dienstzweige, so wie die Militärs sind des Eides an die abgeschaffte Regierung entbunden.“ Sämmtliche Entwürfe wurden einstimmig angenommen.
(A. A. Z.)

(Rom, den 18. Februar.) Heute ward der Nationalversammlung ein Gesetzentwurf vorgelegt, nach welchem alle beweglichen und unbeweglichen Güter der todten Hand, also der frommen Stiftungen, religiösen Korporationen ꝛc. als Güter des Staats betrachtet und eingezogen werden; den Individuen, die den mönchischen ꝛc. Korporationen angehören, wird eine lebenslängliche Pension gegeben, die Güter selbst werden in kleine Stücke getheilt, und den kleinen Ackerleuten und Besitzern in Erbpacht gegeben; der Gesetzentwurf kommt in Bälde zur Berathung; angenommen ward in der heutigen Sitzung ein anderer Gesetzentwurf, der den Geistlichen und den frommen Stiftungen den Verkauf liegender Güter verbietet.
(A. A. Z.)

(Turin, den 16. Februar.) In der gestrigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten äußerte sich der Minister Caderna über die Anerkennung der römischen Republik folgendermaßen: „Die Kammer wird leicht begreifen, daß das Ministerium in einer so hochwichtigen Ange-

legenheit, die kaum erst zur öffentlichen Kenntniß gelangt ist, nicht urplötzlich einen bestimmten Entschluß fassen konnte. Die Nothwendigkeit diese Frage aufs gründlichste in Erwägung zu ziehen, da sie nicht bloß in ihren Beziehungen nach innen, sondern auch in denen nach außen große Schwierigkeiten bietet, legt uns die Pflicht auf, keinen Entschluß zu fassen, der nicht aufs reiflichste erwogen ist. Hierin liegt auch der Grund, warum wir für jetzt die gewünschten Erläuterungen nicht geben können. Ueber Eines aber könn'n wir der Kammer Gewißheit geben, darüber nämlich, daß das Ministerium jene Politik, welche es nicht bloß mit Erkläeungen, sondern mit der That weihte, als es sich der spanischen Intervention widersetzte — jenes Prinzip, das man in seinem Entschluß, in seinem Handeln forderte, niemals verläugnen wird. Noch eine andere Versicherung kann ich Ihnen geben, die, daß das Ministerium ebenfalls nie das dem Lande Geziemende, nie jene freisinnigen Grundsätze verläugnen wird, durch welche es die Gewalt erlangt, und daß es ununterbrochen, standhaft und treusinnig die nationale italienische Politik aufrechthalten wird, die es in seinem Programm laut ausgesprochen hat." (L. A. Z.)

Niederlande.

(Haag, den 17. Februar.) Ich kann Ihnen heute die Nachricht mittheilen, daß unsere Regierung mit der österreichischen einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem ein namhafter Theil unserer Flotte, geführt von einem unserer Admirale, auf eine gewisse Zeit der österreichischen Regierung zur Verfügung überlassen wird. Die näheren Bedingungen verlauten noch nicht. (Frkft. O.-P.-Z.)

Sprech-Saal.

1 (Nürnberg, den 23. Februar.) Demnächst werden wir im Gebiete der Musik die Wirkungen einer neuen Erfindung, Pedalguitarre genannt, erfahren, die von Allen, welche sie gehört, mit dem unbedingtesten Lobe bedacht wurde. Herr Bayer aus Augsburg ist gesonnen, ein Konzert auf diesem Instrumente zu veranstalten, was wir im Interesse aller Musikfreunde hiemit zur Kunde bringen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Eheliche Verbindung und Empfehlung.

Unsere am 18. d. Mts. erfolgte eheliche Verbindung, bringen wir schätzbaren Freunden und Bekannten andurch zur Kenntniß und verbinden hiermit die Anzeige, daß wir die

Gastwirthschaft zur Stadt Amsterdam

übernommen haben, zu deren gütigen Besuch wir unsere Einladung mit dem ergebensten Bemerken beifügen, daß wir stets bedacht seyn werden, den Erwartungen der uns beehrenden Gäste hinsichtlich sowohl warmer und kalter Speisen, als auch vorzüglicher Biere und Weine, zu entsprechen, wobei wir guten und billigen Mittagtisch besonders empfehlen.

Auch stellen wir an unsere verehrte Nachbarschaft die Bitte, uns mit ihrem Wohlwollen zu erfreuen.

Nürnberg, den 22. Febr. 1849.

Johann Adam Fleischmann.
Margaretha Fleischmann, geb. Weiß aus Hersbruck.

Trauer-Anzeige.

In der Nacht vom Donnerstag auf Freitag 11 Uhr, verschied unser Gatte, Vater, Bruder und Schwager

Herr Johann Georg Trautner,
Wirth zum schwarzen Strumpf,

nach einem 9wöchentlichen Krankenlager, an den Folgen einer Lungenschwindsucht. Wer seine rastlose Thätigkeit in seinem Geschäfte kannte, wird unsern Verlust zu würdigen wissen, und in unserm Schmerz stilles Beileid nicht versagen.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittag ½2 Uhr nach St. Rochus statt, und versammelt sich die Trauerbegleitung zur selben Stunde am Trauerhause.

Trauer-Anzeige.

Nach mehrwöchentlichem Krankenlager, entschlummerte in Gott ergeben, am 21. dieses Monats Abends 9 Uhr, im 47. Lebensjahre

Herr Jacob Friedrich Hahn,
Uhrmacher dahier.

Wer den Entschlafenen als Familien-Vater, Anverwandten, Freund, Bürger und Geschäftsmann kannte, wird unsern Schmerz theilen und ihm eine stille Thräne des Andenkens weihen.

Nürnberg, den 23. Februar 1849.

Die Hinterbliebenen.

Freie christliche Gemeinde.

Sonntag den 25. d. Mts früh 10 Uhr Gottesdienst und Abendmahlsfeier im Katharinensaal, geleitet durch Prediger Bäthig. —

In Fürth früh 10 Uhr Gottesdienst im Schulsaale, geleitet durch Prediger Bierdimpfel. —

Nachmittags bei günstiger Witterung gesellschaftliche Zusammenkunft der Mitglieder der freien Gemeinde im Kimoshof.

Die Lieder, welche von den Mitgliedern des Liederkranzes bei der freien christl. Gemeinde gesungen werden, sind am Sonntag früh am Eingang der Katharinenkirche per Exemplar 1 kr. zu haben. Der Ertrag ist zum Ankauf der Orgel bestimmt, jedoch werden Niemand in Ausübung seiner Mildthätigkeit Schranken gesetzt werden.

Einladung.

Zur General-Versammlung, im Betreff der Brandversicherungsangelegenheit, werden alle Betheiligten zu einer weitern Besprechung und Beschlußfassung eingeladen.

Dieselbe findet nächsten

Montag den 26. Februar Nachmittags 2 Uhr im Katharinen-Saale statt.

Nürnberg, den 22. Februar 1849.

Das Comité.

Gesangunterhaltung.

Sonntag den 25. Februar giebt Herr Fischer bei dem Unterzeichneten eine Produktion, wobei mehrere ganz neue Piezen vorkommen. Hiezu ladet höflichst ein

Anfang 8 Uhr.

G. Reiff auf dem Panierplatz.

Für Auswanderer.

„Die Hoffnung"
Concessionirte deutsche Bureaux
für
Auswanderer
nach
Amerika
von **J. M. Bielefeld** in Mannheim.

Regelmäßige Fahrten vom nächsten März an mit gekupfertem Dreymaster erster Klasse, sogenannter Paquetboote, nach
New-York & New-Orleans
über **Rotterdam & London.**

Zur näheren Erkundigung und zum Abschluß von Uebersahrts-Verträgen beliebe man sich an Unterzeichneten zu wenden.

Heinrich Klippel,
General-Agent in Frankfurt am Main.

Steinbühl.

Sonntag den 25. Februar findet Produktion von dem bekannten Streichquartett statt, wozu ergebenst einladet

G. Koch.

Goldener Hirsch
an der Lauferstraße.

Sonntag den 25. Februar

Gesangs-Unterhaltung von Herrn Fischer

mit ganz neuen Piecen. Auch wird auf Verlangen der Traum des Windischgrätz mit Transparentbeleuchtung vorgetragen. Es ladet ergebenst ein

Sinem.

Schwedenkrug.

Samstag Abends Produktion vom „Kleeblatt," wozu ergebenst einladet.

Weißbarth.

Zum goldnen Kranz.

Sonntag Abends Produktion vom Kleeblatt, wozu ergebenst einladet

Lehmann.

Schießhaus St. Johannis.

Sonntag Nachmittag Produktion vom

Kleeblatt.

Mit neu einstudirten Vorträgen wird Herr Wehefelß zum Erstenmal wieder auftreten, wozu ergebenst einladet

Kellermann.

Goldner Fisch (Klaragasse.)

Montag Abends spielt das „Kleeblatt," hiezu ladet höflichst ein

Vogel.

Industrie- und Kultur-Verein.

Sonntag den 25. Februar

Große musikalische Unterhaltung.

Anfang fünf Uhr.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Sonntag, den 25. Februar

Letzte launige Gesangs-Unterhaltung
vom Steyerischen Sänger
C. Fischer und Nannerl.
Anfang 4 Uhr.

Neubauer.

Abends bei Mulzer in Schweinau.

Anzeige.

Mein Samen-Geschäft befindet sich von heute an im Hause der Herren Gebruder Birkner, Burgstrasse S. Nro. 496.

Nürnberg, den 20. Febr. 1849.

Theodor Klein.

Bekanntmachung

Unterzeichneter macht hiemit bekannt, daß mit dem Monat März ein neuer Lehrkurs des Tanzunterrichts beginnt, wo er sich zu geneigter Theilnahme ganz ergebenst empfiehlt.

Nürnberg, den 22. Febr. 1849.

George Helbling,
S. Nro. 331 der Neuenthorstrasse.

Empfehlung.

Zur Jahresfeier der Proklamation der französischen Republik am 24. Februar 1848 werden folgende zwei Gedächtnißblätter:

Proklamation der französischen Republik
und
Erstürmung der Tuillerien,
colorirt à 6 kr.

empfohlen und sind in allen hiesigen Buchbinderläden zu haben.

(Fahr-Gelegenheit.) Lohnkutscher Bittermann auf der Schütt fährt nächsten Sonntag oder Montag früh nach Regensburg, und können noch einige Passagier billig mitfahren.

(Anerbieten.) Jungen Leuten, welche Clavier so wie auch Gesang zu erlernen wünschen, kann gründlicher Unterricht ertheilt werden.

(Gesuch.) Eine stille Familie sucht bis nächstes Ziel bei der Lorenzer Kirche eine heitere und bequeme Wohnung zu miethen.

(Gesuch.) Zu einem lucrativen Geschäft, welches schon besteht, um dasselbe schwunghafter zu betreiben, wünscht man mit einem soliden Manne in Verbindung zu treten, welcher einen disponiblen Fond von circa 4000 fl einlegen könnte. Näheres unter Adresse J. H. G.

(Gesuch.) Eine Köchin, welche gute Zeugnisse aufweisen kann, die sich auch jeder vorkommenden Hausarbeit willig unterzieht, wünscht sogleich in Dienst zu treten. Näheres L. No. 1448 Schlotfegergasse.

(Zu vermiethen.) In L. Nro. 401 am Häfnersplatz ist eine Wohnung mit 5 heizbaren Zimmern, Küche, Speisekammer, Garderobe, sonstigen Bequemlichkeiten und Stallung für 3 Pferde — bis Ziel Walburgi zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In einem Hause in einer frequenten Strasse ist ein Logis mit Bett und Möbeln an einen soliden Herrn täglich zu vermiethen.

Theater in Fürth.

Samstag den 24. Febr. Große Vorstellung der Wiener-Ballet-Tänzer unter Direktion des Herrn Schier. Dazu „Die Erziehungsresultate." Lustspiel in 2. Akten von Blum.

☞ Nach der Vorstellung geht eine Eisenbahnfahrt nach Nurnberg zurück.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 25. Februar 1849. № 56. Sonntag: Viktorinus.

Die neue preußische Note, vom 16. Februar.

(Frankfurt, den 22. Februar.) Aus guter Quelle erhalten wir die Depesche der preussischen Regierung an den Bevollmächtigten bei der Centralgewalt vom 16. d. Monats. Sie lautet: „Durch die Cirkulardepesche vom 23. v. M. hat die Regierung Sr. Maj. des Königs den Weg bezeichnet, auf welchem, ihrer Ueberzeugung nach, die durch die Lage Deutschlands dringend geforderte Vereinigung über das in Frankfurt berathene Verfassungswerk erreicht werden könne. Dieser Weg ist der der Verständigung sowohl der Regierungen unter sich als mit der deutschen Nationalversammlung. Der Vorschlag Preußens hat sich der fast ungetheilten Zustimmung der verbündeten Regierungen zu erfreuen gehabt und die große Mehrzahl derselben hat sich in den hierher gelangten Rückäußerungen bereit erklärt, durch ihre Bevollmächtigten in Frankfurt auf eine gemeinschaftliche Berathung einzugehen. Ew. Excellenz sind über die Hauptgesichtspunkte, von denen die königliche Regierung ausgiht, bereits mit Instruktion versehen. Nachdem nunmehr durch die Mittheilung, welche der Reichsminister Freiherr v. Gagern unter dem 28. v. M. an Ew. Excellenz gerichtet hat, die in beglaubigter Form ausgefertigten Beschlüsse der deutschen Nationalversammlurg über die Verfassung hierher gelangt sind, hat das königliche Staatsministerium sich zur Pflicht gemacht, dieselben einer sorgfältigen Erwägung zu unterwerfen. Ich bin in Folge dessen in den Stand gesetzt, diejenigen Bedenken und Abänderungsvorschläge, welche aus den Berathungen desselben hervorgegangen sind, an Ew. Excellenz gelangen zu lassen, um dieselben mit den Bevollmächtigten der übrigen Regierungen besprechen und solche demnächst dem Reichsministerium vorlegen zu konnen. Es gereicht mir dabei zur großen Genugthuung, aus den Berichten Ew. Excellenz zu ersehen, daß dieselben schon jetzt in den wesentlichsten Punkten mit denjenigen Ergebnissen übereinstimmen, welche die bisherigen Besprechungen Ew. Excellenz mit einer nicht kleinen Anzahl der Bevollmächtigten in Frankfurt herausgestellt haben. Das Staatsministerium hat diesen Berathungen die vollste Berücksichtigung zu Theil werden lassen, und ich darf mich daher um so mehr zu der Hoffnung berechtigt halten, daß durch die weiteren Besprechungen, unter Festhaltung der angedeuteten Principien, das erfreuliche Ziel einer umfassendern Einigung und Uebereinstimmung werde erreicht werden. Indem ich diese Bedenken und Vorschläge mittelst besonderer Instruktion Ew. Excellenz zufertige, habe ich mich im Gegenwärtigen über die Gesichtspunkte auszusprechen, welche bei der Behandlung der vorliegenden hochwichtigen Angelegenheit im Ganzen für die königliche Regierung bisher leitend gewesen sind, und es ferner bleiben werden. „Die königliche Regierung erkennt als obersten Grundsatz an, daß das deutsche Verfassungswerk nur durch die freie Zustimmung der dabei betheiligten Regierungen endgiltig zu Stande kommen könne. Indem sie dieses Recht in vollstem Maße sich vindicirt, erkennt sie es auch für alle übrigen Bundesglieder gleichmäßig und ohne Ausnahme an, wie sie dies bereits früher ausgesprochen hat. Sie wünscht ferner nichts aufrichtiger und lebhafter, als daß die neue Verfassung des deutschen Bundes alle deutschen Stämme mit einem starken und innigen Bande umschlingen und sie zu einem großen Ganzen gestalten möge. Sie ist durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die Erhaltung des engen, durch Jahrhunderte befestigten Bandes, welches Oesterreich mit dem übrigen Deutschland verkettet, für beide Theile ein großes und unentbehrliches Bedüfniß sey. Sie will dasselbe in keiner Weise gelockert, vielmehr gekräftigt und befestigt wissen. Sie begegnet in diesem Punkte vollständig den Gesinnungen, welche die kaiserliche Regierung in ihrer hierher mitgetheilten Depesche vom 4. d. M. an ihren Bevollmächtigten bei der Centralgewalt ausgesprochen hat.

Wenn sie zugleich nicht verkennt, welche Schwierigkeiten die eigenthümlichen Verhältnisse und Bedürfnisse der deutschen Provinzen des Kaiserstaates im Zusammenhange mit denen der Gesammtmonarchie, der Feststellung ihres Verhältnisses zu dem neu zu gründenden Bunde entgegenstellen, so zweifelt sie doch nicht an einer glücklichen Lösung derselben, und sie glaubt sich durch den Inhalt der obgedachten Note zu der Erwartung berechtigt, daß die kaiserliche Regierung mit bestimmten Vorschlägen hierüber, den übrigen verbündeten Regierungen und der Nationalversammlung entgegenkommen werde. Sie wird es sich zur Pflicht machen, solchen Vorschlägen ihrerseits in dem oben angedeuteten Geiste zu begegnen. Von diesen Vorschlägen, sowie von den Erklärungen, welche andere mitverbündete Regierungen, welche sich noch nicht ausgesprochen haben, abgeben werden, muß natürlich auch die letztere Entschließung der Regierung Sr. Maj. des Königs abhängig bleiben. Inzwischen erachtet es dieselbe für dringend gebotene Pflicht, sich schon jetzt, von ihrem Standpunkt aus, über den vorliegenden Verfassungsentwurf auszusprechen. Die Lage Deutschlands fordert eine baldige Entscheidung. Alle wahren Freunde des Vaterlandes erkennen die Nothwendigkeit der endlichen Beseitigung des gegenwärtigen ungewissen Zustandes, der Errichtung eines starken Einheitspunktes, an den die Schwachen sich anlehnen, um den die erhaltenden Elemente sich schaaren können. Die Verhinderung einer gänzlichen Aufhebung der schwächeren Staatskörper und des immer weiter Umsichgreifens innerer Zerstörung jetzt noch lebensfähiger Elemente, die Ruhe und der Friede Deutschlands hängen davon ab. Die Befriedigung dieses Bedürfnisses kann nicht von ungewissen Eventualitäten abhängig gemacht, nicht in unbestimmte Ferne hinausgeschoben werden. In wie weit Preussen dazu beizutragen bereit ist, darüber will die Regierung Sr. Maj. des Königs keinen Zweifel bestehen lassen. Sie ist aus freier Entschließung bereits durch die Proklamation Sr. Majestät des Königs vom 18. März v. J. mit der Erklärung vorangegangen, daß sie der Umgestaltung des deutschen Staatenbundes zu einem Bundesstaat ihre Kräfte widmen wolle. Sie hat seitdem in diesem Geiste gehandelt und sie wird diesem Bestreben ferner getreu bleiben. Preussen bedarf dieses Bundesstaates nicht um seiner selbst willen. Seine Größe, seine staatliche Consistenz, seine Traditionen geben ihm mehr als den meisten andern Staatskörpern Deutschlands die Fähigkeit, sich selbst genügen, nöthigenfalls für sich beharren zu können. Vergrößerung an Macht oder Einfluß sucht es nicht. Wenn es den Bundesstaat seinerseits will, so will es ihn nicht um seiner selbst, sondern um Deutschlands willen; die Opfer, die es demselben bringt, die Lasten, die es übernimmt, trägt es um der Gesammtheit willen. Von diesem Standpunkt aus hat die Regierung Sr. Majestät des Königs den vorliegenden Verfassungsentwurf geprüft. Sie glaubt, daß derselbe im Wesentlichen die Grundlagen und Bedingungen eines kräftig und den Anforderungen der Zeit gemäß gestalteten Bundesstaats enthalte. Die Abänderungsvorschläge, welche sie Ew. Excellenz zukommen läßt, sind wesentlich aus der Ueberzeugung hervorgegangen, daß es darauf ankomme, 1) die Kompetenz der Bundesgewalt genauer zu begrenzen, innerhalb dieser Kompetenz aber ihr eine kräftige Handhabung zu sichern. 2) Die Existenz der Einzelstaaten als selbstständige Organismen möglichst zu wahren und sie nicht weiter zu beschränken, als zur Erreichung der wesentlichen Bedingungen des Bundesstaates nothwendig ist.

Eine Centralisation, welche über den Bundesstaat hinaus in den Einheitsstaat führen würde, muß nach der Ueberzeugung der königlichen Regierung, als weder nothwendig, noch den wahren Bedürfnissen Deutschlands entsprechend, dem Werke der Einigung aber hinderlich und gefährlich, durchaus vermieden werden. Hingegen ist die königliche Regierung aber auch der Ansicht, daß den einzelnen Fürsten und Staaten nicht zugemuthet werden könne, einem großen Theil ihrer Selbstständigkeit zu entsagen, anders als zu Gunsten einer wirklich starken Centralgewalt, welche durch kräftigen Schutz die Opfer erzielt, welche sie fordert. Die königliche Regierung hofft, daß die Erklärungen und Vorschläge, welche Ew. Excellenz hiernach in deren Namen abgeben werden, sowohl bei den Regierungen als bei der Nationalversammlung eine günstige Aufnahme und eingehende Erwägung finden, und daß sie das Werk der Verständigung fördern werden. In Uebereinstimmung mit dem Eingangs ausgesprochenen Grundsatze enthält die königliche Regierung sich bestimmter Vorschläge über die §§ 1—3 des ersten Abschnittes, welcher den Titel „das Reich“ trägt. Sie glaubt, daß die Bestimmung darüber, welche Territorien den Bundesstaat bilden, erst dann formulirt werden könne, wenn festgestellt seyn wird, welche Länder Deutschlands dem Bundesstaat beitreten wollen. Eben so glaubt sie, daß das Verhältniß derjenigen Bundestheile, deren bestehende Verbindung mit außerdeutschen Staatskörpern besondere Modalitäten erfordere, erst dann geregelt werden könne, wenn die besondern Bedingungen ihres Beitritts, welche Gegenstand weiterer Verhandlungen bleiben müssen, festgestellt seyn werden. Sie hält für durchaus nothwendig, daß keine präjudicielle Beschlüsse gefaßt werden, welche diese Einigung erschweren oder ausschließen. In Betreff des Abschnitts, welcher von der Gestaltung der obersten Exekutivbehörde, des Bundesstaats handelt, und den Titel „das Reichsoberhaupt“ führt, muß sich die königliche Regierung ebenfalls bestimmter Erklärungen für jetzt noch enthalten, und zwar um so mehr, als auch die Beschlüsse der Nationalversammlung in diesem Punkte nicht zu einem vollständigen Resultat geführt haben. Sie betrachtet diesen Theil der Verfassung insbesondere als abhängig von den Erklärungen und Vorschlägen, welche von den mitverbündeten Regierungen, die sich hierüber noch nicht geäußert haben, zu erwarten sind. Die Gesichtspunkte, von denen die königliche Regierung ausgeht, hat sie bereits in der Cirkulardepesche vom 23. v. M. angedeutet. Indem nun die königliche Regierung sich über die übrigen Verfassungsabschnitte ausspricht, und ihre Abänderungsvorschläge vorlegt, bezeichnet sie damit die Bedingungen und Grenzen, innerhalb deren sie selbst, und von ihrem Standpunkt aus, den Bundesstaat für realisirbar erachtet und ihm beizutreten bereit ist. Sie verkennt dabei nicht, daß die noch vorbehaltenen Erklärungen der übrigen Regierungen die Nothwendigkeit herbeiführen können, das Verfassungswerk in wesentlichen Punkten umzugestalten. In so fern die ferneren Verhandlungen eine solche Nothwendigkeit ergeben sollten, hat die königliche Regierung Ew. Exzellenz nur noch darauf aufmerksam zu machen, daß sie ihre Erklärungen über den Entwurf als über ein Ganzes abgegeben, und daß, falls wesentliche Voraussetzungen, auf denen dieses Ganze beruht, hinweggenommen oder modifizirt werden sollten, danach auch ihre schließlichen Erklärungen sich werden ändern und vorbehalten bleiben müssen. Ew. Exzellenz wollen diese Instruktion den von Ihnen über die Verfassungsfrage abzugebenden Erklärungen zum Grunde legen, und ermächtige ich Sie, dieselbe dem Präsidenten des Reichsministeriums mitzutheilen. Berlin, den 16. Februar 1849. (Gez.) Bülow. An den königlichen Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt, Herrn Staatsminister Camphausen Exzellenz, zu Frankfurt am Main.“ (Frkfrt. O.-P.-Z.)

Deutschland.

Bayern. (München, den 23. Februar.) In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten hat Minister v. Beisler folgende Mittheilung gemacht: »Meine Herren! Ich habe der hohen Versammlung heute vorläufig anzuzeigen, daß Seine Majestät der König beabsichtigt, den Landtag auf einige Zeit zu vertagen. Die

Gründe hiezu sind folgende: Am 8. Februar habe ich der hohen Kammer angezeigt, daß das Ministerium sich veranlaßt gesehen habe, bei S. Maj. dem Könige um Entlassung zu bitten. In Folge dessen hat Seine Majestät der König einleitende Schritte zu Bildung eines neuen Ministeriums gethan; diese sind jedoch bis jetzt noch nicht so weit gediehen, daß sie ein definitives Resultat ergeben hätten. Theils nun, um Seiner Majestät dem Könige die nöthige Zeit zur Bildung des Ministeriums, theils, um den neu eintretenden Ministern Zeit zur Vorbereitung der nöthigen Gesetzesvorlagen zu geben, theils, um jenen Mitgliedern der hohen Kammer, welche zugleich Mitglieder der Nationalversammlung in Frankfurt am Main sind, die Möglichkeit zu gewähren, in der nächsten Zeit," in welcher besonders wichtige Beschlüsse in Frankfurt werden gefaßt werden, dort mitwirken zu können; theils endlich, weil die Frage über die Stellung Bayerns zur deutschen Centralgewalt sich nach Vollendung des deutschen Verfassungswerkes weit klarer herausstellen wird, hat Seine Majestät eine demnächstige Vertagung des Landtags beschlossen. Der Landtag wird jedoch noch eine kurze Zeit versammelt bleiben, um eine Gesetzesvorlage bezüglich der Matrikularumlagen zur deutschen Flotte zu berathen. Sobald dieß geschehen, wird die Vertagung erfolgen." Nach mehr als vierzehntägigem Besinnen ist also endlich die königlich bayerische Regierung zu dem Entschlusse gekommen, noch keinen Beschluß zu fassen.

†* (München, den 23. Februar.) [10. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten. Die Tagesordnung habe ich Ihnen bereits mitgetheilt.] Im Einlaufe, der 238 Nummern zählt, eine Adresse des Komite für Volksversammlungen zu Nürnberg die Zustimmung der Einwohnerschaft von Nürnberg zur Wirksamkeit der Majorität der Volkskammer bei der Adreßdebatte betreffend, übergeben vom Abg. Tröger. Die Abgeordneten Schmitt und Cremer werden beeidigt. Beide leisten den Eid mit dem Vorbehalte, den die 69 Abgeordneten früher an das Ministerium eingereicht. Dann wird übergegangen zu dem III. Vortrag des Sekretärs des VI. Ausschusses, über die an die Kammer gelangten und von demselben geprüften Anträge. An die betreff. Ausschüsse werden gewiesen: 1) Die Adressen der 3 konstitutionellen politischen Vereine zu Erlangen, des patriotischen Vereines zu Bayreuth, der Bürger und Einwohner von Fürth, des Volksvereines zu Kempten, des Bürgerklubbs zu Kaiserslautern, des Kuseler Volksvereins und des Volksvereins zu Rockenausen und der Bürgervereine zu Otterberg, der Einwohnerschaft Nürnbergs, des Volksvereines daselbst, der Bewohner Würzburgs und Unterfrankens, des patr. Vereins und dessen Zweigvereins zu Großgründlach, der Wahlmänner in den Gerichtsbezirken Weissenhorn, Roggenburg, Illertissen und Neu-Ulm, des Vaterlandsvereines zu Hersbruck, der Gemeindeverwaltung Ruppertsteig, der Bürger von Riedertl chen, der Gemeinde Friedelheim, der Einwohnerschaft Erlangens, des Arbeitervereins zu Holzolling, des Central-Märzvereins zu München, des Märzvereins zu Kronach und endlich der Bürger von Mutterstadt, sämmtlich die unbedingte Einführung der Grundrechte des deutschen Volkes in Bayern betreffend; angeeignet und übergeben von den Abgeordneten Langguth, Waldi, Scharpf, Tröger, Kohl, Dr. Morgenstern, Wolf, Willich, Dr. Greiner, Füllweber, Bize und Wagner. Alle diese Anträge gehen im Wesentlichen dahin, daß die Grundrechte schnellstens eingeführt werden möchten. In allen ist die Reichsversammlung, als konstituirend erkannt, da die Fürsten sich durch Abordnung von Abgeordneten zum Parlament, sich der Souverainität derselben unterworfen, sowie durch viele andere Handlungen dieselbe anerkannt hätten. 2) Die Adressen des Marktes Tölz, — des Gewerbevereines im Landgerichts-Bezirke Aichach, — der Gemeinden Hohenstein, Lautersbach, Aichau, Fraheim, Oberlaufkirchen, Schwindeck, Rattenkirchen und Stephanskirchen Oberbayern, — der Bürger von Wolfratshausen und Königsdorf, — des Bürgerausschusses zu Friedberg, — der Gemeinden Windoering, Eggen und Tagung, — der Einwohner von Holzkirchen und endlich der Marktgemeinde Miesbach, die der Einführung der deutschen Grundrechte vorauszuschickende Berathung derselben durch die Landstände und die Abänderung des §. 3 der Grundrechte betreffend; angeeignet von den Abg. Doppelhammer, Kopfhamer, Graf von La-Rosée und Schweyger. (Während dieses Vortrages erscheint Hr. Minister v. Beitzler am Ministertisch.)

3) Die Bitte des Schreiber-Personals der königlichen Landgerichte und Rentämter im Kreise Oberpfalz und Regensburg und der Scribenten von Schweinfurt um fixe Anstellung und Besoldung von Staatswegen, angeeignet von den Abgeordneten Freudensprung und Schad. 4) Die Vorstellungen der Geistlichen der Diöcesen von Pyrbaum, Wassertrüdingen, Augsburg, Kulmbach, Hof, Dittenheim, Kreuzwertheim und Oettingen am Ries, die Abhülfe der materiellen Nothstände der protestantischen Kirche in Bayern betreffend; angeeignet von dem Abgeordneten Dr. von Scheurl. 5) Die Vorstellung des Gewerbsvereins von Bayreuth, die Behandlung gewerblicher Fragen bei der Kammer betreffend, angeeignet von dem Abgeordneten Wagner. 6) Die Vorstellung der Gemeinden Randesacker und Consorten, — und der Hausbesitzer Johann Hack und Consorten von Weissendorf, die Revision des Haus- und Gewerbesteuergesetzes betreffend, angeeignet von den Abgeordneten Dr. Roßbach und Frhrn. von Lerchenfeld. 7) Die Vorstellung des Rektors und der Lehrer an der Kreislandwirthschafts- und Gewerb-Schule zu Straubing, die Verbesserung dieser Schulen und ihrer Lehrer betreffend; angeeignet von dem Abgeordneten Joseph Rabl. 8) Die Bitte der Gemeinde Munsterhausen, um Erleichterung ihrer Lasten; angeeignet von dem Abgeordneten J. Beer. 9) Die Bitte der Arbeiter zu Augsburg, um Erweiterung ihrer politischen und bürgerlichen Rechte; angeeignet von dem Abgeordneten Forndran.

†* (München, den 23. Februar.) Der erste Fall vor den Assisen zu München wurde gestern verhandelt. Eine angebliche Kindesmörderin wurde von den Geschwornen frei gesprochen, die Kosten fallen dem Aerar des Staates anheim.

(München, 22. Februar.) Bei der Kammer der Reichsräthe sind bis zum 21. d. 39 Vorstellungen von 149 Städten, Märkten, Gemeinden und Vereinen aus fast allen Theilen des Königreichs mit 7065 Unterschriften gegen die unbedingte Einführung der Grundrechte eingelaufen. (N. Münch. Ztg.) (Das Zusammenbringen dieser Unterschriften kennt man schon.)

(München.) Nach den der Volkskammer vorgelegten Rechnungen sind in den Jahren 1842/43 bis 1846/47 diesseits auf den Eisenbahnbau über 32 Millionen (32,294,210 fl.) aus Staatsmitteln verwendet worden. Nach den von den frühern Kammern genehmigten Voranschlägen sind noch weiter 56 Millionen bereits bewilligt. Dabei aber läßt sich vorher sehen, daß selbst diese ungeheuere Summe bei weitem nicht ausreichen wird! (N. Sp. Z.)

* (Nürnberg, 24. Febr.) Wenn man die Brandversicherungsangelegenheit näher ins Auge faßt und wahrnimmt, wie viel Nürnberg in den einzelnen Jahrgängen eingezahlt hat und wie gering seine Entschädigungen sind, so muß jeder Nürnberger sehnlich wünschen, daß die bisherigen Verhältnisse sich total umändern möchten. Im Jahre 1830/31 hat Nürnberg 15,271 fl. 21 kr. eingezahlt und Nichts erhalten, im Jahr 1834/35 15,902 fl. 48 kr. eingezahlt und Nichts erhalten, im Jahre 1839/40 25,763 fl. eingezahlt und Nichts erhalten, im Jahr 1841/42 19,443 fl. 3½ kr. eingezahlt und wieder Nichts erhalten. Am meisten hat Nürnberg im Jahre 1842/43 bei dem Brande der Krötenmühle erhalten, nämlich 24,544 fl. 42¼ kr. bei einer Einzahlung von 19,852 fl. 57 kr., in allen andern Jahrgängen hat es weit mehr eingezahlt, als erhalten, was das Endresultat vom Jahre 1829/30 an bis 1846/47 folgendes erweist: eingezahlt 374,606 fl. 9¼ kr., erhalten 41,069 fl. 2¼ kr., also 333,537 fl. 7 kr. mehr eingezahlt, welche Summe als tüchtiger Ueberschuß und als Fonds zur Bildung einer eigenen Brandkasse daliegen würde.

??? (Erlangen, 21. Febr.) Ronge's Auftreten hier. — Hatte wohl Ronge Grund, hier aufzutreten? Und wird sich hier wohl eine freie christliche Gemeinde bilden? — Diese Fragen legt sich wohl Mancher vor. Auf die erste hat Ronge selbst in seiner ersten Ansprache geantwortet, einfach und würdig. Wer als Religionsverbesserer zu wirken sich berufen fühlt, der muß ja wohl, sobald er kann, überall zunächst da auftreten, wo es zu verbessern gibt und wo die ausgestreuten Gedanken nicht auf unfruchtbaren Boden fallen. Wohl sollte hier, in einer protestantischen Universitätsstadt, in Religionssachen die volle Wahrheit längst bekannt und jeder Irrthum längst verbannt seyn, da die theologische Fakultät unserer Hochschule eigentlich gar keinen anderen Beruf hat, als eben die Verkündigung religiöser Wahrheit und die Anbahnung eines wahrhaft religiösen Lebens. Allein sie hat seit vielen Jahren diesen Beruf nicht erfüllt, sondern blos protestantisches Pharisäerthum gelehrt und befördert, und das nicht sowohl in den akademischen Hörsälen, sondern auch von den Kanzeln herab. Der einzige Professor, Dekan v. Ammon, machte hierin eine Ausnahme. Wer aber nicht mit den lehrenden und predigenden Gliedern der theologischen Fakultät der Hochschule und ihren Anhängern heuchelte, nicht mit ihnen in Konventikeln und Kränzchen sich bewegte, wie sie in allerlei heiligen Nimbus sich kleidete, die geistige Nebelkappe aufsetzte und ohne irgend ein Warum das Rauchfaß der Verehrung vor den Hohenpriestern schwang: der ward weder geachtet noch gegrüßt, der ward als Heide angesehen und wenn er keine Hoffnung auf Bekehrung gab, durch allerlei Umtriebe verfolgt und dem Satan zur Züchtigung empfohlen, selbst wenn er ein Geistlicher gewesen wäre. Die jungen Akademiker, die Ronge veranlaßten, hier einmal aufzutreten und auch hier einen Versuch zur Gründung einer freien christlichen Gemeinde zu machen, sind daher aller Ehren werth und Ronge thut Recht daran, ihrem Wunsche zu entsprechen, denn sein Platz ist überall, wo das wahre Christenthum verfinstert ist. Ob aber sein Auftreten Erfolg haben, eine freie christliche Gemeinde hier gestiftet wird? Bejahen läßt sich das nicht sofort. Es wäre zu wünschen, damit dem hiesigen akademischen Pharisäerthum ein vom Lichte der Wahrheit und der allgemeinen Menschenliebe erleuchteter Körper gegenüberträte. Es läßt sich aber auch dafür hoffen, denn unter Erlangens Bewohnern sind sehr viele für religiöse Freiheit des Geistes, für die erhabene prunklose Religion der wahren Menschenliebe empfängliche Seelen, die allen übertünchten Gräbern ähnlichen Wesen, deren Irrthum und Heuchelei recht herzlich abgeneigt sind, und die vielleicht nur der Gelegenheit harrten, sich auch noch außen hin an einander anschließen zu können. Möchten diese die gebotene Gelegenheit, die rechte Stunde nicht versäumen! Ronge's Lehre versöhnt den Menschen mit dem Menschen; das allein ist schon viel werth; von anderen ihrer Vorzüge kein Wort; es ist genug Empfehlung, wenn man sagen kann, sie ist das von allen Schlacken gereinigte Christenthum. —

Baden. (Karlsruhe, 21. Febr.) Das Reg.-Blatt Nr. 7 verkündet das Gesetz über die Aufhebung staatsbürgerlicher Rechte aus Rücksichten der Konfession. Es lautet: Art. 1. Der Absatz 1 des §. 9 der Verfassungs-Urkunde erhält folgende Fassung: »Alle Staatsbürger ohne Unterschied der Religion haben zu allen Civil- und Militärstellen und Kirchenämtern ihrer Konfession gleiche Ansprüche.« Art. 2. Der §. 19 der Verf.-Urk. erhält folgende Fassung: »Die politischen Rechte aller Religionstheile sind gleich. Art. 3. Die Ziffer 1 des §. 37 der Verf.-Urk. ist aufgehoben. Art. 4. Der §. 69 der Verf.-Urk. erhält folgende Fassung: »Ich schwöre Treue dem Großherzog, Gehorsam dem Gesetze, Beobachtung und Aufrechthaltung der Staatsverf., und in der Ständeversammlung nur des ganzen Landes allgemeines Wohl und Bestes, ohne Rücksicht auf besondere Stände oder Klassen, nach meiner innern Ueberzeugung zu berathen: so wahr mir Gott helfe!«

Freie Städte. ** (Frankfurt, 22. Febr.) [175. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Nach einigen nicht zur Tagesordnung gehörenden Vorausgängen, worunter Venedey's Mahnung Angesichts der Nachrichten von dem Einrücken der Russen in Siebenbürgen an den Beschluß der Versammlung, nach welchem an der Ostgrenze des Reichs die gleiche Anzahl von deutschen Truppen aufgestellt werden soll, als sich russische an jenen Grenzen zusammenziehen, erhält Mittermaier das Wort. Unmöglich könne die Ausschließung vom Wahlrecht, wie die Ausschußmehrheit in §. 3 des Entwurfs (§. 3. Als bescholten, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen sollen angesehen werden: 1) Personen, welche wegen Diebstahls, Betrugs oder Unterschlagung, oder welche wegen eines anderen Verbrechens zu einer Zuchthaus-, Arbeitshaus, Festungsarbeitsstrafe oder zum Verlust der staatsbürgerlichen Rechte durch rechtskräftiges Erkenntniß verurtheilt und in ihre Rechte nicht wieder eingesetzt worden sind; 2) Personen, welche des Rechts zum Wählen rechtskräftig für verlustig erklärt worden sind) beantragt habe, von der Verurtheilung zu gewissen Strafarten abhängig gemacht werden, denn die Anwendung der Strafarten in Deutschland sey sehr verschiedenartig. Zum Arbeitshause würden z. B. hier und da Personen wegen schwerer Injurien, wegen Widersetzlichkeit u. s. w. verurtheilt, denen man doch das Stimmrecht nicht entziehen wolle. Anstatt des Ausschußvorschlags der Mehrheit empfiehlt daher Mittermaier die zu

§. 3 gestellten Minderheitserachten 1 und 3, deren Inhalt er zu einem neu angebrachten Verbesserungsantrage verbunden hat. Slu m aus Soran erklärt sich namentlich gegen das Minderheitserachten Nr. 2, nach welchem politische Verbrechen des Wahlrechts niemals verlustig machen sollen. Eine solche gesetzliche Ausnahme heiße zum Verbrechen auffordern. Erweckt durch Euere Gesetzgebung vor Allem den Sinn für Recht und Ehre und Ihr werdet damit den Pöbel abschaffen! Esterle aus Cavalese: Man darf die Strafe nicht durch daran geknüpfte Folgen über die Dauer der Strafe hinaus verlängern. Ich erinnere überdies an das Sprüchwort, nach welchem nur die kleinen Diebe gehängt werden, die großen aber frei ausgehen. Der verzweifelnde Arme, der sich am Eigenthum vergreift, wandert ins Zuchthaus, während der reiche Wucherer im ungestörten Besitze seines Vermögens und seiner Achtung bleibt. In unserer Versammlung ferner sitzen Viele, die ich um die Ehre beneide, politische Verbrecher gewesen zu seyn. Esterle schließt sich daher dem Verbesserungsantrage des Hrn. Culmann mit dem Zusatz des Hrn. Wigard an, wornach das Wahlrecht nach verbüßter Strafe wieder eintreten soll.

Zimmermann aus Stuttgart hofft, daß die Versammlung durch ihre Beschlüsse in Bezug auf das Wahlgesetz die Liebe des Volks wieder gewinnen werde. Denn das Volk verschenke wie ein Weib seine ganze Neigung bei einem neuen Beweise von Würdigkeit. Die Ausdrucksweise der Ausschußmehrheit aber ist ihm zu elastisch. Er fürchtet, daß Etwas von Despotie dahinter lauere. Ob man denn z. B. die Folgen eines Jugendverbrechens verewigen wolle? „Aber ich komme zur Hauptsache. Wissen Sie, wie viele politische Verbrecher unter Ihnen sitzen? Einige links, die meisten davon aber rechts.“ (Lachen. Vogt vom Platze: Diejenigen, die erst politische Verbrecher werden wollen, sitzen links!) Zimmermann erzählt darauf, wie die Schwarzwälder Bauern einen Mann, gerade weil er von der Festung kam, wo er wegen politischer Vergehen gesessen, erst recht als „ihren Mann“ anerkannt hätten. Und so ist auch seine Meinung. Denn wer ist würdiger, das Wahlrecht als Bürger auszuüben, der, welcher das Recht des Volks als Beamter zehn und zwanzig Jahre geschmälert und verrathen hat, oder der, welcher Hab und Gut, Ruhe und Wohlseyn preisgegeben, um die Rechte des Volkes zu vertheidigen? Und wenn er aus dem Zuchthause käme — er ist des Volkes Mann. (Beifall von der Linken.)

Nachdem der Schluß der Debatte angenommen worden, tritt der Berichterstatter Scheller auf: Der Despotismus, der dem Verfassungsausschusse Schuld gegeben worden ist, besteht darin, daß er die Ehre über Alles setzt. Und wenn ferner gesagt worden, die Gerechtigkeit sey blind, so ist nicht zu vergessen, daß sie die Wage in der Hand hält und daß sie nur blind ist gegen die Lockungen der Parteilichkeit. Der Redner beharrt auf den Vorschlägen der Ausschußmehrheit, die er wider die erhobenen Einwände in Schutz nimmt.

Die Abstimmung entscheidet sich aber mit 220 gegen 198 Stimmen wider die Annahme des §. 3 in der Fassung der Ausschußmehrheit. Der Antrag von Schubert und Genossen dagegen: „Als bescholten, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen, sollen angesehen werden: Personen, denen durch rechtskräftiges Erkenntniß nach den Gesetzen des Einzelstaates, wo das Urtheil erging, entweder unmittelbar oder mittelbar der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, sofern sie in diese Rechte nicht wieder eingesetzt worden sind“ wird mit 227 gegen 196 Stimmen zum Beschluß erhoben, worauf zur Abstimmung durch Namensaufruf der Zusatz des Minderheitserachtens unter Nr. 2 gelangt: „Strafen wegen politischer Verbrechen ziehen den Verlust des Wahlrechts niemals nach sich“ —

Dieser Zusatz wird verworfen mit 244 gegen 188 Stimmen, wodurch zugleich alle anderen Anträge und Zusätze zu §. 3 erledigt sind. Auch über §. 4 wird eine Besprechung zugelassen. Goltz aus Brieg begründet den Zusatz, den er zu dem Paragraphen gestellt hat, daß nur Schwurgerichte über die Aberkennung des Wahlrechts urtheilen dürfen und auch dies nur auf Antrag des Volkshauses. Zimmermann aus Stuttgart hält besondere Vorkehrungen gegen den Wahleinfluß der Beamteten für erforderlich. Auch aus einem volkswirthschaftlichen Grunde wünscht der Redner, daß die Beamteten etwas strenger als bisher behandelt würden, denn die Bestechungen und die Furcht, durch die auf Wahlen eingewirkt würde, komme dem Volke etwas zu hoch zu stehen.“ Beamte also, die ihren Einfluß auf Wahlen mißbrauchen, sollen ihres Wahlrechtes für immer verlustig gehen. Der Berichterstatter Scheller versäumt nicht, im Schlußworte darauf hinzuweisen, wie von derselben Partei, die kaum vor einer Stunde noch für die Wiedereinsetzung jedes Verbrechers nach bestandener Strafe in sein Wahlrecht gesprochen und gestimmt habe, soeben gegen Beamtete, die sich ungesetzlicher Mittel bei Wahlen bedient, die Ausschließung auf immer beantragt worden sey!

Die Annahme des §. 4 erfolgt sodann in nachstehender Gestalt: „Des Rechts zu wählen soll, unbeschadet der dadurch sonst verwirkten Strafe, für die Zeit von vier bis zwölf Jahren durch strafgerichtliches Erkenntniß verlustig gehen: wer bei Wahlen Stimmen erkauft, seine Stimme verkauft oder mehr als einmal bei der für einen und denselben Zweck bestimmten Wahl seine Stimme abgegeben, oder überhaupt zur Einwirkung auf die Wahl gesetzlich unzulässige Mittel angewendet hat.“

Mit Annahme des §. 4 ist Art. 1 des Wahlgesetzes zu Ende gebracht. Nächste Sitzung morgen.

Preussen. †*† (Berlin, 21. Febr.) Es ist als ziemlich sicher anzunehmen, daß die gegenwärtigen Mitglieder des Ministeriums jedenfalls bis nach dem Zusammentritt der Kammer und bis nach ihrer von der Landesrepräsentation zu führenden Rechtfertigung in ihren Stellungen verbleiben werden. Gleichzeitig wird versichert, es werde bei Eröffnung der Kammer das Kabinet in der Art ergänzt seyn, daß die frühern Minister von Bonin und Freiherr v. Arnim, jener als Finanz-, dieser als auswärtiger Minister, in demselben ihren Sitz nehmen werden.

Aus ziemlich verbürgter Quelle erfahren wir, daß der Zwiespalt, welcher unter den Mitgliedern des Ministeriums darüber herrschte, ob die Kammer vertagt werden sollte oder nicht? — in folgender Weise seine Lösung gefunden hat. Man will die Kammer zusammenkommen lassen, die Nachwahlen jedoch bis nach ihrer Konstituirung verzögern, so daß, da diese Nachwahlen zum ungleich größeren Theile in Wahlbezirken stattfinden müssen, wo die demokratische Partei die Oberhand hat, diese für den ersten Augenblick des Zusammentritts der Kammern um eine nicht ganz unerhebliche Anzahl ihrer Mitglieder geschwächt ist. Sogleich nach dem Beginn der Verhandlungen hofft man, werde dann der Antrag eines dem Ministerium ergebenen Mitgliedes der II. Kammer auf Vertagung die Majorität erhalten.

In dem Ministerium wird jetzt die Thronrede berathen, mit der die Kammern eröffnet werden sollen. Dieselbe wird, wie wir erfahren, in einem sehr versöhnendem Tone gehalten seyn, den Zwiespalt zwischen der letzten Volksvertretung und der Krone vorzugsweise mit Schonung berühren, in der deutschen Frage aber sich sehr entschieden aussprechen und gegen Oesterreichs Stellung zu Deutschland Partei ergreifen.

Aus sehr sicherer Quelle erfahren wir ferner, daß das Ministerium sich auf Grund verschiedener eingegangener Berichte definitiv dahin entschieden hat, den Belagerungszustand (den es in der That Ende dieser Woche aufzuheben beabsichtigte) fortdauern zu lassen. Es wird demnächst den Kammern gegenüber in Betreff des Belagerungszustandes die Initiative ergreifen und Aktenstücke produziren, wodurch es die Fortdauer desselben zu motiviren hofft. Gleichzeitig wird es mit Preß- und Klubgesetzvorlagen vorgehen und für Berlin auch während des Belagerungszustandes die durch das Preßgesetz begrenzte Preßfreiheit wieder eintreten lassen.

Man erzählt, daß das Ministerium auch damit umgehe, den Kammern in Betreff einer Feier des 18. März Vorlagen zu machen.

Die Wahlmänner-Vorversammlungen Behufs der vorzunehmenden Doppelwahlen finden zahlreich statt; das Komité für volksthümliche Wahlen hat bei seiner Partei durch die Art und Weise, in der es bemüht war, einzelne Persönlichkeiten zu verdrängen, einen großen Theil seines Kredits eingebüßt; bei der nunmehr eingetretenen Desorganisirung der demokratischen Partei ist es nicht unmöglich, daß die konservative Partei vielleicht einen oder den andern ihrer Kandidaten durchbringt.

Sachsen. (Dresden, 20. Febr.) In der heutigen Sitzung der II. Kammer antwortete Staatsminister Georgi auf die Interpellation des Abg. Rewitzer wegen der Gewerbe- und Handelsinteressen. Von dem zu Stande zu kommenden Einigungswerke in Deutschland hänge die Hebung jener materiellen Interessen ab. Es müsse sowohl eine Erweiterung des deutschen Zoll- und Handelsgebiets als auch eine Revision des Zolltarifs herbeigeführt werden. Es müßten daher auch die Zollschranken gegen Oesterreich hin fallen, und wenn jenes noch aus politischen Gründen dagegen sey, so habe man vorbereitende Maßregeln zu treffen, um dessen Vereinigung mit Deutschland recht bald zu bewirken. In Betreff der norddeutschen Staaten liege kein Hinderniß gegen deren Anschluß vor, es komme da nur auf den guten Willen an, sich den gegenseitigen Wünschen zu fügen. Ferner sey aber zur Hebung der Interessen des Handels und der Gewerbe nöthig die Befreiung der Wasserstraßen, namentlich sey auf den Elbstrom eine unverantwortliche Zollast geworfen, welche zu beseitigen die Regierung mit allen Kräften anstrebe. Das Freihandelssystem sey noch nicht einzuführen; wenn Deutschland jetzt auf einmal seine Grenzen offen hinstellen und der ausländischen Konkurrenz freien Weg lassen wolle, würde der inländischen Industrie kein Heil daraus erwachsen. Es sey also noch ein mäßiges Schutzsystem für Gewerbe und Handel in Deutschland nöthig und vor der Hand an einer gleichmäßigen Herstellung desselben in allen deutschen Staaten zu arbeiten. Man wolle erst dahin, wohin andere Staaten schon gelangt seyen, und bedürfe so derselben Mittel, welche jene gegen uns angewendet hätten. Die Regierung sey also der Meinung, daß in Betracht der Verhältnisse Deutschlands zu andern Nationen, sowie wegen des Schutzes der inländischen Industrie das Freihandelssystem jetzt noch nicht einzuführen sey. Es müsse ein ausreichender aber mäßiger Schutz angestrebt werden. Derselbe sey bisher in Deutschland noch sehr ungleich und für manche Fabrikate ungenügend gewesen, daher müsse eine Aenderung des Zolltarifs vorgenommen werden, und namentlich sey in Bezug auf die Spinnerei und Weberei ein höherer Zolltarif mit Rückprämien nothwendig. Die Regierung habe eine zu hohe Meinung von der inländischen Industrie, als daß sie meine, dieselbe bedürfe eines hohen Schutzes gegen die ausländische; der Moment aber, wo die Schutzzölle ganz fallen könnten, liege noch sehr fern. Nebenbei sey aber auch Sorge für Leipzigs Handel zu tragen, der von großer Bedeutung sey. Die Regierung werde, wenn auch mancher scheele Blick darauf falle, für dessen Wahrung durch Beibehaltung des Contirungssystems für den Grosso- und Meßhandel sorgen. Ferner werde über diese Verhältnisse zu sprechen seyn, wenn das Dekret über die Zoll- und Handelsverhältnisse an die Kammer komme. Wenn man in Frankfurt noch nicht weiter gediehen sey, so sey dies zu beklagen. Uebrigens beschäftige sich die Regierung in diesem Augenblicke mit der Bearbeitung eines Zolltarifs, den sie einsenden wolle, der aber freilich ganz von dem abweiche, welchen der Freihandelsverein entworfen habe. In dieser Weise seyen die Regierungsbevollmächtigten instruirt. Der Redner schließt mit den Worten: „Lassen Sie uns hoffen, daß der Bau bald vollendet und unter Dach gebracht werde, und daß mancher Arbeiter ein Asyl darunter finden möge.“ (D. A. Z.)

(Dresden, den 20. Februar.) Gestern ist das k. Dekret, den Entwurf eines Gesetzes über das Recht der Volksvertretung zu Gesetzvorschlägen betreffend, bei der I. Kammer eingegangen und heute schon liegt der Entwurf uns gedruckt vor. Es sind eigentlich zwei Gesetzentwürfe; der erste betrifft die Abänderung des §. 85 der Verfassungsurkunde, welcher in der neuen Fassung folgendermaßen lautet: „Gesetzentwürfe können von dem Könige an die Kammern und von den Kammern an den König gebracht werden. Die Kammern können aber auf Vorlage neuer Gesetze, sowie auf Abänderung oder Aufhebung bestehender antragen. Jedem Gesetzentwurfe sind Motive beizufügen.“ *) Der andere Entwurf bestimmt die Formen näher, unter welchen das Recht der Initiative in der Gesetzgebung ausgeübt werden kann. Das Recht, Gesetzentwürfe einzubringen, steht jedem Abgeordneten zu, eine jede Kammer hat aber auch das Recht, einen in der andern Kammer von Mitgliedern derselben eingebrachten Gesetzentwurf abzulehnen, ohne erst eine Berathung der einzelnen Bestimmungen derselben vorzunehmen. Die Vorschriften der §§. 112 und 113 und namentlich des § 152 bleiben unverändert. Die Motive sprechen sich über die Entwürfe sehr kurz aus. „Ist es, heißt es zu Anfange derselben, unter

---

*) § 85 lautete ursprünglich: Gesetzentwürfe können nur von dem König an die Stände, nicht von den Ständen an den König gebracht werden. Die Stände können aber auf neue Gesetze, so wie auf Abänderung oder Aufhebung bestehender antragen. Jedem Gesetzentwurfe werden Motive beigefügt werden.

den obwaltenden Verhältnissen wohl kaum nöthig, die Vorlegung der hier fraglichen beiden Gesetze selbst einer besondern Rechtfertigung zu unterwerfen, so diele, wird alsdann fortgefahren, nur die Trennung beider Entwürfe zu allgemeinen Bemerkungen Veranlassung.

(D. A. Z.)

Dänemark.

Nach einer in Schleswig am 18. Febr. eingegangenen zuverlässigen Nachricht hat die dänische Regierung mit dem Hause Hambro in London (vormals in Kopenhagen ansässig) eine dreiprozentige Anleihe von 2 Mill. (Pf. St. oder Rthlr.?) abgeschlossen. — Ebenfalls wird jetzt von wohl unterrichteten Personen als gewiß erzählt, daß die dänische Regierung den Waffenstillstand bereits gekündigt habe.

(H. C.)

Frankreich.

† (Paris, 20. Febr.) [Nat.-Versammlung. Sitzung vom 20. Febr.] Ledru Rollin (tiefe Stille) Bürger-Repräsentanten! Ein ernstes Ereigniß hat sich auf der italienischen Halbinsel zugetragen. Dieses Ereigniß dürfte tiefe Spuren in der Geschichte zurücklassen. In Rom und Florenz ist die Republik proklamirt, der Papst von seiner weltlichen Herrschaft abgesetzt worden. Das sind Thatsachen, die jedem Freund der Freiheit mit Freude erfüllen (Die ganze Linke wie aus Einer Kehle: Ja! Ja! Es lebe die Republik! Nachdem dieser Ruf verhallt, hört man von rechts einige Gegenrufe). Ich wundere mich, fährt Ledru Rollin nach jener Seite gewandt, fort, aus dieser Gegend eine Reklamation zu vernehmen. Als vor acht Monaten die Monarchie stürzte, riefen wir da nicht Alle: „Es lebe die Republik (Neue Stürme links: Es lebe die Republik!)“ Der Redner frägt demnächst den Minister, welches Verfahren er gegen die italienische Republik zu beobachten gedenkt und ob es wahr sey, daß sie eine Flotte ausrüstet? Drouyn de Lhuys antwortete in der gewöhnlichen Kürze.

Italien.

(Florenz, den 16. Febr.) Die Alba vom 16. berichtet, daß die Klubs von Livorno, Arezzo, Prato, Florenz und andern Orten Adressen und Deputationen an die Regierung gesandt haben, Toscana möge sogleich mit Rom vereinigt werden. Mazzini war in Florenz angekommen. Der toscanische Moniteur vom 15. enthält außer mehreren Personalveränderungen noch drei wichtige Regierungsdekrete: 1) In jede Provinz Toscana's wird ein Specialkommissär geschickt, der sich mit den Pfarrern, den Gonfalioneren, den Regierungsautoritäten und den populären Klubs in Verbindung setzt und alles thut, um die edlen Gefühle der Nation zu wecken, die Nationalgarden zu equipiren und zu mobilisiren u. s. w. 2) Toscana schickt 37 Deputirte nach Rom zu der italienischen Konstituante, gewählt werden die 27 am 5. März gleichzeitig mit denen für die toscanische gesetzgebende Versammlung und in derselben Art wie diese: wählbar zur Nationalkonstituante ist jeder italienische Bürger. 3) Die Familien- und Personensteuer ist vom 1. Jan. d. J. an abgeschafft. Einige andere Verordnungen sollen Unruhen und Tumulte bei Gelegenheit der halbjährigen Miethzinszahlung verhüten. Zannetti ist Generalkommandant der Florentiner Nationalgarde.

(A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Nro. 1119.

Bekanntmachung.

Vom

Königlichen Handels-Gericht Nürnberg

wird hiemit bekannt gemacht, daß der auf

Dienstag den 27. Februar l. Js.

im Hause L. Nro. 436 der Kohlengasse anberaumt gewesene Auktionstermin aufgehoben worden ist.

Nürnberg, den 23. Februar 1849.

Der k. Handelsgerichts-Vorstand.

v. Landgraf.

v. Fürer.

Anzeige und Bitte.

Meiner verehrlichen Kundschaft und dem geehrten Publikum bringe ich hiermit zur Anzeige, daß Herr Joh. Peter Stephan Müller bei mir als Geschäftsführer eingetreten ist, ich bitte deshalb das mir so vielseitig geschenkte Zutrauen auch demselben angedeihen zu lassen.

Joh. Pommer, Schneidermeister.
Theatergasse No. 791.

Auf vorstehende Anzeige mich beziehend, bitte ich die verehrliche Kundschaft des Herrn Pommer, mir das Vertrauen zu schenken, was demselben seit einer Reihe von Jahren zu Theil wurde. Es wird mein eifrigstes Bestreben seyn, Jedermann auf das pünktlichste zu bedienen, so wie ich auch geschmackvolle und moderne Arbeit verspreche. Auch unterlasse ich nicht, meine Freunde und Bekannte um gütige Aufträge zu bitten.

Hochachtungsvoll empfiehlt sich

Johann Peter Stephan Müller,
Geschäftsführer

Fabrikgeschäfts-Eröffnung und Empfehlung.

Der Unterzeichnete hat seine für das Königreich Bayern privilegirte Erfindung, die es ihm möglich macht, feinste Chokolade durch eine eigene Verfahrungsweise so herzustellen, daß sowohl Eier als Milch bei der Masse sich befinden, zur Ausführung gebracht und eine Fabrik eingerichtet. Der Wohlgeschmack und die Billigkeit des Fabrikats, insbesondere aber die gegen den bisherigen Preis sehr bedeutende Wohlfeilheit und seine Nährkraft verschaffen ihm leicht Eingang auch bei dem Unbemittelsten, und es mag hier das Wenige noch genügen, daß, während man bisher z. B aus einem Viertelpfunde 6 Tassen herstellte, ein halbes Viertelpfund meiner Chokolade 8 Tassen und zwar bei gleicher Dickflüssigkeit und größerer Feinheit gibt. — Mit dem 1. März wird das Verkaufs-Lokal geöffnet, welches sich im Hause S. Nro. 17a des Herrn Kaufmann Friedrich Fuchs am Herrnmarkte befindet.

Indem ich diese Anzeige zur gefälligsten Beachtung hiermit bestens empfehle, zeichne ich mit besonderer Hochachtung

Nürnberg, am 18. Februar 1849.

Dr. Karl Schüler,
Chokolade-Fabrik-Besitzer.

MUSEUM.

Dienstag den 27. d. Mts.

Concert.

Anfang 7 Uhr.

Nürnberg, am 24. Februar 1849.

Der Vorstand.

Verein deutscher Frauen.

Den sämmtlichen Mitgliedern des Vereins wird hiedurch bekannt gemacht, daß die nächste Versammlung Montag den 26. Februar Nachmittags 3 Uhr im Gasthause zum König Otto stattfindet.

Der Vorstand.

(Gesuch.) Ein Buchbinder oder Portefeuille-Gehülfe kann sogleich Arbeit finden.

Anzeige und Empfehlung.

Ich erlaube mir hiemit die ergebenste Anzeige zu machen, daß ich das

Spezerei- und Farbwaaren-Geschäft

des Herrn Carl Meißner dahier käuflich übernommen habe und dasselbe in dem bisherigen Laden auf dem Hauptmarkt S. No. 18 fortführe.

Ich empfehle mich daher dem verehrten Gesammt-Publikum, besonders auch meiner werthen Nachbarschaft in allen in mein Fach einschlagenden Artikeln aufs beste, mit der Versicherung, daß auf reelle und billige Bedienung stets mein Haupt-Augenmerk gerichtet seyn wird.

Achtungsvollst

M. Erdmannsdörfer.
Hauptmarkt S. Nr. 18.

Mit obrigkeitlicher Bewilligung.

Conzert-Anzeige.

Sonntag den 25. Februar 1849:

Concert

von Eduard Bayer,

Guitarrist aus Augsburg,

im Saale des rothen Rosses.

Anfang 7 Uhr.

Billets sind à 30 kr. und Familien-Billets bei Abnahme von wenigstens 3 derselben à 20 kr. bei Riegel und Wiesner zu haben.

Paradies.

Sonntag den 25. Februar „Harmonie-Musik“ Entree à Person 3 kr.

Montag den 26. Februar „Metzelsuppe.“ Wozu ergebenst einladet

H. B. Adam.

Prater.

Heute Sonntag den 25. Februar findet gutbesetzte Harmonie-Musik statt, wozu höflichst einladet

M. Rupprecht.

Täublein am Webersplatz.

Montag den 26. Februar „Letzte Gesang-Unterhaltung vom steyrischen Sänger C. Fischer und Nannerl. — Wozu ergebenst einladet

Anfang 8 Uhr.

Th. Müller.

Anzeige.

In der Tucherstraße bei Wirth Joh. Michael Weidinger ist Extrabier zu haben.

Schweinau.

Wilder Mann bey Mulzer.

Gesang-Unterhaltung

von dem Steyrischen Sängern

C. Fischer und Nannerl.

Anfang 7 Uhr.

Einladung.

Unterzeichnete, welche am 23. d. Mts. im Lokale zum Schlößchen zu einer Versammlung sich zusammen gefunden, laden hiemit Alle ihre Kollegen zu einer Hauptversammlung auf Sonntag den 25. Februar Mittags 1 Uhr im benannten Lokale ein

Vierzig Arbeiter der sämmtlichen Eisenbahnwerkstätten.

Empfehlung.

Zur Jahresfeier der Proklamation der französischen Republik am 24. Februar 1848 werden folgende zwei Gedächtnißblätter:

Proklamation der französischen Republik

und

Erstürmung der Tuillerien,

colorirt à 6 kr.

empfohlen und sind in allen hiesigen Buchbinderläden zu haben.

Arbeiter-Verein.

Montag den 26. dieses Monats Abends 7 Uhr

Versammlung

im König von England.

Der Ausschuß.

(Anzeige.) Nächsten Montag Abends Versammlung der Wöhrder Stadtwehrmänner bei Mulzer.

(Anzeige.) Vom Dienstag an sind wieder alle Tage frische Knackwürste zu haben bei Mich. Gsell.

Mieth-Gesuch.

Eine Gesellschaft wünscht sogleich oder nächstes Ziel ein großes, freundliches, unmöblirtes Zimmer zu miethen. Nähere Auskunft ertheilt die Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Ein Lakirer, welcher Fertigkeit im lakiren des Leders sowohl, als in Zubereitung des Lacks haben muß, auch ein Lakier-Geschäft einzurichten und sich darüber auszuweisen im Stande ist, kann in dauernde Condition treten.

Anerbieten unter Adresse A. Z. besorgt die Exped. d. Blattes.

(Gesuch.) Mehrere geübte Portefeuille-Arbeiter können Beschäftigung finden in L. Nro. 1488 b der Rosenstrasse

---

(Gesuch.) Ein im Lesen, Schreiben und Rechnen erfahrener junger Mann aus Unterfranken von soliden Eltern, wünscht ein Unterkommen als Auslaufer oder andere Beschäftigung. Auch kann auf Verlangen Kaution gestellt werden. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Es sucht Jemand sich mit Abschreiben zu beschäftigen.

(Gesuch) Ein solides Mädchen sucht Beschäftigung zu einer Arbeit, die im Zimmer betrieben wird. S. Nro. 21.

(Zu verkaufen.) Geißfelle werden gekauft bei J. D. Schenk, Kürschner im Rößel's Kaffeehaus.

(Verloren.) Während des letzten Museums-Balles wurde ein silberner Armreif verloren und wird der Finder um gefällige Rückgabe gebeten.

(Verloren.) In der Nacht vom 22. auf den 23. Febr. ist in der St. Johannis Vorstadt während des Sturmes ein grauer sogen. Seelschäelerhut, an welchem sich ein Turnerabzeichen befindet, verloren worden. Der Finder wird ersucht denselben im Wirthshaus zum heiligen Kreuz bei St. Johannis gegen Erkenntlichkeit, abzugeben.

Stadttheater in Nürnberg.

Sonntag den 25. Februar bleibt die Bühne wegen des Buß- und Bettages geschlossen.

Montag den 26. Februar „Die Zigeunerin.“ Große Oper in 3 Akten. Musik von Balfe.

Theater in Erlangen.

Montag den 26. Februar. Große Vorstellung der Wiener-Ballet-Tänzer. Dazu „Die Helden.“ Lustspiel von Marsano, und: „Nehmt ein Exempel dran.“ Lustspiel von Topfer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 26. Februar 1849. № 57. Montag: Gotthelf.

Deutschland.

Bayern. (München, 23. Febr.) Das heutige Regierungsblatt enthält eine Bekanntmachung, das Institut der Stellwagen betr., wonach die Bestimmung der Verordnung: „die Stellwagen dürfen mit mehr, als zwei Pferden, nicht bespannt werden" außer Wirksamkeit gesetzt und gestattet ist, daß die Bespannung der Stellwagen künftighin in unbeschränkter Weise stattfinde.

Braunschweig. (Braunschweig, 18. Febr.) Wir haben uns hier zu lebhaft an den politischen Ereignissen der letztern Zeit betheiligt, als daß die österr. Note, in der Metternich im vollen Glanze seiner Nichtswürdigkeit und politischen Impotenz erscheint, nicht einen lebhaften Eindruck hervorbringen sollte. Sie hat die Indignation hervorgebracht, die eine Schlechtigkeit um so sicherer hervorbringt, wenn sie eine so niederträchtige, gleisnerische Sprache führt. (Wes. Z.)

Freie Städte. ** (Frankfurt, 23. Febr.) [176. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Anzeige von Flottenbeiträgen 203 Thlr. aus Posen, 196 Gulden von der Gerold'schen Buchhandlung in Wien. Die Tagesordnung enthält den Entwurf des Reichswahlgesetzes, §. 5, Art. II, dann §. 7—10, Art. III. Diese §§. wurden in folgender Fassung angenommen:

§. 5. Wählbar zum Abgeordneten des Volkshauses ist jeder wahlberechtigte Deutsche, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt und seit mindestens 3 Jahren einem deutschen Staate angehört hat. Erstandene oder durch Begnadigung erlassene Strafen wegen politischen Verbrechen schließen von der Wahl in das Volkshaus nicht aus. §. 6. Personen, die ein öffentliches Amt bekleiden, bedürfen zum Eintritt in das Volkshaus keines Urlaubs. Artikel III. §. 7. In jedem Einzelstaate sind Wahlkreise von je 100,000 Seelen der nach der letzten Volkszählung vorhandenen Bevölkerung zu bilden. §. 8. Ergibt sich in einem Einzelstaate bei der Bildung der Wahlkreise ein Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen, so ist hierfür ein besonderer Wahlkreis zu bilden. Ein Ueberschuß von weniger als 50,000 Seelen ist unter die anderen Wahlkreise des Einzelstaates verhältnißmäßig zu vertheilen. §. 9. Kleinere Staaten mit einer Bevölkerung von wenigstens 50,000 Seelen bilden einen Wahlkreis. Diesen soll die Stadt Lübeck gleichgestellt werden. Diejenigen Staaten, welche keine Bevölkerung von 50,000 Seelen haben, werden mit andern Staaten nach Maaßgabe der Reichswahlmatrikel (Anlage A) zur Bildung von Wahlkreisen zusammengelegt. §. 10. Die Wahlkreise werden zum Zweck des Stimmenabgebens in kleinere Bezirke eingetheilt.

Nachdem somit die Abstimmung über Artikel III beendet ist, vertagt sich das Haus. Fortsetzung der heutigen Berathung findet Montag den 26. statt.

(Frankfurt, den 22. Februar.) In seiner heutigen Sitzung wird der Verfassungsausschuß mit der Revision der in erster Lesung angenommenen Verfassung fertig. Er wird alsdann nur noch die Bedenken der einzelnen Regierungen, so weit ihm dieselben mitgetheilt seyn werden, zu berücksichtigen haben. Wie wir hören, so haben gestern und heute wiederholte Besprechungen einer großen Anzahl von Bevollmächtigten der Einzelregierungen bei Herrn Camphausen stattgefunden. Das Resultat derselben soll eine Einigung über eine Reihe nicht allzu erheblicher Bedenken gegen diesen und jenen Punkt der Verfassung gewesen seyn. Schon morgen wird die Mittheilung dieser Bedenken an das Reichsministerium und sofort an die Nationalversammlung stattfinden. (Frkfrt. O.-P.-Z.)

Hannover. (Hannover, 24. Febr.) In der heutigen Sitzung der II. Kammer erklärte der Abg. Freudentheil Namens der Adreßkommission, daß die Majorität es nicht für angemessen erachtet habe, während der Ministerkrisis seine Adresse zu erlassen. Minister Stüve überreichte die in der Ministerialkrisis zwischen dem König und dem Ministerium gewechselten Aktenstücke, das Schreiben des Ministeriums und ein Schreiben des Königs. Letzteres theilen wir in den Hauptsätzen mit: Meine Herren! Aus Ihrem Schreiben vom 19. Februar habe ich gesehen, welche Abstimmung in zweiter Kammer Sie hat veranlaßt, Ihre Entlassung einzugeben. Ihre Gründe kann ich nur richtig halten, aber ich beklage die Sache sehr, weil ich nicht glaube finden zu können ein Ministerium von patriotischen Männern, welche mein Vertrauen und das des Landes verdienen, bevor ich Ihre Entlassung annehme, ich werde erwarten müssen das Schreiben der Stände und wenn es so ist, als Sie glauben es wird seyn, muß ich versuchen, ob ich kann finden ein Ministerium von ehrlichen Männern. Sie haben, meine Herren, in Ihrer Verwaltung mit großer Umsicht und Redlichkeit Grundsätze aufgestellt und ich beklage das Land, daß die Ausführung nicht soll von Ihrer Hand haben. Kein Mann kann eine Sache so ausführen, wie sie ihm ein Anderer hat gemacht. Ich danke Ihnen, meine Herren, für Ihre bisherigen Dienste. Auch wenn wir müssen uns trennen, behalten Sie das volle Vertrauen Ihres Königs. Die Kammer vertagte sich bis morgen. (Z. f. Nd.) (Welch ein Deutsch für einen deutschen König!!)

(Hannover, 21. Febr.) Gestern Abend traf hier eine Deputation des alten Landes ein in Folge des bekannten Druckfehlers, nach welchem der Abgeordnete des alten Landes gegen die Grundrechte gestimmt haben sollte. — Die Aufregung soll in jener Corporation von Bedeutung und ein großer Theil der Bevölkerung im Begriff gewesen seyn, ihren Deputirten selbst von Hannover abzuholen. (Z. f. Nd.)

(Hannover, den 20. Februar.) Man erzählt sich, daß gestern eine Staffette nach Hildesheim abgegangen sey, um den Landdrost Meyer zu berufen, der mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt werden soll. Während der beiden Tage, wo die Berathung über das Ministerialschreiben vom 10. Februar stattfand, hat eine hiesige Verlagshandlung achttausend Exemplare der Grundrechte verkauft. (Wes. Z.)

(Hannover, 21. Febr.) Die Anzahl der Adressen an die Majorität der Ständeversammlung mehrt sich mit jedem Tage; alle wörtlich mitzutheilen erlaubt uns der Raum nicht. Wir fordern jedoch die noch fehlenden Orte auf, mit ihren Erklärungen nicht zu zögern, da von der Gegenpartei jetzt Boten auf dem Lande herumgeschickt und auch die Bauermeister benutzt werden, um gegen die Grundrechte zu wirken, wenn gleich mit wenig Erfolg, wie zu Mehle und Jarstedt, von wo uns Berichte vorliegen. (Z. f. Nd.)

Hessen. (Mainz, 22. Febr. Morgens 11 Uhr.) So eben ist die Bischofswahl beendet, und wird durch das Geläute der Glocken der Stadt verkündet. Herr Professor Dr. Schmidt in Gießen wurde mit großer Stimmenmehrheit zum Bischof von Mainz gewählt. (Ffst. O.-P.-Z.)

(Kassel, 21. Febr.) In der gestrigen Sitzung der Ständeversammlung brachte Herr v. Sybel die kirchlichen Verhältnisse in Kurhessen in einem selbstständigen Antrage zur Sprache; er führte aus, wie durch die Bestimmung der Grundrechte über die Kirche die Nothwendigkeit einer Kirchensynode für Kurhessen gegeben sey, und wie die Verzögerung derselben das Land in die Gefahr setze, der Agitation jener kirchlichen Partei zu verfallen, welche man seit dem März v. J. für die politische und sittliche Beziehung vernichtet wähnte, die aber in neuerer Zeit wieder in bedeutendem Maße sich geltend gemacht habe. Hr. v. Sybel beantragt deßhalb: „Die Staatsregierung um baldigste Vorlage eines Gesetzes zu ersuchen, wodurch die kirchlichen Gebühren und Accidentalien gegen angemessene Entschädigung beseitigt werden, so wie der Regierung die Ansicht auszusprechen, daß die baldige Berufung einer Landessynode der evangelischen Kirche, sowohl im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt, als in Folge des Artikel V, § 17 der deutschen Grundrechte, Art. 4. des Einführungsgesetzes und §. 135 der Verfassungsurkunde geboten sey." Dieser Antrag rief eine lebhafte Diskussion hervor, an deren Schluß derselbe mit mehreren von Hrn. Henkel vorgeschlagenen Erweiterungen dem Verfassungsausschuß überwiesen wurde. (Ffst. O.-P.-Z.)

Mecklenburg. (Aus dem Mecklenburgischen, 20. Febr.) Mecklenburg-Schwerin ist, laut einer eben erlassenen Circularnote, in sechs militärische Distrikte getheilt, und den commandirenden Offizieren der Befehle ertheilt, auf Ansuchen jeder Civilbehörde, welche zur Erhaltung und Herstellung der Ordnung und Ruhe die gewöhnlichen Mittel ohne Erfolg angewendet hat, sofort militärische Hülfe zur Verfügung zu stellen. (Lpz. Z.)

Preussen. †*† (Berlin, 22. Febr.) Wie wir bereits gestern mittheilten, steht eine Komplettirung des Kabinets bevor. Hr. v. Bonin und Frhr. v. Arnim sollen die Portefeuilles der Finanzen und der auswärtigen Angelegenheiten übernehmen. Der bisherige Ministerverweser des Finanz-Departements Hr. General-Steuer-Direktor Kühne wird ganz aus dem Staatsdienste scheiden und der Geh. Oberfinanzrath Raabe zum Unterstaatssekretär im Finanzministerium ernannt werden. — Wenn schon für die erste Zeit den Kammern hinreichender Stoff durch die schwebenden Fragen und durch die bereits fertigen Gesetze geboten ist, so wird doch in den Ministerien eifrig an weitern Vorlagen gearbeitet.

Herr Rodbertus wird heute erwartet und soll noch heute Abend vor den Wahlmännern des 2. Distrikts auftreten. Für die vorzunehmenden Neuwahlen ist auch das Mitglied des Frankfurter Parlaments Herr Löwe (Calbe) als Kandidat vorgeschlagen, die hiesigen Freihändler agitiren — nicht ohne Erfolg — für seine Wahl. —

Für die Partei der Neuen Preuß. Zeitung und für die Zeitung selbst ist jetzt Dr. E. Schmidt, der frühere Redakteur der radikalen Arbeiterzeitung, sehr thätig und wird gleichzeitig von Hrn. v. Bülow-Cummerow vielfach benützt.

Heute Mittag verließ uns das 1. Bataillon des 24. Regiments, welches mittelst eines Extrazugs nach seinem neuen Garnisonorte Stettin befördert wurde. Gestern Nachmittag paradirte das ganze Regiment vor Sr. Majestät in Charlottenburg. Der Prinz von Preussen war durch Unwohlseyn verhindert, der Parade beizuwohnen.

Das 2te Bataillon folgt dem 1ten künftigen Sonnabend, die Füsiliere bleiben bis auf Weiteres hier. Die Fourierschützen des Füsilier-Bataillons des 35sten Regiments sind heute eingetroffen, das Bataillon selbst, welches ursprünglich zur Mainzer Garnison gehörig, in den Novembertagen gegen die Steuerverweigerer in Schlesien als Exekutionstruppe benutzt wurde, dabei aber nicht allzu große Bereitwilligkeit gezeigt haben soll, folgt morgen — Die Füsilierabtheilungen des zweiten und neunten Regiments werden in nächster Woche ebenfalls zur Verstärkung der Garnison herangezogen werden. —

Gegen das Erkenntniß des Kriminal Gerichts in dem Hirsch-Bat'schen Preßprozesse (Betreffs einer Karrikatur, die nach der Ansicht des Staats-Anwalts den Prinzen von Preussen darstellen soll) ist von der Staats-Anwaltschaft Appell eingelegt. —

Der gestern begonnene Prozeß gegen 26 des Aufruhrs angeklagte Arbeitshäuslinge, unter denen sich auch ein Frauenzimmer befand, ist heute beendet worden. Ein Oekonom, Namens Grodlan, wurde als Rädelsführer mit 5jähriger, die übrigen Betheiligten theils mit mehrjähriger Freiheitsstrafe belegt, theils freigesprochen. Die Angeklagten waren beschuldigt, am 2. Novbr. v. J einen gewaltsamen Ausbruch aus dem Arbeitshause versucht zu haben. Der Aufruhr war durch Einschreiten einer Militärwache gedämpft worden. Der Andrang von Zuhörern zu der Verhandlung war außerordentlich. Den Störungen,

die man aus dem Zuhörerraume zu besorgen schien, suchte der Vorsitzende, Direktor Harrassowitz, von vorn herein bei Beginn der Verhandlung durch die Erklärung zu begegnen, daß jede Beifalls- oder Mißfallsbezeigung das Gericht nöthigen werde, die Demonstranten zu entfernen.

Sachsen. (Dresden, 21. Febr.) In der heutigen Sitzung der II. Kammer tritt Abg. Blöde auf: Auf die Riedel'sche Interpellation wegen der wiener Flüchtlinge habe Staatsminister Oberländer auch sich dahin geäußert, „daß es der Ansicht der Regierung nicht entspreche, Flüchtlinge, welche das sächsische Gastrecht in Anspruch nähmen oder durch Sachsen reisten, auszuweisen, und die Regierung würde diese Ansicht mit den bestehenden Verträgen in Einklang zu bringen wissen." Um so mehr sey es zu bedauern, daß gegenwärtig schon Thatsachen vorlägen, welche bewiesen, daß es der Regierung mit dieser Erklärung nicht Ernst sey, daß jene schönen Worte nicht zur Wahrheit geworden. Seit kurzer Zeit seyen aus Sachsen hintereinander ein russischer Flüchtling, Bakunin, ein österreichischer, Sharfes, und ein preußischer, v. Wittenberg, ausgewiesen worden, ohne daß eine besondere Veranlassung dazu vorgelegen. Er stelle daher folgende Anfrage: 1) welche nähern Bewandtnisse es mit jenen Ausweisungen habe; 2) in welcher Weise die Staatsregierung diese Ausweisungen mit jenen Zusicherungen in Vereinbarung zu bringen gedenke, und 3) ob es nicht im Interesse der Regierung sey, jene Erklärung zu widerrufen, indem es den Anschein gewinne, als ob die untern politischen Behörden sich nicht nach den Grundsätzen der höchsten Behörden zu richten hätten. Staatsminister Oberländer entgegnete sogleich: Diese einzelnen Fälle seyen ihm unbekannt, und nur in Bezug auf einen sey ihm Kenntniß zugekommen. Es werde sich aber zeigen, daß er seinen hier in der Kammer ausgesprochenen Grundsätzen nie zuwider gehandelt habe. Ob es zweckmäßig sey, daß der Abgeordnete diese einzelnen Fälle hier in Anregung gebracht, das sey eine Frage, deren Beantwortung er dem Volk überlasse. Schließlich wird noch über einige Petitionen und Beschwerden berichtet; es wird beschlossen, dieselben auf sich beruhen zu lassen. Hierauf wird noch an die Stelle des nach Frankfurt zur Nationalversammlung auf vier Wochen beurlaubten Abg. v. Trützschler der Abg. Bernhard in die zweite Deputation gewählt. (D. A. Z.)

(Gotha, den 20. Februar.) Die hiesige Abgeordnetenversammlung hat von der Sendung des Ministers v. Stein als Bevollmächtigter bei der Centralgewalt in Frankfurt Anlaß genommen, eine Zuschrift an die hiesige Staatsregierung, und zugleich eine Adresse an die deutsche Nationalversammlung zu beschließen. In der ersten Zuschrift legt sie gegen das Vereinbarungsprinzip feierliche Verwahrung ein, und spricht das Vertrauen aus, der Staatsminister v. Stein werde, in Uebereinstimmung mit der wahrhaft deutschen Gesinnung des Herzogs, auch bei seiner neuen Mission das Prinzip der Volkssouveränetät anerkennen und achten, und zu keinerlei Uebergriffen in die Befugnisse der constituirenden Nationalversammlung die Hand bieten. In demselben Geiste bekämpft die nach Frankfurt entsendete Adresse alle partikularistischen Bestrebungen, es mögen dieselben von deutschen Regierungen oder von deutschen Volkskammern ausgegangen seyn, und spricht der Nationalversammlung gegenüber das ermuthigende Vertrauen aus, sie werde, als die einzige rechtmäßige Vertreterin des deutschen Volks, den Bau der deutschen Verfassung selbstständig und schleunig zu Ende führen, ohne sich durch Vereinbarungszumuthungen beirren zu lassen. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Schleswig, 17. Febr.) Einen Beweis, was man auf dänische Versprechungen zu geben hat, liefert folgende Thatsache: Im Jahre 1842 etablirte sich in Kopenhagen unter königl. Garantie eine Leibrenten-Anstalt. Sämmtliche Beamte des Königreichs Dänemarks und der Herzogthümer Schleswig-Holstein wurden durch ein Gesetz verpflichtet, ihren eventuellen Wittwen in dieser Leibrenten-Anstalt je nach Verhältniß ihrer Einnahmen Leibrenten zu versichern. Trotzdem und wiewohl es in dem Statut dieser Anstalt heißt, daß weder Krieg noch sonstige Umstände je die Nichtzahlung der verfallenen Leibrenten sollen rechtfertigen können, verweigert dennoch die Anstalt die Auszahlung der Renten an schleswig-holsteinische Wittwen, aus dem Grunde, weil gegen Rebellen keine Verpflichtung existire! (H. Z.)

(Kiel, den 19. Febr.) Sicherem Vernehmen nach soll eine Erklärung, welche die gemeinsame Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein durch ihren Bevollmächtigten bei der Centralgewalt auf Veranlassung, der in der preussischen Cirkularnote vom 23. v. M. enthaltenen Aeußerungen über »das deutsche Gebiet Dänemarks« hat abgeben lassen, der vollen Zustimmung des Reichsministeriums sich zu erfreuen gehabt haben; übrigens soll bei dieser Gelegenheit die entschiedene Ansicht des Reichsministeriums dahin ausgesprochen worden seyn, daß die erwähnte Aeußerung nicht die Besorgniß begründen könne, als werde ernstlich daran gedacht, das Herzogthum Holstein von der unbeschränkten Theilnahme an der Entwicklung Deutschlands auszuschließen, wie denn auch die verfassunggebende deutsche Reichsversammlung einen solchen Vorschlag niemals sich aneignen würde. (Alt. M.)

Würtemberg. (Schramberg, den 22. Februar.) In der furchtbar stürmischen Nacht vom Dienstag auf den Mittwoch (20/21.) ist in dem benachbarten badischen Städtchen Wolfach ein Brand ausgebrochen, der 25 Gebäude in Asche legte. Leider sollen sichere Indicien von Brandstiftung vorhanden seyn. Ein Kind ist in den Flammen umgekommen. (Schw. M.)

Frankreich.

† (Paris, den 21. Februar.) Sämmtliche Morgenblätter besprechen die Ledru-Rollin'sche Interpellationen über Italien. Bürger Ledru-Rollin sagt: „La Republique," hat den Schleier aufgehoben, den das Ministerium über seine Pläne in Bezug auf Italien gern decken möchte. Diese Pläne beständen zunächst darin, weder die Alpenarmee vorrücken noch in Civita Vecchia eine Interventionsarmee ans Land steigen zu lassen, welche die römische Konstituante mit Bajonnetten auseinanderjagen könnte, sie beständen vielmehr in einem ganz andern Plane. Karl Albert habe es nämlich übernommen, seinen unglücklichen Feldzug vom vorigen Jahre an der Adda durch einen Kreuzzug gegen die Römer gut zu machen und Sr. Heiligkeit wieder auf den irdischen Thron zu setzen. Karl Albert habe aber den Kabinetten vorgestellt, daß er sich außerhalb seiner Staaten wagen dürfe, daß es den Genuesen leicht einfallen könnte, auch eine piemontesische Republik zu proklamiren u. s. w. Worauf dann vom Mönchsbunde beschlossen worden sey, dem Karl Albert durch ein französisch-englisches Geschwader mit starker Artillerie den Rücken zu decken. Dieses Geschwader werde vor Genua [illegible]en und die Marmorstadt, sobald sie sich rühre, in Grund und Boden schießen. Von der glücklichen Vollbringung dieses Heldenplanes werde es abhängen, ob man den (doppelseitigen) König Karl Albert wieder in den Schooß der 1815ger heil. Allianz aufnehmen könne oder nicht? Die Verlegenheit, mit der Drouin de L'huys antwortete, bewies, daß Ledru-Rollin den Nagel auf den Kopf getroffen." Wir übergehen das Geheul der übrigen Journale.

Dem Journal des Débats ist aus Brüssel die Nachricht zugegangen: Colleredo habe bei Eröffnung der Brüsseler Konferenzen erklärt, daß Oesterreich sich sofort zurückziehen würde, wenn nicht sämmtliche Theilnehmer im Namen ihrer Kabinete die Erklärung abgäben, daß sie die Wiener Verträge von 1815 als Grundlage der Verhandlungen annehmen. Oesterreich und seine Bundesgenossen (Preussen und Rußland) seyen fest entschlossen, jene Verträge in ihrem ganzen Umfange aufrecht zu halten.

[Nationalversammlung. Schluß vom 20. Februar.] Der ehrenwerthe Repräsentant – beginnt Drouyn de Lhuys, Minister des Aeussern — drückte sein Erstaunen aus, daß mehrere Glieder der Rechten ihn unterbrachen, als er seine Freude über den Sturz der weltlichen Macht des Papstes aussprach. Ich fühle das Bedürfniß, zu erklären, daß sich die französische Republik keineswegs als solidarisch verpflichtet halte für alle Republiken, die in Europa entstehen dürften. Die Nachricht vom Sturz des Papstes und des Großherzogs von Toscana, die er Euch mittheilte, ist von uns (Ministern) nicht mit derselben Freude empfangen worden. Auch wie riefen vor acht Monaten: Es lebe die Republik! Aber wir wollen, wenn es sich nicht um die unsrige handelt, mehr wissen, welcher Art die Republik sey, für die man unser Lebehoch fordert. (Ah! Ah!) Die Ansichten der Regierung sind: Die weltliche Macht mit der religiösen zu conciliren. Die Wiedereinsetzung des Papstes ist für die katholische Religion wichtig. Es war für Frankreich unmöglich, sich in dieser Frage unkompetent zu erklären. (Ah! Ah!) Die Regierung ergriff Maaßregeln, die ihr die Umstände zu gebieten schienen. (Agitation.)

Ledru Rollin: Ich bin erstaunt, einen republikanischen Minister die Ereignisse vom religiösen Standpunkte aus auffassen zu sehen, namentlich wenn ich bedenke, daß in dieser Versammlung Männer aller Kulten sitzen. Das ist ein Angriff gegen die Gewissensfreiheit. (Beifall links, Lärm rechts.) Der Redner diskutirt nun die Interventionsgründe. Frankreich darf die Freiheit keines Volks angreifen und die Italiener nicht hindern, sich diejenige Regierungsform zu geben, die ihren Bedürfnissen und Willen entspricht. Möge sich Frankreich zum Kampfe bereit halten, aber gegen die Italiener darf es die Waffen nicht ziehen. (Beifall.)

Cocquerel (Protestant): Es handle sich nicht um Gewissensfreiheit. Es handle sich vielmehr um Huldigung von Verdiensten um den Liberalismus, die auch von ihm, dem protestantischen Pfarrer, selbst dann anzuerkennen wären, wenn sie vom Katholicismus, von der Person des Papstes ausgehen. (Ah! Ah!) Setzt die französ. Republik den Papst wieder ein, so thut sie wohl daran (Lärm). Die Römer handeln undankbar gegen den Beförderer der italienischen Freiheit. (Rechts Beifall, links Hohngelächter.)

Poujoulat: Als das römische Volk Pius IX. zur Flucht zwang, (Widerspruch) verfiel es dem Strafurtheile der Geschichte. Pius opferte sich für das Wohl seiner Unterthanen (Gelächter links). Der Redner will unter hundert Unterbrechungen den Vortrag Ledru Rollins widerlegen und schließt mit der Erklärung, daß der Papst die weltliche Macht bedürfe, um seine geistliche Statthalterschaft zu erfüllen. (Oh! Oh!)

Bac (vom Berge) schlägt folgende begründete Tagesordnung vor: »Die Nationalversammlung persistirt in ihrer Deklaration vom 25. Mai und geht zur Tagesordnung über.« Aylies bekämpft die Rede Ledru Rollins. Wir haben das Recht, alle Regierungen zu beurtheilen, also auch die römische (Proudhon unterbricht heftig) Aylies erwidert. In Sachen des Katholizismus halte ich den Bürger Proudhon für sehr unkompetent! Der Redner schließt mit der Nothwendigkeit der Wiederherstellung der weltlichen Papstmacht (Zur Abstimmung! Zur Abstimmung!) Cordon: der Bürger Bac zieht seine motivirte Tagesordnung zurück (Erstaunen). Somit ist die einfache Tagesordnung ausgesprochen und die Interpellation erledigt. (Die Sitzung wird um 5¾ Uhr geschlossen. Es regnet fürchterlich.)

Italien.

Aus Neapel, von wo unsre Blätter bis zum 12. gehen, meldet die Hofzeitung vom 9., daß der Vesuv in den letzten Tagen gespieen habe; bisher hatte er wenig Schaden verursacht.

Nach Berichten aus Genua vom 20 Februar ist der Pabst noch in Gaëta, und hat eine Protestation gegen die Verkündigung der Republik erlassen. (A. A. Z.)

(Rom, den 16 Februar.) Endlich hat sich ein Geistlicher gefunden, der für eine Principienfrage den Märtyrertod zu erleiden sich bereit gezeigt hat. Der Bischof von Civitavecchia, welcher zum republikanischen Tedeum seine Zustimmung zu geben versagte, sollte zum Fenster hinausgestürzt werden. Er übergab sich ruhig an die rohe Gewalt und stellte seinen Verfolgern anheim, mit ihm zu machen, was sie wollen, seine Zustimmung könne, dürfe und werde er nicht geben. Hier dagegen haben die Chorherren von St. Peter vorgezogen, durch Hinterthüren zu entweichen! Verschiedene Klöster sind bereits gebrandschatzt worden. Von dem Ansinnen, ihre Klosterräume zu Kasernen herzugeben, haben sie sich dadurch frei erhalten müssen, daß sie Betttücher für die Soldaten und nambafte Summen baaren Geldes hergaben. Gleichzeitig mit der Nachricht von der Abreise des Papstes verbreitet sich das Gerücht, daß heute sowohl im Norden wie an der neapolitanischen Gränze die Feindseligkeiten beginnen würden. Ein sehr gewichtiger Beisatz bezeichnet den in der Dämpfung revolutionärer Bewegungen wohl erfahrenen Kardinal Bernetti als den Repräsentanten des Papstes, den wir denn allernächst zu erwarten haben würden. (A. A. Z.)

Aus Livorno (20. Febr.) und Florenz (18. Febr.) erhalten wir die Nachricht von Verkündigung der Republik. Es wurden bei der Proklamation Freiheitsbäume aufgepflanzt. Die provisorische Regierung (Guerrazzi, Montanelli und Zanetti) nahm den bezeichnenden Namen an: „provisorische Junta der römischen Republik in Toscana." Also ein mittelitalienischer Staat! (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. [illegible]

(Lotterie.) Die zu Nürnberg [illegible] Nummern:
54 63 72 59 82.

Montagsblatt

zur Mittelfränkischen Zeitung.

№ 8. Nürnberg, 26. Februar. 1849.

Lied eines deutschen Soldaten.

Ich bin ein Soldat, ein deutscher!
Und kann wohl auch stolz darauf seyn,
Verließ' gern den Pflug und die Werkstatt
Und trat in die Reihen mit ein.

Ich bin ein Soldat, ein deutscher!
Doch nimmer der Willkür ein Knecht.
Voll Muth schau' dem Tod ich ins Auge,
Für Vaterland, Freiheit und Recht.

Ich bin ein Soldat, ein deutscher!
Und steh' auch dem Bürger zur Seit' —
Wenn man ihm sein Recht will verkümmern,
Dann zieh' ich für ihn in den Streit

Ich bin ein Soldat, ein deutscher!
Ich treib' mit der Freiheit nicht Scherz,
Und wer mich zum Henker will machen,
Den trifft meine Kugel ins Herz

C. Weiß

Die Puritanerin.

(Schluß.)

Am frühen Morgen reisten wir weiter. Beiden war nur ein Kleid geblieben; die Mistreß war vergnügt, ihre Glaubens-Schätze gerettet zu haben; ich setzte meine einzige Hoffnung auf das gerettete Geld in meinen Taschen. Ueberall strömten bewaffnete Männer an unserer Seite hin; nicht selten hatten wir eine Strecke weit unangemeldete Gesellschaft auf dem Rücksitz unserer Chaise. Wir konnten nur langsam vorwärts dringen und gelangten erst Morgens um zwei Uhr in die Nähe von Brüssel. Blindlings folgten wir einem Zuge Bauern, der sich in die Stadt Eingang zu verschaffen wußte, um den bedrängten Bürgern beizustehen. Der Tag fing an zu grauen; wir standen auf der Place de la monnaie, am Eingange zum Café de mille Colonnes, so viel ich im Helldunkel erkennen konnte. — Von Zeit zu Zeit zogen kleine Haufen Bewaffneter gegen den obern Theil der Stadt. Je mehr es Tag wurde, desto mehr sah man Bürger nach dem Kampfplatze rücken. Die Sturmglocken ertönten, die Trommeln wirbelten, und vom Parke herab vernahm man den Donner der holländischen Kanonen. Mein Herz fing an zu pochen; nie war ich scharf geladenen Kanonen nahe gestanden. Die Engländerin stand unbeweglich, eine Kugel schlug an unserer Seite die Mauer eines Waarenlagers in Trümmer; sie stand unerschüttert. Eine Abtheilung von Tirailleurs, die gegen eilf Uhr nach der Place-royale zur Ablösung der tapfern Belgier zog, bekam uns in die Mitte, und durch augenblickliche Gewalt gedrängt, mußten wir mit den Eilenden die Hügelstadt hinan marschiren. Ein mörderisches Feuer wüthete im obern Theile; die Holländer wurden mehr und mehr nach dem Parke, an den Pallast des Königs und des Prinzen von Oranien zurückgedrängt. Von allen Seiten her flogen Flintenkugeln, — Hunderte von Belgiern stürzten, getroffen vom Feuer der Holländer und ihrer eigenen Landsleute, die in den Linien der Oranier kämpften. Aus den Leichen wurden Barrikaden gebildet, hinter denen die standhaften Niederländer nach den Truppen hervorschossen, die in dichten Haufen die Straße nach dem Parke zur Seite des Hotel Bellevue deckten.

Meine Lage war nicht gerade die freundlichste. Wehrlos stand ich unter den Kämpfern, jeder Kugel, jedem Angriffe ausgesetzt, an meiner Seite ein Weib, deren Leben mir fremde Sorge und seit dem ersten Tage unserer Reise eigenes, tieferes Interesse zum Schutze übergeben hatte. — Hatten die unruhigen Schläge im Innern auch nachgelassen, so zitterte ich doch für sie, die neben mir stand und unbesorgt um ihr eigenes Leben ihr Charpiewerk von Lüttich mitten unter dem Bleiregen fortsetzte. Wir waren weit vorgedrungen — die Kämpfer zu unserer Seite; wir konnten nicht kämpfen, drum mußten wir zu retten suchen. Ich schloß mich denen an, die Verwundete nach unten trugen; Mistreß Mary verließ mich nicht, zerriß ihre eigenen Taschentücher, um Wunden zu verstopfen, und sprang mit ihrem Vorrathe von Zupflinnen hin, wo sie einen Chirurgen beschäftigt sah. Das gute Weib opferte ihr einziges Umschlagtuch, um es um den Kopf eines Offiziers zu schlingen, den eine feindliche Kugel getroffen. — Ein Detachement der Freiwilligen von Charleroi drängte uns wieder hinauf zu der Place-Royale. Fürchterlicher Hunger und Ermüdung stellte sich bei mir ein; die Engländerin fing an, schwach zu werden. Ihre Mittel waren erschöpft; an unserer Seite stürzte ein Belgier zusammen, noch im Fallen mit gräßlichen Schwüren seine Kameraden gegen die Holländer ermuthigend. — Mistreß Mary kniete neben dem Sterbenden und betete mit gefalteten Händen. Der Todwunde zuckte noch einmal auf bei der seltsam klaren Erscheinung im Mord-Getümmel; — unendliche Wonne verbreitete sich über seine Züge — das schöne Weib war ihm ein Engel erschienen, der ihn hinüberführte in jenes Reich.

Ohne zu wissen, wie mir geschah, stand ich im Hinter-Gebäude des Hotel de Flandre in einem kleinen Stübchen. Mary sank matt zusammen auf einem Kanapee, dem einzigen

eleganten Hotels angerichtet. Zerschlagene Möbel ...
barsten Arbeit bezeichneten den holländischen Rückzug; pracht-
volle Teppiche waren vom Blute umherliegender verwundeter
Belgier getränkt. An zerbrochenen Tischen saßen die Streiter
des vorigen Tags, und sammelten sich aus dem willig geöff-
neten Keller Kräfte, um am kommenden Morgen den schwer
errungenen Sieg zu verfolgen. Mir Gold gelang es mir,
eine Erfrischung zu erhalten, die ich kaum genossen, als ich
vor Ermattung einschlief. Nach einer Stunde, die ich unter
fortwährendem Getöse geschlummert haben mochte, erwachte ich
wieder; mein erster Gedanke war die verlassene Engländerin;
ich eilte nach dem Hintergebäude; angstvolle Töne erschollen
von oben herab; ich glaubte meiner Gefährtin Stimme zu er-
kennen. Mit Blitzesschnelle sprang ich die Treppe hinan, zu
meiner Seite ein junger Belgier, in der einen Hand eine
Leuchte, in der andern ein Beil, mit dem er wohl im Backe
gearbeitet haben mochte. Ich hatte mich nicht getäuscht; die
Thüre war verriegelt und das Hülfschreien fing schon an
schwächer zu werden. Unter unsern Fußstößen brach die
Pforte; eine holländische Uniform und die Engländerin mit
der letzten Kraft ringend, zeigte sich im ersten Momente. Wie
ein Blitzstrahl traf des Jünglings Beil die Schulter des Schänd-
lichen, der vom gewaltigen Schlage entkräftet zur Erde sank.
Mistreß Mary hielt mit der einen Hand das Gebetbuch an die
Brust, das sie wohl im Kampfe mit dem Holländer, der, ehe
wir in das Hotel gelangt, sich unter das Kanapee geflüchtet
haben mochte, als Talisman gebrauchen wollte, mit der an-
dern drückte sie dem Belgier die Hand und sprach: »Der
Herr hat Sie stark gemacht, der Herr wird Ihnen lohnen;«
— dann kniete sie nieder und lag lange im stillen Gebete. —

Am Morgen verlangte Mistreß Mary, wenn es möglich
wäre, weiter zu reisen. Schon waren wieder Gewölbe geöffnet
und ich rieth darum, vor der Reise für Kleider zu sorgen.
Wir hatten uns gehörig versehen und zogen zur Thüre
hinab. Ehe als wir um die Ecke bogen, hob sich von einem
Haufen Pflastersteine eine Gestalt auf, die mir trotz der Zer-
rissenheit des Anzuges bekannt schien. Es war der Kolonist,
der mir einen wüthenden Blick zuwarf, mit einem Satze auf
die Engländerin lossprang, und diese von meiner Seite zu
ziehen suchte. Jubelndes, siegtrunkenes Volk zog unsren Weg.
Ich wollte ausweichen, und wurde so vom Haufen fortgetrie-
ben ... der Engländerin getrennt, ... nicht wieder sah.

Schatten, der mich nach der Hochzeit zu den Merkwürdigkeiten
Roms führen soll. Herzlich grüßend Ihre

Mary.

Skizze aus dem Theaterleben im vorigen Jahrhundert.

Es war im Jahre 1790, als sich der Theaterdirektor und
Schauspieldichter Großmann nebst Gesellschaft in Kassel be-
fand und wegen seiner Reellität allerwärts die größte Ach-
tung genoß — Großmann, obschon von Figur sehr klein,
war ein Mann von vorzüglichen Geistesgaben, vieler Sprach-
kenntniß, feinster Weltbildung und vollkommenster, sowohl
theoretischer als praktischer Bühnenkenntniß, der während sei-
ner Direktionsführung, die er mit großer Umsicht und glück-
lichem Erfolge leitete, manchen wackern Künstler bildete. Wie
sein Biograph Reichard sagt, spielte er einen Lord Trinket,
einen Riccaut de la Marliniere mit aller diesen Geschöpfen
eigenen Etourderie und Impertinence; sein höchster Triumph
aber war Marinelli und Nathan der Weise, weshalb er Lessing
über Alles schätzte und fast wie einen Heiligen verehrte.

Wehe dem Schauspieler, der bei ihm während der Probe
eines Lessing'schen Stückes sich einen Scherz erlaubt oder sonst
sein Augenmerk auf andere Dinge gelenkt hätte; er war
nahe daran vom Direktor eine Kündigung zu bekommen oder
augenblicklich entlassen zu werden. Seit langer Zeit schon
sah man diesen kleinen Mann über Etwas nachsinnen, er
schien einen Lieblingsgedanken zu haben, der ins Werk ge-
setzt werden müsse, wenn ihm nicht längere Unruhe alle
Thatkraft hemmen sollte. — Eines Abends, nach der Vor-
stellung der »Emilia Galotti,« lud er die Mitglieder seiner
Gesellschaft zu sich in seine Wohnung. Als er die Häupter
seiner Lieben gezählt, und nach seinen Kräften bewirthet
hatte, erhob er sich im Kreise und sprach mit der ihm eigenen
Würde: „Meine Freunde! Ich habe Euch um mich versammelt,
um eines Mannes zu gedenken, den Deutschland mit Stolz
den Seinigen nennt, des kritischen Regenerators deutscher
Wissenschaft und Kunst, des Schöpfers des modernen Schau-
spiels und in besonderer Hinsicht auf das Drama des Wieder-
herstellers des bessern Geschmackes — Gotthold Ephraim
Lessings ...

Und dann mein Lieblingsstück: »Nathan der Weise«, dieser Idealphilosoph, dieser ächte Weltbürger, vor dem nur der Werth des Menschen, nicht aber sein Bekenntniß Werth hat. Welch' eine erhebende Fernsicht auf die Gleichstellung aller Religionen vor dem moralischen Gesetz eröffnet sich uns in diesem Nathan, der jedem Israeliten als Wegweiser dienen kann, um die moralische Höhe zu erlangen, die allein fähig ist, seine Gleichstellung zu bewirken. Ja, dieser Nathan ist nicht der Jude der Bibel, des Mittelalters oder unserer Zeit, sondern der Dichter, der reine Mensch, Lessing selbst. Ihm, dem großen Gelehrten eine Libation zu bringen, ist mein Dichten und Trachten; laßt uns Alle mit Kraft dahin wirken, daß deutscher Geist dem deutschen Manne ein Denkmal setze. Zur Erreichung dieses Zweckes laßt uns: „Minna von Barnhelm" aufführen. Nicht die Gabe, die Liebe bestimmt den Werth. Ich aber meine: es müsse sich hier in Kassel ein leidliches Sümmchen erschwingen lassen, und wenn alle Bühnen Deutschlands mit einstimmten, so wollte ich barhäuptig von Theater zu Theater wandern und mitwirken bis es prange das erhabene Standbild des großen Denkers und Dichters, dessen Geist uns befreit vom Alexandriner und der französischen Tragödie."

Mächtig hallten diese Worte in den Herzen der umstehenden Künstler wieder. Alle reichten sich die Hand und gelobten, mit ganzer Kraft Hand an's Werk zu legen. Großmann traf die nöthigen Vorkehrungen und versäumte nicht, den Darstellern der betreffenden Rollen hie und da bedeutsame Winke zu geben. Die nöthigen Bekanntmachungen waren ergangen; der Tag der Aufführung nahte heran. — Nachdem Vormittags die Generalprobe mit Beziehung aller Requisition abgehalten worden war, ging der Direktor in die Kassen-Expedition. »Nun, mein Lieber, wie steht's?« redete er den Kassirer an. Dieser zuckte die Achseln und sagte: daß er bisher nichts mehr als ein Dutzend Billets verkauft habe. Ohne ein Wort zu entgegnen, ging Großmann von dannen und setzte seine Hoffnungen auf den Abend. — Schon waren sämmtliche Schauspieler im Konversationszimmer völlig angekleidet beisammen, welche von Zeit zu Zeit auf die Bühne gingen und durch das Guckloch im Vorhange in das Parterre hinausstarrten. Still machten sie die kleine Blechklappe wieder zu und gingen betrübt zurück. Keiner sprach ein Wort, denn nur hie und da gewahrte man einen Zuschauer, der es für gut erachtete, des großen Deutschen zu gedenken. Spärlich saßen die Zuschauer da, meist auf den hintern Plätzen.

Die Logen waren dunkel und leer, selbst die Söhne der Musen, die Herren Studenten, waren abwesend, heute, in einem Stück von so ächtem norddeutschen Gehalte. Sie hatten es als Feinschmecker vorgezogen, einem Schmause beizuwohnen, da ihnen wahrscheinlich ein Pudding lieber war als der Lessing.

„Kaum die Kosten!" murmelte Großmann für sich hin, als er in die Oede hinausgeblickt hatte. In der Hoffnung, daß vielleicht Billets zum Besten des Zweckes abgeholt oder mit einem höhern Gelde als der Eintrittspreis honorirt worden wären, schickte er den Theaterdiener an die Kasse.

Nach wenigen Minuten kam selbiger mit einem Zettelchen zurück. Großmann griff hastig darnach und las mit gedämpfter Stimme: Total-Einnahme zum Besten eines Lessing-Denkmals fünfzehn Thaler und zwölf Groschen. Mit den Worten: „So ehrt Deutschland seine großen Todten!" entfiel das Blatt seiner Hand. Er war unschlüssig, ob er solle den Vorhang aufziehen lassen, und überlegte mit sich selbst. Plötzlich trat er in die Mitte der Seinigen und rief: »Nein Kinder, diese Schmach soll dem großen Manne, soll uns nicht angethan werden. Laßt uns heute so recht aus vollem Herzen ein Lessing-Fest feiern! Jedes Wort, jeder Ton seiner herrlichen Dichtung sey heute ein ganzer Akt, ein ganzes Stück. Auf, das Publikum ist zwar klein, aber es ist ein Häuflein Geweihter, das uns verstehen wird. Agire heute ein Jeder, als wenn der große Lessing vorn in der Loge säße und unserm Spiele lauschte.«

Furchtbar zündende Funken in das Pulver der Begeisterung waren diese Worte.

»Platz vom Theater!" rief der Inspizient, der jetzt mit der Klingel das Zeichen zum Anfange der Musik gab. Alles war Fülle und Kraft, Glut und Begeisterung. Selbst der alte ergraute Souffleur ging mit Schritten, welche in der Scansion das hohe Versmaß bezeichnen, nach seiner unterirdischen Behausung. Die Ouverture brauste dahin, als sey des Direktors Wort gleichsam wie ein elektrischer Schlag auch unter die Musiker gefahren. Wo eine Cadenz ertönte, da fiel sie nicht aus im Sturme der Begeisterung. — Das Stück begann; jedes Wort, jede Scene wurde im Geiste des Dichters gesprochen und gespielt. Alles war thätig und rührig; nur Einer that nichts, der Souffleur. Sein Schweigen aber war ein Lob mit tausend Zungen; jeder Schauspieler war Herr seiner Rolle, jedwede Accentuirung und Bewegung trug den Stempel der Vollendung. — Wirklich! so lange Lessings »Minna von Barnhelm« auf deutscher Bühne gespielt worden war, so hatte man das Stück noch nie in Szene gehen sehen.

Beim Fallen des Vorhanges flogen zwar keine Kränze und Gedichte auf die Bühne, womit man in unsern Tagen so verschwenderisch umgeht; die volle Befriedigung, die jeder Zuschauer mit hinwegnahm, war mehr Raum für die Darsteller, die außer den Gaben ihres Geistes noch ein Opfer brachten, das sich als ein gar schöner, herrlicher Zug ihrer Verehrung gegen Lessing bewährt — Fünfzehn Thaler zwölf Groschen war die Einnahme, welche das kunstsinnige Kasseler Publikum beigesteuert: das schämten sie sich anzusehen, und die Mitglieder einer Wanderbühne, jene armen Schauspieler, die damals kaum den vierten Theil der Gage hatten, welche die jetzigen Mimen beziehen, beschlossen einmüthig, einen Theil von ihrem Wochengehalte abzugeben.

Es geschah, und so steigerte sich die Summe bis auf siebenzig Thaler; ein Ehrengeld, geläutert in der Flamme der heiligen Begeisterung, geprägt von dem Schlage des Herzens, womit sie die Nationalehre der Kasseler Bürgerschaft einlösten. — Die Namen der Künstler, die an jenem Abend mitwirkten, sind verklungen, sie nennt keine Lippe, kein Buchstaben zeigt sie der Nachwelt an; im Buche der Kunst aber glänzen sie, gleich dem in Gold gestickten Gedichten des Mallakat in der Moschee zu Mekka.

Funken.

Man liest in der Dorfzeitung: Die Stadt Frankfurt weiß davon zu reden, daß es auch theuere Zöpfe gibt. Da hat Einer in der Rathsversammlung nachgewiesen, daß das auf der Universität gekaufte Dr. von den Aerzten und Advokaten der Stadt seit 25 Jahren etwa 75,000 Gulden gekostet hat. Man beschloß, daß künftig die Aerzte auch ohne Dr. gültig sterben lassen und die Advokaten Prozesse verlieren dürfen.

ungs-Gruß gar nicht antworten ... Demokraten fangen wahrhaftig schön an! Also nicht einmal antworten wollen sie ihrem Könige auf seinen Gruß! und sonst sagte man immer, die Sachsen wären die häßlichsten Leute in Deutschland. Na, das wird gut werden! Wenn der sächsische Herr König nur nicht lange fackelte, sondern die zarten Kerle fortjagte bei erster Gelegenheit."

B e r l i n.

Viele Adler flogen wieder bei dem letzten Ordensfeste
Meist auf blaue Waffenröcke, als zum allerliebsten Neste.
(Satyr.)

In der deutschen Presse steigt das Angebot, um es kaufmännisch auszudrücken, mit jedem Tage; ob die menschliche Natur in der Nachfrage gleichen Schritt damit zu halten vermag, ist eine andere Frage; nimmt doch die getreue Bewältigung eines einzigen Blattes bei dem jetzigen Umfange der Zeitungen einem guten Hausvater mehrere Stunden. Wo sind die Tage geblieben, da Schiller — als es sich von Gründung der Allg. Zeitung handelte — davon zurückschrack, daß täglich ein halber Bogen Stoff zusammengebracht werden solle.

Das Ipswich Museum für Naturgeschichte erhielt kürzlich von dem Bischof von Norwich ein Exemplar des sogenannten Fregattenvogels mit nachstehendem Bericht: Dieser Vogel ist wirklich ein Luftbewohner, er lebt und schläft darin und kommt außer in der Brutzeit nie ans Ufer. Die Erklärung dieses merkwürdigen Phänomens ist sehr einfach. Er hat einen ungeheuren Sack unterhalb seiner Kehle, seine Haut ist locker, Knochen und Adern sind wahre Luftgefäße. Bei einer ungewöhnlichen Ausspannung von Schweif und Flügeln und Einfangung einer gehörigen Menge von Luft, die er innerhalb seines Körpers verdünnen kann, wird er ein wahrer Luftballon und schwimmt selbst während des Schlafes in der Luft.

L. Kalisch sagt in seiner Heulerbibliothek: »Die Franzosen haben uns friedliebenden deutschen Bürgern zwar von jeher nur Unglück und republikanische Gesinnungen gebracht; aber gegen ihre Küche und Weine wird auch das friedfertigste deutsche Unterthanengemüth nichts einzuwenden haben. Ich muß sogar gestehen, daß ich, der ich mir schmeichle, ein Erzheuler zu

Fra Diavolo meisterhaft dar, seine großen Stimmmittel ... nutzte er nur, wo es eben paßte. Im Duett aus der Stummen von Portici machte er seine Stimme wieder mit all der ihm zu Gebote stehenden Kraft geltend und spielte feurig und schön. Herr Herger schien heute weniger aufgelegt, denn er sang zu ruhig.

Wir können nicht umhin, hierbei Veranlassung zu nehmen, einen Rückblick zu thun auf die genußreichen Abende, die uns durch 3 große, sehr gelungene Opern-Vorstellungen gewährt wurden. Oberon, Puritaner und Don Juan wurden in der ersten Woche nach dem Durchgang des Direktors Clarot gegeben, und können wir uns nur Glück wünschen, durch die Entfernung dieses Unwürdigen die guten und tüchtigen Kräfte unserer Bühne besser kennen gelernt zu haben. Genannte 3 Opern führten uns 2 Sängerinnen als Gäste vor. Fräulein Achilles vom Stadttheater zu Würzburg und Frl. Reus. Letztere als Rezia und Donna Anna, Partien, die ihr zum Theil recht gut gelangen. Frln. Achilles ist die Aufgabe gestellt, durch ihren Gesang ihre Persönlichkeit vergessen zu machen, doch dazu reichen ihre Fähigkeiten nicht aus. Ihre zwar klare, aber etwas schwache Stimme ist mehr Gaumen- als Brustton; sie besitzt eine reine Intonation und leichte Coloratur, doch Spiel und Darstellungsgabe fehlt ihr gänzlich. Arthur gehört unstreitig zu den Glanzparthien des Herrn Sabano. Wenige Tenoristen giebt es, die diese Partie so singen, wie sie geschrieben steht. Herr Sabano überwand alle Klippen der höchsten Lage für Brustton und Falset, das z. B. im Finale das zweigestrichene d berührt, mit bewunderungswürdiger Leichtigkeit, wobei war sein Spiel ächt dramatisch. Es war für jeden Kenner ein Genuß, diese Heldenstimme, die das herrliche Solo: „Ho dein Traz" mit höchster Kraft durchführte, in andern Stellen sich im zartesten mezza voce bewegen zu hören. Eben so sang Herr Sabano die Partieen des Hian und Ottavio mit der Kunst und Gediegenheit eines tiefen Studiums der deutschen Musik. In allen 3 Partieen bewährt sich Herr Sabano als echter dramatischer Künstler, der ohne Scheu die größten Bühnen Deutschlands betreten darf, wozu er auch, wie wir hören, schon schmeichelhafte Einladungen erhalten hat. Herr Herger befriedigte als Richard in den Puritanern, mehr als sein Don Juan es konnte, dem aller Typus der Genialität abging. Die Champagner-Arie sang er mit Humor und

daß bei Abfassung der
an den über das Verfass
Regierung von dem
dung des gemeinsamen
Beeinträchtigung der S
einzelnen Glieder des
einzutreten habe, als
Einigung und kräftigen
ist." Hiebei kommen n
Verfassungswerk begren
der Pyramide in sich
besteht in den Beschlü
des als der breiten B
bedürfniß der durch eine
eindarung der einzelnen
der Nationalversammlu
Verfassungswerkes. D
eine Beeinträchtigung
ze des großen Ganzen
nicht zur Erreichung
kräftigen Gesammtentw
derlich sich darstellet.
bekannt, daß die einzel
Zeitpunkt zwischen der
der Verständigung und
Versammlung benutzt h
kraft ergründen, vielm
daß nunmehr der Gr
das Verfassungswerk
In diese Verständigun
sentlich, wie das Ver
Konsequent mit dieser
wirklich bereits mehrer
„Grundrechte nicht eh
vollendet seyn werde.
ergibt sich unserer An
Regierungen: die Gr
der Verständigung un
Publikation und Ein

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 27. Februar 1849. № 58. Dienstag: Leander.

Die bayerische Note vom 16. Februar 1849.

Diese Note ist eine vorläufige Antwort auf die Cirkularnote des Reichsministeriums vom 28. v. M. Sie enthält unter Andeeem: a) Die bayerische Regierung habe das Bedürfniß einer Beeständigung der deutschen einzelnen Staaten unter sich seit dem Beginne der Arbeiten der Nat.-Vers. tief empfunden. Sie habe dieß schon im Monate Mai v. J. und seitdem wiederholt, durch dringende Aufforderungen an die verbündeten Regierungen bethätigt. b) Der Zeitpunkt zwischen der ersten und zweiten Lesung des Verfassungsentwurfes erscheine auch bei der bayer. Regierung als der geeignetste zu der durch eine gegenseitige Verständigung zu erreichenden Vereinbarung zwischen den einzelnen Regierungen und der Nat.-Vers., und Bayern weede nicht anstehen, seine Eeinnerungen zu diesem Zwecke mit möglichster Beschleunigung nach Feanksuet gelangen zu lassen. c) Schlüßlich wird bemerkt, daß bei Abfassung der spezielleren Insteuktionen für die Theilnahme an den über das Verfassungswerk zu pflegenden Beeathungen die bayer. Regierung von dem obeesten Grundsatze ausgehe: „daß zur Erreichung des gemeinsamen großen Zweckes Opfer zu bringen seyen, eine Beeinträchtigung der Selbstständigkeit und einer freien Bewegung der einzelnen Glieder des großen Ganzen aber in nicht höherem Maße einzutreten habe, als zur Erreichung jenes Zieles einer wahrhaften Einigung und kräftigen Gesammtentwicklung in der That erforderlich ist.“ Hiebei kommen nun mehrere Punkte zu erwägen. Das deutsche Verfassungswerk begreift nicht blos die obeesten Theile mit der Spitze der Pyramide in sich, sondeen dieses Werkes wesentlichster Theil besteht in den Beschlüssen übee „die Geundrechte des deutschen Volkes als der breiten Basis der Pyramide. Mithin umfaßt das Bedürfniß der durch eine gegenseitige Verständigung zu erreichenden Vereinbarung der einzelnen Staaten unter sich, und zwischen diesen und der Nationalversammlung, in gleicher Weise jene breite Grundlage des Veefassungswerkes. Bei dieser Generalisieung der „Grundrechte“ war eine Beeinträchtigung der innern freien Bewegung der einzelnen Glieder des großen Ganzen sorgfältigst in so weit zu verhüten, als dieselbe nicht zur Erreichung des hohen Zieles einer wahrhaften Einigung und kräftigen Gesammtentwicklung als in der That (unumgänglich) erforderlich sich darstellet. Aus den öffentlichen Nachrichten ist zwar nicht bekannt, daß die einzelnen Regierungen auch bei den Grundrechten den Zeitpunkt zwischen der ersten und zweiten Lesung derselben zum Zwecke der Verständigung und Veeeinbarung unter sich und mit der National-Veesammlung benutzt haben, dieses Versäumniß kann aber keine Rechtskraft ergründen, vielmehr wurde dieselbe dadurch von selbst aufgehoben, daß nunmehr der Geundsatz der Veeständigung und Vereinbarung über das Veefassungswerk im Allgemeinen überall Eingang gefunden hat. Ja diese Verständigung und Veeeinbarung muß nothwendig und wesentlich, wie das Verfassungswerk selbst, von seiner Basis ausgehen. Konsequent mit dieser einzig möglichen Verfassungsweise haben auch wirklich bereits mehrere Staaten, insbesondeee Peeussen, erkläet, die „Grundrechte nicht eher einzuführen, bis das ganze Verfassungsweek vollendet seyn werde. Aus allen diesen Gründen und Betrachtungen ergibt sich unserer Ansicht nach die absolute Nothwendigkeit a) für die Regierungen: die Grundeechte gleichfalls als Objekt der zu erstrebenden Verständigung und Vereinbarung zu behandeln, inzwischen deren Publikation und Einführung zu suspendiren, und b) für die Landtagskammer sich darauf zu beschränken, an die Staatsregieeung deshalb ihre Wünsche und Anträge über dem Lande nützliche, einzelne Abänderungen gelangen zu lassen.

Deutschland.

Bayern. †* (München, 24. Febr.) [11. öffentliche Sitzung der Kammer der Abg.] Auf der Tagesordnung: I. Verlesung des Protokolls der 10. öffentl. Sitzung. II. Bekanntgabe des Einlaufs. Am Ministertische: v. Weigand. (Unter den Einläufen einer des Määrz-Vereines in Kissingen, die Unterschleife von Seiten einiger Geistlichen bei Adressen an die Ständekammer betr.) Minister v. Weigand bringt eine Vorlage ein, die Matrikular-Beiträge zur Geündung einer deutschen Flotte und andere Ausgaben für die Nat.-Vers. und Central-Gewalt. Nach dieser Vorlage beträgt der auf Bayern treffende Theil die Summe von 1,621,976 fl. 19 kr. Nach dem bezüglichen Gesetzentwurfe soll diese Summe durch eine Umlage von 25% (15 kr. vom Steuergulden) auf die gewöhnliche Steuer aufgebracht werden. (Dies ist eine eben so hinterlistige, als jesuitische Manipulation der Regierung, die dadurch die Kammer in das Dilemma versetzen will, entweder dem Volke durch diese neue Auflage mißliebig zu werden, oder ihr Prinzip in Betreff der deutschen Sache zu verleugnen, indem sie nicht bewilligt.) Eine Interpellation von Hanitz, Röck, Waidel, die Verzögerung der Auszahlung der Einquartierungsgelder bei den jüngsten Truppenkoncentrirungen betr., wird, da der Finanzminister sich bereits entfernt, vom Minister des Aeussern Graf Bray (von seinem Abgeordnetenplatze aus) einstweilen beruhigend erwidert. Dr. Müller interpellirt den Minister Graf Bray betreffs zweier in allen Blättern verbreiteten Nachrichten, daß 1) der preussische Gesandte in München eine mißbilligende Note in Beziehung auf einzelne Kammer-Vota in der Oberhauptsfrage an Bayern gerichtet, 2) daß Bayeen eine Alliance mit Rußland und Oesterreich zur Wiederherstellung des Bundes geschlossen habe. Minister Bray erwidert hierauf, die Note des preussischen Gesandten betreffe nur die Kammer der Reichsräthe, sie verwahren sich mehr gegen die Fassung und einzelne Ausdrücke, als gegen den Inhalt der Verhandlungen und Beschlüsse jener Kammer. Offiziell sey diese Note ganz unveränderet geblieben; ein höchst veehöhnendes Peivalschreiben des peeuss. Gesandten habe er (Beay) in diesem Sinne beantwortet. **Die Alliance mit Rußland und Oesterreich erklärt der Hr. Minister des Aeussern für Lüge und Erfindung.** Dr. Müller erklärt sich nicht ganz zufriedengestellt und behält sich weitere Interpellation später vor, wobei er bemerkt, die Kammer könne Niemand Einfluß auf ihre Vota zugestehen; sie sey nur Gott für ihre Worte Rechenschaft schuldig. Schlund kündigt eine Interpellation betreffs des Associationsrechtes an und bittet den Präsidenten, den Minister des Inneren deshalb in die nächste Sitzung einzuladen. (Hr. Schlund wied wieder, wie schon gewohnt, den schönsten Unsinn zu Tage födern.)

Die Sitzung wird um 10 Uhr geschlossen. Um 12 Uhr ist Sitzung der Reichsräthe, in welcher Fürst Wallerstein den Minister des Aeussern übee 3 Punkte, besonders über die Aliance mit Rußland und Oesterreich interpelliren wird.

†* (München, 25. Februar.) Ich übersende Ihnen hier den höchst wichtigen Gesetzentwurf die Eehebung eines Steuerbeischlages zur Deckung des bayerischen Antheiles an der Matrikular-Umlage für die deutsche Flotte und andere Ausgaben für die Nationalversammlung und die provisorische Centralgewalt in Frankfurt a. M. pro 1848/49 betr. Se. Maj. der König haben nach Vernehmung allerhöchst Ihres Staatseathes, mit Beirath und Zustimmung der Kammer der Reichsräthe u. der Kammer der Abg. beschlossen und verordnen, wie folgt: Artikel I. Zur Deckung des von dem Reichsministerium der Finanzen ausgeschriebenen bayerischen Antheils an der Matrikular-Umlage für die deutsche Marine und den übrigen Kosten der Nationalversammlung und provisorische Centralgewalt in Frankfurt a. M. pro 1848/49 im Gesammtbetrage von 1,621,976 fl. 19 kr. ist von den Steuerpflichtigen in den sämmtlichen Regierungsbezirken eine Umlage von 25 Prozent der gesammten direkten Steuer-Schuldigkeit oder mit 15 Kreutzer vom Steuer-Gulden (der Grund- Haus- Dominikal- Gewerbe- dann Kapital- und Einkommensteuer) für 1848/49 zu erheben. Artikel II. Gegenwärtiges Gesetz tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Wirksamkeit. Der Staatsminister des Königlichen Hauses und des Aeußeen, dann der Staatsminister der Finanzen sind mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt. Gegeben für den Entwurf Graf von Bray. von Weigand.

(Motive zu dem Gesetzentwuefe über die Erhebung eines Steuerbeischlages zur Deckung des bayerischen Antheils an der Matrikular-Umlage für die deutsche Flotte und andern Ausgaben für die Nationalversammlung und die provisorische Zentralgewalt in Frankfuet pro $18^{48}/_{49}$.) Aus Anlaß der Nationalversammlung und der provisorischen Zentralgewalt in Frankfurt haben sich bis jetzt meheere Kosten und resp. Zahlungsanforderungen von größerem Belange ergeben, so daß über die zur Deckung des bayerischen Antheils derselben erforderlichen Geldmittel im verfassungsmäßigen Wege Sorge zu teagen ist. Die befraglichen Kosten und resp. Zahlungsanforderungen bestehen zur Zeit in folgenden Beträgen: 1) An der nach Beschluß der Nationalversammlung vom 14. Juni 1848 für die Gründung einer deutschen Flotte durch Matrikularumlage verfügbar gemachten Summe von sechs Millionen Thaler oder 10,500,000 fl. ist der von dee vorläufig in Angriff genommenen ersten Hälfte von deei Millionen Thaler oder 5,250,000 fl. auf Bayern treffende Beitrag auf 335,994 Thlr. 5 Sgr. 11 Pf. oder 587,989 fl. 51 kr. berechnet, dessen nunmehrige Einzahlung von Seite des Reichsministeriums der Finanzen dringend verlangt, und in Betracht der Wichtigkeit des Unternehmens für die Zukunft Deutschlands und der Unentbehrlichkeit des Geldes zu den beeeits eingeleiteten Bestellungen und resp. Anschaffungen nicht länger hinauszuschieben seyn wird. 2) Im Einklang mit dem Beschlusse der Nationalversammlung vom 27. November 1848 hat das Reichsministerium der Finanzen wegen baarer Vergütung der Naturalveepflegung der Reichstruppen, welche sich in Folge der im Monate September getroffenen Anordnungen im Reichsdienst befinden, eine Summe von 1,750,000 fl. auf die verschiedenen Staaten umgelegt, wovon die auf Bayern treffende Konkureenzquote 195,996 fl. 37 kr. beträgt, welche gemäß vorliegenden Ansinnen des Reichsministeriums, nachdem das von Seite Bayerns für die vom April bis Ende Juli 1848 in Schwaben und in der Pfalz zu gleichem Zwecke aufgestellt gewesenen bayerischen Truppen formulirte und auf 2,263,390 fl. 39 kr. liquidirte Guthaben hier nicht in Kompensation und resp. An- und Abrechnung kommen soll, gleichfalls sofort zu leisten ist. 3) Die den bayerischen Abgeordneten zur Volksveetretung bei der Nationalversammlung zu Frankfurt nach dem hieher bezüglichen Gesetze vom 4. Juni 1848 (Gsbl. S. 57) bewilligte Entschädigung für Reise- und Aufenthaltskosten berechnet sich nach einer vorläufigen Zusammenstellung für die Monate Juni, Juli, August und September 1848 in abgeeundeter Ziffer auf 55,000 fl., und nach diesem Verhältnisse des bisherigen Anfalles und der muthmaßlichen Dauer der Verhandlungen, nach deren Beendigung im Jahre $18^{48}/_{49}$ der ganze dießfallsige Aufwand zum Abschluß und zur Einweisung zu kommen hat, wird für denselben zuversichtlich die Bedarfssumme von 150,000 fl. anzunehmen und hier in Ansatz zu bringen seyn. 4) Ferner kann der Antheil Bayerns an der Matrikular-Umlage zur Bestreitung des Anfalls an den Kosten für die Nationalversammlung und die provisorische Zentralgewalt in Frankfurt in dem Jahre $18^{48}/_{49}$ nach Maas der bisherigen periodischen Postulate und diesfallsigen Anweisungen auf 100,000 fl. veranschlagt werden. 5) Endlich ist inhaltlich eingegangenen Berichts des k. bayr. Bevollmächtigten bei der provisorischen

Zentralgewalt, Obersten v. Xylander, d. d. Frankfurt, den 12. Febr. d. Js. von dem Reichsministerium auch bereits die Einzahlung der zweiten Rate und resp. Hälfte von der für die Gründung einer deutschen Flotte verfügbar gemachten Summe (6 Mill. Thlr.) mit gleichfallsigen drei Millionen Thalern oder 5,250,000 fl. mittelst Umlage nach der bestehenden Bundesmatrikel gefordert und die wirkliche Leistung mit den auf die einzelnen Staaten entfallenden Antheilen bis 1. Mai d. J. bestimmt worden, wovon auf Bayern gemäß der im Reichsgesetzblatte (St. XII. S. 76) erschienenen Bekanntmachung vom 13 Februar 1849 abermals 335,994 Thlr. 5 Sgr. 11 Pf. oder 577,989 fl. 51 kr. treffen.

Vorstehende von 1—5 aufgeführte Posten betragen zusammen 1,621,976 fl. 19 kr., und bilden in dieser Größe, ohne daß hiebei für noch allenfalls weiter aufkommende, zur Zeit noch unbekannte Ausgaben zu Zwecken der Reichsgewalt auf eine Reserve Rücksicht genommen ist, die Summe der Leistungen und resp. Ausgaben, welche im Laufe des Jahres 1848/49 und zwar zum größten Theile sogleich und unaufschieblich aus Anlaß und zu Zwecken der Nationalversammlung und der provisorischen Centralgewalt zu bestreiten und resp. aufzubringen sind. Als ihrer Natur und Beschaffenheit nach nothwendige und beziehungsweise unvermeidliche, jedoch in dem Budget der V. Finanz-Periode, — zu welcher das Jahr 1848/49 als letztes derselben noch gehört, — nicht vorgesehene Ausgaben eignen sich sämmtliche Detail-Beträge dieser Summe zur Einstellung und Verrechnung auf den Reichsreservefond, wie denn auch die sub Nro. 3 benannten Kosten auf die Abordnung zu der deutschen Volksvertretung in Frankfurt duch das angeführte bezügliche Gesetz vom 4ten Juni 1848 bereits ausdrücklich zur Uebernahme auf diesen Fond bestimmt worden sind. Allein der Reichsreservefond, welcher bekanntlich durch das Budget der V. Finanz-Periode nur mit jährlichen 500,000 fl. datirt, und von den übrigen aus den ungewöhnlich gesteigerten Bedürfnissen auf denselben entfallenden Ausgaben schon so sehr in Anspruch genommen ist, daß in Berücksichtigung solchen außerordentlichen Kostenaufwandes bereits auf dem vorjährigen Landtage zu der, durch das Gesetz über das freiwillige Subskriptions-Anlehen vom 12ten Mai 1848 geschaffenen Geldaushülfe Zuflucht genommen werden mußte, bietet für obige Ausgaben durchaus keine Mittel dar, und eben so wenig sind solche aus den Mehreinnahmen der V. Finanz-Periode zu schöpfen oder verfügbar zu machen. Die Deckung aber durch weitere Anlehens-Aufnahmen zu schaffen, wird, abgesehen von den Schwierigkeiten der zeitgemäßen Aufbringung und resp. Realisirbarkeit, auch schon aus Rücksichten für die Heimzahlung, welche bezüglich des eben gedachten Anlehens aus dem Gesetze vom 12. Mai 1848 bestimmt ist, nicht anzurathen oder zu empfehlen seyn. Es bleibt deßwegen gleichwohl nichts übrig, als den vorwürfigen Aufwand pro 1848/49 für den Antheil Bayerns an den, durch die National-Versammlung und die provisorische Centralgewalt veranlaßten Beiträgen und Ausgaben durch eine Umlage auf die Gesammtheit der Steuerpflichtigen und resp. Erhebung von Steuer-Beischlägen aufzubringen und zu decken. Nach dem Budget-Ziffer der V. Finanzperiode beträgt die voranschlägige jährliche Steuer-Einnahme von der Grundsteuer 4,295,604 fl., Haussteuer 580,162 fl., Dominikalsteuer 342,631 fl., Gewerbsteuer 743,037 fl., und von der, anstatt der Familiensteuer pro 1848/49 eintretenden Kapitalsteuer 484,032 fl., und Einkommensteuer 472,650 fl., zusammen 6,918,116 fl. Die Erhebung einer Umlage von 25 Prozent der zu entrichtenden Steuerschuldigkeit oder mit 15 kr. vom Steuer-Gulden ergibt mit Zugrundelegung des obigen Steuer-Einnahme-Solls eine Beitrags-Summe von 1,729 529 fl., wornach im Gegenhalte der obigen bis jetzt bekannten Bedarfs-Summe von 1,621,976 fl. 19 kr., der Rest-Betrag und resp. Ueberschuß zu 107,552 fl. 41 kr. zur Bestreitung der Perceptionskosten für allenfallsige Ausstände und Abschreibungen, dann zu einer unentbehrlichen Reserve verbleibt. Auf Grund dieses Sach-Verhältnisses und in Rücksicht der angegebenen Motive, dann der Dringenheit des Gegenstandes haben Se. Majestät der König Allerhöchst sich bewogen gefunden, auf dem gegenwärtig versammelten Landtage an die hohen Kammern der Reichs-Räthe und der Abgeordneten, und zwar zunächst an letztere, einen auf die Erhebung obiger Umlage und resp. des betreffenden Steuer-Beischlages für 1848/49 bezüglichen Gesetz-Entwurf zur Berathung und Zustimmung gelangen zu lassen, welcher im Allerhöchsten Auftrage durch die unterzeichneten Staats-Minister hirmit übergeben wird. München, den 24ten Februar 1849. Graf v. Bray. v. Weigand.

†* (München, den 25. Februar.) Gestern Abend fand das Arbeiterbankett zur Feier der Proklamation der französischen Republik statt. Bei demselben erschien ein großer Theil der Linken unserer Kammer. Die Reden (Riedl, Brckmann, Rubner, Sensburg) waren meistens sehr im republikanischen Sinne. Die Vorsichtsmaßregeln der Regierung waren abermals umsonst, obgleich das Militär eine sehr große Kampfbegierde hegte; denn ein hiesiger Adjutant sagte in einem sehr besuchten Weinhause gestern Morgens: „Wenn sie nur heute anfangen, dann haue ich sie alle in Stücke!“ Der Mann, wie viele seiner Kameraden, hat sehr sonderbare Begriffe von einem auf die Verfassung beeidigten Soldaten.

†* (München, den 24. Februar.) Statt eines Berichtes über die, beiläufig gesagt, sehr unwichtige Reichsrathssitzung erhalten Sie nebenstehende Erklärung zur Aufnahme, die von sämmtlichen Journalisten redigirt wurde und an alle Blätter geht, da wir uns aufs Ehrenwort verpflichtet, keinen Bericht zu liefern. Erklärung. Nachdem den Korrespondenten hiesiger und auswärtiger Blätter heute schon zum zweitenmale die Zumuthung gemacht wurde, in dem Vorzimmer zur Kammer der Reichsräthe bei den Kammerlaquaien zu antichambriren, bis sämmtliche Reichsräthe ihre Plätze in der Kammer eingenommen, haben sie sich vereinigt, da auf ihre Einladung an den Präsidenten, sich einen Augenblick herauszubemühen und ihre Beschwerde entgegenzunehmen, dieser sich hiezu nicht bemüßigt fand, heute einen Bericht über die Reichsrathssitzung nicht erscheinen zu lassen. Sie haben geglaubt, daß die Würde der Presse nicht von dem Willkürakte eines hocharistokratischen Kammerpräsidenten verletzt werden dürfe und sie werden künftig an demselben Verfahren festhalten, so lange diese Mißachtung faktisch besteht. Wir ersuchen sämmtliche Redaktionen um sofortige Aufnahme dieser Erklärung.

†* (München, den 25. Februar.) Nach dem Beschlusse der vereinten Journalisten, von welchen die Ihnen gestern eingesandte Erklärung ausging, konnte ich Ihnen einen formulirten Bericht über die gestrige Reichsrathssitzung nicht senden. Ich glaubte, nach diesem Beschlusse anschließen zu müssen, da auch ich in dem Benehmen der aristokratischen Kammer eine tiefe Herabwürdigung der Presse erkenne. Uebrigens bin ich der Ansicht, daß diese Herrn allerdings die Presse zu scheuen haben, wenn ein dünkelhafter, geistloser, aristokratischer Schwätzer, wie Herr Graf Arco Valley auch in der Sitzung erklärt, er lege kein Gewicht auf Presse. Die Presse aber darf stolz darauf seyn, nicht zu den vielen „edlen, hochverehrten Freunden“ gezählt zu werden, die Herr Valley stets im Munde führt. Anderer Ansicht scheint Fürst Oettingen-Wallerstein zu seyn, der den Herrn Grafen sogleich hierin widerlegte. Fürst Wallerstein, über den die vielseitigsten und die entgegengesetztesten Urtheile gefällt werden, erweist sich übrigens, von Allem abgesehen, als ein entschiedener, muthiger Kämpfer für die Rechte, Freiheiten und das Wohl des Volkes, wie für die Einheit und Freiheit Deutschlands. Ganz von einer demokratischen Basis ausgehend, tritt er allen Machinationen der Reaktionspartei offen entgegen und weiß mit jener Gewandtheit und diplomatischen Freiheit, die ihm in hohem Grade eigen, die Schliche und Kombinationen der Feinde der Freiheit klar zu enthüllen. Wir lassen ihm, ohne in Allem ihm das Wort zu reden, recht gerne die Gerechtigkeit wiederfahren. Auch gestern interpellirte er den Minister des Aeußeren wegen der russisch-österreichischen-bayerischen Alliance, wegen der Note des hiesigen preussischen Gesandten, worauf Graf Bray dieselbe Antwort gab, die er auf die gleiche Interpellation Morgens in der 2. Kammer gegeben.

Die dritte Interpellation des Fürsten betraf die preußische Note vom 16. Febr. an den Bevollmächtigten bey der provis. Centralgewalt, Minister Camphausen, und Graf Bray erwiderte hierauf, daß ihm diese Note nur privatim, nicht offiziell bekannt sey, daß er sich hierüber also spätere Aufschlüsse vorbehalten müsse. Dann stritt man sich über Jagdrechte, wobei Wallerstein, der stets bey der Hand ist, eine höchst alberne Behauptung des Hrn. v. Seinsheim in Bezug auf Volksbewaffnung damit widerlegt, daß er den Begriff dieses Wortes sehr freisinnig feststellte und eine wahre Volksbewaffnung als die Bürgschaft für die Freiheit, aber auch für Ordnung und Gesetz bezeichnete. Minister Beisler machte der I. Kammer dieselbe Eröffnung in Bezug auf die Kammervertagung, wie der II. Wie ich höre wird der treffende Ausschuß von dem Ministerium erst einige nähere Aufschlüsse über wichtige Punkte verlangen, ehe er die Matrikular-Beitrags-Frage verhandelt. Heute spricht man davon, daß die Vertagung nicht eintreten würde; ich halte das für bloßes Gerücht.

(München, 25. Febr.) In die bei dem Oberappellationsgerichte in Erledigung gekommenen drei statusmäßigen Rathsstellen rücken die Oberappellationsgerichtsräthe außer dem Status Metz, Prunner und Maißner vor, sofort wurde zum Oberappell.-Ger.-Rath außer dem Status der Appellationsgerichtsrath Salzmann in Amberg befördert, auf die bei dem Bezirksgerichte Landau erledigte Richterstelle der Bezirksrichter Werner in Frankenthal, und auf die in Landau in Erledigung gekommene Notarstelle der Notar Heuck in Germersheim versetzt. Dem Landgerichte Burgebrach (Oberfranken) wurde ein zweiter Nebenbeamter beigegeben, und hiezu der vom Staat übernommene Patrimonialrichter II. Klasse Küffner von Fischbach als Assessor extra statum ernannt. Dem praktischen Arzte Dr. Schwarz zu Rothenburg a. d. T. wurde die Stelle eines Landgerichtsarztes dortselbst verliehen. (N. M. Z.)

(Würzburg, den 24. Februar.) Der Finanz-Accessist Dr. Diepolder bei der kgl. Regierung dahier wurde zum Ministerial-Sekretär II. Klasse bei dem Ministerium des Handels ernannt. — Wie wir vernehmen wird das Kreis- und Stadtgericht wegen der durch die neueste Veränderung bedeutend vermehrten Geschäfte noch vier Richter erhalten. (N. Sp. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 24. Febr.) Wie wir hören sind auf Einladung des Reichsministerpräsidenten Herrn v. Gagern heute Morgen die Bevollmächtigten sämmtlicher deutschen Staaten im ehemaligen Bundespalast zusammengetreten, um, mit Ausnahme von Oesterreich, die Erklärungen ihrer Regierungen bezüglich des Verfassungswerkes dem Reichsministerium zur Uebergabe an die Nationalversammlung zu überreichen. Die Erklärungen von 26 Staaten, worunter Preußen, sind gleichlautend, oder vielmehr diese 26 haben eine Gesammterklärung abzugeben und vertreten 22 Mill. Deutsche! Dies ist immerhin schon ein stattlicher Kern des deutschen Bundesstaates. In wie fern die Erklärungen der Bevollmächtigten der Könige hiervon abweichen, wissen wir zur Zeit noch nicht; so viel aber versichert man uns, daß Oesterreich gar keine Erklärungen habe, vielmehr den Anspruch erhebe, daß die zweite Lesung der Verfassung noch um einige Wochen weiter hinausgeschoben werde. Wer die österreichische Politik auch nur einigermaßen verfolgt, den kann dies Begehren nicht wundern, um so mehr aber wundern müßten wir uns, wenn die Nationalversammlung darauf einginge. Von der österreichisch-Welcker'schen Partei soll, wie wir hören, der Antrag gestellt werden, vor der zweiten Lesung noch das Wehrgesetz vorzunehmen, die äußerste Linke verlangt ihrerseits die zweite Lesung des Wahlgesetzes; dagegen vernehmen wir doch, daß die wahre Mehrheit der Versammlung, und zwar bis tief in die Linke, der Zögerungen endlich müde ist, und fest darauf bestehen will, daß unwiderruflich Montag, den 5. März, mit der zweiten Lesung der Verfassung begonnen werde. Daran wird sie wohlthun; denn sehr richtig vergleicht die gestrige Nummer der „Deutschen Zeitung“ die Nationalversammlung in ihrer jetzigen Säumniß dem Archimedes, der Figuren zeichnete, indeß der Feind an die Pforten schlug; und so wenig wir, sind wir erst ein geschlossener Staatskörper, irgend einen Feind zu fürchten brauchen, so wenig sollten wir doch, ehe wir das geworden, abwarten, bis das Einverständniß zwischen Oesterreich und Rußland sich noch herzlicher entfaltet. Der Verfassungsausschuß hat darum ganz den rechten Weg eingeschlagen, indem er beschloß, in der nächsten Woche jedenfalls seinen Bericht über die zweite Lesung abzuschließen und später eingehende Regierungserklärungen nicht mehr zu berücksichtigen. Und wahrlich, man hat den Regierungen Zeit genug gelassen: wir stehen jetzt vor dem wahren „Entweder — Oder.“ Die Verfassung endgiltig zu machen, ist die Aufgabe der Versammlung, von welcher nichts nachgelassen worden durch die billige Rücksicht, die man dadurch den Regierungen trug, daß man ihnen Gelegenheit gab, ihre Bedenken zu äußern. Die Nation hält diese Vollmacht aufrecht. So fasse die Versammlung ihre endgiltigen Beschlüsse und es wird sich zeigen, welche der deutschen Regierungen dann den Muth hat, sich dem so geschaffenen deutschen Bundesstaate zu entziehen. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 24. Febr.) Wir vernehmen zu unserer nicht geringen Ueberraschung, daß die Herren Heckscher und v. Hermann nach

Olmütz gewiß seyn sollen, wie man sagt, um den jetzt gedruckt vorliegenden sogenannten großdeutschen Verfassungsentwurf zur Annahme zu empfehlen. Daraus geht hervor, daß dieser Entwurf von der österreichischen Partei aufgestellt worden, ohne daß diese der Zustimmung ihrer Regierung gewiß war, sogar ohne daß der österreichische Bevollmächtigte in der Lage wäre, über diesen Entwurf nur irgend welche Erkläeungen abzugeben. Es ist uns schon manchmal die Frage gekommen, zu welchem Zwecke denn Hr. v. Schmerling hier bevollmächtigt ist. Er hat in den Weihnachtstagen für die Verfassung nichts von Olmütz zurückgebracht; ebenso Herr v. Würth nichts. — Es thut uns für die Herren Heckscher und v. Hermann leid, daß auch sie sich zu einer Politik der Zögerung gebrauchen lassen, deren Absichten und Nachtheile für Deutschland nun nachgerade doch jedem Kinde klar seyn sollten. — Soweit unser Gehör reicht, haben wir über den sogenannten großdeutschen Verfassungsentwurf von allen Staatsmännern nur ein Urtheil vernommen. Welches? braucht nicht erst gesagt zu werden. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 24. Februar.) Endlich hat auch Sachsen-Weimar in der Verfassungsfrage sich erklärt, und zwar wie vorauszusehen war, im Sinne derjenigen Regierungen, welche im Verein mit Preussen ihre Erklärungen abgegeben haben. (D. Z.)

(Frankfurt, den 23. Februar.) Gestern wurde in vielen Gemeinden der zwischen hier und Mainz und nach dem Taunus zu gelegenen Ortschaften, die bisher von der Einquartierung verschont waren, amtlich bekannt gemacht, daß in den nächsten Tagen Reichstruppen daselbst eintreffen würden. — Die herzoglich nassauischen Militärpflichtigen sind sämmtlich eiligst einberufen worden. (Fr. J.)

Hannover. (Hannover, 21. Febr.) Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Ansicht des Landes in dem Beschluß der zweiten Kammer über die Grundrechte ihren Ausdruck gefunden hat, denn von allen Seiten laufen Zustimmungs- und Dankadressen an die Majorität der zweiten Kammer ein. Dadurch wird nicht ausgeschlossen, daß man im Lande ebenso aufrichtig den Rücktritt Stüves beklagt und auch diese Gesinnung in Adressen ausspricht. So berichtet die „Hannover'sche Ztg." von einer Petition von Residenzbewohnern, die mit 800 Unterschriften versehen an die Ständeversammlung die Bitte richtet, dieselbe wolle in den darüber zu erwartenden gemeinschaftlichen Verhandlungen einen Ausweg zu ermitteln suchen, wodurch das jetzige Ministerium dem Lande erhalten und zugleich den heiligen Pflichten gegen das Vaterland genügt werde. (Wes. Z.)

Oesterreich. Die Wiener Post vom 22. Febr. bringt die offizielle Nachricht, daß die Minister beschlossen haben, sich behufs der Umgestaltung Ungarns mit Vertrauensmännern der verschiedenen Nationalitäten daselbst zu umgeben. — Wieder kam ein Schuß auf einen Soldaten und eine Hinrichtung wegen Waffenverheimlichung vor. Der Reichstag in Kremsier sprach sich für Glaubensfreiheit und die jedem Kultus zu gewährende öffentliche Religionsübung aus. (A. A. Z.)

Preussen. *f* (Berlin, 23. Febr.) Die mehr als gewöhnlich freundschaftlichen Beziehungen in denen Graf Westmoreland, der englische Geschäftsträger, zu unserer Regierung steht, haben einige Aufmerksamkeit erregt. Es ist diese freundschaftliche Beziehung auch in der That von politischer Bedeutung, da dem großbrittanischen Bevollmächtigten alle bedeutendern Staatsschriften Seitens des Kabinets zugefertigt werden. Diese so enge Verbindung des Kabinets zu St. James mit dem Berliner, wie vielleicht seit Friedrich des Großen Tode nicht Statt gehabt, läßt Viele an einen wirklichen Traktat zwischen Großbritannien und Preussen, gleichsam als Gegensatz zu dem russisch-österreichischen Bündnisse, glauben; Andere wollen in jenem auffallend freundschaftlichen Verkehr erst die Präliminarien zu einem später eventuel abzuschließenden Bündniß sehen. —

Die Anwesenheit verschiedener kleiner norddeutscher Fürsten an unserem Hofe hat, wie von gut unterrichteter Seite her behauptet wird, auch den Zweck gehabt, eine Reorganisation des Militärwesens in den kleinen norddeutschen Staaten vorzubereiten. Man will sogar von dieser projektirten Reorganisation selbst wissen, daß die verschiedenen Souveraine Sr. Maj. den Oberbefehl über die resp. Gesammt-Truppen von Norddeutschland angetragen hätten; indem man wünscht, das allerdings mangelhafte Heerwesen jener Staaten durch Einführung der preussischen Ordnung und Disziplin beseitigt zu sehen. — Die Regierungen der kleinern deutschen Staaten lassen in neuster Zeit überhaupt keine irgendwie passende Gelegenheit vorübergehen, ohne ihre Zuneigung zu einem engen Anschlusse an Preussen an den Tag zu legen. —

Die Deputirten treffen nunmehr zahlreich ein, von namhaften Mitgliedern der Opposition sind bereits Temme, v. Unruh, Rodbertus, v. Berg, d'Ester, Schornbaum u. A. m. angekommen. Die Oppositionspartei wird heute Abend, in Folge einer Einladung der Berliner Abgeordneten Behrends und Waldeck, zu einer Besprechung im Mielentzschen Saale zusammenkommen. —

Ein in der Buchdruckerei von Reichhardt gedrucktes und von dort aus verkauftes Gedicht „an die zusammentretenden Kammern von F. Freiligrath ist mit Beschlag belegt worden. —

Das Ministerium soll in Folge der Abstimmung über das deutsche Wahlgesetz ernstlich daran denken, nunmehr gegen die Frankfurter Versammlung zu operiren, deshalb von der direkten oder indirekten (durch Hülfe eines konservativen Antragstellers zu erzielenden) Vertagung der Kammer abstehen und vielmehr nur die wohl nicht ohne Grund vorausgesetzte Abneigung beider Kammern gegen die Frankfurter Nationalversammlung zu entschiedenen Operationen gegen die dieselbe benutzen wollen. — Uebrigens rechnet das Ministerium für den Anfang auf eine Majorität von 30 bis 50 Stimmen in der 2. Kammer.

Am Hofe und in den den Hof umgebenden Kreisen soll jetzt auf ein Ereigniß gehofft werden, dessen Eintritt seit vielen Jahren für unwahrscheinlich gehalten wurde. Es sind dies Hoffnungen, die sich an jenen Zustand knüpfen, über welchen englische Blätter mit der ihnen eigenen Diskretion regelmäßig, so oft er eintritt, Bericht zu erstatten pflegen. —

(Berlin, den 23. Februar.) Der wirkliche geheime Rath, Graf v. Arnim wurde zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten und der Ministerial-Direktor, geheimer Ober-Finanzrath v. Rabe, zum Finanz-Minister ernannt. (Pr. St.-A.)

Schleswig-Holstein. (Altona.) Während in London die Friedensunterhandlungen beginnen, sieht es in unserem Lande sehr kriegerisch aus. Es werden nicht nur Rüstungen in einem größeren Maßstabe vorgenommen wie bisher, sondern auch die Bestrebungen zu einer Volksbewaffnung machen sich immer lauter und entschiedener geltend und die Korrespondartikel aus dem Lande führen eine kriegerische Sprache; dabei tauchen immer bestimmtere Gerüchte über die Bedingungen auf, unter welchen Dänemark seinerseits geneigt seyn würde, den Waffenstillstand zu verlängern und über seine Basis der Friedensunterhandlungen. So heißt es in einem Schreiben von der Eider in den „Berl. Nachr.": „Wir glauben versichern zu können, daß Dänemark den Waffenstillstand, so wie es ist, nicht bestehen lassen wird, da es in ihm eine Garantie für das, was er am meisten von Allem fürchtet, die Einheit in Vertretung und Verwaltung der Herzogthümer sieht. Es ist in diesem Sinne eine bestimmte Erklärung nach London abgegangen, und man rüstet sich eifrig in Kopenhagen. Wir müssen aber hinzufügen, daß man in Kopenhagen keineswegs gegen die Verlängerung eines Waffenstillstandes überhaupt, ist, sondern es ist vielmehr das Kabinet bereit einen Waffenstillstand anzuerkennen, wenn er eine Basis des Friedens seyn könnte. Darunter versteht man dänischeerseits, entweder die ganze oder doch theilweise Trennung Schleswigs von Holstein und Aufstellung einer besonderen Administration für dasselbe, die Auflösung der bisherigen gemeinsamen Regierung die Trennung der schleswigschen und holsteinischen Truppen und die Anerkennung der dänischen Besetzung Alsens. Daß auf solche Bedingungen, wenn sie wirklich gemacht sein sollten, von deutscher Seite nicht eingegangen worden, läßt sich denken, und man bringt damit kriegerische Anstalten in Verbindung, die von dieser Seite getroffen worden. — Indessen scheint doch Bunsen, nach wiederholten Mittheilungen mit andern Hoffnungen für das Gelingen der Unterhandlungen nach London gegangen zu seyn. Das Gerücht von einer dänischer Seits von Alsen aus ausgeübten neuen Feindseligkeit scheint sich doch zu bestätigen. Nach einer in der „Schl.-Holst. Z." enthaltenen Mittheilung aus Schleswig wäre eine dänische Patrouille von ca. 30 Mann mit 2 Kanonen von Alsen bis zur Düppeler Mühle vorgerückt und hätte dort die dänische Fahne aufgepflanzt, aber sofort wieder Rückzug angetreten. Nach einer andern Version hätten sie mit Kartätschen auf eine Patrouille unserer Truppen geschossen. Uns wird nichts weiter aus Schleswig darüber geschrieben und aus Flensburg erfährt man auch nichts. (Alt. M.)

Die „Schleswig-Holsteinische Zeitung" enthält folgende Einsendung: „Herr Redakteur! Sie haben die Spalten Ihrer Zeitung (Nro. 37) einem Referat dänischer Blätter über die Affaire bei Bröns vom 22. v. M. geöffnet, und mich dadurch genöthigt, Ihnen schon vor dem Schluß der Untersuchung jenes Vorfalls die nachstehende amtliche Berichtigung des gedachten Referats zur gefälligen Publikation zugehen zu lassen. Es ist constatirt, daß der Aufruf, so wie die Aufreizung zu dem sogenannten Landsturm der »Holdding Harde« von dänischer Seite ausgegangen ist; es ist constatirt, daß zu jenem Landsturm unter dem Androhen von Demolirung der Häuser der Ausbleibenden angesagt worden ist; es ist constatirt, daß dessenungeachtet nur etwa 150—200 Personen meist aus der dienenden Klasse und größtentheils dänische Untergehörige sich zum Landsturm eingefunden haben; es ist constatirt, daß der Anführer dieses Haufens ein dänischer Untergehöriger, der Besitzer einer Ripener Hufe im Kirchspiel Reisbye, gewesen ist; es ist constatirt, daß dieser Anführer die mit Flinten, Lanzen, Piken, Heugabeln und Knitteln bewaffnete Schaar zwischen den Dörfern Reisbye und Bröns in Reihe und Glied gestellt, die Flintenträger mit scharfen Patronen versehen und scharf hat laden lassen; es ist constatirt, daß auf eine dem Landsturm entgegen geschickte Patrouille von dem Landsturm schon aus der Ferne mehrere Schüsse abgefeuert worden; es ist constatirt, daß der Landsturm unter Schwenken der Mützen und mit Hurrahgeschrei gegen die bei Bröns postirte Kavallerie herangezogen ist, und durch sein Auftreten die Verlesung der Aufruhrsakte dem anwesenden Polizeimeister sowohl als dem Militär unmöglich gemacht hat; es ist constatirt, daß die Kavallerie erst nach vergeblich versuchten Warnungen und Drohungen, und nachdem der Dragoner Janssen durch einen Schuß vom Pferde gestreckt worden, auf die Bauern eingehauen hat. Es ist so gut wie unzweifelhaft, daß erst nach dem Einschreiten der Dragoner einige Schüsse von Seiten der Jäger und überall nur wenige gefallen sind, während unter den eingebrachten 20 Schießwaffen des Landsturms 16 abgeschossen, und nur 3 geladene Gewehre so wie eine geladene Reuterpistole sich gefunden haben. Es ist falsch, wenn behauptet wird, daß die bei Bröns postirten Jäger während der Affaire auf höherm Terrain gestanden, als die Bauern, da gegentheils Weg und Feld nördlich von Bröns, wo der Zusammenstoß stattfand, sich gegen das Dorf zu senken. — Die Untersuchung wider die Schuldigen geht unbehindert ihren regelmäßigen Gang, der es mir verbietet, dem Resultat derselben weiter, als in diesen Zeilen geschehen, vorzugreifen. Hadersslebener Amthaus, den 16. Februar 1849. Brunn."

(Schleswig, vom 20. Februar.) Die in den Zeitungen erwähnte Deputation aus Kopenhagen, um hierorts für die Landstürmer von Bröns gnädige Strafe zu erbitten, ist hier angelangt. Den Dänen mag die Sache schwer genug auf dem Gewissen liegen.

(Vom 21.) Die Mißhandlungen und Verletzungen unserer Postbediensteten und Postwagen in Kolding wiederholen sich so regelmäßig, daß derselben ferner nicht mehr als etwas Neues oder Außerordentliches erwähnt werden kann. Die letzte thätliche Mißhandlung eines Kondukteurs hat in Anwesenheit eines Offizianten stattgefunden, welcher scheinbar mehr Freude als Anstoß daran gefunden haben soll. Von den Postkutschen sind bei hellem Tage vor dem Posthause, wie die Post aufgeladen wurde, in Gegenwart vieler Einwohner die schleswig-holsteinischen Wappen mit scharfen Instrumenten heruntergeschnitten worden. Den Frachtpostwagen hatte man mit einigen verreckten, gerupften Hennen behangen, außerdem den Wagen vielfach beschädigt und mit allerlei Zettelchen in Vers und Prosa beklebt, deren Inhalt immer darauf hinausläuft, daß die Schleswig-Holsteiner „nok skal faa Bank" (wohl Schläge bekommen sollen.) — Es freut uns, zu vernehmen, daß die Regierung gesonnen ist, diesem Skandal ein Ende zu machen, und daß, wenn nicht innerhalb zwei Tagen die nöthige Sicherheit für den Postverkehr in Kolding geboten wird, die Post nur bis Hadersleben gehen und daselbst von den Dänen abgeholt werden muß. (S.-H. Z.)

(Von der Insel Alsen, Mitte Februar.) Der auf dieser Insel vor einigen Tagen meuchlings ums Leben gebrachte Jäger, Namens Einfeld, ist ein Pflegesohn des herzogl. Oberförsters König in Süderholz, der als Deutschgesinnter hier in einer unangenehmen Lage sich befindet. Der Mord ist vermuthlich von dänischen Militärpersonen entweder aus politischen Gründen, oder wegen Wilddieberei verübt worden. Als die Familie des Oberförsters gegen Abend beim Thee

saß, wurde in der Nähe des Hauses stark im Walde geschossen, allem Anschein nach nur um Leute, wahrscheinlich den Oberförster selbst, herauszulocken. Man eilte gleich hinaus, und Einfeld, der immer bei solchen Gelegenheiten sehr rasch war und vorankam, fiel von mehreren Schüssen tödtlich getroffen. Er lebte noch zwei Stunden unter den schrecklichsten Schmerzen. Zwei Kugeln und 27 Hagel hatten ihn getroffen und erstere waren durch die Brust und zum Rücken wieder hinausgegangen. — Die dänische Regierungskommission hat, weil die That doch zu himmelschreiend ist, eine Prämie auf die Entdeckung der Mörder gesetzt. Zwei als verdächtig eingezogene Wilddiebe sind bereits wieder auf freien Füßen. — Allen herzoglichen Beamten ist jedes Korrespondiren untersagt. (J. W.)

Frankreich.

† (Paris, 22. Febr.) Der Schrecken, den die gestrige Notiz im Journal des Debats hervorgerufen, hat sich etwas gelegt. Man erfuhr bereits gestern Abend im Hotel des Kapuziners, daß Colloredo eine so geharnischte Erklärung im Namen Oesterreichs nicht abgegeben habe, sondern nach London gereist sey, offenbar in der Absicht, Herrn Palmerston's Pläne zu erforschen. Nebenbei mag auch wohl der Papa Metternich consultirt werden. Das italienische Volk wird sich wenig an dieser diplomatischen Fuchsschwänzelei kehren. Die Revolution marschirt ... und die Entscheidung dürfte nicht in der Rue Ducale zu Brüssel, sondern auf dem Schlachtfelde stattfinden. Das ist hier die allgemeine Ansicht. Der nächste Frühling wird zeigen, ob wir Recht haben?

Die Gährungen in den Departements dauern fort. Gestern meldeten die Blätter eine Insurrektion in Niort, heute erfahren wir aus Lyon, daß es auch dort auf dem Place Louis XVIII einigen Lärmen absetzte. Veranlassung dazu gab das Gerücht, der Präfekt wolle die Statue (den Mann des Volks darstellend) herabreissen lassen, um die drei Exkönigs wieder zu Ehren zu bringen. Das Volk sammelte sich in Masse um die Statue des Volksmannes und stieß die schrecklichsten Flüche gegen die Aristo's aus. Erst als der Präfekt und der Maire ihm feierlich versprochen, daß die Statue nicht abgenommen werden solle, kehrte es nach Hause zurück. Hr. Faucher hat unstreitig allen demokratischen Sinnbildern den Tod geschworen.

Eine indische Post, die wir mit Berichten aus Bombay bis zum 19. Januar schon gestern Nachmittags erhielten, ist diesesmal überaus wichtig. 12,000 Afghanistaner schicken sich an, unterstützt von 14 Kanonen, den Engländern die Eroberung des Scindlandes von Neuem streitig zu machen. Herr Gough kann sich also trotz der Einnahme Moultan's auf eine neue Schlacht gefaßt machen.

Italien.

Aus Florenz vom 18. Febr. wird dem Genueser Corriere mercantile neben der Meldung über die erfolgte Verkündigung der Republik berichtet: der Befehlshaber der Nationalgarde, Mazzini, ist nach Rom abgegangen, um die Grundlage zu der Verschmelzung beider Staaten zu legen. In Livorno erließ am 19. Febr. Carlo Pigli, Gouverneur der Stadt, einige auf die Republik bezügliche Proklamationen. In einer von ihnen heißt es: „Die Republik ist verkündigt, das Volk ist König. Volk, erfülle deine glorreichen Geschicke! Gedenke, daß deine Hauptstadt Rom, dein Vaterland Italien ist. Dein Recht verleiht dir die Herrschaft, Gott weiht dich (chi thi consacra è Dio). Es lebe Italien, es lebe die Republik!“ Der Großherzog, heißt es, will nach Viareggio, wo General Langier an der Spitze der ihm treugebliebenen Truppen steht. Luigi Mazzini ist zum außerordentlichen Gesandten Toscana's bey der sizilianischen Regierung ernannt. (A. A. Z.)

Aus Rom vom 16. Febr. wird uns berichtet, daß Gioberti's jüngste Rede, die sich bekanntlich gegen das stürmische Vorschreiten in Rom und Toscana aussprach, großen Schrecken verbreitet und manche mit Reue über die rasche Republikanisirung erfüllt habe. Die Finanz- und Geldnoth war im Steigen. In Perugia hatte das Volk die Inquisition gestürmt und verheert. Es bestätigt sich, daß die Stadt Ferrara von den Oesterreichern wieder besetzt und ihr strenge Bedingungen auferlegt wurden, weil am 6. und 7. Februar österreichische Truppenabtheilungen vom Volk gröblich insultirt, ein Offizier verwundet und mehrere Soldaten, die zum Menageeinkaufen in die Stadt gekommen, ermordet worden. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

(Eingesandt.)

In Gündersbühl hielt sich der Forstwarth Löbelein einen Knecht, der in der Weise mit dem genannten Forstwarth gemeine Sache machte, daß er das Bürgerholz in Klafter zurecht machte, und den Nutzen mit seinem Herrn theilte, wodurch den armen Taglöhnern ihr Erwerb geschmälert wurde. Später stellte sich's heraus, daß der Knecht mit der Arbeit nicht zurecht kommen konnte, und die Taglöhner waren dann gut genug, die Arbeit zu vollenden. Zu gleicher Zeit kann öffentlich bekannt gegeben werden, daß der Forstwarth Löbelein sich mit dem Holzhandel beschäftigt haben soll, was ihm jedoch so wenig als andern Bürgern zusteht. Um solche Mißstände künftig zu verhüten, wird dieß durch die Zeitung veröffentlicht.

Mit einer Beilage.

Deutschland.

Bayern. †* (München, 23. Febr.) Eben geht Ihrem Correspondenten folgender Brief des Märzvereins für Sie zu, um dessen Verbreitung nebst jener der Anlage Sie umgehend ersucht werden: „München, den 23. Februar 1849. Der Märzverein in München an den Herrn Redakteur der Mittelfränkischen Zeitung in Nürnberg. Bürger! Sie sind uns als Freund des Volkes bekannt. Ihr Herz schlägt warm für die Einheit unseres Vaterlandes, ohne welche es für uns keine achtunggebietende Stellung nach Außen — kein nationales Bewußtseyn, somit keine Selbstständigkeit und keine Freiheit gibt. Bürger! Sie wissen und die Mehrheit des Volkes fühlt es, daß bereits wieder jene unheimlichen Mächte ihr Wesen treiben, welche uns seit Jahrhunderten geknechtet und die Hoffnung nicht entfernt aufgegeben haben, den alten Michel wieder ins alte Joch zu spannen. Diese Menschen setzen alle Hebel des Privatvortheils, der Leidenschaften und Vorurtheile jeder Art in Bewegung, um die Einheit Deutschlands zu hintertreiben, im festen Vertrauen, dadurch die Freiheit zu vernichten und sich im Besitz der Herrschaft und die Möglichkeit zu erhalten, ihren volksfeindlichen Gelüsten nach wie vor zügellos fröhnen zu können. Bald könnte die Waage schwanken. Jedenfalls ist das Volk verloren, wenn es nicht selbst zugreift und mit der allmächtigen Gewalt sittlicher Erhebung seinen Willen bestimmt und wiederholt kund gibt. Dieß kann mit Erfolg nur geschehen, wenn das Volk das Vereinigungs- und Versammlungsrecht tüchtig anwendet. Nur in der Vereinigung sind wir stark. Nur durch Vereine wird rasch die erforderliche Kenntniß alles Wichtigen nach jeder Seite hin verbreitet, die Einsicht in öffentliche Angelegenheiten gesteigert, das nationale Bewußtseyn angeregt, das Volk für die ersten Güter des menschlichen Daseyns begeistert und nur durch enge Vereinigung werden alle Kräfte des Volkes für die heilige Sache der Freiheit und der Einheit unseres schönen deutschen Vaterlandes gleichmäßig verwendet und bereit gehalten. Dieser Betrachtung und der Erwägung, daß alle politischen Parteien die Einheit und den Rechtsstaat fordern, und, wollen sie nicht Verräther am Vaterlande werden, fordern müssen, und daß sich alle Deutsche unter diesem Banner vereinigen können — verdankt der Märzverein seine Entstehung. Wir legen Ihnen dessen Statuten und Geschäftsordnung hier bei und ersuchen Sie, in Ihren Kreisen mit allen Kräften dahin zu wirken, daß Vereine in diesem Sinne errichtet werden. Gelingt es Ihnen oder Ihren politischen Freunden, so werden sie, wie bereits die meisten freisinnigen Vereine in Bayern gethan haben, sogleich mit dem hiesigen Märzverein als provisorischen Centralausschuß für Bayern unter der Adresse: Advokat Jos. Riedl, oder Emil Roller in München in Verbindung treten, damit wir das erhabene Ziel der Freiheit und des einigen Deutschlands Hand in Hand verfolgen. Um Ihnen das Werk der Stiftung von Vereinen vielleicht eher möglich zu machen, um den Boden, auf dem die Saat des Guten gedeihen und reifen soll, zu ebnen und zu lockern, übersenden wir Ihnen hiemit eine Anzahl Exemplare des Mahnrufs, den der hiesige Märzverein dieser Tage erlassen hat, zum Zweck rascher Verbreitung. Sollten Sie mehr Exemplare brauchen, so wollen Sie nur hieher Anzeige machen. Ueberhaupt sind wir in jeder Beziehung bereit, Sie bei der Gründung von Volksvereinen mit Rath und That zu unterstützen. Gehen Sie rasch und mit jener Zuversicht ans Werk, welche das Bewußtseyn eines edlen Strebens allein verleihen kann. Der Erfolg wird nicht ausbleiben. Bayern kann und darf nicht zurückstehen hinter der großen Bewegung, welche alle deutschen Stämme erfaßt hat, und die auch gewiß nicht enden wird ohne Deutschlands' Wiedergeburt und die volle politische Emanzipation des deutschen Volkes. Mit deutschem Gruß und Handschlag Der Ausschuß des Märzvereins in München. Jos. Riedl, Vorsitzender. Emil Roller, Schriftführer.

Brüder! Ihr wißt, das deutsche Volk hat im März vorigen Jahres eine Revolution gemacht: d. h. es hat sich gegen die bestehenden Regierungen gewaltsam erhoben, um Forderungen durchzusetzen, deren Erfüllung ihm nothwendig schien, um geistig und körperlich in eine bessere, ja wir möchten sagen, in eine mehr menschliche Lage zu kommen, als bisher. Jene Leute, welche früher das Volk mit der größten Gemüthsruhe zu ihren habsüchtigen oder herrschsüchtigen Zwecken benützt und nicht selten schändlich mißbraucht haben, — und Ihr werdet sie mit fünf gesunden Sinnen leicht auffinden, —, jene Leute wollen nun freilich von der deutschen Revolution nichts mehr wissen. Wenigstens wollen sie derselben dadurch ihre eigentliche Bedeutung nehmen, daß sie behaupten, — das, was die Revolution Gutes für das Volk gebracht habe und noch bringen werde, sey doch nur ein freiwilliges Zugeständniß der Regierungen, ein Geschenk, wie ein neuer Thaler in die Sparbüchse eines Kindes, und das Volk habe sich dabei kein besonderes Verdienst zuzuschreiben. Aber eben deshalb ist es nothwendig, von der deutschen Revolution zu reden, — nicht um blindlings Revolutionen anzupreisen, sondern damit wir darüber klar werden, was das deutsche Volk mit der Märzrevolution wollte, — was es dadurch erreicht hat, und wie es sowohl das Erreichte festhalten, als auch das, was es noch nicht erreicht hat, aber gerechtermassen erreichen muß, — ohne Revolution, — durch Reform: d. h. auf friedlichem Wege erreichen kann. Brüder! In der ganzen Geschichte der Menschheit ist kein Beispiel zu finden, daß sich ein Volk, das gut regiert war, gegen die bestehende Staatsgewalt aufgelehnt hätte, oder daß eine Revolution blos aus Muthwillen oder einzelnen Hetzereien entstanden wäre. Immer waren die Zustände des Volkes seit langer Zeit jämmerlich und drückend, und immer aus Verschulden seiner Regierung. Immer hat sich diese jedem zeitgemäßen Fortschritt widersetzt. Noch jedesmal, nachdem eine Revolution die qualvolle Lage eines Volkes erst recht aufgedeckt hatte, war jederman, die Einen offen, die Anderen im Stillen erstaunt, wie der Geduldsfaden des Volkes nur so lange halten konnte. Es wird daher auch bei der deutschen Märzrevolution keines weitläufigen Beweises brauchen, daß die deutschen Zustände sehr schlecht gewesen seyn müssen, und daß die Regierungen wohl recht absichtlich und ohne alle Hoffnung auf friedlichem Fortschritt jede Verbesserung verweigert haben, um ein von Natur so ruhiges und besonnenes Volk, wie das deutsche, zu einer gewaltsamen Erhebung zu bringen. Wir wollen hier nur vorübergehend an die hausbackenen Versprechungen jener Proklamation von Kalisch erinnern, welche die von Napoleon bedrängten Fürsten in ihrer lieben Noth unter'm 25. März 1813 dem deutschen Volke gemacht, aber nie gehalten haben. Wir wollen hier nur des berüchtigten Art. 13 der Bundesakte vom 8. Juni 1815 gedenken, der allen deutschen Stämmen landständische Verfassungen zugesagt hat, ohne daß sich der Bundestag jemals um deren Einführung bekümmert hätte, weshalb auch in vielen Ländern eine solche niemals eingeführt wurde. Sollen wir Euch noch auf die Demagogenriecherei der zwanziger Jahre verweisen, oder die grenzenlose Verfolgungssucht schildern, die im Anfang der dreißiger Jahre gegen alle Freiheitsbestrebungen gerichtet war, oder sollen wir die Karlsbader und Wiener Konferenzbeschlüsse aus den Jahren 1819 und 1834 erwähnen, um Euch deutlich zu machen, daß man bis zum März des Jahres 1848 das Volk wie eine willenlose Heerde behandelte? Hat Euch das Regiment eines Abel in Eurer nächsten Nähe nicht schon zur Genüge darüber belehrt? Was hat nun aber das deutsche Volk so ausserordentlich gedrückt und geschmerzt, daß es endlich mit der Hand am Schwerte seine Forderungen stellte? Ihr wißt: Noth kennt kein Gebot! und so war es auch die bitterste Noth, welche das deutsche Volk zur Revolution brachte. Der deutsche Mensch war ein Vermögensstück seiner Fürsten, und in manchem Inventarium, das man Verfassungs-Urkunde nannte, förmlich als Staatsgut verzeichnet. So noch zur Stunde in der bayerischen Verfassungs-Urkunde im dritten Titel. Der deutsche Mensch hatte nur insofern einen Werth, als er in der Form von Steuern gute Zinsen einbrachte; deßhalb wurde auch nicht mehr auf ihn verwendet, als zum Aeußersten nothwendig war, um den Kapitalstock zu erhalten.

Daß der größte Theil der Steuern ausschließend auf Grund und Boden und auf den ersten Bedürfnissen des Lebens lastete, während Millionen von Kapitalien und Einkünften der reichsten Leute unbesteuert ausgingen, machte denen, die am Ruder saßen, sehr wenig Sorgen. Ob Frohndienste als eine Arbeit für Lastthiere nicht dem Menschen abgenommen werden müssen, ob denn der Zehnte noch der zehnte und nicht gar der achte oder sechste Theil des Ertrages sey, ob nicht die übrigen Grundlasten zum Besten der Landwirthschaft und der Volkswohlfahrt auf eine zweckmäßige Weise entfernt werden können, ob es sich mit der Aufgabe und Würde der Rechtspflege vertrage, dieselbe zu einer Geldquelle zu benützen, — das Alles kümmerte jene Herren nicht sehr. Mochten die Straßen immerhin halsbrechend, die Flüsse unfahrbar, die nothwendigen öffentlichen Gebäude verfallen, die Schulen erbärmlich und die Lehrer hungrig seyn, wenn nur der Bauer vor der Amtsgewalt zitterte und obwohl unverrichteter Dinge ruhig von einem Amtssitze wieder heimkehrte, der oft 6—8 Stunden von seinem Wohnorte entfernt lag. Mochten die Bauern wegen ihrer gerechten Ansprüche auf Streu, Holz und Weidenschaft ꝛc. ꝛc. oder wegen übermaßigen Konkurrenzen zu Fluß- oder Straßenbauten endlose Prozesse führen, wenn nur keinem Haasen ein Haar gekrümmt und ruhig geduldet wurde, daß sich Hirsche und Rehe von den Früchten des Feldes nährten. Flehten die Gewerbe um Aufhebung des Privilegienunfugs, um kräftiges Einschreiten gegen Pfuscherei und Hausirhandel, um zweckbemessene Errichtung von Gewerbshilfskassen und bessere Regelung der Gewerbksteuern ꝛc. ꝛc., so fanden sie eben so taube Ohren, wie wenn die Fabrikation um den nothwendigsten Schutz bat. Nun gar, wenn der arme Mensch der nichts hat als seine Geschicklichkeit und Arbeitskraft, sich auch noch erdreistete, solche Staatseinrichtungen zu wünschen, welche ihm die Aussicht auf festen Wohnsitz und einen für seine Familie ausreichenden Erwerb eröffnen könnten: — da brannte Feuer unter'm Dach. Die, welche ihr Streben nach einem besseren Zustande auf Wünsche beschränkten, hießen unruhige Köpfe; — die, welche durch Schrift und That ihr Verlangen darnach ausdrückten, — Rebellen, und die, welche sich des armen Volkes erbarmten und es für etwas Besseres empfänglich zu machen suchten, — Volksaufwiegler. Jetzt heißt man sie: — Hetzer Wühler, und wenn man Alles in Allem sagen will: Demokraten. Um dieser ärgerlichen Leute Herr zu werden, die wirklich dazu fähig waren, die Sünden der Regierungen aufzudecken und dem Armen auch einige Brosamen vom Tische des Reichen zu gönnen, mußte der blinde Gehorsam, der in früheren Thronreden bildlich „Vertrauen“ genannt wurde, dem Volke recht gründlich eingebläut und dafür gesorgt werden, daß kein Mensch sich regen kann, ohne daß die Polizei davon weiß. Da aber die Leute nicht Alles auf dem Markte verhandeln und die hohe Polizei auch nicht selbst überall hinhorchen konnte, so mußte man Horcher in Solo nehmen, und sie wie Spione in's feindliche Lager unter das Volk schicken, die dann Wahres und Falsches, Richtiges und Mißverstandenes der Polizei hinterbrachten, woraus dann eine solche Saat von Bestechung, Mißtrauen, Familienzwistigkeiten und Entsittlichung erzeugt wurde, daß man sich wundern muß, wie in manchen deutschen Ländern noch so viele Kraft und Einsicht übrig geblieben ist, um dort die Märzrevolution auszuführen: namentlich wenn man bedenkt, daß überall das freie Wort durch die Censur unterdrückt war, wogegen jede Regierung von bezahlten Speichelleckern über den Schellenkönig gepriesen wurde.

Vereine des Volkes standen unter besonderer Aufsicht der Polizei, und wurden nur für ganz unschuldige Zwecke, wie zum Lesen von erlaubten Zeitschriften, zum Besehen von Bildern, oder zum Trinken und Tabakrauchen gnädigst gestattet. Wo es möglich war, ließ man die Justiz und die Polizei von den nämlichen Beamten verwalten, die natürlich in jedem Unterbeamten ihren Kontrolleur oder besser ihren stillen Denunzianten erblicken mußten. Hiedurch, so wie durch die geheimen Qualifikationslisten (das sind: Zeugnisse über die Fähigkeiten und den blau-weißen Leumund der Beamten) wurden diese beständig in Furcht und Abhängigkeit erhalten. Die Amtsführung solcher Beamten ist eine Art Fickmühle. Was die Justiz nicht thun darf, das thut die Polizei, und hat sich die Polizei verrannt, so wird die Sache auf den Rechtsweg verwiesen. Auf dem Rechtsweg wird leicht ein Vergleich gemacht, weil sich die Parteien vor der Polizei fürchten. Immer handhabt aber der nämliche Beamte, und nicht selten erfährt die Partei erst hintendrein, ob sie es mit der Justiz oder der Polizei zu thun hatte. Einem solchen Regiment war von jeder weder Person noch Eigenthum heilig. Hausuntersuchungen, Beschlagnahme von Papieren, Erbrechen von Briefen und dergleichen, deren Grund die Betheiligten sehr häufig niemals erfuhren, waren der hohen Polizei eine Kleinigkeit. Wer von ihr kein Attest hatte, daß er derjenige sey, der er wirklich war, von dem wurde vermuthet, daß er ein Anderer sey; und ein Anderer war immer verdächtig.

(Fortsetzung folgt.)

†† (Nürnberg, den 26. Februar.) [Unlieb verspätet.] Die Antwort des Abgeordneten zur bayerischen Volkskammer Prof. v. Scheurl auf den von uns jüngst mitgetheilten Brief einiger hiesiger Wahlmänner lautet:

Darauf antwortete der Abgeordnete der Volkskammer. Geehrte Herren! Auf Ihre vom 9. d. M. datirte, erst heute aber mir zugekommene werthe Zuschrift beeile ich mich, folgendes zu erwidern: Sie richten an mich die Aufforderung, Ihnen zu sagen, wie ich die von mir in den Adressenentwurf niedergelegten Ansichten von Verständigung

mit einem frühern bei feierlicher Gelegenheit von mir gemachten Ausspruch in Uebereinstimmung bringen könne?

Wahrscheinlich wurden Sie selbst auch nicht den Schein eines Widerspruches zwischen beiderlei Aeußerungen finden, wenn Sie bereits die stenographischen Berichte über unsere Verhandlungen in Händen hätten, da dieß nicht der Fall ist, so bemerke ich darüber folgendes.

Ich meinte — wie ich ausdrücklich und bestimmt erklärte — und wie es im Grunde im Worte selbst liegt, mit Verständigung nichts Anderes, als daß zwischen der ersten und zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs die einzelnen Staaten ihre darauf bezüglichen Bedenken und Wünsche der Nationalversammlung kund geben sollen, damit diese geeignete Rücksicht darauf bei ihren Endbeschlüssen nehme.

Eigentliche Beschlüsse über die Verfassung, unter welche eine unbedingte Unterwerfung verlangt werden konnte, liegen, insofern nicht in den bereits publicirten Reichsgesetzen dergleichen enthalten sind, noch nicht vor; denn die auf die erste Lesung erfolgten Beschlüsse, sind ja nur vorläufige; gegen diese gestattet und erwartet die Nat.-Vers. selbst noch Einwendungen, die sie berücksichtigen will. Den Endbeschluß über die Verfassung habe ich ausdrücklich für die Nat.-Vers. in Anspruch genommen, so daß dieser dann von den Einzelnstaaten angenommen werden muß, auch wenn er ihren bei der Verständigung geäusserten Wünschen nicht entspricht.

Was anderseits die publicirten Reichsgesetze mit Einschluß der Grundrechte und des Einführungsgesetzes dazu anlangt, so habe ich sowohl im Adreß-Entwurf als in der Ausführung auf das bestimmteste gesagt und entwickelt, daß sie ihrem Inhalte nach unbedingt bindend für alle Einzelstaaten, also auch für Bayern sind; d. h. Regierungen und Kammern müssen sie unbedingt annehmen. Ich forderte nur, daß dies in der verfassungsmäßigen Form geschehe, damit keine Rechtsunsicherheit entstehe, erklärte aber sogar, daß, wenn die unbedingte formelle Annahme wider mein Erwarten verweigert würde, ich dann auch die Rechtsfiktion für begründet halte, sie juristisch so zu behandeln, als wären sie in verfassungsmäßiger Form angenommen. Ich hatte zwar an Weihnachten mit Mitgliedern der Nat.-Vers. gesprochen, die dem Augsburger Hof angehören, und aufs entschiedenste die Einzig- und Alleinbefugniß der Nat.-Vers. behaupten, gleichwohl aber ganz damit einverstanden sich erklärten, daß in unserer Kammer die Grundrechte in der Weise behandelt würden, wie ich es jetzt beantragt habe. Hätte nur auch die Regierung sie unaufgefordert und aufrichtig auf diese Art behandelt, sie hätte dann gewiß die Mehrheit für sich gehabt. Nur ihre Zauderei und Schwanken hat dieses Mißtrauen erregt, welches dann auch meine Vorschläge bedenklich finden ließ, während sie es in der That nach meiner innigen Ueberzeugung nicht sind. Daß ich es mit der Unterwerfung unter die Beschlüsse der National-Versammlung redlich meine, hat sich am deutlichsten gezeigt, indem ich allein ausdrücklich gegen eine Erklärung protestirte, welche diese Unterwerfung unter einer gewissen Bedingung verweigern wollte.

Wo es gilt, den Beschlüssen über die Grundrechte sofortige und unbedingte Anerkennung zu verschaffen, werden Sie mich nie lässig finden, wie auch mein bisheriges Verhalten einzig das Ziel hatte, diese Anerkennung eben vollständig zu sichern. Ohne Erfüllung der gesetzlichen Formen, welche nöthig sind, um ihnen in Bayern äußere gesetzliche Geltung zu geben, kann ich aber ihre Anwendung nie für völlig gesichert halten. Denn wir können dann nie die Richter zwingen, diese Bestimmungen ihren Entscheidungen zu Grunde zu legen. Das Programm des Centrums und mein Adressentwurf spricht deutlich eben die politischen Grundsätze aus, zu welchen ich mich unmittelbar vor der Wahl in den von Ihnen in Bezug genommenen Erklärungen bekannte. Es ist in meiner politischen Denkungsart in der Zwischenzeit nicht die mindeste Aenderung vorgegangen und ich werde ihr auch stets treu bleiben. Wollen Sie mich auf einen bestimmten scheinbaren Widerspruch zwischen meiner Erklärung vom 6. Dezember vor. Js. und dem Programm des Centrums, oder meinen Adressentwurf aufmerksam machen, so bin ich gerne bereit, nachzuweisen, daß und wie dieser Widerspruch eben nur ein scheinbarer sey. Bis dahin kann ich nur sagen, daß ich einen solchen Widerspruch nicht zu finden vermag. Das Programm des linken Centrums entscheidet sich in den Grundsätzen dem Wortlaute nach von dem unsrigen durchaus nicht. Aber gehen kann ich mit dieser Fraktion nicht, weil sie (bis jetzt wenigstens) sich ganz an die Linke anschließt, bei der Sie mich zu sehen wohl nie werden erwartet haben. (Welchen Satz v. Scheurl in einem spätern Schreiben dahin vervollständigt: Bei der wohl Niemand unter meinen Wählern, welcher meine politische Denkungsart von meinem früheren Auftreten her, und aus meinen Erklärungen vor der Wahl kannte, mich je zu sehen erwarten konnte). Zuversichtlich hoffend, durch diese vollkommen aufrichtige Erwiderung Sie beruhigt zu haben, zeichne ich hochachtungsvoll als Ihr ergebener

München, 13. Febr. 1849. Scheurl, Abgeordneter.

Sachsen. (Dresden, 24. Febr.) Das Ministerium Braun hat seine Entlassung genommen, ein neues Ministerium ist gebildet! Sämmtliche Minister hatten sich, mit Ausschluß des Kriegsministers, in der Kammer eingefunden. Gleich nach Eröffnung der Sitzung ergriff Staatsminister Braun das Wort, um der Kammer eine Mittheilung zu machen. Im Namen des Gesammtministeriums, sagte derselbe, habe er der Kammer zu eröffnen, daß derselbe Grund, welcher vor vier Wochen vorgewaltet, dem König ihre Entlassung anheim zu geben, derselbe Grund sie neuerdings veranlaßt habe, abermals den Wunsch auszusprechen, die Entlassung aus ihren Aemtern zu erhalten. Der Grund ihres Rücktritts sey, daß sie die Mehrheit der Kammern nicht besäßen. Vor vier Wochen wäre dies noch zweifelhaft gewesen, aber die neuerlichen Abstimmungen hatten gezeigt, daß sie die Majorität der Kammern nicht zu erlangen vermöchten; da nun das Ministerium in diesem Falle ganz bestimmt zurückzutreten beschlossen, so habe der König endlich ihrem Wunsche nachgegeben und die Entlassung des Ministeriums genehmigt; ein neues sey bereits gebildet, über dessen Zusammensetzung der Kammer heute noch werde Mittheilung gemacht werden. (Bewegung im Saale, die Minister verlassen die Sitzung.) Inzwischen war ein Schreiben des neuen Ministerpräsidenten eingegangen, das über die Zusammensetzung des neuen Ministeriums folgende Eröffnung macht: 1) Oberappellationsrath Dr. Held, Justiz und interimistisch Beauftragter für das Departement des Kultus und Unterrichts, Ministerpräsident; 2) der bevollmächtigte Minister am preußischen Hofe v. Beust, Auswärtiges; 3) geheimer Regierungsrath Weinlig, Inneres; 4) v. Ehrenstein, Finanzminister. Ueber das Departement des Krieges hat sich der König Entschließung vorbehalten. Die erste Kammer fuhr in der Berathung der Grundrechte fort. Die zweite Kammer sistirte ihre Sitzung.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Bekanntmachung.

Im Wege der Hilfsvollstreckung werden

Mittwoch den 21. März c. früh 10 Uhr,

nachstehende den Bauern Paulus und Barbara Schlemmer'schen Eheleuten von Kotzenhof gehörigen Realitäten, nämlich:

Lit. A. der Gutsrest des f. g. Friedrich Wolmershofes mit Tagwerkerhaus, Gebäude und Rechte

Pl.-No.	442.		60 Dez	Wohnhaus, Nr. 1 mit Scheune, Kastengebäude, Bronnen, Backofen und Hofraum, Taxe 3470 fl.
"	447a.		10 Dez.	Tagwerkerhaus Hs.-No. 8 mit Streuschupfe, Taxe 1115 fl. Waldrecht im St. Sebaldi Forst Taxe 250 fl.

An Gärten.

"	447b.	0 Tagw.	25 Dez.	Wurz- und Hopfengarten, Taxe 30 fl.
"	448.	0 Tagw.	42 Dez	Grasgarten, Taxe 50 fl.
"	482d	0 Tagw.	48 Dez.	Hopfengarten u. Acker im großen Acker, Taxe 40 fl.

An Aeckern

"	450.	3 Tagw.	75 Dez.	lange Acker, Taxe 300 fl.
"	452.	2 "	86 "	die 3 Kohlacker, " 200 "
"	455	1 "	24 "	Köhlackerle, " 60 "
"	465.	2 "	2 "	Steinbruchacker " 100 "
"	471.	3 "	44 "	Röthenacker oder Röthenacker, Taxe 200 fl.
"	473.	6 "	53 "	Hofacker, Taxe 500 "
"	477.	1 "	96 "	Baumzeilacker, Taxe 150 "
"	482b	7 "	84 "	der große Acker, Taxe 900 "
"	484a.	2 "	37 "	hinterer Stockacker, 300 "
"	485.	1 "	31 "	Stockacker, Taxe 175 "

An Wiesen.

"	478a.	2 Tagw	67 Dez.	Bametswiese, Taxe 475 "
"	478b.	0 "	33 "	" " 20 "
"	482a	0 "	97 "	am großen Acker, " 100 "
"	482c.	0 "	29 "	" " " " 35 "
"	484b	0 "	96 "	hinterer Stockacker, " 100 "

An Waldungen.

"	483.	1 Tagw.	64 Dez	beim großen Acker, Taxe 175 fl.
"	486a.	10 "	61 "	Lettenschüssel, Taxe 1000 fl.
"	490a.	5 "	72 "	Weidenschlag an der Lettenschüssel, Taxe 325 fl.

Groß und Kleinzehntrecht auf Pl.-No 211½ und 212 und von einem Acker der Stadtgemeinde Lauf etc., Taxe 20 fl.

B. Ausbrüche aus dem Leonhard Longfritz'schen Gute Hs.-No. 1 und 8 zu Kotzenhof.

Wiese.

Pl.-No.	499.	1 Tagw.	22 Dez.	vordere Strengenbergwiese, Taxe 220 fl.
"	500.	1 "	78 "	Strengenbergwiese, Taxe 300 fl.

Weidenschaft.

"	488.	1 "	82 "	Laufer Viehtrieb vom Strengenbergweg bei Pl.-Nro. 499 an bis zum Reichswald Pl.-No. 507, Taxe 10 fl.

Aecker.

"	460a.	0 Tagw.	45 Dez.	Rehfeld, Taxe 50 fl.
"	460b	3 "	41 "	Rehfeld, Taxe 200 fl.

C. Walzende Objekte.

Pl.-No.	487b.	0 Tagw	18 Dez.	Acker und Hopfengarten an der Sandpletten, Taxe 25 fl.
"	487c.	0 "	83 "	Wald an der großen Sandpletten, Taxe 40 fl.
"	487⅓.	1 "	0 "	allda, Taxe 50 fl.
"	487¼.	1 "	0 "	allda, " 50 fl.
"	487⅕.	2 "	75 "	allda, " 140 fl.
"	487⅙	1 "	20 "	allda, " 25 fl.
"	487⅐.	1 "	— "	allda, " 20 fl.
"	487⅛	1 "	— "	allda, " 20 fl.
"	487⅑	1 "	— "	Sandpletten, Taxe 20 fl.
"	487¹/₁₀.	1 "	— "	do. " 20 fl.
"	487¹/₁₁.	1 "	— "	do. " 20 fl.
"	487¹/₁₂.	1 "	— "	do. " 20 fl.
"	489	1 "	31 "	kleine Sandpletten, T. 20 fl.
"	489½.	1 "	81 "	" " " 15 fl.
"	489⅓	1 "	— "	" " " 15 fl.
"	492.	— "	60 "	" " " 10 fl.

in deren Wohnhaus zu Kotzenhof unter den im Termine bekannt gemacht werdenden Bedingungen nach § 64 des Hypothekengesetzes und den Bestimmungen der §§ 98 bis 101 der Prozeßnovelle vom 17 November 1837 an den Meistbietenden öffentlich verkauft, und hiezu besitz- und zahlungsfähige Käufer unter dem Bemerken eingeladen, daß die auf den Realitäten haftenden Lasten und Abgaben bis zum Termine in der landgerichtlichen Registratur eingesehen werden können.

Lauf, den 29 Januar 1849.

Königliches Landgericht.

Delhopf.

Meyer.

Dank.

Da bey dem geöffneten Grabe unserer unvergeßlichen Gattin, Mutter, Schwieger- und Großmutter, eine so große und herzliche Theilnahme sich kund gab, und durch den schönen Gesang sämmtlicher Herren Sänger die feierliche Handlung so sehr erhöht wurde, so können wir nicht umhin, Ihnen Werthleste unsern schuldigen Dank hiemit auszusprechen. Möge der große Lenker menschlicher Schicksale alle Widerwärtigkeiten von Ihnen und den lieben Ihrigen ferne halten, welches herzlich wünscht

Nürnberg, den 26. Februar 1849.

Die Wöendl'sche Familie.

Dank und Bitte.

Dank allen denen verehrten Freunden und Nachbaren, welche meinen verblichenen Gatten so ehrenvoll und zahlreich zu seiner Grabesruhe begleiteten. Gott der Herr wolle Sie noch lange vor solchen traurigen Fällen bewahren, mir aber Gelegenheit geben, bei Freudigen dienen zu können.

Zugleich bitte ich alle verehrten Nachbaren und Freunde, mich mit Ihrem Besuch in meiner Wirthschaft recht oft zu beehren, indem ich Sie auf das Beste zu bedienen suchen werde.

Maria Magdalena Lenkner,
zum schwarzen Strumpf.

Dank.

Mehrere Mitglieder der ersten Stadtwehr-Kompagnie fühlen sich veranlaßt dem Quartett, welches ihnen am vergangenen Freitag auf der Wachtstube im Gasthaus zum Albrecht-Dürer einen so vergnügten Abend bereitete, den herzlichsten Dank zu sagen

Anzeige.

So eben ist in der Tümmel'schen Buchdruckerei (Expedition der Mittelfränkischen Zeitung) erschienen und um 6 kr. zu haben:

Jesus Christus kein Mensch wie wir, und doch ein Mensch wie wir!

Predigt

über

Luc. 7, 11—17. Eph. 3, 13—21.

Gehalten

in der freien christlichen Gemeinde

zu Nürnberg

von

Heinrich Bäthig,

Prediger der freien christlichen Gemeinde in Gr. Glogau in Schlesien.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 28. Februar 1849. № 59. Mittwoch: Renata.

Deutschland.

Bayern. †* (München, 26. Febr.) Folgendes ist der Beschluß der Kammer der Reichsräthe über den Antrag die Veröffentlichung der sämmtlichen Vollzugs-Instruktionen zu den Gesetzen betreffend. Die Kammer der Reichsräthe hat in ihrer heutigen Sitzung dem obenbezeichneten Antrage ihre Zustimmung ertheilt, wie folgt: Se. königl. Maj. seyen allerunterthänigst zu bitten, das Gesammtministerium zu veranlassen, sämmtliche Normativ-Instruktionen jederzeit und alsbald in dem Regierungsblatte bekannt zu machen und bei Beginn jeder Ständeversammlung zur Kenntniß der versammelten Kammern sämmtliche, über die am vorangehenden Landtage vereinbarten Gesetze etwa erlassenen Vollzugs-Instruktionen zu bringen und mit dieser Vorlage schon bei dem gegenwärtigen Landtage zu beginnen.

†* (München, 23. Februar.) [Fortsetzung und Schluß des gestern abgebrochenen Artikels des März-Vereins in München.] Hatte ein solcher Mensch noch dazu einen schlechten Rock an, so war der Vagabund fertig, und die Verhaftung, wo nicht gar Prügel eine sichere Sache. Dieser mit doppelten Gängen versehene Fuchsbau, welcher den Justizbeamten zum Diener der Polizei herabwürdigt, und die Gerechtigkeit schändet, weil die Polizei jene Willkürhandlungen der Regierung vollbringen muß, welche sich die Justiz niemals erlauben dürfte, war natürlich das vorzüglichste Werkzeug in den Händen jener Leute, von denen wir schon oben bemerkten, daß sie früher das Volk mit der größten Gemüthsruhe für ihre habsüchtigen oder herrschsüchtigen Zwecke benutzt, und nicht selten schändlich mißbraucht haben. Mitbürger! Ihr begreift, daß eine solche Anstalt ihr Unwesen geheim treiben mußte, und was es zu bedeuten hat, wenn jetzt überall die Trennung der Justiz von der Administration und die Oeffentlichkeit der Amtsverhandlungen begehrt wird. Alle Gemeinden standen bisher unter der Zuchtruthe dieser Polizeianstalt. Die Polizei war vor Allem darauf bedacht, jeden selbstständigen Gedanken, jede freie Regung in den Gemeinden zu unterdrücken, und die Gemeindeverfassung schien blos da zu seyn, damit man seine Leute kennen lernt, und bessere Gelegenheit hat, unter dem Scheine von wohlwollender Fürsorge die Gemeinden an blinden Gehorsam zu gewöhnen, und in strenger Unterwürfigkeit zu erhalten. Um hierin recht sicher zu gehen, und weil man wußte, daß ein verständiger Mensch bei weitem nicht duldet, was sich ein dummer Kerl noch lange gefallen läßt, — vernachlässigte man die Schulen grenzenlos und gab sie überdies noch in die Hände der Geistlichkeit, welche doch mit der Seelsorge schon genug zu thun hat, wenn sie derselben ordentlich vorstehen will. Allein es war der Regierung um ganz andere Dinge zu thun, wobei die geistlichen Herren auch ihre Rechnung fanden. Leute, die blos den Katechismus kennen, sind sonst so vernagelt sind, daß sie nicht einmal wissen, für was sie Steuer zahlen, und daß sie sogar einen grossen Theil der Steuern für Andere bezahlen müssen, die nicht besteuert sind, aber doch alles mitgenießen, was von der Steuer zum allgemeinen Besten hergestellt wird, mit diesen läßt sich alles anfangen. Solche Leute leisten ruhig die Frohnen — geben Jahr aus Jahr ein den Zehnten, denken nicht an die Fixirung und Ablösung, und lassen sich die Jagd auf ihrem Eigenthum gefallen: — ihre Stiftungen können unter dem schönen Namen von Konkurrenz-Beiträgen aus Ueberschüssen zum Bau von Kirchen, Pfarrhäusern und dergleichen ohne Aufsehen geplündert werden, und bei den Wahlen zur Landesvertretung sind solche Leute noch froh, wenn ihnen ein Beamter, der Herr Pfarrer, oder der Schullehrer die Wahlzettel schreibt.

Brüder! Begreift Ihr jetzt, warum die früheren Landstände nichts ausgerichtet haben? Man hat mit Euch ein schändliches Spiel getrieben. Die Polizei hat die Landstände gemacht. Daher kam es, daß viele Euerer früheren Vertreter mehr im Vorzimmer des Ministers zu finden waren, als im Ständehaus. Diese feilen Abgeordneten suchten blos für sich und ihre Standesgenossen Vortheile, nicht für das Volk. Sie waren gehorsame Diener der Regierung, nicht Vertreter des Volkes, Sie bewilligten Steuern aus Euerem Sack und behielten für sich das Beste. Daher kam es, daß Euere Millionen nach Griechenland wanderten, von denen Ihr wohl nichts mehr sehen werdet. Daher kam es, daß Millionen Eueres Geldes, — die saueren Schweißtropfen Euerer Arbeit — in Prachtgebäuden und weiß Gott wohin sonst verschwanden, und Eueren Abgeordneten nicht einmal das Recht zugestanden wurde, zu fragen, für was diese sogenannten Ersparungen verwendet worden sind. Daher kam es, daß seit dreißig Friedensjahren weit über zweihundert Millionen Eueres Geldes für eine bayerische Armee verrechnet wurden, und als man ein Heer wirklich aufstellen sollte, dennoch Schulden gemacht werden mußten, die Ihr natürlich zu bezahlen habt. Nicht genug: — zu dem Gelde hat man dem mittleren Bürger und Bauersmann noch seine Kinder genommen, während die Söhnchen reicher oder adeliger Eltern entweder kraft schlechter Gesetze oder durch Bestechung und andere Schliche vom Militär frei wurden, oder doch wenigstens als Kadetten in die Armee traten, damit sie nicht Gefahr laufen sollten, mit der gemeinen bürgerlichen Kanaille verwechselt zu werden. Die Soldaten wurden mit aller Strenge zum blinden Gehorsam in und außer dem Dienste erzogen, und nicht auf die Verfassung des Landes beeidigt, um sie sicher gebrauchen zu können, wenn es dem Volke ja einmal einfiele, daß diese Polizeiwirthschaft nicht so dauern dürfe, — daß die Steuern für die wahren Bedürfnisse des Landes verwendet, Stellen und Aemter nicht mehr nach Gunst und Willkür vergeben, — und alle Staatsangehörigen unter allen Umständen mit gleicher Achtung und Sorgfalt behandelt werden sollten; kurz, der Polizeistaat mit seiner Geheimnißkrämerei, Volksverdummung und Sittenlosigkeit abgeschafft und ein Rechtsstaat gemacht werden müße. Ein Rechtsstaat, wo alles nach klaren Gesetzen öffentlich vor aller Welt geschieht, wo das Volk den Herren Beamten auf die Finger schauen kann, wo unter dem Volke Bildung, Sparsamkeit und Gemeinsinn herrscht, wo Bürgertugend allverbreiteten Wohlstand schafft und die Staatsminister, sowie alle Beamte als Diener des Volkes dastehen und für ihre Handlungen in Wahrheit verantwortlich sind, das heißt angemessen bestraft werden können, wenn sie absichtlich die Interessen des Landes vernachläßigen, oder mit Geld und Gut des Volkes schlecht wirthschaften. Seht, Brüder! einen solchen Staat will die Märzrevolution. Sie hat manches erreicht, was dazu nothwendig ist, aber bei weitem noch nicht alles, denn es muß, um einen Rechtsstaat zu haben, dahin gebracht werden, daß alles im Staate nur für und durch das Volk geschieht. Ihr müßt Tag und Nacht darauf bedacht seyn, ein rechtes Einsehen in die öffentlichen Angelegenheiten zu erlangen, und Ihr werdet dann bald merken, wer es mit Euch gut meint, und wo es noch fehlt, um den Zweck der Märzrevolution vollständig zu erreichen.

Ihr sollt aber nie vergessen, daß ein Staat auch nach Außen stark seyn muß, damit er sich bei seinen Nachbarn in Respekt setzen kann. Ohne dieses wird ein Staat nie selbstständig und ohne Selbstständigkeit nie frei und wohlhabend werden. Ein kleines schwaches Land wird immer nur vom Erbarmen seiner großen Nachbarn leben, welche es besonders im Handel und Wandel zu ihrem Nutzen ausbeuteln, dadurch recht elend machen und am Ende unterjochen. Ihr erinnert Euch, daß Deutschland früher ein einziges und großes Reich bildete, und daß wie Deutsche damals in der ganzen Welt geachtet und gefürchtet waren. Seitdem es kein Deutschland, sondern 37 verschiedene Staaten mit einem Bundestag gab, war in fremden Welttheilen ein englischer Rothrock mehr werth als hundert Deutsche. England ist eben ein mächtiges und freies Land, das sich bei andern Völkern Achtung zu verschaffen weiß, während wir so zum Spott unserer Nachbarn geworden sind, daß es den Franzosen einfallen konnte, in allem Ernst zu behaupten, das linke Rheinufer sey die natürliche Grenze von Frankreich, und wir müßten bis dorthin alles deutsche Land an Frankreich abtreten. Ja, die Russen sagen uns in das Gesicht, daß sie in den Jahren 1813—1815 uns vom französischen Joche, von der Herrschaft eines Napoleon befreit hätten, und wir ihnen deßhalb ewig dankbar seyn müßten. Seht, soweit konnte sich der Uebermuth vergessen — solche Früchte hat uns die Zersplitterung und der selige Bundestag gebracht! Der Kamm wäre diesen Barbaren nie so hoch geschwollen, wenn wir Deutsche fortan noch ein mächtiges Reich von 45 Millionen Menschen ausgemacht hätten. Wir wollen aber wieder werden, was wir waren und seyn müßten, wenn wir nicht über kurz oder lang die sichere Beute raub- und herrschsüchtiger Nachbarn werden sollen. Und dies ist das andere Ziel der Märzrevolution. Ihr wißt, wir haben zu diesem Ende aus ganz Deutschland Abgeordnete des Volkes nach Frankfurt am Main geschickt, die das einige Deutschland zuwege bringen sollen; — aber die Leute, vor denen wir Euch schon oben mehrmals gewarnt haben, setzen seit eilf Monaten Himmel und Hölle in Bewegung, um das Ding zu hintertreiben, weil sie recht wohl einsehen, daß in einem großen mächtigen Reich auch das Selbstgefühl des Volkes wachsen und stark werden muß, was aber gar nicht in den Kram dieser Herrn taugt; denn ein gescheidtes selbstständiges Volk erträgt keine polizeiliche Vormundschaft und schaut selbst nach, wie mit seinem Geld und Gut gewirthschaftet wird. So haben erst in der letzten Zeit unsere Volksvertreter in Frankfurt die als Anhang beigedruckten Grundrechte des deutschen Volkes verkündet, aber jene Herren in Bayern zögern fort und fort mit ihrer Einführung. Sie bieten alles Mögliche auf, diese Grundrechte in ein recht schlechtes Licht zu setzen, damit das Volk, vor dem sie sich doch am Ende fürchten, diesen Gewinn der Märzrevolution selbst wegwerfen soll. Namentlich sucht man dem Volke einzureden, daß mit den Grundrechten Gewerbsfreiheit und Freizügigkeit eingeführt seyen, wo dann die fetten bayerischen Gemeinden von norddeutschen Hungerleidern überschwemmt würden. Sonderbarer Weise führen in Norddeutschland gewisse Herren die nämliche Sprache gegen den Süden, obschon überall das Fett nicht dick sitzt.

Es scheint rein darauf abgesehen, daß sich die deutschen Stämme vor einander fürchten sollen, damit das Werk der deutschen Einheit durch das Volk selbst vereitelt wird. Laßt Euch um's Himmels willen von solchen Kniffen nicht hinter's Licht führen. Euere Vertreter in Frankfurt am Main wollen dem deutschen Volke die Gewerbefreiheit durchaus nicht aufdringen. Es war bisher nur von einer Gewerbeordnung die Rede, die aber so allgemein gehalten werden soll, daß alle deutschen Gewerbssysteme mit den nothwendigsten Verbesserungen darin Platz finden. Die Verbesserung der Gewerbeordnungen der einzelnen Staaten wird aber diesen überlassen bleiben, so daß sich die Gewerbsleute selbst darum annehmen können. Ebenso unbedenklich ist die Freizügigkeit. Es wird sich wohl Jeder ansäßig machen können, wo er will, aber nur unter den besonderen Bedingungen, welche die Gesetzgebung jedes Einzelstaates vorschreibt. Daß übrigens in diesen Dingen Verbesserungen nothwendig sind, damit die Lage des Volkes überallhin erleichtert wird, Deutschland sich vor den schrecklichen Folgen steigender Verarmung schützen kann, und nicht die Verzweiflung einer unterdrückten und verwahrlosten Bevölkerung heraufbeschwört — müßt Ihr wohl einsehen. Brüder! Deßhalb ist es aber auch nothwendig, daß wir nicht die Hände in den Schooß legen — sondern wachsam sind und soviel an uns liegt, dahin wirken, daß

wir erreichen, was das deutsche Volk mit der Märzrevolution erreichen wollte. Es haben sich zwar in Deutschland verschiedene politische Parteien gebildet, aber darüber können wir uns alle vereinigen, daß wir ein deutsches Reich — einig im Innern und mächtig nach Außen — und statt einer Polizeiwirthschaft einen Rechtsstaat haben müssen. Um nun für diese ersten und größten Zwecke der Märzrevolution alle Kräfte des deutschen Volkes wirklich zu vereinigen, hat sich aus Mitgliedern der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt am Main der Märzverein gebildet, der sich nach und nach über das ganze deutsche Vaterland ausdehnen soll. In dem Märzverein soll das Volk durch Wort und Schrift über seine heiligsten Interessen belehrt und für dieselben wach gehalten werden. Der Märzverein soll das Mittel seyn, dem Willen und den Ansprüchen des deutschen Volkes gesetzlichen Ausdruck zu geben, damit die Leute, welche bisher weder sehen noch hören wollten, endlich gezwungen werden, von ihren fünf Sinnen einen ordentlichen Gebrauch zu machen!

Brüder! Gerade diese Leute werden Euch sagen: wir suchten Thron und Altar zu stürzen, die Familienbande zu lösen, das Eigenthum aufzuheben, Ruhe und gesetzliche Ordnung zu verscheuchen, um in der allgemeinen Verwirrung selbst den Rahm von der Milch zu holen, den bisher Andere verzehrt haben. Glaubt ihnen nicht. Wir fordern von Euch auch keinen Glauben. Eben deshalb meinen wir aber vor jenen Leuten doch etwas voraus zu haben, weil wir weder Propheten, noch Euere Herrn und Meister seyn wollen, sondern statt blindem Glauben von Euch nur verlangen, daß Ihr Alles mit Euerem eigenen Kopf und Herzen prüfen, und nur das nehmen sollt, was Ihr nach Euerer Ueberzeugung für das Beste haltet. Deswegen untersucht alles, was wir Euch gesagt haben, genau und redlich. Findet Ihr, daß im Märzverein das Gute erstrebt wird, daß da die Freunde des Volkes stehen, so bietet rasch alle Euere Kraft auf, allenthalben gleiche Vereine zu errichten, um mit uns eine fortwährende Verbindung für den großen Zweck zu unterhalten, den wir Euch als das Ziel unserer Arbeit bezeichnet haben. Möchten sich dereinst unsere Kinder und Enkel mit dankbaren Herzen ihrer Väter erinnern und von ihnen sagen: sie waren deutsche Männer von ächtem Korn; — sie hinterließen uns die Freiheit und ein großes Vaterland!

Der März-Verein in München.

Freie Städte. (Frankfurt, 24. Febr.) Heute, am Jahrestage der französischen Revolution, fand im Konferenzsaale des Reichsministeriums eine Verhandlung mit den Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt statt, um die Bemerkungen der Regierungen zu dem Verfassungsentwurfe, wie er nach der ersten Lesung vorliegt, entgegenzunehmen. Um die Abfassung des Protokolls zu beschleunigen, waren Stenographen beigezogen, und dasselbe wird ohne Zweifel in kürzester Frist zur Kenntniß der Nation gelangen. Ministerpräsident Gagern eröffnete die Verhandlung mit der Anzeige der Erklärungen, welche nach der Einladung in dem Circularschreiben vom 28. Januar eingelaufen waren, und die er, nebst den heute etwa weiter erfolgenden Mittheilungen an die Nationalversammlung werde gelangen lassen. Der Zeitfolge nach wären Erklärungen eingekommen von Lippe, Frankfurt, Schleswig-Holstein, Sachsen-Weimar, Limburg, Baden, den drei Anhalt, Königreich Sachsen, sodann eine Kollektiverklärung, unterzeichnet von den Bevollmächtigten von Preussen, Kurhessen, Baden, Großherzogthum Hessen, Schleswig-Holstein, beiden Mecklenburg, Sachsen-Meiningen, Oldenburg, Koburg-Gotha, Altenburg, beiden Hohenzollern, Reuß, Hessen-Homburg, Waldeck, Lippe, Schaumburg-Lippe, den drei Anhalt, Braunschweig, Luxemburg, Nassau, Bremen, Hamburg und Lübeck. Frankfurt trat derselben ebenfalls bei. Die Versammlung war zahlreicher als gewöhnlich, weil für Bayern neben den ordentlichen Bevollmächtigten noch Graf von Lerchenfeld zugegen war, und einige kleinere Staaten, welche bisher einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten hatten, besondere Vertreter sendeten. Von Bayern, Hannover und Würtemberg lagen theils offizielle, theils vertrauliche Mittheilungen, aber keine Erklärungen vor, welche auf die Verfassungsbestimmungen selbst eingingen. Oesterreich hatte sich, außer der Note vom 4. Februar, jeder Aeußerung enthalten. Sämmtliche Mittheilungen wurden vorgelesen, mit Ausnahme jener, welche — wie die beiden preußischen Noten vom 23. Januar und 8. Februar, und die österreichische Note vom 4. Februar — durch die Zeitungen bekannt geworden, und der vertraulichen Zuschrift von Hannover. Selbst diejenigen, welche sich am entschiedensten für eine Form der Reichsregierung und für eine Beschränkung der Reichsbefugnisse aussprechen, welche den Beitritt Oesterreichs ermöglichen, geben doch nicht dem Gedanken Raum, daß sie dem Bundesstaate, der mit kräftigeren Einrichtungen aus den Beschlüssen der Reichsversammlung hervorgehen könnte, oder den Oesterreich nicht annehmen wollte, fern bleiben würden. Die Ausstellungen, welche an einzelnen Bestimmungen der Verfassung, theils zu Gunsten der Rechte der Einzelnstaaten, theils in örtlichem Interesse gemacht werden, sind weder so wesentlich, noch so zahlreich, daß sich eine Verständigung nicht erwarten ließe. Nachdem die Vorlesung beendigt war, begann die Umfrage.

Oesterreich äußert, daß es keine Erklärung abzugeben, die mitgetheilten Bemerkungen mit großem Interesse vernommen habe, das Protokoll seiner Regierung einsenden, und diese sich ohne Zweifel zu einer Erklärung veranlaßt finden werde. Preussen kündigt einen Nachtrag zu den bereits übergebenen Bemerkungen an, die sich nur auf den Abschnitt „Reich und Reichsgewalt" erstrecken. Dieser Ankündigung treten die Staaten bei, welche gemeinschaftlich mit Preussen die Kollektiverklärung unterzeichnet haben. Bayern wird unverzüglich seine Erklärung ausarbeiten und einreichen. Hannover hat noch keine Instruktion, was sich durch die eingetretene Ministerkrisis erklärt, hofft sie aber nächstens zu erhalten. Die Ankündigung eines Nachtrags von Seiten Preussens und den meisten übrigen Staaten veranlaßt den Bevollmächtigten für Oesterreich zu dem Wunsche einer angemessenen Verzögerung der zweiten Lesung, welchem sich der Bevollmächtigte für Baden anschließt. Nassau entgegnet, daß die Einreichung der Erklärungen über einen Theil der Verfassung geschehen sey, um die Berathung zu fördern, nicht um sie zu verzögern. Der Rest werde wohl noch vor Beginn der zweiten Lesung nachfolgen. Mit der Anzeige, daß die Vervielfältigung des Protokolls und die Mittheilung an die Reichsversammlung möglichst beschleunigt, und geeigneten Falls die Einladung zu einer zweiten Konferenz erfolgen werde, schließt der Präsident des Reichsministeriums die Verhandlung, welche bald ausführlich zur öffentlichen Kenntniß gelangen wird. (Frkf. O.-P.-Z.)

Hannover. (Osnabrück, 21. Febr.) Eine Extrabeilage zu Nr. 134 des „Osnabr. Volksblattes" bringt folgenden Auszug aus einem Briefe des Ministers Stüve an seinen Bruder vom 18. d. M. „Ich kann dir heute nur erwidern, daß meiner Ansicht nach das Ende unseres Ministeriums unwiderruflich feststeht, wenn gleich noch einige Tage, mögen es nach ein paar Wochen seyn, hingehen werden, bis sich die Sachen wieder ordnen. Unter denen selbst in der ersten Kammer, die für die Kommission stimmten, sind sehr wenige, die nicht dem Grundsatze, daß man sich Frankfurt unterwerfen müsse, ihren Beifall gezollt hatten. Das können wir nicht; es hieße: propter vitam vivendi perdere causas! Die Zeit der Halbheiten ist vorüber, muß es wenigstens seyn, wenn unsere Zustände sich halten sollen, und wir können dem Lande, glaube ich, keinen bessern Dienst leisten, als indem wir ihm diese Wahrheit einleuchtend vor die Augen halten. Wollten wir jetzt uns, wie der beliebte Ausdruck ist, auf den Boden der Thatsachen stellen, so würde man dasselbe von uns glauben, wenn einmal die Thatsachen anders geworden sind. Auf den Boden der Thatsachen kann sich nur der Revolutionär und der Reaktionär stellen; wir nicht. Unser Wunsch ist jetzt, ein Ministerium zu Stande zu bringen, das in unserem Sinne fortarbeitet und die Frankfurter Sache taliter qualiter ehrlich anerkennen zu können glaubt. Wir sind bereit, demselben zur Seite zu bleiben, es bei Durchführung unserer Pläne zu unterstützen, und so das Land vor einer Erschütterung möglichst zu bewahren. Ob ein solcher Plan ausführbar ist, weiß ich noch nicht; es ist aber das Einzige, was uns noch zum Guten führen kann. Man muß in allen diesen Dingen mit völliger Ruhe und sicherer Entschlossenheit zu Werke gehen und das Weitere Gott anheim stellen. Für unsere Personen ist jedenfalls diese Wendung die erwünschteste; denn Jeder, der heutigen Tages halbwegs mit Ehre von den Staatsgeschäften wegkommt, ist glücklich zu preisen; und in unserem Lande nicht weniger als anderswo. Große, sehr große, ja bergehohe Schwierigkeiten liegen ja noch vor uns. Der König hat eine schriftlich motivirte Erklärung von uns verlangt, die wir ihm morgen geben, zugleich aber auch die Sachlage in der Kammer erklären werden. Inzwischen haben Sachsen und Bayern sich für Oesterreich erklärt, und Camphausen soll erklärt haben, Preussen wolle die Kaiserkrone nicht in Folge davon, aber — natürlich Modifikation der Verfassung. Nach Berliner Nachrichten hofft man sich mit Oesterreich zu einigen; Gott gebe es! Denn meiner Ansicht nach gibt's nur die Chancen: Entweder Frankfurt siegt — durch die rothe Republik. Das ist wohl nicht wahrscheinlich. Oder Oesterreich und Preussen einigen sich a) mit Frankfurt zur Unterdrückung der Kleineren: das ist auch kaum möglich; oder b) untereinander allein zu gleichen Zwecken, was ich nicht glaube und keine Dauer verspricht; oder c) mit Frankfurt zu erträglichen Dingen, das gebe Gott! Einigen sie sich nicht, so ist der Bürgerkrieg in der Nähe oder in der Ferne gegeben." (Frkf. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Wien, 22. Febr.) Heute Morgens wurde ein Tischler, aus Aschaffenburg gebürtig, standrechtlich erschossen. Derselbe hatte in einem Streit mit seinen Miethsherren gegen diesen einen Stoßdegen aus einem Versteck hervorgeholt, wurde aber durch die Anstrengung des Angegriffenen und noch einer zweiten Person am Gebrauch der Waffe gehindert. Die Militärkommission verdammte ihn einstimmig zum Tode, und im Urtheil wird ausdrücklich hingewiesen, daß weniger sein früherer schlechter Lebenswandel und das letzte Mordattentat bei der Verurtheilung berücksichtigt wurde, als die sträfliche Verheimlichung einer Waffe. Und doch, trotz aller Strenge, welche täglich gesteigert wird, wurde gestern Abend in der Vorstadt Lerchenfeld wieder ein Soldat durch einen Pistolenschuß verwundet, und wir haben vielleicht die traurige Perspektive vor uns, in Folge der heutigen Hinrichtung bald von einem neuen Attentat zu hören. (A. A. Z.)

Preussen. †°† (Berlin, 24. Februar.) Gestern Abend kamen die hier anwesenden Mitglieder der Oppositionspartei bei Mielentz zusammen; man bemerkte außer den HH. Waldeck, v. Unruh, d'Ester, Temme, Rodbertus, v. Berg, auch die noch Abends angekommenen HH. Schneider (Schönebeck), Pax, v. Kirchmann, Otto (Trier) u. s. w. Heute sind auch Hr. Dr. Joh. Jacoby, v. Lisiecki, v. Lipski, Dr. Rupp u. A. eingetroffen. Die gestrige Vorversammlung der Opposition hat zu eigentlichen Beschlüssen nicht geführt; die alten Bekannten begrüßten sich und gesprächsweise äußerte man sich dahin, daß man nach sondiren wolle, ob es möglich sey, den Hrn. v. Unruh als Präsidenten durchzusetzen, eventuell will man für Hrn. Grabow stimmen. Die Frage, ob man in den weißen Saal gehen solle oder nicht? wurde als eine offene behandelt, nur sehr wenig Mitglieder der Linken werden sich dort nicht einfinden.

Durch den Kriminal-Kommissarius Hrn. Albrecht ist auf Befehl des kommandirenden Generals die Reichhart'sche Buchdruckerei geschlossen worden. Grund dazu war der Druck eines Gedichts an die zukünftigen Kammern, das zwar auf dem Titel den Namen Freiligraths trug, jedoch nicht von demselben herrührt.

Vor dem Kriminalgericht fand heute eine Gerichtsversammlung statt, die wegen des Kontrastes zwischen dem Strafantrage und der Unmöglichkeit, eine Strafe zu vollstrecken, einen komischen Eindruck machte. Der Student Friedrich war beschuldigt, bei dem Auflauf welcher am 14. Juni v. J. dem Zeughaussturme voranging, unter Vortragen einer rothen Fahne: Vive la république! ausgerufen zu haben. Der Staatsanwalt Hr. Neumann beantragte nichts Geringeres als Verurtheilung des Angeklagten zum Rade von unten auf. Der Angeklagte war nicht erschienen und sein Aufenthalt ist unbekannt. Der Vertheidiger Advokatanwalt Dorn erwiderte auf die Anklage, die dann auch vom Gerichtshof verworfen wurde. In den vom Vorsitzer des aus acht Richtern zusammengesetzten Kollegiums, Hrn. Harrassowitz dargelegten Entscheidungsgründen sprach sich die Entrüstung über einen derartigen zu dem inkriminirten Vorgange nicht entfernt in Verhältniß stehenden Strafantrag unverkennbar aus. Es war nur erwiesen, daß ein Haufe, der sich dem Zuge mit der rothen Fahne angeschlossen, das Vive la république! gerufen hatte. Ob der Angeklagte in diesen Ruf eingestimmt, vermochte keiner der 16 Zeugen zu bekunden. Nur Einer behauptete: Friedrich habe, während die Uebrigen gerufen, den Mund geöffnet. Auf Grund dieses Resultates der Zeugenvernehmung verlangte der Wächter des Gesetzes das Rad gegen den Angeschuldigten. Gleich wie dieser Antrag wurde auch der formelle: die Oeffentlichkeit auszuschließen, vom Gericht zurückgewiesen.

Sachsen. (Dresden, 24. Febr.) Die Erklärung der Minister in Bezug auf ihre gestern mitgetheilte Abdankung lautet wörtlich: „Aus beinahe allen Theilen des Landes sind uns hieher Vertrauenszuschriften und Aufforderungen zugegangen, fernerhin in unseren Aemtern zu bleiben. So dankbar wir auch dafür allen den Männern sind,

die sich dabei betheiligt haben, so wenig konnten wir diesen Aufforderungen entsprechen. Die Gründe dafür sind folgende: „Zu verschiedenen Malen haben wir uns öffentlich dahin ausgesprochen, daß wir ohne die Unterstützung der Mehrheit der Kammern die Verwaltung nicht fortführen würden. Diese Unterstützung fehlte uns nach unserer Ansicht schon damals, als wir vor vier Wochen Se. Maj. dem König den Wunsch, unserer Aemter enthoben zu werden, darlegten. Jeder noch mögliche Zweifel darüber ist seit dieser Zeit verschwunden. Fast in allen formellen und materiellen Fragen, sowohl von geringerer, als von grundsätzlicher Bedeutung, haben beide Kammern theils einstimmig, theils gegen eine geringe Minderheit sich wider die Regierung entschieden. Unter diesen Umständen blieb uns, wenn wir nicht durch Auflösung der jetzigen Kammern Berufung an das Volk einlegen wollten, Nichts übrig, als von unsern Aemtern zurückzutreten. Nach reiflicher Erwägung haben wir uns für das Letztere entschieden. Seine Majestät der König hat unseren Rücktritt genehmigt. Wir verlassen daher unseren zeitherigen Wirkungskreis nach der Arbeit eines Jahres, das zu den inhaltschwersten in der Geschichte unseres Vaterlandes gerechnet werden wird. Die öffentliche Meinung wird über unser Thun und Lassen richten. Wie aber auch ihr Urtheil ausfallen möge, wir sind uns bewußt, die Zusagen treulich erfüllt zu haben, die in unserem, mit freudiger Zustimmung vom Volke aufgenommenen Programme vom 16 März 1848 niedergelegt sind. Dr. Braun. Dr. v. d. Pfordten. Robert Georgi. Oberländer. v. Buttlar. (Lpz. Z.)

(Dresden, den 23. Februar.) In der heutigen Sitzung der II. Kammer war auf der Registrande außer mehreren Zustimmungsadressen an die Kammern auch ein königliches Dekret, ein Postulat zu Unterstützung der deutsch-katholischen Gemeinden betreffend, eingegangen. Vicepräsident Tzschirner trägt eine Landtagsschrift, die Beschlüsse über die auf die Tödtung Robert Blum's bezüglichen Fragen betreffend, vor, und bringt einen Antrag auf Zurückziehung der in Thüringen garnisonirenden sächsischen Truppen ein. Sodann trägt der Präsident ein Gesuch der Redaktion der Dresdner Zeitung wegen eines Platzes für ihren Berichterstatter in dem Sitzungssaale selbst vor; es wird gegen 14 Stimmen genehmigt. Hierauf interpellirt Abgeordneter Bernhard das Kriegsministerium: „ob es gegründet sey, daß den in Mittweida stationirten Rekruten verboten worden sey, den Versammlungen des dortigen Vaterlandsvereins oder anderer politischer Vereine beizuwohnen." Er habe erfahren, daß jenen Rekruten gleich nach ihrem Einmarsche vom Oberlieutenant v. Metzradt jenes Verbot mitgetheilt worden sey, welches dem Gesetze vom 14. November vorigen Jahres widerspreche, da nach demselben die Soldaten außer vom Ministerium durch ein Verbot in der Ausübung ihrer politischen Rechte nicht gehindert werden dürfen. (D. A. Z.)

Frankreich.

† (Paris, den 23. Februar.) Die sämmtlichen demokratischen Journale sind heute mit folgender Erklärung erschienen: „Eine große Zahl Bürger hatte geglaubt, es sey schicklich, zu Ehren der Februar-Revolution eine feierliche Manifestation zu veranstalten. Im Angesicht der unaufhörlichen Herausforderungen der Staatsgewalt böte aber eine Manifestation solcher Natur große, unvermeidliche Gefahren. Wir bitten das Volk, davon abzustehen. Die Repräsentanten der Montagne, die Delegirten des National-Wahl-Kongresses und des Central-Wahl-Conseils des Seinedepartements, die Direktoren der Arbeiter-Associationen, die Delegirten der Korporationen, die Büreauglieder des Luxembourg und die Redaktoren der demokratisch-socialistischen Journale werden morgen eine Adresse an das Volk veröffentlichen, um dasselbe zu beschwören, ruhig zu bleiben, und den großen Jahrestag zu ehren, indem es seinen Feinden Achtung für wahre Ordnung und Gesetzlichkeit beweist.«

Der morgige Tag wird sehr still vorübergehen. Um 10 Uhr begibt sich die Nationalversammlung in die Magdalenenkirche, wo auch der Präsident mit seinen Ministern erscheinen wird, so bald sich die Deputirten »gesetzt« haben werden. Die Beamtenwelt folgt in der üblichen Ordnung. Beim Anfang und Schluß des Te Deum's fallen Kanonenschüsse. Ueber dem Portale hängt ein schwarzes Tuch, worauf mit weißen Buchstaben geschrieben: »A la memoire des Citoyens morts pour la Republique.« Die Garnison nebst Bürgerwehr bilden Spaliere. Die eingeschriebenen Stadtarmen erhalten eine doppelte Brod- und Fleisch-Ration in Papiergeld. Hiemit hat das Faucher'sche Februar-Programm im Moniteur ein Ende. Die ganze ministerielle Feier läuft also auf ein Mozart'sches Requiem hinaus, zu dem die Eintrittskarten schon heute mit 10 bis 15 Franken bezahlt werden.

In Lyoner Blättern lesen wir die nicht unwichtige Nachricht, daß Napoleon Bonaparte den Gesandschaftsposten in Madrid nicht annehmen wolle, weil er seine Gegenwart in Paris bei gewissen Eventualitäten nothwendig halte!! Etwa bei der Proklamation seines Vetters zum demokratischen Kaiser?

Im Elysée war Ministerrath, der sich von $11\frac{1}{2}$ bis 3 Uhr hinzog. Es kamen in ihm die Depeschen aus Rom, Florenz und Turin zur Sprache. In Voraussicht dieses Conseils sagt „Credit": „..Wird sich das Kabinet der russischen Politik in die Arme werfen? Dies hieße der öffentlichen Meinung von Frankreich und ganz Europa ins Gesicht speien und uns auf dem Wege der Feigheit in den Krieg führen. Waren es nicht die Emigranten von 1792, welche das patriotische Gefühl dergestalt empörten, daß sich Frankreich in die Arme Danton's und der Septembermänner stürzte? Sich an den Nachtrab oder an das Schlepptau Oesterreichs schließen oder den elenden Feldzug von 1823 gegen Spanien copiren, das hieße uns geradezu in einen allgemeinen Krieg führen, den Erfolg der rothen Republik sichern und uns unter die Diktatur eines neuen Convents bringen? Will das Hr. Drouyn de Lhuys?"

Die Nationalversammlung widmete ihre ganze Sitzung der geistlosen Debatte einiger Paragraphen des Wahlgesetzes. (Incompatibilitätenfrage.)

Italien.

Aus Padua sind folgende Mittheilungen eingelangt: Wie bekannt ist in Ferrara am 6. und 7. Febr. das österreichische Militär durch das Volk gröblich insultirt, ein Offizier verwundet und einige harmlose Soldaten, die für die Menage einzukaufen von der Citadelle in die Stadt sich begaben, feig ermordet worden. Die Genugthuung, welche Oesterreich nimmt, besteht in folgendem: Korpskommandant FML. Haynau rückt mit 4 Bataillons, 4 Batterien, 2 Brücken-Equipagen und 2 Eskadron Kavallerie nach Ferrara und verlangt die Erfüllung nachstehender Bedingnisse: 1) Die Anstifter des Attentats und Mörder seyen einzuliefern oder 6 Geiseln zu stellen. 2) Dem k. k. Konsul sey der zugefügte Schaden mit 6000 Scudi zu ersetzen. 3) Als Exekutionsentschädigung sey eine Million und 200.000 Zwanziger zu zahlen. 4) Feststellung der nöthigen Verhältnisse der österreichischen Garnison zur Stadt. — Als letzte Frist ist der 19. Febr. gegeben; wenn die Bedingnisse nicht erfüllt werden, beginnt das Bombardement gegen die Stadt. (Tirol. Bote.)

Aus Bologna wird vom 19. 6 Uhr Abends gemeldet, daß die Oesterreicher mit 10,000 Mann in Ferrara eingerückt, die Thore und wichtigsten Orte der Stadt besetzt haben. (A. A. Z.)

In Turin (22. Febr.) erwartete man Gioberti's Rücktritt, der gegen den Willen der übrigen Minister in Toscana habe interveniren wollen. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Aufruf an die Bewohner Nürnbergs und Umgegend.

Mehrere der freien christlichen Gemeinde in Nürnberg nicht angehörige Bürger und Familienväter, haben sich im Geiste der Nächstenliebe und christlichen Duldung vereinigt, die neue Gemeinde, welche, obwohl zahlreich in Hinsicht auf die kurze Zeit ihres Bestehens, dennoch zu klein ist, allen pekuniären Anforderungen zu genügen, durch Geldbeiträge thatkräftig zu unterstützen. Es ergeht deshalb hiemit die dringende Aufforderung und Bitte an die Einwohner aller Konfessionen in unserer Stadt und Umgebung, welche so häufig schon entfernten Gemeinden reichliche Unterstützung haben zufließen lassen, sich um so mehr bei diesem Vorhaben zu betheiligen, da es gilt, einer kirchlichen Gemeinschaft in unserer Mitte hülfreich brüderliche Hand zu bieten; denn nur auf diese Weise wird es der jungen Gemeinde möglich werden, tüchtige, im Geiste des Christenthums, der Sittlichkeit und Nächstenliebe und dadurch zum Segen unserer Stadt wirkende Prediger an ihrer Spitze zu erhalten. Möge sich ein jeder nach dem Maaße seiner Kräfte betheiligen, dem bei einem fühlenden Herzen ein wahrhaft erbauender, Geist und Gemüth veredelnder Gottesdienst Bedürfniß ist.

Listen zur Einzeichnung auf fest zu bestimmende stehende Beiträge liegen im goldenen Adler und in der Tümmelschen Druckerei zur Einzeichnung auf.

Mit allerh. obrigkeitl. Bewilligung und geprüft von einem hochl. Ober-Medizinal-Ausschuß

empfehle ich zur geneigten Abnahme:

1) Tinktur zum Wachsthum der Haare; diese Tinktur dient zugleich als Haarstärkung bei Personen, deren Haare stark ausgehen, ein kahler Fleck oder Platte vorhanden oder zu befürchten ist; sie bewirkt, daß die haarlosen Stellen wieder mit Haaren bewachsen werden, das Glas 40 kr.
2) Haarfärbemittel, um rothe, graue und helle Haare nach Belieben dauerhaft braun oder schwarz zu färben; da das Haar aller Menschen Zierde ist, und die Farbe desselben die Hauptsache der Schönheit ausmacht, und daher Jedem viel daran gelegen sein muß, so dient diese Tinktur dazu, um rothe, graue und helle Haare ohne den geringsten Nachtheil oder Empfindung vollkommen dauerhaft dunkelbraun oder schwarz zu färben, das Glas 1 fl. 12 kr., das halbe 40 kr.
3) Orientalische Schönheits-Essenz, welche zugleich für Sommer- und andere Flecken der Haut sehr zu empfehlen ist, das Glas 40 kr.; Macassaröl, zur Verbesserung des Wachsthums der Haare, Glas 1 fl. 12 kr., das halbe 40 kr.

Da diese Artikel seit vielen Jahren wegen ihrer vortrefflichen Eigenschaft so sehr bekannt sind, so sehe ich vielen Aufträgen entgegen und bitte, sich an meine Adresse genau zu halten

G. Ludw. Hoffmann, Chemiker,
S. Nr. 1196. im Engel, in der neuen Gasse am Spitalplatze in Nürnberg.

Einladung.

Zu der heute Mittwoch den 21. Februar stattfindenden »musikalisch-deklamatorischen Abendunterhaltung ladet der ergebenst Unterzeichnete mit dem Bemerken höflichst ein, daß er auf die Unterstützung durch zahlreichen Besuch um so mehr seine Hoffnung gesetzt hat, da er stets von dem Sinne seiner Mitbürger, wo es das Wohl eines Einzelnen galt, überzeugt wurde.

Ergebenster

Carl Seibert.

Eintrittskarten sind in meiner Wohnung S. Nr. 793 innere Laufergasse im 3. Stock zu 12 kr. und an der Kasse zu 18 kr. zu haben.

Dietenhöfer'sche Leichenkassa.

Den verehrlichen Mitgliedern derselben, welche bei der am 25 Februar abgehaltenen Halbjahresrechnung nicht anwesend waren, diene hiemit zur Nachricht, daß das jetzige Kassa-Vermögen 57,899 fl. 21 kr. beträgt, das der vorigen Rechnung am 27 August 1848 57,291 fl. ½ kr. betrug, mithin sich eine Vermehrung von 608 fl. 20 ½ kr. ergeben hat. Die Zahl der Mitglieder ist gegenwärtig 9755. Die Zahl der Leichen waren 142, die dafür ausbezahlten Leichengelder sind 4,085 fl. 18 kr.

Nürnberg, den 26. Februar 1849.

Die Vorstände:
Volß. Heim. Lindner.
Nebst Ausschußmitgliedern.

Versteigerung.

Montag den 5. März und die darauf folgenden Tage werden im Hause S. No. 842 im Spitalhof über zwei Stiegen, von früh 8 Uhr an verschiedene Weberwaaren, als: Leinentuch, Bomasin, Kleiderzeuge, Halstücher rc. an die Meistbietenden gegen sogleich baare Bezahlung versteigert.

Zum scharfen Eck.

Mittwoch Abends Produktion vom »Kleeblatt,« wozu ergebenst einladet

Dill.

(Verlaufen.) Ein großer grauer Hund, russischer Race, mit langem Schweif, hat sich vor ungefähr 8 Tagen verlaufen, wem derselbe zugelaufen, beliebe ihn dem Hirten Fischer in Steinbühl zurückzubringen.

Ankündigung ausgezeichneter Toilette-Artikel.

Zeugniß

über die außerordentliche Wirksamkeit des Mailändischen Haarbalsams zur Erhaltung, Verschönerung, Wachsthumsbeförderung und Wiedererzeugung der Haupthaare sowohl, als zur Hervorrufung kräftiger Schnur- und Backenbärte in schönster Fülle, von Carl Kreller in Nürnberg. Preis 30 kr. für das kleine und 54 kr. für das große Glas nebst Bericht.

»In einem Alter von 70 (siebenzig) Jahren, beinahe aller meiner Haare auf dem Kopfe beraubt, die mir aber nicht in Folge einer Krankheit ausgiengen, entschloß ich mich den mir von vielen Seiten als vorzüglich empfohlenen Mailänder Haarbalsam des Herrn Carl Kreller in Nürnberg zu gebrauchen, welcher sich denn auch nach dem Gebrauche von zwei großen Gläsern, zu meinem nicht geringen Erstaunen, wo der Erfolg in einem so hohen Alter sehr zweifelhaft war, so gut bewährte, daß nun mein Haupt wieder mit sehr dichten Haaren bedeckt ist; ich kann daher nicht umhin, Herrn Kreller für dieses so vorzügliche Mittel meinen Dank zu sagen, sondern es auch allen Denjenigen, die mit einem gleichen Uebel behaftet sind, bestens zu empfehlen und dessen Wirksamkeit hiemit öffentlich anzuerkennen und zu beloben.

Memmingen, den 15. September 1842.

Carl Gottlieb Häffner, Säcklermeister.

Die Aechtheit vorstehender Unterschrift wird anmit amtlich bestätiget. Memmingen, den 15. September 1842.

(L. S.)

Stadt-Magistrat.
Der Bürgermeister von Wachter.

Wenn nun der Mailändische Haarbalsam in den meisten Fällen der Depilation (oder des Haarausfallens) durch seine herrlichen Wirkungen sich einen großen und bleibenden Ruf erworben hat, so ist das

Eau d'Atirona,

über die feinste flüssige Toilettenseife zur Erhaltung und Herstellung einer schönen, reinen, weißen Haut und zur Beseitigung von Sommersprossen, Leber- und anderen gelben und braunen Flecken sowie sonstiger Hautunreinheiten nicht weniger vortheilhaft bekannt und steht besonders bei der Damenwelt in großen Ehren. Das kleine Glas wird zu 20 kr. und das große zu 40 kr. samt Gebrauchsanweisung mit Zeugnissen berühmter Aerzte abgegeben.

Zugleich empfehle ich:

Eau de Mille fleurs,

nach neuester Pariser Komposition, das große Glas zu 36 kr. und das kleine zu 18 kr. Wenige Tropfen dieses lieblichen und feinen Parfüms sind hinreichend, dem Waschwasser, der Leibwäsche, Sacktüchern, Kleidern, Handschuhen rc. den köstlichsten und dauerndsten Wohlgeruch zu ertheilen;

Duft-Essig,

ein vortreffliches Räucher- und Luftreinigungsmittel, dessen höchst angenehmer, erquickender und belebender Duft den verwöhntesten Geruchssinn befriedigt und ergötzt. Preis 15 kr. das Glas. Auswärtige Bestellungen werden nur dann vollzogen, wenn die Beträge gleich franco mit eingesandt und für Verpackung nach Umständen 3 bis 6 kr. beigefügt werden.

Karl Kreller,
Karlsstraße S. Nro. 91 in Nürnberg.

Packetschifffahrt von Bremen nach San franzisco.

von Heydorn & Comp. in Bremen.

Das erste Schiff „Talisman" ist besetzt und segelt gegen den 15. März.
Am Ende März zu segeln liegt jetzt in Ladung:

„Reform", Kapitän W. Hattendorf,

dann folgen „Expreß", „Matador" und andere obrigkeitlich gut erklärte Schiffe erster Klasse. Nach Rio und Valparaiso werden auch Passagiere mitgenommen.

Die Passagiere können nach Ankunft des Schiffes in San Francisco noch einige Wochen gegen Vergütung von einem halben Dollar per Tag an Bord bleiben, die mit unsern Schiffen reisenden werden daselbst mit Rath und Kredit unterstützt werden. Auch übernehmen wir den Verkauf der Waaren in San francisco, sowie die Realisirung der Retouren im besten Interessen der Eigenthümer unter der üblichen Garantie.

Nähere Auskunft ertheilt auf franco Anfragen.

C. H. van Zütphen, Spediteur in Köln.
Comptoir Perlengraben Nr. 70.

Offene Stelle.

Ein gebildetes Frauenzimmer in den zwanziger Jahren, das Gewandtheit in einem offenen Geschäft sich bereits zu eigen gemacht hat, und über Treue, Thätigkeit und Solidität sich genugend ausweisen kann, findet sogleich oder in den nächsten Wochen in einem Hause dauernde Unterkunft, wo außer entsprechenden Gehalt auch freundliche Behandlung zugesichert wird. Offerten wollen gefälligst in frankirten Briefen an die Exped. d. Bl. unter Adresse O. P. gemacht werden.

Anzeige und Empfehlung.

Bei Herannahen des Frühjahres erlauben sich Unterzeichnete ihre schon seit Jahren bekannte Strohhutwaschanstalt in Erinnerung zu bringen. Die Ablage von Strohhüten kann in unserem Laden geschehen. Zu geneigten, gütigen Aufträgen empfehlen wir uns

Hochachtungsvoll

Nürnberg, den 28. Febr. 1849.

J. K. Hagerer u. Comp., Strohhutfabrikanten,
Kaiserstraße, L. Nr. 145,
vis à vis der Kronen-Apotheke.

Einladung.

Heute Mittwoch den 28. Februar Abends 8 Uhr werden die Mitglieder der sogenannten kleinen Musik zu einer Versammlung im Gasthaus zum Peter Vischer hiemit eingeladen.

Einladung.

Heute Mittwoch den 28. Februar ist bei Unterzeichnetem Metzelsuppe, wozu hiemit höflichst einladet

Kißkalt.

(Zu vermiethen.) In L. Nr. 334 der Karolinen-Straße ist die II. Etage nächstes Ziel mit allen Bequemlichkeiten versehen, zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In einem Hause in einer frequenten Straße ist ein Logis mit Bett und Möbeln an einen soliden Herrn täglich zu vermiethen.

(Zu verkaufen.) Schon gebrauchte Pickel, Stock- und Breithauen, eiserne Schlägel, Holzhacken, Rasenbeile, Hebeisen, Ketten, altes Eisen, Schubkarrenräder, einiges Steinhauer- und Zimmermannswerkzeug u. dgl. sind zu verkaufen bei F. Lorch, Fürther Straße Nr. 41.

(Gesuch.) Wer auf ein gut gebautes Haus für sichere Hypothek circa 1—2000 fl. zu verleihen hat, beliebe die Adresse unter A. S. gefälligst in der Exped. d. Bl. abzugeben.

(Zu verkaufen.) Einige Dutzend schöne hochstämmige Akazien-Bäume sind zu verkaufen. Näheres in L Nro. 605 auf der Schütt.

(Gesuch.) Ein junger verheiratheter Mann sucht in einer Fabrik oder anderswo eine Stelle und kann auf Verlangen Kaution leisten. Gefällige Offerten bittet man unter Adresse A. B. in der Exped. d. Bl. abzugeben.

(Zu verkaufen.) Noch ganz neue Heizungs-Kanäle 8″△8″ 24″ 40 Schuh lang von starkem Eisenblech sind billig zu verkaufen. Näheres S. Nro. 881.

(Gesuch.) Man wünscht einen jungen auswärtigen Menschen von 15 Jahren, der mit den nöthigen Vorkenntnissen ausgerüstet ist, in einer hiesigen Colonial- oder Spezerei-Waaren-Handlung mit oder ohne Lehrgeld in die Lehre zu bringen.

Briefe werden unter S. P. erbeten.

(Zu vermiethen.) In L. Nro. 401 am Hefnersplatz ist eine Wohnung mit 5 heizbaren Zimmern, Küche, Speisekammer, Garderobe, sonstigen Bequemlichkeiten und Stallung für 3 Pferde — bis Ziel Walburgi zu vermiethen.

(Mieth-Gesuch.) Eine einzelne Dame mit Magd sucht ein helles freundliches Logis aus 2 heizbaren Zimmern, 1 Alkov, 2 Kammern und heller Küche nebst andern häuslichen Bequemlichkeiten zu miethen, unter Adresse A B.

Stadttheater in Nürnberg.

Mittwoch den 28. Februar. Zum Benefize für Frau Josephine v. Sternwaldt und Fräulein Emma Stötzel. Zum Zweitenmale: »Prinz Friedrich.« Schauspiel in 5 Akten von Heinrich Laube.

Zu dieser Vorstellung laden ein hochverehrliches Publikum ergebenst ein

die Obigen.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 1. März 1849. № 60. Donnerstag: Albinus.

Deutschland.

Bayern. (München, 27. Febr.) Der Rentbeamte J. B. Engel in Mallersdorf wurde in den Ruhestand versetzt; der Revierförster zu Petersgmünd Franz Martin zum Forstkommissär II. Klasse in Ansbach, und an dessen Stelle der Forstamtsaktuar und Funktionär im Ministerialforst-Einrichtungsbureau in München K. Frhr. v. Tröltsch ernannt; der Revierförster von Ungelstetten M. v. Schedel auf das Revier Eibach versetzt, und an dessen Stelle der Forstamtsaktuar in Schwabach Gg. Auffhammer befördert; der Forstamtsaktuar in Marquardstein N. Stoffel zum Revierförster in Reit im Winkel ernannt; der Finanzrechnungskommissär L. Pickl in Ansbach zum Rentbeamten in Windsbach, der Rentbeamte J. M. Speckner zu Weißenburg auf das Rentamt Ipsheim versetzt, und an dessen Stelle der Finanzrechnungskommissär Gg. Graf in Ansbach ernannt; die erledigte Landrichterstelle in Simbach dem dermaligen Landrichter W. Frhr. v. Schatte zu Tittmoning übertragen; auf die erledigte II. Assessorstelle beim Landgerichte Hilders der geprüfte Rechtspraktikant J. Huler aus Aschaffenburg, auf die in Berchtesgaden erledigte Landgerichts-Aktuarsstelle der dermalige II. Landgerichtsassessor L. Paur zu Schwabmünchen, und auf die hiedurch erledigte Stelle der geprüfte Rechtspraktikant Th. Buhmann aus Füssen ernannt. (N. M. Z.)

† † (Nürnberg, 28. Febr.) Preußen hat in Verbindung mit andern deutschen Regierungen eine Kollektivnote erlassen, durch welche die künftige Reichsverfassung ganz auf den alten Bundesstaat basirt werden soll. Sogar die Benennung Reich soll nicht gebraucht werden dürfen. Die deutsche Nationalversammlung möge auf ihrer Hut seyn. Das Volk würde und müßte im höchsten Grade erbittert werden, wenn auf solche Weise mit den Fürsten vereinbart würde.

Baden. (Konstanz, 25. Febr.) Gestern stand der bisherige Redakteur der Seeblätter neuerdings vor dem Hofgericht. Er wurde zu 2 Monaten Festungsstrafe verurtheilt. Gegenstand der Klage war, daß er aufrührerische Schriften verbreitet habe, in welchen republikanische und monarchische Zustände verglichen und erstere als ein Füllhorn des Glückes, letztere als ein Abgrund alles Unheils geschildert wurden, worauf sich Mittel angegeben fanden, auf welche Weise eine Republik erstrebt werden müsse. Auch diesmal war der Gerichtssaal voll von Zuhörern und Zuhörerinnen, unter welch letzteren Letours Frau in Begleitung von Fiklers Schwester und Tochter bemerkt wurden. Auch diesmal standen wieder während der ganzen Zeit der Prozeßverhandlung, von 8 bis 3 Uhr, Soldaten unter den Waffen; doch fand nicht die geringste Störung statt. Alles zusammen gerechnet hat jetzt Letour ein volles Jahr Festungsstrafe zu bestehen. — Der Soldat, der vor einigen Wochen von den benachbarten Schweizer Behörden festgenommen wurde, ist wieder zurückgegeben worden. Man hatte ihn seither mit Ketten belegt und nach Frauenfeld abgeführt. Dem Vernehmen nach soll er bedeutende Prozeßkosten zu tragen haben. (Schw. M.)

Freie Städte. ⁂ (Frankfurt, den 26. Febr.) [177. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Wegen eines Artikels in der Frankfurter Zeitung, den Mißbrauch des Namens des Reichsverwesers betreffend, wird das Reichsministerium von dem Abg. Clemens zur Rede gestellt. Gagern antwortet darauf: Das Reichsministerium weist die Beschuldigung, den Namen Sr. k. Hoh. des Erzherzog-Reichsverwesers mißbraucht zu haben, als eine Verläumdung zurück. (Lebhaftes Bravo!) Es ist keine Thatsache angeführt worden und es hat keine angeführt werden können, wodurch eine solche Verläumdung auch nur beschönigt würde. Die Umstände, von denen es sich etwa handeln kann, sind folgende: Es wurden von Fürsten oder Bevollmächtigten mehrerer Regierungen bei dem Reichsministerium Erklärungen, zunächst in Beziehung auf die Oberhauptsfrage abgegeben. Die erste dieser Erklärungen wurde im Namen des Großherzogs von Baden und seiner Regierung ertheilt. Se. kaiserl. Hoheit der Reichsverweser hat darauf selbst den Anlaß gegeben, daß diese Adresse beantwortet wurde. Er hat sich über den Inhalt des betreffenden Antwortschreibens bestimmt gegen den Unterstaatssekretär v. Wirzeleben ausgesprochen. Dieser hat sodann das an die badische Regierung zu erlassende Schreiben Sr. kaiserl. Hoheit mitgetheilt und dies ist sofort in den Ausdrücken, wie sie Ihnen bekannt wurden, abgeschickt worden. Nach der Mittheilung der badischen Regierung wurden fernerweit an das Reichsministerium Noten von Sachsen-Weimar, von Braunschweig und von dem Großherzogthum Hessen gerichtet. Auch auf diese Mittheilungen sind Antworten im Namen des Reichsverwesers erfolgt und auch diese Antworten haben dem Erzherzoge vorgelegen und er hat sie an das Reichsministerium ohne Bemerken dazu zurückgegeben. Nach diesen drei weitern Adressen, die ich so eben bezeichnete, ist noch eine ganze Reihe von Adressen von anderen Staaten an uns gelangt, eine Antwort darauf aber nicht erfolgt weder im Namen des Reichsverwesers, noch von dem Ministerium. Damit ich aber nicht blos die Wahrheit, sondern die ganze Wahrheit sage, so ist es wahr, daß auf einige dieser Mittheilungen Antwortschreiben in der Kanzlei vorbereitet waren. Daß diese auf ein Verbot oder auf die Andeutung, es möge unterlassen werden, von Sr. k. Hoheit zurückgehalten worden seyen, ist unbegründet. Ich habe vielmehr diese Mittheilungen nicht unterzeichnet, weil ich geglaubt habe, daß sie den Werth für die Adressaten verlieren würden, wenn sie nicht im Namen Sr. k. Hoheit könnten beantwortet werden (von verschiedenen Seiten hört, hört). Das ist der ganze Sachverhalt. Daß es dem Ministerium darauf ankam, die Wahrheit dieser Thatsache aus der lautersten und kompetentesten Quelle bestätigt zu sehen, nachdem die entgegenstehenden Verläumdungen ausgesprochen waren, versteht sich von selbst. Es hat also allerdings ein Schriftwechsel zwischen Sr. k. Hoh. dem Erzherzog-Reichsverweser und dem Reichsministerium stattgehabt. Der sowohl mündliche als schriftliche Verkehr zwischen Sr. k. Hoheit dem Reichsverweser und seinen Ministerien gehört nicht vor die Oeffentlichkeit, so lange das Ministerium das Vertrauen Sr. k. Hoh. besitzt. Der Reichsverweser hat das Ministerium autorisirt, bei seiner Erklärung das größte Gewicht auf das bestehende gute Einvernehmen zwischen S. k. H. und dem Ministerium zu legen. (Bravo.) S. k. H. haben die hohe Stellung des Reichsverwesers über den politischen Parteikämpfen in den Verwicklungen der letzten Zeit unverändert zu wahren gewußt. (Bravo rechts und in dem Centrum.) Auf die Zuschrift des Hrn. Mareck, die heute verlesen worden ist, erwiedere ich, daß alle Eingaben der Regierungen in Beziehung auf das Verfassungswerk noch heute an die hohe Versammlung gelangen werden. Es würde schon die Mittheilung an den Herrn Präsidenten erfolgt seyn, wenn die Abschriften so schnell hätten gefertigt werden können. (Beifall von allen Seiten des Hauses.) Auf Culmanns Interpellation erinnert der Ministerpräsident an seine Beantwortung einer gleichen Frage von Seiten hannoverischer Abgeordneten vom 18. Jan. Das Ministerium kann sich bezüglich der Interpellation des Herrn Culmann und Genossen auf Wiederholung der Erklärung lediglich beschränken, wie es davon ausgehe, daß die Grundrechte nach Maßgabe des Reichsgesetzes vom 27. Sept. 1848, betreffend die Verkündigung der Reichsgesetze, auch für Bayern gesetzliche Kraft erlangt haben und daß es bei begründeten Beschwerden wegen Nichtvollzugs demgemäß verfahren werde. Die Tagesordnung führt hierauf zur Berathung des Entwurfs des Wahlgesetzes, § 11 und die folgenden.

Art. IV. §. 11 wird in folgender Fassung angenommen: „Wer das Wahlrecht in einem Wahlbezirke ausüben will, muß in demselben seinen festen Wohnsitz haben. Jeder darf nur an Einem Orte wählen. Der Standort der Soldaten und Militärpersonen gilt als Wohnsitz und berechtigt zur Wahl, wenn derselbe seit 3 Monaten nicht gewechselt worden ist. In den Staaten, wo Landwehr besteht, tritt für diese dahin eine Ausnahme ein, daß Landwehrpflichtige, welche sich zur Zeit der Wahlen unter den Fahnen befinden, an dem Orte ihres Aufenthaltes für ihren Heimathsbezirk wählen. Die näheren Anordnungen zur Ausführung der Bestimmung bleiben den Regierungen der Einzelstaaten überlassen.“ Auch §. 12 führt nur eine unerhebliche Debatte herbei, worauf dessen Annahme in der Form des Verfassungsausschusses erfolgt: §. 12. „In jedem Bezirke sind zum Zweck der Wahlen Listen anzulegen, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen werden. Diese Listen sind spätestens 4 Wochen vor dem zur ordentlichen Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht auszulegen und dies öffentlich bekannt zu machen. Einsprachen gegen die Listen sind binnen 8 Tagen nach öffentlicher Bekanntmachung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten 14 Tage zu erledigen; worauf die Listen geschlossen werden. Nur diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind.“

Ehe sich die Verhandlung weiter und zu Artikel V des Wahlgesetzes wendet, theilt der Präsident der Versammlung mit, daß so eben ein Schreiben des Reichsministerpräsidenten an ihn gelange. Dasselbe ist zur Mittheilung an die Versammlung bestimmt, und die sofortige Verlesung erfolgt unter dem tiefen Schweigen der Anwesenden. Der Reichsministerpräsident überreicht in jenem von 24 Beilagen begleiteten Schreiben dem Hause die sämmtlichen auf das Verfassungswerk bezüglichen Aktenstücke, die in Folge der von dem Reichsministerium erlassenen Note von den deutschen Regierungen eingegangen sind. Darunter eine Kollektiverklärung von Preussen, Baden, beiden Hessen u. A. — im Ganzen 28 Staaten — denen sich nachträglich auch noch die beiden Schwarzburg angeschlossen haben. Das Schreiben des Reichsministeriums spricht die Hoffnung aus, daß die Ausstellungen und Bemerkungen der Regierungen jede zulässige Berücksichtigung finden werden, um zu einer wünschenswerthen Verständigung zu gelangen, — keiner Vereinbarung, denn durch die Annahme des Vereinbarungsprinzips würde das Werk ein unmögliches werden, und die Nationalversammlung müsse in höchster Instanz entscheiden — woran der Antrag geknüpft wird, das reiche Material dem Verfassungsausschusse zur Prüfung und geeigneten Benutzung zu überreichen.

Gagern: Der Druck obiger Beilagen ist bereits so weit vorbereitet, daß sie morgen in den Händen der Mitglieder seyn werden. Nachträglich ist mir noch eine hannoverische Note zugegangen, die ich jenen Beilagen beifügen werde. Pfeiffer von Adamsdorf stimmt mit der Verweisung dieses Materials an den Verfassungsausschuß überein. Allein diese Verweisung soll nur geschehen mit der ausdrücklichen Erklärung, daß die Versammlung — nicht etwa aus zu hochgespannten Ansichten von ihrer Macht, sondern in der Erkenntniß, daß eine Vereinbarung nimmermehr zum Ziele führen könne, — die Aeusserungen der Regierungen zwar der gewissenhaften Erwägung des Verfassungsausschusses empfehlen werde, dabei aber der Nationalversammlung das letzte Wort und der endgültige Beschluß vorbehalten bleibe. Er stellt daher einen desfallsigen Antrag, der zugleich dahin geht, daß der Verfassungs-Ausschuß seine Arbeit in der Art beschleunige, daß am 5. März die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs beginnen könne (Bravo!) Stellen Sie dem diplomatischen Nebel, der sich um uns

lagert, die einfache Thatsache entgegen, daß es noch eine deutsche Nationalversammlung gibt. Gumbrecht aus Lüneburg unterstützt den Antrag Pfeiffers aus Gründen, die er den Verhältnissen seines engern Vaterlandes Hannover entlehnt. Hannover hat zwar weder einen Mord an einem unserer Mitglieder begangen (Beifallssturm von der einen, Mißfallen von der andern Seite) — ich lasse das Materielle dahin gestellt und spreche als Jurist von einem Justizmorde — noch hat es dem Auslande die bittende Hand entgegengestreckt — noch hat es so liebenswürdige Bundesgenossen gerufen wie die Russen — (Bravo! der Präsident mahnt die Galerien zur Ruhe) — aber wenn Sie den Antrag Pfeiffers ablehnten, so würden Sie damit ausdrücken, daß Sie sich nicht mit den Abg., sondern mit den Regierungen über Ihr Werk verständigen wollen. Reichensperger hält den Pfeifferschen Antrag für nichts weiter als für einen Feldzug gegen Oesterreich. Das dem Verfassungsausschusse zu übergebende Material sey so reichhaltig, daß es leichtsinnig seyn würde, einen so nahen Termin für die zweite Lesung zu setzen. Auch kann er es nicht billigen, wenn schon jetzt die zweite Lesung als der endgültige Abschluß der Verfassung bezeichnet werde. Makowiczka und Genossen reichen einen Antrag ein, wornach die zweite Lesung der Verfassung auf den 15. März verschoben werden soll.

Ministerpräsident v. Gagern: Ich glaube, die Nationalversammlung hat in der stattgehabten Diskussion Veranlassung genug gefunden, um mit dem Antrage des Reichsministeriums übereinzustimmen. Demjenigen, was Herr Pfeiffer entwickelt hat, bin ich prinzipiell durchaus nicht entgegen, vielmehr ist es übereinstimmend mit dem, was das Ministerium heute ausgesprochen hat. Ich würde es aber selbst der Geschäftsordnung nicht ganz gemäß halten, wenn man jetzt schon einen Tag festsetzen wollte über einen Gegenstand, worüber der Bericht noch nicht vorliegt. (Einige Stimmen: Sehr richtig.) Lassen Sie also dem Ausschusse die Freiheit der Berathung und diejenige Zeit, die er selbst für sich in Anspruch nimmt. Ich wünsche daher, daß Sie dem Antrage beistimmen möchten, den das Ministerium an Sie hat ergehen lassen. Dabei will ich aber doch noch so viel bemerken, daß ich diejenigen Erwartungen nicht theile, die der Redner vor mir so eben ausgesprochen hat, als ob sobald und wenn der Termin der zweiten Lesung nur nicht zu sehr breit werde, eine ins Einzelne gehende Erklärung Oesterreichs zu erwarten stehe. Wenn das der Fall wäre, seyen Sie versichert, meine Herren, das ist meine innerste Ueberzeugung, so würde ich die Bitte an Sie stellen, Sie möchten warten. Oesterreich hat aber in der Note vom 4. Februar erklärt, daß es sich seine Erklärung vorbehalte und sie dann erst abgeben werde, wenn die Nationalversammlung ihr Verfassungswerk vollendet habe. (Hört! Hört!) Diese Erklärung ist bis jetzt weder zurückgenommen noch irgend modifizirt worden. Es sind von mehreren Vorrednern Vorwürfe erhoben worden, u. a. von Herrn Rösler von Oels ward behauptet, daß das Ministerium blos dasjenige unter den diplomatischen Aktenstücken ausgesucht habe, was es für den vorliegenden Zweck für nützlich erachte, daß es aber nicht mitgetheilt habe, was für die hohe Versammlung von gleich großem Interesse seyn könnte. Er hat dabei namentlich auf eine preussische Note hingewiesen, die an Hannover in Bezug auf die Grundrechte erlassen wäre. Die Aufgabe des Ministeriums war die, das Material, welches es von den Regierungen eingeholt hat, für die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs zusammenzufassen. Von den Grundrechten war dabei nicht die Rede. Das Ministerium würde, wenn es Veranlassung gehabt hätte, sich über die Grundrechte auszusprechen und über die Nichtvollziehung derselben es in derselben Weise gethan haben, Preussen gegenüber, wie es heut gegen Bayern und früher Hannover gethan hat (Bravo.) Das Ministerium überhaupt hat seine Vorlagen dem Hause in einem Sinne übergeben, daß es nur bedauern muß, wenn sich ein Ton der Anschuldigung und des Unfriedens in diese Verhandlungen eingeschlichen hat. Ich hege den Wunsch, daß sich diese Versammlung mit möglichster Einstimmigkeit über die wichtigsten Fragen aussprechen möge. Dazu gehört vor Allem, das keine Stammesanimosität, daß keine solche Gehässigkeit des Beschuldigens zwischen einzelnen Stämmen entwickelt werde, wie wir es heute hier gehört haben. (Bravo!) Lassen Sie uns den festen Vorsatz fassen, bei der bevorstehenden zweiten Lesung des Verfassungswerkes nimmer wieder einen solchen Vorwurf auf uns zu laden.

Noch erfolgen mehrere Anträge, von Arneth auf Hinausschiebung der zweiten Lesung bis zum 12 März, von Künßberg, daß auf Festsetzung jedes Termins, verzichtet werde, dann wird der Schluß der Debatte beliebt. Da sich der Antrag Pfeifers durch einen Zusatz Scherns erweitert und dahin modifizirt, daß der Termin des 5. März nur erneuert für die zweite Lesung der Verfassung eingesetzt wird, so erklärt sich auch der Ministerpräsident mit diesem Antrage einverstanden. Zur Abstimmung durch Namensaufruf wird zuerst gebracht der Antrag Ludwig Simons und Genossen, auf Uebergang der Tagesordnung über den Pfeifferschen Antrag. Verworfen mit 283 gegen 177 Stimmen. Desgleichen wird abgelehnt mit 293 gegen 153 Stimmen der Antrag Wiesdoncks, daß die endgiltige Entscheidung allein bei der Versammlung stehe, die Vorlagen dem Verfassungsausschusse übergeben, eine fernere Entscheidung aber erst gefaßt werde, wenn der Bericht vorläge. In Form der gewöhnlichen Abstimmung wird ferner beseitigt der Antrag Künßbergs. (Den Schluß der Sitzung morgen.)

Hannover. (Hannover, 24 Febr.) In beiden Kammern wurde heute nachstehender Vorschlag von dem Präsidenten der ersten Kammer Herrn Professor Briegleb vertheilt: „Vorschlag, über den die Konferenz beraihen wird. Auf die Mittheilung des Gesammt-Ministerii vom 10 d. M., das deutsche Verfassungswerk und die Grundrechte betreffend, zu beschließen: 1) daß königl. Regierung ersucht und ermächtigt werde, die Grundrechte des deutschen Volkes mit dem Einführungsgesetze v. 27. Dez. v. J., nach Maßgabe des §. 2 des Landesverfassungsgesetzes sofort unverkürzt zu verkündigen; 2) daß eine gemeinschaftliche Kommission von 7 Mitgliedern jeder Kammer zur Berichterstattung über die übrigen durch jene Mittheilung (des Gesammt-Ministerii) angeregten Fragen niedergesetzt werde. Die zweite Kammer vertagte sich, da wieder kein Minister erschienen, auf Dienstag. Die erste Kammer setzt die Berathung der Geschwornengerichte fort.

(Z. f. Nordd.)

Hessen. (Mainz, 25. Februar.) In der besonders eingerichteten Fruchthalle wurde gestern das demokratische Banket gegeben. Der weite Raum war roth drapirt und mit unzähligen schwarz-roth-goldenen Fahnen so wie mit der französischen Flagge und der der Vereinigten Staaten geschmückt. Ringsum waren die Namen berühmter Freiheitsmänner, nebst dem Datum der Volkskämpfe des Jahres 1848 zu lesen. Von der Linken der deutschen Nationalversammlung traten viele Redner auf; auch ein Pole ließ sich vernehmen. Das Bildniß Robert Blum's befand sich über der Rednerbühne. Die frugale Mahlzeit wurde durch Trinksprüche gewürzt, und das Banket erreichte ohne alle Störung und Unruhe sein Ende. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Kassel, den 23. Februar.) In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung stellte Herr Henkel den Antrag, der zweiten Kammer der hannoverschen Ständeversammlung den Beifall und die Anerkennung über ihren in der deutschen Frage gefaßten Beschluß zu Protokoll zu erklären. Er sagte, die Kabinetspolitik fange wieder an, ihr Haupt zu erheben, nach dem Beispiel und unter dem Schutze von Oesterreich. Die deutschen Fürsten fingen wieder an, zu vergessen, was sie eigentlich sind, und was das Volk ist, und wozu sie und das Volk da sind. Sie sträuben sich gegen Einschränkungen der Landeshoheit, welche erforderlich sind, damit Deutschland zur wahren Einheit gelange, damit eine kraftvolle Centralgewalt gebildet, und im Innern kräftige Garantien gegen Territorialwillkür und Unterdrückung der Volksrechte gegeben werde. Sie hielten Alles, was im Interesse des Volks und des gemeinen Wohls geschehen muß, für Opfer; als ob es ein Opfer sey, das dem Kaiser und Reich zurückzugeben, was ihre Vorfahren dem Reiche gegen dessen Willen geraubt haben. Das deutsche Volk müsse ihre Begriffe darüber aufklären, was es will und wollen muß, wenn es aus der Schmach vergangener Jahrhunderte herauskommen will. Jedes würdige Wort und jede würdige That, welche zum großen Zwecke hinzielt, müsse in Deutschland Beifall und Anerkennung finden. Ein Volksstamm müsse dem andern die Hand reichen und sich gegenseitig stärken. Die zweite Kammer der hannoverschen Ständeversammlung habe unlängst trotz dem Majoritätsdünkel und der Sonderbündelei des hanoverschen Ministeriums, und trotz dem, daß der Sonderbündler, Minister Stüve, Wasser und Feuer ausgesagt, dennoch wiederholt ausgesprochen, daß die deutschen Majestät, die deutschen Grundrechte in Hannover wie in den übrigen deutschen Staaten. Ed beantragt deßhalb, als Nachbar des hannoverschen Staates den Beifall über diesen deutschen Entschluß- und Beschluß zu erkennen zu geben." — Der Antrag wurde in Erwägung gezogen, und dessen alsbaldige Berathung beschlossen. Herr Eisfengarthen sprach sich für den Antrag aus; alle Ständeversammlungen Deutschlands müßten in einer so wichtigen Frage beständig in Rapport bleiben. Die Versammlung trat dem Antrage des Herrn Henkel einstimmig bei. Hierauf interpellirte Herr von Sybel die Landtagskommission darüber, welche Schritte in Folge des letzten Beschlusses der Ständeversammlung über die deutsche Oberhauptsfrage erfolgt seyen. Der Landtagskommissär erwiederte, er sey nicht im Stande, alsbald Auskunft zu geben, da der Interpellant unterlassen habe, die Anfrage vorher dem Präsidenten schriftlich einzuhändigen; die Auskunft werde später erfolgen. Herr Henkel schloß sich der Interpellation an; es sey jetzt nicht Zeit, hinterm Berge zu halten; die gute Sache habe der Feinde zu viele, als daß man sie durch Unentschlossenheit stärken dürfe. Herr Nebelthau bemerkte: Die Regierung müsse abermals dem Beispiel der badischen folgen, auf welches sie sich schon einmal berufen habe, und Herr von Dittfurth sagte: Die Regierung müsse endlich wissen, was sie wolle, und die Ständeversammlung müsse wissen, was die Regierung will. (Frkt. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Kronstadt, 31. Jan.) Gestern ist auf Befehl des Hrn. General v. Schurter in den drei üblichen Landessprachen in den Straßen der Stadt das Standrecht verkündet worden. Jedes Individuum, das sich der Anzettelung eines Aufruhres, Mordes oder der Brandlegung schuldig macht, verfällt dem Strange. (Satellit.)

(Kronstadt, den 2. Febr.) Um den angedrohten Ueberfall Kronstadt's durch die Szekler zu verhüten, sind gestern und heute unter dem Befehle des k. russ. Generals v. Engelhard starke Abtheilungen Kosaken, russische Jäger, Grenadiere und ein ganzer Artilleriepark mit der hinlänglichen Mannschaft in Kronstadt eingerückt und bei den Bürgern einquartirt worden. Der ganze große Truppenkörper besteht durchgehends aus hübschen Leuten, deren militärische Haltung und Equipirung vortrefflich zu nennen ist. Unter der Truppe herrscht eine außergewöhnliche strenge Mannszucht, aber dennoch ein sehr heiterer Geist. Alle Abtheilungen, deren wir achte zählen, rückten unter lebhaftem Gesange in die Stadt ein. Die meisten dieser russischen Krieger haben den Feldzug mit den Tscherkessen mitgemacht. Morgen wird noch ein Bataillon russische Infanterie erwartet. Die Kanonen sind zwischen der Promenade und dem Schloßberge aufgestellt und hinlänglich besorgt, um augenblicklich damit zu wirken. Sie sind bei Tag und Nacht von einer starken Abtheilung Kosaken und Grenadiere bewacht, während russische Jäger die Schanzen bewachen. — Soweit wir bis jetzt Gelegenheit hatten, sie kennen zu lernen, sind die hier eingerückten russischen Truppen im Allgemeinen von sehr gutmüthiger Natur. (Sat.)

(Kronstadt, den 6. Febr.) Der 4. Februar war ein heißer Tag für unsere Gegend. Früh morgens rückte der russische G. M. v. Engelhard mit 1 Bat. russ. Inf., 170 Kosaken, 2 Feldstücken, und 3 Komp. vom 1. Romänen Grenz-Regiment auf eine Rekognoscirung gegen Honigberg. Auf halbem Wege bemerkte er zahlreiche Szeklerschaaren, welche im Nebel gegen Petersberg zogen, um von dort aus wahrscheinlich Kronstadt zu überfallen. Die Russen rückten ihnen entgegen und die Szekler eröffneten ein Kanonenfeuer. Da der Feind die Uebermacht hatte, sandte der russ. General sogleich in die Stadt, um seine übrigen dort zurückgebliebenen Truppen, die nach mehr als zwei Stunden, während welcher Engelhard die Szekler durch Kosakenattaquen, Plänkeleien und Kanonenfeuer beschäftigte, mit 64 östrr. Dragonern und 45 Husaren ankam. Nun griff General Engelhard den vier Mal stärkeren Feind ernstlich an, vertrieb ihn von den Höhen zwischen Petersberg und Honigberg und warf ihn nach $5^1/_2$stündigem Kampfe in die Flucht. Russischer Seits sind 1 Offizier und 2 Gemeine, österr. Seits 1 Offizier und 3 Gemeine gefallen; (im Kampfe waren 2400 Russen und etwa 500 Oesterreicher gewesen); der Feind hat an Todten und Verwundeten 150 Mann eingebüßt, und floh mit Verlust von Kanonen, Waffen, Munition ꝛc. (C. B. a. B.)

(Kronstadt.) Folgende Proklamation an die Bürger von Kronstadt hat der russische General erlassen: „An die Bürger von Kronstadt! Einige Schlechtgesinnte von der Kronstädter Bürgerschaft haben das falsche Gerücht verbreitet, ich hätte mich mit dem k. k. österreich. Herrn General v. Schurter entzweit und hätte die Absicht, mit meinen Truppen die Stadt zu verlassen! Ich habe im Gegentheil in dem Hrn. General v. Schurter einen braven Kameraden gefunden und werde Wohldenselben auch fortan als solchen schätzen und ehren. Daß ich meine Packwägen in die Walachei zurückgeschickt habe, ist einzig und allein im Interesse der hiesigen Bewohner geschehen, um ihnen eine Erleichterung zu verschaffen, weil es ihnen schwer werden dürfte,

neben der Bespannung der genannten Packwägen auch die Fourage für die heute angekommenen 700 Uhlanen zu liefern. Der gesammte Inhalt der Packwägen, bestehend in Zwieback, bleibt in der Stadt zurück und es wurden nur die leeren Wägen abgefertigt. Jenes falsche Gerücht ist also eine infame und thörichte Lüge; denn wenn ich mich selbst mit dem Herrn General v. Schurter nicht verständigt hätte, so **würde ich dennoch hier bleiben zum Schutze dieser Stadt, wie es der Allerhöchste Wille meines Kaisers und Herrn ist.** Kronstadt, 29 Jänner (10. Febr.) 1849 Generalmajor v. Engelhard. (Sieb. W.)

(Kronstadt, den 10. Februar.) Gestern Nachmittag sind die erwarteten k. russischen Uhlanen hier eingerückt. Es ist ein herrlicher Truppenkörper, dessen schöne Haltung, sowie die gutgenährten prachtvollen Pferde allgemeine Bewunderung erregte. Die Szekler, welche am 4. d. M. durch den k. russischen General v. Engelhard eine so große Lehre erhalten haben, sind denn doch wieder bei Hidveg über den Altfluß gekommen und in Marienburg eingerückt, von wo aus sie gestern auch die Gemeinde Heldsdorf neuerdings belästigten und eine Quantität Brod, Heu und Hafer requirirten. (Sieb. W.)

Preussen. (Berlin, 26. Febr.) Der preußische Bevollmächtigte bei der provisorischen Centralgewalt für Deutschland, Camphausen, wurde zum Wirklichen Geheimen Rath ernannt. (Pr. Sts.-Anz.)

†°† (Berlin, den 25. Febr.) Das Verhalten der Demokraten in Preußen und besonders in Berlin gegenüber der Regierung hat jetzt auch in der demokratischen Partei selbst einen scharfen und unnachsichtigen Kritiker gefunden. Herr Gustav Siegmund, der Schwager Georg Herwegh's, Ruge's und Fröbel's Freund, liefert in der so eben erschienenen Schrift „Preußen, seine Revolution und die Demokratie" eine geistreich skizzirte Geschichte der Entwickelung Preußens seit dem 7. Juni 1840 bis zur Gegenwart. Sein Dogma ist: „**Preussen wird von der Demokratie erobert werden.**" Nach einer Charakterisirung der Faktoren des alten Systems, der militärisch-bureaukratischen Verwaltung, der centralisirenden Individualität und der theologischen Politik, gelangt der Verfasser durch die Revolution des März zu einer Schilderung der Zustände Berlins im Jahre 48 bis zur Octroyirung der Verfassung. Wie er den Zustand ansieht, in welchen uns dieses Ereigniß versetzt hat, mag folgende Stelle aussprechen: „Man hat von Glück und Ruhe geträumt als die Verfassung erschien, eine nicht beneidenswerthe Ruhe, der wir entgegengehen. Um Rechte, die eine voraussehende Regierung zugestehen mußte, wenn auch nur um derentwillen, damit sie nicht in kurzem erobert werde, um Steuerbewilligung und allgemeines Wahlrecht, will man in Preußen erst parlamentarische Kämpfe. Die Regierung hat zwar Ruhe gebracht, aber sie hat die Bewegung nur gehemmt und ihr durch ihre Akte weder die Kraft, noch ihre Berechtigung genommen. Diese Ruhe unter den Waffen, vor der jeder Staatsmann zittern sollte, wenn so bedeutende Kräfte wie bei uns zu ihrer Erhaltung nöthig sind, wir finden sie schöner und vollständiger in Rußland, wir hatten sie im alten Preußen. Aber wir wollen die Ruhe der Freiheit, nicht die Ruhe der Despotie, und diese kann eine Regierung nicht geben, die sich dem Strom der Intelligenz entgegenstellt." — „die Regierung — so lautet eine andere bemerkenswerthe Stelle — verhehlt nicht, bis wohin sie nachgeben will, sie hat in der Verfassung auch angedeutet, wie weit sie wieder zurückgehen möchte. Wir dürfen nicht hoffen, sie je zu bekehren. Der Zuruf ist vergebens, sie wird die Humanität ausschließen, — und die Humanität einst sie."

Sachsen. (Dresden, 24. Febr.) Nachdem in der heutigen Sitzung der I. Kammer die ministerielle Erklärung von dem Rücktritte des Gesammtministeriums erfolgt war, der, wenn auch nicht ganz unerwartet, doch nicht verfehlte, einen außerordentlichen Eindruck auf die Kammer zu machen, hauptsächlich auch deswegen, weil das neue Ministerium schon gebildet, ergreift Abg. Klinger das Wort, um dem Präsidium anheimzugeben, ob es unter den gegenwärtigen Umständen an der Zeit sey, über eine Principfrage (die Berathung über die Grundrechte des deutschen Volks steht auf der Tagesordnung) zu debattiren; er für seine Person sey für die sofortige Publikation der Grundrechte; allein das neue Ministerium, das man noch nicht kenne, dürfte die Einwendung machen, man habe dessen Bedenken gegen die Einführung der Grundrechte nicht gehört. Um diese Einwendungen abzuschneiden, scheine es ihm angemessen, die Berathung darüber vorläufig auszusetzen. Nachdem hierauf der Präsident das rücksichtlich der Zusammensetzung des neuen Ministeriums an die Kammer erlassene Schreiben des Ministerpräsidenten Dr. Held vorgelesen, erhält Abg. Heubner das Wort, um die Bedenken des Abg. Klinger in formeller und materieller Beziehung zu widerlegen. Alsdann spricht derselbe seine innerste Ueberzeugung dahin aus, daß nicht die fehlende Kammermajorität die wahre Ursache des Rücktritts des Ministeriums sey, es um so weniger seyn könne, da man anzunehmen berechtigt sey, daß das Ministerium mit den Kammern in den wesentlichen Punkten einverstanden gewesen; das neue Ministerium habe in den Kammern blos Erläuterungen entgegenzunehmen, denn die Grundrechte seyen bereits unveräußerliches Eigenthum des Volks. Die Kammern würden daher keinen Vergleich eingehen und kein Jota davon fallen lassen. Sie wären entschlossen, den Proceß durch alle Instanzen, bis zur Entscheidung durch das Volk, zu führen. Dem Volke dürfte nicht der geringste Theil seiner Rechte geschmälert werden.

Abg. Oberländer: Auch er müsse der Meinung beitreten, daß die Grundrechte Eigenthum des Volkes seyen; er, der niemals ein Anhänger des Vereinbarens gewesen, erkenne es als heiligste Pflicht an, das Bollwerk der deutschen Freiheit zu bewahren und zu befestigen. Dieses Band der Einigung zu lösen, sey ihm so wenig wie dem abgetretenen Ministerium auch nur im entferntesten beigekommen. Er werde für die unverweilte Einführung der Grundrechte stimmen. (Bravo in der Kammer und auf den Gallerien.) Der Redner kommt nun im Weitern auf den Rücktritt des Ministeriums zu sprechen und behauptet, daß dasselbe weder in formeller noch materieller Beziehung auf eine feste Majorität in der Kammer rechnen könne. Bei solchen Umständen sey eine parlamentarische Regierung nicht möglich gewesen und somit die unabweisliche Nothwendigkeit des Rücktritts herbeigeführt worden. Es wäre, setzte der Redner hinzu, bekannt gewesen, daß die abgetretenen Minister nicht auf einem und demselben politischen Standpunkte gestanden hätten, als sie die Portefeuilles übernommen, und eben deshalb wäre auch vorauszusehen gewesen, daß es nicht allzu lange Bestand würde haben können. Er sey gewohnt gewesen, in Allem mit Mäßigung zu verfahren; wenn diese Eigenschaft für einen Minister nicht passe, so sey er nicht an seinem Platze gewesen; passe sie nicht in diesem Saale, so werde er auch hier nicht länger verweilen. Vereint aber wäre das abgetretene Ministerium gewohnt gewesen, die Liebe zum Volk und zum Vaterlande in allen Fragen voranzustellen, in diesem Punkte habe es solidarisch für Alles eingestanden. Ob wir, so schloß der Abgeordnete seine mit tiefer Bewegung gesprochene Rede, unser Amt zur Zufriedenheit des Volkes verwaltet haben, darauf wird das Volk, wird die öffentliche Meinung antworten. Ich trete mit gutem Gewissen zurück; ich bin dem Volke und dem König treu gewesen. Nachdem sich noch die Abgg. Böricke und Hitzschold für die Fortsetzung der Berathung ausgesprochen hatten, trägt der Referent, Abg. Heubner, den Deputationsbericht vor über das königl. Dekret vom 3. Febr. 1849. (Nr. 40.) Der Bericht geht von der Voraussetzung aus, daß die Kammern, als die durch die Verfassung berufenen und dem Volke verantwortlichen Wächter der Volksrechte, auf der sofortigen Publikation der Grundsätze und darauf, daß diese Publikation ganz in derselben Form, in welcher die Grundrechte als Magna Charta für das deutsche Reich reichsgesetzlich verbrieft sind, von Wort zu Wort erfolge, mit entschiedenem Nachdrucke bestehen mußten. Demgemäß räth die Deputation an, den Beschlüssen der II. Kammer beizutreten, also zu erklären, 1) daß die Grundrechte das geringste Maß der Rechte und Freiheiten des sächsischen Volkes enthalten &c.; 2) die Regierung zu ermächtigen, die Grundrechte ohne das Exposé der Regierung zur sofortigen Publikation zu bringen, und 3) an die Staatsregierung den Antrag zu stellen, die zur Ausführung der Grundrechte nöthigen Gesetzesvorlagen noch im Laufe des gegenwärtigen Landtages an die Kammern zu bringen. Nachdem sich die Abgg. Theile und Eymann im Sinne der Deputation ausgesprochen hatten, nimmt Abg. Klinger das Wort, um sich zwar für die sofortige Publikation der Grundrechte, als eine moralische Nothwendigkeit, zu erklären, jedoch auch auf die Nothwendigkeit gewisser Erläuterungen dazu hinzuweisen, und um zwei Zusatzanträge zu begründen. Zu 2) beantragt er, daß nach dem Worte „sofort" eingeschaltet werde: „als Zeichen, daß sie dem sächsischen Volke gewährleistet seien;" und zu 3): rücksichtlich derjenigen Grundrechte, die eine Reziprozität voraussetzen, durch die zuständigen Regierungsorgane die nöthigen Maßregeln zu deren schleuniger Herstellung zu treffen. Abg. Todt: Er würde unter dem vorigen Ministerium und werde unter dem neuen Ministerium für die unbedingte Publikation gestimmt haben und stimmen. Die Anträge Klinger's räth er an abzuwerfen, einestheils, weil sie ihm unnöthig, anderntheils, weil sie sogar bedenklich erscheinen. Nachdem der Schluß der Debatte angenommen worden war, erhält der Referent das Schlußwort, in welchem derselbe insbesondere auf die Rechtsunsicherheit hinweist, welche aus der Nichtpublikation der Grundrechte entstehen würde. Alle drei obengenannten Beschlüsse der zweiten Kammer werden einstimmig angenommen, dagegen die beiden Klinger'schen Zusatzanträge gegen 6 und 7 Stimmen abgelehnt.

Die Berathung über die Beschlüsse der zweiten Kammer hinsichtlich der preußischen Zirkularnote (Nr. 49) war sehr kurz; blos Abg. Klinger bemerkte, daß es weniger darauf ankomme, wie die Spitze Deutschlands beschaffen wäre, als vielmehr auf die Zusammensetzung des Ober- und Unterhauses. Abg. Oberländer schließt sich dem Antrag und Beschlusse der zweiten Kammer ebenfalls an, nur will er, daß der Inhalt nicht sowohl als Bedingung, als vielmehr als Petition an die Nationalversammlung gelange. Der Beschluß der zweiten Kammer ging bekanntlich dahin, eine Erklärung gegen den dritten Abschnitt der Verfassung: „Das Reichsoberhaupt," die beabsichtigte Zusammensetzung des Staatenhauses, gegen das Institut des Reichsraths und gegen die §§. 5 und 7 des Abschnitts von der Gewährung der Reichsverfassung abzugeben. Die Kammer trat auch diesem Beschluß einstimmig bei.

(Dresden, den 24. Februar.) Nachdem in der heutigen Sitzung der II. Kammer Staatsminister Georgi den Rücktritt des Ministeriums angezeigt hatte, erhält zunächst Vicepräsident Tzschirner das Wort: Das neue Ministerium ist noch nicht erschienen, wir erwarten aber von ihm, daß es ein Programm aufstellt und in demselben die sofortige Publikation der Grundrechte verbürgt. Im Gegentheil muß ihm ein Mißtrauensvotum zu Theil werden (Bravo!). Die Grundrechte sind ja doch die Veranlassung des Rücktritts der Minister. Unser verehrter Oberländer wird heute als Abgeordneter für sofortige Publikation der Grundrechte stimmen. (Bravo!) Die neuen Minister haben keine Minister im Volke, sie bilden ein Bureaukratenministerium, ihnen kann das Volk nicht vertrauen. (Bravo!) Vicepräsident Schaffrath: Dem neuen Ministerium wird man nichts opfern von den Grundsätzen, nach denen die Majorität gewählt ist, dies würde man eher dem alten gegenüber gethan haben. Der wahre Grund des Abgangs der seitherigen Minister ist der, daß ein Minister die sofortige Publikation der Grundrechte wollte, die andern aber nicht. Der Abgang des Ministeriums ist weniger zu bedauern als der Umstand, daß uns ein Ministerium gegeben wird, welches keine Aussicht hat, die Majorität in der Kammer zu erlangen. Abgeordneter Spitzner: Er sey von der vernommenen Nachricht sehr überrascht und erschüttert worden, da er sich die Aufgabe gestellt hätte, das bisherige Ministerium nach seinen schwachen Kräften zu stützen. Da man nun heute die authentische Interpretation eines Gesetzes vornehmen wolle, die Minister aber nicht anwesend seyen, beantrage er, die Sitzung zu schließen. Ueberhaupt sey es parlamentarischer Gebrauch, bei einer Ministerkrisis Sitzungen nicht zu halten. Abgeordneter Linke: Wir sind im Namen des Volks hier, die Abwesenheit der Minister kann uns von der Berathung eines so wichtigen und dringlichen Gegenstandes nicht abhalten. Die Zeit ist vorüber, wo die Regierung außerhalb des Volkes stand. Die Kammer möge sich erheben und erklären, daß sie den neuen Ministern nur dann ihr Vertrauen schenken werde, wenn es sich dem Volk und der Demokratie anschließen will. Abgeordneter Helbig spricht gegen den Abgeordneten Spitzner. Abgeordneter Fincke: Ein Coulissenblitz hat eingeschlagen. Lassen wir uns nicht beirren und gehen wir zur Tagesordnung über. Nach einiger Debatte wird der Uebergang zur Tagesordnung gegen 6 Stimmen (der Abgeordneten Siegel, Bauer, Spitzner, Schirck, Richter aus Hartha, Häbnel) beschlossen. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Altona, 22. Febr.) Die Dänen sind in das Sundewittsche eingefallen. Sie führten Kanonen mit sich, man hörte den Kanonendonner weit entfernt in Flensburg und Schleswig. Unsere Patrouillen zogen sich rasch zurück und so entstand wohl das vergrößerte Gerücht von 10,000 Mann, da die Fliehenden den anrückenden Feind vergrößerten. Wie wir hören, sollen die Dänen wieder ans Ufer und ihre Schiffe zurückgekehrt seyn, ihre ganze Landung war also nichts wie ein Normanenzug, um sich Lebensmittel zu verschaffen. Was unsere Regierung thun wird, wird sich zeigen, hoffentlich schreitet sie eben so energisch ein, wie gegen die Postbeleidigungen in Colding, indem sie die Postverbindung mit Colding aufle-

gegeben hat und die nur noch bis Hadersleben geht, von wo sie dänischer Seits abgeholt werden muß. (D. Z.)

(Aus Schleswig-Holstein, 13. Febr.) Mit diesem zugleich werden zwei dänische Offiziere, welche gestern von Schleswig kamen und mit der Rendsburg-Altonaer Eisenbahn weiter fuhren, über Harburg nach Frankfurt gehen und dort im Auftrag der dänischen Regierung bei der Zentralgewalt entweder die Besetzung Schleswigs fordern oder die Wiedereröffnung der Feindseligkeiten anzeigen. Die letztern haben bereits begonnen, denn die ausgeführten Neckereien sind nichts weiter als beginnende Feindseligkeiten, welche bald aus Neckereien in ernstliche Angriffe ausarten werden. Es mußten erst so ernstliche Neckereien eintreten, ehe sich unsere Regierung zu ernstlichen Schritten bewegen ließ, sie hat nun einen Entschluß gefaßt, sie hat sich Reichstruppen erbeten und daher Sorge getragen, daß vorläufig Proviant für 80,000 Mann auf 6 Monate vorhanden ist. Haben wir eine gute Ernte, so ist unser Vorrath noch um Vieles bedeutender und schon wenige Wochen werden genügen, uns zu zeigen, ob die Wintersaat gut aufgehen wird. Aber nicht allein auf fremde Macht will man sich verlassen, man thut im Lande alle möglichen Schritte, um sich selbst wehrbar zu machen. Dazu gehört zunächst die Befestigung von Rendsburg. Die Festung wird auf's Neue in vollen Vertheidigungszustand gesetzt und sämmtliche Festungskanonen, deren hier im vorigen Sommer noch eine große Zahl ohne Affütage auf dem Arsenale lag, werden montirt. Eine bedeutende Anzahl groben Geschützes vom schwersten Kaliber ist nach dem Norden abgegangen, wahrscheinlich nach Flensburg, um die Standbatterien dort zu armiren. Sollte die Diplomatie unsere Integrität opfern wollen, so würde das Land den Kampf allein durchführen, und sich selbst den Ordres von Rußland und England nicht unterwerfen. Der Bürgerwehr in Kiel hat man die Frage vorgelegt, ob sie sich auch außerhalb der Stadt, namentlich zur Küstenbewachung brauchen lassen wolle. Zunächst beabsichtigt man, so lange die Volkswehr noch nicht ganz in Ausführung gebracht, mobile Kolonnen herzustellen, welche die eigentliche Grundlage der Volkswehr bilden könnten. (D. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 24. Febr. Mittags.) Die kirchliche Revolutionsfeier hat in der Ordnung, wie sie das ministerielle Programm feststellte, stattgefunden. Nicht die geringste Unordnung ist vorgefallen. Hier ein kurzer Bericht über diese kirchliche Feier: Bald nach 8 Uhr besetzten starke Militärabtheilungen aller Truppengattungen die zwischen der Nationalversammlung und der Magdalenenkirche gelegenen Räume. Wir sahen viel Gendarmerie zu Fuß und zu Pferde, auch die sogenannte mobile Gendarmerie des Seinedepartements; untermischt mit der weiland republikanischen Garde, die jetzt zur Gendarmerie geschlagen und darüber ziemlich mürrisch ist, ferner Lanciers und Dragoner und einige uns bisher unbekannte, jüngst erst eingetroffene Regimenter. Die Bürgerwehr war ziemlich schwach vertreten, jede Legion schickte etwa 300 Mann, welche sich in Spalieren stellten. Um 9 Uhr erschienen die Deputationen der Februarkämpfer mit der Fahne an ihrer Spitze vor der Madeleinefronte; ebenso eine Deputation der Hinterbliebenen und endlich ein Ausschuß der Julikämpfer von 1830. Der weite Platz war gedrängt voll und der Anblick ziemlich imposant, ungeachtet das Faucher'sche Programm nichts weiter als die alten bekannten, in deutschen Blättern schon hundert Male beschriebenen hölzernen Opferstöcke egyptischen Anstrichs aufgestellt und einige Hundert Ellen neuer Baumwollenstoffe in vier kolossalen Nationalflaggen mit der Inschrift „24. Febr." aufgezogen hatte. Den schönsten Rahmen zu diesem Bilde sahen wir in der bunten Volksmenge, namentlich von Frauen, die, wo es nur was zu schauen gibt, neugierig herbeiströmen und die ganze Tuilerieenstraße mit den gegenüber Rändern der elysäischen Felder inne hatten. Um zehn Uhr setzte sich die Nationalversammlung, die uns durchaus nicht zahlreich vorkam, in Marsch. Man rief ihr häufig zu: Es lebe die Republik! Es lebe die Amnestie! Auch einige Rufe: Nieder mit dem Ministerium! sollen gehört worden seyn. Kaum in die Kirche gekommen, verkündete Kanonendonner vom Invalidenhofe her die Abfahrt des Präsidenten. Der Wagen Sr. republikanischen Majestät war von einer Eskadron Gendarmen-Garde begleitet. Ihm folgten die Minister in anderen Wagen u. s. w. Weder die Hin- noch Zurückfahrt wurde von dem mindesten Unfall bezeichnet. (11 Uhr.)

Proklamation: An das Volk! Bürger! Es ist ein Jahr, daß das Volk, im Besitz seiner Souveränetät, die Republik proklamirte. Dieser glorreiche Jahrestag, den ein Dekret der Nationalversammlung zum Nationalfest erhoben, wird nie aus unserem Gedächtniß verschwinden. Unsere Brüder sind gefallen, um die Republik zu erobern. Bewahren wir fromm das Andenken ihrer Bürgertugenden, ihrer Hingebung für das Vaterland, doch verzichten wir dieses Mal auf den gewissenhaften Gedanken, in Masse zu den Gräbern dieser Märtyrer zu wandeln und unseren Tribut des Dankes und der Bewunderung abzustatten. Die Feinde der Republik feiern hypokritischer Weise den Tag. Geben wir ihnen keine Veranlassung zu ihrem unversöhnlichem Grolle; widerstehen wir allen ihren Hetzereien und vertrauen wir der Gerechtigkeit unserer Sache. Die würdige Gedächtnißfeier der Februar-Revolution ist der siegreiche Einfluß derselben auf die uns umgebenden Völker. Möge die französische Demokratie den Nationen mit dem Beispiele jener majestätischen Ruhe vorangehen, welche den Erfolg der Revolutionen sichert. Gefährden wir nicht die Zukunft der Menschheit, indem wir das Land inneren Kämpfen aussetzen. Die Stockung des Handels hat ein schreckliches Elend erzeugt. Die friedfertigsten und gerechtesten Manifestationen des Volkes würden eine neue Gelegenheit verschaffen, die Republikaner dieser allgemeinen Stockung anzuklagen. Unser Verzichten auf jede Demonstration wird daher zu der Einsicht beitragen, daß die Wurzeln des Uebels wo anders liegen und die Regierung kann nicht länger die Ohnmacht ihres Systems durch die Angabe bemänteln, daß wir sie an der Herstellung des allgemeinen Wohlstandes hindern. Stoßen wir daher auch den leisesten Verdacht von uns, als trügen wir am Elende selbst die Schuld, indem wir aller Verantwortlichkeit an jenen Vorwänden vorbeugen. Zeigen wir endlich, wo die Freunde der Ordnung und wo die Feinde derselben sind. Wir beschwören darum alle Republikaner, sich das Opfer jeder Demonstration zu bringen, welche von den Feinden der Revolution benützt werden könnte. Paris, 24. Febr. 1849. (Folgen die Unterschriften der Deputirten der Montagne und aller demokratischen Journale, Associationen und Wahlausschüsse.)

Um 9 Uhr versammelten sich die Februar-Blessirten, sowie die Hinterbliebenen der Gefallenen vor ihrem Centralbureau, Faubourg St. Martin. In feierlichem aber stillen Zuge setzten sie sich gegen den Bastillenplatz in Marsch, wo einer der Ihrigen eine der Februar-Revolution angemessene Rede hielt. Unseres Wissens verschaffte dieser Zug der Polizei nicht die geringste Veranlassung zum Einschreiten.

Heute keine Nationalversammlung, doch geht es in den Konferenzsälen ziemlich lebhaft her. (4 Uhr.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Trauer-Anzeige.

Am 4. v. Mts. verschied unser innigst geliebter Sohn und Bruder,

Friedrich Wilhelm Schlichting,
Goldarbeiter,

in New-Orleans an einem Nervenfieber in einem Alter von 24 Jahren, nachdem er erst einige Monate zuvor die mit der größten Lebensgefahr und den unsäglichsten Entbehrungen verbunden gewesene Reise dahin glücklich zurückgelegt hatte.

Diesen schmerzlichen Trauerfall allen Verwandten, Freunden und Bekannten anzeigend, bitten um stille Theilnahme

Nürnberg, den 27. Februar 1849

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

Trauer-Anzeige.

Donnerstag den 22. Februar d. J. verschied zu Heidelberg unser so innig geliebter Sohn und Bruder

Fritz von Praun, cand. jur.

Er starb in vollster Jugendkraft im 23. Lebens-Jahr, dem letzten seiner akademischen Laufbahn, am Nervenfieber: weder die Sorge der herbei eilenden Aeltern, noch jegliche Pflege und ärztliche Kunst konnten ihn retten.

Ausgezeichnet an Geist und Herz, durch Sittenstrenge und Thatkraft, ging in ihm die reichste Hoffnung und unser schönster Lebens-Zweck zu Grabe.

Um stille Theilnahme bitten alle Verwandte und Freunde

G. von Praun, kgl. b. Rechtsanwalt.
Karls von Praun, geb. Friedrich.
Sigmund von Praun, als Bruder.

Dank.

Allen verehrten Anverwandten, Freunden und Bekannten meines seeligen Gatten, welche bei dessen Ableben und Beerdigung so viele innige Theilnahme und Freundschaft an den Tag legten, meinen innigsten herzlichsten Dank mit dem Wunsche, daß Sie Gott lange vor so traurigen Ereignissen bewahren möge.

Nürnberg, den 28. Februar 1849.

Kunigunda Hahn.
Wittwe.

Aufruf an die Bewohner Nürnbergs und Umgegend.

Mehrere der freien christlichen Gemeinde in Nürnberg nicht angehörige Bürger und Familienväter, haben sich im Geiste der Nächstenliebe und christlichen Duldung vereinigt, die neue Gemeinde, welche, obwohl zahlreich in Hinsicht auf die kurze Zeit ihres Bestehens, dennoch zu klein ist, allen pekuniären Anforderungen zu genügen, durch Geldbeiträge thatkräftig zu unterstützen. Es ergeht deßhalb hiemit die dringende Aufforderung und Bitte an die Einwohner aller Confessionen in unserer Stadt und Umgebung, welche so häufig schon entfernten Gemeinden reichliche Unterstützung haben zufließen lassen, sich um so mehr bei diesem Vorhaben zu betheiligen, da es gilt, einer kirchlichen Gemeinschaft in unserer Mitte hülfreich bruderliche Hand zu bieten; denn nur auf diese Weise wird es der jungen Gemeinde möglich werden, tüchtige, im Geiste des Christenthums, der Sittlichkeit und Nächstenliebe und dadurch zum Segen unserer Stadt wirkende Prediger an ihrer Spitze zu erhalten. Möge sich ein jeder nach dem Maße seiner Kräfte betheiligen, dem bei einem fühlenden Herzen ein wahrhaft erbauender Geist und Gemüth veredelnder Gottesdienst Bedürfniß ist.

Listen zur Einzeichnung auf fest zu bestimmende stehende Beiträge liegen im goldenen Adler und in der Tümmel'schen Druckerei zur Einzeichnung auf.

Das Comité.

Einladung.

Diejenigen verehrlichen Herren, welche sich bei der Adresse von den Herren Platner und Ghillany unterzeichnet haben, werden hiemit zu einer Versammlung auf heute Donnerstag den 1. März Abends 7 Uhr im Saale des Bamberger Hofes eingeladen. Die Wichtigkeit der Sache läßt erwarten, daß jeder der Unterzeichner bestimmt erscheinen werde, so wie auch solche Personen eingeladen werden, welche sich der Sache noch anschließen wollen.

(Entflogen.) Mittwoch den 28. Februar entfloh aus dem Hause Nro. 486 b in der untern Schmidgasse ein Kanarienvogel, um dessen Zurückgabe gegen ein gutes Trankgeld höflichst gebeten wird.

Die Naturbleiche zur weißen Au bei Nürnberg

nimmt jetzt Tücher zur diesjährigen Bleiche an. Ablagen in Nürnberg bei Hrn. C. Leuchs u. Komp., Obstmarkt 904, Hrn. J. K. Ball bei dem Lauferthor, Hrn. Billhofer am Frauenthor, Hrn. Meyer am Plobenhof und außerdem in 58 benachbarten Orten.

(Empfehlung.) Zu den äußerst billigen Preisen empfiehlt einem verehrlichen Publikum, sein Steingutlager reichhaltiger Auswahl, z. B. Teller von 24 kr., größte Suppenteller von 42 kr. pr. Dtzd.

F. Thomae, L. Nr. 420, nächst dem weißen Thurm am Eingang der Adlersgasse.

Thomas-Verein.

Donnerstag, den 1. März findet Versammlung in Spanien statt.

Mit einer Beilage.

Deutschland.

Bayern. †* (München, 27. Febr.) [12. öffentl. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.] Auf der Tagesordnung: 1) Verlesung des Protokolls der 11. öffentlichen Sitzung. 2) Bekanntgabe des Einlaufes. 3) Vortrag des Sekretärs des 6. Ausschusses über die geprüften Anträge der Abgeordneten; Berathung und Schlußfassung über die Zulässigkeit der von dem Ausschusse zur Vorlage an die Kammer geeignet befundenen Anträge. 4) Vortrag des Referenten im Geschäftsordnungs-Ausschuß, Abgeordneter Kolb aus Speyer, über einen Gesetzentwurf in Betreff des Geschäftsganges des Landtages. Am Ministertische: von Beißler, die Ministerialräthe v. Wanner, Aschenbrenner, Hänlein. Nach Verlesung des Protokolls der 9. Sitzung wird das Urlaubsgesuch des Abgeordneten Hansolt vorgelegt, der wegen Erkrankung einen 14tägigen Urlaub verlangt und erhält. Dann mehrere Einladungen. Dann wird eine Adresse aus Tyrol vorgelesen, die den Dank dafür ausspricht, daß die Majorität der bayr. Kammer nicht gegen den Ausschluß Oesterreichs aus dem deutschen Reiche gestimmt und nicht in die Zerreißung des Vaterlandes gewilligt habe. Die Adresse schließt: Hoch Deutschland! Hoch Oesterreich! Hoch Bayern! und ist unterzeichnet vom konstitutionell-monarchischen Verein in Innsbruck. v. Beißler verliest eine schriftliche Interpellation des Abgeordneten Fillweber an das Ministerium, die Unterschlagung einer Adresse in Ludwigstadt für die Grundrechte durch das Landgericht betr. — Fillweber verlangt, das Ministerium solle die Auslieferung der Adresse vom Landgerichte verlangen und verlangt eine Rüge für das Landgericht. Beißler sagt, vom Ministerium seyen solche Aufträge eigens erlassen worden und das Landgericht Ludwigstadt sey zur augenblicklichen Berichterstattung aufgefordert, womit sich Fillweber zufrieden gestellt erklärte.

Minist.-Rath Wanner antwortet in Bezug auf eine in der letzten Sitzung von Weibel, Heintz rc. gestellte Interpellation, betr. die Einquartirungsgelder für die concentrirt gewesenen Reichstruppen. Die Gelder seyen bis Anfang September entrichtet und wären bis zum Februar noch zu zahlen. Die Aufstellung sey auf Anordnung der provisorischen Reichsgewalt geschehen. Die Quartierträger hätten 283000 fl. Einquartiergelder zu fordern, und diese Summe sey bei der Umlage der Matrikular-Beiträge für die Reichskassa in Aufrechnung zu bringen. Für den November, resp. bis Novbr. werden also die Quartiergelder in den Matrikular-Beiträgen aufgerechnet, für den Dezember seyen sie von der Reichskasse baar bezahlt worden und dieses Geld an die bayer. Kreisregierungen zur Auszahlung an die betreffende bereits angewiesen. (Die ganze Vorlage ist nur für die Pfalz und Schwaben und Neuburg wichtig, da bei uns solche Truppeneinquartierungen nicht stattgefunden haben.) Weibel findet nichts als daß die Bezahlung des Betreffenden von der Annahme des Ges.-Entw. in Betreff der Matrikularbeiträge abhängig gemacht werde; wie aber, wenn die Kammer den Ges.-Entw. nicht annähme? Wanner widerlegt dies; wenn die Annahme nicht erfolge, werde die Regierung andere Mittel schaffen. Kriegs.-Kommissär Hetel gibt Aufklärung über die Einquartierungen in der Pfalz, wonach dort die Bezahlung bereits angewiesen ist. Dann verlangt er von Weibel Erklärung über eine Rede desselben in einer früheren Sitzung, als habe das Militär gewaltsam einen Keller zerstört, wofür der Wirth keine Entschädigung erhalten. Weibel, Forndran, Beer, alle bestätigen die Masse Klagen, die über das Militär überall in Schwaben eingelaufen, worauf Hr. v. Habel sich nicht zu helfen weiß. Kratzeisen schiebt die Schuld der Presse zu, wenn solche Vorfälle da gewesen; denn die Presse habe die Bande der Disciplin gelockert. (Allgemeine Verspottung.) Schlund sagt, er habe Beweise, daß die Truppen selbst Wein gefordert hätten. Die bayerischen Truppen hätten mehr Forderungen gemacht an ihre Landsleute als selbst Feinde. Er verlangt, daß bestimmte Instruktionen hinausgehen, damit Jedermann wisse, was der Soldat zu fordern habe.

Der Abg. Schmitt aus Nürnberg ergreift das Wort, um durch eine an den Herrn Minister des Innern zu richtende Anfrage dem Hrn. Oberst Kratzeisen zu zeigen, wie nicht immer die Zügellosigkeit der Presse, nicht das Volk und nicht die bewaffnete Macht die Exzesse veranlasse, zu welch' letzterer er das Vertrauen habe, daß sie ihre Bajonnette oft lieber gegen diejenigen richten würde, welche die Exzesse, die Anarchie hervorriefen, als wohin man sie zu richten befiehlt. Schmitt fährt dann fort, wie in Mittelfranken, besonders in Nürnberg, eine Aufregung entstanden, wie sich ein Komite gebildet, um gegen die durch die Reg. v. Mittelfr. auf ungeeignete Weise ausgeschriebenen Brand-Beiträge die nöthigen Schritte einzuleiten rc. Man solle nur beurtheilen, wer die Veranlassung zu dieser Aufregung gegeben, wer auf solche Weise Anarchie veranlasse, um sodann durch absichtlich erzeugte Aufregung, mittelst militärischer Hülfe, die Sache so weit zu treiben, daß man nach und nach nicht nur in der Residenz, sondern auch in den übrigen Städten Bayerns eine Art von Belagerungszustand bewerkstelligen könne; man habe sich seit 14 Tagen in München genugsam überzeugt, wie sehr man sich von gewisser Seite bemühe, Unruhe und Exzesse künstlich zu veranlassen.

Schmitt liest nun nach und nach alle die betreffenden Stellen aus dem revidirten Brandsteuer-Gesetz vor, wornach zugleich mit der Ausschreibung der Beiträge die Jahresrechnung gestellt und veröffentlicht werden müsse.

Freilich enthalte auch diese Verordnung wieder, wie alle bayerischen Gesetze und Verordnungen zweifelhafte Bestimmungen, die man von Seite des Ministeriums und der hohen Regierung von Mittelfranken ausbeuten wird, um wenigstens ein scheinbares Recht zu dem, wenn nicht gesetzwidrigen, doch ungeeigneten Benehmen für sich in Anspruch zu nehmen. Man wird sich nämlich auf den 4. Absatz des Art. 32 stützen, wornach Zwischenausschläge unter dem Jahre ausnahmsweise stattfinden können. Bevor Schmitt fortfährt, ersucht er den Minister des Innern, sich darüber zu erklären, ob man die ausgeschriebenen Beiträge der Zwischenausschläge zu bezeichnen beliebe, oder ob es die festgesetzte Erhebung für 1847/48 seyn solle. Der Hr. Minister des Innern kann darüber keine Auskunft geben, weil er die Akten nicht kennt. Schmitt beweist nun, daß immerhin, möge nun das Ministerium die Ausschreibung einen Zwischenausschlag nennen, oder nicht, sowohl das Ministerium des Innern, als auch insbesondere die Regierung von Mittelfranken sich ganz in Unrecht befänden, da 1) unter allen Umständen die Rechnung längstens bis 15. Jänner gestellt seyn müsse, nicht aber, wie es bisher geschehen, im April oder Mai; daß 2) wenn das Ministerium und die Regierung sich selbst Nachlässigkeiten zu Schulden haben kommen lassen, es durchaus unstatthaft wäre, auf geheime Weise mit militärischer Exekution zu drohen rc. Schmitt schloß damit, daß er sich also Auskunft erbitte, warum auch dieses Jahr wieder die Rechnung so spät erscheine und forderte das Ministerium auf, daß Hrn. Regierungspräsidenten v. Welden eine ernste Rüge zugehe, da derselbe jedenfalls der Nachlässigkeit zu beschuldigen sey, daß er nicht die Gründe zu der ausnahmsweisen früheren Erhebung im Intelligenzblatte rechtzeitig bekannt gemacht habe, um der Renitenz vorzubeugen.

Kratzeisen sagt, er habe nicht die Presse, sondern den Mißbrauch derselben als Grund der beregten Vorfälle angegeben. Beißler behält sich Aufklärung auf Schmitt's Interpellation auf später vor, da er im Augenblicke nicht mit der Aktenlage vertraut sey. Nun kommt Schlund's Interpellation (wie gewöhnlich Aktenseiten im Ausdruck und ein sehr gedehnter, geistloser Vortrag.) Sie betrifft Verletzung des Associationsrechtes. (Die Journalisten wie die Kammerglieder verlassen großen Theils den Saal.) Der I. Präsident bemerkt, die Geschäftsordnung schreibe vor, die Interpellation so kurz als möglich zu fassen. Dr. Mayr berührt, daß die Regierung die Neue Münchner Zeitung empfohlen habe. Wie sie das Recht dazu habe, und ob sie die Prinzipien solcher Blätter vertreten wolle? Beißler bemerkt, er könne nicht bei seiner kurzen Amtsführung auf alle Interpellationen antworten; dies sey unmöglich. Er bitte also ihn von den Interpellationen vorher unterrichten zu lassen! (Er spricht von den wenigen Tagen, die er noch hier an dem Ministertische zubringen werde.) In Beziehung auf Schlunds Interpellation bemerkt er, das Ministerium habe das Associationsrecht, wie es ausgesprochen worden, adoptirt, für Mißgriffe einzelner Behörden könne es nicht. In Bezug auf die Münchner Zeitung sagt er: sie sey kein offizielles Blatt, und werde nur hie und da zu Berichtigungen benutzt werden. Für ihre anderen Artikel sey sie selbstständig und verantwortlich, wie jedes andere Blatt. Föckerer sagt mit schöneren Worten nichts Anderes, als Schlund möge nicht die Zeit vergeuden, mit so albernem Geschwätz. Dr. Mayr sagt, er sey nicht zufrieden gestellt mit der Erklärung des Ministers, und behielte sich eine Interpellation in Bezug auf die Neue Münchner Zeitung vor.

An den treffenden Ausschuß wird verwiesen: Vortrag des VI. Ausschusses über die geprüften und zur Vorlage an die Kammer geeigneten Vorträge.

Dann wird zur Berichterstattung in Betreff eines Geschäftsordnungsentwurfes geschritten. Referent ist Kolb aus Speyer. Der Entwurf lautet: Die Abgeordneten-Kammer hat in ihrer Sitzung vom 14. Febr. mit Stimmeneinhelligkeit die Niedersetzung eines Ausschusses für Entwerfung einer neuen Geschäftsordnung beschlossen. Die Stimmen-Einhelligkeit ist wohl ein sprechender Beweis, wie das Bedürfniß einer Aenderung der bisherigen Geschäftsordnung allgemein empfunden und erkannt wird. Der betreffende Beschluß der Abgeordnetenkammer vom 14. d. beruht, wie sich aus der ganzen Verhandlung ergibt, wesentlich auf der von keiner Seite bestrittenen Thatsache, daß zur Erzielung einer zweckmäßigen, der Würde der Volksvertretung, wie der Förderung gründlicher Arbeiten entsprechenden Geschäftsordnung, die Abänderung oder Aufhebung einer Reihe verfassungsmäßiger Bestimmungen nothwendig ist. Das Bedürfniß einer Abänderung der betreffenden Gesetze ist auch von der Staatsregierung anerkannt und eine deßfallsige Gesetzesvorlage an die Kammern in der diesjährigen Thronrede ausdrücklich verheißen worden. Da indessen, zufolge der Erklärung vom Ministertische in der gedachten Abgeordnetensitzung vom 14. d. die wirkliche Vorlage wegen der stattgehabten Rücktritte der bisherigen Minister von ihren Stellen im jetzigen Zeitpunkte nicht zu gewärtigen steht, so hat es die Kammer geeignet erachtet, in dieser Frage zum erstenmale von dem ihr zustehenden Rechte der Initiative in der Gesetzgebung Gebrauch zu machen. Zur Erzielung der längst gewünschten Verbesserung der Geschäftsordnung erscheinen zwei verschiedene Vorarbeiten nothwendig: I. der Entwurf eines Gesetzes, dessen Zweck es seyn muß, die bisherigen gesetzlichen und selbst verfassungsmäßigen Hindernisse einer guten Geschäftsordnung zu beseitigen und die gedachten gesetzlichen Vorschriften überhaupt auf ein richtigeres, als das bisherige Maß zurückzuführen; namentlich auf neue Feststellung der Verhältnisse der Kammern unter sich und zur Staatsregierung; II. der Entwurf einer eigentlichen Geschäftsordnung, welche eine jede Kammer, nach Maßgabe der erlangten allgemeinen parlamentarischen Erfahrungen und ihrer besonderen Bedürfnisse, selbstständig abzufassen, zu verändern und wieder aufzuheben befugt seyn muß.

Die gegenwärtige Vorarbeit befaßt sich nur mit der ersten dieser beiden Aufgaben, da diese die Grundlage der zweiten seyn muß, und die letzte sich also nur nach Feststellung der ersten erledigen läßt. Der von der Kammer niedergesetzte Ausschuß ging bei der nachfolgenden Ausarbeitung eines deßfallsigen Gesetzentwurfs von dem eben bereits angedeuteten Grundsatze aus, die eigentliche Gesetzgebung in Beziehung auf die Geschäftsordnung des Landtages möglichst zu vereinfachen und auf eine kleinere als die bisherige Zahl von Bestimmungen zu beschränken, damit die Kammern in ihrem gesetzlichen Wirkungskreise sich naturgemäß frei bewegen können, und damit überdies jene Vorschriften hinwegfallen, welche in kleinliche Einzelnheiten gehen, und deßhalb der Wichtigkeit der eigentlichen Gesetzgebung, namentlich der Verfassungsgesetzgebung, an sich schon nicht entsprechen.

Dessen ungeachtet hat sich der Ausschuß darauf beschränkt, nur solche Verfassungsabänderungen zu beantragen, welche ihm durch das unmittelbare Bedürfniß oder die Neugestaltung unserer Verfassungsverhältnisse überhaupt, unbedingt geboten erscheinen. Er beschränkte sich namentlich deßhalb hierauf, um eine Zustimmung der beiden andern gesetzgebenden Gewalten desto sicherer erlangen zu können. Hieraus ergibt es sich aber auch von selbst, daß, wenn der Ausschuß in Beziehung auf manche Einrichtungen eine Abänderung der bestehenden Vorschriften nicht beantragt, er dieß nur darum unterläßt, weil er den thatsächlichen Verhältnissen Rechnung trägt, woraus aber keineswegs gefolgert werden darf, daß sämmtliche Mitglieder dieses Ausschusses principiell mit diesen Einrichtungen selbst einverstanden seyen. Die vorzugsweise hervortretenden Punkte in dem hier zur Vorlage kommenden Gesetzentwurfe sind folgende: 1) Die selbstständige freie Bewegung der Kammern innerhalb ihres gesetzlichen Wirkungskreises wird zur Anerkennung gebracht; die erste Vorbedingung jedes wahren, repräsentativen Wirkens, ohne deren Vorhandenseyn der ganze Konstitutionalismus jeden Augenblick zu einem bloßen Spiele herabgewürdigt werden kann, — ohne welche Vorbedingung ferner weder die Stellung der Kammern der Würde der Nation entspricht, noch dieselben irgend ihre hohe Aufgabe zu erfüllen vermögen. (Art I. des Gesetzentwurfes); sodann als Folge dieser Stellung insbesondere: 2) Prüfung der

[illegible] durch die Kammern selbst, unter Beseitigung einer von der Regierung aufgestellten Einweisungskommission (Art. II.); 3) unmittelbare Wahl der Präsidenten, — Aufhebung der Bestimmung, daß die Kammern nur eine Anzahl Kandidaten zur Präsidentenstelle vorzuschlagen befugt seyen (Art. III.); 4) Gesetzliche Gleichstellung beider Kammern (Art. II., III. und VIII.); 5) Aufhebung der, mit der Würde einer Volksrepräsentation so augenscheinlich unvereinbaren sogenannten Sitzordnung, d. h. der Anweisung eines bestimmten, numerirten Platzes für jeden einzelnen Abgeordneten; 6) bessere Sicherung der Oeffentlichkeit der Verhandlungen (Art VI.); 7) Aufhebung des unbedingten Vorrechts der Regierungsvorlagen auf Erledigung; 8) Beschränkung des Vorrechts der Minister und königlichen Bevollmächtigten, die Redner in Mitte ihrer Vorträge oder gar die ganze Tagesordnung zu unterbrechen, und Vorsorge gegen etwaigen Mißbrauch des „letzten Wortes“ (Artikel VII.)

9) Feststellung des Rechtes der Kammern, Erläuterungen und insbesondere vollständige Aktenvorlagen in allen, in ihren Wirkungskreis fallenden Fragen zu fordern, mit der Verpflichtung des Ministeriums, den deßfallsigen Aufforderungen zu entsprechen, (Art. XI.). 10) Befugniß der Kammern, die Ausschüsse nach dem eigenen Ermessen ihres Bedürfnisses, sowohl nach Zahl, als nach Zusammensetzung, zu bilden, (Art. III.); und 11) Einräumung geeigneter Befugnisse an diese Ausschüße, insbesondere der Befugnisse einer Einsichtnahme von Originalakten und der Vernehmung von Sachverständigen und Zeugen, unter deren Anwendung allein es den englischen Enquete-Kommissionen möglich ist, so gründliche und in allen Verhältnissen, namentlich den volkswirthschaftlichen so wohlthätig wirkende Ergebnisse zu erzielen, — eine Befugniß, welche auch die deutsche Nationalversammlung nach vorgängigen entgegengesetzten Versuchen, erst einzelnen ihrer Ausschüsse, dann diesen sämmtlich einzuräumen geeignet, ja nothwendig fand; dabei aber ebenso 12) Beschränkung der Ausschüße auf die ihnen ertheilten Aufträge, damit nicht durch bloße Ausschüße (wie es in der letzten Zeit des früheren alten Ständewesens geschah) die Befugnisse der ganzen Volksvertretung untergraben werden können (Art. XI.); 13) Fürsorge, daß keine Vermischung der Gelder der Ablösungskasse mit jenen der Schuldentilgungs- und andern Staatskassen stattfinde (Artikel XII.); 14) Aufhebung der sehr oft höchst nachtheilig wirkenden Bestimmung, daß die von den Kammern genehmigten Gesetzentwürfe erst am Schlusse des Landtags die Sanktion des Staatsoberhauptes erhalten können; dabei aber zugleich Vorsorge, damit Gesetzentwürfe, welchen von der Krone die Genehmigung unter denjenigen Verhältnissen versagt worden, unter denen sie die Volksvertretung gutgeheißen hatte, — nicht nach längerer Zeit, unter vielleicht völlig veränderten Verhältnissen hervorgesucht, und nun als Gesetze verkündet werden. (Art. XIV.) Nach dieser allgemeinen Darstellung wird es einer besonderen Motivirung jedes einzelnen Artikels kaum mehr bedürfen. Schließlich sey nur noch bemerkt, daß einzelne unwichtig scheinende Bestimmungen, wie namentlich die in einigen Absätzen des Art. V. in Betreff der Anstellung der Dienerschaft und der Verwendung eines Theils derselben durch die Organe der Kammern auch nach dem Schlusse des Landtags (nemlich bis zur völligen Ausarbeitung der sich ergeben habenden Geschäfte) — nur darum in den folgenden Gesetzentwurf aufgenommen worden sind, weil sich bisher Kontroversen über solche Fragen erhoben hatten, oder weil bestehende gesetzliche Bestimmungen abgeändert werden sollen. München, den 24. Februar 1849. G. F. Kolb aus Speyer.

Gesetzentwurf, den Geschäftsgang des Landtags betreffend. Maximilian II. rc. Wir haben nach Vernehmung Unseres Staatsrathes mit Beirath und Zustimmung des Landtages und unter Beobachtung der im §. 7, Tit. X der Verfassungsurkunde vorgeschriebenen Formen beschlossen und verordnen, was folgt: Art. I. Jeder Kammer der Landtagsversammlung kommt es zu, ihre Geschäftsordnung selbst festzustellen und abzuändern, unter Beobachtung der nachfolgenden und der über die Verhältnisse des Landtages verfassungsmäßig vorgeschriebenen Bestimmungen, soweit die letzteren nach dem gegenwärtigen Gesetze noch in Kraft bleiben. Art. II. Sobald auf die verfassungsmäßige Berufung des Landtages zwei Drittheile der Mitgliederzahl einer Kammer versammelt sind, beginnt dieselbe ihre vorbereitenden Verrichtungen für die Konstituirung mit der Prüfung der Wahlakten und der Beglaubigung der Kammermitglieder.

Artik. III. Jede Kammer wählt ihre Vorstände, Schriftführer und Ausschüsse nach den näheren Bestimmungen ihrer Geschäftsordnung, und macht sofort von ihrer Konstituirung dem Könige und der anderen Kammer die Anzeige. Art. IV. Während der Dauer der Versammlung gebührt jeder Kammer die Polizei in ihrem Sitzungslokale und wird in deren Namen von dem Präsidenten nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung ausgeübt. Zu diesem Zwecke steht dem Präsidenten jeder Kammer eine Militärwache zur Verfügung. Art. V. Zur Aufbewahrung der Akten und Ordnung der Registratur des Landtages haben die Kammern einen gemeinschaftlichen, ständigen Archivar zu ernennen, welcher aus der Staatskasse besoldet wird. Das erforderliche Kanzlei- und sonstige Dienstpersonal wird von den in der Geschäftsordnung jeder Kammer zu bestimmenden Organen derselben ernannt, und bis zur Ausarbeitung aller Geschäfte, soweit nöthig, verwendet. Die sämmtlichen Ausgaben des Landtags bestreitet die Staatskasse, und es werden den Kammervorständen auf jedesmaliges Begehren die nöthigen Vorschüsse geleistet.

Art. VI. Die Sitzungen der beiden Kammern sind öffentlich. Ausnahmsweise treten die Kammern zu einer geheimen Sitzung zusammen; a) auf den Antrag des Vorstandes (Direktoriums), oder einer in der Geschäftsordnung zu bestimmenden Zahl von Mitgliedern; b) wenn ein Staatsminister oder kgl. Bevollmächtigter erklärt, daß er der Kammer eine Eröffnung in geheimer Sitzung zu machen habe. Den Kammern bleibt hiebei vorbehalten nach Anhörung des Antrages oder der Eröffnung Beschluß zu fassen, ob die weitere Berathung hierüber in geheimer oder öffentlicher Sitzung stattfinden soll.

Art. VII. Wenn die Staatsminister oder kgl. Bevollmächtigten das Wort verlangen, um im Namen des Königs Vorlagen zu machen, so kann in dringenden Fällen die Tagesordnung bis nach Beendigung des Vortrags hierüber unterbrochen werden. Die Staatsminister und kgl. Bevollmächtigten müssen während der Verhandlung über jeden Berathungsgegenstand auf Verlangen zu jeder Zeit gehört werden, ohne daß jedoch dadurch ein Redner in seinem bereits begonnenen Vortrage unterbrochen werden darf. Es steht ihnen überdieß nach geschlossener Verhandlung, und nachdem der Berichterstatter gesprochen, wenn sie es für nothwendig erachten, die Abgabe einer Schlußäußerung zu. Sollten hiebei bisher nicht vorgekommene Thatsachen vorgebracht werden, so kann jedes Mitglied über diese Thatsachen das Wort verlangen, vorbehaltlich des Rechtes der Betheiligten, hierüber das letzte Wort in Anspruch nehmen. Nach solchen Schlußäußerungen kann auch außerdem auf den Antrag von wenigstens 10 Mitgliedern durch Beschluß der Kammern die Verhandlung wieder aufgenommen werden. Die Staatsminister und königl. Bevollmächtigten sind gleich den Kammermitgliedern berechtigt, bei allen zur Verhandlung kommenden Gesetzentwürfen, Abänderungen oder Unterabänderungen vorzuschlagen.

Art. VIII. Zur gültigen Abstimmung wird die Gegenwart von zwei Drittheilen der Gesammtzahl der Mitglieder einer jeden Kammer erfordert, denjenigen Fall vorbehalten, in welchem die Verfassung die Anwesenheit einer größern Anzahl vorschreibt. Art. IX. Die Abstimmung geschieht bezüglich aller Gegenstände, welche öffentlich berathen werden, öffentlich, — und zwar in der Regel vermittelst Aufstehens und Sitzenbleibens. Die Kammer kann jedoch die Abstimmung durch Namensaufruf beschließen. Ueber das Ganze von Gesetzen muß jedenfalls öffentlich vermittelst Namensaufrufs abgestimmt werden. Art. X. Gültige Beschlüsse können jedenfalls nur mit absoluter Stimmenmehrheit gefaßt werden, diejenigen Fälle vorbehalten, in welchen die verfassungsmäßigen Bestimmungen mehr als einfache Stimmenmehrheit fordern.

Artikel XI. Die Kammern sowohl als die Ausschüsse haben innerhalb des Umfangs ihres Wirkungskreises das Recht, diejenigen Erläuterungsmittel, namentlich vollständige Vorlage der Originalakten, welche sie für erforderlich erachten, von den einschlägigen Staatsministerien zu begehren, welche diese letzten zu ertheilen haben. Den Ausschüssen ist ferner gestattet, das mündliche oder schriftliche Gutachten von Sachverständigen zu erholen, und eben so Zeugen vernehmen zu lassen, ohne jedoch die Gränzen des ihnen ertheilten Auftrags zu überschreiten. Die Art der Vernehmung hat die Geschäftsordnung zu bestimmen. Die von den Ausschüssen bearbeiteten Vorträge sind an die Staatsminister und königlichen Bevollmächtigten eben so wie an die Kammermitglieder gleichzeitig zu vertheilen.

Art. XII. Die in Titel VII §. 14 der Verfassungsurkunde zu ernennenden zwei Mitglieder der beiden Kammern haben auch nach der Beendigung des Landtages über die genaue Einhaltung des gesetzlichen Staatsschuldentilgungsplanes und die Befolgung der über das Staatsschuldentilgungswesen überhaupt bestehenden gesetzlichen Bestimmungen fortwährend zu wachen. Sie sind befugt, zu diesem Zwecke von den sämmtlichen Verhandlungen der Staatsschuldentilgungskommission Kenntniß zu nehmen, und sich die Akten, Rechnungen, Kassabücher und Urkunden zur Einsicht vorlegen zu lassen. Sie haben auch darüber zu wachen, daß keine Vermischung der Gelder der Ablösungskassa mit jener der Staatsschuldentilgungs- oder irgend einer anderen Staatskasse stattfinde. Sollten die Landtagskommissäre Anlaß zu Erinnerungen finden und denselben von der Kommission nicht sofort entsprochen werden, so können sie ihre Beschwerden bei dem Staatsministerium der Finanzen zur Vorlage bringen, worüber in jedem einzelnen Falle auf dem nächsten Landtage Anzeige zu erstatten ist.

XIII. Weder die Kammern noch ihre Ausschüsse sind berechtigt, ohne die Zustimmung der Staatsregierung Aufrufe oder Erklärungen an das Volk zu erlassen. XIV. Der König ertheilt oder verweigert den von den Kammern genehmigten Gesetzentwürfen seine Sanktion entweder sogleich nach dem Zustandekommen eines jeden einzelnen Gesammtbeschlusses beider Kammern, oder spätestens beim Schlusse des betreffenden Landtages. Dasselbe gilt hinsichtlich der Bescheidung der von den Kammern gestellten Anträge. Art. XV. Es werden hiemit aufgehoben: der §. 6. des Tit. VI., ferner der §. 29. des Tit. VII. der Verfassungsurkunde; der Abschnitt III. des Tit. I., und der ganze Tit. II. des X. Edikts zur Verfassungsurkunde; endlich das Gesetz vom 2. Sept. 1831, den Geschäftsgang der beiden Kammern der Ständeversammlung betreffend.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mauer.

Freiblatt

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 2. März 1849. **№ 61.** **Freitag: Simplicius.**

Deutschland.

Bayern. *† (München, den 28. Febr.) Heute Mittag 12 Uhr war Sitzung der Kammer der Reichsräthe lediglich Behufs der Vorlesung des Protolls der vorigen Sitzung. Sie dauerte circa 5 Minuten. Die Journalisten wohnten bei, da man durch größere Höflichkeit die frühere Unart gut zu machen sucht. Nicht unabsichtlich schien mir eine Bemerkung des II Präsidenten, Hrn. Zu-Rhein: er habe in der vorigen Sitzung den Ausdruck „Ständekammer" gebraucht; **die Presse** habe das gerügt, und er sehe ein, daß er unrecht gehabt; denn es sey heutzutage dieses Woet nicht mehe anwendbar. Deshalb bitte er, „Landtag" dafür ins Protokoll zu setzen, was auch von der Versammlung genehmigt wurde. — Die Vertagung des Landtags erscheint mehr, als zweifelhaft; es stehen diesem Projekte finanzielle Rucksichten entgegen. Dagegen muß ich Ihnen aus dee sichersten Quelle versichern, daß an der durch viele Blätter laufenden Ernennung Stockingers zum Minister bis jetzt nichts ist. Stockinger ist noch nicht zum König gerufen worden. Uebrigens wird der Krone trotz alles Zögerns zuletzt doch kein anderes Mittel bleiben, als sich der Linken in die Arme zu werfen. Möge sie es thun, ehe es zu spät ist.

(München, den 27. Februar.) Am 4. März — dem Tage der großen Münchner Erhebung, der Stürmung des Zeugbauses rc. wird in München ein großartiges Erinnerungsfest gefeiert werden. Der Vaterlandsverein gab in seiner gestrigen Versammlung hiezu die Anregung; das Programm der Feier ist noch nicht beschlossen. — Gestern Abend wurde dem Abg. Schüler eine improvisirte Serenade von Vokal- und Instrumentalvorträgen veeanstaltet; da derselbe unwohl war, so empfing sein Freund Stockinger die zur Begrüßung gekommene Deputation. (N. Abdz.)

(München, den 27. Febr.) Das neueste Gerücht, welches unsere Stadt durchläuft, ist, daß Hr. Stockinger als Minister des Innern berufen, und mit der Neubildung des Gesammtministeriums beauftragt sey. Herr Heintz, heißt es weiter, würde unter diesen Verhältnissen Minister der Justiz verbleiben. Durch wen die übrigen Ministerstellen besetzt werden sollen, ist noch vollkommen ungewiß. Die so verschiedenen Namen, welche genannt werden, deuten darauf hin, daß in dieser Hinsicht nur ganz unsichere Gerüchte vorliegen. Die Vollendung des Kommissionsbeeichts übee den Regierungsanteag wegen Aufbringung des Matricularbeitrags wird erst künftigen Donnerstag erwaetet, so daß frühestens am Freitag die Verhandlungen darüber beginnen würden. (Auch andere Briefe sprechen von einem Versuch mit einem Ministerium Stockingee unter Zuziehung der HH. Heintz, Ringelmann, Weigand und Kleinschrod, doch scheint durchaus nichts Sicheres vorzuliegen. Käme ein Ministerium noch in diesen Tagen zu Stand, so würde, heißt es, auf die Vertagung dee Kammer verzichtet.) (A. A. Z.)

(München, den 27. Febe.) He. Graf v. Rechberg ist von seiner Sendung nach Frankfurt zueück, und wird dem Vernehmen nach mit einer andern Sendung nun nach Wien abgehen. Auf Verlangen des Reichskriegsministeriums wurde von Seite Bayerns für die Militärjustizpflege der k. Oberauditor Frhr. v. Reichlin-Meldegg und für die Militärverwaltung des Reichs der Oberkriegskommissär Schultheiß nach Frankfurt gesendet. (N. M. Z.)

*† (München, den 27. Febe.) Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für die Entwerfung einer uenen Geschäftsordnung, vom 23. Februae 1849. Gegenwärtig: Der kgl. Regierungskommissär Here Ministerialrath Hänlein; Der I. Präsident der Kammee der Abgeordn., Freiherr von Lerchenfeld; Herr Graf Hegnenberg-Dux, Präsident des Ausschusses: Herr Thinnes; Herr Schüler; Herr Willich; Herr Kolb von Straubing; Herr Kolb von Speyer, Referent; und Herr Stockinger, Sekretär. Nachdem der Ausschuß sogleich nach seinee Erwählung am 14. Februar den Heren Grafen Hegnenberg-Dux zu seinem Präsidenten, den Abgeordneten Kolb von Speyer zum Berichterstatter, und heute den Abgeordneten Stockinger zu seinem Protokollführer erwählt hatte, begann derselbe heute die Berathung des von dem Referenten vorgelegten Entwurfes zu einem Gesetze über den Geschäftsgaug beider Kammern. Das Ergebniß umfassender Berathung war folgendes: Artikel I. wurde einstimmig angenommen. Ebenso Artikel II. und III., in der gegenwärtigen Fassung. Ebenso Artikel IV., nachdem man sich in Beziehung auf die Bemeekungen des kgl. Regierungskommissäes — besondere Bestimmungen aufzunehmen über die Verpflichtungen dee Präsidenten zur Aufrechthaltung dee Ruhe in den Sitzungen, und über die Disziplinargewalt der Kammern gegen ihee Mitglieder, — dahin geeinigt hatte, daß derartige Verfügungen in die eigentliche Geschäftsordnung aufzunehmen seyen. Artikel V. und VI. wurden einstimmig angenommen. Artikel VII. veranlaßte eine längere Berathung, deren Ergebniß die einstimmige Annahme des Entwurfs in der Form ist, in welcher derselbe nunmehe vorliegt. Bei Artikel VIII. ergaben sich anfangs bedeutende Meinungsverschiedenheiten übee die zur Beschlußfassung nothwendige Mitgliederzahl. Während auf der einen Seite, namentlich auch von dem kgl. Regierungskommissäre, es zur Erleichterung der Geschäftsführung zweckmäßig erachtet ward, festzusetzen, daß zu einer gültigen Abstimmung in gewöhnlichen Fällen nur die Hälfte dee im Orte anwesenden Kammermitglieder genügend sey — wurde auf der andern Seite es bedenklich erachtet, einem sich darnach ergebenden höchst geringen Bruchtheile der Versammlung die Befugniß zur Entscheidung einzuräumen; man sollte eigentlich fordern, daß kein Beschluß gültig seyn könnte, für welchen sich nicht eine absolute Mehrheit aller Kammermitglieder ausspreche. Da indessen auf diese Weise das zu Standekommen von Beschlüssen sehr oft überhaupt unmöglich werden dürfte, so vereinigte man sich zu der vorgeschlagenen Bestimmung, wornach zur gültigen Beschlußfassung die Mitwirkung von zwei Drittheilen aller Kammermitglieder, also nicht bloß der im Orte anwesenden, gefordert wird. Artikel IX. und X. wurden einstimmig angenommen. Es wurde bei Art. IX. bemerkt, daß die Geschäftsordnung zu bestimmen habe, welche Anzahl von Mitgliedern erfordert werde, um eine namentliche Abstimmung verlangen zu können. Die Sitzung, welche um 4 Uhr Nachmittags begonnen hatte, wurde um 7 Uhr geschlossen. Graf Hegnenberg-Dux. Thinnes. Willich, J. Kolb, Gottfried. Kolb, G. F. Stockinger, G. Schüler, Friedr.

(Sitzung vom 24. Februar 1849.) Gegenwärtig: Die Nämlichen, wie in voriges Sitzung. Artikel XI. veranlaßte eine langdauernde Diskussion. Die Nothwendigkeit der Befugniß des Vernehmens von Sachverständigen durch die Ausschüsse wurde von keiner Seite beanstandet. Der Berichterstatter hatte aber ferner beantragt, daß denselben, (übereinstimmend mit der Geschäftsordnung der deutschen Nationalversammlug) auch die Befugniß zustehe, „Zeugen vorzufordern, zu vernehmen, oder vernehmen zu lassen." Hiegegen erklärte sich besonders der kgl. Regieeungskommissär. Die Ausschußmitglieder vereinigten sich zuletzt zu der nunmehr vorgeschlagenen Fassung. Der kgl. Regierungskommissär fand auch die Verpflichtung bedenklich, daß in allen Fällen die Vorlage von Orginalakten solle gefordert werden können; in der Regel werde diese vom Ministerium nicht verweigert werden, allein es ließen sich doch Fälle denken, namentlich was diplomatische Beziehungen betreffe, in denen hiedurch bedeutende Nachtheile entstehen könnten. Der Ausschuß glaubte hingegen, daß der eigene Takt der Kammern dieselben vor diesfallsigen Mißgriffen bewahren werde. Artikel XII. und XIII. wurden einstimmig angenommen. Der kgl. Regierungskommissäe hielt nun hier die Einschaltung eines besondern Artikels geeignet, des Inhalts: „Die Form der Mittheilungen der Kammern untereinander wird durch die Geschäftsordnung beider Kammern bestimmt. Bei den Vorlagen an den König sind die allgemeinen vorgeschriebenen Formen zu beachten." Der Ausschuß erachtet jedoch mit vier gegen drei Stimmen diesen Beisatz für unnöthig, sowohl weil der erste Punkt (in Betreff des Verkehrs beider Kammern untereinander) an sich eigentlich doch keine Bestimmung enthalte, als auch, was den zweiten Punkt betreffe, weil die „vorgeschriebenen Formen" jedenfalls doch einer Abänderung unterwoefen werden müßten. Die Artikel XIV. und XV. wurden in dee vorliegenden Fassung mit Stimmeneinhelligkeit angenommen. Die um 11 Uhr eeöffnete Sitzung wurde hieeauf, nach vollständigee Erledigung der Vorelage, um 1 Uhr geschlossen. Worüber dieses Protokoll. Graf Hegnenberg-Dux. Thinnes. Willich, J, Kolb, Gottfried. Kolb, G. F. Steckinger, G. Schülee Friedr.

Feeie Städte. ** (Frankfurt, 26. Febr.) (Schluß der heutigen Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung.) Durch Namensaufruf wird hinwiederum abgestimmt über den Antrag der Herren Pfeiffer und Schorn: „Die Nationalversammlung, indem sie die von dem Reichsministerium zur Anzeige gebrachten Bemerkungen der meisten deutschen Regierungen zu dem in erster Lesung vorgenommenen Verfassungsentwurf, so wie die etwa rechtzeitig noch eingehenden Mittheilungen ähnlicher Art an den Verfassungsausschuß überweist und deren Druck und Vertheilung an die Nationalversammlung verordnet — gibt dem Ausschusse auf, nunmehr seine Revision ohne Zögerung zu vollenden und setzt fest, daß Montag den 5. März mit der zweiten Lesung begonnen und damit endgiltig die Verfassung festgestellt wird." Auch dieser Anteag wird mit 252 gegen 221 Stimmen verworfen, ebenso nachdem Arneth seinen Antrag zurückgezogen hat, der Antrag von Cropp aus Oldenburg auf Verschiebung der zweiten Lesung bis 15. März, desgleichen der Antrag Grävells (eine einfache Wiederholung des Pfeifferschen mit Hinweglassung der Worte „damit endgiltig die Verfassung festgestellt werde"). Uebee den Antrag von Venedey und Genossen: „die Nationalversammlung beschließe die zweite Lesung der Verfassung unmittelbae nach der zweiten Lesung des Wahlgesetzes vorzunehmen" wird wiedee namentlich abgestimmt. Da sich 257 gegen 195 Stimmen auch gegen den Venedeyschen Antrag erklären, so gehen nach endlichem Versammlungsbeschluß die vom Reichsministerium vorgelegten, durch den Druck zu veröffentlichendrn Papiere ohne nähere Bestimmung eines Termins an den Verfassungsausschuß. Ein Antrag von dem Grafen Deym, Arneth, Beda Weber und Genossen verlangt von dee Nationalversammlung, daß sie ihre Mißbilligung über die von Gumbrecht gegen Oesterreich gethanen Aeusserungen ausspreche. An den Ausschuß für Geschäftsordnung. Endlich beantragt Reh, daß die Berathung des Wahlgesetzes bis auf den Freitag vertagt werde, damit der Verfassungsausschuß Zeit gewönne, die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs vorzubereiten. Da das Ergebniß durch Aufstehen zweifelhaft ist, so wird durch Zettel abgestimmt, von denen 242 gegen 208 wider die beantragte Vertagung aussprechen. Nächste Sitzung findet daher morgen Statt: Fortsetzung der Berathung über das Wahlgesetz.

** (Frankfurt, den 27. Februae.) (178. Sitzung der konstituirenden deutschen Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.) Die Sitzung wird um neun Uhr eröffnet. Flottenbeiträge sind eingelaufen: 2930 fl. von den Fabrikarbeitern aus Chemnitz, übergeben vom Abg. Eisenstuck, und noch mehrere kleinere. Die neu eingetretenen Abgeordneten sind den Abtheilungen zugewiesen worden. Abg. Mittermaier beantwortet im Namen des Gesetzgebungsausschusses eine neulich an denselben gerichtete Interpellation wegen seiner Wirksamkeit.

Der Ausschuß hat die eine allgemeine deutsche Gesetzgebung betreffenden Petitionen vorgenommen und wird nächstens Bericht erstatten. Es wird zur Tagesordnung übergegangen. Ein Antrag, die §§ 13 u. 14 des Wahlgesetzentwurfs zusammen zur Berathung und Abstimmung zu bringen, wird verworfen. Es wird beschlossen, daß über beide einzeln berathen werde, sie aber zusammen zur Abstimmung gebracht werden. Die Berathung über § 13 beginnt. Er lautet: Art. V. § 13. Die Wahlhandlung ist öffentlich. Bei derselben sind Gemeindeglieder zuzuziehen, welche kein Staats- oder Gemeindeamt bekleiden. Das Wahlrecht muß in Person ausgeübt, die Stimme mündlich zu Protokoll abgegeben werden. Minoritätserachten. Der zweite Satz dieses § möge so lauten: „Das Wahlrecht wird in Person durch Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt." (Ahrens. H. Simon. Reh. Fr. Wigard. Schreiner. Tellkampf. Mittermaier.) Abg. Grävell spricht für das Majoritätserachten und für seine Anträge zu §§ 13 und 14, welche von der Organisirung der Wahlen handeln. Er will Oeffentlichkeit der Wahl und keine geheime. Er fürchte eben so sehr den Einfluß von oben, als den der Agitatoren, der Volksschmeichler. Die geheime Abstimmung, die so verschiedenartig mißbraucht werden könne, biete ihm keine Bürgschaft gegen beide Einflüsse. Die Wahl solle direkt und offen seyn. Gegen den Antrag der Majorität sprechen noch die Abgg. Nauwerck, Roßmäßler, Vogt, für denselben v. Raumer, Beseler aus Greifswalde. Nach der Annahme des Schlusses der Diskussion sprachen noch die Berichterstatter Abg. Wigard für die Minorität, und Abg. Riesser für das Majoritätserachten, und es wird dann zur Berathung des § 14 geschritten. Er lautet: §. 14. Die Wahl ist direkt. Sie erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreis abgegebenen Stimmen. Stellt bei einer Wahl eine absolute Stimmenmehrheit sich nicht heraus, so ist eine zweite Wahlhandlung vorzunehmen. Wird auch bei dieser eine absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so ist zum dritten Mal nur unter den zwei Kandidaten zu wählen, welche in der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos. Abg. Fuchs aus Breslau erklärt sich für direkte Wahlen. Die Abgg. Schubert aus Königsberg und Reichensperger für indirekte. Sie erklären sich gegen den Ausschußantrag, weil die früheren Anträge der Majorität in Abänderungen angenommen wurden, die nicht im Sinne der Redner waren. Nur bei beschränkter Wahlberechtigung wären sie für direkte Wahlen gewesen. Abg. Hildebrand spricht für direkte Wahlen. Ein auf Vertagung der Sitzung gestellter Antrag wird angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag den 1. März. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Berathung. Schluß der Sitzung 1¾ Uhr Nachmittags.

Preussen. (Berlin, 26. Febr.) Se. Maj. der König eröffnete heute Vormittag um 11 Uhr die durch das Allerhöchste Patent vom 5. Dezember v. J. zusammenberufenen Kammern in Person im Weißen Saale des Königlichen Schlosses. Mit einem dreimaligen Hoch von der Versammlung empfangen, verlas Se. Majestät nachfolgende Thronrede: „Meine Herren Abgeordneten der ersten und zweiten Kammer! Ereignisse, die Ihnen Allen in frischem Gedächtnisse sind, haben mich genöthigt, die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung aufzulösen. Zugleich habe ich — überzeugt von der unabweislichen Nothwendigkeit endlicher Wiederherstellung eines festen öffentlichen Rechtszustandes — dem Lande eine Verfassung verliehen, durch deren Inhalt meine im März v. J. ertheilten Verheißungen getreulich erfüllt sind. Seitdem ist die Spannung, in welcher noch vor wenig Monaten ein großer Theil des Landes sich befand, einer ruhigeren Stimmung gewichen. Das früher so tief erschütterte Vertrauen kehrt allmälig wieder. Handel und Gewerbe fangen an, sich von der Lähmung zu erholen, welcher sie zu erliegen drohten. Ergriffen von dem Ernst dieser Stunde, sehe ich die auf Grund der neuen Verfassung gewählten Mitglieder beider Kammern zum ersten Male um meinen Thron versammelt. Sie wissen, meine Herren, daß ich Ihnen eine Revision der Verfassung vorbehalten habe. An Ihnen ist es jetzt, sich darüber unter einander und mit meiner Regierung zu verständigen. Zu meinem Bedauern hat über die Hauptstadt und ihre nächsten Umgebungen der Belagerungszustand verhängt werden müssen, um die Herrschaft der Gesetze und die öffentliche Sicherheit herzustellen. Es werden Ihnen, meine Herren, hierauf bezügliche Vorlagen ohne Verzug zugehen. Außer den in meinem Patente vom 5. Dezember v. J. angekündigten dringlichen Verordnungen sind noch über einige andere Gegenstände, welche im öffentlichen Interesse einer beschleunigten Regulirung bedurften, auf Grund des Artikels 105 der Verfassungsurkunde vorläufige Verordnungen ergangen. — Insbesondere habe ich durch die vielfachen dringenden Anträge auf unverzügliche Reform der Verhältnisse des Handwerkerstandes mich bewogen gefunden, zwei vorläufige Verordnungen für diesen Zweck zu erlassen. — Alle diese Verordnungen werden Ihnen ohne Verzug zur Genehmigung vorgelegt werden. Außerdem werden Sie sich mit der Berathung verschiedener — theilweise zur Ausführung der Verfassung nothwendiger — Gesetze zu beschäftigen haben, deren Entwürfe Ihnen nach und nach zugehen werden. Ich empfehle Ihrer sorgsamsten Erwägung besonders die Entwürfe der neuen Gemeinde-Ordnung, der neuen Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung, des Unterrichtsgesetzes, des Gesetzes über das Kichen-Patronat, des Einkommensteuer-Gesetzes, des Grundsteuer-Gesetzes, so wie der Gesetze über die Ablösung der Reallasten und die unentgeltliche Aufhebung einiger derselben und über die Errichtung von Rentenbanken. Um die durch die Verfassungsurkunde ausgesprochene Selbstständigkeit der verschiedenen Religionsgesellschaften zu verwirklichen, sind die erforderlichen Einleitungen getroffen, und wird damit so schnell als es die Wichtigkeit des Gegenstandes irgend gestattet, vorgeschritten werden. Der nach der Verfassungsurkunde vor Eintritt des Rechnungs-Jahres veröffentlichte Staatshaushalts-Etat für 1849 wird Ihnen mit den erforderlichen Erläuterungen zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt werden. Sie werden daraus ersehen, daß, ungeachtet der in Vergleich gegen die Vorjahre zu erwartenden Verminderung des Steuereinkommens, der für verschiedene Ausgabezweige, namentlich für öffentliche Arbeiten, erforderliche Mehrbedarf ohne Steuer-Erhöhung und ohne neue Benutzung des Staats-Kredits wird gedeckt werden können. Ueber die Verwendung der im verflossenen Jahre auf Grund der Ermächtigung des vereinigten Landtags aufgenommenen freiwilligen Anleihe von 15 Millionen Thalern wird Ihnen Rechenschaft gegeben werden.

Ich habe es dankend und mit Genugthuung anzuerkennen, daß die Bereitwilligkeit, mit welcher die bemittelten Einwohner aus allen Theilen des Landes und aus allen Klassen des Volkes, inmitten drückender Zeitverhältnisse, bei dieser Anleihe sich betheiligten, den Rückgriff auf andere kostspieligere Maßregeln entbehrlich gemacht hat. Auch über die auf Grund der Ermächtigung des Vereinigten Landtages erfolgte Ausgabe von Darlehns-Kassenscheinen, und über einige hiermit in Verbindung stehende Maßregeln zur Unterstützung der bedrängten gewerblichen Thätigkeit wird Ihnen näherer Ausweis vorgelegt werden. — Es ist auf diesem Wege gelungen, manchen schweren Unfällen, welche eine verderbliche Rückwirkung auf größere Bezirke und ganze Provinzen geäußert haben würden, zuvorzukommen und die gewerbliche Thätigkeit im Lande aufrecht zu erhalten. Der Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1850 wird nebst dem Entwurfe des zu seiner Feststellung nöthigen Gesetzes an Sie gelangen, sobald Ihre Berathungen über die Ihnen vorzulegenden Steuergesetze so weit gediehen sind, daß sie eine Grundlage für die Etats-Einnahme gewähren können. Die Vervollständigung der Vertheidigungsmittel des Landes ist ungeachtet der anderweit gesteigerten Bedürfnisse des Staatshaushalts nicht unterbrochen worden, und Preussen darf mit Zuversicht auf sein Heer blicken, dessen Organisation, Kriegstüchtigkeit und Hingebung sich unter ernsten Prüfungen bewährt haben. Die innigere Vereinigung der deutschen Staaten zu einem Bundesstaate ist fortdauernd der Gegenstand meiner lebhaftesten Wünsche. Meine Regierung hat mit redlichem Eifer dahin gewirkt, daß dies große Ziel — für welches Preussen auch Opfer nicht scheuen wird — erreicht werde. Der Weg zur Verständigung aller deutschen Fürsten mit der deutschen National-Versammlung in Frankfurt ist angebahnt. — Meine Regierung wird ihre Bemühungen in gleichem Sinne fortsetzen. Ich brauche nicht zu erinnern, wie sehr Sie, meine Herren, zur Erreichung des großen Zweckes mitwirken können. Die gegenwärtige Lage der zwischen der provisorischen Centralgewalt von Deutschland und der Krone Dänemark angeknüpften Friedens-Unterhandlungen berechtigt zu der Hoffnung, daß die Differenzen, durch welche im vorigen Jahre der Frieden und mit ihm Handel und Schifffahrt unterbrochen wurden, bald auf eine befriedigende Weise erledigt seyn werden. Die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen meiner Regierung zu den übrigen fremden Staaten haben keine Störung erlitten. Schmerzlich betraure ich den Verlust eines Prinzen meines königlichen Hauses, der vor wenig Tagen, in der Blüthe des Lebens, dem schönen Berufe entzogen wurde, seine Kräfte dem Vaterlande zu widmen. Meine Herren Abgeordneten der ersten und zweiten Kammer! Mit Vertrauen erwartet das Vaterland jetzt von dem Zusammenwirken seiner Vertreter mit meiner Regierung die Befestigung der wieder hergestellten gesetzlichen Ordnung, damit es sich der constitutionellen Freiheiten und ihrer ruhigen Entwickelung erfreuen könne. Der Schutz jener Freiheiten und der gesetzlichen Ordnung — dieser beiden Grundbedingungen der öffentlichen Wohlfahrt — wird stets der Gegenstand meiner gewissenhaften Fürsorge seyn. Ich rechne dabei auf Ihren Beistand. Möge Ihre Thätigkeit mit Gottes Hülfe dazu dienen, die Ehre und den Ruhm Preussens, dessen Volk im innigen Verein mit seinen Fürsten schon manche schwere Zeit glücklich überwunden hat, zu erhöhen, und dem engeren so wie dem weiteren Vaterlande eine friedliche und segensreiche Zukunft zu bereiten! Nach Verlesung der Thron-Rede erklärte der Minister-Präsident die Kammern für eröffnet. Seine Majestät verließ hierauf, von einem erneuten dreimaligen Hoch begleitet, den Saal. (Pr. Staatsanz.)

†*† (Berlin, den 20. Februar.) Die Eröffnung der Kammern fand heute Statt. Der König stieg, von Charlottenburg kommend, im Schloß ab, begab sich nach dem Dome, wo der Hofprediger v. Gerlach den Gottesdienst abhielt. In der katholischen Kirche fand eine religiöse Feier durch den Probst Brinkmann statt, und auch die jüdische Synagoge wohnte einer von dem Prediger Dr. Sachs veranstalteten Feier schon gestern bei. Als der König sich zu Fuß nach dem Schloß zurückbegab, ertönten aus der in dem Lustgarten versammelten Volksmenge einige Rufe der Begrüßung.

Um 11 Uhr waren die Abgeordneten, von denen nur wenige vermißt wurden, im weißen Saale versammelt. Der Eingang war diesmal nicht, wie bei Eröffnung der National-Versammlung, durch eine Nebenthür, sondern durch die großen Flügelthüren, zu welchen man durch eine Reihe von Prunkgemächern gelangte, in denen die Krongarden aufgestellt waren: Rechts neben dem Thronsessel waren die Sessel für die Prinzen, links Stühle für die Minister. Für die Mitglieder beider Kammern, die nicht geschieden waren, sondern nach Belieben ihre Plätze wählten, waren deren Stühle in großem Bogen um den Thron aufgestellt. Zahlreiche Gruppen bildeten sich namentlich um die Herren v. Vincke, Temme, Jakoby, Waldeck und v. Bodelschwingh. Graf Brandenburg, der an der Spitze sämmtlicher Minister in der großen Generalsuniform mit dem Bande des Rothen Adlerordens nach 11 Uhr in den Saal getreten war, unterhielt sich lebhaft mit den Herren Milde, v. Bodelschwingh und Hansemann. Die übrigen Minister trugen die große Staatsuniform, Herr Raabe die Uniform der Ministerialdirigenten. Die Mitglieder des diplomatischen Korps waren meist anwesend, die Zuhörertribünen meist von Damen gefüllt; für Journalisten waren nur 12 Plätze reservirt, die den hiesigen Zeitungen (auch der Zeitungshalle) und der Kölner Zeitung und Indépendance belge zugetheilt waren.

Der König, unter dem Vortritt von 4 Hofchargen, in der Uniform der Garde du Korps, den Helm als Kopfbedeckung, erschien um ½12 Uhr, gefolgt von dem Prinzen von Preussen, dem Prinzen Karl, deren Söhnen, dem Prinzen Albrecht, Adjutanten u. s. w. Graf Brandenburg schritt dem Könige entgegen und geleitete ihn an den Thron. Aus der Mitte der Abgeordneten erschallte lautes Hoch. Der Ministerpräsident überreichte dem Monarchen die Thronrede, die dieser ziemlich tonlos ablas. Nur bei der Stelle, welche die Zuversicht auf das Heer ausspricht, hob sich die Stimme, und der Vortrag gewann hier merklich an Festigkeit und Ausdruck.

Nach Beendigung der Thronrede erklärte Graf Brandenburg die Kammern für eröffnet. Man vermißte in dieser Erklärung die übliche Formel »im Namen des Königs." Er forderte die Kammern auf, sich abgesondert zu constituiren und Alterspräsidenten zu ernennen; die für die Sitzungen eingerichteten Lokale, erklärte der Ministerpräsident erst morgen um 10 Uhr übergeben zu können, und ersuchte die Abgeordneten, sich in derselben alsdann einzufinden. Er erklärte die Sitzung für geschlossen. Der König erhob sich. Ihm folgten die Minister, die Prinzen, dreimaliges Hoch aus der Mitte der Versammlung, die sich dann gleichfalls entfernte.

Im Schloßhofe, auf dem übrigens Kanonen so aufgestellt waren, daß sie von der Menge, die sich auf dem Schloßplatze gesammelt hatte, gesehen werden konnten, unterhielt sich der König einige Zeit mit

Herrn v. Wrangel und einigen Diplomaten, und fuhr sodann nach Charlottenburg zurück.

Der Anblick der Versammlung im Saale machte heut allerdings einen wesentlich andern Eindruck, als zur Zeit der Eröffnung der National-Versammlung, am 22. Mai v. J. Der demokratische Charakter, welchen jene Versammlung verrieth, war heut trotz der zahlreichen Elemente, welche aus der früheren in die neue Verfassung übergegangen sind, durch eine unverkennbar aristokratische Teintüre, die eine große Zahl von Mitgliedern zur Schau trug, verhüllt. Bezeichnend ist in dieser Beziehung eine Aeußerung, die einem ritterschaftlichen Mitgliede der ersten Kammer beim Eintritt entschlüpfte: „Heute sieht's hier doch wieder reinlich aus!" Die ziemlich bedeutenden Volksgruppen vor dem Schloße ließen durch Hurrah und Zischen ihre Gunst und Ungunstbezeigungen wieder, wie damals laut werden. Ein Beifallssturm empfing den Abg. Temme bei seinem Austritt aus dem Schloß. Stein, Waldeck, Behrends konnten sich nur mit Mühe der Menge entziehen. Dagegen rief das Zischen der Menge beim Erscheinen des Hrn. v. Vinke eine dunkle Röthe des Unwillens auf das Antlitz des ritterlichen Abgeordneten hervor. Diese Akte der Souveränetät des Berliner Volkes wird selbst eine zehnjährige Dauer des Belagerungszustandes nicht zu unterdrücken im Stande seyn. Auch von der anderen Seite wurde von dieser Errungenschaft der freien Meinungsäußerung Gebrauch gemacht. Als namhafte Mitglieder der aufgelösten Nationalversammlung in die Schloßportale traten, konnten Offiziere Aeußerung der Mißbilligung darüber nicht unterdrücken, daß man „diesen Herren" den Eintritt in's Schloß gestatte.

Den Belagerungszustand merken heut nur die einpassirenden Fremden bei der Thorkontrolle, die Stadt macht denselben Eindruck, wie in den Monaten der vielbeklagten Anarchie. Die Umgebungen des Schlosses sind von Menschenzügen gefüllt. Fliegende Buchhändler treiben den Plakatenhandel heut wieder mit der lang entbehrten Oeffentlichkeit. Der Verkauf der Thronrede ist gestattet; und manches andere Blatt bricht sich unter dieser Aegide Bahn.

Je freundschaftlicher sich die Beziehungen des preussischen Kabinets zu dem englischen gestalten, je mehr sich die kleinern Fürstenhäuser Deutschlands anschließen, mit einem Worte je selbstständiger die Politik Preussens nach Außen wird, mit desto neidischerem Gange blickt Rußland auf das sich von seiner Politik losringende Preussen. Rußland hat die triftigsten Gründe, der Reorganisation des deutschen Staatenbundes hindernd in den Weg zu treten; deshalb läßt es auch in der neuesten Zeit keine irgendwie passende Gelegenheit vorübergehen, ohne auf die Aufrechthaltung aller Punkte der Traktate von 1815 zu pochen —

Wir haben schon neulich mitgetheilt, daß die norddeutschen Souveräne (so viel uns bekannt alle, mit Ausnahme der Könige von Sachsen und Hannover) Preussen den Oberbefehl über sämmtliche norddeutsche Truppen angetragen haben. Heute erfahren wir nachträglich, daß auch der Anwesenheit des Kurfürsten von Hessen derselbe Zweck zu Grunde lag.

Sachsen. (Dresden, 26 Febr.) Die heutige Sitzung der I. Kammer eröffnete der Präsident mit der Mittheilung, daß die Bedenken, welche hinsichtlich der Form, in der den Kammern die Eröffnung über die Bildung des neuen Ministeriums zugegangen wäre, entstanden seyen, dadurch beseitigt worden, daß selbige im Gesetz- und Verordnungsblatt erschienen und von dem Staatsminister von Buttlar kontrasignirt sey. Hierauf traten die vier Mitglieder des neuen Ministeriums ein, und Minister Dr. Held ergriff das Wort, um das Ministerprogramm vorzutragen. Es besagt im Wesentlichen: Das Ministerium, welches jetzt Se. Maj. an die Spitze der Geschäfte berufen, könne nicht umhin, sein lebhaftes Bedauern über den Rücktritt des Ministeriums an den Tag zu legen, welches seiner Zeit durch das Vertrauen des Volkes an die Spitze der Geschäfte getragen worden sey. Das neue Ministerium erkenne die Größe der ihm gestellten Aufgabe; es werde sich bestreben, eben so sehr die dem Volke gewordenen Freiheiten als den Rechtszustand und die gesetzliche Ordnung zu wahren. *In Betreff der sofortigen Publikation der Grundrechte sieht es um so weniger ein Hinderniß, als durch das Einführungsgesetz die etwannigen Nachteile beseitigt würden. In Bezug auf die Nationalversammlung soll das Vereinbarungsprinzip aufrecht erhalten werden.* Es wird alle Aufmerksamkeit auf die durch die Grundrechte nothwendig gewordenen Ausführungsgesetze wenden. Eine Habeaskorpus-Akte ist vollendet; hinsichtlich der Aufhebung des Lehensverbandes und der Fideikommisse sind mit den Betheiligten Verhandlungen eingeleitet. Binnen kurzer Zeit werde die Reichswechselordnung vorgelegt werden. Ein Jagdgesetz sey bearbeitet, in allen übrigen Zweigen der Gesetzgebung werde kein Stillstand eintreten, überall aber dem Prinzip der Billigkeit und des Rechts Rechnung getragen werden. In der gewerblichen Gesetzgebung werde sich ein Fortschreiten nicht hindern lassen. Man gebe sich der Hoffnung hin, die schwierige Aufgabe im wohlverstandenen Interesse des Gewerbsstandes zu lösen. Bei der Revision der Städteordnung werde man eine Richtung verfolgen, welche das Prinzip der Einfachheit und Kraft zur Geltung bringen soll. Im Staatshaushalte soll vor wie nach die größte Offenheit und Klarheit herrschen. Daß die schon gemachten Gesetzesvorlagen einer schleunigen Berathung bedürfen, darüber werde die Kammer namentlich in Rücksicht auf die Staatseisenbahnen einverstanden seyn. Bei der Lösung aller dieser Aufgaben rechnet das Ministerium auf die Unterstützung der Kammern. (Stille im Saale.) Man schreitet sofort zum Vortrage der Registrande. — In der II Kammer ist eine gleiche Erklärung erfolgt. Nachher ward nach einiger Debatte der auf der Tagesordnung befindliche Antrag des Vizepr. Tzschirner auf Zurückziehung der sächsischen Truppen aus Thüringen angenommen, wobei Minister v. Beust erklärte, daß in dieser Hinsicht schon Schritte beim Reichsministerium gethan worden und Aussicht auf Erfolg da sey. (D. A. Z.)

(Dresden, den 24. Februar.) Der Bericht über den Antrag des Abg. Oberlieutenant Müller auf Revision der Kriegsartikel und des Dienstreglements mit besonderer Beziehung auf den Art. 5 liegt gedruckt vor und wird jedenfalls in der nächsten Woche zur Berathung kommen. Der Bericht behauptet, daß die Kriegsartikel, da sie als verfassungsmäßiges Gesetz nicht publicirt worden seyen, nur insofern Gültigkeit haben könnten, als sie mit den gesetzlichen Bestimmungen worauf sie sich gründen, das Militärstrafgesetzbuch vom 5. April 1835, übereinstimmen, was nicht der Fall wäre, da der §. 96 des eben erwähnten Militairstrafgesetzbuchs nur von einem Gehorsam im Allgemeinen, nicht aber von einem Gehorsam der Niedern außer Dienst spreche. Das Kriegsministerium sey demnach nicht berechtigt gewesen, den Soldaten durch die Kriegsartikel eine größere Beschränkung der Freiheit aufzuerlegen, als ihnen in dem §. 27 der Verfassungsurkunde gewährleistet sey. Wenn nun auch der Bericht anerkennt, daß im Dienste der Soldat seinem Obern Gehorsam und Achtung schuldig sey, so wird darin doch auch andererseits behauptet, daß der militärische Gehorsam da aufhören müsse, wo die militärischen Verhältnisse ein Ende haben. Außer Dienst müsse der Soldat selbstständig und lediglich den Gesetzen für seine Handlungen verantwortlich seyn, wobei es sich indessen von selbst verstehe, daß der Mann, sobald es der Dienst erheischt, in selbigen versetzt werden könne. Hiernach räth die Deputation der Kammer an, bei der Staatsregierung die unverweilte Aufhebung des Art. 96 des Militärstrafgesetzbuchs vom 5. April 1838, der also lautet, zu beantragen: „Wenn ein Oberer, außer dem Dienst oder selbst auf Urlaub, einen Niederen wegen ordnungswidrigen Benehmens zurechtweist, oder in Bezug darauf ihm Anordnungen ertheilt, so ist eine dagegen verübte Widersetzlichkeit oder Beleidigung gelinder, als nach §§. 87—94, soweit die dortigen Bestimmungen Anwendung leiden, jedoch wenigstens mit der Hälfte der daselbst festgesetzten Strafe und höchstens mit 20jähriger Zuchthausstrafe ersten Grades zu ahnden." rc. Die Fassung des Kriegsartikels 5 räth die Deputation an, in folgender Weise der Staatsregierung zur Berücksichtigung anheimzugeben: „Jeder Soldat ist seinem Obern in und außer dem Dienst Achtung, aber nur in allen Angelegenheiten, die sich auf den Dienst beziehen, Gehorsam schuldig." (D. A. Z.)

Württemberg. (Stuttgart, 26. Februar.) In der heutigen Sitzung der Kammer der Standesherren des Königreich Württemberg wurde nachstehender Beschluß gefaßt: Die Kammer der Standesherren, die hohe Wichtigkeit des gegenwärtigen Zeitpunktes für das ganze deutsche Vaterland in vollem Maße erkennend, glaubt sich verpflichtet, auch ihrerseits über die Frage der künftigen Gestaltung Deutschlands sich aussprechen zu müssen, und erklärt hiemit: 1) daß sie die Erhaltung Oesterreichs im deutschen Reichsverband als unumgänglich nothwendig für die Wohlfahrt, Einigung und Kräftigung Deutschlands erachte und jede Art der Ausscheidung desselben als eine unheilvolle Zerstücklung unseres deutschen Vaterlandes ansehen müßte; 2) daß sie nur in einer freien Vereinbarung der Nationalversammlung mit den deutschen Fürsten über die künftige deutsche Reichsverfassung eine sichere Bürgschaft für den kräftigen und rechtlichen Bestand derselben erkennen kann. Leitend für die gedachte Kammer war bei Fassung dieses Beschlusses im Allgemeinen die Erwägung, daß jeder Beitrag zur Feststellung der öffentlichen Meinung über die Grundlagen der künftigen Verfassung Deutschlands in diesem Augenblick nicht ohne Bedeutung sey, und daß es daher auch für sie Pflicht werde, ihre Stimme mit denen anderer deutschen Kammern zu vereinigen. Insbesondere aber war sie bei der, Ziffer 1 niedergelegten Ansicht für dieselbe bestimmend, daß schon in politischer Hinsicht die Bildung eines einigen Deutschlands in der festeren Form des Bundesstaates ganz verfehlt würde, wenn dessen mächtigster Staat nicht als Bestandtheil erschiene, daß namentlich für Süddeutschland, nach seiner geographischen Lage, nach seinen Handels- und gewerblichen Beziehungen, und nach den, zum Theil auf historischem Boden erwachsenen Sympathien der weit überwiegenden Mehrzahl seiner Bevölkerung, auch nur eine theilweise Lostrennung Oesterreichs von jenem engeren Verbande als ein Nationalunglück angesehen werden müßte. Hinsichtlich der Ziffer 2 endlich scheinen der Kammer der Standesherren sowohl Gründe des allgemeinen als des positiven Rechtes, welche den Vertrag als die allein zulässige Grundlage des Verhältnisses zwischen Regierung und Volk erkennen lassen, dafür zu sprechen, daß auch die neue Begründung der Verfassung Deutschlands nicht ohne Einwilligung der Regenten, geschehe, und daß, wollte deren Mitwirkung ausgeschlossen werden, jenem Werke ein wesentliches Merkmal seiner Rechtsbeständigkeit fehlen würde. — Ueberdieß vermochte die Kammer nicht abzusehen, wie über das Erforderniß einer solchen Vereinbarung hinwegzukommen seyn sollte, nachdem eine Anzahl der deutschen Regenten, und unter ihnen die mächtigsten derselben, auf die Vereinbarung bestimmten Anspruch gemacht haben. (Schw. M.)

Frankreich.

† (Paris, 25. Febr.) Der Moniteur enthält eine lange Beschreibung der gestrigen Kirchenfeier. Die Gazette de France fügt sehr richtig hinzu: „Das Auffallendste bei dieser Feier war, daß Hr. Marrast den Präsidenten der Republik gänzlich verdunkelte. Marrast war die eigentlich hervorragende Figur des ganzen Festes. Beim Herausgehen aus der Magdalenenkirche wußte Hr. Marrast den Jubel der Menge durch fortwährendes Erwiedern der Zurufe: Es lebe die Republik! Es lebe die Nationalversammlung! dergestalt auszubeuten, daß der Präsident der Republik fast gänzlich verschwand...."

L'Union sagt: „Nicht blos in der Magdalenenkirche wurde der 24. Februar gefeiert, sondern auch Abbé Châtel hat diesen Tag zu neuer Profanation der römisch-katholischen Kirche benützt, indem er in seiner Eglise Française (Passage Dauphine) eine Gedächtnißfeier abhielt, welche den Katholizismus schändete. Abbé Châtel verkündete in einer Predigt die Morgenröthe einer neuen Epoche, den Tod des Katholizismus und den Beginn des Reiches des Glückes und der Liebe auf Erden (!!) Er hat auf den Papst in Gaëta geschimpft. Seine Gesichtszüge nahmen einen wahrhaft teuflischen Ausdruck an, als er erklärte, daß weder dieser Pius, noch irgend ein anderer Papst auch nur um einen Grad besser sey, als die übrigen Menschenkinder. Man solle Dankgebete anstellen, daß die Papstherrschaft für immer zusammengestürzt sey. Im Verlaufe desselben Vortrages erklärte der priesterliche Apostat, daß die Pfaffen alle lögen, wenn sie den Kain dafür, daß er den Abel erschlagen, mit ihrem Bannfluche verfolgten. Kain sey das Sinnbild der Armen (Proletariats) und Abel das Sinnbild des Reichthums (Aristokratie). Wir begnügen uns mit diesen Auszügen aus der Gedächtnißfeier des Abbé Châtel.

In Dijon ist bekanntlich die Artillerie-Kompagnie der Bürgerwehr aufgelöst worden. Es sollten ihr die Kanonen abgenommen werden. Die Kompagnie verschloß aber das Zeughaus und eine Abtheilung des 9. Dragoner-Regiments sprengte die Thüren, um die Geschütze nach Auxonne zu befördern. Auch in Dijon stehen sich, wie man sieht, zwei Klassen der Einwohner gleich Observations-Korps gegenüber.

[Aus dem Fraternitätssaale.] Die Vorsichtsmaßregeln des Ministeriums übersteigen alle Begriffe. Fünf Regimenter stehen schlagfertig

in der Richtung von Vincennes, Père la Chaise rc. und eine noch stärkere Truppenzahl umgibt das Stadtviertel Faubourg St. Denis, in dem der Saal liegt. Von Mittag an füllt sich die Rue Martel; eine ganze Masse von Polizeibeamten stellt sich an den Eingängen auf. Der Saal ist auf das geschmackvollste dekorirt; die Symbole der republikanischen Grundsätze: Freiheit, Einigkeit und Brüderlichkeit wechseln mit anderen passenden Verzierungen ab, welche ausschließlich der Fürsorge der Arbeiter-Assoziation zu danken. Die Zahl der Couverts beträgt 4000. Eine große Menge von Gästen drängt sich an die Eingänge, die sich jedoch nicht früher öffnen, als bis die Führer des Bankets eingetroffen. Für 62 Deputiete der Montagne, die Redakteure aller demokratischen Journale, die Chefs aller Wahlausschüsse und einen großen Theil der Kammerstenographen sind Plätze eingerichtet.

(Rom, 18. Febr.) Die Bestätigung des alten Ministeriums hat nur wenige Tage gedauert. Der vollziehende Ausschuß hat die HH. Galeotti und Mariani entlassen, und das Ministerium dann in folgender Art zusammengesetzt: auswärtige Angelegenheiten Carlo Rusconi; innere Angelegenheiten Aurelio Saffi; öffentlicher Unterricht Emanuele Muzzarelli; Gnade und Gerechtigkeit Giovita Lazzarini; Krieg und Marine Campello; öffentliche Arbeiten und Handel Sterbini; Finanzen Ignazio Guiccioli. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Trauer-Anzeige.

Am 28. Februar früh 1 Uhr starb nach längeren Leiden, an den Folgen der Wassersucht unsere innigstgeliebte Gattin, Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Frau Ursula Macher

in ihrem 60. Lebensjahre, und nach einer 31jährigen glücklich verlebten Ehe. Obgleich sie mit ihrem Gatten vieles Familienunglück durchmachen mußte, so trug sie dasselbe doch geduldig, daher wird jeder der sie kannte, ermessen, was wir an der Entschlafenen verlieren, und uns stille Theilnahme nicht versagen.

Nürnberg, den 2. März 1849

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

Trauer-Anzeige.

Heute Morgen 9 Uhr entschlief zu einem bessern Erwachen, nach einem kurzen Krankenlager, in einem Alter von 74 Jahren der vormalige Seifen- und Lichter-Fabrikant

Herr Georg Christoph Vogel.

Er nimmt den Ehrennamen eines braven Mannes mit in das Grab.

Darum werden auch liebe Verwandte und Freunde, denen wir diese Traueranzeige widmen, unserm Schmerz stille Theilnahme nicht versagen, und dem Vollendeten ein freundliches Andenken bewahren.

Nürnberg, den 28. Februar 1849.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

Freie christliche Gemeinde.

Sonntag den 4. März Morgens 10 Uhr Gottesdienst und Taufe im Katharinen-Saal, geleitet durch Prediger Bierdimpfel. — In Fürth Morgens 10 Uhr Gottesdienst im Schulsaale, geleitet durch Prediger Bäthig. —

Nachmittag 2 Uhr Gemeinde-Versammlung. Da Sachen von Wichtigkeit verhandelt werden, so bittet man die verehrl. Gemeinde-Mitglieder von hier und Fürth rechtzeitig und möglichst vollzählig zu erscheinen.

Nach dem Schluß der Gemeinde-Versammlung „gesellschaftliche Zusammenkunft“ im Gasthaus zum Schwan in Wöhrd.

Empfehlung.

Die gehorsamst Unterzeichnete betreibt das Geschäft ihres verstorbenen Gatten, des Uhrmachers Jakob Friedrich Hahn, sen., mit einem geschickten Geschäftsführer unverändert fort, und bittet die verehrte Kundschaft, das dem seel. Verstorbenen geschenkte Zutrauen auch auf sie überzutragen.

Nürnberg, den 28. Februar 1849.

Kunigunda Hahn,
Wittwe.

Aufforderung.

☞ Der anonyme Schreiber des Briefes mit der falschen Adresse: An M. Heinz, Magistrats- und Gerichts-Kanzelist in Nürnberg, wird vom Unterzeichneten aufgefordert, sich demselben zu erkennen zu geben.

Herm. Supe,
Antiquar. L. Nro. 170.

Volks-Verein.

Freitag den 2. März, Abends 8 Uhr, Ausschußsitzung im Jammerthal, wozu die Herren Riegenmeister eingeladen werden.

Empfehlung.

Da mir nunmehr von einem hochlöblichen Magistrat das Bürger- und Meisterrecht verliehen worden ist, so bringe ich dieses einem verehrlichen Gesammt-Publikum hiemit zur Kenntniß, und empfehle mich hierbei mit allen Arten Zimmer- und Kochöfen, Heerden- und sonstigen in mein Geschäft einschlagenden Feueranlagen, so wie mit allen Gattungen Kochgeschirre, welche täglich in großer Auswahl in meinem Laden Nro 3 am Kürschnerhaus zu haben sind.

Meine werthe Kundschaft bitte ich, das meinem seel. Vater geschenkte Zutrauen auf mich übergehen lassen zu wollen, und mich mit recht vielen Aufträgen zu beehren.

Nürnberg, den 1. März 1849

Georg Ehrich, Hafnermeister.

(Anzeige.) Es macht den verehrten Theilnehmern hiemit die Anzeige, daß der nächste Lehrkurs des Tanzunterrichtes mit dem 14. März beginnt.

Anton Kleining.

Bekanntmachung.

In der am 26. Februar dahier abgehaltenen General-Versammlung im Betreff des Brandversicherungswesens, wurde zuvörderst der vorgelesene Entwurf einer Petition an die hohe Kammer der Abgeordneten wegen Abänderung der revidirten Brandversicherungs-Ordnung genehmigt, und hierauf noch folgende Beschlüsse gefaßt:

1) Es sey eine besondere Adresse an die Kammer der Abgeordneten zu senden, in welcher dieselbe gebeten werde, bei der kgl. Staatsregierung schleunigst zu beantragen, daß, weil die Hauptrechnung pro 1847/48 noch immer nicht gelegt ist, obgleich der hiezu gesetzlich bestimmte Termin längst verstrichen, die ausgeschriebene Einzahlung der ganzen Beiträge pro 1847/48 eingestellt und lediglich ein vorläufiger Zwischenausschlag angeordnet werde (Art. 32 der Brand-Versich.-Ordn.), indem die hintendrein gestattete Fristenzahlung, der den Beitrag von 15 kr. von Hundert übersteigenden Beiträge (Art. 22) hier nicht anwendbar ist, weil die Rechnung noch nicht gelegt ist, die ganze Schuldigkeit somit noch nicht gefordert werden kann, auch nicht unter dem Namen eines vorläufigen Zwischen-Ausschlags;

2) die hohe Kammer der Abgeordneten sey ferner zu bitten, bei der kgl. Staatsregierung eine allgemeine Revision sämmtlicher Rechnungen seit dem Jahre 1811 zu beantragen, und zwar in der Weise, daß erwählte und betheiligte Häuserbesitzer, nöthigenfalls mit Zuziehung selbst gewählter Rechnungsverständiger an jedem Sitze einer Polizeibehörde die primitive Revision der Rechnungen und Belege vornehmen, hierauf ein Comité das Ergebniß nach Kreisen zusammenstelle und damit die Hauptjahres-Rechnungen vergleiche.

Zufolge dieser Beschlüsse wird das unterzeichnete Comité die nöthige Eingabe an die Kammer der Abgeordneten besorgen, und ist die Petition wegen Abänderung der revidirten Brandversicherungs-Ordnung nebst ihren Belegen und denen 2238 Unterschriften der Gebäudebesitzer der Stadt Nürnberg und denen Unterschriften von 122 Gemeinden von Mittelfranken bereits abgesendet worden.

Zugleich eröffnen wir denjenigen Gemeinden, welche sich zur Sache noch betheiligen wollen, sich portofrei an das Comité zu wenden, wo dann die Adresse, sowie die Zusammenstellung der Einzahlungen und Entschädigungen vom Jahr 1829/30 bis 1846/47 denselben unentgeldlich zugesendet werden.

Nürnberg, den 27. Februar 1849.

Das Comite der Brandversicherungs-Angelegenheit.
J. Sichling.

Zu empfehlende Gelegenheit

für Passagiere und Auswanderer nach „Rio de Janeiro“
mit dem schönen kupferbodenen Packetschiff
Merck, Kapitain **Valentin**,
welches am 15. März 1849 expedirt wird durch den Schiffsmackler

August Bolten,
Wm. Millers Nachfolger in Hamburg.

Passagepreise: für die erste Cajüte 150 Rthlr. Preuß. Court.
im Zwischendeck .... 50 „ „ „

Sonstige Auskunft ertheilt

Friedrich Toussaint,
Commissions- und Speditions-Handlung in
Nürnberg L. Nro. 401.

Musicalien Leihanstalt

von Riegel & Wießner in Nürnberg.

Die I. Abtheilung des achtzehnten Verzeichnisses unserer Musikalien Leihanstalt ist eben erschienen und weiset die Vermehrung von 350 Nummern für Theoretische Werke und Schulen; für

Orchester-, Saiten- u. Blasinstrumente

nach

Die II. Abtheilung für Forteplano, Orgel und Guitarre, ist bereits unter der Presse und es wird ihr dann ungesäumt die III. Abtheilung, für den Gesang, folgen.

Alle Abtheilungen sind, je nach den musikalischen Erzeugnissen der letzten 3 Jahre, mehr oder minder reichhaltig ausgestattet, und besonders konnte dies bei den Musikalien für Forteplano und Gesang geschehen. Die verehrl. Musikfreunde werden sich dadurch für die verspätete Erscheinung entschädigt finden, deren Hauptursache in den Verhältnissen des vorigen, auch der Pflege der Tonkunst so nachtheiligen Jahres bestand.

Die billigen Bedingungen des Abonnements bleiben unverändert.

Wir empfehlen diese, die Bildung und Unterhaltung, gleich wie das Studium der Tonkunst fördernde Anstalt, welcher wir immer die größte Sorge widmen, dem hiesigen wie dem auswärtigen Publikum auf das Beste. Das letztere kann jetzt um so mehr daran Theil nehmen, als die Verbindung durch die Eisenbahnen immer größere Erleichterung der Hin- und Hersendungen gewährt.

Nürnberg, den 27. Febr. 1849.

Riegel und Wießner.

(Zu verkaufen.) In L. Nro. 1119 der Judengasse (Smergelsche Wirthschaft) ist billig zu verkaufen: „Klopstocks sämmtl. Werke. Stereotyp-Ausgabe 9 Bdchn. geb. Leipz. 1839“ — „v. Thümmels sämmtl. Werke. 8 Bdchn geb. Stereotyp-Ausgabe 1839.“

An Herrn Post-Offizial Hähnlein!

Sie haben auf mein Inserat in Nro. 52 d. Bl. nichts erwiedert! Ich habe mittlerweilen auf dem Oberpostamte erfahren: daß es in den Instruktionen der k. Post-Anstalt liegt, frankirte Stadtbriefe anzunehmen. Sie haben demnach die Pflicht verletzt, die Sie der Post-Anstalt und dem Publikum schuldig sind; wie aber die Achtung nicht erwiesen, die ein humaner Mann stets respektirt und zollt. Zwar versicherte man mir, Sie hätten in Folge längerer Abwesenheit durch Unwohlseyn sich nicht mehr genau der fragl. Instruktion erinnern können; das könnte Sie allenfalls entschuldigen, wenn es nicht in der Ordnung gewesen wäre, sich als Post-Offizial vorher mit denselben bekannt zu machen, bevor man an den Schalter tritt; oder hätten auf meine Aussage: daß kurz zuvor noch solche Briefe angenommen wurden, diese Vorschriften zur Hand nehmen sollen, anstatt commode zu seyn und mich mit kalten Worten zurückzuweisen.

Ihr Stillschweigen zeugt von Feigheit und gereicht Ihnen nicht zur besondern Würde. Die Oeffentlichkeit wird darüber richten und Ihnen den gehörigen Titel beilegen. Ich meinerseits glaube, man müsse da reden, wo es gilt, seine Impotenz zu behaupten; versäumt man das! dann gibt es eben den Beweis, daß einem nichts daran gelegen ist. Ich will mich Ihnen nicht grollend genähert haben, noch weniger mich über Sie beläßtigen; dagegen glaubte ich recht zu thun, zu meiner Befriedigung Ihnen eine Lektion zu geben, die Ihnen für die Zukunft über Ihre Pflicht und Achtung gegen Ihre Nebenmenschen eine treffliche Lehre abgeben kann.

Ph. Zimmermann.

(Gesuch.) Es wird sogleich oder bis Ostern zur Feingoldschlägerei ein junger Mensch hier oder vom Lande, unter annehmbaren Bedingungen in die Lehre zu nehmen gesucht L. Nro. 259 vordere Ledergasse.

Mit einer Beilage.

Deutschland.

Bayern. †* (München, 27. Febr.) Wie die Aristokratenkammer die Grundrechte betrachtet, ist aus folgendem Aktenstücke zu entnehmen: Auf die Vorstellungen vieler Stadt- und Landgemeinden des Königreichs die Einführung der Grundrechte betreffend, lautet das Gutachten des Referenten:

Es bedarf keiner weitläufigen Erörterung, daß die vorliegenden Eingaben, welche sich die Herren Reichsräthe Frhr. v. Stauffenberg, Graf v. Arco Valley, Graf C. v. Seinsheim und Frh. v. Würzburg angeeignet haben, zum Verfassungsmäßigen Wirkungskreise ganz geeignete Gegenstände berühren, folglich nach Edikt X. Titel II. §. 36 zur Annahme geeignet seyen, worauf sich der gegenwärtige Vortrag des am 13. d. M. von dem geehrten VI. Ausschuß bestellten unterzeichneten Referenten zu beschränken hat. Denn nach §. 2. Tit. VII. der Verfassungsurkunde, darf bekanntlich ohne Beirath und Zustimmung der Stände kein allgemeines neues Gesetz, welches die Freiheit der Personen oder das Eigenthum der Staatsangehörigen betrifft, erlassen, authentisch erläutert oder aufgehoben werden, welche Verfügung der Verfassungs-Urkunde das bayerische Staats-Recht stets auch den Bundesbeschlüssen gegenüber aufrecht erhalten hat. Da nun die vorliegenden Eingaben nichts Anders, als die Wünsche von vielen tausenden von Staatsangehörigen hinsichtlich neuer deutscher Gesetze ausdrücken, welchen noch nicht die verfassungsmäßige Beistimmung der Kammern und die Sanktion der Krone ertheilt worden ist, deren Berathung aber die hohe Kammer entgegenzusehen ausgesprochen hat, so fällt die Berücksichtigung dieser Petitionen vollkommen in den Bereich verfassungsmäßigen Wirkens der Kammern. Sie verdienen daher in jeder Hinsicht der Stände des Reiches wohlwollendste Aufnahme und pflichtmäßige Berücksichtigung bei den bevorstehenden Berathungen der Vorlagen über Einführung der Grundrechte, zu welchem Ende dieselben nach Referentarsantrage von der hohen Kammer zur Vorlage und Hinweisung an den I. und III. Ausschuß zu bringen seyn dürften. (Unterz.) Freiherr Alfred von Loßbeck, Referent.

(München, den 28. Februar.) Den Kreis- und Stadtgerichten Regensburg, Nürnberg, Augsburg und Würzburg wurden wegen ihrer dermaligen Geschäftsbelastung eine Personalvermehrung und zwar: I. dem Kreis- und Stadtgerichte Regensburg ein zweiter Direktor und ein Assessor außer dem Status, II. dem Kreis- und Stadtgerichte Nürnberg ein Rath und ein Assessor außer dem Status, III. dem Kreis- u. Stadtgerichte Augsburg ein Rath und zwei Assessoren außer dem Status, dann IV. dem Kreis- und Stadtgerichte Würzburg drei Assessoren außer dem Status bewilligt, sofort zum zweiten Direktor außer dem Status beim Kreis- und Stadtgerichte Regensburg der Appellationsgerichts-Assessor, F. A. L. Steinhäuser in Amberg befördert, zum Assessor außer dem Status an demselben Kreis- und Stadtgerichte der Landgerichtsaktuar M. Stich in Nittenau, ernannt; zum Kreis- und Stadtgerichtsrath außer dem Status in Nürnberg der Assessor des Kreis- und Stadtgerichts daselbst, J. G. Kalb, befördert; als Assessoren außer dem Status dahin die beiden Kreis- u. Stadtger.-Assessoren R. Eulemann von Ansbach und W. Hammer von Bamberg versetzt; zum Kreis- und Stadtgerichts-Assessor in Bamberg der Appellationsgerichts-Accessist F. Frhr. v. Tröltsch allda — und zum Kreis- und Stadtgerichtsassessor in Ansbach der Appellationsgerichts-Accesist E. Beckh von Schwabach ernannt; zum Kreis- und Stadtgerichtsrath außer dem Status in Augsburg der Kreis- und Stadtgerichtsrath II. Klasse, W. Frhr. v. Bibra in Ansbach befördert; als Assessoren außer dem Status am Kreis- und Stadtgerichte Augsburg der Kreis- und Stadtgerichts-Assessor F. Ch. Jergius von Memmingen versetzt und der Protokollist des Kreis- und Stadtgerichts Augsburg, F. v. Clarmann, zum Assessor bei dem Kreis- und Stadtgerichte Memmingen der geprüfte Rechtspraktikant Dr. A. Deßloch in Miltenberg, dann zum Protokollisten des Kreis- und Stadtgerichts Augsburg der geprüfte Rechtspraktikant R. Kold in Bayreuth ernannt; als Assessoren außer dem Status an dem Kreis- und Stadtgerichte Würzburg der Protokollist desselben Gerichts, F. Zinn und die Appellationsgerichts-Accesisten Th. Freitag in Schweinfurt und J. Ungemach in Aschaffenburg angestellt; auf die Kreis- und Stadtgerichts-Protokollisten-Stelle in Würzburg der Protokollist des Kreis- und Stadtgerichts Aschaffenburg, J. Heusinger, versetzt, und die hierdurch erledigte Stelle dem geprüften Rechtspraktikanten J. Rüdiger zu Miltenberg in provisorischer Eigenschaft verliehen. (N. M. Z.)

†† (Nürnberg, den 28. Febr.) Vor einigen Tagen sandte der Volksverein folgende Adresse an die Nationalversammlung zu Frankfurt: Hohe verfassunggebende Reichsversammlung! In gewissenhafter Würdigung ihrer Aufgabe haben unsere Vertreter zu Frankfurt die Souveränetät des Volkes ausgesprochen, und wir erwarteten mit gerechter Zuversicht, daß alle weiteren Beschlüsse derselben nur die Folgerungen jenes obersten Grundsatzes seyn würden. In dieser Erwartung wurden wir getäuscht. Die Reichsverfassung, wie sie nach ihrer ersten Lesung lautet, ist nicht im Stande, unsere Freiheit zu schützen, unsere Ehre zu wahren. Sie sollte nach dem Willen des Volkes der despotischen Macht der Fürsten einen unübersteiglichen Damm entgegenstellen, und — räumt mit bereitwilliger Hand denselben die Hindernisse hinweg, welche sie abhalten konnten, mit dem alten Apparate ihres Knechtungssystems zurückzukehren; sie sollte ein Zeugniß ablegen von der zum Bewußtseyn gekommenen Souveränetät des Volkes, und — überliefert in kränklicher Verzagung auf die gesunde Kraft desselben es in neue Schranken der fürstlichen Vormundschaft! Die aus den Märztagen hervorgegangene Vertretung des Volkes ladet eine neue Verantwortung auf sich, wenn sie seine Selbstgesetzgebung durch Zugeständnisse an die Fürsten, seine Einigkeit durch Begünstigung der Sonderbestrebungen, seine Macht gefährdet durch Lossagung von brüderlichen Stämmen. Je mehr dieselbe geneigt ist, ihren ursprünglichen Beruf zu verkennen, um so mehr ist es Pflicht des Volkes, seine mahnende Stimme zu erheben. Auch wir unserer Seits, als ein zahlreicher Verein in einer der größeren Städte Deutschlands, wollen dieser Pflicht genügen, und Euch jetzt, wo es noch Zeit ist, zurufen: Das Volk hat Euch nach Frankfurt geschickt, höret die Stimme des Volkes! Dieser Zuruf ist um so dringender, als selbst die Fürsten, denen Ihr in der ersten Lesung der Reichsverfassung auf Rechnung der Volksfreiheit bereits ungebührliche Vortheile eingeräumt habt, es auszusprechen wagen, daß die Reichsverfassung nur nach vorgängiger Verständigung mit ihnen zur Gültigkeit kommen solle.

Wir halten es für überflüssig, Euch den Umfang der Gefahr zu bezeichnen, in die Ihr das Vaterland stürzet, wenn Ihr die gerechten Forderungen des nach langer, schreiender Bedrückung aufgestandenen Volkes unbefriedigt lasset, und beeilen uns nur, ehe Ihr zur 2. Lesung der Verfassung schreitet, Euch unsere Aussätze an der ersten Annahme derselben vorzulegen. (Hier folgen die verschiedenen beanstandeten Artikel der Reichsverfassung, wie sie die Aufforderung des Märzvereins enthielt.) Wir beschwören Euch bei Euerer Liebe zum Vaterlande, bei Euerer Pflicht, dasselbe frei, einig und mächtig zu machen, gönnet unseren gerechten Forderungen eine gebührende Würdigung! Das Volk steht Euch zur Seite und wird Euch segnen, wenn Ihr es muthig und würdig vertretet!

□ Vom Main. Auch wir in dem Mainthal stimmen mit unsern Nachbarn, den deutschen Staatsbürgern aus der Grafschaft Thurnau durch die in Nr. 55 dieses Blattes ausgesprochene politische Gesinnung überein. Auch wir freuen uns, daß in der fränkisch-deutschen Universitätsstadt Erlangen, die man wegen ihrer Doctrinen von mystisch-orthodoxem Nebel umhüllt glaubte, sich Streiflichter Kant'scher Urtheilskraft und praktischer Vernunft zeigen. — Wenn wir uns in Betrachtungen über die deutsche Märzrevolution und die „Mainunruhen in dem Wonnemonat" ergeben, so verdanken wir troß dem Rückfacit der Errungenschaften dieser Sturm- und Drangperiode von den Bewohnern und ihrem Schreibertrosse der sogenannten Edelsitze, die sich an den Hügeln unseres Thales wie Schlinggewächse und Schmarotzerpflanzen hinziehen, befreit zu seyn. — Wir wissen, was es heißt, unter dem Druck eines Landjunkerthums zu knirrschen, wir kennen, welche gesetzliche Aufgabe es ist, unter einer Blutegelnatur der Büreaukratie zu leben, und wenn das seit dreiviertel Jahren schwanger getragene Kind noch nicht ausgezeitigt und geboren werden konnte, so verlangen wir ein Oberhaupt, das über den deutschen Fürsten steht, nicht gestützt auf die Bajonette der Soldateska, sondern getragen von der Liebe des Volkes; aber kriegslustig und heeresmächtig genug, um das lüsterne Ausland zurecht zu weisen. Unter allen Staaten Deutschlands ist unstreitig Preußen der größte und mächtigste; nicht bloß gezwungen von der Nothwendigkeit, sich an diesen anzuschließen, sondern auch aus freier Wahl und eigener Ueberzeugung und noch aus dem besondern Grunde hat Preußen unsere Stimme, weil Preußen das erste und bisher das einzige deutsche Land ist, das durch seine Bestimmungen der Bureaukratie die Lebensader geöffnet hat; denn die „Souveränetät des Volkes" beginnt erst dann, wenn die „pragmatischen Rechte des Beamtenthums" aufhören.

Italien.

(Florenz.) Am 21. Febr. Abends ist in der Nähe von Florenz ein Aufstand ausgebrochen, über den die Alba vom 22. und eine Bekanntmachung der provisorischen Regierung von Toscana nur unvollständige Auskunft geben. Um 8 Uhr Abends erblickte man plötzlich auf den Höhen um Florenz Feuer, vor den Thoren der Stadt hörte man Gewehrsalven, dazwischen fernen Kanonendonner; die Municipalgarde von Florenz, das Korps der italienischen Emigration, die Polenlegion, die Nationalgarde von Florenz machten sich auf; ein Theil von ihnen rückte an die Thore, vielleicht noch drüber hinaus, und nahmen mehrere von den Angreifern, die nach dem Proklam der provisorischen Regierung Viva i Tedeschi riefen, gefangen. Die Alba und dieß Proklam erklären den Aufstand für einen rein reaktionären; betheiligt waren an ihm hauptsächlich Bauern, Landleute, welche gleichzeitig wie auf Florenz so auch auf die Stadt Prato einen Anfall machten, um hier den Freiheitsbaum zu verbrennen und das großherzogliche Wappen wiederherzustellen. Bei Prato wurden die Landleute mit Verlust von sechs Todten zurückgetrieben. Vermuthlich waren Prato und Florenz nicht die beiden einzigen angegriffenen Orte. In Florenz selbst hat allem nach keine Bewegung gegen die provisorische Regierung stattgefunden. Um 3 Uhr Nachts war es in Florenz wieder ruhig. Auf der Piazza del Popolo stehen jetzt 4 Stück Geschütz und eine Abtheilung Polen. (A. A. Z.)

In Pistoja fürchtete man am 21. Februar einen Angriff durch die Landleute der Umgegend, indeß blieb es bei dem blinden Lärm. Das Landvolk scheint der provisorischen Regierung in Toskana fast überall entgegenzutreten. In S. Stefano war der Großherzog noch am 19. 9 Uhr Vormittags; bei ihm sollen die Gesandten von Preußen, Dänemark, Sardinien, Pius IX. Frankreich und Spanien seyn. Auf der Halbinsel und in Orbitello ist die Bevölkerung für den Großherzog. In Lucca kamen am 21. Februar Guerazzi und d'Apice mit Truppen aus Florenz an; bei ihnen war Niccolini, der Präsident des Circolo del Popolo in Florenz. Aus Massa wird vom 21 der Alba geschrieben, die Stadt sey von de Laugier in Belagerungsstand versetzt. (A. A. Z.)

(Aus Mittelitalien, den 19. Februar.) [Der Papst hat die unverzügliche bewaffnete Intervention Oesterreichs, Frankreichs, Spaniens und Neapels verlangt.] Ich glaube Ihnen als zuverläßig die wichtige Nachricht mittheilen zu können, daß Pius IX. nun an Oesterreich und Frankreich, als die beiden hervorragenden katholischen Mächte, dann an Spanien, das bereits eine kleine Flottille auf der Rhede nach Gaëta hat, und das benachbarte Neapel die förmliche Bitte um unverzügliches Einschreiten mit den Waffen zur Wiederherstellung seiner weltlichen Autorität gerichtet hat. Die vom 17. datirte Note sollte gestern sämmtlichen am päpstlichen Hofe beglaubigten Botschaftern und Gesandten mitgetheilt werden. Alle andern Mächte außer den vier genannten sind gleichfalls aufgerufen, dem Papst ihre moralische Unterstützung zu gewähren. Oesterreich hatte bereits im Voraus seine Mitwirkung zugesagt, und dieß wiederholt in einer am 12. dem Grafen Esterhazy zugekommenen Depesche gethan. Es hat auch den Wunsch ausgedrückt, daß Frankreich mitwirken möge. Ob dieß geschieht, ist noch nicht gewiß. Rußland hat bereits alle Schritte Oesterreichs zu unterstützen erklärt. Man versichert, es sey dieß durch ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers Nikolaus an den heiligen Vater geschehen. Spanien und Neapel sind zu Allem bereit. Oesterreich faßt die ganze Frage vom rein katholischen Gesichtspunkt auf, und betrachtet die zeitliche Gewalt des Papstes als unzertrennlich von der geistlichen. Es glaubt daher auch, daß alle katholischen Regierungen dafür einstehen müssen. Oesterreich will sich dabei durchaus nicht in die innern Verhältnisse des Kirchenstaats einmischen. Das Verlangen des Papstes soll in Uebereinstimmung mit dem ganzen Kardinalkollegium gefaßt seyn. Hiemit hat der Papst gänzlich mit der Partei in Italien gebrochen, von welcher die ganze jetzige Bewegung ausging.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Einladung.

Diejenigen verehrlichen Herren, welche sich bei der Adresse von den Herren Platner und Ghillany unterzeichnet haben, werden hiemit zu einer Versammlung auf den Donnerstag den 1. März Abends 7 Uhr im Saale des Bamberger Hofes eingeladen. Die Wichtigkeit der Sache läßt erwarten, daß jeder der Unterzeichner bestimmt erscheinen werde, so wie auch solche Personen eingeladen werden, welche sich der Sache noch anschließen wollen.

Anzeige.

In der unterzeichneten Stahl- und Eisenwaaren-Handlung werden folgende durch das letzte Hochwasser äußerlich beschädigte Artikel zu ganz niedrigen Preisen abgegeben, nämlich:

Runde und ovale eiserne Pfannen eiserne und messingene Schöpf- und Formlöffel, Wald- und Schneidmühl-Sägen, Handsägeblätter, Tischmesser und Gabeln, Taschenmesser und hölzerne Messer für Kinder, englische Grabstichel rc.

Auch werden daselbst zur gefälligen Abnahme nachstehende Waaren bestens empfohlen, und dabei bemerkt, daß solche, um damit zu räumen, zu den Fabrikpreisen und selbst darunter verkauft werden, als: alle Sorten ächt englische Feilen, Rasiermesser, Scheeren und Uhrmacher-Werkzeuge, ferner Tapeziernägel, messingene Schraubknöpfe, Schraubhacken und Ringe, Gardinen, Rosetten und Verzierungen rc., alle Sorten Schlösser, Schubriegel, Fischbänder, Charniere, Schrauben, Hobeleisen und so ferner. Um geneigten Zuspruch bittet

Joh. Ferdinand Langroetger,
S. Nro. 806 an der Fleischbrücke.

An den Verfasser

des seyn sollenden Epigramms gegen die Herren Platner, Ghillany und Kons. (im Korrespondenten v. u. f. Deutschland, Nr. 61):

Bist Du ein Lichtfreund? Du, mit Deinem Stern!
Nein, denn Du läugnest unsern Gott und Herrn.
Gott ist die Wahrheit, doch die kennst Du nicht,
So wenig als ein Maulwurf je das Licht.

Ausverkauf.

Bis zum Wiederbezug meines Ladens mit neuen Waaren wird in der großen Boutique am Markt ein »Ausverkauf« noch übriger Artikel gehalten; Seide wird das Loth um 24 kr., Terneaux-Wolle 12 kr., Stickwolle 8 kr. per Loth und so alles billigst abgegeben.

J. A. Meinecke am Markt

Warnung.

Der Schreinergeselle Schmelz wird hiemit gewarnt, sich nicht mehr auf so gemeine Weise, wie es in der Neumüller'schen Wirthschaft geschah, ihm wohlbekannte Personen zu verläumden, widrigenfalls man ihn wegen injuriöser Nachreden belangen würde.

Erklärung.

Ich bedauere von ganzem Herzen, Herrn Wolfgang Müller vergangenen Samstag in der Wirthschaft des Hrn. Oertel unüberlegter Weise mit rohen, falschen, unrechtmäßigen Beleidigungen gekränkt zu haben, finde mich daher veranlaßt, hiemit öffentlich zu erklären, daß Herr Müller ein Ehrenmann ist, und daß ich nicht nur alle Schimpfreden zurücknehme, sondern auch noch bemerke, daß ich an jenem Abend in einem betrunkenen Zustande war. —

Türk,
Unterhändler in Gostenhof.

Mühlanwesen-Verkauf.

Der Unterzeichnete ist gesonnen, sein zu Rütteldorf im Landgericht Cadolzburg gelegenes Mühl-Anwesen, die Schleifmühle genannt, sammt Schiff und Geschier, Aeckern und Wiesen nebst Oekonomiegebäuden und Bauereigeräthschaften und andere verschiedene Mobilien aus freier Hand zu verkaufen, dasselbe besteht aus:

Mahlmühle nebst Stadel, massiv und im besten Baustand, mit 2 Gängen, welche erst im vorigen Jahre nach amerikanischer Art neu eingerichtet sind.

An Grundstücken 26 Dec. Hofraum und Obstgarten, 1 Morgen 64 Dec. Acker, 47 Dec. Wiesen, 4 Morgen 79 Dec. Aecker, unmittelbar an der Mühle gelegen.

Das ganze Anwesen ist gerichtlich geschätzt auf 6500 fl., und kann noch eine Wiese zu 51 Dec handlohnfrei, welche unmittelbar an oben angegebene Wiesen anstößt, dazu verkauft werden.

Leonhard Seiz, Müllermeister.

Versteigerung.

Montag den 5. März und die darauf folgenden Tage werden im Hause S. No. 842 im Spitalhof über zwei Stiegen, von früh 8 Uhr an verschiedene Weberwaaren, als: Leinentuch, Bomasin, Kleiderzeuge, Halstücher rc. an die Meistbietenden gegen sogleich baare Bezahlung versteigert.

Für Auswanderer.

„Die Hoffnung"

Concessionirte deutsche Bureaux für

Auswanderer

nach

Amerika

von **J. M. Bielefeld** in Mannheim.

Regelmäßige Fahrten vom nächsten März an mit gekupfertem Dreymaster erster Klasse, sogenannter Paquetboote, nach

New-York & New-Orleans
über **Rotterdam & London.**

Zur näheren Erkundigung und zum Abschluß von Ueberfahrts-Verträgen beliebe man sich an Unterzeichneten zu wenden.

Heinrich Klippel,
General-Agent in Frankfurt am Main.

Alfred Topf,

Kunst- und Handelsgärtner in Erfurt

beehrt sich hiermit, das Erscheinen seines Kataloges für 1849 über Erfurter Gemüse- und Blumen-Saamen, Sträucher und Pflanzen ergebenst anzuzeigen.

Der Katalog enthält außer der reichsten Auswahl aller Gattungen Saamen das Werthvollste und Neueste von Obstsorten, Ziersträuchern, Coniferen, Rosen Camellien rc. rc.; er wird auf franco Verlangen frankirt zugesandt.

Gummi-Arabicum

und halbfeine Schaafwolle sind in Partieen billig zu verkaufen; auch eine Partie destillirtes türkisches Rosenwasser wird billig abgegeben gegen österreichisches Papiergeld im vollen Werth. L. Nr. 334 in Nürnberg.

Anzeige.

Wegen einer wichtigen Berathung haben sich sämmtliche Hafnermeister Montag den 5. März Abends auf der Herberge einzufinden.

Die Obermeister.

Sal. Ludw. Krauß in Nürnberg

empfiehlt seine Niederlage der ächten kaiserl. königl. privilegirten

Goldberger'schen galvano-electrischen Rheuma tismus-Ketten

in drei Sorten à 53 kr., fl. 1. 45 kr. und stärkste fl. 2. 38 kr. mit Gebrauchs-Anweisung.

Es gehen fortwährend die besten Zeugnisse über die Heilkraft dieser Ketten ein und habe nachfolgendes neuerdings zur Veröffentlichung wieder empfangen.

Zeugniß.

Meine Mutter und ich wurden schon mehrere Jahre von rheumatischen Uebeln geplagt, konnten trotz aller angewandten Mittel nicht davon befreit werden, bis wir auf die Goldberg'schen galvano-electrischen Rheumatismus-Ketten aufmerksam gemacht wurden. Meine Mutter kaufte für uns zwei Ketten bei Herrn Kaufmann Sal. Ludwig Krauß in der Theresienstrasse dahier und nach kurzem Gebrauch trat Linderung ein und bis jetzt ist fast keine Spur des Uebels mehr vorhanden. Dies bezeugen der Wahrheit gemäß und zum Wohle aller Gicht- und Rheumatismus-Leidenden

Nürnberg, den 24 Jannar 1849.

Katharina Franz und ihre Tochter
Susanna Babette Franz,
S. Nr. 1016 in der inneren Laufer-Gasse.

Daß sich obiges so verhält, bezeugt der Wahrheit gemäß der Vorsteher des 15. Distrikts

Nürnberg, den 14 Januar 1849.

Carl Riedt.

Um vielen Anfragen und Aufforderungen zu begegnen, und um Jedermann, der an Gicht und Rheumatismus leidet, Hülfe und Linderung der Schmerzen verschaffen zu können, habe ich mir auch Rheumatismus-Ableiter à 18 kr. und à 36 kr. per Stück mit Gebrauchs-Anweisung beigelegt, und kann solche aufs Beste empfehlen.

S. L. Krauß,
Theresienstrasse S. No. 151 in Nürnberg

Das bekannte Streichquartett

veranstaltet, um mehrseitigen Wünschen mehrerer Freunde und Gönner entgegen zu kommen, während der Fastenzeit wieder 4 Produktionen im

Rohlederers-Garten.

Die erste Produktion findet Sonntag den 4. März statt. Es laden zu einem zahlreichen Zuspruch ergebenst ein

Anfang 4 Uhr.

Die Musiker.

Gasthaus Stadt Amsterdam.

Heute Freitag ist »Metzelsuppe,« wobei sich das Kleeblatt produzirt. — Zu recht zahlreichem Zuspruch empfiehlt sich

Fleischmann.

Musikalischer Verein Cäcilia.

Montag den 5 März Produktion im goldenen Adler. Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand.

Anzeige.

Die rühmlich anerkannten

Hühneraugen-Pflästerchen

der Gebrüder Lentner sind in nachstehenden Handlungen: in Nürnberg bei Friedrich Bauer am weißen Thurm und Wilhelm Dieterich am Hengäßchen, in Schwabach bei G. M. Friedlein, und in Ansbach bei Ad. D. Schlichting einzeln zu 6 kr., im Dutzend 1 fl. sammt gehörige Gebrauchsanweisung zu haben.

(Zu vermiethen.) In L. Nro. 197 a der Kaiserstraße ist der erste Stock mit oder ohne Stallung sogleich zu vermiethen, und das Nähere bei Herrn Friseur Hillel parterre im nämlichen Hause zu erfahren.

(Zu vermiethen) S. Nr. 76 am Weinmarkt ist die 1. Etage, 5 heizbare Zimmer und sonstige Bequemlichkeiten enthaltend zu vermiethen.

(Zu vermiethen) Ein schönes Logis von 1 Stube, Alkov und Kammer, ist täglich an eine stille Familie zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Nahe an der Lorenzer Kirche ist ein ganz neu tapezirtes Zimmer mit Bett und Meubeln an einen soliden Herrn täglich zu vermiethen.

(Zu vermiethen) S. Nro. 1073 an der neuen Gasse ist eine schöne moderne Wohnung an eine stille Familie bis Ziel Walburgi zu vermiethen.

(Zu verkaufen.) Ein noch brauchbarer Flügel von Babechtel ist um den billigen Preis von fl. 6 zu verkaufen. S. Nro. 1667 a.

(Zu verkaufen) In L. Nro. 252 am Josephsplatz, über 2 Stiegen, sind 3 leere Weinfässer von 1, 2 und 2½ Eimer, billig zu verkaufen.

(Zu verkaufen.) Die Jahrgänge von 1819 bis 1846 des Journals des Dames et des Modes sind größtentheils gebunden billig zu verkaufen.

(Gesuch.) Ein Mann von gesetztem Alter, welcher sowohl die Comptoirgeschäfte, als auch die Reisen für angesehene Häuser besorgte, wünscht entweder als Buchhalter oder Reisenden in einem soliden Hause wieder ein Engagement zu erhalten.

Briefe mit H. H. bezeichnet, besorgt die Exp. d. Bl.

(Gesuch) Ein junger Mensch wünscht bei einem k. Rentamte als Accessist unterzukommen. — Gefällige Offerten unter Chiffre Z. D. besorgt die Exp. d. Bl.

(Gesuch.) Ein im Lesen, Schreiben und Rechnen erfahrner junger Mann von soliden Eltern, sucht ein Unterkommen als Auslaufer, oder sonstige Beschäftigung und kann auf Verlangen Kaution leisten.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches Hausmannskost kochen kann und auch die vorkommenden Hausarbeiten besorgt, wird in Dienst zu nehmen gesucht. Es können sich aber nur solche melden, welche sich über Treue hinlänglich ausweisen können.

Stadttheater in Nürnberg.

Donnerstag den 1. Februar. Wegen fortdauernder Krankheit der Delle. Schmidl vom Nationaltheater zu Pesth, die bereits eingetroffen, und plötzlicher Heiserkeit der bis Schluß d. M. verpflichteten Delle. Renz, statt der angekündigten Oper: »Die Zauberflöte.« Mad. Hansen »Königin der Nacht« als Gast.

Freitag den 2. März keine Vorstellung.

Die resp. Theaterfreunde, denen die Abonnements-Liste nicht ins Haus gebracht werden sollte, sind höflichst ersucht, die Unterzeichnung im Kassazimmer zu machen.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 3 März 1849 № 62. Samstag: Kunigunda.

Deutschland.

Bayern. †° (München, 1. März.) [13. öffentliche Sitzung der Kammer der Abg.] Auf der Tages-Ordnung Verlesung des Protokolls der 12. öffentlichen Sitzung. Bekanntgabe des Einlaufs. Berathung und Schlußfassung über den Entwurf einer neuen Gcschäftsordnung für die Kammer der Abg. Unter den Einläufen: eine Beschwerde und Bitte des Magistrals und der Gemeindebevollmächtigten der Stadt Fürth: „Schutz gegen Bedrückung der Eisenbahnbaubehörde betr. — Eine Adresse dee Arbeiter in Nürnberg: die Aufhebung der indirekten Steuern, Durchführung der progressiven Einkommensteuer u. s. w. betr. — Am Ministertische die Minist.-Räthe Wanner und Hänlein. Nach Verlesnng drs Protokolls der vorigen Sitzung, wied zur Berathung nnd Schlußfassung über die neue Geschäftsordnung übergrgangen, in welcher Angelegenheit Kolb von Speyer Referent ist.

Pfr Schmidt spricht gegen Art. II und VIII des Gesetzentwurfes. Er behauptet, der 2. Kammer stehe nur das Recht der Initiative für einen Gesetzentwurf in so weit zu, als diese Abänderung sie selbst betrifft, nicht aber die Kammer der Reichsräthe.

Kolb: Es handle sich um Entwerfung eines ganzen Gesrtzes, in welchem natürlich beide Kammern begriffen seyn müßten. Die Grundrechte hätten übrigens jede Bevorrechtung aufgehoben, wodurch auch die besondere Initiative für die Rrichsräthe verloren gehe. Die Reichsrathe-Kammer könne den Entwurf jedenfalls als Vorschlag betrachten. Man möge nicht royalistischer seyn, als der König. Reg.-Kommissär Hänlein sagt in Bezug auf einige Worte Kolbs, daß er in den Ausschußsitzungen nur seine persönliche Ansicht ausgesprochen habe, nicht aber offiziell die ministerielle Ansicht. Stockinger bemerkt, Hr. Schmidt möge bei der 2. Lesung des Entwurfes seine Ansichten vortragen, und, wenn er es für nöthig halte, eine betreffende Modifikation einbringen. Da die Diskussion nur eine allgemeine und keine sprzielle ist, so wird, indem Niemand mehr das Wort ergreift, die Sitzung um 10 Uhr geschlossen, nachdem noch am Schtuß dahin entschiedeu wurde, den Gesetzentwurf, wie es gesetzlich bestimmt ist, einem Ausschuß von 14 Mitgliedern zuzuweisen. Diese Zahl besteht in dem eigens für Entwerfung der neuen Geschäftsordnung gewählten Ausschusse und dem 1. Ausschusse. (Eine Gesetzgebung.) Da aber Stockinger und Kolb zugleich Mitglieder beider Ausschüsse sind, so werden zur Ergänzung der erforderlichen Zahl zwei neue Mitglirder für den neuen Ausschuß gewählt, und zwar in Person der HH. Binder und Feder. Der Abgrordnrte Stöcker hatte noch das Wort ergriffen und schwätzte eine ganze Viertelstunde darüber, daß die schlechte Presse der Linken vorwerfe, sie wolle die Republik ausrufen, den König verjagen und dergl. mehr. Er glaubt, man solle das Wort Republik ganz aus diesem Saale verbannen; er werde nur über seine Leiche den Weg zum Throne bahnen lassrn. Dann aber geht er über auf die volksfeindlichen Handlungen der Regierungen von 1813 — 1848 und erweist darans, daß man das Wort monarchisch mit Recht weggelassen habe aus der Adresse an den König. Er schließt mit den Worten: „Alles durch das Volk! Alles für das Volk!

Schlund, der ewige alberne und einfältige Schwätzer, sagte auch etwas, obwohl schon bei seinem Erheben seine Nachbarn ihn abhalten wollten, zu reden, da er sich und seine Partei stets lächerlich macht. Er merkt endlich heute, daß man ihn nicht hören will und spricht blos ein paar dumme Gemeinplätze in derselben Sache, in der Stöcker sprach. Wann die nächste Sitzung, ist noch nicht bestimmt.

†° (München, den 1. März.) Aus einer sehr genauen Quelle höre ich, daß die Geburtswehen des neuen Ministeriums nun bereits so weit gediehen sind, daß ein paar Zwillinge zur Welt gekommen; nämlich Ringelmann für die Justiz, Kleinschrod für das Innere (oder den Handel). Man hofft von Seiten der Krone, noch Zu-Rhein und Zwehl zu gewinnen. Die Vertagung soll nun doch und zwar unmittelbar nach Ernennung des neuen Ministeriums erfolgen, da der Gesetzentwurf für die Matrikularbeiträge kein der Regierung günstiges Resultat ergeben wird. Die Regierung will den einen Schritt nicht thun, der sie allein rettrn kann, sich in die Arme der Linken zu werfen. — Welcher Vernünftige sieht nicht ein, daß ein so zusammengewürfeltes Ministerium nicht einmal für die nächsten Tage Garantieen bietet? Aber der König kann nicht zur klaren Uebersicht der Verhältnisse kommen, da man ihm den Willen des Volkes verhehlt, wohl aber Alles mittheilt, was die Reaktionspartei wünscht. Ein infames Pröbchen solcher obscurer Schändlichkeit ist der folgrnde Brief, hervorgegangen aus der Feder eines Mannes aus den sogenannten gebildeten Ständen, aus der Feder eines Professors. Der Mann wäre reif für das Narrenhaus oder erbärmlich genug für das Zuchthaus. Dieser Brief (verbürgt) lautet:

München, den 11. Februar. Lieber Obermaier! Schon lange lasset Ihr nichts mehr von Euch hörrn. Ich übersende Euch daher eine Predigt, die Euch so ziemlich Ausschluß geben kann über das, was heut zu Tage vorgeht. Leset sie nnd theilet sie auch andern mit. Sie wird ohne Zweifel auch in Ingolstadt zu haben seyn. Es wäre sehr gut, wenn Ihr und etwa noch ein paar gute Nachbarn mit einander euch den Volksboten für Bürger und Landmann halten würdet, damit ihr inne würdet, wie es in der Welt jetzt zugeht, derselbe erscheint alle Tage, und kostet das ganze Jahr nur 3 fl. 36 kr. Er ist so einfach geschrieben, daß ihn selbst ein Kind versteht, und sagt die Wahrheit nach Oben und nach Unten. Es thut dieses wirklich noth, daß ihr heut zu Tage auch etwas inne werdet, weil die Ereignisse schrecklich sind, und die Republikaner, Demokraten und Radikalen alles über den Haufen werfen wollen. In unserer Ständekammer gebehrden sich bisher die nichtswürdigen Rheinpfälzer wie wüthende Hunde, sie wollen keinen König, keine Pfaffen, kein Besitzthum ꝛc. mehr wissen. Sie verlangen unbedingte Einführung der liederlichen Frankfurter Grundrechte, wodurch der ganze bayerische Bauern-Gewerb- und Handelsstand mit einem Male vernichtet würde, außerdem dürften wie sicher seyn, daß in 3—4 Jahren unser Land noch von wenigstens Einer Million liederlicher Einwanderer aus Nord-Deutschland überschwemmt wäre, die wie nicht zurückweisen, sondern überall aufnehmen müßten, wo es Ihnen niederzusitzen belieben würde, darum rathe ich Euch, benehmt Euch mit ein paar andern Gemeinden, und schicket sogleich eine Adresse an die beiden Kammern und an den König, worin mit kurzen Worten bloß gesagt wird, daß ihr die unbedingte Annahme der Grundrechte, namentlich die §§ 3 und 33 durchaus verwerfet, und sie um keinen Preis der Welt Euch aufdringen lasset. Sorgt aber dafür, daß diese Adresse, (die natürlich dreimal geschrieben seyn muß, einmal an den König, einmal an die Reichskammee und einmal an die Kammer der Abgeordneten) mit recht vielen Unterschriften versehen sey.

Zaudert nicht! man muß die Thüre zumachen, weil die Kuh noch im Stalle ist. Da seht Ihr, was die sogenannten März-Errungenschaften für saubere Früchte bringen. Im vorigen Sommer haben die liederlichen Abgeordneten bereits das Ablösungsgesetz gemacht, und dadurch den Pfarrern, Kirchen, Spitälern, Armen- und Waisenhäusern ꝛc. bereits 80 Millionen gestohlen, den Staat aber um etwa 4 Millionen betrogen, die durch neue Steuern bald ersetzt werden müssen, auch haben sie den Adeligen ihre Rechte geraubt. Jetzt gehen sie schon weiter, und wollen jetzt den Bauern die Zertrümmerung der Güter gesetzlich auflegen, weil, wie sie sagen, von 100 Tagwerk Feld, die jetzt Einer besitzt, 5—6 Familien leben können; dann wollen sie unbedingte Gewerbefreiheit, so daß alle Realrechte aufhören, was in München allein 4 Millionen Gulden macht, die den Gewerbtreibenden genommen und auf die Gasse geworfen werden sollen, im ganzen Lande aber vielleicht 60 Millionen ausmacht. Dann soll jeder Deutsche, von welchem Lande er immer seyn mag, kommen und sich ohne alle Einsprache in einer Stadt, Markt oder Dorf, wo es ihm gefällt, unbedingt niederlassen und sein Gewerbe ausüben dürfen, ohne alle Rücksicht, ob er sich nähren kann oder nicht. Die Gemeinde muß ihn und seine Kinder aufnehmen und zuletzt verpflegen, und darf ihn nicht einmal um seine Religion befragen. Auch der Hausirhandel soll jedem Fremden und Einheimischen freistehen ꝛc. Seht, auf diese Weise wollen die Pfälzer Deputirten **und einige lumpige Franken (von denen die meisten zu Hause keinen Pfenning haben oder verdienen können)** unser Altbayern an den Bettelstab bringen und sie haben bereits die Mehrheit der Deputirten gewonnen. In den sämmtlichen Ausschüssen ist nicht ein einziger Ober- und Niederbayer, oder Oberpfälzer. — Die Gefahr ist also unabsehbar! Dazu kommt noch, die katholische Religion auszurotten, weil sie sonst die Republik nicht einführen nnd den König davon jagen können. So weit ist's jetzt gekommen. Von vielen Seiten laufen bereits Adressen ein. Also macht, daß auch von der Donau herauf eine starke komme. Seid nur nicht höflich! mit Holzklötzen darf man nicht fein umgehen.

Die an den König haltet ehrfurchtsvoll — diese Burschen schimpfen in der Kammer wie wahre Gassenbuben; denn alle sind nichtswürdige Betller und Taugenichtse, die auf der Linken sitzen, und über 70 Köpfe zählen. Machet also bald, und bestellet Euch auch den Volksboten, damit Ihr alle Tage über die wichtigsten und gefährlichsten Vorfallenheiten Aufschluß erhaltet ꝛc. Lebet wohl und grüßet mir Bekannte und die Eurigen, Euer wohlwollender Professor Rauch.

†† (Nürnberg, den 2. März.) Gestern fand eine sehr zahlreich besuchte Versammlung hiesiger Bürger und Einwohner im Saale des Bamberger Hofes statt. Zweck dieser Versammlung war die Berathung einer energisch abgefaßten Gegenerklärung gegen die arrogante Entschließung der glattgescheitelten, jesuitisch kopfhängerischen jüngsten protestantischen General-Synode, welche nach Verlesung sogleich einstimmig angenommen und unterzeichnet wurde. Damit die Unterschriften noch mehr numerisches Gewicht, moralisches haben sie ohnedem genug, erhalten, liegen die Listen zur Fortsetzung von Nameneinträgen in der Expedition der mittelfränkischen Zeitung auf, wobei jedoch bemerkt wird, daß die Listen Sonntag Abend geschlossen sind. Der vollständige Abdruck der Gegenerklärung soll nach Versammlungsbeschluß durch die Organe der Presse Montag den 5. d. M. längstens veröffentlicht werden. Zu bedauern ist, daß 500 Männer, welche von einer Versammlung der freien christlichen Gemeinde aus dem Saale des goldenen Adlers die Versammlung im Bamberger Hof besuchen wollten, um ihre lebhafte Theilnahme dort zu bezeugen, zu spät eintrafen.

Und wenn die Welt von **Thüngen** wär'
Und wollt' uns gar verschlingen,
So fürchten wir uns nicht so sehr
Es soll uns doch gelingen!

Freie Städte. (Frankfurt, 27. Febr.) Der Entwurf der Fraktionen der Linken weicht von dem österreichischen Verfassungsentwurfe dahin im Wesentlichen ab: Bei den §§. 2 und 3 des Abschnitts: „Das Reich“ will er staatliche statt „politische“ Verbindung (eines

deutschen Fürsten mit einem nichtdeutschen Lande) Die Einzelregierungen sollen keine besondere Gesandten anstellen noch annehmen. Der Reichsgewalt steht die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands zur Verfügung. Die Ernennung der Generale geschieht auf Vorschlag der Einzelregierungen durch die Centralgewalt. Die Seemacht ist ausschließlich Sache des Reichs. Die Ernennung der Offiziere und Beamten der Flotte geht vom Reiche aus. Der Reichsgewalt liegt es ob, kraft der Reichs-Verfassung die allen Deutschen verbürgten Rechte zu wahren. Die Stelle des Reichsstatthalters wird von 3 zu 3 Jahren abwechselnd dem Kaiser von Oesterreich und dem Könige von Preussen übertragen werden. Der Reichsstatthalter muß seine Stelle persönlich einnehmen. In Verhinderungsfällen hat Preussen für Oesterreich und dieses für Preussen die Stellvertretung. Die Reichsregierung hat unter Mitwirkung des Reichstags das Recht, Krieg zu erklären, Frieden zu schliessen und Bündnisse oder Verträge mit auswärtigen Mächten einzugehen. (Die Zusammensetzung des Staatenhauses in 183 Millionen wird beibehalten.) Die Mitglieder des Staatenhauses werden durch die Volksvertretung der einzelnen Staaten ernannt. Wo zwei Kammern bestehen, wählen diese in gemeinschaftlicher Sitzung nach Stimmenmehrheit. Wo mehrere Staaten zu gemeinschaftlicher Vertretung im Staatenhause verbunden sind, treten die Kammern der betreffenden einzelnen Staaten zu gemeinschaftlich vorzunehmender Wahl zusammen. Der Reichstag versammelt sich den 1. Mai jeden Jahres am Sitze der Reichs-Regierung (Die „Reichsgewähr“ betr.) Eine Aenderung der Regierungs-Form in einzelnen Staaten kann nur mit der Zustimmung der Reichsgewalt erfolgen.

H a n n o v e r. (Hannover, 24. Febr.) Der Präsident richtete an die Mitglieder der Konferenz zur Ausgleichung der Beschlüsse beider Kammern über das Ministerialschreiben vom 10. Februar die Frage, ob ihre Arbeit zu Ende sey. Buddenberg (der als Generalsyndikus allen Konferenzen beiwohnen muß): Die Konferenz hat ihre Verhandlungen noch nicht geschlossen. — Lang I. und Freudentheil geben die Erklärung, daß man geglaubt habe, die Vorschläge, welche in der Konferenz gemacht seyen, mit den Freunden in dieser Kammer zuvor erwägen zu müssen. Doch die auf entschiedenem Boden stehen, schließt Freudentheil seine Mittheilung, werden freilich keinen Weg der Vereinigung finden können. Da die Endberathung der Konferenz erst am Montag Abend stattfinden soll, beantragt Lang I. V e r t a g u n g b i s D i e n s t a g d e n 27. Sein Antrag wird von großer Mehrheit angenommen. (Wes. Z.)

O e s t e r r e i c h. (Olmütz, 22. Febr.) Zu den hiesigen Buchhändlern kam in diesen Tagen ein Polizeikommissär und deutete ihnen an, sie m ö c h t e n d i e F r a n k f u r t e r P a r l a m e n t s b e s c h l ü s s e u n d d i e G r u n d r e c h t e d e s d e u t s c h e n V o l k e s N i e m a n d a u s d e n u n t e r n K l a s s e n v e r k a u f e n; m a n w i l l n i c h t, d a ß d a s V o l k i n d i e K e n n t n i ß d e r s e l b e n k o m m e. Diese Thatsache, für deren Wahrheit ich Ihnen vollkommen bürge, könnten sich gewisse Herren in der Paulskirche zur vollsten Beherzigung nehmen; solche Fakta sprechen lauter und verständlicher, als zehn lange, geschraubte Noten. Nach solchen Vorgängen will es uns in unserer österreichischen Einfalt dünken, unser Kabinet denke an nichts weniger, als an eine Vereinbarung mit Deutschland und sein ganzes Streben sey nur darauf gerichtet, das Einheitswerk des deutschen Volkes durch Nährung der Zwietracht zu vernichten oder auf lange Zeit hinauszuschieben. (O.Z.)

P r e u s s e n. †*† (Berlin, 27. Febr.) Heute tagten unsere beiden Kammern zum ersten Male. Die Berathungen galten natürlich nur Formalitäten. Ein provisorisches Geschäftsreglement, das von der rechten Seite in beiden Häusern proponirt wurde, war der Mittelpunkt der Debatten.

In der ersten Kammer scheint die entschiedene Rechte die in Hrn. Prof. Stahl einen tüchtigen Führer besitzt, im Vereine mit einer Fraktion unter dem Oberpräs. v. Bonin (etwa rechtes Centrum) die Majorität zu besitzen. Die Linke und das linke Centrum bestehen aus den verschiedensten Elementen. Es ist nicht zu zweifeln, daß von hier aus das rechte Centrum und selbst die entschiedene Rechte noch einen wesentlichen Zuwachs erhält. — Eine äusserste Linke fehlt auch nicht, wenn sie auch nur 6 vielleicht 8 Mitglieder zählt; wir finden hier Landgerichtsrath Gräff, Stadtrichter Zenker, Reg.-Rath Szumann, Hrn. v. Brodowsky, Hrn. v. Prodowsky, und Hr. Manrach; mit Ausnahme des letzteren Herrn sämmtlich Mitglieder der aufgelösten Nat.-Versammlung. Dieser Partei scheint am nächsten zu stehen Hr. v. Forkenbeck mit etwa 12–14 Stimmen; Hr. Kisker, Graf Dyhrn, Sperling (Königsberg), gehören dieser Partei an, der frühere Minister Eichmann hatte dort ebenfalls seinen Sitz genommen; mit dieser Partei scheint die Partei Hansemann-Milde, die in vielen politischen Fragen mehr rechts geht, zusammenzuhalten; die Partei in der wir die HH. Baumstark, v. Auerswald, Ritz, Walter u. A. erblicken, zählt jetzt etwa 35 Stimmen; sie wird voraussichtlich die Interessen der Bourgoisie der Grundbesitzaristokratie gegenüber vertreten.

In der zweiten Kammer ist die Stärke der beiden Hauptparteien ziemlich gleich; die Linke hatte zuerst bei einem Antrag eine Majorität von 6 Stimmen, kurz darauf erhielt die Rechte bei einem andern eine Majorität von einigen Stimmen.

[Sitzung der I. Kammer vom 27. Februar.] Die Kammer trat heute morgen um 10 Uhr zusammen. Es wurde zunächst das älteste Mitglied ermittelt und demnächst als solches der Regierungsrath a. D., Herr Bracht zum Alterspräsidenten ernannt und unter seinem Vorsitz die Annahme einer provisorischen, von 91 Mitgliedern eingebrachten Geschäftsordnung beschlossen. Herr v. Jordan vertheidigt diese provis. Geschäftsordnung gegen mehrfache Einwendungen. Vorschläge zur Veränderung einiger §§. der Geschäftsordnung von v. Forkenbeck, Milde rc. wurden von der Mehrheit verworfen. Ein Antrag Sperlings, sich wegen einiger §§., die den Geschäftsverkehr mit der II. Kammer berühren, mit dieser zu verständigen, wird zum Beschluß erhoben. Außerdem wird die Ernennung einer Kommission, bestehend aus je 2 Mitgliedern der zu bildenden 5 Abtheilungen, zur Entwerfung einer definitiven Geschäftsordnung, welche spätestens in 4 Wochen der Versammlung vorzulegen ist, beschlossen. Ein Antrag, daß schon in 8 Tagen der Entwurf der Geschäftsordnung dem Hause vorzulegen sey, bleibt in der Minderheit. — Man schreitet hierauf in Folge der angenommenen Geschäftsordnung zur Wahl eines provis. Präsidenten; von 121 Stimmzetteln tragen 94 den Namen des Oberpräsidenten v. Auerswald, der zum Präsidenten proklamirt wird; ferner haben Stimmen erhalten v. Forkenbeck 9, Walter (Bonn) 5, v. Wittgenstein 2, v. Griesheim 2, Milde 3, Graf Dyhrn 1, Kisker 3 u. s. w. — Herr v. Auerswald besteigt den Präsidentenstuhl und dankt für den ihm zu Theil gewordenen hohen Vorzug. Dem abtretenden Alterspräsidenten spricht die Versammlung durch Aufstehen ihren Dank aus. Man schreitet hierauf zur Bildung von 5 Abtheilungen durch das Loos. — Die nächste Sitzung findet übermorgen statt.

[II. Kammer-Sitzung vom 27. Februar.] Um 10 Uhr hatten sich die Abgeordneten zum größten Theile eingefunden. Der Abg. Naumann von Posen mahnte an die Konstituirung. Kanonikus Lensing, 65 Jahr 2 Monat alt, ist das älteste Mitglied. Die Linke schlägt den Grh.-Rath Ester vor. Hr. Esser erklärt, erst 63 Jahr alt zu seyn. Hr. Lensing besteigt den Präsidentenstuhl. Die vier jüngsten Mitglieder, Karl Grün, Herr Parrisius und Löhner, werden zu Schriftführern berufen. Der A l t e r s - P r ä s i d e n t bezeichnet als nächste Aufgabe der Versammlung, die Verfassung, welche das Land mit Jubel aufgenommen habe, zu Ende zu bringen. Widerspruch von der Linken. Karl Grün erklärt, die Wahlkreise, welche diese Seite des Hauses nach Berlin abgeordnet, wüßten nichts von diesem Jubel. Jetzt entspinnt sich eine mehrstündige Debatte über die Geschäftsordnung. Die Herren v. Viebhahn, Keller, Ullrich, Riedel, Geßler, Müller (v. Siegen) haben eine provisorische Geschäftsordnung vorgelegt, welche bis zum Entwurf eines definitiven Reglements maßgebend seyn soll. Hr. v. Unruh proponirt nur einige dieser Geschäftsordnung entnommene Bestimmungen über die Prüfung der Wahlen vorläufig zu diskutiren und anzunehmen, demnächst aber die Abtheilungen durchs Loos zu bilden, um die Wahlprüfungen vorzunehmen, demnächst aber die Abtheilungen durchs Loos zu bilden, um die Wahlprüfungen vorzunehmen und eine Geschäftsordnung zu entwerfen. Viebahn und Riedel empfehlen ihre Geschäftsordnung, damit man bald an das vom Lande ersehnte Werk komme.

v. Berg wendet das timeo Danaos ein. v. Vincke meint, wenn man in der Rechten die Danaer fürchte, so fürchte diese in der Linken die Trojaner. Dem Vorschlage des Herrn v. Unruh gegenüber befinde sich seine Partei in der nämlichen Lage wie die Gegner in Beziehung auf den Geschäfts-Reglements-Entwurf von Viebahn und Genossen. d'Ester macht dem Ministerium den Vorwurf, daß es nicht eine Geschäfts-Ordnung vorgelegt habe. Es habe doch so Manches oktroyirt, warum nicht auch eine Geschäfts-Ordnung? Immermann beantragt endlich, die Diskussion bis morgen zu vertagen, heute aber die 7 Abtheilungen, welche die provisorische Geschäfts-Ordnung vorschlage, durchs Loos zu wählen. Auch an diesen Vertagungsantrag knüpfte sich eine längere Diskussion, an der sich die Herren Graf Schwerin, v. Vincke, v. Seckendorf, Urlichs, v. Bismark-Schönhausen, Pflücker, v. Berg, v. Unruh, Pilet, v. Auerswald, Aldenhoven, Graf Cieszkowski und Immermann betheiligten. Endlich vereinigten sich Immermann und v. Unruh dahin, daß in der morgenden Sitzung so wohl über die Geschäfts-Ordnung des Herrn v. Viebahn und Genossen, als auch über das Reglement des Herrn v. Unruh discutirt und abgestimmt werde, heut aber noch die durch die vorgeschlagene Geschäfts-Ordnung empfohlenen 7 Abtheilungen durchs Loos bestimmt werden sollten. Von der Linken wurde zwar Theilung beider Anträge verlangt, und mit 161 gegen 155 Stimmen durchgesetzt; dagegen hatten beide Theile die Majorität. Um 12½ Uhr schritten die Schriftführer zu dem Ausloosungsgeschäft, und die Versammlung trennte sich.

Von Ministern waren nur die Herren v. Manteuffel und v. d. Heydt anwesend. —

(Köln, 25. Febr.) Der Jahrestag der französischen Revolution ist gestern hier durch ein Bankett im Saale der demokratischen Gesellschaft gefeiert worden, zu welchem 2600 Karten verkauft wurden; die Frauen hatten freien Zutritt. Da Karl Marx den Vorsitz wegen Unwohlseyn ablehnte, übernahm Hr. Schapper die Leitung. Zunächst erhob sich die Versammlung zu Ehren des Andenkens der auf den Barrikaden zu Paris, Berlin rc. Gefallenen. Dann nahm Adv. Schneider II, der noch in derselben Stunde nach Berlin abreiste, von den Kölner Demokraten Abschied, und hierauf wechselten Gesänge und Toaste: Der socialen Republik, durch Rentner M. Rittinghausen. Der jungen römischen Republik, durch Redakteur Fr. Engels. Der That, durch Abg. Gladbach. Robert Blum, durch Karl Cramer, Literat. Der deutschen Einigkeit, durch den Frankfurter Abgeordneten Wöhler aus Wismar. Ledru-Rollin, durch Kaufmann Guffanti. Pereat den Tyrannen, durch Bombardier Funk. Gruß den Frauen, durch Advokat Weyll. Den Demokraten aller Länder, durch Referendar Dr. Becker. Den Ungarn, durch Tischlermeister Kurth. Der Fürstenvertreibung, durch Faßbinder Esser. Den gefangenen und flüchtigen Demokraten, durch Schapper. Der künftigen Revolution, durch Arbeiter Carstens. Dem Rechte auf Arbeit, durch Redakteur Wolff. Der Association, durch Arbeiter Hausmann. Den Polen, durch Karl Cramer. Der Brüderlichkeit, durch Wirth Kamm aus Bonn. Den Demokraten im Wupperthale, durch Student Blum. Den 17 belgischen Märtyrern der Freiheit, durch Schuhmacher Müller. Dem Andenken des unrecht geschmähten Robespierre, durch Cigarrenmacher Röser. Von der Gesellschaft wurden außerdem, in Folge des Toastes extemporirten Polenliede gesungen: „Sie läuten Sturm,“ „Es kommt der Tag der Rache,“ „Le chant de Girondins“ und die Marseillaise, die beiden letztern in deutschen Uebersetzungen. In den Pausen sang der trefflich eingeübte Handwerkergesangverein. Am Ausgange des Saales wurden Gaben für die deutschen Flüchtlinge zu Besançon gesammelt. Um 11 Uhr schloß das Fest, bei dem ruhige Haltung und Ernst vorwalteten. Den ganzen Abend war in dem nahe gelegenen Zeughause und der dabei befindlichen Kaserne das Militär consignirt und starke Patrouillen durchzogen die Stadt. Es haben aber auch eine Anzahl Militärs in Uniform am Bankett Theil genommen. (D. A. Z.)

S a c h s e n. (Dresden, 26. Febr.) In der heutigen Sitzung der II. Kammer enthielt die Registrande unter Anderm eine Dankadresse von 154 Soldaten an den Abg. (Oberlieutenant) Müller aus Dresden, welche mit Beifall von der Gallerie begrüßt wird. Nach dem Vortrage der Registrande gibt Staatsminister Dr. Held die (mit der in der I. Kammer gemachten gleichlautende) von der Kammer mit großer Ruhe aufgenommene Erklärung. Auf der Tagesordnung steht der Tzschirner'sche Antrag auf Zurückziehung der sächsischen Truppen aus Thüringen, wozu Abg. Fincke noch beantragt hatte, daß die Regierung dahin wirken möge, daß alle Reichstruppen aus Thüringen und

Altenburg zurückgezogen würden. Abg. Berthold ergreift zuerst das Wort: In Deutschland herrscht jetzt das Streben, die verschiedenen deutschen Truppen mit einander zu vertauschen und hin- und herzuwerfen. Das kostet erstens unmenschliches Geld und widerstreitet sodann dem System unseres Kriegswesens, indem die gewöhnlichen, denselben entsprechenden Beurlaubungen jetzt unmöglich sind. Durch dieses Streben wird nicht die Einheit sondern die Trennung Deutschlands gefördert! Es wird wohl auch Niemand im Ernste daran glauben, daß die Einheit Deutschlands der Zweck jener Maßregel ist. Der Papst war ein kluger Mann, als er die Priester ehelos machte. Sie wurden willenlose Werkzeuge. Ebenso ist der Reichskriegsminister kein dummer Mann, wenn er die Truppen der Heimath entfremdet. Die thüringischen Verhältnisse müssen schon schlimm seyn, wenn die Regenten genöthigt sind, sich auf fremde Truppen zu stützen. Abg. Meinel: Wenn durch solche gewaltsame Mittel die Ruhe hergestellt werden soll, so kommt es mir vor, als wenn man ein Gewitter durch das Geläute der Glocken entfernen wolle. Sorge man lieber dafür, daß sich kein Gewitterstoff ansammle. Jene Friedensherstellung ist bereits geschehen. Sind unsere Truppen vielleicht noch dort, weil die Herren Offiziere sich dort wohler befinden? Die Offiziere können dort bleiben, wenn sie wollen! In Zeitungen liest man vielfach, daß die Offiziere sich nicht so verhalten, wie man es von humanen Menschen erwarten sollte. Ich interpellire das Kriegsministerium, was es bezüglich der in öffentlichen Blättern (Dresdner Zeitung) verbreiteten Nachrichten über das Verhalten der in Thüringen befindlichen Offiziere zu thun gedenke. Abg. Schieck: Es ist kein großer Gewinn, wenn wir die Truppen zurückziehen. Sie müssen hier auch bezahlt werden. Da sie einmal dort sind, so lasse man sie dort. (Lachen auf der Linken und den Gallerien. Der Präsident gebietet Ruhe.) Wollen wir Deutsche seyn, so muß unsere Heimat überall in Deutschland seyn.

Abg. Dammann: Die Reichstruppenversendung ist eine Beeinträchtigung der Souveränetät der einzelnen Staaten. Sie ist um so ungerechter, als man gegen größere Staaten nichts gethan. Der Soldat hat übrigens nur gegen auswärtige Feinde des Vaterlandes zu streiten. Die Feinde im Innern zu bewältigen, ist Sache der Polizei. Schließlich weist der Redner nach, wie aus dieser Maßregel dem Lande bedeutende Kosten erwachsen. Abg. Müller aus Dresden gegen den Abg. Meinel: Ich muß hier als entschieden gemißbilligter Abgeordneter jene Herren vertheidigen, es hängt nicht von ihrem Willen ab, wo sie garnisoniren. (Gegen Abg. Schieck.) Der finanzielle Punkt ist wohl ein hauptsächliche. Dieses Präsenterhalten der Truppen kostet bis zum Ende Februar 400,000 Thlr. Sodann werden aber auch die Leute der Arbeit entzogen, manche Familie wird eine Stütze geraubt, da kein Urlaub ertheilt wird. (Bravo.) Staatsminister von Beust: Die Regierung hegt selbst den Wunsch, die Truppen baldigst zurückziehen zu können, und hat sich deshalb mit dem Reichskriegsministerium ins Vernehmen gesetzt. Die neuesten Nachrichten von daher geben eine befriedigende Aussicht. Vizepr. Tzschirner: Sachsen sollte sich nicht zu einer solchen unbedingten Unterwerfung unter die Centralgewalt hergeben, sonst wird es noch seine ganze Selbstständigkeit verlieren. Man arbeitet dahin, nach innen stark zu seyn. Uebrigens werden wir die Sympathien Thüringens nicht durch Soldaten wecken. Es ist nicht unsere Absicht, unsere Landeskinder zu Polizeidienern zu machen! (Bravo! Der Präsident mahnt das Publikum zur Ruhe.) Es folgt nun die Abstimmung. Der Fincke'sche Antrag wird gegen 10 Stimmen (auf der Rechten) angenommen, wodurch sich der Tzschirnersche erledigt. (D. A. Z.)

(Dresden, den 27. Februar.) Die heutige Sitzung der II. Kammer begann nach dem Vortrag der Registrande mit mehreren Interpellationen. Sekretär Fritzsche fragt an: „Wann und nach welchen Grundsätzen wird die vom vorigen Ministerium verheißene Versammlung von Sachverständigen im Forstwesen behufs der Reform desselben zusammenberufen?" Abgeordneter Feldner: 1) „Sind die Grundrechte des deutschen Volks bereits publicirt oder behufs der Publikation in der Druckerei befindlich," und wenn dies nicht der Fall: 2) „warum ist es noch nicht geschehen?" Staatsminister v. Ehrenstein: Es liege kein Grund vor, an der Willfährigkeit der Regierung in Bezug auf die Grundrechte zu zweifeln. Allein es sey vorher in Bezug auf die Ausführung noch eine Erwägung nöthig. Nach jener Erwägung wird das Ministerium keinen Augenblick säumen, die Grundrechte zu publiziren. Abgeordneter Gruner: Er habe erfahren, daß ein Wachtmeister (Müller) aus Grimma nach Borna und Rochlitz gekommen, und daselbst die Soldaten zu einer Mißbilligungsadresse gegen den Abgeordneten Oberlieutenant Müller aufgefordert, wobei er sich über das Regiment Max in Dresden unziemlich ausgesprochen. Aehnliches sey auch von einem Offizier in Rochlitz geschehen. Er frage daher an: 1) ist jene Reise des Wachtmeisters Müller auf einem Dienstwege geschehen; 2) sind die angeblichen Aeußerungen des Wachtmeisters und des Offiziers gegründet: 3) was gedenkt die Regierung dagegen vorzunehmen? Vizepräsident Schaffrath: In Zeitungen werde gelesen, daß man von Seiten Deutschlands, namentlich Bayerns gegen die römische Republik interveniren wolle. Dadurch verletzt man den Grundsatz, daß man in die Selbstständigkeit eines freien Volks nicht eingreifen dürfe, dem auch die sächsische Regierung huldigen müsse. Er interpellire daher dahin: ist es wahr, oder was ist der Regierung hierüber bekannt, und wird die Regierung allen ihren Einfluß anwenden, um dies zu verhindern? Vicepräsident Tzschirner fragt endlich auch noch an: ob die Grundrechte morgen publizirt würden? Die heutige Erklärung des Ministeriums stehe mit dem gestern mitgetheilten Programme in offenbarem Widerspruche. (Bravo!) Staatsminister v. Ehrenstein: Die Zusicherung einer unverzüglichen Publikation schließe wohl nicht aus, daß ein Ministerium, welches erst angetreten, und die Landtagsschriften kaum gelesen hat, eine Erwägung sich vorbehalte über die Ausführung. Ein Hinziehen liege nicht in der Absicht der Regierung. Vizepräsident Tzschirner: Das neue Ministerium wird gewiß schon erwogen haben, daß mit der Publikation nicht zugleich die Ausführung der Grundrechte zu erfolgen habe. Er bleibe bei seiner Anfrage. Hierauf folgt der Bericht über die Berathung der vierten Deputation, die Leipziger Zeitung betreffend. Die Deputation (Referent Reimmann) beantragt das Eingehen der Leipziger Zeitung als politische Staatszeitung. Das Ergebniß der Berathung theilen wir morgen mit. (D. A. Z.)

(Altenburg, den 27. Februar.) Gestern kam es hier in Folge von Reibungen zwischen Handwerksgesellen und Soldaten zu einem Excesse, der in einen Tumult ausartete, aber schnell dadurch gedämpft wurde, daß unverweilt Generalmarsch geschlagen ward. Weitere Zusammenrottungen wurden durch das Militär beseitigt. (Leipz. Z.)

Würtemberg. (Stuttgart.) [89. Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 28. Februar.] Am Ministertisch: Staatsrath Goppelt. Scherr ergreift das Wort und sagt: Wir alle haben mit großer Freude die Beschlüsse begrüßt, welche theils in Betreff der deutschen Sache im Allgemeinen, theils im Besonderen die Ständekammern in Sachsen, Hannover und Bayern gefaßt haben. Sie sind ein erfreulicher Beweis, daß der Geist, welcher seit dem vorigen März in Deutschland erwacht ist, überall fortlebt und ich möchte deßhalb beantragen: die Kammer der Abgeordneten wolle zur Kräftigung des Bewußtseyns der Einigung und der Freiheit Deutschlands und zum Merkmal gemeinsamen Handelns ihre volle Sympathie mit den Kammern Sachsens, Hannovers und Bayerns zu Protokoll erklären und diesen Beschluß den betreffenden Kammern durch das hohe Präsidium mittheilen. Viele Stimmen: man muß diese Beschlüsse vor sich haben, ehe man sich aussprechen kann. Scherr: Die Beschlüsse liefen darauf hinaus: die deutschen Grundrechte in den deutschen Ländern zur Geltung kommen zu lassen. Präsident: Soll der Antrag Scherrs sogleich in Berathung gezogen werden? Kuhn: Ich muß mich dagegen erklären, denn auf diese Weise ist die Sache, welche reifer Ueberlegung bedarf, eine reine Ueberraschung. Reyscher: Wir haben früher gegen die Regierung mit Freude ausgesprochen, daß sie die erste gewesen, welche die Grundrechte eingeführt; ich glaube, wir sollten von diesen Gesinnungen aus den Antrag sogleich berathen, da es sich davon handelt, daß die Grundrechte in allen deutschen Stämmen eingeführt werden. Die Kammer sollte keinen Augenblick anstehen, sich zum Zeichen ihrer Zustimmung zu erheben. Seeger beantragt, daß zunächst über die Vorfrage abgestimmt werden solle. Kuhn: Es handelt sich nicht zunächst um die Grundrechte, sondern vielleicht um etwas Anderes; ich bin überhaupt gegen solche Ueberraschungen, Gegenstände von solcher Wichtigkeit überlege ich gern und möchte bedächtig zu Werke gehen. Seeger: Ich habe den Antrag gestellt, sogleich abzustimmen. Präsident: So kann die Sache auch nicht kommandirt werden. Wiest von Eßlingen: Da wir jetzt wissen, daß es sich um die Anerkennung der Grundrechte von Seiten der betreffenden Ständekammern handelt, so sollte die Sache nicht länger beanstandet werden. Frhr. v. Hornstein: Wir müssen es wünschen, daß die Grundrechte für ganz Deutschland gelten sollen. Dazu kann ich vollkommen beistimmen. Im Anfang aber ist der Antrag ein ganz anderer, unbestimmter gewesen. Kuhn: Nachdem Scherr's Antrag seine Allgemeinheit verloren hat, kann ich auch beistimmen. Sofort erhebt sich die ganze Kammer zum Zeichen der Zustimmung, und der Präsident wird nun das Nöthige zur Vollziehung verfügen. (Schw. M.)

Dänemark.

(Kopenhagen, den 21. Febr.) Nach „Flyveposten" hat der König der schleswig'schen Deputation am Montag für ihre Liebe und Treue gedankt und den Trost gegeben, er selbst werde mit seinem ganzen Heere am 26. März an der Königsau stehen. Die dänische Flotte ist in drei Geschwader vertheilt, deren Befehlshaber jetzt ernannt ist. Kommandeur Garde (für die Ostküste der Herzogthümer,) Kommandeur-Kapitän Elbrecht (Westküste der Herzogthümer), C. E. Bille (für die Nordsee.) (A. A. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 26. Februar.) Aus Turin wichtige Depeschen. Sie melden uns den Sturz Giobertis. Dieser Demokrat wollte den Ex-Großherzog Leopold zu jedem Preise wieder auf den toskanischen Thron setzen; aber alle seine Kollegen protestirten und der große Demokrat ist nun als Opfer seiner Interventionsgelüste gefallen. Dies ist ein harter Schlag für unsere Papstfreunde im Elysée-Bourbon.

Beltrami, Rom's neuer Abgesandter, ist in Paris eingetroffen. Canuti, bisheriger Bevollmächtigter des Papstes, ist somit in seiner amtlichen Thätigkeit eingestellt.

Das gestrige Bankett im Fraternitätssaale macht Epochen. Die Debats geben die Zahl der im Saale und auf den Gallerieen Anwesenden auf 2400, die Democratie pacifique auf 3000 und die Commune auf 5000 an. Alle diese Zahlen scheinen ungenau. Der Andrang war enorm. Im Saale befanden sich zwischen 3—4000 Gäste und etwa 1000 Personen mußten zurückgewiesen werden. Um 2 Uhr begonnen, dauerte dasselbe 3 Stunden. Wir müssen es natürlich dem Geist jeder Redaktion überlassen, in wieweit sie die dort gehaltenen Reden Ledru-Rollin's, Pierre Leroux's 2c. aus der morgigen Republique (die sie am vollständigsten zu bringen verspricht) mitzutheilen für ihre Pflicht hält. Wir haben leider weder Zeit noch Räume hiefür.

Italien.

(Palermo 10., Messina 12. Febr.) Die Nachrichten von der Flucht des Großherzogs von Toskana hatte dort natürlich das größte Aufsehen gemacht. Auf der ganzen Insel, soweit sie im Aufstand gegen den König von Neapel, zählte man etwa 20,000 Mann reguläre Truppen; an Waffen herrschte nirgends mehr Mangel; alle französischen (auch wohl die englischen?) Dampfboote brachten fort und fort Waffen, so daß z. B. die 8000 Mann zählende Nationalgarde von Palermo vollständig ausgerüstet war. In Messina, wo noch des Königs Macht herrschte, hatte dessen Befehlshaber Fürst Satriano eine große Musterung von angeblich 1500 Mann sicilischer Freiwilligen befohlen; die Palermitaner behaupteten aber, er habe, trotz des Tagsoldes von 30 kr., nur etwas über 300 Mann zusammengebracht.

Aus Rom vom 21. Februar berichtet einer unserer Korrespondenten, es sey gewiß, daß der Kaiser von Rußland dem Papst in einem ehrerbietigen und dienstwilligen Briefe Hülfe an Menschen und besonders an Geld angeboten habe. Daß Pius mit dem genannten Kaiser ein Anlehen von 6 Millionen Scudi abgeschlossen habe, werde nicht ohne Grund erzählt. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Eheliche Verbindung.

Rudolph Bauer
Wilhelmine Bauer,
geb. Frank.

Nürnberg, den 1. März 1849

Trauer - Anzeige.

Theilnehmenden Freunden und Bekannten widmen wir hiemit die schmerzliche Anzeige, daß es dem Herrn über Leben und Tod gefallen hat, unsern innigst geliebten Gatten und Vater

Herrn Johann Freystädtl,
Eisengerichts-Diener dahier,

in dem 50. Jahre seines Lebens stehend, gestern Abends 8½ Uhr, versehen mit den heil. Sterbsakramenten, in ein besseres Jenseits abzurufen.

Nürnberg, den 1 März 1849.

Die trauernde Wittwe
nebst 2 unmündigen Kindern.

NB Die Beerdigung findet am Sonnabend den 3. März 1849, Nachmittags 2 Uhr auf dem St. Rochus-Kirchhof statt.

Dank.

Allen meinen werthen Freunden und Nachbarn, die meine seelige Gattin den 27. d. Mts. so zahlreich zu ihrer Ruhe begleiteten, danke ich hiemit herzlich für die mir dabei erwiesene Theilnahme, und wünsche, daß sie Gott vor ähnlichen Fällen behüten, mir aber Gelegenheit werde, ihnen bei freudigen Ereignissen dienen zu können.

Nürnberg, den 27 Febr. 1849.

J. A. Barth.

Freie christliche Gemeinde.

Morgen Sonntag früh 9 Uhr, nicht um 10 Uhr, ist Gottesdienst im Katharinen-Saal, geleitet durch Prediger Bleedimpfel.

Nachmittags 2 Uhr, Gemeinde-Versammlung ebendaselbst (Katharinensaal) wobei jedoch nur mit Karten versehene Mitglieder Zutritt haben.

Der Vorstand.

Danksagung und Anfrage.

Für die mir von Herrn Bierwirth und Greßpfragner Neumüller gestern Abend zu Theil gewordene höfliche und freundliche Behandlung verein meinen ergebenen Dank, womit ich die Anfrage verbinde, was den Herrn Bierwirth und Greßpfragner Neumüller veranlassen konnte, gegen einen seiner täglichen Gäste auf eine so verletzende Weise zu verfahren; zumal dieser sich bewußt ist, nicht das Geringste gethan oder gesprochen zu haben, was auf Herrn Neumüller Bezug haben könnte!

M. Schmidt.

Anzeige.

Diejenigen Herren, welche sich bei der Adresse von den Herren Platner und Ghillany betheiligten, und der im Bamberger Hof am 1. März Abends abgehaltenen Versammlung nicht beiwohnten, wollen zu dem dort gefaßten Beschluß durch ihre Namensunterschrift ihre Zustimmung geben. Listen hiezu, liegen in der Exped. der Mittelfränkischen Zeitung auf.

Anfrage und Rüge.

Hiemit ergeht an Herrn Liedel in Feucht die Anfrage, ob derselbe mehr Recht hat als jedes andere Kirchenmitglied, indem er auf seinem Sitz am vergangenen Sonntag den 26. Februar verblieb, als der Geistliche sein Gebet verrichtete, da es doch bei den Protestanten bisher gebräuchlich war, daß sich ein jeder erhebt, — Herr Liedel scheint sich darauf etwas zu gute gethan zu haben, daß er Synodalmitglied ist, was ihn aber keineswegs zu seiner Handlung berechtigt, und wie kommt es zweitens, daß er sich in der Kirche, eigentlich nur Bet-Saal, denn wir Feuchter haben trotz unserm bedeutenden Kirchenvermögen keine Kirche, in den Stuhl der Frau Pfarrerin setzt, der doch nur für diese bestimmt ist.

Empfehlung.

Wir haben nun wieder alle Nummern

Porzellan-Platten, Platten zu Bierglas-Deckeln rc.

erhalten und empfehlen solche zur gefälligen Abnahme bestens

J. A. Endter'sche Handlung.

Versteigerung.

Montag den 5. März und die darauf folgenden Tage werden im Hause S. No. 842 im Spitalhof über zwei Stiegen, von früh 8 Uhr an verschiedene Webewaaren, als: Leinentuch, Bomasin, Kleiderzeuge, Halstücher rc. an die Meistbietenden gegen sogleich baare Bezahlung versteigert.

Hafnerei-Verkauf.

In einem nahe bei Nürnberg liegenden Marktflecken wird eine wohl eingerichtete, in bestem Geschäftsbetrieb stehende Hafnerei aus freier Hand verkauft. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Grundstücke - Verpachtung.

Die zum Schießhaus Wöhrd gehörigen Grundstücke, sollen anderweitig verpachtet werden, und ist hiezu Termin auf Mittwoch den 7. dieses Monats, Abends 7 Uhr auf dem Schießhause zu Wöhrd anberaumt Es werden Pachtliebhaber mit dem Bemerken eingeladen, daß die Bedingungen im Termin selbst bekannt gemacht werden.

Gasthaus St. Peter.

Sonntag den 4. März findet gutbesetzte Harmonie-Musik statt. Entree à Person 3 kr., wozu ergebenst einladet

Kalfer.

Goldener Hirsch

an der Lauferstraße.

Sonntag den 4. März

Gesangs-Unterhaltung von Herrn Fischer.

Das Nähere besagt das im Saale angeschlagene Programm, und ladet hiezu ergebenst ein

Sturm.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Sonntag Nachmittag Produktion vom

Kleeblatt.

Viele neue Vorträge im Gesang und Deklamation werden das verehrte Publikum unterhalten. Hiezu ladet höflichst ein

Neubauer.

Gasthaus zum König von Bayern.

Sonntag Abends Produktion vom „Kleeblatt“, wozu höflichst einladet

Müller.

Das Kleeblatt

produzirt sich Montag bei Unterzeichnetem, wozu höflichst einladet.

Deuerlein.

Prater.

Morgen Sonntag den 4. März findet Blechmusik statt, wozu höflichst einladet

M. Rupprecht.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Heute Samstag den 3. März ist „Metzelsuppe“, wobei „Extrabier“ geschenkt wird.

Neubauer.

(Eingesandt.)

So wie wir vernehmen, werden die Hrn. Gebr. Möhrenschläger, welche am 27. d. M. im Concert des Museums durch ihre schönen Vorträge auf der Violine und Clarinette das Publikum auf das Höchste entzücken und allgemeinen Beifall ernteten, eine Soirée musicale veranstalten, welche um so mehr beachtet zu werden verdient, da man von diesem schon längst anerkannten wackern Künstlerpaar mit Bestimmtheit auf einen genußreichen Abend rechnen kann.

Mehrere Kunstfreunde.

Zur Nachricht.

Frische Cervelat- und Trüffelleber-Würste sind wieder eingetroffen bei

Paul Merkel.

Lachsforellen

sind so eben angekommen und empfiehlt zur gefälligen Abnahme bestens

Mich. Engelbrecht,
Fischermeister.

Abhandengekommener Hund.

Ein schwarzer Königshund mit gelben Flecken und langer Ruthe ist abhanden gekommen Wer denselben L. Nro. 348 zurückbringt, erhält eine angemessene Belohnung.

Verlaufener Hund.

Ein junger, hellgelber, rauhhäriger Hund, Rattenfänger-Race, mit weißer Auszeichnung auf dem Kopf und der Brust, mit Stumpfschwanz und geschnittenen Ohren, ohne Halsband, hat sich verlaufen und wird der, welcher ihn im Besitze hat ersucht, denselben gegen ein gutes Trankgeld in Nro. 1378 der äussern Laufergasse zurückzubringen.

(Zu vermiethen.) In L. Nro. 401 am Häfnersplatz ist eine Wohnung mit 5 heizbaren Zimmern, Küche, Speisekammer, Garderobe, sonstigen Bequemlichkeiten und Stallung für 3 Pferde — bis Ziel Walburgi zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In L. Nr. 334 der Karolinen-Straße ist die II. Etage nächstes Ziel mit allen Bequemlichkeiten versehen, zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Ein Haus in freundlicher Lage, welches 8 Zimmer, 1 Alkof, 6 schöne Kammern, 2 Küchen und eine kleinere Waschküche, 2 Speiß und in jeder Etage verschlossene Vorplätze auch weitere Bequemlichkeiten enthält, ist entweder im Ganzen oder in zwei Abtheilungen bis Ziel Walburgis oder Lorenzi zu vermiethen

(Zu vermiethen) Für einen einzelnen Herrn ist ein möblirtes Zimmer nebst Alkov vom 1. April an zu vermiethen.

(Zu verkaufen.) Eine Zither mit 19 Saiten ist um billigen Preis zu verkaufen bei Musiklehrer Fischer in der Brunnenstrasse Nro. 495.

(Zu verkaufen) Ein Felleisen und Kleider sind zu verkaufen.

(Zu verkaufen.) Ein noch brauchbarer Flügel von Bodechtel ist um den billigen Preis von fl. 6 zu verkaufen. S. Nro. 1667 a.

(Zu verkaufen.) Ein Greßpfragnerei-Real-Recht ist zu verkaufen.

Näheres unter Buchstaben N. N.

(Zu verkaufen.) Ein ganz neuer Säbel für einen Stadtwehr-Offizier ist billig zu verkaufen in S. Nro. 524.

(Offene Stelle.) Einer Person von gesetztem Alter, welche in der Küche wohl erfahren ist, und über deren Treue man versichert seyn kann, steht in einem soliden Hause eine Stelle baldigst offen.

(Zu verpachten.) In der Nähe von Nürnberg ist eine Gastwirthschaft zu verpachten. Solide Pächter wollen sich unter Chiffre R in die Exped. d. Bl. wenden.

(Literatur.) In der Lauter'schen Buchdruckerei (Franz Reitmayr) in Augsburg ist so eben erschienen und in der v. Ebner'schen Buchhandlung in Nürnberg (Obstmarkt Nr. 906) zu haben:

Beleuchtung des Ablösungsgesetzes vom 4. Juni 1848, oder: Sollen die Grundbesitzer ihre Grundlasten ablösen? gr. 8. br. 6 kr.

Eine ganz praktische, gediegene Schrift, die sowohl jedem Grundbesitzer, so wie Jedem, der bei dem Geschäfte der Grundlasten-Ablösung zu thun hat, nicht genug empfohlen werden kann, da dieselbe die Vortheile, welche durch die Ablösung sowohl den Grundholden, als wie den Grundherrn zugehen, leichtfaßlich darstellt, so daß nach Durchlesung derselben sich Jedem die Ueberzeugung aufdringt: Ja, Du sollst und mußt ablösen. Hiefür spricht wohl als bestes Zeugniß, daß die erste Auflage von 3000 Exemplaren in 3 Monaten, und zwar zum bei weitem größten Theile blos im Regierungs-Bezirke von Schwaben und Neuburg abgesetzt war; jetzt aber die Nachfragen häufig aus den andern Kreisen eingehen, was den Verleger zu einer zweiten Auflage veranlaßte

Die königl. Regierung von Schwaben und Neuburg nahm auch Veranlassung diese Schrift in ihrem Kreis-Intelligenzblatte Nr. 84 vom 6. Oktober v. Js. in einer Ausschreibung, wie folgt zu empfehlen: „Da die Schrift: „„Beleuchtung des Ablösungsgesetzes vom 4. Juni 1848, „„oder: Sollen die Grundbesitzer ihre Grundlasten ab„„lösen,““ „welche nach amtlichen Quellen bearbeitet, und „mit Berechnungen versehen ist, die Behufs der Ab„lösung oder der zu übernehmenden Bodenzinse den „betheiligten Grundbesitzern nur erwünschte Anhalte bie„ten; so werden die letzteren namentlich auf dieselbe auf„merksam gemacht.“

(Literatur.) Im Verlage von H. Fritzsche in Leipzig ist erschienen und um 54 kr. in allen Buchhandlungen zu haben:

Geschichte Roms bis auf Oktaviens Alleinherrschaft.

Zum Uebersetzen ins Lateinische, so wie zur Benützung in den geschichtlichen Lehrstunden

von

Dr. R. W. Fritzsche.

Stadttheater in Nürnberg.

Freitag den 2. März „Die Einfalt vom Lande.“ Lustspiel in 3 Akten von Töpfer.

Theater in Fürth.

Samstag den 3 März. Zum Benefize für Fräulein Louise Bell: „Die Einfalt vom Lande.“ Lustspiel in 3 Akten von Töpfer.

Theater in Erlangen.

Montag den 5. März Zum Erstenmale: „Die Zigeunerin.“ Große Oper in 3 Akten von Balfe. (Unter Mitwirkung des vollständigen Nürnberger Theater-Orchesters)

Freiblatt

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 4 März 1849. № 63. Sonntag: Adrianus.

Deutschland.

Bayern. †* (München, 2. März.) Folgendes ist der Antrag des Abg. Dr. Roßbach, Erlassung eines Gesetzes, die Einquatierung der Offiziere betr. In der Verordnung vom 9. Aug. 1807 lit d. (Reg.-Bl. von 1807 pag. 1363) heißt es: „den Offiziers jener Depots, welche aus ihren Garnisonen nur einstweilen anderswohin kommandirt werden, muß das Quartier angewiesen werden.“ Zusammenhängend mit dieser Bestimmung verfügt das Reglement vom 19 Juni 1808 (bayer. Reg.-Bl. von 1808 Seite 1403 §. 3.): „In Orten, die nicht ihre gewöhnliche Friedensstation ist, genießen die Offiziere freies Dach und Fach, das heißt, mit Liegerstatt, Beheizung und Licht.“ In Gemäßheit dieser Verfügungen erhalten in Friedenszeiten die Offiziere, wenn sie in ihre Garnisonen zurückkehren, oder in Garnisonen überhaupt einrücken, auf 14 Tage von der Gemeinde freies Obdach, welches in freier Liegerstatt, Beheizung und Licht besteht. Man hat dieses freie Quartier auch auf Pferde und Diener solcher Offiziere, ja auf alle Militärbeamten ausgedehnt, welche in eine Stadt, sey es auch in Folge einer Beförderung oder Neu-Anstellung, versetzt werden. Die angeführte Verordnung vom 9. August 1807, aus der ausschließlichen Gesetzgebungs-Gewalt des Souverains hervorgegangen, steht mit den Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde vom 26. Mai 1818 im Widerspruch: denn a) sie enthält offenbar eine Verletzung des Grundsatzes der Gleichheit der Belegung aller Staatsangehörigen; b) sie bürdet den Komunen eine Last auf, die mit keinem Komunalzwecke im Einklange steht, da die Verpflichtung, den Offizieren in Friedenszeiten Quartiere zu geben, eben so Pflicht des Staates ist, wie die Einquartierung überhaupt als Staatslast betrachtet werden muß. Die Aufhebung dieser Verordnung ist folglich eine durch die Verfassungs-Urkunde selbst gebotene Nothwendigkeit. Die Aufhebung selbst kann aber natürlich aus den angeführten Motiven nicht durch die administrative Staatsgewalt, sondern nur durch die legislativen Gewalten des Staates erfolgen. In Gemäßheit des Gesetzes über die ständischen Initiative vom 4. Juni 1848 stelle ich daher folgenden Antrag, lege bez. folgenden Gesetzentwurf, die Einquatierung der Offiziere betreffend, vor. Maximilian II. rc. Wir haben nach Vernehmung Unseres Staatsrathes, mit Beirath und Zustimmung des Landtags beschlossen und verordnet, was folgt: Art. I. Die Gemeinden sind nicht verbunden, an Offiziere und Militärbeamten und deren Angehörigen in Friedenszeiten ein freies Obdach oder freie Liegerstatt, Beheizung und Licht abzugeben. Art. II. Die entgegenstehende Verordnung vom 9. August 1807 lit. d. und das Reglement vom 19. Juni 1808 §. 3 (Bayer. Reg.-Blatt vom Jahre 1807 Seite 1363, 1364, und von 1807 Seite 1403) sind aufgehoben.

(München, den 2. März.) Als dritter Staatsanwalt am Kreis- und Stadtgerichte München wird der Assessor A. Mähler und als vierter Staatsanwalt an demselben Gerichte der Assessor D. Seel, als dritter Staatsanwalt am Kreis- und Stadtgerichte Würzburg der Assessor F. Zinn, und als dritter Staatsanwalt am Kreis- und Stadtgerichte Augsburg der Assessor F. Ch. Jergius aufgestellt. Dem Landgerichte Beilngries wird ein dritter Nebenbeamter extra statum beigegeben und auf diese Stelle der zum II. Landgerichtsassessor in Herrieden ernannte J. Brandstetten aus Altötting versetzt und diese Stelle dem dermaligen Stadtgerichtsaccessisten F. W. Fischer aus Feuchtwangen verliehen; dem Landgerichte Uffenheim ein dritter Nebenbeamter als Aktuar extra statum beigegeben und diese Stelle dem geprüften Rechtspraktikanten G. Scharff aus Hof übertragen; der Kontroleur des Hofbräuamtes in München, A. Hellmuth wurde zum Rentbeamten in Waldmünchen ernannt. (N. M. Z.)

(München, den 1. März.) Bei den hiesigen Gewerbsleuten zirkulirt jetzt eine vom Gewerbeverein ausgehende Adresse gegen unbedingte Annahme der Grundrechte. So betrübend dies ist, so erfreulich ist dagegen die Wahrnehmung, daß sehr Viele die Zumuthung, die Adresse zu unterschreiben, voll Entrüstung zurückweisen. (D. d. Lbde.)

Baden. (Karlsruhe.) Dreizehnte Serienziehung der bad. 35 fl. Loose, als: 68 167 855 944 991 1333 1395 1454 1754 2033 2241 2411 2486 2496 2716 2875 2979 3189 3207 3824 3831 4285 4530 4653 4700 4864 4884 5086 5489 5697 6015 6097 6395 6584 6689 6882 7402 7407 7420 7525.

Freie Städte. ** (Frankfurt, 1. März.) [179. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Der Austritt des Abg. Zitz aus Mainz (ein tüchtiger Linker) wird angezeigt. Vischer von Tübingen interpellirt den Reichsminister des Aeussern folgendermaßen: „In Erwägung daß das Einrücken russischer Truppen in Siebenbürgen (hört! hört!) eine Quelle schwerer Verwickelungen werden kann, welcher das im Aufbau seiner politischen Einheit begriffene Deutschland nicht ruhig zusehen darf; in Erwägung, daß dieses Ereigniß, zusammengenommen mit der Anhäufung russischer Truppen an der östlichen Grenze, ein Verhältniß Oesterreichs zu einem despotischen Staate aufdeckt, wodurch das deutsche Volksgefühl mit tiefem Unwillen und mit Sorge für seine junge Freiheit erfüllt werden muß; in Erwägung, daß der Unwille gegen eine deutsche Regierung wegen eines solchen Schritts, vermöge einer zwar unbegründeten aber doch naheliegenden Verwechselung der Subjekte leicht die Sympathie für einen edlen deutschen Volksstamm schwächen und dadurch die Schwierigkeiten in der Errichtung eines alle deutschen Stämme umfassenden Bundesstaats verdoppeln könnte; in Erwägung, daß die Befürchtung sehr nahe liegt, es möchten mit jener Erscheinung Konzessionen in Betreff der für die Zukunft Deutschlands so wichtigen Donauländer in Zusammenhang stehen. — Aus diesen Gründen stelle ich an das Ministerium des Auswärtigen die Frage, ob es in dieser Sache diejenigen Schritte zu thun gedenkt, welche geeignet sind, die verfassunggebende deutsche Reichsversammlung und die deutsche Nation zu beruhigen?“ Schulz von Weilburg stellt eine ähnliche ältere Interpellation wegen des Schutzes der österreichischen Grenzen Deutschlands. Der Präsident: Es sey über die Beantwortung ohne Nachricht von dem Reichsministerium. In Betreff der Interpellation Eisenstuck's, die Unterstützung deutscher Rechtsansprüche der holländischen Regierung gegenüber betreffend, erklärt der Reichsminister der Justiz Robert Mohl: „Die von dem Herrn Interpellanten zur Sprache gebrachte Petition ist dem Reichsministerium von der Kanzlei der Reichsversammlung erst am 25. Jan. d. J. mitgetheilt worden. (Hört!) Es hat jedoch diese Verzögerung keinen Nachtheil für die Bittsteller gehabt, weil deren Eingabe nicht etwa eine Unterstützung in einer bestimmten einzelnen Erbschaftsangelegenheit zum Gegenstand hat, sondern nur allgemeine Klagen und einige eben so allgemeine Vorschläge enthält. Letzteren aber war das Reichsministerium, soweit es dieselben für ausführbar erachtete, durch eigne Thätigkeit bereits zuvorgekommen.

Es hat nämlich das Ministerium hinsichtlich der zahlreichen Bitten und Beschwerden in Betreff des Bezugs von Erbschaften aus Holland und dessen Kolonien doppeltes gethan. Einmal hat es sich in jedem einzelnen Falle aktenmäßige Kenntniß von der Sachlage zu verschaffen gesucht, und nach Befund derselben entweder die entsprechende Verwendung wirklich eintreten lassen, oder die Betheiligten über den Stand ihrer Angelegenheit und über die, seiner Meinung nach, zweckmäßigen Schritte zu belehren gesucht. Wenn letzteres nicht immer mit Erfolg, so ist dieß nicht seine Schuld. Zweitens aber hat es einige allgemeine Maßregeln angebahnt, welche deutschen Bürgern den Bezug von wirklich von ihnen zu beanspruchenden Erbschaften wesentlich erleichtern werden. Es ist nämlich einerseits die königl. niederl. Regierung um möglichste Vollständigkeit der von ihr zu erlassenden Todesanzeigen und Erbenaufrufe angegangen worden. Andererseits ist eine Unterhandlung mit einem tüchtigen holl. Geschäftsmanne im Gange, welcher dem Ministerium nach genommener örtlicher Kenntnißnahme mit Gutachten über die wirkliche Sachlage der zur Unterstützung der Reichsbehörden empfohlenen Erbschaftsangelegenheiten in Holland und in dessen Kolonien an die Hand gehen wird.“

Reichensperger fragte den Verfassungsausschuß, ob die zweite Lesung des noch rückständigen Theils der Grundrechte so weit vorbereitet sey, daß sie demnächst auf die Tagesordnung gebracht werden könne. Eine Antwort erfolgt heute noch nicht. Uebergang zur Tagesordnung: §. 14 des Wahlgesetzes. Mehrere Redner sprechen, ohne die Aufmerksamkeit des Hauses zu erregen. Das Schlußwort nimmt als Berichterstatter Riesser: der Ausschuß habe sich für das direkte Wahlrecht erklärt und auch jetzt, nachdem alle und jede der vorgeschlagenen Beschränkungen des aktiven Wahlrechts weggefallen seyen, beharre er aus inneren Gründen auf der direkten Wahlart (Bravo von der Linken!) In der Erhöhung, in der möglichsten Allgemeinheit und Theilnahme aller Staatsbürger an dem Wahlrechte suche der Ausschuß das Heilmittel gegen den Mißbrauch. Allein er bestehe auf unbedingter Stimmenmehrheit, als einer nothwendigen Garantie für den Charakter des Erwählten und einer unerläßlichen Sicherheit gegen schädliche Parteieinflüsse. Die Abstimmung ergibt zunächst die fast einhellige Annahme (durch Aufstehen) des ersten Theils vom §. 13 nach dem Vorschlage der Mehrheit des Verfassungsausschusses:

§. 13. »Die Wahlhandlung ist öffentlich. Bei derselben sind Gemeindeglieder zuzuziehen, welche kein Staats- oder Gemeindeamt bekleiden.«

Durch Namensaufruf wird hingegen abgestimmt über die zweite Hälfte:

»Das Wahlrecht muß in Person ausgeübt, die Stimme mündlich zu Protokoll abgegeben werden.«

Von 239 gegen 230 verworfen! Angenommen dagegen mit 249 gegen 218 Stimmen wird das Minderheitserachten:

»Das Wahlrecht wird in Person durch Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt.«

§ 14 wird vollständig nach dem Vorschlage des Verfassungsausschusses angenommen und nur über die ersten vier Worte findet Abstimmung durch Namensaufruf statt, die sich für deren Beibehaltung mit 264 gegen 202 Stimmen erklärt.

»Die Wahl ist direkt. Sie erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreis abgegebenen Stimmen. Stellt bei einer Wahl eine absolute Stimmenmehrheit sich nicht heraus, so ist eine zweite Wahlhandlung vorzunehmen. Wird auch bei dieser eine absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so ist zum dritten Mal nur unter den zwei Kandidaten zu wählen, welche in der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.« Nächste Sitzung morgen.

(Frankfurt, den 1. März.) Die für gestern beabsichtigte vierte Versammlung im Weidenbusch ist auf nächsten Sonnabend verlegt. Das leitende Komite der Weidenbuschvereinigung oder des »Vereins für Festhaltung des Bundesstaats,“ wie dieselbe sich nennt, besteht aus den Herren: v. Seckow aus Preussen (von der Partei des eng-

lischen Hofes); Rüder aus Oldenburg (Kasino); Bauer aus Bamberg und Beeusing aus Osnabrück (Landsberg); Biedermann aus Sachsen (Augsburger Hof); Zell aus Trier und Kierulff aus Rostock (Würtemberger Hof); Reh aus Darmstadt und Fedrer aus Stuttgart (Neuwestendhall). (D. Z.)

(Frankfurt, den 1. März.) Wenn das Wahlgesetz in erster Lesung beendigt ist, so wäre nichts natürlicher und ersprießlicher, als daß die Sitzungen auf einige Tage ausgesetzt würden, um dem Verfassungsausschusse Zeit zu gönnen, die Erklärungen der Einzelregierungen in der Verfassungsfrage zu prüfen. Die Koalitionspartei zittert aber in diesem Augenblicke wahrhaft vor der Feststellung eines Termins für den Beginn der zweiten Lesung der Verfassung und wird eher dafür seyn, die Zeit mit der Berathung unwesentlicher Kommissionsberichte auszufüllen. Die Koalition erwartet ihr Heil von Olmütz und will somit die Deputation von dort zurückgekehrt wissen, bevor mit der Berathung der Verfassung weiter vorgeschritten werde. Wir wollen es ruhig erwarten, mit welchen Koncessionen die Deputation zurückkehrt. Unterdessen wird in der Paulskirche die Wahl des Präsidenten und der Vicepräsidenten für den Monat März stattgefunden haben. Die Koalitionspartei soll beabsichtigen, dem kompakten Centrum diesmal mit Kandidaten aus ihrer Mitte entgegenzutreten. Wir sind gespannt, welche Kandidaten sie der Linken zu präsentiren vermag, um deren Zustimmung zu erlangen. Die Linke kann doch wahrlich nicht so weit ihr Prinzip verläugnen, daß sie, wenn sie auch den Präsidenten Deutschlands fahren ließ, auch noch den Präsidenten der Nationalversammlung aufgiebt. (D. A. Z.)

(Frankfurt, den 1. März.) Wie man vernimmt, ist nun die Untersuchung gegen unsere Septembergefangenen so weit beendigt, daß sie sobald vor die Geschwornen gestellt werden können, als die nöthige Verständigung zwischen Senat und der verfassunggebenden Versammlung erfolgt ist. Man will weiter wissen, es sey nicht unwahrscheinlich, daß nun, nach neuer Lage der Sache, die französische Regierung die zu Verdun zurückgehaltenen, der Theilnahme an dem Morde Lichnowsky's und Auerswald's bezüchtigten Individuen ausliefern werde. (D. A. Z.)

(Frankfurt, 1. März.) Der Reichsminister von Gagern hat die Nachricht erhalten, daß der Waffenstillstand von Dänemark in Berlin gekündigt worden ist. (D. Z.)

Oesterreich. (Wien, 27. Febr.) Die tyroler Dankadresse an die beiden Kammern in München schließt sich eine gleiche Adresse an, die soeben von dem Gemeinderath in Salzburg beschlossen worden ist. »Unter den trüben Wolken der Gegenwart (heißt es darin) lassen uns die Worte eines Kreises von Männern, auserwählt aus fünf Millionen Deutscher, hoffen und vertrauen, es werde nicht gelingen, das Band des Blutes und der Freundschaft, der Bildung und des Ruhms, der gemeinsamen Wohlfahrt an Geist, wie an Körper zu lockern oder zu zerreißen, jetzt, wo wir eben erst in dem Gedanken erstarkten, es werde inniger um uns geschlungen werden, als je. (A. A. Z.)

Oldenburg. (Oldenburg, 26. Febr.) Während sich unsere Verfassung unter der Presse befindet und die Publikation derselben im Laufe der Woche zu erwarten steht, beschäftigt sich das Festkomite mit den Vorbereitungen zur Feier eines Konstitutionsfestes am Sonntag den 11. März. — Je schroffer sich während der Landtagsverhandlungen die Parteien gegenüber standen, je weniger der endliche Abschluß Anfangs nach beiden Seiten hin befriedigte, desto mehr mag jetzt ein solches Fest als ein Akt der Versöhnung am Platze seyn. Das Ministerium hat nicht allein seine Bereitwilligkeit zur offiziellen Unterstützung zugesagt, sondern auch auf die Vorfrage des Komite's die Beeidigung des Militärs auf die Verfassung am Tage des Festes in Aussicht gestellt. Eben so haben sich die städtischen Behörden bereit erklärt, die äußere Leitung des Ganzen zu übernehmen. (Ztg. f. Nordd.)

Preussen. †°† (Berlin, den 28. Februar.) Am Schlusse der heutigen Sitzung der zweiten Kammer machte Minister von der Heydt der Versammlung die Mittheilung, daß der dänische Bevollmächtigte Freiherr v. Pressel dem preussischen Kabinet angezeigt habe, daß die Königl. dänische Regierung sich nicht veranlaßt sehe, den Waffenstillstand von Malmoe länger als verabredet fortdauern zu lassen, daß sie aber hoffe, daß die Feindseligkeiten, bei dem Stande der Friedenspräliminarien in London, nicht von Neuem würden aufgenommen werden müssen. Herr von der Heydt erklärte, daß die diesseitige Regierung dieselbe Zuversicht hege, und daß der Handelsstand an der Ostküste von dem ganzen Stande dieser Angelegenheit unterrichtet worden sey. —

Man erzählt sich übrigens in politisch erfahrnen und unterrichteten Kreisen, daß in der dänischen Angelegenheit nicht bloß in London, sondern auch in Olmütz unterhandelt werde. Die deutsche Centralgewalt pflegt durch Oesterreich Unterhandlungen mit Kopenhagen, Stockholm und vielleicht auch auf diesem Wege mit dem Kabinet von St. James. — Ein in diesen Tagen von hier nach Olmütz gesandter außerordentlicher Botschafter scheint bestimmt, das in dieser Angelegenheit am meisten betheiligte Preussen bei den Olmützer Verhandlungen zu vertreten. — Das kleine Dänemark hat sich übrigens kräftig gerüstet, und nimmt bei der Unterstützung der Kabinette von St. Petersburg und Stockholm eine sehr achtunggebietende Stellung ein. Seine diplomatischen Agenten sind sehr zäh und wollen, „von ihrem guten Recht“ kein Haar breit weichen.

Unsere jungen und alten Diplomaten haben einen schweren Stand, wenn sie einen für die deutsche Nation ehrenvollen Frieden zu Stande bringen sollen. — Russisches Gold soll Dänemark bei seinen Kriegsrüstungen eben so effektvoll unterstützt haben, als Rußlands gewiegte Diplomatie bei seiner Parteinahme für Dänemark ein schweres Gewicht in die Waagschale der Verhandlungen wirft. —

Ein vielfach verbreitetes Gerücht, die holländische Regierung habe der österreichischen gegen Miethe ihre Flotte zur Disposition gestellt, hat zu einem diplomatischen Notenwechsel Veranlassung gegeben. Es hat sich in Folge desselben herausgestellt, daß derartige Verträge zwischen Oesterreich und Holland nicht abgeschlossen worden sind, und daß lediglich Verträge der österreichischen Regierung mit Privaten wegen Ueberlassung von Schiffen zu jenem Gerüchte den Stoff gegeben haben. Das holländische Gouvernement verwahrt sich in dem von ihm erlassenen Noten auf das Entschiedenste gegen jede Einmischung in fremde Händel, welcher Art diese Einmischung auch sey. —

Das Loos, welches bei Bildung der 7 Abtheil. unserer 2. Kammer entschied, hat der Opposition nicht wohl gewollt. Mit Ausnahme der 7. Abtheilung, in welcher Philipps den Vorsitz hat, gehört die Majorität der Abtheilungsmitglieder überall der Rechten an. Es sind deshalb meist die Führer der dieser Seite des Hauses angehörenden Fraktionen zu Vorsitzenden gewählt, so Graf Arnim-Boytzenburg in der 6., Grabow in der 5., Hr. v. Vinke in der 1. Abtheilung. Uebrigens hat das Loos komisch genug Hrn. v. Vinke mit dem schon gestern gegen ihn aufgetretenen Hrn. v. Berg (der Vicepräsident der 1. Abtheilung ist) Hr. v. Bodelschwingh mit Hrn. Waldeck zusammengewürfelt.

Oberst v. Griesheim, der gestern noch in der ersten Kammer Platz genommen hatte, war heute bereits in Folge der in Teltow auf ihn gefallenen Wahl in der zweiten Kammer. Ebenso Geh.-Rath Stiehl.

Gestern Abend traten die HH. Rodbertus und Phillipps vor den Wahlmännern des 2. Bezirks auf. Aus der Rede des ersten Herrn heben wir Einiges hervor, da dieselbe als das Programm einer Kammerpartei anzusehen ist. — Hr. Rodbertus sieht in den Novemberbegebenheiten einen Rechtsbruch, durch den Preussen in den Augen des Auslandes herabgewürdigt worden und der um deshalb schon um jeden Preis beseitigt werden müsse, ganz abgesehen von dem sittlichen Grund der dies verlange.

Die Hochtorys Englands würden sich nie zu solchen Rechtsverletzungen hergegeben haben, denn der Engländer achte und schätze seine Rechte und Freiheit. Die oktroyirte Verfassung werde durch einige §§. zu einer Scheinkonstitution, es seyen dies die über die Steuernbewilligung, wo der Volksvertretung nothwendiger Weise das Recht zustehen müsse, durch Steuerverweigerung ein volksfeindliches Kabinet zu stürzen, ferner die Bestimmungen über Suspension der Grundrechte, die der Redner für unerhört hält und durch welche er die Möglichkeit gesichert sieht, alle Rechte des Volks zu illusorischen zu machen. Der Passus über die Verantwortlichkeit der Minister müsse nothwendig noch bestimmen, daß sie nicht blos wegen Bestechung, Verrath und Verfassungsverletzung, sondern auch wegen Gesetzesverletzung überhaupt angeklagt werden könnten; sie dürften nächstdem nicht von Räthen, die sie selbst ernannt, gerichtet werden; es gebe 3 andere Arten von Gerichtshöfen, 1) die Volksvertretung oder ein Theil derselben, 2) die Geschwornen oder 3) der höchste Gerichtshof, wenn wie in Belgien ein Theil der Räthe durch die Volksvertretung ernannt würde. In der deutschen Frage sieht der Redner sehr trübe, er sieht eine Uebereinstimmung der österreichischen mit der preußischen Note und hinter beiden erblickt er den Bundestag aus seinem Grabe auferstanden. Er will jedoch die Frankfurter Versammlung unterstützen. Die friedliche Lösung der sozialen Frage hält er nur für möglich durch die Sicherung des allgemeinen Wahlrechts. Die sogenannten höhern Stände werfen den niedern Mangel an politischer Reife vor; wenn aber die polit. Bildung darin bestehe, Revolutionen zu vermeiden, so habe ihm die Geschichte gelehrt, daß die privilegirten Klassen, in welcher Art sie auch aufgetreten, dies nicht verstanden hätten, da sie immer die Revolutionen hervorgerufen und nicht vermieden hätten. Die Rede wurde mit donnerndem Applaus aufgenommen und bei dem Schluß Herrn Rodbertus ein dreimaliges Hoch gebracht. Herr Phillips schloß sich im Ganzen Hr. R. an und gab eine sehr beifällig aufgenommene Darlegung seiner Ansichten über die zu erzielende Gemeinde-Ordnung ohne Census.

[II. Kammer. Sitzung vom 28. Febr.] Vorsitzender Alterspräsident Lensing eröffnet um 11½ Uhr die Sitzung. Nach Verlesung des Protokolls der gestrigen Sitzung wird ein Antrag von Misberg, Heinze, Heitemeyer, Olawski, Löher, Eberty verlesen: die hohe Kammer wolle eine Kommission zur Ausarbeitung einer Geschäftsordnung in der Zahl von 2 Mitgliedern aus jeder Abtheilung ernennen, bis dahin aber die Geschäftsordnung der Nationalversammlung als maßgebend annehmen. Ein fernerer Antrag, unterzeichnet von Gr. Renard, Fürst Hatzfeld, Gr. Poninski, Direktor Reuter, Präsid. Wentzel u. A. wird verlesen: die hohe Kammer wolle beschließen, die Gesetze, welche die Regelung der Verhältnisse der ländlichen Bevölkerung betreffen, gleichzeitig mit der Verfassung und den politischen Gesetzen in Berathung zu ziehen. Schaffranck bemerkt in Bezug auf diesen Antrag, erst müsse die Kammer konstituirt seyn. Wollheim weiß nicht, was der Antrag heute bedeuten solle, er nennt ihn eine Frühgeburt. v. Kleist-Retzow entgegnet: der Antrag solle jetzt nicht diskutirt werden, allerdings müsse man zuvor die Geschäftsordnung feststellen. Derselbe Redner sucht darzuthun, daß das Geschäfts-Reglement der Nationalversammlung für diese Kammer nicht passe. Eine neue Geschäftsordnung werde sobald nicht zu Stande kommen können. Ueber die Beschränkung der Interpellationen werde das Land, welches schon jetzt den Zeitverlust schmerzlich empfinde, der Kammer zujauchzen. Minsberg: der Viebahn'sche Entwurf, durch die Dringlichkeit der Sache und die Sehnsucht des Landes motivirt, bezwecke gerade das Gegentheil von dem, was die Verfasser zu beabsichtigen vorgeben. Schon seyen zwei Sitzungen durch diesen Gegenstand in Anspruch genommen. Es sey Sache des Ministeriums gewesen, eine provisor. Geschäftsordnung vorzulegen. — Minister von Manteuffel: das Ministerium sey bereit, über seine Handlungen und Unterlassungen Rechenschaft zu geben, aber der Moment sey erst gekommen, wenn die Versammlung konstituirt sey. Im vorliegenden Falle habe das Ministerium nicht vorgreifen wollen, weil die Verfassung der Kammer die Feststellung ihrer Geschäftsordnung überlasse. Heitemeyer spricht für die Geschäftsordnung der Nationalversammlung, Riedel für das Viebahn'sche Reglement. Temme geht einzelne Bestimmungen des Letzteren durch und sucht darzuthun, daß die freie Debatte dadurch gehemmt werde. Man möge übrigens die Nat.-Vers., die ohnedies genug verfolgt sey, nicht schmähen, man möge dahin streben, größer darzustehen als sie. Bucher: das Viebahn'sche Reglement verhalte sich zur freien Debatte, wie die oktroyirte Verfassung zur freien Volksentwicklung. Man habe die Gewaltthätigkeiten des Ministeriums nicht hindern können, man wolle sich aber durch ein Reglement, wie das vorgelegte, wenigstens das Recht nicht nehmen lassen, jene einer parlamentarischen Kritik zu unterwerfen. — Min. v. Manteuffel: Ich habe mir vorhin schon erlaubt, die Bitte auszusprechen, daß die Angriffe gegen das Ministerium bis nach Konstituirung der Vers. ausgesetzt bleiben mögen. Ich muß mich für jetzt darauf beschränken, gegen Angriffe in einzeln hingeworfenen Bemerkungen Protest einzulegen. — Gr. Arnim empfiehlt durch Verweisung auf die Frankfurter Vers. die Annahme des Viebahn'schen Entwurfs en bloc, wogegen v. Unruh auf die Verschiedenheit der damaligen Stellung der Frankf. Vers. in Hinsicht des Parteienverhältnisses von der gegenwärtigen Kammer aufmerksam macht. Man geht zur Abstimmung über. Die Ernennung der Kommission zur Entwerfung eines definitiven Reglements wird einstimmig beschlossen. In Betreff der vorläufigen Annahme des Viebahn'schen Entwurfs beantragt Moritz Namensaufruf, der nach eini-

gem Widerspruch erfolgt. Für Annahme sind 169, gegen 148. (Schluß 2 Uhr.)

(Von der Oder, den 25. Februar.) Es kann dem aufmerksamen Beobachter bei uns nicht entgehen, daß Preussen sich zu gewissen Eventualitäten rüstet. Wir wollen hier nicht von der Armirung der Festungen reden; diese fand bereits im vorigen Jahre statt. Aber auf die dermalige Rekrutirung müssen wir als auf etwas Außerordentliches aufmerksam machen. Gewöhnlich werden die Ersatzmannschaften im August jeden Jahres ausgezeichnet und zu Michaelis zu den Regimentern eingezogen, worauf die Entlassung der Kriegsreservisten erfolgt. Jetzt aber werden die Rekruten schon in diesen Tagen gestellt und zu Ostern eingezogen. Zugleich werden die Kriegsreservisten diesmal nicht entlassen. Daraus folgt eine außergewöhnliche Verstärkung unserer Armee für den nächsten Sommer. Was kann die Ursache dieser Rüstungen seyn? Das Militär selbst spricht von nichts als Krieg. Allein die Richtung, welche unsere Heere einschlagen sollen, wird verschieden angegeben. Denn durch Schleswig würden (zumal nach der jetzt bekannten Thronrede) die großen Rüstungen nicht erklärt, in Betreff anderer Konjekturen ist zu bemerken, daß ein deutscher Bürgerkrieg nirgends populär seyn würde. Oder setzen wir uns und Deutschland gegen Rußland in Sicherheit? Mit diesem Staate können unsere Beziehungen jetzt selbstsstrebend nicht die freundlichsten seyn. Allein wir dürfen die Russen nicht fürchten. Kommen sie aus Polen mit den 200,000 Mann, so empfangen wir sie mit 400,000 Mann. Denn wie zahlreich unsere Truppen sind, das hat sich jetzt bei Zusammenziehung der Landwehr gezeigt, wo wir die Leute alle vier Wochen nach Hause entlassen und andere an ihre Stelle einziehen konnten, außerdem aber noch viele zu Hause behielten, die gar nicht eingezogen werden durften. Nun, der Frühling wird wohl die Ursachen unserer Rüstungen näher enthüllen. (D. A. Z.)

(Posen, den 25. Februar.) In unserer Stadt und Provinz sieht es gegenwärtig sehr kriegerisch aus: überall wird exerzirt, überall werden Schießübungen gehalten, und es ist überhaupt mehr als wahrscheinlich, daß das in unserm Großherzogthume garnisonirende 5. Armeekorps demnächst mobil gemacht wird. Unserer Artillerie, deren Schießübungen sonst im Sommer stattfinden, ist bereits der Befehl zugegangen, dieselben schon im März zu beginnen; desgleichen wechseln hier beständig die Infanteriebataillone, um im Schießen mit den Zündnadelgewehren eingeübt zu werden. Alles Dies deutet ziemlich klar auf die Besorgniß eines bevorstehenden Feldzuges, der unsere Truppen bereits mit freudigen Hoffnungen erfüllt, während er den Nichtmilitärs doch mancherlei zu denken gibt. Was jener Besorgniß noch mehr Wahrscheinlichkeit gibt, ist die in diesen Tagen stattgehabte Anfrage bei hier wohnenden zur Disposition gestellten oder pensionirten Offizieren: ob sie unter Umständen geneigt seyen, wieder in Aktivität zu treten! Forscht man nach den Gründen, die solche Maßnahmen veranlassen können, so erhält man bald die Antwort, daß unter den obwaltenden Verhältnissen ein auswärtiger Krieg unvermeidlich scheine, bald dagegen die Versicherung, daß es überall in der Provinz sehr unruhig aussehe, und nächstens eine neue polnische Schilderhebung in Aussicht stehe.

Aus dem Nachbarlande Polen gehen uns die Nachrichten sehr spärlich und zugleich sehr dürftig zu; die Grenze ist jetzt so vollständig hermetisch verschlossen, daß selbst die Geschäfte unserer Schmuggler in Stocken gerathen sind, und auch russische Offiziere nicht mehr zum freundschaftlichen Besuch ihrer preussischen Kameraden herüberkommen dürfen. Inzwischen wissen wir doch mit Gewißheit, daß die russischen Truppen sich der Grenze wieder mehr genähert haben. Die Garnison von Polen wird gegenwärtig noch bedeutend verstärkt, indem ein großer Theil der Petersburger Garden schon auf dem Marsche nach Warschau begriffen ist, welches sie künftig besetzt halten sollen. (D. A. Z.)

Dänemark.

(Kopenhagen, den 23. Februar.) Ueber die Antwort, welche der König der schleswigischen Deputation gegeben hat, schweigen die angesehenen Blätter wohl nicht ohne Grund. Dannevirke versichert: der König habe gesagt, er könne nicht Antwort geben vor dem 26. März, wo er sie mit seinem Heere bringen werde. „Möge es kommen wie Gott will — habe der König geschlossen — falle ich, so falle ich mit meinem Volke! Aber mit Gottes Hülfe werde ich stehen, und mein Volk wird mit mir stehen.« (A. A. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 27. Febr.) Krieg! Krieg! Gegen Oesterreich! Die Russen in Siebenbürgen und die Oesterreicher in Ferrara!.... Das sind die beiden Tagesereignisse, welche das Ministerium und die Gemüther, namentlich in der Nationalversammlung am meisten beschäftigen.

Hr. Leon Faucher fährt in seinem Einschüchterungssystem fort. Der Moniteur zählt heute alle Dörfer und Flecken auf, in welchen man sich gegen das Absägen der Freiheitsbäume, Abnehmen der rothen Mützen empörte und zwar bei Gelegenheit der unterdrückten Revolutionsfeier des 24. Februar. In vielen dieser Ortschaften rief man: Es lebe Raspail! Es leben die Montagner! Es lebe die Guillotine! Nieder mit den Pfaffen! Tod den Tyrannen! u. s. w.

In Bordeaux soll ein ernster Krawall beim Einrücken der Mobilgarde, die dorthin von hier versetzt wurde, ausgebrochen seyn. (Details fehlen.)

Wo sich nur irgend eine rothe Maus rührt, läßt Hr. Faucher die Sturmglocke im Moniteur läuten.

In Doujon von Vincennes fand gestern Mittags eine erhebende Szene statt. Der Generalprokurator Baroche begab sich dorthin, um den Mai-Angeklagten endlich den Anklage-Akt vorzulesen, und ihnen ein gedrucktes Exemplar davon zu übergeben.

Blanqui, den Taschereau als Spion in seiner Revue Retrospective darstellte, protestirt heute in „Peuple“ gegen die Explosion seiner Unterschrift unter diesen Akt in sehr energischer Weise.

Morgen sollen sämmtliche Gefangene nach Bourges geschafft werden.

(Straßburg, den 24. Februar.) Kaum ist es mir möglich, die Feder zu ergreifen, um Ihnen Thatsachen zu berichten, die Sie fast unglaublich finden werden. Schon am Montage überbrachten zwei Herren von Karlsruhe dem hiesigen Präfekten einen Bericht, wonach die badische Regierung aus sicherer Quelle wissen will, daß Willich, Chef der deutschen Legion zu Besancon, die im Elsasse sich befindlichen Flüchtlinge an sich zu ziehen und ins Badische einzufallen beabsichtige, um Struve aus seiner Haft zu befreien. Dieser schändliche Lügenbericht, der alle bisher ausgestreuten Verläumdungen gegen die deutschen Republikaner übertrifft, wurde sogleich durch den Telegraphen nach Paris spedirt und hatte so günstigen Erfolg, daß schon am Mittwoch eine förmliche Hetzjagd gegen die verläumdeten Flüchtlinge angeordnet wurde. Allerorts läßt man sie durch die Gendarmerie aufsuchen und ihnen den Befehl, ertheilen innerhalb 24 Stunden die Stadt und den Bezirk zu verlassen. Keine Entschuldigung wird angenommen; nach Verlauf obiger Frist tritt Verhaftung und Transportirung ein. — Wie schwach muß nicht die badische Regierung sich fühlen, da sie sich vor einer Handvoll unbewaffneter Leute so sehr fürchtet! Was wird diese Regierung nicht noch alles zu erdenken streben, um scheinbare Ursachen zu bekommen, ihr eigenes Land noch länger militärisch occupiren zu können! Welche Schande aber für die französische Regierung, daß sie sich zum Polizeischergen dieses Duodezstaats herabwürdiget!! Hat doch sogar Guizot bei einem ähnlichen Ansinnen erwidert: „Frankreich macht nicht den Gendarm' des Auslandes.“

Italien.

1 (Ferrara, 18. Febr., Abends.) Heute früh 7 Uhr überschritten die Oesterreicher den Po und nahmen die festen Punkte um die Stadt herum ein. General Haynau, an den der Präfekt von Ferrara sofort eine Deputation absandte, empfing dieselbe auf der Esplanade unserer Festungswerke. Dort gab ihm der General folgende Gründe seines Einrückens an: 1) Man habe die Verbindungen mit der österreichischen Citadelle abgeschnitten. 2) Am 7. Februar drei österreichische Soldaten getödtet. 3) Den Konsul Sr. Maj. des Kaisers beschimpft und 4) die Republik proklamirt. Als Reparation verlange er hiefür: a) daß man ihm die Thore der Stadt öffne, b) die Mörder der 3 Soldaten ausliefere, c) die Barrikaden, Pallisaden und Erdwälle schleife, die man zur Vertheidigung errichtet, d) eine Garnison von 10,000 Mann auf unbestimmte Zeit verpflege, Militärlazarethe ꝛc. einrichte ꝛc., e) 200,000 römische Thaler innerhalb 24 Stunden als Kriegsbuße erlege. Endlich f) sechs angesehene Bürger als Geißeln stelle. Natürlich verwirft die Stadt diese Forderungen und der Kampf beginnt nach Ablauf von 24 Stunden. Aus Bologna eilt uns so eben das Schweizer-Regiment zu Hilfe....

(Rom, den 21. Februar.) Ich bin im Stande, Ihnen aufs zuverlässigste zu melden, daß der Kaiser von Rußland in den letzten Tagen an Seine Heiligkeit den Papst ein Schreiben voll Ergebenheit und Dienstfertigkeit gerichtet hat, in welchem er erklärt, daß er für seine Sache — die Sache der öffentlichen Ordnung und der Gesetzmäßigkeit — Partei ergreife, und worin er ihm Unterstützung an Mannschaft, besonders aber an Geld anbietet. Diese Nachricht ist, wie gesagt, zuverlässig. Ferner sagt man, und zwar nicht ohne Grund, Pius IX. habe mit dem Kaiser von Rußland ein Anlehen von 6 Millionen Scudi abgeschlossen. — Die constituirende Versammlung hat für jetzt den Gesetzentwurf in Betreff eines Zwanganlehens, wie auch den bezüglich der Einziehung der Kirchengüter verworfen. Indeß glaube ich, daß diese Gesetzentwürfe eher vertagt, als definitiv abgewiesen sind. — Die Oesterreicher verstärken sich jenseits des Po. Alles deutet auf einen bevorstehenden Einmarsch hin. Der Legat von Bologna, Berti-Pichat, hat von der Regierung Vollmachten zu Vorbereitungen für die Vertheidigung erhalten, und zwar, ohne darüber mit dem Kriegsministerium sich ins Benehmen setzen zu müssen. Der Gerichtshof der Rota und alle andern von Geistlichen präsidirten oder zusammengesetzten Gerichtshöfe sind aufgehoben worden. (A. A. Z.)

(Rom, den 22. Febr.) Hier ist das (falsche) Gerücht vom Einzug der Oesterreicher in Florenz verbreitet. Eine Depesche Hrn. Mayrs, des Präsidenten der Provinz Frosinone meldet, daß eine Heersäule von 10,000 Neapolitanern in San Germano, am Fuße des Monte Cassino, angekommen war, und daß gleichzeitig eine Kolonne von 7000 Mann mit 16 Kanonen unter dem Oberbefehl Zucchi's vorrückte; endlich haben in der Nähe von Terracina 1500 neapolitanische Reiter mit 40 Kanonen ein Lager bezogen. Alles deutet auf eine sehr nahe bevorstehende Invasion von Süden her. Diesen Truppen wird die römische Regierung in der Gränzprovinz ein Korps von 7 bis 8000 Mann mit einer Feldbatterie entgegenstellen können. Die Triumvirn haben eine Bekanntmachung erlassen, um das Volk zu den Waffen zu rufen. Gestern Abend war die konstituirende Versammlung in höchster Aufregung: man hatte vorgeschlagen, einen Diktator zu ernennen, allein der Vorschlag ging nicht durch. Die Versammlung bildete sich in einen geheimen Ausschuß. (A. A. Z.)

Aus Florenz wird bestätigt, daß der Großherzog sich nach Gaëta eingeschifft. Die republikanische Regierung hat alle, die Florenz und Toskana ohne dringenden Grund verlassen, mit einer Zwangssteuer bedroht. Man greift dort also am ersten Tage der Republik zu demselben Mittel, das man Radetzky in Mailand als unerhörte Tyrannei vorgeworfen hatte. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer

Trauer-Anzeige.

Im Gefühle des tiefsten Schmerzes widmen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht von dem am Mittwoch den 28 Februar Nachmittags 4 Uhr erfolgten Tode unseres einzigen geliebten Sohnes

Johann Georg.

Derselbe starb nach 20wöchentlichem Krankenlager am Zehrfieber im noch nicht vollendeten zwanzigsten Lebensjahre.

Im Innersten erschüttert durch diesen Schlag des Schicksals stehen wir an dem Sarge des so früh verblichenen tugendhaften Sohnes, und unsere Thränen geben ihm das Zeugniß, daß wir seinen Verlust auf's Schmerzlichste empfinden. Der Friede Gottes sey mit ihm! — Um stilles Beileid bitten

Georg Hammerbacher als Vater,
Meta Hammerbacher als Mutter,
und die sämmtlichen Hinterbliebenen.

Trauer-Anzeige.

Am 28. Februar Abends 7 Uhr verschied unsere liebe kleine

Johanna Helena

an einem Brustkatharrhalfieber, welches in Lungenlähmung überging. Diese traurige Kunde bringen wir allen Verwandten und Freunden zur Anzeige, und bitten über unseren herben Schmerz um ergebenste stille Theilnahme.

Gerzhabersdorf, den 2. März 1849

Breiting, Wund- und Geburts-Arzt:
und dessen Frau, geb. Hoffmann
aus Ufstenreith.

Wohnungs-Veränderung u. Empfehlung.

Da ich nach 26 Jahren die Schleifmühle zur Schwabenmühle verlassen habe, und in L. Nr. 416 am weißen Thurm gezogen, so danke ich meiner lieben Nachbarschaft für die vielen Beweise Ihrer Liebe und Wohlwollen, und bitte die neue um gütige Aufnahme in ihre Mitte.

Gottfried Bitzihum, Schleifermeister
nebst Familie.

NB Da ich in meinem Laden in der Königsstraße ganz neu eingerichtet bin, so bitte ich das verehrte Publikum, so wie die Herren Chirurgen, Ihr Zutrauen, welches Sie mir schon so viele Jahren schenkten, auch jetzt nicht zu entsagen, indem ich Instrumente von aller Art schleife und polire. Es wird mein eifrigstes Bestreben seyn, sie bestens zu bedienen. Ich empfehle mich hochachtungsvoll.

Der Obige.

Anzeige.

Diejenigen Herren, welche sich bei der Adresse von den Herren Platner und Ghillany betheiligten, und der im Bamberger Hof am 1. März Abends abgehaltenen Versammlung nicht beiwohnten, wollen zu dem dort gefaßten Beschluß durch ihre Namensunterschrift ihre Zustimmung geben. Listen hiezu, liegen in der Exped. der Mittelfränkischen Zeitung auf.

Erwiderung.

Auf die in Nr 24 des Zuschauers gegen mich gerichtete Anschuldigung, wegen schlechter Kost für meine Gesellen, erkläre ich einfach, daß ich es für meine Pflicht halte, meinen Gehülfen reichliche und nach Umständen gute bürgerliche Kost zu verabreichen, damit dieselben die ihnen zugemuthete Arbeit leisten können. Wenn aber übermüthige Gesellen, gering in ihren Leistungen aber unverschämt in ihren Anforderungen aus Werkstätten entlassen werden, und sich nachher durch schlechte Nachreden und Verläumdungen rächen wollen, so bin ich der Ansicht, daß es dann kaum der Mühe werth seyn dürfte, über dieselben sich rechtfertigen zu wollen, und daß es besser ist, Thaten sprechen als Worte.

Joh. Schmitz.
Schlossermeister in Lichtenhof.

Erklärung.

Im Namen sämmtlicher Gesellen bei Schlossermeister Joh. Schmitz in Lichtenhof erkläre ich, daß wir mit der verabreichten Kost, mit Bezahlung und Behandlung vollkommen zufrieden sind, und daß es in eines jedem Gesellen freien Willen steht, eine Werkstatt zu verlassen, wo es ihm nicht gefällt. Unrecht ist es daher, ohne Unterschrift eine Werkstätte zu verdächtigen, wozu ein Grund und eine Ursache nicht vorhanden ist.

Altgeselle Lied.

Holz-Versteigerung.

Mittwoch den 7. März Vormittags 9 Uhr werden zwischen Mögeldorf und Unterbürg verschiedene Holzarten gegen gleich baare Bezahlung verkauft, als:

circa 199 Stück Eichen- und Fichten-Stämme, von 7 bis 28 Zoll Durchmesser,
circa 20 Mäß Eichen-Scheitholz,
60 Mäß Eichen- und Fichtenstöcke,
40 Haufen Eichen- und Fichten-Astholz,
dann mehrere ganze Eichenstöcke, für Metzger und andere Professionisten tauglich,
auch werden mehrere Haufen Eichenspähne mitverkauft

Wozu Kaufsliebhaber, höflichst einladet

Wambach, Wirth in Mögeldorf

Zu empfehlende Gelegenheit

für Passagiere und Auswanderer nach New-York.

Expeditionstage

der Schiffe der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft.

Das kupferbodene Hamburger Schiff	„Rhein,"	Kapitän Ehlers,	am 24. März	1849
" " " "	„Deutschland,"	" Haucker,	" 21. April	
" " " "	„Nordamerika,"	" Ralbje,	" 19. Mai	
" " " "	„Elbe,"	" Heitmann	" 23. Juni	

Ueber obige Schiffe, welche durch hohes luftiges Zwischendeck und elegant eingerichtete Kajüten sich auszeichnen, ertheilt nähere Nachricht der Schiffsmakler

Friedrich Toussaint,
Commissions- und Speditions-Handlung
in Nürnberg, L. Nro. 401.

Aug. Bolten Wm. Millers Nachfolger
in Hamburg.

Für Auswanderer.

„Die Hoffnung"

Concessionirte deutsche
Bureaux
für
Auswanderer
nach
Amerika
von **J. M. Bielefeld** in Mannheim.

Regelmäßige Fahrten vom nächsten März an mit gekupfertem Dreymaster erster Klasse, sogenannter Paquetboote, nach
New-York & New-Orleans
über Rotterdam & London.

Zur näheren Erkundigung und zum Abschluß von Ueberfahrts-Verträgen beliebe man sich an Unterzeichneten zu wenden.

Heinrich Klippel,
General-Agent in Frankfurt am Main.

Aufforderung.

Ich ersuche alle Diejenigen, welche mit mir in Correspondenz stehen, künftig ihre Briefe sorgfältigst zu versiegeln und im Briefe selbst das Siegel mir näher zu bezeichnen.

Nur sehr wichtige Gründe, worauf näher einzugehen ich mir vorbehalte, veranlassen mich zu obiger Aufforderung.

J. Schmitt, Abgeordneter.

Anzeige.

Die Petition, die Brandversicherungs-Angelegenheit betreffend, welche mit den Unterschriften von 2263 Hausbesitzern Nürnbergs und 130 beigetretenen Städten und Gemeinden Mittelfrankens am 27. v. M. an die Kammer der Abgeordneten nach München abgesendet wurde, hat so eben die Presse verlassen, und kann von den Betheiligten gratis abgeholt werden bei J. Sichling, Bürstenfabrikant, Neuegasse Nro. 1199, so wie in dessen Laden an der Frauenkirche. Nachträglich kann man sich noch zu derselben daselbst unterzeichnen

Nachricht und Empfehlung.

Mehrseitigen Anfragen zu begegnen, diene hiemit einem verehrlichen Publikum zur ergebensten Nachricht, daß ich eine Auswahl von

Wiener-Zithern

mit 12—30 Saiten, ordinär und fein nebst Zither-Saiten bereits erhalten habe, und empfehle solche um möglichst billige Preise zur gefälligen Abnahme.

Fr. Löhner,
Musik-Instrumentenmacher. Dötschmannsplatz S. Nro. 998.

Anzeige.

In der unterzeichneten Stahl- und Eisenwaaren-Handlung werden folgende durch das letzte Hochwasser äußerlich beschädigte Artikel zu ganz niedrigen Preisen abgegeben, nämlich:

Runde und ovale eiserne Pfannen, eiserne und messingene Schöpf- und Zinnlöffel, Wald- und Schneidmühl-Sägen, Handsägenblätter, Tischmesser und Gabeln, Taschenmesser und hölzerne Messer für Kinder, englische Grabstichel 2c.

Auch werden daselbst zur gefälligen Abnahme nachstehende Waaren bestens empfohlen, und dabei bemerkt, daß solche, um damit zu räumen, zu den Fabrikpreisen und selbst darunter verkauft werden, als: alle Sorten ächt englische Feilen, Rasiermesser, Scheeren und Uhrmacher-Werkzeuge, ferner Tapeziernägel, messingene Schraubknöpfe, Schraubhacken und Ringe, Gardinen, Rosetten und Verzierungen 2c., alle Sorten Schlösser, Schubriegel, Fischbänder, Charniere, Schrauben, Hobeleisen und so ferner. Um geneigten Zuspruch bittet

Joh. Ferdinand Langeoelgee,
S. Nro. 806 an der Fleischbrücke.

Versammlung

des Vereins für Volksfreiheit Montag den 5. März Abends 3 Uhr bei Herrn Schultes im Vogelsgarten.

(Anzeige.) Bei Bäcker in der Karolinenstraße gibt es alle Tage frischen Bock, sowohl im Hause als über die Gasse.

Regensburger Hof.

Heute Sonntag den 4. Februar findet daselbst Produktion von dem Blechsextett des Hoboisten Sprechers unter dem gewöhnlichen Entree, für Herren 6 kr., für Damen 3 kr. statt, wozu ergebenst einladet

Schmidt, Gastwirth.

Gasthaus zur großen Waage am Hallplatz.

Sonntag den 4. März findet daselbst Gesangsunterhaltung von dem Sänger Herrn Fischer statt, wozu hiemit höflichst einladet

Anfang 8 Uhr.

Hermann.

Liedertafel!

Montag den 5. d. M. findet „große Produktion" im Saale des Bamberger Hofes statt. Durch außergewöhnliche Unterhaltungen wird den verehrten Mitgliedern ein genußreicher Abend verschafft werden.

Der Vorstand.

Karten für Fremde sind bei Herrn Kleining, Wirth in der neuen Gasse, und beim Vorstand in L. Nro. 416 abzuholen.

Anfang 8 Uhr.

Das Kleeblatt

producirt sich Dienstag, den 6. März bei Unterzeichnetem, wozu höflichst einladet

Rüll.

Verein deutscher Frauen.

Montag, den 5 März findet im Gasthause zum König Otto „General-Versammlung" statt, wozu die verehrten Mitglieder hiemit eingeladen werden,

Der Vorstand.

Verlaufener Hund.

Ein junger, hellgelber, rauhhäriger Hund, Rattenfänger-Race, mit weißer Auszeichnung auf dem Kopf und der Brust, mit Stumpfschwanz und geschnittenen Ohren, ohne Halsband, hat sich verlaufen und wird der, welcher ihn im Besitze hat ersucht, denselben gegen ein gutes Trankgeld in Nro. 1378 der äussern Laufergasse zurückzubringen.

(Bitte) Da die, bei den am 10. Februar stattgefundenen Stadtwehr-Ball verwechselten Regenschirme noch nicht ausgetauscht worden, so wird wiederholt um Austauschung derselben in S. Nro. 1681 der Fischergasse, III Stock, gebeten.

(Gesuch.) Ein junger Mann sucht einen Theilnehmer an französischen Stunden. Näheres in der Exp. d. Blattes.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches sich mit den besten Zeugnissen auszuweisen vermag und nöthigenfalls auch Kaution leisten kann, wünscht bis nächstes Ziel als Ladenjungfer in Kondition zu treten.

(Zu vermiethen) S. Nro. 1199 ist die erste Etage bis Walburgi oder Lorenzi zu vermiethen.

Stadttheater in Nürnberg.

Sonntag den 4. März. »Oberon, König der Elfen.« Romantische Oper in 3 Akten von Carl M. v. Weber.

Montag den 5 März. „Er muß aufs Land." Lustspiel in 3 Akten von Friedrich.

Theater in Erlangen.

Montag den 5. März Zum Erstenmale »Die Zigeunerin.« Große Oper in 3 Akten von Balfe.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 5. März 1849. № 64. Montag: Friedrich.

Deutschland.

Bayern. †° (München, den 3. März.) Tagesordnung der Kammer der Reichsräthe für die auf den 3. März 1849 Mittags 12 Uhr anberaumte IX. Sitzung. 1) Bekanntgabe des Einlaufs. 2) Vortrag des IV. Ausschusses, den Rechenschaftsbericht des Kommissärs der Kammer der Reichsräthe bei der königl. Staatsschuldentilgungsanstalt Herrn Grafen von Reigersberg, für die Jahre 1844/45, 1845/46 und 1846/47 betr. Berathung und Beschlußfassung darüber. 3) Vortrag des VI. Ausschusses über die von den Herren Reichsräthen Frhrn. v. Stauffenberg und Grafen Karl von Seinsheim sich angeeigneten Vorstellungen einer Zahl von Stadt-, Markt- und Landgemeinden gegen die unbedingte Anerkennung der Grundrechte. Berathung und Beschlußfassung darüber. 4) Anzeige des V. Ausschusses von dessen Beschluß in Betreff des von dem Beneficiaten Holzleithner eingereichten Nachtrags zu seiner Beschwerde über angebliche Verletzung verfassungsmäßiger Rechte.

(München, den 2. März.) Gegenwärtig zirkulirt hier eine Adresse gegen die unbedingte Annahme der Grundrechte, die vom hiesigen Gewerbeverein ausgeht, und bereits mit zahlreichen Unterschriften bedeckt ist. Dieselbe findet unter dem hiesigen ehrenwerthen Bürgerstande die allgemeinste Beistimmung (N. Münchn. Z.) (Diese allgemeinste Beistimmung wird laut einer gestern mitgetheilten Nachricht in unserem Blatte von dem bayerischen Landboten nicht getheilt.)

(München, 2. Febr.) Die Kammer der Abgeordneten hat gestern nach ihrer öffentlichen Sitzung durch Zuruf die HH. Binder und Feder zu Mitgliedern des mit Prüfung des Entwurfs zur neuen Geschäftsordnung beauftragten verstärkten Ausschusses ernannt. (N. M. Z.)

Freie Städte. ** (Frankfurt, 2. März.) [180. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Nach der Aufzählung von einigen Flottenbeiträgen, Interpellationen, Noteneinreichungen und Zusatzerklärungen zu dem Verfassungswerk u. s. w. folgt auf der Tagesordnung das Reichsgesetz, die Wahlen der Abg. zum Volkshause betr. Ohne Besprechung, mittelst einfacher Abstimmung werden darauf angenommen von Art. V. des Wahlgesetzes:

§. 15. „Stellvertreter der Abg. sind nicht zu wählen.“ §. 16. „Die Wahlen sind im Umfang des ganzen Reichs an einem und demselben Tage vorzunehmen, den die Reichsregierung bestimmt. Die Wahlen, welche später erforderlich werden, sind von den Regierungen der Einzelstaaten auszuschreiben.“ §. 17. „Die Wahlkreise und Wahlbezirke, die Wahldirektoren und das Wahlverfahren, insoweit dieses nicht durch das gegenwärtige Gesetz festgestellt worden ist, oder durch Anordnungen der Reichsgewalt noch festgestellt werden wird, werden von den Regierungen der Einzelstaaten bestimmt.“

Ueber die Anlage A: „Reichswahlmatrikel“, liefert die Abstimmung folgendes Ergebniß: Anlage A: Reichswahlmatrikel. Zum Zweck der Wahlen der Abg. zum Volkshaus werden zusammengelegt: 1) Liechtenstein mit Oesterreich. 2) Hessen-Homburg mit Großherzogthum Hessen. Das hessen-homburgische Oberamt Meisenheim auf dem linken Rheinufer mit Rheinbayern. 3) Schaumburg-Lippe mit Hessen-Kassel. 4) Hohenzollern-Hechingen mit Hohenzollern-Sigmaringen. 5) Reuß älterer Linie mit Reuß jüngerer Linie. 6) Anhalt-Köthen mit Anhalt-Bernburg. 7) Lauenburg mit Schleswig-Holstein. 8) Birkenfeld mit Preussen. 9) Pyrmont mit Preussen. Unter Hinzufügung eines die Portofreiheit betreffenden Zusatzes von Wiesner wird nach dem Entwurfe des Verfassungsausschusses angenommen das Reichsgesetz über die Tagegelder und Reisegelder der Abg. zum Reichstag. „Die Mitglieder des Staatenhauses und des Volkshauses erhalten ein Tagegeld von 7 Gulden rheinisch und eine Reisekosten-Entschädigung von 1 Gulden für die Meile sowohl der Hinreise als der Rückreise, und genießen Portofreiheit für alle an sie gelangenden oder von ihnen ausgehenden Korrespondenzen und Drucksachen.“ Nachdem somit die einzelnen Bestimmungen der Vorlage sämmtlich erledigt sind, wird durch Namensaufruf abgestimmt über die Annahme des Reichswahlgesetzes — die zweite Lesung vorbehaltlich — im Ganzen. Die Annahme des Reichswahlgesetzes im Ganzen ist schließlich bejaht von nur 256 gegen 194 verwerfende Stimmen. Eine protokollarische Erklärung von Reichensperger und Genossen (die mit Ja gestimmt haben) hofft die Beseitigung „wesentlicher Gebrechen des Gesetzes“ von der zweiten Lesung.

Edel aus Würzburg stellt den Antrag, daß dem Verfassungsausschusse die schleunige Berichterstattung über den noch rückständigen Theil der Grundrechte aufgegeben werde. Die Dringlichkeit dieses Antrags wird anerkannt. Der Antragsteller sagt offen, daß es höhere Rücksichten auf die Einigung und den Frieden Deutschlands seyen, die sein Verlangen bestimmten. Denn er wolle das reiche Material der auf das Verfassungswerk bezüglichen Regierungserklärungen nicht leichtsinnig behandelt sehen. Es sey vor Allem Oesterreich, woran er dabei denke. Sollte es sich von Deutschland trennen, so solle die Schuld nicht die Nat.-Vers. treffen — sie solle auswärts stehen. Nicht um jeden Preis wolle er und seine Partei Oesterreich und namentlich nicht um den Preis des Bundesstaates (Bravo!); aber ihm Zeit lassen wolle er, bis das Maaß der irgend zu gewährenden Geduld erschöpft sey, um dann im unglücklichen, von dem Redner gehofften Falle eben so tapfer für das sogenannte Klein-Deutschland Partei zu ergreifen. Oesterreich stehe zwischen Deutschthum und Czechenthum. Es müsse sich jetzt entscheiden. Er verlange nur eine kurze Frist — werde sie von Oesterreich versäumt, so möge dies verantworten das Unglück Deutschlands und Oesterreichs. Eine Frist von 10 bis 12 Tagen solle man — nicht der österreichischen Regierung, sondern dem österreichischen Volke einräumen.

Der Edel'sche Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Ueber den Antrag von Vogt und Eisenstuck dagegen, wornach das Wahlgesetz als Grundlage der Verfassung betrachtet und die zweite Lesung in nächster Woche schon vorgenommen werden soll, muß die Abstimmung durch Zettel geschehen, um das zweifelhafte Ergebniß zu ermitteln. Gegen die Dringlichkeit erklären sich 228 gegen 211 Stimmen. Ein fernerer Antrag von der Linken, der nur die offene Wiederholung des Vogt'schen enthält, wird gleichfalls als nicht dringlich beseitigt. Nächste Sitzung Montag, den 5. März.

(Frankfurt, den 1. März.) Die dänische Regierung hat also den Waffenstillstand gekündigt. Die Kunde davon wurde bereits heute morgen in der Paulskirche vernommen, allein es darf versichert werden, mit einer Art Befriedigung. Es ist in diesem Augenblicke der innern Zerrissenheit Deutschlands, in dem Augenblick der Anbahnung der alten Trostlosigkeit und Erschlaffung, eine äußere kräftige Einwirkung nöthig, um Deutschland zu dem Selbstbewußtseyn seiner einheitlichen Kraft, zur Erkenntniß seiner einzigen Rettung aufzurütteln.

(Frankfurt, 1. März.) Heute hat nun auch Bayern seine Erklärung über die Bestimmungen der deutschen Verfassung nach der ersten Lesung eingereicht. Bayern behält sich darin wie Sachsen das Recht vor, sich erst nach vollendeter Verfassung endgültig über deren Annahme oder Nichtannahme zu entscheiden, verwirft ein einheitliches Oberhaupt, und erklärt sich für ein Direktorium unter dem Wegfall des Reichsraths. Es besteht ferner auf dem Beitritt Oesterreichs, und beschränkt in seinen Einwendungen gegen die einzelnen Paragraphen die künftige Centralgewalt in so hohem Grade, daß von dem Charakter eines Bundesstaats fast nichts übrig bleibt. In dieser Beschränkung und Lockerung gehe es noch viel weiter als Sachsen, ja als der sogenannte großdeutsche Verfassungsentwurf selbst, wofür nur das Beispiel anzuführen ist, daß es das ganze Heerwesen lediglich in der alten Bundeskriegsverfassung, und die künftigen Reichsfinanzen auf die bisherigen Matrikular-Ausschreiben beschränkt lassen will. Wahrlich, wir haben von der jetzigen bayerischen Regierung wenig für die einheitliche Macht unseres künftigen Bundesstaats erwartet, auf Vorschläge aber, die kaum begreifen lassen, warum man nicht lieber bei der alten Bundesverfassung selbst stehen blieb, waren wir nicht gefaßt.

(Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 1. März.) Mit einiger Spannung sieht man der Bestätigung eines Gerüchts entgegen, welches das gegenwärtig hier garnisonirende bayerische Jäger-Bataillon nebst einer Abtheilung Kavallerie und Artillerie nach dem Westerwald bestimmt nennt, wogegen in Frankfurt nassauische Truppen einrücken würden. Der Garnisonswechsel an und für sich würde ohne sonderliche Bedeutung seyn, aber die Bestimmung von Truppen nach dem Westerwald soll durch eine dort in bedenklichem Grade um sich greifende Steuerverweigerung veranlaßt worden seyn, und daß die nassauische Regierung für diesen Zweck nicht ihre eigenen, sondern bayerische Reichstruppen verwendet, scheint ein eigenthümliches Licht auf den Geist ihrer Truppen zu werfen. (D. Z.)

Hannover. (Hannover, 27. Febr.) In der heutigen Sitzung der I. Kammer erstattete der Generalsyndikus Wachsmuth Bericht über den Erfolg der Konferenz. Es sey zuerst der Vorschlag Briegleb's zur Sprache gekommen, jedoch, weil 3 Stimmen gegen 3 gestanden, nicht angenommen worden. Die Mitglieder II. Kammer hätten darauf einen andern Vermittelungsvorschlag vorgelegt, wonach die Grundrechte sofort zu publiziren und auszuführen seyen, die Bedenken der Regierung nicht getheilt würden, und eine Kommission von 7 Mitgliedern ernannt werde, die solche Wünsche auszusprechen habe, welche der Nationalversammlung in Frankfurt zur Entscheidung in höchster Instanz vorzulegen. Es sey aber dieser Vorschlag mit 4 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Verstärkte Konferenz und einseitige Kommission bezeichnete der Redner als Dinge, die zu gar nichts führen würden und nur schaden könnten. Nach längerer Debatte wird sodann ein Antrag auf eine verstärkte Konferenz wie auf Niedersetzung einer einseitigen Kommission verworfen, und das Ministerialschreiben vom 10. Februar auf die nächste Tagesordnung gesetzt. (Z. f. Nd.)

(Hannover, 28. Februar.) Den Abgeordneten Wyneken hat ein wohlmeinender Gegner der Grundrechte durch folgenden anonymen Brief zu bekehren gesucht. (Poststempel: Hannover.) „Auch Sie sind einer von den Wahnsinnigen und Vaterlandsverräthern, welche der Spitzbubenbande zu Frankfurt das Wort hier reden. Auch Ihnen, Sie impsamster Hallunke, verdanken wir es, daß wir unser Ministerium verlieren, Sie wollen wohl Finanzminister werden? Das sage ich Ihnen, kommen Sie mir am passenden Ort, einer von uns beiden bleibt, denn nur das halte ich für Pflicht eines jeden Deutschen, einen solchen Hallunken wie Sie, aus der Welt zu schaffen, und ich bitte Gott, mich in dieser That zu stärken. Das Vaterland will Ruhe, aber nicht eher wird sie kommen, bis diese Höllenbrut oder Nationalversammlung zu Frankfurt auseinandergejagt ist.

Der Teufel muß nicht nöthig haben einen Braten,
Sonst müßt er nehmen die Frankfurter 600 Demokraten

und Sie dazu. Dieses schreibt Ihnen ein hiesiger Bürger, im Namen aller, Sie sind in unsren Augen der impsamste Spitzbube, den Hannover jetzt enthält. Pfui, unserm guten König solchen Gram zu machen. Hannover, 24. Februar 1849. Ein Bürger.“ (Z f. Nrdd.) (Gerade so machen es unsere altbayerischen Hottentotten.)

Oesterreich. (Prag, 7. Febr.) Eine magyarische Korrespondenz der Breslauer Zeitung aus Ungarn vom 24. Februar behauptet gerade wie vor vier Wochen, daß in Folge der wiederholten Siege der Nord-

[illegible] Spital in Pest Alles geräumt und zum Rückzuge vorbereitet werde. Die siegreiche ungarische Nordarmee soll nach übereinstimmenden Aussagen von Reisenden drei Stationen von Pesth, in Hatvan, ihre Vorposten haben, und werde von dem polnischen General Klapka und dem ungarischen General Görgey befehligt, welche beide Generale aber unter dem Oberbefehle Dembinski's ständen. In Debreczin soll der kaiserliche Oberst Fligelli zur Repressalie für den in Ofen erschossenen ungarischen Major Szöll gleichfalls erschossen worden seyn. — Aus dem Mund eines österreichischen Offiziers erfuhren wir, daß ein Brief der ungarischen Regierung an Windisch-Grätz gelangt ist, wonach bei jeder Wiederholung einer Exekution an ungarischen Gefangenen die Repressalie sofort erfolgen werde. Auch hatten 73 kaiserliche Offiziere, welche in Debreczin gefangen gehalten werden, ein Schreiben an Fürst Windisch-Grätz gerichtet, in welchem sie ihn zur Schonung ihres eigenen Lebens auffordern, von dem eingeschlagenen Verfahren gegen ungarische Kriegsgefangene abzustehen. Fünf kaiserliche Generale sollen darunter seyn. Aus Ofen war viel Geschütz unter Bedeckung von Grenadieren abgegangen, und man erwartete einen Hauptschlag. (D. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 28. Febr.) Von dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ist heute nachfolgende Benachrichtigung an den Handelsstand der Ostsee-Provinzen erlassen worden: „Die Königlich dänische Regierung hat in einer vom 23. d. Mts. datirten, am 26. d. Mts. übergebenen Note erklärt: daß Se. Maj der König von Dänemark sich durch die malmöer Waffenstillstands-Convention nicht über die ursprünglich für dessen Dauer verabredeten sieben Monate gebunden halten, und daß folgeweise die gedachte Convention am nächsten 26. März ihre Endschaft erreicht haben werde. Es ist zwar diese Erklärung mit der Bemerkung begleitet worden, daß die Königlich dänische Regierung sich der vertrauensvollen Hoffnung hingebe, es werde der gefaßte Entschluß nicht zu einer Erneuerung der Feindseligkeiten führen, und es berechtigen zwar ferner die jetzt unter englischer Vermittelung in London eröffneten Friedens-Unterhandlungen zu der Hoffnung, daß es gelingen werde, noch vor dem wirklichen Ablaufe des Waffenstillstands wenigstens die Friedens-Präliminarien festzustellen, da sich indeß der Erfolg nicht mit Sicherheit voraussehen läßt, so beeile ich mich, den Handelsstand in den Seehäfen von der Lage der Sache hierdurch in Kenntniß zu setzen, und ihm die den Umständen entsprechende Vorsicht zu empfehlen, indem ich zugleich die Versicherung aussprechen kann, daß die Staats-Regierung alle ihr zu Gebote stehenden Mittel ergreifen wird, welche geeignet sind, den diesseitigen Handel vor Verlusten zu schützen."

(Pr. St.-Anz.)

†*† (Berlin, 1. März.) In den Parteiversammlungen haben sich die Oppositionsmitglieder dahin bestimmt, bei der Präsidentenwahl für Herrn v. Unruh zu stimmen, wenn schon anzunehmen ist, daß die Rechte und das rechte Centrum mit einer Majorität von 10—20 Stimmen Hrn. Grabow durchbringen werden. — Man denkt übrigens in verschiedenen Kreisen auch jetzt daran, daß bei einer sehr möglichen Wendung der Verhältnisse eine Veränderung des Ministeriums eintreten könnte, von der von gewisser Seite erwartet wird, daß sie Hr. Grabow an den Ministertisch bringt. Wir zweifeln jedoch, daß uns eine derartige Veränderung schon in der nächsten Zeit eintreten wird.

Das Ministerium beabsichtigt übrigens, wie wir aus guter Quelle erfahren, eine Milderung des Belagerungszustandes dadurch eintreten zu lassen, daß es die Beschränkungen der Preßfreiheit sehr bald aufheben wird. — Die sämmtlichen Maßnahmen gegen die Presse sind in der letzten Zeit auf direkte Veranlassung des General-Kommandos in den Marken erfolgt, und die betreffenden Befehl-Behörden, oft in sehr strenger Form, nur angewiesen worden, die Befehle sofort zu vollziehen.

Auf dem Köpnicker Felde fanden in einigen Fabriken sehr unruhige Scenen statt. Die Kattundrucker verlangten Abschaffung der Maschinen oder wenigstens Theilung der Arbeit zwischen ihnen und den eisernen Arbeitern. Durch herbeigezogene Konstabler-Abtheilungen wurde die Ruhe wieder hergestellt.

Die Lage der Kattundrucker ist eine überaus traurige, da sie durch die Maschinen, die in dieser Branche fast jede Handarbeit überflüssig machen, voraussichtlich in ganz kurzer Zeit ganz brodlos werden und nur ein geringer Theil von ihnen im Stande seyn wird, sein Brod bei einem andern Arbeitszweig zu suchen und zu finden.

Von Brüssel aus wird von wohlunterrichteten Personen mitgetheilt, daß der dortige Kongreß schwerlich zu einer Verständigung führen dürfte, die österreichische Regierung zeigt sich sehr unnachgiebig und will auf Venedig unter keinerlei Umständen verzichten.

Wir sind heute in den Stand gesetzt, unsern gestrigen Mittheilungen in der dänischen Angelegenheit noch folgende, die uns von achtungswerther Hand zugehen, hinzuzufügen. So sehr man sich Seitens des preuss. Gouvernements bemüht, eine Beendigung der allgemeinen deutschen Konflikte mit Dänemark herbeizuführen; eben so sehr scheint es gewiß, daß es dem preuss. Kabinet nicht gelingen wird, einen ehrenvollen Frieden zu Stande zu bringen; auf der einen Seite sind ihm die Hände durch die Centralgewalt gebunden, während es nach der andern hin den diplomatischen Kunstgriffen von Stockholm und St. Petersburg gegenüber eine sehr schwierige Stellung einnimmt. Nicht mit Unrecht wird Preussen verlangen, daß die voraussichtlich doch nothwendig werdende Exekution diesmal einer andern deutschen Macht übertragen werde. Natürlich wird man von Frankfurt aus Alles aufbieten, daß Preussen wieder jene undankbare, kostspielige Kriegführung übernehme, es ist aber daran zu zweifeln, daß Preussen diesmal wieder die ganze Last allein tragen wird.

Briefe aus Dresden melden, daß die politischen Verhältnisse im Königreiche Sachsen in den höchsten Regionen so große Besorgnisse erregt hätten, daß man mit einer größern Militärmacht (jedoch nicht mit Preussen) für den Fall einer etwa eintretenden Katastrophe, im Voraus wegen einer event. Unterstützung durch Truppen Verhandlungen angeknüpft habe.

Der durch seine plötzliche Verhaftung zur Zeit der Wahlagitation und seine Freilassung nach Beendigung der Wahlen bekannt gewordene Advokat Streber hat jetzt eine Broschüre unter dem Titel: „Revolutionäre Diplomatie. Reflexionen und Charakteristiken" erscheinen lassen, die zunächst an die Stahl'sche Schrift „die Revolution und die konstitutionelle Monarchie anknüpft.

An den Magistrat ist Seitens des Kriegsministeriums die Forderung gestellt, Ersatz für 200,000 Patronen zu leisten, welche am 16. Okt. v. J bei dem Arbeiteraufstande an die Bürgerwehr — jedes Bataillon erhielt 2500 Stück — verabreicht wurden. Der Magistrat ist jetzt im Begriff, diese Patronen, so weit dieselben nicht verschossen sind, zu ermitteln, um die Erstattung in natura zu bewirken, da der Werth sich auf die nicht ganz unbeträchtliche Summe von c 10 Thlr. pr. 1000 Stück beläuft.

Dänemark.

Es bestätigt sich von allen Seiten, daß Dänemark wirklich den Waffenstillstand gekündigt und die Miene einer kriegerischen Großmacht angenommen hat. Daß Dänemark dieß kann, ist einzig die Folge davon, daß Deutschland nicht so viel — Oekonomie gehabt hat, sogleich im September zehn, ja wenn nöthig, zwanzig Millionen in die Hand zu nehmen und in England, Holland, Nordamerika, wo trotz alles Gegengeredes so viel Schiffe zu haben sind, als man bezahlen kann, sich eine Flotte in Stand zu setzen. Diese Angelegenheit wäre unter dem frischen Eindrucke des Krieges und des unrühmlichen Waffenstillstandes unter der lebhaften Theilnahme der ganzen Nation von Statten gegangen. Statt dessen ist die Sache der Theilnahme, ja dem Mitwissen der Nation völlig entzogen und mit der Heimlichkeit eines Verwaltungszweiges behandelt. Unmuth herrscht auf der ganzen deutschen Küste und wenn wir demselben Worte liehen, sind wir deshalb übel angesehen. Die Geräuschlosigkeit, hieß es, habe auch ihr Gutes, und es ward viel von der erfolgreichen Thätigkeit des Marinedepartements gesprochen. Wir sehen jetzt dem Erfolge entgegen. Die dänischen Flotten und Flötchen haben bereits ihre Befehlshaber und Bestimmungsorte zugewiesen erhalten. Sobald die deutsche Reichsflotte in die Nordsee einlauft, werden wir nicht verfehlen, davon Anzeige zu machen.

Die Berling'sche Zeitung berichtet: Kopenhagen, vom 24. Febr. Kündigung des Waffenstillstandes. In der heutigen Reichstagssitzung, vom 24. Februar theilte das Ministerium der Versammlung mit, daß Se Maj. der König der preußischen Regierung zu erkennen gegeben habe, daß er nicht länger als bis zum 26. März sich an die Konvention gebunden betrachten wolle. Die Versammlung nahm diese Nachricht mit Beifallsruf entgegen.

Wir fügen dazu den Schluß einer Depesche des dänischen Kriegsministeriums: Kriegsministerium. Kopenhagen, den 22. Februar 1849. Heute Abend oder spätestens Morgen werden Depeschen nach Berlin und Frankfurt, wie an den Reichskommissär Stedmann, die Kündigung des Waffenstillstandes zum 26. März. d. J. betreffend, abgesandt werden. Das Generalkommando wird daher seine besondere Aufmerksamkeit auf die Bewegungen (Foretagender) der Insurgenten gerichtet halten. Hansen. Dieterichsen. An das Generalkommando für Jütland.

(D. Z)

Italien.

In Rom hat am 21. Febr. das Exekutivcomité eine Bekanntmachung erlassen: „Das Gebiet der Republik ist von den unversöhnlichen Feinden Italiens verletzt. Die Oesterreicher haben den Po überschritten und bedrohen Ferrara. Unter den Vorwänden, welche sie für diese Occupation vor sich hertragen, befindet sich auch unser Ausrufen der republikanischen Regierung. Stark in der allgemeinen Billigung der Völker hat die Regierung der Republik schon jene Maßregeln ergriffen, welche stets die Staaten von Sklaverei und Schande errettete. Der Kriegsminister geht ab nach Bologna, von allen Punkten werden die Linie, die mobilisirte Civica und die Freiwilligen zusammenwirken, um den Feind zurückzutreiben. Toscana wird seine Truppen den unsern vereinen, Genua nicht träge verharren. Gewisse Nachrichten von Piemont versichern, daß die Mehrzahl in der Versammlung jenes Reichs bereit ist, unsre Republik anzuerkennen."

(A. A. Z)

(Triest, den 26. Februar.) Dieser Tage verließen uns die beiden franz. Fregatten Asmodée und Psyche, und in der Nacht vom 24. auf den 25. die englische Fregatte Spartan. Letztere segelte in Folge einer erhaltenen Depesche mit solcher Eile von hier ab, daß sie nicht einmal Zeit hatte, einige Offiziere und Soldaten, die am Land geblieben waren, an Bord zu rufen. Man glaubt, daß ihre Bestimmung Ancona sey. Es heißt, daß Albini vor Ancona aufgefordert worden sey, sich der Republik von Central-Italien zu unterwerfen, wessen er sich aber geweigert habe; er soll jedoch eine Meuterei unter seiner Mannschaft befürchten. (A. A. Z.)

Rußland.

Das Gouvernement, macht so eben bekannt, daß Se. Maj. der Kaiser auf Ansuchen des dänischen Bevollmächtigten, Baron Plessen (Baron Plessen ist ein Holsteiner) befohlen hat, nur solchen schleswig'schen Fahrzeugen, welche die dänische Flagge, nicht aber solchen, welche die neue schleswig-holsteinische Flagge führen, die Einfahrt in die russischen Häfen zu gestatten. (D. Z)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

...ministerium der Versammlung mit, daß
...ischen Regierung zu erkennen gegeben
...is zum 26. März sich an die Konven...
Die Versammlung nahm diese Nachricht

...uß einer Depesche des dänischen Kriegs...
...r. Kopenhagen, den 22. Februar 1849.
Morgen werden Depeschen nach dem
...kommissär Stedmann, die Kündigung
... März d. J. betreffend, abgesandt
... wird daher keine besondere Anweis...
...vorliegender) der Insurgenten gerichte...
An das Generalkommando für Jütland.
(D. Z.)

...alien.

... das Executivcomité eine Bekannt...
...der Republik ist von den unverletz...
Die Oesterreicher haben den Fe...
...ra. Unter den Kommandanten, welche
...beitragen, befindet sich auch mein
...ierung. Stark in der allgemeinen
...girrung der Republik schon jene
... die Staaten von Sklaverei und
...nister geht ab nach Bologna, um
... mobilisirte Civica und die Frei...
... Feind zurückzutreiben. Toscana
...ein, Genua nicht träge verharren.
...rsichern, daß die Mehrzahl in der
..., unsere Republik anzuerkennen."
(A. A. Z.)

Dieser Tage verließen uns die
... Pysche, und in der Nacht vom
...te Spartan. Letztere segelte in
...solcher Eile von hier ab, daß
...ere und Soldaten, die am Land
Man glaubt, daß ihre Bestim...
...tini vor Ancona aufgefordert
...ntral-Italien zu unterwerfen,
...

Der geheime Herr Hofrath an den Herrn Geheimerath!

Soll ich weinen oder lachen,
Bester Herr Geheimerath?
Titellos will man uns machen!
Ist das nicht ein Hochverrath,
Solchen Schandbeschluß zu fassen,
Der das Herz Millionen bricht?
Nein! mein Leben kann ich lassen,
Den „Geheimen Hofrath“ nicht!

Meine Frau bekam vor Schrecken
Eine Ohnmacht, jammervoll,
Daß sie mit der Schmach bedecken,
Sich nur „Frau“ noch schreiben soll,
„Frau, Madam“ — wie Bürgersfrauen,
Nichts „Geheimes“, gar Nichts mehr!
O! wenn doch nur (im Vertrauen)
'S Parlament beim T — — wär'!

Meinen denn die Doctrinäre
Unverschämten Angesichts,
Daß das so ein Bettel wäre,
Den man weggibt grad für nichts?
Lieber zwei meiner Finger
Gäb' ich, wenn es nöthig her;
Denn ich achte sie geringer,
Unersetzbar ist die Ehr'!

Ist ein Pudel frisch geschoren,
Duckt und birgt er sich vor Scham:
Seine Zierde ist verloren,
Selbst das Thier empfindet Gram.
Wie die frisch geschornen Hunde
Ihre Schweife ziehen ein,
So wird 's uns in jener Stunde
Bald nun auch zu Muthe seyn.

Ober alles Feuerzeichen
Zieht man uns das Fell jetzt ab!

Adam selbst, im Paradiese,
War nicht völlig titellos,
Denn bei Moses mein' ich, hieß'
Er zuweilen „Erdenkloß“;
Kurz, die ganze Weltgeschichte
Kennt kein solches Attentat.
O! das trägt euch bittre Früchte;
Fluch folgt solcher Frevelthat!

Unter uns bleibt es beim Alten,
Bester Herr Geheimerath!
Wollen treu zusammenhalten,
Fest im Wort wie in der That! —
Solchen Schandbeschluß zu fassen,
Der das Herz Millionen bricht!
Nein' mein Leben kann ich lassen,
Aber meinen Titel nicht.

L. O. K.
(Aus dem „Satyr.“)

Die letzten Stunden Robert Blum's

von

Julius Fröbel.

Am 4. November Morgens 6 Uhr wurden wir, Robert Blum und ich, verhaftet, und jeder von uns gesondert nach dem Stabsstockhause transportirt, wo wir uns in einem Zimmer wiederfanden, welches eigentlich für die Kanzlei des Gefängnisses bestimmt, und für uns ausdrücklich geräumt war. Der General Cordon, sagte man uns, habe befohlen, uns den besten Raum des Hauses zu geben und uns alle Bequemlichkeiten zu gestatten, die mit der Gefangenschaft zu vereinigen seyen. Wir hätten, fügte man hinzu, die Erlaubniß zu essen und zu trinken was wir wollten, zu rauchen, zu lesen und zu schreiben, und wir zögerten nicht, von diesen Freiheiten Gebrauch zu machen. Schwerlich hat man damals schon die Absicht gehabt, für unsere Betheiligung an dem Widerstande der Stadt ...

war es, die uns fehlte. Unser Fenster hatte zwar ein Eisengitter, aber es war groß und gewährte uns eine freie Aussicht auf die sehr belebte Bastei vor dem Stabsstockhause und der Salzgrieskaserne, welche, wenn ich nicht irre, die Elendbastei heißt. In der Regel waren aber die Eindrücke niederschlagend, welche wir durch die Aussicht aus unserm Fenster erhielten. Ununterbrochen führte man neue Gefangene in das Stabsstockhaus, dessen Thür gerade unter unserm Fenster lag, und ein blasses, scheues Volk von Frauen umschlich das Gebäude und warf forschende Blicke nach den vergitterten Fensterchen desselben, um vielleicht dem Auge eines gefangenen Gatten, Sohnes, Bruders oder Geliebten zu begegnen. Das Haus enthielt 700 bis 800 Gefangene.

Als ich am 5. oder 6. zufällig ans Fenster trat, wurde ich durch das, was ich sah, in hohem Grade frappirt, und ich mußte meinen Verstand zu Hülfe nehmen, um nicht in eine abergläubische Stimmung zu verfallen.

Vor mehreren Jahren hatte ich in der Schweiz den Verfasser mehrerer Romane — Tony, Adalay, u. a. — kennen gelernt, welcher unter dem Namen Anton Vilney geschrieben hat, aber seinem wahren Namen nach ein Herr v. Terzki oder Tertschensky. Als ich im August und September in Wien war, hatte er mich in meiner Wohnung aufgesucht, ohne mich zu Hause zu finden. Er ließ seine Karte zurück, auf die er, ich weiß nicht, was er sich dabei gedacht haben mag, die Worte geschrieben: „ich habe sie nicht zu Hause gefunden, aber bei Philippi sehen wir uns wieder!" Und eben, als ich jetzt ans Fenster trat, brachte ein Kroatenhaufen diesen Mann als Gefangenen daher. Zwei Sereschaner in dieser blutrothen Uniform, die langen Flinten über den faltigen rothen Mäntel gehängt, führten ihn zwischen sich, indem ihn jeder an einem Arm gefaßt hielt und der übrige Haufe umgab ihn mit dem eigenthümlichen finstern Blicke dieser südlichen Slaven. Aber niemals habe ich einen Menschen mit dem Ausdrucke einer größeren Ueberlegenheit über seine Situation gesehen, als dieser Terzki, wie er, sich hinten umsehend, in der Mitte des wilden Volkes vor der Thür des Stabstockhauses stand, bis der Befehl kam, ihn herein zu führen. Als am 8. Abends, an die Stelle Blums, der nach bestandenem Verhör, in eine andere Zelle gebracht worden war, ein Herr Eberle zu mir gethan wurde, erzählte mir dieser, daß er bisher mit Terzki, dem jungen Baron Schlechta und einem Polen, dessen Namen ich vergessen, die Zelle getheilt, in welche nun Blum gekommen sey, und ich erfuhr später, am 12. Vormittags, daß wirklich Blum in Gesellschaft dieser Männer die letzte Nacht seines Lebens theils in heiterer Unterhaltung, theils in ruhigem Schlafe zugebracht hat. Terzki war, wie ich erfuhr, bei dem Hauptquartier Jelacic's vorübergehend, verhaftet und in einen Stall gebracht worden, wo er hören und sehen mußte, wie die Bestien, welche ihn hereingeschleppt, Anstalt machten, ihm mit dem Hadschar den Kopf abzuschneiden. Das Eintreten eines Offiziers rettete ihn vor dieser voreiligen Exekution. In der Zeitung habe ich später, ohne sagen zu können, ob die Nachricht eine sichere war, seine Verurtheilung und Hinrichtung durch Pulver und Blei gelesen. So viel ich weiß, war Terzki der Anführer aufständiger slowakischer Bauern zur Zeit der Choleraunruhen in Ungarn, und wurde damals zum Tode verurtheilt, und auf dem Richtplatze begnadigt. In der Schweiz führte er ein zurückgezogenes und menschenscheues Leben. In Wien gab er im Sommer die Gassenzeitung heraus, welche, wenn ich nicht irre, in slavischem Interesse geschrieben war.

(Forts. folgt.)

Ein Brief von Frau Eugenie Robert Blum.

Freundlicher Mittheilung verdanken wir nachstehendes Schreiben, welches die Gattin von Robert Blum an die Vorsteherin des Neuen Frauen-Vereins in Hanau unterm 7. d. M. gerichtet hat.

Geehrte Frau!

Nehmen Sie, wenn auch erst spät, meinen tief gefühlten Dank für Ihre warmen, tröstenden Worte der Theilnahme an meinem Schmerze, und bringen Sie jenen gütigst in meinem Namen den übrigen edlen Mitgliedern Ihres wohlthätigen Vereines. Es ist ein erfreuliches Zeichen unserer großen Zeit, daß die Edlen unseres Geschlechtes, welches bisher als theilnahmlos galt, an den wichtigen Ereignissen der Politik sich mit dafür interessiren und den wärmsten Antheil nehmen an Allem, was Groß und Erhaben, zum Fortschritt und zur Freiheit zielt!

Auch Sie, edle Frau, haben Dies bewiesen mit all' den verehrten Mitschwestern Ihres Vereines, durch Ihre Begeisterung für den edlen Todten. Sie haben durch Ihre Huldigung, die Sie ihm einst darbrachten, indem Sie seine Stirn mit dem Lorbeer, dem Siegeskranz bekränzten, beurkundet, daß Sie sein Streben und Ringen nach dem höchsten Gute des Lebens, nach Freiheit, begriffen und richtig erfaßten. — Wer fähig ist, die Größe des Geistes und der Seele eines Andern zu verstehen und zu würdigen, der ist selbst des höchsten Aufschwungs zur Liebe des Vaterlandes fähig und bringt wenn es gilt, diesem die theuersten, die schwersten Opfer.

In unserer Hand liegt viel, die Zukunft des Vaterlandes! Doch nicht allein durch die Erziehung können wir einwirken für das Heil und die Unabhängigkeit der künftigen Geschlechter. Auch über die Gegenwart können wir schon, vermöge unserer Stellung, den Gatten, Freunden und Brüdern gegenüber, den wohlthätigsten Einfluß ausüben. Wenn diese auch nicht erst unserer anregenden Aufforderung bedürfen, den Kampfplatz des Rechts und der Freiheit zu betreten, so wird es zu ihrer Beruhigung viel beitragen, die Geliebten nicht klagend und verzweifelnd zurückgelassen zu haben, sondern gleichfalls begeistert dem Ausgang des Kampfes entgegensehend. — Sie haben meinen theuern Gatten gekannt, aber nur in ihm den Politiker, den Volksvertreter geehrt; wer aber Gelegenheit hatte, ihn daheim im Kreise seiner Lieben zu sehen, in seiner ganzen Gemüthlichkeit, der nur kann das große Opfer begreifen, was er brachte, indem er sich von der Familie trennte, und ich kann sagen, daß auch ich dies Opfer mitbrachte! — Der Himmel meines häuslichen Glückes ist jetzt auf immer zerstört, sein Daseyn, sein Leben war der Athem meines Lebens, aber doch sehe ich die Nothwendigkeit ein, daß es so kommen mußte! — Es gibt eine Wahrheit, ein Recht, eine Nothwendigkeit, vor denen jede selbstische Frage schweigen muß; wie so Mancher mir den Vorwurf machen mag, daß ich den Gatten von der gefahrvollen Sendung nach Wien nicht zurückgehalten, durch keine Bitte, durch keine Sylbe, so gereicht nur gerade Dies zum Trost, da die feste Ueberzeugung meinen Robert noch auf seinem letzten Gange begleiten mußte.

jede selbstische Frage schweigen mag
Vorwurf machen mag, daß ich der
len Sendung nach Wien nicht zu
hätte, durch keine Sylbe, so gereicht
t, da die erste Ueberzeugung mi
m letzten Gange begleiten mußte.

...Herzogs von Bordeaux ist zwei Jahre älter als er, zählt also über 30 Jahre; sie ist groß, dürr, häßlich, zänkisch, und beherrscht ihren Gemahl. Uebrigens ist sie sehr gebildet und fein in ihrem Benehmen, sogar etwas gelehrt.

An diesem Puppenhofe gibt es keine Kamarilla, die sich um die Herzogin und nicht um den Herzog gruppirt und des letztern vollkommene Nullität weiß Jeder gehörig zu würdigen.

Wird das katholische Deutschland diesen Namen weniger verdienen, wenn sich seine Geistlichen darauf beschränken werden, das Reich Christi zu suchen, welches nicht von dieser Welt ist. Die Begriffe mußten sich sehr weit von ihrem Ursprunge entfernt haben, ehe man auf eine Zusammenstellung verfallen konnte, wie sie das Wort „Fürst-Bischof" enthält (Matth 23, 8. Marc. 9, 35; 10, 42 und 43. — Wie

kann man die Mißbräuche mit der Wurzel vertilgen, so lange der Nachfolger des armen Petrus zu gleicher Zeit der Nachfolger ist von der irdischen Größe der Cäsaren.)

Die christliche Religion wurde in einigen Gegenden von der Staatsgewalt zur herrschenden erklärt, während sie doch da ist, nicht um die Menschen zu beherrschen, sondern sie zu erbauen, zu trösten und zu bessern, da sie, wie das reine Licht der Sonne, nicht in das ausschließliche Eigenthum eines Volks übergeben kann, sondern dem ganzen Menschengeschlechte angehört. — Wenn ich Verfolger sehe unter den Christen, so bin ich versucht, anzunehmen, daß sie das Evangelium nie gelesen haben. — In frevelhafter Verbindung vereinigten sich die Päpste und die Despoten, um den Völkern Ketten zu schmieden. Die Verfolger, da sie das Christenthum in dem Blute der Märtyrer nicht ertränken konnten, suchten es zu verderben; die Reichthümer kamen in die Kirche und es entstand jener falsche Eifer, welchem eine Menge Andachtsübungen ihren Ursprung verdankt, mit denen man die verworfensten Sitten verbindet, jener falsche Eifer, dem die Erfüllung der Kirchengebräuche Alles, die Tugend wenig oder nichts ist; jener falsche Eifer, welcher die Religion entstellt, durch den unreinen Zusatz menschlicher Satzungen und welche der geschichtlichen Wahrheit jene Menge von Fabeln ausdrängt. — Die Herrschsucht der römischen Curie hat Zwietracht in dem Schooße der Familien erzeugt, sie hat den Haß gesteigert und eine Scheidemauer zwischen den Völkern errichtet, wodurch die Bewegungen des menschlichen Geistes aufgehalten und die Wahrheit in Banden gelegt wurde. — Der Grundsatz, die Menschen durch Dummheit zu regieren, ist er nicht ein Frevel an der menschlichen Natur, eine Lästerung gegen die Gottheit? — Wehe den Regierungen, welche ihren Thron zu stützen hoffen, indem sie die Menschen betrügen!

Sind wir nicht Diener der Religion des Friedens? der Religion, die in ihrem Wesen sanft und duldend, den Wissenschaften und der Freiheit gleich befreundet ist, der Religion, welche unaufhörlich das Interesse des Einzelnen dem Ganzen unterordnen, dem Menschen gebietet, seine Würde zu fühlen, seine Vernunft auszubilden, seine Fähigkeiten zu vervollkommnen, um das Wohl unserer Mitmenschen zu befördern, in welchem wir unser eigenes finden sollen, und welche uns eben dadurch ein weites Feld öffnet für alles Schöne, für alles Große? Weg darum mit jener unzeitigen Furchtsamkeit, mit jenen beengten Ansichten, welche nur Palliativmittel hervorbringen! Nie würde man zu einem großen Entschluß gelangen, wenn man blos ein solches Verfahren wählen wollte, das mit keiner Unbequemlichkeit verknüpft ist, das kein Interesse, kein Vorurtheil beleidigt. Auf scharfer Waage muß der Staatsmann die Vortheile und die Nachtheile gegen einander halten, er muß die Zukunft durchblicken und künftige Geschlechter an seinem Geiste vorüber gehen lassen. Die kommenden Jahrhunderte sind sein Gebiet und die Gerechtigkeit, die Festigkeit und die liebevolle Sorgfalt, womit er das Glück der Nachwelt begründet, erheben ihn unter die Wohlthäter der Menschheit.

Funken.

Bosco hat in Konstantinopel zu größter Freude des Sultan Abd-ul-Medschid ein Meisterstück gemacht. Er schnitt zwei Hämmeln die Köpfe ab und zauberte den weißen Kopf auf den Rumpf des schwarzen Thieres und umgekehrt. Der Sultan verlangte das Experiment auch an zwei Sklaven, einem Weißen und einem Neger. Es gelang. Der Mohr hat nun einen weißen Kopf, der Weiße ein Negerhaupt, beide aber sind zum Entzücken für Major Nisewandt ganz schwarzweiß. Der Preußenverein in Berlin und das Junkerparlament sollen Bittschriften an den Sultan gerichtet haben, des Inhalts: Se. türkische Hoheit möge die beiden schwarzweißen Männer ihnen überlassen. Die Antwort des Padischah ist in Berlin noch nicht bekannt.

Der Californismus ist im Begriff den Kommunismus zu entthronen, schreiben französische Blätter. Sozialisten und Kommunisten ziehen fort um sich zu californisiren, d. h. reich zu machen und ihre Heerführer sind sehr betrübt über die Abnahme ihrer Armee. In Californien soll die Hitze im Sommer unerträglich seyn. Ein Amerikaner sagt in einer Reisebeschreibung darüber: Die Zügel meines Pferdes wurden häufig so heiß, daß mir die Hand schmerzte, in der ich sie halten mußte. In der Nacht dagegen fällt so reichlicher Thau, daß das Gras davon so naß wird, wie nach dem stärksten Regengusse. Die Folge dieses starken Temperaturwechsels sind die Fieber, die fortwährend dort herrschen.

Als ein Curiosum mag ein Vorschlag der österreichischen Regierung an die Centralgewalt angeführt seyn, Ungarn vermittelst deutscher Einwanderung zu colonisiren! Die Zeit zu einem solchen Vorschlage, die Zeit des Bürgerkriegs und der Anarchie in Ungarn, ist seltsam gewählt und noch seltsamer ist am Ende der Verkauf des Pelzes, ehe man den Bären geschossen hat.

L. Kalisch sagt in seiner Heulerbibliothek: »Was ist politische Gesinnung? Was ist Gesinnung überhaupt? Was ist überhaupt Gesinnung? Kann man sich ein Vermögen erwerben durch Gesinnung? Wird man dick und fett durch Gesinnung? Kann man mit mehr Appetit essen und trinken durch Hülfe der Gesinnung? Au contraire! Durch Gesinnung kann man das Seinige verlieren; durch Gesinnung kann man eingesteckt werden; durch Gesinnung kann man gehängt oder »durch Pulver und Blei« gestandrechtet werden. Darum hole der Teufel die Gesinnung!«

(Gutes Auskunftsmittel.) Montesquieu war mit dem Jesuiten Tournemine in eine Fehde gerathen, welche eine gemeine Wendung zu nehmen drohte. Montesquieu machte daher durch öffentliche Blätter bekannt: „Da Herr Tournemine und ich Freunde gewesen, nun aber Feinde geworden sind, so bitte ich das Publikum von Allem, was wir Böses von einander sagen könnten, Nichts zu glauben.“ Diese Erklärung verfehlte ihre Wirkung nicht. Da Montesquieu für sich selbst in diesem Verhältnisse aller Glaubwürdigkeit entsagte, so konnte sie sein Gegner eben so wenig für sich in Anspruch nehmen, und that am klügsten, zu schweigen. — Von diesem Recepte könnte auch heutzutage manchmal guter Gebrauch gemacht werden.

Druck und Verlag von Wilhelm Tümmel S. Nr 514 am Rathhaus.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 6 März 1849. № 65. Dienstag: Fridolinus.

Königliche Proklamation.

Ich habe Mich entschlossen, die Stände Meines Reiches um Mich zu versammeln; dieselben sind auf den 16. d. Mts. in die Hauptstadt berufen.

Die Wünsche Meines Volkes haben in Meinem Herzen jederzeit vollen Wiederhall gefunden.

An die Stände des Reichs werden ungesäumt Gesetzes-Vorlagen gelangen, unter anderen:

über die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit der Minister;

über vollständige Preßfreiheit;

über Verbesserung der Stände-Wahl-Ordnung;

über Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in die Rechtspflege mit Schwur-Gerichten;

über die in der IX. Verfassungs-Beilage angedeutete umfassendere Fürsorge für die Staatsdiener und deren Relikten; dann deren Ausdehnung auf die übrigen Angestellten des Staates;

über Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten.

Ferner ordne Ich in diesem Augenblicke die schleunige Abfassung eines Polizei-Gesetz-Buches an; ebenso befehle Ich die unverzügliche Beeidigung Meines Heeres auf die Verfassung, und lasse Ich von heute an die Censur über äussere wie innere Angelegenheiten ausser Anwendung treten.

Bayern erkennt in diesem Entschlusse die angestammte Gesinnung der Wittelsbacher.

Ein großer Augenblick ist in der Entwicklung der Staaten eingetreten. Ernst ist die Lage Deutschlands. Wie Ich für deutsche Sache denke und fühle, davon zeugt Mein ganzes Leben. Deutschlands Einheit durch wirksame Maaßnahme zu stärken, dem Mittelpunkte des vereinten Vaterlandes neue Kraft und nationale Bedeutsamkeit mit einer Vertretung der deutschen Nation am Bunde zu sichern, und zu dem Ende die schleunige Revision der Bundes-Verfassung in Gemäßheit der gerechten Erwartungen Deutschlands herbeizuführen, wird Mir ein theuerer Gedanke, wird Ziel Meines Strebens bleiben.

Bayerns König ist stolz darauf, ein deutscher Mann zu seyn.

Bayern! Euer Vertrauen wird erwiedert, es wird gerechtfertigt werden! Schaaret Euch um den Thron. Mit Eurem Herrscher vereint, vertreten durch Euere verfassungsmäßigen Organe, laßt Uns erwägen, was Uns, was dem gemeinsamen Vaterlande Noth thut.

Alles für Mein Volk! Alles für Deutschland!

München, den 6. März 1848.

L u d w i g.

Maximilian,	**Luitpold,**	**Adalbert,**	**Karl,**
Kronprinz.	Prinz v. Bayern.	Prinz v. Bayern.	Prinz v. Bayern.

Fürst v. Oettingen-Wallerstein. v. Beisler. v. Heres. v. der Mark. v. Voltz.

Die Russen in Oesterreich.

Die Russen sind also wirklich und leibhaftig in Siebenbürgen eingerückt, und zwar, wie ihr General Engelhardt selbst aussagt, nach dem Willen und auf den Befehl des russischen Kaisers! Zweierlei haben wir aus dieser Thatsache gelernt: Das eine, daß die ungarischen Insurgenten über größere Streitkräfte zu verfügen haben, als die ersten raschen Erfolge der k. k. Armee vermuthen ließen; das Andere, daß das Kabinet von Petersburg sich bereits vollständig von dem Schrecken über die europäische Revolution erholt, und das passive Zusehen, welches es in einer Note vom v. J. zur Schau getragen, mit energischer, weit aussehender Thätigkeit vertauscht hat. Das eine wie das andere ist schlecht geeignet, den Blick in unsere Zukunft aufzuhellen und uns Zuversicht auf eine ungehemmte politische Entwicklung einzuflößen. Daß unsere Truppen gezwungen waren, die Hilfe einer fremden Macht anzusuchen, weist auf einen hartnäckigen Widerstand der Magyaren hin, der die rasche Beendigung des Feldzuges keineswegs in nahe Aussicht stellt. Der Erfolg des Kampfes steht zwar über jeden Zweifel fest; die Sache der Magyaren ist in sich unhaltbar, die Sympathien des Auslands zur ungarischen Sache, wenn sie jemals vorhanden waren, jetzt völlig verschwunden, der Sieg der kaiserlichen Waffen gewiß; aber je länger der unselige Krieg dauert, desto furchtbarer werden die Nachwehen seyn, desto schwieriger die Heilung der dem Gesammtstaate geschlagenen Wunden. Und dennoch sehen es wohl die wenigsten Bewohner Oesterreichs gern, daß der Krieg mit russischer Hilfe einem rascheren Ende zugeführt wird; denn Jedem sagt sein politischer Instinkt, der Einmarsch der Russen ist einer Rekognoscirung, in wie weit auf Oesterreich sich schon jetzt gegen die Türkei geübte Politik anwenden läßt, leider gar zu ähnlich. Man wird das freilich entgegnen, diese Hilfe sey von Rußland nur im Interesse Oesterreichs, nur aus Sympathie für die habsburgische Dynastie gewährt worden, als ob jemals in der Politik und vor allem in der Politik der Kabinete, das sentimentale Gefühl einen Entscheidungsgrund abgeben könnte, als ob nicht Jedermann, der die Geschichte der Kabinete, der die Schule kennt, aus welcher alle modernen Staatsmänner hervorgegangen sind, wüßte, das nur der eigene Vortheil, nur das selbstsüchtige Interesse die Kabinetspolitik bestimmt. Rußlands natürliche Interessen gehen aber dahin, die freiere Bewegung in Westeuropa nach Möglichkeit zu unterdrücken, die Nachbarstaaten, besonders Oesterreich, zu schwächen und in ihrer Kraftentwicklung zu hemmen. Daß Rußland dem revolutionären Geiste feindlich gesinnt ist, dies bedarf hoffentlich keines weitern Nachweises, der ansteckende Charakter der Freiheit ist Grund genug, um die russischen Machthaber zu feindseligen Maßregeln gegen die demokratischen Ideen, die nicht einmal eine von Kosaken bewachte Grenze respektiren, zu bewegen. Rußland ist aber weiter noch fortwährend im Stadium der Aggression begriffen, und muß, wie der napoleonische Staat durch stetige Vergrößerung und Zunahme an äußerer Macht den tiefen Widerspruch einer erkünstelten Existenz verhüllen, das russische Volk selbst dadurch den Mangel einer nationalen Grundlage des Staates vergessen lassen. Nach der Türkei ist Rußlands Sinn gerichtet. — Dies ist eine weltbekannte Thatsache, Oesterreich allein aber wäre unter Umständen im Stande, den russischen Bestrebungen daselbst mit Erfolg entgegenzutreten. Hat Rußland den Vortheil, daß die griechische Religion unter einem großen Theile der türkischen Bevölkerung für die russische Herrschaft Propaganda macht, so kann Oesterreich wieder die österreichischen Südslaven zur Verbreitung des Gedankens eines österreichischen Primates über die nördlichen Theile der Türkei benützen. So viel steht gewiß, daß, wenn einmal der Liberalismus auch die äußere Politik unseres Staates durchdrungen haben wird, Oesterreich seine Fronte ändern, und das Gesicht nach dem Osten kehren wird. Dorthin rufen Oesterreich die Humanität, seine Kulturbestimmung wie seine materiellen Interessen, nationale, wie politische Rücksichten. So lange Oesterreich im Westen seinen Schwerpunkt sucht, muß es den starren Konservatismus stützen, lenkt es dagegen denselben nach Osten hin, so wird es der natürliche Hort der freien politischen Entwicklung der osteuropäischen Völker gegen die rohen Eroberungsgelüste Rußlands, so tritt es in ein ähnliches Verhältniß zu ihnen, wie Frankreich zu Italien. Darum muß Rußland vorzugsweise daran gelegen seyn, diese wahre Einsicht aus dem österreichischen Kabinete zu verbannen. Oesterreich in eine solche Lage zu bringen, daß, wenn es auch einmal zu dieser Einsicht gelangen sollte, es dieselbe doch nicht benützen und praktisch vertreten kann. Sehen wir zu, ob Rußland nicht in der neuesten Zeit Schritte gethan hat, dieses sein Interesse an Oesterreichs Schwächung wesentlich zu fördern. Wie gut unterrichtete Blätter berichteten, so hat das russische Kabinet Oesterreich seine italienischen Besitzungen garantirt. Dadurch ist das eine Ziel der russischen Politik — die Niederhaltung der Revolution in Westeuropa — seiner Verwirklichung wesentlich näher gerückt: so lange Oesterreich noch einen einzigen Hufen Landes in Italien besitzt, muß es mit Anwendung seiner ganzen Kraft jeder Nationalbewegung, jeder mehr als administrativen Reform daselbst sich widersetzen. Doch hat nicht Rußland durch diese Garantieleistung nebenbei noch einen anderen Zweck erreicht? Die italienischen Provinzen sind ein dornenvoller Besitz für Oesterreich, der es diesem Staate ganz unmöglich macht, seine Aufmerksamkeit und seine Macht auf irgend einen andern Punkt hin zu lenken, und am wenigsten erlaubt, seinen Interessen an der Ostgrenze Rechnung zu tragen. Dieser Umstand scheint wenigstens uns an dem Wohlwollen Rußlands für Oesterreichs Integrität großen Antheil zu haben. Oesterreich durfte es nicht wagen, gegen die Versandung der Sulinamündungen zu protestiren, es mußte das steigende Umsichgreifen des russischen Einflusses in der Türkei sich gefallen lassen, es muß jetzt zur russischen Occupation der Donaufürstenthümer stillschweigen — dies Alles, weil es im Westen vollauf beschäftigt ist, und darum dieses Interesse Rußlands, daß Oesterreich seine italienischen Besitzungen beibehält. In je weiterem Kreise Rußland das österreichische Gebiet umschließt, desto unfreundlicher müssen seine Beziehungen zum österreichischen Staate werden. Oesterreich war nicht im Stande, den

Geist der Revolution von sich fern zu halten. Stammverwandte russischer Unterthanen und Schutzbefohlener bewohnen die Ostprovinzen Oesterreichs; wie leicht könnte jener Geist nicht auf das russische Gebiet verschleppt werden, wie leicht könnte das Petersburger Kabinet sich berechtigt fühlen, Pläne, die es bereits öfter durchgeführt, auch in Bezug auf Oesterreich anzuwenden, wozu unser Staat nicht stark genug erscheint, durch unmittelbare Besetzung zu rivalisiren. Im Angesicht dieser Thatsachen ist die Sorge nur zu sehr gegründet, daß der Einmarsch der Russen nach Siebenbürgen vielleicht den, wenn auch entfernten Anfang einer russischen Schutzherrschaft über unsere Ostprovinzen bildet, wie sie Polen und die Krim genossen, die Türkei und die Donaufürstenthümer im gegenwärtigen Augenblicke noch genießen, daß Rußland trotz seiner ostensiblen Freundschaft zu unserer Dynastie auch unseren Staat mit wohlbekannten Eroberungsgelüsten umgarnt. Wir müssen wünschen, diese Sorge durch Thatsachen widerlegt zu sehen, hoffen können wir es aber leider von Tag zu Tag immer weniger.

Deutschland.

Bayern. (München, 4. März.) Dem Regierungsrathe B. Rund wurde die nachgesuchte Quiescenz gewährt, und die hiedurch eröffnete Rathsstelle bei der Regierung von Niederbayern, K. d. I., dem dortigen Assessor J. G Hecht übertragen; der Landrichter und Stadtkommissär J. Gerstner tritt in den Ruhestand; die eröffnete Landrichterstelle zu Tittmoning wurde dem bisherigen I. Landgerichtsassessor Fr. X. Volkart zu Aidling verliehen; die Aktuarsstelle bei dem Landgerichte Neumarkt dem vormaligen Patrimonialbeamten G. Mögginger von Fischbach übertragen, und der Regierungsaccessist K. Frhr. v. Lilgenau zu Regensburg zum Regierungssekretär II. Klasse bei der Regierung von Oberfranken ernannt. (N. Münch. Z.)

Baden. (Freiburg, den 1. März.) Das hiesige Hofgericht hat an die Geschwornen und Zeugen in dem Prozesse von Struve und Blind die Aufforderung ergehen lassen, zur Eröffnung der Sitzungen in diesem Prozesse bis zum 20. März hier einzutreffen. (Fr. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 2. März.) Aus den gestern dem Reichsministerpräsidenten übergebenen weiteren Bemerkungen und Abänderungsvorschlägen der vereinigten Regierungen heben wir Folgendes als das Wichtigste hervor: Die Regierungen verlangen das Recht für jeden Staat, mindestens einen Vertreter ins Staatenhaus zu senden; das absolute Veto für das Reichsoberhaupt; Feststellung des Budgets auf 3 Jahre. Der Bevollmächtigte für Luxemburg will nicht, daß Limburg einen Vertreter im Staatenhaus habe — weil bereits erklärt worden, daß dasselbe dem engeren Bundesstaate nicht beitreten könne! — die Zahl von 2 Vertretern soll aber darum nicht gemindert werden, weil Luxemburg allein so viel in Anspruch nehmen dürfe! (D. Z.)

(Frankfurt, den 2. März.) Die heute eingegangene bayerische Note ist, wie verlautet, im Ganzen mit den von der sächsischen Regierung abgegebenen Erklärungen einverstanden; jedenfalls müsse die Verfassung des deutschen Bundesstaates so organisirt seyn, daß Oesterreich in dieselbe eintreten könne. Das Direktorium gilt als die allein mögliche Regierungsform und das einheitliche Oberhaupt wird in das Reich der Träume verwiesen. Indem Bayern der von dem preußischen Bevollmächtigten überreichten Kollektivnote beistimmt, werden noch anderweitige Einwendungen gemacht, die schonungslos mit dem Verfassungsentwurf verfahren. Abänderungen und Streichungen der eingreifendsten Art werden beantragt, um das Einheitsband zu lockern und den Bundesstaat in den Staatenbund umzuwandeln. So wird u. A. die Existenz der Reichsfinanzen beseitigt und das Reich für den Fall des Bedarfs auf Matrikularbeiträge der Einzelstaaten angewiesen. Ebenso werden die meisten Bestimmungen in Betreff des Heerwesens verworfen und darauf hingewiesen, daß die bisherige so vortreffliche Bundesverfassung des deutschen Bundes beibehalten werden könne. Die drei Fraktionen der Linken sind für die gemeinschaftliche Berathung des Verfassungswerkes zu einem Gesammtklub zusammengetreten, neben welchem die einzelnen Klubs in Wirksamkeit bleiben. Die ausdrücklich angenommene Bestimmung, daß kein einzelnes Mitglied genöthigt ist, sich der Vereinigung anzuschließen, scheint darauf hinzudeuten, daß Meinungsverschiedenheiten obwalten, die man schonen zu müssen glaubt. Die Kündigung des Waffenstillstandes von Seiten Dänemarks ist vielleicht der kürzeste Weg zum Frieden. Eine Verlängerung jenes zwitterhaften Zustandes würde die Parteien auch fernerhin in eine falsche Ruhe einwiegen, sie über das Maß desjenigen, was sie vermögen und bedürfen, in Täuschung erhalten, und hierdurch die Unterhandlungen verzögern. Die gegenwärtige Sachlage, die zwar den Krieg nicht in nahe Aussicht stellt, aber doch möglicherweise täglich zum Kriege führt, ist eine so precäre, daß sie unmöglich dauern kann. Der Handelsverkehr der deutschen Seeküsten kann diese Unsicherheit nicht ertragen, und eine Entscheidung ist zu sehr im Interesse aller dabei Betheiligten, als daß sie lange hinausgeschoben werden könnte. Die Erklärung Preußens, daß es im Kriegsfalle die Ehre des Landes zu wahren wissen werde, hat hier, wo man von den zur Vertheidigung der Seeküste getroffenen Maßregeln genauer unterrichtet ist, den lebhaftesten Anklang gefunden. Der Deutschen Dogge, die sich im vergangenen Sommer von dem dänischen Fisch mußte verhöhnen lassen, sind während des Winters die Flossen gewachsen und sie wird ihr Eigenthum zu schützen wissen, wenn sie sich auch noch nicht auf das hohe Meer wagen darf. So eben tritt ein aus den Abgeordneten Gevekoht, Merk, Riesser, Simson, Tellkampf, Beit und Vogt bestehendes Komite in der Absicht zusammen, für eine kleine Anzahl deutscher politischer Flüchtlinge, die in Straßburg und andern französischen Städten dem bittersten Elend verfallen sind, durch Privatunterzeichnung eine Summe zusammenzubringen, aus welcher die Ueberschiffung der Bedürftigsten nach den vereinigten Staaten von Amerika bestritten werden kann. (Frkft. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Wien, 1. März, Nachm. 4 Uhr.) Auf telegraphischem Wege ist soeben aus Triest die Nachricht hier eingetroffen, daß in Venedig die größte Aufregung und Anarchie herrsche. Die sich gegenüberstehenden Parteien, der römischen Republik und die österreichische, wünschen selbst eine Krisis herbei, um diesem Zustande längerer Ungewißheit ein Ende zu machen. (A. A. Z.)

(Pesth, den 22. Februar.) In Pesth ging das Gerücht, Dembinski sey in Gyöngyös, vier Meilen von Pesth, eingezogen; am 20. wollte man wissen, Szolnok sey durch ein anderes magyarisches Korps den kaiserlichen Waffen entrissen worden. Das letztere Gerücht hat sich nicht bestätigt. Gewiß aber ist, daß Dembinski bei Hatvan, 7 Meilen von Pesth steht. Von hier sind alle entbehrlichen Truppen abmarschirt. Von General Wrbna war ein Plakat angeschlagen, worin das Anrücken der Insurgenten und der Abmarsch der Garnison verkündet und die Bevölkerung ernstlich ermahnt wird, sich aller Ruhestörungen zu enthalten. Zu den Neuigkeiten des heutigen Vormittags gehört ein Treffen bei Szolnok, wo die Kaiserlichen bei dem daselbst von ihnen besetzten Brückenköpfen des linken Theißufers von einer großen Abtheilung Honveds plötzlich überfallen wurden. Der Stadt Gyöngyös, die durchaus nicht frei davon ist, an der Gefangennahme des Obersten Gr. Montecuccoli sich betheiligt zu haben, wurde eine Brandsteuer von 50,000 fl. auferlegt, von welcher Summe sie bis jetzt noch nicht die Hälfte entrichtet hat. Auch die Pesther Judengemeinde soll im Sinne der in den letzten Tagen erlassenen Proklamation, da zwei Mitglieder aus ihrer Mitte soeben des fortgesetzten Verkehrs mit den Rebellen bezüchtigt wurden, zur Leistung des in jenem Aktenstücke stipulirten Strafgeldes von 40,000 fl. angehalten werden. (A. Oder-Z.)

Oldenburg. (Oldenburg, 1. März.) Heute ist in dem Gesetzblatte Nro. 9. das großherzogliche Patent, die Verkündigung des Staatsgrundgesetzes für das Großherzogthum Oldenburg betreffend, erschienen. Es lautet: „Wir Paul Friedrich August rc. thun kund hiemit: daß Wir mit dem durch das Gesetz vom 26. Juni v. J. berufenen Landtage das Staatsgrundgesetz für das Großherzogthum Oldenburg vereinbart haben und solches nunmehr hiemit zur öffentlichen Kenntniß bringen. Wir begleiten dasselbe mit dem aufrichtigen Wunsche, daß das Staatsgrundgesetz das Wohl des Landes dauernd begründen, daß dasselbe die Eintracht zwischen Fürst und Volk befestigen möge. Indem Wir das Staatsgrundgesetz seinem ganzen Inhalte nach als rechtverbindlich für Uns und Unsere Nachkommen ansehen, erklären wir zugleich, daß Wir durch Vereinbarung desselben, den etwaigen Rechten der Agnaten des oldenburgischen Fürstenhauses nicht haben Eintrag thun wollen. Urkundlich Unserer eigenhändigen Namensunterschrift und beigedruckten großherzogl. Insiegels. Gegeben auf dem Schlosse zu Oldenburg, den 18. Februar 1849. (L. S.) August. Schloifer. v. Egloffstein. Zedelius. (Br. Wes. Z.)

Preussen. *†* (Berlin, 2. März.) In der heutigen Sitzung der 2. Kammer beschäftigte man sich lediglich mit der Wahlprüfungsangelegenheit. Unter den Zuhörern bemerkte man auch den kommandirenden General v. Wrangel, der sich von dem ihn begleitenden Adjutanten die bedeutendern Persönlichkeiten zeigen ließ. —

Das Kammergericht hat mehrere Abgeordnete, die der aufgelösten Nat.-Vers. angehörten und an dem Steuerverweigerungsbeschluß Theil genommen haben, u. A. auch den Abg. Messerich vorgeladen. So viel uns bekannt, haben diese HH. jedoch nicht der Vorladung Folge gegeben. In der Parteiversammlung der Rechten hatte eine nur kleine Partei den Antrag gestellt, die Mitglieder, die an dem Steuerverweigerungsbeschluß Theil genommen hatten und deßhalb in Untersuchung befindlich wären, von der gegenwärtigen Versammlung auszuschließen. Man ging jedoch über den Antrag zur Tagesordnung —

Die in Untersuchung befindlichen politischen Gefangenen tragen meist auf Beschleunigung der Untersuchung an, damit sie nicht vor die „Zwanzig Thaler Geschworenen“ gebracht werden. —

Es stehe zu erwarten, daß schon in sehr kurzer Frist nachgelassene Schriften des verstorbenen Prinzen Waldemar, namentlich solche, die seine Reisen in Indien betreffen, werden publizirt werden.

Von gut unterrichteten Personen erfahren wir, daß England eine Note erlassen hat, welche sich begutachtend über den Einmarsch russischer Truppen in Siebenbürgen äußert. Die russische Regierung hat, bevor ihre Truppen in Siebenbürgen einrückten, von ihren Botschaftern verschiedenen Regierungen ein Rundschreiben überreichen lassen, in welchem sie erklärt, daß sie in Siebenbürgen einrücken müsse, so weit sie auch entfernt sey, sich in fremde Angelegenheiten zu mischen; sie verfehle nicht, darauf aufmerksam zu machen, daß es sich bei der Wendung, die der Kampf in Ungarn genommen, in neuerer Zeit um nichts weniger als eine beabsichtigte, weit verzweigte Schilderhebung handele, welche sich bis nach Podolien und in die Donaufürstenthümer hinein erstrecke. Sie kämpfe nur pro domo, wenn sie Truppen nach Siebenbürgen einrücken lasse.

[II. Kammer. Sitzung vom 2. März.] Nachdem die Sitzung um 10¼ Uhr durch den Alterspräsidenten Herrn Lensing eröffnet, wird das Protokoll der vorigen Sitzung verlesen, in welches auf den Antrag des Abgeordneten Behrends noch die Bemerkung des Ministers des Innern (in der vorigen Sitzung) aufgenommen wird, daß er gegen jeden Angriff auf das Ministerium vor Konstituirung der Versammlung Protest einlegen müsse, und daß das Ministerium sich nach der Konstituirung rechtfertigen werde. Es wird hierauf von den Referenten einzelner Abtheilungen Bericht über die Wahlprüfungen erstattet. Es sind nur wenige Unregelmäßigkeiten ohne Belang zu monieren. Die Anträge der Abtheilungen, die betreffenden Wahlen anzuerkennen, werden einstimmig angenommen. Bei der Wahl des Mitgliedes für Cleve Dr. Arntz sind in der Abtheilung Bedenken erhoben worden, indem man behauptete, er sey kein preussischer Staatsbürger. Herr Arntz erklärte, daß er allerdigs in Brüssel zuerst als Advokat und später als Professor an der Universität, die jedoch nicht Staatsanstalt sey, fungirt habe. Das Gesetz von 1842, wodurch alle Unterthanen, die sich 10 Jahre im Auslande aufhielten, das preussische Statasbürgerrecht verlieren, könne keine rückwirkende Kraft ausüben, übrigens beziehe er sich auf seine Mitgliedschaft in der vorigen National-Versammlung. Pelzer glaubt, daß man präsumiren könne, daß Herr Arntz die Absicht gehabt, sich in Belgien niederzulassen, es sey nothwendig, daß er von Neuem in Preussen naturalisirt werde. Parisius: In Rechtsfragen dürfe man nicht präsumiren, übrigens sey die Präsumtion falsch, denn ein in das Exil unfreiwillig Gegangener könne weit eher bei Uebernahme einer Professur den Grund haben, sich zu ernähren, als sich in einem fremden Lande anzusiedeln. — Die Wahl des Herrn Arntz wird einstimmig als rechtsgültig anerkannt. (Bravo links.) —

Schluß der Sitzung 12¼ Uhr, nächste Sitzung morgen 10 Uhr.

(Posen, den 26. Februar.) Schon seit längerer Zeit hatte der Inhaber eines Schenklokals, ein Deutscher, das jetzt hier stehende Militär erbittert, da er demselben, auch für Geld, keine Getränke verabreichen wollte. Am Sonnabend soll er geradezu gegen Soldaten geäussert haben: »Er schenke keinem preussischen Soldaten Branntwein.« Die Abgewiesenen theilten dies ihren Kameraden mit, welche nun gemeinschaftlich gestern gegen Abend in die Schenke gingen, um einen Trunk zu for-

dern. Als dieselbe abschlägige Antwort erfolgte, indeß der Wirth zu gleicher Zeit seine polnischen Gäste bediente, erhob sich ein Wortwechsel, der bald, als Letztere dem Wirth zu Hülfe eilten, zu einer großartigen Schlägerei zwischen den zahlreich anwesenden Polen und den hereindringenden Soldaten sich gestaltete; Letztere befanden sich bald so in der Ueberzahl, daß sich der Kampf von dem Laden, dessen Inneres gänzlich demolirt war, auf die Strasse verpflanzte; dort sollen sogar aus den anliegenden Häusern Steine auf die Soldaten geworfen worden seyn. Gewiß ist es, daß mehre erhebliche Verwundungen von beiden Seiten vorgekommen sind, ein Soldat wurde für todt in das Lazareth getragen, aber auch von den Civilisten wurden mehrere durch Säbelhiebe verwundet. Vergebens suchten immer stärker abgesandte Patrouillen den Tumult zu unterdrücken, vergebens erschien sogar der General Steinäcker selbst — obgleich derselbe mit einem „Vivat Vater Steinäcker!“ empfangen ward — die Ruhe wurde doch erst hergestellt, als er Generalmarsch schlagen ließ und so die tumultirenden Soldaten auf die Alarmplätze eilen mußten. Dies geschah um halb 8 Uhr Abends, nachdem der Exceß mehrere Stunden gedauert hatte. Um so mehr wurde unsere Bevölkerung durch den Alarm erschreckt, als schon seit längerer Zeit wieder Gerüchte von einer nahe bevorstehenden polnischen Insurrection im Umlaufe sind. Durch den gestrigen Exceß hat sich die Besorgniß unserer Bevölkerung gesteigert; derartige Scenen pflegten immer einer größern Katastrophe voranzugehen. (Berl. Z.)

Sachsen. (Dresden, 28. Febr.) Ein kgl. Dekret, die Publikation der Grundrechte betreffend, ist an die Kammer gelangt; dasselbe lautet: »Da Se. kgl. Majestät mit den von den Kammern in der Schrift vom 24. Februar d. J. wegen der Grundrechte des deutschen Volks gestellten Anträge einverstanden sind, so wird mit der Publikation derselben unverweilt verfahren werden. Allerhöchstdieselben setzen jedoch hierbei das Einverständniß der Kammer darüber voraus, daß bei der Publikation zur Wahrnehmung der materiellen Interessen des Landes die Gültigkeit der in §. 3 und 4 enthaltenen Bestimmungen nur denjenigen deutschen Staaten gegenüber ausgesprochen wird, in denen die Grundrechte des deutschen Volks ebenfalls zur Geltung gelangen, und sehen hierüber der Erklärung der Kammern entgegen. Dresden, den 27. Febr. 1849. (Gegengez.) Dr. Gustav Friedrich Held.«

(Dresden, den 1. März.) Nach dem Schlusse der vereinigten Sitzung blieb die II. Kammer noch versammelt. Nach einer halbstündigen Pause wurde das Protokoll über jene Sitzung und die Registrande vorgetragen, worauf der neugewählte Abg. Röckel aus Dresden (Redakteur des Volksblattes) in die Kammer eingeführt und vereidet wird. Vicepr. Tzschirner erhält sodann das Wort zu Ankündigung einer Interpellation in Betreff der altenburger Exzesse. Bereits am 23. Februar sey der sächsische Korporal Rolke mit dem Gemeinen Bischof behufs eines Besuchs in das Haus eines Seilermeisters gekommen. An der Thür einer Stube, in welcher Schneidergesellen gearbeitet, hätten sie das Wort „Republik“ mit Kreide angeschrieben gefunden. Der Korporal habe nun die Thür angespuckt, das Wort weggelöscht und dabei geäußert, er würde wieder kommen und das Uebrige würde sich finden. Die Schneidergesellen, welche das Wort angeschrieben gehabt, seyen natürlich darüber aufgebracht gewesen und hätten dasselbe wieder angeschrieben. Hierauf seyen am 26. Febr. jene beiden Soldaten wieder gekommen, um auf gleiche Weise wie früher zu verfahren, als einer von den Schneidergesellen herausgetreten, um dagegen Einspruch zu thun. Da seyen die Soldaten zu den Schneidergesellen mit gezogenen Säbeln hineingedrungen und hätten auf dieselben losgehauen. Die Schneidergesellen, die sich in der größten Lebensgefahr befunden, hätten nun zu ihrer Vertheidigung nach allen möglichen Waffen greifen müssen und einer von ihnen habe den einen Soldaten mit dem Bügeleisen stark getroffen. Zugleich wären aber noch mehre Soldaten hinzugekommen, und es habe nun eine wahre Metzelei begonnen. Zwei Personen lägen an den Wunden hart danieder. Inzwischen sey das übrige Militär auf dem Markt erschienen und ins Gewehr getreten und habe sich grobe Beleidigungen gegen die herzuströmende Menschenmenge erlaubt, aus Reihe und Glied seyen sogar Soldaten herausgetreten und hätten an den schon früher vor dem Rathhause versammelten neuen Stadtverordneten und andern Personen Gewaltthaten verübt. Ein Soldat habe geschrieen: Steckt doch die ganze Bude an! Leute, welche bei den Offizieren Einwendung machen wollten, wären von den Soldaten niedergeworfen worden. Man hätte glauben mögen, Wallenstein'sche Truppen eine Scene aufführen zu sehen. Die altenburger Stadtverordneten wendeten sich nun an die sächsischen Volksvertreter, und bäten inständigst, daß man sie von dieser Landplage befreien möge. Man habe in Altenburg erklärt, die Häuser vor den sächsischen Soldaten verschließen zu wollen. Es sey da Alles zu befürchten, vielleicht eine Sicilische Vesper nahe. Vieles deute aber darauf hin, daß jener Krawall vorbereitet worden. Schon vor dem obigen Falle seyen die Soldaten in Aufregung gewesen, aus der Umgegend seyen die Truppen herangezogen worden, ja man wolle wissen, daß sogar in Leipzig Anstalten getroffen waren, Truppen schnell nach Altenburg senden zu können. Die Soldaten in Altenburg seyen betrunken gewesen, und Abends hätten selbst Patrouillen einzelne Personen insultirt. Hier müsse nun eine Abhülfe werden. Gehorche man hier nicht mehr der Centralgewalt; man sey selbstständig und dürfe nicht länger schweigen! Vom Staatsminister des Aeußern sey bereits erklärt worden, daß man einen Theil der Truppen zurückziehen wolle; er frage daher an, ob diese Truppen, und überhaupt alle sächsischen Truppen, schon in nächster Woche aus der Nähe von Altenburg zurückgezogen werden könnten? Der Interpellant liest hierauf noch die Altenburger Adresse vor. Mehrfache Aeußerungen der Entrüstung unterbrechen diese Rede. Ein Minister war nicht anwesend, die Interpellation ist daher schriftlich dem Gesammtministerium übergeben worden. Schließlich werden noch die Landtagsschriften über die Geschäftsordnung und über das Dekret, die Publikation der Grundrechte betreffend, vorgetragen. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Schleswig, 27. Febr.) Auf Betrieb des dänischen Ministerresidenten zu Madrid hat die spanische Regierung am 18. Dezbr. v. J. verfügt, daß die schleswigschen Schiffe in spanischen und spanisch-überseeischen Häfen nur unter dänischen Schiffspapieren zuzulassen seyen. Die gemeinsame Regierung hat sich hierdurch veranlaßt gesehen, eine Verwendung der Centralgewalt bei der spanischen Regierung in gleichem Sinne, wie dies bei den übrigen Seemächten geschehen ist, zu beantragen. Das Reichsministerium hat darauf die Vermittlung der preussischen Regierung zum Schutze der Schifffahrt der Herzogthümer auch in den Häfen Spaniens und der spanischen Kolonieen in Anspruch genommen. (B.-H.)

Italien.

Briefe aus Rom vom 24. Febr. bestätigen, daß der Papst die Einschreitung von Oesterreich, Frankreich, Spanien und Neapel nun förmlich nachgesucht hat. Die republikanische Regierung hat die Inquisition aufgehoben und unter den Kirchengütern auch die vaticanische Bibliothek zum Staatseigenthum erklärt. (A. A. Z.)

(Gaeta, 22. Febr.) Der Großherzog von Toskana ist heute Vormittag halb 11 Uhr an Bord des Dampfboots Porcupine in unserm Hafen angelangt. Ob sein Aufenthalt von längerer Dauer seyn wird, ist unbekannt: wahrscheinlich ist es nicht, indem nach einstweiliger Beendigung der hiesigen, die Zukunft des Kirchenstaats betreffenden Unterhandlungen durch Uebereinkunft hinsichtlich der bewaffneten Intervention, das hier und im nahen Mola versammelte diplomatische Korps sich nach Neapel begibt, von wo man bald wichtigen Maßregeln entgegensieht, während das Gerücht den Papst selber mit seinem Hof von Gaeta in Bälde abreisen läßt. Wohin, darüber sind die Meinungen immer noch uneins. (A. A. Z.)

Sprech-Saal.

† (Nürnberg, den 5. März.) Am nächsten Mittwoch, den 7. März wird die so beliebte großartige Oper: Hugenotten von Meyerbeer zur Aufführung kommen und zwar zum Benefiz unserer verdienstvollen und allgemein geschätzten Sänger Herren Sabano und Herger, welche in den Hauptpartien des Raoul und Marcel umsomehr einen Kunstgenuß verschaffen werden, da der Raoul eine wahrhaft großartige Leistung des Herrn Sabano seyn soll und auch Herr Herger als Marcel gewiß Ausgezeichnetes zu leisten im Stande ist. Da nun diese herrliche Oper schon seit 14 Tagen mit großer Sorgfalt einstudirt wird und der geschätzte Herr Musikdirektor Grobe so wie die geehrten Herren des hiesigen Liederkranzes aus besonderer Gefälligkeit gegen die Benefizianten ihre thätige Mitwirkung zugesagt, so können wir mit Recht unser kunstsinniges Publikum auf diese genußreiche Aufführung aufmerksam machen, und zweifeln wir um so weniger an einem zahlreichen Besuch, da die Herren Benefizianten während der ganzen Saison sowohl durch ihre künstlerischen Leistungen die allgemeine Gunst des Publikums gewonnen, als sie auch bei den jüngst veränderten Theaterverhältnissen durch ihre aufopfernde Thätigkeit so viel zur Erhaltung des Instituts beigetragen und sich wahres Verdienst erworben haben.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Fräulein Friederike ……

wird hiemit an Ihrem Namenstag, den 5. März 1849, ein herzlicher Glückwunsch dargebracht von

Fr.

Erklärung

zu den Inseraten in Nro. 52 und 61 dieser Zeitung, die Annahme frankirter Briefe für die Stadtpost betreffend.

Am 19. v. Monats Nachmittags wollte Herr Philipp Zimmermann allerdings frankirte Briefe zur Bestellung durch die Stadtpost übergeben, ich verweigerte aber die Annahme mit der Bemerkung, daß keine Verordnung bestehe, dergleichen Briefe annehmen zu dürfen und zu sollen. Als das Inserat in Nr. 52 dieser Zeitung erfolgte, machte ich hievon meiner vorgesetzten Behörde die gebührende Anzeige, konnte mich aber nicht für befugt halten, in einer reinen Dienstsache einer in einer Zeitung erfolgten Aufforderung zu einer Erklärung Folge zu geben, weil ich in Dienstsachen nur meinem Vorgesetzten verantwortlich bin und Jedermann befugt und verpflichtet ist, mit etwaigen Beschwerden gegen mich, sich gleichfalls nur an eben diesen meinen Vorgesetzten zu wenden, welcher sodann den geeigneten Bescheid zu erlassen hat. Erst am 22. v. M. also 3 Tage später erließ das kgl. Oberpostamt an die Hauptexpedition der Briefposten, vorbehaltlich höherer Genehmigung, die Weisung, frankirt werden wollende sogenannte Stadtbriefe am Schalter anzunehmen, um auch in dieser Beziehung dem Wünschen des Publikums entgegen zu kommen. Das dem also sey, bestätigt folgendes Zeugniß:

Nr. 3783.

Nürnberg, den 2. März 1849.

Das Königlich Bayerische Ober-Postamt Nürnberg

bezeugt dem kgl. Postoffizialen Carl Häulein seiner Bitte entsprechend:

daß keine allgemeine Verordnung besteht, welche den Postbeamten die Annahme frankirt werden wollende in der Stadt zu bestellender Briefe zur Pflicht macht und erst unterm 22. v. M. aus Veranlassung einer Anfrage des gedachten Beamten die Hauptexpedition der Briefposten dahier, vorbehaltlich höherer Genehmigung durch den Unterzeichneten angewiesen wurde, den Wünschen des Publikums auch in dieser Beziehung entgegen zu kommen und frankirt werden wollende sogenannte Stadtbriefe am Schalter anzunehmen.

Der

Kgl. Oberpostrath und Oberpostmeister

von Gundahl.

coll. Stark.

An

den kgl. Post-Offizialen

Carl Haenlein dahier.

Vorstehende meine Erklärung diene zur allgemeinen Nachricht für das geehrte Publikum, gegen die ehrenkränkenden Aeußerungen des Herrn Philipp Zimmermann habe ich den vom Gesetze vorgezeichneten Weg eingeschlagen.

Nürnberg, den 3. März 1849.

Häenlein,
Königlicher Post-Offizial.

Empfehlung.

Mein Lager von Rauchtabacken eigener Fabrik, empfehle ich in ganz guten Qualitäten dem verehrlichen Gesammt-Publikum zur gefälligen Abnahme bestens

C. C. Theurer,
Königsstrasse L. No. 84.

Empfehlung.

Die unterzeichnete Saamenhandlung empfiehlt sich dieses Jahr wieder mit neuen Vorräthen von Küchenkräuter-, Gemüse-, Futtergräser-, Klee-, Wald-, Blumen- und rigaer Leinsamen, unter Versicherung prompter Bedienung und billiger Preise.

Joh Thom Hofmann.

Erklärung.

Die in Nro. 61, Beilage, der Mittelfränkischen Zeitung enthaltene Anzeige, Versammlung der Hafnermeister betreffend, wird von den Unterzeichneten aus dem Grunde für ungültig erklärt, weil dieselbe nicht von ihnen ausging, sondern von dem Jungmeister, der dazu die Weisung nicht hatte, solche zu erlassen.

Die Vorgeher

Rümmler. Pesll.

Haus-Verkauf.

Unterzeichneter hat den Auftrag von dem Besitzer des Hauses S. 879 am Hauptmarkt (Ecke der Rathhausstrasse) dahier, worauf ein Großpfragnerei-Geschäft mit bedeutender Nahrung betrieben wird und dessen äusserst vortheilhafte Lage nebst sehr hellem freundlichen Laden die Sicherheit darbietet, jedes Geschäft mit großem Erfolg zu betreiben, Familienverhältnisse halber zu verkaufen.

J. J. Pfeiffer jun.

Erklärung.

Der Korrespondent von und für Deutschland enthält in Nro. 55 einen Bericht über das von einem Herrn von Thüngen in Betreff einer Petition der Herren Plainer und Ghillany der Generalsynode in Ansbach gestellte Referat und sagt zugleich, daß dieses Referat „durch einstimmige Akklamation“ von der Generalsynode angenommen wurde.

Im Verlaufe dieses Referates werden die Urheber jener Eingabe, so wie die Unterzeichner derselben mit einem Eigendünkel, mit einer Lieblosigkeit verläumdet und verdächtigt, wie sie nur dem Jesuitismus und Muckerthum eigenthümlich sind.

Schon der Umstand, daß die Generalsynode „mit Umgehung ihrer geistlichen Mitglieder“ das Referat über diese Sache dem Herrn von Thüngen übertrug, das naive Geständniß dieses Herren, daß er dadurch „zum Organe der ganzen hochwürdigen Versammlung zu werden“ hoffe, beweisen wohl zur Genüge, daß das Referat des Herrn von Thüngen ein vorher abgekartetes Machwerk war, das trotz der hohen Gelehrtheit der in Ansbach versammelten Herren dem Verstande und Gewissen derselben keine besondere Ehre macht.

Wie könnten denn sonst die c. 800 Unterzeichner der Petition als „arme Mißleitete“ bezeichnet werden, „denen man sein innigstes Mitleid nicht versagen wolle, als Leichtsinnige, welche ihr theuerstes Gut, den festen unerschütterlichen Glauben und mit ihm ihr Seelenheil opfern, ja als arme Verblendete, die, durch trübe Umstände ihres Lebens wankend gemacht in ihrem Glauben, sich dadurch zur Verläugnung Christi hinreißen ließen?“ — Wer hat denn das Alles jenen Herren gesagt? Ist ihnen die Kenntniß dieser Dinge vielleicht durch höhere Erleuchtung zugekommen? —

Wir wollen uns nicht selbst rühmen, ein besseres Christenthum zu haben, als jene hochwürdigen Herren Mitglieder der Generalsynode im Herzen tragen. Aber das zeigt doch wahrlich nicht von Christensinn, von christlicher Demuth und Nächstenliebe, wenn man sich einbildet, allein das Wahre und Rechte zu wissen, wenn man ausspricht, daß man „die Unterzeichner der Petition, wenn sie auf ihrem bisherigen Wege beharren, als durch eine tiefe Kluft von sich geschieden betrachte, ja daß man dann nichts mehr mit ihnen gemein haben könne!“ Sieht das nicht auf ein Haar der päpstlichen Exkommunikation gleich? — Wahrlich! einen höheren Grad von Anmaßung und geistlichem Hochmuthe kennen wir nicht; wir sehen es recht gut ein, daß jene Herren „die reuigen Kinder mit doppelter Liebe empfangen“ würden, um sie zum Schemel ihrer eigenen Füße zu machen. Insbesondere der Ausdruck: „Kind“ scheint uns von jenen Herren passend gewählt zu seyn, als das mit einstimmiger Akklamation angenommene Referat hinreichend davon Zeugniß gibt, wie wir von jener Seite als unmündige, der Belehrung bedürftige Kinder behandelt werden, während die Herren Mitglieder der Generalsynode sich anmaßen, selbstständig denkende Männer zu seyn.

Wir werden dafür zu sorgen wissen, daß unsere Kinder und Enkel der Belehrung jener christlichen Herren nicht bedürfen.

Nürnberg, den 1. März 1849.

(Die Unterschriften werden morgen nachfolgen.)

Für Auswanderer.

„Die Hoffnung“

Concessionirte deutsche Bureaux für

Auswanderer nach Amerika

von **J. M. Bielefeld** in Mannheim.

Regelmäßige Fahrten vom nächsten März an mit gekupfertem Dreymaster erster Klasse, sogenannter Paquetboote, nach

New-York & New-Orleans
über **Rotterdam & London.**

Zur näheren Erkundigung und zum Abschluß von Ueberfahrts-Verträgen beliebe man sich an Unterzeichneten zu wenden.

Heinrich Klippel,
General-Agent in Frankfurt am Main.

Holz-Versteigerung.

Mittwoch den 7. März Vormittags 9 Uhr werden zwischen Mögeldorf und Unterbürg verschiedene Holzarten gegen gleich baare Bezahlung verkauft, als:

circa 190 Stück Eichen- und Fichten-Stämme, von 7 bis 28 Zoll Durchmesser,
circa 20 Mäß Eichen-Scheitholz,
60 Mäß Eichen- und Fichtenstöcke,
40 Haufen Eichen- und Fichten-Astholz,
dann mehrere ganze Eichenstöcke, für Metzger und andere Professionisten tauglich,
auch werden mehrere Haufen Eichenspähne mitverkauft.

Wozu Kaufsliebhaber höflichst einladet

Wambach, Wirth in Mögeldorf.

Nachträglich der Erklärung in Nro. 61 der Mittelfränkischen Zeitung.

Die Ursache des Streites, welchen ich mit Herrn Lohnbedienten Müller hatte, war wegen einem gebratenen Säckelein oder Kapaunen, welchem der Hals und Kopf fehlte und doch ziemlich theuer war. — Herr Müller hat für mich die Ehrenerklärung auf mein Geheiß wohl selbst verfertigt, aber von Obigen, wie mir Herr Müller versprochen hatte, gar nichts bemerkt. — Ich setze das verehrte Publikum hievon nur deshalb in Kenntniß, damit mich dasselbe nicht mehr mit Fragen belästigen darf. — Den Herrn Lohnbedienten Wolfgang Müller erkläre ich hiemit wiederholt als einen Ehrenmann

Carl Türck,
Unterhändler von Gostenhof.

Guter Rath.

Der ehemalige Zuckerbäcker Ropitsch war am Sonntag den 4. März im Paradies, und erlaubte sich daselbst die freche Aeußerung, daß die Mitglieder der Linken der bayer. Volkskammer sämmtlich nach Erlangen in ein sich daselbst befindliches großes Haus gehörten. Dem Herrn Ropitsch wird hiemit gerathen, solche Aeußerungen für die Folge zu unterlassen, sonst könnte man am Ende glauben, daß es bei ihm rapple, und daß man ihn dahin bringen müßte, wohin er die Ehrenmänner der Linken wünscht.

Mehrere Ohrenzeugen.

(Gesuch) Ein Brautbett aus einem Privathause wird zu kaufen gesucht. S. Nro 692.

St. Leonhard.

Montag den 5. März „Metzelsuppe.“

A. Feldmann.

Metzelsuppe

ist Mittwoch den 7. März bei Unterzeichnetem, wozu höflichst einladet

Kißkalt.

Anzeige.

Die Produktion der Stadtwehrmusik findet Dienstag den 6. März im Saale des Bamberger Hofes statt, wovon die Eingeladenen in Kenntniß gesetzt werden. Anfang 7 Uhr.

(Verloren.) Den 3 März Abends gegen 9 Uhr wurde von der Karolinenstraße bis zum grünen Markt ein Ballot Garn C. M. Nro. 218, Bto 35 Pf. verloren. Der Finder beliebe selbes gegen ein gutes Trankgeld im Gasthaus zum goldnen Schwan am Theresienplatz abzugeben.

(Mieth-Gesuch.) Im Innern des grünen Markts wird ein Laden zu miethen gesucht. — Nähere Auskunft wird ertheilt im Haus Nr. 893 am Obstmarkt.

(Zu vermiethen.) S. Nro. 1073 an der neuen Gasse ist eine schöne moderne Wohnung an eine stille Familie bis Ziel Walburgi zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Zwei heitere Schlafstellen für ledige Herren sind täglich zu vermiethen, auch wird auf Verlangen die Kost gegeben. Pfannenschmiedgasse L. 528.

(Zu vermiethen.) In einem Garten bei St. Johannis, sind 2 Zieren, deren eine heizbar ist, für den Sommer zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Am Herrenmarkt ist eine Wohnung zu vermiethen.

(Kapital-Gesuch.) Auf ein Geschäftshaus werden 2000 fl. auf zweite sichere Hypothek zu entnehmen gesucht. Näheres in der Exped. d. Bl.

Stadttheater in Nürnberg.

Mittwoch den 7. März. Zum Benefize der Herren Sabana und Hergee. „Die Hugenotten“ Große Oper in 5 Aufzügen von Meyerbeer. Frln. Reuß, „Valentine“ als Gast.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 7. März 1849. | № 66. | Mittwoch: Felicitas.

Anfrage.

Welches ist der Unterschied zwischen dem 6. März 1848 und dem 6. März 1849?

Antwort.

Am 6. März 1848 glaubten wir durch die königliche Proklamation die theuersten Errungenschaften des Vaterlandes erhalten zu haben mit der Hoffnung eines steten Besserwerdens unserer Gesammtzustände; am 6. März 1849 stehen wir auf dem Punkte, Alles wieder zu verlieren und eine trübe Zukunft starrt uns an. Gewiß ein gewaltiger Unterschied.

Deutschland.

Bayern. M (München, 5. März.) Die gestrige Feier des März-Vereins im Prater soll sehr zahlreich besucht gewesen und zum Verdruß der hohen Polizei und einer gewissen Partei, deren Streben bekannt ist, ohne **Exzeß** vorübergegangen seyn. In Betreff der Kammervertagung und der Ministergeburt immer dieselbe Ungewißheit, dieselbe Unentschlossenheit. Eine saubere Wirthschaft das, als ob man die Abgeordneten nur so zum Spaß hieher gerufen habe, als ob nicht jeder seine Familie, sein Geschäft verlassen habe? aber wahrlich nicht, um hier in München unthätig zu seyn, um die Narrenspossen eines sogenannten passiven Belagerungszustandes mit anzusehen und anzuhören. Geht man **bei hellem Tage**, nehmlich um 6 Uhr Abends über die Straße, so hort und sieht man zum größten Erstaunen jedes Fremden und Einheimischen Infanterie- und Kavallerie-Patrouillen in Masse durch die Straßen ziehen. Den Soldaten sieht man an, wie sie es sehr wohl wissen und empfinden, daß sie den Patrouillendienst eben nur versehen müssen, um irgend eine Beschäftigung zu haben, und wenn es so fortgeht, so glaube ich, daß das Militär zuletzt noch Exzesse und Kravalle selbst beginnt, da die Soldaten doch am Ende einsehen müssen, daß man sie zum Besten hat. Geht man also z. B. um **6** Uhr durch die Prannerstraße, wo das sogenannte Volkshaus liegt, vor welchem eine Schildwache, eben so wie vor einem 30 Schritte entfernt stehenden andern Gebäude aufgepflanzt ist, so hört man, wie schon gesagt: bei hellem Tage in Zeit von einer Minute zweimal nach einander die gleichen Rufe: „Wer da?' — Patrouille" — „Passiert." Nun möchte ich wissen, ob solches Possenspiel nicht mehr zum Lachen, als zum Weinen geeignet ist, wenn man bedenkt, daß zu solcher Soldatenspielerei Bayern 90- bis 100,000 Mann auf den Beinen erhalten muß, wozu das Land seine Söhne der Arbeit, dem Ackerbau und der Industrie entziehen und 20,000,000, sage Zwanzig Millionen Gulden bezahlen muß? Dies sind die Folgen des monarchischen Systems! Neues weiß ich Ihnen nichts zu berichten, als daß die Minister (welche?) heute Abend 6 Uhr der Sitzung des Finanzausschusses in Person beiwohnen wollen, was sie lieber thun, als Original-Akten aushändigen. Um 5 Uhr ist Konferenz in Nymphenburg. Ob ein Ministerium ernannt, ob die Vertagung, ob das Todes-Urtheil der Kammer gesprochen wird, kann ich nicht bestimmen. Morgen vielleicht Näheres darüber.

(München, den 4. März.) Es wird heute das Gerücht herumgetragen, daß in der Dienstagsitzung folgendes Ministerium vor die Kammer treten werde: v. Zu-Rhein, Inneres; v. Ringelmann, Kultus; v. Kleinschrod, Justiz; v. Weigand, Graf Bray und v. Lesuire würden ihre seitherigen Portefeuilles behalten. Ob, wenn sich die Sache heute so verhalten sollte, dieselbe über Nacht nicht wieder in sich zerfällt, muß sich bald zeigen. Selbst die N. Münchener Ztg. mahnt an die im ganzen Lande gefühlte Dringlichkeit der Bildung eines Kabinets. Werden doch in diesem Augenblick in Frankfurt die wichtigsten, für Bayern und Deutschland mit entscheidenden Erklärungen abgegeben. Welches Gewicht können diese haben, wenn sie nicht ein feststehendes Ministerium hinter sich haben, sondern nur Minister, die ihre Entlassung eingereicht, von heut bis morgen auf der Schwebe stehen! Wir verkennen die Schwierigkeiten nicht, die im Grund einzig darin bestehen, daß keine Partei ein lebensfähiges Kabinet bieten kann, das der nöthigen Unterstützung auch nur für einige Zeit sicher wäre; aber wir müssen aus dieser Ungewißheit heraus, die keinem Verhältniß zusagen kann. Das vom Märzverein für heute beabsichtigte Bankett zur Erinnerung an die bewaffnete Erhebung Münchens im vergangenen Jahr ist aufgegeben und die Feier beschränkt sich auf eine Festversammlung im Prater, wobei auf die Feier bezügliche Reden gehalten werden. (A. A. Z.)

†* (Nürnberg, den 6. März.) Einen Beweis, wie einzelne Militärs ihre Befugnisse überschreiten, liefert das Betragen des Postens, der vorgestern von 10 Uhr ab an der Wohnung des Obristen des Infanterieregiments Großherzog von Hessen stand. Derselbe rief einem um 10¼ Uhr friedlich mit seiner Tochter nach Hause gehenden Bürger an, und als dieser im Bewußtseyn seines Rechts sich nicht an dieses Anrufen kehrte, fragte der Soldat barsch, warum er keine Antwort erhalte? Der Bürger erwiederte darauf, weil er keine Antwort geben möge, wir befänden uns nicht im Kriegs- oder Belagerungszustande, daher sey dieß nicht nöthig. Der Soldat drohte darauf mit Arretirung, ließ dieß aber recht schön bleiben, als der Bürger ihm sagte, er möge es nur thun, wenn er ein Recht dazu hätte. Es ist also klar, daß sich dieser Posten etwas herausgenommen, wozu er gar nicht angewiesen war, denn im andern Falle hätte er den Bürger sicherlich festgenommen. Hoffentlich wird die Sache untersucht und der Soldat für seine Uebertretung bestraft.

(Würzburg, den 4. März.) Gestern Abend ging eine starke Abtheilung Infanterie und Artillerie nach Aschaffenburg ab, da ein Theil des dortigen Militärs nach Orb abmarschirt ist. Veranlassung des Marsches nach Orb soll nach umlaufenden Gerüchten eine nicht unbedeutende Renitenz der Orber gegen das dort liegende Militär seyn, die dadurch hervorgerufen wurde, daß aus uns unbekannten Gründen ein Soldat einen Bürgersohn bedeutend verwundete. Nach einer andern Version hätte zuerst ein Angriff auf die Soldaten stattgefunden. (N. Würzb. Z.)

Freie Städte. (Frankfurt, 3. März, Abends.) Nach hier eingelaufenen Briefen aus Galizien ist in Krakau und auf dem Lande ein Aufstand ausgebrochen. Die Russen sind in Galizien eingerückt. (D. Z.)

(Frankfurt, den 3. März.) Auch in der am vorgestrigen Abend stattgehabten vereinigten Versammlung der Linken wurden die von der Kommission der Linken zu dem österreichischen Verfassungsentwurfe gestellten Gegenanträge in keine Erörterung genommen. Es wurde vielmehr — allerdings im Hinblicke auf eine mögliche Koalition mit der österreichischen Fraktion — beschlossen, daß die gesammte Linke in den die Verfassungsangelegenheit betreffenden Beschlüssen nur eine Fraktion bilde, die Minorität sich der Majorität zu unterwerfen habe, ein solcher Beschluß für alle Fraktionen der Linken bindend sey. Fragt man aber nun, warum die Linke mit der Feststellung der ihr von ihrer Kommission proponirten Gegenanträge zögert, so bedarf es keiner großen Weisheit, die Antwort zu geben. Die Linke muß erst die Rückkehr der Olmützer Deputation erwarten, um sich keiner Blâme preis zu geben. Eine solche würde es aber seyn, wenn das Olmützer Ministerium die Vorschläge der österreichischen Fraktion, das ist des Welcker'schen Entwurfs, verwirft, mindestens wesentlich modifizirt. Die Linke muß dann den Gedanken an eine Koalition — den sie trotz des eventuell gefaßten Beschlusses noch nicht ernstlich gefaßt hat — aufgeben und in der Oberhauptsfrage wieder zu dem Präsidenten, wenn auch nicht der deutschen Republik, doch des deutschen Reiches, zurückkehren. Es wird überhaupt behauptet, die Deputation habe in Olmütz eine freundliche Aufnahme gefunden. (D. Z.)

(Frankfurt, den 3. März.) Die dänische Regierung hat noch vor kurzer Zeit wohl an eine Aenderung der Stipulationen des Waffenstillstandes bei Verlängerung desselben, aber nicht an eine Kündigung desselben behufs der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gedacht. Und noch motivirt sie die Kündigung des Waffenstillstandes durch die gedrückte Lage der Nordschleswiger und stellt durch die beigefügten Erläuterungen ihres Bevollmächtigten den Abschluß eines neuen Waffenstillstandes in Aussicht, wenn er auf Grundlagen basirt werde, welche die Klagen der Nordschleswiger beseitigen. Dabei ist aber hervorzuheben, daß die dänische Regierung die an Deutschland haltenden Bewohner der Herzogthümer als Rebellen bezeichnet und die augenblickliche faktische Gewalt der Herzogthümer als in den Händen einer republikanischen Faktion sich befindend, schildert. In diesem Sinne hat noch jüngst die dänische Regierung die Sachlage den vermittelnden Höfen und andern Mächten vorgestellt und namentlich auch durch die jüngste Sendung des Hr. v. Pechlin nach Olmütz. Trotz alledem ist die Aussicht auf den Friedensschluß mit Dänemark nicht verschwunden, wenn Deutschland eine seiner Macht würdige Stellung dem Inselkönig gegenüber einnimmt. Auch eine Drohung aus dem Osten kann dann Deutschland nicht einschüchtern. (D. Z.)

(Frankfurt, 3. März) Bald nach den Märzereignissen pflanzte der restaurirte Bundestag auf seinem Sitzungslokale, dem Thurn und Taxis'schen Palais, die schwarz-roth-goldene Fahne auf, und wenn auch Sonne und Regen ihre Farben seitdem gebleicht, sie flatterte doch fort und fort als ein Gedenkzeichen, daß eine neue Zeit gekommen. Jetzt ist sie verschwunden; der Sturm, der in den letzten Tagen brauste, hat sie herabgeworfen. Dii avertant omen! (D. Z.)

Hannover. (Hannover, den 3. März.) [Erste Kammer. Sitzung am 2. März] Briegleb präsidirt. Nach Verlesung des Protokolls werden wieder viele Petitionen angekündigt. Wachsmuth berichtet zunächst über das Resultat der Konferenz. Die zweite Kammer habe keinem Beschlusse beistimmen wollen, der das Prinzip aufgebe; und den Konferenzmitgliedern aus erster Kammer sey es nicht möglich gewesen, ein Prinzip der Majorität dieser Kammer aufzustellen. Man habe aber angenommen, daß beide Kammern die Publikation der Grundrechte wünschten, obwohl ein Beschluß erster Kammer hierüber nicht vorhanden. Ein Mitglied habe die Regierung „ermächtigen" wollen zu einem gesetzmäßigen Verfahren bei der Reichsgewalt nach vorgängiger Verständigung mit den Ständen, um bedenkliche Punkte in den Grundrechten zu beseitigen. Allein gegen diesen Vor-

schlag sey geltend gemacht, daß er in zweiter Kammer nicht würde angenommen werden; bei der Abstimmung seyen aber 12 dagegen, nur 4 dafür gewesen. Endlich habe man einen Konferenzbeschluß zu Wege gebracht, der einstimmig angenommen sey. Er laute folgendermaßen: „auf das Ministerialschreiben vom 10. Februar zu erwiedern: Zweite Kammer hat nach zweimaliger Berathung beschlossen (folgt der Beschluß zweiter Kammer.) Erste Kammer hat sich mit diesem Beschlusse, welche zweite Kammer zu modifiziren sich nicht hat verstehen können und wollen, nur in so fern einverstanden erklärt, als auch sie die sofortige Publikation der Grundrechte für unerläßlich hält; Stände beantragen daher: Daß die königliche Regierung die Grundrechte sofort durch die Gesetzsammlung zur allgemeineren Kenntniß bringe, und die zur Ausführung erforderlichen, den Einzelstaaten überlassenen Gesetze baldmöglichst den Ständen vorlege“, und er stelle den Antrag, diesen Konferenzvorschlag anzunehmen. Wegen der „allgemeineren“ Kenntniß habe zwar ein Mitglied Bedenken gehabt, und lieber „allgemeine“ Kenntniß gewünscht; doch sey dieser Dissens von ihm später zurückgenommen. Bei der Abstimmung ergiebt sich, daß alle Mitglieder bis auf Stolberg und Beckmann sich für den Konferenz-Vorschlag erklärten. (Ztg. f. Nd.)

[Zweite Kammer.] Die gestern angeordnete Konferenz in der Grundrechtsfrage bringt folgenden Vorschlag: 1) Auf das Ministerialschreiben vom 10. Febr. zu erwidern: Zweite Kammer hat nach zweimaliger Berathung beschlossen (folgt der Beschluß zweiter Kammer.) 2) zu äußern: erste Kammer hat sich mit diesem Beschlusse, welchen zweite Kammer zu modificiren sich nicht hat verstehen können und wollen nur insofern einverstanden erklärt, als auch sie die sofortige Publikation der Grundrechte für unerläßlich hält; Stände beantragen daher: „daß die königl. Regierung die Grundrechte sofort durch die Gesetzsammlung zur allgemeineren Kenntniß bringe und die zur Ausführung erforderlichen, den Einzelstaaten überlassenen Gesetze baldmöglichst den Ständen vorlege. Der Konferenzvorschlag ist mit Ausnahme einer Stimme (Windhorst) angenommen. So eben ist der Konferenzvorschlag auch in der ersten Kammer mit allen gegen drei Stimmen angenommen und somit zum Beschluß der Ständeversammlung erhoben. (Mittag 4 Uhr.) (Z. f. Nrdd.)

Oesterreich. (Wien, 2. März.) Einer so eben eingetroffenen Nachricht zufolge haben unsre Truppen zwischen Göngyös und Erlau über das ungarische Insurgentenkorps unter Dembinski einen entscheidenden Sieg erfochten, und dem Feinde nebst einer bedeutenden Anzahl an Gefangenen — man spricht von 800 Mann — mehrere Geschütze ꝛc. abgenommen. Die nähern Details dürften wohl bis morgen auf offiziellem Wege bekannt werden. (A. A. Z.)

(Krakau, den 26. Febr.) Unsere Verhältnisse gestalten sich hier immer düsterer. Die durch die angesagte Rekrutirung hervorgerufene Gährung hat gestern zu bedauerlichen Vorfällen Anlaß gegeben. Ich will Ihnen den ganzen Hergang der Sache erzählen, damit Sie ein richtiges Bild von derselben bekommen. Eine Rekrutirung von 6000 Mann aus dem Gebiet von Krakau ist die Veranlassung zur Vorbereitung eines bewaffneten Widerstandes eben so seitens der Städter wie auch der Bauern gewesen. Ueberall auf dem Lande sah man seit langer Zeit schon Sensen grade schmieden und hörte Drohungen gegen die Oesterreicher fallen. Es ist sogar an einzelnen Orten zu argen Exzessen gekommen. Indessen ging die Regierung von ihrem Vorhaben nicht ab und die Rekrutirung sollte heute stattfinden. Die Gährung nahm aber immer zu, und der 26. war allgemein als der Tag des Aufstandes bezeichnet. Die Regierung, wahrscheinlich mit Rücksicht auf ihre geringen militärischen Kräfte, hat aber keine Schlacht wagen wollen, und es ist eine Proklamation erschienen, welche verkündet, daß die Rekrutirung in eine freiwillige Anwerbung umgewandelt sey; erst wenn auf diese Weise die nöthige Anzahl der Rekruten nicht zusammen gebracht werden könnte, würde man Zwangsmittel anwenden. — Dieses Letztere, so wie Verhaftungen auf dem Lande und in der Stadt selbst, war allerdings nicht geeignet, die Gemüther zu beruhigen. Man requirirte Militär — und es sind hier in Folge dessen Ulanen und etwas Infanterie eingerückt. Das Volk empfing die Truppen mit Pfeifen und Zischen. Darauf ist das ganze Militär auf die Straße vom Schlosse herausgetreten. Starke Patrouillen durchzogen die Stadt und jagten das Volk auseinander, wobei mehrere Personen verwundet und zwei mit dem Bajonette niedergestochen wurden. — Einmal hat man sogar blind gefeuert. Zahlreiche Verhaftungen haben stattgefunden. Das Militär blieb die ganze Nacht unter Gewehr und bivouakirte auf der Straße. Die Nacht verging indeß ruhig; was heute geschieht, läßt sich schwer voraussetzen, da die Erbitterung gegenseitig sehr groß ist. (N. Rh. Z.)

Preussen. †*† (Berlin, 3. März.) Gestern Abend wurde in der ersten Kammer der Entwurf einer Antwort auf die Thronrede berathen. Der Adreßentwurf folgt der Thronrede Satz für Satz und ist wenig mehr als eine Wiederholung dessen, was die Thronrede ausspricht, in veränderten Worten. Die deutsche Frage ist mit spezifisch preußischen Sympathieen berührt. Uebrigens zeichnet sich der Entwurf durch eine Halbheit aus, die der Ausfluß des Bestrebens ist, für alle Eventualitäten gefaßt und möglich zu seyn. Bemerkenswerth ist, daß bei Abfassung des Entwurfs auch Nichtmitglieder zugezogen wurden; wie es scheint, lediglich aus stylistischen Rücksichten. —

Die konservative Partei, welcher die Majorität in beiden Kammern für den Augenblick gesichert ist, scheint doch für die Zukunft Besorgniß zu hegen. Zunächst dürften wohl die Nachwahlen umgestaltend auf das Zahlenverhältniß der Parteien wirken. Nicht blos hier in Berlin, wo dies zu erwarten stand, sondern selbst in den Landestheilen, in welcher die ursprünglichen Wahlen konservativ ausgefallen waren, ist das Ergebniß der Nachwahlen zu Gunsten der Opposition.

Es ist bemerkt worden, daß in den ministeriellen Organen die ungarischen Bulletins seit einiger Zeit an die Stelle der Büllletins von Windischgrätz und Welden getreten sind. Auch in anderer Weise äußert die preussische konservative Partei jetzt Sympathien für die Magyaren. Das Erstere ist so wenig eine Folge der erlangten Ueberzeugung von der Unwahrheit der k. k. Siegesbülletins, als die Sympathieen lediglich in der Anerkennung der außerordentlichen Energie und Tapferkeit der Insurgenten ihren Grund haben, so lange die magyarischen Unruhen dauern, erklärte ein hochgestellter Staatsbeamte kürzlich einem Mitgliede der ersten Kammer, wird es Oesterreich unmöglich seyn, in der deutschen Frage mit Entschiedenheit aufzutreten. In dieser Erwägung möchte wohl der Grund zu dem plötzlichen Umschlag der Sympathieen unserer Preussisch-Konservativen zu suchen seyn. Uebrigens glaubt man auch durch die Theilnahme für die Ungarn, den [illegible] Frankfurt wird berichtet, daß man preussischer Seits dort die Operationen der Oesterreicher durch die Insinuation zu lähmen sucht, als würde jene um jeden Preis die deutsche Macht zu schwächen suchen, weil es ihnen nicht gelingen wollte, Oesterreich in Frankfurt den Sieg zu verschaffen.

In militärischen Kreisen bespricht man einen Plan, der höchsten Orts als überaus wichtig befürwortet seyn soll, und welcher darauf hinaus geht, nach einem bestimmten Prinzip einen periodischen Wechsel der Garnison eintreten zu lassen. Eine in Militärsachen einflußreiche Partei soll der Einführung eines solchen methodischen Garnisonswechsels, wie er in Frankreich und Oesterreich als Prinzip besteht, entgegen seyn. Die in Potsdam redigirte und als das offizielle Organ der exclusiven Militäraristokratie geltende „deutsche Weserzeitung“ wendet gegen die Einführung jenes Prinzips „den so fest gegliederten Verband unserer Armeekorps“ ein. Die an Zahl geringe, dabei aber nicht ganz einflußlose Reformpartei im höheren Offizierstande beabsichtigt allerdings auch eine Umgestaltung in jener Gliederung des Armeekorps. Die Gründe des beabsichtigten Garnisonswechsel sind rein politischer Natur. Auch die „Weserzeitung“ macht das in diesem Organe sehr beachtenswerthe Geständniß, daß derartige Garnisonswechsel nicht nur in einzelnen dringenden Fällen unbedingt, sondern sogar eine Lebensfrage für unsere Armee seyen.

Die dänisch-schleswig'sche Frage nimmt die Aufmerksamkeit aller Parteien in nicht geringem Maaße in Anspruch, und in noch viel größern beschäftigt sie die Diplomatie, man will einen Frieden abschließen à tout prix und Dänemark wird dieses à tout prix zu benutzen verstehen.

Schleswig-Holstein wird sich, kommt er zu Stande, diesem Frieden nicht fügen wollen und deshalb werden von den Frieden schließenden Mächten schließlich Truppen nothwendig werden, die jeden Aufstand sofort unterdrücken. — Uebrigens ist nicht etwa das preuss. Kabinet es vorzugsweise, das zum Frieden, oder vielmehr zu jedem Frieden drängt; es hat nur verlangt, daß bei Eröffnung der Feindseligkeiten diesmal Truppen aus den Ländern, die nicht an der Küste gelegen, verwandt würden, und das scheint die süddeutschen Gouvernements, einem Kriege, zu dem nicht wie im vorigen Jahre Preussen allein die Kosten und Schäden trägt, den sie aber noch zum großen Theil vor wenig Monaten mit aller Kraft geführt wissen wollten, sehr abgeneigt gemacht zu haben. —

Bis jetzt ist noch immer Hr. Arago der frühere Geschäftsträger Frankreichs nicht durch einen neuen Bevollmächtigten ersetzt; es ist sehr wahrscheinlich, daß dies auch in der nächsten Zeit noch nicht geschieht; jedoch liegen dem keine tiefern Motive zu Grunde. —

In Mecklenburg befindet sich der Adel in Opposition gegen das Ministerium Lützow; er will eine I. Kammer, die nur aus rezipirten Adeligen bestehen soll, eine Ansicht, der das Ministerium, die obwaltenden Verhältnisse und die Zeitwegung richtig erkennend, durchaus abgeneigt ist. Bei der Macht, die jedoch der Adel noch immer in Mecklenburg besitzt und bei dem Schwanken des Großherzogs in dieser Frage ist es nicht unmöglich, daß das Ministerium gestürzt wird, und daß wir auch in Mecklenburg bald ein Hochtory-Ministerium an der Spitze der Geschäfte erblicken.

Die Oppositionspartei unserer Kammer, die täglich Parteiversammlungen hält, hat in den letzten Sitzungen die Adreßfrage diskutirt. Es hat sich auch hierbei wieder gezeigt, aus wie wesentlich verschiedenen Elementen die gegenwärtige Opposition zusammengesetzt ist. — Von einem Theile der äußersten Linken wurde die Ansicht geltend gemacht, sich gegen eine Adresse überhaupt zu erklären; vorzüglich vertraten die HH. Kinkel, Elsner diese Ansicht, d'Ester und Waldeck waren jedoch der Meinung, für eine Adresse, die ja von der Majorität jedenfalls werde beliebt werden, zu stimmen. Rodbertus und v. Unruh hatten sich von vorn herein und prinzipiell für eine Adresse erklärt. —

Sobald sich die zweite Kammer constituirt haben wird, wozu es wohl Montag oder Dienstag kommen dürfte, werden ihr vom Gouvernement sofort verschiedene Gesetzesvorlagen zugehen. —

In Folge der zahlreichen Proteste, welche Geistesbehörden wie Private gegen die Ausführung der durch das Gesetz vom 2. Januar d. J. schon auf den 1. April angekündigten Umgestaltung des Justizwesens erhoben haben, soll im Ministerrath der Beschluß gefaßt worden seyn, den vielfach auch Seiten des Kammergerichts geäußerten Wünschen in so fern nachzugeben, als die Reorganisation bis nach Berathung und Genehmigung des Planes durch die Kammern sistiet bleiben soll. Wenn hie und da aus diesem gegen die Meinung des Justizministers gefaßten Beschlusse das Ausscheiden des Herrn Rintelen aus dem Ministerium gefolgert wird, so erscheint dieser Schluß nach allen bisherigen Erfahrungen von der Festigkeit des Herrn Rintelen in Behauptung seiner Errungenschaften mindestens voreilig. —

Die evangelische Landeskirche Preussens befindet sich gegenwärtig in einer Krisis, deren Lösung durch die in Kurzem zusammentretenden Provinzialsynoden erfolgen soll. Diese haben durch das Kultusministerium die Aufforderung erhalten, sich auch über die Weise, in der der Artikel 12 der Verfassungsurkunde in Vollziehung zu setzen sey, auszusprechen. Die durch die Zwangsmaaßregeln der Ministerien Altenstein und Eichhorn nur mühsam aufrecht erhaltene Union möchte wohl die weiten Grenzen des ganzen protestantischen Staatsgebiets nicht ferner zu behaupten im Stande seyn, obschon nach den bei dem Kultusministerium eingegangenen sehr zahlreichen Petitionen und Gutachten, die in einer besonderen an die Konsistorien versandten Denkschrift zusammengestellt sind, sich die weit überwiegende Zahl der Geistlichen für Aufrechthaltung der Union ausgesprochen haben soll. Eben so ist die Mehrheit für sofortige Zusammenberufung einer Generalsynode.

[II. Kammer. Sitzung vom 3. März.] Auch in der heutigen Sitzung beschäftigte sich die Kammer, nachdem ein Schreiben des Präsidenten der I. Kammer, worin die Konstituirung angezeigt wurde, verlesen worden, mit den Berichten der Abtheilungen über die Wahlprüfungen. Graf Cieszkowski überreicht einen Protest sämmtlicher polnischer Wahlmänner gegen die Demarkationslinie und in specie gegen das stattgehabte Zerreißen der überwiegend polnischen Wahlbezirke. v. Vinke will, daß der Protest einfach zu den Akten genommen werde, da bis jetzt noch keine Petitions-Kommission existire. Minister v. Manteuffel wiederholt den Protest, den er schon früher eingelegt, gegen jeden Angriff auf das Ministerium, bevor die Kammer konstituirt sey; er werde deshalb auch auf die Angriffe, die in dem verlesenen Protest enthalten, für jetzt nicht eingehen. (Oh!

[illegible] alten Hader herauf zu beschwören und v. Lisincki versichert hat, daß man dies nicht beabsichtigte, bemerkt v. Beeg, wenn das Ministerium jetzt noch nicht in der Lage sey, sich verantworten zu können oder zu wollen, so müsse es eben die Angriffe ruhig hinnehmen, sollte der Protest des Hrn. Min. des Innern etwa Anders bezwecken, so müsse er das Haus gegen jenen Protest verwahren. Bei den Wahlberichten kommen verschiedene Monita, die jedoch schon von den Abtheilungen für unerhebliche erachtet werden, zur Sprache. Nur über die Wahl des Ritterschaftsrath v. Winterfeld, welche die Abtheilung für nicht gültig erachtet, kommt es zur Debatte. Bei der Abstimmung stimmen 175 für die Gültigkeit, 125 gegen dieselbe, unter ihnen Graf Schwerin und v. Vinke. — Beanstandet wird nur die Wahl von Andeitzki (Langenbielau)

Von den Neuwahlen in Berlin (Reuter, H. Simon, Jung, Ziegier) wird durch den Alterspräsidenten der Kammer Mittheilung gemacht. Von den genannten Herren ist nur Jung, der von seinen Feeunden vielfach begrüßt wird, gegenwärtig.

Die nächste Sitzung Montag, den 5. März.

(Beelin, den 3. März.) Verschiedene deutsche Blätter, haben sich in Verbreitung des Gerüchtes gefalleu, daß von Berlin eine hochstehende vertraute Person nach Olmütz gesandt worden sey. Wir können versichern, daß an der Sache auch nicht ein Wort war ist. (Pr. St.-Anz.)

Schleswig-Holstein. (Flensburg, vom 27. Febe.) Ein dänischer Matrose, der gestern zu Boot von Alsen auf Sundewitt zusteuerte, wurde von einem daselbst auf dem Posten stehenden Jäger durch einen losen Schuß gewarnt, ohne daß er Gehöe leistete. Darauf schoß der Jäger ihm eine Kugel durch die Segel, der Matrose verhöhnte ihn dagegen und steuerte rücksichtslos dem Lande zu, bis ersterer, in Erfüllung seiner Pflicht, den Matrosen erschoß. Uebereinstimmend erzählt man hier heute allgemein diesen Vorfall so. — Auf Ordre des Generals Bonin werden nächstens Schanzarbeiten bei Düppel oder vor Sonderburg, so wie am Flensburger Hafen, zwischen Glucksburg und hier, vorgenommen werden. — In Kolding soll noch nicht mehr dänisches Militäe seyn, als während der Zeit des Waffenstillstandes immer da gewesen (K. C.)

(Nordschlewig.) Die „Nord. Tidendi“ theilt ein Schreiben eines hannoverischen Offiziers an einen Hofbesitzer im nördlichen Schleswig im Auszuge mit. Es heißt darin u. a.: Wir stehen hier noch immer bereit an der Elbe und warten auf das, was geschehen soll. Unsere Kavallerie und Artillerie ist aus dem südlichen Dentschland zurückgekommen. Anscheinend gefällt es den süddeutschen Truppen sehr gut hiee in der Nähe von Hamburg. Von Stade bis Haeburg sind alle Orte voll von Infanteeie, so daß die erste Linie längs der Elbe steht; die zweite zieht sich über Lüneburg, Uelzen und Winsen ꝛc., die dritte, welche aus den für die Herzogth. bestimmten Reichstruppen besteht, hat ihr Standquatier in und um Celle. Unsere ganze Armee ist in den Garnisonen konsignirt, und kann marschiren, wenn es seyn soll. Der Herzog von Braunschweig hat sein ganzes Korps mobil gemacht, und ebenso können auch die Oldenburger, Mecklenburger und Hanseaten zu jeder Zeit auf dem Platze seyn. Sobald wir Ordre erhalten, über die Elbe zu gehen, wird unsere jetzige Stellung von bayerischen und sächsischen Truppen eingenommen. Ein preussisches Armeekorps steht parat an der Gränze, und zweifle ich nicht, daß wir mit dieser Macht wieder Ostern feiern können, wenn der Friede nicht dem Spiele ein Ende macht; uneheenvoll darf und muß dieser Friede unseres Dafürhaltens nicht seyn ꝛc.

Einem Schreiben aus Flensburg in der „W. C. N.“ zufolge, wären als Preis der Verlängerung der Waffenstillstands-Konvention dänischerseits folgende Bedingungen gestellt worden: Besetzung Nordschleswigs duech dänische Truppen, eechtliche Anerkennung der faktischen Okkupation Alsens und Theilnahme zweier Dänen an der gemeinsamen Regierung gegen Ausschließung zweier der bisherigen Mitglieder. Die entschiedene Weigerung Bunsen's, auf diese Prätensionen einzugehen, haben dann zur Kündigung der Malmöer Konvention geführt. — Demselben Blatte wird aus Rendsburg geschrieben, daß in den nächsten Tagen die Landesversammlung wieder einberufen und in derselben der Antrag werde gestellt werden, den König Friedrich VII. der schleswig-holsteinischen Herzogskrone für verlustig zu erklären und dem nächsten Agnaten, mit Uebergehung des regierungsunfähigen Erbprinzen Ferdinand von Dänemark, die Krone anzutragen.

Frankreich.

† (Paris, 1. März.) Als historisches Aktenstück verdient folgender Brief Veröffentlichung aus den „Pays“:

Paris, 24. Febr. 1848, Morgens. Es ist schon lange her, mein lieber Thiers, daß ich voraussah, wir Beide würden eines Tages berufen seyn, die Monarchie zu retten. Mein Entschluß ist gefaßt; ich verbrenne meine Schiffe. Dieser Entschluß hindert mich indessen nicht, zu beklagen, daß man mir den Oberbefehl mit einem zu schwachen Effektif anvertraute und mich zu sehr ohne Hilfsquellen ließ. Würden Sie glauben, daß in meheeren Regimentern die Mannschaften zue jetzigen Stunde kaum zehn scharfe Patronen in ihrer Tasche haben. Wann wir den Aufruhr gedämpft haben werden, und wie werden ihn dämpfen, denn die Lauheit oder der Mangel an Theilnahme der Bürgerwehr sollen mich nicht zurückhalten, dann würde ich bereitwillig als Kriegsminister mit Ihnen ins Kabinet treten; es müßte denn seyn, daß die Unpopularität, die angeblich auf mir lastet, ein unübersteigliches Hinderniß bilde. In diesem Falle zögere ich nicht, Ihnen zu eathen, Bedeau zum Kriegsminister zu nehmen; er ist ein ausgezeichneter Offizier, praktisch, voll Einsicht und Kaltblütigkeit und [illegible] Magne, Deputirten ꝛc. als Unterstaatssekretar beizugeben, [illegible] seltne Geistesfähigkeit ich zu schätzen Gelegenheit hatte. (gez.) Bugeaud.

† (Paris, 2. März.) Der Moniteur, unter allen Regierungen seit vierzig Jahren ausschließlich das Organ trockener Thatsachen, wird von dem jetzigen Kabinet als Hauptgeschütz benützt, um den Sozialismus oder die rothen Republikaner zu vernichten So enthält er heute nicht weniger als zwei volle Spalten, die in einem akademischen Blatt viel besseren Platz fänden. Man höre: „Die sozialistische Partei befand sich am Voradend der schrecklichen Junitage in ihrer ganzen Stärke. Sie wagte es, der Staatsgesellschaft eine Schlacht zu liefern. Im Januar 1849 nahm sie, schon durch eine Niederlage geschwächt, zu dee Waffe wühlerischer Minoritäten — zu Komplotten ihre Zuflucht. Heute (2. März) hat sie auch dieses Stadium schon überschritten und es bleibt ihr nur noch übrig, zu den Systemen der Agitation und Beunruhigung zu greifen. Sie arbeitet daran, die Ruhe des Landes durch äussere Demonstrationen zu stören, da sie daran verzweifelt, das Land je wieder eegieren, eeobern oder überrumpeln zu können. Wir führten neulich schon mehrere Thatsachen an, welche diese Propaganda den im Sterben liegenden Sozialismus ans Tageslicht zogen. Wir fahren heute damit fort. Solche Thatsachen an die Tageshalle ziehen, heißt sie richten.“

„Nach dieser Einleitung erzählt der Moniteur die Maskeraden, die am 24. Februar zu Ehren der Revolutionsfeier in Clermont-Ferrand, Saint Ceré, Langeac, zu Sebirmeck und in einigen anderen rothen Dörfern stattfanden.

Gestern hatten sich etwa 200 Studenten zu ihrem gewöhnlichen Monatsbankett im Saale dee Vereinigten Köche an dee Barrière Du Maire versammelt; als ein Polizei-Kommissarius erschien, der dem Gesetze von 1790 gemäß dem Bankett als Protokollführer beizuwohnen erkläete. Man erwiederte ihm, daß die 1848ger Verfassung über dem Gesetz von 1790 stehe, und wies ihn zurück. Der Polizei-Kommissarius ging ab, und das Bankett schritt voe sich. Inmitten der Reden, an denen die Deputirten Pierre Bonour ꝛc. Theil nahmen, stürzte derselbe Polizei-Kommissaeius an der Spitze eines ganzen Heeres von Polizei-Agenten in den Saal, und sprengte die Gesellschaft, die sich durch keine Gewaltthätigkeiten entehren wollte, auseinander. Die „Revolution“ enthält heute eine Protestation gegen jenen Einbruch in die Veeeinseechte.

Italien.

Wir haben direcle Briefe aus Parlermo vom 21. Febe. Der dort wie heuer in ganz Italien stille traurige Carneval wae zu Ende, das Ministerium, unter geachteten angesehenen Männern, neugebildet (Fürst v. Butera hatte das Portefeuille des Aeußern und das des Handels erhalten); die Waffensendungen aus Frankreich dauerten, wie die Rüstungen im Innern fort, aber noch immer hoffte man friedliche Beilegung des Streits durch England und Frankreich. (A. A. Z.)

Rom, 24. Febr. Mästri ist zum außerordentlichen Gesandten bei der toskanischen, Nikola Fabrizi zum außerordentlichen Gesandten bei der venezianischen Regierung ernannt. Campello ist (nach der Alba vom 26) in Bologna eingeteoffen, und sogleich nach Ferrara gegangen. Zambeccari hat den Auftrag, alle in der Romagna befindlichen Truppen in Bologna zu concentriren. Giuseppe Mazzini ist in Rom zum Repräsendanten bei der römischen und italienischen Constituante gewählt. Die Constitugnte hielt heute wieder eine öffentliche Sitzung, die sich für eine Zeitlang in eine geheime verwandelte. Beschlossen ward von ihr: daß das Ministerium in kurzer Zeit die 15,000 in Frankreich erworbenen Gewehre bezahlen und an sich nehmen soll; daß alle überflüssigen Glocken zum Kanonengießen requirirt werden sollen: ausgenommen sind neben verschiedenen andern auch die Glocken, welche ihres Kunstwerthes wegen erhalten zu werden verdienen. (A. A. Z.)

Sprech-Saal.

* (Nürnberg, den 6. März.) Seit Neujahr erscheint im Friedrich Campe'schen Verlag eine illustrirte Zeitschrift unter dem Titel: „Der Nürnberger Trichter“ redigirt von Franz Trautmann, welche die volle Beachtung des Gesammtpublikums in hohem Grade verdient, da alle Stände darin erheiternde Beziehungen auf das politische und sociale Leben finden. Wir sahen, nachdem sich die „fliegenden Blätter“ in München eine so breite Bahn durch die Journalistik unserer Zeit gebrochen und so vielen Anklang gefunden, mehrere derartige Institute auftauchen und sahen sie auch auf der Oberfläche des Wasserspiegels sich halten, allein einige wußten nicht, wo das schöne „ridendo dicere verum“ sachdenklicher angewendet wäre, als in dem Campe'schen Nürnberger Trichter, der wedee in's Triviale, noch in's allzu Herbe übergeift und Maas und Ziehl einhält, ohne daß er deshalb im ängstlichen Rückhalte die Gebrechen der Gegenwart zu geißeln unterläßt. „Allzu scharf macht schartig“, es ist dies ein deutsches Sprichwort von dem besten Schrot und Korn, und die Redaktion des Trichters nimmt die rechte Bedeutung aus diesem Speichwort heraus, sie schleift ihre Klinge so, daß die Hiebe treffen, daß die Klinge aber auch Paraden aushält, ohne allzutiefe Einrisse zu bekommen. Die Ausstattung läßt nichts zu wünschen übrig, namentlich stehen die Holzschnitte sowohl in der Ausführung, als in der Komposition, auf einer so hohen Stufe, daß sie zu den besten Leistungen der Xylographie gerechnet werden dürfen. Dem Unternehmen ist deshalb alles Glück zu wünschen und es wird bei der Ausdauer des wackern Verlegers auch durchaus nicht daran fehlen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Exp.-Nr. 8009. I.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg

werden, da bei der auf 22. d Mts. anberaumt gewesenen Subhast.-Tagsfarth ein Kaufsliebhaber nicht erschienen ist, das Haus der Fischermeisterseheleute Adam und Marg. Seidlein Nr. 46 zwischen den Fleischbänken mit der Gränfischereigerechtigkeit, sodann zwei obere Fischbehälter bei St. Peter mit einem zum Aufbewahren von Fischereigeräthschaften gehörigem Häuschen Pl.-Nr. 164, wiederholt zum öffentlichen Zwangsverkauf ausgesetzt, zu welchem Zwecke Tagsfarth auf

Donnerstag den 29. März l. Js., Vorm. 11 Uhr im Geschäftszimmer Nr. 6

mit dem Bemerken anberaumt wird, daß bei dieser Tagsfarth der Zuschlag ohne Rücksicht auf die Taxe erfolgt.

Bezüglich der näheren Beschreibung und Taxe dieser Immobilien wird auf die Bekanntmachung vom 19. Dec. v. Js. verwiesen, auch können beide in der Registratur hiesigen Gerichts eingesehen werden.

Kaufsliebhaber werden hiezu vorgeladen

Nürnberg, den 27. Februar 1849.

D i.

Iberl, k. Rath.

Freie christliche Gemeinde.

Heute Mittwoch den 7. März ist gesellige Unterhaltung im Saale des goldenen Adlers Abends ½ 8 Uhr.

Der Vorstand.

Einladung.

Die Mitglieder des Politischen Vereins, und die gleichgesinnter Vereine von Nürnberg und Umgegend werden hiemit zu einer Erinnerungs-Feyer an den 6 März 1848 auf

Dienstag Abend ½8 Uhr

ins Gasthaus zum Schwan in Wöhrd höflichst eingeladen.

Der Vorstand des politischen Vereins in Nürnberg.

Anzeige und Bitte.

Indem ich dem verehrlen Publikum sowie Freunden und Verwandten meine unterm gestrigen mit der Sattlermeisters-Wittwe Ahrens dahier vollzogene eheliche Verbindung hiermit ergebenst zur Anzeige bringe, bitte ich, das derselben bisher von ihrer sehr verehrlen Kundschaft bewiesene Vertrauen nunmehr auch auf mich gefälligst übergehen lassen zu wollen, und wird es stets mein eifrigstes Bestreben seyn, dasselbe durch reelle und prompte Bedienung mir zu erhalten

Nürnberg am 6. März 1849.

Johann Georg Kettler, Sattlermeister
Carolinenstraße Nr. 340 a a.

Erziehungs-Anstalt.

In der Privat-Erziehungs-Anstalt des Unterzeichneten erledigen demnächst einige Plätze für Zöglinge. Dieselbe gewährt, wie bekannt, solchen Knaben, welche künftig dem Stande gebildeter Privatleute angehören werden oder der Handlung und den edleren technischen Gewerben sich widmen wollen, die gründlichste Vorbildung und die gewissenhafteste Erziehung. Der Eintritt in dieselbe findet am Geeignetsten zu Michaelis und Ostern statt. Näheres nach Wunsch in einem besondern Prospektus.

Erlangen, den 4. März 1849

Dr. J. Leutbecher.

(Wiesenverpachtung betr.)

Unterzeichneter ist beauftragt, 4 Tagw. 14 Dec. Wiesen Plan Nro. 866 der Steuergemeinde Poppenreuth, im Pegnitzthale zwischen Fürth und Doos gelegen, öffentlich zu verpachten, und ladet zahlungsfähige Pachtliebhaber auf Mittwoch den 14. März l. Js. Nachm. 3 Uhr in das Nützelberger'sche Wirthshaus zu Poppenreuth zur Abgabe ihrer Pachtangebote und Vernehmung der Pachtbedingungen ein.

Nürnberg, den 27. Febr. 1849.

Neusinger, Verwalter. S. Nro. 758.

(Notiz.) Wegen unrichtiger Auffassung der Bereitungsweise meiner Chocolade sehe ich mich zu folgender Notiz veranlaßt: Meine Chocolade wird mit kaltem Wasser oder kalter Milch eingeweicht, sodann ganz glatt abgerührt, die siedende Milch bei immerwährendem Umrühren daran geschüttet, und diese Masse 3 bis 4 Minuten lang gekocht. Auf ein ¼ Pfund rechnet man 14 bis 16 Tassen.

Dr. Schüler,
Chocoladefabrik-Besitzer, Hauptmarkt S. Nro. 17 a bei Herrn Kaufmann Friedrich Fuchs.

Empfehlung.

Alle Sorten feinen Vanille-, Gewürz- und Gesundheitschocolade, das Pfund zu 24 kr., 32 kr., 40 kr., 48 kr., fl. 1. 4 kr., fl. 1. 36 kr. und fl. 2, so wie eine Auswahl schöner Osterlämmer zu jeder beliebigen Größe empfiehlt zur geneigten Abnahme

Heinrich Haeberlein,
vis a vis der Sebalder Kirche.

Packetschifffahrt von Bremen nach San Franzisco.

von **Heydorn & Comp.** in Bremen.

Das erste Schiff „Talisman" ist besetzt und segelt gegen den 15. März.
Am Ende März zu segeln liegt jetzt in Ladung:

„Reform", Kapitän W. Hattendorf,

dann folgen „Expreß", „Matador" und andere obrigkeitlich gut erklärte Schiffe erster Klasse. Nach Rio und Valparaiso werden auch Passagiere mitgenommen.

Die Passagiere können nach Ankunft des Schiffes in San Francisco noch einige Wochen gegen Vergütung von einem halben Dollar per Tag an Bord bleiben, die mit unsern Schiffen reisenden werden daselbst mit Rath und Kredit unterstützt werden. Auch übernehmen wir den Verkauf der Waaren in San francisco, sowie die Realisirung der Retouren im besten Interessen der Eigenthümer unter der üblichen Garantie.

Nähere Auskunft ertheilt auf franco Anfragen.

C. H. van Zütphen, Spediteur in Köln.
Comptoir Perlengraben Nr. 70.

Neu verbesserte Rheumatismus-Ableiter.

Die bereits vielseitig empfohlenen und als sehr bewährt befundenen „Rheumatismus-Ableiter," per Stück a 18 kr., stärkere a 36 kr. mit Gebrauchsanweisung sind für hier und Umgegend nur allein ächt bei Unterzeichnetem zu haben.

Wie schon bekannt, dienen sie gegen Kopf-, Hand-, Knie- und Fußgicht, Gesichts-, Hals- und Zahnschmerzen, Ohrenstechen, Harthörigkeit, Sausen und Brausen in den Ohren, Brust-, Rücken- und Lendenweh, Gliederreißen, Krämpfe, Lähmungen, Herzklopfen und Schlaflosigkeit rc., und liegen hierüber die besten Zeugnisse vor.

S. L. Krauß,
Theresienstrasse S. No. 551 in Nürnberg

Nachricht und Empfehlung.

Mehrseitigen Anfragen zu begegnen, diene hiemit einem verehrlichen Publikum zur ergebensten Nachricht, daß ich eine Auswahl von

Wiener-Zithern

mit 12—30 Saiten, ordinär und fein nebst Zither-Saiten bereits erhalten habe, und empfehle solche um möglichst billige Preise zur gefälligen Abnahme.

Fr. Löhner,
Musik-Instrumentenmacher. Dötschmannsplatz S. Nro. 998.

Die Sammlung für Blum's Kinder.

Sobald einige versprochene namhafte Beiträge von auswärtigen und hiesigen Redaktionen eingetroffen sind, werden wir die eingegangenen Gelder, **welche bei der Kgl. Bank verzinslich deponirt sind**, an die betreffende Stelle einsenden und erstatten allen freundlichen Theilnehmern hiermit unsern Dank Zugleich noch die Bitte an diejenigen, welche allenfalls gesonnen sind, noch einen Beitrag zu geben, es im Laufe dieser Woche zu thun, indem am 15. die Liste geschlossen wird.

Nürnberg, 5. März 1849.

Gebrüder Schmitt.

Entgegnung.

Ich habe aus Ihrem Inserat in Nr. 65 d. Bl ersehen, daß mich der betreffende Herr des Oberpostamtes falsch berichtet hat, indem derselbe die Annahme fragl. Briefe in den Paß-Verordnungen geltend glaubte. Ich kann Sie demnach allerdings keiner Pflichtverletzung beschuldigen, bemerke aber, daß Sie bis jetzt der Einzige sind, der solche Briefe nicht annahm: daß deren Annahme jedoch in dem Bereich der Gefälligkeit lag, auf dem sich Ihre Herren Collegen zum Vortheil des Publikums und der Post-Anstalt seither bewegten. Das Wort Verordnung hörte ich nicht aus Ihrem Munde, sondern nur die: Wir nehmen nur unfrankirte Stadtbriefe an, die Sie mir in einem nicht zusagenden Tone flüchtig gaben. Daraus erklären sich auch meine gethanen Schritte. Dies sind hier meine letzten Worte.

Zimmermann.

Empfehlung.

Unterzeichnete empfiehlt sich im Strohhutwaschen und bemerkt, daß sie, wie von jeher, dieselben auch wendet und in die neueste Façon umarbeitet.

Beate Weiß,
Binzengäßchen S. Nr. 1200,
(in der neuen Gasse.)

Gummi-Arabicum

und halbfeine Schaafwolle sind in Partieen billig zu verkaufen; auch eine Partie destelirtes türkisches Rosenwasser wird billig abgegeben gegen österreichisches Papiergeld im vollen Werth L. Nr. 334 in Nürnberg.

(Verloren.) Am vergangenen Sonntag wurde vom Lauferthor bis auf den Schmausenbuck eine goldene Broche mit Vergißmeinnicht verloren Der redliche Finder erhält bei Zurückgabe derselben eine dem Werthe angemessene Belohnung. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) In einer der vorzüglichsten Stadt des Königreiches Bayern, wo der Kanal und Eisenbahn sich die Hände reichen, werden zur Erbauung einer Kunstmühle noch einige Theilnehmer gesucht Nähere Mittheilung gibt mündlich oder in frankirten Briefen

Bamberg, den 6. März 1849.

der Commissionär
F. W. Drausnick,
D. I. No 105.

(Gesuch) Auf der Sebalder Seite wird bis zum 1. April ein möblirtes Logis für einen ledigen Herrn zu miethen gesucht. Anträge mit Chiffre M. beliebe man in der Exped. d. Bl abzugeben

---

(Mieth-Gesuch.) Ein Wittwer ohne Kinder und Geschäft wünscht in einer lebhaften Straße eine hübsche Wohnung um fl 40 bis fl. 50 zu miethen, jedoch müßte solche bald bezogen werden können. Näheres in S Nro. 606 auf der Schütt.

(Gesuch.) Ein Frauenzimmer in mittlern Jahren wünscht eine Stelle bei einer ältlichen Dame, wo sie zu deren freundlichen Gesellschaft dienen würde und auch die Uebernahme aller übrigen vorkommenden Arbeiten bereitwillig übernimmt. Für den gediegenen, soliden Charakter wird gebürgt. Oder fände sich sonst eine passende Stelle, so ists zu erfragen in der Exp. d. Bl.

(Gesuch.) Ein junger Mensch, der Lesen, Schreiben und Rechnen kann, sucht als Auslaufer unterzukommen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Zu vermiethen) Ganz nahe vor dem Spittlerthor ist eine schöne Gartenwohnung, bestehend in 3 heizbaren Zimmern, 1 Kammer, Küche und sonstigen Bequemlichkeiten zu vermiethen. Das Nähere in Gostenhof auf dem Pletrer Nro. 149.

(Zu vermiethen.) Das Haus Nro. 71 und Nro. 72 in Tafelhof sind bis Walburgi zu vermiethen Zu Nro. 72 kann ein Pferd-Stall gegeben werden. Das Nähere Nro. 73.

(Zu vermiethen.) Ein möblirtes Zimmer ist täglich zu vermiethen in der Königsstraße, auf Verlangen auch unmöblirt.

(Zu vermiethen.) An einen Herrn Offizier oder Privatier ist ein schönes möblirtes Logis, nebst Bedienten-Zimmer sogleich zu vermiethen.

(Zu vermiethen) Eine angenehme Wohnung, bestehend aus einem eigenen Hause im Nonnengarten, ist bis Walburgi zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In einer sehr angenehmen Gegend der Stadt sind zwei Logis, mit oder ohne Möbeln und Bett an ledige Herren sogleich zu vermiethen.

(Haus-Verkauf.) Ein Haus im besten Baustande mit Hof, welches sich für einen Feuerarbeiter so wie für jeden Geschäftsmann eignet, steht zum Verkauf.

(Zu verkaufen) Eine Maschine zum Ueberflechten der Peitschenstöcke mit 24 Klöppeln, und zwei starke Säulen von Eichenholz sind billig zu verkaufen.

Literatur.

So eben ist erschienen und in der C. H. Zeh'schen Buchhandlung in Nürnberg zu haben:

Katechismus

für angehende Bauhandwerker,

welche sich über die Gebäude überhaupt, die Baumaterialien und deren Verbindung mit einander, des Grundbau, die Mauern, Wände und Decken; ferner über die Dächer, die Anordnung der Wohngebäude, die Auferlegung des Baurisses und Bauanschläge, die Säulenordnungen, so wie über die Zeichnung und Berechnung der in der bürgerlichen Baukunst stets vorkommenden Linien, Flächen, Körper und Gewölbe bestens belehren, und sich dadurch würdig zum Meister-Examen vorbereiten wollen.

Deutlichst in Fragen und Antworten aufgestellt
von
Ernst Friedmann,
Baumeister.
Mit 8 Tafeln Abbildungen.
Preis: 54 kr.

Mit einer Beilage.

Deutschland.

Mecklenburg-Schwerin. (Schwerin, 27. Febr.) „Das Volk ist die Quelle aller politischer Gewalt.“ So lautet der erste Paragraph der allgemeinen Bestimmungen des vom Verfassungsausschuß der Kammer der Abgeordneten vorgelegten Entwurfs eines mecklenburgischen Staatsgrundgesetzes. Die Kammer hat gestern diesen Paragraphen mit 49 gegen 45 Stimmen angenommen. Die schwerin'schen Kommissaeien hatten in einer Mittheilung an die Abgeordnetenkammer sich dahin eeklärt, daß 1) die Staatsregierung über den von ihr der Versammlung voegelegten Entwurf eines Verfassungsgesetzes um so mehr eine Erklärung von Seiten der Versammlung erwarte, als sie dieser gleichfalls einen wohlbegründeten Anspruch auf eine Erklärung Seitens der Regierung über die Gesetzesvorlagen der Abgeordnetenkammer zuerkenne, und 2) daß während der Regierungsentwurf neben Begründung einer freien selbstständigen Bewegung und Entwickelung des Volkslebens und neben Sicherung der den Staatsbürgern zustehenden Rechte die Erhaltung einer kräftigen Executivgewalt unter einem unverantwortlichen Oberharpte zur Ausgabe sich gestellt habe, dagegen der Entwurf des Verfassungsausschusses z. B. durch die allgemeinen Bestimmungen im ersten Abschnitt duech die Ueberschriften und meheere ihnen entsprechende §§ des vierten und fünften Abschnittes dem Großheezoge eine solche Stellung anweise, daß er in starkem Widerspruch mit den oben angedeuteten Principien teete, und müsse daher die Staatsregierung desto mehr für ihre Pflicht erachten, auch künftig an den Principien festzuhalten, je adweichender die bisherigen staatsrechtlichen Verhältnisse Mecklenburgs von den ins Leben zu rufenden neuen Zuständen waren und je größere Schwierigkeiten ohnehin der unvorbereitete plötzliche Uebergang darbiete.

In ähnlicher Weise hatte sich der Steelitz'sche Kommissarius ausgesprochen, mit dem Hinzufügen, daß er mit der Ansicht des Verfassungsausschusses in so fern übeeeinstimme, als die Unionsfrage einstweilen auf sich beeuhen solle, woraus folge, daß die zunächst bevorstehenden Berathungen über das Verfassungswerk nur von dem Gesichtspunkte der Selbstständigkeit eines jeden der beiden Großherzogthümer gepflogen weeden könnten. Wenn nach diesen Erklärungen und „in endlicher Erwägung, daß die Kammer unter allen Umständen gehalten sey, über den kommissarischen Entwurf eine Erklärung abzugeben,“ die Kammer ein Amendement von v. Dewitz-Miltzow und 7 anderen Mitgliedern, zum Antrage des Verfassungsausschusses (die baldige Berathung der vorgelegten Abschnitte des Verfassungsentwurfs und die demnächstige Beschlußnahme), lautend: hohe Versammlung wolle beschließen, bei den Berathungen über das Verfassungswerk zunächst die von den Kommissarien übergebenen Entwüefe zu Grunde zu legen, verworfen hat, so hat dieselbe dadurch zur Genüge den Standpunkt bezeichnet, welchen sie in der Verfassungsangelegenheit den Kommissarien gegenüber einzunehmen gedenkt. (Der Korrespondent des Hamb. Korresp. knüpft daran die Bemerkung, daß eine Auflösung der Kammer nun gar nicht mehr unwahrscheinlich sey.

Sachsen. (Gera, 1. März.) Am 5. d. M. wied der konstituirende Landtag für Reuß jungerer Linie wieder zusammentreten, um seine Beeathungen fortzusetzen. Da leider die Anschlußverhandlungen mit Sachsen gänzlich ins Stocken gekommen sind, so bleibt dem Landtage nichts übrig, als die Verfassung sofort zu berathen. Der Bericht über den Entwurf ist beeeits an die Mitglieder vertheilt. Der Entwurf selbst beruht auf demokratischen Grundlagen und ist in vielen Beziehungen der Veefassung von Anhalt-Dessau nachgebildet. Leider scheint es fast, als solle es zu einem ernsten Konflikte zwischen dem konstituirenden Landtage und dem Ministerium kommen, und zwar über einen Punkt, der sicher kaum der Rede werth ist, der aber durch die Halsstarrigteit des Ministeriums ein Grund werden kann, entweder zum Zurücktritt des Ministeriums oder zur Auflösung des Landtags, der gerade in diesem Punkte einstimmig handelt. Es ist nämlich in dem Wahlgesetze, nach welchem der konstituirende Landtag gewählt wurde, bestimmt, daß derselbe aus 26 freigewählten Abgeordneten des Volks bestehen solle; daneben sollten noch funf Mitglieder der ehemaligen Ritter- und Landschaften (dieselben bestanden aus den Besitzern der wenigen landtagsfähigen Ritteegüter und den vier stadträthlichen Behörden von Lobenstein, Tanna, Schleiz und Gera. Letztere hatten bereits freiwillig ihr voemaliges Recht an der Landesvertretung aufgegeben) zu den Berathungen des Landtags beigezogen werden. Trotz dee von allen Seiten eingehenden Protestationen und Petitionen wollten diese fünf „Beigezogenen“ in den Landtag eintreten; allein dieser erklärte sich auch sofort einstimmig gegen die Anwesenheit derselben, und in Folge davon traten sie freiwillig zurück. Der constituirende Landtag setzte nun seine Thätigkeit ungestört fort; er berieth Gesetze, die auch vom Fürsten sanktionirt und vom Ministerium publicirt wurden; er machte Geldbewilligungen und war als gesetzliche Landesvertretung von der Regierung und dem Volk anerkannt.

Mittlerweile kam der Reichskommissär v. Mühlenfels in das Land, und alsbald wendeten sich die Mitglieder dee ehemaligen Ritter- und Landschaft an denselben, um gegen den konstituirenden Landtag zu agitiren. Hr. v. Mühlenfels glaubte gegen den für Sachsen sich aussprechenden konstitutionellen Landtag diese Ritterschaft benutzen zu müssen, von der einige Mitglieder weimarische Staatsangehörige sind. Der konstituieende Landtag hatte, gleich dem anhaltischen und dem mecklenburgischen, die ehemaligen ritter- und landschaftlichen Verfassungen unserer jetzt vereinigten deei Fürstenthümer, als durch das Wahlgesetz vom 22. April 1848 erloschen, am 8. Dez. mit Einstimmigkeit für aufgehoben erklärt. Plötzlich verlangt jetzt unser Ministerium, daß die fünf Mitglieder der ehemaligen Ritter- und Landschaften wieder eintreten sollten, und will im Weigerungsfalle die Centralgewalt als Schiedsrichterin anrufen. Der Landtag wird sicher bei seinen Beschlüssen verharren; er wird ferner nunmehr der Regieeung die nachgesuchte Ermächtigung zur Kreirung von Kassenscheinen nicht geben, wenn dieselbe auf diesem ihrem Verlangen verharrt; er wird ferner das Ministerium in diesem Fall als des Vertrauens des Volks, welches mit dem Landtag in dieser Frage vollkommen im Einklang ist, entbehrend, zum Rücktritte nöthigen. Vielleicht versucht das Ministerium eine Auflösung des Landtags, aber das würde nichts helfen; die neuen Wahlen werden ganz eben so wieder ausfallen wie die jetzigen. Dazu kommt der Umstand, daß das Ministerium in sehr großer Geldnoth ist, und nur der Landtag ihm Kredit verschaffen kann. Noch ist es Zeit, noch kann das Ministerium einlenken; möge es das bei Zeiten thun, und nicht die Sache wegen eines durch die deutschen Grundrechte ohnehin als vollständig erledigt zu betrachtenden Punktes auf die Spitze treiben. Alle Verantwortlichkeit würde auf dasselbe zurückfallen.

Auch hier in Gera sind am 26. Februar bedeutende Excesse durch das hier liegende gothaische Reichsmilitär vorgefallen. So weit ging es, daß der hiesige Bürgermeister, im rühmlichen Eifer, diesen Excessen Einhalt zu thun, und, wie es scheint, von dem herbeigerufenen Major des Bataillons nicht geschützt, von den Soldaten thätlich gemishandelt wurde. (D. A. Z.)

Italien.

Rom, 24 Febr. Die Inquisition wäre also auch hier richtig aufgehoben Die wenigen Dominikaner welche für die schläfrige, durchaus unselbstständige Verwaltung derselben jährlich 12,000 Scudi bezogen, sind nach dem Closter S. Maria Sopra Minerva transportirt worden, ohne daß man ihnen auch nur Zeit gelassen hat, ihre eigene Baarschaft an sich zu nehmen. Zum Staatseigenthum ist auch die vatikanische Bibliothek erklärt worden, und sie soll der Wissenschaft und ihren Dienern nutzbar und zugänglich gemacht weeden. In diesem einen Punkt muß man bedauern, daß der gegenwäetige Zustand der Dinge so wenig Aussicht auf Fortdauer darbietet. Die Verwaltung dieses Instituts, dem die Allirten im Jahr 1815 seine wichtigsten Schätze zurückerstattet haben, offenbar um der Wissenschaft dadurch einen Dienst zu erweisen, nicht um sie aufs neue unter dem Staube mönchischer Gesinnung degraben zu lassen, gehört zu den himmelschreiendsten, wenn man bedenkt, daß systematisch alles geschehen ist, um die Benutzung dieser Schätze zu erschweren und daß größere Freiheit nur abusiv durch die Connivenz des freundlichen Vorstands hat erlangt werden können. Jetzt soll alles lieberal eröffnet werden. Die Zahl der Arbeitstage betrug kaum ein Drittheil des Jahres und deei knappe Stunden lohnten häufig kaum den weiten Weg hin und zurück. Hoffentlich wird dort auch von den manchen guten Anordnungen die getroffen worden sind, um uralte Mißbräuche zu zerstören, einiges erhalten bleiben. Der Papst hat den Gesandten Befehl ertheilt, ihre und seine Wappen von ihren Wohnungen abzunehmen, wodurch nicht blos diese, sondern auch alle Landsleute schutzlos werden.

(A. A. Z.)

(Florenz, 27. Februar.) Gestern kam Guerrazzi von seiner Unternehmung gegen de Laugier hieher zurück, und ward von einem Theile des Volkes feierlich empfangen. Der toscanische Moniteur meldet, daß die Berufung der gesetzgebenden Versammlung bis zum 22. Marz verschoben ist. (A. A. Z.)

Ein Schreiben aus Turin vom 24. Febr. in der radikalen Berner Zeitung, wie es scheint von einem lombardischen Emigeanten, sagt: „Turin ist in Gährung; die Truppen durchziehen die Strassen; die Nationalgarde will dem Rufe nicht gehorchen. Man verlangt von allen Seiten Gioberti ins Ministerium zurück. Turin ist aristokratischer als selbst der König; es ist eine Hofstadt, eine Stadt von Adeligen, Bedienten, privilegirten Krämern. Man kann sich gar nicht vorstellen, wie weit hier alles in der Politik zurück ist. Man brüllt gegen die Kammer, die man für allzu liberal hält — während sie doch ganz doktrinär ist! Gioberti ist deßhalb gefallen, weil er 20,000 Mann nach Toskana schicken wollte, um da die Republik zu unterdrücken. Die Befehle waren insgeheim schon gegeben, selbst ohne Vorwissen der übrigen Minister. Diese selbst haben Gioberti in der Kammer angeklagt. Sie sind auch beim König gewesen und haben ihm freigestellt, entweder sie oder Gioberti zu entlassen. Der König hat den Veestand gehabt, Gioberti wegzuschicken. Aber die Reaktion erhebt frech ihr Haupt und will Gioberti zurückhaben, weil sie die verlorne Macht wieder zu erlangen hofft. Gestern hat das Kriegsministerium dem Hrn. General Allemandi das Genenalkommando der Nationalgarde anbieten lassen — eine zu anderer Zeit sehr ehrenvolle, gegenwärtig aber unhaltbare Stellung. Nach ihrem Bestande würde die Nationalgarde dem Hrn. General nicht gehorchen. Er hat daher die Bedingung gestellt, daß sie aufgelöst und neu organisirt, und daß alle adeligen und aristokratischen Offiziere entfernt werden. Seine Anträge wurden nicht angenommen. Man weiß eben nicht, wo hinaus und verliert den Kopf. Radetzky ist's der intriguirt — und zwar mit allem Erfolg. Man spricht von bewaffneter Inteevention gegen Rom und Floeenz, ausgeführt durch die Mächte, Feankreich an der Spitze, nebst Oesterreich, Neapel und vielleicht selbst — Piemont.

In der Sitzung des piemontesischen Senats vom 26. Febr. interpellirten Pettiti und Massimo d'Azeglio das Ministerium. Beide sprachen ihr Bedauern über den Rücktritt Giobeeti's vom Ministerium aus, d'Azeglio eeklärte eine Inteevention in Toskana für nothwendig, und beide wollten vom Ministeeium Auskunft über seine Politik. Die Antwort, welche der Minister des öffentlichen Unterrichts und der der Justiz gaben, enthält manches Bekannte. Ihre Hauptpunkte waren: das Ministerium hält fest an dem Programm, welches es seit dem 16. Dezember schon vorlegte. Der Zwiespalt zwischen dem gegenwärtigen Ministern und Gioberti drehte sich nue um die Frage, ob in Toskana intervenirt werden solle odee nicht. Die gegenwärtigen Minister wollten nicht interveniren; eine Intervention Piemonts in Toskana würde weder dem Volke noch dem Fürsten des Landes recht seyn. Der Großherzog hat seinen festen Wunsch ausgesprochen, daß piemontesischerseits nicht intervenirt werde. Das Ministeeium erkennt keine andere Volksstimme an, als die von den Repräsentanten ausgesprochene (diesen Punkt hoben die Minister nicht ohne Absicht sehr stark hervor, da man in Piemont von zwei Seiten daran arbeitet, die Autorität der Kammern aus den Angeln zu heben.) Das Ministerium wünscht die Beihülfe (concorso) der Völker Mittelitaliens zum Unabhängigkeitskrieg sehr lebhaft; wird sie angeboten, so wied es sie mit Freuden annehmen, ja nichts unversucht lassen, um sie zu erlangen. Uebrigens folgt daraus, daß wir ihre Hilfe in einem Kreig gemeinsamer Interessen in Anspeuch nehmen, noch nicht nothwendig, daß wir ihre Regierungen offiziell anerkennen. Man könnte

ihren Beistand annehmen, hervorrufen, ohne Präjudiz für die Anerkennungsfrage; daß das Ministerium eben im Nationalinteresse den bestehenden Regierungen Mittelitaliens gegenüber eine kluge Zurückhaltung einzunehmen sich verpflichtet hätte, hat das Ministerium schon früher die Ehre gehabt, dem Senat zu erklären. Soweit der ausführliche Bericht in den uns zugekommenen piomenteser Blättern. Am Schluß der Sitzung nahm der Senat in Bezug auf die Erklärungen der Minister folgende motivirte Tagesordnung an: der Senat, indem er sich mit den vom Ministerium gegebenen Erklärungen und Aufklärungen zufriedenstellt, und indem er auf die volle Uebereinstimmung der ministeriellen Handlungen (mit den Erklärungen) baut, geht zur Tagesordnung über. Der Antrag auf einfache Tagesordnung war zurückgewiesen worden. (A. A. Z.)

In Turin kam am 25. Februar Alceo Feliciani als Abgesandte der römischen Republik an.

Neu ausgestellte Werke im Albrecht-Dürer Hause in Nürnberg.

Ein weibliches Portrait, Oelgemälde von G. Preßlein in Fürth. — Eine große Gebirgsgegend, Oelgemälde, unbekannt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Empfehlung.

Einem hochverehrten Handelsstande und Gesammt-Publikum habe ich die Ehre anzuzeigen, daß ich von nun an alle Sorten **selbstgefertigter** achromatische Augfernröhre, so wie auch größere zum Seegebrauch und verschiedene kleinere Sorten Jagdperspektive und Operngucker zu liefern im Stande bin. Die achromatischen Objektivgläser von Münchner Flintglas gefertigt (anerkannt bisher das beste) von verschiedenen Größen und Brennweiten bis zu 30 Linien Oeffnung, habe ich stets vorräthig, auch werden selbige einzeln gefaßt und ungefaßt abgegeben und können auf Verlangen und vorheriger Bestellung noch größer angefertigt werden. Zu größeren optischen Instrumenten kann ich auch neue Ocularrohre zum irdischen und astronomischen Gebrauch zu jeder gewünschten verhältnißmäßigen Vergrößerung fertigen, zu diesem Zweck darf nur ein altes Ocularrohr wegen der Ocularschraube eingesandt, die Brennweite des Objektivglases oder die ganze Länge wie selbiges mit dem alten Ocularrohr deutlich zeigt, und die Vergrößerung, welche die neuen Ocularröhren erhalten sollen, genau angegebne seyn. — Auch alle in dieses Fach einschlagende Reparaturen nehme ich zu möglichst billigen Preisen vor, und leiste Garantie für gute brauchbare Waare.

Noch bemerke ich, daß hiedurch mein bisheriges Geschäft nicht die geringste Störung erleidet, und alle meine bekannten optischen Artikel auch ferner in derselben guten Qualität und zu möglichst billigen Preisen wie bisher geliefert werden.

Zu gütigen Aufträgen empfiehlt sich hochachtungsvollst ergebenster

Nürnberg, 7. März 1849.

Pet. Conr. Kalb jun.
Optikus S. Nr 545.

Anfrage.

Mit dem gestrigen Intelligenzblatt zirkulirte eine Behelligung an die Protestanten dahier, und wahrscheinlich schämt sich der Verbreiter unter seine Glaubensfaselerei seinen Namen zu setzen, und es scheint, daß dem Verfasser alle Geschichtskenntniß abgeht, denn sonst könnte er wissen, daß die größten und gewaltigsten Männer nicht bei Christo, wohl aber aus den Geldtaschen ihrer Untergebenen Stärkung und im Schutz der Bajonette Trost zu finden wissen; daß die Armen in Irland, Flandern und Schlesien nicht Licht im Christenthum, aber das Ende ihrer Leiden im Hungertod gefunden und somit die Welt überwunden haben. Er könnte ferner wissen, daß die Mystik des Christenthums ein 1800jähriges Ungethüm ist, und daß mit Sehnsucht der Goliath erwartet wird, der allen privilegirten Volksverdummern die Lästermäuler stopft, deren gesicherte Existenz sie taub für alles Licht der Vernunft macht. Es hält nicht schwer zu beweisen, daß unsere socialen Zustände eine Satyre auf die reine Christuslehre ist, und kann mich der anonyme Alterthumverehrer eines bessern belehren, so mag er die Güte haben, sein Bekehrungswerk an mir zu versuchen.

Ferdinand Amman.
Lit. S. Nr 1577.

Die Unterzeichneten erklaren sich mit dem Inhalt der am 1. Marz 1849 Abends 7 Uhr im Bamberger Hofe beschlossenen in der gestrigen Nummer der Mittelfränk. Zeitung enthaltenen Erklärung an die General-Synode in Ansbach einverstanden.

Leonh. Ammersdorffer, Lithograph. Georg Jakob Pabst, Spielwaarenfabrikant. Konrad Heinrich Kellermann, Ahlenfabrikant. A. Jac. Stadler, Drechslermeister. Joh. Leonh. Renner, Drechsler und Mechanikus. Jac. Sam. Wagner, Putzwaarenhandler. Gg. Hammerbacher, Drechslermeister. Andr. Schmidt, Zinngießermeister. Konr. Freiberger, Stuck-Glockengießer. Johann Georg Rosch, Drechslermeister. Gg. Lorenz Schell, Nagelschmiedsgesell. Friedr. Wilh. Staedler Goldarbeiter. Johann Kilian Stockel, Uhrmacher. Karl Brom, Goldarbeiter. J. Leonh. Nüll, Großpfragner. J. H. Baum, Webermeister. Dr. Brügel, K. Kreisger.-Rath, Schnetter, Kaufmann. K. Müller, Gold- und Silber-Plattirer. J. M. Hausknecht, Fabrikant und Kaufmann. Math. Kadeder, Gem.-Vorstand in Steinbühl. J. N. Helmling, Drechslermeister. G. Lauer, Feingoldschlager. Wilh. Fißler, Flaschner in Steinbühl. Joh. Popp, Schneidermeister in Steinbühl. J. G. Schachtner Handelsmann. J. G. Raab, Drechslerm. G. Lenk, Flaschnerm. J. G. Koch, Gastwirth. J. G. Beck, Schlosserm. Chr. Niklas, Kammmacherm. G. A. Leck, Gastwirth. A. Lipps, Komis. J. Belizer, Schneidermeister. Georg Gattinger, Tuncher. A. Werchel, Steintauer. J. Bauer, Schneidermeister. J. M. Moßhammer, Waagmacher. A. M. Sommer, Zirkelschmiedmeister. Fr. Mayer, Dr. philosophiae, Redakteur. W. Tummel, Buchdruckereibesitzer. J. P. Hahn, Privatier. J. N. Gerber, Privatier. J. G. Meinelsberger, Bleistiftfabrikant. Ernst Wähnert, Maler. Fr. Heberlein, Kaufmann in Furth. G. C. Martini, Kaufmann. Gg. Pommer, Kupferstecher. P. Kern, Spiegelbeleger in Wöhrd. J. P. Ritter, Schachtelmacher. J. H. Hetwig, Kleidermacher. P. Kayser, Rothschmied. J. W. Wiemer, Tabakeinkäufer. J. Engelhardt, Maler. J. A. Langhanß, Damastweber. J. Beer, Schreiner. Gg. C. Bayer, Kammmachermeister. J. A. Ackermann, Rothschmied. J. Chr. Wolff, Webermeister. J. G. Schatt, Rothgießer. J. C. Falkessen, Seifensieder. J. M. Martin, Buchbinder. J. Fried. Burkhard, Feilenhauer. Wilh. Haußer, Feilenhauer. Peter Stengel, Zirkelschmiedmeister. B. Lederer, Handelsmann. A. C. Schaubenstiel, Eintsfabrikant. M. Frühlingsfeld, Rothgießer. G. Chr. Würsching, Gürtlerm. Fr. Tummel, Expeditor. J. J. Stich, Restaurateur. Gg. Chr. Hurst, Maurermeister. J. P. Priem, Schriftsteller. J. L. Woerbe, Prof. Rudolph Woerbe Handlungslehrl. J. G. Hoell, Kaufmann. W. Trost, Fabrikant. A. Munkert, Fabrikant. P. Groß, Handlungs-Kommis. G. L. Bock, Zirkelschmiedmeister. J. Chr. Ruprecht, Kupferschmiedmeister. W. Schulzlein, Schuhmachermeister. H. L. Grötsch, Schneidermeister. J. G. Röthlingshöfer, Herrenkleidermacher. F. Ch. Oeblmann, Metalldrucker. J. G. Fuchs, Dosenfabrikant. Ch. Döltsch, Feilenhauergesell. Dr. Barthelmeß, prakt. Arzt. Gobel, Kammmacher. Büchner, Flaschnerm. J. Gebhardt Gesellschafts-Diener. S. L. Krauß, Kaufmann. Friedr. Bauer, Kaufmann. J. G. Kummer, Kaufmann. W. Fleischmann, Kommis. C. Nachtigall, Mag.-Assistent. N. Wedermann, Farben-Fabrikant. G. H. Aab, Buchbinder. Heinr. W. Drechsler, Hand Agent, Andr. v. Schütz, Gichttafentfabrikant. C. Osterhausen, Fabrikbes. J. L. Stark, Kaufmann. J. Funk, Gastwirth. J. Stoller, Pflasterermeister. K. Fr. Schnell, Oekonom am Rennweg. M. Poserlein, Schneiderm. F. W. Amberger, Knopfmachermeister. Gg. W. Freyberg, Lithograph. A. Bergmann, Schriftsetzer aus Kitzingen. J. M. Sixt, Zirkelschmiedm. L. Woltermann, Kaufmann. N. Wolz, Schnittwaarenhandler. F. Becker, Galanteriewaarenhandler. M. Passing, Bleicher. E. Heinlein, Skribent. Ch. E. Hirsch, Gurtler. J. W. E. Lüttner, Beutler. P. Belgrad, Rothschmied. F Ph. Wild, Büttnermeister. A. Fries, Schellenmachermeister. M. E. Wedermann, Borstenverleger. W. Groß, Komis. J. M. Etsching, Schuhmacherm. H. Sombammer, Farberm. Ed. Bock, Goldarbeiter. Kr. Heubner, Buchbindermeister. J. G. März, Schuhmacherm. P. G. Bauriedel Privatier. M. Stich, Mechanikus. Gg. Heckmann, Drechslerm. J. K. Dürst, Schneider. G. F. Stiegler, Schneider. G. F. Baum, Tuchbereitermeister. J. Knapp, Ch. Hein. Eder, Weberm., Joh. Sieghard, Portefeuilleur. S. Hagenbauer, Gastwirth. J. J. Heller, Mechanikus. J. Gechter, Tabakfabrikant. Joh. G. Schmidt, Schriftsetzer. G. L. Thieme, Schriftf. J. Berger, Schlosserm. Heinrich Raeitel, Kaufmann. Carl Runnenberg, Kaufmann. A. W. Müller, Kaufmann. C. Grieninger, Kaufmann. J. Fried. Weyßel, Apotheker. Carl Merkel, Comis. Carl Göppner, Kaufmann. Georg Arnold, Kaufmann. Jean Hahn, Fabrikbesitzer. Johann Leonhard Backofen, Kaufmann. J. L. Haußer, Drathfabrikant. Erich Hackmann, Fabrikant. Jac. Hertel, Kaufmann. J. G. G. Herold, Kaufmann. J. G. Billhofer, Kaufmann. Johann Deuerlein, Paulus Behtner, Johann Heußendörfer, Georg Birkmann, Jak. Löhner, Paulus Bub, Flaschner. Fried. Fleischmann, Schneidermeister. Georg Miller, Siebmacher. G. Ehemann, Rothgerber. J. Martin Frühinsfeld, Rothgießer. G. Bruckner, Kammacher. J. Pfeiffer, Kammacher. J. B Trambauer, Rothschmiedmeister. K. Hahn, Rothschmiedm. C. Berg, Kupferdrucker. J. Tobias Brechtel, Zimmergesell. W. Städtler, Bleistiftmacher. J. G. Jürgens, Goldschlager. J. S. Stern, Flaschner. Sim. Julius Stern, Gold- und Silbergespinnstfabrikant. K. Birkel, Flaschner. Chr. G. Heymann, Kaufmann. C. Ströbel, Tuchhändler. J. Jacob Brack, Lithograph. Bernh. Weigand, Maler. Leonh. Kracker, Wirth. Robert Franke, Maler. C. Daumerlang, Portefeuiller. G. Math. Bögel, Güterlader und Bierwirth. G. Krom, Schuhmacher. J. M. Richter, Gastwirth. J. F. Feey, Weber. Carl Güllich, Kaufmann. Ernst Drechsler, Harmonikamacher. N. Barthelmeß, Kaufmann. G. F. Strobel, Gürtler. Alb. Strunz, Comis. L. Strunz, Commis. Bernhard Marx, Portefeuilleur. Goltl. Demler, Kaufmann. Fried. Enzenberger, K. Funktionär. J. D. Pauschinger, Bürstenmacher. J. G. Rupprecht, Zirkelschmiedmeister. J. Christ. Grünertz, Drechsler. J. K. Braun, Waagmacher. Simon Blabel, Schneidermeister. Aug. Reuter, Kaufmann. Bapt. Canton, Musiklehrer. Christian Fink, Kaufmann. Dr. Schwartz, praktischer Arzt. Reidner, Tuchhändler. H. Pemsel. C. Eckert, Zirkelschmied. E. Kämmerer, Schuhmacher. J. W. Saß, Kartenmacher. J. Mich. Amm, Kartenmacher. J. Leonh. Hösch, Kartenmacher. J. Wechsler, Kartenmacher. J. Sig. Steinlein, Kartenmacher. C. Eckart, Mühlbesitzer. J. E. Schmidt, Weismacher. J. D. Drechsler, Kaufmann. J. G. Eberlein, Kaufmann. K. Gruber, Hafnermeister. B. Walliser, Kaufmann. Fried. Blümlein, Handlungsbeflissener, J. A. Rößel, Privatier. Ch. M. Lindsted. Zimmermeister. Sig. Böhmländer, Drechsler. Moritz Alja, Kammachermeister. Carl Deneke. Fr. Merkel, Kaufmann. C. Geith, Hutmacher. J. M. Ißmayer, Flaschnermeister. J. Paul Hofmann, Orthopad. G. Deeke, Conditor. J. F. Regges, Sprachlehrer. J. B. Schroll, Metzgermeister. J. E. Hüfner, Schreinermeister. Alb. Fleischmann, Modelleur. P. Weinberger, Schumacher. J. G. Schumann, Büttnermeister. H. Hummel, Bader. H. Enslin, Commis. J. G. Eckert, Zirkelschmied. J. Völklein, Spielwaarenfabrikant. G. Anton Schleicher, Kaufmann. G. Müller, Kaufmann. Bauer, Hauptmann. G. Schmidt, Büttnermeister. J. Fr. Peter Hausleiter, Hafnermeister. Leonh. Pauli, Feingoldschlager. C. Beck, Kaufmann. Con. Dorn, bei der Handlung. Ch. Zwanziger. Glasermeister. J. K. März, Schuhmacher, C Randolph, Schuhmacher. Georg Stoll, Schlossermeister. J. D. Frey, Drechslermeister. J Untheim, Wirth. J. Schmidt, Schuhmacher. J. Schweinesbein, Schuhmacher. H. Solger, Kaufmann. E. Hahn, Uhrmacher. J. Tho. Reitzammer, Schachtelmacher. J. Leonh. Preiß, Drechslermeister. J. Michael Lämmermann, Flaschnermeister. J. G. Weidinger, Gastwirth. St. Blöst, Webermeister. K. Rößel, Privatier. A. Fr. B. Hahn, Uhrmacher. F. Kuhn, Gürtler. Jos. Liedl, Friseur. Andr. Stüßlein, Sattler Gotth. Satzinger, Bierwirth. Joh. Paul Schick, Tüncher. J. P. Stadelmann, Rothgießermeister. G. M. Horn, Wirth. J. G. Hoffmann, Mechaniker. Guthmann, Konditor. Dr. Simon Beck. Chr. Meißenbach, Flaschner. H. Weber, Flaschner. C. Stöttner, Flaschner. Gallus Stöttner, Schreiner. G. Stöttner, Schneider. C. Daumerlang, Kupferstecher. J. Zitzmann, Maler. J. Falk, Geschäftsführer. C. Scharrer, Goldarbeiter. B. Baßler, Privatier. F. Ammon, Privatier. Fr. Ebensperger, Schreiner.

Bemerkung.

Zu dem guten Rath an Herrn Nopitsch wird bemerkt, daß statt Paradies »Adamsgarten« vor dem Laufersthor zu lesen ist.

Freiblatt in München

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 8. März 1849. **№ 67.** **Donnerstag: Philemon.**

Die Verfassung Oldenburgs.

Das veröffentlichte Staatsgrundgesetz zerfällt in 13 Abschnitte und 254 Paragraphen, folgenden Inhalts: I. Abschn. Von dem Großherzogthum und dessen Regierung im Allgemeinen (Art. 1—21.) II. Abschn. Von der ausübenden Gewalt des Großherzogs und dem Staatsministerium (Art. 22—31.) III. Abschn. Von den Grundrechten des Volks (Art. 32—61.) IV. Abschn. Von den politischen Gemeinden (Art. 62—69.) V. Abschn. Von der Religionsübung und den Religionsgesellschaften (Art. 70—82.) VI. Abschn. Von den Unterrichts- und Erziehungsanstalten (Art. 83—99.) VII. Abschn. Von der Rechtspflege (Art. 100—115.) VIII. Abschn. Von dem Staatsdienste (Art. 116—126.) IX. Abschn. Von den Landtagen (Art. 127—207.) X. Abschn. Von dem Staatsgut, dem Krongut und von den Gebührnissen des Großherzogs und des großherzogl. Hauses (Art. 208—215.) XI. Abschn. Vom Staatshaushalt (Art. 216—223.) XII Abschn. Von der Gewähr der Verfassung (Art. 224—342.) XIII. Abschn. Allgemeine Bestimmungen (Art. 243—254.) Wir beginnen mit der Mittheilung der vorzüglichsten Bestimmungen der Verfassung: Art. 1. Das Großherzogthum Oldenburg, aus dem Herzogthum Oldenburg, dem Fürstenthum Lübeck und dem Fürstenthum Birkenfeld bestehend, ist ein unter einer Verfassung vereinigter untheilbarer Staat, dessen Selbstständigkeit nur durch die allgemeine Verfassung Deutschlands beschränkt ist. — Art. 3. Kein Bestandtheil des Großherzogthums und kein Recht des Staats oder des Staatsoberhauptes kann ohne Zustimmung des allgemeinen Landtags veräußert werden. — Art. 4. Der Großherzog wird in seine privatrechtlichen Beziehungen vor den Landesgerichten Recht geben und nehmen. — Art. 6. Der Großherzog kann nicht zugleich Oberhaupt eines außerdeutschen Staates seyn, noch in Dienstespflichten irgend eines andern Staates stehen. — Art. 7. In Verhinderung des Großherzogs an der Ausübung der Regierung führt ein von ihm zu ernennender Stellvertreter die Regierung. — Art. 8. Die Landesregierung ist erblich im Mannesstamme des Herzogs Peter Friedrich Ludwig nach dem Rechte der Erstgeburt und der Linialfrage. — Art. 9 bis 20 handeln von dem Falle der Regierungserledigung, der Volljährigkeit des Großherzogs, der Regentschaft und der Erziehung des minderjährigen Großherzogs.

Art. 22. Dem Großherzog steht die ausübende Gewalt allein zu; die gesetzgebende in Gemeinschaft mit dem Landtage. — Art. 23. Der Großherzog ist für die Ausübung der Regierungsgewalt unverantwortlich. Alle seine Regierungserlasse bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung eines Mitgliedes des Staatsministeriums, wodurch dieses Mitglied die persönliche Verantwortlichkeit übernimmt. — Art. 24. Das Staatsministerium nimmt unter dem Großherzog die oberste Leitung der Regierung wahr. Der Großherzog ernennt und entläßt die Mitglieder des Staatsministeriums lediglich nach eigener Entschließung, wobei es keiner Gegenzeichnung bedarf. — Art. 29. Das gesammte Militär steht unter des Großherzogs Oberbefehl. — Art. 31. Der Großherzog übt das Recht der Begnadigung; in allen Fällen der Verletzung der Verfassung nur mit Zustimmung des Landtages. Art. 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40 stimmen mit den Bestimmungen der Grundrechte des deutschen Volkes überein. — Art. 42. Die Einziehung des gesammten Vermögens oder eines Verhältnißtheiles desselben bleibt unstatthaft. — Art. 44. gibt jedem das Recht zu Anträgen, Vorstellungen und Beschwerden bei den Behörden. — Art. 45, 46, 47, s. Art. 7. d. Gr. — Art. 48. Eine allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer soll organisirt werden, zur Vertheidigung des Vaterlands, sowie zur Aufrechthaltung der inneren Ordnung und Sicherheit. — Art. 49 und 50 handeln von dem Einschreiten der Militärgewalt und den Maßregeln der Regierung bei Aufständen. — Artikel 52 handelt von der Freiheit des Gewerbes und sonstigen Nahrungsbetriebes. — Artikel 53. Die Postanstalten sollen nicht den Zweck haben, eine Quelle der Staatseinkünfte zu seyn. — Art. 54 bestimmt über Handels- und Gewerbsprivilegien. — Art. 55. Ein Mühlenregal des Staates findet nicht statt. Alle Zwangs- und Bannrechte der Mühlen rc. hören sofort auf. — Art. 56, 57, 58, 59, 60 s. Art. 8. d. Gr. Art. 63. Alle Gemeinden in Stadt und Land werden eine möglichst gleiche Verfassung erhalten. — Art. 64. Jede Gemeinde hat in ihren Angelegenheiten das Recht der freien Selbstverwaltung rc. — Art. 65. Die Gemeinden haben die freie Wahl ihrer Vertreter u. Beamten. Art. 66. Die Verhandlungen der Gemeinden sind öffentlich rc. — Art. 68. Zwischen allen Gemeinden besteht für alle Staatsbürger Freizügigkeit, welche durch das Gesetz näher bestimmt wird. — Art. 70, 71, 73 s. Art. 5 der Gr. — Art. 72. Die Wahl des Glaubensbekenntnisses ist nach zurückgelegtem vierzehntem Jahre der freien Ueberzeugung eines Jeden überlassen. In welcher Religion die Kinder erzogen werden sollen, haben lediglich Diejenigen zu bestimmen, denen nach bürgerlichen Gesetzen die Erziehungsrechte zustehen. Letzteres gilt insbesondere auch von der Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen rc. — Art. 74. Die Wahl, Ernennung oder Einsetzung der Kirchenbeamten und Diener erfordert keine Mitwirkung von Seiten der Staatsgewalt. — Art. 75. Jeder Religionsgenossenschaft bleibt überlassen, die Aufbringung der Abgaben und Leistungen zu ihren Zwecken selbst zu ordnen. Art. 76, 79, 80, 81 s. Art. 5 d. Gr. — Art. 83, 84 s. Art. 6 d. Gr.

Deutschland.

Bayern. †* (München, 6. März.) Als einen Beweis, wie man hier die gänzliche Rathlosigkeit der Krone erkennt, theile ich Ihnen das hier zirkulirende unsinnige Gerücht mit, das durch die ganze Stadt läuft: der König werde zu Gunsten des kleinen Kronprinzen abdanken und eine Regentschaft während der Minderjährigkeit desselben eingesetzt werden. Der Abg. Kolb (v. Speyer) wird an die Kammer folgenden höchst wichtigen Antrag bringen: 1) Diejenigen Beamten, welche die sogen. griechischen Anlehensgelder ausbezahlt, sollen mit ihrem Vermögen dafür haftbar gemacht, 2) die Apanage des Königs Otto eingezogen, 3) König Ludwig mit seinem Privatvermögen für diese Gelder haftbar gemacht und 4) die sub 1 erwähnten Beamten dem strafgerichtlichen Verfahren unterworfen werden.

†* (München, 6. März.) [14. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.] Am Ministertische v. Beißler und die Ministerialräthe Habel, Wanner, Hänlein. Unter den Einläufen nichts von Bedeutung. Auf der Tagesordnung: 1) Verlesung des Protokolls der 13. öffentlichen Sitzung; 2) Bekanntgabe des Einlaufs; 3) Berathung und Schlußfassung über den Antrag des Dr. Roßbach: „Die Erlassung eines Gesetzes über die Einquartirung der Offiziere betr.; 4) Vortrag des Sekretärs des 5. Ausschusses über die geprüften und zur Vorlage an die Kammer nicht geeignet befundenen Beschwerden. 5) Vortrag des Abgeordneten Kolb aus Speyer, Namens des 2. Ausschusses über Anträge auf Modifikation des Häusersteuer-Gesetzes. In Erwägung, daß die Kammer berufen ist, das Wohl des Landes mit Ernst und Gewissenhaftigkeit zu berathen und den anerkannten Bedürfnissen des Volkes nach Möglichkeit abzuhelfen, daß aber Wochen um Wochen vergehen, ohne daß Erhebliches geleistet werden kann, da auch die Einbringung der in der Thronrede zugesicherten Gesetze von der Bildung eines neuen Ministeriums abhängig gemacht erscheint, daß ferner die Kammer ihre Berathung nicht mit Erfolg fortzusetzen vermag, so lange ihr nur geschäftsführende Ministerialvorstände, aber nicht ein unbedingt verantwortliches Gesammtministerium gegenüber stehen. In Erwägung endlich, daß der im gegenwärtigen für Deutschland so wichtigen Augenblick erfolgte Rücktritt der bisherigen Minister die Vertreter des bayerischen Volkes zu der Forderung berechtigt, den schwankenden Zustand endlich gehoben und ein von dem Vertrauen des Volkes wie der Krone getragenes Gesammtministerium an der Spitze der Geschäfte zu sehen, fordern wir das königl. Staatsministerium auf, sich zu erklären, ob dasselbe gesonnen sey, noch länger die Funktion verantwortlicher Rathgeber der Krone auszuüben, obgleich es bereits vor 3 Wochen seine Entlassung gegeben hat und nach eigener Erklärung keine Handlungen vorzunehmen gedenkt, die eine fernere unbedingte Verantwortung involviren, oder dem künftigen Ministerium vorgreifen könnten.

Beisler verliest eine ihm vom Kammerpräsidium mitgetheilte Interpellation, welche mit der vorhergehenden zusammenfällt und macht hierauf folgende Eröffnung: „Seine Majestät der König habe ihn beauftragt, zu erklären, daß das neue Ministerium der Mehrzahl der zu besetzenden Stellen nach wirklich gebildet sey, daß die Kundgebung heute wirklich erfolgt seyn würde, wenn nicht zuvor noch einige Formalitäten zu erfüllen wären, daß dieses wohl morgen geschehen und dann das neue Ministerium seine Thätigkeit beginnen werde.“ Fordran erklärt sich zufrieden für diesen Augenblick, da für morgen die Ankündigung eines neuen Ministeriums zu erwarten ist, behält sich aber vor, sofern dies nicht geschehen solle, in der nächsten Sitzung weitere Anträge deßfalls zu stellen. Prell theilt ein Schreiben mit, welches von einem Forstamte der mittelfränkischen Regierung ausgeht und einen Forstbeamten (Ludwig Jegl) wegen Theilnahme an einer Volksversammlung und Mitarbeitung an dem „Freien Staatsbürger“ zur Verantwortung hierüber auffordert. Interpellant, welcher das Dokument auf Verlangen des Ministers am Ministertische niederlegt, fordert darum auf, daß ein Beamter, wie der Regierungspräsident von Mittelfranken, als **„seines Amtes unwürdig und unfähig“** entsetzt werde. Beisler verspricht, augenblickliche Untersuchung in Betreff dieses Gegenstandes anzuordnen. Die zweite von Prell eingebrachte Interpellation lautet: Ob das Ministerium von der, unterm 12. Dezember 1848 von dem Generale der Landwehr, Grafen v. Vieregg erlassenen Instruktion für die zur Aufrechthaltung der Ruhe und Herstellung der gestörten Ordnung requirirte bewaffnete Macht Kenntniß habe. Präs. Lerchenfeld erklärt, daß während seines Ministeriums diese Verordnung im Einverständniß mit dem Justizminister durch den berüchtigten Biererzeß beim Pschorr-Bräu insbesonders veranlaßt worden sey.

Der Abg. Schmitt aus Nürnberg bittet ums Wort »vor Uebergang zur Tagesordnung«, um noch an das in Funktion stehende Ministerium, insbesondere an den Hrn. Minister des Handels die Frage zu stellen, ob er seine schon in vorletzter Sitzung an das Ministerium gestellte Anfrage bezüglich der Brandsteuer-Beiträge pro 1847/48 heute beantworten werde, wie solches vom Hrn. Min. des Innern zugesichert worden sey, ob sich der Hr. Minister des Handels in Stand gesetzt habe, diese Frage beantworten zu können?

Minister Bray erklärte, daß er auch dießmal keine Auskunft über diese Sache geben könne, weil er mit der Sache noch nicht vertraut wäre, (wie wohl der Herr Minister, Herr v. Bray sich schon in der 12. Sitzung am 27ten Februar die betreffenden Regierungs-Blätter vorlegen ließ.)

Abg. Schmitt fährt nun fort: „Da wir morgen ein neues Ministerium zu erwarten haben, welches vermuthlich gar nicht in der

fraglichen Sache unterrichtet seyn wird (also noch weniger, als der Hr. Staatsm. des Handels, Graf v. Bray) so beantrage ich 1) daß das heute noch in Funktion stehende und von der Sache unterrichtete Ministerium durch ein zu erlassendes öffentliches Ausschreiben die von der Regierung von Mittelfranken angedrohten exekutiven Einschreitungen in Betreff der Brandsteuerbeiträge 1847/48 für ungesetzlich erkläre und daß, 2) die von mir beantragte Zurechtweissung der Regierung von Mittelfranken sofort zugefertigt werde. Minister Bray brummt Einiges vor sich hin (reden hat der Hr. Minister ohnedem nicht gelernt), was Niemand, also auch der Interpellant nicht verstehen konnte. Der Letztere läßt sich das Gesumme des Hrn. Ministers von diesem deshalb verdeutschen, worauf sich folgendes vernehmen läßt: Auch hierüber müsse er sich spätere Erörterungen vorbehalten. (Ein Beweis, daß wir die frohe Hoffnung haben, den würdigen und geistreichen Hrn. Minster des Handels zu behalten! Uebrigens so fix sonst die Herrn Minister mit ihren Antworten sind, wenn sie sich nur einigermassen zu helfen wissen, so albern und unwissend stellen sie sich an, wenn etwas zu beantworten ist, was nicht nicht ihren Kram paßt. Die Absicht Schmitts möchte also leicht vereitelt werden, und den Betreffenden nur der Weg der Beschwerde [entsetzliches Schicksal um eine Beschwerde in Bayern] übrig bleiben. Denn das neue Ministerium wird bei einer allenfallsigen 3. Interpellation Schmitts noch weniger als gar nichts wissen wollen.) Die Kammer geht zur Tagesordnung über: Antrag des Abg. Dr. Roßbach: „Erlassung eines Gesetzes, die Einquartierung der Offiziere betr." (den ich Ihnen bereits gesandt.) Beim Beginn der Debatte über den I. Art. dieses Gesetzes setzte Minister-Rath Habel die Nachtheile auseinander, welche dadurch entstehen würden. Abg. Stockinger fühlt sich dadurch veranlaßt, einen Antrag über dieses Gesetz zu stellen.

Thienes glaubt, wenn Art. I., von Roßbach unterzeichnet, angenommen würde, Art. II von selbst wegfallen müßte. Scheurl will in Art. I. das Wort „mehr" noch „die Gemeinden sind nicht" eingeschaltet wissen. Roßbach wünscht, nachdem Habel die Erklärung abgegeben, daß das Kriegsministerium durchaus in nichts dieser Angelegenheit entgegentreten werde, seinen Antrag dem treffenden Ausschuß zugewiesen, was die Kammer auch bewilligt. Dann wird zum Vortrag des Sekretärs des V. Ausschusses über die geprüften und zur Vorlage an die Kammer nicht geeignet befundenen Beschwerden übergegangen. Die erste derselben ist jene der Verwaltung des protestantischen Kirchenvermögens zu Nürnberg, Zwang zur Anwendung des Stempels betrffd.; dieselbe wird dem Ministerium zu übergeben seyn, zur Erzielung gleichmäßiger Anwendung des Stempels. (Die andern Beschwerden sind um so weniger wichtig, als sie nicht zur Vorlage geeignet befunden werden.) Kolb (aus Speyer) erstattet nun folgenden Bericht: Vortrag über Anträge auf Modifikation des Häusersteuergesetzes [dasselbe werden wir nachbringen.] Er setzt dem Bericht hinzu, daß wahrscheinlich alle Steuern einer kombinirten Vermögens- und Einkommensteuer Platz machen würden, wenn man dieser letzteren auch vorwerfe, sie habe Grund zu Täuschungen und falschen Deklarationen. Das Häusersteuergesetz von 1828 habe soviele gerechte Anstände veranlaßt; es habe den Einen fast gar nicht getroffen, den Anderen fast erdrückt, dies müsse anders werden.

Am Schlusse ergreift Schad noch das Wort, um den I. Präsidenten wegen eines neulich gestellten Antrages, die stenographischen Berichte betr., zu interpelliren, was sich dadurch erledigt, daß Lerchenfeld erklärt, er habe selben dem treffenden Ausschusse zugewiesen. Dann liest Schad eine (wie er sagt bereits von 60 Kammermitgliedern unterzeichnete) Adresse an die Frankfurter Nationalversammlung vor, die zur Beruhigung des Volkes Maßregeln fordert, namentlich in Bezug auf die treffenden §§ der Grundrechte, die von Gewerbefreiheit, Freizügigkeit rc. sprechen. — Die Sitzung wird um 11 Uhr geschlossen und die nächste auf übermorgen anberaumt. — Schlüßlich glaube ich, Ihnen bestimmt versichern zu dürfen, daß das neue Ministerium übermorgen sogleich die Kammer vertagen, vielleicht auch auflösen wird. Die Namen der neuen Minister sollen folgende seyn: Zu-Rhein, Ringelmann, Bray, Lesuire, (nach einer andern Version Weißhaupt) Kleinschrodt.

(München, den 5. März.) Bis jetzt sind an die Kammer der Abgeordneten bereits mehrere hundert Adressen mit mehr als 60,000 Unterschriften eingegangen, welche einstimmig die unbedingte Anerkennung der Grundrechte fordern, und zum Theil deren Vorenthaltung als Hochverrath am Volke erklären, und noch laufen täglich viele solche Adressen ein. Zudem hat die Majorität der Kammer bereits gegen 130 Zustimmungsadressen von Gemeinden und Vereinen erhaltn.
(A. Abdz.)

(München, den 5. März.) Das Regierungs-Blatt Nr. 9 enthält eine Bekanntmachung, die Auflösung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt betr. folgenden Inhalts: Nachdem im Vollzuge des Gesetzes vom 4. Juni 1848 über die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten, und der allerhöchsten Verordnung vom 9. September 1848 (Regierungsblatt Nr. 52 Seite 969.) Eine große Anzahl der vormaligen standes- und gutsherrlichen Gerichte aufgelöst, und deren Zuständigkeit auf andere Gerichtsbehörden übertragen worden ist, so werden im Interesse der Rechtspflege, wie des rechtsuchenden Publikums, die hienach eingetretenen Veränderungen andurch bekannt gemacht. Das nachstehende Verzeichniß enthält, nach Regierungsbezirken ausgeschieden, vorläufig die Benennung der in den Regierungsbezirken Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz und Regensburg, Unterfranken und Aschaffenburg, Schwaben und Neuburg gelegenen nunmehr aufgelösten vormaligen standes- und gutsherrlichen Gerichte, dann diejenigen Gerichtsbehörden, welche an deren Stelle getreten sind, endlich den Zeitpunkt der eingetretenen Aenderung. Bezüglich der aufgelösten standes- und gutsherrlichen Gerichte in den Regierungsbezirken von Ober- und Mittelfranken wird weitere Bekanntmachung erfolgen.

(München, den 6. März.) Die Landrichterstelle zu Nürnberg wurde dem bisherigen Landrichter zu Ansbach F. K. A. Frhrn. v. Buirette von Oehlefeld, die hiedurch erledigte Stelle zu Ansbach dem bisherigen Landrichter A. J. F. v. Ausin zu Kadolzburg, und das nunmehr erledigte Landgericht Kadolzburg dem bisherigen Kriminal-Adjunkten Fr. K. Staudinger zu Neustadt a/A. übertragen; dem Landgerichte Friedberg ein Aktuar beigegeben, und diese Stelle dem vormaligen Patrimonialrichter zu Haindlfing G. Heimerdinger verliehen; endlich auch dem Landgerichte Weidenberg ein Nebenbeamter in der Person eines Aktuars extra statum beigegeben und hiezu der vormalige Patrimonialrichter I. Klasse C. A. Barsch zu Hof berufen.
(N. M. Z.)

(München, 5. März.) So eben erfahre ich die Zusammensetzung des neuen Ministeriums, welche morgen den Kammern offiziell verkündigt werden wird. Die Namen sind: Staatsrath Volz, bekanntlich jetzt vorm Jahr schon einmal im Ministerium, Minister des Innern; Kleinschrod für die Justiz; Ringelmann für das wiederum hergestellte Ministerium des Kultus. Die übrigen Mitglieder des bisherigen Ministeriums verbleiben in ihren Stellungen. Wie lange wird, kann dieses Ministerium dauern? Und wer soll der leitende Geist desselben seyn?
(A. A. Z.)

Freie Städte. ** (Frankfurt, den 5. März.) [181. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Die Wahl des Präsidenten ist erster Gegenstand der Tagesordnung. Sie wird in folgender Weise erledigt: E. Simson I. Präsident mit 271. W. Beseler I. Vizepräsident mit 266 Stimmen. II. Vizepräsident Kirchgeßner mit 329 Stimmen. Darauf spricht Gagern Folgendes: Die am 26. August 1848 zwischen Deutschland und Dänemark zu Malmö abgeschlossene Waffenstillstandskonvention ist dänischerseits, und zwar in einer den Verhältnissen nicht entsprechenden unförmlichen Weise gekündigt worden. Bei der Uebergabe der Kündigungsurkunde erklärte zwar der dänische Bevollmächtigte, daß Seine Majestät der König von Dänemark sich der vertrauensvollen Hoffnung hingebe, es werde der gefaßte Entschluß nicht zu einer Erneuerung der im vorigen Jahre stattgehabten Feindseligkeiten führen, und es suchte derselbe die Kündigung aus dem Gesichtspunkte der Beförderung des Friedens darzustellen. So befremdend es schon lautet, einen wesentlich einer erneuerten Kriegserklärung gleichkommenden Akt als zur Beförderung des Friedens dienend dargestellt zu vernehmen, so wird die Verwunderung dadurch noch gesteigert, daß die Kündigung der Malmöer Waffenstillstandskonvention seitens Dänemarks zu dem Zeitpunkte geschah, als eben die Eröffnung der Friedensunterhandlungen durch die vermittelnde Macht England eingeleitet worden, und von Seiten des ersten Staatssekretärs ihrer königlichen Majestät von England der ernste Wunsch der Regierung der vermittelnden Macht ausgedrückt worden war: daß der diesseitige Gesandte zur Verlängerung des Waffenstillstandes mitwirken wolle, indem eine solche Verlängerung einer jeden nützlichen Unterhandlung unumgänglich nothwendig vorausgehen müsse.

Es kann nicht bezweifelt werden, daß der gleiche Wunsch auch gegen Dänemark ausgesprochen ist. Der diesseitige Gesandte hat seine Zustimmung zu jenem Vorschlage der Verlängerung des Waffenstillstandes sofort erklärt. Auf diesen und andere während der Dauer der Waffenstillandskonvention von Seiten Deutschlands gegebene Beweise der Bereitwilligkeit zu friedlicher Verständigung hat Dänemark mit der Kündigung der Waffenstillstandskonvention bei dem Beginne der Friedensunterhandlungen geantwortet. Unter den angeführten Umständen ist es zwar noch immer möglich, daß die übereilte Entschließung Dänemarks ohne Folgen bleiben werde. Die bereits eingeleiteten Friedensunterhandlungen sind aber natürlich als unterbrochen zu betrachten, bis die Uebereilung Dänemarks wieder gutgemacht ist, bis es feststeht, daß bis zu einem weiter zu bestimmenden Termine die Feindseligkeiten nicht werden erneuert, der status quo werde aufrecht erhalten werden. Auf diesen vorläufigen Zweck sind gegenwärtig die Verhandlungen gerichtet. Dem Reichsministerium liegt es ob, Sorge zu tragen, daß für den Fall der Wiedereröffnung der Feindseligkeiten Deutschland gerüstet sey. Es ist desfalls das Erforderliche eingeleitet, und die Centralgewalt zählt auf die Mitwirkung der Nationalversammlung und der Staatenregierungen, wenn das Bedürfniß eintreten sollte. Die Ehre Deutschlands im Frieden bewahren zu können, war unsere Hoffnung und unser aufrichtiges Bestreben. Wenn die Schritte Dänemarks die Erneuerung des Krieges im Norden Europa's zur Folge haben sollten, so fällt die Schuld und Verantwortlichkeit auf Dänemark, und Europa wird der bisher diesseits eingehaltenen Mäßigung Anerkennung zollen. Sollte aber Dänemark geglaubt haben, aus der anscheinend gestörten Eintracht unter den deutschen Staaten Vortheile ziehen zu können, so wird das angegriffene Deutschland zeigen, daß es seine Entwickelungskämpfe zu begrenzen weiß; es wird mit Ernst bedacht seyn, daß das Verfassungswerk beendigt werde, die Glieder sich schließen. Auf die Interpellation Vischers von Tübingen erklärt Gagern, daß er sich hinsichtlich des Einmarsches der russischen Truppen in Siebenbürgen an den österreichischen Bevollmächtigten gewendet und um Auskunft gebeten habe. Ueber einen Antrag Fehrenbachs, die Reichstruppen in Baden betreffd., wurde zur Tagesordnung übergegangen. Die Wahl Hecker's in Thiengen betrffd., so wird dieselbe ad acta gelegt. Nächste Sitzung Donnerstag, den 8 März.

(Frankfurt, den 5. März.) Aus zuverlässiger Quelle können wir mittheilen, daß der österreichische Bevollmächtigte von seiner Regierung eine Note erhalten hat, etwa folgenden Inhalts: Die österreichische Regierung könne sich über die Befugnisse der künftigen Reichsregierung nicht aussprechen, ehe sie wisse, wie diese Reichsregierung zusammengesetzt seyn wird. Sie erkläre sich hiermit für die Zusammensetzung derselben aus 7 Mitgliedern mit 9 Stimmen. Der österreichische Bevollmächtigte soll sich mit den Bevollmächtigten anderer Staaten deshalb benehmen und den Erfolg berichten. Dann wolle man sich auch über die Befugnisse äußern und überhaupt dann eine offizielle Erklärung an das Reichsministerium gelangen lassen. Wir erwarten, daß die Note werde mitgetheilt werden, können uns aber nach dem, was wir über den Inhalt vernommen, des Eindrucks nicht erwehren, daß sie zur Verzögerung des Verfassungswerks beizutragen geeignet sey. Denn warum konnte nicht die österreichische Regierung ebenso wie die andern sich über den ganzen Inhalt der Verfassung aussprechen und zwar im schlimmsten Falle unter der Voraussetzung, die Reichsregierung werde nach ihrer Meinung zusammengesetzt seyn?
(Frkf. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 3. März.) Die »Niederländische Staatscourant« vom 2. März enthält folgenden Artikel: Haag, den 1. März 1849. »Verschiedene deutsche Zeitungen haben dieser Tage aus der »Frankfurter Oberpostamts-Zeitung« eine Nachricht aufgenommen, nach welcher in Folge eines zwischen Oesterreich und Niederland abgeschlossenen Vertrages, ein großer Theil der holländischen Kriegsflotte, unter dem Befehl eines Admirals, für einen gewissen Zeitraum zur Disposition der österreichischen Regierung gestellt seyn sollte. Wir sind mit Sicherheit unterrichtet, daß durch die niederländische Regierung kein einziges Schiff, kein Offizier und kein Matrose zur Verfügung der österreichischen Regierung gestellt worden.«
(Frkft. O.-P.-Z.)

(Frankfurt, den 5. März.) In der großen Saline Ort bei Aschaffenburg ist ein nichtswürdiger Aufstand ausgebrochen. Die Aufständischen beabsichtigten die Saline zu plündern, und zu dem Ende vorher die Kaserne in Brand zu stecken. Die in Ort stationirten Soldaten vertheidigten sich tapfee, mußten sich aber, da ihrer nur vierzig waeen, der Aufständischen aber gegen 800, darunter viele Bauern aus dem Kurhessischen, voe der Uebermacht zurückziehen. Dem Vernehmen nach haben die Truppen drei Mann verloren, von den Aufrührern sollen fünfzehn erschossen seyn. Es sind sogleich Reichstruppen, Infanterie und Kavallerie, nach dem Aschaffenburgischen abgeschickt. (D. Z.)

Hannover. (Hannover, 4. März.) Der in der Konferenz wegen der abweichenden Beschlüsse beider Kammern in Betreff des Schreibens vom 10. Febr. einstimmig angenommene Konfeeenzantrag lautet wörtlich wie folgt: »Auf das Ministerialschreiben vom 10. Februae zu erwiedern: Die zweite Kammee hat in zweimaliger Berathung beschlossen: In Rücksicht auf die, nach Ansicht der königlichen Regierung obwaltenden Bedenken gegen den Inhalt der Grundrechte wollen Stände nicht veekennen, daß es der königlichen Regierung nicht wünschenswerth seyn konnte, die Ansicht der Stände zu vernehmen, bevor die königliche Regierung ihreeseits in dieser Angelegenheit vorschritt. Da nun aber Stände die Ueberzeugung hegen, daß die Grundrechte, so wie die Reichsgesetze überhaupt, durch die Verkündigung im Reichsgesetzblatte Gesetzeskraft eelangen und es ihrer Zustimmung dazu überall nicht bedarf, so können Stände die Bedenken der königlichen Regieeung nicht theilen. Stände tragen vielmehr darauf an: 1) Zur Beseitigung aller etwaigen Zweifel, die Grundeechte, so wie die Reichsgesetze überhaupt, durch die Gesetzsammlung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen und für deren örtliche Veröffentlichung Sorge zu tragen, so weit dies noch nicht geschehen seyn sollte; 2) die Gesetze, die zu weiterer Ausführung der Grundrechte den Einzelstaaten überlassen sind, den Ständen alsbald vorzulegen. Erste Kammer hat sich mit diesem Beschlusse, welchen zweite Kammer zu modifiziren sich nicht hat verstehen können und wollen, nur insofern einverstanden erklärt, als auch sie die sofortige Publikation der Grundrechte für unerläßlich hält. Stände beantragen daher, daß die kgl. Regierung die Grundrechte unverzüglich durch die Gesetzsammlung zur allgemeinen Kenntniß bringe und die zur Ausfüdrung erforderlichen, den Einzelstaaten überlassenen Gesetze baldmöglichst den Ständen vorlege. (Z. f. N.)

Oesteeeich. Die neueste Wienee Post bestätigt den von Windisch-Grätz bei Kapolna errungenen Sieg, dem ein zweitägiger Kampf voransgegangen war. Leider fehlen in dem darüber veröffentlichen Heerbericht, wie in den meisten dieser Berichte aus dem ungarischen Feldzuge wieder sehr wesentliche Dinge: man erfährt nicht die Stärke der gegenseitig zum Kampf gekommenen Streitkräfte, nicht die vorherigen Bewegungen des Feindes, nicht die Abtheilungen, aus denen er bestand, nicht die Namen ihrer Führer, nicht einmal den Namen ihres Oberbefehlshabers. Und doch enthält der Bericht sonst manche, theilweise unbedeutende Details. Im Vergleich mit den gedrungenen, in würdigster, bescheidenster Sprache abgefaßten, die Hauptzüge der Kämpfe scharf bezeichnenden Bulletins der von Radetzky befehligten Armee lassen diese ungarischen Heerberichte ausseroedentlich viel zu wünschen übrig. (A. A. Z.)

Preussen. †*† (Berlin, 4. März.) Die gesammte Opposition der zweiten Kammer hält gegenwärtig ihre Konferenzen noch gemeinschaftlich. Obschon vorauszusehen ist, daß die Erörterung der materiellen, namentlich aber der Verfassungsfragen, die durch die Gemeinsamkeit der Schicksale im November v. J. einander so nahe gerückten Fraktionen der Opposition wieder trennen muß, so ist man doch übereingekommen, ein einheitliches Handeln und Operiren gegen den gemeinschaftlichen Feind so lange fortzuführen, als dies ohne Verleugnung der Grundsätze und Ueberzeugungen geschehen kann. An Kollisionen fehlt es übrigens schon jetzt nicht. So ist der hartnäckige Widerspruch der polnischen Partei gegen die Gültigkeit der posener Wahlen und die Ueberweisung eines Gesammtprotestes von den übeigen Mitgliedern der Linken um so mehr gemißbilligt worden, als man nicht umhin kann, die Humanität der Rechten in Ratihabirung beanstandetee Oppositionswahlen anzuerkennen.

Je näher der Jahrestag unserer Revolution eückt, desto mehr beschäftigen sich die Gerüchte mit angeblich projektirten Festlichkeiten und mit den Absichten der Regierung in Bezug auf solche Projekte. Wie uns von guter Hand mitgetheilt wird, findet höheren Ortes das Verfahren, des österreichischen Gouvernements Beifall. Es ist deshalb in Anregung gebracht, daß auch unsere Regierung in Bezug auf eine Märzfeier die Initiative ergeeifen und am Vormittag des 18. März durch einen feierlichen Gottesdienst die Verheißungen des Königs feiern lassen möchte. In demokratischen Kreisen hört man vielfach die Ansicht aussprechen, daß eine friedliche Begehung des Jahresfestes, falls an demselben der Belagerungszustand noch nicht aufgehoben seyn sollte, unangemessen sey. In der That erscheint eine Siegesfeier unstatthaft, wenn eine solche nue mit Erlaubniß des Besiegten vor sich gehen darf. — Die Linke der II. Kammer will das früher in der Nat.-Vers. beantragte Denkmal zur Erinnerung an die Mäezrevolution jetzt durch eine Privatsammlung ins Werk setzen. Die Veranstaltung einer derartigen Sammlung durch die ganze Monarchie ist in der Weise organisirt worden, daß je ein Abgeordneter für diesen Zweck die Sammlung in den einzelnen Provinzen zu leiten beauftragt ist. So füe Sachsen Hr. Schultze (Delitzsch), füe Schlesien Hr. Stein, d'Ester für die Rheinprovinz, Rodbertus, für Pommern u. s. w. — In Breslau, Köln, Stettin und andern größern Städten ist man mit Vorbereitungen zur Feier des 18. März schon jetzt eifrig beschäftigt.

Die Aufhebung des Belagerungszustandes wird allem Anscheine nach so bald nicht erfolgen. Es scheint auch Grundsatz der gemäßigten Opposition zu seyn, in dieser Angelegnheit die Verhältnisse ohne Zuthun von ihrer Seite sich gestalten zu lassen. Zue Erklärung dieses Verfahrens dient vielleicht der Ausspruch eines einflußreichen Mitgliedes jener Fraktion: Es sey bessee, Berlin ertrage noch einige Zeit Belagerungszustand, als daß das ganze Land mit Septembergesetzen dauernd gedeückt weede.

Im Lokalverein für das Wohl der arbeitenden Klassen fand heute eine Debatte darüber statt, ob eine Kommission zur Prüfung der Gewerbeordnung vom 9. Januar nach dem Prinzip der Interessenvertretung oder durch allgemeine Wahlen gebildet werden solle. Nach einer sehr lebhaften Diskussion siegte die letztere Ansicht.

Das gestern im Kroll'schen Lokale stattgehabte Narrenfest brachte eine dankenswerthe Abwechslung in die Einförmlichkeit unseres geselligen Lebens. Die aus nahe an 2000 Personen bestandene Gesellschaft erfreute sich besonders an den politischen Darstellungen. Die Aufführung des Lysisteate, in das Berlinische übertragen, hatte selbst Akademiker zur Theilnahme am Narrenfest bewogen.

Gestern war hiee ganz allgemein das Gerücht von einer völligen Niederlage des kaiserlichen Heeres durch die magyarische Armee verbeeitet. Bestätigende Nachrichten sind indeß heute nicht eingetroffen. — Geschäftsbriefe aus Pesth melden übrigens, daß die Kossuth'schen Banknoten in diesem Augenblicke dort höher stehen, als die kaiserlichen. —

In Brandenburg findet heute ein demokratisches Bankett statt, das von den dortigen demokratischen Wahlmännern dem Berlinee Wahlkollegium veranstaltet wird, aus dessen Wahlen der Oberbürgermeister von Brandenburg Herr Ziegler als Abgeordneter für die zweite Kammee hervorgegangen ist. Meheere Eisenbahnwaggons sind von den Brandenburgern ihren Beeliner Gästen zur Verfügung gestellt.

Die Unzulänglichkeit der für die Kammern errichteten Gebäude, die übrigens nur peovisorisch als Sitzungslokale dienen sollen, hat veranlaßt, daß an die Errichtung eines großartigen, und der Würde der Volksvertretung entsprechenden Ständehauses schon jetzt Hand gelegt wird. Dasselbe soll in dem ausgedehnten Raum, der sich neben dem Haedenberg'schen Palais befindet, seine Stelle eehalten, so daß das jetzt füe die zweite Kammer errichtete Gebäude in Verbindung mit dem Hardenberg'schen Palais selbst lediglich für die Büreaus benutzt werden soll. Die Messungen sind bereits vorgenommen.

Die Gährung, die unter den hiesigen Arbeitern seit einiger Zeit wiedee bemerkt wied, und die sich in der vorigen Woche bei der Kattundruckeremeute sogar in gewaltthätigen Angriffen auf das Eigenthum einiger Fabrikherren Luft zu machen dachte, hat jetzt auch die Zimmergesellen ergriffen. Auch sie verlangen den ihnen früher bewilligten höheren Lohn und drohen anderenfalls mit Arbeitseinstellung.

Die Wahl des Herrn Grebel, durch Proteste angefochten, ist in der Prüfungsabtheilung als gültig anerkannt. Ein gegen Herrn Knauth eingegangener Protest ist vom Ministerium des Innern zu den Akten gegeben worden. Gleichzeitig erhielt die Abtheilung einen Protest gegen die Wahl des Ostelsburgee Abgeordneten in Abschrift, dessen Original das Ministerium besitzt. Bei der Berichterstattung in der II. Kammer wird diese Angelegenheit vermuthlich zu Angriffen gegen Herrn v. Manteuffel Anlaß geben, da Dr. Knauth zur Opposition gehört, die beiden anderen Abgeordneten dagegen auf der ministeriellen Seite sitzen. —

Es zirkuliren Geeüchte von einer Militäremeute, die in dem in Neuruppin garnisonirenden 20. Regimente stattgefunden haben soll.

Sachsen. (Dresden, den 3. Mäez.) In der heutigen Sitzung der I. Kammer befanden sich auf der Registrande außer einer langen Reihe von Petitionen um Aufhebung der Feudallasten so wie des Todtenschaugesetzes auch wiedee zwei Petitionen in Betreff des Anschlusses der thüringischen sächsischen Herzogthümer an das Königreich Sachsen, und ein Schreiben der Stadtgemeinde Altenburg wegen der Zurückberufung der sächsischen Reichstruppen daselbst. Nach dem Vortrage der Registrande kündigt Abgeordneter Gautsch folgende Interpellation an: »Hat der sächsische Gesandte in Wien während der Verhandlungen der sächsischen Kammern über die Blum'sche Angelegenheit neue Kondition erhalten? oder 2) ob und wann ist die Abbeeufung desselben erfolgt? und 3) warum ist der Beschluß der Regierung in dieser Angelegenheit noch nicht zue Kenntniß der Kammern gekommen?« Man habe nämlich in der Dresdner Zeitung (von Wien aus) gelesen, daß an eine Abberufung des dasigen sächsischen Gesandten nicht zu denken sey, deeselbe habe erst vor kurzem neue Kondition erhalten. Dies Letztere hätte also ganz gegen den Beschluß der Kammern geschehen müssen; es wüede aber dadurch die Achtung der Volksvertretung beim Volke bedeutend vermindert werden, und auch die sächsische Ehre werde darunter leiden. Abgeordnetee Jahn interpellirt hierauf: 1) Sind die in Altenburg von sächsischen Soldaten begangenen Verbrechen des Tumults, des Mordversuchs, der Körperverletzung und des Landfriedensbruchs in Untersuchung gezogen? 2) Hat der Kriegsminister Anstalt getroffen, das Regiment Prinz Albert zurückzurufen, mindestens die Theilnehmer an diesem Verbeechen? 3) Sind gegen Wiederkehr ähnlicher Verbrechen Maßregeln ergriffen? An die Staatsregierung im Allgemeinen aber die Frage: 4) Ob sie den durch die begangenen Verbrechen Beschädigten vollständige Entschädigung, mindestens vorschußweise aus den Staatsmitteln anweisen werde? Der Redner sprach in einer längern Rede seine Entrüstung über die Altenburger Exzesse aus, und mißbilligte entschieden das Benehmen der sächsischen Soldaten. Es wird hierauf die Konstituieung der gewählten Ausschüsse angezeigt, und sodann zur Tagesordnung übergegangen, auf welcher sich die Berathung des Ausschußberichts über den von den Abgeordneten Heinze und Jahn gestellten Antrag auf Sistirung des bisherigen Lehnablösungsverfahrens befindet. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein. (Rendsburg, 26. Febr.) In der Landwehrversammlung waren erschienen Ageordnete aus den Landwehrkommitteen in Schleswig, Kiel, Altona, Apenrade, Cappeln, Rendsburg, aus der Probstei, aus den Vereinen in Altona, Wandsbeck, Husum, Eiderstedt, Neumünster, Mehldorf, Kellinghusen, Mitglieder der Kommunen Ploen, Kaltenkirchen, Dagebüll, Bredstedt, Eckernföede, Glückstadt, Hohenwestedt, Holtorff, Oldesloe, Ipland, Büsum und Rendsburg, sowie eine Anzahl von Abgeordneten zur Landesversammlung. Die Versammlung beschloß einstimmig: 1) Es soll sofort dahin gewirkt werden, daß zum Zweck der Landesvertheidigung außer den bei den Fahnen stehenden Truppen aus Freiwilligen eine nach dem Reglement der Armee waffengeübte Mannschaft zu Lande hergestellt werde. 2) Es wird zu diesem Behuf ein Landwehr-Centralausschuß ernannt, dem die Förderung der Sache als allgemeine Landesangelegenheit anvertraut wird. 3) Dieser Ausschuß hat die Bildung von Lokal-Landwehrkommitteen, wo solche nicht bereits vorhanden, in den einzelnen Ortschaften des Landes unter Mittheilung der vorliegenden Beschlüsse anzuregen. 4) Der Centralausschuß hat sich mit den Lokalkommitteen und der Staatsregierung in Verbindung zu setzen, um die örtlichen Bedürfnisse kennen zu lernen und die von Seiten der Regierung in Aussicht gestellte Unterstützung zu ermitteln. 5) Durch gemeinsames Wirken des Centralausschusses und der Lokalkommitteen werden im Einvernehmen mit der Staatsregierung zur Herstellung der Mannschaft im ganzen Lande an geeigneten Orten, zunächst in den Städten

und größeren Flecken Exerzierschulen errichtet. 6) Die Lokalkomiteen haben für Errichtung und Erhaltung dieser Schulen zu sorgen; dem Centralausschuß liegt die Inspektion ob. 7) Der Centralausschuß besteht aus dem bisher provisorischen Ausschuß zu Schleswig, aus je zwei von den jetzt bereits zu Rendsburg, Kiel und Altona bestehenden Lokalkomiteen zu dem Behufe zu erwählenden Mitgliedern, aus einem beizuziehenden geschäftsführenden Mitgliede und aus einem beizuziehenden Offizier. Namens der Versammlung, Paul Ingwersen, Dr., Vorsitzender. W. E. Wiggers, Schriftführer. (D. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 3. März.) Drouyn de Lhuys, Minister des Auswärtigen, hat der Nat.-Versammlung den Art. 19 zu der Konvention vorgelegt, welche Frankreich am 31. März 1831 mit den deutschen Rheinstaaten, bezüglich der Rheinschifffahrt abschloß. Dieser Art. 19 schreibt vor, nur denjenigen Schiffern Patente zu ertheilen, welche die Gewässer des Rheins genau kennen. Kein Zweifel, daß die Versammlung diesen Artikel ohne Weiteres bestätigt.

Die Rue de Poitiers breitet ihr Netz, wie Petrus, in aller Stille über die ganze Republik aus. Es scheint aber, als wollten nicht blos die ralliierten Legitimisten unter Larochejaquelein, sondern auch die sogenannten revolutionären Bonapartisten sich von der alleinseligmachenden Glaubensfahne des Hrn. Thiers losreißen. Vielleicht sind wir im Stande, nächstens über diesen neuen Bruch nähere Aufschlüsse zu geben. Der Wahlkampf bildet ja die eigentliche Tagesfrage.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 3. März.] Martin Bernard interpellirt den Minister des Innern. (Aufmerksamkeit) Die studirende Jugend faßte die patriotische Idee ... (Geheul zur Rechten). Stimmen links: A bas les aboyeurs! Martin Bernard: ....sich an der Barrière Du Maine brüderlich zu versammeln. Ich selbst mit einem andern unserer Kollegen wohnte der Versammlung bei; als ein Polizeikommissarius am Saale erschien und Einlaß begehrte, der ihm natürlich verweigert wurde. Statt uns in Ruhe zu lassen, erschien derselbe mit einer Schaar von Söldnern und räumte mit solchem Ungestüm den Saal, daß viele der Anwesenden niedergerissen wurden. Ich will wissen, ob der Minister dieses Verfahren billigt? Billigt er es, so bricht er die Verfassung, billigt er es nicht, so muß er den Polizeikommissarius absetzen. Leon Faucher, Minister des Innern. Der Redner vergleicht diese Versammlung oder Zweckessen mit den Banketten vor dem 24. Febr. 1848. Dies ist ein Irrthum. Jene Bankette geschahen öffentlich, wurden vorher angezeigt u. s. w. Dies ist aber bei den Zusammenkünften an der Barrière Du Maine nicht der Fall. Sie sind geheim (Lärm der Linken). Man sucht sich so viel als möglich der Aufsicht der Polizei zu entziehen ꝛc. (4 Uhr.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n.

Trauer-Anzeige.

Heute entschlief sanft und ruhig unser guter Gatte, Vater, Schwieger- und Großvater

Herr Johann Leonhard Richter,

ehemaliger Gastwirth,

in seinem 73 Jahre an Entkräftung.

Um stilles Beileid bitten

Nürnberg, den 6. März 1849.

Die Hinterbliebenen.

D a n k.

Hiemit statte ich meiner verehrlichen Nachbarschaft, besonders aber dem geehrten Uhlenschmiedhandwerk, für die ehrenvolle Begleitung zu der letzten Ruhestätte meines entschlafenen Mannes, meinen verbindlichsten Dank ab, mit der Bitte zu Gott, daß er Sie alle recht lange vor ähnlichen Fällen bewahren, mir aber Gelegenheit geben möge, bei freudigen Veranlassungen dienen zu können.

Nürnberg, den 8. März 1849.

Maria Magd. Kath. Brennhäuser,
Uhlenschmiedmeisters-Wittwe.

Vorläufige Conzert-Anzeige.

Die ergebenst Unterzeichneten beehren sich hiemit, einem hochverehrten Publikum anzuzeigen, daß sie künftigen Freitag den 9. März eine

Soirée Musicale

im Saale des rothen Roßes

zu geben die Ehre haben werden.

Das Nähere besagen die Programm's.

Gebrüder Ernst und Heinr. Möhrenschlager.

Billette zu dem Subskriptionspreis sind bis Freitag Nachmittag 4 Uhr in der Riegel- und Wießnerschen Buchhandlung und im Wiener Salon zu haben.

Posamentir-Maschinen

von kleinern und größern Umfang, worunter auch eine mit 128 Knöppeln, zu den verschiedenartigsten Fabrikaten brauchbar, sind wegen Veränderung des Wohnortes billig zu verkaufen. Anfragen befördert die Exped. d. Bl.

Musicalischer Verein.

Donnerstag den 8. März

Produktion

im rothen Hahn.

Gasthaus zu den 3 Königen.

Heute Donnerstag den 8. März Abendunterhaltung mit Blechmusik, wobei auch guter Bock ausgeschenkt wird, hiezu ladet ergebenst ein

Schwarzkopf.

Wirthschaft zum grünen Jäger.

Donnerstag den 8. März produzirt sich das Kleeblatt, wozu ergebenst einladet

Hachmuth.

A n z e i g e.

Die rühmlich anerkannten

Hühneraugen-Pfläſterchen

der Gebrüder Lentner sind in nachstehenden Handlungen: in Nürnberg bei Friedrich Bauer am weißen Thurm und Wilhelm Dieterich am Heugäßchen, in Schwabach bei G. M. Feiedlein, und in Ansbach bei Ad. D. Schlichting einzeln zu 6 kr., im Dutzend 1 fl. sammt gehörige Gebrauchsanweisung zu haben.

(Zu vermiethen.) Ein freundliches Gartenlogis ist täglich zu vermiethen.

Für Auswanderer.

„Die Hoffnung“

Concessionirte deutsche Bureaux für

Auswanderer nach Amerika

von **J. M. Bielefeld** in Mannheim.

Regelmäßige Fahrten vom nächsten März an mit gekupfertem Dreymaster erster Klasse, sogenannter Paquetboote, nach

New-York & New-Orleans

über **Rotterdam & London.**

Zur näheren Erkundigung und zum Abschluß von Ueberfahrts-Verträgen beliebe man sich an Unterzeichneten zu wenden.

Heinrich Klippel,
General-Agent in Frankfurt am Main.

Der Unterzeichnete, G. H. Schmidt in Thurnau, Nro. 62 und 63 erläßt Emballage- und Frachtfrei bis Nürnberg, Augsburg und Regensburg

schön gezogene, starke, veredelte Aprikosen- und Pfirschenbäume in einem Sortiment von 100 Stück mit und ohne Namen à kr. 48, à 1 fl, und à 1 fl. 15 kr., Wein- und Blutpfirschen zum einmachen nebst Rheinische Weinreben zu 9 und 12 kr., ausländische dito zu 18 kr. und 24 kr., englische Stachelbeere in einem zahlreichen Sortiment, Johannisbeer- und Himbeersträucher à 36 kr. pr. Dutzend, dergleichen baumartige fl. 1. 12 kr. pr. Dutzend, große Vierländer Erdbeerpflanzen 12 kr., Kanadische Berberitzen mit rothen, gelben und blauen zuckersüßen Beeren, 30 kr. pr. Stück und à 15 kr., Brustbeeren, 15 kr. pr. Stück, großstämmige Obstbäume in Kern und Steinobst der besten Arten 30 kr., Spalierobst 20 kr., große Weinschlehen 12 kr., niedrige spanische Weichseln 15 kr, Traubenkirschen 15 kr., Mirabellen 30 kr., Reneklođen 30 kr., Damen- und Prinzessen-Mandelbäume 1 fl. 12 kr. p Baum, Kastanien zahme Lissabonner Mispeln 40 kr., große holländische Mispeln 36 kr., große chineser Quitten 40 kr, Zwergobst Orangerie in Aprikosen und Pfirschen 40 kr, in Kirschen, Pflaumen, Birnen und Aepfel 24 und 30 kr. per Stück, inländische Quitten 6 kr. pr. Stück, Zeller-, Blut- und Dachsnüsse à 15 und 18 kr., Wallnüsse 24 kr, Paulownia imperatis japanischer Prachtblumenbaum Zwei Gulden und 1 fl., Hidrangeen baum- und strauchartige 40 u. 30 kr, Tulipanenbaum 1 fl. 12 kr. und 1 fl. 30 kr. per Baum, Magnonien 30 kr., Kugel-Akazien 1 fl., baum- und strauchartige rothblühende Akazien 48 kr., gelb und weiß blühende Akazien 30 kr. bis 15 kr, Akazien ohne Dornen-Rosen ord. gefüllte 30 kr. per Dtz., feine Rosen zu einem Gulden d. Dtz., feinere Rosen fl. 2 mit Namen, Moos, Perlen, gelbe und gestreifte Rosen fl. 3 per Dtz., extra feine Prachtrosen zu 30 kr, Zwerg Rosen Orangerie von Marli à 30 kr per Stück, Paeonien-Rosen 30 kr., Pimpinel-Rosen 10 kr., irische Rosen 15 kr., Kletterrosenarten 30 kr., Tapeten- und Hohe-Rosen 15 kr., Schneeballen 15 kr, Schneebeeren 15 kr., Pfeifenstrauch 15 kr., Perückenstrauch, gelber Goldregen 15 kr., purpurrother Goldregen 24 kr., Spiräen 15 kr., rother Bergholler 15 kr, Weinmuthskiefer 15 kr, Virginischer Jasmin 30 kr., deutscher einfacher 6 kr., gefüllter 15 kr., prächtige nordindische Eiernen à 30 kr., persischer Flieder 15 kr., spanischer 18 kr., deutsche Fliederarten 6 kr., Geisblatt scharlachrothes 24 kr, orangerothes 30 kr., vielblumiges gelbes und rosenrothes 18 kr. An Lauben und Bögen habe ich blauen Eibisch von 18 verschiedenen Arten, die 4 Monat lang blühen, 15 kr., den rothen Trompetenstrauch 30 kr., die Je länger, je lieber, die blauen Glicinen 30 kr, Moses im feurigen Busch 20 kr. und 18 kr. pr. St., mehrere Arten Trauerbäume, als Trauer-Eschen, Ulmen, Linden, schwarze Napoleonsweide und babilonische Weiden, prächtige Aurikeln und Primeln in Töpfen, das Dutzend 1 fl. 12 kr., ord. für das freie Land 36 kr. per Dutzend, Georginen, die Knolle zu 10, 12, 15 kr, wohl riechende Brombeeren 15 kr. das Stück, gefüllte brennende Leaten, Lilienarten, Akelei und Kardinalblumen.

Thurnau bei Baireuth, im Febr. 1849.

G. H. Schmidt, No. 62 u. 63.

(Zu verkaufen.) Ein Großpfragnerei-Realrecht ist zu verkaufen.

(Zu verkaufen.) Eine Holzschupfe im ganz guten Bauzustand, mit Ziegeln gedeckt, ist auf den Abbruch zu verkaufen.

(Zu verkaufen.) Eine Partie engl. Stahlschreibfedern, etwas vom Wasser angelaufen, sind durcheinander von der ordinären bis zur feinsten Qualität pr. Groß 144 St. um 15—24 kr. zu verkaufen

Ch. Th. Saemann,
im Laden 808 an der Fleischbrücke.

K a u f - G e s u c h.

Es werden im Burgfrieden ungefähr 18—20 Tagwerk Felder, wo möglich handlehn- und zehentfrei, und am liebsten wenn mehrere Tagwerk beisammen sind, zu kaufen gesucht. Näheres in L. Nro. 1468 der Kappengasse.

(Gesuch.) Ein rechtschaffener junger Mensch vom Lande, welcher auch mit Pferden umzugehen weiß, wird als Auslaufer in Dienst genommen.

(Zu vermiethen.) Die dritte Etage des Hauses L. Nro. 136 Kaiserstrasse ist am Ziel Walburgi zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Im Hause S. No. 340 am Neuenthor ist bis Ziel Walburgi die dritte Etage an eine stille Familie zu vermiethen

(Zu vermiethen.) In L. Nro. 401 am Hafnersplatz ist eine Wohnung mit 5 heizbaren Zimmern, Küche, Speisekammer, Garderobe, sonstigen Bequemlichkeiten und Stallung für 3 Pferde — bis Ziel Walburgi zu vermiethen.

Stadttheater in Nürnberg.

Donnerstag den 8. März. „Die Einfalt vom Lande, oder der geprellte Vormund.“ Lustspiel in 4 Akten von Töpfer.

Mit einer Beilage.

Deutschland.

Bayern. †* (München, 6. März.) Auf den schmachvollen Brief des Professor Rauch zu München an den „lieben Obermayer“ ist folgende Ansprache eines Bürgers in München erschienen: Der wohlwollende Pfaffe und schamlose Lügner Professor Rauch zu München. Hört, Ihr Bewohner Ober- und Niederbayerns, auf welche Weise ein sogenannter „Verkünder des Wortes Gottes“ mit der Wahrheit umspringt, und welcher Mittel sich die Partei der Finstermänner bedient, um Mißtrauen, Haß, Zwietracht und Verfolgungen unter dem braven Landvolke hervorzurufen. Bemerket, in welchen maßlosen, wuthschnaubenden Ausdrücken dieser wegen seiner Intoleranz berüchtigte Pfaffe über die Mehrheit der bayerischen Volksvertreter herfällt, als wolle er sie sämmtlich auf Einen Schluck im Kraut auffressen. Wenn man über solche Hanswustereien nur lachen kann, so möchte man anderseits blutige Thränen weinen, daß es noch Menschen gibt, die nur darauf trachten, Aberglauben, Dummheit, Verfolgungssucht im Volke zu verbreiten, und daß solche Menschen im Staatsdienste angestellt sind, und ihre fluchwürdigen Ansichten der Jugend einzupflanzen suchen. Wehe unserem Vaterlande, wenn solchen Händen die Erziehung der künftigen Staatsbürger anvertraut bleibt! Wir wollen aber nicht, wie dieß bei der Rückschrittspartei der Fall ist, in's Blaue hinein reden, sondern das nachstehende Dokument, dessen ganzer Umfang als ächt verbürgt wird, Punkt für Punkt widerlegen: Der §. 3 der Grundrechte sagt ausdrücklich: „die Bedingungen für den Aufenthalt und Wohnsitz werden durch ein Heimathsgesetz, jene für den Gewerbsbetrieb durch eine Gewerbordnung für ganz Deutschland von der Reichsgewalt festgesetzt.“ Hier heißt es also mit klaren Worten, daß erst noch ein Heimathsgesetz und eine Gewerbeordnung geschaffen werden wird, wonach nicht jeder Lump sich niedersetzen kann, wo's ihn freut; denn sonst würde ganz München Ein Kloster werden. Zudem muß Jeder, der sich wo niederlassen will, trotz der Grundrechte die gehörigen Vorbedingungen über Leumund und Geschicklichkeit in seinem Erwerbszweig erfüllen, und kann er dieß, so darf sich jede Gemeinde zu solchem Mitbürger gratuliren. Daß der §. 33 dem wohlwollenden Pater Rauch nicht behagt, glauben wir gerne; denn in diesem Paragraph ist den Erbschleichereien, Besitzergreifungen und überhaupt der Sackelerweiterung des Pfaffenthums ein bischen das Handwerk gelegt, und da soll nun das liebe Landvolk dem Hrn. Pater die Kastanien aus dem Feuer holen, d. h. anstatt der Pfaffen gegen diesen Paragraph protestiren: Schließlich bitten wir den Pater Rauch, uns nachzuweisen: 1) wo die Güterzertrümmerung den Bauern gesetzlich auferlegt wird? 2) wo die katholische Religion ausgerottet wird? 3) Inwieferne die Majorität unserer Volkskammer Bettler und Taugenichtse sind? Kann er diese 3 Punkte nicht nachweisen, so ist der wohlwollende Pater Rauch ein schamloser, gemeiner, niederträchtiger Lügner, ein ehrabschneidender Schuft, ein würdiger Zuchthaus-Candidat. Leset nun, theure Mitbürger, das Aktenstück, das von dem Adressaten an den Vorstand des monarchisch-constitutionellen Vereins in Ingolstadt, von diesem aber einem Landtagsabgeordneten zu beliebigem Gebrauche übergeben wurde. Die Veröffentlichung und Kritik dieses Briefes besorgte ohne Wissen irgend eines Abgeordneten: Ein Bürger Münchens.

• (Nürnberg, 7. März.) In der gestrigen Versammlung des Volksvereins wurde folgende Rede gehalten und fand den lebhaftesten Beifall: „Wir haben gesehen und gelesen, wie man dem Andenken der französischen Revolution selbst in Deutschland Ehrenfeste bereitete; die Erinnerung an unsre deutsche Revolution findet uns in keiner freudigen, noch zufriedenen Stimmung. Die Mangelhaftigkeit ihres Erfolgs erfüllt uns mit bitterer Wehmuth und wir bedürfen männlichen Muths, um nicht kleinmüthig zu werden. Wir übersehen die Errungenschaften dieses inzwischen verflossenen Jahres, und unser Ueberschlag gibt ein trauriges Resultat. Aber Eines haben wir doch gewonnen: Das Volk kennt seine Rechte. Wenn auch Anfangs nur ein kleinerer Theil desselben die Nothwendigkeit einer politischen Umgestaltung Deutschlands erkannte, die politische Erkenntniß gewann allmählich an Umfang, und gegenwärtig können wir mit Recht behaupten: Das Volk weiß, was es will, es ist mündig! und die Regierungen können nur mit Unterdrückung der Stimme des Gewissens dem Volke das länger vorenthalten, was ihm gehört. Zu allen Zeiten war die Stimme des Volkes die richtige, und das Sprichwort: „des Volkes Stimme ist Gottes Stimme“ muß als eine heilige Wahrheit geachtet werden. Wenn auch nicht jeder aus dem Volke ein Diplomat ist, gegen diplomatische Winkelzüge sich vertheidigen und diplomatische Ausflüchte zurechtweisen kann, er weiß dennoch, was er will, und kann es bei Gott und seinem Gewissen verantworten.

Wir wollen bürgerliche Freiheit! Wir wollen, daß in dem Staate, den wir in unserer Gemeinschaft bilden, diejenigen Rechte, die uns Gott verliehen hat, eine vollständige Geltung haben; wir wollen nicht schaamroth werden vor uns selbst, wenn wir mit uns abrechnen und fragen: welche Stellung hat dir dein himmlischer Vater angewiesen, und welche nimmst du ein in der bürgerlichen Gesellschaft? Gott aber hat uns alle gleich und ohne Vorrechte erschaffen und wir würdigen uns selbst herab, wenn wir diese von Gott verliehenen Privilegien nicht aufrecht zu halten suchen. Also Gleichheit und Brüderlichkeit, nur Achtung der Menschenwürde und Rechte um ihrer selbst willen! Wir wollen einen Staat, der diesen Hauptanforderungen, die wir an die menschliche Gesellschaft machen, genügt.

Als man am 7. März des vorigen Jahres jubelte und sich der ausgelassensten Freude über die königl. Proklamation hingab, konnte ich nicht miteinstimmen, weil einmal diese Proklamation erst noch ein Versprechen war, welches leicht nicht in Erfüllung gehen konnte, und zweitens diese Proklamation bei Weitem noch nicht Das gewährte, was uns gebührt. Die bald darauf folgende Zeit hat es gelehrt, daß diese Versprechungen nur vorgeworfene Beruhigungsmittel waren und daß überdieß zur wahren Begründung des Volkswohls noch wichtigere Errungenschaften gemacht werden müssen. Ohne eine Umgestaltung unserer Verfassung ist kein Heil und — wir sind nicht einmal so weit, den Inhalt jener nothdürftigen Proklamation gesichert zu haben.

Wir wollen eine Regierung, die kein anderes Ziel kennt, als das Glück des Volkes, und das Volk ist nur glücklich, wenn es frei, wenn es wohlhabend, wenn es mächtig ist; frei ist es aber nur, wenn es nach seinen von ihm selbst gegebenen Gesetzen regiert wird, wohlhabend ist es nur zunächst, wenn der Einzelne für die Gesammtheit keine zu großen Opfer bringen muß, bei uns also, wenn wir keine zu kostspieligen Regierungen haben, wohlhabend kann es nur dann werden, wenn es eine weise Regierung hat, welche die Quellen des National-Reichthums zu öffnen versteht, und sich diesem Berufe nicht aus eigenem Interesse, sondern in aufrichtigem, ehelichem Bemühen um das Volkswohl unterzieht.

Und ein freies Volk, welches wohlhabend ist, das ist auch mächtig, das verschafft sich im Ausland Achtung, und wo die Gebote der Achtung nicht ausreichen, da braucht es Gewalt, und seine Freiheit und seine Geldmittel verschaffen seiner Gewalt den Sieg. Ich frage Euch nun, sind wir frei? Sehet nach München und holet Euch die Antwort! Oder sind die Forderungen befriedigt, welche die Majorität unsrer Kammer gestützt auf die souveränen Beschlüsse des Parlaments gestellt hat? Sehet nach Ansbach, sehet in jedes Polizeibüreau, sehet endlich auf unsere Thürme!*) Sind wir wohlhabend, hat der Staat Geld, hat er in 30 Jahren etwas erübrigt, oder hat er Schulden gemacht? Hat er gesorgt für Hebung des Nationalwohlstandes oder hat er die Kräfte der Industrie und des Ackerbaues geschützt oder geplündert? War es möglich, daß bei der Zerrissenheit unseres deutschen Vaterlandes unserm Handel der nöthige Schutz, die nöthigen Vorbereitungen und die nöthigen Absatzplätze verschafft wurden? Ist dafür gesorgt, daß unsere Uebervölkerung als neue Länderkolonien unter dem Schutze des Mutterlandes außer der Grenze unseres Landes sichere Unterkunft finden? Sind wir endlich mächtig? Ich erinnere Euch daran, wie das kleine Dänemark mit Hohn die Friedensverträge bricht und ungestraft schon die deutschen Gebietsrechte verletzt hat. Ich erinnere Euch daran, daß ein russisches Heer im Osten von Deutschland die österreichische Grenze (o Schmach dem deutschen Namen!) mit der Zustimmung eines deutschen Fürsten ungehindert überschritten hat. Wir sind nicht frei, nicht wohlhabend, nicht mächtig! Wir wissen, daß nur dann, wenn ganz Deutschland einen Staat ausmacht, wenn es einig ist, wir frei, wohlhabend und mächtig werden können, wir haben um Alles in der Welt diese Einigkeit angestrebt. Ist sie erreicht? Ja, gehet nach Frankfurt in den Schooß unseres Parlaments selbst, und fraget, wie man dort diese Einigkeit gewollt hat! Wir wollten einig seyn, ja im März des vorigen Jahres wollte dieß der einsichtsvolle und redliche Theil des ganzen deutschen Volks! Anstatt daß wir uns seit dem März 1848 der Freisinnigkeit immer mehr genähert haben sollten, haben wir uns von derselben immer mehr entfernt! Und das war dann das Hinderniß, daß wir nicht frei, nicht einig und nicht mächtig wurden? Kein anderes, als das Wiederzusammenkommen der alten Schlange, die von jeher das Leben des Volkes vergiftet hat, der Selbstsucht. Die Selbstsucht der Fürsten und Geldsäcke und die Selbstsucht der Pfaffen hat ihre ruchlose Hand an die jungen Triebe unserer Freiheit gelegt, sie hat sich in den Schooß unseres Parlaments geschlichen, sie hat selbst einen großen Theil des Volkes unter allerlei Vorwänden für ihre Pläne genommen. Und die Errungenschaften des März, wo sind sie? Ja, wir haben Schwurgerichte, aber gehet nach Wien und fraget, was sie dort für Ursache haben, sich über ihren Rechtsstand zu erfreuen! Wir haben Preßfreiheit, Versammlungsrecht, aber gehet nach Berlin zu Herrn Wrangel und er wird Euch zeigen, was Ihr dort für Preßfreiheit und Versammlungsrecht habt! Oder meint Ihr, dieß alles könne nicht auch nächstens bei uns gerade so kommen? — Wartet nur, und die Zukunft wird Euch die Augen aufmachen — einstweilen aber sehet auf unsere Thürme!

Allerdings haben wir bisher Einiges errungen, eigentlicher erzwungen, aber eben deßhalb, weil es erzwungen ist, ist es nicht so leicht festzuhalten, und unsre heiligste Pflicht ist es, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln nicht allein, das, was wir schon haben, zu wahren, sondern auch Das zu erringen, was wir noch brauchen. Und wenn die schönste Errungenschaft der neuesten Zeit Das genannt werden kann, daß wir wissen, was wir wollen, so wäre Das eine noch weit schönere Errungenschaft, wenn wir nämlich entschlossen wären, das zu schützen, was wir haben, und das zu erobern, was wir noch brauchen; wenn das Volk seinen Unterdrückern jenen männlichen, ausdauernden Muth zeigte, der sie wieder in jene Schranken der Bescheidenheit und Nachgiebigkeit zurückdrängte, in die sie die Märzerhebung gebannt hatte, wenn das Volk auch seine Einsicht, durch seine Einigkeit, seine Entschlossenheit den dynastischen Anmaßungen jene menschliche Würde entgegenstellte, die sich selbst den Bestien der Wildniß gegenüber Geltung verschafft.

Wohlan denn, lasset uns heute, wo uns die Erinnerung an den Muth und an die Hoffnung, die in uns die Märztage erregt hatten, dieselben aufs Neue beleben und stärken, lasset uns brüderlich uns verbinden, als würdige Männer die Sache des Vaterlandes zu schützen, lasset uns unser höchstes Glück suchen in der Rettung des Vaterlandes, unsern höchsten Stolz in seiner Freiheit. Das Volk sey unsere Loosung und nicht blos fluchen, nicht blos drohen wollen wir denen, die seine Rechte antasten. Wenn die Rechte des Volkes verletzt werden, so laßt uns bereit erklären, die Verbrecher zu bestrafen.

Würtemberg. (Ulm, den 4. März.) Heute Vormittag wurden hier von dem Rathhause herab durch den Stadtschultheißen Schuster die Grundrechte verkündigt in Gegenwart der zahlreich ausgerückten Bürgerwehr, und vom herrlichsten Wetter begünstigt.

(Schw. M.)

Italien.

(Rom, den 24. Februar.) Seine Heiligkeit hat in formeller Weise um die Intervention in dem Kirchenstaat nachgesucht bei Frankreich, Oesterreich und Spanien, das heißt, bei den drei ersten Mächten des Katholicismus, und bei Neapel, der bedeutendsten Macht des katholischen Italiens, welche durch ihre Eigenschaft als Gränznachbarin das größte Interesse daran hat, daß im Kirchenstaat die Ord-

*) Unsere Thorthürme wurden am 6. März mit Kanonen und deren Bedienung besetzt.

nung wiederhergestellt werde. Die sardinische Regierung ist bei dem Gesuch um Intervention positiv ausgeschlossen worden. Es sind also die Unterhandlungen des neuen sardinischen Gesandten beim heiligen Stuhl, des Cav. Martini, vollkommen gescheitert. Ihr Zweck war, daß in der päpstlichen Angelegenheit Piemont intervenire, und die Thätigkeit der nichtitalienischen Mächte ausgeschlossen bleibe. Die Person, welche mir diese Nachricht gegeben hat, befindet sich in einer so hohen Stellung, daß ich über die Wahrheit derselben keinen Zweifel hegen kann. Die Oesterreicher haben sich aus der Stadt Ferrara zurückgezogen, nachdem sie die auferlegte Brandschatzung eingetrieben. Die Grundlagen ihrer Operationen sind noch nicht bekannt; das ist sicher, daß sie sich in Modena anhäufen, und es scheint, sie werden von Castelfranco her ins Bolognesische einrücken. (A. A. Z.)

(Rom, 26. Febr.) Vorgestern feierte die römische Republik den Jahrestag der französischen Revolution durch Erleuchtung des Capitolthurms, und der Circolo popolar zog mit seiner Fahne vor das Hôtel der französischen Gesandtschaft. Da niemand zu Hause war, so trat ein Franzose auf, und hielt im Namen seiner Nation eine Rede, welche mit stürmischem Jubel aufgenommen wurde. Frankreich und Rom, hieß es darin, seyen eins, und die große Nation werde nicht eher ruhen, bis der letzte Deutsche in Italien niedergeschlagen sey (!), worauf eine Stimme aus dem Chorus mit dem Amendement Austriako antwortete. (A. A. Z.)

Aus Rom vom 26. Febr. meldet die Augsb. Allg. Ztg., daß die dortigen Konsuln unter keiner Bedingung ihre Nationalwappen herunternehmen werden, daß die gegen die römische Gränze gerichteten neapolitanischen Truppen ihre Bewegungen vollbracht haben, und nach verschiedenen Anzeichen die militärischen Operationen am 26. beginnen sollten. Das Heer gibt er auf 22,000 Mann an; es stehe bei Terracina, in der Gegend zwischen S. Germano und Ceprano, und bei Rieti.

(Genua.) Der Genueser Handelskurier vom 2. März bestätigt, daß 6000 Mann Oesterreicher (und Modeneser) gegen Toskana in Marsch sind, und erzählt, daß Guerrazzi die sardinische Regierung um eine Vertheidigungsintervention gebeten habe.

Sprech-Saal.

Erwiderung.

Die Studirenden der Theologie L. Daniel, Fr. Hoos und Fr. Ed. Braun haben unter dem Titel „zur Beurtheilung des J. Ronge" in Nr. 63 des Korrespondenten v. u. f. Deutschland, sowie in Nr. 19 des Intelligenzblattes der Stadt Erlangen — vulgo Erlanger Moniteur — ein Gespräch, das sie am 2. ds. mit Herrn J. Ronge geführt haben, zur Oeffentlichkeit gebracht.

Der Unterzeichnete, zufällig theilweise Zeuge dieser Unterredung, erklärt hiemit Alles, was die drei genannten Herren über dieselbe unter das Publikum zu verbreiten gesucht haben, für entstellt und lügenhaft.

Das Gespräch bewegte sich keineswegs nur um den Vorwurf, den die drei würdigen Zöglinge der Erlanger Hochschule „im Namen des ganzen evangelischen Volkes" an J. Ronge machen zu müssen glaubten, sondern überhaupt um alle Grundsätze, die derselbe in seinen öffentlichen Vorträgen aufgestellt und vertheidigt hatte. Dabei benahmen sich aber die drei genannten Herren auf eine ebenso lächerliche als unanständige Weise, indem sie sich nicht scheuten, Hrn. J. Ronge auf eine Weise zu inquiriren, die dem besten Polizeimann des Metternich'schen Systems Ehre gemacht hätte und ihm, „mit möglichster Ruhe" auf seinem Zimmer die unverschämtesten Grobheiten, die sie überdies mit kräftigen Faustschlägen auf den Tisch accompagnirten ins Gesicht zu sagen.

Dabei suchten sie von dem eigentlichen Thema abzuspringen und das Gespräch auf Persönlichkeiten zu lenken, die Hrn. Ronge ganz unbekannt waren, und das alles — „aus aufrichtigem Streben nach Klarheit" Freilich wäre Klarheit Leuten sehr zu wünschen, die so unklar in ihren Begriffen sind, daß sie „Glaubens- und Gewissensfreiheit für kein Prinzip und den Protestantismus für einen Rückschritt der religiösen Bildung des Volkes" erklärten.

Was nun die ungemessene und unangemessene Heftigkeit betrifft, mit der Herr Ronge dem Gespräch ein Ende gemacht haben soll, so ist dies dahin zu berichtigen, daß derselbe bei den immer unverschämter werdenden Ausfällen der „drei Vertreter des evangelischen Volkes" sich genöthigt sah, ihnen mit sehr gemessenen und angemessenen Worten zu erklären, daß ihm nichts übrig bleibe, als „sie zur Thüre hinauszujagen" und dabei noch so höflich war, ihnen dieselbe zu öffnen.

Mirabile dictu! Blieb auf dieses hin den drei Herren noch die Frage übrig, ob Hr. Ronge sich nicht auf eine öffentliche Disputation mit gelehrten Studenten — worunter sie wahrscheinlich sich selbst verstanden — einlassen wolle, worauf er erwiederte, daß eine solche zu nichts führen werde, da sie von ganz verschiedenem Standpunkte ausgingen und er überdies mit Leuten ihres Gelichters nichts zu schaffen haben möge und keine Zeit für sie habe.

Das vernünftige Volk Erlangens wird nun wissen, was es von solchen Beurtheilungen und solchen Beurtheilern zu halten hat. Schlüßlich gibt der Unterzeichnete den drei oft genannten Herren den guten Rath, künftig nicht mit Verdrehungen, die eines Mannes von Ehre nicht würdig sind, vor die Oeffentlichkeit zu treten und sich lieber den Gegnern Ronges anzuschließen, die sich begnügen, ihn mit Bibelsprüchen zu bombardiren und nächtlicher Weise die Fenster einzuwerfen.

Erlangen, den 6. März 1849. Adolph Schamberger.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 9 März 1849. № 68. Freitag: 40 Ritter.

Deutschland.

Bayern. †* (München, den 7. März.) Mit einer kecken Sicherheit schreiben viele der hiesigen Korrespondenten die definitive Bildung des neuen Ministeriums in die Welt hinaus. Selbst die sonst gutunterrichtete Allgemeine Augsburger Zeitung hat sich in dieser Beziehung schon ein paarmal dupiren lassen. Ich meinerseits gestehe Ihnen ganz bescheiden, daß ich trotz der sorgfältigsten Erkundigung bis jetzt (Nachmittags 2 Uhr) etwas Definitives hierüber nicht erfahren konnte. Es cirkuliren so viele verschiedene Namen, daß man statt einem drei Ministerien daraus bilden könnte. Daß ein Ministerium noch nicht ernannt, beweist auch das Schweigen der offiziellen N. Münchnerin, so wie das Nichterscheinen eines Regierungs-Blattes, was zuverlässige Zeichen sind. So viel habe ich mir in den verschiedenen Ministerien zusammengeklaubt, daß **wahrscheinlich** folgendes Ministerium geboren werden wird: Volz Inneres, Kleinschrodt Justiz, Ringelmann, Kultus, Forster Handel, Aschenbrenner Finanzen, Weißhaupt (oder Lesuire) Krieg. Nach einer anderen Version bleibt Bray. Um keinen Preis möchte ich Ihnen jedoch diese Kombination verbürgen; denn selbst wenn das neue Ministerium unterzeichnet ist, kann bei der Wetterschen Natur unserer Krone keine menschliche Seele dafür gut stehen, ob nicht in 10 Minuten der Wind wieder von anders her bläst. Eine solche Schwäche, eine solche Haltlosigkeit ist nimmer in der Welt zu finden, und doch hat man die Keckheit, vom Lande Vertrauen zu fordern. Daß Herr v. Scheurl in Nymphenburg war, ist constatirt; er verwahrt sich aber, wie ich höre, gegen die Anmuthung, seine Audienz sey eine offiziöse gewesen, und behauptet, sie sey rein privater Natur. Herr v. Scheurl würde jedenfalls einen eben so guten Minister geben, als er ein trefflicher Abgeordneter ist. Und das will nicht viel sagen! Wir haben übrigens schon allenthalben gesehen, wohin die Professoren-Weisheit führt. Uebrigens möchte ich Ihnen noch bemerken, daß unser Zustand einem Belagerungs-Zustand auf's Haar ähnlich sieht, und daß man unser Militär einstweilen einüben zu wollen scheint.

Die erwähnte Adresse, welche Schad gestern in der Kammer verlas und die heute nach Frankfurt abgeht, trägt 82 Unterschriften und lautet: Hohe verfassunggebende Reichsversammlung! Die unterzeichneten Mitglieder der bayerischen Kammer der Abgeordneten finden sich dringend aufgefordert, an die Vertreter des gesammten deutschen Volkes nachstehende Angelegenheit, als von hoher Wichtigkeit für unser engeres Vaterland, gelangen zu lassen. Die II. Kammer hat sich bekanntlich bei Berathung der Adresse auf die Thronrede in ihrer Mehrheit für unbedingte Anerkennung aller Reichsgesetze und daher auch für sofortige Verkündigung der Grundrechte des deutschen Volkes ausgesprochen. Dieser Beschluß wurde jedoch nicht in *allen* Theilen unseres Landes mit so allgemeiner Zustimmung und Freude begrüßt, wie solches bei dem Drange nach einer innigeren Vereinigung, welcher alle deutschen Volksstämme beseelt, mit Recht erwartet werden konnte. Besonders gab der §. 3 der Grundrechte, in dem man unbedingte Gewerbefreiheit und Freizügigkeit erblicken will, Veranlassung zu mehrfachen Besorgnissen, die sich bereits in zahlreichen, an die Kammer gerichteten Adressen aussprechen. Wir selbst sind zwar der Ueberzeugung daß aus jeglichem §. nichts weniger, als unbedingte Freizügigkeit und Gewerbefreiheit mit Grund gefolgert werden kann, da dessen Nachsatz ausdrücklich auf ein zu erwartendes Heimathsgesetz, sowie auf eine Gewerbeordnung hinweiset. Diese Ueberzeugung wurde in uns aufs neue bestärkt durch die am 10. v. Mts. von dem volkswirthschaftlichen Ausschusse beschlossenen Anträge: „daß die Berathung über eine Gewerbeordnung und Heimathsgesetz dem künftigen Volks- und Staatenhaus anheim gegeben werden soll.“ Um aber auch die Zweifelnden zu beruhigen und die Besorgnisse zu verscheuchen, erachten wir es für höchst nothwendig, daß diesen Anträgen baldigste Genehmigung von Seite der hohen Nat.-Vers. zu Theil werde. Im Interesse der deutschen Einheit und Eintracht stellen wir sonach die dringendste Bitte: „Es mögen die fraglichen Anträge des volkswirthschaftlichen Ausschusses in möglichster Bälde zum Beschluß der hohen Nationalversammlung erhoben werden.“ Die wir in aller Verehrung bestehen. München, den 3. März 1849. — Die Tagesordnung für die morgende Sitzung ist noch nicht erschienen.

(München, den 7. März.) Zu der bei dem Oberappellationsgerichte der Oberpfalz und von Regensburg erledigten Rathsstelle wurde der Assessor dieses Gerichtshofes N. Lindner befördert, und die hierdurch, dann durch Beförderung des Assessors F. L. A. Steinhäuser am gedachten Appellationsgerichte in Erledigung gekommenen zwei Assessorenstellen den Kreis- und Stadtgerichtsräthen F. Oerthel in Baireuth und F. Köppel in Bamberg verliehen. (N. M. Z.)

(München, den 28. Februar.) Bis jetzt sind 374 Zustimmungsadressen an die Volkskammer gelangt, nemlich aus Oberfranken 108, Mittelfranken 87, Pfalz 85, Unterfranken 56, Oberpfalz 29, Schwaben 5, Oberbayern 2, Niederbayern 2. Sie zählen zusammen 30,000 Unterschriften. — Die äußerst zahlreichen Adressen an die „Linke,“ oder an die „Majorität“ der Volkskammer, sind dabei nicht eingerechnet. (N. Sp. Z.)

(München, den 1. März.) Bei Hofe scheint man hier beinahe jeden Tag anders gesinnt zu seyn, nicht nur, was die Kammern, sondern auch was die Stellung Bayerns zu den deutschen „Großmächten“ betrifft. Man kennt den frühern Preußenhaß, dann das Anlehnen an Oesterreich. Darauf machte, wie versichert wird, Preussen einige Versprechungen, nach denen das Oberhaupt Bayerns gleichsam als Vize-Oberhaupt Deutschlands erscheinen sollte. Da war auf einmal Alles schwarz-weiß. Unglücklicher Weise langte die Nachricht in Berlin erst an, nachdem die meisten kleineren Staaten sich für einen Anschluß an Preussen erklärt hatten; — deßhalb kalte Aufnahme der Zustimmung des bayerischen Hofes, die um theuern Preis erkauft werden sollte, — darauf Rückschlag in München, wo man wieder stock schwarz-gelb wurde. Gewisse Demonstrationen in Deutschland ließen indeß den Preussischen Hof doch wieder einen höhern Werth auf Bayerns Zustimmung legen: man erklärte die Souveränetät der Einzelnstaaten solle gewährt, dagegen jede freisinnige Richtung niedergedrückt werden. Dies brachte einen neuen Umschlag hervor, und eben ist man zu München wieder stock schwarz-weiß! So wird heute hier sehr allgemein erzählt, und zwar von den Angehörigen entgegengesetzter Parteien. (N. Sp. Z.)

△ (Erlangen, 6. März.) Was beinahe unmöglich schien, ist gelungen. Ronge hat in das mystische Nest unserer Stadt, trotz der orthodoxen Professorenwelt unserer Universität, ein Ei gelegt, aus dem einst der Aar der Geistesfreiheit seine Schwingen entfalten wird. Ronge hat in Erlangen, wenn auch eine nur kleine, aber doch eine Gemeinde zusammengebracht, die vorzüglich deßhalb von so großer Bedeutung ist, weil der geistig freiere Theil der Studirenden sich ihr zugewendet hat und weil diese Flammen einst hell in's Vaterland schlagen werden. Die Gemeinde dürfte bald erstarken, denn in ihr grünt das Leben jenen finsteren Gefängnissen gegenüber, in denen die Vernunft gefangen genommen wird unter die Macht des Glaubens, des blinden Glaubens, der von jeher den Pfaffen die Gewalt über den Menschen eingeräumt hat. Ronge hat in Erlangen, was man auch dagegen sage, bei den vorurtheilslosen und gebildeten Ständen die schönsten Beweise der Anerkennung und die beste Aufnahme gefunden. Daß aus dem Lager der Pietisten einige junge Leute zu Ronge kamen, die ihm zeigten, daß sie auch recht fromm-grob seyn können, daß ihm die Fenster eingeworfen worden, sind nur Ausdrücke der Rohheit und des Grolls, wie sich dieselben bei dem niedrigsten Pöbel Luft zu machen suchen. Die drei frommen Sendlinge wurden von Ronge gebührend zur Thüre hinausexpedirt und es trifft komisch zusammen, daß sie einer Corporation angehören, die man die „Ochsen“ (vielleicht eine Abkürzung von Orthodoxen) heißt.

Baden. (Karlsruhe, 1. März.) Das Reg.-Blatt bringt eine Gebühren-Ordnung für Zeugen, Parteien, Sachverständige und Geschworne. Der §. 12 lautet: Geschworne erhalten eine Reise-Entschädigung, welche für jede Stunde des Hinweges zum Sitze des Schwurgerichts und ebenso für jede Stunde des Rückwegs 24 kr. beträgt. Für die Strecke, auf welcher sie sich der Eisenbahn bedienen können, darf jedoch nur 12 kr. für die Stunde berechnet werden.

(Karlsruhe, den 5. März.) Man will hier wissen, daß mit Nächstem 10,000 Mann Preussen ins Badische (auch hieher in Besatzung) verlegt werden, und daß dagegen 10,000 Badener zum Reichsheer nach Schleswig aufbrechen. (Schw. M.)

Freie Städte. (Frankfurt, 6 März.) Die O.-P.-Z. enthält im amtlichen Theile Folgendes: Die Anmeldungen derjenigen jungen Leute, die als Kadetten in die deutsche Kriegsmarine aufgenommen zu werden wünschen, gehen in so großer Zahl ein, daß nur ein sehr kleiner Theil derselben wird berücksichtigt werden können. Viele derselben haben indeß, ohne nur einen Bescheid abzuwarten, sofort ihre dermalige Laufbahn aufgegeben und ihre Studien eingestellt, als ob mit ihrer Anmeldung zugleich ihre Annahme in den Seedienst schon erfolgt wäre. Da dies aber keineswegs der Fall ist, so wird hiemit öffentlich gewarnt vor jenem voreiligen Verfahren, welches in den meisten Fällen nur bittere Enttäuschungen zur Folge haben kann. Frankfurt a. M., 1. März 1849. Reichsministeriums des Handels; Abtheilung für die Marine. Der Minister Duckwitz. Zaier.

(Frankfurt, den 6. März.) Nach einer Mittheilung der „Frankfurter Zeitung“ ist Herr v. Schmerling von seiner Regierung angewiesen, wegen Konstituirung der executiven Reichsgewalt in der Oberhauptsfrage also in Verhandlung zu treten: „Die österr. Regierung geht von der Ansicht aus, daß es rücksichtlich des Auslandes im hohen Grade wünschenswerth ist, wenn die Form, unter welcher die Einheit Deutschlands diesem gegenüber repräsentirt werden soll, sobald als möglich festgestellt wird, damit das Reich in dem europäischen Staatensysteme den ihm grundsätzlich gebührenden Platz auch faktisch einzunehmen in der Lage sey. Nach der in der Note vom 4. Febr. negativ ausgesprochenen Ansicht über die Nichtunterordnung des Kaisers von Oesterreich unter einen andern deutschen Fürsten werden positive Anhaltspunkte mitgetheilt. In dieser Beziehung spricht sich die österr. Regierung für die Form eines Direktoriums aus, wobei sie, in Kürze angedeutet, von nachfolgenden Hauptgrundsätzen ausgeht: 1) Es soll dieses Direktorium aus den Bevollmächtigten deutscher Regierungen, wo möglich aus Mitgliedern regierender Häuser, sieben an der Zahl, bestehen, im Ganzen neun Stimmen bildend. 2) Hierbei hätten Oesterreich und Preussen jedes zwei Stimmen und Bayern eine bei der Centralbehörde, die den andern deutschen Regierungen aber in dem Direktorium zuzuweisenden vier Stimmen wären nach gewissen Kreisen und unter Berücksichtigung der relativen Wichtigkeit der Staaten bei der Vertretung im Kreise auszumitteln. 3) Hätten die Mitglieder des Direktoriums zwar ihr Amt als Delegirte ihrer Fürsten zu üben, ohne aber an spezielle Instruktionen gebunden zu seyn: Die Stimmenmehrheit ist für jede einzelne Entscheidung maßgebend. Auf Grundlage dieser im Allgemeinen ausgeführten Sätze wird Hr. v. Schmerling ermächtigt, mit den Bevollmächtigten jener Regierungen in Verhandlung

zu treten, welche analog vorzugehen wünschen, um einen Entwurf abzufassen, der alsdann, nach dem ausgesprochenen Wunsche der österr. Regierung, der Nationalversammlung als Projekt vorgelegt werden wird. Wir können versichern, (fügt obengenanntes Blatt hinzu), daß die Thätigkeit des k. k. österr. Bevollmächtigten in dieser Beziehung bereits reichen Lohn gefunden hat und die Verständigung mit den meisten der anderen Herren Bevollmächtigten vor sich geht. (?)"

LPC. (Frankfurt, den 5. März.) Die Linke hatte aus der Präsidentenwahl absichtlich keine Parteifrage gemacht, da sie jedem ihrer Mitglieder freistellen wollte, das Präsidialtalent Simsons und seine Unparteilichkeit anzuerkennen. Durch die Erfahrung belehrt, sind jetzt wohl alle Parteien darüber einig, daß Simson der beste, Gagern der schlechteste aller bis jetzt versuchten Präsidenten war. Die offizielle Ankündigung der Aufsagung des Waffenstillstandes von Malmö und der wahrscheinlichen Aufnahme des Krieges wurde — gehört. Die blumenreichen Phrasen des Ministerpräsidenten, sowie des Herrn Rießer fanden nur schwachen Beifall. Fühlte doch ein Jeder jetzt, daß dieser Waffenstillstand von Malmö der Anfangspunkt der Herabwürdigung der Nat.-Vers. sey, und daß der Krieg in Schleswig-Holstein, der bis zum Waffenstillstand ein Volkskrieg war, jetzt nur ein Soldatenkrieg seyn werde! Man sprach viel von einem Privatbriefe des Kaisers von Rußland an den König von Preußen, worin Ersterer erklären soll, der Eintritt eines preußischen Soldaten in Schleswig werde das Signal zum Einrücken von 200,000 Russen in Schlesien und Posen seyn. Andere wollten wissen, die bezeichnete Eventualität sey das Ueberschreiten der jütländischer Grenze. Jedenfalls sammeln sich die Russen an der Ostgrenze Deutschlands, und dieses versäumt, sich in die günstige Stellung des Angreifenden zu setzen. Schmerling soll eine Note seiner Regierung erhalten haben, die sich mit dem Direktorium, welches der großdeutsche Verfassungsentwurf aufstellt, einverstanden erklären und auf Beschleunigung des deutschen Verfassungs-Werkes dringen soll. Näheres ist noch nicht bekannt — jedenfalls aber ist soviel sicher, daß die österreichische Regierung mehr und mehr zu Deutschland hinübergedrängt wird, da sie bei den Schlägen, die ihre Armee in Ungarn erhält, nirgends mehr einen Halt gegen die Forderungen der Südslawen und der Czechen finden kann. — Die Debatte über die Aufstellung der Reichstruppen in Baden förderte viele Einzelheiten über das Benehmen des badischen Ministeriums zu Tage. Dasselbe wurde so blos gestellt, daß zwei Mitglieder des Ministeriums, Bassermann und Gagern seine Vertheidigung übernehmen mußten. Der Ministerpräsident erklärte, daß das Reichsministerium gerne die Akten des Hauses auf den Tisch des Hauses niederlegen würde, aber dies bei der Verschwiegenheit, die es andern (Ministerien) schuldig sey, nicht wohl könne — wahrlich eine härtere Anklage gegen das Ministerium Bekk, als nur irgend von Seite der Opposition hätte geschleudert werden können. Durch Fröbel's und Vogt's Angaben stellte sich heraus, daß mancherlei Umtriebe unter den Flüchtlingen gemacht werden, um sie zu unüberlegten Handlungen zu reizen und daß das Mährchen von Fröbel's Reise, der die Handwerker in der ganzen Schweiz zu einem erneuten Aufstande aufgefordert haben sollte, eine reine Erfindung der Reaktion war. Wahrscheinlich wurden auch die Nachrichten über diese rein erlogene Reise, welche in den Schweizerblättern sich fanden, auf reaktionärem Boden geschmiedet. Herr v. Neuwall, deutscher Legationsrath in der Schweiz soll diese Erfindungen dem badischen Ministerium einberichtet haben. Hält man mit diesen Thatsachen die neuliche Aeußerung der Oberpostamts-Zeitung zusammen, die Nat.-Vers. bedürfe wieder einer Ermahnung, wie der vom 18. Septbr., so sieht man klar, wo man hinaussteuert. Das Bedürfniß nach einem Putsche oder einem isolirten Aufstande manifestirt sich überall — man wünscht Anarchie, um sie unterdrücken und sagen zu können, wir bedurften unserer Truppen im Innern zur Unterdrückung der Anarchie und konnten sie deshalb nicht gegen die Russen schicken."

Hessen. (Darmstadt, den 5. März.) Als am Abend des 13. Juni 1847 die Gräfin von Görlitz todt und an den oberen Theilen des Körpers verbrannt gefunden wurde, erhoben sich die verschiedenartigsten Gerüchte und Vermuthungen. Hoffentlich wird nun bald die Wahrheit an den Tag kommen. Erst nach einiger Zeit erhob sich der Verdacht, daß die Gräfin durch fremde Hand umgekommen sey; ihr Bedienter wurde verhaftet, und eben vernimmt man, daß die auch mit dem Aufwand aller Mittel der Wissenschaft geführte Voruntersuchung geschlossen sey, um darauf das Verfahren vor dem Assisenhof zu bauen; denn in der Kürze werden die Assisen zum ersten Mal zu Gericht sitzen, so daß die Geschworenen gleich im Anfang genöthigt sind, in einer höchst denkwürdigen, und alle Umsicht in Anspruch nehmenden Kriminalsache ihr Ja oder Nein auszusprechen. Die gerichtsärztliche Untersuchung soll zu dem Ergebnisse geführt haben, daß erst die Leiche der unglücklichen Gräfin vom Feuer verzehrt worden sey, daß es namentlich der Frage gilt, wie sie zur Leiche wurde; eine Frage, die an ein grauenvolles Dunkel gerichtet ist. Ob es Antwort geben wird? Die Assisen werden in dem zu diesem Zweck gemietheten Saale des Darmstädter Hofs dahier gehalten; diese Räumlichkeit ist aber nur eine mäßig große, und wird voraussichtlich dem Andrang des Publikums nicht genügen. (Frkf. O.-P.-Z.)

(Mainz, den 4. März.) Von unserer Garnison wurden heute den ganzen Tag zwischen Kastel, Biebrich und Wiesbaden starke Infanterie- und Kavalleriepatrouillen entsendet. Auch in unserer Stadt zogen Gendarmeriepatrouillen durch die Straßen. (Frkft. O.-P.-Z.)

(Kassel, den 2. März.) In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung gab der Minister der auswärtigen Angelegenheiten über die deutsche Oberhauptsfrage folgende Auskunft: „Die Regierung sey Anfangs der Ansicht gewesen, ihren Gesandten dahin zu instruiren, daß man Seite der kurfürstlichen Staatsregierung nicht die Ansicht habe, irgend welche Veränderungen zu den bisherigen Beschlüssen der Nationalversammlung zu beantragen. Diese Instruktion sey noch nicht abgegangen gewesen, als sich die Sache in erheblicher Beziehung geändert habe. Es sey nämlich in Folge der preussischen Note ein Zusammentritt der Bevollmächtigten der deutschen Regierungen bei dem Bevollmächtigten der preussischen Regierung zu Stande gekommen. Bei diesem Zusammentritt habe man sich über die bisher verhandelten Abschnitte der Reichsverfassung verständigt, man habe die Abänderungen entworfen und diese mittelst einer Kollektiverklärung dem Reichsministerium überwiesen. Die Erklärungen seyen nicht sehr wesentlich. Die kurfürstl. Regierung habe ihrem Gesandten erklärt, daß es keinen Anstand finde, diesen Erinnerungen der Bevollmächtigten beizutreten, nicht etwa, weil sie dieselben für sehr wichtig halte, sondern, weil es darauf ankam, daß von einer möglichst großen Anzahl von Bevollmächtigten sich für den Bundesstaat im Gegensatze zu den laxen Formen des Staatenbundes entschieden ausgesprochen werde. 28 Regierungen seyen beigetreten, einige andere haben Erklärungen abgegeben, welche dem Verfassungswerke nicht entgegenstehen, so daß sich hoffen lasse, es werde eine vollständige Verständigung von dem größten Theil der deutschen Regierungen zu Stande kommen. In Beziehung auf die Oberhauptsfrage hat die Regierung ihren Bevollmächtigten beauftragt, bei der frühern Erklärung vom 19. Januar ds. J. stehen zu bleiben, wornach die kurfürstliche Regierung ein starkes Oberhaupt den Bedürfnissen und Wünschen des deutschen Volkes entsprechend erklärt. Ueber den Punkt der Erblichkeit habe sich die Regierung gar nicht erklärt, weil sie durchaus nicht den Beschlüssen der Nationalversammlung vorgreifen wolle. Es lasse sich hoffen, daß eine Uebereinstimmung zu Stande kommen werde, wornach die Beschlüsse der Nat.-Vers. zu einem gedeihlichen Ziele führen werden. Man stehe an dem Jahrestag der Märzereignisse von 1848, man habe den einen Theil des Hauptzweckes der Märzerhebung, die Freiheit in den Grundrechten erlangt; über die Einheit verhandle man jetzt, hoffentlich würden die Verhandlungen noch im März d. J. zu Stande kommen. Die kurfürstliche Regierung werde alles aufbieten, um diesen Zweck fortwährend zu verfolgen, sie werde für Deutschland kein Opfer scheuen." Der Präsident: So befriedigend diese Mittheilung im Wesentlichen sey, so erheische doch die Wichtigkeit des Gegenstandes Verweisung an den Verfassungsausschuß. Die Ständeversammlung trat diesem Antrage bei. (Frkft. O.-P.-Z.)

Hohenzollern-Sigmaringen. (Sigmaringen, 4. März.) Die Rückkehr des Fürsten von Berlin hat die erwartete Entscheidung über unsere staatlichen Verhältnisse nicht gebracht; um so mehr hofft man, daß dem nach Ostern zusammentretenden Landtage hierüber Eröffnungen gemacht werden. Soviel im Publikum verlautet, scheint sich das preussische Kabinet auf eine verwahrende Stellung beschränken und dann erst einschreiten zu wollen, wenn seine Ansprüche auf das Successionsrecht und das F. Hausvermögen in irgend einer Weise beeinträchtigt werden sollten. Für die Mediatisirung ist jetzt auch der größte Theil der Bevölkerung nicht mehr geneigt, und man betrachtet es als ein Zugeständniß, wenn für die beiden Fürstenthümer Hohenzollern gemeinschaftliche Oberbehörden errichtet werden. (Schw. M.)

Oesterreich. (Wien, 1. März.) Bei der heutigen hier stattgehabten 15. Gewinnziehung der k. k. 250 fl. Loose sind auf folgende Nummern die Haupttreffer gefallen: Nr. 104710 210,000 fl., Nr. 14802 40,000 fl., Nr. 77233 10,000 fl., Nr. 104718 8000 fl., Nr. 50321 7000 fl., Nr. 2699 6000 fl.

(Wien, den 4. März.) Im Abendblatt der Wiener Zeitung liest man: „Kremsier den 1. März. In dem Constitutionsausschusse wurde heute über die Tiroler Lehnsfrage abgestimmt. Eine Majorität von 12 gegen 11 Stimmen entschied sich dafür, daß Südtirol von Nordtirol nicht getrennt werden soll." (A. A. Z.)

(Aus Ungarn, den 27. Febr.) (Magyarische Korrespondenz der Bresl. Ztg.) Aus zuverlässiger Quelle kann ich Ihnen berichten, daß der zweite Adjutant des Fürsten Windischgrätz, Graf Erbach, gefangen und nach Debreczin geführt worden ist. Aus gleicher Quelle, welche direkt aus Debrezin kommt, erfahre ich, daß die Kaiserlichen bei Arad eine große Niederlage erlitten haben. Von dem Regimente Leiningen sind 300 Mann zu den Ungarn übergegangen. In dem in Debreczin erscheinenden Moniteur (Közlöny) vom 13. Febr. wird Ernst v. Kis als Feldmarschall und in Debreczin weilend, genannt. Die „Wiener Zeitung" hat diesen ungarischen Helden schon längst zu den Kaiserlichen übergehen lassen. General L. Meszaros ist wieder Kriegsminister. Dieselbe Nummer enthält auch die Verhandlungen des Repräsentantenhauses vom 12. Febr., in welchen ein Auszug aus der Rede Kossuths insofern sehr merkwürdig ist, als er andeutet, daß der Hof in Olmütz, wie es scheint, hinter dem Rücken von Windischgrätz, zu Friedensunterhandlungen sich herbeilasse. In der Nacht vom 25. auf den 26. d. wurden nach Pesth sehr viele Waggons mit Verwundeten aus Szolnok gebracht. Windischgrätz ist jetzt in Gödöllö bei Pesth, Jellachich aber noch immer in Pesth. An der Stelle des Generals Ottinger hat der FML. Graf Schlick, dessen früheres Armeekorps bei Tokai und in der Zips fast aufgerieben worden, das Kommando über die kaiserliche Armee bei Szolnok übernommen. Nachdem im 24. Armeebulletin die großen Siege der Kaiserlichen verkündet, hat man zuletzt doch die Russen zu Hülfe rufen müssen. Durch diese hat sich zwar Bem in Siebenbürgen etwas zurückziehen müssen, er wird aber bald auch die Russen vertreiben. Nachschrift. So eben ist hier ein Reisender aus Debreczin angekommen und brachte den Közlöny (Moniteur) vom 21. Februar mit. Aus demselben entnehme ich in Kürze, daß der vortreffliche Bem den k. Feldmarschall-Lieutenant Puchner auf's Haupt geschlagen und am 15. Febr. Hermannstadt mit Sturm genommen hat. Puchner hat sich nach Temeswar geflüchtet. Bem erhielt in der Schlacht zwei Schüsse in die linke Hand, und mußte sich 3 Finger amputiren lassen. Von den Russen ist keine Spur mehr in Siebenbürgen. In Debreczin wurde dieser entscheidende Sieg Bems am 20. Febr. mit Kanonensalven und Te Deum gefeiert. Aus Pesth erfahren wir aus zuverlässiger Quelle, daß Windischgrätz den 26. bei Zibakhaza geschlagen worden, und daß in Folge dessen in Ofen Alles zum Rückzug bereit gehalten wird. Die Pontons-Equipagen sind bereits nach Raab abgefahren. Der Artilleriepark aber wurde von der Generalwiese bei Ofen in die Festung selbst gebracht. Von den Kroaten sollen an 2000 Mann zu den Ungarn übergegangen seyn. Große Sensation macht in Pesth die Verhaftung des Herrn A. Wodjaner, des Sohnes des reichsten Banquiers von Ungarn.

Preussen. †°† (Berlin, 5. März.) Die Befürchtung eines nahen Ausbruchs revolutionärer Erhebungen ist, obgleich diese schon seit so langer Zeit erfolglos angekündigt sind, noch immer nicht beseitigt. Im Gegentheil ist man bemüht, derartige Besorgnisse stets von neuem anzuregen und in Kreise zu verbreiten, die davon noch nicht genügend durchdrungen scheinen. In diesen Tagen wurden Abgeordnete durch den Mund des Ministers des Innern davon in Kenntniß gesetzt, daß man von aufständischen Plänen, die in Kurzem im Nassauischen zum Ausbruch kommen sollen, unterrichtet sey. Auf die Bemerkung eines der Abgeordneten: es scheine Pflicht der Regierungen, derartigen Erhebungen vor ihrem Entstehen zu begegnen, verließ der Minister schweigend, jedoch mit vielsagendem Achselzucken den Kreis, in dem diese Unterhaltung gepflogen ward. —

In der Parteiversammlung der Linken hat sich nunmehr gegen die frühere vorläufige Verabredung die Ansicht geltend gemacht, daß

die Opposition in ihrer Gesammtheit sich für das Votieren einer Adresse füglich nicht erklären könne. Man hat zur Erwägung gebracht, daß bei der Dringlichkeit der zur Berathung vorliegenden materiellen Fragen die zeitraubende Diskussion einer Adresse nicht statthaft erscheine, und eine Formalität den Anforderungen für das Wohl des Landes nachstehen müsse. Die gemäßigten Fraktionen der Opposition werden sich dieser Ansicht nicht anschließen, und der Majoritätsbeschluß für eine Adresse wird daher nicht zweifelhaft seyn. — In Bezug auf die morgen stattfindende Konstituirung der II. Kammer ist gleichfalls Beschluß gefaßt. Die Kandidaten der Opposition sind die Präsidenten der aufgelösten Nationalversammlung Unruh, Waldeck, Phillips für die Präsidentur und beide Vizepräsidenturen. Auch für das Sekretariat wird man aus dem Büreaupersonal der National-Versammlung die Kandidaten nehmen. Die Rechte hat sich für das Präsidium auf Grabow geeinigt.

Es scheint ziemlich gewiß, daß die Garden uns verlassen und an die mecklenburgische Grenze rücken werden. Die dadurch in unserer Garnison entstehende Lücke soll durch die pommersche Landwehr ausgefüllt werden. Zugleich kann man als sicher annehmen, daß hohe Personen die Hauptstadt binnen kurzer Frist zu verlassen, und sich nach den Städten, in denen die Generalkommandos der Armeekorps ihren Sitz haben, zu begeben beabsichtigen. —

Man sagt, daß die sich hier aufhaltenden Polen morgen sämmtlich ausgewiesen werden sollen. Gutunterrichtete wollen wissen, daß diese Maaßregel ihren Grund in auswärtigen Einflüßen habe.

Einige Straßen gaben der Stadt heut wieder einmal das Ansehen, das sie vor der Erklärung des Belagerungszustandes so häufig hatte. Die Maurer, denen im vorigen Sommer ein Tagelohn von 25 Sgr. bewilligt war, wollen sich jetzt die Reduktion auf 22½ resp. 20 Gr. nicht gefallen lassen. Sie haben deshalb heut die Arbeit eingestellt. In geordneten Reihen zogen sie die Königsstraße entlang nach dem Rathhause, um dort den höheren Lohn und die früher gleichfalls vereinbarte Herabsetzung der Arbeitszeit, die man neuerdings auf die Dauer von 5 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends ausgedehnt hat, bei dem Magistrat durchzusetzen. Auch auf dem Dönhofsplatz vor den Eingängen zur zweiten Kammer hatten sich heut beträchtliche Gruppen gebildet. Es zirkuliren mancherlei Kombinationen, durch welche man diese plötzlich wieder auftauchenden Arbeiterdemonstrationen zu erklären versucht. Sie stimmen ziemlich darin überein, daß die Agitation, welche jene Bewegungen hervorruft, der demokratischen Partei fremd ist.

Ein einflußreicher Staatsmann Süddeutschlands äußert in einem Briefe aus Frankfurt a. M. Folgendes: Man ist hier in diplomatischen Kreisen davon unterrichtet, daß weitverzweigte bis ins Ausland reichende Machinationen vorangegangen sind, um Dänemark zur Kündigung des Waffenstillstandes zu veranlassen; man kennt die darüber gepflogenen Unterhandlungen en detail und hat nicht verfehlt, sie der geeigneten Stelle in Berlin zuzufertigen. Einestheils fixiren sich diese Machinationen auf das Ausland, welches Deutschland von skandinavischer Seite her Feinde zu erwecken bemüht ist, andererseits aber — und dieses Moment dürfte sehr auf das Berliner Kabinet einwirken — handelt es sich darum, daß die republikanische Partei unter allen Umständen Bewegungen zu veranlassen entschlossen ist, um die preuss. Regierung zu nöthigen, Truppen aus der Mark zu entfernen und die genommene militärische Position aufzugeben.

[Sitzung der II. Kammer am 5. März.] Auf der Ministerbank sind die HH. v. Manteufel und v. d. Heydt anwesend. Neu eingetreten sind die HH. Kösgen, Richer (Wolmirstädt), Schöne, Wesendonk, Blockhagen, Kyll, Körner. — Die Kommission zur Entwerfung eines Geschäftsreglements hat sich konstituirt, zum Vorsitzenden ist Hr. vom Auerswald, zum Schriftführer Hr. Grobbeck ernannt. Man fährt in der Berichterstattung über die Wahlprüfungen fort. Vorzugsweise beanstandete Wahlen sind die HH. Landrath Sack, Justizrath Diesterwegh, Pastor Schmidts und Friedensrichter Grabel. Die Abtheilungen beantragen die Gültigkeitserklärung der Wahlen. Es entspinnt sich eine längere Debatte. Hr. Hartmann beantragt, daß man das Ministerium beauftrage, die Prüfung der Stimmzettel vorzunehmen und festzustellen, ob durch die Gültigkeitserklärung der auf den Landgerichtsrath Reichensperger lautenden Stimmzettel dem Hr. Grabel die absolute Majorität verloren gehe. (Bekanntlich sind diese Stimmzettel für ungültig erklärt worden, weil Hr. Reichensperger zum Kammerpräsidenten ernannt worden, die Identität des Protokolls nicht festgestellt. v. Berg bemerkt, daß ihm die überraschende Bereitwilligkeit des Ministeriums aufgefallen sey, Beweise für die Ungültigkeit der Wahl des Hr. Grebel aufzufinden; während dies nicht der Fall sey bei der Wahl des Hr. Schmidts, bei welcher Zettel, welche den Namen Fr. Ravaux trugen, ebenfalls für ungültig erklärt worden. Hr. v. Manteufel erklärt, daß das Ministerium nachdem ihm über die Wahl des Hr. Grebel amtliche Anzeige geworden, sich verpflichtet gehalten habe der Kammer rechtzeitig seine Bedenken gegen die Wahl mitzutheilen. Hr. v. Vinke vertheidigt den Minister und hält eine Prüfung der Grebelschen Wahlangelegenheit für nothwendig. Die Wahlen der HH. Sack, Diesterwegh, Schmidts werden fast einstimmig anerkannt. Für das Amendement Hartmann in Betreff Grebels stimmt nur die Rechte, die gesammte Linke und die Fraktion Grabow dagegen; dasselbe wird verworfen. Die Mehrheit des Hauses entscheidet sich für den Antrag der Abtheilung und erkennt die Wahl Grebels an. Noch entspinnt sich eine Debatte über die Wahl des Legationsrathes von Küpfer. Hr. Küpfer hat nämlich zu Gunsten der Kreisarmenkasse auf seine Diäten verzichtet, und der patriotische Verein in Wersitz hat 13 Thlr. hergegeben, um die Wahlmänner, die in einer Vorversammlung in ihrer großen Mehrheit für Hr. Küpfer gestimmt hatten, die Kosten aber meist scheuten, die die Reise nach dem Wahlort Bromberg verursachten, für die Reise schadlos zu halten. — Auch diese Wahl wird von der Mehrheit als rechtsgültig anerkannt. — (Schluß der Sitzung 2¾ Uhr.) Morgen Sitzung um 9 Uhr, Tagesordnung: Wahl des Präsidenten und des Bureaus.

[I. Kammer-Sitzung vom 5. März.) Präsident v. Auerswald eröffnet die Sitzung nach 10 Uhr. Während der Verlesung des Protokolls erscheinen die Herren Gr. Brandenburg, v. Ladenberg, v. Strotha, Rintelen und v. Raabe, und lassen sich am Ministertische nieder. Der Präsident macht der Kammer von der Wahl der Herrn Rintelen, Regierungspräs. v. Witzleben (in Merseburg), Fabrikant Kejerstein (eben da), Minister v. Raabe (in Düsseldorf), Oberkonsistorialrath Nitzsch (Landsberg-Soldin) — Justizminister Rintelen macht hierauf die Eröffnung, daß er der Versammlung zwei auf Grund des Art. 105 der Verfass.-Urk. erlassene Verordnungen vorlege und in Betreff ihrer d... Art. 6. Ermächtigungen überreiche. Diese Verordnungen sind die vom 2. und 3. Januar, betreffend 1) die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit und des eximirten Gerichtsstandes, sowie die anderweitige Organisation der Gerichte; 2) die Einführung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit mit Schwurgerichten in Untersuchungssachen. Die Rechtfertigung des eingeschlagenen Systems außer den mit den Gesetzen überreichten schriftlichen Motiven erklärt der Minister sich bis zur Diskussion der Gesetze selbst vorbehalten zu müssen. — Die Referenten der Abtheilungen erstatten weiteren Bericht über die Wahlprüfungen. Gegen die Wahlen der Grafen Dyhrn und York ist Einspruch erhoben, weil der Wahlkommissär Oberförster v. Motz bei den Urwahlen die Stimmzettel numerirt und dadurch auf die Wahlen Einfluß zu üben versucht habe. Die Wahlen werden jedoch anerkannt. — Ein Antrag von Rößler und Genossen wird verlesen: „die hohe Kammer wolle beschließen, die Gesetze betreffend die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse so schleunig als möglich in Berathung zu ziehen." — Nach dem Geschäfts-Reglement wird eine „vorläufige Debatte" eröffnet. Rößler: der gegenwärtige provisorische Zustand der in Rede stehenden Verhältnisse ist eben so verderblich für die Berechtigten, wie für die Verpflichteten. Diese Uebelstände sind herbeigeführt durch die ministerielle Anordnung vom Mai v. J., welche die Prozesse sistirt hat und durch das später ein interimistisches Verfahren vorschreibende Gesetz. Dadurch werden die Kosten verdreifacht. v. Sorkenbeck beantragt den Zusatz: „und wird der Minister ersucht, die bezüglichen Gesetzesvorlagen baldmöglichst an die Kammer gelangen zu lassen." Antrag und Zusatz werden unterstützt und der reglementsmäßige Beschluß gefaßt: »die Sache in Erwägung zu ziehen." Da die Tagesordnung hiemit erschöpft ist, erfolgt Schluß der Sitzung (11½ Uhr.)

Von der Eider, 23. Febr. Ehegestern ging ein Kurier von London über Hamburg nach Kopenhagen. Man meint mit gutem Grunde, er habe eine ziemlich kategorische Erklärung Palmerston's nach Kopenhagen gebracht, des Inhalts, daß Dänemark in diesem Augenblicke, wo man dem Abschluß des Friedens nahe sey, die Friedensunterhandlungen unter keiner Bedingung durch eine Kündigung des Waffenstillstandes unterbrechen dürfe. Man zweifelt kaum an dem Erfolge dieser Note, da England das ganze Dänemark mit einem Druck seiner Hand vernichten kann, so sehr, daß selbst Rußlands Hülfe wenig nützen würde. Immer bestimmter tritt daneben der Plan hervor, im Falle der Kündigung des Waffenstillstandes den König des Thrones für verlustig und den Herzog von Augustenburg, als den nächsten Agnaten, zu seinem Nachfolger zu erklären. Wir können mit Bestimmtheit versichern, daß die Landesversammlung der Herzogthümer diesen Plan, wenn er von den geeigneten Personen ausgesprochen und mit wirklichem Ernst vertreten wird, nicht verwerfen wird. (D. A. Z.)

Frankreich.

†(Paris, 4. März.) [Nationalversammlung. Sitzung vom 3. März. Schluß.] Corbon ersetzt den Marrast auf dem Präsidentenstuhle. Faucher läugnet schließlich, daß Jemand mißhandelt worden sey. (Widerspruch.) Pierre Lerour folgt ihm auf der Bühne. Er liest den Art. 8 der Verfassung und sagt, hiernach ist das Vereinsrecht heilig, es sey ein direkter Ausfluß des Willens Gottes. Ihr (zu den Ministern gewandt) habt das Associationsrecht bereits unterdrückt oder wenigstens geschmälert. Sind wir in der Republik oder in der Monarchie? Sind wir Freie oder Sklaven. Ich sage, wir sind Sklaven. Ihr verletzt das Associations- und Vereinsrecht: das ist ein infamer Despotismus. Eure Söldner berufen sich auf das Gesetz von 1790 gegen die Attroupements. Dasselbe hat keine Gewalt gegen die Bankets, deren Recht Ihr nicht angreifen dürft. Ich trage auf Abschaffung des Artikels 291 des Strafgesetzbuchs an, welcher das Reunionsrecht betrifft.

Grandin kommt dem Minister zu Hilfe. Er greift den Sozialismus und seine Lehre an. (Unterbrechung.) Das Elend des Volks hat der Sozialismus zu verantworten. (Oh! Oh!) Er wirft dem Ministerium vor, da es nicht scharf genug gegen die Tagespresse auftrete. (Lärm.)

Ledru Rollin erhebt sich. Er erscheint mit Papieren auf der Bühne und liest Stellen aus den Reden, die Leon de Malleville vor dem 24. Febr. 1848 im Chateau Rouge hielt. Ebenso Barrot. Er zergliedert die Anklage gegen den Sozialismus und nennt die Verfolgungssucht des Ministeriums eine Absurdität. Die Männer, die man früher Helden nannte, läßt man jetzt einsperren. Das Haupt der Bergpartei zeigt hierauf den Zweck des Sozialismus und erklärt schließlich, daß die Reaktion des Ministeriums nur gegen dasselbe schlagen werde.

Odilon Barrot verweigert sich gegen den Vergleich, daß sein Verfahren dem der Juli-Monarchie von 1847—48 gleiche. Er bestreitet jede Analogie zwischen jenen Zusammenkünften in der Barriere und den Banketen im Chateau-Rouge und beruft sich auf Recht und Gesetzlichkeit. Er wird so oft und heftig unterbrochen, daß er kaum einen Satz vollenden kann. Er ist darüber sehr böse.

Berard und Deusoy expliziren unter fürchterlichem Lärmen, warum sie zur Ordnung gerufen worden seyen. Auf Barrots Gesuch geht die Versammlung zur einfachen Tagesordnung über. Die Sitzung wird um 6½ Uhr in großer Aufregung geschlossen.

Großbritannien.

(London, den 3. März.) Auch in England ist der Jahrestag der französischen Revolution überall von den Chartisten festlich begangen worden. In London fand ein großes Banket statt, dem der Redakteur en chef des Northern Star, G. Julian Harny präsidirte. Louis Blanc und Caussidiere waren eingeladen, ließen sich aber entschuldigen, weil sie als Proscribirte zu einer Zurückhaltung gezwungen seyen, welche der Patriotismus der Versammlung ohne Zweifel verstehen werde." Unter den Toasten heben wir folgende hervor; G. J. Holyoake: der Souveränetät des Volks und der Verbrüderung der Proletarier aller Nationen. — Helden und Märtyrern und dem baldigen Triumph der sozial-demokratischen Republik. — R. Buchanan: dem demokratischen Deutschland, Polen, Ungarn und Italien; dem ruhmvollen Volk, das die Ketten der Priesterherrschaft abgeschüttelt und die römische Republik wiederhergestellt hat. — W. Dixon: Der baldigen Einführung der Volkscharte, und allen, die für sie gelitten haben. Außerdem sprachen noch J. Bronterre O'Brien, J. Clark, W. Cooper, Charles Keen und Stallwood. In Nottingham wurde ebenfalls ein Banket gehal-

ten und die franz. Revolution, die römische Republik, Bem, Dembinski und die Ungarn, Ledru-Rollin und die Montagne, Ernst Jones und die übrigen politischen Gefangenen, das Andenken Blums und Messenhausers, die demokratische Presse 2c., wurden mit Trinksprüchen bedacht. Aehnliche Feste fanden in Birmingham und Portsea statt.

Rußland.

(Warschau, 1. März.) Bei der heute stattgehabten 20. Ziehung der poln. fl. 300 Partialloose des Anlehens vom Jahre 1829 sind folgende 118 Seriennummern herausgekommen, als: 11, 12, 16, 72, 122, 120, 135, 136, 164, 171, 172, 179, 234, 235, 256, 277, 319, 328, 330, 454, 455, 463, 519, 555, 591, 639, 641, 663, 683, 690, 692, 731, 737, 794, 812, 815, 830, 879, 901, 908, 909, 934, 989, 1026, 1034, 1035, 1038, 1046, 1070, 1195, 1217, 1253, 1277, 1315, 1326, 1339, 1362, 1370, 1450, 1453, 1490, 1493, 1494, 1508, 1314, 1536, 1565, 1579, 1599, 1614, 1661, 1703, 1739, 1745, 1749, 1753, 1761, 1798, 1819, 1813, 1852, 1868, 1886, 1905, 1911, 1942, 1983, 1993, 2040, 2043, 2044, 2055, 2107, 2133, 2174, 2265, 2293, 2328, 2339, 2380, 2390, 2427, 2469, 2522, 2572, 2585, 2608, 2681, 2689, 2706, 2711, 2725, 2727, 2743, 2797, 2819, 2867, 2909.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Sprech-Saal.

(Nürnberg, den 7. März.) Der gestrige Abend versammelte die beiden Stadtwehrbataillone dahier in dem Saale des Bamberger Hofes, wo die wackere Musik des zweiten Bataillons eine Produktion veranstaltet hatte. Heiterkeit und Gemüthlichkeit herrschte in dem Saale, doch wurde bei dem Scherze auch des Ernstes der gegenwärtigen Zeit gedacht, und mehrere Reden in Bezug auf den 6ten März gehalten, worunter namentlich ein Redner uns aus der Seele sprach, indem er uns an die großen Verheißungen erinnerte, die uns vor einem Jahre gemacht worden sind, an die Verheißungen, die unser aller Herzen damals mit dem höchsten Jubel erfüllten, die aber leider nicht gehalten wurden und wir einer trüben Zukunft entgegen zu sehen hätten, doch sollten wir nicht verzagen und muthig auf der begonnenen Bahn fortwandeln, jeder in seinem Kreise nach Kräften, den erwachten Geist der Freiheit mehr und mehr zu beleben, dann müßte, wenn auch erst nach Jahren ein 6. März erscheinen, und alles das bringen, was der 6. März 1848 uns verheißen hat. Diesem Tag, der uns werden muß, wurde ein dreifaches dauerndes Lebewohl gebracht und und nachdem das Stadtwehr-Lied: „In der Zeiten wildem Treiben 2c. abgesungen war, trennte sich die Gesellschaft mit dem Versprechen, sich öfter auf diese Weise zu versammeln und in Scherz und Ernst fest und treu zusammen zu halten.

Anzeigen.

Anzeige und Empfehlung.

Vom Unterzeichneten werden durch das letzte Hochwasser beschädigte, noch brauchbar gebliebene Waaren, bestehend in Hosenträgern, Kravatten, Hauskappen, Geldbörsen, Geldtaschen, Knaben- und Mädchen-Schultaschen, Eisenbahntaschen, Strumpfbändern, Reisesäcken, ledernen Unterhosen, Bettdecken u. a. m., zu ganz niedrigem Preis abgegeben.

Zugleich empfiehlt derselbe ein neues Sortiment Glace- und waschlederne Handschuhe, Hosenträger, Kravatten, Kappen, Bandagen und mehrere Beutlerarbeiten zu billigen Preisen.

Hochachtungsvoll zeichnet

Joh. Eberhard Gagler, Handschuhfabrikant und Beutlermeister, Kaiserstraße L. Nro. 141.

Bekanntmachung.

Das unterzeichnete Directorium ladet die verehrlichen Mitglieder des Albrecht-Dürer-Vereins zu einer General-Versammlung auf

Freitag den 16. d. M. Abends 7 Uhr

im Albrecht-Dürerhause ein. Der Zweck dieser Generalversammlung, die Wahl eines 1. und 2. Vereinssecretärs, so wie die Wahl eines diesjährigen Gedächtnißblattes machen das zahlreiche Erscheinen von Vereins-Mitgliedern sehr wünschenswerth.

Nürnberg, den 8 März 1849.

Das Directorium.

C. Heideloff. v. Haller, K. Major.

Anzeige.

Einem hochverehrten Publikum mache ich die ergebene Anzeige, daß die vom Hochwasser zurückgebliebenen Waaren, worunter auch Schlafröcke und abgenähte Decken, ausverkauft werden, und bitte um gütigen Zuspruch. —

Nürnberg, den 7. März 1849.

Andreas Ott, am Hauptmarkt.

Einladung.

Alle diejenigen unserer Mitbürger, welche in der Nähe der Pegnitz wohnen, und dadurch von der Gefahr bei vorkommendem Hochwasser bedroht sind, werden zu einer freundschaftlichen Berathung auf Freitag den 9. März Abends 7 Uhr im Saale des Bamberger Hofes hiemit eingeladen.

Mehrere Bürger.

Auf die „Anfrage und Rüge" in Nro. 62 d. Z.

Ei, ei! welch ein Geschrei?! Wie weit sind denn der oder die anonymen Einsender dieser »Anfrage und Rüge« mit dem Zeitgeiste fortgeschritten? Hat denn der Gott der Protestanten mehr Wohlgefallen an dem Gebete eines Aufgestandenen als an dem eines Sitzengebliebenen? Sind vielleicht der oder die Einsender dem Hrn. Liebel neidisch, daß er Synodalmitglied war? O beneidenswerthes Glück!? — Und nun gar der arge Zorn über das Hineinsetzen in den Stuhl der Frau Pfarrerin! Habt Ihr denn eine Frau Pfarrerin? Ist es nicht besser, daß durch Besitznahme dieses leeren Stuhles bei dem so starken Kirchenbesuche der Fenchier in dem engen Betiale etwas mehr Platz frei wird? Oder soll mit dem Beisatze von »unserm bedeutenden Kirchenvermögen« nicht etwa eine Großthuerei mit unterlaufen seyn? — Gern möchte man hier mit Huß ausrufen: »o sancta simplicitas«!

Von einem, der den Feuchtern mehr Witz zugetraut hätte, und denselben den guten Rath ertheilt, daß sie für die Zukunft eine Brille in der Kirche aufsetzen möchten.

Zu empfehlende Gelegenheit
für Passagiere und Auswanderer nach New-York.
Expeditionstage
der Schiffe der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft.

Das kupferbodene Hamburger Schiff	„Rhein,"	Kapitän Ehlers,	am 24. März	1849
" " " "	„Deutschland,"	" Haucker,	" 21. April	
" " " "	„Nordamerika,"	" Ratbje,	" 19. Mai	
" " " "	„Elbe,"	" Heitmann	" 23. Juni	

Ueber obige Schiffe, welche durch hohes luftiges Zwischendeck und elegant eingerichtete Kajüten sich auszeichnen, ertheilt nähere Nachricht der Schiffsmakler

Aug. Bolten Wm. Millers Nachfolger in Hamburg.

Friedrich Toussaint, Commissions- und Speditions-Handlung in Nürnberg, L. Nro. 401.

Vorläufige Conzert-Anzeige.

Die ergebenst Unterzeichneten beehren sich hiemit, einem hochverehrten Publikum anzuzeigen, daß sie künftigen Freitag den 9. März eine

Soirée Musicale

im Saale des rothen Roßes

zu geben die Ehre haben werden.

Das Nähere besagen die Programm's.

Gebrüder Ernst und Heinr. Möhrenschlager.

Billette zu dem Subskriptionspreis sind bis Freitag Nachmittag 4 Uhr in der Riegel- und Wießnerschen Buchhandlung und im Wiener Salon zu haben.

Schießhaus St. Johannis.

Sonntag Nachmittag Produktion vom

Kleeblatt.

Die Herren Wildner, Merkel und Wehefritz werden alles aufbieten, mit neu einstudirten Vorträgen das geehrte Publikum recht angenehm zu unterhalten. — Um zahlreichen Zuspruch bittet

Kellermann.

Goldner Baum auf der Füll.

Sonntag Abends im Saal Produktion vom »Kleeblatt.« Um zahlreichen Zuspruch bittet

Wiedmann.

Pariser Hof.

Freitag den 9. März produzirt sich das Kleeblatt und ist Metzelsuppe, so wie noch Stockfisch und mehrere andere Speisen, auch gutes Bier anzutreffen sind.

Es ladet ergebenst ein

Winkler.

(Anzeige.) In meinem Laden ist ein Regenschirm stehen geblieben, wer sich gehörig ausweisen kann, kann ihn gegen Einrückungsgebühr in Empfang nehmen.

C. Sahs

(Kauf-Gesuch) Es wird ein Spezerei- und Lebküchnerei-Geschäft zu kaufen gesucht; es dürfte auch Conditorei dabei seyn. — Näheres auf frankirte Briefe durch die Exped. d. Bl.

(Bitte.) Vergangene Nacht wehte der Wind eine graue Backsteinhose zum Dach hinunter. Der redliche Finder wird gebeten, solche in L. Nro. 335 der Karolinenstraße abzugeben.

(Anerbieten.) Ein Kaufmanns-Lehrling kann bei einer soliden Familie Kost und Logis erhalten, bei der demselben Gelegenheit gegeben wird, sich in der französischen Conversation zu üben.

(Gesuch.) Ein junger Mensch, welcher die Kellnerei zu erlernen wünscht, kann sogleich in einem hiesigen Gasthof eine Unterkunft finden.

(Gesuch.) Ein Metalldrucker kann sogleich Arbeit erhalten.

(Gesuch) Ein solides Mädchen, welches mit allen feinen weiblichen Arbeiten und feiner Wäsche umzugehen versteht, auch im Kochen erfahren ist, wünscht nächstes Ziel in einem soliden Herrschaftshaus unterzukommen.

(Gesuch) Für ein sehr empfehlenswerthes Frauenzimmer, welche bereits als Hausjungfer, besonders aber 8 Jahre lang als Ladnerin in einem Spezerei- und Conditorei-Geschäft servirte, wird ein ähnliches Unterkommen gesucht, durch H. A. Goetz, Kommissions-Bureau S. 771

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, in allen weiblichen Arbeiten erfahren, wünscht sogleich oder bis nächstes Ziel als Jungfer in einem Laden oder im Häuslichen, da sie sich jeder vorkommenden Arbeit unterzieht, eine Unterkunft, sieht mehr auf gute Behandlung, als auf großen Lohn.

(Gesuch.) Zur Conditorei wird ein junger Mensch mit oder ohne Lehrgeld in die Lehre zu nehmen gesucht.

(Zu vermiethen.) Das Haus Nro. 71 und Nro. 72 in Tafelhof sind bis Walburgi zu vermiethen. Zu Nro. 72 kann ein Pferd-Stall gegeben werden. Das Nähere Nro. 73.

Stadttheater in Nürnberg.

Freitag den 9 März 1849. Zum Erstenmale: Die verhängnißvolle Nachtmusik, oder: drei Tage aus dem Jahre 1848. Zeitbild in 3. Akten von J. G. Fußenecker.

Herr Fußenecker, Verfasser des Stückes, und geborner Nürnberger, wird die Ehre haben, in der Rolle des Literaten Braun aufzutreten.

Berichtigung

In der gestern mitgetheilten Rede aus dem Volksverein sind folgende Druckfehler zu berichtigen:

1ste Spalte, 16. Zeile von unten statt: nur Achtung der Menschenwürde und Rechte, lies: und Achtung der Menschen-Würde und Rechte.

2te Spalte: 11. Zeile, statt ein Ausland, lies im Ausland. 8 Zeilen weiter unten lies: 30 Friedensjahren. 5 Zeilen weiter statt Vorbereitungen, lies: Verbindungen; dann weiter statt Ländercolonien, Kindercolonien, dann findet statt finden. 15 Zeilen weiter statt Freysinnigkeit lies Einigkeit, eine Zeile weiter statt: Und das war dann, lies: Und was war denn 2c., 2 Zeilen weiter unten statt Wiederzusammenkommen lies: Wiederzukräftekommen. 6 Zeilen weiter statt genommen lies: gewonnen. 16 Zeilen weiter statt nämlich lies männlich.

Lotterie.

Die zu München herausgekommenen Nummern:

53 47 48 4 27

Freiblatt in München

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 10 März 1849 — № 69. — Samstag: Alexander.

Aufforderung.

Sonntag, den 11. d. M. Morgens zwischen 8 und 9 Uhr kommen die wackeren Pfälzer Deputirten zur bayerischen nunmehr vertagten Volkskammer hier an. Es läßt sich erwarten, daß von dem demokratisch gesinnten Theile Nürnbergs, namentlich auch von den Vereinen gleicher Gesinnung, den fur das Wohl des Volkes so sehr bedachten und muthigen Vertretern ein festlicher Empfang bereitet werde.

Sprecht es aus, was Ihr wollt und man wird Euch hören!

Die Lage des Vaterlandes ist gegenwärtig so, daß sie jedes deutsche Herz mit tiefer Sorge erfüllen muß. Die Erbfeindin unsrer Freiheit und Einheit, die Hauspolitik der Fürsten greift von Tage zu Tage mächtiger in die Leitung der deutschen Sache ein, und nach dem schönen Aufschwunge des vergangenen Frühjahres tritt schon jetzt eine neue Epoche der Restauration an uns heran. Denkt an die Jahre von 1815 bis 48 und wollt Ihr jene Periode des Druckes, der Knechtschaft, der Zerrissenheit nicht noch einmal erleben, so regt Euch und bewacht Euer Recht. Es ist jetzt keine Schlafenszeit.

Zieht Euch auch nicht in verzweifelndem Unmuthe zurück, weil so manches anders gekommen ist, als wir es dachten. Dem ernst und fest kund gegebenen Willen des Volkes leistet keine Macht auf die Dauer Widerstand; und haben bisher die Beschlüsse des Parlaments vielfach Euern Hoffnungen nicht entsprochen, so bedenkt wohl, daß ein guter Theil der Schuld davon auf das deutsche Volk selbst zurückfällt. Weshalb ist es in seiner großen Mehrzahl stumm geblieben, weshalb hat es nicht seinen Vertretern gegenüber bei jeder wichtigen Frage seine Forderungen deutlich aufgestellt, weshalb sind aus einem Volke von 45 Millionen immer nur Hunderte und Tausende und nicht Hunderttausende und Millionen von Petenten vor das Parlament getreten? Aendert dies, noch ist es Zeit. Saget nicht: an dieses Parlament wollen wir uns nicht mehr wenden; wer das thut, wirft ohne Noth die Hauptwaffe hin, die ihm jetzt zu Gebote steht, und giebt sich wehrlos seinen Feinden Preis. —

Eine dringende Aufforderung, Euch auszusprechen, enthält in diesem Augenblicke das gestern mit 256 gegen 194 Stimmen in seiner ersten Lesung angenommene Reichsgesetz über die Wahlen zu dem deutschen Volkshause.

Man hatte sich nicht gescheut, ein Attentat auf das vom Volke erkämpfte allgemeine Stimmrecht zu machen, man versuchte ganze Klassen der arbeitenden Bevölkerung auszuschließen, und als man an diesem Plane verzweifeln mußte, da wollte man wenigstens durch einen Census das Wahlrecht zu einem Privilegium des Geldes gestalten. Aber auch dies ist nicht gelungen. Der Sieg ist unser. Es sind die drei wichtigen Grundsätze gerettet:

1) daß jeder Deutsche mit fünf und zwanzig Jahren wahlberechtigt und wählbar ist;

2) daß jeder den Mann seines Vertrauens direkt und unmittelbar bezeichnet und die Ernennung desselben nicht erst einem Wahlmann anheimzugeben braucht;

3) daß durch geheime Abstimmung der Geld- und Beamtenherrschaft die Kontrole über die Wirkungen ihres Einflusses entzogen bleibt. Die zweite Lesung des Gesetzes steht bald bevor, und es gilt Sorge zu tragen, daß es durch diese nicht verschlechtert werde. Darum fordern wir Alle auf, die es mit der Sache des Volkes halten, uns nicht ohne Unterstützung zu lassen, sondern durch den offenen Ausspruch ihrer Zustimmung das Ihrige dazu zu thun, daß auch in dem endgültigen Beschlusse über das Gesetz jene drei Grundbedingungen freier Volkswahlen ungeschmälert bleiben. Die Gegner werden Alles aufbieten, das Wahlrecht so zu beschränken, daß sie darin eine Schutzwehr für die Herrschaft der Vorrechte finden. Deßhalb: helft uns! Mögen auch viele wünschen, daß dem jungen Manne von 21 Jahren, den so mancher Staat als mündig anerkennt, die Theilnahme an den Wahlen nicht vorenthalten worden wäre, daß man dem unverschuldeten Vermögensverfalle und der Armuth humanere Rücksicht geschenkt, daß man die, welche so unglücklich waren ein Verbrechen zu begehen, nicht für immer ausgeschlossen hätte, — Niemand lasse sich durch diese oder andere Mängel verleiten, das Gute in unserm Wahlgesetze, wie es jetzt ist, zu verschmähen. Es bietet eine tüchtige Grundlage für die Selbstherrlichkeit des Volkes, es liegt in ihm der Keim, aus dem alle Früchte der Freiheit emporreifen können. Die nächste Aufgabe ist: das errungene Gute zu befestigen, von da aus wollen wir den Kampf um das Bessere beginnen. Deshalb schirmt unser Wahlgesetz mit der Macht der Volksstimme, sprecht aus, daß Ihr es wollt, und man wird Euch hören. Frankfurt, 3. März 1849. Vom März-Verein.

Deutschland.

Bayern. †* (München, 8. März, ½11 Uhr.) Die Kammer ist bis zum 10. April vertagt. Nachmittag mehr!

†* (München, den 8. März.) Ich habe Ihnen heute Morgen vor Postschluß nur noch die Vertagung der Kammer auf den 10. April melden können. Unerwartet kam dieselbe nicht; es ist ein Verzweiflungsversuch, eine Fristung, die übrigens die Regierung nicht retten kann. Als gestern Nachmittags die N. Münchnerin die Ernennung Aschenbrenners zum Finanzminister und Kleinschrod's zum Justizminister brachte, glaubte kein Mensch trotz des k. Dekrets an dieselbe. Nicht nur sah man ein, daß eine solche Bildung des Ministeriums schon vornherein den Keim der Verwesung in sich trage, sondern man begriff nicht, daß ein so ehrenhafter Mann — (als solcher ist Beißler auch von der Linken geachtet) — wie Beißler sich dazu hergeben könne, in ein solches Ministerium zu treten. Freilich ist nun nach dem Briefe, den ich Ihnen gestern Abend schon mittheilte, die Fortführung der Ministerportefeuilles durch Beißler und Bray nur interimistisch, und wir haben eigentlich nur 3 verantwortliche Staatsminister. Daß Heinz das Justiz-Minist. interimistisch fortbehalten werde, erweist sich durch die Anwesenheit Kleinschrod's am Ministertische als unrichtig. Die Reisekosten für die Vertagung werden dem Lande wieder circa 15000 fl. kosten und sind also im Ganzen 75000 fl. für nichts hinausgeworfen worden.

†° (München, den 8. März.) [13. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.] Am Ministertisch Lesuire, Aschenbrenner, Kleinschrod, Beißler. (Die Tagesordnung theile ich Ihnen nicht mit, da doch nichts mehr zur Berathung kommt. Die Gallerien sind dicht besetzt.) Nach Verlesung des Protokolls der vorigen Sitzung erlangt Forndran das Wort, um eine höchst einfältige Definition seiner in der letzten Sitzung vorgetragenen Beschuldigungen gegen das Militär in Schwaben und Neuburg zu geben. Hr. Forndran scheint sich zu fürchten, die Garnison von Augsburg möchte ihn schlecht empfangen; denn sein Geschwätz ist nichts, als ein Panegyrikus auf dieselbe. Dann verlangt Beißler das Wort und verwahrt sich gleichfalls (in Bezug auf eine die Regierung von Mittelfranken betreffende Aeußerung) gegen die häufigen Unrichtigkeiten in den stenographischen Protokollen. Sonst seyen dieselben vor dem Druck den Ministern zur Durchsicht gesandt worden; dies geschehe jetzt nicht mehr und so kämen die Aeußerungen der Minister oft ganz verkehrt unter das Publikum. Er für seinen Theil werde dadurch zwar nur noch ganz kurze Zeit getroffen. (Also bekommen wir nächster Tage einen Minister des Innern?) Der I. Präsident erwidert, die stenographischen Protokolle lägen vor der Absendung zum Druck zur Einsicht der Betreffenden auf, der zu beschleunigende Druck erlaube die Zusendung derselben an die Minister nicht.

Dann nahm Beißler das Wort, wie folgt: »Ich habe der hohen Versammlung im Auftrage Seiner Majestät des Königs eine Mittheilung zu machen: sie betrifft die bereits früher angekündigte Vertagung. Die damals hiefür angeführten Gründe bestehen noch heute und theilweise selbst in erhöhtem Maße. Es gilt dieß namentlich von der Thätigkeit der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt. Dort gewinnen die Ereignisse mit jedem Tage eine erhöhte Wichtigkeit und drängen zu endlicher Entscheidung. Dabei sollte Bayern seine volle Vertretung finden. Andererseits werden die Beschlüsse, die wir von dort in nächster Zukunft zu erwarten haben, Anhaltspunkte geben, um die inneren Angelegenheiten von Bayern mit mehr Sicherheit bemessen zu können, als dieß bis jetzt geschehen. Als in Ihrer 11ten Sitzung die Vertagung vorläufig angekündigt wurde, so wurde Ihnen allerdings die Vorlage eines Gesetzentwurfs angekündigt, unter der Voraussetzung, daß derselbe noch vor der Vertagung zur Erledigung kommen könne, und daß dazu nicht viel Zeit werde in Anspruch genommen werden. Diese Hoffnung hat sich nun nach 14 Tagen nicht verwirklicht, und mittlerweile drängen die Ereignisse. Ueberdieß hegt in Bezug auf diesen Gesetzentwurf der neu eingetretene Finanzminister die Hoffnung, daß eine kurze Vertagung des Landtags eine befriedigende Erledigung der Sache befördern werde. Es besteht also auch in Bezug auf diesen Gegenstand jetzt kein Bedenken gegen die Vertagung.

Die königliche Botschaft lautet: Maximilian II x. x. Unseren Gruß zuvor, Liebe und Getreue! Wir finden uns bewogen — in Erwägung, daß durch die Bildung eines neuen Staats-Ministeriums eine Unterbrechung der gesetzgebenden Thätigkeit bei den obersten Verwaltungsstellen eintreten mußte, in Folge welcher dem Landtage in der nächsten Zeit die nöthigen Vorlagen für seine Berathungen mangeln würden — nach den Bestimmungen des Tit. VII. §. 23 der Verfassungsurkunde den Landtag bis zum 10. April laufenden Jahres zu vertagen. Wir verbleiben Euch mit kgl. Huld und Gnade gewogen. Nymphenburg, den 7. März 1849. Maximilian. v. Lesuire. v. Kleinschrod. Dr. Aschenbrenner. Beisler, Staatsrath. Der I. Präsident schließt dann die Sitzung, da nach der Geschäftsordnung nichts mehr berathen werden darf, wenn einmal die Vertagung ausgesprochen ist.

1* (München, den 7. März, Abends.) Der König hat die Entlassung sämmtlicher Staatsminister mit Ausnahme Lesuire's angenommen; Beisler, Bray, Heinz führen jedoch bis zum Amtseintritt der neuen Minister (welcher?) als Staatsräthe die Portefeuilles des Innern, des Aeussern und der Justiz fort. Aschenbrenner ist als Finanzminister ernannt. Lesuire behält das Portefeuille des Kriegs.

(München, 7. März.) Der Finanz-Ministerial-Rath Dr. Aschenbrenner wurde zum Staatsrath im ordentlichen Dienst mit Führung des Portefeuilles des Staats-Ministeriums der Finanzen und der Justiz-Ministerial-Rath Dr. Kleinschrod zum Staats-Rath im ordentlichen Dienst mit Führung des Portefeuilles des Staats-Ministeriums der Justiz ernannt. (N. M. Z.)

(Würzburg, den 7. März.) Aus offizieller Quelle erfahren wir, daß bei Ankunft der von hier nach Orb abgegangenen 400 Mann Soldaten die Ruhe dortselbst bereits vollständig wieder hergestellt war,

und die Kasernirung der ganzen Mannschaft ohne das geringste Hinderniß stattfand. (N. W. Z.)

Baden. (Heidelberg, 6. März.) Die hier erscheinende »Republik« meldet: Aus ganz sicherer Quelle können wir mittheilen, daß der Bundestags-Gesandte E. Theodor Welcker plötzlich entlassen (?) und der ehemalige Bundestags-Gesandte Hr. v. Dusch an dessen Stelle gesetzt wurde.

Freie Städte. (Frankfurt, 6. März.) Graf Erbach, welcher nur von einem Dragoner begleitet, von General Schlick an Feldmarschall Windischgrätz abgeschickt war, ward von einer Abtheilung magyarischer Insurgenten überfallen und gefangen. Er ward nach Debreczin abgeführt und hat von dort mehrere Briefe hiehergeschrieben. Er ward sehr wohl behandelt, mehrere alte Kameraden nahmen sich seiner freundlich an, und seine Briefe sind geeignet, uns von dem Treiben der Magyaren einen vortheilhafteren Begriff zu geben, als man aus mittelbaren Berichten zu schöpfen pflegt.. (D. Z.)

(Frankfurt, den 6. März.) Die gestern in der Paulskirche ausgesprochene Behauptung, das österreichische Ministerium habe in der neuen Note sich bereit erklärt, in den deutschen Bundesstaat zu treten, war ein Mährchen. Die Note stellt nur die Zustimmung Oesterreichs zu einem Direktorium in Aussicht. Die Linke der Paulskirche darf somit die Hoffnung aufgeben, daß ihre Verfassungsvorschläge in Olmütz Gnade finden. Wird sie nun doch noch an eine Koalition mit den Absichten Oesterreichs denken? Es dürfte sehr zu bezweifeln seyn. Gespannt ist man vorerst, wie die deutsch-österreichische Presse die dänischerseits so »unförmlich« erfolgte Auskündigung des Waffenstillstandes aufnimmt. Wird sie übersehen, daß die Kabinete von Olmütz und Kopenhagen im besten Einvernehmen stehen, daß die Auskündigung des Waffenstillstandes der dem dänischen Gesandten in Olmütz gewordenen Dekoration auf dem Fuße folgt und dänische Marineoffiziere in österreichische Dienste treten? (D. Z.)

(Frankfurt, den 6. März.) Als eine Kuriosität ist zu melden, daß der Herzog von Nassau zu dem am Sonntage in Wiesbaden stattgehabten Revolutionsfest zwei Stück trefflichen Rheinweins gespendet hat. (N. W. Z.)

(Frankfurt, den 5. März.) Dänemark hat erklärt, daß es sich durch den Vertrag von Malmoe nach Ablauf seiner Dauer, also vom 26. März an, nicht mehr gebunden erachte. Die Erklärung kam unerwartet; sie kam nach Berlin, wenige Augenblicke nach den Friedensworten des Königs an die Stände; sie kam nach London, als die Friedensverhandlungen eben begonnen hatten, als der ernstliche Wunsch der vermittelnden Macht, England, für die Verlängerung des Waffenstillstandes beiden Theilen kundgegeben war. Deutschland hatte die von Lord Palmerston vorgeschlagene Grundlage der Verhandlungen, die Unabhängigkeit Schleswigs von Dänemark wie von Deutschland, angenommen; es hatte von seiner Seite die Fortdauer der Waffenruhe als natürliche Folge der eingeleiteten Unterhandlungen angesehen. Dänemark aber kündigt den Waffenstillstand und rüstet zu neuem Kriege. Wohl liest man in öffentlichen Blättern, es werde nicht zum Schlagen kommen; wohl äußert Dänemark in Berlin, es kündige die Waffenruhe im Interesse des Friedens; wohl spricht es in Frankfurt seine Anerkennung der versöhnlichen Gesinnung Deutschlands aus. Und hinter dieser Seltsamkeit lauert auch nur der Gedanke, vor Abschluß des Friedens einen andern als den gegenwärtigen Zustand in den Herzogthümern herbeizuführen, mittelst Friedenspräliminarien Schleswig einstweilen in die Hände zu bekommen. Dies kann Deutschland nicht zugeben; es kann nicht einwilligen, daß der Zustand, wie er durch den Vertrag von Malmoe begründet worden, vor dem Frieden eine Aenderung, und zwar eine dem Rechte und den Interessen der Herzogthümer nachtheilige Aenderung erleide. Darum steht aber auch die Meinung, daß es nicht zum Schlagen kommen werde, auf schwachen Füßen, und wäre sie auch besser begründet, — Deutschland muß am 26. März zur Stelle seyn, auf welche der Feind es entboten hat, Dänemark ist stärker gerüstet, als im vorigen Jahre, zu Land und zu Wasser. Es macht seine letzten Anstrengungen, es bietet seine letzte Kraft auf, und kann nicht weichen, ohne sie angewendet zu haben. Dem Ruhegebot Englands nicht zu folgen, wird den Dänen als kein besonders gefährliches Wagestück erscheinen; sie werden Gründe finden und Bundesgenossen, die sie unterstützen, und williges Gehör; denn man glaubt ihnen leicht, wenn sie sagen, daß sie nichts weiter verlangen, als eine Erleichterung des unerträglichen Druckes, unter welchem die treuen Nordschleswiger schmachten. Nur dann würden wir der Meinung, daß es die Dänen nicht auf einen Krieg ankommen lassen werden, Gewicht beilegen, wenn Deutschland einig wäre. Aber gerade unsere gegenwärtigen Zustände sind es, welche den Dänen die Zuversicht zum Kampfe, die Hoffnung des Sieges geben. Sie betrachten den Versuch, die Einheit Deutschlands zu begründen, als gescheitert, den Traum in Frankfurt als ausgeträumt. Das ruhige Hinnehmen der österreichischen Note vom 4. Februar ist ihnen ein Beweis der Ohnmacht der Reichsversammlung; die Beschlüsse über das Wahlgesetz gelten ihnen als Zeichen, daß eine würdige und kräftige Gestaltung Deutschlands nicht mehr in Aussicht stehe. Daß die Dänen unsere Zustände so ansehen, wissen wir aus zuverlässigen Berichten. Daß sie sich täuschen, wird jeder Deutsche wünschen. Und diesen Wunsch zu verwirklichen, gibt es ein untrügliches Mittel. Entsagen wir allem kleinlichen Zwist und Hader. Einigen wir uns — Reichsversammlung und Regierungen — zur raschen Herstellung des deutschen Bundesstaates mit einer starken Reichsgewalt. Säumen wir vor allem nicht, freudig die Opfer zu bringen, welche unerläßlich sind, um am 26. März den Dänen in der Königsau entgegen zu treten. Wenn wir uns Achtung verdienen, dann werden wir Freunde und Friede gewinnen. (Frkf. O.-P.-Z.)

Oesterreich. (Wien, den 3. März.) Es wurde hier ein zwölfjähriger Knabe als Hochverräther eingesperrt. Das constitutionelle Blatt aus Böhmen berichtet darüber: Dieser Bursche, ein vorlauter, verwitziger Range soll einige drohende Aeußerungen gegen hochgestellte Militärs haben fallen lassen, und da man nun nicht glaubt, daß ein zwölfjähriger Bursche, und wenn er auch noch so keck ist, auf eigene Faust Revolution machen wird, so schließt man daraus, daß er diese Drohungen irgendwo gehört haben müsse, und hofft nun dadurch einer Verschwörung auf die Spur zu kommen. Daß er es zu Hause nicht gehört hat, ist sicher, denn sein Vater ist ein Ehrenmann, ein Hofbeamter, ein Mann, der aus Patriotismus kranke Kroaten in seinem Hause pflegte, — ein Gutgesinnter in der besten Bedeutung des Wortes. Der Knabe kann es also nur in der Schule gehört haben, und da wird nun die Untersuchung losgehen, denn eine hohe Person soll erklärt haben, lieber alle Schulen zu sperren, um jetzt dem Komplotte, das besteht, auf die Spur zu kommen. Würden wir nicht Ausnahmszustande haben, ich würde fragen, mit welchem Rechte klagt man einen zwölfjährigen Knaben eines peinlichen Verbrechens an? Ist das Kriminalgesetz außer Wirksamkeit, und findet die Bestimmung der Zurechnungsfähigkeit keine Geltung und Anwendung mehr? Nach der Konsequenz dieses Prinzips wäre ein Säugling, in dessen Windeln man ein paar Patronen findet, dem Standrechte verfallen. Die Verwendung angesehener Leute für diesen Knaben ist bis jetzt fruchtlos geblieben, man hat sogar die Eltern, welche flehend kamen, nicht vorgelassen. Die Bitte des Vaters, man möge ihm eine Kompagnie Soldaten ins Haus legen, aber nur sein Kind nach Hause lassen, wurde abgeschlagen. Der Junge befindet sich im Gefängniß, Gott weiß in welcher Gesellschaft eingesperrt, und man weiß es, wie auf solche Knaben, vorzüglich, wenn sie etwas lebhafter Natur sind, eine Gefängnißstrafe wirkt. Sehen Sie, so macht man Gutgesinnte, und das ist ein kleines Bildchen aus unseren Verhältnissen. Es läßt sich freilich nicht leugnen, daß die Wiener selbst sehr viel Schuld daran sind, aber der Urgrund, daß die Wiener nicht anders werden, liegt anderswo.

(Prag, den 5. März.) Die St. Centr. Bl. bringen im Auszuge die Grundzüge des österreichischen Verfassungsentwurfes, wie er aus dem konstitutionellen Ausschusse hervorgegangen ist. Eine Volkskammer von 366 Deputirten, eine Länderkammer, von den Landtagen und Kreistagen gewählt und 115 Mitglieder zählend, bildet die Centrallegislatur. Während in der Volkskammer 80 Deputirte auf große Städte und Orte, und 280 auf das Flachland fallen, wählt jede Provinz durch ihren Landtag sechs Abgeordnete und in Ländern aus mehr als einem Kreise bestehend, auch jeder Kreis einen Abgeordneten in die Länderkammer, deren Legislativperiode sechs Jahre währt, die der Volkskammer dagegen nur drei. Den mehrkreisigen Ländern steht ein Statthalter mit verantwortlichen Statthaltereiräthen, den einkreisigen ein Landeshauptmann vor, welcher für Central-Regierungszweige dem Reichstage verantwortlich ist. Die Kreise sind nach Nationalitäten zu bilden, wie auch die Wahlbezirke; den Kreisen stehen Gemeindesachen in letzter Instanz, sowie Schul- und Humanitätsanstalten, dann Spar- und Leihanstalten, nach Reichs- und Landesgesetzen geregelt, zu. Die Statthalter und die Landeshauptleute entscheiden in Centralfragen im Namen des Ministeriums unmittelbar. Die Landtage regeln, die innern Angelegenheiten durch Landtagsbeschlüsse, welche dem Monarchen unmittelbar zur Sanktion vorgelegt werden. Kein die inneren Angelegenheiten betreffender Akt des Statthalters hat Kraft ohne Kontrasignirung eines verantwortlichen Statthaltereirathes. Das Nähere wird durch die Landesverfassungen der konstituirenden Landtage festgesetzt, welche der Reichstag genehmigen muß, soferne sie der Reichskonstitution nicht widersprechen. Die Wahlen sind für Volkskammer und Landtag direkt. In großen Ländern fällt auf 25,000 Einwohner für den ersten konstituirenden Landtag ein Abgeordneter; auf Städte und größere Orte von 6000 Seelen je 1, auf Städte von 30,000 drei und auf größere Städte auf je 10,000 Einwohner ein Abgeordneter. Für kleine Provinzen sind die Verhältnisse angemessen herabgesetzt; weniger als 60 Abgeordnete darf kein Landtag zählen — Zum aktiven Wahlrecht ist das Alter von 24 Jahren, und ein Minimal-Census von 5 fl. an direkter Steuer vom Grundstück, Mieth- oder Pachtzins festgesetzt für Landtag und Volkskammer. Zum passiven Wahlrecht ist ein Alter von 28 Jahren, ordentlicher Aufenthalt eines Jahres im Lande. für die Länderkammer ein Alter von 33 Jahren und durchaus kein Steuercensus erforderlich. Das Budget wird blos in der Volkskammer votirt, Gesetze dagegen in beiden. Die Kammern treten regelmäßig jährlich am 15. Feb. zusammen. Der Monarch hat ein Suspensiv-Veto insofern, daß nach zweimaliger gleicher Annahme eines Beschlusses in beiden Kammern und dennoch versagter Sanktion die Kammern aufgelöst werden müssen, und nur einem von dem neuen Reichstag gleichmäßig gefaßten Beschlusse die Sanktion nicht mehr versagt werden kann. Die Kammern dürfen während ein und derselben Sitzungsperiode nicht mehr als einmal und nicht länger als auf einen Monat vertagt werden. Im Falle der Auflösung müssen die neuen Wahlen binnen 60 Tagen wieder eingeleitet werden. Die Civilliste wird immer von dem nächsten nach einem Regentenwechsel zusammenberufenen Reichstag auf Lebenszeit des Staatsoberhaupts bestimmt. Die Bestimmungen über die Verantwortlichkeit und Erfordernisse der Minister sind dieselben, wie in allen neuern Konstitutionen. — Ein oberstes, unabsetzbares Reichsgericht, theils ernannt, theils von den Ländern gewählt, entscheidet über Kompetenzstreite, über angeklagte Minister, Statthalter und Statthaltereiräthe, wie über alle Richter, welche nach veröffentlichten Kandidatenlisten zu ernennen, übrigens nur wegen Vergehen durch das Reichsgericht allein abgesetzt werden können. Neuösterreichs konstitutionelle Farben sind: weiß-roth-gold, zugleich die Farben des Hauses Habsburg-Lothringen, also eine Trikolore und dennoch dynastisch, während schwarzgelb nur die alten Reichsfarben repräsentirt.

Preussen. †∗† (Berlin, den 6. März) Unter den Arbeitern sollen heute wieder unruhige Bewegungen bemerkt worden seyn. Die Arbeitseinstellungen der Zimmerleute, Maurer und Kattundrucker scheinen in den übrigen Arbeitsbranchen Nachahmung zu finden.

Der König war gestern in der Stadt und ritt dann, von einem Adjutanten und einem Stallmeister begleitet, nach Charlottenburg zurück. In der Nähe des Brandenburger Thores war gerade eine große Menschenmenge vor dem Hause des sogenannten Wundermädchens versammelt. Möglich, daß der hohe Herr sich selbst überzeugen wollte, ob es wahr sey, daß in der Hauptstadt des Protestantismus und der Intelligenz Wallfahrten zu einem wunderthätigen Kinde stattfinden. Die Prophetin der Louise Braun beschränkt sich übrigens nicht bloß auf körperliche Leiden, sie verkündet eben so auch Veränderungen im Staatsorganismus. So soll sie im verflossenen Sommer von dem nahen Bevorstehen einer zweiten Revolution gesprochen haben, deren Abwendung in der Hand des Königs liege. Bekanntlich ist eine solche Abwendung erfolgt. In neuester Zeit hält die Prophetin übrigens mit politischen Weissagungen, obwohl mehrfach deshalb angegangen, zurück. Sie schreibt diese Zurückhaltung einem Gebot »ihres Engels« zu. Sollte vielleicht Herr v. Hinkeldey mit diesem Seraph in Verbindung stehen? —

Der Rittmeister a. D Gutsbesitzer Kuhr, Mitglied der Nationalversammlung, war bei der Erstürmung des Zeughauses vom 14. Juni v. J. in den Besitz eines der durch die Stürmenden dem Zeughause entnommenen Gewehre gelangt. Er hatte dasselbe dem Justizkommissär Furbach mit dem Bemerken gezeigt, er wolle daran die Konstruktion der Zündnagelgewehre kennen lernen. Herr Furbach brachte die Sache bei dem Gericht zur Anzeige, und man erinnert sich wohl der Verhandlungen, welche über diese Angelegenheit in der National-Versammlung statt fanden. Die Versammlung versagte die

bei ihr nachgesuchte Genehmigung zur gerichtlichen Verfolgung ihres Mitgliedes. Ueberdies verwarf das Gericht die auf Theilnahme am Aufruhr gerichtete Anklage. Der Staatsanwalt formulirte dieselbe von neuem, und zwar wegen gewaltsamen Diebstahls, resp. wegen Theilnahme an den Vortheilen eines solchen. Heute stand Herr Kuhr in Folge dieser Anklage vor den Richtern. Das eiserne Kreuz schmückte die Brust dieses Mannes, der dem Vaterlande nicht blos als Volksvertreter, sondern auch im Felde gedient hatte. Herr Temme, der im Juni v. J. das Amt eines Staatsanwalts beim Kriminalgericht bekleidete, war einer der Entlassungszeugen. Am Schluß der Zeugenvernehmungen machte der Angeklagte darauf aufmerksam, daß er ein wohlhabender Mann sey, daß er als preussischer Offizier wie als Volksvertreter seine Ehre für sein höchstes Kleinod anzusehen gewohnt sey, daß während seiner durch 40 Jahre dem Staate geleisteten Dienste kein Makel seinen bürgerlichen Ruf befleckt habe. „Bedenken Sie — schloß er — daß eine Anklage unter solchen Umständen wegen Diebstahls erhoben, eine niederträchtige ist, — sie ist eine politische. Auch der Vertheidiger Herr Stieber führte in einem längeren Vortrage den Nachweis, daß der politische Charakter des Angeklagten, seine Zugehörigkeit zu der mit der Regierung im Konflikt befindlichen Mehrheit der Nationalversammlung die Motive der Anklage seyen. Der Staatsanwalt Herr Sethe verwahrte sich gegen diese Behauptungen, und die Richter zogen sich zur Abstimmung zurück. Das Ergebniß war Freisprechung des Angeklagten.

Die Frage, ob eine Adresse oder nicht? spielte bisher in den Parteiversammlungen der Linken die Hauptrolle. Bisher war nur die äußerste Linke der Meinung, daß man sich gegen eine Adresse erklären müsse; die gemäßigteren Fraktionen der Opposition sprachen sich jedoch für eine Adresse aus. Gestern Abend erst, als man die Frage endlich in der Parteiversammlung erledigen wollte, gelang es der Minorität, die Majorität für ihre Ansicht umzustimmen. Die Gesammtopposition wird, wenn nicht etwa erhebliche Veränderungen der momentanen Sachlage eintreten, gegen eine Adresse stimmen. So wird denn auch diese Frage das Schicksal aller Hauptfragen theilen, sie wird durch eine Majorität von ein paar Stimmen entschieden werden. Die heute stattgehabte Präsidentenwahl hat das Stimmenverhältniß der Parteien deutlich gezeigt. Grabow wurde mit 171 Stimmen gegen v. Unruh, der 158 Stimmen erhielt, zum Präsidenten erwählt, Herr Grabow siegte mit nur 5 Stimmen über die absolute Majorität gegenüber seinem Mitbewerber; er ist für einen Monat Präsident. Wie unsicher ist es aber, wer das nächste Mal gewählt wird und wie leicht ist es möglich, daß wir schon in wenigen Wochen die Opposition in der Majorität erblicken. Noch fehlen 20 Mitglieder; verliert die Rechte auch nur 5 Stimmen, so ist die Majorität Grabow verloren.

Die heutige Abstimmung hat dem gegenwärtigen Gouvernement die Schwierigkeit seiner Stellung in ihrem ganzen Umfange gezeigt. Wie sich von selbst versteht, knüpft man an die heutige Abstimmung Konjekturen, die jedoch eben nur Konjekturen sind und meist selbst jeder Wahrscheinlichkeit entbehren; nur eine auf ein Ministerium Grabow-Vincke hinweisende hat vielleicht einigen Grund, obschon auch hiefür jedenfalls noch andere Motive eintreten müßten, als die heutige Abstimmung.

Morgen wird in der II. Kammer ein von sämmtlichen Abgeordneten für Berlin (Waldeck, Jacoby, Rodbertus, Philipps, Ziegler, Jung, Berends) gestellter Antrag, auf Aufhebung des über die Hauptstadt verhängten Ausnahmezustandes verlesen werden und demnächst in der Abtheilung zur Berathung kommen. —

Die HH. H. Simon und Reuter befinden sich noch nicht hier; der Letztere besitzt wahrscheinlich noch keine Kunde von seiner Wahl; er soll sich in Mansuren verborgen halten, weil er seiner Verhaftung in der Steuerverweigerungsangelegenheit entgegensah. —

Das hiesige Polizei-Präsidium soll, in Folge einer ihm gewordenen Anzeige, daß mehrere ihm untergebene Beamten der Neuen Preuss. Zeitung Mittheilungen zugehen ließen, denselben dies streng untersagt haben. Vorzüglich soll der Konstabler-Offizier Hr. M.... dies sehr bedauern und Hr Gödsche darüber untröstlich seyn, einen so gewandten „Mit-Enthüller," der in seiner amtlichen Stellung für die Neue Preuss. Wahrheit und Dichtung schrieb, zu verlieren — Hr. v. Hinkeldey soll den betreffenden Beamten bei Wiederholung mit Entlassung gedroht haben. —

Ein neues politisches Gerichtsdrama haben wir zum nächsten Sonnabend zu erwarten. Am 31. Okt. Abends, als die Nationalversammlung, während sie die Wiener Frage berieth, von der Volksmenge eingeschlossen gehalten wurde, wollte man einen Herren bemerkt haben, der zu Gewaltthätigkeiten aufreizte. Einige Demokraten argwöhnten, daß der Putsch, den der Unbekannte hervorrufen wollte, von der Reaktion ausgebeutet werden sollte, und bewirkten die Verhaftung des Agitators. Es stellte sich heraus, daß dieser, ein Hr. Erdmann, Lehrer in einem aristokratischen Hause sey. Die Untersuchung ist beendet und findet Sonnabend das öffentliche Schlußverfahren statt.

[Sitzung der 2. Kammer am 6 März] Man schreitet nach Verlesung des Protokolls zur Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten. Bei der Präsidentenwahl sind anwesend 330; Grabow erhält 171, Auerswald 1, v. Unruh 158 Stimmen. Grabow wird zum Präsidenten proklamirt. Zum 1. Vize-Präsidenten wird (330 stimmen) v. Auerswald mit 170 Stimmen erwählt, Waldeck erhielt 154, v. Unruh 2 Stimmen, Philipps 1, Hosch 1 und Lensing 2. — Zum 2. Vizepräsidenten (328 stimmen) wird Lensing mit 168 Stimmen erwählt, Philipps erhält 156, Schaffraneck 2, v. Unruh 1, ungültig ist 1. — Es sind demnach ernannt zum Präsidenten (auf 1 Monat) Hr. Grabow, zum 1. Vizepräsidenten Hr. v. Auerswald, zum 2. Vizepräsidenten Hr. Lensing. — Man schreitet zur Wahl der Bureaumitglieder, über deren Resultat wir morgen berichten.

Der Adreß-Entwurf der I. Kammer ist nur eine ohngefähre Umschreibung der Thronrede.

Sachsen. (Dresden, 5. März) In der heutigen Sitzung der II Kammer enthielt die Registrande außer einer Mißbilligungsadresse von 12 alten Sachsen über die Todtenfeier Blum's und die jetzige Kammer, mehrere Vertrauensadressen für dieselbe und eine Mittheilung der würtembergischen Kammer der Abgeordneten, in welcher die letztere den Kammern Sachsens, Hannovers und Bayerns in Betreff deren Wirkens in der Grundrechtsfrage ihre Sympathie und ihren Beifall ausspricht. Das Präsidium wird ermächtigt eine Rückäußerung hierauf zu geben. Sodann antwortet Staatsminister von Buttlar auf die Tzschirner'sche Interpellation bezüglich der Zurückziehung der sächsischen Truppen aus Altenburg: Noch im Laufe dieses Monats würden zwei Bataillone zurückkehren; wann die übrigen, dies hänge von der Centralgewalt ab. Auf die Bernhardt'sche Interpellation antwortet derselbe Minister: Nach Rapport habe sich ergeben, daß der Lieutenant v. ...hardt den Rekruten zu Mittweida nur den Besuch des republikanischen Vereins verboten habe, nicht den des Vaterlandsvereins. Hinsichtlich der Gruner'schen Interpellation (das Verhalten des Wachtmeisters Müller in Borna und Rochlitz betreffend) äußert er, noch keine Antwort geben zu können, weil über jene Verhältnisse die Untersuchung noch obschwebe. Vizepr. Tzschirner ist durch die Antwort des Ministers nicht befriedigt. Aus derselben sey nicht zu ersehen, ob die in Altenburg befindlichen Truppen gemeint seyen. In Betreff der Centralgewalt möge die Regierung doch ja in dieser Hinsicht energisch auftreten und, wie schon in der Kammer darauf hingewiesen worden sey, sich nicht einer sklavischen Unterwerfung gegen dieselbe hingeben. Abg. Bernhardt ist ebenfalls mit der Antwort des Ministers auf seine Interpellation nicht zufriedengestellt und behält sich einen weitern Antrag vor. Das Gesetz mache keinen Unterschied zwischen republikanischen und aristokratischen Vereinen. Staatsminister v. Buttlar entgegnet dem Letztern: Bei der Armee bestehe allerdings ein Befehl, daß kein Soldat einen republikanischen Verein besuchen dürfe.

Hierauf erhält Vicepräs. Tzschirner das Wort zu Ankündigung einer Interpellation: Er habe noch einer Nachlassenschaft vom vorigen Ministerium zu gedenken, und es sey zu verwundern, daß Braun und Oberländer sich dabei betheiligt hätten. Es sey das die Erklärung des sächsischen Bevollmächtigten, welche derselbe bei der Centralgewalt über das Verfassungswerk abgegeben. Namentlich betreffe diese die §§. 2 und 8. Die sächsische Regierung habe sich nämlich dahin ausgelassen, daß sie für das Staatenhaus einen Census von 50 Thlr. (links Gelächter) für zweckmäßig und die Beibehaltung des absoluten Veto für nöthig erachte. Keine andere Regierung habe eine solche Erklärung abgegeben, es lägen ihm eben die Protokolle vor, in welchen sich die Auslassungen der sämmtlichen Bevollmächtigten befänden. Man habe also auf die Ansichten der Kammern gar keine Rücksicht genommen. Sage man auch, es handle sich vorläufig nur um eine Verständigung, so würde die Kammer doch später nach der zweiten Lesung zu dem fait accompli „Ja" sagen müssen. Er erwarte, daß die jetzige Regierung solche Grundsätze, die ein Verrath an der Freiheit seyen, nicht billigen werde, und frage daher an: „ob die Staatsregierung bereits Verfügung an ihren Bevollmächtigten erlassen habe, daß diese Grundsätze zurückgenommen werden?" Die Kammer geht nun zur Tagesordnung über. Abg. Helbig begründet seinen Antrag auf Gewährung des suspensiven Veto. Nach dem, was man eben vernommen, dürfe man sich wohl keiner großen Hoffnung hingeben. Vielleicht habe aber das neue Ministerium andere Grundsätze als das vorige. Werde auch durch den neuerdings an die Kammer gelangten Gesetzentwurf (die Abänderung des §. 85 der Verfassungsurkunde betreffend) den Kammern die Initiative gewährt, so sey doch bei Beibehaltung des absoluten Veto nicht viel damit gewonnen. Ueberhaupt stehe jenes Veto dem demokratischen Prinzip entgegen und vertrage sich nicht mit der jetzigen Zeit. Zu dieser Ueberzeugung sey auch das Ministerium in Altenburg gekommen, es habe erkannt, daß in der Gesetzgebung der Wille und das Bedürfniß des Volks Motive seyn müßten. (Der Redner liest das altenburger Gesetz vor, wodurch dort das suspensive Veto eingeführt wird.) Sachsen werde wohl aber Altenburg nicht nachstehen wollen! Das absolute Veto sey dem demokratischen Prinzip gegenüber rein unmöglich, beide ständen sich gegenüber wie Feuer und Wasser. Sein Antrag sey also durch die Verhältnisse begründet. Es wird dieser Antrag dem vierten Ausschuß überwiesen.

(Leipzig, den 6 März.) Die Leipziger Zeitung enthält folgende Verordnung: Mit Publikation der Grundrechte des deutschen Volks kommt zwar die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden sofort in Wegfall und die Berechtigung zur Jagd auf eigenem Grund und Boden wird als Ausfluß des Grundeigenthums anerkannt; es soll aber durch die Landesgesetzgebungen die Ausübung dieser Berechtigung aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und des gemeinen Wohles geordnet werden. Zu diesem Behufe wird den jetzt versammelten Kammern unverweilt ein Jagdgesetz vorgelegt werden. Bis zu dessen Erscheinen bleiben jedoch die bestehenden polizeilichen Bestimmungen, namentlich auch der Befehl vom 5. Juli 1712 über die gesetzliche Schonungs- und Hegezeit, nach welchem mit dem Sonntage Invocavit, in diesem Jahre dem 25. Februar, alles Jagen, Schießen und Hetzen ein Ende zu nehmen hat, in Kraft. Zu Verhütung von Unordnungen werden alle Behörden, welche es angeht, hierauf aufmerksam gemacht und überdem zu besonderer Achtsamkeit rücksichtlich unbefugten und vorsichtigen Gebrauchs von Schießgewehren angewiesen.

(Weimar, 4. März. Abends 10 Uhr.) So eben komme ich aus den Assisen zurück und melde Ihnen nur mit kurzen Worten, daß die wegen Verleitung des Militärs zum Ungehorsam angeklagten Volksführer Dr. Lafaurie, Kand. Rothe und Student Amelung völlig freigesprochen worden sind. Die Verhandlungen haben vier volle Tage gedauert; die Berathung der Geschworenen vier Stunden. Es waren ihnen von dem Präsidenten des Gerichtshofes nicht weniger als 33 Fragen zur Beantwortung vorgelegt worden. Der Jubel des Volkes kennt keine Grenzen. Die Inkulpaten blieben jedoch verhaftet, weil noch andere politische Anklagen gegen sie vorliegen, welche in den ersten Tagen der nächsten Woche verhandelt werden. (Fkft. J.)

Schleswig-Holstein. (Kiel, 4 März.) Die Rüstungen werden mit großem Eifer betrieben. Die Küsten werden mit schwerem Geschütz versehen. Es werden vier Musketierbataillons, ein leichtes Bataillon und drei Eskadrons Cavallerie neu gebildet. Die Uebungen der freiwilligen Schützen haben guten Fortgang. Ein Theil unserer kleine Marine wird, laut Nachrichten aus Frankfurt, nächstens von der Centralgewalt übernommen werden; man zweifelt nicht, daß dieses demnächst vollständig geschehen werde. (H. C.)

Frankreich.

† (Paris, den 5. März.) Aus Malta vom 25. Febr. gingen Depeschen nach London von hoher Wichtigkeit hier durch. Es heißt, die Pforte habe das russische Gesuch, eine Flotte durch die Dardanellen zu lassen, abgeschlagen. Titoff, darüber wüthend, habe erklärt: die russische Flotte werde den Durchgang erzwingen und so sey plötzliches Leben in jene Gegend gefahren. Das diplomatische Korps entwickele eine große Thätigkeit und stimme dem Divan bei.

Aus Turin empfing der Constitutionnel auf ausserordentlichem Wege den Schluß der Kammersitzung vom 27. Febr. Das Mißtrauens-Amendement Bargagni's: „Wenn das Ministerium nicht sofort den Feldzug gegen Oesterreich eröffne, vier Gesandte nach Rom in die Constituante zu schicken, um sich mit ihr wegen des Krieges zu verständigen", wurde auf die wiederholten Erklärungen der Minister, in ihre patriotischen Gesinnungen keinen Zweifel zu setzen, fast einstimmig

verworfen. Somit rückte die Adreßdiskussion um einen bedeutenden Schritt vorwärts. Am 28. Februar kam sie indessen noch nicht zu Ende.

Die letzte indische Post, die vor 4 Tagen hier durchging, sprach von einem kolossalen Siege der Engländer gegen die Afghanen. Die Marseiller Blätter (und selbst die Londoner) bringen aber Details, welche zu beweisen scheinen, daß die Engländer ausrufen können, wie jener König von Pyrrhus: »Noch einen Sieg wie dieser und wir sind vernichtet!«

Italien.

(Neapel, 24. Februar.) Gestern langte der Großherzog Leopold von Toskana mit seiner Familie in Gaeta an, und fuhr heut in Begleitung des Königs nach Neapel; ihm wird das Schloß Quisisana bei Castellamare zur Verfügung gestellt. Die k. Residenz zu Neapel ist bald vermauert, und gleicht mehr einer Kaserne oder einem Gefängniß, als einem fürstlichen Wohnsitze. Es heißt, daß die zwei Schweizerregimenter, welche Messina besetzt hielten, in diesen Tagen nach Gaeta übergeführt werden, um an der beabsichtigten Intervention gegen Rom und Toskana theilzunehmen. Zwischen der Pairs- und Deputirtenkammer erhob sich ein Streit wegen der Besteuerungsfrage, er wurde dadurch beigelegt, daß das Budget bis zum 15. April prolongirt wurde. Spinelli bewirkte hauptsächlich dies momentane Nachgeben der Deputirten. Sowie die Verhältnisse sich gestalten, steht eine abermalige Auflösung der Kammer bevor, ja das ganze Wahlgesetz vom April 1848 soll aufgehoben werden. Die Umgegend Neapels wird durch Räuberbanden heimgesucht: in Pianura wurden letzthin mehrere Häuser vollständig geplündert. (A. A. Z.)

(Florenz, 2. März.) Die estensischen Truppen stehen nach den neuesten Nachrichten noch bei Castel nuovo dei Monti; der wichtigste Paß von Cerreto ist von den Toskanern besetzt. (A. A. Z.)

Schweden und Norwegen.

(Stockholm, 18. Febr.) Mehrere schwedische Offiziere, wiewohl bei weitem nicht so viele wie im vorigen Frühling, bereiten sich schon nach Dänemark abzugehen, um an den Kriegsereignissen, welche im nächsten Monat nach der Aufkündigung des Waffenstillstandes stattfinden möchten, theilzunehmen. Die meisten haben die Versicherung bei denselben Corps oder Regimentern angestellt zu werden, welchen sie während des Feldzuges im vorigen Jahr angehörten. Die Dänen werden übrigens alle freiwilligen Offiziere, welche sich anbieten mögen, nöthig haben; da, wie hier behauptet wird, der König von Dänemark erklärt haben soll, am 27. März 50,000 Mann dänische Truppen in den Herzogthümern einrücken lassen zu wollen. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mauer.

Anzeigen.

Trauer - Anzeige.

Den 8. März vollendete unser innigstgeliebter Gatte, Vater, Schwager und Freund

Herr Andreas Dèprez,

Gürtler und Graveur,

in dem Alter von 70 Jahren und 9 Monaten, seine an körperlichen Leiden und Schmerzen schwer geprüfte Laufbahn.

Sanft und still wie sein Leben war sein Tod. Wer den Biedersinn des Redlichen kannte, wird unsern Schmerz zu würdigen wissen.

Um stille Theilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die prunklose Beerdigung findet Sonntag um 11 Uhr statt. Die Leichenbegleitung versammelt sich am Trauerhause L. Nr. 942.

Vom Direktorium des Gewerbevereins in Nürnberg

werden sämmtliche verehrliche Mitglieder des Gewerbevereins und alle diejenigen Personen, welche demselben nach beizutreten Willens sind, zu einer

General-Versammlung

auf nächsten Montag, den 12. März Abends ½7 Uhr im Saale des goldnen Adlers eingeladen, in welcher der Jahresbericht vorgetragen, Rechnung über Einnahme und Ausgabe abgelegt werden wird und die zur Wahl eines neuen Direktoriums lt. §. 8 der Statuten erforderlichen 12 Wahlmänner zu ernennen sind.

Den Mitgliedern werden noch vor der General-Versammlung die Mitgliederverzeichnisse nebst Wahlzettel zugesandt, um solche ausgefüllt bei der Generalversammlung abgeben zu können.

Indem man einer recht zahlreichen Theilnahme entgegensieht, wird noch bemerkt, daß für jene Personen, welche dem Vereine beizutreten wünschen, beim Eintritt in den Saal eine Liste zur Einzeichnung bereit liegt.

Dr. Binder
I. Direktor.

Reßmann
Sekretär.

Versteigerungs - Anzeige.

Freitag den 16. und Samstag den 17. März, Vormittags 9 Uhr, werden in dem vor dem Frauenthor, neben dem Gasthause zum goldenen Fuchs gelegenen Gartenhause folgende zur Nachlassenschaft des Hrn. Joh. Daniel Dörr gehörige Mobiliar-Gegenstände, als:

silberne Eß-, Thee- und Vorleg-Löffel, silberne Gabeln, 2 silberne Servietten-Ringe, 1 silberne Zuckerschaale und Zange, 1 Etuis mit silbernem Besteck, 5 Meerschaumpfeifen mit silbernen Beschlägen, ferner in Mahagony und Nußbaumholz: Flügel, Sopha, Stühle, Tamboureis, Sessel, Tische, Spiegel, Bettladen, Schreibtische, Gartenstühle und Bänke, Bettvorlagen, Vorhänge, Betten, Leinengeräthe, plattirte Gegenstände, Glaswerk, Porzellain, Zinn, Kupfer, Messing, Küchengeschirr, diverse Weine, ferner: 3 Kühe, verschiedene Wägen, Acker- und Gärtengeräthschaften, diverse Gewächse, 48 Orangenbäume in Kübeln

an den Meistbietenden gegen baare Bezahlung versteigert, und Kaufsliebhaber hiezu eingeladen.

Vorbemerkte Gegenstände können Donnerstag den 15. März Vormittags von 10 bis 12 Uhr, und Nachmittags von 2 bis 5 Uhr im genannten Hause angesehen werden.

Viertes Abonnements-Concert

von Grobe und Erdmannsdörffer am Sonnabend den 10. März.

1) Sinfonie von Spohr.
2) Arie von Mozart, vorgetragen von Frl. Pruckner.
3) Ouverture von Marschner.
4) Arie von Mozart, vorgetr. von Frl. Reuß.
5) Doppelconcert für 2 Violinen von Kalliwoda.
6) Duett von Mozart vorgetr. von Frl. Reuß und Frl. Pruckner.
7) Potpourry von Weber (auf Verlangen.)

Anfang 8 Uhr.

(Stehengeblieben.) In der Kugel-Apotheke blieb ein Regenschirm stehen, und kann daselbst wieder in Empfang genommen werden.

Auf Freitag den 9. März Abends 7 Uhr

werden alle diejenigen unserer Mitbürger, welche in der Nähe der Pegnitz wohnen und von der Gefahr bei vorkommendem Hochwasser bedroht sind, zu einer freundschaftlichen Berathung im Saale des Bamberger Hofes hiemit eingeladen.

Mehrere Bürger.

Freitag den 9. März

Soirée Musicale

der Gebrüder Möhrenschlager

unter gefälliger Mitwirkung der Fr. Reuß, der Herren Herger und Sabava, wobei außer den annoncirten Piecen noch eine Komposition des Herrn Peter Jakob, gesungen von Herrn Sabava, vorkommt.

Freie christliche Gemeinde.

Sonntag den 11. März früh 10 Uhr Gottesdienst im Katharinen-Saal, geleitet durch Prediger Bäthig.

Nachmittags 2 Uhr Gemeinde-Versammlung ebendaselbst, wobei jedoch nur mit Karten versehene Mitglieder Zutritt haben.

Der Vorstand.

Große Arbeiter-Versammlung

findet Sonntag den 11. Februar im Bamberger Hof Mittag 1 Uhr statt, wozu alle Arbeiter Nürnbergs zu einer wichtigen Besprechung einer Adresse nach Frankfurt recht zahlreich eingeladen werden.

Der Ausschuß.

(Eingesandt.)

Da bei gegenwärtiger gefährlicher Zeit sogar Kanonen auf den Frauen- und Spittlerthor-Thurm zur Deckung der Eisenbahnen gebracht wurden, so wäre es doch sehr zweckmäßig, wenn die den Bahnhöfen zunächst liegenden Gebäude, als der Herdleinsgarten, das große Bahnhofgebäude, der Gebhardsgarten u. s. w. weggerissen würden, damit doch die Mündungen der Eisenbahnen um so sicherer bestrichen werden können; auch wäre sehr zu wünschen, daß auch auf den Neuenthor-Thurm sobald wie möglich Kanonen gebracht würden, zur Beschützung der nach Johannis wandernden Leichenkondukte, so wie auf den Laufertthurm zum Schutze des Judenbühls und der in letzter Zeit so sehr beschädigten Waldspitzen.

Hans Zitterer von Zappeldorf.

(Empfehlung.) Unterzeichneter empfiehlt sein gut sortirtes Lager, bestehend in allen Sorten ganz feinen und gewöhnlichen Glaswaaren, Cylinderuhrgläsern, farbigem Tafelglas, großen Glastafeln zu Bildern und Auslegen, wie auch alle vorkommenden Glaserarbeiten zu den billigsten Preisen.

J. L. H. Lang,
Glaser und Glashändler S. 82 und 83 Schustergasse in Nürnberg.

Einladung.

Da bei dem am 7. d. zur Verpachtung der zum Wöhrder Schießhaus gehörenden Grundstücke anberaumtem Termin ein annehmbares Gebot nicht erzielt wurde, so wird anderweitiger Termin auf Montag den 12. Nachmittag 4 Uhr im Schießhaus zu Wöhrd festgesetzt, und Pachtliebhaber hiezu eingeladen.

Eintracht.

Nächsten Montag den 12. März ist Produktion im Lokale des Bamberger Hofes. Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand.

Rohlederers-Garten.

Sonntag den 11. März findet musikalische Unterhaltung von dem bekannten Streichquartett statt, wozu ergebenst einladet

Anfang 8 Uhr.

Fackel.

(Zu vermiethen) In Nro. 110 vor dem neuen Thor sind zwei Gartensäle zu vermiethen.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Sonntag den 11. März

Gesangs-Unterhaltung von Herrn Fischer,

wobei nebst mehreren neuen Piecen 2 Quodlibet, der 6. März 1848 und der 8. März 1849 vorgetragen werden. Den Schluß des ersten bildet ein neues Lied in der Melodie der Nationalhymne, welches an die Anwesenden zum mitsingen vertheilt wird.

Zu zahlreichem Besuche ladet ergebenst ein

J. Neubauer.

Einladung.

Heute Samstag ist Produktion vom Blech-Sextett, wobei ausgezeichneter Bock geschenkt wird. Um zahlreichen Zuspruch bittet Anfang 7 Uhr.

Georg Leonh. Link.

Gasthaus St. Peter.

Sonntag den 11. März findet gutbesetzte Harmonie-Musik statt. Entree à Person 3 kr. Wozu ergebenst einladet

Kalfer.

Prater in Erlangen.

Sonntag den 11. März musikalische Unterhaltung von dem Quintett vormals Schnepf. Anfang 3 Uhr.

Eberle.

Goldner Stern am Heumarkt.

Sonnabend Produktion vom Kleeblatt, wozu ergebenst einladet

Birkmann.

Industrie- und Kultur-Verein.

Sonntag den 11. März

musikalisch - deklamatorische Unterhaltung.

Anfang fünf Uhr.

Huller'sche Wirthschaft beim Waizen-Brauhaus.

Montag Abends producirt sich das Kleeblatt. Um recht zahlreichen Zuspruch bittet

Huller.

Anzeige.

Meine schon früher angezeigten Gedichte verlassen in den nächsten Tagen die Presse und werden an die verehrlichen Subscribenten versandt.

Die Subscriptionsliste liegt in der Expedition dieses Blattes auf, was ich den Freunden meiner poetischen Arbeiten, welche sich noch einzuzeichnen wünschen, zur gefälligen Notiz bringe.

J. Pelem.

(Gesuch.) Für eine der bedeutsamsten neuesten Erfindungen, die in jedem Betracht, unter gleich glücklichen lucrativen Verhältnissen sich derjenigen, eines Schweinfurter Grün's, Ultramarin's ꝛc., würdig anzureihen vermag, wird ein Entrepreneur, resp. Käufer gesucht. Das Nähere auf portofreie Briefe R. P. T. durch die Exped. d. Bl.

(Zu verkaufen) Ein neues, sehr gutes und auch ein noch gut erhaltenes gebrauchtes Pianoforte, beide von Nußbaumholz mit 6 Oktaven sind zu verkaufen. Nro. 313 b. nächst der Karolinenstraße.

(Zu verkaufen) 6 Stück ganz neue Fenstergitter, in Oel gemalt, sind billig zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Zu vermiethen) Im Haus L. Nro. 852 in der Königsstraße ist eine Wohnung II. Etage, bestehend aus 3 heizbaren Zimmern, 1 Kammer nebst Alkov bis Ziel Walburgi an eine stille Familie zu vermiethen.

Theater in Fürth.

Samstag den 10. März 1849. »Er muß aufs Land.« Lustspiel in 3 Akten von Friedrich.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 11. März 1849 **№ 70.** **Sonntag: Rosina.**

Deutschland.

Bayern. (München, 8. März.) [X. öffentl. Sitzung der Kammer der Reichsräthe.] Unter den anwesenden Mitgliedern befinden sich auch JJ. KK. HH. die Prinzen Luitpold und Karl von Bayern und Se. k. H. Herzog Max in Bayern. Der Hr. I. Präsident Frhr. v. Stauffenberg eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. Nach Verlesung des Protokolls und Bekanntgebung des Einlaufs erstattet Hr. Graf v. Armansperg als Referent des vereinigten I. und III. Ausschusses im Namen derselben Bericht über die Kammer gelangten Eingaben, die Grundrechte betreffend. Der Schlußantrag: diese Eingaben sämmtlich dem Ministerium des Innern zu überweisen, wird von der Kammer zum Beschluß erhoben, nachdem der Hr. Berichterstatter auf eine Anfrage des Hrn. Fürsten v. Wallerstein erläuternd bemerkt hatte, daß diese Ueberweisung eine blos formelle sey, ohne auf den materiellen Theil der Frage selbst einzugehen. Der Hr. I. Präsident kündigt nun der Kammer an, daß die Minister des Königs ihr eine Mittheilung zu machen haben. Die HH. Minister v. Lesuire, Dr. Aschenbrenner, v. Kleinschrod und Staatsrath v. Beisler werden von den Huissiers in den Saal eingeführt. Die ganze Kammer erhebt sich von ihren Sitzen. Hr. v. Beisler besteigt den Rednerstuhl und macht der Kammer die königl. Mittheilung, die Vertagung betreffend, der Hr. Präsident erklärte sofort die Sitzung für geschlossen. (N. M. Z.)

(München, den 8. März.) Regierungsdirektor Forster in Augsburg hat das ihm angebotene Porteseuille des Staatsministeriums des Innern übernommen. Herr v. Beisler wird deßhalb alsbald wieder seinen Sitz in Frankfurt einnehmen. Auch Heintz und Bray haben definitiv ihre Entlassung als Staatsminister erhalten, wer aber ihre Nachfolger seyn werden, habe ich zur Zeit noch nicht sicher erfahren können. (A. A. Z.)

(München, den 7. März.) Wie wir vernehmen, hat der zweite Ausschuß der Abgeordnetenkammer wegen des griechischen Anlehens auf Einleitung einer Untersuchung gegen den damaligen Finanzminister Grafen Seinsheim angetragen. (A. A. Z.)

†* (München, den 8 März.) Ich theile Ihnen hier folgendes höchst wichtige Aktenstück mit, das seiner ausgezeichneten Durchführung wegen überall mit Jubel aufgenommen wird. Es ist ein prächtiger Beitrag zur Geschichte des Constitutionalismus. Vortrag des Abgeordneten Kolb aus Speier, Namens des 2. Ausschusses, in Betreff der griechischen Anlehensfrage. I. Verhandlungen über das s. g. „Griechische Anlehen" auf dem Landtage von 1840. Schon in der ersten Hälfte der 1830er Jahre verbreitete sich die Sage, daß bayerische Staatsgelder an den griechischen Staat geliehen worden seyen. Die Kammern erhoben jedoch keine Reklamation in dieser Beziehung. Als indessen in der Folge die griechische Regierung genöthiget wurde, ihr Budget und ihre Rechnungsnachweisungen zu veröffentlichen, konnte es nicht ferner ein Geheimniß bleiben, daß Griechenland ein Darlehen vom bayerischen Staate erhalten hatte; es erschien dessen Betrag in den griechischen Staats-Akten, deren Veröffentlichung in deutschen und namentlich bayerischen Blättern nicht verhindert zu werden vermochte. Unter diesen Verhältnissen konnte denn auch der Finanz-Ausschuß der Abgeordnetenkammer vom Jahre 1840 nicht umhin, den Gegenstand zu berühren. Unterm 3. Febr. 1840 erließ derselbe ein (ziemlich schüchtern abgefaßtes) Schreiben an das Kammerpräsidium, worin unter Bezugnahme auf „mehrere, unter Censur stehende bayerische Blätter" gesagt wird, der 2. Ausschuß erachtete sich verpflichtet, von der erwähnten, „allgemein bekannten Thatsache" Notiz zu nehmen, und deßfalls um Aufklärung bei dem Finanzministerium zu bitten. Auf ein unterm nämlichen Tage noch (3. Februar) von Seite des Kammerpräsidiums an das Ministerium der Finanzen gerichtetes Schreiben erfolgte erst unterm 10. Februar eine Erwiederung, des Inhalts: „Der Minister (von Wirschinger) beeile sich, zu eröffnen, daß er noch im Laufe gegenwärtiger Woche oder spätestens Anfangs der nächstkommenden Woche persönlich die Ehre haben werde, dem gedachten Ausschusse die gewünschten Aufschlüsse über die eigentlichen und wahren Sachverhältnisse mit jener Bereitwilligkeit zu ertheilen, welche die Regierung zur Beseitigung von Mißverständnissen bei jeder Gelegenheit zu bethätigen gewohnt sey." Dessenungeachtet wurde die verheissene Mittheilung noch immer nicht ertheilt, so, daß sich der 2. Ausschuß veranlaßt sah, am 22. Februar nochmals daran zu erinnern. Am 2. März erfolgte endlich die Mittheilung in einer Ausschuß-Sitzung, welcher von Seite der Regierung der k. Minister des Innern, Herr von Abel und der Ministerialrath Herr von Weigand, beiwohnten. Minister von Abel erklärte, als Stellvertreter des erkrankten Finanzministers sey er bereit, alle „geeigneten" Aufschlüsse zu ertheilen, mit dem ausdrucklichen Bemerken jedoch, „daß eine Verbindlichkeit von Seite der Regierung „zur Ertheilung dieser Aufschlüsse nicht anerkannt werde" angeblich, „da das griechische Anlehen nicht aus der Staatskasse gemacht worden sey;" — dann „daß bei der ganz eigenthümlichen Beschaffenheit der dabei zur Sprache zu kommen habenden diplomatischen Verhältnisse die von ihm zu machenden Mittheilungen nur blos confidentiell dem Ausschusse allein gemacht, dieselben aber nie zu einer Wiederholung und Debattirung in öffentlicher oder geheimer Plenarsitzung geeignet erscheinen könnten." Der 2. Ausschuß hielt es für nöthig, das Kammer-Direktorium in seiner Sitzung beizuziehen, bestehend aus dem Präsidenten Herrn Grafen von Seinsheim und den beiden Sekretären, Herrn Regierungs-Rath von Windwart und Freiherrn von Thon-Dittmer. (Der zweite Präsident war durch Krankheit zu erscheinen abgehalten.) Ausschuß-Mitglieder waren anwesend die Herren: von Seckendorf, von Rotenhan, Walch, Brunk, Friederich und Graf Butler.

Die Erklärungen des Ministers Hr. v. Abel gingen dahin: Bereits bei Einsetzung der Regentschaft in Griechenland, sey diesem Königreiche vermöge eines vom 3 Dezember 1832 abgeschlossenen Staatsvertrages ein aus den französ. Defensionsgeldern geschöpftes Darleben von 1,800,000 fl. rhein. gemacht worden; dasselbe sey zu 4% verzinslich gewesen, aus den Geldern des von den drei Großmächten garantirten Anlehens rückzahlbar gewesen und im Jahre 1833 auch wirklich zurückbezahlt worden. Unter den schwierigen Verhältnissen, in welche der griechische Staat später gekommen, namentlich durch die Verweigerung einer Ausgabe der III Serie jenes Anlehens von Seite der Großmächte habe es die bayerische Regierung für Pflicht gehalten, mit einem Darleben auszuhelfen, und zwar zuerst unterm 11. Juli 1835 mit einer Million Franks, unterm 22. März 1836 mit dergleichen Summe und unterm 6. Januar 1837 mit einer Million Gulden. Diese Gesammtschuld von 1,933,333 fl. 20 kr. sey mit 4% verzinslich und in 4 Raten 1840—1843 rückzahlbar: „das Gesammtanlehen sey durch die festesten Garantien unter Hypotheken-Verschreibungen gesichert, die soweit gingen, daß sogar die Apanage, die Se. Maj. der König von Griechenland als bayerischer Prinz beziehe, als mithaftbar unterstellt sey. Alle diese Darlehen seyen übrigens nicht aus bayerischen Staatsgeldern, sondern aus den Aktivresten der französischen Defensions-Gelder genommen worden. Zur Nachweisung über den Stand dieser Defensions-Gelder wurde eine Art Uebersicht vorgelegt, wobei jedoch der Staatsminister Herr v. Abel wiederholt jede Verbindlichkeit zur einer Vorlage der fraglichen Nachweise des Standes der Defensions-Gelder von sich wies, vielmehr dieselben nur im Ausschusse und confidentiell geben zu wollen erklärte." Derselbe bezog sich dabei auf die Landtagsverhandlungen von 1831 und 1837, indem er anführte: „daß diese Gelder keineswegs Staatsfonds, sondern durch Verträge mit auswärtigen Staaten zu besonders festgesetzten Zwecken bestimmte Spezial-Fonds seyen, worüber den Ständen um so weniger Rechenschaft zu geben sey, da an dieselben ganz und gar keine Verbindlichkeiten, noch auch Haftungsverpflichtungen für die in den Bereich der ständischen Wirksamkeit fallenden kgl Staatskassen in Anspruch genommen worden seyen." Zugleich entwickelte der gedachte Minister vergeblich wichtige politische Gründe, welche jede Veröffentlichung der bezüglich des griechischen Anlehens bestehenden Verhältnisse durchaus unstatthaft machten." Der Ausschuß verfaßte über obige Erklärung ein auch von dem Minister mit unterzeichnetes Protokell und beschloß, daß das ganze Verhältniß im Hauptvortrage über die Gesammtausgaben in der Art erwähnt werden soll, wie solches ohne Kompromittirung der [illegible] politischen und diplomatischen Verhältnisse, als bloß allgemeine Bemerkung geschehen könne." Dem Protokolle liegt eine „Uebersicht des Standes der französischen Defensionskassa für die Monate Oktober bis Dezember 1839" bei. Dieselbe ist durch Nichts belegt. Sie enthält im Wesentlichen folgende Ziffern: Einnahme: Kapital 6,742,335 fl. 19¾ kr., Zinsen 3,335,932 fl. 4 kr. 10,078,267 fl. 23¾ kr.; Ausgabe: Auf das Kapital 5,207,999 fl. 40 kr., auf die Zinsen 2,784,510 fl. 11¾ kr. 7,992,509 fl. 51¾ kr. (Die Ausgaben auf das Kapital sind auf Befestigung der Rheinschanze und von Germersheim verwendet worden; die Ausgaben auf Zinsen zumeist für die Bundesfestung Landau; doch kommen auch Verluste durch Papierverkehr, durch ungünstigen Cours, mit 55,773 fl. vor, wogegen allerdings auch ein Gewinn an Papier von 58,950 fl. erscheint). Nach der obigen Abrechnung blieben sonach an Kapital und Zinsen noch 2,850,757 fl. 32 kr. übrig. In Folge des gefaßten Ausschußbeschlusses verfaßte Frhr. von Rotenhan eine „Erklärung des 2. Ausschusses, an die Kammer der Abgeordneten, das an die Krone Griechenlands gemachte bayerische Anlehen betreffend." Der wesentliche Inhalt dieser Erklärung ist: „Aus den vom Minister gegebenen umständlichen und ausführlichen Mittheilungen hätten sämmtliche Direktorial- und Ausschußmitglieder die doppelte Ueberzeugung geschöpft: 1) daß das Darlehen nicht aus den in dem Bereich der ständischen Wirksamkeit fallenden königl. Staatskassen gemacht worden sey, 2) daß die besonders zarten politischen Rücksichten, welche sich an jenes Darlehen knüpften, eine Veröffentlichung jedem weiteren Detail nicht zuließen." Zur Bekräftigung des ersterwähnten Punktes wurde angeführt, daß sich der gesammte Betrag der Erübrigungen nach den vom obersten Rechnungshofe urkundlich konstatirten Nachweisungen mit 20,486,648 fl. 59 kr. 1 Pf. effektiv in den Kassen befunden wodurch bewiesen sey, daß das Darlehen aus andern, als Staatsgeldern, entnommen seyn müsse. Hinsichtlich des zweiten Punktes, daß eine Veröffentlichung der Einzelnheiten nicht zulässig erscheine, „so rechne der Finanz-Ausschuß sowohl, als das Direktorium, auf jenes Vertrauen der hohen Kammer, welches sie jeder weiteren Erklärung überhebe." Das Aktenstück ist vom 7. April 1840 datirt. In der geheimen Sitzung der Abgeordneten-Kammer vom 9. April 1840 wurde die gedachte Erklärung verlesen. Der Abgeordnete Herr Bestelmeier äußerte: Während des Landtages vom Jahre 1822 habe ein Vorgang ähnlicher Art stattgefunden; *) die Kammer habe damals „von allen weiteren Erörterungen und Fragestellungen Umgang genommen." Er beantrage, daß jetzt dasselbe geschehen möge Der 1. Hr. Präsident und die beiden Sekretäre bestätigten die An-

*) Ueber den hier berührten Vorgang findet sich durchaus nichts in den betreffenden Landtagsakten Aus Privatmittheilungen läßt sich folgendes entnehmen: Im Jahre 1822 erstattete der Abg Herr Bestelmeier in einer geheimen Sitzung Vortrag über eine Forderung von 945,018 Livres, welche der damalige König, Max Joseph, als Prinz verschußweise (Darlehensweise) von dem französischen Könige Ludwig XVI. erhalten hatte. Der Betrag dieser Forderung wurde von Ludwig dem XVIII. geltend gemacht und ihm derselbe vergütet. — Aus dem 8. Beil. Bd. der Kam. Protokolle des Jahres 1822 S. 157 ist zu entnehmen, daß die Stände des Jahres 1822 diese Privatschuld des vormaligen Prinzen Max unter die bayer. Staatsschulden aufnahmen; und zwar unter der Kategorie der „neuen Einweisungen aus ältern Rechtstiteln."

gabe des 2. Ausschusses, worauf Bestelmeyers Antrag „mit Akklamation angenommen und die Sitzung geschlossen wurde." Ueber die gedachte Sitzung ward übrigens ein sehr kurzes, aber mit dem großen Siegel versehenes, von dem 1. Präsidenten Grafen Seinsheim und dem 1. Sekretär Windwart unterzeichnetes Protokoll aufgenommen. (Die Förmlichkeit der Mitunterzeichnung des Protokolls durch 3 Kammermitglieder §§. 66 und 73 der Geschäftsordnung ist jedoch hiebei versäumt worden). Dagegen ist auch die in Abschrift beigefügte Erklärung des zweiten Ausschusses wohl besiegelt dem Protokolle angefügt. Soweit gelangte die Sache auf dem Landtage von 1840, wobei indessen noch anfolgende unabhängig von der vorliegenden Frage behandelte Thatsache zu erinnern seyn möchte: Beide Kammern gelangten unterm 6. April 1840 zu dem gemeinsamen Beschlusse rücksichtlich einer Anforderung wegen Verzinsung von „Defensionsgeldern" abzustehen, „unter der bestimmten Voraussetzung, daß an die Defensionsgelder überhaupt ganz und gar keine Verbindlichkeiten, noch auch Haftungsverpflichtung für die in den Bereich der ständischen Wirksamkeit fallende Staatskassen sich knüpfen." (Prot. Bd. VI. S. 216) In dem Landtagsabschiede heißt es hierauf unter der Abtheilung: II. Nachweisungen. B. Stand der Staatsschuldentilgungsanstalt. Was die eingelegte Verwahrung gegen allenfallsige Verbindlichkeiten und Haftungen der Staatskassen bezüglich der Defensionsgelder betrifft, so erwiedern wir, daß solche Verbindlichkeiten und Haftungen zu keiner Zeit ohne verfassungsgemäße Begründung werden in Anspruch genommen werden."

II. Verhandlungen auf dem Landtage von 1843. Auf dem Landtage von 1843 konnte die Frage wegen des griechischen Anlehens nicht unberührt bleiben, um so weniger, als notorischerweise der Gesammtrest der Defensionsgelder für den Ausbau der Festung Germersheim längst erschöpft war, oder vielmehr gar nicht ausreichte. Der Abg. Bestelmeyer, Vorstand des 2. Ausschusses, erließ unterm 24. Febr. 1843 schriftlich eine Einladung an 13 Abgeordnete, sich am Nachmittage des gedachten Tages „zur Besprechung über den auf Morgen zur Berathung kommenden zarten Gegenstand zu versammeln." Es liegt keinerlei Nachweis vor, ob und mit welchem Ergebnisse die gedachte Besprechung stattfand. Erst unterm 11. Mai erließ der Finanzausschuß ein Schreiben an das Kammerpräsidium im Betreff der Anlehensfrage, dessen Inhalt das gedachte Kammerpräsidium unterm 12. Mai an das Finanzministerium mittheilte. Der wesentliche Inhalt des erwähnten Ausschußschreibens ist folgender: Der Ausschuß stellte an das Ministerium Anfrage über den damaligen Stand der Sache, aus den mündlich ertheilten Aufschlüssen habe sich ergeben, daß in Berücksichtigung der finanziellen Verhältnisse Griechenlands ein neuer Vertrag unterm 14.—26. Febr. 1842 abgeschlossen worden sey, wodurch die Rückzahlungsfristen bis zum Jahre 1848 verlängert worden. Der ganze Betrag der französischen Defensionsgelder sei in Germersheim längst verbaut. Schon im Jahre 1840—41 hätte hiefür über eine Million aus der Staatskasse entnommen, und der in Griechenland angelegte Theil der Defensionsgelder aus der Staatskassa vorgeschossen werden müssen. Hiernach sey es nicht mehr die französische Defensionskassa, welche in Wirklichkeit die fraglichen Vorschüsse geleistet, und es bestehe sonach das Verhältniß nicht mehr wie der 2. Ausschuß dasselbe im Jahre 1840 der Kammer mitgetheilt habe. Es liege nunmehr die Nothwendigkeit vor, der Kammer über dieses Verhältniß Bericht zu erstatten, vor Allem aber sich zu vergewissern, was die königliche Regierung zu thun beabsichtige, um die Sache verfassungsmäßig zu erledigen. Das Schreiben geht im Uebrigen in seiner Entwicklung von der Ansicht aus, daß es gleichgültig sey, ob die Verwendung der fraglichen aus der Staatskassa entnommenen Gelder als Darlehen an den griechischen Staat oder als Vorschuß an die Defensionskasse betrachtet werde, da jedenfalls die Rückzahlung primitiv von jener des griechischen Anlehens erwartet werden solle; — in der einen und andern Voraussetzung sey jedenfalls die Zustimmung der Stände erforderlich, um dieser Verwendung rechtlichen Bestand zu sichern, indem eines Theils ein Darlehen an einen fremden Staat dem Staatszwecke fremd, andern Theils den Ständen stets die ausdrücklichsten und bündigsten Versicherungen gegeben worden, daß bezüglich der Defensionskasse keinerlei Verbindlichkeit noch Haftung für die bayerische Staatskasse in Anspruch genommen werden würde; es habe sonach Se. Majestät der König sich vorbehalten, die an jenen Defensionsgeldern haftenden Verbindlichkeiten persönlich zu vertreten; daß dieß namentlich bezüglich der Verwendung derselben zu einem Darlehen an den griechischen Staat der Fall sey, gehe klar daraus hervor, daß gerade bezüglich dieses Darlehens obige Erklärung von dem Hrn. Minister des Innern im Auftrage Sr. Majestät des Königs gegeben worden sey. Mit der Verwendung eines Theils jener Gelder sey die Gefahr eines Verlustes an Kapital und Zinsen, jedenfalls jene eines längeren Entbehrens der Gelder, und damit die Nothwendigkeit einer anderweitigen Deckung entstanden, welche Gefahr jetzt die Staatskasse trage, da die Defensionskassa keine andern Rückzahlungsmittel habe, als eben jenes griechische Anlehen; Se. Majestät der König könne aber bei Gestattung eines Vorschusses aus der Staatskasse nicht beabsichtigt haben, in jener sich Allerhöchst selbst vorbehaltenen Vertretung eine Aenderung eintreten zu lassen, zumal sich in den rechtlichen Verhältnissen nichts geändert, als daß nun die Staatskasse an die Stelle der Defensionskassen getreten sey. Schließlich wird eine Erklärung verlangt, welche die im Bereiche der ständischen Wirksamkeit befindlichen Kassen vor Haftungsverpflichtungen sicher stelle. Endlich erfolgte unterm 23. Mai eine Antwort von Seite des Finanzministeriums. Nach der Art der Abfassung dieser Erwiederung scheint dieselbe nicht ohne vorgängiges mündliches Benehmen mit den Ausschußmitgliedern abgefaßt zu seyn. Es wird darin gesagt, daß von den angeführten 1,933,333 fl. 20 kr. bereits 700,000 fl. zurückbezahlt seien, sonach noch 1,233,333 fl 20 kr. ausstünden, welche nebst Zinsen bis zum Jahre 1848 heimbezahlt werden sollten.

Es sey und bleibe also das griechische Anlehen aus den Defensions-Geldern entnommen, und der Stand dieser Angelegenheit habe im Wesentlichen durchaus keine Alteration erfahren; die ursprünglichen Garantieen und Haftbarkeitsverhältnisse seyen unverändert die nämlichen geblieben und beständen unverändert fort; die Staatskasse habe der Defensionskasse lediglich den benöthigten Vorschuß geleistet, welcher in Terminen bis zum Jahre 1848 refundirt und inzwischen mit 4% verzinset werde. Der Abgeordnete Freyherr von Rotenhan erstattete darauf einen umfassenden Bericht an den 2. Ausschuß. Dieses Aktenstück ist nicht datirt. (Er folgerte aus der gegebenen ministeriellen Erklärung, welche als Erwiederung auf die Anfrage: »auf welche Weise das dermalige Verhältniß des griechischen Anlehens verfassungsmäßig geordnet und der Staats-Kassa von Haftungs-Verpflichtung bezüglich der von ihr gemachten Vorschüsse sichernde Erklärungen gegeben werden wollten," — erfolgt war, daß dieselbe sich auf die Haftbarkeitsverhältnisse nicht nur der griechischen Regierung gegenüber dem bayerischen Staate, sondern auch auf jene, welche Sr. Majestät der König bei der mit den Defensionsgeldern verbundenen Verpflichtungen übernommen, sich erstrecke. Daß für die Erfüllung der der Defensions-Kasse obliegenden Verpflichtungen ohne Gefahr für die letztere gesorgt werden würde.

(Fortsetzung folgt.)

Freie Städte. (Frankfurt, 7. März.) Von den im Verfassungs-Ausschusse in den letzten Tagen gefaßten Beschlüssen sind die wichtigsten folgende: Abschnitt I. §. 1. Die Schlußfassung dieses Artikels wurde aufgeschoben (14 Stimmen gegen 10). Abschnitt I. § 2 und 3. Der Wortlaut nach der ersten Lesung beibehalten mit 18 gegen 6 Stimmen. Die Minorität bilden Hr. Ahrens, Welcker, Rotenhan, Lassaulx, Detmold, Jürgens. Abschnitt III. Der Vorschlag der Koalition zu einem Direktorium von 7, mit 9 Stimmen (derselbe, über den Hr. v. Schmerling zu verhandeln angewiesen ist) wurde mit 17 gegen 7 Stimmen verworfen. Die Erblichkeit der Reichsoberhaupts-Würde nach der Fassung des Unterausschusses wurde mit 13 gegen 11 Stimmen angenommen. Die Minorität bilden die Herren Gülich, Mittermaier, Schreiner, Wigard, Schüler, Ahrens, Welcker, Rotenhan, Lassaulx, Detmold, Jürgens.

(D. Z.)

** (Frankfurt, den 8. März.) [182. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Austrittserklärungen von Burkart aus Bayern, Flottwell aus Preussen, Hoffmann aus Baden, Heubner aus Sachsen, Eintrittsanzeigen von Laud aus Bayern, Henkel aus Hessen und Porthaler aus Deutschösterreich. Flottenbeiträge lieferten Lonnow in Posen, Göttingen, Soden, Freiberg in Sachsen und Werden a. d. R., im Ganzen über 100 Thaler. Nach einigen Inzidenzpunkten, über die zur Tagesordnung überzugehen beantragt wird, stellt Vischer von Tübingen folgenden formulirten Antrag: »In Erwägung, daß das Einrücken russischer Truppen in Siebenbürgen, zusammengenommen mit der Anhäufung derselben an der österreichischen Gränze, auf eine Verbindung Oesterreichs mit einem despotischen Staate schließen läßt, welche das deutsche Volksgefühl mit tiefem Unwillen und Sorge für seine junge Freiheit erfüllen muß; in Erwägung, daß dieser Unwille in gerechte allgemeine Erbitterung übergehen müßte, wenn es wahr seyn sollte, daß mit der Beiziehung solcher Hülfe Konzessionen in Betreff der für Deutschlands Zukunft so wichtigen Donaufürstenthümer im Zusammenhang stehen; in Erwägung, daß diese beunruhigenden Erscheinungen die Schwierigkeiten in Errichtung eines alle deutschen Stämme umfassenden Bundesstaats, welche die Verbindung deutscher und nicht deutscher Länder im österr. Staate mit sich bringt, verdoppeln müssen, — aus diesen Gründen wolle die Reichsversammlung beschließen, durch die prov. Centralgewalt der österr. Regierung zu erklären, daß sie das Einrücken russischer Truppen in Siebenbürgen als eine Erschwerung ihrer aufrichtig und ernst verfolgten Aufgabe betrachten muß, alle deutschen Stämme in einen Bundesstaat zu vereinigen, zu welchem die nichtdeutschen Länder Oesterreichs in ein seine Kraft und Einheit nicht störendes Verhältniß treten; daß sie daher im Namen des Wohles der deutschen Nation auf ungesäumte Entfernung der russischen Truppen aus Siebenbürgen und auf beruhigenden Aufschluß darüber dringen muß, ob und wie die österr. Politik die Interessen Deutschlands gegenüber den russischen Eingriffen in den Donaufürstenthümern zu wahren gedenkt."

Der Antrag geht an den älteren österreichischen Ausschuß zur Berichterstattung. Die Tagesordnung enthält die Ergänzungswahl dreier Mitglieder in den Wehrausschuß. Dieser Gegenstand wird nicht in Berathung genommen und zu der zweiten Lesung der noch rückständigen §§. der Grundrechte übergegangen. Art. V. §. 21 wird in folgender Weise angenommen: „Jeder Deutsche hat das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden an die Behörden, und die Volksvertretungen und an den Reichstag zu wenden. Dieses Recht kann sowohl von Einzelnen als von Korporationen und von Mehreren im Vereine ausgeübt werden. Beim Heer und der Kriegsflotte jedoch nur in der Weise, wie es die Disziplinarvorschriften bestimmen." §. 22 soll lauten: „Eine vorgängige Genehmigung der Behörden ist nicht nothwendig, um öffentliche Beamte wegen ihrer amtlichen Thätigkeit gerichtlich zu verfolgen." Art. VII. §. 30 wird ohne Diskussion in nachstehender Fassung angenommen: »Die Besteuerung soll so geordnet werden, daß die Bevorzugung einzelner Stände und Güter in Staat und Gemeinde aufhört."

Ueber Art. IX. §. 43 entspinnt sich eine Debatte, deren Hauptpunkt aus dem verworfenen Minoritätserachten entsteht, wonach jeder Gemeinde das Recht zur organisirten Bewaffnung als Theil der allgemeinen Volkswehr hätte. Raveaux tritt besonders gegen das stehende Heer, wie es jetzt besteht, auf, und bezeichnet es als eine Saugmaschine an dem Staatsschatz, so wie als einen Alp der Volksfreiheit. Beseler nimmt sich der Soldaten, namentlich der preußischen lebhaft an.

Aus der Abstimmung geht Art. IX. §. 43 in folgender Gestalt hervor: »Jede Gemeinde hat als Grundrechte ihrer Verfassung: a) die Wahl ihrer Vorsteher und Vertreter; b) die selbstständige Verwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten mit Einschluß der Ortspolizei, unter gesetzlich geordneter Oberaufsicht des Staates; c) die Veröffentlichung ihres Gemeindehaushalts; d) Oeffentlichkeit der Verhandlungen als Regel.« Die nächste Sitzung findet morgen statt.

Hannover. (Hannover, 6. März.) Wir glauben aus guter Quelle versichern zu können, daß unsere Regierung gestern eine österr. Note über das dänische Verfassungswerk erhalten hat, in welcher das berühmte „vorschwebende" Deutschland nun wirklich auf die Erde gebracht werden soll, in Gestalt eines neunköpfigen Direktoriums, worin Oesterreich und Preussen je zwei Stimmen führen würden. Bekanntlich ist dies auch der Plan, für welchen Heckscher, Hermann und Somaruga in Olmütz wirken; ob demzufolge auch die Reichsstatthalterschaft in der Note proponirt wird, und wie dieselbe die nicht deutschen Provinzen Oesterreichs hereinzieht, haben wir noch nicht in Erfahrung gebracht.

(Z. f. Nrdd.)

(Hannover, den 6. März.) Es wird mit großer Bestimmtheit versichert, daß der König gestern die Entlassung des Ministeriums definitiv angenommen hat.

(Z. f. Nrdd.)

Oesterreich. (Kremsier, 3. März.) Reichstagssitzung. Es wird die Debatte aufgenommen über die Frage, ob man dem Ministerium gestatten solle, die Depositengelder in den verschiedenen Provinzen in den Staatsschatz niederzulegen und dieselben, bis sie zurückgefordert werden, mit 3 Proc. zu verzinsen, wie der Finanzausschuß beantragt. Darüber spricht Schuselka sehr entschieden: „Dieser Gegenstand ist als geringfügig dargestellt worden, weil es sich blos um weniges Geld handelt. Ich habe nicht diese Ansicht und will die politische Seite der Sache mehr in das Licht setzen, weil sie meiner Ansicht nach sehr wichtig ist. Als das vorige Ministerium diese Maßregel verfügte,

war gerade der Wonnemonat der österreichischen Freiheit und das Volk opferte freudig die Depositengelder in der Meinung, die Größe und Freiheit Oesterreichs dadurch zu befestigen. Seit dieser Zeit hat sich Vieles geändert, vor wenig Wochen habe ich selbst in der Section für diesen Antrag gestimmt, aber jetzt kann ich es nicht mehr thun. Die Depositengelder sollen zu Staatszwecken benützt werden; überlassen wir dieses heilige Gut der Unmündigen und Waisen dem Ministerium, so geben wir ihm dadurch eine Art von Vertrauensvotum. (Beifall.) Man sagt, der Staat bietet die größte Sicherheit; Diesem muß ich entschieden widersprechen. Der Zustand von heute bietet sie nicht, der Zustand Oesterreichs und die Art und Weise, wie regiert — was sage ich — geherrscht und terrorisirt wird (Beifall von der Linken), bieten keine Sicherheit. Unser Zustand ist jener der permanenten Revolution, jener der systematischen Kontrerevolution. (Großer Beifall.) Man revoltirt nicht blos gegen den Oktober und den Mai, man will auch den März ausmerzen. (Beifall, Zischen im Centrum. Ruf von der Rechten: Zur Sache.) Ich bin bei der Sache. Wir leben in allen Provinzen im Belagerungszustand — Das ist revolutionär und unter solchen Verhältnissen kann der Staat keine Sicherheit geben. Ich spreche nicht über persönliche Verhältnisse; ich werde als einfacher Schriftsteller nicht der feilen Presse antworten, die als ministerielles Organ täglich den Reichstag beschimpft; ich halte Dies unter meiner Würde. (Beifall.) Der 6. Oktober ist blos eine Folge der Unehrlichkeit und Unaufrichtigkeit des Ministeriums gewesen. Erzählung der Oktoberereignisse. (Die tschechische Rechte: Zur Sache!) Ich bin bei der Sache; ich werde zeigen, daß unter solchen Umständen der Staat keine Sicherheit leisten kann. Die Sache wäre nicht so weit gekommen, hätte das Ministerium sie nicht aufs Aeußerste getrieben, um Wien aufs Aeußerste niederschmettern zu können. Regiert dieses Ministerium in der That, oder wird es von den Generalen regiert? Die Korrespondenz mit den militärischen Machthabern müßte Dies zeigen, ob es regiert oder regiert wird. (Beifall.) Seit dem Oktober befolgt das Ministerium Politik der Rache (große Aufregung); ja, man übt Rache an Wien, weil es wagte, die Fesseln des Absolutismus zu zerbrechen; gegen Ober- und Niederösterreich verfährt man grausam aus Rache; man übt Rache an den freiheitsbegeisterten Studenten und Schriftstellern; aber die freie Presse hat Metternich zu Grunde gerichtet und wird auch dieses Ministerium vernichten. (Große Aufregung, Zischen und Beifall.) Dieses Ministerium ist ein Ministerium der Furcht, es fahndet sogar auf die Röcke der akademischen Legion. Es heilt nicht, wie es im Programme versprach, die alten Wunden; es versteht nur neue zu schlagen. Mehrere Erlasse des Ministeriums haben sein Programm gänzlich aufgehoben, z. B. jener, der den Beamten, die nicht der Meinung des Ministeriums sind, gebietet, aus dem Dienste zu scheiden. Ich dachte anfangs, das Ministerium, welches sich an die Spitze der Bewegung stellen wollte, fürchte blos die reaktionäre Partei! (Gelächter.) Wie steht es um die Gleichberechtigung der Nationalitäten? Dies Wort ist längst lächerlich geworden. In Wälschtyrol darf man bei Strafe nicht von der Trennung der Provinz in zwei Theile sprechen. Giebt nun ein solches Ministerium Bürgschaft für den Bestand des Staates? Das Ministerium gibt zu, daß die Presse den ganzen Reichstag, nicht blos einzelne Mitglieder, verunglimpft, es beantwortet keine Interpellationen, und läßt ministerielle Redner auftreten, welche die Kammer wie einen Troß von Schuljungen behandeln. (Großer Beifall von der Linken, Zischen vom Centrum.) Mir scheint, man will es mit Fleiß zum Aeußersten kommen lassen, um zu dem Volke sagen zu können: Seht! unter der alten Herrschaft war es besser! Aus der ruthenischen Politik, die man in Polen beobachtet, kann bald eine russische werden (großer Lärm), das Ministerium ebnet blos die Pfade den Russen. (Zur Sache!) Ich bin bei der Sache; ich zeige, daß eine solche Regierung keine Bürgschaft leisten kann. Dieses Ministerium will das neue Oesterreich mit Hülfe der Kosaken aufbauen (Bravo! Bravo!), und das Wort: der Tag, da die Russen in Oesterreich einrückten, ist ein Unglückstag — ist mehr als bloßes Journalgeschwätz. Die Siege in Italien wußte das Ministerium nicht zu benützen, und alle Verhandlungen beweisen, daß ihm die Kraft fehlt. Wie steht es um das Verhältniß zu Deutschland? Gegen die Deutschen benimmt man sich zweideutig. Die österreichische Note, dieses im alten hinterlistigen diplomatischen Sinne abgefaßte Aktenstück, welches jeder Nationalität zu nahe tritt, erregte allgemeine Entrüstung. Fährt das Ministerium noch lange so fort, so wird es den Ruhm davon tragen, Oesterreich ruinirt zu haben. (Lang anhaltender Beifall, Versuch zum Zischen vom Centrum.) (Lpz. Z.)

Preussen. (Berlin, 7. März.) Das Ministerialblatt enthält folgende Verordnung, betreffend die Wählbarkeit für beide Kammern. »Mit Rücksicht auf den Art. 77 der Verfassungs-Urkunde, wonach Niemand Mitglied beider Kammern seyn kann, sind Zweifel darüber entstanden, ob Jemand, welcher die Wahl zum Mitgliede der zweiten Kammer angenommen, bei den später erfolgenden Abgeordneten-Wahlen für die erste Kammer für wählbar zu erachten sey? Ich nehme keinen Anstand, diese Frage zu bejahen, indem einem jeden Abgeordneten die Verzichtleistung auf das bereits übernommene Mandat unzweifelhaft freisteht, und daher auf diesem Wege das spätere mit jenem unvereinbare Mandat realisirt werden kann. Die Königliche Regierung wolle die, in dieser Beziehung obwaltenden Zweifel in geeigneter Weise beseitigen. Berlin den 9. Jan. 1849. Der Minister des Innern. v. Manteuffel.«

†*† (Berlin, den 8. März.) Folgendes ist das vielerwähnte und sehr geheimnißvoll behandelte v. Vincke'sche Programm:

Die unterzeichneten Mitglieder der zweiten Kammer betrachten folgende Grundsätze als unerläßlich für eine gedeihliche Lösung der ihnen gestellten Aufgabe:

1) Sie erkennen die Verfassung vom 5. Dezbr. v. J. als rechtsgültiges Grundgesetz des preuß. Staates an und verpflichten sich, zu der vorbehaltenen Revision derselben nur auf dem im §. 112 daselbst vorgezeichneten Wege mitwirken und das Ergebniß dieser Revision als verbindlich anerkennen zu wollen;

2) Bei Revision der Verfassung werden sie unabänderlich festhalten an dem Prinzip der konstitutionellen Monarchie unter der erblichen Regierung des Hauses Hohenzollern;

Auf dieser Grundlage fußend widmen sie sich mit voller Hingebung der Förderung aller wahren Interessen des Volkes.

In diesem Sinne werden sie auch die Fragen erörtern, die in Bezug auf die ländlichen und Gewerbeverhältnisse ihre Erledigung erwarten. Berlin, den 26. Februar 1839."

Dies Programm haben bereits 171 Mitgl. der zweiten Kammer unterzeichnet. Die konservative Partei zählt hiernach mit Einschluß der Minister v. Manteuffel und v. d. Heydt, die gleichfalls Abgeordnete sind, 173 Stimmen. Auch Hr. Grabow hat das Programm vollzogen.

Mehrere Gewerbe haben die ihnen vom Magistrat aufgetragene Bildung von gewerblichen Prüfungs-Kommissionen abgelehnt. Sie halten die Genehmigung der Kammern zur Ausführung der neuen Gewerbeordnung für unerläßlich und erklären gleichzeitig, daß sie sich nicht für berechtigt halten, Kommissionen zu ernennen, „welche mit der Vollmacht ausgerüstet seyn sollen, einem unserer Brüder das Recht auf Broderwerb zu beschränken. Die einzig berechtigten Prüfungs-Kommissionen sind die Käufer." — Als am Montag die Schneider, 600 an der Zahl, versammelt waren, um eine solche Erklärung zu erlassen, erschien eine Abtheilung Konstabler, und drohte Militär zu requiriren, wenn die Versammlung sich nicht trenne. 50,000 Bajonnette gegen 600 Schneider! Natürlich trennten sich die so Bedrohten. —

Die wechselseitigen Beziehungen zwischen Rußland und Oesterreich beschäftigen die Politiker von Fach schon seit längerer Zeit. Die erste Thatsachen, die vermuthen ließen, daß die von Metternich eng geknüpften Bande der Freundschaft zwischen beiden Staaten durch die Revolutionsstürme des Jahres 1848 nicht zerrissen worden waren, fand man in dem Anerbieten Rußlands, der österreichischen Regierung durch eine Anleihe beizuspringen. Unter welchen Bedingungen jenes Anerbieten gemacht und weßhalb es nicht acceptirt worden, ist bis jetzt in weitern Kreisen noch unbekannt geblieben. Der Versicherung eines in dieser Angelegenheit sehr erfahrenen Mannes zu Folge, verlangte Rußland, daß die bekanntlich von dem russ. Kaiser zu sehr hohen Kourse gekauften 40 Millionen Rente mit (zu dem Einkaufspreise) an Zahlungsstatt angenommen würden. Die österr. Regierung hielt den Verlust bei dieser Art der Zahlung für zu bedeutend, um auf die Proposition des Petersburger Kabinets einzugehen.

Der Papst, dem von sämmtlichen katholischen Souveränen Europa's Kondolenzbriefe zugegangen sind, hat nunmehr auch von einem mächtigen protestantischen Fürsten Deutschlands ein Schreiben empfangen, in dem er der aufrichtigsten Theilnahme versichert wird, und in welchem ihm die möglichste Wahrung seiner weltlichen Rechte verheißen wird. —

Pariser Briefe äußern sich sehr zweideutig über den Verkehr, der zwischen den Agenten Bonaparte's und denen des Hauses Orleans stattfindet. Man vermuthet, daß diesem Verkehr sehr bedeutungsvolle Motive zu Grunde liegen.

Gestern fand hier eine Versammlung zur Berathung der Feier des 18. März statt. Dieselbe war von einer großen Anzahl im März Verwundeter besucht und gewährte dadurch ein höchst eigenthümliches Bild; von bekannteren Personen, die an den Verhandlungen Theil nahmen, sind die HH. Schaftler, Braß, Streder, Borpahl, Pfeiffer zu erwähnen. Man äußerte sich zum großen Theil dahin, daß ein Zug nach dem Friedrichshain am 18. stattfinden solle und daß man dazu die einzelnen Mitglieder der verschiedenen Klubs, der Bürgerwehr u. s. w. zusammenberufen wolle, um bei dem Festzuge selbst die durch die Märzrevolution hervorgerufenen Vereine und Korporationen als solche zu erblicken. Ein gestern gebildetes Komité soll in der nächsten Versammlung, welche Sonnabend bei Mielentz stattfinden wird, weitere Vorlagen machen.

Der politische Verein in Potsdam hat gestern beschlossen, in Verbindung mit dem Bürgerwehrklub, dem Arbeiterverein und dem volksthümlichen Wahlverein den 18. März durch einen Zug nach Elysium und durch ein gemeinschaftliches Abendessen zu feiern. Eine Adresse an die Berliner u. dgl. soll eine Verbrüderung mit den hiesigen Theilnehmern einer Revolutionsfeier in's Werk setzen.

Frankreich.

† (Paris, 6. März.) Die Post aus Rom vom 25. und 26. Febr. ist ausgeblieben. Dagegen haben wir Nachrichten aus Venedig von jenem Datum, laut welchen der General Pepe dem österr. Gubernium unter Radetzki die Erklärung zugeben ließ: sechsundsechzig der angesehensten Kriegsgefangenen erschießen zu lassen, falls man die der Stadt Ferrara erpreßten Geldsummen nicht zurückzahle.

Die beiden römischen Gesandten haben sich nun doch endlich die Flügelthüren des Elysée-Bourbon geöffnet. Drouyn de Lhuys wohnte in seiner Eigenschaft als Minister des Aeussern, der Empfangs-Audienz bei. Er sprach sich (versichert die Ledru-Rollin'sche »Revolution« der wir diese Notiz entnehmen) ziemlich lang und breit über die Nothwendigkeit des weltlichen Glanzes des Papstthums für die Christenheit aus und ließ eine Allianz mit anderen Mächten zur Wiederherstellung und zum Schutze des Papstes gegen eine Faktion ziemlich klar durchblicken. Die beiden Gesandten zogen sich zurück, nachdem sie im Namen ihrer Mitbürger und Landsleute protestirt hatten. Einer derselben begibt sich nach Rom, um der Konstituante zu versichern, daß sie auf die Hilfe der amtlichen französischen Republik nicht rechnen dürfe.

De Langrenée kehrt, hört man, nach Brüssel zurück, wo sich auch Hrn. v. Colloredo wieder einfinden dürfte, nachdem er in London sich vergebens anstrengte, dem Fuchs Palmerston die Würmer aus der Nase zu ziehen. Wie es scheint, hat ihm S. Lordschaft erklärt, daß ihm der englische Bevollmächtigte in Brüssel den nöthigen Bescheid ertheilen werde.

Sprech-Saal.

Wir vernehmen mit großem Vergnügen, daß nächsten Sonntag den 11. März zum Benefize des Fräulein Reuß eine Wiederholung der Hugenotten von Meyerbeer statt finden wird; diese talentvolle Künstlerin hat bei der jüngsten Aufführung dieser Oper ihre gewohnte Meisterschaft aufs glänzendste bewährt, und von Seiten des Publikums wohlverdiente Auszeichnungen dafür eingeerndtet. Aus besonderer Gefälligkeit für die Benefiziantin wird Herr Kantor Grobe für diesmal die Güte haben, die Leitung der Oper zu übernehmen, und da, wie wir hören, zuvor noch einige sorgfältige Proben stattfinden, so läßt sich am Sonntag eine möglichst vollkommene Vorstellung erwarten. Bei der allgemeinen Beliebtheit unser wackeren Prima-Donna und in Rücksicht ihrer freundlichen und uneigennützigen Bereitwilligkeit, mit der sie uns im Laufe dieses Winters so manchen genußreichen Abend verschaffte, läßt sich erwarten, daß unser Publikum nicht zurückbleiben, und diese doppelt interessante Vorstellung durch eine zahlreiche Theilnahme krönen wird.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Exp.-Nr. 6018.

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht

Fürth

wird im Wege der Hilfsvollstreckung ein Vorrath von Spiegeln, Spiegelrahmen, sowie eine Quantität Meubles in dem auf

den 12. März Nachmittags 2 Uhr

im Hause Nr. 261 c. l. in der Schwabacherstrasse neuerlich anberaumten Termin öffentlich gegen sogleich baare Bezahlung verkauft

Fürth, den 6. März 1849

Fenck

Backof.

Trauer-Anzeige.

Heute morgen um 2 Uhr schied zu unserm tiefen Schmerze aus unserer traulichen Mitte unsere unvergeßliche Mutter und Schwester

Frau Felicitas **Kießling**,

geb. Lochner

und endete ihr ruhiges und beglückendes Leben, nachdem sie das 93. Jahr wenige Tage vorher noch heiter geendet hatte. Großer Dank und innige Verehrung folgen der theuern Verblichenen nach. Dies allen verehrten Verwandten und theilnehmenden Freunden von

Nürnberg und Frankfurt a. M. 1849.

Den trauernden Hinterbliebenen.

Anzeige.

Mehrere der Abgeordneten aus der Pfalz sind bereits heute Sonnabend den 10. d. M. hier durchgereist. Viele haben einen andern Weg genommen.

Einladung.

Sonntag, den 11. März findet im Saale des Bamberger Hofes eine große »deklamatorisch-musikalische Gesangs-Unterhaltung« nebst „politisch-satyrischen Vorlesungen" statt. Der Eintritt à Person 6 kr., an der Kasse 9 kr. Karten hiezu können im Lokale des Bamberger Hofes, sowie bei Herrn Kleining Wirth in der neuen Gasse, ferner in der vordern Ledergasse bei Hrn. Lehrer Treves L. Nr. 282 und in der Nadlergasse L. Nr. 1165 von heute bis Sonntag Mittags abgeholt werden. Der Ertrag ist für eine in der äußersten Armuth sich befindenden Familie. Der Anfang ist Abends 8 Uhr. Zu dieser Produktion laden zu recht zahlreichem Besuche höflichst ein

Jean Tiefel.

Anzeige und Empfehlung.

Bei Herannahen des Frühjahres erlauben sich Unterzeichnete ihre schon seit Jahren bekannte Strohhutwaschanstalt in Erinnerung zu bringen. Die Ablage von Strohhüten kann in unserem Laden geschehen. Zu geneigten, gütigen Aufträgen empfehlen wir uns

Hochachtungsvoll

Nürnberg, den 28. Febr. 1849.

J. K. Hagerer u. Comp., Strohhutfabrikanten,
Kaiserstrasse, L. Nr. 145.
vis à vis der Kannen-Apotheke

Der

Verein für Volksfreiheit

ladet zu recht zahlreicher Theilnahme ein zur Versammlung am Montag den 12. Abends 8 Uhr im Saal zum grünen Baum (Los'sche Wirthschaft) auf dem Galgenhof.

Verein deutscher Frauen.

Montag den 12 März, Nachmittags 3 Uhr, findet im Gasthause zum König Otto Generalversammlung statt, was den verehrlichen Mitgliedern hiemit zur Kenntniß gebracht wird. Zugleich wird bemerkt, daß auch Nichtmitglieder Zutritt haben

Der Vorstand

Termin.

Das Haus S. Nro. 879 am Hauptmarkt dahier, worauf die reale Großpfragnerei-Gerechtigkeit haftet, wird durch Unterzeichneten, im Auftrag des Besitzers, Familienverhältnisse wegen, öffentlich verkauft.

Hiezu ist Termin Montag den 19 März 1849 Vormittags von 9—12 Uhr im Bureau L. Nro. 191 in der Adlerstrasse anberaumt, wozu zahlungsfähige Liebhaber eingeladen werden.

Nürnberg, den 10 März 1849.

J. J. Pfeiffer jun.
Kommissionär.

(Wiesenverpachtung betr.)

Unterzeichneter ist beauftragt, 4 Tagw. 14 Dec. Wiesen Plan Nro. 866 der Steuergemeinde Poppenreuth, im Pegnitzthale zwischen Fürth und Doos gelegen, öffentlich zu verpachten, und ladet zahlungsfähige Pachtliebhaber auf Mittwoch den 14. März l. Js. Nachm. 3 Uhr in das Nützelberger'sche Wirthshaus zu Poppenreuth zur Abgabe ihrer Pachtangebote und Vernehmung der Pachtbedingungen ein.

Nürnberg, den 27. Febr. 1849.

Neusinger, Verwalter. S. Nro. 758.

Nachruf dem Herrn A. Déprez.

Hast nach jahrelangen schweren Leiden, edler Dulder,
Du vollendet nun?
Wohl Dir! Wohl auch den Deinen, die, barmherz'gen
Schwestern gleich,
Mit unbegrenzter Lieb' und Sorgfalt Deiner pflegten. —
Mög' Ihnen werden reicher Lohn für treu erfüllte
Pflicht!
Und Dir, des bessern Lebens herrlichster Genuß!

Empfehlung.

Mein Lager von Rauchtabacken eigener Fabrik, empfehle ich in ganz guten Qualitäten dem verehrlichen Gesammt-Publikum zur gefälligen Abnahme bestens

C. C. Theurer,
Königsstraße L. No. 84.

Empfehlung.

Ein Familien-Vater, der sich eines sehr soliden Rufes erfreut und der bei der jetzigen allgemeinen Arbeitsstockung auch an Beschäftigung Mangel leidet, empfiehlt sich zum Abschreiben unter den billigsten Bedingungen. Derselbe schreibt eine schöne und korrekte Handschrift. Schriftliche Offerten unter I. L. besorgt die Exp. d. Bl.

Anzeige.

Einem hochverehrten Publikum mache ich die ergebene Anzeige, daß die vom Hochwasser zurückgebliebenen Waaren, worunter auch Schlafröcke und abgenähte Decken, ausverkauft werden, und bitte um gütigen Zuspruch. —

Nürnberg, den 7. März 1849

Andreas Ott,
am Hauptmarkt.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Morgen Montag den 12. März ist große Metzelsuppe und wird Bock aus der Brauerei des Herrn Farnbacher geschenkt, hiezu ladet höflichst ein

J. Reabauer.

Regensburger Hof.

Heute Sonntag den 11. Februar findet daselbst Produktion von dem Blechsextett des Hoboisten Sprechers unter dem gewöhnlichen Entree, für Herren 6 kr., für Damen 3 kr. statt, wozu ergebenst einladet

Schmidt, Gastwirth

Rohlederers-Garten.

Sonntag den 11. März findet musikalische Unterhaltung von dem bekannten Streichquartett statt, wozu ergebenst einladet

Anfang 4 Uhr.

Furkel.

Prater.

Sonntag den 11 März ist gutbesetzte Harmoniemusik, wozu höflichst einladet

M. Rupprecht.

Nach Californien.

Das Schiff »Talisman« pr. 15ten März ist ganz besetzt, das folgende Schiff, die »Reform« geht im April von Bremen ab. Alle nähere Auskunft und Aufnahmen besorgen

Würzburg, den 8. März 1849.

Müller & Zehner.

Waldsamen.

Bester frischer Lerchensaamen ist bei Unterzeichnetem eingetroffen und billigst zu haben. — In größeren Parthien findet eine Preisbegünstigung statt.

Würzburg, den 8. März 1849.

Müller und Zehner.

Perspektiv-Stöcke

sind zu haben bei

Rupprecht. Drechsler
an der Fleischbrücke.

(Verkauf.) Familienverhältnissen wegen wird ein seit mehreren Jahren bestehendes und gut rentirendes Fabrikgeschäft billigst verkauft, dasselbe würde sich in Nürnberg und dessen Umgebung als Neben-Geschäft für ein Farben-, Flaschner-, Drechsler- oder Bürstenbinder-Geschäft am vortheilhaftesten eignen. Schriftliche Anfragen über das Nähere besorgt die Exped. d. Blattes unter der Chiffre J. R.

(Verloren.) Ein neusilberner Anstecksporn wurde in der Nähe der Kannenapotheke verloren, um dessen Zurückgabe bei Herrn Wirth Bär in der Lorenzerstraße L. Nro 877 gegen ein Douceur gebeten wird.

Zu verkaufen oder zu verpachten.

Ein Haus auf der Lorenzer Seite ist billig zu verkaufen, oder auch mit realer Bierwirthschafts-Gerechtigkeit an einen soliden Pächter sogleich zu verpachten.

Kunst-Notiz.

Das Konzert der Herren Gebr. Möhrenschlager im Saale des rothen Rosses, welches sehr besucht war, gab uns aufs Neue einen Beweis von der Meisterschaft, mit welcher diese Künstler ihre Instrumente zu behandeln wissen. Die ausgezeichneten Gesangvorträge der Fräulein Reuß und des Herrn Herger wirkten auf das Ganze imposant ein, so daß das Publikum mit größter Zufriedenheit den Saal verließ.

(Zu vermiethen.) Im Schlößchen Hs.-Nr. 1 zu Steinbühl ist im ersten Stock eine helle freundliche Wohnung, bestehend aus 3 heizbaren und 2 unheizbaren Zimmern, einer Küche nebst übrigen Bequemlichkeiten, von Walburgis 1849 an zu vermiethen. Auf Verlangen kann auch eine Stallung auf 2—3 Pferde dazu gegeben werden.

(Zu vermiethen.) In L. Nro 401 am Häfnersplatz ist eine Wohnung mit 5 heizbaren Zimmern, Küche, Speisekammer, Garderobe, sonstigen Bequemlichkeiten und Stallung für 3 Pferde — bis Ziel Walburgi zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Ein heiteres Zimmer auf der Mittagseite ist täglich mit Bett und Möbeln an einen ledigen Herrn zu vermiethen. L. Nro. 165.

(Zu verpachten.) Eine Bierwirthschaft, Realrecht, ist zu verpachten. L. Nro. 165

(Zu verkaufen) Ein Käßhandlungs-Geschäft (Realrecht) ist zu verkaufen. — Anfragen unter Adresse P. L. sind in der Exped. d. Bl. abzugeben

(Gesuch) Ein Metalldrucker kann sogleich Arbeit erhalten. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Eine gute Cigarrenspinnerin und eine Wickelmacherin werden sogleich gegen guten Lohn anzunehmen gesucht. Näheres in der Johannisgasse L. Nro. 808.

(Gesuch) In des Rathhauses oder Marktes Nähe, wird eine kleine hübsche Wohnung, mit einem Zimmer, Alkov und Küche, zu miethen gesucht; von zwei einzelnen Personen ohne Geschäft.

Es dürfte aber auch eine Gartenwohnung vor dem Thore seyn.

(Gesuch) Ein auswärtiger empfehlenswerther junger Mann sucht, zur Erweiterung seiner Kenntnisse, in einem hiesigen Handlungshause, vorzugsweise in einem Manufakturwaarengeschäft, eine Stelle als Volontair für Comptoir- und Magazinarbeiten. Deßfallsige geneigte Anträge beliebe man unter Chiffre R. E. Nro. 109 in der Expedition d. Bl. franko abzugeben.

(Gesuch.) In einer im besten Renomee stehenden Bürstenbinderei kann ein vorzüglich in der Holzarbeit gewandter Mann gesetzten Alters und ledigen Standes alsbald eine dauernde Unterkunft finden. Nachweise über Tüchtigkeit und Solidität oder sonstige Anfragen unter Adresse K. B. franko durch die Exp. d. Bl.

(Gesuch.) Zur Conditorei wird ein junger Mensch mit oder ohne Lehrgeld in die Lehre zu nehmen gesucht.

(Literatur.) Bei Georg Franz in München sind erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Erwiederung der deutsch-katholischen Gemeinde in München auf den Hirtenbrief des Herrn Erzbischofs von München-Freising vom 11. Dez. 1848, erlassen am 12. Jan. 1849.
gr. 4. geh. 3 kr.

Der erste Gottesdienst der deutsch-katholischen Kirchengemeinde in München. Gefeiert durch Gesänge, Gebete, Predigt und Abendmahl am 9. Okt. 1848.
gr. 8 broch. 9 kr.

Johannes Ronge zwei Reden, gehalten in der deutsch-katholischen Gemeinde in München. 1) am 19. Novbr. 2) am 26. Nov. zur Todtenfeier Robert Blums.
gr. 8 broch. 6 kr.

Dessen: Das Verhältniß der jungen Kirche zur socialen Frage.
gr. 8. broch. 9 kr.

Der Vorkampf auf dem Weg zum Ziele. Rückerinnerungen an Bayerns frühere Zustände. Mein Vermächtniß. Gesammelte Schriften von Sohnland Schubaur.
gr. 8. 1 fl. 48 kr.

Unter der Presse befindet sich:

Noch eine Erwiderung auf den Hirtenbrief vom 11. Dez. 1848 ꝛc. von Dr. Joh. Mart. Kreutzer, kgl. Professor, Gründer der deutsch-katholischen Gemeinde in München.

Stadttheater in Nürnberg.

Sonntag den 11. März. Zum Benefize der Fräul. Agathe Reuß. »Die Hugenotten.« Große Oper in 5 Akten von Meyerbeer.

Montag den 12. März. »Der Pfarrherr.« Schauspiel in 5 Akten von Ch. Birch-Pfeiffer.

Theater in Erlangen.

Dienstag den 13. März »Der Pfarrherr.« Schauspiel in 5 Akten von Ch. Birch-Pfeiffer.

Mit einer Beilage.

Beilage XVI. zu Nro. 70 der Mittelfränkischen Zeitung.

Deutschland.

Bayern. †* (München, den 8 März.) [Fortsetzung des im Hauptblatt abgebrochenen Artikels über das griechische Anlehen.]

Der Referent trug seinerseits nun darauf an, daß zwar der Abgeordneten-Kammer Bericht erstattet werde, jedoch wieder in geheimer Sitzung, und zwar sollte der Ausschuß selbst auf solche geheime Sitzung antragen, da keiner der anderen Fälle vorliege, in welchen nach der Geschäftsordnung eine geheime Sitzung stattfinden müsse. — Dieser Antrag ward damit zu begründen gesucht, daß dieselben »zarten politischen Rucksichten noch fortbestünden und sämmtlichen verehrlichen Ausschußmitgliedern bekannt seyen, welche bei der letzten Ständeversammlung den damaligen Finanzausschuß zur Vortragserstattung in geheimer Sitzung bewogen hätten.« Im Ausschusse selbst erfolgte die Berichterstattung am 23ten Juni. Der betreffenden Sitzung wohnten die Staatsminister des Innern und der Finanzen v. Abel und Graf v. Seinsheim und die Ministerial-Kommissäre v. Bezold, v. Kleinschrodt und v. Wanner bei. Von ihrer Seite wurde nicht der geringste Einwand erhoben gegen den Inhalt des Vortrags. Der Ausschuß stimmte dem Antrage seines Referenten bei. In der geheimen Sitzung der Abgeordneten-Kammer vom 2. August 1843 erfolgte nun die vorbemerkte Berichterstattung. In der darauf stattgehabten Diskussion erörterte noch der Abgeordnete v. Thon-Dittmer die Natur des fraglichen Verhältnisses in der Weise, daß es sich nicht um Anerkennung einer Ausgabe, sondern eines Vorschusses handle, welche gewissermassen als Kassenschein zu behandeln, und bezüglich dessen nur zu erwägen sey, ob die in der offiziellen Erklärung ausgesprochene Haftung der Krone genüge. Der Finanz-Minister Graf v. Seinsheim bestätigte diese Darstellung und Auffassungsweise, so wie den Inhalt der Erklärung, und nach einer kurzen Diskussion, in welcher der Ministerialrath Herr v. Wanner erklärte, daß die Rechnung der Defensionskassa noch fortgeführt werde, und auch so die früheren Verhältnisse noch dieselben seyen, trat die Kammer einstimmig dem beantragten Beschlusse bei.

III. Verhandlungen auf dem Landtage von 1846. Der Landtag des Jahres 1846 begann. Der betreffende Referent des Finanzausschusses, Frh. v. Lerchenfeld, verlangte in einem durch das Kammerpräsidium beförderten Schreiben vom 12. Febr. 1846 nähere Aufschlüsse vom Finanzministerium über das griechische Anlehen, unter dem Beifügen, wie er glaube, sich der gröbsten Vernachlässigung seiner Pflichten, ja der schwersten Verantwortung auszusetzen, wenn er über die obwaltenden Verhältnisse nicht dem Ausschusse Mittheilung machte, um die ständischen Rechte zu wahren. Da er indessen nicht zweifle, daß das Finanzministerium die gewünschten Aufschlüsse zu geben und dadurch die Bedenklichkeiten zu beseitigen im Stande seyn werde, wodurch eine Behandlung so zarter Fragen in öffentlicher Sitzung überflüssig gemacht werden dürfte, so stelle er das Ersuchen, es möge das Finanzministerium die betreffenden Aufschlüsse ertheilen. Es erfolgte indessen hierauf von Seite des Finanzministeriums gar keine Antwort. Der 2. Ausschuß sah sich sonach veranlaßt, unterm 12. März (also nach einem vollen Monate) ein Monitorium zu erlassen, um so mehr, als man außerdem genöthigt seyn würde, über jene Verhältnisse in dem betreffenden Berichte an die Kammer das Nähere zu erörtern. Hierauf endlich erließ das Finanzministerium unterm 19. März ein Antwortschreiben, in welchem dasselbe, was das griechische Anlehen betrifft, in höchst unbestimmter Weise ausdrücklich auf die früheren Notizen hinwies und neuerdings verlangte, daß der Gegenstand nur in der bisher beobachteten »vertraulichen Weise« behandelt werde. In einem Schreiben vom 28. März erklärte jedoch der Finanzausschuß diese Mittheilung für durchaus ungenügend und forderte gehörigen Aufschluß. Das Finanzministerium ertheilte hierauf gar keine Antwort. Der 2. Ausschuß beraumte sonach eine Sitzung auf den 21. April an, zu welcher die Minister des Aeußern, des Innern und der Finanzen eingeladen wurden. Es läßt sich aus den Akten nicht ersehen, weder welchen Erfolg diese Einladung hatte, noch was in dieser Sitzung verhandelt und beschlossen wurde.

Dagegen liegt ein Schreiben des Finanz-Ministeriums vom 4. Mai 1846 vor, im Wesentlichen folgenden Inhalts: „Der Stand des fraglichen Anlehens sey noch derselbe, wie im Jahre 1843, da inzwischen keine Zahlung geleistet worden, was eine Folge der Umwälzungen sey, welche im Jahre 1843 in den innern Verhältnissen Griechenlands stattgefunden hätten — Auch die Schutzmächte hätten in den Jahren 1844 und 1845 die Zinsen und Abschlagszahlungen der unter ihrer Gewährschaft geschlossenen großen Anleihe selbst getragen, und Gleiches sey von der französischen Regierung noch im laufenden Jahre geschehen. Rußland und England hätten zwar die Vergütung der sie betreffenden Antheile verlangt, aber nichts weiter begehrt, als das Versprechen, die Sache an die Kammer zu bringen, und mit dieser über die Möglichkeit einer Abschlagszahlung zu berathen. Unter diesen Verhältnissen sey es nicht möglich gewesen, Leistungen von dem griechischen Staatsschatze zu verlangen, wozu ihm die Mittel gefehlt, und welche jedenfalls Einsprache von Seite der Großmächte hervorgerufen haben würden. Man habe sich darauf beschränken müssen, die Anerkennung des Anlehens von Seite der griechischen Regierung und dessen Aufnahme in das Budget mit der Aussicht, der baldmöglichen Abtragung der rückständigen Zahlungen zu erlangen, was auch geschehen, und worüber die Nachweise von dem kgl. bayer. Ministerresidenten zu Athen bereits geliefert worden seyen. Bei der Bereitwilligkeit, womit Griechenland früher stets gezahlt, und dem mäßigen Betrage der noch geschuldeten Summe, sey eine künftige Abtragung wohl in Aussicht zu stellen, wenn auch der Zeitpunkt derselben gegenwärtig nicht mit Gewißheit bestimmt werden könne. Ausser den schon früher vorgeführten Gründen für die blos konfidentielle und nicht öffentliche Verhandlung dieser Sache bestehe jetzt noch der fernere, daß die Vorsicht verlange, gegenüber der Gewährleistung der Schutzmächte, die bayerischen Forderungen nicht zu sehr in den Vordergrund zu stellen, um nicht Prioritätsfragen anzuregen, welche deren Abtragung in weite Ferne verschieben könnten, weshalb auf einer fortwährenden Geheimhaltung aller Verhandlungen bestanden werden müsse. — Bezüglich der Zinsen des fraglichen Anlehens zu zweimalhundertsechsundzwanzigtausend Gulden werde bemerkt, daß davon bereits siebenundfünfzigtausend Gulden mit der letzten Abschlagszahlung vom April 1843 abgetragen worden und sohin nur noch einmalhundertundzweiundsiebenzigtausend Gulden rückständig seyen, welche im Laufe der V. Finanzperiode für den Ausbau von Germersheim nicht nöthig seyen, *) so daß in dieser Hinsicht in keinem Falle eine Verlegenheit entstehen werde, auch wenn die Stockung in den Zinszahlungen des griechischen Anlehens selbst bis zum Beginn der VI. Finanzperiode fortdauern sollte.

*) Für den Bau der Festung Germersheim wurden indessen fortwährend Staatsgelder verwendet.

In einem umfassenden Berichte vom 8. Mai 1846 entwickelte Frhr. v. Lerchenfeld, als Referent des 2. Ausschusses, den geschichtlichen Hergang der ganzen Anlehensfrage. Er hob sodann hervor, daß sich seit dem letzten Landtage nichts weiter in der Sache geändert habe, als daß die Rückzahlung in noch weitere Ferne gerückt sey. Sodann wies er die Haftbarkeit der Krone für den wichtigen Wiederersatz der betreffenden Staatsgelder nach, insbesondere Folgendes hiebei bemerkend: »Da stillschweigen, da wo sprechen Pflicht wäre, also namentlich da, wo eine Behauptung des Rechtes oder Anspruches von der einen Seite ausgesprochen, von der entgegengesetzten nicht widersprochen wird, nach der bekannten Regel „qui tacet consentit“, als Anerkenntniß gilt, so kann über die Haftungsverbindlichkeit der Krone für die wichtige Wiederherstellung des fraglichen Darlehens an die bayer. Staatskassa kein Zweifel bestehen, nachdem die königlichen Minister diese Behauptung weder in der Antwort auf das Schreiben des 2. Ausschusses vom 11. Mai 1843, welches dieselbe enthält, noch in den Sitzungen des 2. Ausschusses vom 23. Juni und der Kammer vom 2. August, in welchen dieselbe wiederholt von dem Referenten aufgestellt wurde, widersprochen habe.

Der Referent stellte schließlich den Antrag: „Da die Rückzahlung an und für sich gesichert erscheine, die Rückzahlungsfrist noch nicht völlig abgelaufen, und vorerst die betreffende Summe zu keiner besondern Verwendung bestimmt sey, so glaube er, in der Voraussetzung, daß die königliche Regierung den Ständen bei dem nächsten Landtag, wo bei Gelegenheit des Budgets die Frage dieses, einen fiktiven Kassenbestand bildenden Anlehens jedenfalls zur Erledigung kommen müsse, genügende Vorlagen über die Rückzahlung dieses Betrags machen werde. Der Kammer vorschlagen zu sollen, sie möge beschließen: „daß in der Voraussetzung, es werde die Regierung bei dem nächsten Landtage genügende Vorlage über die Rückzahlung der aus der Staatskassa entnommenen und der französischen Defensionskassa, beziehungsweise Griechenland vorgeschossenen 1,233,333 fl. 20 kr. den Ständen machen, von weiteren Anträgen in dieser Sache vorerst Umgang genommen werden.“ Am 12. und 15. Mai fanden Sitzungen des 2. Ausschusses wegen des fraglichen Gegenstandes statt, welchen unter Anderen die Minister des Innern, des Aeußern und der Finanzen, Herren v. Abel, v. Giese und Graf Seinsheim, beiwohnten. Die genannten Minister sprachen aus, sie seyen zu der Erklärung ermächtigt: „daß dem nächsten Landtage jedenfalls über die Vereinigung der auf das griechische Anlehen bezüglichen Fragen werde eine Vorlage gemacht und vorher schon alle Einleitungen getroffen werden, um die Rückzahlung von Seite der griechischen Regierung selbst mit der Erwägung zu bewirken, ob nicht die Appanage Seiner Majestät des Königs Otto zurückbehalten werden könnte.“ Der Ausschuß stimmte dem Antrage seines Berichterstatters bei. Dem Protokolle über die gedachte Ausschußsitzung liegt eine jedoch nicht unterzeichnete, schriftliche Erklärung bei, des Inhalts: die Minister seyen zu der Erklärung ermächtigt, welche oben bereits angegeben ist. Am 16. Mai 1846 wurde der Gegenstand in der Abgeordneten-Kammer verhandelt und zwar wieder in geheimer Sitzung, die drei Minister des Innern, der Finanzen und des Aeußern wohnten derselben bei. Dieselben hatten gegen den ganzen Vortrag des Berichterstatters Nichts zu erinnern. Die Kammer beschloß einhellig, dem Antrage des Referenten beizutreten, somit von der Sache Umgang zu nehmen, „in der Voraussetzung, es werde die Regierung bei dem nächsten Landtage genügende Vorlage machen über die Rückzahlung der fraglichen aus der Staatskassa entnommenen Gelder.“ (Auch dieses Aktenstück entbehrt der Mitunterschrift von drei Kammermitgliedern.

IV. Gegenwärtiger thatsächlicher Stand der Sache. Auf den beiden außerordentlichen Landtagen von 1847 und 1848 wurde, so viel sich aus den vorliegenden Akten ersehen läßt, die Frage wegen des sogenannten griechischen Anlehens nicht berührt. Auf dem gegenwärtigen Landtage mußte sich daher der Referent des Finanz-Ausschusses über die allgemeinen Staatseinnahmen verpflichtet erachten, den Gegenstand alsbald in Anregung zu bringen, um so mehr, als die Verhältnisse der Zeit ungewöhnliche Opfer in Anspruch nehmen. In einem Schreiben vom 11. Febr., dessen Inhalt durch den Herrn Präsidenten des 2 Ausschusses und darauf durch das Präsidium der Kammer zur Kenntniß des Finanzministeriums gebracht ward, wurde das gedachte Ministerium ersucht, der im J. 1846 ertheilten bestimmten Zusage möglichst bald nachkommen zu wollen, „daß dem nächsten Landtage jedenfalls über die Vereinigung der betr. Frage eine Vorlage gemacht werde.“ Da jedoch hierauf in der nächsten Zeit keine Antwort erfolgte, vielmehr am 24. Febr. von dem Hrn. Finanzminister ein Gesetzentwurf wegen Erhebung einer neuen Steuer im Betrage von 25 Beischlagsprozenten zu allen bereits bestehenden direkten Steuern eingebracht ward, so fand sich der 2 Ausschuß veranlaßt, noch unterm 24. Febr., indem er um die Mittheilung verschiedener Aufschlüsse ersuchte, zugleich seine Anforderungen wegen der betreffenden Vorlage zu wiederholen.

Unterm 2. März erfolgte hierauf die Antwort von Seiten des Staatsministeriums des k. Hauses und des Aeussern, benehmlich mit dem Finanz-Ministerium. Dieselbe verweist der Hauptsache nach auf zwei Beilagen. Die erste derselben setzt die Entstehung des ersten bereits abgetragenen s. g. griechischen Anlehens auseinander; die letzte handelt von dem noch obschwebenden Darlehen. Es wird über die Art des Entstehens desselben berichtet, die nicht erfolgende Abtragung der Schuld den Begebenheiten in Griechenland v. J. 1843 beigemessen, und besonders noch bemerkt: Man habe sich nunmehr, um eine Einsprache der Großmächte zu vermeiden, darauf beschränken müssen »eine Anerkennung der vorgeschossenen Gelder von Seite der griechischen Regierung und deren Aufnahme in das Budget mit der Aussicht auf baldmögliche Abtragung der im Rückstande befindlichen Zahlungen zu betreiben.« Die Vorschüsse beruhten auf »so heiligen Verträgen«, daß hinsichtlich der »Anerkennung der Schuld und Zahlungs-Pflichtigkeit der griechischen Regierung keinem Zweifel Raum gegeben werden dürfe« — Die neuesten gesandtschaftlichen Berichte aus Athen ließen »die Geneigtheit des gegenwärtigen Ministeriums zur Vereinigung dieser Angelegenheit in erfreulicher Weise erkennen.« — Es sey »alle Aussicht vorhanden,« daß dem Darlehen auch eine Seite der griechischen Kammern die »formelle Anerkennung zu Theil werde«, — sey es durch Erwähnung des fraglichen Anlehens im griechischen Budget, oder sey es durch einen andern Akt.

Die Vorlage schließt mit den Worten: „Wenn gleich an eine Wiederaufnahme der Zahlungen von Seite des k. griechischen Schatzes unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch nicht zu denken ist, so kann dennoch erwartet werden, daß die zur wiederholten vollständigen Anerkennung und Sicherstellung der aus den Konventionen mit Griechenland erwachsenen Rechte unausgesetzt gemachten Schritte nicht ohne günstigen Erfolg bleiben werden.“ Da in diesem Aktenstücke von der

früher ausdrücklich verheißenen Vorlage wegen endlicher Bereinigung der Sache auch nicht entfernt die Rede ist, so beschloß der 2 Ausschuß, die beiden Herren Minister des Aeußeren und der Finanzen zu einer Ausschußsitzung auf den Abend des 3 März einzuladen. Dieselbe fand zwar statt, gewährt aber kein weiteres Ergebniß, indem namentlich der Hr. Minister des k. Hauses und des Aeußeren sich außer Stand erkläte, eine Zusicherung zu ertheilen, bezüglich sofortiger Abtragung der dem bayr. Staate geschuldeten Summe.*)

V. **Beleuchtung des gesammten Verhältnisses.** Die ganze Geschichte des s. g. griechischen Anlehens, alle Vorgänge, welche im Zusammenhange damit stehen, gewähren uns ein sprechendes Bild des Zustandes, in welchem sich das Verfassungswesen in Bayern vor der deutschen Märzrevolution befand. Es zeigt dieses Vorkommniß in allen Einzelheiten, wohin es führt, wenn nicht eine nach freisinnigen Grundsätzen gewählte, nicht eine undecimirte, „wahre Volksvertretung vorhanden,“ wenn eine Repräsentation dabei nicht mit den nöthigen Mitteln ausgestattet ist, dem Volksrechte auch gebührende Achtung zu verschaffen, — wenn der ganze Konstitutionalismus nicht dem Wesen, sondern nur dem Scheine nach besteht. Es handelt sich um ein Vorkommniß, das man sich klar machen muß, damit es als warnendes Beispiel für die Zukunft diene. Gegen die ausdrückliche Bestimmung der Verfassungs-Urkunde wurde ein bayer. Heer nach Griechenland gesendet; — gegen deren ausdrückliche Bestimmungen; denn nach Tit. IX. §. 1 der V.-U. ist der Bayer nur verpflichtet, zur V e r t h e i d i g u n g s e i n e s V a t e r l a n d e s mitzuwirken, nach §. 2 unterhält der Staat nur z u s e i n e r V e r t h e i d i g u n g eine stehende Armee; nach §. 6 hat diese Armee nur zu handeln gegen den ä u ß e r n F e i n d und zur Aufrechthaltung der Ordnung im Innern, — Fälle, vor denen auch nicht einer hier vorlag. So wurden denn für, dem Vaterland fremde Zwecke, Hunderte und Tausende der Söhne Bayerns in Griechenland hingeopfert, weggerafft durch ein mörderisches Klima, weggerafft durch Anstrengungen und Entbehrungen, oder durch das Schwert oder die Kugeln der Hellenen, die zu bekämpfen der bayr. Staat keine Verpflichtung, sogar keinen Grund, keine Veranlassung hatte. — Die damaligen Stände aber schwiegen. — Die Presse ohnehin hatte man schmachvoll geknebelt. — Millionen bayer Staatsgelder wurden verausgabt aus Veranlassung der den bayer. Staatszwecken unbedingt fremden s. g. Griechischen Frage.“ Es konnte dies kein Geheimniß bleiben; jedermann wußte davon. Die Stände aber schwiegen. Sie meinten um so mehr schweigen zu müssen, als die musterhafte Ordnung des Staatsrechnungswesens auf dem Papiere, jene notorische Verwendung von Millionen zu fremden Zwecken nicht erkennen ließ, indem die vorgelegten Rechnungen eben nichts davon angaben.

Erst als die g r i e c h i s c h e Regierung genöthigt ward, ihr Budget und ihre Rechnungen zu veröffentlichen, konnte es kein Geheimniß bleiben, daß bayerische Staatsgelder nach Griechenland geliehen worden waren. Nun mußten die Stände in Bayern Kenntniß von der Sache nehmen (1840.) Aber man ließ es geschehen, daß ein Minister blos einem Ausschusse und nur „konfidentiell“ Auskunft gab über Angelegenheiten der Staatskasse, mit der, freilich seitdem auf ihren gebührenden Werth gebrachten Bedingung, daß darüber n i e eine Verhandlung in öffentlicher oder g e h e i m e r Sitzung der Kammer stattfinden dürfe! Der Finanzausschuß glaubte 1840 an die Abg.-Kammer die Versicherung ertheilen zu können, daß das Darlehen an Griechenland aus Geldern gegeben worden sey, welche in den Bereich der ständischen Wirksamkeit nicht gehörten, obgleich die Abgeordnetenkammer damals ihren Beschluß von 1831 noch nicht aufgehoben hatte, nach welchem sie die Defensionsgelder als Staatsgelder betrachtete. Der Kenntniß der Kammer selbst wurden a l l e, den Gegenstand betreffenden Urkunden vorenthalten, der Minister Hr. v. Abel erklärte auf's Bestimmteste, daß es sich um solche Gelder handle, bezüglich welcher ganz und gar keine Verbindlichkeiten noch Haftungsverpflichtungen bezüglich der in den ständischen Wirkungskreis fallenden Staatskassen beständen. — Beide Kammern verwahrten sich indessen doch durch einen Gesammtbeschluß vom 6. April 1840 in der Beziehung, daß an die hiebei in Frage gekommenen s. g. Defensionsgelder überhaupt ganz und gar keine Verbindlichkeiten, noch auch Haftungsverpflichtungen für die Staatskassen sich knüpfen dürften, worauf der König in dem Landtags-Abschiede ausdrücklich die Zusicherung wiederholte, daß solche Verbindlichkeiten und Haftungen zu keiner Zeit ohne verfassungsgemäße Begründung würden in Anspruch genommen werden.

Indessen aber wurde thatsächlich schon im Jahre 1840—41 über eine Million für den Germersheimer Festungsbau — zu welchem die Defensionsgelder bestimmt waren — aus den unmittelbaren Staatskassen hinweggenommen, eben in Folge jener Entfremdung der Defensionsgelder von ihrem Zwecke. Darauf Verhandlungen auf dem Landtage von 1843, wieder in geheimen Sitzungen, — Betheuerungen, daß S. Maj. der König persönlich die Vertretung, die Haftung trage; theils stillschweigende, theils ausdrückliche Zustimmung der im Aus-Ausschusse und in der betr. geheimen Kammersitzung anwesenden Minister, Hrn. v. Abel und Graf Seinsheim, endlich vermittelst jener Versprechen und Zusicherungen — Herbeiführen eines Beschlusses der Kammer, sich bei der Sache zu beruhigen, auf den Grund jener Zusicherungen. Auf dem Landtage von 1846 erfolgten wiederholt Verhandlungen, — noch immer in geheimer Sitzung. Der Referent des 2 Ausschusses, Frh. v. Lerchenfeld, wies unwiederlegbar die Haftungsverpflichtung des Königs persönlich für Wiedererstattung der fragl. Summe nach: er erachtete indeß hiedurch die betr. Gelder des Staates gesichert, und glaubte im Uebrigen, daß in den bayer. Staatskassen keinerlei Verlegenheiten durch das augenblickliche Nichtvorhandenseyn der erwähnten Gelder entstehen würde, die Abgeordneten beschlossen nun, vorerst Umgang von der Sache zu nehmen.

Es geschah dies aber unter den eben angegebenen Voraussetzungen, und auf das bestimmte Versprechen der Minister hin, sie seyen zu der Erklärung ermächtigt, daß dem nächsten Landtage Vorlage zur Bereinigung, d. h. Rückzahlung jener Schuld werde gemacht werden, wobei die gedachten Minister selbst auf ein Zurückbehalten der Appanage des Königs Otto hinwiesen. Auch erhoben die in der geheimen Sitzung der Abg vom 16. Mai 1846 anwesenden 3 Minister, des Innern, der Finanzen und des Aeußern, — Herr v. Abel, Graf Seinsheim und v. Giese — gegen den Vortrag des Referenten, in welchem die persönliche Haftung des Königs nachgewiesen wird, nicht die geringste Einsprache. Aus der gesammten Aktenlage ergibt sich, daß man die Sache vor dem Jahre 1846, und zwar leider selbst von Seite vieler Organe der Kammer, nie mit voller Offenheit behandelte. Man drehte und wendete sich nach allen Richtungen, und suchte die Frage nicht sowohl festzustellen und zu lösen, als vielmehr dieselbe zu umgehen. — Immer wieder sprach man von den zarten Rücksichten, und dergl. vermied aber dabei desto sorgsamer alles dasjenige, was hätte geschehen müssen, wenn mehr als ein leerer, staatsverderblicher Schein-Constitutionalismus bestanden hätte, wenn die Verfassung — selbst mit allen ihren großen Fehlern — eine Wahrheit gewesen wäre. Was die in drei geheimen Sitzungen der Abgeordnetenkammer (1840, 1843 und 1846) in dieser Sache gefaßten Beschlüsse anbelangt, so ist deren Inhalt bei der heutigen Lage der Dinge im Wesentlichen ohne Bedeutung. Wäre es anders, so würden diese Beschlüsse, sowie dieselben vorliegen, dem Volke gegenüber, als null und nichtig in jeder Beziehung erklärt werden müssen. In materieller Rücksicht hatte man die Kammer von 1846 zu Beschlüssen veranlaßt, während man ihr (namentlich 1840) die Kenntnißnahme der wichtigsten, ja sogar aller Urkunden in der Sache vorenthalten hatte. Auch in der Folge — vor 1846 — bestimmte man die Kammer zu Beschlüssen auf nicht vollständige, deßhalb unrichtige Darstellungen der Verhältnisse hin, namentlich was die Sicherung des Kapitals und das Einhalten der angegebenen Zahlungsfristen betrifft. Dabei ward sogar, im augenscheinlichen Widerspruche gegen die klare Bestimmung des §. 79 der Geschäftsordnung niemals den Kammermitgliedern auch nur der betr. Ausschußbericht gedruckt oder lithographirt mitgetheilt, weder innerhalb noch außerhalb der vorgeschriebenen Zeitfrist. Sogar formell tragen die gedachten Protokolle den Stempel der Nichtigkeit an sich, indem auch nicht eines der Kammerprotokolle von drei Abgeordneten mitunterzeichnet wurde: gegen die ausdrückliche Vorschrift der §§. 66 u. 73 der Geschäftsordnung, gegen jene des §. 1 des Gesetzes vom 9. Sept. 1831 und sogar gegen die Bestimmung des §. 1 Lit. U. des X. Edikts.

Der Reichsrathskammer ohnehin wurde der Gegenstand auf keinem Landtag förmlich zur Vorlage gebracht, und so konnten denn auch Gesammtbeschlüsse beider Kammern niemals zu Stande kommen. Was die Sicherung des Kapitals und die Rückzahlungen von Seiten Griechenlands anbelangt, so haben sich die Verhältnisse von Jahr zu Jahr düsterer gestaltet. Wie bei der Fata morgana verschwindet der Gegenstand, um den es sich handelt, gerade in dem Maaße, in welchem man demselben näher zu kommen hoffte. Anfangs betheuerten die Minister, sich im Besitze der festesten Garantien unter Hypothekarverschreibungen zu befinden; das Einhalten der Zahlungsfristen von Seite Griechenlands ward als über jeden Zweifel erhaben dargestellt. Später mußte man freilich zugestehen, daß die Termine nicht eingehalten wurden, daß man neue Fristen zu gewähren sich genöthigt gesehen, aber das Kapital sey aufs Beste gesichert. Im Jahre 1846 war indessen auf einmal die Rede davon, daß man sich habe darauf beschränken müssen, auf die Anerkennung des A n l e h e n s von Seite der griechischen Regierung und dessen Aufnahme in das griechische Budget, hinzuwirken, — damals noch „mit der Aussicht der bald möglichen Abtragung.“ Im Jahre 1849 nun vernehmen wir nochmals, daß „alle Aussicht“ vorhanden sey auf — eine formelle A n e r k e n n u n g“ der Schuld; allein was eine Wiederaufnahme der Zahlungen von Seite des k. griechischen Schatzes betrifft, so kann auch nicht eine im Geringsten genügende Aussicht eröffnet werden. Es ist überflüssig, hier näher auf die längst offenkundige Thatsache einzugehen, daß von Seite Griechenlands sogar schon Gegenforderungen aufgestellt werden wollten. — Es sey hier noch bemerkt daß sich der Betrag der Forderung des bayerischen Staates, soviel aus den vorliegenden Akten zu ersehen, folgendermassen stellt: Kapital 1,233,333⅓ fl. — kr. Zinsen vom November 1842 bis November 1848 zu 4 Proc. 296,000 fl. zusammen 1,529,333⅓ fl.

Hierzu kommen noch die laufenden Zinsen. (Zinseszinsen sind ohnehin nicht gerechnet.) Der bayerische Staat ist hiebei ferner noch im augenscheinlichen Verluste dadurch, daß ihm hier blos 4 Prozent Zinsen vergütet werden sollen, während er selbst zu 6 Prozent Gelder aufzunehmen suchen muß. Uebrigens kommt der Betrag des fragl. Guthabens beiläufig gerade derjenigen Summe gleich, zu deren Aufbringung eben die Erhebung einer neuen Steuer von der Regierung vorgeschlagen wurde. Es wird daher dieser Gegenstand um so unnachsichtlicher behandelt werden müssen, als gerade in Folge der Entbehrung dieser Gelder eine Erhöhung aller direkten Steuern von 25 Prozent gefordert wird, welche neue Last in der jetzigen Zeit, — voll der Nachwirkungen von Theuerungsjahren, und bei dem völligen Darniederliegen aller Geschäfte — äußerst drückend, ja vielfach erdrückend für das Volk seyn würde und als die Bewilligung einer derartigen Belastung um so unverantwortlicher erscheinen müßte, so lange Staatsgelder vorhanden, die zu bayerischen Staatszwecken gar nicht verwendet sind. 6. Anträge. Unter den obwaltenden Verhältnissen wird es wohl kaum einem Zweifel unterliegen können, daß es unbedingt P f l i c h t der Volksvertretung ist, alle gesetzlichen Mittel anzuwenden, um einerseits die sofortige Rückzahlung der dem bayerischen Staate gehörenden, den verfassungsmäßigen Zwecken entfremdeten Gelder, deren Bayern zu seinen eigenen Zwecken überdies dringend bedarf, zu erwirken, — andererseits diejenigen verantwortlichen Beamten wirklich zu Verantwortung zu ziehen, welche Staatsgelder zu anderm, als Staatszwecken, verausgabt haben. Was vorerst diese Beamten anbelagt, so wird deren Haftung für den Rückersatz der Gelder, soweit ihr Vermögen reicht, wohl von keiner Seite in Zweifel gezogen werden können.

Was sodann die in den Akten vielfach erwähnte Einziehung der Appanage des Königs Otto betrifft, so ist der Betrag derselben mit 80,000 fl. von dem gedachten Fursten als Unterpfand verschrieben, und es ist das Recht zur Einziehung der gedachten Appanage von keiner Seite beanstandet, vielmehr von den Ministern selbst in der Erklärung vom 15ten Mai 1846 bereits ausdrücklich darauf hingewiesen. Indessen läßt es sich unschwer erkennen, daß auf diese Weise die verausgabten Summen dem Staate nur zum kleinsten Theile werden zurückersetzt werden können. Es ist darum den Volksvertretern durch die ihnen auferliegende heilige Pflicht gegen das Volk unabweisbar geboten, zu prüfen, ob nicht noch eine anderweitige Haftung besteht. Aus den vorliegenden Akten ergibt sich, wie König Ludwig durch seine Minister den Ständen wiederholt aufs Bestimmteste erklärte, daß er selbst, also persönlich, die Haftung für die Defensionsgelder vertrete oder trage; daß niemals und zu keiner Zeit die in den Bereich der ständischen Wirksamkeit fallenden Kassen wegen dieser Defensionsgelder würden in Anspruch genommen werden. Eine solche Erklärung ward nicht nur in Ausschuß- und geheimen Kammersitzungen durch königliche Minister, sie wurde auch förmlich im Landtagsabschiede vom Könige selbst ertheilt, somit das Königswort auf's Unzweifelhafteste verpfändet.

(Schluß folgt.)

*) In der Ausschußsitzung vom 5 März bemerkte übrigens der Herr Minister des Aeußeren, daß die erfolgte Mittheilung allerdings nicht als Erledigung der zugesagten Bereinigung der Sache weder betrachtet werden könne noch solle.

München

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 12 März 1849 **№ 71** **Montag: Gregor.**

Deutschland.

Bayern. †° (Munchen, 8. März.) [Schluß des in der gestrigen Beilage abgebrochenen Artikels über das griechische Anlehen.] Die Verausgabung der betr. Gelder erfolgte aber nicht nur auf den Befehl des Königs Ludwig, sondern es fand auch deren Verwendung zu den Privat- zu den Familienzwecken, sonach zum Privatnutzen desselben statt. Aus diesem Umstande würde die Haftung des Privatvermögens des Königs Ludwig allein schon folgen, wenn derselbe auch nirgendwo und in keiner Weise irgend eine Haftung ausdrücklich übernommen hätte.

Als konstitutioneller Fürst war König Ludwig unzweifelhaft unverantwortlich. Diese politische Unverantwortlichkeit der Person des Staatsoberhauptes schließt aber natürlich eine Verpflichtung zur pecuniären Erfüllung der privatrechtlichen Verbindlichkeiten in nichts aus. Wer diesen Satz bestreiten wollte, müßte auch unbedingt in Abrede stellen, daß ein constitutioneller Fürst angehalten werden könne, die Rechnung des Handwerkers, der ihm die Kleider, die Wohnungsgeräthschaften gefertigt, oder überhaupt die Rechnung jedes Bürgers, von dem er Dieses oder Jenes gekauft, zu berichtigen. Die hier ausgesprochene Ansicht ist in den Ländern, in welchen sich die constitutionellen Einrichtungen seit längerer Zeit entwickelt haben, so unbedingt, nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch anerkannt, daß in England einem Könige wegen einer Privatschuldforderung der Wagen, in dem er eben fuhr, auf der Strasse angehalten und gepfändet ward; der Grundsatz steht so fest, daß in Frankreich während der Regierung Ludwig Philipp's Dutzende von Civilprozessen gegen denselben vor den gewöhnlichen Gerichten anhängig gemacht wurden, in denen dann der gedachte Fürst durch den Intendanten seiner Civilliste oder seiner Privatgüter vertreten, dabei aber stets als Privatmann behandelt, und geeigneten Falles zu Geldentschädigungen unbedingt verurtheilt ward, ohne daß irgend Jemand ein Bedenken darüber äußerte, und ohne ohne daß der König selbst die Einrede einer Unverantwortlichkeit in solchen Dingen irgendwie erheben ließ.

Die Verneinung des hiebei vorwaltenden Grundsatzes würde zur Folge haben, daß alle und jede Rechtssicherheit aufhörte, sobald eine Person oder Korporation mit einem Fürsten in irgend eine Berührung käme — ein Verhältniß, das einerseits für jeden Fürsten selbst mit unabsehbaren Unannehmlichkeiten verknüpft wäre, andererseits aber die Grundlage jeder Verfassung (nämlich eben die Rechtssicherheit in allen Beziehungen) aufheben müßte. Nachdem nun die fragl. bayerischen Staatsgelder zum Nutzen des Königs Ludwig oder eines Gliedes seiner Familie verwendet worden; nachdem er sodann auch ferner (wie es in dem Schreiben des Finanz-Ministeriums an das Präsidium der Abgeordneten-Kammer vom 4. Mai 1846 ausdrücklich heißt) als „königlicher Vater“ (in der geeigneten Zeit) nicht wohl unnachsichtlich auf Zahlungen bestehen könnte,“ während die dem Könige Otto fremden Großmächte Nachsicht gewährt hätten; — nachdem König Otto selbst in seiner Schuldurkunde vom 10/22. März 1836 ausdrücklich ausgesprochen, seine dankbare Anerkennung dieser (durch das Darlehen bethätigten) „väterlichen Sorgfalt,“ so ergibt sich wohl mit Nothwendigkeit, daß König Ludwig aus seinem Privatvermögen jene Summe dem bayerischen Staate jedenfalls zurückzuersetzen hat, selbst ganz abgesehen von der vielfach ausdrücklich gegebenen Versicherung einer deßfallsigen Haftung.

Nach Erledigung dieses Punktes erübrigt noch, zu untersuchen, in wie ferne nicht eine strafrechtliche Haftung gegen denjenigen, oder diejenigen Beamten in Anspruch zu nehmen ist, welcher oder welche die Auslieferung von unzweifelhaften Staatsgeldern zu Privat- oder überhaupt zu andern, als finanzgesetzlich gerechtfertigten Ausgaben, verfügten. Der Betrag der sogenannten „griechischen Anlehe,“ wurde bekanntlich ursprünglich aus den französischen „Defensionsgeldern“ entnommen. Ueber die Eigenschaft derselben, ob sie eigentliche Staatsgelder, oder blos ein Depositum in den Händen des Königs seyen, herrschte Meinungsverschiedenheit. Dieselbe ward jedoch beseitigt durch den Gesammtbeschluß beider Kammern vom 6. April 1840, und die daraufhin an Landtagsabschiede erfolgte königliche Erklärung, wonach die Eigenschaft jener Gelder als Depositum durch sämmtliche gesetzgebende Gewalten anerkannt wurde. Wegen Auslieferung der wirklichen „Defensionsgelder“ an Griechenland könnte daher eine strafrechtliche Verfolgung wider den damaligen Finanzminister wohl nicht eingeleitet werden, wenn derselbe auch nicht mittlerweile verstorben wäre. Anders gestaltet sich aber die Frage in so ferne, als nach Erschöpfung der gedachten Defensionsgelder vom Jahre 1840/41 an, der damalige Finanzminister oder wer sonst, die Auslieferung unzweifelhafter Staatsgelder verfügte, um die fehlenden Beträge eines Depositums zu ergänzen, welches in die bayer. Staatskassen nicht niedergelegt worden war. Hier ist offenbar eine Handlung begangen worden, die in das Bereich der gewöhnlichen Strafgesetzgebung fällt, und welche, da sie politischer Art nicht ist, sowohl nach der Natur der Sache, als nach Anleitung des Art. XIII. des Ministerverantwortlichkeitsgesetzes, als gewöhnliches Amtsvergehen vor den Richterstuhl der gewöhnlichen Gerichte gehört.

Nach den vorstehenden Erörterungen dürfte folgender Antrag gerechtfertigt seyn. Die Kammer der Abgeordneten möge beschließen: 1) derjenige Beamte, oder diejenigen Beamten, welche die Auslieferung bayerischer Staatsgelder behufs eines Darleihens an den König oder die Krone von Griechenland verfügten, sind schleunigst auf civilrechtlichem Wege, soweit möglich zum Rückersatze anzuhalten; 2) die fernere Auszahlung der Appanage, welche König Otto von Griechenland, als bayerischer Prinz bezieht, und welche von demselben für die richtige Rückzahlung des sogenannten „griechischen Anlehens“ verpfändet wurde, ist, bis zur Abtragung der gedachten Schuld sofort einzustellen; 3) es sind unverzüglich die geeigneten Schritte einzuleiten, um den schleunigsten Rückersatz der gedachten Staatsgelder, soweit diese nicht anderweit gedeckt werden, aus dem Privatvermögen des vorigen Königs Ludwig von Bayern zu erlangen; 4) derjenige Beamte oder diejenigen Beamten, auf deren Weisung die Auslieferung der mehrerwähnten Staatsgelder zu andern als bayerischen Staatszwecken erfolgte, sind sofort wegen gewöhnlichen Amtsvergehens den gewöhnlichen Gerichten behufs Einleitung eines strafrechtlichen Verfahrens, unter Vorlage der betreffenden Akten, zur Anzeige zu bringen; 5) die sämmtlichen Minister sind, jeder, soweit der Gegenstand in das Bereich seines Wirkungskreises einschlägt, zur unverzüglichen Anordnung der nöthigen Weisungen aufgefordert. München den 5. Mai 1849. Georg Friedrich Kolb.

†° (München, den 5. März.) Protokoll des II. Ausschusses. Gegenwärtig: der Staatsminister des königlichen Hauses und des Aeußeren Herr Graf Bray, der Staatsminister der Finanzen Herr von Weigand, der I. Präsident der Kammer der Abgeordneten Freiherr von Lerchenfeld, der II. Präsident Herr Graf Dux-Hegnenberg, die Ausschußmitglieder: Herr Schüler, Vorstand. Herr Binder, Herr Kolb von Speyer, Referent, Herr Langguth, Herr Schlund, Herr Steinhäuser, Sekretär.

In der heute Abend um 6 Uhr stattgefundenen Ausschußsitzung, welcher die nebenbezeichneten Herren Minister und Abgeordneten beiwohnten, erstattete Herr Abgeordneter G. F. Kolb Vortrag über den Stand des sogenannten griechischen Anlehens. Von sämmtlichen Mitgliedern des Ausschusses wurde sein Referat gutgeheißen, und den von ihm gestellten Anträgen einstimmig beigepflichtet. Hierüber wurde gegenwärtiges Protokoll aufgenommen und unterzeichnet. Friedrich Schüler, G. F. Kolb, F. Schlund, P. Binder, Langguth, Steinhäuser, Sekretär.

(München, den 9. März.) Erhebend war die gestern Abend den Abgeordneten der Linken vom Märzverein dargebrachte Serenade. In kräftigen Reden wurde die Geschichte dieser Kammer dargestellt und das tiefe Bedauern ausgedrückt, daß eine Kammer, auf deren Majorität das Volk vertrauensvoll blickte, jetzt in so wichtiger Zeit vertagt wurde. Dr. Ringler sprach schöne, herzergreifende Worte und brachte dem linken Centrum und der Linken, welche auf die leerste aller Thronreden so kernig geantwortet, ein donnerndes, weithinschallendes Hoch. Der Abgeordnete Waibel verglich den März des vorigen Jahres mit dem diesjährigen, in welchem man sich täuschte, als man glaubte, er werde Besseres bringen; er sprach sich darüber aus, wie die Kammer heute die Verkündigung eines neuen Ministeriums erwartet, statt dessen aber einige Minister, von denen man gar nicht wußte, welches Portefeuille sie hätten, wie stumme Fische am Ministertische gefunden, und von einem derselben endlich die Vertagung der Kammern vernommen hatte. Mit einem Lebewohl an die zahlreich versammelte Menge schloß er. Nachdem beiderseits noch die herzlichsten Lebehochs und Toaste auf Deutschland und dessen freie Männer ausgebracht worden, gingen die Theilnehmer an der Serenade ruhig auseinander. Leider war die Demonstration nicht vom Wetter begünstigt.

(B. Landb.)

†† (Nürnberg, den 11. März.) Der Theil der Abgeordneten, die der Linken der bayerischen Volkskammer angehören, und gestern sich leider nur kurze Zeit hier aufhielten, wurden bei ihrer Abfahrt am kgl. Bahnhofe von Deputationen begrüßt und erwiederten in schöner Weise diese Volksgrüße.

(Speyer, den 8. März.) Gestern Abend bildete sich hier unter dem Vorsitze des Predigers Schmidt von Löwenberg eine freie christliche Gemeinde. Nach vielseitigem Verlangen veranlaßte Notar Reichard seinen Freund Schmidt hierher zu kommen; dieser traf gestern hier ein und hielt des Abends im Kaiserschen Saale eine sehr besuchte Versammlung ab. Nachdem mit wenig Worten der Zweck der Versammlung auseinander gesetzt worden, verbreitete sich Schmidt über das Wesen und die Bedeutung der freien christlichen Gemeinde in ausführlicher Rede, ließ sodann die Grundsätze der Kaiserslauterer Gemeinde verlesen, erörterte die einzelnen Abschnitte, und warnte am Schlusse Jedermann, sey er Katholik oder Protestant, vor einem übereilten Beitritte, forderte, was allgemein sehr beifällig aufgenommen wurde, mit Reichard auf, diesen Schritt vorerst im Familienkreise zu berathen, und dann zu handeln, damit nicht schon von Anfang an Mißvergnügen entstünde. Nach dem Schlusse zeichneten sich dennoch 33 Männer ein. Am Palmsonntage findet der erste Gottesdienst dahier statt.

(N. Sp. Z.)

(Würzburg, den 8. März.) Zu den für den Krieg nach Schleswig-Holstein designirten Truppen-Abtheilungen soll von Bayern eine Brigade beigegeben werden. Die kleinen Staaten stellen hiezu ihre Kontingente. Der Abmarsch soll bald erfolgen. (N. W. Z.)

** (Frankfurt, 9. März.) [183. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Den Anfang der Sitzung bilden eine Erklärung der hannöverschen Regierung, ferner Austritts- und Eintrittsanzeigen von Abgeordneten der Reichsversammlung, mehrere Offiziere der Germersheimer Besatzung steuern zur deutschen Flotte 22 fl bei. Bock bringt 2 Petitionen vor, betreffend die Leitungen der Wehrpflicht, die auch zur See sollte, so gut wie auf dem Lande ge-

leistet werden können. Die Petition geht günstig vom Wehrausschuß begutachtet dem Reichs-Ministerium zur Berücksichtigung zu. Jucho interessirt das Reichsministerium über seine Maßnahmen, um die Gesetzgebungen der Einzelstaaten in Bezug auf das allgemeine deutsche Wechselrecht vor etwaigen Partikulargesetzgebungsübergriffen zu schützen. Der Tagesordnung nach kommt die Ergänzungswahl dreier Mitglieder in den Wehrausschuß. Die Stimmzettel dazu werden eingesammelt. Hierauf zweite Lesung der noch übrigen Paragraphen des Grundrechte-Entwurfs und Berathung darüber. §. 44 wird sogleich, wie ihn der Ausschuß gefaßt, angenommen: Jedes Grundstück soll einem Gemeindeverbande angehören. Beschränkungen wegen Waldungen und Wüsteneien bleiben der Landesgesetzgebung vorbehalten. Nach einer kurzen Debatte, worin der bekannte Uhland'sche Antrag, „daß eine Landesverfassung durchaus nicht einseitig vom Landesoberhaupt gegeben oder abgeändert werden darf", empfohlen wird, steht §. 45 folgendermaßen in seiner Reihe: Jeder deutsche Staat soll eine Verfassung mit Volksvertretung haben.

§. 46 lautet: Die Volksvertretung hat eine entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung, bei der Besteuerung, bei der Ordnung des Staatshaushaltes; auch hat sie das Recht des Gesetzesvorschlags. (Recht der Initiative.) Die Minister sind der Volksvertretung verantwortlich. (Dieser Satz kommt zu §. 45.) Die Sitzungen sind in der Regel öffentlich. Art. XI. §. 47 heißt nach der Annahme: „Den nicht deutsch redenden Volksstämmen Deutschlands ist ihre volksthümliche Entwickelung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprachen, soweit deren Gebiete reichen in dem Kirchenwesen, dem Unterrichte, der innern Verwaltung und der Rechtspflege." Art. XII. §. 48. „Jeder deutsche Staatsbürger in der Fremde steht unter dem Schutze des Reichs."

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und die zweite Lesung dieses Grundrechtentwurfs beendet. Nun kommt Eisenstuck mit einem Antrag, der als dringlich anerkannt und von ihm begründet wird. Dieser Antrag lautet: Die Versammlung wolle beschließen, den Verfassungsausschuß und falls dieser verhindert wäre, das Bureau mit der Zusammenstellung der in der ersten Lesung des Wahlgesetzentwurfs gefaßten Beschlüsse zu beauftragen und dieselben auf die Tagesordnung einer der ersten Sitzungen der nächsten Woche zu bringen. In der Debatte, die so heftig wird, daß sogar einige Ordnungsrufe vom Präsidium erfolgen, scheiden sich die Parteien recht scharf und Simon aus Trier unterscheidet auch eine erbkaiserliche, eine republikanische und eine österreichische. Der Antrag Eisenstucks fällt — 260 Stimmen sind dagegen, nur 182 dafür. Dafür kommt auf den Antrag Arndts und Genossen: das „Reichsgericht" auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, die Montag den 12. d. M. stattfindet.

LPC (Frankfurt, den 7. März.) Auf Anregung des Abg. Vogt von Giesen hat sich aus Mitgliedern der Nationalversammlung ein Komité zur Unterstützung der politischen Flüchtlinge im Auslande gebildet, welches die Absicht hat, eine Anzahl derselben nach Nordamerika überzuschiffen. Der Abg. Vogt beabsichtigte Anfangs, einen Antrag auf Ueberschiffung der Flüchtlinge auf Reichskosten zu stellen, und wandte sich deßhalb an einflußreiche Mitglieder aller Parteien. Es wurden indeß viele Bedenken gegen einen solchen Antrag geäußert, dagegen die kräftigste Unterstützung auf dem Privatwege von allen Seiten zugesichert. Das Komité, bestehend aus den HH. Gevekoht aus Bremen, Merk aus Hamburg, Rießer, Präsident Simson, Tellkampf, Veit aus Berlin und Vogt ist nun zusammengetreten und wird einen Aufruf um Beisteuer erlassen. Die Anstalten sollen so getroffen werden, daß die Flüchtlinge frei durch Frankreich spedirt, in Havre eingeschifft und in New-York an bekannte Männer adressirt werden, welche für ihr ferneres Unterkommen sorgen. Da die meisten Flüchtlinge aus Handwerkern bestehen, so kann ihnen eine solche Veränderung ihrer entsetzlichen Lage nur erwünscht seyn, und in der That ging auch das Verlangen nach einer Unterstützung in dieser Weise von den Flüchtlingen selbst aus, welche dem Abg. Vogt ihre deßfallsigen Wünsche kundgaben. — Die Nationalversammlung hat bis Donnerstag ihre Sitzungen ausgesetzt, weil kein Stoff vorlag. Vor nicht langer Zeit freilich, als man um jeden Preis die ersten Paragraphen der Verfassung zum zweitenmale lesen wollte, bevor eine österreichische Erklärung einlaufen könnte, da erklärte Herr Rießer, der Verfassungsausschuß werde die Noten der Regierungen so schnell überarbeiten, daß am 5. März die 2. Berathung der Verfassung begonnen werden könne. Der Bericht liegt aber nicht nur nicht vor, sondern man zankt sich im Verfassungsausschuß sogar heute noch über den §. 1 „vom Reiche"! — Gestern und vorgestern sollen heftige Worte gefallen seyn; die Herren vom erblichen Kaiser und die vom Direktorium erklärten sich gegenseitig für Volks- und Vaterlands-Verräther! — Um die Ausschließung Oesterreichs zu erleichtern, soll zu dem Paragraphen „das deutsche Reich besteht aus den Ländern des ehemaligen deutschen Bundes", ein Zusatz gemacht werden, betreffend Oesterreich und die übrigen deutschen Länder, die nicht kaiserlich-preussisch seyn wollen.

M (Frankfurt, den 8. März.) Die Revision des Verfassungsentwurfs ist gestern in der Mitte des Ausschusses beendet worden. Die Majorität (13 gegen 11) hat sich für die Erblichkeit des Reichsoberhaupts entschieden. Herr H. v. Gagern, der schon bei der ersten Lesung für diese gestimmt hatte, war abwesend. Das Direktorium ist mit 17 Stimmen gegen 7 verworfen worden. Auf die Bedenken der einzelnen Regierungen ist bei dieser neuen Durchsicht, der ersten Lesung vom Ausschuß, die gebührende Rücksicht genommen und ihnen in mehreren nicht unwichtigen Punkten nachgegeben worden. Für die Bildung des Staatenhauses ist den kleineren Staaten die Concession gemacht, daß jeder derselben mindestens ein Mitglied in dasselbe zu senden habe. In Betreff der dem Reich zustehenden Kriegsgewalt hat der Ausschuß vielleicht zu viel nachgegeben, indem er die Ernennung der Generale den einzelnen Regierungen ganz überlassen will. — Die Aufkündigung des Waffenstillstandes hat Herr Bunsen gemäß einstimmenden Instructionen von Frankfurt und Berlin sehr einfach dadurch beantwortet, daß er die Friedensunterhandlungen sofort abgebrochen und auf so lange abgebrochen erklärt hat, bis jene Aufkündigung zurückgenommen sey. England, nicht minder aber Frankreich haben den Dänen ernsthafte Mißbilligungen ihres Verfahrens zukommen lassen, wie man denen in Kopenhagen überhaupt nicht ganz angenehm überrascht seyn soll von den Wirkungen, welche dieser Schritt in Frankfurt, in Berlin und in London hervorgerufen hat. Wenigstens hatte man Erwartungen anderer Art gehegt; man wird sich nun um so mehr an Rußland halten müssen, und wird in Petersburg um so bereitwilliger Unterstützung finden, als die bestrittene Nachricht von jener in Berlin übergebenen Note sich seitdem unzweifelhaft bewährt hat. Rußland nimmt (wie ehedem Ludwig XIV. von Frankreich) das Recht in Anspruch, auf Grund der Verträge von 1815 die bedrohte Souveranetät der deutschen Königreiche zu wahren. Hochgestellte Staatsmänner in Berlin sind der Meinung, daß ein Kampf mit Rußland kaum mehr zu vermeiden seyn würde, und ein dem Throne nahestehender Prinz soll erklärt haben: daß er, wenn auch nicht ohne Schmerz, doch freudig das Schwert ziehen werde für Preußen und Deutschland. Die umfassendsten Rüstungen finden statt; außer den Armeekorps der östlichen Provinzen, werden auch das pommersche und das markische auf den Kriegsfuß gebracht, und die gesammte dienstpflichtige Bevölkerung zwischen 20—32 Jahren, welche früher als weniger tauglich zurückgestellt war, ist zu neuer Musterung einberufen. (Frkf. O.-P.-A.)

(Frankfurt, den 9 März.) In einer gestern auf Veranlassung des österreichischen Bevollmächtigten abgehaltenen Konferenz, wozu alle Regierungs-Bevollmächtigte mit Ausschluß des (bekanntlich abwesenden) preußischen sich eingefunden, hat Herr von Schmerling mit Bezug auf die bekannte Instruktion vom 27. Februar folgende Vorschläge Namens der österreichischen Regierung überreicht. Die Reichsregierung.

§. 1. Die Reichsregierung führt ein Direktorium.

§. 2. Dieses Direktorium bilden sieben regierende Fürsten oder ihre Stellvertreter. Es besteht: 1) Aus dem Kaiser von Oesterreich, 2) dem König von Preußen; 3) dem König von Bayern, 4) aus einem durch Würtemberg, Baden, Hohenzollern-Hechingen-Sigmaringen und Lichtenstein; 5) aus einem durch Sachsen, Sachsen-Weimar, Coburg-Gotha, Meiningen-Hildburghausen, Altenburg, Reuß-Greiz und Schleiz, Schwarzburg-Rudolstadt und Sondershausen, Anhalt-Kothen, Bernburg und Dessau; 6) Aus einem durch Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, Holstein und Lauenburg, Hamburg, Bremen und Lübeck; 7) Aus einem durch Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Nassau, Hessen-Homburg, Luxemburg-Limburg, Waldeck, Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe und Frankfurt gewählten Fürsten.

§. 3. Jene Staaten, welche ein Mitglied wählen, haben sich über dessen Wahl zu verständigen; für den Fall der Wahlverständigung wird ein Reichsgesetz das Mitwirkungsrecht der Betheiligten bestimmen.

So lange weder eine Verständigung noch ein Reichsgesetz erfolgt ist, entscheidet der Regent desjenigen Staates, dessen Volkszahl in dem betreffenden Staatenverbande der größte ist, Kurhessen und Hessen-Darmstadt aber abwechselnd.

§. 4. An der Spitze der Reichsregierung steht ein Reichsstatthalter.

§. 5. Abwechselnd von Jahr zu Jahr bekleidet der Kaiser von Oesterreich und der König von Preussen die Würde eines Reichsstatthalters.

§. 6. Der Reichsstatthalter führt in der Reichsregierung den Vorsitz, besorgt die Geschäftsleitung, repräsentirt den Bundesstaat im Innern und gegen das Ausland, beglaubigt Reichsgesandte, empfängt fremde Gesandte und verkündigt die Reichsgesetze.

§. 7. Der Reichsstatthalter ernennt ferner die Reichsbeamten. Er ist jedoch bei ihrer Ernennung an die Zustimmung des abwechselnd mit ihm zur Würde des Reichsstatthalters berufenen Fürsten gebunden. Bei Meinungsverschiedenheit entscheidet das Direktorium.

§. 8. In Verhinderung übt Preussen für Oesterreich und Oesterreich für Preussen die Rechte des Reichsstatthalters aus.

§. 9. Alle nicht dem Reichsstatthalter allein zukommenden Regierungsrechte stehen der gesammten Reichsregierung zu, diese faßt ihre Beschlüsse durch absolute Stimmenmehrheit, wobei Oesterreich und Preussen je zwei, die übrigen Mitglieder aber je eine Stimme führen. Die Mitglieder des Direktoriums sind nicht an spezielle Instruktionen gebunden. Die Abwesenheit einzelner Mitglieder hindert eine Beschlußfassung nicht. Wird eine absolute Stimmenmehrheit nicht erzielt, so entscheidet der Reichsstatthalter.

§. 10. Alle Regierungshandlungen bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines Reichsministers, welcher dadurch die Verantwortung übernimmt.

§. 11. Der Sitz der Reichsregierung wird durch ein Reichsgesetz bestimmt. (D. Z.)

Oesterreich. (Wien, den 7. März.) Der Reichstag ist aufgelöst und eine Verfassung octroyirt. Fünf Aktenstücke liegen uns vor. 1) Der ministerielle Erlaß mit den Motiven der Auflösung und der Oktroyirung; 2) das kaiserliche Manifest. (Einführungspatent); 3) die Grundrechte (Glaubensfreiheit, d. h. nur bis zum Recht der häuslichen Ausübung. Unterrichtsfreiheit. Die Kirche steht unter der Aufsicht des Staates. Freie Presse. Censur aufgehoben. Nur repressive Preßgesetze. Das Associationsrecht unter gesetzlichen Beschränkungen. Habeas-Korpus-Akte. Briefgeheimniß. Recht der Staatsgewalten zeitweilig und örtlich bestimmte Rechte durch Ausnahmsmaßregeln — Belagerungszustand — zu suspendiren); 4) Robotentschädigungspatent, nach welchem ein Drittel der Berechtigte, ein Drittel der Verpflichtete, ein Drittel das Land zu übernehmen hat; 5) die Verfassung selbst. Die selbstständige untheilbare konstitutionelle österreichische Erbmonarchie (mit Ungarn und dem lombardisch-venetianischen Königreich) Zwei Häuser mit alljähriger Versammlung (Ober- und Unterhaus.) Das erste von den einzelnen Provinziallandständen gebildet, das zweite durch direkte Volkswahl (theilweise mit einem gewissen Census.) Ein Reichsrath. Der Kaiser nimmt noch den Titel eines Großherzogs von Krakau und Herzogs der Bukowina an. Das Verhältniß zu Deutschland ist gar nicht berührt. Neben dem allgemeinen Reichstag werden besondere Landesverfassungen in diesem Jahr noch eingeführt, die alten ständischen sind aufgehoben. »Die Verfassung des Königreichs Ungarn wird in so weit aufrecht erhalten, daß die Bestimmungen, welche mit der Reichsverfassung nicht im Einklang stehen, außer Wirksamkeit treten, und daß die Gleichberechtigung aller Nationalitäten und landesüblichen Sprachen in allen Verhältnissen des öffentlichen und bürgerlichen Lebens durch geeignete Institutionen gewährleistet wird. Ein besonderes Statut wird diese Verhältnisse regeln." Die Woiwodschaft Serbien, Croatien, Slavonien und Siebenbürgen werden in voller Unabhängigkeit vom Königreich Ungarn constituirt. Der Eid des Heers auf die Verfassung wird in den Fahneneid aufgenommen. (A. A. Z.)

Preussen. (Berlin, 8. März.) Den Kammern ist eine Denkschrift über den Berliner Belagerungszustand mitgetheilt worden, in welcher dieser Ausnahmszustand auf recht jesuitische Weise als ganz gerechtfertigt und sogar von der Notwendigkeit für das Heil der Guten geboten erkannt wird. Der Preuss. Staatsanzeiger bringt dieß vom preuss. Staatsministerium ausgehende Machwerk.

†*† (Berlin, 8. März.) Die Adresse, welche die Kommission der ersten Kammer entworfen hat, und die man anfänglich ohne Debatte

zu erlassen beschlossen hatte, wird dennoch einer vielleicht nicht unbedeutenden Diskussion unterliegen. Es ist bis heute bereits eine Reihe von Verbesserungsanträgen eingegangen. Die Verhandlung wird Sonnabend stattfinden.

Die Steuerverweigerung, die auf dem politischen Gebiet eine Fehlgeburt geblieben ist, sucht jetzt sich der Kirche gegenüber durchzusetzen. Die Spaltung, die in der evangelischen Landeskirche seit lange begonnen hat und die sich immer mehr befestigt und erweitert, hat in einigen Kreisen der Monarchie auf den Gedanken einer kirchlichen Steuerverweigerung geführt. In Pommern hat sich ein Graf Wartensleben auf Schwiersee an die Spitze dieser Bewegung gestellt und eine Druckschrift zu dem Zwecke, die Verabreichung der kirchlichen Abgaben zu verweigern, erscheinen und verbreiten lassen. Der bureaukratische Pietismus, dessen Organ die Evang. Kirchenzeitung ist, sucht der Meinung Raum zu gewinnen, daß hinter diesen separatistischen Bewegungen die Demokraten stecken. Die nicht eben zarte Polemik der Wortführer der Gegenpartei dient zum Beweise. Ein altlutherischer Pastor, Pistorius, nennt die landeskirchliche Gemeinschaft eine Teufelsherberge, und — sagt die Kirchenzeitung — „Friedrich Wilhelm III. und IV., die christlichsten Könige Deutschlands zu ihrer Zeit, die mehr als irgend ein Fürst Europa's zur Förderung des Christenthums gethan haben, erscheinen in jenen Schriften als die Nerone und Diocletiane." —

Die Ausdehnung, welche der Polizeipräsident der bisherigen Kontrolle über die einpassirenden Fremden dahin gegeben hat, daß selbst an den Stadtthoren Legitimationen erfordert werden, hat eine allgemeine und sich selbst in den ruhigsten Bürgerklassen laut äußernde Mißbilligung hervorgerufen. Es ist unter den gegenwärtigen Umständen bedenklich, selbst zum Zweck eines Spazierganges die Stadt ohne Legitimationsurkunden zu verlassen.

[I. Kammer-Sitzung vom 8. März.] Präs. von Auerswald eröffnet nach 10 Uhr die Sitzung. Nach Verlesung des Protokolls wird weiterer Bericht über einige Wahlen erstattet. Demnächst kommt ein Antrag von v. Schleinitz und Genossen zur Vorlesung: „Die h. K. wolle beschließen: daß die Verfassungs-Urkunde vom 5. Dez. 1848 den Abtheilungen zur Vorberathung über die vorbehaltene Revision überwiesen werde." In den Motiven wird hervorgehoben, daß sich nicht annehmen lasse, die Regierung werde den Kammern in Betreff der Revision besondere Vorlagen machen. Hr. v. Schleinitz motivirt in dieser Weise den Antrag. Es meldet sich Niemand zum Wort darüber. Nur bei der Fragestellung bemerkt Hr. Milde: er sey dem Antrage entgegen; denn er führe auf denselben Standpunkt zurück, auf den die Verfassungsfrage am 9. Nov. sich befunden habe. Die „weitere Erwägung" wird beschlossen und der Antrag geht demnach in die Abtheilung zurück. — Justizminister Rinteln überreicht die allgemeine deutsche Wechselordnung mit der Einführungs-Verordnung für Preussen, und das Gesetz über Aufhebung der bäuerlichen Erbfolgegesetze in Westphalen —

Auf der Tagesordnung folgt ein Antrag von Leue und Milde, „die h. K. wolle die Bitte an Se. Maj. den König beschließen, den Justizminister anzuweisen, mit Ausführung der beiden Verordnungen vom 2. und 3. Jan. d. J. einzuhalten." Diese Verordnungen betreffen „die Umgestaltung des Gerichtswesens." In der Motivirung führen die Antragsteller aus: Beide Verordnungen sollen mit dem 1. April in Kraft treten. Erst jetzt sind sie als Gesetzesvorlagen der ersten Kammer übergeben, und mit der Ausführung der neuen Organisation wird ohne Unterbrechung fortgefahren. Unter den dringenden Fällen des §. 105, welche den ungesäumten Erlaß einer provisorischen Verordnung erfordern, können aber nicht solche organische Gesetze verstanden werden, welche eine völlige Umgestaltung des ganzen bisherigen Gerichtswesens bewirken und neue Formen für das Staatsleben erschaffen.

Noch weniger erscheint es mit dem gegenwärtigen Staatsrecht des Königreichs vereinbar, daß solche provisorische Verordnungen vor deren Eröffnung erlassen und während ihrer Sitzungen unter ihren Augen ausgeführt werden. Dazu kommt, daß beide Verordnungen in sich mangelhaft und weit davon entfernt sind, ihren Zweck zu erfüllen, das Recht und die bürgerliche Freiheit zu sichern. — Hr. Leue bemängelt insbesondere die Bildung der Schwurgerichte nach jenen Verordnungen. Abhängige Beamte stellen die Listen auf, die sie geheim halten müssen. Eine unpartheiische Rechtspflege sey auf die Weise nicht zu erwarten. Es sey zweifelhaft, ob er diesen Geschwornengerichten nicht das bisherige geheime, schriftliche Verfahren vorziehen möchte. — Hr. v. Forkenbeck widerlegt den formellen Einwand durch Hinweis auf das Publikationspatent zur Verfassungsurkunde, welches jene Gesetze schon verkündigt. Gegen eine Sistirung der Ausführung erklärt er sich hauptsächlich wegen der dadurch zu besorgenden Rechtsunsicherheit. Schon sey mit der Organisation der Anfang gemacht, komme sie nicht zu Ende, so würde namentlich in Schlesien, wo man 800 Patrimonialrichter habe, totale Verwirrung entstehen. Der Justizminister führt in einer langen von der Versammlung nicht mit Aufmerksamkeit vernommenen Rede aus: daß die Einrichtungen, welche die Regierung angeordnet habe, durchaus volksthümlich seyen. Keines der Obergerichte habe remonstrirt, das Land habe sie mit Zustimmung begrüßt. Verbesserungen, die allerdings noch möglich seyen, ließen sich im Wege der Revision vornehmen. — Die Herren Kuh, Gr. Dyhrn und Göbel stellen das Amendement: eine Kommission von 15 Mitgliedern zu ernennen, um der Kammer Bericht darüber zu erstatten, auf welche Weise ungeachtet der beantragten Suspension, die Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit und des eximirten Gerichtsstandes in möglichst kürzester Zeit ausgeführt werden könne.

Hr. v. Daniels erklärt: keiner der von dem Justizminister vorgeführten Gründe erschienen ihm kräftig. Es handle sich nicht sowohl, um die formelle Berechtigung des Ministeriums als um die Zweckmäßigkeit der Verordnungen. In einem Augenblick, wo der Zusammentritt der Kammer bevorstand, in einer Zeit, wo man die Einheit der Gesetzgebung im Vaterlande anbahnen wolle, schaffe die Regierung einseitig Institutionen, welche eine Vereinigung der altländischen Provinzen mit den Rheinlanden unmöglich mache. Wenn die Obergerichte nicht remonstrirt hätten, so liege das in dem Umstande, daß sie durch die sich überstürzendem Organisationsarbeiten keine Zeit behalten, zu remonstriren. Man möge durch Einführung des Unvollkommenen nicht dem Volkommenen den Zugang versperren. Baumstark: auch ihn habe die Erklärung des Justizministers in den meisten Beziehungen unbefriedigt gelassen. Der Justizminister möge vor Allem die Dringlichkeit der Organisation nachweisen. Rinteln: Wenn die Organisation jetzt sistirt werden soll, so kommt sie, fürchte ich, nie zu Stande. Die neue Organisation bietet vollkommen das, was nach den Wünschen des Volkes in dem gegenwärtigen Zustande umgestaltet werden muß.

Die Versammlung entscheidet sich für den Schluß der Debatte, obgleich für den Antrag noch die Herren Kiefer und v. Forckenbeck, gegen denselben Hansemann, Bornemann, Milde, Kuh, Gr. Dyhrn, Fischer u. A. eingeschrieben sind. Man beschließt hierauf den Antrag „zu weiterer Erwägung" mit dem Amendement in die Abtheilung zurückzugeben. (Schluß 12½ Uhr.)

[II. Kammer. Sitzung vom 8. März.] Auf der Ministerbank: v. Brandenburg, v. Strotha, v. Ladenberg, v. Manteuffel und Rabe. Nachdem das Protokoll verlesen, nimmt Minister v. Manteuffel das Wort, um verschiedene Vorlagen einzubringen: 1) ein Gesetz-Entwurf über das Vereins-Recht, über Plakate und deren Kolportiren; 2) eine Druckschrift des Staats-Ministeriums über die Motive zum Belagerungszustande. Die Regierung habe mit Widerstreben den Belagerungszustand verhängt, aber sie habe darin das einzige Mittel gesehen, Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten. Das Gouvernement habe sich nicht verhehlt, welche Verantwortlichkeit es übernehme, wenn es den Belagerungszustand auch während der Kammer-Sitzungen fortbestehen lasse. Je schneller die Vorlagen geprüft würden, desto eher würde der Belagerungs-Zustand aufgehoben werden können.

v. Vincke's Antrag auf eine Adresse steht auf der Tagesordnung. v. Vincke begründet denselben, indem er vorzüglich eine Erklärung im Betreff der Verf. vom 5. Decbr. und in der deutschen Angelegenheit für wünschenswerth erachtet. Die große Majorität werde die Nothwendigkeit einer Adresse erkennen.

v. Kirchmann: das Land sey gegen eine Adresse, es wolle schleunig Verfassung und organ. Gesetze. Die Wahlen bewiesen hinlänglich, wie das ganze Land in zwei große Hälften gespalten sey, abstrakte Entscheidungen über die Rechtsbeständigkeit der Verfassung müßten schon deshalb bei Seite gelassen werden. Er möchte nicht, daß der Sturz des Ministeriums der Zweck des Handelns sey, er müsse vielmehr nur eine Folge seyn. Die Debatte über die Adresse würde eine leidenschaftsvolle werden, der Linken gerade würde es schwer fallen, auf Anklagen zu verzichten, die Rechte könne dem Vaterlande die Adresse ersparen.

Ulrich: Die Abstimmung werde die Meinung des Landes kund thun. Wenn man behaupte, das Ministerium habe die konstitut. Formen verletzt, so entgegne er, es sey Gewalt angewendet worden, aber nicht eine rohe unberechtigte Gewalt, es sey nöthig gewesen, um das Staatsschiff dem Verderben zu entreißen.

Kinkel: Die große Majorität, die unter dem Druck der Zeit leidet, verlangt nichts Allgemeines, sondern etwas ganz Spezielles, so eine vernünftige Gewerbe-Ordnung, eine Gemeinde-Ordnung. Die gedrückte Majorität des Volkes will sobald als möglich eine Befreiung von den Lasten, die man nur in Kapitallasten verwandeln will. Die Thronrede ist die blaue Nebel in der politischen Landschaft. Man zwinge uns nicht bei einem Prinzipienstreit, die Souveränetät des Volkes bis auf das Aeusserste zu vertreten.

v. Vincke: Das Ministerium ist für die Thronrede verantwortlich und wir würden bei Angriffen nicht schweigen, wenn sie auf den Träger der Krone gerichtet. Man hat gesagt, die Thronrede sey nebelhaft; ich finde sie sehr klar über den Belagerungszustand, über die Verfassung. Es ist nothwendig, sobald wie möglich auszusprechen, daß die Verfassung uns einzig Rechtsgrundlage ist. Wir sind einig, wenn die Adresse nicht in 2 Sitzungen zur Entscheidung kommt, so ist es nicht unsere Schuld.

Es kommt zur namentl. Abstimmung über den v. V. Antrag. Für denselben stimmen 172, dagegen 159.

Min. v. d. Heydt übergiebt 3 Ges.-Entwürfe über Gewerberäthe, Gewerbe-Gerichte und Schneeräumung von den Chausseen — sämmtl. schon publicirt — zur Erwägung.

Man kommt zu Behnsch Antrage: „durch die Wahl der Abtheilungen einen Ausschuß von 21 Mitgl. zu bilden, welchem die am 5. December v. J. octroyirte Verfassung als Grundlage für das Plenum überwiesen werde." — Behnsch: das Land verlange aus dem Zustande der Rechtsverletzung in einen geordneten Rechtszustand zurückzukehren. Er verlange keine Commission, die wie die Nation.-Vers. das Recht habe, eine Verfassung selbstständig auszuarbeiten, sondern eine solche, welche gebunden sey, die Verf. v. 5. Decembre zum Grunde zu legen.

Stiehl spricht für den Antrag v. Riedel und Genossen: „die nach §. 112 der als Staatsgrundgesetz vorzunehmende Revision derselben durch die Bildung einer Commission von 21 Mitgl. einzuleiten."

D'Ester hält den Antrag von Behnsch noch für zu unentschieden, er erkennt die Verf. nur als Thatsache an, sie sey eine Thatsache, wie es die Märzrevolution gewesen. Er betrachte sich auf Grund des allgemeinen Stimmrechts gewählt und nicht auf Grund der durch Gewalt zu Stande gekommenen Verfassung.

Graf Schwerin wundert sich, daß die Herren, die immer von dem Rechte der Revolution sprächen, die schwache Seite der Verfassung in der Gewalt fänden. v. Seckendorf spricht noch sehr lange gegen den Antrag Behnschs. „Der Krater der Revolution" — so schließt der Redner — „müsse für lange Zeit zugedeckt werden"

Riedel zieht für heut seinen Antrag zurück, nachdem der Antrag Behnschs verworfen. Waldeck will seinen Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes Montag, nachdem die Vorlagen der Minister in seinen Händen wären, motiviren.

Ludwig motivirt seinen Antrag: „daß das erlassene provisor. Gewerbegesetz baldigst der Prüfung und Genehmigung der Kammer unterbreitet werde," zieht denselben jedoch zurück.

Schneider (Köln) motivirt seinen Antrag auf sofortige Einberufung des Abg. Groneweg (für Paderborn), event. auf Niedersetzung einer Kommission zur Berichteerstattung nach Einforderung der Acten. — Nach einiger Discussion wird der event. Antrag angenommen.

Ein Antrag von Großjohann geht dahin: die Abgeordneten haben für alle Briefe unbedingte Portofreiheit, wie die Präsidenten.

v. Haydt bemerkt, in andern constit. Staaten existire gar keine Portofreiheit. Die Kammer werde in einer Zeit, wo man Privilegien abschaffe, solche nicht für sich in Anspruch nehmen. Es sey bei der Nation.-Vers. vorgekommen, daß man für die Zusendung von Viktualien die Portofreiheit in Anspruch genommen habe.

Borchardt und Grebel sehen in der Maßregel des Ministers eine fiskalische Engherzigkeit, sie erinnern, wie Seitens der Verwaltung für die Verbreitung der „schändlichen Enthüllungen" die Portofreiheit gemißbraucht worden sey.

v. Berg sieht einen Hohn in den Bemerkungen des Handelsministers, die Portofreiheit, die man beanspruche, solle dazu dienen, den Unbemittelten das Petitionsrecht zu wahren. (Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend.)

Sachsen. (Dresden, 7. März.) Nachdem in der heutigen Sitzung der II. Kammer der Eingang mehrerer Zustimmungsadressen zu den Beschlüssen in Betreff der Diäten sowie mißbilligende Erklärungen darüber, daß das Ministerium nicht aus der Majorität der Kammer gewählt worden sey, angezeigt werden und ein Antrag des Abg. Bernhard auf Kassation des an das Militär ergangenen Verbots des Besuchs republikanischer Vereine, sowie des Abg. Bertling auf Abänderung eines bereits in frühern Sitzungen besprochenen Punktes des Gesetzes über die Kommunalgarde an die erste Deputation verwiesen war, interpellirt Vizepr. Tzschirner: Die Landtagsschrift auf das Dekret wegen der Publikation der Grundrechte sey bereits am 1. März abgefaßt worden, nichts desto weniger seyen dieselben bis heute noch nicht erschienen, an der Druckerei könne dies unmöglich liegen, es müsse ein anderes Hinderniß vorliegen, er frage daher an, ob die Grundrechte nicht noch heute erscheinen könnten? Staatsminister von Ehrenstein: Es finde kein anderes Hinderniß statt, als die technischen Schwierigkeiten in der Druckerei. Darüber aber würde lediglich die Druckerei selbst Auskunft geben müssen. Vizepr. Tzschirner spricht hierauf den Wunsch aus, daß die Regierung die Druckerei zur Beschleunigung bewege. Abg. Böttcher: Der Waffenstillstand zwischen Dänemark und Schleswig erlösche mit dem 26. März. Es sey nun leicht möglich, daß von der Centralgewalt auch sächsische Truppen für den wiederbeginnenden Krieg beordert und dafür andere deutsche Truppen, vielleicht bayerische, nach Sachsen verlegt werden. Es würde nun namentlich gegen den letzten Punkt nichts einzuwenden seyn, wenn die Einheit in Deutschland hergestellt wäre und das deutsche Heer eine demokratische Einrichtung hätte. Allein man wisse nicht, ob es je zu einer Einheit Deutschlands kommen werde. Wenn man sich nun schon gegen den erstern Punkt erklären müsse, so müsse das noch mehr gegen den letztern Punkt geschehen. Man habe schlimme Erfahrungen über das Verhalten der deutschen Truppen in fremden Ländern gemacht. Noch stehe das Verhalten der sächsischen Truppen in Altenburg nach dem Berichte des Vizepr. Tzschirner vor unsern Augen. Die sächsische Regierung habe jedenfalls das Recht ihre Gründe gegen solche Anordnungen geltend zu machen. Er frage daher an: Was die sächsische Regierung zu thun gedenke, wenn bei dem Eintritte eines neuen Krieges von der provisorischen Centralgewalt sächsische Truppen nach Schleswig beordert und dafür fremde eingeführt werden?" Er bemerke noch, daß die zurückbleibenden Truppen und die übrigen Bürger wohl selbst die Ruhe und Ordnung wahren könnten, so daß fremde Truppen in Sachsen nicht nöthig seyn würden. Die Interpellation wird dem Gesammtministerium übergeben.

(A. D. Z.)

Sprech-Saal.

Hört! Hört!

Mit der größten Indignation vernimmt man aus sicherer Quelle, daß Kinder solcher Nürnberger Bürger, welche der freien christlichen Gemeinde angehören, aus den hiesigen Armenschulen gewiesen werden sollen! Bereits ist ein solches Dekret*) ergangen. Auch an den Zahlschulen sollen sie nicht mehr Antheil nehmen, wenn sie nicht zugleich den altlutherischen Religionsunterricht mitgenießen. Und das wagt man heut zu Tage, wo alle Bekenntnisse gleiche Rechte haben sollen! Und das, glaubt man wohl, wird man in Nürnberg ertragen? — Herrschen die Jesuiten in unserer Stadt? —

*) Ueber dieses scheusliche Dekret kann die Redaktion nur ihre tiefste Verachtung aussprechen. Erläuterungen dazu erbittet sich dieselbe von freisinnig denkenden Sachverständigen !!!

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Exp.-Nr. 6018

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Fürth

wird im Wege der Hilfsvollstreckung ein Vorrath von Spiegeln, Spiegelrahmen, sowie eine Quantität Meubles in dem auf

den 12. März Nachmittags 2 Uhr

im Hause Nr. 261 c. l. in der Schwabacherstrasse neuerlich anberaumten Termin öffentlich gegen sogleich baare Bezahlung verkauft.

Fürth, der 6. März 1849.

Frank.

Backof.

Volks-Verein.

Dienstag den 13. März Abends 8 Uhr Versammlung im goldenen Adler.

Erklärung.

Auf die Regulirung der Steuer des Schuhmacherhandwerks können wir mit den eigenmächtigen Handlungen der Herren Vorgeher durchaus nicht zufrieden seyn, wir erklären deshalb die Herren Vorgeher ohne den Steuerausschuß für null und nichtig — und kein Meister hat eine Steuer zu entrichten, bis die Regulirung vom Ausschuß mitgegründet ist. Da wir den Herren Vorgehern bei der letzten Ausschußversammlung den Auftrag gegeben, eine allgemeine Versammlung zu veranstalten, und dieses unterblieb, so laden wir daher sämmtliche Handwerksglieder dringendst ein, sich Montag den 12. d. M. Abends 7 Uhr im Gasthof zum Mondschein zahlreich einzufinden.

Mehrere im Namen des Ausschusses.

Empfehlung.

Einem hochverehrlen Handelsstande und Gesammt-Publikum habe ich die Ehre anzuzeigen, daß ich von nun an alle Sorten selbstgeferrigter achromatische Zugfernröhre, so wie auch größere zum Seegebrauch und verschiedene kleinere Sorten Jagdperspektive und Operngucker zu liefern im Stande bin. Die achromatischen Objektivgläser von Münchner Flintglas gefertigt (anerkannt bisher das beste) von verschiedenen Größen und Brennweiten bis zu 30 Linien Oeffnung, habe ich stets vorräthig, auch werden selbige einzeln gefaßt und ungefaßt abgegeben und können auf Verlangen und vorheriger Bestellung noch größer angefertigt werden. Zu größeren optischen Instrumenten kann ich auch neue Ocularrohre zum irdischen und astronomischen Gebrauch zu jeder gewünschten verhältnißmäßigen Vergrößerung fertigen, zu diesem Zweck darf nur ein altes Ocularrohr wegen der Ocularschraube eingesandt, die Brennweite des Objektivglases oder die ganze Länge wie selbiges mit dem alten Ocularrohr deutlich zeigt, und die Vergrößerung, welche mit den neuen Ocularröhren erzielt werden soll, genau angegeben seyn. — Auch alle in dieses Fach einschlagende Reparaturen nehme ich zu möglichst billigen Preisen vor, und leiste Garantie für gute brauchbare Waare.

Noch bemerke ich, daß hiedurch mein bisheriges Geschäft nicht die geringste Störung erleidet, und alle meine bekannten optischen Artikel auch ferner in derselben guten Qualität und zu möglichst billigen Preißen wie bisher geliefert werden.

Zu gütigen Aufträgen empfiehlt sich hochachtungsvollst ergebenster

Nürnberg. 7. März 1849.

Pet. Conr. Kalb jun.
Optikus S. Nr. 545.

Einladung.

Sonntag, den 11. März findet im Saale des Bamberger Hofes eine große »deklamatorisch-musikalische Gesangs-Unterhaltung« nebst „politisch-satyrischen Vorlesungen" statt. Der Eintritt à Person 6 kr., an der Kasse 9 kr. Karten hiezu können im Lokale des Bamberger Hofes, sowie bei Herrn Kleining Wirth in der neuen Gasse, ferner in der vordern Ledergasse bei Hrn. Lehrer Treves L. Nr. 282 und in der Adlergasse L. Nr. 1165 von heute bis Sonntag Mittags abgeholt werden. Der Ertrag ist für eine in der äußersten Armuth sich befindenden Familie. Der Anfang ist Abends 8 Uhr. Zu dieser Produktion laden zu recht zahlreichem Besuche höflichst ein

Jean Tirfel.

Der

Verein für Volksfreiheit

ladet zu recht zahlreicher Theilnahme ein zur Versammlung am Montag den 12. Abends 8 Uhr im Saal zum grünen Baum (Loe'sche Wirthschaft) auf dem Galgenhof.

Verein deutscher Frauen.

Montag den 12 März, Nachmittags 3 Uhr, findet im Gasthause zum König Otto Generalversammlung statt, was den verehrlichen Mitgliedern hiemit zur Kenntniß gebracht wird. Zugleich wird bemerkt, daß auch Nichtmitglieder Zutritt haben

Der Vorstand

Termin.

Das Haus S. Nro. 879 am Hauptmarkt dahier, worauf die reale Großpfragnerei-Gerechtigkeit haftet, wird durch Unterzeichneten, im Auftrag des Besitzers, Familienverhältnisse wegen, öffentlich verkauft.

Hiezu ist Termin Montag den 19 März 1849 Vormittags von 9—12 Uhr im Bureau L. Nro. 191 in der Adlerstrasse anberaumt, wozu zahlungsfähige Liebhaber eingeladen werden

Nürnberg, den 10 März 1849.

J. J. Pfeiffer jun.
Kommissionär.

(Wiesenverpachtung betr.)

Unterzeichneter ist beauftragt, 4 Tagw. 14 Dec. Wiesen Plan Nro. 866 der Steuergemeinde Poppenreuth, im Pegnitzthale zwischen Fürth und Doos gelegen, öffentlich zu verpachten, und ladet zahlungsfähige Pachtliebhaber auf Mittwoch den 14. März l. Js. Nachm. 3 Uhr in das Nützelberger'sche Wirthshaus zu Poppenreuth zur Abgabe ihrer Pachtangebote und Vernehmung der Pachtbedingungen ein.

Nürnberg, den 27. Febr. 1849.

Neuzinger, Verwalter. S. Nro. 758.

Anzeige und Empfehlung.

Bei Herannahen des Frühjahres erlauben sich Unterzeichnete ihre schon seit Jahren bekannte Strohhutwaschanstalt in Erinnerung zu bringen. Die Ablage von Strohhüten kann in unserem Laden geschehen. Zu geneigten, gütigen Aufträgen empfehlen wir uns

Hochachtungsvoll

Nürnberg, den 28. Febr. 1849

J. K. Hagerer u. Comp., Strohhutfabrikanten,
Kaiserstrasse, L. Nr. 145.
vis à vis der Kannen-Apotheke.

(Zu verkaufen) Ein Käßhandlungs-Geschäft (Realrecht) ist zu verkaufen. — Anfragen unter Adresse P. L. sind in der Exped. d. Bl. abzugeben,

Empfehlung.

Mein Lager von Rauchtabacken eigener Fabrik, empfehle ich in ganz guten Qualitäten dem verehrlichen Gesammt-Publikum zur gefälligen Abnahme bestens

E. C. Theurer,
Königsstrasse L. No. 84.

(Verloren) Samstag den 10. d. M. zwischen 11 und 12 Uhr wurde vom Herrn Kaufmann Hezlein über die Strasse bei der Kannenapotheke ein Fünfthaler- und ein Einthaler-Schein von einem Dienstboten verloren, der solche wechseln lassen sollte. Es wird der redliche Finder dringend gebeten, dieselben gegen ein Trankgeld in der Exped. d. Bl. abzugeben

Nach Californien.

Das Schiff »Talisman« pr. 15ten März ist ganz besetzt, das folgende Schiff, die »Reform« geht im April von Bremen ab. Alle nähere Auskunft und Aufnahmen besorgen

Würzburg, den 8. März 1849.

Müller & Zehner.

Waldsamen.

Bester frischer Lerchensaamen ist bei Unterzeichnetem eingetroffen und billigst zu haben, — In größeren Parthien findet eine Preisbegünstigung statt.

Würzburg, den 8. März 1849.

Müller und Zehner.

(Verkauf.) Familienverhältnissen wegen wird ein seit mehreren Jahren bestehendes und gut rentirendes Fabrikgeschäft billigst verkauft, dasselbe würde sich in Nürnberg und dessen Umgebung als Neben-Geschäft für ein Farben-, Flaschner-, Drechsler- oder Bürstenbinder-Geschäft am vortheilhaftesten eignen. Schriftliche Anfragen über das Nähere besorgt die Exped. d. Blattes unter der Chiffre J. K.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Heute Montag den 12. März ist große Metzelsuppe und wird Bock aus der Brauerei des Herrn Zirnbacher geschenkt, hiezu ladet höflichst ein

J. Neubauer.

Perspektiv-Stöcke

sind zu haben bei

Rupprecht. Drechsler
an der Fleischbrücke.

Anzeige.

Einem hochverehrten Publikum mache ich die ergebene Anzeige, daß die vom Hochwasser zurückgebliebenen Waaren, worunter auch Schlafröcke und abgenähte Decken, ausverkauft werden, und bitte um gütigen Zuspruch. —

Nürnberg, den 7 März 1849.

Andreas Ott,
am Hauptmarkt.

Stadttheater in Nürnberg.

Montag den 12 März. »Der Pfarrherr.« Schauspiel in 5 Akten von Ch. Birch-Pfeiffer.

Theater in Erlangen.

Dienstag den 13. März »Der Pfarrherr« Schauspiel in 5 Akten von Ch. Birch-Pfeiffer.

Montagsblatt

zur Mittelfränkischen Zeitung.

№ 10. Nürnberg, 12. März. 1849.

An Johannes Ronge.

Ein neuer Glaubensheld, mit reinen Gotteslehren,
Tritt auf mit trift'gem Grund, die Menschen zu bekehren,
Von allem Lug und Trug; — der Täuschungsvorhang fällt
Und Lieb', spricht er, versöhnt Gott mit der ganzen Welt.
Er lehrt, prüft mit Vernunft, thut das Gewissen fragen,
Dazu gab es uns Gott, es wird die Wahrheit sagen. —
Fragt, wär ein Gott gerecht, der seinen Sohn läßt morden,
Die Menschen schon verdammt, eh sie geboren worden.
Der seinen Zorn nur stillt, durch seines Sohnes Blut,
Wär dieser Gott gerecht? sagt ja, wer hat den Muth?
Habt ihr der Sünde viel, soll Gott euch gnädig seyn,
So betet, werdet besser, thut Eure Sünd' bereuen,
Thut keinem Pfaffen mehr, jetzt in die Ohren beichten
Nein, lieber nehmt ein Licht, und thut der Sonne leuchten,
Erhebt euch nur zu Gott und Gott wird Euch erhören,
Liebt Gott und alle Menschen, so lauten Ronge's Lehren;
Doch ging's hier manchen nach, er käme um den Kopf,
Allein was macht es wohl, nichts als: der alte Zopf.

Erlangen, den 2. März 1849. W.

Gebet für die Vertheidiger der historischen Kirche

von

Ferdinand Ammon.

Sorge, Vater, sorge Du,
Sorge für die Pfaffen,
Sorge daß zu ihrer Ruh
Sünder für sie schaffen.
Sorge, daß stets Glaubenswahn
Ruht im süßen Frieden,
Sorge, daß auf ihrer Bahn
Wohlstand ist beschieden —
Sorge Vater nur für sie,
Denn sie sind die D e i n e n,
Sorge, daß sie ohne Müh'
Nicht in Trübsal weinen.
Sorge, daß die Sünderbrut
In den Beichtstuhl eilet,
Und ihr schwer erworb'nes Gut
Mit den Pfarrern theilet. —
Sorge, o Barmherzigkeit'
Sorg' für Wein und Braten,
Sorge, daß zu aller Zeit
Früchte gut gerathen.
Sorge, daß im ganzen Land
Jeder ständig bleibet
Und mit diesem frommen Stand
Immer redlich theilet.
Sorge, daß ihr geistreich Wort
Festen Glauben findet;
Sorge, daß sich fort und fort
Jeder daran bindet —
Sorge, daß auf jedem Thron
Es auch wird gehalten;
Sorg', daß nicht zu feinem Hohn
Frei Maitressen walten. —
Sorge, daß dem Tugendpfad
Priester nicht verlieren,
Sorg' daß endlich Christi Gnad'
In' Himmel sie wird führen.

Die letzten Stunden Robert Blum's.

(Fortsetzung und Schluß)

Im Ganzen verstrich uns der 4. und 5., bis zum 6. Abends, ziemlich gleichmäßig. Blum las Jellineks kritische Geschichte der Wiener Revolution, ich ging, in mir selbst zu sehr beschäftigt, um lesen oder schreiben zu können, im Zimmer auf und-ab; oder wir erschöpften uns in scharfsinnigen Kombinationen über unser Schicksal. Blum suchte sich dabei augenscheinlich die Annahme eines tragischen Ausgangs mit Gewalt entfernt zu halten. Aber während er davon sprach, was er auf der Rückreise und nach der Rückkehr in Frankfurt thun wolle, zogen die Schatten einer düstern Ahnung durch seine Seele, die er nicht stark genug war, zu bannen. Er saß zuweilen stumm am Fenster, während ich ihn unbemerkt beobachtete. Sein Gesicht röthete sich, seine Augen wurden trübe und seine Hand zitterte. Er fing, indem er sich zu mir kehrte, von seiner Familie zu sprechen an. Einmal ging ein Kindermädchen mit einigen Kleinen unter dem Fenster vorüber. Blum rief mich und sagte mir: „Sieh, da gehen meine Kinder!« Der Gedanke an Weib und Kind schien ihn vorherrschend zu beschäftigen. Er stimmte aber mit mir überein, daß der Tod nach dem Maße erfüllter oder nicht erfüllter Lebenszwecke leichter oder schwerer sey, und in diesem Sinne ist es ihm schwer geworden. Bei dem Gedanken an das

Die Ungerechtigkeit der Welt, ... an im Kampfe gelegen, behielt die Oberhand, und er mußte unterliegen. An den Sieg der Freiheit hat er ohne Zweifel geglaubt und dieser Glaube hat ihn erhoben und getröstet; in Bezug auf persönliches Schicksal aber wird es ihm schwer geworden sein, mit versöhntem Gemüth von der Welt zu scheiden.

Wer ihn genauer betrachtet hat, dem ist ein Zug tiefer Melancholie, der Stempel des tragischen Schicksals, in seinem Gesichte nicht entgangen. Er hat diesen Zug mit seinem Schicksalsgenossen Hermann Jellinek getheilt, so wenig im Uebrigen beide Männer etwas mit einander gemein hatten. Wenn ich an den Eindruck denke, den mir die Gesichtszüge dieser Männer lange vor der Katastrophe ihres Lebens gemacht haben, so muß ich mir sagen, daß es geborne Märtyrer giebt. —

Mehrmals sagte mir Blum in diesen Tagen der gemeinsamen Gefangenschaft: „ich glaube, Du wirst allein nach Frankfurt zurückkehren," — wobei er an seine auf der Aula gehaltene Rede und seinen im Radicalen abgedruckten Artikel gegen Windischgrätz dachte. Ich suchte ihm diese Ansicht auszureden, indem ich ihm vorstellte, daß man entweder unsere Eigenschaft als Mitglieder der deutschen Nationalversammlung achten werde oder nicht, und daß uns in beiden Fällen ein gemeinsames Schicksal treffen müsse. Die Frage unseres Lebens oder Sterbens sey eine politische im entschiedensten Sinne des Wortes. Uns erschießen lassen, sey der offene Bruch mit Deutschland. Beabsichtige man diesen, so seyen wir beide verloren; beabsichtige man ihn nicht, so werde uns beiden nichts geschehen. Er hatte auf diese Erwägungen nichts zu antworten.

Zuweilen waren wir sehr guter Laune und lachten zum Erstaunen der Schildwache, die vor unserer Thür stand und die wir durch ein Fenster in derselben sehen konnten. Ein geringer Witz in der That mußte die Kosten dieser Stimmung tragen. So z. B. hatte vor unserer Verhaftung einer unserer Freunde Blum erzählt, daß er, als der Vertraute und Vermittler einer Liebschaft der Prinzessin .... einigen Einfluß zu haben glaube, den er, wenn es Noth thue, zu unseren Gunsten anwenden werde. Die romantische Perspective, durch eine Prinzessin gerettet zu werden, gab uns Anlaß zu manchem

Blum eine Sorge hatte, wenn er an seinen Tod dachte, nämlich die, man möchte aus Haß gegen ihn der Welt erzählen, er sey feig gestorben. »Um einen Zeugen zu haben, daß ich muthig sterbe," sagte er mir einmal, „möchte ich um die Begleitung eines Geistlichen bitten.« Als wir davon sprachen, daß unser Schicksal auch eine Gefangenschaft auf dem Spielberg sein könne, bemerkte er, daß er eine solche mehr fürchte als den Tod, und bei dieser Gelegenheit sagte er: „ich glaube in der Leerheit einer solchen von der Welt abgesonderten Existenz würde man wieder anfangen zu beten."

Die Langeweile, der Spleen und die Seekrankheit.

Zufällig war ich neulich in Babylon, d. h. in London. Die Themse rauschte an meinem Fenster vorüber. Bridgehouse Hotel liegt nämlich unmittelbar am Wasser, und man sieht den Fluß hinauf und hinab und wenn die Dampfboote unter der Londoner Brücke herfahren, da neigen sie mit einem Male Schlot und Mast, wie zu einer zierlichen Verbeugung, die höflichen Dampfboote, und rasch fliegen sie an Dir vorüber. —

Als ich aber sämmtlichen Dampfbooten, Kuttern, Fregatten, und ähnlichen untergeordneten Fahrzeugen während einer halben Stunde Gelegenheit gegeben hatte, sich ganz ergebenst vor mir zu verbeugen, und als nun der Abend heran kam und die letzten Strahlen der sinkenden Sonne mit dem immer finstrer hereinbrechenden Nebel jenen luftigen Wolkenkampf begannen, in dem sich alle Bozereien und Kellereien des ileben platten Landes wiederzuspiegeln scheinen, — als links die Thürme der Westminster Abtei in bläulicher Ferne schamröthlich abendlich emporglühten und rechts, der alte schreckliche Tower, wie ein versteinerter Seufzer zum letzten Male aus dem Schattenmantel der Nacht hervorschaute, ja, und als endlich gerade gegenüber in der Kuppel der St. Paulskirche die großen Episcopalglocken ihr Abendlied begonnen: da rührte ich immer langsamer mit meinem Theelöffel in dem großen Glase Grog, das vor mir auf dem Tische stand, und meine Augen sanken und mein Kopf fiel auf die Brust und ich schlief ein und träumte den folgenden, entsetzlichen Traum.

... Gäste arrivirt sey.
Nur kann sich meine ...
fangen; hungrig wie ein ...
der Begeisterung des Hun...
... den Magenschlag.
Eine hohe, verschleierte ...
... weißem Atlas, setzte ...
... langen Fuß auf die ...
schien die unbewegliche ...
... Wohlbefinden. Die ...
Wachskerzen und feierlich ...
... daß eigenthümlic...
...
Die Flammen des Ka...
... ihre Streiflichter ...
... flüssiger Mondschein ...
... der Kandelaber ...
... uns entgegen, und ...
... aus, um uns herab...
... Vergnügens.
Als aber der Schleier ...
... mir eine jener hohen, ...
..., von denen man ...
Marmor geworden, oder ...
... Schneeweißer ...
..., rothe Lippen und ...
... von einem wei...
...
Im Frühling schuf ...
Sommer schuf er die ...
... Herbste er...
die Engländerinnen mach...
So eine kühle Toch...
... Wintermorg...
Duft des Küssens ...
... Rosen streuend ...

...ch hatte das beste Diner bestellt, ...
...iele Pfund Sterling in London hatte ...
...e, denn ich erwartete drei der liebens-

...enschen zum Mittagessen einlud, unter
...ir von vielen meiner Landsleute, ...
... einladen lassen. Von allen meinen
...t für ein Diner", hatte ich in der
...n Gebrauch gemacht und wenn ich

Eines Künstlers Jugend.

Es war zu Anfang des vorigen Jahrhunderts, da sah der Mond, wenn er hellleuchtend über Dresden stand, allabendlich einen hübschen, lebhaften Knaben mit seinen zwei Schwestern, an der Hand einer alten Wärterin, an dem Ufer der Elbe entlang gehen. Die Kinder kamen nie bei Tage in das Freie, sie kamen nie in die Schule, durften niemals mit andern Kindern spielen; sie mußten den ganzen Tag einsam in der Stube

... sagte zu dem Sohne: »Zeichne den Herrn; in zwei Stunden muß das Portrait fertig seyn," und verließ das Zimmer. Niemand sprach ein Wort. Raphael zeichnete, die Mädchen ebenfalls. Als die zwei Stunden vorüber waren kam der Vater. Das Bild war fertig. Der Vater besah es, er schien zufrieden und verließ mit dem Fremden das Zimmer. Die Kinder athmeten hoch auf. Sie hatten sich sehr geängstigt. Plötzlich hörten sie den Vater mit dem Fremden heftig sprechen. Der Herr war der berühmte Sänger Annibali. Der hatte an dem Abend vorher bei dem königlichen

Hofmaler so schön gesungen, daß Raphael's Vater ganz entzückt gewesen und endlich die Bitte des Sängers, ihm zu erlauben, sich von dem kleinen Raphael zeichnen lassen zu dürfen, nicht abschlagen konnte. Annibali hatte von den Kindern gehört, von ihrem Talent, von ihrer Lebensweise. Raphael hatte den Sänger gezeichnet, doch nun wollte der Vater das Portrait nicht aus der Hand geben. Der Sänger jedoch wollte es haben und als er es durchaus nicht erhalten konnte, ging er zornig fort und erzählte dem Könige von dem Talent und der Lebensweise der Kinder. Der König schickte sogleich einen Soldaten hin, ließ sich das Portrait holen, und als er es gesehen, befahl er, daß man die Kinder zu ihm bringen sollte.

Nun bekamen die Kinder schnell neue, gute Kleider und zum erstenmale in ihrem Leben gingen sie an der Hand des Vaters bei Tage durch die Straßen. Sie hätten sich gewiß sehr gefreut, aber sie sollten zu einem Könige kommen, sollten viel fremde, vornehme Leute sehen, und sie fürchteten sich. Doch die Furcht schwand bald. Der König war so freundlich! Und als derselbe nun sah, wie schön und regelrecht die Kinder zeichnen konnten, da war er immer freundlicher und freundlicher, beschenkte die Kinder reichlich und befahl, daß dieselben auf seine Kosten zu Malern ausgebildet werden sollten.

„Siehst du! sagte die gute Margarethe zu Raphael, als die Kinder nach Hause kamen und ihr Glück verkündeten; „siehst du, wie gut ist's gewesen, daß der Vater streng im Unterrichte war? Nun habt ihr etwas Tüchtiges gelernt, und der König sorgt von nun ab für euch. Und ist die Härte eures Vaters nicht selbst euer Glück geworden? Wäret Ihr nicht einsam, streng erzogen worden, würde Eure Lebensweise den Nachbarn nicht aufgefallen seyn, denn Annibali hätte vielleicht nie von euch gehört. Und wäre der Vater nicht so rauh und ungesellig, der Anniball hätte vielleicht sein Porträt nicht zeichnen lassen — hätte dasselbe später nicht durch Gewalt mit Hülfe des Königs abholen lassen. Der König hätte nichts von euch erfahren, und ihr wäret nicht bekannt geworden. Jetzt sorgt der König für euch; ihr werdet fernerhin unterrichtet, und werdet dereinst tüchtige Maler werden. Gottes Wege sind oft wunderbar, und was ein Unglück zu seyn scheint, ist oft ein Glück.«

Der Knabe fiel der guten, alten Wärterin um den Hals und sagte: »Schilt nicht. Bin ein einfältiger Knabe — will mich nie wieder beklagen. Vor Allem aber will ich ein tüchtiger Maler werden.«

„Ja, ja, wir auch," riefen die Schwestern und küßten die Wärterin. Und sie haben Alle Wort gehalten. Die Mädchen wurden berühmte Pastellmalerinnen, und der Knabe, der Raphael, ward ein sehr berühmter Maler, bekannt unter dem Namen Raphael Mengs.

Wer von meinen Lesern nach Dresden kommt, der lasse sich in die dortige katholische Kirche führen. Das wunderschöne Altargemälde ist von unserm Raphael. Wenn Ihr es seht, dann denkt der Jugend des Künstlers und denket still vor euch:

»Gottes Wege sind wunderbar — und wen der Herr lieb hat, den züchtigt er."

M. Dornwald.

Erlebnisse der Schweizer-Regimenter in fremden Diensten.

Ein schweizerischer Offizier, der auch in fremden Kriegsdiensten gestanden hat, gibt von 1790 an in Folgendem eine historische Skizze der Erlebnisse der Schweizer-Regimenter, woraus hervorgeht, welchen Lohn sie für ihren sündhaften Völkerunterdrückungsdienst noch immer geerndtet haben:

1791 Mord der Schweizergarde in Paris, am 10. August.

1792 Entlassung der 15 in französischem Solde stehenden Schweizer-Regimenter — ohne Entschädigung.

1795 Entlassung der Schweizerregimenter in Piemont — nur mit einigen Retraiten. — Entlassung der Hellebardiers-Garde.

1808 Zwei Regimenter in spanischem Dienste (Reding No. 2, de Preux No. 6) werden in der Schlacht von Baylen aufgerieben und ihre wenigen Ueberreste ohne Sold weggeschickt. — Die schweizerischen Hellebardiers beim Papste werden ohne Entschädigung aufgelös't.

1811 Von dem walliser Bataillon in Frankreich kommen nur Wenige zurück.

1815 Vier Schweizer-Regimenter im Dienste Napoleons, oft ergänzt, während des russischen Feldzuges größtentheils vernichtet, werden von der Eidgenossenschaft nach der Rückkehr von der Insel Elba heimgerufen.

1816 Entlassung der Schweizer in englischen Diensten — mit guten Pensionen.

1817 Entlassung eines piemontesischen Schweizerregiments nach einjährigem Dienste.

1830 Mord der Schweizer in Paris. Entlassung der 6 Regimenter mit dem bekannten Sold. — Vier Schweizer-Regimenter in Spanien gehen elend zu Grunde.

1848 Die Schweizer schlagen sich in Neapel, Messina und bei Vicenza und verlieren circa 1500 Mann. — Entlassung der Hellebardiers-Garde in Turin. — Angriff und Entlassung der Schweizer-Garde in Rom. —

1849 Entlassung der 2 Schweizer-Regimenter im Dienste des Papstes.

Funken.

Das italienische Theater zu Pera, welches in diesem Jahre gute Geschäfte macht, wurde kürzlich mit einem Besuche des Sultans beehrt. Man gab die »Linda;« der Sultan blieb während der ganzen Vorstellung dort, bezeigte sich sehr zufrieden und schenkte dem Direktor, dem Kapellmeister und dem Architekten Jedem eine Tabatière im Werthe von 20,000 Piaster und ließ als Entrée 50,000 Piaster zur Vertheilung an das Bühnenpersonal anweisen. — Es hat sich auch hier ein Verein zur Sammlung von Liebesgaben zu Gunsten des Papstes gebildet. Das Programm besagt, daß Beiträge von allen Konfessionen (am Ende auch von den Türken!) angenommen werden, und theilt die Theilnehmer in drei Klassen. Zur ersten gehören die, welche täglich 1 Pera (1/12 Ngr.), zur zweiten, welche wöchentlich 1 Piaster, und zur dritten, welche über diese Summe geben. — Nach Berichten aus Albanien ist auch dort strenge Kälte eingetreten. In Macedonien, in der Nähe von Salonichi, sind in einer Nacht sieben Menschen und viele Büffel erfroren.

Druck und Verlag von Wilhelm Tümmel S. Nr 544 am Rathhaus.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 13 März 1849 — № 72. — Dienstag: Ernestus.

Deutschland.

Bayern. (München, 10. März.) Das heutige Regierungsblatt Nr. 10 enthält das bereits mitgetheilte Rescript die Vertagung des gegenwärtigen Landtags betreffend. Dann eine Bekanntmachung die Vorlage der Begnadigungsgesuche betr., der Inhalt ist folgender: Begnadigungsgesuche über welche das königliche Staatsministerium der Justiz gemäß §. 53 lit. a. der Verordnung über die Formation der Ministerien vom 9. Dezember 1825. Antrag zu stellen hat, und welche nicht unmittelbar an Seine Königliche Majestät vorgelegt werden wollen, sind einzureichen: A. bei der Staatsbehörde und zwar 1. bei dem Staatsanwalte am einschlägigen Appellationsgerichte, wenn das rechtskräftige Strafurtheil a) ein in Anwendung der Strafprozeßordnung vom Jahre 1813 abgeurtheiltes Verbrechen oder Vergehen oder b) eine in Anwendung der Strafprozeßordnung vom 10. Nov. 1848 von einem Schwurgerichtshofe (Art. 3. Abs. 1. des Gesetzes vom 12. Mai 1848 Gesetzblatt Seite 35. 36., Art. 51. Abs. 1., Art. 187 und 203, des Gesetzes vom 10. November 1848. Gesetz-Blatt Seite 254. 312 und 318.) abgeurtheilte Gesetzverletzung betrifft; 2. bei dem Staatsanwalte am betreffenden Kreis- und Stadtgerichte, wenn das rechtskräftige Strafurtheil ein in Anwendung der neuen Strafprozeßordnung von einem Kreis- u Stadtgerichte in erster oder von einem Appellationsgerichte in zweiter Instanz abgeurtheiltes Verbrechen oder Vergehen beziehungsweise in dem Falle des Art. 187 vergleiche mit 303, eine Polizeiübertretung betrifft; B. bei dem betreffenden Untergerichte, wenn das rechtskräftige Strafurtheil außer den Fällen der Art. 187. und 203. a. a. O. eine Polizeiübertretung oder Abgabendefraudation betrifft, welche von einem Untergerichte als solchem in erster oder von einem Appellationsgerichte in zweiter Instanz abgeurtheilt wurde. II. Die Ministerialentschließungen vom 19. Mai 1816 und 3. Mai 1819, betreffend die Beilegung von Urtheilsabschriften zu den Begnadigungsgesuchen, werden hiemit außer Wirksamkeit gesetzt. III. Von den Staatsanwälten, beziehungsweise den Untergerichten, sind die ihnen übergebenen Begnadigungsgesuche, nachdem die etwa nöthige Instruktion gepflogen worden ist, auf dem durch das Unterordnungsverhältniß vorgezeichneten Wege sammt den einschlägigen Akten und sonstigen Erhebungen schleunigst hieher vorzulegen. Jede Staatsbehörde, beziehungsweise jedes Gericht, von welchem ein Begnadigungsgesuch mittelbar oder unmittelbar hieher vorgelegt wird, hat dasselbe mit einem kurz motivirten Gutachten zu begleiten. Der Beifügung einer Thatgeschichte bedarf es nicht. München, den 3. März 1849. Königl. Staatsministerium der Justiz. Heintz.

Ferner enthält dasselbe Regierungsblatt folgende Dienstesnachrichten: Dem wiederholten Kollektivgesuche der bisherigen Staatsminister um ihre Entlassung von den seither begleiteten Ministerstellen mit Ausnahme des darin enthaltenen des Kriegsministers v. Lesuire — wurde stattgegeben und unter dem Ausdrucke der allergn. Anerkennung der mit andauernder Hingebung und unverdrossenem Eifer geleisteten nützlichen Dienste der Staatsminister Herrmann v. Beisler von der bisher begleiteten Stelle eines Staatsministers des Innern, der Staatsminister Karl Heintz von der bisher begleiteten Stelle eines Staatsministers der Justiz, der Staatsminister Otto Graf von Bray-Steinburg von der bisher begleiteten Stelle eines Staatsministers des kgl. Hauses und des Aeußern, und der Staatsminister Moritz v. Weigand von der bisher begleiteten Stelle eines Staatsministers der Finanzen, vom 7. März l. J. an enthoben und unter Ernennung derselben zu Staatsräthen im außerordentlichen Dienste bezüglich deren Berufung zu andern Aemtern die weitere Entschließung vorbehalten. Der bisherige Ministerialrath im Staatsministerium der Justiz, Dr. Karl August v. Kleinschrod, wurde zum Staatsrathe im außerordentlichen Dienst, dann zum Staatsminister der Justiz, und der bisherige Ministerialrath im Staatsministerium der Finanzen Dr. Joseph Aschenbrenner, zum Staatsrathe im außerordentlichen Dienste, dann zum Staatsminister der Finanzen — beide vom 7. März l. Js. an — ernannt, ferner bis zur weitern allerhöchsten Bestimmung die einstweilige Leitung der Geschäfte des Staatsministeriums des Innern dem Staatsrathe im außerordentlichen Dienste, v. Beisler, und die einstweilige Leitung der Geschäfte der Staatsministerien des kgl. Hauses und des Aeußern, dann des Handels und der öffentlichen Arbeiten dem Staatsrathe im außerordentlichen Dienste, Grafen v. Bray-Steinburg, übertragen. Die I. Landgerichtsassessorsstelle zu Uffenheim wurde dem II. Landgerichtsassessor Ad. Rö‸ling, zu Feuchtwangen, die I. Landgerichtsassessorstelle zu Heidenheim dem dortigen II. Assessor J. P. Zitzmann, und die hierdurch erledigte II. Assessorsstelle dem II. Landgerichtsassessor zu Füssen O. Zöller übertragen; dem Landgerichte Pfarrkirchen wurde ein Aktuar extra statum beigegeben, und diese Stelle dem vormaligen Patrimonialgerichtshalter J. P. Krieger zu Arnstorf verliehen.

(München, den 9. März.) Als ein heute hier allgemein verbreitetes Gerücht, theilt ein Korrespondent der „Augsb. Allg. Z.“ mit, daß König Ludwig, aus Anlaß der bekannten Anträge des Finanzausschusses in Bezug auf das griechische Anlehen, das Anerbieten gemacht habe, eine Million Gulden zu deponiren. — Die Mitglieder des rechten Centrums unserer Abgeordnetenkammer, welche sich noch hier befinden, werden diesen Abend zusammentreten, um in einem von dem Abg. Scheurl zu verfassenden Manifest die zukünftige Aufgabe und Stellung dieses Parteikörpers dem Volke gegenüber auszusprechen.

Freie Städte. (Frankfurt, 8. März.) Die wohlwollende Aufnahme, welche die Koalitionsdeputation in Olmütz gefunden haben soll, hinderte aber doch nicht, wie man bestimmt wissen will, daß die Deputation ziemlich unverrichteter Sache nach Wien abging, um die Minister dort aufzusuchen. In der Erwartung auf den Erfolg der Deputation ist die Linke am meisten zurückgekommen. Sie wird sich vorerst auch gar nicht in die Koalitionsfrage selbst einlassen, sondern den ihr von ihrer Kommission vorgelegten Verfassungsentwurf prüfen und das Weitere der Zukunft überlassen. Wenn aber auch die Linke mit Achselzucken die Kunde beantwortet, daß der Verfassungsausschuß mit 13 gegen 11 Stimmen — und in der Majorität sind zwei kräftige Kämpfer der Linken — beschlossen, den erblichen Kaiser auch in der zweiten Lesung zu beantragen, so ist doch nicht zu läugnen, daß dieser Beschluß ihr ein unangenehmes Gefühl bereitete. Die Linke weiß recht gut, daß das deutsche Volk in dem Direktorium die Auferstehung des seligen Bundestages erkennt und mehr und mehr die Ueberzeugung gewinnt, daß eine kräftige, einheitliche Regierung Deutschland Noth thut. (D. Z.)

(Frankfurt, den 9. März.) Die Frankf. Ztg. giebt „aus zuverlässiger Quelle“ die Nachricht, daß die Bevollmächtigten von Oesterreich, Bayern, Hannover, Sachsen und Würtemberg sich bereits über den von Oesterreich angedeuteten Entwurf, die Reichsregierung betreffend, vollständig geeinigt haben und in der Lage sind, denselben nunmehr behufs einer schließlichen Anerkennung ihren Regierungen vorzulegen, um sodann als Grundlage einer Vereinbarung mit der Reichsversammlung zu dienen.

LPC. (Frankfurt, den 8. März.) Als die Linke im vorigen Jahre beantragte, einzelne Bestimmungen aus dem vom Verfassungsausschusse vorgelegten Entwurfe der Grundrechte herauszuheben, und vor allen andern festzustellen, zeigte sich Herr Beseler sehr bekümmert um die Zerreißung seines grundrechtlichen Systems. Leider war der begeisterte Professor nicht im Stande, dies System introuvable näher zu begründen. Er kämpfte vergeblich und es gelang der Linken, manches wichtige Recht des Volkes vor dem vollen Einbruche der Reaktion durch seine Erhebung zum Gesetze zu befestigen. Auch die Berathung des Rechtes der Grundrechte, welche jetzt bereits in zweiter Lesung vor sich geht, hat keine Veranlassung gegeben, den Verlust des Systems Beseler als ein Unglück zu beklagen. Indessen wird es gut seyn, die dort willkührlich aneinander gereihten Sätze unter einige Hauptgesichtspunkte zu ordnen. Erst dadurch erkennt man die Nothwendigkeit der aufgenommenen Bestimmung, ihre Mängel, ihre Lücken. Die Grundrechte sollen die allgemeinen Grundlagen des freien und glücklichen Volkslebens enthalten. Ihre Hauptgegenstände sind daher: Gewähr für die physische Existenz jedes Einzelnen, Möglichkeit seiner ungehemmten geistigen Entfaltung und Zusammenstellung derjenigen Rechte und Institutionen, welche zur Sicherstellung der beiden ersten Kathegorien gehören. Stellt man die Paragraphen der Grundrechte, welche nach der am 28. Dezbr. verkündeten Anthologie aus denselben übrig geblieben sind, unter diese 3 Gesichtspunkte, so wird man ihre groß Wichtigkeit nicht verkennen. Um so mehr ist es zu bedauern, daß die heutige Abstimmung kein entsprechendes Resultat ergeben hat. Es schien fast, als musse die Linke trotz der glänzenden Siege bei dem Wahlgesetze anfangen, sich wieder in ihre alte Stellung als perpetuelle Minorität hineinzufinden. Hiefür nur zwei Belege. — In der heutigen Sitzung wurden die Grundzüge der deutschen Gemeindeordnungen behandelt. Aber, es läßt sich nicht behaupten, daß das Parlament der früheren bureaukratischen Bevormundung des Gemeindelebens ein Ende gemacht habe. Die Majorität hat sich nicht herbeigelassen, die Wahl der Gemeindebeamten von der Bestätigung und die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten von der Oberaufsicht der Staatsbehörden zu befreien. In Preußen würde hiernach die Regierung, ohne die deutschen Grundrechte zu verletzen, noch manchen Schritt hinter die revidirte Städteordnung zurückgehen können.

Man sagt, dergleichen müsse den Einzelstaaten anheim gegeben bleiben, und läßt sich so eine Gelegenheit nach der andern entgehen, Boden im Volke, und durch das Volk eine Macht zu gewinnen, welche trotz der Sondergelüste der Dynastien den hiesigen Beschlüssen zur praktischen Durchführung verhelfen könnte. Noch auffallender war das Bestreben der Freunde „organisirter Freiheit“ auf der Rechten, die Sonderstellung des Militärs den Bürgern gegenüber zu erhalten. Sie haben das Petitionsrecht der Soldaten vernichtet, — denn etwas Anderes als Vernichtung ist es nicht, wenn dasselbe an die Disziplinargesetze, an den Subordinationskatechismus gebunden wird; — sie haben den Gemeinden die reorganisirte Bewaffnung als Theil der allgemeinen Volkswehr verweigert. Sie wollen eine außer dem Volke stehende, wo möglich dem Volke feindliche Macht in den Händen der Regierungen. Natürlich! denn seit die vormärzlichen Liberalen und Konspirateurs an das Ruder gelangt sind, seit sie sich für politische Päpste und den Zweifel an ihre Unfehlbarkeit für ein Verbrechen ansehen, mußte ihre Staatskunst zu einem Systeme der Gewalt herabsinken. Sie sind nichts als eine neue Form des Absolutismus. Noch eins. Die alten Ausschüsse haben bei Ergänzungen den Vorschlag der Kandidaten in ihren Händen. Wan werden diese Herren lernen, daß in einem Ausschusse alle Parteien vertreten seyn müssen, und daß die Linke nach ihrer numerischen Stärke ein Drittheil aller Ausschüsse verlangen darf? Der Wehrausschuß hatte sich heute wieder erlaubt, neue Kanditaten vom reinsten konservativen Wasser zur beliebigen Auswahl vorzulegen. 130 Mitglieder der Linken haben darauf ihre Betheiligung an einer solchen Wahl zu Protokoll verweigert.

Hannover. Die Demonstration zu Gunsten des Ministeriums hat so eben stattgefunden und ist so, wie von der deutschen Gesinnung der Hannoveraner nicht anders zu erwarten war, ausgefallen. Schon um 1 Uhr war eine Menge Volks vor dem Rathhause versammelt, die die spärlich die Rathhaustreppe Hinansteigenden mit unlieblichen Tönen empfingen. Um 2 Uhr zogen circa 100 bis 150 Männer, die Deputation an der Spitze, vor's Schloß, wo ein Musikkorps aufgestellt war. Die versammelte Volksmenge aber brachte der Nationalversammlung, den Grundrechten und ihren Vertheidigern in den hannover'schen Kammern Lebehochs aus. Ein Bataillon Bürgerwehr hält die Umgebung des Schlosses besetzt, wo aus vollem Herzen noch jetzt (3 Uhr) „Was ist des Deutschen Vaterland“ gesungen wird. Wir bedauern, daß leider einige Insulten gegen Mitglieder dieses Aufzugs vorgefallen sind. (Z. f. N.)

Oesterreich. (Wien, 6. März.) Vom 20. Febr. schreibt man, daß außer Hermannstadt und Kronstadt das ganze Sachsenland vom Feinde besetzt sey, der auch in Klausenburg stehe. Unsere ganze Macht sammt den Russen beträgt in Hermannstadt nur 11,000 Mann. Bem steht mit 6000 M. in Mediasch, die Szekler in Schäßburg, wo sehr bedeutende Vorräthe aufgehäuft waren, die nun verloren sind. Die Schäßburger wollten sich selbst vertheidigen, aber man gab es nicht zu, und als das Militär sich zurückzog, mußten die Garden mit ihm ziehen. In Hermannstadt reichen die Lebensmittel nur mehr auf 14 Tage hin, und dieser Mangel hindert auch, noch mehr russische Truppen herbeizuziehen. (A. A. Z.)

(Von der österreichischen Gränze, den 6. März.) Aus verläßigen Privatbriefen ersieht man, daß Perczel weder gefangen, noch nach der Schweiz geflüchtet ist. Zu ersterer Version gab sein unvermuthetes, abentheuerliches Erscheinen in Pesth Veranlassung, wo er mehreren Damen seiner Bekanntschaft einen Besuch machte. Die Militärbehörde fahndete bereits nach ihm, doch er entkam zu rechter Zeit. Nunmehr hört man, daß er im Tolnaer Komitate eine Agitation des Landvolkes begann, die von Tag zu Tag drohender wird. Eine weitere traurige Kunde meldet die fast gänzlich erfolgte Aufreibung der von Stur und Hurban geleiteten Freischaaren. Ein Korps von 12,000 Mann operirt im Rücken der kaiserl. Armee und trachtet gegen die Bergstädte vorzudringen. Der Anführer desselben soll Gluth heißen. (Frz. Z.)

Preussen. †°† (Berlin, 9. März.) Die Steuerverweigerungs-Angelegenheit wird in den engeren Kreisen der konservativen Mitglieder der Kammer jetzt häufig zur Sprache gebracht. Die beim Kammergericht eingeleitete Voruntersuchung ist ihrem Abschluß nahe und es steht zu erwarten, daß der Antrag, die Genehmigung zur Einleitung der Untersuchung, beziehungsweis zur Verhaftung, der betheiligten Abgeordneten zu ertheilen, an die Kammer gestellt werden wird. Die Meinung der konservativen Partei über die Stellung, die sie einem derartigen Antrage gegenüber einzunehmen haben werde, geben wesentlich aus einander. Während ein allerdings nicht zahlreicher Theil die gerichtliche Verfolgung überhaupt zu mißbilligen scheint, sind die Uebrigen darin uneinig, ob nur die Einleitung der Untersuchung gestattet, oder, wie die Ultras wollen, auch die Verhaftung Einzelner gebilligt werden soll. —

Sicherem Vernehmen nach wird der König bereits in den nächsten Wochen eine Reise antreten, deren Zweck der definitive Entscheid der Fürsten über die deutschen Angelegenheiten seyn soll. Trügen nicht alle Zeichen, so wird man preußischer Seits wohl schon jetzt offen mit Oesterreich zusammenhandeln. Einige Nachrichten, die man auf diplomatischem Wege von Frankfurt erwartet, werden die nächsten Schritte der preussischen Regierung in dieser Beziehung bestimmen.

Die bisherigen Sammlungen zur Errichtung eines Denkmals zu Ehren der im Märzkampfe Gefallenen haben einen günstigen Erfolg gehabt. Auch aus den Provinzen sollen bereits nicht unerhebliche Beträge eingelaufen seyn. Ein Theil der hiesigen Steinmetzgesellen hat sich erboten, den Stein zum Piedestahl unentgeldlich zu liefern und zu bearbeiten. —

Man unterhält sich von einem heftigen Zusammentreffen zwischen dem früheren Staatsminister v. Bodelschwingh und dem Abgeordneten Krackrügge. Der letztere nahm von einer in der 2. Abtheilung, welcher beide Männer angehören, angeregten Debatte, über den Verlust der politischen Ehrenrechte als Folge einer infamirenden Strafe zu der Bemerkung Anlaß: er glaube das letzte Opfer der alten Bureaukratie in dieser Beziehung gewesen zu seyn, ihre Herrschaft sey hoffentlich für immer zu Ende. Dies soll den Minister des so angegriffenen Systems zu einer überaus leidenschaftlichen Entgegnung provocirt haben.

Auf offiziellem Wege ist der Regierung die Mittheilung geworden, daß man in verschiedenen französischen Städten ein paar hundert falscher Pässe aufgefangen hat, welche sämmtlich nach Berlin dirigirt waren. —

Seitens mehrerer Mitglieder der Linken ist ein Brief an den Präsidenten Grabow gerichtet worden, in welchem man sich darüber beschwert, daß die Herren Graf Brandenburg und v. Raotha gestern bewaffnet (in Uniform, einen Degen an der Seite) in der Versammlung erschienen seyen. Herr Grabow antwortete mündlich, daß er die Herren ersuchen werde, den Degen im Vorsaal abzulegen. —

Wie bekannt, befindet sich unser Bevollmächtigter in Frankfurt Herr Camphausen wieder hier. Er macht auch jetzt von seiner einflußreichen Stimme Gebrauch, um dem Gouvernement zu versöhnenden Schritten zu rathen. So hat Herr Camphausen auch eine würdige Feier der Märztage für angemessen erachtet, und bei dem bedeutenden Gewicht seiner Stimme in den höchsten Regionen ist es wahrscheinlich, daß die Regierung eine derartige Feier veranstaltet, um so mehr als auch im Ministerium selbst schon vor einiger Zeit diese Frage angeregt wurde. —

Sachsen. (Dresden, 8. März.) Die II. Kammer bot heute einen veränderten Anblick dar. Es hatte nämlich die „äußerste Linke“ (der Klubb derselben besteht aus folgenden 20 Mitgliedern: Auerswald, Bernhardt, Blankmeister, Böttcher, Claus aus Auerbach, Feldner, Heibig, Jäkel, Meier, Meinel, Röckel, Tauerschmidt, Tieme, Garmann, Trützschler, Tzschirner, Wagner, Wehner) von dem „linken Centrum“ getrennte Plätze eingenommen. Nach dem Vortrage der Registrande, die eine Anzahl Petitionen enthielt, erklärt Staatsminister Dr. Weinlig, daß der Minister des Auswärtigen auf die Interpellationen der Abgg. Schaffrath (die Interventionen deutscher Truppen in Italien betreffend), Tzschirner (die Erklärung, der sächsischen Regierung über das deutsche Verfassungswerk betreffend) und Böttcher das Ausrücken sächsischer Truppen nach Schleswig-Holstein und das Einrücken fremder Reichstruppen in Sachsen betreffend) in der nächsten Sitzung antworten werde. Auf eine Anfrage des Abg. Hähnel aus Rodeburg, ob es dem Finanzausschuß nicht möglich sey, den Bericht über das Dekret, die Errichtung einer Ackerbauschule betreffend, noch vor Anfang des künftigen Monats zu vollenden, gibt Abg. Finck die Auskunft, daß jener Bericht in kurzer Zeit werde erscheinen können. Abg. Müller aus Dresden spricht hierauf gegen das Präsidium den Wunsch aus, „daß dasselbe Namens der Kammer den Wahlausschuß zu Zwecken zur Beschleunigung in der Wahlangelegenheit des Abg. Richter anregen wolle. Der Präsident gibt einige Auskunft und verspricht dem Wunsche des Abg. Müller nachzukommen. Man geht zur Tagesordnung über. Abg. Bernhardt begründet den Antrag auf Cassation des Armeebefehls über die Meidung republikanischer Vereine. Er verlange mit seinen Freunden die unverzügliche Aufhebung des Armeebefehls, durch welchen den Soldaten der Besuch republikanischer Vereine gesetzlich verboten würde; er verlange dies im Interesse eines gesicherten Rechtszustandes und des Vereinsrechts. Die Frage, „ob republikanische Vereine gesetzlich verboten seyen,“ müsse verneint werden. Die Gründe hierzu lägen im rationellen Rechte, in dem Vereinsrechte, in der Verfassung und endlich in dem Anerkenntniß der Regierung. Der Redner führt dies weitläufiger durch und bemerkt schließlich, da also die republikanischen Vereine gesetzlich nicht verboten werden, an denselben Theil zu nehmen. Jenes Verbot sey verfassungswidrig und daher ungültig und ungesetzlich. Die Angelegenheit sey dringlich, und er trage auf sofortige Berathung seines Antrags an. Abg. Haberkorn: Wenn er auch die feste Ueberzeugung habe, daß es in der Kammer nicht einen gebe, der eine solche Beeinträchtigung des Vereinsrechts der Soldaten billige, so halte er doch eine sofortige Berathung über jenen Antrag nicht für zweckmäßig. Nur eine Thatsache liege vor, die nackte, kahle Auslassung des Kriegsministers, man kenne nicht einmal den Wortlaut jenes Befehls. Er halte daher die Sache noch nicht für spruchreif und es sey gewiß nöthig, daß in der Deputation darüber erst genaue Erörterungen gepflogen würden. Die Kammer sey es sich jetzt gerade schuldig, recht vorsichtig zu gehen, deshalb stelle er den Antrag „auf die sofortige Berathung des Bernhardt'schen Antrags nicht einzugehen, sondern vielmehr den Antrag an die betreffende Deputation zur Begutachtung zu überweisen.“ Dieser letzte Antrag wird fast vom ganzen linken Centrum und der Rechten unterstützt.

Vizepräsident Tzschirner: Er habe mit Erstaunen gesehen, daß sich ein großer Theil der Kammer zur Unterstützung des Haberkorn'schen Antrags erhoben habe. Ihm scheine die Sache gar nicht so verwickelt. Ein solcher Armeebefehl hätte nur aus Rücksicht auf Dienst und Disziplin, nicht wegen Tendenzen vom Kriegsministerium erlassen werden können. Die Disziplin würde aber gewiß nicht durch den Besuch republikanischer Vereine gefährdet. In Republiken gebe es auch wohldisziplinirte Heere. Es sey endlich überhaupt jener Befehl verfassungswidrig, weil er vom Generalkommando, nicht vom Ministerium erlassen worden sey. Abgeordneter Berthold: Er wisse nicht, mit welchen Gründen die Regierung diesen Befehl vertheidigen werde, aber er sehe im voraus ein, daß er diesen Gründen nicht würde beitreten können. (Heiterkeit.) Der Redner spricht noch weiter in humoristischer Weise gegen jenen Armeebefehl, hält es aber für zweckmäßig, den Antrag erst einer Deputation zur Begutachtung zu überweisen, man wisse ja nicht, ob das Ministerium nicht diesen Befehl zu dem seinigen machen werde. Abgeordneter Dammann will Ueberweisung an die Deputation, Abgeordneter Tauerschmidt dagegen sofortige Berathung. Abgeordneter Müller aus Dresden: Formell sey dieser Befehl allerdings nicht ganz zu rechtfertigen, allein vom praktischen Standpunkt aus sey er nicht für die sofortige Berathung. Von allen Seiten her sey man bemüht, die Kammer zu verdächtigen, und schon seinem Antrag auf Abänderung des Kriegsartikels 5 habe man den Vorwurf gemacht, als solle dadurch das Heer republikanisirt werden. Man möge nicht den Feinden neue Waffen in die Hände geben. In der Praxis gestalte sich die Sache nicht so folgenreich, und die praktischen Bedenken in Betreff der Eigenthümlichkeit des Wehrberufs seyen zu wichtig, als daß nicht die Berathung über den fraglichen Antrag bis nach Begutachtung einer Deputation hinauszuschieben sey. Uebrigens ist der Redner im Prinzipe mit dem Antrag einverstanden. Abgeordneter Wehner: Er folge dem Wahlspruche: „Thue recht und scheue Niemand,“ es möge daraus folgen, was da wolle. Es frage sich hier nur, ob jener Befehl gültig sey oder nicht. Diese Frage sey leicht zu beantworten, wenn man nur das Vereinsrecht in die Hand nehme. „Also sofortige Berathung.“ Abgeordneter Spitzner: Der Antrag des Abgeordneten Haberkorn enthalte blos eine Verneinung des Bernhardt'schen, „auf sofortige Berathung,“ und werde so durch diesen erledigt. Er sey aber mit dem Abgeordneten Haberkorn völlig einverstanden, wenn auch aus einem andern Grunde. Der Antrag auf Aufhebung jenes Befehls enthalte eine Beschwerde gegen das Kriegsministerium, eine solche müsse aber nach der Geschäftsordnung erst einer Deputation zur Begutachtung überwiesen werden. Abgeordneter Blankmeister will sofortige Berathung. Abgeordneter Schieck: Das sächsische Militär habe so viel Freiheiten als wohl kein anderes, und würde durch diesen Befehl nicht in seinen Rechten sehr beeinträchtigt werden. Es sey überhaupt mit der Bestimmmung der Soldaten nicht vereinbar, republikanische Vereine zu besuchen. (Lachen auf der Linken und der Galerie.) Der Eid, den sie geleistet, hindere sie daran, dieselben zu besuchen. Der Redner spricht sich schließlich noch im Sinne des Abgeordneten Spitzner aus. Nachdem noch Sekretär Jäkel für sofortige Berathung, der Abgeordnete Schmidt aber dagegen gesprochen, ergreift Vizepräsident Tzschirner nachmals für die sofortige Berathung das Wort und äußert unter Anderm: Die Verweisung des Antrags an eine Deputation hieße denselben geradezu erfolglos machen. Möge man doch keine Furcht vor den Gegnern haben, lasse man sie heulen wie sie wollen! (Bravo! auf der Galerie.) Es wird hierauf die Debatte geschlossen, und der Antrag auf sofortige Berathung gegen 17 Stimmen (Mitglieder der äußersten Linken) abgelehnt. Der Antrag auf Kassation jenes Armeebefehls wird an die fünfte Deputation verwiesen. Abgeordneter Auerswald erstattet nun Bericht über eine Petition des Volksvereins zu Pausa, um Gewährung eines Kapitalvorschusses an einen dort sich etablirenden Verleger für Zeugmacher- und Strumpfwaaren. Er beantragt, daß diese Petition an die Staatsregierung abgegeben werde, welchem Vorschlage die Kammer nach kurzer Debatte gegen 1 Stimme beitritt.

Man gelangt nun zum letzten Gegenstande der Tagesordnung, die Berathung über den zweiten Bericht des ersten Ausschusses über

die deutschen Grundrechte. Abg. Kretzschmar erklärt, daß dieser Bericht, der die von dem abgetretenen Ministerium dem Dekret über die Grundrechte beigefügten Bemerkungen erläutert und abzulehnen empfiehlt, einen Gegenstand enthalte, der nun völlig erledigt sey, und stellt den Antrag, daß die Kammer in Erwägung ihres frühern Beschlusses bezüglich der in dem Dekrete vom 3. Februar sub B. angefügten Bemerkungen, von einer Berathung dieses Berichts absehen und beschließen möge, daß nun zur Darlegung der durch die Bestimmungen der Grundrechte unbrauchbar gewordenen Gesetze sowie zur Berathung neuer nöthiger Bestimmungen geschritten werde. Die Abg. Blöde und Gruner beantragen, daß zur Aufklärung des Volks der zweite Bericht so wie die Beilage sub B. im Dekrete vom 3. Febr. in den Landtagsmittheilungen mit abgedruckt würden. Staatsminister Dr. Weinlig verwahrt sich gegen einen Vorwurf des Abg. Blöde, als ob das neue Ministerium einer Unterlassungssünde sich schuldig gemacht habe. Es sey in dem von demselben erlassenen Dekret ausdrücklich bemerkt, daß der König die Anträge der Kammern in Bezug auf die Publikation der Grundrechte genehmigt habe, und ein Antrag habe ausdrücklich auf Weglassung jener Bemerkungen gelautet. Auf Antrag des Abg. Spitzner wird der Antrag des Abg. Kretzschmar in zwei Theile getrennt. Der erste Theil (die Absehung von der Berathung) wird einstimmig, der zweite Theil gegen 4 Stimmen (von der Rechten) angenommen. Ebenso der Blöde-Grunersche Antrag gegen 15 Stimmen (von der äußersten Linken).

Schleswig-Holstein. (Schleswig, 5. März.) Reventlow-Farve ist von Kopenhagen zurück und von hier schon wieder fort, wie es heißt nach Frankfurt. Sein Auftrag soll dahin gelautet haben, sich nur an Friedrich VII. als unsern Herzog zu wenden; es ist ihm nicht gelungen; der König-Herzog hat ihn nicht empfangen, sondern an die Minister verweisen lassen. — Die Sendung nach Kopenhagen hat im Lande allgemeines Mißfallen erregt, der Ausfall wird uns günstig seyn. Der König-Herzog will nichts für uns, stößt selbst das versöhnende Entgegenkommen, welches die Regierung gegen den Wunsch des Volkes wagt, zurück. Unser Herzog ist nicht mehr unser Herzog, er ist unser Feind! (S.-H.-Z.)

Donaufürstenthümer.

(Bukarest, den 16. Febr.) In Angelegenheiten unseres eigenen Landes ist es gegenwärtig ziemlich still, desto mehr beschäftigen uns die Kämpfe in Siebenbürgen und der Einmarsch der Russen daselbst. Wie unsere Regierung (natürlich nach den Ansichten der russischen) die Sache betrachtet, mögen Sie daraus entnehmen, daß an sämmtliche Klöster (und es sind deren in der Wallachei nicht wenige) die Weisung ergangen ist, die Siebenbürger Flüchtlinge gastlich aufzunehmen, auch die Polizeiämter die Weisung erhalten haben, den Armen davon Unterstützung zukommen zu lassen, Denjenigen aber, die für den Augenblick vom Gelde entblößt sind, Vorschüsse zu geben. Als zuverlässig kann ich Ihnen melden, daß neuerdings 24,000 Mann Russen den Pruth überschritten haben, um in unser Fürstenthum einzurücken. Die sich immer mehr den Grenzen Rußlands nahenden Revolutionsstürme scheinen den Kaiser Nikolaus zur strengen Vorsicht zu veranlassen. (A. Od.-Z.)

(Bukarest, den 9. Februar.) Der kaiserlich russische Kommissär in den Donaufürstenthümern, General von Duhamel, hat am 25. d. M. folgende Note an den Herrn Kaimakam der Walachei gerichtet: Ich habe nicht ermangelt, das kaiserliche Ministerium davon in Kenntniß zu setzen, daß in Folge des Bürgerkrieges, der in Siebenbürgen wüthet, viele Einwohner dieses Landes, die ihrem rechtmäßigen Herrscher die Treue bewahrt haben, in der Walachei einen Zufluchtsort gesucht und gefunden haben, um sich den alles zerstörenden Gewaltthaten ihrer unerbittlichen Feinde zu entziehen, und daß die walachische Regierung, ihrem edlen Mitleidsgefühl Gehör gebend, eine Kollekte eröffnet hat, um die Bedürftigen unter ihnen zu unterstützen. Se Majestät der Kaiser, mein erhabener Gebieter, den wärmsten Antheil an den Unglücksfällen nehmend, die Siebenbürgens unglückliche Einwohner betroffen haben, und von dem innigsten Mitgefühl durchdrungen für so schweres Leid, hat mich ermächtigt, in Seinem Namen die Summe von eintausend Dukaten beizusteuern, um sie an nothleidende Flüchtlinge zu vertheilen. Indem ich mich beeile, diesen hohen Erlaß Euer Exzellenz mitzutheilen, benachrichtige ich Sie zugleich, daß dieses Geld ungesäumt von Petersburg hierher gesendet werden wird.

Bei dieser Gelegenheit bin ich so frei, die Versicherung meiner vollkommensten Hochachtung zu wiederholen, mit der ich die Ehre habe mich zu nennen Excellenz ganz ergebenster Diener. (Gez.) Duhamel. (A. D.-Z.)

Frankreich.

† (Paris, 8. März.) [Nationalversammlung. Sitzung vom 8. März. Anfang 1¼ Uhr. Präsident Marrast.] An der Tagesordnung stehen in erster Linie die Burignier'schen Interpellationen wegen Italien. (Aufmerksamkeit.) Burignier: Große Militärbewegungen finden in Deutschland und Italien statt. Gegen wen sind sie gerichtet? Sie gehen von den s. g. Nordmächten aus und sind angeblich gegen Italien gerichtet; doch bald werden sie sich gegen die französische Republik wenden. Italien ist nur der Vorposten im Plane dieser Coalition der Könige. Sie fühlten dieß so gut, daß sie am 24. Mai die Befreiung Italiens und einen Bruderbund mit dem deutschen Volk ausgesprochen. Im Vertrauen auf die Ehrlichkeit dieser Erklärung erhob sich Italien wie wir, aber die Fürsten haben sich gegen dasselbe verbündet und es droht in diesem Augenblick zu unterliegen. Welches ist das Interesse Frankreichs? Was verordnet ihm seine Ehre? Italien zu Hilfe zu eilen! Jedes Herz theilt diese Ansicht im Volke. Aber man sucht es durch allerlei falsche Vorstellungen abzuwenden. Man vergleicht 1849 mit 1792 und sieht nicht einmal, wie irrthümlich das ist. 1792 stand die Republik selbst in Frage, man machte von allen Seiten her der republikanischen Regierungsform selbst den Krieg und sagte, die Republik sey dem Lande nur von einer Fraktion aufgedrungen, sie läge nicht im Wunsche des Volkes u. s. w. Ich behaupte nicht, daß man heute eine ähnliche Sprache führe (Gelächter) aber es ist für Niemanden ein Geheimniß, daß die Feinde der Republik ihre Masken abgeworfen haben und das Königthum wieder zu verjüngen suchen, daß sie ein Coalition der Höfe zu bilden suchen. (Stürmische Unterbrechung zur Rechten.) Doch die Enthüllungen dieser Umtriebe gehören nicht hieher. Ich will vielmehr prüfen, ob das Ministerium durch seine Handlungen nach Aussen jene Coalitionspläne nicht bestätigt. Nach dieser Einleitung hält der Redner eine Heerschau der Ereignisse in Italien. Die Oesterreicher stürzen nach Ferrara. Hat das Gouvernement protestirt? Nein! Es mußte energisch protestiren und durfte nicht die Vermuthung gegen sich aufsteigen lassen, daß es jemals auf die Verträge von 1815 hin unterhandeln würde. Diese Verträge können weder der That noch dem Recht nach bestehen. Die Nationalversammlung hat sich am 24. Mai von ihnen losgesagt, freilich waren wir damals noch nicht in Republikaner und Royalisten gespalten. (Lärm.) Seither machte die Vollziehungsgewalt Rückschritte. Mein Antrag geht daher dahin: Die Erklärung vom 24. Mai feierlich zu wiederholen.

Eine Stimme rechts: das sind keine Interpellationen. Drouyn de L'huys: Wir vermutheten Interpellationen; statt dessen beantragt man von Ihnen eine Erneuerung der Beschlüsse vom 24. Mai v. J. bezüglich Italiens und Deutschlands. Wir sind jenen Beschlüssen treu geblieben. (Lärm zur Linken.) Wie soll man jene Beschlüsse deuten. (Lärm.) Ein Theil der Versammlung scheint unter ihnen Krieg mit allen seinen Gefahren und Gräueln zu versuchen. Es ist an der Nationalversammlung, darüber zu entscheiden, wie diese Beschlüsse zu verstehen. (Beifall zur Rechten.) Rechts Stimmen: Zur Abstimmung! Zur Abstimmung.

Ledru Rollin: Man sagte Ihnen so eben, daß es überflüssig sey, die Erklärung vom 24. Mai zu wiederholen, daß man ihr treu geblieben sey rc. In der Hauptsache will man aber nicht antworten. Erlauben Sie mir, da das Ministerium nicht antworten will, daß ich für dasselbe antworte (Hohngelächter zur Linken. Murren rechts). Ja, ich werde für dasselbe antworten, denn eben diese Antwort bildet die Hauptsache. Das Ministerium hüllt sich in Stillschweigen und sagt Ihnen, daß es Ihren Dekreten gemäß handele. Ich aber sage Ihnen, daß es denselben gerade entgegengesetzt handelte. (Lärm.) Euer Benehmen (zu den Ministern gewandt) ist unwürdig. Wie habt Ihr die römischen Gesandten empfangen? Kaum, daß Ihr ihnen die Thüren öffnet. Haltet Ihr so unsere Beschlüsse? Könnt Ihr das Dekret erfüllen. Wie hat sich Eure Rolle geändert! Einst bestieg derselbe Mann, den ich hier als Konseilpräsidenten sitzen sehe, die Bühne in einer andern Kammer, um für dieselben Grundsätze zu kämpfen, für welche ich hier stehe und für welche er jene Gesandten fast zurückstößt. (Sensation.) Der Redner liest eine Barrotsche Rede von 1831 vor, die der letztere damals gegen Casimir Perrier hielt. (Dieser Vortrag wird durch Hohngelächter links häufig unterbrochen.) Ich wiederhole, sagt er schließich, daß Euer Betragen schändlich! Der Redner beleuchtet dann die ganze Handlungsweise der provis. Regierung und sucht sie zu rechtfertigen. Die jetzige Regierung sey davon abgewichen, sie sey den Dekreten vom 24. Mai untreu. Aber schließt er, sie ist auch der Wahl vom 10. Dez. untreu geworden, denn die Bauern stimmten in Masse für Bonaparte, aus Gedächtniß an den Ruhm des großen Napoleon. Endlich beleuchtet er die weltliche Stellung des Papstes und hält sie für die katholische Religion unnütz. (Pause.)

Lamartine unterläßt natürlich nicht, so oft von der prov. Regierung die Rede ist, das Wort zu ergreifen. Er ermüdet die Versammlung manche Viertelstunde.

Cavaignac benützt die Gelegenheit, um zu erklären, daß er die Angelegenheit Italiens im besten Zustande seinem Nachfolger im Amte übergebe. (4 Uhr.)

Türkei.

(Konstantinopel, den 15. Febr.) Die russischen und türkischen Truppen in Bucharest sollen kürzlich ganz nahe daran gewesen seyn, mit einander in Kampf zu gerathen. Die Veranlassung war, wie man hier erzählt — verbürgen kann ich es nicht — folgendes: Ein russischer Offizier in Bucharest schickte einem türkischen Offizier eine Ausforderung zu. Der türkische Offizier nahm die Ausforderung an, und das Duell ging ganz nach allen Regeln vor sich, Säbel waren die Waffe. Der Türke focht eines Janitscharen würdig, führte den Krummsäbel meisterlich und spaltete dem Russen den Kopf, oder hieb ihm, wie eigentlich erzählt wird, gar mit einem Zug den Kopf vom Rumpfe. Der russische Kommandant nahm dieß höchst übel, wollte ohne weiteres den türkischen Offizier festnehmen und ihm, unter dem Vorwand, das Duell habe nicht in der gehörigen Ordnung stattgefunden, den Prozeß machen lassen. Fuad Effendi, der türkische Kommissär, war rathlos und hätte es vielleicht geschehen lassen. Der türkische Kommandant aber, Omer Pascha (der Regenat, er ist Kroate von Geburt wenn ich nicht irre) widersetzte sich, und erklärte dem russischen General rund heraus, er habe nicht das Recht, einen türkischen Militär zu verhaften und zur Strafe zu ziehen, dieß stehe nur ihm selbst, dem türkischen Kommandanten zu. Der russische General bestand jedoch auf seinem Willen und erklärte, er würde den Duellanten, wenn er binnen einer Frist von 18 Stunden nicht ausgeliefert würde, mit Gewalt holen. Omer Pascha erwiderte, er werde den Offizier auf keinen Fall herausgeben, wende der russische Kommandant Gewalt an, so werde er Gewalt entgegensetzen. So standen die Dinge, ein Zusammenstoß schien fast unvermeidlich; da schritten die Konsuln ein und vermittelten glücklich noch die Sache, indem sie den russischen General bewogen, von seiner Forderung abzustehen. Die Pforte soll mit der Haltung Omer Pascha's höchlich zufrieden seyn und ihm sogleich ein Geschenk von 700,000 Piaster übersandt haben. Thatsache ist, daß man schon längere Zeit her Reibungen zwischen den türkischen und russischen Truppen fürchtet, und beide darum in ganz verschiedene Stadtviertel verlegt hat und sie möglichst auseinander zu halten sucht. Daß der Ausgang dieses Zweikampfes indeß, wenn er auch ein ganz einzeln stehendes Ereigniß ist, im türkischen Heer die noch keineswegs erloschenen Erinnerungen an die frühere Kriegstüchtigkeit und den alten osmanischen Kriegsruhm neu beleben und den Muth erhöhen wird, dürfte niemand bezweifeln, der dieß Volk kennt. Und wenn bei einem Scheibenschießen mit Kanonen, das kürzlich in Bucharest stattfand, die türkische Artillerie, wie rühmend hieher berichtet wurde, weit besser schoß als die russische, so ist begreiflich, daß auch dieß die Kampflust der türkischen Truppen den Russen gegenüber nur steigern kann. Wer könnte unter solchen Umständen dafür stehen, daß nicht über kurz oder lang doch wieder irgend ein Vorfall, eine neue Reibung und so unversehens vielleicht den Ausbruch eines Kampfes zwischen dem türkischen und russischen Heer herbeiführen kann? Dann ist über Nacht der türkisch-russische Krieg da, und wer könnte sagen, nach welcher Seite die Kriegsflamme vielleicht dann weiter zünden oder wann, wo und wie sie wieder gelöscht

werden wird? Eines nur ist gewiß: der Moment ist sehr wichtig, und Deutschland hat nichts Dringenderes zu thun als sein Verfassungs- und Einigungswerk so rasch als möglich zu vollenden, damit es unverwandt den Blick nach Osten richten kann, gerüstet und schlagfertig und stets bereit sein Schwert in die Wagschale zu werfen, wann die Zeit da ist. Sonst kann, wird Deutschland vielleicht in kurzem erleben, daß seine Schulknaben, wenn sie die Flüsse Rußlands herzählen, neben dem Don und Dniepr auch die Donau nennen, daß die deutschen Donaufahrer in Belgrad oder Orsova von russischen Gränzwächtern wieder heimgewiesen werden, und daß von all den weitreichenden Hoffnungen, von deutscher Colonisation, deutschem Handel, deutschem Einfluß im Orient nichts übrig bleiben als — Träume. Denn darüber kann man sich nicht täuschen, daß die Pforte für sich allein aller Wahrscheinlichkeit nach Rußland bald unterliegen würde, weil es dem türkischen Heer gerade an der Hauptsache fehlt, an tüchtigen Führern, und daß papierne englische und französische Proteste wohl Rußland nicht abhalten würden, seine Mission im Orient zu erfüllen.

(A. A. Z.)

Sprech-Saal.

In dem Artikel des Sprechsaals Nro. 71 d. Bl. ist ein Dekret gegen den Schulbesuch der Kinder, die der freien christlichen Gemeinde angehören, angeführt. Aus ganz unzweifelhafter Quelle kann versichert werden, daß ein solches schmähliches Dekret nicht von unserem Magistrate ausgegangen ist, daß derselbe sich vielmehr mit aller Kraft gegen derartige Beeinträchtigungen ausgesprochen hat, und daß in dieser Beziehung von demselben die nöthigen protestirenden Schritte geschehen sind.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Exp.-Nr. 8069. I.

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg

werden, da bei der auf 22. d. Mts anberaumt gewesenen Subhast.-Tagsfarth ein Kaufsliebhaber nicht erschienen ist, das Haus der Fischermeistersehelente Adam und Marg. Seidlein Nr. 46 zwischen den Fleischbänken mit der Grünfischereigerechtigkeit, sodann zwei obere Fischbehälter bei St. Peter mit einem zum Aufbewahren von Fischereigeräthschaften gehörigem Häuschen Pl.-Nr. 164, wiederholt zum öffentlichen Zwangsverkauf ausgesetzt, zu welchem Zwecke Tagsfarth auf

Donnerstag den 29. März l. Js., Vorm. 11 Uhr im Geschäftszimmer Nr. 6

mit dem Bemerken anberaumt wird, daß bei dieser Tagsfarth der Zuschlag ohne Rücksicht auf die Taxe erfolgt.

Bezüglich der näheren Beschreibung und Taxe dieser Immobilien wird auf die Bekanntmachung vom 19. Dec. v. Js verwiesen, auch können beide in der Registratur hiesigen Gerichts eingesehen werden.

Kaufsliebhaber werden hiezu vorgeladen.

Nürnberg, den 27. Februar 1849.

D i.

Ibrri, k. Rath.

Entbindungs-Anzeige.

Die glückliche Entbindung meiner lieben Frau Margarethe Schütz, geb. Aflinger, von einem gesunden Mädchen, zeige ich meinen Freunden und Bekannten ergebenst an.

Berlin, den 7. März 1849.

Hugo Schütz.

Dank.

Sämmtliche am 10. ds. Mts. hier durchgereiste Abgeordneten der Linken und des linken Centrums der bayerischen Volks-Kammer, welchen von einer Anzahl hiesiger Bürger, insbesondere von den Vorständen mehrerer Vereine, Zeichen der Sympathie und der Anerkennung dargebracht wurden, haben mich beauftragt, für die ihnen gewordene Aufmerksamkeit zu danken und zugleich ihr Bedauern auszudrücken, daß es ihnen für diesmal nicht möglich war, länger in unserer Stadt zu verweilen.

Jacob Schmitt,
Abgeordneter.

Dank.

Den verehrten Verwandten, Freunden und Nachbarn unsers selig entschlafenen Gatten und Vaters den innigsten Dank für die viele Theilnahme während seines Leidens, für die ehrenvolle und zahlreiche Begleitung zu seiner Ruhestätte. Möge der gütige Gott Sie vor ähnlichen Prüfungen bewahren, uns aber Gelegenheit geben, Ihnen bei freudigen Ereignissen dienen zu können.

Helena Susanna Déprez.
Elise Déprez.

SINGVEREIN.

Mittwoch den 14. März Produktion. Damen, welche hier wohnen und nicht zur Familie eines der verehrlichen Mitglieder gehören, können nicht eingeführt werden, so wie selbständige Söhne auf die Karte ihrer Eltern die Versammlung nicht besuchen dürfen.

Der Vorstand.

Einladung.

Künftigen Mittwoch den 14. März findet bei Unterzeichnetem Produktion von dem bekannten Quartett, ehemals Schnepf, bei brillanter Gasbeleuchtung statt, wobei ausgezeichnetes Bockbier aus dem königl. Bräuhaus dahier verabreicht wird. Dazu ladet ergebenst ein

Ott,
im scharfen Eck.

(Anzeige.) Süßer und saurer Carrotten-, sowie alle anderen Sorten Schnupftabacke sind in frischer Qualität zu haben bei

Joh. Demlers Sohn Gottlieb.

Anzeige.

In der Expedition der Mittelfränkischen Zeitung und bei Karl Heubner, Buchbinder am Markt, ist für 3 kr. zu haben:

Das griechische Anlehen.

Vortrag des Abgeordneten Kolb.

$1\frac{1}{4}$ Bogen. — 2. Auflage.

Dieses in München in mehr als 40,000 Exemplaren verbreitete Schriftchen sollte in der Hand jedes Mannes aus dem Volke seyn. Es wird Jeden überzeugen, wo er seine wahren Freunde zu suchen habe.

(Eingesandt.)

Am vergangenen Sonntag den 11. d. wohnten die Einsender dieses dem Gottesdienst in der St. Lorenzkirche bei, mußten aber bei demselben ein solches Schimpfen von der Kanzel herab (von Pfarrer Heller gehalten) hören, daß sie sich nicht mehr in einem Gotteshause, sondern in einer Bauernschenke zu befinden glaubten; wenn dies Schimpfen von den Kanzeln herab, wie es sich in neuerer Zeit in fast allen hiesigen Kirchen zum Eckel macht, und welches der christlichen Gesinnung so fern liegt nicht nachläßt, so werden bald die Räume der Kirchen noch leerer seyn, als dies bereits schon jetzt der Fall ist, und die Einsender dieses sind fest entschlossen, bei nächstem Gottesdienste die Kirche zu verlassen, wenn wieder solch unwürdiges Benehmen des Geistlichen die Kanzel entweiht, und viele werden ihrem Beispiele folgen.

Viele anwesend gewesene.

Pariser Hof.

Die Unterzeichneten beehren sich

Montag den 12. März

auf zwei Wiener Zithern zu produziren, wozu ergebenst einladet

Anfang 7 Uhr.

Böltl und Helber aus Eichstädt.

Versteigerung.

Montag den 26. d. Mts. und die darauf folgenden Tage, jedesmal Vormittags 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr werden im Hause Lit: L. Nr. 852 beim Frauenthor folgende Gegenstände, als:

Silber, Weißzeug, Betten, Zinn, Kupfer, Messing, Porzellain, Gläser, Schreinzeug, 3 Rococo-Schränke, 1 große Wäschmang, Kanapee, Sessel von Nußbaum- und Mahagoni-Holz, 1 Speiseschrank, 1 Stock-Uhr, Spiegel, Holz, Haus- und Küchengeräthschaften

gegen gleich baare Bezahlung versteigert, und Kaufsliebhaber hiezu eingeladen.

Versteigerung

eines Gartens mit Wohnhaus und Oekonomie-Gebäulichkeiten, vor dem Frauenthor zu Nürnberg belegen.

Montag den 19. März Nachmittags 3 Uhr wird der zum Nachlasse Herrn Joh. Daniel Dörr gehörige, vor dem Frauenthor neben dem Gasthaus zum goldenen Fuchs liegende Garten mit Gebäulichkeiten im Ganzen oder parzellenweise im Garten selbst an den Meistbietenden versteigert.

Der Garten hat einen Flächeninhalt von 17 bayerischen Tagwerken und 6 Dezimalen.

In demselben befindet sich ein zweistöckiges, massiv gebautes, fast neues Wohnhaus; ferner ein zweistöckiges Oekonomie-Gebäude mit darangebauten Wagenremisen und Treibhause.

Diese Besitzung kann Donnerstag den 15. und Montag den 19. März Vormittags von 10 bis 12 Uhr eingesehen werden.

(Gesuch.) In einer der vorzüglichsten Stadt des Königreiches Bayern, wo der Kanal und Eisenbahn sich die Hände reichen, werden zur Erbauung einer Kunstmühle noch einige Theilnehmer gesucht. Nähere Mittheilung gibt mündlich oder in frankirten Briefen

Bamberg, den 6. März 1849.

der Commissionär
F. W. Drausnick,
D. I. No. 105.

(Gesuch.) Ein auswärtiger empfehlenswerther junger Mann sucht, zur Erweiterung seiner Kenntnisse, in einem hiesigen Handlungshause, vorzugsweise in einem Manufakturwaarengeschäft, eine Stelle als Volontair für Comptoir- und Magazinarbeiten. Deßfallsige geneigte Anträge beliebe man unter Chiffre K. E. Nro. 109 in der Expedition d. Bl. franko abzugeben.

(Gesuch.) In einer im besten Renomee stehenden Bürstenbinderei kann ein vorzüglich in der Holzarbeit gewandter Mann gesetzten Alters und ledigen Standes alsbald eine dauernde Unterkunft finden. Nachweise über Tüchtigkeit und Solidität oder sonstige Anfragen unter Adresse K. B. franko durch die Exp. d. Bl.

(Gesuch.) Eine an Ordnung gewöhnte Person, welche schon mehrere Jahre auf dem Lande bei honetter Familie gedient hat, in der Küche wohl erfahren ist und sich über Fleiß und Treue ausweisen kann, wünscht sogleich oder nächstes Ziel ebenfalls auf dem Lande in gleicher Eigenschaft eine Unterkunft.

(Gesuch.) Billard-Queue's werden zu kaufen gesucht in S. Nro. 73.

(Gesuch.) In der Theresienstraße oder in der Nähe derselben wird ein Zimmer ohne Möbeln zu miethen gesucht. Näheres unter Chiffre M. S. durch die Exp. d. Bl.

(Gesuch.) Ein Lehrling wird zur Färberei anzunehmen gesucht.

(Gesuch.) Ein Lakirer, welcher Fertigkeit im lakiren des Leders sowohl, als in Zubereitung des Lacks haben muß, auch ein Lakier-Geschäft einzurichten und sich darüber auszuweisen im Stande ist, kann in dauernde Condition treten.

Anerbieten unter Adresse A. Z. besorgt die Exped. d. Blattes.

Lehrlings-Stelle.

In einer hiesigen Manufakturhandlung kann ein junger Mensch von soliden Eltern als Lehrling gegen Lehrgeld sogleich placirt werden. Auskunft darüber ertheilt

J. J. Pfeiffer jun.
Commissionär. L. Nro. 191 Adlerstraße.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen welche das Kleidermachen gründlich zu erlernen wünscht, kann unter annehmbaren Bedingungen sogleich eintreten, in L. 1174 in der Karlsgasse.

(Zu vermiethen.) Ein Logis am Markt, 2. Etage, bestehend aus 5 Zimmern und Kammern ꝛc. ist bis Ziel Walburgi zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In L. Nro. 1120 der Jakobsstraße ist der 2. Stock, vollständig meublirt, an einen ledigen Herrn sogleich zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In S. Nro. 992 am Obstmarkt sind 2 trockene Gewölbe zu vermiethen.

(Vertauscht.) Am vergangenen Sonntag wurde ein seidener Regenschirm im Rößels Kaffehaus vertauscht. Man bittet um Austausch desselben im Rößels Kaffehaus.

Stadttheater in Nürnberg.

Wegen plötzlicher Entweichung der Frl. Beil, heute Montag 12. statt des angesetzten Schauspiels: Steffen Langer, Schauspiel in 4 Akten und einem Vorspiel von Ch. Birch-Pfeiffer.

Herr Dreßler vom Theater zu Mainz »Steffen Langer aus Glogau.«

Frequenz der Ludwigs-Eisenbahn.

XIV. Verwaltungs-Jahr.

Vom 4. bis 10. März incl.

Sonntag	1875	Personen,	fl. 219.	9 kr.
Montag	1194	„	„ 133.	— „
Dienstag	1090	„	„ 120.	— „
Mittwoch	1030	„	„ 112.	36 „
Donnerstag	1156	„	„ 122.	54 „
Freitag	946	„	„ 101.	21 „
Samstag	793	„	„ 84.	39 „

Summa 8084 Personen, fl. 884 39 kr.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 14. März 1849. № 73. Mittwoch: Zacharias.

Deutschland.

Bayern. †† (Nürnberg, 13. März.) Gestern wurde ein Mitarbeiter des hier erscheinenden „freien Staatsbürgers," Lang, gefänglich eingezogen, nachdem ihm ein ganz in Form Rechtens ausgestellter Verhaftsbefehl zugegangen war. Lang durfte vor seiner Haft noch die ihm obliegenden Geschäfte des Tages besorgen und es wurde ihm auch die Wahl des Arrestlokales überlassen. Er wählte sich ein niedliches Zimmer auf dem Luginsland, wo er Besuche empfangen und lesen und schreiben kann, was ihm beliebt. Die Ursache seiner Verhaftung ist ein Artikel im freien Staatsbürger, eine etwas scharfe Kritik gegen die bayer. Regierung. Wahrscheinlich wird Lang gegen Kaution wieder frei gelassen und, vor die Assisen gestellt, auch freigesprochen werden.

Freie Städte. **LPC** (Frankfurt, 9. März.) Früher wurde man bei Prinzipienfragen warm, jetzt erhitzt man sich bei formellen Fragen. Man wird dies keinen Fortschritt nennen wollen. Das Einzige, was in der Berathung der Grundrechte gerettet wurde, ist die Bestimmung, daß in solchen Staaten, wo zwei Kammern existiren, jede für sich das Recht des Gesetzvorschlages, der Beschwerde, der Adresse, der Minister-Anklage haben solle. Die Majorität des Verfassungsausschusses freilich hatte dieser Bestimmung nicht beigestimmt, sie wollte den alten jämmerlichen Zustand der Einzelstaaten beibehalten wissen, in welchen die Minister-Anklage nur beiden Kammern gemeinschaftlich zustand. Daß durch eine solche Bestimmung die Verantwortlichkeit der Minister thatsächlich aufgehoben wird, ist leicht ersichtlich — glücklicher Weise stimmte die Mehrheit mit der Minorität des Ausschusses. Tief einschneidend war die Debatte über den Antrag Eisenstuck's, die Versammlung möge das Wahlgesetz in der nächsten Woche zur zweiten Lesung bringen. Die Verhandlung gab Kunde von der tiefen Zerrissenheit in der Versammlung — sie bewies die Unmöglichkeit, mit den vorhandenen Elementen irgend eine dauernde Verfassung zu Stande zu bringen. Die lange Reihe von Fehlgriffen, welche die National-Versammlung seit ihrem Beginne that, und wodurch sie das Volk sich entfremdete, ohne den Fürsten sich zu nähern, soll jetzt gebüßt werden. Die Macht, die man sich zu schaffen versäumte, soll nun aus der Erde gezaubert werden. Verderbliche Täuschung! die Agitation für die Grundrechte ging von dem Volke aus mit der National-Versammlung gegen die Regierungen — die Agitation für die Verfassung wird keinen Boden im Volke finden und die National-Versammlung wird allein stehen. Zwei Parteien kämpften, die erbkaiserliche und die Linke; — die dritte, die Direktorialpartei, schaute dem Kampfe zu und zersplitterte sich in der Abstimmung. Versuchen wir, ihre gegenseitige Stellung etwas genauer zu charakterisiren. Die Linke wollte das Wahlgesetz als Prüfstein für die Konzessionen, welche ihr die andern Parteien zu machen geneigt scheinen, sie wollte es als Grundlage der Verfassung und als Mittel im Volke den verlornen Boden zu gewinnen. Jede Verzögerung der Verfassung lehnte sie von sich ab — alle freien Tage, zwei Sitzungen täglich wollen wir Ihnen zugestehen, sagte Simon von Trier, wenn Sie erst das Wahlgesetz mit uns berathen wollen. Sie müssen sich eine Macht schaffen, wenn Sie Ihre Stellung behaupten wollen, sprach Vogt, Sie werden die Arme des Volkes nöthig haben gegen Russen und Dänen — treiben Sie die Wurzel Ihres Einheitsbaumes in das Herz des Volkes und seine Arme werden Ihnen zu Gebote stehen! Aber die Partei des Erbkaisers kennt kein Volk, kennt keine anderen Hebel der Regierung, als die der Gewalt. Klar sprach Rießer besonders es aus, daß diese Partei auf den schon verworfenen Beschränkungen der Wahlfreiheit beharren werde, daß sie hoffe, dasselbe durchzuführen! Wahlbeschränkung und Erbkaiser, das ist also das einzige Banner unter dem diese Partei streitet. Herr Rießer sprach viel von Vaterlandsliebe, an die man appelliren wolle und nicht an das Wahlrecht — aber er vergaß, daß man die Flamme der Vaterlandsliebe auch nähren muß, wenn sie nicht erlöschen soll und daß es demjenigen, welchen sein Vaterland verstößt, schwer wird, sich dennoch für dasselbe zu opfern. Die Direktorialpartei äußerte sich nicht, aber es war unschwer zu erkennen, daß Viele derselben die gewichtigen Gründe der Linken einsahen und mit denselben stimmten, während diejenigen, welche um jeden Preis nichts zu Stande bringen wollen, mit der Erbkaiserpartei gegen die Linke sich erhoben. Ebenso stimmten viele Mitglieder des Würtemberger Hofes, des Neu-Westendhall, gegen den Eisenstuckschen Vorschlag, so daß man die durch die Abstimmung gegebene Zahl für keine folgende Abstimmung als maßgebend ansehen kann. Wohl aber läßt sie einen Blick in die Zukunft thun. Eine Einigung auf die Form der Regierung wird so wenig stattfinden, als bei der ersten Lesung. Wer soll denn die Form der Regierung für Deutschland schaffen? Das Volk? Mit andern Worten heißt dieß: Die Revolution! Die Regierungen? Das heißt die Oktroyirung! Bei keiner dieser Mächte, wird der Erbkaiser siegen. — Bei dem Siege der einen springt der Präsident, bei dem der andern das Direktorium aus der Urne hervor. So wie so, wird die erbkaiserliche Partei unterliegen und die Linke bei der Oktroyirung wenigstens den Vortheil haben, daß das Odium der Oktroyirung auf dem Direktorium ruht und dessen volksfeindliche Macht lähmt, während zugleich der Vorwurf, Nichts gewollt zu haben, auf die erbkaiserliche Partei allein fällt.

(Frankfurt, den 9. März.) Die Auflösung des österreichischen Reichstags war des letztern eigner Wunsch, da er in seiner Lebensunfähigkeit nicht länger vegetiren wollte. Was nun aber die österreichische oktroyirte Verfassung betrifft, so hieß es, sie sey „ziemlich" liberal. Wir werden sehen. Für heute ist das Gemüth der Aengstlichkeit zu beruhigen, welche behaupten, auch die deutsche Nationalversammlung werde aufgelöst werden. Hr. Camphausen sey wegen der Oktroyirung einer deutschen Verfassung nach Berlin berufen worden. Die deutsche Nationalversammlung wird sich auflösen, aber erst, wenn sie ihre Mission erfüllt, Deutschland eine Verfassung gegeben. Dies wird nun rascher zu Stande kommen, als man noch vor Kurzem hoffen durfte, denn die am Montag beginnende zweite Lesung soll ununterbrochen fortgeführt werden, so daß mit dem Monat Mai die Verfassung Deutschlands ins Leben treten kann (D. Z.)

(Frankfurt, den 10. März.) Bekanntlich hat vor einigen Tagen eine Berathung der Bevollmächtigten der Einzelregierungen unter dem Vorsitz des Reichsministeriums über die Mittel und Wege stattgefunden, wie das zu einem etwaigen Kriege gegen Dänemark nöthige Geld aufzubringen seyn möchte. Darin herrschte eine seltene Einmüthigkeit, daß das Reich die Kosten tragen solle. Aber wie das zu bewerkstelligen, daß das Reich die Kosten tragen könne? Das Reichsvermögen ist bis jetzt eine rein negative Größe. Das natürlichste schien, durch Matrikularbeiträge die erforderlichen Summen auf die Einzelstaaten zu vertheilen. Die bisherige Erfahrung hat aber leider bewiesen, daß die Ausschreibung der Matrikularbeiträge nicht überall die sofortige Einzahlung zur Folge hat, und Kriegsbedürfnisse wollen ohne Zögern bestritten seyn. Ein anderer Vorschlag ging deshalb dahin, daß die Staaten, welche Truppenkontingente stellten, auch alle übrigen Kriegskosten einstweilen tragen möchten; sie sollten sie hinterher mit dem Reich berechnen. Nur ein Theil der Bevollmächtigten stimmte diesem Vorschlage bei; diejenigen nämlich, deren Regierungen auf diese Weise nicht Gläubiger des Reichs werden würden. Allgemeinen Anklang fand dagegen ein dritter Vorschlag: eine Anleihe von Reichswegen abzuschließen. Mit großer Wärme wurde entwickelt, wie sehr eine Reichsschuld die Einigkeit stärken würde; nichts gäbe so sehr das Gefühl der Gemeinsamkeit, als gemeinsame Schulden. Der Reichsfinanzminister erkannte die vortreffliche Wirkung einer Reichsschuld in vollem Maße an; er hatte nur das eine Bedenken, daß das Reich schlechterdings keinen Kredit habe. Wenn die Einzelregierungen sich entschließen wollten, die Bürgschaft für eine Reichsanleihe, etwa mit ihren Zolleinnahmen, zu übernehmen, dann hoffe er, vielleicht zu 5pCt. das erforderliche Geld aufzubringen. Diese nüchterne Betrachtung mäßigte die Begeisterung der Herren Bevollmächtigten für eine Reichsschuld nicht wenig; sie nahmen den Vorschlag — ad referendum. So steht die Sache noch jetzt; eine Einigung scheint den Herren nicht eilig: der Waffenstillstand läuft ja erst mit dem 26. d. Mts. ab. Man kann von diesen Dingen kaum im Ernst reden. Wir theilen sie mit, weil sie ein lebendiges Vorbild sind des Zustandes, in den wir mit einer dem alten Bundestag mehr oder minder gleichartigen Verfassung zurücksinken würden. Es gibt nur ein Mittel, uns Deutschen endlich die Schamröthe zu ersparen, wenn von der Behandlung unserer gemeinsamen Angelegenheiten die Rede ist — ein einheitliches, erbliches Oberhaupt! (So meint die „Deutsche Zeitung"!?)

Hannover. (Hannover, 8. März.) Heute fand hier eine Demonstration zu Gunsten des Ministeriums Stüve statt, die aber sehr kläglich verlaufen ist. Eine Anzahl Einwohner der Residenzstadt und der Umgegend wollten am heutigen Nachmittage dem Könige durch eine Deputation eine Petition überreichen lassen, in welcher um Beibehaltung des gegenwärtigen Ministeriums, wie man sagt, unter allen Umständen gebeten wurde. Schon gestern sprach sich das Volk mit großer Entrüstung über die in Frage stehende Deputation aus. Im „Volksverein" wurde indessen von allen Rednern, welche auftraten, auf das Entschiedenste gebeten und gemahnt, sich morgen durchaus ruhig verhalten zu wollen, was denn auch Beifall in der zahlreich besuchten Versammlung fand. Als sich aber am heutigen Mittage 2 Uhr die erwähnte Deputation, welcher sich Graf Alten von Linden mit einigen 30 Bauern und andern Bewohnern der Residenzstadt, weißgelbe Bürgerwehrmänner, Hofouvriers ꝛc. angeschlossen hatten, vom Rathhause aus in Bewegung setzte, ward sie vom zahlreich versammelten Volke mit Pfeifen, Zischen und Geschrei empfangen, und so ziemlich auseinandergesprengt. In der Dammstraße wurden, wie erzählt wird, Hofmedicus Schneemann, Graf Alten, den seine Bauern nicht schützen konnten, Auditor Hartmann ꝛc. mißhandelt, andere Theilnehmer des Zuges mußten sich in die Häuser dieser Straße flüchten. Es ist das sehr zu beklagen. Einer Deputation gelang es aber doch, die Leinstraße zu erreichen und in den Palast des Königs zu treten. Vor dem Schloßhof war die 12. Kompagnie der Bürgerwehr (Nobelgarde genannt, da in ihr hauptsächlich Beamte dienen) aufgestellt, Musik empfing die Deputation mit dem „God save the king". Allein das zahlreich versammelte Volk übertönte die Musik mit den lauten, weithin schallenden Tönen des Liedes: „Was ist des Deutschen Vaterland," und ließ fortwährend die Grundrechte hoch leben. Auch schrie man: „Fort mit dem Ministerium Stüve, zurück die Orden von Windischgrätz und Jellachich!" Der König zeigte sich am Fenster. Der Ruf: „Hoch leben die Grundrechte!" erneuerte sich. Die Deputation, welche den Palast betreten, soll eine sehr ausweichende Antwort erhalten haben, nach einer andern Mittheilung wäre sie gar nicht vorgelassen worden. Einige aus dem Volke haben leichte Bajonnetstiche erhalten, da die Bürgerwehr durch Steinwürfe erbittert worden sein soll. In dem Hause eines Wehrmannes, welcher das Bajonnet gebraucht hatte, wurden von dem erbitterten Volke alle Fenster zertrümmert. Alle diese Vorgänge sind sehr zu bedauern. Zahlreiche Pikets der Bürgerwehr sind für heute Abend unter die Waffen gerufen worden. Hoffen wir aber, daß sich das Volk nicht zu weiteren Exzessen hinreißen lassen wird. In diesem Augenblicke, 6¼ Uhr Abends, ist Alles ruhig. Der Bürgergeneral Holscher hat einen Steinwurf erhalten, der ihn indessen nicht verletzt hat.

(Frkf. O.-P.-A.-Z.)

(Hannover, 9. März.) Der Bericht der Hannoverschen Zeitung

über die gestrige Demonstration enthält Folgendes: „Die Petition ist von dem Advokaten Grotesend überreicht; dieser theilte dem Könige die Thatsachen mit, welche das Erscheinen der vollständigen Deputation und eines geordneten Zuges unmöglich gemacht hat. Der König hat etwa Folgendes erwiedert: „Ich freue mich, diese Ansichten zu hören, bedaure aber, daß nicht alle Herren anwesend sind. Es ist das erste Mal, daß ich Gelegenheit habe, Bürgern der Stadt Hannover meinen Dank dafür zu sagen, daß sie die Ruhe und Ordnung in der Stadt hergestellt haben, und für die Manier, mit der sie es gethan. Hannover wird von allen deutschen Ländern beneidet, weil es so ziemlich das einzige ist, wo Ordnung und Ruhe herrscht und hoffentlich noch ferner herrschen wird. Fast überall außerhalb Hannover ist mehr oder weniger Anarchie. Alles, was ich bisher angeordnet, habe ich zum Wohle des Landes gethan, und ich sehe, daß man auch im Lande immer mehr sich davon überzeugt." In Bezug auf den speziellen Zweck der Petition hat der König geäußert: „Kein ehrlicher und rechtlicher Mann kann sich im Voraus verpflichten, nach Grundsätzen zu handeln, welche an einem andern Orte erst noch beschlossen werden sollen, wo Dasjenige, was heute als gut beschlossen ist, vielleicht in zehn Tagen wieder als schlecht verworfen wird, so daß man nicht weiß, wie man daran ist. Ich kann es den Ministern gar nicht verdenken, daß sie nicht im Voraus die an einem andern Orte erst noch zu beschließenden Grundsätze anerkennen wollen, und mich dadurch in die Verlegenheit gesetzt haben, in welcher ich mich jetzt befinde. Uebrigens gebe ich deshalb die Hoffnung einer befriedigenden Lösung der Frage noch nicht auf. Ich bin determinirt. Der Sinn in Hannover ist gut, der Bauernstand magnifik. Ich werde jedenfalls vor Uebertragung des Ministerii an Andere mir ein Programm geben lassen, und hoffe, die Stände werden einsehen, daß es so nicht geht. Die Erschienenen mögen es den übrigen mittheilen."

— (Hannover, den 7. März.) In der heutigen Sitzung der II. Kammer stellt Ellisen folgenden Antrag: Herr Präsident! Ich wünsche in Bezug auf die gestern verlesene Mittheilung der würtembergischen Kammer einen Antrag zu stellen. Es ist ein Gruß, der einen Gegengruß verdient, den wir im Protokoll niederlegen können. Mein Antrag lautet: „Die zweite Kammer spricht das Gefühl des Dankes und der Befriedigung aus, über die ihr von Seiten des Präsidiums der würtembergischen Kammer der Abgeordneten gewordene Mittheilung vom 28. Februar. Sie findet in der Beistimmung und gleichartigen Wirksamkeit anderer deutschen Landesvertretungen eine kräftige Aufforderung mehr, ihres Ortes nichts zu versäumen, was dazu beitragen kann, das große Werk der Einigung Deutschlands zu sichern und zu fördern." — Der Antragsteller wünscht, daß, wenn die Kammer diese Erklärung zu Protokoll annimmt, Abschriften davon an die würtembergische, sächsische, hessische und bayersche Kammer gesandt werden. — Nach so langen, mehr oder weniger erfreulichen und diplomatisch enveloppirten Noten, sind solche kurze Noten der Volksvertretungen an ihrer Stelle. — Fast alle Abgeordneten erheben sich, um den Antrag Ellissenz zu unterstützen; der Präsident verspricht ihn bald auf die Tagesordnung zu bringen. — Als 1838 kurz nach dem Umsturze des Staatsgrundgesetzes die badische Kammer mit edlem Muthe sich unter den ersten des bedrängten Rechtes der Hannoveraner annahm, bestritt man von der Ministerbank aus, auf der Blittersdorf mit dem ganzen Hochmuth eines Aristokraten thronte, der Kammer die Befugniß, sich in die Angelegenheiten eines „auswärtigen" Staates zu mischen. Heute wagt kein Minister mehr die Verbindung zwischen den Volksvertretungen der Einzelstaaten zu verhindern; auch das ist ein Fortschritt von dem Staatenbunde, traurigen Andenkens, zu dem Bundesstaate der Zukunft. Die Kammer vertagte sich am Ende der Sitzung bis zum 12. März. (Wes. Z.)

Oesterreich. (Wien, 8. März.) Eben als wir diesen Brief schließen wollen, erhalten wir nähere Details über die Auflösung der Kammer. Am Abend des 6. wurden viele Deputirte des Centrums und der Rechten zum Minister des Innern geladen, die anwesenden Deputirten aller Färbungen protestirten feierlichst, als ihnen der Minister den Beschluß der Regierung, eine Charte zu oktroyiren, mittheilte. Die Gesellschaft hatte sich nach Mitternacht getrennt. Am Morgen fanden die Abgeordneten, welche sich in die Sitzung begeben wollten, den Hof des erzbischöflichen Hauses mit Soldaten besetzt, desgleichen alle Thüren des Gebäudes mit Ausnahme des Vorstandbureaus, in welchem sie ihre Certifikate holten. Fischhof und Prato wurden eingezogen, und sind heute unter Bedeckung hier angekommen. Löhner, den man suchte, soll Tags zuvor nach Frankfurt abgereist seyn. Füster, Goldmark, Violand und Kudlich sollen verlangt, aber nach einigen sich noch zeitlich genug gerettet haben. Andere behaupten, sie seyen verhaftet worden. — Wir würden sehr bedauern, wenn es sich bestätigen sollte, daß die Verhaftungen durch's Militär geschehen sind und die Verhafteten hieher vors Kriegsgericht geführet werden. Kremsier ist unseres Wissens nicht im Belagerungszustand, und eine solche Procedur unmittelbar nach Kundmachung der Konstitution wäre eine Verletzung derselben, worin es nach §. 8 heißt: Die Freiheit der Person ist gewährleistet. Die Verhaftung einer Person soll, außer dem Falle der Ergreifung auf frischer That, nur in Kraft eines mit Gründen versehenen Befehls geschehen, der von einer richterliche Funktionen gesetzlich ausübenden Behörde ergangen ist u. s. w. In so ferne Kremsier nicht im Belagerungszustande ist, könnte das Militärgericht in Wien nie und nimmermehr als die gesetzlich ausübende Gewalt für dort betrachtet werden, sonst müßte man dem Wiener Militärgouvernement auch das Recht zugestehen, aus allen Theilen der Monarchie Angeschuldigte aufheben, und vor seinen Richterstuhl bringen zu lassen. Es wäre zu wünschen, daß jetzt, wo der Rechtsboden vom Kaiser gegeben und verbrieft ist, wo die Feder, welche unterschrieb, noch naß ist, und das Wachs noch nicht erhärtete, welches die Zukunft unseres Vaterlandes besiegeln soll, die Form des Rechts in keiner Weise verletzt werde. (Konst. Bl. a. B.)

Preussen. †*† (Berlin, 10. März.) [I. Kammer.] Die Herren Graf Graf Brandenburg, v. Ladenberg, v. Strotha, Rintelen, v. d. Heydt und Graf Arnim sind am Ministertisch. Präsident von Auerswald eröffnet die Sitzung nach 10 Uhr. Nach Verlesung des Protokolls wird ein Schreiben des Ministeriums für Handel und Gewerbe mitgetheilt, in welchem derselbe die vom Präsidenten für die Abgeordneten der ersten Kammer erbetene unbeschränkte Portofreiheit, auf die früher vorgekommenen Mißbräuche gestützt, verweigert. Auf der Tagesordnung befindet sich der Entwurf der Adreßkommission. Walter (Professor in Berlin), Referent der Kommission, rechtfertigt den Entwurf durch die Ausführung, sie sey als eine Antwort auf die Thronrede, nicht als ein Manifest an das Volk zu betrachten. Er verweist in Betreff der Diskussion auf den Unterschied zwischen den englischen und französischen Adreßdebatten und empfiehlt das Beispiel der ersteren. Die allgemeine Diskussion wird eröffnet. Heffter empfiehlt möglichste Abkürzung dieses Theils der Debatte. Stahl bedauert, kein Wort der Anerkennung für die rettende That des Ministeriums in dem Entwurf zu finden. Das Land bedarf nicht nur der guten Gesetze, sondern vor Allem der moralischen Eindrücke. Nicht ein Vertrauensvotum für die Räthe der Krone, sondern eine Kundgebung für die gesammte Regierung müsse ausgesprochen werden. In Betreff des Belagerungszustandes erwarte der Entwurf noch eine Rechtfertigung, er verlange Urkundenbeweis, wo die Weltgeschichte den Beweis geführt habe. — Man schreitet zur Debatte über die einzelnen Passus des Entwurfs. Der Eingang lautet: »Königliche Majestät! Die Mitglieder der ersten Kammer haben in Ehrfurcht die Worte vernommen, welche E. Maj. am 26. Februar vom Throne herab an die zu den beiden Kammern versammelten Vertreter des Volkes gerichtet haben.« Mausach und Gräf amendiren diesen Passus dahin: »Die Mitglieder der ersten Kammer haben mit ehrerbietigem Vertrauen die Worte vernommen, welche Ew. Maj. an die um den Thron versammelten Vertreter des Volks gerichtet haben.« — Brüggemann kann keinen Grund zu dieser Abänderung finden. Man strebe jetzt, das Heiligste herabzuwürdigen, dieses Streben dürfe nicht unterstützt werden, indem man dem Träger der Krone die Ehrfurcht versage, die ihm schon nach der Quelle seiner Macht gebühre. — Nitzsch: Ehrerbietung sey man Jedem schuldig; Ehrfurcht drücke eben die besondere Ehrerbietung aus, die dem Träger der Krone bezeugt werde. Hansemann: er habe dem absoluten Könige Ehrfurcht bezeigt, desto mehr dem konstitutionellen. Kuh hat nur vor Gott Ehrfurcht. Mausach zieht hierauf den Antrag zurück. Gräf hält denselben aufrecht. Die Versammlung verwirft ihn. Der Passus 1 des Entwurfs wird angenommen. — Zu Passus 2 und 3 haben Sperling und 19 andere Mitglieder Abänderungen beantragt. Sie wollen die ausdrückliche Anerkennung der Rechtsgiltigkeit der Verfassung und das Prädikat „freudig" bei dieser Erklärung gestrichen wissen. Sperling führt aus: Die Wahl sey nicht auf Grund der Verfassung, sondern des Wahlgesetzes geschehen. Man erkenne die Nothwendigkeit der Oktroyirung an, aber die Umstände, die diese herbeigeführt, seyen nicht geeignet, freudige Empfindungen zu erwecken. Von einer Annahme der Verfassung könne, da die Revision vorbehalten worden, keine Rede seyn. Der Redner geht auf einzelne Theile der Verf. selbst ein, auf das Steuerbewilligungsrecht, die Befugniß der Minister, Gesetze zu erlassen u. s. w. Man wolle kein ausdrückliches Ablehnen der Verfassung, und es sey besser, ganz über diesen Punkt zu schweigen. — Baumstark spricht sich gegen das Amendement aus. Er selbst habe zur Oktroyirung gerathen. Die Verfassung muß anerkannt werden, denn das Volk hat sie anerkannt. Fischer (Justiz-Kommissär in Breslau): Man möge die Rechtsbegriffe des Volkes nicht verwirren, das Volk werde eine Verletzung des Rechtbodens nicht durch die Nothwendigkeit für gerechtfertigt erachten. Hätte man das Rechtsprinzip wahren wollen, so mußte man den vereinigten Landtag berufen. Milde gegen das Amendement; er wünscht, daß man den prinzipiellen Streit bis zur Revision selbst aussetze. — Zenker führt aus: Das Volk habe seine Zustimmung nicht ertheilt, könne sie auch nicht ertheilen, so lange es ihm an gesetzlichen Organen fehle. v. Bonin, v. Pommer-Esche, von Beckedorf, Jacobs, Gr. Alvensleben u. A. wollen eine bestimmtere Fassung der Anerkennung. Nicht blos als Grundlage, sondern als Grundgesetz müsse die Verfassung anerkannt werden. — Gr. Helldorf: das Amendement Sperling in gut deutsch übersetzt, hieße da anfangen, wo man im November aufgehört habe, d. h. von Neuem Anarchie in das Land werfen. Grell: Es ist unsere Aufgabe, die Verf. zu revidiren, nicht eine anerkennende Erklärung auszusprechen. Hüten wir uns, durch eine Annahme vor der Revision dem Volke vorzugreifen. Das Volk betrachtet diese Verf. als eine zwischen die Krone und die Volksvertretung eingeschobene. (Ruf: Zur Ordnung!) Das Volk behauptet, es habe uns nicht gewählt. (Neue Unruhe.) Der Präsident ermahnt die Verf. zur Ruhe.

Hansemann und Milde verwahren sich gegen Aeußerungen des Redners. Bergmann: Die Ablesung der Verf. wollen wohl nur Wenige (zur Linken: Niemand!), sie ist auch politisch, wie moralisch unmöglich. Sie als vollendete Thatsache anerkennen ist ungeeignet; auf civilrechtliche Begriffe zurückzugehen, nicht staatsmännisch. Keuffel (gegen Gr. Helldorf): Wenn man sage, das Amend. sey im Stande, Anarchie in das Land zu werfen, so müsse er bezweifeln, daß wir in einem Staate leben, wo die Annahme eines so mild gefaßten Amend. geeignet sey, Anarchie in das Land zu bringen. v. Jordan, Heffter, v. Beckum-Dolffs u. A. verlangen, daß der Krone ein Dank dafür ausgesprochen werde, „daß durch Verleihung der Verf. das Vaterland vor drohender Zerrüttung bewahrt und ein fester öffentlicher Rechtszustand wieder hergestellt worden ist." Bodelmann beantragt Schluß der Debatte. Die Verf. verwirft den Antrag und entscheidet sich für Milde's Vorschlag, die Berathung bis Montag auszusetzen. (Schluß 3 Uhr.)

In die Centralkommission der ersten Kammer sind folgende in der Abtheilung gewählte Referenten eingetreten: Geh. R. Brüggemann, Geh. R. Simons, Justizrath Robe, Kammergerichts-Rath Goltdammer, Präs. v. Forckenbeck.

Der frühere Minister der Auswärtigen, Generallieut. Graf Canitz ist im Gubener und der hiesige Stadtrath Saegert im Birnbaumer Kreise für die erste Kammer gewählt. Die polnischen Mitglieder der ersten Kammer haben sich vereinigt, folgenden Passus zur Aufnahme in die Adresse zu befördern: „Auch die noch fortwährend gespannten Gemüther im Großherzogthum Posen werden endlich beruhigt und versöhnt werden, sobald die von Ew. Maj. verheißene und von dem letzten Verein. Landtage im Namen Deutschlands so freudig begrüßte nationale Reorganisation des ganzen Großh. Posen zur Ausführung kommen wird."

[Sitzung der zweiten Kammer.] Nach Verlesung des Protokolls werden Berichte über neuerdings eingegangene Monita in Betreff der Wahlen erstattet. Nur in einem Falle gehe die Versammlung auf die erhobenen Bedenken ein. Die Wahl des Abgeordneten Mätschke (von der rechten Seite) wird mit 166 gegen 164 Stimmen beanstandet; es wird hierauf zur namentlichen Abstimmung über die Beanstandungsfrage geschritten, 167 stimmen für, 165 gegen die Beanstandung. —

Phillips Antrag: „Die Zahl der Abdrücke der stenographischen Berichte ist dergestalt zu vergrößern, daß jedem Abgeordneten, der es wünscht, bis 50 Exemplare geliefert werden" — geht in die Abtheilungen „zur Erwägung." Eben so der Antrag von Graf Renard und Genossen in Betreff der Dienstleistungen der ländlichen Bevölkerung. Minister v. Manteuffel erklärt, daß das Ministerium damit beschäftigt sey, der Kammer Gesetzes-Vorlagen über die-

len Gegenstand zu machen. Graf Ziethen bemerkt bei dieser Gelegenheit, daß in seiner Gegend von den Verpflichteten keinerlei Verpflichtung erfüllt würde; in seinem Kreise sey man bereit, Opfer zu bringen; man wolle die sogenannten Feudallasten aufheben; aber an Grundzins und Laudemien müsse man festhalten. v. Berg: Der linken Seite des Hauses liege gewiß das Wohl der ländlichen Bevölkerung am Herzen, aber erst müsse man bestimmte Vorlagen haben. — Pflücker und Genossen beantragen: Die hohe zweite Kammer wolle beschließen: 1) daß sofort eine Kommission von je zwei Mitgliedern aus jeder der sieben Abtheilungen gebildet werde, welche, unter Zugrundelegung des provisorischen Gewerbegesetzes vom 7. Februar dieses Jahres nebst der Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 mit Berücksichtigung der Verhandlungen des Frankfurter Meister- und Gesellen-Kongresses, die bestehenden gewerblichen Verhältnisse und die Gewerbegesetzgebung einer allseitigen Prüfung unterwerfe und der Kammer darüber eine Vorlage mache; 2) daß die Abtheilungen aufzufordern seyen, bei der Wahl der Kommissionsmitglieder auf Sachkenntniß Rücksicht zu nehmen; 3) daß die Kommission ermächtigt werde, zu ihren Berathungen Sachverständige aus verschiedenen Theilen der Monarchie zuzuziehen." Möcke erhebt formelle Bedenken gegen den Antrag, der vom Handelsminister unterstützt, von der Versammlung der Abtheilungen „zur Erwägung" überwiesen wird. —

Ein Antrag von Tüeff und Genossen geht dahin: Die Kammer wolle beschließen, eine Kommission von 21 Mitgliedern aus den Abtheilungen wählen zu lassen, welche dem Plenum Anträge über die zu revidirenden Punkte der Verfassung vom 5. Dezember vorzulegen hat. v. Berg, der den Antrag mit unterzeichnet hat, erklärt, daß, nachdem der Antrag von Behnsch verworfen, er sich veranlaßt gesehen habe, diesen Antrag einzubringen. Er wolle die Prinzipienfrage vermeiden, obschon er und seine Freunde keinen Grund hätten, sie zu fürchten. Die Mehrheit des Hauses überweist den Antrag der Abtheilungen zur Erwägung. Die äusserste Linke und die alleräusserste Rechte stimmen dagegen. —

Grebels Antrag: Die Staatsregierung zu ersuchen, auf das Schlennigste und mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln bei der deutschen Centralgewalt dahin zu wirken, daß in dem zu erlassenden allgemeinen deutschen Zolltarife die zeitherige Eingangs-Abgabe von den ausländischen Vereinen durchaus keinerlei Reduktion erleide — wird ebenfalls den Abtheilungen zur Erwägung überwiesen; von der Heydt hält derartige Anträge, die einzelne Bestimmungen im Zolltarif festgesetzt haben wollten, nicht für förderlich für den allgemeinen deutschen Zolltarif.

Olawski beantragt, daß das Staatsministerium aufgefordert werde, bald möglichst alle Vorlagen zu machen, welche die Erfüllung der Verheißungen des Artikels 23 der Verfassungs-Urkunde betreffen, und den Volksschullehrern ein bestimmter auskömmlicher Gehalt von Staats wegen gewährleisten. — Minister v. Ladenberg: Leider ließen sich die §§. der Verfassung nicht so schnell in Ausführung bringen; es müsse erst festgestellt werden, wie weit die Mittel der Gemeinden reichen, wie viel die Lehrer in den verschiedenen Gegenden zu ihrem Auskommen gebrauchten, um zu wissen, wie viel der Staat zuschießen müsse. Die Regierung habe in den Jahren 1846 und 47 die Summe von 45,000 Reichsthalern zu Unterstützungen der Lehrer verwandt, im Jahre 1848 sey es nur möglich gewesen, 27,000 Rthlr. dazu zu verwenden, und jetzt habe er von dem Finanzminister nur 25,000 Rthlr. zur Disposition bekommen. Der Finanzminister habe behauptet, nicht mehr bewilligen zu können, er werde dies der hohen Kammer gegenüber wohl zu vertheidigen wissen. Er kenne seit Jahren die Leiden der Volksschullehrer, und sein dringendster Wunsch sey es, ihnen abzuhelfen; der Kammer werde von ihm ein Unterrichtsgesetz vorgelegt werden, und dann werde dies heutige Thema zweckmäßiger zur Besprechung kommen. (Allg. Bravo.)

Olawski zieht seinen Antrag zurück, Parrisius nimmt ihn auf und bemerkt, nicht von dem Finanzminister hänge es ab, wie viel den Volksschullehrern bewilligt werden solle, die Volksvertretung habe das Budget festzusetzen und sie werde hoffentlich auch der Volksschullehrer bei dem Budget gedenken, wenn sie beinahe 30 Millionen für den Militäretat bewilligt. Minister v. Ladenberg erklärt wiederholt, daß die 25000 Thlr. nur außerordentliche Fonds zur Unterstützung der Lehrer seyn; 199,000 Rthlr. wären zu demselben Zwecke, allerdings für Lehrer und Geistliche, auf ordentlichem Wege, bewilligt. — Der von Parrisius aufgenommene Antrag wird verworfen. Weitere auf der Tagesordnung befindliche Anträge werden bis Montag zurückgezogen. (Schluß 3 Uhr.)

Sachsen. (Leipzig, 10. März.) Ein Plakat mit der Ueberschrift „20,000 Bayern nach Sachsen!" und unterzeichnet von fünf hiesigen Vereinen (dem Vaterlandsverein, dem städtischen, dem Arbeiter-, dem demokratischen Bürgerwehr- und dem demokratischen Verein), lud auf gestrigen Abend zu einer Volksversammlung im Odeon ein, wo sich denn in der That, herbeigelockt durch jenes Hannibal ante portas, eine Volksmenge von vielen Tausenden zusammenfand. Hr. Windwart, welcher den Vorsitz übernahm, sprach zunächst über den durch Zeitungsgerüchte in Aussicht gestellten Einmarsch von 20,000 Bayern an die Stelle der nach Schleswig bestimmten sächsischen Truppen und beantragte einen Protest bei der Regierung gegen jenen militärischen Besuch. Unter der Reihe von Rednern, die sich zum Theil sehr gewandt über den angeregten Gegenstand aussprachen, zeichnete sich besonders Hr. Grün aus, welcher von einem Proteste keinen praktischen Erfolg erwartete. Nachdem zur Beseitigung dieses Bedenkens ein von Hrn. Albrecht beantragter geeigneter Zusatz in den Entwurf der Protestes aufgenommen worden, nahm die Versammlung diesen einstimmig an.

(Lpzg. Z.)

Frankreich.

† (Paris, 9. März.) Aus Bourges erhalten wir eben die Sitzung vom 8. März. Sie begann erst um 11 Uhr. Präsident Bérenger zeigte dem Gerichtshofe an, daß der Grund dieser Verspätung in dem Widerstande liege, den Barbès und Albert dem ferneren Beiwohnen der Verhandl. entgegengestellt hätten. Der Gerichtshof habe in Folge dessen zu den Maaßregeln seine Zuflucht nehmen müssen, welche ihm die (Thiers'sche) Gesetzgebung des Sept. 1835 an die Hand gaben. Anfänglich habe man die vorgeschriebenen Aufforderungen an die Weigernden erlassen, dann aber seyen die Gefangenen durch Gendarmen transportirt worden. Die Genannten, Barbès und Albert, erschienen in der That zwischen Gendarmen, die sie an den Armen gefaßt hielten, im Saale. Den Verlauf der Verhandlungen, die sich bis 4 Uhr hinzogen, und sich um reines Formwesen drehten, finden Sie in den eben erschienenen Journalen vollständig. General Courtais, durch Bethmont wahrscheinlich bestimmt, kannte die Kompetenz des Gerichtshofs an; Blanqui, Raspail, Flotte ꝛc. bestritten dagegen die Kompetenz desselben weil sie ihm keine Retroaktivität zugestehen könnten u. s. w. Doch der Hof, von diesen Schwierigkeiten absehend, zog sich in seinen Berathungssaal zurück und redigirte dort der Form halber eine Erklärung, durch die er seine Kompetenz aussprach. Morgen werden also die eigentlichen Verhandlungen vor sich gehen. Am Schlusse der Sitzung verlas der Präsident ein Schreiben sämmtlicher Zeugen, worin dieselben höhere Taggelder beanspruchen, als ihnen das Gerichts-Reglement vom Jahre 1811 zugesteht. Es sey ihnen (sagen sie) unmöglich, bei der jetzigen Theuerung der Lebensweise in Bourges mit dem bisherigen Lohne auszukommen. Aus den umliegenden Städten hört man, daß sich ganze Schwärme von Agenten aus der Rue de Jerusalem, gleich Heuschrecken, in ihnen niederlassen, um die Sicherheit der Gegend zu überwachen.

Das Ministerium beabsichtigt in den nächsten Tagen der Nat.-Versammlung einen Deportations-Entwurf zur Berathung vorzulegen. Wie man hört, sind die französisch-indischen Besitzungen (Pondechery ꝛc.) als Verwahrungsort der rothen Republikaner vom Mai und Juni darin vorgeschlagen.

Paris wird jeden Abend immer noch von starken Patrouillen durchzogen. Ordonnanz-Offiziere zu Pferd müssen dem Pascha Changarnier über die Stimmung in allen Vierteln berichten. Wir fragen, ob das wohl ein passendes Verfahren ist, um den Kredit wieder herzulocken? Gestern wurden mehrere „Peuple"-Verkäufer in den Kasernen verhaftet.

Oesterreich hat durch seinen Gesandten Hr. v. Thom dem Minister Drouyn de Lhuys in Bezug auf Italien drei Noten überreichen lassen. In der ersten Note rechtfertigt das Wiener Kabinet den Einfall in Ferrara ganz im Sinne des bekannten Artikels der Wiener Zeitung. In der zweiten Note spricht es sich für eine Intervention zu Gunsten des Papstes aus: doch möchte es diese Intervention zunächst von einer Armee der Mächte zweiten Ranges durchgesetzt wissen, welche das Korps des Generals Zucchi unterstützen (!) In der dritten Note vindizirt es dem Hause Oesterreich die Reversibilitätsthronfolge auf Toscana aus dem Vertrag von 1735.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 8 März. Schluß.] Der Vorredner, fährt der Exdiktator fort, hat auf den Unterschied hingewiesen, welcher zwischen seiner Politik und der von mir befolgten herrsche. Er hat sich ausgedrückt, daß zwischen der Politik der provisorischen Regierierung und derjenigen der Exekutionskommission die ganze Alpendicke läge. Ich bin von der Linie des Manifestes nicht abgewichen. Ich bin bereit, auf dieser Bühne, über jede einzelne Thatsache einer Staatsverwaltung zu antworten. Lamartine stößt wiederholt jede Solidarität mit der Politik des Exdiktators und seines Ministeriums zurück. Emanuel Arago: Im Laufe der Debatte wurde auch der republikanischen Bewegung im nahen Savoyen erwähnt und mir die Urheberschaft dieser Schilderhebung untergeschoben. Ich that im Gegentheile Alles, um diese Bewegung zu hindern. (Ah! Ah!) Ferrans le jeune zeigt sich auf der Bühne. Die ganze Rechte: Zur Abstimmung! Zur Abstimmung. Die Linke: Nein! Nein! (Tumult.) Die Sitzung wird auf ¼ Stunde suspendirt. Ferrans eröffnet die Debatte wieder und stellt an das Ministerium die Frage: Was es unter den gegenwärtigen Umständen zu thun gedenke? Drouyn de Lhuys erwidert, daß er von der Nationalversammlung dieselbe Gunst erbitte, wie der General Cavaignac, nämlich in diplomatischen Dingen den strengsten Vorbehalt zu beobachten und das volle Vertrauen der Versammlung zu genießen (Zur Abstimmung! Zur Abstimmung!) Stimme Rechts: Einfache Tagesordnung! Stimme Links: Nein! Abstimmung durch Zettel! Die einfache Tagesordnung wird mit 438 gegen 341 Stimmen entschieden. Dufaure stattet im Namen des Finanzausschusses seinen Bericht über den Antrag auf Bewilligung zu den beiden Budgetraten per April und Mai ab. Der Ausschuß bewilligt die Dringlichkeit. Die Debatte wird auf Montag verschoben. Die Versammlung geht um 6¼ Uhr auseinander.

Großbritannien.

(London, den 5. März.) Der „Globe" widmet den gegenwärtigen deutschen Zuständen eine längere Betrachtung, deren Inhalt von um so größerem Interesse ist, als sich in diesem Blatt, das bekanntlich dem Minister des Auswärtigen zum Organ dient, die Ansichten Lord Palmerston's auszusprechen pflegen. „Die sechs letzten Wochen," heißt es in jenem Artikel, „haben die Außenseite der deutschen Politik nicht wesentlich verändert. Die bestrittenen Ansprüche auf die Kaiserwürde sind im Ganzen dieselben geblieben, wenn auch eine Verbindung der Oesterreicher, Jesuiten und Republikaner den ersten Versuch des Reichsministeriums, Deutschland ein erbliches Oberhaupt zu sichern, und diese Würde dem König von Preussen zu übertragen, vereitelt hat. Die darauf folgenden Erklärungen der gekrönten Mitbewerber haben nur die Haltung, welche sie fürderhin zu bewahren gesonnen sind, in ein deutlicheres Licht gesetzt. Oesterreich hat durch seine Note vom 4. Februar auf die preussische Cirkularnote vom 23. Januar geantwortet, und am 16. Februar erschien von preussischer Seite als Antwort hierauf wieder eine neue Note. Nimmt man der einen wie der andern ihren diplomatischen Redeschmuck, so ersieht man daraus, daß Oesterreich nur entweder die Wiederherstellung des alten Bundestags oder seine eigene Erhebung zur künftigen deutschen Krone zugeben will. Preussen gibt derartige eifersüchtige Ansprüche nicht zu erkennen, sondern hält mit Festigkeit an dem Grundsatz, daß jeder Staat das Recht hat, die bundesstaatliche Verbindung zu formiren, welche ihm am besten zusagt. In jedem Fall ist indeß der provis. Centralgewalt Gelegenheit gegeben worden, von dem bekannten Grundsatz Talleyrand's, daß beim Temporisiren nichts verloren geht, Nutzanwendung zu machen, indem Herr v. Gagern und seine Kollegen sich mittlerweile mit der Ausarbeitung der Einzelheiten des Verfassungsentwurfes beschäftigt haben. Die von Herrn Camphausen und den Bevollmächtigten derjenigen Regierungen, welche der Oberhoheit Preussens nicht abgeneigt zu sein scheinen, unterzeichnete Kollektivnote vom 23. Februar beweist, daß ihre auseinandergehenden Ansichten doch wohl in Einklang zu bringen sind. Auf diese Weise wird den durch die letzten Abstimmungen aufgeregten Leidenschaften Zeit gelassen, sich zu beruhigen, und die öffentliche Meinung hat gleichfalls Zeit, sich auszusprechen, namentlich in den kleineren deutschen Staaten. Diese letzteren haben mehr als Oesterreich oder Preussen, an der raschen Lösung jener Frage ein praktisches Interesse. Die Erblichkeit einer Kaiserkrone mag für den Ehrgeiz ein unwiderstehlicher Reiz oder für patriotische Bestrebungen eine ehrenvolle Belohnung seyn; allein sie bleibt immerhin ein Luxus, wenn auch ein prachtvoller. Für die deutschen Fürsten zweiten Ranges ist sie indessen Lebensfrage. Der große Dienst, welchen die Heidelberger Professoren, das Vorparlament und

die Vertrauensmänner Deutschland erwiesen haben, besteht nicht in der Schaffung einer prunkvollen und dauerhaften kaiserlichen Regierung, sondern in dem Erfolge, mit welchem sie auf der einen Seite den Absolutismus, auf der andern die republikanischen Bestrebungen zurückgewiesen haben. Aus diesem letzten Umstand erklärt sich die Erscheinung, die Oesterreicher und die Ultramontanen in einer und derselben Majorität mit den Jakobinern und Sozialisten vereint gesehen zu haben. Auf alle Fälle haben jedoch die energischen Kundgebungen der Nation die Wiederherstellung des alten Bundestages außer Frage gestellt. Es haben sich Führer gefunden, welche diese Energie auf Wege zu leiten wußten, die, mit Ausnahme des Kriegs gegen Dänemark, nichts zu wünschen übrig ließen. Wenn es aber einem Bündniß der beiden extremen Parteien gelänge, das gegenwärtige Streben nach einer konstitutionellen Monarchie dauernd aufzuhalten, dann könnte wohl der gegenwärtige Stand der Dinge in Italien, dem durch Anarchie und Militärdespotismus zerfleischten Italien, sich in Deutschland wiederholen. Der „Globe" sucht alsdann zu beweisen, daß durch die Wendung, welche die Verhältnisse allem Anschein nach nehmen müssen, die Existenz der Fürsten zweiten Ranges ernstlich bedroht sey, und kommt hierauf wieder auf die Politik zurück, welche das gegenwärtige österreichische Kabinet befolgt. Er tadelt die Note vom 4. Febr., in deren Geist er ein Seitenstück zu der Maßregel, welche russische Soldaten zur Ausgleichung der Angelegenheiten des westlichen Europas herbeigerufen hat, erblickt. Der einzige Fehler welchen Friedrich der Große gegen Deutschland begangen habe, sey die Einführung der russischen Diplomatie zur Garantie des Teschener Friedens gewesen, und von Oesterreich werde man nicht minder ernste Rechenschaft fordern, daß es sich auf denselben falschen Weg begeben. In dieser Hinsicht scheine Bayern sich zum Mitschuldigen machen zu wollen, vielleicht die einzige deutsche Macht, auf deren Hilfe jede fremde Macht rechnen könne. „In der That", sagt der „Globe", „so lange Oesterreich mit Deutschland eins war, war Bayern antiösterreichisch. Es ist bekannt, daß Karl VII. kein Bedenken trug, aus den Händen Louis XIV. die Kaiserkrone zu empfangen, und zwar mit den Worten: Ich werfe mich in die Arme Ew. Maj., die ich als meine einzige Stütze und meinen alleinigen Beistand betrachte." Schließlich erinnert der „Globe" an die Ansicht Lord Castleragh's, daß die beste Garantie für den europäischen Frieden darin läge, wenn zwischen Frankreich und Rußland, Polen und Deutschland als unabhängige und konstitutionelle Monarchien bestünden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Sprech-Saal.

Mittheilung.

Bei den mancherlei Urtheilen, welche die Nürnberger Adresse an die Generalsynode erfahren hat, kann ich nicht umhin, ein paar Stellen aus einem Briefe des Herrn Pfarrers Eckhard aus der Rheinpfalz, gegenwärtig Abgeordneter am bayerischen Landtage, der Oeffentlichkeit zu übergeben. „Länger" beginnt dieser Ehrenmann, „kann ich wirklich den Unwillen nicht verwinden, den ich bei Lesung des schmachvollen Beschlusses der Generalsynode in Ansbach über Platner's und Ghillany's Eingabe empfand. Wahrlich, wenn nicht Ansbach und die Generalsynode in diesem Aktenstück vorkäme, kein Mensch würde einen Beschluß von Protestanten darin finden, sondern ihn mindestens für eine Exkommunikation der katholischen Bischöfe, wie sie in Würzburg tagten, halten. Das sind also die Früchte der überchristlichen Gesinnung oder des alleinseligmachenden Glaubens, den diese Herren vorzugsweise besitzen? Haben sie doch auch die Bruderhand zurückgestoßen, welche die protestantische Kirche der Pfalz ihnen entgegenreichte, und in ihrer „christlichen Liebe" sich zu versündigen geglaubt, wenn sie uns, »so lange wir im Abfall beharren,« nur als Christen ansehen würden! Und was sind die Früchte solcher unser Jahrhundert schändenden unchristlichen Gesinnung? Auch bei Ihnen und, wie ich höre, in ganz Franken zeigen sie sich jetzt schon, Licht und Wahrheit werden auch in diese Finsterniß immer mehr Eingang finden; denn eins und untheilbar, wie sie sind, kann Licht und Aufklärung auf politischem Gebiete nicht bestehen, ohne auch bald religiöse Freiheit und Aufklärung nach sich zu ziehen. O, mit welchem Hochgefühle blicken wir bei solchen Vorkommnissen auf unsere Pfalz hin! Dort ist die Gesinnung bereits zur Herrschaft gelangt, die man in Ihrem Frankenlande erst anbahnen will! Mögen Sie und Ihre Gleichgesinnten nicht verzagen! Lassen Sie sich nicht kränken und irre machen durch das Ketzergeschrei des lutherischen Pharisäerthums! Ohne Kampf kein Sieg, und den edelsten Kampf kämpft, wer für das wahre Wohl seiner Mitmenschen eintritt, auch wenn er weiß, daß ihm nur Verfolgung, Schmach und Undank zu Theil werden! Nehmen Sie diese meine Worte als den Ausdruck meiner innigsten Ueberzeugung. Sie sollen den Ihrigen einst Trost und Ermuthigung ausdrücken; sie bedürfen deren nicht; aber bekennen sollen sie ihnen, daß es auch andere Geistliche gibt, welche, wenn auch als Abgefallene geschmäht, ihren Herrn und Meister lieber in christlichen Thaten als mit überchristlichen Worten ehren wollen."

Nürnberg, den 12. März 1849.

Ein Unterzeichner der Adresse.

Anzeigen.

Trauer-Anzeige.

In Folge eines längeren Lungenleidens entschlief gestern Nachmittag im 37. Lebensjahre unser innigstgeliebter Vater, Sohn und Bruder

Herr Gustav Philipp Stengel,

Maler dahier.

Drei unmündige Doppelwaisen verlieren in ihm ihre einzige Stütze. Wer den treuen sorgsamen Hausvater kannte, wird ihm gewiß eine stille Thräne weihen

Nürnberg, den 12 März 1849.

Die Hinterbliebenen.

Die prunklose Beerdigung findet Mittwoch Nachmittags Punkt 2½ Uhr statt.

Verkaufs-Termin.

Das Haus S. Nro. 879 am Hauptmarkt dahier, worauf ein reales Großpfragnerei-Geschäft mit bedeutender Nahrung betrieben wird, und dessen äusserst günstige Lage, nebst schöner, heller Laden sich zu jedem andern Geschäft vollkommen eignet, wird durch Unterzeichneten im Auftrag des Besitzers, eingetretener Familienverhältnisse wegen, mit oder ohne Realrecht öffentlich verkauft.

Hiezu ist Termin Montag den 19. März 1849 Vormittags von 9—12 Uhr im Bureau L. Nro. 191 in der Adlerstrasse anberaumt, wozu zahlungsfähige Liebhaber eingeladen werden.

Nürnberg, den 8 März 1849.

J. J. Pfeiffer jun.
Kommissionär.

Rüge.

Am vergangenen Sonntag hat Herr Kaufmann M. Förderreuther dahier einen Beweis seiner Bildung an den Tag gelegt. Daß derselbe das bei der Produktion des Viechiertell im Regensburger Hof angekündigte Entree verweigerte, dagegen haben wir nichts einzuwenden, denn wir können Niemand zwingen, unserer Produktion beizuwohnen, aber das können wir uns verbitten, daß man nicht noch über uns losziehe, wie es Herr Förderreuther gegen die drei Damen, welche bei ihm waren, gethan, indem er das Fodern von Entree unverschämt nennt und hauptsächlich noch bemerkte, daß es sehr ungezogen sey für eine Dame 3 kr zu verlangen. Herr Förderreuther möge sich von den Leistungen unserer Musik erst überzeugen, ob sie auch werth ist, daß man ihr für eine Dame 3 kr. bezahle. Es scheint übrigens, daß die Musik Herrn Förderreuther und seine Gesellschaft ergötzte, indem die Damen in dem Tennen des Regensburger Hofes nach einer Quadrille sich mit Tanz belustigten.

Die Musiker.

Einladung.

Sämmtliche Altgesellen der hiesigen Gewerbe werden auf Mittwoch den 14. d. Mts. Abends 8 Uhr zu einer hochwichtigen Besprechung in das Gasthaus zum König von England hiermit eingeladen.

Der Ausschuß des Arbeiter-Vereins.

Eine Rarität.

Zwei alte Jungfern, beide sehr geschickt den Leuten den Ruf zu nehmen, suchen recht bald, die eine als Briefträgerin, die andere als Pasquillmacherin, wo möglich in einem Gebirgsstädtchen, Unterkunft.

Versteigerungs-Anzeige.

Freitag, den 16. und Samstag, den 17. März, Vormittags 9 Uhr, werden in dem vor dem Frauenthor, neben dem Gasthause zum goldenen Fuchs gelegenen Gartenhause folgende zur Nachlassenschaft des Hrn. Joh. Daniel Dör gehörige Mobiliar-Gegenstände, als:

silberne Eß-, Thee- und Vorleg-Löffel, silberne Gabeln, 2 silberne Servietten-Ringe, 1 silberne Zuckerschaale und Zange, 1 Etuis mit silbernen Besteck, 5 Meerschaumpfeifen mit silbernen Beschlägen, ferner in Mahagony und Nußbaumholz: Flügel, Sopha, Stühle, Tambourets, Sessel, Tische, Spiegel, Bettladen, Schreibtische, Gartenstühle und Bänke, Bettvorlagen, Vorhänge, Betten, Leinengeräthe, plattirte Gegenstände, Glaswerk, Porzellain, Zinn, Kupfer, Messing, Küchengeschirr, diverse Weine, ferner: 3 Kühe, verschiedene Wägen Acker- und Gartengeräthschaften, diverse Gewächse, 48 Orangenbäume in Kübeln

an den Meistbietenden gegen baare Bezahlung versteigert, und Kaufsliebhaber hiezu eingeladen

Vorbemerkte Gegenstände können Donnerstag den 15. März Vormittags von 10 bis 12 Uhr, und Nachmittags von 2 bis 5 Uhr im genannten Hause angesehen werden.

(Wiesenverpachtung betr.)

Unterzeichneter ist beauftragt, 4 Tagw. 14 Dec. Wiesen Plan Nro. 866 der Steuergemeinde Poppenreuth, im Pegnitzthale, zwischen Fürth und Doos gelegen, öffentlich zu verpachten, und ladet zahlungsfähige Pachtliebhaber auf Mittwoch den 14. März l. Js. Nachm. 3 Uhr in das Nützelberger'sche Wirthshaus zu Poppenreuth zur Abgabe ihrer Pachtangebote und Vernehmung der Pachtbedingungen ein.

Nürnberg, den 27. Febr. 1849.

Neusinger, Verwalter. S. Nro. 758.

Einladung.

Heute Mittwoch den 14. März ist Metzelsuppe, wozu höflichst einladet

Kißkalt.

(Anzeige.) Recht englisch Strickgarn, Handschuhe, Kinderhauben, baumwollene Bänder, Dukatenzwirn und noch viele andere Gegenstände verkauft unter dem Fabrikpreis

Joh. Georg Meyer
im Plobenhof Nr. 823.

Aufforderung.

Der mit Namen B... in N— wird hiemit aufgefordert, die im Monat April 1848 für Rechnung P... einkassirte achtzehn Gulden erster Tage zu bezahlen.

(Verloren) Vergangenen Sonntag Abends wurde in der Karolinenstraße ein graues Pelzchen, königsblau gefüttert, verloren. Der Finder wird gebeten, es gegen Erkenntlichkeit in Nro. 387 der Karolinenstraße zu bringen.

(Gesuch) Ein gut erhaltenes modernes Sopha mit Sessel von Nußbaumholz wird zu kaufen gesucht.

Bekanntmachung.

Da ich mich am 12 dieses vom Kleeblatt getrennt habe und nun in Verbindung zweier brauchbarer Subjekte Produktionen mit musikalisch-deklamatorischen Vorträgen so wie, mit Gesang und Doppelgesprächen gebe, so mache ich dem geehrten Publikum meinen wärmsten Dank für die vielen Beweise ihres Wohlwollens und ihres mir gezollten Beifalls, und halte es für Pflicht, unsere werthen Gönner so wie auch alle resp. Herren Gast- und Bierwirthe bei meinem neuen Unternehmen auf das höflichste einzuladen, uns mit vielen Besuchen und Bestellungen zu beehren. Meine beiden Konsorten werden sich stets bestreben, Ihren Erwartungen auf das Beste zu entsprechen. Hochachtungsvoll empfiehlt sich

Val. Wehefritz,
Deklamator und Verfasser in Nürnberger Lokalsprache. Lorenzer-Platz No. 675.

Produktion für nächsten Sonntag Nachmittag findet im Prater statt, das übrige wird noch extra bekannt gemacht.

(Zu vermiethen) Im Hause L. Nro. 254 am Josephsplatz sind zwei möblirte Zimmer täglich zu vermiethen.

(Zu vermiethen) Eine schöne, freundliche, neu hergerichtete, mit allen Bequemlichkeiten versehene Wohnung, ist am Albrecht-Dürer-Platz täglich zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Mitte der Stadt ist im 1. Stock eine Wohnung, bestehend in 3 heiz- und 1 unheizbarem Zimmer, 1 Kammer, Speise, Küche, ein Kochofen Keller- und Bodenantheil, Mitbenützung der Waschküche rc., für fl. 150 Jahreszins täglich zu vermiethen. Näheres in der Exped. d. Bl

(Gesuch) Ein auswärtiges Mädchen von guter Erziehung, welches im Kleider- und Putzmachen so wie in allen häuslichen Arbeiten erfahren, und im Rechnen und Schreiben tüchtig bewandert ist, wünscht sogleich oder nächstes Ziel eine Stelle als Laden- oder Stubenmädchen zu erhalten.

(Gesuch) Ein junger Mensch, der in einer Manufakturhandlung seine Lehrzeit erstanden hat, wünscht als Commis im Magazin und auf Reisen in einem soliden Geschäftshause angestellt zu werden. Auskunft unter dem Buchstaben M durch die Exp. d. Bl.

(Gesuch) Ein solides Mädchen, in allen weiblichen Arbeiten erfahren, wünscht als Jungfer in einem Hause gleich oder bis nächstes Ziel eine Unterkunft, sie würde sich auch jeder häuslichen Arbeit unterziehen.

(Zu verkaufen.) Ein nicht sehr großes Fraunhofer'sches Perspektiv wird in L. Nro. 170 der Obere wöhrdstraße verkauft.

Stadttheater in Nürnberg.

Mittwoch den 14 März. Zum Benefize der Frau Josephine v. Sternwaldt und Fräul. Emma Stölzel: »Preziosa.« Schauspiel mit Gesang in 4 Akten v. Wolf. Musik von C. M. v. Weber.

Berichtigung.

Durch ein Mißverständniß wurde in der Anzeige des Hrn. Neubauer in Nr. 70 und 71 d. B. statt Farnbacher Exportbier, Bock aus der Brauerei des Hrn. Farnbacher gesetzt, was hiemit berichtigt wird.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 15 März 1849. № 74. Donnerstag: Christoph.

Deutsche Staaten.

München, den 12. März. Das heutige Regierungsblatt Nr. 11 enthält folgende Dienstesnachricht: Der König hat unterm 8. März l. Js. den Direktor der Regierung von Schwaben und Neuburg, K. d. J., J. G. F. v. Forster, zum Staatsrath im ordentlichen Dienste — dann zum Staatsminister des Innern ernannt.

München, den 13. März. Wie vernehmen so eben, daß Bayern sein 3., 4., 13. und 15. Infanterieregiment, ein Regiment der Chevaulegers und die Batterie Stieglitz mobil macht, um diese Truppenmasse dem nach Schleswig-Holstein bestimmten deutschen Reichsheer anzuschließen. (A. A. Z.)

†† **Nürnberg**, den 14. März. Dee wegen eines Artikels im „freien Staatsbürger" gefänglich eingezogene Mitredakteur dieses Blattes, Heinrich Lang, wurde gestern noch nach gestellter Kaution wieder auf freien Fuß gesetzt und es liegt wohl ausser allem Zweifel, daß, wie wir seine Feeilassung vorausgesagt, so auch unsere Ansicht sich bethätigen wird, daß die Geschwornen den Angeklagten freisprechen werden.

Braunschweig, den 9 März. Schon seit einiger Zeit ist hin und wieder das Gerücht aufgetaucht, daß unsere Truppen Marschordre erhalten würden, und das Infanterieregiment ist auch schon seit einiger Zeit marschfertig. Heute hat nun auch unsere Artillerie Befehl erhalten, sich binnen 10 Tagen marschfertig zu machen und es ist nicht zu bezweifeln, daß dieselbe ausrücken wird, wie man vermuthet, nach Schleswig-Holstein. In Beziehung auf unsere Infanterie vermuthet man, daß sie nach Mainz beordert werden wird. (Wes. Z.)

LPC Frankfurt, den 11 März. Der Einmarsch der Russen in die Moldau, Wallachei und Siebenbürgen, so wie der Anmarsch der russischen Garden aus dem Innern an unsere Ostgrenze veranlaßt uns, einen Rückblick in die Vergangenheit zu werfen, und uns zu fragen: „Wer hat bei Zeiten die drohenden Gefahren erkannt und zu deren Abwendung gemahnt, wer hat absichtslos oder absichtlich dieselben v e r k a n n t und den Kampf der Barbarei des Ostens gegen die Civilisation des Westens so weit heranwachsen lassen?" — Die linke Seite des Parlaments hat von Anfang an die Wichtigkeit der deutschen und magyarischen Bewegung für die Einverleibung der deutsch-österreichischen Provinzen in den deutschen Bundesstaat, die entgegenstehenden Inteeessen Rußlands, so wie die Erheblichkeit deutschen Einflusses in dee Moldau und Wallachei für den deutschen Handel eingesehen. Ihre unermüdlichen Bestrebungen sind aber, sey es durch Böswilligkeit, sey es durch Unfähigkeit zu nichte gemacht worden. Am 1. Juli v. J. erwirkte dieselbe einen Parlamentsbeschluß, wodurch dee Abschloß eines Schutz- und Trutz-Bündnisses mit Ungarn der Centralgewalt als dringend empfohlen wurde; am 3. Oktober erklärte Herr Schmerling, „die Verhandlungen wegen dieses Bündnisses seyen im Zuge." — Wir verlangen den Beweis über diese „im Zuge begriffenen Verhandlungen" duech Vorlage dee bezüglichen Aktenstücke. Er wird schwerlich geführt werden können. Dann etwas später nahm Herr Schmerling keinen Anstand, bald entrüstet vor seinen Wiener Wählern zu erklären: „Man stellte in Frankfurt das Ansinnen eines diplomatischen Verkehrs mit einem selbstständigen Ungarn!" Im Monat Oktober, als die heldenmüthigen Kämpfer Wien's sich 3 volle Wochen hindurch hielten, als die seitdem wahrlich als tapfer bewährten Magyaren noch in ungeschwächter Kraft dastanden, als es bedrohlich von Italien herüberklirrte, als die Gesammtmonarchie Oesterreich durch ein kräftiges Auftreten Deutschlands, wenn je, so damals zu billigee Nachgiebigkeit gegen den deutschen Bundesstaat hätte bewogen werden können, — beschwor die Linke tagtäglich die Nationalversammlung zu kräftigem Einschreiten zu Gunsten der deutsch-österreichischen Brüder. — Eine ansehnliche Majorität der Berliner konstituirenden Versammlung, darunter der damalige Ministerpräsident und Kriegsminister v. Pfuel, schloß sich ihr mit dem Ersuchen an die Centralgewalt an, zum Schutze der Freiheit und der deutschen Sache in Wien Alles aufzubieten! Vergebens! Wie die Linke der Nationalversammlung mit der Berliner konstituirenden Versammlung, so ging die Mehrheit der Nationalversammlung mit der preussisch-dynastischen Kamarilla. Sie sah die Folge der Gefährdung der im Monat März errungenen Stellung der Deutschösterreicher im deutschen Parlamente, sie sah die Folge des Vernichtungskrieges gegen die zu Schutz- und Trutzbündniß dringend empfohlenen Magyaren, deren Heldenmuth jetzt den Einmarsch der Russen in Siebenbürgen hervorgerufen, nicht ein, oder wollte sie nicht einsehen. Was hatte Deutschland damals bei einem noch minder ohnmächtigen Parlament, einer hochherzigen preußischen Versammlung, einem begeisterten preußischen und deutschen Volke, einem noch nicht gefallenen Wien, einem ungeschwächten Ungarn, einem kriegslustigen Italien, einem noch reinern Frankreich dem Czaeen entgegenzustellen, — was jetzt? Herr Bassermann wimmerte damals über die Wienee Anarchie und sah Gestalten. Warum hat er nicht gewimmert über die März-Anarchie und die Märzgestalten, die ihn zum Unterstaatssekretär beförderten? Gagern trug uns mit großem Ernste seine unglückliche Idee der deutschen Kulturverbreitung vor, da doch schon damals leicht einzusehen wae, daß das Losreißen des Armes vom Mutterleibe, die Mittheilung der Pulsschläge des Herzens verhindern werden, daß Oesterreich durch das Aufgeben Deutschlands Rußland in die Arme gedrangt und nur duech die Verbindung mit Deutschland der Kultur des Westens erhalten und für die Zukunft dienstbar gemacht werde. — Bereits am 24. Juli war durch die Nat.-Vers. der Beschluß gefaßt worden, daß durch die Centralgewalt an der östlichen Grenze Deutschlands den deutschen Truppen eine solche Stärke zu geben sey, daß dieselben der gegenüberstehenden Heeresmacht vollkommen gewachsen seyen. Was ist zur Ausführung dieses Beschlusses geschehen? Nichts! Im Gegentheil trug bald darauf der Partikularismus und die Fürstensouveränetät gegen die Einheit und Volkssouveränetät in der durch die Herren Gagern, Bassermann und die übrigen Stützen des Ministeriums befürworteten Annahme des schmählichen Waffenstillstandes von Malmö den Sieg davon. Wer sich in spezifisch-preußischer Liebe im Norden vor den Russen zurückgezogen, wie sollte der im Osten dem theuren Schwager Truppen entgegenstellen? So antwortet denn Herr Gagern, über den Einmarsch der Russen in Siebenbürgen interpellirt, in einer der letzten Sitzungen mit großer Naivität: „Er habe sich um den erforderlichen Aufschluß (sic!) an den Bevollmächtigten Oesterreichs gewandt." Am 16 Oktbe. erwiderte Herr Schmerling auf eine Interpellation der Linken hinsichtlich der Donaufürstenthümer: „Das Ministerium habe die Wichtigkeit derselben für Deutschland in ihrem ganzen Umfange erkannt, ein großer Theil der Zukunft derselben sey von der a n g e m e s s e n e n E i n w i r k u n g Deutschlands bedingt, das Ministerium sey von der Wichtigkeit durchdeungen, dem deutschen Elemente daselbst die e n t s c h i e d e n s t e G e l t u n g z u v e r s c h a f f e n, und habe sich daher bereits in direkten Verkehe mit Vertrauensmännern gesetzt um zunächst mit der Pforte und dann mit den Donaufürstenthümern in diplomatischen Veekehr zu treten." Wir verlangen Beweise durch Vorlage der bezüglichen Aktenstücke. Auch diese Beweise werden nicht zu erbringen seyn. Die Beschlüsse des Parlaments sind nicht ausgeführt, die Verheißungen nicht erfüllt, die Versicherungen bis auf die heutige Stunde nicht bewahrheitet. Warum nicht? Angesichts der bedrohten Ostgrenze, Angesichts der — Russen in der Moldau, Wallachei und Siebenbürgen, Angesichts der durch die Barbarei des Ostens bedrohten Kultur des Westens fragen wir das abgetretene wie das gegenwärtige Ministerium, w a r u m n i c h t? Wenn auch das Parlament schweigt, Deutschland, die Geschichte, die europäische Kultur wird hierübee Rechenschaft von ihnen fordern, und es wird bei Männern, welche sich auf solche Höhe gestellt haben, zwischen Böswilligkeit und Unfähigkeit nicht unterschieden werden, gleichviel ob dieselben sich noch bekomplimentieen und Freunde nennen, oder nicht!

LPC Frankfurt, 12. März. Die Dahlmannsche Theorie des Anlehnens an den Mächtigen ist mittelst der oktroyirten Verfassung Oesterreichs auch in Herrn Welcker eingedrungen. Sein Antrag, der im Wesentlichen darauf hinausläuft, den Verfassungsentwurf in Bausch und Bogen anzunehmen, und den König von Preussen als erblichen Kaiser an die Spitze zu stellen, fuhr wie ein Blitz in die reichsgerichtlich teäumende Versammlung. Welker? Welker? Kein Mensch wollte es glauben. Es ist unmöglich aber doch wahr! rief ein alter Freund Welkers, der kopfschüttelnd sich beim Präsidenten über die Richtigkeit dee Person überzeugte. Die Versammlung ließ die Begründung zu, bei deren banalen Phrasen, daß das Vaterland in Gefahr sey, und durch den König von Preussen gerettet weeden müsse, Herr v. Beckerath sich die feuchten Augen wischte. Die Diskussion des Reichsgerichts wurde versucht, aber vergebens — man vertagte sich in großer Aufregung. Es ist nicht zu läugnen, daß Alles auf den preussischen Erbkaiser hinaussteuert, und daß die österreichische Verfassung ihm die Krone aufsetzt. Aber ist dies nicht die traurige Folge des Verhaltens der Nationalversammlung in der österreichischen Frage selbst? Wenn Gagern jetzt triumphirend ausrufen kann: Seht Ihr, ich hatte Recht, Oesterreich kann nicht einteelen, wenn Welker sagt: spät, abee dennoch überzeuge ich mich, daß Gagern Recht hatte, wird ihnen und der Majorität die Geschichte nicht antworten, daß diese Männer und ihre Anhänger selbst die Schuld dieser Resultate tragen? Wer unterstützte diese absolutistische Regierung, die endlich die konstitutionelle Maske abwirft? Was gab ihr die Keaft wieder übee die Völker Oesterreichs zu gebieten, statt daß diese selbst ihr Schicksal bestimmen sollten? Wer drückte dieser Regierung das Schwert in die Hände, und wer sah ruhig zu, wie die deutschen Sympathieen in Oesterreich gemordet wurden? Wer versagte die Hand, als Deutsch-Oesterreich bei Deutschland, bei der Nationalveesammlung um Hülfe schrie? War es nicht dieselbe Majorität, die Gagern und Schmerling stützte und Welker nach Olmütz schickte? Die Fehler in der Politik sind nicht gut zu machen — sie können nur gerächt werden. Abee kann dies nicht geschehen? Weiß man so sicher, daß Oesterreichs deutsche Völker diese oktroyirte Verfassung annehmen werden mit Dankbarkeit und Unterwürfigkeit, wie Preussens Volk die seinige? Wir glauben dies nicht. Der Raub, den die österreichische Regierung an den eekämpften Freiheiten begeht, wird eine furchtbare Aufregung in dem Lande erzeugen und wenn nur die mindeste Aussicht auf Erfolg ist, so wird das österreichische Volk dem Ministerium Stadion eine ähnliche Antwort geben, wie die vom 6. Okt. Wenn je, so liegt es im Interesse Deutschlands, jetzt das Signal zum Kampfe in Oesterreich zu geben, voranzugeben gegen ein freiheitsmörderisches Ministerium. Die National-Versammlung kann das thun, das Reichsministerium kann es thun — beide werden die deutschen Sympathieen in Oesteeeich finden, und so des Sieges gewiß seyn können. Aber ein peeussischer Erbkaiser kann dies nicht thun — jeder Schritt von ihm gegen Oesterreich, gegen das Ministerium des Hauses Habsburg würde den Schein der Eroberungsgelüste an sich tragen und von den Bewohnern der deutsch-österreichischen Lande mit Indignation zurückgewiesen werden. Wie sind durch die Erfahrung belehrt worden, daß Deutsch-Oesterreich zu schwach ist, um allein gegen den Absolutismus anzukämpfen. Sollen wir es nun verlassen in der Stunde der Gefahr und als Feiglinge unter dem Schutze preussischer Bajonette zusehen, wie die kaum errungene Freiheit in Oesterreich wieder vernichtet und auch unsere deutschen Brüder dort der absoluten Herrschaft wieder geopfert werden? Nimmermehr! So ist denn der Welker'sche Antrag ein Schrei der Verzweiflung — aber er streckt seine Hände

nach dem falschen Mittel aus. Dies Mittel ist nicht das preussische Erbkaiserthum in Deutschland, es ist vielmehr die Revolution in Deutsch-Oesterreich. Hier möge sich das Parlament an die Spitze stellen — thut es dies nicht, so rettet es auch das Vaterland nicht durch einen — Erbkaiser. Gagern läugnete heute die Existenz einer russischen Note ab. Daß das Reichsministerium überhaupt nichts von Noten weiß, weil es gar keine auswärtigen Beziehungen mehr hat, ist bekannt; es wunderte daher auch Niemand, daß Herr Gagern in Abwesenheit des Herrn Camphausen nichts von der russischen Note wisse.

** **Frankfurt**, den 12. März. [184. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. (Simson.) Austrittserklärung des Abg. Kleinschrod aus Bayern. Anzeige von Flottenbeiträgen, 109 fl. 57 kr. vom Markt Ischl in Oberösterreich, 35 Thlr. von Gymnasiasten aus Berlin. Mittermaier zeigt an, daß der Bericht über die zweite Lesung der Verfassung gedruckt sey und heute noch vertheilt würde. Degenkolb erstattet Bericht über die Lohnverhältnisse von Webern und Spinnern, die eine Petition eingereicht, Esmarch über ein Gesuch der Altonaer, Kaperbriefe ausgeben zu dürfen, wenn die Feindseligkeiten zwischen den Dänen und Schleswig-Holstein wieder ausbrächen, dann über mehrere Gesuche aus Schleswig-Holstein wegen Aufrechthaltung des Verbandes beider Herzogthümer. Die Eingaben gehen an's Reichsministerium. Schüler aus Jena interpellirt das Reichsministerium des Aeußeren, ob Rußland, festhaltend an den Verträgen von 1815 gegen die Verfassungsänderungen durch die deutsche Nationalversammlung protestirt hätte, welcher Regierung dieser Protest zugekommen sey, ob die Centralgewalt offiziell davon benachrichtigt sey und was sie gethan oder thun werde, um eine solche die Ehre und Selbstständigkeit Deutschlands beschimpfende Einmischung zurückzuweisen?

Raumer von Dinkelsbühl fragt mit Bezugnahme auf die jüngsten Ereignisse und die oktroyirte Verfassung, welche auch für Ungarn und die Lombardei gelten solle, das Reichsministerium in pleno, ob Oesterreich auf die Note vom 22. Januar eine Antwort gegeben und wie es überhaupt mit den Unterhandlungen mit Oesterreich, Deutschland gegenüber, stehe? Gevekoht interpellirt das Reichsministerium der Finanzen, wie es die ausgeschriebenen Matrikularbeiträge für die deutsche Flotte herbeischaffen wolle? Ob Oesterreich nichts beisteuern wolle und ob es dänische Offiziere bei seiner Marine angestellt habe? Die Antwort der Gevekoht'schen Interpellation soll morgen erfolgen. v. Gagern sagt die Antwort auf Raumer's und Würths Interpellation (die gesammte auswärtige Politik, der Centralgewalt) für nächsten Donnerstag zu. Herrn Schüler erwiedert Gagern, das Reichsministerium wisse nichts von einer solchen russischen Note, wie sie Schüler vorgebracht, er glaube auch nicht, daß eine solche an eine andere deutsche Regierung erlassen worden sey. Reichs-Justizmin. R. Mohl erklärt auf eine neulich gestellte Interpellation Jucho's, das Reichsministerium habe am 7. d. M. allen deutschen Regierungen die Aufforderung zugehen lassen, Nichts vorzunehmen, was die allgemeine deutsche Wechselordnung ändere, ausserdem würde durch ein neues Reichsgesetz verhindernd eingeschritten werden.

Nachdem ein Antrag Bresgen's von Ahrweiler in Bezug auf die Verfassungsarbeit als nicht dringlich erklärt worden war, kommt ein Dringlichkeitsantrag Welkers zur Vorlesung folgenden Inhalts: „Die deutsche verfassunggebende Nationalversammlung, in Erwägung der dringlichen Lage der vaterländischen Verhältnisse beschließt: 1) Angesichts der wiederholten öffentlichen Nachrichten von fremder Einsprache gegen die von der deutschen Nation zu beschließende Verfassung, ihre Entrüstung gegen solche Eingriffe in das heiligste Urrecht freier Völker, gegen jeden Deutschen aber, sey er Fürst oder Bürger, welcher landesverrätherisch solche Eingriffe hervorrufen möchte, den tiefsten Abscheu und zugleich die feste Erwartung auszusprechen, daß die deutsche Nation wie Ein Mann ihre Ehre vertheidigen und deren Verletzung zurückweisen werde; 2) die gesammte deutsche Reichsverfassung, so wie sie jetzt nach der ersten Lesung von dem Verfassungsausschuß mit Berücksichtigung der Wünsche der Regierungen redigirt vorliegt, wird durch einen einzigen Gesammtbeschluß der Nationalversammlung angenommen, und jede etwa heilsame Verbesserung den nächsten verfassungsmäßigen Reichstagen vorbehalten; 3) die in der Verfassung festgestellte erbliche Kaiserwürde wird Sr. Majestät dem König von Preussen übertragen. 4) Die sämmtlichen deutschen Fürsten werden eingeladen, großherzig und patriotisch mit diesem Beschlusse übereinzustimmen, und seine Verwirklichung nach Kräften zu fördern. 5) Es wird eine große Deputation der Nat.-Vers. abgesendet, um Sr. Maj. dem Könige von Preussen die Wahl zum deutschen Erbkaiser anzuzeigen. 6) Sowohl Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich, als Fürst der deutsch-österr. Lande, als die sämmtlichen Bruderstämme in diesen Landen einzeln und vereint, sind zum Eintritt in den deutschen Bundesstatt und seine Verfassung jetzt und zu aller Zeit eingeladen und aufgefordert. 7) Die deutsche Nationalversammlung legt gegen ein etwa beanspruchtes Recht der Regierung der deutsch-österreichischen Lande, oder dieser Lande selbst, von dem deutschen Vaterlande und aus der von seinem Gesammtwillen beschlossenen Verfassung auszuscheiden, für alle Zeiten feierlichen Widerspruch ein. 8) Sie ist aber bereit, so lange einer definitiven Verwirklichung des völligen Eintritts der deutsch-österreichischen Lande, in die deutsche Reichsverfassung noch Schwierigkeiten im Wege stehen sollten, die bestehenden nationalen brüderlichen Verhältnisse, jedoch unbeschadet der Selbstständigkeit der deutschen Reichsverfassung, zu erhalten."

Der Vorlesung dieses Antrags folgte eine solche Aufregung der Versammlung, daß die Sitzung auf kurze Zeit suspendirt wird. Welker wird hierauf zur Motivirung seines Antrags zugelassen. Welker rechtfertigt sich anfangs über die Aenderung seiner politischen Ansichten. Alle Schuld des Ausschlusses Oesterreichs müsse das österreichische Kabinet nun selbst tragen, das Volk habe keinen Theil an dieser Schuld. Von überall drohe Gefahr, man müsse die erbliche Kaiserwürde an Preußen übertragen. Die Nationalversammlung solle nicht warten, bis ihr eine Verfassung oktroyirt werde, sie solle die Volkssouveränität retten und sich selbst eine Verfassung schaffen. Das Vaterland ist in Gefahr, retten Sie das Vaterland, ist der Schluß der Welkerschen Rede. Der Antrag Welcker's soll gedruckt und berathen werden. Die Tagesordnung enthält die zweite Lesung und Berathung des Verfassungsentwurfs, Abschnitt vom Reichsgericht. Nach Annahme des §. 127 und kurzer Debatte über §. 128 wird auf allgemeinen Wunsch die Sitzung geschlossen und die Berathung morgen fortgesetzt.

Frankfurt, den 12. März. In der gestrigen Versammlung im Weidenbusch wurde zunächst vom Vorstande der Wunsch ausgesprochen und von den Versammelten allseits getheilt, den auf der nächsten Tagesordnung stehenden Abschnitt der Verfassung, „vom Reichsgericht" so rasch als möglich ohne viel Mäkeln an den einzelnen Bestimmungen anzunehmen; die Verwirklichung dieses Wunsches auch dadurch angebahnt, daß einzelne Bedenken vorgebracht und im Wege der Verständigung erledigt wurden, so daß von dieser Seite her der schnellsten Förderung dieses Gegenstandes nichts in den Weg gelegt werden wird. Sodann setzte man die abgebrochene Debatte darüber fort: ob nach dem Reichsgericht zuerst das Kapitel „vom Reiche" oder das von der „Reichsgewalt" zweckmäßiger zur Berathung kommen möchte. Nach einiger Debatte entschied sich die Versammlung, zum Theil mit Rücksicht auf die neuesten Ereignisse und den dadurch veränderten Stand der Dinge dafür, daß es besser sey, die bei der ersten Lesung eingehaltene Reihenfolge auch diesmal zu beobachten. Der Antrag, das Reichsministerium über den augenblicklichen Stand der Verhandlungen mit Oesterreich mit Bezugnahme auf die oktroyirte Verfassung zu interpelliren, fand allgemeinen Anklang, und ist bereits heute durch Herrn v. Raumer von Dinkelsbühl zur Ausführung gebracht worden.

Hannover, 8. März, Abends 11 Uhr. Der heutige Abend ist ohne die geringste Störung verlaufen. Ein bedeutender Antheil an diesem höchst erwünschten Ergebniß ist ohne Zweifel der weisen Maßregel beizumessen, daß die Bürgerwehr nicht allarmirt, sondern nur angewiesen ward, sich für den möglichen und selbst wahrscheinlichen Fall einer Ruhestörung in Bereitschaft zu halten. Wir wollen wünschen, daß an den heutigen Vorgang keine weitere Folgen sich knüpfen mögen. Allein je genauer man die begleitenden Umstände in Erwägung zieht, desto höher steigt die Besorgniß, daß die heutige Demonstration als eine flüchtige Episode im politischen Alltagsleben nicht betrachtet werden darf und weder nach ihrem Ursprung noch ihren Folgen nach schon völlig übersehen werden könnte. (Wes.-Z.)

Wien, 7. März. Ein Gerücht verkündet eine große Schlacht jenseits der Theis, welche zum Nachtheil der Kaiserlichen ausgefallen seyn soll. Auch aus Siebenbürgen lauten die Nachrichten (vom 20. Febr.) ungünstig. Ausser Hermannstadt und Kronstadt war das ganze Sachsenland vom Feind besetzt. (Frkft. O.-P.-Z.)

†*† **Berlin**, den 11. März. Der Brüssler Kongreß hat endlich in einer Angelegenheit zu einem Resultate geführt, das die bedeutendsten Folgen haben kann. — Die italienische Frage war in der neusten Zeit noch verwickelter geworden durch die Proklamation der Republik in Rom. Es mußte daher den Großmächten vor Allem daran gelegen seyn, eine Restauration in dem Kirchenstaate durchzuführen. Mit dem Verluste der weltlichen Macht hatte der Pabst einen großen Theil seiner kirchlichen Gewalt eingebüßt; die katholischen Fürsten mußten den Herrscher von Rom schützen, um die Macht des Kirchenfürsten aufrecht zu erhalten, die protestantischen Fürsten sahen in Italien das Sinken der Autorität der Kirche im Allgemeinen, nicht blos der katholischen, deshalb die seltene Uebereinstimmung der europäischen Machthaber, als es sich um „die Wiedereinsetzung des Papstes in seine weltlichen Rechte" handelte, denn nichts geringeres ist das Resultat langer Verhandlungen des Brüssler Kongresses. Neapel und Sardinien werden eine Exekution übernehmen, deren Ehre man Frankreich zuertheilen wollte, welche sie aber in Rücksicht auf seine inneren Verhältnisse ablehnen mußte und sich nur vorbehalten konnte, „die Sache der katholischen Christenheit" mit Geld zu unterstützen. Spanien und Portugal werden ein Gleiches thun, das nicht „katholische England aber wird der ganzen Expedition nicht blos durch sein diplomatisches Auftreten, sondern auch durch das Kreuzen englischer Schiffe im Mittelmeer, den nothwendigen Nachdruck geben. — Es ist dieser Schritt darum von so großer Wichtigkeit, weil er Zeugniß gibt von der einheitlichen Politik Europas; selbst Rußland und Preußen nahmen lebhaften Antheil an den in dieser Angelegenheit gepflogenen Verhandlungen.

Pariser Blätter melden einen Einmarsch österreichischer Truppen in Toscana. Die Nachricht macht ein nicht geringes Aufsehen; ihre Bestätigung dürfte einen bedeutenden Einfluß auf die Börse machen.

Dem Ausscheidem des Generalsteuerdirektor Kühne aus dem Staatsdienste soll ein Prinzipienstreit mit dem gegenwärtigen Kabinet zu Grunde liegen. Hr. Kühne war einer der wenigen deutschen Beamten, die eine klare Einsicht in die österreichischen Handels- und Zollverhältnisse besitzen. Er würde also bei Verhandlungen wegen des Eintretens Oesterreichs in den deutschen Zollverband von großem Nutzen gewesen seyn. Wie jetzt übrigens die Sachen stehen, soll an einen Eintritt Oesterreichs in den allgemeinen deutschen Zollverband nicht zu denken seyn. — In den Parteiversammlungen der Linken debattirte man lebhaft die Frage, ob man sich an den Adreßdebatten betheiligen solle? Vorzugsweise sprach sich der Abg. Elsner gegen eine Betheiligung aus. Man wird sich jedoch Seitens der Opposition an den Berathungen über die Adresse betheiligen; wahrscheinlich ist es, daß die Opposition eine Minoritätsadresse entwirft. — Die noch nicht erfolgte Einführung der deutschen Grundrechte wird auch von unserer Oppositionspartei benutzt werden, um auf diesem Felde das Kabinet anzugreifen.

Was das Zahlenverhältniß in der 2. Kammer anbetrifft, so stellt sich dasselbe günstig für die Linke, bei ziemlich gleicher Stimmenzahl mit der Rechten hat sie in 3 Abtheilungen die Majorität, in einer Abtheilung steht sie der Rechten gleichstark entgegen und meist entscheidet hier der Zufall durch das Loos.

[Gesetzentwürfe, betreffend die Presse und das Vereinigungsrecht] Die Entwürfe zeichnen sich durch eine der neueren Gesetzgebung fremd gewordene Spezialisirung aller denkbarer Uebertretungsfälle aus. Jede in den letzten Monaten vorgekommene und mißliebig gewordene Erscheinung auf dem Gebiet der Presse und des Versammlungsrechts hat man speziell in die §§. aufnehmen zu müssen geglaubt. Die bekannte Erfahrung, daß ein casuistisches Aufzählen einzelner Momente die Umgehung erleichtert und die Interpretation zweifelhafter macht, ist dagegen außer Acht gelassen. —

I. Gesetz-Entwurf über die Presse. §. 1. Auf jeder Druckschrift muß Name und Wohnort des Druckers enthalten seyn. Außerdem muß auf Druckschriften, welche für den Buchhandel oder zu weiterer Verbreitung im Publikum bestimmt sind, auch der Name und Wohnort des Verlegers oder Kommissionärs, oder endlich des Verfassers oder Herausgebers, welcher ein Werk im Selbstverlage erscheinen läßt, genannt seyn. — §. 2. Was in diesem Gesetze von Druckschriften gesagt ist, gilt von allen auf mechanischem Wege irgend einer Art vorgenommener Vervielfältigungen von Schriften, bildlichen Darstellungen, mit oder ohne Schrift, und von Musikalien mit Text oder sonstigen Erläuterungen. — §. 3. Wer eine Zeitung oder periodisch erscheinende Zeitschrift in monatlichen oder kürzeren Fristen herausgeben will, ist verpflichtet, der Ortspolizeibehörde vor der Herausgabe, in einem ihr einzureichenden Plane, die Zeitabschnitte, in denen sie erscheinen soll, den Titel, so wie den Verleger und den Herausgeber,

wenn dieser von dem Verleger verschieden ist, und jede hierin vorzunehmende Aenderung vor deren Eintritt anzuzeigen. Jedes Blatt, Heft oder Stück einer Zeitung oder Zeitschrift muß den Namen und Wohnort des Verlegers, so wie des Herausgebers, wenn dieser von dem Verleger verschieden ist, und des Druckers enthalten. — §. 4. Druckschriften, welche den vorstehenden Vorschriften (§§. 1 und 3) nicht entsprechen, dürfen von Niemandem verbreitet werden. — §. 5 schreibt für *nichtperiodische* Druckschriften die Abgabe eines Exemplars an die Polizei, wenn diese es verlangt, vor. Ist binnen 6 Wochen keine gerichtliche Verfolgung eingetreten, so muß das Exemplar zurückgegeben werden. §. 6. Verpflichtung der Zeitungen, Bekanntmachungen der Behörden und Entgegnungen von Behörden und Literaten auf angreifende Artikel aufzunehmen. — Verletzungen aller dieser Vorschriften belegt §. 7 mit Geldbuße bis zu 100 Thaler. Bei falschen Angaben tritt diese Geldbuße und *außerdem* Gefängniß bis zu 2 Monaten ein, auch gegen den Verbreiter, wenn er von der Unrichtigkeit der Angabe Kenntniß hat. Verantwortlich für den Inhalt jeder Druckschrift (§. 8) ist zunächst *der Verfasser*, wenn er bekannt ist und er sich zugleich im Bereiche der richterlichen Gewalt des Staates befindet. In Ermangelung einer dieser Voraussetzungen ist der *Herausgeber* verantwortlich, *ohne daß es eines weiteren Nachweises der Complicität bedarf*; die Verantwortlichkeit geht weiter auf den Verleger oder Kommissionär, auf den Drucker und den Verbreiter, und zwar in dieser Reihefolge über, in so fern der vorher Verantwortliche nicht bekannt oder nicht im Bereiche der richterlichen Gewalt des Staates ist; ferner auf jeden wissentlichen Theilnehmer an der Herstellung und Verbreitung, auf mehrere Herausgeber solidarisch. — Aufforderungen zu Vergehen und Verbrechen durch öffentlich ausgestellte, angeschlagene ꝛc. Druckschriften, bildliche Darstellungen ꝛc. unterliegen den allgemeinen Strafgesetzen, und sind sie erfolglos geblieben, eine Geldbuße bis 500 Thaler oder Gefängniß bis 3 Jahr. Erfolglose Aufforderungen zu Hochverrath Zuchthaus von 3 bis 10 Jahr. Angriffe in dieser Weise auf „die in dem Eigenthum und in der Familie beruhenden Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft“ oder zur Aufreizung „der Bürger zum Haß oder zur Verachtung gegen einander“ Gefängniß bis zu 2 Jahren. Thatsächliche Unwahrheiten mittels Erdichtung oder Entstellung, wenn sie „in der Voraussetzung ihrer Wahrheit geeignet wären, Haß oder Verachtung gegen die Einrichtung des Staats oder die Staatsregierung zu begrunden,“ so wie Verbreitung von Haß ꝛc., gegen „eine gesetzlich bestehende Religionsgesellschaft“ Gefängniß bis zu 2 Jahren. — §. 12 lautet: „Wer durch Wort, Schrift, Druck, Zeichen, bildliche oder andere Darstellung die Ehrfurcht gegen den König verletzt, wird mit Gefängniß von 2 Monaten bis zu 5 Jahren bestraft. Gleiche Strafe trifft Denjenigen, welcher in der oben angegebenen Weise die Königin beleidigt. Wer auf dieselbe Weise den Thronfolger, ein anderes Mitglied des königlichen Hauses oder das Oberhaupt eines deutschen Staates beleidigt, wird mit Gefängniß von 1 Monat bis zu 3 Jahren bestraft.“ — Die §§. 13—18 disponiren über die „Verläumdung;“ Beweis der Wahrheit ist zuläßig, doch macht auch die eine beleidigende Absicht verrathende Form straffällig. Strafe: Gefängniß bis zu 1 Jahr; bei öffentlichen Aushängen, Vertheilen, Anschlagen ꝛc. bis 18 Monate. „Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann die Strafe auf Geldbuße bis zu 500 Thaler bestimmt werden.“ — §. 19: „Wer 1) eine der beiden Kammern, 2) ein Mitglied der beiden Kammern während der Dauer ihrer Sitzungen oder einen Geschworenen, 3) eine sonstige politische Körperschaft, eine öffentliche Behörde, ein Mitglied derselben, einen öffentlichen Beamten, einen Religionsdiener, oder ein Mitglied der bewaffneten Macht, in Beziehung auf ihren Beruf, oder während sie in der Ausübung der Verrichtungen ihres Berufes begriffen sind, durch Wort, Schrift, Druck, Zeichen, bildliche oder andere Darstellung beleidigt, wird mit Gefängniß bis zu 9 Mon. bestraft. Hat die Beleidigung den Charakter der Verläumdung, so ist die Strafe bis zu 18 Mon. Gefängniß. Ist die Verläumdung an öffentlichen Orten oder bei öffentlichen Zusammenkünften, oder durch Schriften, bildliche oder andere Darstellungen begangen, welche verkauft, ausgetheilt oder öffentlich verbreitet worden sind, so ist die Strafe Gefängniß bis zu 2 Jahren. In allen Fällen kann, wenn mildernde Umstände vorhanden sind, auf Geldbuße bis zu 500 Thlrn. erkannt werden. Die Verfolgung der unter 2 bezeichneten Beleidigungen findet nur auf den Antrag des Beleidigten statt.“ §. 20 öffentl. Bekanntmachen der Urtheile. §. 21. Verletzung „der guten Sitte“ durch die Presse bis zu 100 Thlr. oder Gefängniß bis zu 1 Jahr. §. 22. Beschlagnahme aller gesetzwidrigen Druckschriften durch die Polizei mit der Pflicht, innerhalb 24 Stunden die Entscheidung des Gerichts zu beantragen. §. 23. Vernichtung einer als strafbar verurtheilten Schrift, der Exemplare und aller Platten und Formen. §. 24. Die Staatsverbrechen durch die Presse, alle Aufreizung zu Hochverrath, Beleidigungen gegen den König u. s. f. gehören zur Kompetenz der Schwurgerichte. §. 25 „Alle den Vorschriften dieses Gesetzes entgegenstehenden Bestimmungen, namentlich das Preßgesetz vom 17. März 1848, die §§. 151—155, 620, 621 Th. 20 allg. Landr., Art. 204 des Rhein. Strafgesetzbuchs sind aufgehoben.“

Die *Motive* bieten wenig zur Erläuterung der Bestimmungen. In Betreff der Vorschrift über Majestätsbeleidigung wird bemerkt: „diese Vorschriften konnten um so weniger fehlen, als die Unverletzlichkeit des Königs einen verfassungsmäßigen Grundsatz bildet und in dem größten Theile der Rheinprovinz die auf die Majestätsbeleidigung bezüglichen Strafgesetze in Folge der Verordnung vom 15. April 1848 außer Anwendung gesetzt, diese Lücke aber seitdem nicht ausgefüllt worden ist. In Beziehung auf die Bestimmung 3 des §. 19, welche die Beamtenschaft bis zu ihren untersten Stufen herab mit der Unantastbarkeit des Mandarinenthums umgiebt, wird gesagt: sie bedürfe keiner weiteren Begründung. —

II. *Gesetzentwurf, betreffend „die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts.“* § 1. „Vereine und Versammlungen, welche strafbare Zwecke verfolgen oder zur Erreichung erlaubter Zwecke verbrecherischer Mittel sich bedienen, sind verboten.“ — „Versammlungen zur Berathung öffentlicher Angelegenheiten“ müssen 24 Stunden vor dem Beginn der Polizeibehörde angezeigt werden. Die Berufung darf weder unter einem falschen noch unter einem Gesammtnamen geschehen. — Jedermann muß Zutritt haben: die Oeffentlichkeit darf nur mit polizeilicher Erlaubniß ausgeschlossen werden. Der 4te Theil der Plätze muß für Nichtmitglieder freigelassen werden. Die Polizei ist befugt, zwei als solche erkennbare Beamte in die Vers. zu senden; diese sind befugt, die Nennung der Redner, Vorsteher u. s. f. zu verlangen, und die Vers. zu schließen, sobald die Verhandlungen gesetzwidrig sind, sie können den Uebertreter verhaften und Jeder in der Vers. ist verpflichtet, ihnen den geforderten Beistand zu leisten. „Vereine zur Beförderung öffentlicher Angelegenheiten“ müssen die Statuten einreichen. Versammlungen unter freiem Himmel dürfen während der ganzen Dauer der Sitzungsperiode beider Kammern innerhalb 5 Meilen von dem Orte des Sitzes derselben nicht stattfinden. Zuwiderhandlungen werden mit Geldbuße bis zu 50 Thlr.; Aufforderungen zu strafbaren Handlungen, die der Vorsitzer gestattet, Ungehorsam gegen die vom Polizeibeamten gebotene Auflösung einer Vers., unerlaubtes Veranstalten einer Vers. unter freiem Himmel ziehen für die Leiter und Ordner Geldstrafe von 200 Thlr. oder Gefängniß bis zu 6 Monaten nach sich. Bewaffnetes Erscheinen in Versammlungen zieht Gefängniß bis 6 Mon., Aufforderung dazu 6 Wochen bis 1 Jahr, das Tragen, Ausstellen, Verbreiten verbotener Ab- oder Versammlungszeichen Gefängniß bis zu einem Jahre nach sich. — Die *Motive* zu diesem so wichtigen Gesetze bestehen in etwa 50 Zeilen und sind lediglich eine Paraphrase der Hauptbestimmungen.

III. *Entwurf, betr. das Anheften von Zetteln und Plakaten so wie den Verkauf und das Vertheilen von Druckschriften oder bildl. Darstellungen in öffentl. Strassen.“* §. 1 gestattet nur das Anschlagen von Anzeigen über öffentl. Vergnügen, Verkäufe, Auctionen ꝛc. oder Einladungen zu erlaubten und auf Anzeige genehmigten Vers., jedoch nur an den von der Polizei ausdrücklich dazu angewiesenen Stellen. — §. 2. Oeffentl. Verkauf, Vertheilung oder Anheftung ist als Gewerbe von polizeil. Erlaubniß abhängig gemacht. — § 3. Kontraventionen ziehen Geldbuße bis 50 Thlr. oder Gefängniß bis 6 Mon. nach sich.

Die Motive rechtfertigen dies Gesetz aus den vorgekommenen Störungen der freien Circulation, durch die um die Anschläge sich sammelnden Lesergruppen, aus den stattgehabten Verunzierungen öffentlicher Gebäude und Denkmäler (?) um aus der durch zu große Frequenz bewirkten Verdrängung der gewerblichen Anzeigen.

Königsberg, den 7. März. Zur stattlichen Begehung des Revolutionsfestes am 18. März werden hier bereits Vorbereitungen getroffen. Es werden Bankets von der Bürgerwehr, den Arbeitern und den Studirenden veranstaltet werden, auch soll, wie es heißt, am 19. März eine allgemeine Illumination hier stattfinden. — Ueber das Schicksal des Hauptmanns v. Czudnochowski und der vier Offiziere in Pillau, die die Vertrauensadresse auf die aufgelöste Nationalversammlung unterschrieben und dieserhalb zur Untersuchung gezogen sind, ist noch immer nichts entschieden. Inzwischen befinden sich dieselben in der Festung. (D. A. Z.)

Posen, den 8. März. Von der polnischen Gränze her geht uns heute die höchst auffällige Nachricht zu, daß ein großer Theil der russischen Truppen, welche bislang die Grenzbesatzung ausmachten und etwa eine bis zwei Meilen von der Grenze entfernt in kleinen Städten und Dörfern einquartirt waren, plötzlich bis hart an unsere Grenzlinie vorgerückt sind und hier Bivouacs bezogen haben. Diese Maßnahme des russischen Gouvernements hat auf dem platten Lande, insbesondere in dem zu reorganisirenden Polnisch-Posen, eine ausserordentliche Aufregung hervorgebracht und die Furcht vor einer demnächstigen Invasion der Russen ist allgemein. (Frkft. O.-P.-Z.)

Dresden, 10. März. Das heute ausgegebene sechste Stück des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen enthält die Publikation der Grundrechte des deutschen Volkes, welche der Exminister v. d. Pfordten als verderbenbringend und gefahrvoll zu brandmarken nicht müde wurde. Die königliche Verordnung lautet: Wir, Friedrich August ꝛc. verkünden hiermit, nachdem die Kammern ihr Einverständniß ausgesprochen und sich dahin erklärt, daß die Grundrechte des deutschen Volkes das geringste Maaß der Rechte und Freiheiten des sächsischen Volkes enthalten, und daß ungeachtet der Publikation derselben alle Gesetze fortbestehen, welche dem Volke größere Rechte und Freiheiten gewähren, nachstehendes Reichsgesetz, die Grundrechte des deutschen Volkes betreffend: Der Reichsverweser in Ausführung u. s. w. Dem vorstehenden Gesetze, von dem jedoch § 3 und 4 des Art. I der Grundrechte des deutschen Volkes nur denjenigen deutschen Staaten gegenüber in Gültigkeit treten, in denen die Grundrechte des deutschen Volkes ebenfalls zur Gültigkeit gelangen, ist gebührend nachzugeben. Unsere Ministerien, ein jedes in seinem Wirkungskreise, werden mit der Ausführung hierdurch beauftragt. Zu dessen Urkund haben Wir gegenwärtige Verordnung eigenhändig vollzogen, auch das königliche Siegel beidrücken lassen. Dresden, den 2. März 1849. Dr. Gustav Friedrich Held.

Französische Republik.

† **Paris**, 10. März. Bourges 9., Abends 7 Uhr. Die heutige Sitzung des Nationalgerichtshofes ist überaus interessant. Es wurden in ihr bereits zwei Spione unter den Angeklagten (Borme und Villain) entdeckt. Die diesfälligen Verhöre, namentlich Raspail's, verdienen wörtliche Uebersetzung, zu der es uns leider an Zeit gebricht. Der Prozeß wird mit jedem Tage erbaulicher. Er bildet den reichhaltigsten Beitrag zur modernen Geschichte. Wir empfehlen den deutschen Uebersetzern jedoch gute, möglichst vollständige Quellen.

Rußland und Polen.

Von der polnischen Gränze, 5. März. Als eine der wichtigsten, in die nordischen Verhältnisse tief eingreifenden Maßnahmen dürfte das so eben kundgewordene Faktum zu betrachten seyn, daß eine russische Eskadre bereits Ordre erhalten habe, in die Ostsee auszulaufen. (Börsenh.)

Türkei.

Konstantinopel, den 21. Februar. Hier nimmt das Gefühl, daß mit beginnendem Frühjahr ernste Verwickelungen an der nördlichen Grenze zu erwarten stehen, in einem auffallenden Grade zu. Die Rekrutirungen und Rüstungen gehen in großem Maßstabe vor sich; aus allen Provinzen laufen die Nachrichten darüber ein. Am 15. Februar war ein großer Rath der Minister versammelt, welchem auch der Sultan in Person beigewohnt, und am 16. Februar hatte Sir Stratford Canning eine lange Konferenz mit dem Konseilpräsidenten. Die Truppen an der russischen Grenze sollen immer zahlreicher seyn und von beiden Seiten zunehmen. In der Walachei selbst steigerte sich die Liebe zu den Türken mit dem Hasse der Russen; auch sollen die türkischen Offiziere in allen Berührungen bei den Einwohnern beiden Geschlechts, ob mit Recht oder Unrecht, beliebter seyn, ja sie sollen, will man wissen, mehr Bildung zeigen. (D. A. Z.)

Anzeigen.

Trauer-Anzeige.

Heute Nacht 1 Uhr entschlief zum besseren Erwachen im 68. Lebensjahre, unsere vielgeliebte Gattin, Mutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Frau Helene Wilhelmine Fleischmann,
geb. Bull.

Wir beweinen in der Hingeschiedenen eine treue Lebensgefährtin, eine sorgsame gute Mutter, eine liebende Freundin, und bitten, indem wir nahen und fernen Anverwandten und Freunden diese Trauer-Anzeige zur Kenntniß bringen, um stilles Beileid.

Nürnberg, den 13. März 1849.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 15. März Nachmittag halb 3 Uhr auf dem St. Johanniskirchhof statt. —

Freie christliche Gemeinde.

Heute Donnerstag den 15. d. Abends ½ 8 Uhr gesellschaftliche Unterhaltung im Saal des Reichsadlers.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Unterzeichneter erlaubt sich den geehrten Oekonomiebesitzern bei herannahendem Frühjahre sein bedeutendes Gypslager bestens zu empfehlen. Um geneigte Abnahme bittet

Lauf den 13. März 1849.

Jacob Bohl,
Gypsmüller.

Dank und Erwiderung.

Die gestern bei St. Lorenz eingelegten Gaben, für welche ich hiemit danke, sollen ihrer Bestimmung gemäß verwendet werden. Auf die einer derselben beigefügten theilnehmenden Worte erwidere ich, daß Vorwürfe, deren Richtigkeit so Viele zu bezeugen vermögen, eben darum keiner weiteren Widerlegung bedürfen.

Pfarrer Heller.

Anzeige.

Einem hochverehrten Publikum mache ich die ergebene Anzeige, daß die vom Hochwasser zurückgebliebenen Waaren, worunter auch Schlafröcke, abgenähte Decken, Wollmußlin, Kattune, Orleans, Shawl-Tücher und noch mehrere andere Gegenstände zu äusserst billigen Preisen ausverkauft werden, und bitte um gütigen Zuspruch.

Nürnberg, den 7. März 1849.

Andreas Ott,
am Hauptmarkt.

Empfehlung.

Da ich von einem hochlöblichen Magistrat die Concession zur Feinbäckerei erhalten habe, so bitte ich die verehrten Bewohner Nürnbergs und deren Umgebung mich mit Ihren gütigen Aufträgen zu beehren, indem ich alles aufbieten werde, jede Art von Feinbäckerei aufs Billigste und Geschmackvollste zu liefern und dadurch jeden meiner Abnehmer zur Zufriedenheit zu bedienen. Recht vielen Aufträgen deshalb entgegen sehend zeichnet

hochachtungsvoll ergebenste

Contumazgarten, 14. März 1849

Babette Horn, vormals Dollinger.

Färberei-Verkauf.

In einer bedeutenden Stadt Mittelfrankens an einer Hauptstraße gelegen, ist eine Färberei mit Realgerechtigkeit aus freier Hand zu verkaufen, dieselbe besteht aus einem Wohnhaus, Nebengebäude mit Stallung und einem Hinterhaus, worin die Färberei ist, hinter demselben befindet sich ein Gras- und Wurzgarten mit Brunnen. Auch können ½ Theil des Kaufschillings auf erste Hypothek darauf stehen bleiben. Nähere Auskunft ertheilt die Exped. d. Bl.

Aufforderung.

Der Einsender der in Nro. 58 der mittelfränkischen Zeitung aufgenommenen Beschuldigung gegen den Forstwart Loebelein zu Sündersbühl, wird auf Anweisung Königlicher Regierung, Kammer der Finanzen, hiedurch aufgefordert, seine Angaben vor Amt zum Protokoll zu begründen, um dann nach Sachverhalt einschreiten zu können, was wegen anonymer Artikel nicht geschehen darf.

Nürnberg, den 13. März 1849.

Königliches Stadtkommissariat.

Lenz.

Einladung.

Freitag den 16. März findet die 2te abonnirte musikalische Abendunterhaltung im Gasthause zum silbernen Löwen statt, welches den verehrten Theilnehmern hiemit bekannt macht

Anfang 8 Uhr.

Carl Wild.

(Zu verkaufen.) Ein 4½ Schuh breiter, 3 Schuh hoher, 18 Schuh langer mit drei Fächern noch ganz neuer Mehlkasten, wird billig verkauft. Näheres in der Exped. d. Bl.

Empfehlung.

Haaröl, von vorzüglicher Qualität, welches dem Haar außerordentlichen Glanz und Geschmeidigkeit gibt, den Wuchs befördert und zugleich als ein sehr feines Parfüm dient; das Glas von 6 bis 42 kr.

Cocos-Nuss-Oel-Soda-Seife von ächtem besten Cocosnußöl, das Stück zu 3 kr., 6 kr., 9 kr. und 12 kr., so wie alle andern Toilettenseifen in großer Auswahl.

Duft-Essig, ein höchst köstliches Räucherwerk und Luftreinigungsmittel, wovon 8 bis 10 Tropfen ein geräumiges Zimmer mit dem angenehmsten und erquickendsten Wohlgeruch erfüllen und die Luft von allen übelriechenden und schädlichen Dünsten reinigen; das Glas zu 15 kr.

Eau de Mille fleurs nach neuester Pariser Composition, welches das lieblichste und feinste aller bis jetzt bekannt gewordenen Parfüms darstellt; das kleine Glas zu 18 kr. und das große zu 36 kr. nebst allen andern Parfümerien empfiehlt

Carl Kreller,
Karlsstrasse S Nro. 91.

Erwiderung.

Die auf die in Nro. 62 d. Bl. enthaltene Anfrage und Rüge, Bierbrauer Liebel in Feucht betreffend, erfolgte Antwort fällt eines Theils ins Lächerliche, anderntheils ins Unverschämte, was auch L. jetzt selbst einsieht, und, darob sich schämend, deshalb in Gesellschaft erklärt:

Jener Aufsatz rührt nicht von mir her, das muß ein guter Freund für mich gethan haben, ein guter Freund, der mich bedauert; o L., solche Freunde gibt es nicht, die aus ihrer Tasche geschwind fl. 1. 9 kr. Insertionsgebühren deshalb bezahlen, wenn Einem, und das mit Recht, die Leviten gelesen werden.

L., stellen Sie sich immerhin, als rühre die Vertheidigung nicht von Ihnen her, Schreiber dieß glaubt doch, daß sie von Ihnen ist, auch das, daß Sie solche nicht selbst verfertigt haben; was haben Sie denn am 9. ds. im Weinstöcklein gesagt: »Ich habe was in der Tasche gehabt, aber es war mir doch zu grob, und Ihr Schwiegersohn Wild von Ofteinach herein! O! es kommt schon was darauf; und ergreife ich daher nochmals die Feder, obgleich es eigentlich nicht der Mühe werth ist, und Sie ganz recht haben, wenn Sie sagen: Er könnte sein Geld noch besser anwenden, um Ihr Fabrikat zu beantworten.

Gleich mir werden alle Feuchter der Ansicht seyn, daß es unserm Herr Gott gleich ist, ob Sie in der Kirche sind oder nicht, ob sitzend oder stehend beten; Pflicht und Schuldigkeit ist es aber, daß Einer in der Kirche die Gebräuche befolgt, bleibt aber Jemand sitzen ohne triftigen Grund, z. B. Krankheit, so glaubt man, daß er mit diesen Gebräuchen noch nicht vertraut, und deshalb noch in die Schule zu gehen hätte, dieweil er noch ein unwissender Christ ist; es wäre daher für Sie gescheidter gewesen, Sie hätten Ihr Maul ganz gehalten, oder sich auf eine Art entschuldigt, die von Aufrichtigkeit zeigte, z. B. es habe Ihnen der Fuß geschlafen, oder Sie haben über die Synode sinnirt, dann hätte man Ihnen verziehen, so aber wollen Sie Ihr Benehmen noch rechtfertigen, und stellt es sich somit klar heraus, daß Sie sich eben nur dann, wann es Ihnen gerade beliebt, erheben mögen!! Schön! sehr schön! Welch ein Titel ist denn solch einem Betragen beizulegen? Unverschämtheit, meine ich, ist noch zu wenig.

Wegen des Pfarrstuhles ganz einfach: Mag en moment eine Frau Pfarrerin da seyn oder nicht, in demselben haben Sie nichts zu thun, wenn im Betsaal noch Platz, und den gab es damals. —

Dann merken Sie sich wohl, daß die Feuchter schon lange bei weitem mehr mit dem Zeitgeiste vorangeschritten sind, wie Sie: betrachten's nur einmal Ihr Röcklein bis an die Fersen! Und dann Sie Zeitgeistfortschreiter, wer hat Ihnen den Auftrag ertheilt, gegen die Trennung der Schule von der Kirche zu stimmen; die Feuchter, he?!!!

L., deswegen werden Sie nicht beneidet, daß Sie nach Ansbach haben gehen dürfen, und nebenbei gesagt, die Feuchter sind sein ja nicht schuld, daß Sie gewählt worden, beneidet, o nein, bedauert; ja bedauert, daß Sie von Gostenhof aus keine Gelegenheit zum Fahren bekamen, bedauert, daß Sie den Schweinhändler nicht mehr erlaufen konnten, da hätte doch das Fahren nichts gekostet, daß sie matt und müde in einem Bauernwirthshaus übernachten mußten; warum sind Sie aber nicht, wie das Zweitemal, von Nürnberg aus mit der Post gefahren, müssen Sie denn dies aus Ihrem Beutel bezahlen, dürfen Sie Ihre Diäten nicht in Ansatz bringen?

Auf mehr lasse ich mich nicht ein, da ich gehört habe, daß sich die anonymen Feuchter wegen der ihnen angethanen Beleidigung selbst rühren wollen. Gebe Ihnen nur noch den Rath, setzen Sie ja nicht eine Brille in der Kirche auf, ja nicht, außer sie wäre befestigt, denn die fiele Ihnen durch Ihr fortwährendes Kopfnicken sonst herunter; dagegen werden die Feuchter Ihrem Wunsch Folge leisten, und künftig Eine aufsetzen.

Dixi.

Pferds-Dünger u. Stroh-Versteigerung.

Künftigen Freitag den 16. d. Mts. Vormittags 9 Uhr wird in der Deutschhaus- und hierauf in der Karthaus-Kaserne der vorhandene Pferde-Dünger und Stroh von ausgeleerten Strohsäcken an die Meistbietenden öffentlich versteigert.

Einladung.

Donnerstag den 15. März »musikalische Abendunterhaltung,« wozu eine verehrte Stadtwehr höflichst einladet

Jürgens,
zum h. Kreuz bei St. Johannis.

(Gesuch.) Ein Mädchen, welches in Putzarbeiten bewandert ist, kann Beschäftigung erhalten.

An die albernen Poëten.

Das Handlungshaus — wie ärgert's doch die Dichter!
Spar' Geld und Müh', armseliges Gelichter!

Zu vermiethen.

In Gostenhof nächst der Ludwigs-Eisenbahn ist ein freundlich meublirtes Zimmer nebst Cabinet mit Bett bis 1. April an einen soliden Herrn zu vermiethen. Das Nähere in der Exped. d. Bl.

(Zu vermiethen.) In L. Nro. 663 Lorenzergasse ist ein möblirtes Zimmer an einen oder zwei solide Herren täglich zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In der Nähe des Rathhauses ist ein helles Zimmer mit oder ohne Bett und Möbeln täglich zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In L. Nro. 1120 der Jakobsstrasse ist der 2. Stock, vollständig meublirt, an einen ledigen Herrn sogleich zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In L. Nro 481 am Häfnersplatz ist eine Wohnung mit 6 heizbaren Zimmern, Küche, Speisekammer, Garderobe, sonstigen Bequemlichkeiten und Stallung für 3 Pferde — bis Ziel Walburgi zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Eine sehr schöne Wohnung von 1 bis 2 Zimmern nebst Alkov mit Bett und Möbeln, in einer lebhaften Strasse ohnweit dem Theater, ist am 1. April oder 1. Mai an eine oder zwei solide Personen zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Mitte der Stadt ist im 1. Stock eine Wohnung, bestehend in 3 heiz- und 1 unheizbarem Zimmer, 1 Kammer, Speise, Küche, ein Kochofen Keller- und Bodenantheil, Mitbenützung der Waschküche 2c., für fl. 150 Jahreszins täglich zu vermiethen. Näheres in der Exped. d. Bl.

Zu verpachten oder zu verkaufen.

Eine reale Garküchenwirthschaft ist bis Ziel Walburgi zu verpachten oder zu verkaufen.

(Gesuch.) In einem Spezereigeschäfte wünscht ein junger Mensch von soliden Eltern unterzukommen, jedoch ohne Lehrgeld.

(Gesuch.) Eine an Ordnung und Reinlichkeit gewöhnte Magd, die Hausmannskost gut kochen kann, findet bis Ziel Walburgis in einem Handlungshause Unterkunft.

(Gesuch.) Ein fremdes solides Mädchen, welches waschen, bügeln und weißnähen kann, auch im Kleidermachen nicht unerfahren ist, sucht bei einer achtbaren Familie hier oder auf dem Lande, ohne auf Lohn zu reflektiren, nur auf gute Behandlung, Unterkunft. Beliebige Adressen unter Chiffre B. H. bittet man in der Exped. d. Bl. abzugeben.

(Gesuch.) Es wird eine Linirmaschine für einen Kupferstecher zu kaufen gesucht.

Anfragen dieserwegen beantwortet die Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Es werden unter vortheilhaften Bedingungen 1 oder 2 Schüler, welche eine hiesige Lehranstalt besuchen, in Kost und Logis zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) Eine Person von 26 Jahren wünscht in einem Laden oder in einer Wirthschaft unterzukommen. Näheres in der Lamsgasse Nro. 345 über 2 Stiegen.

(Gesuch.) Ein solides Frauenzimmer sucht bei einer einzelnen Frau, wo möglich auf der Sebalder Seite, sogleich eine Schlafstelle.

(Gesuch.) Ein junger Mensch, welcher die Kellnerei zu erlernen wünscht, kann sogleich in einem hiesigen Gasthof ein Unterkommen finden.

(Gesuch.) Eine erfahrne Kinderwärterin, welche mit guten Zeugnissen versehen ist, wünscht bei einer soliden Herrschaft nächstes Ziel in Dienst zu treten.

(Gesuch.) Ein gut erzogener junger Mensch kann eine Stelle als Kellnerlehrling unter annehmbaren Bedingungen in einem hiesigen Gasthause erhalten. Das Nähere in der Exped. d. Bl.

Stadttheater in Nürnberg.

Freitag, den 16. März. Gastspiel des Herrn Christen, kgl. bayerischer Hofschauspieler zu München: »Richard's Wanderleben,« Lustspiel in 4 Akten v. Kettel. »Richard Wanderer«, Herr Christen.

Freiblatt

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 16 März 1849. № 75. Freitag: Henriette.

Deutsche Staaten.

München, den 13. März. Ein Gerücht sagt, Se. Maj. der König habe sich entschlossen, auf die durch das Jagdgesetz vom 4. Juni v. Js. als Leibgehege designirten Rayons in den Umgebungen von München, Hohenschwangau und Berchtesgaden, in Folge der sich mehrenden Gesuche betreffender Gemeinden, freiwillig zu verzichten. (D. bayer. Lddte.)

München, den 13. März. Die Eisenbahnstrecke zwischen Nürnberg und Schwabach wird nun bald dem Betrieb geöffnet werden. — Dem Ministerialrath v. Heermann, zur Zeit auf der Rückreise von Olmütz nach Frankfurt soll das Portefeuille des Ministeriums des Handels, dem Grafen Lerchenfeld-Köfering das des Aeussern angetragen worden seyn. (D. bayer. Lddte.) Nach neueren Nachrichten des Landboten hat Hermann das Portefeuille abgelehnt.

München. In Beziehung auf die Angabe, daß die Apanage des Königs Otto an Bankier Eichthal verpfändet sey, wird von Leuten, welche beim Ministerium Zutritt haben, behauptet, es habe keine Verpfändung zu Privatzwecken stattgefunden, sondern Bankier Eichthal sey nur zur Erhebung des Betrages jener Apanage ermächtigt worden, um damit gewisse Ausgaben des griechischen Staates für verschiedene Ankäufe von Gewerbserzeugnissen in Bayern zu bestreiten. (N. Sp. Z.)

München, den 14. März. Die Reichsräthe Erwin Graf v. Schönborn-Wiesentheid, Graf Friedrich zu Castell, N. Graf v. Fugger von Kirchberg und Weissenhorn, Fürst Fugger von Babenhausen, Graf Fugger-Glött, Eberhard Graf zu Erbach, F. L. Graf v. Rechtern-Limpurg, Graf v. W. Bassenheim und Baron Schenk v. Stauffenberg haben für sich und die Mitglieder der vormals reichsunmittelbaren Ritterschaft in Würzburg dem uns nun gedruckt vorliegenden Protokolle der zehnten Sitzung der Kammer der Reichsräthe eine Erklärung beigelegt, welche eine von diesen Herren an die Nationalversammlung erlassene Verwahrung in Bezug auf die in den Grundrechten enthaltene Bestimmungen gegen den Adel in sich faßt, die folgender Weise formulirt ist: „Indem wir heute vor einer hohen Nationalversammlung die Rechtsbegründung unserer Ansprüche noch einmal zur Sprache bringen, legen wir hier vor den Augen Deutschlands gegen die ausnahmsweise Aufhebung des Adels als Stand, so wie gegen die Aufhebung der bestehenden Fideikommisse und gegen die ohne Entschädigung vorzunehmende Eigenthums-Enteignung Verwahrung mit dem Vorbehalte nieder, unsere deßfallsigen Reklamationen nach vollendetem Verfassungswerke vor jenen Organen, welche demzufolge in Wirksamkeit zu treten haben werden, wieder anzuregen." Diese Vorstellung, so wie die darauf bezüglichen Denkschriften sind dem Protokolle der Reichsräthe beigelegt, in welchem sich die ebengenannten Herren noch überdieß auf den ihnen „zur Seite stehenden Inhalt der vom König und vom Volk beschwornen Verfassung unseres engeren Vaterlandes" berufen. (A. Abd. Z.)

München, den 13. März. Wir werden um die Aufnahme der folgenden Erklärung gebeten: »Die Gerüchte über die jüngsten Personal-Veränderungen im Ministerium haben auch meinen Namen mehrfach eingemischt, und eine Münchener Korrespondenz in einem vielgelesenen Blatte hat diesen, wie mein Bewußtseyn mir sagt, unbefleckten Namen, dabei mit giftigem Geifer überschüttet. Zur Widerlegung jener Gerüchte bemerke ich, daß Se. Majestät der König mir weder mündlich noch schriftlich, weder direkt noch indirekt die Absicht kund gegeben haben, mir ein Ministerium zu übertragen. Anonymen Verläumdungen aber habe ich, bis zur Ermittelung des Urhebers, nur die Berufung auf das bessere Urtheil aller Redlichen, die mein nun 35jähriges Dienstleben naher kennen gelernt haben, — und meine Verachtung entgegen zu setzen. — München, 12. März 1849. v. Volz, Staatsrath.

†† **Nürnberg,** den 15. März. Ueber die in unserem gestrigen Blatte der Augsb. Allgem. Ztg. entnommene Nachricht von der Mobilmachung mehrerer bayerischer Truppenkörper für Schleswig-Holstein, können wir aus zuverläßiger Quelle versichern, daß von Frankfurt aus an das bayer. Kriegs-Minist. erst in den letzten Tagen der Befehl erging, 7000 Mann für Schleswig-Holstein mobil zu machen. Die einzelnen Truppentheile können also unmöglich schon bestimmt seyn.

△ **Nürnberg,** den 15. März. In der Volksvereinsversammlung vom 13. März wurde folgende Adresse beschlossen: Hohe verfassunggebende Reichsversammlung! Durch die Abstimmung über das Reichsgesetz für die Wahlen der Abgeordneten zum Parlamente, hat eine hohe Reichsversammlung die sinkenden Hoffnungen des deutschen Volkes wieder einigermassen belebt und seinen warmen Dank sich verdient. Wir hegen die Zuversicht, hohe Vertreter, daß dieser Geist nicht von Euch weichen werde, wenn Ihr die darin niedergelegten freisinnigen Bestimmungen in zweiter Lesung festzustellen habt. Bietet alles auf, diese ersten Grundlagen freier politischer Thätigkeit dem Volke, dem ganzen Volke, zu gewinnen und dadurch ihm den Weg offen zu erhalten, seinen Willen ungeschmälert zur Geltung bringen zu können. Die Sonne der Freiheit, vor einem Jahre herrlich emporgestiegen, ist hinter finsteres Gewölke getreten; das Symbol der Einheit, gläubig schon erfaßt, wird zertrümmert unter den eifersüchtigen Hammerschlägen der Dynastieen. Lähmt solchen Arm und verscheuchet die Wolken. Seyd zwiefach eingedenk Eurer Sendung, zu seinem vollen Rechte dem Volke zu verhelfen, und höret seine Stimme. Einer hohen Reichsversammlung ꝛc. ꝛc. Der Volksverein.

Obwohl die Besorgniß, der Volksverein schwebe in Gefahr der Abnahme, welche sich in den ersten 5 — 6 Versammlungen nach der Landtagswahl aufdrängte, bereits in der letzten Zeit ihre Begründung verloren hatte, so war doch insbesondere diese jüngste Versammlung geeignet, jeden noch bestehenden Zweifel zu verscheuchen. Der große Raum des Adlersaals reichte kaum hin, die vielen Gäste aufzunehmen. Die nächste Veranlassung zu diesem zahlreichen Besuche hatte wohl die Erwartung gegeben, unser Abgeordneter Herr Schmitt werde dem Vereine nähere Mittheilungen über die Kammerverhandlungen ꝛc. machen. Der stürmische Beifall, welcher denselben bei seinem Erscheinen im Saale begrüßte, galt nicht allein seiner eignen Person, sondern insbesondere auch seiner Eigenschaft als Mitglied der Kammermajorität. Seine interessanten Mittheilungen betrafen auch speziell seine bei Gelegenheit der vom Hrn. Oberst Kratzeisen gethanen Aeusserung, daß die Presse an der fortwährenden Aufregung Schuld trage, erhobene bekannte Interpellation. Seine Schilderung von dem Verfahren des Ministeriums, insbesondere bei Interpellationen bestättigte die bereits über dasselbe bestehende Meinung, und erklärte den Grad der Unzufriedenheit, welcher zu jenen Aeusserungen veranlassen konnte, die dem Redakteur des freien Staatsbürgers Untersuchungsarrest zugezogen hatten. — In einer noch später gehaltenen vertraulichen Besprechung der Ausschußmitglieder wurde beschlossen, sich der Vervielfältigung der Adressen für die Grundrechte zunächst in den 3 Franken mit allem Eifer anzunehmen.

Speyer, den 12. März. Gestern Abend wurde der vom vertagten Landtag in München zurückgekehrte Abg. Kolb mit einem großartigen Fackelzuge, unter Gesang und Instrumentalmusik, begrüßt. Es war eine Kundgebung der Zustimmung von Bewohnern der Kreishauptstadt zu den von sämmtlichen Abgeordneten der Pfalz und der Mehrheit der Abgeordneten des gesammten bayerischen Volkes vertretenen Ansichten; kein erkaufter Fackelzug — nach dem Ausdrucke des Sprechers — wie ein berüchtigter in München, sondern der Ausdruck der Gesinnung freier Bürger. (N. Sp. Z.)

** **Frankfurt,** den 13. März. [185. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Beckerath giebt Aufschluß über die Interpellation die Einzahlung der Matrikularbeiträge für die deutsche Flotte betrffd. Noch nicht gezahlt haben: Oesterreich fl. 1,566,138. 33 kr., Bayern 587,989. 51 kr., Sachsen fl. 198,198. 49 kr., Luxemburg und Limburg fl. 41,883. 12 kr., Lichtenstein fl. 916. 1 kr. und Kurhessen fl 93,792. 25 kr. Jeder dieser Staaten hat seine eigenen Gründe zur Zahlungsweigerung, wobei recht lächerliche Dinge zum Vorschein kommen. Ein Antrag des Dekan Bauer von Bamberg, die auf der Tagesordnung stehende Berathung über das Reichsgericht bis Donnerstag auszusetzen, wurde mit 252 gegen 215 Stimmen abgewiesen. Nach der gestern bereits gemeldeten Annahme des § 27, „die dem Reiche zustehende Gerichtsbarkeit wird durch ein Reichsgericht ausgeübt« werden heute die nachstehenden §§ dieses Abschnittes wie folgt angenommen: §. 128. „Zur Zuständigkeit des Reichs gehören a) Klagen eines Einzelstaats gegen die Reichsgewalt, wegen Verletzung der Reichsverfassung durch Erlassung von Reichsgesetzen und durch Maßregeln der Reichsregierung, sowie Klagen der Reichsgewalt gegen den Einzelstaat wegen Verletzung der Reichsverfassung. b) Streitigkeiten zwischen dem Staatenhause und dem Volkshause unter sich und zwischen jedem von ihnen und der Reichsregierung, welche die die Auslegung der Reichsverfassung betreffen, wenn die streitenden Theile sich vereinigen, die Entscheidung des Reichsgerichts einzuholen. c) Politische und privatrechtliche Streitigkeiten aller Art zwischen den einzelnen deutschen Staaten. d) Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentschaft in den Einzelstaaten. e) Streitigkeiten zwischen der Regierung eines Einzelstaats und dessen Volksvertretung über die Gültigkeit oder Auslegung der Landesverfassung. f) Klagen der Angehörigen eines Einzelstaates gegen die Regierung desselben wegen Aufhebung oder verfassungswidriger Veränderung der Land.sverfassung. Angenommen wird zu f mit 245 gegen 168 Stimmen der Zusatz der Minorität des Ausschusses: »Klagen der Angehörigen eines Einzelstaates gegen die Regierung, wegen Verletzung der Landesverfassung, können bei dem Reichsgerichte nur angebracht werden, wenn die in der Landesverfassung gegebenen Mittel der Abhülfe nicht zur Anwendung gebracht werden können." g) Klagen deutscher Staatsbürger wegen Verletzung der durch die Reichsverfassung ihnen gewährten Rechte. Die näheren Bestimmungen über den Umfang dieses Klagerechts und die Art und Weise, dasselbe geltend zu machen, bleiben der Reichsgesetzgebung vorbehalten. h) Beschwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege, wenn die landesgesetzlichen Mittel der Abhülfe erschöpft sind. i) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Reichsminister, insofern sie deren ministerielle Verantwortlichkeit betreffen. k) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Minister der Einzelstaaten, insofern sie deren ministerielle Verantwortlichkeit betreffen. l) Strafgerichtsbarkeit in den Fällen des Hoch und Landesverraths gegen das Reich.

Ob noch andere Verbrechen gegen das Reich der Strafgerichtsbarkeit des Reichsgerichts zu überweisen, wird spätern Reichsgesetzen vorbehalten. m) Klagen gegen den Reichsfiskus. n) Klagen gegen deutsche Staaten, wenn die Verpflichtung, dem Anspruche Genüge zu leisten, zwischen mehreren Staaten zweifelhaft oder bestritten ist, so wie, wenn die gemeinschaftliche Verpflichtung gegen mehrere Staaten in einer Klage geltend gemacht wird. §. 129. Ueber die Frage, ob ein Fall zur Entscheidung des Reichsgerichts geeignet sey, erkennt einzig und allein das Reichsgericht selbst. §. 130. Ueber die Einsetzung und Organisation des Reichsgerichts, über das Verfahren und die Vollziehung der reichsgerichtlichen Entscheidungen und Verfügungen wird ein besonderes Gesetz ergehen. Diesem Gesetze wird auch die Bestimmung, ob und in welchen Fällen bei dem Reichsgericht die Urtheilsfallung durch Geschworene erfolgen soll, vorbehalten. Ebenso bleibt vorbehalten, ob und wie weit dieses Gesetz als organisches

Verfassungsgesetz zu betrachten ist §. 131. Der Reichsgesetzgebung bleibt es vorbehalten, Admiralitäts- und Seegerichte zu errichten, sowie Bestimmungen über die Gerichtsbarkeit der Gesandten und Konsuln des Reichs zu treffen. Damit steht also der Abschnitt VI. der Verfassung über das Reichsgericht fest. Nächste Sitzung Donnerstag, den 15. März.

Frankfurt, den 12. März. Herr von Schmerling hat in Folge der Entwicklung, welche die österreichisch-deutschen Verhältnisse genommen haben, seine Entlassung als österreichischer Bevollmächtigter bei der deutschen Centralgewalt eingereicht und diesen Schritt bereits Sonntag Abend dem Reichsministerium angezeigt. (D. Z.)

Frankfurt, den 13. März. Von einem Mitgliede der verunglückten Wiener Sendung — dem Hrn. Heckscher — hörten wir soeben sagen, die Ankunft des Grafen Stadion aus Wien sey zu erwarten. Eine russische Gesandtschaft soll ja auch in Aussicht stehen. Der bewährten österreichisch-russischen Staatskunst kann Deutschland seine Geschicke gewiß mit dem größten Vertrauen übergeben! (D. Z.)

Frankfurt, den 11. März. So eben hören wir aus guter Quelle, daß eine neue Depesche von London eingetroffen, nach welcher der wirkliche Ausbruch des dänischen Krieges immer wahrscheinlicher wird. Wie es scheint, fehlt Palmerston nicht die Geneigtheit; wir müssen wünschen, daß ihm auch nicht die Macht und das Ansehen im Parlamente abgehe, etwas für das deutsche Interesse zu wagen. (Frkf. O.-P.-Z.)

Aus Hannover vom 9. März berichtet die Morgenzeitung: Der hiesige russische Gesandte ist in Begleitung eines von Petersburg kommenden Gesandten gestern nach Frankfurt gereist. Angeblich soll Letzterer dem Reichsverweser eine Depesche wegen des Einmarsches russischer Truppen in Siebenbürgen überbringen. Wenn dies übrigens auch nicht der Fall seyn sollte, so ist die Thatsache, daß Rußland mit der deutschen Centralgewalt in amtlichen Verkehr tritt, schon an sich von Bedeutung, denn mit der Gesandtschaftsreise selbst hat es seine völlige Richtigkeit.

Darmstadt, 11. März. Aus Veranlassungen, die noch nicht ermittelt sind, versammelten sich in der Herrschaft Itter am 7. d. Abends Landleute aus Thalitter, Dorfitter und vielleicht anderen Orten, zum Theil bewaffnet, und zogen nach Vöhl zu, wie es scheint um einige Angestellte zu vertreiben. Einwohner von Vöhl und Basdorf rückten ihnen aber entgegen; es kam zu Thätlichkeiten, wobei einige Verwundungen durch Schüsse eintraten und einige der Aufständischen gefangen genommen wurden. Auf Befehl des Hofgerichts in Gießen ist der Criminalrichter Klingelhöffer in Vöhl eingetroffen, und ein Militärkommando von 50 Mann wird heute oder morgen daselbst ankommen, um die Untersuchung dieses höchst strafbaren Beginnens zu unterstützen.

†*† **Berlin**, 12. März. Von verschiedenen Seiten wird eine würdige Feier des 18 März vorbereitet. Die Deputirten des Kommitées zur Feier des 18. März, die HH. Petersen, Pfeiffer und Thouret, haben heute früh dem Magistrat die Bitte um schleunige Ueberweisung des zum Monument für die Märzhelden bestimmten Platzes im Friedrichshain vorgelegt und gleichzeitig den gesammten Magistrat zur Theilnahme an der Feier eingeladen. — Die nach dem Gesetze vom 6. April v. J. erforderliche Anzeige wegen des Festzuges nach dem Friedrichshain ist bereits gestern dem Polizei-Präsidenten eingereicht. Ueber die spezielle Anordnung des Zuges wird noch Beschluß gefaßt werden.

Der Waldeck'sche Antrag — Aufhebung des Belagerungszustandes — hatte heute ein zahlreiches Publikum bewogen, die Sitzung der zweiten Kammer zu besuchen. Die diplomatische und Hof-Loge waren zahlreich besetzt; auch Hr. v. Wrangel befand sich auf einer Tribune. — Die Minister Graf Brandenburg und v. Strotha erschienen wieder in Uniform mit dem Degen an der Seite in der Kammer. Diejenigen Mitglieder der Kammer, welche kürzlich Verwahrung gegen das Tragen der Waffen in der Kammer bei dem Präsidenten ohne Erfolg einlegten, werden die Sache demnächst von der Tribüne herab angreifen.

Die Regierung scheint in der That — durch eine aus den Vorkehrungen, die in der letzten Zeit von Neuem getroffen worden, Schlüsse anziehen, — einen Ausbruch mit der Wiederkehr des 18. März zu fürchten. Nicht nur eine große Anzahl öffentlicher Gebäude, sondern auch eine Menge Privathäuser werden mit Soldaten angefüllt. An den Thoren findet eine Controle statt, wie noch nie vorher. Auf den Bahnhöfen erhalten die einpassirenden Fremden, nachdem ihre Legitimation geprüft ist, gestempelte Karten, die sie an den Thoren abzuliefern haben. Auf dem Polizeipräsidium ist ein zu diesem Zwecke eigens errichtetes Ausweisungsbureau, an dessen Spitze der Polizeirath Seeger steht, in fortwährend sich steigernder Wirksamkeit begriffen. Die Nachrichten von dem Eintreffen warnender Mittheilungen Seitens auswärtiger Behörden an die diesseitige Regierung wiederholen sich täglich, und ein wegen seiner Berichterstattung über die gemachte Wahrnehmungen in Berlin sehr populär gewordener Frankfurter Staatsmann wird mit diesen Warnungen in naher Verbindung genannt. —

Wir haben vor wenigen Tagen mitgetheilt, daß unsere Ostseeküsten in Vertheidigungszustand gesetzt werden sollen und daß im Kriegsministerium bereits die nöthigen Dispositionen getroffen sind; heute fügen wir dieser Nachricht noch die hinzu, daß, wenn nicht anders in kurzester Frist der definitive Friedensabschluß zu Stande kommt, den Kammern Vorlagen gemacht werden sollen, um sie zu der Bewilligung der nothigen Mittel zu veranlassen.

Die russisch-österreichische Freundschaft hat in gewisser Hinsicht das englische Kabinet stutzig gemacht und es wird mit der größten Strenge wachen, daß sich vorzugsweise Rußland keine größern Rechte vindizirt, als die ihm in Wahrheit zustehenden. Das Einrücken russischer Truppen in Siebenbürgen, die Sprache, die Rußland in seinen Noten führt, das verdächtige Dringen auf die Aufrechthaltung der Verträge von 1815 scheinen in der That auf Absichten hinzudeuten, die nicht die lautersten sind. —

[I. Kammer. Sitzung vom 12. März.] Nach Verlesung des Protokolls und fortgesetzter Berichterstattung über die Wahlprüfungen schreitet man zur Fortsetzung der Adreßdebatte. Hülsmann spricht gegen das Amendement Sperling. Er beruft sich auf die Volksstimme, die sich in zahlreichen Adressen für Annahme der Verfassung ausgesprochen habe. v. Forkenbeck verwahrt das Amendement gegen die Verdächtigung, als wolle oder könne dasselbe die Anarchie in das Land zurückführen. Es wolle den Rechtsboden wahren, welchen die Oktroyirung verletzt habe. Hr. Baumstark habe in der vorigen Sitzung bemerkt: den oktroyirten Verfassungen klebe Etwas an. Durch Annahme des Amendements werde dieses der Verfassung Anklebende beseitigt. Aus der Aussetzung der Vereidigung des Königs, der Kammern und des Heeres bis nach erfolgter Revision folgert der Redner, daß die Verfassung selbst eine solche Anerkennung jetzt noch nicht voraussetze, daß demnach der Adreßentwurf über die Verfassung selbst hinausgehe. Major v. Vincke sieht eine Anerkennung Seitens des Volkes nicht blos in den zahlreichen Adressen, sondern auch darin, daß 40,000 Mann auf den Ruf des Königs zu den Waffen geeilt sind. — Mausbach verwahrt das Amendement gleichfalls gegen den Vorwurf anarchistischer Tendenzen und stellt den Adressen die für die Nat.-Vers. gegenüber. Rosenkranz erklärt sich gegen das Prädikat „freudig" in der Anerkennungsclausel, da es eine Zustimmung zu dem gesammten Inhalt der Verfassung, die doch revidirt werden solle, ausdrücken würde. Im Uebrigen rechtfertigt er die Oktroyirung der Verfassung und sieht in dem Vorbehalt der Revision, den er lieber fortwünschen möchte, ein Zeichen der Offenheit und Redlichkeit der Regierung. — Ekne: die unglückliche Vereinbarungstheorie habe die Verwirrung in das Land gebracht, welche die Oktroyirung nothwendig gemacht habe. Man könne deshalb der Regierung für ihre That danken, nimmermehr aber die Legitimität ihrer Akte anerkennen. Das Amendement Sperling kommt hierauf zur namentlichen Abstimmung. Nur 23 stimmen für, 114 gegen dasselbe, die Minister Graf Brandenburg, v. Ladenberg und v. Raabe, sowie der Abg. v. Potworowski enthalten sich der Abstimmung. Dagegen wird an Stelle des Satzes 2 des Adreßentwurfs folgendes Amendement der Herren v. Jordan und v. Bonin angenommen: „Die Verf. v. 5. Dez. v. J., auf deren Grund wir gewählt und berufen sind, erkennen wir als das zu Recht bestehende Staatsgrundgesetz an und gewahren mit Dank, daß durch die Verleihung der Verfassung das Vaterland vor drohender Zerrüttung geschützt und ein öffentlicher Rechtszustand wieder hergestellt worden ist. In der seitdem eingetretenen ruhigen Stimmung des Landes, in der Wiederkehr des früher so tief erschütterten Vertrauens und in der beginnenden Belebung des Handels und der Gewerbe erblicken wir mit Freude eine Wirkung jener das Vaterland rettenden Maaßregel und eine Gewähr der Hoffnungen, welche sich an dieselbe für die Gestaltung des öffentlichen Lebens und alle Zweige der Wohlfahrt knüpfen." Sodann wird Satz 3 des Adreßentwurfs unverändert dahin angenommen: „Die von Ew. Maj. der Kammer vorbehaltene Revision der verliehenen Verfassung fordert uns auf, dieselbe nach den Wünschen und Bedürfnissen des Volkes und im Geiste der ihm gegebenen Verheißungen sorgfältig zu prüfen. Unsere Zuversicht, bei dieser Aufgabe zur baldigen Verständigung mit der II. Kammer und mit Ew. M. Regierung zu gelangen, ist um so größer, je wichtiger es uns Allen erscheinen muß, das Land so schnell wie möglich der vollen Befriedigung und Sicherheit theilhaftig zu machen, welche an die Vollendung dieser Revision geknüpft sind." — Potrosowski, Szuman, Brodowski, Pilarski, Buslaw hatten beantragt: folgenden Zusatz hier einzuschalten: „Auch die noch fortwährend gespannten Gemüther im Großh. Posen werden endlich beruhigt und versöhnt werden, sobald die von Ew. M. verheißene und von dem letzten Vereinigten Landtage im Namen Deutschlands so freudig begrüßte nationale Reorganisation des Großh. Posen zur Ausführung kommen wird." Die Begründung dieses Antrages führt v. Petrosowski. Er beruft sich auf die seit 1815 oft wiederholten Verheißungen. v. Schleinitz weist auf die Nachtheile der verlangten Reorganisation für Preussen, für Deutschland hin. Die Spannung werde genährt durch diejenigen, welche die Treue der Provinz wankend zu machen streben und die Religion mißbrauchen, um Haß gegen die Deutschen zu predigen. v. Pilaski weist diese Behauptungen als Verdächtigung der polnischen Geistlichkeit zurück. Gr. Itzenplitz räth, die Diskussion über diese so wichtige Frage bis zur Revision der Verfassung zu verschieben. v. Brodowski verlangt die Einschaltung im Interesse der Versöhnung beider Nationalitäten. Hansemann macht in Bezug auf Herrn v. Schleinitz darauf aufmerksam, daß eine so unglückliche Nation, wie die polnische, mindestens eine Rücksichtsnahme in Aeußerungen zu erwarten berechtigt sey. Bastaw spricht für, v. Saucken und Triest gegen das Amendement. Dasselbe wird verworfen. (Schluß $2\frac{1}{2}$ Uhr.)

[Sitzung der zweiten Kammer am 12. März.] Auf der Ministerbank bemerkt man die Herren v. Manteuffel und v. d. Heydt, später erscheinen auch Graf Brandenburg, v. Ladenberg, v. Strotha und Rintelen.

Von dem Justizminister wird für vorkommende Fälle der Unterstaatssekretär Müller mittelst eines Schreibens bevollmächtigt, das Justizministerium der Kammer gegenüber zu vertreten. —

Der Antrag der Berliner Abgeordneten: „Die Kammer wolle beschließen, das Ministerium aufzufordern, den seit dem 12. November v. J. über Berlin verhängten Belagerungszustand sofort wieder aufzuheben" — wird von Waldeck in längerer Rede motivirt: Die sämmtlichen Abgeordneten Berlins treten mit diesem Antrage vor die Versammlung, nicht bloß im Interesse Berlins. Als Vertreter des ganzen Volks sey es ihre Absicht, der Freiheit eine Stätte, die Tribüne, zu wahren. Man möge nicht entgegnen, diese Stätte sey gewahrt; dieselbe Macht, die willkürlicher Weise dem Volke seine Grundrechte raubte, könne auch die Freiheit der Tribüne antasten. Es sey den Parteien in der Kammer schon jetzt eine Waffe geraubt, es sey unter den gegenwärtigen Umständen einer Partei unmöglich, sich ein Organ in der Presse zu schaffen. Der Redner will nicht eingehen auf die Akte der Willkühr, die verübt worden, auf das Schließen der Buchhandlungen, auf die zahllosen unmotivirten Ausweisungen. Es war ein trüber, schwerer Winter — an uns, meine Herren ist es das sittliche Bewußtseyn, das Rechtsgefühl des Volkes aufrecht zu erhalten. An Sie, meine Herren, wird das Jahr 1848 die Frage richten, ob es zu den Todten gehört. Unsere Pflicht ist es, das Volk wieder zu der Höhe der Märzrevolution empor zu tragen! (Donnernder Beifall links.) Mögen Sie Beschlüsse fassen, welche Sie wollen, Sie müssen Sie frei fassen. Lesen Sie den Eingang der Denkschrift des Ministeriums; man stützt sich auf §. 1 des Militärstrafgesetzbuches, in dem die Rede ist von Festungen und ausgebrochenem Aufruhr; halten Sie dagegen das April-Gesetz von 1848, welches dem Volke seine Grundrechte sichert und finden Sie dann noch jene §§. für stichhaltig, um dem Volke seine theuererworbenen Güter, die Preßfreiheit und das Associationsrecht zu rauben. Man bezieht sich auf die Verfassung, meine Herren, die oktroyirte Verfassung ist ein Produkt des Belagerungszustandes, ein Kind desselben und es verläugnet seinen Vater nicht. Man führte den Belagerungszustand im November ein zu derselben Zeit, wo die Berliner Bevölkerung die Truppen wie Brüder empfing, wo die Berliner Bürgerwehr sich entwaffnen ließ trotz des Beschlusses der Nationalversammlung, daß die Auflösung der Bürgerwehr ungesetzlich sey. Das Volk von Berlin war im November groß, wie es immer gewesen. (Bravo! links.) Was ist aber jetzt noch für ein Grund zum Fortbestehen des Belagerungszustandes? Die Gründe da-

für finden Sie in der „Neuen Preuss. Ztg." und in den Berichten eines Mannes, dessen Namen ich in diesem Saale nicht nennen will. Das Ministerium erwähnt in der Denkschrift der unglücklichen Ereignisse vom 16. Okt., sie waren hervorgerufen durch ein Mißverständniß. Die Linke der Nationalversammlung begleitete die Leichen der gefallenen Bürger und Arbeiter, sie wollte sich betheiligen an dem Akte der Versöhnung, der dem Lande zeigte, daß hier jene traurige Spaltung zwischen Bürger und Arbeiter nicht besteht, die in Paris einen blutigen Kampf herbeiführte. Zögerten unsere Richter etwa Preßvergehen zu richten nach den alten §§. des Landrechts, die zur Preßfreiheit eben so passen, wie die Vorlagen des gegenwärtigen Ministeriums? (Lautes Bravo.) — In einem napoleonischen Dekrete von 1810, zu einer Zeit wo der Despotismus in voller Blüthe, finden wir den Belagerungszustand zuerst; 1832 cassirt der Cassationshof in Paris, der die Würde eines höchsten Gerichtshofes zu wahren wußte, den über Paris verhängten Belagerungszustand; und endlich jetzt hatte die Republik Frankreich, in der der Despotismus herrscht, nicht einen triftigeren Grund nach einem 3-tägigen Kampfe, in dem 10,000 Menschen gefallen, den Belagerungszustand über Paris zu verhängen. Das Ministerium hat behauptet, die gewerblichen Verhältnisse würden unter dem Belagerungszustand besser: ich zweifle daran und der Lokalverein, der mit sämmtlichen Berliner Vorschußvereinen in Verbindung steht, bestreitet die Ansicht des Ministeriums. Wie sollten auch die Gewerbe blühen unter einem Zustande, der den fremden Kaufmann abhält, Berlin zu besuchen? Welchen Schaden haben nicht Einheimische durch die Ausweisung von Leuten erlitten, an die sie Forderungen zu stellen hatten? Man sagt uns, die Zahl der leerstehenden Wohnungen hat sich vermindert, ja, man hat dieselben für die Soldaten gemiethet. Der ganze Zustand ist der der legalisirten, oder vielmehr nicht legalisirten Anarchie von oben. Wir haben mit ungleichen Waffen zu kämpfen, man hat uns die Tribüne gelassen und stellt uns Kanonen gegenüber. Das Ministerium droht uns jetzt den Belagerungszustand durch seine Gesetzesvorlagen über das ganze Land zu verhängen! (Beifall links.)

Min. v. Manteuffel: Die Regierung wird sich der Erwägung des Antrags nicht widersetzen, die Regierung hat selbst Vorlagen eingebracht, sie hofft, daß die Berathung des vorliegenden Antrages erfolgen wird, wenn das Referat über ihre Vorlagen erfolgt seyn wird. Das Kapitel von dem Belagerungszustand ist ein noch nicht geordnetes. Die Schlaglichter der Beleuchtung des vorigen Hrn. Redners werden bei dem spätern Verfolge gewiß von großem Nutzen seyn. Den Vorwürfen stelle ich die eine Thatsache gegenüber, daß auch nicht ein Exzeß des Militärs während der ganzen Zeit vorgekommen. Freilich haben dies die HH., die in der Nacht v. 11. zum 12. Novbr. ihre Versammlungen hielten, nicht erwartet. v. Bismark: Die nächsten Ereignisse würden zu zeigen, ob der Belagerungszustand begründet sey. (Bewegung links.) v. Unruh: Die Abgeordneten, welche im Schützenhause tagten, haben allerseits Alles aufgeboten, um jedes blutige Zusammentreffen zu vermeiden. Ich kann die Bemerkung des Hr. Min. nur als eine persönliche Verdächtigung zurückweisen. (Rauschender Beifall links.) v. Manteuffel: ich habe nicht von Abgeordneten gesprochen. — Der Antrag v. Waldeck und Genossen wird einstimmig den Abg. zur Erwägung überwiesen. — Parrisius und Genossen beantragen die Organisation der Gerichtsbehörden und der Schwurgerichte auf Grund der prov. Gesetze v. 2. und 3. Jan. c. bis dahin zu sistiren, bis sich die Volksvertretung über diese Gesetze entschieden haben wird. Hr. Parrisius motivirt seinen Antrag, indem er die Vorlagen mit gewohnter Schärfe kritisirt, seine Rede ist sehr sachlich. Zur Begründung seines Antrags führt er noch an, daß es jedem Rechtsbewußtseyn Hohn spreche, eine durchgreifende, unendlich wichtige Reform der Rechtspflege vorzunehmen, ohne die Vertreter des Volks gehört zu haben. Moritz ist gegen den Antrag, auch er hält die Gesetze nicht für gut, aber er will eine Abschlagszahlung annehmen, nur bedauert er, daß unter diesem Ministerium die Geschwornen ernannt würden. Die Reden dieser beiden Oppositionsmänner stechen merkwürdig ab von der ganz unlogischen Rintelens, mit der er in der I. Kammer schon Fiasco gemacht hat. Der Antrag geht in der Abthlg. zur Erwägung. Noch wird Bericht über den Geschäfts-Reglements-Entwurf erstattet. (Schluß 12¾ Uhr.)

Dresden, 11. März. Dem Vernehmen nach soll eine Brigade unserer Truppen in der nächsten Zeit mobil gemacht werden, um erforderlichenfalls im Reichsdienste nach Schleswig abgehen zu können. Wir werden daher wahrscheinlich einige Dislokationen und Garnisonswechsel, die durch einen solchen Ausmarsch nothwendig werden, zu erwarten haben. Bekanntlich war das sächsische Militär bereits früher, kurz vor dem Abschlusse des Waffenstillstandes, dazu bestimmt, an dem dänischen Kriege Theil zu nehmen, und man erinnert sich, wie ungern das Heer diese Hoffnung vereitelt sah. Um so sicherer darf man darauf rechnen, daß es jetzt mit Freuden den Ruf vernehmen wird, der ihm die Aussicht bietet, für die Sache Deutschlands ins Feld zu ziehen. (D. Z.)

Gera, 10. März. Der gestern plötzlich vertagte Landtag erwartet nun daß die Centralgewalt für ihn günstig entscheiden werde, indem er in seiner bisherigen Zusammensetzung, d. h. ohne die ritterschaftlichen Deputirten, als Organ der Landesgesetzgebung von der Regierung anerkannt wurde. Es waren Beschlüsse von ihm sanktionirt und als Gesetze publizirt worden; er hatte Geldverwilligungen gemacht, kurzum, alle Funktionen der Landesvertretung ausgeübt. Fast ist es unklärlich, wie die Regierung plötzlich auf den Gedanken kommt, wieder fünf ritterschaftliche Deputirten einzuberufen, unter denen bedeutungsvollerweise einer ein herzogl. altenburgischer Minister, Hr. v. Planitz; ein anderer ein großherz. weimarischer Kommerzienrath (Hagenbruch, intimer Freund von Wydenbrugk, mit diesem schwärmend für ein Königreich Thüringen-Weimar) und ein dritter Rath, also drei Nichtstaatsangehörige unseres Landes, sind. Als auf der Hand liegendes Motiv der Regierungen wird angesehen die Anschlußfrage an Sachsen, die jetzt die Regierung zu hintertreiben sucht, obgleich sie früher darauf eingegangen war. Die ritterschaftlichen Deputirten sind natürlich gegen den Anschluß an Sachsen, durch den sie ihre Privilegien verlieren würden. Ein anderer Grund ist die Domänenfrage, die man ebenfalls durch die Auflösung des konstituirenden Landtags, die man beabsichtigt, zu beseitigen sucht. Allein noch hoffen wir, daß die Centralgewalt für den konstituirenden Landtag entscheiden werde und daß dann dieser unbehindert weiter verhandeln könne. (D. A. Z.)

Meiningen, den 10. März. Unser Landtag, der erst kürzlich zusammengekommen, entwickelt eine rasche Thätigkeit. Aber man muß es auch dem jetzigen Ministerium zum Ruhme nachsagen, daß es die Zeit und ihre Forderungen begreift und eine Reihe von Gesetzentwürfen eingebracht, welche ganz dazu geeignet sind, den Neubau unsers Staatslebens auf festen, weil im fortgeschrittenen Volksbewußtseyn wurzelnden Grundlagen aufzuführen. In dieser Beziehung nenne ich besonders die Gesetzvorlagen über die Verfassung der Kirchen- und Schulgemeinden, über eine Schulordnung, über die Grundverfassung des Herzogthums, über die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden, über eine Kreisordnung und über eine Strafprozeßordnung (mit dem Anklageprozeß und dem Institut der Geschworenen.) Selbstständigkeit der politischen Gemeinden und der kirchlichen Gesellschaften, Trennung der Schule von der Kirche in Allem, was nicht zum religiösen Bekenntniß gehört, und Aburtheilung des Volks selbst bei allen Vergehen gegen die Gesellschaft: dies sind die leitenden Grundgedanken jener Gesetze, während das neue Grundgesetz die vom deutschen Parlamente proklamirten Grundrechte als Bestandtheil aufgenommen, und überhaupt der durch die Neugestaltung des Gesammtvaterlandes bedingten Entwickelung der einzelnen Verfassungen gerecht geworden. Die Schulordnung setzt das Minimum der Schullehrergehalte in Gemeinden von 300 Einwohnern auf 250 Fl. (ohne die Bezüge für den Kirchendienst) fest. In unserm Landtage ist unter Anderm ein Antrag auf Amnestirung der politischen Verbrecher des Revolutionsjahres 1848, so wie eine Petition mehrerer Gemeinden vorgekommen, welche nebst Mehrerem die Erklärung der Domainen zu Staatseigenthum, die Verminderung der Civilliste, die Revision des Strafgesetzbuchs, die Zerschlagung der Domainen und die Aufhebung der Salzsteuer verlangt. Schließlich bemerke ich, daß wie überall, so auch bei uns die Thronrede den Passus enthält, daß in Folge der Zeitereignisse trotz aller Sparsamkeit im Staatshaushalte ein Fehlbetrag eingetreten, welcher durch eine Einkommensteuer mit progressiven Sätzen gedeckt werden soll. (D. A. Z.)

Weimar, den 8. März. Gestern standen vor den Assisen Dr. Lafaurie, Kandidat Rothe und der Literat Jäde, angeklagt öffentlich zur Steuerverweigerung aufgefordert zu haben. Die Geschwornen erklärten Lafaurie für nicht schuldig; die Angeklagten Jäde und Rothe aber für schuldig; demzufolge verurtheilte der Gerichtshof den ersten zu vier und den letztern zu drei Monaten Gefängnißstrafe; Beiden werden jedoch zwei Monate Untersuchungshaft zu gute gerechnet. — In der heutigen Vormittagssitzung saß Jäde abermals auf der Bank der Angeklagten. Der Gegenstand war diesmal eben so unbedeutend als ergötzlich. Der Angeklagte war nämlich beschuldigt, auf einer Volksversammlung zu Schwerstedt im August v. J. geäußert zu haben: „man müsse Alles aufbieten, um das Parlament in Frankfurt auseinander zu treiben, da es ganz Europa an den Norden verrathen werde." Außerdem sollte er den Kaiser von Oesterreich einen Wasserkopf, den König von Preußen und den Großherzog von Weimar aber Strohmänner genannt haben. Bei Verlesung der Anklage wurden in Folge einer am 2. Febr. d. J. ertheilten Amnestie die verletzenden Ausdrücke gegen die Person des Großherzogs niedergeschlagen. Im Uebrigen aber wurde die wegen aufreizender Aeußerungen gegen die Staatsverfassung und ehrenverletzende Ausdrücke gegen fürstliche Personen erhobene Anklage fortgesetzt. Im Laufe der Verhandlung stellte sich jedoch heraus, daß Jäde bei der damaligen Volksversammlung präsidirt und Das, was gesprochen worden war, am Ende der Reden kurz zusammen gefaßt und im Resumé wieder gegeben hatte, wobei er dieselben Ausdrücke gebraucht, deren sich die Redner bedient hatten. Der Angeklagte wurde frei gesprochen. — Heute feierte der Märzverein den Jahrestag der Revolution in Weimar. Damals hatte man freilich andere Erfolge von der Revolution erwartet. Man gedulde sich nur noch ein Jahr und man wird Alles wieder im alten Geleise finden. (Frkft. J.)

Französische Republik.

† **Paris**, den 11. März.) Im Peuple und im Bureau der Propaganda socialiste liegen seit gestern mehrere hundert Zeitungsnummern aus, welche dem Militär gratis verabreicht werden. Diese Maaßregel versetzt den Pascha Changarnier in den Tuilerien in eine wahre Berserkerwuth. Es steht für morgen ein neuer geharnischter Tagesbefehl an alle seine Bessire des Seine-Departements in Aussicht.

Bourges, 10. März. Abends 7 Uhr. Die heutige Gerichtssitzung bot zwei wichtige Punkte dar. Erstens zeihte Blanqui die Seele unserer Polizeiwehr, Hrn. Carlis, geflissentlicher Uebertretung in seinen Berichten ans Ministerium und entlarvte ihn vollständig. Zweitens deponirte der (9.) Zeuge Saniewski, 47 Jahre alt, polnischer Flüchtling: „Am 11 Mai stand ich als Neugieriger auf dem Place de Bourgogne, um die Eingänge der Nationalversammlung zu beschauen. Unter der Menge, die mich umgab, sah ich mehrere Männer in Blousen, die unter ihrer Verkleidung leicht als Nichtproletarier zu erkennen. Zwei derselben erkannte ich sogar als diejenigen wieder, welche in die Nationalwerkstätten der Batignollen kamen, um die Arbeiter aufzuwiegeln. Der Eine trug eine alte Blouse und sagte zu mir: „Indem Sie mich so angekleidet sehen, glauben Sie vielleicht, daß ich Arbeiter bin? Nein, mein Freund, ich lebe von meinen Zinsen." Ich antwortete ihm nichts. Schon früher, entsann ich mich, hatte ich diesen Menschen mit den Arbeitern trinken und lustig leben sehen. Ich war Zeuge, daß er eines Tages 50 Frk. für Essen und Trinken bezahlte; selbst Champagner wurde getrunken.... Denselben Mann sah ich bald darauf im Hause der russischen Gesandtschaft."

Der berüchtigte Herzog Karl von Braunschweig leidet im Exil an der fixen Idee, man werde den Präsidenten Bonaparte nächstens zum demokratischen Kaiser von Frankreich und ihn (den Herzog) zum Kaiser von Deutschland in Frankfurt ausrufen. Um diesem Ereigniß näher zu seyn, hat derselbe beschlossen, mit Sack und Pack von London nach Paris überzusiedeln. Ein Haus ist bereits gemiethet.

Italienische Staaten.

Genua, den 4. März. Fortwährend werden in unserm Hafen Freischärler verschifft, welche sich zur deutschen Legion nach Sizilien begeben. Wie man vernimmt, enthält die zwischen Ph. Becker, dem ersten Chef des „Hilfdir", und Herrn Beltrami abgeschlossene Konvention Bedingnisse, welche das Interesse dieser Leute sicher stellen, und zugleich auch die deutsche Ehre zu wahren suchen. Jeder Legionär erhält das sizilische Bürgerrecht und denselben Sold wie die Schweizertruppen in Neapel. Das Korps führt den Namen „deutsche republikanische Garde" und soll, wie der Vertrag lautet, ein Vorbild der Freiheitsliebe, der Tapferkeit, des Ordnungs- und Brudersinnes seyn. Das Korps wird bis auf 7000 Mann gebracht und bloß von deutschen Offizieren kommandirt werden. Das Direktorium des „Hilfdir" proponirt die Offiziere bis zum Hauptmann; die sizilische Regierung genehmigt und patentirt. Unter den Vertragspunkten zwischen Becker und dem Sizilianer figurirt merkwürdiger Weise auch der: „In den

Häfen Siziliens sind fortan die deutschen Schiffe die der meistbegünstigten Nation." Ob es je dazu kommen werde, daß in reziproker Eigenschaft Sizilianer in den Freiheitskämpfen der Deutschen dienen werden, wie ein anderer Punkt der Konvention ausdrücken soll, lassen wir dahin gestellt. Immerhin bleibt es ein merkwürdiges Zeichen der Zeit, welches Leute aus dem fernsten Norden Deutschlands als Bundesgenossen in die Südspitze Europa's führt. (Frkft. J.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Sprech-Saal.

Sind das christliche Gesinnungen der hiesigen lutherischen Geistlichen, wenn sie von den Kanzeln herab gegen anders Denkende schmähen und sie zur Hölle verdammen, wenn sie eine freie, christliche Gemeinde, welche im besonnenen, ruhigen Fortschritt begriffen ist, dem wahren, unverfälschten Glauben anzuhängen, wenn sie eine solche hassen, verachten und verspotten? Ist das wahres Christenthum, wenn ein bisher hochgeachteter Geistlicher in der Lorenz-Kirche bei dem Nachmittag-Gottesdienste am letzten Sonntage, statt Liebe und Versöhnung zu predigen, Aufregung und Unfrieden zu stiften, sich herabwürdigt? — Mögen die vortrefflichen Prediger und ihre freie, christliche Gemeinde durch solche Anfeindungen sich nicht beirren lassen, mögen sie muthig kämpfen gegen die Verfolgungen, mit welchen ihnen ihre jesuitischen Gegner in den Weg treten! Die errungene Glaubensfreiheit wird ein Pfaffe nie mehr entreißen! Was von Gott kommt, wird mit Gott bestehen! —

Berichtigung.

Der Central-Volksschullehrerverein ist in den Stand gesetzt und ermächtigt, zu erklären, daß die Behauptung in Nr. 45 der „Mittelfränkischen Zeitung", nach welcher die sämmtlichen 34 Gemeinden des Landgerichtsbezirks Altdorf durch ihre Vertreter sich gegen die Trennung der Schule von der Kirche ausgesprochen und Erklärungen, wie die der Gemeinden Rasch, Grub, Dörsbach u. s. w. dem geistlichen und weltlichen Abgeordneten zur Generalsynode übergeben haben sollen, eine Unwahrheit ist. Die Vertreter der Stadt Altdorf haben vielmehr mit Bestimmtheit erklärt, daß die bis jetzt öffentlich gewordenen Wünsche der Lehrer zu ehren seyen, daß es sich lediglich um eine Mündigsprechung des Lehrerstandes handle, und daß man demzufolge eine Beaufsichtigung desselben durch pädagogisch gebildete Männer wolle, wobei aber unter allen Verhältnissen die Pflege wahrer Religiosität in der Schule erste und heiligste Aufgabe der Lehrer bleiben werde." — Die Gemeinde Altdorf hat also das Bestreben der Lehrer richtig erkannt und gewürdiget. Die Gegner der selbstständigen Volksschule aber mögen bedenken, ob sie ihre Sache fördern durch Unwahrheit, und welches Zeugniß sie ablegen für ihre eigene religiöse Gesinnung, wenn sie die Lehrer verdächtigen, als hätten und wollten diese nun auf einmal keine Religion mehr.

Anzeigen.

Erklärung.

Diejenigen Drechslergesellen, welche meinem Meister am 13 d. einen Brief ohne Namensunterschrift zusandten, und mich in demselben auf eine ganz gemeine, nur Buben eigenen Weise zu verdächtigen suchten, indem sie darin erklärten, daß ich an einem bösen Uebel leide, erkläre ich hiemit so lange für ehrlose Menschen, bis sie mit ihren Namen vor die Oeffentlichkeit treten. Uebrigens ist mir einer dieser Buben schon bekannt, und ich ertheile demselben hiemit den Rath, daß er sich an seine eigene Nase fassen möge.

Joh. Ulrich Herold,
Drechslergeselle.

Versteigerung
eines Gartens mit Wohnhaus und Oekonomie-Gebäulichkeiten, vor dem Frauenthor zu Nürnberg belegen.

Montag, den 19. März Nachmittags 3 Uhr wird der zum Nachlasse Herrn Joh. Daniel Dör gehörige, vor dem Frauenthor neben dem Gasthaus zum goldenen Fuchs liegende Garten mit Gebäulichkeiten im Ganzen oder parzellenweise im Garten selbst an den Meistbietenden versteigert.

Der Garten hat einen Flächeninhalt von 17 bayerischen Tagwerken und 6 Dezimalen.

In demselben befindet sich ein zweistöckiges, massiv gebautes, fast neues Wohnhaus; ferner ein zweistöckiges Oekonomie-Gebäude mit darangebauten Wagenremisen und Treibhause.

Diese Besitzung kann Donnerstag den 15. und Montag den 19. März Vormittags von 10 bis 12. Uhr eingesehen werden.

Anzeige und Dank.

Da durch eine bekannte Frau ausgesprengt wurde, als sey ich durch eine Priese Schnupftaback, welche vergiftet gewesen, um mein Augenlicht gekommen, so zeige ich hiemit meiner verehrlichen Kundschaft an, daß ich zwar an einem Augenübel litt, dasselbe aber völlig beseitigt ist und ich meinem Geschäft vor wie nach mit der mir gewohnten Pünktlichkeit vorstehe. Der bekannten Frau D. statte ich übrigens für die Verbreitung dieser ersonnenen Lüge hiemit meinen wärmsten Dank ab.

A. L. Hahn,
Uhrmacher.

Verkaufs-Termin.

Das Haus S. Nro. 879 am Hauptmarkt dahier, worauf ein reales Großpfragnerei-Geschäft mit bedeutender Nahrung betrieben wird, und dessen äusserst günstige Lage, nebst schöner, heller Laden sich zu jedem andern Geschäft vollkommen eignet, wird durch Unterzeichneten im Auftrag des Besitzers, eingetretener Familienverhältnisse wegen, mit oder ohne Realrecht öffentlich verkauft.

Hiezu ist Termin Montag den 19 März 1849 Vormittags von 9—12 Uhr im Bureau L. Nro. 191 in der Kaiserstrasse anberaumt, wozu zahlungsfähige Liebhaber eingeladen werden

Nürnberg, den 8. März 1849.

J. J. Pfeiffer jun.
Kommissionär.

Einladung.

Auf Montag den 19. März Abends 7 Uhr werden sämmtliche Schuhmachergesellen zu einer Versammlung auf der Herberge hiemit eingeladen.

Der Altgeselle.

(Verkauf.) Familienverhältnissen wegen wird ein seit mehreren Jahren bestehendes und gut rentirendes Fabrikgeschäft billigst verkauft, dasselbe würde sich in Nürnberg und dessen Umgebung als Neben-Geschäft für ein Farben-, Flaschner-, Drechsler- oder Bürstenbinder-Geschäft am vortheilhaftesten eignen. Schriftliche Anfragen über das Nähere besorgt die Exped. d. Blattes unter der Chiffre J. R.

(Gesuch.) Ein gut erhaltenes modernes Sopha mit Sessel von Nußbaumholz wird zu kaufen gesucht.

Arbeiter-Bankett.

Sonntag den 18. März, dem Jahrestag der Berliner Revolution, wird der hiesige Arbeiterverein als Gedächtnißfeier der allgemeinen Arbeitererhebung in Deutschland, im Saale des Bamberger Hofes, Abends sieben Uhr, ein Bankett veranstalten, zu welchem alle Arbeiter, so wie die hiesigen und benachbarten politischen-, Turn- und Gesangvereine hiemit eingeladen werden.

Nürnberg, den 14. März 1849.

Der Ausschuß.

Pferds-Dünger u. Stroh-Versteigerung.

Künftigen Freitag den 16 d. Mts. Vormittags 9 Uhr wird in der Deutschhaus- und hierauf in der Karthaus-Kaserne der vorhandene Pferde-Dünger und Stroh von ausgeleerten Strohsäcken an die Meistbietenden öffentlich versteigert.

Erprobtes Vertilgungs-Mittel
wider die unter dem Namen Russen und Schwaben bekannten schädlichen Insekten; so wie bei einer längern Anwendung des Mittels die sich viele Jahre lang eingenisteten Wanzen auf immer nach Erfahrungen vertilgt werden können.

Wer sich von den oben bemerkten Insekten befreien will, der lasse mit dem Mittel räuchern oder streuen, und es werden weder Russen noch Schwaben ein Standquartier in der Wohnung haben. Läßt man das Mittel in einem Schälchen stehen, so werden die Insekten jedesmal vergehen;

Kommt ja nach Jahren wieder eines in ein Haus, Zieht es am andern Tage wieder aus.

Die ganze Portion kostet mit Anweisung 24 kr., die halbe 12 kr.

Thurnau bei Bayreuth, im Febr. 1849.

G. H. Schmidt, Nr. 62 u. 63

(Anzeige.) Acht englisch Strickgarn, Handschuhe, Kinderhauben, baumwollene Bänder, Dukatenzwirn und noch viele andere Gegenstände verkauft unter dem Fabrikpreis

Joh. Georg Meyer
im Plobenhof Nr. 823.

Gummi-Arabicum

und halbfeine Schaafwolle sind in Partieen billig zu verkaufen; auch eine Partie destelirtes türkisches Rosenwasser wird billig abgegeben gegen österreichisches Papiergeld im vollen Werth L. Nr. 334 in Nürnberg.

Letztes Wort.

Die „Erwiederung" im gestrigen Blatte, mit »Dixi« unterzeichnet, verdient wegen Herbeiziehung von Gemeinheiten und Persönlichkeiten keine weitere Beachtung, weshalb dies hierauf das letzte Wort ist.

Nürnberg, den 15 März 1849.

Pariser Hof.

Donnerstag den 15. März produzirt sich Herr Wehfritz und neue Consorten, wobei auch Metzelsuppe, Stockfisch und geröstete Kartoffel so wie andere Speisen anzutreffen sind.

Es ladet ergebenst ein

Winkler.

Stadt Amsterdam.

Freitag den 16. März ist Metzelsuppe, wozu höflichst einladet

Fleischmann.

Zu verpachten oder zu verkaufen.

Eine reale Garküchenwirthschaft ist bis Ziel Walburgi zu verpachten oder zu verkaufen.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Sonntag Nachmittag Produktion vom

Kleeblatt.

Herr Wildner und Merkel werden mit ganz neuen Vorträgen in Duetten, so wie ernsten und komischen Liedern und Deklamationen das verehrte Publikum zu erhalten suchen, hiezu ladet höflichst ein

Neubauer.

(Anerbieten.) Ein Lehrer, welcher sich entschließen kann, einem sechsjährigen Knaben in den Anfängen der Elementargegenstände die Woche über 4 bis 5 Stunden Unterricht im Hause zu ertheilen, möge seine Adresse und den Betrag für seine Leistungen unter der Ziffer K. L. versiegelt in der Exped. d. Zeitung ablegen —

(Gefunden.) Am Mittwoch den 14. März ist an der Fleischbrücke ein französischer Zimmerschlüssel gefunden werden, und kann in der Exped. d. Bl. abgeholt werden.

Lehrlings-Gesuch.

Ein mit den nöthigen Vorkenntnissen versehener junger Mann, von 13—16 Jahren, mosaischer Religion, kann in einer Engros-Handlung in München, unter annehmbaren Bedingungen, Unterkunft finden. Das Nähere erfährt man durch die Exped. d. Bl.

(Gesuch.) In Nro. 197 a Kaiserstrasse wird nächstes Ziel eine solide Magd gesucht, welche mit Kochen gut umgehen kann und sich willig jeder Hausarbeit unterzieht. Es mögen sich jedoch nur solche melden, welche diese Bedingungen vollkommen erfüllen können.

(Gesuch.) Ein braves Mädchen, welches gut weißnähen kann und in der Küche nicht unerfahren ist, sich auch jeder vorkommenden Hausarbeit willig unterzieht, wünscht um nächsten Ziel bei einer soliden Herrschaft unterzukommen. Näheres durch die Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Eine Magd, welche **kochen** kann wird sogleich in Dienst zu nehmen gesucht. Es wollen sich jedoch nur solche melden, deren Zeugnisse über Leumund, Dienstfähig- und Willigkeit die Note »sehr gut« ausweisen.

(Gesuch.) Ein gewandter Skribent kann bis 1. April Unterkunft finden.

(Gesuch) Ein solides Mädchen, welches das Putzmachen zu erlernen wünscht, wird gesucht. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Zur Schuhmacher-Profession wird ein Lehrling gegen Lehrgeld in die Lehre zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches Hausmannskost gut kochen kann und sich den Hausarbeiten willig unterzieht, wird nächstes Ziel Walburgi in Dienst zu nehmen gesucht.

(Zu verkaufen.) Zwei schöne vollständige Betten sind ganz billig zu verkaufen und werden auch einzeln abgegeben in S. Nro. 965 hinterm Obstmarkt.

(Zu vermiethen.) In S. Nro. 992 am Obstmarkt sind 2 trockene Gewölbe zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In Gostenhof Nro. 35 ist ein hübsches Zimmer ohne Möbeln zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Mitte der Stadt ist im 1. Stock eine Wohnung, bestehend in 3 heiz- und 1 unheizbarem Zimmer, 1 Kammer, Speise, Küche, ein Kochofen, Keller- und Bodenantheil, Mitbenützung der Waschküche etc., für fl. 150 Jahreszins täglich zu vermiethen. Näheres in der Exped. d. Bl.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 17. März 1849. № 76. Samstag: Gertraud.

Deutsche Staaten.

München, den 14. März. Das heutige Regierungsblatt Nr. 12 enthält den Abschied für den Landrath der Pfalz über dessen Verhandlungen für das Jahr 1848/49 vom 1. bis 15. Sept. 1848.

Aus den Wünschen und Anträgen entnehmen wir folgende: Auf die in dem besonderen Protokolle vorgetragenen Wünsche und Aeußerungen des Landrathes erwidern Wir, was folgt: Die in der Pfalz während der Tage allgemeiner Aufregung unverletzt gebliebene öffentl. Ruhe und Ordnung ist Uns ein neuer Beweis jenes hohen Sinnes für Gesetzlichkeit gewesen, welcher Unsern Pfälzern innewohnt und Uns in dieser ernsten Zeit zur wahren Freude gereicht hat. Auch Wir sind von dem Streben nach Wiederherstellung eines einigen und dadurch mächtigen Deutschlands beseelt, und werden zur Erreichung dieses großen Zweckes thätigst mitwirken.

Um so sicherer zählen Wir auf die Fortdauer der Liebe der Pfälzer zu ihrem angestammten Fürsten, und werden nie aufhören, dieselbe durch treue Sorgfalt für die Verbesserung der pfälzischen Zustände zu erwidern. Den geäußerten Wünschen wegen größerer Selbstständigkeit der Gemeinden in Beziehung auf die Verwaltung des Gemeinde-Vermögens und die Bewirthschaftung der Gemeinde-Waldungen wird bei der Revision der Gemeinde-Gesetzgebung die entsprechende Berücksichtigung zu Theil werden. Die Ordnung der Verhältnisse und der Thätigkeit des Central-Schulbücherverlags unterliegt der genauesten Prüfung. Die neue Festsetzung seiner Wirksamkeit wird die Zurückführung derselben auf ihren ursprünglichen Bereich, verbunden mit der möglichsten Berücksichtigung der betheiligten Gewerbetreibenden, zum Zwecke haben.

Die Einschaltung der Bedingung der Versetzbarkeit in die Ernennungs-Dekrete der Advokaten hat künftig zu unterbleiben. Sie ist bezüglich der früheren Ernennungs-Dekrete als nicht beigefügt zu erachten. Wir werden die Verhältnisse der Gerichtsbarkeit in Bezug auf das Militär und resp. auf die Gendarmerie und die etwa diesfalls nothwendig erscheinenden Abänderungen einer reiflichen Erwägung unterstellen und hienach das Geeignete veranlassen.

Indem wir dem Landrathe der Pfalz über dessen jüngste Verhandlungen gegenwärtigen Abschied ertheilen, äußern Wir demselben Unsere volle Anerkennung der hiebei bewährten eifrigen Thätigkeit und der mit genauer Kenntniß der Verhältnisse des Kreises verbundenen warmen Vertretung seiner Bedürfnisse zum Zwecke entsprechende Abhilfe, und erwidern die wiederholten Ausdrucke treuer Ergebenheit und festen Vertrauens mit den Versicherungen Unseres besonderen Wohlwollens.

X **München**, den 15. März. Die Vertagung der bayer. Kammern wird nicht zum 10. April dauern, sondern es soll in wenigen Tagen eine Einberufung erfolgen, nach der das Eintreffen der Kammer-Mitglieder schon bis zum Schlusse dieses Monats bestimmt wäre. Als Ursache hievon nennt man die Proklamation der Grundrechte. Jeder Bayer wird vom Herzen wünschen, daß dieses Gerücht, welches aus nicht unverläßiger Quelle kommt, sich bewahrheiten möge. — Wegen des Vorrückens der Sachs.-Altenburg. Truppen nach Schleswig-Holstein erhielten bereits das 2 und 5. Rgmt. (von jedem das 1. Bataillon), 1 Schwadron Kavallerie und eine halbe Batterie Artillerie Marschbefehl nach Altenburg.

München, 13. März. Wie man aus sicherer Quelle vernimmt, sind folgende Truppenabtheilungen unter dem Kommando des Generalmajors der Kavallerie v. Schmalz als Kontingent nach Schleswig bestimmt, wo sie am 26. März einzutreffen haben: 5 Bataillone Infanterie, (das 1. Bataillon des 7. (Ingolstadt) und 8. Regiments in Passau, mit Oberst und Major, 2 Bataillone des 4. (Regensburg) und 13. (Bayreuth) Regiments, mit einem Major, 2. Jägerbataillons, bis jetzt zu Frankfurt, ersetzt durch das 2. Bataillon des 6. (Landau) Regiments. 6 Eskadronen (Leiningen) abgelöst zu Frankfurt durch 2 Eskadronen des 6. Chev.-Regiment, eine 6pfünder Batterie, dermalen in Nürnberg, abgelöst durch die Batterie zu Triesdorf, eine 12pfünder Batterie, dermalen in Bamberg, abgelöst vom 2. Artillerie-Regiment. — Nach Sachsen-Altenburg kommen unter dem Kommando des General-Majors der Infanterie, Graf du Ponteil, 2 Bataillone Infanterie, 1 Bat. des 2. Reg. (München), 1 Bat. des 5. Reg. (Nürnberg.) 4 Eskadronen des Chev.-Reg. Herzog Leuchtenberg, eine 6pfünder Batterie des Art.-Reg. Prinz Luitpold. Die Kompagnie rückt mit 150 Mann, die Eskadron mit 116 Pferden aus. (A. Abdz.)

⊙ **Altdorf**, den 15. März. Ronge hat nun auch hier trotz aller Ränke und Umtriebe von Seiten der Geistlichkeit der protestantischen und katholischen Konfession eine freie christliche Gemeinde gebildet, die in stetem Zunehmen begriffen, bald eine feste Basis erhalten wird.

Freiburg den 11. März. Die Schlußverhandlung in dem Hochverrathsprozeß gegen Fickler, Bornstedt und Genossen, welcher hauptsächlich den Einfall der sogenannten deutschen Legion aus Frankreich und die Vorbereitung desselben umfaßt, und in welchem die Anklageschriften später als jene gegen Struve und Blind eingekommen sind, kann, dem Vernehmen nach, nicht unmittelbar an die Verhandlung gegen Struve und Genossen sich anreihen, sondern erst nach einigen Wochen folgen, da mehrere von den oben gedachten Angeklagten, Fickler und Genossen, ihre Erklärungen über die nach ihrem Verlangen in die Sitzung vorzuladenden Zeugen u. s. w. bis jetzt noch nicht abgegeben haben, mithin die Sache in dieser Beziehung noch nicht spruchreif ist. (Fr. Z.)

Frankfurt, 14. März. Die neue österreichische Note in Betreff des deutschen Verfassungswerkes lautet wie folgt: „Der interimistische k. k. Bevollmächtigte an das Reichsministerium des Innern. „Auf außerordentlichem Wege ist mir gestern Abend ein Reskript der k. k. Regierung vom 9. d. M. zugekommen, worin sie die dem Kaiserstaate Oesterreich verliehene Verfassung mittheilt, und sich über ihr mögliches Verhältniß zu Deutschland ausspricht. Dieses Reskript lautet dahin: „Als die kaiserliche Regierung im Ministerialprogramme vom 27. Nov. und in den damit in Einklang stehenden späteren Eröffnungen die Einigung des großen Kaiserstaates in sich zu einem auf neue Grundlage wohlgeordneten Ganzen als die naturgemäß und nothwendig der Regelung des Verhältnisses Oesterreichs zu Deutschland vorausgehende Bedingung aufstellte, gab sie nach ihrer Absicht den Beweis, wie ernstlich ihr um das Zusammenstehen mit Deutschland, um die mögliche Einigung des deutschen Gesammtvaterlandes zu einem lebensstarken, den gerechten Wünschen des denkenden Theils des deutschen Volkes entsprechenden Körper zu thun sey. Sie hielt an dem Weg, der ihr der kürzeste, der allein zum Ziele führende schien, unbeirrt dahin durch absichtlichen Mißverstand, durch Entwürfe der Spaltung und durch Anforderungen, die den ersten und obersten Bedürfnissen Oesterreichs nicht Rechnung tragen wollten. Diese vorläufige Aufgabe der kaiserlichen Regierung ist heute gelöst. Die Anlage enthält das Grundgesetz, das in Erkenntniß seiner Pflicht und des Bedürfnisses seiner Völker Se. Maj. der Kaiser allen Ländern der Monarchie als eine gemeinschaftliche staatliche Grundlage, als ein, alle Theile zu einem großen, lebendigen Ganzen vereinigendes Band aus eigener Machtvollkommenheit gegeben hat, nachdem theils die unvollkommene Zusammensetzung, theils die Haltung des Reichstags ihm die Hoffnung benehmen mußten, durch diesen Verein das große und heilsame Werk zu Tage gefördert zu sehen. Da sonach der Zeitpunkt gekommen ist, daß die k. k. Regierung ihrem Wunsche und Versprechen gemäß sich über ihr Verhältniß zu Deutschland ausspreche, so säumt sie nicht, wenigstens ihre Grundansicht festzustellen, aus der sich alles Weitere ergiebt. Oesterreich, auf seine eigne Macht und Verfassung gestellt, kann seine deutschen Provinzen nicht aus dem innigen Verbande reißen, der die Monarchie zur Einheit gestaltet. Wenn Deutschland dies Bedürfniß nicht anerkennt, wird die k. k. Regierung es beklagen, aber deshalb ihre Lebensbedingung nicht aufgeben. Wer die Einheit Deutschlands wirklich will, wird den Weg suchen, der es Oesterreich möglich macht, ohne Aufgeben seiner selbst im großen Gesammtvaterlande zu verbleiben. — Die kaiserlich königliche Regierung hat ihre Ansicht über das Oberhaupt bereits ausgesprochen, sie begreift die in langer Vergangenheit wurzelnde Eintheilung des Reiches in große, durch Volkswahl in sich vertretene Körper, die ihre Abgeordneten um die Centralgewalt stellen, und mit ihr die gemeinsamen Interessen berathen und pflegen. Sie begreift also ein Haus aus mittelbarer Wahl hervorgegangen, das nicht durch eine Volksvertretung über und neben ihm gelähmt wird. Oesterreich ist in diesem Falle bereit, einen dieser Körper zu bilden, durch die aus der Vereinbarung zwischen den Regierungen mit ihren Kammern hervorgegangenen Ausschüsse mit zu sitzen, und die gemeinsamen Interessen mit Rath und That fördern zu helfen. Aber Oesterreich würde sich im andern Falle den Gefahren zu entziehen verpflichtet betrachten, die aus dem Widerstreite der Gewalten nothwendig für das ganze Reich sich ergeben würden. Die k. k. Regierung wird willig die Hand zu allem bieten, was innerhalb der Grenzen, über die sie nicht hinaus kann, liegt, eben weil sie aufrichtig die Einheit, die mögliche Einheit will, außerhalb welcher nur Spaltung im Innern und Abhängigkeit von Außen zu finden seyn werden. Die k. k. Regierung will ein großes, ein starkes Deutschland, mit Achtung der wohlerworbenen Rechte Aller, mit Berücksichtigung und Förderung der staatlichen und materiellen Interessen, welche die Ordnung nicht untergraben, sondern gewährleisten, mit starkem Arme zur See und zu Land, mit gemeinsamer Vertretung nach Außen, wo sie nützlich ist, ein Deutschland an Kraft und Ehre reich. Auf dieser Grundlage wird der österreichischen Regierung jeder Vorschlag angenehm seyn. Sie rechnet auf die wahrhaft deutsche Gesinnung derer, die den ihrigen beurtheilen. Ich entspreche den Absichten meiner Regierung, indem ich den wörtlichen Inhalt dieses Reskriptes dem Reichsministerium mit dem Ersuchen bekannt gebe, denselben gefälligst zur Kenntniß der deutschen Reichsversammlung zu bringen, der, nach dem mir gewordenen Auftrage, auch das Reskript vom 4. Febr. 1849 mitgetheilt worden ist. „Frankfurt, den 13 März 1849, Morgens 11 Uhr. (gez.) Schmerling."

Frankfurt, den 14. März. Wie man vernimmt, hat die provisorische Centralgewalt nicht allein die nordamerikanische Dampffregatte, „vereinigte Staaten" von 1000 Pferdekraft, sondern auch die nordamerikanischen Dampffregatten „Acadia" und „Britannia" von 600 Pferdekraft angekauft und werden auch diese Kriegsschiffe anfangs April in der Wesermündung einlaufen. Auch will man wissen, es habe Lord Palmerston der dänischen Regierung bedeutet, England müsse jede Störung des Handels in den deutschen Gewässern für einen casus belli erklären. (D. Z.)

Frankfurt, den 13. März. Die Herren Kudlich, Füst und Violand sollen von Kremsier hier eingetroffen seyn. (D. Z.)

Hannover, den 12. März. In der Sitzung der 2. Kammer stellt Ellissen den Antrag, die Gegenwart der Minister zu verlangen. Sie sollen Theil nehmen an der Berathung der Gesetzvorlagen, und interpellirt werden über die Nichtpublicirung der Grundrechte, über die Antwort des Königs an die Deputation vom 8. März, über die

Frankfurter Note vom 7. März und allenfalls über die Ordensverleihung an Windischgrätz und Jellachich. Die Sitzung wird auf eine Stunde ausgesetzt, damit der Antrag förmlich auf der Tagesordnung stehe. (J. f. N.)

Oldenburg, den 11. März. Heute feierte Oldenburg das Fest der endlich errungenen Verfassung. Reveille, Glockengeläute und 25 Kanonenschüsse leiteten den Tag ein; dann folgte die Beeidigung des Militärs, welches vor der Kaserne aufgestellt war. Der Eid lautet: »Ich schwöre, eingedenk des von mir geleisteten Diensteides, auch die Staatsverfassung treu und gewissenhaft beachten zu wollen, so wahr mir Gott helfe!« Der General sprach den Eid vor und die Truppen erkannten ihn mit gehobener Hand an. Ein dreimaliges Hoch auf den »konstitutionellen Landesherrn« beschloß den etwas frostigen Akt. Um 10 Uhr war in der gedrängtvollen Lambertikirche Gottesdienst, dem der ganze Hof beiwohnte. Ueber der Kanzel hing zwischen dem deutschen und dem oldenburgischen Wappen eine blaue Fahne mit einem Adler, welcher in den Fängen die deutschen Grundrechte und unser Staatsgrundgesetz hielt. Pastor Gröning leitete die kirchliche Musikfeier mit einer Rede ein, die Festpredigt hielt Pastor Greverus. Ein großer Festzug und feierliche Ueberbringung der von Jungfrauen dem Stadtdirektor überreichten Verfassungsurkunde aufs Rathhaus beschloß die öffentliche Feier. Heute Abend ist Festball im Kasino und andern Lokalen. (Wes. Z.)

†*† **Berlin**, 13. März. (Sitzung der I. Kammer.) Die Nachricht, daß die deutsche Nat.-Vers. in Frankfurt den König von Preussen zum Kaiser erklärt haben solle, wurde vor Eröffnung der Sitzung sehr lebhaft in den einzelnen Gruppen des Saales diskutirt. Nach Eröffnung der Sitzung werden die Urlaubsgesuche von Potworowski und v. Saucken (auf 4 Wochen, um in Frankfurt jetzt für das weitere Vaterland zu wirken) angenommen. — Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Berathung über den Adreßentwurf. — Zu Satz 4 des Adr.-Entwurfs ist von Sperling ein schriftlicher Verbesserungs-Antrag eingegangen, welcher Unterstützung findet. Hinsichtlich des über die Hauptstadt und andere Orte verhängten Belagerungszustandes beklagen wir eben so lebhaft, daß es nothwendig war, eine solche außergewöhnliche Maaßregel zu ergreifen, als wir wünschen, sie überall so schnell als möglich aufgehoben zu sehen. Wir werden die uns zugehenden Vorlagen schnell und gewissenhaft prüfen und unser Urtheil darüber aussprechen. — v. Tepper hat einen Verbesserungsantrag eingebracht und motivirt ihn. Der Antrag spricht die Hoffnung aus, „daß die Erwägung der Vorlagen über den Belagerungszustand zu einem Resultat führen möge, welches die Aufhebung dieser außerordentlichen Maaßregel möglich macht.“ — Von Heffter und Genossen ist der Verbesserungsantrag eingegangen: „Hinsichtlich des über die Hauptstadt und ihre nächsten Umgebungen verhängten Belagerungszustandes sind uns von Ew. Majestät unverzüglich nähere Vorlagen verheißen. Wir werden uns durch deren gewissenhafte Prüfung in den Stand setzen, über diese außerordentliche Maßregel ein Urtheil auszusprechen, zugleich aber mit Eifer dahin trachten, daß ein derartiger Ausnahmezustand so wohl hier, als an andern Orten des Landes, wo er ebenfalls noch besteht, möglichst bald Gesetzen weiche, welche die Freiheiten des Volkes nicht minder als die öffentliche Sicherheit und die Kraft der Regierung gewährleisten.“ Abg. Heffter begründet den Antrag, indem er Gesetze für unerläßlich nothwendig hält, welche solche Ausnahmezustände regeln; erst nachdem die Regierung die entsprechenden Vorlagen gemacht, werde die Kammer im Stande seyn, sich ein Urtheil über die Nothwendigkeit des Belagerungszustandes zu bilden. Sperling motivirt seinen Antrag. Er hält den Ausnahmezustand für geeignet, Erbitterung hervorzurufen und lähmend auf den Verkehr zu wirken. Min. des Auswärtigen, Graf Arnim (zu einer thatsächlichen Bemerkung): es sey heute die Nachricht verbreitet, die Nat.-Vers. habe den König von Preussen zum Kaiser proklamirt; dem sey nicht so, vielmehr fände über den dahinzielenden Antrag Welcker's gegenwärtig eine Debatte noch statt. — Stahl gegen den Antrag von Sperling. Es sey nicht an der Zeit, darüber Urtheile auszusprechen, weil die Regierung Vorlagen über den Gegenstand machen werde. Der Zustand selbst sey ein heilsamer, denn er verhindere die Anarchie. Der wahre Belagerungszustand habe vom 19. März bis Novbr. v. J. gedauert, hier sey man von der Anarchie belagert gewesen. Bevor man den Belagerungszustand aufheben könne, müßten die strengsten Garantieen gegeben seyn; nehme man ihn ohne dieselben weg, so würde aus Neckereien aller Art endlich wieder eine Revolution entstehen. Die Regierung, welche den Belagerungszustand verhängt habe, sey eine freisinnige gewesen, eine reaktionäre hätte das nicht gethan. Gegen den Mißbrauch der Freiheit müsse man die strengsten Gesetze wünschen. Möwes schildert die Zustände in Berlin *vor* dem Belagerungszustande und sieht dessen Nothwendigkeit außer allem Zweifel.

v. Willisen motivirt ein von ihm und Andern gestelltes Amdmt. und hält die Aufhebung des Belagerungszustandes für wünschenswerth, weil die Fortdauer desselben ein Eingeständniß Seitens der Regierung sey, daß man mit der Verfassung nicht regieren könne. — Nachdem Zenker dem Ministerium den Belagerungszustand als eine Vorbeugungsmaßregel vorgeworfen und dessen Kompetenz dazu bezweifelt, nimmt der Minister des Innern das Wort zu einer thatsächl. Bemerkung: der Belagerungszustand ist nicht eine Vorbeugungsmaßregel, die gesetzliche Autorität war im Novbr. geschwunden, man mußte ihr Kraft geben. Die Regierung ließ die Truppen einrücken, deren Empfang sehr lau war. Es gab nur 3 Wege, entweder die Truppen zurückzuziehen, oder die Bürgerwehr anzugreifen oder den Belagerungszustand zu erklären. — Nach einigen ähnlichen „thatsächl. Bemerkungen“ empfiehlt der Referent (Walter), den Entwurf beizubehalten. Bei der Abstimmung werden alle Amendements und Zusätze abgelehnt und der Entwurf fast einstimmig angenommen. Satz 5 d. Adr.-Entwurfs. Böcking und Milde stellen den Antrag: „daß nach den Worten: wir werden diesen Vorlagen die größte Sorgfalt widmen, folgender Passus einzuschalten: „und hegen zu Ew. Maj. Regierung das Vertrauen, daß auch zur Abstellung der großen materiellen Noth des Volkes und zur Belebung des Handels und Verkehrs den Kammern bald geeignete Vorlagen gemacht werden.“ Dieterici gegen den Antrag, weil er unbestimmt sey und von den Gesetzen über materielle Gegenstände nur die für Handel und Verkehr erwähne. Welcher Handel, ob Freihandel oder Schutzzoll sey ferner unerwähnt. Ueber den sozialen Theil des Antrags äußert sich der Redner in ähnlicher, treffender Weise. Der Handelsminister will die Absicht der Antragsteller kennen lernen und sieht im Antrage einen Vorwurf der Versäumung der Pflicht der Regierung.

Böcking: die Unterlassung der Erwähnung der mater. Noth würde in verschiedenen Provinzen einen unangenehmen Eindruck machen. — Jacobs erwartet von der Regierung Vorlagen zur Belebung des Handels und Verkehrs, die gestört sind. Er sieht die besten Maßregeln in „gesicherten Zuständen.“ — Der Handelsminister erklärt, wie die Regierung für öffentliche Arbeiten viel thun werde, wie sie damit umgehe, außer dem Bau von Eisenbahnen und Straßen, die bestehenden Eisenbahnen zu übernehmen. (Bravo). — Bei der Abstimmung wird Satz 5 angenommen, der Antrag von Böcking und Milde verworfen. Zu Satz 6 des Adr.-Entw. ist ein verbesserter Antrag von Nitzsch und Genossen eingegangen, Nitzsch motivirt denselben in längerer Rede. v. Bethmann und Hallweg für den Antrag, Walter gegen denselben. Der Antrag wird verworfen, Satz 6 angenommen. — Satz 7. Antrag von Ammon und Genossen: „nach den Worten: öffentliche Vertrauen den Zusatz anzunehmen: sowie für die patriotische Gesinnung des Volkes.“ v. Ammon: die Vaterlandsliebe sey das Motiv der freiwilligen Anleihe gewesen. — Kupfer bemerkt: im Staatsschatz seyen jetzt 4 Millionen baar, 1 Million Vorschuß an die Seehandlung und 1 Million an die Disconto-Kassen. „Die Sparsamkeit ist langweilig, aber eine große Tugend.“ Der Antrag von Ammon und Genossen wird angenommen, 2 Amendements von Hansemann dagegen verworfen. Satz 8. Es sind Amendements von Tepper, v. Willisen und ein Zusatzantrag von Vincke und Genossen eingegangen. Sie werden nach kurzer Discussion verworfen und der ursprüngliche Entwurf beibehalten. Vor dem Schluß macht der Präsident darauf aufmerksam, wie es zweckmäßig seyn werde, den Satz 9 des Adr.-Entw. (die deutsche Frage betreffend) morgen vielleicht noch nicht zur Discussion zu bringen und lieber mit den folgenden Sätzen fortzufahren. Die Kammer nimmt den Vorschlag an. — (Schluß 2¾ Uhr.) —

†*† **Berlin**, 13. März. Je gleichmäßiger die Kräfte der beiden in der zweiten Kammer sich gegenüberstehenden Parteien geworden sind, je mehr der Sieg von der größern oder geringeren Intelligenz der einen oder der andern Partei abhängig wird, desto heftiger wird natürlich der parlamentarische Kampf. Die Heftigkeit des Kampfes, die Hartnäckigkeit der beiden Gegner zeigt sich aber weit weniger in den Plenarversammlungen, als in den Abtheilungen, in den Kommissionssitzungen; hier ist der eigentliche Tummelplatz der Kämpfenden. In den Plenarversammlungen spricht man für die Journalisten und die andern Tribunen, man weiß die Resultate der Abstimmungen meist im Voraus und jeder Redner ist sich bewußt, daß auch die feurigste Rede seiner Partei auch nicht eine Stimme mehr erwirbt. Anders ist es, den Abtheilungen, hier ist noch eine Wirksamkeit durch die feurige Rede — ist sie noch außerdem getragen von frappirenden sachlichen Gründen — möglich. An dem Waldeck'schen Antrage auf Aufhebung des Belagerungszustandes hat sich diese Erfahrung, die man in allen Parlamenten macht, auch wieder bewahrheitet. Man war gestern von vornherein einig, den Waldeckschen Antrag den Abtheilungen zur Erwägung zu überweisen, man war aber Seitens der Rechten eben so einig, die Berathung des Antrags bis nach Berathung der ministeriellen Vorlagen zu verschieben; die Linke war und ist natürlich entgegengesetzter Ansicht. Hierüber schwebt nun der Kampf in allen Abtheilungen, er ist, so viel uns bekannt, bis jetzt nur in der zweiten Abtheilung entschieden, wo die Rechte ihre Meinung durchsetzte. — Ein zweiter gewichtiger Antrag von *Herr* (einem Mitgliede der Linken) eingebracht, welcher Amnestie für die politischen Vergehen beansprucht, mußte die Parteien heftig an einander bringen. Hr. v. Bodelschwingh, der durch seine Leidenschaftlichkeit der Rechten mehr schadet als nützt, ging so weit, den Antrag als einen „verwerflichen“ zu bezeichnen; er will in demselben nur eine Unterstützung der Unruhstifter erblicken. — Der Antrag wird nächstens zur Lesung kommen und die gesammte Opposition wird ihn unterstützen, obschon vorzüglich die Mitglieder der aufgelösten Nationalversammlung sich früher gegen denselben ausgesprochen haben.

Die Mißstimmung der verschiedenen Parteien der Linken gegen einander, welche die Trennung derselben in drei Fraktionen zu Folge hatte, scheint wieder beseitigt. Es haben gegenseitige Annäherungen stattgefunden. Gewiß ist, daß man für die nächste Zeit nur gemeinsam operiren, und daß das linke Centrum sich auf keinerlei Transaktionen mit der Rechten einlassen wird. — In der gestrigen Parteiversammlung der äußersten Linken legte Professor *Simon*, der Vater von Ludwig Simon, seiner Partei die Frage vor, ob er sein Mandat niederlegen solle, um seinem Sohne Platz zu machen. Er legte jedoch dar, wie er mit einer sehr geringen Majorität gewählt sey, während sein Kollege Otto 60 Stimmen über die absolute Majorität erlangt habe; dies käme daher, daß die Wahl Otto's von dem Pius-Verein unterstützt worden sey, während derselbe ihm (Simon) seine Stimme entzogen habe, und sie auch seinem Sohne entziehen würde. Man rieth ihm, sein Mandat zu behalten, da das Resultat der Neuwahl zu precair sey; nur Herr Wesendonk war anderer Ansicht. — Herr Simon bemerkte übrigens, daß er jedenfalls noch einen Antrag stellen wolle, um Herrn v. Bodelschwingh's Ausspruch: er sey nur ein Strohmann — zu entkräften.

In der zweiten Abtheilung erklärten die Mitglieder der Opposition, daß sie sich jeder Betheiligung an den Berathungen über das Klubbgesetz enthalten würden, da dasselbe die Aprilgesetze von 1848 zu sehr widerspreche, sie legten gegen jeden §. des Gesetzes Protest ein. Auch die Mitglieder der Rechten in dieser Abtheilung waren nicht sehr für die Vorlage eingenommen, und selbst Herr v. Bodelschwingh stellte ein milderndes Amendement. —

Dem Gouvernement sind bedrohliche Nachrichten aus Thüringen und Sachsen geworden, die es veranlassen können, Truppen nach jenen Gegenden zu senden. Ein Gerücht, daß das Kabinet damit umgehe, von der Kammer die Bewilligung zur Abschließung einer Anleihe von 70 Millionen zu fordern, scheint ungegründet; möglich, daß demselben nichts, als die Nachricht von Vorlagen, die in Betreff des dänischen Krieges den Kammern gemacht werden sollen, zu Grunde liegt. Sollten diese Geldmittel erfordern, so sind sie sicherlich nicht von der von dem Gerücht beliebten Höhe. Dieses Gerücht, so wie das in Betreff des deutschen Reichsoberhaupts haben auf die Börse ungünstig eingewirkt. Fonds und Aktien fielen beträchtlich im Course.

Graudenz, 10. März. Gestern ist hier ein allgemein beliebter Mann, Regimentsarzt Dr. Duhm dem militärischen Uebermuthe zum Opfer gefallen; er wurde im Duelle von einem Lieutenant, v. Zubelinski, erschossen. Die Veranlassung war folgende: Der genannte Offizier hatte in einer Gesellschaft, der auch jener Arzt beiwohnte, arge Verwünschungen gegen die Demokraten ausgestoßen. Der Arzt nahm

Partei für die Geschmähten. So entspann sich ein Streit, der um so heftiger ward, als der Lieutenant persönlich wurde und den Arzt einen „Pflasterkasten" rc. schimpfte, wofür er Ohrfeigen empfing. Der Ehenrath, dies mittelalterliche Militärinstitut, das über des Offizieres Ehre, welche vom Offizierstande nach immer für eine über der bürgerlichen stehenden angesehen wird, hielt die dem Lieutenant angethane Schmach für derartig, daß sie nur durch Blut gesühnt werden könne. So ist denn wirklich Blut geflossen. Der Doctor, der sein Pistol absichtlich in die Luft abgefeuert hatte, wurde rücksichtslos von seinem Gegner niedergestreckt. Die Schmach ist in den Augen des Offizierstandes durch das Blut abgewaschen worden, aber das sittliche Gefühl sträubt sich gegen die Barbarei, welche in unserem Zeitalter noch eine solche Sühne verlangt, und gegen die Verblendung, welche durch Blut die Ehre zu retten vermeint. Dr. Duhm hinterläßt Frau und Kinder. Nur mit Noth entging der Mörder der Volkswuth, als er vom Kampfplatze zur Stadt zurückkam und als er bald darauf mit Extrapost nach Kulm abfahren wollte, fiel eine Menge von Menschen den Pferden in die Zügel und umzingelte den Wagen. Der Lieutenant schlug mit dem Säbel unter das Volk und der Postillon that, auf Zuruf des Graudenzer Posthalters, dasselbe mit der Peitsche. So entkam der Duellant. Die Folge davon war, daß dem Posthalter Abends eine Katzenmusik gebracht und die Fenster eingeworfen wurden. (Frkf. J.)

Dresden, 10. März. Sicherm Vernehmen nach soll das Verbot der Geldausfuhr aus den österreichischen Staaten nunmehr in nächster Zeit zurückgenommen werden. (Dr. J.)

Dresden, den 12. März. In der heutigen Sitzung der II. Kammer wurden nach Verlesung des Protokolls die neugewählten Abgeordneten Brückmann und Köchly eingeführt und vereidet. Auf der Registrande befanden sich wieder einige Zustimmungsadressen an die Kammer, sodann eine Eingabe, in welcher darüber, daß das neue Ministerium nicht aus der Mehrheit der Kammer hervorgegangen, entschiedene Mißbilligung ausgesprochen wird, ein königliches Dekret, das Staatseisenbahnwesen betreffend rc. Zunächst antwortete nun Staatsminister v. Beust auf die Interpellation des Abgeordneten Schaffrath, die Intervention in Italien betreffend, daß die Nachricht, welche auf ein Einschreiten deutscher Truppen gegen die römische Republik hindeute, jedes Grundes entbehre, er habe aber doch im Allgemeinen zu bemerken, daß die Regierung über künftige Eventualitäten sich nicht aussprechen könne. In Bezug auf die Tzschirner'sche Anfrage, die Erklärung der sächsischen Regierung hinsichtlich der deutschen Reichsverfassung betreffend, bemerkt derselbe Minister: Eine Zurücknahme jener Erklärung sey wohl nicht thunlich. In Folge einer Anordnung der Reichsgewalt sey dieselbe gegeben, und seyen bereits Verhandlungen darüber gepflogen worden. Eine Desavouirung jener Erklärung könne aber ferner auch das jetzige Ministerium nicht thunlich finden, weil es im Wesentlichen in dieser Beziehung mit dem vorigen übereinstimme. Auch die jetzige Regierung sey, weil sie eine kräftige Centralgewalt wolle, für das absolute Veto, und was das Staatenhaus betreffe, so müsse man noch dessen Entwickelung abwarten. Endlich sey auch die betreffende Landtagsschrift erst nach jener Mittheilung des Bevollmächtigten in Frankfurt am 24. Februar erschienen, und habe auch nicht die Frage über das Veto berührt. Hierauf beantwortet derselbe noch die Böttcher'sche Interpellation, das Ausrücken sächsischer Truppen betreffend, dahin, daß durch die Kündigung des Waffenstillstandes von Malmoe sich die Centralgewalt genöthigt sehe, bedeutende Streitkräfte aufzubieten, und hierzu auch Sachsen in Anspruch zu nehmen. Die sächsische Regierung werde sich dieser Verpflichtung gegen das deutsche Vaterland nicht entziehen. Ob aber im Falle des Ausrückens sächsischer Truppen dafür fremde in Sachsen einrücken sollen, davon sey dem Ministerium nicht im mindesten Andeutung geworden. Daß die Regierung aber darauf bedacht sey, die Einlegung fremder Truppen abzuwenden, davon könne die Kammer überzeugt seyn. Abgeordneter Böttcher findet die Antwort auf seine Interpellation nicht ausreichend und behält sich weitere Anträge vor. Eben so ist auch Abgeordneter Tzschirner nicht befriedigt; bei den Verhandlungen in der Kammer sey das suspensive Veto ausdrücklich erwähnt worden. Auch könne recht gut noch eine andere Erklärung abgegeben werden, da die zweite Lesung der Reichsverfassung noch nicht vorüber sey. Auch er behalte sich Weiteres vor, ergreife aber zugleich das Wort zu einer neuen Interpellation. Wenn das jetzige Ministerium aus der Majorität der Kammern hervorgegangen wäre, so würde man nicht im Zweifel über die Grundsätze desselben seyn können, allein da Dem nicht so sey, so müsse man genaue Erklärung darüber fordern. Zwar habe dasselbe ein Manifest gebracht; dieses sey aber sehr lückenhaft und sage über die wesentlichsten Punkte, die Forderungen des Volks, nur wenig. Man wolle aber wissen, ob es mit der Majorität der Kammern gehen wolle. Das sey um so nöthiger, als gegenwärtig eine volksfeindliche Partei, eine Kamarilla sich immer mehr geltend mache, und den König zu einem Staatsstreiche, einen Umsturz des Wahlgesetzes und Oktroyirung einer Verfassung, zu bewegen suche. Man rede ihm von angelegtem Aufruhr und Sturmpetitionen vor, und suche ihn vielleicht gar nach dem Beispiele Oesterreichs zu einer Uebertragung der Krone an den Prinzen Albert zu bestimmen. Er hoffe aber, daß das jetzige Landesoberhaupt treu die Verfassung wahren werde. (Bravo!) Ein Staatsstreich würde übrigens die größten Folgen für die Reaktion haben, das Volk würde solchen Verfassungsverletzungen gegenüber Aehnliches beginnen und vielleicht fragen, ob jene Herren die Millionen Steuerentschädigungen mit Recht erhalten hätten? Die Kammermehrheit werde an der Verfassung festhalten, und nur auf verfassungsmäßigem Wege die Demokratie zur Geltung bringen. Vor Allem sey aber eine Umgestaltung der Verfassung nöthig. Zunächst sey das Einkammersystem und suspensive Veto einzuführen, das absolute Veto habe sich stets zur Revolution hingeneigt und dieselbe befördert, während das suspensive derselben entgegenarbeite.

Der Redner begründet noch in längerer Rede die von der Demokratie gestellten Forderungen, wie sie in folgender, von den Mitgliedern der äußersten Linken unterschriebenen Interpellation enthalten sind; dieselbe lautet: „Ist die Staatsregierung gemeint: 1) den jetzt versammelten Kammern eine Umgestaltung der Verfassung im Geiste der Demokratie vorzulegen und dabei für Vertretung des Volkes in Einer Kammer nur Stimmenberechtigung und Wählbarkeit eines jeden volljährigen Staatsbürgers, sowie für ein nur aufschiebendes Widerspruchsrecht der Regierung gegen die Beschlüsse der Volksvertretung auszusprechen, auch das Einkammersystem und das suspensive Veto unerwartet der Begründung der deutschen Reichsverfassung einzuführen? 2) noch im Laufe des gegenwärtigen Landtags die Vorlage auf ein gerechteres Steuersystem nach den Grundsätzen einer progressiven Einkommen- und Vermögenssteuer zu machen? 3) mit den dermalen versammelten Kammern eine Minderung des Staatsaufwandes herbeizuführen und daher sich für Herabsetzung der vereinbarten Civilliste zu verwenden, sowie die Beseitigung der Apanagen, so weit sie nicht nach der Verfassungsurkunde garantirt sind, nicht minder für Aufhebung des jetzt bestehenden Pensionswesens sich zu erklären, vielmehr den Volksvertretern die Befugniß einzuräumen, den Bürgern des Staats, die in seinem Dienst arbeitsunfähig geworden sind, eine Vergütung zu verwilligen, endlich aber auch für die bereits beantragte Einziehung der Gesandtschaften sich zu erklären? 4) sich durch eine Vorlage an die Kammern dahin auszusprechen, daß bei der Wahl der richterlichen Beamten, einschließlich der Staatsanwalte, eine Mitwirkung durch ein von der Volksvertretung auszuübendes Vorschlagsrecht zugestanden, die Verwaltung aber so, daß sie hauptsächlich in die Hände des Volks gelangt und von diesem selbst ausgeht, umgeformt, deshalb namentlich eine allgemeine Gemeindeordnung mit dem Prinzip des Selfgovernment eingeführt werde? 5) für Einrichtung einer allgemeinen Volksbewaffnung an die Stelle des stehenden Heeres, nach dem Muster der schweizer Wehrverfassung, behufs der vorsetzenden Reichsverfassung sich zu erklären? ferner 6) mit einer Vorlage an die Kammern über Befreiung des Grund und Bodens von den Feudallasten herauszutreten und sich gegen die Kammern zu erklären, ob und für welche dieser Lasten der unentgeldliche Wegfall bestimmt werden soll? sowie schließlich 7) nach der durch die Grundrechte bereits herbeigeführten Beseitigung aller Standesvorrechte nunmehr auch alle Orden und den Adel gänzlich aufzuheben."

Schließlich bemerkt der Interpellant, daß er übrigens glaube, daß die Regierung den Willen habe, mit den Kammern zu gehen, und daß er nicht mit seinen Freunden hier ein Schwanenlied gesungen habe. Staatsminister v. Beust verwahrt die Regierung und die Krone vor dem scheinbaren Vorwurf verfassungswidriger Tendenzen hinsichtlich eines Staatsstreichs, worauf Präs. Hensel und Vicepr. Tschirner entgegnen, daß von Verfassungswidrigkeiten von anderer Seite her die Rede gewesen sey. Abg. Bertling erstattet hierauf Bericht über die Wahlen der Abgg. Röckel, Brinkmann und Köchly; es werden dieselben für unbeanstandet erklärt. Sodann begründet Abg. Fincke einen Antrag auf Niedersetzung einer außerordentlichen Deputation für Reform des gesammten Verwaltungswesens. Abg. Reimmann berichtet über ein Pensionsgesuch, das von der Kammer abgelehnt wird, und zum Schluß wird der Druck des vom Abg. Bertling erstatteten Berichts über 113 an die Kammer erlassene Adressen gegen 18 Stimmen beschlossen. (D. A. Z.)

Gotha, den 11. März. Die Abgeordnetenversammlung hat beschlossen, daß die mit dem Herzog erfolgte Vereinbarung wegen der Civilliste mit dem 13. Jan. d. J., wo diese Vereinbarung abgeschlossen wurde, in Kraft trete, und hat die Staatsregierung dringend ersucht, die schon längst projektirte Vereinigung der Kammer- und Landschaftskasse endlich ins Werk zu setzen. Das Volk sieht der Verwirklichung dieses wiederholten Antrags um so ungeduldiger entgegen, als noch immer sehr bedeutende Summen aus der Kammerkasse nach Koburg gesendet werden, obgleich die Abgeordnetenversammlung gegen diese Geldsendungen energische Verwahrung eingelegt hat. — Vom Reichsministerium des Kriegs ist der Befehl eingegangen, daß die hiesigen Truppen, die am 17. März hierher zurückkehren, marschfertig gehalten werden. Sobald die erwartete Nachricht von England eintreffe, werde definitive Ordre erfolgen, ob und wann sie nach Schleswig abmarschiren sollen. Dorthin ist vorläufig auch ein Bataillon des weimarischen, des meiningischen und des reußischen Kontigents bestimmt. (D. A. Z.)

Schleswig, den 9. März. Die Einberufung der schleswig-holsteinischen Landesversammlung auf den 16. März ist gestern durch das Bureau beschlossen worden, nachdem dasselbe von Seiten des Departements der auswärtigen Angelegenheiten Auskunft über den Stand der Dinge erhalten. (Wes. Z.)

Von der Niederelbe, 11. März. Ganz Schleswig-Holstein bekommt wieder ein kriegerisches Aussehen. So findet eine allgemeine Dislokation der Truppen nach Norden hin Statt; bereits ist der Ausmarsch der Würtemberger und mehrerer schlesw.-holst. Bataillone aus Rendsburg, Kiel, Schleswig, Elmshorn rc. in diesen Tagen angesagt; die Badenser haben gestern Altona zu Fuße verlassen und werden übermorgen in Neumünster Rasttag halten; die Altenburger werden von Harburg her heute in Altona erwartet, eine bis jetzt in Ottensen und andern Altona benachbarten Dörfern einquartierte schlesw.-holst. Eskadron bricht heute auf, und vorgestern ward uns von bad. Offizieren versichert, daß am 18. d. M. General Bonin ein Feldmanöver und eine große Heerschau über die Schleswig-Holsteiner, Würtemberger, Badenser, die hessen-darmstädtische Artillerie und die Altenburger bei Bau abhalten wolle. Geist und Disziplin der Truppen sind vortrefflich. Mit großer Befriedigung vernehmen wir, daß diesmal 3 mal so viel Artillerie, und darunter auch viel schweres Geschütz, sowohl zum Feldgebrauch als zu Strandbatterien in Schleswig-Holstein benutzt werden wird. Dagegen wird nur wenig Kavallerie herbeigezogen werden, da dieselbe sich im vorigen Jahre in Schleswig und besonders im Sundewittschen des koupirten und heckenreichen Terrains wegen nicht nützlich erwiesen hat. Wenigstens gilt dies von dem zweiten pommerschen Kuirassierregiment, während die preuß., hannov. und braunschw. Husaren, so wie die hannov. und schlesw.-holst. Dragoner, als Avantgarde, Eskorte, Vedetten, Vorposten und Plänkler sehr gute Dienste geleistet haben. — Die Schleswiger haben ihren Plan, eine General-Deputation nach Frankfurt a. M. zu schicken, als den jetzigen Umständen nicht angemessen, aufgegeben. (Wes. Z.)

Oesterreichische Staaten.

Triest, 8. März. Nachdem vor einigen Tagen sowohl die englische Fregatte Spartan als die französische Dampffregatte Asmodée von ihrer geheimnißvollen Sendung zurückgekehrt sind, langten heute die französische Dampffregatte Panama, die Segelfregatte Psyche und die Dampfkorvette Brasier hier an. Was dieses kleine französische Geschwader hier zu thun hat, weiß man freilich nicht, bemerkenswerth ist aber, daß die „Panama," die zum erstenmal hier anlangt, gegen den Brauch, die Stadt noch nicht begrüßt hat. Der Gemeinderath ladet heute, in Folge eines Ministerialreskripts, die Bürger zur Wahl

von zwei Deputirten nach Frankfurt nebst den betreffenden Ersatzmännern auf den 20. d. ein. Es ist einmal Zeit, daß man daran denkt, unsere Stadt in Frankfuet wiedee vertreten zu lassen! Mit Spannung verfolgt man auch hier die Verhandlungen in der Paulskirche, und hofft, daß, trotz des Geschreies, man sich so verständigen werde, daß das ganze Oesterreich im Bunde werde aufgenommen werden können.
(A. A. Z.)

Von der siebenbürgischen Grenze, 7 März. Die Truppen Bems fingen einen russischen Feldjäger auf, bei dem eine Depesche an den Feldmarschall Windisch-Grätz folgenden Inhalts sich vorfand: „Se. Maj. Kaiser Nicolous I. geruhte eine russisch-militärische Assistenz für die österreichische Armee dort, wo es dee Füest-Marschall für gut erachtet, zu bewilligen. Der Ukas ist zu meinen Händen g langt und ich erwarte die ferneeen diesfälligen Befehle. Im eussischen Lager den 6. Febr. Engelhaedt. Nachscheift. Vor zwei Stunden erhielt ich die mir von meinen vorgesetzten Behörden durch den Exreessen-Rittmeister des 4. Artillerie-Kosakenregiments Ritter Grellow übers ndeten Depeschen."
(Südslav. Z.)

Französische Republik.

† **Paris**, den 12. März. Aus dem Ministerium des Innern ist der Befehl on sämmtliche Präfekten gegangen: unveezüglich eine genaue Liste aller „mobilisabien Citoyens" anzulegen und einzusenden. So soll denn wirklich der alte Plan von den dreihundert Bataillonen mobiler Büegerwehr von dee honetten Republik ausgebeutet werden?

Bourges, 11. März, 7 Uhr Abends. Das Nationalgeeicht hielt auch trotz des Sonntags, eine Sitzung, die vorzüglich den Verhören der Zeugen, Lahure, Lagrange, Advokat von der Rue de la Chaussée d'Antin (nicht der Volksvertreter), Yon der Polizeikommissarius und Buchez's, Expräsidenten der Nationalversammlung gewidmet war. Im Laufe dieser Verhöre tauchte ein neuer russischer Agent, ein He. v. Golowine, auf, der sich rühmte, daß ihm die Polenmanifestation vom 15. Mai über 10,000 Fek. koste. Dee ganze Prozeß wird, dee demokratischen Sache nicht schaden, sondern nützen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Sprech-Saal.

† **Nürnberg**, den 15. März. Nachstehend legen wir ein Foemular zu einem protestantischen Hirtenbrief vor. Ob sich viele Schaafe dazu bekennen, lassen wir dahingestellt seyn: An meine liebe Pfarrgemeinde. Gnade unseres Herrn Jesu Christi sey mit Euch Allen! Ich befehle Euch Gott und der Liebe unseres Heilandes! Aus Auftrag der hohen General-Synode der evangelisch protestantischen Kirche des Königreich Bayerns, soll durch die gesammte Geistlichkeit die Ansprache der General-Synode an die evangelische Christenheit allen Mitgliedern der Pfarrgemeinde mitgetheilt werden. Diese Ansprache ist so herrlich und so wahe, beruht ganz auf der Lehre Jesu und seiner heiligen Apostel, daß sich jeder gläubige Christ, dadurch tief ergriffen fühlen muß. Diese Ansprache ist im Geiste des Herrn, den die hohe Geneeal-Synode zum Beistand anflehte, und soll uns Geistliche und Pfarrkinder in unserem Glaubensmuth stärken, daß wir nicht durch heillose Lehre der Ungläubigen uns von dem Wege des Herrn entfernen; Christus gestern und heute und allezeit derselbe, bleibe nun immer derselbe, die Pforten der Hölle sollen unsern Glauben nicht beugen, wenn auch im Sturm dee Zeit der Teufel mit seinem höllischen Heer uns umbraußte; das Wort, das sollen sie lassen stah'n und keinen Dank dazu haben. Treu wollen wie bleiben dem Herrn und seiner Lehre bis in den Tod. Diesen heiligen hohen Christusglauben erflehe ich Euch Allen meiner lieben Pfarrgemeinde, diesen Glauben verkündige ich Euch in den Namen meines Heilandes, bis mir das Auge bricht, diesen Glauben der höher ist, als aller Menschen Vernunft, nährt und erhaltet in den Herzen Euren Kinder, dann bleibt Ihr in Gott und Gott in Euch. Diese Ansprache der hohen Generalsynode haben meine lieben Gemeindevorstände jedem Pfarrkinde der Reihe nach mitzutheilen, und nach demüthiger kindlicher Durchlesung dem Pfarramte wieder zuzufertigen, um sie bei der Pfarr-Registratur aufbewahren zu können. Ich verbleide meiner Pfarrgemeinde in Christo Jesu Ihe

Oberferrieden, den 12. März 1840.

getreuer Pfarrer Brügel.

Die letzte Vorstellung der Hugenotten, zum Benefiz für Fel. Reuß bot den Freunden der Musik und des Gesangs durch die unübertreffliche Leistung der liebenswürdigen Benefiziantin einen seltenen Kunstgenuß dae. Wenn auch die Darstellung dee andern Haupt- und Nebenpartieen, so wie die Chöre Manches, ja hie und da Vieles zu wünschen übrig ließen, so entschädigte uns Frl. Reuß in so reichem Maaße für jene Mängel durch ihre wahre und künstlerische Schöpfung, daß dennoch gewiß Jedermann befriedigt das Haus verließ Die Spalten dieser Blätter gestatten nicht, uns in eine umfassendere und kritische Beleuchtung All' des Schönen und wiederum Mangelhaften, was uns an jenem Abend geboten ward, einzulassen, allein nue so viel sey hier gesagt, daß Frl. Reuß im Duett des dritten Akts mit Marcel einzig dastand, und eine Bravoue und einen Stimmenaufwand entfaltete, wie wir ihn früher von ihr noch nie hörten. Noch ausgezeichneter wurde das Duett im vierten Akt mit Raoul (He. Sabano) executirt, und wir bemerkten mit inniger Theilnahme, wie das herrliche Zusammenwirken der beiden Künstler in dieser hinreißenden und die Seele tief erschütternden Scene so manchem schönen Auge eine Perle entlockte. Möge diese erzeugte Wirkung eine Entschädigung statt der ausgebliedenen und wohlverdienten Lorbeerkränze und Blumen für Frl. Reuß und Hr. Sabano bilden. Mit Vergnügen vernehmen wie, daß uns in nächster Zeit noch einige bedeutende musikalische Genusse bevorstehen; es ist dies die Darstellung dee so lange ersehnten Opee Maetha von Flotow. Die Titelrolle befindet sich in den Händen des Frl. Reuß, mit den anderen Hauptpartieen sind Frl. Pruckner und die HH. Sabano und Heeger betraut. Ausserdem erwartet uns am nächsten Charfreitag ein großes Musikfest, welches Herr Musikdirektor Grobe unter Zuziehung bedeutender Gesangskräfte im Katharinensaale mit Frl. Reuß zu geben beabsichtigt. L. v. Beethoven's Christus am Oelbeeg und Rossini's herrliches Stabat Matee werden darin zur Aufführung kommen.

Anzeigen.

Mit einer Beilage.

An die Zurechtweiser
im Korrespondenten v. u. f. D. Nr. 62.

Die Adreßunterzeichner in Neustadt lassen doch mit sich reden, nehmen das Gesagte zu Herzen, und geben darauf Antwort. Wer also von ihnen sagen wollte, sie seyen taub gegen jedes vernünftige Wort, thut ihnen Unrecht; wer von ihnen behaupten würde, sie hätten kein menschliches Gefühl, müßte sie nicht kennen, und wer meint, sie sollten nicht widerbellen, ist im Irrthume. Sie bellen ja nicht wider, weil ihnen nicht Einer ihres Gleichen gegenüber redet; sie erbarmen sich doch der armen Jugend, indem sie an die Entfernung der Lehrer von ihrem Amte erinnern, und die Erbarmung ist gewiß ein menschliches Gefühl; sie antworten doch auf das vernünftige Wort, es sey besser, die unterscheidenden Kirchenlehren (gute Werke, Priesterehe, Abendmahl u. s. w.) dem Konfirmandenunterrichte zuzuweisen, statt dieselben in der Schule zu behandeln, mit der gottesfürchtigen Behauptung, daß nun auch von keiner Vorsehung, von keinem persönlichen Gott mehr die Rede seyn werde. Denn wenn von „rein kirchlichen Dogmen“ geredet wurde, so waren darunter doch wohl solche zu verstehen, welche in der einen Kirche Geltung haben, aber in der andern nicht, und wodurch sich also die Kirchen von einander u n t e r s c h e i d e n. — Man muß es den Neustädter Adressenunterschreibern Dank wissen, daß sie erkannt und bezeugt haben, wer ein gewissenloser Lehrer ist. Ein solcher will nämlich vorschreiben, was und wie viel von der christlichen Religion in der Volksschule gelehrt werden soll. Das ist eben so unerhört, als wenn ein Pfarrer sich selber vorschreiben wollte, was und wie viel er nach Zeit und Umständen in seiner Gemeinde zu predigen habe. Zwar hat der Pfarrer das Predigen gelernt: er soll sich dabei nach der Fassungskraft seiner Gemeinde richten, und Zeit und Umstände wohl erwägen; aber der Lehrer hat ja nur die Erziehung mit der Unterrichtkunst gelernt; er soll bei Anwendung derselben die Fassungskraft seiner Schüler nicht erwägen, und darnach nicht bestimmen, w a s und w i e v i e l diesen zuträglich sey. Thut er es doch, so ist er gewissenlos. Er soll also Luthers kleinen Katechismus auswendig lernen lassen, und dessen Anhang von Gebeten und der Haustafel, und 693 Bibelsprüche (in einem Buche von 152 Seiten), und dazu eine verhältnißmäßige Anzahl von Kirchenliedern. Und indem die Kinder in ihr Gedächtniß ein Buch von 152 Seiten wörtlich aufnehmen müssen, wovon recht Vieles vom jugendlichen Alter gar nicht verstanden werden kann, müssen sie zugleich unterrichtet werden über Taufe und Abendmahl (wozu doch im Konfirmandenunterricht noch Zeit wäre), über die Ehe (als ob die 8jährigen Knaben und Mädchen schon heirathen wollten), über die Pflichten der Bischöfe, Pfarrherren und Prediger (da diese doch niemals an ihre Pflichten erinnert zu werden brauchen); die Kinder müssen unterrichtet werden über die Hurer, über die Ehebrecher, über die Knabenschänder und wenn der Lehrer sich erfrecht, zu sagen, dies gehöre nicht für die Schuljugend: so ist er gewissenlos. — Einen tiefen Scharfsinn haben die Neustädter Adressenunterschreiber entwickelt, daß sie in dem „unaussprechlichen Seufzer“ den Gottesläugner entdeckt haben. Nur schade, daß kein Verständiger dies glaubt. Und da ich nicht so unbescheiden bin, sie selber zu den Unverständigen zu zählen: so bin ich überzeugt, daß sie selber auch nicht glauben, was sie da gesagt haben und wenn sie dafür am Tage des Gerichtes verdammt werden, so geschieht dieß nur zum Preise der ewigen Gerechtigkeit. Daß die Pfarrer das Volk verdummt haben und wieder verdummen wollen, ist eine wahre Verleumdung; aber die Schullehrer sind daran unschuldig. Diese wissen es recht gut, und ich habe es noch gestern im Hilmar Euras gelesen, daß die Volksbildung während des Mittelalters ganz allein in den Händen der Priester war. Und diese haben innerhalb 1000 Jahren eine Volksbildung hergestellt, daß 1527 der weichherzige Melanchthon oft weinen mußte über die unglaubliche Dummheit 1) der Pfarrherren, 2) des Volkes. Kann man aber an das Verdummen denken, wo die Dummheit ohnehin schon so groß ist, daß sie zu Thränen rührt? — Dann schrieb Luther seinen kleinen Katechismus für die Hausväter, um Kinder und Gesinde daraus zu fragen, und seinen großen Katechismus für die Pfarrherren, um darüber nachzupredigen. Aber das genügte dem Pfarrherren nicht lange. Als Schulen errichtet waren, mußten die Kinder die beiden Katechismen auswendig lernen: 200 Jahre lang. Im letzten Jahrhundert kamen dazu noch die Gedenksprüche und die Heilsordnung des Seiler'schen Katechismus, Kirchenlieder ohnehin auch, und 75 Psalmen, Episteln und einzelne Bibelsprüche, oder Hübner's 2 mal 52 biblische Historien. Ist es nun nicht offenbare Verläumdung, zu sagen, die Geistlichen haben das Volk verdummt, wenn 300 Jahre nachher die Kinder vielmehr lernten, als 300 Jahre vorher die Pfarrherren? — Und wenn heutiges Tages ein 7jähriges Kind noch nicht lesen kann: ist es denn dummer, als viele damalige Pfarrherren, welche es auch nicht konnten? — Freilich hat man vor etwa 30 Jahren (an manchen Orten noch früher) angefangen, die Jugend zu versäumen, und sie nimmer viel auswendig lernen zu lassen. Man hat die Schulen verweltlichet, und hat die Jugend über die natürlichen Dinge unterrichtet, als ob es keine Gespenster und Hexen und anderen Teufels-Spukk gäbe. Eine solche Verweltlichung der Schule ist aber nicht zu dulden. Wenn nun darauf gedrungen wird, daß durch einen geeigneten Unterricht der Glaube an Hexerei und Zauberei, an Gespenster und Teufelerscheinungen wieder allgemein entsteht: so weiß ja das Volk mehr, als selbst die Verständigsten wissen; und man will von Verdummung reden? — Wo hat die ganze Naturgeschichte einen redenden Esel, wie Bileam einen hatte? Welcher Sternkundige hat es so weit gebracht, wie Josua, da er die Sonne still stehen hieß? Welcher Gärtner bringt dürre Stecken zum grünen, wie Aaron, der sie nicht einmal ins Wasser steckte? — Und wenn das Manna noch immer vom Himmel, d. h. von den Bäumen fallt, wie vor Zeiten, und wenn noch immer die Wachteln über das Meer fliegen: müßten da die Pfarrer nicht Unrecht haben, welche sagen, es sey nur 40 Jahre lang geschehen? — Und man will von Verdummung reden, wenn man nicht Unrecht haben will? Das sey ferne! — Freilich haben die Schullehrer nicht widersprochen, als ein Atheist, das will sagen: Gottesverläugner, in Frankfurt (es ist aber nicht zu glauben, daß ein solcher Narr in die Reichsversammlung geschickt wurde) behauptete, er wolle mit Hülfe der freien Schule das Christenthum aus Deutschland schaffen; sie haben aber blos darum nicht widersprochen, weil sie den Mann besser verstanden haben, als die Neustädter Adressenunterschreiber. Er meinte nämlich, d a s Christenthum ganz und gar nicht, nach welchem alle Menschen als Kinder Gottes dessen Willen thun sollen; sondern er redete von d e m Christenthum, nach welchem das Kind im Mutterleibe verflucht ist, nach welchem Gott durch Blut zu versöhnen war und welches den ungetauften Menschen als dem Teufel verfallen hinstellt. Jenes Christenthum meinte er, welches Unfrieden säet in die gemischten Ehen, welches befahl, die Waldenser zu erschlagen, die Salzburger und Zillerthaler aus dem Lande zu treiben, den Huß und Servet zu verbrennen, Glaubensgerichte anzuordnen, Ketzer von ihrem Amte zu entfernen und Bluthochzeiten zu halten. Er meinte jenes Christenthum, welches den Glauben höher stellt, als die Liebe, welches den Kant in der Lehrfreiheit beschränkte, über Fichte eine Untersuchung einleitete, christliche Kinder aus christlichen Schulen entfernt und in einem „unaussprechlichen Seufzer“ den Gottesläugner wittert. Ein solches Christenthum sollte aber nicht bloß aus Deutschland, sondern von der ganzen Erde verbannt werden. Dies Alles wissen und wünschen die Neustädter Adressenunterschreiber fast eben so gut, wie die Schullehrer. Wenn sie aber gleichwohl von gewissenlosen Schullehrern reden, so haben sie sich damit bloß einen Spaß machen wollen, der ja ernsthaften und rechtschaffenen Männern zur Würze des Lebens so drollig ansteht, wie einem Bären das Tanzen.

Die Kreisregierung und die Volksschullehrer.

Die kgl. Regierung von Mittelfranken hat unterm 27. v. M. an alle Lokalschulkommissionen, Distriktsschulinspektionen, Stadtkommissariate, Distrikts-Polizeibehörden und unmittelbare Magistrate folgendes Reskript das Verhalten der Schullehrer betreffend ergehen lassen:

Im Namen Sr. Maj. des Königs. Schon seit einiger Zeit muß die kgl. Regierung die betrübende Wahrnehmung machen, daß die Schullehrer in den Städten wie auf dem Lande mit gänzlicher Mißkennung ihrer Stellung, und ganz allein von dem Streben nach Verbesserung ihrer materiellen Verhältnisse und größerer Selbstständigkeit in ihrem Wirkungskreise angetrieben, sich nicht allein in einem schriftlichen Kampf mit ihren geistlichen Vorgesetzten einlassen, sondern sich auch den extremsten politischen Ansichten der Alles reformiren wollenden Partei angeschlossen haben; ja es ist sogar zur Anzeige gekommen, daß Lehrer ihre Pflicht, die Jugend im Guten zu unterrichten, und ihre Gemüther allem Edlen und Wahren aufzuschließen, vernachläßigen und ihre Stellung benützen, um Irrlehren und verkehrte politische Ansichten unter ihren Schülern zu verbreiten, und so das Gift politischer Parteikämpfe in die unbefangenen Seelen zu träufeln, deren Heranbildung zu tüchtigen und nützlichen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft ihnen anvertraut ist. Es bedarf keiner weitern Erörterung, daß dieses Verhalten der Schullehrer, wie es hervortritt ins öffentliche Leben, den Eltern und Vormündern Anlaß zu den ernstesten Besorgnissen gibt und schon hie und da die Idee zur Errichtung von Privatschulen hervorgerufen hat.

Es bedarf aber noch weniger der Andeutung, daß es eine gebieterische Pflicht der Schulbehörden ist, diesem verderblichen Geiste allenthalben auf das Entschiedenste entgegen zu treten, wo und in welcher Gestalt er sich immer zu erkennen geben mag. Zur Uebung dieser heiligen Pflicht will die kgl. Regierung alle Lokalschulcommissionen in den Städten und alle Distriktsschulinspektionen auf dem Lande allen Ernstes hiedurch aufgefordert haben. Dieselben werden nicht unterlassen, im Wege der Güte da Alles zu versuchen, wo es gilt, einen Verirrten auf die rechte Bahn zurückzuführen, sie werden aber auch nicht versehen, in Fällen, in welchen ihnen Verdorbenheit des Gemüthes und Unempfänglichkeit für die zugegangenen Warnungen entgegentreten sollte, die ihnen zu Gebote stehenden Mittel behufs der Herbeiführung disciplinarischer Einschreitung — welche gegebenen Falls selbst in der Entlassung vom Schulfache bestehen kann — in Anwendung zu bringen. Die kgl. Regierung gibt sich hiebei dem Vertrauen und der sichern Erwartung hin, daß sie von allen Schul- und Polizeibehörden mit gleichem Eifer und unerschrockener Thätigkeit unterstützt werden wird, wo es gilt, die Zukunft des Gesammtvaterlandes vor großem Unglücke zu bewahren. Ansbach, 27. Februar 1849. K. Regierung von Mittelfranken, Kammer des Innern. Freiherr von Welden.

Wenn wir dieses Reskript nicht so stillschweigend hinnehmen, als es vielleicht gewünscht und erwartet wird, so geschieht dieß, weil wir durchaus nicht geneigt sind, unbegründete Anschuldigungen auf uns sitzen zu lassen, und weil wir dem Volke, das uns seine Jugend, die Hoffnung seiner Zukunft, anvertraut hat, es schuldig zu seyn glauben, Rechenschaft abzulegen von unserem Thun, und die etwa angeregten Besorgnisse desselben zu zerstreuen und zu vernichten. Das Regierungs-Reskript wirft den Schullehrern „gänzliche Mißkennung ihrer Stellung“ vor. Wir kennen diese Stellung nur zu gut, welche man uns bisher angewiesen hatte und auf der man uns auch für die Zukunft gerne festbannen möchte, die unwürdige Stellung willenloser Unterwürfigkeit gegen alle möglichen Behörden, gegen geistige und weltliche Bevormundungs-Anstalten, überhaupt gegen Jeden, der, berufen oder unberufen, Lust hatte, die Schule als die Rennbahn seiner Willkür, den Lehrer als den Sündenbock seiner Laune zu betrachten. — Wir kennen aber auch die Stellung, welche uns von Gottes und Rechts wegen gebührt, und die man uns gerne durch alle möglichen Hindernisse unzugänglich machen möchte, die ehrenvolle Stellung, Träger der Volksbildung, Erzieher der Volksjugend, Verbreiter des Lichtes und der Aufklärung zu seyn. Daß wir uns entschieden für diese Stellung erklärt haben, versteht sich von selbst, und die k. Regierung sollte stolz darauf seyn, den Unterricht der Jugend in den Händen solcher Männer zu wissen, welchen ein so erhabenes Ziel vorschwebt. — Freilich traut das Regierungs-Reskript den Schullehrern keine edleren Beweggründe zu, als daß sie „g a n z a l l e i n von dem Streben nach Verbesserung ihrer materiellen Verhältnisse und größerer Selbstständigkeit in ihrem Wirkungskreise angetrieben“ werden. Daß wir anstreben, was hier angeführt wird, ist wahr, vollkommen wahr. Es ist aber auch nicht minder wahr, daß unsere materiellen Verhältnisse bisher größtentheils nicht einmal nach den Gesetzen der Billigkeit, noch weniger aber nach denen der Gerechtigkeit geregelt waren. Denkt man nur an die Hunderte von Gehilfen und Verwesern, die 10 bis 12 Jahre lang um 150 fl. arbeiten müssen, um endlich mit einer Stelle begnadigt zu werden, die 200 fl. jährl. erträgt, so wird man dieses Streben begreiflich u. mehr als

gerechtfertiget finden. — Das Bemühen, das geistliche Joch abzuschütteln, damit wir größere Selbstständigkeit in unserem Wirkungskreise erlangen, muß denn doch wohl begründet seyn. Es ist begründet durch das unbestreitbare Recht, sich eines Usurpators zu entledigen, es ist begründet durch den Willen des Volkes, der sich in den Grundrechten deutlich genug ausgesprochen hat. Namentlich diese Gründe, und nicht etwa Eigennutz und Eitelkeit „ganz allein“ leiten unser Streben. Leider mußten sich die Schullehrer deßwegen „in einen schriftlichen Kampf mit ihren geistlichen Vorgesetzten,“ einlassen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil diese geistlichen Vorgesetzten nicht freiwillig und gutwillig auf die Macht verzichten wollen, unsere Vorgesetzten zu seyn, blos weil sie geistlich sind. Dieser Kampf kann kein anderer seyn, als ein schriftlicher, und wir Lehrer sind ebenso gut, wie jeder Deutsche überhaupt berechtiget, durch das freie Wort und die freie Presse für unser Recht und gegen unsere Feinde in die Schranken zu treten. Unsere Gegner sind freilich bedeutend im Vortheile, denn ihnen stehen außer der Presse noch Kanzel und Altar, Beichtstuhl und Armenpflege, Konventikel und seelsorgerliche Hausbesuche zu Gebote, und sie wissen den gegebenen Vortheil weidlich zu benutzen. Die Umtriebe und Wühlereien unserer „geistlichen Vorgesetzten“ sind kein Geheimniß mehr, sondern wiederholt in öffentlichen Blättern zur Kenntniß des Volkes gebracht worden. Natürlich handeln nicht alle Geistlichen so unchristlich und lehrerfeindlich; die Ehrenmänner aber, die dieser Stand zählt, sind es eben auch nicht, gegen die sich unser Kampf richtet. Sie werden wir im Gegentheile um so mehr zu schätzen und zu achten wissen. —

Ferner sagt das Regierungs-Rescript, daß die Schullehrer „sich den extremsten politischen Ansichten der Alles reformiren wollenden Partei angeschlossen haben.“ Das soll wohl eine Umschreibung des beliebten Ausdruckes „Umsturzpartei“ seyn. Nun ist dieser Begriff aber sehr relativer Natur, und Mancher hält für Umsturz, was wirklich eine Reform ist, während er, vielleicht aufrichtig, meint, seine Reaktionsversuche wären die Reform. Wenn man aber im Allgemeinen „die Schullehrer in den Städten wie auf dem Lande“ ohne Ausnahme gleichsam als einen Haufen Unruhstifter hinstellen will, so ist dies doch etwas stark. Der Lehrer ist Staatsbürger, wie jeder Andere auch; eine politische Ansicht muß er haben, wenn er nicht für indifferent gelten will, und eine Ansicht zu haben, kann man eben weder befehlen noch verbieten. Uebrigens ist es eine sehr natürliche Folge der Verhältnisse, daß die Schullehrer nicht von oben herab ihr Heil erwarten, denn man ließ sie zu lange vergeblich warten und bitten. Sie stehen mitten im Volke, gehören zum Volke, arbeiten für das Volk, stützen sich auf die Liebe des Volkes, auf den Willen des Volkes und seiner Vertreter. — Weiter ist es „sogar zur Anzeige gekommen, daß Lehrer ihre Pflicht vernachlässigen und ihre Stellung benützen, um Irrlehren und verkehrte politische Ansichten unter den Schülern zu verbreiten und so das Gift politischer Parteikämpfe in die unbefangenen Seelen zu träufeln.“ Es ist wohl kaum möglich, die obschwebenden Zeitfragen beim Schulunterrichte gänzlich zu umgehen; es wäre auch gar nicht recht. Man sollte es den Lehrern Dank wissen, wenn sie irrige politische Vorstellungen, die die Kinder, besonders auf dem Lande, von Erwachsenen annehmen, berichtigen, und überhaupt ihre Schüler, „deren Heranbildung zu tüchtigen und nützlichen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft ihnen anvertraut ist,“ durch einen vernünftigen Unterricht wirklich ihrer Bestimmung entgegen zu führen suchen. Sollten sich hie und da einzelne Lehrer in dieser Beziehung durch mißverstandenen Eifer zu ungeeigneten Abschweifungen haben verleiten lassen, so kann man dieß dem Stande in seiner Gesammtheit eben so wenig zur Last legen, als oben „die extremsten politischen Ansichten.“ Uebrigens beruhen die „betrübenden Wahrnehmungen,“ welche die kgl. Regierung seit einiger Zeit machen mußte, auf „Anzeigen.“ Diese können, wenn sie keine Denunciationen seyn sollen — und solche nimmt eine königl. Kreisregierung doch wohl nicht an — nur von den „geistlichen Vorgesetzten“ kommen, und dieselben sind eben — Partei. — So weit unser Gesichtskreis reicht, haben wir noch nicht die Wahrnehmung machen können, daß „dieses Verhalten der Schullehrer die Idee zur Errichtung von Privatschulen hervorgerufen hat,“ wohl aber wurde uns schon in das Gesicht gesagt, daß man Kirchenschulen, Konfessionsschulen errichten werde. „Eltern und Vormünder“ sind es jedoch nicht, die diese Idee gefaßt haben. Das Regierungs-Rescript macht es nun allen „Schul- und Polizeibehörden“ zur „heiligen,“ zur „gebieterischen Pflicht,“ diesem verderblichen (!) Geiste auf das Entschiedenste entgegen zu treten,“ droht den Lehrern mit „Herbeiführung disciplinarischer Einschreitung, gegebenen Falls selbst mit der Entlassung vom Schulfache (!!)“ und schließt mit einer Aufforderung zu „unerschrockener Thätigkeit (!!!) wo es gilt, die Zukunft des Gesammtvaterlandes vor großem Unglücke zu bewahren.“ Auch wir — Brüder und Amtsgenossen! — auch wir wollen eine „unerschrockene Thätigkeit“ entwickeln, um die Zukunft des Gesammtvaterlandes nicht nur vor großem Unglück zu bewahren, sondern auch unser Volk, so viel an uns liegt, auf die Stufe zu bringen, die ihm gebührt, die eines freien, mündigen Volkes würdig ist. Und du, deutsches Volk, dessen Jugenderzieher zu seyn wir berufen sind, stehe bei uns und hinter uns in unserm gerechten, heiligen Kampfe für Recht, Freiheit und Wahrheit! Gott sey mit uns!

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer

Sprech-Saal.

Curiosum.

Wir vernehmen, daß das hiesige protestantische Dekanat (wahrscheinlich in Uebereinstimmung mit der übrigen Geistlichkeit des Kapitels?) folgende Anträge gestellt hat: 1) Die unter Mitgliedern der freien Gemeinde geschlossenen, von dem dortigen Geistlichen eingesegneten Ehen sollen als wilde Ehen betrachtet werden. 2) Jedes von dem Geistlichen der freien christlichen Gemeinde getaufte Kind muß, wenn es einmal vielleicht wieder zu den alten Gemeinden zurücktreten wollte, wieder getauft werden. 3) Schulkinder der freien christlichen Gemeinde sollen aus den Armenschulen gewiesen werden und auch die Zahlschulen nur dann ferner besuchen können, wenn sie an dem dortigen altlutherischen Religionsunterricht Theil nehmen. Wir danken ganz ergebenst für diese neuen Grundrechte, glauben aber, ein Dekan und ein geistliches Kapitel, welches heut zu Tage noch solche Dinge verlangen kann, tauge weder mehr in unsere Zeit, noch in unsere Stadt. (Bravo! Noch einmal Bravo!)

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 18 März 1849. № 77. Sonntag: Anselmus.

†† Politische Schlagschatten.

I.

Das Jahr 1848 gehört ohne allen Zweifel zu den besondersten und merkwürdigsten, welche die Natur-, wie die Völker- und Staatengeschichte in ihre Blätter einzutragen vermag. In der Natur entfaltete sich mit den wärmeren Strahlen der Sonne ein blüthenreicher Frühling, dem eine lange nicht dagewesene Fülle und Güte von Früchten aller Art folgte. Im Völkerleben trieb auch der Frühling die reichsten und vollsten Blüthen, leider entsprach die Ernte der Früchte diesem schwellenden Blüthendrange nicht. Die Speicher der Rechte und Freiheiten des Volkes sind nur spärlich gefüllt. Die März-veilchen haben ein allzu kurzes Daseyn gehabt.

Ueber volle dreißig Jahre lag über den Deutschen ein schmachvoller Druck, umsonst wendeten sie sich immer an ihre Fürsten, denen sie beigestanden waren in den Tagen der Noth, als Napoleon die stolzen Aare seiner Eroberungsgelüste die Fittiche entfalten ließ, umsonst mahnten sie die Fürsten an die heiligen Versprechungen, die sie abgelegt, als ihre Throne wankten. Die Gefilde um Leipzig lagen voll Todter, die Feuer des 18. Oktobers leuchteten von Bergen zu Bergen weit hinein in die deutschen Gauen; aber die todten Helden wurden begraben und die Feuer verloschen; ebenso erstarben die Verheißungen in den Herzen der Fürsten. — Armes Deutschland, für Deine Einheit, für Deine Freiheit erhebst Du Dich, zu Deiner Zerstückelung, zu Deiner Knechtschaft erniedrigten Dich die Künste der Diplomatie und die Ränke des Pfaffenthums. Und wahrlich, wäre nicht Deine Jugend regsamer geblieben, wären nicht von Zeit zu Zeit von Aussen Anstöße gekommen, (Frankreich, Polen,) Du hättest alle Anlagen zum allergehorsamsten Philister. So aber verdankst Du Deiner burschenschaftlichen Jugend das Wartburgfest, die Feste zu Hambach, Gaibach und auf dem Wartberge bei Heilbronn am Neckar und das unglückselige Unternehmen in Frankfurt a. M. 1833, Alles kühne Aufschwünge nach den schönen ungemessenen Höhen der Freiheit, denen als Lohn der enge dumpfe Raum der Kerker zu Theil wurde. Die burschenschaftlichen Untersuchungen, auch noch über die Universitätsjahre hinaus, die Demagogenhetzen, die Inquisitionsprozesse mit den Ausnahmengesetzen und alle die Metternich'schen Justiz- und Administrativgräuel sind zur Genüge bekannt und das Unbegreifliche in der Sache bleibt nur, daß diese heillose Wirthschaft so lange fortdauern konnte. Den Fürsten gieng es dabei freilich nicht schlecht, sie thaten, was sie wollten, und die Völker zahlten, was sie sollten, d. h. was man ihnen abverlangte und darin gab es nur einen formellen Unterschied, denn sowohl in den absoluten Staaten, wie in den konstitutionellen Monarchieen mit den theuren und erbärmlichen Kammermajoritäten, für welch letztere schon ein nichtswürdiger Wahlmodus mit den gleichnamigen Anhängseln fürstlicher Exklusivmaßregeln sorgte, mußten die Staatsangehörigen (zumeist Unterthanen genannt) den hohen Herren von Gottes Gnaden die Annehmlichkeit, Ruhe und Sicherheit ihres Daseyns mit ihrem Eigenthume bezahlen. Dagegen hatten sie aber auch das Vergnügen, alles mit „fürstlich königlich" benannt zu wissen, bis auf die Schulden, welche alljährlich größer wurden. Diese hießen aus purer Leutseligkeit und Herablassung: Staatsschulden. So wurde fortregiert nach Belieben, Leidenschaft und Neigungen jeglicher Art mit schlechten Gesetzen und Verordnungen, willfährigen Ministerien, bürgerfeindlichen Soldaten, verdummenden Geistlichen, abhängigen Schulregimentern hohen und niedern Ranges und einem Beamtenheere, dessen Ergänzungen und Anstellungen sehr oft an Schürzenbändern und am Nepotismus hiengen, während auch die Gemeinden in den Städten und auf dem Lande von dem Lirum-Larum-Löffelstiel der Fraubasenherrschaft und Zopfmaschen sich durch gebotene Umstände und verfehlte Einrichtungen nicht emanzipiren konnten, ja nicht einmal wollten, weil das einmal Gewohnte auch das Bequeme ist. Das war die Herrlichkeit jener Polizeistaaten, die ihre Gesammtexistenz auf den Terrorismus setzen konnten.

Die Fürsten aber saßen unverantwortlich in ihren Residenzen, fern von der Wahrheit über die Zustände ihres Landes und Volkes, umgeben von ihren Höfen und Camarillen, woran sich auch der Adel wie ein langer Kometenschweif reihte, oder sie machten kostspielige Reisen und ließen sich's wohl seyn. Während das Volk immer mehr verarmte, legten die Fürsten die bedeutendsten Summen bei der englischen Bank an, oder sandten wohl auch Millionen über Millionen zu dynastischen Zwecken in fremde Länder. Durch Verheirathungen ergänzen sie sich fortwährend und schlingen ein festes Band um einander, das nur hie und da durch politische und diplomatische Zwischenfaktoren etwas gelockert wird. Der übrige Adel, namentlich der höhere, suchte es bisher in der Reinhaltung der Race dem Fürsten nachzuthun *) und nur finanzielle oder auch andere Rücksichten ließen die Vollblutansprüche des Adels zuweilen, in neuerer Zeit öfter außer Acht.

*) Aeußerte ja doch der weiland Fürst Lichnowsky, als die Aufhebung des Adels im deutschen Parlament zur Sprache kam, daß, wenn auch der Adel aufgehoben würde, die Comtessen doch nicht aus ihrem Stande hinaus heirathen würden.

Deutsche Staaten.

München, 15. März. Der Flügeladjutant Sr. Maj. des Königs, Freiherr v. d. Tann, der tapfere Führer der nach ihm benannten holsteinischen Freischaar begibt sich morgen abermals nach Schleswig, um an dem erneuerten Kampf Theil zu nehmen. (A. Abdz.)

München, 16. März. Es geht hier das Gerücht, daß die Kammern schon auf den 25. d. Mts. statt auf den 10. April werden einberufen werden. (Bayer. Ldb.)

??? **Erlangen**, 16. März. Man hört neuerdings davon, die bayerische Regierung wolle der Kammervertagung eine förmliche Auflösung der gegenwärtigen Kammervertagung folgen lassen, weil sie hoffe, daß man dann solche Abgeordnete schicken werde, die mehr zarte Rücksichten gegen die Regierung an den Tag legen würden. Wie die Stimmung hier ist, so dürfte sich die Regierung sehr täuschen; es würden dieselben Abgeordneten wieder erwählt werden und noch Andere, diesen gleichgesinnte, hinzukommen. Die Regierungen sollen und müssen dem Volke endlich gerecht werden. Gegen diesen entschiedenen Willen des Volks helfen keine Beamtenumtriebe mehr. —

Mannheim, den 14. März. Gestern Abend wurde hier plötzlich die Wache an der Rheinbrücke um ein Bedeutendes unter Leitung eines Offiziers verstärkt: Patrouillen durchzogen die Nacht über die Stadt, und dem Rheinbrückenpersonale wurden seine Pflichten und eine geschärfte Aufmerksamkeit in Erinnerung gebracht. Diese Maßregeln werden voraussichtlich von längerer Dauer seyn. Es ist zu vermuthen, daß dieselben durch die Besorgniß vor dem schon längst besprochenen großartigen republikanischen Aufstande hervorgerufen wurden. Es sollen an die Behörden verschiedene Warnungsbriefe gelangt seyn. Man spricht auch davon, daß Ludwigshafen durch bayerische Mannschaft stärker als bis jetzt besetzt werde, und daß preußische Artillerie sich auf dem Wege hieher befinde. Ein badischer Regierungskommissär aus Karlsruhe verweilt gleichfalls in unserer Stadt. Man könnte also aus allem diesem auf nahe bevorstehende Ereignisse schließen. (Schw. M.)

Rastatt, 13. März. Heut morgen 7 Uhr 41 M. sind Struve und Blind mittelst des regelmäßigen Personenzuges unter starker Bedeckung nach Freiburg abgeführt worden. In dem Bureau des Stationshauses scheinen die Gefangenen sich seit ihrer Haft zum ersten Male wieder gesehen zu haben, denn Blind wurde von Struve herzlich ja zärtlich bewillkommt. Das Auftreten und das Aeußere beider Gefangenen war wesentlich verschieden von jenem, als sie hieher verbracht wurden. Ein unheimliches, unstätes Umherirren der Augen abgerechnet, war im Allgemeinen im Gesichte Struves ruhige Ergebung ausgeprägt, auch an Blind war das frühere, trotzige und übermüthige Benehmen nicht mehr in demselben Grade bemerkbar. (K. Z.)

∞ **Frankfurt**, 15. März. (186. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.) Salzburg steuert zur deutschen Flotte 300 Gulden bei. v. Gagern zeigt an, daß er die von Raumer gestellte Interpellation erst morgen beantworten werde, da eine österreichische Note eingelaufen sey, die berücksichtigt werden müsse; da soll dann auch Würths Interpellation Erwiederung finden. Reichshandelsminister Duckwitz antwortet auf Eisenstuck's Interpellation. Aus dieser Interpellation geht hervor, daß Viel unnützes Zeug vorgenommen, Geld und Zeit in Wind und Wasser geschlagen worden ist, doch erfährt man auch, daß Deutschland gegenwärtig 3 angekaufte Dampffregatten, (darunter „Erzherzog Johann", (ist das nicht ächt deutsch?) u. „Barbarossa"), 6 Dampfcorvetten, 1 Segelschiff von 32 Kanonen, 36 Kanonenböte u. Jollen inne hat, für deren Umänderung, Bemannung und Rustung, Beaufsichtigung ꝛc. gesorgt ist; daß nicht noch mehr geschehen, daran sey lediglich die Zahlungsrenitenz mehrerer deutschen Staaten Schuld. Nun sey aber ein Grund gelegt und Deutschlands schwarz-roth-gelbes Kriegsbanner wehe als Zeichen der Einheit zum erstenmale auf dem Meere. Möge diese Einheit auch auf dem Festlande sich bald zeigen! Rießer erstattet Bericht über den Welcker'schen Antrag. Der Ausschuß hat sich in seiner Majorität für den Beschluß entschieden: 1) Die gesammte deutsche Reichsverfassung, wie sie jetzt nach der ersten Lesung und nach möglichster Berücksichtigung der Wünsche der Regierungen durch den Verfassungsausschuß redigirt vorliegt, durch einen einzigen Gesammtbeschluß anzunehmen; jedoch mit den Modifikationen, daß a) nunmehr §. 1 folgende Fassung erhalte. „Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiet des deutschen Bundes unter folgenden näheren Bestimmungen: „den österreichischen Bundeslanden wird der Zutritt offen gehalten," „die Festsetzung der Verhältnisse des Herzogthums Schleswig bleibt vorbehalten;" b) daß, so lange die österreichischen Bundeslande dem Bundesstaate nicht beigetreten sind, die nachfolgenden Staaten eine größere Anzahl von Stimmen im Staatenhause erhalten, nämlich Bayern 20, Sachsen 12, Hannover 12, Würtemberg 12, Baden 10, Großherzogthum Hessen 8, Kurhessen 7, Nassau 4, Hamburg 3. 2) Dem nächsten nach Einführung der Verfassung zusammentretenden Reichstage das Recht vorzubehalten, in seiner ersten Sitzungsperiode Aenderungen einzelner Bestimmungen der Verfassung in Gemeinschaft mit der Reichsregierung in den Formen der gewöhnlichen Gesetzgebung zu beschließen. 3) Durch denselben Gesammtbeschluß auch das Wahlgesetz, so wie dasselbe in der ersten Lesung angenommen wurde, nunmehr definitiv zu genehmigen, jedoch mit den beiden Modifikationen, daß a) so lange die österreichischen Bundeslande dem Bundesstaate nicht beigetreten sind, in § 7 die Zahl von 100,000 auf 75,000, und dem entsprechend in den §§ 8 und 9, von 50,000 auf 40,000 herabgesetzt werde, auch die Punkte sub 6 und 7 der Reichswahlmatrikel, sowie die besondere Bestimmung wegen Lübeck in § 9 wegfallen. b) daß in § 13 die früher vom Verfassungsausschuß vorgeschlagene Fassung: „das Wahlrecht muß in Person aus-

geübt, die Stimme mündlich zu Protokoll abgegeben werden," angenommen werde. 4) Die in der Verfassung festgestellte erbliche Kaiserwürde Se. Maj. dem Könige von Preussen zu übertragen. 5) Das feste Vertrauen auszusprechen, daß die Fürsten und Volksstämme Deutschland's großherzig und patriotisch mit diesem Beschluß übereinstimmen, und seine Verwirklichung mit aller Kraft fördern werden. 6) Zu erklären, daß sofern und so lange der Eintritt der deutsch-österreichischen Lande in den deutschen Bundesstaat und seine Verfassung nicht erfolgt, die Herstellung eines möglichst innigen und brüderlichen Bundes mit denselben zu erstreben sey. 7) Zu beschließen, daß die Nationalversammlung versammelt bleibe, bis ein Reichstag nach den Bestimmungen der Reichsverfassung berufen und zusammengetreten seyn wird.

Die Tagesordnung bringt die Berathung eines Auswanderungsgesetzentwurfes. Nach einer Debatte, in welcher Fallati zeigte, daß die Auswanderung nach den Donauländern, welche Oesterreich vorschlug, deßhalb noch nicht stattfinde, weil die Donauländer in dem Besitz von Völkern seyen, die keine Rechtssicherheit zu bieten vermöchten. Der Gesetzentwurf wird angenommen in folgender Fassung: Gesetz, den Schutz und die Fürsorge des Reichs für deutsche Auswanderer betreffend.' §. 1. Der Schutz und die Fürsorge des Reichs für deutsche Auswanderung wird durch ein, von der Centralgewalt einzusetzendes Auswanderungsamt geübt, und hat sich dasselbe zu diesem Zweck namentlich mit den Einzelregierungen, sowie mit den Auswanderungsvereinen in Verbindung zu setzen. §. 2. Dem Auswanderungsamte steht das Recht zu, Agenten für Auswanderung zu ernennen und zu entlassen. Nur die vom Auswanderungsamte ernannten Agenten sind befugt, Agenturen für Auswanderung zu betreiben. Wer ohne diese Erlaubniß derartige Geschäfte betreibt, verfällt in eine Geldstrafe bis zu 1000 fl Rh. § 3. Jeder Agent für Auswanderer ist verpflichtet, zur Sicherung gewissenhafter Erfüllung der von ihm gegen Auswanderer übernommenen vertragsmäßigen Obliegenheiten eine von dem Auswanderungsamte bestimmte angemessene Kaution zu bestellen. Rheder, Schiffsmäkler und Expedienten in den Seestädten, so wie solche Unteragenten, für welche Agenten haften, sind hiervon ausgenommen. §. 4. Die Agenten für Auswanderung haften den Auswanderern für alle erweislichen Schäden, welche diesen aus unterlassener oder nicht pünktlich erfolgter Erfüllung der von ihnen, im Namen und Auftrage Dritter, mit denselben zur Beförderung abgeschlossenen Verträge erwachsen, so wie für alle aus Nichtbefolgung gesetzlicher Verordnungen zugezogenen Nachtheile. Bei Beförderung von Auswanderern von deutschen Seehäfen aus hört diese Verbindlichkeit mit der kontraktlich erfolgten Einschiffung auf. Die Agenten sind zum Ersatze der Schäden aus eigenen Mitteln und ohne sich dagegen durch Beziehung auf diejenigen schützen zu können, in deren Auftrage sie mit den Auswanderern Beförderungsverträge abgeschlossen haben, als Selbstschuldner verpflichtet. §. 5. Zur Sicherung übersee'scher Auswanderungen von deutschen Seehäfen aus werden von dem Auswanderungsamte über die Beförderung der Auswanderer, insbesondere über Verproviantirung der Schiffe, über den für die Unterbringung der Passagiere nach den Bestimmungen in §. 10 erforderlichen Schiffsraum, über die Verpflegung der Passagiere am Hafenplatze bis zur Einschiffung und über die Assekuranz der Passage- und Verwendungsgelder für alle deutschen Seehäfen gleichförmige Bestimmungen getroffen. §. 6. Jeder Agent, welcher Kontrakte zur Beförderung deutscher Auswanderer von nicht deutschen Seehäfen aus abschließt, ist gehalten, die Passage- und Verwendungsgelder, in Gemäßheit der für deutsche Seehäfen geltenden Verordnungen und Gesetze, durch Assekuranz zu decken, und die darüber ausgestellte Police an den Reichskonsul am Einschiffungsplatze abzugeben, oder in Ermangelung eines solchen eine beglaubigte Abschrift davon an das Auswanderungsamt sofort einzusenden. §. 7. Bei Beförderung von Auswanderern von nicht deutschen Seehäfen aus ist der Agent verpflichtet, außer der nach §. 3 bestellten allgemeinen Kaution noch eine besondere Kaution nach Bestimmung des Auswanderungsamtes zu leisten. §. 8. In nichtdeutschen europäischen Seehäfen sind die Reichskonsuln verbunden, die deutsche Auswanderung zu überwachen, und besonders dafür zu sorgen, daß den Passagieren die abgeschlossenen Ueberfahrtskontrakte pünktlich gehalten und erfüllt werden, auch nöthigenfalls zu diesem Zwecke bei Gericht und jeder anderen geeigneten Behörde, einzuschreiten. §. 9. Jeder Agent hat die Auswanderer, deren Beförderung er übernimmt, vor Abschließung des Kontraktes von den Einwanderungsgesetzen des jenseitigen Landes in Kenntniß zu setzen, und ihnen mit der Kontraktsurkunde einen Abdruck der nach §. 5 zu erlassenden Verordnungen einzuhändigen. §. 10. An Bord eines Schiffes mit Passagieren ist diesen ein Raum von mindestens 12 Quadrat-Fuß rheinländisch auf freier Deckoberfläche, bei wenigstens 6 Fuß Höhe im Zwischendeck, für den Kopf, — wobei jedoch Kinder unter einem Jahre nicht mitgerechnet werden, — zu gewähren. In so fern fremde Gesetzgebung einen größeren als jenen Schiffsraum vorschreiben, hat das Auswanderungsamt in Uebereinstimmung damit das Erforliche anzuordnen. Für pünktliche Befolgung der für den Schiffsraum getroffenen Bestimmungen haftet bei Auswanderungen von fremden Seehäfen aus der Agent, im Fall sich der Auswanderer eines solchen bedient; bei Auswanderungen von deutschen Seehäfen aus hingegen liegt deren Ausführung der obrigkeitlichen Behörde ob.

§. 11. Alle fremden Schiffe, welche in deutschen Seehäfen Passagiere an Bord nehmen, sind den gesetzlichen Bestimmungen für Auswanderung und für deutsche Seehäfen unterworfen. Der Expedient oder Korrespondent eines fremden Schiffes, welches Passagiere in deutschen Seehäfen aufnimmt, ist verpflichtet, durch den betreffenden Konsul oder in Ermangelung eines solchen durch die obrigkeitliche Behörde, den Kapitän des Schiffes zur Ausstellung einer gerichtlichen Urkunde anzuhalten, wodurch derselbe so wie das Schiff für die gewissenhafte Erfüllung der übernommenen Obliegenheiten und zum Schadenersatz verbindlich gemacht wird. §. 12. Die von den Agenten nach §§. 3 und 7, bei Beförderung von Passagieren von nicht deutschen Seehäfen aus geleistete Kaution, so wie die von dem Kapitän eines fremden Schiffes nach §. 11 übernommene Verbindlichkeit ist nur dann als erloschen zu betrachten, wenn durch den Reichskonsul oder in Ermangelung eines solchen durch die geeignete Behörde am Landungsplatze bei Ankunft des Schiffes die Erfüllung der den Passagieren während der Reise gewährleisteten kontraktähnlichen Bestimmungen glaubhaft bescheinigt wird. §. 13. In den aussereuropäischen Häfenplätzen, in welchen sich Reichskonsuln befinden, steht die Auswanderung unter deren besonderer Aufsicht. Bei der Ankunft eines jeden deutschen Schiffes mit Auswanderern hat sich der Kapitän sofort bei dem Reichskonsul zu melden und demselben seine Passagierliste nebst dem Schiffsjournale vorzulegen. Der Reichskonsul hat entweder selbst oder durch einen Bevollmächtigten bei Ankunft eines jeden Schiffes mit deutschen Auswanderern vorkommende Klagen wegen ihrer Behandlung während der Reise entgegenzunehmen, darüber ein Protokoll, nach Befinden unter Vernehmung von Zeugen, abzufassen, und dasselbe an das Auswanderungsamt einzusenden. Der Reichskonsul hat in jeder Hinsicht, namentlich gegen das Schiff und den Kapitän, die Rechte der Passagiere zu vertreten und hierzu nöthigenfalls den Schutz und die Hülfe der Gerichte oder anderer Behörden in Anspruch zu nehmen. §. 14. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika haben die Reichskonsuln sich mit den in den Haupthafen bestehenden deutschen Gesellschaften in Verbindung zu setzen, um in Gemeinschaft mit denselben und den örtlichen Behörden das Interesse der Eingewanderten wahrzunehmen, auch denselben zu ihrer Weiterbeförderung und Ansiedelung insbesondere mit ihrem Rathe behülflich zu seyn. Auch sonstige im Auslande für die deutsche Auswanderung nöthig geachtete Maßregeln geschehen durch das Auswanderungsamt. §. 15. Die Reichskonsuln haben bei Ausübung ihrer in den §§. 8, 13 und 14 vorgezeichneten Obliegenheiten die Bestimmungen zu befolgen, welche das Reglement für Konsuln enthält. §. 16. Gegenwärtiges Gesetz tritt mit.... (dem von der Centralgewalt festzusetzenden Tage) in Wirksamkeit. Schließlich wird von der Versammlung beschlossen, morgen keine Sitzung zu halten, sondern dieselbe erst auf Sonnabend festzusetzen.

Frankfurt, den 14. März, Abends. Durch den Telegraphen ist so eben die Nachricht von Berlin, 14. März, $5\frac{1}{2}$ Uhr Abends, hier eingetroffen, daß die erste preussische Kammer den nachstehenden Paragraphen einer Antwort auf die Thronrede fast einstimmig angenommen hat: „Die von Ew. Majestät gehegten Wünsche für die innige Vereinigung aller deutschen Staaten zu einem Bundesstaate leben mit gleicher Stärke in dem Herzen des Volkes. Die Befriedigung der Sehnsucht nach dem einigen Deutschland ist eine Nothwendigkeit; sie ist entsprechend der tief begründeten Erkenntniß, daß vor Allem in dieser Vereinigung alle geistigen und materiellen Fragen, welche unser Vaterland bewegen, gelöst, die mahnenden Bedürfnisse der deutschen Nation in ihrem staatlichen, gewerblichen und Handels-Leben befriedigt werden können. Diese Einigung wird das deutsche Volk zu der Größe und Herrlichkeit erheben, zu welcher es nach seiner Lage im Herzen Europas besonders befähigt und berufen ist. Je mehr der Augenblick zur Verwirklichung dieses Gedankens herannaht, desto stärker tritt für Preussen der Beruf hervor, die bis dahin bewiesene Bereitwilligkeit, dazu mitzuwirken, auf das Entschiedenste zu bethätigen. Sollte derselbe unter den gegenwärtigen Umständen nicht zu einer Vereinigung aller deutschen Staaten führen, so wird Preussen die Anerkennung nicht versagt werden können, daß dieser unerwartete Ausgang von ihm weder herbeigeführt, noch abzuwenden gewesen ist. Wir werden in der Bildung eines engeren Vereines innerhalb des Bundes eine zweckentsprechende Anbahnung des großen Ziels mit Befriedigung erkennen, und Euer Majestät Regierung in Ueberwindung der sich entgegenstellenden Schwierigkeiten und Hindernisse mit aller Kraft zur Seite stehen." (Frkft. O.-P.-Z.)

Frankfurt, den 14. März. Der Verfassungsausschuß hat seinen Bericht dahin abgestattet, daß er vorschlägt, die Verfassung mit den in Berücksichtigung der Wünsche der Regierungen getroffenen Aenderungen, und das Wahlgesetz mit einer einzigen Abänderung, nämlich mit der Annahme der öffentlichen Abstimmung, in einer Abstimmung anzunehmen. Es gehen unter den Abgeordneten Listen herum zur Unterzeichnung eines hiemit übereinstimmenden Programms, welches zahlreiche Unterschriften findet. (Frkft. O.-P.-Z.)

Frankfurt, den 14. März.) Dürfen wir den Berichten der nunmehr zurückgekehrten Gesandten des großdeutschen Verfassungsausschusses trauen, so gehört es zu den weiteren Ansichten der österreichischen Regierung, daß der gesammte deutsche Bundesstaat in 6 oder 7 Kreise getheilt würde, daß das ganze Oesterreich einen dieser Kreise bilde und daß für diese Kreise auf jede Million Einwohner ein Abgeordneter zum Staatenhause gesandt werde, so daß Oesterreich in Anwendung dieses statistischen Grundsatzes 38, das übrige Deutschland nur 32 Vertreter in diesem Staatenhause zählen würde. Außerdem würde Oesterreich den beständigen Vorsitz im Direktorium führen, während es den andern deutschen Staaten nicht erlaubt seyn würde, noch besonders Vereinigungen unter sich einzugehen. So z. B müßte der Zollverein sofort aufhören! (D. Z.)

Frankfurt, den 14. März. Graf Stadion soll hier eingetroffen seyn. Vielleicht gelingt es ihm noch, das Werk der deutschen Einheit zu stören. Vielleicht auch nicht. Vielleicht ist das deutsche Parlament so beschränkt, sich noch nicht überzeugt zu haben, daß ein deutsches Parlament eine ganz unnöthige, überflüssige und unzulässige Einrichtung sey. Der Verfassungsausschuß beantragt, den Welcker'schen Antrag anzunehmen, jedoch dem nächsten ordentlichen Reichstage Abänderungen an der Verfassung ohne die hiefür vorgeschriebenen erschwerenden Formen vorzubehalten, zugleich auch für den Fall, daß Oesterreich nicht beitreten werde, eine andere Vertheilung der Stimmen im Staatenhause alsbald zu beschließen. Ferner, das Wahlgesetz in der Fassung, wie es aus der ersten Lesung hervorgegangen, anzunehmen mit der einzigen Abänderung, daß öffentliche Stimmgebung an die Stelle der geheimen trete. Morgen sind, was gewiß kein Redner vergessen wird, die Iden des März, an welchen Cäsar fiel. Man vergesse nur nicht, daß das römische Volk statt des aus der Welt geräumten Cäsar einen Augustus erhielt und einen Tiberius. (D. Z.)

Frankfurt, 13. März. Trotz der gestrigen Erklärung Gagerns, daß er von einer russischen Note in Betriff der deutschen Verfassungsfrage keine Kenntniß habe und es auch nicht wahrscheinlich halte, daß eine solche an die deutschen Höfe gegangen sey, erfahre ich heute aus ganz zuverlässiger Quelle, daß dennoch von Rußland die Erklärung gemacht worden: 1) daß es keinerlei Aenderung der Verträge von 1815 dulden werde, 2) daß es für den Fall des Krieges gegen Dänemark diesem hilfreich seyn werde und ihm bereits Geldmittel zur Verfügung gestellt, 3) daß es die Erwählung eines deutschen Kaisers als einen casus belli betrachte. Diese Erklärung soll zuerst in Olmütz und dann in Berlin gemacht worden seyn, und in Oesterreich sofort die Octroyirung der Verfassung zur Folge gehabt haben. Braucht das deutsche Volk noch Beweise von gewissen Bündnissen und von den Absichten der Fürsten? Und wie wird es da mit dem preussischen Erbkaiser aussehen? Wahrlich, wenn es sich nicht auf sich selbst verlassen

kann, dann ist es gewiß verloren. Aber Deutschland, wir hoffen es, Deutschland d. h. das deutsche Volk wird wachen, und in der Stunde der Gefahr feststehen gegen seine innern und äussern Feinde. (N. Sp. Z.)

LPC Frankfurt, 14. März. Welcker hat neulich die Frage aufgeworfen: Wenn die „Republikaner" sagten, ohne republikanische Regierungsform könne Deutschland nicht einig, mächtig und stark werden, um aber Republik zu werden, bedürfe es der Hülfe Frankreichs, und um diese zu erhalten, müsse man das linke Rheinufer an Frankreich abtreten, würde man dann nicht mit Recht sagen, das seyen Landesverräther? Und wie müsse man nun diejenigen nennen, welche um einer Regierungsform willen, um aus dem übrigen Deutschland ein Kaiserreich machen zu können, das ganze Deutsch-Oesterreich aus Deutschland hinausstießen und an die Slaven abträten?

Und jetzt läßt sich derselbe Welcker durch Bassermann und Dusch bereden, ohne Rücksprache mit seiner Fraktion einen Antrag zu stellen, durch welchen er den Erbkaiserlichen in die Hände arbeitet.

Gestern Abend ist der Welcker'sche Antrag, die ganze Verfassung in Bausch und Bogen anzunehmen und dem König von Preussen die deutsche Kaiserkrone zu übertragen, im Verfassungsausschuß zur Berathung und Abstimmung gekommen. Der Antrag Lassaulx's, bezüglich des Welcker'schen Antrages die Tagesordnung vorzuschlagen, ist verworfen worden, nur Schreiner, Wigard, Schüler und Römer sind dem Lassaulx'schen Antrage beigetreten. Der Welcker'sche Antrag selbst ist dann, jedoch mit Vorbehalt einer anderen Fassung, namentlich der Punkte 1 und 4 bis 8, mit 14 gegen 16 Stimmen angenommen worden.

Während die Erbkaiserlichen allenthalben bemüht sind, bange zu machen, die Gefahren des Vaterlandes mit den schwärzesten Farben zu malen, und als das einzige Rettungsmittel darzustellen, daß man sich schleunigst unter die Fittiche des preussischen Adlers flüchte, regaliren sie uns zugleich mit großen und volltönenden Redensarten von Muth, von einem kühnen Schritt, von einer großen That, von entschiedenen Maaßregeln, welche uns nöthig seyen. Und dieser kühne Schritt, diese große That, diese entschiedene Maaßregel, soll eben darin bestehen, — daß wir uns unter den Schutz der preussischen Kanonen und Bajonette stellen. Würde das wirklich unsern Muth dokumentiren?

Hannover, 13. März. [Sitzung der II Kammer.] Auf der Tagesordnung steht die bereits gestern angekündete (und mitgetheilte) Interpellation Freudentheils über die Publikation der Grundrechte und die nach der Hannoverschen Zeitung dem Advokaten Grotefend vom König ertheilte Antwort. Freudentheil bringt die Interpellation ein. Stüve gibt rücksichtlich der Publikation der Grundrechte keine Erklärung. Die Antwort des Königs anlangend, lehnt er jede Befugniß wie Verpflichtung ab, auf etwas zu antworten, was die persönlichen Verhältnisse des Königs angehe, und was insbesondere die zweite Frage betrifft, so würde er es für ganz unzweckmäßig halten, wenn bei Verhandlungen, welche die Bildung eines neuen Ministeriums angehen, die Contrasignatur eines Ministers erfordert werde, welcher auf diese Weise selbst seinen Nachfolger ernennen würde. Den allgemeinen Inhalt der Antwort würde er übrigens wohl beantworten können, indem darin allgemeine Sätze ausgesprochen würden, deren Richtigkeit der Abgeordnete für Stade gewiß selbst nicht verkenne. Freudentheil: Er entnehme aus dieser Antwort, daß der Herr Minister nicht antworten wolle. Jene Worte seyen in Beziehung auf eine Demonstration gegen die Grundrechte gesprochen und gegen die zweite Kammer gerichtet. „Will der Herr die Verantwortung dafür übernehmen, daß die Stände nicht als ehrliche und rechtliche Leute angesehen werden?" Stüve: Das liege nicht in den Worten. Lang jun. betrachtet die Interpellation als erledigt, da der Minister die Verantwortung übernommen habe, es frage sich nun, ob der Abg. für Stade Anträge stellen werde. Freudentheil: Er werde Anträge machen. Ellissen: Nach der Erklärung, daß die Minister für das, was die persönlichen Verhältnisse des Königs angehe, die Verantwortlichkeit nicht übernehmen, stelle er die Frage, ob zu solchen persönlichen Angelegenheiten, die Verleihung von Orden zu zählen sey. Bekanntermassen habe das Verleihen hannoverscher Orden, hannoverscher Ehrenzeichen auf Windischgrätz und Jellachich in Hannover, ja in ganz Deutschland, große Mißstimmung erregt. Er erlaube sich die Frage, ob den Ministern solche Ordensverleihungen bekannt seyen, oder ob sie zu den rein persönlichen Angelegenheiten des Königs gehören? Stüve: Bis jetzt würden die Orden nicht von den Ministern vertheilt. Ellissen: Er freue sich, dadurch die Ueberzeugung zu erhalten, daß die verantwortliche Regierung des Landes an jenen Ordensverleihungen keinen Theil habe. Dabei könne er nicht umhin, sein inniges Bedauern auszusprechen über die Verleihung hannoverscher Ehrenzeichen an Individuen, welche, unbeschadet ihrer dem Hause Habsburg-Lothringen geleisteten Dienste, in der öffentlichen Meinung Deutschlands als Feinde der deutschen Sache betrachtet wurden, an deren Händen das Blut eines deutschen Nationalvertreters klebe. (Als der Name Windischgrätz zuerst genannt wurde, erhob sich ein Sturm der Entrüstung.) Stüve bedauert, daß die Angelegenheit hier zur Diskussion, gekommen sey. Er habe mit Windischgrätz und Jellacic nichts gemein, müsse aber anerkennen, daß die Leute als reine Soldaten ihre Pflicht gethan haben. Wrede bezeugt, daß der Unwille über die Ordensverleihungen allgemein sey. Ellissen: Er wolle sich kein Urtheil über das Verhalten jener Herren anmassen, was sie gethan, hätten sie mit ihrem Gewissen abzumachen, die Weltgeschichte und Kulturgeschichte werde darüber rechten. Nur das habe er hervorheben wollen, daß durch die Ordensverleihung der öffentlichen Meinung entgegengetreten sey; er wünsche, daß diese mehr Berücksichtigung finde. (Z. f. Nrdd.)

Hannover, 13. März. [Sitzung der zweiten Kammer.] Nachdem die Kammer um 1¼ Uhr die Sitzung ausgesetzt hatte, weil die Minister noch nicht erschienen waren, wurde die Sitzung 2 Uhr wieder eröffnet. Ein Regierungsschreiben vom 13. März mit mehreren Anlagen wird verlesen. Es enthält die Eröffnung, „daß der König die Entlassung der Minister nicht angenommen hat, daß die Minister die Regierung fortführen und daß die Grundrechte nicht publicirt werden." Das Schreiben wird auf die Tagesordnung für morgen gebracht, ebenso ein Antrag von Freudentheil, jede Berathung bis zur Erledigung der deutschen Sache auszusetzen. (Z. f. Nrdd.)

Kassel, den 12. März. Das Ansinnen der Republikaner an den Stadtrath, auf dem neuen städtischen Todtenhofe eine Blums-Eiche pflanzen zu dürfen, soll dem Vernehmen nach vielfachen Anklang bei den Stadtrathsmitgliedern gefunden haben; ein Beschluß ist bis jetz nicht gefaßt. (D. Z.)

Jena, den 12. März. Auch hier kam es gestern Abend zu einer Schlägerei mit den durchmarschirenden Reußen, welche gefährlich hätte werden können, wenn nicht der Generalmarsch die Soldaten zum Sammelplatz gerufen hätte. Bürger und Studenten sind bei dem Vorfall gänzlich unbetheiligt. Eine Rotte ungezogener Buben, dazu einige Weiber und Bummler, reizten die „Helden von Süßenborn" mit Hohn, bis sie losschlugen. Es fielen mehrere Verwundungen vor. Die Bürgerschaft, über diesen Skandal entrüstet, und um ihren Ruf besorgt, dringt auf Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen. Die heute wieder abgezogenen Reichstruppen aus den berühmten Ländern Reuß sind ein derber, nicht viel Spaß verstehender Menschenschlag, von kraftvollem Aussehen und — wie man sagt — von großer Produktivität. Der Volkswitz nennt sie die thüringischen Kroaten. (A. A. Z.)

Schleswig, 11. März. Dem Vernehmen nach ist eine Kriminalanklage gegen den Advokaten Baudiß in Rendsburg von der Regierung angeordnet, weil er in einer der letzten Nummern der „schleswig-holsteinischen Ztg." zu einer Volksversammlung bei Schleswig eingeladen hat, um daselbst auszusprechen und zu bethätigen, daß Friedrich VII., König von Dänemark, nicht länger als Herzog von Schleswig-Holstein anzuerkennen, sondern als Landesfeind, und seines herzoglichen Thrones verlustig sey. (S.-H.-Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, den 9. März. Die Bekanntmachung des Marine-Ministers Zahrtmann über den Wiederbeginn der Blockade ist vom 7. d. M. und lautet wörtlich also: „Das Marineministerium bringt hiemit zur Kunde, daß alle Häfen und Einfahrten in den Herzogthümern Schleswig und Holstein, vom 27. d. M. angerechnet, werden blockirt werden, doch mit Ausnahme der Inseln Alsen und Arröe und der übrigen Orte, welche sich unter der königlichen Autorität befinden. Die Blockade wird späterhin für jeden Ort aufgehoben werden, sobald derselbe in die Hände der gesetzmäßigen Regierungsmacht fällt, worüber die Bekanntmachungen alsdann ergehen werden."

Italienische Staaten.

Rom, den 5. März. In Ferrara ist eine päpstliche Gemeinderegierung eingesetzt worden unter dem Schutz der Oesterreicher, die als Besatzung im Fort sind. General Haynau legte der Stadt eine Kontribution von 200,000 Scudi auf, als Entschädigung für die von Oesterreich bei der Zerstörung des Forts von Comacchio erlittenen Verluste. Heute geht das Gerücht, Monf. Dominico Savelli, habe sich mit dem Grad eines apostolischen Legaten der Provinz nach Ferrara begeben. Kardinal Antonelli hat im Namen Pius IX. gegen die Veräusserung der Kirchengüter protestirt, und vor dem Ankaufen derselben gewarnt. (A. A. Z.)

Rom, den 3. März. Es ist mir gelungen, eine Thatsache zu erfahren, die man in einigen Kreisen, welche aus bewährten und über geheime Dinge oft gut unterrichteten Personen bestehen, als den wahren Grund der verzögerten Intervention bezeichnet. Hr. Freeborn, der englische Konsularagent, hatte neulich eine Unterredung mit Hrn. Rusconi, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten der Republik. Dieser äußerte mit großer Festigkeit gegen Hrn. Freeborn: daß wenn Oesterreich und Neapel in den römischen Staaten bewaffnet eingeschritten, der Widerstand ein wüthender und verzweifelter gewesen wäre; es würde das größte Blutbad gegeben haben; die demokratische Partei hätte die päpstlichen Paläste untergraben und den Klerus niedergemetzelt; bei einer Intervention Frankreichs und Englands dagegen, versicherte er, würde die demokratische Partei nachgegeben und sich unterworfen haben. (A. A. Z.)

Mailand, 13. März. Gestern traf ein piemontesischer Ingenieurmajor im Hauptquartier zu Mailand ein, der dem Marschall die Aufkündigung des Waffenstillstandes überbrachte. Motivirt war diese Aufkündigung dadurch, daß der Marschall durch die Heimsuchung Ferrara's, dann durch die Vorbereitungen, Venedig anzugreifen, endlich durch Ueberschreitung des Schweizergebietes den Waffenstillstand gebrochen hätte. Bemerkenswerth ist es, daß dieses Aktenstück weder vom König, noch von dem Chef der Armee, sondern nur von dem Minister des Aeußern unterzeichnet war. Der Marschall Radetzky gab gar keine Erwiederung darauf, sondern nur eine einfache Bestätigung, daß er das Schreiben empfangen habe. Die Korps werden nun concentrirt, in den Städten, die größtentheils befestigt wurden, bleiben schwache Garnisonen zurück; der Marschall wird über 55,000 bis 60,000 Mann zu verfügen haben, mit denen er manövriren kann. Das Hauptquartier dürfte in einigen Tagen nach Crema abgehen. Aus Mailand flüchtet sich nun alles, was sich den Oesterreichern geneigt gezeigt hat. — Verona und Südtirol sind die Zufluchtsorte. Ueberhaupt dürften der Stadt Mailand noch trübe Tage bevorstehen — eine schwache, auf das Castell beschränkte Garnison, eine Unzahl Gesindel, das auf Raub und Plünderung erpicht ist. Es wird daher aus den gutgesinnten Bürgern jedes Bezirks eine Guardia di sicurezza errichtet, welche die Ruhe aufrecht erhalten soll.

Nach weitern Mailänder Briefen wurde für den Wiederbeginn des Kriegs nur eine Frist von 8 Tagen gesetzt. Die Feindseligkeiten werden also am 20. März beginnen.

Oesterreichische Staaten.

Pesth, den 11. März. Nach der glaubwürdigen Erzählung eines Ingenieurs der ungarischen Centraleisenbahn, welcher mit dem gestrigen Abendtrain nach Pesth kam, haben die Insurgenten den Zusammenstoß mit den kaiserlichen Truppen abermals vermieden, Szolnok geräumt und die dortige Brücke abgetragen. Die Theiß ist sodin aufs neue die Scheidegränze zwischen beiden Feldlagern. Die Post, die gestern nach Fünfkirchen ging, ist zurückgekommen, da Banden von Marodeurs und Landstürmlern die Straße unsicher machen. Es wurde eine Schwadron Dragoner zur Säuberung des Weges beordert. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Sprech-Saal.

Kirchliches.

Wenn man sich fragt, wer denn eigentlich an der gegenwärtigen religiösen Bewegung in unserer Stadt und in Bayern überhaupt Ursache sey, so kann man nicht anders antworten, als das Oberkonsistorium und die Konsistorien, welche dem protestantischen Bayern mit Gewalt den alten Teufels- und Erdsündenglauben wieder aufdringen wollten. Daß sich die Bewohner von Nürnberg diesen von der Bildung der Zeit bereits lange gerichteten alten Glauben für die Dauer nicht würden aufnöthigen lassen, war vorauszusehen. Die Nürnberger sind gewohnt, selbstständig zu denken und waren auch in religiöser Beziehung mit dem Zeitgeist fortgeschritten. Wir erinnern uns noch recht gut unserer rationalistischen Prediger Beillodter, Witschel, Seidel: warum hat man uns solche Prediger nicht gelassen? Da hörte man kein ewiges Schelten, Poltern und Verdammen, da hörte man nichts vom versöhnenden Opferblut, von dem Gotte Jesus, von der ewigen Verdammniß aller Menschen, die davon ihren Ursprung ziehen soll, daß die Eva einst einen Apfel gegessen habe: da erschien unser Christenthum in seiner Wahrheit, da war Jesus das auserwählte Werkzeug Gottes, den Menschen die Religion des Friedens und der Tugend zu bringen, da war er ein erhabenes Tugendmuster für uns Alle, da hieß es, in allerlei Volk, wer Gott fürchtet und recht thut, ist ihm angenehm: da wurde nicht immer gedonnert: Glaube, daß du eine verdammte Kreatur bist, glaube an den Gott Jesus, glaube, daß dich nur sein Opferblut von Sünden rein waschen kann! Nein, der allgütige, gerechte Gott, den Christus lehrt, verdammt nicht alle unschuldigen Kinder, alle die Millionen Menschen, die von einem vergossenen Blute Jesu nichts wissen; dieser gerechte Gott kann nicht seinen unschuldigen Sohn hinschlachten lassen, um sich durch sein Blut mit den Menschen zu versöhnen; denn ist er gerecht, so wird er den Schuldigen und nicht den Unschuldigen strafen müssen, und ist er allgütig, so wird er den Sündern eher verzeihen, als daß er erst noch seinen Sohn durch sie hinrichten läßt, um ihnen gnädig zu werden. Wie schön sagt Jesus: Lasset die Kindlein zu mir kommen; denn ihrer ist das Himmelreich! Wo ist denn da eine Spur von einer Erbsünde? Wir wissen wohl, daß man Stellen dagegen bringen kann; aber man muß eben Jesum in seinem ganzen Auftreten auffassen und berücksichtigen, daß das neue Testament nicht von einem, sondern von mehreren theilweise völlig unbekannten Verfassern erst etwa 30 Jahre nach Jesu Tode ausgegangen ist, wo unter seinen Anhängern in der damaligen wundersüchtigen Zeit schon allerlei wunderbare Sagen entstanden waren, wie es auch bei allen christlichen Heiligen noch geschehen ist, die man dann mit seiner Lehre vermengte und in die Bibel mit hineintrug. Die Leute waren damals im Juden- und Heidenthum noch zu sehr an die Versöhnung durch Opferblut gewöhnt: als nun die anderen Opfer aufhören sollten, so entstand der Gedanke, der unschuldig hingerichtete Stifter unserer Religion bilde ein blutiges Opfer und sey ein Opfer ein für alle Mal. Wenn nun aber die Protestanten der Rheinpfalz mit königlicher Genehmigung sich von dem Oberkonsistorium und den Konsistorien, die in ihrer Hartnäckigkeit für das alte Lutherthum nicht zu verbessern sind, völlig losgesagt haben; sollten die Einwohner von Nürnberg nicht das gleiche Recht haben? Die Rheinpfälzer haben bereits einen weit vernunftgemäßeren Katechismus: wäre es nicht das Kürzeste, sich vorläufig an die Rheinpfalz anzuschließen, und dieselben Freiheiten zu verlangen, welche die dortige protestantische Kirche hat?

Anzeigen.

Erklärung.

Ich erkläre hiemit, daß ich in dem Protokolle, welches über meine Aussage in Betreff des Leumunds der Schleifer Rauml'schen Eheleute in der öffentlichen Sitzung des k. Kreis- und Stadtgerichts Nürnberg vom 15. d Mts. vorgelesen wurde, auf einem Irrthume beruhen muß, indem ich nicht gesagt habe, daß die Schleifer Rauml'schen Eheleute schon gestahlen haben oder wegen Diebstahls in Untersuchung gewesen sind.

Ich erkläre hiemit vielmehr, daß ich die Schleifer Rauml'schen Eheleute für ehrliche Leute halte, denen ich irgend einen Diebstahl nicht nachweisen kann, und daß es mir leid thut, durch ein Mißverständniß ihre Ehre blosgestellt zu haben.

Zur Beruhigung der Schleifer Rauml'schen Eheleute gebe ich diese Erklärung ab, damit sie allenthalben, wo sie es für nöthig finden, davon Gebrauch machen können.

Nürnberg, am 16. März 1849.

Th. Heinrich Eder.

Carl Christ. Braun,

Regenschirmfabrikant in Nürnberg neben dem Plobenhof am Hauptmarkt S. No. 622,

erlaubt sich hiemit ein hochverehrliches Publikum zu benachrichtigen, daß bereits die neuesten Stoffe für Sonnenschirm diesjähriger Saison bei ihm eingetroffen sind, weshalb er unter Versicherung bester und billigster Bedienung um geneigte Aufträge bittet.

Um das Lager zu räumen, werden einige hundert seidene Sonnen- seidene und zeugene Regenschirme von bester Qualität zu herabgesetzten Preisen abgegeben.

Warnung.

Der Müller Weidner zu Gerelsmühle mischt unter seine Kleie, die er zum Verkauf gibt, Sand, und zwar so, daß dem Vieh, was davon frißt, die Zähne aufstehen, ja sogar im Mist wird man den Sand gewahr. Es wird daher der Müller Weidner hiemit gewarnt, das Sandunter mischen zu unterlassen, und macht zugleich die Behörde auf das Treiben dieses Müllers in besagter Beziehung aufmerksam.

Einer, der schon lange Zeit sein Vieh von der Kleie des Müllers Weidner füttert.

Verkaufs-Termin.

Das Haus S. Nro. 679 am Hauptmarkt dahier, worauf ein reales Grosspfragnerei-Geschäft mit bedeutender Nahrung betrieben wird, und dessen äusserst günstige Lage, nebst schöner, heller Laden sich zu jedem andern Geschäft vollkommen eignet, wird durch Unterzeichneten im Auftrag des Besitzers, eingetretener Familienverhältnisse wegen, mit oder ohne Realrecht öffentlich verkauft.

Hiezu ist Termin Montag den 19. März 1849 Vormittags von 9—12 Uhr im Bureau L. Nro. 191 in der Adlerstrasse anberaumt, wozu zahlungsfähige Liebhaber eingeladen werden

Nürnberg, den 8 März 1849.

J. J. Pfeiffer jun.
Kommissionär.

Lehrlings-Gesuch.

Ein mit den nöthigen Vorkenntnissen versehener junger Mann, von 13—16 Jahren, mosaischer Religion, kann in einer Engros-Handlung in München, unter annehmbaren Bedingungen, Unterkunft finden. Das Nähere erfährt man durch die Exped. d. Bl.

Bekanntmachung.

Unterzeichneter macht bekannt, daß im Gasthaus zur Lilie in der Beckschlagergasse reiner guter Wein, der Schoppen zu 3, 4 und 6 Kreuzer zu haben ist.

Georg Hummert,
Gastwirth.

Patent-Gummischuhe

empfiehlt

Joh. Georg Meyer,
im Plobenhof 823.

Anzeige und Empfehlung.

Bei Herannahen des Frühjahres erlauben sich Unterzeichnete ihre schon seit Jahren bekannte Strohhutwaschanstalt in Erinnerung zu bringen. Die Ablage von Strohhüten kann in unserem Laden geschehen. Zu geneigten, gütigen Aufträgen empfehlen wir uns

Hochachtungsvoll

Nürnberg, den 28. Febr. 1849.

J. K. Hagerer u Comp., Strohhutfabrikanten,
Kaiserstraße, L. Nr. 146.
vis à vis der Kannen-Apotheke.

Von den Rheumatismus-Ableitern

des Dr. Bureaud Riofrei in London à 1½ fl. per Stück sichere und schnelle Hülfe gewährend gegen Rheumatismus-, Gicht-, Gesichts-, Kopf-, Hals-, Zahn- und Brustschmerzen, Rücken-, und Lendenweh, Krämpfe, Rothlauf, Augen- und Halsentzündung rc. befindet sich fortwährend ein Depot bei Hrn. Joh. Engelhard jun. in Nürnberg. A. B. (Die beste Bürgschaft für die Untrüglichkeit ist gegeben, durch rühmliche Erwähnung im med. Korrespondenzblatt, wo solche als allein ächt und vom Erfinder stammend beurkundet sind, sowie in den amtlichen und Privatzeugnissen achtungswerther Männer, welche abwechslungsweise jeden Monat 1 Mal in diesem Blatte zu lesen sind und keinen Zweifel zulassen. Die Beträge sind baar und franco nebst 3 kr. Posteinschreibgebühr einzusenden.

Carl Graf, Agent in Augsburg

Für Augenkranke.

Für das bisher geschenkte Vertrauen dankend, empfiehlt seine Augenheilanstalt mit dem Bemerken, daß Augenkranke zu jeder Zeit, auch ohne vorgängige Anmeldung, eintreten können.

Dr. Kreitmair,
prakt. und Armenarzt für Augenkranke
der Stadt Nürnberg S. 672.

Liedertafel!

Montag den 19. März »große Produktion« Anfang 8 Uhr. —

Mitglieder können Fremdenkarten bei Herrn Kleining, Wirth in der Neuengasse, Sonntag den 18. März Nachmittag von 1—4 Uhr in Empfang nehmen

Der Vorstand.

Paradies.

Sonntag den 18. März »Harmonie-Musik« Entree à Person 3 kr — Montag den 19 März »Metzelsuppe.« Wozu ergebenst einladet

H. B. Adam.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Montag den 19. März ist Metzelsuppe.

Aufforderung.

H. W. wolle sich zur Bestättigung seiner Angabe beim Empfänger des Briefes melden.

Gelber Löwe in der Schildgasse.

Heute Sonntag, den 18 März findet »Harmoniemusik« statt, wozu hiemit höflichst einladet

Kirsch.

Verein deuscher Frauen.

Es wird hiemit bekannt gemacht, daß von nun an alle Montage Nachmittag 3 Uhr im Gasthause zum König Otto Versammlung stattfindet, wobei jedesmal auch Nichtmitglieder Theil nehmen können.

Der Vorstand.

(Gesuch.) Ein verabschiedeter Chevauxlegers wünscht als Kutscher, Hausknecht oder Auslaufer unterzukommen. Näheres Nro. 1062 Karthäusergasse.

(Kapital-Gesuch.) Auf ein Wirthschafts- und Oekonomiegut ohnweit Nürnberg, welches auf 11000 fl. gerichtlich taxirt und mit fl. 4000 der Brandversicherung einverleibt ist, werden fl. 5000 auf erste sichere Hypothek am Ziel Walburgi zu entnehmen gesucht. Hierauf Reflektirende belieben ihre Adresse unter Chiffre M. L. in der Exped. d Bl. abzugeben.

(Gesuch.) Ein ordentliches Mädchen, welches Hausmannskost kochen kann und sich der vorkommenden Hausarbeit willig unterzieht, die auch im Nähen und Stricken nicht unerfahren ist, wünscht bei einer soliden Herrschaft am Ziel Walburgi unterzukommen.

(Gesuch) Jemand wünscht gegen billiges Honorar Unterricht im Klavierspiel und Gesang dahier zu ertheilen Das Nähere in der Exped. d. Bl.

(Verloren.) Es wurde vor einigen Wochen ein Paquet, Musikalien enthaltend, verloren, wer solches in der Exped. d. Blattes abgibt, oder hierüber Auskunft zu ertheilen weiß, erhält eine angemessene Belohnung.

(Haus-Verkauf) Ein Haus im baulichen Zustande mit Wirthschaft und mit bedeutender Nahrung, welches sich sehr gut verinteressirt, wird Geschäftveränderung halber, an einen soliden Käufer abgegeben. Näheres unter Chiffer K R. in der Exped. d. Bl

---

(Zu vermiethen.) In L Nr. 828 der Königsstraße sind 2 tapezirte Zimmer nebst 1 Kammer und Küche, sogleich oder nächstes Ziel zu vermiethen.

(Zu vermiethen) In dem Hause S. Nr. 808 zum Krebsstock ist täglich der Eckladen zu vermiethen.

(Literatur) In der C. H. Zeh'schen Buchhandlung in Nürnberg ist zu haben:

Wunderbare und merkwürdige Prophezeihungen der Somnambüle Maria Stiefel aus Ebernberg über die Zukunft der Jahre 1848—1856.

Preis nur 6 kr.

Von dieser merkwürdigen Schrift wurden bereits 20,000 Exemplare verkauft.

Stadttheater in Nürnberg.

Sonntag den 18. März. »Don Juan« Große Oper in 2 Akten — Fräulein Reuß »Donna Anna.« Frau Froitzheim „Donna Elvira« als Gäste.

Theater in Erlangen.

Sonntag den 18 März. »Er muß aufs Land« Lustspiel in 3 Akten von Friedrich Hierauf zum Erstenmale »Der Kurmärker und die Picardie.« Genrebild in 1 Akt von L Schneider. — Herr Christen, königl. bayer'scher Hofschauspieler zu München, »Cäsar« und »Schulze« als Gast.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 19 März 1849. № 78. Montag: Joseph.

Deutsche Staaten.

München, den 17. März. Der Landrichter K. H. Greb zu Königshofen wird für immer in den Ruhestand versetzt; ferner die erledigte Stelle eines II. Offizianten bei dem Archive zu Bamberg dem Praktikanten des allgemeinen Reichsarchivs A. L. Danner verliehen; der Rentbeamte Gh. Eisenhofer zu Schrobenhausen in den erbetenen Ruhestand versetzt; der funktionirende Finanz-Rechnungsrevisor D. Gründler in Ansbach, und der Finanzrathaccessist F. Cröninger in München zu Finanzrechnungskommissären in Ansbach ernannt; dann der Rentbeamte F. Wieland in Burghausen auf das erledigte Rentamt Straubing versetzt. (R. M. Z.)

München, 16. März. Die neue Münchn. Ztg. bringt nun die Nachricht: Sicherem Vernehmen nach haben für die Tage des 19.—21. März je ein Bataillon des 4., 7., 8. und 13. InfanterieRegiments, das gegenwärtig zu Frankfurt stehende 2. Jäger-Bataillon, 6 Schwadronen des 5. Chevauxlegers-Regiment Leiningen (zu Zweibrücken), und die Batterien Stieglitz und Fahninger Befehl zum Aufbruch aus ihren Garnisonen erhalten, um zu den nach Schleswig bestimmten Reichstruppen zu stoßen. Am 24. März schon sollen die ersten bayerischen Truppen in Hamburg eintreffen. — Die drei für den Fall des Abzugs der kgl. sächsischen Truppen nach dem Altenburgischen bestimmten Bataillone sollen dem 2., 3. und 5. Infanterie-Regimente entnommen, und 4 Schwadronen des 6. Chevauxlegers-Regiments, dann die Batterie Weisenstein denselben beigegeben werden. Den Oberbefehl der nach Schleswig bestimmten Division würde der Generallieutenant Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg führen, und unter ihm Generalmajor Schmalz eine Brigade befehligen, während die nach Altenburg bestimmte Brigade unter dem Befehl des Generalmajors Grafen Du-Ponteil stehen würde.

Kaiserslautern, den 11. März. Die freie christliche Gemeinde dahier macht von Tag zu Tag erfreulichere Fortschritte. Die Zahl ihrer Mitglieder beträgt bereits über 200, und der Geist der Liebe und Brüderlichkeit bethätigt sich bei jeder Gelegenheit auf das Schönste. Durch freiwillige Beiträge, welche von Katholiken, Protestanten und Israeliten in reichlichem Maße gespendet wurden, ist es der Gemeinde möglich geworden, Hrn. Schmidt aus Löwenberg definitiv als Prediger anzustellen. Die Zeichnungen betragen bereits über 1000 fl., woraus Sie entnehmen können, wie bereitwillig man von allen Seiten die Gemeinde unterstützt. Die schönen, gottbegeisterten Vorträge des Predigers Schmidt haben Vielen die Augen geöffnet, und man sieht immer mehr ein, daß wahre Religion nur dann möglich ist, wenn solche auf Vernunft und Wahrheit beruht. (R. Sp. Z.)

Freiburg den 14. März. Heute Mittag wurden Struve, dessen Schwager Dusar und Blind unter einer starken Bedeckung von Scharfschützen von Rastatt hieher auf die Hauptwache gebracht, deren Mannschaft vermehrt ist. Was den interessanten Prozeß selbst anbelangt, so wird zuerst über Struve und Blind verhandelt werden, während des ersteren Frau und ihr Bruder erst den 26. vor die Geschwornenen gebracht werden. Die öffentliche Meinung glaubt nur bei Struve und Blind an eine Verurtheilung. Als Vertheidiger steht Allen Brentano bei; am meisten ist man aber auf die Rede Struve's gespannt. (Schw. M.)

Frankfurt, den 13. März. Es geht das Gerücht, vorgängig dem Welcker'schen Antrage sey dem Bevollmächtigten Badens bei der Centralgewalt, Hrn. Welcker, durch den Minister Dusch eröffnet worden, es sey an dem, daß er seiner Mission bei der Centralgewalt (für welche 14,000 fl. im Budget ausgesetzt sind) enthoben werde, sofern er in seiner Richtung bezüglich des Verfassungswerks nicht einlenke. Hr. Welcker hat eingelenkt; wenn das oben erwähnte Gerücht Grund hat, so muß es zum Einlenken noch Zeit gewesen seyn. Stimmt das badische Volk auch zur Politik der badischen Regierung? (R. Sp. Z.)

Frankfurt, 12. März. Die Briefe, welche Hr. Herrmann, einer der nach Olmütz Abgesandten, geschrieben hat, finden nicht Worte genug, um die empörende Mißachtung, selbst Geringschätzung, welche sie als Mitglieder der deutschen Nationalversammlung in Wien und Olmütz fanden, zu schildern. Es heißt unter Anderm wörtlich: „Wir sind wie Schulbuben behandelt und von einem Vorzimmer in's andere geschickt worden." (K. Z.)

LPC Frankfurt, den 15. März. Des Märzen Idus! Der neue Cäsar gewinnt mehr und mehr an Gestalt, wenn auch nicht an Körperlichkeit. Die erbkaiserliche Partei ist ergötzlich. Mit Spießen und Trommeln ziehen ihre Emissäre auf der Linken umher, als wäre ein kaiserliches Werbbureau und überall stecken sie die Lärmstangen der Russenfurcht, der Oktroyirung, und Gott weiß welcher schrecklichen Dinge aus. Das Vaterland ist in Gefahr! rufen bald die Pflastersteine von Frankfurt, so haben sie's schon gehört — und wenn man nach der Gefahr fragt, wo sie denn sey, so weiß Niemand den Punkt zu bezeichnen. Das freilich fühlt Jeder, daß längere Dauer der National-Versammlung unmöglich ist — aber die Majorität will es nicht eingestehen, daß sie von der doktrinären Fäulniß ergriffen ist, sie sucht die Gefahr außen, während sie im Innern ist.

Für die österreichischen Vorschläge sprechen nur die Herren Heckscher, Herrmann, Edel, Bicht, Lassaulx und andere Politiker ähnlichen Schlages — sonst herrscht darüber nur eine Stimme in der Versammlung. Oesterreich einig und Deutschland zerstückelt! Macht und materielles Scheininteresse ohne Freiheit und ohne Einheit! Das sind Oesterreichs Vorschläge. Es gehört wahrlich viel Schamlosigkeit dazu, Solches zu bieten, und fast noch mehr, solche Anerbieten zu befürworten. — Die Linke ist gänzlich gegen den Welcker'schen Antrag, der auch mit den Modifikationen des Verfassungs-Ausschusses unannehmbar ist. Sie vereinigte sich gestern, für Tagesordnung zu stimmen, eventuell aber einen Antrag einzubringen, der die Abstimmung paragraphenweise ohne Diskussion empfiehlt, so daß auch in dieser Weise die ganze Verfassung in ein paar Tagen angenommen seyn könnte, und Jedem die freie Abstimmung bewahrt bliebe. Es ist indeß zu bezweifeln, ob auch dieser Antrag durchgehen wird, so unendlich müde sind die Herren von der Majorität ihrer Existenz. —

Einige Unruhe verursachte heute in der Sitzung die Ankunft der Deputirten Heinz, Simon, Temme, Rappard und von Sauken. In Berlin war die telegraphische Depesche angekommen, der Erbkaiser sey schon ausgerufen und die große Deputation auf dem Wege — erst Nachmittags langte eine zweite Depesche mit dem richtigen Sachverhalte an, wurde vom Minister in der Kammer mitgetheilt, und augenblicklich entschlossen sich die genannten Deputirten, nach Frankfurt abzureisen. Sie schildern die Stimmung in Berlin als sehr aufgeregt aber getheilt in Beziehung auf die Annahme der erbkaiserlichen Krone. Die Partei der Kamarilla ist entschieden gegen diese Annahme — die Linke dort, wie es scheint, dafür und zwar aus dem Grunde, um die in der deutschen Verfassung und dem Wahlgesetze garantirten Freiheiten, so gering sie sind, noch für Preußen zu retten. Geschähe dies nicht, wiese Preußen die Krone zurück, so sey es vor der Hand dem Absolutismus verfallen, der Riesenfortschritte mache. Ueber die Ansichten des Königs könne man nichts Gewisses sagen, doch vermuthe man, daß er ablehnen werde. Von deutschem Sinne, Unterwerfung unter die Frankfurter Versammlung sey in Berlin keine Rede. Schöne Aussichten für die National-Versammlung und die deutsche Einheit!

Die jämmerlichste Rolle in den jetzigen Zeiten der allgemeinen Verwirrung spielen die Wittelsbachischen Bayern, unter denen ein Partikularismus sich kundgibt, der noch über den des österreichischen Kabinets weit hinausgeht. Die deutsche Zeitung wird sich wohl veranlaßt sehen, ihre Lobrede auf Herrn Edel zurückzunehmen.

Hannover, den 14. März. So eben (2½ Uhr) hat die zweite Kammer den Antrag der Minister in der deutschen Frage, bei erster Berathung mit 69 gegen 7 Stimmen verworfen. (Z. f. N.)

†*† **Berlin**, den 15. März. Man zweifelt hier keinen Augenblick daran, daß die heute in Frankfurt stattfindende Abstimmung zu Gunsten des Königs von Preussen ausfallen wird. Man ist aber in den dem Hofe nahestehenden Regionen eben so fest überzeugt, daß Sr. Majestät, selbst wenn die Wahl in Frankfurt mit der enormsten Majorität vor sich gegangen seyn sollte, aus den Händen der Frankfurter Versammlung allein die Kaiserkrone niemals annehmen werde; es wird vor Allem nothwendig davon abhängen, welche Aufnahme die Wahl bei den übrigen deutschen Fürsten haben wird, und ob ein Anschluß Bayerns und ein geordnetes Verhältniß mit Oesterreich zu erreichen seyn wird. —

[I. Kammer. Sitzung vom 15. März.] Die Minister Graf Brandenburg (diesmal nicht in Uniform), v. Ladenberg und Raabe erscheinen gleich nach Eröffnung der Sitzung. Minister des Aeußern Graf Arnim findet sich gleichfalls ein. An der Tagesordnung ist Fortsetzung der Adreßdebatte. An der Reihe ist Satz 10 des Entwurfs. Er lautet: „In der Versicherung der ungestörten freundschaftlichen Beziehungen Ew. Maj. Regierung zu den auswärtigen Staaten begrüßen wir mit Freuden eine Bürgschaft der Erhaltung des europäischen Friedens. In dieser Beziehung werden sich, wie wir hoffen, auch jetzt die Mittel finden, nachdem von der Krone Dänemark der zwischen ihr und der provisorischen Centralgewalt Deutschlands geschlossene Waffenstillstand unerwartet aufgekündigt worden, die daraus drohenden Irrungen ohne Nachtheil für die Ehre und die Interessen Deutschlands zu schlichten." Heffter gegen diese Fassung. Er rügt, daß diese nur der freundschaftlichen Beziehungen zu den auswärtigen Mächte gedenkt. Er erinnert an Neuenburg und die preussischen Ansprüche auf dasselbe, die, wenn gleich nur Privatansprüche des Königshauses, doch geschützt werden müßten. Die auswärtigen Angelegenheiten müssen jetzt mit besonderer Energie behandelt werden; in der schleswig-holsteinischen Sache aber darf auch nicht unterlassen werden, den Rechtspunkt hervorzuheben. Er vertheidigt deshalb folgendes Amendement: „In der Versicherung — — — — europäischen Friedens und zweifeln nicht, daß die Vertreter der Krone in den auswärtigen Verhältnissen das volle Gewicht geltend machen werden, welches der Würde und Bedeutung des preuss. Staates gebührt. In dieser doppelten Hinsicht hoffen wir, es werden die aus der plötzlichen Aufkündigung des Malmöer Waffenstillstands drohenden Irrungen ohne Nachtheil für das Recht, die Ehre und wahren Interessen Deutschlands ihre Erledigung erhalten." Baumstark, Rosenkranz, v. Frantzius, v. Brandt, Böttcher beantragen folgenden Zusatz 10 des Entwurfs: „und die so tief erschütterten Handelsverhältnisse der Ostsee-Provinzen gegen etwaige neue Gefährdungen entschieden zu wahren."

Kupfer ist für dies Amendement. Er wünscht, daß man auf keinen Fall über den Entwurf hinaus gehe. Wenn schon die Interessen des Handelstandes, wo es sich um die Ehre Deutschlands handle, nicht in Betracht gezogen werden dürfen, so sey doch die Lage der niedern Volksklassen zu beachten. Er habe in seiner Fabrik durch den dänischen Krieg 3000 Thlr. verloren, mag dies auch in diesem Jahre geschehen, aber — ein magerer Vergleich sey besser als ein fetter Prozeß.

v. Flottwell: Auch er sey für einen ehrenvollen Frieden. Aber

wer den Frieden will, der rüste sich zum Kriege. In der Adresse müsse friedfertige Gesinnung, zugleich aber auch die Bereitwilligkeit zur Wahrung der Ehre ausgesprochen werden. Er habe an den Verhandlungen in der Paulskirche Theil genommen, und noch zehre an seinem Innern der Ingrimm über die Verdächtigungen, die Böswillige und Verblendete damals gegen Preussen geschleudert hätten. Er empfiehlt folgenden Zusatz zu der Fassung des Entwurfs:

„Sollte aber diese Hoffnung nicht in Erfüllung gehen: so dürfen wir getrost die Ueberzeugung aussprechen, daß das preussische Volk, eingedenk seines hohen Berufes, als **Vorhut Deutschlands** dem Rufe seines Königs zur Erneuerung des Kampfes, mit vielbewährter Treue und Hingebung folgen werde."

Der Ministerpräsident erklärt: Die Centralgewalt habe von Preussen 12,000 Mann Reichstruppen erfordert und dieselben seyen jedem Augenblick marschfertig, um das Einrücken des Feindes in Schleswig zu verhindern. Uebrigens aber sey die Regierung darauf bedacht, Alles zu thun, was den Frieden zu erhalten und namentlich den Nachtheilen, die ein Krieg den Ostseeprovinzen bereiten möchte, zu begegnen geeignet scheine.

Baumstark schildert diese Nachtheile. Die Rhederei der kleinen Handelsstadt Wolgast, die nur von untergeordneter Bedeutung sey, habe doch im vergangenen Jahre täglich nahe an 1400 Rthlr. eingebüßt. Hansemann: Weder in England noch in Frankreich seyen im Parlament diejenigen die schlechtesten Patrioten gewesen, welche das Unrecht des Krieges auf der eigenen Seite nachzuweisen gesucht hätten. Er erörtert die Rechtsfrage und schließt mit einer Entgegnung auf die Bemerkung Flottwell's in Betreff des Waffenstillstandes. Die Mitglieder des damaligen Kabinets werden gern bereit seyn, falls die Kammer auf die Diskussion eingehen wolle, den Waffenstillstand zu rechtfertigen. Aber es würde wünschenswerth seyn, wenn die gegenwärtige Regierung Aufschluß darüber geben wollte, wie es komme, daß, obgleich der Waffenstillstand am 20. März abgeschlossen worden sey, die Friedensunterhandlungen dennoch erst am Ende des vorigen Monats begonnen hätten. Wenigstens sey damals erst der diesseitige Bevollmächtigte, der zugleich Bevollmächtigter der Centralgewalt sey, nach London abgegangen.

Min. des Aeussern Gr. Arnim erwiedert: Die Unterhandlungen seyen unmittelbar nach Abschluß des Waffenstillstandes im Wege der Besprechung mit den betr. Höfen in Angriff genommen. Der Gesandte war abwechselnd in Frankfurt und in London, hier nur etwa 8 Tage. Den Vorwurf einer Verschleppung müsse er zurückweisen. Uebrigens sey immer noch Hoffnung vorhanden, den Frieden zu erhalten und die Vermittlung eines Provisoriums Seitens der engl. Regierung zu Stande kommen zu sehen. Bötticher gegen das Flottwellsche Amendement, man möge den Ostprovinzen, die ausser ihrer Treue zum angestammten Königshause keine Reichthümer besitzen, nicht n e u e Opfer auferlegen wollen.

Jacobs für das Amdmt., Flottwell, Graf Eulenburg im Interesse von Ostpreußen gegen dasselbe. v. Willisen erklärt, er sey von Haus aus ein Feind des dänischen Krieges gewesen, doch müsse man sich nichts abtrotzen lassen. Es betheiligen sich an der Debatte noch Fischer, v. Beguilhen und Milde. Der Referent Walter endlich befürwortet die Annahme des Entwurfs mit einer die Betonung des Rechtspunktes vorschlagenden Aenderung. Es wird beschlossen, den Entwurf mit dieser Aenderung und dem Flottwellschen Zusatze anzunehmen. Die Amdmts. Baumstark und Heffter werden abgelehnt. Art. 12. den Tod des Prinzen Waldemar betreffend, wird mit einer unerheblichen Aenderung angenommen. Der Schlußsatz endlich, in welchem Hansemann die „Freiheiten" in „Freiheit" zu ändern empfiehlt, wird gleichfalls unter Ablehnung dieses Amdmts. vorgenommen und beschlossen, durch eine aus den 5 Abtlg. durchs Loos zusammenzusetzende Kommission von 20 Mitgliedern die Adresse dem Könige zu überreichen. Morgen wird die Lesung der revidirten Adresse statfinden. (Schluß 1 Uhr.)

Altona. Alles deutet auf den bevorstehenden Eintritt der entscheidenden Krise hin, die sich seit einem Jahre in den europäischen Angelegenheiten vorbereitet hat, und vielleicht ist der erste Kanonenschuß, der an der Grenze unseres Landes fällt, das Signal zu einem europäischen Kriege, welcher dem ganzen Staatensystem Europas eine andere Grundlage gibt. Schon heißt es, Dänemark habe das Verlangen Lord Palmerstons, daß der Waffenstillstand verlängert werde, entschieden zurückgewiesen, ohne Zweifel im Vertrauen auf den Beistand Rußlands. Wieder nicht in Frankfurt, sondern in Berlin lösen sich unsere und Deutschlands Geschicke entscheiden. Wie oft schon in diesem wechselvollen Jahre hat man die Blicke fragend nach Berlin gewendet! (Alt. M.)

Kiel, 10. März. Obgleich es bisher die Absicht des Kriegsministers Hansen gewesen, sich selbst an die Spitze der dänischen Armee zu stellen, hat man doch es jetzt vorgezogen, den Oberbefehl einem Napoleonischen General anzuvertrauen. Einen solchen hat man in der Person des Generals Fabvier, mittelst glänzender Anerbietungen und Vorspiegelungen, als: 100,000 Fr. Gage und bei einigem Erfolg, alle hohen Orden, gewonnen. Hr. Fabvier ist schon in Kopenhagen, er freut sich auf den Einzug in Schleswig. „Je les ferai gratter la terre ces colons du Slesvic-Holstein!" (H. K.)

Oesterreichische Staaten.

Krakau, den 12. März. [Ein Versuch à la Puchner zur Herbeiholung der Russen.] Der hier kommandirte k. k. General Legeditsch ließ gestern den Fürsten Stanislaus Jablanowsky zu sich rufen und bedeutete ihm ganz kurz, die Stadtbehörde möge bei dem Gubernium das Ansuchen stellen, daß die an der Grenze stehenden russischen Truppen zum Einrücken in Krakau aufgefordert werden, um die Ruhe aufrecht zu erhalten, da er (Legeditsch) mit allem österreichischen Militär nach Ungarn abmarschiren müsse. Der Fürst hat aber den k. k. Generalen erwiedert, die Krakauer würden ein solches Begehren nun und nimmer stellen, und im Falle die Stadt ganz von Truppen entblößt würde, garantire die Bürgerschaft die Erhaltung der gesetzlichen Ordnung. Sie werden sich hiebei erinnern, daß der General Puchner in Siebenbürgen vor dem Einmarsch der Russen ebenso eine indirekte Aufforderung an die Städte Kronstadt und Hermannstadt richtete, die russische Hilfe anzurufen. Das Beispiel lag den Krakauern zu nahe, als daß sie um die Russen bitten sollten, auch kennen sie die Artigkeit der Russen, und wie letztere ein Obligo berechnen, aus guter alter Zeit. (A. Od.-Z.)

Italienische Staaten.

Unsere gestern gemeldete Nachricht über den Wiederbeginn der Feindseligkeiten zwischen den Oesterreichern und den Italienern bis zum 20. März bestätigt heute ein Bericht der Augsb. allg. Ztg. Karl Alberts Armee soll gegen 160,000 Mann stark seyn, darunter aber viel Nationalgarde und Freischärler. Die Stimmung in der Armee soll zweifelhaft seyn, und nur ein Theil dem König unbedingt ergeben. Wie man glaubt, wird Karl Albert auf zwei Punkten operiren: bei Piacenza am Po und bei Novara am Ticino.

Rußland und Polen.

Petersburg, 23. Febr. Unter diesem Datum bringt die Turiner „Konkordia" einen Bericht über eine russisch-österreichische Allianz. Darnach würde der Kaiser Franz Joseph die Großfürstin Anna heirathen, und der Bund stützt sich auf folgende Punkte: 1) Offensiv- und Defensiv bündniß, 2) Annahme der Türkei in den Bund, 3) Aufrechthaltung der Verträge von 1815, 4) Garantie der russischen Ansprüche auf Schleswig-Holstein und der österreichischen auf Toskana. Der „Konkordia" zufolge hat die Weigerung der Türkei und der Stand des Krieges in Ungarn bisher eine bewaffnete Intervention der beiden Staaten in Italien gehindert. — Der „Pesther Kurier" sagt: Einer durch außerordentliche Gelegenheit aus Petersburg gebrachten Nachricht zufolge hat der russische Kaiser bei einer über 40,000 Mann Garden abgehaltenen Revue seinen Truppen öffentlich verkündet: daß die Umstände des österreichischen Kaiserthums erfordern, seinem Freunde dem Kaiser von Oesterreich, einen Theil seiner militärischen Macht zur Disposition zu stellen, welche Benachrichtigung die 40,000 Garden mit einem donnerndenden: »Es lebe der Kaiser von Oesterreich!« begrüßt haben. (Frkf. O.-P.-Z.)

Von der russischen Grenze wird unterm 4. März der Neuen Königsberger Zeitung geschrieben: Daß die russischen Heere unterwegs sind, ist bereits Thatsache; wohin sie bestimmt sind, darüber verlautet nichts Gewisses. In hohen Kreisen spricht man jedoch mit Gewißheit davon, daß ein Armeekorps (24 Regimenter zu 2000 M.?) nach Preußen hinein, ein anderes den Oesterreichern zu Hülfe marschire. Der Landsturm ist bereits aufgerufen, auch diejenigen Dienstfähigen, die bereits ihren Abschied erhalten, haben wieder eintreten müssen. Die aus Letztern gebildeten Regimenter werden die Grenze besetzen, während die jetzige Besatzung nach Polen hineinrückt. Alles Militär ist seit dem 1. März auf den Kriegsfuß gestellt und sämmtliche Montierungsstücke doppelt vorhanden. Im tiefen Rußland verweigerten die Freien durchaus die Rekrutenaushebung, und die Verhältnisse sollen der Art seyn, daß es eben dabei sein Bewenden hat.

Aus Schlesien, 7. März. Von Polen herüber (aus Posen und Russisch-Polen) finden sich wieder Flüchtlinge bei uns ein, gerade so, wie im vorigen Jahre. Man kann sie als Sturmvögel ansehen, denn daß dort wieder etwas im Werke ist, daran kann man fast nicht mehr zweifeln; auch soll die russische Polizei bereits wieder einem großen und gefährlichen Komplotte auf der Spur seyn, dessen Fäden sich weit erstrecken und wovon der neuliche Tumult in Krakau nur ein vorzeitiger Ausbruch war. — Daß unter solchen Umständen Rußland eine große Truppenmasse in Polen aufstellt, ist ihm nicht zu verdenken, zumal es auch auf alle Wendungen der Dinge in Deutschland gefaßt seyn muß. (Schw. M.)

Türkei.

Konstantinopel, 28. Febr. Heute ist ein Theil der türkischen Flotte ausgelaufen nach dem schwarzen Meere, um einestheils zur See her Varna gegen einen etwanigen Ueberfall zu decken, anderntheils an der Donau eine Stellung einzunehmen, welche es nach Bedürfniß erlaubt, zu raschen Truppenersetzungen an den Ufern jenes Flusses bei der Hand zu seyn. Ganz entgegen gewissen frühern Gerüchten, welche eine Verminderung des ägyptischen Heeres in Aussicht stellten, erfährt man, daß dort eben so sehr gerüstet werde, als in dem übrigen türkischen Gebiete, wo die Rekruten alle Straßen bedecken. Wie man erfährt, so ist eine namhafte Mannschaft von dort zu erwarten, es soll dieselbe schon theilweise eingeschifft und unterwegs seyn. Der Kapudan-Pascha ist als außerordentlicher Gesandter nach Petersburg abgegangen. Im Ganzen ist es erfreulich zu sehen, daß die Türken auch das lateinische Sprüchwort kennen: Si vis pacem, para bellum. Schade nur, daß wiederum 20 Mill. Piaster Papiergeld neuerdings, wie man behauptet, gemacht worden sind. Wir glauben übrigens, daß es nicht bis zum Blutvergießen kommen wird, denn die Stütze, welche die griechische Nation in der Türkei für Rußland bietet, wird mehr als aufgewogen in der Stütze, welche die gemeinsamen Feinde Rußlands in den Polen finden. Das Einzige, was dem türkischen Heere fehlt, sind die gehörig ausgebildeten und an Taktik gewöhnten Leiter. Der Soldat exercirt vortrefflich in jeder Waffe. Der Mangel ist aber leicht ersetzt durch einige von so vielen befreundeten Mächten unschwer zu erhaltenden Führer. (D. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

... und der österreichischen auf Tor...
. die Weigerung der Türkei und der ...
t eine bewaffnete Intervention der ...
. -- Der „Pesther Kurier“ sagt: ...
rubele aus Petersburg gebrachten ...
te Kaiser bei einer über 40,000 Ma...
seinen Truppen öffentlich verkündet: ...
en Kaiserthums erfordern, seinem ...
inen Theil seiner militärischen Macht zu
Benachrichtigung der 40,000 Garten ...
e der Kaiser von Oestreich!“ ...
(Allg. O.-P.-Z.)

...nze wird unterm 4. März der ...
...din: Daß die russischen Heere ...
...re; wozu sie bestimmt sind, darüber
... hohen Kreisen spricht man jedoch ...
...eeforps (24 Regimenter zu 2000 M.)
...es den Oestreichern zu Hülfe ...
...is aufgerufen, auch diejenigen Dienst...
...schied erhalten, haben wieder eintreten
... ilteren Regimenter werden die Grenz...
...ßung nach Polen hineinrückt. ...
... den Kriegsfuß gestellt und sämmt...
...vorhanden. Im tiefen Rußland ...
...r Rekrutenaushebung, und die ...
... es eben dabei sein Bewenden hat.
...rz. Von Polen herüber (aus Polen
...ieder Flüchtlinge bei uns ein, gerade
...an kann sie als Sturmvögel ansehen,
... Werke ist, daran kann man fast nicht
...sche Polizei bereits wieder einem gro...
...auf der Spur seyn, dessen Fäden ...
...neuliche Tumult in Krakau nur ein
...aß unter solchen Umständen Rußland
...n aufstellt, ist ihm nicht zu verden...
...ändungen der Dinge in Deutschland
(Schw. M.)

...rkei.

Heute ist ein Theil der türkischen ...

zur Mittelfränkischen Zeitung.

№ 11. Nürnberg, 19. März. 1849.

Das erbliche Kaiserlein.

(Ballade von Uhrschand.)

Es ritten drei Hofräth wohl an den Main,
Zur Frau Germania kehrten sie ein.

„Frau Wirthin, hat sie gut Wein und Bier?
„Den erblichen Kaiser suchen wir!“

„Mein Wein und Bier sind nicht sehr klar,
„Das Kaiserlein liegt auf der Todtenbahr'.“

Und als sie traten zur Paulskirch hinein,
Da lag er in einem ledernen Schrein.

Da trat zu der Bahre der steife Welk,
Schlug nieder die Augen und machte ein Kreuz:

„Ach lebtest du doch, mein Kaiserlein,
„Ich würde dein treuster Professor seyn!“

Der Gesetzer deckte den Deckel zu,
Und drehte sich ab und näselt dazu:

„Ach! daß du liegst auf der Todtenbahr,
Ich schwärmte für dich ein ganz's Jahr!“

Der Dahlmann hob den Deckel sogleich
Und weinte bitter um Kaiser und Reich:

„Zwar bist du gestorben an Sterblichkeit;
Doch werd' ich dich lieben mit Erblichkeit!“

Ein Geheimniß.

ten, die ihn fern von ihr hielten, brechen, daß sie ihn zu ihren Füßen zurückführen müsse. Blanche fühlte als ein Weib, sie wollte schön seyn, sie wollte siegen und triumphiren.

Durch die ungewohnte Bewegung im Hotel überrascht, hatte Frau von Montaran die Erklärung darüber in einigen Worten empfangen, die Blanche für sie niederschrieb.

Sie erfuhr, daß es sich um ein Fest handle, dem ihre Tochter beiwohnen sollte, und die Mutter, die gute Mutter wollte an diesem Tage selbst mit eignen Händen ihre Tochter schmücken.

Einer der ersten Wünsche der Marquise, als sie die Verheirathung Blanches erfuhr, war der gewesen, den Gemahl ihrer Tochter kennen zu lernen: aber der Ritter, der immer eine entscheidende Erklärung fürchtete, hatte sie bis jetzt stets zu vermeiden gewußt, indem er seiner Freundin kurz schrieb, der Prinz sey gezwungen gewesen, eine weite Reise unmittelbar nach seiner Verehelichung anzutreten. „Uebrigens,“ fügte er als Nachschrift hinzu, indem er wie Frau von Sevigné den eigentlichen Hauptgedanken in der letzten Zeile des Briefes niederlegte: „Uebrigens wird es noch immer Zeit seyn, Ihnen alles Vorgefallene zu erklären, wenn Sie uns zu hören vermögen.“

Wie gesagt, wählte die Marquise selbst das Kostume ihrer Tochter mit jenem schöpferischen Geschmacke, der alle Vorzüge eines Lieblings in das hellste Licht zu setzen weiß.

Es gab nichts blendenderes und zugleich Geschmackvolleres, als die hinreißende Toilette, welche die Fürstin Metzerski zum Feste für das Stadthaus gemacht.

Ihr mit Silber gesticktes Spitzenkleid war mit mehreren Diamantknöpfen geziert. Ein Diadem von Edelsteinen schmückte ihre schöne Stirn, die das Gepräge des Adels und der Majestät trug

Man fuhr nach dem Stadthause.

Die an den Greveplatz stoßenden, die benachbarten Straßen, die Quais waren dicht mit Menschen besetzt und der Wagen der Fürstin brauchte mehrere Stunden, um sich durch die Menge zu winden und bis zur Vortreppe des Hotels zu ge- langen.

Als die dicht gedrängten Neugierigen Blanche aus dem Wagen steigen sahen, erhob sich in ihren Reihen ein solch' lebhafter Ruf der Bewunderung, daß die Fürstin in Verwie- rung kam und sichtbar erröthete. Um sich dieser Volks-Hul- digung zu entziehen, eilte sie schnell in das Vestibule, so daß der Graf nur mit großer Mühe ihr zu folgen vermochte.

„Es ist die Fürstin Borghese," sagte einer der um- stehenden Müssiggänger.

„Nein," antwortete ein Anderer, „es ist die gute Königin Hortense."

„Sie sind ganz falsch daran," versetzte ein Dritter. „Es ist die Kaiserin von Rußland, die incognito gekommen ist, um dem Feste unseres Präfekten beizuwohnen, und der Herr, der sie begleitet, ich habe ihn erkannt: es ist Herr von Talleyrand, der boshafte Mensch, der den Kaiser immer an der Nase herumführt.«

Der Redner hatte diese, für jene Zeit des Enthusiasmus nicht sehr orthodoxe Phrase kaum aus dem Munde, als ein kräftiger Faustschlag seinen Hut bis auf die Schultern des ungeschickten Erzählers herabstülpte und eine schrecklicke Stimme ihm die Worte zurief:

»Man führt den Kaiser weder bei der Nase, noch bei etwas Anderem herum. Versteht Ihr wohl, Ihr Jakobiner. Im Gegentheile, der Kaiser führt die Anderen an der Nase herum.«

Während sich nun außen eine mit mehr oder weniger schlagenden Argumenten vermischte Diskussion entspann, traten Blanche und Graf Voromsoff in die Gemächer, in welchen das Fest gegeben wurde.

Aber kaum waren sie eingetreten, als das Gemurmel des Enthusiasmus und der Bewunderung, das auf dem Platze begonnen hatte, sich auch durch die Salons des Hôtels zu verbreiten schien.)

Alle Anwesenden zeigten einander voll Bewunderung die schöne junge Frau. Eine Hecke von Neugierigen bildete sich auf ihrem Wege und nur durch dieselbe gelangten Blanche und Voromsoff in den Empfangsaal, in welchem sich der Präfekt und die Großwürdenträger des Kaiserreiches befanden.

Plötzlich eilte ein junger Mann in glänzender Uniform, die Brust mit fremden und französischen Orden bedeckt, auf Blanche zu, nahm sie bei der Hand und führte oder vielmehr zog sie vor einen Mann von kleinem, gedrängten Wuchse, der die Uniform eines Generals trug.

»Sire,« sagte er zu Napoleon, »ich habe die Ehre, Euer Majestät die Frau Fürstin von Metzerski vorzustellen.«

(Fortsetzung folgt.)

Die Langeweile, der Spleen und die Seekrankheit.

(Fortsetzung.)

Still, kalt und schneeweiß stand meine Freundin vor mir. Einem aufmerksamen Beobachter würde es nicht entgangen seyn, daß Alles an der bemerkenswerthen Dame mehr lang als kurz oder rund war. Lang war ihr Fuß, lang ihre Hände, lang ihre Nase, länglich ihr Gesicht und lang ihre ganze Figur. „Seit länger Zeit haben wir uns nicht gesehen," be- gann ich die Konversation. — „„Sehr lange nicht,"" erwie- derte die Holde. — „Ich habe mich lange nach Ihnen gesehnt.« — „„Lange war es auch mein Wunsch, Ihnen wieder zu begegnen. —"" Unser ganzes Gespräch drehte sich um die Länge, und die Zeit wäre mir gewiß lang geworden, wenn nicht mein längst erwarteter zweiter Gast endlich in höchsteigener Person hereingetreten wäre.

Es war dies einer jener würdigen Gesellen, die wir Jahr aus, Jahr ein zwischen Ostende und Basel hin und her thee- kesseln sehen. Er trug eine graukarrirte Hose, eine graukarirte Weste und einen graukarrirten Frack. Grau waren Haare und Augen. Grau der Bart. Der ganze Kerl sah aus wie die Dämmerung. Die Umrisse seines Körpers verschwammen fast mit der Atmosphäre; erst als er mitten zwischen den Flammen des Kamins und den Gaslichtern stand, erkannte ich meinen alten Bekannten und fiel ihm grüßend um den Hals, ganz gegen alle englische Sitte und Gewohnheit..

Die längliche Dame und der graue Herr gehörten zu meinen besten Freunden, als ich früher das Vergnügen hatte, drei Jahre in England verweilen zu müssen. Die Dame füllte mancher meiner müssigen Stunden aus, doch noch häufiger besuchte mich der graue Herr. Nächte lang saßen wir miteinander stumm am Kamine, Grog trin- kend und Cigarren rauchend. Steif starrten wir in's Feuer, und hatten wir sechs Stunden lang so gesessen, da erhob sich mein alter Freund, drückte mir die Hand und versicherte mir, daß er sich ungeheuer amüsirt habe. Trotz seiner unangeneh- men Angewohnheiten liebte ich meinen grauen Freund von ganzem Herzen. Ich verzieh es ihm z. B., daß er stets seine Nasenspitze besah, daß er manchmal die Füße statt der Hände in die Hosentaschen zu stecken suchte und daß er nie zu Bette ging, ohne gegen allenfallsige Raubmörder einen großen Kork- zieher in der Tasche seiner Unterhose mit sich zu führen.

Meiner Begrüßung folgten die Komplimente, die Herr und Dame einander schuldig zu seyn glaubten. Beide waren sich keineswegs fremd. Sie sahen sich häufig in jenen inte- ressanten englischen Gesellschaften, in denen man wenig spricht. Der böse Leumund wollte sogar wissen, Herr und Dame seyen einst in eine so lebendige Unterhaltung gerathen, daß sie plötz- lich beide einschlafend, nickend mit den Nasen an einander ge- rannt wären, und unter seltsamen Grimassen den Schwur ge- than hätten, sich nie dergestalt von dem Feuer der Unterre- dung fortreißen zu lassen. Wie dem auch sey: meine beiden Gäste waren hoch erfreut, sich wieder zu sehen. Lang und feierlich erhob sich die Dame, und blickte verschämt zu Boden, was meinen grauen Freund so ungemein rührte, daß er für einen Augenblick alle Geistesgegenwart verlor und mitten in seiner besten Verbeugung wie ein schiefer Meilenzeiger re- gungslos stehen blieb.

Ich benutzte diese Erstarrung der gegenseitigen Kompli- mente, um mich der Thüre zuzuwenden, die eben zum dritten Male geöffnet wurde. Es war der letzte meiner Gäste, den man hineinführte und wahrhaftig, er erschien in sonderbarer Begleitung. Wenn nämlich die lange, weißgekleidete Dame zu Wagen herankam und mein grauer Freund zu Pferde her- beisprengte, so fuhr der dritte Besuch zu Schiff bis an mein Hotel, und ließ sich von zwei Matrosen, in blauen Hemden und rothen Jacken, bis in mein Zimmer tragen.

Meine Leser werden sich wundern, in dem hereingetragenen Wesen abermals etwas Weibliches zu finden. Aber schon der Symetrie wegen hatte ich die Sache so einrichten müssen; denn, wollte ich der langen Dame bei Tisch gegenübersitzen, so müßte ich auch für meinen grauen Freund ein erbauliches vis-à vis einladen, eine Aufgabe, die bei meiner strengen Auswahl für eine so feierliche Gelegenheit wirklich schwer zu lösen war. Nach langem Hin- und Hersinnen gerieth ich endlich auf die höchst ausgezeichnete Person, welche eben im Begriff war, meiner Einladung nachzukommen. Wir finden in ihr eine Dame, deren Alter beim besten Willen nicht nachzuweisen ist. Sie trägt grüne Kleider, gelöste Locken und duftet nach Theer und Seewasser. Man könnte sie hübsch nennen und würde sie ihres nymphenhaften Wuchses wegen vielleicht schön finden, wenn nicht der erdfahle Teint ihres Gesichtes unwillkürlich zurückzieße. Feucht glänzt ihr Auge durch die langen Wimpern. Ihr Gang hat etwas sehr eigenthümliches; man merkt, daß sie mehr auf der See, als auf dem Lande lebt

Ich stellte die Neuhereingetretene meinen beiden andern Gästen ohne Weiteres vor. Sie hatten sich gerade von ihrer Erstarrung erholt, und es war wirklich eine Genugthung für mich, als ich alle drei nach den ersten Artigkeitsbezeugungen sofort in der Erinnerung längst gemachter und endlich erneuerter Bekanntschaft schwelgen sah.

Unser Diner war indeß aufgetragen, und ich lud meine Gäste ein, sich zu setzen. Die ganze Geschichte hatte etwas sehr feierliches. Der weite, teppichbedeckte Raum, die schweren, seidnen Vorhänge der Fenster, der riesige Kamin mit seiner Kohlenglut, der kleine Tisch in der Mitte des Zimmers, umringt von vier großen Fauteuils, das blendendweiße Tischtuch, das fast bis auf die Erde hinabhing, das Silbergeschirr, die Krystallflaschen und die kolossalen verdeckten Schüsseln —— Alles harmonirte mit einander und versprach einen Naturgenuß, der dem Wirthe keine Schande machen konnte.

Der Naturgenuß des Essens und des Trinkens bleibt trotz der häufigen Wiederkehr, ein außerordentlich wichtiger Akt im menschlichen Leben. Ich finde es daher passend, daß man ihn jedesmal mit einem kurzem Spruch, mit einem Gebet oder mit einer heiteren Anecdote eröffnet, sey es in biblischen Rhythmen, in Hexametern oder in einfacher Prosa. Essend und trinkend nähert sich der Mensch mehr als je dem Ursprünglichen. Er schwelgt am Busen der Natur, deren Schätze uns die Kochkunst erst recht eigentlich zugänglich machte. Essen und Trinken ist Kunst- und Naturgenuß zu gleicher Zeit. Da liegen die Austern der unerforschlichen See; da flutet die Schildkrötensuppe, die herzerfreuende. Da prangt das Rippenstück eines schwerwandelnden friesischen Ochsen und hier ragt die Keule eines schottischen Widders. Die Schnepfe und das Birkhuhn Altenglands, der französische Fasan und die deutsche Lerche. Transatlantische Aepfel, die Orangen Italiens und spanische Trauben. In dem Krystall der Flaschen der gelbe Xeres, der tiefrothe Portwein, der wilde Champagner und das Gold der rheinischen Hügel — — o stelle dich auf den Gipfel des Chimborazzo und du hast kein schönere Aussicht; vor allen Dingen erhebe du aber deine Hand und danke der Mutter Natur, denn sie hat Alles weise geordnet und die Welt ist voll ihrer Güte.

(Forts. folgt.)

Der Jahrestag der Märzrevolution,

gefeiert vom Münchener Märzverein.

Der März des Jahres 1848 wird jedem Deutschen ewig unvergeßlich bleiben. Der Märzverein in München hat den 4. März festlich begangen, den Tag, an welchem die Bewohner Münchens für die Sache der Freiheit und Einigkeit sich erhoben. Wir haben diese Feier mit Aufmerksamkeit verfolgt, wir haben die Reden fast wörtlich nachgeschrieben und glauben unserem Vaterlande ein angenehmes Andenken zu bereiten, wenn wir das Gesehene und Gehörte der Oeffentlichkeit übergeben.

Eingang und Saal des Praters sind mit schwarzrothgoldnen Fahnen geziert. Am Geländer der Gallerie befinden sich die Namen jener deutschen Städte, wo das Volk für seine Freiheit sich erhob, und die Tage der Erhebung mit Kränzen umgeben: Frankfurt 3. März 1848, München 4. März 1848, Berlin 18. März 1848, Hamburg 3. März 1848, Leipzig 12. März 1848, Wiesbaden 1. März 1848, Hechingen 10. März 1848, Kassel 11. März 1848, Hambach 27. Mai 1832, Weimar 8. März 1848, Karlsruhe 1. März 1848, Wien 13. März 1848. Das Fest wurde mit Musik eingeleitet, die auch in den Pausen die Anwesenden erfreute und begeisterte.

Dr. Riedl, Vorsitzender des Märzvereins, eröffnet die Versammlung. Die Bedeutung des Festes, begann er, ist die, daß die Rechte des Volkes nie anerkannt wurden, bis das Volk sich erhob. Das bei der Märzerhebung Errungene nennen wir die März-Errungenschaften, und da es bekannt ist, daß diese so viel als möglich verkümmert werden, hat sich der Märzverein gegründet, um sie zu retten. Er ist der Ausdruck eines großen Theils des Volkes und deswegen sehe ich mit Vergnügen die heutige zahlreiche Versammlung. Wir wollen uns erinnern an das, was im März geschah, doch dies zu schildern, überlasse ich einem Manne, welcher der damaligen rein aus dem Gemüthe entsprungenen Bewegung Geist und Bewußtseyn einhauchte.

Als Dr. Herrmann die Tribüne bestieg, wurde er mit stürmischem Jubel begrüßt. Es war, sprach er, am Ende Februar, als ein Theil der Bewohner Münchens in einer stillen Schenke seltsam sich bewegt fand über die großen Ereignisse, welche der Februar aus dem Westen gebracht. Die Luft war mit den Ideen erfüllt, welche die neue Zeit gebären sollte; es kann in solchen Zeiten keinem einzelnen Individuum, keinem kleineren Kreise zugemessen werden, eine solche That hervorzubringen; allein als Menschen müssen wir unsere Freuden und Schmerzen an gewisse Persönlichkeiten knüpfen, um unsere Anschauung zu fixiren und die Erinnerung desto lebhafter zu machen; deshalb knüpfte ich an jene Versammlung an. In jener Schenke nun ward beschlossen, das rechte Wort einmal an die rechte Stelle zu bringen. Jene Ansprache fiel wie ein zündender Funke in eine von politischem Gas gefüllte Welt, die alsbald explodirte und die Bewohner Münchens so schnell in die Höhe brachte, daß wir das errungen, was wir Märzerrungenschaften nennen. Zwar sind seitdem wieder vielen Männern, die damals für Freiheit begeistert waren, an der aufgehehenden Sonne die Ikarosflügel geschmolzen. Aber sie fielen nicht wie Ikaros in die Fluthen des blauen Oceans, sie fielen in die Pfütze der Trägheit, in die Pfütze der Gemeinheit, in die Pfütze des krassen Egoismus. Doch der hier versammelte Kreis und die jüngsten Ereignisse zeigen, daß

die Idee der Märzrevolution immer mehr Klarheit gewonnen und nie mehr aus eines ächten Mannes Brust weichen werde. Vielleicht sind noch Manche aus jener Pfütze zu retten. Wir wollen ihnen mit Liebe entgegen treten, wir wollen politische Einsicht verbreiten, um neuen Boden zu gewinnen, um den verlornen wieder zu erringen. Beides ist für die Freiheit von absolut großer Wichtigkeit. Was haben wir für Märzerrungenschaften! Seyen wir billig! erklären wir nicht, daß wir nichts errungen, legen wir aber auch nicht die Hände in den Schoos und sagen, daß wir genug haben. Der März hat den Gedanken der Freiheit und Einheit Deutschlands zurückgeführt. Wir sind uns bewußt geworden, daß das Volk eine Macht ist, daß die geistige Macht des Volkes, recht angewendet, so schwer wiegt, als die physische. Positive Güter für uns sind uns erwachsen aus der Preßfreiheit, aus der Association und anderen Dingen, die uns die Volksfreiheit erkennen lassen. Freilich ist manches nur ein Abklatsch dessen, was wir im März 1848 verlangten. Aber was wir im März 1848 mit Fug und Recht fordern konnten, was damals selbst die Regierungen anerkannt, dürfen wir eben so wohl noch 1849 fordern. Auf dem Boden des Anerkennens dürfen wir um so eher auf das aufmerksam machen, was fehlt. Eine der Errungenschaften war das Verlangen des Volkes, ein mächtiges Vaterland zu schaffen, durch Sendung der Vertreter nach Frankfurt. Dort, in der alten Kaiserstadt, sollte das Volk tagen, damit das Vaterland wie ein Phönix aus der Asche erstehe. Es ist 1849, und mit der deutschen Einheit steht es schlechter als je. Ohne sie aber werden alle Freiheiten nur Brosamen seyn vom Tische des Reichen, von denen wir nicht lange leben können; wir werden vernichtet werden; wir werden ein schwaches Volk seyn. Der eiserne Fußtritt des Barbaren wird hinwegschreiten über das Volk der Philosophen. Die idealen Gedanken werden uns kein Schild bieten gegen die barbarischen Horden, geführt von einem eisernen Willen. Wir sind auf dem Punkte, wo sich das Schicksal der westlichen Nationen entscheidet; es handelt sich um die Existenz des Westens. Fürchten wir den Kampf, so werden wir ihn verlieren; wir müssen ihn aufnehmen. Stählen wir uns und wir werden die Freiheit erringen.

Betrachten wir die Nationalversammlung bis zum 27. Mai und Juni. Wir sehen sie im Aufsteigen volksthümliche Beschlüsse fassen. Sie hat anerkannt, daß Alles durch und für das Volk geschehen müsse; der erste entscheidende Beschluß war, daß alle Beschlüsse der Einzelstaaten weichen müssen, wenn sie in Widerspruch stehen mit denen, die in Frankfurt gefaßt werden; wir sehen das Einsetzen einer provisorischen Reichsgewalt. Kaum aber ist dieser Kulminationspunkt erreicht, so kommt die Ebbe. Schon die Huldigung war ein Pulsfühlen der Dynastieen; schon fand man sich auf dem Boden der halben Beschlüsse; man getraute sich nicht zu erklären, die bewaffnete Macht stehe unter der Centralgewalt. Man fühlte, wie weit sich die Dynastieen ihrer Schildhalter entäußern würden. Als man dieses Einherschleichen in Filzschuhen gewahrte, stählte sich der Muth auf der anderen Seite; es vermehrte sich das Schwanken immer mehr, je näher die Berathung der Reichsverfassung kam, und wir finden die traurige Erscheinung, daß die Sonderbestrebungen in dem Schooß der Nationalversammlung selbst Platz genommen haben, ja bereits auf breitester Basis ruhen. Wollte es Jemand unternehmen, hier für die nächsten Monate ein Prognostikon zu stellen, es wäre unmöglich. Es können verschiedene Chancen eintreten. Die Nationalversammlung kann möglicherweise jetzt gar nichts schaffen; wir können ein preußisches Erbkaiserthum mit einem Kleindeutschland, wir können eine Spaltung in Nord- und Süddeutschland, ein zersplittertes Oesterreich, wir können ein Direktorium erhalten. Dieser Zustand ist sehr traurig. Er hat im Hintergrund Verwirrung, Anarchie und Bürgerkrieg. Fassen wir in dieser ernsten Stunde unsere Lage würdig auf; begeistern, stärken wir uns, fassen wir Muth, um mit Klugheit und Einsicht aufzutreten, wenn es Noth thut. Das Schicksal des Vaterlandes liegt blos in der Hand des Volkes. Bei dieser Erkenntniß müßten wir alle gesetzlichen Mittel benützen und selbst Sorge tragen, daß die größte der Märzverheißungen ins Leben trete, die deutsche Einheit. Sind wir so stark, so klug und muthig, daß wir dieses größte Stück erringen, dann kann es uns an der Freiheit nicht fehlen. Das Volk griff freilich schon im März vorigen Jahres zum Kranze der Vergeltung für hundertjährige Leiden; allein es wurde uns blos der Apfel vom Baume der Erkenntniß gereicht. Nur durch die Pforten der Arbeit und Anstrengung gelangt der Mann zum Ziele, und dann erst werden wir uns, eines Mannes würdig, zur Ruhe niederlegen, sey es zum Schlafe oder zum Tode, wenn das Geschaffene vom eigenen Muthe erzeugt ist. Nach diesem Rückblick muß ich noch auf eine Errungenschaft hinweisen. Trotz des unbefriedigenden Wahlgesetzes hat uns das Volk Vertreter gesendet, die wenigstens bei ihrem ersten Auftreten, entschieden für die Sache des Volkes gehandelt. Ehren wir Volk und Vaterland durch seine Vertreter, bringen wir ihnen ein dreifach donnerndes Hoch. (Stürmisches Hoch. Rauschender Beifall.)

Es folgt das Bundeslied von Perfall. Der Gesang wird von Dr. Halbreiter trefflich geleitet.

(Fortsetzung folgt.)

Anzeige.

Auf die vielen Anfragen wegen der seitherigen Unterbrechung der Erzählung: „Das Geheimniß“ sehen wir uns veranlaßt, unseren verehrlichen Lesern zu entgegnen, daß dieselbe lediglich durch Unterbrechung des französischen Originals herbeigeführt wurde. Wir haben deshalb die nöthige Korrespondenz mit Paris eingeleitet und werden in den nächsten Nummern im Stande seyn, die Fortsetzung zu bringen.

Die Redaktion.

Druck und Verlag von Wilhelm Tümmel S. Nr 544 am Rathhaus.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 20 März 1849 № 79. Dienstag: Hubertus.

†† Politische Schlagschatten.

II.

Auf diese Weise bildeten sich in der sozialen und politischen Welt zwei Gegentheile aus, zu deren einem die Fürsten mit ihrem Anhange, dem Adel, den Bureaukraten, Soldaten und theilweise auch der Bourgeoisie, zu deren anderem der Bürgerstand, das Proletariat und die Bauern gehörten. Auf der ersteren Seite waren mehr Rechte (Vorrechte), auf der letzteren mehr Pflichten, was hauptsächlich das Verlangen nach Reformen in den verschiedenen Staaten in steter Anregung hielt, das aber, so oft es auch seine Stimme erhob, immer wieder kalt und herzlos beseitigt wurde.

In Frankfurt a. M. aber saßen sie beisammen, die Männer, welche den Fürstenbund aufrecht hielten gegen alle und jede Intressen der Völker; Nichts drückte und drängte gegen die Volksfreiheit und ihre möglichen Konsequenzen so sehr ein, als der oft verfluchte Bundestag, bei dem die Gesandten von Oesterreich und Preußen am meisten dominirten. Wäre es irgend einer der kleineren deutschen Regierungen eingefallen, offener und ehrlicher gegen ihre Angehörigen zu handeln, als dieß in das finstere und heimtückische System Metternichs paßte, sogleich hätte der Bundestag seine Krallen ausgestreckt und dieses Streben im Keime erstickt. So wollte der Großherzog von Baden einmal die Preßfreiheit in seinem Lande zum faktischen Bestande bringen. Vergebens, der Bundestag duldete es nicht und dieser infernalischen Gewalt war Baden natürlich nicht gewachsen. Durch den Bundestag mußte Alles hindurch gehen und ihm hatte es die gesammte deutsche Politik zu danken, daß ihre Bewegungen einem elenden Schattenspiele glichen, welches Metternich dirigirte und dafür riesenmäßige Summen, (wieviel mag er wohl nur für die Verschacherung der Donaumündungen erhalten haben?) an sich zog. Die deutsche Geduld und Langmuth konnte man gar nicht genug bewundern; wie die Herren von Gottes Gnaden mit den geistigen und leiblichen Gütern ihrer Völker umgingen, das lief in's Weite hinaus. In den Ständeversammlungen ließ man zwar die Deputirten von Freiheit schillernde Reden halten, aber damit war's auch abgethan, und wenn die Komödie des Landtags vorüber war, so hieß es nach wie vor wieder: Ordre pariren. Zuweilen überkam die Deutschen auch ein Freiheitsparoxysmus, der dann aber meist in Lächerlichkeiten endigte. Man denke hiebei nur an das Becker'sche Rheinlied: „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein," wie sich die Orgelmänner der Melodie bemächtigten und die Jahrmärkte damit bedeutschthümelten und wie die Münchener das Lied malträtirten, als ein bayerischer Hausknecht einen französischen Athleten auf dem Hoftheater im Ringkampfe besiegte und die ganze Münchener Hautevolee in den Glauben sich verrannt hatte, so ein Paar Dutzend Hausknechte seyen im Stande, den Schlachtruf des kleinen Herrn Thiers total verstummen zu machen. Und dennoch dankte man in der langen Begebenheitsdürre, wenn in unseren armseligen Zeitungen ein derartiger Artikel durch die langen Finger der Censur schlüpfen konnte und die Redakteure der Frankfurter und Darmstädter Blätter sollen Hekatomben dargebracht haben, weil sie zuerst die Nachricht hatten drucken lassen können, daß die blinden Hessen den Nassauern die Rheinfahrt bei Biberich durch Steinversenkungen verdorben. Das war ein Ereigniß! Hin und wieder war auch das bayerische Bier so gütig, die politische Leere etwas zu füllen und einen Krawall zu entzünden, der jedoch bald wieder verpufft war. Indeß war München, so wie es lange Zeit eine Assekuranzanstalt ultramontaner Nachtwächter war, doch auch der Schauplatz frivoler Scenen, als eine spanische Tänzerin selbst der Königin Schach bieten durfte und das ganze eingerostete Jesuitenministerium über ihre Reitgerte springen ließ, was Alles noch ergötzlicher war, als die Wunder des heiligen Rockes zu Trier und die kgl. preuss. Muckereien und aristokratischen Eigenheitstendenzen.

Gott verläßt keinen Deutschen, darauf bauten und vertrauten alle Demagogen aus den dreißiger Jahren und selbst der alte Jahn schwört bei seinem Barte, daß es wahr sey. Und so mußte es dem König von Dänemark einfallen, den famosen „offenen Brief" zu schreiben, wovon die deutsche Freiheit und die deutsche Presse eine Zeit lang zehren konnte. Ueberaus fett ist zwar keine von beiden davon geworden, allein es war doch für eine politische Hausmannskost gesorgt, zu welcher die vielen Adressen das Dessert lieferten.

Es war aber immer ein aschgrauer Zustandswechsel im lieben Deutschland wahrzunehmen, der die Geschichte seiner Vergangenheit bis zu Ende des Jahres 1847 bildete und man hörte wohl öfter Stimmen, die sich dahin aussprachen, daß es erst besser werden würde, wenn Louis Philipp und Metternich die Augen einmal schließen. Für so gewaltig hielt man diese starr Konservativen, daß man annehmen wollte, nur mit ihrem Tode könne ihre Schädlichkeit und Gefährlichkeit aufhören. Allein es gestaltete sich dennoch anders, und die höchste Strafe für ihr Verbrechen an dem Völkerleben bestand darin, daß sie ihren und ihrer Corruptionspolitik Sturz mit eigenen Augen ansehen mußten. Es ist entsetzlich, daß diese verruchte Politik nun wieder allen Ernstes in Schwung gebracht werden will.

Deutsche Staaten.

München, 17. März. Wir bemerken heute noch nachträglich zu unseren gestrigen Angaben über die Truppensendungen von Seite Bayerns nach Schleswig-Holstein, daß außer den bereits angegebenen Kommandanten die Generalstabsoffiziere HH. Major v. Hagens und Hauptmann Aldosser dahin abgehen. Komandant der Artillerie ist der Artilleriemajor Hr. Riepertinger. Der Oberstlieutenant und Flügeladjutant Sr. Maj. des Königs, Hr. v. d. Tann wird Se. Durchl. den Generallieutenant Prinzen Eduard von Sachsen-Altenburg begleiten. Nach Sachsen-Altenburg bestimmt sind 1 Bataillon des 2., 1 Bataillon des 5. Infanterieregiments, 4 Eskadrons des 6. Chev.-Reg. und eine 6 Pfünderbatterie des 1. Artillerieregiments, wie bereits angegeben unter dem Kommando des Generalmajors Hrn. Grafen v. Guiot Duponteil. Letztere Truppenabtheilung hat Marschbereitschaft. (N.M.Z.)

München, 18. März. Obgleich vor wenigen Wochen im Staatsrath der Beschluß festgestellt worden war, daß das Ministerium des Kultus von dem des Innern nicht zu trennen sey, besitzen wir doch seit heute in Hrn. Ministerialrath Ringelmann einen Minister des Kultus. In einer gestern stattgehabten Staatsrathssitzung ist die Entscheidung für die Trennung beider Ministerien gefallen und heute wurde Hrn. Ringelmann das betreffende Dekret zugestellt. Bekanntlich war ihm, bevor Hr. Kleinschrod zugesagt hatte, der Vorsitz im Ministerium der Justiz bestimmt gewesen. Dann war er allerdings auch als Kultusminister bezeichnet gewesen. Aber als Hr. v. Beisler die Verweserschaft des Ministeriums des Innern übernahm, war dieser Plan für den Augenblick wieder aufgegeben worden. Jetzt erst, nachdem Hr. v. Forster definitiv an die Spitze des Ministeriums des Innern getreten, wurde jener Plan wieder aufgenommen und in der bezeichneten Weise zur Ausführung gebracht. (A. A. Z.)

München, 17. März. Die in unmittelbarer Folge des Sturzes des Abel'schen Systems von hiesiger Universität entfernten Professoren Lassaulx und Phillips sind in ihre früheren Stellen wieder eingesetzt worden, und zwar ersterer in hiesiger, letzterer an der Universität Würzburg. Demgemäß können wir demnächst auch die Rückkehr von Döllinger und Höfler, wie die Ernennung Sepp's zum Professor erwarten und uns des fröhlichen Wiederaufblühens der von ihnen vertretenen Richtung in unserm Vaterlande freuen! — Morgen Mittag wird die hieher detaschirte Compagnie des Ingolstädter Genieregiments hier eintreffen und in dem sogenannten Dechant-Hof nächst der Frauenkirche casernirt werden. (A. A. Z.)

München, den 17. März. Das heutige Regierungsblatt Nr. 13 enthält eine Königliche Verordnung, die oberste Leitung der Kirchen- und Schulangelegenheiten betr. folgenden Inhalts: Maximilian II. ꝛc. Wir haben in Unserer Verordnung vom 11. November 1848 Uns vorbehalten, weitere Bestimmungen über die Formation der Staats-Ministerien zu erlassen und finden uns nunmehr bewogen, in Erwägung der sehr erhöhten Thätigkeit, welche dermal und für die nächste Zeit die Behandlung der Kirchen- und Schulangelegenheiten von Seiten des Staats in Anspruch nimmt, nach Vernehmung Unseres Staatsraths zu verordnen, was folgt:

§. 1. Das Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schul-Angelegenheiten, wie solches durch die Verordnung vom 27. Februar 1847. (Reg.-Bl. S. 169.) gebildet war, ist wieder hergestellt. Von dem Wirkungskreise desselben bleiben jedoch die, durch Unsere Verordnung vom 11. November 1848. §. 7. I. a. b. c. und d. bezeichneten, dem Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten zugewiesenen technischen und landwirthschaftlichen Lehranstalten ausgenommen. §. 2. Das Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten besteht unter der Leitung eines Staatsministers: 1) aus drei Ministerialräthen, 2) aus zwei Ober-, Kirchen- und Schulräthen, 3) aus einem geheimen Registrator, 4) aus einem geheimen Rechnungs-Kommissär, zugleich Statsbuchhalter, 5) aus zwei Sekretären I. Klasse, 6) aus zwei Sekretären II. Klasse, 7) aus einem geheimen Kanzlisten. Die Funktion des General-Sekretärs wird einem der Ministerialräthe nach Ermessen des Ministers übertragen. §. 3. Ueber die Dotirung dieses Ministeriums werden Wir besondere Bestimmung erlassen. §. 4. Unsere Staatsminister des Innern beider Abtheilungen sind mit dem Vollzuge der gegenwärtigen mit dem 21. dieses Monats in Wirkung tretenden Verordnung beauftragt. Gegeben Nymphenburg, den 16. März 1849. Max. v. Lerchenfeld. v. Kleinschrodt. Dr. Aschenbrenner. v. Forster. Graf v. Bray, Staatsrath. Nach dem Befehle Seiner Majestät des Königs: der geheime Sekretär des Staatsraths, Rath Seb. von Kobell.

†† **Nürnberg,** den 19. März. Das gestern im schön dekorirten Saale des Bamberger Hofes abgehaltene sehr zahlreich besuchte Arbeiterbankett zeugte von der Ruhe und Ordnungsliebe in unserer Stadt, die trotz aller drohenden Anzeigen, trotz dem sichtlichen Willen, etwas Krawallartiges zu provoziren, um dem Belagerungszustand herbeiführen zu können, sich nicht beirren lassen wird. Kanonen auf den Thürmen, Patrouillen mit blanken Säbeln am hell lichten Tage und der tiefste Frieden, was sind das für auffallende Gegensätze? Haltet fest, ihr Männer von Nürnberg, haltet fest an der Ruhe, die Ihr bisher bewahrt, und Ihr werdet dadurch Eure Feinde am schmerzlichsten verwunden.

** **Frankfurt,** den 17. März. (187. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.) Alle Zuhörerplätze, die vom Präsidenten auf einen Antrag von Wigard durch Oeffnen der Räume rechts vom Bureau noch vergrößert wurden, sind dicht von Zuhörern besetzt, auch die Abgeordneten finden sich zahlreich ein. Vorlesung des Protokolls der vorigen Sitzung, Eintrittsanzeige dreier Mitglieder der Versammlung, Flottenbeiträge aus Bonn und Lehr (aus letzterem Orte 900 Thlr.), Interpellation Zimmermanns aus Stuttgart wegen der gegen Simon von Trier, Zitz und Schlöffel in Bezug auf die Septemberereignisse geführten Untersuchungen, welche

Interpellation am Montag beantwortet wird. Auf die Interpellation Raumer's von Dinkelsbühl von neulich erwidert Gagern im Sinne Deutschlands und weist nach, daß Desterreich durch die Oktroyirung seiner Verfassung und noch manches Andere die bestehenden Verträge verletzt habe, daß aber das Reichsministerium eine Vereinigung mit Deutschland immer noch für ausführbar halte, und daß es die ihm von der Nationalversammlung übertragene Vollmacht als noch bestehend erkenne und dieselbe so anwenden werde, wie es in deutschem Sinne möglicherweise geschehen könne. Auf der Tagesordn. befindet sich die Berathung des vom Abg. Riesser über den Welcker'schen Antrag erstatteten Berichts. Es sind mehrere Amendements vorhanden. 60 Redner wollen gegen, 28 für den Antrag sprechen. Welcker erhält zuerst das Wort. Er, der früher für Desterreich war, ist nun ein ganz gut schwarzweißer Erbkaisler geworden und sucht zu beweisen, daß Desterreich vor der Hand nicht in Deutschlands Neugestaltung eintreten könne. Radowitz spricht gegen den Antrag, Wurm für denselben. Herrmann aus München gegen den Antrag, hinweisend auf die materiellen Interessen, die in einer Vereinigung mit Desterreich lägen. Vogt von Gießen, scharf gegen den Antrag sprechend, wirft der rechten Seite des Hauses Vorwürfe hin, welche dieser die Schaam in's Gesicht treiben müssen. Seine Ansicht geht darauf hinaus, daß Desterreich durch einen Völkerkampf erobert werden müsse. Nächste Sitzung Montag, den 19. März.

Der Abgeordnete zur deutschen Reichsversammlung Hermann aus München erklärt die angeblich von ihm geschriebenen Briefe aus Olmütz (siehe unser gestriges Blatt) für eine Lüge.

LPC Frankfurt den 16. März 1849. Die oktroyirte Verfassung Desterreichs, die letzte österreichische Note und der Erfolg der großdeutschen Commissäre bei dem Olmützer Kabinet haben die großdeutsche, sogenannte Coalition gesprengt und dem gepreßten Herzen des Hrn. Welcker den patriotischen Angstruf seines preussischen Kaiserantrags entrissen. Abermals ist dadurch die Parteistellung der National-Versammlung ein wenig verrückt, mindestens hat jede der drei frühern Parteien, die preussische, österreichische und deutsche eine veränderte Richtung erhalten. Doch die Majorität ist in diesem Augenblicke auf Seiten der preussischen Erbkaiserpartei. Desterreich hat durch seine octroyirte Verfassung die Brücke mit Deutschland abgebrochen. Diese Verfassung bietet keine offene Fuge dar, welche eine staatliche Eingliederung in Deutschland offen ließe. Durch diese Verfassung kehrt Desterreich auf den Standpunkt des Ministerprogramms vom 27. Nov. v. J. zurück, indem es sich selbst als centralisirten Gesammtstaat abschließt und erst in seiner Abgeschlossenheit einen Verband mit Deutschland beabsichtigt. Desterreich erklärt ferner in seiner Note vom 9. März d. J., daß es sich auf sich selbst beschränken, und von Deutschland abscheiden müßte, wenn die Einigung nicht auf Grund seiner Vorschläge erfolgen könnte. Es ist also offenbar auch die staatliche Vollendung Deutschlands als ein selbstständiges, unabhängiges Problem hingestellt und Desterreich beharrt nicht mehr wie in seiner Note vom 29. Dezember auf dem früheren Bunde. Man muß dies auch als ganz consequent anerkennen, denn durch die octroyirte Verfassung ist für Deutsch-Desterreich auch die Bundesakte aufgehoben. Staatsrechtlich hat also Desterreich durch seinen letzten Ottoyirungsakt für die Neugestaltung Deutschlands und für die Feststellung seiner Beziehung zu Desterreich tabula rasa gemacht, es hat eingewilligt, daß Deutschland sich auch ohne Desterreich verjünge.

Dahin wird aber auch die Nationalversammlung durch die Nichtannehmbarkeit der österreichischen Vorschläge gedrängt. Deutschland kann Desterreich als Gesammtstaat sich nicht einverleiben. Es würde sich sonst selbst in das Schlepptau der russisch-österreichischen Kabinetspolitik hängen. Desterreich will ferner kein Volks- sondern nur eine Art Staatenhaus. Das Volkshaus aber ist das Palladium der deutschen Freiheit. Denkt man sich endlich noch das Direktorium hinzu, welches Desterreich gleichfalls diktirt, so ergibt sich eine in allen Beziehungen verschlechterte Ausgabe des alten Staatenbundes mit seinem Bundestage. Das Direktorium stützt nur den Partikularismus, es wäre eine wechselseitige dynastische Assekuranz und das neue Mitteleuropa wäre die vollendete Kontrerevolution. Der Köder der eröffneten Auswanderung nach dem Osten der großen Zolleinheit und des erweiterten deutschen Marktes ist wohl nicht verlockend genug, um vorschnell und hastig nach dem materiellen Speck zu schnappen, und dabei an dem spitzen Eisen des Absolutismus hängen zu bleiben. Die industrielle Einigung zu einem ganz Desterreich umfassenden Zollverein ist von der staatlichen Verschmelzung mit Deutsch-Desterreich scharf zu trennen und sollte wirklich der politische Verband sich soweit ausdehnen, als der merkantile, dann muß Deutschland seine Gegenbedingungen auf Annahme der deutschen Grundrechte für Deutschösterreich stellen, und auf dem Volkshause beharren. Geht aber Desterreich hierauf nicht ein, dann mag sich ein Kleindeutschland vollenden, wenn Preussen das Kaiserthum annehmen will und kann, auf welche schwebende Voraussetzung die Kaiserpartei ihre letzte Hoffnung baut. Leider blickt hinter all diesen Klippen das drohende Gespenst der Oktroyirung hervor, mit welcher sich die dreifache Trias der Konstituirung, Vereinbarung Auflösung zu Berlin, Wien und Frankfurt harmonisch vollenden, und die deutsche Revolution schmählich zu Grabe getragen werden wird.

Frankfurt, den 15. März. Der Ausschuß der sächsischen Kammer wird der Volksvertretung vorschlagen, den Matrikularbeitrag des Königsreichs Sachsen für die Gründung einer deutschen Kriegeflotte nicht zu bewilligen. Die königlich sächsische Regierung hat die Mittel bereit, hält sich aber nicht für befugt, dieselben an die Reichskasse zu bezahlen, ohne vorherige Zustimmung der Stände. Bekanntlich ist diese Umlage von der Nationalversammlung mit Zustimmung der Mitglieder aus Sachsen am 14. Juni v. J. beschlossen, und am 10. Oktober von dem Reichsverweser ausgeschrieben worden. Nachdem die Regierung aus Gründen, welche der Reichsfinanzminister unlängst mitgetheilt, die Einzahlung ihres Beitrags fünf Monate lang verzögert, wird sie jetzt durch die Volksvertreter verhindert, ihre Pflicht gegen die Gesammtheit zu erfüllen. Während diese die Mittel zur Gründung einer deutschen Flotte verweigern, und in der Kammer verlangt wird, die nach Schleswig aufgebotenen sächsischen Reichstruppen nicht marschiren zu lassen, stellt ein sächsischer Abgeordneter zur Reichsversammlung in dem VII Sondergutachten zu dem Antrag des Abg. Welcker auf ungesäumte Annahme der Verfassung das Begehren — ein Reichsheer gegen Desterreich aufzustellen!! — Das sächsische Volk wird durch sein Urtheil über das Verfahren seiner jetzigen Vertreter zeigen, daß es eine vaterländische Gesinnung bewahrt, daß es kein Bundesgenosse der Feinde Deutschlands seyn will; es hat Ursache, sich einer Vertretung zu schämen, in welcher Stimmen laut werden, die in Kopenhagen eher als in Dresden am Platze wären. (Frkft. O.-P.-Z.)

Hannover, den 15. März. So eben (12 Uhr) wird eine Mittheilung der Regierung verlesen, des Inhalts: daß sie in Erwägung der offiziellen Nachrichten aus Frankfurt vom 12. d., welche eine baldige Beendigung des Verfassungswerks in Aussicht stellten, ihre Proposition zurückziehe und die Stände bis zum 12. April vertage. (Z. f. N.)

Hannover, 14. März. Am heutigen Morgen in der Frühe ist von hier ein Kommissär an die südliche Landesgränze abgereist, um 6000 Mann nach Schleswig-Holstein bestimmt kurhessische Truppen, durch das hannoversche Gebiet zu führen. 6000 Mann Hannoveraner, verschiedener Waffengattungen, werden sich, wie wir hören, am 16. nach derselben Richtung in Bewegung setzen. Ein seit heute umlaufendes Gerücht, wonach der größte Theil der hannoverschen Truppen nach Schleswig-Holstein dirigirt und hier durch preussische Truppen ersetzt werden sollte, bedarf noch sehr der Bestätigung. (Wes. Z.)

†*† **Berlin**. [I. Kammer. Sitzung vom 16. März.] Präsident v. Auerswald eröffnet um 10¼ Uhr die Sitzung. Die Minister Graf Brandenburg, v. Manteuffel, v. Raabe, Rintelen sind am Ministertisch. Der Präsident eröffnet die Versammlung, er habe dem Ministerpräsidenten den Beschluß der Kammer, die Adresse Sr. Maj. durch eine Deputation zu überreichen mitgetheilt. Derselbe habe hierauf erwiedert, Se Maj. werde Sonnabend Mittag die Deputation im kgl. Schlosse hierselbst empfangen. Die Mitglieder der durch das Loos gewählten Deputation sind die Abgeordneten: Land- und Stadtgerichtsdirektor Bergmann aus Nordhausen, Meyer (Dekonom aus Westphalen), Bornemann, Oberbergrath Bicking aus Trier, Baumstark, Justizrath Leobschütz, Geh. Rath Prof. Stahl aus Berlin, Regierungspräsident v. Borrier a. Minden, Geh. Finanzrath Knoblauch a. Berlin, Reg.-Präs. Gr. Itzenplitz, Ritterschaftsrath Thym, Gutsbesitzer v. Paleske, Oberlandesger.-Präs. v. Forckenbeck a. Glogau, Oberlandesgerichtsrath Wachler a. Breslau, Kfm. Denzin a. Lauenburg, Fabrikbesitzer Hermann aus Schönebeck, Präs. v. Wittgenstein aus Köln, Appell.-Gerichtsrath v. Ammon a. Köln, Geh. Kommerzienrath Wilh. Beer a. Berlin. Ober-Regierungsrath Triest a. Magdeburg. Referent Prof. Walter berichtet über die Schlußredaktion und bringt einige Aenderungen der Fassung in Vorschlag, die er aus stylistischen Rücksichten empfiehlt. Zunächst soll im zweiten Satz statt »durch Verleihung der Verfassung« gesetzt werden „durch Verleihung derselben." — Kühne wünscht dafür „durch Verleihung dieser Verf." — Bethmann-Hollweg tritt diesem Vorschlage bei. — Sperling protestirt gegen diese Aenderungen, da der Kühne'sche Vorschlag eine materielle, nicht blos stylistische Amendirung sey. Bracht macht bemerklich, der Kühne'sche Vorschlag enthalte eine Bezugnahme auf die Verf. v. 5. Dez. und ihren spezifischen Inhalt. Präs v. Auerswald theilt diese Meinung, Kühne zieht seinen Abänderungsvorschlag zurück, und die Vers. beschließt, die Aenderung des Referenten anzunehmen. Der Referent beantragt ferner, im Schlußsatz die Erwähnung der zweiten Kammer zu streichen v. Forckenbeck erklärt auch dies für eine materielle Aenderung, und die Versammlung beschließt, dieselbe abzulehnen mit 76 gegen 59 Stimmen). — Endlich schlägt Kuh vor, im Zusatz nach den Worten „allen Richtungen hin" ein Komma zu setzen. Gr. Eulenburg findet hierin eine materielle Aenderung. Unter großer Heiterkeit der Versammlung findet hierüber einige Diskussion statt. Es muß zur Abstimmung geschritten werden. Das beantragte Komma wird verworfen. (Schluß 11½ Uhr.)

In der ersten Kammer ist der Bericht des Centralausschusses über den Antrag der Herren Leue und Milde, die Sistirung der Justizorganisation bei dem Könige nachzusuchen, bereits abgefaßt. Die Kommission trägt darauf an, den Antrag so wie die von Graf Dyhm, v. Daniels und Kuh gestellten Unteranträge sämmtlich abzulehnen. Der vom Kammergerichtsrath Goltdammer abgefaßte Bericht hebt hervor, daß die Forderung auf Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit und des eximirten Gerichtsstandes, so wie das Verlangen nach vollständiger Durchführung der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit mit Schwurgerichten zu den politischen Anforderungen der Zeit gehören, deren Vorenthaltung auf unbestimmte Zeit durch die Suspension geradezu der Verfassung zuwider seyn würde. Ueberdies wird zur Erwägung gegeben, daß die Menge der dringendsten Gesetzesvorlagen und Anträge die Thätigkeit beider Versammlungen voraussichtlich so lange in Anspruch nehmen wird, daß, wenn diernächst der Termin der beginnenden Ausführung der Gerichtsorganisation erst von dem Zeitpunkt der vollendeten Berathung und Genehmigung dieser Gesetze durch alle Stadien der Gesetzgebung hiedurch berechnet werden soll, kaum binnen Jahresfrist auf eine Vollendung der Maßregeln zu hoffen seyn würde.

Dresden, den 15. März. Nachdem in der heutigen Sitzung der I. Kammer der Abg Böricke eine Interpellation an die Staatsregierung wegen verzögerter Erlassung des königl. Dekrets, die Sanktion der Geschäftsordnung betreffend, gerichtet hatte, erstattete der Abg. Riedel Seiten des Petitionsausschusses Bericht 1) über eine Petition aus Plauen gegen die unentgeldliche Aufhebung der Feudallasten, welche an den Ausschuß für die deutschen Grundrechte gewiesen wird; 2) über eine im entgegengesetzten Sinne, die ebenfalls dem genannten Ausschuß übergeben wird; 3) über eine Petition um Trennung der Kirche von dem Staate und Einführung der Presbyterialverfassung, sowie um Aufhebung der Stifter und Klöster, welche an den betreffenden Ausschuß gewiesen wird; 4) über eine Petition des Vaterlandsvereins zu Rosenthal um Niederschlagung aller Preßuntersuchungen und Amnestirung der Preßvergehen aus dem Jahre 1848; sie wird der II. Kammer übergeben. Die übrigen Petitionen betrafen blos lokale Interessen.

Auf der Tagesordnung befand sich die Berathung über den Antrag des Abg. Heinze, anlangend die von dem Bevollmächtigten der königl. sächsischen Regierung bei der provisorischen Centralgewalt in Bezug auf das Recht des Staatenhauses, das absolute Veto und einen Census für ersteres, am 23. Febr. d. J. bei dem Reichsministerium abgegebene Erklärung. Der Antrag lautet vollständig: I. Die Kammern wollen der Staatsregierung erklären, daß die durch den königl. sächsischen Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt abgegebene Erklärung: »1) Das Staatenhaus auf einer solchen Grundlage zu organisiren, die es geeignet machte, neben den partikulären auch die konservativen Interessen der Nation zu vertreten, mit andern Worten, die Stellung einer I Kammer oder eines Oberhauses einzunehmen; 2) daß die Mitglieder des Staatenhauses und zwar die

sowohl von den Regierungen, als die von der Volksvertretung der Einzelstaaten zu ernennenden, einen gewissen Census (50 Thlr.) an direkten Abgaben entrichten müßten; 3) die sächsische Regierung erkennt in dem absoluten Veto ein so unentbehrliches Attribut der konstitutionell-monarchischen Regierungsform, daß sie die Macht und die Würde etc. — den Ansichten und dem Willen der sächsischen Volksvertretung entschieden entgegen ist; und daher II. die Staatsregierung auffordern, die über jene drei Punkte des deutschen Verfassungswerkes an die Centralgewalt abgegebene Erklärung schleunigst zurückzunehmen und den diesseitigen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt anzuweisen, sich nun im entgegengesetzten Sinne gegen die Centralgewalt auszusprechen. Der Abgeord. Heinze gab hierauf eine chronologische Uebersicht der Schritte der Regierung in der hier in Rede stehenden Angelegenheit, um seinen in dem Antrag gebrauchten Ausdruck „den Ansichten und Willen der sächsischen Volksvertretung entschieden entgegen" zu rechtfertigen und zu zeigen, daß die Worte des ehemaligen Staatsministers v. d. Pfordten „Schweigen ist Gold", nicht am rechten Orte angewendet gewesen seyen. Staatsminister v. Beust: Er wolle unerörtert lassen, inwiefern die Worte seines Amtsvorgängers mit seinen eignen Erklärungen nicht im Einklange ständen; die Aeußerung des damaligen Staatsministers wäre aber wohl hauptsächlich auf die Oberhauptsfrage gerichtet gewesen. Abg. Böricke: Durch den Census werde in die Reichsverfassung die Aristokratie des Reichthums eingeführt, welche gefährlicher als die Geburtsaristokratie sey. Sollte die Regierung diesem Prinzipe wieder huldigen, so setze sie ihr Ansehen, und um das Wohl einzelner Kasten das Gesammtwohl des Staats auf das Spiel. Abg. Gautsch: Er begreife nicht, weshalb ohne das absolute Veto die constitutionelle Monarchie nicht bestehen solle, und noch weniger sey ihm erklärlich, wie die Regierung durch die nach Frankfurt erlassene Erklärung die Volksvertretung habe geradezu ins Gesicht schlagen können. Abg. Hitzschold weist auf §. 2 der Verfassungsurkunde und meint, eben so wenig wie die Krone ihre Rechte zu erweitern befugt sey, eben so wenig dürfe sie ohne Zustimmung der Volksvertretung wesentliche Regierungsrechte veräußern. Abgeordneter Heubner: Durch den Census von 50 Thaler würden 90 Prozent der deutschen Bevölkerung von der Wahl ausgeschlossen; sollten diese Grundsätze in der Reichsverfassung Platz greifen, dann wäre die deutsche Einheit ein leerer Schall gewesen. Auch der Abgeordnete Kaiser beklagt die Erklärung des Ministeriums, weil dadurch sich offenbar gemacht habe, daß zwischen Regierung und Volk eine Kluft bestehe. Abgeordneter Jahn: Er habe geglaubt, daß das neue Ministerium so weit möglich mit den Kammern gehen werde; jetzt sey er enttäuscht worden. Außerdem betheiligten sich an der Debatte noch die Abgeordneten Hohlfeldt und Böhme, welche für das suspensive Veto und gegen den Census sich äußerten. Vor der Abstimmung ergriff Staatsminister v. Beust noch einmal das Wort, um darauf hinzuweisen, daß in der ministeriellen Erklärung vom 23. Februar auf den § 2 der Verfassungsurkunde Bezug genommen, daß ferner auf die darin aufgestellte Zusammensetzung des Staatenhauses und des angegebenen Census von 50 Thaler ein allzu großes Gewicht nicht zu legen seyn dürfte, und das jetzige Ministerium, die Zusammensetzung des Staatenhauses möge ausfallen, wie sie wolle, die Frage in Erwägung ziehen werde, ob in demselben das conservative Element gegenüber dem bewegenden vertreten seyn solle. Der Antrag des Abgeordneten Heinze wird anlangend I. beziehentlich 1, 2 und 3 einstimmig, dagegen der zweite Theil (II.) gegen 4 Stimmen angenommen. (D. A. Z.)

Dresden, den 15. März. In der heutigen Sitzung der II. Kammer stellt Vizepräsident Tzschirner die nachstehende Interpellation: Am 12. März habe Abgeordneter Welcker in der Nationalversammlung den Antrag gestellt, daß dem preussischen Könige das erbliche Kaiserthum übertragen werde. Die Nationalversammlung solle jetzt auf einmal über etwas beschließen, worüber schon längst hätte beschlossen werden können. Nur dem Scheine nach trage man der Volkssouveränetät Rechnung, in der Wirklichkeit aber gelte nur das Interesse der Fürsten. Man werde sich täuschen, wenn man glaube, daß das Volk dazu begeistert seyn werde, ein Kaiserthum nach außen hin zu vertheidigen; nicht dieses, sondern seine Freiheit werde es vertheidigen wollen. Ueberhaupt wolle man kein königlich preussisches Kaiserthum, und die Regierung selbst habe sich nicht dafür ausgesprochen. Man wolle keine Regierung, die sich nicht durch Grundsätze der Freiheit ausgezeichnet habe. Ehe überhaupt über diese Frage zu entscheiden, müsse erst jene über Oesterreichs Stellung zu Deutschland erledigt werden. Sachsen sey zwar klein, aber seine Stimme müsse gehört werden. Er frage daher an, „ob die Regierung gemeint sey, ihrem Bevollmächtigten in Frankfurt unverzüglich die Instruktion zu der Erklärung zu ertheilen, daß Sachsen auf seiner frühern Ansicht beharre, und der Ansicht sey, daß Oesterreich Deutschland nicht entzogen, und überhaupt ein Kaiserthum nicht nöthig sey." Wohl sey das Vaterland in Gefahr, aber die Gefahr liege in den Ideen des alten Kaiserthums. (Bravo!) (D. A. Z.)

Altona, 13. März. Oesterreich hat in Kopenhagen etwa folgende Erklärung abgegeben, durch eine vom Minister der auswärtigen Angelegenheiten an den dortigen österreichischen Geschäftsträger gerichtete Depesche: „Die kaiserliche Regierung schließe sich ganz den Erklärungen Rußlands und Frankreichs an, bezüglich der schleswig-holsteinischen Differenz. Es verstehe sich von selbst, daß Oesterreich sich für die gerechte Sache des Königs gegen seine rebellischen Unterthanen erkläre. Seine Verhältnisse erlaubten ihm allerdings nicht, den Schritten beizutreten, welche jene Mächte entschlossen seyen zum Schutze der Rechte Sr. Maj. zu thun — allein es hoffe der guten Sache doch Vorschub leisten zu können durch die ernsten Vorstellungen, welche es bei dem Berliner Hofe und bei der provisorischen Centralgewalt in Frankfurt machen werde." Wollte nicht schon damals ein leiser Verdacht in unserer Seele aufsteigen, als wir erfuhren, daß Oesterreich unmittelbar vor Ausbruch eines deutsch-dänischen Krieges, wie uns zum Hohne, Herrn Dahlerup und Konsorten in seinen Sold nahm? Jetzt haben wir die Gewißheit, daß Oesterreich mit unsern Feinden gemeinsame Sache macht. Kaum hat Dänemark, mitten in den Unterhandlungen, den Waffenstillstand aufgekündigt, um Deutschland ja das Messer an die Kehle zu setzen — sofort erklärt sich Fürst Schwarzenberg für den Feind, und entschuldigt sich gewissermaßen dafür, daß seine Regierung nicht, wie Rußland in Aussicht gestellt, Truppen gegen die rebellischen Unterthanen Sr. Maj. zu schicken versprechen könne! Schweden und Norwegen, die skandinavischen Königreiche, erklären auf das Allerentschiedenste, daß sie sich von der wahnsinnigen Politik Dänemarks abwenden müssen, und die „erste deutsche Macht" verleugnet ihre Abstammung, verräth aufs Treuloseste ihre Bundespflicht, vergißt, was sie vor eilf Monaten gethan. Denn wer, frage ich, wer sind die „Rebellen" anders als jene deutschen Brüder, für deren Rechte sich der alte Legitimitäts-Gesandten-Tag, unter Oesterreichs Vorsitze ausgesprochen, zu deren Gunsten dieselben Tag- und Nachtgleiche, unter demselbigen Vorsitz, den Krieg erklärt hat. Doch jetzt sind andere Zeiten — herunter das deutsche Banner und hoch lebe der Czar!

(D. Z.)

Hadersleben, 13. März. Wieder ist von den Dänen ein Raubzug von Middelfart auf der Insel Fühnen nach dem Stenderuper Strande hin gemacht worden. Vier Böte stark bemannt mit dänischen Matrosen, legten nämlich in voriger Woche bei dem hart an die Coldinger Föhrde grenzenden, obengenannten Strande an, und sogleich begab sich die Mannschaft daran, ein daselbst aufgestelltes, hübsches Quantum Fadenholz, einem Eingesessenen des Kirchspiels Stenderup zugehörig, sans façon in ihre Böte zu laden. Der Holzwächter, durch das verursachte Geräusch an den Stand gelockt, wurde sogleich mit vier Flintenschüssen begrüßt, und hätte er sich nicht gleich beim Abbrennen der ersten Büchse sofort platt auf die Erde geworfen, so wäre er ohne Zweifel todt zur Erde gestreckt worden. Mit höhnendem Gelächter und guter Beute verließen die Dänen hierauf den Strand, um sich in ihre Heimath zurückzubegeben. (B.-H.)

Flensburg, den 13. März. Das dänische Dampfschiff „Hekla" (nach Andern soll es der „Geiser" gewesen seyn) hat sich heute im hiesigen Hafen gezeigt, in ähnlicher Weise, wie ein anderes neulich in Apenrade dicht vor der Rhede erschienen ist und dann, nachdem es wahrscheinlich sich davon überzeugt hatte, ob Schanzen angelegt seyen, sich wieder entfernt. In ähnlicher Absicht ist auch wohl der Besuch hieselbst gemacht und bis zu dem Kupfermühlenholze ausgedehnt worden. — Uebrigens ist zu Küstenbatterien und Schanzarbeiten am hiesigen Hafen schon vor einiger Zeit ein sehr bedeutender Holzankauf gemacht worden; auch ersieht man aus einer obrigkeitlichen Bekanntmachung, daß solche beabsichtigt werden. (Alt. M.)

Französische Republik.

† **Paris**, 15. März.) Der Ball bei Bonaparte, von dem man seit einigen Tagen so viel sprach, ist glücklich vorüber. Er begann gestern Abend 9 Uhr und dauerte bis heute früh 6 Uhr. Die Sonne stand bereits am Himmel, als sich die letzten Gäste trennten. Die Wagenreihe dehnte sich von der Madelaine-Kirche bis zum Elysée aus, zur großen Ungeduld der Kutscher, die mit der aufgestellten Garde-Republikaine handgemein wurden und wobei es zu flachen Säbelhieben gekommen seyn soll. Bonaparte, der sich auf's Festiren versteht, hatte Alles aufgeboten, um diesen Ball zu einem der glänzendsten zu machen, den das Elysée je gesehen. Hof und Park waren in einem Zaubergarten verwandelt und doch — o Malice! — ist das Faubourg St. Germain trotz dringender Einladung Persigny's nicht erschienen. Dagegen wurde viel deutsch gesprochen; die ganze deutsche Diplomatik war da, unter welcher der hannöver'sche Gesandte mit einem Dutzend Sternen auf seiner Uniform ganz sonderbaren Eindruck machte. Die Deputirten waren ziemlich dünn gesäet. Vom Palais-National-Klub war keine Maus da. Der „National" gibt darüber folgende Aufschlüsse: „Vier der Vizepräsidenten und fünf der Sekretaire der Nationalversammlung sind zwar diesmal einzuladen nicht wieder vergessen worden; aber sie erhielten ihre Einladungsbriefe so spät, daß sie keinen Gebrauch davon machten. Es gehört sich, daß man Jemanden mindestens zwei Tage vor dem Feste einlade. Obige Herren erhielten aber die Briefe erst vorgestern und gingen deshalb nicht hin." Wir treten in diese Details, weil sie bei dem Kanonendonner am Ticin und an der Donau von Bedeutung erscheinen.

Im Ministerrathe herrscht Zwietracht! Die antipäpstlichen Glieder scheinen die Oberhand zu haben. Von einer Intervention zu Gunsten des Papstes ist seit sieben Tagen keine Rede mehr. Aber was werden wir thun, wenn die Piemontesen geschlagen werden? Das wissen die Götter. In diesem Falle müßte Bugeaud den gefürchteten „Rothen" denn doch das Feld räumen und über die Alpen steigen. Der schwerste Stein, der auf dem Herzen unsrer Minister liegt, ist die Nationalversammlung, welche die Wahlgesetzdebatte bis ins Unendliche zu ziehen scheint. Dieser langsame Gang bringt Hrn. Faucher zur Verzweiflung.

Aus Toulon haben wir Briefe und Journale bis zum 11. März. An jenem Tage war noch keines der gerüsteten Fahrzeuge abgesegelt. Seither soll aber der Telegraph den Befehl zur Einschiffung der Truppen nach Toulon gebracht haben.

Bourges, den 14. März. Die ganze heutige Sitzung, die bis 6 Uhr dauerte, trug von Neuem dazu bei, unsere frühere Ansicht zu bestätigen, daß das ganze Kunstgebäude des „Attentats" vom 15. Mai wie ein Kartenhaus zusammenfiel. Einige neue Unverschämtheiten des Verräthers Borme abgerechnet, konnte den Republikanern auch in der heutigen Sitzung nichts nachgewiesen werden. Raspail gewinnt täglich mehr in der Liebe der Zuhörerer.

Italienische Staaten.

Rom, 9. März. Das Ministerium ward gestern neugebildet wie folgt: Aur. Saffi, Minister des Innern; Karlo Rusconi des Aeußern; Giov. Lazzarini der Justiz; Giac. Manzoni der Finanzen; Aless. Calandrelli des Kriegs und der Marine; Maria Montecchi der öffentlichen Arbeiten und des Handels; Sturbinetti des öffentlichen Unterrichts. Das Kriegsportefeuille soll (Schweizer Nachrichten zufolge) für den radikalen Genfer Obersten Rilliet Constant bestimmt, und nur provisorisch von einem Römer übernommen seyn. Mazzini wird als Diktator in Aussicht gestellt. (A. A. Z.)

Chur, 15. März. Die Würfel sind neuerdings geworfen; Karl Albert hat den Waffenstillstand mit Oesterreich aufgekündigt. Eine offizielle Depesche des schweizerischen Konsuls in Mailand an unsere hohe Regierung meldet, am 12. sey der piemontesische General Cadomo dort eingetroffen und habe die förmliche Kündigung überbracht. Am 20. werden die ersten Feindseligkeiten beginnen. Bereits sind die Garnisonen der lombardischen Städte gegen Westen aufgebrochen. In Mailand selbst liegen gegenwärtig nur noch fünf Bataillone in dem neubefestigten Castell; von den Wällen aber bedrohen mehrere Batterien die in höchstem Grade aufgeregte Stadt. Durchs Tyrol ziehen Truppen nach dem Tonale; die freiwilligen Schützenkompagnien sind aufgeboten. Sämmtliche hiesige Handlungshäuser haben Weisung er-

halten, Waarensendungen nach der Lombardei, wo dieselben sich auch befinden mögen, aufzuhalten. Oesterreichische Deserteurs, die hier eingetroffen sind, behaupten, unter den ungarischen Regimentern, sowie auch bei den wälschen Tyrolern finden manche Desertionen nach Sardinien statt. (Deserteurnachrichten bilden eine unverläßliche Quelle: Briefe aus der Lombardei versichern, daß vielmehr sehr viele Ausreißer vom piemontesischen Heer eintreffen.) Die sardinische Regierung hat hier wieder, jedoch nur unter der Hand, den von den Lombarden letztes Jahr zurückgelassenen Waffen nachfragen lassen. (A. A. Z.)

Basel, 15 März. Abends. Die Ihnen wohl schon bekannte Nachricht von Wiedereröffnung der Feindseligkeiten am 20. wird offiziell bestätigt durch zwei Depeschen, die der in Como stehende österreichische General Haller dem eidgenössischen Repräsentanten im Kanton Tessin, Hrn. Sidler, vermittelst Staffette hat zukommen lassen. General Haller erklärt, daß er sich zu den eidgenössischen Kommissarien versehe, daß keine bewaffneten lombardischen Banden von Tessin aus Einfälle in die Lombardei unternehmen, und daß nach Eröffnung der Feindseligkeiten alle Verbindungen mit dem Kanton Tessin wie mit Piemont abgeschnitten bleiben müsse. Die Folge dieser Vorgänge wird wohl seyn, daß eidgenössische Truppen aufs Neue zur Handhabung der Neutralität den Kanton Tessin besetzen werden. (A. A. Z.)

Schweden und Norwegen.

Reisende, die aus **Norwegen** in Hamburg angekommen sind, versichern, daß die Stimmung dort durchaus gegen den Krieg sey. Der König kann ohne Anfrage beim Storthing über die voriges Jahr benutzte Truppenzahl und Marine verfügen, die Kosten müßten jedoch von einem außerordentlichen Storthing bewilligt werden; von ihm würde aber eine abschlägige Antwort mit Bestimmtheit zu erwarten seyn.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer

Sprech-Saal.

Soll das Militair außer dem Dienste Waffen tragen?

Zur Beantwortung dieser Frage stehe hier ein Faktum — reine nakte Wahrheit. — Am Sonntag, den 18. d. M. ging gegen halb 9 Uhr Abends ein pensionirter Militairarzt und ein Lehrer, welche von Fürth kamen, in der Nähe des Plerrer auf offener Straße an zwei Chevauxlegers vorbei und erfuhren von diesen die gröbsten Beleidigungen. Diese Soldaten stießen nämlich an genannte Bürger (da ihnen der Weg nicht auf 10 Schritte geräumt worden war) zogen aber auch sogleich die Säbel, setzten diese den genannten Männern auf die Brust, riefen: „keinen Schritt weiter, oder Sie sind des Todes, wir sind es so," und stellten ihre Rohheiten selbst dann nicht ein, als sie von dem pens. Militairarzt erfahren hatten, daß er ein Offizier sey. Da von Seite des Lehrers, wie von Seite des pens. Militärarztes kein Widerstand entgegengesetzt wurde und letzterer seinen Begleiter ermahnte, doch ja Nichts diesen rohen Menschen zu erwidern, so durften sie endlich ihres Weges ziehen. Wir fragen, sind das unsere Soldaten, welche auf die Verfassung beeidigt worden sind, welche so oft und eindringlich von Seite der Hrn. Offiziere zur Achtung der Bürger ermahnt werden (?), und soll man nicht darauf hinarbeiten, daß das Militär nicht mehr außer dem Dienste Waffen trage?

Nürnberg, am 19. März 1849. H.

Anzeigen.

Exp.-No. 9137. V.

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg.

In Verlassenschaftssachen des am 31. Januar d. Js. verstorbenen Chokolade-Fabrikanten Johann Martin Schoees dahier, werden alle diejenigen, welche Ansprüche an die Nachlaßmasse zu machen haben aufgefordert, solche bei der hiezu auf

Donnerstag den 12. April Vormittags 9 Uhr Commissions-Zimmer No. 6

anberaumten Tagfahrt zu liquidiren, widrigenfalls auf sie bei Auseinandersetzung des Nachlasses keine Rücksicht genommen werden würde.

Nürnberg, den 9. März 1849.

Ibeel, k. Rath.

Bekanntmachung.

Der nach §. 8 der Statuten des Gewerbsvereins gebildete Wahlausschuß hat in der gestern abgehaltenen Wahl folgende Vorstände, Secretäre und Mitglieder des Directoriums, sodann Vorstände und Secretäre der resp. Ausschüsse gewählt:

I. Direktor, Bürgermeister Dr. Binder.
II. Director, Rector Dr. Rose.
I. Secretair, Kaufmann Neßmann.
II. Secretair, Kellermann, Vertreter Bronzefabrikant Birkner
Hauptcassier, Kaufmann C. v. Forster.
Spezialcassier, Kaufmann Grieninger.
I. Ausschuß, Mechanicus Heller.
Dr König.
II. Ausschuß, Portefeuilleur Kugler.
Kaufm. J. v. Forster
III. Ausschuß, Wechselsensal Meißner.
Kaufmann Barthelmeeß.
Auditor Freiherr von Helzschuher.
IV. Ausschuß, Bleistift-Fabrikant Froeschels.
Chatouillen-Fabrikant Hackmann.
V. Ausschuß, Kaufmann Arnold.
Goldarbeiter Jean Häberlein jun.
VI. Ausschuß, Magistratsrath Schnerr.
Professor Klingenfeld
Außerordentlicher Ausschuß.
Konservator Heideloff
Partikulier Meixner.
Drechslermeister Behl.

Nürnberg, den 17. März 1849.

Das Directorium des Gewerbevereins in Nürnberg.

Dr. Binder.

Neßmann, Secr.

Bekanntmachung.

Unterzeichneter macht bekannt, daß im Gasthaus zur Lilie in der Beckschlagergasse reiner guter Rhein-Wein, der Schoppen zu 3, 4 und 6 Kr. zu haben ist.

Georg Hummert, Gastwirth.

Volks-Verein.

Dienstag den 20. März Versammlung im goldenen Adler.

(Ausschußwahl und Berichterstattung des Abgeordneten Schmitt.)

Exp.-Nro. 4964.

Aufforderung.

Der vom kgl. Hauptzollamt Fürth am 14. Oktober 1847 sub fol. 1. Nro. 2 auf ein emballirtes — in hiesiger Halle lagerndes, mit dem Zeichen L. P. F. Nro. 106 versehenes, und 295 Zollpfund schweres Faß ausgestellte Niederlagsschein ist dem Eigenthümer zu Verlust gegangen

Es werden daher die unbekannten Inhaber des fraglichen Scheines aufgefordert, binnen 6 Monaten bei unterfertigtem Gerichte denselben vorzulegen, und ihre allenfallsigen Ansprüche hieran geltend zu machen, widrigenfalls nach Ablauf dieser Frist obiger Schein für kraftlos erklärt werden würde.

Fürth, den 14. März 1849.

Königl. Kreis- und Stadtgericht.

Fenck.

Backof.

Bekanntmachung.

Den sämmtlichen Eleven der Kunstgewerbschule wird hiedurch bekannt gemacht, daß die Unterrichtsstunden für das Sommer-Semester

Donnerstag den 12. April

beginnen. Zugleich werden alle diejenigen, welche in die Anstalt einzutreten wünschen, und deßhalb die Probezeichnung zu fertigen Willens sind, aufgefordert, sich

Sonnabend den 24. d. Mts., Nachmittags 1 Uhr,

im Lokale derselben einzufinden, wo ihnen das Nähere über Tag und Stunde der Prüfung bekannt gemacht werden wird.

Nürnberg, am 19. März 1849.

Die Direktion der Kgl. Kunstgewerbschule.

A. Reindel

Trauer-Anzeige.

Wir entledigen uns hiemit der traurigen Pflicht, nahe und ferne Verwandte, Freunde und Bekannte von dem Dahinscheiden unserer geliebten Gattin, Mutter, Schwester und Schwägerin,

Frau Sibilla Dorothea Pommer,

in Kenntniß zu setzen. Sie vollendete den 18. März Abends halb 8 Uhr nach siebenwöchentlichem Krankenlager an gänzlicher Entkräftung in einem Alter von 59½ Jahren. Um stille Theilnahme bittend empfehlen sich bestens

David Pommer, Schlossermeister, nebst den sämmtlich Hinterbliebenen.

Trauer-Anzeige.

Allen unsern verehrten Verwandten und Freunden bringen wir hiemit die traurige Nachricht, daß es dem Herrn über Leben und Tod gefallen hat, unsern innigstgeliebten Bruder, Schwager und Onkel,

Herrn Balthasar Kern,

Musiker,

zu sich in ein besseres Leben abzurufen. Er starb an den Folgen einer Gehirnerweichung den 18 d. M. früh um vier Uhr in einem Alter von 50 Jahren. — Diese Trauer-Anzeige widmen wir allen unsern verehrten Verwandten und Freunden und bitten um stille Theilnahme.

Wöhrd und Nürnberg, den 18. März 1849.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch den 21. März früh 8 Uhr auf dem Wöhrder Kirchhof statt

(Anzeige.) Bei herannahender Bauzeit, zeige ich hiemit an, daß in meinem Steinbruche bei Mögeldorf, Steine von allen Dimensionen und ausgetrockneter Güte zu haben sind, auf Verlangen auch billig geliefert werden.

Goesel, Maurer-Meister und Steinbruchbesitzer L. Nr. 524.

Dank.

Meinen verehrten Verwandten und Freunden, besonders aber dem löblichen Büttnerhandwerk und meiner verehrlichen Nachbarschaft statte ich hiemit für die ehrenvolle Begleitung zu der letzten Ruhestätte meines entschlafenen Mannes meinen verbindlichsten Dank mit der Bitte zu Gott ab, daß er sie alle recht lange vor ähnlichen Fällen bewahren möge, mir aber Gelegenheit gebe, ihnen bei freudigen Veranlassungen dienen zu können.

Nürnberg, den 19 März 1849.

Wittwe Auernheimer nebst Tochter.

Das Kleeblatt

macht seinen verehrten Freunden und Gönnern hiemit den tiefgefühltesten Dank für den am Sonntag so zahlreichen Besuch und die vielen Beweise Ihres Wohlwollens mit der Bitte, unser Unternehmen immer so gütig zu unterstützen, da wir nicht ermüden werden, dankbar zu seyn.

Ihr

Wildner und Merkel

Versteigerung.

Freitag den 23. März Vormittags 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr werden im Hause S. Nro. 765 bei St. Egydien folgende Gegenstände, als:

Weißzeug, Betten, Couverts, Zinn, Kupfer, Messing, Porzellain, worunter einige Services holländisches gemaltes, ferner englisches Steingut, Gläser, Herrenkleider, Spiegel, Tableaux, Sopha und Sessel von Nußbaum-, Kirschbaum-, auch Eichenholz, Tische, Kommode und Schränke, auch anderes Schreinwerk und sonstige Hausgeräthschaften

gegen gleich baare Bezahlung versteigert und Kaufsliebhaber hiezu eingeladen.

(Anzeige.) In der J. A. Endter'schen Musikalienhandlung in Nürnberg ist zu haben:

Strauss, Quadrille für das Piano-Forte aus der Oper: Die Zigeunerin, von Balfé. 36 kr.

Einladung.

Dienstag den 20. März

Gesangs-Unterhaltung

von Herrn **Fischer**

im Gasthaus zum Albrecht Dürer,

wobei mehrere ganz neue Piegen, namentlich der „6. März 1848" vorgetragen werden. — Anfang 8 Uhr. Hiezu ladet ergebenst ein

Stich.

Gasthaus zu den 3 Königen.

Montag den 19. musikalische Abendunterhaltung, wozu ergebenst einladet

Schwarzkopf.

(Zu vermiethen.) Eine Wohnung mit 4 Zimmern, 1 Alkov, 2 Kammern, Waschhaus, laufendem Wasser und mehreren häuslichen Bequemlichkeiten, ist Nr. 1693 auf der Schütt zu vermiethen.

(Zu vermiethen) Es ist ein kleines möblirtes Logis sogleich an einen ledigen Herrn zu vermiethen in S. Nro. 524 bei der St. Sebaldus-Kirche.

(Zu verleihen) Es sind täglich 800 fl bis 1200 fl. auf erste Hypothek zu verleihen. Adresse unter A. B.

(Zu verkaufen.) Ein Reisepelz, Reisetasche, und Reisekoffer sind zu verkaufen.

Mit einer Beilage.

△ An die Fürsten Deutschlands.

Fürsten Deutschlands, wie Ihr seyd, groß oder klein! Laßt Euch einmal einfache Wahrheit sagen von einem gemeinen Mann; sie kann Euch nützlich seyn. Ihr seyd im Jahre 1813 durch die Anstrengung des Volkes gerettet worden. Wäre das Volk damals nicht aufgestanden gegen die Heerhaufen Napoleons, Ihr wäret alle nicht mehr auf Euren Herrscherstühlen, denn Napoleon hätte seine Verwandten und Feldherrn darauf gesetzt. In jenen Tagen der Noth versprach Ihr alle, künftig in Euren Ländern Verfassungen einzuführen, und Euer Volk zu seiner Wohlfahrt weise und gut zu regieren. Der Feind wurde besiegt, — und was thatet Ihr? Die Mehrzahl von Euch vergaß, was sie versprochen hatte, verfiel der alten Selbstsucht, der alten absoluten Herrscherlust, der alten Habgier. Zum Theil gabt Ihr Scheinverfassung, aber Euer Wille durchlöcherte sie überall, und zu einer wahren Vertretung des Volkes kam es nicht. Ein Heer von Knechtsseelen stelltet Ihr in Eurem Dienste an, um Eueren Befreier, das Volk, nun selbst auf alle erdenkliche Weise zu unterdrücken. Für Eure Launen und Lüste mußten die Massen arbeiten. Von den Früchten seines Schweißes blieb dem Volke kaum, womit es sich nothdürftig nähren und kleiden konnte. Was es durch seine Thätigkeit errang, das floß zum größten Theil in die Beutel der weit mehr durch schlechtes Regiment als durch schlechte Zeit verschuldeten Staaten. Eure ganze Sorge ging hauptsächlich dahin, daß die Staatskassen stets voll waren. Und wozu? Damit Ihr alles dasjenige, was nicht zur nothdürftigen Erhaltung der Staatsmaschine, Eurer Söldnerheere und Eurer knechtisch gesinnten Dienerhaufen verbraucht wurde, in Eure eigenen Säckel fallen lassen konntet; an Tilgung der Staatsschulden aus den Zeiten des Krieges wurde wenig oder gar nicht gedacht. Und was gabt Ihr dem Volke, das Euch so viel gab? — Zählen wir Einiges auf! Ihr ließt es nicht reden, wie es dachte und fühlte; Ihr ließt es nicht glauben, was und wie es wollte; Ihr ward ihm überall Vormund, als wenn es nie Verstand hätte; Ihr habt es auf allen Seiten gefesselt und gehemmt, geistiger und leiblicher Wohlfahrt sich zu erfreuen. Ihr gabt ihm Polizei und nichts als Polizei, Zwang und nichts als Zwang. So blieb es bis in dem März 1848. Da fuhr ein Sturm aus Westen durchs Land und rüttelte das überall ob Euren Uebelthaten, ob Eurem Undanke zürnende Volk empor. Es forderte sein Recht so kraftvoll und laut, daß Eure Throne zitterten, daß Eure Herzen bebten; aber edel, wie es einmal ist, machte es Halt vor den Thronen, die es früher selbst gerettet, und war zufrieden, daß seine frei gewählten Vertreter in der Paulskirche zu Frankfurt am Main dem ganzen Deutschland die ihm längst verkümmerte Freiheit und nöthige Einheit in einem großen, alle Staaten bindenden Verfassungswerke sichern sollten. Mit Geduld und gespannter Theilnahme harrt es jetzt der Stunde, die ihm die Freiheit und Einheit des Vaterlandes verkünden soll. Mit tiefer Entrüstung und mit verhaltenem Zorne sieht es aber auch gegen Euch gewandt, seit es abermals die Erfahrung machte, daß Ihr nur Euren Vortheil, nicht das Wohl des Ganzen sucht und allerlei Ränken Euch hingebt. Zettelt nicht länger gegen Deutschlands Einheit, hört auf, Euch zu sträuben gegen das, was die Zeit fordert. Das Volk ist so sehr erregt in allen seinen Theilen, daß es diesmal nicht vor den Thronen stehen bleibt, wenn Euer Handeln ihm feindlich sich zeigt. Es stürzt die zweimal geachteten Throne sicher um, wenn es noch einmal getäuscht wird. Es fürchtet weder die Heeresmacht im Innern noch die drohende Stellung der Nachbarvölker. Die innere Heeresmacht besteht aus Söhnen des Vaterlandes, die nicht gegen Väter und Brüder die Mordwaffe führen (??), die Nachbarvölker sind des deutschen Volkes, wenn es sich in Masse erhebt, nicht mächtig. Fürsten, vereint Euch, noch ist's Zeit zur That des Guten, zur Förderung der deutschen Wohlfahrt! Laßt es nicht zu spät werden! Das Volk vertraut, nicht mehr Euch, es vertraut nur noch Gott und seinem Rechte. Mit diesem Zustand ist kein Scherz mehr. Zittert vor dem Gedanken, das Volk aufs Aeußerste zu treiben. Fügt Euch in das Nothwendige und sucht das verlorene Vertrauen des Volkes wieder zu gewinnen. Verschmäht Ihr, dieß zu thun, brüstet Ihr Euch, seyd Ihr stolz auf Euere Macht, denkt Ihr ewiger Gerechtigkeit nicht: dann seyd Ihr verloren, dann tritt der Strom der Revolution, der sich jetzt noch in seinen Ufern erhielt, aus denselben heraus und zerreißt alle Eure Pläne. Das Volk gewinnt gewiß seine Freiheit und Einheit, und müßte es, durch ein Meer von Blut; oder es geht unter für immer. So ist sein Sinn; dahin habt Ihr es im Jahr 1848 und 1849 vollends gestimmt. Bedenkt, was dem Volke gut ist, ist auch Euch gut! Seyd gerecht! Es ist die höchste Zeit, es zu seyn. —

R. Der Volksbote und der Korrespondent v. u. f. Deutschland gegen die bayer. 2. Kammer.

Wie der edle Volksbote gegen die Kammer der Abgeordneten, insbesondere gegen die Majorität wühlet, wie er nicht nur die Linke, sondern auch das linke und selbst das rechte Centrum begeifert und in den Augen des bayerischen Volkes herabzuwürdigen sucht, ist bekannt. Hat dieses Organ des Hrn. v. Abel und Konsorten, sowie des ganzen talarirten Korps sich nicht entblödet, die Ermordung des Priesters Schwarz in München, durch gemeine Raubmörder verübt, der Linken zur Last zu legen? Predigt er nicht seit zwei Monaten offenen Aufruhr gegen die Kammer, nennt er die Volksvertreter der Majorität nicht Vaterlands- und Volksverräther, Bluthunde u. s. w.? Und trotz alledem fällt es dem Hrn. Staatsanwalte in München nicht im entferntesten ein, gegen den Redakteur dieses Schmutzblattes eine Anklage zu erheben, während man in Nürnberg den Redakteur des freien Staatsbürgers gefänglich einzog, weil er die bayerische Regierung der Eselhaftigkeit zeihte.

Es scheint, der Münchner Staatsanwalt glaubt, der Volksbote, der sich ganz stolz in der Ministerial-Loge der Kammer neben dem Berichterstatter der Neuen Münchnerin und den Ministerial-Referenten brüstet, sey eine protegirte Personnage, weil er nicht wagt, gegen ihn einzuschreiten. Schlimm ist es übrigens, wenn die Regierung ein solches Blatt durch diese Bevorzugung fast zu ihrem Organe stempelt.

Nun zu dem würdigen Kollegen des Volksboten, zu dem edlen Korrespondenten v. u. f. Deutschland.

Dieser Streiter für Freiheit und Recht, für Ruhe und Ordnung, dieser Bekämpfer der Anarchie, liefert in seiner Nr. 74 den besten Beweis seines edlen Strebens.

Was das ganze Land mit Dank entgegengenommen, wofür das ganze Land auch in der That der Kammer der Abgeordneten zu Dank verpflichtet ist, daß nemlich diese Kammer wenigstens in ihrer Mehrheit den Muth hat, offen aufzutreten, ohne sogenannte „zarte Rücksichten“ die Sünden unserer Regierung aufzudecken, daß sie, diese **zarten Rücksichten** bei Seite setzend, dem Lande über 1½ Gulden errettet, daß sie den Muth hat, diejenigen ohne Rücksichten der Hoheit der Person zu belangen, welche mitgeholfen haben, bayer. **Staatsgelder ohne Genehmigung der Kammern** nach eigner Willkür zu verwenden, — dafür klagt der edle Korrespondent v. u. f. Deutschland die Kammer der Abgeordneten an.

Der edle Vertreter des Rechtes und der Wahrheit ist der Ansicht, daß die jetzige Kammer ebenso erbärmlich hätte auftreten sollen, wie es seit 18 Jahren in diesem Punkte geschehen, der jetzige Finanzausschuß, die jetzigen Mitglieder der Kammer hätten aus frühern **zarten Rücksichten** die Regierung im **Geheimen bitten** sollen, doch gnädigst dem Lande sein Eigenthum zurückzugeben. — Der Korrespondent v. u. f. Deutschland hätte es gerne gesehen, daß auch die jetzigen Kammermitglieder sich hätten beschwichtigen lassen (etwa durch Orden, Verleihung von Lehensgütern oder sonstige saubern Gnadengeschenke) und aus den schon oft erwähnten **„zarten Rücksichten“** die Sache auf sich beruhen lassen, mit anderen Worten, der edle hätte es gerne gesehen, daß man dem Lande mehr als 1½ Mill. Gulden, sage ein und eine halbe Million Gulden auch ferner vorenthalte.

Was die Neue Münchnerin, was der gesinnungsverwandte Volksbote nicht gewagt, der Korresp. v. u. f. Deutschland spricht es aus: die Kammer soll schweigen, sie soll ihre Pflicht verletzen, sie soll aus zarten Rücksichten schweigen.

Wenn ein solcher Artikel, (wie der in Nr. 74) den der Korresp. v. u. f. Deutschland auch vielleicht aus „zarter Rücksicht“ mit einer Anzeige-Nummer als „eingesandt“ überschreibt, wenn ein solcher Artikel dem Publikum noch nicht die Augen öffnet über die Tendenzen dieses Blattes, dann sind auch wir nicht im Stande, es zu thun, obgleich es sehr wünschenswerth ist, daß solchen Blättern die Autorität entzogen werde, die sie so stolz in Anspruch nehmen, und daß das Volk nicht mehr in seinen Ansichten durch sie mißleitet werden kann.

R.

Die hannoverschen Minister und die Grundrechte.

Der Eindruck den die gestern den Ständen mitgetheilte Nachricht macht, daß die Minister bleiben, die Grundrechte aber nicht publiziren, ist ein wahrhaft trauriger in unserer Stadt und wird im ganzen Lande ein gleich schmerzlicher seyn. Ein ständischer Beschluß annullirt, annullirt durch ein einfaches Schreiben der Minister! Und dieser Beschluß der Stände wird als ein solcher bezeichnet, über dessen Prinzip ohnehin keineswegs eine völlig übereinstimmende Ansicht herrscht. Das Ministerium erkennt also neben der Volksvertretung noch eine herrschende Ansicht an. Und gestützt auf diese Ansicht wirft es der Volksvertretung den Fehdehandschuh hin. Die Volksvertretung wird dem Kampfe nicht ausweichen; ihre Waffe ist der §. 102 des Landesverfassungsgesetzes, in dem es heißt: Die allgemeine Ständeversammlung ist befugt, die Verantwortlichkeit der Minister durch eine an den König selbst gerichtete Beschwerde geltend zu machen, welche die Entlassung der Minister oder des betreffenden Ministers zur Folge haben soll. — Heute schon wird Elissen wahrscheinlich seinen Antrag auf eine Beschwerde gegen die Minister stellen. — Und die Grundrechte, um die der Kampf geführt wird? Das Volk kennt sie, das Volk weiß, daß ohne sie die Freiheit in den Einzelstaaten nichts anderes ist, als ein Geschenk, das ihm heute gegeben ist und morgen wieder genommen werden kann. Das Volk weiß, daß die Publikation der Grundrechte die Frage zuerst entscheidet, ob die Regierungen die Einheit Deutschlands wollen, oder nur eine neue Auflage des Bundestages. Es ist kein Dorf im Lande, in dem nicht Exemplare der Grundrechte von Hand zu Hand gehen. — In der Sitzung der zweiten hannovr. Kammer, in der das Schreiben vom 10. Februar verlesen wurde, war zuvor über den Gehalt eines neu zu wählenden Schatzrathes debattirt; Freudentheil hatte die Hoffnung ausgesprochen, daß man einen Mann für diesen Dienst finde, dem seine Pflicht mehr gelte, als der Eigennutz. Stüve erwiederte: Ich wünschte, daß aller Eigennutz, aller Egoismus aus der Welt verbannt würde. — Und doch hat gerade Stüve an den Egoismus appellirt, an den Egoismus des Einzelstaates, dem großen Vaterlande gegenüber, an den Egoismus der Dynastieen gegen den großen Gedanken der Souveränetät der Nation, an den Egoismus der Bevölkerung, deren materielle Interessen er durch mehrere Bestimmungen der Grundrechte für gefährdet erklärte. An den Egoismus der Dynastieen hat Stüve nicht vergeblich appellirt, wohl aber vergeblich an den Egoismus des Volkes! Das Volk macht die Schreckbilder von Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, Theilbarkeit des Grundeigenthums. Das Volk weiß, daß die Einheit Deutschlands heute Opfer fordert, die aber eine nahe Zukunft reichlich vergelten wird. — So ist denn, ob die Ständeversammlung in ihrem Kampfe mit dem Ministerium siegt oder besiegt wird, die Sache der Grundrechte in unserm Lande entschieden. Mag Stüve weiter so unwürdig gegen die Stände handeln, wie er es in den letzten Wochen gethan, mag ein Petitionssturm gegen die Volksvertretung erregt werden, mag ein Theil der sogenannten höheren Stände die gute alte Zeit sehnlichst zurückwünschen und in der Wahl der Mittel sie zurückzuführen, wenig verlegen seyn. Das Volk wird die Grundrechte als sein Eigenthum anerkennen, treu zu den Männern in den Ständesälen halten, welche die Anwalte der Grundrechte sind. Das Wort Freudentheils: wir wollen mit den Grundrechten stehen oder fallen, wird von jetzt an das Losungswort seyn.

Kirchliches.

Die Lehre der freien christlichen Gemeinde.

Die freie christliche Gemeinde erkennt die altlutherische Lehre von der **Erbsünde** nicht an, nach welcher der Mensch von Natur für gar kein gutes Werk fähig seyn, und Gott alle Menschen von Mut-

terleibe an ewig verdammt haben soll. Sie sagt, Gott sey ein allgütiger und gnädiger Gott. Darin werden ihr wohl die meisten Einwohner Nürnbergs beistimmen; keine Mutter wird glauben, daß sie ein verdammtes Geschöpf unter ihrem Herzen getragen habe, aus dem man bei seiner Geburt erst den Teufel austreiben müsse. Die freie Gemeinde sagt, Gott vergebe dem Sünder durch aufrichtige Reue und ernstlichen Vorsatz der Besserung; Gott brauche aber kein Blut, um versöhnt zu werden, am wenigsten das Blut seines eigenen Sohnes! Auch darin werden die Meisten beistimmen. Die freie christliche Gemeinde sagt, es gibt keinen bösen Gott, keinen persönlichen Teufel; was darüber in der Bibel steht, ist auf Rechnung des geringen Bildungsgrades zu setzen, auf welchem sich die damalige Welt befand. Allerdings habe der Mensch auch die Neigung zum Bösen; aber, wenn er keine Maschine seyn, sondern sich selbstständig entwickeln sollte, so mußte ihm Gott die Wahl zwischen bös und gut lassen; seine Aufgabe ist es, das Böse zu besiegen. Auch darin werden die Meisten beipflichten. Die freie Gemeinde sagt, beim Abendmahl genieße man unter dem Brod und Wein nicht das wirkliche Fleisch und Blut Christi, sondern Brod und Wein bedeuten bloß den Leib und das Blut, das Christus für seine Lehre dahingegeben. Jesus stand ja lebendig vor seinen Jüngern, als er das Abendmahl einsetzte: wie hätte er ihnen denn seinen eigenen Leib und sein eigenes Blut zum Essen darreichen können? Die freie Gemeinde sagt, die Bibel ist ein sehr achtungswerthes Buch, die Grundlage unserer Religion. Man müsse sie aber im wahren Sinne betrachten. Sie sey nicht wie aus einem Gusse zu gleicher Zeit und von einem Verfasser ausgegangen, vielmehr seyen die einzelnen Bücher nach und nach in dem Zeitraum eines Jahrtausends entstanden. Daß da sehr viel mit unterlaufe, was unser Jahrhundert nicht mehr als bindende Wahrheit anerkennen könne, sey natürlich. Viele Bücher, wie die Evangelien, seyen auch erst lange nach Christi Tod entstanden, wo man dann wunderbare Sagen, die sich unterdessen gebildet hatten, gleichfalls als wirkliche Geschichte mit aufnahm, weil man die Echtheit dieser Sagen nicht mehr prüfen konnte oder auch nicht prüfen wollte. Wer könne heut zu Tag noch Sagen für wahr halten, wie, daß der Esel Bileams gesprochen habe und Aehnliches?

Die freie christliche Gemeinde sagt: Jesus war ein ausgezeichneter Mann, ein Werkzeug Gottes, aber nicht Gottes Sohn, den Gott in der Maria erzeugt hätte. Das ist es, was an der Lehre dieser Gemeinde den großen Anstoß findet; natürlich! bisher wurden ja die Menschen gerade im Gegentheil unterrichtet! Aber womit will man denn beweisen, daß Jesus Gott gewesen sey? Er hat ja Alles an sich, wie andere Menschen, hat einen Körper und Sinne, ißt und trinkt, schläft, weint, geräth in Aerger, hat Brüder und Schwestern, zittert, entflieht zu wiederholten Malen vor den Menschen, stirbt am Kreuze, betet selbst zu Gott, gibt sich überall als Lehrer des göttlichen Willens zu erkennen! Aber die Wunder? Seine Heilungen, seine Auferstehung, Himmelfahrt? Heilen mußte jeder Lehrer damals und die Methode war in der Weise, daß man heilige Worte und Sprüche über den Kranken sprach und ihn zum Glauben aufforderte. Die Sage hat diesen Wundern viel zugegeben; die Wunder, welche die Person Jesu betroffen haben sollen, hat sie sich nach und nach ohne allen geschichtlichen Grund gebildet. Glaubt man denn, wenn wirklich so große Wunder geschehen wären, dann hätten sich die Juden, welche sie mit angesehen haben sollen, nicht augenblicklich bekehrt. Wenn die Todten auferstanden und nach Jerusalem gekommen wären, wenn Engel am Himmel gesungen hätten u. s. w., so würde sich die ganze Welt plötzlich einem so ausserordentlich gefeierten Manne zugewandt haben. Nein, wenn Gott selbst auf Erden erscheinen wollte, würde er sich nicht zuvor neun Monate in dem Leibe einer jüdischen Frau herumtragen, sodann gebären lassen und 30 Jahre seiner Jugend unthätig umherwandeln, um sodann 3 Jahre lang als Lehrer aufzutreten und sich von seinen Geschöpfen mißhandeln zu lassen. Jesus war ein ausgezeichneter Mensch, ein erhabenes Tugendmuster; nur als Mensch kann er unser Vorbild seyn; denn einem Gotte können wir es nicht gleichthun!

Deutsche Staaten

Hannover, 16. März. Ein Theil der Abgeordneten ist bereits gestern in ihre Heimath zurückgekehrt; die deutsche Partei war am Abend zum letztenmale versammelt, um über die Schritte zu berathen, welche die neue Wendung der Dinge ihr zur Pflicht zu machen schien. Man fand es unnöthig, sofort ein Manifest zu erlassen, und allerdings reden die Thatsachen der letzten Tage so laut und verständlich, daß es keines Manifestes zu ihrer Erklärung bedarf. Nur eine Vervollständigung fand man nothwendig; über die Verhandlungen wegen der Bildung eines neuen Ministeriums muß die Partei sich vor dem Lande gegen die hämischen und ungegründeten Angriffe rechtfertigen, mit denen sie jetzt in der öffentlichen Meinung ruinirt werden soll. Die Vertagung schneidet ihr die Möglichkeit ab, es in der Kammer zu thun; sie hat also zwei ihrer Mitglieder zur Ausarbeitung einer kurzen Denkschrift beauftragt, in welcher die Entwicklung des Conflikts dargestellt und der Briefwechsel über die Bildung eines neuen Ministeriums mitgetheilt werden soll.

Den Wunsch „auf Wiedersehen im April!“ rief man sich nur zweifelnd zu. Man verhehlte sich nicht, daß das Ministerium die Stände nur vertagt habe, um in der Zwischenzeit zu überlegen, ob eine Auflösung nicht vielleicht besser zu dem gewünschten Ziele führen werde; und daß dasselbe, wenn inzwischen die Sache der Freiheit im ganzen Deutschland schlecht genug stände, auch dies letzte Mittel nicht scheuen würde, um sich eine Majorität von Jahren zu verschaffen, mit denen sich nach alter Weise regieren läßt. (Ztg. f. Nordd.)

Hannover, den 15. März. Folgendes ist das Vertagungs-Dekret: »An die allgemeine Ständeversammlung des Königreichs. Die offiziellen Nachrichten, welche der Regierung über die am 12. d. M. in der Nationalversammlung zu Frankfurt Statt gefundenen Verhandlungen zugegangen sind, lassen mit höchster Wahrscheinlichkeit erwarten, daß die deutsche Verfassungs-Angelegenheit schon in nächster Zeit eine Wendung nehmen werde, welche diejenige auf diese Angelegenheit bezügliche Regierungs-Proposition, die wir unter dem 12. d. M. den Ständen vorgelegt haben, als den Umständen nicht mehr entsprechend erscheinen lassen würde.

„Wir finden uns dadurch veranlaßt, die gedachte Proposition zurückzunehmen und behalten Uns vor, baldmöglichst weitere sachgemäße Anträge den Ständen zugehen zu lassen.“

Da aber unverkennbar die Ungewißheit über die in der deutschen Verfassungsfrage beruhende Grundlage der gesammten Staatsverhältnisse die Berathungen der Stände wesentlich erschweren dürfte, so haben Wir es für angemessen erachtet, die Stände hiedurch auf eine kurze Zeit zu vertagen, welche Wir mit Rücksicht auf das nahe bevorstehende Osterfest bis zum 12. April erstrecken, als an welchem Tage die Stände sich wieder zu versammeln haben werden. Hannover, den 15. März 1849. Königlich hannover'sches Gesammt-Ministerium. Bennigsen. Prott. Stüve. Braun. Lehzen. Düring. (Wes. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Frequenz der Ludwigs-Eisenbahn.

XIV Verwaltungs-Jahr
Vom 11. bis 17. März incl.

Sonntag	1180	Personen,	fl. 131. 15 kr.
Montag	1020	„	„ 111. 51 „
Dienstag	989	„	„ 109. 12 „
Mittwoch	810	„	„ 88. 51 „
Donnerstag	1060	„	„ 121. 36 „
Freitag	883	„	„ 94. 54 „
Samstag	893	„	„ 96. 57 „

Summa 6863 Personen, fl. 747 36 kr.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 21. März 1849. № 80. Mittwoch: Benedict.

Mit dem 1. April beginnt das zweite Quartal 1849 der mittelfränkischen Zeitung. Wir ersuchen daher das verehrliche Publikum, welches auf diese im Sinne wahrer Volksfreiheit redigirte Zeitschrift zu abonniren gedenkt, ihre Bestellungen rechtzeitig zu machen, damit wir den resp. Abonnenten vollständige Exemplare liefern können. Der Preis für das Quartal ist inhaltlich des belletristischen Montagsblattes und vieler Beilagen nur auf 1 fl. 45 kr. vierteljährig festgesetzt und nehmen alle kgl. Postämter Bayerns um diesen Preis vierteljährige Bestellungen an. Zu Inseraten eignet sich das Blatt seiner Vielgelesenheit halber ganz besonders.

Die Expedition der mittelfränkischen Zeitung.

†† Politische Schlagschatten.

III.

Nachdem fast allenthalben die Züge auf dem politischen Schachbrett sehr langweilig für den Beobachter geworden waren, lenkte Italien plötzlich die Aufmerksamkeit Europa's auf sich, Italien, das in Bezug auf seine Territorialverhältnisse, auf seine Zerstücklung, große Aehnlichkeit mit Deutschland hat. Mit Papst Pius IX. kam mehr Licht und Leben in das verrottete Land und, wer es ins Auge faßt, daß die Maaßnahmen des Papstes ihn sogar in eine schiefe Stellung zu dem katholischen Oesterreich brachten, wer es gehörig beachtet, daß die Jesuiten endlich auch ihr geliebtes Italien, wo sie so recht in ihrer Hauptwerkstätte saßen, verlassen mußten, der wird Pius IX. einen ersten Platz in der Weltgeschichte anweisen. Dennoch war die Politik des Papstes eine mit den Prinzipien der Neuzeit so unverträgliche, seine Reform eine so schleppende und voraussichtlich unnachhaltige, überhaupt seine Doppelwirthschaft als Oberhaupt der Kirche und des Staates eine so dissonnirend erscheinende, daß seine Entsetzung als weltlicher Fürst für nothwendig, seine Flucht nach Gaeta für unvermeidlich und die Erklärung der römischen Republik für konsequent erachtet wurde. Nach den Vorgängen in Italien unter Pius IX. kam übrigens wieder mehr Erregung in den Staatenkörper Europa's und die politische Theilnahme verallgemeinerte sich zusehends von Tag zu Tag. Da wurde die Schweiz zu Ende des Jahres 1847 der Herd politischer, Ausschlag gebender Aktionen. Jenes Land, das durch seine heldenmüthigen Vorfahren einst von der Tyrannei der kaiserlichen Vögte befreit wurde, erkrankte nach und nach durch die Ausbreitung von Klöstern und klösterlichen Instituten und katholischen Verbrüderungen, deren Reigen die Jesuiten führten. Die aufgeklärten Kantone wollten diese Hyder der Zwietracht, die noch dazu die sich immer auf ihre stolze Freiheit berufende Schweiz zum Gespötte der freimüthig denkenden und fühlenden Völker machte, mehrmals vernichten und es entstanden jene Zwergkriege, (Putsche) die aber auch immer nur zu einem verkrüppelten Resultate führten; bis gegen das Ende des Jahres 1847 der entscheidende Schlag gegen die Feinde der Freiheit geführt und die Feigheit der jesuitisirten Sonderbündler ins grellste Licht gesetzt wurde. Auf der letzteren Seite herrschte vor dem Kampfe Fanatismus und aufgedunsene Courage, auf der anderen, bei den Eidgenossen, besonnener männlicher Muth und Ausdauer der Durchführung, auf die nicht einmal lange Zeit zu verwenden nöthig geworden war. Die sieben Kantone des Sonderbundes erlagen der Taktik des Generals Dufour und dem Muthe seiner Truppen; das jesuitische Gekrappe zerstob bei dem Angriffe der Hauptnester nach allen Winden und die Schweiz gab durch diesen Kampf der civilisirten Welt das einleuchtende Beispiel, daß ein Land auch ohne stehende Heere Krieg führen könne. England, Rußland, Frankreich, Preussen und Oesterreich hatten sich bei diesem internationalen Kriege insofern betheiligt, als von einer Intervention dieser Mächte die Rede war und namentlich Frankreich und Oesterreich dem Jesuitismus zu Hülfe kommen wollten. England stand zuerst von der Intervention ab, und ließ es dabei nicht an einer derben Blosstellung Frankreichs fehlen, die übrigen Mächte konnten sich aber auch nicht auf Rosen durch diese Affaire betten, durch welche die garantirte Neutralität der Schweiz bei etwaigen Interventionen jedenfalls stark alterirt worden wäre. Seit der Niederlage, welche Lord Palmerston dem Herrn Guizot in der Schweizer Sache bereitete, war das Pariser Kabinet um bedeutende moralische Aktien ärmer, und Herr Guizot hatte öfter schwere Träume. Armer Premier, und die Nächte wurden immer länger, die Tage immer kürzer, auch die Deinigen. Louis Philipp, der königliche Banquier aber übersah sich mit Bedacht sein Soll und Haben, er war stolz darauf, daß er die Karte Frankreichs nicht verletzt, doch leugnen konnte er es auch nicht, daß ihm Guizot die Volte geschlagen, und daß er im ernsten Spiele betrogen.

In England nahm man auf das kleinste Windchen zarte Rücksicht, das vom Kontinent hinüberwehte, St. Petersburg hatte bei seiner Fontanell im Kaukasus die Augen auf alle Bewegungen Europa's gerichtet und schielte besonders verlangend nach den Donauufern und in Italien wogte es unheimlich wie auf der See vor dem Sturme. So hatte die Schweiz Ruhe und Zeit, ihr Haus zu ordnen. In Deutschland aber sah es kurios aus wie auf einer maskirten Akademie. Preußen war darauf als Mephisto verkleidet, allein es konnte sich nicht verstellen, wie es wollte, man erkannte es trotz seiner famos gewordenen Pfiffe. Baden war damals so ehrlich, in seiner Abgeordnetenkammer freie und frohe Elemente hervortreten zu lassen, es verlangte eine Volkskammer beim Bundestag im Gegensatz zu dem Bunde der Fürsten, der in der Eschenheimer Gasse vertreten war, es verlangte Preßfreiheit, wenigstens für die inneren Angelegenheiten des Landes, und König Ludwig von Bayern, der etwas darauf setzte, der deutscheste unter den deutschen Fürsten zu heißen, wollte Baden zuvorkommen und führte in Bayern die Preßfreiheit für innere Angelegenheiten ein. Dieß geschah unter dem Ministerium Wallerstein, der stets hinter den Jalousien mit der Freiheit kokettirt hatte und der Preßfreiheit auch dießmal wieder durch das Strafgesetzbuch mit seinen unzähligen Ahndungen die Schwingen fesselte. Er hatte sich darin seine Ministerwirksamkeit aus den dreißiger Jahren zum Original genommen, was konnte es da für eine Copie geben? Man lese die bayerischen Journale aus dieser Periode und die ganze traurige Verstellung wird sich in ihrer Entkleidung zeigen. Wir nehmen hier weder die Augsburger allgemeine Zeitung, noch den Korrespondenten von und für Deutschland aus, der zwar sehr chevaleresk das Recht der Preßfreiheit in Anspruch wegen eines gestrichenen Kaffeebohnenartikels nahm, aber sich außerdem wenig oder gar nichts um die schmal zugemessenen Preßzugeständnisse kümmerte, ja in Ermangelung der vorgesetzten beamtlichen Censur den strengen Privatcensor spielte.

Deutsche Staaten

München, den 18. März. Das Gerücht, daß die Kammern schon am 25. ds. wieder zusammentreten werden, scheint sich nicht zu bestätigen. Das gegenwärtige Staatsministerium ist vorerst noch in seiner Solidarisirung begriffen, welche, auch ohne einen wirklichen Träger des Portefeuilles des Aeußeren, angestrebt wird. Wie ich aus guter Quelle höre, wird den Kammern beim Wiederbeginne ihrer Sitzungen sogleich ein ministerielles Programm vorgelegt werden, das gegenwärtig noch keineswegs festgestellt und von den Frankfurter Eventualitäten abhängig seyn soll. Daher läßt sich über das Schicksal unserer Kammer der Abgeordneten noch gar nichts prognostiziren; so viel jedoch scheint gewiß, daß die Maßregel der Auflösung unserer Regierung nicht ba[illegible]ankommen wird. — Die Nachricht von der Reaktivirung der Professoren Lassaulx und Philipps, machte hier große Aufregung in allen Kreisen. Zu Folge eines Anschlags an den Straßenecken versammeln sich diesen Abend die Studierenden unserer Hochschule, um zu berathen, was unter solchen Umständen zu thun sey. Gestern und heute sind die militärischen Vorsichtsmaßregeln hier überall verdoppelt. (A. Abd. Z.)

München, den 17. März. Wir haben in unserem letzten Berichte der hier zirkulirenden Gerüchte erwähnt, als ob die Stimmung des Hofes seit dem Scheitern der „großdeutschen“ Mission und Angesichts der neuesten Vorgänge in Oesterreich eine Umwandlung erhalten habe, in Folge deren eine unumwundene Anerkennung der Frankfurter Nationalversammlung von Seite Bayerns zu erwarten stehe. Diese Gerüchte haben sich auch gestern erhalten und sind sogar insofern noch bestimmter geworden, als es hieß, die Publikation der Grundrechte sey auf den 24. ds. angesetzt und die Einberufung der Kammern sey deshalb auf den 25. März beschlossen. Es fehlt jedoch nicht an Widersprüchen und jedenfalls dürften, wie auch aus der Haltung der „Neuen Münchener Zeitung“ zu schließen ist, die neuesten österreichischen Anerbietungen vorerst in nähere Erwägung gezogen werden. Der vor einigen Tagen hier eingetroffene neuernannte k. k. österr. Gesandte Graf Thun-Hohenheim hatte schon vorgestern Audienz bei Sr. Maj. dem Könige und steht in lebhaftem Verkehr mit hiesigen Staatsmännern, unter denen besonders Hr. v. Abel genannt wird. Ueber die neueste österreichische Note mit ihrem Anerbieten des Beitrittes von ganz Oesterreich zu einem deutschen Staatenbunde und einer Vertretung der Einzelstaaten in einer Art erweitertem Bundestag bemerken wir für heute nur, daß sie von dem politischen Publikum im Allgemeinen ungünstig aufgenommen wurde. Man will darin eine Abweisung des Kernes der deutschen Bewegung finden und ist nicht der Ansicht, daß das neue deutsche Reich da anfangen solle, wo das alte aufgehört hat. (A. Abdz.)

Kaiserslautern, den 16. März. Ich beeile mich, Ihnen hiemit mitzutheilen, daß das hiesige Bezirksgericht durch Urtheil vom Heutigen die unbedingte Gesetzeskraft der Grundrechte anerkannte. Es war einem Juden ein Eid nach jüdischem Ritus zugeschoben, allein das Gericht entschied, daß solches nach §. 19 der Grundrechte unzulässig und darauf nicht zu erkennen sey. Das von Hrn. Richter Haase, einem anerkannt scharfsinnigen und äusserst gründlich gebildeten Juristen, redigirte Urtheil, ist so umfassend und gediegen motivirt, daß wie solches jedem Juristen, besonders aber dem Frankenthaler Bezirksgerichte dringend zur Einsicht empfehlen. Es ist darin auf das Schlagendste nachgewiesen, daß jeder Richter das Parlament in Frankfurt als rein konstituirend ansehen muß, und daß demnach die Grundrechte, abgesehen von jeder Publikation durch die Regierungen der Einzelstaaten, Gesetzeskraft haben müssen. Möchten doch alle unsere Gerichte, vorkommenden Falles, ebenso entscheiden, dann würde der ganze Kampf wegen der Grundrechte völlig gegenstandlos werden. (N. Sp. Z.)

Frankfurt, 17. März. Die „Frankfurter Ztg.,“ deren Zuverlässigkeit bekannt ist, bringt folgende Neuigkeiten: „So eben wird uns eine preussische Cirkularnote vom 10. März mitgetheilt, worin sich die

preussische Regierung mit den Ansichten Oesterreichs über die oberste Reichsbehörde vollständig einverstanden erklärt und ihre Gesandten anweist, in diesem Sinne zu handeln. — Heute früh traf von Berlin die Nachricht ein, daß der dänische Waffenstillstand durch österreichische Vermittelung auf 3 Monate verlängert wurde. — So viel man auch von preussischen Rüstungen spricht, so sey man überzeugt, Preußen wird nicht gegen Dänemark zu Felde ziehen und sich blos auf die Vertheidigung seines eigenen Landes beschränken. Eben so zieht sich Preussen von den Friedensunterhandlungen mit Dänemark zurück und wird höchstens dafür besorgt seyn, möglichen Widerstand in den Herzogthümern gegen die vorgeschlagenen Bedingungen aus dem Wege räumen zu helfen. Letzteres Geschäft liegt übrigens vorzugsweise der Reichsgewalt ob, und wird dieselbe durch ihren Reichskommissär dahin zu wirken trachten."

Dagegen berichtet die Parlaments-Korrespondenz: „Die Vorschläge, welche neuerdings vom dänischen Kabinette in London gemacht wurden, sind der Art, daß der wirkliche Ausbruch des Krieges am 26. März in keiner Weise mehr zu bezweifeln steht. Was die Verwicklung am traurigsten für Deutschland macht, ist Oesterreichs Parteinahme für die dänischen Ansprüche auf Schleswig: ein Umstand, der nach Mittheilung aus Altona, die sich auf Nachrichten aus Kopenhagen stützen, kaum in Abrede gestellt werden kann. Das Reichsministerium beschleunigt die Truppenmärsche nach den Herzogthümern mit allem Nachdruck. Aus Preussen, von dem in Betracht der ernsthaft bedrohten Ostgrenze in erster Linie 12,000 und in vier Wochen dieselbe Anzahl verlangt worden ist, hat sich bereits ein stärkeres Kontingent in Bewegung gesetzt, nämlich das 14. und 15. Infanterie-Regiment, 3 Bataillons der 4. und eben so viel der 10. Landwehrbrigade, ausserdem 8 Schwadronen Husaren (da sich schwere Kavallerie im vorigen Jahre als nicht recht anwendbar in den Herzogthümern gezeigt hat) und 4 Batterien: im Ganzen 14,000 Mann."

Berlin, den 17. März. Der König hat die zur Uebergabe der Adresse der ersten Kammer bestimmte Deputation, unter dem Vortritt ihres Präsidenten von Auerswald, heute Mittag um 12 Uhr in dem Rittersaale des Königlichen Schlosses im Beiseyn sämmtlicher Staats-Minister empfangen und die Adresse entgegengenommen. Auf die Adresse antwortete der König: Meine Herren! Mit hoher Befriedigung erkenne ich in der mir überreichten Adresse der ersten Kammer den unzweideutigen Ausdruck ihrer Treue und ächten Vaterlandsliebe. Ich halte mich überzeugt, daß die meinem Herzen wohlthuende Kundgebung solcher Gesinnungen dazu beitragen wird, das Vertrauen zu befestigen, mit welchem das Land auf die Thätigkeit der ersten Kammer blickt. Möge ihre Wirksamkeit, unter Gottes segensreichem Beistande, reichliche Frucht bringen für das Gedeihen und die Wohlfahrt unseres theuren Vaterlandes! Die erste Kammer wird dann in der dankbaren Anerkennung des Landes den schönsten Lohn für ihr patriotisches Streben finden. (Pr. St.-A.)

†*† **Berlin**, den 17. März. Die Physiognomie der Stadt, die Stimmung der Bevölkerung, so weit sie sich erkennen läßt, hat Nichts, was uns erinnern könnte, daß wir an dem Vorabend des Jahrestages einer Revolution stehen. Einige Festessen in ziemlich engen Kreisen werden auf Morgen vorbereitet, an den Schaufenstern der Läden sieht man die deutsche Kokarde, in Flor gehüllt, zum Verkauf feil geboten, hin und wieder erblickt man demokratische Gestalten, die diese Trauerzeichen zur Schau tragen: das mochte so ziemlich Alles seyn, was darauf hindeutet, daß Berlin die Bedeutung des morgenden Tages wenigstens nicht ganz vergessen hat. In den untern Schichten der Bevölkerung gibt sich freilich Mancherlei kund, was auf ein tieferes Empfinden deutet. Diesen Schichten gehören die Gefallenen an, welche das Opfer des morgen wiederkehrenden 18. März waren, ihnen vor Allen wurde der Ruhm des Kampfes und seines siegreichen Ausganges zugerechnet, und auf sie häuft die Reaktion die Schmach, mit der sie jenem Sieg seine Ehre meint nehmen zu können. Mit Hartnäckigkeit hält man in diesen Kreisen die Sage fest, daß morgen ein feierlicher Zug werde veranstaltet werden. Man erzählt sich, daß ein an der erhaltenen Wunde verstorbener Student einbalsamirt sey, um mit der Bestattung der Leiche den 18. März 1849 zu feiern. Sie lassen es sich nicht nehmen, daß Wrangel diesen Leichenzug zu stören nicht wagen werde.

Sollte eine Feier morgen unternommen werden, so wird von den Behörden, wie wir aus sicherer Quelle erfahren, entschieden entgegengetreten werden. Der Weg, der nach dem Friedrichshain führt, wird, so bald ein Versuch zu einer Demonstration gemacht werden sollte, gesperrt seyn. Die Königs- und die Landbergerstraße sind voll Militär. Von dem großen Eulner'schen Hause ab (in der Königsstraße von der Ecke der Neuen Friedrichsstraße) bis zum Thor hin, sind alle Häuser, in welchen Räume zu miethen waren, namentlich alle Gasthöfe mit Soldaten gefüllt. Der Friedrichshain selbst soll militärisch besetzt, und durch diese Beschlagnahme der Gräber der örtliche Mittelpunkt einer Demonstration entzogen werden.

Unsere Garnison ist durch das Füsilierbataillon des 1. Garderegiments verstärkt worden. Das Dragonerregiment ist heut nach Reinickendorf ausgerückt, ein Theil der Artillerie ist ebenfalls dort und in andern Dörfern nordöstlich vom Friedrichshain postirt. — Lauter militärische Manöver, die von der Bevölkerung mit mißtrauischem Auge betrachtet werden und die schon vielfach die Vermuthung hervorgerufen haben, das Gouvernement wünsche eine Emeute; die Bismark-Schönhausen'schen Worte: „Die nächsten Ereignisse werden zeigen, ob der Belagerungszustand ein gerechtfertigter ist," — beunruhigen selbst besonnene gemäßigte Leute, die einen wenn auch nicht Seitens der Regierung doch von der Junkerpartei arrangirten Putsch fürchten. — Selbst in konservativen Kreisen hält man übrigens die Art und Weise, mit welcher das Ministerium die Thatsache der Revolution vom 18. März begeht, für einen Mißgriff und man hat Recht; die Stimmung der Bevölkerung, den Regierungsmaßregeln gegenüber, zeugt deutlich dafür, daß das Andenken an den 18. März noch dem größern Theile Berlins frisch im Gedächtniß ist und daß das Gouvernement durch keine seiner bisherigen Maßnahmen die öffentliche Meinung so verletzt hat, als durch sein jetziges kleinliches Verhalten den großen Thatsachen des Märzes gegenüber. — Während des ganzen heutigen Vormittags fanden lebhafte Truppenbewegungen statt. Die ganze Artillerie soll die Stadt verlassen haben und nach Friedrichsfelde gezogen seyn, wo sie unter Deckung des 1. Garderegiments Position genommen haben soll.

Gestern wurde unsere Nachbarstadt Potsdam in nicht geringe Besorgniß gesetzt. Hr. v. Wrangel, auf einer Inspektionsreise begriffen, wollte sich durch Augenschein überzeugen, ob in Potsdam Alles in Ordnung sey. Er wollte sich diesen Augenschein dadurch verschaffen, daß er, in Potsdam eingetroffen, sofort Generalmarsch schlagen ließ. In Potsdam glaubte man nichts Geringeres, als die Stadt solle in Belagerungszustand erklärt werden. Diese Version war auch hier gestern Abend allgemein verbreitet. Man erklärte sich dieselbe aus der von der Regierung in ihren Gesetzesvorlagen kund gegebenen Absicht, das Verbot von Volksversammlungen auf 5 Meilen im Umkreis der Hauptstadt auszudehnen.

Die Abtheilungen der II. Kammer sind unausgesetzt thätig; für jetzt ist ihre Thätigkeit ausschließlich den Gesetzesvorlagen des Ministeriums zugewandt; dieselben werden sehr modificirt werden.

Die nächstens von Hrn. v. Berg zu stellende Interpellation: „ob und wann das Staatsministerium gedenke, mit einer Rechenschafts-Ablegung über seine exceptionellen Maaßregeln vor die Kammer zu treten und deren Urtheil über dieselben hervorzurufen?" — hat sich der Unterstützung der genannten Opposition zu erfreuen; 68 Mitglieder der Linken bringen dieselbe mit ein. Man hofft bei dieser Gelegenheit auch natürlich wieder auf den über Berlin verhängten Belagerungszustand zurückzukommen.

Die Minoritätsadresse ist nur von der Partei Waldeck-d'Ester entworfen, die Partei Rodbertus wird als Amendement zur Adresse durch Majorität die von ihrem Führer entworfene (durch die Breslauer Ztg. schon veröffentlicht) Adresse einbringen. Dieselbe ist entschieden gehalten und wird an manchen Stellen, besonders in Bezug auf die Novemberereignisse ziemlich ironisch. Es ist also die Adreßfrage die erste, bei der die Parteien Waldeck und Rodbertus nicht vereinigt operiren werden; in Bezug auf die ministeriellen Vorlagen findet hingegen das entschiedenste und festeste Zusammenhandeln dieser Parteien statt.

Aus wohlunterrichteter Quelle wird uns die Mittheilung, daß zwischen dem Kaiser von Rußland und dem Fürsten v. Metternich noch der lebhafteste Verkehr stattfindet. Hr. v. Metternich bezieht, wie sich von selbst versteht, auch noch sein russisches Jahrgehalt. Wie früher, so auch jetzt, pflegt Rußlands Kaiser sich noch bei dem ergrauten Staatskünstler Rath zu erholen. — So ist denn auch neuerdings Hr. v. M. von dem Kaiser um eine Denkschrift angegangen worden, in welcher entwickelt würde, auf welche Weise die europäischen Verhältnisse wieder zu ordnen seyen. Hr. v. M. geht nun in seinem Memoir auf die alte Coalition von 1794–1815 zurück und hält zuvörderst eine Rüstung der Machthaber zu einem Kampfe auf Leben und Tod für nothwendig. Als Hauptbedingung einer siegreichen Bekämpfung der Bewegung stellt er demnächst eine enge Allianz zwischen Oesterreich, Rußland und England auf. Merkwürdig, daß Preussens in dem Memoir gar nicht gedacht wird. — H. v. Metternich, der alte Feind der deutschen Einheit, hielt natürlich um die centralisirenden Bestrebungen für Deutschland als das Herz aller revolutionären Kämpfe an.

Posen, 14. März. Unsere Nachrichten aus dem Königreich Polen lauten von Tag zu Tag bedrohlicher, und es läßt sich kaum mehr in Abrede stellen, daß dort Alles eine so kriegerische Gestalt annimmt, als stände der Ausbruch des Kampfes in nächster Zukunft unausweichlich bevor. Die russischen Armeekorps sind in letzter Zeit bis nahe an die preussische Grenze gerückt, so daß sie eine ununterbrochene Linie von Korin bis weit über Kalisch hinaus bilden. In euerer Stadt ist in diesem Augenblick das Hauptquartier und bei dem Dorfe Kirchdorf, nicht sehr fern von Kalisch, wird jetzt ein großes Lager für mehr als ein Armeekorps abgesteckt; ja zum Theil sind dort die Truppen schon eingerückt und haben die Bivouacs bezogen. Dasselbe gilt von einem neuen Kosakenregiment, das in und bei Blotzki die Grenze besetzt hält, sowie von einem großen Artilleriepark, der bei Tuliczkowo so unmittelbar an der preussischen Grenze aufgefahren ist, daß die offenen Feuerschlünde fast auf unser Gebiet hinüberreichen. Ueberall sind Feldbäckereien errichtet und die Verpflegungsbehörden sind in unausgesetzter Thätigkeit. Dabei werden solche Getreidemassen aufgekauft, daß die Preise jetzt im Königreich höher stehen, als bei uns, was bislang wohl selten vorgekommen seyn dürfte; den Hafer hat man den Bauern sogar in den Garben abgekauft, um ihn als Futter für die Cavalleriepferde zu verwenden. Die Haltung der Truppen wird als vortrefflich geschildert und namentlich soll die Cavallerie vorzüglich beritten und die Artillerie in ausgezeichnetem Stande seyn. Daß es dabei nicht blos auf den Schutz des eigenen Landes, sondern auf eine Offensive abgesehen ist, beweisen die unaufhörlichen Exerzierübungen, die früh Morgens beginnen und mit kurzen Unterbrechungen bis Sonnenuntergang dauern, damit die Truppen nur möglichst bald ausexerzirt seyen, wobei sie aber zugleich den fürchterlichsten Strapatzen ausgesetzt werden, da auf die Witterung gar keine Rücksicht genommen wird. In unsern Grenzkreisen steigt die Furcht vor einer russischen Invasion von Tag zu Tag mehr, und die Zahl der Flüchtlinge aus den kleinen Orten nimmt in auffälliger Weise zu; allgemein sieht man es als eine ausgemachte Sache an, daß in Folge eines Bündnisses der Russen mit den Dänen, jene den Wiederbeginn des Feldzugs in Schleswig als das Signal zum Ueberschreiten unserer Grenze ansehen werden. Daneben heißt es noch, daß Rußland durchaus keine Neuerung, die den Wiener Verträgen zuwiderlaufe, dulden wolle, und demnach gegen jede Reorganisation eines Theils der Provinz Posen in polnischem Sinne auf das entschiedenste protestirt habe. So viel scheint ausgemacht, daß das russische Kabinet entweder darauf ausgeht, die konstitutionellen Verfassungen in den Nachbarländern rückgängig zu machen, oder wenn ihm das nicht mehr gelingen sollte, mit allen Kräften dahin zu arbeiten, daß die deutsche Einheit nicht zu Stande komme. Preussen ist somit den Angriffen seiner östlichen Nachbarn ernstlich ausgesetzt, und es erscheint darum doppelt nothwendig, daß das deutsche Verfassungswerk so bald als irgend möglich zu Stande komme. Daß die Polen in unsrer Provinz sich aufs neue regen, und Alles zu einer wiederholten Schilderhebung vorbereiten, leidet keinen Zweifel mehr, wie sehr auch unsre polnischen Blätter die diesfälligen Nachrichten in Abrede zu stellen sich bemühen. Unsere Behörden sehen sich jetzt genöthigt, alle kleinen Orte des Großherzogthums wieder mit Militär zu belegen, weil allenthalben die ärgsten Excesse vorfallen und die Deutschen offenbar ihres Lebens daselbst nicht mehr sicher sind; so lauten wenigstens die täglich von allen Seiten hier eingehenden Klagen. Indessen sind die Polen doch wohl klug genug, um zu wissen, daß der geringste Revolutionsversuch sofort die Russen, ihre unversöhnlichen Feinde, ins Land ziehen würde. Die Polen scheinen jedoch noch immer zu glauben, daß die Magyaren in Ungarn den Sieg davon tragen und dann ein allgemeiner Brand sofort über alle slavischen Länder sich ausbreiten werde; die Siegesberichte der

Oesterreicher halten sie hartnäckig für lügenhaft. Möchten nur erst die bösen Märztage ruhig vorüber seyn! (Frkft. O.-P.-Z.)

Dresden, 16. März. Nach dem Vortrage der Registrande erhielt in der heutigen Sitzung der I. Kammer Abg. Zschweigert das Wort, um eine Reihe auf Freiheit des Handels und des Verkehrs bezügliche Anträge zu begründen Er hatte vorher schon der Kammer seine auf „langjährige" Erfahrung basirten Ansichten in folgenden drei Schriftchen vorgelegt: 1) Versuch zur praktischen Lösung jetziger Zeitfragen, worin er die jetzigen Arbeitsverhältnisse einer genauern Erörterung unterwirft und den Weg zeigt, auf welchem den Ursachen des stockenden Gewerbsverkehrs beizukommen seyn dürfte. 2) Ueber die Nothwendigkeit sowohl einer wohlfeilen Staatswirthschaft, als auch einer gerechten Vertheilung der Staatsabgaben; der Abgeordnete bemerkte dazu, daß durch eine wohlfeile Staatswirthschaft Deutschland in den Stand gesetzt werden würde, mit dem Auslande die Konkurrenz auszuhalten. 3) Eine weitläufigere Begründung der an die sächsische Volksvertretung zu bringenden Anträge, die Freiheit des Handels und des Verkehrs, sowie die Zoll- und Gewerbeverhältnisse betreffend. In der Handelsfreiheit sieht der Abgeordnete nichts Anderes als den glücklichen Zustand, in welchem die Erzeugnisse des Bodens, der Kunst und Wissenschaft, jeder Arbeit überhaupt des einen Orts mit dem andern, des einen Staats mit dem andern, des einen Welttheils mit dem andern frei ausgetauscht werden können, ohne Abgaben und Zölle, ohne Hinderniß und Beschwerden des Transports, will jedoch unter den obwaltenden Umständen nur Reciprocitätsverhältnisse gelten lassen und durch diese Gegenseitigkeit allgemach die völlige Handelsfreiheit anbahnen. Auf diese Vordersätze gestützt, stellte der Redner folgende Anträge: 1) alle deutsche Staaten sind zu einem Handelsvereine, der dem allgemeinen Parlamente untergeordnet ist, zu verbinden; 2) diese Vereinigung erkennt die Handelsfreiheit als Prinzip an und sucht solche durch Staatsverträge zu verwirklichen; 3) gegen das den deutschen Handelsverein beschränkende Ausland werden je nach Maßgabe des einheimischen Bedürfnisses der Erzeugnisse des Ackerbaues und der Industrie mit Bezug auf Schifffahrt und Durchfuhr Retorsionen ergriffen; 4) bis zur Erringung gegenseitiger Handels- und Verkehrsfreiheit ist der Zoll nicht nach dem Gewicht, sondern nach dem Werthe zu erheben; 5) alle indirekte Steuern auf inländischen Consumtibilien werden aufgehoben; 6) alle Controlmaßregeln, sowie alle Beschränkungen und Beschwerungen des Wasser- und Landtransportes werden beseitigt; 7) eine zeitgemässe Gewerbeordnung ist zu erlassen; 8) durch Anlegung von Handels-, Industrie- und Schifffahrtsschulen auf Kosten des Staats werde Jedermann zweckmäßiger Unterricht gewährt; 9) auf Vermehrung, Entwickelung und Erhaltung der Arbeitsbranchen werde Bedacht genommen; 10) die einheimischen Handels-Interessen sind durch zahlreiche Konsulate zu vertreten; endlich 11) sind volksthümliche Kreditanstalten herzustellen, welche bei kleinen Summen auf bloße Bürgschaft oder Empfehlung rechtlicher und geachteter Mitbürger Darlehen gewähren. Der Abgeordnete empfiehlt der sächsischen Volksvertretung obige Anträge zur Berücksichtigung und der Präsident verweist dieselben zu weiterer Begutachtung an den Petitionsausschuß. (D. A. Z.)

Dresden, 16. März. In der heutigen Sitzung der II. Kammer antwortete nach dem Vortrage der Registrande zunächst Staatsminister Rabenhorst auf die gestrige Interpellation des Abg. Spitzner: Das Ministerium habe die Absicht gehabt, auch in der II. Kammer die in Altenburg stehenden sächsischen Truppen zu rechtfertigen. Doch habe man das Ergebniß der Untersuchung noch nicht erlangt. Uebrigens sey außer der bereits in der I. Kammer mitgetheilten Erklärung der herzogl. altenburgischen Regierung noch einer Eingabe des Bürgervereins in Altenburg an das Kriegsministerium zu gedenken, in welcher die Adresse des Bürgervorstandes als zu übertrieben und grundlose Anschuldigungen enthaltend, das Betragen der Soldaten mit Ausnahme Weniger, die freilich auch gereizt worden wären, als musterhaft bezeichnet werde. Abg. Müller aus Dresden: Als Mitglied der Armee würde er, wenn er bei der Tzschirner'schen Interpellation zugegen gewesen wäre, für jene Truppen am ersten in die Schranken getreten seyn. Er müsse aber bezweifeln, daß irgend ein Bericht über diese Angelegenheit parteilos gehalten werden könne, sowie daß Exzesse Einzelner die Ehre der ganzen Armee verletzen könnten. Vizepräsident Tzschirner: Er habe seine Interpellation auf Grund der Eingabe des Bürgervorstandes in Altenburg gefaßt, mit dem Wunsche, weiteres Unheil zu verhüten. Es werde ihn aber freuen, wenn die Untersuchung ergebe, daß kein einziger Soldat schuldig sey. Abg. Spitzer dankt der Regierung für die schleunige Mittheilung. Staatsminister v. Beust erklärt hierauf auf die gestrige Interpellation des Vizepr. Tzschirner, daß das Ministerium keinen Anlaß habe, die im Januar über das Reichsoberhaupt abgegebene Erklärung zurückzunehmen. Gehe Welcker's Antrag durch, so sey Preussens Erklärung abzuwarten. Staatsminister Weinlig antwortet auf die Interpellation des Abg. Bertling, daß die rückstehenden Wahlen nach Frankfurt im besten Gange seyen. Man geht nun zum ersten Gegenstande der Tagesordnung über. Abgeordneter Böttcher begründet seinen Antrag, daß die Regierung den Ausmarsch sächsischer Truppen nach Schleswig und das Einrücken andrer Reichstruppen in Sachsen verhüten wolle. Auch er wünsche, daß Schleswig von dänischem Drucke befreit werde, bezweifle aber, daß Diejenigen, welche den Krieg voraussähen und Truppen dahin senden wollten, gleiche Sympathieen hegten, so wenig als im vorigen Sommer es Ernst damit gewesen sey. Schleswig werde sich selbst zu vertheidigen wissen. Man möge nicht auf bloße Anordnung der Centralgewalt ohne Zustimmung der Kammern eine Truppensendung vornehmen, weil das Gesetz über die provis. Centralgewalt noch nicht verfassungsmäßig (nämlich ohne Prüfung von einer Deputation und ohne Debatte) angenommen worden sey. Aus demselben Grunde dürfte die Regierung auch den Einmarsch fremder Truppen nach Sachsen ohne Genehmigung der Kammern nicht dulden, welche nicht auf die sächsische Verfassung vereidet seyen, und daher wohl kaum zu deren Schutze dienen würden. Er bezeichne den Antrag als dringlich, weil, wie man vernehme, schon am 19. März sächsische Truppen ausrücken sollten, und beantrage daher die sofortige Berathung in der heutigen Sitzung. Staatsminister v. Beust spricht im Namen der Regierung hiergegen seine Bedenken aus, worauf man den Antrag auf die nächste Tagesordnung bringt. Vizepräsident Tzschirner fragt sodann an, wann die Erklärung der Regierung auf die Beschlüsse der Kammern über die Geschäftsordnung erfolgen würde. Regierungskommissär Todt verspricht die Vorlage eines Dekrets darüber nächstens.

Abgeordneter Hirschold trägt nun den Bericht des zweiten Ausschusses über den Gesetzentwurf, die Initiative der Kammern betreffend, vor. In der allgemeinen Berathung spricht sich Sekretär Fritzsche gegen die zu große Ausdehnung des Gesetzes aus, auch könne er nicht billigen, daß die Kammer die Einbringung von Gesetzvorschlägen erst genehmigen müsse. Der Eingang der Gesetze „Wir Friedrich August ꝛc." müsse künftighin geändert werden. Abgeordneter Bernhardt glaubt, daß der ganze Gesetzentwurf in die Geschäftsordnung hätte aufgenommen werden können. Abgeordneter Meinel: Die Initiative sey bei dem absoluten Veto nur eine kleine Abschlagszahlung. Abgeordneter Blankmeister erklärt sich gegen §. 9 des Gesetzentwurfs. Abgeordneter Schieck: Auch in England bestehe die Initiative mit dem absoluten Veto. In allen constitutionellen Staaten habe die Krone ihren Antheil an der Gesetzgebung. Abgeordneter Haberkorn macht einen Vermittelungsvorschlag, daß ein Gesetz erlassen werde, in welchem hinsichtlich der formellen Behandlung der von den Kammern ausgehenden Gesetze nur gesagt werde: „Rücksichtlich dieser gelten alle in der Verfassungsurkunde und Geschäftsordnung befindlichen Bestimmungen über die vom König an die Kammern gelangenden Gesetzentwürfe." Regierungskommissär Todt: Die Vetofrage könne jetzt nicht in Betracht gezogen werden, weil sie in keinem unmittelbaren Zusammenhange mit der Vorlage stehe. Ausführlichere Bestimmungen seyen aber nöthig in diesem Gesetze wegen des provisorischen Zustandes, in welchem sich die Verfassung befinde. Abgeordneter Bertling beantragt die Ablehnung des Gesetzes und die Aufnahme der Bestimmungen desselben in die Geschäftsordnung. Hierauf Schluß der Debatte. Der erste Gesetzentwurf (die Aenderung des §. 85 der Verfassungsurkunde betreffend) wird einstimmig angenommen, der Antrag des Abgeordneten Haberkorn dagegen abgelehnt.

Es folgt nun die Berathung über den zweiten Gesetzentwurf. §. 1 wird einstimmig, §. 2 gegen 20 Stimmen angenommen. §. 3 erhält eine ganz unwesentliche Veränderung. §§ 4—7 findet unverändert Annahme §. 8. wird abgelehnt. Zu §. 9 beantragt Abg. Seltmann folgenden Zusatz: „Will der König einen von den Kammern ausgegangenen Gesetzentwurf nur mit Abänderungen genehmigen, so sind diese noch auf demselben Landtage den Kammern mitzutheilen, worauf die letztern die Abänderungen genehmigen, oder den Gesetzentwurf zurückziehen, oder denselben mit Widerlegungsgründen noch auf demselben Landtage vorbringen können." Nach kurzer Debatte wird §. 9 gegen 18 Stimmen angenommen, ebenso der Seltmannsche Antrag gegen 10 Stimmen. §. 10 wird abgelehnt. Auf Antrag des Ausschusses beschließt man noch, in der ständischen Schrift zu erklären, „daß die beiden Gesetze nur als transitorisch betrachtet werden, sowie daß durch ihre Annahme ein Einverständniß mit dem absoluten Veto und dem Einkammersysteme nicht ausgesprochen werden solle." Bei namentlicher Abstimmung wird der erste Theil des Gesetzentwurfs einstimmig, der zweite Theil mit 43 gegen 21 Stimmen angenommen. Abg. Hirschold erstattet noch Bericht über das Dekret wegen Abänderung des §. 120 (die Diäten betreffend) der Verfassungsurkunde. Die Kammer tritt einstimmig dem Beschlusse der jenseitigen bei. Am Schlusse der Sitzung schlägt Vicepräs. Tzschirner vor, wegen der Dringlichkeit des Böttcher'schen Antrags heute noch eine Sitzung anzuberaumen. Der Präsident, Abg. Berthold und Regierungskommissär Todt erklären sich wegen der Wichtigkeit der Sache, da es sich hier um die Stellung zur Centralgewalt, Nationalversammlung in Frankfurt und der vorigen Städeversammlung handle, jedoch dagegen und es wird der Antrag Tzschirner's abgelehnt, die betreffende Sitzung aber auf morgen anberaumt.

Schleswig, den 12. März. Es ist hier die betrübende Nachricht eingetroffen, daß der Graf Traugott Reventlou in Folge einer im Duell erhaltenen Schußwunde gestorben ist. Hochbegeistert und tief durchdrungen für Schleswig-Holsteins gerechte Sache, warf er den leichten Sinn der brausenden Jugend von sich und trat, ritterlich gesinnt, im vorigen Jahre sofort in die Reihen der Freiwilligen. Später ging er in den schleswig-holsteinischen Militärdienst über, wo er sich namentlich bei der letzten Befreiung Haderslebens von dänischer Herrschaft und bei der Verfolgung der Dänen bis über die Königsau auszeichnete. Die hochbejahrte Mutter, die Gräfin von Reventlou, geborne Gräfin von Baudissin, in Kiel, betrauert in ihm schon den herben Verlust ihres dritten Sohnes. (H. C.)

Dänemark.

Kopenhagen, 10. März. „Flyveposten" schreibt: „Ein englischer Kourier kam gestern mit dem Dampfboote „Obotrit" an, dem Vernehmen nach mit dem Verlangen, daß der Waffenstillstand verlängert werde, worauf die Regierung, wie wir hoffen, nicht eingehen wird."

Französische Republik.

Paris, den 16. März. Der Telegraph in der Grenellestraße spielt unaufhörlich. Jedoch nicht, um unsere Alpenarmee in Bewegung zu setzen, sondern um die Präfekten von der Eröffnung der Wahlschlacht zu benachrichtigen.

Die Nationalversammlung hat gestern Abend die dritte Lesung des Wahlgesetzes beendet und wenn es der Moniteur morgen oder übermorgen veröffentlicht, so können wir auf dem Zusammentritt der neuen Kammer für den 28. Mai rechnen.

Hr. Faucher erlitt gestern am Sitzungsschluß wieder eine kleine Niederlage. Nachdem die Nat.-Versammlung das Wahlgesetz in aller Stille erledigt, wollte sie ihre Tagesordnung für heute und die nächsten Tage reguliren. Faucher bat, man möchte doch sein Klubgesetz heute vornehmen, allein ein allgemeiner Tumult folgte diesem Antrage und die über siebenhundert Köpfe zählende Versammlung entschied mit starker Mehrheit, daß sie zum Verantwortlichkeitsgesetz und zum Budget schreite.

Wir werden also heute die erste Lesung des berüchtigten Verantwortlichkeitsgesetzes gegen den Präsidenten und die Minister genießen, was nur einige Minuten Zeit erfordert und dann wird die Versammlung zum Budget übergehen.

Das Budget ist unsere Achilles-Ferse.... die verwundbarste Stelle unseres altersschwachen Staatskörpers. Die Nationalversammlung möchte dem Lande gern den Bankerott ersparen und beweist sich deshalb ausserordentlich vorsichtig, indem sie den Ministern gleich einem deutschen Hausvater nur Monatsgelder bewilligte. Sie beabsichtigt enorme

Ersparnisse zu machen und will ihr Rasirmesser vorzüglich an das Kriegsdepartement, an die Marine und an die Staatsbauten legen. Der Himmel sey ihr gnädig, wenn sie sich in Details verfährt; denn dann braucht sie vier Monate, um alle diese schönen Pläne zu verfolgen. Wir fürchten, daß die Nat.-Versammlung in einem Platzregen von Urlaubsgesuchen und Amendements bald untergehen.... Sie hat des Guten genug gethan und wird das Budget wohl schwerlich vollenden.

Wir erhielten heute Vormittags Blätter aus Marseille vom 13 und aus Lyon vom 15. März (d. h. vom 14. Abends). Sie bringen wenig Neues. In Lyon hieß es, die Division des Generals Arbouville würde im Falle einer Intervention die Alpen zuerst übersteigen.

Welker's 8 Anträge in Frankfurt erregen auch hier einiges Aufsehen. Die Reform sieht ein **immenses** Faktum darin, wenn der König von Preussen »dem die Rheinprovinzen gehören« zum Kaiser von Deutschland erhoben würde.

Die Ere Nouvelle sagt: »Gelang es der Frankfurter Versammlung auch nicht, ihre politische Aufgabe zu lösen, so gebührt ihr doch wenigstens das Verdienst, die kommerzielle und fiskalische Einheit Deutschlands vorbereitet zu haben. Ausser Hrn. Welker habe der Minister des Handels auf Befreiung aller Flüsse im Inlande angetragen Wie finden Sie diese beiden Urtheile?

Bourges, den 15. März. In der heutigen Sitzung rückten die Verhöre bis zum 80. Zeugen vor; darunter Hr. v. Lamartine die meiste Zeit brauchte. Seine Aussagen bieten nichts Neues. Ihm zufolge theilte sich der 15. Maisturm in zweierlei Ströme; einen rothen und einen polnischen. Soll heißen, die Einen zogen zur Nat.-Versammlung, um sie zu stürzen; die Anderen marschirten in der Meinung, der Sache Polens einen guten Dienst zu leisten. Die Sitzung wurde mit dem 80. Zeugen um 5¾ Uhr Abends geschlossen.

Griechenland.

Athen, den 4. März. Die römische Regierung hat sich in ihrem Provisorium beeilt, den bisherigen Generalkonsul in Athen abzusetzen, und an seiner Stelle ein Individuum ihrer Wahl zu beglaubigen. Da aber die griechische Regierung über die Anerkennung der römischen Republik noch nicht zu Rathe gegangen ist, so wird der neuernannte Konsul einstweilen ignorirt. — Inhaltschwere Nachrichten sind uns durch das letzte Dampfboot aus Konstantinopel zugekommen. Die Pforte rüstet mit allen Kräften; aus allen Provinzen Kleinasiens werden durch die Dampfboote die türkischen Truppen zusammengebracht, und in und um Konstantinopel concentrirt. Diesen Privatbriefen zufolge fehlt aber besonders bei der nationalen Partei, bei den Alttürken, der moralische Schwung, sie halten sich, wenn es wirklich zu einem Kampfe kommen sollte, mit der russischen Uebermacht, schon im voraus für verloren, und es fehlt nicht an Prophezeiungen, die unter ihnen selbst großen Glauben finden, daß der Untergang des osmanischen Reichs bevorstehe. (A. A. Z.)

Rußland und Polen.

Kalisch, den 9. März. Vielleicht ist der Zeitpunkt einer russischen Offensive nicht mehr fern; zu dieser Annahme berechtigt uns wenigstens die ungemeine Rührigkeit, welche an allen Orten seit einigen Tagen herrscht. — Wir glauben fast mit Gewißheit, daß die mit Dänemark zu beginnenden Feindseligkeiten auch hier das Signal geben werden. — Wäre an einen Feldzug gegen Deutschland nicht zu denken, weshalb häuft man denn diese Truppenmassen an der Grenze auf? Ueberall werden Feldbäckereien errichtet, und von Seiten der Verpflegungsbehörden alle nur möglichen Getreidearten aufgekauft. Bei der Ortschaft „Kirchdorf" arbeitet man an einem Lager, und allgemein spricht man, „nur noch sechs Meilen sind die drei Armeekorps entfernt, die dieser Tage nun eintreffen müssen." Deshalb wird der Hafer sogar in den Garben schon berechnet und besser bezahlt, als in Preußen. Bei Bloszki befindet sich ein ganzes Kosaken-Regiment, bei Tuliczkowo ein Artilleriepark, dessen Kanonenschlünde nach Preußen hinübergähnen. Im Allgemeinen werden die Truppen jetzt Tag und Nacht exercirt, und mehr als je den fürchterlichsten Strapazen ausgesetzt, und wir können nicht umhin, aus allen diesen Zeichen auf die Nähe einer seit lange gefürchteten Gefahr zu schließen. (Pos. Z.)

Neueste Nachrichten.

Schleswig, vom 16. März. Die Landesversammlung ward heute um 12 Uhr eröffnet. Der Präsident berichtete über die Berathungen des Bureau und dessen Motive für die Berufung der Versammlung zum heutigen Tage und legte die Korrespondenz vor, die von dem Bureau mit dem Reichskommissär Stedmann und dem Departementschef des Innern und des Auswärtigen darüber geführt war. (Alt. M.)

Kopenhagen, 13. März. Der hieselbst am 9. angekommene englische Kurier hat allerdings eine sehr dringliche Empfehlung der Verlängerung des Waffenstillstandes von Lord Palmerston gebracht, ist aber nicht, wie deutsche Zeitungen gemeldet haben, am 10. wieder abgereist, sondern reist erst morgen und zwar mit **entschieden ablehnender** Antwort nach Frankfurt.

Der **Angriff auf Schleswig** wird gleichzeitig von Jütland und Alsen aus mit 28 Bataillonen, 20 Eskadronen und 8 Batterien geschehen. Er wird von beiden Seiten zur See unterstützt werden und wird man sich zugleich auch der Inseln in der Westsee bemächtigen. (Wes.-Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Berichtigung.

Allen Betheiligten der Brandversicherungs-Angelegenheiten diene zur Nachricht, daß Herr J. Eichling, Mitglied derselben, die weitere Geschäftsführung so wie die Bücher und den Kassabestand an Herrn Heinrichsen zur weitern Fortführung in voller Ordnung übergeben hat.

Verschiedenen irrigen Gerüchten glauben wir durch Vorlegung der Rechnungen und Baarschaften am besten zu begegnen, und es geht daher an diejenigen die Einladung, welche sich davon überzeugen wollen, sich an Herrn Heinrichsen zu wenden.

Ferner bitten wir, Briefe, Paquete u s w. unter der Adresse »Herr Ernst Heinrichsen, Graveur, Albrecht-Dürerstraße S Nro 388 an denselben gelangen zu lassen.

Nürnberg, den 20 März 1849.

Das Komité.

E. Heinrichsen. P. Zwanziger. M. Streng.
J. Lindstadt. G. Passing. J. Wambach.

Einladung.

Es werden die Herren, welche sich bei dem Kirchen-Gesang der freien christlichen Gemeinde betheiligen, hiemit auf Mittwoch Abends Punkt 8 Uhr in die Kuhn'sche Wirthschaft eingeladen.

Freie christliche Gemeinde.

Heute Mittwoch den 21. dies Abends halb 8 Uhr gesellschaftliche Unterhaltung im Saal des Reichsadlers.

Der Vorstand.

Danksagung.

Der hiesige Arbeiter-Verein fühlt sich verpflichtet, allen politischen, so wie Turn- und Gesangvereinen, auch allen Bürgern die so rege Theilnahme bei dem allgemeinen Arbeiter-Bankett zeigten, seinen innigsten Dank hiemit auszusprechen.

Bekanntmachung.

Unterzeichneter macht hiemit bekannt, daß mit dem Monat April ein neuer Lehrkours des **Tanz-Unterricht's** beginnt, und empfiehlt sich zu geneigter Theilnahme.

Achtungsvoll

George Heidling.
S. No. 231 der Neuenthor-Straße.

(Zu vermiethen.) In Nro 176 zu Gostenhof, dem Spittlerthor gegenüber, ist ein Logis, bestehend aus 4 heizbaren tapezirten und 2 unheizbaren Zimmern, 1 Küche, Vorplatz, Kelleranthell, Waschgelegenheit und noch andern Bequemlichkeiten täglich zu vermiethen.

Auch wird daselbst ein heiteres, tapezirtes, möblirtes Zimmer an einen soliden Herrn vermiethet

Anzeige.

Die Beerdigung des verstorbenen Herrn Kern findet nicht Vormittags 8 Uhr, wie in der gestrigen Zeitung angezeigt, sondern Mittwoch Nachmittags 3 Uhr statt.

(Zu vermiethen.) In S. Nro. 5 neben der Hauptwache sind 2 Läden täglich zu vermiethen.

(Gesuch.) Es wird auf der Lorenzer Seite ein heizbares Zimmer zu miethen gesucht. Näheres Nr. 830 im Herzgäßchen.

(Zu vermiethen.) Ein sehr heiteres Stübchen ist mit oder ohne Bett und Möbeln an einen soliden Herrn täglich billig zu vermiethen.

(Gesuch.) Eine Magd, welche in der Küche so wie in allen vorkommenden Hausarbeiten wohl erfahren ist, auch waschen und bügeln kann, sucht eine Unterkunft.

(Gesuch.) In einem Etuis- und Portefeuille-Geschäft kann ein Lehrling mit oder ohne Lehrgeld unterkommen.

(Verkauf.) Familienverhältnissen wegen wird ein seit mehreren Jahren bestehendes und gut rentirendes Fabrikgeschäft billigst verkauft, dasselbe würde sich in Nürnberg und dessen Umgebung als Neben-Geschäft für ein Farben-, Flaschner-, Drechsler- oder Bürstenbinder-Geschäft am vortheilhaftesten eignen. Schriftliche Anfragen über das Nähere besorgt die Exped. d. Blattes unter der Chiffre J. R.

(Zu verkaufen.) Eine Wirthschaft in Ansbach mit hübschem Garten, und ein vor dem Hause liegender 1½ Tagw. großer Acker ist zu verkaufen. Näheres Theresienstrasse No. 561.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 22 März 1849. № 81. Donnerstag: Casimir.

Mit dem 1. April beginnt das zweite Quartal 1849 der mittelfränkischen Zeitung. Wir ersuchen daher das verehrliche Publikum, welches auf diese im Sinne wahrer Volksfreiheit redigirte Zeitschrift zu abonniren gedenkt, seine Bestellungen rechtzeitig zu machen, damit wir den resp. Abonnenten vollständige Exemplare liefern können. Der Preis für das Quartal ist inhaltlich des belletristischen Montagsblattes und vieler Beilagen nur auf 1 fl. 45 kr. vierteljährig festgesetzt und nehmen alle kgl. Postämter Bayerns um diesen Preis vierteljährige Bestellungen an. Zu Inseraten eignet sich das Blatt seiner Vielgelesenheit halber ganz besonders.

Die Expedition der mittelfränkischen Zeitung.

†† Politische Schlagschatten.

IV.

In den übrigen deutschen Landen schillerte und trillerte es überall durch Indifferenzen hindurch, und das galante Sachsen hatte die scharfen Salven längst wieder vergessen, die in Leipzig mehrere unschuldige Menschenkinder niedergestreckt und die Aufregung gegen den Veranlasser, den Prinzen Johann, die sich bis zu den untersten Schichten der Gesellschaft fortgetragen, so daß sogar die Hausknechte sich den Namen Johann verbaten, hatte sich wieder gelegt. Es war Alles in die Fluth des Lethe geworfen, wo die Regierungen gefehlt und gesündigt, war ja doch auch die Noth der schlesischen Weber, die einen Stein hätte erbarmen können, diesem Loose verfallen.

Als das Jahr 1847 zu Ende lief, glaubte gewiß Niemand so ernst daran, als es die Sachlage später gebot, daß im Anfang des Jahres 1848 auf eine Zeit lang mit der Vergangenheit gänzlich würde gebrochen werden müssen. Und dennoch war es so und Frankreich war es wieder, welches durch eine kurze, durch wenige Tage hindurch geschleuderte Revolution in Deutschland die übersättigte Unzufriedenheit mit den Beständen seiner Gegenwart endlich zu Thaten greifen ließ. Die Tuilerieen waren kaum leer von der orleans'schen Königspracht, der Thron auf offener Straße in Stücke geschlagen, Louis Philipp und seine Familie aus Paris entflohen, die Dynastie vor der Hand beseitigt und die französische Republik proklamirt, ohne daß die Guillotine ein Opfer erhielt, da rauschte der Geist der Volksmächtigkeit auch in seiner ganzen Wucht durch die Länder und Ländchen deutscher Zunge. Der Stoß begann im Süden und Westen, und setzte sich nach Norden und Osten fort und lockerte in allen Residenzen den aristokratischen Boden. Die Symptome waren nicht überall dieselben, allein sie ähnelten sich sehr, und in Wien und Berlin äußerten sie sich am heftigsten, in beiden in ihren Wesenheiten und Formen so verschiedenen Städten wurde die Revolution mit Blut besiegelt, in Berlin mit sehr vielem Blute. In Wien jedoch wurde der starre Befehl der Erzherzoge vom Militär schlechter erfirktut als in Berlin, wo der Prinz von Preussen stundenlang die Kartätschen noch den festvertheidigten Barrikaden spielen ließ; und doch mußte die Soldateska am Ende dem Muthe der tapfern Berliner weichen. In den andern deutschen Ländern machte die Revolution die unblutige Runde und wenn sich auch die Fürsten anfangs weigerten, einige sich hartnäckig weigerten) (der König von Sachsen, der König von Hannover, der Kurfürst von Hessen u. a.), so fügten sie sich doch im Angesichte der Völkerübermacht den Umständen und versprachen und gewährten so viel, daß wenn sie es früher freiwillig gethan hätten, (motu proprio,) das Drittheil gut hingereicht haben würde. Die Großherzoge von Mecklenburg bequemten sich zuletzt zu den Zugeständnissen, allein sie bequemten sich auch dazu. Für Bayern, wo die Revolution ein Vorspiel in der Vertreibung der spanischen Tänzerin Lola Montez (Gräfin Landsfeld) hatte, ging aus der Reihe der bedeutungsvollen Ereignisse des März die Thronentsagung des Königs Ludwig hervor, dem König Max II. in der Regierung folgte, mit der Zusage, Alles erfüllen helfen zu wollen, was sein Vater versprochen. Was nun von den verschiedenen Fürsten verschieden versprochen wurde, war allerdings geeignet, die deutschen Völker in einen Freudentaumel zu versetzen, aus welchem sie gar nicht mehr herauszukommen schienen. Diese mephistophelische Umnebelung war eben das Kunststück, das, um mehr zu imponiren, mit schwarz-roth-goldenen Bändern und Schleifen geziert wurde. Wären die Völker, statt respektvoll zu den wankenden Thronen hinzuspringen, um sie vor dem Falle zu schützen, in gleicher Phalanx daran vorbeigeschritten, sie hinter sich ihrem Schicksale überlassend, welche Macht hätte den Fortschritt der Völker aufzuhalten vermocht? Es geschah nicht. In Oesterreich begnügten sie sich damit, daß Metternich von dem Steuerruder des Staates abtrot, und daß der Kaiser sich plötzlich einen konstitutionellen Kaiser, statt Kaiser von Gottes Gnaden nannte, sie ließen den Exstaatskanzler, ohne ihn zur Rechenschaft für eine langjährige heillose Wirthschaft zu ziehen, noch dazu mit all seiner zusammengerafften mobilen Habe nach England entfliehen. Und in Berlin? Und die Preussen? Man kennt die Zahl der Todten nicht, die in den Märztagen bei dem gräßlichen Straßenkampfe gefallen sind, der König entsetzte sich selbst davor, als er sie in starren Reihen vor dem Schlosse aufgestellt betrachten mußte, allein das augenblickliche Gefühl der Rache glich sich aus in dem Jubel, als Friedrich Wilhelm Orator Tags darauf in die schwarz-roth-goldenen Farben gehüllt einen theatralischen Umzug hielt, eine Repräsentativverfassung versprach und sich an die Spitze eines einigen, großen, freien und starken Deutschlands stellen wollte, während der Prinz von Preussen das Weite suchte, um nach London zu entkommen und dort mit den Feinden der deutschen Freiheit die Maschen des Netzes anzulegen, das später über das Vaterland geworfen wurde, seine Errungenschaften wieder zu ertödten. So vergessen zeigte sich ein großer Theil des preussischen Volkes, daß es sogar die Proteste übel nahm, welche von Süddeutschland aus, freilich nicht immer in gewählten Ausdrücken, dem Könige deßhalb entgegengeschleudert wurden, weil er es nach solchen Vorgängen noch wagen konnte, sich an die Spitze Deutschlands stellen zu wollen.

Deutsche Staaten

München, den 18 März. Die Frage der griechischen Anleihe wird sicher auf befriedigende Weise gelöst werden. Der König Max hat von Anfang derselben entschieden erklärt, er werde auf jeden Fall dem Rechte seinen Lauf lassen, und gewiß nicht Partei ergreifen. Er hat deßhalb den Grafen Armansperg mit der Unterhandlung in dieser Sache beauftragt, und, wie man hört, soll die Geschicklichkeit und die Entschiedenheit dieses Staatsmannes, sowie seine genaue Kenntniß der griechischen Angelegenheiten, es bereits dahin gebracht haben, daß der König Ludwig persönlich für die Deckung aufkommen wird. Einige andere bayerische Staatsmänner, die zuerst in dieser Unterhandlung benutzt wurden, scheinen nicht den rechten Takt und Muth dabei entwickelt, und deßhalb keinen Erfolg gehabt zu haben. (A. A. Z.)

— **München,** den 20. März. Die bei dem Kreis- und Stadtgerichte Ansbach erledigte Rathsstelle wurde dem übernommenen Patrimonialrichter erster Klasse Ph. Sauer von Aschbach verliehen, der Landgerichts-Arzt Dr. J. Ch. Meinel zu Lauf in den Ruhestand versetzt. (N. M. Z.)

München, den 19. März. Die Wiederanstellung der Professoren Philips und Lassaulx wird in mehreren Blättern in der Weise besprochen, als wenn solche von dem neuen Ministerium ausgegangen sey, und dessen politische Richtung bezeichne. Wir sind in dem Falle, aus zuverlässiger Quelle die Berichtigung ertheilen zu können, daß das neue Ministerium dieser Maßregel gänzlich fremd sey, und daß Herr v. Beisler, welcher den Antrag darauf gestellt, gerne die Verantwortung übernehme, zu diesem Akte der Gerechtigkeit mitgewirkt zu haben. (N. M. Z.)

München, 18. März. Gestern Nachmittags verkündeten große Maueranschläge an allen Straßenecken: „Lassaulx, Phillips und Döllinger reaktivirt! Morgen Sonntag nach 3 Uhr Studentenversammlung im Kreuzbräu." In Folge dieses Anschlages fand auch wirklich heute Nachmittag eine Versammlung des größten Theils der hiesigen Studentenschaft im bezeichneten Lokale statt, wobei nach längerer Debatte gegen und für die Reaktivirung Lassaulx's und seiner Gesinnungsgenossen an hiesiger Hochschule mit großer Majorität beschlossen wurde: eine Adresse unmittelbar an das Staatsministerium für Kultus und öffentlichen Unterricht zu entwerfen und zu unterzeichnen, in welcher diese höchste Stelle um Rücknahme dieser Reaktivirung gebeten werden soll. Die Reaktivirung Döllingers ist zur Zeit noch nicht geschehen, steht aber, nach Mittheilungen die wir geworden, in nächster Aussicht. (A. A. Z.)

Würzburg, den 19 März. Gestern Morgen gegen 10 Uhr zog eine Batterie, von Linieninfanterie eskortirt, nach Bamberg. Ungefähr 2 Stunden später folgte derselben ein langer Zug Artillerietrain. Der ersten Abtheilung hatte die Generalität das Geleite gegeben. Heute folgten denselben 30 Mann Train-Soldaten, um 60 zur Bespannung benützte Pferde wieder zurückzubringen, während der weitere Transport dieser Trainwägen durch Vorspann bewerkstelliget werden soll.

Freiburg, den 16. März. Struve und Blind sitzen getrennt in der hiesigen Hauptwache, wo sie mit angemessener Rücksicht behandelt werden. Ersterem war es gestern gestattet worden, den Nachmittag mit seiner Gemahlin, die er seit seiner Verbringung nach Rastatt nicht mehr gesehen hatte, zuzubringen. Er soll möglichst gefaßt seyn und sich lebhaft mit Studien zu seiner Vertheidigung beschäftigen, da ihm nunmehr seit Kurzem die Anklageschrift des Staatsanwalts, so wie die ihn betreffenden Akten vorliegen. (Fr. Z.)

** **Frankfurt,** den 19. März. [188. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Berathung über den Welker'schen Antrag. Worte, Worte, viele tausend Worte, öfter schöne kräftige Worte, aber noch keine Entscheidung. Die Redner, die auftraten, waren Wydenbrugk, der für den Anschluß an Preussen und die Uebertragung der Kaiserkrone an Friedrich Wilhelm IV. ist, mit Ausschluß Oesterreichs in der Hoffnung auf baldiges Wiedersehen der deutsch-österreichischen Männer. Raveaux ist gegen das preussische Kaiserthum. Er will ein Prüfungskaiserthum oder eine Statthalterschaft von sechs Jahren. Schulz stellt einen Antrag, dem König von Preussen nur unter Bedingungen die Kaiserkrone zu übertragen, daß er Rußland den Krieg erkläre, Oesterreich bezwinge, Ungarn pacificire, Konstantinopel erobere, Polen restituire und Europa den Frieden und die Freiheit gebe; oder wenn dieser Antrag falle, so solle man ein neues Parlament wählen, um eine andere Verfassung zu berathen. Mathy spricht sich gegen die Politik Oesterreichs, als eine undeutsche aus. Den Erbkaiser hält er für den deutschen Bundesstaat durchaus nothwendig. M. Mohl für die materiellen Interessen, gegen das Erbkaiserthum und für ein Direktorium. Reh will eine rasche Erledigung der Sache. Eisenmann ist gegen den Ausschluß Oesterreichs, aber auch gegen den Erbkaiser. W. Beseler für die Ertheilung der Kaiserkrone an den König

von Preussen. Bauer von Bamberg für Vollendung der Verfassung. Zwei österreichische Abgeordnete J. v. Würth und A. Arneth treten aus der Versammlung. Nächste Sitzung morgen.

Frankfurt, 19. März. Der Wortlaut des erwähnten „Cirkulars an die kgl. preuss. Missionen bei den deutschen Regierungen“ ist folgender: „Die k. k. österreichische Regierung hat durch ihren Gesandten am hiesigen Hofe die Vorschläge mitgetheilt, welche sie durch Instruktion an ihren Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt vom 27. v. M. in Betreff der Bildung einer obersten Centralexekutivgewalt in der deutschen Bundesverfassung in Form eines Direktoriums hat nach Frankfurt gelangen lassen. Es gereicht der kgl. Regierung zur großen Befriedigung, daß damit nun auch Oesterreich den von uns vorgeschlagenen Weg der Verständigung in Frankfurt betreten hat. Wir haben uns daher auch nur mit Vergnügen bereit erklären können, diese Vorschläge einer reiflichen Erwägung zu unterziehen, und der kgl. Bevollmächtigte in Frankfurt wird mit hinreichenden Instruktionen versehen werden, um in die Besprechungen und Berathungen über dieselben in Frankfurt eintreten zu können, von welchen wir die Hoffnung hegen dürfen, daß sie zu dem immer von uns angestrebten Ziele der Verständigung unter den Regierungen und mit der Nationalversammlung führen werden. Wir zweifeln nicht, daß auch die übrigen deutschen Regierungen, denen die österreichischen Vorschläge inzwischen, sey es direkt, sey es durch ihre Bevollmächtigten, bekannt geworden seyn werden, zu einem gleichen Verfahren bereit seyen. Ich ersuche daher Ew. 2c., der Regierung, bei welcher Sie akkreditirt sind, den Wunsch des kgl. Kabinets auszudrücken, daß dieselbe baldmöglichst ihrem Bevollmächtigten in Frankfurt die nöthigen Instruktionen ertheilen wolle, um an den Berathungen über jene Vorschläge auf eine den dortigen Ansichten entsprechende Weise Theil nehmen zu können. Berlin, den 10. März 1849. (gez.) Graf Arnim.“

Frankfurt, den 19. März. Hr. Camphausen ist aus Berlin, wo seine Vorstellungen Eingang gefunden haben, mit gutem Muthe zurückgekommen. (D. Z.)

Sigmaringen, den 17. März. Der Welker'sche Antrag in der Nationalversammlung fängt bereits an, unerfreuliche Folgen nach sich zu ziehen. Mit dessen Kundwerden langte eine schon abgefaßte Petition unseres Reichstags-Abgeordneten mit der Aufforderung hier an, dieselbe baldigst mit möglichst vielen Unterschriften zu bedecken, da die ganze Linke eine Sturmpetition gegen die erbliche Kaiserwürde und die Uebertragung derselben an den König von Preussen einzureichen beabsichtige. Unsere Bevölkerung ist dadurch wieder in große Aufregung versetzt worden. Die Folgen dieses bedeutungsvollen Schrittes lassen sich noch nicht übersehen; wer aber die vorherrschende Stimmung kennt, kann nicht zweifeln, daß das Durchgehen des Welker'schen Antrags neue Gährungen im südwestlichen Deutschland, namentlich vom Rhein bis zum Bodensee und der Iller, hervorrufen, und der republikanischen Partei einen bedeutenden Vorschub leisten würde. (Schw. M.)

†°† **Berlin**, 18. März. Der gefürchtete Tag ist fast vorüber, und noch ist Berlin völlig ruhig. Allem Anschein nach wird die Ruhe auch nicht gestört werden, es müßte den der Betriebsamkeit der Konstabler gelingen, einen Krawall hervorzurufen. Zuweilen hat es fast das Ansehen darnach. Die Konstabler, diese unmittelbare Schöpfung der Märzrevolution, wollten deren Geburtstag in ihrer Weise begehen. Sie verfolgten Personen, die mit florumhüllten schwarz-roth-goldnen Kokarden die Stimmung des heutigen Tages zu bezeichnen wagten, und nahmen mehrere Verhaftungen vor. An einzelnen Orten widersetzte man sich, jedoch ohne weitere Folgen. An der Ecke der Friedrichs- und Mohrenstrasse war ein Auflauf, der einigermassen erheblich zu werden drohte. Hier hatten Konstabler eine Anzeige des Herrn Held, seine Schrift „Berlin im Jahre 1848“ betreffend, von den Ecken gerissen. Ein Volkshaufe sammelte sich, einige Mißhandlungen wurden verübt, der Haufe zerstreute sich indeß bald.

Mit Ausnahme von Zusammenkünften in Privatkreisen findet keine Feier statt. Die Maschinenbauer halten sich in ihrem Vereinslokale versammelt, und Hr. Waldeck nimmt auf ihre Einladung an dem Feste Theil.

Die Strassen, die nach dem Friedrichshain führen, sind mit Zügen, die sich nach den Gräbern begeben, gefüllt. Das Thor ist von Truppen und Polizeibeamten aller Art stark besetzt. Auf den Friedrichshain selbst haben sich zahllose Gruppen um die Gräber der Gefallenen gesammelt. Vier Denkmale ziehen die Betrachtung vorzugsweis auf sich. Sie wurden gestern von den Borsig'schen Maschinenbauern ihren im Kampf gebliebenen Mitarbeitern gesetzt. Auch das Grabmal des Referendar v. Lenski wurde gestern durch einen schönen Denkstein geschmückt. Laute Demonstrationen werden nicht geduldet. Dagegen werden die rührenden Opfer, welche die besonders zahlreichen Wallerinnen auf den Gräbern niederlegen, nicht gehindert. Hr. v. Wrangel verschmäht es, die Wucht, mit welcher der Lorbeer auf seine Schläfe drückt, durch die Cypressenkränze trauernder Mütter und Bräute noch zu vermehren. Die Thätigkeit der Polizei beschränkt sich hier darauf, die Schaaren, wenn sie den Anschein annehmen, als wollten sie sich zu geordneten Zügen gestalten, in Unordnung zu bringen.

In der zweiten Kammer wird sich nach der morgen beginnenden Adreßdebatte wahrscheinlich ein sehr heftiger Kampf in Veranlassung der Anträge über den Staatshaushaltsetat entspinnen. Aus der Opposition sind bereits Motionen in dieser Beziehung eingebracht. Ein von Arez und Phillipps gemeinschaftlich gestellter Antrag verlangt die unverzügliche Vorlegung eines detaillirten Etats, so wie Vorlagen zur vorläufigen Bewilligung der Einnahme. Erhebungen bis nach definitiver Feststellung des Budgets. Schellenberg, Rupp u. A. beziehen sich in ihrem gleichen Antrag auf die in der Sitzung vom 10. März vom Kultusminister gegebene Erklärung, wonach nicht mehr als 25000 Thlr. zur Unterstützung der hilfsbedürftigen Elementarlehrer für das laufende Jahr ausgesetzt sind.

General v. Wrangel hat vor einigen Tagen auch das Kadettenkorps besucht und an die Zöglinge eine Anrede gehalten, in der er sie ermahnte, in der Treue an dem angestammten, Königshause festzuhalten. Ein Zögling des Kadettenkorps, welcher nach bestandener Prüfung in das Garderegiment Kaiser Franz eintreten wollte, ist mit seinem desfallsigen Gesuche abgewiesen worden, weil er nicht von Adel und der Sohn eines Advokaten sey.

Herr v. Wrangel ist bemüht, das Deutschthum in der preussischen Armee nicht untergehen zu lassen. Bei vielen Offizieren wurde seit einiger Zeit die deutsche Kokarde, die neben der preussischen getragen werden soll, vermißt. Der Kommandeur hat deshalb strenge Befehle erlassen, und das Nichttragen des schwarz-roth-goldenen Abzeichens mit 8tägigem Arrest bedroht. —

Die Unterordnung der Truppen der kleinern deutschen Fürsten unter den Oberbefehl Preussens soll Rußland zu einer Note Veranlassung gegeben haben, in welcher es diesen von den kleinern Fürsten Norddeutschlands selbst gemachten Vorschlag als einen Eingriff Preussens in die Rechte jener Fürsten, und als eine Verletzung der Verträge von 1815 bezeichnet. —

Königsberg, den 14. März. Wir können als durchaus zuverlässig berichten, daß durch kaiserl. Ukas vom 4. März eine Mobilmachung der ganzen Armee angeordnet ist, und daß, während eine Koncentration der Hauptmacht im Süden des Königreichs, unmittelbar an der gallizischen Gränze (wie es heißt, bei Sandomir) stattfindet, ein Observationskorps der preussischen Gränze gegenüber bei Kowno gebildet wird. (D. Z.)

Magdeburg, 16. März. Das unglückliche Zerwürfniß, das seit einem halben Jahre zwischen den Bürgern Bernburgs herrscht, hat heute seine blutigen Opfer gefordert, 5 Todte sind konstatirt. Es ist bekannt, daß ein sehr großer Theil der Bernburger Bevölkerung (3/4 bis 5/6) schon seit längerer Zeit den Anschluß an Dessau begehrt, und daß der übrige Theil größtentheils aus den in den beiden Residenzstädten Bernburg und Ballenstedt wohnenden Beamten bestehend, aus selbstischem Interesse diesem Anschluß hartnäckig wiederstrebt. Diese Frage hat bereits die Auflösung des konstituirenden Landtags, sowie die Oktroyirung einer Verfassung für Bernburg herbeigeführt, was natürlich am wenigsten dazu beitragen konnte, die Gemüther zu besänftigen und die Parteien mit einander auszusöhnen. Durch die vor einigen Wochen erfolgten neuen Wahlen hat die Majorität für Diejenigen, welche die Vereinigung der anhaltischen Herzogthümer wollen, entschieden; und blos in Bernburg selbst ist es der Minoritätspartei gelungen, Männer ihrer Farbe zu Deputirten erwählen zu lassen. Daß aber das Land sich so entschieden gegen die Hauptstadt erklärt hatte, und daß die Majorität im bevorstehenden Landtage unbezweifelt der Linken zufallen müsse, das konnte die Hof- und Beamtenpartei nicht überwinden. Glaubt diese Partei mit Gewalt sich den Sieg zu verschaffen? Gewiß nicht! Wohl mag jetzt die Ruhe erzwungen, wohl mag der Belagerungszustand über die Stadt Bernburg verhängt werden, allein was nützt es ihr? Der Herzog von Bernburg ist einmal für sich allein regierungsfähig; das hat der Landtag ausgesprochen, das hat der Reichskommissär v. Ammon erklärt; warum hindert sie also die vom größten Theil der Bevölkerung gewünschte Vereinigung mit Anhalt-Dessau, wodurch Ruhe und Ordnung, Friede und Eintracht zwischen Parteien mit einem Male hergestellt wäre? (D. Allg. Z.)

Dresden, den 17. März. Vicepräs. Tzschirner interpellirt das Ministerium, ob es noch nicht über die an dasselbe vor mehreren Wochen gekommenen Beschlüsse in Betreff Robert Blum's Entschließung gefaßt habe, und wenn nicht, welche Hindernisse Dem entgegen stehen? Abg. Riedel stellt die Fragen an die Regierung: 1) Wie weit sind die Arbeiten für Oeffentlichkeit und Mündlichkeit mit Schwurgerichten im Strafverfahren, sowie in Civilprocessen vorgerückt? Werden die betreffenden Gesetzentwürfe noch dem gegenwärtigen Landtage rechtzeitig vorgelegt werden? 3) Wird das neue Gerichtsverfahren noch in diesem Jahre zur Ausführung gebracht werden? Staatsminister Dr. Held: Für das Kriminalverfahren sey bereits eine Prozeßordnung entworfen worden, aber unter Umständen und Verhältnissen, unter welchen man noch nicht denjenigen Geist hinein bringen wollte und konnte, welcher jetzt nach den Anforderungen der Zeit hineinzulegen sey. Das vorige Ministerium sey mit so vielen politischen Gegenständen überhäuft gewesen, daß ihm eine Zögerung in dieser Angelegenheit nicht zum Vorwurfe gemacht werden könne. Das neue Ministerium werde, wenn es nicht durch Zeitverhältnisse und durch Nebensachen abgehalten werde, noch in diesem Jahre eine Vorlage bringen. Hierauf schreitet man zu der auf der Tagesordnung befindlichen Berathung über den Antrag des Abg. Böttcher und Genossen, „im Verein mit der I. Kammer sich dahin zu erklären, daß die Staatsregierung verfassungsmäßig ohne Genehmigung der Kammern der etwanigen Anordnung der provisorischen Centralgewalt für Deutschland auf Verwendung sächsischer Truppen zum Kriege gegen Dänemark nicht Folge leisten, noch den Einmarsch nichtsächsischer Truppen in Sachsen dulden könne.“ Es entspinnt sich zunächst eine Debatte darüber, ob man den Antrag nach den Prinzipfragen getrennt in Berathung ziehen wolle oder nicht. Man beschließt, den Antrag nicht zu trennen. Zunächst ergreift nun Sekr. Jäkel das Wort für den Antrag. Wenn man die Ueberzeugung gewonnen hätte, daß den schleswiger Brüdern wirklich geholfen würde, wolle man gern die Truppen ziehen lassen. Allein man führe dort im Vordergrunde nur ein Scheingefecht, im Hintergrunde agire die Diplomatie. Schon im vorigen Jahre hätte jener Krieg beendet werden können, das werde von Augenzeugen behauptet. Man müsse sich auch klar werden, wie man zu der Centralgewalt stehe, ob man ihr gehorchen müsse. Dieselbe habe sich kein Vertrauen erworben, denn sie habe ihre Mutter, die Revolution, verläugnet; die Geschichte werde einst von ihr schreiben, sie wurde geboren, um gehaßt zu werden. Durch sie sey, wie Robert Blum prophezeite, das Auge der Freiheit gebrochen worden, die man sich nicht im Namen der Einheit rauben lassen wolle. Abgeordneter Schieck: Man habe die Verpflichtung, der Centralgewalt zu gehorchen, auf sich genommen, indem man das Gesetz über die Centralgewalt verfassungsmäßig angenommen habe. Uebrigens hätten schon fast alle Staaten Deutschlands ihre Schuld blutend abgetragen, nur Sachsen habe der Art noch nichts gethan. Die Antragsteller widersprächen sich, da sie auf der einen Seite auf Einführung der Grundrechte und Beschleunigung der Wahlen nach Frankfurt drängen, und auf der andern Seite der Centralgewalt entgegenarbeiteten. Auch auf die Folgen sey Rücksicht zu nehmen. Was würde wohl Deutschland, was Europa sagen, wenn man sich den klaren Verpflichtungen entziehe, wenn Sachsen daran Schuld sey, daß Deutschland zerrissen würde? Uebrigens habe die Centralgewalt, um Sachsen zu zwingen, noch Kraft genug. Hätten die Völker fest aneinandergehalten, kein Diplomat hätte im Stande seyn können, einen so schmachvollen Waffenstillstand wie den von Malmoe zu schaffen. Abgeordneter Helbig entgegnet dem vorigen Redner und sucht nachzuweisen, daß die Annahme des Gesetzes über die provisorische Centralgewalt nicht verfassungsmäßig erfolgt sey. Bei den Grundrechten handele es sich um einen Beschluß der Nationalversammlung, hier aber um eine Verfügung der Centralgewalt. Der dänische Krieg sey eine bloße Maske; die Schleswiger hätten nicht um Hülfe nachgesucht. Die Centralgewalt habe ferner nicht das Recht, nach Sachsen fremde Truppen zu schicken, sonst werde man noch schlimmer gestellt seyn, als unter dem Bundestage.

Abg. Bertling stellt den Antrag, gegen die von der Regierung

angeordnete Verwendung sächsischer Truppen nach Schleswig keinen Widerspruch zu erheben und zur Tagesordnung überzugehen. Abg. Fincke ist gegen den ersten Theil des Böttcher'schen Antrags und beantragt dafür: „die Kammern verwahren sich gegen eine Verwendung sächsischer Truppen auf Kosten des Landes ohne Genehmigung der Kammern." Im zweiten Theile des Böttcher'schen Antrags schlägt er vor, hinter dem Worte Sachsen einzuschalten: ohne besondern Beschluß der Nationalversammlung." Vizepr. Tzschirner: Mit dem Dekret über die Centralgewalt habe man die Kammer mit scheinbarer Begeisterung überrumpelt, es könne daher verfassungsmäßig nicht gelten. Ein solches Anerkenntniß der Centralgewalt dürfe nicht faktisch, sondern müsse gesetzlich erfolgen. Der dänische Krieg sey aber nicht im Interesse des Volks, er sey nur ein Maskenspiel, der Friede sey vielleicht schon geschlossen. Das Volk in Schleswig gefalle nicht, man wolle vielmehr Schleswig als Dänemark in Belagerungszustand versetzen. Wenn die Freiheit wirklich in Gefahr sey, dann möge man die Landeskinder hergeben, aber nicht für Fürsteninteressen. Einen Einmarsch fremder Truppen habe die Centralgewalt auch nicht ohne weiteres zu verfügen, die Regierung sey ermächtigt, Erklärungen gegen die Centralgewalt zu machen. Man habe mit der Centralgewalt gedroht, einem solchen Popanze werde man aber seine Ueberzeugung nicht opfern. Wenn eine Kammerauflösung erfolgen solle, so möge an das Volk appellirt werden, dieses möge aussprechen, ob es seinen Vertretern oder den Fürsten mehr Vertrauen schenke. Abg. Häbnel aus Radeburg spricht gegen den Böttcher'schen Antrag. Abg. Linke dafür, und macht nebenbei auf den Kostenaufwand, welcher durch die Truppensendung erfordert wird, aufmerksam. Abg. Fischer gegen den Böttcher'schen Antrag. Abg. Wehner entgegnet dem Abg. Fischer. Abg. Köchly spricht sich gegen den ersten Theil des Böttcher'schen Antrags aus und stellt den Zusatzantrag: alle den dänischen Krieg betreffenden Akten der Kammer vorzulegen. Staatsminister v. Beust vertheidigt das Gesetz über die Centralgewalt. Nachdem noch einige Redner gesprochen und Staatsminister v. Ehrenstein gegen einen derselben erklärt hatte, daß die Centralgewalt allerdings die Befugnisse des Bundestags übernommen habe, schreitet man zur Abstimmung. Der erste Theil des Böttcher'schen Antrags wird mit 40 gegen 24 Stimmen abgeworfen. Der Fincke'sche Antrag gegen 24 Stimmen angenommen. Der zweite Theil des Böttcher'schen Antrags mit 58 gegen 6 Stimmen angenommen. Der Berthold'sche Antrag abgeworfen, eben so der Bertling'sche, dagegen der Köchly'sche Antrag gegen 1 Stimme angenommen. (D. A. Z.)

Flensburg, vom 13. März. Das Vorspiel, welches wir im vorigen Frühjahre von der dänischen Occupation hatten, wiederholt sich bereits; diesen Morgen lief das dänische Kriegsdampfschiff „Hekla" in unsern Hafen ein und kam fast an die Stadt, nämlich bis zu dem kaum eine Viertelstunde von hier entfernten Orte „die Batterie", woselbst eine Schanze, die aber noch nicht wieder mit Geschütz versehen. Der „Hekla" präsentirte sich dort eine Weile den Flensburgern, ging darauf wieder fort und zum Hafen hinaus. Er begegnete Morgens um halb 9 Uhr bei Holnis zwei ausgehenden hiesigen Westindienfahrern, geführt von den Kapitainen Franzen und Rothmann. Dem Kapitain Franzen wurde seine Lootse geraubt, obgleich es durchaus keinen Zweifel leidet, daß der „Hekla" von Sonderburg aus mit einem solchen versehen war: wie es Kapitain Rothmann ergangen, hat man nicht erfahren. Ein Lieutenant des „Hekla" kam mit Mannschaft an Bord des von Franzen geführten Schiffes und forderte den Lootsen auf, ihm auf das Dampfschiff zu folgen; dieser erwiderte, daß er solches nicht dürfe, noch wolle; der Lieutenant berichtete es nach dem in der Nähe liegenden „Hekla" hinüber und es erfolgte von da der Befehl, den Lootsen zu zwingen, welcher denn umsonst sich auf Recht und Pflicht berief und gewaltsam mitgenommen wurde. Um halb 11 Uhr passirte der „Hekla" ausgehend wieder Holnis, nöthigte Kapitain Franzen durch einen Schuß, die dänische Flagge zu zeigen und brachte ihm seinen Lootsen nicht wieder. (Alt. M.)

Donaufürstenthümer.

Bukarest, den 28 Februar. Man bemerkt hier eine Spannung zwischen dem russischen und türkischen Militär, welche vor einigen Tagen unter zwei Offizieren zu einer abscheulichen Prügelei auf offener Straße ausartete, wozu sich auch russische und türkische Soldaten gesellten, und sich gegenseitig tüchtig durchbläuten. Man spricht allgemein von einem bevorstehenden Kriege zwischen Rußland und der Türkei, und will wissen, die Pforte habe bereits den Abzug der russischen Truppen aus den Fürstenthümern verlangt, und sey von England in dieser Forderung unterstützt worden. Gewiß ist, daß unlängst 12,000 Mann türkische Truppen von Konstantinopel auf Schiffen in Galacz und Braila gelandet sind, und diese beiden Städte mit dem gehörigen Geschütze besetzt haben. Das walachische Militär wurde augenblicklich von allen Posten entfernt, was Omer Pascha jedoch später als ein Mißverständniß erklärte. Omer Pascha will alle türkischen Truppen in einem Lager am Argisflusse concentriren.

Französische Republik.

† **Paris**, 17. März. Heute früh zwischen 6 und 7 Uhr sind die beiden Breaveurtheilten, Daix und Lahr, an der Fontainebleau-Barriere guillotinirt (nicht erschossen) worden. Die 3 andern: Choppart, Nourry und Vappreaux schickt die Gnade des Präsidenten Bonaparte, nach Anhörung des Staatsrathes, in den Bagno auf lebenslang. Somit wäre das erste politische Blut seit der Februarrevolution auf richterlichem Wege geflossen. — Proudhons Peuple sagt hiezu: „...Wir wollten die Abschaffung der Todesstrafe; die Royalisten haben aber die Guillotine wieder aufgerichtet. Wohlan, mögen alle Billigdenkende nun zwischen uns und den Royalisten urtheilen." Die Gazette des Tribunaux meldet, daß große Truppenbewegungen in der Nacht stattfanden. Ein Theil davon begab sich in das Fort Vanves, um die Delinquenten abzuholen; ein anderer Theil besetzte alle Zugänge zur bewußten Barriere. Die Ruhe ist nicht gestört worden.

Der Moniteur enthält wieder ein langes Sündenregister der rothen Republikaner aus den Departements. Wir entnehmen ihm folgende Thatsachen. In Beauvais habe ein Plakat der Bevölkerung angezeigt, daß die „Rothen" Pulver und Waffen hätten und die Stadt an allen Ecken in Brand zu stecken beabsichtigten (!) In Rozoy habe man geschrieen: Nieder mit Louis Napoleon! Nieder mit den Aristokraten! An die Laterne mit ihnen! In Chaumes habe man zu ähnlichen Rufen gefügt: Es lebe die Guillotine! Waschen wir unsere Hände in dem Blute der Reichen! Zu Montauban habe die Polizei eine weiße Fahne abgerissen, welche die Anhänger Heinrich V. aufgepflanzt. In der Umgegend von Thiers sind die rothen Fahnen zwei Tage lang aufgesteckt gewesen. Bei Toul hätte die Bürgerwehr bedeutende Munitionsvorräthe ausgegriffen. Im Theater zu Saint Maixent habe man bei Aufführung eines Stücks „Reise nach Ikarien oder der Kommunismus" voll Enthusiasmus gebrüllt: Es lebe Barbes, Es lebe Blanqui! Es lebe Raspail! Es lebe Cabet! Es lebe die rothe Republik! Nieder die Gensdarmen! Nieder die Reichen! Eigenthum ist Diebstahl! Nieder mit Napoleon Bonaparte! Nieder mit dem Präsidenten u. s. w. In Folge dieses Gebährdens seyen 3 der Hauptschreier in Riom eingesperrt worden. In Havre hätten 1000 Erdarbeiter ihre Arbeiten eingestellt; sie würden streng bewacht. Zu La Reole müßten die Steuern mit Hülfe der Infanterie eingetrieben werden.

In Toulouse hatte eine Kompagnie Bürgerwehr die rothe Kokarde aufgesteckt, und bei Ablösung des Capitols-Postens gerufen: Es lebe die soziale Republik: Der herbeieilende Polizei-Kommissarius sey fast mit dem Bajonett erstochen worden, und statt den Thäter zu verhaften, hätten ihn seine Kameraden beschützt: diese Kompagnie sey aufgelöst worden. In Dijon habe der Präfekt am 12. März neue Fahnen vertheilt. Hiebei hätten Einige die rothe Republik hoch leben lassen; aber zehntausend Mann (wörtlich) hätten dieses seditiöse Geschrei durch die Rufe erwiedert: »Es lebe die Republik! Es lebe der Präsident! Es lebe Napoleon!" Diese Mehrheit der Bürgerwehr in Dijon — schließt der Moniteur, ist der Ausdruck der öffentlichen Meinung. Ganz Frankreich protestirt mit ihr. Es protestirt durch die Stimmen seiner honetten Bürger gegen diese Furibonden Auswürfe der Unordnung. Es wird sich durch diese waghalsige Propaganda nicht von den Wegen abbringen lassen, auf welchen es durch zwei Jahrhunderte der Civilisation befestigt wurde.«

Bourges, den 16. März. Die heutige Sitzung, welche eben Abends 6 Uhr schließt, täuschte die Erwartung Vieler. Man vermuthete, daß zwei der berüchtigtesten Ischariote, Bidocq und Chenu, auf der Szene erscheinen würden. Wir sind aber in dieser Fassung betrogen worden. Diese Herren werden wohl erst morgen debutiren. Heute nahmen die Verhöre des Bürgers und Ex-Polizeidirektors Ponisse den größten Theil der Sitzung in Anspruch. Die Aussagen Lamartines, v. Ledru-Rollins sowie die des Ponisse lauten entschieden günstig.

Italienische Staaten.

Neapel, den 5. März. König Ferdinand hat den sizilischen Waffenstillstand, der heute abläuft, gekündigt. Es werden demnach die Feindseligkeiten wahrscheinlich am 15. Mai wieder beginnen. (Frkf. O.-P.-Z.)

Oesterreichische Staaten.

Von der österreichischen Grenze, 17. März. So wie sich das Zerwürfniß zwischen dem Feldmarschall Fürsten v. Windischgrätz und dem General Thodorovich, der mit dem Rajachich im Einklange handelt, seinem vollen Umfange nach bestätigt, so bin ich jetzt im Stande, eine nicht minder wichtige Nachricht aus Kroatien mitzutheilen. Es ward dort im Laufe des verflossenen Sommers ein autonomer Landtag gehalten, der bei seiner Vertagung einen Landesausschuß niedersetzte, während Jellachich zum Diktator der Nation erhoben wurde. Der Termin zum abermaligen Zusammentreten des Landtages rückt heran. Auf die Kunde von der Oktroyirung einer Verfassung beschloß der Landesausschuß sich nicht aufzulösen, sondern seine Arbeiten fortzusetzen, auf das Zusammentreten des kroatisch-slavonischen Landtags zu dringen, die Einverleibung der Militärgränze zu urgiren und gegen die die Autonomie des Landes gefährdenden Bestimmungen der oktroyirten Verfassung zu remonstriren. (Leipz. Z.)

Neueste Nachrichten.

Bernburg, den 18. März. Unsere Stadt ist in Belagerungszustand erklärt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Sprech-Saal.

Kirchliches.

Wenn ich Eines loben muß, was sich bei den neueren religiösen Bewegungen kund gibt, so ist es das Bestreben, daß die Kinder die Bibel nur in einem Auszuge in die Hand bekommen sollen. Schon oft habe ich mir gedacht, wenn ich über Land ging und die kleinen Dorfkinder das dicke Buch halbe Stunden weit zur Schule tragen sah: Euch könnte man die Last auch sehr erleichtern, wenn man euch nur das gäbe aus diesem Buch, was euch wirklich nützlich ist. Was helfen denn den Kindern die Geschichten der jüdischen Könige, die jüdischen Geschlechtsregister, die Historie von der Susanna, von der Judith, von der Ruth, die Vorschriften über den Opfer- und Tempeldienst? Aber die Sache hat noch eine weit gewichtigere Seite. Die gepriesenen Helden des alten Testaments, wie Simson, Loth, David 2c. geben in der That ein sehr übles Beispiel! Und welche Ältern müßten nicht wünschen, daß die vielen unsittlichen Geschichten, die da im Style des Alterthums ganz offen erzählt werden, die geschlechtlichen Verirrungen, nicht schon vor die Kinder offen hingelegt würden? Das ist ja doch wahrlich eine sehr ernste und wichtige Sache! Woraus schöpfen denn die Kinder ihre erste Kenntniß solcher Dinge? Es ist leider wahr — aus der Bibel. Dort suchen sie solchen Stellen auch absichtlich nach, ein Schüler macht den anderen darauf aufmerksam. Darum — ihr habt vollkommen recht — die Bibel gehört für die Kinder nur in einem zweckmäßigen Auszug und tausend Aeltern werden den Tag segnen, wo ein solcher eingeführt wird. —r

Nürnberg, den 20. März. Der genußreiche Abend, der den gestrigen Besuchern des hiesigen Theaters zu Theil wurde, verdient die gerechteste Anerkennung; es können daher die Einsender dieses nicht umhin, den Herren Ebristen und Hungar für die ausgezeichneten Leistungen an diesem Abend, wodurch beide Herren ihr bekanntes Renomée wieder auf's Glänzendste rechtfertigten, hiemit den innigsten Dank zu machen. Eine liebliche Erscheinung war gleichfalls das erste Auftreten des Violinspielers Herrn Hahn, dessen wirklich gediegener Vortrag den ungetheiltesten Beifall fand und bei dem jungen Künstler zu den schönsten Erwartungen berechtigt. Mehrere Theaterbesucher.

A n z e i g e n.

Exped.-Nro. 6521.

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Fürth

werden im Wege der Hülfsvollstreckung ein Vorrath von Spiegeln, Spiegel-Rahmen, so wie verschiedene Meubles im Hause Nro. 261 a. 3 in der Schwabacherstrasse

Donnerstag den 29. März l. J., Nachmittags 2 Uhr,

öffentlich gegen sogleich baare Bezahlung verkauft.

Fürth, am 16 März 1849.

F e n d.

Backof

Brauerey- und Oekonomie-Gut-Verkauf.

Das mit Hausnummer 240 a b bezeichnete, in der lebhaften Provinzialstadt Altdorf an der Neuhler Straße liegende Brauerey- und Oekonomie-Anwesen, wird im Auftrage des Besitzers kommenden

Montag, den 2. April 1849, Vormittags 10 Uhr anfangend, im Wirthschafts-Lokale des Gasthauses zum weißen Kreuz in Altdorf

öffentlich an den Meistbietenden verkauft.

Dieses zur Brauerey, Brandweinbrennerey und Essigfabrikation gut eingerichtete Anwesen, dessen Baulichkeiten nämlich: Wohnhaus, Nebenhaus, Brauhaus, Scheune, Waschhaus, Kegelbahn, mit ca. 3 Tagwerk großen Gras-, Obst- und Gemüsegarten, im besten Zustand sich befinden, kann mit, in freier Wahl stehenden Grundstücken, oder auch ohne solche, lediglich für sich allein sammt Schiff und Geschirr erworben werden, und dürfte namentlich für einen jungen, thätigen, der Brauerey ic. kundigen Mann, eine vortheilhafte Gelegenheit zur häuslichen Niederlassung bieten.

Die Einsicht der Verkaufs-Objekte kann täglich geschehen, die Verkaufsbedingungen werden aber im Termine bekannt gegeben, wozu Kaufslustige, denen übrigens auch inzwischen alle erwünschten Aufschlüsse zu Gebot stehen, ergebenst einladet

das öffentliche Kommissions-Bureau von J. St. Schmidt in Nürnberg.

Brüsseler Strohhut-Fabrik.

Unterzeichneter beehrt sich, sein reichhaltiges Lager von allen Sorten Strohhüten eigner Fabrik in neuester Façon zu den billigsten Preisen hiemit zu empfehlen.

Alte Strohhüte werden gewaschen, und auf Verlangen in moderne Façon so schön umgeändert, daß sie von neuen Hüten nicht zu unterscheiden sind.

Ich bin im Stande meine Abnehmer in jeder Hinsicht vollkommen zufrieden zu stellen, und die mir zukommenden Aufträge ganz schnell und pünktlich auszuführen.

Mein Magazin befindet sich in dem Winter'schen Hause Kaiserstraße Nro. 197.

F. L. G. Deffurt,
Strohhutfabrikant aus Brüssel.

☞ A u k t i o n.

Nächsten Dienstag den 27. März 1849, Vormittags 10 Uhr anfangend,

werden im Hause S. Nro. 1567 Rosenthalgasse hier an den Meistbietenden verkauft:

116	Pfund	ein s. g. Feuerungs-Vorderstück von Gußeisen.
64	"	" " Roststanger " "
679	"	" " Roststäbe " "
25	"	drei Heitzthürchen von starkem Eisenblech.
250	"	fünfzehn Stäbe altes Gittereisen von Gußeisen.
12	"	zwei kleine Röste " "
450	"	ganz große Heizungs-Kanäle $\frac{3}{4}\triangle\frac{4}{4}$ nebst Ofenrohr mit Bogen, Wasserschaffer und Vorreiber von starkem Eisenblech, 15 Stück alte große Tafeln von Eisenblech.
300	"	mehrere Schrauben und altes Eisen, eine Presse mit Preßkasten u. hölzernen Spindel, ein großes Wasserfaß, dergl. große und kleine Waschwannen, eine Pferdemühle mit allen nöthigen Maschinentheilen, 200 Stück halbzöllige Bretter und 58 Stück Dachlatten in verschiedener Länge, 11 Holzböcke, ein noch ganz neuer Mehlkasten, 6 kleine Wasserschäffer, 2 große Wasserschäffer, 200 Stück irdene Geschirre, tauglich für Blumengewächse, eine hölzerne Wasserbutte, eine Leiter und 400 St. alte Mauersteine.

Kaufslustige werden hiezu eingeladen

durch das öffentliche Kommissions-Bureau von J. St. Schmidt in Nürnberg

---

Kanalschiff-Verkauf oder Vertausch.

Ein noch im besten Zustande sich befindliches Kanalschiff dritter Klasse ist um billigen Preis zu verkaufen, oder man sucht dieses gegen ein solches zweiter Klasse einzutauschen. Nähere Auskunft wird ertheilt in L. No. 204 zu Nürnberg.

Pacht- oder Kaufgesuch.

Eine Kramkänzelei wünscht man zu pachten oder zu kaufen. Adressen unter Chiffre I. P. durch die Exp. d. Blattes.

Zu empfehlende Gelegenheit

für Passagiere und Auswanderer nach New-York.

Expeditionstage

der Schiffe der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft.

Das kupferbodene Hamburger Schiff	„Deutschland,"	Kapitän Haucker,	„ 21. April	1849
" " " "	„Nordamerika,"	" Ratbje,	„ 19. Mai	
" " " "	„Elbe,"	" Heitmann	„ 23. Juni	

Ueber obige Schiffe, welche durch hohes luftiges Zwischendeck und elegant eingerichtete Kajüten sich auszeichnen, ertheilt nähere Nachricht der Schiffsmakler

Friedrich Toussaint,
Commissions- und Speditions-Handlung
in Nürnberg, L. Nro. 401.

Aug. Bolten Wm. Millers Nachfolger
in Hamburg.

HARMONIE.

Freitag den 23 März 1849

Theatralische Abendunterhaltung.

Anfang 8 Uhr.

Einzuführende Fremde sind einem Vorstandsmitgliede jedenfalls vorzustellen, und wird ausdrücklich bemerkt, daß hiesige Nichtmitglieder, welche die Gesellschaft schon dreimal besucht haben, unter keiner Bedingung eingeführt werden können.

Der Vorstand

Musicalischer Verein.

Donnerstag den 22. März

Produktion

im rothen Hahn.

Albrecht-Dürer-Verein.

Bei der am 16 ds. Mts. stattgehabten General-Versammlung wurden gewählt:

zum 1ten Secretär Herr Kob, Revisor
" 2ten " " Ullmann, Actuar,

was den Mitgliedern des Vereins hiemit bekannt gemacht wird.

Nürnberg, den 19 März 1849.

Das Direktorium.

E m p f e h l u n g.

Frischer Rheinsalm, Laperdan, ächte italienische neue Salami, Strassburger Schüchter und ächter Limburgerkäs, holländer Rahmkäs, Mallagafeigen, getrocknete Kirschen, Weichseln, Mirabellen, Weinmostsenf süsser, feinstes englisches Senfmehl, franz. Conserven, als: artichauts entiers, champignons, haricots verts, petits-pois, Sardines à l'huile sind zu haben bei

G. C. Prückner.
Königsstrasse L. Nro. 109.

An sämmtliche Arbeiter und Arbeitervereine Bayerns!

Zur Förderung und Hebung der materiellen und sittlichen Verhältnisse der Arbeiter, wie zur näheren Berathung über die wichtige Frage, auf welche Art die so sehr gedrückte Lage der bayerischen Arbeiter-Bevölkerung zu verbessern sey, haben wir beschlossen:

In Nürnberg am 2. April d. J. einen Arbeiter-Congreß abzuhalten.

Wir ersuchen daher alle Arbeiter und Arbeitervereine Bayerns dringend, sich sämmtlich auf diesem Congreß durch Abgeordnete vertreten zu lassen.

T a g e s o r d n u n g.

1) Berathung über die Special-Statuten zur Organisation der Arbeiter.
2) Die engere Verbrüderung der bayerischen Arbeiter.
3) Die Begründung von Arbeiter-Werkstellen.
4) Die Errichtung von Volksbibliotheken und Fortbildungsschulen.
5) Die nähere Verbindung aller Bauern- und Arbeitervereine Bayerns zu einer großen, allumfassenden Vereinigung.
6) Anträge über das Paßwesen, Herabsetzen der Arbeitszeit ꝛc.

München, den 14. März 1849.

Im Namen des provisorischen Central-Vereins.
Der Ausschuß.
A. Rißle.

Mit größter Bereitwilligkeit treffen wir die nöthigen Vorbereitungen und ersuchen die Herren Deputirten sich gleich bei Ankunft im

König von England
breite Gasse

einzufinden.

Nürnberg, den 22. März 1849.

Der Arbeiterverein. *)

*) Wir ersuchen alle freisinnigen Zeitungen Bayerns um freundliche Aufnahme dieser Anzeigen in ihren Spalten.

(Empfehlung.) Vorzüglichen Düsseldorfer Senf in gläsernen Krucken, ½ Pfd. bayer. enthaltend, empfehle ich zu gefälliger Abnahme à 12 kr. pr. Krucke und werden die leeren Krucken à 3 kr. pr. Stück zurückgenommen.

C. G. D. Eidam

(Gesuch.) Solide Mädchen, welche im feinen Blumenmachen bewandert sind, können dauernde Beschäftigung erhalten. Pfeifergasse L. Nr. 1238.

Einladung zum Abonnement

auf die

Neue Rheinische Zeitung

für das zweite Quartal (1. April bis Ende Juni) 1849.

Alle Postämter von Deutschland nehmen Bestellungen an; für Frankreich: das Königl. Ober-Postamt in Aachen und Herr A. Havas, Nr. 3 Rue Jean Jacques Rousseau in Paris; für Holland und Belgien: die Belgischen Brief-Postämter; für Großbritanien: Mr. William Thomas, Catherine-Street, Strand, in London, und das Belgische Brief-Postamt in Ostende.

Der Abonnements-Preis ꝑ Quartal beträgt bei allen preußischen Postämtern, Postaufschlag einbegriffen, Thlr. 1, 17 Sgr. Im übrigen Deutschland so wie im Auslande kommt der fremde Postaufschlag hinzu.

Inserate: Die 4spaltige Petitzeile oder deren Raum: 1 Sgr. 6 Pfg.

Anzeigen aller Art erlangen durch die sehr großen Verbindungen des Blattes eine sehr weite Verbreitung.

Die Redaktion bleibt unverändert.

Die bisherigen Monatsgänge der „Neuen Rheinischen Zeitung" sind ihr Programm. Doch ihre persönlichen Verbindungen mit den Chefs der demokratischen Partei in England, Frankreich, Italien und Nordamerika ist die Redaktion in den Stand gesetzt, ihren Lesern die politisch-sociale Bewegung des Auslandes richtiger und klarer abzuspiegeln, als irgend ein anderes Blatt. Die „Neue Rheinische Zeitung" ist in dieser Beziehung nicht blos das Organ der deutschen, sondern der europäischen Demokratie.

Köln, im März 1849.

Die Expedition.

Literarischer Verein.

Freitag den 23. März Versammlung der Mitglieder des liter. Vereins im Gasthof zum rothen Hahn.

Der Vorstand.

Erwiederung.

Auf die Berichtigung in Nro. 32 des Intelligenzblattes habe ich ganz einfach und mit Vernunft zu erwiedern, daß ich zwar Jesum Christum für Gottes Sohn betrachte, dabei aber noch bemerke, daß ich den Einsender jener Berichtigung auch für Gottes Sohn halte und daß alle Menschen Gottes Kinder sind; ich erkenne Christus als dagewesenen frommen Menschen, der uns eine vortreffliche Religion hinterlassen hat, die nur leider auf manchfache Weise verunstaltet wird.

Sigmund Böhmländer,
Drechsler.

A n z e i g e.

Die rühmlich anerkannten

☞ Hühneraugen-Pflästerchen

der Gebrüder Leutner sind in nachstehenden Handlungen: in Nürnberg bei Friedrich Bauer am weißen Thurm und Wilhelm Dieterich am Hengäßchen, in Schwabach bei G. M. Friedlein, und in Ansbach bei W. D. Schlichting einzeln zu 6 kr., im Dutzend 1 fl. sammt gehöriger Gebrauchsanweisung zu haben.

(Einladung.) Donnerstag den 22 Metzelsuppe, wobei auch andere Speisen und gutes Bier verabreicht werden, wozu ergebenst einladet

Winkler zum Pariser Hof.

(Zu vermiethen.) In S. Nro. 20ª Weißgerbergasse ist eine auf der Mittagseite sich befindende freundliche Wohnung, bestehend in einem geräumigen Zimmer, 2 Kammern nebst Boden am Ziel Laurenzi zu beziehen.

(Kauf-Gesuch.) Es wird ein Spezerei- und Lebküchnerei-Geschäft zu kaufen gesucht; es dürfte auch Conditorei dabei seyn. — Näheres auf frankirte Briefe durch die Exp. d. Bl.

(Zu verkaufen.) Eine Gürtler-Presse ist zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Verlaufen.) Vergangenen Montag hat sich ein junges schwarzes langhaariges Hündchen mit weißer Brust und weißen Pfoten verlaufen, man bittet, wenn es zugelaufen ist, es in Nr. 531 der Pfannenschmiedsgasse gegen ein Trankgeld zu überbringen.

Stadttheater in Nürnberg.

Donnerstag den 22. März „Die gefährliche Tante." Lustspiel in 4 Akten von Albini.

Freiblatt München

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 23 März 1849 — № 82 — Freitag: Eberhard.

Mit dem 1. April beginnt das zweite Quartal 1849 der mittelfränkischen Zeitung. Wir ersuchen daher das verehrliche Publikum, welches auf diese im Sinne wahrer Volksfreiheit redigirte Zeitschrift zu abonniren gedenkt, seine Bestellungen rechtzeitig zu machen, damit wir den resp. Abonnenten vollständige Exemplare liefern können. Der Preis für das Quartal ist inhaltlich des belletristischen Montagsblattes und vieler Beilagen nur auf 1 fl. 45 kr. vierteljährig festgesetzt und nehmen alle kgl. Postämter Bayerns um diesen Preis vierteljährige Bestellungen an. Zu Inseraten eignet sich das Blatt seiner Vielgelesenheit halber ganz besonders.

Die Expedition der mittelfränkischen Zeitung.

Deutsche Staaten

München, 21. März. Der Rechnungskommissär bei der Rechnungskammer D. Enzensberger wurde auf die Dauer eines Jahres wegen Krankheit in die Ruhe versetzt, und an dessen Stelle der Rathsaccessist E v. Peter daselbst ernannt; der Finanzrechnungskommissär in Landshut L. Gistl zum Rentbeamten in Oberntzell, und an dessen Stelle der Finanzrechnungsrevisor daselbst F. X. Schreiner befördert; der Revierförster J. W. Kreisler zu Bundorf quieszirt, und an dessen Stelle der Forstamtsaktuar zu Mainberg J. Mantel ernannt; der Finanzrechnungskommissär ins Ansbach F. W. Beuschel zum Rentbeamten in Hammelburg, und an dessen Stelle der Finanzrechnungsrevisor daselbst J. F. Hecht befördert; der Rechnungsfinanzregistrator J. Fuchs in Würzburg quieszirt, und an dessen Stelle der Registraturfunktionär Zipperich ernannt; der Präsident des obersten Rechnungshofes v. Heres dieser Stelle enthoben und zum Staatsrath im ordentlichen Dienste v. Beisler zum Präsidenten des obersten Rechnungshofes ernannt; der Revierförster Wanderer zu Stauf auf das Forstrevier Laufamholz versetzt, und an dessen Stelle der Forstamtsaktuar in Ansbach F. v. Schirnding befördert; der Rentbeamte J. Lindner in Neunburg v. W. auf das Rentamt Pfaffenberg in Mallersdorf versetzt; der praktische Arzt Dr. L. Härtl zu Neuburg a. d. D. zum Gerichtsarzt bei dem kgl. Landgerichte Roethalben ernannt. (N. M. Z.)

München, 20. März. Die Adresse der Studirenden gegen die Reaktivirung der Professoren Lassaulx, Phillips und Döllinger lautet wie folgt: „Allerdurchlauchtigster u. s. w.! Mit Erstaunen und tiefer Betrübniß haben wir, die unterzeichneten Studenten der Hochschule Münchens, die einseitige Reaktivirung der Professoren Lassaulx, Phillips (und Döllinger?) vernommen. Diese waren die Stützen und getreuen Helfershelfer eines Systems, worüber nicht nur Bayern, nicht nur das gesammte Deutschland, sondern das gesammte civilisirte Europa sein Urtheil gesprochen, und dessen Erinnerung kaum geheilte Wunden des Vaterlandes von Neuem bluten macht. Diese Männer haben mit Unterdrückung des ächt wissenschaftlichen Geistes unsere Universität beherrscht und ihr einen großen Verlust an Achtung und Ruhm im In- und Auslande verursacht. Kaum sind sie entfernt, kaum sucht die unter ihren Händen ganz herabgekommene Universität sich wieder zu heben, kaum wird sie wieder zahlreicher von Ausländern besucht, so werden jene Männer reaktivirt. Um so betrübender ist diese einseitige Maaßregel, als sie, weit entfernt, dem Prinzip der längst von uns angestrebten Lern- und Lehrfreiheit zu entsprechen, nur getroffen zu seyn scheint, um eine Richtung zu begünstigen, welche die Schuld langjähriger Unterdrückung wissenschaftlicher und politischer Freiheit in unserem Vaterlande trägt; darum protestiren die unterzeichneten Studenten im Namen der Wissenschaft, im Interesse der Universität, aber auch im Interesse des ganzen Vaterlandes, da die Reaktivirung jener Männer bald noch Schlimmeres nach sich ziehen könnnte, gegen die Reaktivirung derselben, und ersuchen allerehrfurchtsvollst Ew. k. Maj., die Reaktivirung der drei Professoren Lassaulx, Phillips und Döllinger allergnädigst zurück zu nehmen. In allertiefster Ehrfurcht u. s. w." (Folgen die Unterschriften.) (A. Abdz.)

Mannheim, den 19. März. Als in Rastatt von der österreichischen Baudirektion ein Fest zur Feier der oktroyirten Verfassung in Oesterreich bestimmt wurde, erklärte das badische Militär, es werde demselben nicht beiwohnen, indem es seiner deutschen Gesinnung widerspräche. Das Fest soll in einem feierlichen Gottesdienste und wahrscheinlich einem Festmahle bestehen. (D. Z.)

Frankfurt, den 19. März. Bereits am 10. März kam uns aus sicherer Quelle die Nachricht zu, daß Oesterreich in London und Paris einen Kongreß der puissance signataires von 1815 vorgeschlagen habe, um dort „die ganze europäische Frage und nicht die eine oder andere allein" zu ordnen. L'organisation de la confederation allemande y serait comprise de droit et les modifications à intervenir recevraient ainsi une sanction européenne! Jetzt erhalten wir von Berlin aus die Bestätigung dieser ersten Nachricht, so wie Kunde darüber, bis zu welchem Punkte bereits die Verhandlungen gediehen sind. Noch schirmt uns Preussen: »Die innern Angelegenheiten Deutschlands sind nicht geeignet, auf einem Kongreß der Mächte verhandelt zu werden!« Möchten die Nationalversammlung und die Nation begreifen, daß der letzte Augenblick gekommen ist, eine deutsche Politik zu retten. (D. Z.)

Frankfurt, 20. März. Die Bayern können sich bei Herrn Eisenmann bedanken, vorzüglich die der alten Lande, von denen er in seiner gestrigen Rede rühmt, daß sie vor Allem Bayern seyn und bleiben wollten, und sich um Deutschland nicht kümmerten. Vermuthlich wird er für so patriotischen Aufschwung nächstens von einer Fluth von Zustimmungsadressen überströmt werden. Wenn die Behauptung richtig wäre, so würde die Frage gestattet seyn, weshalb denn bayerische Abgeordnete in Frankfurt mittagen? Bei solcher Gesinnung gäbe man überhaupt besser das ganze Einigungswerk auf, und überließe es jedem Staate und Stäätchen, sich den Schutz da zu suchen, wo er am leichtesten zu finden ist. Wie könnten dann neue Editionen von Rheinbünden und dergleichen erleben. — Doch ohne Scherz! Wir hoffen, daß ein Schrei der Entrüstung gegen die in der Eisenmann'schen Rede enthaltene Anklage des altbayerischen Stammes sich vernehmen lassen wird; wir hoffen auch, daß er selbst nicht bei dem dem bayerischen Volke zugefügten Schimpfe beharren, sondern seinen Ausdruck als einen im Feuer der Rede entschlüpften, in dem Preussenhasse Ursprung und Rechtfertigung findenden Gegensatz erläutern werde. (Frkfl. O.-P.-Z.)

Frankfurt, 20. März. Durch ein an einen Freund in hiesiger Gegend gerichtetes Schreiben vom 14. d. M., kündigt der Feldmarschall Radetzky an, daß er an seinem Namenstage, den 19., an drei Punkten über den Tessin gehen und den Feind angreifen werde. (Frkft. O.-P.-Z.)

Frankfurt, 19. März. Der in der Nacht vom 16. zum 17. d. M. gestorbene König der Niederlande, Wilhelm II., war geboren den 6. Oktober 1792. Er ist mithin 56 Jahr, 5 Monat, 10 Tage alt geworden. Nach der am 7. Oktober 1840 erfolgten Abdankung seines Vaters, König Wilhelm's I., übernahm er die Zügel der Regierung. Sein Nachfolger ist sein Sohn Wilhelm III., geboren den 19. Februar 1817 (also 32 Jahr alt), vermählt den 18 Juni 1839 mit Sophie, Tochter des Königs von Württemberg. Der jetzige Kronprinz ist 8½ Jahr alt. (Fkft. O.-P.-Z.)

** **Frankfurt**, den 20. März. [189. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Heute sind wir der Erledigung der Welker'schen Antragsache und somit der Erbkaiserthumsfrage etwas näher gerückt, indem der Schluß der Debatte darüber von der Versammlung ausgesprochen worden ist. Morgen findet wahrscheinlich, wenn nichts Besonderes dazwischen kommt, die Abstimmung statt. Schwerlich wird das liebe langweilige Parlament noch lange beisammen bleiben, die Koalition der Fürsten wird immer fester, am Ende wird es heißen: »Ihr lieben und getreuen Deputirten könnt nun nach Hause gehen, wir wollen schon für eine Verfassung Deutschlands sorgen. Die Oktroyirungen sind jetzt Styl, warum sollte diese Gnade nicht auch im Großen Annahme finden, da sie im Kleinen gut gethan?« — Heute sprachen noch über den Welker'schen Antrag Buß aus Freiburg im katholischen Interesse für Oesterreichs Verbleiben. Fröbel ironisirt gegen das Kaiserthum in ächt republikanischer Färbung, während der nachfolgende Redner v. Reden die konstitutionelle Monarchie auf den Korb seiner Phrasenwäsche hebt und für das Erbkaiserthum sich erklärt. Simon von Trier wirft der Versammlung in kaustischen Sätzen die ganze große Summe ihrer begangenen Sünden vor von der Bildung der Militärdespotie bis zu den jetzigen Zuständen herauf. Er fordert auf, wieder zur Idee der Märzrevolution zurückzukehren, mit der man Rußland zu paralysiren im Stande sey. Nach Simon tritt Gagern pro domo auf und hält in seiner gewohnten Weise eine lange Rede, welcher zuletzt noch Berger von Wien gegnerische Worte folgen läßt.

LPC Frankfurt, 19. März. Die Debatte über den Welcker'schen Antrag ermüdet schon die Versammlung. Raveaux's tiefe Gemüthlichkeit, Eisenmann's politische Naivität konnten nur für Augenblicke die erschlafften Zuhörer fesseln. Die Rechte hatte nur sehr unbedeutende Kräfte ins Feuer geführt, die sich vergebens abmühten, der rettenden That des Erbkaiserthums staatsrechtliche Gründe der Nothwendigkeit unterzulegen. Wydenbrugk's Rede, trotz dem, daß sie von einem Manne kam, der mit Welker für das große deutsche Direktorium gearbeitet hatte, entlockte nur einige schwache Bravo's der Pflicht aus dem Centrum. Jederman erinnerte sich nur zu sehr der permanenten Ministerkandidatur des Lieblings der Weimaraner Musen; wie er stets in Fragen der Freiheit geschwiegen oder selbst die Abstimmung versäumt hatte, dagegen in Fragen der Politik mit kluger Berechnung sich auf die Seite gestellt hatte, welcher er die Majorität zuschrieb. So in der hannoveranischen Frage, bei dem Malmöer Waffenstillstand, bei dem Gagern'schen Programm und bei der Berliner Oktroyirung — überall hatte Herr v. Wydenbrugk sich ins Vordertreffen gestellt, wo im Falle des Sieges ein Reichsportefeuille dem Vorkämpfer zugefallen wäre. Stets auch hatte er sich um einige Stimmen verrechnet — sollte dies auch diesmal der Fall seyn? Das Regierungstalent von Schleswig-Holstein, Vicepräsident Beseler, erquickte uns ebenfalls mit einer halbverschluckten Rede, in der viel von Freiheit, Staat und andern Dingen die Rede war. Sonderbar schien es, daß Herr Beseler stets nur von der Idee des einheitlichen Staates ausging, den er durch den Erbkaiser schaffen wollte. — Der Bundesstaat steht für ihn und seine Genossen schon im Hintergrund. Auch über Oesterreich und Preussen waren seine Ansichten in herrlichem Einklange. In Oesterreich herrscht jetzt Absolutismus — deshalb soll es von uns bleiben; in Preussen herrscht er auch, aber das wird nur momentan seyn — nehmen wir also den Erbkaiser!

Weit mehr Eindruck als alle Reden machten die Austrittserklärungen der Abgeordneten Arneth und Würth aus Oesterreich. Letzte-

rer motivirte dieselbe dahin, daß er die oktroyirte Verfassung für Oesterreich als rechtsgültig anerkenne und deshalb nicht mehr an der deutschen Verfassungsarbeit Antheil nehmen könne. Die übrigen Oesterreicher werden wohl bleiben, denn selbst diejenigen Abgeordneten von der Rechten, welche das kaiserliche Geschenk als Thatsache hinnahmen, sind der festen Ueberzeugung, daß die oktroyirte Verfassung nie in das Leben treten werde! — Diejenigen Abgeordneten der Linken, welche bedingungsweise dem Erbkaiser zustimmen wollten, wie H. Simon, Temme 2c. haben der erbkaiserlichen Partei ihr Ultimatum gestellt, in welchem als wesentliche Bedingungen die Annahme des Suspensiv-Veto, der geheimen Abstimmung und ferner die Unterschrift von 150 Mitgliedern gestellt sind, welche sich verpflichten sollen, nach geschehener Annahme des Erbkaisers keine Konzession, sey sie welcher Art sie wolle, dem Erbkaiser zuzugestehen. Es ist leicht vorauszusehen, daß diese Bedingungen nicht angenommen werden, denn die Kaiserlinge wollen den Erbkaiser um jeden Preis, und würden um die Krone Verfassung, Freiheit, Grundrechte, — Alles in ihrer blinden Furcht hingeben. So wird also wahrscheinlich gar keine Spaltung in der Linken entstehen, und der Erbkaiser im günstigsten Falle mit einer Majorität von etwa 20 Stimmen angenommen werden. Daß eine solche Wahl die Zustimmung der Krone Preussen nicht erhalten wird, sieht jeder Vernünftige ein. Scherzweise bemerkte Jemand, die deutsche Kaiserkrone komme ihm vor wie ein Braten, den man Jemand zum Essen hinstelle, nachdem man darauf gespuckt habe.

Die Anstrengungen, welche die Erbkaiserpartei im Gefühle der Schwäche ihrer Majorität macht, sind deshalb unsäglich und besonders zeichnen sich die Schleswig-Holsteiner hierin aus. Herr Droyssen scharwenzelt beständig wie ein Wiesel zwischen den Bänken der Linken umher und selbst Professor Beseler, der mit stiller Verachtung bisher die Linken betrachtete, deren Namen nicht bestimmt sind, gleich seinem der Nachwelt überliefert zu werden, wechselt zärtliche Grüße mit den verhaßten Republikanern. Morgen wird der letzte Tag der Debatte seyn, Donnerstag wahrscheinlich die Abstimmung.

†°† **Berlin.** (Sitzung der 1. Kammer vom 19. März.) Auf der Ministerbank ist Herr v. Strotha anwesend. Der Präsident erstattet Bericht über den Empfang der Adreß-Deputation bei Sr. Majestät. (Die Antwort des Königs ist bereits durch den Staatsanzeiger veröffentlicht.) Bei den Berichten über Wahlprüfungen wird nur die Wahl des Chefpräsidenten Märker beanstandet, weil sich bei den Akten keine Notiz darüber befindet, ob Märker die Wahl annimmt oder nicht, und weil Märker noch ausserdem öffentlich erklärt hat, daß er die Wahl ablehne.

Hansemann bringt folgenden Antrag ein: die Kammer wolle beschließen, daß eine aus zehn Mitgliedern bestehende Kommission gebildet werde, mit dem Auftrage: 1) die von der deutschen National-Versamlung beschlossenen Grundrechte und organischen Verfassungsbestimmungen, in Beziehung auf die Wirkungen zu prüfen, welche daraus für die Rechte und die Stellung der preussischen Staats-Verwaltung und der preussischen Kammern, so wie für die Finanzen unseres Staates entstehen; 2) darüber einen Bericht an die Kammer zu erstatten und daran die etwa geeignet erscheinenden Anträge zu knüpfen. —

Der Antragsteller motivirt seinen Antrag und bemerkt, wie es sich vorläufig ja nur darum handele, denselben in Erwägung zu ziehen. Ein Bundesstaat setze eine neue Organisation der Armee, ein einiges Zollsystem, Postwesen u. s. w. voraus, das seyen so wichtige Fragen für die innere Verwaltung Preussens, daß es wohl gerade für diese Kammer, in die man nicht ohne Grund hohe Verwaltungsbeamte und frühere Minister gewählt habe, angemessen sey, diese Fragen zu erörtern. Lene: Der Antrag sey unzweckmäßig; die Regierungen hätten sich ja die Vereinbarung vorbehalten. Kisker: man habe nicht die deutsche, sondern die preussische Verfassung zu revidiren, das geschehe von den Abtheilungen bereits und diese hätten etwa nothwendig werdende Abänderungen in Bezug auf Frankfurt a. M. vorzunehmen; der Antrag sey unstatthaft. v. Willisen macht ebenfalls darauf aufmerksam, daß die Regierungen sich die Vereinbarung vorbehalten hätten und daß dann die Kammern mitzuentscheiden haben würden.

Der Antrag Hansemann's wird mit großer Majorität verworfen. Für denselben stimmen u. A. Stahl und Bethmann Hollweg. (Schluß der Sitzung 11¾ Uhr.)

†*† **Berlin,** den 19. März. [Zweite Kammer. Sitzung vom 19. März.] Am Ministertisch: Graf Brandenburg, Manteuffel, v. d. Heydt, Rintelen, Rabe. Präsid. Grabow theilt den Eintritt neuer Mitglieder mit: v. Mensebach, Trüssing, v. Voigts-Rhetz. Die Majorität entscheidet sich ohne Diskussion gegen den Bucherschen Antrag, die Denkschrift über den Belagerungszustand und den Waldeckschen Antrag von den ministeriellen Gesetzesvorlagen zu berathen. — Min. v. Manteuffel bringt einen Gesetzentwurf wegen der Diäten der Abgeordneten und das Gesetz wegen der interimist. Agrargesetzgebung für Schlesien ein. — Minsberg liest eine Verfügung des Oberlandesgerichts-Präsidenten von Glogau vor, wonach die Anstellung aller Patrimonialrichter, wie der Justizminister ausgesprochen habe, nicht erfolgen kann. — Berends (zur Gesch.-Ordn.) beantragt, einen Dank den Männern auszusprechen, welche im vor. Jahre für die Freiheit gekämpft haben. (Unruhe z. R.) Schramm gegen die Befugniß des Präsidenten, die schon festgestellte Tag.-Ordn. abzuändern. — Grabow rechtfertigt seine Befugniß aus dem Reglement. Schramm will noch einmal das Wort ergreifen, Präsid. versagt ihm dasselbe und läßt abstimmen. — Unruhe. — Min. Rintelen: er verbleibe bei seiner Behauptung, daß alle Richter angestellt werden können, allein es gäbe Ausnahmsfälle wegen Alters oder anderer Natur. — v. Berg's Interpellation wird verlesen. Sie lautet: „ob und wann das Staatsministerium gedenke, mit einer Rechenschafts-Ablegung seiner exceptionellen Maßregeln vor die Kammern zu treten und deren Urtheil über dieselben hervorzurufen?“ Min. v. Manteuffel: Das Staatsminist. beabsichtigte, die Interpellation in ihrer Allgemeinheit nicht zu beantworten. Wenn einzelne Thatsachen zur Erörterung gestellt werden, so wird das Staatsminist. nicht anstehen, dieselben zu rechtfertigen. — Ludwig (Breslau): sein Name sey unter der Interpellation zu lesen, er verwahre sich dagegen. Präs.: es ist der Abg. Ludwig von Mühlhausen gemeint — Adreß-Debatte. — v. Vincke verliest den Entwurf. Präs. Grabow erklärt sich gegen eine allgemeine Diskussion. Die Majorität entscheidet sich für Einleitung einer solchen. Eine große Anzahl Abg. stürmt auf die Tribüne, um sich in die Rednerliste einschreiben zu lassen. v. Berg ergreift zuerst das Wort. Er gehöre zur Minorität der Adreßkommission, nur den beiden Schlußsätzen habe er beistimmen können. Die übrigen Sätze enthalten theoretische Erklärungen, sie bemühen sich, fast überall ein Echo der Thronrede zu bilden, sie machen aus der Adresse den Entwurf einer ministeriellen Partei, während sie die Absicht hatten, die Adresse einer konservativen Partei zu machen.

Graf Renard erklärt, gegen die Adr. von d'Ester und Genossen sprechen zu wollen. Er habe nicht sein Mandat so verstanden, als solle er den Bürgerkrieg hervorrufen; hätte er es so verstanden, er hätte es nicht angenommen. Wie der rothe Faden durch jedes Tau der engl. Marine, so daß rothe Band der Treue durch das preuss. Volk. (Iron. Beif. links.)

Jacoby: Er muß sich gegen den Adreßentwurf erklären, weil derselbe von der irrigen Voraussetzung der Rechtsgültigkeit der Verf. vom 5. Dec. v. J. ausgehe. Die Thronrede gibt zu einer solchen Erklärung nicht den mindesten Anlaß. Die Zeit dazu sey erst gekommen, wenn der König dieselbe beschworen, sie als für sich verbindlich erklärt habe. Die Oktroyirung stehe mit dem vernünftigen wie mit dem positiven Recht in Widerspruch. Der Einzelwille hat diese Verf. mit Hülfe der Gewalt gegen den Buchstaben des Gesetzes vom 6. April v. J. auferlegt. Man hat sich auf die Majorität berufen. Aber so wenig die Majorität schwarz in weiß verwandeln kann, so wenig kann sie Gewalt in Recht verkehren. Der Anerkennung der Verf. durch das Volk stellt er entgegen, daß diese Verf. das einzig berechtigte Organ des Volkes sey, und dieses habe die Zustimmung noch nicht gegeben, sey auch vor der Prüfung dazu nicht im Stande und nicht berechtigt. Die Verf. verletzt den Grundsatz der Gleichberechtigung und den der Selbstregierung, jenen durch Berufung einer ersten Kammer, diesen durch Einräumung einer Gewalt an die Minister, die sie selbst vor dem März nicht gehabt haben. Man kann daher die Verfassung nur als eine ministerielle Vorlage betrachten, die ohne die Zustimmung der aus freien Wahlen hervorgegangenen Volksvertreter null und nichtig ist. Es handelt sich um die einfache Frage: ob freie Männer oder Freigelassene durch des Königs Gnade? — Scheele: Der Gegenadreßentwurf ist keine Adresse, sondern ein Protest, keine Antwort an den König, sondern ein Aufruf an das Volk. Er ignorirt die erste Kammer, er ignorirt die zweite Kammer, sie wollen nicht auf die Verfassung berufen, nicht auf das Wahlgesetz berufen seyn, sondern auf Grund des allgemeinen Wahlrechts. Dieser Standpunkt verrückt die Basis, auf der wir uns hier befinden. Als die Fackel der Anarchie ins Land geschleudert wurde, da hat das Volk über die Unterzeichner gerichtet. Diese Adresse müßte den bewaffneten Aufstand zur unmittelbaren Folge haben. (Bravo.) Das Volk will nicht auf die Höhe der Märzrevolution gehoben seyn, sondern sie geschlossen wissen; es will eine wahrhaft freisinnige Verfassung, eine Verfassung, in der die Freiheit mit der Ordnung im Bunde geht. (Bravo rechts.) — Waldeck macht darauf aufmerksam, daß das, was der vorige Redner eine Fackel nenne, nicht von der Seite seiner Partei geschleudert werde, die rechte Seite scheine ganz vergessen zu haben, daß die Linke gegen eine Adresse überhaupt, auch im Interesse der Zeitersparniß, protestirt habe, daß sie gegen jeden Prinzipienstreit sich gewahrt habe. Wozu die Fragen: ob gültig oder ungültig, ob annehmen oder nicht? Wozu die Eile, eine Verfassung anzuerkennen, die ein höchst zweifelhaftes Steuerbewilligungsrecht enthält, die dem Volke seine Grundrechte nimmt durch Willkür und Ausnahmezustände. Hat das Volk sie dazu gewählt? (Ja! Ja! zur Rechten, nein! links) Ich erinnere an das Wort eines großen Römers: ruere in servitium, sie rennen in die Knechtschaft. Der Zeitpunkt, sich über die Verfassung zu erklären, ist erst dann gekommen, wenn die Verfassung fertig ist. Es handelt sich nur darum, das Recht des Volkes anzuerkennen. Dieses Recht, das Urwählerrecht, hat der Vereinigte Landtag anerkennen müssen, weil das Volk damals in der Märzrevolution, zu dessen Höhe ich dasselbe allerdings gehoben wünsche, seinen Willen unwiderstehlich auszusprechen wünschte. Man will eine Adresse, weil dies konstitutioneller Gebrauch sey. Der Antragsteller hat bei dem Vereinigten Landtage den Vorsitzenden gefragt: Sind wir eine konstitutionelle Versammlung? Ich frage Ew. Exzellenzen: Sind Sie ein konstitutionelles Ministerium? Ich hoffe, Sie werden diese Frage nicht bejahen. Weder der Ursprung, noch die gegenwärtige Existenz des Ministeriums gestattet eine solche Antwort. Wir wollen uns dem Verlangen einer Adresse fügen, um dem Könige die Wahrheit zu sagen. Unsere Adresse weicht von den Grundsätzen der Minorität der Adreßkommission nicht ab, aber sie sagt, was zu sagen noth thut. — von Bodelschwingh: Ich benutze die Gelegenheit zu der Erklärung, daß ich mich einem konstitutionellen Ministerium gegenüber befinde, weil es von einem konstitutionellen Könige ernannt ist, und weil es mit einer konstitutionellen Verfassung besteht, die der König verliehen hat. — Der Adresse unserer Gegner muß ich das Zeugniß geben, daß sie mich über Das, was die Gegner wollen, in einem Umfange aufgeklärt hat, von dem ich, „als ich in dieses Haus trat, keine Ahnung hatte. Wir haben uns jetzt zu entscheiden, unter welcher Fahne wir kämpfen wollen.“ Ohne auf die Rechtsfrage einzugehen, muß anerkannt werden, daß der Weg, den die Regierung vorgeschlagen hat, das Vaterland von dem Rande des Verderbens gerettet, an den es gebracht war — ich weiß nicht von wem? (Stimme links: Wir wissen es!) — Ich irre mich, ich weiß es auch. (Bravo) Sie, die Sie behaupten, wir haben keine Verfassung, wollen die Stimme des Volkes überhören, die sie als eine konstituirende Kammer gewählt hat. Sie schrauben das Vaterland um ein Jahr zurück, Sie rauben dem Volke die konstitutionellen Freiheiten, rufen Reaktion hervor und machen die konstitutionelle Monarchie zu der absoluten, die sie vor 13 Monaten war. Wir wollen durch Anerkennung der Verfassung einen Boden gewinnen, um uns der Revision der Verf. zu unterziehen und vertrauen fest, daß die Krone denjenigen Wünschen, welche der vereinte Wille der Kammern befürwortet, ihre Sanktion nicht entziehen werde. — Haack: Der vorige Redner weiß nicht, wer das Vaterland an den Rand des Verderbens gebracht hat. Ich erlaube mir, Ihnen zu erklären, daß es das Regierungs-System war, welchem er vorgestanden hat. (Beifall links, zur Ordnung rechts.) Der Präs. erklärt, der Redner habe nur zu einer faktischen Berichtigung das Wort gehabt, er bitte, dies nicht zu persönlichen Angriffen zu benützen. Schultz (Delitzsch) bittet um Bewahrung der Mäßigung. Verdächtigungen seyen ausgesprochen worden, die an den Ton von Denunciation reichen. Beide Seiten wollen eine Konstitution, die Einen auf dem Rechtsboden, die Andern auf dem Wege der Gnade. Er weist nach, daß die Deduktionen der Gegner die unbedingte Souveränetät

der Verfassung involvire. Auch durch die Thätigkeit der Gegenpartei zieht sich ein Band, ein rothes ist es nicht, es ist verwischt. Aber man meine ja nicht, dem Volke damit die Hände binden zu können, denn es ist ein Zopfband. (Bravo.) — Graf Arnim: Zwischen den beiden Fraktionen sey eine unausfüllbare Kluft und aus der Mehrheit der Versammlung werde kein Vorsitzender hervorgehen, der es über sich gewinnen könnte, eine solche Adresse an den Thron zu bringen. Ein Redner habe darauf hingewiesen, daß wenn die Revision vollendet sey, daß dann die Verfassung gültig sey. Ich sehe der Sache auch ins Gesicht. Wie wird es denn seyn, wenn die Revision nicht zu Stande kommt? Ist denn der Redner so gewiß, daß die drei Gewalten sich vereinigen? Dann wird diese Verf. gelten und der Staat wird nicht rechtslos seyn. Wir eilen nur aus eigennützigen Absichten in die Verfassung zu kommen. Hinausschieben würde uns Beiden Hoffnungen erwecken können. Aber darin sind wir verschieden, daß wir gerne unsere Hoffnungen aufgeben, Sie die Ihrigen aussetzen, um den Zustand der Ungewißheit zu verewigen. „Deßhalb ist Ihr Entwurf der Entwurf einer Fraktion und der unsrige der Entwurf einer großen Mehrheit des Volkes. — Waldeck: Nicht in die Verfassung hineinzukommen, beeile man sich, sondern in den Prinzipienstreit über die Rechtsgültigkeit. —

D'Ester hebt besonders hervor, daß der Entwurf der Kommission der Bildungsstufe des Volkes nicht entspreche. Riedel: Wer den Entwurf als einen ministeriellen bezeichne, der übersehe die antiministerielle Erwähnung des außerhalb Berlin's verhängten Belagerungszustandes. Seine Behauptung, daß die Nationalversammlung 7 Monate hindurch nicht im Stande gewesen sey, die Verfassung zu beendigen, ruft Seitens des Abg. Eikemann die Berichtigung hervor, daß die Nat.-Verf. durch die vielen Ministerwechsel 2 Monate verloren habe, und daß ihr das Gute, was sich in der oktroyirten Verfassung finde, zuzuschreiben sey. — Jung bemerkt gegen die mehrfach ausgesprochene Behauptung, schon die Wahl zur ersten Kammer sey eine Anerkennung der Verfassung: das Volk habe nur deshalb die erste Kammer gewählt, damit sie selbst gegen die Rechtmäßigkeit ihrer Existenz protestire. Nach Berichtigungen von Dieschke, die große Heiterkeit hervorrufen und Tülff wird der Schluß der allgemeinen Diskussion beliebt. v. Vincke als Berichterstatter: Der Adreßkommission sey es hauptsächlich auf die Anerkennung der Rechtsgiltigkeit der Verfassung angekommen, im Uebrigen habe man sich bemüht, wie schon der erste Satz des Entwurfs zeige, allen Wünschen zu genügen. Was die Bildungsstufe des Entwurfs betreffe, so mache derselbe keinen Anspruch auf das zweifelhafte Glück, die Bildungsstufe des Hrn. d'Ester zu theilen. — d'Ester will eine persönliche Bemerkung machen, der Präsident kann ihm jedoch das Wort nicht gestatten. Nach einigem Tumult geht man zur speziellen Diskussion über. Satz 1 des Entw. lautet: „Durchdrungen von dem Verlangen nach der Wiederkehr eines öffentlichen Rechtszustandes hat das preuss. Volk die Feststellung desselben durch die Verfassung vom 5. Dezbr. v. J. dankbar anerkannt.“ Frosch: Die Frage liegt nicht so: ob ablehnen oder annehmen? Es fragt sich nur, ob schon jetzt die Rechtsgiltigkeit der Verfassung auszusprechen ist? Die Verfassung anerkennen, das vermag ich nicht. Ihr Ursprung ist kein legitimer, ein Staatsstreich ist keine Quelle, aus der eine legitime Verfassung hervorgehen kann. Ihre Form ist eben so illegitim, denn nach dem Gesetz vom 6. April mußte die Verf. mit der Volksvertretung vereinbart werden. Auch ihr Inhalt ist nicht gesetzlich, er gewährt dem Volke nicht die ihm durch Königswort verbürgten Rechte. Das Volk hat gleichwohl gewählt, es will eine friedliche parlamentarische Ausgleichung. Die Regierung selbst will, daß wir revidiren und dahin geht unser Mandat. Seyen wir nicht königlicher, als der König, übereilen wir uns nicht mit einer Anerkennung, die Vertrauen zu einem Ministerium aussprechen würde, das ich nicht habe. Das Amendement, das der Redner empfiehlt, lautet: »Ew. Maj. haben am 5. Dez. v. J. dem preussischen Volke eine Verfassung verliehen. Berufen zur vorbehaltenen Revision derselben und durchdrungen von der Ueberzeugung, daß das Heil des Vaterlandes vor Allem von einer aufrichtigen Verständigung zwischen Fürst und Volk abhängt, werden wir uns dieser Aufgabe mit Ernst und Eifer unterziehen, um dadurch die bereits im vor. Jahre gesetzlich festgestellten Rechte des Volks zur vollen Geltung zu bringen.“ Heyland erklärt, auch er erkenne in der Quelle der Verfassung eine formell rechtsungültige, aber das Volk stelle die Rettung seiner Wohlfahrt höher als das formelle Recht. Das Volk wolle die Revision zum Abschluß gebracht wissen, man müsse die Verfassung annehmen, sich an ihr, als einer Frucht der Revolution erfreuen, die unreifen Früchte derselben aber beseitigen.

Berg: es sey nur zu fürchten, daß die Früchte, die jener Seite etwas hart erscheinen, als unreif mit beseitigt werden möchten. — Kinkel: Man berufe sich oft auf die Wahlen und wolle darin eine Annahme der Verf. finden. In seinem Wahlbezirk sey hiergegen ausdrücklich protestirt worden. Der Minister des Innern habe die Zurückgabe aller solcher Proteste angeordnet, weil Diskussionen beim Wahlakt nicht zulässig seyen. Dagegen ist amtlich eine Kollekte für Erbauung eines Schiffes vorgenommen worden. Nach einer längeren Ausführung von Urlichs für den Adreßentwurf erklärt der Minister des Innern: es sey ihm erinnerlich, daß er ein Gesuch wegen Gestattung einer solchen Kollekte ausdrücklich zurückgewiesen habe, weil ihm eine solche Sammlung ein Wahlcensus erschienen sey. Es sind noch 31 Redner eingeschrieben, die Debatte wird deshalb auf morgen vertagt und die heutige Sitzung geschlossen. (3 Uhr.)

Posen, 16. März. Ganz unerwartet ist gestern der Befehl aus Berlin hier eingegangen, daß die beiden hiesigen Landwehrbrigaden — die eine das achtzehnte und neunzehnte Regiment umfassend, unter dem Obersten Stein von Kaminski, die andere, aus dem vierzehnten und einundzwanzigsten Regiment bestehend, unter dem Oberst v. Chamier — sofort mobil gemacht werden sollen, um binnen wenigen Tagen zu dem Reservekorps zu stoßen, welches im Rücken der gegen Dänemark zu dirigirenden Truppenabtheilungen in der Gegend der Stadt Perleberg in der Mark Brandenburg, in der Nähe der Elbe und der mecklenburger Grenze, aufgestellt werden soll. Demzufolge ist hier heute alles in Bewegung, weil die genannten Regimenter schon zum 18. d. M. also übermorgen, hier versammelt seyn und eingekleidet werden sollen, um dann unverzüglich, nämlich schon am 20 d., den Marsch anzutreten. Somit scheint es, daß der vielverheißene dänische Friede keineswegs so schnell zu Stande kommen werde, was auch mit unsern Nachrichten von der Ostsee völlig übereinstimmt. Daß die Russen mit den Dänen im engsten Einverständnisse stehen, leuchtet jetzt augenfällig ein und deßhalb muß uns auch eine wohlbegründete Befürchtung beschleichen, daß unsere Provinz das Opfer dieses politischen Verwürfnisses und der nächste Schauplatz des Kampfes werden dürfte. Die Russen können binnen wenigen Tagen mit einer Armee von mindestens 100,000 Mann unser Großherzogthum überschwemmen; deshalb heißt es auch, daß die Besatzung der Provinz in nächster Zukunft bis auf 60,000 Mann verstärkt werden soll. — Nach den heute aus Polen hier eingegangenen Nachrichten ist nunmehr die ganze russische Armee auf den Kriegsfuß gestellt; alle ausgedienten und bereits entlassenen Truppen sind wieder einberufen, um den Dienst im Innern zu versehen, während die ganze Armee an die Grenzen rückt.

Die blutigen Konflikte zwischen unsern Soldaten und den Polen nehmen dergestalt überhand, daß unser erster Festungskommandant, Generallieutenant von Steinäcker, sich genöthigt gesehen hat, heute eine öffentliche Bekanntmachung zu erlassen, worin er mit einer Verschärfung des Belagerungszustandes droht. Sie lautet: Die fast täglich vorkommenden Exzesse und Angriffe, bei denen lebensgefährliche Verletzungen, selbst Tödtungen, vorgekommen sind, verpflichten zu der höchsten Wachsamkeit. Bei den bisher getroffenen Anordnungen wird die vom Publikum erwartete Unterstützung oft vermißt, namentlich wird die Kontrole der hier zuziehenden Fremden dadurch erschwert, daß dieselben von den Hausbesitzern nicht angemeldet werden. Sollten fernerhin die darüber bestehenden polizeilichen Bestimmungen unbeachtet bleiben, so wird die Kommandantur gezwungen seyn, den Belagerungszustand durch eine strenge Thorkontrole zu verschärfen. Den mit dieser Maßregel verknüpften Belästigungen möchte die Kommandantur im allgemeinen Interesse jedoch gern vorbeugen, und erläßt dieserhalb diese Bekanntmachung. — Soeben erfahre ich von einem wohlunterrichteten Militär, daß folgende Truppentheile nach Schleswig-Holstein beordert sind: 1) ein Bataillon vom 18. Landwehrregiment, 2) zwei Bataillone vom 19. Landwehrregiment, 3) das ganze dreizehnte Landwehrregiment, 4) das vierzehnte Linienregiment, 5) das fünfzehnte Linienregiment, 6) das achte und 7) das elfte Husarenregiment. Ferner zwei Batterien von der ersten, zwei von der dritten und zwei von der siebenten Artilleriebrigade, zusammen also 48 Geschütze. (Frkf. O.-P.-Z.)

Dresden, 17. März. Unter dem 13. März ist mittels königl. Dekrets ein Gesetzentwurf wegen Ausführung des Art. III der Grundrechte an die II. Kammer gelangt. §. 1 des Entwurfs bemerkt zu §. 8 der Grundrechte: Als schwere Verbrechen sind solche zu betrachten, wegen deren an sich oder in Folge vorliegender besonderer Strafeschärfungsgründe Zuchthausstrafe eintreten kann. Zu § 9 der Grundrechte und § 2 des Entwurfs heißt es: In allen Fällen, wo nach der zeitherigen Gesetzgebung Todesstrafe angedroht ist und nach §. 9 der Grundrechte wegfällt, ist statt derselben auf lebenslängliche Zuchthausstrafe ersten Grades zu erkennen. §. 3 bringt die in dem Generale vom 26. Okt. 1811 §. 2 erwähnten körperlichen Züchtigungen in Wegfall. §. 4 des Entwurfs bestimmt, daß an Orten, wo die Sicherheitspolizei von der Justiz noch nicht getrennt ist, Haussuchungen ohne richterlichen Befehl von den zeither dazu berechtigt gewesenen Personen und Behörden in den gesetzlichen Fällen und Formen vorläufig noch vorzunehmen, dem zuständigen Gerichte jedoch binnen 24 Stunden Anzeige zu machen sey. Die §§ 5 und 6 enthalten Bestimmungen über die Fälle, wo das Briefgeheimniß nicht gewahrt werden könne. (D. A. Z.)

Von der Saale, 17. März. In dem kleinen Ländchen Bernburg haben sich seit einem Jahre zwei Parteien gebildet, die sich in solcher Schroffheit und Gehässigkeit gegenüberstehen, wie wohl sonst nirgend in Deutschland. Die eine Partei, die Linke, will der Belastung des Landes durch die große Beamtenzahl ein Ziel gesetzt wissen und verlangt nach den nämlichen Freiheiten, welche die Nachbarländer Anhalt-Köthen und Dessau von ihrem Fürsten so bereitwillig bekommen haben. Ihr gegenüber steht die Rechte, die Beamtenpartei, die sich aus den von ihr abhängigen Bürgern und von den Arbeitern, die in den Steinbrüchen, Eisengießereien und Mühlen auf Staatskosten für wenig Arbeit viel Geld bekommen, Verstärkung gebildet hat. So ist es gekommen, daß sich in der Hauptstadt Bernburg und in der Residenzstadt Ballenstedt zwei gleich starke Parteien bildeten; in den Landstädten und auf dem Lande war die Linke überwiegend. Im konstituirenden Landtage besaß sie zwei Drittel der Stimmen; er bewirkte am 13. Okt. v. J. den Sturz des Konferenzrathes (Ministeriums), trug am 29. November auf die Vereinigung Anhalts an, und wurde am 14. Dezember aufgelöst; an demselben Tage bekam das Land eine oktroyirte Verfassung. Die Linke betrieb seitdem unablässig die Vereinigungsfrage; ein nach dem 13. Oktober vom Herzoge berufener Reichskommissäe schien dieselbe auch zu unterstützen, indem er zuerst laut aussprach, was man in ganz Deutschland längst weiß: die Regierungsunfähigkeit und den blödsinnigen Zustand des Herzogs. Trotzdem brachte der Kommissäe die Frage nicht zu Ende, da sich der König von Preussen einmischte. Der Herzog von Bernburg ist nämlich kinderlos, und hat nur eine einzige, an den Prinzen Friedrich von Preussen in Düsseldorf verheirathete Schwester. Der König schlug vor, vor der Vereinigung erst das herzogliche Allodialvermögen festzustellen, was eben so gut erst nachher geschehen konnte, und schlug mit dieser Privatsache die ganze Frage nieder. Der Herr v. Schmerling schickte acht Tage vor seinem Abtreten eine Note an die Bernburger Regierung, worin er dem Herzoge abzudanken anrieth, und eine ärztliche Untersuchungskommission in Aussicht stellte. Leider ging sein Nachfolger, der Freiherr v. Gagern, zu Gunsten des preussischen Hofes von dieser Absicht wieder ab, und das ist ein Grund mit des jetzigen Unheils. (D. A. Z.)

Französische Republik.

Marseille, 15. März. Das Dampfschiff Pharamond ist heute früh von Palermo kommend hier eingetroffen, und bringt die Nachricht, daß die den Sicilianern in Vermittlung Englands und Frankreichs durch den König von Neapel vorgeschlagenen Ausgleichungsbedingungen von der provisorischen Regierung verworfen worden sind. In Genua, wo dieses Schiff angehalten hat, war die Bevölkerung in großer Aufregung — man las an den Straßenecken ein Placat der Regierung welches für den 19 die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gegen Oesterreich ankündigt. Es ist die erste Division der Alpenarmee, die in Eilmärschen nach Marseille und Toulon rückt. Dieses Truppencorps cantonirte theils in dem Departement Vaucluse, theils in dem der hohen Alpen; die Regimenter können daher in wenigen Tagen an ihrem Bestimmungsort eingetroffen seyn. Diese Division und die

Brigade des General Moliere bilden eine Truppenmacht von 12,000 Mann, deren Oberbefehl der General Darbouville erhalten soll. Man sagt, daß Marschall Bugeaud, welcher sich nach Valence begeben wird, um daselbst einen Theil der Alpenarmee in Augenschein zu nehmen, auch nach Marseille kommen werde. (A. A. Z.)

Oesterreichische Staaten.

Fokschani, den 6. März. Während hochgestellte russische Offiziere die Räumung Siebenbürgens von den russischen Hülfstruppen in Aussicht stellen, erfahren wir aus sehr glaubwürdiger Quelle, daß die erwähnten Truppen jüngst eine Verstärkung von zwei Regimentern (= 8000 Mann) erhalten haben. Auch kann ich Sie mit Bestimmtheit versichern, daß die in der Moldau, an der Gränze Siebenbürgens und der Bukowina aufgestellten russischen Truppen den Befehl erhalten, auf den ersten Wink der k. k. Kriegsbehörden in die Bukowina einzurücken, um auf diesem Weg auch im Norden Siebenbürgens zu interventiren. Die Launenhaftigkeit des Kriegsglücks, welches seit meinem letzten Berichte die ungarischen Waffen begünstigt, scheint diese neue Hülfe Rußlands veranlaßt zu haben — eine Hülfe, die von den Bewohnern der Bukowina nicht nur nicht verlangt, sondern vielmehr aus tiefster Seele verabscheut wird. Briefe aus Bucharest versichern, daß der unermüdliche Bem nicht nur die Trümmer seiner zersprengten Armee gesammelt, sondern auch bedeutende Verstärkungen an sich gezogen hat, und nun zum drittenmal Hermannstadt mit überlegener Macht bedroht. Auch das unter dem Befehl des Feldmarschalllieutenants Malkowsky stehende Armeekorps, welches unter Urbans Leitung mit so glänzendem Erfolg die Offensive ergriffen hatte, scheint so unübersteigliche Hindernisse gefunden zu haben, daß es sich genöthigt sah, eine rückgängige Bewegung zu machen und die Stadt Bistritz abermals den Ungarn preiszugeben. Urban hat sich nach Pojana-Stampi, an der Gränze der Bukowina, zurückgezogen, während Feldmarschalllieutenant Malkowsky sein Hauptquartier wieder in Kimpullung in der Bukowina aufgeschlagen hat. Es heißt, daß 30,000 Szekler, deren Treue bisher zweifelhaft gewesen, sich erhoben, um an diesem Vertilgungskriege gegen die kaiserlichen Waffen theilzunehmen. Eine uns so eben zugekommene amtliche Kundmachung versichert, daß Feldmarschalllieutenant Malkowsky die k. k. Truppen bei Moroscheni, an der Gränze der Bukowina, zusammengezogen, „um dem etwaigen Eindringen der Insurgenten in die Bukowina kräftigst zu begegnen." Es scheint also, daß Bem den verwegenen Plan eines Einfalls in Galizien, durch die Bukowina, noch immer nicht aufgegeben. Für diesen Fall dürfte das unter dem General Freitag in Bessarabien dicht an der Gränze der Bukowina stehende Armeekorps, welches den Befehl bekommen, sich marschfertig zu halten, die besagte Gränze überschreiten, um dem kühnen Heerführer der Magyaren in Siebenbürgen den Weg zu sperren. (A. A. Z.)

Botzen, den 17. März. Aus Innsbruck erfahren wir, daß an das tyroler Landesvertheidigungscomite der Auftrag ergangen ist, 7000 Mann Schützen mobil zu machen. Es wird an Kämpfern nicht fehlen, wenn es die deutsche Sache gilt. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n.

Exp.-Nro 9330 V.

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht

Nürnberg.

Zur Vornahme der gerichtlichen Versteigerung der zur Verlassenschaft der Kammmachers-Frau Kathar. Wilh. Riedel gehörigen Mobilien steht Termin auf

Dienstag den 27. ds. Mts. Nachmitt. 2 Uhr

im Hause L. No 1409 an, wonach Kaufsliebhaber mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt werden, daß der Nachlaß in Betten, Weißzeug, Kleidungsstücken, in Porzellain, Gläsern, mehreren Gegenständen von Zinn, Kupfer und Blech, dann Schreinerwaaren, einigen Stockuhren und Spiegeln, so wie in verschiedenem Kammmacherhandwerkzeug besteht, und nur gegen gleich baare Bezahlung die Strichsgegenstände verabfolgt werden.

D. l.

Iderl, k. Rath.

Merz

Trauer-Anzeige.

In tiefer Wehmuth benachrichtigen wir verehrte Verwandte und Freunde von dem nach jahrelangen schweren Leiden gestern Nachts 11 Uhr im 71 Lebensjahre erfolgten Hinscheiden unserer geliebten Mutter

Frau **Regina Rosina Domeyer**,

geb. Wagner.

Wer die zärtliche Sorgfalt und Hingebung der Verblichenen für das Wohl ihrer Angehörigen kannte, wird unsern Schmerz ermessen können, und uns stille Theilnahme nicht versagen.

Nürnberg, den 21. März 1849.

Madlen Domeyer

Friedrich Domeyer

Demüthige Anfrage.

Wie kommt es denn, daß Herr Stadtpfarrer Hilpert hier, die eben so geistreichen als ohnfehlbar segenbringenden „Hirtenworte" nicht unterzeichnet hat? Bei einer solchen Prachtausgabe soll doch keiner von unseren hochverehrten Herren Geistlichen fehlen!

. X. Y. Z.

Eintracht.

Nächsten Montag ist Produktion im Lokale des Bamberger Hofes

Anfang 8 Uhr,

Der Vorstand.

E m p f e h l u n g.

Bei herannahendem Frühjahr erlaubt sich Unterzeichnete zum Waschen und Appretiren aller Gattungen Herren- und Damen-Strohhüte, sich bestens zu empfehlen und verspricht prompte Bedienung

Karolina Ring.

Brunnengasse L. No. 351 in Nürnberg.

Fünftes Abonnements-Conzert

von Grobe und Erdmannsdörffer am Sonnabend den 24. März. Anfang 8 Uhr.

Abonnements- und einzelne Billets sind in der Riegel und Wießner'schen Buchhandlung und im Wagner'schen Kaffeehause zu haben.

Musicalischer Verein Concordia.

Montag den 26 März ist Produktion im „deutschen Hause." Fremdenkarten können künftigen Sonntag bei Herrn Dietrich, S. Nro. 1143 der Tucherstraße, jedoch nur durch Mitglieder, abgeholt werden.

Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand.

Bitte zu beachten!

Um den vielseitigen Anfragen zu begegnen, habe ich mich entschlossen, neben meinem bekannten Geschäfte in

Tuch, Paletotstoffen und Buckskin

von nun an auch ein

Lager

in allen Sorten **Leinwand**, weißen und farbigen **leinenen Taschentüchern**, **Handtüchern** und **Tischtücherzeugen**, **Servietten** und **Tafeltüchern** zu führen.

Durch Verbindung mit den ersten **Leinwands-Fabriken**, besonders durch persönliche und vortheilhafte Einkäufe zur **Messe in Frankfurt an der Oder**, bin ich in den Stand gesetzt, die **billigsten Preise** zu stellen.

Um das mir bisher geschenkte Vertrauen auch in diesen **Leinen-Artikeln** zu erwerben, mache ich's mir zur Pflicht, nur unter **festen Preisen** abzugeben, und erlaube mir darauf aufmerksam zu machen, daß **feste Preise** nur bei **reeller** Bedienung stattfinden können, und hoffe deßhalb um so mehr einem zahlreichen Zuspruch entgegensehen zu dürfen.

Fürth, den 20. März 1849.

A. Baß, Laden an der Ecke der Alexandergasse Nro. 333.

Versteigerung.

Montag den 26. d. Mts. und die darauf folgenden Tage, jedesmal Vormittags 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr werden im Hause Lit: L. Nr. 852 beim Frauenthor folgende Gegenstände, als:

Silber, Weißzeug, Betten, Zinn, Kupfer, Messing, Porzellain, Gläser, Schreinzeug, 3 Rococo-Schränke, 1 große Wäschmang, Kanapee, Sessel von Nußbaum- und Mahagoni-Holz, 1 Speiseschrank, 1 Stock-Uhr, Spiegel, Holz, Haus- und Küchengeräthschaften

gegen gleich baare Bezahlung versteigert, und Kaufsliebhaber hiezu eingeladen.

E r w i d e r u n g.

Ganz Unpartheiische erklären die Warnung in Nr. 77 dieses Blattes für eine reine Unwahrheit, und der Einsender derselben wird nie im Stande seyn, um die allgemein anerkannte Rechtlichkeit und Reelität des Herrn Weidner so wie dessen weit verbreiteten und gegründeten guten Ruf, nur im Geringsten schaden zu können. Wir wissen, daß der Herr Weidner keine Kleie verkauft und nur dann und wann einen oder 2 Metzen aushilfsweise hergibt. Uebrigens zollen wir Herrn Weidner unsern vollsten Beifall, wenn er dem Einsender der Warnung keine Antwort würdigt, auch wollen wir hiemit erklären, daß dies unsre erste und letzte Erklärung ist, wenn der Einsender der fraglichen Warnung nicht offen mit der Angabe seines Namens hervortritt.

Mehrere ganz unpartheiische Oekonomen.

Steinbühl.

Sonntag den 25. März findet musikalische Unterhaltung von dem „bekannten Streichquartett" statt, wozu ergebenst einladet

Anfang 4 Uhr.

G. Koch

Musikalischer Verein Cäcilia.

Montag den 26. d. M. findet Produktion statt. Anfang 8 Uhr. Karten für einzuführende Fremde können Sonntag von 1 bis 2 Uhr im goldenen Adler in Empfang genommen werden.

Der Vorstand.

(Gesuch) Ein sehr solides Mädchen, welches im Rechnen und Schreiben sehr gut bewandert ist, und Kaution leisten könnte, wünscht bis nächstes Ziel in einem Laden unterzukommen.

(Anzeige) In der J. A. Endter'schen Buch- und Musikalienhandlung ist zu haben:

Für Pianoforte.

Ouverture und einzelne Nummern mit Text aus der Oper „**Martha**" von Flotow.

6 Lieblingsmelodieen aus derselben.

Martha-Quadrille von Strauss.

Abhanden gekommene Uhr.

Nach mehreren früheren Verlusten ist eine goldene Repetir-Uhr abhanden gekommen, für deren Wiederverschaffung im guten Zustande 1 Karolin Douceur versprochen wird.

G e s u c h.

Ein Agent, für ein prima-Haus in Bremen in Auswanderungs-Angelegenheiten wird unter guten Bedingungen gesucht. — Schriftliche Anmeldungen unter Lit L. in der Expedition dieses Blattes.

(Lehrling-Gesuch.) In einer Engros-Handlung in Nürnberg kann ein junger Mensch von guter Erziehung, und der bei seinen Eltern Kost und Wohnung erhalten kann, als Lehrling eintreten.

Nur solche Bewerber wollen sich aber desfalls melden, welche den zur Erlernung der Handlung erforderlichen Schulunterricht mit gutem Erfolg genossen und schon Fortschritte in der italienischen oder französischen Sprache gemacht haben.

Nähere Auskunft ertheilt man auf schriftlich einlaufende Anfragen mit L. G. G. bezeichnet.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches Kleidermachen und mit feiner Wäsche gut umgehen kann, wünscht als Zimmermädchen oder dergleichen Eigenschaft unterzukommen.

(Mieth-Gesuch.) Es wird bis Ziel Walburgi ein großer Salon, entweder in oder vor der Stadt zu miethen gesucht. Näheres in L. Nro. 460 II. Stock.

Stadttheater in Nürnberg.

Freitag den 23. März. Zum Zweitenmale. „Martha, oder der Markt zu Richmond." Oper in 4 Abtheilungen. Musik von Flotow.

Frln Brackner „Martha." Frau Freithheim „Nancy" als Gäste.

☞ Das vollständige Textbuch dieser Oper ist an der Kassa für 12 kr. zu haben.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 24 März 1849. **№ 83.** **Samstag: Gabriel.**

Mit dem 1. April beginnt das zweite Quartal 1849 der mittelfränkischen Zeitung. Wir ersuchen daher das verehrliche Publikum, welches auf diese im Sinne wahrer Volksfreiheit redigirte Zeitschrift zu abonniren gedenkt, seine Bestellungen rechtzeitig zu machen, damit wir den resp. Abonnenten vollständige Exemplare liefern können. Der Preis für das Quartal ist inhaltlich des belletristischen Montagsblattes und vieler Beilagen nur auf 1 fl. 45 kr. vierteljährig festgesetzt und nehmen alle kgl. Postämter Bayerns um diesen Preis vierteljährige Bestellungen an. Zu Inseraten eignet sich das Blatt seiner Vielgelesenheit halber ganz besonders.

Die Expedition der mittelfränkischen Zeitung.

†† Politische Schlagschatten.

V.

War die Revolution nach dem Durchbruch der neuen Zustände beendigt? Keineswegs. Und die es mit der traurigen Vergangenheit hielten, wollten die Revolution und ihre Konsequenzen nicht einmal anerkennen. Dazu gehörten und gehören noch leider sehr Viele. Die lange Niederhaltung des Volkes und der daraus entsprungene Mangel an politischer Bildung rächte sich entsetzlich. Wer sich der Unselbstständigkeit des Volkes klug zu bemächtigen wußte, der konnte es leiten, wie er wollte. So begab sich's, daß die Royalisten zum Vertrauen auf die Verheißungen der Fürsten ermahnten, während eine andere durch ganz Deutschland verbreitete Partei republikanische Ideen in Schwung zu bringen wußte. Die gewährten Versammlungs- und Vereinsrechte und die freigewordene Presse schlugen die eine oder die andere Richtung nach Belieben ein. Anfangs hielt es mit der Auffassung der verschiedenen Prinzipien allerdings etwas schwer, allein die Praxis war auch wieder die beste Schule; zwischen den Parteien der konstitutionellen Monarchie (versteht sich auf breitester Basis) und den Republikanern, Demokraten rc. gab es eine Menge Schattirungen, die jedoch alle in den Farben roth-schwarz-gold aufgehen wollten. Das demokratische Prinzip erhielt in dem Streben nach Volksouveränetät eine enorm weite Geltung. Die Hecker'sche Schilderhebung, welche die Ein- und Durchführung einer deutschen Republik zum Ziele hatte, war aber eine jener mißglückten Unternehmungen, welche der Reaktion der Fürsten den Boden planirte. Der größte Theil des deutschen Volkes war nicht mißtrauisch genug, diese Schlange, die unter den grünen Blättern seiner Hoffnungen hinkroch, zu suchen und unschädlich zu machen.

Während nun die Regenten den Frankfurter Bundestags mit Männern beschickten, die im Rufe freierer Gesinnungen standen, traten gleichfalls in Frankfurt Charaktere zusammen, welche die Volksinteressen zu wahren hatten. Aus diesen bildete sich das Vorparlament, das auf republikanischem Boden stehend, nur einen konstitutionell monarchischen Teppich darüber hingebreitet hatte. Ein einiges, freies, starkes, geachtetes Deutschland aus dem zerstückten, bevormundschafteten, schwachen und mißachteten Staatenbund zu schaffen, das war die Aufgabe nach der angebrochenen Morgenröthe, die über der Revolution emporleuchtete, und das Vorparlament erstrebte es wohl auch, diese Aufgabe zu lösen, obgleich nicht zu verkennen war, daß auch im Vorparlamente nicht vollständige Harmonie in der Erreichung des hohen Zieles herrschte. Die Souveränetät des Volkes wurde übrigens klar und bündig ausgesprochen und die Frage über die künftige Regierungsform Deutschlands offen gelassen, eine Frage, die den Dynastieen bedenklich erscheinen mußte. Für die innere Politik Deutschlands war dem wahren Bürger und Patrioten die Richtung klar vorgezeichnet, leider, daß zur energischen Verfolgung dieser Richtung die durchschlagenden Mittel nicht vorhanden waren.

Die äußere Politik anlangend, so konnte auch darüber kein Zweifel herrschen. Ein *freies* Deutschland hätte ohne Weiteres der französischen Republik, als Herstellerin seiner neuen Aera, die Hand zum festen Bunde reichen sollen, dann wären Transaktionen mit Ungarn herbeizuführen, um den Donaufürstenthümern näher stehen zu können, ferner ein Schandfleck aus der Geschichte zu tilgen mit der Wiederherstellung eines selbstständigen Polens, das von seiner ersten Theilung bis zu dem Verschwinden des letzten Schattens seiner ehemaligen Größe und Herrlichkeit, dem Einverleiben des Freistaates Krakau in die österreichische Monarchie, so oft sich im Vertrauen auf die Gerechtigkeitsliebe der Nationen für seine Freiheit vergeblich erhoben hatte.

Aber weder die innere Politik, die *Souveränetätsanerkennung für das Volk, wodurch es über die Fürsten erhoben dagestanden*, noch die äussere Politik, die dem russischen Einfluß schnurstracks entgegentrat, der den Regenten eine einstige große Möglichkeit zu sichern im Stande gewesen, weder *diese* innere noch äußere Politik konnte den Fürsten und ihrem Gesammtanhange genehm seyn, es mußte also mit allen Mitteln dagegen agitirt werden, aber so versteckt als möglich und mit Anwendung des wohlfeilen Kunstgriffes, allen diesen Gegenbewegungen den weiten Mantel freiheitlicher Vorspiegelungen umzuwerfen, dem Volke vorzueskamotiren, es solle und werde durch seine Souveränetät gebieten können, während man im nebelichten London drüben längst über die Mittel und Wege seiner Zurückführung unter das alte Joch einig war. Wie es kommen werde, das wußten also die Fürsten wohl, aus dem bisher niedergehaltenen Volke sahen nur Wenige den richtigen Mittel- und Schwerpunkt dieser fürstlichen Koalitionen.

Deutsche Staaten.

Bayreuth, den 21. März. Heute Morgens um 4 Uhr marschirte das 2. Bataillon des hiesigen Infanterie-Regiments unter dem Kommando des Hrn. Majors Merkel nach Schleswig aus. (Bayr. Z.)

** **Frankfurt**, 21. März. [190. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson] Von fern und nah sind Leute in die Paulskirche geströmt, um der Sitzung beizuwohnen, die Deutschlands Schicksal entscheiden soll. Die Berichterstatter über die beiden Minoritätswahlen, Römer aus Stuttgart und Schüler aus Jena, erhalten zuerst das Wort. Römer hebt es als Vorzug seines engeren Vaterlandes Würtemberg hervor, daß es sich stets den Beschlüssen der Nationalversammlung unterworfen und es auch thun werde, wenn der König von Preussen als erblicher Kaiser gewählt würde. Er spricht gegen die Annahme der Verfassung in Bausch und Bogen und gegen den Welcker'schen Antrag. Er fragt, ob es eine große That sey, Deutschland in die Arme des Hauses Hohenzollern zu werfen? Schüler will Oesterreich gerettet wissen, seine oktroyirte Verfassung müsse vernichtet werden, selbst wenn ein Bürgerkrieg daraus entstehen sollte. Das Majoritätsgutachten streite gegen sein sittliches Gefühl. Riesser als Berichterstatter über dasselbe läßt sich breit monarchisch gesinnt vernehmen und wird am Ende seiner langen von burschenschaftlichen Freiheitsideen flunkernden Rede von seinen Freunden mit einem ungeheuern Beifallssturm belohnt. Bei der Abstimmung durch Namensaufruf wird das auf Uebergang zur Tagesordnung bestehende Minoritätsgutachten *mit 272 gegen 267, also mit der nur geringen Majorität von 5 Stimmen verworfen.* — *Der Antrag des Verfassungsausschusses wurde bei namentlicher Abstimmung mit 283 gegen 252 Stimmen gleichfalls verworfen.* Der Antrag auf Vertagung der weitern Abstimmungen bis morgen wird durch Zettelabstimmung mit 272 gegen 248 Stimmen verworfen. Fahre wohl Erbkaiser! Fahre wohl preussisches Erbkaiserthum!

LPC Frankfurt, 20. März. Noch nie wurde wohl ein glänzenderer Sieg in einer Debatte gefeiert, als heute in der Welcker'schen Frage, die endlich zur Abstimmung gediehen ist. — Nach einer Kapuzinade von Buß, die bei der endlosen Geschwätzigkeit dieses Vorkämpfers der Ultramontanen unter steter Aufmerksamkeit abschnurrte, nach einer langweiligen Predigt von Zittel, bei welcher nur die Anrede „geliebte Brüder in Christo" fehlte, betrat die Debatte in Fröbel einen höheren politischen Standpunkt, sank unter Null in der Trockenheit des Hrn. v. Reden und wäre im Sande verlaufen, wenn nicht Simon von Trier und Berger aus Wien eine ganz neue Schlacht begonnen hätten, in welcher die Worte Gagerns über die erblichen Verdienste des Hauses Gagern um die deutsche Nation wie die Jammertöne der gereizten Verzweiflung klangen. Tiefen Eindruck machte auf die Versammlung die Schilderung der preussischen Zustände durch Simon. Die Analyse der Fortschritte, welche die Reaktion unter Brandenburg-Manteuffel gemacht; — mit ätzender Logik zersetzte Berger den ganzen jämmerlichen Argumentenkram der Kaiserlinge. Dazwischen Hiebe des schärfsten Spottes, der bittersten Ironie, die zischend in jede Fuge der blechernen Rüstung der Gegner durchfuhren! Gagerns Rede war der Zornausbruch des mit fremden Federn Geschmückten, dem man den geliehenen Mantel abgerissen und in seiner Nacktheit hingestellt hat. Der Ministerpräsident legte ein Zeugniß der Unwissenheit ab, welches einem Gymnasiasten die schlechteste Nummer eingebracht hätte — hatte er doch die Stirne zu behaupten, die Kaiserkrone sey seit 1000 Jahren in Deutschland erblich gewesen, die Dynastie der Merovinger, Franken, Sachsen rc. hätten über souveräne deutsche Fürsten als erbliche Dynastieen geherrscht! Wie wir hören, sollen einige Abgeordnete unmittelbar nach der Sitzung ohne Ministerpräsidenten ein Exemplar des kleinen Bredow zur gefälligen Berücksichtigung oktroyirt haben, wenn er künftig wieder in den Fall kommen sollte, vom Gange der Geschichte zu reden. Bezeichnend für die ganze Wirksamkeit des Hrn. v. Gagern war das Geständniß, welches er ablegte, daß er stets offen für den Erbkaiser von Preussen gewirkt habe und daß nur dann ein erbliches Oberhaupt möglich sey, wenn Oesterreich sich *nicht* im Bunde befände. — Dieselbe Majorität, welche ihm damals Beifall klatschte, als er bei Berathung des berüchtigten Programmes erklärte, er halte es für die größte Aufgabe seines Wirkens, Oesterreich im Bundesstaate zu behalten, er werde alle seine Kräfte zur Erreichung dieses Zieles anwenden. Dieselbe Majorität klatschte dem Ministerpräsident heute Beifall, als er seine damaligen Versprechungen selbst für unwahr und den preussischen Erbkaiser bei Ausschluß Oesterreichs als das letzte Ziel seines Strebens erklärte.

Der politische Wirrwar in Gagerns Rede, war geeignet, mit dem höchsten Erstaunen zu erfüllen. Da sollten wir die größte Sorge dafür tragen, daß die Donau uns nicht entfremdet werde, während man doch Oesterreich von uns stoßen soll; da sollten wir in ein Schutz- und Trutzbündniß mit Oesterreich eingehen — d. h. ihm die Wirthschaft im Lande nach Gutdünken überlassen, während man ihm zugleich durch Schutzbündniß den Besitz seiner Lande gewähren und versprechen — den Dienst ihm zu leisten, den Rußland ihm jetzt leistete. — Da kommen Folgerungen vor, wie die — weil der Herzog von Holstein, der zum König von Dänemark erwählt wurde, allmählig mehr dänisch wurde und nicht holsteinisch blieb — deßhalb müssen wir den König

von Preußen zum Kaiser wählen, dann wird er deutsch werden! — Das unermeßlich große Preußen, in dem jetzt schon alle deutschen Stämme vertreten seyen, erregte eine unendliche Heiterkeit in der Versammlung. Es schien, als habe der Herr I. Ministerpräsident die Reise nach Berlin für eine Reise um die Welt angesehen. Was sollen wir noch sagen von dem persönlichen Ton der Rede und der ganzen Auffassungsweise, die darin herrschte? Daß Hr. v. Gagern mit Ausdrücken, wie Verläumdung, Wortbruch u. s. w. um sich warf, ohne vom Präsidenten zur Ordnung gerufen zu werden, darf nicht verwundern, ist er es ja doch, der die Ausdrücke „frech“ „Verrath“ und andere in das Wörterbuch des deutschen Parlaments eingebracht hat. Ich! Ich! und aber Ich! dies war die Gagern'sche Rede und der Grundton, auf dem sie variirte, die Beständigkeit der politischen Ansicht. Hr. v. Gagern und die ihr beiklatschten wissen wohl nicht, daß das politische Prinzip feststehen muß, daß aber derjenige verloren ist, der nach einem Jahre der Revolution noch keine weiteren politischen Mittel kennt als die, welche er vor der Revolution nöthig glaubte. Wie weit diese persönliche Auffassung der Sache ging, geht aus dem langen Passus der Rede über die Heidelberger Versammlung hervor. Wie soll man das Verfahren eines Mannes bezeichnen, der der Linken vorwirft, es säßen Männer auf ihren Bänken, welche im März vorigen Jahres versprochen hätten, damals für die konstitutionelle Monarchie zu wirken, ein Wort, das sie seitdem gebrochen hätten, der dann „Hecker“ — nannte, und nachher das Dementi von anwesenden Mitgliedern der Heidelberger Versammlung erhielt, daß dort nur von der Monarchie in den Einzelstaaten die Rede gewesen sey, während er von dem Gesammtstaate sprach! Wir können schließlich von dem Eindrucke der Rede Gagern's nur das sagen, daß sie einige Mitglieder der Linken, welche eventuell für den Erbkaiser stimmen wollten, überzeugt bewogen hat, dagegen ihre Stimmen abzugeben, da sie keine Werkzeuge der neu enthüllten Intrigue seyn wollten.

Frankfurt, den 20. März. Die Kölnische Zeitung meldet aus guter Quelle: Berlin, 17. März. Ich beeile mich, Ihnen mitzutheilen, daß nach heute hier eingegangenen Nachrichten aus Kopenhagen das dänische Gouvernement die noch gestern befürchteten Feindseligkeiten am 27. März nicht wieder aufnehmen und auch die Häfen keiner strengen Blokade unterwerfen wird.

Wir zweifeln nicht an der Güte der Quelle; aber alle diplomatischen Nachrichten sind Glatteis, auf das man nicht gehen darf. Wir freuen uns, aus guter Quelle versichern zu können, daß die Schleswig-Holsteiner eifrig rüsten und im Stillen noch stärker als sie es öffentlich sagen. (Die Lauheit und Flauheit Deutschlands ist allein Schuld, daß es die Diplomatie so am Narrenseile herumführt.)

1°† **Berlin**, den 20. März. Es versteht sich von selbst, daß man hier in allen politischen Kreisen dem Entscheid der Kaiserfrage mit großer Spannung entgegensieht. — Gestern waren Seitens aller deutschen Gesandten mit dem auswärtigen Amte derartige Verbindungen eingeleitet, daß man von einer bis Abends 9 Uhr noch eintreffenden Depesche Kenntniß erhielt; besonders war man in der hannoverschen Gesandtschaft auf die qu. Depesche aus Frankfurt gespannt.

In den höchsten Regionen faßt man übrigens, wie uns von sehr wohlunterrichteten Personen mitgetheilt wird, die Kaiserfrage von einer ganz neuen Seite auf. Man glaubt Preussen zu der Mission auserseben, die Ruhe und Ordnung in Deutschland wieder herzustellen. Ein höchster Ausspruch wie dieser, dient den verschiedenen Hofparteien zum willkommenen Deckmantel ihrer Sonderinteressen. Man ist plötzlich bei Hofe sehr deutsch geworden und denkt eine deutsche Staatenvereinigung unter der Hegemonie Preussens in der Art des deutschen Zollverbands zu bewerkstelligen. Was sich nicht anschließen will und kann, wie Oesterreich und Bayern bleibt ausserhalb des Bundes in seiner Separatstellung.

[II. Kammer. Sitzung vom 20. März.] Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. Am Ministertisch Graf Brandenburg, v. Strotha, v. Raabe, Rintelen, v. d. Heydt, später auch v. Manteuffel. —

Finanzminister überreicht im Auftrage Seiner Majestät den Staatshaushaltsetat für 1849, mit dem Anheimgeben, eine besondere Kommission zu ernennen. Er widerlegt zugleich das Gerücht von einer neuen Anleihe von 70 Millionen. Dasselbe sey völlig unbegründet. Gleichzeitig bringt derselbe einen Gesetzentwurf über die Tarifänderung betreffs der gereinigten Soda ein. — Grabow schlägt die Ernennung einer besonderen Kommission zur Prüfung des Finanzetats vor. Es wird beschlossen, und sollen auf Antrag von Behrens 3 Mitglieder aus jeder Abtheilung in die Kommission gewählt werden.

Fortsetzung der Adreßdebatte. — v. Kirchmann. weist auf die Nutzlosigkeit der langen Adreßdebatte hin. Zur Sache selbst übergehend, macht er darauf aufmerksam, daß die ganze Versammlung die Erlassung der Verfassung als einen Staatsstreich erklärt habe, kein Redner habe gewagt, die Rechtsgültigkeit des Ursprungs zu vertheidigen. Die Vertheidigungsgrunde stehen alle auf dem Boden der Revolution, und deßhalb müssen er und seine Freunde sie bekämpfen. Allein auch er müßte die Nothwendigkeit des Staatsstreichs bestreiten, und könne nicht begreifen, wie ein Mitglied, das selbst die Ehre gehabt, der National-Versammlung anzugehören, den Grund in der Unfähigkeit der National-Versammlung habe finden können. Die allzu große Fähigkeit der Versammlung habe ihre Auflösung herbeigeführt, ihre Entschiedenheit, die Aufhebung der Titel und Orden — das sey kein Geheimniß mehr — diese seyen die Gründe der Auflösung gewesen. Er zählt die Leistungen der National-Versammlung auf, und kritisirt sodann die Verfassung vom 5. Dezember. Der größte Theil der Verfassungsbestimmungen enthalte nichts als leere Versprechungen, und ein solches Papier könne schwerlich die Zauberkraft haben, die Ruhe herzustellen. Das Säbelregiment habe die äußerliche Ruhe hergestellt, von der Verfassung haben bis jetzt nur die Diebe und Räuber Vortheile. An einer Anerkennung des Volkes fehle es ganz. Der Jurist wenigstens könne weder in den Adressen des Staatsanzeigers noch in den Wahlen eine anerkennende Erklärung finden. Das Volk hat nichts gethan, als ein Organ gewählt, das seinen Willen aussprechen soll, es mußte wählen, wenn es sich nicht seinen Feinden gebunden überliefern wollte. Verlangen sie, daß das Volk nicht wählen sollte, so verweisen Sie es auf den Weg der Revolution Verlange man Vertrauen ins Ministerium, seine Tugenden seyen nichts als glänzende Laster. Die Demagogenzeit unter Herrn v. Kamptz sey ein Kinderspiel gegen die Verfolgungswuth dieses Ministeriums. Mißtrauen sey jetzt die erste Pflicht eines Volksvertreters. So wenig er Vertrauen habe, so wenig könne er die Furcht. Er fürchte nicht, daß man dem Volke auch diese Verfassung wieder nehme, und, so lange man die Gesetze vom 6. April und vom 24. September habe, sey dies auch gleichgültig. —

Grabow. Ich bitte den Herrn Präsidenten, das Ministerium gegen Beleidigungen zu schützen; die Aeußerungen des abgetretenen Redners begründen den Ordnungsruf gegen denselben. — Präsident Grabow: Die Erklärung des Redners sey nicht am Orte gewesen, und er müsse bitten, sich derartiger persönlicher Anspielungen zu enthalten. — Heftiger Lärm links und rechts. Waldeck ruft: Redefreiheit wenigstens muß hier herrschen, sonst gehen wir lieber nach Haus. d'Ester: der Min.-Präsid. sey nicht Abgeordneter und habe nicht das Recht, den Ordnungsruf gegen ein Mitglied zu beantragen. Ein Nichtabgeordneter könne kein Recht ansprechen, das man ihm, der gestern von Hrn. v. Vincke beleidigt worden, nicht zugestanden habe. — v. Vincke. Nicht er habe Hrn. d'Ester, sondern dieser die Adreßkommission beleidigt. — Gr. Schwerin findet den Ordnungsruf vollkommen gerechtfertigt und beantragt zur Tagesordnung überzugehen. — Parisius wirft dem Präsidenten eine Ueberschreitung des Geschäftsreglements vor. — Min. v. d. Heydt erklärt: man könne die Handlungen des Ministeriums angreifen, aber gegen persönliche Verletzungen werde das Ministerium jedesmal den Ordnungsruf begehren. — v. Bismark: Man könne das Minist. angreifen, aber man dürfe ihm nicht Grobheiten sagen. Grabow ruft den Redner wegen dieser Aeußerung zur Ordnung. — v. Kirchmann: er habe gesagt, was er zu sagen für seine Pflicht gehalten, er bedanke sich eben so für die Vertheidigung, als für die Angriffe auf den Ordnungsruf. — Jacoby: Es ist keine persönliche Verletzung der Minister vorgekommen, nur über ihre Handlungen ist ein Urtheil gesprochen worden. — Min. v. d. Heydt: das Minist. kann den Abgeordneten auch nicht das Recht zugestehen, ein Urtheil zu sprechen. (Neuer, endloser Lärm.) Ja, Sie haben das Recht zu einer Anklage gegen unsere Handlungen, aber nicht das Recht, sie als Laster zu bezeichnen. Man fährt endlich in der Tagesordnung fort.

Vater: Nicht die Bajonette haben die Verfassung dem Volke aufgedrungen, sondern die Gesinnung derer, die die Bajonette tragen. Vor historischen Thatsachen sich beugen, kann Niemanden kompromittiren, aus diesem Grunde empfiehlt er den Entwurf und die Verwerfung aller Amendements. — v. Unruh: er besteige nicht ohne Besorgniß die Tribüne, daß er durch die Klippen des Geschäftsreglements, zumal bei der Auslegung, die man demselben hier gebe, ohne die Anschuldigung beleidigender Absichten nicht hindurchkommen werde. Er wolle sich bemühen, konstitutioneller zu seyn, als die konstit. Engländer, in deren Unterhause ein Redner, der sich den Feind der dicken, fetten, gemästeten Minister nannte, vom Sprecher nicht zur Ordnung gerufen wurde. Eine Kritik der Regierung sey kein Angriff auf die Regierungsgewalt selbst. Zur Sache übergehend, führt er an: die Deputirten von Magdeburg seyen von ⅞ ihrer Wähler gewählt worden, und diese ⅞ hätten auf die Frage, ob man das Gesetz vom 6. April v. J. durch die Annahme der Verf. aufgeben wolle? einstimmig mit Nein! geantwortet. Diese Antwort werden Sie überall im Lande hören. Er vergleicht die vorbehaltlichen Garantieen des Gesetzes vom 6. April mit den entsprechenden Bestimmungen der Verf. Die Minister selbst liefern den Kommentar zu den Freiheiten der Verf. Die Revision selbst würde in dieser Beziehung wirkungslos seyn. Geben wir das Gesetz vom 6. April nicht freiwillig auf, bewahren wir es, bis die Gewalt es uns entreißt. Recht muß doch Recht bleiben! Wie ein hervorragendes Mitglied des Vereinigten Landtags sagte, geben wir nicht freiwillig das Recht auf, das im Jahre 1815 schon verheißen, durch die Revolution errungen, durch den Vereinigten Landtag sanktionirt und legalisirt ist. Das Mißtrauen, das jetzt zu den Pflichten der Volksvertretung gehört, das durch die Erfahrung gerechtfertigt ist, sind wir der Krone schuldig, die durch das System, dem wir entgegentreten müssen, gefährdet ist. — Er geht zu einer Rechtfertigung der Nat.-Verf. über. Er zählt die Leistungen der Verf. auf und bemerkt: auch wir sind hier beinahe einen Monat versammelt, ich will nicht untersuchen, was wir bis jetzt gethan haben. Man wollte mit einer aus allgemeinem Wahlrecht hervorgegangenen Versammlung nicht verhandeln und der Abg. für Teltow hat durch eine in einer Abtheilungssitzung gemachten Aeußerung jeden Zweifel hierüber gehoben. — v. Griesheim bemerkt: der Vorsitzende seiner Abtheilung habe davon gesprochen, daß man schon im Juli die Absicht gehabt habe, das Wrangel'sche Korps nach Berlin zu ziehen, um die Nat.-Verf. aufzulösen und eine Verf. zu oktroyiren. Er habe darauf erwiedert, das habe schon in der Luft gelegen, er habe es auch geglaubt, man habe damals schon die Leichen riechen können (Stimmen links: Pfui!). — Phillips bestätigt dies im Wesentlichen mit dem Unterschiede, daß er behauptet, die Aeußerung des Hrn. v. Griesheim sey bestimmter gewesen. — v. Auerswald widerlegt die Ansicht, daß die Wahlen auf allgemeines Stimmrecht erfolgt seyen. — Seine Argumente sind hauptsächlich gegen Kosch und Waldeck gerichtet, welche sich zu Abweisungen und Berichtigungen veranlaßt sehen. Der Redner schließt mit einem Gleichniß, in welchem er den Konflikt zwischen der Krone und der Nat.-Verf. als eine Differenz zwischen Vormund und Mündel darstellt und zu einer Vereinigung der Parteien ermahnt. Eine Reihe „faktischer“ Bemerkungen von Malkerbey, v. Seckendorf, Gierke, Dieschke, veranlaßt Hrn. v. Patow zu einer Berufung auf das Urtheil der Verf. über diese Art, den Zugang zur Rednerbühne zu gewinnen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird verworfen. — Schneider (Schönebeck) spricht gegen die Behauptung: die Krone sey nach der Auflösung der Nat.-Verf. berechtigt gewesen, zum Absolutismus zurückzukehren. Schneider spricht gegen die Behauptung, die Krone habe nach Auflösung der Nat.-Verf. zum Absolutismus zurückgehen können. Schon seit 1815 sey in Preussen die konstitutionelle Monarchie historisches Recht. Er entwickelt die Verfassungsgeschichte Preussens bis zum März 1848. Wir werden bald da angelangt seyn, wo wir vor 2 Jahren standen. Schon wieder tagen die Volksvertreter in zwei Kammern, schon wieder sitzt uns ein Ministerium gegenüber, das nicht das Vertrauen des Landes besitzt. — Graf Zieten erklärt, das Ministerium besitze das Vertrauen des Landes und ein Terrain seines Kreises habe dies durch ein besonderes Votum ausgesprochen. — Robden erklärt, daß er ohne alle Reservation die Verfassung anerkenne.

v. Vincke verliest eine von 300 Urwählern und 18 Wahlmännern des Abg. Schneider gegen diesen ausgesprochene Erklärung, wornach Schneider die Verf. unbedingt anerkannt haben soll. Schneider rechtfertigt sich hiergegen. — Caspari: ihn habe Münster gerade darum gewählt, weil er alle Gewalt nur aus der Souveränetät des Volkes ableite. Dane gibt eine ähnliche Erklärung. Andere Abg. Westfalens erklären sich je nach der Partei, der sie angehören, in dieser oder der

entgegengesetzten Weise. — v. Bodelschwingh sagt, er gehöre zu den westfäl. Abg., die mit der Verbindlichkeit gewählt sind, die Verf. unbedingt anzunehmen. Schluß. — v. Vincke verwahrt die Verf. gegen alle Rekriminationen in Beziehung auf die Nat.-Verf. Nur gegen die Bezeichnung der Auflösung als einer einseitigen Gewaltthat will er die Krone in Schutz nehmen. Die Vereinbarung sey dem Volke dadurch nicht entzogen, sie solle nur durch andere Personen zu Stande gebracht werden. Die Oktroyirung der Verf. sey ein gefährliches Spiel, und er fühle sich gedrungen, den Männern, die der Krone dazu gerathen, die ihr Leben und Ehre bei diesem Spiele eingesetzt haben, seine hohe Achtung für diese das Vaterland rettende That auszusprechen. (Beif. u. Zischen.) Das Spiel ist gelungen, das Volk hat die Handlung der Oktroyirung acceptirt, es ist damit der Vertrag über die Vereinbarung geschlossen worden. Auch er geht zu einem Gleichniß über und schließt dann mit der Deduktion, daß, kommt eine Vereinbarung jetzt nicht zu Stande, alsdann die Verf. vom 5. Dec. in Geltung bleibt. Einen Widerspruch zwischen der Verf. und dem Gesetz vom 6. April kann er nicht auffinden. Das Volk will nicht länger den Hader der Parteien, es will nicht, daß die Krone der Hohenzollern, unter der es durch 24 Generationen gelebt hat, herabgewürdigt werde zu einem Spielball für Bummler. — Die Abstimmungen über sämmtliche Amendements und Satz 1 und 2 der Adresse erfolgen, dreimal durch Namensaufruf. Der Kommissions-Entwurf wird angenommen, resp. mit 172 gegen 161 und mit 175 gegen 158 Stimmen. Sämmtliche Amendements werden verworfen. Schluß 4¼ Uhr. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Königsberg, 17. März. Die Genehmigung zu den von den Gewerken, der Bürgerwehr, den Arbeitervereinen rc. zum 18. März beabsichtigten Festzuge durch die Stadt ist vom interimistischen Polizeipräsidenten, Regierungsrath Peters, versagt worden. Als die bei Letzterem erschienene, vom Festkomité abgesendete Deputation, der auch die HH. Walesrode und Stud. Weihe angehörten, auf Mittheilung der Gründe, worauf sich dieses Verfahren stütze, drangen, gestand Hr. Peters endlich, daß er höheren Instruktionen gemäß handle. Auch die darauf beim Regierungspräsidenten Wallach nachgesuchte Genehmigung hatte ein gleiches Resultat gehabt. (D. A. Z.)

Dresden, den 19. März. In der heutigen Sitzung der II. Kammer bringt nach dem Vortrage der Registrande, auf der sich unter Anderm ein Dekret, die Landtagsdiäten betreffend, befand, Vizepräsident Tzschirner seine neuliche Interpellation, „ob und welche Entschließung die Regierung in Betreff der Blum'schen Angelegenheit gefaßt habe," in Erinnerung. Staatsminister v. Ehrenstein bemerkt, daß eine Antwort in den nächsten Tagen darauf erfolgen werde. Sodann begründet Abgeordneter Meinel einen Antrag auf Beseitigung der exekutivischen Beitreibung der Steuerreste durch das Militär. Durch jenes Verfahren werde die richterliche Hülfe ganz ausgeschlossen, und die Verwaltungsbehörde erhalte dadurch eine willkürliche Macht. Jene Gesetzgebung sey überhaupt eine rohe, unnöthige, unräthliche und gefährliche. Wenn man in das Hausrecht eingreifen wolle, müsse es auf humane Weise geschehen, jene Exekutionsweise stehe aber mit dem Geiste der Humanität nicht im Einklange. Wenn eingewendet werde, daß die Beitreibung der Steuern einer größern Beschleunigung bedürfe als die der Privatforderungen, so widerspreche er dem, letztere seyen oft eben so dringlich, und doch müsse bei diesen erst gerichtlich verfügt werden. So werde durch jene Exekutionsweise das Gleichheitsprinzip verletzt. Sie sey unräthlich, weil sie den Militärstand zu einer Verrichtung, die ihm nicht zukomme, erniedrige und verhaßt mache. Sie entfremde dasselbe auch dem Dienste, weil die Soldaten oft Wochen oder gar Monate lang zu diesem Zwecke verwendet würden. Ferner werde hierdurch auch eine verfassungswidrige Steuerausschreibung möglich, da die Verwaltungsbehörden die Steuern ohne gerichtliche Verfügung beitreiben könnten. Der Antrag wird dem zweiten Ausschuß überwiesen.

Schließlich folgt die Berathung über den Bericht des vierten Ausschusses, die Gesuche von mehreren Vaterlandsvereinen um Erlassung einer Amnestie für politische und Preßvergehen betreffend. Der Ausschuß gibt unter Anderm folgende Motive für eine Amnestie an: „Zu allen Zeiten staatlichen Uebergangs, in welchen durch den Umschwung der Ideen die bisher gesetzlichen Formen des Rechts- und Staatslebens vereinigt hatte, Amnestie Denjenigen zu gewähren, welche sich an dem Umsturze des bisher zwar gesetzlich bestehenden, aber doch zweifelhaft gewordenen Rechtszustandes betheiligten. Diese Sitte ist einem begründeten Rechtsgefühl entsprungen; denn in Uebergangszeiten schwankt das Rechtsbewußtseyn. Das Gesetz muß aus dem Volksbewußtseyn und dem Volkswillen hervorgehen und verliert mithin seine sittliche Geltung und Bedeutung, sobald die moralische Achtung vor ihm im Volke schwindet. Der oberste Leiter jedes Rechtsverfahrens muß natürlich die Gerechtigkeit seyn. Dieselbe erfordert aber, daß nicht blos die strafbare That wirklich bestraft werde, sondern auch die Urheberschaft, die Verleitung dazu. Das Verfahren gegen die politischen Sünder des Jahres 1848 aber stellt heraus, daß es nur die Thäter der betreffenden Vergehen trifft, nicht aber die Hauptschuldigen, die geistigen Urheber derselben. Die Bewegung wurzelte in den allgemeinen deutschen, ja europäischen Begebenheiten, wie sie die politischen Fehler und Sünden der Vergangenheit im Jahre 1848 gezeigt hatten; sie wurzelte aber nicht minder, und zwar zunächst in dem falschen Regierungssystem, in der falschen Staatseinrichtung Sachsens, denen das zur Beseitigung dieser Mängel vollkommen berechtigte Volk seit den Märztagen die Spitze zu brechen versuchte. Wer soll nun die Urheber der mangelhaften Regierungsweise der ungerechtfertigten Staatseinrichtungen (z. B. des Lehns- und Feudalwesens) der vernachläßigten politischen Bildung des Volks rc., wer soll also diese eigentlichen geistigen Urheber der politischen Vergehen heute noch zur wirksamen Verantwortung ziehen? Wäre es schon ungerecht, die ganze Last der Verantwortlichkeit auf die letzten Träger der Staatsgewalt zu wälzen, so muß es in noch weit höherm Grad ungerecht erscheinen, dafür Diejenigen allein büßen zu lassen, welche lediglich durch unverschuldeten Druck mangelhafter und schlechter Staatseinwirkungen in ganz naturgemäßer Gegenwirkung zu Handlungen verleitet wurden, von denen der kalte Verstand sagt, daß sie das richtige Maß überschritten. Der jetzige Landtag bringt die Zeit unsers staatlichen Ueberganges erst jetzt zum Abschluß. Darum erscheint der Wunsch einer weitern Amnestie für alle politischen Vergehen, die aus dieser revolutionairen Bewegung des Jahres 1848 entsprungen und in Sachsen begangen worden sind, gewiß nicht unbillig und ungerecht." Man beantragt daher: „Die Regierung zu ersuchen, bei der Krone zu bevorworten, daß für alle politischen und Preßvergehen, die in der revolutionairen Bewegung des vorigen Jahres ihren Entstehungsgrund hatten, unbedingte Amnestie gewährt werde." Nach einer längern Debatte wird der Deputationsantrag in folgender vom Vicepr. Tzschirner beantragten Modifikation gegen 11 Stimmen angenommen, „daß für alle politischen Vergehen und Preßvergehen, die im Jahre 1848 verübt worden sind, und für andere Vergehen, insoweit sie in der vorjährigen revolutionären Bewegung ihren Ursprungsgrund hatten, unbedingte Amnestie gewährt werde." Ferner finden Annahme der Antrag des Abg. Blöde, dem obigen Antrage anzufügen: „insoweit sie nicht gegen Privatpersonen begangen sind," und der vom Abg. Köchly beantragte Zusatz: „die Vergehen, welche nicht in diese Kategorie zu fallen scheinen, den Schwurgerichten zu übergeben." Abg. Meinel sprach für Mitberücksichtigung der Soldaten, die ähnlicher Vergehen angeklagt seyen, und Abg. Müller erklärte in dieser Beziehung, daß er dies als von selbst sich verstehend voraussetze.

Schleswig, den 16. März. Die Landesversammlung war heute um 12 Uhr eröffnet. Der Präsident berichtete über die Berathungen des Bureau und dessen Motive für die Berufung der Versammlung zum heutigen Tage und legte die Korrespondenz vor, die von dem Bureau mit dem Reichskommissär Stedtmann und dem Departementschef des Innern und des Auswärtigen darüber geführt war. Die Berichte des diesseitigen Regierungsbevollmächtigten bei der Centralgewalt bestätigen, daß sowohl das französische als das britische Kabinet dem dänischen die Verlängerung des Waffenstillstandes unter Erhaltung des status quo dringend empfohlen haben, von dänischer Seite jedoch nur eine Geneigtheit geäußert worden, eine stillschweigende Verlängerung von 4 zu 4 Wochen eintreten zu lassen. (A. M.)

Hadersleben, vom 16. März. Als Curiosum, das allgemein erzählt und unter uns keineswegs für unglaublich gehalten wird, erwähnen wir, daß das dänische Heer, wenn es, wie die Dänen sagen, wieder in Schleswig vorrückt, nicht allein Listen mitbringt, von Allen, die nach bekannter Weise fortgeschleppt werden sollen, sondern auch im Train Personen mitführt, die in die etwa vacant werdenden Beamtenstellen sogleich eintreten können, wobei die bekannten Herren Paulsen, Flor, Lassen, Hargens nicht vergessen seyn sollen: — aber es ist ja schon früher in der Geschichte vorgekommen, daß ein Herr die Ketten auf der Wahlstatt liegen ließ, welche es für die zu machenden Gefangenen in Bereitschaft hatte! — Der bekannte L. Skau ist nach einer Version Etatsrath geworden, worüber selbst seine Freunde bedenklich den Kopf schütteln, sitzt aber nach einer andern Version in Kopenhagen in Haft: — wie sind über sein endliches Schicksal gar nicht zweifelhaft. (Alt. M.)

Italienische Staaten.

Neapel, 9. März. Der römische Minister des Auswärtigen hatte sich unterm 26. Febr. bei dem neapolitanischen beschwert, daß sich neapolitanische Truppen an der römischen Gränze immer dichter sammeln, daß am 20. Febr. ein Korps von 100 Neapolitanern die Gränze überschritt und erst nach einigem Verweilen wieder auf heimisches Gebiet zurückging. Im offiziellen neapolitanischen Blatt vom 7. März macht der neapolitanische Minister diese Beschwerdeschrift bekannt, mit dem Bemerken, nicht die Neapolitaner hätten die Gränze überschritten, sondern am 25. wären über 100 von Garibaldi's Leuten ins Neapolitanische eingedrungen. (A. A. Z.)

Mailand, den 17. März. Morgen wird es ein Jahr, daß hier die Revolution begann. Heute ist die Stadt fast eben so bewegt und lebendig, nur in ganz anderem Sinn. Seit dem frühesten Morgen dröhnt die Militärmusik durch die Straßen, und Artillerie und Wagen rasseln über das Pflaster. Der Corso der Porta Romana ist oft stundenlang bedeckt mit Militär und unendlichen Wagenzügen, die Proviant gen Lodi schaffen. Die Armee verläßt die Stadt, und der Bewohner sieht sie mit sonderbarem Gefühle, mit Bangen für die nächste Zukunft scheiden; noch immer scheiden viele Familien aus ihrer Heimath und gehen an den Comersee oder in die Schweiz, die Zurückbleibenden verrammeln ihre Häuser, und man sieht in allen großen Straßen Maurer und Zimmerleute beschäftigt, die Hofthore zu verbarrikadiren. Auf der Post immer ein solcher Zudrang, daß man nicht im Stande ist, die Fremden alle zu befördern, um so mehr, da bloß die Chiavenna-Splügener Route noch gänzlich frei ist, d. h., daß bloß nach dorthin die Passagiere befördert werden. Die Armee ist etwa 60,000 Mann stark. Die Ticinolinie von Sesto Calende bis Pavia ist besetzt; doch wird sich die Hauptarmee gegen den Po — Lodi — Cremona wenden. So viel man vernimmt, stehen 24,000 Piemontesen bei Piacenza, und dort wird es auch am ersten zu etwas Bedeutendem kommen. (A. A. Z.)

Turin, den 14. März. Endlich sind die Würfel gefallen! Vorgestern um 1 Uhr ist der Waffenstillstand von Seite Piemonts gekündigt worden. He Cadorna, der Bruder unseres Ministers, hat die Kündigung nach Mailand an Radetzky gebracht. Damit hängt der Ausmarsch der Brigade Savoyen zusammen, die heute Morgen unsere Stadt verließ, um nach Vercelli zu rücken. Unsere Armee mag im ganzen etwa 120,000 Mann stark seyn, und soviel mag wohl auch Radetzky haben. Aus sicherer Quelle kann ich Ihnen folgende Aeußerung des Königs mittheilen. Als die Gesandten Frankreichs und Englands ihm Vorstellungen über die wenig günstigen Auspicien machten, unter denen Piemont den Krieg mit Oesterreich erneuern könne, entgegnete Karl Albert: „Meine Herren! Der Krieg ist der Wunsch der Nation; ich muß mich diesem Wunsche fügen, will ich nicht meine Krone gefährdet sehen. Ich beginne den Krieg, um der Republik zu entgehen! Wenn Sie, meine Herren, mir nicht die Versicherung geben können, daß Ihre Regierungen mir meinen Thron garantiren, so darf ich nicht länger zögern, das letzte Mittel zu ergreifen, das mir übrig bleibt — den Krieg." (A. A. Z.)

Oesterreichische Staaten.

Graz, 16. März. Der vorgestern von den Lehrkanzeln herab kund gegebene Ministerialerlaß, durch welchen den Studierenden alle Zusammenkünfte politischer Färbung, so wie alle Abzeichen und Vereinssymbole verboten werden, erhöhte nur den Oppositionsgeist der akademischen Jugend. Auf gestern hatte dieselbe ein großartiges, in Maria Trost, eine Stunde weit von Graz abzuhaltendes Meeting angesagt. Die Behörden waren jedoch in der Kenntniß und beschlossen dessen Verhinderung. Es wurden zu diesem Zwecke Kavallerie-Patrouillen, dann Kroaten und eine Kompagnie der Nationalgarde konsignirt, welche Streitmacht richtig die Maria Troster Gegend besetzte, und vier Stu-

denten arretirte, die jedoch durch den abgeordneten Kreiskommissär sogleich in Freiheit gesetzt wurden. Mehrere aufreizende Gegenstände namentlich eine große Anzahl durstreizender Heringe, wurden nun von den Studenten den Kroaten preisgegeben, welchen sie auch Bier verabfolgen ließen. Die Burschenschaft selbst, zeitgerecht von der Diversion wider sie unterrichtet, verfügte sich jedoch zum „Puntigam" — so heißt ein beliebter Vergnügungsort der Gratzer, allwo sie ein fröhlich Bacchanal feierten. — Schon in Folge des jüngst in der Bierhalle abgehaltenen Verbrüderungsfestes waren mehrere Akademiker exkludirt worden. Heute wurden deren zehn verhaftet. Einer von jenen äußerte sich dem Polizeikommissär gegenüber wie folgt: „Sie fragen mich wie ich heiße — dies mußten Sie ja wissen, als Sie auf mich fahndeten. Reizen Sie uns nicht zum Aeußersten — wir sind hier in Gratz achtzehnhundert todesmuthige Studenten. Ich selbst bin meiner Ueberzeugung nach Republikaner, glaube jedoch, daß wir für Republik noch nicht reif sind." (C. Bl. a. B.)

Ueber die Aufnahme der oktroyirten Konstitution im Banate schreibt die Agramer Ztg.: „Wie wir aus allen Theilen unserer Heimath, vorzüglich aber aus der Militärgränze und der serbischen Wojwodschaft vernehmen, hat das Ereigniß vom 7. März, die Oktroyirung einer mit den Erwartungen der Südslaven in gar keiner Harmonie stehenden Verfassung, sowie hier so überall den tiefsten, einer schmerzlichen Kränkung nicht unähnlichen Eindruck hinterlassen. Man findet sich bitter enttäuscht. Hätte man uns, sagt man, wenigstens aufgefordert, im Wege unseres Landtages in die großen Opfer, die da für den Gesammtstaat gefordert werden, einzuwilligen; hätten wir so wenigstens mit eigenen Händen auch den letzten Rest bisheriger Autonomie hingegeben; hätte man falls wir nicht eingewilligt hätten, oktroyirt — so wäre dieser Schlag nicht halb so schmerzhaft. Aber in dieser Zeit unserer allgemeinen Aufopferung so wie die Rebellen in Ungarn und Italien behandelt zu werden, das ist in der Weltgeschichte noch nicht dagewesen. Was wird Europa dazu sagen! Während wir in ganz Europa als Barbaren in den Händen der Reaktion gelten, während unsere Waffen dem Umsturz in ganz Europa ein Ziel gesetzt haben, ist unser Schicksal das alte geblieben." Ein anderes slavisch geschriebenes Blatt beginnt die Reflexionen über die Konstitution mit den Worten: „Unser Untergang!"

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, den 21. März. Das heutige wirklich überraschende Resultat der Abstimmung über den Ausschuß- und Welcker'schen Antrag, wurde dadurch erzeugt, daß die Mitglieder der „Westendhalle": H. Simon, Schoder, Venedey rc. zu der Linken zurückkehrten, andererseits viele Mitglieder, die gegen die Tagesordnung gestimmt, sich in dem zweiten Skrutinium der Abstimmung enthielten. Mit der größten Spannung sah das Publikum der Abstimmung entgegen. Alles war in größter Aufregung. Die ganz nahe der Paulskirche in dem Stadtgerichtsgebäude befindliche Wache wurde ansehnlich verstärkt. Die Kanonen sollen bereits aufgefahren gewesen seyn, um die Wahl des Königs von Preussen zum deutschen Kaiser zu verkünden. Noch ist Alles sehr erregt. Heute Abend treten alle Klubs zusammen. Es gilt einen gemeinsamen Beschluß zu fassen, sich resp. darüber zu verständigen. (N. W. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n.

F r a g e.

Wir lesen in den Zeitungen, daß die ultramontanen Professoren Lassaulx und Phillips in München reactivirt seyen. Man sagt, die Wissenschaft müsse frei seyn und die verschiedenen Systeme müssen auf der Universität vertreten werden. Warum haben es denn aber die Rationalisten unter den Protestanten, trotz dem entschiedenen Verlangen, welches von der Rheinpfalz aus und in der Nürnberger Adresse vom vorigen Jahre gestellt wurde, noch nicht dahin bringen können, daß einige rationalistische Professoren nach Erlangen kommen, das man fortwährend völlig den Händen des Alterthumes überläßt?

Freie christliche Gemeinde.

Sonntag den 25. dies früh 10 Uhr Gottesdienst im Katharinen-Saal, geleitet durch Prediger Dumhof aus München.

Der Vorstand.

A n f r a g e.

Mehrere Theaterbesucher stellen die Frage, warum man Fräulein Reuß die Rolle der Martha abgenommen, und dieselbe Fräulein Bruckner zugetheilt hat. Fräulein Reuß hat diese Partie sehr brav und zu voller Zufriedenheit des Publikums gesungen, und es scheint deshalb, als wolle man, indem man Fräulein Bruckner diese Partie bei der zweiten Aufführung und nach der gelungenen Darstellung durch Fräulein Reuß überträgt, und dadurch diesem jungen und talentvollen Mädchen ein mindestens gewagtes Unternehmen aufbürden, Fräulein Bruckner die Gunst entreißen, die sie sich beim hiesigen Publikum durch ihr fleißiges und reges Streben während des Winters im hohen Grade errang. Wahrlich, es würde mehr zum Vortheil des Publikums und auch im Interesse der Theaterkasse seyn, wenn nicht immer durch allerlei Intriguen von, weiß Gott, wem, der Bühne das Zusammenwirken zweier so schöner Kräfte entzogen würde, als Frln Reuß und Bruckner sind.

Mehrere langjährige Theaterbesucher.

A u f f o r d e r u n g.

Ich fordere hiermit meinem Sohn, den Seilergesellen Heymann Weiß, dringend auf, sich ungesäumt wegen Militärpflicht nach Hause zu begeben. Auch ersuche ich Jedermann, der seinen gegenwärtigen Aufenthalt kennt, mir diesen anzuzeigen.

Roth, Landgerichts Pleinfeld, den 20. März 1849.

Saloman Weiß.

E i n l a d u n g.

Sonntag, den 25. März Nachmittags 3 Uhr ist Versammlung des Bauernklubs von Mögeldorf, wozu alle Mitglieder der umliegenden Ortschaften wie auch alle Freunde der Demokratie eingeladen werden.

Die Versammlung ist im Lokale des Gastwirths Rukert in Mögeldorf.

Mehrere Mitglieder.

(G e s u c h.) 1 Sopha, 6 Sesseln, 1 runder Tisch, 1 Sekretär und 1 Komode, sämmtlich von Nußbaumholz, werden zu kaufen gesucht.

☞ A u k t i o n.

Nächsten Dienstag den 27. März 1849, Vormittags 10 Uhr anfangend,

werden im Hause S Nro. 1567 Rosenthalgasse hier an den Meistbietenden verkauft:

116	Pfund	ein s. g. Feuerungs-Vorderstück von Gußeisen.
64	„	„ „ Rostlager „ „
679	„	„ „ Roststäbe „ „
25	„	drei Heizthürchen von starkem Eisenblech.
250	„	fünfzehn Stäbe altes Gittereisen von Gußeisen.
12	„	zwei kleine Röste „ „
450	„	ganz große Heizungs-Kanäle $\frac{2}{24}\triangle$[illegible] nebst Ofenrohe mit Bogen, Winkelbüchsen und Vorreider von starkem Eisenblech, 15 Stück alte große Tafeln von Eisenblech.
300	„	mehrere Schrauben und altes Eisen, eine Presse mit Preßkasten u. hölzernen Spindel, ein großes Wasserfaß, dergl. große und kleine Waschwannen, eine Pferdemühle mit allen nöthigen Maschinentheilen, 200 Stück halbzöllige Bretter und 58 Stück Dachlatten in verschiedener Länge, 11 Holzböcke, ein noch ganz neuer Mehlkasten, 6 kleine Wasserschäffer, 2 große Wasserschäffer, 200 Stück irdene Geschirre, tauglich für Blumengewächse, eine hölzerne Wasserbutte, eine Leiter und 400 St. alte Mauersteine.

Kaufslustige werden hiezu eingeladen

durch das öffentliche Kommissions-Bureau von J. St. Schmidt in Nürnberg.

Schießhaus St. Johannis.

Sonntag, den 25. März, Nachmittag produziren sich Hr. Wohlseitz und Consorten, mit neuen und alten Piecen und Doppelgesprächen, vorher geht ein Prolog.

Wozu ergebenst einladet

Kellermann.

Goldne Krone am Obstmarkt.

Sonntag, den 25. März, Abend produzirt sich Herr Wehseitz und Consorten. Wozu ergebenst einladet.

Danner.

Goldener Hirsch

an der Lauferstraße.

Künftigen Sonntag Nachmittag im Saale Produktion vom

K l e e b l a t t.

Die Herren Wildner, Merkel und Eckhardt werden mit neuen Duetten und Doppelgesprächen das verehrte Publikum bestens unterhalten. Hiezu ladet höflichst ein

Sturm.

Kugelmeier'sche Wirthschaft im Doktorshof am Steig.

Sonntag Abends Produktion vom Kleeblatt, um gütigen Besuch bittet

Kugelmeier.

Braunes Hirschlein in der Lottergasse.

Nächsten Montag Produktion vom Kleeblatt, wozu höflichst einladet

Gill.

Schießhaus St. Johannis.

Heute Samstag ist Metzelsuppe, wozu höflich einladet

J. M. Kellermann.

(G e s u c h.) Zur Drechslerprofession wird ein kräftiger junger Mensch in die Lehre zu nehmen gesucht.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Sonntag den 25. März

Gesangs-Unterhaltung von Herrn Fischer,

neue Lieder. Polka, der Sänger und die Zeit, die mütterliche Lehre, das erdliche Kaiserlein, warum ist die Welt so dumm, der Katzenmusikant und Barrikadenchef, Quodlibet mit einem Schlußchor. Zu zahlreichem Besuche ladet ergebenst ein

Neubauer.

Waitzendorfer Bleiche.

Zur Expedition von Tüchern und Garn für die durch ihre vorzüglichen Leistungen hinlänglich bekannte Waitzendorfer Bleiche, empfehlen wir uns auch in diesem Jahre.

Nürnberg, den 24. März 1849.

Fr. Korn'sche Buchhandlung.

(V e r k a u f.) Naß gewordene und beschädigte Westen- und Hosen-Zeuge, Halstücher, Shawls, Mulls, Kattun, Wollenmouslins und andere Kleiderstoffe, Reise-Säcke, Schlafröcke und abgenähte Couverts, werden zu billigen Preisen abgegeben bei

A n d r e a s O t t
am Hauptmarkt.

(G e s u c h) Für eine einzelne Dame wird eine solide Person gesucht, die in der K ü c h e so wie im N ä h e n geübt seyn muß. Näheres in S Nr. 17. II. Etage.

(G e s u c h) Ein starker kräftiger Bursche von 19 Jahren, welcher die Schwein-Metzgerei erlernt hat, wünscht irgendwo bei einem Metzger oder als Hausknecht unterzukommen.

(G e s u c h) Ein gesunder junger Bursche, der schon längere Zeit hier diente, rechnen und schreiben kann, auch mit Pferden umzugehen weiß, wünscht als Ausläufer oder Kutscher am Ziel Walburgi ein Unterkommen. Näheres bei Herrn Beteiler Neupert in der Karthäusergasse.

(M i e t h g e s u c h.) In S. Nro. 593 der Theresienstrasse, II. Stock, wird ein Logis mit zwei Zimmern, Kammern, große helle Küche, Holzlage und Keller sogleich zu miethen gesucht

(A n z e i g e.) S. C. Nro. 520, zunächst dem Albrecht-Dürer, werden Handschuhe so wie alle andern Gegenstände von Filet gestrickt, weißgenäht, so wie auch billige und gute Schneiderarbeit für Frauenzimmer verfertiget.

(Z u v e r k a u f e n) Circa 3 Dutzend zinnerne Klistierspritzen sind billig zu verkaufen. L. Nro 404.

(L i t e r a t u r.) Im Verlag von Fr. Bartholomäus in Erfurt ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

P r a k t i s c h e U n t e r w e i s u n g
in der
Porzellain-, Glas- u. Wachsmalerey
nebst einer getreuen Angabe zur vortheilhaften Fabrikation des Porzellains rc.
8. geh. 36 kr.

Theater in Fürth.

Sonnabend den 24. März. Zum Erstenmale: „Maria Magdalena." Bürgerliches Trauerspiel in 3 Akten von Hebbel.

Stadttheater in Nürnberg.

Sonntag den 25. März Zum Drittenmale: „Martha, oder der Markt zu Richmond. Große Oper in 5 Akten von Friedrich. Musik von Flotow.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 25. März 1849. № 84. Sonntag: Mar. Verk.

Mit dem 1. April beginnt das zweite Quartal 1849 der mittelfränkischen Zeitung. Wir ersuchen daher das verehrliche Publikum, welches auf diese im Sinne wahrer Volksfreiheit redigirte Zeitschrift zu abonniren gedenkt, seine Bestellungen rechtzeitig zu machen, damit wir den resp. Abonnenten vollständige Exemplare liefern können. Der Preis für das Quartal ist inhaltlich des belletristischen Montagsblattes und vieler Beilagen nur auf 1 fl. 45 kr. vierteljährig festgesetzt und nehmen alle kgl. Postämter Bayerns um diesen Preis vierteljährige Bestellungen an. Zu Inseraten eignet sich das Blatt seiner Vielgelesenheit halber ganz besonders.

Die Expedition der mittelfränkischen Zeitung.

†† Politische Schlagschatten.

VI.

Die Wahlen zum Parlament in Frankfurt sprechen am deutlichsten für die damalige Volksunmündigkeit. Dadurch entstand jene Majorität, welche (versteht sich unter der steten Vorhaltung der Regierung: für das einige, freie Deutschland, zur Herstellung der Gesetzlichkeit, Ruhe und Ordnung) vor Allem den Interessen der Fürsten und nicht denen des Volkes diente. Als es zu spät war und das Parlament sich in seinen Fraktionen darstellte, da kam das Volk zur Einsicht, daß es, in seinen Wahlen beeinflußt von den gedungenen Freunden der Regenten, nicht die rechten Männer in die Paulskirche gesendet hatte und daß nur ein kleiner Theil seiner Vertreter es aufrichtig mit ihm meine. Zu spät ist aber soviel als halb verloren.

Die Wirksamkeit der Parlamentsmajorität zeigt sich hauptsächlich in ihren Abstimmungen, denn die besseren oratorischen Talente finden sich in der Minorität, Redner gewöhnlicher Sorte oder servile Redner vermögen aber mit den ausgebildetsten Anlagen nicht zu imponiren. Die Abstimmungen der Majorität aber, von der Errichtung der provisorischen Centralgewalt an bis zu den letzten Abstimmungen über die Vorfälle in Oesterreich und Preußen, was zeigen sie anders, als die Verleugnung ihrer Entstehung aus der Revolution und den Willen, das Fürstenwohl zu fördern, die Volkssouveränetät zum täuschenden Spiegelbilde zu machen und wohl auch eigene egoistische Absichten durchzusetzen. Und diese Majorität wagt es bei jeder Gelegenheit, wenn sich die Stimme gegen die immer frecher auftretende Reaktion erhebt, dieß mit Gespensterseherei zu bezeichnen, diese Majorität wähnt noch, Sympathien im gesunden Kerne des Volkes zu haben; diese Majorität, die zu dem Abschluß des schmählichen Malmöer Waffenstillstandes ihre theilweise erschacherte Zustimmung gab, bei welchem Abschluß Preußen den Intriguanten gespielt und die Centralgewalt blamirt hat, um seine Truppen und den Wrangel nach Berlin zu bringen, um den Belagerungszustand dort energischer verhängen zu können, diese Majorität, die Polen in der Posener Frage geopfert und seine ganze Schwäche und Ohnmacht Wien und Berlin gegenüber wie eine epileptische Krankheit zur Schau trägt, diese Majorität rühmt sich, durch solche Denk- und Handlungsweise das konstitutionell-monarchische Prinzip zu vertreten, das konstitutionell-monarchische Prinzip, dem anfangs wirklich Viele zugethan waren, zu welchem jedoch das Vertrauen verloren werden mußte, je mehr die Fürsten seit den Märztagen selbst davon abrissen und als je treuere Anhänger an demselben, der Kaiser von Oesterreich und der König von Preußen noch nach den bekannten schmählichen Ereignissen in Wien und Berlin sich auszugeben beliebten. Diese Majorität im Parlamente ist nichts mehr werth, aber auch gar nichts mehr, als für die, von denen sie gebraucht wird.

Gehen wir zurück auf die Märztage und verfolgen wir die Hauptmomente der Geschichtsentwickelung wie Stundenzeiger, ob wir uns nicht vorkommen, wie jene träumerischen Wanderer, die eine Zeit lang vorwärts gekommen, aber durch einen Fehltritt umgewandt und nun wieder rückwärts gegangen sind? Die Errichtung der provisorischen Centralgewalt in dem unverantwortlichen Reichsverweser Erzherzog Johann von Oesterreich schloß die Frage über die Regierungsform Deutschlands zu und diese von Gagern veranlaßte Wahl durch die Nationalversammlung (Parlament), jedoch im Vertrauen auf die Zustimmung der deutschen Regierungen wurde ein „kühner Griff" Gagerns genannt, während man vielfach die Behauptung hörte, die Sache sey vorher schon mit den Regierungen abgemacht gewesen, was gewiß nicht unwahrscheinlich ist, ja nach den letzten Ereignissen an Gewißheit immer mehr zunimmt.

Deutsche Staaten

München, 22. März. Das heutige Regierungsblatt Nro. 14 enthält die Bekanntmachung, die Hauptrechnung der allgemeinen Brandversicherungsanstalt für das Jahr $18^{47}/_{48}$ betr. Wir entnehmen dieser Bekanntmachung Folgendes: Das am Schlusse des Jahres $18^{46}/_{47}$ bestandene Assecuranz-Kapital zu 610,924,210 fl. hat sich im Laufe des Jahres $18^{47}/_{48}$ in Folge neuer Beitritte und Erhöhungen nach Abzug der Minderungen wieder um die namhafte Summe von 12,762,010 fl. vermehrt, und betrug am letzten September 1848 — 623,686,220 fl., wovon sich in die I. Klasse 191,202,900 fl., II. Klasse 194,516,380 fl., III. Klasse 56,552,030 fl.; und in die IV. Klasse 181,414,910 fl. reihen. Die Brandentschädigungen stellen sich im Jahre $18^{47}/_{48}$ auf die Summe von 1,758,201 fl. 26 kr., wovon 218,408 fl. 34 kr. den Vorjahren, und 1,539,792 fl. 52 kr. dem Jahre $18^{47}/_{48}$ angehören. Für das Jahr $18^{46}/_{47}$ hatte sich die Summe der diesem Jahre angehörigen Brandentschädigungen auf 1,094,899 fl. 46 kr. 4 hl. und jene der Entschädigungen auf den Bestand der Vorjahre zu 136,891 fl. 39 kr. 6 hl. berechnet; es ist somit bei den ersteren eine Mehrung von 444,893 fl. 5 kr. 4 hl. und bei den letzteren eine Mehrung von 81,516 fl. 54 kr. 2 hl. eingetreten. Die Zahl der Brandfälle hat sich im Jahre $18^{47}/_{48}$ auf 865 und die Zahl der hierbei beschädigten Gebäude-Inhaber auf 2,167 entziffert. Es bietet sohin das Jahr $18^{47}/_{48}$ gegen das Vorjahr $18^{46}/_{47}$ bezüglich der Brandfälle eine Minderung von 28, und hinsichtlich der beschädigten Gebäude-Inhaber eine Mehrung von 136 dar. Die spezielle Veranlassung ist bei 631 Bränden unentdeckt geblieben; 29 Brandfälle sind durch Blitz, 39 durch fehlerhafte Bauart und Schadhaftigkeit der Kamine, dann 27 durch Fahrlässigkeit herbeigeführt worden. In 139 Fällen ist die Brandstiftung theils erwiesen, theils wahrscheinlich gemacht. Das Detail der Hauptrechnung und sämmtlicher Nachweisungen, dessen unverzüglicher Druck gleichzeitig angeordnet worden ist, wird in einer besonderen Beilage des Regierungsblattes baldmöglichst nachfolgen.

München, den 23. März. Der Finanzrechnungskommissär in Ansbach K. L. Leister wurde zum Rentbeamten in Weismain, und an dessen Stelle zum Finanzrechnungskommissär in Ansbach der Liquidationskommissär der Steuerkatasterkommission in München J. Düring ernannt; das Kantons-Physikat Waldmohr dem praktischen Arzte Dr. K. H. Kalbfuß aus Neunkirchen verliehen; desgleichen die bei dem Landgerichte Kronach (Oberfranken) erledigte Aktuarstelle dem geprüften Rechtspraktikanten G. Lintl aus Bayreuth übertragen. (N. M. Z.)

Freiburg, den 20. März. Heute haben die öffentlichen und mündlichen Gerichtsverhandlungen vor dem ersten badischen Geschwornengericht, und zwar in Sachen Struve's und Blind's, dahier begonnen. Die Sitzung dauerte von Morgens neun Uhr bis Abends fünf Uhr. Nachdem die Sitzung durch den Präsidenten Litschgi eröffnet war, traten die Angeklagten auf sein Geheiß unter Begleitung von 4 Gensdarmen in den Saal und nahmen auf der Anklagebank Platz, worauf diejenigen Gesetze zur Verlesung kamen, auf ~~deren Grund~~ die Organisation des Gerichtshofes in seiner jetzigen Art und Zusammensetzung, so wie das bei demselben stattfindende Verfahren begründet ist. Zwei Hofgerichtsräthe von Bruchsal sitzen unter den Richtern, da einige Mitglieder des hiesigen Richterpersonals aus gesetzlich vorgesehenen Gründen nicht theilnehmen können. Ebenso wohnen zwei Ergänzungsrichter von da der Sitzung bei. Von den Geschworenen fehlt Niemand außer Dominik Schilling von Grießen, und von den hiesigen Ersatzgeschwornen Niemand, außer dem Handelsmann D. Gaeß von hier, beide wegen Krankheit. Nachdem die Geschwornen beeidigt waren, erklärte der Präsident die Verhandlung für eröffnet, und richtet eine alle Gemüther ergreifende kurze Ansprache an die Geschwornen, die Angeklagten und Vertheidiger und das Publikum. Folgte nun die Angabe von Namen, Stand, Alter u. Wohnort Seitens der beiden Angeklagten, worauf der Gerichtsschreiber die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft verliest. Die Verlesung dauert gegen zwei Stunden. Es war unterdessen über 12 Uhr geworden, und trat nun eine Pause von einer halben Stunde ein. Nach Wiederaufnahme der Sitzung sollte das Zeugenverhör beginnen, als sich Adv. Brentano erhob, und in einer langen Rede die Zuständigkeit des hier konstituirten Gerichtsinstituts angriff. Wir müssen die Erörterung der etwas komplicirten Rechtsfrage, die Brentano mit Geschick zu Gunsten der Angeklagten ausführt,. ohne jedoch der mißlichen Situation ausweichen zu können, daß er den anwesenden Geschwornen Mancherlei sagen mußte, was ihnen nicht sonderlich gefallen haben mochte, für heute verschieben u. bemerken nur, daß sie sich hauptsächlich auf formelle Anstände bezog, wie die Geltendmachung eines provisorischen Gesetzes über das Schwurgericht, während seitdem ein definitives, und zwar freisinnigeres zu Stande gebracht worden sey, den Mangel in der Verkündungsart jenes provisorischen Gesetzes ꝛc. Ferner protestirt er gegen das Zerreißen des ganzen Prozesses, was dadurch geschehe, daß man aus der Zahl der der einen untheilbaren That Angeklagten, zwei herausgreife, um sie einzeln aburtheilen zu lassen. Eben so verwahrt er sich gegen die von ihm als unfrei geschilderte Bildung der Geschwornenliste. Alle diese Punkte sind in einer von den Vertheidigern und den Angeklagten unterzeichneten Protestschrift näher ausgeführt, und mit entsprechenden Anträgen auf Umbildung des Gerichtshofs und Gerichtsverfahrens, so wie auf Vertagung der Procedur versehen. Nach ihm erhob sich Struve, und erklärte sich mit dem von Brentano Vorgebrachten in einer ausführlichen Rede vollkommen einverstanden. Die Darstellung der Behandlung, die er und besonders seine Frau während der Gefangenschaft erfahren, bildet den Haupttheil derselben. Er protestirt sodann gegen die angeblichen rechtswidrigen Eingriffe höherer Beamten des Landes, namentlich des Staatsraths Bekk, in seiner Sache und gegen die behaupteten Verkümmerungen seiner Vertheidigungsmittel. War schon Struve's Rede heftig genug, so übertraf ihn Blind noch an Leidenschaftlichkeit in einer kurzen Zustimmungserklärung, die auch er seinerseits abgab. Als er seine Ansicht von den Pflichten der Geschwornen und die Absicht erklärte, der heuchlerischen Regierung und „den Herrn mit der Krone" die Larve abreißen zu wollen, wurden deutliche Zeichen allgemeinen Unwillens im Saale laut. Ihnen antwortete der Staatsanwalt Eimer. Er nahm in seinem Vortrag, dem man die Wärme persönlicher Ueberzeugung in allen Worten anmerkte, die Regierung gegen die vorgebrachten Angriffe in Schutz, stellte die übermäßige Härte gegen die Gefangenen in Abrede, zeigte, daß vielmehr die höchste Schonung, die sich nur

mit den Umständen vertrage, geübt worden sey, — ohne Eines oder das andere Erheblichere zu läugnen, was er selbst nicht vorgekommen wünsche. Das Ministerium habe sich keinerlei ungesetzliche Eingriffe in den Gang der Untersuchung oder sonst in der Sache erlaubt, und eben so wenig seyen dem Angeklagten seine vermeintlichen Vertheidigungsmittel verkümmert worden. Die angefochtene Rechtsbeständigkeit des Gerichtshofes erscheine nicht zureichend begründet, und die angebliche Zerreißung des großen Prozesses sey zum Theil dies nicht, zum Theil liege die vereinzelte Vornahme der Angeklagten für Das, was ihnen persönlich zur Last gelegt werde, sogar im Interesse der Angeklagten. Gegen das ganze, so stark gerügte Verfahren könne aber kein haltbarer, aus einem positiven Gesetze geschöpfter Einwand vorgebracht werden. Er trägt deshalb schließlich darauf an, der Gerichtshof möchte die von den Angeklagten und der Vertheidigung gestellte Einrede der Unzuständigkeit verwerfen. Wiederholt suchen hingegen Brentano und Struve die von ihnen gestellten Anträge zu vertheidigen, wobei es wieder nicht an allerlei Abschweifungen fehlt, die sich auf alles Andere eher, als auf die Formfrage bezogen. Dennoch war wiederum das Redetalent, welches besonders Brentano dabei bekundete, ein solches, dem man seine Anerkennung nicht versagen konn. Unterdeß war es nahe an 5 Uhr geworden. Der Gerichtshof zog sich in's Berathungszimmer zurück und erschien wieder nach einer kleinen halben Stunde, wo der gefaßte Beschluß verlesen wurde, daß die Einreden der Angeklagten und Vertheidiger und ihre darauf gestellten Anträge als nicht begründet verworfen werden. Schluß der Sitzung nach 5 Uhr. Nächste Sitzung morgen 9 Uhr.

** **Frankfurt**, den 22. März. [191. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Austrittserklärungen von Pözl aus Bayern und Lünzel aus Hannover. Anzeige von Flottenbeiträgen 90 Thlr. aus Göttingen. Würth aus Sigmaringen interpellirt das Reichsjustizministerium, ob eine Anordnung auf verschärfte Polizeimaßregeln in Bezug auf die Festnehmung von Personen, die sich politischer Vergehen schuldig gemacht, an die um Frankfurt herum gelegenen Staaten erlassen worden sey, damit die Nationalversammlung geschützt sey. Hierauf Tagesordnung: Fortsetzung der Abstimmung des Welker'schen Antrags. Die Minoritätserachten III. IV. V. VI. werden zurückgezogen.

Hildebrand bringt drei Abweichungen an dem Ausschußantrag in Vorschlag: Für I a wird folgende Fassung beantragt: „das deutsche Reich besteht aus dem Gebiete des bisherigen deutschen Bundes. Die Festsetzung der Verhältnisse des Herzogthums Schleswig bleibt vorbehalten.“ Nach I b ist als dritte Modifikation unter c einzuschalten: „c. Daß in den §§. 81 und 108 die Bestimmungen über das Veto des Kaisers in der Fassung beibehalten werden, wie sie aus der ersten Lesung hervorgegangen sind.“ Unter b 3 ist Lit. 6, welche die geheime Wahl in eine öffentliche verwandelt, ganz wegzulassen. Der Antrag wird mit 487 gegen 6 Stimmen abgelehnt. (8 enthalten sich der Abstimmung.) Ueber einen Antrag des Abg. Radowitz und Genossen wird durch Aufstehen und Sitzenbleiben abgestimmt. Er lautet: „Die deutsche konstituirende Nationalversammlung, in Erwägung der dringlichen Lage der vaterländischen Verhältnisse beschließt: 1) Die gesammte deutsche Reichsversammlung, so wie sie jetzt nach der ersten Lesung und nach möglichster Berücksichtigung der Regierungen von dem Verfassungsausschusse redigirt vorliegt, wird einschließlich des Wahlgesetzes, jedoch mit den durch den Verfassungsausschuß vorgeschlagenen Modifikationen, durch einen einzigen Gesammtbeschluß angenommen. 2) Dem nächsten nach Einführung der Verfassung zusammentretenden Reichstage wird das Recht vorbehalten, in seiner ersten Sitzungsperiode Aenderungen einzelner Bestimmungen der Verfassung in Gemeinschaft mit der Reichsregierung in den Formen der gewöhnlichen Gesetzgebung zu beschließen. 3) Die sämmtlichen deutschen Regierungen werden eingeladen, diesem Beschlusse zuzustimmen und ihn in Ausführung zu bringen. 4) Mit denjenigen deutschen Staaten, welche der Reichsverfassung nicht beizutreten erklären, besteht das Bundesverhältniß fort, welches durch die Akte vom 8. Juni 1815 festgestellt worden. Die durch die veränderten Umstände gebotenen Modifikationen in derselben bleiben einer unverzüglichen Revision vorbehalten. 5) Nach eingegangener Erklärung sämmtlicher Regierungen über ihren Beitritt wird die Wahl des Reichsoberhauptes erfolgen.“

Der Antrag wird verworfen. Abg. Eisenstuck erklärt, seinen Antrag zurückziehen zu wollen, sich aber vorzubehalten, falls der Heckscher'sche Antrag keine Majorität erhalten sollte, einen Dringlichkeitsantrag zu stellen. Abg. Bresgen hingegen erklärt, daß er den Eisenstuckschen Antrag wieder aufnehme. Es wird daher zur namentlichen Abstimmung über denselben geschritten. Große Heiterkeit erregt, daß Abg. Eisenstuck gegen seinen Antrag stimmt. Der Antrag lautet: „In Erwägung: 1) daß die Abstimmung in Bausch und Bogen über den vorliegenden modifizirten Verfassungsentwurf, ohne spezielle Abstimmung über dessen einzelne Theile, das freie Abstimmungsrecht aufheben und das Gewissen der Volksvertreter verletzen würde; 2) daß aber bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands die schleunigste Vollendung des Verfassungswerkes als eine gebieterische Pflicht der Volksvertretung erscheint, beschließt die Nationalversammlung: I. Ueber den vorliegenden modifizirten Verfassungsentwurf wird einschließlich aller Minoritätsanträge des Ausschusses ohne weitere Diskussion und ohne Zulassung fernerer Verbesserungsanträge mit Ausnahme solcher, welche mindestens 50 Unterschriften haben, durch Abstimmung über die einzelnen Paragraphen Beschluß gefaßt. II. Die Abstimmung erfolgt in der vorliegenden Reihenfolge mit Ausnahme des Abschnitts III. der Verfassung, das Reichsoberhaupt, welches zuletzt zur Abstimmung kommt. III. Die Abstimmung wird sofort begonnen und in fortlaufenden Sitzungen das Verfassungswerk in der vorgezeichneten Weise vollendet.“ Der Antrag wird mit 282 gegen 246 Stimmen angenommen.

Nachdem ein Antrag Heckschers abgewiesen, kommt ein anderer Antrag Eisenstucks zur Abstimmung: „In Erwägung, daß die im Reichsgesetzblatt vom 28. Dezember 1848 veröffentlichten Grundrechte dem gesammten deutschen Volke gewährleistet sind, und keine Verfassung oder Gesetzgebung eines deutschen Einzelstaates dieselben je aufheben oder beschränken darf. In Erwägung, daß zu Folge des Beschlusses der Nationalversammlung vom 27. Mai keine Verfassung eines deutschen Einzelstaates Bestimmungen enthalten darf, welche der deutschen Reichsverfassung zuwider laufen. In Erwägung, daß die österreichische oktroyirte Verfassung vom 4. März diesen gesetzlichen Bestimmungen nicht entspricht. In Erwägung, daß es die heilige Pflicht der deutschen Nationalversammlung und des gesammten deutschen Volkes ist, dem Volke jedes Einzelstaates die gewährleistete Freiheit unverkürzt zu bewahren und die Regierungen der Einzelstaaten zur Erfüllung dieser Pflicht anzuhalten, beschließt die Nationalversammlung: 1) die am 4. März oktroyirte Verfassung für Oesterreich ist für die zum deutschen Reiche gehörigen Theile des Kaiserstaates nicht verbindlich, insoweit sie den angeführten Beschlüssen der Nationalversammlung zuwiderläuft; 2) das Reichsministerium ist beauftragt, diesen Beschluß mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zur Ausführung zu bringen.“ Der Antrag wird mit 275 gegen 174 abgelehnt, 63 Mitglieder haben sich der Abstimmung enthalten. — Präsident Simson zeigt hierauf an: daß das gesammte Ministerium sammt den Unterstaatssekretären ihre Entlassung bei dem Reichsverweser eingereicht und erhalten habe. Bis zur Ernennung neuer Minister wollen die bisherigen ihre Funktionen fortsetzen. Einem Antrag auf Dringlichkeit, das Wahlgesetz, wie es nach der ersten Lesung gefaßt sey, anzunehmen, wird nicht statt gegeben. Hierauf folgt der Schluß der Sitzung, nächste morgen.

Frankfurt, 18. März. Die Grundrechte sichern uns, namentlich für Preßvergehen, Geschwornengerichte zu; das Reichsministerium der Justiz bedroht die Schritte zur Verwirklichung dieser Zusicherung — mit Selbsthülfe des Militärs. Hr. Robert Mohl hat ein solches Reskript an den Senat der freien Stadt Frankfurt erlassen. (Mannh. Abdz.)

Frankfurt, 16. März. Von Herrn Jürgens sagt man, seine Ueberzeugung sey etwas zu Gunsten des Erbkaisers erschüttert, aber noch nicht ganz. Er wolle es „an den Knöpfen seines Rockes abzählen,“ ob er für oder gegen Preussen stimme. Dagegen läuft ein kernhaftes Wort von Adolph von Zerzog, dem Regensburger, um. Die Herren kamen ihm mit der Idee des Dreiregimentes. Oesterreich, Preussen und ein aus den Königen zu wählender Direktor solle herrschen. Bei letzterem wird vorzugsweise an Bayern gedacht. „Ich stimme für Einen!“ versetzte Zerzog. „Denn so viel weiß ich aus der Naturgeschichte und Erfahrung, daß wo Drillinge geboren werden, da leben sie nicht lange. Und in der Regel kostet's auch noch die Mutter dazu.“ (D. Reichsz.)

Mainz, den 21. März. Bei Eltville wollten sich heute zwei Personen von dem Dampfschiffe auf dem sie sich befanden, ans Ufer begeben. Unglücklicherweise kam das Landungsboot in den Wellenschlag der Räder des abfahrenden Dampfers und stürzte um. Die Schiffer retteten sich, aber die beiden Passagiere, ein bejahrter Bürger von Mainz und ein Mädchen aus Eltville, ertranken. (Frkft. O.-P.-Z.)

Kassel, den 20. März. Der zur Entwerfung einer wegen Verminderung der Hofdotation an den Kurfürsten zu richtenden Adresse bestellte ständische Ausschuß hat heute bereits berichtet und der Ständeversammlung folgenden Entwurf zur Annahme empfohlen: »Königl. Hoheit! Die Stände, von der immer mehr zunehmenden Noth und Bedrängniß des Landes tief durchdrungen, halten es für ihre heilige Pflicht, offen Ew. kgl. Hoheit die feste Ueberzeugung auszusprechen, daß es die Kräfte eines großen Theiles des Landes völlig erschöpfen würde, wenn wegen der schweren Ausgaben des Staates Angesichts des weitverbreiteten Elendes eine Steuererhöhung eintreten müßte. In diesem Augenblicke schon sind die Ausgaben des Staates fast unerschwinglich und es ist nicht abzusehen, inwieweit sie sich noch fernerhin vermehren werden. Ew. kgl. Hoheit treuergebene Stände sind innigst überzeugt, daß einem Uebel, wie dem der allgemeinen Verarmung, nur allein wirksam vorzubeugen ist, wenn die Hülfe zeitig und in angemessener Weise geschofft wird. Die Stände hoffen zuversichtlich, Ew. königl. Hoheit werden die von hochwichtigen Ereignissen, wie die erlebten, unzertrennlichen Bedrängnisse, sicher und mit warmem Herzen erkennen und Opfer nicht scheuen. Denn das wahre Wohl des Fürsten beruht in dem Glück und Wohlstand der Bürger. Die Stände richten daher das ehrfurchtsvolle, dringliche Ersuchen an Ew. kgl. Hoheit: „es mögen höchstdieselben eine angemessene Verringerung der Hofdotation eintreten lassen.« — Diese Adresse ist von der Ständeversammlung angenommen worden. Eine Deputation von sieben Mitgliedern wird dieselbe dem Kurfürsten überreichen, sobald derselben eine Audienz, um welche bereits nachgesucht ist, ertheilt seyn wird. (Frkft. J.)

†*† **Berlin**. [II. Kammer. Sitzung vom 21. März.] Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Ein dissentirendes Votum in Bezug auf die gestrige Abstimmung, von den Abgeordneten Papa und Genossen, wird verlesen. Die Unterzeichner rechtfertigen darin ihr gestern verworfenes Amendement. — An Stelle Herrn Simon's ist Aldenhoven in die Verfassungs-Kommission gewählt: — Schneider (Schönebeck) macht eine faktische Berichtigung zu der gestern verlesenen Erklärung seiner Wahlmänner. Er will nur erklärt haben, daß er unter dem Ministerium Brandenburg an der Volksvertretung Theil zu nehmen entschlossen sey. Er warnt vor einer Beachtung solcher aus den Wahlbezirken gegen Abgeordnete sich einfindenden Verläumdungen. —

Fortsetzung der Adreßdebatte. Satz 3 des Entwurfs lautet: „Die in Beziehung auf den über die Hauptstadt verhängten Belagerungszustand uns gemachten Vorlagen werden wir mit gewissenhaftem Ernste prüfen, und uns dabei von der Ueberzeugung leiten lassen, daß wahre Freiheit nicht ohne gesetzliche Ordnung bestehen kann In Betreff des außerhalb der Stadt Berlin über einzelne Orte und Kreise verhängten Belagerungszustandes sehen wir einer weiteren Mittheilung Euerer Königlichen Majestät Regierung entgegen.“ — Grebel: Dieser Paragraph sey noch nicht einmal das Echo der Thronrede, diese spricht wenigstens ihr Bedauern aus. Das Faustrecht des Mittelalters hatte gewisse Formen und Schranken, das moderne Faustrecht, der Belagerungszustand, hat keine. Er erinnert an die Ausweisung des Abgeordneten Rodbertus. Nicht einmal Gründe habe man dafür angegeben. Statt aller Gründe habe Wrangel, wie einst Brenus in Rom sein Schwert in die Wagschaale gelegt. Der Belagerungszustand war ohne allen Anlaß verhängt, kein Gesetz rechtfertigt ihn, und mit der Würde der Berathung einer Volksvertretung im Widerspruch besteht er noch heute. Am 9. November war Berlin in tiefster Ruhe; Plakate waren gedruckt, die die Verhängung des Belagerungszustandes als Folge blutiger Konflikte darstellten, die blutigen Konflikte blieben aus, aber der Belagerungszustand trat ein. Es kam nur auf Sprengung der National-Versammlung an, an der mancher Ritter auf unritterliche Weise zum Ritter geworden ist. Das Ministerium hat ein Phantasiegemälde in seiner Vertheidigungsschrift entworfen, in welchem Nichts fehlt an Dolchen, Brand, Stricken, nichts als die Beweise. Nicht ein strohhalmstarker Beweis ist geliefert. (Lachen rechts.) Lassen Sie das Lachen seyn, antworten Sie mir nachher. Der Minister des Innern hat selbst erklärt, es sey während der Dauer des Belagerungszustandes kein Exzeß vorgefallen. Wozu besteht er also noch? — Das Ministerium glaubt auf den Rechtsboden zu stehen. Das Ministerium beruft sich auf die oktroyirte Verfassung

vom 5. Dezember zur Rechtfertigung des schon am 9. November verhängten Belagerungszustandes. Die Würde der Volksvertretung anlangend, so wird zwar Herr v. Wrangel, so lange es dem Ministerium gefällt, uns keine Hindernisse in den Weg legen; aber wie das Land die Sache ansieht, mag der hier überreichte Protest der Stadt Neuß ergeben.

Min. v. Manteuffel: Er sey der Meinung gewesen, daß die Denkschrift erst nach der Vorberathung in den Abth. der Beurtheilung unterworfen werden sollte. Von Plakaten der erwähnten Art sey ihm nichts bekannt, und in Betreff der Exzesse müsse er anführen, daß am 18. März 20 Schutzmänner zum Theil sehr gefährlich verwundet worden sind. Min. v. d. Heydt erklärt, daß er alle Handlungen der Minist., die vor seinem Eintritt geschehen seyen, vollkommen billige. Gerade diese Handlungen haben ihn bestimmt, in das Minist. einzutreten. Schmidt (Landshut): Die Denkschrift sey nicht in den Abth. berathen worden. Ulrich: Die Adresse sey nicht der Art, um ein Urtheil über den Belagerungszustand auszusprechen. Der Belagerungszustand habe nicht einen geordneten Zustand verletzt, er sey nur verhängt worden, um einen gesetzlichen Zustand herzustellen. Er erinnert an die Zustände vom Sommer und Herbst. Die Nationalrepräsentation war in fortwährendem Belagerungszustand, die Centralbehörden fortwährenden anarchischen Angriffen ausgesetzt, und damit wurde das Recht der ganzen Nation verletzt. Deshalb hat die Regierung einen exceptionellen Zustand verhängen müssen. Der Belagerungszustand hat keine politische Meinung verhindert, sich zu äußern; (links Gelächter), ich will sagen: hat ein Soldat in der Weise die Nat.-Vers. in ihrer freien Berathung so gehindert, wie dies im Sommer von anderer Seite geschehen ist. D'Ester führt zur Widerlegung an, es habe vor etwa 10 Tagen „der hohen Polizei" gefallen, während er sich in der Sitzung befunden, in seine Wohnung einzubrechen und Haussuchung zu halten. Seinen Hausleuten sey deshalb Stillschweigen auferlegt worden. (Pfui! links.) Min. v. Manteuffel: Er wisse von dieser Thatsache nichts. Moritz, während die Nat.-Vers. in Brandenburg tagte, hat man in Berlin den Belagerungszustand verhängt. Konnte dies zum Schutz der Nat.-Vers. geschehen? Jung: die Adreßkommission spricht ihre Sehnsucht nach Herstellung des Rechtszustandes aus, die Aufhebung des Belagerungszustandes wird dazu die beste Gelegenheit bieten. Sobald eine Kammer sich gegen eine Maßregel erklärt, welche eine Suspendirung eines Grundrechts involvirt, muß die Maßregel sofort aufgehoben werden. Sonst würde man dem Minist. eine exorbitante Gewalt in die Hände geben. Nun fehle es auch an allen Voraussetzungen, die den Belagerungszustand rechtfertigen könnten. Von einem offnen Widerstande der Bürgerwehr, wie die Denkschrift behaupte, sey nie die Rede gewesen. Es sey ja bekannt, daß man den „passiven Widerstand" zur Losung gemacht habe, und dieser schließe alle thätige Widersetzlichkeit aus.

Der Redner wies die Ungesetzlichkeit der verhängten Maaßregeln nach, man habe die Bestimmungen der Habeas-Korpus-Akte nicht offen suspendirt, aber sie fortwährend faktisch verletzt. Endlich berufe sich das Ministerium auf das Militärstrafgesetzbuch, das sich nur auf Militärpersonen, Militärbeamte und den Kriegsschauplatz beziehe. Es enthalte einen Artikel, den das Ministerium nicht anführe. Es heiße: Wer seine Befugnisse überschreite und durch die Gewalt, auf die Rechtspflege einwirke, solle mit Entsetzung und Arrest bestraft werden. Das Ministerium und der General v. Wrangel sind der Gesetzesverletzung schuldig, und das Volk hat erfahren, daß man ihm die Freiheit nur nach dem Maaße zumißt der Furcht, die man vor ihm hat. Die Exzesse des Volkes führt man auf, aber die Exzesse der Reaktion, die Brutalität des Militärs aller Orten verschweigt man. Man entschuldigt diese durch die Aufregung; glauben Sie, daß das Volk nicht gereizt worden ist? Die Denkschrift hat wenig vom Denken, desto mehr von Leidenschaft. Bei Darstellung würde man eine Analogie haben in einer Geschichte der Reformation, die von dieser nichts zu erzählen wüßte, als die Bilderstürmereien in Wittenberg. Man sollte sich schämen, ein solches von Parteileidenschaft getränktes Aktenstück als Staatsschrift vorzulegen. Der Belagerungszustand wird das Rad der Geschichte nicht aufhalten, der nächste Sturm wirft jedoch dieses oktroyirte Kartenhaus total um. Im Jahre 1848 war ja mehr als Belagerungsstand, was hat er denn am 18. März genützt? Tödte man den Pulsschlag der Geschichte im Herzen des Volkes, mache man das Volk zu Chinesen, auf andere Weise läßt sich die Bewegung nicht ertödten. Möge der Referent im Interesse der Monarchie, in deren Interesse er nicht will, daß Bummler mit der Krone Federball spielen will, für Aufhebung des Belagerungszustandes sprechen, somit nicht Kavallerieoffiziere mit den Rechten des Volkes Federball spielen dürfen. — Er weist auf den Ausfall der Berliner Wahlen hin, als auf eine Frucht des Belagerungszustandes und auf die Gefühle der Wuth, der Rache; die in den Herzen der Unterdrückten genährt werden. Er bittet, im Interesse der Regierung selbst, sich dem Amendement d'Ester anzuschließen.

(Schluß folgt.)

Französische Republik.

† **Paris**, den 20. März. Der hiesige Deutsche Verein feierte gestern Abend die Wiener und Berliner Revolution im traulichen Kreise. Die Montagne beabsichtigte heute eine große Demonstration zu Ehren der vorjährigen Mailänder Erhebung und der übrigen westlichen Revolutionen. Indessen habe man es für gut gefunden, diese Feier zu verschieben. Es scheint ihr etwas unpassend, in demselben Augenblicke die Champagnerpfropfen knallen zu lassen, wo der österreichische Centaur die italischen Patrioten wie tolle Hunde niederschießen läßt und sich rühmt, den Frieden nur in Turin zu unterzeichnen. Für die beiden Hingerichteten Dacr und Lahr wird eine große Kirchenfeier organisirt.

Die Kriegsgerichte der Rue du Cherche Midi sitzen immer noch fort und verurtheilen fleißig. Lemaitre, einer der bewährtesten Republikaner schon zur Zeit der Julimonarchie, wurde von ihnen gestern zu 20jährigem Gefängniß verurtheilt, weil er eine Barrikade kommandirt und gegen die Bürgerwehr Feuer befohlen hatte. Zwanzig Jahre! Diese Härte der Kriegsgerichte soll abschrecken, hat aber das Gegentheil zur Folge, wie man sich aus den zahlreichen Verhaftungen unter der hiesigen Garnison überzeugen kann.

[Verhaftungen unter dem Militair.] Sieben und zwanzig Gemeine (Hoffstyl) und sechs Sous-Offiziere wurden alle vorgestern aus der Garnison von Vincennes in strenge Haft abgeführt, weil sie die rothe Republik hatten hoch leben lassen und sich zum Sozialismus bekannten. Hr. Changarnier ist fest entschlossen, eher wie weiland St. Mauritius die ganze Armee zu dezimiren, als zu gestatten, daß sie vom Kommunismus angesteckt würde. Er hat hiefür sehr sinnreiche Mittel erfunden. Er schickt provozirende Agenten in Kasernen und läßt Alles einstecken, was schreit: Vive la Rep. democr. Sociale! Er wird hierin von Carlier und Bertoglio auf's Wärmste unterstützt. Sieht irgend ein Polizeibüttel ein demokratisches Blatt in der Hand eines Tourlourau, so reißt er es ihm aus der Hand oder wirft ihn in's Loch. Dieses Alles hält jedoch die Rothen nicht ab, zusammenzusteuern, um ihre Jourale gratis an das Militair zu vertheilen. „Peuple" meldet, daß bis zum 20. März bereits 280 Frkn. 55 Centime hiefür einliefen und 1068 Exemplare dieses Blattes an Soldaten vertheilt wurden. In der Rue Montmartre kam es zu einer förmlichen Prügelei zwischen den Sbirren, Carliers und unseren sozialistischen Marssöhnen. Armer Changarnier! „Peuple" bringt heute eine energische Protestation von einem Theile der Vincenner Garnison gegen dieses Verfahren.

Griechenland.

Athen, 6. März. Die Frage des deutschen Reichsgesandten Fürsten von Hohenlohe: „Wie viel Deutsche noch in Griechenland seyen?" erzeugte eine Statistik, welche deren Verfasser, Philipp Müller, demnächst dem deutschen Parlamente vorzulegen gedenkt. Die Hauptergebnisse sind folgende: die Seelenzahl der Deutschen in Griechenland übersteigt nicht ein halbes Tausend (wie früher irrthümlich geglaubt wurde), sie erreicht fast ein ganzes Tausend. Verheirathet sind: 184 Männer mit 124 deutschen Frauen, 46 Griechinnen, 4 Französinnen, 7 Italienerinnen, 2 Schweizerinnen und einer Dänin. Wittwer sind 10, Wittwen 16, Ledige beiderlei Geschlechts 90, deutsche Kinder 309, von den Griechinnen 83, von den Französinnen 3, von den Italienerinnen 8, von den Schweizerinnen 5 und von der Dänin 3. Das Durchschnittsalter der Männer ist 35 bis 45 Jahre. Katholiken sind 170, Protestanten 118, Juden 12, griechisch getauft, zum Zwecke der Verheiratung mit Griechinnen 9. Aus Baden sind 10, Bayern 187, Braunschweig 1, Dessau 3, Frankfurt 1, Hamburg 2, Hannover 12, Hessen 11, Holstein 1, Luxemburg 1, Mecklenburg 2, Nassau 1, Oesterreich 8, Oldenburg 10, Posen 2, Preussen 33, Sachsen 16, Sachsen-Weimar 2, Schwarzburg-Sondershausen 1 und Würtemberg 25. Im Staatsdienste, als Aerzte, Professoren, Lehrer und Geometer sind angestellt 18. Militär-Pensionärs sind 4, pensionirte Militär-Wittwen und Waisen 9, Invaliden 7. In der Armee dienen noch bei der Infanterie 6, Musik 12, Kavallerie 4, Artillerie 1, Ouvrierscompagnie 11 und Fuhrwesen 3. Von den Philhellenen leben noch, theils in Aktivität, theils in Disponibletät 8. Aerzte praktiziren 19. Die Militärkolonie Harakli zählt noch 16 Männer, 12 Frauen, 1 Wittwe, 24 Jünglinge und Knaben, 25 Mädchen; hingegen ist die deutsche Militärkolonie Neu-Tyrinth, das Gestüt Timenium und der Eisenhammer Mylos theils durch Ableben, theils durch Verkauf und Entlassungen gänzlich von Deutschen verlassen. Wahlberechtigt sind 60. — Von den Deutschen werden, mit Ausnahme der beim königl. Hofe Angestellten, nachstehend verzeichnete Gewerbe ausgeübt: Ackerbautreibende 10, Müller 1, Bäcker 1, Metzger 3, Bierbrauer 1, Herrenschneider 6, Frauenschneider 2, Schuhmacher 8, Gärtner 2, Wagner 4, Schmiede 13, Nagelschmiede 2, Messerschmied 1, Kupferschmied 1, Schlosser 4, Feilenhauer 1, Blecharbeiter 3, Mechaniker 2, Graveur 1, Goldarbeiter 3, Gürtler 4, Glaser 2, Hutmacher 1, Regenschirmmacher 1, Instrumentenmacher 1, Klaviermacher 1, Knopfmacher 1, Uhrmacher 1, Tuchscherer 1, Sädler 1, Rothgerber 1, Kaminfeger 2, Sattler 3, Seifensieder 1, Tischler 16, Zimmermann 1, Maurer 1, Bildhauer 2, Architekt 1, Tapezirer 2, Lithograph 1, Geometer 3, Parfümeur 1, Apotheker 1, Buchhändler 2, Buchbinder 1, Zeichnenlehrer 1, Musiklehrer 1, Fechtlehrer 1, Bergleute 4, Kaufleute 8, Banquier 1.

(Frkf. O.-P.-Z.)

Italienische Staaten.

Genua, 15. März. Der lang ersehnte Tag der Giovine Italia ist endlich angebrochen, der Waffenstillstand mit Oesterreich wurde am 12. vom Ministerium in Turin gekündet, und die Feindseligkeiten dürften noch diese Woche ihren Anfang nehmen. Es muß jedoch diesmal ein Gefühl anderer Natur, als vor einem Jahre, das Volk und namentlich die Truppen bewegen, denn die Nachricht von dem Wiederausbruche des Kriegs ist ungemein kühl hingenommen worden. Gestern hätte die Stadt beleuchtet werden sollen, aber Alles blieb in Dunkelheit, die Soldaten machen finstere Gesichter, und die vielen Schreier sind kleinlaut geworden. Es ist auch kaum anders möglich, denn die Aussichten auf glücklichen Erfolg auf Seiten der Piemontesen sind sehr klein. Sie haben zwar eine ungeheuere Anstrengung gemacht, denn das kleine Ländchen wird den Oesterreichern eine Armee von 100,000 Mann mit 30,000 Mann Reserve entgegenstellen, es fehlt aber von Seiten der Soldaten an Sympathie für die Sache, ferner fehlt es noch immer an tüchtigen Generalen. Die Hauptboffnungen sind nun auf den Polen Chrzanowski gerichtet, der das Ganze leiten soll, denn Karl Albert hat sich das Kommando der Reserve vorbehalten. In wenigen Tagen werden sich die Feinde gegenüberstehen. Wenn man die Militärwirthschaft in Mailand bedenkt, so wäre man versucht, den Italienern einen guten Ausgang zu wünschen; aber die Aussicht darauf ist sehr schwach, wenn kein Wunder geschieht.

(Schw. M.)

Oesterreichische Staaten.

Von der österreichischen Grenze, 18. März. Die Agramer „Novine" vom 15. März bringt die kurze Nachricht: daß so eben die Serben dem kaiserlichen Heere ein Gefecht bei Hatzfeld im Banat geliefert, weil die kaiserl. Truppen den dortigen serbischen National-Ausschuß mit Gewalt auseinander jagen wollten. Dem wird zugleich ein Gerücht beigefügt, daß nämlich die Magyaren auch Hermannstadt erobert und das kaiserliche und russische Heer sich zurückgezogen haben. Die Novine sind das bedeutendste Organ der Kroaten und erfreuen sich des ausgezeichnetsten Rufes der Glaubwürdigkeit. — Uebereinstimmenden Nachrichten zu Folge hat der ungarische Krieg neuestens eine sehr verhängnißvolle Wendung genommen. Der jüngere Sohn des Fürsten Windischgrätz ist von den Magyaren gefangen genommen worden. — Eine Krisis in den südslavischen Gegenden stellt sich als unvermeidlich dar.

(Vz. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Der R. Korrespondent der Mittelfränkischen Zeitung an den Korrespondenten v. u. f. Deutschland.

Sie haben auf meinen Artikel in Nro. 79 der Mittelfränkischen Zeitung eine Erwiderung gebracht; eine Widerlegung aber meiner Behauptungen kann ich in dieser Erwiderung nicht finden. Sie überheben mich daher der Mühe, in eine lange Polemik mit Ihnen einzugehen, was mir in so ferne angenehm ist, als ich im Laufe derselben leicht mich zu einem Ausdrucke hinreißen lassen könnte, der Sie nach Ihrer gewohnten Weise zu einem Gange auf **die Polizei** veranlassen möchte. Denn es ist so schwer, Ihnen die Wahrheit zu sagen, ohne Ausdrücke einzumengen, die jeder ehrliche Mensch für Ehrenkränkungen halten muß. Daß ich Sie für einen Gesinnungsgenossen des Volksboten halte, scheint Ihnen sehr wehe zu thun; ich muß Ihnen aber jetzt offen gestehen, daß ich den Volksboten noch weit höher achte, als Sie; er ist wenigstens consequent reaktionär und trägt offen eine Farbe, — Sie aber sind weder consequent, noch tragen Sie offenes Visir, und seit langen Jahren gelten Sie bei allen Verständigen für den politischen Barometer unserer bayerischen Zustände, der mit Sicherheit anzeigt, wenn die Reaktion im Steigen ist. — Uebrigens hat das Publikum Sie schon zu lange gerichtet, als daß wir über Ihre Tendenz noch in weitläufige Erörterungen einzugehen nöthig haben. — Ob der von mir angegriffene Artikel (wenn auch mit einer Inseratnummer versehen) ein Inserat ist, lassen wir dahingestellt. Sie scheinen für gewisse Artikel einige Vorliebe zu hegen und denselben einen eigenen Raum in Ihrem Blatte einzuräumen, der ungefähr dem Sprechsaal der Mittelfränk. Ztg. gleicht. Uebrigens fällt hier jede weitere Polemik von selbst weg, da Sie einmal sich persönlich dahin aussprachen, daß Sie für den ganzen Inhalt Ihres Blattes, selbst für die Anzeigen verantwortlich seyen. Recht gerne bekennen wir uns übrigens zu einer Verleumdung in so ferne, als wir den Korrespondenten v. u. f. D. in unserem Artikel einen Streiter für Recht und Freiheit genannt haben. Auf die Schlußbemerkung des Korrespondenten glaube ich, im Namen des Blattes, für das ich korrespondire, kühn versichern zu dürfen, daß die Mittelfränk. Zeitung wohl um keinen Preis den Ruf des Korrespondenten haben möchte. Wie es übrigens mit einer Redaktion steht, die sich zwingen läßt, einen Artikel in ihrem Blatte in demselben eignen Blatte für **„nichtswürdige Lüge und Verleumdung"** zu erklären, darüber soll das Publikum entscheiden. Wir können eine solche, gewiß nicht ehrenhafte Handlungsweise nur dem Mangel an allem persönlichen Muthe des Redakteurs des Korrespondenten zuschreiben; denn jeder Ehrenmann hätte bei einer solchen Anmuthung gewußt, daß es nur **ein** Mittel gebe, um die Ehre zu wahren. Dieses Mittel scheint aber dem Herrn Redakteur des Korrespondenten nicht eingefallen zu seyn.

R.

Mit vorstehender Erklärung ist die Redaktion der Mittelfränkischen Zeitung vollkommen einverstanden.

Anzeigen.

Exp.-Nro. 9330. V.

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg.

Zur Vornahme der gerichtlichen Versteigerung der zur Verlassenschaft der Kammmacherts-Frau Kathar. Wilh. Riedel gehörigen Mobilien steht Termin auf

Dienstag den 27. ds. Mts. Nachmitt. 2 Uhr

im Hause L. No. 1409 an, wovon Kaufsliebhaber mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt werden, daß der Nachlaß in Betten, Weißzeug, Kleidungsstücken, in Porzellain, Gläsern, mehreren Gegenständen von Zinn, Kupfer und Blech, dann Schreinerwaaren, einigen Stockuhren und Spiegeln, so wie in verschiedenem Kammmacherhandwerkzeug besteht, und nur gegen gleich baare Bezahlung die Strichsgegenstände verabfolgt werden.

D. i.

Iberl, k. Rath.

Merz.

Beantwortung

der demüthigen Anfrage in Nr. 82 dieses Blattes.

Die Gründe, welche mich bestimmten, das s. g. „Hirtenwort" nicht mitzuunterzeichnen, sind folgende:

1) weil ich ein Feind aller Religionsstreitigkeiten bin und es längst beklagte, daß durch hartnäckiges Festhalten an dem einen Extrem, das entgegengesetzte muthwillig hervorgerufen wurde;

2) weil ich bei den mir näher stehenden Gemeindegliedern noch keine Neigung zum Abfall von der reinen Christuslehre bemerkte, weßhalb eine Ermahnung an sie nicht nur überflüssig, sondern sogar verletzend gewesen wäre;

3) weil mir des Gegensatzes wegen, der Ausdruck „Hirte" höchst ungeeignet schien.

Hilpert, Pfarrer.

Carl Christ. Braun,

Regenschirmfabrikant in Nürnberg neben dem Plobenhof am Hauptmarkt S. No. 822,

erlaubt sich hiemit ein hochverehrliches Publikum zu benachrichtigen, daß bereits die neuesten Stoffe für Sonnenschirme dießjähriger Saison bei ihm eingetroffen sind, weshalb er unter Versicherung bester und billigster Bedienung um geneigte Aufträge bittet.

Um das Lager zu räumen, werden einige hundert seidene Sonnen-, seidene und zeugene Regenschirme von bester Qualität zu herabgesetzten Preisen abgegeben.

Haus-Verkauf.

Der Unterzeichnete ist gesonnen sein 2stöckiges Wohnhaus auf dem Marktplatze dahier Nr. 47, worauf ein Waldrecht mit jährl. 5 Klafter Brennholz und das ganze Gemeinderecht haftet und wobei 3 Tagw. Feldgründe befindlich, zu verkaufen.

Dieses Anwesen eignet sich für einen Flaschner oder Seifensieder, indem 3—4 Stunden im Umkreis sich dergleichen nicht befinden. Kaufsliebhaber haben sich bis zum 5. April d. J. anzumelden.

Velden, den 21. März 1849.

Johann Joachim Ermer,
Webermeister.

(Gesuch.) Ein im Lesen, Rechnen und Schreiben erfahrener junger Mensch, wünscht ein Unterkommen als Auslaufer oder andere Beschäftigung. Näheres besorgt die Exped. d. Bl. unter W. S.

Glückwunsch.

Zu der am 26. d. stattfindenden ehelichen Verbindung des Herrn Jean Schmelzlein mit Käthe Dörflein wünscht alles Glück, das eine heitere Zukunft gewähren kann, von ganzem Herzen

J. P. M.

St. Leonhard.

Montag den 26. März bei günstiger Witterung Metzelsuppe.

A. Feldmann.

Einladung.

Morgen Montag den 26. März ist Metzelsuppe, und wird fortwährend Bockbier ausgeschenkt, hiezu ladet höflichst ein

Kißkalt.

Regensburger Hof.

Heute Sonntag den 25. März findet daselbst Produktion von dem Blechsextett des Hoboisten Sprecher, unter dem gewöhnlichen Entree für Herren 6 kr., für Damen 3 kr. statt, wozu ergebenst einladet

Schmidt.

Prater.

Heute Sonntag den 25. März findet gutbesetzte Harmonie-Musik statt, wozu hiemit höflichst einladet

M. Rupprecht.

Paradies.

Sonntag den 25. März März Harmonie-Musik. Entree a Person 3 kr.

Montag Metzelsuppe, wozu ergebenst einladet

H. W. Adam.

Einladung.

Montag den 26. März produzirt sich Herr Wehefritz und Konsorten in meinem Lokal, wobei ich bemerke, daß sehr guter Bock ausgeschenkt wird.

Reuf, am Paniersplatz.

Versammlung.

Montag Abends Versammlung der Riege I. und II. des Volks-Vereins bei Engelhardt untern Hulern. Gegenstand der Besprechung: die sociale Frage.

Anfang Punkt 8 Uhr.

Bekanntmachung.

Unterzeichneter macht bekannt, daß im Gasthaus zur Lilie in der Beckschlagergasse guter Rheinwein, der Schoppen zu 3, 4 und 6 Kreuzer zu haben ist.

Georg Hümmer,
Gastwirth.

Ersuchen.

Fräulein Pruckner hat gestern die Martha so trefflich gesungen und gespielt, daß wir die Direktion ersuchen, diese Partie ja am Sonntag wieder in den Händen derselben zu lassen.

Mehrere Theaterbesucher.

(Einladung.) Sämmtliche Altgesellen der hiesigen Gewerbe werden dringend ersucht, nächsten Montag den 26. März, im König von England sich einzufinden, indem Wahlmänner aufgestellt werden sollen, zu den bevorstehenden Arbeiter-Kongreß, der hier abgehalten wird.

Nürnberg, den 25. März 1849.

Der Ausschuß.

(Empfehlung.) Vorzüglichen Düsseldorfer Senf in gläsernen Krucken, ½ Pfd. bayer. enthaltend, empfehle ich zu gefälliger Abnahme à 12 kr. pr. Krucke und werden die leeren Krucken à 3 kr. pr. Stück zurückgenommen.

C. C. D. Eidam.

(Anzeige.) Um damit zu räumen, gebe ich mehrere Sorten Wachstücher zu sehr niedrigen Preisen, wie auch noch etwas beschmutztes Baumwollen- und Wollen-Strickgarn, auch Bänder ab.

Christn. Cella.

☞ Auktion.

Nächsten Dienstag den 27. März 1849, Vormittags 10 Uhr anfangend,

werden im Hause S. Nro. 1567 Rosenthalgasse hier an den Meistbietenden verkauft:

116	Pfund	ein s. g. Feuerungs-Vorderstück von Gußeisen.
64	„	„ „ Roststlager „ „
679	„	„ „ Roststäbe „ „
25	„	drei Heizthürchen von starkem Eisenblech.
250	„	fünfzehn Stäbe altes Gittereisen von Gußeisen.
12	„	zwei kleine Röste „ „
450	„	ganz große Heizungs-Kanäle nebst Ofenrohre mit Bogen, Winkelbüchsen und Vorreiber von starkem Eisenblech, 15 Stück alte große Tafeln von Eisenblech.
300	„	mehrere Schrauben und altes Eisen, eine Presse mit Preßkasten u. hölzernen Spindel, ein großes Wasserfaß, dergl. große und kleine Waschwannen, eine Pferdemühle mit allen nöthigen Maschinentheilen, 200 Stück halbzöllige Bretter und 58 Stück Dachlatten in verschiedener Länge, 11 Holzböcke, ein noch ganz neuer Mehlkasten, 6 kleine Wasserschäffer, 2 große Wasserschäffer, 200 Stück irdene Geschirre, tauglich für Blumengewächse, eine hölzerne Wasserbutte, eine Leiter und 400 St. alte Mauersteine.

Kaufslustige werden hiezu eingeladen

durch das öffentliche Kommissions-Bureau von J. St. Schmidt in Nürnberg.

Theatralisches.

Gestern sahen wir zum zweitenmale Martha und zwar mit veränderter Besetzung der Hauptparthie. Daß Frl. Pruckner nicht die Mittel besitzt, diese bedeutende Parthie zu singen, wußten wir im Voraus, daß dieselben aber so gering sind, hätten wir nicht vermuthet, denn ohne die bewiesene große Nachsicht, wären diese verunglückten hohen Töne nicht ohne Mißfallbezeugungen vorübergegangen. Wir hoffen daher, daß Frl. Pruckner, nachdem sie uns einmal in dieser Parthie vorgeführt worden, so bescheiden seyn wird, auf diese Parthie der sie nicht gewachsen ist, ferner zu verzichten.

In Folge des Bekanntwerdens, daß Frl. Reuß ihre Parthie der Martha nächsten Sonntag wieder darstellen wird, wurden bereits mehrere Logenbestellungen gemacht, und es steht uns der Genuß bevor, daß wir wenigstens diesesmal die Oper in ihrer vollen Bedeutung hören werden.

ß a v.

(Anerbieten.) Einem soliden Provisions-Reisenden wünscht man Proben von einigen gangbaren Artikeln mitzugeben. Näheres auf frankirte Briefe unter R. L.

(Anerbieten.) Wer Schulbücherpapier schön und billig liniirt, kann nachhaltige Beschäftigung erhalten.

(Zu verkaufen.) 2 Pistolen, 1 Flinte, 1 Säbel, 1 Degen sind wegen Abreise billig zu verkaufen. Peter-Vischerstrasse No. 595, 1ster Stock.

(Anzeige.) Einen gegen mich gerichteten Schmähartikel im Zuschauer a. d. Pegnitz würdigt keiner Antwort

Ph. Veith.

(Gesuch.) Ein Mädchen kann bei einer Kleidermacherin Beschäftigung erhalten. L. 1198.

Stadttheater in Nürnberg.

Sonntag den 25. März. Zum Dritten- und Vorletztenmale: »Martha, oder der Markt zu Richmond.« Große Oper in 5 Akten von Friedrich. Musik von Flotow. Frln. Reuß „Martha,“ Frau Froitzheim »Nancy« als Gäste.

Montag den 26. März. 11. Vorstellung im Abonnement. Zum Erstenmal. »Der Graf Monte Christo. Dramatisches Gemälde in drei Abtheilungen nach Alexander Dumas von Carlschmidt.

Mit einer Beilage.

Offenes Sendschreiben

an alle Gemeinden, insbesondere in den bayerisch-fränkischen Kreisen, welche gegen Befreiung der geknechteten Schule von der Aufsicht der Geistlichkeit aufgereizt werden.

»Eenes Mannes Red' ist noch keene Red',
Man muß erst hören bedd'.«

Allenthalben hört man von Umtrieben gegen die Selbstständigkeit der Volksschule. Da nicht immer reine Beweggründe in dieser Sache reden, sondern mehr Partei- oder Sonderinteressen, so werden mir es die betreffenden Gemeinden, eingedenk des angeführten altdeutschen Sprichwortes, vielleicht Dank wissen, wenn ich ihnen den in den Forderungen der Zeit liegenden wichtigen Gegenstand auch in dem Lichte darstelle, in welchem er im Sinne der Neuzeit und im Sinne und Geist eines volksfreundlichen Redners erscheint. Als Euer Mitbürger wende ich mich an Euch, ehrenwerthe Gemeinden, um Euer Nachdenken zu erwecken und Euch zur genauen Prüfung der Sache anzuspornen und wenn Ihr dann beide Ansichten gehört habt, dann denkt, handelt, und — unterscheidet, was Euch das Beste dünkt. Ich bin kein Feind irgend eines Geistlichen und möchte nicht um Viel etwas zum Nachtheil einer Persönlichkeit sprechen oder am Bande des Zutrauens rütteln. Aber es ist Mannespflicht, in unsern Tagen die Wahrheit rückhaltslos, ohne auf Persönlichkeiten zu achten, herauszusagen und zu bekennen und gegenüber den Ansichten und Bestrebungen Anderer seine Ueberzeugung kund zu geben, um nicht falsch und einseitig das Volk in Ungewißheit und Dunkel über sein Wohl oder Wehe zu lassen. Also hört! Es sind vorzüglich drei Punkte, auf welche hin ich Euer Augenmerk richten möchte, um Euch dadurch auf diejenige Höhe der Einsicht zu erheben, auf welcher Ihr ein selbstständiges Urtheil in der vorliegenden Sache gewinnen könnt. Erstens: Vor Allem müßt Ihr, ohne auf selbst eigenen Sinn zu pochen oder starr zu bestehen, „die Paragraphen der in Frankfurt berathenen Grundrechte“ auf Treu und Glauben hin ohne Vorbehalt annehmen und festhalten. Wollt Ihr ein großes, mächtiges Deutschland, um in demselben sicher zu wohnen, so müßt Ihr dieselben anerkennen; wollt Ihr ein von den mittelalterlich-barbarischen, kirchlich- und politisch-knechtischen Formen und Gesetzen befreites Deutschland, um in demselben als freie Bürger im edelsten Sinne des Wortes, und wie es auch Euer vielbedeutender alter Stammname „Franken“ besagt, leben zu können, so müßt Ihr dieselben Wort für Wort anerkennen und folglich auch den Art. VI. derselben, der die Befreiung der Volksschule von der Bevormundung der Geistlichen ausspricht. Warum solltet oder wolltet Ihr auch jetzt noch dagegen streiten, nachdem ihr im Frühjahre 1848 Eure Vertrauensmänner gewählt? Freilich konntet ihr nach langer Niederhaltung der Gedanken, bei einer so geknechteten Presse und Verfolgung aller freien Rede, nicht Alles im Einzelnen schon vorher wissen, was da in Frankfurt beschlossen werden würde: Ihr mußtet aber eben deßhalb Eure Männer suchen, von denen Ihr annehmen durftet, daß sie am Besten wüßten, was Noth thue. Diese Männer haben berathen und beschlossen, sie haben, das werdet sicher Ihr glauben, mit Ernst und Würde berathen, sie haben, von allen Gauen Deutschlands her, alle Verhältnisse gewürdigt und abgewogen, sie haben alle Stimmen vernommen, alle Ansichten gehört und darnach mit Stimmenmehrheit beschlossen und dieser Mehrheit müssen wir uns um der Ordnung und des Gesetzes willen fügen, selbst wenn es gegen unsere Ansicht ginge. Wer sich dieser Mehrheit direkt oder indirekt widersetzt, ist ein Feind der Ordnung und des Gesetzes, ist ein Feind des Vaterlandes, der es nimmermehr gut mit dem Volke meinen kann. Diejenigen Stimmen aber, welche gegen die Selbstständigkeit der Schule, wie gegen Ablösungsgesetze und gegen so manches Andere, was das Volk wünschte, gesprochen haben, sind, als von der Mehrheit überwunden, nicht mehr zu beachten. Also kämpft, Mitbürger! um des Gesetzes, um der Grundrechte willen für die Befreiung der Schule; denn wird an den §§. des Art. VI. gemäckelt, der Euch und Euern Kindern unendlich große geistige Vortheile verbürgt, so seyd Ihr auch nicht sicher, ob nicht auch an den übrigen gemäckelt wird, die Euch die größten materiellen und politischen Vortheile gewähren. Wenn Euch also Jemand sagen wollte: „Nicht also, lasset die Schule nicht von der Kirche trennen,“ so lasset Euch nicht irre machen und sprechet: „Was die Männer in Frankfurt beschlossen haben, das haben sie beschlossen. Wollen wir diese nicht hören und ihre Beschlüsse nicht achten, so fällt Alles wieder zusammen, was bis jetzt gebaut worden und wir stehen wieder in der alten Schmach, in der alten Schwäche und Ohnmacht, in der alten Zerissenheit vor der Schwelle der Zukunft. Wir wollen aber nicht nach dem Gesetz der Selbstsucht, sondern nach dem Gesetz der Freiheit gerichtet seyn; wer aber Eins von diesen Gesetzen, nämlich den Grundrechten, nicht hält, der hält auch das Ganze nicht.“ Dann müßt Ihr aber auch zweitens um der geistigen Vortheile, um der Sache selbst willen, der Selbstständigkeit der Schule das Wort reden und nach Verwirklichung derselben streben. Was Ihr aber für Verbesserung der Schule wirkt, das kommt Euch und Euern Kindern zu Gute. Und welche größern Güter habt Ihr noch als Eure Kinder, für die Ihr wirkt und wacht und arbeitet, für die Ihr Euch mühet und anstrenget? Keine. Also lasset nicht ab, bis die Schule von dem Argen befreit ist, in dem sie liegt. Oder ist es nicht arg, wenn Kinder sieben Jahre die Schule besuchen, opfernd einen schönen Theil ihrer freien Jugendzeit und ihnen und für Euch selbst oft eine Last, und dann schwer oder gar nicht im bürgerlichen Leben die nöthige Denkkraft und Geschäftsgewandheit besitzen, wenn sie dieselbe sich nicht erst später durch Extraunterricht angeeignet haben? Das kommt daher, weil die Kirche als Schulmacht bisher die Seele alles Unterrichts, den Unterricht in der Muttersprache, ganz und gar und absichtlich verleugnete und vernichtete. Liegt die Schule nicht im Argen, wenn namentlich der 17 und 18 jährige Sonntagsschüler immer noch wie ein Werktagsschüler in Methode und Unterricht behandelt werden muß und dann ohne Kenntniß seiner vaterländischen Gesetze ins öffentliche Leben übertritt, wo er dann leider gar bald in die Lage kommen kann, seine Unkenntniß mit sauer erworbenem Gelde zu büßen? Heißt das nicht im Ganzen ein Volk heranziehen, das, den Werth der wahren Freiheit nicht kennend, nicht fühlend und darum auch nicht dieselbe verdienend, nothwendig der politischen Bevormundung und Alles, was damit zusammenhängt, bedarf? Liegt die Schule nicht im Argen, wenn man wenigstens ⅓ der Gesammtschulzeit ausschließlich auf Religionsunterricht verwenden muß, mit Hintansetzung aller andern dem Menschen, dem Bürger in seinen verschiedenen Lebensverhältnissen so nothwendigen Gegenstände, als wenn die christliche Lehre also schwer zu lernen wäre, daß man soviel Zeit darauf verwenden müßte? Bedenkt, daß die Lehre Christi eben darin ihren größten Vorzug in sich trägt, daß sie nicht sowohl einzig und allein eine Religion für denkende Gelehrte oder gelehrte Denker, sondern vielmehr eine Religion für Alle ist, für Jeden leicht zu lernen, leicht verständlich, leicht faßlich, dem einfachsten Verstande zugänglich. Und erst die Art und Weise, wie man den Kindern diese Religion beibringen muß! Dieses ewige Wiederholen, bis es den Kindern zur Langweile, zum Eckel wird, dieses ewige Auswendiglernen, bis es den oft wenig gedächtnißbegabten und oft schon nervenschwachen Kindern zur Plage, zur Last, zur Qual wird, nicht zu gedenken der vielen Stunden, die dadurch unnützer Weise nützlicher Hausbeschäftigung entzogen werden; dieses ewige spezielle Eindringen in die altjüdische Geographie, Geschichte, Sitten und Gesetze, um ja das Vaterland darüber zu vergessen! Denkt doch darüber einmal ernstlich nach und prüft, ob Ihr's billigen könnt! Sagt, ist das wohl die ächte und rechte Weise, die heilige und heiligende Christuslehre den Kindern ins Herz zu prägen? Ich sage! Nein! und wenn Neunhundertneunundneunzig das Gegentheil sagten. Hat Christus durch seine Jünger gefragt: Habt Ihr das und das auswendig gelernt? Nein; aber er fragte: „Habt Ihr das Alles verstanden?“ und: „Wer Ohren hat zu hören, der höre!“ Aber verstehen soll das Kind nichts lernen; wenn es nur die Worte, die Formel, die Schale hat: der Geist, der Sinn, der Kern gehört ihm nicht. Aber, Mitbürger! laßt es nicht ferner also fortgehen bei Euch! Sprechet es laut aus: Wir wollen auch den Geist mit dem Buchstaben, den Sinn mit der Form, den Kern mit der Schale, und wollen, daß dieß schon in der Schule geschehe. Will also Jemand zu Euch sagen: „Nicht also, wir lassen die Schule nicht von der Kirche trennen,“ so lasset Euch nicht irre machen und sprechet: „Wir wollen die Selbstständigkeit der Volksschule, weil die bisherige Schule unter der einseitigen kirchlichen Aufsicht zu sehr den Sonderinteressen der Geistlichkeit dienen mußte, wir wollen die Selbstständigkeit unserer Schule, weil wir unser Geld und unsere Opfer für dieselbe uns bewußt halb und halb für Nichts hingeben, wir wollen die Selbstständigkeit der Schule, weil wir zu der Einsicht gekommen sind, daß heutzutage die unverkümmerte Freiheit der Forschung und Selbstüberzeugung in religiösen Dingen zur unabweislichen Nothwendigkeit geworden ist; denn nur durch einen Glauben, der auf eigener Ueberzeugung ruht, wird man selig, und nicht durch den Glauben bloß, wie man ihn gewöhnlich vor- und nachsagt. Wir wollen ferner die Befreiung der Schule, weil wir dies als die sicherste Bürgschaft für unsere politischen gesetzlichen Freiheiten für alle und jede Zukunft halten, als die sicherste Garantie, daß die Neuzeit mit dem Mittelalter gebrochen und einen neuen Grund für eine bessere, menschenwürdigere Volksbildung und Volkserziehung, wie überhaupt für einen besseren gesellschaftlichen Zustand gelegt hat. Wie wir keine Inquisition und priesterliche geheime Rechtspflege, keine abergläubisch-mönchische Arzneikunst, keine elende spitzfindige Schulweisheit mehr wollen, so wollen wir auch keine kirchliche Allgewalt über unsere Schulen, keinen unbedingten Einfluß des Kirchenregiments auf unsere Kinder als Schüler. Der Pfarrer aber wolle in Duldung und Friede und Liebe, wie es einem Verkünder der Christuslehre geziemt, den der Zeit nach wohlbemessenen Unterricht in dem betreffenden Bekenntnisse ertheilen und im übrigen die Schule, als der wahrhaften Grundlage der Entwicklung und des Fortschritts im Leben der Menschen und der Völker, ungehindert ihren Gang gehen lassen, durch Wort und That ihre Wirksamkeit fördernd, nicht hindernd oder störend oder uns gar durch Aufreizung aneinander hetzend und so Unfriede und Unheil stiftend. (Galat. 5, 10.) Was aber im Einzelnen dann das Beste zu thun sey, das wollen wir auf den Grund der zu gebenden Gesetze durch Schaffung von Localschulkommissionen selbst in die Hand nehmen, damit uns eines theils in Zukunft nicht mehr ohne unser Wissen und Willen etwas Schädliches zugemuthet oder Etwas Gutes genommen werde, und anderntheils unsere eigene Einsicht und mitwirkende Kraft in der hochwichtigen Sache der Bildung und Erziehung der Jugend und des Volkes immer mehr wachse und zunehme. Wir müssen alles bezahlen, also wollen wir auch immer Rechenschaft darüber, was wir für unser Geld für Früchte bekommen.“ Endlich müßt Ihr drittens auf die Entvormundung der Schule mit aller Macht dringen auch um der Person willen. Ihr ehrt aber Jeden, der Euch als einer Gesammtheit in irgend einer Weise dient nicht sowohl um seiner Person willen, sondern vielmehr um seines Amtes willen, Ihr ehrt also nicht das Amt um der Person willen, sondern diese um des Amtes willen und das mit ganzem Rechte. Betrachtet aber einmal genau die Wirksamkeit der Kirche und der Schule nach ihrer Größe und Bedeutung, nach ihrem ganzen Umfang und ihrer Verantwortlichkeit, so glaube ich, wird die Schule im Vergleich zur Kirche (und zu jedem andern öffentlichen Dienste) in gleicher Hohe und Wichtigkeit erscheinen, wie dieß auch manche Geistliche und Luther vor Allen selbst bezeugen. Wenn also Jemand wollte zu Euch sagen: „Nicht also, — lasset die Schule nicht von der Kirche trennen, das wäre Unheil und dgl.“ so lasset Euch nicht irre führen und sprechet: „Nein, die nur fälschlich sogenannte Trennung der Schule von der Kirche ist ein Glück für uns. Wir ehren und hochschätzen aber den Geistlichen; wir ehren aber auch den Schullehrer, beide aber um ihres Berufes, um ihres Amtes willen, das sie bei uns bekleiden. Wir setzen keinen höher und keinen niedriger, da wir beide für gleichwichtig halten. In dem Maße aber Einer gegen den Andern seinem Berufe untreu wird, in demselben Maße schätzen wir ihn gegen den Andern geringer. Wir kümmern uns nicht um den Ehrgeiz des einen oder des Andern; denn es ist uns hiebei nicht um die Person, sondern um die Sache, um uns selbst zu thun. Einen einigen Bund der Schule mit der Kirche uns gegenüber dulden wir aber vollends gar nicht; so klug sind wir und wir erachten es daher doppelt hoch, daß der Lehrerstand auch seinen Mund für uns, wie für unsere Kinder aufthut.“ Sagt, Mitbürger! wird das nicht der einfachste, der vernünftigste Weg seyn, zum Frieden, zur Ruhe, zur Ordnung, zur Einigung und zur gesetzlichen Freiheit und all ihren Segnungen zu gelangen? Darum ergeht meine Bitte an Euch: Lasset auch dem Schullehrer Gerechtigkeit widerfahren und sprechet ihm offen die Ehre zu, die ihm um seines Berufes willen mit allem Rechte gebührt. Habe ich doch schon hundert

und tausendfach aus dem Munde des Volkes die Anerkennung der Schwere und Wichtigkeit des Schullehrerberufes vernommen, der es dagegen dem Geistlichen leicht mache, das Seinige zur Bildung des jungen Menschen hinzu zu thun! Fordert daher, daß, wie der Pfarrer als Kirchenvorstand, so der Schullehrer als Schulvorstand den ersten Sitz habe. Und das könnt Ihr nach allem vernünftigen Recht. Denn der Schullehrer hat sich auf seinen Beruf eigens vorbereitet, wie der Pfarrer auf den seinigen, der Letztere aber keineswegs auf beide. Der Schullehrer steht täglich im Dienste und vereinigt in sich also beides, die Schätze der Theorie und die Weisheit der Erfahrung und ist als der einzig wahrhaft eingeweihte, für das Interesse der Schule lebende und strebende Mann zu betrachten, ungehindert durch Steckenpferde, Systeme, Ansichten und Rücksichten. Und selbst wenn auch ein Geistlicher pädagogische Kenntnisse genug hätte, so widerstreitet es doch dem Grundsatze der Gerechtigkeit, ihn einem verdienstvollen Lehrer bei Besetzung einer die Wichtigkeit der Sache hervorhebenden und bezeichnenden Ehrenstelle im Schulfache vorzuziehen, ebenso wie es demselben Grundsatze schnurstracks entgegen seyn würde, einen theologisch hinreichend gebildeten Schullehrer, deren es so viele geben kann, als hinreichend pädagogisch gebildete Theologen, einem Theologen vom Fach bei Besetzung einer kirchlichen Aufsichts- und Ehrenstelle vorzuziehen. Jedem das Seine, sagt das Sprichwort und das gelte auch überall, nicht mit Ausnahme bei der Schule. Es muß Euch aber doch gewiß auffallend vorkommen, warum namentlich (einige) Geistliche so sehr auf der alten Ordnung beharren und sich in keine neue fügen wollen? Verlieren diese etwa als Inspektoren Geld? Nein; denn sie haben als solche keine Besoldung und die Diälen als Prüfungscommissäre sind bei Stellen von 1000—3000 fl. Einnahme kaum des Namens werth. Verlieren die Geistlichen an Ansehen? Nein; denn die Ehre und das Ansehen, das ihnen, als Prediger, Seelsorger und Religionskinderlehrer gebühret, wird ihnen immer von allen Seiten bleiben. Verlieren sie an persöelichen Einfluß, wodurch sie dann gehindert werden, zur Förderung des Wohles des ganzen Volkes oder der Gemeinde, soweit es aus der Schule fließt, etwas beizutragen? Nein; denn immerhin werden sie Gelegenheit genug finden, ihre Ansichten und Vorschläge hörbar und auch geltend zu machen und diese werden dann auch immer als aus freundlicher und freiwillig ernstlicher Theilnahme am Schulwesen hervorgehend mit um so größerem Zutrauen aufgenommen werden. Was treibt also einen (kleinen) Theil der Geistlichkeit an, so heftig gegen eine kirchlich-freie Schule zu reden und anzukämpfen? Was kann, was muß es seyn? Sagt es Euch selbst, bedenket aber: die Befreiung des Schullehrers von der Herrschaft der Kirche ist die Befreiung der Schule, diese zugleich die Befreiung der Jugend und des ganzen Volkes. Noch etwas muß Euch auffallen: Warum hat das Kirchenregiment vom Kirchengut seit der Reformationszeit her so wenig den Lehrern als solchen verabreicht und hat nicht darauf gedrungen, daß die Schule, weil sie eine kirchliche Anstalt sey, auch von der Kirche reichlicher, als geschehen, begabt werde, und hat die Ernährpflicht nur auf andere Quellen, ja auf die Privatkassen der Gemeindeglieder gewälzt und geschoben? Warum hat überhaupt die gute Mutter Kirche ihre liebe Tochter Schule so stiefmütterlich seit Jahrhunderten behandelt, daß bei weitem die Mehrzahl der Lehrer Hunger und Kummer leiden mußte und noch leidet? Warum bieten die Diener der Kirche so selten dem Volke einen Sohn zum Dienste in der Schule und überlassen diesen Dienst, den sie doch gewissermassen so wichtig machen, nur den Söhnen der andern Klassen des Volkes? Warum hat die Kirche seit 20 und mehr Jahren nicht eine einzige Verbesserung mehr im Schulsache zugelassen, da doch in den Jahren 1812—1816 so ein herrlicher Anfang damit gemacht worden war? Warum hat das Kirchenregiment die Bildung der Schullehrer lieber herabgeschraubt als erhöht, Groß Geschrei gemacht von dem guten Stande der Schulen und doch Alles verdorben und dem Volke Sand in die Augen gestreut, so daß es jetzt Mühe macht, so Manchen vom Volke die Augen zu öffnen?

Mitbürger! Wie in gar vielen öffentlichen Zuständen die Gewalt der Zeit die Reform aufdrang, so schreit auch mit Macht und Kraft die geknechtete Schule nach Erlösung. Laßt Euch nicht irre führen! Die Mehrzahl des Volkes hat längst gesprochen: Die Entvormundung der Volksschule ist keine Schullehrersache, sie ist und bleibt Volkssache. Ehrt Euch selbst durch ein den Forderungen der Zeit entsprechendes Urtheil und sprecht Euch in Versammlungen und Petitionen aus, was Noth thut. Glaubt, daß unsere Tage, die der Weltgeschichte angehöeen, die auch über Euch einst ein Urtheil fällen wird, ob Ihr eifrig oder träg zum Guten gewesen seyd, nicht von ungefähr, sondeen von Oben, von Gott, dem Weltregierer und Menschenerzieher gekommen sind. Ja, des Herrn Stimme hallt aufs Neue durch die Welt und rüttelt die Menschen aus ihrem Schlafe und aus aus iheer gewohnten Ruhe und Gleichgültigkeit. Soviel zur Aufklärung. Ich habe gesprochen! Möchte meine Rede auf guten Boden fallen und jede Gemeinde dem Manne gleichen, von dem Christus, unser Heiland, am Schlusse seiner göttlichen Rede Math. 7, 24 und 25 gesprochen hat. „Prüfet aber Alles, und das Gute behaltet!" Theſſ. 5, 21.

Ein Wahlmann zum Frankfurter Parlament.

Ein Wort gegen die Beschuldigungen, welche dem gesammten Volksschullehrerstande gemacht werden.

Seitdem in der Paulskirche zu Frankfurt für ganz Deutschland als bindende Norm fast einstimmig ausgesprochen worden ist: „Unterrichts- und Erziehungswesen steht unter der Oberaufsicht des Staates und ist, abgesehen vom Religionsunterrichte, der Beaufsichtigung der Geistlichkeit als solcher enthoben," seitdem haben viele Gegner der Grundrechte und insbesondere die Gegner der darin enthaltenen Mündigsprechung der Schullehrer kein Mittel unbenützt gelassen, um den Volksschullehrerstand in der alten Abhängigkeit von den Geistlichen zu erhalten und ihn, wo möglich, noch fester darein zu bannen.

Da wurde und wird geeifert von Kanzeln, in Gemeindeversammlungen, in öffentlichen Blättern gegen das längst erwachte, ganz natürliche Streben der Lehrer, das Recht zu erlangen, welches jeder Handwerker rc. hat, so lange es Zünfte gibt, und das theilweise sogar in der vernunftlosen Schöpfung gilt, nämlich das Recht, beaufsichtigt und beurtheilt zu werden von seines Gleichen.

Welcher Mittel bedienen sich aber unsere Gegner bei der Verfolgung ihres Zweckes? — Für's Erste sucht man den ganzen Schullehrerstand als einen Stand ohne Religion zu verdächtigen, weil man glaubt, ihn auf diese Weise am besten zu Grunde richten zu können. So liest man z. B. in dem Korrespondenten v. u. f. D. Nr. 62: „Also das sind die Grundsätze — Irreligiosität, Läugnung alles Positiven, Pantheismus rc., nach welchen unsere Schullehrer, laut ihres eigenen Geständnisses, den Religionsunterricht ertheilen rc." — Wir erlauben uns zu fragen: Wie viele Lehrer hat denn der Schreiber jenes Inserats inquirirt, und von wie vielen hat er das Geständniß erhalten, daß sie den persönlichen Gott, ja daß sie nur die Göttlichkeit unserer christlichen Religion läugnen? (Den Pantheismus hat — nebenbei gesagt — jener Konzipient aus ein paar Sätzen der Levana, zitirt von nur Einem Schullehrer, herausgewittert.) Oder schließt ein vernünftiger Mensch, besonders in den wichtigsten Dingen, vom Einzelnen aufs Allgemeine? Wir würden vor uns selbst erröthen, wenn wir behaupten, ja nur denken wollten: Weil einzelne Geistliche etwa den göttlichen Ursprung der heiligen Schrift negiren, so müssen alle Glieder jenes Standes die Bibel, ja den persönlichen Gott verwerfen. Wer so argumentirt, um den Schullehrern ins Angesicht zu sagen: Ihr seyd Thoren, ja Wahnsinnige — denn das wären wir als Gottesläugner — wer so dem Streben der Lehrer nach amtlicher Selbstständigkeit entgegenzuwirken sucht; wer so einen ganzen Stand, der viele und schwere Pflichten, aber bisher sehr wenig Rechte im Staate gehabt hat, zu verunglimpfen und moralisch zu vernichten sucht: der mag sich selber sagen, ob er seinen Nächsten liebt, wie sich selbst; ob er, wie Gott, nur heilige Mittel anwendet zu heiligen Zwecken; ob er ein wahrer Jünger dessen ist, den auch seine Feinde keiner Sünde zeihen konnten und in dessen Munde kein Betrug erfunden wurde.

Für's Zweite will man dem Volke begreiflich machen: „die Religion ist in Gefahr, wenn die Lehrer unabhängig werden von den Geistlichen." — Als ob die Religion an sich — dieses geistige Band, mit welchem der himmlische Vater seine Menschenkinder mit sich verbunden hat — durch einzelne ohnmächtige Menschen zerrissen werden könnte; oder als ob das Christenthum an sich auf den Schulterie der Lehrer in Kirchen und Schulen ruhte, und mit ihnen stehen und fallen könnte, da es doch geboren ist aus der ewigen Wahrheit und von derselben mit allgewaltigen Armen getragen wird bis an das Ende der Tage! Damit will jedoch keineswegs gesagt seyn, als sey es gleichgültig, wie und von wem die Religionswahrheiten an den Einzelnen gebracht werden. Es gilt auch in dieser Beziehung: „Der Lehrer ist die Seele der Schule," und welcher Geist von ihm ausgeht, der waltet darin. Wen die Liebe Gottes treibt, vor seinen Schülern zu lehren und zu thun, was sein Innerstes regt und bewegt, der wird mit noch größerer Freudigkeit thun, was seines Amtes ist, wenn die bisherige Bevormundung aufhöet; wem aber diese Liebe fehlt, dem kann sie auch kein Pfarrherr geben. Die geistliche Inspektion war bisher nicht im Stande, weder den rechten Geist in eine Schule zu bringen, wo er nicht war, noch denselben zu verdrängen, wo er sich vorfand: und sie wird es auch nimmermehr und unter keinem Verhältnisse vermögen. Die Schulaufsicht ist, laut der Erfahrung, für die Schule selbst ziemlich gleichgültig. Uebrigens steht ja nach den Grundrechten auch fernerhin der Religionsunterricht unter der Beaufsichtigung der Geistlichkeit.

Wenn aber die Schullehrer das Recht in Anspruch nehmen, den Religionsunterricht, gleich den übrigen Schulgegenständen, mit sorgfältiger Auswahl dessen, was für das Kindesalter geeignet ist, und in gehöriger Abstufung zu ertheilen, so folgen sie darin dem großen Apostel Paulus, welcher befohlen hat, „Milchspeisen zu geben den Schwachen" so thun sie nichts mehr und nichts minder, als was auch die mit praktischem Takte begabten Prediger in ihren Kirchen thun. Wer hieraus eine Anklage der Gewissenlosigkeit der Schullehrer zu schöpfen vermag, der wolle zusehen, ob er selbst nicht mindestens ungerecht, wir wollen nicht sagen, gewissenlos ist.

Für's Dritte sagt man: „Wenn die Geistlichen der Schulaufsicht enthoben und die Grundrechte eingeführt werden, so kann der Staat den Gemeinden Lehrer aufdringen, die einer ganz andern Konfession angehören; Juden, Türken, Heiden könnten sie als Schullehrer bekommen, oder gar einen Menschen ohne alle Religion". — Kann ein wahrheitsliebender Mensch, der die Grundrechte der Deutschen kennt, solche Gedanken hegen und verbreiten? Heißt es doch darin wörtlich: „Der Staat stellt unter gesetzlich geordneter Betheiligung der Gemeinden die Lehrer der Volksschulen an." Während bisher nur diejenigen Gemeinden einen Einfluß auf die Anstellung ihrer Lehrer äußern konnten, welche das Präsentationsrecht hatten, so ist durch die Grundrechte allen Schulgemeinden dieses Recht gewährleistet. An ihnen ist es nun, einen weisen Gebrauch davon zu machen. Wo dieses geschieht, da wird wenigstens die Heuchelei, zu der einzelne Schwache sich durch die Aufsichtsverhältnisse verleiten ließen, aufhören, und der Segen der Wahrheit und Offenheit wird in dem Maße bei den Gemeinden einkehren, in welchem der Fluch der Heuchelei, wo sie sich auch finden mochte, weichen muß.

So vertrauen wir denn unerschütterlich der Weisheit und Güte Gottes und der Gerechtigkeit der Staatsregierungen, daß unserer guten Sache, trotz aller Angriffe und Verdächtigungen, endlich der vollste Sieg zu Theil werden wird.

Nürnberg, den 17. März 1849.

Der Central-Volksschullehrer-Verein.

Sprech-Saal.

Artistisches.

Herr Cantor und Musikdirektor **Grobe**, der im Laufe des Winters durch seine interessanten Abonnements-Konzerte den Freunden der Musik und des Gesangs so manchen genußreichen Abend verschaffte, wird den diesjährigen Reigen seiner musikalischen Produktionen am nächsten **Charfreitag** durch ein solennes Musikfest im **Katharinen-Saal** beschließen. Wir vernehmen, daß darin des unsterblichen van Beethoven's herrliches „Oratorium" „**Christus am Oelberg**" und Rossini's „**Stabat Mater**" zur Aufführung kommen. Die bedeutenderen Solo-Parthieen sind in den Händen des Fräulein **Agathe Reuß**, und **einem unserer vorzüglichlichsten Gesangsdilletantin**, welcher in Rücksicht der hohen Bedeutung des Festes mit freundlicher Bereitwilligkeit seine Mitwirkung zusicherte. Die andern nicht unbedeutenden Gesangs-Parthieen sollen ebenfalls aufs Beste besetzt, und die Chöre so zahlreich seyn, als es die hiesigen Kräfte nur immer gestatten. Es läßt sich sonach mit Gewißheit annehmen, daß diese Aufführung unter Herrn Grobe's allgemein anerkannter Tüchtigkeit nicht nur der Würde des Tages, sondern auch den Erwartungen aller Kunstfreunde vollkommen entsprechen wird.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 26 März 1849 № 85. Montag: Emanuel.

Deutsche Staaten

München, 24. März. Die in Amorbach erledigte Advokatenstelle wurde dem unterm 26. v. Mts. zum Kreis- und Stadtgerichtsassessor in Memmingen ernannten Dr. A. Deßloch unter Enthebung desselben von dem Antritte letztgedachter Stelle verliehen, die hierdurch erledigte Stelle dem Protokollisten des Kreis- und Stadtgerichts Kempten R. Lämminger übertragen, und zum Protokollisten an dem zuletzt genannten Gerichte der geprüfte Rechtspraktikant G. Hartmann zu Immenstadt ernannt; die bei dem Kreis- und Stadtgerichte Bayreuth offene Rathstelle dem Assessor allda Th. Süßregen verliehen, und zum Assessor am Kreis- und Stadtgerichte Bayreuth der geprüfte Rechtspraktikant G. Herold von Hain ernannt; ferner dem Kreis- und Stadtgerichte Ansbach wegen seiner dermaligen Geschäftsüberhäufung ein Assessor außer dem Status beigegeben, und hiezu der übernommene zur Zeit quieszirte vormalige Patrimonialrichter I. Klasse zu Pommersfelden Th. Niedermaier berufen; der kgl. geheime Sekretär im kgl. Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeußern A. Rösgen zum Legationsrathe daselbst befördert.

Freiburg, den 21. März. Die heutige Sitzung zerfällt in zwei Theile. Der Morgen wird, nachdem die gehässige Anklage gegen den Untersuchungsrichter Winter durch aufhellende Mittheilungen des Staatsanwalts beseitigt ist, ziemlich ganz durch die Erklärungen oder vielmehr Reden der beiden Angeklagten ausgefüllt, die sie halten auf die Anfrage des Präsidenten, was sie auf die Anklage des vorbedächtigen Hochverraths und des Versuchs, mit Gewalt die Republik einzuführen, zu sagen hätten. Der Nachmittag wird durch Zeugenverhör ausgefüllt. Struve wirft einen Blick auf die frühere Geschichte, wodurch er zu zeigen sucht, daß nur die republikanische Staatsform die vernünftige sey und das Glück und die Wohlfahrt des Volkes begründe. Er war längst von dieser Idee durchdrungen und glaubte mit dem Ausbruch der Februarrevolution die Möglichkeit ihrer Realisirung in Deutschland und damit zugleich die Möglichkeit einer Abschüttelung langer Schmach des Vaterlandes gegeben. Er geht auf den Kongreß in Heidelberg und das Vorparlament, auf die Volksversammlungen von Offenburg, Freiburg u. s. w. über, legt seine Betheiligung an den Bewegungen jener Zeit dar, zeigt, wie die liberale Partei sich allmälig in die republikanische und konstitutionelle gespalten, und wie die letztere endlich so reaktionär aufgetreten sey (Fickler's Verhaftung und Erlaß von Verhaftbefehlen gegen die Volksführer), daß dadurch der Plan einer friedlich ruhigen Verfolgung der Republik unmöglich geworden und die republikanische Partei zum Ergreifen des Schwertes gedrängt worden sey. Er habe dem Volk sein Wort gegeben, er habe es lösen müssen, und sey in offenem Kampf gegen die Monarchie aufgetreten.

Struve erzählt nun die bekannten Ereignisse des ersten Freischaarenzuges, wobei er übrigens nicht militärischer, sondern nur politischer Führer gewesen. Die Schilderhebung mißglückte, aber die Zustände besserten sich nicht. Die alte Mißstimmung blieb und wuchs noch. Viele Stimmen aus Baden wendeten sich an die flüchtigen Republikaner um Hülfe. Da kam der Abschluß des Waffenstillstandes von Malmö, er gab das Zeichen zum erneuerten Losschlagen. Sofort verwahrt sich der Redner gegen die Vorwürfe des Terrorismus, der Inhumanität, der Erpressung, des Raubes u. s. w., die man namentlich der Septembererhebung gemacht, und stellt Alles, was zu deren Begründung gesagt worden, als entweder ganz unrichtig, oder als von dem Standpunkt der Revolution aus berechtigt hin. Manches treffe auch nicht ihn persönlich, sondern Andere, und er beklage es. Blind bekennt sich nicht blos als Republikaner, sondern als demokratischen und Sozial-Republikaner, und bezeichnet die Schilderhebung im September als einen Act der Nothwehr des Volks gegen die Gefahren einer großen monarchischen Verschwörung zwischen Rußland, Oesterreich und Preussen. Sofort sucht auch er die Vorwürfe wegzuräumen, die man gegen das Unternehmen vorgebracht und kommt gelegentlich in eine Phrase gegen das Staatsoberhaupt, die ihm die Rüge des Präsidenten zuzieht. Schließlich sieht er in sich und seinen Genossen nur Besiegte; wären sie Sieger, so würden sie statt Schmähung und Verfolgung, die sie jetzt erleiden müßten, mit allen Ehrentiteln geschmückt werden. Hierauf trat eine Pause ein, nach welcher das Zeugenverhör begann. Es betraf die Schilderhebung vom April v. J. und zwar den Beginn und Verlauf des Zuges von Konstanz über Donaueschingen, Stuhlingen bis Thiengen und Kadelburg. (Frkf. J.)

** **Frankfurt**, den 23. März. [192. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Austritts- und Eintrittserklärungen von Mitgliedern, darunter die des Abg. Bachmaier aus Forchheim für Burkhard aus Bamberg. Nun geht es der Tagesordnung gemäß an den babylonischen Thurmbau der deutschen Reichsverfassung, die künftig in täglichen 2 Sitzungen von 9—1 Uhr Vormittags und 4—7 Uhr Nachmittags erfolgen soll. Ein Incidentpunkt wird durch Venedey hervorgerufen, der Herrn v. Schmerling zeihte, er wolle mit Herrn von Camphausen eine deutsche Verfassung oktroyiren, Herr v. Camphausen wäre wohl jetzt mürbe dazu. Herr v. Schmerling leugnet dieß und nennt es eine freche Lüge. Damit wäre dieser Incidentpunkt beseitigt gewesen, denn es sollte Niemand mehr darüber das Wort erhalten. Wie es aber mit der Aeusserung des edlen Herrn von Schmerling in Betreff der Oktroyirung steht, mag aus folgender Erklärung hervorgehen, welche der Abg. Künzel schriftlich abgiebt:

„Ich erkläre hiemit, daß dem Sinne nach Herr v. Schmerling die von Herrn Venedey von der Tribüne mitgetheilte Aeußerung gestern gegen mich gethan, ohne sich jedoch des Wortes „mürbe" zu bedienen. Er sagte nämlich zu mir: „Es scheine, als ob die Versammlung vollständig Bankerott machen wolle." Ich bestätigte dies, und bemerkte, daß es am Ende zu einer Oktroyirung kommen werde, worauf Herr v. Schmerling fortfuhr: seit längerer Zeit sey bereits von Oktroyirung die Rede, der Plan sey aber an dem Widerspruche Preussens gescheitert, welches natürlich auf dem von der Nationalversammlung eingeschlagenen Wege mehr zu erreichen gehofft habe, als durch eine Oktroyirung. Hierbei habe es ganz in seinem Interesse gehandelt. Jetzt jedoch stehe die Sache anders, und er wolle sich in dieser Beziehung noch heute zu Herrn v. Camphausen begeben." Die Aeußerung geschah beim Schlusse der Sitzung. Des Nachmittags hörte ich, daß Herr v. Schmerling wirklich bei Herrn v. Camphausen gewesen. Unsere Unterhaltung habe ich Herrn Venedey mitgetheilt. Frankfurt am Main, den 23. März 1849. Künzel, Abgeordneter. Darauf wird in der Tagesordnung fortgefahren: Der erste zur Abstimmung kommende Abschnitt der Verfassung ist der über „das Reich." Folgende Fassung wird angenommen. »Abschnitt I. Das Reich. Artikel I. §. 1 Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiet des bisherigen deutschen Bundes. Die Festsetzung der Verhältnisse des Herzogthums Schleswig bleibt vorbehalten." Ein vom Verfassungsausschusse vorgeschlagener Zusatz: „die Theilnahme der österreichischen Bundeslande an den verfassungsmäßigen Rechten und Pflichten bleibt vorbehalten" wird mit 290 gegen 240 Stimmen abgelehnt. — Ein Zusatzantrag von M. Mohl, lautend: „die Aufnahme weiterer Länder in das deutsche Reich kann durch ein Reichsgesetz erfolgen" wird gleichfalls mit 268 gegen 259 Stimmen abgelehnt. Drei Abgeordnete des italienischen Tyrols, Esterle, Marsilli und Gazzoletti, verwahren sich neuerdings in einer Erklärung gegen die Einverleibung ihres Landestheiles in das neue deutsche Reich. — Ueber Art. II, § 2: „Kein Theil des deutschen Reichs darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt seyn," wird namentlich abgestimmt. 265 stimmen mit ja, 266 mit nein; 2 enthalten sich der Abstimmung.

Abg. Reh aus Darmstadt erklärt, die 3 wälschtyrolischen Deputirten dürften nicht mitstimmen, was einen großen Sturm bei der Linken erregt. Der Vorsitzende bekommt endlich Luft zum sprechen, und erklärt, er könne das Resultat der Abstimmung nicht eher verkünden, bis die Versammlung entschieden habe, ob die drei tyrolischen Abgeordneten mitstimmen können. Die Sache soll in der Nachmittagssitzung erledigt werden.

Frankfurt, den 22. März. Von Seite des österreichischen Ministeriums ist gestern Abend eine weitere Erklärung hier eingetroffen; wir werden über deren Inhalt morgen genauer berichten; für heute nur so viel, daß Oesterreich wiederholt erklärt, nicht aus dem deutschen Bundesstaate scheiden zu wollen. (Fr. J.)

Mainz, den 22. März. Vorgestern ist von Seiten der hiesigen Militärbehörde den Soldaten die strenge Weisung zugegangen, sich aller eigenmächtigen Gewalthandlungen gegen öffentlich ausgehängte Abbildungen zu enthalten. Im Falle diese Abbildungen Karikaturen darstellen, die auf die eine oder die andere Weise für das Militär verletzend seyen, so sollen die Soldaten bei ihren Vorgesetzten Anzeige darüber machen, damit die Sache untersucht und der Stein des Anstoßes auf diesem Wege entfernt werde. (Frkft. J.)

Kassel, 21. März. Die Deputation, welche von der Ständeversammlung beauftragt worden ist, Sr. kgl. Hoh. dem Kurfürsten die Adresse wegen Herabsetzung der Hofdotation zu überreichen, hat bereits heute Audienz gehabt, aber so gut als gar keine Antwort erhalten. Se. kgl. Hoh. hat sich die Entschließung vorbehalten; und doch liegt dieser Gegenstand allerhöchsten Orts bereits seit dem 5. Dez. v. J. vor, also Zeit genug zum Besinnen. Der Präsident der Ständeversammlung hat die letztere heute um 4 Uhr von diesem Bescheide in Kenntniß gesetzt. Es folgte hierauf eine ziemlich aufgeregte Debatte. Einverstanden waren alle Redner darin, daß eine solche Antwort, einer ständischen Deputation gegenüber, nicht angemessen wäre. Die Herren Wolf, Lederer und Theobald wollten, daß man alsbald zur Fortberathung des Budgets übergehe, ohne die vorbehaltene kurfürstliche Entschließung abzuwarten, natürlich in der Absicht alsdann den ganzen Posten, die Hofdodation betreffend abzulehnen; es siegte jedoch die Ansicht Derer, welche es für angemessen hielten, dem Kurfürsten einige Zeit zur Fassung seiner Entschließung zu lassen. Aber wohin soll das führen, wenn diese Entschließung längere Zeit auf sich warten lassen sollte? Kann man es verantworten, das Land unnöthiger Weise vielleicht um einige Tausend Thaler zu bringen, welche das längere Zusammenseyn der Stände kostet? Warum hat man nicht wenigstens eine bestimmte Frist gestellt? Die Tage der Ständeversammlung sind gezählt; durch längeres Verweilen an dem Platze, der bereits einer anderen Versammlung gebührt, würde sie sich schwerer Verantwortung gegen das Land schuldig machen. (Frkft. J.)

†*† **Berlin**. [II. Kammer. Sitzung vom 21. März. Schluß.] d'Ester nennt dem Minister des Innern den Polizeicommissär Maaß, von dem er erfahren könne, wie es mit jenem Vorfall stehe. Die Unkenntniß des Ministers spreche übrigens am deutlichsten für die Anarchie, die von Oben organisirt sey. — v. Manteuffel, er würde auch ohne diese Berichtigung die Erkundigung eingezogen haben. Dies Gesetz vom 24. Sept. sey nicht verletzt und keine Beschwerde darüber eingegangen, nur über Ausweisungen habe man sich beschwert. Gr. Ziethen, 1750 Seelen aus Berlin haben sich für die Fortdauer des Belagerungszustandes erklärt, nicht blos Geheimrathsstimmen, an der Spitze stehe einer der bedeutendsten Juristen Berlins (Name! Name!) es ist der Justizrath Geppert (Gelächter). Jung beruft sich zur Widerlegung darauf, daß sämmtliche Abgeordnete Berlins das Mandat haben, die Aufhebung zu beantragen. Gegen den Minister des Innern bezieht er sich auf die Eingabe der Stadtverordnetenversammlung in Betreff der Haussuchung beim Kaufmann Heyl, auf das Erbrechen von Thüren, auf die Ausweisungen, u. s. w. Moritz: man ist selbst in die Häuser gedrungen, man hat die Schränke der Ab-

erbrochen, dem Abg. Lipski ist selbst sein Geld genommen worden, und er hat es noch heute nicht zurückerhalten. (Pfui! pfui!)

Rohrscheidt: man möge nicht zwischen der konservativen und der volksthümlichen Partei unterscheiden, er gehöre der rechten Seite des Hauses an, aber er zähle sich zu den Freunden, zu den Beütern des Volkes. (Beifall.) v. Kleist-Retzow: Die Anarchie, die in Berlin geherrscht habe, sey wie ein Krebsschaden im ganzen Lande empfunden worden. Die Behörden, selbst die Gerichte, haben ihren Dienst versagt. Der passive Widerstand sey erst erfunden worden, als die 25,000 Mann mit ihren Kanonen in die Stadt eingerückt seyen. Es seyen nur zwei Wege übrig gewesen, entweder sich durch die zügellose Masse belagern zu lassen, oder die zügellose Masse durch die gesetzliche Macht zu belagern. Das Schwert ist uns durch die göttliche Autorität und durch die göttliche Gnade gegeben, wer dieses Schwert abstumpft, der versündigt sich an dem göttlichen Recht. Wenn die Nationalversammlung längst vergessen seyn wird, so wird die Geschichte noch die Namen der Männer nennen, die den Wagen der vaterländischen Wohlfahrt von dem Abgrunde, an dessen Rande er rollte, aufzuhalten den Muth hatten. Wenn man einzelne Wahlen als Folge des Belagerungszustandes bezeichne, so werden die Herren, auf welche jene Wahlen gefallen seyen, diese Unterstellung von sich weisen. An der Verfassung erkenne auch er Mängel, wenn auch noch einer andern Seite hin, und er würde dem Ministerium noch mehr Dank haben, wenn es auch den Muth gehabt hätte, diese Paragraphen fortzulassen. Pape: Es gehe der Nat.-Vers. wie dem Geiste Hamlets, er komme nicht eher zur Ruhe, als bis die Schuld, durch die er verletzt worden, gesühnt sey. Man habe vor den Wahlen vor Mitgliedern der Nat.-Vers. gewarnt, damit sie ihr Werk nicht da beginnen, wo sie im November aufgehört. Jetzt habe gerade die Rechte, von der jene Warnung ausgegangen, das Werk nur mit Modifikationen, fortgesetzt. Der Alterspräsident sey noch kaum auf seinem Platz gewesen, und schon habe man damals einen Antrag wegen der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse eingebracht. Er macht noch darauf aufmerksam, daß man dißhalb in den Abtheilungen den ministeriellen Vorlagen die Priorität eingeräumt habe, um den betreffenden Gegenstand vor der Adreßdebatte zu erledigen. Die Presse sey vor dem Belagerungszustande für alle Parteien frei gewesen, die Gewalt habe nur die Organe der Opposition getroffen, nur gegen sie werde das Gesetz in Anwendung gebracht, und ungestraft könne ein Organ der nichtswürdigsten Art, wie es in keinem konstit. Staate noch bestanden habe, Verläumdungen und Schmutz auf seine Seite des Hauses täglich schleudern.

Min. v. Manteuffel erklärt, er selbst habe für beschleunigte Berathung der Vorlagen gesprochen. Schellenberg bemerkt, Hr. v. Kleist habe nur in seinem eigenen Namen, nicht für die ganze Seite des Hauses, der auch er angehöre, gesprochen. v. Bismarck: Es scheine ihm fast unwichtig, ob die Zeitungshalle und die Ewige Lampe erscheinen dürfen, oder nicht. Dergleichen trete ganz in den Hintergrund gegen das Bedürfniß des Landes. Wenn Soldaten oder Constabler die Abgeordneten insultiren, so werde seine Seite des Hauses der andern nicht sagen: Stimmen Sie doch so, daß Ihre Abstimmung den Leuten gefällt. Die Staatsprokuratoren Temme und v. Kirchmann hätten selbst erklärt, daß die Gesetze damals nicht ausreichten. Noch jetzt sänge man Lieder in Berliner Gesellschaften, wo es heiße: „Wir färben recht, wir färben gut, wir färben mit Tyrannenblut!" Vielleicht seyen auch hier einige Herrn, die jener Gesellschaft beigewohnt haben (links: ja wohl!) — Er überreicht eine Petition mit mehreren 1000 Unterschriften, und bemerkt, die besitzenden Klassen von Berlin seyen hier gar nicht vertreten. Es sey überhaupt schwer, die Wünsche des Volkes so bestimmt zu wissen. Das Volk werde bei dieser Abstimmung erfahren, wer zwischen ihm und seinem Recht, wer zwischen ihm und seinem Frieden stehe. v. Berg: die Staatsanwälte Temme und v. Kirchmann hätten damals gerade das Gegentheil gesagt. Er legt die stenographischen Berichte vor. Phillips erklärt es für unwürdig, daß ein Redner hier die Anfrage an Mitglieder richte, ob sie einer Gesellschaft beigewohnt haben, in der ein gewisses Lied gesungen worden sey.

v. Auerswald, (der inzwischen das Präsidium übernommen hat), er habe die Aeußerung des Herrn v. Bismark nicht als eine Anfrage an Mitglieder verstanden, sonst würde er allerdings demselben bemerklich gemacht haben, daß dergleichen nicht am Orte sey. — v. Kirchmann bestreitet die ihm in den Mund gelegte Aeußerung, worauf v. Bismark erklärt: wenn die Gesetze ausgereicht hätten, so sey es um so schlimmer, wenn er die Gesetze nicht angewandt habe, um die Ordnung herzustellen.

Der Schluß der Diskussion wird beliebt. v. Vincke als Berichterstatter: Nach der Meinung der Kommission gehöre die Erörterung des Belagerungszustandes nicht in die Adreßdebatte. Es habe darüber keine Meinungsverschiedenheit obgewaltet. Wenn nun auch kein Gesetz existiren sollte, so habe das Ministerium dennoch das Recht, auf seine Verantwortlichkeit hin exceptionelle Maßregeln zu verhängen. Das Minist. fordere dann eine Indemnitibill, eine Forderung, die in der Denkschr. allerdings nicht klar ausgesprochen sey. Er sey übrigens weit davon entfernt, in dem Sinne ministeriell zu seyn, wie ein Redner hier von sich selbst ausgesagt habe; und wenn derselbe Redner von dem Schwert der Obrigkeit als eine Lehre der göttlichen Gnade gesprochen habe, so wolle er hoffen, daß dies Schwert immer nur das Schwert der Gerechtigkeit sey. Es seyen so eklatante Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz vom 24. Sept. vorgefallen, daß das Minist. bedeutende sprechende Beweise für die Nothwendigkeit seiner Maßregeln habe und beibringen müsse.

Nach den Vorgängen in Berlin während des vergangenen Sommers, die nicht nur der Hauptstadt, sondern dem ganzen Lande zur Schande gereichen, sey allerdings eine zwingende Nothwendigkeit vorhanden gewesen, und wenn ein Abgeordneter für Berlin von der Gewalt der Kavallerieoffiziere über die Volksrechte gesprochen habe, so könne er für seine Person gegen die Anfechtungen von Kavallerieoffizieren unbesorgt seyn. (Lärm auf der Linken.) Phillips und Andere beantragen den Ordnungsruf, der Präsident bemerkt, dergleichen persönliche Bezeichnungen seyen nicht am Orte. — v. Vincke fährt in Widerlegung der Redner, die gegen den Entwurf gesprochen haben, fort, und empfiehlt die Verwerfung aller Anordnungen, da diese ein Urtheil über den Belagerungszustand vor Prüfung der Akten aussprechen.

Behrens bemerkt, die Stadtverordneten haben nur deßhalb die Aufhebung des Belagerungszustandes nicht beantragt, weil sie von der Kammer die nöthige Vertretung in dieser Beziehung erwarten. — Es wird zur Abstimmung geschritten, zunächst durch Namensaufruf über das Amendement von d'Ester und Genossen. Dieses wird mit allen übrigen Amendements verworfen und die Fassung der Kommission mit einer Majorität von 30 Stimmen angenommen. Schluß 3½ Uhr.

†*† **Berlin**, den 22. März. Das Gerücht von der nahe bevorstehenden Auflösung der zweiten Kammer erhält sich und wird vielseitig mit dem Zusatz wiederholt, daß für diese Eventualität von der Regierung ein Ausschuß aus den Mitgliedern dieser Kammer ernannt werden würde, welcher im Verein mit der ersten Kammer die Revision der Verfassung bewirken solle. Die Parteien in der zweiten Kammer nehmen auf diese Gerüchte keine weitere Rücksicht, die linke Seite wird konsequent bei der Adreßdebatte den Prinzipkampf durchführen, und selbst auf der Rechten bereitet sich eine Opposition gegen das Ministerium vor, die auf eine bedeutende Unterstützung aller Parteien wird zählen dürfen. Die Partei der gemäßigten Rechten unter Müller (Singen), Camphausen (Finanzrath) rc. beabsichtigt durch ihre Anträge den §. 105 der Verfassung zu stürzen, den die Forterhebung der Steuern betreffenden Passus wesentlich abzuändern und die Bestimmung über den Belagerungszustand dahin zu modifiziren, daß derselbe nur auf 14 Tage verhängt werden darf. — Es ist vorauszusehen, daß dieses Manöver in der (zweiten) Kammer eine große Majorität erhalten wird und eine Aenderung des Kabinets herbeiführen dürfte.

In der Niederwallstraße ist in einem Hause, das auf die Gebäude der 2. Kammer stößt, eine große Remise zur Aufnahme von Militär und eine Abtheilung Konstabler jetzt gemiethet worden. —

Französische Republik.

† **Paris**, 21. März. Der dänische Krieg und die deutschen Reichstruppen beschäftigen das Elysée viel weniger als das gestrige Votum in der Klubfrage. Die Nationalversammlung hat am Schlusse ihrer gestrigen Sitzung die Klubs nur mit 378 gegen 359 Kugeln untersagt, d. h. die ersten drei Worte des Amendements der Minorität in 2. Lesung angenommen. Mit einer solchen Majorität würde sich jedes normale Ministerium zurückziehen; da wir aber noch in revolutionären Zustande uns befinden, so will Bonaparte vor den Wahlen seine Minister nicht wechseln. Welche Glückseligkeiten uns nach den Wahlen beschert seyn werden, soll natürlich vom Ausfall der Wahlen selbst abhängen. Unsere größten politischen Sterndeuter meinen: die nächste Kammer werde ungefähr 500 vollblütige Konservatoren (große Grundbesitzer, anerkannte Royalisten, alte Minister rc.) 150 Jüstemilianer (aus der Boutique des National) und etwa 100 Galgenstricke, wie man im Faubourg St. Germain die Sozialisten oder eigentlichen Republikaner nennt, zählen; vorausgesetzt, daß der italische und der deutsche Reichskrieg nicht die Köpfe der Wähler plötzlich verrückte. In diesem Falle schicken sie uns sicher alle 80 Generäle, die von der provisorischen Regierung abgedankt wurden, wieder in die Kammer. Es liegt etwas Richtiges in diesen Berechnungen.

Eine Ordonnanz des Polizeipräfekten, die gestern zum großen Erstaunen der Menge angeklebt wurde, widerruft die den Straßen-Journalverkäufern seit dem Februar v. J. verliehenen Patente. Aus den Gründen, die der Ordonnanz vorhergeschickt sind, erfährt man, daß dieser fliegende Journalverkauf den Straßenverkehr hindere. (!) Allein das ist, wie unter weiland Ducoux-Cavaignac, ein bloßer Vorwand. Der Hauptzweck dieser neuesten ministeriellen Maßregel ist auf den Ruin der demokratischen Journale gerichtet, die so reissend abgesetzt werden, wie warme Semmel, während die konservativen Blätter wie alte Ladenhüter an den Straßenecken hängen bleiben. Das Ministerium gräbt sich sein Grab auf diese Weise täglich tiefer: Mehr als 5000 Männer und Frauen lebten von diesem Gewerbe, der die Cirkulation eher fördert als hindert, was werden nun diese 5000 Menschen essen?

Im Rauchzimmer der Nationalversammlung ging es während der Klubdebatte nicht weniger stürmisch zu als im Saale selbst. Clement Thomas faßten einander fast bei den Ohren. Es sey schändlich, sagte Clement Thomas, daß Louis Bonaparte den Darr und Lahr wie gemeine Mörder habe hinrichten lassen! Ihr Verbrechen, so schauderhaft es auch immer sey, habe doch während eines Bürgerkrieges stattgefunden und gehöre in die Kategorie politischer Verbrechen. Aber gerade Louis Napoleon hätte es am allerwenigsten wagen dürfen, ihr Todesurtheil zu unterschreiben, denn er selbst habe seine politische Bahn in Frankreich mit Pistolenschüssen auf die Brust französ. Offiziere und Soldaten in Straßburg und Boulogne begonnen und sey darum ebenfalls ein politischer Meuchelmörder... Bei diesen Worten näherte sich Pierre Bonaparte, der sogenannte rothe Republikaner, dem Redner und stellte ihn zur Rechenschaft im Namen seines Vetters, des erlauchten Präsidenten. Clement Thomas erklärte, daß Hr. Peter nur die Akten des Pairshofes nachzulesen brauche. Die lakonische Kürze erhitzte die beiden Raucher dergestalt, daß ohne das Dazwischenspringen des Obersten Guinard (vom Berge) sich die beiden Pseudorepublikaner an den Köpfen gepackt hätten. Wahrscheinlich wird sich diese Gelegenheit im Gehölz von Boulogne durch einen Zweikampf auflösen. Thomas sollte, wie wir hören, erklärt, daß er sich nur mit dem eigentlich Beleidigten, mit dem Präsidenten selbst schießen wolle.

† **Paris**, den 21. März. Nachmittags 2½ Uhr. Die Februar-Revolution tritt in ihr zweites Stadium. Ein Ereigniß von unermeßlicher Wichtigkeit hat sich beim Beginn der heutigen Sitzung der Nationalversammlung zugetragen: Der Berg und die Linke haben sich vereinigt, und sich der Abstimmung in der weiteren Klubdebatte in Masse enthalten. Nach dem ersten fruchtlosen Stimmenumgange zogen sich die genannten beiden Parteien mit Cavaignac, Lamoricière, Marrast, Tayet (Bischof von Orleans) Ledru Rollin rc., an ihrer Spitze in einem Bureausaal zurück, und haben dort eine Protestation redigirt und unterschrieben. Ihre Demission, wie es die Rechte gern sähe, werden sie nicht geben. Jetzt kommt es entweder zu einer Auflösung oder zu einer zweiten Auflage des 18. Brumaire. Der Boden ist hier aber weder so sandig wie in Berlin, noch so steinig hart wie in Wien. Auch beträgt die Minorität hier etwas mehr als in beiden deutschen Städten. Sie erreichte bereits gestern Abend 359 gegen 378, und wäre zur Majorität geworden, wenn die Jüstemilianer Duclerc, Pagnerre und Comp. nicht mit der Rechten gestimmt hätten, und täglich ins Elysée liefen, um dem Präsidenten für eine gute Stelle die Glacehandschuhe zu küssen.

Italienische Staaten.

Rom, 15. März. Der Papst hat eine Note an die auswärtigen Mächte gerichtet, worin die vier katholischen Mächte Oesterreich, Frankreich, Spanien und Neapel (an der Stelle von Portugal) welchen das Veto bei der Wahl des Papstes zusteht, zur Intervention aufgefordert werden, und Barcelona vorgeschlagen wird, wo ein Kongreß dieser Mächte über die Modalität der Intervention berathen möge.

Radetzky's Hauptquartier war am 19. in St. Angelo, etwa 10 Stunden von Mailand, am 20. in Pavia. Eben wurde der Ticino überschritten. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

... Staatsgefangenen ...
l seyn werden, soll natürlich von ...
n. Unsere größten politischen Sterndeu...
mee werde ungefähr 500 vollblütige ...
r, anerkannte Royalisten, alte ...
r Boutique des National) und etwa ...
im Faubourg St. Germain die Sozialis...
mer nennt, zählen; vorausgesetzt, daß ...
eichskrieg nicht die Köpfe der Wähler ...
olle schicken sie uns sicher alle 80 Gene...
Regierung abgedankt wurden, ...
ras Richtiges in diesen Berechnungen.
olizeipräfekten, die gestern zum großen ...
t wurde, widerruft die den Straßen...
uar v. J. verliehenen Patente. ...
ß vorhergeschickt sind, erfährt man, ...
uf den Straßenverkehr hindere. (!) ...
Ducoux-Gavaignac, ein bloßer ...
esten ministeriellen Maßregel ist ...
urnale gerichtet, die so reißend abge...
, während die konservativen Blätter ...
traßenecken hängen bleiben. Das ...
auf diese Weise täglich tiefer: ...
en lebten von diesem Gewerbe, der ...
hindert, was werden nun diese ...

Nationalversammlung ging es während ...
stürmisch zu als im Saale selbst. ...
sost bei den Ohren. Es sey schändlich, ...
Louis Bonaparte den Dorz und ...
richten lassen! Ihr Verbrechen, so schwer ...
abe doch während eines Bürgerkriegs ...
Kategorie politischer Verbrechen. ...
s am allerwenigsten wagen dürfen, ...
denn er selbst habe seine politi...
nschüssen auf die Brust französ. ...
rg und Boulogne begonnen und ...
Meuchelmörder... Bei diesen Worten ...
der sogenannte rothe Republikaner, ...
nschaft im Namen seines Vetters, ...
Thomas erklärte, daß Hr. Pierre ...

...blatt
zur Mittelfränkischen Zeitung.

№ 12. Nürnberg, 26. März. 1849.

Das nachstehende Gedicht von Tiedge ist wohl nicht allgemein bekannt; darum möchte der Abdruck desselben für das größere Publikum in gegenwärtiger Zeit, wo die, welche ihre wahren Gesinnungen in demselben ausgesprochen finden, für Irrgläubige und Zerstörer des Ecksteins des Christenthums erklärt werden, nicht ungeeignet erscheinen. — Die Gedanken über den Inhalt dieses Gedichtes bleiben nur den Lesern überlassen.

An Christus

von Tiedge.

Ich glaub' an Dich, was auch von Dir,
Von Deinem Seyn und Wesen wir
Die Pseudo-Exegeten *) logen,
Die himmelweit entfernt von Dir
Die Menschen um das Heil betrogen,
Das klar und wahr und himmelvoll
Aus Deiner großen Seele quoll.
Dein Wort, was auch die Priester thaten,
Die feindlich Dir entgegen traten,
Du Mann des Lichtes, wird besteh'n!
Dein Wort ist Licht, und Deine Thaten
Sind Sterne, die nicht untergeh'n.
Die Einfalt hattest Du erlesen,
Daß sie zum Menschen sprach' und Nichts
Verhülltes war in Deinem Wesen.
Ich glaub' an Dich, Du Mann des Lichts.
Doch solltest Du diesseits dem Grabe
Noch einmal durch das Leben geh'n
Und solltest Du den Unfug seh'n,
Wie sie die Wahrheit, diese Gabe
Der Weisheit, trügerisch verdreh'n,
...
Sich eifrig fort und fort bemüh'n,
Das Licht, das Du uns angezündet,
Verrätherisch uns zu entzieh'n,
Und wie sie in den Mitternächten
Des Wahns, der trotzig sich vermißt,
Durch Machtgebot und Trug und List
Gern die Vernunft zum Schweigen brächten,
Die zu vernünftig ihnen ist;
Wie sie die frechste Täuschung wagen
Die Gaukler, die sich nicht mehr scheu'n,
Die Wundersucht aus deinen Tagen,
Die Du schon straftest, zu erneu'n,
Und wie sie endlich, statt zu werden
Wie Du warst, Mann voll Gottesgeist, —
Sich streiten, was Du denn auf Erden
Wohl eigentlich gewesen seyst;
Und wie sie sich in Sanftmuth hüllen
Und durch ein mordendes Geschwätz
Das Opfer fordernde Gesetz
Noch fort und fort an Dir erfüllen; —
Ach solltest Du das Alles seh'n,
Du würdest weg Dein Antlitz dreh'n,
Und wenn Du sie belehren solltest
Von Deinem Willen, Sinn und Geist,
Sie wüßten bess'r was Du wolltest
Und was Du warst, und was Du weißt.
Wir könnten auch noch Deine Lehren
Die furchtbar weisen Männer hören,
Die Niemand hören außer sich!
Ja solltest Du Dir's gar erlauben,
Nicht so, wie sie an Dich zu glauben,

Nachdem aber das [illegible] neue darauf stand, entfernt war und die geschäftigen Kellner neue Krystall Dekanter und neue Gläser auf den nackten Mahagonytisch gestellt hatten, nahm ich das Wort, und erklärte der mir gegenübersitzenden lieben, langen Göttin der Langenweile, daß ich ungemein glücklich seyn würde, ein Glas Wein mit ihr zu trinken.

Die Holde lächelte und erwiederte sofort, daß es ihr zu ganz außerordentlichem Vergnügen gereiche, meiner Einladung zu folgen Ich füllte daher mein Glas bis an den Rand und die Göttin füllte das ihrige.

Der Akt des gemeinschaftlichen Weintrinkens ist ein Akt von hoher Bedeutung in England. Zwei Heidelberger Corpsbursche, die die Schlachtfelder von sechs Semestern hinter sich haben, können sich nicht mit mehr Anstand und Würde auf krumme Säbel oder Pistolen fordern, als zwei Engländer sich zum Genuß eines Glases Portwein einladen. Es ist, als ob sich die Thürme der Westminster-Abtei und die Kuppel von St. Pauls bei aufgehender Sonne still „guten Morgen“ wünschten. Mit demselben Ernste, mit dem Cromwell König Karl aufs Schaffot brachte, mit derselben Würde, mit der einst Pitt im Parlament aufstand, um den Krieg gegen die französische Republik zu verlangen und mit derselben Feier, mit der Lord Hardinge nach der Schlacht von Sobraan den Völkern des Indus und des Ganges eröffnete, daß sie hinfort den Nacken unter das brittische Szepter zu beugen hätten — mit demselben Ernste, mit derselben Würde, und mit derselben Feier trinken die Engländer ihren Portwein und Sherry, und schauen sich mit ihren starren, großbritannischen Augen so schrecklich dabei an, als söffen sie Rattengift, um dann hinab zu fahren zum Styx oder zum Satan.

Da ich zu Wasser und zu Lande schon oft genug Gelegenheit hatte, mich in dem Naturgenuß des Portweintrinkens zu üben, so konnte es natürlich nicht fehlen, daß mein Duett mit der langweiligen Göttin über alle Maßen vortrefflich ausfiel. Beide ergriffen wir das schimmernde Krystall, in dem das edle Blut der pyrenäischen Halbinsel so mystisch wogte und blitzte wie flüssige Rubinen; beide erhoben wir dann die Gläser und jetzt uns messend mit stieren Blicken, neigten wir die Köpfe, kaum bemerkbar und möglichst steif, um endlich mit todternsten Gesichtern, à tempo, den großen Moment des Trinkens zu vollenden.

die älteste Pyramide, als ein alter König, ja [illegible] ich schon im Paradiese, ehe ihm Gott sein Weib geschaffen, zu unendlichem Vergnügen — ja mit Gott selbst stand ich auf vertrautem Fuße, ehe er aus lauter langer Weile die Welt erschuf und Alles, was darinnen ist. Unumschränkt war meine Macht in dem sogenannten goldnen Zeitalter der Menschheit; mit den ersten Hirten langweilte ich mich auf den grasreichen Ebnen des Orients; bauen half ich an dem großen sprachverwirrenden Thurme, und wenn auch die heitern Gelage von Babylon und Ninive manchmal meinen stillen Einfluß störten, so fand ich doch Eingang in den Herzen vieler einfältigen Leute, die wie Jakob vierzehn Jahre lang um dasselbe Weib freiten, oder wie Joseph, lieber ihrem Herrn treu blieben, als sich ihrer Gebieterin angenehm machten. Ja, als ein besonderes Faktum bitte ich es zu konstatiren, daß Methusalem nur aus lauter langer Weile seine tausend Jahre alt wurde.

Doch der langweiligen patriarchalischen Zeit, folgten ach, die fröhlichen Jahrhunderte der Griechen. Die Götter, die damals en vogue waren, verwilderten im Himmel und die Menschen auf Erden. Unsittlich nackt thronten die Unsterblichen auf dem Gipfel des Olymps, stets bereit zu den verliebtesten Streichen, zu den ausgelassensten Aventüren. Selbst der Vater der Götter verschmähte es nicht, sich unter jederlei Gestalt zu den Nymphen des platten Landes herabzulassen und zu ihrer Heiterkeit ein Erkleckliches beizutragen. Wie konnte damals von Langerweile die Rede seyn? Die Menschen nahmen ein böses Beispiel an ihren Vorgesetzten. Auf offenem Markte saßen die reizenden Athener und freuten sich ihres Lebens und unerbittlich schlossen sich vor mir alle Thüren. Hatte ich je einmal Zutritt zu einem hellenischen Wesen, nun, so war es höchstens eine Penelopeia, die mich aufnahm, als sie sich Jahre lang ihrem herrlichen Dulder entgegensehnte.

Auch unter dem Waffenlärm der Römer war meines Bleibens nicht, und ich athmete erst wieder auf, als die christliche Zeit kam, mit ihren feisten Mönchen, denen ich in stiller Zelle gern Gesellschaft leistete. Das Christenthum brachte mich damals auch nach Deutschland, wo ich in den langen Lehrgedichten der ausgezeichnetsten Poeten die deutlichsten Spuren zurück ließ. Das Mittelalter halte ich überhaupt für die Glanzperiode meines Daseyns, und ich habe nur zu bedauern,

[illegible] Befriedigung.
[illegible] Begeisterung setzte
[illegible] fort:

„Sie können hieraus [illegible]
[illegible] Zeit auf der Erde wirk[illegible]
[illegible], ich versichere Ihne[illegible]
[illegible], in denen ich mich la[illegible]
[illegible] geliebet habe ich mit [illegible]
[illegible] hat sich mein
[illegible] Kunstschöpf[illegible]
[illegible] unerreichten Klopstock
[illegible] Formen zu
[illegible] Autoren wandte
[illegible] Dramen w[illegible]
[illegible] ist nicht schon einm[illegible]
[illegible] rheinischen Dichter
[illegible] in der Journalistik [illegible]
[illegible] wurde mein Centra[illegible]
[illegible] Walten und auch [illegible]
[illegible] meinen heilsame[illegible]
[illegible] Rückkehr aus Eng[illegible]
[illegible] Versuche [illegible]

Der Jahresta[illegible]

gefeiert vom [illegible]

[illegible] Dr. [illegible]
[illegible] zum ersten[illegible]
[illegible] beigewohnt.
[illegible] Stühlen sich [illegible]
[illegible] eines Greise[illegible]
[illegible], es muß
[illegible]." Was jener
[illegible] gesagt, [illegible]
[illegible] Allein
[illegible] wie bis [illegible]
[illegible], diejenige[illegible]
[illegible]

Daseyns und ich habe nur zu bedauern
Dauer war, denn mit der Erfahrung
Welt leider einer Epoche entgegen,
ge hin, immer kurzweiliger geworden
Familienleben mischte ich mich damals
genheiten der Völker. Vor allen Di
s meinen Einfluß in der Literatur ge
muß selbst gestehen, daß ich auf
s Unerhörte geleistet habe. Vergeblich
ist nie bei den Franzosen Glück mach
für einander geschaffen zu seyn. E
mit Geringschätzung, und da ich
ivolität den tiefsten Abscheu habe,
ge keine Mühe mehr, sie durch
Einflusses auf die Bahn der Tugen

...ungen ließen, waren unsere größten Betrüger. Der März sollte auch hierin eine neue Bahn brechen, aber ich kann diese Wahrheit und Offenheit nicht erkennen. Fassen wir nur eine Thatsache in's Auge; sind die für die Vertagung angegebenen Gründe die rechten, und wurde nicht gerade der wahre Grund verschwiegen? Lag vielleicht der Grund darin, daß unsere Regierung die Linke in Frankfurt verstärken wollte? denn von den 6 auch der deutschen Nationalversammlung angehörigen Abgeordneten gehören 4 der Linken an Man rechnete aber wahrscheinlich auf einen Zufall. Papst Alexander VI. sagt: „Man täuscht Kinder mit Worten, Männer mit Eidschwüren." So ist es bisher gegangen. Was wurde in den Freiheitskriegen nicht Alles versprochen; aber alle jene Versprechungen wurden gebrochen. Unser Streben muß dahin gerichtet seyn, daß wir eine redliche, offene Regierung erhalten. Dieser Regierung der Zukunft ein Hoch! (Bravo.)

... Stellung nach Außen verschaffen, die ihm gebührt? Die entschiedene Mehrzahl des deutschen Volkes ist frei gesinnt, und hält hoch über Alles die Fahne der Freiheit und Einheit des Vaterlandes. Unter den Freisinnigen gibt es zwei Hauptschattirungen, die Einen sagen: nur eine neue Revolution kann das Unheil in den finstern Abgrund zurückschleudern, aus dem es von Neuem sich erhebt. Die Andern meinen: die alte starre Eisdecke ist gebrochen, wir können durch die Reform unser Ziel erreichen. Eines aber ist gewiß: wir werden erreichen, wornach wir streben. Das deutsche Volk geht bedächtig ans Werk, und ich lobe es darum; allein es ist auch ausdauernd, und was es einmal erfaßt hat, das führt es durch, und würden ihm Gebirge von Hindernissen in den Weg gewälzt. Ob aber Revolution, ob Reform die Loosung sey: an Eines müssen wir gemeinsam die Hand anlegen, an die politische Bildung des Volkes. Erhebe sich dann gleich

Und darin liegt die ...
Dir so zahlreiche Versammlung ist der erfreulichste Beweis, daß sie seine Wichtigkeit erkennet, und ich fordere Sie auf, auch ferner Alles zu thun, was in Ihren Kräften steht, um unser hohes Werk zu fördern. Voll Siegeszuversicht ruf' ich ich mit Ihnen: der deutsche Märzverein, der seine Zweige über Bayern wie über alle andern deutschen Länder blühend brei- tet, der ganze deutsche Märzverein — er lebe hoch! (Beifall.) Bundeslied von Lenz.

Abgeordneter Dr. Greiner. Mitbürger! Nach so manchen Stürmen ist das erste Jahr der Revolution geschieden; das zweite beginnt unter allgemeiner Volksgährung. Es war am 4. Mai 1848, als die Bürger Münchens sich erhoben, um ein unwürdiges System zu brechen. Es gelang. Dies gab einen mächtigen Anstoß nach dem Osten und Norden Deutschlands. Die in München unblutig gewonnene Revolution wurde in Wien und Berlin von zahllosen Opfern geröthet. Die Wie- ner konnten die Schmach nicht ertragen, hinter den Münch- nern, die Berliner konnten die Verzweiflung nicht ertragen, hinter den Wienern und Münchnern zurück zu bleiben. So hatte in wenigen Wochen die Revolution die Runde durch Deutschland gemacht. Ueberall hörten wir dieselben Forde- rungen, überall von den wankenden Thronen dieselben Ver- sicherungen, überall sehen wir diese mehr oder minder ver- kümmert. Neben so manchem Uebel des Absolutismus stand obenan die Zerrissenheit unseres Vaterlandes. Man hat es gespalten in verschiedene Länder, man hat diese wieder gespalten in verschiedene Stände oder besser Kasten, und so gewann man die Mittel, das Volk zu knechten. Man hat sich den Satz gemerkt, zu theilen, um dann desto leichter zu herrschen. Dieser Zustand hat das traurige Resultat geliefert, daß man die einzelnen Völker in blutigen Bruderkampf führen, daß man Zwietracht verbreiten konnte. Man denke an den Rhein- bund. Durch ihn wurde das deutsche Reich gestürzt. Man denke an die Blutscenen zwischen Bayern und Tirol. Und was haben die Freiheitskämpfe für uns bewirkt? Die Karte von Deutschland ist ein wahres Wirrsal, Zollschranken trenn- ten die Länder, die Adern Deutschlands wurden unterbunden und an die Spitze ein Fürstenbund gestellt, zur Ruhe des Volkes, zur Schwächung nach Außen; dieser Bund hieß der deutsche, aber seine Gewährsmänner waren auswärtige Mächte, unter ihnen der Russe. Die Folgen sehen wir jetzt. Diese

die früher so sehr vor dem Russen gewarnt, sie billigen jetzt ein Bündniß mit ihm. Wo ist der Schlüssel zu diesem Räthsel? Ein würdiger Abgeordneter der bayerischen Kammer hat gesagt: Man will einen herrschenden Klerus und eine dienende Krone. Schon erscheint ein Bündniß zwischen Oester- reich und Rußland kein Geheimniß mehr. Und wo hören wir eine Einsprache? Nirgends. Und mitten in dieser Ver- wirrung geht ein unheimlicher Geist in unserer Mitte umher und hetzt den Deutschen gegen den Deutschen auf. Eine willkommene Gelegenheit scheint in den deutschen Grund- rechten ihm geboten. Da wird auf Gewerbefreiheit, Freizü- gigkeit rc. hingewiesen; nichts hilft da die schlagendste Wider- legung; man spiegelt den Leuten vor, als stünde eine deutsche Völkerwanderung bevor und wolle dahin, wo ein solcher Fin- sterling sein elendes Zetergeschrei erhebt. Rettung liegt nur in dem Volke; es hat seinen Willen klar ausgesprochen; Freiheit und Einheit sucht das Volk. (Schluß folgt.)

Theater in Nürnberg.

Wir haben in der letzten Zeit wirklich mit Freude gesehen welche Resultate eine tüchtige Leitung der Bühne herbeizu- führen vermag. Das Gastspiel des Herrn Christen bot uns wahrhaften Genuß, und kaum ist dasselbe beendet, führt das Komité uns Flotow's liebliche Oper: Martha vor, die zu den besten Erzeugnissen gehört, welche uns im Operngebiete in den letzten Jahren geboten wurden. Wenn auch Reminis- cenzen an Flotow's Stravella nicht zu leugnen, so ist doch die Musik so melodieenreich und reizend und die Instrumen- tirung so ausgezeichnet, daß es begreiflich ist, wie schnell diese Oper sich einen Lieblingsplatz auf allen Bühnenrepertoiren errang. Durch die im Ganzen komisch gehaltene Umgebung winden sich die beiden ernsten Gestalten des Lionel und der Martha als die Repräsentanten einer wahrhaft drama- tischen und tiefergreifenden Musik. Wenn wir die Darstellung der Martha durch Fräulein Reuß g e n ü g e n d fanden, so gestehen wir, daß wir erst durch Fräulein Bruckner den Charakter der Rolle deutlich erkennen konnten. Fräulein Bruckner scheint sich bei Darstellung dieser Rolle Fräulein

Ministerialrath J. ...
nisterialrath M. ...
und Schulrath J. ...
nungskommissär G. ...
v. Herrmann, Min...
tär II. Klasse W. ...
zelist A. v. Vollmar...
denbeamter als ...
der vormalige Pät...
berufen.

Freiburg. D...
richts über Struve...
fortgefahren, und ...
sich auf den April...
sten aus, daß da...
und daher nicht ...
spielt hiebei die ...
sich heraus, daß ...
das Wort Republ...
darin hat, daß d...
schieden gefordert ...
des souveränen ...
Reden und Prokla...
stung der Beschul...
werthesten Zeugen...
von Konstanz, de...
von Engen, alle ...
Aussagen dieser ...
als die jener Ze...
Die interessantest...
praktischer Arzt ...
sich wieder beson...
den Aufstand unt...
Exekutionsmaßreg...
sie hätten Alles ...
Falle der Zug ...
gezwungen, und ...
Auch das bekann...
es sey Princip ...

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 27 **März** 1849 **№ 86.** **Dienstag: Rupertus.**

Mit dem 1. April beginnt das zweite Quartal 1849 der mittelfränkischen Zeitung. Wir ersuchen daher das verehrliche Publikum, welches auf diese im Sinne wahrer Volksfreiheit redigirte Zeitschrift zu abanniren gedenkt, seine Bestellungen rechtzeitig zu machen, damit wir den resp. Abonnenten vollständige Exemplare liefern können. Der Preis für das Quartal ist inhaltlichdes belletristischen Montagsblattes und vieler Beilagen nur auf 1 fl. 45 kr. vierteljährig festgesetzt und nehmen alle kgl. Postämter Bayerns um diesen Preis vierteljährige Bestellungen an. Zu Inseraten eignet sich das Blatt seiner Vielgelesenheit halber ganz besonders.

Die Expedition der mittelfränkischen Zeitung.

Deutsche Staaten.

München, 25. März. Nachbenanntes Personal des Staatsministeriums des Innern wurde zu dem Staatsministerium des Innern füe Kirchen- und Schulangelegenheiten in gleicher Eichenschaft versetzt; Ministerialrath J. B. Mehrlein, Ministerialrath A. F. Hänlein, Ministerialrath M. Neumayr, Ministerialrath Dr. Faber, Oberkirchen- und Schulrath J. Wisling, Registrator Max Frhr. v. Käser, geh. Rechnungskommissär G. M. Psadler, Ministerialsekretär I. Klasse H. Frh. v. Herrmann, Ministrrialsekretär I. Klasse J. Loeber, Ministerialsekretär II. Klasse W. Völk, Ministerialsekretär II. Klasse F. Olt, Kanzelist A. v. Vollmar. Dem Ldg. Stadtamhof wurde ein dritter Nebenbeamter als Assrssor extra statum beigegeben und auf diese Stelle der vormalige Pätrimonialrichter I. Klasse von Alteglofsheim K. Jling berufen. (N. M. Z.)

Freiburg, den 22 März. [Dritte Verhandlung des Schwurgerichts über Struve und Blind.] Es wird mit dem Verhör der Zeugen fortgefahren, und zwar werden zuerst diejenigen vernommen, welche sich auf den Aprilaufstand bezogen. Von diesen sagen wohl die Meisten aus, daß das Unternehmen keinen Anklang im Volke gefunden, und daher nicht in des letztern Sinne gemacht seyn könne. Dann spielt hiebei die Wegnahme der Kassen eine große Rolle. Auch stellt sich heraus, daß Struve erst nach der Volksversammlung in Grießen das Wort Republik wirklich ausgesprochen, was nach ihm seinen Grund darin hat, daß das Volk in dieser Versammlung die Republik entschieden gefordert habe, und Struve will sich immer als den Vollzieher des souveränen Volkswillens hinstellen. Früher dagegen haben die Reden und Proklamationen als Zweck des Aufstandes nur die Realisirung der Beschlüsse zu Offenburg u. s. w. genannt. Die bemerkenswerthesten Zeugen von dieser Partie waren Bürgermeister Huetlin von Konstanz, der Bürgermeister von Stockach und Advokat Welte von Engen, alle drei mehr gegen, als für Struve. Doch sind alle Aussagen dieser Zeugenpartie für Struve natürlich weniger gravirend als die jener Zeugen, die sich auf den Septemberaufstand bezogen. Die interessantesten waren Altbürgermeister Häglin, Staub und praktischer Arzt Kaiser, alle drei von Lörrach. Auch hier handelte es sich wieder besonders darum, ob Struve mit Zustimmung des Volks den Aufstand unternommen; daher denn vorzüglich die Drohbriefe und Exekutionsmaßregeln zur Sprache kamen. Die Angeklagten behaupten, sie hätten Alles das nur zum Schein gethan, damit die Leute, im Falle der Zug mißlänge, sagen könnten, man habe sie zum Mitgehen gezwungen, und so vor der Strafe der Regierung geschützt seyen. Auch das bekannte Loskaufen wurde verhandelt, worüber Struve sagte, es sey Princip gewesen, daß im Allgemeinen Alle mitziehen sollten, nur in besonderen Fällen, worüber später der Gemeinderath und der Führer der Bürgerwehr zu entscheiden gehabt hätten, habe er eine Ausnahme gemacht, während dagegen der Staatsanwalt zu seiner Zeit beweisen will, daß man Leute wirklich nöthigte, sich loszukaufen. Ebenso kam es darauf an, durch Zeugen zu erheben, ob die Führer des Aufstands in der That bestimmt behauptet hätten, daß zu gleicher Zeit in ganz Deutschland die Republik proklamirt worden, das Schloß in Karlsruhe brenne und der Großherzog flüchtig sey. Die Zeugen wissen das nicht genau anzugeben, auch Struve und Blind läugnen es; denn nur das sey als offiziell von ihnen verbreitet worden, was in ihrem Regierungsblatte gestanden. Auch das Schicksal des Postmeisters Martin, der, nachdem er auf Ehrenwort erklärt hatte, es seyen keine Gelder mehr in seinem Hause, sich aber solche später vorgefunden, erschossen werden sollte, kam des Längeren zur Sprache. Die Zeugen sind aber nicht im Stande, zu behaupten, daß in Wahrheit über ihn das Todesurtheil ausgesprochen worden sey; Struve und Blind stellen dieß ganz bestimmt in Abrede, und sagen, daß nur die Konfiskation seines Vermögens beschlossen, aber nicht einmal vollzogen worden sey, und zwar beschlossen, um, wie Struve sagte, dem Unwillen des Volkes gegen Martin in etwas Genüge zu leisten, und so diesem das Leben zu retten, oder wie Blind behauplete, um im Allgemeinen ein Exempel zu statuiren.

Ueberhaupt könne man bei großen Revolutionen nicht auf Kleinigkeiten schauen; sie hätten es noch lange nicht so gemacht, wie Windischgrätz und die andern sogenannten gesetzlichen Gewalten, was sie seiner Zeit nachweisen werden. Auch wollte Struve einen Unterschied gemacht wissen zwischen dem was er, und zwischen dem, was Andere gethan, einen Unterschied, den jedoch der Staatsanwalt nicht gelten ließ. Denn die Andern hätten durchaus nur im Sinne und Geiste seiner mit Heinzen herausgegebenen, bekannten Schrift, als auch nach von Struve erlassenen bestimmten Befehlen und Proklamationen gehandelt, und so falle das auch auf ihn zurück. Endlich beschwerte sich Struve darüber, daß man ihm erst zwei Tage vor den Verhandlungen Einsicht in die Akten gestattet, so daß es ihm rein unmöglich gewesen, Zeugen in seinem Sinne vorzuschlagen, während der Staatsanwalt die größte Menge vorgeladen. Morgen wird mit dem Zeugenverhör fortgefahren. Besonders gespannt ist man auf die Aussagen derer, welche sich auf Müllheim und Staufen beziehen. (Schw. M.)

** **Frankfurt,** den 23. März. [193. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Nach Erledigung des Reh'schen Antrages zu Gunsten der tyrolischen Abgeordneten erklärt der Präsident, §. 2 sey mit 266 gegen 265 Stimmen verworfen. Der hierauf zur namentlichen Abstimmung gebrachte §. 3 lautet: „Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen.“ §. 3 wird verworfen mit 274 gegen 256 Stimmen; angenommen wird dagegen als Ersatz für §. 2 und 3 mit 290 gegen 240 St. das Minderheitserachten: „Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so soll das deutsche Land eine von dem nichtdeutschen Lande getrennte eigene Verfassung, Regierung und Verwaltung haben.“ Angenommen durch gewöhnliche Abstimmung ferner: „In die Regierung und Verwaltung des deutschen Landes dürfen nur deutsche Staatsbürger berufen werden. Die Reichsverfassung und Reichsgesetzgebung hat in einem solchen deutschen Lande dieselbe verbindliche Kraft, wie in den übrigen deutschen Ländern.“ Angenommen der Zusatzantrag Tellkamps und Genossen: „Hat ein deutsches Land mit dem nicht deutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so muß dasselbe entweder in seinem deutschen Lande residiren, oder es muß auf verfassungsmäßigem Wege in demselben eine Regentschaft niedergesetzt werden, zu welcher nur Deutsche berufen werden dürfen.“ Angenommen: §. 5. „Abgesehen von den bereits bestehenden Verbindungen deutscher und nichtdeutscher Länder soll kein Staatsoberhaupt eines nichtdeutschen Landes zugleich zur Regierung eines deutschen Landes gelangen, noch darf ein in Deutschland regierender Fürst, ohne seine deutsche Regierung abzutreten, eine fremde Krone annehmen.“ Verworfen dagegen der von der Minderheit: Wigard, Schüler, Simon beantragte Zusatz: „Kleinere deutsche Staaten können sich zu einem größeren vereinigen oder einem größeren Staate sich einverleiben, wenn der letztere nicht über 5 Millionen Einwohner hat. Kleine Staaten, deren Gebiet von dem größeren umschlossen wird, sind an letztere Bedingung hierbei nicht gebunden.“ Angenommen: §. 6. „Die einzelnen deutschen Staaten behalten ihre Selbstständigkeit, soweit dieselbe nicht durch die Reichsverfassung beschränkt ist; sie haben alle staatlichen Hoheiten und Rechte, soweit diese nicht der Reichsgewalt ausdrücklich übertragen sind.“ Die Einschaltung: „Das deutsche Volk ist souverän. Alle Reichsgewalt rührt vom Volke her“ wird mit 297 gegen 213 Stimmen abgelehnt. Angenommen wird: Abschnitt II. Die Reichsgewalt. Artikel I. §. 7. „Die Reichsgewalt ausschließlich übt dem Auslande gegenüber die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten aus. Die Reichsgewalt stellt die Reichsgesandten und die Konsuln an. Sie führt den diplomatischen Verkehr, schließt die Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, namentlich auch die Handels- und Schifffahrtsverträge, so wie die Auslieferungsverträge ab. Sie ordnet alle völkerrechtlichen Maßregeln an.“ §. 8. „Die einzelnen deutschen Regierungen haben nicht das Recht, ständige Gesandte zu empfangen oder solche zu halten. Auch dürfen dieselben keine besonderen Konsuln halten. Die Konsuln fremder Staaten erhalten ihr Exequatur von der Reichsgewalt. Die Absendung von Bevollmächtigten an das Reichsoberhaupt ist den einzelnen Regierungen unbenommen.“ §. 9. „Die einzelnen deutschen Regierungen sind befugt, Verträge mit anderen deutschen Regierungen abzuschließen. Ihre Befugnisse zu Verträgen mit nichtdeutschen Regierungen beschränken sich auf Gegenstände des Privatrechts, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei.“ §. 10. „Alle nicht rein privatrechtlichen Verträge, welche eine deutsche Regierung mit einer anderen deutschen oder nichtdeutschen abschließt, sind der Reichsgewalt zur Kenntnißnahme und, insofern das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen.“

** **Frankfurt,** den 24. März. [194. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Vicepräsident Kirchgeßner.] Anzeige von Flottenbeiträgen aus Breslau und Friedland 204 Thlr., 75 Thlr. Gold und 100 Thlr. Schulz von Darmstadt interpellirt das interimistische Reichsministerium, von dem aber in der Sitzung nichts zu sehen ist, folgendermaßen: Da durch Verwerfung des Welcker'schen Antrages, wie sehr auch dessen Annahme politisch und moralisch unmöglich war, gleichwohl die Gefahr näher gerückt ist, daß deutsche Regierungen den gerechten Forderungen der Nation Trotz bietend, die Oktroyirung einer Reichsverfassung versuchen könnten. — Da es schon lange in der Pflicht des Reichsministeriums lag, für die Beischaffung der Mittel zu sorgen, wodurch es möglich würde, die von der Nationalversammlung »einzig und allein« zu beschließende Reichsverfassung im ganzen Reiche durchzusetzen, so erlaube ich mir an den interimistischen Herrn Präsidenten des Reichsministeriums die Frage: Ob die provi-

sorische Reichsgewalt über genügende Geldmittel, sowie über eine ausreichende Truppenzahl mit einiger Aussicht auf Erfolg verfügen könnte, um nöthigenfalls selbst gegen den Eigenwillen größerer oder kleinerer Regierungen, der zu beschließenden Reichsverfassung Geltung zu verschaffen? Oder — falls diese Frage verneinend beantwortet werden müßte: Ob das interimistische Reichsministerium gesonnen ist, die hierzu erforderlichen einleitenden Maßregeln zu treffen? Hierauf führt die Tagesordnung zur Fortsetzung der Berathung der deutschen Reichsverfassung zweite Lesung.

Art. II. §. 10. Der Reichsgewalt ausschließlich steht das Recht des Krieges und Friedens zu. Art. III. §. 11. Der Reichsgewalt steht die gesammte Macht Deutschlands zur Verfügung. §. 12. Das Reichsheer besteht aus der gesammten zum Zwecke des Krieges bestimmten Landmacht der einzelnen deutschen Staaten. Die Stärke und Beschaffenheit des Reichsheeres wird durch das Gesetz über die Wehrverfassung bestimmt. Diejenigen Staaten, welche weniger als 500,000 Einwohner haben, sind durch die Reichsgewalt zu größeren militärischen Ganzen, welche dann unter der unmittelbaren Leitung der Reichsgewalt stehen, zu vereinigen, oder einem angrenzenden größeren Staate anzuschließen. Die näheren Bedingungen einer solchen Vereinigung sind in beiden Fällen durch Vereinbarung der betheiligten Staaten unter Vermittlung und Genehmigung der Reichsgewalt festzustellen. §. 13. Die Reichsgewalt ausschließlich hat in Betreff des Heerwesens die Gesetzgebung und die Organisation; sie überwacht deren Durchführung in den einzelnen Staaten durch fortdauernde Kontrole. Den einzelnen Staaten steht die Ausbildung ihres Kriegswesens auf Grund der Reichsgesetze und der Anordnungen der Reichsgewalt und beziehungsweise in den Grenzen der nach §. 13 getroffenen Vereinbarungen zu. Sie haben die Verfügung über ihre bewaffnete Macht, soweit dieselbe nicht für den Dienst des Reiches in Anspruch genommen wird. §. 14. In den Fahneneid ist die Verpflichtung zur Treue gegen das Reichsoberhaupt und die Reichsverfassung an erster Stelle aufzunehmen. §. 15. Alle durch Verwendung von Truppen zu Reichszwecken entstehenden Kosten, welche den durch das Reich festgesetzten Friedensstand übersteigen, fallen dem Reiche zur Last. §. 16. Ueber eine allgemeine für ganz Deutschland gleiche Wehrverfassung ergeht ein besonderes Reichsgesetz. §. 17. Den Regierungen der einzelnen Staaten bleibt die Ernennung der Befehlshaber und Offiziere ihrer Truppen, soweit deren Stärke sie erheischt, überlassen. Für die größeren militärischen Ganzen, zu denen Truppen mehrerer Staaten vereinigt sind, ernennt die Reichsgewalt die gemeinschaftlichen Befehlshaber. Für den Krieg ernennt die Reichsgewalt die kommandirenden General der selbstständigen Korps, so wie das Personale der Hauptquartiere. §. 18. Der Reichsgewalt steht die Befugniß zu, Reichsfestungen und Küstenvertheidigungswerke anzulegen, und insoweit die Sicherheit des Reichs es erfordert, vorhandene Festungen gegen billige Ausgleichung, namentlich für das überlieferte Kriegsmaterial, zu Reichsfestungen zu erklären. Die Reichsfestungen und Küstenvertheidigungswerke des Reich werden auf Reichskosten unterhalten. §. 19. Die Seemacht ist ausschließlich Sache des Reiches. Es ist keinem Einzelstaate gestattet, Kriegsschiffe für sich zu halten oder Kaperbriefe auszugeben. Die Bemannung der Kriegsflotte bildet einen Theil der deutschen Wehrmacht. Sie ist unabhängig von der Landmacht.

Die Mannschaft, welche aus einem einzelnen Staate für die Kriegsflotten gestellt wird, ist von der Zahl der von demselben zu haltenden Landtruppen abzurechnen. Das Nähere hierüber, so wie über die Kostenausgleichung zwischen dem Reich und den Einzelstaaten, bestimmt ein Reichsgesetz. Die Ernennung der Offiziere und Beamten der Seemacht geht allein vom Reiche aus. Der Reichsgewalt liegt die Sorge für die Ausrüstung, Ausbildung und Unterhaltung der Kriegsflotte und die Anlegung, Ausrüstung und Unterhaltung von Kriegshäfen und See-Arsenalen ob. Ueber die zur Errichtung von Kriegshäfen und Marineetablissements nöthigen Enteignungen, so wie über die Befugnisse der dabei aufzustellenden Reichsbehörden, bestimmen die zu erlassenden Reichsgesetze.

Artikel IV. §. 20. Die Schifffahrtsanstalten am Meere und in Mündungen der deutschen Flüsse (Häfen, Seetonnen, Leuchtschiffe, das Lootsenwesen, das Fahrwasser u. s. w.) bleiben der Fürsorge der einzelnen Uferstaaten überlassen. Die Uferstaaten unterhalten dieselben aus eigenen Mitteln. Ein Reichsgesetz wird bestimmen, wie weit die Mündungen der einzelnen Flüsse zu rechnen sind. §. 21. Die Reichsgewalt hat die Oberaufsicht über diese Anstalten und Einrichtungen. Es steht ihr zu, die betreffenden Staaten zu gehöriger Unterhaltung derselben anzuhalten, auch dieselben aus den Mitteln des Reiches zu vermehren und zu erweitern. §. 22. Die Abgaben, welche in den Seeuferstaaten von den Schiffen und deren Ladungen für die Benutzung der Schifffahrtsanstalten erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung dieser Anstalten nothwendigen Kosten nicht übersteigen. Sie unterliegen der Genehmigung der Reichsgewalt. §. 23. In Betreff dieser Abgaben sind alle deutschen Schiffe und deren Ladungen gleichzustellen. Eine höhere Belegung fremder Schifffahrt kann nur von der Reichsgewalt ausgehen. Die Mehrabgabe von fremder Schifffahrt fließt in die Reichskasse. Art. V. §. 24. Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und die Oberaufsicht über die in ihrem schiffbaren Lauf mehrere Staaten durchströmenden oder begrenzenden Flüsse und Seen und über die Mündungen der in dieselben fallenden Nebenflüsse, so wie über den Schifffahrtsbetrieb und der Flößerei auf denselben. Auf welche Weise die Schiffbarkeit dieser Flüsse erhalten oder verbessert werden soll, bestimmt ein Reichsgesetz. Die übrigen Wasserstrassen bleiben der Fürsorge der Einzelstaaten überlassen. Doch steht es der Reichsgewalt zu, wenn sie es im Interesse des allgemeinen Verkehrs für nothwendig erachtet, allgemeine Bestimmungen über den Schifffahrtsbetrieb und die Flößerei auf denselben zu erlassen, so wie einzelne Flüsse unter derselben Voraussetzung den oben erwähnten gemeinsamen Flüssen gleich zu stellen. Die Reichsgewalt ist befugt, die Einzelstaaten zu gehöriger Erhaltung der Schiffbarkeit dieser Wasserstrassen anzuhalten. §. 25. Alle deutschen Flüsse sollen für deutsche Schifffahrt von Flußzöllen frei seyn. Auch die Flößerei soll auf schiffbaren Flußstrecken solchen Abgaben nicht unterliegen. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz. Bei den mehrere Staaten durchströmenden oder begrenzenden Flüssen tritt für die Aufhebung dieser Flußzölle eine billige Ausgleichung ein. §. 26. Die Hafen-, Krahn-, Waag-, Lager-, Schleusen- u dergl. Gebühren, welche an den gemeinschaftlichen Flüssen und den Mündungen der in dieselben sich ergießenden Nebenflüsse erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung derartiger Anstalten nöthigen Kosten nicht übersteigen. Sie unterliegen der Genehmigung der Reichsgewalt. Es darf in Betreff dieser Gebühren keinerlei Begünstigung der anderen deutschen Staaten stattfinden. §. 27. Flußzölle und Flußschifffahrtsabgaben dürfen auf fremde Schiffe und deren Ladungen nur durch die Reichsgewalt gelegt werden.

Art. VI. §. 28. Die Reichsgewalt hat über die Eisenbahnen und deren Betrieb, soweit es der Schutz des Reichs oder das Interesse des allgemeinen Verkehrs erheischt, die Oberaufsicht und das Recht der Gesetzgebung. Ein Reichsgesetz wird bestimmen, welche Gegenstände dahin zu rechnen sind. §. 29. Die Reichsgewalt hat das Recht, soweit sie es zum Schutze des Reichs oder im Interesse des allgemeinen Verkehrs für nothwendig erachtet, die Anlage von Eisenbahnen zu bewilligen, so wie selbst Eisenbahnen anzulegen, wenn der Einzelstaat, in dessen Gebiet die Anlage erfolgen soll, deren Ausführung ablehnt. Die Benutzung der Eisenbahnen für Reichszwecke steht der Reichsgewalt jederzeit gegen Entschädigung frei. §. 30. Bei der Anlage oder Bewilligung von Eisenbahnen durch die einzelnen Staaten ist die Reichsgewalt befugt, den Schutz des Reichs und das Interesse des allgemeinen Verkehrs wahrzunehmen. §. 31. Die Reichsgewalt hat über die Landstraßen die Oberaufsicht und das Recht der Gesetzgebung, soweit es der Schutz des Reichs oder das Interesse des allgemeinen Verkehrs erheischt. Ein Reichsgesetz wird bestimmen, welche Gegenstände dahin zu rechnen sind. §. 32. Die Reichsgewalt hat das Recht, soweit sie es zum Schutze des Reiches oder im Interesse des allgemeinen Verkehrs für nothwendig erachtet, zu verfügen, daß Landstraßen und Kanäle angelegt, Flüsse schiffbar gemacht oder deren Schiffbarkeit erweitert werde. Die Anordnung der dazu erforderlichen baulichen Werke erfolgt nach vorgängigem Benehmen mit den betheiligten Einzelstaaten durch die Reichsgewalt. Die Ausführung und Unterhaltung der neuen Anlagen geschieht von Reichswegen und auf Reichskosten, wenn eine Verständigung mit den Einzelstaaten nicht erzielt wird. Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Frankfurt, 23. März. Eine neue österreichische Erklärung vom 17. März datirt, enthält in ihrem Eingange eine Erwiederung auf das von Hrn. v. Schmerling eingereichte Gesuch um Enthebung von seinem hiesigen Posten. Mit Bedauern, heißt es in derselben, habe man in Wien von dem Gesuche Kenntniß genommen, könne aber die Motivirung der gewünschten Entlassung nicht als richtig anerkennen. Das Gesuch werde Sr. kaiserl Majestät vorgelegt, und die Entscheidung ohne Aufschub hierher bekannt gegeben werden; bis sie erfolgt sey, führe einverstandenermaßen Hr. v. Schmerling den ihm durch das Vertrauen des Monarchen angewiesenen Posten fort. Was die Motivirung des Gesuches um Entlassung betrifft, so enthält hierüber die k. k. Erklärung folgendes: „Euer Hochwohlgeboren gehen von der Voraussetzung aus, daß Oesterreichs deutsche Provinzen in Folge der dem Kaiserstaat so eben gegebenen Verfassung sich an dem deutschen Bundesstaate nicht betheiligen können. Dieses ist aber eben, was ich in Abrede stelle. Freilich in einen Bundesstaat, der die innere freie Bewegung und die Selbstständigkeit der Einzelstaaten vernichtet, hätte Oesterreich unmöglich treten können. Ein solches Extrem ist aber meines Erachtens mit dem Begriffe des Bundesstaates nicht nothwendig verknüpft. Man konnte sich leicht einen solchen denken, mit einer mit ausgedehnten Attributen ausgerüsteten und stark organisirten Centralgewalt, mit einer ihr zu Seite stehenden Vertretung der Einzelstaaten und ihrer Stämme, mit einer solchen Organisation des Vereins endlich, welche dem Auslande gegenüber ein großes, starkes, einiges und einheitliches Deutschland dargestellt und im Innern den verschiedenen deutschen Staaten und Stämmen eine vernünftige Gemeinsamkeit der materiellen Interessen und der nationalen Rechtsinstitutionen gewährt haben würde. In einen solchen Bundesstaat einzutreten, wäre Oesterreich jeden Augenblick bereit. Der neueste Frankfurter „kühne Griff“ stellt freilich Alles aufs Neue in Frage. Wir können für heute blos noch die weitere Entwickelung abwarten. Sie falle übrigens aus wie sie wolle, so wird sie Oesterreich auf seinem Posten finden. Wir erwarten übrigens von dem Patriotismus der dieses Gefühls empfänglichen österr. Deputirten, daß sie ihren Posten in Frankfurt nicht verlassen werden, so lange als ihnen dieses durch die äußeren Umstände nur immer möglich gemacht seyn wird. Oesterreich denkt nicht daran — ich wiederhole es — sich von Deutschland in den Berathungen über dessen künftige Verfassung loszusagen, und es ist daher Pflicht jedes wohldenkenden Staatsbürgers, seinem Vaterlande, dort, wo diese Verfassung berathen wird, das Wort zu reden bis zuletzt. F. Schwarzenberg.“ (Frkf. Z.)

Frankfurt, den 23. März. Nachdem nun die Nationalversammlung täglich zwei Sitzungen hält, glaubt man, daß sie in acht Tagen mit der Abstimmung der Verfassung fertig seyn wird, wenn sich nicht lange Zwischendebatten — wie heute — gestalten. — Es geht das Gerücht, wohl nur erfunden — die Regierungen seyen übereingekommen, vom 1. Mai keine Diäten an die Abgeordneten ihrer Länder mehr auszuzahlen. (N. W. Z.)

Frankfurt, den 23. März. Dem Vernehmen nach ist Herr v. d. Pfordten, der abgetretene sächsische Minister, zum Erzherzog Reichsverweser berufen. Der Reichsverweser soll beabsichtigen, sein Ministerium vorzugsweise aus Bayern, Sachsen und Hannoveranern zu wählen. Herrn von der Pfordten erblickte man heute auf der diplomatischen Tribune. (Frkf. O.-P.-Z.)

†*† **Berlin**, den 23. März. Der heutigen Debatte in der zweiten Kammer über den Passus der Adresse, welcher von dem Heere spreche, ging gestern eine sehr lebhafte Parteisitzung der Linken voraus. Es machte sich in der Opposition die Meinung geltend, daß man sich am zweckmäßigsten jeder Betheiligung an der Diskussion des qu. Passus enthalten, und mit für ihn stimmen müsse. Die diese Ansicht vertheidigenden Herren, wie die Abgeordneten Stein, Elsner ꝛc. gingen von dem Grundsatze aus, daß man sich hüten müsse, in den von der National-Versammlung oft begangenen Fehler zu verfallen und der Versammlung das Heer zu entfremden, es sey dieser Fehler von der Opposition in Frankreich nie gemacht worden. Jakoby und Kinkel sprachen am heftigsten gegen diese Ansicht, der erstere machte vorzüglich geltend, welchen Eindruck dieses Benehmen der Linken auf die wegen ihres volksfreundlichen Auftretens im Gefängniß lebenden Offiziere machen würde. Die Majorität erklärte sich gegen Stein, Elsner ꝛc., und nur Grün behielt sich vor ein Amendement, wodurch der Kriegsruhm der preussischen Truppen anerkannt würde, im Plenum einzubringen. —

General v. Wrangel hat gestern folgenden Parolebefehl erlassen: „Die Truppen sollen fortan bei Insultirungen und Beschimpfungen des Volkes gegen sie von ihren Waffen, ohne vorher zu trommeln,

Gebrauch machen. Die Offiziere, die dies verabsäumen, sollen vor ein Kriegsgericht gestellt werden.« Auch hört man, daß der General denjenigen Offizier, der sich am Sonntag in der Nähe der gestürmten Konstablerwache, wo es bekanntlich zu keinem Angriff Seitens des Militärs kam, befand, ausdrücklich wegen seiner Haltung einen Verweis ertheilt hat.

In Folge der vorgestern Abend bereits eingetroffenen telegr. Depesche über die Abdankung des Ministerpräsidenten der deutschen Centralgewalt, begaben sich die Minister sofort nach Charlottenburg zu Sr. Maj. dem Könige. Es soll in diesem Ministerrath beschlossen worden seyn, den preuss. Abgeordneten für Frankfurt keine Diäten zu zahlen, weitere Schritte aber mit Oesterreich zu thun. — Der Reichskriegsminister v. Peucker ist hier eingetroffen.

Zu dem diesmaligen Feldzuge in Schleswig-Holstein soll gar kein preussisches Militär verwandt werden, vielmehr soll dasselbe möglichst in den mitteldeutschen Provinzen Preussens concentrirt werden, um als Exekutionstruppe im Innern Deutschlands zu dienen, wozu es seine vorzugsweise Befähigung bereits im Sommer und Herbst des vorigen Jahres bewiesen hat. —

In das Schützenhaus ist ohne irgend eine vorherige Anzeige an den Vorstand der Schützengilde, deren freies Eigenthum das Haus ist, ein Bataillon Soldaten einquartirt worden. Die Soldaten lagern in dem schönen Saale, und sollen dem Oekonomen wiederholt Getränke ohne Bezahlung und in brutaler Weise abgenommen haben. Eine Deputation der Schützengilde wurde weder beim Magistrate noch bei dem General Wrangel über diese Angelegenheit gehört. Die Gesellschaft hat sich daher mit einer Beschwerde an den Kriegsminister gewandt. —

†*† **Berlin.** [Sitzung der II. Kammer vom 22. März.] Präsid. Grabow eröffnet um 10½ die Sitzung. Tüff verwahrt mit Hinweisung auf Vincke's Polemik gegen Jung und auf die Provokationen gegen die früheren Mitglieder der Nat.-Vers. zur Mäßigung und zur Vermeidung persönlicher Verletzungen. Er richtet diese Aufforderung zugleich an die Minister. Minister v. d. Heydt. Das Ministerium werde jede geeignete Veranlassung benutzen, seine Handlungen zu rechtfertigen. v. Vincke erklärt sich mit Tüff einverstanden, erwähnt aber, daß er zur Ordnung gerufen worden sey, während Jung ungerügt die Versammlung ein oktroyirtes Kartenhaus genannt. Min. v. Manteuffel bemerkt in Bezug auf die Haussuchung bei d'Ester, er habe Erkundigung eingezogen, und wolle eine Auslassung des Polizeikommissär Marß I. vorlesen. Nach dieser ist eine anonyme Anzeige eingegangen, wornach d'Ester über ½ Centner Pulver bei sich verborgen halten sollte. Um demselben vor unvorsichtigem Umgange mit Feuer und Licht zu warnen, habe sich der Polizei-Kommissär zum Wirthe begeben, und dieser, nicht der Polizeibeamte, habe eine Nachsuchung angestellt. Eine Aussage des Wirthes bestätigt dies im Wesentlichen. Pulver ist nicht gefunden worden. Der Minister erklärt, die Vers. werde hieraus sehen, daß dieser Vorfall mit dem Belagerungszustande in keinem Zusammenhang stehe. — Von Münchhausen referiet über die Berliner Neuwahlen, die für gültig erklärt werden. — Tagesordnung. Forts. der Adreßdebatte. — Satz 4 des Entwurfs lautet: »Die in Aussicht gestellten organischen Gesetze werden wir, dem dringenden Bedürfniß der Zeit gemäß, mit angestrengter Thätigkeit berathen und über unsere Zustimmung zu denselben, sowie zu den vorläufig erlassenen Verordnungen uns entscheiden. Die Ordnung der Gemeindeverhältnisse, die zeitgemäße Gestaltung des Unterrichtswesens und der kirchlichen Zustände und die hierauf bezüglichen Entwürfe, namentlich aber die Gesetze, deren schleunigsten Erlaß zur Erhaltung und Förderung der materiellen Wohlfahrt, insbesondere der Regelung der ländlichen Gewerbeverhältnisse so wünschenswerth und nothwendig ist, werden wir ohne Verzug in Betracht ziehen." Martge, Torbe und Zore beantragten folgenden Zusatz, der dem Adreßentwurf von d'Ester und Gen. entnommen ist: „Das Rechtsgefühl des Volkes fordert eine baldige Amnestie, für diejenigen, welche das Zerwürfniß zwischen den verschiedenen Staatsgewalten und die Aufhebung der Herrschaft der Gesetze dem Kreise ihrer Familien entzogen oder in Untersuchungen verwickelt haben." Martge rechtfertigt diesen Zusatz hauptsächlich aus der durch die Umwälzungen des vorigen Jahres entstandenen Rechtsunklarheit. Nicht die Ursache dürfe man strafen, die sich erhoben hat, sondern den Sturm, der sie gepeitscht hat, daß sie sich erheben mußte. Es sind Vergehungen gegen den Absolutismus der Vergangenheit, die man strafte, und das Volk war doch so großmüthig gegen die, welche es lange Jahre hindurch in Knechtschaft gehalten haben. (Gelächter zur Rechten.) Wenn von dem Unglücke zahlloser Familien die Rede ist, denen der Ernährer entzogen wird, so mögen sie es aussprechen, daß ich irre, aber l a c h e n dürfen sie nicht! — Wer sind die Verbrecher, für die wir die Amnestie beantragen? Sind es Räuber, die in Ihr Eigenthum gegriffen haben? (Rechts, ja wohl!) Seyen Sie so bescheiden, meine Gedanken nicht vorher kennen zu wollen! Wir beantragen die Amnestie für Diejenigen, die durch die Presse sich vergangen haben; es sind die, welche nicht in den Jubelruf für die Vers., den S i e gehört haben wollen, einstimmen konnten, sondern an dem noch viel lautern Schrei der Entrüstung Theil hatten, den wir nach dem 8. Nov. gehört hatten, es sind Beamte, die in einem konst. Staate auch konstitutionell handeln zu müssen glaubten. Sie selbst erkennen in der Adresse an, daß der Rechtsboden erschüttert sey, nun lassen Sie auch Rathlosigkeit für die eintreten, die aus Irrthum oder nur nach einer einseitigen Gesetzgebung gefehlt haben. Betrachten wir diese Frage nicht als eine Parteifrage, sondern als einen Frage der Menschlichkeit.

Min. v. Manteuffel: Nach Art. 47 der Verf. kann der König bereits eingeleitete Untersuchungen nicht niederschlagen. Das Ministerium ist vielfach der Rachsucht und der Verfolgungswuth angeschuldigt worden; mit Unrecht, das Ministerium fühlt sich davon frei, aber es hat sich für verpflichtet gehalten, die Ordnung herzustellen, und dem Gesetze seinen Lauf zu lassen. Soll derjenige gestraft werden, der „Eigenthum ist Diebstahl!" zu seinem Grundsatz macht, und der nicht, der die Fackel des Aufruhres in das Land schleudert? Die Begriffsverwirrung der Zeit ist so groß, daß alles Mögliche für politische Verbrechen angesehen wird. Das Land will, daß das Gesetz walte. (Bravo von der äußersten Rechten. Zischen links).

Ellwanger: In den Zerwürfnissen zwischen Regierung und Nat.-Vers. sind nur diejenigen verfolgt worden, die sich in offener Auflehnung gegen die Staatsgewalt befunden haben. Die Bestrafung ist erfolgt durch unparteiische Beamte, durch einen Richterstand, dessen Unparteilichkeit noch Niemand in Zweifel gezogen hat. Er habe den zur Annahme vorgeschlagenen Zusatz anfänglich so verstanden, als bezöge derselbe sich auf die ausgehobenen 57 Bataillone Landwehr, die freudig dem Rufe des Königs gefolgt seyen. Unter den politischen Verbrechern befinden sich allerdings Solche, die Nachsicht verdienen, aber Viele gehören dem verruchtesten Gesindel an. Der Redner erinnert an den Zeughaussturm und an das in Folge des Jagdgesetzes entstandene neue Verbrechen, den Diebstahl von Gewehren. Das Amendement beeinträchtige das Recht der Krone durch ein zu großes Drängen nach Begnadigung. Wenn die Stunde der Versöhnung schlage, wenn das Verfassungswerk vollendet ist, dann wird — das sey er überzeugt — das schöne und süße Recht der Gnade ausgeübt werden.

Schramm: Je länger die Amnestie vorenthalten wird, desto mehr häufen sich die Vergehen, die einer Amnestie bedürfen. In seinem Wohnorte seyen 12 wehrlose Menschen von Soldaten überfallen worden, und einer sey sogar gestorben. Möge Hr. v. Bismark auf seine gestrige Frage, wo das Volk sich das Blut der Tyrannen suchen werde? sich hier die Antwort selbst geben. Das Volk wird das Blut unter denen suchen, die jetzt die bewaffnete Bevölkerung gegen die wehrlose aufhetzen. Hr. v. Bodelschwingh hat in der Abtheilung die Amnestie eine Unmenschlichkeit genannt, weil durch sie die Verbrechen und damit die Bestrafungen vermehrt werden. Das Urtheil über diese Art von Menschlichkeit wolle er getrost der Kammer überlassen.

Min. v. Manteuffel: So eben habe er eine Mittheilung über den Vorfall in Langensalza erhalten. Es habe vor der Stadt eine Versammlung stattgefunden, die in dem Bericht eine demokratische genannt sey. Beim Einzuge in die Stadt habe man eine Patrouille verhöhnt, so daß die Kuirassire einschreiten mußten. Das Volk habe sich dann sehr roh betragen, sich durch Getränke erhitzt. Mehrere sind verhaftet, einige verwundet, ein Kuirassier verletzt.

Schramm: In Langensalza sey kein demokratischer Klub oder dergleichen. Wenn der Landrathsverweser diese Mittheilung gemacht habe, so sey diese höchst einseitig. Er gebe sich zu den gemeinsten Spionendiensten her (Lärm rechts), ich werde es beweisen. Das Volk ist am 18. März singend durch die Straßen gezogen, wie es die Kuirassiere täglich thun. Daß man sich durch Getränke erhitzt habe, sey eine Lächerlichkeit, die keine Widerlegung verdiene.

Min. v. Manteuffel: Für die Richtigkeit der Anführungen könne er keine Garantie bieten, aber er müsse bitten, Beamte gegen Bezeichnungen der Art zu schützen.

Präs. Grabow erklärt, jene Bezeichnung sey nicht in der Ordnung.

v. Berg: Er begreife nicht, wie der Präsident dann nicht die Bezeichnung, die Hr. Ellwanger gegen Unglückliche, gegen Gefangene gebraucht, gerügt habe.

Barnhardt, v. Merckel, v. Lisinki sprechen für den Ordnungsruf. Ellwanger erklärt, er habe keine persönliche Beleidigung aussprechen wollen. Waldeck: Man wisse nicht, wie man sprechen solle, wenn man das Spioniersystem, das man stürzen will, nicht so bezeichnen soll; und wenn den Anträgen der Minister auf Ordnungsrufe stets hier statt gegeben wird, so wird man bald stolz seyn können auf einen solchen Ordnungsruf. — v Meusebach: der Ordnungsruf sey begründet, und wenn er nach einem Eindrucke urtheilen dürfe, den diese Vers. seit drei Tagen auf ihn mache, so möchte er fast ein früheres Wort wiederholen: Es liege Etwas in der Luft, und diese Vers. trage schon den Keim des Todes in sich.

v. Bismark gegen die Amnestie; der Gott, der die Schlachten lenke, werde über diese Verbrechen zu entscheiden haben, und er glaube, daß nur die eisernen Würfel hier entscheiden können.

Blömer gegen Meusebach, er sehe in dieser Versammlung nicht den Keim des Todes, sondern der Versöhnung. Auf beiden Seiten seyen patriotische Männer. (Lebhafter Beifall.)

Schellenberg bezeichnet es als eine Ironie des Schicksals, daß man gerade heute über Amnestie berathe, wo ein Jahr verflossen sey, seitdem man die Märzhelden bestattet, und an ihren Gräbern so viele Phrasen von Vergebung gemacht habe. Der 22. März ist eine furchtbare Lehre für Groß und Klein, namentlich aber für Die, welche die Kunst zu vergessen nicht gelernt haben. Gegen eine Amnestie aus Gründen der Familienpolitik erklärt sich der Redner, sie sey nicht besser, als die Familienpolitik der Fursten. Er befürworte die Amnestie aus Gründen der Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit. Man möge Gerechtigkeit üben, damit werde man den Zwiespalt ausgesprochen. Man möge bedenken, daß unter den im Kerker Schmachtenden sich eine große Zahl Solcher befinde, die gerade durch Charakterstärke und besonderen Eifer für das Wohl des Vaterlandes sich auszudehnen. Das Ministerium habe es für seine Pflicht erklärt, dem Gesetze seinen Lauf zu lassen, aber Versöhnung sey die Pflicht des Ministeriums gewesen. Die Politik des Ministeriums sey eine Politik der Rachsucht, der Verfolgung, ja der Vernichtung. Auch wir wollen Frieden, aber nicht den Frieden, den das Ministerium will, den Frieden durch Kerkermeister, durch Nachrichter. Wir wollen den Frieden, der aus der Zufriedenheit entsteht. Wer aus der Geschichte lernen will, der lerne aus der Geschichte Napoleons. Das Vaterland wird von Außen bedroht, stellen Sie durch Versöhnung die Einigkeit her.

Graf Schwerin beantragt den Ordnungsruf für den Ausdruck „das Ministerium verfolge eine Politik der Rache." — Präsident erklärt, diese Aeusserung habe die Politik des Ministeriums, nicht die Personen, charakterisirt. — Stettin erklärt, er sey für Amnestie gewesen, aber jetzt werde er dagegen stimmen.

Müller (Singen): Es seyen Anträge wegen Amnestie eingebracht, von denen es noch zweifelhaft sey, ob sie zur Erwägung kommen werde. Man könne jetzt der Berathung nicht vorgreifen. Das Amendement spreche eine F o r d e r u n g aus, es athme den Geist des Trotzes und des Uebermuths. Man verlange Straflosigkeit für begangene Verbrechen, während man selbst den Gegnern die Perspektive auf den Terrorismus des Konvents eröffne. Mögen die Antragsteller die Verfassung als gültig anerkennen, nicht blos durch das Wort, sondern durch die That; die Gewalt werde dann gestärkt seyn, dann werde sie auch Milde üben können; dann werde alle Schuld in den See der Vergessenheit versenkt seyn.

v. Bruchhausen überreicht zwei Petitionen für die Amnestie. —

Minister v. Manteuffel: Das Ministerium hat erklärt, daß es in diesem Augenblicke nicht der Krone den Rath ertheilen könne, den Beruf des Gesetzes zu hemmen, es werde sich jedoch freuen, wenn die Verhältnisse es in die Lage setzen, in einzelnen Fällen und unter Umständen, wo Gnade an der Stelle sey, diese walten zu lassen. —

Jacoby stellt ein Amendement auf Begnadigung Derjenigen, die durch die Verwirrung der politischen Verhältnisse zu Vergehen gelei-

tet worden sind." Dasselbe wird unterstützt durch die Fraktion des rechten Centrums.

Schluß der Debatte. v. Vincke als Berichterst. machte auf die große moralische Verantwortlichkeit des Herrschers aufmerksam, das ihm aus dem Recht der Begnadigung erwachse. Dazu komme, daß wenn die Krone aus Gründen, die der Kammer nicht bekannt seyen, den Antrag der Kammer zurückweise, die Krone mit der Kammer in einen gefährlichen Widerspruch gerathe. Es sey aber nicht zu verkennen, daß politische Verbrechen häufig aus irregeleitetem Rechtsgefühl, aus einer Schwärmerei für das Wohl des Vaterlandes entstehen; nicht sollen aber auch bergen sich hinter der Maske politischer Verbrechen, gesellschaftsfeindlicher Gesinnungen. Es komme ferner zur Erwägung, daß nach der Verf. schon eingetretene Untersuchungen nur durch ein Gesetz niedergeschlagen werden können. Ein solches Gesetz möge man formuliren und den geschäftsmäßigen Weg gehen lassen, durch allgemeine Phrasen könne man die Krone zu einem Akt der Amnestie nicht bestimmen. Das Rechtsbewußtseyn des Volkes muß gewahrt werden, das kann nur geschehen durch Aufstellung bestimmter Kategorien, damit nicht Alles mit einer Brühe begossen wäre. Die Menschlichkeit kann erst eintreten, wenn das Recht seinen Spruch gethan hat. Schließlich erklärt er sich für das Amend. Jacobs, weil dies nur Diejenigen der Gnade empfehle, die sich derselben würdig machen.

Bei der hiernächst folgenden Abstimmung werden die Amdmts. von D'Ester und Mäge verworfen, dagegen das folgende Amdmt. von Thiel (Coeslin): „Wenn wir uns nun auch eifrigst bemühen werden, diesem schönen Ziele nachzustreben, so können wir doch schon jetzt nicht umhin, dem väterlichen Herzen Ew. Maj., das sich stets milde und gütig erwiesen hat, die dringende Bitte nahe zu legen, daß für alle seit dem 18. März v. J. begangenen politischen Verbrechen und Vergehen volle Verzeihung gewährt werden möge. Ew. Maj. wolle überzeugt seyn, daß durch den Gebrauch dieses edelsten Vorrechts der Krone die bestehenden bürgerlichen Zerwürfnisse am sichersten geschlichtet und die Thränen vieler tief bekümmerten Familien getrocknet werden können." Mit einer Majorität von 7 Stimmen (167 gegen 160) angenommen. Schluß 3 Uhr.

Dresden, 22. März. In der heutigen Sitzung der II. Kammer fand die Berathung des Heinze'schen Antrags statt. Derselbe lautet: „In Erwägung, daß die von dem Bevollmächtigten der kgl. sächsischen Regierung bei der provisorischen Centralgewalt abgegebene Erklärung in Bezug auf das Recht des Staatenhauses, das absolute Veto und den Census von 50 Thalern für ersteres, weder von Freiheitsliebe noch von Achtung des klaren Volkswillens zeigt u. s. w., wird beantragt, die Kammer möge erklären, daß jene Erklärung den Ansichten und dem Willen der sächsischen Volksvertretung entschieden entgegen ist, und daher die Regierung auffordern, die über jene drei Punkte des deutschen Verfassungswerks an die Centralgewalt abgegebene Erklärung schleunigst zurückzunehmen und den diesseitigen Bevollmächtigten anzuweisen, sich im entgegengesetzten Sinne gegen die Centralgewalt auszusprechen." Der erste Theil des Antrags (sich gegen die Organisation des Staatenhauses als Oberhaus zu erklären) wird gegen 2 Stimmen (Spitzner und Hähnel), der zweite Theil (Census von 50 Thlr. betr.) einstimmig, der dritte Theil (absolutes Veto betr.) gegen 2 Stimmen (Schieck und Spitzner) und der vierte Theil (Erklärung der Regierung im entgegengesetzten Sinne betr.) gegen 6 Stimmen angenommen.

(D. A. Z.)

Schleswig, 20. März. Nachdem der gestern erwählte Ausschuß der Landesversammlung noch gestern Abend mit der gemeinsamen Regierung und dem außerordentlichen Reichskommissär konferirt hatte, wurde von demselben in der heutigen Sitzung Bericht erstattet. Die von der Versammlung angenommenen Anträge des Ausschusses sind folgende: Die Landesversammlung beschließt mit Beziehung auf das ihr mitgetheilte Schreiben des Präsidenten des Reichsministerraths an die gemeinsame Regierung vom 14. d. M.: 1) dem außerordentlichen Reichskommissär, Herrn Schöff Dr. Souchay, die Erklärung zu ertheilen, daß die Landesversammlung ihre Zustimmung dazu gebe, daß die Reichsgewalt für den Fall des Zurücktretens der gemeinsamen Regierung eine Statthalterschaft, bestehend aus den Herren Wilhelm Hartwig Beseler und Graf Reventlou aus Preetz und einem von Beiden zu wählenden Dritten, unter der Voraussetzung, daß die Landesversammlung auch über diesen einverstanden sey, einsetze, welche die Regierung der Herzogthümer im Namen der Reichsgewalt führe; 2) der gemeinsamen Regierung von diesem Beschlusse Nachricht zu geben."

(B.-H.)

Oesterreichische Staaten.

Aus Siebenbürgen, 16. März. Dem Privatschreiben eines Apothekers in Mühlbach, einer siebenbürgischen deutschen Stadt von 8—10,000 Einwohnern entlehnen wir Folgendes: „Wir sind zur Hälfte Bettler, zur Hälfte ermordet, aber nicht von den Feinden, sondern von unsern Freunden! Die Ungarn und Szekler waren viermal bei uns, nahmen, was sie wollten, ließen uns aber das Leben und unser Obdach; zum fünftenmal kamen sechs Tausend k. k. österreichische Soldaten, nahmen das Letzte, was wir hatten, zündeten aus Langerweile (denn Rache konnten sie an ihren Freunden nicht ausüben) die Stadt an vielen Orten an; die Häuser von Stein sprengten sie mit Pulver; wer dem Feuer und den Kugeln entgehen konnte, flüchtete sich in den Wald bei 16° Kälte; Einem sind Kinder erfroren, dem Andern die Frau; mir sind zwei Kinder auf diese Art umgekommen! Und jetzt hat jeder Bürger 20—25 Russen im Quartier!!"

(Fr. Jour)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer

A n z e i g e n.

Mit einer Beilage.

Gesuch an das Gesammt-Staatsministerium.

Nachdem sich allenthalben das Gerücht verbreitet, die Kammer werde am 10. April nicht zusammentreten, so erlaubt man sich im Interesse sämmtlicher Abgeordneten und Journalisten, die Bitte an das Gesammt-Ministerium zu stellen, rechtzeitig hierüber einen Erlaß zu veröffentlichen, da sowohl Abgeordnete als Journalisten, besonders entfernt wohnenden, die nöthigen Reisevorbereitungen treffen müssen, manche sogar sich in den nächsten Tagen auf die Reise begeben werdend sohin leicht in den unangenehmen Fall kommen könnten, unverrichteter Sache und auf ihre Kosten wieder zurückkehren zu müssen.

Zur Abwehr.

— „Doch wenn von meinem
„Ich reden soll und muß,
„So gib den Worten Kraft
„Und Nachdruck, ohn' Verdruß.

Es ist im Leben, sowohl im öffentlichen als privaten, mehr als einmal der Fall, daß man schweigen darf, wo man reden sollte; ja oftmals wird es sogar von der Klugheit geboten, die man nie ohne Nachtheil von der Hand wird weisen dürfen. Doch wenn Reden zur Pflicht wird und Schweigen Verbrechen wäre, so muß jede andere Rucksicht weichen, und deswegen allein treten wir vor das Forum der Oeffentlichkeit. Jüngst wurde durch ein weit verbreitetes politisches Blatt in einem, in das Gebiet der Pädagogik einschlagenden, Federkriege einem unserer Kollegen die schwere Anklage hingeworfen, daß er ein Atheist sey, und diese auf seine Kollegen ohne Ausnahme ausgedehnt. Wenn der Concipient des fraglichen Artikels im Stande ist, dies zur Evidenz bringen zu können, so hat er damit einen ganzen Stand vernichtet. Nicht daß er dadurch ein schweres Vergehen auf sich geladen hätte, sondern vielmehr hätte er sich ein sehr hohes Verdienst um die Menschheit, unser Volk und den Staat erworben so gefährliche Männer, unfähig alles Wahren, Guten und Schönen aus einer so einflußreichen Stellung, wie die der Erziehung ist, entfernen zu helfen. Im Gegentheil aber, wenn es demselben nicht gelingen sollte, wie es ihm laut des Zeugnisses in unserem Innern nicht gelingen kann; dann haben wir kein Urtheil für eine solche Anklage, und überlassen dasselbe dem unbefangenen Publikum und dem eigenen Gewissen des Anklagers. Wie gewagt diese Anklage in der Beziehung sey, ob ihr eine objective Wahrheit unterliegt, ist längst von der Philosophie und Moral nachgewiesen, und ein gewissenhafter Mann wird anstehen, bis er ein so schweres Urtheil fällt, daß Jemand ein Gottesläugner sey. Wird aber eine aus so unsichern Motiven, als eine literarische Fehde ist, abgeleitete vage Behauptung auf einen ganzen Stand angewendet, so ist der Schluß schon logisch falsch, weil nie das Ganze unter das Einzelne zu subsumiren ist. Wir waren so glücklich, überhaupt noch keinen Atheisten kennen zu lernen, also auch nicht unter unseren Standesgliedern; und diese der Wahrheit feierlichst gegebene Erklärung möge für unseren angegriffenen Kollegen zeugen. Abweichende Ansichten in den höheren spekulativen Wahrheiten wird man sich doch nicht herausnehmen wollen, mit dem Ausdrucke des Atheismus zu brandmarken?! Wie leicht man dabei Unrecht begeht, mag man an dem Beispiel des verehrungswürdigen Herder und desgleichen verehrungswürdigen Fichte abnehmen, als man diesen aus Jena vertrieb. Ist es also schon gewagt, Einzelne in solcher Weise vor der Oeffentlichkeit anzuklagen, wie kann man einen ganzen Stand, der Gottlosigkeiten bezüchtigen? Auf diese Anklage hin mußte Sokrates den Giftbecher leeren und Servet den Scheiterhaufen besteigen. Wir hoffen, daß die Behörden ebensoviel Gerechtigkeitsgefühl haben, als der Concipient Leidenschaft, und daß das Publikum nicht glauben wird, daß die Erzieher seiner Jugend ihre Verderber werden könnten.

Deutsche Staaten.

†*† **Berlin.** (II. Kammer, Sitzung vom 23. März.) Eröffnung 11½ Uhr. Vor der Tagesordnung sagt Hr. v. Bodelschwingh in Bezug auf die gestrige Bemerkung, er habe die Amnestie eine Grausamkeit genannt. Er halte es nicht für parlamentarisch, dergleichen Citate aus den Abtheilungen auf der Tribune zu erwähnen. Mindestens aber müsse dies genau geschehen. Er habe nur Massenbegnadigungen für eine Grausamkeit erklärt, weil diese das Rechtsbewußtseyn im Volke verwirren und für zehn Begnadigte hundert neu zu Strafende schaffe. Bleibtreu gegen die gestrige Bemerkung Meusebach's, man möge die Aufreizungen vermeiden und sich zur Versöhnung die Hände reichen. v. Meusebach erwiedert: die Wahrheit allein könne versöhnend wirken.

Forts. der Adreßdebatte. Satz 4. des Entwurfs lautet:

„Die in Aussicht gestellten organischen Gesetze werden wir, dem dringenden Bedürfniß der Zeit gemäß, mit angestrengter Thätigkeit berathen und über unsere Zustimmung zu denselben, so wie zu den vorläufig erlassenen Verordnungen uns entscheiden. Die Ordnung der Gemeindeverhältniße, die zeitgemäße Gestaltung des Unterrichtswesens und der kirchlichen Zustände und die hierauf bezüglichen Entwürfe, namentlich aber die Gesetze, deren schleunigster Erlaß zur Erhaltung und Förderung der materiellen Wohlfahrt, insbesondere der Regelung der ländlichen und Gewerbeverhältnisse so wünschenswerth und nothwendig ist, werden wir ohne Verzug in Betracht ziehen."

Wollheim ist gegen den Adreßentwurf nicht so wohl wegen dessen, was er ausspricht, als wegen dessen, was er verschweigt. Nach der Auflösung der National-Versammlung habe das Ministerium eine wunderbare Edle gezeigt, Gesetze, die man seit Jahrzehnten vergeblich ersehnt habe, zu erlassen. Man habe ein Pflaster auf die Wunden legen wollen, welche die Auflösung der National-Versammlung und die Oktroyirung der Verfassung geschlagen habe. Man habe verbreitet, die National-Versammlung habe in 7 Monaten nichts geleistet, und ein Mitglied der Versammlung habe sich dazu hergegeben, diese wahrheitsgetreue Behauptung zu unterstützen. Der unmittelbarste Antheil an der Gesetzgebung sey aber ein Erbtheil, das die Kammer von der National-Versammlung überkommen habe und bewahren müsse. Schon habe ein Redner, der aus guten Quellen schöpfe, versichert, er rieche die Leiche dieser Kammer, und ein Anderer habe darauf aufmerksam gemacht, daß nur die ultima ratio regum, die Waffengewalt zu entscheiden habe. Man müsse sich demnach rasch entscheiden über die Stellung, die man den organischen Gesetzen gegenüber, die das Ministerium erlassen, einnehmen wolle. Er kritisirt die Justizorganisationsgesetze, die Gewerbegesetze, das Gesetz über interimistische Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse. Das Ministerium habe sich mit diesen Gesetzen beeilt, es habe von seinem Recht, dieselben zu suspendiren, keinen Gebrauch gemacht, während es nicht anstehe, die Einführung der bürgerlichen Ehe aus Gründen zu sistiren, die vor zwei Jahren schon bei der Regulirung der Verhältnisse der Dissidenten nicht mehr vorhanden waren. Er vermißt die Erwähnung der Verwaltung und der zahllosen Beschwerden gegen den büreaukratischen Geist in derselben. Die Revolution habe hierin nicht einmal so viel geändert, als in anderen Staaten ein Ministerwechsel. Die Büreaukratie bildete das Gerippe, an das sich die reaktionären Bestrebungen anlehnten. Die Wahloperationen haben hierüber Licht gegeben. Er vermißt ferner die Erwähnung der Kostspieligkeit des Militärwesens, über die das Volk einig sey und der Strafgesetzgebung.

Minister v. d. Heydt: Die Regierung habe nur solche Verordnungen auf Grund des Art. 105 erlassen, die als unaufschiebbar erschienen oder Hoffnung hatten, vom ganzen Lande mit Beifall aufgenommen zu werden. Gleich nach seinem Eintritt ins Ministerium sey er durch Zuschriften und Deputationen aus dem ganzen Lande aufgefordert worden, für die Gewerbsverhältnisse provisorische Verordnungen zu erlassen, da die Verfassung darüber nichts enthalte. Die Dringlichkeit derselben ergebe auch den Umstand, daß die Nationalversammlung einzelne für unaufschiebbar gehaltene Bestimmungen als besondern Gesetzentwurf aufstelle. Es werde übrigens seine Sorge seyn, daß Nachtheile aus der Anwendung der Verordnungen bis zur Genehmigung der Volksvertretung so viel als möglich verhütet werden. Minister v. Manteuffel erklärt, er sey sehr ungern an den Erlaß der Verordnung gegangen, welche die interimistische Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse betreffen. Der Redner habe übrigens Recht daran, wenn er behaupte, das Gesetz habe wenig Erfolg gehabt. Aber die Forderung sey zu dringend gewesen. v. Meusebach: Die Quelle, aus der seine Wahrnehmungen über den Todeskeim, den die Versammlung in sich trage, geschöpft seyen, sey keine andere, als die dreitägige Beobachtung. — Die Majorität will Schluß der Debatte. — v. Vincke erklärt sich mit dem Redner über die Nichtdringlichkeit der provisorisch erlassenen Gesetze völlig einverstanden. Er glaubt überhaupt, daß der Art. 105 der Verfassung nicht auf Verordnungen extendiren sey, welche organische Umgestaltungen betreffen. Dagegen ist er gegen die Verweisung des d'Ester'schen Entwurfs. Durch Aufnahme derartiger Verwahrungen werde das Rechtsbewußtseyn im Volke unsicher gemacht. Die Desiderien des Redners in Betreff der Umgestaltung der Behörden betreffend, müsse man Gesetzesvorlagen erwarten oder einbringen. Daß Beamte antiministeriell gehandelt hätten, sey nicht behauptet worden. (Heiterkeit). Es sey auch durchaus konstitutionell, wie Beamte im Sinne des Ministeriums handeln, von dem sie ressortiren.

Wenzel macht darauf aufmerksam, daß man durch allzufrühes Abschneiden der Discussion der Minorität nicht das Recht nehmen möge, sich wenigstens auszusprechen. Bei der Abstimmung werden die Amendements d'Ester Rodbertus verworfen; ebenso eine von Thiel (Cöslin) beantragte Einschaltung. Die von Ostermeyr beantragte Streichung der Worte: „und der kirchlichen Zustände" und die Einschaltung von Bleibtreu werden fast einstimmig angenommen. Der Adreßentwurf ist mit diesen Aenderungen zum Beschluß erhoben, und lautet jetzt: „Die in Aussicht gestellten organischen Gesetze werden wir, dem dringenden Bedürfniß der Zeit gemäß, mit angestrengter Thätigkeit berathen und über unsere Zustimmung zu denselben, so wie zu den vorläufig erlassenen Verordnungen uns entscheiden. Die Ordnung der Gemeindeverhältnisse, die zeitgemäße Gestaltung des Unterrichtswesens und die hieraus bezüglichen Entwürfe, namentlich aber die Gesetze, deren schleunigster Erlaß zur Hebung der arbeitenden Klassen, wie zur Erhaltung ꝛc. Man geht zur Discussion des Satzes 5 des Entwurfs über: „Mit gleicher Sorgfalt werden wir die uns Behufs einer gerechten Vertheilung der Staatslasten vorzulegenden Steuergesetze, so wie den Staatshaushaltsetat für die Jahre 1849 und 1850 und den Rechenschaftsbericht über die freiwillige Anleihe und die Ausgabe von Darlehensscheinen prüfen." Graf Görtz bedauert zunächst, daß die Discussion über den vorigen Abschnitt so rasch beendet worden ist. Namentlich hätte die Umgestaltung des Heerwesens zu einem volksthümlichen Gegenstand der Besprechung werden müssen. Preussens Heeresorganisation sey vortrefflich, so lange es sich von einem Staatenheere handle. In kurzer Zeit werden der Armee andere Elemente zugeführt werden, mit denen sich die bisherige Soldatenverfassung nicht halten kann. Eine Verkürzung der Dienstzeit schaffe eben so wohl wahrhafte Soldaten, wenn gleich kein Paradeheer. Er kommt auf den Rationsetat, viele Generale erhielten für zwei Tage Rationen auf 10 Pferde. Es gebe Generale, die 5000 — 6000 Thl. Tafelgelder beziehen, und er habe nie entdecken können, daß diese Gelder in militärischem Interesse verwendet würden. Er will, daß der „Ersparnisse" in der Adresse Erwähnung geschehe.

Min. v. Strotha: Auf die finanziellen Bemerkungen wolle er nicht eingehen, daß das preuss. Heer ein Volksheer sey, ist überall anerkannt. Die Verkürzung der Dienstzeit wird nur von Solchen verlangt, die keine Diensterfahrung haben. Der Soldat soll nicht blos ausexerzirt, er soll erzogen werden. (Links: aha!) Der Soldat muß durch Ausdauer und Beschwerden an die Opfer gewöhnt werden, die man von ihm fordert, und die weit größer sind, als die Hingabe des Lebens. Spätere Angriffe würden zu weitern Bemerkungen Anlaß geben. (Rechts Bravo, links Zischen.) Carl: Die Opfer, welche das Heerwesen erfordern, seyen keine für das Land unerschwingliche Last. Dafür haben wir ein unvergleichliches Heer. Er geht zur Finanzverwaltung über und erkennt an, daß dieses Preussen zu verdanken habe, wenn seine Finanzen die geordnetsten aller Staaten sind. (Forts. folgt)

Französische Republik.

† **Paris, 22. März.** Alle Morgen- und Abendblätter bespre-

chen die Ereignisse in der Nationalversammlung. Die honetten Redaktoren sahen darin eine elende Posse der Opposition, die Rothen dagegen ermahnen das Volk vorläufig zur Ruhe und versprechen ihm ein gutes Ende. Die Protestation, deren Text wir uns gestern nicht verschaffen konnten, lautet: „Der 1. Artikel des Klubgesetzes ist eine Verletzung der Konstitution. Wir haben durch unser Votum protestirt; und wir bestehen darauf, uns der Abstimmung zu enthalten, weil wir in nichts an einem Gesetz partizipiren wollen, das ein flagrantes Attentat des Naturrechts und der Konstitution ist." Sie ist von Lamennais verfaßt: die Redaktionen Cremieux, Palat-Duprat's Chavoix's und Gents würden als unpassend verworfen. Obige Protestation liegt im 1. Bureausaale zur Unterschrift aus. Sie zählte bis Mittag über 150 Unterschriften und wird deren wohl über 350 erhalten. Die Berathung fand gestern im alten Kammersaale und die Redaktion der Protestation im 1. Abtheilungssaale statt. Das Drama hat erst begonnen.

Pierre Bonaparte protestirt heute in ziemlich burlesker Weise gegen die vollständige Wahrheit der von uns gestern erzählten Szene mit Clement Thomas im Rauchzimmer der Nationalversammlung. Die Darstellung der Blätter sey voller Falschheiten und Entstellungen. Er habe — erklärt der Prinz — niemals um die Sympathieen der Anarchisten und Kommunisten gebuhlt; er werde sie sogar eventuell mit andern Waffen, als mit bloßen Worten zu bekampfen wissen, wenn sie die demokratische Republik seines Vetters angreifen sollten!! Auch Clement Thomas schreibt an die Revolution, daß ihre Darstellung des Vorganges ungenau sey. Also der Eine sagt, es sey Alles erlogen; der ...re sagt, es sey nur ungenau. Wer spricht die Wahrheit?

(Bourges, 21. März, 7 Uhr Abends.) Die heutige Sitzung ...sogenannten Nationalgerichts bot zwei interessante Zwischenfälle ... Es waren dieß die Verhöre der beiden Belastungszeugen, Cru...ier und Giroux. Ersterer erklärte die Behauptungen des Moni...vom 17. Mai: „Mehrere Mitglieder hätten gerufen: Nein, Bar... zwei Stunden Plünderung!" geradezu als eine Erfindung? Er ...end höchstens zu, daß ein Dieb, der sich in den Saal geschlichen, ... gerufen haben könne; was um so wahrscheinlicher, als man den ...nometer der Stenographen des Moniteurs gestohlen habe, was ...eß Niemand aus dem Volk gethan habe ꝛc. Cruveillier's Aus... ist um so wichtiger, als er damals Sekretär Bracheys, des Präsiten der Nationalversammlung war, u. mithin vieles Gewicht hat. ... zweite Fall ereignete sich beim Verhör Giroux's. Giroux, ein ...rzollbeamter, rühmte sich nämlich, daß Er es gewesen sey, der dem ...eral Courtais das Kreuz der Ehrenlegion am 15. Mai von der ...st gerissen habe..... Indem der Zeuge dieses wiederholte, raffte ...rtais zwischen den Gensdarmen auf und schrie mit gewaltiger ...imme: Ha! wo ist der Hallunke, der es gewagt, seine Hand an ...men Degen zu legen und mir das Kreuz abzureißen, das ich auf ...d Schlachtfelde an der Spitze des braven 7. Dragonerregiments ...orben? Diese Wuth des greisen Generals verursachte einige Au...genblicke lang große Bewegung im Saale.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

SINGVEREIN.

Mittwoch den 28. März Produktion.

Der Vorstand.

Anzeige.

Nachstehende, mit allgemeinem Beifall aufgenommene vier Lieder aus der Oper: „Martha" sind mit Begleitung des Pianoforte in einem Hefte zusammen, um den Preis von 30 kr. sowohl in meiner Wohnung, als auch an der Theaterkasse in korrekten Abschriften zu haben.

1) Englisches Volkslied der Martha.
2) Jagdlied der Nancy.
3) Arie des Lyonel, für Tenor und Sopran.
4) Lob des Porter-Biers, für Bariton und Baß.

Fr. Ed. Hysel.

Empfehlung.

Unterzeichneter macht hiermit allen verehrten Theilnehmenden bekannt, daß der neue Lehrkurs des Tanzunterrichts den 3. April seinen Anfang nimmt. Es empfiehlt sich achtungsvoll

George Helbling,
S. Nro. 331 der Neuenthorstraße.

Haus- und Bäckerei-Verkauf oder Verpachtung.

Ein hiesiges gut gelegenes Backhaus ist sofort billig zu verkaufen oder zu verpachten und dürfte dies für einen Bäckergesellen erwünschte Gelegenheit zur häuslichen Niederlassung bieten. Näheres in der Exp. d. Bl.

Theaternachricht.

Das ergebenst unterzeichnete Comité des Nürnberger Stadttheaters beehrt sich, ein verehrliches Publikum auf die in dieser Woche stattfindenden Produktionen der Schülke'schen optischen Lichtbilder aufmerksam zu machen, die sich aller Orten der wärmsten Theilnahme erfreuten. Laut öffentlichen Nachrichten übertreffen die Schülke'schen Landschaften und architektonischen Prospecte die bekannten früher hier gesehenen von Bosch und Becker bedeutend an Farbenfrische und Wahrheit, sowie an Schönheit der Perspective. — Die beweglichen astronomischen Bilder, hier noch nie gesehen, werden gewiß Jedem eine willkommene, belehrende Zugabe seyn. Anschaulicher, frischer, unmittelbarer durch die Sinne auf den Verstand wirkend kann nichts seyn, als dieses das Copernikanische System bildende Tableau.

Möchten Eltern und Erzieher diese eben so passende als seltene Gelegenheit zur Belehrung ihrer Zöglinge nicht unbenutzt vorübergehen lassen.

Das Theater-Komité.

(Verkauf.) Naß gewordene und beschädigte Westen- und Hosen-Zeuge, Halstücher, Shawls, Molls, Kattun, Wollenmousslins und andere Kleiderstoffe, Reise-Säcke, Schlafröcke und abgenähte Couverts, werden zu billigen Preisen abgegeben bei

Andreas Ott
am Hauptmarkt.

Anzeige.

In der J. A. Endter'schen Buch- und Musikalienhandlung ist so eben wieder angekommen:

Zigeuner-Quadrille
für Pianoforte.

(Gesuch.) Ein braves Mädchen, welches in der Küche und allen Hausarbeiten erfahren und mit den besten Zeugnissen versehen ist, wünscht bei einer soliden Herrschaft unterzukommen. Näheres in L. Nr. 457 der breiten Gasse über 2 Treppen.

Empfehlende Gelegenheit für Passagire und Auswanderer nach New-York.

Expeditionstage der Schiffe der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft.

Das kupferbodene Hamburger Schiff	„Deutschland,"	Kapitän Haucker,	21. April	1849
„ „ „ „	„Nordamerika,"	„ Rathje,	19. Mai	1849
„ „ „ „	„Elbe,"	„ Heitmann	23. Juni	1849

Ueber obige Schiffe welche durch hohes luftigis Zwischendeck und elegant eingerichtete Kajüten sich auszeichnen, ertheilt nähere Nachricht der Schiffsmakler

Friedrich Tessaint,
Commissions- und Speditions-Handlung
in Nürnberg, L Nro. 401.

Aug. Bolten Wm. Millers Nachfolger
in Hamburg.

Berichtigung der Wahrheit.

In der Anzeige im Fürther Intelligenzblatt vom 12. März 1849 den Zimmermeister W., in derselben als Architekt betitelt betreffend, ist eine schändliche Lüge enthalten. W. hat das Zimmerhandwerk erlernt, dann ging er nach München, wo er noch das Maurerhandwerk erlernte, und dabei die polytechnische Schule besuchte, in welcher er als Schüler einen Preis bekam, bestehend in einem Buch und dieses war sein Studium der Architektur, was nach seinem ... Ende fassete. Er kaufte sich aber dabei noch andere Bücher, Vorlagen und Zeichnungen, copirte auch viele Sachen ab, darunter man die größten Werke finden kann und damit war es zu Ende. Nach diesem kam er in das städtische Bauamt zu Nürnberg, und trat daselbst zugleich in die erste Stelle ein, nämlich als Werkmeister (es ist dies die Eigenschaft eines Paliers), nun spielt er einen großen Geist, auch auf dem Pferde, doch dies hat nicht lange gut gethan und führte ein plötzliches Ende herbei, das heißt er ging rückwärts in der Architektur.

Endlich nach langem säumen ging es über das erstgenannte Gassenhandwerk wieder her, in der That, im Geiste Architekt. — Da er nun nach Angabe sehr viel Vermögen besitzt, so sucht er sämmtliche Mitmeister zu verschlingen.

Theatralisches.

Empörend ist es, die Leistungen einer ganz wackeren Künstlerin so zu begeifern, wie es der Einsender in dem vorgestrigen Artikel über Frl. Bruckner gethan. Frl. Br. hat gewiß die Rolle der Martha auf das Gelungenste vollendet, worüber sich auch das ganze Haus mit entschiedenem Beifall aussprach, und Frl. Br. kann ganz getrost mit Frl. Reuß in die Schranken treten; denn fehlt gleichwohl ihrer Stimme noch etwas von der Gesangs-Routine der Frl. Reuß, so hat sie dafür mehr angenehmes Spiel, Figur und was noch Hauptsache ist, kein so durchdringendes Geschrei. Hätte auch Frl. Br. wie die schwedische Nachtigall gesungen, so würde sie nach der Gehässigkeit jenes maliziösen Einsenders dennoch durchgefallen seyn. Mit allgemeiner Entrüstung wurde jener Artikel gelesen und Einsender dieses kann nach angestellter Recherche zuverläßig versichern, daß noch gar keine Logenbillets belegt wurden, angeblich weil Frl. Reuß die Parthie übernehmen sollte. Der intriguante Hr. Einsender scheut daher auch die Lüge nicht, um das Publikum zu täuschen. Möge sich aber Frl. Bruckner nicht irre machen lassen, durch solche gemeine Angriffe; denn: die Wespen benagen nur gute Früchte.

Φιλαρμονικος.

(Verlaufen.) Am 25. d. hat sich ein junger, schwarzgescheckter Hund, Stutzschwanz, verlaufen. — Wer denselben ins Gasthaus zum rothen Ochsen in der äußern Laufergasse zurückbringt, erhält ein Douceur.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen von 20 Jahren wünscht als Stubenmädchen oder bei einer stillen Familie unterzukommen.

An das Theater-Komité.

Gleichzeitig mit unserm Ansuchen an das Theater-Komité, die Martha am Sonntag in den Händen der Fräulein Bruckner zu lassen, erschien unter der Rubrik: „Theatralisches" ein Schmähartikel gegen diese brave und fleißige Sängerin, der empörend seyn würde, ließe sich nicht aus jedem Worte die Ignoranz und Partheilichkeit des Einsenders erkennen. Uebrigens verliert dieser Artikel seinen ganzen Halt schon dadurch, daß er von einem Manne ausgehen muß, der mit dem Theater oder einzelnen seiner Mitglieder in vertrauter Verbindung steht; denn sonst könnte der Einsender über die gemachten Logenbestellungen nicht so au fait seyn.

Wir unserer Seits können um so weniger von unserer Bitte absehen, die Martha den Händen der Fräulein Bruckner wieder zu übergeben, als die gestrige Vorstellung wieder bewies, daß Fräulein Reuß das Publikum in dieser Rolle ganz kalt läßt, als die Stimme forciren noch nicht singen heißt und als Fräulein Reuß gerade in dem Streben, ihre Gegnerin „niederzusingen," obendrein ihre schönen Gesangsmittel verdirbt und dadurch dem Publikum noch weniger zusagt. Der Applaus des Paradieses in der gestrigen Vorstellung dürfte den warmen und ersichtlichen Beifall nicht aufwiegen, den Fräulein Bruckner am Freitag erhielt. — Also künftig: Martha — Fräulein Bruckner.

M.... und R...

Anzeige.

Die rühmlich anerkannten Hühneraugen-Pflästerchen der Gebrüder Lentner sind in nachstehenden Handlungen: in Nürnberg bei Friedrich Bauer am weißen Thurm und Wilhelm Dieterich am Heugäßchen, in Schwabach bei G. M. Friedlein, und in Ansbach bei Ad. D. Schlichting einzeln zu 6 kr., im Dutzend 1 fl. sammt gehöriger Gebrauchsanweisung zu haben.

(Gesuch.) Ein Mädchen vom Lande, welches Hausmannskost kochen kann und sich den vorkommenden Hausarbeiten willig unterzieht, wünscht am Ziel Walburgis unterzukommen. Näheres L. Nro. 224 am Neuenthor.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches sehr treu und fleißig, auch nähen kann und Kenntnisse im Kochen hat, wünscht bei einer stillen soliden Herrschaft bis Ziel unterzukommen, sieht auf keinen großen Lohn, sondern nur auf gute Behandlung.

(Verloren.) Eine Strohtasche, in welcher sich 3 kleine aneinanderhängende und ein großer Schlüssel befanden, ist vergangene Woche verloren worden. Man bittet den Finder, solche in der Exped. d. Bl. abzugeben.

Lotterie.

Die zu Nürnberg herausgekommenen Nummern:

37 68 19 78 6

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 28 März 1849 № 87. Mittwoch: Malchus.

Mit dem 1. April beginnt das zweite Quartal 1849 der mittelfränkischen Zeitung. Wir ersuchen daher das verehrliche Publikum, welches auf diese im Sinne wahrer Volksfreiheit redigirte Zeitschrift zu abonniren gedenkt, seine Bestellungen rechtzeitig zu machen, damit wir den resp. Abonnenten vollständige Exemplare liefern können. Der Preis für da Quartal ist inhaltlichdes belletristischen Montagsblattes und vieler Beilagen nur auf 1 fl. 45 kr. vierteljährig festgesetzt und nehmen alle kgl. Postämter Bayerns um diesen Preis vierteljährige Bestellungen an. Zu Inseraten eignet sich das Blatt seiner Vielgelesenheit halber ganz besonders.

Die Expedition der mittelfränkischen Zeitung.

Deutsche Staaten

München, den 25 März. Zu Folge gestern aus Frankfurt hier eingetroffener Verfügung der provisorischen Centralgewalt hat die Besetzung Altenburgs durch bayerische Reichstruppen zu unterbleiben, es wurde daher sofort die Marschbereitschaft der betreffenden Truppen-Abtheilungen zurückgenommen. Man spricht in militärischen Kreisen von einem im kommenden August abzuhaltenden Uebungslager eines Theils der bayerischen Armee, die dermalen eine Stärke von nahe an 80,000 Mann hat. — Dem seit einigen Tagen wiederholt verbreiteten Gerüchte einer alsbaldigen Auflösung des Landtages wird heute von verschiedenen Seiten mit Bestimmtheit widersprochen. (A. Abdztg.)

München, den 25. März. Die Einberufung des Landtags wird, wie ich höre, am 13. dieses wirklich erfolgen; nach der gegenwärtigen Lage der Dinge in Frankfurt soll unsere Regierung der Verkündung der Grundrechte sich um so geneigter zeigen, als sie nicht ununterrichtet von der aufgeregten Stimmung in der Pfalz ist, die eine sofortige Verkündigung dringend begehrt. (A. Abdztg.)

** **Frankfurt**, den 24. März. [195. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Vicepräsident Kirchgeßner.] Die Sitzung wird um 4 Uhr eröffnet. Es wird sogleich zur Fortsetzung der Abstimmung geschritten und folgende Paragraphen werden angenommen: Artikel VII. §. 33. Das deutsche Reich soll Ein Zoll- und Handelsgebiet bilden, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze mit Wegfall aller Binnengrenzzölle. Die Aussonderung einzelner Orte und Gebietstheile aus der Zollinie bleibt der Reichsgewalt vorbehalten. Der Reichsgewalt bleibt es ferner vorbehalten, auch nicht zum Reiche gehörige Länder und Landestheile mittelst besonderer Verträge dem deutschen Zollgebiete anzuschließen. §. 34. Die Reichsgewalt ausschließlich hat die Gesetzgebung über das gesammte Zollwesen, sowie über gemeinschaftliche Produktions- und Verbrauchssteuern. Welche Produktions- und Verbrauchssteuern gemeinschaftlich seyn sollen, bestimmt die Reichsgesetzgebung. §. 35. Die Erhebung und Verwaltung der Zölle, sowie der gemeinschaftlichen Produktions- u. Verbrauchssteuern geschieht nach Anordnung und unter Oberaufsicht der Reichsgewalt. Aus dem Ertrage wird ein bestimmter Theil nach Maßgabe des ordentlichen Budgets für die Ausgaben des Reichs vorweggenommen, das Uebrige wird an die einzelnen Staaten vertheilt. Ein besonderes Reichsgesetz wird hierüber das Nähere feststellen. §. 36 Auf welche Gegenstände die einzelnen Staaten Produktions- oder Verbrauchssteuern für Rechnung des Staates oder einzelner Gemeinden legen dürfen, und welche Bedingungen und Beschränkungen dabei eintreten sollen, wird durch die Reichsgesetzgebung bestimmt. §. 37. Die einzelnen deutschen Staaten sind nicht befugt, auf Güter, welche über die Reichsgrenze ein- oder ausgehen, Zölle zu legen. §. 38. Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung über den Handel und die Schiffahrt, und überwacht die Ausführung der darüber erlassenen Reichsgesetze. §. 39. Der Reichsgewalt steht es zu, über das Gewerbewesen Reichsgesetze zu erlassen und die Ausführung derselben zu überwachen. §. 40. Erfindungspatente werden ausschließlich von Reichswegen auf Grundlage eines Reichsgesetzes ertheilt; auch steht der Reichsgewalt ausschließlich die Gesetzgebung gegen den Nachdruck von Büchern, jedes unbefugte Nachahmen von Kunstwerken, Fabrikzeichen, Mustern und Formen und gegen andere Beeinträchtigungen des geistigen Eigenthums zu.

Artikel VIII. §. 41. Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und die Oberaufsicht über das Postwesen, namentlich über Organisation, Tarife, Transit, Portotheilung und die Verhältnisse zwischen den einzelnen Postverwaltungen. Dieselbe sorgt für gleichmäßige Anwendung der Gesetze durch Vollzugsverordnungen, und überwacht deren Durchführung in den einzelnen Staaten durch fortdauernde Kontrole. Der Reichsgewalt steht es zu, die innerhalb mehrerer Postgebiete sich bewegenden Kurse im Interesse des allgemeinen Verkehrs zu ordnen. §. 42. Postverträge mit ausländischen Postverwaltungen dürfen nur von der Reichsgewalt oder mit deren Genehmigung geschlossen werden. §. 43. Die Reichsgewalt hat die Befugniß, in so fern es ihr nöthig scheint, das deutsche Postwesen für Rechnung des Reichs in Gemäßheit eines Reichsgesetzes zu übernehmen, vorbehaltlich billiger Entschädigung der Berechtigten. §. 44. Die Reichsgewalt ist befugt, Telegraphenlinien anzulegen und die vorhandenen gegen Entschädigung zu benutzen, oder auf dem Wege der Enteignung zu erwerben. Weitere Bestimmungen hierüber, so wie über Benutzung von Telegraphen für den Privatverkehr, sind einem Reichsgesetz vorbehalten.

Artikel IX. §. 45. Die Reichsgewalt ausschließlich hat die Gesetzgebung und die Oberaufsicht über das Münzwesen. Es liegt ihr ob, für ganz Deutschland dasselbe Münzsystem einzuführen. Sie hat das Recht Reichsmünzen zu prägen. §. 46. Der Reichsgewalt liegt es ob, in ganz Deutschland dasselbe System für Maß und Gewicht, so wie für den Feingehalt der Gold- und Silberwaaren zu begründen. §. 47. Die Reichsgewalt hat das Recht, das Bankwesen und das Ausgeben von Papiergeld durch die Reichsgesetzgebung zu regeln. Sie überwacht die Ausführung der darüber erlassenen Reichsgesetze.

Artikel X. §. 48. Die Ausgaben für alle Maßregeln und Einrichtungen, welche von Reichswegen ausgeführt werden, sind von der Reichsgewalt aus den Mitteln des Reichs zu bestreiten. §. 49. Zur Bestreitung seiner Ausgaben ist das Reich zunächst auf seinen Antheil an den Einkünften aus den Zöllen und den gemeinsamen Produktions- und Verbrauchssteuern angewiesen. §. 50. Die Reichsgewalt hat das Recht, in so weit die sonstigen Einkünfte nicht ausreichen, Matrikularbeiträge aufzunehmen. §. 51. Die Reichsgewalt ist befugt, in außerordentlichen Fällen Reichssteuern aufzulegen und zu erheben oder erheben zu lassen, sowie Anleihen zu machen oder sonstige Schulden zu contrahiren. Schluß der Sitzung 7 Uhr. Nächste Sitzung: Montag den 26. März.

Frankfurt, den 24. März. Die Bildung des neuen Reichsministeriums scheint gegen gestern nicht bedeutend vorgeschritten zu seyn. Wir erwähnen unter den mannigfach cirkulirenden Gerüchten als ziemlich beglaubigt, daß man sich an den Fürsten von Fürstenberg gewandt, daß man ferner dem badischen General Hoffmann das Reichskriegsministerium angeboten hat; von einem glücklichen Resultat der dießfälligen Verhandlungen verlautet noch nichts. Sollte Herr v. d. Pfordten, Mitglied des früheren sächsischen Ministeriums, welches sich bekanntlich nicht durch große Fügsamkeit gegen die Centralgewalt und durch unentschiedene deutsche Politik auszeichnete, in das hiesige Ministerium eintreten, so würde er jetzt die beste Gelegenheit haben, die Kehrseite seines früheren Verfahrens kennen zu lernen. (Frkf. O.-P.-Z.)

Frankfurt, den 25. März. Nach einem telegraphischen Berichte aus Berlin hat gestern in der ersten Kammer Graf von Dyhrn einen Antrag folgenden Inhalts gemacht: Der Kammer die Cirkularnote vom 10. d. M. vorzulegen, die Gründe ihres Inhalts, sowie des zum Erlasse gewählten anscheinend ganz ungeeigneten Zeitpunktes anzugeben und zur Beruhigung des Vaterlandes die Stellung offen zu bezeichnen, welche die Regierung der angedeuteten Politik Oesterreichs gegenüber einzunehmen gedenke. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat darauf erklärt: die Note spreche die Befriedigung darüber aus, daß Oesterreich auch den Weg der Verständigung in Frankfurt a. M. einschlagen wolle; sie beziehe sich nur auf Oesterreichs Vorschläge vom 27. Februar und verspreche, dieselben in Erwägung ziehen und sich in Frankfurt a. M. darüber äußern zu wollen. Die Stellung der Regierung sey offen durch das Circular vom 23. Jan. bezeichnet, an welchem sie festhalten werde. — Sächsische Truppen waren am 23. in Berlin eingetroffen und halten am 24. daselbst Rasttag. Die Tete der preußischen Truppen sollte am 24. in Altona ankommen. (Frkf. O.-P.-Z.)

Frankfurt, den 25. März. Wie wir hören, hat Herr v. d. Pfordten die Bildung eines Reichsministeriums abgelehnt. So dringend die gerade schwebenden Fragen und im Gange befindlichen Geschäfte — man denke nur an die Verwickelung mit Dänemark und an die Ausrüstung der deutschen Flotte — die Bestellung eines definitiven Ministeriums erheischen, so ist doch, wie man uns sagt, dem abgetretenen Ministerium noch nicht einmal der Zeitpunkt bezeichnet, an welchem es von der aufopferungsvollen Fortführung der Geschäfte werde erlöst werden. Wir hören nur zwei Namen nennen, die des Grafen Lerchenfeld und des Herrn v. Könneritz, welche uns aber wenig Hoffnung geben auf baldige Beendigung des ungewissen Zustandes. Unserer Meinung nach hätte Hr. Heckscher die moralische Verpflichtung, ein Ministerium zu bilden. (Frkf. O.-P.-Z.)

Frankfurt, den 24. März. Zum Ersatz des nach Schleswig abgegangenen bayerischen 2 Jägerbataillons ist gestern Abend um 6 Uhr ein Bataillon des sechsten bayerischen Infanterieregiments aus seiner Garnison Landau kommend, hier eingerückt. (Frkf. O.-P.-Z.)

LPC Frankfurt, 24. März. Das Verfassungswerk schreitet in großer Schnelligkeit vorwärts, und geht voraussichtlich noch vor Ablauf dieses Monats zu Ende. Was dann? Das läßt die kleindeutsche Partei des Weidenbusches sich keinen Kummer machen, sie ist keineswegs so, wie es einem Vater ziemt, um das weitere Fortkommen des mit so bedeutender Kraftanstrengung erzeugten Parlamentskindes besorgt. Sonst hätte sie, als heute Schulz von Darmstadt interpellirte: ob Geldmittel und Truppen vorhanden seyen, um renitenden Einzelregierungen zu begegnen, eine würdigere Antwort gehabt, als bloßes Hohngelächter! — Hofft man, wünscht man vielleicht nach der Verwerfung des Welcker'schen Antrages Widerstand von oben und eine gnädige Oktroyirung? Aber es wäre naiv, zu glauben, daß aus einer solchen ein preussisches Erbkaiserthum ersprießen könne; indessen erzählt wurde heute, daß der Weidenbusch sich schon jetzt alles Ernstes im Oktroyirtwerden übe, er habe sich vorläufig den Entwurf des Ver-

fassungsausschusses von Beseler und Komp. oktroyiren lassen und sich feierlichst verpflichtet, für nichts Besseres zu stimmen. In der Sitzung schien sich dies zu bestätigen. Es handelte sich für den Abschnitt vom Reichsgewalts-Umfange. Die Linke hatte, wie schon bei der ersten Lesung, in allen Punkten für die Reichsangelegenheiten eine intensivere Koncentration beantragt, als dem Verfassungsausschusse, insbesondere nach seiner Kenntnißnahme von den decentralisirenden dynastischen Noten, gefällig gewesen war. Dieselbe blieb überall allein. Kein einziger jener Fanatiker des „Bundesstaates stimmte mit ihr, die doch in allen Blättern ihrer Klique kaum Platz genug fanden, ihre sittliche Entrüstung über Verrath am Vaterlande, und ihre Wehmuth über den Verlust des Universalheilmittels gegen alles Volksweh der Einigung im schulgemäßen Bundesstaate auszuschütten, als zuerst die Rede davon war, daß die Linke nicht Eigendünkel genug besitze, um dem noch dazu zweideutigen terminus technicus „Personal-Union" die Sympathien Deutsch-Oesterreichs zum Opfer zu bringen. Es ist gut so. Die Wahrheit tritt dadurch endlich so grell zu Tage, daß sie auch dem gläubigsten Volk in die Augen beißen müßte, die Wahrheit: daß für Gagern, Bassermann u. s. w. Freiheit, Einheit, Bundesstaat, nichts als Phrasen waren, mit denen sie den Kern ihres Strebens, das preussische Erbkaiserthum in Kleindeutschland eine Weile verhüllten, um es zur rechten Zeit dem ermüdeten Parlamente, dem ungeduldigen Volke über den Kopf zu werfen. Geschwindigkeit ist keine Hexerei, sagt Philadelphia, aber das Kunststück mißlang dennoch, und die Spieler wichen beschämt hinter die Coulissen zurück. — Die Ministerkrisis ist noch nicht beseitigt. Sie erregt weniger Betrübniß, als man vielleicht erwartete, und es wird mit Freuden begrüßt werden, wenn endlich einmal Männer von ächter, deutscher Farbe die Leitung der deutschen Angelegenheiten übernehmen. Daß Römer von Stuttgart mit der Bildung des neuen Cabinets beauftragt sey, hat sich nicht bestätigt, dagegen spricht man vom Fürst zu Fürstenberg aus Baden, einem bisher wenig genannten, aber wenigstens nicht als schwarzweiß geschilderten Manne. In andern Kreisen ist viel von Herrn von der Pfordten die Rede. Es wäre intressant, den Vertreter des sächsischen Partikularismus, der wegen seines Widerstandes gegen die Grundrechte in Sachsen sein Amt niederlegen mußte, jetzt mit dem Vollzug derselben Grundrechte, mit Einführung der deutschen Verfassung und mit dem Kampfe gegen den Partikularismus betraut zu sehen. —

†*† **Berlin**, 24. März. **Ein so eben aus Ratibor hier eingetroffenes Privatschreiben will aus den verläßigsten Quellen wissen, daß Dembinski nach einer zuvor gewonnenen Schlacht in Pesth eingerückt sey. Der Verfasser des Briefes bemerkt zu dieser Nachricht, welcher überdies die Mittheilung beigefügt ist, daß Görgey die Höhen von Raab besetzt halte: Dembinski werde im Sturm auf Wien zueilen, und er habe die Hoffnung geäußert, zu Ostern der Fußwaschung beiwohnen zu können.**

Nach der auch heute in der zweiten Kammer von Hr. v. Vincke erwähnten Mittheilung des Finanzministers in der Sitzung der Finanzkommission soll es mit den preussischen Finanzen glänzend bestellt seyn. Die Angabe des Finanzminister lautete, wie uns mitgetheilt wird, näher dahin, daß eine Summe von 16 Millionen baar jeden Augenblick disponibel sey.

†*† **Berlin** [II. Kammer, Sitzung vom 23. März, Fortsetzung und Schluß.] Caspari: In den Jahren 1813—15 sey das Heer für das Volk erzogen worden; jetzt sey es nicht so wie der edle Schornhorst wollte, das Heer sey jetzt das Mönchsthum der Könige. Die Erziehung, von der der Herr Kriegsminister gesprochen habe, könne in kürzerer Zeit als in vier Wochen vollendet werden. Wie das Heer erzogen werde, das zeigen die Schriften, die man massenweis in die Kasernen bringe, das zeige das Verschließen der Kasernen, das Absperren durch Bajonette gegen Schriften neuerer Art. Die Ideen seyen den preussischen Offizieren nicht fremd, aber ein preussischer Offizier gehe lieber auf eine mit Kartätschen geladene Kanone, als auf eine Idee los. Er zählt eine lange Reihe von Offizieren auf, die ein Opfer des Konfliktes zwischen den Ideen der Zeit und der veralteten Heerverfassung geworden sind. Das Institut der Garde sey ein Gegenstand des Hasses und des Unwillens in der ganzen Armee. Er kommt auf die Generalsgehalte zu sprechen. Ein edler Mann habe gesagt, seine Wiege habe am Webstuhl gestanden, er (der Redner) könne sagen, seine Wiege habe in der Stube eines Invaliden gestanden, eines bei Belle-Alliance verwundeten Kriegers, der 2 Thlr. 10 Gr. monatlich erhalten habe. (Sensation.) Während dem sitzt ein junger General in seiner Stube und nährt sich mit Austern. Der Redner geht auf die militärischen Bureaueinrichtungen über und versichert, er selbst kenne sie, da er Adjutant gewesen sey.

Dieschke befürwortet die Ausgleichung der Grundsteuer, die schon seit 1810 verheißen sey, während sie die purifizirten Gutsbesitzer jetzt noch beseitigen wollen. Er spricht ferner für bessere Versorgung der Invaliden. Man dürfe nicht die abgebrauchten Werkzeuge darum wegwerfen, weil sie der Macht von Gottes Gnaden nicht mehr dienen könnten, um ihre Brüder zu unterdrücken.

Herrmann verwahrt das Heer im Allgemeinen gegen die Anschuldigung volksfeindlicher Gesinnungen.

Die Majorität ist für Schluß der Debatte. v. Vincke als Berichterstatter bemerkt, das preuss. Heer werde von ganz Europa beneidet, es sey bedenklich, dasselbe jetzt auch nur mit einem Worte anzutasten, wo ein solches Wort aufs gefährlichste benutzt werden könne. Ueber die großen Gehälter habe er kein Urtheil, aber man werde alle Verhältnisse im Sinne des Kommunismus verwirren, wenn man ohne weitere Nachweise Ersparungen andeute, die man nur durch allgemeinen Redensarten begründe.

v. Berg tadelt die Ueberschreitungen des Geschäftsreglements, die sich der Referent täglich durch Entstellung der gegnerischen Argumente zu Schulden kommen lasse. Die Amendements werden verworfen und der Entwurf angenommen. Satz des Entwurfs lautet: „Freudig erkennen auch wir, daß Preussens Heer in Tagen des Kampfes seinen Kriegsruhm, in schwereren Prüfungen seine Treue bewährt hat.“ Ein Amendement von Thiel will Weglassung der Worte „und in schwereren Prüfungen seine Treue", und dafür den Zusatz: „Wir sind der festen Ueberzeugung, daß, wenn unser großes Vaterland von Neuem ruft, alle seine wehrhaften Söhne bereit seyn werden, zur Vertheidigung unserer Rechte mit ihrem Leben einzustehen.“

Grün schlägt vor: „Wir erkennen freudig an, daß Preussens Heer in den Tagen des Kampfes gegen den äußeren Feind seinen alten Ruhm bewährt hat. Möge es durch eine volksthümliche Erziehung davor bewahrt werden, seine Waffen gegen seine Mitbürger zu führen.“ — Unterstützt von Phillips, Kosch, Caspari u. A.

Heintz fordert den Referenten auf, die Argumente der linken Seite nicht stets durch die Bezeichnung, es seyen allgemeine Redensarten, zu verletzen. Gegen v. Berg bemerkt er, der Ausdruck „Entstellung" sey eine grobe Injurie, die einen Ordnungsruf begründet haben würde. Er beruft sich auf das Zeugniß der Adreßkommission, daß er in ihrem Sinne gesprochen habe. — v. Berg versichert, er werde den Beweis seiner Behauptungen liefern.

Neumann: er wolle ein ernstes Wort sprechen, er verschmähe den wohlfeilen Humor des Referenten. Man verstehe unter den schweren Prüfungen den Widerstand gegen die Volkserhebung im März (Widerspruch rechts). Nein? So freue ich mich um so mehr, dann erkennen Sie mit mir in jenem Kampfe die Bluttaufe einer neuen herrlichen Zeit an. Er kommt auf die Flugschriften und die anderen Mittel, durch die man das Heer von der Demokratie abschließe, zu sprechen. Noch wenige Jahre, versichert er, und Sie werden dieser Mittel nicht mehr bedürfen, denn dann wird das Heer für die Demokratie gewonnen seyn.

Graf Schwerin protestirt gegen die vom Redner behauptete Zustimmung der rechten Seite; es sey keine solche Zustimmung ertheilt worden.

Hartmann für den Adreßentwurf. Er preist die Herrlichkeit und den Ruhm des preuss. Heeres, an dessen Ehre Jeder im Lande mit dem Könige, dem ehrenhaftesten Manne im Lande, Theil habe. Dem Heere sey man eine Anerkennung schuldig, es habe, als es gezwungen gewesen, in seiner Pflicht, die Waffen gegen seine Mitbürger zu kehren, treu gegen alle Anfechtung gestanden und unbesiegt die Hauptstadt verlassen, als von Oben her die Milde der Strenge vorgezogen wurde.

D'Ester: Man werde zugestehen, daß der Waffenruhm des Heeres auch seine Schattenseiten habe. Man wolle nicht anklagen, aber man könne nicht loben. Er wolle nicht anklagen, denn die Schuld der zahllosen Excesse treffe nicht die Soldaten, sondern die Offiziere, den eisernen Geist des Absolutismus, jenen Geist, von dem der Kriegsminister sagt, daß er von der militärischen Ausbildung unabhängig sey. Den könne man nicht loben.

Min. v. Strotha erhebt sich, mit dem Säbel klirrend. Wenn die Armee bei den Beleidigungen, die in der neuesten Zeit sich bis zum Meuchelmorde gesteigert haben, sich in ihrer Pflicht nicht hat irre machen lassen, so ist das hauptsächlich dem vortrefflichen Offizierkorps zu verdanken. (Beif. u. Zischen.)

v. Seckendorf: Nicht die Tapferkeit sey der höchste Ruhm des preuss. Heeres, sondern daß es gewählt hat zwischen der Treue und der Freiheit, zwischen dem Gehorsam und der Kampflust. Die Demokraten werden das Heer gewinnen, ist gesagt worden, ja, sie werden es gewinnen, wenn sie ihm eine andere, eine bessere Freiheit bieten können.

Tülff. Nach dem Protest des Grafen Schwerin scheine es, als sey unter jenen „Prüfungen" auch die Vertreibung der Volksvertreter zu verstehen, man werde nicht verlangen, daß seine Seite des Hauses dies unterschreibe. Stiehl: Es handelt sich hier nicht um eine Parteifrage, sondern um ein Gut des ganzen Volkes. Die Thronrede hat des Heeres erwähnt, hierauf muß geantwortet werden, denn keine Antwort ist auch eine Antwort. Die Thronrede mußte des Heeres erwähnen, weil es den Frieden im Lande geschützt hat, und wir müssen die Treue anerkennen, die sittliche Macht, mit der es dem Heere gelungen ist, den Frieden zwischen dem verblendeten Theile des Volks und dem sittlichen, treuen herzustellen. Es ist dem Heere dies gelungen ohne Mord, nur durch seine Haltung (Unterbrechung links). Der D'Ester'sche Entwurf schweigt nicht, durch sein Schweigen verletzt er: er hat das Verdienst, daß er gerade diejenigen Besitzthümer des Volkslebens, die Jahrhunderte hindurch unser Volk zu dem gemacht hat, was es ist, zu verwerfen, und Ideen, die sich noch nicht bewährt haben, an die Stelle dieser Grundsäulen zu setzen. Als das Heer genöthigt wurde — man weiß noch nicht durch wessen Befehle — die Wiege seines Herrscherhauses zu verlassen, um anderen Gestalten Platz zu machen (Ruf links: Bassermann'schen!) auch da hat es in seiner Treue nicht gewankt. Kinkel: Der Adreßentwurf hätte wenigstens die Kämpfe in Berlin, den Krieg gegen die polnische Nation in Posen von dem schleswigschen Kriege unterscheiden sollen, wenn nicht aus Parteigerechtigkeit, so aus Menschlichkeit. Und Schleswig? Er könne das keinen Kriegsruhm nennen, wo der Krieg mit einem Waffenstillstande geendet habe, der Deutschland in zwei Lager gespalten habe, der so überaus menschlich geführt worden, daß — trotz des gegebenen Wortes doch kein Dorf in Dänemark abgebrannt sey. Neufchatel habe Anlaß gegeben, Kriegsruhm zu erwerben; dort sey es darauf angekommen, nicht gegen Kasernenheere zu manövriren, sondern sich gegen republikanische Milizen zu schlagen. Im November habe das Heer nicht Treue bewährt; Treue sey ein zu hoher Begriff, er passe nicht auf den seiner Handlungsweise unbewußten Gehorsam, der aus Furcht vor dem geheimen Kriegsgericht jenen Rechtsbruch der Regierung habe fördern helfen. Man stelle erst den Soldaten unter die Bürger, damit er sich ein freies Urtheil bilden könne über politische Dinge und dann nach seiner freien Ueberzeugung sich entscheide. Bis dahin spreche man nicht von Treue, sondern von Gehorsam. Er erinnert an Robert Blum's Hinrichtung unter Tumult der Rechten. Ein Mitglied dieser Seite habe von einer Entscheidungsschlacht gesprochen, er habe ihm zugejauchzt. Für diesen Krieg brauchen Sie den Gehorsam, die Kasernendressur. Wenn ein europäischer Krieg ausbreche, so werde ihn das Volk führen, wenn es ein volksthümlicher; die Fürsten werden dann wissen, daß das Volk den Krieg mit seiner Faust führen muß. Ist es aber ein Kabinetskrieg, dann werden Sie ein zweites Jena erleben.

Herman bezieht sich in Betreff der oft erwähnten Schweidnitzer Vorfälle auf den Bericht der Kommission der Nationalversammlung. Wollen die Demokraten das Proletariat mit seinem Hunger in den Kampf führen, so wolle die andere Seite des Hauses vorziehen, die Proletarier an ihr Herz zu drücken, statt sie zu Kanonenfutter gebrauchen zu lassen.

Graf Arnim erklärt, er beziehe den Kriegsruhm nur auf den äußern Feind. Die Treue habe man angezweifelt, aber man habe keinen Beweis versucht, daß sie nicht geübt worden. Hat die Armee nicht allen Verführungen Trotz geboten? Hat man nicht gezweifelt, ob 50,000 dem Rufe folgen werden? Dieser Zweifel zeigte, daß die Prüfung schwerer war, als die, der Fahne zu folgen gegen den äußern

Feind. Wegfallen können jene Worte unmöglich, ohne eine in der preußischen Geschichte glänzende Thatsache zu übergehen.

Die Majorität ist für den Schluß. — v. Vincke als Berichterstatter macht in Bezug auf den dänischen Waffenstillstand darauf aufmerksam, daß den Soldaten die Anerkennung nicht versagt werden dürfe, weil die Diplomatie vielleicht die Gelegenheit zum Ruhm abgeschnitten habe. Wenn von einem Rechtsbruch die Rede war, so müsse er erklären, daß der Rechtsbruch nur auf Seiten der Steuerverweigerer sey. (Lärm: zur Ordnung! Ellner, d'Ester u. A nicht zur Ordnung!)

Präs. Grabow: Ich bitte, mir nicht zu sagen, ob ich zur Ordnung rufen soll oder nicht. Ich rufe den Redner zur Ordnung.

v. Vincke: Ich bitte, mir die Gründe anzugeben.

Präs. Grabow: Der Redner ist auf die Nationalversammlung zurückgekommen und hat bestimmte Mitglieder des Hauses mit einem Ausdrucke bezeichnet, der verletzend ist.

v. Vincke: So erkläre ich Angesichts des Landes, daß ich mich dieses Ausdrucks nach häufig bedienen werde.

Tumult: Pfui! pfui! Man hört vereinzelte Rufe: Eisenach! Eisenach!

Parissius erklärt: er halte es für eine Ehre, zu den Steuerverweigerern zu gehören, und werde, wenn das Recht des Volkes bedroht sey, noch öfters die Steuern verweigern.

v. Vincke fährt fort, und schließt: er habe nicht geglaubt, daß die Redefreiheit und der Mangel an Vaterlandsliebe so weit gehen könnten, daß man hier von dieser Tribune an Jena erinnern dürfe.

Zwei Anträge auf Namensaufruf finden keine Unterstützung. Die Amendents werden verworfen und der Entwurf unverändert angenommen. (Schluß 3 Uhr.)

Dresden, 23. März. In der heutigen Sitzung der I. Kammer rief der anderweite Ausschußantrag eine längere Debatte hervor: »Die Kammer wolle im Verein mit der II. Kammer die Staatsregierung ersuchen, mittels fernerer Vorlagen die körperlichen Züchtigungen in den Straf- und Korrektionsanstalten, sowie in den Gerichts- und Polizeigefängnissen ebenfalls in Wegfall zu bringen.« Es stützte sich der Ausschußbericht hierbei besonders auf §. 9 („Die Strafe der körperlichen Züchtigung ist abgeschafft") der Grundrechte. Der Regierungskommissär Lucius kann sich nicht damit einverstanden erklären, und wenn er auch die körperlichen Züchtigungen als Strafe in jetziger Zeit unthunlich findet, so ist er doch der Ansicht, daß sie als Zwangsmaßregel und als Disciplinarmittel in genannten Anstalten nicht zu umgehen seyn dürften. Der §. 9 der Grundrechte sey hier nicht anwendbar, denn dann müßte ja auch die körperliche Züchtigung als Schulstrafe abgeschafft werden. Für den Antrag sprachen die Abg. Theile, Gautsch, Hitzschold, der die Art und Weise, wie diese sogenannten Disciplinarstrafen in den Strafanstalten ausgeübt würden und zum großen Theil in die Willkür der Aufseher gelegt seyen, anführt. Abg. Oberländer: Wenn nach den Grundrechten die körperlichen Züchtigungen nach einem richterlichen Erkenntniß nicht mehr gestattet seyen, so seyen sie als Zwangsmaßregel, als eine Sache der Willkür noch viel weniger zulässig. Die Abg. Jahn und Kaiser halten dem Regierungskommissär pädagogische Vorlesungen in Betreff der körperlichen Züchtigungen als Schulstrafe. Schließlich wird der obige Ausschußantrag einstimmig angenommen. (D. A. Z.)

Dresden, 23. März. In der heutigen Sitzung der II. Kammer befand sich auf der Registrande eine Petition um Ernennung des Abg. Oberlieutenants Müller zum Kriegsminister, die Abschaffung der Ehrengerichte und Verwahrung gegen den Armeebefehl des Kriegsministers Rabenhorst; desgleichen ein Gesetz um 4 Mill. Thaler zur Unterstützung der Arbeiterassociationen. Nach dem Vortrage der Registrande gibt Staatsminister Weinlig folgende Mittheilung: Nach soeben eingegangenen Nachrichten habe gestern Nachmittag der Durchmarsch der nach Schleswig-Holstein bestimmten bayerischen Truppen auf der sächsisch-bayerischen Eisenbahn begonnen, weil dies der geradeste Weg nach den nordischen Bahnen sey. Diese Truppen würden zwischen Reichenbach und Plauen, wo jene Bahn noch nicht vollendet sey, ein Nachtlager halten müssen. Damit nicht irrige Deutungen veranlaßt würden, theile er die Nachricht vom Durchmarsche dieser Truppen mit. (D. A. Z.)

Altenburg, den 23. März. In der 74. Sitzung der Landschaft am 2. März stellte Abg. Dölitzsch in Betracht dessen, daß beim Militär noch ein sklavischer Dienstgehorsam herrsche und dem Soldaten Manches zugemuthet werde, was für einen Staatsbürger nicht passe, folgende Anträge: 1) Außer dem Dienste gibt es für den Soldaten keinen Dienstgehorsam; 2) außer dem Dienst ist der Soldat nicht verpflichtet, die Dienstuniform zu tragen. Die Anträge des Abg. Dölitzsch wurden mit 12 gegen 11 Stimmen für nicht dringlich erklärt. Alsbald erhob sich Abg. Dölitzsch zu einer Interpellation, was das Ministerium auf die frühern Beschlüsse der Landschaft in Betreff der Entfernung der „fremden" Truppen aus dem Lande gethan habe? Die Landschaft möge beschließen, daß das Ministerium aufgefordert werde, die betreffenden Papiere der Landschaft vorzulegen. Das Ministerium möge seine schon längst gegebene Zusage wahr machen und die Bürgergarden wieder ins Leben rufen. Diese würden die Ordnung besser aufrecht erhalten als das fremde Militär. Ueberhaupt seyen die Zustände keineswegs so, daß man fremdes Militär nothwendig habe. Das Reichsministerium und Mühlenfels selbst hätten erklärt, daß Ruhe und Ordnung wieder zurückgekehrt und fremdes Militär nicht mehr nöthig sey. Min. Graf Beust bemerkte darauf, daß die Zurückziehung der Reichstruppen lediglich in der Hand des Reichsministeriums liege. Vor einigen Wochen sey von Seiten des Reichsministeriums eine Anfrage an sämmtliche thüringische Ministerien dahin ergangen, ob eine Concentrirung von Reichstruppen noch länger in den betreffenden Ländern nöthig sey und in welcher Ausdehnung sie eintretendenfalls nothwendig erscheine. Gleichzeitig sey erklärt worden, daß im hiesigen Lande natürlich hinfort auswärtiges Militär bleiben würde, so lange die hiesige Garnison als Reichstruppen verwendet würde. Das diesseitige Ministerium habe darauf erwidert, daß das Hierbleiben von auswärtigem Militär allerdings nothwendig sey, auch schon wegen der Gerüchte einer allgemeinen republikanischen Schilderhebung in den thüringischen Ländern, daß aber eine Verminderung bis auf 2 Bataillone Infanterie und eine halbe Batterie hinreichend wäre, einer beabsichtigten Schilderhebung vorzubeugen. Das Reichsministerium habe darauf verfügt, daß auch Kavallerie, und zwar aus militärischen Rücksichten, hier verbleiben müsse. Nach längerer Debatte wurde der Antrag des Abg. Dölitzsch mit 15 gegen 12 Stimmen für nicht dringlich erklärt. (D. A. Z.)

Gotha, 22. März. Nach fast sechsmonatlicher Berathung hat die hiesige Abgeordnetenversammlung das Staatsgrundgesetz in diesen Tagen vollendet. Es umfaßt 101 Paragraphen mit fünf Beilagen (Staatsdienerpragmatik, Vereinbarung wegen des Staatshaushalts, Geschäftsordnung der Abgeordnetenversammlung, Verfahren des Oberappellationsgerichts bei Verfassungsverletzungen, Wahlgesetz.) Dieses kompendiöse Werk ist schleunigst redigirt und in seiner Vollendung der Abgeordnetenversammlung mitgetheilt worden, ohne daß jedoch die redigirten Exemplare den Mitgliedern derselben zur genauen Vergleichung mit den Protokollen auch nur eine Stunde vor deren definitiver Annahme zur Hand gewesen wären. Gegen dieses fast übereilte Verfahren bei einem so wichtigen Werke protestirte der Abg. v. Küttner und wohl nicht mit Unrecht; da jedoch seine Bemerkungen keinen Anklang fanden, so enthielt er sich der Abstimmung. Mit der Verkündigung und Einführung der neuen Verfassung beginnt für das Herzogthum Gotha, welches damit endlich in die Reihe der konstitutionellen Staaten eintritt, eine neue Aera, und der Abg. Schwedt hat beantragt, daß dieses für unser Land hochwichtige Ereigniß durch ein allgemeines Konstitutionsfest gefeiert werde. Die Abgeordnetenversammlung wird nun noch den künftigen Finanzetat feststellen, ein neues Steuergesetz, sowie ein Triftgesetz berathen, rückständige Petitionen erledigen und außerdem die laufenden Geschäfte besorgen.

Soeben verbreitet sich hier die Nachricht, die ich Ihnen als eine offizielle mittheilen kann, daß unser Herzog von der provisorischen Centralgewalt ersucht worden ist, in den bevorstehenden Feindseligkeiten in Schleswig-Holstein den Oberbefehl über die thüringischen Contingente zu übernehmen. Als deutscher Fürst und deutscher Krieger hält er es für eine unabweisliche Pflicht, diesem ehrenvollen Rufe Folge zu leisten, und wird in den nächsten Tagen, nachdem er eine provisorische Regierung eingesetzt, zu seiner neuen Bestimmung abreisen. (D. A. Z.)

Hadersleben, den 21. März. Die in der dänischen Armee dienenden Schleswiger haben eine Petition an den König eingereicht, worin sie um eine solche Stellung und Verwendung in der Armee bitten, daß sie im Fall der Erneuerung des Krieges gegen ihre eigenen Landsleute und Brüder zu kämpfen nicht brauchen. (Nordschl. Z.)

Altona. Auch die Nachrichten, die von Norden kommen, lauten kriegerisch. Von dänischer Seite soll die Absicht kundgegeben seyn, bereits am 25. eine Brücke von Alsen nach dem Festlande zu schlagen, und andererseits wird auf Beschleunigung der Beförderung der Reichstruppen gedrungen. (Alt. M.)

Italienische Staaten.

Mailand, 22. März. Die Piemontesen, 10,000 Mann stark, sollen ihre Vorposten bis nach Sedriano vorgeschoben, dann sich aber wieder zurückgezogen haben. Von Pavia weiß man nichts Näheres als Gerüchte, zum Vortheil der einen oder andern Seite. Das Terrain ist schwierig für beide Heere. Die Oesterreicher sollen bei St. Sofia angegriffen und über den Tessin gesetzt haben, ohne Widerstand zu finden, erst am linken Po-Ufer soll das Gefecht begonnen haben, das sich hauptsächlich bei La Cava koncentrirte. Des Nordwindes ungeachtet hörte man hier den Kanonendonner bis gestern Abends; man will ihn auch diese Nacht gehört haben, was beweisen würde, man suche eine Brücke über den Po zu schlagen. Hier ist alles noch sehr ruhig. (N. Z. Z.)

Modena. Wir erhalten eben nach Briefe aus dem österreich. Hauptquartier Trumello (Piemont) vom 21. März. Die ganze Armee war am Tag zuvor, 60,000 Mann stark, über den Tessin gegangen. Am 21. rückten die Truppen ungehindert bis Trumello. Die Vorhut kam gegen Mittag mit dem Feinde ins Gefecht, dessen Hauptmacht bei Novara, Mortara und Vigevano stand. Man erhielt die Nachricht, daß einige Bataillone Sturmkolonnen gebildet, um Mortara zu nehmen. Der Sturm (unter Erzherzog Albrecht) gelang, der Feind wurde geworfen. Ein anderes siegreiches Gefecht fand bei Gamballa gegen Chrzanowsky selbst statt. (A. A. Z.)

Oesterreichische Staaten.

Von der Drave, 18. März. Wiener Blätter brachten uns die Nachricht, daß die Festung Peterwardein von den kaiserlichen Truppen erstürmt worden sey. Wir, die mit dem Belagerungskorps in der innigsten Verbindung stehen, müssen über diese Nachricht lächeln, und haben einen neuen Beitrag, wie viel Unwahres durch die Presse veröffentlicht werden mag, was man wegen der Ferne als heilige Wahrheit hinzunehmen pflegt. Peterwardein kann nicht einmal erstürmt werden, es sey denn, man wollte 20 oder 30,000 Mann hinschlachten lassen. Wer Militär ist und die Festung kennt, wird uns beipflichten. Wenn sich die Festung nicht selbst ergibt, so kann sie nur durch Hunger bezwungen werden. Leider trüben sich unsere Hoffnungen, die uns durch die Parlamentäre anfangs gemacht wurden, über die baldige Uebergabe immer mehr, und die eben von dort geflüchteten Offiziere eröffnen uns keine erfreuliche Aussicht, da namentlich die gemeine Mannschaft von Don Miguel und die Honveds terroristisch auftreten. Die Operationstruppen an der Festung sind gering, und werden heute oder morgen durch die Brigade Palffy verstärkt werden. Selbst dann kann man sie nicht ansehnlich nennen. Major Wallon, vom Generalstab, gegen Peterwardein bestimmt, ist heute von Mailand angekommen. Derselbe brachte die Nachricht, daß F. M. L. Haynau Venedig mit aller Energie anzugreifen beabsichtige, und daß sein Korps dazu vortrefflich ausgerüstet sey. — Durch die Grenze gehen 2 Transporte Honveds, zu 348 und 528 Mann nach Italien, Reisende schildern ihre Kleidung als sehr elend. Sie werden täglich mit 4 kr. und einer Brodportion verpflegt. Ob sie in großen Massen den Regimentern zugetheilt werden, wissen wir nicht; es wäre nach alledem, was wir beobachten, bedenklich. (E. Bl. a. B.)

Neu ausgestellte Werke im Albrecht-Dürer Hause in Nürnberg.

Die Vermahnung vor der Kommunion, Oelgemälde von C Kreil. — Ein weibliches Portrait, Oelgemälde von Preßlein.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Exp.-No. 8449.

Bekanntmachung.

(Getraidt-Verkauf betr.)

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg

werden von den Getraidt-Vorräthen der hiesigen Wohlthätigkeits-Stiftungen aus dem Erndte-Jahr 1848

21	Schäffel	Waizen,
37	"	Gerste,
4	"	21 Metzen Dinkel,
3	"	Rauhgetraidt.
1	"	4 Metzen Erbsen,
177	"	kleiner- und
214	"	Zwiefel Haber

im heiligen Geist-Spital dahier

Mittwoch den 11. April Vormittags 10 Uhr

öffentlich versteigert und Kaufsliebhaber hiemit eingeladen.

Nürnberg, den 21. März 1849.

Haubenstricker.

Ruehl.

Exp.-Nro. 4964.

Aufforderung.

Der vom kgl. Hauptzollamt Fürth am 14. Oktober 1847 sub fol. 1. Nro. 2 auf ein emballirtes — in hiesiger Halle lagerndes, mit dem Zeichen L. P. F. Nro. 106 versehenes, und 295 Zollpfund schweres Faß ausgestellte Niederlagsschein ist dem Eigenthümer zu Verlust gegangen.

Es werden daher die unbekannten Inhaber des fraglichen Scheines aufgefordert, binnen 6 Monaten bei unterfertigtem Gerichte denselben vorzulegen, und ihre allenfallsigen Ansprüche hieran geltend zu machen, widrigenfalls nach Ablauf dieser Frist obiger Schein für kraftlos erklärt werden würde.

Fürth, den 14. März 1849.

Königl. Kreis- und Stadtgericht.

Fenck.

Backof.

Eheliche Verbindung.

Unsere am 25. März vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir unsern Verwandten und Freunden geziemend an mit der Bitte um fernere Gewogenheit.

Jakob Friedrich Fick, Königl. Eisenbahn-Conducteur.

Maria Margaretha Fick, geb. Bruckner.

Trauer-Anzeige.

Theilnehmenden Verwandten und Freunden bringen wir hiemit die betrübende Anzeige, daß es am 25. d. früh 2½ Uhr dem Allgütigen gefallen hat, unsere vielgeliebte Schwester und Tante,

Sophia Magdalena Philippine Wünsch,

ledige Schönfärber- und Tuchfabrikanten-Tochter,

in ihrem 77. Lebensjahre an den Folgen einer Entkräftung und Lungenlähmung von dieser Welt in eine bessere abzurufen. Um stilles Beileid bitten

Charlotte Penniner, Schwester.

J. D. Mottl, als Neffe.

C. C. F. Muttl, als Niece.

Trauer-Anzeige.

Heute Mittags halb 3 Uhr entschlief zu einem bessern Erwachen mein innigst geliebter Gatte

Johann Georg Menzel,

Gastwirth zu St. Johannis,

in seinem 44. Lebensjahr an einer Gehirnlähmung. Diese für mich so schmerzliche Trauerkunde zeige ich allen nahen und entfernten Verwandten und Freunden pflichtschuldigst an, mit der Bitte, mir stille Theilnahme an meinem gerechten Schmerz und ferneres Wohlwollen zu schenken.

Nürnberg, den 26. März 1849.

Die trauernde Wittwe

Sybilla Christine Menzel, mit ihren 6 Kindern.

Die Beerdigung findet nächsten Donnerstag Nachmittag halb 3 Uhr statt.

Dank.

Allen Freunden und Bekannten meines seeligen Mannes, insbesondere der königl. Landwehr so wie auch meiner verehrlichen Nachbarschaft, welche denselben so zahlreich zu seiner letzten Ruhestätte begleiteten, sage ich hiemit meinen herzlichen Dank, mit dem Wunsche, der Herr möge Sie recht lange vor ähnlichen traurigen Erfahrungen bewahren.

Nürnberg, den 25. März 1849.

Margaretha Müller, Wwe.

Einladung.

Sämmtliche Steinhauer-, Zimmer-, Maurer- und Tünchergesellen werden gefälligst eingeladen, sich Mittwoch den 28. d. Mts. Abends 8 Uhr im Gasthaus zum Paradies recht zahlreich einzufinden.

Sämmtliche Ladengesellen der Bauhandwerker.

Den Manen der verlebten Jungfrau

Jeannette Drexel.

In ein besseres Jenseits hingeschieden
Bist Du junge Himmelsbürgerin.
Auf Dir ruht nun ein verklärter Frieden,
Du stehst da, als Siegerin.

Du hast Deine Laufbahn kaum begonnen,
In der Unschuld Fülle standest Du
Ist Dein Lebensfaden schon zerronnen,
Du gingst ein zur ew'gen Ruh.

Sanft und ruhig, wie Dein junges Leben,
War Dein Uebergang in jene Welt,
Ach wir wollen vor dem Tod nicht beben,
Finden wir Dich überm Sternenzelt.

Du gingst uns voran, Du theures Wesen,
Denn Du warst für diese Welt zu groß,
Du bist hier ein Engel schon gewesen,
Dort erwartet Dich der Engel Loos

Schlafe wohl, Du hast nun ausgerungen,
Du stehst nicht mehr in der Trübsal Nacht,
Dir ist nun der Schwanensang erklungen;
Schlafe wohl, Du Theure, gute Nacht!

P. u. Sch.

Aufruf

an sämmtliche Fabrikarbeiter Nürnbergs und der Umgegend.

Brüder, Arbeiter!

Nächsten Montag den 2. April findet hier, laut Ausschreibung des Münchner Arbeitervereins ein Kongreß sämmtlicher Arbeitervereine statt.

In der Versammlung des hiesigen Arbeitervereins vom 26. d. M. wurde festgestellt, daß Nürnberg durch 3 Deputirte vertreten werden soll, nämlich durch 2 aus den zünftigen Gewerken und einem aus den Arbeitern der hiesigen Fabriken.

In Folge dessen findet Mittwoch den 28. d. M. eine Versammlung sämmtlicher Fabrikarbeiter, Abends 8 Uhr, zur Wahl eines Deputirten im Saale des Bamberger Hofes statt.

Die Unterzeichneten geben sich der frohen Hoffnung hin, daß Ihr regen Franken gewiß die Wichtigkeit der Sache richtig auffaßt, und Euch zahlreich betheiligt.

Der Arbeiter-Ausschuß der kgl. Eisenbahnbau-Werkstätten.

(Eingesandt.)

Vor einem Jahre äusserte sich der gewesene Lohnkutscher Johann Balthasar Döbler, Vater von zwei unmündigen Kindern von Nürnberg, in Gnadenberg, wo er übernachtete, in Gegenwart des dortigen Revierförsters Waas auf eine etwas starke Weise über den vorigen König von Bayern und die bayerischen Staatseinrichtungen, worauf der Revierförster ihn bei dem Landgerichte Kastel denunzirte. Das Landgericht behielt den ꝛc. Döbler nur eine Nacht in Verhaft und entließ denselben nach Nürnberg, wo er vier Monate später auf das Stadtgericht geladen, und ohne weiteres in die Frohnveste gesperrt, am Tage darauf aber dem Landgerichte Kastel ausgeliefert wurde, welches sich bemüßigt sah, diesen Bürger Nürnbergs ein ganzes Jahr seiner Freiheit zu berauben, ohne diese Untersuchung zu Ende zu führen. Ist ein solches Verfahren in unserer Zeit noch zu rechtfertigen? Freilich in der dortigen Gegend ist Alles noch stockfinster, also bringt auch, wie es scheint, in das Landgericht das Licht nicht, welches von der Gegenwart und ihrer freieren Gestaltung erwartet werden kann.

Der Ausschuß des Hülfs-Vereins für nothleidende Manufaktur-Gewerbe

ladet die verehrlichen Herren Aktionäre zu einer General-Versammlung auf nächsten Freitag den 30. März Nachmittags 3 Uhr im Saale des bayerischen Hofes hiemit freundlichst ein, um sowohl den Rechenschafts-Bericht vorlegen zu können, als auch eine demnächst zurückzuerstattende Dividende festzustellen.

Nürnberg, den 26. März 1849.

Im Namen des Ausschusses.

Für den Vorstand.

L. Herrmann

J. C. Hering, Schriftführer.

Erklärung.

Die Unterzeichneten erklären hiemit, daß Hr. Diurnist Ettinger von uns unter Anpreisung seiner Wirksamkeit 10 fl. zu leihen nicht verlangt hat, „daß wir von der im Zuschauer gestandenen Warnung keine Kenntniß haben und wir deren ganzen Inhalt als Lüge erklären.

Georg Hauf.

Elisabetha Ruff.

Entengasse L. 1019.

(Einladung) Sämmtliche Flaschner- und Zirkelschmiedsgesellen werden höflichst eingeladen, sich heute Mittwoch den 28. März Abends 9 Uhr, auf der Herberge zu einer Besprechung recht zahlreich einzufinden.

Die beiden Altgesellen.

Albrecht Dürer.

Heute Dienstag den 27. d. Quartett von Gebrüder Fleißner

Anfang 8 Uhr.

Empfehlung.

Von heute an ist im Brauhaus zur Pechhütte sehr gutes Bockbier die Maas um 6 kr. zu haben, wozu der Unterzeichnete um recht zahlreichen Zuspruch bittet.

Perl.

(Einladung.) Künftigen Mittwoch den 28. März Abends 8 Uhr, werden sämmtliche dahier in Arbeit stehende Drechslergesellen zu einer sehr wichtigen Sache auf die Herberge im weißen Elephanten mit dem Bemerken eingeladen, daß dieselben sich recht zahlreich einfinden möchten, indem die Nichterscheinenden sich der Majorität der Anwesenden anzuschließen haben.

Höflich, Altgesell.

NB. Zugleich werden auch sämmtliche dortselbst Herberge habenden Zünfte zu derselben Versammlung um recht zahlreiches Erscheinen gebeten.

Eingesandt.

Die gestrige Produktion des musikalischen Vereins Cäcilia hat aufs Neue gezeigt, was seine Kräfte vermögen. Besonderer Dank gebührt Herrn Sigmund Apfelbaum aus Fürth, der durch seine Vorträge den Genuß erhöhte. Möge derselbe uns öfters durch seine Leistungen erfreuen.

Mehrere Mitglieder des Vereins.

(Einladung.) Sämmtliche Gesellen der Hafnerzunft werden höflichst eingeladen, sich heute Mittwoch den 28. März Abends 9 Uhr auf der Herberge zu einer Besprechung recht zahlreich einzufinden.

Der Altgesell.

Einladung.

Auf heute Mittwoch den 28. März Abends 8 Uhr werden sämmtliche Kammmachergesellen zu einer wichtigen Besprechung auf die Herberge eingeladen, und wird noch hiebei bemerkt, daß Nichterscheinende sich der Majorität anzuschließen haben.

Der Altgeselle.

(Anzeige.) Daß ich vom nächsten Ziel Walburgi an wieder Unterricht in allen weiblichen Arbeiten ertheile, zeige ich den verehrlichen Eltern hiermit ergebenst an und bitte um erneuertes Vertrauen.

Babette Schwarzlaender.

S. 906 am Obstmarkt.

☞ (Kapital-Anerbieten.) Gegen pupillarische Sicherheit sind 12,000 fl. entweder im Ganzen oder theilweise zu verleihen. Gesuche mit erforderlichen Sicherungsnachweisen versehen, befördert die Expedition d. Bl.

Anzeige.

In der J. A. Endter'schen Buch- und Musikalienhandlung ist so eben wieder angekommen:

Zigeunerin-Quadrille

für Pianoforte.

Haus- und Bäckerei-Verkauf oder Verpachtung.

Ein hiesiges gut gelegenes Backhaus ist sofort billig zu verkaufen oder zu verpachten und dürfte dies für einen Bäckergesellen erwünschte Gelegenheit zur häuslichen Niederlassung bieten. Näheres in der Exp. d. Bl.

(Dank.) Dem unbekannten freundlichen Uebersender zweier Broschüren meinen verbindlichsten Dank.

H.

(Gesuch) Für kommendes Ziel Walburgi werden einige Dienstmädchen, welche im Kochen und sonstigen weiblichen Arbeiten wohl erfahren sind, und außerdem gute Zeugnisse so wie ganz besonders eine mehrjährige Dienstzeit bei ein und derselben Herrschaft nachweisen können, in Dienst zu nehmen gesucht. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Es sucht ein Kutscher, welcher mit guten Zeugnissen versehen ist, bei einer Herrschaft oder als Reise-Kutscher in Dienste zu treten. Derselbe kann bestens empfohlen werden. Näheres in der Exp. d. Bl.

(Gesuch) Es wird ein ohngefähr ein halb Jahr alter Hund, sogenannter Ruß, männlichen Geschlechts, zu kaufen gesucht.

(Gesuch) Ein junger Mensch von soliden Eltern kann als Kellnerlehrling täglich Unterkunft finden.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches Hausmannskost gut kochen kann, und sich der vorkommenden Hausarbeit willig unterzieht, wünscht am Ziel Walburgi unterzukommen.

Mit einer Beilage.

Deutsche Staaten.

* **Nürnberg**, 27. März. Gestern fand die erste Probefahrt auf der Bahnstrecke von hier nach Schwabach statt und soll deren Verkehr von nächsten Sonntag an geöffnet werden.

Würzburg, 36. März. Wie wir vernehmen, hat das Plenum der hiesigen Universität mit großer Stimmenmehrheit beschlossen, gegen die Hieherversetzung des Hrn. Prof. Phillips energisch zu remonstriren. (N. W. Z.)

Würzburg, 26. März. Vorgestern Abend gaben die Unteroffiziere der hiesigen Land- und Stadtwehr den Unteroffizieren der hier garnisonirenden Regimenter ein Fest. Dieselbe Nacht brachte jedoch noch ein höchst beklagenswerthes Nachspiel zu dieser Feier. Aus einem — jeder politischen Färbung durchaus fremden — Wirthshausstreite im Köhler'schen Braubause zwischen Civilisten und Militär entwickelte sich eine Rauferei zwischen letztern und den Brauknechten, in der bedeutende Verletzungen vorfielen, und deren Ende eine gräuliche Demolirung der Schenklokalität von Seite des Militärs war. (N. W. Z.)

†*† **Berlin**. [II. Kammer. Sitzung vom 24. März.] Eröffnung 11¼ Uhr. v. Berg nimmt vor der Tagesordnung das Wort „zu Berichtigung der stenographischen Berichte" gegen Herrn v Vincke, der behauptet hatte, in der Adreßkommission sey in Betreff des Belagerungszustandes keine entgegenstehende Ansicht geäußert worden. Der Redner bezieht sich auf sein eigenes Amendement. Daß Herr v. Vincke das Amendement Rodbertus in Betreff der Finanzfrage nicht verstanden hat, wolle er nicht glauben. Er werde übrigens den Herrn Referenten nicht mehr berichtigen. Auf diesem Felde Siege zu erwerben, dazu fehlen ihm Ehrgeiz und Gewandtheit. Grün macht einige Bemerkungen „zur Geschäfts-Ordnung." Herr v. Vincke habe behauptet: die Steuerverweigerer hätten einen Rechtsbruch begangen. Er hätte nicht gewünscht, daß der Redner hiefür zur Ordnung gerufen worden wäre. Dafür aber hätte es geschehen sollen, daß Herr v. Vincke sich trotz des Ordnungsrufes jener Ausdrücke ferner bedienen zu wollen erklärt hat. — v. Vincke behauptet gegen v. Berg, es verhalte sich im Wesentlichen so wie er gesagt habe. Eine Kritik des Ordnungsrufes sey nach der Geschäfts-Ordnung nicht zulässig.

Fortsetzung der Adreßdebatte. Die Sätze 7, 8 und 9 des Entwurfs. Sie lauten: „Erfüllt von dem lebhaften Wunsche einer innigeren Vereinigung der deutschen Staaten, sind wie dem Bestreben Eurer Königlichen Majestät Regierung, das große Ziel ihrer Verbindung zu einem Bundesstaate zu erreichen, mit freudiger Anerkennung gefolgt. Preussen wird die hierzu nöthigen Opfer nicht zu scheuen haben, weil seine Stärke stets eine wesentliche Bedingung der Stärke Deutschlands seyn wird.

„Wir hoffen, daß der Weg der Verständigung aller deutschen Regierungen mit der deutschen National-Versammlung zu einem erwünschten Ziele führen werde."

„Sollten einzelne Mitglieder des deutschen Bundes durch die eigenthümliche Zusammensetzung ihres Gebietes oder aus anderen Gründen sich dem Bundesstaate überhaupt oder für jetzt nicht anschließen, so wird es, wie wir zuversichtlich erwarten, Eurer Königlichen Majestät Regierung dennoch gelingen, unbeschadet fortdauernder Bundesgemeinschaft aller deutschen Staaten, die Bildung des engeren Bundesstaates innerhalb derselben zu erreichen."

Die hieher gehörige Stelle des d'Ester'schen Entwurfs lautet: „Zur Erreichung des großen Zieles der innigen Vereinigung aller deutschen Volksstämme zu einer Staatseinheit werden wir jederzeit bereitwilligst mitwirken. Wir glauben jedoch, daß die erste Bedingung der Einheit Deutschlands die Sicherung der Freiheit und die Befestigung der Rechte des Volks ist."

Das Amendement von Rodbertus und Genossen lautet: „Eurer Majestät Regierung wird uns stets bereit finden zur innigen Vereinigung aller deutschen Stämme unter einer Verfassung mitzuwirken, welche den Bedürfnissen Deutschlands und den gerechten Erwartungen seines Volks entspricht."

Endlich hat Blömer das Amendement gestellt: 1) im 7. Satz des Entwurfs statt „Vereinigung der der deutschen Staaten" zu setzen: aller. 2) In demselben Satz statt „seine Stärke ... bis seyn wird" zu setzen: „es entschlossen ist, seine eigne Stärke in der Stärke Deutschlands zu finden." 3) Statt des 9. Satzes Folgendes aufzunehmen: „Sollten der Erreichung dieses Ziels, des einzigen, das wir mit ungetheilter Freude begrüßen können, zur Zeit unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen, und alle desfallsigen bisherigen Anstrebungen einstweilen nur eine engere Verbindung unter denjenigen deutschen Staaten, bei denen Schwierigkeiten dieser Art nicht obwalten, herbeizuführen im Stande seyn, so wird, wie wir zuversichtlich erwarten, Ew. Maj. Regrg. sich nur für eine solche Gestaltung dieser engern Verbindung aussprechen, welche die künftige Bildung eines das ganze große Vaterland umfassenden Bundesstaates in keiner Weise erschwert oder beeinträchtigt." —

Wesendonk gegen den Entwurf. Die Bewegung habe ein doppeltes Ziel gehabt: Die Freiheit und die Einheit. Ein sogen. Staatsmann habe das Vorparlament eine große Volksversammlung genannt, es sey aber die provisorische Regierung Deutschlands gewesen, eine Regierung, die hervorgegangen sey aus der Revolution, und welche die Fürsten anerkennen mußten. Das Vorparlament habe beschlossen, daß die deutsche Verfassung von der deutschen Nationalversammlung festgestellt werden solle. Man habe in den Wahlen die Anerkennung der preuss. Vers. finden wollen. Dann könne man sich auch der Folgerung nicht entziehen, daß die Vollziehung des Beschlusses des Vorparlaments eine Anerkennung desselben gewesen sey. Wer dies nicht zugebe, der müsse gestehen, daß er im März revolutionär, heute kontrerevolutionär sey. Zweimal habe man die Nat.-Vers. auf den Standpunkt der Vereinbarung zurückzuführen versucht. Einmal habe Hr. v. Vincke dafür 32 Stimmen erhalten, das zweite Mal bei Einführung der Grundrechte haben 60 dafür gestimmt, und das Reichsministerium selbst hat noch in seinem Programm v. 18. Dez. die Selbstbestimmung der Vers. anerkannt. Die Vers. hat den Boden, auf dem sie erwachsen, verleugnet. In keinem Falle aber dürfen wir diesem Prinzipe der Selbstbestimmung etwas vergeben. Das thut der Adreßentwurf. Er stellt sich nicht einmal auf den Boden der Vereinbarung. Dies Prinzip ist an und für sich lächerlich, weil darin nicht ausgedrückt ist, wer die endgültige Entscheidung zu treffen hat. Aber der Adreßentwurf betrachtet die deutsche Verfassung, wie sie vom Parlament festgestellt wird, als eine Vorlage, wie wir die Verfassung vom 5. Dez. als eine Vorlage betrachten. Der letzte Passus des Adreßentwurfs aber legt die deutsche Verfassung ausschließlich in die Hände der Fürsten. Er gestattet den Fürsten, ihre Länder nach Belieben vom deutschen Bundesstaate auszuschließen, er muthet uns zu, diesen Akt der Selbstverstümmelung, der Selbstschändung gut zu heißen. Die Schwierigkeiten, welche der Herstellung der deutschen Einheit entgegenstehen, verkennt der Redner nicht. Er findet sie in der Büreaukratie und in dem Hausinteresse der Fürsten. Der Ausschluß Oesterreichs ist eben so eine Theilung Deutschlands, wie der Vertrag von Verdün, wie der westphälische Friede.

Oesterreich wird nie ein Bedürfniß fühlen, sich dem Kleindeutschland anzuschließen, wir haben gesehen, mit welchem seiner Nachbarn es sich verbündet, und die Bundesakte verpflichtet Oesterreich nicht zu einem Anschluß an die übrigen deutschen Staaten. Nur die Idee eines preuss. Erbkaiserthums kann zu einem Verfahren, wie das von der Adreßkommission vorgezeichnete, führen. Schon im März vor. J. hat man diesen Gedanken gehabt und daher ist das Verfahren zu erklären, das man in Frankfurt jetzt eingeschlagen hat. — Der Entwurf schenkt aber dem preuss. Gouvernement eine Anerkennung für seinen Antheil an dem deutschen Verfassungswerke, die es nicht verdient. Das preussische Gouvernement hat dafür nicht mehr gethan, als Oesterreich, wohl aber hat es dem Verfassungswerke Hindernisse in den Weg gelegt. Die provisorische Centralgewalt ist bis zur Stunde von dem preussischen Gouvernement nicht anerkannt, alle diesfälligen Bemühungen des Reichsministeriums sind durch diplomatische Wendungen fruchtlos gemacht worden, und das Ministerium Auerswald hat sich ausdrücklich gegen alle Folgerungen verwahrt. Preussen hat sich geweigert, die Huldigung am 6. Aug. v. J. vorzunehmen. Die Akte der Gesetzgebung, die dem preuss. Gouvernement für seine Zwecke dienten, hat es publizirt, die Publikation der anderen hat es unterlassen. Es ist dem Reichsjustizministerium nicht gelungen, das Gesetz über die Publikation der Frankfurter Verordnungen in die preuss. Gesetzsammlung zu bringen. Als aber das Frankfurter Parlament reaktionäre Gesetze gegen das Versammlungsrecht erließ, da beeilte sich das Gouvernement, sie zu publiziren; — die deutschen Grundrechte sind bis heute noch nicht publizirt. Seine Matrikularbeiträge hat Preussen wie früher gezahlt, und an der Bildung der deutschen Flotte hat Preussen, das meiste Interesse. Nur bei dem dänischen Kriege hat Preussen Opfer oder vielmehr seine Ostküste Opfer gebracht, Opfer, die der Waffenstillstand nur desto schmerzlicher gemacht hat. Die Empfehlung der Centralgewalt und der Reichsversammlung, ein volksthümliches Ministerium zu bilden, hat, wie der Redner aus authentischem Munde wissen will, gerade die Beibehaltung des gegenwärtigen Ministeriums zur Folge gehabt. Die Vermittelung der Reichskommissäre hat man sich verbeten und glaube man denn, daß dieses Minist. Preussen in Deutschland populär machen kann? (Heiterkeit.) Preussen und Oesterreich gehen Hand in Hand und die Note vom 10. März liefert dafür den Beweis. Wir haben keine Ursache zu glauben, daß das preuss. Gouv. die deutsche Vers. fördern werde; wir haben nur das Gegentheil zu glauben. Am 25. März v. J. hat Se. Maj. der König die deutschen Farben angelegt, am 18. März dieses Jahres hat man sie durch die Polizei gewaltsam herunterreißen lassen. Am März hieß es: Preußen soll in Deutschland aufgehen, später: Preussen soll in Deutschland eingehen, heute und das ist der Sinn des Adreßentwurfs — Deutschland soll in Preussen aufgehen.

v. Vincke: das deutsche Vorparlament hat nicht den Beschluß gefaßt, daß die deutsche Nat.-Vers. die Verfassung beschließen solle, sie hat den Beschluß hierüber der Nat.-Vers. selbst überlassen; alles Uebrige, die Wahlen und die spätere Abänderung des Wahlmodus sind durch Bundesbeschluß erfolgt. Es sey auch unrichtig, daß die Adreß-Commission die Politik der Regierung gebilligt habe; dies sey nur bis zur Thronrede geschehen, die Note vom 10. März billige die Regierung nicht. Er berichtigt auch die Behauptung, daß die Reichs-Kommissäre dem Ministerium widerrathen habe.

Wesendonk: Die Vers. sollte nach dem Beschluß des Vorparlaments die Verfassung „einzig und allein" feststellen. Heißt das nicht „endgültig" feststellen? Der Bundesbeschluß hat angeordnet, was das Vorparlament beschlossen hatte. War er denn Etwas Anderes als der gehorsame Diener des Vorparlaments? (Bravo) Glauben Sie, daß es dem verein. Landtage damals gefallen hätte, das Wahlgesetz zu genehmigen, das das Vorparlament octroyirt hatte, wenn nicht die Stimme der öffentlichen Meinung die Vollziehung mit unwiderstehlicher Gewalt gefordert hätte? — Der Redner verliest nun den Bericht des Unterstaatssecretärs v. Würth über die Verhandlungen der Reichskommissäre Simson und Hergenhahn mit dem Min.-Präs. über die Oktroyirung der Verfassung. Als sie nach Hause zurückkehrten, fanden sie die Verfassung schon im Staats-Anzeiger vor. —

Ministerpräsident: Es sey kein Hülferuf an die Nationalversammlung in Frankfurt ergangen. Es war auch nicht nöthig. Wir haben Kraft genug, uns selbst zu helfen. Eine Unterhaltung über die Oktroyirung habe zwischen ihm mit den Reichskommissären nicht stattgefunden. In Preussen spreche man geheim berathene Staatsangelegenheiten nicht vor Anderen aus.

Wesendonk: Er habe nur von einem Hilferuf, der in der franks. Vers. laut geworden sey, gesprochen, nicht von einem Hilferuf der preuss. Regierung. Wie übrigens das Verhältniß zur Reichsgewalt vom preuss. Gouv. aufgefaßt werde, das zeige die Anführung des Hrn. Ministerpräsidenten: eine Mittheilung an den Reichsbevollmächtigten würde ein Verrathen von Staatsgeheimnissen seyn. (Beifall.)

Min.-Präsident. Er habe nichts von Staats-, sondern von Amtsgeheimnissen gesprochen.

v. Vincke: Der Unterstaatssekretär v. Würth habe jenes Referat der Oberpostamtszeitung berichtigt und behauptet, er sey mißverstanden worden.

Heyland: Die Frankfurter Versammlung habe allerdings den Charakter der Souveränetät gehabt, sie habe diesen so lange gehabt, als die Revolution aus der sie entsprossen sey, fortgedauert. Das Verfahren Preussens originire gerade aus der Zeit derjenigen Handlungen, welche Wesendonk angegriffen habe. Die Note vom 10. März überlasse gerade der National-Versammlung das letzte Wort. Erklärt sich für eine auf die Grundrechte basirte deutsche Verfassung. Preussen habe seine Opfer der deutschen Sache schon gebracht, aber man möge nicht das Opfer fordern, das hin und wieder vorgeschlagen worden, daß Preussen sich in in seine Provinzen zerlege. Auch die Rechte dieses Hauses werden zeigen, daß sie nicht um jeden Preis ministeriell sey, daß sie nicht zugeben werde, wenn man es versuchen sollte, die

große Erhebung des Jahres 1848 in eine Diplomaten-Versammlung austaufen zu lassen. Aber gegen die Gewalt des Parlaments haben sich die Volksstämme erklärt.

v. Berg berichtigt: Wesendonk habe von einem Hülferuf gesprochen, es seyen Mitglieder der National-Versammlung nach Frankfurt gesendet worden, nicht um dort Hülfe zu suchen, sondern um die Unwahrheiten des Herrn Bassermann zu berichtigen. Gegen d'Esters Amendement erklärt er sich, weil er es für möglich halte, daß die deutsche National-Versammlung eine Verfassung schaffe, und weil das Amendement eine Partei der Frankfurter Versammlung von Außen stärken wolle, wozu er nicht die Hände bieten wolle. Das Bestreben der preußischen Regierung mit dem Adreßentwurf „freudig anerkinnen" vermag er eben so wenig, denn man kenne das Bestreben der Regierung nicht, da man 6 oder 7mal vom Ministertische nur die Erklärung gehört habe, man könne sich nicht erklären. Eins scheine ihm an jenem Bestreben klar, daß man die deutschen Verhältnisse nicht mehr als auswärtige behandle, denn der Herr Minister des Aeußern sey nicht einmal bei dieser wichtigen Verhandlung anwesend, obschon die Interpellation in der ersten Kammer auf einen anderen Tag hätte verlegt werden können. Die Volksstämme haben sich nicht gegen die Gewalt des Parlaments erklärt. Als man in Berlin am 6. August eine Aufregung gegen die allerdings ungeschickte Aufforderung des Reichs-Kriegsministers hervorgerufen hatte, weil einmal eine Parade zu anderen Zwecken abgehalten werden sollte, als bisher; aber die Parade der Bürgerwehr, am 8. August, gab die Antwort darauf. Er kommt auf die Publikation der Frankfurter Gesetze, die, so weit sie erfolgt sey, ohne Zustimmung der Volksvertretung erfolgt sey. Er erklärt sich eventuell für das Amendement Blömer, weil er nur der traurigen Nothwendigkeit nachgebe. — (Schluß folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Gegenerklärung.

Nachdem wir uns durch einen Zusatz mit dem in unserer Nr. 84 enthaltenen mit R. unterzeichneten Artikel vollkommen einverstanden erklärt hatten, so ist es nicht der Korresp. R., der denselben mit seinem **Namen** zu vertreten hat, sondern es ist die Redaktion dafür verantwortlich.

Welches Zeichen ein Artikel trägt, ob einen Stern, ein Kreuz oder irgend einen beliebigen Buchstaben (der, wie auch hier, öfters der **Mittel-** oder Endbuchstabe eines Namens seyn kann), das gilt selbst bei persönlichen Angriffen ganz gleich, so bald die Redaktion für ihr Zeichen einsteht und dies haben wir ja ausdrücklich durch unsere beigesetzte Bemerkung schon im **Voraus** gethan. An **uns**, nämlich an die Redaktion, hat sich also die Redaktion des Korrespondenten zu halten, sowohl in ihrer Erwiederung als wegen der angeblichen Injurien. Daß der Korrespondent sich mit seiner bekannten Jesuiten-Manier einer Erwiderung überheben will, ist einleuchtend, weil er nicht weiß, wie und was er auf unsere in Nr. 84 enthaltenen **Wahrheiten** antworten soll, weil er unsere dort ausgesprochenen Behauptungen nicht widerlegen **kann**.

Um übrigens der Redaktion des Korrespondenten v. u. f. D. zu zeigen, wie sein **sogenanntes Inserat** auch anderwärts beurtheilt wird, wollen wir morgen eine Erwiderung nachtragen, die uns schon gestern von München zukam, die wir aber zurückgelegt hatten, weil der Inhalt derselben schon in unserer Erklärung vom 25. d. Mts. ausgesprochen war.

Das Publikum wird daraus ersehen, daß das Renommee des Korrespondenten v. u. f. D. in anderen Städten ganz dasselbe ist, wie bei uns in Nürnberg. Wir werden übrigens noch öfters Gelegenheit haben, auf die von uns schon früher bezeichnete Manier hinzuweisen, die der Korrespondent v. u. f. D. nicht scheut, so bald es gilt, seiner Jesuitenpartei zu dienen, oder ehrliche Männer zu verdächtigen, welche einer andern (also einer edlen) Richtung folgen, als der Korrespondent v. u. f. D.

Schließlich bemerken wir wiederholt, daß **wir alle** in unserm Blatte enthaltenen Artikel gegen den Korrespondenten v. u. f. D. (also auch den morgenden von München) gleichviel, welche Zeichen dieselben tragen, in jeder Beziehung vertreten werden, ohne hierdurch übrigens unseren Mitarbeitern oder Korrespondenten wegen **persönlicher** Beleidigung von Seite der Redaktion des Korresp. v. u. f. D. vorgreifen zu wollen, und daß der mit R. bezeichnete Artikel von einem Manne ausging, dessen Ehre nie durch den leisesten Hauch befleckt wurde.

Die Redaktion der Mittelfränkischen Zeitung.

Anzeigen

Bei der am 26. d. stattgefundenen Altgesellenversammlung wurde nachstehendes Programm von den Altgesellen der unterzeichneten Innungen angenommen:

Programm.

Hebung der arbeitenden Klassen in materieller wie sittlicher Beziehung ist unser Ziel; allgemeine Bildung und Aufklärung, rege Theilnahme am Gesammtwohl der staatlichen Gesellschaft unsre Mittel zur Erreichung dieses großen Zweckes.

Darum verlangen wir, gestützt auf das Prinzip der Gleichheit aller Menschen, das in den Märztagen des Jahres 1848 glorreich sich Geltung verschaffte, unsere uns bisher immer noch verkümmerten staatsbürgerlichen Rechte ganz und ungetheilt; wir fordern:

- allgemeine Volksbildung, gleich für alle Stände; —
- Gewerbs- und Ackerbauschulen; —
- freie Wahl der Lehrer durch die Gemeinden; —
- gleiche Berechtigung Aller zu allen Aemtern; —
- passive und aktive Wahlfähigkeit aller Männer, die das 21. Lebensjahr überschritten; —
- freien Gewerbebetrieb, der nur an die Erlernung der Geschäfte geknüpft ist und zu dem Jeder berechtigt ist, der das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat; —
- Aufhebung der Realrechte und Conzessionen; —
- Aufhebung des Geldcölibats (keine Beschränkung der Ehen); —
- Organisation und Association aller Arbeiter; —
- Gewerbekammern aus Meistern und Arbeitern zu gleicher Zahl zusammengesetzt; —
- Schutz der deutschen Arbeit, Aufhebung aller Binnenzölle in Deutschland und Schutzzölle nach Außen; —
- Aufhebung aller Steuern, die auf den nothwendigsten Lebensbedürfnissen des Armen liegen; —
- Verwandlung der indirekten in direkte Steuern; —
- Progressive Einkommensteuer; —
- Verminderung der ungeheuren stehenden Heere, dieses Ruins aller Länder; allgemeine Volksbewaffnung; —
- in politischer Beziehung fordern wir, daß die von den Vertretern des deutschen Volkes in Frankfurt verkündeten Grundrechte als geringstes Minimum der Freiheit angesehen und gewährleistet werden.

Dies sind die Grundsätze, die uns leiten, die wir mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften zu verwirklichen suchen werden.

Wir fordern alle unsere Brüder, fordern alle Arbeiter auf, wenn sie gleiches Ziel erstreben wollen, sich uns anzuschließen, damit wir Hand in Hand, mit vereinter Kraft, bald das Große erreichen.

Bäcker, Beutler, Drechsler, Feilenhauer, Flaschner, Glaser, Goldarbeiter, Gürtler, Hafner, Kammacher, Kürschner, Müller, Paternostermacher, Rothgerber, Sattler, Schlosser, Schneider, Schreiner, Schuhmacher, Stecknadelmacher, Tapezirer, Tüncher, Wagner, Weber, Zimmerleute, Zinngießer, Zirkelschmiede. — Ferner haben sich Fabrikarbeiter, namentlich die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätte, angeschlossen.

Es wurde ferner beschlossen, daß die Altgesellen der verschiedenen Zünfte nächsten Mittwoch den 28. d. Abends, auf den treffenden Herbergen Versammlungen veranstalten, um sich mit ihren Innungsgenossen darüber zu benehmen, und zugleich Wahlmänner zu der am nächsten Freitag stattfindenden Kongreß-Deputirtenwahl aufzustellen. — Diejenigen Innungen, welche durch ihre Altgesellen (wahrscheinlich wegen deren persönlichen Theilnahmlosigkeit) bei der heutigen Versammlung nicht vertreten waren, werden nachträglich aufgefordert, sich den obigen anzuschließen.

Nürnberg, den 26. März.

Der Ausschuß.

Einladung.

Hiemit werden sämmtliche Schreiner-Gesellen zu einer wichtigen Besprechung auf

Donnerstag den 29. März Abends 8 Uhr

auf die Herberge eingeladen

Die beiden Altgesellen
Leitinger. Amm.

(Gesuch.) Ein schönes modernes, noch gut erhaltenes schon benütztes Sopha wird zu kaufen gesucht. Näheres unter Chiffre M.

(Verkauf.) Naß gewordene und beschädigte Westen- und Hosen-Zeuge, Halstücher, Shawls, Molls, Kattun, Wollenmousslins und andere Kleiderstoffe, Reise-Säcke, Schlafröcke und abgenähte Couverts, werden zu billigen Preisen abgegeben bei

Andreas Ott
am Hauptmarkt.

(Gesuch.) Eine Köchin, welche sich aller Hausarbeit unterzieht, wünscht nächstes Ziel unterzukommen.

Brauerey- und Oekonomie-Gut-Verkauf.

Das mit Hausnummer 240 a b bezeichnete, in der lebhaften Provinzialstadt Altdorf an der Feuchter Strasse liegende Brauerey- und Oekonomie-Anwesen, wird im Auftrage des Besitzers kommenden

Montag, den 2. April 1849, Vormittags 10 Uhr anfangend, im Wirthschafts-Lokale des Gasthauses zum weißen Kreuz in Altdorf

öffentlich an den Meistbietenden verkauft.

Dieses zur Brauerey, Brandweinbrennerey und Essigfabrikation gut eingerichtete Anwesen, dessen Baulichkeiten nämlich: Wohnhaus, Nebenhaus, Brauhaus, Scheune, Waschhaus, Kegelbahn, mit ca. 3 Tagwerk großen Gras-, Obst- und Gemüsegarten, im besten Zustand sich befinden, kann mit, in freier Wahl stehenden Grundstücken, oder auch ohne solche, lediglich für sich allein sammt Schiff und Geschirr erworben werden, und dürfte namentlich für einen jungen, thätigen, der Brauerey ꝛc. kundigen Mann, eine vortheilhafte Gelegenheit zur häuslichen Niederlassung bieten.

Die Einsicht der Verkaufs-Objekte kann täglich geschehen, die Verkaufsbedingungen werden aber im Termine bekannt gegeben, wozu Kaufslustige, den übrigens auch inzwischen alle erwünschten Aufschlüsse zu Gebot stehen, ergebenst einladet

das öffentliche Kommissions-Bureau von
J. St. Schmidt in Nürnberg.

(Gesuch.) Eine Hausmagd, die mit Kühen und mit Gartenarbeit umgehen kann, wird gesucht in L. Nro. 436 a in Nürnberg.

Einladung.

Es werden sämmtliche Schuhmacher-Gesellen wegen einer sehr wichtigen Besprechung auf Mittwoch den 28. März Abends 7 Uhr auf die Herberge eingeladen.

Der Altgeselle.

(Gesuch.) Eine reinliche Köchin, auf welche man sich im Kochen und den übrigen Hausarbeiten zuverläßig verlassen kann, wird nächstes Ziel in Dienst zu nehmen gesucht.

(Gesuch) Eine Wohnung auf der Sebalder Seite, aus 3—4 Zimmern und einigen Kammern bestehend, wird bis Laurenzi zu miethen gesucht. Adressen befördert die Exped. d. Blattes.

(Zu verkaufen) Ein modernes Sopha und ein runder Tisch von Nußbaumholz, 3 Sessel von Kirschbaumholz, eine Kinderbettstatt ist wegen Abreise billig zu verkaufen.

Stadttheater in Nürnberg.

Mittwoch den 29. März. 12 Vorstellung im Abonnement. Zum Letztenmale: „Martha, oder der Markt zu Richmond." Große Oper in 5 Akten von Friedrich. Musik von Flotow. Frln. Reuß „Martha," Frau Freytheim „Nancy" als Gäste.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 29 März 1849 **№ 88** **Donnerstag: Eustachius.**

Mit dem 1. April beginnt das zweite Quartal 1849 der mittelfränkischen Zeitung. Wir ersuchen daher das verehrliche Publikum, welches auf diese im Sinne wahrer Volksfreiheit redigirte Zeitschrift zu abonniren gedenkt, seine Bestellungen rechtzeitig zu machen, damit wir den resp. Abonnenten vollständige Exemplare liefern können. Der Preis für das Quartal ist inhaltlich des belletristischen Montagsblattes und vieler Beilagen nur auf 1 fl. 45 kr. vierteljährig festgesetzt und nehmen alle kgl. Postämter Bayerns um diesen Preis vierteljährige Bestellungen an. Zu Inseraten eignet sich das Blatt seiner Vielgelesenheit halber ganz besonders.

Die Expedition der mittelfränkischen Zeitung.

Deutsche Staaten

W München, 25. März. Für heute habe ich nur sehr wenig zu berichten. Wir befinden uns hier immer noch in derselben Ungewißheit, in der wir seit vierzehn Tagen leben. Es ist ein neues Ministerium gebildet, von dem man sich täglich andere Dinge erzählt. Einmal heißt es, man werde sich ganz an Frankfurt anschließen, die Grundrechte verkündigen und sich allen Beschlüssen der Nat.-Vers. unterwerfen, ein andermal wieder heißt es, daß daran gar nicht zu denken, daß ein abermaliger Rucktritt des Gesammt-Ministeriums unausbleiblich oder — was wahrscheinlicher und was die Regierung in das sichere Verderben stürzen muß — daß die sofortige Auflösung der Kammer erfolgen werde. Man wird dem Lande sagen: mit dieser Kammer habe man **Alles** versucht, man habe ihr zu Liebe ein neues Ministerium berufen, man habe **Alles** gethan, was sich nur thun ließ (?? nur nicht die Grundrechte publizirt!), aber mit einer solchen Kammer, mit solchen Abgeordneten (die es sogar wagen, das gesalbte Haupt des Königs Ludwig, der die Staatsgelder wie ein v e r a n t w o r t l i c h e r Beamter verwaltet habe, bei der griechischen Anlehensfrage mit in den Handel zu ziehen) könne man nicht verkehren. Da ich nun, wie gesagt, für heute weiter nichts zu berichten habe, so bitte ich Sie, da ich vollkommen einverstanden bin mit dem vom Korrespondenten v. u. f. D. so bitter angegriffenen Artikel in Nro. 79 Ihres Blattes, auch mir zu erlauben, in dieser Sache meine Ansicht auszusprechen und zwar in folgender E r w i d e r u n g an die Redaktion des Korrespondenten v. u. f. D., **den Gesinnungsgenossen und würdigen Kollegen des Volksboten.** Das also ist es, was dem Korrespondenten v. u. f. D. an's Leben geht, wenn man es wagt, ihn einmal in seinem wahren Lichte, in seiner nackten Gestalt vor das Publikum zu führen; das also ist es, was den Korresp. v. u. f. D. so sehr in Wuth versetzt, wenn man seine **wahre** Tendenz dem Publikum vor Augen führt, wenn man das Publikum aufmerksam macht, **welche** Artikel der Edle als: „**sogenannte Inserate**" in seine Spalten aufnimmt. Die obige Bezeichnung also ist es, die den Korresp. v. u. f. D. so sehr in Harnisch gebracht hat, daß er in einer Erwiderung (s. Nr. 81 f. Bl.) an die Redaktion der Mittelfränk Ztg. sich Luft machen muß; denn außer d i e s e r Bezüchtigung der **Gesinnungsverwandtschaft und Kollegenschaft** mit dem **Volksboten**, die der Korresp. v. u. f. D. für „S c h m ä h u n g e n d e r n i e d r i g s t e n A r t, b ö s w i l l i g e V e r d ä c h t i g u n g u n d b o s h a f t e V e r l e u m d u n g" erklärt, finden wir in dem in Nr. 79 Ihres Blattes enthaltenen Artikel n i c h t s, was so bezeichnet werden kann, es sey denn, daß man den Edlen „**einen Streiter für Freiheit und Recht**" genannt hat, und hierin allerdings müssen wir dem Korresp. v. u. f. D. **vollkommen beistimmen.** Die weitere Verantwortung der fragl. Erwiderung Ihrem Berichterstatter R. und die Beurtheilung beider Artikel, nämlich desjenigen in Nr. 79 der Mittelfrk. Ztg. und des **sogenannten** (mit „eingesandt" überschriebenen, das griechische Anlehen betreffenden) Inserates in Nr. 74 des Korresp. v. u. f. D. dem Publikum überlassend, bemerken wir dem Korresp. v. u. f. D. noch, daß wir allerdings auch den Artikel in Nr. 71 ebensowohl, wie alle übrigen seit 12 Monaten im Korrespondenten erscheinenden Artikel gelesen haben (woraus wir stets ersehen, daß der Edle **einer Volksboten-Richtung** folgt) und eben deshalb dem Urtheile Ihres Referenten R. vollständig beipflichten, um so mehr, wenn wir der seit einigen Monaten an gleicher und anderen Stellen im Korresp. v. u. f. D. erschienenen u n p a r t e i i s c h e n (?) Artikel aus Nürnberg mit **verschiedenen** Zeichen gedenken, um so mehr, wenn wir uns erinnern, wie der Korresp. v. u. f. D. den Inhalt seiner **eigenen unparteiischen** Artikel in **seinem eigenen** Blatte (s. Nr. 292 des vorigen Jahrg. des Korrespondenten v. u. f. D.) als: **nichtswürdige Verdächtigungen** bezeichnen mußte.

München, den 26. März. Der Bergmeister J. E. v. Strebel zu Bodenwöhr wurde in den temporären Ruhestand versetzt, und an dessen Stelle der Bergamtsverweser zu Stadtsteinach M. Luz ernannt; der Forstmeister zu Sebaldi in Nürnberg H. F. v Schrben in den zeitlichen Ruhestand, und an dessen Stelle auf Ansuchen der Forstmeister zu Ebrach W. Griesmeyer versetzt; der Sekretär bei der Steuerkatasterkommission F. X. Wirthmann zum Assessor bei derselben Stelle, und an dessen Stelle zum Sekretär der Bonitirungsgeometer und Aktuar F. Weckmann ernannt; dem Appellationsgerichtskanzlisten F. Gb. Heim zu Bamberg der vom ihm erbetene Ruhestand auf die Dauer eines Jahres bewilligt, sofort die bei dem Appellationsgerichte von Oberfranken erledigte Kanzlistenstelle dem Schreiber am Kreis- und Stadtgerichte Amberg M. J. Müller verliehen, und zum Kreis- und Stadtgerichts-Schreiber in Amberg der Diurnist in der Kanzlei des Appellationsgerichts der Oberpfalz und von Regensburg G. Sartorius ernannt; der Staatsrath im außerordentlichen Dienste K. F. Heintz zum II. Präsidenten des Oberappellationsgerichts ernannt, dann dem Kreis- und Stadtgerichtsrathe Dr. D. Molitor in Aschaffenburg der nachgesuchte Ruhestand bewilligt, und zu der hiedurch in Erledigung kommenden Rathsstelle bei dem Kreis- und Stadtgerichte Aschaffenburg der zweite Landgerichtsassessor H. J. Wagner in Rothenbuch, unter Vorrückung des Rathes F. Theilmann in den Status, außer dem Status befördert; zu der bei dem Appellationsgerichte von Schwaben und Neuburg erledigten ersten Direktorstelle der zweite Direktor des Appellationsgerichts von Oberbayern, K. Fr. Breitenbach, und zu der hiedurch in Erledigung kommenden statusmäßigen zweiten Direktorsstelle bei dem letztgenannten Gerichtshofe der Oberappellationsgerichtsrath Dr. J. J. v. Kitiani befördert; der Diensttausch der beiden Regierungs-Sekretäre II. Klasse M. Blumröder in Regensburg, und K. Frhr. v. Lilgenau in Baireuth genehmigt; zum Oberarzt der Kreisirrenanstalt in Irrsee der Assistenzarzt der Kreisirrenanstalt in Erlangen Dr. F. W. Hagen, und zum Verwalter dieser Anstalt der vormalige herzogl. Leuchtenberg'sche Bräuhaus- und Oekonomieverwalter G. Mahir aus München ernannt. (N. M. Z.)

München, den 26. März. Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg, als Befehlshaber der nach Schleswig bestimmten bayerischen Division, begleitet von dem Oberstlieut. Frhrn. von der Tann, sind bereits am 20. in Hamburg eingetroffen. Letzterer war bereits am 21. von Altona nach Rendsburg weiter gegangen. Beim Abgange des Bahnzugs begrüßte ihn ein Hoch ehemaliger Mitglieder seines Freikorps. — Am 22. ist das 2. bayer. Jägerbataillon mit der Taunuseisenbahn von Frankfurt nach Schleswig-Holstein abgegangen, und das 2. Bataillon des 6. bayer. Infanterieregiments wurde von Landau dafür in Frankfurt erwartet. Ebenfalls am 22. traf eine Schwadron des 5. bayer. Chevaurlegersregiments (Leiningen) zu Mannheim ein, und ging am 23. von dort nach Frankfurt weiter, wo sie sich mit den fünf andern Schwadronen des Regiments vereinigt, um dann gemeinschaftlich nach Schleswig-Holstein den Marsch anzutreten. Eine Schwadron des 6. Chevaurlegers-Regiments muß zum Ersatze der abgehenden des 5. bereits zu München eingetroffen seyn. — Die Eröffnung der zweiten Schwurgerichtssitzung für Oberbayern ist auf den 11. Juni festgesetzt. (N. M. Z.)

Regensburg, 27. März. Eingegangenen Nachrichten zufolge soll gestern in Engelhardszell der Kessel des dort im Abfahren begriffenen bayer. Dampfbootes „Stadt Donauwörth" gesprungen, das Schiff selbst stark beschädigt seyn, wobei 4 Personen gleich ihren Tod fanden und mehrere gefährlich verwundet wurden. Nähere Details fehlen noch. (Rgsb. Tgbl.)

Freiburg, 23. März. [Vierte Verhandlung des Schwurgerichts über Struve und Blind.] Nachdem der Präsident die Sitzung für eröffnet erklärt, und die Angeklagten vorgeführt waren, wurden auf Verlangen Struve's in der gestrigen Verhandlung die Beschlüsse der Volksversammlungen zu Offenburg und Freiburg vorgelesen. Auf das Befragen des Präsidenten, wie dieselben denn zusammengekommen, antwortet Struve, daß der Entwurf dazu von ihm herrühre; auf der Vorversammlung sey zwar die Proklamirung der Republik verworfen, dagegen aber ein Mißtrauensvotum gegen das ganze Ministerium angenommen worden. Später hätten Einige gewünscht, man möchte in der Volksversammlung selbst nur ein theilweises Mißtrauensvotum gegen das Ministerium vorschlagen, was er nur deßwegen zugegeben, um keine Spaltung zu bewirken. Nun ergeht er sich des Längern über diese Volksversammlung, sie ungemein heraushebend; wo möglich noch entschiedener sey die in Freiburg gewesen, und nennt beide seltene Erscheinungen im Leben der Völker. Gleichwohl sey von Allem dem, was man damals gefordert, dem Volke entweder gar nichts, oder nur zum Scheine etwas geworden. Diese beiden Versammlungen hätten sein ganzes späteres Verhalten bestimmt; er sey stolz darauf, darnach nicht nur gesprochen, sondern auch gehandelt zu haben, trotz aller Leiden, die er zu erstehen hatte. Nachdem der Präsident die Bedeutung solcher Volksversammlungen und ihrer Beschlüsse geläugnet, Struve aber bestimmt bejaht, und sogar behauptet hatte, selbst das Militär sey republikanisch, äußert der Staatsanwalt in Bezug auf Volksversammlungen, was der Präsident: man dürfe nur schauen, wie es überhaupt darauf zugehe. Daß übrigens das badische Militär nicht republikanisch sey, erhelle am Schlagendsten daraus, daß dasselbe ja den Septemberaufstand ganz allein unterdückt habe, was Brentano zu der Bemerkung veranlaßt, daß, wenn man nicht auß. badisches Militär gefürchtet, sich damals nicht nur das Oberland, sondern ganz Baden erhoben hätte; auch er sagt gleichfalls, das Militär sey gewiß für die Republik (was einige anwesende Soldaten durch Kopfnicken wirklich bejahten,) denn da würde man gar keine Soldaten mehr brauchen. Und was nun die Volksversammlungen angehe, so sey durch sie ganz klar und bestimmt zu erkennen, was das Volk wolle. Der Substitut des Staatsanwalts, Dr. Wänker entgegnet, Struve halte jetzt schon bei jeder Gelegenheit Vertheidigungsreden, und immer behaupte er, das Volk wolle die Republik, und nur in einer solchen sey zu erreichen, was er Verbesserungen nenne. So lange aber Gesetze da seyen und der Staat die Kraft

habe, sie zu vollziehen, müsse er diejenigen durchaus bestrafen, welche sie umwerfen wollten. Die Volksversammlungen bestünden nur aus zusammengelaufenen Leuten, die ein Schauspiel sehen wollen; auch herrsche durchaus Unfreiheit und Terrorismus daselbst, so daß man am Ende Alles durchsetzen könne. Das Land sey gewiß gegen die Republik, warum denn Struve, wenn dies nicht so wäre, nur durch Drohungen die Leute zu seinem Zuge habe bestimmen können? Uebergens werde er später nachweisen, daß man keinesfalls ein Revolutionsrecht habe, worauf Struve erwiedert, die Maßregeln der Regierungen selber beweisen, daß das Volk die Republik wolle, warum man denn so viele Soldaten brauche? Wenn der Staatsanwalt diejenigen, welche die Republik ins Leben führen wollen, Hochverräther nenne, so könne er dies höchstens vor gewöhnlichen Richtern thun, nicht aber vor Geschwornen; diese würden vielmehr die Unterdrücker des Volks als Hochverräther ansehen. Auch Brentano sagt, daß das Volk republikanisch sey, und man müsse wohl bemerken, daß nach allen Zeugenverhören sich kein Mensch jemals gegen das Recht des Volks ausgesprochen, sich eine Republik zu geben; nur die momentane Ausführbarkeit habe man für unmöglich gehalten. Auch die Regierung wisse die Stimmung des Volkes gar wohl. Warum sie denn keine konstituirende Versammlung berufe? Und sprechen die Parlamentswahlen nicht deutlich genug? Ebenso meint Struve: warum denn die Regierung sein von ihm gestelltes Verlangen nach einer allgemeinen Abstimmung über Monarchie oder Republik zurückgewiesen? Weil sie wohl wisse, daß das Volk die Republik wolle, worauf der Staatsanwalt entgegnet: es handle sich nur darum, ob das Volk die Republik auf dem Wege, wie Struve sie gewollt, wünsche. Ganz recht! antwortete nun Letzterer; das Volk aber sey wirklich für Gewaltanwendung gewesen, nur habe es geglaubt, es dringe nicht durch. Alles dieß sucht nun Blind durch Aeußerungen Hecks zu beweisen. Jetzt frägt der Anwalt Blinds, Advokat Feder, ob Kriegsminister Hoffmann als Zeuge vorgeladen sey, wo nicht, so stelle er den Antrag hiezu. Der Präsident sagt, der Gerichtshof werde bald darüber entscheiden, jetzt aber müsse mit dem Zeugenverhöre endlich einmal fortgefahren werden, was dann wirklich geschieht; und da nimmt denn Struve Veranlassung, wiederholt daran zu erinnern, man solle doch bedenken, daß eben der Krieg das einmal durchaus verlange, was die Zeugen gegen ihn aussagten, was aber Wänker nicht zugeben will; der Struvesche Aufruhr habe das Recht nicht für sich gehabt; die Revolution sey nichts Juristisches, nichts Völkerrechtliches, man könne daher nicht von zwei Gewalten sprechen, die sich gleichberechtigt einander gegenüber gestanden, es sey daher ein Aufruhr gewesen, aber kein Krieg, und doch liefen alle Beweise Struves immer dahinaus. Darüber spricht man noch längere Zeit hin und her, wobei Struve Herrn Eimer (den Staatsanwalt) einen „niederträchtigen Verleumder" nannte, weil dieser behauptete, Struve habe durch sein Handeln der Reaktion aufgeholfen, und Struve meinte, Herr Eimer habe ihm die Absicht untergelegt, der Reaktion wieder aufzuhelfen. Wie, rief er aus, könne man ihm so etwas sagen! Er sey immer ein theoretischer Republikaner gewesen, selbst als er in Frankfurt beim Bundestag war; zum praktischen Republikaner hätte ihn allein die bodenlose Schlechtigkeit unserer Zustände gemacht. Nun wird die Sitzung auf drei Viertelstunden unterbrochen; der Gerichtshof berieth über den Antrag Feders, der aber verworfen wird. Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird mit dem Zeugenverhöre fortgefahren, ohne daß außer den gewöhnlichen Streitigkeiten etwas Besonderes vorfiel. (Schw. M.)

*° **Frankfurt**, den 26. März. [186. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Die Tagesordnung enthält die weitere Berathung der deutschen Reichsverfassung. Angenommen werden: Artikel XI. §. 52 Den Umfang der Gerichtsbarkeit des Reiches bestimmt der Abschnitt vom Reichsgericht. Artikel XII. §. 53. Der Reichsgewalt liegt es ob, die kraft der Reichsverfassung allen Deutschen verbürgten Rechte oberaufsehend zu wahren. §. 54. Der Reichsgewalt liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob. Sie hat die für die Aufrechthaltung der innern Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßregeln zu treffen: 1) wenn ein deutscher Staat von einem andern deutschen Staate in seinem Frieden gestört oder gefährdet wird; 2) wenn in einem deutschen Staate die Sicherheit und Ordnung durch Einheimische oder Fremde gestört oder gefährdet wird. Doch soll in diesem Falle von der Reichsgewalt nur dann eingeschritten werden, wenn die betreffende Regierung sie selbst dazu auffordert, es sey denn, daß dieselbe dazu notorisch außer Stande ist, oder der gemeine Reichsfrieden bedroht erscheint; 3) wenn die Verfassung eines deutschen Staates gewaltsam oder einseitig aufgehoben oder verändert wird, und durch das Anrufen des Reichsgerichtes unverzügliche Hilfe nicht zu erwirken ist. §. 55. Die Maßregeln, welche von der Reichsgewalt zur Wahrung des Reichsfriedens ergriffen werden können, sind: 1) Erlasse, 2) Absendung von Kommissarien, 3) Anwendung von bewaffneter Macht. Ein Reichsgesetz wird die Grundsätze bestimmen, nach welchen die durch solche Maßregeln veranlaßten Kosten zu tragen sind. §. 56. Der Reichsgewalt liegt es ob, die Fälle und Formen, in welchen die bewaffnete Macht gegen Störungen der öffentlichen Ordnung angewendet werden soll, durch ein Reichsgesetz zu bestimmen. §. 57. Der Reichsgewalt liegt es ob, die gesetzlichen Normen über Erwerb und Verlust des Reichs- und Staatsbürgerrechts festzusetzen. §. 58. Der Reichsgewalt steht es zu, über das Heimatsrecht Reichsgesetze zu erlassen und die Ausführung derselben zu überwachen. §. 59. Der Reichsgewalt steht es zu, unbeschadet des durch die Grundrechte gewährleisteten Rechts der freien Vereinigung und Versammlung, Reichsgesetze über das Associationswesen zu erlassen. §. 60. Die Reichsgesetzgebung hat für die Aufnahme öffentlicher Urkunden diejenigen Erfordernisse festzustellen, welche die Anerkennung ihrer Aechtheit in ganz Deutschland bedingen. §. 61. Die Reichsgewalt ist befugt, im Interesse des Gesammtwohles allgemeine Maßregeln für die Gesundheitspflege zu treffen.

Artikel XIII. §. 62. Die Reichsgewalt hat die Gesetzgebung, soweit es zur Ausübung der ihr verfassungsmäßig übertragenen Befugnisse und zum Schutze der ihr überlassenen Anstalten erforderlich ist. §. 63. Die Reichsgewalt ist befugt, wenn sie im Gesammtinteresse Deutschlands gemeinsame Einrichtungen und Maßregeln nothwendig findet, die zur Begründung derselben erforderlichen Gesetze in den für die Veränderung der Verfassung vorgeschriebenen Formen zu erlassen. §. 64. Der Reichsgewalt liegt es ob, durch die Erlassung allgemeiner Gesetzbücher über bürgerliches Recht, Handels- und Wechselrecht, Strafrecht und gerichtliches Verfahren die Rechtseinheit im deutschen Volk zu begründen. §. 65. Alle Gesetze und Verordnungen der Reichsgewalt erhalten verbindliche Kraft durch ihre Verkündigung von Reichswegen. §. 66. Reichsgesetze gehen den Gesetzen der Einzelstaaten vor, insofern ihnen nicht ausdrücklich eine nur subsidiäre Geltung beigelegt ist. Artikel XIV. §. 67. Die Anstellung der Reichsbeamten geht vom Reiche aus. Die Dienstpragmatik des Reiches wird ein Reichsgesetz feststellen. Ueber einen Zusatzantrag zu § 67, gestellt von den Abgg. Möring und Genossen: „Die Richter bei dem Reichsgerichte werden auf Vorschlag der einzelnen Staaten ernannt", wird namentlich abgestimmt und derselbe mit 281 gegen 228 Stimmen abgelehnt. Der Vorsitzende will sogleich nach dem im Eisenstuck'schen Antrage vorgeschlagenen Verfahren über den dritten Abschnitt „das Reichsoberhaupt" hinweg zur Abstimmung über Abschnitt IV „der Reichsrath" schreiten. Allein der Abg. Schoder stellt einen Antrag, welcher dahin geht, den Abschnitt V nach dem Abschnitte III zur Abstimmung zu bringen, da eine Entscheidung über den Reichsrath ohne die Feststellung des Reichsoberhauptes nicht möglich sey. Die Abgg. Riesser, Welcker erklären sich für, die Abgg. Simon von Trier, Wigard, Schüler aus Jena gegen diesen Antrag. Die Versammlung nimmt denselben an und schreitet alsdann zur Abstimmung über Abschnitt V „der Reichstag". Folgende Fassung wird angenommen. Abschnitt V. Der Reichstag. Artikel I. §. 91. Der Reichstag besteht aus zwei Häusern, dem Staatenhaus und dem Volkshaus. Art. II. §. 92. Das Staatenhaus wird gebildet aus den Vertretern der deutschen Staaten. §. 93. Die Zahl der Mitglieder vertheilt sich nach folgendem Verhältniß: Preussen 40, Oesterreich 38, Bayern 18, Sachsen 10, Hannover 10, Würtemberg 10, Baden 9, Kurhessen 6, Großh. Hessen 6, Holstein (-Schleswig s. Reich §. 1) 6, Mecklenburg-Schwerin 4, Luxemburg-Limburg 3, Nassau 3, Braunschweig 2, Oldenburg 2, Sachsen-Weimar 2, Sachsen-Koburg-Gotha 1, Sachsen-Meiningen-Hildburgh. 1, Sachsen-Altenburg 1, Mecklenburg-Strelitz 1, Anhalt-Dessau 1, Anhalt-Bernburg 1, Anhalt-Köthen 1, Schwarzburg-Sondershausen 1, Schwarzburg-Rudolstadt 1, Hohenzollern-Hechingen 1, Liechtenstein 1, Hohenzollern-Sigmaringen 1, Waldeck 1, Reuß älterer Linie 1, Reuß jungerer Linie 1, Schaumburg-Lippe 1, Lippe-Detmold 1, Hessen-Homburg 1, Lauenburg 1, Lübeck 1, Frankfurt 1, Bremen 1, Hamburg 1 Mitglied.

Zusatzantrag des Verfassungsausschusses zu §. 93: So lange die deutsch-österreichischen Lande an dem Bundesstaat nicht theilnehmen, erhalten nachfolgende Staaten eine größere Anzahl von Stimmen im Staatenhause; nämlich: Bayern 20, Sachsen 22, Hannover 12, Würtemberg 12, Baden 10, Großherzogthum Hessen 8, Kurhessen 7, Nassau 4, Hamburg 2. Ein Minoritätserachten, welches dahin geht, Oesterreich gleich Preussen 40 Stimmen im Staatenhause zuzugestehen, wird bei namentlicher Abstimmung mit 289 gegen 232 Stimmen abgelehnt. Abgelehnt wird ferner ein zweites Minoritätserachten, welches will, daß Hamburg zwei Stimmen im Staatenhause erhalte. — Ueber den Zusatzantrag des Verfassungsausschusses wurde namentlich abgestimmt und derselbe mit 290 gegen 231 St. angenommen. Bevor §. 94 des Ausschußantrages zur Abstimmung gelangt, wird das erste Alinea eines Minoritätserachtens von Schüler, Wigard und Genossen zur namentlichen Abstimmung gebracht und mit 325 gegen 188 Stimmen verworfen. Es lautet: „Die Mitglieder des Staatenhauses werden durch die Volksvertretung der einzelnen Staaten erwählt." Hierauf wird die Sitzung vertagt. Schluß der Sitzung 1¼ Uhr.

Frankfurt, 26. März. Man erinnert sich noch der armseligen Ausflüchte, welche im vorigen Jahre Hannover vorbrachte, um seine Verzögerung in der Hülfeleistung für den Schleswig'schen Krieg zu beschönigen. Man erzählt sich Aehnliches in diesem Augenblicke. Man sagt, Hannover trage Bedenken, trotz des erhaltenen Befehles, seine Truppen über die Elbe gehen zu lassen, weil — doch die Gründe sind wohl ganz gleichgültig. Auch zu Zeiten der berüchtigten Reichsarmee im vorigen Jahrhundert schickte jeder Reichsstand, wenn er keine Truppen sandte, dafür ja desto vortrefflichere Gründe ein. Den Grund, welchen Hannover vorgeben soll, würden wir gar nicht anführen, wenn er nicht so possierlich klänge. Die hannoverschen Truppen gehen nicht über die Elbe, weil man nicht sicher ist, ob sie dort auch gut verpflegt würden! Diese Antwort in dem Augenblicke, wo der König von Dänemark sich an die Spitze seiner ganzen Heeresmacht gestellt hat! Man sagt, der Reichskriegsminister habe eine Stafette nach Hannover an den kommandirenden General geschickt, um diesen persönlich wegen den Folgen verantwortlich zu machen. (D. Z.)

†*† **Berlin**, 25. März. Eine heut stattgefundene Versammlung ließ keinen Zweifel darüber, daß an eine Vermittlung zwischen der sehr kompakten Opposition gegen die von Herrn Rintelen im Ordonnanzwege verfügte und zum Theil bereits vollzogene Umgestaltung des Gerichtswesens und dem Gouvernement nicht zu denken sey. Die Regierung hält diese aus allen Faktionen beider Kammern gemischte Opposition, wie es scheint, für die bedenklichste. Es ist ihr vor Allem darum zu thun, hier Concessionen zu erlangen, und in der That war es ihr auch gelungen, einen der nicht am wenigsten einflußlosen Gegner, Hrn. Bornemann, zu gewinnen. Hr. Bornemann veranlaßte heute eine Konferenz sämmtlicher rechtsgelehrten Mitglieder aller Parteien in beiden Kammern. Er machte Vorschläge, wie man, ohne den Rechten der Volksvertretung zu vergeben, die Verlegenheit der Regierung bei den Organisationsgesetzen beseitigen könne. Im Wesentlichen gingen diese Vorschläge dahin: einen Antrag auf vorläufige Genehmigung der Gesetze und der zu ihrer Ausführung getroffenen Maßregeln zu unterstützen. Die Konferenz ging indeß völlig resultatlos zu Ende. Man war in überwiegender Mehrheit der Meinung, es sey nicht die Aufgabe der Volksvertretung, die Regierung aus Verlegenheiten zu ziehen, die sie selbst sich unbedacht bereitet habe.

Das definitive Geschäftsreglement der zweiten Kammer ist jetzt beendet. Die jetzt geltende provisorische Geschäftsordnung ist darin wesentlich modifizirt, der freien Bewegung der Debatte ist bei weitem mehr Raum gegönnt. In Betreff der Interpellationen ist den Ministern überlassen, wann und ob überhaupt sie dieselben zu beantworten gedenken.

Das Petersburger Kabinet stellt sich nunmehr Preussens Politik ernstlich gegenüber. Der diplomatische Verkehr zwischen Preussen und Rußland ist bereits ein schwieriger geworden. Viel hierzu hat unfehlbar eine vorgestern eingetroffene Petersburger Depesche beigetragen, die bei einer Allerhöchsten Person die tiefste Entrüstung hervorgerufen hat. Preussen wird auf die ihm gemachten Zumuthungen seiner würdig antworten. —

Der jetzige Notenwechsel zwischen den beiden Großmächten dürfte zu einer weltdistorischen Bedeutung kommen; — mehr hierüber zu sagen, ist uns im Augenblick noch nicht vergönnt. — So viel aber scheint gewiß, Preussens Diplomatie wird binnen Kurzem einen großen Umschwung erleben. —

‡*† **Berlin.** [II. Kammer. Sitzung vom 24. März. Schluß.] v. Unruh übernimmt den Vorsitz. Der Min. des Aeußeren Graf Arnim erscheint am Ministertisch.

v. Viebahn spricht für die Vereinigung Deutschlands innerhalb der Grenzen des Zollverbands; der Bund, den die edelsten Bestrebungen der letzten Generation geknüpft, zu dem die deutschen Fürsten die Bruderhand sich zu reichen begonnen haben, muß ausgebaut, jeder Eingriff eines Nachbars abgewiesen werden, aber auch das Suum cuique des preuss. Adlers dürfe nicht vergessen werden.

Neumann (Glatz): Die preuss. Regierung habe große Aehnlichkeit mit dem Vorparlament. Sie sage mit ihm: Zeit gewonnen, Alles gewonnen! Freilich nicht mit Bassermann: Wir machen uns nichts an. Wären Sie (an die Minister gewendet), wären Sie bis zum Aeußersten gegangen, hätten Sie den Absolutismus wieder aufgerichtet, ich wäre versucht, Sie groß zu nennen. Die preuss. Regierung habe keinen Schritt gethan, um die Unterdrückung der Freiheit in Wien zu verhindern.' Ein fremdes Volk müsse jetzt unsere Hoffnungen neu beleben, wenn es wahr sey, daß die ungarischen Fahnen auf den Thürmen von Pesth wehten. Der Redner kommt auf den Wrangel'schen Parolebefehl zu sprechen, und bemerkt, daß dergleichen schwerlich geeignet sey, Preußen außerhalb seiner Grenzen in Deutschland populär zu machen.

Camphausen (Geh. Finanzrath.) Preussen sey der Frankfurter Versammlung, die sich für allgewaltig hielt und hält, nicht hinderlich gewesen, sey ihr nur entgegengetreten, wo es das eigne Interesse gebot. Preussen habe die Gesetze der Reichsgewalt publizirt, aber es habe sich stets das Recht der freien Zustimmung vorbehalten. Jene Allgewalt des Parlaments habe Preussen nie anerkannt. Erst wenn eine große Anzahl deutscher Staaten sich zu einem engern Bunde vereinigt haben, werde auch der Anschluß der übrigen durch die Gewalt der öffentlichen Meinung herbeigeführt werden können. Es sey ein Minister zur Leitung der auswärtigen Angelegenheiten ins preuss. Kabinet getreten, welcher früher die jetzt verworfene Politik in den deutschen Angelegenheiten vertreten habe. Deßhalb sey der dritte Passus in den Adreß-Entwurf aufgenommen worden, und der Minister habe in der Adreß-Kommission erklärt, daß durch seinen Eintritt nur ein Personenwechsel, kein Wechsel des Systems eingetreten sey. Seine persönlichen Wünsche seyen übrigens für ein kräftiges Auftreten Oesterreich gegenüber. Die Idee der deutschen Einheit muß siegen, und sie wird siegen, wenn wir ihre Verwirklichung mit Mäßigung erstreben. — Phillips: Preussen wird die Sympathien nicht erlangen durch das Bündniß mit dem Absolutismus nach Außen und Innen, nicht durch den Scheinkonstitutionalismus, nicht dadurch, daß es die Avantgarde der Kosaken und Kroaten bilde. Preussen mag die Freiheit ganz und offen begründen, dann, ja aber nur dann kann es auf Deutschlands Sympathien zählen!

Min. v. Manteuffel: die Angriffe, die man auf die Regierung gerichtet habe, werde er nicht beantworten. Aber er nehme Gelegenheit zu behaupten, daß auch er seinen Antheil an dem Streben nach deutscher Einheit in Anspruch nehme. Aber er wolle nicht mit Hrn. Wesendonck, daß die alten Staatsformen zerschlagen werden und Deutschland wie ein Phönix aus der Asche hervorgehe. Er halte die Sage vom Phönix für eine Sage. Aber er könne versichern, daß die Regierung die Einigung Deutschlands dort vollendet wünsche, von wo das Streben darnach ausgegangen sey, daß sie nicht beabsichtige, die Sache der deutschen Einigung zur Sache der Kabinete zu machen.

Carl: Wie die Einheit jetzt nicht zu Stande kommen sollte, so ist die Schuld nicht hier, nicht in Frankfurt, sie ist in Olmütz zu suchen. Von dort gehen jene Projecte aus, ein Directorium zu bilden, an dessen Spitze Oesterreich stehe, dem das preußische Heer zu Diensten seyn soll.

Min. Graf Arnim: Die Zirkulardepesche vom 10. März sei redigirt worden, als von der österreichischen Verfassung noch nichts bekannt gewesen. In den Vorschlägen, die Oesterreich gestellt habe, sey, wie Art. 5 derselben ergebe, Preußen nicht zurückgesetzt worden. Was übrigens in dieser Sache ausgemacht werden wird, läßt sich jetzt nicht bestimmen.

v. Griesheim verliest den Parolebefehl des Generals v. Wrangel. Nach demselben soll nach dreimaliger erfolgloser Aufforderung zum Auseinandergehen sofort von den Waffen Gebrauch gemacht werden. Wenn dieser Parolebefehl uns die Sympathien der Süddeutschen entziehen könne, so müsse man sich das gefallen lassen.

Blömer rechtfertigt seine Amendements. Seine Rede bezieht sich ausschließlich auf das Verhältniß Deutschlands zu Oesterreich. Den Grund zu dessen gegenwärtiger Lage sieht er in der Annahme der §§. 2 und 3 der deutschen Verfassung. Er erinnert an die Warnungen, die Gagern und Vincke damals ausgesprochen haben, ist aber nicht der Meinung, daß Oesterreich bis jetzt der neuen Gestaltung Deutschlands präjudizirt habe. Der Redner entwickelt in langer Ausführung, während welcher die Bänke sich immer mehr zu leeren beginnen, die gesammte Geschichte des deutschen Parlaments und der Oberhauptsfrage. — Nach Beendigung dieses Vortrages wird beschlossen, die Debatte zu vertagen. (Schluß 3½ Uhr.)

Posen, den 22. März. Aus Polen haben wir heute direkte Nachrichten, und zwar sowohl aus Kalisch als aus Warschau selbst. Aus ersterer Stadt berichtet man uns, daß die Russen daselbst, in vier Korps vertheilt, das große Lager bei Kirchdorf, unmittelbar an unserer Grenze, bezogen hätten, und daß ganz unverhohlen davon gesprochen würde, daß man in eben so viel Kolonnen nächstens die preussische Grenze überschreiten werde, weshalb denn auch die polnischen Grundbesitzer an unserer Grenze, aus Furcht vor einem unerwarteten Besuch, der ihnen nicht sehr befreundeten Kosacken, in großer Anzahl schon die Flucht ergreifen. Das Lager bei Kirchdorf ist übrigens auf längere Zeit verproviantirt, und noch ganz kürzlich sind 1000 Klafter Brennholz von einem großen diesseitigen Waldbesitzer für dasselbe angekauft worden. Uebrigens ist die Grenze jetzt völlig hermetisch verschlossen, und ohne Spezialerlaubniß des Kriegsgouverneurs, Fürsten Galitzin, darf Niemand hinüber. Ausgenommen sind allein die preußischen Grenzbeamten, welche sogar die Erlaubniß haben, den russisch-polnischen Boden, so oft sie wollen, zu betreten, und die daher häufig Besuche in Sczypiorna, wo das russische Hauptquartier ist, abstatten. Auch Champagner und Taback soll in Menge für die russischen Offiziere eingeschmuggelt werden; dazu drücken die Russen gern ein Auge zu, in anderer Beziehung aber sind sie sehr streng und ein eigentlicher Handelsverkehr findet durchaus gar nicht mehr statt. Nach einem neuen Regierungsbefehl haben alle in Polen sich aufhaltenden, mit preussischen Pässen versehenen Ausländer die bestimmte Weisung erhalten, das Königreich unter keiner Bedingung zu verlassen. Aus Warschau meldet man uns, daß die Stadt unter dem strengsten Polizeidespotismus stehe, daß daher Niemand ein Wort über Politik zu sprechen wage, daß jeder Gasthof und jede Konditorei militärische Posten habe, und daß Abends um 10 Uhr jedes Haus, mit alleiniger Ausnahme der Apotheken, geschlossen seyn müsse. Wegen des Feldzugs erhalten die Civilbeamten keine baare Besoldung mehr, sondern Anweisungen auf den Schatz, und die Steuern sollen von den wohlhabenden Einwohnern für das ganze laufende Jahr auf ein Mal eingezogen werden. Zur Erleichterung des Verkehrs sollen nächstens 3 Fl.-Banknoten. ½ Thaler geltend, ausgegeben werden. Die Besatzung von Warschau hat größtentheils die Kasernen verlassen, und bivouakirt auf den öffentlichen Plätzen der Stadt.

(D. A. Z.)

Dresden, 22. März. Der Antrag Heinze's, welcher von der ersten Kammer der zweiten mitgetheilt worden, bildete in der heutigen Sitzung der letztgenannten den einzigen Berathungsgegenstand. Der Antrag lautet: „In Erwägung, daß die vom Bevollmächtigten in Frankfurt abgegebene Erklärung der sächsischen Regierung, welche in Bezug auf das Staatenhaus, den Wahlcensus und das absolute Veto wenig Freiheit athmen, von dem jetzigen Ministerium zurückgenommen werden mögen." Der Ausschuß beantragt, daß die diesseitige Kammer der jenseitigen beitrete, was auch geschah. Die Debatte bewegte sich wieder um die deutsche Verfassungs- und Kaiserfrage. Die gefallene Aeußerung, es werde kein Fürst die Kaiserkrone ohne absolutes Veto annehmen, veranlaßte den Vizepräsidenten Tzschirner zu der Erklärung: „es kommt nicht darauf an, ob er sie annehmen wolle, wir werden sie ihm schlechterdings nicht geben!" Mehre Sprecher werfen dem abgetretenen Ministerium vor, daß es durch Abgabe der in Rede stehenden Erklärung in Franfurt hinter dem Rücken der Kammern seinem Versprechen, keine definitiven Erklärungen abgeben zu wollen, entgegengehandelt, also die Kammern belogen habe.

(Frkf. O.-P.-Z.)

Italienische Staaten.

Florenz. Am 19. hat die Regierung beschlossen, es solle sofort eine polnische Legion von etwa zweitausend Mann errichtet werden.

(N. Z. Z.)

Mailand, 23. März. Nichts Neues von Bedeutung. Sicher ist allein, daß die Piemontesen noch in Magenta und Robecco sind und daß die Oesterreicher mit ihrer Hauptmacht auf piemontesischem Boden stehen. Hier bleibt alles ruhig, weniger soll dieß gegen Varese und Como der Fall seyn.

(N. Z. Z.)

Turin. Am 21. 3 Uhr Nachmittags war folgende telegraphische Depesche aus Castel S. Giovanni eingetroffen: 1) unsere Truppen haben Pavia besetzt; 2) General La Marmora und Senator Plezza sollen in Parma eingezogen seyn. Dasselbe Blatt, nachdem es dies mitgetheilt, fügt bei: „Die Nachricht von der Einnahme Pavia's ist nicht offiziell."

(N. Z. Z.)

Als Neuestes macht der Minister des Innern bekannt, wobei er jedoch hervorhebt, daß es keine offiziellen Berichte seyen, daß am 21. zwei Gefechte gleichzeitig stattgefunden haben sollen, das eine bei Vigevano, das andere bei Mortara; in dem einen hätten sie gesiegt, in dem andern verloren.

(N. Zür. Z.)

Oesterreichische Staaten.

Wien, 22. März. Aus Mittheilungen von heute angekommenen Reisenden, die am 21. früh Pesth verlassen haben, hört man, daß Kossuth in Eilmärschen nach Pesth zieht und wahrscheinlich Alles aufbietet, um Comorn zu entsetzen. So soll das Ulanen-Regiment Herzog Koburg, zu Dembinski, gegen dessen Kavallerie es agiren sollte, übergegangen seyn — als der polnische General statt zum Angriff zu kommandiren, durch die Musikbanden die Melodie: „Polen unser Vaterland ist noch nicht verloren" aufspielen ließ.

Comorn ist gestern durch 6 Stunden bombardirt worden — während welcher Zeit aus der Festung heraus nicht ein Schuß fiel. Die Kaiserlichen liefen dann mit 3 Bataillons Sturm; — wollten ein Thor attaquiren — da öffneten sich die Flügel und drei Batterien spieen Tod und Verderben in die Reihen der österreichischen Krieger. Mehr als ein Bataillon soll am Platze geblieben seyn. (A. O.-Z.)

Wien, 23. März. Soeben eingehenden Nachrichten zufolge ist Herrmanstadt vom Rebellenchef Bem eingenommen und geplündert worden. Während Puchner gegen Mediasch vorrückte, um Bem zu einer Schlacht zu zwingen, hatte ihn der schlaue Fuchs umgangen, und stand urplötzlich ein paar Tage nach der Schlacht bei Mediasch vor den Mauern von Herrmannstadt. Er hatte sich inzwischen wahrscheinlich durch die Garnison von Schäßburg bis auf 12,000 Mann verstärkt, und so konnte die schwache russische Garnison, obwohl sie von früh Morgens bis Abends mannhaft Widerstand leistete, das Herz des Sachsenlandes nicht erfolgreich vertheidigen, sondern war gezwungen, sich an die Gränze, (ob um Verstärkung?) zurückzuziehen.

(A. A. Z.)

Rußland und Polen.

Warschau, den 15. März. Bei der dahier stattgehabten 20. Gewinnziehung der k. k. polnischen fl. 300 Loose vom Jahre 1829 sind auf die nachstehenden Nummern die beigesetzten Hauptpreise gefallen: Nr. 108,659 fl. 200,000, Nr. 97,081 fl. 20,000, Nr. 83,043 fl. 12,000, Nr. 87,242 fl. 12,000, Nr. 11,706, 15,486, 90,642 jede fl. 5000.

(Frkf. J.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Neu ausgestellte Werke im Albrecht-Dürer Hause in Nürnberg.

1) Der Seesturm der Küste der Normandie, Oelgemälde von K. de Marées. — 2) Ein Morgen, Oelgemälde v. R. Eberle. — 3) Kirche St. Jakob zu Rothenburg a/T., Oelgemälde von Eibner. — 4) Die Regenau bei Brannenburg, im bayerischen Hochland, Oelgemälde von Dallwig. — 5) Ein Kuhstall, Oelgemälde von Friedrich Vötz. — 6) Eine Italienerin am Meeresstrande, Oelgemälde von Märk. — 7) Kirchenweihe in Tyrol, Oelgemälde v. Millner. — 8) Hexenhäuschen bei Bregenz, Oelgemälde bei Mosbrugger. — 9) Ein Mönch in seiner Zelle, Oelgemälde von Beer. — 10) Savoyarden, Oelgemälde von A. S. Zimmermann. — 11) Dorfparthie, Oelgemälde von Lange. — 12) Heimkehr vom Wirthshaus, Oelgemälde von Jos. Ostermayr. — 13) Hirtenknaben im bayerischen Hochland, Oelgemälde von Fr. Hohe. — 14) Ein Pokal in Elfenbein geschnitten von Christian Frank, Kunstdrechsler in Fürth.

Bemerkung. Die benannten Gemälde können nur bis zum 5. kommenden Monats ausgestellt bleiben.

Anzeigen.

Exp.-Nro. 9072. V.

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg

werden in der Verlassenschaftssache des Privatiers Johann Tobis Meßrihäuser in dem Hause L. Nro 438

Montag den 2. April ds. Js. Vorm. 9 Uhr

sämmtliche vorhandene Mobilien öffentlich versteigert und Kaufsliebhaber hiezu eingeladen.

Nürnberg, 16. März 1849.

D. l.

Jberl, k. Rath.

Exp.-No. 9137. V.

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg.

In Verlassenschaftssachen des am 31. Januar d. Js. verstorbenen Chokolade-Fabrikanten Johann Martin Schoeps dahier, werden alle diejenigen, welche Ansprüche an die Nachlaßmasse zu machen haben aufgefordert, solche bei der hiezu auf

Donnerstag den 12. April Vormittags 9 Uhr Commissions-Zimmer No. 6

anberaumten Tagfahrt zu liquidiren, widrigenfalls auf sie bei Auseinandersetzung des Nachlasses keine Rücksicht genommen werden würde.

Nürnberg, den 9. März 1849.

Jberl, k. Rath.

Bekanntmachung.

Vom k. Landgerichte Beilngries

wird auf Andringen eines Hypothekgläubigers das Anwesen des Xaver Rath, Gastwirths von Untermäßing, wie solches nachstehend näher beschrieben und auf die Summe von 1550 fl. unterm 2. Jänner d. Js. gerichtlich geschätzt worden ist, dem öffentlichen Verkaufe unterstellt, und hiezu Termin auf

Mittwoch den 16. May d. Js., Nachmittags von 2—4 Uhr im Bräuhause zu Untermäßing

anberaumt, wozu etwaige Kaufslustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß der Hinschlag nach § 64 des Hyp.-Gesetzes vorbehaltlich der §§ 98 bis 101 der Proz.-Nov. vom 17. November 1837 stattfindet, und dem Gerichte unbekannte Kaufslustige sich über ihren Leumund und ihre Vermögensverhältnisse durch legale Zeugnisse auszuweisen haben.

Das Anwesen selbst besteht aus

1) Gebäude:

Pl.-Nro. 53 a. Wohnhaus mit Stallung Scheune, Backofen, Schweinstall und Hofraum Hs.-No. 34 und hat einen Werth von .... 600 fl.

2) Grundstücke:

Pl.-Nro. 53 b	— 0,47 Dez. Grasgarten,	werth	150 »
» » 543.	Höfflelacker 0,70 Dez.	»	100 »
» » 52.	— 1 Tagw. 0,5 Dez. Gartenacker	»	300 »
» » 958.	— Auerfeigacker 0,28 Dez. ...	»	100 »
» » 1242	Straßacker bei der Ghammühle, 0,54 Dez.	»	150 »
Das Gemeinderecht zu einem ganzen Nutzantheil an den noch unvertheilten Gemeindebesitzungen		»	150 »
		Sa.	1550 fl.

Beilngries am 15. März 1849

Königl. Landgericht.

Martin.

Gastwirth Joh. Bickel

auf dem Gleißhammer zeigt hiemit allen Viehhändlern an, daß bei ihm alle Wochentage Käufe und Verkäufe mit magerem und fettem Vieh, ohne Kosten und Abgaben abgeschlossen werden, so wie das auch in Mögeldorf der Fall ist. Auch versorge ich abgeleitetes Vieh, wie Herr Stick in Wöhrd so billig als möglich. Ich empfehle mich dem verehrlichen Metzgerhandwerk mit der Bitte, mich mit ihren gütigen Aufträgen zu beehren.

(Empfehlung.) Der Unterzeichnete ist mit einer Fuhre Stukaturlotten angekommen, und logirt im Gasthof zum wilden Mann in Gostenhof. Er empfiehlt solche den Herrn Bauherren und Tünchermeistern zur gefälligen Abnahme.

Christ. Deffner.

Zur Nachricht für Auswanderer.

Um einer möglichen Unterbrechung der Passagierfahrt durch etwa eintretende Blokade vorzubeugen, hat mein Vollmachtgeber Hr. Ed. Jchon in Bremen für die Fahrten am 1. und 15 April und 1. Mai zur Aufnahme der bereits für Newyork, Baltimore und New-orleans angenommenen Passagiere, große Dreimaster mit hohen geräumigen Zwischendecken und eleganten Cajüten versehene neutrale Schiffe engagirt, mit welchen auf eine vollkommen sichere und ungestörte Ueberfahrt zu rechnen ist.

Auswanderer, welche noch nicht mit Passageverträgen versehen sind und diese Schiffe zu ihrer Ueberfahrt zu benützen wünschen, wollen sich möglichst zeitig an den Unterzeichneten wenden und können sich billiger und promptester Beförderung versichert halten.

Nürnberg, 27 März 1849

Aug. Fr. Bannig.

Freie christliche Gemeinde.

Heute Donnerstag den 29. dies Abends ½ 8 Uhr Uhr gesellschaftliche Unterhaltung im Saale des Reichs-Adlers.

Der Vorstand

Für Rheumatismus und Gichtkranke.

Die rühmlich bekannten im Med. Korrespondenzblatt als unschätzbar empfohlenen Rheumatismus-Ableiter des Erfinders Dr Baccaud Riofrei a 18 kr. pr. Stück, sind fortwährend durch den Agenten Carl Graf in Augsburg zu beziehen; auch können Aufträge mit Betrag franco nebst 3 kr. Einschreibgebühr unter der Adresse des Herrn J. Engelhard jun. in Nürnberg an ihn gerichtet werden, worauf unverzüglich die Bedienung erfolgen wird. Da alle 24 Stunden damit abgewechselt wird, so sind 2 Stück nothwendig. Solche leisten nun das Wunderbare gränzende schnelle Hilfe bei: Rheumatismen, Gicht, Gesichts-, Kopf-, Ohren-, Hals-, Zahn-, Brust-, Lenden-Schmerzen und Entzündungen, Gliederreißen, Krämpfen, Schlaflosigkeit, Rothlauf 2c. Eines der vielen Zeugnisse lautet: Nachdem ich seit vielen Jahren gegen ein hartnäckiges Gichtleiden alle ordentlichen Mittel vergeblich angewendet hatte, so sehe ich mich endlich durch den fortgesetzten Gebrauch der Rheumatismus-Ableiter des Herrn Dr. Riofrei hievon so vollkommen befreit, daß auch nicht der mindeste Schmerz noch Steifheit zurückgeblieben ist. Die wunderbare Wirkung dieser Ableiter bewährte sich ausserdem bei zwei meiner Bekannten in der Art, daß der eine von heftigen Kopfschmerzen, der andere aber von einem gefährlichen Augenübel gänzlich geheilt wurden. Bern, 3 Oktober 1846 Jacob Faesi Kantonsrath. Die Aechtheit dieser Unterschrift bestätigt: für die Gemeindekanzlei: Gietauer. Den Gebrauchsanweisungen ist die mit eigenthümlicher niegends existirender Schrift gedruckte Bemerkung beigefügt: „Zum Schutze gegen Nachdruck," welche genau ins Auge gefaßt werden wolle, damit anderwärts um mehrfach theurere Preise ausgebotene Exemplare, deren Gebrauchsanweisungen ohne dieses Merkmal beigegeben wären, sogleich als betrügerisch verfälscht erkannt werden können.

Färberei-Verkauf.

In einer bedeutenden Stadt Mittelfrankens an einer Hauptstraße gelegen, ist eine Färberei mit Realgerechtigkeit aus freier Hand zu verkaufen, dieselbe besteht aus einem Wohnhaus, Nebengebäude mit Stallung und einem Hinterhaus, worin die Färberei ist, hinter demselben befindet sich ein Gras- und Wurzgarten mit Brunnen. Auch können ⅔ Theil des Kaufschillings auf erste Hypothek darauf stehen bleiben. Nähere Auskunft ertheilt die Exped. d. Bl.

Compagnon-Gesuch.

Es wird ein junger Mann, Kaufmann, der die Bücher zu führen versteht, in ein gangbares Fabrikgeschäft, das im besten Betrieb steht, und wenig Konkurrenten hat, mit einer Einlage von 8000 fl. als Compagnon gesucht. Frankirte Briefe besorgt die Exped. d. Blattes unter A. Z.

Einladung.

Heute Donnerstag den 29. März producirt sich das Kleeblatt in der Stadt Ulm, hiezu ladet ergebenst ein

Adelmann.

(Anerbieten.) Ein junger Kaufmann kann unter billigen Bedingungen ein Handlungsgeschäft übernehmen. Schriftliche Anfragen unter A F. besorgt die Exped. d. Bl.

Auslaufer-Gesuch.

In ein Fabrikgeschäft wird ein militärfreier, unverheirateter, junger, rüstiger Auslaufer, welcher rechnen und schreiben kann und sich willig auch allenfalls vorkommenden Fabrikarbeiten unterzieht, sogleich anzunehmen gesucht. Näheres in der Exp. d. Bl.

(Gesuch.) Ein gebildetes und solides Frauenzimmer, mit den besten Zeugnissen versehen, im Kochen sowie in allen feinen weiblichen und häuslichen Arbeiten wohl erfahren, sucht bis nächstes Ziel eine Stelle als Haushälterin oder Jungfer in einer Stadt oder auf dem Lande. Darauf Reflektirende wollen sich gefälligst in frankirten Briefen unter der Adresse C. B. an die Exped. dieses Blattes wenden.

(Gesuch.) In der Nähe des Markts wird ein Laden zu miethen gesucht, wo ein kleines helles Logis mit verbunden ist. Adresse A. B. wollen in der Exped. d. Blattes hinterlegt werden.

(Gesuch.) Es werden gegen hinreichende Sicherheit 200 fl sogleich zu entnehmen gesucht. Adresse B M. an die Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Eine gangbare Gast- oder Bierwirthschaft wird sogleich zu pachten gesucht. Schriftliche Offerten unter Chiffre J. G. wolle man gefälligst der Exp. dieses Blattes übergeben.

(Gesuch.) Eine Kellnerin, welche sich über Treue, Fleiß und solides Betragen auszuweisen vermag, wird bis nächstes Ziel in einer Gastwirthschaft anzunehmen gesucht. Näheres in der Exped. d. Blattes.

(Gesuch.) Ein junger kräftiger Mensch wird gegen Lehrgeld zur Büttner-Profession gesucht.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches mit waschen, bügeln und nähen gut umgehen kann, sich aber auch jeder anderen vorkommenden Hausarbeit willig unterzieht, wird bis Walburgi in Dienst zu nehmen gesucht in L. No 1057.

(Zu vermiethen.) Ein heiteres Stübchen ist mit oder ohne Bett und Möbeln an einen soliden Herrn billig zu vermiethen. Spitalgasse S. No. 856.

(Zu vermiethen.) Im Garten Nro. 116 vor dem Vestnerthor ist eine sehr bequeme Wohnung, im Garten hinein, an eine stille brave Familie ohne Kinder täglich oder bis Ziel Walburgi für Sommer und Winter zu vermiethen.

(Zu verkaufen.) Ein Haus mit realer Bierwirthschaftsgerechtigkeit ist sogleich zu verkaufen, oder zu verpachten, und kann der größere Theil des Kaufschillings darauf stehen bleiben. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Zu vermiethen.) Nahe am Frauenthor, auf der neuen Ziegelhütte, ist eine Wohnung, bestehend aus zwei heizbaren tapezirten Zimmern, einem unheizbaren, Küche, Keller, Boden und Bodenkammer, bis Ziel Walburgis zu vermiethen.

Zu vermiethen oder zu verkaufen.

Mehrere große Kanal-Schiffe (Zillen) sind zu vermiethen oder auch zu verkaufen.

Ferner werden allerlei entbehrliche aber noch ganz brauchbare Schiffs-Requisiten billig weggegeben. Näheres in der Exp. d. Bl.

Stadttheater in Nürnberg.

Donnerstag den 29. März. Große Vorstellung des Herrn Professor Schulze. Lichtbilder, Cromatropen und Wunder der Welt. Vorher zum Erstenmale: „Maria Magdalena." Bürgerliches Trauerspiel in 3 Akten von Hebbel.

Frequenz der Ludwigs-Eisenbahn.

XIV. Verwaltungs-Jahr

Vom 18. bis 24. März incl.

Sonntag	1789	Personen,	fl.	139. 24 kr.
Montag	1057	»	»	117. 57 »
Dienstag	950	»	»	103. 21 »
Mittwoch	998	»	»	108. 30 »
Donnerstag	1142	»	»	123 3 »
Freitag	955	»	»	102. 39 »
Samstag	883	»	»	95. 18 »

Summa 7274 Personen, fl. 790 12 kr.

Freiblatt

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 30. März 1849. **№ 89.** **Freitag: Guido.**

Frankfurt, 27. März ein halb 8 Uhr Abends. Die Abendsitzung der Reichsversammlung ist so eben zu Ende und das deutsche Verfassungswerk durch die heutigen Beschlüsse als vollendet zu betrachten. Die Oberhauptswürde ist einem regierenden deutschen Fürsten **erblich** zu übertragen, das Oberhaupt führt den Titel **„Kaiser der Deutschen"**, der „Reichsrath" ist verworfen, das Wahlgesetz der ersten Lesung einstimmig angenommen.

Deutsche Staaten

München, den 27. März. Der Oberrechnungsrath K. Burckart wurde zum Finanz-Ministerial-Rath, der Regierungs-Finanzrath H. A. Morgenroth in Augsburg zum Oberrechnungsrath, und der geheime Finanz-Ministerial-Sekretär L. Gietl zum Regierungs-Finanzrath in Augsburg befördert; der Landgerichtsaktuar J. A. Münch zu Ludwigsstadt auf die Stelle des Ziviladjunkten bei dem Landgerichte Kulmbach versetzt; die bei dem Landgerichte Mallersdorf erledigte I. Assessorsstelle dem dermaligen II. Landgerichtsassessor in Grafenau M. Baumer übertragen, und auf die hiedurch erledigte Stelle der geprüfte Rechtspraktikant A. Kapeller aus Passau ernannt. (N. M. Z.)

Freiburg, den 24. März. [Fünfte Verhandlung des Schwurgerichts über Struve und Blind.] Struve verlangt, man möchte außer der bekannten, von ihm und Heinz verfaßten Schrift: „Plan zur Revolutionirung und Republikanisirung Deutschlands" noch eine andere, ebenfalls von ihm herrührende, vorlesen, nämlich „die Grundrechte des deutschen Volkes," was denn auch wirklich geschieht. Hierauf meldet Brentano, er habe ein Schreiben bekommen, wonach Minister Bekk sich gegen zwei Bürger aus Mannheim dahin geäußert habe, daß das Militär nur aus dem Grunde vor der zweiten Schilderhebung von den Grenzen zurückgezogen worden sey, damit man die Flüchtlinge hereinlocke um sie dann mit einem Schlage zu vernichten. Ebenso habe ein halb offizieller Artikel in der Karlsruher Zeitung etwas Aehnliches enthalten. Und damit stehe vielleicht die gestrige Aeusserung des Staatsanwalts in Verbindung, daß Struve im Interesse der Reaktion gehandelt. Deßhalb stelle er den Antrag, jene beiden Mannheimer Bürger als Zeugen vorzuladen. Staatsanwalt erwidert, die Truppen seyen bekanntlich auf den Wunsch des Volks, und besonders der Radikalen, zurückgezogen worden. Zudem sey dieser ganze Umstand unerheblich für die Entscheidung. Der Gegenstand gehöre überhaupt gar nicht hierher, sondern anders wohin, und so glaube er denn, man solle dem Antrage Brentanos keine Folge geben. Staatsanwalt Winter glaubt, man müßte im Interesse der Wahrheit dann auch Minister Bekk vorladen, womit Brentano schon einverstanden wäre, der dann auch die allgemeine Bemerkung macht, man solle doch nicht allzusehr auf die Form sehen. Die Prozeßordnung, auf die man sich auf der andern Seite stütze, sey nicht für Geschworne, sondern für gewöhnliche Richter gemacht, deren Urtheil eine Appellation zulasse, so daß man Zeit genug habe, die Beweise noch nachträglich beizubringen. Anders jetzt; da habe keine Berufung mehr statt, deßwegen sollte den Angeklagten die Beweisführung auch nicht im Geringsten beschränkt werden. Staatsanwalt Wänker glaubt, daß wenn Brentanos Behauptung in Bezug auf das Zurückziehen der Truppen auch wahr wäre, das Unternehmen Struves dennoch das gleiche Unrecht begründe. Nur dann wäre vielleicht der Fall ein anderer, wenn die Regierung etwas Positives gethan hätte, um die Flüchtlinge hereinzulocken. Gerade diese Worte, entgegnete Brentano, seyen für seinen Antrag, denn das Zurückziehen der Truppen sey doch gewiß etwas Positives. Uebrigens hätten nicht die Staatsanwälte, sondern die Geschwornen über Erheblichkeit oder Unerheblichkeit von Zeugen und Thatsachen zu entscheiden. — Jetzt werden, wie schon oben bemerkt, jene zwei Schriften verlesen, nachdem noch vorher Postmeister Martin von Lörrach vernommen worden war. Der Inhalt dieser Schriften gibt dem Präsidenten Veranlassung, an Struve die Frage zu stellen, was er über einen Paragraphen derselben sage, wonach für einen guten Zweck jedes Mittel erlaubt sey? worauf Struve antwortete, daß ein Mittel, das einen edeln Zweck fördere, selbst edel sey. Uebrigens lege die von ihm und Heinzen verfaßte Schrift nur den allgemeinen Plan dar, den man je nach den Umständen und Verhältnissen modifizirt hätte. Der Staatsanwalt erwiederte, Struve sage wohl, daß die Jesuiten jenen Grundsatz, wornach der Zweck das Mittel heilige, nur deßwegen in Verruf gebracht hätten, weil ihr Zweck ein schlechter war.

Ob aber der Zweck Struves ein guter und rechter sey, das sey eben die Frage, die übrigens das Volk deutlich genug beantwortet — denn dieses wolle die Republik nicht. Struve: Man habe behauptet, der ganze zweite Aufstand sey eigentlich durch einen gewissen Bikel, der die Angeklagten dazu aufforderte, aber nicht durch den Willen des Volkes, entstanden, Bikel könnte höchstens die endliche Entscheidung oder Veranlassung gegeben haben. Wenn ferner der Staatsanwalt die große Bedeutung jener Volksversammlungen läugne, warum ihm denn nicht gestattet werde, Zeugen dafür vorzubringen? Zuerst sage man, es sey unerheblich, den Charakter jener Versammlungen kennen zu lernen und doch spreche man immer davon, und zwar so, daß man ihre Bedeutung schlechthin in Abrede stelle. Blind will später angeben, daß nicht Bikel, sondern höher stehende Personen den zweiten Zug veranlaßt hätten, und billigt dann die verlesenen zwei Schriften ihrem ganzen Inhalt nach. Ob ein Zweck gut sey oder nicht, das hätten eben die Geschwornen zu bestimmen; sowie auch das, ob das positive Gesetz oder der Volkswillen das Entscheidende bei der ganzen Sache sey. Der Präsident erwiedert, die Geschwornen hätten sich nur auf den Boden des bestehenden Gesetzes zu stellen, worauf Brentano entgegnet, er werde sich später erlauben, zu zeigen, nach welchem Grundsatze die Geschwornen zu richten hätten. Auch die Monarchie greife, um ihren Zweck zu erreichen, zu schlechten Mitteln, was er durch mehrere Beispiele aus der jüngsten Zeit zu beweisen sucht. Wänker: dennoch sey es nicht erlaubt, den Staat umzustürzen. Nun wird die Verhandlung auf eine halbe Stunde unterbrochen und nach deren Ablauf das Urtheil des Gerichtshofes über den Antrag Brentanos vorgelesen. Er wird verworfen, besonders aus dem Grunde, weil ja die Angeklagten nicht behauptet hätten, das Zurückziehen der Truppen habe sie zu ihrem Einfalle bestimmt. Hierauf werden wieder Zeugen vernommen. Diese veranlaßten Struve zu dem wiederholten Bemerken, daß man ihm keine Dinge zur Last legen könne, die Andere gethan. Wenn man das wolle, dann hätte man wenigstens alle Republikaner, denen man den Prozeß mache, zusammen vor die Geschwornen stellen oder es doch gestatten sollen, daß sie mit einander sich hätten besprechen können. Ebenso Blind, der hinweist, daß man z. B. in Frankreich in ähnlichen Fällen ganz anders verfahren. Ebenso beschwert sich Struve, daß man ihm auch nicht einen einzigen Zeugen vorgeladen. Deßwegen seyen die Geschwornen gar nicht im Stande, über ihn zu richten. Der Präsident erklärte jedoch, es würden den Geschwornen die Gründe vorgelegt werden, warum man die Zeugen nicht vorgeladen, und sie hätten dann zu entscheiden, ob diese erheblich seyen oder nicht. (Schw. M.)

** **Frankfurt**, den 26. März. [197. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.]. Fortsetzung der zweiten Lesung des deutschen Verfassungsentwurfs: Angenommen §. 94. Die Mitglieder des Staatenhauses werden zur Hälfte durch die Regierung und zur Hälfte durch die Volksvertretung der betreffenden Staaten ernannt. In denjenigen deutschen Staaten, welche aus mehreren Provinzen oder Ländern mit abgesonderter Verfassung oder Verwaltung bestehen, sind die durch die Volksvertretung dieses Staates zu ernennenden Mitglieder des Staatenhauses nicht von der allgemeinen Landesvertretung, sondern von den Vertretungen der einzelnen Länder und Provinzen (Provinzialständen) zu ernennen. Das Verhältniß, nach welchem die Zahl der diesem Staate zukommenden Mitglieder des Staatenhauses unter die einzelnen Länder oder Provinzen zu vertheilen ist, bleibt der Landesgesetzgebung vorbehalten. Wo zwei Kammern bestehen und eine Vertretung nach Provinzen nicht stattfindet, wählen beide Kammern in gemeinsamer Sitzung nach absoluter Stimmenmehrheit. §. 95. In denjenigen Staaten, welche nur ein Mitglied in das Staatenhaus senden, schlägt die Regierung drei Kandidaten vor, aus denen die Volksvertretung mit absoluter Stimmenmehrheit wählt. Auf dieselbe Weise ist in denjenigen Staaten, welche eine ungerade Zahl von Mitgliedern senden, in Betreff des letzten derselben zu verfahren. §. 96. Wenn mehrere deutsche Staaten zu einem Ganzen verbunden werden, so entscheidet ein Reichsgesetz über die dadurch etwa nothwendig werdende Abänderung in der Zusammensetzung des Staatenhauses. §. 97. Mitglied des Staatenhauses kann nur seyn, wer 1) Staatsbürger des Staates ist, welcher ihn sendet, 2) das 30ste Lebensjahr zurückgelegt hat, 3) sich im vollen Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte befindet. §. 98. Die Mitglieder des Staatenhauses werden auf sechs Jahre gewählt. Sie werden alle drei Jahre zur Hälfte erneuert. Auf welche Weise nach den ersten drei Jahren das Ausscheiden der einen Hälfte stattfinden soll, wird durch ein Reichsgesetz bestimmt. Die Ausscheidenden sind stets wieder wählbar. Wird nach Ablauf dieser drei Jahre und vor Vollendung der neuen Wahlen für das Staatenhaus ein außerordentlicher Reichstag berufen, so treten, so weit die neuen Wahlen noch nicht stattgefunden haben, die früheren Mitglieder ein.

Artikel III. §. 99. Das Volkshaus besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes. §. 100. Die Mitglieder des Volkshauses werden für das erste Mal auf vier Jahre, demnächst immer auf drei Jahre gewählt. Die Wahl geschieht nach den in dem Reichswahlgesetze enthaltenen Vorschriften.

Artikel IV. §. 101. Die Mitglieder des Reichstags beziehen aus der Reichskasse ein gleichmäßiges Tagegeld und Entschädigung für ihre Reisekosten. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz. §. 102. Die Mitglieder beider Häuser können durch Instruktionen nicht gebunden werden. §. 103. Niemand kann gleichzeitig Mitglied von beiden Häusern seyn.

Artikel V. §. 104. Zu einem Beschluß eines jeden Hauses des Reichtages ist die Theilnahme von wenigstens der Hälfte der gesetzlichen Anzahl seiner Mitglieder und die einfache Stimmenmehrheit erforderlich. Im Falle der Stimmengleichheit wird ein Antrag als abgelehnt betrachtet. Wenn es sich von der Erlassung solcher Gesetze handelt, durch welche Einrichtungen und Maßregeln begründet werden sollen, die der Kompetenz der Reichsgewalt nicht ausdrücklich zugewiesen sind (Abschnitt von der Reichsgewalt, Artikel XIII. §. 58 am Ende), so ist für die Schlußabstimmung eines jeden Hauses eine Mehrheit von wenigstens zwei Dritteln der Stimmen erforderlich. §. 105. Das Recht des Gesetzvorschlages, der Beschwerde, der Adresse und der Erhebung von Thatsachen, so wie der Anklage der Minister, steht jedem Hause zu. §. 106. Ein Reichstagsbeschluß kann nur

durch die Uebereinstimmung beider Häuser gültig zu Stande kommen. §. 107. Ein Reichstagsbeschluß, welcher die Zustimmung der Reichsregierung nicht erlangt hat, darf in derselben Sitzungsperiode nicht wiederholt werden. Ist von dem Reichstag in drei sich unmittelbar folgenden ordentlichen Sitzungsperioden derselbe Beschluß unverändert gefaßt worden, so wird derselbe, auch wenn die Zustimmung der Reichsregierung nicht erfolgt, mit dem Schlusse des dritten Reichstags zum Gesetz. Eine ordentliche Sitzungsperiode, welche nicht wenigstens vier Wochen dauert, wird in dieser Reihenfolge nicht mitgezählt. Die beiden ersten Alineas aus den Minoritätserachten Gülich, Schreiner, Mittermaier und Andere wurden bei namentlicher Abstimmung mit 355 gegen 127 Stimmen angenommen. Das dritte Alinea ist gleichfalls das des Minoritätserachtens. §. 108. Bei Feststellung des Reichshaushaltes treten folgende Bestimmungen ein: 1) Alle die Finanzen betreffenden Vorlagen der Reichsregierung gelangen zunächst an das Volkshaus. 2) Bewilligungen von Ausgaben dürfen nur auf Antrag der Reichsregierung und bis zum Belauf dieses Antrages erfolgen. Jede Bewilligung gilt nur für den Zweck, für welchen sie bestimmt worden. Die Verwendung darf nur innerhalb der Grenze der Bewilligung erfolgen. 3) Die Dauer der Finanzperiode und Budgetbewilligung ist ein Jahr. 4) Das Budget über die regelmäßigen Ausgaben des Reichs und über den Reservefond, so wie über die für beides erforderlichen Deckungsmittel wird auf dem ersten Reichstag durch Reichstagsbeschlüsse festgestellt. Eine Erhöhung dieses Budgets auf späteren Reichstagen erfordert gleichfalls einen Reichstagsbeschluß. 5) Dieses ordentliche Budget wird auf jedem Reichstage zuerst dem Volkshaus vorgelegt, von diesem in seinen einzelnen Ansätzen nach den Erläuterungen und Belegen, welche die Reichsregierung vorzulegen hat, geprüft und ganz oder theilweise bewilligt oder verworfen. 6) Nach erfolgter Prüfung und Bewilligung durch das Volkshaus wird das Budget an das Staatenhaus abgegeben. Diesem steht, innerhalb des Gesammtbetrags des ordentlichen Budgets, sowie derselbe auf dem ersten Reichstage oder durch spätere Reichstagsbeschlüsse festgestellt ist, nur das Recht zu, Erinnerungen und Ausstellungen zu machen, über welche das Volkshaus endgiltig beschließt. 7) Alle außerordentlichen Ausgaben und deren Deckungsmittel bedürfen, gleich der Erhöhung des ordentlichen Budgets, eines Reichsbeschlusses. 8) Die Nachweisung über die Verwendung der Reichsgelder wird dem Reichstage, und zwar zuerst dem Volkshause, zur Prüfung und zum Abschluß vorgelegt.

Artikel VI. § 109. Der Reichstag versammelt sich jedes Jahr am Sitze der Reichsregierung. Die Zeit der Zusammenkunft wird vom Reichsoberhaupte bei der Einberufung angegeben, insofern nicht ein Reichsgesetz dieselbe festsetzt. Außerdem kann der Reichstag zu außerordentlichen Sitzungen jeder Zeit vom Reichsoberhaupt einberufen werden. § 110. Die ordentliche Sitzungsperiode der Landtage in den Einzelstaaten sollen mit denen des Reichstages in der Regel nicht zusammenfallen. Das Nähere bleibt einem Reichsgesetz vorbehalten. § 111. Das Volkshaus kann durch das Reichsoberhaupt aufgelöst werden. In dem Falle der Auflösung ist der Reichstag binnen drei Monaten zu versammeln. § 112. Die Auflösung des Volkshauses hat die gleichzeitige Vertagung des Staatenhauses bis zur Wiederberufung des Reichstages zur Folge. Die Sitzungsperioden beider Häuser sind dieselben. § 113. Das Ende der Sitzungsperiode des Reichstags wird vom Reichsoberhaupt bestimmt. § 114. Eine Vertagung des Reichstages oder eines der beiden Häuser durch das Reichsoberhaupt bedarf, wenn sie nach Eröffnung der Sitzung auf länger als vierzehn Tage ausgesprochen werden soll, der Zustimmung des Reichstages oder des betreffenden Hauses. Auch der Reichstag selbst so wie jedes der beiden Häuser kann sich auf vierzehn Tage vertagen. Schluß der Sitzung: 7 Uhr.

** **Frankfurt**, 27. März. [198. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson. Fortsetzung der zweiten Lesung des deutschen Verfassungsentwurfs.] Zur Annahme gelangen: Art. VII. §. 115. Jedes der beiden Häuser wählt seinen Präsidenten, seine Vicepräsidenten und seine Schriftführer. §. 116. Die Sitzungen beider Häuser sind öffentlich. Die Geschäftsordnung eines jeden Hauses bestimmt, unter welchen Bedingungen vertrauliche Sitzungen stattfinden können. §. 117. Jedes Haus prüft die Vollmachten seiner Mitglieder und entscheidet über die Zulassung derselben. §. 118. Jedes Mitglied leistet bei seinem Eintritt den Eid: »Ich schwöre, die deutsche Reichsverfassung getreulich zu beobachten und aufrecht zu erhalten, so wahr mir Gott helfe.« §. 119. Jedes Haus hat das Recht, seine Mitglieder wegen unwürdigen Verhaltens im Hause zu bestrafen und äussersten Falls auszuschließen. Das Nähere bestimmt die Geschäftsordnung jedes Hauses. Eine Ausschließung kann nur dann ausgesprochen werden, wenn eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen sich dafür entscheidet. §. 120. Weder Ueberbringer von Bittschriften noch überhaupt Deputationen sollen in den Häusern zugelassen werden. § 121. Jedes Haus hat das Recht, sich seine Geschäftsordnung selbst zu geben. Die geschäftlichen Beziehungen zwischen beiden Häusern werden durch Uebereinkunft beider Häuser geordnet.

Art. VIII. §. 122. Ein Mitglied des Reichstags darf während der Dauer der Sitzungsperiode ohne Zustimmung des Hauses, zu welchem es gehört, wegen strafrechtlicher Anschuldigungen weder verhaftet, noch in Untersuchung gezogen werden, mit alleiniger Ausnahme der Ergreifung auf frischer That. §. 123. In diesem letzteren Falle ist dem betreffenden Hause von der angeordneten Maßregel sofort Kenntniß zu geben. Es steht demselben zu, die Aufhebung der Haft oder Untersuchung bis zum Schlusse der Sitzungsperiode zu verfügen. §. 124. Dieselbe Befugniß steht jedem Hause in Betreff einer Verhaftung oder Untersuchung zu, welche über ein Mitglied desselben zur Zeit seiner Wahl verhängt gewesen, oder nach dieser bis zu Eröffnung der Sitzungen verhängt worden ist. §. 125. Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes gethanen Aeusserungen gerichtlich oder disciplinarisch verfolgt oder sonst ausserhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.

Art. IX. §. 126. Die Reichsminister haben das Recht, den Verhandlungen beider Häuser des Reichstages beizuwohnen und jederzeit von denselben gehört zu werden. §. 127. Die Reichsminister haben die Verpflichtung, auf Verlangen jedes der Häuser des Reichstages in demselben zu erscheinen und Auskunft zu ertheilen, oder den Grund anzugeben, weshalb dieselbe nicht ertheilt werden könne. §. 128. Die Reichsminister können nicht Mitglieder des Staatenhauses seyn. §. 129. Wenn ein Mitglied des Volkshauses im Reichsdienst ein Amt oder eine Beförderung annimmt, so muß es sich einer neuen Wahl unterwerfen; es behält seinen Sitz im Hause, bis die neue Wahl stattgefunden hat. Nach Vollendung der Abstimmung über Abschnitt V »der Reichstag« wird über den bereits in zweiter Lesung angenommenen Abschnitt VI »das Reichsgericht« zur zweiten Lesung des Abschnitts VIII »die Gewähr der Verfassung« geschritten.

Abschnitt VIII. Die Gewähr der Verfassung. Art. I. Die Abstimmung über §. 195 ist einstweilen ausgesetzt, bis über die Oberhauptsfrage entschieden seyn wird. §. 196. Die Reichsbeamten haben beim Antritt ihres Amtes einen Eid auf die Reichsverfassung zu leisten. Das Nähere bestimmt die Dienstpragmatik des Reiches. §. 197. Ueber die Verantwortlichkeit der Reichsminister soll ein besonderes Reichsgesetz erlassen werden. §. 198. Die Verpflichtung auf die Reichsverfassung wird in den Einzelstaaten mit der Verpflichtung auf die Landesverfassung verbunden und dieser vorangesetzt. Art. II. §. 199. Keine Bestimmung in der Verfassung oder in den Gesetzen eines Einzelstaates darf mit der Reichsverfassung in Widerspruch stehen. §. 200. Eine Aenderung der Regierungsform in einem Einzelstaate kann nur mit Zustimmung der Reichsgewalt erfolgen. Diese Zustimmung muß in den für Aenderungen der Reichsverfassung vorgeschriebenen Formen gegeben werden. Das erste Alinea des §. 200 wird bei namentlicher Zustimmung mit 210 gegen 206, das zweite mit 282 gegen 235 Stimmen angenommen. Art. III. §. 201. Abänderungen in der Reichsverfassung können nur durch einen Beschluß beider Häuser und mit Zustimmung des Reichsoberhaupts erfolgen. Der Zustimmung des Reichsoberhaupts bedarf es nicht, wenn in drei sich unmittelbar folgenden Sitzungsperioden derselbe Reichstagsbeschluß unverändert gefaßt wird. Eine ordentliche Sitzungsperiode, welche nicht wenigstens vier Wochen dauert, wird in dieser Reihenfolge nicht mitgezählt. Zu einem solchen Beschluß bedarf es in jedem der beiden Häuser: 1) der Anwesenheit von wenigstens zwei Dritteln der Mitglieder; 2) zweier Abstimmungen, zwischen welchen ein Zeitraum von wenigstens acht Tagen liegen muß; 3) einer Stimmenmehrheit von wenigstens zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder bei jeder der beiden Abstimmungen. Ueber die ersten drei Alineas, deren zweites und drittes dem Minoritätserachten der Abgg. Schüler, Wigard und Simon entnommen, wurde zugleich namentlich abgestimmt und dieselben mit 272 gegen 243 Stimmen angenommen. Art. IV. §. 202. Im Falle des Kriegs oder Aufruhrs können die Bestimmungen der Grundrechte über Verhaftung, Haussuchung und Versammlungsrecht von der Reichsregierung oder der Regierung eines Einzelstaates für einzelne Bezirke zeitweise außer Kraft gesetzt werden; jedoch nur unter folgenden Bedingungen: 1) die Verfügung muß in jedem einzelnen Falle von dem Gesammtministerium des Reiches oder Einzelstaates ausgehen; 2) das Ministerium des Reichs hat die Zustimmung des Reichstages, das Ministerium des Einzelstaates die des Landtages, wenn dieselben zur Zeit versammelt sind, sofort einzuholen. Wenn dieselben nicht versammelt sind, so darf die Verfügung nicht länger als 14 Tage dauern, ohne daß dieselben zusammenberufen und die getroffenen Maßregeln zu ihrer Genehmigung vorgelegt werden. Weitere Bestimmungen bleiben einem Reichsgesetz vorbehalten. Für die Verkündigung des Belagerungszustandes in Festungen bleiben die gesetzlichen Vorschriften in Kraft. Ein Antrag der Minorität von Trützschler und Genossen, in die Rubrik 2) des §. 202 zwischen die Worte „so" und „darf" einzuschieben die Worte „muß gleichzeitig mit der Verfügung die Einberufung erfolgen" wird mit 341 gegen 181 Stimmen verworfen. Schluß der Sitzung 1 Uhr.

†*† **Berlin**, 26. März. Als Hr. v. Vinke in der Freitagssitzung jenen Ausfall auf die „Steuerverweigerer" machte, den er ungeachtet des vom Präsidenten ausgesprochenen Ordnungsrufes im Angesicht des Landes, ja von ganz Europa noch oft wiederholen zu wollen erklärte, rief ihm die Linke wiederholt: „Eisenach! Eisenach!" zu. Die Stenographen hatten diesen Zuruf natürlich aufgenommen, ebenso alle Zeitungsreferenten. Bei der Durchsicht des stenographischen Berichtes vor dem Drucke hat nun Herr v. Vinke den unangenehmen Zuruf gestrichen. Die Berichte, welche heut Abend mit dem Staatsanzeiger ausgegeben werden, enthalten denselben nicht.

Es verlautet, daß man damit umgehe, den Bürgern auch die Privatwaffen, die sich noch in ihrem Besitz befinden, abzufordern. Viele deuten diese Maßregeln, die wir übrigens nur als Gerücht mitzutheilen im Stande sind, als eine Vorkehrung, welche die Auflösung der zweiten Kammer erleichtern soll. Andererseits betrachtet man sie als eine Folge der jüngsten kriegerischen Ereignisse in Oesterreich, von denen man eine Einwirkung auf die Ruhe in Berlin fürchtet.

Die Regierung hat der II. Kammer nachfolgenden Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für 1849 vorgelegt: §. 1. Der durch die Gesetz-Sammlung vom Jahre 1849 veröffentlichte Staatshaushalts-Etat für d. J. 1849 wird in Einnahme und Ausgabe auf 94,174380 Thaler festgestellt. §. 2. Der Finanz-Minister ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

In der heutigen Sitzung der 1. Kammer motivirt Hr. v. Schleinitz den folgenden Antrag: Die hohe Kammer wolle beschließen, dem §. 2. des Gesetzes über die Errichtung der Bürgerwehr vom 17. Okt. 1848, welcher bestimmt: „Die Bürgerwehr soll in allen Gemeinden des Königreichs bestehen, die nachfolgenden ergänzenden Vorschriften beizufügen": 1) Von der Gemeindevertretung kann jedoch der Beschluß gefaßt werden, die Errichtung der Bürgerwehr zu beanstanden. 2) Dieser Beschluß bedarf der Bestätigung des Verwaltungschefs des Regierungsbezirks und kann zu jeder Zeit von der Gemeindevertretung, so wie von dem Verwaltungschef des Regierungsbezirks aufgehoben werden. 3) In der Provinz Posen wird die Errichtung der Bürgerwehr vorläufig ausgesetzt, in denjenigen Gemeinden, in welchen die Errichtung der Bürgerwehr jedoch schon bei Publikation des Gesetzes vom 17. Oktober 1848 erfolgt war, hat es dabei sein Bewenden. Ein Amendement ad. 3 verlangt, daß die Worte von — in denjenigen bis zu Ende — wegfallen. Braun verlangt, daß die Bestimmungen ad. 3 auch für den Theil der Provinz Preussen, welcher von verschiedenen Nationalitäten bewohnt werde, Geltung habe.

Die HH. v. Schleinitz, Sayert, Beer, Möwes und Kupfer sprechen sich dahin aus, daß die Bürgerwehr ein Institut sey, daß für Deutschland nicht passe, — sie habe im vorigen Sommer wesentlich zu den Verwirrungen beigetragen, sie halte den Bürger von seinem Gewerbe ab. Hr. Sayert will eine allgemeine Volksbewaffnung aber mit Disziplin. Die HH. Zenker, Ritz, Sperling sprechen sich gegen den Antrag aus, letzterer weist auf Königsberg hin, dort habe die Bürgerwehr wesentlich dazu beigetragen, ein gutes Vernehmen zwischen Civil und Militär herzustellen. Die Bürgerwehr sey zum Schutz der Freiheit berufen. Wachter will die Frage bei Diskussion der Versammlung erörtert haben, das Bürgerwehrgesetz sey schlecht, die Erfahrungen könnten ihn aber noch nicht bestimmen, das Institut der Bürgerwehr selbst für schlecht zu halten. — Auffallend ist es, daß 4 Berliner, Sayert, Beer, Möwes und Kupfer sich gerade in Anfeindungen gegen

das Institut der Bürgerwehr ergehen, gegen das sich überhaupt im Verlaufe der heutigen Debatte in einem großen Theile der I. Kammer eine Antipathie kund giebt. Der Schleinitzsche Antrag geht in die Abtheilungen „zur Erwägung.“ (Schluß der Sitzung 1 Uhr, die nächste findet übermorgen statt.)

[II. Kammer. Sitzung vom 26. März.] Nach Eröffnung (11¼ Uhr) berichtet Ziegler über die Wahlvorprüfungen. Gegen die Wahl des Abg. Diesterweg sind Bedenken erhoben, dieselbe wird jedoch genehmigt. Tagesordnung: Forts. der Adreßdebatte. Satz 7 8 und 9. (die deutsche Frage.) — v. Auerswald: Er habe in dieser Frage eine größere Einmüthigkeit erwartet, als sich herausgestellt hat. Der Entwurf der Kommission sey klar und deutlich und patriotisch, der der Herrn d'Ester und Genossen unklar und unpatriotisch. Wesendonk habe in seiner Rede über Mehreres Rechenschaft gegeben, was nicht im Entwurf seiner Partei stehe. Wenn heute der Fürst Metternich an der Spitze von Deutschland stünde, er könnte keine andere Aufforderung erlassen, als jene Herrn. Ihr Entwurf führt die Sprache der alten Diplomatie, es ist nicht die Sprache deutscher Patrioten. Es heißt klar ausgedrückt nichts Anderes, als: Wir werden die Hand zur Bildung der Staatseinheit bieten, sobald diese und jene Forderungen bewilligt sind. Habe ich Sie recht verstanden? (Links: ja wohl!) Es ist nicht an der Zeit, das Sündenregister des vorigen Jahres hervorzusuchen. Es ist an der Zeit, daß wir Buße thun, (Unruhe) nicht in Sack und Asche, sondern in Thaten. Man hat sich auf Zeitungsartikel berufen, die Sünden der Fürsten und Herrn aufgezählt. An jenen Sünden sind diejenigen Schuld, welche das Volk mißtrauisch gemacht haben, selbst gegen die Gabe der Freiheit, die, berufene oder unberufene Volksvertreter, weit über ihren Beruf hinaus an dem Umsturz gearbeitet und den Dämon der Anarchie heraufbeschworen haben. — Gegen Blömer's Amendement bemerkt der Redner: Niemand wolle Oesterreich aus dem deutschen Staatenverbande stoßen, aber Niemand will es auch zum Eintritt zwingen. Das Rodbertus'sche Amend. anzunehmen erklärt er sich geneigt, nur mögen die Vertreter desselben sich für die entschiedenen Forderungen des Commissionsentwurfs erklären. Nach der letzten Note sey es nothwendig, daß man der Regierung jeden Beistand zu jedem männlichen Schritte anbiete. Menzel beantragt: die Worte „überhaupt oder“ im neunten Satze wegzulassen. Pflücker und Müller (Zell) vereinigen sich zu dem Zusatz hinter dem Amend. Rodbertus: „Zur Erreichung dieses schönen Zieles wird die Publikation der Grundrechte wesentlich beitragen.“

Minister des Auswärtigen: Er könne in Bezug auf die Note vom 10. März nur wiederholen, daß dieser Cirkulardepesche ein größerer Werth beigelegt werde, als sie haben sollte. Auf die Note vom 23. Januar habe sich das österreichische Kabinet erst sehr spät erklärt. In der Cirkularnote vom 7. März habe es seine Propositionen gemacht, und die Note vom 10. März habe eigentlich nichts weiter sagen sollen, als daß man die Vorschläge in Erwägung ziehen wolle. So viel könne jedoch schon jetzt voraus gesagt werden, daß, sollten die Vorschläge Oesterreichs dahin gehen, daß bei der Centralgewalt keine Volksrepräsentation bestehen soll, die Regierung sich damit nicht einverstanden erklären würde. Die Regierung werde auf eine Vertretung des Volks, welchen Namen dieselbe auch haben möge, bestehen. Er glaubt, daß diese Erklärung jedes Zurückkommen auf die Note vom 10. März nunmehr überflüssig machen werde. (Bravo.)

Rodbertus: Dem preussischen Kabinette wolle er nicht den Patriotismus absprechen, aber die Regierung habe bis zur Note vom 10. März immer nur Schritte gethan, die von dem Ziele abführen, welche der Adreßentwurf als das Ziel ihrer Bestrebungen bezeichne. Er will auf die Noten selbst eingehen, und die prägnantesten Stellen derselben kritisiren. Die Note vom 23. Januar sey ein diplomatisches Meisterstück. Man habe in ihr eine Zustimmung zu dem Gagern'schen Programm finden wollen. Die späteren Noten geben dieser Auslegung schon ein Dementi. Es sey darin nicht zu finden, daß die preussische Regierung in dem „engeren Bundesstaat“ einen politischen Körper habe bilden wollen, er finde darin nur die Andeutung einer Vereinigung wie der Zollverein, nicht die Ankündigung eines Bundesstaates, sondern eines Staatenbundes. Die preussische Note vom 16. Februar, welche auf die österreichische Cirkularnote ergangen ist, bestätige diese Auffassung. Die Kollektivnote der preussischen und mehrerer deutschen Regierungen, die österreichischen Vorschläge vom 27. Februar entziehen der Centralgewalt alle Exekutivmacht, das Volkshaus u. s. w., und diese Noten sind die Grundlagen aller jetzt schwebenden Verhandlungen. In allen späteren Noten nach der vom 23. Januar geschieht des engeren Bundesstaates überhaupt nicht mehr Erwähnung. Es geht aber aus allen diesen Noten ein vollständiges Einverständniß mit Oesterreich hervor. Der Herr Minister des Auswärtigen hat vollkommen Recht, man kann die Angriffe nicht auf die Note vom 10. Dezember richten, sie sind alle auf die Note vom 23. Januar zurückzuführen. Was bleibt denn von einem Bundesstaate, wenn der Centralgewalt das Besteuerungsrecht, die Exekutivgewalt, das Volkshaus entzogen wird. Ich kann also nicht annehmen, daß die Regierung dem Ziele zustrebt, das Deutschland haben muß, ich kann nur wünschen, daß wir die National-Versammlung so lange stützen als sie noch besteht.

Wenn der Hr. Minister die Güte hätte, unumwunden zu erklären, daß die preuss. Regierung unter dem engeren Bundesstaate den des Gagern'schen Programmes verstehe, dann werde ich mich der Adresse der Kommission anschließen können, ich würde dann sicher seyn, daß die Regierung einen politischen Körper will. Ich weiß sehr wohl, daß das Bessere der Feind des Guten ist, aber ich finde das Gute, dessen wir bedürfen, nicht in der Adresse. Ich bin überzeugt, daß die deutschen Geschicke sich erfüllen müssen, und das deutsche Volk, wie es wieder Hand anlegen sollte an dem Bau der deutschen Einheit, energischer handeln wird, als im vorigen Jahre. (Beifall von der Linken.) Treplin erklärt sich mit Phillips darin einverstanden, daß Preussen in Deutschland vorangehen solle, aber es müßte dies mit Mäßigung und Besonnenheit geschehen. Gegen Blömer bemerkt er, es sey nicht mehr die Zeit zum Abwarten, sondern zum Handeln. Er erklärt sich für das Rodbertus'sche Amendement, aber gegen dessen Begründung. Die Aufnahme eines Amendements in Betreff der Grundrechte hält er nicht an der Zeit. Er erklärt sich schließlich für einen Stockpreussen, als dieser sey er erst recht deutsch. Preussen habe sich in den letzten Jahren von einer Macht ins Schlepptau nehmen lassen, der es sich jetzt entzogen habe, und damit es auch in dieser Hinsicht selbstständig bleibe, sey es nothwendig, daß auf beiden Seiten des Hauses solche Stockpreussen seyn mögen. (Beifall.)

Min. v. d. Heydt: Er könne versichern, daß eine andere Politik, als die in der Cirkularnote vom 23. Jan. niedergelegt ist, später nicht eingeschlagen worden sey. Wäre es anders, so würde er an dieser Stelle nicht sitzen. Der Vorschlag der österreichischen Regierung war nicht hingestellt als ein unabänderlicher, er war in Frankfurt zur Diskussion gestellt, und dort sey es an der Stelle, Erklärungen darüber abzugeben. Die Meinung, daß man keinen politischen Körper durch den engern Bundesstaat habe bilden wollen, werde durch die spätere Note widerlegt.

Rodbertus: Er habe gesagt, die Note vom 10. März stehe im genauesten Einklange mit der vom 23. Januar.

Min. v. d. Heydt: Das habe er auch nicht bestritten.

v. Kirchmann. Er halte den Paragraphen der Adresse nicht für so wichtig. Er sey überzeugt, daß das Minist. sich in seiner Politik durch diese Debatte nicht irre machen lasse. Nachdem die Verfassung vom 5. Dez. für rechtsgültig anerkannt worden, besitzen wir zwar eine Konstitution, aber keine konstitutionelle Regierung. Auf diese Regierung, wie sie in Preussen jetzt bestehe, werden die Beschlüsse der Vers. keinen Einfluß üben. Er möchte nicht, daß die Vers. sich dazu gebrauchen lasse, den Einfluß, den einzelne Mitglieder in Frankfurt nicht geltend zu machen vermochten, jetzt von hier aus zur Geltung zu bringen. Der Kommissionsentwurf zeichne bestimmt den Weg vor, den sie einzuschlagen wünschen. Die Amend. D'Ester und Rodbertus enthalten sich mit Mäßigung aller bestimmten Andeutungen über die Wünsche, die die Amendementssteller beseelen, und das sey ein Fehler der Amend. Der Adreßentwurf stelle zunächst die Vereinbarungstheorie bestimmt auf. Er sey mit seinen Freunden in Bezug auf die Souveränetät der Frankfurter Vers. nicht ganz im Einklange. Die Wahlvorberathungen im vorigen Jahre haben, wenigstens in Berlin, gezeigt, daß man bei den Wahlen für Berlin feste, entschiedene, praktische Männer gewählt habe, während man diese Eigenschaft bei Abg. für Frankfurt niemals für nöthig gehalten. Schon dies mache es ihm bedenklich, der Frankf. Vers. die volle und unbedingte Souveränetät zuzugestehen. Die Vereinbarung mit 38 Regierungen werde aber schwerlich zu Stande zu bringen seyn, wenn schon die Berliner Vers. mit einer Regierung nicht habe zu Stande kommen können. Das Zweite, was der Entwurf bestimmt hinstelle, sey das Ziel eines rein deutschen Bundesstaates. Er sey aber der Meinung, daß ein solcher niemals erreicht werden wird. Nicht blos Oesterreich, auch andere Staaten, Sachsen, Bayern und Hannover werden stets ihre eigene auswärtige Politik haben wollen. Sein rein individueller Wunsch sey der, daß die frankf. Vers. ganz auseinander gehe, sammt der Centralgewalt. Die Macht der Völker sey gebrochen, die der Fürsten erstarkt, ihre Regierungen publiziren nur die Gesetze der Ordnung, die der Freiheit legen sie bei Seite. Für die Einigung Deutschlands gibt es zwei andere Wege. Der eine ist ein allgemeiner europ. Krieg. Die Gefahr eines solchen sey nicht so sehr vorhanden. Sonst würde die Regierung von ihrer Verschwiegenheit über auswärtige Angelegenheiten ablassen, sie würde mit vollen Händen die Wünsche des Volkes nach Freiheit befriedigen, nicht aber Gesetze einbringen, welche die Freiheit noch mehr beschränken sollen. Der zweite Weg ist die Entwickelung der Freiheit in den einzelnen Staaten. Das einzige Hinderniß der Freiheit und Einheit sind die Dynastien. Schließlich empfiehlt er noch das Müller'sche Amend. in Betreff der Grundrechte. Aber man klammere sich nicht allzuängstlich an die frankf. Vers. Es gibt noch 38 andere Versammlungen in Deutschland, und diese werden wie die Titanen, wenn auch noch so oft zu Boden geworfen, sich doch stets von neuem erheben. (Beifall.)

Schmitz zu einer faktischen Berichtigung in Beziehung auf Rheinland und Westphalen, die wegen der öftern Wiederholung dieser beiden Biedermänner große Heiterkeit hervorruft.

Blömer benutzt das Wort „zur faktischen Berichtigung“ dazu, sein Amendement zu erläutern. Präsident versagt ihm das Wort.

Graf Brandenburg glaubt es der Regierung Sr. Maj. schuldig zu seyn, auf die Bemerkungen des Abg. Rodbertus zu erklären, daß die Regierung bei diesen Noten eben so offen und ehrlich wie bei allen ihren Maßregeln zu Werke gegangen sey. Ihre Absicht gehe dahin, eine Verbindung mit Oesterreich, ein starkes und einiges Deutschland zu Stande zu bringen. Sollte dies nicht gelingen, so werde die Regierung auf die Bildung eines engeren Bundesstaates bedacht seyn.

Schluß der Debatte. — Berichterst. v. Vincke erklärt zuvörderst, daß die Adreßkommission nicht die Absicht gehabt habe, die Vereinbarung vorzuzeichnen. Was aber seine Ansicht hierüber betreffe, so habe das Vorparlament kein Mandat gehabt, und der Bundestag sey nicht der gehorsame Diener des Vorparlaments gewesen. Nur in Folge des Bundesbeschlusses seyen die Wahlen vorgenommen worden, und die preuss. Abgeordneten haben jedenfalls das Mandat gehabt, die Verfassung mit den Regierungen zu vereinbaren. Wollte man übrigens ohne Weiteres sich den Beschlüssen der Nat.-Vers. unterwerfen, so würde man allerdings in die Lage kommen können, einen europäischen Krieg zu führen. Wenn diesen das Mitglied für Ratibor für wünschenswerth halte..... (Tumult links: Nein! Nein!)

Er habe dies so verstanden, wenn der Redner nicht die Ansicht gehabt habe, das auszusprechen, so breche er in dieser Widerlegung ab. Er bestreitet, daß die Regierung der Centralgewalt Hindernisse in den Weg gelegt habe, die Huldigung sey nur der provisorischen Centralgewalt verweigert worden, und der dänische Krieg, mag man ihn auch als einen Kabinetskrieg, oder als einen im Interesse der Revolution unternommenen bezeichnen, sey jedenfalls ein deutscher Krieg, ein Opfer, das Preussen für Deutschland gebracht habe. Die Nat.-Vers. hatte die Aufgabe, alle Kraft Deutschlands nach Außen und Innen zu koncentriren. Dem Bundestage, diesem deutschen Jammer, sollte ein Ende gemacht werden, er sey nichts gewesen, als eine Registratur für die auswärtige Politik und eine Centralpolizei für das Innere. Es sollte ein Bundesstaat durch die Volksvertretung in Frankfurt zu Stande gebracht werden, nicht aber ein Einheitsstaat, welcher alle Kräfte der einzelnen Staaten absorbiren sollte. Die Vers. der Vereinigten Staaten Nordamerikas habe hiebei vorgeschwebt, und die Proklamation Sr. Maj. vom 18. März v. J. spreche sich in gleichem Sinne aus. In Bezug auf das Gagern'sche Programm bemerkt er, Hr. v. Gagern sey nur der Erbe der Politik des Herrn v. Schmerling. Ueberall in Frankfurt sey die Ueberzeugung herrschend gewesen, daß Oesterreich mit einem Theile seiner Staaten in den Bundesstaat nicht eintreten könne. Eine Uebereinstimmung der Note vom 16. Febr. mit Oesterreich, die hier behauptet worden, habe ihn wahrhaft überrascht.

Niemand in Frankfurt habe eine solche auffinden können. Er weist aus den Noten nach, daß die Regierung Preussens unzweideutig den Bundesstaat des Gagern'schen Programms erstrebe. Aber der größte Vorwurf, den man der Note vom 10. März machen könne, sey das, was der Min. des Ausw. zu ihrer Vertheidigung anführe ... sie

sage gar Nichts. Er erwarte von Sr. Maj. Regierung, zumal in so wichtigen Augenblicken etwas ganz Anderes, als eine nichtssagende Politik. Eine solche Politik sey der Reg. Sr. Maj. nicht würdig. (Sensation.) An die Stelle eines echt deutschen Mannes habe ein Mann in Preussen die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernommen, der die alte Metternich'sche Politik am Wiener Hofe im Namen Preussens vertreten habe. Wenn der Hr. Ministerpräs. durch seine Erklärung alle Besorgnisse in dieser Beziehung beseitigt habe, so bleibe doch der Vorwurf, daß man in einem Augenblicke nicht über die diplomatischen Formen hinausgegangen sey und die Wünsche der Regierung nicht bestimmt ausgesprochen habe.

Ueber das Amend. d'Ester erklärt der Redner sich nicht verbreiten zu wollen, dem Amend. Rodbertus würde er beitreten können, wenn er immer nicht das entschiedene Entgegentreten gegen Oesterreichs Prätensionen vermißte. Gegen die Aufnahme des Amend. wegen Einführung der Grundrechte habe er kein Bedenken, es überrasche ihn nur, daß dasselbe von einer Seite her eingebracht werde, wo man der Frankfurter Vers. den Rath gebe, nach Hause zu gehen. Gegen Folgerungen aus der Konsequenz der Hauptstadt müsse er die Provinzen verwahren. Ueber das Verhältniß der Intelligenz der Frankf. Vers. zu der der 38 Partikularversammlung wolle er sich des Urtheils enthalten. —

Bei der Abstimmung wird das Amendement des d'Ester'schen Entwurfs verworfen. Fast die ganze Linke stimmt dafür. Für das Amendement Rodbertus stimmen 128, dagegen 146. Verworfen mit einer Majorität von 18 Stimmen. (Blömer, Schmitz und Andere von der Rechten hätten dafür gestimmt.) — Das Amendement Pflünker und Müller (Zell) wird unter Namensaufruf von 164 angenommen, von 166 verworfen, 4 fehlten, 2 (darunter Libelt) enthielten sich der Abstimmung. Vincke, Auerswald, Graf Arnim, Graf Schwerin, Camphausen, Immermann, v Patow, v. d. Heydt, v. Manteuffel, Harkord stimmten gegen das Amendement. Dasselbe ist verworfen. (Lebhafter Beifall links.)

Es werden hierauf Satz 7, 8 und 9, der neunte mit der von Menzel vorgeschlagenen Veränderung unter Verwerfung des Blömer'schen Amendements angenommen. (Schluß 3 Uhr.)

Französische Republik.

† **Paris**, 25. März. Auf dem Place de Châtelet, Bastillenplatz und an den Pforten St. Denis und Martin bilden sich wieder Gruppen. Die Estaffette sagt, zu unserem Erstaunen bemerken wir darunter mehr Civilröcke als Blousen. Man diskutirt dort das Vereins- oder Klubrecht unter freiem Himmel.

Der „Constitutionnel" meldet für morgen den Ausbruch einer Emeute.

Wir können dem Hrn. Veron versichern, daß morgen sein Schlummer noch nicht gestört werden soll. Die beliebtesten Bergglieder haben sich zu den Clubchefs begeben und die der Polizei längst denunzirte Demonstration der Pariser Klubs wird morgen nicht stattfinden.

Die Regierung hegt allerdings gewisse Befürchtungen. Starke Patrouillen (oft ganze Bataillone) durchziehen die Straßen. Jedoch hört man, ausser einer Handvoll von Dieben à la Paul Niequet — nichts von Verhaftungen.

Wir melden heute die Verhaftung des ehemal. preuss. Lieutenants Willich zu Lyon in demselben Augenblicke, wo er eine neue deutsche Legion bilden wollte.

Bourges, 24. März. „Lassen Sie mich einen Schleier über die gestrige und heutige Sitzung ziehen. Monnils, der Divisions-Chef in der Polizeipräfektur, brachte ein Dossier zur Sprache, das das sogenannte Haupt des 15. Mai Huber, als ein Werkzeug Louis Philipps von 1830 bis 1839 enthüllte. So ist denn Alles Mouchard. Das Geld! Das Geld besticht doch manches Gewissen aus Nahrungssorge! Huber fabrizirte Höllenmaschinen für philippistische Bankbillets: ist das nicht zum Tollwerden?

Italienische Staaten.

Die Neue Züricher Zeitung sagt: Aus den gestrigen Tessiner Berichten geht wenigstens so viel als sicher hervor, daß die Bearbeitung eines Theils der lombardischen Bevölkeruung begonnen hat, und zwar in Veitlin, Como, Varese — kurz den Gegenden, die an der Schweizergrenze liegen. Ist es auch eine reine Unmöglichkeit, daß 42,000 Piemontesen nach Varese seyen, so sind doch wohl dagegen lombardische Flüchtlinge in diese Orte gezogen, um die von Turin dahin versandten Flinten und Munitionen an Mann zu bringen. Die Einnahme Mailands wäre jetzt ein leichtes. Die piemontesische Division, die bei Magenta auf lombardischem Boden steht, könnte dieß leicht bewerkstelligen, indem fast gar keine Oesterreicher in jener Richtung stehen. Es scheint demnach Radetzky keinen Werth hierauf gelegt zu haben. Daß der Besitz Mailands gegenwärtig keinen Werth hätte, erhellt auch daraus, daß die Piemontesen schon ein paar Tage in Magenta sind und noch keinen Schritt gegen Mailand getban haben. Indessen wird der Plan beider Feldherren wohl bald mehr sich enthüllen.

Oesterreichische Staaten.

Prag, den 22. März. Nicht nur hier, sondern in ganz Böhmen, in den deutschen und czechischen Kreisen, gibt sich eine große Bewegung kund gegen die Art und Weise der Oktroyirung, und gegen den Inhalt der Verfassung vom 4. März selbst. Die Anregung dazu geht von der czechischen Presse und noch mehr von dem Verein „Lipa slowanska" aus, und wird sich zuerst äußern in einer anklageartigen Demonstration gegen die czechischen Ex-Deputirten, mit einziger Ausnahme Rieger's und Borrosch's. Noch kennt man den Umfang und die Ausdehnung dieses Planes nicht, aber von der Energie, mit der jede slawische Unternehmung verfolgt wird, läßt sich in kürzester Frist ein nicht ganz bedeutungsloses Resultat hoffen. (A. Od.-Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Mit einer Beilage.

Die Pläne der österreichischen Regierung.

Wir sehen uns im Stande, im Zusammenhang die Pläne darzulegen, welche die österreichische Regierung hinsichtlich Deutschlands verfolgt. Wir selbst hegen keinen Zweifel, daß in allen wesentlichen, um nicht zu sagen auch in allen unwesentlichen Punkten die folgende Darstellung genau und zuverlässig ist, und bemerken im Voraus, daß die Richtigkeit unserer Angaben dadurch nicht verdächtigt werden kann, wenn etwa einer oder der andere verantwortliche Minister eines deutschen Königs ganz ehrlich sagt: „Davon weiß ich nichts!"

Der Inhalt des unter dem 17. Jan. an den Berliner Hof gerichteten österr. Schreibens war wesentlich folgender: Die beiden Großmächte sollen sich mit den königlichen Höfen als provisorischer Gesammtsouverän Deutschlands konstituiren. Während Oesterreich und Preussen von jeder Vergrößerung ihrer Territorien abstähen, sollte einem jeden der vier Königreiche ein gewisser Umkreis von Staaten zugestellt werden, die in drei Punkten 1) militärische Leitung, 2) Justizpflege, 3) Verwaltung, sich mit ihm verschmelzen sollten. Die Gemeinsamkeit ständischer Vertretung innerhalb eines solchen Kreises würde der ferneren Entwickelung der vaterländischen Zustände anheimgegeben. Unmittelbar nach erfolgter Verständigung über die Gränzen dieser Kreise sollte jeder der vier Kreis-Könige seine Kreisstände einladen, in diese vorgeschlagene innige Verbindung mit ihm einzutreten. An der friedlichen Lösung dieser Frage, könnte nicht gezweifelt werden, da die Gesandten der beiden Großmächte durch geeignete Ermahnung die etwa widerspenstigen Fürsten, so war die Absicht, überzeugen sollten. Erst wenn die Kreisverhältnisse zufriedenstellend geordnet wären, sollte von der neuen Konstituirung der Gesammt-Obrigkeit eine Mittheilung an die Frankfurter Versammlung ergehen. Wahrscheinlich würde selbige Versammlung, durch die Macht der Ereignisse gedrängt, sich nachgiebig erweisen! Bei dem aufgeregten Zustande der öffentlichen Meinung jedoch und dem möglichen Rückhalt, welchen die Unzufriedenheit einzelner Kreisfürsten einer Opposition der Paulskirche gewähren könnte, wurde vorgeschlagen, noch vor jener Mittheilung in der Nähe von Frankfurt ein Heer von 40,000 Mann unter den Befehlen des Königes von Würtemberg zusammenzuziehen; 20,000 Mann davon sollten preussische, 10,000 bayerische und eben so viel würtembergische Krieger seyn. Nachdem in dieser Art, wahrscheinlich mit Billigung der zu Frankfurt Versammelten, die Obrigkeit in Deutschland passend geordnet, würde es ein Leichtes sein zwischen den sechs großen Körpern des deutschen Reiches eine neue Bundesverfassung durch diplomatische Verhandlungen zu begründen, wie das wohlverstandene Interesse der hohen Verbündeten sie erheischte!

Die Antwort auf diese Vorschläge des Fürsten Schwarzenberg gab der preussische Minister durch die zwar unklare, aber ehrlich gemeinte Note vom 23. Januar. Oesterreich ward nun darauf gewiesen, nach Frankfurt einfach ausschiebende Erklärungen gehen zu lassen, im Stillen aber jenen festgewurzelten Plan bloß mit den mittleren Höfen Deutschlands zu besprechen. Von diesen hatte es nach vorausgegangenen Verhandlungen die willigste Nachgiebigkeit zu erwarten, und fand sie. Man suchte Preussen durch die Uebereinstimmung der übrigen Königreiche zu schrecken: doch der 14. Februar und die Collectiv-Note der mit Preussen verbündeten kleineren Staaten lehnten sich immer stärker an den damaligen Gesammtwillen der Vertreter zu Frankfurt. Man versuchte sodann die geschlossene Phalanx der kleineren Regierungen zu sprengen: Kurhessen, welches vorher (um die zwei großen Theile Preussens von einander zu halten) an den König von Hannover verwiesen war, erhielt nun den Brocken einer mit Hessen-Darmstadt abwechselnden Kreis-Souveränetät zugeworfen; und Baden, das glaubte man sicher voraussetzen zu dürfen, würde durch diese ungeheuerliche Zurücksetzung, welche es zum Vasallen von Würtemberg herabsetzte, zur Nachgiebigkeit mürbe gemacht werden, indem es seine Zustimmung für ein ähnliches Zugeständniß verkaufte. Doch auch auf diesem Wege war kein Ergebniß zu erzielen. Die Einheitspartei in der Paulskirche war und blieb der Unterstützung jener an Preussen angelehnten Regierungen sicher. Die unbedingt vaterländisch gesinnte Regierung von Baden insbesondere verschmähte es, sich in jene Pläne einzulassen. Sie ließ sich nicht einschüchtern und ließ die Sache der kleineren deutschen Fürsten nicht fallen.

Man ist in Oesterreich gewohnt, zu Zeiten rasch und entschieden zu handeln. Die Nothwendigkeit, den Reichstag in Kremsier zu verjagen, in einem Augenblicke, wo der gefahrdrohende Verfassungsentwurf berathen werden sollte, traf zusammen mit dem vorläufigen Mißlingen der für Deutschland gehegten Pläne. Man griff rasch zu. Oesterreich erhielt seine Verfassung und das verblüffte Deutschland die erste amtliche Kunde von den „großen durch Volkswahl gebildeten Körpern" in die es zerfallen sollte.

Wer die vorausgegangene Auseinandersetzung gelesen hat wird nicht einen Augenblick zweifeln, daß diese „Körper" mit jenen Kreisen identisch sind, und daß der Plan, auch die ständische Vertretung innerhalb dieser Kreise unnachsichtig zu verschmelzen, nachdem er als unausführbar auf spätere Entwickelung verschoben worden, jetzt in den Vordergrund gestellt wird. Man übersehe den Punkt nicht: — zu den oben angeführten drei tragischen Einheiten von Militär, Justiz und Verwaltung kommt nun noch die durch Volkswahl geeinigte Vertretung in den vier oder fünf zu bildenden Kreisen. Was noch an der Idee einer vollständigen Mediatisirung aller Staaten unter jene königlichen Reiche gefehlt hatte, wird jetzt nachgeholt. Ein jeder dieser sechs oder sieben Körper soll durch Vereinbarung der beiden gesetzgebenden Gewalten zum Staatenhause seine Abgeordneten absenden, die Gesammtobrigkeit aber in den Häuptern der einzelnen Körper, also dem Kaiser von Oesterreich, dem Könige von Preussen und den Kreishauptleuten der übrigen ruhen.

Und nun zu einer gleich wahrhaften und sicheren Darlegung des gegenwärtigen Augenblicks. Die „Errichtung jener provisorischen Gesammtobrigkeit durch die mächtigsten Glieder des Bundes" — mit andern Worten die Oktroyirung einer neuen Bundesverfassung — ist österreichischer Seits mit nichten aufgegeben. Sie ist seit dem 4. März bei den größeren Höfen, mit Ausnahme des preussischen, mit Erfolg weiter verhandelt. Man zweifelt in den Kreisen, welche die Fäden der fünf Hauptstädte in Frankfurt vereinigt halten, durchaus nicht an der Ausführung dieses Planes.

Man hofft folgenden Verlauf der Dinge:

Daß die Reichsversammlung um alles Ansehen komme, dafür braucht man nicht zu sorgen, dafür sorgt sie selbst. Darauf rechnet man, und warum sollte auch Herr v. Schmerling so viel Freude empfinden über die Bankerott-Erklärung des Parlaments, wie er die Abstimmung vom 21. März nennt, obgleich sie anscheinend ein Sieg seiner eignen Partei war? Zweitens wird und muß ein Reichsministerium zusammentreten, welches gar keinen Halt hat, weder in der öffentlichen Meinung noch im Einflusse bei den Einzelstaaten. Schon das jetzige Reichsministerium hat die trübseligsten Erfahrungen über den Ungehorsam der einzelnen Staaten machen müssen. Das neue wird vollends ohnmächtig seyn, und wenn der eine Staat nicht zahlt, der andere nicht marschirt und der dritte weder Geld noch Truppen hergibt, so wird zuletzt der gesunde Menschenverstand unwillig rufen: Oktroyirt in Gottes Namen! Dann wird auch Preussen durch Erinnerung an Legitimität u. s. w. überzeugt oder auch eingeschüchtert werden, bis es sich zu jenem eigenthümlichen Plane zur Wiedergeburt Deutschlands versteht, welcher vier große neue Körper neben und gegen Preussen aufstellen soll. Endlich muß durch jedes erdenkliche Mittel eine Anzahl der kleineren Staaten gewonnen werden. Man scheut in der That keine Mühe, läßt es in Frankfurt und anderswo in geheimen Unterredungen an eindringlichen Vorstellungen nicht fehlen, um neue Schleppträger für die habsburgische Kabinetspolitik zu gewinnen.

Man solle sich nur eilen, so heißt es dann, den mit Oesterreich verbündeten Staaten beizutreten, um noch an der Oktroyirung, wie sie gewöhnlich genannt wird, Theil zu nehmen, Oktroyirt werde gewiß. Denn die Nationalversammlung sey am Ende, ganz am Ende. Da müssen die Regierungen vorgehen und schon sey alles abgemacht. Preussen werde schon nachfolgen, wenn es an der Reichsversammlung keinen Haltpunkt mehr besitze. Wer da nun noch seine Stellung behaupten wolle, oder Ansprüche auf die Zukunft hege — der solle nur die verlorene Parthie drangeben. Wie ungeheuer doch die Zukunft Deutschlands mit Oesterreich zusammen sey! Sofort werde eine gewaltige Anleihe von hundert oder mehr Millionen gemacht, davon die deutsche Flotte gebaut und eine großartige Politik eingeleitet werden. Und Oesterreich stellt ja schon sofort eine ganz ansehnliche Flotte. Auch sey es durchaus nicht etwa von verfügbaren Landtruppen entblößt — im Gegentheil könne es mit Leichtigkeit den dänischen oder jeden andern nationalen Krieg führen und werde das auch mit Freuden thun. Hat man an den Proben dieser Beredsamkeit genug?

Das ist der Kern jenes Direktoriums, gegen welches wir schon so lange ankämpfen. Ueber Deutschlands Fürsten und Völker ist also schon das Loos geworfen. Möge nicht auch dieser Warnungsruf unbeachtet, unbenutzt erschallen; er ist vielleicht der letzte!

(Mit obigem Artikel sind wir zwar keineswegs ganz einverstanden, allein interessante Ansichten sind darin doch entwickelt. Nur machen wir darauf aufmerksam, daß ihn die deutsche Zeitung bringt.)

(Anmerkung der Redaktion.)

H Was hat Deutschland von Rußland in den dänischen Angelegenheiten zu fürchten?

Die Feindseligkeiten gegen Dänemark, welche durch den unglückseligen, für Deutschland höchst schmachvollen Waffenstillstand von Malmö eingestellt wurden, sollen nun wieder beginnen. Hoffentlich wird sich Deutschland nicht zum zweiten Male zur allgemeinen Schande durch einen Duodezkönig und die verschmitzten Intriguen der Diplomaten schrecken lassen, sondern zur Wiedererlangung der deutschen Ehre mit vereinter Macht dem chikanösen Wesen dieses kleinen Fürsten ein Ende machen. Der Enthusiasmus des deutschen Volkes für Freiheit und Unabhängigkeit Schleswig-Holsteins von Dänemark war ein allgemeiner und großartiger, in Aller Herzen herrschte gleiche Begeisterung, die um so höher stieg, als anerkannt gelehrte Männer, wie z. B. ein Gervinus, Heußer rc. in historischer und rechtlicher Beziehung die Unabhängigkeitsrechte Schleswigs bewiesen. Diese, ich möchte sagen, heilige Begeisterung, die dem absoluten Fürstenthume stets ein Dorn im Auge ist, wußte die schlaue Diplomatie, wenn nicht gänzlich zu unterdrücken, doch durch langwierige Unterhandlungen und gekünstelte Manipulationen nach und nach zu schwächen. Es wäre Deutschland ein Leichtes gewesen, wenn es gleich beim Anfange des dänischen Uebermuthes sich vereint erhoben hätte, Dänemark in seine Schranken zu treiben und einen ehrbaren Friedensabschluß zu erwirken, ohne sich von England vorschreiben und zuletzt einen schmählichen Waffenstillstand diktiren zu lassen. Nimmt im umgekehrten Verhältniß England von Deutschland Aehnliches an? Dasselbe, hier im gerechtem Stolze, würde seinen letzten Blutstropfen fließen lassen, bis es zu solcher Schmach herabsinken würde. Damit die Diplomatie ihr feines Kunstgewebe um so sicherer durchsetzen konnte, um sich vor den Augen des Volkes zu beschönigen, wurde von allen Seiten Gefahr gewittert, die das arme Deutschland verschlingt, wenn es selbst seine heiligsten Rechte zu wahren sucht. Besonders bemühte man sich, Furcht vor dem russischen Zaaren zu erwecken, welcher Miene machte, Dänemark zu Hülfe zu eilen. Ist die russische Macht wirklich so sehr zu fürchten, wie Schwache und Unkundige oder die zahlreichen erkauften Günstlinge Rußlands glauben und in Schriften beweisen wollen? Allerdings ist es diesem Lande möglich, große Truppenmassen zusammen zu knuten, aber unmöglich ist es dem Zaaren, will er nicht seine Dynastie gefährden, sie auf einem Punkte zu vereinigen. Wirft man nur einen etwas oberflächlichen Blick auf die Verhältnisse Rußlands, so wird man schon genügend davon überzeugt. Im Süden ist das kampfgeübte Tscherkessenvolk. Des klugen Häuptlings spähendes Auge wird keine Gelegenheit übersehen, die ihm günstig erscheint, den glimmenden Funken abermals zur Kriegesflamme aufzuschüren, um endlich von der russischen Knute befreit zu werden. Mit erneuter Kraft wird sich der tapfere Tscherkesse erheben, um die Unterdrücker seines theuern Landes und seiner theuern Freiheit zu zernichten. Wie viele Opfer Rußland hier schon gebracht hat, sind so sehr sich russische Generale mit erfochtenen Siegen rühmten, trotz der Rückhaltung genauer Nachrichten von dem Kampfplatze hinreichend bekannt.

Wie wenig sie erreichten, zeigt zur Genüge, daß sie während vieler Jahre nicht mehr erreichten, als eine Waffenruhe eintreten zu lassen. Dies beweist, welch hartnäckiger Feind im Süden Rußlands steht, gegen den es stets auf der Hut zu seyn und eine starke Truppenmacht daselbst bereit zu halten hat. Einen weiteren Feind hat es an der Türkei und sind die Feindseligkeiten bereits dem Anfange nahe.

Oesterreich hat es in Ungarn Hülfe zugesagt, ja es dürfte selbst eigenes Interesse dabei haben, daß letzteres nicht selbstständig werde, und in diesem Lande, in der Nähe Rußlands, Freiheit, Intelligenz und Aufklärung festen Fuß fassen. Wird Polen, wenn es die Macht seines Zwingherrn so vielseitig zersplittert sieht, nicht den Augenblick günstig finden, einmal das verhaßte russische Joch abwälzen zu können? Dies unterliegt keinem Zweifel, die Geschichte gibt genügende Beweise. Abgesehen von diesen Umständen, die Rußland zum Theil außerhalb seines Reiches oder an den äußern Gränzen beschäftigen, ist das Innere des Landes selbst nicht außer Acht zu lassen. Namentlich haben in letzterer Zeit Erreignisse in Petersburg, also sogar in der Nähe des Herrschers selbst gezeigt, daß des Zaaren Thron nicht auf unumstößlichem Felsen steht. Ungeachtet der russische Despot sich auf das Aeußerste bemüht, Aufklärung und geistigen Aufschwung durch das abscheulichste Spionir- und Polizeisystem von der Grenze abzuhalten und aus seinem Lande zu verbannen, hat der Keim der Freiheit, die die Völker des übrigen Europa zu erringen streben, dennoch Wurzel gefaßt. Ist einmal ein kräftiger Impuls gegeben, so wird dieser schlummernde Keim ausbrechen. Die schlaue russische Politik kennt dies zu gut und weiß, daß es sich seiner militärischen Macht, des Hebels der Despotie, im Innern nicht entblößen darf. Diese Beleuchtung zeigt, daß Rußlands militärische Macht nicht so sehr zu fürchten ist. Die erwähnten Umstände mag das russische Kabinet recht gut fühlen, es würde sonst im Verlaufe des letzten Jahres namentlich nicht unterlassen haben, den Absolutismus, der in Deutschland mit der Freiheit in Kampf gerathen ist, aus eignem Interesse und in dem der ihm befreundetsten deutschen Fürsten zu unterstützen. Lächerliche und erkünstelte Kniffe der Diplomatie und der Feinde der Vereinigung und der Freiheit Deutschlands sind es daher, welche Befürchtungen vor der nordischen Macht einzuflößen sich bemühen. Möge dies der gutgesinnte Deutsche erkennen und sich nicht abschrecken lassen, für seine Ehre und Freiheit, wo er sie gefährdet sieht, zu kämpfen. Lange genug hat das deutsche Volk sehen können, daß es zum Spielball diente, daß das redliche deutsche Gemüth mißbraucht wurde und Beschimpfung seines Namens nach Außen die Folge war. Metternich läßt nicht nach, von seinem Zufluchtsorte aus Schmach und Schande über Deutschland zu bringen, seine Hand, die im Malmöer Waffenstillstand im Stillen thätig war, wird auch ferner nicht ruhen, das deutsche Volk zu knechten, wird nicht unterlassen, so lange sein Einfluß nicht gänzlich zernichtet ist. Auf der bisher betretenen Bahn wo die deutschen Fürsten, unbekümmert um Deutschlands Ehre und Wohl, alle Leitung des Staatsorganismus wieder an sich gerissen haben, ist kein Heil zu erwarten. Wie früher, so werden auch jetzt wieder die dänischen Angelegenheiten in Bezug Schleswig-Holsteins nach dem Gutdünken der Fürsten behandelt werden, ohne auf die Stimme des Volkes zu achten, wenn dieses sich ruhig fügt. In dieser Ruhe hat es den günstigen Augenblick, Vereinigung aller deutschen Stämme und deren Freiheit zu erlangen, vorübergehen lassen, und fährt es ferner hierin fort, so wird es sich in allen seinen Hoffnungen getäuscht sehen. —

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Bekanntmachung.

Am 1. April l. Jrs wird die Bahnstrecke zwischen Nürnberg und Schwabach für den gesammten Verkehr in der Weise eröffnet werden, daß täglich

Morgens 7 Uhr und Abends 6½ Uhr ein Zug von Nürnberg nach Schwabach

Morgens 7¾ Uhr und Abends 7½ Uhr ein Zug von Schwabach nach Nürnberg

bei allen Zügen mit Anhalten bei Reichelsdorf für Personenaufnahme abgehet.

Nürnberg, den 28 März 1849.

Königliches Bahnamt.

Haenlein.

Dank.

Den Herren Artilleristen der k. Landwehr, so wie den Herren von der Stadt- und freiwilligen Landwehr, auch meiner verehrlichen Nachbarschaft, welche meinen verstorbenen Vater so zahlreich zu seiner Grabesruhe begleiteten, statte ich hiemit meinen tiefgefühltesten Dank mit der Bitte zu Gott ab, daß er Sie alle recht lange vor ähnlichen betrübenden Fällen bewahren möge, und mir Gelegenheit gebe, Ihnen meine Dankbarkeit bei freudigen Gelegenheiten an den Tag zu legen.

Georg Nikolaus Eichelein
Flaschnermeister.

Zur Berichtigung und Empfehlung.

Um stattgefundenen Irrungen vorzubeugen, sehe ich mich veranlaßt, den geehrten Handelsstand hier und auswärts besonders aufmerksam zu machen, daß das Borstenverlegergeschäft in allen seinen Theilen unter dem Zeichen Pasthorn mit der Firma H. P. P. Eichling nur bei unterzeichneter Adresse Bestellungen annimmt, und außer mir Niemand berechtigt ist, Aufträge anzunehmen, da das Gesetz im Uebertretungsfalle den gesetzten Platz ergreifen würde.

Daher empfehle ich mich für die Zukunft unter dem Versprechen der reelsten und solidesten Bedienung, wie es bisher mein eifrigstes Bestreben war, mich ferner mit gefälliger Berücksichtigung zu beehren.

Nürnberg, den 28. März 1849.

Hieronimus Pius Paul Eichling,
L. No. 1038 in Nürnberg.

Auktion.

Im Hause Nr. 963 am Obstmarkt dahier, werden den 4. April l. J. Früh von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 2 bis 5 Uhr nachstehende Gegenstände gegen gleich baare Bezahlung an den Meistbietenden versteigert; als:

Mehrere große Steinkarren, Steigleitern, Winden, Steinzangen, Steinglocken, Winkel, Hebeisen, eiserne Flaschen, Zweyspitzen, Kräubl, Flaschen, Schlageisen, Breiteisen, Bastenhämmer, große S, Feilen, Bohrer, Schrauben, Pickel, Schaufeln, Mörtelhauen, Ketten, 1 Quadrant, 1 Derel, 1 Aufzugmaschine von Gußeisen mit hölzernem Gestell, Wagenwaagen, Seile, Kisten, Fässer, Federbräter &c.

Bekanntmachung.

Montag den 2. April Nachmittag 2 Uhr findet im Brandstätter'schen Gasthause zu Großreuth bei Schweinau die Verpachtung der Jagd auf den Fluren des Gemeindedistrikts Großreuth bei Schweinau statt, wozu Pachtliebhaber geziemend eingeladen werden.

Die Gemeindeverwaltung.

Liedertafel!

Sonntag den 1. April Nachmittag 4 Uhr „Gesellschaftliche Unterhaltung" im Saale des goldnen Schwan zu Wöhrd.

Der Vorstand.

Einladung zum Abonnement
auf die
Neue deutsche Dorfzeitung.

Die „Neue Deutsche Dorfzeitung" erscheint in eigener Offizin hier in Coburg, in groß Quartformat viermal wöchentlich. Ihre Richtung bleibt wie bisher die der entschiedenen Demokratie, welche im Hinblick auf die bittern Erfahrungen des Jahres 1848 jede Vermittelung mit dem monarchischen Prinzip von sich weist, d. h. die demokratische Republik als die Staatsform erkennt, in welcher die Menschheit ihr soziales Ziel, Freiheit, Wohlstand, Bildung für alle, erreichen kann. In diesem unserem Streben werden uns die Anfechtungen, welchen unser Blatt, wie unsere Leser wissen, seit seinem Entstehen ausgesetzt gewesen, nicht irre machen.

Wir fordern die gleichgesinnten Privaten und Vereine zur Verbreitung und zur Unterstützung unseres Blattes durch geeignete Correspondenzen auf.

Jeder Mitleser soll auch Mitarbeiter seyn. Wo einem Berichterstatter die Gewandtheit der Feder abgeht, werden wir nachhelfen. Indem wir dabei strengste Verschwiegenheit verbürgen, fordern wir dagegen strengste Treue und Wahrhaftigkeit von unseren Correspondenten.

Indem unser Blatt, bereits unterstützt durch zuverlässige Correspondenten, alle wichtigen politischen Begebenheiten in gedrängter Uebersicht schnell und gewissenhaft mittheilt und von seinem Standpunkte faßlich und würdig bespricht, ist es nicht bloß für die weniger gebildeten Volksklassen, sondern auch für den gleichgesinnten, zeitbeschränkten Geschäftsmann von Interesse.

Der Preis beträgt hier in Coburg und im ganzen Umfang des fürstl. Thurn- und Taxischen Postgebiets 48 Xr. Anzeigen werden mit 2 Xr. die gespaltene Corpus-Zeile oder deren Raum berechnet und eignet sich das Blatt bei seiner steigenden Verbreitung hierzu besonders.

Das von uns herausgegebene hiesige Tageblatt bleibt wie bisher Beiblatt zu der Neuen Deutschen Dorfzeitung und kosten beide Blätter zusammen 1 fl. 15 kr. (das Tagblatt allein 30 kr.) pro Quartal.

Bestellungen sind bei der nächstgelegenen Postanstalt zeitig zu machen, um die Stärke der diesmaligen Auflage bestimmen zu können.

☞ Um Verwechselungen mit der, ihrer Tendenz nach, unserem Blatte schnurgerade entgegengesetzten alten Hildburghäuser Dorfzeitung zu verhüten, beliebe man bei Bestellungen den Titel: „Neue Deutsche Dorfzeitung zu Coburg" genau zu bezeichnen.

Coburg im März 1849.

Die Redaktion der Neuen Deutschen Dorfzeitung.

Fevdor Streit.

Grosse musikalische Academie

von Grobe und Erdmannsdörffer
anstatt des letzten Abonnements-Concerts am
Sonntag den 1. April.
Anfang ½ 8 Uhr

Eintrittskarten sind in der Riegel und Wießner'schen Buchhandlung und im Wagner'schen Kaffeehause zu haben.

Stadt Amsterdam.

Freitag den 30. März ist Metzelsuppe, wozu höflichst einladet

Fleischmann.

(Gesuch.) Eine geschickte Köchin, die sich auch allen anderen Hausarbeiten willig unterzieht, wird in Dienst zu nehmen gesucht.

Brauerey- und Oekonomie-Gut-Verkauf.

Das mit Hausnummer 240 a b bezeichnete, in der lebhaften Provinzialstadt Altdorf an der Feuchter Straße liegende Brauerey- und Oekonomie-Anwesen, wird im Auftrage des Besitzers kommenden

Montag, den 2. April 1849, Vormittags 10 Uhr anfangend, im Wirthschafts-Lokale des Gasthauses zum weißen Kreuz in Altdorf

öffentlich an den Meistbietenden verkauft,

Dieses zur Brauerey, Brandweinbrennerey und Essigfabrikation gut eingerichtete Anwesen, dessen Baulichkeiten nämlich: Wohnhaus, Nebenhaus, Brauhaus, Scheune, Waschhaus, Kegelbahn, mit ca. 3 Tagwerk großen Gras-, Obst- und Gemüsegarten, im besten Zustand sich befinden, kann mit, in freier Wahl stehenden Grundstücken, aber auch ohne solche, lediglich für sich allein sammt Schiff und Geschirr erworben werden, und dürfte namentlich für einen jungen, thätigen, der Brauerey &c. kundigen Mann, eine vortheilhafte Gelegenheit zur häuslichen Niederlassung bieten.

Die Einsicht der Verkaufs-Objekte kann täglich geschehen, die Verkaufsbedingungen werden aber im Termine bekannt gegeben, wozu Kaufslustige, denen übrigens auch inzwischen alle erwünschten Aufschlüsse zu Gebot stehen, ergebenst einladet

das öffentliche Kommissions-Bureau von
J. St. Schmidt in Nürnberg.

☞ (Kapital-Anerbieten.) Gegen pupillarische Sicherheit sind 12,000 fl. entweder im Ganzen oder theilweise zu verleihen. Gesuche mit erforderlichen Sicherungsnachweisen versehen, befördert die Expedition d. Bl.

Haus- und Bäckerei-Verkauf oder Verpachtung.

Ein hiesiges gut gelegenes Backhaus ist sofort billig zu verkaufen oder zu verpachten und dürfte dies für einen Bäckergesellen erwünschte Gelegenheit zur häuslichen Niederlassung bieten. Näheres in der Exp. d. Bl.

(Gesuch.) Eine Hausmagd, die mit Kühen und mit Gartenarbeit umgehen kann, wird gesucht in L. Nro. 436 a in Nürnberg.

(Gesuch.) Nächstes Ziel Walburgi wird in ein Gasthaus eine Köchin in Dienste zu nehmen gesucht auf deren Treue, Fleiß und Geschicklichkeit man sich gründlich verlassen kann. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches Nähen, Waschen und Bügeln, auch mit größeren Kindern umgehen kann, wünscht bei einer soliden Herrschaft Unterkunft. Kühnertsgasse Nr. 692 b.

(Zu verkaufen.) In S. Nr. 774 sind 2 Kochröhren zu verkaufen.

(Zu verkaufen.) Tragbare englische Pyramiden-Stachelbeeren von den größern Sorten und 6 Sorten der vorzüglichsten Tafel-Weintraubenstöcke, so wie englische Anlagen-Gesträuche sind billig verkäuflich

Hofmann'sche Saamenhandlung.

(Zu vermiethen.) In der Kaiserstraße L. Nro. 141 ist die dritte Etage mit 1 Zimmer, 1 Alkov, Küche und Holzlage auf der Mittagseite bis Ziel Walburgi zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In einer Hauptstraße, nahe am Rathhaus, ist ein sehr schönes möblirtes Zimmer nebst Alkof an einen soliden ordentlichen Herrn täglich zu vermiethen

(Zu vermiethen.) In L. Nro 401 am Häfnersplatz ist eine Wohnung mit 5 heizbaren Zimmern, Küche, Speisekammer, Garderobe, sonstigen Bequemlichkeiten und Stallung für 3 Pferde — bis Ziel Walburgi zu vermiethen.

Freiblatt

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 31. März 1849. № 90. Samstag: Romanus.

× Bericht über die Volksvereins-Verhandlungen am 20. und 27. März d. J.

Die ehrenwerthe Gesinnung des Volks, und nur diese, nicht Erschlaffung und Knechtsinn, hat sich in den letzten Monaten seit den Wahlen zum Landtage durch ruhiges Abwarten der Dinge, die da kommen würden, zu erkennen gegeben. Das Volk vertraute seinen frei gewählten Vertretern mit Recht; die politische Aufregung, die noch bei den Wahlen so groß und allgemein wae (die Erzphilister und geborenen Schlafhauben natürlich ausgenommen), legte sich und die politischen Vereine waren darauf beschränkt, Zustimmungsadressen an die Mehrheit der bayer. Abgeordneten zu erlassen und dieselben in ihrem patriotischen Wirken zu stärken. Ja, in ihrem patriotischen Wirken, das die Staatsregierung gerade durch die Vertagung in das hellste Licht gestellt hat, nachdem sie selbst in die Grube gefallen war, die sie durch den Gesetzentwurf über die Steuererhöhung von 25% den verhaßten Grundrechten gegraben zu haben glaubte. Dieser Gesetzentwurf brauchte gae nicht direkt bekämpft zu werden, — er fiel schon durch den Kolbschen Bericht über das zaete griechische Anlehen. Aber — sagt Schiller im Tell: „Er hat voe dir gezittert — wehe dir! Daß du ihn schwach geseh'n, vergibt er nie!“ Darum die Vertagung, der wahrscheinlich die Auflösung des Landtags und sogar ein oktroyirtes Wahlgesetz folgen wird. Vergebliche Mühe! Die Wähler haben sich geehrt in ihrer Wahl und der Volksverein empfing mit großem Jubel seinen frühern Vorsitzenden Hrn. Abg. J. Schmitt, als derselbe am 20. d. M. die zahlreiche Versammlung besuchte. Nachdem, der Tagesordnung zufolge, vorher von einem Ausschußmitgliede ein mit großem Beifall aufgenommener Vortrag über die heillos anmaßliche Entschließung im Betreff dee Beaufsichtigung der Volksschullehrer wegen ihrer volksthümlichen Tendenzen gehalten und der unmittelbar darauf gewählte neue Ausschuß mit der Verabfassung der beschlossenen Beschwerdeschrift an den wieder zusammentretenden Landtag beauftragt worden war, hielt Herr Schmitt einen mehrstündigen, mit dee gespanntesten Aufmerksamkeit angehörten höchst kräftigen, theils von lauten Ausbrüchen der allgemeinen Heiterkeit über die lächerliche Zopfwirthschaft, theils von allgemeinem Applaus begleiteten Vortrag über die Bildung dee Parteien der bayerischen Volkskammer und über das Wirken der Linken, dem pseudo-konstitutionellen Verhalten der Minister gegenüber. Erst nach Mitternacht trennte sich die Versammlung, der 8 Tage darauf das Vergnügen zu Theil ward, auch vom Abg. Herrn C. Crämer von Doos besucht zu werden. Der willkommen geheißene Gast fand bald Gelegenheit, in einer frei gehaltenen Rede sich an die Versammlung zu wenden, auf die die Worte der Jünger Jesu anwendbar waren, die sie zu Emaus sprachen: Brannte nicht unser Herz in uns, da er mit uns redete? Diese Rede, gehalten mit klarer, kräftiger und wohlklingender Stimme, logisch gebaut und in schön gewählten überzeugenden Worten mit hinreißendem Feuer gesprochen, rief oftmals einen erschütternden Beifallssturm der Versammlung hervor und erregte den Wunsch, daß solche gedruckt werden möge. Der Redner zeigte, daß und was das Volk durch seine Erhebung errungen, daß es abee in der Wachsamkeit und Thätigkeit nicht nachlassen dürfe, vielmehr im Gemeinsinn, in Muth, Ausdauer und Aufopferungsfähigkeit wachsen und insbesondere schon die Jugend, den alten Griechen und Römern gleich, in diesen Tugenden erziehen und stärken müsse. Dann werde keine Macht der Erde ein solches Volk unterdrücken und knechten können, dann werde Deutschland frei, einig und stark seyn! Mit einem begeisterten Hoch auf das freie, einige und glückliche Deutschland schloß der einfache und schlichte Redner, durch seine eigene Persönlichkeit zeigend, daß die Kraft im Volke ruhe. — Diese Rede hatte einen so mächtigen Eindruck auf die ganze Versammlung gemacht, daß, obwohl die Tagesordnung noch nicht ganz erledigt war, der Vorsitzende die Versammlung schloß. Möge dem Volksverein bald wieder das Vergnügen zu Theil werden, die beiden Hereen Abgeordneten in seiner Mitte zu sehen.

Deutsche Staaten.

München, 28. März. Das heutige Regierungsblatt Nr. 16 enthält eine Kgl. Verordnung der organischen Einrichtungen der k. Akademie der Wissenschaften betr. folgenden Inhalts: Maximilian II. ꝛc. Wir finden uns bewogen unter Aufhebung der Ziff. II. der Verordn. vom 22. Nov. 1841 (Reg.-Bl. Jahrg. 1841 S. 1119), die Akademie der Wissenschaften betr., in so lange Wir nicht anders verfügen, zu bestimmen, daß der Eintritt in diesen gelehrten Verein als ordentliches Mitglied fortan nur auf dem Geunde einer freien Wahl der Akademie und erfolgtee kgl. Bestätigung nach Maßgabe des Art. VII. der Verordnung vom 21. März 1827 (Regierungsblatt Jahe 1827 Seite 193) stattfinde. — Unser Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten ist mit dem Vollzug dieser Verordnung, welche durch das Regierungsblatt bekannt zu machen ist, beauftragt. Nymphenburg, den 25. März 1849. Max. Dr. Ringelman. Auf Kgl. Allerhöchsten Befehl: der General-Sekretär, Ministerialrath Hänlein.

München, 28. März. Die bei der Regierung von Schwaben und Neuburg erledigte Direktorstelle wurde dem kgl. Regierungsrathe Brand zu Bayreuth, und die erledigte Assessorstelle bei der Regierung von Niederbayern, dem dermaligen Vorstande der Gerichts- und Polizeibehörde Wörth, Halm verliehen. (N. M. Z.)

Freiburg, den 26. März. [Sechste Sitzung.] In der heutigen Sitzung wurde die Zeugenvernehmung soweit gefördert, daß nue noch 10 bis 12 Zeugen abzuhören sind, und das Zeugenverhör also hoffentlich morgen früh beendigt werden wird. Den Anfang der Verhandlungen bildete eine ernste Ansprache des Präsidenten Litschgi an die Geschworenen, welche die bereits versuchte Einwirkung der Presse auf ihr Urtheil zum Gegenstand hatte. Die bezüglichsten Artikel befinden sich in der Mannheimer Abendzeitung und der allgemeinen Badezeitung. Der Präsident erklärt, er werde diesen Einwirkungen, mögen sie kommen, woher sie wollen, mit aller Entschiedenheit entgegentreten. Der Vertheidiger Brentano protestirt gegen Einwirkungsversuche, die auf der andern Seite auch nicht fehlten, und die er zum Theil in den grellsten Farben malt. Daran knüpft sich eine weitläufige Verhandlung, an welcher sich außer den Genannten noch die Angeklagten u. die Staatsanwälte betheiligen. — Nach dieser Episode wurde in dem Zeugenverhör fortgefahren, wobei die Ereignisse in Feuerbach, Heitersheim, Buggingen und Staufen behandelt werden. An den erstgenannten Orten wiederholten sich die überall vorgekommenen Scenen der Menschenerpressung und anderer terroristischer Maßregeln, eine umfassende Zeugenaussage gibt ein vollständiges Bild von den Vorgängen in Staufen, vor, während und nach der Einnahme dee Stadt. Schließlich wird den beiden Angeklagten durch ein Urtheil des Gerichtshofes morgen früh 7 Uhr eine gemeinsame Besprechung unter Zuzug der Vertheidiger zur Entwerfung des Vertheidigungsplanes gestattet. Schluß dee Sitzung um 5 Uhr. Nächste Sitzung morgen 9 Uhr. (Freib. Z.)

** **Frankfurt**, 27. März. [199. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Laube tritt aus, weil er als österreich. Abgeordneter nicht mehr mit Uebereinstimmung der sittlichen Wahrheit votiren kann. Tagesordnung: Fortsetzung und Vollendung des deutschen Verfassungsentwurfs. Die erste zur Abstimmung kommende Antrag zu §. 68 (früher 69) ist der des Abg. Dieskau, welcher dahin geht, die ausübende Gewalt einem auf vier Jahre vom Volke zu erwählenden Präsidenten, dem ein Vicepräsident an der Seite stünde, zu übertragen; jeder Deutsche solle wählbar seyn. Der Antrag wird abgelehnt. Hierauf kommt §. 68 zur namentlichen Abstimmung. Er lautet: „§. 68. Die Würde des Reichsoberhauptes wird einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen.“ Er wird mit 279 gegen 255 Stimmen angenommen. Nach einer kurzen Diskussion über die Fragestellung der zu §. 69 (früher 70) gestellten Verbesserungsanträge und Minoritätserachten gelangt der Ausschußantrag zuerst zur namentlichen Abstimmung. Er lautet: §. 69. Diese Würde ist erblich im Hause des Fürsten, dem sie übertragen worden. Sie vererbt im Mannesstamme nach dem Rechte der Erstgeburt. Der Paragraph wird mit 267 gegen 263 Stimmen angenommen. Ferner werden angenommen: §. 70. Das Reichsoberhaupt führt den Titel: „Kaiser der Deutschen.“ §. 71. Die Residenz des Kaisers ist am Sitz der Reichsregierung. Wenigstens während der Dauer des Reichstags wird der Kaiser dort bleibend residiren. So oft sich der Kaiser nicht am Sitz der Reichsregierung befindet, muß einee der Reichsminister in seiner unmittelbaren Umgebung seyn. Die Bestimmungen über den Sitz der Reichsregierung bleiben einem Reichsgesetz vorbehalten. Da §. 71 in der Fassung des Ausschusses angenommen wird, so wird ein Unterantrag des Abg. Heckscher: „Der Sitz der Reichsregierung ist Frankfurt“ als erledigt betrachtet. §. 72. Der Kaiser bezieht eine Civilliste, welche der Reichstag festsetzt. Art. II. §. 73. Die Person des Kaisers ist unverletzlich. Der Kaiser übt die ihm übertragene Gewalt durch verantwortliche von ihm ernannte Minister aus. §. 74. Alle Regierungshandlungen des Kaisers bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung von wenigstens einem dee Reichsminister, welchee dadurch die Verantwortung übernimmt.

Art. III. §. 75. Der Kaiser übt die völkerrechtliche Vertretung des deutschen Reiches und der einzelnen deutschen Staaten aus. Er stellt die Reichsgesandten und die Konsuln an und führt den diplomatischen Verkehr. §. 76. Dee Kaiser erklärt Krieg und schließt Frieden. §. 77. Der Kaiser schließt die Bündnisse und Verträge mit den auswärtigen Mächten ab, und zwar unter Mitwirkung des Reichstages, insoweit diese in der Verfassung vorbehalten ist. §. 78. Alle Verträge nicht rein privatrechtlichen Inhalts, welche deutsche Regierungen unter sich oder mit auswärtigen Regierungen abschließen, sind dem Kaiser zur Kenntnißnahme, und insofern das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen. §. 79. Der Kaiser beruft und schließt den Reichstag; er hat das Recht, das Volkshaus aufzulösen. §. 80. Der Kaiser hat das Recht des Gesetzvorschlages. Er übt die gesetzgebende Gewalt in Gemeinschaft mit dem Reichstage aus. Er verkündigt die Reichsgesetze und erläßt die zur Vollziehung derselben nöthigen Verordnungen. §. 81. In Strafsachen, welche zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören, hat der Kaiser das Recht dee Begnadigung und Strafmilderung. Das Verbot der Einleitung oder Fortsetzung von Untersuchungen kann der Kaiser nur mit Zustimmung des Reichstages erlassen. Zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurtheilten Reichsministers kann dee Kaiser das Recht der Begnadigung und Strafmilderung nur dann ausüben, wenn dasjenige Haus, von welchem die Anklage ausgegangen ist, darauf anträgt. Zu Gunsten von Landesministern steht ihm ein solches Recht nicht zu. §. 82. Dem Kaiser liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob. §. 83. Der Kaiser hat die Verfügung über die bewaffnete Macht. §. 84. Ueberhaupt hat der Kaiser die Regierungsgewalt in allen Angelegenheiten des Reiches nach Maßgabe der Reichsverfassung. Ihm als Träger dieser Gewalt stehen diejenigen Rechte und Befugnisse zu, welche in der Reichsverfassung der Reichsgewalt beigelegt und dem Reichstage

nicht zugewiesen sind. Bevor zur Abstimmung über Abschnitt IV „der Reichsrath“ geschritten wird, wird noch der in der Morgensitzung einstweilen ausgelassene §. 195 zur Abstimmung gebracht und derselbe angenommen. Er lautet:

Abschnitt VIII. Die Gewähr der Verfassung. Artikel I. §. 195. Bei jedem Regierungswechsel tritt der Reichstag, falls er nicht schon versammelt ist, ohne Berufung zusammen, in der Art, wie er das letzte Mal zusammengesetzt wär. Der Kaiser, welcher die Regierung antritt, leistet vor den zu einer Sitzung vereinigten beiden Häusern einen Eid auf die Reichsverfassung. Der Eid lautet: „Ich schwöre, das Reich und die Rechte des deutschen Volkes zu schirmen, die Reichsverfassung aufrecht zu erhalten und sie gewissenhaft zu vollziehen. So wahr mir Gott helfe.“ Erst nach geleistetem Eide ist der Kaiser berechtigt, Regierungsverhandlungen vorzunehmen. Hierauf wird zur Abstimmung über Abschnitt II „der Reichsrath“ übergegangen. Ueber das erste Alinea des § 85 „der Reichsrath besteht aus Bevollmächtigten der deutschen Staaten“ wird namentlich abgestimmt, dasselbe mit 269 gegen 245 Stimmen abgelehnt. Dadurch wird der ganze Abschnitt über den „Reichsrath“ als beseitigt betrachtet. Vor dem Schlusse der Sitzung nimmt noch die Versammlung auf Antrag der Abgg. Zell und Kierulf das Wahlgesetz, wie es vorliegt, unverändert und einstimmig an.

†*† **Berlin**, den 27. März. Nach dem „Publizisten“ soll am 23. d. Mts. dem Polizei-Präsidium eine Verfügung des Ministeriums zugegangen seyn, nach welcher das gesetzlich gewährte Assoziationsrecht wohl für aufgehoben anzusehen ist. Es soll nämlich keiner Gesellschaft, bei welcher Geld eingezahlt wird, ferner gestattet seyn, ohne die Oberaufsicht der Polizei zusammenzutreten und zwar soll diese Oberaufsicht nur zur Sicherheit der Mitglieder solcher Gesellschaften geübt werden. Es wir hierdurch vorerst zwar nur den heftigen Ausbrüchen der bis jetzt statutenmäßig sehr zurückgedrängten Mitglieder der Privat-Geldinstitute und zwar der Renten-Versicherungs-Anstalten, der Sterbekassen u. s. w., wo man nahe daran war, den lustigen Zwang des absolutistischen Prinzips von sich abzuwerfen und dies theilweise sogar schon mit Glück versucht hat, einen Damm entgegengesetzt und so das alte Geleise zu Gunsten einzelner Personen, die theils zur Verantwortung aufgerüttelt, theils schon entfernt waren, wiederhergestellt; da es jedoch keiner Gesellschaft, und sey sie noch so klein und habe noch so geringfügige Zwecke, möglich ist, ohne einen Geldbeitrag der Mitglieder zu bestehen, die obige Vorschrift sich aber sehr ausdehnen läßt, so werden wir bald ohne polizeiliche Aufsicht keine Versammlung in geschlossenen Räumen mehr kennen. (Es lebe der deutsche Kaiser!)

Die Nachrichten aus Oberschlesien über den dort wieder auftauchenden Hungertyphus werden immer besorglicher. Um so mehr fällt es auf, daß die Regierung noch nicht Veranlassung genommen hat, die Bestimmungen eines früheren Gouvernements auszuführen.

Dresden, den 26. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer befand sich auf der Registrande unter Anderm ein Antrag des Vizepräs. Tzschirner nebst 16 Genossen, dem jetzigen Ministerium zu erklären, daß es das Vertrauen des Volkes nicht besitze. Der Antrag lautet: In Erwägung, daß jede Regierung in einem demokratischen Staate eine parlamentarische seyn muß, und daß sie daher, wenn sie nicht unmittelbar aus der Mehrheit der Volksvertretung hervorgegangen ist, um sich mit dieser in Einklang zu setzen, gleich von vorn herein über die Grundsätze, welche von letzterer befolgt werden, ihre Ansichten zu manifestiren gehalten ist; in Erwägung, daß das Programm der dermaligen Minister, welches sie bei ihrem Antritte verkündet haben, die Hauptfragen der Gegenwart in politischer und materieller Beziehung gar nicht berührt, und daß das Ministerium, als es deshalb behufs der weitern Aufklärung seiner Stellung zur Kammermehrheit interpellirt worden ist, unter unbegründeten formellen Einwänden eine, wenn auch nur allgemeine, doch die Prinzipien andeutende Auslassung verweigert, und mithin die Kammern darüber, ob die politische Gesinnung des Ministeriums der Majorität entspricht, nach wie vor in Unklarheit gelassen hat; in weiterer Erwägung, daß von dem Ministerium sogar entgegenstehende Ansichten über Fragen von der größten Bedeutsamkeit an den Tag gelegt worden sind, indem es dem Bevollmächtigten bei der Centralgewalt die Hinwirkung auf einen Census für die Wählbarkeit zum deutschen Staatenhause, sowie die Herbeiführung eines absoluten Veto für das deutsche Oberhaupt gestattet, sich ferner aus seiner Mitte noch jetzt für eine vorhandene Fortsetzung des von der deutschen Nation zertrümmerten Bundestags, ingleichen angesichts des von einer großen Mehrheit der II. Kammer kurz vorher abgelehnten Gehorsams der Soldaten außer dem Dienst in schroffster Weise für dessen Beibehaltung ausgesprochen hat; endlich in Erwägung, daß das Ministerium keine Anstalt trifft, dem gerechten Verlangen des sächsischen Volks auf Genugthuung für die Ermordung Robert Blum's entgegenzukommen und den Gesandten v. Könneritz aus Wien abzuberufen: beantragen wir, daß sich die Kammer im Verein mit der andern dahin erklären möge, daß „das dermalige Ministerium das Vertrauen der Volksvertretung nicht besitzt.“ Wir bezeichnen diesen Antrag als dringlich und bitten, ihn ohne Verweisung an eine Deputation in Berathung zu nehmen, auch die Hauptberathung in der nämlichen Sitzung, wo über die Dringlichkeit entschieden wird, eintreten zu lassen. Dresden, am 23. März 1849. Tzschirner. Wagner. Meyer. Tauerschmidt. Bernhardt. Blankmeister. Meinel. Wehner. Thieme-Garmann. G. H. Heeren. Helbig. Böttcher. Feldner. A. Röckel. Jäkel. Riedel. Brückmann. Dieser gegen 14 Stimmen als dringlich bezeichnete Antrag wird auf eine der nächsten Tagesordnungen kommen.

(D. A. Z.)

Schleswig, den 24. März. Der Präsident Bargum eröffnete die heutige Sitzung mit einer dem Tage gewidmeten Ansprache, deren Gedankengang etwa folgender war: Der 24. März bewegt die Herzen Aller, er ist uns der Tag der freudigen Erinnerung und der Tag der Hoffnung, möge er für unsere Nachkommen ein Tag des frohen Andenkens seyn, mögen sie in ihm ein glückliches Ereigniß erkennen, welches nicht nur gewollt, begonnen, sondern auch vollbracht, vollendet worden zum Heile unseres Landes. Mit Entrüstung denken wir an die Zeit vor dem 24. März zurück; das Maaß der Leiden und der Schmach ward aus immer vollern Bechern gefüllt, der offene Brief füllte es bis an den Rand, und als die stolze Metropole den übelberathenen Landesherrn zu einem Gewaltstreich drängte, als das eben gegebene Wort gebrochen ward, da floß es über und hoch sprudelte es auf, denn Gift war hineingeschüttet. Soll ich rechtfertigen, was hier geschah? Vor der Landesversammlung, vor dem Lande, vor Deutschland bedarf es keiner Rechtfertigung, und hoffentlich bald auch nicht mehr vor ganz Europa: das Recht der Nothwehr hat auch der Einzelne, wie sollte es nicht einem ganzen Stamme, einem Lande zustehen, dessen Rechte man vernichten, welches, ein souveränes Herzogthum, man einverleiben will einem fremden Lande? Die Weltgeschichte wird einst unser Streben rechtfertigen, und wollte ich hier etwas anführen, so könnte ich darauf hinweisen, daß, während ein Demokrat jenseits uns Aufrührer schilt, ein Absolutist diesseits sich scheut, es zu thun.

Haben wir aber den 20. März recht erkannt, recht benutzt? Wird man jetzt nach Verlauf eines Jahres fragen: die Antworten sind verschieden, die Ansichten getheilt. Wäre es nicht klug gewesen, noch einen Schritt weiter zu geben, und das Band ganz zu lösen, welches uns an Dänemark knüpft? Ich will hier kein Urtheil fällen, und wage nicht zu entscheiden, klar ist aber, daß bisher nur das Recht der Herzogthümer gewahrt ist — Reihen wir an den Ernst dieses Tages die kirchliche Feier des morgenden Tages an, und vereinigen wir uns zum festen Fortgehen auf der bisher beschrittenen Bahn im Kampfe zwar, aber ohne Uebergriffe; wir alle haben die That des 24. März als rechtmäßig anerkannt, wir preisen heute, wie damals die Männer, welche Gefahr nicht kennend, das Wort zur That werden ließen, wir wollen fortfahren im Streben so wohl gegen das Unrecht, als für die Rechte der Herzogthümer, ihre Verbindung, ihre Freiheit. Dieser Ansicht wird die Versammlung beistimmen, und ersuche ich Sie, sich zum Zeichen dessen zu erheben. Die Versammlung erhob sich, und schloß darauf Bargum mit den Worten: „Und so segne Gott den 24. März und seine Folgen!“ (Alton. M.)

Schleswig, den 24. März. Das Glockengeläute verkündete heute Morgen die Feier des Tages, Kanonenschüsse übertönen heute Abend das Brausen des Windes, der die Aussetzung der weitern Feierlichkeiten auf morgen veranlaßt hat, und Theertonnen scheinen in die Nacht. (Alton. M.)

Altona. Bisher haben sich die verschiedenen Gerüchte über die „Verlängerung des Waffenstillstandes ꝛc. nicht bestätigt und Personen, von denen man glauben sollte, daß sie es wissen müßten, wenn ein solches Ereigniß eingetreten wäre, behaupten, nichts davon zu wissen. Auch der Auftrag, welcher dem General v. Prittwitz in dieser Beziehung zu Theil geworden seyn soll, so wie die Begleitung desselben durch einen dänischen Kommissär erweisen sich als falsch. Gedachter Obergeneral ist erst gestern Morgen von hier über Schleswig nach Flensburg gereist. Auf der Eisenbahn ist ferner gestern Abend der Kommandirende des hannover'schen Korps, das auf 7000 Mann angegeben wird, General v. Wynecken, abgegangen. Auch wird der Besorgniß widersprochen, daß mit Rücksicht auf die preussischen und hannoverschen Truppen eine Beschränkung oder Verzögerung in der Verwendung angeordnet sey. Zugleich mehren sich Truppenzüge und Abzüge, und die letzten Tage haben uns Reuß-Schleiz-Lobensteiner (ein Bataillon), die erstern Bayern (circa 1200 Mann Fußvolk), hannoversche Infanterie und Artillerie ꝛc vorübergeführt. Die ersten Preussen werden heute in Hamburg erwartet, und die ersten Sachsen sind schon dort eingetroffen, so daß bald die zunächst angekündigten 40,000 Mann complet seyn dürften. Ein Theil dieser Truppentheile, namentlich die Artillerie, schlägt Landwege ein. Bereits gestern sollten 8 Bataillone der aufgebotenen deutschen Truppen im Schleswigschen seyn, und diese Zahl wird sich nun täglich vermehren. Alles dieses widerlegt indessen noch nicht die Besorgnisse hinsichtlich Nordschleswigs, von wo uns schon in Folge der dorthin gelangten, hoffentlich falschen Kunde, von der zweideutigen Verlängerung der Waffenruhe, Nothrufe zugehen. (Alton. M.)

Donaufürstenthümer.

Das Olmützer Blatt, der Oesterreich. Korrespondent, spricht vom Einrücken von 100,000 Türken in die Moldau, als einer praktischen Demonstration gegen die fernere Besetzung durch Rußland. Wie erhalten eben Briefe aus Jassy vom 12. und Galatz vom 15. März. Nach diesen war bloß vorerst das Gerücht verbreitet, die Türken wollten 45,000 Mann stark einrücken, die Russen wollten sich widersetzen.

(A. A. Z.)

Französische Republik.

† **Paris**, 26. März. Die ganze Lombardei wie Ein Mann erhoben, Mailand in vollem Aufstande; Karl Alberts Division in Pavia eingerückt; Lamarmora's Division in Parma — und unser Präsident Bonaparte, den die Rothen angeblich entführen wollten (!), weshalb Changarnier in vorgestriger Nacht 12 Uhr fünfzigtausend Mann aus dem Bette jagte (!!) das sind in aller Kürze die neuesten Nachrichten auf dem gewöhnlichen Wege. Der außergewöhnliche Weg (Telegraph) steckte gänzlich, denn es schneit seit 24 Stunden unaufhörlich. Heute Vormittag waren alle Höhen um Paris mit 2 Fuß Schnee bedeckt; der Winter ist förmlich zurückgekehrt. . . . Das Elend wird mit jedem Tage größer.

Alle Truppen sind konsignirt. Die Militärgefängnisse mit Gemeinen und Unteroffizieren vollgepfropft, die ihre sozialistische Wißbegierde bei Wasser und Brod büßen.

Bourges, 25. März. Wenn man glaubt, daß hier blos Nationalgerichtshof gehalten wird und Alles sehr criminaliter aussieht, so irrt man sich. Es wird im Gegentheile viel bankettirt und konspirirt. Sie kennen schon die Details des Bankets, das die hiesigen Rothen so zu sagen unter der Nase der zahllosen Polizeiagenten dem Ledru Rollin gaben, andere Bankette in kleineren Kreisen finden fast täglich unter Journalisten, Stenographen, Arbeitern und Soldaten (!) statt. Nicht weniger bezeichnend als diese volksthümlichen Regungen sind jedoch die Zusammenkünfte, welche die Hochgeschwornen unter sich halten. Diese Kränzchen finden bei Ravez, dem ehemaligen Kammerpräsidenten unter der Restauration statt, und sind rein politischer Natur. Die Lage der Republik wird darin diskutirt und soviel uns zu Ohren gekommen, regte man in den ersten Tagen sehr zarte Dinge an, welche im Elysée große Sensation verursachten. Sind wir nicht ganz unglücklich, so gelingt es wohl, den Schleier von diesen Conventikeln noch etwas höher zu heben. Sie sind wichtig, diese Conventikel, da der Gerichtshof aus allen Departements besteht. Ravez wurde von der Gironde als Juré geschickt. In jedem Fall geht der Prozeß hin-

nen 8 Tagen zu Ende. Er hat die großen Knalleffekthascher gänzlich getäuscht. Heute, Sontag, war keine Sitzung.

Italienische Staaten.

Rom, 21. März. In vergangener Nacht ist das Arsenal der Republik niedergebrannt und man schreit Verrath. Sämmtliche Kanonenwagen, welche heute an das Kriegsministerium abgeliefert werden sollten, sind ein Raub der Flammen geworden, außerdem eine nicht unbeträchtliche Masse Werkholz. Aber Feuer bedeutet Glück, und einem ächten Römer redet man diesen Aberglauben, der so brillante Anzahl von Fällen zu seinen Gunsten aufzuweisen hat, nicht aus. Der Muth wird demnach bei denjenigen, welche überhaupt von dieser heutzutage seltenen Waare haben, wachsen. Trotz aller so sicher getauchten Anzeichen einer nahe bevorstehenden Intervention haben doch nachgerade fast alle die Hoffnung auf baldige Erlösung aufgegeben. Die Republik aber rüstet und hat ein Generalaufgebot erlassen, indem sie alle ohne Unterschied in die Nationalgarde aufgenommen und sämmtliche Unverheirathete vom 18. bis 30. Jahr mobilisirt hat. Die Zwangsanleihe hat bis jetzt wenig gefruchtet. Alle unsere Nabobs melden sich auf einmal als unbemittelt an. Da aber wenig Gemeinsinn unter ihnen herrscht, so ist auch in ihre Handlungsweise wenig Uebereinstimmung gekommen. Bezahlt haben nur wenige, und in den Provinzen hat man sich so geschickt zu benehmen gewußt, daß die meisten den Beweis haben führen können, daß ihr Einkommen, die jährlichen 2000 Scudi nicht erreiche. Indem man nämlich alle nothwendigen Ausgaben in Abzug gebracht hat, sind die Rettoerträge bedeutend zusammengeschmolzen. Bevor die Bewohner des Kirchenstaats republikanische Erziehung und Bildung erhalten werden, mag einige Zeit erforderlich seyn. Das ist aber auch die ständige Klage unserer heißblütenden Patrioten, daß sie für ihre Republik keine Republikaner finden können. (A. A. Z.)

Roveredo, 26. März. Wir erfahren, daß Karl Albert, noch der Katastrophe bei Novara, in diese Stadt mit seinen Söhnen zurückgekehrt, Radetzky nicht nur um Frieden, sondern auch um Schutz für seine Person gebeten hat. (A. A. Z.)

Verona, 25. März. Wir erhalten eben das wichtige zweite Armeebülletin: „Hauptquartier Vespolato, 24 März 1849 8 Uhr früh. Gestern war eine blutige Schlacht zwischen den k. k. Truppen und der piemontesischen Armee bei Novara. Diese Armee wurde auf allen Punkten besiegt und in die Stadt Novara geworfen. Der König Karl Albert hat zu Gunsten seines Sohnes, des Herzogs von Savoyen, abgedankt. In diesem Augenblick befinden sich der sardinische Minister Cadorno und der General Cojato im österreichischen Hauptquartier und bitten um einen Waffenstillstand. Es wird unterhandelt. Wenn sich kein Erfolg ergibt, so wird der Angriff noch heute erneuert. Verona am 25. März 1849. (Fünfundzwanzigsten März.) Gherardi, Feldmarschallieutenant." (A. A. Z.)

Hauptquartier Vespolato, 24. März. Nach einer ungemein blutigen Schlacht bei Novara, wo von feindlicher Seite Karl Albert und Chzranowski commandirten und wo die Piemontesen auf allen Seiten geschlagen wurden und eine gänzliche Niederlage erlitten, rückten ihnen gestern Nachmittag und während der Nacht zwei unserer Armeecorps von Vercelli her in die Flanke, und umwickelten sie dergestalt, daß der König sich heute morgen genöthigt sah, Parlamentäre in unser Hauptquartier zu schicken und um einen vorläufigen Waffenstillstand zu bitten. Die Bedingungen unter welchen ihm dieser bewilligt ward, sind folgende: das Land bis zum Sesia bleibt von unsern Truppen besetzt, Alessandria wird übergeben, das Heer auf den Friedensfuß gesetzt, alle Lombarden, Polen rc. entlassen, und der Kronprinz, Herzog von Savoyen, als Geisel überantwortet. Letztere Bedingung aber fällt weg, da der König Karl Albert in diesem Augenblick zu Gunsten des Herzogs von Savoyen der Krone entsagt hat. Die piemontesische Armee, noch in Novara, ist in vollständiger Auflösung, Novora brennt an allen Ecken, der König und General Chzranowski haben die Stadt verlassen und werden, wie eben ein Ordonanzoffizier meldet, ins österreichische Hauptquartier kommen. Sie können sich keinen Begriff machen, wie brav die Truppen sich geschlagen haben. Obgleich z. B. bei Novara 4 Batterien 16pfündner in einem fürchterlichen Kreuzfeuer ganze Reihen niederrissen, so gingen die andern doch beständig im Schnellschritt vor; Verwundete sah ich sich losreißen und mit Gewalt ins Feuer zurückeilen. Sehr gelitten haben die Regimenter Franz Karl, Gyulay, Kinsky, die Wiener Freiwilligen, die Jäger und Kaiserjäger. Es war eine schreckliche Schlacht, die ungefähr 8 Stunden gedauert. Aber trotz der furchtbaren Ermattung sieht man die Soldaten auf allen Seiten jubelnd, lustig und wohlgemuth. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Sprech-Saal.

Theater in Nürnberg.

Dem Schlusse der Wintersaison unsers Theaters sehen wie mit wahrem Bedauern entgegen, da uns die letzten Monate gezeigt haben, wie die verständige und umsichtige Leitung der Herrn Komité-Mitglieder, die trefflichen Kräfte unsrer Oper anzuwenden und zum vielfachen Genusse des Publikums zu benutzen verstanden hat. Herr Kökert, Herr Sabano und Herr Herger verdienen die öffentliche Anerkennung ihrer aufopfernden Bemühungen, die auch durch große Theilnahme des Publikums belohnt werden, denn noch nie sahen wir so übervolle Häuser wie jetzt bei fast jeder Opernvorstellung. In der letzten Woche ging die reizende Oper Martha viermal über unsere Bühne und immer war der Zudrang so groß, daß sich auch am Freitag, wo zum Schlusse der Saison Martha zum letztenmal gegeben wird, dieselbe Theilnahme erwarten läßt. — Ueber die Partie der Martha ist bereits einstimmig das Urtheil gefällt, daß Frl. Reuß nicht nur eine unpassende Erscheinung für eine Martha ist, sondern die hohe Lage und der leicht kolorirte Gesang, den diese Partie erfordert, der Frl. Reuß durchaus nicht zusagt, weßhalb sie auch gestern wieder sehr stark detonirte. Frl. Pruckner hat deßhalb als Martha gefallen und Frl. Reuß hat offenbar mißfallen, denn den Ursprung des gestrigen Kranzes, der fast lautlos hernieder fiel, wollen wir schonend mit Stillschweigen behandeln. Herr Sabano hat in dieser letzten Woche eine Ausdauer seiner mächtigen Stimme bewiesen, die ihres Gleichen vergebens suchen möchte, denn er sang die anstrengende Partie des Lyonell in acht Tagen fünfmal und stets mit gleicher Kraft und Klarheit seiner herrlichen Stimme. Die volle Anerkennung wurde ihm besonders bei der zweiten Vorstellung, wo Frl. Pruckner die Martha sang, von dem musikalischen Publikum, das sich an diesem Abend versommelt hatte, zu Theil, wo er schon nach dem 4. Akte stürmisch gerufen wurde, wie es auch seine schöne Arie und Schlußscene im hohen Maaße verdiente. Wir verlieren in Herrn Sabano einen Tenoristen, wie ihn unsere Bühne noch nie besaß und wie wir ihn auch schwerlich wieder erhalten werden, denn ihm werden die Lorbeeren an größeren Bühnen blühen, wo seine hohe künstlerische Leistung — wie hier von jedem Kenner — wahrhaft verstanden und gewürdigt werden wird. Das schöne Andenken, das er in aller Herzen hier zurückläßt, möge er als dankbaren Tribut seiner trefflichen Leistungen mit in die Fremde nehmen.

Auch Herrn Herger sehen wir ungern scheiden, auch er hat sich durch manche treffliche Leistung die Liebe des hiesigen Publikums erworben und ist wiederum sein Plumkett eine sehr gelungene Darstellung durch ächten Humor wie durch schönen und ausdrucksvollen Gesang. Frau Froitzheim als Nancy verdient alles Lob und ist namentlich ihre schöne Tiefe in dieser Parthie von erfreulicher Wirkung, so wie auch ihr Spiel munter und angenehm ist. Da nun auch Chöre und Orchester gut einstudirt und die Oper eine in allen Theilen gelungene genannt werden kann, so wird die letzte Vorstellung derselben, wo Fr. Pruckner die Martha singt, ebenfalls als letztes Auftreten an hiesiger Bühne, einen ungestörten Genuß bereiten, worin sich nur die Wehmuth mischen wird, so geschätzte und geliebte Mitglieder zum letztenmal zu hören.

Wohnungsveränderung.

Da ich unterm Heutigen meine Wohnung in der Neuengasse S. Nr. 1180 verlassen, und dagegen meine neue in S. Nr 1011 der innern Laufergasse bezogen habe, so danke ich der bisherigen Nachbarschaft für Ihr Wohlwollen, und bitte die neue um freundliche Aufnahme. Auch bitte ich den verehrten Handelsstand mich in meiner neuen Wohnung mit Ihren ferneren gütigen Aufträgen wie bisher zu beehren.

Achtungsvoll empfiehlt sich

Matthias Heß, Flaschnermeister.

Jodsoda-Wasser-Füllung pro 1849.

Von den Jodquellen des Mineralbrunnen Krankenheil in Oberbayern hat die Füllung wieder begonnen und machen wir Aerzte und Patienten darauf aufmerksam. — Die Krankenheiler-Quellen sind die einzigen Jodsodaquellen, die bis jetzt bekannt sind und zeichnen sich nicht allein durch ihre wunderbaren Heilkräfte, sondern auch dadurch aus, daß sie von allen Naturen vertragen werden.

Bestellungen zu 25, 50 und 100 ꝛc. Krügen effectuirt

Joh. Kießling in Augsburg
und
August Dreyer in München.

Die Brunnendirektion.

Empfehlung.

Bei herannahender Osterzeit empfiehlt die unterzeichnete Fabrik:

1) Osterlämmchen und Ostereyer in verschiedenen Größen, Häschen, Zigarren und Zeltchen von der feinsten süßen Speiseschokolade;
2) verschiedene Sorten zum Verkochen: als gebrannte Cacao, pr. Pf. 30—40 kr.; Gesundheits-Schokolade 40—56 kr.; Vanille-Schokolade 1—3 fl.; Gewürz-Schokolade 48 kr. bis 1½ fl, Orangen-Schokolade 1—2 fl.

zu gefälliger Abnahme

Von obigen Gattungen ist nun auch ganz süßes Schokolade-Pulver von ½ Loth anfangend zu jeder beliebigen Gewichts-Quantität in Kapseln und Schachteln, so wie in eleganten Etuis und Blechbüchsen, besonders auf Reisen zu empfehlen, zu haben.

Nürnberg, am 29 März 1849.

Privil. Schokolade-Fabrik des Dr. K. Schüler, Hauptmarkt No. 17 a.

Industrie- und Kultur-Verein.

Sonntag, den 1 April

musikalisch-deklamatorische Unterhaltung.

Anfang fünf Uhr.

Nichtmitglieder sind einem Vorstandsmitgliede vorzustellen, und wird zugleich ausdrücklich bemerkt, daß von nun an nur solche eingeführt werden können, welche den Verein nicht schon drei Mal besucht haben; mitwirkende Nichtmitglieder haben, wie bisher, auch noch ferner freien Zutritt.

Wassertrüdinger Bleiche.

Die Spedition zur Wassertrüdinger Bleiche besorgt wie früher

Nürnberg, den 22. März 1849.

Friedr. Eebard Solger.

Empfehlung.

Schweizer-Butter

in ganz frischer Waare ist nun à 20 kr. pr. Pfund zu haben bei

George Goppelt.

Erwiederung.

Dem Einsender der Nebelflecken aus Bayreuth erwiedert die Red. der Mittelfr. Zeitung, daß sie denselben bereits an den Himmel dieser Nebelflecken als bedeutendsten Stern versetzt habe. Er ist also der erste Nebelfleckenstern.

Goldener Hirsch

an der Lauferstraße.

Sonntag den 1. April

Gesangs-Unterhaltung von Herrn Fischer,

wobei mehrere ganz neue Piecen vorgetragen werden. Für Schneeballen, Hefenküchlein und für anderes feines Backwerk ist bestens gesorgt. Zu recht zahlreichem Besuche ladet ergebenst ein

Sturm.

Schießhaus St. Johannis.

Sonntag Nachmittag Produktion vom

Kleeblatt

mit vielen neuen Abwechslungen in Gesang und Deklamation. Zum Schluße kann ohne Einlage ein Palmbeß gewonnen werden. Hiezu ladet höflichst ein

Keilermann.

Das Kleeblatt

produzirt sich Sonntag Abends bei Unterzeichnetem im Tafelhof. Hiezu ladet ein

Kühnlein.

Ansprache an unsere Mitbürger!

Daß unter der gegenwärtigen Stockung der Geschäfte der Arbeiterstand am empfindlichsten leiden muß, ist eine allgemein anerkannte Thatsache.

Wenn nun aber schon Entbehrungen und Opfer aller Art bei der bisher mangelhaften Beschäftigung, einen Zustand unter der arbeitenden Klasse hervorgerufen, der die wenigen Mittel und Kräfte der Einzelnen nach und nach vollkommen erschöpfte, so sehen wir uns durch die erfolgte theilweise Arbeits-Einstellung einer nicht zu schildernden, verzweifelnden, in ihren Folgen unberechenbaren Lage ausgesetzt.

Unsere Meister und Arbeitgeber bezeichnen den zu hohen Tagelohn der Arbeiter als die Ursache der Unlust an Bau-Unternehmungen von Seite unserer hiesigen Mitbürger.

Es wäre aber aller Menschlichkeit und Gerechtigkeit Hohn gesprochen, wollte man nach nachfolgender näherer Andeutung unserer ökonomischen Verhältnisse, auch ferner diese Behauptung geltend machen.

Nach einer angefertigten, fast unmögliche Einschränkungen gebietenden Zusammenstellung der unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse einer Bau-Handwerker-Familie von 5 Köpfen ergibt sich die Nothwendigkeit eines jährlichen Verdienstes von 401 fl.

Die Bescheidenheit dieses Ueberschlages wird gewiß Niemand in Abrede zu stellen wagen, wenn wir daraus anführen, wie die Bedürfnisse des Mannes für Kleider einschließlich Weißzeug und Fußbekleidung jährlich auf 33 fl. 35 kr., die der Frau auf 11 fl. 12 kr., die der Kinder auf 18 fl. festgesetzt erscheinen.

Das gleiche Verhältniß besteht bei den Ansätzen der Beköstigung, und man findet in erwähnter Zusammenstellung: wöchentlich 2 mal Fleisch 30 kr., wöchentlich ¼ Pfd. Schmalz 5 kr., wöchentlich für Salz, Pfeffer, Essig 3 kr.; und dennoch erzielt dieses geringste Maaß der Beanspruchung einer menschlichen Existenz einen Gesammtbetrag von fl. 401 —.! —

Hiegegen nun der als zu hoch bezeichnete Wochenlohn:

15 Arbeitswochen — 90 Tage — à 45 kr.	67 fl. 30 kr.
18 Arbeitswochen — 108 Tage — à 40 kr.	72 fl. — kr.
18 Arbeitswochen — 108 Tage — à 34 kr.	61 fl. 12 kr.
(1 Woche Feiertage)	200 fl. 42 kr.
von dem aber noch als unbeschäftigt mindestens 3 Monate zu abgehen,	50 fl. — kr.
	150 fl. 42 kr.
und mit Annahme eines Betrages für Arbeitsstunden ausser der gewöhnlichen Arbeitszeit von	28 fl. 48 kr.
sowie mit einem nur selten möglichen Erwerb der Frau von jährlich	50 fl. — kr.
sich auf	229 fl. 30 kr.
herausstellt.	
Nehmen wir noch die für Anschaffung und Erhaltung des benöthigten Handwerkzeuges erforderliche Summe von	6 fl. 36 kr.
in Abzug, so stellen sich	222 fl. 54 kr.
als Verdienst, und ein Defizit von 187 fl. heraus!	

Wir hegen die feste Zuversicht, daß schon diese allgemeine Andeutung genügen werde, um der irrigen Ansicht, als sey dieser Taglohn von 45 kr. zu hoch, bei denen unserer Mitbürger, bei welchen sie wirklich bestehen sollte, der Ueberzeugung Raum zu geben, daß selbst mit diesem unverkürzten Verdienst, eine fast unmögliche Entsagung und Entbehrung verbunden sind. Viele unserer Meister aber, welche uns verheiratheten wie ledigen Bürgern Nürnbergs gegenüber, unter dem Vorwande „es gäbe keine Arbeit mehr" die Herabsetzung des Tagelohnes von 45 kr. auf 40 kr. zu erzielen suchten, und uns auch theilweise ganz entlassen haben, beschäftigen nun auswärtige Gesellen, denen sie irgend einen beliebigen Tagelohn ausbezahlen, während doch der vorgeschriebene in Rechnung gesetzt wird; wir können sonach nicht in diesem angeblich zu hohem Tagelohn allein den eingetretenen Mangel an Arbeit erkennen, glauben vielmehr das Haupthinderniß in der unverhältnißmäßig hohen Berechnung des Bau-Materiales zu finden.

Wir schließen diese Ansprache an unsere Mitbürger mit der zuversichtlichen Erwartung, daß sie theilnehmende Herzen, erfüllt von wahrem Brudersinn und Menschenliebe finden muß, denen wir nicht erst noch zu sagen gebrauchen, daß wir kein unbilliges Verlangen stellen, für die angestrengteste Thätigkeit, mit welcher wir fast täglich unser Leben einzusetzen gezwungen sind, wenigstens das **Unentbehrlichste** zu einer menschlichen Existenz zu beanspruchen.

Die sämmtlichen Bau-Handwerker.

Gasthaus St. Peter.

Morgen Sonntag findet Quartett-Musik von den Herren Fleißner statt.

Gelber Löwe.

Montag Abends spielt das „Kleeblatt," wozu höflichst einladet

Kirsch

Einladung.

Samstag Abend produzieren sich die „Wanderer" bei Herrn Wirth Remmert im Schaefeneck an der Fröschau.

Kellnerin-Gesuch.

In einen Gasthof einer der ersten Städte Preussens wird sogleich eine in den zwanziger Jahren stehende Kellnerin gesucht, welche schon längere Zeit in gleicher Eigenschaft konditionirte und bei solidem Charakter ein angenehmes Aeusseres besitzt, und evangelischer Confession sein muß. Hierauf Reflektirende, welche oben angeführte Eigenschaften haben, wollen sich persönlich oder schriftlich an die Expedition d. Bl. wenden.

(Gesuch.) Eine Köchin auf deren Brauchbarkeit man sich verlassen kann, und auch in allen häuslichen Arbeiten geschickt ist, wünscht bis nächstes Ziel wieder in einem soliden Hause unterzukommen im Laden Nr. 20 am Rosmarkt.

(Gesuch.) Eine gesunde Stillamme wünscht sogleich Unterkunft. L. Nr. 404.

(Gesuch) Es werden unter vortheilhaften Bedingungen 1 oder 2 Schüler, welche eine hiesige Lehranstalt besuchen, in Kost und Logis zu nehmen gesucht.

(Gesuch) Ein junger Mensch von soliden Eltern kann als Kellnerlehrling täglich Unterkunft finden.

(Gesuch) Eine Köchin, welche sich willig jeder Hausarbeit unterzieht, wünscht nächstes Ziel unterzukommen. Näheres auf der Füll Nro. 308.

(Gesuch) In eine hiesige Lebküchnerei wird ein Lehrling anzunehmen gesucht.

(Gesuch.) Ein solides Frauenzimmer, welches in feinen weiblichen Arbeiten erfahren ist, sucht bis nächstes Ziel unterzukommen. Näheres Lammsgasse Nr. 345 über zwei Stiegen.

(Gesuch.) Ein Buchbinder und Lederarbeiter wünscht einen jungen Menschen unter billigen Bedingungen in die Lehre zu nehmen.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches schon längere Zeit zur Zufriedenheit ihrer Herrschaft diente, die sich auch aller vorkommenden Handarbeit willig unterzieht, wünscht am Ziel Walburgis bei einer soliden Herrschaft als Hausmagd unterzukommen. Näheres im Bahnhof bei Obermaschinist Zech.

(Zu vermiethen.) Eine Wohnung mit 4 Zimmern, 1 Alkov, 3 Kammern, Waschhaus, Hof mit laufenden Wasser ꝛc. ist zu vermiethen. Schütt Nr. 1693.

(Zu vermiethen) In der Nähe des Rathhauses ist ein helles Zimmer mit oder ohne Bett und Möbeln täglich zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In der schönsten Lage am Hauptmarkt ist eine sehr bequeme Wohnung mit 4 Zimmern, 2 Alkoven, Kammern, Küche, großen Böden, sonstigen Bequemlichkeiten und Stallung, Gewölben, Waschhütte ꝛc. zu vermiethen

---

Zu vermiethen oder zu verkaufen.

Mehrere große Kanal-Schiffe (Zillen) sind zu vermiethen oder auch zu verkaufen.

Ferner werden allerlei entbehrliche aber noch ganz brauchbare Schiffs-Requisiten billig weggegeben Näheres in der Exp d. Bl.

(Zu verkaufen.) Oblatenabfall der Metzen für 5 kr. sind in S. Nro. 452 der Thiergärtnerthorstraße zu verkaufen.

Mit einer Beilage.

Nachmittags 5 Uhr wird noch eine Beilage ausgegeben.

Deutsche Staaten

** **Frankfurt**, den 28. März. [200. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Die Tagesordnung enthält die Berathung und Beschlußfassung über den von dem Verfassungs-Ausschusse zu erstattenden Bericht, die Veröffentlichung der Reichsverfassung und des Wahlgesetzes, sowie die Wahl des Kaisers betreffend.

Der etwas spät anlangende Ausschußbericht lautet:

In Folge des in der Sitzung vom 27. März c. gefaßten Beschlusses stellt der Verfassungsausschuß den Antrag:

Die Nationalversammlung wolle beschließen: I) In Beziehung auf die Vollziehung und Verkündigung der Reichsverfassung: A. die Verfassung wird von dem Bureau und den Mitgliedern unterzeichnet. B. sie wird von der Nationalversammlung verkündigt und zwar in folgender Form:

Der Eingang soll lauten:

Die deutsche verfassunggebende Nationalversammlung hat beschlossen und verkündigt als Reichsverfassung: Verfassung des deutschen Reichs u. s. w.

Der Schluß soll lauten:

Zur Beurkundung,
(Ort.) (Zeit.)

II. In Beziehung auf die Wahl des Kaisers:

A) Die Wahl des Kaisers soll sofort von der Nationalversammlung vollzogen werden. B) Die Wahl erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit. C. Jedes Mitglied der Nationalversammlung wird mit Namensaufruf aufgefordert, den regierenden deutschen Fürsten zu nennen, welchem er seine Stimme giebt. D) Die erfolgte Wahl des Kaisers wird sofort Namens der Nationalversammlung durch ihren Präsidenten öffentlich verkündet. E) Der erwähnte Kaiser soll durch eine Deputation der Nationalversammlung eingeladen werden, die auf ihn gefallene Wahl auf Grundlage der Reichs-Verfassung anzunehmen. F) Die Nationalversammlung spricht das feste Vertrauen aus, daß die Fürsten und Volksstämme Deutschlands, großherzig und patriotisch in Uebereinstimmung mit der Nationalversammlung, die Verwirklichung der von ihr gefaßten Beschlüsse mit aller Kraft fördern werden.

III. Daß die Nationalversammlung versammelt bleibe, bis der nächste Reichstag nach den Bestimmungen der Reichsverfassung berufen und zusammengetreten seyn wird.

I. Minoritätserachten.

Die Nationalversammlung beschließe:

1) Die Wahl desjenigen regierenden Fürsten Deutschlands, welchem die verfassungsmäßige Reichsoberhauptswürde, und zwar erblich im Mannesstamme seines Hauses nach dem Rechte der Erstgeburt übertragen werden solle, hat von einem ausdrücklich zu diesem Zweck einzuberufenden Reichstage zu geschehen.

2) Die Einberufung dieses Reichstages, so wie Ausschreibung der Wahlen zu den beiden Häusern desselben nach Maßgabe der Reichsverfassung und des Wahlgesetzes hat durch die provisorische Centralgewalt statt zu finden.

3) Als der Tag der Versammlung des Reichstags wird der 1. Mai 1849 und als Versammlungsort Frankfurt am Main bestimmt.

4) Die Wahl des Reichsoberhauptes geschieht in einer gemeinschaftlichen Sitzung beider Häuser nach absoluter Stimmenmehrheit.

5) Dem gewählten regierenden Fürsten wird der Beschluß des Reichstages durch eine von demselben gleichfalls in gemeinschaftlicher Sitzung beider Häuser zu wählenden Deputation angezeigt, und er nach Erklärung seiner Annahme durch den Reichstag als Reichsoberhaupt proklamirt.

6) Das Reichsoberhaupt legt sohin nach Maßgabe der Reichsverfassung den darin vorgeschriebenen Eid ab und übernimmt die Reichsregierung.

7) Mit dieser Uebernahme der Reichsregierung hört die Wirksamkeit der provisorischen Centralgewalt auf.

8) Im Falle der gewählte regierende Fürst die Wahl nicht annehmen sollte, so ist nach Maßgabe des gegenwärtigen Gesetzes von dem Reichstage zur neuerlichen Wahl zu schreiten. Detmold. Sommaruga. Mühlfeld.

II. Minoritätserachten. Die National-Versammlung beschließe: „Die nunmehr angenommene deutsche Reichsverfassung sey, nach dem über die Verkündigung der Reichsgesetze unterm 23./27. September 1848 erlassenen Reichsgesetze durch die provisorische Centralgewalt auf die in diesem Gesetze enthaltene Art und Weise zu verkündigen."

Mühlfeld. Detmold. Lassaulx. Sommaruga.

Mit großer Mehrheit werden angenommen, sowohl die Ausschußanträge unter I., als die unter II. und III., unter Ablehnung aller sonstigen Zusätze und Verbesserungsanträge. Allgemeine Bewegung, nachdem dieser Beschluß gefaßt ist und Pause!

Das Haus schreitet zur Kaiserwahl, die der Präsident mit folgenden Worten einleitet:

Meine Herren, zur Vollziehung der Beschlüsse, die die Nationalversammlung eben auf Antrag des Verfassungsausschusses in Betreff der Vollziehung und Verkündung der Reichsverfassung gefaßt hat, werde ich die eben revidirten Verfassungsurkunden dem Bureau und den andern Mitgliedern der Nat.-Vers. vorlegen lassen. Inzwischen wird die Vers. darin übereinstimmen, daß mit unserer Erklärung die in Rede stehende Verfassung, wie sie aus den Beschlüssen der letzten Tage hervorgegangen ist, hiermit als verkündet angenommen worden ist. Dies vorausgesetzt, meine Herren, gehen wir zu der Vollziehung der Beschlüsse unter II. in Beziehung auf die Wahl des Kaisers über. Ich werde jedes Mitglied mit Namensaufruf auffordern lassen, den regierenden deutschen Fürsten zu nennen, welchem er seine Stimme für die Kaiserwürde gibt. Ich weiß, meine Herren, es ist Niemand in diesem Hause, der nicht mit mir in dem indrünstigen Wunsche sich vereinigt, daß der Genius unseres Vaterlandes walten möge über diese Wahl.

Die Abstimmung geschieht, indem der Schriftführer langsam die Namen der Mitglieder verliest, worauf diese von ihren Plätzen mit dem Namen des deutschen Fürsten antworten, den sie zur Kaiserkrone berufen wissen wollen. Die ersten Namen im A. gehören Oesterreichern an, die mit dem Rufe: „stimmt nicht" antworten, worin sie die Mitglieder der äußersten Linken, die Ultramontanen und die Partikularisten von Bayern, Hannover u. s. w. zu Begleitern haben, wie v. Bothmer, Detmold, Hugo, v. Linde u. A. Der erste, der den Namen, der dann so häufig wiederkehrt: „Friedrich Wilhelm, König von Preussen" ausspricht, ist Hr. Albert von Quedlinburg. Hr. Berger aus Wien: wählt keinen deutschen Kaiser, Graf Deym v. Hohenelbe in Böhmen antwortet: „Ohne Mandat". Sepp aus München: „wählt keinen Gegenkaiser." (Unwille.) Hartmann aus Leitmeritz: „will nicht Theil haben an einem Anachronismus und wählt nicht" (eine Motivirung die mit Zischen aufgenommen wird.)

Heckscher ruft mit Heftigkeit, daß er sich der Wahl enthalte. Desto nachdrücklicher trägt der ihm folgende Henkel aus Kassel sein: „Friedrich Wilhelm der vierte König v. Preussen" vor. Hr Jürgens nennt denselben Kaisernamen; auch die Hrn. Kirchgeßner aus Würzburg, Haubenschmidt aus Passau, Paur aus Augsburg, Schoder aus Stuttgart, Temme aus Münster. Fürst Waldburg-Zeil ruft: „Ich bin kein Kurfürst!" Hr. Mohr aus Ingelheim „wählt kein erbliches" — das Wort fehlt ihm und die Versammlung ergänzt lachend: — „Oberhaupt." Noch weiter geht Hr. v. Trützschler aus Sachsen, der gar kein Oberhaupt wählt, wie er versichert. Hr. Raveaux enthält sich der Wahl, Hr. Reinhard aus Boytzenburg und Hr. Schlöffel verwahren sich mit Eifer gegen „die Wahl eines Fürsten."

Gegen 3 Uhr ist der Wahlakt vorüber. **Der Präsident verkündet dann das Ergebniß desselben. Die 290 abgegebenen Stimmen haben sich auf Friedrich Wilhelm IV. König von Preussen vereinigt.** 245 Mitglieder haben sich der Abstimmung enthalten. Der Präsident proklamirt daher Friedrich Wilhelm als den von der verfassunggebenden Nationalversammlung auf Grund der Verfassung erwählten „Kaiser der Deutschen". Die Versammlung erhebt sich einhellig — nur die Mitglieder der äussersten Linken bleiben sitzen — ruft dem Vaterlande und Kaiser Lebehoch und man hört das Glockengeläute einfallen.

Die nach Berlin bestimmte Deputation zur Ueberbringung der Kaiserwahl soll vom Bureau ernannt, aus 24 Mitgliedern bestehen und an ihrer Spitze sich der Präsident der Nationalversammlung befinden.

---

†† Politische Schlagschatten.

VII.

Der Reichsverweser hielt seinen Einzug in Frankfurt, aber schon damals konnte er merken, daß nicht Alle für ihn schwärmten, denn unter seinen Fenstern ertönten die Hochs für die deutsche Republik. Seine erste Haupthandlung war die Auflösung des deutschen Bundestags, aber dafür traten Regierungsbevollmächtigte der einzelnen Staaten ein und es kann wenigstens nicht verwehrt werden, hier eine Seelenwanderung anzunehmen, so daß die Seele des alten Bundestags in das neu geschaffene Institut der Regierungsbevollmächtigten einzog. Die Ernennung des Ministeriums Schmerling, das einmal auf kurze Zeit beseitigt, später aber wieder zur Fähigkeit erhoben wurde, der Majoritätsbeschluß, daß der Reichsverweser die Beschlüsse des Parlaments nicht zu verkündigen und zu vollziehen brauche, wenn es ihm nicht beliebe, die langsame Berathung der Grundrechte der Deutschen, die bei der ausgemachten zweiten Wandlung durch die Versammlung so zugeschnitten in wesentlichen Punkten wurden, daß sie ganz gut zu dem Kleide passen, das die fortgeschrittene Reaktion später als Mode diktirte und die nun trotz dem nur von einzelnen kleinen deutschen Regierungen angenommen wurden, während sie von den größeren härtnäckig nicht verkündet werden, die ganze kostspielige Wirthschaft für das Parlament um Nichts und wieder Nichts, die trotz der Nichtannahme der Civilliste von Seiten des Reichsverwesers doch die finanziellen Kräfte Deutschlands bedeutend erschöpfen muß und in der Erhöhung der Heeresmacht auf 900,000 Mann den anklagbarsten Beitrag liefert, die Beibehaltung des Adels, die Räumung der Gallerien, so daß die Theilnahme des Volkes an den Sitzungen geschmälert wurde, das Alles hatte eine Mißstimmung, ja, eine Mißachtung gegen das Parlament im Volke hervorgerufen, welche endlich den höchsten Grad erreichte und das Verlangen erweckt, daß die Majorität entweder durch Neuwahlen ersetzt, oder wenn dieß nicht ginge, lieber das ganze Parlament zu tagen aufhören möge, was nächstens so kommen wird. Der Reichsverweser hatte von vornherein eine nicht neidenswerthe Stellung. Von der Einfachheit, Treuherzigkeit und Freiheit seiner steyerischen Berge in die Finessen und Winkelzüge der Diplomatie hinein, mußte er sich selbst vorkommen, wie eine ausstaffirte Lüge, die überall stereotyp sich vernehmen lassen mußte. Er hielt es gar nicht hehl, daß er im Einverständnisse mit den deutschen Regierungen das Provisorium übernommen und als er die ersten Anordnungen zu seiner Begrüßung durch die deutschen Truppenkörper und die Aufsteckung der roth-schwarz-goldnen Kokarden, neben denen der Nationalkokarden befahl, da gehorchten blos die kleineren Regenten, den König von Würtemberg mit eingeschlossen, Preussen, Oesterreich, Bayern, Hannover, Sachsen dagegen neigten sich unverdeckt zu einem Patrikularismus hin, der bei verschiedenen Gelegenheiten die spezifische Seite seiner Selbstständigkeit recht geflissentlich herauskehren wollte und die Centralgewalt dieserhalb in öffentlichen Blättern der Schwäche zeihen hieß. Das Parlament zeigte augenblicklich die Zähne, als der König von Hannover nicht recht ins Geleise und etwas Appartes für sich haben wollte, gegen Preussen aber, das noch weit ärger aus der Bahn hinausgalopirte, da schwieg das Parlament mäuschenstille. Die größeren Staaten durften sich überhaupt sehr Viel herausnehmen, die kleineren dagegen wurden immer gleich auf die Finger geklopft, und wenn es wirklich an das Mediatisiren ginge, so würden wieder nur die Kleinen daran kommen, was an ein bekanntes deutsches Sprichwort erinnert.

Das Renitiren der Einzelregierungen gegen die Centralgewalt und ihr gleichwohl reaktionäres Reichsministerium dauerte so lange fort, bis von Frankfurt aus nach der Windrose hin Erlaubnißscheine zum Wiederaufrichten der gebeugten Kopfe der Polizei flogen und die Ueberwachung der Presse so wie des Vereins- und Versammlungsrechts anempfohlen wurde. Da bewiesen sich die Einzelregierungen ohne die geringste Einwendung sehr gefüglg und flugs erfolgten in einzelnen Staaten Verbote und Beschränkungen der Presse und der Vereine und statt der vom Vorparlamente geforderten Volkswehr *) und Verminderung der stehenden Heere, ließ man allenthalben äußere Feinde spucken und schuf eine an dem Mark des Landes zehrende Militärdespotie, die trotz aller Eide auf die Konstitutionen, dennoch stets dienstwillig die Hand zur Unterdrückung der Volksfreiheiten bietet.

*) Die bisher in's Leben gerufenen deutschen Bürger-, Stadt- und anderen Wehren sind ein eben so schwacher Abklatsch einer tüchtigen Volkswehr, wie die Politik des Reichsministers Schmerling nur ein Zerrbild der Politik Metternich's genannt werden konnte.

Deutsche Staaten.

†*† **Berlin**, 27. März. [II. Kammer. Sitzung. Forts. der Adreßdebatte.] Satz 10 lautet: „Wir wünschen aufrichtig, daß die Aufkündigung des Waffenstillstandes Seitens der Krone Dänemarks keine Störung des Friedens herbeiführe, dessen Erhaltung die freundschaftlichen Verhältnisse Eurer K. M. Regierung zu den übrigen auswärtigen Staaten verheißen. Sollte jener Wunsch aber wider Verhoffen nicht in Erfüllung gehen, so werden wir, wo es die Ehre Deutschlands und Preußens gilt, Euer K. M. Regierung in deren Wahrung auf das Kräftigste zu unterstützen bereit sein."

Das Amendement von Rodbertus und Genossen lautet hierzu: „Wir haben gern vernommen, daß die friedlichen und freundlichen Beziehungen Preußens zu den fremden Staaten im Allgemeinen keine Störung erlitten haben. Wir hegen die Erwartung, daß Ew. M. Regierung mit Aufmerksamkeit den Bewegungen dieser Staaten folgen und die Preußen gebührende Stimme überall im Sinne der Gerechtigkeit und Ehre, der wahren Interessen Deutschlands wie Preußens geltend machen wird. Bei Befolgung solcher nationalen Politik kann auch die erfolgte Kündigung des Waffenstillstandes von Malmö Seitens der Krone Dänemark uns die Hoffnung nicht rauben, daß die Differenzen mit diesem Lande, durch welche im vorigen Jahre der Frieden und mit ihm Handel und Schifffahrt unterbrochen wurden, endlich auf eine befriedigende Weise erledigt werden." Die entsprechende Stelle aus dem d'Ester'schen Entwurf lautet: „Die friedlichen u. freundschaftlichen Beziehungen Ew. M. Regierung zu den übrigen fremden Staaten berechtigen uns auch zu der Hoffnung, daß bei den neuerdings wieder drohenden Zerwürfnissen mit der Krone Dänemarks Preußen alle ihm zu Gebote stehende Kraft anwenden werde, um endlich einen mit der Ehre Deutschlands und den materiellen Interessen seiner Bewohner erträglichen Frieden herbeizuführen.

Berichterstatter v. Vincke macht darauf aufmerksam, daß eine Diskussion vor der Schlacht nicht angemessen sey. Die Adreßkommission habe deßhalb jede Erwähnung der materiellen Opfer und der Veranlassung des Krieges unterlassen, und er bitte, dieß bei der Diskussion zu beachten.

Arnts. Zum ersten Male beräth heute in Preußen die Volksvertretung über Gegenstände der auswärtigen Politik. Die Tribüne hat ihre Verantwortlichkeit so gut, wie die Räthe der Krone. Die Regierung wird natürlich immer vorzugsweise mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten betraut bleiben, aber die Kammer muß stets eine Volksüberzeugung über die auswärtigen Angelegenheiten begründen. Die Regierung muß den Puls des Landes fühlen, um überall vom Volke getragen zu seyn. Die Thronrede sagt über die auswärtigen Angelegenheiten sehr wenig, die Adresse der Kommission eben so wenig, — sie ist auch hier nichts als das Echo der Thronrede. Sie entspricht also auch den Wünschen Derer nicht, welche dem Parlament in der auswärtigen Politik die Initiative vindiciren. Das Amendement Rodbertus zeichnet der Regierung in wenigen Worten den Gang vor, den sie in den ausw. Angeleg. der Politik zu nehmen habe. Es bezeichnet den Vorwurf, den man so oft der Opposition gemacht hat, daß sie nur negativ sey. Preußen ist vor allen Dingen eine europäische Großmacht. Um Preußen auf dieser Höhe zu erhalten, hält es seit 1815 eine Heeresmacht, die einen sehr großen Theil seines Budgets verschlingt. Seine Bestimmung ist, die aus einander gefallenen deutschen Stämme zu verbinden. Die Vereinigung des Herzogthums Preußen mit den Jülich-Clevischen Ländern ist in dieser Beziehung eine überraschende und beweisende Thatsache. Die Wiener Traktate zeichnen denselben Weg vor, und sie bilden die Basis des neuern europäischen Völkerrechtes. Der Zeitpunkt ist gekommen, wo Deutschland auf den Boden dieses positiven Rechts zu treten hat. Mit dem März v. J. ist auch für die auswärtige Politik Preußens der Wendepunkt gekommen.

Auch absolute Staaten können eine nationale Politik vertreten. Nicht in dem Absolutismus allein liegen die Fehler der früheren Politik, alles Unheil kommt von dem Bunde der nordischen Mächte. Die Politik dieser Verbindung hat ihren Ursprung in der Coalition von Pillnitz, sie hat überall die nationale Politik vernachläßigt, sie hat für uns die Gefahr herbeigeführt, daß eine auswärtige Macht gegen die Freiheit in unserem Vaterlande unternehme, was wir 1791 gegen die französische Revolution versucht haben. Der Redner erörtert aus diesem Gesichtspunkt die preuss. Politik ausführlich in allen ihren Bethätigungen seit 1815 in Bezug auf die pyrenäische Halbinsel, die Niederlande, namentlich Betreffs der Rheinschifffahrt u. s. w. Ueberall sey das nationale und das preussische Interesse verletzt worden. Holland habe das rechte Maas u. s. w. erhalten, Rußland habe Polen einverleibt, und die Stipulationen von 1815, welche uns den Absatz nach Polen sichern, sind nicht zur Ausführung gekommen. Krakau haben wir an Oesterreich abgetreten; damit haben wir einen wichtigen Punkt an der Gränze einem gefährlichen Nachbar überlassen und den Handel Schlesiens ruinirt. Wir haben damit den Rechtsboden der Verträge von 1815 verletzt und können uns selbst nicht mehr auf diese stützen. Wir haben mit dem Völkerrecht unser eigenes Interesse verletzt. (Beifall.) Was haben wir gegen das Einrücken russischer Truppen in die Donaufürstenthümer gethan? Wir haben geschwiegen. Bald werden uns die Märkte der Donaufürstenthümer verschlossen seyn, wie die russischen Märkte selbst. Die Donaumündungen sind in den Händen der Russen und das schwarze Meer wird ein Binnensee Rußlands werden.

Das sind die Früchte der Politik der heiligen Allianz, das sind die Vortheile, die uns Rußland für die zahllosen Complaisancen bietet. Das Zurückbleiben Preussens in der politischen Entwicklung selbst hinter den kleinen Staaten Süddeutschlands gehört zu diesen Früchten. Der Redner erinnert an die bekannte russische Note und an eine diplomatische Korrespondenz, in der es heißt: auch dem Könige von Preussen könne man nicht mehr trauen, seitdem er durch die Organisation seines Heeres einen großen Theil seiner Macht in die Hände des Volkes gelegt habe. Der Absolutismus habe wie ein eiserner Ring die Entwicklung der Freiheit mit Hülfe der heiligen Allianz gehemmt. Noch immer befolge Preussen diese Politik, das zeige unter Anderem seine Stellung zur italienischen Frage. — Der Redner geht über, die Gefahren aufzuweisen, die uns von Rußland drohen. Von Westen drohe keine solche Gefahr, und die russische Allianz würde uns vor dem Verlust der Rheinprovinzen nicht schützen. — In der preussischen Handelspolitik vermißt er einen Grundgedanken. Dieser Grundgedanke müßte die Handelsfreiheit seyn. Die letzten Konsequenzen des Schutzzollsystems sind nicht zu berechnen, die des Freihandels liegen offen zu Tage, sie sind die der freien Entwicklung. Diese Betrachtungen führen den Redner auf den Sundzoll. Auch hier habe Rußland eine nationale Politik Preussens verhindert. Der Sundzoll sey ein Schutzzoll, ein Schutz für die Konkurrenz der englischen Baumwollenindustrie auf unseren Märkten. Er kündigt einen Gesetzesvorschlag an, der dahin gehe, daß der Sundzoll, den preussische Schiffe zahlen, zurückerstattet werde. Der Betrag von 40,000 Thaler werde für den Staatsschatz kein zu großes Opfer seyn im Interesse des so gefährdeten Handels. — Endlich zu Dänemark übergehend, bemerkt er, die Kündigung des Waffenstillstandes sey unerwartet gekommen, das zeige die Thronrede, aber dieser Umstand ergebe auch, daß seit dem November Nichts durch Unterhandlungen geschehen sey. Er wolle nicht interpelliren, da dies während schwebenden Unterhandlungen nicht angemessen sey. Aber auch hier wisse man, daß Rußland an dem Verbleiben Schleswigs bei Dänemark ein Interesse habe. Was den Adreßentwurf betreffe, so sey er ihm zu kriegerisch.

Minister des Ausw. Er wolle dem Redner nicht durch ganz Europa folgen, er wolle nur erklären, daß ihm keine Note weder direkt noch indirekt bekannt geworden sey, in welcher Rußland gegen Veränderungen in Deutschland sich ausgesprochen habe. Es sey ferner nicht richtig, daß lange Zeit nach dem Waffenstillstande nichts geschehen sey, durch Hin- und Herschreiben sey viel Zeit verloren gegangen; jetzt sey eine Basis für die Präliminarien gewonnen, und man hoffe, daß dieselben zu Stande kommen werden. Uebrigens sey Preussen keine Principalpartei, sondern die Centralgewalt die hauptbetheiligte Friedensvermittlung.

27 Mitglieder der Rechten beantragen den Schluß der Debatte. Die Rechte ist für, die Linke und mit ihr die Minister v. Manteuffel und Heydt gegen den Schluß. Es erfolgt die Zählung. 165 für, 160 gegen den Schluß.

Grossekann beantragt Namensaufruf über den Schluß der Debatte. 172 für, 159 gegen den Schluß. Der Schluß ist angenommen.

Berichterst. v. Vincke erklärt sich mit Bezug auf den Vortrag von Reetz: in England würde ein solcher Vortrag nicht gehalten werden können, die Engländer seyen zu praktisch, um die Vergangenheit aufzurütteln und zu stolz, um ihre Sünden öffentlich aufzudecken. Wenigstens würde kein Theil des Unterhauses ihn mit Bravo empfangen. Jedenfalls gehöre der Vortrag nicht zur Adreßdebatte. So könne man von der Politik des Minist. in Bezug auf Italien nicht sprechen, da man gar keine Ahnung von dem habe, was das Minist. in dieser Beziehung gethan. Desiderien habe der Redner nicht geäußert, und er (v. Vincke) müsse wünschen, daß Oesterreich im Interesse Deutschlands den Besitz von Venedig erhalten werde. Die russische Note sey vom Min. des Ausw. vollständig desavouirt, und es scheine überhaupt nicht, als ob die neusten Schritte der Regierung mit Rußland im Einverständniß stehen. Die Handelspolitik werde nicht in Berlin, sondern in Frankfurt gemacht, und was die Rückerstattung des Sundzolls betreffe, so werde eine solche Maßregel die Höhe der Zollsumme von 100,000 fl. erheblich steigern. Den kriegerischen Charakter der Adresse müsse er in Beziehung auf Europa in Abrede stellen, es sey aber nicht an der Zeit, Dänemark gegenüber die Sprache des Friedens zu reden. Die Annahme des Rodbertus'schen Amend., die Erwähnung der mater. Opfer würde dem Feinde gerade eine Waffe in die Hand geben. Der Grundsatz der Kommission sey gewesen: si vis pacem, para bellum. (Beifall.)

Man geht zur Abstimmung über, zunächst durch Namensaufruf über das Amendement Rodbertus. Dasselbe wird mit 182 gegen 150 verworfen. Ein von Wesendonck eingebrachtes Amendement und der Passus des d'Ester'schen Entwurfs eben so. Dagegen wird der Adreßentw. angenommen. Satz 11 lautet: „Innig beklagen wir den Verlust, welchen das Kgl. Haus, wie das Vaterland durch den Hintritt eines tapfern und hochherzigen Prinzen erlitten, der den alten Ruhm der Hohenzollern auch unter fernen Zonen bewahrt hat."

d'Ester und Genossen ziehen ihr Amendement („Wir theilen den Schmerz und den Verlust eines Prinzen Ew. Maj. Königl. Hauses") zurück und der Entwurf wird unverändert angenommen. —

Janiszewski erklärt, die Sache der Polen sey zu wichtig, um beiläufig bei der Adreßdebatte zur Sprache gebracht zu werden. Das Amendement von Lipski und Genossen und von d'Ester und Genossen werden deßhalb zurückgezogen.

Der Schlußsatz der Adresse wird zur Diskussion gestellt. Er lautet: „Königliche Majestät! Wir haben unsere Wirksamkeit in dem Bewußtseyn begonnen, daß es jetzt mehr als je gelte, voll von Hingebung für die große Sache, der wir uns widmen, dazu mitzuwirken: daß das von schweren Stürmen bewegte leidende Vaterland den Segnungen der Freiheit theilhaftig werde, welche ein Volk nur genießen kann, wenn Gottesfurcht, wenn Achtung vor dem Gesetze wenn Gerechtigkeit und Gemeinsinn die Träger seines öffentlichen Lebens sind. Möge die Vorsehung, welche die Herzen der Könige, wie die Geschicke der Völker lenkt, Ew. kgl. Maj. und den Vertretern des Volkes ihren Beistand verleihen, daß es uns, wie unseren Vätern, welche in guten wie in bösen Tagen fest zusammenhielten mit ihren Fürsten, gelinge, auf jenen Grundlagen die Zukunft Preussens und mit ihm Deutschlands unerschütterlich zu begründen."

Hierzu das Amdmt. von D'Ester und Genossen: „Das Vaterland wird uns zu jeder Zeit bereit finden, nach unseren Kräften beizutragen, daß die Forderungen des Volkes erfüllt, seine Freiheit und seine Rechte geschützt werden. Wir hoffen, daß mit Ew. Maj. Beistand dieses Ziel erreicht, die Ehre und der Ruhm Preussens erhöht und unserem Vaterlande eine friedliche und segensreiche Zukunft bereitet werde."

Schwarz (Insterburg) findet es unangemessen, daß pietistische und frömmelnde Sätze in der Adresse der Vertreter eines großen Volkes Platz finden sollen.

Herrmann ist der Meinung, gerade wegen dieser Schlußsätze werde das Volk der Kammer zujauchzen.

Man schreitet zur Abstimmung. Die Schlußsätze der Kommission werden angenommen, das Amdmt. wird verworfen. — (Schluß 3½ Uhr.)

Zur Abwehr.

Die kgl. Regierung von Mittelfranken stellt durch einen Erlaß vom 27. Februar die Volksschullehrer unter strengste Beaufsichtigung: erstlich der geistlichen Vorgesetzten, zweitens der weltlichen Polizei. Es wird nämlich den Lehrern zum Vorwurfe gemacht:

1) Sie mißkennen ihre Stellung;
2) streben nur nach Verbesserung ihrer materiellen Verhältnisse und nach größerer Selbstständigkeit,
3) lassen sie sich in einen Kampf mit ihren geistlichen Vorgesetzten ein,
4) haben sich den extremsten politischen Ansichten angeschlossen,
5) unterrichten die Jugend nicht gehörig im Guten,
6) verbreiten Irrlehren und verkehrte politische Ansichten unter ihren Schülern, und
7) stellen dadurch ein großes Unglück des Gesammtvaterlandes in Aussicht.

1) Die Lehrer sind nach der Ansicht der k. Regierung Gemeindediener. Als solche aber ist es ihre Pflicht, sich eng an die Gemeinde anzuschließen, und mit derselben zu gehen, so lange sie sich auf dem Wege des Rechtes befindet. Dies bleibt sogar auch dann noch die Pflicht der Schullehrer, wenn ihr dienstliches Verhältniß zur Gemeinde sollte geändert werden. Indem sie das wissen und darnach sich verhalten, kann nicht zugestanden werden, daß sie hierin ihre Stellung mißkennen.

2) Die materiellen Verhältnisse der Schullehrer, und ihre Unterordnung unter den geistlichen Stand, sind nicht geeignet, ihnen Zufriedenheit mit ihrem bisherigen Loose einzuflößen. Jene bieten in der Regel zu wenig zum Leben, zu viel zum Streben; diese ist widernatürlich, und stehet allein unter allen Ständen als Ausnahme da. Indem die Schullehrer das wissen, und darnach streben, dort eine Verbesserung, hier eine natürliche Ordnung der Dinge herbeizuführen, kann nicht zugestanden werden, daß sie hierin ihre Stellung mißkennen.

Daß dieses Streben ihr einziges wäre, ist uns nicht bekannt; vielmehr ist ersichtlich, daß sie vor Allem auch ohne Verbesserung ihrer materiellen Lage und ohne Aenderung ihrer Aufsichtsbehörde, eine gute Volksbildung herzustellen bemüht sind. Das fordert aber ihr Beruf, ihre Pflicht, und indem sie dieser Genüge zu leisten suchen, kann nicht zugestanden werden, daß sie ihre Stellung mißkennen.

3) Wenn sie über diese Dinge mit dem geistlichen Stande in einen Kampf gerathen sind, so führen sie denselben nicht als gerichtet gegen ihre Vorgesetzten. Die Schullehrer wissen, daß die Gesetze müssen gehalten werden, so lange sie bestehen, daß man aber, wenn man ein Gesetz nicht als gut erkennt, darauf antragen darf, es abzuschaffen. Deshalb ehren die Lehrer die bestehenden Verhältnisse zu ihren geistlichen Vorgesetzten, und leben mit ihnen in Frieden bis auf wenige Ausnahmen, und auch diese entspringen allermeist nicht aus einer Auflehnung gegen die Geistlichen als gegen ihre Vorgesetzten, sondern es liegen gewöhnlich ganz andere Ursachen zu Grunde. Der Kampf der Lehrer gegen die Geistlichen ist ein allgemeiner, und es streitet sich dabei nicht gegen Personen, sondern um Grundsätze. In diesem Verfahren finden die Lehrer keine Verletzung ihrer Verhältnisse zu den geistlichen Vorgesetzten, und es kann daher nicht zugestanden werden, daß sie ihre Stellung mißkennen.

4) Extreme, politische Ansichten zu haben, ist an sich weder tadelnswerth, noch lobenswerth, sie werden erst eines von beiden einer andern Ansicht gegenüber, und umgekehrt. Nun wissen die Schullehrer zwar nicht, welche Ansichten als extremste ihnen zum Vorwurfe gemacht werden; sollte aber die Annahme und das Eingehen der Gesinnung in die »Grundrechte des deutschen Volkes«, sowie die Anerkennung, daß die Reichsversammlung befugt sey, ein Reichsgrundgesetz für Deutschland zu entwerfen, als extrem bezeichnet werden: so haben sich die Schullehrer allerdings, so viel wir wissen, in überwiegender Anzahl, vielleicht alle, diesen politischen Ansichten angeschlossen; aber diese Ansichten sollen ja auch in ganz Deutschland zu Recht bestehen, und wer sich zu ihnen bekennt, verdient Lob, wogegen die gegenüberstehende Ansicht dem allerschärfsten Tadel verfällt.

5) Daraus, daß die Schullehrer sich zu den Grundrechten des deutschen Volkes und zu der Ansicht bekennen, die Reichsversammlung habe die Befugniß, im Namen und Auftrag des deutschen Volkes ein Reichsgrundgesetz zu schaffen, folgt aber nicht, daß sie deshalb versäumen, die Jugend gehörig im Guten zu unterrichten und wenn sie diese ihre Ansichten den größeren Schülern der Werktagsschulen, so wie den Sonntagsschülern mitzutheilen Zeit und Gelegenheit benutzen: so lehren sie recht eigentlich etwas Gutes. Ueber die Pflichtenlehre zu unterrichten, ist ihnen ja vorgeschrieben im Katechismus; und es sollte gegenüber den Pflichten nicht auch von Rechten des Volkes die Rede seyn dürfen? — Es gehört mit zu einer guten Volksbildung, daß das Volk beides, so wohl seine Pflichten, als seine Rechte kennen lernt, und wenn bisher über diese in der Schule zu reden versäumt wurde: so ist es eben eine fast allgemeine Klage des Volkes, daß seine Schule ihre Aufgabe nicht gehörig gelöst habe.

6) Sofern freilich die Schullehrer Irrlehren und verkehrte politische Ansichten unter ihren Schülern verbreiten, sind sie allerdings straffällig; nur wäre gut, zu wissen, welches denn diese Irrlehren seyen, und worin jene verkehrten politischen Ansichten bestehen. Die »Grundrechte, wozu sich unsere Lehrer bekennen, werden doch wohl nicht als Irrlehren und als politisch verkehrt bezeichnet? Wir müssen erklären, daß wir unsere Lehrer bisher durchaus auf dem Wege des Rechtes gefunden haben, so weit uns ihre politische Gesinnung bekannt geworden ist, und wenn sie in ihren Schulen daraus kein Geheimniß machen: so sehen wir darin nicht nur kein »Gift politischer Parteikämpfe, das sie in die unbefangenen Seelen träufeln, sondern vielmehr eine gewissenhafte Erfüllung ihres Berufes auch von dieser Seite, da sie als Volksschullehrer zum Volke stehen, und dessen Rechtsbewußtseyn auf den Grund der Gesetze zu entwickeln die Pflicht haben.

Sollten daraus unselige Parteikämpfe entstehen, so trifft der Vorwurf der Schuld nicht die Lehrer und nicht das Volk; dieser Vorwurf muß vielmehr an diejenigen überwiesen werden, welche dem Rechte und der gebührenden Würdigung des Volkes entgegenstreben. 7. Auch wir sehen aus den Bestrebungen und Erscheinungen der Gegenwart, daß der Zukunft unseres Gesammtvaterlandes ein großes Unglück droht. Ob es wirklich über uns hereinbricht, oder ob es noch durch besonnene und rechtschaffene Maßregeln kann beseitigt werden: wir sind gefaßt, zu tragen, was ertragen werden muß, abzuwehren nach unsern Kräften, was das Volks- und Staatswohl gefährdet. Wehe, wer es pflegt und groß zieht, das Unglück! Wenn es aber kommt: unsere Schullehrer sind nach ihren dargelegten politischen Ansichten daran unschuldig; sie sind um so mehr daran unschuldig, als die politischen Parteikämpfe, wenn sie wirklich gewaltsam rasend losbrechen, noch werden entschieden werden müssen durch die gegenwärtigen Männer, nicht aber in späterer Zukunft durch unsere gegenwärtigen Kinder. Die Schullehrer könnten also höchstens durch Irrlehren und verkehrte politische Ansichten verderblich einwirken auf eine entfernte Zukunft, nicht aber auf die nahe Gegenwart, weil Männer nicht sich leiten lassen, wie Kinder, indem sie Besonnenheit und Ueberlegung genug haben, etwas Unsinniges, wenn es ja wollte an sie gebracht werden, mit Verachtung zurückzuweisen, und die Urheber desselben mit Abscheu von sich zu stoßen. Jedenfalls also müssen wir die Schullehrer in Beziehung auf das Unglück, welches zu kommen droht, von jeder Schuld freisprechen.

Warum werden denn nun die Volksschullehrer unter eine doppelte strengste Aufsicht gestellt, nämlich unter die strengste Aufsicht der geistlichen Schul- und der weltlichen Polizeibehörden, und warum wird demnach der ganze Stand behandelt, als wären alle seine Mitglieder arge Verbrecher? — Dazu kommt noch, daß die eine dieser Behörden bereits Partei gegen die Schullehrer genommen hat. Wenn auch diese Parteinahme nicht aus der Verschiedenheit politischer Ansichten entsprungen ist, sondern aus dem Bestreben der Lehrer nach größerer Selbstständigkeit, und wenn sie, diese Parteinahme, auch nicht als Behörde austritt, so ist es doch immer eine und dieselbe Person, in welcher sich die Behörde und der Parteimann vereinigen, und da ist zu befürchten, daß hie und da möchte einer ganz unschuldigen Aeußerung eine Deutung gegeben werden, welche sie nicht haben soll und nicht hat. Wäre es nun auch allemal leicht, die eigentliche und unschuldige Meinung zu erweisen, so bliebe doch auch allemal der Angeklagte einer unangenehmen Untersuchung ausgesetzt. Es wird jedermann zugestehen, daß der Lehrer des Unangenehmen genug hat, und daß er zur gedeihlichen Erfüllung seines Berufes der unverkümmerten Freudigkeit bedarf. Da nun in der That und Wahrheit, wenigstens in unserer Stadt, und auch wohl sonst, nicht allgemein vorhanden ist, was so schwere Beschuldigungen zu rechtfertigen vermochte, so ist auch nicht einzusehen, warum die Schullehrer einer doppelten strengsten Aufsicht, und dadurch einer verbrecherartigen Behandlung unterworfen werden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 1. April 1849. № 91. Sonntag: Theodora.

†△ Das Nürnberger Hirten-Wort.

Es konnte allerdings Niemanden überraschen, daß ein Hirtenruf in Nürnberg erschien, wie der vor mehreren Tagen ausgegebene; auffallend aber mußte es Denen seyn, welche die kirchlichen Verhältnisse kennen, daß dieser Hirtenruf von sämmtlichen Geistlichen, mit alleiniger Ausnahme des Herrn Pfarrers Hilpert, unterzeichnet war. Wir gehen nicht auf Namen ein; wir erinnern nur daran, daß es so gar lange noch nicht her ist, daß der Rationalismus auch auf den Nürnberger Kanzeln herrschend war, und daß es auch kein Geheimniß seyn kann, ältere Geistliche seyen diesem Systeme, das zur Zeit ihrer akademischen Studien auf Kathedern und in Konsistorien gepflegt wurde, selbst unter dem Drucke unserer altlutherischen Kirchenoberen nicht so völlig entfremdet worden. Wir hätten gedacht, eben diese Geistlichen würden eher die Gelegenheit, die sich bei diesem Hirtenrufe darbot, um ihren bisherigen herrischen und unduldsamen Gegnern Dasselbe zu sagen, was ihnen Herr Pfarrer Hilpert gesagt hat, daß nämlich das unduldsame starrlutherische Wesen, das den Gemeinden mit aller Macht wieder aufgenöthigt werden sollte, die Ursache gegenwärtiger Bewegung sey, und daß diejenigen, die bisher dieses System vertreten haben, nur auch selbst zusehen mögen, wie sie es weiter hinausführen. Wir läugnen nicht, daß die Geistlichen rationalistischer Schule gegenwärtig eine eigenthümliche und schwierige Stellung in unserer Stadt haben, sind auch diskret genug, auf eine nähere Auseinandersetzung dieses Punktes nicht einzugehen; aber soviel mindestens hätte man erwarten dürfen, daß sie sich der Unterschrift des genannten Aktenstückes in irgend einer Weise entzogen hätten. Ein Einzelner vielleicht möchte dies ungerne gewagt haben: aber warum treten sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zusammen, um gemeinschaftlich zu handeln? Der Gang der ganzen Frage wird dies doch über kurz oder lange nöthig machen!

Was den Geist des Aktenstückes selbst anlangt, so ist darüber wenig zu sagen. Ein Anhäufen von Bibelsprüchen für sich allein wird heut zu Tage wenig mehr beweisen. Mit dem Grundsatze, daß nur derjenige Geist von Gott sey, der bekennt, daß Jesus Christus in's Fleisch gekommen, das heißt, wie es wahrscheinlich die Altlutheraner aufgefaßt wissen wollen: daß nur derjenige die Wahrheit habe, welcher sich zu ihrer Lehre von Christus bekennt — mit diesem Grundsatze wäre freilich Alles leicht abgemacht. Auf gleiche Weise werden aber die Juden sagen: Nur der Geist sey von Gott, welcher bekennt, daß Christus nicht ins Fleisch gekommen, die Muhamedaner: Nur der Geist Muhamed's sey der wahre u. s. f. — und so werden wir doch immer wieder auf das Urtheil unserer eigenen gesunden Vernunft hingewiesen! Denn göttlich und übernatürlich behaupten alle Religionen zu seyn und Wunder und Weisagungen haben alle zu ihrer Bestätigung aufzuweisen. Wir wollen es den Gegnern nicht verdenken, wenn sie großen Werth auf ihren Glauben legen und ihn wie ein hochheiliges Gut verfechten; aber verwahren müssen wir uns, daß sie thun, als wollten wir die Religion aufheben, während wir nichts wollen, als ihren Aberglauben beseitigen! Worin besteht die Religion? Sie besteht in dem Glauben an Gott und in dem Bestreben, seinem Willen gemäß, d. i. tugendhaft zu handeln. Wir glauben an Gott, wie ihn Jesus lehrt, an einen allmächtigen, allgütigen, allweisen Vater der Welt, wir erkennen sein Sittengesetz an: aber wir vergöttern keinen Menschen, wir beten keinen jüdischen Weisen an: und das ist nicht nur nicht irreligiös, sondern recht eigentlich religiös; denn wir wollen nach Jesu Vorschrift Gott anbeten im Geiste und in der Wahrheit. Was wir nicht mehr anerkennen, das ist der Aberglaube, der Wahn, daß das Blut des hingerichteten Stifters unserer Religion, den man zu Gott gemacht hat, allein selig machen könne: Jesu Lehre selbst erkennen wir an; denn Jesus hat von diesem blutigen Versöhnungstod keine Sylbe gelehrt; das zeigen die Apostel am deutlichsten, welche diesen Tod ganz und gar nicht als ein nothwendiges, lange vorher angekündigtes Ereigniß betrachteten, sondern durch denselben überrascht und in die größte Bestürzung gesetzt wurden, ja das ganze Unternehmen als durch denselben gescheitert ansahen. (Luc. 24, 21).

Erst später ist diese Erlösungstheorie ausgebildet worden; die erste christliche Gemeinde in Jerusalem hält im Gegentheil noch völlig und fest am mosaischen Opfercultus (Apostlg. 21); die alten christlichen Gemeinden in Palestina (Ebioniten und Nazaräer) haben auch die Gottheit Jesu durchaus nicht anerkannt, so wenig als die Juden selbst, welche lieber alle Verfolgungen bis auf den heutigen Tag ausgestanden haben, als daß sie sich zur Anbetung ihres Landsmanns hätten zwingen lassen. Diese Vergötterung ist erst nach und nach unter den aus dem Heidenthum übergetretenen Christen entstanden; unter ihnen sind auch unsere Evangelien zuerst zum Vorschein gekommen. Denn man darf nicht glauben, daß man in diesen Schriften die ursprünglichen Berichte von Augenzeugen vor sich habe. Sie kommen zuerst in Kleinasien zu Tage und sind griechisch geschrieben. Es heißt auch der Titel gar nicht: Evangelium des Matthäus u. s. w.; sondern Evangelium nach dem Matthäus; daß aber Juden von geringer Schulbildung, wie die Apostel, ihre Bücher nicht in ihrer aramäischen Muttersprache, sondern griechisch geschrieben haben sollten, ist kaum zu glauben. Es waren auch diese unsere Evangelien nicht die einzigen, es circulirten noch viele andere, ein Evangelium des Petrus, des Thomas, des Nicodemus ꝛc. die wir zum Theil noch haben und worin noch viele andere Wunder erzählt werden; aus diesen hat man nach und nach unsere vier als die glaubwürdigsten herausgewählt, und auch das wieder nicht in Palästina, sondern unter den Heidenchristen in Kleinasien.*) Unseren ersten drei Evangelien liegt irgend eine Urschrift zu Grunde, denn manche Verse stimmen in allen dreien buchstäblich zusammen; das Evangelium Johannis ist eine selbstständigere Arbeit. Nur von den Briefen des Apostel Paulus läßt es sich nachweisen, daß sie wirklich von dem angegebenen Verfasser ihren Ursprung ziehen; Paulus war aber selbst schon kein Schüler Jesu mehr, auch kein geborener Palästinenser, sondern aus Tarsus in Kleinasien und hat bekanntlich anfangs die Christen verfolgt. Die Evangelien selbst sind später geschrieben, als die Briefe des Paulus; ihr apostolischer Ursprung läßt sich nicht beweisen. Um aber nun zu begreifen, wie neben der vortrefflichen Lehre Jesu zweierlei Ansichten im neuen Testament hergehen können, von denen ihn die eine für einen vortrefflichen Menschen, die andern für Gott erklärt, woraus man nach und nach einen Gott — Menschen gemacht hat, muß man erstens berücksichtigen, daß damals noch keine Buchdruckerkunst bestand, sondern alle Bücher von Einzelnen abgeschrieben wurden, die nach Belieben Manches ändern und zusetzen konnten; sodann aber muß man auch auf den Geist jener Zeit eingehen. Die Juden in Palästina hielten an dem Glauben eines Messias fest, wie er im alten Testament geschildert ist. Deßhalb erwarten auch die Apostel von Jesus seine ganze Lebenszeit hindurch ein weltliches Reich und nach dieser jüdischen Ansicht ist Jesus nicht mehr als ein vortrefflicher Mensch, der von David abstammt. Nun aber bestand damals unter den Juden außer Palästina, namentlich in Alexandrien, und bei den Griechen eine Philosophie, welche lehrte, aus Gott sey eine Geisterwelt ausgeströmt, in der Weise, daß von ihm zunächst ein anderer göttlicher Geist ausgegangen, von diesem wieder untergeordnete Geister und so fort bis auf den Menschen. Der oberste göttliche Geist nach ihm, lehrte man, sey dadurch hervorgetreten, daß Gott sich selbst dachte oder aussprach, wodurch ein göttlicher Geist entstand, der Gott völlig gleich war. Diesen zweiten Gott nannte man den Sohn oder auch den Logos, das heißt zu deutsch Wort. Daher beginnt das Johannes-Evangelium, das in diesem Sinne geschrieben ist: Im Anfang war der Logos, d. i. das Wort. Diese Philosophie vermischte sich mit den Vorstellungen von Jesus und drang auch in die neutestamentlichen Schriften ein. Während die Christen in Palästina sich nur auf das alte Testament stützten und demgemäß Jesus für einen vortrefflichen Menschen hielten, erklärten ihn die Christen außerhalb Palästina für den Logos, für Gott, der in dem menschlichen Leibe Jesu Menschengestalt angenommen habe. Das blutige Ende, welches Jesus gefunden, wurde von diesen Leuten, die alle in dem Glauben aufgewachsen waren, daß nur Opferblut Gott versöhnen könne, sodann dahin gedeutet, als habe sich der Mensch gewordene Gott für die Sünden der Menschen selbst geopfert.

Es ist daher eine gänzlich ungegründete Beschuldigung, wenn unsere Gegner den Leuten vorsagen, wir wollten das Christenthum oder gar die ganze Religion aufheben, und dies durch eine Anzahl von Bibelstellen zu beweisen suchen. Nur von dem Aberglauben, von der Menschenvergötterung, von den heidnischen Ueberresten wollen wir das Christenthum reinigen und auf diese Weise die Religion Jesu in ihrer wahren Vollkommenheit herstellen; wie können auch für unsere Ueberzeugung eben so viele Bibelstellen citiren, als sie für die ihrige. Wenn Jesus Gott gewesen wäre, so hätte er doch auch den Leuten dieses sagen und sich als solchen erkennbar machen müssen. Wir sehen ihn aber überall nur als Menschen, als frommen Lehrer auftreten, der Gott selbst zum Gegenstande seiner Betrachtung macht und weit entfernt ist, sich selbst für Gott zu erklären; er verkündet nirgends die Lehre: Glaubet vor Allem, daß ich Gott in Menschengestalt sey und daß ihr nur durch mein Blut selig werden könnt, sonst seyd ihr alle ewig verdammt! Er dringt vielmehr nur auf den Glauben an einen Gott und auf Erfüllung der Sittengebote. „Welches ist das vornehmste von allen Geboten?" fragt ihn Marc. 12, 28 ein Schriftgelehrter. Jesus antwortet: „Das vornehmste Gebot vor allen Geboten ist das: Höre Israel, der Herr unser Gott ist ein einiger Gott, und du sollst Gott deinen Herrn lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele, von ganzem Gemüthe und aus allen deinen Kräften. Das ist das vornehmste Gebot. Das andere aber ist dem gleich: Du sollst deinen Nächsten lieben, wie dich selbst. Es ist kein anderes größeres Gebot denn diese. Und der Schriftgelehrte sprach zu ihm: Meister, du hast wahrlich recht geredet! — In solchen Versen ist ja keine Spur, daß sich Jesus selbst für Gott gehalten oder eine Dreieinigkeit gelehrt habe! Und wie will man denn auch wahrlich nur heut zu Tage noch glauben, daß eine jüdische Frau mit Gott schwanger gegangen, daß sie mit Gott niedergekommen, daß sie ihn ein Jahr lang in Windeln herumgetragen, dann durch die Knabenjahre hindurch auferzogen habe, während sie wieder von einem menschlichen Manne andere Kinder gebahr, denn Jesus hatte auch noch Brüder und Schwestern (Joh 2, 12; Kap. 7, 5. Matth. 13, 56), bis der Gott endlich dreißig Jahre alt und fähig geworden, vor den Menschen als Rabbi aufzutreten? Wie will man glauben, daß der allmächtige Lenker des Weltalls, der große Geist der Welt, die Majestät Gottes unscheinbar im jüdischen Ländchen drei Jahre herumwandle, da und dort einmal bei einem Fischer

*) Wie es kam, daß gerade diese vier Evangelien kirchliche Geltung erhielten, läßt sich nicht nachweisen; eben so wenig, wann sie entstanden; man weiß nur, daß sie am Ende des zweiten Jahrhunderts bei den Gemeinden bereits allgemeine Geltung hatten.

oder Zöllner einspreche, sich von römischen Soldaten geißeln und hinrichten lasse? — Nein, das hat gewiß dieser bescheidene Märtyrer der Wahrheit nicht gewollt, daß die Menschheit, die er von der Abgötterei befreien wollte, durch seine Person in eine neue Abgötterei verfalle! Und wir handeln nicht bloß im Sinne unserer gesunden Vernunft, sondern auch in dem seinigen, wenn wir den Menschen zurufen: Betet Gott an im Geiste und in der Wahrheit; ihr sollt Gott allein dienen, Gott ist ein einiger Gott!

Deutsche Staaten.

München, 29. März. Das heutige Regierungs-Blatt Nr. 17 enthält die Bekanntmachung, die weitere Vertagung des gegenwärtigen Landtags betreffend, welche bis zum 21. April währen soll.

Freiburg, den 27. März. [Siebente Verhandlung des Schwurgerichts über Struve und Blind.] Es wird mit dem Zeugenverhör fortgefahren, es sind Leute, die über das aussagen, was sich nach dem Treffen bei Stauffen, also auf der Flucht, und dann bei und nach der Gefangennahme Struves zugetragen hat. Diese Zeugen alle sind entschieden gegen Struve, und schildern namentlich die Volksstimmung als dem Unternehmen keineswegs günstig. Sie geben Brentano Veranlassung, zu bemerken, wie ungerecht es sey, daß, während man die von den Angeklagten vorgeschlagenen Zeugen, welche beweisen sollten, daß auf der andern Seite zuerst Hochverrath begangen worden, alle sammt und sonders verworfen, man sogar Zeugen verhöre, die sich auf die Gefangennahme bezögen. Wie denn das mit dem Hochverrath, dessen Struve und Blind beschuldigt seyen, zusammenhänge? Eimer antwortet, es handle sich vor Allem darum, ein Bild des Ganzen zu bekommen, denn es sey auch sehr wichtig, die Stimmung des Volkes kennen zu lernen. Ueber die Erheblichkeit oder Unerheblichkeit der von den Angeklagten vorgeschlagenen Beweise werde später verhandelt werden. Struve entgegnete, es sey allerdings von Belang, zu erfahren, wie sich das Volk über sein Unternehmen geäußert. Wenn dasselbe aber eingeschüchtert werde, wie könne es sich dann ihm günstig zeigen? Wenn seine Freunde als Zeugen auftreten könnten, würde das Resultat gewiß ein anderes seyn. So aber seyen alle Zeugen, die man bisher vernommen, Zeugen des Staatsanwalts gewesen. Es sey daher unmöglich, eine klare und wahre Einsicht in die zwei Schilderungen zu bekommen. Leute, die in den Akten noch günstiger für ihn gesprochen, hätte man gar nicht zur Zeugenschaft vorgeladen, so wenig als jene, die beweisen sollten, daß einzig und allein die Tyrannei ihn zu seinem Unternehmen bestimmt hätte. Ueberhaupt wäre eine allgemeine Amnestie nothwendig, wenn man das Wesen und den Charakter des Aufstandes vollständig darlegen sollte. Diesem widerspricht Eimer, indem er sagte, nicht er, sondern der Gerichtshof habe die Zeugen zugelassen oder zurückgewiesen. Struve habe gar nicht einmal Zeugen haben wollen. Auch sey die Justiz keine Partei, sondern es handle sich allein um die Wahrheit. Zudem sey ja das, was Struve durch Zeugen bewiesen haben wolle, von ihm selbst als etwas Notorisches erklärt worden. Endlich wirft er Struve vor, das Volk so behandelt zu haben, wie es wohl noch nie in der Geschichte behandelt worden sey. Man habe ihm Waffen in die Hände gezwungen, um gegen seine Brüder zu kämpfen. Das will nun Struve nicht gelten lassen; er erwidert, der Staatsanwalt trete allerdings als Partei auf, denn er sey weder der Gerichtshof, noch die Geschwornen; diese beiden allein seyen keine Partei. Dann verwechsle der Staatsanwalt Mittel und Zweck; nur so könne man ihm Vorwürfe machen. Die Gewalt, die das Volk zu erleiden hatte, beklage er selbst; aber nur durch Gewalt lasse sich das Joch brechen.. Sein Zweck aber sey Friede, Freiheit, Wohlstand und Bildung für Alle. Die Thatsachen, zu deren Beleuchtung er Zeugen vorgeschlagen, seyen wohl notorisch, aber nicht für Alle; so vielleicht auch nicht für die Geschwornen. Auch Brentano tritt gegen Eimer auf, indem er sagt, dieser habe behauptet, er stehe nicht im Namen einer Partei, sondern des Volkes da und vertrete das Volk. Das sey aber nur möglich in einer Republik. Im Namen des Volkes seyen allein die Geschworenen da. Ueberhaupt sey die Art der Anklage einzig in ihrer Art, denn bald greife die Staatsanwaltschaft das an, was die Angeklagten als Entschuldigung anführten, nämlich den Willen des Volkes; bald aber nehme man ganz dasselbe Vertheidigungsmittel in Anspruch, nämlich dadurch, daß die Staatsanwälte behaupteten, das Unternehmen Struves sey nicht im Sinne und Willen des Volkes gewesen und deßwegen sey er schuldig. Eimer entgegnet, in der That sey das Volk nicht für den Aufstand gewesen. So habe man auf der Versammlung zu Freiburg einen republikanischen Antrag zwar an das Parlament, aber nicht eine badische Republik gewollt; auch der allgemeine Volksausschuß habe sich in dieser Sache für inkompetent erklärt. Dieß Alles stellt nun Struve entschieden in Abrede. Das Volk habe wirklich erklärt, Gewalt brauchen zu wollen, wenn die ganz auf Republik hinzielenden Beschlüsse der großen Volksversammlungen nicht realisirt würden, wie denn auch in der That von jenen Willensäußerungen gar nichts verwirklicht worden; er habe also gewiß nur im Sinne des Volkes gehandelt. — Da unter den Zeugen, die jetzt wieder vernommen werden, auch der Mann, welcher Struve gefangen genommen, als Zeuge erscheint, so bestimmt dieß Brentano zu der Bemerkung, ein solches Verfahren habe man z. B. im Prozesse gegen Christus nicht beobachtet; dort sey dessen Verräther nicht als Zeuge aufgetreten, der habe die dreißig Silberlinge genommen und sich erhängt, worauf Wänker erwidert, Brentano habe Christus hereingezogen, dieser habe aber kein Gesetz übertreten, vielmehr die Befolgung desselben ausdrücklich empfohlen. Allerdings, rief Brentano, habe Christus ein Gesetz verletzt und zwar das positive, und deßhalb sey er als Hochverräther an das Kreuz geschlagen worden.

Blind will nun in ähnlicher Weise fortfahren, aber der Präsident nimmt ihm das Wort. Nachdem nun alle Zeugen vernommen waren, sagt Struve, jetzt sollen eigentlich seine Zeugen kommen; es würde sich herausgestellt haben, daß die großartigsten Motive ihn zu seinem Thun bestimmt hätten. So aber sey seine Vertheidigung verkümmert: es könne daher kein Urtheil über ihn ausgesprochen werden, weil die Geschwornen die Entschuldigungsbeweise gar nicht kennen, und doch hätten sie schwören müssen, die letztern zu beachten und zu prüfen. Die Sitzung wird nun auf eine halbe Stunde unterbrochen. Nach der Wiedereröffnung derselben wurde eine Erklärung Struves abgelesen, die sich auf seine Vertheidigung bezieht, und worin er unter Anderem sagt, der Umstand, daß man ihm während seiner Gefangenschaft keine Zeitungen zukommen lasse, mache ihm eine wahre Vertheidigung unmöglich. Er müsse z. B. wissen, ob das Volk unzufrieden sey oder nicht, im erstern Falle habe er dann ein Recht zu seinem Aufstande gehabt. Seine Vertheidigungspunkte seyen folgende: 1) habe die badische Regierung vielfach die Verfassung verletzt; 2) im Verein mit den andern Regierungen den größten Druck auf das Volk ausgeübt; 3) habe er vom Volke den Auftrag erhalten, so zu handeln, wie er gehandelt; 4) seyen die Republikaner verfolgt worden und so nur in einem Akte der Selbsterhaltung gewesen, als sie losschlugen; 5) sey sein Zweck ein guter und edler gewesen. Um dies Alles zu beweisen, hätte man ihm Zeugen vorlassen sollen; als solche aber habe er vorgeschlagen: Dusch, Blittersdorf, Bekk, Mathy, Bassermann, Soiron, Welcker, Kapp, Winter von Heidelberg, Nebenius, Riegel, Uria und so weiter. Dann ergeht er sich noch weiter über diese fünf Punkte. Ferner wird eine zweite Erklärung Struves in Bezug auf die Anklageschrift vorgelesen, worin er wieder dieselben Zeugen verlangt. Aehnliche Erklärungen werden auch von Blind abgegeben und vorgelesen. Nun erhebt sich ein langer Streit, ob denn die Thatsachen, worüber die von den Angeklagten gewünschten Zeugen aussagen sollen, für das Ganze erheblich seyen oder nicht. Darüber werden dann die Geschworenen zu entscheiden haben. Endlich werden noch eine Menge von Urkunden vorgelesen, die sich auf den Septemberaufstand beziehen; es sind Briefe, Vollmachten, Instruktionen, Aufforderungen zur Theilnahme am Aufstand u. s. w. Damit wurde für heute die Sitzung geschlossen.. (Schw. M.)

Herrischried, Amts Säckingen, den 24. März. Heute früh um 8 Uhr brach im hiesigen Orte Feuer aus, welches so bedeutend um sich griff, daß bis zum Augenblick, wo ich dieses schreibe (Abends 10 Uhr) bereits 17 Häuser niedergebrannt sind, und die Kirche vom Brand ergriffen ist. Mit den Häusern wurden auch sämmtliche Fahrnisse ein Raub der Flammen, und selbst auch eine Frau verlor ihr Leben. Ueber die Entstehung des Brandes ist nichts bekannt. Herrischried gehört zu den ärmsten Gemeinden, und dieses Unglück ist um so beklagenswerther, als die verbrannten Fahrnisse nicht versichert sind. (Fr. J.)

** **Frankfurt**, 29. März. [201. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Der Erzherzog-Reichsverweser läßt der Nat.-Versammlung mittheilen, daß er gestern das Bureau des Hauses, den Präsidenten des interimistischen Reichsministeriums und mehrere Mitglieder des letzteren zu sich beschieden habe, um ihnen zu eröffnen: »Er finde sich bestimmt, unter den obwaltenden Umständen die Würde eines Reichsverwesers zurückzulegen.« — Auf die Gegenvorstellung des Präsidenten des Nat.-Vers. und auf dessen Bitte um Zurücknahme dieses Entschlusses habe der Reichsverweser nach einer Stunde Bedenkzeit dem interimistischen Präsidenten des Reichsministeriums mitgetheilt, daß er von seinem Entschlusse nicht abgehen könne und auf der Entbindung von dem ihm anvertrauten Amte bestehen müsse, sobald es ohne Nachtheil für die Ruhe Deutschlands geschehen könne. Die Versammlung nimmt diese Erklärung schweigend und ohne ein Zeichen von lebhafter Bewegung auf, worauf der Präsident hinzufügt, daß der weitere Briefwechsel, der noch fortwährt, dem Hause zur Kenntniß gebracht werden solle. Unter den Mitgliedern der Deputation zur Ueberbringung der Kaiserwahl, welche das Bureau von 24 auf 32 Mitglieder erhöht hat, um keinen der verschiedenen Volksstämme unvertreten zu lassen — eine Erhöhung, in welche das Haus auf Antrag des Präsidenten, trotz des Widerspruchs des Hrn. Vogt, durch einen förmlichen Beschluß einwilligt, befindet sich auch der Deputirte Krafft aus Nürnberg.

Wernher von Nierstein beantragt Vertagung der Sitzungen auf vierzehn Tage. Karl Vogt meint aber nicht, daß die Versammlung sich zerstreuen dürfe, wie es bei einer so langen Aussetzung der Sitzungen der Fall seyn würde. Mit der Vollendung der Verfassung sey doch deren Einführung noch nicht geschehen. Vielmehr müsse die Versammlung beisammengehalten werden, um bei jeder dringenden Veranlassung sofort wieder in Wirksamkeit treten zu können. Löwe von Calwe und G. Beseler pflichten Hrn. Vogt's Ansicht bei. Auch M. Mohl erklärt sich in ähnlichem Sinne, worauf die nächste Sitzung für Mittwoch den 4. April angesetzt wird.

Frankfurt. Die Abgeordneten der Reichsversammlung reisen Freitag früh über Bieberich ab und übernachten in Köln. Von Köln reisen sie am Sonnabend auf der Eisenbahn bis Bückeburg, wo sie die Nacht zu bleiben gedenken. Für die folgende Tagesreise haben sie nur die Strecke bis Magdeburg bestimmt, weil sie sich in Hannover und Braunschweig aufzuhalten wünschen. Am Montag Nachmittag endlich trifft die Deputation in Berlin ein. (D. Z.)

Mainz, den 27. März. Heute frühe hatten wir wieder einmal Kravall. Der allgemein verhaßte Marktmeister Gossi sollte nach längerer Unterbrechung heute wieder seinen Dienst versehen. Als die zum Markte gekommenen Leute dies vernahmen, fielen sie über ihn her, um ihn zu mißhandeln; er flüchtete sich durch mehrere Straßen nach dem Polizeigebäude, wohin es ihm gelang, unter polizeilichem Schutze zu kommen. Die unabsehbare Volksmenge, die sich hier versammelte, verlangte dessen Auslieferung. Ein Gensdarm beging die Unvorsichtigkeit, der aufgeregten Menge mit gezogenem Säbel zu drohen. Dieselbe fiel nun über ihn her, und es gelang der herbeigeeilten Schutzwache nur mühsam, ihn der Menge zu entreißen. Nach fast zweistündigem Tumulte ward die Ruhe wieder hergestellt. (D. A. Z.)

Mainz, den 28. März. Der Krawall von gestern hat sich heute Vormittag wiederholt. Als nach 7 Uhr Gossi seinen Dienst als Marktmeister wieder versehen wollte, rottete sich alsbald eine große Volksmasse zusammen, um denselben von seinem Posten zu vertreiben. Alsbald wurde preußisches und österreichisches Militär auf den Platz kommandirt und der ganze Marktplatz damit umstellt. Der Tumult dauerte von halb 8 Uhr bis 10 Uhr, wo endlich die Menge sich beruhigte durch die Erklärung Gossi's, er trete hiemit von seinem Posten ab. Zahlreiche Patrouillen unter dem Komando von Offizieren durchziehen die Straßen der Stadt. Die Gensdarmerie steht unter den Waffen, einige Punkte sind noch mit einzelnen Kompagnien Oesterreichern besetzt. (D. A. Z.)

Mainz, 28. März, Morgens 9 Uhr. Das Militär ist in den Kasernen konsignirt seit 7 Uhr Morgens. Der Staatsprokurator und der Präsident der Regierung, Herr v. Dalwigk, werden soeben unter Zischen und Schreien vom Pöbel begrüßt. Alle Läden sind geschlossen und das Militär gibt ein erstes Zeichen mit der Trommel. Der Ruf »zu den Barrikaden« ertönt. (Frkft. O.-P.-Z.)

Kassel, 27. März. Folgende Adresse ist den Ständen auf ihre Adresse wegen Verminderung der Hofdotation vom Kurfürsten zuge-

gangen: „Dem Herrn Präsidenten der Ständeversammlung eröffne ich auf die mir durch eine Deputation derselben am 20. überreichte Adresse, daß ich nach sorgfältiger Erwägung aller Verhältnisse eine Verringerung der Hofdotation um so weniger zu billigen vermag, als ich in einem solchen Zugeständniß einen wesentlichen Vortheil für die Wohlfahrt des Landes nicht erblicken kann, welche ich durch eingreifende Maßregeln unter dem Beirathe meiner Minister und der verfassungsmäßigen Mitwirkung der treuen Landstände nach Möglichkeit zu fördern auch ferner bestrebt seyn werde. Die Ständeversammlung, welche diese Antwort heute durch ihren Präsidenten eröffnet wurde, hat demungeachtet die Civilliste von 300,000 Rthlr. für das Jahr 1849 bewilligt, jedoch diese Bewilligung an allerhand Klauseln und Bedingungen geknüpft, wie an die Erwartung, daß eine Ermäßigung dennoch eintreten werde, daß das Mininisterium, der permanente Ausschuß und die zukünftige Ständeversammlung unablässig auf Verminderung der Hofdotation hinwirken werden, und wie die Phrasen alle noch lauten mögen. Wir wissen aus der Erfahrung, was solche Beschlüsse zu bedeuten haben; die einzige Folge wird seyn, daß die zukünftige Ständeversammlung sich über diesen Gegenstand in denselben Expektorationen und Deklamationen ergehen wird, wie wir sie heute während fünf Stunden zum Ueberdruß gehört haben, während ein männlicher Entschluß, unbedingte Ablehnung der 300,000 Rthlr. mit unwiderstehlicher Kraft zu dem erstrebten Ziele geführt haben würde. Das ist die Täuschung des konstitutionellen Systems, daß am Ende die physische Gewalt und die Revolution doch alle Konflikte entscheiden muß; Niemand ist aber ein besserer Beförderer der Revolutionen, als Jene, die mit Adressen und langen Reden stets bei der Hand sind, aber vor der entscheidenen That scheu zurückbeben. In Gemäßheit einer gestern eingetroffenen telegraphischen Depesche von Frankfurt wird die gesammte Reserve einberufen und auf den Kriegsfuß gesetzt werden. (Frkf. J.)

Wiesbaden, den 28. März. Zur Tagesordnung der gestrigen Sitzung unserer Deputirtenversammlung gehörte unter Anderem die in öffentlichen Blättern schon so vielfach besprochene und deßhalb in Spannung erhaltende Angelegenheit des Johannisbergs, resp. unser Staatsverhältniß zum Fürsten v. Metternich. Habel trug in mehrstündiger Gründlichkeit den Bericht der Kommission vor. Nach diesem, mit allen diplomatischen Noten und Demüthigungen gespickten Bericht, unterließ es Fürst Metternich von Anfang seines Besitzes des Johannisbergs gleich seinem französischen Vorgänger, seine Verbindlichkeiten gegen Nassau zu erfüllen. Mit dem März 1848 brach der lang verhaltene Volksgroll gegen einen Mann aus, dessen Politik schon 30 Jahre das deutsche Volk niedergehalten hatte. Man pflanzte die nassauische Fahne auf den Johannisberg, bedeckte das Metternich'sche Wappen mit der nassauischen Farbe und mit dem 4. April erfolgte Seitens der nassauischen Regiernng die Beschlagnahme der köstlichen Weine Metternichs. In dem nun erfolgenden Notenwechsel mit Oesterreich erklärte die nassauische Regierung, daß die Beschlagnahme nur zum Schutz des Johannisbergs gegen Exzesse von Seiten des Volks erfolgt sey, wobei sich die nassauische Regierung ihre Ansprüche auf die rückständigen Steuern vorbehalte. Die ganze Steuerschuld Metternichs von 1815—1848 beträgt en Staatssteuern 55,353 fl. 46½ kr. an Gemeindesteuern 15,298 fl. 38¾ kr., zusammen also 70,652 fl. 25¼ kr. In den weiteren Verhandlungen kam die Rede auf ein Bundesschiedsgericht. Oesterreich mochte in einer Denkschrift geltend, daß ihm nach der Wiener Kongreßakte die Souveränetät und das Eigenthumsrecht, sowie die Steuerfreiheit des Johannisbergs zugekommen sey. Um Ihren Lesern einen Ueberblick über das Schicksal dieses weltberühmten Johannisbergs zu geben, dazu dienen folgende Bemerkungen: Von der Stiftung des Klosters Johannisberg an, 1106, war derselbe Churmainzisch, 1716 wurde das Schloß auf dem Johannisberg gebaut, 1802 ward er Nassau-Oranisch, 1803 kam er durch den Deputationsausschuß an Nassau, 1806 wurde er durch Napoleon sequestrirt, 1807 von diesem an den französischen Marschall Kellermann verschenkt, 1813 im Namen der Alliirten von den Oesterreichern in Besitz genommen, und seitdem von diesen mit Willkür über ihn verfügt; 1815 erhielt ihn Fürst Metternich zum Geschenk, mit eventuellem Rückfall an Oesterreich. Um seinen Werth zu ermessen, füge ich hinzu, daß er allein 915 Morgen Wald und 309 Morgen Ackerland, Wiesen und Weinberge umfaßt. Die Metternich'sche Verwaltung ließ es nie an Reklamationen bei den nassauischen Behörden fehlen, wenn es darauf ankam, ihre Intraten einzutreiben, weigerte sich aber stets die Steuern zu bezahlen, und die nassauische Regierung mußte sich vom österreichischen Gesandten mit glatten Worten abspeisen lassen. Unsere Abgeordnetenkammer entschied gestern einstimmig: „Den Rechtsanspruch an den Besitz des Johannisbergs vor der Hand zu wahren und darüber später eine schiedsrichterliche Behörde entscheiden, die obenbemerkte Steuerschuld aber schon jetzt in Anforderung bringen und im Weigerungsfalle den Zwangsweg eintreten zu lassen." Wir vertrauen, daß unsere Regierung und Kammer auch die Kraft bewahrt, diesen gerechten Entschluß in Ausführung zu bringen! (Frkft. J.)

†*† **Berlin**, den 28. März. Es wird immer schwieriger, sich eine richtige Anschauung von dem Verhältniß des Ministeriums den Kammern gegenüber, so wie über die Politik desselben überhaupt zu verschaffen, seine Politik erleidet von Tag zu Tag Aenderungen, sie ist nach Außen wie nach Innen oft von reinen Zufälligkeiten bedingt und was am Abend als bestimmt angenommen werden konnte, erleidet am andern Morgen so wesentliche Modifikationen, daß das Sachverhältniß ein ganz anderes geworden ist; vorzugsweise aber ist dies in auswärtigen Angelegenheiten der Fall, — hier handelt es sich insonders noch um das Abtreten oder Bleiben des gegenwärtigen Chefs dieses Departements. Bald nach dem Eintritt des Grafen Arnim in das Kabinet erhoben sich viele nicht einflußlose Stimmen gegen denselben; Mitglieder unserer ersten Kammer, auf deren Rath man in den obern Regionen etwas giebt, hatten sich entschieden gegen den neuen Minister ausgesprochen, der momentane Stand der auswärtigen Angelegenheiten hatte einen ernstern Charakter angenommen, man schien in höchster Stelle gezwungen, sich entschieden nach der einen oder der andern Seite zu wenden, — das Portefeuille des Grafen Arnim hing an einem Haare. Hierzu trat noch ein heftiger Streit im Ministerrathe, der durch Rintelens Bemühungen zwar wieder beseitigt worden war, aber doch Spuren zurückgelassen hatte.

[Sitzung der I. Kammer am 28. März.] Auf der Ministerbank sind anwesend: Graf Brandenburg, v. Manteuffel, v. Strotha, v. d. Heydt und v. Arnim. Nach Verlesung des Protokolls wird zur Fortsetzung des Berichts über die Wahlprüfungen übergegangen und die Wahl des Abg. Grein genehmigt. Bei den nochmaligen Abstimmungen über den Zusatzantrag von Bergmann und Keuffel und den Verbesserungsantrag von Kisker werden dieselben mit großer Majorität angenommen. —

Die Interpellation des Abg. Fischer in Betreff des den Auswanderern zu gewährenden Schutzes wird von der Kammer nicht zugelassen.

Es folgt die Interpellation des Abg. Milde und der Minister des Auswärtigen erklärt sich bereit, sogleich darauf zu antworten. Die Kammer genehmigt die Ausführung der Interpellation. Der Interpellant setzte die Befürchtungen eines Krieges mit Rußland, der leicht ein europäischer werden könnte, auseinander und fordert die Regierung auf, sich über die Anhäufung der russ. Truppen längs der schlesischen Grenze zu erklären. Der Minister des Auswärtigen leugnet die in den Blättern angeführten Gerüchte und theilt mit, daß es in Rußland Sitte sey, in jedem Frühjahre Truppen zur Uebung in ein Lager zusammenzuziehen. Die Regierung habe keinen Grund, in ihrer Stellung zu Rußland jetzt Maßregeln zu treffen, um gegen einen Krieg von dieser Seite her gerüstet zu seyn.

[II. Kammer. Sitzung vom 28. März.] Eröffnung 12¼ Uhr. Verlesung des Protokolls. Mehrere Urlaubsgesuche werden bewilligt, unter Anderem das des Abgeordneten Sieges, welcher zum provisorischen Ober-Staatsanwalt für Posen ernannt ist.

Tagesordnung. v. Vincke trägt die Adresse in der ihr nach der Schluß-Redaktion gegebenen Fassung vor. Er rechtfertigt einige sprachliche Aenderungen, welche die Kommission noch vorgenommen hat. Auf Antrag von Mez und Medenhoven wird über die Annahme der Adresse der Namensaufruf vorgenommen. Die Linke bis zu Kosch und Rarr ist, gegen die Annahme, Krackrügge und Parisius enthalten sich der Abstimmung. Die Adresse wird mit 186 gegen 145 Stimmen angenommen.

Es wird beschlossen, dieselbe durch eine Deputation von 10 Mitgliedern dem Könige überreichen zu lassen. Das Loos giebt folgende Namen: v. Kleist, (Schweinitz), v. Viebahn, Grebn, Reuter (Tilsit), Graf Poniesch (Löwenberg.) v. Griesheim, Skiba, v. Arnim (Angermünde), Schützmeister, Ebhardt, Tegelmeyer, Kühz, Gellern, Richter (Jerichow), Riedel (Barnim), Pelzer (Lennep), Borr, Küpfer, Krase, Höppe, Schwichan, Martens, Blömer, Töbe, Grawe, Schellenberg, Schmitz, Klatz (Bromberg), Cart, Eidam. Die äusserste Linke hat ihre Namen nicht in die Urne niedergelegt. —

Minister v. Manteuffel erklärt, er sey gegenwärtig bereit, über den an mehreren Orten außerhalb Berlins verhängten Belagerungszustand die nöthigen Vorlagen zu machen.

Berlin, 28. März. Zur Berichtigung der von mehreren Seiten im Publikum verbreiteten Nachrichten über eine Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum 15. April sehen wir uns in Stand gesetzt, zu melden, daß die königlich dänische Regierung sich dahin erklärt hat, bis zum 3. April die Waffenruhe in jeder Beziehung faktisch fortbestehen zu lassen. (Pr. St.-A.)

Altona. Wir können dem Zu-, Ab- und Durchzug der Truppen, Hannoveraner, Thüringer, Sachsen, Bayern u. a., die hier oder in der Nachbarschaft Rast halten, um auf der Eisenbahn oder auf Landwegen nach dem Norden weiter zu gehen, nicht mehr im Einzelnen folgen. Nur die Preussen scheinen noch auf sich warten lassen zu wollen, und während man nach allen diesen Anstalten glauben müßte, daß endlich mit dem Krieg, den Herausforderungen und dem Hohn der Dänen gegenüber, Ernst gemacht werden soll, verbreiten sich aufs Neue unheimliche Nachrichten über Unterhandlungen und Vereinbarungen, welche wir freilich nur zum kleinsten Theile für wahr halten können, die aber jedenfalls ein abermaliges Hinhalten und ein schlimmeres Provisorium als das frühere in Aussicht stellen. Doch können wir, wie gesagt, die Meldung der „B.-H." aus Kopenhagen in ihrem ganzen Umfange nicht glauben. Es wäre doch, auch wenn man allen Umständen Rechnung trägt, zu schmählich. Wir können und wollen die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß die überall geschmähte, verkannte und verrathene Sache der deutschen Einheit in diesem äußersten Winkel eine Zuflucht finden und in einem ehrlichen Kampfe wieder zu Ehren und Anerkennung kommen werde. Ziehen die deutschen Truppen diesmal wieder mit Spott und Hohn ab, so sind sie vielleicht für lange Zeit zuletzt unter Einem Banner vereinigt gewesen. Der Friede aber wird damit nicht erkauft seyn, sondern die Nachgiebigkeit wird nur dazu dienen, den Uebermuth der Feinde und die Macht der innern Feinde zu vermehren. — Aus **Schleswig** sind wir auch heute ganz ohne Nachrichten, was wir für kein gutes Zeichen ansehen können.

Dänemark.

Der „B.-H." wird aus Kopenhagen vom 24. März 3 Uhr Nachmittags (pr. „Obotrit" via Wismar) folgendes Unglaubliche geschrieben: Wir können Ihnen noch eiligst mittheilen, daß das Ministerium dem heutigen Reichstage mitgetheilt, es hätten sich die Unterhändler in London über die Friedensbasis im Wesentlichen dahin verständigt, daß Schleswig, mit Dänemark vereinigt, provinzielle Selbstständigkeit behalte, und daß die dänische Regierung daher auf ein Provisorium eingegangen, während welchem Schleswig durch eine vom König von Dänemark zu erwählende Regierung, von dänischen Truppen unterstützt, administrirt werde, — jedoch nur dann, wenn rücksichtlich dieses Provisoriums noch eine letzte Bedingung eingeräumt werde, (und diese soll, wie man sagt, seyn, daß wir auch Rendsburg besetzten, denn darüber sprach sich das Ministerium nicht aus.) Um darauf noch Antwort vor Beginn von Feindseligkeiten haben zu können, habe man sich verpflichtet, mit diesen nicht vor dem 3. April anzufangen, ohne jedoch an dieses Datum sich zu binden, wenn fremde Truppen früher in die Herzogthümer einrücken, — was ja wohl schon geschehen seyn wird. — So wie auch hier doch nur noch wenige daran glauben, daß es jetzt zum Friedensschluß auf der erwähnten Basis kommen, oder daß uns für ein Provisorium als die letzte Bedingung eingeräumt werde, machte auch auf den Reichstag diese Mittheilung keinen genehmigenden Eindruck.

Französische Republik.

Bourges, 26. März Abends 7 Uhr. Die Instruktion ist zu Ende. Die Requisitorien haben begonnen. Die ganze Sitzung nahm fast allein das Barroche'sche Requisitorium ein. Ribeyrolles, der von der Gallerie herab den Baroche unterbrach, wurde zu 24stündigem Gefängniß der Ordnungsstrafe verurtheilt.

Italienische Staaten.

Chur, 28. März. Unsere heutige Zeitung erwähnt eines Berichts aus Piemont: Die Kammern in Turin hätten die königliche Familie ihres Thrones verlustig erklärt und General Chrzanowski zum Diktator ernannt.

Wir erhalten eben noch direkte Briefe aus **Novara** vom 26., und aus **Mailand** vom 27. März. Der Krieg war zu Ende; die sardinische Armee war zu sehr in Auflösung begriffen, um weiter kämpfen zu können; der neue König hatte sogar bei Radetzky angefragt, ob er auf einige österreichische Brigaden rechnen könnte, wenn die republikanischen Bewegungen um sich greifen würden. In Mailand hatten mehrere Zusammenrottungen stattgefunden; in Como, Brescia und Bergamo war es zu Aufstandsversuchen gekommen. (A. A. Z.)

Hauptquartier Novara, 26. März. Soeben ist der Waffenstillstand mit Piemont definitiv abgeschlossen worden. General Cossato überbrachte dieses mit der Unterschrift des jungen Königs von Piemont versehene Dokument. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n.

Exp.-Nro. 4961.

Aufforderung.

Der vom kgl. Hauptzollamt Fürth am 14 Oktober 1847 sub fol. 1. Nro. 2 auf ein emballirtes — in hiesiger Halle lagerndes, mit dem Zeichen L. P. F. Nro. 106 versehenes, und 295 Zollpfund schweres Faß ausgestellte Niederlagsschein ist dem Eigenthümer zu Verlust gegangen

Es werden daher die unbekannten Inhaber des fraglichen Scheines aufgefordert, binnen 6 Monaten bei unterfertigtem Gerichte denselben vorzulegen, und ihre allenfallsigen Ansprüche hierauf geltend zu machen, widrigenfalls nach Ablauf dieser Frist obiger Schein für kraftlos erklärt werden würde

Fürth, den 14. März 1849.

Königl. Kreis- und Stadtgericht.

F e n c k.

Backof.

Trauer-Anzeige.

Es hat dem Herrn über Leben und Tod gefallen, meine geliebte Gattin

Frau Maria Margaretha Guthmann,

geborne S c h m i d l aus Wassermungenau,

welche 38 Jahre lang die Freuden und Leiden des Ehestandes so redlich mit mir getheilt hat, gestern Abend um 6 Uhr nach zurückgelegtem 81. Jahre ihres frommen Lebens von dieser Welt abzurufen Indem ich dieses hiermit allen lieben Freunden und Verwandten in der Nähe und Ferne mit trauerndem Herzen zur Anzeige bringe, bitte ich, die von mir Geschiedene ihrem liebenden Andenken empfehlend, um stille Theilnahme und um Fortdauer gütigen Wohlwollens.

Wöhrd bei Nürnberg, den 28. März 1849.

J o h a n n G e o r g G u t h m a n n.
Privatier.

E r k l ä r u n g.

Auf die in Nro. 90 der Mittelfränkischen Zeitung enthaltene Ansprache der sämmtlichen Bauhandwerker halte ich, um jedem irrigen Urtheile vorzubeugen, Folgendes zu bemerken nöthig:

1) Was mich anlangt, so habe ich den zu hohen Taglohn der Arbeiter als die Ursache der Unlust an Bauunternehmungen von Seite unserer hiesigen Mitbürger noch niemals bezeichnet, weiß nicht, daß und ob dies von andern Mitmeistern je geschehen ist, suche für meine Person vielmehr die Unlust zu Bauunternehmungen lediglich in den allgemeinen Zeitverhältnissen.
2) Ich habe unter dem Vorwande, es gebe keine Arbeit mehr, die Herabsetzung des Taglohns niemals erzielt, bringe keinen andern Taglohn in Rechnung, als den ich wirklich auszahle; sowie
3) die bei mir beschäftigten Gesellen, je nach ihrer Tüchtigkeit außer den gesetzlichen Taglohn noch eine Zulage erhalten.
4) Was die unverhältnißmäßige hohe Berechnung des Baumaterials anlangt, so bin ich nicht gewohnt, meine Rechnungen den Gesellen zur Prüfung und Durchsicht vorzulegen, sondern stelle solche so, wie ich es als rechtlicher Mann verantworten kann.

In der Erklärung und den Ansichten meiner Mitmeister in irgend einer Beziehung vorgreifen zu wollen, war diese Aeußerung meinerseits deßhalb nothwendig, weil unter den sämmtlichen Bauhandwerkern auch m e i n e G e s e l l e n mitbegriffen sind, welche eine rechtliche Ursache, sich gegen mich zu beschweren, nicht gehabt haben.

Nürnberg, den 31 März 1849.

S t e p h. H u c k, Maurermeister.

L e b e w o h l.

Zum Abschied — seinen Freunden und Bekannten ein herzliches Lebewohl! von

J o s e p h H e r g e r.

Verein deutscher Frauen.

Montag den 2. April findet Zusammenkunft des hiesigen und Fürther Frauenvereins in Muggenhof statt. Die theilnehmenden Personen werden gebeten, präcis 1 Uhr vor dem Spittlerthor einzutreffen Bei ungünstiger Witterung ist die Versammlung um 3 Uhr im Gasthaus zum König Otto

D e r V o r s t a n d.

E i n l a d u n g.

Sonntag Abends in der Waage am Hallplatz Produktion von den W a n d e r e r n.

H e r e m a n n.

Einladung.

Zum herzlichen Willkommen, der von allen Gauen Bayerns zusammentretenden Deputirten des hier abzuhaltenden Arbeiter-Congresses, ladet der unterzeichnete Ausschuß alle Brüder und Arbeiter zu einer geselligen Versammlung auf Montag Abends 8 Uhr im Saale des Bamberger Hofes hiemit höflichst ein.

Der Ausschuß des Arbeiter-Vereins.

Prater.

Sonntag Nachmittag produziren sich die W a n d e r e r Wehefritz und Consorten, wozu ergebenst einladet

R u p p r e c h t's sel. Wittwe.

Rohlederers-Garten.

Sonntag den 1. April findet die 3. Produktion von dem „bekannten Streichquartett“ statt, wozu ergebenst einladet

Anfang 4 Uhr.

L. F u r k e l.

Dutzendteich.

Heute Sonntag den 1. April findet bei günstigem Wetter Harmonie-Musik unter Leitung des Herrn Musikmeisters Dorsch statt Hiezu ladet höflichst ein

F i s c h e r

Regensburger Hof.

Heute Sonntag den 1. April findet daselbst Produktion von dem Blechsextett des Hoboisten Sprecher mit dem gewöhnlichen Entree für Herren 6 kr. und für Damen 3 kr. statt, wozu ergebenst einladet

S c h m i d l

Gesellschaft R. Blum.

(Schwarzbauern-Hof.)

Zur Eröffnung s e h r w i c h t i g e r Dokumente wird hiemit die Gesellschaft höflichst eingeladen, recht zahlreich zu erscheinen. Die Eröffnung findet um ½ 9 Uhr statt, und wird sich das bekannte Streich-Quartett mit Gesang produziren.

Die Veteranen betreffend.

Sämmtliche Herren Kameraden, welche bei der letzten Versammlung im Kontumaz-Garten waren, werden hiemit gebeten, zu einer wichtigen Berathung sich Dienstag den 3. April Abends 6 Uhr im Kontumaz-Garten einzufinden.

Zum grünen Jäger in der Hirschelgasse.

Montag Abend, den 2. April auf mehrseitiges Verlangen der resp. Gesellschaft Produktion von Wehefritz und Consorten, wozu ergebenst einladet

H o c h m u t h.

T u r n - V e r e i n.

General-Versammlung

Montag den 2. April Abends 7 Uhr

im Saale des goldenen Reichsadlers.

Gegenstände: Wahl der Vorstände und des Turnraths, Rechnungsablage, Jahresbericht, Turner-Compagnie, Sommerturnplatz.

Ausgestellte Werke im Albrecht-Dürer-Haus.

Ein elfenbeinener Pokal von H a g e n.

E i n l a d u n g.

Morgen Montag den 2. April ist Metzelsuppe, wozu höflichst einladet

K i ß k a l t.

Ulmer Bleiche.

Zur Uebernahme von Bleich-Gegenständen für die so vorzügliche Ulmer-Bleiche empfiehlt sich

Nürnberg, den 31. März 1849.

J. Gg. K i r c h g e ß n e r. L. 392.

P a l m k u c h e n

zum Kaffee und Thee empfiehlt zur geneigten Abnahme

Conditor D e c k e. Bindergasse
S. Nro. 915.

(A n e r b i e t e n.) Damenkleidermacher finden unter vortheilhaften Bedingungen fortwährend Beschäftigung bei

A l o y s R ü g e m e r in Würzburg.

Z u v e r k a u f e n.

In S. Nr. 466 in der obern Schmidtgasse am Thiergärtnerthor ist ein sehr schöner, aufrecht stehender Flügel 6½ Octav billig zu verkaufen.

(Z u v e r k a u f e n.) S. Nro. 106 unweit des bayer. Hofes ist ein noch gut erhaltener Wiener Flügel von Nußbaumholz mit 6 Okt. billig zu verkaufen.

(V e r l o r e n.) Mittwoch den 28. März wurde im Theater ein ¾ großes ächtes Foulardtuch (roth mit gelber Einfassung) im Coridor des ersten Ranges die Stiege hinab verloren. Der Finder wird gebeten, solches in S. Nr. 572 gegen ein Trankgeld abzugeben.

(G e s u c h.) Für kommendes Ziel Walburgi oder auch früher wird ein Dienstmädchen, welches in weiblichen Arbeiten wohl erfahren, jedoch ausserdem gute Zeugnisse, namentlich aber eine mehrjährige Dienstzeit bei ein und derselben Herrschaft nachweisen kann, in Dienst zu nehmen gesucht. Näheres in der Exp. d. Blattes.

Compagnon-Gesuch.

Es wird ein junger Mann, Kaufmann, der die Bücher zu führen versteht, in ein gangbares Fabrikgeschäft, das im besten Betrieb steht, und wenig Konkurrenten hat, mit einer Einlage von 8000 fl. als Kompagnon gesucht. Frankirte Briefe besorgt die Exped. d. Blattes unter A. Z.

(G e s u c h.) Ein Commis, welcher in einem „Nürnberger Manufaktur-, Eisen-, Stahl-, Messing-, Kurz- und Galanterie-Waaren- und rohen Metall-Geschäft gelernt, eine Reihe von Jahren mit auf Messen war, die einfache als auch doppelte italienische Buchführung praktisch erlernt und auch gereist hat, wünscht seine gegenwärtige Stellung zu verändern. Hierauf Reflektirende belieben Ihre Adresse sub Chiffre M. L. der Expedition dieses Blattes franko einzusenden.

(G e s u c h.) Ein Mädchen, welches gut kochen, waschen und bügeln kann, sich willig jeder andern Arbeit unterzieht, wünscht nächstes Ziel bei einer soliden Herrschaft unterzukommen. Näheres S. Nro. 146 am Trödelmarkt.

(G e s u c h.) Reine leinene Lumpen werden billigst zu kaufen gesucht. Näheres in der Exped. d. Bl.

(G e s u c h.) In einem sehr frequenten ersten Gasthof einer bedeutenden Provinzialstadt wird ein junger Mensch von guten Eltern, der die nöthigen Vorkenntnisse besitzt, in die Lehre zu nehmen gesucht und kann sogleich eintreten. Näheres in der Exp. d. Bl.

(G e s u c h.) Eine stille, nicht unmittelbar an einer Fahrstrasse gelegene Gartenwohnung mit zwei heizbaren Zimmern wird zu miethen oder zu kaufen gesucht.

(G e s u c h.) Eine Köchin, welche gute Hausmannskost kochen kann, wünscht nächstes Ziel bei einer stillen Herrschaft unterzukommen.

(G e s u c h.) Eine Köchin, welche schon längere Zeit hier diente, und welche sich auch allen vorkommenden Hausarbeiten willig unterzieht, wünscht am Ziel Walburgis unterzukommen. Jakobsstraße No. 1207.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 2. April 1849. № 92. Montag: Theodosia.

Deutsche Staaten.

Freiburg, den 27. März. Die Sitzung beginnt mit einem Vorgefechte zwischen dem Staatsanwalt Winter einerseits, und Struve und Brentano andererseits, und zwar über einen Bericht des Untersuchungsrichters Schrikel, worin die Behauptung der Frau Struve, als sey sie von ihrem ersten Untersuchungsrichter ungebührlich behandelt worden, in Abrede gestellt wird. Struve will nicht, daß man diesen Bericht vorlese, denn er sey zu einseitig; man müsse zuerst auch den andern Theil vernehmen; nachdem der Gerichtshof darüber berathen, wird er dennoch vorgelesen. Die Beweiserhebung ist nun geschlossen; nun erhebt sich Staatsanwalt Winter. Nachdem er vorausgeschickt, daß es sich allein um Wahrheit und Gerechtigkeit handle, kommt er auf die Bewegung selbst, spricht von dem Ruhme unserer Regierung, die ja in ihrer Liberalität Alles gewährt habe, was man vernünftiger Weise nur verlangen könne, so daß man mit Recht eine friedliche Vermittlung hätte erwarten sollen. Doch nein, man habe den Bürgerkrieg gewollt, trotz des entschiedenen Widerspruchs der Nationalversammlung. Er verbreitet sich nun näher über den Aprilaufstand. Er sey erdrückt worden. Aber auch nachher hätten die Flüchtlinge nicht geruht, sondern fortwährend gegen die bestehende Ordnung machinirt, bis endlich die zweite Schilderhebung gemacht worden. Der Redner sagt unter Mißfallsbezeugung der Zuhörer, es sey viel Eigennutz im Spiele gewesen; besonders lange hält er sich über die Ereignisse in Lörrach auf und behauptet, selbst an die Kirchengüter habe man Hand gelegt. Ob das Volkssouveränetät und Freiheit sey, wenn man das Volk zu einem Unternehmen nöthige, das es mißbillige? Nach Berührung mehrere Einzelheiten wendet er sich dann zum Schlusse an die Geschwornen, von denen er sagt, daß sie, nachdem sie mit großer Aufmerksamkeit den Verhandlungen gefolgt seyen, gewiß die Wahrheit finden werden.

Nach Winter bekömmt Struve das Wort; er rechtfertigt nun sein Unternehmen in einer Rede, die freilich nach den vielen Abschweifungen und Vertheidigungen in den bisherigen Sitzungen nicht viel Neues enthält Er vertheidigt, wie schon früher, nicht seine Person, sondern die Republik gegen die Monarchie: er stellt sein Thun als Pflicht dar. Der Redner behauptet die Gesetzlichkeit seines Unternehmens, er habe ja nur im Sinn und Auftrag des Volkes gehandelt; daß aber das badische Volk der großen Mehrheit nach republikanisch sey, gehe unter Anderem schon aus der Parlamentswahl hervor. Dann berührt er die Revolution vom ersten und zweiten März, und frägt, warum man in Bezug auf diese keine Verfolgungen vornehme? Einzig und allein deßwegen, weil sie gelungen sey. Der »metternichsche„ Staatsanwalt Wänker wird nun hart mitgenommen; er, der von keiner Revolution etwas wissen wolle, diene ja selber einer Regierung, und vertheidige selber einen Zustand, der aus der Revolution hervorgegangen sey, ja das Geschwornengericht selbst sey ja die Frucht der Revolution; wie ihn also dieses verurtheilen könne? Nicht die Parteileidenschaft solle vorherrschen in einem Prozesse, wie der vorliegende; man solle aus Freiburg kein Konstanz machen, man möge bedenken, daß in den Reihen der Republikaner vielleicht noch mancher Ziska schlummere, der leicht als ein Rächer des Unrechts erstehen könne. Kein Fortschritt, kein Umschwung sey möglich, ohne den Muth der That; er habe nur die wandelbaren Satzungen der Menschen, nicht aber die ewigen göttlichen Rechte und die Vorsehung angegriffen. Bei all seinem Thun habe ihn immer die tiefste Ueberzeugung geleitet; ein Tell, Egmont, Oranien, Washington, Franklin, das seyen die Vorbilder seines Lebens. Nach Struve sprach Blind, und zwar in einer Rede, die gewiß drei Stunden dauerte. Was Wunders, wenn sie schleppend und langweilig war? Hätte er sich auf etwa eine halbe Stunde beschränkt, so hätte sie mehr Wirkung gemacht. Zudem war sie in einer Form gehalten, die den Geschworenen ziemlich fremd und unverständlich war. Blind bemühte sich, zu zeigen, daß eine große Verschwörung zwischen Preussen, Oesterreich und Rußland zur Unterdrückung der Freiheit bestehe, und diese sey das eigentliche Motiv ihres Thuns gewesen. Die Beweise holte er aus Ukasen, Noten, Thatsachen, Aeußerungen des Reichsverwesers, woraus hervorgehen solle, daß auch dieser darum weiß und daran Theil nimmt. Eine große Rolle spielt hier der Waffenstillstand von Malmö und die russische Intervention in Siebenbürgen. Unter Anderem spricht er von den Schandthaten der Monarchie, wird aber da vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.

Nachher erhält der Anwalt Bardo das Wort, sein Vortrag war bündig durchdacht und erntete denn auch großen und lauten Beifall der Zuhörer. Der Hauptinhalt war der, daß Bardo zu beweisen suchte, es könne in einer Zeit, wo es noch keinen festen Zustand gebe, sondern vielleicht noch Alles schwankend und im Flusse sey, von Hochverrath eigentlich gar keine Rede seyn. Die alten Gesetze seyen für eine solche revolutionäre Zeit gar nicht mehr passend, besonders da, wo das Prinzip der Volkssouveränetät gelte. Aber das sey eben die schwache Seite der Staatsanwaltschaft, daß sie glaube, es habe sich in Bezug auf das Recht gar nichts verändert. Dieselbe meine, daß ein Holzapfelbaum, auf dessen Stamm man Pfropfreise von Reinetten okulire, nach- wie vorher Holzäpfel gebe. O nein! Der Holzapfelbaum aber sey die Monarchie, das Pfropfreis die Volkssouveränetät, die Frucht die Republik. Deßwegen könne der Begriff des Hochverraths auch nur im republikanischen Sinne genommen werden. Dann aber könnten die Geschwornen auch unmöglich ein Schuldig aussprechen. Endlich spricht noch Feder. Er sucht darzuthun, daß man in so ungewissen, revolutionären Zeiten seine Ueberzeugung wohl realisiren dürfe. Er vergleicht das Leben eines Volkes mit dem Leben eines Einzelmenschen. Dort wie hier könne man drei Perioden unterscheiden: das Knaben-, Jünglings- und Mannesalter. Das erstere entspreche der absoluten Monarchie, das andere der konstitutionellen Monarchie, das dritte endlich jenem Zustande, worin das Volk sich absolut frei bestimme. Die Angeklagten daher verurtheilen wollen, heißt Nichts anderes, als bestimmen, das Volk solle nicht souverän, sondern abhängig und beschränkt seyn. Man könne also von keinem Unrecht, von keinem Verbrechen sprechen; jedenfalls wäre dies auf Seite Blinds geringer, denn er sey z. B. kein Mitglied der provisorischen Regierung gewesen, sondern überhaupt eine etwas untergeordnete Person. (Schw. M.)

Frankfurt, 30. März. Unser konstitutioneller Bürgerverein feiert heute den Jahrestag des Zusammentritts des Vorparlaments durch ein großes Festessen im »Wolfseck«. Welch' ein Wechsel der Verhältnisse und Personen ist aber seitdem eingetreten. Gestern vor einem Jahre wurde Struve und Hecker ein Fackelzug gebracht und dabei wurde ausgesprochen, daß nun der Grundstein zur deutschen Republik gelegt worden. Heute hat Hecker der Republik den Rücken zugewendet und weilt in Amerika. Struve steht vor den Assisen, um die Republik zu vertheidigen, und Deutschland erhält einen Kaiser. (D. Z.)

Frankfurt, 29. März. Nach dem Frankfurter Journal haben etwa 80 Mitglieder der erbkaiserlichen Partei eine Erklärung unter dem 26. März wörtlich in folgender Art abgegeben: »Zur Beseitigung möglicher Zweifel erklären die unterzeichneten Mitglieder der National-Versammlung, daß sie die Verfassung, wie solche von der Nationalversammlung beschlossen werden wird, für dergestalt endgültig erkennen, daß sie für irgend wesentliche Abänderungen derselben, oder irgend erhebliche weitere Zugeständnisse, von welcher Seite dieselben etwa auch verlangt werden sollten, nicht stimmen werden.«

Frankfurt, 29. März. In einer gestern Abend abgehaltenen Versammlung der Oesterreicher wurde einstimmig beschlossen, gegen die Beschlüsse der 290 fortwährend zu protestiren, und bis auf den letzten Mann hier auszuharren. Ein Gleiches wird von allen übrigen Fraktionen der Großdeutschen geschehen. Der größere Theil der österreichischen und bayerischen Deputirten hat am 28. folgende Verwahrung erlassen: „In Erwägung, daß die Nationalversammlung von dem deutschen Volke das Mandat erhalten hat, eine Verfassung für g a n z Deutschland herzustellen, der unterm Gestrigen über das Reichsoberhaupt gefaßte Beschluß aber Deutschland mit unheilvoller Spaltung bedroht; in Erwägung, daß das Mandat der Nationalversammlung nur auf die Verfassung selbst, nicht auf die Wahl einer Kaiserdynastie gerichtet ist; in Erwägung, daß der rasche Beschluß über das Reichsoberhaupt den eigenen Beschluß der Nationalversammlung, über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland mit der k. österreichischen Regierung zu unterhandeln, aufhebt: erklären die Unterzeichneten, daß sie sich nicht für befugt erachtet haben, an der heute vorgenommenen Wahl eines erblichen Kaisers von Deutschland Theil zu nehmen, und daß sie jede Verantwortung der Folgen jenes Beschlusses und dieser Wahl von sich abweisen. Frankfurt a. M., 28. März 1849. (Folgen 113 Unterschriften.) (Fkft. J.)

†*† **Berlin**, den 29. März. Nach dem „Publicisten« soll die Exekutivpolizei von Berlin gänzlich auf die Schutzmannschaft übergeben, und der zum Kommandeur der letzteren ernannte Polizei-Inspektor Winkler eine Stellung erhalten, die der des brigadier de sureté in Paris analog ist. Der bekannte Polizei-Direktor Dunker, der früher eine derartige Stellung erstrebt hat, befindet sich in Oberschlesien, um auf die aus Oesterreich übertretenden politischen Flüchtlinge zu vigiliren und ihre Ergreifung zu bewerkstelligen. Es ist zweifelhaft, ob ihm diese Mission von den preussischen, oder von russischen, oder von österreichischen Behörden übertragen ist.

Heut sind in den Abtheilungen der II. Kammer die Wahlen für die Fachkommissionen vorgenommen worden. Wir theilen das Resultat derselben mit; nur über die Wahlen in der vierten Abtheilung entbehren wir noch die Nachrichten. Für die K o m m i s s i o n für a g r a r i s c h e A n g e l e g e n h e i t e n sind gewählt: In der 1. Abth. Nostiz, Jadkowski, Schirnding, in der 2. Abth. Klein, Haber, in der 3. Abth. Elsner, Schwiedler, in der 5. Abth. Schmiedicke, Eckart, in der 6. Abth. v. Bismark, Leonhard, in der 7. Abth. Münchhausen, Tegetmeyer.

In die K o m m i s s i o n für H a n d e l und G e w e r b e. In der 1. Abth. Erdreich, Freund, in der 2. Abth. Mödersheim, v. Viebahn, in der 3. Abth. Münzberg, Pruß, in der 5. Pau, Schmidt (Landshut), in der 6. Abth. Osterrath, Johanny, in der 7. Abth. Thiel. Andritzky.

In die Kommission für Finanzen und Zölle in der ersten Abth. Müller (Zell) Messerich, in der zweiten Abtheilung Merres, Camphausen, in der dritten Abth. v. Merckel, Blaßmann, in der fünften Abth. Matthäi, Wenzel, in der sechsten Abth. Harkort. Graf Dohna, in der siebenten Abth. v. Berghelm, Dötsch,

In die Kommission für Justiz-Angelegenheiten in der 1. Abth. de Syo, Eberty, in der 2. Abth. Breithaupt, Müller (Brieg), in der 3. Abth. Schornbaum, Peltzer (Heinsberg), in der 5. Abth. Borchardt, Dahne, in der 6. Abth. Reigers, Staubt, in der 7. Abth. Immermann, Paeisius.

In die Kommission für das Gemeindewesen in der 1. Abtheilung Gierse, Ludwig (Mühlhen.), in der 2. Abth. Reschke, Ritz, in der 3.

Abth. Sack, Kosch, in der 5. Abth. Ziegler, Knauth, in der 6. Abth. Graf Arnim, v. Saucken, in der 7. Abth. Wagner, Schulze.

In die Kommission für Unterrichtsangelegenheiten in der 1. Abtheilung: Wesel, Schneeweiß, in der 2. Abth. Schramm, Richter, in der 3. Abth. Dr. Jacoby, Vater, in der 4. Abth. Dr. Stern, Schaffraneck, in der 5. Abth. Wehmer, Krause, in der 6. Abth. Bogedein, Kellner.

Die Parteien sind in diesen Kommissionen ziemlich gleich vertreten, zu bedauern ist es jedoch, daß die Linke in der Kommission für Finanzen und Zölle Männern wie Harkort, Graf Dohna, Camphausen, nicht in gleichem Maaße in Finanzangelegenheiten bewanderte Mitglieder entgegenzustellen vermochte; ihre hervorragenden Talente in Finanzangelegenheiten, wie Rodbertus, Arntz, v. Kirchmann unterlagen den Kandidaten der Gegenpartei; in der 4. Abthlg. fielen die beiden erstgenannten HH. gegen Hrn. Herrmann und Müllensiefen durch; — für die Gewerbekommission wurden in der 4. Abtheilung die HH. Jacob und Schmidt gewählt.

Die Petitionskommission beantragt die von dem hiesigen Kammergericht erbetene Erlaubniß zur gerichtlichen Verfolgung des Abg. Jung wegen seiner Brochure gegen den Berliner Magistrat nicht zu ertheilen.

Dresden, 28. März. In der heutigen Sitzung der II. Kammer fand die Berathung des Tzschirner'schen Antrags auf Erlassung eines Mißtrauensvotums an das Ministerium statt. Nach Vortrag der Registrande erklärt Staatsminister Dr. Held: Der Gegenstand der heutigen Berathung sey ein solcher, daß es Jedermann angemessen finden werde, wenn die Minister sich nicht an derselben betheiligten. Um Mißdeutungen zu verhüten, fühle er sich zu dieser Mittheilung veranlaßt. Der Minister verläßt hierauf den Saal. Es verliest nun der Präsident zwei den obigen Gegenstand betreffende Anträge. Abg. Vincke beantragt nämlich: 1) Die Volksvertretung erkennt in dem Verhalten der Staatsregierung, welches im Widerspruche mit den von den Kammern gefaßten Beschlüssen zunächst in Betreff einiger wichtiger Punkte der deutschen Gesammtverfassung, sowie der Fortwirkung der Bundestagsverhältnisse und der Gesandtschaft in Wien beobachtet wird, eine Mißachtung der verfassungsmäßig ausgesprochenen Volkswillens; 2) die Volksvertretung erwartet, daß die Staatsregierung dieses Verhalten ändern und den Volkswillen zur Erfüllung bringen werde; 3) für den Fall jedoch, daß dies nicht eintrete, erwartet die Volksvertretung vom Staatsoberhaupte, daß es sich mit andern Räthen umgeben, in Zukunft aber, gleichwie auf die Entlassung so auch auf die Wahl seiner Räthe oder mindestens der Erstern derselben, dem Volk und der Vertretung desselben gebührenden Einfluß lassen werde." Dagegen beantragt Sekretär Fritzsche mit 25 andern Abgeordneten (von der Linken), daß der gegenwärtig zur Berathung vorliegende Tzschirner'sche Antrag zur Zeit noch auf sich beruhen möge. Zugleich erklären diese Abgeordneten, daß sie, weil eine Verhandlung über das Materielle des Antrags in nächster Zeit in Folge des gestern in geheimer Sitzung gefaßten Beschlusses in Aussicht stehe, sich heute jeder Theilnahme an der Debatte enthalten würden.

Es wird der Fritzsche'sche Antrag mit 39 gegen 31 Stimmen angenommen, wodurch sich der Tzschirner'sche erledigt. Am Schlusse der Sitzung wurde die Wahl des in der gestrigen geheimen Sitzung beschlossenen Ausschusses für die Blum'sche Angelegenheit vorgenommen; es wurden gewählt: die Abgg. Berthold, Köchly, Kretzschmar, Reimman, Hänel aus Annaberg, Rewitzer und Schneider. (D. A. Z.)

Gotha, den 27. März. Heute Morgen übergab der am Sonntag von Frankfurt wieder zurückgekehrte Staatsminister v. Stein den Landständen während der Sitzung die von denselben ausgearbeitete und vom Herzog anerkannte und unterschriebene Verfassung für das Herzogthum Gotha. Die Publikation dieses Staatsgrundgesetzes wird in den nächsten Tagen erfolgen. In dem Begleitschreiben des Herzogs sprach sich wiederholt der Wunsch einer baldigen engen Vereinigung der beiden Herzogthümer Coburg und Gotha aus. — Noch vor Ende dieser Woche wird der Herzog von hier nach Schleswig-Holstein abreisen, um die ihm vom Reichsministerium übertragene Stelle eines Oberkommandeurs über den thüringischen Theil der Reichstruppen anzutreten. (Frkft. O.-P.-Z.)

Meiningen, 26. März. Durch Gesetz vom 20. März ist nun auch im hiesigen Lande die Patrimonialgerichtsbarkeit, einschließlich der gutsherrlichen Polizeigewalt, ohne irgend eine Entschädigung der Berechtigten, aufgehoben worden. (D. A. Z.)

Harburg, 27. März. Diesen Vormittag setzten nach Altona über: 1 Bataillon Bayern (2. Bat. 13. Reg., von Bayreuth) und die bayerische 12-Pfünderbatterie (8 Geschütze von Würzburg). Diesen Nachmittag kamen: 1 Bataillon Bayern (2. Bat. 7. Reg., Carl Pappenheim und nach 5 Uhr endlich preußische Fouriertschützen vom 15. Regimente. Die mehrere Tage angemeldeten und wieder abbestellten werden also von morgen an einrücken. — Ueber Berlin nach Hamburg gekommene Theile der sächsischen Division: Das Infanterieregiment Max (2000 Mann), 1 Infanteriebataillon (Prinz Georg), 1 6-Pfünderbatterie (8 Geschütze).

Hamburg, 27. März. So eben erhalten wir Briefe aus Kiel von heute Nachmittag und Schleswig von heute früh. Militärische Operationen waren noch nicht vorgefallen. Die Landesversammlung hielt gestern Morgen und gestern Abend Sitzungen. In der ersteren zeigte die gemeinsame Regierung an, daß sie ihr Mandat als erloschen ansehe und daher zurücktreten werde. Synd. Prehn stellte den Antrag, ihr den Dank des Landes zu votiren. In der Abendsitzung wurde zur Prüfung dieses vielbestrittenen Antrages ein Komite niedergesetzt. Es wurde hierauf ein Schreiben des Reichskommissarius Souchay verlesen, wonach laut Verfügung der deutschen Centralgewalt eine Statthalterschaft, bestehend aus dem Grafen Reventlou-Preetz, Herrn Beseler und einem Dritten, von diesen beiden Herren zu erwählenden und von der Centralgewalt zu bestätigenden Mitgliede eingesetzt werden und ihr von allen Behörden gehorsamt werden soll. Nachdem die L.-V. sich ihre Zustimmung zu der Wahl des dritten Mitgliedes vorbehalten, wurde beschlossen, daß Graf Reventlou und Beseler die Regierung einstweilen allein führen. Die neue Regierung wurde hierauf als zu Recht bestehend anerkannt und ihr um Mitternacht von sämmtlichen Mitgliedern ein dreifaches Hoch gebracht. Der Reichskommissarius Stedmann ist nach Sonderburg abgereist und scheint die Reichstruppen noch in Schach zu halten.

Dänemark.

Kopenhagen, 23. März. Die Regierung hat 100 Offiziere ernannt, was bei entschieden friedlicher Gesinnung schon der Ausgaben wegen, bestimmt unterlassen worden wäre.

Einer gestern erlassenen Anzeige des Postsekretariats zufolge hört in Folge der Beendigung des Waffenstillstandes die Postbeförderung über die Herzogthümer von morgen (25.) an auf, und es werden die Posten bis auf Weiteres durch die Dampfschiffe „Malmö" und „Obotrit" nur über Lübeck und Wismar befördert. — Es ist Befehl gegeben, die Fregatten „Freya" und „Thyla" auszurüsten, und bereits mit der Auftakelung der ersteren derselben begonnen worden.

Die nordische Lola, Jungfer Rasmussen, gewesene Figurantin, Putzmamsell ꝛc, ist Sonntag bei Hofe als Baronesse Danner vorgestellt und von S. M. Ihro Gnaden titulirt worden. Sie soll zur Herzogin erhoben und mit den Gütern der Augustenburger und Glücksburger beschenkt werden (?!) (Wes. Z.)

Französische Republik.

† **Paris**. [Nationalversammlung. Sitzung vom 28. März.] Der Conseilpräsident verlangt das Wort für eine Mittheilung der Regierung. Odilon Barrot (tiefe Stille): Die Regierung hält es für ihre Pflicht, der Versammlung eine erste Depesche mitzutheilen, die ihr aus Turin vom 27. März Morgens 9 Uhr zugeschickt wurde und also lautet: „Der französische Minister in Turin an den Minister des Auswärtigen in Paris. Die piemontesische Armee ist bei Novarra geschlagen und in die Gebirge von Borgomanero zurückgeworfen worden. Die Oesterreicher besetzen Novarro und Vercelli. Es scheint außer Zweifel, daß der König Carl Albert zu Gunsten des Herzogs von Savoyen abgedankt hat. Letzterer hat noch keine Depeschen nach Turin geschickt. Die Regierung hat den englischen Gesandten Abercromby und mich ersuchen lassen, den Abschluß eines Waffenstillstandes zum Schutz der Stadt Turin von Radetzki zu erwirken. Wir haben uns ihr zur Verfügung gestellt und erwarten ihre Befehle. Turin ist ruhig." 2. Depesche. Nizza, 28. März, 5 Uhr Morgens. Diese Depesche meldet der Regierung in Paris, daß Carl Albert, nachdem er zu Gunsten seines Sohnes des Kronprinzen Herzogs von Savoyen abgedankt, in Nizza eingetroffen sey und sich auf das Gebiet der französ. Republik begeben. Die Armee ist bei Novarro geschlagen worden. Doch blieb seine Ehre unverletzt." Odilon Barrot fortfahrend: So überraschend schnell dieser Ausfall erscheinen mag, kommt er doch nicht ganz unvorhergesehen. Obwohl bei dieser Gelegenheit die piemontesische Regierung die weisen Rathschläge der Regierung der Republik unerhört ließ, so sind wir doch nichts destoweniger entschlossen und entschieden, die Rechte und Interessen Frankreichs durch Aufrechthaltung des piemontesischen Gebiets zu wahren."

Diese Mittheilungen wurden mit Eiskälte angehört. Rechts erschallte schwacher Beifall.

Italienische Staaten.

Botzen, 28. März. Die Sachlage in Piemont scheint sich bereits fester zu gestalten. Der neue König beabsichtigt die Kammern, die so stürmisch zum Kriege drängten, zu schließen, und wünscht sein Land mit Hülfe Oesterreichs zu pacificiren. (A. A. Z.)

Mailand, 27. März. Ein Brief aus dem österreichischen Hauptquartier vom 25. berichtet, daß der neue König (Herzog von Savoyen) eine Unterredung mit Radetzki hatte, nach welcher der Waffenstillstand bewilligt wurde. Ein Gerücht geht bereits, daß die Friedenspräliminarien acceptirt seyen; nämlich daß Radetzki nicht gegen Turin marschire, dagegen behalte er für drei Jahre das Ober- und Nieder-Novaresische nebst Alexandrien besetzt und Piemont, zahlt die Kriegskosten vom 18. März 1848 an. (N. Zürch. Z.)

Oesterreichische Staaten.

Wien, den 27. März. Das Gerücht gewinnt immer mehr Bestand, daß Feldzeugmeister Baron Welden den Oberbefehl in Ungarn übernehmen soll. General Graf Wrbna soll seine Pensionirung angesucht haben. Der Fuhrwesensgemeine Scheder, der den Fuß durch eine Kanonenkugel verlor, den ungeheuren Schmerz aber unterdrückte, bis sein Geschütz das Feuer einstellte, ist nach der Amputation gestorben. Noch vor seinem Tode erhielt er die goldene Medaille, dem Sarge folgten der Banus und mehrere Generale. Jetzt wird ihm in der Kirche seines Geburtsortes bei St. Pölten ein Denkstein durch Subskription gesetzt; er ist der erste gemeine Soldat, dem in Oesterreich eine solche Ehre widerfährt, die er aber auch gewiß vollkommen verdiente. (A. A. Z.)

Pesth, den 26. März. Heute verbreiten sich hier beunruhigende Gerüchte über den Stand der österreichischen Armee, Gerüchte, deren Wahrheit im ganzen dahin gestellt seyn mag, von denen aber doch so viel gewiß zu seyn scheint, daß die Oesterreicher eine rückgängige Bewegung machten, und ein großer Theil derselben einen eiligen Flankenmarsch von Hatvan nach Waitzen durch die schlechtesten Wege auszuführen genöthigt war. Letztere Stadt soll durch einen großen feindlichen Heerhaufen, man sagt unter Görgey, bedroht seyn, und es wird vielleicht in dortiger Gegend heut oder morgen zu etwas entscheidendem kommen. Waitzen liegt nur fünf Stunden von Pesth. (A. A. Z.)

Türkei.

Konstantinopel, den 14. März. Die hiesigen türkischen und französischen Journale enthalten ein offizielles politisches Aktenstück der Pforte über ihre Kriegsrüstungen, welches nicht ohne Gewandtheit das Thema: Si vis pacem para bellum! behandelt. (D. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Montagsblatt

zur Mittelfränkischen Zeitung.

№ 13. Nürnberg, 2. April. 1849.

Die Musenstadt.

Nach Franconien, nach Franconien
Möcht' ich in die sand'gen Zonien,
In die dürre Musenstadt,
Wo das Muckerthum erstanden
Und das Jopsthum noch vorhanden,
Wie man's nur geträumet hat;
Wo ein Mucker oft gehangen,
Endlich aber abgefangen
Von dem grausen Stadia;
Wo ein and'rer indigniret
Endlich aber permutiret
Von dem Pabst zum Muckerthum,
Wo derselbe stets diktiret
Und die Hörer nur prostiret,
Wie man nicht plaidiren muß.
Wo ein Doktor ausgesprochen,
Daß gewiß nicht ungerochen
Abgezwungene Freiheit sey,
Wie man soll sich Asch' aufstreuen
Und den Himmel bereuen
Für die Knut' und's Pfaffenthum.
Wo ein Theodor geboren,
Von der Stadt nicht auserkoren
In der letzten Consul-Wahl,
Der das Zugpapier erfunden,
Oft bewundert von den Kunden
Denen er es aufgehängt.
Wo der Chaisen-Springer weilet,
Der mit allen Wölfen heulet
Stets bei Tage und bei Nacht,
Wo auch große Väter lebten,
Deren kleine Söhne webten
Hier, wie überall verlacht;
Wo der Paul die Grethe meidet,
Und an Adelgund sich weidet,
Sonst vor langer Weile stirbt,
Von der Wissenschaft getödtet,
Die so oft vor ihm erröthet,
Sich um and'rer Gunst bewirbt;
Wo das Muckerthum gebietet,
Und ein Protz die Narren hütet,
Wo die Nixen Sächsier fangen,
Wölf' und Füchse Psalmen sangen
Gegen Männer protestirt,
Die durch Wissen imponirt.
Von Franconien, von Frankonien
Fort aus jenen sand'gen Zonien
Von Franconien will ich ziehen,
Um in's Goldland hinzufliehen.

Der Jahrestag der Märzrevolution,

gefeiert vom Münchener Märzverein.

(Schluß.)

Zwar ist von ihm nicht überall das geschehen, was es hätte thun sollen; aber das Volk hat seinen Willen ausgesprochen und wird ihn erfüllen. Es hat eine allgemeine deutsche Volksvertretung, und dies ist die wichtigste Errungenschaft. Hat auch das Parlament mancher gerechten Forderung nicht entsprochen, so hat doch das Volk in einem Brennpunkt sich vereint und die Stämme dadurch genähert. Möglich, daß dieses Parlament bald stirbt, aber ein neues wird, wie ein Phönix erstehen, wie die Welt keines sah. Unsere Kamarillen glaubten, das Parlament werde allmählig an der Abzehrung sterben; als die Kabinete aber das Gegentheil sahen, begannen sie in einiges Einverstehen mit demselben zu treten.

Der Umstand, daß das Parlament, trotzdem es nicht genügte, dennoch nicht starb, ist ein Beweis von dem tiefen Bedürfniß des Volkes. Und wenn das Parlament allmählig wieder beim Volke mehr Boden gewinnt, so steigt die Hoffnung für ein späteres freigewähltes Parlament. Das Volk muß seinen Mittelpunkt festhalten: es muß an die Männer sich halten, die wie ein Netz über Deutschland sich ausbreiten. Der Einzelne vermag nichts, nur die Einigung gibt Kraft. Wenn die Fürsten durch Theilung ihre Herrschaft erlangten und zu gewissen Zwecken sich vereinigten, so ist dies ein Fingerzeig, daß auch das Volk Glied an Glied sich schließe zu einem großen Ganzen. Das Jahr 1849 wird uns, mag es auch noch viele Opfer kosten, in der politischen Entwicklung um ein Großes weiter bringen. Und stürmt der nordische Koloß heran, dann wird das deutsche Volk erst zu seiner Freiheit gedrängt; das Volk wird, wie vereinst in den Freiheitskriegen, Mann für Mann aufstehen und zu sterben wissen, und der Sieg des Volkes ist unbezweifelt. Aber die Bewegung wird noch weiter greifen. Das Jahr 1848 hat einen gewaltigen Anstoß gegeben. Die Gährung wird hinübergetragen in Reiche, die wir in ewiger Erstarrung geglaubt, und wo ist dann die Stütze der Despotie? Dann wird das Wort

zur Wahrheit, das ein Herrscher am Anfange dieses Jahrhunderts gesprochen: Entweder wird Europa in einem halben Jahrhundert zu einem Despotenstaat oder zu freien Staaten. Viele Opfer werden fallen und auch die Todten des vergangenen Jahres sind nicht zu vergessen, sie leben ewig fort. Seyen wir eingedenk der Grundsätze, die im vergangenen März uns geleitet; jene Grundsätze werden immer tiefer eindringen und das deutsche Volk kann in seiner Beharrlichkeit von dem einmal Ergriffenen nicht lassen. Dem März 1848 ein Hoch. (Beifall).

Bundeslied von Lenz.

Abgeordneter Crämer: Liebe Mitbürger! Liebe Brüder! Viele und tüchtige Redner haben wir gehört; der Sturm der Rede braust dahin, es ist schwer, ihnen zu folgen. Ich bin in den Alpen gewesen, in den bayerischen Alpen; ich staunte oft die hohen Berge, den dahin stürzenden Strom an; meine Worte aber seyen eine Sennerhütte, in der man ausruht. Man spricht viel von der Einheit unseres Vaterlandes, und wer ist unter uns, der sie nicht wollte? Doch wie verschieden sind schon die Stämme in Bayern? Wie schaut der Altbayer den Pfälzer und Franken an, wie schaut der Pfälzer und Franke den Altbayer an! Der Pfälzer geht jetzt schon in Hemdärmeln, der Franke kann den Rock noch gut ertragen, geht aber doch mit dem Pfälzer; der Altbayer sitzt noch hinter dem Ofen. Aber glauben Sie, daß die Sonne noch Kraft genug habe, auch ihn hinauszulocken? Würde ich in der Kammer eine solche Interpellation an einen Herrn Minister stellen, so würde er mir antworten: Haben Sie Beweise? Ich würde sagen: Ja, ich habe die Beweise in der Tasche. Auch vor Sie trete ich ganz keck hin und sage: Ja, ich habe die Beweise in der Tasche. Denn was sind denn Sie? Sie sind ja selbst großentheils Altbayer. Im Jahre 1819 wollten die Altbayern keine Verfassung; 1831 nannten sie die Constitutionellen Wühler: jetzt wollen sie die Constitutionellen spielen und die Andern gehen weiter. Einmal kommen wir zusammen; wir (Franken) werden wohl etwas früher hinkommen, wir haben jüngere Beine. Und wo wir zusammen kommen, das ist in der deutschen Einheit. In den Bergen geht sich's schwer, darum um so mehr Anerkennung den Männern, die hier wirken. Wir haben oft genug die Leute gewarnt, nicht einzugreifen in die Speichen des Zeitrads, wir haben oft wohlwollend unsere Stimme erhoben; das Rad wird sie zermalmen oder ihnen ein Bein brechen, so daß sie ohnmächtig am Boden liegen. Die Zeit stürmt vorwärts und wir werden das Ziel der Einheit in unserem Vaterlande sicher noch erreichen. Unserm theuersten Gute, dem lieben Vaterlande, Deutschland ein Hoch. (Großer Beifall.)

Riedl bringt hierauf dem Arbeiter Crämer ein Hoch, in das die Versammlung herzlich einstimmt.

Lieder: Männer und Buben v. Weber. O deutsches Vaterland v. Ortner.

Lang: Ich will nicht dem Volke schmeicheln, sondern noch einige Schäden blos legen und zeigen, was hilft. 1806 ging das deutsche Reich durch einen auswärtigen Usurpator zu Grunde. Sieben Jahre darauf beteten die deutschen Fürsten in Leipzig und versprachen ihren Völkern Freiheit und Glück. Sie haben das Versprechen nicht gehalten. Man hatte dem Volke eine konstitutionelle Verfassung zugesagt; aber wenige Jahre darauf sagte man: Hütet Euch, Euerem Volk eine konstitutionelle Verfassung zu geben. 1848 hat das Volk trotz aller Versprechungen und wegen jenes Verrathes sich erhoben. Der Sinn der Erhebung ist, daß das Volk sich selbst vertraue. Betrachten Sie die jetzigen Zustände. Die Nationalversammlung ist schwach, aber wer die Geschichte kennt, der weiß, daß das Schlechte nicht möglich ist, wenn es nicht im Volke selbst seinen Grund hat. Sehen Sie da den Adel, der politisch und materiell herabgekommen ist. Man sagt wohl, der Adel ist aufgehoben; aber er untergräbt Minen gegen die Volksfreiheit und wird von mächtiger Seite unterstützt. Die Geistlichkeit. Sie, die Liebe lehren soll, die den Menschen dem Vaterlande zuführen soll, sie thut es nicht; sie kämpft gegen die Freiheit. Das Bürgerthum. Dieser Name sollte eigentlich Alle umfassen, aber unser Bürgerthum ist ein bloßes Spießbürgerthum, es ist keiner Opfer fähig, es kämpft gegen den eigenen Vortheil an und geht mit Adel und Geistlichkeit Hand in Hand. Die Großstaaten alliiren sich; Preussens König hat es ausgesprochen: »Bei Gott, nie werde ich gegen Rußland das Schwert ziehen.« Wo ist die Hilfe zu finden? Diese muß im Volke ruhen. Die Erhebung ist nur für das Volk geschehen. Aufklärung unter dem Volke ist nothwendig. Wir haben innere Feinde und äussere. Stürme brechen herein. Nur die eigne Kraft rettet uns. Geistig und materiell muß das Volk sich zusammenschaaren; der deutsche Staatsbürger muß für die deutsche Sache Opfer bringen, sonst ist es zu bedauern, daß die Revolution gemacht worden und das Urtheil über das deutsche Volk ist gesprochen. Köstliche Güter sind errungen; bringen Sie dazu den Eifer des Einzelnen und die Thatkraft, und es wird gelingen. Wenn die Reaktion sagt, der Wohlstand werde durch die Freiheit untergraben, so ist dieß eine Lüge, weil kein Wohlstand vorhanden war. Dieser kann nur entstehen durch Anschluß an die deutsche Sache. Wir müssen für die gute Sache einstehen, dadurch nur können wir zum Ziele gelangen.

Lied: Was ist des deutschen Vaterland? Mit Orchester.

Dr. Riedl: „Meine Herren! Wir haben heute das Fest des 4. März des vorigen Jahres begangen. Wir haben gesehen in dem großen Kreis, in dem wir versammelt waren, was erreicht ist und was nicht. Wir haben gesehen, daß es das Wenigste ist. Deßwegen fordere ich den Märzverein auf, jedes gesetzliche Mittel aufzubieten, um das Mehr zu erreichen. Trotzdem wir so friedlich sind, sind die Truppen alle versammelt. Wir wollen ihnen keine Gelegenheit geben, ihre Waffen an friedlichen Bürgern zu üben. Wir haben gezeigt, daß das, was die Bürger vereint, nicht die Gewalt ist, sondern die Intelligenz, der Verstand, das Gemüth."

Und so schloß um Mitternacht die Versammlung. Unzählige Personen hatten sich eingefunden. Nirgends eine Ruhestörung. Alle fühlten, daß der Weg, der uns zum Ziele führt, ein höherer sey, daß die Einsicht, die immer weiter sich verbreitende Wahrheit uns zum Siege führt.

Die Langeweile, der Spleen und die Seekrankheit.

(Fortsetzung.)

Trotz der großen Bonhomie, mit der die Göttin diese Worte sprach, hätte ich die letzte Bemerkung doch beinahe sehr anzüglich gefunden. Aber die Holde ließ mir keine Zeit, irgend etwas zu erwidern.

„Zwar entfernt von Deutschland — fuhr sie fort — nehme ich noch an der Entwicklung Ihres Vaterlandes den wärmsten Antheil. Auf eine erfreuliche Weise zieht sich bei Ihnen wiederum Alles in die Länge. Aber das kommt, weil ich mit den besten Rednern der Paulskirche auf ein und derselben Bank saß. — — Wie umsäuselte ich nicht den früher so berühmten Soiron! Wie leitete ich nicht die Beredsamkeit eines Venedey! O, nur ein einziges Mal ist man in Frankfurt aus der Rolle der Langeweile gefallen: als man den Verfasser des Schnapphahnski gerichtlich verfolgen ließ!

Ja, wahrlich, wenn es nicht ein England in der Welt gäbe, so möchte ich in Deutschland wohnen! Aber die Revolutionen des Kontinents haben mich vertrieben und auf diesem konstitutionellen Kreidefelsen, auf diesem Hort der Ruhe und der gesetzlichen Ordnung will ich Hütten bauen, eine für mich, eine für dich, o theurer Spleen, und die letzte für dich, du liebenswürdigste und interessanteste aller Krankheiten, ja für dich, o Seekrankheit!“

Hier schwieg die holde Göttin und der Spleen, der bisher so steif und unbeweglich wie eine Eule auf seinem Stuhl da gesessen hatte, suchte plötzlich aus lauter Begeisterung über den herrlichen „Speech“ die Füße in die Hosentaschen zu stecken, indem er entsetzlich dabei nieẞte und ein schnarrendes „hear, hear!“ ausstieß. Auch die Seekrankheit erwachte aus ihrer Lethargie und machte einige unheimliche Bewegungen. Ihr fahles Angesicht verzog sich zu einer jener unbeschreiblichen Grimassen, die man bei stürmischem Wetter an seinen Seegefährten zu studiren pflegt, und hätte ich nicht rasch meine Augen verhüllt, ich glaube wahrhaftig, das Schrecklichste wäre mir passirt.

Aber meine Gäste kehrten sich wenig an meine tiefsten Empfindungen. Sie schauten mit dem süßen Einverständniß verwandter Seelen lächelnd einander an und ein Bund wurde zwischen ihnen geschlossen, der noch manches Zeitliche überdauern wird.

Ich muß gestehen, ich spielte eine sehr traurige Rolle in diesem Augenblick.

Die Portweinflasche machte aber bald von Neuem die Runde und die Langweile, der Spleen, die Seekrankheit und ich selbst füllten die Gläser bis zum Rande. Jetzt erhoben wir das schimmernde Krystall, und jetzt uns messend mit stierem Blick, neigten wir die Köpfe, kaum bemerkbar und möchlichst steif, endlich mit todernsten Gesichtern à tempo den großen Moment des Trinkens zu vollenden — und lautlos wurde es in dem weiten Gemache und nur die Themse schlug murmelnd an die Quadern unseres Hauses und fernher klang durch die Nacht das Brausen Londons, verhallend wie der Donnerfall des Niagara.

Das Gespräch erstreckte sich jetzt über die Zustände Englands, und die Göttin der Langenweile versicherte mir unter Anderm, daß sie eine fleißige Kirchengängerin sey.

„Den englischen Gottesdienst, meinte sie, kann ich Ihnen nicht genug rühmen. Unten in dem Schiff der Kirche stehen die Repräsentanten der kleinen Mittelklasse; Menschen, die während der Wochentage so gern Sand in den Zucker streuen, die den Wein mit Schnaps vermischen und die Milch, wenn auch nicht mit Wasser aus dem Jordan, so doch mit dem Segen ihrer Pumpe taufen — mit einem Wort: kleine, ehrliche Leute, die sich mit einem mäßigen Nutzen begnügen. Sie haben sich für heute einmal gründlich die Hände gewaschen, und erscheinen in den Kirchenstühlen feierlich schwarz wie Staare und steif wie Böcke.

Rings auf den Gallerien sammeln sich die höhern Klassen der Gesellschaft. Fabrikanten, die von reduzirten Arbeitslöhnen leben; unternehmende Spekulanten, die z. B. am Sonntag ungemein für Missionsangelegenheiten und Bibelgesellschaften schwärmen, und in der Woche Götzenbilder fabriziren, zum Export nach dem Innern von Afrika, nach Hindostan oder nach den Inseln der Südsee. Banquiers ferner, die das Skalpiren besser verstehen, als die Mohikaner des fernen Westens. Mäkler, die gewiß in den Himmel kommen, weil sie den Teufel mit der größesten Leichtigkeit um ihre Seelen prellen werden. Advokaten, die so berüchtigt sind, daß man die Kinder mit ihrem Namen bange macht. Unbestechliche Beamte, die bei 300 Pfund Einnahme, jährlich 500 Pfund Ersparnisse zurücklegen. Gelehrte, die jederzeit bereit sind, für die Emanzipation der Sklaven aufzutreten, und die sich à la Lord Brougham, das Gesangbuch in die Haut eines Negers einbinden lassen. Fromme, mildthätige Rentner, die zur Buße für ihre Sünden die gesetzliche Armentaxe bis auf Heller und Pfennig einbezahlen. Wie gesagt, es sind die bessern Klassen der Gesellschaft, welche die gepolsterten Sitze der Gallerieen einnehmen; Leute, die von fünf bis zu zwanzigtausend Pfund werth sind, Geschäftsmänner ersten Ranges, die man an der Börse kennt, die stets gutes Papier remittiren, manchmal Wagen und Pferde halten, und deswegen sehr respektabel sind. Die noch reicheren Leute dienen dem Herrn ihrem Gotte in aparten Logen.

Mitten zwischen den Männern sitzen die kaninchen-keuschen Gattinen und Töchter der liebenden Familienväter. Die, unten in dem Schiff der Kirche, nach Rosinen und Korinthen, kurz, nach allen Gerüchen der Levante duftend; die auf den Gallerien, möglichst geschmacklos, in die reichsten Seiden- und Atlasstoffe gekleidet.

Während der Organist, auf seinem herrlichen Instrumente sehr schlecht präludirt, füllt sich der Raum allmälig mit Andächtigen. Jeden läßt man herein und wohlgekleideten Fremden weist man mit der größten Artigkeit die besten Plätze an. Nur zerlumpte Arbeiter und Bettler, die keinen Kirchenstuhl bezahlen können, werden in die Zugluft des Einganges, oder gar hinausgewiesen.

Endlich erscheint der Pastor. Er ist ein würdiger Mann, der sogar Abends bei einer Flasche Portwein ein ganz fideler Kerl ist, der auch bisweilen in Eisenbahnaktien spekulirt und überhaupt die irdischen mit den himmlischen Interessen auf's vortheilhafteste zu verbinden weiß. Er hat das alte und das neue Testament im Kopfe und räuspernd stellt er sich auf die Hinterbeine und schnarrt den Text.

Da erhebt sich die ganze fromme Gemeinde. Man wackelt mit den Köpfen, man wendet sich rechts und links, man verdreht die Augen und säuselnd beginnen sie ihren David'schen Psalm.

(Fortsetzung folgt)

Christenthum und Pfaffenthum.

Christenthum — es ist Erlösung
Und Beseeligung zugleich,
Rettung bietend und Genesung
Schließt es auf das Gottesreich.
Brechen will es alle Ketten,
So die Menschheit noch umklirren,
Und zum Lichte will es retten
Alle, die im Dunkel irren.

Licht entströmt dem ew'gen Lichte,
Blitzt es durch des Wahnes Nacht,
Und im flammenden Gerichte
Kämpft es kühne Geistesschlacht.
Daß Vernunft den Sieg erringe
Und die Menschheit vorwärts schreite,
Und der Geist die Adlerschwinge
Nach dem höchsten Ziele breite.

Freiheit! ruft es himmlisch grüßend
In des Kerkers finst're Gruft,
Wo die Menschheit schmachvoll büßend
Schmerzlich seufzt nach Himmelsluft.
Freiheit! flammt's von seinen Fahnen,
Mit des Heilands Blut geschrieben,
Ewig uns daran zu mahnen,
Was ihn in den Tod getrieben.

Liebe ist sein Bundeszeichen
Und mit des Erlösers Blut
Will es jedes Herz erweichen
Durch der Liebe heil'ge Glut,
Daß sich auf der schönen Erde
Nicht die Menschen mehr verdammen,
Daß da endlich Friede werde
Wo der Zwietracht Opfer flammen.

Mitleid bietet dem Verbrecher
Voll Erbarmen seine Hand,
Weist dem reuevollen Schächer
Der Versöhnung Friedensland,
Richtet nicht des Glaubens Meinen,
Zieht der Kirche keine Schranken,
Will nicht trennen, nur vereinen
Die Gott suchenden Gedanken.

Pfaffenthum — es ist Beknechtung,
Bringet Glaubenszwang und Ketten,
Nicht vor seines Bannes Ächtung
Mag die Unschuld selbst sich retten,
Gierig streckt es seine Hände
Nach der Herrschaft, nach dem Gold,
Schleudernd blut'ge Feuerbrände,
Wo man ihm nicht sklavisch zollt

In der Dummheit Finsternissen
Thront es mit der Macht der Lüge
Und belastet die Gewissen,
Würgt die Wahrheit in der Wiege.
Stemmt dem Fortschritt sich entgegen,
Hemmt der Freiheit edlen Flug
Stiehlt der Menschheit Gottes Segen
Durch fluchwürdigen Betrug.

Fromme Demuth auf den Lippen,
Gift'gen Hochmuth tief im Herzen,
Warnt es wie vor Sündenklippen
Vor der Freude heitern Scherzen,
Nennet Gottes schöne Erde
Sündenpfuhl und Jammerthal,
Will nicht, daß es besser werde,
Will nur Finsterniß und Qual.

Drohet mit der Hölle Strafen,
Mit der Pein, die nimmer endet,
Wenn von seinen gläub'gen Schafen
Eins den Kopf zum Lichte wendet
Führt den längst geschlag'nen Teufel
Siegreich wieder auf den Thron
Und verbietet jeden Zweifel
An des Abgrunds Lügensohn.

Ziehet enge Glaubensschranken,
Schließt das Heilige in Formen
Und beherrschet die Gedanken
Mit der Satzung strenger Normen,
Flucht des Bruders anderer Meinung,
Kennt nicht Liebe, kennt nur Fluch
Und zerstört der Menschheit Einung
Durch des Glaubens Richterspruch.

Christenthum ist Heil und Segen,
Pfaffenthum Fluch und Verderben,
Jenes will zum Leben regen,
Dieses bringt ein geistig Sterben.
Jenes heilt der Menschheit Wunde,
Dies verfolgt zu Gottesruhm,
Christenthum mit Gott im Bunde,
Mit dem Teufel Pfaffenthum

———

Druck und Verlag von Wilhelm Lämmel S. Nr. 546 am Rathhaus.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 3 April 1849 **№ 93.** **Dienstag: Rosamunda.**

† Anfrage.

Sicherem Vernehmen nach hat das kgl. Konsistorium zu Ansbach die Dekanate und Pfarrämter zu Gutachten aufgefordert, ob die weibliche Jugend schon mit dem 16ten Jahre, wie neuerlich wieder zur Sprache gekommen, aus der Sonntagsschule entlassen werden solle? Nebenbei gesagt, eine Sache, die schon längst ins Leben hatte treten sollen und, soviel uns bekannt, auch längst ins Leben getreten wäre, wenn man die Fachkenner in Schulsachen, die Schullehrer, je gefragt und auf ihre Vorschläge geachtet hätte. Hier handelt es sich aber darum, aus was Macht das Konsistorium die Sache in seine Hände nimmt. Wegen der Religion? Die Sonntagsschüler wurden erstens durch die von der Kirche vollzogene Konfirmation (mit dem Austritt aus der Werktagsschule) als vollgültige Glieder in die christliche Gemeinde aufgenommen, und zweitens haben dieselben in ihrer sogenannten Christenlehre, ohne irgendwelche Rücksicht auf Sonntagsschule, alle Sonntage in der Kirche ihren treffenden Religionsunterricht. Zwar ists bekannt, daß bisher die jungen Leute in der Sonntagsschule dasselbe treiben mußten wie in der Werktagsschule; sie mußten ihre etwa 8 — 900 Sprüche, die Haustafel, die sechs Hauptstücke, etliche Hundert Liederverse, eine gleiche Anzahl biblische Geschichten zum so und so vielsten Mal wiederholen, mußten damit und mit Choralgesang die, nur eine Stunde dauernde, Schulzeit fast ausschließlich ausfüllen, und blieben daher für das bürgerliche und staatliche Leben unwissend zum Erstaunen. Wir haben aber dieses Ausbeuten der Schulzeit zu fast nur kirchlichen Zwecken bisher blos auf Rechnung der (kirchlichen) Unterschulbehörden geschrieben. Nun wissen wir aber nicht mehr, wie wir uns die Sache deuten sollen. Wir haben hier unsere bayerische Verfassungsurkunde vor uns liegen. Im Anhang zu dem 103. §. der Beilage II zu Tit. IV ist das Konsistorium, gleich dem Oberkonsistorium, eine reine Kirchenbehörde und in den §§ 11 und 14 ist dieser blos die Ertheilung und Beaufsichtigung des Religionsunterrichts zuerkannt; die Volksschule selbst ist nach letztem § als ein Staatspolizei-Gegenstand bezeichnet und der Kompetenz der Regierungen und des Staatsministeriums unterstellt. Mit der Dauer der Schulpflicht kann der Religionsunterricht nicht zusammenhängen, denn wenn die Sonntagsschulzeit für die, alle Sonntage von den Pfarrern in der Kirche abgehalten werdende, gleich der Sonntagsschule eine Stunde dauernde Christenlehre nicht genügend befunden wird, so steht der Kirchenbehörde frei, dieselbe nach Belieben über die Schulpflicht hinaus zu verlängern. Die Bestimmung der Dauer der Schulpflicht ist also unbestritten rein schulpolizeilicher Natur und ressortirt daher zur Kompetenz der Regierungen und des Staatsministeriums, und wenn daher das protest. Konsistorium zu Ansbach, der klaren Bestimmung der Verfassungs-Urkunde entgegen, in dieser Sache, wie es scheint, eingreift, so ist gewiß die Anfrage erlaubt, ob denn die Schule, dieser Staatspolizeigegenstand, etwa nicht in Wirklichkeit unter den Regierungen und dem Ministerium steht, ob etwa irgendwie, im Allgemeinen oder Besondern, dieselbe an die Oberkirchenbehörden abgegeben wurden, oder ob etwa gar durch die neulichen Generalsynode-Beschlüsse unsere Verfassung bereits faktisch in fraglichem Betreff als abgeändert betrachtet zu werden hat? Mögen Eingeweihte nicht verschmähen, gefälligen Aufschluß zu geben! r.

Deutsche Staaten.

München, den 31. März. Königliche Entschließung über die Normen bei Reaktivirung der durch Pension aus der Dienstesaktivität getretenen Offiziere und Militärbeamten rc., folgenden Inhalts: I. Die in der temporären oder definitiven Pension verlebte Zeit kann in der Regel in die Dienstzeit nicht eingerechnet werden, und es kann sohin hieraus auch kein Anspruch auf Vorrücken im Range, nach dem Dienstalter in der für die aktive Armee aufgestellten Rangliste, im Falle einer Reaktivirung gefolgert werden; unbeschadet jedoch des Artikels V. der Verordnung vom 12. Oktober 1822 Reg. 11,387, hinsichtlich der vor dem Feinde verwundeten und deshalb pensionirt werdenden Stabs- und Oberoffiziere. II. Der freiwillig aus dem aktiven Militär-Verbande ausgetretene Offizier oder Militär-Beamte verzichtet durch seinen gänzlichen Austritt auf alle militärischen Standes-Verhältnisse, und insbesondere auf Charge, Rang und Gehalt. Wenn ihm sein Wiedereintritt in die Armee ausnahmsweise bewilligt werden sollte, so erscheint sein Eintritt als eine neue Anstellung, und er hat in der Regel — ohne Rücksicht auf seine allenfallsige Charakterisirung — als der jüngste in der ihm wieder verliehenen Charge einzutreten. III. Der wegen physischer Gebrechlichkeit oder in Folge einer administrativen oder dienstlichen Erwägung, oder organischer Verfügung in die Quiescenz oder Pension versetzte Offizier oder Militärbeamte rangirt bei seiner Reaktivirung in der Armee — dem im Art. I. aufgestellten Grundsatze gemäß — in seiner Charge nicht nach dem Patents-Datum, sondern nach jener Rangnummer, die er in der für die Armee aufgestellten Rangliste seiner Charge, bei seinem Austritte aus der Aktivität, inne gehabt hat; z. B. der Oberlieutenant N. N. hatte bei seinem Austritte aus der Aktivität in der für die Oberlieutenants der betreffenden Waffengattung aufgestellten Rangliste die Rangnummer 15; in diese hat er auch bei seiner Reaktivirung wieder einzutreten, und jenen Nachmännern im Range auszuweichen, welche während seiner Quieszenz in eine höhere, als die 15. Rangnummer vorgerückt sind, oder solche erhalten haben. IV. In denjenigen Fällen, in welchen ein Offizier rc. außer dem wirklichen Kriegszustande durch eine in einem dienstlichen Verhältnisse unverschuldet erlittene Beschädigung oder Verwundung dienstunfähig werden sollte, wird sich jedesmal die besondere Bestimmung — mit geeigneter Rücksichtsnahme auf den Artikel V. der Pensionsnorm vom 12. Oktober 1822 — vorbehalten. V. Jeder dienstfähige Quieszent oder Pensionist kann auch in eine seiner vormaligen Charge angemessene Dienstesaktivität wieder berufen werden, welche ihm entweder provisorisch oder definitiv übertragen werden kann. In beiden Fällen erhält der zum Dienste berufene Quieszent rc. den vollen Aktivitätsgehalt seiner vorigen Charge. Diese Bestimmungen sind in den vorkommenden Fällen zu genauester Anwendung zu bringen, wobei es sich von selbst versteht, daß zu jeder Reaktivirung die vollständigste Nachweisung der vollkommenen Befähigung zur betreffenden Dienneskathegorie erforderlich sey. Nymphenburg, den 21. März 1849. gez. Max. gez. v. Lesuire.

Dem Appellationsgerichtsrathe K. A. v. Hacke in Passau wurde der nachgesuchte definitive Ruhestand gewährt, und zu der hiedurch erledigten Stelle der Appellationsgerichts-Assessor K. v. Münster in Aschaffenburg befördert; der Rentbeamte B. Steyerer zu Hemau wurde auf Ansuchen auf das Rentamt Aibling und der Rentbeamte J. Lizius zu Kipfenberg auf das Rentamt Hemau versetzt, dann der Finanzrathsaccessist bei der Regierung von Oberbayern J. B. Schnitzelbaumer zum Rentbeamten in Kipfenberg ernannt. (N. M. Z.)

München, den 30. März. Das Intelligenzblatt enthält folgende Bekanntmachung der k. Regierung von Oberbayern, die Ersatzmannstellung der zu Offizieren und Militärbeamten beförderten Einsteher betreffend: „Es ist die Frage angeregt worden, ob jene Einsteher, welche zu Offizieren oder Militärbeamten befördert werden, für den Rest der übernommenen Dienstzeit Ersatzmänner zu stellen verpflichtet seyen. Das k. Staatsministerium des Innern hat inhaltlich höchster Entschließung vom 11. d. Mts. in Uebereinstimmung mit dem kgl. Kriegsministerium diese Frage dahin entschieden, daß, nachdem der Einsteher weder im Solde, noch in irgend einer Abhängigkeit zum Einsteher stehe und die Erfüllung freiwillig übernommener Verpflichtungen seine persönliche Stellung in allen übrigen Beziehungen nicht berühre, das Vertragsverhältniß eines Einstehers mit der Stellung eines Offiziers oder Militärbeamten nicht unvereinbar sey. Eine Verpflichtung zur Ersatzmannstellung wird hiernach nur dann eintreten, wenn der Einsteher vor Erfüllung seiner übernommenen Dienstzeit seine Stelle quittiren sollte."

München, 31. März. Wie wir hören, wird ein von Hrn. v. Kleinschrodt ausgearbeiteter Preßgesetz-Entwurf in die Kammern eingebracht werden, welchem zufolge jede politische Zeitschrift eine Kaution zu erlegen hätte. (D. bayer. Lbble.) (So ehrt man die Grundrechte des deutschen Volkes.)

△ **Nürnberg**, den 31. März. Vor einigen Monaten wurde der in einer öffentlichen Sitzung der hiesigen Schulkommission von einem weltlichen Mitgliede und Magistratsrathe gestellte und von einigen geistlichen Inspektoren unterstützte Antrag, „daß die deutschen Lehrer unserer Stadt Sitz und Stimme in der Schulkommission und die Inspektion der deutschen Schulen vorläufig theilweise erhalten sollen," an die kgl. Regierung von Mittelfranken und von da an's Ministerium gebracht. Jetzt ist die Entschließung darauf zurück und in Nürnberg angelangt, welche dahin gehen soll, daß auf den oben angeführten Antrag der Nürnberger Schulkommission von Seite des Ministeriums durchaus nicht eingegangen und in keiner Weise das bestehende segensreiche Verhältniß bezüglich der Schule aufgehoben werden dürfen. — Ist dies nicht ein neuer Fingerzeig, daß unser „hocherleuchtetes und gottbegnadetes" Ministerium mit seinem ganzen Anhang durchaus nun einmal nicht zur Annahme und Durchführung der Grundrechte sich bestimmen läßt?

Karlsruhe, den 29. März. Dreizehnte Verloosung der großh. bad. 35 fl. Loose (Hauptpreise) als Nr. 87686 50,000 fl., Nr. 124258 15,000 fl., Nr. 124265 5000 fl., Nr. 214227 159408 234901 214184 jede 2000 fl. Nr. 226479 66643 66615 191194 232644 214225 370334 135781 124295 124770 192529 226458 jede 1000 fl.

Freiburg, 29. März. [Neunte Verhandlung des Schwurgerichts über Struve und Blind.] Brentano nimmt das Wort zur Vertheidigung der Angeklagten. Im Eingange seiner Rede spricht er von dem Stolz, den er eigentlich empfinden sollte, hier als Vertheidiger zu stehen. Dieser Stolz werde aber durch tiefen Schmerz getrübt. Er verbreitet sich nun weiter über das Schwurgericht, das schon unsere Väter besessen, aber durch die gelehrten Professoren des römischen Rechts, diesen Untergang aller Freiheit, wieder verloren hätten. Ueber dem Gesetz throne das Recht, begründet in dem Gefühle des Volks, und nach diesem allein sey die Streitfrage zwischen der großherzoglich badischen Regierung und zwischen Gustav Struve zu beurtheilen und zu entscheiden. Nachdem sich früher die Staatsanwaltschaft im Namen des Volks gerirt, trete sie jetzt als die Vertreterin des Gesetzes auf und behaupte, die Geschwornen hätten nach diesem zu richten. Das sey aber unrichtig: ein Gesetzesspruch sey noch kein Rechtsspruch, denn Gesetz und Recht seyen nichts weniger als identisch. Dieses sey höher als jenes. Er werde also sagen müssen, das Gesetz sey zwar verletzt, aber nicht das Recht. Gustav Struve sey des Hochverraths angeklagt, und die Geschwornen, Männer aus dem Volk, sollten den Mann des Volks ins Zuchthaus schicken? Der Redner kommt nun auf die früher glänzende Stellung Struve's; aber Alles dieß habe er fahren lassen, weil er die Knechtung des Volks nicht habe mit ansehen können. Gerade die, welche sich jetzt auf den Boden des Gesetzes stellen, hätten Struve zu einem Republikaner gemacht. Vor 13 Monaten würde der Staatsanwalt haben

sagen müssen, daß auch im Vorparlament Hochverräther gewesen seyen. Blittersdorf habe ja selbst die größte schwarz-roth-goldne Kokarde, die er auftreiben konnte, an den Hut gesteckt, und doch seyen dieß dieselben Farben, die er früher so streng habe verfolgen helfen.

Was aber gestern Recht sey, warum sollte dieß nicht auch heute Recht seyn? Die deutschen Regierungen hätten nur dann nachgegeben, als man ihnen die Pistole auf die Brust gesetzt. Revolutionen seyen daher zur Heilung der politischen Zustände durchaus nothwendig: gerade der Bauernstand hätte den größten Nutzen daraus gezogen; es wäre daher undankbar, den zu verurtheilen, der mit zuerst diese, auf die Hebung des Bauernstandes sich beziehenden Forderungen gestellt habe. — Dann wendet sich der Rednee unter Anderem noch gegen die Anklageakte, und sagt, die Staatsanwälte hätten immer darauf hingewiesen, daß die Geschwornen nur nach den Thatsachen zu richten hätten, und doch seyen diese von ihnen gar nicht richtig dargestellt worden; welche von beiden Parteien also mit redlichen Waffen kämpfe? So werfe dieselbe Anklageakte den beiden Angeschuldigten vor, sie hätten selbst die zur Theilnahme am Zuge gezwungen, welche gar nicht einmal Republikanischgesinnte seyen. Ob man aber denn unsere Soldaten auch vorher nach ihrem politischen Glaubensbekenntniß frage, und dann im Falle, daß sie Republikaner seyen, sie zu Hause lasse? Da würde man sehr wenige bekommen können. Eben so habe man den beiden Angeklagten die Wegnahme der Kassen zu einem Verbrechen gemacht. Er, der Redner, müßte es für die größte Dummheit ansehen, wenn sie es nicht gethan hätten. Denn sey nicht die monarchische Gewalt in jenem Theile ganz aufgehoben gewesen? Oder hätte er jene Gelder lieber in die Hände der Feinde kommen lassen sollen? Zum Schlusse wendet sich Brentano in pathetischer und schwungvoller Rede an die Geschwornen, und sagt, da diese allein nach ihrer Ueberzeugung und ihrem Gewissen sich zu richten hätten, so sey er keinen Augenblick im Zweifel, wie der Spruch ausfallen werde, er hoffe, daß nicht nur fünf, sondern alle ein freisprechendes Urtheil abgeben werden. Brentano setzt sich unter großem Beifall der Zuhörer.

Nach Brentano spricht Hr. Staatsanwalt Wänker. Er sucht nachzuweisen, daß das Gesetz auch Recht sey, und die Geschwornen sich nur nach jenem und den von den Angeklagten selbst eingestandenen und durch Zeugen bewiesenen Thatsachen zu richten hätten. Wenn das richtig wäre, was der Vertheidiger gesagt, so könnte jeder Ehrgeizige und sonst jeder Beliebige jeden Augenblik Revolution machen und das Gesez verlezen; er dürfe ja nur sagen, er habe dazu, was er da thue, das Recht, es sey dieß seine Ueberzeugung. Dann kommt er auf die Behauptung der Angeklagten, als seyen sie nur die Vollstrecker des Volkswillens gewesen, und doch hätten sie ja dieses Volk wahrhaft malträtirt. Hierauf spricht er von den fünf Punkten, die Struve als Vertheidigungsmomente anführe. Er glaube, die badische Regierung habe Alles gewährt, was man vernünftiger Weise nur wünschen könne. Was dann einen andern dieser Punkte betreffe, nämlich die angebliche Nothwehr, so hätte sich Struve, wenn er meinte, man habe ihn verhaften wollen, ja flüchten können; es sey daher nicht nothwendig gewesen, eine Revolution anzufangen. Nach Allem dem glaube er, der Redner, die Geschwornen müßten durchaus ein Schuldig aussprechen. Nach Wänker entgegnet ganz kurz noch einmal Struve, der sagt, nicht er, sondern das Volk sey in der Nothwehr gewesen; er selbst hätte freilich sich flüchten können, dann aber hätte er sein Wort nicht gehalten, und die Freiheit wäre von ihm verlassen worden. Endlich verwahrt sich noch Brentano dagegen, daß der Staatsanwalt gemeine Verbrecher mit politisch Angeklagten in eine Linie zu stellen scheine. — Nun erklärt der Präsident, daß die Verhandlung bis Morgen unterbrochen werde, obgleich es erst etwas nach 12 Uhr war. Dagegen protestirte nun Brentano, es sey dieß unerhört, daß Verhandlungen, die geschlossen seyen, noch einmal unterbrochen würden. Man führe als Grund an, daß der Gerichtshof sich zuerst über die Fragestellung berathen müsse. Das könne derselbe aber gleich jezt thun. Auch Staatsanwalt Eimer war ungefähr derselben Ansicht; aber dennoch wurde die Verhandlung bis Morgen ausgesezt. Im Publikum herrscht darüber großer Unwillen. (Schw. M.)

Frankfurt, 30. März. Es bestätigt sich jetzt, was man von Anfang an vermuthete, daß der Erzherzog Reichsverweser niemals die Absicht gehabt hat, sein Amt sogleich niederzulegen und dadurch die Gefahren des Vaterlandes zu erhöhen. Eine solche Handlungsweise wäre nicht im Einklang zu bringen mit dem schönen Leben voll patriotischer Hingebung, das für alle Zeiten eine Zierde des deutschen Namens bleiben wird. Erzherzog Johann wird vielmehr, wie einer jener antiken Charaktere, auf dem Posten ausharren, auf den die Nation ihn berufen hat, bis der König von Preussen ihn ablöst. Nur für den Fall, daß der König ablehnen oder zögern und das gegenwärtige Provisorium sich verlängern sollte, wird sich der Reichsverweser, dem Vernehmen nach, mit Rücksicht auf seine schwankende Gesundheit bewogen finden, sein hohes Amt niederzulegen — ein neuer Grund, um den König zum Entschlusse zu drängen. Die Versuche zur Bildung eines neuen Reichsministeriums scheinen aufgegeben, da der Erzherzog dem interimistischen Ministerium Gagern, das nur zur Fortführung der laufenden Geschäfte sich anheischig gemacht hatte, die weitere Amtsführung mit voller Machtvollkommenheit und Verantwortlichkeit wieder übertragen hat. (D. Z.)

Hamburg, den 29. März. In der gestrigen Sitzung der konstituirenden Versammlung wurde die allgemeine Diskussion über die Grundbestimmungen des Verfassungsentwurfs fortgesetzt und beendet, und die Versammlung schritt darauf zur Berathung der einzelnen Entwurfsbestimmungen. Nach längerer Debatte wurden an der Stelle des §. 1 des Entwurfs folgende beide dem Verfassungsentwurfe der frankfurter konstituirenden Versammlung entlehnte Paragraphen angenommen: §. 1. Das hamburgische Volk ist in einem demokratischen Freistaate vereint. §. 2. Der Freistaat Hamburg bildet einen selbstständigen Einzelstaat des deutschen Reichs. Die für sämmtliche Einzelstaaten erlassenen Bestimmungen des öffentlichen Rechts des deutschen Reichs sind zugleich ein Theil des Verfassungsrechts des Freistaats Hamburg." Alsdann kam der § 2 des Entwurfs als §. 3 zur Annahme. Derselbe lautete: „Alle Staatsgewalt geht von der Gesammtheit der Staatsbürger aus." (B.-H.)

Berlin, den 30. März. Der König hat die Adresse der zweiten Kammer von einer Deputation derselben unter Vortritt des Präsidenten Grabow heute Vormittag um 11 Uhr in Gegenwart des Staats-Ministeriums entgegengenommen. Die Adresse, welche von dem Präsidenten Grabow verlesen wurde, haben wir bereits bei Wiedergabe der Kammersitzungsberathungen Satz für Satz mitgetheilt. Der König erwiederte hierauf folgende Worte: meine Herren! „Ich sage der zweiten Kammer für die mir überreichte Adresse meinen aufrichtigen Dank. Gerne erkenne ich in dem Inhalte derselben eine Gewähr dafür, daß die zweite Kammer die hohe Aufgabe, zu welcher sie in dieser ernsten Zeit berufen ist, in ihrer vollen Bedeutung erkannt hat, und daß sie mit Treue und patriotischem Eifer danach streben wird, diese Aufgabe auf eine für das Land wahrhaft gedeihliche Weise zu lösen. — Möge der göttliche Segen ihre Wirksamkeit begleiten! Dann wird das große Werk, an welchem die zweite Kammer mitarbeitet, wohl gelingen. Dann werden die Hoffnungen auf eine schönere Zukunft unseres theuren Vaterlandes in Erfüllung gehen!" (Pr. St.-Anz.)

Berlin, 29. März (10 Uhr Abends). Die Stadtverordnetenversammlung hat so eben einstimmig folgende Adresse an den König beschlossen: Majestät! Die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt hat Allerhöchstihnen die deutsche Kaiserkrone angetragen. Mit hoher Freude haben wir, die Vertreter der Haupt- und Residenzstadt Ew. Maj., dieses große Ereigniß begrüßt. Die Einheit unseres deutschen Vaterlandes, die von den Besten angestrebt, für die schon unsere Väter gekämpft, sie soll jetzt nach langen Zeiten der Spaltung zur Wirklichkeit werden. Majestät! Das deutsche Volk hofft auf Sie, es erwartet, daß durch eine starke Hand die Geschicke Deutschlands im Innern und nach außen gewährleistet werden. Entziehen Allerhöchstsie diesem hohen Berufe sich nicht! Wahren Ew. Maj. die deutsche Freiheit so weit sie erreichbar. Heil Ihnen, dem deutschen Oberhaupte! Diese Adresse wird dem Magistrat sofort zum Anschlusse vorgelegt, jedenfalls aber morgen Mittag 12 Uhr, auch ohne Anschluß des Magistrats, an den König nach Charlottenburg abgeben. — In derselben Sitzung nahm die Versammlung den Antrag an, dem bisherigen Präsidenten des Reichsministeriums H. v. Gagern das Ehrenbürgerrecht der Stadt Berlin zu verleihen.

†*† **Berlin**, 30. März. Die Nachricht von der Wahl des Königs zum deutschen Kaiser hat hier keinen so großen Anklang gefunden, als man wohl erwarten mochte. Das Staatsministerium trat gestern zu einer Berathung über die Annahme der Kaiserkrone zusammen. Wie vorauszusehen, sprach sich in dem Ministerrath die Meinung aus, daß man dem Könige nicht rathen könne, die Kaiserkrone aus den Händen der Frankfurter Versammlung ohne weiteres anzunehmen; es müsse die Annahme an die Erfüllung verschiedener Bedingungen geknüpft werden. Galt nun auch die zu erlangende Verständigung mit den übrigen deutschen Fürsten als die vornehmste jener Bedingungen, so kam doch auch schon hier die Frage wegen des suspensiven Veto und anderer Bestimmungen der Verfassung sehr in Betracht, noch mehr waren diese in andern hochgestellten Kreisen für die Meinungsäußerung über Annehmen oder Ablehnen maßgebend. Uebrigens versichert man, daß der König selbst über die auf ihn gefallene Wahl der Frankfurter Versammlung sehr erfreut gewesen sey und zur Annahme der Kaiserkrone bereit scheine. Nichtsdestoweniger soll auf telegraphischem Wege nach Frankfurt die Nachricht abgegangen seyn, daß man die Absendung der Deputation noch verschieben möge, da der König die Angelegenheit noch in Erwägung ziehen müsse.

Von Seiten der beiden Kammern sollen Adressen zu erwarten stehen, in welchen der König um die Annahme der Kaiserkrone gebeten werde. Man versichert, daß die Majorität beider Häuser sich schon hierüber geeinigt habe. — Die neuliche Erklärung des Grafen Arnim in der I. Kammer in Betreff der Verhältnisse Preussens zu Rußland erregte hier bedeutendes Aufsehen; die Aeußerung, daß das Verhältniß zu Rußland ein ungetrübtes sey, fand eben nicht viel Beifall; um so mehr ist es daher auffallend, daß Graf Arnim jene Aeußerung in der Kammer that, von der es sich voraussehen ließ, daß sie eben keinen großen Anklang finden würde, während der Minister des Auswärtigen neuerdings in einem Privatgespräch gemeint haben soll: unsere Stellung zu Rußland ist jetzt der Art, daß es leicht dahin kommen kann, daß die diplomatischen Verhandlungen aufhören und das Petersburger Kabinet durch einen Kampf zu einer andern Stellung Deutschland gegenüber wird gezwungen werden müssen. Uebrigens sind uns von sehr wohlunterrichteter Seite detaillirte Mittheilungen über die Truppenbewegungen an der russischen Grenze zugegangen, wonach jene keineswegs so ganz unverfängliche und alljährlich sich wiederholende Exerzierübungen zu seyn scheinen, und bemerken wir nur, daß bei Powoszki seit dem Ende der Statthalterschaft des Großfürsten Konstantin, und bei Maßkow (in der Nähe von Warschau) seit dem Jahre 1834 kein Uebungslager in der Weise und der Ausdehnung des diesjährigen stattgefunden hat. Mit dem gestern Nachmittag angekommenen zweiten sächsischen Infanterieregiment (Prinz Max), welches in Dresden gestanden, traf auch der General v. Heinz, Kommandeur des zur Reichsarmee beorderten sächsischen Kontingents hier ein. Zum Empfange desselben hatten sich zahlreiche hier bereits angekommene sächsische Offiziere, sowie auch das Musikchorps des zweiten Garderegiments auf dem anhaltischen Bahnhofe eingefunden. Die Angekommenen sind heute Morgen um 7 Uhr mit der Hamburger Eisenbahn nach ihrer Bestimmung abgegangen. — Der seit Montag vor dem hiesigen Kriminalgericht verhandalte Prozeß wegen der Vorgänge am 16. Okt. ward heute beendet. Der, wie es schien, als Hauptangeklagter betrachtete Arbeitsmann Dahlenburg ist gleichwohl nur zu 6 Monaten Strafarbeit verurtheilt; die übrigen Angeklagten trifft ein härteres Urtel, einer ist zu 10 Jahren, zwei zu 6 Jahren, zwei zu 4 Jahren Strafarbeit, einer zu drei Jahren Gefängniß und einer zu dreijähriger Einstellung in eine militärische Strafsektion in erster Instanz verurtheilt worden. Gegen Linden-Müller ist auf 2 Jahre Festung erkannt worden, obwohl der Staatsanwalt nur auf 18 Monate, bei den Uebrigen auf 6—9 Monate angetragen hatte.

Berlin, 29. März. Eben erhalten wir die telegraphische Depesche, daß das Frankfurter Parlament nach einem Beschlusse mit einer Majorität von 42 Stimmen dem Könige von Preussen die erbliche Kaiserwürde antragen will. Ich kann aus sicherer Quelle berichten, daß der König den ehrenden Antrag zu würdigen weiß, daß er aber auch, bevor er die angetragene Krone annimmt, die freudige Zustimmung der Regierungen abwartet.

Die Aeußerungen der Berliner Presse über den Schlußakt der Versammlung in Frankfurt dürfen jetzt nicht übersehen werden. Die Neue Preussische Zeitung und die Constitutionelle Zeitung, auf sehr verschiedenen Parteistandpunkten stehend, sind die ersten. Die Neue Preussische Zeitung sagt: Die Revolution hat jetzt einen Ambassadeur-Rock angethan; sie nahet mit Scepter und Krone, und bald werden wir

die verführerischen Worte vernehmen: „Dies Alles will ich Dir geben, so Du niederfällst und mich anbetest.“ Wie wird die Antwort lauten, wird die Ehre mächtiger seyn als die Schmach, und das Glück stärker als die Noth? Kann man auch eine Krone verschenken, die man nicht besitzt, und was kann Preussen von Frankfurt empfangen, das es nicht schon hätte? Wir verschmähen diesen trügerischen Schmuck, der in Staub zerfällt, wenn man ihn berührt; wir wollen es nicht, dies „prunkende Gewand, denn die es spann, war keine reine Jungfrau.“ Jahrhunderte voll Ruhm und Ehre haben Preussens Thron gegründet als einen ehernen Fels, fest, daß die Wogen des Aufruhrs an ihm zerschellen, und nur dem Meister wird es gelingen, dies Werk zu zertrümmern. Die Hand, welche die Krone mit Unrecht bringt, wird sie auch zurückfordern, mit Gewalt — wenn es ihr paßt, und was wird der Krone Preussens bleiben, wenn auch die Liebe und Treue der „Schwarzweißen“ in dem deutschen Wirbel aufgegangen ist? Die Wahl ist eine ernste: „Der rechte Ritter sprengt heran, und warnt den Grafen sanft und gut, doch baß hetzt ihn der linke Mann zu schadenfrohem Frevelmuth;“ ist der Schritt gethan, man kann ihn schwerlich zurückthun, ist die neue Krone angenommen, man kann die alte schwerlich behalten, und die alte war eine Ehrenkrone. Der Enkel seiner großen Väter darf nicht ein kleiner märzerrungener Kaiser seyn, und Friedrichs Szepter ist ein besserer Stab, als jene kleine Wünschelruthe, mit welcher Heinrich Gagern seine Treuen dirigirt.

Die Deutsche Reform vom 29. März schreibt: Die erbkaiserliche Partei ist durchgedrungen, aber um welchen Preis! Die neugegründete Gewalt ist beinahe so schwach, als die frühere Kaisermacht seit dem Westfälischen Frieden war; nicht einmal gegen Abänderungen der Verfassung soll das Reichsoberhaupt ein absolutes Veto haben. Freilich nicht die fürstlichen Obrigkeiten schränken die Oberhoheit ein wie damals, sondern die Repräsentation des Reichs in Staatenhaus und Volkshaus. Das Recht der deutschen Fürsten ist nahezu vernichtet; der Reichsrath, der, aus ihren Bevollmächtigten zusammengesetzt, an der Reichsregierung Theil nehmen sollte, ist ganz beseitigt. Und vollends das eigentlich volksthümliche Recht der Wahl ist schonungslos der Demagogie preisgegeben; die Pseudodemokraten sind auf der geheimen Abstimmung bestanden. Und doch ist ein Gewaltiges geschehen, das aus den Annalen der Geschichte nie wieder zu tilgen ist: Die Nation hat in ihrer gesetzlichen Vertretung auf gesetzlichem Wege den Retter Deutschlands bezeichnet. Wie kann König Friedrich Wilhelm diese Sendung erfüllen? Nicht, indem er ablehnt, wohl aber, indem er Bedingungen vorschreibt. Hierauf war von je her alle Welt gefaßt; nach dem jetzigen Ausfalle wird es von Allen erwartet werden: von der Demokratie in der Hoffnung, daß Verwirrung daraus entstehe, von allen Freunden des Vaterlandes in der Zuversicht, daß nun endlich Deutschland eine Ordnung und Obrigkeit erhalte. Die kaiserl. Partei zu Frankfurt hat den Beschluß ohne Zweifel nur in der Erwartung gefaßt, daß diese Bedingungen erfüllt werden; und sie werden es: denn der Widerstand der Linken wird ohnmächtig, sobald die Oesterreicher die Paulskirche verlassen. Gott erleuchte die Räthe des Königs. Schmerzlich bewegt blicken wir zurück auf das vorige Jahr; am heutigen Tag erhielt Alfred v. Auerswald vom Könige den Auftrag, ein Kabinet zu bilden, und Camphausen wurde Ministerpräsident — Camphausen statt Brandenburg — Auerswald statt Manteuffel! und statt des Grafen Arnim — der Frhr. Heinrich v. Arnim!

Greifswald, 27. März. Wie wir erfuhren, hat ein Kommando Stralsunder Artillerie die strategisch wichtigen, von Stralsund etwa 1½ Meile entfernten Proßnitzer Schanzen auf Rügen besetzt. Auch spricht man davon, daß Rügen binnen Kurzem wieder wie im vorigen Jahre eine Besatzung von Landwehrtruppen erhalten werde, um vor den Dänen gesichert zu seyn. (Ostsl.-Z.)

Dresden, den 29. März. In der heutigen Sitzung der II. Kammer erfolgt die Berathung des Berichts des fünften Ausschusses über die Vereinigung der thüringischen Staaten mit dem Königreiche Sachsen und über die dafür eingegangenen 36 Vorstellungen. Der Ausschuß (Referent Bertling) beantragt: Die II. Kammer ersucht in Gemeinschaft mit der I. Kammer die Regierung, daß sie für die Vereinigung des Großherzogthums Weimar-Eisenach ꝛc. mit dem Königreiche Sachsen zu einem Gesammtstaate mit einer gemeinschaftlichen Verfassung und obersten Verwaltung angelegentlich besorgt sey, zu diesem Zweck aber mit den Regierungen jener Staaten sich verständigen und in Gemeinschaft mit ihnen den betreffenden verfassungsmäßigen Volksvertretern die geeigneten Vorlagen zur Berathung und Entschließung baldigst zukommen lassen möge.“ Dieser Antrag wird gegen 10 Stimmen angenommen. Ein Antrag des Abg. Gruner auf Berufung einer konstituirenden Versammlung für Thüringen und Sachsen wird abgelehnt.

Aus Dresden vom 28. März schreibt man der Deutschen Reform: Ziemlich sichern Kabinationen zufolge können Sie mit Gewißheit annehmen, daß den Kammern in den gestrigen geheimen Sitzungen eröffnet wurde, wie Oesterreich die Zurückberufung des Gesandten v. Könneritz als einen Bruch zwischen Sachsen und Oesterreich betrachte, und deshalb von der Ausführung jener Maßnahme Umgang genommen ist.

Flensburg, den 26. März. Aus Hadersleben und Apenrade kommen schon flüchtige Familien an, da man glaubt, daß das nördliche Schleswig fürs erste preisgegeben werden muß; heute Abend noch wird der ganze Magistrat und die übrigen Beamten jener beiden Städte hier erwartet. Kein Deutschgesinnter kann es wagen, in jenen preisgegebenen Städten zu bleiben, da man mit Bestimmtheit weiß, daß die Dänen eine Proscriptionsliste aufgestellt haben, nach der sie alle Deutschgesinnten mehr oder minder weit wegschleppen wollen. (S.-H. Z.)

Hadersleben, vom 28. März. Also Waffenruhe bis zum 29., nach 12 Uhr, das alte Lied vom vorigen Jahre. Wer verargt es uns, daß wir dieses Spieles herzlich müde sind, und den Wunsch nicht zurückdrängen können: „Möchte es doch wenigstens uns nicht verwehrt werden, selbst unter unserm Bonin der Sache ein Ende zu machen!“ — Auf unsere Truppen können wir uns verlassen! — Daran kann Niemand zweifeln, der dieselben in den letzten Tagen gesehen hat. In der verflossenen Nacht wurde eine Kompagnie (Hauptmann Aller) durch den Schuß einer Schildwache, welche auf dem Felde auf eine vorbeischleichende Person, die auf den Anruf nicht antwortete, Feuer gab, allarmirt, und wer es mit ansah, wie schnell Alle auf den Beinen waren und sich vorwärts stürzten, der wird mit uns sagen: „Es ist mehr als traurig, daß diesen braven Leuten immer wieder verwehrt wird, drauf und dran zu gehen zur endlichen Befreiung ihres Vaterlandes!“ — Sieht man daneben, daß unter unsern hiesigen Truppen (1. Jägerkorps) gerade noch von alter Zeit her die Mehrzahl der Soldaten aus Leuten besteht, denen nach ihrer äußeren Stellung (armer Landbewohner Söhne) die errungene Freiheit am wenigsten eintragen wird, so muß man mit uns sagen: „Auf solche Leute kann das Land sich, wenn es gilt, verlassen!“ — Daneben ist das freudige Vertrauen Aller zu unserm Bonin eine wahre Ehre für ihn und sie. Dasselbe hören wir aus Apenrade: dort liegt das 9. und 10. Bataillon, und als sich gestern vor dem Hafen eine dänische Fregatte zeigte, so zog das Musikkorps nach dem Hafen hinunter, und spielte den Dänen zum Empfange vor: „Ritsch, Ratsch!“ — Alle; hier und dort jubelten in der Erwartung des nahen Kampfes, und jetzt? — — Auf Alsen scheint sich übrigens die Hauptstärke der Dänen koncentrirt zu haben, und ihre Maßregeln gehen dort in bekannter Weise fort. Vor wenigen Tagen sind Mehrere, denen man ausdrücklich nichts als deutsche Gesinnung (!) vorzuwerfen wußte, ohne Weiteres fortgewiesen, wobei noch der Hohn hinzugefügt wurde: „Es stände ihnen auch frei, nach Kopenhagen sich zu begeben!“ Und wir schließen Waffenruhe, Waffenstillstand u. s. w. mit denselben Dänen in denselben Tagen!! — Mehrere der Fortgewiesenen sind hier in Hadersleben angekommen. (Alt. M.)

Dänemark.

Koppenhagen, 26. März. Die folgende heute offiziell veröffentlichte Mittheilung bestätigt vollständig den letzten Bericht über die Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum 3. April: „Die Regierung hat Mittheilungen aus London erhalten, die es nicht unwahrscheinlich machen, daß eine vorläufige Uebereinkunft auf zufriedenstellende Bedingungen als Einleitung zum Frieden daselbst zu Stande gebracht werden kann, so bald die absolut dazu nöthige Zeit gegeben wird. Auf diesen Grund hin hat Seine Majestät auf Vorstellung des Staatsrathes bestimmt, daß die Feindseligkeiten von dänischer Seite faktisch suspendirt bleiben bis zum nächsten 3. April, bis wohin erst der mit der Meldung darüber nach London abgesandte Kurier zurück erwartet werden kann.“ (Ztg. f. Nrddtschl.) (Aus Schleswig-Holstein wird gemeldet, daß die Waffenruhe bis zum 15. April dauern soll.)

Französische Republik.

† **Paris**, 29. März. Alle Journale beginnen mit den Depeschen, die wir gestern flüchtig kopirten.

Sobald Barrot die Bühne verlassen, trat der Ausschuß der Nationalversammlung für die auswärtigen Angelegenheiten zusammen, um in geheimer Sitzung das Verfahren zu berathen, das man bei so wichtiger Sachlage einzuschlagen. Um 9 Uhr Abends in Gesellschaft des Ministers Drouyn de Lhuys wieder zusammengerufen, soll der Ausschuß die Ansicht ausgesprochen haben: daß die Alpenarmee sofort Savoyen und zwar so lange besetze, als die Oesterreicher Piemont okkupiren. Heute Nachmittag soll ein Antrag in diesem Sinne zur Berathung gebracht werden. Welcher Entschluß gefaßt wurde, finden Sie in den diesfälligen Verhandlungen der heutigen Sitzung.

Der gestrige Tag brachte uns nicht nur einen geschlagenen König, sondern auch einen geschlagenen Volksvertreter. Um 7 Uhr Abends wurde Proudhon von der Seine-Jury mit acht Stimmen gegen vier, zu drei Jahren Gefängniß und 3000 Frk. Geldstrafe verurtheilt. Sein Gerant Duchêre kam mit 1000 Frk. und einem Jahre davon.

„Der 28. März — ruft La Reform — ist ein trauriger Tag für die Demokratie. Auf der einen Seite blutet ein Volk unter dem Säbel der Kroaten; und auf der anderen Seite schneidet man der (sozialistischen) Idee mit dem Messer der Furcht die Gurgel ab.“

Aus Bourges schreibt man vom 28. März Abends 7 Uhr: „Unser großes Gerichtsschauspiel geht mit dieser Woche jedenfalls zu Ende. Die ganze heutige Sitzung wurde mit Anhörung der Vertheidigungsreden ausgefüllt. Nichts Ausserordentliches.“

Der Moniteur veröffentlicht ein Rundschreiben des Bauministers an sämmtliche Präfekten. Staatsbaumeister, Ingenieur, Wegeaufseher ꝛc., worin das Arbeiten an Sonn- und Feiertagen untersagt wird!!! In den diesfälligen Gründen heißt es unter Anderem:

„Die Besserung des Schicksals der Arbeiter ist der unausgesetzte Gegenstand der Fürsorge der Regierung der Republik. Sie in Ihrem Amt können am besten darüber urtheilen, ob die Administration nicht Alles thut, um nach Maaßgabe der finanziellen Quellen die öffentlichen und partikularen Arbeiten täglich mehr auszudehnen. Aber (!) neben die Arbeit, welche für den Unterhalt sorgt, werde ich stets die Besserung der moralischen Beschaffenheit (Kondition) die Befriedigung der Bedürfnisse der Intelligenz, welche bei Allen das Gefühl der persönlichen Würde erhebt und hervorruft, sowie endlich die Möglichkeit für den Arbeiter stellen, die Pflichten der Religion und Familie frei auszuüben. Die Ruhe des Sonntags ist also dem Arbeiter nöthig; sie muß darum aus dem doppelten Gesichtspunkte der Moralität und der Hygiene respektirt werden. gez. T. Lacrosse.“

Das Ministerium widerlegt heute im Moniteur und vielen anderen Blättern die gestrige Behauptung des National, wonach die Mehrzahl der Minister für Intervention, Bonaparte aber mit der Minderzahl gegen dieselbe gestimmt hätte; es sey kein Wort wahr am ganzen Artikel u. s. w. Der National erwidert beißend: Angenommen, man belog uns, war es dennoch wohl am Moniteur, der Erste zu seyn, welcher schrie: im Ministerrathe des Elysée gäbe es keine fünf Männer, welche eifersüchtig genug sind, um über Frankreichs Nationalehre zu wachen? Pfui, der Moniteur hätte schweigen sollen ꝛc. Dieser Kampf der monarchischen und honnettrepublikanischen Journale ist sehr erbaulich.

Nicht blos in der gesammten Tagespresse, sondern in ganz Paris herrscht über die plötzliche Wendung der Dinge in Oberitalien allgemeine Versteinerung. Selbst unsere monarchischen Blätter sind in ihrem Jubel über den Sieg und die Feldherrntalente Radetzki's doch vorsichtig. Was die demokratischen Journale dazu sagen, kann man sich leicht denken. Die „Revolution“ hofft, daß in Turin und Genua die Republik proklamirt werde; dann würden die vier Millionen Einwohner mit den Radetzkischen Kroaten schlagfertig werden. In den Klubs, deren es für jeden Arrondissement Einen gibt unter dem Titel: „Präparirende Wahlversammlung“ war die Gährung sehr groß. Sowohl wegen Italiens, als wegen der Verurtheilung Proudhons.

† **Paris**, 29. März. Der Ausschuß des Auswärtigen hat diesen

Vormittag seine Geheimsitzung über die italienischen Ereignisse fortgesezt. Da dieselbe geheim, dürfen wir freilich nicht Alles aus der Schule plaudern. Doch dürfen wir wohl folgendes sagen: Jules Favre, Joly und Buvignier beantragten sofortige Intervention. Bixio und Gustave de Beaumont wollten sich mit Besazung eines wichtigen Punktes Oberitaliens begnügen. Molé bekämpfte jedoch jeden unmittelbaren Einmarsch. Oesterreich, sagte der Graf, wurde angegriffen und mußte sich vertheidigen. Bedenken Sie, meine Herren, daß wir durch ein solches Einrücken einen allgemeinen Krieg hervorrufen; Rußland bildet die Hinterhut Europa's, bewirken Sie nicht, daß es die Vorderhut werde. Um 1 Uhr waren die Glieder endlich über die Abfassung einer begründeten Tagesordnung einig geworden, welche ungefähr lautet: „Die Nationalversammlung verspricht der Regierung ihre Billigung und resp. Unterstüzung, falls sie die Besezung eines der Punkte Oberitaliens für nöthig hält. Favre, Bixio und G. v. Beaumont sind beauftragt worden, diese Tagesordnung auf der Bühne zu entwickeln und zu vertheidigen und sie dem Präsidenten so wie dem Ministerrathe im Elysée vorzulegen. Die genannten Deputirten begaben sich demgemäß gegen 2 Uhr ins Elysée, wo der Ministerrath in Permanenz sizt und auch der österreichische Gesandte v. Thome zwei Male zugelassen wurde. Das Kabinet Barrot möchte den Frieden zu jedem Preise erhalten.

Italienische Staaten.

Die österreichische Armee wird nach den neuesten Berichten im Tiroler Boten also dislocirt: erstes Armeekorps Mailand, zweites, Piacenza, Parma, Modena, drittes, Bergamo, Brescia, viertes im Piemontesischen Brescia ist verbarrikadirt. Kaiserliche Truppen umschließen es von außen; indessen hat man das Bombardement der Stadt von der Citadelle aus eingestellt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Exp.-No. 6449.

Bekanntmachung.

(Getraidt-Verkauf betr.)

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg

werden von den Getraidt-Vorräthen der hiesigen Wohlthätigkeits-Stiftungen aus dem Erndte-Jahr 1848

21 Schäffel Waizen,
37 " Gerste,
4 " 21 Metzen Dinkel,
3 " Rauhgetraidt.
1 " 4 Metzen Erbsen,
177 " kleiner- und
214 " Zwiesel Haber

im heiligen Geist-Spital dahier

Mittwoch den 11. April Vormittags 10 Uhr

öffentlich versteigert und Kaufsliebhaber hiemit eingeladen.

Nürnberg, den 21. März 1849.

Hundenstecker.

Duehl.

Trauer-Anzeige.

Unsern lieben Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir hiedurch die schmerzliche Nachricht von dem nach kurzem Krankenlager heute erfolgten, unerwarteten Ableben unsers, für das Wohl der Seinigen so besorgten Gatten, Vaters, Bruders, Schwagers und Oheims, des langjährigen Bureau-Dieners am Merkantil-, Friedens- und Schiedsgericht,

Wolfgang Schindler,

im Alter von 78 Jahren.

Ueberzeugt von Ihrer Theilnahme verbitten wir uns alle Beileidsbezeugungen.

Nürnberg, den 31. März 1849.

Die Hinterbliebenen.

Trauer-Anzeige.

Nach einem 7 Monat langen schmerzhaften Krankseyn vollendete gestern Mittag 1 Uhr im 69. Lebensjahr an Entkräftung mein vielgeliebter Vater

Herr Jacob Trautner,

Kaufmann.

Auch unter Thränen preise ich Gottes Vaterhand, die ihn von allen Erdenschmerz entbunden zur ewigen Ruhe führte. Schenken Sie hochverehrte Verwandte und Freunde der einsamen Tochter in ihrer Trauer liebevolle Theilnahme.

Nürnberg, den 2. April April 1849.

Annette Trautner.

Bekanntmachung.

Vom

Ausschuß des Hülfvereins für nothleidende Manufaktur-Gewerbe

wird den Betheiligten hiemit eröffnet:

daß laut Beschluß der Generalversammlung vom 28. d. die Thätigkeit des Hülfsvereins aufzuhören habe.

Daß dem Lieferanten der lagernden Waaren von Heute an noch 3 Monate Zeit gegeben werde, dieselben zurückzunehmen, ausserdem sie gemäß § 18 der Statuten als Eigenthum des Vereins betrachtet und veräussert werden

Ferner wurde eine erste Rückzahlung von 25 % per Aktie genehmigt und werden die Herren Aktionäre ersucht, diese von Dienstag den 3. April in den Vormittagsstunden, gegen Vorlage der Aktien, bei dem Handlungshause J. F. Klett in Empfang zu nehmen.

Nürnberg, den 30. März 1849.

Für den Ausschuß.

L. Hacemann

J. C. Hering.
Schriftführer.

Erklärung.

Die in zwei Artikeln „des Zuschauers" auf meine amtliche Wirksamkeit gemachten Angriffe erkläre ich für gehässige Entstellungen der Wahrheit und berufe mich denselben gegenüber, was meine Uneigennützigkeit und Gewissenhaftigkeit betrifft, getrost auf das Zeugniß Aller, die mich kennen.

Kindler.

Auktion.

Im Hause Nr. 983 am Obstmarkt dahier, werden den 4. April l. J. Früh von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 2 bis 5 Uhr nachstehende Gegenstände gegen gleich baare Bezahlung an den Meistbietenden versteigert; als:

Mehrere große Steinkarren, Steigleitern, Winden, Steinzangen, Steinglocken, Winkel, Hebeisen, eiserne Flaschen, Zweyspitzen, Kräubl, Fläschen, Schlageisen, Breiteisen, Postenhämmer, große S, Feilen, Bohrer, Schrauben, Pickel, Schaufeln, Mörtelhauen, Ketten, 1 Quadrant, 1 Dexel, 1 Aufzugmaschine von Gußeisen mit hölzernem Gestell, Wagenwaagen, Seile, Kisten, Fässer, Federbräter 2c.

Brüsseler Strohhut-Fabrik.

Unterzeichneter beehrt sich, sein reichhaltiges Lager von allen Sorten Strohhüten eigner Fabrik in neuester Facon zu den billigsten Preisen hiemit zu empfehlen.

Alte Strohhüte werden gewaschen, und auf Verlangen in moderne Facon so schön umgeändert, daß sie von neuen Hüten nicht zu unterscheiden sind

Ich bin im Stande, meine Abnehmer in jeder Hinsicht vollkommen zufrieden zu stellen, und die mir zukommenden Aufträge ganz schnell und pünktlich auszuführen.

Mein Magazin befindet sich in dem Winter'schen Hause Kaiserstrasse Nro. 197.

J. L. G. Dessart,
Strohhutfabrikant aus Brüssel.

Erklärung.

Die Unterzeichneten erklären sich mit der Erklärung des Herrn Maurermeister Hack in Nro. 91 dieser Zeitung in allen Punkten völlig einverstanden.

Georg Christoph Hueß, Wolfgang Lunz } Maurermeister.

Volks-Verein.

Dienstag den 3. April Versammlung im goldnen Adler

Abends 8 Uhr.

(Der Landtagsabg. Hr Dr. Morgenstern von Fürth wird einen Vortrag halten.)

Gasthaus zur großen Waage.

Mittwoch den 4 April findet unter gefälliger Mitwirkung einiger Dilettanten Gesang-Unterhaltung von Herrn Fischer statt, wobei die neuesten Piecen vorgetragen werden. Hiezu ladet ergebenst ein

Hermann.

Empfehlung.

Bei herannahender Bleich-Saison beehre ich mich, die von mir pachtweise übernommene Rosenau-Bleiche zur gütigen Benützung wiederholt zu empfehlen. — Die Lage und Bequemlichkeiten dieses Platzes bieten zugleich die angenehmste Waschgelegenheit und glaube ich, indem ich pünktliche und billige Bedienung zusichere, recht zahlreichen Zuspruch entgegen sehen zu dürfen.

Nürnberg, den 1. April 1849.

Johs. Endmann.

(Verloren.) Am Samstag den 31. März wurde vom Heumarkt bis in die äussere Laufergasse ein großer französischer Hausschlüssel verloren. Der Finder wolle solchen in der Exp. d. Bl. gegen ein Trankgeld abgeben.

(Verloren.) Am vergangenen Samstag den 31. März ist ein Glaserdiamant verloren worden, man bittet dem Finder, solchen in der Exped. d. Bl. gegen ein gutes Douceur abzugeben.

(Auktion.) Mittwoch den 4. April, Vormittags 1 Uhr, werden in dem Hause L. Nr. 202 am Josephsplatz bei Seite gestellte Putzwaaren, als: Hüte, Hauben, Chemisettes 2c. gegen gleich baare Bezahlung versteigert und Kaufsliebhaber hiezu eingeladen.

(Gesuch.) Eine Köchin, welche sich willig jeder Hausarbeit unterzieht, wünscht nächstes Ziel in einem soliden Hause unterzukommen. L. 434 Breitegasse.

(Verloren.) Vom Nürnberg-Fürther Eisenbahnhof aus auf dem Wege um die Stadt nach dem Müllersgarten (Stadt Erlangen) ging am 1. April Abends ein perlengesticktes Cigarrenetui verloren. Der redliche Finder wird gebeten dasselbe in dem bezeichneten Gasthause gegen ein sehr gutes Douceur abzugeben.

(Verloren.) Ein Arbeiter verlor gestern Abend vom Milchmarkt über die Maxbrücke bis zum Josephsplatz eine Geldbörse mit 12 fl. Inhalt. Der redliche Finder erhält bei der gefälligen Zurückgabe im König von England einen Kronenthaler Belohnung

(Gesuch.) In der Nähe des Rathhauses wird ein unmöblirtes Zimmer mit Alkov für einen soliden Herrn zu miethen gesucht. Man wende sich unter A K. schriftlich an die Exp. d. Bl.

(Gesuch.) Eine brave Wittwe sucht ein Kind von soliden Personen in die Kost zu nehmen.

(Gesuch.) Eine Person, welche im kochen und jeder häuslichen Arbeit wohl erfahren ist, und der man die Pflege kleiner Kinder ruhig anvertrauen kann, sucht sogleich oder nächstes Ziel einen Platz

(Gesuch.) Mehrere solide Frauenzimmer, welche im Goldsticken gut bewandert sind, können in und ausser dem Hause dauernde Beschäftigung erhalten Nr. 119 vor dem Thiergärtnerthor.

(Gesuch.) Es wird ein junger Mensch, der mit Servieren umgehen kann, sogleich in ein hiesiges Gasthaus als Kellner aufzunehmen gesucht.

(Gesuch.) Ein Mädchen, welches mit guten Zeugnissen versehen ist, auch kochen kann und sich allen andern Hausarbeiten willig unterzieht, wünscht nächstes Ziel in einem soliden Hause Unterkunft. Nro. 820 an der Museumsbrücke.

(Gesuch.) Eine Person von gesetztem Alter, welche mit guten Zeugnissen versehen im Kochen und in der übrigen Hausarbeit wohl erfahren, sucht bei einer soliden Herrschaft nächstes Ziel Unterkunft.

(Gesuch.) Ein fleißiger, mit guten Zeugnissen versehener Mann, der vom Maschinenfach, wenn auch nur im Allgemeinen etwas weiß, oder Schlossergeselle ist, dabei Lust hat, als Arbeiter in eine Maschinenfabrik zu treten, und sich durch Aufmerksamkeit und Eifer bald einen bleibenden Posten verschaffen will, wird anzunehmen gesucht. Anmeldungen übernimmt das Commissions-Bureau von

H. A. Goetz in Nürnberg
S. Nro. 771.

(Gesuch.) Ein junger Bursche von 16 Jahren, von braven Eltern, der im rechnen und schreiben nicht unerfahren ist, wünscht als Kellner oder als Auslaufer unterzukommen.

(Gesuch.) Eine honette Wittwe, in den fünfziger Jahren, welche im Hübschnähen und allen häuslichen Arbeiten sehr wohl erfahren ist, und darüber die besten Zeugnisse aufweisen kann, sucht bei einem ältlichen Wittwer oder Wittwe unterzukommen. Sie kann auf Verlangen Kaution leisten, auch hat sie ihr eigenes Bett. Näheres in der Exp. d. Bl.

(Gesuch.) Nürnberger Cigarren werden zu kaufen gesucht. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Ersatzmann.) Ein ausgedienter Chevauxleger, der gute Zeugnisse beibringen kann, wünscht als Ersatzmann sogleich einzustehen.

(Gesuch.) Ein Mädchen von 18 Jahren, von soliden Eltern wünscht bei einer soliden Herrschaft unterzukommen. Näheres S. Nr. 307 auf der Füll.

(Zu verkaufen.) In S. Nr. 597 stehen 40 Stück beschlagene und beglaste Fenster-Flügel zum Verkauf.

Berichtigung.

In der ehelichen Verbindung in Nr. 87 d. Bl. soll der Name nicht Fick, sondern Zick heißen, was hiemit berichtigt wird.

Freiblatt München

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 4 April 1849. **№ 94.** **Mittwoch: Ambrosius.**

Deutsche Staaten.

München, 1. April. Mann will wissen, daß bezüglich der Kaiserwahl und der beschlossenen Reichsverfassung eine Proklamation des Königs Max zu erwarten steht, dieselbe solle indessen erst dann erscheinen, wenn man die Gewißheit hat, daß Friedrich Wilhelm die Kaiserkrone angenommen habe, man befürchtet in höhern Kreisen, daß er es thun werde. Uebrigens hat ein Artikel, welchen in dieser Beziehung heute das bayerische Hofblatt, die „Neue Münchener Zeitung“ bringt, wegen seiner gemeinen Sprache und seiner Unwahrheiten über die angebliche Macht, die dem Kaiser eingeräumt seyn sollen, allgemeine Indignation erregt. In der That, wenn die Ansichten des bayerischen Königshauses nicht mit einer andern Sprache, nicht mit andern Mitteln vertheidigt werden könnten, als es in jenem Artikel geschieht, so stände es sehr traurig damit. Unser Hof ist überhaupt mit den in seinem Interesse schreibenden Journalisten sehr unglücklich, — einige halboffizielle Artikel die in jüngster Zeit z. B. in der „Allgem. Zeitung“ standen, geben den Beweis hievon. — Man hegt hier die Hoffnung, daß wenn Friedrich Wilhelm die Kaiserkrone annehmen würde, unsere Kammer der Abgeordneten sich für die Nichtanerkennung des Kaisers aussprechen würde, man dürfte sich aber in dieser Beziehung sehr täuschen, diese Kammer hat sich zwar gegen einen preußischen Kaiser ausgesprochen, allein dieß geschah nicht durch einen formell gültigen Beschluß und geschah vor der Wahl durch die Nationalversammlung. Jetzt, nachdem die Wahl in Folge der beschlossenen und verkündeten Reichsverfassung vollzogen wurde, kann die Kammer, welche sich so entschieden für die unbedingte Geltung der Reichsgesetze ausgesprochen hat, der Kaiserwahl die Anerkennung nicht versagen. (A. Abdz.)

†† **Nürnberg,** den 3. April. Gestern hielt der Arbeiterkongreß seine erste Sitzung und, wahrlich, es herrschte in derselben ein parlamentarischer Takt, der wahrhaft überraschend genannt werden darf. Die Redner bewiesen, daß sie ihres Stoffes vollkommen Meister sind und sich mit aller Gewandtheit über denselben oratorisch ausdrücken können. Befreiung vom alten Zopf, von den verjährten und veralteten Sünden des Zunftwesens und was drum und dran ist, zeigte sich als Losungswort aller rasch auf einander folgenden Redner, und diesen ganzen Reichthum des Wissens und Wollens in gewerblichen und politischen Verhältnissen und Zuständen verdanken die wackern Leute einzig und allein der Demokratie; die kürzlich erschienene Broschüre: „Was kann die Demokratie den Arbeitern nützen?“ ist durch diese erste Sitzung des Arbeiterkongresses daher am Besten gerichtet als ein einfältiges Geschmier eines alten konstitutionell-monarchisch gesinnten Narren.

Freiburg, 30. März, Abends 8 Uhr. [Zehnte und Schlußsitzung.] Soeben ist die Verurtheilung Gustav Struve's und Karl Blind's erfolgt. Die Sitzung, welche um 9 Uhr beginnen sollte, nahm erst um halb zwölf ihren Anfang. Sofort wurden von dem Präsidenten 26 Fragen vorgelesen, die den Geschwornen zur Beantwortung vorgelegt werden sollten. 16 Fragen beziehen sich auf Struve (davon 6 auf seine Betheiligung bei dem ersten Freischaarenzuge und 10 auf die bei den Septemberereignissen), die 10 letzten Fragen betreffen Karl Blind. Die Fragen sind alle thatsächlich gehalten. Der Vertheidiger glaubt guten Grund zu einer andern Fassung der Fragen zu haben, wornach die Geschwornen einfach gefragt werden sollten, ob die Angeklagten unter den bezüglichen Umständen sich des Hochverraths schuldig gemacht hätten. Der Gerichtshof verwarf jedoch den von ihm hierauf gestellten Antrag. Sofort traten die Geschwornen in ihr Berathungszimmer ab, in welchem sie über drei Stunden verweilten. Sie erschienen um bald vier Uhr wieder in dem Sitzungssaal, worauf der von ihnen gewählte Obmann, Accisor Gebhardt von Theningen, die Fragen und die von den Geschwornen dazu gegebenen Antworten vorlas. In allen Fragen in Betreff der Aprilereignisse erklärten die Geschwornen G. Struve für „nichtschuldig,“ weil die Sache, „in Folge der Revolution,“ geschehen sey. Die auf die Septemberereignisse bezüglichen Fragen beantworteten sie zum Theil mit „schuldig“ aber mit Beisätzen, z. B.: „mit mildernden Umständen“ oder: „ohne Vorbedacht mit mildernden Umständen.“ Aehnlich beantworteten sie die Fragen, welche K. Blind betrafen.

Mag man von dem Ganzen sonst denken, wie man will, so leuchtet jedenfalls die Absicht daraus hervor, die Angeklagten zwar nicht ganz ungestraft durchschlüpfen, aber auch nicht mit ewiger Kerkernacht bestrafen lassen zu wollen. Der Gerichtshof zog sich zur Berathung zurück, worauf der Präsident die Geschwornen darauf aufmerksam machte, daß unsere Gesetze über das Geschwornengericht die Hinzufügung der Zusätze ohne besondere Anregung in der Frage nicht gestatteten, und daß die Worte: »ohne Vorbedacht« dem Gerichtshofe nicht klar seyen. Die Geschwornen traten nun wieder ab, und gaben dann statt der mit den erwähnten Zusätzen versehenen Antworten entschiedene, die auf „schuldig“ lauteten. Die Angeklagten, besonders Struve, hörten die Verlesung dieser Fragen und Antworten stehend und mit festem Ausdruck sehen an. Der Staatsanwalt Eimer trug nunmehr auf acht Jahre Zuchthausstrafe für jeden der beiden Angeklagten und auf Erstattung der Gerichtskosten an. Die Berathung des Gerichtshofes über den Strafantrag mochte eine Stunde dauern, da trat derselbe in den Saal. Alsbald wurden auch die Angeklagten wieder eingeführt und hörten stehend und würdig ihr Urtheil an. **Der Antrag des Staatsanwalts wurde genehmigt und G. Struve und K. Blind jeder zu einer Zuchthausstrafe von acht Jahren oder vielmehr dem entsprechend zu fünf Jahren vier Monaten Einzelhaft verurtheilt. Ueberdies haben sie die Prozeßkosten zu tragen.** — Brentano erklärte, er werde das Rechtsmittel der Nichtigkeitserklärung ergreifen. Die Verurtheilten sprachen nichts mehr. (N.Fr.Z.)

Kassel, den 30. März. Das Finanzgesetz ist von den Ständen heute in geheimer Abstimmung mit 24 gegen 16 Stimmen angenommen worden. Die Mitglieder, welche für Verwerfung gestimmt, erklärten, nach dem Beispiel Bayrhoffer's, daß sie lediglich wegen der Ausnahme der hohen Civilliste so gestimmt hätten. — In der Entschädigungssache des Dr. Eichelberg zu Marburg hat die Ständeversammlung heute beschlossen, die Regierung zu ersuchen, demselben für die in den Festungen widerrechtlich erlittenen Leiden eine Entschädigung zu gewähren und eventuell die Zustimmung einer Verwendung von 4000 Rthlr. zu diesem Zweck ertheilt. Man war zweifelhaft, ob man sich nicht lieber für eine lebenslängliche Pension von 200 Rthlr. verwenden solle, entschied sich jedoch, da in dem Gesuch darum nicht gebeten war, für den genannten Kapitalbetrag. Haarsträubend waren die Mittheilungen, die der Berichterstatter Nebelthau aus den Eingaben des Dr. Eichelberg über die erlittene Behandlung machte; es übersteigt dies vielleicht Alles, was je in einem civilisirten Rechtsstaat vorgekommen ist. Allen gerichtlichen Entscheidungen zum Trotz, welche sich sämmtlich dahin aussprachen, daß die Festungsstrafe nur in Entziehung der Freiheit ohne schärfende Zusätze bestehe, wurde dem Dr. Eichelberg nach Laune und Willkür bald literarische Beschäftigung gestattet, bald versagt, ihm die Bewegung in freier Luft verwehrt, und endlich sogar Luft und Licht durch Fensterblenden benommen. Es war eine wahre Wohlthat für Eichelberg, bemerkte Nebelthau, daß er 1838 in eine neue Untersuchung verwickelt wurde, und deshalb von Spangenberg in das Untersuchungsgefängniß gebracht werden mußte, wo er wenigstens sich bei dem dortigen Obergericht beschweren konnte, während ihm auf der Festung selbst Feder und Dinte zur Abfassung einer Beschwerde versagt wurde. — Die Entlassung der Ständeversammlung kann morgen noch nicht erfolgen, weil die Abstimmung über das Einführungsgesetz zu dem Wahlgesetz noch unerledigt ist; es ist dazu Einstimmigkeit aller, am Landtag anwesenden Mitglieder erforderlich; einer derselben (Löber) hat sich aber ohne Urlaub entfernt und muß deßhalb erst herbeigeschafft werden. (Frkft. J.)

†* **Berlin,** 31. März. In der heutigen Sitzung der II. Kammer theilt Präsident Grabow mit, daß das Ministerium drei Denkschriften über den Belagerungszustand in Erfurt, in Posen und in dem Kreise Kreuzburg überreicht habe. Eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern soll nach dem Vorschlage des Präsidenten für die gesammte Angelegenheit aus den Abtheilungen gewählt werden. Der Ministerpräsident erhebt sich: Meine Herren! Es sind in den jüngsten Tagen in Frankfurt Beschlüsse von hoher Wichtigkeit für die Zukunft Deutschlands, Preussens und des Hauses Hohenzollern gefaßt worden. Die in dem Staats-Anzeiger enthaltenen Nachrichten sind authentisch; doch sind der Regierung noch keine amtlichen Eröffnungen zugegangen. Es braucht nicht erwähnt zu werden, daß die Regierung den Weg gehen wird, den sie sich schon längst vorgezeichnet hat und der sich gewiß des Beifalls der hohen Kammer zu erfreuen haben wird. Es braucht ferner nicht erwähnt zu werden, daß, sobald die offizielle Benachrichtigung eingegangen, den Kammern die nöthigen Mittheilungen werden gemacht werden.

Präsident Grabow: Es sind zwei diese vom Hrn. Ministerpräsidenten so eben berührte Angelegenheit betreffende Anträge eingegangen: der eine vom Abg. v. Unruh: „eine Adresse an des Königs Majestät zu richten und denselben zu bitten, die ihm von der verfassunggebenden Versammlung zu Frankfurt übertragene deutsche Kaiserkrone anzunehmen, sowie sofort eine Kommission von 21 Mitgliedern zum Entwurf einer solchen Adresse zu wählen.“ Die Versammlung erkennt die Dringlichkeit dieses Antrags nicht an; dagegen wurde der zweite Antrag, durch den Abg. v. Vincke gestellt: „Die hohe Kammer wolle beschließen, eine Kommission zu ernennen, welche eine Adresse an des Königs Majestät zu entwerfen hat, um darin die Gefühle und Erwartungen der Kammer in Bezug auf die zu Frankfurt stattgehabte Wahl Sr. Majestät zum Oberhaupte von Deutschland auszudrücken,“ unterstützt, und die Majorität der Versammlung entscheidet sich für sofortige Ernennung der Kommission.

Auf der Tagesordnung steht: Interpellation des Abg. v. Möller an den Minister des Innern: ob er von einem Erlasse der Regierung zu Minden Kenntniß habe, ob er denselben billige, und wo nicht, welche Maßregeln er dagegen zu ergreifen denke? Der Erlaß betrifft das Versammlungsrecht. Die Regierung zu Minden will, daß die Unterbehörden den Versammlungen nicht durch Darbietung von Gemeindelokalen oder sonst Vorschub leisten. Der Erlaß sey kurz vor den Wahlen ergangen, unmittelbar nach dem Rundschreiben des Ministers über die Einwirkung der Behörden auf die Wahlen. Er glaube nicht, daß Unterbehörden berechtigt seyen, die Gesetze nach Willkür zur Beschränkung der Freiheit auszulegen. Jener Erlaß nenne es eine Ungehörigkeit, daß Versammlungen im Namen des Volkes Beschlüsse fassen oder Wünsche aussprechen. Es sey ihm kein Gesetz bekannt, das dergleichen verbiete, die Gesetze geben vielmehr Jedem das Recht zu Petitionen. Minister des Innern: Er sey noch nicht in der Lage gewesen, über diesen Erlaß der Regierung in Minden zu hören, dennoch glaube er die erforderten Ausschüsse geben zu können. In vielen Gegenden sey das Versammlungsrecht falsch aufgefaßt worden, indem man, auf dasselbe gestützt, Rechte, die den Gemeindebehörden zustehen, usurpirt habe. Versammlungen seyen nie verboten worden,

wohl aber habe er veranlaßt, daß Versammlungen nicht im Namen der Gemeinden abgehalten und im Namen der Behörden Beschlüsse gefaßt werden. Er billige daher den Erlaß allerdings.

Ein dringender Antrag des Abg. Kinkel und Genossen: „Die Kammer wolle beschließen, die beiden Strafprozesse, in welchen der Abg. Kinkel in zweiter Instanz auf den 18. April d. J. vor das Landgericht zu Köln geladen ist, vorläufig zu sistiren und die Einfoderung der Akten zu verlangen," findet Unterstützung und geht an die Petitionskommission. Abg. Reuter erstattet Namens des Centralausschusses Bericht über den Antrag des Staatsanwalts Seihe, die gegen den Abg. Jung wegen Beleidigung des Magistrats zu Berlin einzuleitende Untersuchung zu genehmigen. Der Ausschuß trägt darauf an: die Genehmigung nicht zu ertheilen. Bei der Abstimmung ergibt sich eine Majorität für Nichtgenehmigung der Untersuchung; mit der Minorität stimmten auch die Minister v. d. Heydt und v. Manteuffel. Abg. Reuter verliest ferner den Bericht des Centralausschusses über den Antrag: dem Untersuchungsrichter v. Bülow die Genehmigung zur Einleitung einer Untersuchung gegen den Abg. Arntz (in der Steuerverweigerungssache) zu ertheilen. Der Ausschuß ist auch hier gegen die Genehmigung. Abg. Arntz selbst hat darauf angetragen, die Einleitung der Untersuchung, so weit sie ihn betreffe, zu genehmigen. Die Kommission stellt anheim, über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Schließlich begibt sich die Versammlung in die Abtheilungen, um die Mitglieder der Adreßkommission zu wählen.

Die Kaiserwahl steht im Tagesgespräche begreiflicherweise im Vordergrunde. Allgemeine Mißbilligung findet die Voreiligkeit der in ihren Entschließungen sonst nicht so raschen Communalbehörden. Wie uns versichert wird, hat man diese Beschlüsse auch hohen Orts nicht eben günstig aufgenommen. Hr. v. Manteuffel soll sich gestern mit dem Bürgermeister Naunyn in Kommunikation gesetzt und denselben bestimmt haben, die vom Magistrat beschlossene Adresse bis auf weiteres noch zurück zu halten. In der That ist dieselbe auch bis jetzt noch nicht abgegangen. An der entscheidenden Stelle soll über das Annehmen oder Ablehnen noch eine eben so große Ungewißheit herrschen wie im Publikum. Die Erklärung des Ministerpräsidenten in der heutigen Sitzung der II. Kammer wird allgemein dahin gedeutet, daß man die Annahme der Wahl von der Verständigung mit der Nationalversammlung und den Kabineten abhängig machen werde. In diesem Sinne, glaubt man, wird der König die Frankfurter Deputation bescheiden. In die Kommission für die Entwerfung einer Adresse an den König, betreffs der Aeußerung der II. Kammer über die Wahl des Königs zum deutschen Kaiser, wurden durch die Abtheilungen erwählt: die Abgg. v. Vincke, Ludwig, v. Berg, Pape, Berends, Schramm, Elsner, v. Merkel, Müller, Graf Arnim, v. Unruh, Wiethorst, Grün, Ziegler, Dane, Urlichs, Menzel, Dauber, v. Auerswald, Lensing, Ulrich. (Die gesperrten Namen gehören der Opposition an.) Es sind demnach in dieser Kommission 11 Mitglieder der Linken und 10 der Rechten; durch das Hinzutreten des Hrn. Grabow erhalten beide Parteien gleiche Stimmen.

Den Kammern ist ein Gesetzentwurf zur Feststellung des Staatshaushalts für das Jahr 1849 vorgelegt worden. Die Einnahme ist veranschlagt wie folgt: 1) Finanzministerium 70,233,593 Thlr.; 2) Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten 12,921,040 Thlr.; 3) Justizministerium 4,180,879 Thlr.; 4) Ministerium des Innern 35,287 Thlr.; 5) Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten 919,689 Thlr.; 6) Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten 72,292 Thlr.; 7) Kriegsministerium 203,600 Thlr., Summa 88,566,380 Thlr. Die Ausgaben sind in folgender Weise rubricirt: 1) Präsidium des Staatsministeriums 206,818 Thlr.; 2) Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten 959,425 Thlr.; 3) Finanzministerium 7,258,354 Thlr.; 4) Ministerium für Handel &c. 6,771,107 Thlr.; 5) Justizministerium 6,626,334 Thlr.; 6) Ministerium des Innern 3,485,905 Thlr.; 7) Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten 1,396,713 Thlr; 8) Ministerium der geistlichen Angelegenheiten 3,379,510 Thlr.; 9) Kriegsministerium 25,811,007 Thlr.; macht zusammen 55,895,173 Thlr. für Staatsverwaltungsaufwand, dazu: 10) Dotationen 10,122,299 Thlr.; 11) Betriebs-, Erhebungs- und Verwaltungskosten und Lasten der einzelnen Einnahmezweige 22,488,589 Thlr., Summa 88,506,061 Thlr. Zu den Einnahmen kommen noch 5,608,000 Thlr. außerordentliche Hülfsmittel, sodaß sich die ganze Einnahmesumme auf 94,174,380 Thlr., ebenso die Ausgaben mit außerordentlichen 5,668,319 Thlr., auf die gleiche Endsumme belaufen.

Aus guter und zuverlässiger Quelle wird Folgendes mitgetheilt: Bei der Einnahme von Hermannstadt sind sehr viele russische Soldaten zu Bem übergegangen; sie versicherten, daß in ihrer Armee ein Geist der Unzufriedenheit herrsche, wie er noch nie da gewesen. Die russischen Soldaten haben wenig Lust gezeigt, sich mit den Ungarn zu schlagen und dies soll auch die Veranlassung seyn, warum die Führer die Offensive nicht ergreifen wollen, — obgleich sie mit den Oesterreichern vereinigt sogar an Zahl überlegen sind.

Koblenz, den 30. März. So eben Mittags kurz nach 1 Uhr traf hierselbst die von der Reichsversammlung erwählte Deputation, welche unserm Könige die Nachricht von der auf ihn gefallenen Wahl zum Kaiser der Deutschen überbringen, und denselben um die Annahme dieser Würde ersuchen soll, mit dem besondern Dampfboote „Göthe" auf der Reise nach Berlin hier ein. Obschon nur kurze Zeit vorher die Nachricht von deren Ankunft bekannt war, so hatten doch die Feste Ehrenbreitstein, das Gebäude der königlichen Regierung, die Rheinbrücke, so wie die am Rheine gelegenen Gasthöfe und die Anlandestellen der Dampfboote festlich mit deutschen und preussischen Fahnen geflaggt und auf dem Rheinwerft hatte sich eine große Menschenmenge versammelt, welche die Deputation mit Jubel begrüßte. Nach kurzem Aufenthalt lichtete das Boot wieder die Anker. Ueberall auf der Fahrt den Rhein hinab schallte demselben lauter Jubel mit Freudenschüssen entgegen, und in unserer Nachbarstadt Neuwied hatte man schon am gestrigen Tage nach dem Bekanntwerden des Wahlresultats eine Feier veranstaltet, und bei dieser Gelegenheit die Armen mit Wein bewirthet. Mit größter Spannung sieht man jetzt der Entschließung des Königs entgegen, und ich muß gestehen, daß außer den Republikaneen auch die Anhänger des gestürzten specifisch preussischen Systems laut den Wunsch äußern, der König möge die Wahl ablehnen. (Frkf. O.-P.-Z.)

Die neue rheinische Zeitung schreibt über diesen Empfang:

Köln, 31. März. Gestern Mittag traf die Frankfurter Deputation hier ein, welche dem Könige von Preussen die in vier Abstimmungen durchgefallene, und endlich bei der fünften hängen gebliebene Kaiserkrone anbieten soll. Am Abend beeilten sich die Herren des Bürger- und Heulervereins im schwarzen Frack und weißen Handschuhen, den Abgesandten im Hotel Disch ihre Huldigungen darzubringen. Die Herren mochten eben ihre ersten Herzenergüsse ausgetauscht haben, als sich draußen vor dem Hotel zahlreiche Volkshaufen einfanden, um den Frankfurter Vaterlandsrettern unmittelbar, ohne alle vermittelnde Deputationen, ihre Sympathieen an den Tag zu legen. Liebevolle Rufe nach „Soiron," Pfeifen, Trompeten, Küchen-Zimbeln und ähnliche vaterländische Instrumente tönten in einem Conzert zusammen, wie es Heulergemüthern nicht ansprechender geboten werden konnte. Dazwischen erklang plötzlich ein Leierkasten — die Menge schwieg wie auf einen Zauberschlag —, und man hörte die Melodie eines allbekannten, am Rhein zum mindesten auch vaterländischen Liedes, in welches das Volk alsbald einfiel:

Allons, enfants de la patrie!

Die Herren Deputirten hielten es nöthig, zu ihrem Schutz gegen diese Töne Gend'armerie- und Linienmilitär aufzubieten. Die Truppen luden vor dem Hotel ihre Gewehre, während sicherm Vernehmen nach in der Hausflur zwei literarische Notabilitäten, Herr Brüggemann und Patriot Benedix, einem Stabsoffizier mit ihrer bürgerlichen Weisheit sekundirten, und nur von „Gewaltmaßregeln" gegen das „Lumpengesindel" die Sicherheit der Stadt abhängig machten. Das Militär trieb das Volk mit gewohnter preussischer Humanität auseinander, wobei ein honetter Bürger, der sich eben ins Hotel Disch begeben wollte, von einem Polizeispion und Ex-Lieutenant einen Stockhieb über den Kopf erhielt, daß er blutend zusammenstürzte. Die Frankfurter Deputation möge diese Huldigung der ersten preussischen Stadt, welche sie besuchte, mit in die märkischen Kaiserlande tragen.

Xanten, 28. März Folgende Thatsache liefert einen kleinen Beitrag zu der Art und Weise, wie die Habeas-Corpus-Akte von der gottbegnadeten königlich preussischen Büreaukratie gehandhabt wird. Ein hiesiger Anstreicher hatte zur Feier des 18. März ein Transparent ausgestellt mit der Inschrift: „Hoch den Versprechungen des 18. März 1848". Darunter befand sich ein Galgen, an welchen eine menschliche Figur, auf einer Leiter stehend, einen Vogel aufknüpfte, den die Zuschauer für den preussischen Adler hielten. Die Folge davon war, daß der Bürgermeister, ein uns unlängst auf oktroyirter ehemaliger kgl. preuss. Unteroffizier, den folgenden Tag in Begleitung eines Polizisten, in Abwesenheit des Mannes in dessen Wohnung drang und das besagte Gemälde aus der Schlafstube entwendete. Der über diese Rechtsverletzung empörte Mann konnte trotz aller Reklamationen sein Eigenthum nicht wieder erlangen, das wahrscheinlich eine Klage auf Majestätsbeleidigung begründen soll, indem der pfiffige, vielleicht auf einen Orden spekulirende Büreaukrat nichts Eiligeres zu thun hatte, als das Bild wohl verpackt dem Oberprokurator einzuschicken. (N. Rh. Ztg.)

Dresden, den 31. März. In der heutigen Sitzung der II. Kammer ist Gegenstand der Tagesordnung die Berathung des Berichts des 4. Ausschusses (Referent Herz) über den Antrag des Abgeordneten Fritzsche auf Abänderung der über den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. Das Ausschußgutachten geht dahin: „Die Kammer wolle im Vereine mit der I. Kammer bei der Staatsregierung beantragen, es möge dieselbe, unter Aufhebung der über den Verlust der bürgerlichen und politischen Ehrenrechte zeither gültigen gesetzlichen Bestimmungen, der Volksvertretung ohne Verzug ein Gesetz vorlegen, in welchem das Verfahren bei Ab- und Zuerkennung dieser Ehrenrechte nach folgenden Grundsätzen geregelt ist: 1) öffentliche Unterstützung durch Almosen, Unvermögen, die Gemeinde- und Staatsabgaben zu entrichten, und unverschuldeter Konkurs können den Verlust der Gemeinde- und staatsbürgerlichen Ehrenrechte nicht zur Folge haben. 2) Eben so wenig kann nach politischen Vergehen der Verlust dieser Ehrenrechte ausgesprochen werden. 3) Der Verlust der Gemeinde- und staatsbürgerlichen Ehrenrechte erfolgt in allen Fällen nur durch ausdrückliche Entscheidung, wie diese vom Gesetze bestimmt ist. Nur Zuchthausstrafe zieht unmittelbar den Verlust dieser Ehrenrechte nach sich. 4) In den Fällen, wo Personen Gefängniß- oder Arbeitshausstrafe erlitten oder sonst sich entehrender Handlungen schuldig gemacht haben, steht die Entscheidung darüber: a) ob diese Personen im Besitze der Ehrenrechte verbleiben, b) ob sie derselben, und auf wie lange, verlustig gehen, oder endlich c) diese Rechte wieder erlangen sollen, nur den betreffenden Gemeinden zu. 5) Diejenigen, welche Zuchthausstrafe erlitten haben, und hierdurch unmittelbar dieser Ehrenrechte verlustig erklärt worden sind, können nach einer im Urtel zugleich mit zu berathenden Frist (beziehentlich von 5 bis 10 Jahren) bei der Gemeinde, welcher sie angehören, um Wiedergewährung jener Rechte (Rehabilitation) nachsuchen."

Der Antrag Seltmanns: „Der Verlust der bürgerlichen und politischen Ehrenrechte kann nur wegen erlittener Kriminalstrafen eintreten; die Entscheidung darüber, ob und wie lange ein Staatsbürger diese Ehrenrechte verlieren solle, steht lediglich der betreffenden Gemeinde zu, dieselbe hat auch zu entscheiden, ob eine Wiedereinsetzung in den Besitz jener Rechte statthaft sey. Kriminalstrafen, die wegen politischer Vergehen verbüßt werden, ziehen nie einen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte nach sich," wird gegen 27 Stimmen angenommen, wodurch sich der Ausschußantrag und der Fritz'sche erledigen. (D. A. Z.)

Gotha, 30. März. Ich freue mich, meinen Bericht vom 28. März dahin erweitern zu können, daß der Herzog am gestrigen Abend, wo er die Abgeordneten des Landes zur Tafel eingeladen hatte, in Gegenwart derselben den Eid auf die Verfassung, den er schriftlich abgegeben, mündlich wiederholt und damit auch dem Wortlaute des Staatsgrundgesetzes genug gethan hat. (D. A. Z.)

Altona. Wie man der „Berl. Nat.-Zeitung." aus Schleswig schreibt, wären die Friedensbedingungen, welche man zu Frankfurt aus macht, mit denen aber, wie man nach den letzten Nachrichten aus Kopenhagen glauben muß, Dänemark noch keineswegs zufriedengestellt ist, folgende: 1) Schleswig behält gemeinschaftlich mit Dänemark: Fürst, Flagge und auswärtige Vertretung. 2) Schleswig bleibt in ewiger Neutralität zwischen Dänemark und Deutschland. 3) Schleswig behält mit Holstein blos einige Civiladministrations-Kollegien gemeinschaftlich: schleswig-holsteinische Regierung, Oberappellationsgericht, Universität. 4) Schleswig erhält getrennte Finanzen und Heer, — getrennt von Dänemark und Holstein. 5) Die Ständeversammlungen für Schleswig und für Holstein sollen getrennt seyn.

Mit dieser oft erwähnten Zwitterstellung Schleswig's scheint beabsichtigt zu seyn, den, wie man hiernach annehmen muß, fortwährend von Preussen im Auge behaltenen Status quo ante wieder herzustellen. Als ob das möglich wäre! Es möchte schwer seyn, ein solches staatsrechtliches Verhältniß, wie das hier für Schleswig beliebte, unter irgend einen staatsrechtlichen Begriff zu bringen.

Aus **Schleswig** wird uns nun auch berichtet, daß die faktische Waffenruhe mit dem gestrigen Tage ablaufen sollte. Der auf Alsen kommandirende General von Bülow soll, da ihm nichts von einer Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum 15. April bekannt gewesen, nach der „B.-H.," ein Dampfboot nach Kopenhagen gesandt haben, um Instruktionen einzuholen. — Nach einem Schreiben aus **Hadersleben** vom 29. war der Zustand ziemlich unverändert. — Aus **Kiel** berichtet das „Correspondenzbl.", daß die Ferien der Seekadeten den 26. begonnen haben und daher mehrere von dort verreißt sind, woraus sich das Eintreffen solcher hieselbst erklärt. Man scheint jetzt allgemein Krieg zu erwarten, und nur den Wunsch zu haben, daß er diesmal mit Ernst und Nachdruck von deutscher Seite geführt werde.

Gestern Abend traf wieder ein Bataillon Preussen (vom 15. Reg.) hier ein und zog heute Vormittag weiter, andre folgen heute und in den nächsten Tagen.

Nachschrift. Aus **Frankfurt** schreibt man uns vom 27.: Die von Dänemark angebotene Waffenruhe bis zum 3. April war an die Bedingung geknüpft, daß keine deutsche Truppen in die Herzogthümer einrücken. Da diese Bedingung nicht erfüllt wird, so findet auch keine konventionsmäßige Waffenruhe statt. (Siehe unten Hamburg den 30. März.) (Alt. M.)

Harburg, 29. März. Gestern gingen die 1100 Bayern aus Ingolstadt (2. Bataillon vom 7. Reg.) über die Elbe; es kamen: 1 fahrende 6-Pfünder, bayerische Batterie (8 Geschütze, von Nürnberg, früher München) und 1 Infanteriebataillon Preussen (2. Bat. vom 15. Reg., Minden). Die beiden Extrazüge kamen nebst dem Güterzuge in einer Reihe, von 5 Lokomotiven gezogen und geschoben, vereint an, ein wirklich fabelhaft langer Zug. Möge es eine gute Vorbedeutung seyn! Bis heute Mittag sind diese Truppentheile noch nicht ganz eingeschifft, obgleich auch das Winser Dampfschiff Delphin unsern drei größern Dampfböten hilft. Heute Nachmittag erwarten wir wieder drei Extrazüge. (Z. f. N.)

Hamburg, 29. März. Die Bekanntmachung, betreffend die Einsetzung einer Statthalterschaft für die Herzogthümer Schleswig-Holstein, lautet wörtlich: „Nachdem der Waffenstillstand vom 26. August 1848 Seitens der königl. dänischen Regierung gekündigt worden ist und die in Gemäßheit desselben ernannte gemeinsame Regierung für die Herzogthümer Schleswig-Holstein sich dadurch von ihrer Stellung abzutreten bewogen gefunden hat, so wird an der Stelle der abgetretenen gemeinsamen Regierung eine Statthalterschaft für die Herzogthümer Schleswig-Holstein im Namen und Auftrag der Centralgewalt Deutschlands eingesetzt. Diese Statthalterschaft wird die Regierung der Herzogthümer im Namen der Reichsgewalt, mit Vorbehalt der Rechte des Landesherrn, nach den Bestimmungen des in thatsächlicher Wirksamkeit bestehenden Staatsgrundgesetzes, bis zum Abschluß eines Friedens führen und es wird dieselbe in Uebereinstimmung mit dem Beschluß der L.-V. vom 20. März 1849 dem Gr. Reventlou-Preetz und dem derzeitigen Vice-Präsidenten der deutschen Nationalversammlung Wilhelm Beseler übertragen. Diese beiden werden unter vorbehaltener Bestätigung der Reichsgewalt ein ihnen beizuordnendes drittes Mitglied der Statthalterschaft erwählen.

Alle Behörden, Angehörige und Einwohner der Herzogthümer Schleswig-Holstein werden angewiesen, den Anordnungen der Statthalterschaft die pünktlichste Folge zu leisten und die kräftigste Unterstützung zu verleihen, damit durch einiges Zusammenwirken die Sicherheit und Wohlfahrt der Herzogthümer fest gewahrt bleibe. Schleswig den 26. März 1849. Im Namen und Auftrag der Centralgewalt Deutschlands, der außerordentliche Reichscommissar Souchay.

Flensburg, 26. März. Die hanseatische Kavallerie steht augenblicklich an der Königsau. Die vor einigen Tagen mitgetheilte Nachricht von Verweisung der Deutschgesinnten von Alsen hat leider ihre traurige Bestätigung gefunden. Bis heute sind bereits über 20 Familien aus Sonderburg hier angelangt. Die gefangenen Bauern des Brönser Landsturms sind wieder von Hadersleben nach dem Süden geschafft worden; sie passiren auf mehreren Wagen heute durch unsere Stadt und werden, wie es heißt, nach Rendsburg gebracht.

(Wes. Z.)

Schleswig, 27. März. Die gemeinsame Regierung hat ihr Abtreten noch durch einen sehr ehrenhaften Schritt bezeichnet; sie hat die Zuchthausstrafe für die acht jungen Soldaten, die im Herbste wegen einer Adresse an die preussische Armee verurtheilt worden, in Festungsstrafe verwandelt. (Wes. Z.)

Hamburg, 30. März. Der Waffenstillstand wird wieder verlängert und zwar bis zum 15. April; es ist dies das Ergebniß einer Conferenz, welche gestern Abend der eben aus London über Ostende hier angekommene dänische außerordentliche Abgesandte zu den londoner Conferenzen, General Oxholm, mit dem Reichscommissär Stedmann und dem englischen Generalconsul und Ministerresidenten Hodges hier gehalten hat. Die letzten Copenhagener Nachrichten über die Foderungen der Dänen, z. B. die schwedische Besetzung von Rendsburg rc., sind sicher weniger ernsthaft gemeint als auf die kopenhagener Kriegspartei berechnet gewesen, welcher man die Nachrichten von der ersten Waffenruhe bis zum 3. April nicht ohne einige ihren Stolz und Muth wieder aufrichtende Phrasen zu geben wagte. Die Nachricht von der Wahl des Königs von Preussen zum Kaiser wird gleichfalls beitragen(?), die Dänen etwas nachgiebiger zu stimmen und sie bedenken zu machen, daß sie Alles aufs Spiel setzen, wenn sie zu viel verlangen. (D. A. Z.)

Französische Republik.

† **Paris**, 30. März. Die Polizei griff gestern in der Rue St. Houore Nr. 340 einen Agenten des Hofes in Clarmont auf, bei dem viele wichtige Korrespondenzen aller orleanistischen Departements-Chefs gefunden wurden.

Seit zwei Tagen sitzen die Minister in Permanenz. Drei Meinungen — wenn wir aus der Schule plaudern dürfen — wurden in Berathung gezogen. 1) Die Hauptzugänge Savoyens zu besetzen und ein scharfes Auge auf den Kriegsplatz zu richten. Diese Ansicht fand vorzüglich in Bonaparte einen warmen Vertheidiger. Auch Passy neigte sich ihr zu. 2) Falloux drang darauf, die jetzige Gelegenheit zu benützen, und gegen Civita Vechia zu steuern, um den Papst zu rehabilitiren. In dieser Ansicht wurde er hauptsächlich von Buffet (den man früher irrthümlich für liberal hielt) dem Acker- und Handelsminister aus den Vogesen unterstützt. Der alte Passy bekämpfte dieselbe heftig und ließ sich sogar hinreißen auszurufen: le catholicisme est une de nos infirmités sociales! was großes Entsetzen erregte. Die Ansicht ging vom Minister des Auswärtigen, dem philippistischen Drouyn de Lhuys aus. Dieselbe besteht in dem beliebten paix armée — tüchtig rüsten und waffnen, dann negoziren. Es ist das Prinzip der Nichtintervention, das ihm von Guizot, Molé und Thiers eingeflößt wurde und noch von der Rue de Poitiers vertreten wird. Ihm neigt sich die Mehrheit der Minister zu, als sie sich heute früh (Nachts 2 Uhr) aus dem Elysée trennte.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 30. März. Anfang 12½ Uhr] Die Umgegend ist völlig frei, ungeachtet die konservativen Journale prophezeit hätten, daß die Klubs assistiren wollten. Die Galerieen sind übervoll. Sauvaire Barthelemy überreicht den Bericht über das Budget des Ministeriums des Auswärtigen. Marrast: Da der Ausschuß noch in geheimer Sitzung beisammen, so schlage ich vor, noch einige alte Kreditentwürfe vor Beginn der Debatte über Italien zu erledigen. Dies geschieht mit 723 gegen 3 Stimmen. Das Haus ist, wie man sieht, sehr zahlreich. Bixio und die übrigen Glieder des Ausschusses erscheinen im Saale und die Debatte beginnt. Bixio besteigt die Bühne. Er liest einen langen Bericht über die im Ausschusse gepflogenen Verhandlungen vor, den die Rechte häufig unterbricht. Piemonts Interesse, heißt es darin, ist das Interesse Frankreichs. (Oh, Oh!) Seine Schmach, seine Niederlage ist unsere Niederlage. Der Ausschuß beschloß darum... Besnard: Der Ausschuß hat nichts zu beschließen. Bixio: Entschuldigen Sie, der Ausschuß hat allerdings ein Recht hiezu. (Ja, Ja! Nein, Nein!) Marrast: Es geschah ja schon oft, daß Ausschüsse durch das Organ ihrer Berichterstatter Beschlüsse vortrugen. Das Organ spricht dann in seinem persönlichen Namen. Stimmen rechts: Dann überweise es seine Anträge in Form einer Proposition! (Oh, oh links). Bixio: Der Schlußantrag des Ausschusses lautet: „Die Nationalversammlung — eifersüchtig, die ihr anvertrauten großen Interessen zu wahren und die Würde Frankreichs sowohl als den auf Achtung aller Nationalitäten begründeten allgemeinen Frieden aufrecht zu erhalten; sich der Sprache des Conseil-Präsidenten in der Sitzung vom 28. beigesellend und in die Regierung des Präsidenten der Republik vertrauend, erklärt, daß, wenn es zu besserer Garantie der Integrität des piomentesischen Territoriums und zur besseren Wahrung der Interessen und der Ehre Frankreichs, von der Exekutivgewalt für gut gehalten würde, die Negoziationen durch partielle und temporäre Occupation irgend eines Punktes Oberitaliens zu unterstützen, sie in der Nationalversammlung den aufrichtigsten und vollständigsten Beistand finden werde. Molé, als Glied des Ausschusses erkläre ich, daß mir dieser Rapport gänzlich unbekannt war; er kann also nicht als das Werk des Ausschusses betrachtet werden. Ich protestire dagegen. (Lärm zur Linken)

Drouyn de Lhuys. (allgemeine Stille.) Im Ministerium sind folgende neue Depeschen eingelaufen. Turin 25. Die französischen und englischen Gesandten haben sich zu Radetzki begeben, um einen Waffenstillstand zu schließen. Unsere Stipulationen haben lediglich die Sicherheit Turins zum Zweck; die Friedensbedingungen bleiben dem neuen König überlassen. Nachschrift vom 26: „Es ist ausgemacht, daß die Oesterreichische Armee die Sesia nicht überschreite." Eine Depesche vom 27. lautet: „Radetzki hat uns mit der größten Zuvorkommenheit empfangen. Er hat uns gesagt, daß er schon in direkter Unterhandlung mit dem neuen König Victor Emanuel (Herzog v. Savojen) stehe. Der Waffenstillstand dauert bis zum Friedensschluß. Das linke Ufer der Sesia soll von einem halb österreichisch- halb piemontesischen Korps besetzt bleiben (Lärm zur Linken.)" Jetzt kennen Sie, fährt der Minister fort, die Thatsachen. Es bleiben nun der Regierung ernste und große Pflichten zu erfüllen übrig.

Gustav Beaumont: Dieser Rapport wurde in der That im Ausschusse nicht vorgelesen. Doch ist der Beschluß richtig. Dasselbe wurde lange und umständlich debattirt. Clement Thomas: Man möchte die Debatte aufhalten. Mag ein Formfehler begangen seyn, so drückt der Bericht den Charakter der Debatte aus. Man schreite zur Debatte (ha ha!)

Die Regierung acceptirt die motivirte Tagesordnung, wie sie beantragt ist; sie wird einen weisen und entschlossenen Gebrauch davon machen; sie trat bereits mit der österreichischen Regierung in Wien in Vermitteluug, und hat ihr ihre Appreähention zu erkennen gegeben. Das Kabinet von Wien hat erklärt, daß es Piemont nicht zerrissen und nur die Kriegskosten gedeckt haben wolle. Die österreichische Regierung will ihr Gebiet nicht größer machen als es ihr die Verträge anweisen. (Ja, ja, die 1815ner Verträge! links.)

Billant erwiedert, daß die Diplomatie doppeltes Spiel treibe. Früher habe sich die österr. Diplomatie viel gefügiger gezeigt und eine Revision der Wiener Verträge versprochen. Jetzt sey sie davon abgekommen. (Er liest eine Menge Depeschen zur Unterstützung seiner Behauptung und verlangt vom Minister die Resultate der Verhandlungen in London und Brüssel zu wissen.)

Drouyn de Lhuys tritt in eine lange Erörterung und reinigt sich zunächst gegen den Vorwurf, als ob es eine Diplomatie der Fantasie gäbe.

Italienische Staaten.

Parma. Der Herzog hat zu Gunsten seines Sohnes abgedankt. Baron Ward, ein Stallmeister Se. kgl. Hoheit brachte am 27. März die Urkunde darüber, dem sich gegenwärtig in England aufhaltenden Erbprinzen. (D. Z.)

Hauptquartier Novara, 27. März Der Frühling treibt Blätter und Blüthen, und aus unserm kurzen, aber blutigen Feldzug wächst die Friedenspalme freudig empor. Alles ist aus — Gott allein weiß freilich auf wie lange. Vorderhand aber verläßt die Armee der Siegenden das Feld und kehrt in ihre Kantonirungen zurück: das erste Armeekorps nach Mailand; das zweite besetzt die Herzogthümer Modena und Parma, und vielleicht? — das dritte geht nach Como, Brescia und Bergamo, um ein Wort mit denen zu sprechen, die augenblicklich den Auszug der Oesterreicher benutzt, um auf das unbesonnenste, einen neuen Aufruhr zu organisiren. Die so den Aufruhr gemacht und ausgeführt, werden freilich über Nacht verschwinden, aber der

Besitzende und Gutgesinnte, der sich wie gewöhnlich in sein Haus verkroch, wird sich mit Karl Albert in die Kosten des heurigen Feldzuges zu theilen haben. Das fünfte Armeekorps endlich besetzt Piemont bis zur Sesia, sowie Allessandria. Das erste Reservearmeekorps geht nach Pavia, überhaupt nach der Lombardei zurück. Gestern hatten wir auch schon etwas europäische Diplomatie hier; die Herren wittern Morgenluft — die HH. Bois le Comte und Abercromby — Frankreich und England — kamen an, um mit dem alten Marschall „im Auftrag der sardinischen Regierung" das Wohl und Wehe Piemonts in die Hand zu nehmen. Radetzky ließ ihnen sagen, daß der Waffenstillstand abgeschlossen sey, daß er mit ihnen in amtlicher Eigenschaft durchaus nichts zu thun habe, sie aber privatim wohl gerne empfangen würde. So kamen sie zu dem greisen Helden und mit ihnen der Podestà von Turin, um — die Stadt im Fall der Besetzung seiner Gnade zu empfehlen.

In der Nacht des 23. nach der Schlacht bei Novara befand sich der Kommandant des vierten Armeekorps, Graf Thurn, in einem kleinen Landhause, einige Miglien von der Stadt entfernt. Es war gegen 1 Uhr, als eine Berline vorfährt, aus welcher ein langer hagerer Mann steigt, das ernste düstere Gesicht von einer erschreckenden Blässe bedeckt. Er wünscht den Kommandanten des vierten Korps zu sprechen und sagt ihm, er sey der piemontesische Oberst Graf Brah, der heute den Dienst verlassen und nach Nizza gehen wolle. Die Armee, fährt er fort, ist von Euch vollständig geschlagen und befindet sich in vollkommener Auflösung, ja in offenbarer Meuterei gegen die Offiziere, welche der Plünderung Einhalt zu thun bemüht sind. Auf die Frage Graf Thurns, ob die Stadt befestigt sey, antwortete der Oberst: nein, die Basteien sind schon längst abgetragen, neue Schanzen sind nicht errichtet und die Zitadelle hat gar keine Befestigung mehr. Darauf bittet er, frei passiren zu dürfen, und da Graf Thurn, der ihm in der kalten Nacht — der Regen goß in Strömen herab — eine Tasse Kaffee anbietet, die der Fremde dankbar annimmt — läßt ihn ziehen. Ein junger Mann, der draußen gewartet, setzt sich ebenfalls in den Wagen, und so schnell die Pferde laufen können, fahren sie davon; es war Karl Albert, der König. So verließ er das Heer, nachdem er abgedankt; der junge Mann war wahrscheinlich der Herzog von Genua! Uebermorgen Frühe verläßt das Hauptquartier Novara und kehrt nach Mailand zurück. (A. A. Z)

Oesterreichische Staaten.

Prag, den 30. März. Vom größten Interesse war die Schlußverhandlung der Sitzung der Slovanská lipa vom 29. März; man ging zur Berathung der schon mehrmal erwähnten Petition an den Kaiser. Herr Franz Hawljcek als Referent verlas die Petition. Als Einleitung schickte er eine gedrängte Uebersicht der Geschichte des gegenwärtigen Ministerium voran, er bezeichnete die Minister als Gegner der Freiheit, sie hätten, ohne Einverständniß mit dem Reichstag, Steuern und Rekruten ausgeschrieben, sie hätten, gegen den Willen des Reichstags, den Adel von Neuem eingeführt, sie wären unhaltbar geworden, theils indem sie gegen den klar ausgesprochenen Willen der Völker handelten, theils auch durch die Art und Weise, wie sie die Kriegsangelegenheiten in Ungarn und Italien leiteten rc. Nach dieser Einleitung folgten die drei Petitionspunkte an den Kaiser: a) es möge Seine Majestät der Kaiser geruhen, das Ministerium Schwarzenberg-Stadion zu entlassen; b) alle von ihnen erlassenen Gesetze annulliren; c) die vom Reichstag ausgearbeitete Charte oktroyiren, und jene vom 4. März zurücknehmen. Nach Verlesung der Petition entspann sich eine lange und heftige Debatte, nicht als sollten vielleicht diese Petitionspunkte ganz oder theilweise ausgelassen werden, denn für diese Auslassung sprachen nur zwei Mitglieder, aber die heftigste Debatte drehte sich um die Vertheidigung dieser drei Petitionspunkte. Endlich wurden dieselben fast mit Stimmeneinhelligkeit, jedoch mit dem Amendement angenommen, es möge eine Kommission niedergesetzt werden, welche in stylistischer und formaler Rücksicht die Petition revidiren und Samstag dem Ausschuß vorlegen solle. (C. Bl. a. B.)

Grottau, (an der sächsischen Grenze) 29. März. Am 23. wurden 34 russisch-polnische Emigranten von Josephstadt hieher escortirt und in einem Tanzsaale untergebracht. Es sind meist junge Leute, die seit 4 Monaten alle Freuden der Festungshaft genossen haben. Ueber den Ort ihrer Bestimmung gibt es mehre Varianten. Viele und darunter die armen Polen selbst, meinen, das liebe Rußland sey ihr Ziel; andere sagen, sie bekämen französische Pässe, und wieder andere, die die Bestunterrichteten seyn wollen, behaupten, die Reise gehe über Magdeburg nach Hamburg und von da direct nach Amerika. Ein Gleiches soll mit anderen 59 Emigranten, die von Theresienstadt über Peterswalde nach Hamburg geschafft werden, geschehen. Die österreichische Regierung, heißt es, habe bereits die Ueberfahrt dieser Unglücklichen mit 7000 fl vorausbezahlt.

Es war bestimmt gewesen, daß die Emigranten hier in Grottau nur übernachten und gleich Tags darauf weiter geführt werden sollten, doch eine ministerielle Note, die unterdessen mit einem Veto unseres Gesandten in Dresden, ankam, hat die Abreise verschoben. Zu diesem traurigen Zwitterzustand, der die armen Leute in völliger Ungewißheit hier schweben läßt, kömmt nun auch noch die Verfügung, daß sie seit vorgestern mit Niemanden Fremden mehr konversiren dürfen. Der sie begleitende Polizeikommissär hatte nämlich das Schreckensgerücht vernommen, die Zittauer wollen über die Gränze kommen und die Polen befreien. Richtig kamen auch vorgestern Abends — fünf Burschen en costume, (Einer hatte sogar eine rothe Kappe auf) hereingezogen, stellten sich vor dem Lokale auf, wo die Polen in Verwahrung gehalten wurden und sangen ihnen ein Ständchen.

Einer dieser fürchterlichen Fünf wurde vom Polizeikommissär erwischt und gestand, ein Schuhmacher und 18 Jahre alt zu seyn. Er war der älteste im Chore, der außer ihm noch aus zwei Schülern des Zittauer Seminärs, einen Kaufmanns- und einen Buchbinderlehrling bestand. — Es sollte uns nicht Wunder nehmen, wenn man diesen kindischen Aufzug für, weiß Gott was für eine politische Demonstration ausschreien und ihm eine Wichtigkeit beilegen würde, die er durchaus nicht hat. Darum, und um solchen verkehrten und übertriebenen Berichten zuvorzukommen, übersende ich Ihnen diese kurze und wahrheitsgetreue Notiz. (K. B. a. B.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Exp.-No. 9137. V.

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg.

In Verlassenschaftssachen des am 31. Januar d. Js. verstorbenen Chokolade-Fabrikanten Johann Martin Schures dahier, werden alle diejenigen, welche Ansprüche an die Nachlaßmasse zu machen haben aufgefordert, solche bei der hiezu auf

Donnerstag den 12. April Vormittags 9 Uhr

Commissions-Zimmer No. 6

anberaumten Tagfahrt zu liquidieren, widrigenfalls auf sie bei Auseinandersetzung des Nachlasses keine Rücksicht genommen werden würde.

Nürnberg, den 9. März 1849.

Iberl, k. Rath.

Bekanntmachung.

Die Expedition der Mittelfränkischen Zeitung macht hiemit einem verehrlichen Publikum bekannt, daß von heute an Anzeigen, wenn solche noch an dem Tage der Abgabe erscheinen sollen, „spätestens bis früh 9 Uhr in dem Expeditions-Lokale abgegeben seyn müssen," indem durch den veränderten Postenlauf die Zeitungen welche zur Post kommen, schon um 11 Uhr zum Druck übergeben werden.

Bekanntmachung.

Sämmtliche Mannschaft der Compagnie, so wie die Rekruten derselben haben sich am 4. d. Abends 8 Uhr im Katharinensaale zu einer Kompagnie-Versammlung pünktlichst einzufinden.

Nürnberg, den 3. April 1849

Das Kommando der Turner-Landwehr-Kompagnie.

Dr. Schüler,
Hauptmann

(Gesuch.) Eine Bierwirthschaft wird zu pachten oder zu kaufen gesucht. Näheres in der Exp. d. Bl. unter Chiffre M.

Freie christliche Gemeinde.

Heute Mittwoch den 4. d. Abends ½ 8 Uhr gesellschaftliche Unterhaltung im Saale des Reichsadlers.

Der Vorstand.

St. Leonhard.

Unterzeichneter macht hiemit die ergebenste Anzeige, daß von heute an ein neues Billard in seinem Lokal aufgestellt ist.

A. Feldmann.

Vereins-Versammlung.

Heute Mittwoch den 4. April ist Abends 7½ Uhr eine allgemeine Versammlung der Mitglieder des Industrie und Kultur-Vereins, wozu dieselben hiemit ergebenst einladet

Nürnberg, den 2. April 1849.

Das Direktorium.

Dr. Weidenkeller.

Compagnon-Gesuch.

Es wird ein junger Mann, Kaufmann, der die Bücher zu führen versteht, in ein gangbares Fabrikgeschäft, das im besten Betrieb steht, und wenig Konkurrenten hat, mit einer Einlage von 8000 fl. als Kompagnon gesucht. Frankirte Briefe besorgt die Exped. d. Blattes unter A. Z. Exp.-Nr. 8449.

(Anerbieten.) Damenkleidermacher finden unter vortheilhaften Bedingungen fortwährend Beschäftigung bei

Aloys Rägemer in Würzburg.

Mahlmühl rc.-Verkauf.

Bei Ammerndorf ist eine neu gebaute, ganz nach amerikanischer Art eingerichtete Mahlmühle nebst Stadel und 8 Morgen daranstoßenden Aeckern und Wiesen nebst einer bedeutenden Dareingabe an Vieh, Wagen und Ackergeräth außerordentlicher Familienverhältnisse halber billigst zu verkaufen. Näheres in L. Nro 90 in Nürnberg. —

(Zu vermiethen.) Eine sehr freundliche Wohnung auf der Mittagseite, bestehend aus 5 heizbaren Piecen, 3 Kammern und anderen Bequemlichkeiten ist zu vermiethen. Das Nähere in S. Nr. 507.

Anzeige.

Die rühmlich anerkannten

Hühneraugen-Pflästerchen

der Gebrüder Lentner sind in nachstehenden Handlungen: in Nürnberg bei Friedrich Bauer am weißen Thurm und Wilhelm Dieterich am Hengäßchen, in Schwabach bei G. M. Friedlein, und in Ansbach bei Ad. D. Schlichting einzeln zu 6 kr., im Dutzend 1 fl sammt gehörige Gebrauchsanweisung zu haben.

(Zu vermiethen.) In L. Nro 401 am Häfnersplatz ist eine Wohnung mit 5 heizbaren Zimmern, Küche, Speisekammer, Garderobe, sonstigen Bequemlichkeiten und Stallung für 3 Pferde — bis Ziel Walburgi zu vermiethen.

(Gesuch.) Ein junger Mensch von soliden Eltern kann als Kellnerlehrling täglich Unterkunft finden.

(Gesuch) Ein Mädchen vom Lande, welches schon längere Zeit hier diente, wünscht wieder bei einer soliden Herrschaft unterzukommen. Näheres in S. No. 817 im Lanzingerhöfchen an der Museumsbrücke.

(Gesuch.) Eine Magd, welche Hausmannskost kochen kann und sich allen andern Hausarbeiten willig unterzieht, wünscht bis nächstes Ziel unterzukommen.

(Gesuch) Heideloff's »Ornamentik« wird Lit. L, 59 a im Katharinen-Kloster billig zu kaufen gesucht.

(Gesuch) Eine gesunde Stillamme wird sogleich gesucht, am liebsten vom Lande.

(Gesuch.) Eine geübte Köchin vom gesetzten Alter, die schon längere Zeit in ansehnlichen Häusern diente, wünscht in gleicher Eigenschaft wieder unterzukommen.

(Gesuch) Ein Mädchen, welches Hausmannskost kochen, auch nähen und stricken kann und sich jeder andern Hausarbeit willig unterzieht, wünscht nächstes Ziel unterzukommen. Peter-Vischergasse No 758.

(Gesuch.) Ein ordentliches Mädchen, welches im Kochen nicht unerfahren ist, welches sich auch den vorkommenden Hausarbeiten willig unterzieht und Liebe zu Kindern hat, wünscht am Ziel Walburgis unterzukommen. Näheres L. Nro. 668 Tetzelgasse.

(Gesuch.) Für einen gebildeten jungen Mann wird bei einer anständigen Familie eine Wohnung gesucht, und wäre es erwünscht, wenn derselbe zugleich auch die Kost erhalten könnte — Schriftliche Anträge nebst Angabe der nähern Bedingungen unter Chiffre B.

Freiblatt

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 5 April 1849 № 95 Donnerstag: Maximus.

†† Politische Schlagschatten.

VIII.

Um nun die Nothwendigkeit dieser ausserordentlichen Militärvermehrungen zu erklären und zu erweisen, ersann die Reaktion das ihr eigenthümliche Mittel, das Volk an verschiedenen Orten aufzureitzen und theilweise gieng das Volk auch in die nicht einmal listig gestellte Falle, und da mußte man ja doch eine Achtung gebietende Macht bereit haben, diese Aufregungen wieder zu dämpfen, also ward das vermehrte Militär wie eine Rettung der Freiheit und Ordnung von der ganzen Philisterwelt gepriesen. Dazu kamen noch die fortwährenden Fluktuationen der vermaledeiten Republikaner in Baden und der ungeschickte Einfall Struve's mit seinem Häuschen in dieses Ländchen, da sah eine lächerliche Angst schon das Dach des konstitutionellen Hauses vom Feuer der Republik ergriffen, und die Majorität im Frankfurter Parlamente ließ laut ihr Nachtwächterhorn ertönen.

Nichts hat aber die Blüthe der Reaktion so geschwellt, als der Malmöer Waffenstillstand, der nur vor der Hasenfurcht, vor den Ränken der Diplomatie und vor der preussischen Krämerpolitik Gnade gefunden haben konnte. Der Malmöer Waffenstillstand hat den Adressensturm des deutschen Volkes, mit welchem zugleich der seinen höchsten Grad erreicht habende Unwille über die Majorität des Parlaments ausgedrückt war, erzeugt. Es blieb nicht bei dem passiven Eckel, der sich allenthalben gegen das schlaffe Wirken des Parlaments (die Linke ausgenommen) kund gab, das auch von auswärts in Frankfurt zusammengeströmte Volk wollte mit Gewalt in die Paulskirche dringen, requirirtes Militär, aus Preussen und Oesterreichern bestehend, schritt ein, weil die Frankfurter Bürgerwehr sich verkrochen hatte, es entstanden Barrikaden, deren Bau das Militär gemächlich mit Gewehr in Arm zusah; leider wurde die Komödie ernster, denn es entwickelte sich ein Kampf, der mehrere Todte und Verwundete forderte, weil man, statt die Kämpfer zu umringen und unschädlich zu machen, (bei ihrer kleinen Zahl ein Leichtes), die Barrikaden mit Gewalt zu nehmen, und die Wirksamkeit der hessischen Kartätschen zu prüfen, weil man überhaupt, um fatale Konsequenzen zu ziehen, sich ein Motiv suchen wollte, dessen Fund durch den gräßlichen Tod der Abgeordneten Auerswald und Lichnowsky, und durch Angriffe auf andere Parlamentsmitglieder noch mehr Gewicht erhielt.

Nun durfte die hohe Polizei des Reichs ihr Auferstehungsfest feiern, und die erbärmlichen Maaßnahmen von Paris nachäffen, Belagerungszustand, und, damit in Begleitung, Suspendirung der Preßfreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts und anderer Zugeständnisse, ein Schutzgesetz, das den Mitgliedern der Parlamentsmajorität und den Beamteten in der Paulskirche bis zu dem Portier hinab, ganz trefflich zu Statten kam, das war Alles wohl geeignet, dem tieferschütterten Vertrauen des Volkes zu dem Parlamente noch mehr Grund und Boden zu nehmen, und die Reihen der Sorglosen mehr zu lichten.

Was die Centralgewalt und das Parlament dem Auslande gegenüber für eine Achtung, für ein Ansehen beanspruchen durfte, das war daraus zu entnehmen, wie die Gesandten behandelt wurden und mit welcher Geringschätzung man von diesen Gewalten spricht. „Die Centralpuppe hat sich wieder einmal blamirt" wurde jüngst von Paris aus in deutsche Journale geschrieben. Raveaux mochte bei einem derartigen Minimum von Achtung auch nicht länger Gesandter in der Schweiz bleiben, er kehrte auf seinen Sitz in der Linken zurück, indem er der Reichsregierung ihre Unfähigkeit deutlich zu erkennen gegeben hatte. Den Erzherzog Johann kann natürlich nur ein geringer Theil dieser Klagführungen treffen, es ist blos zu wundern, daß er diese Verweserstelle nicht schon längst verlassen, wie man sich auch gar keine Aufklärung geben konnte, warum die Linke nicht ausgeschieden ist, nachdem sie eingesehen, daß ihr Mühen und Streben, ihr Stimmgehalt durch numerisches Ueberbieten der Rechten vereitelt ward, wenn man nicht annehmen hätte wollen, daß sie die Hoffnung auf einen endlichen gerechten Sieg nicht aufgeben wollte und in muthiger Ausdauer eine Verpflichtung erkannt habe.

Deutsche Staaten.

München, den 2. April. Wie wir vernehmen, ist aus Anlaß der neuesten Beschlüsse der Nationalversammlung zu Frankfurt von Seite unserer Staatsregierung bereits eine Erklärung an den bayerischen Gesandten nach Berlin abgegangen mit dem Auftrage, von derselben dem dortigen Kabinete Kenntniß zu geben. Die bayerische Erklärung ist durchaus in dem Sinne gehalten, welcher den stets ausgesprochenen und beharrlich festgehaltenen Grundsätzen der bayerischen Regierung und ihrer Auffassung der deutschen Frage entspricht, also in Uebereinstimmung mit der die Einigung des gesammten großen Vaterlandes anstrebenden Politik, welche sie stets befolgt hat. (N. M. Z.)

München, den 2. April. Die erledigte Landgerichtsarztstelle in Bileck wurde dem dermaligen Kantonsarzt zu Neuhornbach Dr. J. Rennert verliehen; der dermalige Aktuar A. Fichtl rückt in die bei dem Landg. Vohenstrauß erledigte 2. Assessorstelle vor und die hiedurch eröffnete Aktuarstelle wurde dem geprüften Rechtspraktikanten Ch. Schonger aus München übertragen. (N. M. Z.)

Frankfurt, den 2. April. Der alte Jahn mit seinem weißen Barte schreibt der deutschen Zeitung folgendes am 1. Apriltage: Eure Frankfurter schwarzgelbe Herbstzeitung, zerbricht sich ihren überalpischen Schlangenkopf mit dem Räthsel von Annehmen und Ablehnen. Eine wahre ochsenschaftliche Zweifelgröße! Die Sache steht einfach so: Der erwählte Kaiser kann Ja sagen, aber zum Nein hat er nicht Fug noch Recht. Wäre die Wahl auf eine Frist einiger Jahre, oder auf Lebensdauer, so wäre sie rein persönlich. Niemand würde dem Erwählten verdenken, wenn er kurz abbräche: „Eine große Würde, eine gefährliche Würde, ich bedanke mich." Dagegen wären auch beide Kammern des Preußenstaates. Aber die Sache steht nunmehr anders. Durch die Erblichkeit ist das Preussenvolk gesichert, daß es nicht für augenblicklichen Herrscherglanz Gut und Blut zu opfern hat, wie vormals Sachsen bei Polen. Die Erblichkeit hebt die Selbstentscheidung des Königs auf. Sie ist Landesfrage dadurch geworden, und zugleich Hohenzollern'sche Hausfrage. Ein Einzelner darf als Geschlechtshaupt doch den Nachkommen, den Miterbten Nichts vergeben? Er ist nur Verwalter und Nutznießer seines Stammgutes. Und ist er dazu nicht mit Leibeserben gesegnet, so wird dadurch sein Recht um so beschränkter. Da hört sein eigener Wille auf. Seine besondere Meinung darf dann noch weniger mit dem Vortheile und Wohle des Landes und Hauses in Widerspruch gerathen. (D. Z.)

Frankfurt, den 2. April. Heinrich Simon und Max Simon haben eine Erklärung abgegeben, an deren Schluß es heißt: Die Veränderungen, welche bei der zweiten Lesung im Verhältniß zu dem Welcker'schen Antrage und dem darauf bezüglichen Kommissionsgutachten, somit direkt oder indirekt durch unsere Beihülfe eingetreten, sind folgende:

1) Die deutsche Nationalversammlung bietet, selbst im Sinne einer bedeutenden Zahl ihrer Mitglieder vom Centrum, die deutsche Kaiserkrone der preussischen Krone nur unter der Bedingung, daß diese die beschlossene Verfassung, eine der freiesten, die sich je ein Volk gegeben, unverändert annimmt.

2) Die Verfassung gilt dem ganzen Deutschland; das deutsche Volk hat die Gründung seiner Verfassung nicht mit der Schmach begonnen, die deutschen Lande verfassungsmäßig zu zerreißen.

3) Das absolute Veto ist gefallen und dadurch die Volkssouveränetät als oberstes Gesetz anerkannt.

4) Die mündliche Abstimmung zu Protokoll ist gefallen, und dadurch erst der wahrhaft freie Volkswille bei den Wahlen gesichert.

5) Das Institut des Reichsraths, welches den Partikularismus von vornherein in die Verfassung impfte, ist beseitigt.« (Gerade diese Punkte werden den Stein des Anstoßes bei der Annahme der Kaiserkrone bilden.)

Hannover, den 31. März (Abends). Die frankfurter Deputation, mit lautem und unaufhörlich wiederholtem Zuruf empfangen, traf gegen 8 Uhr ein. Der ganze Bahnhof war von einer dichtgedrängten Masse erfüllt. Zwei Bataillone Bürgerwehr mit den fliegenden deutschen Fahnen waren vor dem Portal in langer Reihe aufgestellt; Trommelwirbel und Lebehochs begrüßten von allen Seiten jeden einzelnen Wagen, und vor dem British Hotel, wo die Gäste abgestiegen, wurde ihnen nach der Reihe ein eben so lebhafter Empfang von der auch dort zusammengeströmten Menge zu Theil. Nach 9 Uhr hatten sich sämmtliche Vereine mit ihren Fahnen versammelt und brachten, mit einem Musikkorps an der Spitze, den Deputirten einen glänzenden Fackelzug. (D. A. Z.)

Oldenburg, 29. März. Unser Staatsministerium fordert diejenigen seefahrenden jungen Leute des Großherzogthums, welche, wenn auch noch wehrpflichtig, doch den diesseitigen Truppenkorps nicht bereits einverleibt, geneigt sind, auf der deutschen Kriegsmarine in Dienst zu treten, auf, sich dieserhalb bei dem Reichskommissarius, Fregattenkapitän Brommy in Bremerhaven zu melden. (Wes. Z.)

Oldenburg, 30. März. In Folge eines Befehls der Reichsgewalt in Frankfurt ist auf der heutigen Parade die Ordre gegeben, unsere Truppen marschfertig zu halten. Das erste, dritte und vierte Bataillon — 2400 Mann — und 8 Geschütze, sollen mobil gehalten werden, um auf die erste Nachricht an die Elbe marschiren zu können, um dort vorläufig ein Observationskorps zu bilden. Zur Einberufung der Mannschaft sind heute schon Dragoner nach allen Theilen des Landes abgegangen. — Das erste Bataillon wird hier bleiben. (Wes. Z.)

†*† **Berlin**, 1. April. Daß die Politiker jeglicher Farbe und Partei im Augenblick ihre Aufmerksamkeit fast ausschließlich der deutschen Frage zuwenden, ist sehr erklärlich. In höchster Stelle hat man sich noch immer nicht definitiv entschieden. Es ist unsäglich, daß gerade in dieser Frage die ministerielle Ansicht nicht als durchweg maßgebend angesehen werden darf. Wie in früherer Zeit, als das Kabinet Auerswald an der Spitze stand, sich oft ein anti-deutscher Einfluß geltend zu machen suchte, so strebt jetzt die (wenn wir uns so ausdrücken dürfen) deutsche Partei nach einem Einflusse bei Hofe und höchste Personen verschließen der rathgebenden Stimme jener Partei nicht ihr Ohr, das sie ihr willig auch in der ganzen Zeit vom November bis jetzt geöffnet hielten. Das Einverständniß der hiesigen Kammermajorität mit der im Frankfurter Parlament bewährte sich schon bei mancher Gelegenheit, dieses Einverständniß aber macht es jetzt der hiesigen Majorität zur Pflicht, Alles daran zu wenden, die Anerkennung des Frankfurter Beschlusses in möglichst annähernder Form zu erzielen. — Eine gestern Abend stattgehabte geheime Sitzung der ersten Kammer galt ebenfalls der deutschen Angelegenheit. Die Kommission der II. Kammer zur Entwerfung einer Adresse in Betreff der Erklärung des Hauses über die Annahme der deutschen Kaiserkrone trat gestern gegen Abend zusammen. Drei Adreßentwürfe wurden vorgelegt, der eine von v. Unruh, ein anderer von v. Auerswald und ein dritter von dem

Grafen Arnim. Der letztere forderte Se. Maj. auf, die Kaiserkrone anzunehmen, nachdem eine Verständigung mit den deutschen Fürsten erfolgt und gewisse andere Hindernisse hinweggeräumt wären. Der Entwurf, in sehr zweizüngiger Sprache abgefaßt, fand wenig Freunde, der Auerswald'sche sehr schwungreiche war als der der konservativen Partei anzusehen, er wurde jedoch auch mit 12 Stimmen gegen 10 verworfen (ein Mitglied der Rechten stimmte gegen ihn) und der des Hrn. v. Unruh von der Kommission angenommen. Gegen eine Adresse überhaupt stimmten nur 5 Mitglieder.

Die Fassung der Adresse, wie sie die Kommission vorschlägt, ist folgende: »Königliche Majestät. Die deutsche Nat.-Vers. hat durch ihre letzten Beschlüsse das Werk der Einigung und Kräftigung Deutschlands seiner Vollendung entgegengeführt.

Dieselbe hat in Verfolg dieser Beschlüsse Euer Kgl. Maj. zu der glorreichen Aufgabe erkoren, das erste Oberhaupt des wiedererstandenen Deutschlands zu seyn.

Die zweite Kammer legt die dringende Bitte ehrfurchtsvoll an Ew. Kgl. Majestät Kgl. Herz, die Erwartung der deutschen Nat.-Versammlung und die Hoffnungen des durch dieselbe vertretenen deutschen Volkes zu erfüllen.

Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten, welche sich der Erreichung dieses großen Zieles entgegenstellen; aber Ew. Majestät Weisheit, so wie die Thatkraft der deutschen Volksstämme und die Liebe derselben zu ihrem Vaterlande wird Ew. Majestät zustimmenden Entschluß mit Erfolg krönen.«

Von der Linken wurden zwei Amendements in der Kommission eingebracht, welche in der Minorität blieben, das eine verlangte, daß hinter den Worten »zu erfüllen« (im 3. Passus) die Worte hinzugefügt würden und so die Kgl. Verheißungen vom 21. März zur Wahrheit zu machen; das andere wollte einen Passus über die Anerkennung der Reichsverfassung eingeschoben wissen.

Die Majorität für den von der Kommission beliebten Entwurf in der Kammer selbst ist noch zweifelhaft; der des Grafen Arnim, von dem ein Mitglied der Opposition in der Kommissionssitzung sehr richtig bemerkte, er enthalte nicht eine Adresse der 2. Kammer, sondern eine Antwort des Ministeriums Brandenburg auf eine Kammer-Adresse — dürfte in der Plenarsitzung nicht mehr als 40 bis 50 Stimmen finden; eine bei Weitem zahlreichere Unterstützung hat der Entwurf des Hrn. v. Auerswald zu erwarten.

Zum Berichterstatter der Kommission wurden von beiden Parteien mit Stimmengleichheit einerseits Hr. v. Berg, andererseits Hr. v. Auerswald erwählt. Das Loos entschied für Hr. v. Berg.

Eine Wahlmännerversammlung, von welcher die Abgeordneten Waldeck und Reuter gestern Abend über die bisherige Wirksamkeit der zweiten Kammer Bericht zu erstatten beabsichtigten, wurde von Konstablers zum Auseinandergehen aufgefordert. Da die Versammlung sich nicht sofort trennte, rückte ein Militärpiket von 20 Mann ein, und sprengte dieselbe. Der Wirth des Versammlungslokals und ein Theilnehmer, Kammergerichts-Assessor Gabitz, wurden unter den rohesten Mißhandlungen der Soldaten zur Haft gebracht.

Das längst verbreitete Gerücht von einer socialistischen Verschwörung hat neue Nahrung gefunden in einigen Verhaftungen, welche gestern hier vorgenommen wurden. Ein Schuhmacher, Hetzel, der schon im Jahre 1847 als vermeintlicher Genosse eines Kommunistenklubbs zur Haft gebracht, und demnächst freigesprochen wurde, befindet sich auch diesmal unter den der Verschwörung Verdächtigen. Bei einem Schreiner Bindler sollen Waffen, und in dem Lokale des Handwerkervereins Munition, namentlich eine Quantität Handgranaten aufgefunden worden seyn. Man glaubt, das Ministerium werde über die vorgenommenen Nachsuchungen und deren Resultat, so wie über die stattgehabten Verhaftungen der Kammer Eröffnungen machen. —

Der zweite Bericht der demokratischen Partei in der zweiten Kammer ist so eben verhandelt worden. Er referirt vornämlich über die Adreßdebatte und ist daher im Wesentlichen nur ein Résumé des in der Kammer selbst zur Rechtfertigung des d'Ester'schen Entwurfs Vorgetragenen. In Bezug auf die deutschen Angelegenheiten wird der von der Majorität angenommenen Adresse der Vorwurf gemacht, daß sie die Selbstständigkeit der deutschen National-Versammlung wegleugne, dadurch die Volkssouveränetät zu Grabe trage, und um nun auch noch die Einheit Deutschlands zu zerstören, den preussischen Sonder-Patriotismus in dem Wunsche nach dem engeren Bundesstaate, dem sogenannten Kleindeutschland ausspreche. „Wir setzten an diese Stelle — heißt es — die Forderung der innigen Vereinigung aller deutschen Volksstämme zu einer Staatseinheit, glaubten aber uns ausdrücklich dahin erklären zu müssen, daß der Weg, den die Frankfurter National-Versammlung eingeschlagen habe, zuerst an die Einheit und dann erst möglicherweise an die Freiheit zu denken, der verkehrte war, sondern daß die erste Bedingung der Einheit Deutschlands die Sicherung der Freiheit und die Befestigung der Rechte des Volkes sey, ohne welche die Einheit jedenfalls zur Unterdrückung des Volkes führen werde.« — Von der Kaiserwahl war bei Abfassung des Berichts noch nichts bekannt.

Breslau, 31. März. In den letzten Wochen waren wir hier nicht ganz ohne Aufregung. Namentlich hat sich unter den Handwerkern ein Streit erhoben, der in Schenken und Vereinen sehr lebhaft geführt wird und mitunter sogar zu Thätlichkeiten Anlaß gibt. Auf der einen Seite kämpfen diesen Kampf die meisten unserer Handwerksmeister, unterstützt durch die älteren und besonneneren Gesellen, auf der anderen Seite die große Mehrzahl der Gesellen, geführt von einigen Meistern, welche ihre Lehren aus dem Heerlager der Demokraten entlehnt haben. Die Meister kämpfen für die von der Regierung erlassene Gewerbeordnung, die Gesellen dagegen für unbedingte Gewerbfreiheit, die ihnen aber freilich durch einige kleine Zusätze, die von Garantie der Arbeit und ähnlichen Dingen handeln, erst recht schmackhaft gemacht wird. (Leipz. Z.)

Gotha, den 30. März. Ehe der Herzog abgereist ist, hat er die Mitglieder des Ministeriums auf die Verfassung vereidet; diese werden nun in den nächsten Tagen die Vorstände sämmtlicher Landesbehörden in Eid und Pflicht nehmen, und die Vorstände werden das gesammte Dienstpersonal die Verfassung beschwören lassen. Zugleich hat der Herzog an die Abgeordnetenversammlung den dringenden Antrag gestellt, daß sie nun endlich, nachdem die von ihr gestellte Bedingung (Vollziehung des Staatsgrundgesetzes) erfüllt worden sey, die einleitenden Schritte zur Vereinigung der Herzogthümer Koburg und Gotha vornehmen möge. Die Abgeordnetenversammlung erklärt sich bereit dazu, und werden nun, während ihrer Vertagung, sechs Mitglieder derselben mit einer Kommission der Stände zu Koburg hier zusammentreten, um im Beisein herzoglicher Kommissäre das Vereinigungswerk, mit vorbehaltlicher Genehmigung der beiderseitigen Abgeordnetenversammlungen, in Angriff zu nehmen. Dem Vorschlage des Herzogs gemäß soll unser neues Staatsgrundgesetz auch auf Koburg ausgedehnt werden, und die Koburger werden sich hoffentlich nicht weigern, diese auf den Prinzipien der Neuzeit ruhende Verfassung mit ihrer theilweise schon veralteten Konstitution vom Jahre 1827 zu vertauschen. (D. A. Z.)

Schleswig, den 29. März. Was der deutsche Reichskommissär Stedmann am 26. d. M., als der Waffenstillstand zu Ende ging und eine neue Regierung, eine Statthalterschaft Namens der deutschen Reichsgewalt in Schleswig-Holstein eingesetzt werden sollte, in Sonderburg beim dänischen Könige gewollt hat, weiß die Welt jetzt. Die erwirkte faktische Waffenruhe (in den militärischen Ordres heißt sie: „fortbestehender Waffenstillstand“) geht heute schon wieder zu Ende. Was wird morgen werden? so fragt man auch in hiesiger Stadt, dem Sitze des Hauptquartiers, wo fast jedes Haus Offiziere birgt. Niemand weiß es. — Uebrigens hat die fragliche Reise dem Hrn. Stedmann außer der 3tägigen Frist noch manches Andere eingebracht. Abgewiesen an der hermetischen Grenzsperre am Alsener Sunde, — der deutsche Reichskommissär von dänischen Soldaten, drang er mit Mühe zu dem deutschen Befehlshaber Bülow, der die Bedingung stellte, daß kein deutscher Soldat die Eider überschreite, was Hr. Stedmann indeß achselzuckend als bereits geschehen melden mußte. Jene Bedingung mußte nun die Form erhalten, daß die deutschen Reichstruppen sofort das Herzogthum Schleswig wieder verlassen sollten, was Hr. Stedmann begreiflich nicht gut versprechen konnte. Unter diesen Umständen hat denn der dänische Befehlshaber sich ohne Instruktion von Kopenhagen nicht zu etwas Anderem, als 3tägiger Waffenruhe verstehen zu können gemeint. (J. f. Nd.)

Schleswig, 29. März. Abends. Aus Hadersleben treffen hier schon zahlreiche Flüchtlinge ein, und man hört heute, daß morgen die hier stark aufgehäuften Truppen nach Norden marschiren werden, um der Vorhut und der schlesw.-holst. Armee den Rücken zu decken. Aus Hadersleben bringen die Flüchtlinge die Kunde mit, daß der äußerste Vorposten hanseatischer Kavallerie (4 Mann) verschwunden sey, — auf welche Weise ist noch unbekannt. — Bei Eckernförde sollen feindliche Schiffe einen Landungsversuch gemacht haben haben, welcher durch sechs Schüsse der Strandbatterie zurückgewiesen wurde. (Wes. Z.)

Stuttgart, 1. April. Zufolge eingegangenen Nachrichten ist in der am 23. März bei Novara zwischen der österreichischen und der sardinischen Armee vorgefallenen Schlacht der in österreichischen Militärdiensten stehende Herzog Wilhelm von Würtemberg (zweiter Sohn des Herzogs Eugen) schwer verwundet worden. (Schw. M.)

Dänemark.

Kopenhagen. Der König war am 24. auf Alsen und begab sich selbigen Tages nach Fridericia. Den Offizieren äußerte er, daß, wenn am 3. April keine befriedigende Antwort von London gekommen, keine Stunde mit dem Einrücken in Schleswig gesäumt werden solle. (Wes. Z.)

Kopenhagen, den 29. März (pr. Dampfboot „Lübeck“). Nachdem gestern Vormittag die Nachricht eingelaufen, daß die Deutschen auf dem Düppelberge ständen, wurde ein Staatsrath gehalten, in welchem beschlossen wurde, daß der Kriegsminister sich schleunigst zur Armee auf Alsen zu begeben habe, um die Kriegsoperationen zu leiten, an deren unverzüglichem Beginn man jetzt nicht mehr zweifelt. General Hansen reiste darauf mit einem Extraeisenbahnzuge über Land nach Sonderburg ab.

Man erwartet heute die Bekanntmachung wegen der Blockade der deutschen Häfen, oder besser der Elbe-, Weser- und Odermündungen, denn weiter wird sie sich, der maritimen Kräfte halber, nicht füglich erstrecken können.

Eine Proklamation des Kriegsministers vom 27. an die schleswig'schen Krieger, verspricht allen Soldaten und Unteroffizieren, welche „die Reihen der Aufrührer“ verlassen, Amnestie und Entlassung aus dem Kriegsdienste. (Wes. Z.)

Französische Republik.

† **Paris**, den 31. März. Der Moniteur enthält folgende telegraphische Depesche: Marseille 30. März. (Der Bevollmächtigte des Ministeriums des Auswärtigen zu Marseille an den Minister in Paris.) Der französische Konsul in Alexandrien beauftragt mich, Ihnen zu melden, daß eine außerordentliche Beilage zur Bombay-Times vom 4. März anzeigt: Die englische Armee habe laut Bulletins vom 25. Febr. einen entscheidenden Sieg über die Sheiks erfochten. Dieselben haben alle ihre Zelte und Artillerie im Stich gelassen.

In Chambery (Hauptstadt von Savoien) herrscht wie an der ganzen Gränze eine unbeschreibliche Gährung. Savoien will sich von Sardinien losreissen und zur französ. Republik schlagen. Die Lyoner Blätter sehen diesen Zuwachs sehr gerne.

Bourges, den 30. März. Heute schloß die Sitzung schon um 3 Uhr Nachmittags. Morgen (31.) gehen die Vertheidigungsreden zu Ende; Sonntag wird das Resumé stattfinden, und dann werden die Jurés unmittelbar in Deliberation treten, so daß wir den Urtelsspruch spätestens Montags früh 2. April erfahren können.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 30. März. Schluß] Wir haben, erklärt Drouyn de Lhuys im Verlauf seiner Gegenrede, nur die Politik unserer Vorgänger befolgt (oh, oh!). Wenn Sie den Krieg wollen, so sagen Sie es offen (zur Linken gewandt). Ich habe Vertrauen genug in den gesunden Sinn der Mehrheit dieses Hauses, um sicher zu seyn, daß sie Ihnen nicht folgt. Sie wollen für Italien viel thun, doch der Krieg hat das Blatt gewandt. Da Sie so kriegssüchtig, warum machten Sie denn nicht den Krieg, als die Karten ganz anders standen? Als Oesterreich zusammenzustürzen drohte! Seyen Sie logisch. Ich lese alle Ihre Rundschreiben und finde nirgends eine Stelle, in der Sie auch nur indirekt mit Krieg drohten. (Lärm zur Linken.) Nous prenons part à une oeuvre de paix, nous ne nous laisserons pas entrainer à la guerre; si le Piémont veut se jeter de nouveau dans la guerre, ce sera à ses risques et perils lese ich in einem Rundschreiben der provisorischen Regierung. Ich will den König Karl Albert nicht tadeln, Muth und Unglück haben gleiches Recht auf

Achtung. (Lärm.) Ich glaube, Karl Albert hat darauf wenigstens Anspruch. (Tumult.) Allerdings, denn im Augenblik, wo sein Sohn, der Herzog von Savoyen, zwei Blessuren erhält und 14 Kugeln seinen Rock durchbohren, kehrt er (Karl Albert), der Hauptagitator, wohl und munter nach Turin zurück. (Sensation.) Nichts liegt also im Grunde vor, jetzt den Beistand der Nationalversammlung zu verlangen. Indessen läugne ich nicht, daß drei Dinge der Regierung besonders am Herzen liegen: 1) Aufrechthaltung der Integrität Piemonts, 2) Entfernung der Oesterreicher, 3) Lösung der päpstlichen Frage. Wir wollen indessen die Fragen durch friedliche Mittel lösen, mit Thätigkeit und Festigkeit und in Uebereinstimmung mit der Mehrzahl der Macht. (Ah, ah! zur Linken. Beifall zur Rechten.) [Die Sitzung bleibt auf 15 Minuten aufgehoben.]

Ledru-Rollin antwortet dem Minister. Für die Freunde der Freiheit ist die Niederlage der Piemontesen ein harter Schlag. Doch ist sie nur ein Zwischenfall der italienischen Frage, die uns am allerwenigsten von Festhaltung unseres Beschlusses entbindet. Sie sagen, man wolle nicht neben, nicht in Piemont bleiben. Aber wann wird Piemont die Kriegsgelder zahlen können? Bis dahin wird Oesterreich darein bleiben und das wird lange dauern. Jetzt habt Ihr Oesterreich auf 12 Stunden an der Grenze. Nicht mit ihm, sondern mit der italienischen Rrpublik müßt Ihr paktisiren.

Billault stellt den Minister wiederholt zur Rede, was er zu thun gedenke?

Drouyn de Lhuys antwortet, daß er der Tagesordnung anhänge und falls es einen neuen Entschluß fasse, ihn der Nationalversammlung unterwerfen werde.

Jules Favre: Frankreich müsse sein Schwert in die Waagschaale legen! (Oh, oh! zur Rechten. Bravo zur Linken.)

Baraguay d'Hillier findet die Bixiosche Tagesordnung zu lang und dringt auf einfache Tagesordnung; dieselbe wird jedoch mit 442 gegen 327 Stimmen verworfen (also die Debatte morgen fortgesetzt); die Sitzung um $^3/_4$ 6 Uhr geschlossen.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 31. März. Anfang $12^1/_2$ Uhr.] Marrast zieht zunächst die monatlichen Abtheilungen durchs Loos; dann geht es an die italienische Debatte.

Marrast: Hr. Thiers hätte eigentlich das Wort, doch tritt er es für kurze Zeit dem General Cavaignac ab, der einige Erklärungen in Bezug auf gestrige Reden zu geben wünscht.

Cavaignac. (Stille.) Man erwähnte gestern der Politik derjenigen Regierung, bei der ich den Vorsitz führte. Ledru Rollin hob die Kluft hervor, welche die Politik der heutigen Regierung von der der provis. Regierung und der meinigen scheide. War die Politik der provis. Regierung wirklich so, wie sie Ledru Rollin schilderte, so war der Unterschied zwischen ihrer und der unsrigen in der That unbedeutend. Was Drouyn de Lhuys von Solidarität sprach, die zwischen seiner und unserer Politik herrschen, so sagte er ebenfalls nur Wahres. Es herrschte allerdings ein gewisser Zusammenhang sowohl zwischen den politischen Systemen meiner Vorgänger als meiner Nachfolger. Im Lamartinischen Manifest lag nur der Keim zum Kriege. Die Nat.-Versammlung genehmigte dieses Manifest und überließ der Exekutive die Ergreifung der zu einem Bruderbund mit Deutschland und Befreiung Italiens nöthigen Maßregeln. Ohne dem Krieg auszuweichen, zogen wir doch den Weg der Unterhandlung vor und traten in die Mediation. Wir erfüllten auf diese Weise den Beschluß der Nat.-Versammlung und berücksichtigten die friedsamen Mittel, wenn im Laufe der Debatte meine damaligen Depeschen vorgetragen werden sollten, wird sich dies noch klarer herausstellen (dieser Rede folgte einige Agitation, sey es daß man eine Art Fehdehandschuh für die eine oder andere Partei darin erblickt).

Thiers besteigt die Bühne. Die vorliegende Frage, beginnt er, ist ernst; sie verdient die größte Berücksichtigung und Jeder ist verpflichtet, sein Licht beizubringen. Ich besteige also diese Bühne, nicht weil ich von Hrn. Ledru-Rollin provozirt wurde, sondern weil auch ich mich verpflichtet fühle, den Tribut meiner Erfahrung beizubringen (Ah! Ah!) nicht daß ich die Angriffe Ledru-Rollins verachte, sondern weil ich sehe, daß er ganz verschiedenartige Dinge durch einander wirft. (Lärm!) Wie? Weil die Coalition (Thiers und Guizot) die von Molé verfügte Räumung Anconas bekämpft, will man daraus folgern, daß wir heute die Politik Ledru-Rollins befolgen sollen; (Ja! Ja! links) das klänge gerade so, als wenn Sie behaupteten, ich müsse jetzt ein demokratischer Republikaner seyn, weil ich unter den vorigen Regierungssystem zur Opposition gehörte. (Lärm zur Linken!) Eure Politik heute ist Krieg! Italien ist untergegangen. (Oh! Oh!) Ja es ist untergegangen, doch nicht für immer, hoffe ich, aber für lange Zeit. Hören Sie die Thatsachen. Man darf auf die Bühne nicht bloß schöne Phrasen bringen. Man muß wissen, was sie wollen und ich werde sprechen, als ob ich am grünen Tische inmitten von Ministern säße." Nun beginnt der Exminister seine eigentliche Rede. Sie wollen den Beschluß vom 24. Mai 1848 festhalten, der einen Bruderbund mit Deutschland und Befreiung Italiens vorschreibt; wohlan, das ist der Krieg (Agitation.) Sie wollen die Lombardei und Venedig den Oesterreichern entreißen und Sie glauben, daß dies keinen Krieg gebe? Enttäuschen Sie sich. Krieg mit Oesterreich ist eine ernste Sache, selbst wenn Oesterreich ganz allein stände. Aber steht Oesterreich so ganz allein? Sie, die überall Coalition sahen, wollen nicht zugestehen, daß Rußland hinter Oesterreich stehe! (Agitation!) Ihr schmeichelt Euch mit der Allianz der Völker: Triste ressource! Als Ungarn sich erhob, meintet Ihr, Ungarn, die ein Fünftel des österr. Heeres bilden, würden sich nicht gegen Ungarn, ihre Brüder schlagen; nun, ich glaube, jetzt sind Sie vom Gegentheil überzeugt, die Ungarn waren die Tapfersten in Oberitalien u. s. w. Einige Mißvergnügte! Einige Ehrsüchtige habt Ihr für Euch, die Massen der Völker habt Ihr gegen Euch. Aus Rücksicht für Italien möchten Sie uns in einen allgemeinen Krieg verwickeln.

Welches Interesse hat denn Frankreich eigentlich in Italien? Un interêt d'influence, und darum wollen Sie den Bauer seiner Hütte entreißen, und ihn in einen blutigen Krieg werfen, das wäre ein haute folie. (Agitation.) Der Redner geht nun auf das Februar-Manifest zurück. Er habe gezittert, sagte er, als er darin die Abschaffung der Wiener Verträge von 1815 gelesen. Diese Verträge der That nach als abgeschafft mit nur noch dem Recht nach als bestehend erklären, sey ein diplomatischer Unsinn gewesen, ein Klubbwiederhall (Tumult) die Wiener Verträge! Sie können sie verachten, aber Sie dürfen sie nicht brechen — sprach ich schon unter der vorigen Regierung. Stellen Sie die Ordnung im Innern her und sie werden stark seyn. Für eine question d'influence lohne es sich nicht der Mühe, sich in den Krieg zu stürzen. (Bewegung. Ledru Rollin eilt auf die Bühne, aber die Glieder steigen von den Bänken. Die Sitzung wird auf 15 Minuten suspendirt.)

Ledru Rollin erhält das Wort, um Cavaynac und Thiers zu widerlegen. (4 Uhr.)

Italienische Staaten.

Botzen, den 31. März. Die Provinz Brescia befindet sich noch im Aufstand, dessen Unterdrückung nach der jetzigen Sachlage aber keinem Zweifel unterliegen kann. (A. A. Z.)

Turin, den 30. März. Gestern leistete der König vor den Kammern den Eid auf die Verfassung. (A. A. Z.)

Oesterreichische Staaten.

Grottau, 30. März. Eben jetzt, um 7 Uhr Früh, werden die polnischen Emigranten von hier wieder abgeführt, und nicht, wie man glaubte nach Amerika, sondern wieder ins Innere des Landes zurück, und zwar nach Theresienstadt. Die ganze Reise an die Gränze war also ebenso unnütz gewesen, als die Gerüchte und Befürchtungen einer gewaltsamen Befreiung grundlos waren. Zum Schlusse habe ich Ihnen noch einen traurigen Zwischenfall zu melden: Einer dieser jungen Emigré's wollte vergangene Nacht durch den Abort entfliehen, wurde aber erwischt und von den Soldaten auf eine unbarmherzige Weise durchgeprügelt, geknebelt und in diesem Zustande in einen Gänsestall gesperrt, wo er bis zum Morgen in der Kälte liegen mußte. Heute bekam der arme Mensch bei der Abfahrt einen eigenen Wagen und eine obligate Bedeckung von 8 Soldaten, und zu allem Ueberflusse wurden ihm noch die Hände auf dem Rücken gebunden — Die innigste Theilnahme eines jeden gefühlvollen Menschen folgt diesen Unglücklichen. (C. Bl. a. B.)

Rußland und Polen.

Kalisch, den 27. März. Glaubwürdige Reisende, welche so eben aus Petersburg hier angekommen sind, haben die Nachricht mitgebracht, daß man dort allgemein an eine Schilderhebung in Mitteleuropa zur Jahresfeier der Märzrevolution geglaubt hat. Für diese Eventualität hat der Kaiser wohl auch in Bezug auf seine Residenzstadt einige Besorgnisse gehegt, denn die getroffenen Maßregeln bezeugen zur Genüge, daß er eine Nachahmung der Revolutionsausbrüche in St. Petersburg nicht außer die Möglichkeit setzte. Schon seit längerer Zeit ließ er Truppen aus entfernten Gegenden heranziehen, und dieselben wurden in die umliegenden Dörfer und k. Lustschlösser gelegt, und zwar in der Art, daß beim Herannahen der Märztage die Stadt im wahren Sinne des Wortes gänzlich cernirt war. Ferner wurden die Fremden um diese Zeit mit einer wahrhaft peinlichen Aengstlichkeit überwacht, und viele derselben wurden von der Polizei ohne Motivirung der Gründe ausgewiesen. Kaufleute, welche auf der Ostsee angekommen waren, und sich ausweisen konnten, daß sie nur Handelsangelegenheiten zum Zwecke haben, mußten wochenlang in Kronstadt liegen bleiben, bis sie den nachgesuchten Einlaß in die Stadt erhielten. Damit der Kaiser aber seinen Petersburgern zeige, daß er die Macht besitze, einen etwaigen Aufstand unterdrücken zu können, improvisirte er eine große Truppen-Musterung. Wohl über 45,000 Mann, die Garden mit gerechnet, waren auf dem geräumigen Isaakplatz in Parade aufgestellt und gewährten allerdings ein erhabenes militärisches Schauspiel. Hienach bestätigt sich also die von mehreren Zeitungen mitgetheilte Nachricht, daß bereits die Garden aus Petersburg ausmarschirt seyen, keineswegs. Wohl aber werden die entbehrlich gewordenen Truppen der Petersburger Cernirungsarmee in langsamen Märschen sich nach dem Süden bewegen. Unsere Gewährsmänner haben auf ihrer Reise vielfache mobile Kolonnen angetroffen, aber über die Stärke der im Königreich Polen liegenden Truppen konnten sie keine Gewißheit erlangen, weil bei der daselbst vorherrschenden Spionenriecherei und Verdächtigung der Fremden, es sehr gefährlich wäre, über über die Stärke und Bewegung der Armee zu fragen. Selbst die Landesbewohner beobachten hierüber, wenigstens in Gesellschaft, ein tiefes Schweigen. Dagegen ist der Gouverneur v. Kalisch, Fürst von Galitzin, sehr begierig auf außerrussische Neuigkeiten, und derselbe läßt sehr oft die aus Deutschland kommenden Fremden zu sich bescheiden, um dieselben über die Vorgänge in den benachbarten Ländern auszuforschen und gewissermaßen in der Politik zu examiniren. Läßt sich bei solcher Gelegenheit ein Fremder Uebertreibungen oder wohl gar Unwahrheiten zu Schulden kommen, so wird derselbe sofort vom artigen Kriegsgouverneur durch die Angabe der wahren Sachlage gestraft. — Außer dem Fürsten Galitzin residiren gegenwärtig in Kalisch noch zwei Generäle, welche zusammen mit dem südwärts an der österreichischen Grenze stehenden Fürsten Stanislaus Jablonovski die Truppen an der Grenze kommandiren. (C. B. a B.)

Von der russischen Gränze, 21. März. Die Petri-Paulfestung ist bekanntlich das Schatzhaus des Czarenreiches, in welchem die Gold- und Silbersäcke stehen, die dem Papiergelde, mit welchem das ganze Land überschwemmt ist, als Sicherheit dienen. Von Zeit zu Zeit melden Petersburger Zeitungen dem staunenden Volke von den neuen Millionen, welche in die Festung transportirt worden seyen; die letzte Ankündigung der Art erfolgte im Herbste v. J., wo $4^1/_2$ Millionen Rubel in Silberbarren und Goldmünzen nach Petri-Paul gebracht wurden. Damals blieben in der kaiserlichen Kredit-Expedition noch über 5 Millionen baar zurück, seitdem sind aber an diese Behörde so bedeutende Ansprüche gemacht worden, daß kürzlich aus dem Gewölbe der Festung (zum zweiten Male seit dem Sommer v. J.) und zwar 5 Millionen wieder entnommen worden. Dadurch ist der vorhandene Baarschatz auf $102^1/_2$ Millionen gefallen. Mit diesem scheinbaren Reichthum Rußlands ist es inzwischen nicht weit her. Ein wohlunterrichteter Mann gibt uns darüber bemerkenswerthe Aufschlüsse. Als im Jahr 1847 Rußland so großmüthig dem Auslande seine edlen Metalle schickte, begann alsbald das Silber aus dem inländischen Verkehr zu schwinden. Im Falle eines Krieges würde die ungeheuere Papiercirkulation sich zu den Metallkassen drängen und dann würde sich zeigen, daß Rußland für seine Schulden keine Bürgschaft besitzt. Die sibirischen Bergwerke geben bei gewissenloser Verwaltung einen sehr unbedeutenden Ertrag, und was den Reichsschatz in Peter-Paul anlangt, so glaubt in Rußland Niemand an dessen

Existenz. Unser Gewährsmann sagt: Ich habe in Moskau und Petersburg mehrere angesehene und keineswegs regierungsfeindliche Männer in Betreff jener mystischen Millionen gefragt; man gab mir zur Antwort: Papier möge wohl da seyn, aber kein Geld. Als ich nun einwandte, daß ja bei den jährlichen Umzügen aus der Festung in die Münze und umgekehrt Männer des Handelsstandes herbeigezogen worden wären, damit sie sich mit eigenen Augen vom Vorhandenseyn des Geldes überzeugten, entgegnete man mir: „Ja, man hat uns einen oder zwei Säcke geöffnet, was aber in den übrigen war, wissen wir nicht."

(Ostsee-Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Exp.-Nr. 8449.

Bekanntmachung.

(Getraidt-Verkauf betr.)

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg

werden von den Getraidt-Vorräthen der hiesigen Wohlthätigkeits-Stiftungen aus dem Erndte-Jahr 1848

21 Schäffel Waizen,
37 „ Gerste,
4 „ 21 Metzen Dinkel,
3 „ Rauhgetraidt
1 „ 4 Metzen Erbsen,
177 „ kleiner- und
214 „ Zwiesel Haber

im heiligen Geist-Spital dahier

Mittwoch den 11. April Vormittags 10 Uhr

öffentlich versteigert und Kaufslustliebhaber hiemit eingeladen.

Nürnberg, den 21. März 1849.

Haubenstricker.

Quehl

Eheliche Verbindung.

Schätzbaren auswärtigen und hiesigen Verwandten und Freunden bringen wie hiemit die Anzeige unserer am 1. d. M. vollzogenen ehelichen Verbindung, mit der Bitte um Ihre fernere Freundschaft und Gewogenheit.

Joh. Georg Fehn, Bäckermeister,
Johanna Nannetta Fehn, geb. Müller von Altdorf.

Zum Andenken an Jungfrau Sabina Heidner.

Oft kaum erblüht, verwelken reiche Blüthen,
Und mancher süße Traum erfüllt sich nie:
So, theure Schwester, bist auch Du geschieden
Aus dieses Lebens Kreisen viel zu früh.
Die schönsten Bande hat der Tod zerrissen,
Die Mutter weint um Dich im bittern Schmerz.
Der Bruder soll Dich, theure Schwester, missen,
Die letzte Gabe widmet Dir mein Herz.

Als wir ins Grab Dir Frühlingsblumen streuten,
Da war's, als hätt' es tröstlich uns gemahnt,
Ob wir uns Deines Frühlings auch erfreuten,
Der hier der Geist nur staubumfangen ahnt.
Vermessen wär's, den Himmel anzuklagen,
Rief Gott sein Kind zum schönern Seyn hinauf,
Doch schön ist's auch, der Erde Last zu tragen
Und zu vollenden seinen Pilgerlauf.

Ist eine Blüthe darum wohl verloren,
Weil sie zum schönern Zweck der Eigner pflückt?
Und nimmer ist der Mensch umsonst geboren,
Der treu gelebt, der Andere beglückt.
So, theu're Schwester, auch der Welt entnommen,
Bleibst Du noch mein, Dein Geist mög' uns umweh'n,
Und ist die letzte Stunde einst gekommen,
Wirst Du auch mir verklärt entgegengeh'n.

P. R.

Freie christliche Gemeinde.

Charfreitag den 6. dies früh 10 Uhr Gottesdienst und Abendmahlsfeier im Katharinensaal, geleitet durch Prediger Bierdimpfel.

Der Vorstand.

Zur Nachricht für Auswanderer.

Um einer möglichen Unterbrechung der Passagierfahrt durch etwa eintretende Blokade vorzubeugen, hat mein Bollmachtgeber Hr. Ed. Ichon in Bremen für die Fahrten am 1. und 15. April und 1. Mai zur Aufnahme der bereits für Newyork, Baltimore und Newarleans angenommenen Passagiere, große Dreimaster mit hohen geräumigen Zwischendecken und eleganten Cajüten versehene neutrale Schiffe engagirt, mit welchen auf eine vollkommen sichere und ungestörte Ueberfahrt zu rechnen ist.

Auswanderer, welche noch nicht mit Passageaccorden versehen sind und diese Schiffe zu ihrer Ueberfahrt zu benützen wünschen, wollen sich möglichst zeitig an den Unterzeichneten wenden und können sich billiger und promptter Beförderung versichert halten.

Nürnberg, 27 März 1849.

Aug. Hr. Bannig.

(Zu verkaufen.) Eine Garnitur Möbel von Nußbaumholz neuester Façon, gut gepolstert, ist billig zu verkaufen Jakobsstraße Nro. 1131.

Großes Musikfest am Charfreitag den 6. April 1849 im Katharinensaal,

worin zur Feier der hohen Bedeutung des Festtages die beiden Oratorien „Christus am Oelberg" von Beethoven, und „Stabat Mater" von Rossini zur Aufführung gebracht werden. Die Tenor-Parthie des Christus ist von einem unserer vorzüglichsten Dilettanten besetzt, welcher gleichzeitig die Tenor Soli's im Stabat Mater zu übernehmen so gefällig war. Die ersten Sopran- und Alt-Parthien sind in den Händen der Damen Reuß und Froitzheim. Außer den Vorgenannten wirken noch andere tüchtige Dilettanten, die Eleven der städtischen Gesangschule und der Liederkranz mit.

Anfang Nachmittags 4 Uhr.

Subskriptionspreis 24 kr. Kassapreis 36 kr. Familienbillets à 3 Personen 1 Gulden. Billets sind zu haben in der Riegel und Wießnerschen Musikalienhandlung, bei Herrn Conditor Deeke, und im Wiener Salon bei Herrn Schenk.

Hiezu erlaubt sich ergebenst einzuladen

C. Grobe, Cantor und Musikdirektor.

Einladung.

Zu einer Abschiedsfeier für die Deputirten zu dem Arbeiter-Kongreß, dessen Sitzungen heute zu Ende gehen, ladet der Arbeiterverein von Nürnberg alle Freunde des Arbeiterstandes zu einer zahlreichen Versammlung im Saale des Bamberger Hofes auf Mittwoch den 4. April Abends 8 Uhr ein. Bürger Born aus Leipzig wird einen Vortrag über Associationen der Arbeiter halten.

Volks-Versammlung.

Heute Donnerstag den 5. April

Große Volksversammlung in der Arena.

Anfang Punkt 5 Uhr.

Gegenstand der Besprechung: Berathung eines Adreßentwurfs an die Nationalversammlung, um Festhaltung an der endgültig beschlossenen Reichsverfassung.

Dank.

Denjenigen verehrlichen Herren Landwehrmännern, lieben Freunden, Bekannten und Nachbarn, welche sich gestern so zahlreich dem Leichenbegängnisse meines seligen Mannes angeschlossen haben, sage ich für diesen wohlthuenden Beweis menschenfreundlicher Theilnahme hiemit den aufrichtigsten Dank. Möge Gott sie vor ähnlichen traurigen Ereignissen recht lange bewahren!

Nürnberg, den 3. April 1849.

Die trauernde Wittwe.
Margaretha Stich.

Vanille- und Gewürz-Chokolade,

in bester Qualität das Pfund à 32, 36, 40 und 48 kr.

empfiehlt zur gefälligen Abnahme

Wilhelm Dieterich.

Für Auswanderer.

Unterzeichneter kann Gelder nach der Gegend von Cincinati Staat Ohio in den vereinigten Staaten Amerikas bei Gebrüder Zimmermann d. h. dort anweisen und sind diese auch bereit, dem Einwanderer Schutz und Beistand zur Weiterreise und Landankauf zu leisten

Philipp Zimmermann in Gostenhof.

Lachs-Forellen

sind so eben wieder angekommen und empfiehlt zur gefälligen Abnahme bestens

M. Engelbrecht, Fischermeister.

Empfehlung.

Ich empfehle eine Auswahl schön gebundener Gesangbücher mit Stahlstichen zu möglichst billigen Preisen.

Georg Leonhard Bär, Buchbinder.
Waizenstraße Nro. 1608a.

Joh. Chr. Herold

nächst dem Gymnasium,

empfiehlt jede Sorte von Kegeln und Kugeln von ausgezeichneter Güte zu den billigsten Preisen.

(Anzeige.) Von heute an verkaufe ich guten Backstein-Käse à 12 kr. pr. Pfd. Zugleich empfehle ich meine feinen Sorten Limburger, Schweizer und Emmenthaler Käse zur gefälligen Abnahme.

Eberhardt, innere Laufergasse.

(Anzeige.) Blei- und Cremserweiß, trocken und in Oel gerieben, und Frankfurter Schwärze billigst bei

Leonh. Carl Lorsch,
Winklerstraße S. No. 1.

- Literatur. -

So eben hat die Presse verlassen:

Gedichte

von

J. Priem.

Schillerformat, geh. 12 Bogen 1 fl. rh.

und ist zu haben in der Expedition der mittelfränkischen Zeitung (W. Tümmel.)

Alle Freunde der Poesie werden auf diese Sammlung politischer, epischer und lyrischer Gedichte aufmerksam gemacht, von denen sich schon mehrere einer freundlichen Beurtheilung erfreuten.

Anzeige.

Das bekannte mechanische Figuren-Theater von Hrn. Friedrich Borgin wird künftige Messe auf dem Plerrer aufgestellt seyn. Schon seit langen Jahren war kein ähnliches hier, und da dieses allenthalben großen Beifall fand, um so mehr kann man hier auf einen guten Besuch rechnen.

(Anerbieten.) Man wünscht Jemand das Zündholz-Geschäft authentisch zu erlernen, aber als Kompagnon beizutreten. Näheres in C Nro. 86 auf dem Kieselberg an der Fürtherstraße.

(Wunsch.) Man wünscht über den unterm 9. März zugeschickten anonymen Brief weitere Mittheilung W. F

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches in allen weiblichen Hausarbeiten wohl erfahren ist, und sich willig allem unterzieht, wünscht als Haushälterin unterzukommen. Näheres S. Nro. 13.

(Gesuch.) Eine Hausmagd, die gute Zeugnisse hat, wird S. Nro. 89 bis Ziel gesucht.

(Gesuch.) Ein leichter und gut erhaltener zweispänniger Wagen mit eisernen Achsen wird zu kaufen gesucht. Näheres in S. No. 71 Winklerstraße.

(Gesuch.) Ein Mädchen vom Lande, 24 Jahre alt, welche Hausmannskost kochen kann und sich jeder Hausarbeit willig unterzieht, wünscht bei einer soliden Herrschaft unterzukommen.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches schon lange Zeit hier diente, kochen kann und sich der vorkommenden Hausarbeit willig unterzieht, wünscht am Ziel Walburgi als Köchin unterzukommen

(Gesuch.) Eine solide Person, welche in allen weiblichen und häuslichen Arbeiten wohl erfahren ist und der man die Führung eines Hauswesens gänzlich anvertrauen, und die gut kochen kann, auch Liebe zu Kindern hat, wünscht unterzukommen. Dieselbe kann bestens empfohlen werden.

(Zu verkaufen.) Eine Sammlung Muscheln wird billig einzeln verkauft in L. Nro. 170 der Oberwöhrdstraße.

(Zu vermiethen.) In der Weißgerbergasse Nr. 198 ist die 2. Etage, bestehend aus 3 heizbaren Zimmern, 2 Kammern nebst Küche, Boden und sonstige Bequemlichkeiten, nächstes Ziel Walburgi billig zu vermiethen. Näheres ist zu erfragen in der Weißgerbergasse Nro. 196 im ersten Stock

(Zu vermiethen.) S. Nro. 477 am Oelberg ist ein heizbares Stübchen mit oder ohne Möbel sogleich oder bis Ziel Walburgi zu vermiethen

(Zu vermiethen.) Ein schön möblirtes Logis mit Alkov ist S. Nro. 89 der Karlsstraße täglich zu vermiethen.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 6 April 1849. № 96. Freitag: Irenäus.

Deutsche Staaten.

München, 3. April.) Der Kreis- und Stadtgerichtsrath F. W. Köppel in Bamberg wurde von dem Antritte der ihm verliehenen Assessorsstelle am Appellationsgerichte der Oberpfalz und von Regensburg entbunden und auf seiner bisherigen Stelle belassen, der Rath des Kreis- und Stadtgerichts Augsburg F. Böhm als Assessor an das Appellationsgericht in Amberg versetzt, und die dadurch erledigte Stelle dem Kreis- und Stadtgerichts-Rath II. Klasse G. H. Dietz in Kempten verliehen. (N. M. Z.)

†† **Nürnberg,** 5 April. Eben so würdevoll und einig, wie der Arbeiterkongreß begonnen, hat er gestern geendet und es ist nur zu wünschen, daß die auf Humanität und Billigkeit beruhenden Beschlüsse auch allgemeinen Vollzug finden. Das heitere Zusammenseyn im Bamberger Hofe und die trefflichen Reden, die von einzelnen Arbeitern dort gehalten wurden, beschloßen den Kongreß, an den sich die schönsten Erinnerungen knüpfen.

Rastatt, den 2. April. Mit dem Bahnzug, der um 12 Uhr Mittags aus dem Obelande hier ankommt, sind heute die Verurtheilten Struve und Blind, unter Bewachung einer Abtheilung des 2. Inf.-Reg., hier eingetroffen und wurden vom Bahnhof aus in zwei Wagen mit angemessener Bedeckung nach der Bastion 30 gebracht, wo sie vor ihrer Verurtheilung gesessen. Der hiesige Aufenthalt wird nur bis zur Entscheidung des Oberhofgerichts über das von dem Vertheidiger Brentano ergriffene Rechtsmittel der Kassation dauern. (K. Z.)

Berlin, 2. April. Die erste preussische Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung folgende Adresse an den König einstimmig angenommen: „Königliche Majestät! Den Wünschen und ahnungsvollen Erwartungen, welche wir noch in jüngster Zeit über Deutschlands neue Gestaltung und den Beruf Preussens, dazu in besonderer Weise mitzuwirken, vor Eurer Majestät ausgesprochen haben, sind mit raschem Schritte entscheidende Ereignisse gefolgt. Die zu Frankfurt a. M. versammelten Vertreter der deutschen Nation haben Friedrich Wilhelm den Vierten, König von Preussen, wir sagen mit erhebendem Gefühl unseren König, zum erblichen Kaiser der Deutschen feierlich gewählt. Diese Botschaft hat uns auf das Tiefste ergriffen. Wir sehen durch diese Wahl, welche das Haus Hohenzollern zur Oberleitung unseres deutschen Vaterlandes berufen, das Vertrauen besiegelt, welches sich Preussen und sein König im Streben und Kämpfen für Deutschlands Interessen und Ehre errungen haben. Auch wir wünschen und vertrauen, daß Eure Maj. sich der Erfüllung der Hoffnungen der Nation nicht entziehen und in Ihre Hand die Leitung der Geschicke des Vaterlandes nehmen werden. Wir erkennen die Schwierigkeit der Fragen, die dabei zur Erwägung kommen. Die Verständigung mit andern deutschen Regierungen, der Inhalt mehrerer in die Reichsverfassung aufgenommenen Bestimmungen, die Anforderungen und Opfer, welche für Preussen aus dieser neuen Stellung erwachsen können, wiegen in der Wagschale der Entscheidung, deren das deutsche Volk sehnsüchtig harrt. Wir vertrauen jedoch, daß es der Weisheit Eurer Maj. und Ihrer Hingebung an die Sache der deutschen Einheit gelingen werde, diese Schwierigkeiten zu überwinden, und in Uebereinstimmung mit der deutschen Nationalversammlung und mit den deutschen Regierungen eine Centralmacht zu begründen, die stark genug sey, eben so sehr nach Aussen hin Deutschlands Recht und Würde zu wahren, als im Innern die Gerechtigkeit, Ordnung und gesetzliche Freiheit zu schirmen und zu befestigen.

Königliche Majestät! Es treffen Bewegungen und Ereignisse in außerordentlicher Weise zusammen, womit sich der Beginn neuer großer Epochen kundgibt. Die Fügung, wodurch Eure Majestät zur Eröffnung einer solchen der Beruf wird, bringt vorzüglich eine schwere Burde und Verantwortlichkeit mit sich. Das Gefühl derselben erhöht den Ernst der Stunden der Entscheidung. Um so mehr ist es an uns, hier die Zuversicht auszusprechen, daß unser Volk seinem Könige mit vollster Kraft und Begeisterung in Allem zur Seite stehen werde, was derselbe zur Ausführung der zu übernehmenden großen Pflichten zum Heile Deutschlands für nothwendig erkennen wird. Berlin, 2. April. (Durch telegraphische Depesche von Frankfurt nach Berlin befördert.)

†*† **Berlin,** 2. April. Heute Nachmittag soll die Frankfurter Deputation hier eintreffen, zwei Mitglieder des Berliner Magistrats sind ihr bis Magdeburg entgegengereist, in Magdeburg wurden die Frankfurter Herren auch von einer Deputation aus Leipzig begrüßt. Hier werden sonst keine besondern Feierlichkeiten zu ihrem Empfange vorbereitet. Ueber die Entscheidung Sr. Majestät selbst ist noch nichts Bestimmtes zu erfahren. Die Erklärung des Ministerpräsidenten, — daß die Regierung Sr. Majestät auf dem betretenen Wege fortfahren, daß es eben vor Allem ihr ernstes Bestreben seyn werde, nichts unversucht zu lassen, die Einheit und Freiheit Deutschlands zu fördern und wie die Gouvernements in dem Frankfurter Beschlusse einen wesentlichen Fortschritt zur Erreichung dieses Zieles erkenne, machte in der rechten Kammer einen guten Eindruck. Man erwartet von vielen Seiten und wie es scheint mit Grund, daß der König die Kaiserwürde nicht ausschlagen, vielmehr, die ihm von dem Parlamente zuertheilte Oberhauptswürde über diejenigen Staaten, deren Regierungen sich mit jenem Beschluß einverstanden erklärt haben, oder resp. noch erklären werden, schon jetzt annehmen werde.

Die von uns vor einiger Zeit gegebene Nachricht, daß in einem böhmischen Bade ein Fürstenkongreß stattfinden solle, giebt jetzt verschiedenen politischen Kreisen zu allerlei Vermuthungen. Uns wird von guter Hand mitgetheilt, daß obschon man zuerst in den allgemeinen europäischen Verhältnissen den Hauptgrund für diesen projektirten Kongreß fand, man jetzt Seitens der deutschen Regierungen dahin wirkt, vorzugsweise auf jenem Kongresse die Verständigung der deutschen Fürsten unter einander und mit der Frankfurter Nationalversammlung zu Stande zu bringen.

Der König ist heute Morgen mit dem Bahnzuge nach Neustadt Eberswalde abgefahren, um sich von da mit der gestern schon dahin abgegangenen kgl. Equipage nach Freienwalde zu begeben. Heute Abend wird der König wieder nach Berlin zurückkehren, um am Dienstag Morgen die Deputation des deutschen Parlaments, die im Laufe des Tages hier eintrifft, empfangen zu können.

Den Präsidenten beider Kammern ist Seitens des Ministeriums als der Wunsch des Königs angedeutet worden, die Adresse in der deutschen Frage nicht durch eine Deputation persönlich überreichen zu lassen. Die Präsidenten haben deshalb nach der ihnen in der Geschäftsordnung zustehenden Befugniß einen anderen Modus der Absendung gewählt.

Die Mitglieder des Magistrats begaben sich Nachmittags 5 Uhr nach dem Anhaltischen Bahnhofe, um daselbst die frankfurter Kaiserdeputation zu empfangen. Die Stadträthe werden in ihrer Amtstracht seyn; zwei Stadträthe sind der Deputation bereits bis Magdeburg entgegengefahren; die Lokomotive, welche die Herren beförderte, war mit einer deutschen Fahne geschmückt. Vier Hotels unter den Linden sind zur Aufnahme der Deputation bestimmt.

Die Erklärung, welche der Minister-Präsident heute in der ersten Kammer abgab, lautet nach stenographischen Aufzeichnungen wörtlich, wie folgt:

„Meine Herren! Durch den bekannten in Frankfurt gefaßten Beschluß ist die deutsche Frage in ein neues Stadium getreten. Das Ministerium hält es für seine Pflicht, in dem Grade, wie die Angelegenheit sich ihrer Entwickelung nähert, genau anzugeben, welches die Art und Weise seyn wird, in welche sich Sr. Maj Regierung in dieser höchst wichtigen Angelegenheit stellen wird. Die Regierung hat Ihnen, M. H. schon wiederholentlich den Standpunkt bezeichnet, den sie in der hochwichtigen deutschen Frage einnimmt. Es ist der Standpunkt der Hingebung für Deutschlands Einheit und Freiheit, aber auch der Standpunkt gewissenhafter Achtung der Rechte der deutschen Regierungen.

Inmittelst ist ein Ereigniß von höchster Wichtigkeit eingetreten: der Beschluß der deutschen National-Vers. Die Regierung erkennt in diesem Beschluß einen wesentlichen Fortschritt auf der Bahn der Entwicklung der deutschen Verhältnisse, sie wird Alles aufbieten, daß das erstrebte, jetzt nahe gerückte Ziel bald ganz erreicht werde, aber sie hat deshalb ihren früheren Standpunkt nicht aufgegeben; sie hält also dafür, daß dieser Beschluß nur für diejenigen deutschen Regierungen gültig und verbindlich ist, welche demselben aus freier Entschließung beistimmen. Die Regierung wird ihrerseits Nichts unversucht lassen, ein Einverständniß darüber zu fördern.

[I. Kammer. Sitzung vom 2. April.] Präs. v. Auerswald eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. Im Laufe der Sitzung erscheinen die Minister Gr. Brandenburg, Gr. Arnim und v. Raabe. Die Neuwahlen der Herren Gr. Hertefeld und v. Usedom werden publizirt; der letztere erbittet einen Urlaub, da die Verhältnisse sein Verbleiben in Italien nothwendig machen.

Tagesordnung. Antrag des Abg. Bergmann: „Die h. Kammer wolle beschließen, über die von der deutschen Nat.-Vers. in jüngster Zeit gefaßten Beschlüsse eine Adresse an Se. Maj den König zu richten.“ Der Antrag wird unterstützt, die Vers. vertheilt sich in die Abtheilungen, nach einviertelstündiger Unterbrechung wird die Sitzung wieder aufgenommen. Die Majorität tritt dem Antrage ohne Diskussion bei. Eine Kommission zur Entwerfung der Adresse wird zusammengesetzt aus den Abgg. Kühne, Bergmann, Graf Bülow, Gr. Alvensleben, Hanseman, Gr. Canitz, Walter, Leue, v. Wittgenstein, Eichmann. Während die Kommission mit Verbereitung der schon vorher gedruckten Adresse beschäftigt ist, wird die Wahl der Herren Geh. Rath Matzke und Banquier Mayens zu Quästoren der Kammer genehmigt, das Amendement Wachter zur Geschäftsordnung aus der letzten Sitzung durch wiederholte Abstimmung nochmals angenommen und der Antrag von Kupfer und Genossen: eine Kommission mit Prüfung der Wechselordnung zu beauftragen, so wie der Antrag von Rode und Denzin in Betreff der auf Mühlengrundstücken lastenden Abgaben in die Abtheilungen verwiesen. Der Adreßentwurf wird hierauf vorgelegt. Ein Amendement von Sperling, welches den Wegfall der im fünften Satze enthaltenen, die Verständigung mit den Fürsten und einzelne Verfassungsbestimmungen berührenden Clausel bezweckte, wird zurückgezogen. Der Adreßentwurf wird hierauf ohne Debatte angenommen und der Präsident ermächtigt, dieselbe auf dem ihm geeignet scheinenden Wege abzusenden. (Schluß 1½ Uhr.)

[II. Kammer. Sitzung vom 2. April.] Präs. Grabow eröffnet die Sitzung um 10 Uhr. Es wird der Kammer mitgetheilt, daß der Centralausschuß zur Berathung der Denkschrift über den Belagerungszustand in Berlin konstituirt sey. Dr. Jacobi ist Vorsitzender, Bucher Schriftführer. Tagesordnung: die Adresse in der deutschen Frage. v. Berg (Berichterstatter der Adreßkommission) verliest den Bericht. Die Dringlichkeit der Sache und die Erlassung der Adresse wird ohne Diskussion angenommen. Der Adreßentwurf wird verlesen, hierauf die Amendements des Gr. Arnim und Gen. und des Abg. v. Vincke und Genossen. Sie lauten: 1. Das Amend. Arnim: „Kgl. Maj.! Noch sind die Worte kaum verhallt, mit denen die Vertreter des preuss. Volkes vor dem Throne Ew. Kgl. Maj. ihre Hoffnungen für die Zukunft Deutschlands aussprachen, und schon ist der entscheidende Augenblick gekommen, von dem Deutschlands Geschicke ihre Lösung erwarten. Im Angesichte der unberechenbaren Gefahren, welche dem weiteren wie dem engeren Vaterlande drohen, wenn, in der Mitte des

in allen seinen Fugen erschütterten Kontinents, Deutschland ohne eine lenkende Hand, ohne einen Mittelpunkt des Gesammtwillens der einzelnen Regierungen, den streitenden Zeitbewegungen überlassen werden sollte, geben die Mitglieder der zweiten Kammer ehrfurchtsvoll ihrer Hoffnung Worte, daß zur Vermeidung dessen Ew. Kgl. Maj. sich jenem Berufe nicht entziehen werden. — Wir verkennen die großen Schwierigkeiten nicht, welche dessen Erfüllung in Verbindung mit dem festen Hinblick auf das Ziel der Erhaltung deutscher Einigkeit, wie der Gewinnung der deutschen Einheit bietet.

Ew. k. Maj. Weisheit und Hingebung für diese große Sache wird den richtigen Weg zu finden wissen. Unsere Zuversicht beruht auf dem Bewußtseyn, daß Ew. k. Maj. diesem Beruf nur in der Weise übernehmen werden, welche mit den Pflichten auch die Kraft zu ihrer Erfüllung giebt, niemals aber um des höhern Glanzes Ihrer Krone willen daran ablassen werden, durch Schutz und die Achtung jedes Rechtes den Wahlspruch der Könige von Preussen auch hier zu bethätigen.

2) Das Amendement Vincke: „Königl. Majestät! „Noch sind die Worte kaum verhallt, mit denen die Vertreter des preussischen Volkes vor dem Throne Ew. Maj. ihre Hoffnungen für die Zukunft Deutschlands ausgesprochen, und schon ist durch die sich drängenden Ereignisse der entscheidende Augenblick gekommen, von dem Deutschlands Geschicke ihre Lösung erwarten. Es ist das Vertrauen der Vertreter des deutschen Volkes, welches Ew. Majestät zu der glorreichen Aufgabe beruft, das erste Oberhaupt des wiedererstandenen Deutschlands zu seyn und mit starker Hand die Leitung der Geschicke des Vaterlandes zu übernehmen. Wir verkennen nicht den Ernst der Stunde, nicht das schwere Gewicht unabweisbarer Erwägungen. Im Angesichte aber der unberechenbaren Gefahren, wenn in Mitten des in allen sein Fugen erschütterten Kontinents Deutschland ohne lenkende Hand den streitenden Bewegungen der Zeit überlassen bliebe, vertrauen wir Ew. Majestät Weisheit und Hingebung für die Sache des Vaterlandes, daß Sie den rechten Weg erkennen und überwinden werden. Wir legen ehrfurchtsvoll die dringende Bitte an Ew. Majestät Königliches Herz, sich dem Rufe der deutschen Nationalversammlung nicht entziehen und die Hoffnungen und Erwartungen des deutschen Volkes erfüllen zu wollen." Die Amendements werden unterstützt, die allgemeine Diskussion wird eröffnet. Graf Arnim nimmt zuerst das Wort. Es war bedenklich, auf die Diskussion einzugehen, bevor die Krone in dieser Angelegenheit die Initiative ergriffen hat. Die Bedenken hat man gegenüber dem Patriotismus, der von beiden Seiten auf einen Ausdruck drang, schweigen lassen. Aber man hätte dann auch nicht unterlassen sollen, der Freude über das Vertrauen zu der Person des Königs, welches die Frankfurter Beschlüsse verrathen, den gebührenden Ausdruck zu geben. Der Redner begründet seine Meinung, weshalb Preussen auf dieses Vertrauen einen Anspruch habe. Es hat in den Freiheitskriegen Deutschland gerettet, es hat Deutschland gerettet, als es, wie damals das Joch der Franzosen, so im vorigen Jahre das Joch des souveränen Volkes abschüttelte. (Lachen und Zischen auf der Linken.) Wer hiermit nicht einverstanden ist, den mache ich darauf aufmerksam, daß die Zustände des vorigen Jahres die Folge hatten, daß nicht schon damals der Ruf an uns ergangen ist, welcher jetzt die Deputation von Frankfurt hieher führt. Der Redner vermißt in dem Entwurf der Kommission die Hinweisung auf den Grundsatz, daß die deutsche Einheit zwischen dem Volk und den Regierungen zu Stande kommen müsse. Welcher Entwurf übrigens angenommen werden möge, er glaube sein Gewissen gewahrt zu haben. Ministerpräsident: die Regierung halte es in diesem wichtigen Augenblicke für ihre Pflicht, der Kammer nochmals über ihren Standpunkt die Eröffnung zu machen, welche in diesen Fragen schon wiederholt hier gegeben sey. Es sey der Standpunkt der Hingebung für Deutschlands Einheit und Freiheit, aber zugleich auch ein Standpunkt, auf welchem das Recht eines Jeden volle Achtung finde. Die Regierung erkenne in den letzten Beschlüssen der Frankfurter Versammlung einen Fortschritt zu dem ersehnten Ziele an, aber sie werde deshalb ihren früheren Standpunkt nicht aufgeben, sie werde jene Beschlüsse nur für die Regierungen verbindlich machen, welche denselben aus freier Ueberzeugung beizutreten geneigt seyen. (Beifall nur auf der äußersten Rechten, links Zischen.)

v. Unruh: Uns liegt nicht ob, zu bestimmen, ob und welche Verfassung Deutschland haben soll, uns liegt keine Entscheidung darüber ob, welches Oberhaupt an die Spitze Deutschlands gestellt werden soll. Wir sind auch darüber einig, daß der Krone von uns der Rath ertheilt werden soll, die von Frankfurt angetragene Oberhauptwürde anzunehmen. Es hat sich hiergegen wenigstens keine Stimme erhoben. Wenn man Bedenken hat wegen der Zustimmung der deutschen Fürsten, so erwäge man, daß die Fürsten Deutschlands abhängig sind von den Beschlüssen der Vertreter ihrer Völker. Wenn diese eine Abänderung der Verfassung wünschen, so wird die Aenderung auf verfassungsmäßigem Wege geschehen. Einer solchen Aenderung würden auch wir beistimmen. Die Verfassung macht es aber auch unmöglich, daß Preussen sein Polizeielement auch in die Theile Deutschlands trage, die sich bis jetzt noch davon frei gehalten haben. Der Fürst, der durch diese Verfassung an die Spitze Deutschlands gestellt wird, wird sich um die Sympathieen der Völker bewerben, er wird sich von Bündnissen los machen, die ihn an den Absolutismus ketten. Das Arnim'sche Amendement setzt einen Bund der Regierungen voraus, von Beschlüssen der deutschen Volksvertretung thut es keine Erwähnung. Es legt ein besonderes Gewicht darauf, daß Garantieen gewährt werden mögen für jedes Recht. Darunter kann auch der Schutz des Partikularismus gemeint seyn. Deutschland hat ein Recht, einig, groß und kräftig zu seyn, und dieses Recht hat den Vorzug vor dem Rechte der Einzelstaaten, sich geltend zu machen. Man beschwört die Manen von Stein, Hardenberg und Scharnhorst herauf, aber hätte man der Stimme dieser Männer gefolgt, so würden wir heute nicht erst darüber zu diskutiren haben, ob Deutschland einig, ob der König von Preussen an der Spitze stehen soll. Das Amendement v. Vincke läßt Zweifel darüber, ob man mit der Krone auch die Verfassung anzunehmen gedenke. Dies Amendement läßt das unklar und unbestimmt, was das andere Amendement klar und bestimmt ausspricht. Der Entwurf der Kommission wahrt allerdings das Prinzip, aber sie spricht nur die Thatsache aus, daß die Beschlüsse in Frankfurt gefaßt sind. Diese Thatsache wollen Sie (zur Rechten) nicht anerkennen, nun dann dürfen Sie die Deputation nicht empfangen, dann dürfen Sie über die Beschlüsse nicht berathen, denn darüber berathen, heißt die Thatsache anerkennen. Machen wir uns klar, was geschieht, wenn eine Ablehnung erfolgt: ein Fürstenrath, oder — eine Zersplitterung Deutschlands. Davor möchte ich Deutschland bewahrt wissen.

Berichterst. v. Berg: Bei der allgemeinen Diskussion gehe man so sehr in's Detail der Adresse, daß er wünschen müsse, diese allgemeine Diskussion mit der speziellen sogleich zu verbinden. Schmidt (Landshut) hält die Adresse für ganz nutzlos. Wenn der König die Größe und Wichtigkeit der Frage erkenne, so werde er durch freien, selbstständigen Entschluß sich für das Eine oder Andere entscheiden. Wenn wir, wie alle Entwürfe, mit Zuversicht auf die Weisheit des Königs blicken, so überlassen wir auch dieser Weisheit die Entschließung. Kaum ist eine Adresse überreicht, so machen wir schon eine neue und es wird eine dritte folgen. Denken wir doch endlich an die Aufgabe, zu welcher das Volk uns hierher gesandt hat.

Parrisius sieht den Werth der Adresse hauptsächlich in der Erklärung der Kammer, daß die deutsche Verf. durch die Nat.-Verf. endgültig festgestellt sey und Niemand daran zu mäkeln habe. Für eine Erzwingung des Beitritts durch Waffengewalt sey er nicht. Wenn, von einem unglücklichen Einfluß geleitet, der König die ihm angebotene Kaiserkrone zurückweisen sollte, dann sehe er darin das größte Unheil für Deutschland, einen Sieg der Reaktion, dem eine Erhebung der Volksstämme folgen werde. Er will deshalb in dem ersten Satze der Adresse statt „durch ihre letzten Beschlüsse" die Worte „durch Feststellung der Verfassung" gesetzt wissen. Gegen Graf Arnim bemerkt der Redner: nicht die Erhebung des preuss. Volkes habe es verschuldet, daß nicht schon im März v. J. Preussen an die Spitze Deutschlands gestellt worden ist, die Regierung Preussens, die gegen das Volk mit Bajonetten und Kartätschen aufgetreten sey, habe Preussen damals die Sympathien von Deutschland entzogen.

v. Vincke: Es handelt sich hauptsächlich darum, die Bedenken zu zerstreuen, die sich zunächst auf die Zustimmung der Regierungen beziehen. Die Frankfurter Nat.-Verf. ist der berechtigte Vertreter des deutschen Volkes. Wo es sich um Feststellung der Verf. handelt, hat sie ein bedeutendes, das bedeutendste Gewicht in die Wagschaale zu legen. Aber ihre Befugniß hat Beschränkungen. Die Bundesakte ist noch nicht aufgehoben, jeder einzelne Staat ist noch ein selbstständiger Körper für sich, und stützt man sich auf die Volkssouveränetät, so hat das souveräne Volk eines jeden einzelnen Staates sich jedenfalls besonders zu entscheiden. Wir wollen keinen Volksstamm unterjochen und mit keinen in den Bund treten, der nicht mit freier Zustimmung sich uns anschließt. Mit Ausnahme des Kaiserstaates, der einmal durch seine Zusammensetzung gezwungen ist, anderen Bahnen zu folgen, werden auch alle deutschen Volksstämme und Regierungen den Beschluß des Parlaments freudig annehmen. Was die Verfassung betrifft, so ist es nothwendig, jetzt jede Kritik, jeden Beifall oder Tadel zu unterlassen. Die Arnim'sche Adresse leidet zunächst daran, daß sie auf Schrauben gestellt ist, daß sie Bedenken hervorruft, während der Zweck der Adresse der ist, Bedenken zu zerstreuen. Die Adresse der Kommission ist zu trocken und entbehrt der Begeisterung, die man in diesem Augenblicke auch in der Adresse zu erkennen geben muß. Eine Bezugnahme auf die Verfassung will der Redner ausdrücklich ausgeschlossen wissen. Es will eine Annahme, blos bedingt durch die Voraussetzung der Zustimmung der deutschen Regierungen. Die Verfassung will er eben so angenommen wissen, als die Verfassung vom 5. Dec Einer Revision bedürfen beide, aber der Weg, den man bei der Revision einzuschlagen hat, soll von keiner Seite vorgezeichnet werden.

Schluß der Debatte. Berichterst. v. Berg: Welcher Entwurf auch angenommen werden möge, es wird festgestellt seyn, daß die Kammer Sr. Maj. den Rath ertheilt hat, das Banner Deutschlands zu ergreifen und sich empor zu heben Die Kompetenz der deutschen Nat.-Verf. ist hier völlig gleichgültig. Die deutsche Nat.-Verf. hatte die Aufgabe, eine Verfassung definitiv festzustellen; die Macht, die Verfassung aufrecht zu halten, kann ihr nur von den Partikularstaaten werden. Aber ihre Souveränetät erhält sie nicht von diesen, sie ist nicht die Vertretung der einzelnen Staaten, sondern des gesammten deutschen Volkes. Die Revision der Verfassung ist nicht die Aufgabe der Fürsten, revidiren kann nur derjenige, der zu Rathe gezogen wird, das Volk zieht aber die Fürsten nicht zu Rathe. Das Gewicht, das auf die Verständigung mit den einzelnen Fürsten gelegt wird, ruft den Partikularismus erst hervor, und wer sich auf den Bundestag beruft, der könnte sich mit eben so gutem Recht darauf berufen, daß nur die 7 Churfürsten in den rothen Röcken über die Uebertragung der Kaiserwürde beschließen dürfen. Die Adresse der Kommission ist trocken genannt worden, die Kommission hat geglaubt, eine erste Adresse entwerfen zu müssen, und in einem Augenblicke, wo an unsere Thatkraft appellirt wird, da können wir nicht mit Gefühlen antworten. Das Entwerfen von Adressen ist allerdings nicht unsere Aufgabe, aber es ist unsere Aufgabe, die Regierung zu nöthigen, daß sie den Weg gehe, den das Volk eingeschlagen wissen will und ihr zu erklären, daß ihr bei jedem großen die Freiheit gewährleistenden Schritt ein opferwilliges Volk zur Seite stehen wird. Das Frühjahr des vorigen Jahres schloß eine Periode von 33 Jahren, innerhalb welcher Preussen mit einem anderen Staate im Bunde genöthigt war, das Streben des deutschen Volkes nach Freiheit und Einheit niederzuhalten. Damals war es nicht möglich, daß Preußen an die Spitze Deutschlands trat. Wenn man auf die Ansichten und Absichten der Regierung hingewiesen hat, so ist es unsere Pflicht, auf die Ansichten und Absichten des Volkes aufmerksam zu machen. Der Redner geht zur Rechtfertigung des Kommissionsentwurfs gegen die Amend. über. Wenn der König das „erste Oberhaupt" genannt werde, so sey damit nur die Priorität in der Zeit gemeint.

v. Vincke behauptet, von dem Berichterstatter mehrmals mißverstanden zu seyn. Er widerlegt einige dieser Mißverständnisse Kinkel: Seine Partei habe sich der Debatte enthalten, um sie nicht zu verzögern. Sie werde sich theils der Abstimmung enthalten, theils gegen die Adresse stimmen. Er will die Gründe dieses Verfahrens darlegen, der Präsident versagt ihm das Wort, und der Redner appellirt an die Versammlung. Die Versammlung (Rechte, ein Theil der Fraktion Kosch und die Minister v. Manteuffel und v. d. Heydt) entzieht dem Redner das Wort. Bei der Abstimmung entfernt sich ein Theil der Linken. Für den Antrag des Grafen v. Arnim erheben sich kaum 15 Mitglieder, unter ihnen die Minister v. d. Heydt und v. Manteuffel. Ueber das Amendement v. Vincke findet Namensaufruf statt. Der Abstimmung enthalten sich die polnischen Mitglieder (Graf Cieszkowski, Cybulski, Joniszewski, Kalicki und Andere) so wie die Mitglieder der katholischen Partei (Blömer, Aldenhoven, Ewalt, Graf Hompusch, Rappers, Schneeweiß, Redden und Andere), auch v. Saucken-Julienfelde. Das Resultat ist: 156 für, 151 gegen das Amendement. Gefehlt haben 13 und 23 sich der Abstimmung enthalten. Das Amendement ist mithin angenommen. Die Abstimmungen über das Amendement von Parisius und der Entwurf der Kommission fallen somit weg. Der

Präsident schlägt vor, den Vincke'schen Entwurf unverändert abzusenden. Es wird nicht widersprochen. Vizepräsident Lessing übernimmt hierauf ½ 2 Uhr den Vorsitz, und die Versammlung schreitet zur Präsidentenwahl. Grabow erhielt die absolute Majorität mit 192, v. Unruh 157 Stimmen, v. Auerswald 1. Grabow ist mithin Präsident. Erster Vizepräsident wird v. Auerswald mit 167, Waldeck erhält 139 Stimmen. (Der zweite Vizepräsident ist um 5 Uhr noch nicht gewählt.) —

Berlin, 2. April. Zum Empfang der Deputation der deutschen Nationalversammlung hatten sich Abgeordnete der I. und II. Kammer, sowie der Stadtverordneten und des Magistrats nach dem Potsdamer Bahnhof begeben. Um 5½ Uhr traf der Zug, die Wagen mit vielen Fahnen, Blumen und Kränzen geschmückt, ein und wurde mit lautem Hurrah empfangen. Als der Jubel der Menge geendet hatte, begrüßte der Bürgermeister Naunyn die Deputation: „Deutschen Gruß und herzlichen Willkommen entbieten wir Ihnen, verehrte Boten des deutschen Volks, im Namen der Residenz unsers Königs, der deutschen Stadt Berlin. Fast hoffnungslos sah das deutsche Volk bangen Herzens dem Tage der Entscheidung entgegen. Manches war anders geworden, seit freie deutsche Männer auf den Ruf ihrer Fürsten sich zusammenfanden, um die Freiheit, die Einheit und in beiden die Größe des deutschen Vaterlands zu sichern. Heute empfangen wir Sie in unsern Mauern, die Männer, welche aufbauen halfen das schützende Dach dem deutschen Volk, und diesem Dache eine Krone aufsetzen sollen, welche fleckenlos und mächtig strahlen wird über Deutschlands weite Auen hinaus zu allen Völkern der Erde, damit sie erkennen, daß ein großes Volk sich um seinen Kaiser geschaart habe. Heil den Männern, die so großes vollbracht haben! Heil den Verkündern dieser Großthat! Sie leben hoch!“ Die versammelte Menge stimmte mit ein, und ein dreifaches Hurrah folgte der Rede. Der Präsident der deutschen Nationalversammlung, Hr. Simson, entgegnete hierauf etwa Folgendes: „Meine Herren! Seit den drei Tagen, in denen wir, die Herolde einer frohen Botschaft, hierher reisten, empfingen uns die Bewohner der Städte, durch die wir kamen, mit gleichem Zuruf, mit gleichem herzlichen Willkommen. Aber der Willkommen dieser Stadt legt das gewaltigste Gewicht in die Wage. Die Freude, die sich in dem Willkommen ausspricht, verjüngt das deutsche Land, wie den greisen Dichter, den wir Ihnen mitbringen, der schon vor langer Zeit das Lied singen lehrte, das jetzt durch ganz Deutschland wiederhallt: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ Vor einem Jahrzehent rief man dieser Metropole zu: Hier wird die deutsche Philosophie entschieden werden; jetzt können wir ihr zurufen: hier entscheidet sich das deutsche Leben. Wir betreten diese Stadt mit freudiger Erwartung und mit dem Wunsche, der einen ernsten, feierlichen Tag beschlossen hat: mit dem Wunsche: „Gott sey mit Deutschland und seinem neuerwählten Kaiser!“

Im Namen der I. Kammer sprach darauf Hr. v. Wittgenstein: „Meine Herren Deputirte der deutschen Nationalversammlung! Empfangen Sie aus meinem Munde den deutschen, den herzlichsten Willkommengruß, den ich Ihnen in der Hauptstadt Preußens im Namen der Mitglieder der I. Kammer der Nationalvertretung darbiete. Er gilt den Männern, welche unter den schwierigsten Verhältnissen mit immer gleicher Vaterlandsliebe, mit immer gleichem Muthe ihre ganze Manneskraft der Erreichung des großen Zieles gewidmet haben, für welches alle deutschen Herzen schlagen, er gilt den Männern, welche zu unserer innigsten Befriedigung Preußen und seinem Könige die Kraft und die Gesinnung zutrauen, die Idee einer innigen Verbindung der deutschen Staaten in die Wirklichkeit einzuführen. Empfangen Sie diesen Willkommengruß von uns, die wir uns des hohen Berufs vollkommen bewußt sind, welchen die Vorsehung Preußen auferlegt hat; von uns, die wir uns glücklich schätzen werden, nach Kräften dazu mitzuwirken, daß der vaterländische Bau, in welchem das deutsche Volk einig, frei und glücklich, anerkannt und geachtet, des vollsten Genusses der Früchte seiner materiellen und intellectuellen Kräfte froh werden kann — recht bald seinen Schlußstein finde. Wir wünschen sehnlichst, daß Ihre hohe Sendung von den Erfolgen gekrönt werde, welche den Erwartungen, der Sehnsucht des Volkes nach einer freien, kräftigen und dauernden Gestaltung seiner staatlichen Verhältnisse entsprechen.“ Die Menge rief Beifall, der noch wuchs, als der Vizepräsident v. Auerswald mit lauter Stimme also begann: „Meine Herren! Willkommen zur guten Stunde! rufet auch die Stimme deutscher Brüder aus der zweiten Kammer Preußens Ihnen zu, und niemals vielleicht war ein Gruß ernster, inniger. Die tiefe Bedeutung dieses Grußes ruht in jenem Zeichen, in welchem wir fest zu Ihnen stehen und halten, in dem Zeichen, in welchem wir mit Ihnen gemeinsam und getreulich handeln und kämpfen; es ist das Zeichen der Einheit unseres großen und geliebten Vaterlandes, das Zeichen, meine Herren, in welchem wir (und davon sind wir, so Gott will, Alle unerschütterlich überzeugt) siegen müssen, siegen werden! Seyn Sie gegrüßt mit Herz und Hand!“ Mit diesen Worten reichte der Redner dem Präsidenten Simson die Hand, und umarmte dann den Abgeordneten Arndt. Der Präsident Simson dankte, indem er die Hand des Abgeordneten der I. Kammer, v. Wittgenstein, und die des Vizepräsidenten der II. ergriff. Hierauf wurden die Mitglieder der Deputation nach den Equipagen geleitet, welche warteten, um sie nach den Hotels du Nord, Petersburg und Meinhardt zu bringen, wo die Räumlichkeiten zum Empfange eingerichtet waren. Die Menge hatte ein Spalier gebildet, empfing und begleitete die Deputirten der Frankfurter Versammlung mit lauten Freudenbezeugungen.

Die Stimmung der Hauptstadt ist freudig ernst, auch wenn keine Fahnen ihre Häuser zieren dürfen. General v. Wrangel, der sich einst mit Stolz den Heerführer deutscher Truppen nannte, der von der Centralgewalt seine Vollmacht empfangen, hat auf ausdrückliche Nachfrage diese Demonstration, die an dem heutigen Tage wahrlich keine Demonstration war, untersagt. — Morgen wird die Deputation vor den König treten, und irren wir nicht, die Antwort erhalten, die wir wünschen.

Gotha, 1. April.) So hätten wir denn durch unser neues Grundgesetz eine der freisinnigsten Verfassungen erlangt. Fortan hat die Bezeichnung „von Gottes Gnaden“ als an das sogenannte göttliche Recht der Fürsten erinnernd, aufgehört, und ebenso das Recht der Verleihung von Adelsbezeichnungen und der Gewährung von Privilegien, Moratorien und Monopolen. Dem Landesherrn ist, mit alleiniger Ausnahme von Verfassungsveränderungen, nur der bedingte Widerspruch zugestanden. Künftig werden unsere Gesetze mit der Eingangsformel verkündigt werden: „Wir ꝛc. bestätigen hiermit folgende von der Abgeordnetenversammlung gefaßte Beschlüsse und verkündigen dieselben als Gesetz.“ Auch enthält unser Grundgesetz die Bestimmung, daß kein Staatsdiener strafbar sey, wenn er einen der Form nach verfassungswidrigen Befehl seiner Vorgesetzten unbefolgt läßt. Mit unserer Magna charta ist zugleich ein Staatsdienergesetz proklamirt worden, welches den Zweck hat, die öffentlichen Beamten gegen etwanige Willkür der Regierung zu schützen. (D. A. Z.)

Französische Republik.

† **Paris**, 1. April. Während Hr. Thiers gestern auf der Bühne der Nat.-Vers. zwei Stunden lang bewies, daß Italien todt sey und die Zuckungen dieses Leichnams keine Intervention werth seyen, erhielt Ledru Rollin aus Oberitalien Briefe, welche anzeigen: 1) Daß die Oesterreicher trotz des Waffenstillstands die Feindseligkeiten wieder begonnen und Bergamo bombardirt hätten. 2) Daß die Bevölkerung von Mailand aufgestanden sey und alle österr. Insignien abreiße; daß in allen Dörfern die Sturmglocke erschalle. 3) Daß sich Genua zur Republik umgeschaffen und unter das Protektorat Englands gestellt habe. — — Bestätigen sich alle diese Nachrichten, die Ledru Rollin der Nat.-Vers. vorlas, so sieht Jedermann ein, daß in Italien der Krieg mit der Verrätherei Ramorino's noch nicht zu Ende ging, sondern erst anfängt.

Wir sind so glücklich anzuzeigen: daß im ganzen Gebiet der Republik sozialistisch-demokratische Wahl-Ausschüsse im besten Gange.

Bourges, 31. März, 7 Uhr Abends. Eben wird Huber eingebracht und dadurch das für morgen Abend erwartete Ende des großen Prozesses verzögert. Huber ist von London über Brüssel, hieher geeilt, wurde an der Station von Vierzon erkannt und verhaftet. Seine Anwesenheit ruft nothwendig eine Nach-Instruktion hervor. Die Gerüchte, daß Courtais, Larger und der Pompier Degré freigesprochen seyen, während sämmtl. Uebrigen deportirt würden, sind eben nur — Gerüchte.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 31. März. Schluß] Ich gleite über das, was Cavaignac gesagt, nur mit wenigen Worten. Er behauptete, oder schien wenigstens glauben zu machen, daß seine Politik derjenigen der provisorischen Regierung gleiche, das ist nicht wahr, es läge eine Kluft dazwischen, sagte ich gestern und ich bleibe dabei. Unter der provisorischen Regierung stieß Sardinien unsere Hilfe zurück; unter Cavaignac bat es darum. Statt sie ihm zu gewähren und den Beschluß des 24. Mai zu erfüllen, mediatisirte er. (Bravo!) Ich gehe zu Thiers über. Hr. Thiers predigte 1840 den Krieg, heute predigt er den Frieden. (Man lacht.) Hr. Thiers vergeudete damals nahe an 800 Millionen und dies Alles, wie er sagte, nur um einer entfernten Sache zu dienen. Heute handelt es sich um Dinge von der ernstesten Natur, die sich an unserer Gränze zutragen, und da ruft Thiers: man wolle sich für eine question d'influence schlagen. (Agitation.) Er, Thiers, sagt, Italien sey todt, für lange todt und man solle höchstens ein De profundis anstimmen. Ich aber habe eben Briefe empfangen, welche melden, daß General Pepe ein österreichisches Korps von 6000 Mann geschlagen und ganz Venitien in Insurrektion stehe!! 1840 rief Thiers dem Odilon Barrot zu: Sie wollen allgemeinen Umsturz, allgemeinen Krieg! Barrot antwortete: Es handelt sich nicht um allgemeinen Krieg, sondern um die Ehre Deutschlands. — Wie ganz anders sprechen diese beiden Herren heute! Der Redner tritt in eine Erörterung der ökonomischen Interessen, die Hr. Thiers so ganz bei Seite lasse und schließt: Besser Krieg als Unehre! (Bravo zur Linken.) Barrot erwidert, die erste Pflicht einer Regierung sey, die Gesellschaft zu regeln, zu ordnen, und nicht die Anarchie nach Aussen zu tragen. Man möge der Regierung die Ergreifung der etwa nöthigen Maßregeln überlassen, die Versammlung könne der ihr volles Vertrauen schenken. (Ja, Ja! Nein, Nein!)

Nach einigen Vorträgen Dupont's und Flocon's bringt Marrast die gestern von uns mitgetheilte Tagesordnung zur Abstimmung. Dieselbe wird mit 444 gegen 320 Stimmen angenommen. Faucher will sein Klubgesetz den nächsten Montag zur dritten Lesung bringen. Wird verschoben. Die Sitzung wird um 6½ Uhr geschlossen.

Italienische Staaten.

Neapel, 24. März. Ein Kreisschreiben der Regierung vom 22. d. kündigt den Gesandten und Konsuln die Blokade Siziliens in folgender Weise an: „Um den Maßnahmen gegen Sizilien gehörigen Erfolg zu verschaffen, ist es unumgänglich nöthig, zu verhindern, daß von dem Auslande keine neue Verproviantirungen, sowohl als Waffen, Artilleriestücke, Munition ꝛc. nach Sizilien gelangen, und sieht sich deshalb die kgl. Regierung veranlaßt, — von dem unbestrittenen Rechte eines Fürsten Gebrauch machend, mit aller Macht dagegen aufzutreten, daß die eigenen Unterthanen sich nicht in einem permanenten Zustande der Rebellion und des Widerstandes gegen seine Autorität befinden, — zu verfügen, daß von den ersten Tagen des kommenden Monats April der Hafen und Meerbusen von Palermo und seine Nähe in Blokadestand versetzt seyen und werden indessen Kreuzer aus der kgl. Flotte an der Küste Siziliens wachen, daß weder Munition noch Waffen und sonstige zur Führung des Krieges nöthige Stücke auf irgend einem Punkte der Insel eingeführt werden.“ Ein anderes Rundschreiben des Ministerpräsidenten vom 22. März macht den Handelsstand auf den Wiederbeginn der Feindseligkeiten aufmerksam und fordert auf, Leben und Güter vor den Gefahren des Kampfes in Sicherheit zu bringen, da die kgl. Regierung nach dieser Mittheilung für keinen Schaden Ersatz leisten werde. — Diese Umlaufscheine haben die Handelswelt in die größte Bestürzung versetzt. Der englische und der französische Konsul sind gleich nach Palermo abgereist, um einen letzten Vergleichsversuch zu machen. (Schw. M.)

Aus Palermo wird unterm 20. März geschrieben, man habe dort den Waffenstillstand aufgekündigt. Aus Neapel (24) wird entsprechend berichtet, der Befehl zur Wiedereröffnung der Feindseligkeiten sey gegeben. Dennoch fehlt es nicht an Versicherungen, England und Frankreich hätten die Vermittlungsversuche noch nicht aufgegeben. In Rom (26.) die alte Ungewißheit über die nächste Zukunft. In Florenz noch Siegeshoffnungen, während die Restauration droht. In Livorno ungezügelte Pöbelherrschaft. In Turin (31.) heftige Opposition der Kammern, aber die Kabinetsordre über Auflösung derselben vom Ministerium bereits ausgefertigt. Vorerst waren sie bis zum 5. April vertagt. Aus Mailand (1. April) die Meldung, daß Como und Bergamo von den kaiserl. Truppen besetzt werden, und daß auch Brescia — gegen das man 10,000 Mann mit 50 Kanonen aufgeboten — auf Gnade und Ungnade sich ergeben hatte. Der französische und englische Gesandte waren von Turin angelangt, um wegen Piemonts wieder Unterhandlungen anzuknüpfen, auf die sich Radetzky nicht einlassen zu wollen schien. (A. A. Z.)

Oesterreichische Staaten.

Von der moldauisch-siebenbürgischen Gränze, 20. März

Soeben trifft die Nachricht ein, daß Feldmarschallieutenant Puchner sich bereits auf walachischem Gebiete befinde. Wie dies gekommen ist, vermögen wir uns noch nicht zu erklären, da die österreichischen Truppen in Siebenbürgen, die unter seinem Kommando standen, noch immer sich auf 12—14000 Mann beliefen, die am 17. März wieder vor Hermannstadt erschienen waren, worauf sie jedoch plötzlich verschwanden. Man ist hier in vollkommener Ungewißheit über das, was aus ihnen geworden seyn mag. Der Eindruck, den diese Hiobspost auf alle hervorbrachte, die eine baldige Beendigung des unheilvollen Krieges in Siebenbürgen erwarteten, war ein erschütternder. Die hier (in der Moldau) weilenden, so zahlreichen Flüchtlinge aus Siebenbürgen, deren Unglück bei ihren Stammesbrüdern hier so warme Theilnahme findet, waren um so mehr bestürzt, als sie baldige Rückkehr in ihre Heimath hofften. Von der russischen Besatzung in Hermannstadt, die 4000 Mann zählte, gelangten unter Oberst Skariation bloß 2000 Mann in die Walachei, die übrigen sollen theils im Kampf gefallen, theils von den Insurgenten gefangen worden seyn. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n.

Bekanntmachung.

Unseren verehrlichen Abonnenten, welche die Zeitung im Exped.-Lokale abholen, machen wir hiemit bekannt, daß heute am 6. April (Charfreitag) die Zeitung Mittag von 12—1 Uhr abgegeben wird, später ist das Exped.-Lokale geschlossen.

Trauer-Anzeige.

Theure Verwandte und Freunde benachrichtigen wir von dem schnellen und sanften Ableben unsers guten Vaters, Schwiegervaters und Großvaters,

Herrn Johann Meißner,
Privatier,

derselbe verschied in einem Alter von 79 Jahren am 4. April Um stille Theilnahme bitten

Die Hinterbliebenen.

Bekanntmachung.

Die auf Donnerstag den 5. April d. J. angekündigte Volksversammlung in der Arena findet nicht statt, und soll ein anderer Tag für diese Versammlung geeignet öffentlich angezeigt werden.

Das Komité der Volks-Versammlungen.

Bekanntmachung.

Die Expedition der Mittelfränkischen Zeitung macht hiemit einem verehrlichen Publikum bekannt, daß von heute an Anzeigen, wenn solche noch an dem Tage der Abgabe erscheinen sollen, „spätestens bis früh 9 Uhr in dem Expeditions-Lokale abgegeben seyn müssen," indem durch den veränderten Postenlauf die Zeitungen schon um 11 Uhr zum Druck übergeben werden.

Anzeige und Empfehlung.

Ich Unterzeichneter gebe mir die Ehre, einem verehrungswürdigen Publikum, sowie insbesondere meinen geschätzten Nachbarn anzuzeigen, daß ich vom 31. v. M. die Gastwirthschaft zum blauen Pfau in der neuen Gasse übernommen habe.

Indem ich mir nun erlaube, zur Kenntniß zu bringen, daß sowohl für gutes frisches Bier, als auch für einen vortrefflichen Mittagstisch, und noch hiezu bemerke, daß das Essen außer dem Hause verabreicht wird, sowie auch für guten Kaffee den ganzen Tag über bestens gesorgt ist, und die reelste Bedienung zusichere, mache ich schließlich noch alle Freunde des Billardspielens auf mein ganz neu überzogenes Billard aufmerksam.

Um geneigten Zuspruch bittet

Messelhäuser.

Wohnungs-Veränderung.

Bei dem Umzug aus unserm Haus, L. Nro. 711 in das auf den Lorenzer-Platz L. Nro. 46 sagen wir der alten Nachbarschaft hiermit herzlichen Dank für die uns bisher zu Theil gewordene Freundschaft und Wohlwollen, und bitten die neue geehrte um freundliche Aufnahme in Ihre Mitte.

J. Schuhmarlin
nebst Familie.

Dank und Bitte.

Für die so ehrenvolle als zahlreiche Leichenbegleitung meines seeligen Mannes, von dessen Herren Vorgesetzten, Verwandten und Freunden, so wie den vier Herren, welche an dem Grabe durch Gesang ihm Blumen streuten, fühlen wir uns verpflichtet, Ihnen dafür unsern wärmsten Dank auszudrücken, mit der Bitte uns Ihre freundschaftlichen Gesinnungen auch für die Folge bewahren zu haben.

Nürnberg, den 4. April 1849.

Babette Schindler, Wittw.
Christoph Schindler, Sohn.

(Anzeige.) Eine Brieftasche, worin sich eine Partie Kurfürstlich Hessische Prämien-Scheine, dito Badische Eisenbahn-Anleihen nebst hiesigen Pfandscheinen befinden, kann gegen Einrückungsgebühr abgeholt werden. Näheres in der Exped. d. Bl.

Großes Musikfest am Charfreitag den 6. April 1849
im Katharinensaal,

worin zur Feier der hohen Bedeutung des Festtages die beiden Oratorien „Christus am Oelberg" von Beethoven, und „Stabat Mater" von Rossini zur Aufführung gebracht werden. Die Tenor-Parthie des Christus ist von einem unserer vorzüglichsten Dilettanten besetzt, welcher gleichzeitig die Tenor Soli's im Stabat Mater zu übernehmen so gefällig war. Die ersten Sopran- und Alt-Parthien sind in den Händen der Damen Reuß und Feoißheim. Außer den Vorgenannten wirken noch andere tüchtige Dilettanten, die Eleven der städtischen Gesangschule und der Liederkranz mit.

Anfang Nachmittags 4 Uhr.

Subskriptionspreis 24 kr. Kassapreis 36 kr. Familienbillets à 3 Personen 1 Gulden. Billets sind zu haben in der Riegel und Wießnerschen Musikalienhandlung, bei Herrn Conditor Deecke, und im Wiener Salon bei Herrn Schenk, sowie bei Herrn Grobe, Jakobsstrasse Nro. 1207.

Hiezu erlaubt sich ergebenst einzuladen

C. Grobe, Cantor und Musikdirektor.

A n z e i g e.

Dem verehrlichen Publikum widme ich hiemit die ergebene Anzeige, daß ich von Ostern d. J. an die Direktion des hiesigen Stadttheaters übernommen habe, und empfehle ich mich vorbehaltlich weiterer Mittheilungen freundlichem Wohlwollen.

Nürnberg, den 5. April 1849.

George Winter.

E m p f e h l u n g.
Schweizer = Butter

in ganz frischer Waare ist nun à 22 kr. pr. Pfund zu haben bei

George Gappelt.

Verkauf eines für ein Laden-Geschäft sehr vortheilhaft gelegenen Hauses im öffentlichen Aufstrich.

Nach Auftrag des Herrn Besitzers soll das Haus S. Nro. 837 in der Spitalgasse

Montag den 16. April d. J.

im öffentlichen Aufstrich verkauft und der Termin im Hause selbst abgehalten werden

Dasselbe ist massiv aufgeführt, 4 Stockwerk hoch und besteht aus einem Vorder- und Hinterhaus Es enthält 5 heizbare Zimmer, 3 Alkove, 6 Kammern, 5 Küchen, 2 s. v. Abtritte, 1 Laden, 2 Gewölbe, 1 Hof mit laufendem Wasser u. Waschküche, 2 Keller und mehrere Böden. Dieses Haus ist frei, lauter und eigen und hat das große Waldrecht zu 3 Mäß Holz, 1 ½ Mäß Stöcken und 100 Büschel Die Hälfte des Kaufschillings kann zu 4 pCt verzinslich darauf stehen bleiben und die Einsicht des Hauses an jedem beliebigen Tage stattfinden, so wie zum Termin selbst auf das Höflichste einladet

das Eichhart'sche Commissions-Bureau.

Compagnon-Gesuch.

Es wird ein junger Mann, Kaufmann, der die Bücher zu führen versteht, in ein gangbares Fabrikgeschäft, das im besten Betrieb steht, und wenig Konkurrenten hat, mit einer Einlage von 8000 fl. als Kompagnon gesucht. Frankirte Briefe besorgt die Exped. d. Blattes unter A. Z. Exp.-No. 8449.

A n f r a g e.

Hat der Förster Kühlwein in Feucht das Recht, die Bürgerhölzer an einem protestantischen Charfreitage anzuweisen und sogleich fest zu bestimmen, daß dieses Holz binnen 10 Tagen abgefahren werden muß? oder sind in seinem Ort Feucht keine Charfreitag oder Oster-Feiertage vorhanden. Wir verlangen einen andern Anweistag und nehmen von seinen Heiligfeiern kein Holz an.

Die sämmtlichen Holzempfänger Nürnbergs im Revier Feucht.

E r k l ä r u n g.

Den vielseitigen Beschuldigungen, daß ich Demokrat, wo nicht gar Republikaner sey mit einem Mal ein Ende zu machen, finde ich mich veranlaßt, hiemit nachdrücklichst zu erklären, daß ich Aristokrat im vollsten Sinn des Worts bin.

Konrad Kugler, Maler.

Eintracht.

Am 2. Osterfeiertag ist Produktion im Lokale des Bamberger Hofes.

Der Vorstand.

A u f f o r d e r u n g.

Ich habe vor 13 Wochen einen Sportelzettel bezahlt, Nro. 7047, und jetzt kam ein Gerichtsdiener und fordert von mir abermals das Geld. Also hat das Königliche Kreis- und Stadtgericht das Recht, zweimal zu fordern!

J. W. Bec.

(Zu verkaufen.) Rothblühende Acacien, Trauerweiden, hochstämmige Aprikosen und Pfirsich, engl. Pyramiden-Stachelbeeren, div. Tafelweinstöcke, Laub- und Nadelholzgesträuche sind zu verkaufen bei

Hofmann, S. 575 c.

(Zu verkaufen.) Zwei Pfauen, 1 Männchen und 1 Weibchen, sind billig zu verkaufen.

(Verloren.) Am vergangenen Samstag Abend ist ein Carmasinrothes seidenes Foulardtuch mit hellgelber Kant von der Schlossergasse durch die Adlerstraße bis zur St. Lorenzer Kirche verloren worden. Man bittet den Finder es in der Exped. d. Bl. gegen 1 fl Douceur zurückzubringen.

(Zu vermiethen.) An einem schönen Platze, ohne Gegennachbaren, ist ein Logis aus 3 tapezirten Stuben bestehend, an eine kleine solide Familie oder Wittwe zu vermiethen, und kann sogleich bezogen werden.

(Zu vermiethen.) In der Nähe der Schütt ist eine möblirte Wohnung an einen einzelnen Herrn täglich zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In der schönsten Lage des Marplatzes, Nro. 182, ist im dritten Stockwerk täglich eine Wohnung zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In der neuen Gasse S. No. 1237 im ersten Stock ist ein Zimmer nebst Alkov mit Bett und Möbeln an einen oder zwei solide Herren täglich zu vermiethen.

(Gesuch.) Zwei Portefeuilles-Arbeiter (dürfen auch ausgelernte seyn,) können in Offenbach Condition erhalten, müssen sich aber schleunigst auf den Weg machen Näheres in der Exp. d. Bl.

(Gesuch.) Eine Kindsmagd, welche vorzüglich Liebe zu Kindern hat, schön Waschen und Bügeln, und sich über Treue und Fleiß ausweisen kann, wird nächstes Ziel in Dienst zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) Auf ein Mühlanwesen mit Waldung, Gärten, Feldern, Wiesen u. s. w., auf fl. 38200 gerichtlich geschätzt, werden fl. 12000 als erste Hypothek zu entnehmen gesucht.

(Gesuch.) Ein fremdes Mädchen, daß sich über Treue und Fleiß ausweisen kann, im Kochen, Nähen, Waschen und Bügeln gut erfahren ist, sucht einen passenden Platz. Beliebige Adressen möchten in der Exped. d. Bl. unter Chiffre A. B. abgegeben werden.

(Gesuch.) Ein solides Frauenzimmer sucht mit einer Familie im Monat Mai oder Juni die Reise nach Amerika gemeinschaftlich zu machen. Näheres ertheilt die Exped. d. Bl. unter A. P.

(Gesuch.) Eine Hausmagd und ein Kindsmädchen werden in Dienst zu nehmen gesucht Es sollen sich aber nur solche melden, welche sich mit ganz guten Zeugnissen auszuweisen vermögen.

(Gesuch.) Es wird eine Gehilfin im Putzmachen gegen guten Lohn gesucht. Näheres in der Exp. d. Blattes.

(Gesuch.) In einem Städtchen, nahe gelegen bei Nürnberg, wird ein solides Mädchen von ordentlichen Aeltern, welche sich willig jeder Hausarbeit unterzieht und Liebe zu Kindern hat, in Dienst zu nehmen gesucht, kann auf gute Behandlung rechnen und sogleich oder nächstes Ziel eintreten. Frankirte Briefe unter Zeichen K. besorgt die Exped d. Bl.

Lotterie.

Die zu München herausgekommenen Nummern:

75 32 19 42 28.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 7. April 1849. № 97. Samstag: Egesippus.

†† Politische Schlagschatten.

IX.

Das konstitutionelle Lebenselement hat durch die Vorgänge in Oesterreich und Preußen einen Riß bekommen, der schwer wieder auszufüllen ist, jedenfalls gegen den aufrichtigen Konstitutionalismus der beiden deutschen Großmächte arge Bedenken erheben läßt. Schon ist es mehr als vages Gerücht geworden, daß Oesterreich und Preussen ihre volle Zuversicht auf eine Tripleallianz setzen, in welcher Rußland den Faktoren bildet, der die absolute Monarchie als allein mögliche und vernünftige Regierungsform betrachtet, wenn man die Republik nicht wählen wolle oder könne, der aber die konstitutionelle Monarchie als etwas Halbes, schlecht Vermittelndes und Vermitteltes ansehe, welche Ansicht auch in der That ihre gesunden Nerven hat. Unter den aus dieser Koalition erwachsenden Eventualitäten stand ein Krieg mit der französischen Republik in erster Reihe, in welchem der Süden und Westen Deutschlands mit Frankreich stehen und fallen würde. Durch solche Krisen würde am Ende mehr Entschiedenheit in die Lösung unserer Gegenwartsfragen gebracht werden, als uns aus dem dämmerigen Tagen unseres deutschen Parlamentes erwachsen konnte, denn so groß die Erwartungen, die man allgemein von der Zusammensetzung des Parlaments von demselben hegte, auch waren, so gering sind dieselben geworden, nachdem man sah, was es angerichtet und angerichtet hat, bis es sich zuletzt noch einmal ermannte, um eine wirklich freisinnige Verfassung für das deutsche Reich festzusetzen und der Oktroyirung durch die Einzelregierungen zuvorzukommen. Wien und Berlin legten sich mit besonderer Wucht in die Waagschaale. Die Kamarilla wußte den schwachen an Leib und Seele kranken Kaiser Ferdinand zum zweiten Male aus Wien zu entführen, nur um die deutsche Freiheit, welche in Wien die begeistertsten, muthigsten, ausdauerndsten und treuesten Anhänger seit den Errungenschaften des März zählten, zu morden. Das erstemal zogen sie den Kaiser zu den fanatischen Tyrolern nach Innsbruck, das zweitemal nach Ollmütz, wo die alte finstere Fahne der Metternich'schen Sündenpolitik aufgepflanzt wurde. Dort im Rathe der Kamarilla wurde der Untergang der schönen deutschen Donaustadt beschlossen und weinend und betend fügte sich der kranke Kaiser diesem Beschluß, der konstitutionelle Kaiser, dem ein scheinkonstitutioneller Minister zur Seite stand. Die Ungarn waren ein trefflicher Vorwand zu den Vorbereitungen des fürchterlichen Trauerspiels. Graf Lamberg war in Buda-Pest gefallen, in Wien hiengen sie den erschlagenen Grafen Latour an einen Laternenpfahl, wenn man sonst nichts gelernt und vergessen hat, wie sollte man diese entsetzlichen Thaten vergessen? Wien rüstete sich zum Verzweiflungskampfe, wie es schien, allein die freien Männer drin wußten's nicht, daß die schwarz-gelbe Partei nicht deutsch gesinnt war, nicht deutsch seyn wollte, sie wußten's nicht, daß sie verrathen waren, wenn die Stunde der Gefahr nahe. Ihre bewundernswerthen Anstrengungen konnten keinen Erfolg haben, da der österreichische zaghafte Reichstag die rechte Hülfe, das Nahen der Ungarn, ehe die riesigen Belagerungskräfte um Wien conzentrirt wurden, von der Hand wies.

Der Banus von Kroatien, Jelacic, war für die Kamarilla in Ollmütz der rechte Mann, er haßte die ungarische und die deutsche Sache, er haßte den roth-schwarz-goldenen Freudenrausch und die Aula in Wien, und wollte die schwarz-gelbe Fahne als Banner eines slavischen Oesterreichs vom Stephansthurme wehen sehen, welches das Frankfurter Parlament und ganz Deutschland für Zwergen ansieht, dazu die politische Freundschaft dieses Jelacic für den gemordeten Latour, den er nun rächen konnte, und die ihm beigebrachte Meinung, daß Schmerling, Gagern rc. durchaus mit ihm einverstanden gewesen. Jelacic war ganz der echte Mann für die Kamarilla, die Wien verderben wollte, eben so Windischgrätz, der stolze Aristokrat, der die Czechische Bewegung in Prag bezwungen und in Rußland die militärische Pedanterie erlernt hat, der alle Revolutionen haßt, und nach dem Prager Sieg fortwährend nach Blut lechzte, dieses eiserne Soldatenherz mit den ungeheueren Massen von Feuerschlünden und disciplinirten Truppen, und Jelacic mit seinen barbarischen Kroaten und den 6000 Rothmänteln, die der Aula den Garaus machen sollten, — die Kamarilla konnte sich freuen, denn Wien mußte fallen, und Wien ist gefallen. Die schwarz-gelbe Partei drückte dem Kroatenführer Jelacic und dem Würger Windischgrätz freudig die Hand bei ihrem Einzuge in die vielfach zerstörte Stadt, aber mit Abscheu wendet sich das Auge von allen den gräßlichen Schandthaten, von dem canibalischen Wüthen, Morden und Plündern, von den Szenen, wie sie kaum die rohesten Zeiten früherer Jahrhunderte aufweisen, welche nicht allein von den wilden Kroatenhorden, sondern auch von deutschen Truppen vollbracht worden sind. Würdig an diese Gräuel reihen sich die standrechtlichen Todesurtheile und Justizmorde Windischgrätz's, einer vor Allem, verübt an dem Parlamentsgliede, Robert Blum, durch dessen Tod Deutschland seinen treuesten, edelchsten Volksmann verloren hat. Lichnowsky, Auerswald, Lamberg, Latour, was waren sie gegen Robert Blum? Sie sind schwer gerächt. Blum war mit Fröbel im Auftrage der Linken nach Wien gegangen, um eine Adresse zu überbringen, welche der Reichstag mit Akklamation aufnahm, der legale Reichstag, der willig in dem kleinen Kremsier tagte, wie die Kamarilla durch den Kaiser es befohlen. Blum ergriff die Waffen, zum Hauptmann gewählt, um mit dem Elite-corps die Ruhe und Ordnung in Wien aufrecht zu halten, er mußte sterben, weil es so vorgesehen war. Viele sagen, mit Zustimmung von Frankfurt aus, weßhalb ihm seine Würde als Parlamentsmitglied nicht schützen konnte. Blum ist todt, ein Schrei des Entsetzens dringt nicht bloß durch Deutschland, nein, durch die ganze civilisirte Welt und die Brigittenau, wo die Kugeln durch das deutsche Herz flogen, wird die Wallfahrtsstätte seyn, wohin die Freiheit ihre Züge lenkt, dort zu trauern, für einen ihrer besten Lieblinge, aber auch die Hand zum Schwure zu erheben zur Rache an den Urhebern des Mordes.

× Bericht über die Volksvereins-Versammlung am 3. April.

In der heutigen Versammlung wurde nach Verlesung des Protokolls und des Einlaufs (worunter die Anzeige über die Bildung eines Volksvereines zu Gunzenhausen und dessen Anschluß an den hiesigen Volksverein) die Kaiserfrage zur freien Besprechung gebracht. Der Vorsitzende leitete die Diskussion durch eine übersichtliche Darstellung ein, welche er damit schloß, daß der Volksverein, in Anbetracht der volksthümlichen Gestaltung, welche die ganze Reichsverfassung zuletzt gewonnen und deren Aufrechterhaltung die linke Seite der Nationalversammlung durch einen von der erbkaiserlichen Partei ausgestellten Revers gesichert habe, — seinem in den Statuten ausgesprochenen Grundsatze gemäß (daß nämlich alle Beschlüsse der Majorität der Nationalversammlung allgemein für das ganze deutsche Volk verbindlich seyen), und in fernerem Anbetracht der bereits drohenden partikularischen Bestrebungen gegen die Reichsverfassung und deren erbkaiserliche Spitze, für deren Anerkennung sich um so mehr aussprechen müsse, als diese Spitze die deutsche Einheit sichere. — An der nun eröffneten lebhaften Debatte nahmen viele Mitglieder Theil, auch des Vereines treuer Eckardt, der Abg. Herr J. Schmitt. Die Versammlung beschloß hierauf: Der Volksverein erklärt, daß die von der Nationalversammlung gefaßten Beschlüsse und somit auch die von derselben endgültig geschaffene Reichsverfassung als bindend, folglich auch die Ernennung eines erblichen Kaisers anerkannt werden müsse. Ein Antrag auf eine in diesem Sinne zu verfassende Adresse an den wieder zusammentretenden Landtag wurde theils wegen zu weit vorgerückter Zeit, theils der Wichtigkeit wegen zur Vorberathung dem Ausschuß überwiesen. Nachdem noch erwähnt worden war, daß es Sache des Volks-Comité seyn werde, in einer abzuhaltenden Volks-Versammlung eine Adresse an die Nationalversammlung wegen ungeschmälerter Aufrechterhaltung der Reichsverfassung im Falle vorkommender Abänderungsversuche, zu beantragen, wurde die Versammlung geschlossen.

Deutsche Staaten.

München, 3. April. Seit die offizielle Erklärung über das unwahrscheinliche Gerücht der Oktroyirung eines neuen Wahlgesetzes erschienen ist, zirkulirt über diesen Gegenstand ein anderes mehr auf legaler Basis fußendes. Es heißt nemlich, daß bei dem Wiederzusammentritt der Kammern sogleich ein neues und zwar ein höchst beschränkendes Wahlgesetz vorgelegt werden soll, und wenn dasselbe genehmigt, die Abgeordnetenkammer aufgelöst werde. Sollte dieses Gerücht Grund haben, was man nicht ganz unglaubhaft findet, weil die offizielle Erklärung vielerlei Bedenken veranlaßte und einer Kammerauflösung darin nicht widersprochen ward, obgleich dieselbe mit der Oktroyirung in Verbindung gebracht war, so dürfte man sich in Betreff der Genehmigung eines solchen den Forderungen der Zeit hohnsprechenden Gesetzes sehr verrechnen. Uebrigens ist die große Ebbe in unserer Staatskasse und die Verwirrung im Staatshaushalt, erzeugt durch die Vertuschungsmanoeuver eines früheren Finanzregiments bereits zu bekannt, als daß eine andere aus servilen Elementen zusammengesetzte, „zarte Rücksichten" nehmende Kammer das Volk täuschen könnte. Das Budget, welches dem Landtage vorgelegt werden wird, besteht, wie bisher aus einem ordentlichen und außerordentlichen. (D. konst. Z.)

München, den 5. April. Dem Staatsministerium der Justiz wurde ein weiterer geheimer Sekretär außer dem Status beigegeben, und hiezu der Kreis- und Stadtgerichts-Rath in München, B. Deutter ernannt, dem Landgerichte Mallersdorf ein Aktuar extra-statum beigegeben und diese Stelle dem vormaligen Patrimonialrichter II. Klasse J. Auer zu Marienkirchen verliehen; die Stelle eines Landgerichtsarztes zu Mellrichstadt dem praktischen Arzte Dr. K. Martini zu Prichsenstadt verliehen; der II. Assessor bei dem Landgerichte Herrieden F. W. Fischer auf die erledigte Stelle eines II. Assessors bei dem Landgerichte Feuchtwangen versetzt; die hiedurch erledigte Stelle dem II. Assessor bei dem Landgerichte Beilngries J. Brandstetter mittelst Rückversetzung verliehen; auf die bei dem Landgerichte Beilngries erledigte II. Assessorsstelle der dritte Nebenbeamte extra-statum bei dem Landgerichte Windsheim A. Gerhager versetzt; zum dritten Nebenbeamten extra-statum in Beilngries der geprüfte Rechtspraktikant M. Roidl aus Burglengenfeld, und zum drittem Nebenbeamten extra-statum bei dem Landgerichte Windsheim der geprüfte Rechtspraktikant J. A. Franz aus Weissenburg ernannt; ferner auf die I. Assessorsstelle zu Münnerstadt der vormalige Patrimonialrichter I. Klasse F. Selzer von Untermerzbach berufen, und endlich auf die Aktuarsstelle bei dem Landgerichte Rittenau der II. Assessor des Landgerichts Eltmann J. R. Weiher versetzt. (N. M. Z.)

München, 4. April. Die Uebernahme des Portefeuilles des Ministeriums des kgl. Hauses und des Aeussern von Seite unseres Gesandten am preussischen Hofe und dermaligen Einigungskommissärs

bei der Centralgewalt zu Frankfurt, Grafen von Lerchenfeld-Köfering soll sich bestätigen, der gegenwärtige Verweser des Ministeriums des Aeussern, Graf Bray, soll hingegen zum Gesandten am preussischen Hofe bestimmt seyn. Ein Wechsel in der Person des Gesandten für Preussen ist seit der Reichsrathssitzung vom 17. Febr. dieses Jahres eine diplomatische Nothwendigkeit geworden, denn Graf Lerchenfeld hat sich durch seine Abstimmung in Betreff des Arco-Valley'schen Antrags gegen die Errichtung eines preussischen Kaiserthums rc. als Bevollmächtigter Bayerns in Berlin unmöglich gemacht; das bayer. Kabinet konnte daher nach der Politik, welche es verfolgt, nichts Besseres thun, als den ehemaligen Gesandten am russ. Hofe, Grafen Bray, zum Geschäftsträger zu wählen, der in genannter Reichsrathssitzung dem preuss. Kabinet in Folge der bekannten ungeschickten Aeußerung des Exministers v. Beisler in der Abgeordnetenkammer gewissermaßen eine öffentliche Genugthuung zu geben versuchte, indem er die preussische Politik vertheidigte. — Das Kriegsministerium hat in neuester Zeit die größte Sparsamkeit im Militärhaushalte angeordnet, wozu wohl auch die Reaktivirung der pensionirten Offiziere gehören mag. Dasselbe hat nun auch die Einberufung der Rekruten vertagt, und zwar wie es heißt, in so lange, bis das neue Exerzierreglement eingeführt ist. Man will nun aber wissen, daß die Vertagung in dem traurigen Zustande der Kriegskasse ihren Grund habe, was auch nach unserem zerrütteten Finanzzustand und den seitherigen enormen Kosten für die Vermehrung des Heeres nicht unglaublich scheint. (D. C. Z.)

Freiburg, den 2. April. Der nächste Prozeß, der jetzt zur Verhandlung kommen wird, scheint der Prozeß gegen Fickler zu seyn, auf den man ebenfalls sehr gespannt ist; man glaubt, wichtige Aufschlüsse zu erhalten. So viel aber darf behauptet werden, daß der Staatsanwalt sich gegen Fickler und seinen Vertheidiger Brentano noch mehr zusammenzunehmen haben wird, als gegen Struve. Auch darauf ist man begierig, wie es wohl Mathy in diesem Prozeß gehen werde; man meint, er werde gewiß tüchtig herhalten müssen. Ob er wohl als Zeuge auftreten wird? Wenn dieß nicht der Fall ist, dann darf sich gewiß Niemand weniger als Brentano beklagen, der es ja auf das Schärfste rügt, daß man jenen Mann, der Struve gefangen und „verrathen" habe, als Zeuge mit in den Prozeß hereingezogen. (Schw. M.)

** **Frankfurt,** 4. April. [202. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vizepräsident Kirchgeßner präsidirt und verliest nachstehende telegraphische Depesche: »Die Deputation der Reichs-Versammlung an den Vizepräsidenten Hrn. Kirchgeßner: Die Deputation ist nach empfangener Antwort Sr. Maj. des Königs sofort in Berathung über das, was in Folge derselben ihr zu thun obliege. Sie wird über das Ergebniß dieser Berathung spätestens morgen berichten. Die Deputation ist sich ihrer Pflicht und Verantwortlichkeit gegen ihre Vollmachtgeber vollständig bewußt. Berlin, den 3. April 1849.« Austritts- und Eintrittserklärungen, Anzeige von Flottenbeiträgen, 904 Gulden aus Mittelfranken. Hr. Kreuzberg von Prag interpellirt das Reichsministerium: wie es das durch den Wiederausbruch des italienischen Kriegs gefährdete deutsche Interesse wahrnehmen und welche Maßregeln namentlich es ergreifen wolle zum etwa nöthigen Schutze der tirolischen und triestiner Landesgrenzen? v. Gagern erwiedert, daß die Ereignisse die Interpellation des Hrn. Kreuzberg bereits vollständig beantwortet haben, (beistimmender Zuruf) dagegen eröffnet er über den Stand des dänisch-deutschen Kriegs: „Die Friedensverhandlungen seyen von Seiten der vermittelnden Macht auch dann noch fortgeführt worden, nachdem die deutsche Centralgewalt die zur Abwehr der dänischen Angriffe erforderliche Truppenmacht wieder habe in die Stellungen einrücken lassen, welche Artikel 11 des Malmöer Vertrags bedinge. Aber diesen Friedensverhandlungen setzten sich gesteigerte Ansprüche Dänemarks entgegen, und sie hatten keinen andern Erfolg, als daß am 25. v. M. dem Reichsministerium neue Vorschläge zum Abschlusse von Friedenspräliminarien aus Kopenhagen mit dem Bemerken zugegangen waren, daß die dänische Regierung, um die Antwort abwarten zu können, die Feindseligkeiten zu Lande und zur See nicht vor dem 3. April beginnen lassen werde, falls dem Marsche der deutschen Truppen Einhalt geschähe. Auf letztere Bedingung konnte bei der Kürze der Frist so wenig eingegangen werden, als auf die Vorschläge selbst, in welchen die Forderungen Dänemarks weiter gehen, als in andern früheren. Jener Termin ist nun abgelaufen; der Krieg kann wieder beginnen, vielleicht haben die Feindseligkeiten in diesem Augenblicke schon begonnen.

Da aber die dänische Regierung fortwährend versichert, daß ungeachtet der Kündigung des Waffenstillstandes die Erneuerung der Feindseligkeiten nicht in ihrer Absicht liege, so wird nicht der bloße Ablauf des Waffenstillstandes, sondern erst ein wirklicher Angriff Dänemarks die Entscheidung der Waffen hervorrufen. Die provisorische Centralgewalt hat ihr Bestreben auf die Erzielung eines für beide streitenden Theile billigen, die konstatirten Rechte vermittelnden Friedens gerichtet; sie hat im letzten Augenblicke noch Europa ein Pfand ihrer Friedensliebe dadurch dargebracht, daß der Befehlshaber des deutschen Operationskorps, als welcher der königlich preussische Generallieutenant v. Prittwitz ernannt ist, die Weisung erhalten hat, seinerseits nicht anzugreifen, sondern in der Vertheidigungsstellung zu verharren, so lang kein Angriff von Seiten Dänemarks erfolgt. Die in Folge des Vertrags von Malmöe eingesetzte gemeinsame Regierung der Herzogthümer hat ihr Amt niedergelegt, nachdem mit Ablauf dieses Vertrags ihre Vollmacht erloschen war. Es ist daher von Seiten der provisorischen Centralgewalt, welcher die Sorge für die vorläufige Verwaltung der Herzogthümer obliegt, eine Statthalterschaft eingesetzt worden, welcher die Ausübung sämmtlicher Regierungsrechte bis zum Abschlusse eines Friedens, mit Vorbehalt der Rechte des Landesherrn, unter Zustimmung der schleswig-holstein'schen Landesversammlung übertragen worden ist.

Ein Antrag v. Buttels aus Oldenburg über die im Herzogthume Anhalt-Bernburg vorhandenen Mißstände wird als ein dringlicher n i c h t anerkannt. Der Namens des Wehrausschusses von dem Abg. Bock erstattete Bericht (Gegenstand der heutigen Tagesordnung) erledigt sich nach einer kurzen Debatte, an der sich Stavenhagen, von Peucker und Bock betheiligen, durch die Erhebung nachfolgenden Antrags zum Beschlusse: „Die bezüglichen beiden Petitionen dem Reichsministerium mit dem Ersuchen zuzufertigen, die Regierungen der Küstenstaaten zu veranlassen, daß schleunigst die erforderlichen Anordnungen getroffen werden, um den Seeleuten, so weit thunlich, die Ableistung ihrer Wehrpflicht im Seedienst zu gestatten, zugleich aber die Regierungen zu ersuchen, das Erforderliche über das Bestehen solcher Anordnungen, behufs Beruhigung der Seeleute, zur Kenntniß derselben zu bringen.

Die übrigen Verhandlungen waren eben so unerquicklich und zu Nichts führend, daß man sie füglich übergehen kann. Sie sind ein Bild der Schwäche der Majorität der Nationalversammlung, die das deutsche Volk in ein Labyrinth geführt hat, aus dem es kein friedlicher Faden wieder herausleitet. Denn was bleibt der Nationalversammlung nach der auf Schrauben gestellten Antwort des Königs von Preussen zu thun übrig? Wird sie einen anderen Fürsten wählen? Wird aber der annehmen? Wird sie ein Direktorium ernennen? Wird sie einen Präsidenten wählen? Wird sie vor Allem, wie Venedey in der heutigen Sitzung am Schlusse bemerkte, männlich für die endgültige Verfassung einstehen, daß auch kein Jota davon geändert werde? Welch eine Menge konsequent aus den Antecedentien hervorgehender Fragen, auf die allenthalben die Antwort fehlt, die uns beruhigen könnte. Am Ende bleibt der Nationalversammlung Nichts übrig, als an das Volk zu appelliren und die Revolution gleichsam zu legitimiren, deren Schlund sie verschließen wollte mit ihren zarten Rücksichten und Nachgiebigkeiten gegen die Fürsten, die ihr's nun nicht einmal Dank wissen. Das ist nun aber auch ein böses Ding, denn das Volk hat das Vertrauen zu der Nationalversammlung verloren und es wird den Deputirten, welche die Schuld tragen zurufen: Ihr habt den Karren in den Dr... hineingeschoben, nun seht zu, wie Ihr ihn wieder herausbringt. — Die nächste Sitzung wurde auf den 11. April nach den Feiertagen festgesetzt.

Frankfurt, den 3. April. Sechszig größtentheils österreichische und bayerische Abgeordnete der deutschen Nationalversammlung haben folgenden Bericht, betreffend die Vorgänge in der Paulskirche am 27. und 28. März 1849, im Druck erscheinen lassen: „Als Nationalvertreter sind wir Unterzeichneten verbunden, ein Zeugniß der Wahrheit vor dem deutschen Volke abzulegen von den folgenschweren Vorgängen des 27. und 28 Märzes; wir halten uns dazu um so mehr verpflichtet, weil wesentliche Umstände von manchen Zeitungen verschwiegen, von anderen verunstaltet wurden. Obgleich in der Nationalversammlung ununterbrochen anerkannt wurde, daß eine Verständigung mit den einzelnen Staaten über die Verfassungsbestimmungen stattfinden solle, so sind doch die Bemerkungen der Regierungen in der Nationalversammlung nicht zur Berathung gekommen. Ohnerachtet die Nationalversammlung durch einen besonderen Beschluß bestimmt hatte, daß Unterhandlungen mit dem österreichischen Ministerium gepflogen werden sollten, und das österreichische Ministerium mit Vorschlägen neuerlich entgegengekommen war, so haben die letzteren doch nicht die allergeringste Berathung gefunden. Diese Unterlassungen zu verhindern, waren wir außer Stand; unsere Anträge wurden zurückgewiesen. Bereits war die Nationalversammlung durch den Welcker'schen Antrag, durch das ununterbrochene Bearbeiten der Presse und durch ausgestreute Gerüchte in den Zustand höchster Aufregung versetzt. Als unsere Aufgabe sahen wir es an, für das gesammte Deutschland eine Verfassungsform zu schaffen, und widerstrebten demgemäß der Annahme eines erblichen Kaiserthums, weil dieses, die Einheit Deutschlands auf immer zerreißend, die Gesammtkraft unseres Volkes vernichtet, die Freiheit gefährdet, die Gleichberechtigung aller Stämme verletzt, Unruhe nach sich zieht statt Ruhe, und das Vaterland in große Gefahren stürzt. Gar kein Mandat aber haben wir zur Erwählung einer Kaiserdynastie. Nachdem von der Nationalversammlung der Antrag, ein erbliches Kaiserthum einzusetzen am 23. Januar mit einer Mehrheit von 52 Stimmen, und zum zweiten Male am 21. März in dem Welcker'schen Antrage mit 31 Stimmen Mehrheit verworfen worden war, bekam derselbe Antrag, ohne von Neuem berathen zu seyn, am 27. März bei 538 anwesenden Nationalvertretern, eine Mehrheit von vier Stimmen. Um eine erbliche Kaisergewalt über das deutsche Volk zu begründen, muß der Nationalwille sich unzweideutiger, übereinstimmender, allseitiger äußern. Wie Stimmen dafür erlangt wurden, das wollen wir hier eben so wenig beachten, als prüfen, ob die Abgeordneten aus Schleswig über die wichtigste Frage unserer Zukunft den Ausschlag geben durften, nachdem in §. 1 der Verfassung am 23. März beschlossen war, daß „die Verhältnisse des Herzogthums Schleswig der definitiven Anordnung vorbehalten bleiben," es mithin fraglich ist, ob die demnach nur provisorisch zugelassenen Schleswiger bei Deutschland verbleiben oder nicht: aber erwähnen wollen wir, daß gerade vier Abgeordnete aus Oesterreich, welche den Antrag bejahten, am folgenden Tage die Erwählung verweigerten. Unter den Erblichkeit Annehmenden waren 150 Preussen, die insofern in eigener Sache stimmten, da bekannt war, daß es sich allein um die Erhebung des preussischen Königs, ihres Fürsten, zum Beherrscher der übrigen Staaten und Stämme handle. In großer Mehrheit erklärten sich dagegen die Abgeordneten aus Bayern (dagegen 52, dafür nur 13), Würtemberg (dagegen 19, dafür 7), Baden (dagegen 11, dafür 5), Oesterreich (dagegen 106, dafür 4), Sachsen (dagegen 15, dafür 5). Kaum war am Abend des 27. Märzes die Lösung der tief einschneidenden Frage mit der zweifelhaften Mehrheit von $^{1}/_{134}$ der anwesenden Nationalvertreter gegeben, so kam am folgenden Tage ein Antrag über die Art der Wahl des Kaisergeschlechtes in die Nationalversammlung. Ob zu einem solchen Wahlakte die verfassunggebende Nationalversammlung beauftragt und berechtigt sey, wann und wie die Erwählung vorzunehmen, in welcher Weise die Verfassung vollzogen und verkündet werden solle, stand zu erörtern. Mochten Viele schon ihr Gewissen dadurch beschwert finden, daß ihnen die Gelegenheit genommen war, durch eine Schlußabstimmung über das Ganze des Verfassungswerkes sich rechtsverbindlich auszusprechen, so wurde jetzt eine voreilige Entschließung über die Wahlart gefordert; denn kein Bericht, keine Begründung der Anträge befand sich in unsern Händen. Und doch setzt die Geschäftsordnung §. 32 ausdrücklich, nur geringfügige oder „sehr dringende" Sachen ausnehmend, wörtlich fest: „Die Hauptverhandlung über einen Antrag kann nicht vor Ablauf von 24 Stunden nach dessen Vertheilung im Druck in der Nationalversammlung stattfinden." Erst während der Verhandlung selbst wurde ein Blatt mit den Anträgen des Ausschusses vertheilt und die Verhandlung schleunigst beendigt. Denn nachdem die Versammlung nach dem Wortführer des Ausschusses einen einzigen Redner dagegen hatte sprechen lassen, Herrn Reichensperger, und seinen triftigen Gründen und Anführungen kein Einwand entgegengesetzt worden, nur höhnisches Gelächter, ward den übrigen angemeldeten Rednern das Wort abgeschnitten und der Schluß der Verhandlungen dekretirt, dann schnell durch das bei so getheilter Meinung

des Parlaments unsichere Mittel des Aufstehens und Sitzenbleibens abgestimmt — und im Fluge waren zehn gewichtige Anträge über Verfassungsverkündigung und Kaiserwahl angenommen. Darauf wurde vom Präsidenten die Verfassung als gültig erklärt, ohne daß ihr Wortlaut verlesen worden wäre, und sofort zur Kaiserwahl geschritten, deren Vornahme nicht auf der Tagesordnung angekündigt worden. Also ein dringlicher Antrag über eine Kaiserwahl! Bei dem Namensaufruf erklärten zweihundert und achtundvierzig Abgeordnete, daß sie nicht wählen, 290 Abgeordnete (worunter 164 aus Preussen) wählten einen Erbkaiser. Als der letzte Abgeordnete befragt war, rief der Präsident den König von Preussen zum Kaiser der Deutschen aus, und hatte kaum angefangen zu sprechen, als schon bestelltes Glockengeläute ertönte. Ein paar hundert Abgeordnete hatten theils Erklärungen über ihre Weigerung, zu wählen, theils auch Vorbehalte rücksichtlich der von ihnen mitvorgenommenen Wahl eingereicht. Der Präsident verlas diese nicht, zuwider dem regelmäßigen Gebrauch. Als wir ihre Verlesung forderten, befragte er die Versammlung, deren Mehrheit die Verlesung unserer Erklärungen verweigerte. In drei Stunden war dieses alles abgemacht. Wir fragen, welche Dringlichkeit der Umstände ein solches Ueberstürzen rechtfertigt? Denn wir kennen keine allgewaltig zu solch' betäubender Hast hindrängende Noth. Die Macht der Thatsachen wird unserem öffentlichen Widerspruche Nachdruck geben: von uns weisen wir ab die Verantwortlichkeit. Im „Weidenbusch" beräth und beschließt die Partei, welche die Mehrheit besitzt: in der Paulskirche wird nicht mehr berathen, sondern was im Weidenbusch beschlossen war, von ihr zum Beschlusse der Nationalversammlung erhoben. Das Gesetz der Mehrheit gilt in den Parlamenten, aber wir glauben nimmermehr, daß die in der Geschäftsordnung hingestellten Vorsichtsmaßregeln, deren Zweck ist, vor Uebereilung und Ungerechtigkeit zu schützen, Vorsichtsmaßregeln, die bei den untergeordnetsten Geschäften streng beobachtet werden, in so ernster und wichtiger Angelegenheit durch Mehrheitsbeschlüsse niedergeschmettert werden dürfen. Dies ist der Sachverhalt und das Verfahren. Richte darüber das deutsche Volk, richten seine Regierungen und Ständeversammlungen! (Folgen 60 Unterschriften.) (Frks. J.)

Frankfurt, 4. April. Soeben ist in „amtlicher Ausgabe" und in der am 29. März d. J. von der deutschen Reichsversammlung beschlossenen Form „die Verfassung des deutschen Reichs" bei C. Krebs-Schmitt dahier im Druck erschienen. Der Eingang lautet demnach: „Die deutsche verfassunggebende Nationalversammlung hat beschlossen und verkündigt als Reichsverfassung:" folgt der Wortlaut der Verfassung, am Schluß „zur Beurkundung" unterzeichnet von 366 Abgeordneten zur deutschen Reichsversammlung. — Bei der Kaiserwahl waren 538 Abgeordnete in der Paulskirche anwesend. Mithin haben mindestens 172 Abgeordnete die Reichsverfassung nicht unterzeichnet; unter ihnen die weitaus überwiegende Mehrzahl der Oesterreicher, Herrn v. Schmerling an der Spitze. Im übrigen finden wir in den Unterschriften, welche die Reichsverfassung als endgültig uns verkündigt, alle Parteien und Fraktionen der Reichsversammlung von der äußersten Rechten bis zu der äußersten Linken schon durch ihre bekannten Führer vertreten. Als die prägnanteste heben wir die Namen v. Radowitz, Gfrörer, Karl Vogt und Ludwig Simon hervor. (Fr. O.-P.-Z.)

†*† **Berlin**, 3. April. Als in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer Minister von Manteuffel die königl. Antwort auf die Anrede des Präsidenten der Frankfurter Deputation mittheilte, hörte man auf der Linken zischen, auf keiner Seite des Hauses ließ sich ein Beifall vernehmen.

†*† **Berlin**, den 3. April. Man ist oft berechtigt, bei sehr wichtigen politischen Fragen scheinbar unbedeutenden Vorkommnissen bei Hofe eine gewisse Wichtigkeit beizulegen, da sich dabei nur zu häufig Ansichten höchster Personen charakterisiren. So macht es denn auch jetzt in den dem Hofe näher liegenden Kreisen nicht ohne Grund Aufsehen, daß Seine Majestät die Gratulation eines hochgestellten Offiziers zu der deutschen Kaiserkrone angenommen habe — Eine gleiche Wichtigkeit und mit noch besserm Grunde ist man geneigt, dem Umstande, daß der König von Hannover bei der Durchreise der Frankfurter Deputation sich öffentlich in österreichischer Uniform zeigte, beizulegen. Die deutsche Frage und die damit verbundenen Verwickelungen werden immer ernster, Bayern mit Hannover vereint, gehören im Augenblick noch immer zur entschiedensten Opposition gegen das preussische Kaiserthum, einen mächtigen Rückhalt finden sie an Oesterreich. Die Diplomatie dieser drei Staaten findet Eingang bei andern Großmächten Europa's, um so mehr, als alle drei deutlich zu verstehen gaben, „daß bei der schwebenden Frage das Legitimitätsprinzip der europäischen Fürsten stärkste Stütze auf dem Spiele steht." Mit ganz andern Augen betrachtet die Majorität unserer beiden Kammern diese Angelegenheit. Die Antwort Seiner Majestät an die Frankfurter Deputation hat die Majorität in die entschiedenste Opposition versetzt, die Ansicht derselben fand ihren Ausdruck in dem v. Vincke'schen Antrag. Die Antwort, welche im Wesentlichen dasselbe besagte, als die gestern in der Kammer von dem Ministerpräs. abgegebene Erklärung, von der Verständigung mit den deutschen Fürsten sprach und der „nothwendigen ausreichenden Macht" nicht unerwähnt ließ, konnte der Partei des Herrn v. Vincke eben so wenig, wie der Deputation des Frankfurter Parlaments selbst genügen. Die Deputation schien überdieß über den Empfang, der ihr zu Theil geworden, nicht erfreut, mochte sie den Empfang bei der Audienz selbst oder den in der Stadt meinen, ihre Nichtbefriedigung fand bei beiden so manchen Grund. Es war ihr zu Ohren gekommen, wie man sich Seitens mehrerer Mitglieder der ersten Kammer bemüht hatte, die Erlaubniß zu dem Aufpflanzen deutscher Fahnen zu erlangen, und wie das von dem General v. Wrangel nicht erlaubt worden war, der ja selbst ein Ständchen, das man den greisen Arndt brachte, nur im Hofe des Hôtels zuließ. Solche polizeiliche Maaßregeln berührten die Ueberbringer der deutschen Kaiserkrone („die Kurfürsten," wie sie der Berliner Witz, einen Frankfurter Ausspruch adoptirend, nennt) unangenehm und die diplomatische Antwort des preussischen Kabinets durch Sr. Majestät war nichts weniger als geeignet, jene unangenehmen Eindrücke zu verwischen. Diese Mißstimmung der Deputation, welche nicht beseitigt wurde durch den militärisch prunkhaften äußerlichen Empfang im Schlosse, übertrug sich bald auf einflußreiche Mitglieder der Rechten der zweiten Kammer, welche mit den Frankfurter Herren während der Kammersitzung konferirten. Der Antrag des Herrn v. Vincke gilt keinem andern Zwecke, als dem Sturze des gegenwärtigen Ministeriums. Hatte die Vincke'sche Partei sich auch bald als nicht ministeriell hingestellt, so wünschte sie doch sehnlichst einen anderen Rücktritt des Gouvernements als einen parlamentarisch erzwungenen. Jetzt wird sie unverrückt auf die Bildung eines Kabinets in ihrem Sinne (etwa Auerswald) hinarbeiten.

Die schon seit lange umlaufenden Gerüchte von dem Rücktritte des Ministeriums erhalten eine wesentliche Stütze in der öffentlichen Meinung durch die Wendung, welche die deutsche Frage in den letzten Tagen genommen hat. Man glaubt, es werde der Krone darum zu thun seyn, durch strenges Festhalten an allen konstitutionellen Bräuchen jede aus solchen Rücksichten sich ergebende Antipathie zu neutralisiren. Eine Partei, welcher Männer von bedeutendem persönlichem Einfluß auf die Entschließungen des Königs angehören, ist gerade in diesem Augenblick bemüht, derartige Erwägungen geltend zu machen. Man hat u. A., wie wir aus guter Hand erfahren, auf den bedeutenden Dissens hingewiesen, in welchem die Minister gerade in der deutschen Frage sich mit der Mehrheit des deutschen Volkes befinden. Eine Schrift, die auch sonst sich eine hohe Beachtung zu verschaffen gewußt hat — die Rechtfertigung des Ministeriums Eichhorn von dem Geh. Rath Eilers — enthält jedoch nach einem wörtlichen Diktat eine mündliche Aeußerung des Königs, welche wenigstens bei Denen, die nach den Ereignissen des verflossenen Jahres noch geneigt seyn möchten, aus früheren Aeußerungen Konsequenzen zu ziehen, die Wirksamkeit solcher Erwägungen erheblich in Frage zu stellen geeignet erscheint. Schon im Jahre 1842 soll der König erklärt haben, er halte es für eine unedle Politik, mit konstitutionellen Formen in Deutschland eine preussisch-hegemonische Propaganda zu treiben! „Die deutsche Politik Preussens", so soll der König sich ausgesprochen haben, „ist so entschieden eine Politik des Vertrauens, daß jenes schon an sich höchst subalterne Manöver sein ganzes Verhältniß zum gemeinschaftlichen großen Vaterlande zerstören mußte. Indem Preussen seine Zustände immer inniger mit Deutschland verflicht, darf es das Vertrauen Deutschlands fordern und hat sich dasselbe bereits erworben. Man weiß hinreichend, daß Preussen die politischen Zustände anderer Länder achtet, und jedes Einflusses auf deren innere Angelegenheiten sich enthält, daß es das große Gesammtwohl oft mit Verläugnung eigener Sonderinteressen zu fördern strebt, und auch bei dem einmal genommenen Standpunkte stets mehr zu fördern streben muß: in der mächtigen Einheit des deutschen Vaterlandes nach Außen, in der Freiheit seiner Rechtszustände nach Innen findet Preussen den Frieden Europa's, Deutschlands Wachsthum und sein eigenes davon untrennbares Gedeihen gesichert. Für diese Zwecke hat Preussen das Vertrauen Deutschlands, sowohl des konstitutionellen, als des nicht-konstitutionellen, sich zu eigen gemacht: eine Konstitution ist dazu nicht nöthig; ja, gar leicht könnte die Wirkung eine entgegengesetzte seyn."

Kiel, 30. März. Die Dänen haben unseren Hafen blockirt. Schiffen, unter diesen auch einem englischen, die in diesem einpassiren wollten, haben sie den Eingang gewehrt. (Alt. M.)

Von der Niederelbe. Folgende deutsche Staaten sind jetzt in Schleswig-Holstein durch Continente vertreten: (Schleswig-) Holstein, Hannover, Bayern, Königreich Sachsen, Preussen, Kurhessen (Infanterie, Kavallerie, Artillerie, großentheils auch Pioniere), Braunschweig, Hessen-Darmstadt, Nassau (Artillerie), Würtemberg, Baden, Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Gotha, Sachsen-Altenburg, Reuß (Infanterie), Bremen, Lübeck, Hamburg (Kavallerie). Die in den Herzogthümern am 1. April stehende Macht beläuft sich schon auf etwa 60,000 Mann. — Es erregt hier nicht geringes Aufsehen und große Indignation, daß der preussische Generalkonsul Hebeler in London, ähnlich wie er es im vorigen Jahre gethan, die deutschen Schiffseigenthümer hinters Licht geführt hat. Da sind die Dänen in Hamburg besser unterrichtet, und wenn auch ihre Prophezeihung, daß der König unfehlbar am 27. März die Königsau überschreiten werde, sich als falsch erwiesen hat, so war sie doch wenigstens auf Fakta basirt, wie sie bis zum 24. März, d. h. bis zur Erklärung des dänischen Ministeriums in der geheimen Reichstagssitzung, vorlagen. (Wes. Z.)

Stuttgart, den 3. April. Heute wurde dem Präsidium der Kammer der Abgeordneten von dem Ministerium des Innern der Gesetzentwurf, betreffend die Einberufung einer Versammlung von Volksvertretern zu Berathung einer Revision der Verfassung mitgetheilt. (Schw. M.)

Französische Republik.

† **Paris**, 2. April. Die Crême der hiesigen deutschen Flüchtlinge (Herwegh, Rasch, Rempel, Benst rc. die neulich die Wiener Revolution bei Champagner feierte) protestirt im heutigen Peuple auf sehr energische Weise gegen das barbarische Verfahren, das die französische Polizei gegen den preussischen Offizier August Willich in demselben Augenblicke einleiten ließ, wo derselbe an der Spitze einer neuen deutschen Legion den italienischen Brüdern zu Hülfe fliegen wollte. Laut dieser Protestation wurde Willich geschlossen von Lyon nach Genf transportirt, wo er wohl bereits eingetroffen seyn und bei den dortigen Patrioten eine freudige Aufnahme gefunden haben wird.

Heute (2. April) führt die Polizei das ministerielle Verbot des Journaldetailverkaufs an den Straßen-Ecken aus. Wir sind neugierig, ob das keinen Krawall absetzen dürfte. Wir sehen an vielen Straßen-Ecken so eben (2 Uhr) immer noch dieselben Verkäufer. Hätte Hr. Rebillot seine Ordonnanz zurückgezogen?

Bourges, den 1. April. Die ganze heutige Sitzung war den Repliken der Vertheidiger gewidmet und wurde schließlich auf morgen um 10 Uhr vertagt.

Rußland und Polen.

Von der russischen Grenze. Im vorigen Jahre wurden alle möglichen Gerüchte von dem Anmarsche der Russen verbreitet, und sie kamen nicht. In diesem Jahre kann die Sache wirklich Ernst werden, denn die Fäden der russischen Politik sind jetzt so offen zu erkennen, daß ich, der ich bisher in Bezug auf alle jene Gerüchte ein großer Skeptiker war, selbst die Ueberzeugung von den bevorstehenden größten Verwickelungen gewonnen habe. Ein russischer General erhielt vor wenigen Tagen den Befehl, unsere Grenze genau zu inspiziren, und mehrere höhere Offiziere äusserten gegen mich, daß sie die Ordre erwarteten, über die Gränze zu marschiren. Ausser den großen Truppenhäufungen neben der Grenze wird ein Armeekorps direkt von Moskau hierher detachirt, und ist dieses Armeekorps nur noch 30 Meilen

von seinem Bestimmungsorte entfernt. In Rossein, 8 Meilen von der Grenze, befindet sich der Generalstab. Der russische General hat ausserdem den Auftrag, das Terrain diesseits der russ. Grenzen genau in Kenntniß zu nehmen und namentlich erkundigte er sich nach den Wohnsitzen der preussischen Edelleute. Es stehen längs der Grenze gegenwärtig 150,000 Mann, und die Ingenieure haben Ordre erhalten, Lager abzustecken. — Diese Nachrichten gebe ich Ihnen mit Absicht so einfach und trocken, damit sich Jeder seinen eigenen Vermuthungen überlasse. Mehr als Hypothesen können wir doch Alle nicht aufstellrn, und die Lage der Dinge läßt hier für die verschiedenartigsten Ansichten Spielraum. (C. a. M.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Exp.-Nr. 422.

Bekanntmachung.

Die unterfertigte Behörde bringt hiemit zur öffentlichen Kenntniß, daß am

Donnerstag den 12. April c. Nachmittags 2 Uhr

im Kanalhafen bei Nürnberg die in den Steuergemeinden Gibitzenhof, Gostenhof und Höfen dem Kanale nicht unterliegenden, daher disponibeln Grundstücke und die Grasereien an den Meistbietenden für das Etatsjahr 1849 verpachtet werden, wozu man Pachtlustige hiemit einladet.

Nürnberg, den 3. April 1849.

Königliche Ludwig-Kanal-Section.

Purreiner.

Motz,
Rchgsfhr.

Dank.

Im Namen der Abgeordneten, die am 2., 3 und 4. April an den Verhandlungen des Arbeiterkongresses hieselbst Theil nahmen, spricht der Unterzeichnete, Schriftführer des Kongresses, seinen Dank aus für die rege Theilnahme, die die arbeitende Bevölkerung Nürnbergs den Verhandlungen desselben schenkte. Möge diese Theilnahme an der guten Sache zu Aller Wohl nimmer erkalten, damit das was gesagt und verhandelt, nicht blos leeres Wort bleibe, sondern zur frischen lebendigen That werde

Einheit macht uns stark. Entschiedenheit führt uns zum Ziel.

Nürnberg, den 5. April 1849.

Friedrich, von München.

Anzeige und Abrechnung.

Für Robert Blum's Kinder gingen bei uns ein laut uns. Anzeige vom 4. Januar. ... fl. 780. 34 kr.

Dazu Zinsen auf Bankschein:

von fl. 500 à 2 pCt v. 12. Dez. bis 1. April fl. 2. 56 kr.

von fl. 250 à 2 pCt. v. 11. Jan. bis 1. April fl. 1. 6 kr.

Seitdem gingen ferner ein von H Engelhardt und Bock: Nutzen auf verkaufte Hutzeichen .... fl. 5. 21 kr.

Von der Red. der Mittelfr. Zeitung .. fl. 38. 18 kr.

Im Ganzen fl. 828. 17 kr.

Davon ab:

Für Insertions-Gebühren im Correspondenten v. u. f. D. .... fl. 1. 48 kr.

Für Einsammeln von Beiträgen durch Lohndiener Niederreuther für 11 Tage .... fl. 11. — kr. } fl. 12. 48 kr.

bleiben fl. 815 29 kr.

Obigen Betrag senden wir an das Comité (Adr. Hrn. Reichstagsabgeordneten C. Vogt) in Frankfurt a/M., welches den Empfang öffentlich bestättigen wird.

Die Originalliste der eingesammelten Beträge ist in der Exped. der Mittelfr. Ztg. aufgelegt

Sämmtlichen Gebern so wie allen Redaktionen öffentlicher Blätter, welche so bereitwillig sich der unentgeldlichen Aufnahme der betreffenden Inserate unterzogen, sagen wir unsern besten Dank.

Nürnberg, den 2. April 1849.

Gebrüder Schmitt.

NB. Auch um gefällige Aufnahme dieser Anzeige werden die verehrlichen Redaktionen öffentlicher Blätter ersucht.

Anzeige für Auswanderer.

Der Unterzeichnete befördert fortwährend Passagiere nach

Newyork, Baltimore, Neworleans, Philadelphia, Galveston, St. Francisco, und Port Adelaide in Südaustralien.

Die Ueberfahrts-Preise sind etwas ermäßigt worden, und die Expeditionen leiden, auch im Falle die Weser blokirt werden sollte, dennoch keine Unterbrechung.

Nürnberg, den 5. April 1849.

N. F. Pröhl.

Freie christliche Gemeinde.

Sonntag den 8. dieses früh 10 Uhr Gottesdienst im Katharinen-Saal, geleitet durch Prediger Bäthig.

Der Vorstand.

(Empfehlung.) Die von Sr. Majestät den Veteranen des russ. Feldzugs verliehenen Armee-Kreuze, empfehle ich in kleinerer Facon den Herren Veteranen zu gefälliger Abnahme.

Nürnberg.

J. F. Steltner, Medailleur und Gürtler S. Nr. 495 Burgstraße.

Abonnements-Einladung.

Die seit dem Erscheinen der „Neuen Passauer Zeitung“ sowohl **in loco** als **auswärts** sich gegen früher schon um das Doppelte gesteigert habende Leser-Anzahl berechtigt uns zu der bescheidenen Annahme, daß nach dem früher dargelegten ausführlichen Programm: **den Anforderungen der Zeit im Geiste derselben möglichst zu genügen**, unser Streben lohnende Anerkennung und Theilnahme gefunden habe. — **Durch Licht zur Wahrheit** — durch **Wahrheit zum Recht!** — Diesem Ziele werden wir auch fernerhin zustreben, ohne Einfluß der Extravaganzen von rechts oder links. — Gleichwie wir bisher den vaterländischen Angelegenheiten unausgesetzt in leitenden und referirenden Artikeln die schärfste Aufmerksamkeit gewidmet haben, so werden wir auch fernerhin dasselbe Augenmerk demselben Gegenstande widmen, und namentlich die mit **21. April** wieder beginnenden **Landtags-Verhandlungen** in der beliebten bündigen, alle wichtigen Momente berührenden Form besprechen. Unsere Verbindungen setzen uns in den Stand, alle Verhandlungen und Ergebnisse sogleich nach dem Stattfinden wiedergeben zu können. Der Politik und den Ereignissen des **Auslands**, insoferne sie unser allgemeines und engeres Vaterland berühren, oder sonst ein wichtiges Interesse bieten, wird gebührende Rechnung getragen werden.

Die immer weiter sich ausdehnende Verbreitung unseres Blattes eignet dasselbe gegenwärtig zu allen amtlichen und Privat-Bekanntmachungen, und indem wir den allseitig mit Ihrem Vertrauen uns beehrt habenden unseren Dank aussprechen, empfehlen wir uns Denselben und allen sich künftig neu an uns wenden wollenden zur promtesten und billigsten Bedienung.

Man abonnirt auf die „**Neue Passauer Zeitung**“ **auswärts** bei allen königl. Postämtern und Expeditionen; Bestellungen in loco oder für die nächste Umgebung auf Botenweg werden im Expeditions-Bureau der „N. P. Z.“ Rosengasse **Nr. 458** zu jeder Zeit entgegen genommen.

Wir bitten, die Bestellungen so zeitig wie möglich zu machen, um den Verlag darnach einrichten zu können.

Redaktion der Neuen Passauer Zeitung.

MUSEUM.

Dienstag den 10. d. Mts.:

kleiner Ball.

Anfang 7 Uhr.

Nürnberg, 5. April 1849.

Der Vorstand.

St. Leonhard.

Den 1. und 2. Osterfeiertag Harmonie-Musik. Entrée à Person 3 kr., Familien 6 kr.

A. Feldmann.

Rohlederers-Garten.

Sonntag den 8. April, als am ersten Osterfeiertag, findet die 4. Produktion von dem „bekannten Streich-Quartett statt, wozu ergebenst einladet

Anfang 4 Uhr

G. Funkel.

Goldener Hirsch

an der Lauferstrasse.

Sonntag den 1. Osterfeiertag

Gesangs-Unterhaltung von Herrn Fischer,

wobei neue Lieder und mehrere Piecen auf zwei chromatischen Zithern vorgetragen werden. Zu recht zahlreichem Besuche ladet ergebenst ein

Sturm

Einladung.

Montag den zweiten Osterfeiertag „Gesang-Unterhaltung von Herrn Fischer“

im Gasthaus zum deutschen Haus in Gostenhof,

wobei neue Lieder und auf zwei chromatischen Zithern mehrere Piecen vorgetragen werden Zu recht zahlreichem Besuche ladet hiemit höflichst ein

J. Neubauer

Schießhaus St. Johannis.

Am ersten Osterfeiertag Nachmittag produziren sich die Wanderer Wehefritz und Consorten mit ganz neuen Vorträgen und Doppelgesprächen, wozu ergebenst einladet

Kellermann.

Goldner Baum auf der Füll.

Am ersten Ostertag Abends produziren sich die Wanderer. Wozu ergebenst einladet

Wittmann.

Goldner Schwan in Wöhrd.

Am zweiten Ostertag Nachmittag Produktion von den Wanderern. Wozu ergebenst einladet

Pfirsch.

Einladung.

Wir geben uns die Ehre, nicht nur unsere hiesigen Gönner, sondern auch die Bewohner der Vorstadt Wöhrd und dessen Umgebung für den zweiten Feiertag Nachmittag zu einer Produktion zum „goldnen Schwan“ in Wöhrd höflichst einzuladen.

Wehefritz. Däubler. Zizmann.

Hummelstein.

Sonntag den 8 und Montag den 9. April, als am 1. und 2. Osterfeiertag, ist gutbesetzte Harmoniemusik, wozu hiemit höflichst einladet

J. Fahner.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Am ersten Osterfeiertag Produktion vom

Kleeblatt.

Da sich mit dieser Produktion die Winter-Unterhaltungen schliessen werden, so bittet um recht zahlreichen Besuch

Neubauer.

(Anerbieten.) Ein junger kräftiger Mensch kann als Durchzieher sogleich bei C. Hoffmann in Steinbühl Beschäftigung erhalten.

(Anerbieten.) Ein junger Kaufmann kann unter billigen Bedingungen ein Handlungsgeschäft übernehmen. Schriftliche Anfragen unter A. F. besorgt die Exped. d. Bl.

(Verloren) Ein Brief an Herrn Kellner jun. wurde Mittwoch Abends verloren. Der redliche Finder wird gebeten, solchen auf der Füll bei Hrn. Kellner jun. gegen ein Trankgeld abzugeben.

(Zu verpachten.) An einen Gartenfreund ist ein kleines Gärtchen, mit laufendem Wasser versehen, zu verpachten, und könnte auch ein freundliches Zimmer, worin man die Aussicht in einen größeren Garten hat, mit oder ohne Möbeln dazu gegeben werden.

(Zu verkaufen.) Ein fast neuer Tuchrock für eine Person mittlerer Statur ist billig zu verkaufen, unterm weißen Thurm Nr. 420.

(Zu verkaufen.) In einer lebhaften Strasse ist eine Wirthschaft mit sehr guter Nahrung Familienverhältnisse wegen zu verkaufen. — Näheres unter A. N. durch die Exped. d. Bl.

(Zu verkaufen.) Junge Königshunde, 13 Wochen alt, sind in L. Nr. 110 Königsstrasse zu verkaufen.

(Lehrling-Gesuch.) Ein junger Mensch von ordentlichen Eltern kann unter annehmbaren Bedingungen in die Lehre treten bei

J. J. Heydolph, Bürstenmachermeister in Wöhrd.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen sucht in einem Laden unterzukommen, kann Kaution leisten, und man sieht mehr auf freundliche Behandlung als auf großes Salär.

(Gesuch.) Man sucht ein kleines Geschäft zu kaufen. Schriftliche Anträge wollen unter Lit. Z. in der Exped. d. Blattes abgegeben werden

(Gesuch.) Ein Mädchen vom Lande, 15 bis 16 Jahre alt, wird in Dienst zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) Ein sich gut rentirendes Spezereigeschäft wird sogleich zu kaufen gesucht. Näheres unter Chiffre G. Z. in der Exped. d. Bl.

(Gesuch) Eine Köchin, die sich willig aller Hausarbeit mit unterzieht, sehr treu und fleißig ist, sucht bis nächstes Ziel eine Unterkunft.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 8 April 1849. № 98. Sonntag: Apollonius.

Deutsche Staaten.

Fassung entschied sich indeß nur eine Minderheit von 10 gegen 12

Extra-Beilage zu Nro. 96 der Mittelfränkischen Zeitung.

Freitag den 6. April 1849.

Berlin, den 3. April. Die in Folge der Wahl des Reichs-Oberhaupts für Deutschland abgeordnete Deputation der deutschen National-Versammlung in Frankfurt a. M., welche gestern Nachmittag hier eingetroffen war, ist von Sr. Majestät dem Könige heute Mittag um 12 Uhr im Ritter-Saale des Königlichen Schlosses im Beisein der Prinzen des Königlichen Hauses und des Staats-Ministeriums empfangen worden. Nachdem der Präsident des Staats-Ministeriums, Geaf von Brandenburg, die Deputation eingeführt hatte, hielt der Präsident der deutschen National-Versammlung, Simson, folgende Anrede:

Die verfassunggebende deutsche National-Versammlung, im Frühling des vergangenen Jahres durch den übereinstimmenden Willen der Füesten und Volksstämme Deutschlands berufen, das Werk der deutschen Verfassung zu Stande zu bringen, hat am Mittwoch, den 28. März des Jahres 1849, nach Verkündigung der in zweimaliger Lesung beschlossenen deutschen Reichsverfassung, die in derselben begründete erbliche Kaiserwürde auf Seine Königl. Majestät von Preussen übertragen.

Sie hat dabei das feste Vertrauen ausgesprochen, daß die Fürsten und Volksstämme Deutschlands großherzig und patriotisch in Uebereinstimmung mit der Nationalversammlung die Verwirklichung dieser von ihr gefaßten Beschlüsse mit aller Kraft fördern werden.

Sie hat endlich den Beschluß gefaßt, den erwählten Kaiser durch eine Deputation aus ihrer Mitte ehrfurchtsvoll einzuladen, die auf ihn gefallene Wahl auf Geundlage der Verfassung annehmen zu wollen. In der Vollziehung dieses Auftrags stehen vor Ew. Majestät der Präsident der Reichsversammlung und 32 ihrer Mitglieder in der ehrfurchtsvollen Zuversicht, daß Ew. Maj. geruhen werden, die begeisterten Erwartungen des Vaterlandes, welches Ew. Maj. als den Schirm und Schutz seiner Einheit, Freiheit und Macht zum Oberhaupte des Reichs erkoren hat, durch einen gesegneten Entschluß zu glücklicher Erfüllung zu füheen.

Se. Majestät der König erwiederte hierauf nachstehende Worte:

Meine Herren!

Die Botschaft, als deren Träger Sie zu mir gekommen sind, hat mich tief ergriffen. Sie hat meinen Blick auf den König der Könige gelenkt, und auf die heiligen und unantastbaren Pflichten, welche mir als dem Könige meines Volkes und als einem der mächtigsten deutschen Fürsten obliegen. Solch ein Blick, Meine Herren, macht das Auge klar und das Herz gewiß.

In dem Beschluß der deutschen National-Versammlung, welchen Sie, Meine Herren, mir überbringen, erkeane ich die Stimme der Vertreter des deutschen Volkes. Dieser Ruf giebt mie ein Anrecht, dessen Werth ich zu schätzen weiß. Er fordert, wenn ich ihm folge, unermeßliche Opfer von mir. Er legt mir die schwersten Pflichten auf.

Die deutsche National-Versammlung hat auf mich vor Allen gezählt, wo es gilt, Deutschlands Einheit und Kraft zu gründen. Ich ehre ihr Vertrauen, sprechen Sie ihr meinen Dank dafür aus. Ich bin bereit, durch die That zu beweisen, daß die Männer sich nicht geirrt haben, welche ihre Zuversicht auf meine Hingebung, auf meine Treue, auf meine Liebe zum gemeinsamen deutschen Vaterlande stützen.

Aber, Meine Herren, ich würde Ihr Vertrauen nicht rechtfertigen, ich würde dem Sinne des deutschen Volkes nicht entsprechen, ich würde Deutschlands Einheit nicht aufrichten, wollte ich, mit Verletzung heiliger Rechte und meiner früheren ausdrücklichen u. feierlichen Versicherungen, ohne das freie Einverständniß der gekrönten Häupter, der Fürsten und der freien Städte Deutschlands, eine Entschliessung fassen, welche für sie und für die von ihnen regierten deutschen Stämme die entscheidendsten Folgen haben muß.

An den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten wird es daher jetzt seyn, in gemeinsamer Berathung zu prüfen, ob die Verfassung dem Einzelnen wie dem Ganzen frommt, ob die mir zugedachten Rechte mich in den Stand setzen würden, mit starker Hand, wie ein solcher Beruf es von mir fordert, die Geschicke des großen deutschen Vaterlandes zu leiten und die Hoffnungen seiner Völker zu erfüllen.

Dessen abee möge Deutschland gewiß seyn, und das, Meine Herren, verkündigen sie in allen seinen Gauen: Bedarf es des preussischen Schildes und Schwertes gegen äußere oder innere Feinde, so werde ich, auch ohne Ruf, nicht fehlen. Ich werde dann getrost den Weg meines Hauses und meines Volkes gehen, den Weg der deutichen Ehre und Treue! Se. Majestät ließ sich hierauf durch den Präsidenten Simson die einzelnen Mitglieder der Deputation vorstellen und unterhielt sich mit denselben längere Zeit.

Die Deputation ist von Sr. Majestät zum Diner heute Mittag in Charlottenburg eingeladen. (Pr St.-Anz.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Resultate der gemeinsamen Berathung der deutschen Regierungen abhängig gemacht werden, so wird — wir dürfen das nicht verschweigen — eine so lange Verzögerung des hochwichtigen Werkes vielleicht das Werk selbst gefährden und zerstören. Wir wiederholen daher nochmals in Ehefurcht die dringende Bitte: Ew. Maj. wollen die oft bewährte deutsche Gesinnung aufs Neue bestätigen und — unter Voraussetzung der Zustimmung der betreffenden deutschen Regierungen — die Würde eines Oberhauptes des deutschen Bundesstaates ohne Zögerung übernehmen. Bei der Abstimmung entschied sich die Kommission mit 12 gegen 10 Stimmen fur die Verwerfung dieser Fassung.

Sodann legte der Abgeordnete v. Kirchmann den nachfolgenden Adreß-Entwurf vor: Königliche Majestät! Die verantwortlichen Räthe der Krone haben uns die Antwort mitgetheilt, welche Ew. Majestät der Deputation der Deutschen National-Versammlung auf die Botschaft wegen Ew. Majestät Wahl zum deutichen Kaiser ertheilt haben. Ew. Majestät haben darnach die Annahme der Wahl von dem Einverständniß mit den gekrönten Häuptern und freien Städten Deutschlands und von den Erwägungen der Regierungen der deutschen Einzel-Staaten über die deutsche Verfassung abhängig gemacht. Erschüttert von dem Gedanken an die Gefahren solcher Ew. Majestät von Ihren verantwortlichen Ministern angerathenen Grundsätze, und erfüllt von der Größe und dem Ernste des Augenblicks, nahen wir, die Vertreter eines großen deutschen Volksstammes, nochmals Ew. Majestät. Mögen Ew. Majestät nicht zögern, mögen Ew. Majestät die Wahl jetzt annehmen, und auf Grund der beschlossenen Verfassung den Kaiserthron Deutschlands besteigen. Ein kühnes und entschlossenes Ja, es wird durch ganz Deutschland wiederhallen, ein solches Ja wird dem deutschen Volke die Bürgschaft seyn, daß sein Kaisee die volle Einheit, die ganze Freiheit und die wahre Ordnung von ganz Deutschland pflegen und schirmen werde. Die Frage ist groß, lassen Ew. Majestät groß auch die Antwort seyn. Auch für diese

fassung komme [illegible] Punkte in Erwägung zu ziehen, er stimme für Mittwoch und fordere das Präsidium auf, füe ein vollständiges Exemplar der Frankf. Verfassung zu sorgen. — Grf. Dyhrn: Sie bekommen sie für 2Sgr. Graf Itzenplitz hält nach der heutigen Ministerial-Erklärung den Antrag nicht für so dringend. — Kuh: er ist nach der Erklärung eben so dringend, als er vorher gewesen. — Seeger: man möge sich nicht übereilen, es gelte dem Gewinn und möglicherweise dem Verlust einer Krone, man möge an das katholische Deutschtand denken und eine so wichtige Frage reiflich überlegen, man möge sich hüten, daß die Krone, anstatt aus Gold, nicht aus Blut gemacht werde. — Gerlach: man möge die nächste Sitzung auf Mittwoch anberaumen und den Wiederhall, den die gerechte und weise Politik Sr. Maj. Regierung hervorrufen werde, abwarten. — Die Majorität enscheidet sich für Mittwoch. — Schluß 11¾ Uhr.

(Sitzung der 1. Kammer am 4. April. Nachm. 4 Uhr.) Die Sitzung wird von dem Vicepräsidenten v. Wittgenstein eröffnet; es sind nur etwa die Hälfte der Mitglieder anwesend, auch Dahlmann bemerkt man unter ihnen. v. Wittgenstein: Es ist von dem Ministerpräsidenten an den Präsidenten der 1. Kammer eine telegraphische Depesche aus Potsdam eingegangen, worin angezeigt wird, daß das Ministerium der 1. Kammer Mittheilungen zu machen wünsche. Ich habe in Folge dieser Depesche Sie m. H. zusammenberufen. Minister Graf Arnim: Ich bin ermächtigt, eine Cirkular-Depesche, die heute Abend an die Bevollmächtigtigten bei den verschiedenen deutschen Regierungen abgeht, der Kammer mitzutheilen. Er verliest hierauf die Cirkular-Note (siehe den Bericht über die 2. Kammer. (Bravo und Zischen.) Graf Dyhrn will einen Antrag stellen, daß die Vertagung bis künftigen Mittwoch, welche heut Morgen beschlossen, wieder aufgehoben werde. Er verlangt Zählung der Anwesenden. — Mehrere Mitglieder der Rechten verlassen den Saal (Unwillen links.) Sperling:

Man möge die Namen der Mitglieder, die sich entfernenen, in's Protokoll aufnehmen. Graf Dyhrn entgegnet auf den Einwand des Präsidenten, daß sein Antrag nach dem Geschäftsreglement gedruckt seyn müsse, auch in Folge des heutigen Beschlusses schon eine Anzahl Mitglieder die Stadt verlassen hätten, daß er bereits Zählung verlangt habe. Der Hr. Präs. habe die Kammer heut Nachmittag zusammengerufen, es müsse also der Vers., sey sie anders der Kammer und nur als solche könne sie die vorigen Mittheilungen vom Ministertisch entgegen nehmen, frei stehen einen Beschluß zu fassen. (Graf Arnim verläßt den Saal.) Der Namensaufruf beginnt, es sind nur 70 Mitglieder anwesend und die Versammlung nicht beschlußfähig. Man geht daher auseinander.

Im Vorsaale des Sitzungslokals kam es zu sehr ernsthaften unangenehmen Scenen; es hielt sich dort eine Anzahl Mitglieder der Rechten während der Namensverlesung auf, einige Mitgl. der Linken machten den HH. deshalb Vorwürfe und unsere aristokratischen Pairs bewiesen die Rechtmäßigkeit ihres Ausbleibens auf eine so plebejische Art, daß der furchtbare Lärm im Sitzungssaale störte und es nur einigen Besonnenen gelang, noch Schlimmeres abzuwehren.

[II. Kammer. Sitzung vom 4 Uhr.] Um 4 Uhr ist der Saal bereits gefüllt, die Tribünen überfüllt. Die Abgeordneten sind in Gruppen mit lebhafter Unterhaltung beschäftigt. Auf den Tribünen bemerkt man einen großen Theil der Frankfurter Abgeordneten, der Saal durch an den Wänden angebrachte Lampen zur Erleuchtung eingerichtet. Man scheint bis in die Abendzeit debattiren zu wollen. Die Frankfurter theilen einander mit, „daß das Ministerium seine Entlassung genommen habe.“ Gegen halb 5 Uhr wird die Sitzung eröffnet. Grabow präsidirt. Während der Verlesung des Protokolls erscheinen die Minister Graf Brandenburg (in großer Uniform), v. Strotha, v. Manteuffel, v. d. Herdt, v. Rabe. Die Sitze der Abgeordneten, namentlich zur Linken, sind ziemlich leer. Der Präsident zeigt die Konstituirung der Fachkommissionen an. Der Ministerpräsident: Die Regierung hält es für angemessen, der hohen Kammer dasjenige mitzutheilen, was in Folge der Antwort, die Se. Maj. der Deputation der deutschen Nat.-Vers. ertheilt hat, geschehen ist. Es ist eine Note an die bevollmächtigten Vertreter Preussens bei den deutschen Regierungen erlassen, die dahin lautet: (der Ministerpräs. verliest die Note.) Sie geht dahin: Die Eröffnung, welche Se. Maj. der Frankf. Deputation gemacht habe, erhelle aus der Anlage. Diese Rede bedürfe keiner weiteren Deutung. Während auf der einen Seite die Bedeutung des von der Nat.-Vers. gefaßten Beschlusses nach dessen vollem Gewicht anerkannt werde und über die Bereitwilligkeit Preussens, dem an den König ergangenen Rufe zu genügen, kein Zweifel gelassen sey, sey anderswo bestimmt ausgesprochen, daß die Verfassung und die angetragene Wahl nur im Wege der Vereinbarung und nur durch freies Einverständniß der Regierungen zur vollen Rechtsgültigkeit gelangen könne. Um selbst den Schein eines indirekten Zwanges zu vermeiden, sey die Annahme der Wahl auch selbst nicht, wie von vielen Seiten erwartet wurde, unter dem Vorbehalt einer nachträglichen Zustimmung ausgesprochen worden. Die Regierung habe das Bewußtseyn, so viel an ihr sey, die Geschicke Deutschlands zu fördern, sie sey sich dessen um so mehr bewußt, je größer die Zurückhaltung sey, die sie sich in dieser Sache zur Pflicht gemacht habe. Sie halte sich für eben so berechtigt als verpflichtet, ein offenes Wort an die übrigen Regierungen zu richten. In Betracht, daß der Reichsverweser die Entschließung gefaßt habe, seine Stelle niederzulegen und der großen Gefahren, welche Deutschland hieraus erwachsen könnten, seyen Se. Maj. bereit, auf den Antrag der Regierungen und unter Zustimmung der deutschen Nat.-Vers., die provisorische Leitung der Reichsgewalt zu übernehmen. Se. Maj., eingedenk der Ansprüche, welche ihm seine Stellung in Deutschland anweise, sey geneigt und entschlossen, an die Spitze eines Bundesstaates zu treten, der sich bildet aus denjenigen Staaten, die sich für einen freiwilligen Beitritt entscheiden. Die Form dieses Bundesstaates werde wesentlich davon abhängen, wie viele und welche Staaten sich anschließen werden. Die Ausführung der gefaßten Beschlüsse dürfte jedoch nicht aufgehalten werden. Die Vertreter der preuss. Regierung werden nun veranlaßt, die Regierungen aufzufordern, daß sie ohne allen Verzug besondere Bevollmächtigte nach Frankfurt senden, welche über folgende Punkte bindende Erklärungen abzugeben autorisirt sind: 1) über den Beitritt zum Bundesstaate und die Bedingungen, unter welchen derselbe erfolgen soll; 2) über die Stellung, welche die Regierungen zu der Nat.-Vers. und ihren Beschlüssen einzunehmen denken, mit der Maßgabe, daß unverzüglich die Vereinbarung über die Verfassung vorgenommen werde; 3) über das Verhältniß zu denjenigen Staaten, welche diesem Bundesstaate beizutreten Anstand nehmen, wobei es wünschenswerth erscheint, daß die neue Gestaltung den noch bestehenden Bundesverhältnissen angepaßt werde (Zischen links). — Die Regierung würde in längstens acht Tagen einen Bevollmächtigten nach Frankfurt senden, und darf sich der Hoffnung hingeben, daß die übrigen Regierungen mit gleichem Eifer ohne Verzug ihre Erklärungen abgeben würden. Die Regierung sey hiernach der zuversichtlichen Ueberzeugung, daß sie im Stande seyn werde, in spätestens 14 Tagen eine definitive Erklärung abzugeben. (Schwaches Bravo rechts, links anhaltendes Zischen.) Präs. Grabow: Die eben vernommene Erklärung ist so wichtig, daß ich den sofortigen Druck derselben veranlassen werde. Der Präs. bemerkt noch, eine Tagesordnung liege nicht vor, er werde deshalb die Abstimmungen über die vor dem Druck angenommenen Anträge vornehmen. Es geschieht. Die Bucher'sche Tagesordnung in Betreff der Justizorganisation, die gestern zum Beschluß erhoben wurde, wird bei der Zählung mit 150 gegen 146 verworfen. Es wird Abstimmung durch Namensaufruf vorgenommen.

Jetzt sind 146 für, 148 gegen die Tagesordnung; 38 haben gefehlt. Die Tagesordnung bleibt hiemit verworfen. Präs. Grabow spricht sich gegen die gestern beliebte Fragstellung aus. Er ist der Meinung, es müsse über die übrigen in Betriff der Einrichtung der Justizorganisation vorgeschlagenen Tagesordnungen abgestimmt werden. Moritz behauptet dasselbe in Beziehung auf seine Tagesordnung. Längere Diskussion hierüber; die Berufung auf den gestrigen Vorsitzenden v. Auerswald ist erfolglos, da derselbe sich entfernt hat (Heiterkeit). Es wird endlich auf Grabow's Vorschlag weitere Abstimmung beschlossen. Die Moritz'sche Tagesordnung wird angenommen. (Sie enthält gleichfalls ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium, jedoch in milderer Form, als die Bucher'sche Tag.-Ordng.) — Der Präsident setzt die nächste Sitzung auf morgen Mittag 12 Uhr an, da mehrere Mitglieder erklärt hatten, der morgende Tag sey kein Feiertag; Tagesordnung: der Vincke'sche Antrag in der Kaiserfrage. Schluß $6\frac{1}{4}$ Uhr.

†*† **Berlin**, 4. April. Die Frankfurter Deputation hat der Regierung Sr. Maj. eine Note zugefertigt, in der sie Deklarationen der gestrigen Antwort Sr. Maj. verlangt, in dem ihr gewordenen Bescheide glaubt sie eine Ablehnung der Kaiserkrone erkennen zu müssen. Die ganze Angelegenheit gibt natürlich Stoff zu den verschiedensten Kombinationen, eine der kühnsten ist gewiß die, welche von der Abdikation Sr. Maj. spricht und die ihren inneren Grund mit aus der angelegentlichen Unterhaltung der Prinzessin von Preussen mit den Frankfurter Deputirten schöpft. Daß vielerlei Gerüchte über den russischen Einfluß, der bei der gestrigen Antwort an die Deputation sich geltend gemacht haben soll, umlaufen, ist natürlich, man ist zu sehr geneigt, diesen in allen Handlungen der gegenwärtigen Regierung zu wittern.

Der Central-Ausschuß über den Waldeckschen Antrag hat sich mit 4 gegen 3 Stimmen für Aufhebung des Belagerungszustandes entschieden. Als Kommissar der Regierung figurirte bei den Verhandlungen dieses Ausschusses der Ministerialdirektor Puttkammer. Der von uns heute morgen seinem wesentlichen Inhalt nach mitgetheilte, von der äussersten Linken eingebrachte Antrag auf motivirte Tagesordnung lautet wörtlich wie folgt: „Die Kammer wolle beschließen: In Erwägung, daß die Einheit der deutschen Volksstämme nur dann einen Werth hat, wenn zugleich die in der Revolution erkämpfte Freiheit zur vollen Geltung gelangt; daß eine solche deutsche Einheit bei der freiheitsfeindlichen Politik, welche das gegenwärtige Ministerium sowohl in der deutschen Angelegenheit, als besonders in den Angelegenheiten Preussens bisher befolgt hat, durchaus nicht zu erwarten steht; daß endlich unter diesen Umständen eine neue Adresse an die Krone keinen günstigern Erfolg verspricht, als die früher beschlossenen, geht die Kammer über den Antrag zur Tagesordnung über.“

Die Kaiserfrage verdrängt alles andere Tagesgespräch. Man ist über die Auslegung, welche der Antwort des Königs auf das Anerbieten der deutschen Nat.-Vers. zu geben ist, hier in allen Kreisen vollkommen einig. Niemand zweifelt daran, daß die Antwort eine Ablehnung der Kaiserkrone aus der Hand der Volksvertretung seyn, und daß der Mangel der Unumwundenheit in dieser Ablehnung nur eine Reservation für den Fall ausdrücken soll, daß die gekrönten Häupter der Fürsten und die freien Städte den zurückgewiesenen Antrag der Nation wieder aufnehmen möchten. Privatäußerungen des Königs gegenüber einzelnen Mitgliedern der Frankfurter Deputation gehen hier in den verschiedensten Versionen von Munde zu Munde. Herr von Raumer scheint bei Hofe noch immer nur als der Rebell aus der Akademie der Wissenschaften gekannt zu seyn. Seine spätere patriotische und preussisch-loyale Richtung wurde völlig ignorirt. Ihm soll der König gesagt haben: Was Sie mir bringen, bringen Sie mir auch wohl nicht sehr gern. Bemerkenswerth ist die Unterhaltung des Königs mit Beseler. Der König soll sich nach dem Bruder des Professors, dem bekannten Mitgliede der schlesw.-holst. Regierung erkundigt haben. Dabei soll die Aeußerung gefallen seyn: über den Krieg von Dänemark seyen sehr falsche Gerüchte verbreitet worden, der König meine es mit seinen Unterthanen sehr gut. „Ich muß Ihnen gestehen, er hat meine ganze Achtung gewonnen.“ Dem Abg. Pannier aus Dessau soll die Bemerkung zu Theil geworden seyn: „Nun, Sie werden mit mir wohl übereinstimmen: gegen Demokraten helfen nur Soldaten!“ — Das sind Mittheilungen, die allgemein verbreitet sind und die wir, ohne die Richtigkeit oder Genauigkeit irgend verbürgen zu wollen, wiedergeben.

Die Frankfurter Deputation war gestern Abend im Opernhause. Eine besondere Loge war für diese Gäste reservirt, ein Magistratsmitglied führte sie ein. Bei ihrem Erscheinen brach das Publikum in enthusiastische Lebehochs aus, und verlangte: „Was ist des deutschen Vaterland?“ Der Vorhang hob sich, das Sängerchor der Oper war auf der Bühne und sang unter Theilnahme des Publikums das begehrte Volkslied. Ein neues Ballet folgte dieser Szene.

Schleswig, den 2. April. Ich beeile mich, Ihnen mitzutheilen, wofern es Ihnen nicht bereits aus anderer Quelle zuging, daß Lord Palmerston und Bunsen das dänische Ultimatum verworfen, daß Letzterer jetzt auch eine den Dänen früher gemachte Konzession zurücknahm, und daß nunmehr der dänische Gesandte im Namen seines Hofes erklärte, die Dänen würden nach dem 3. (2.?) April sofort den Krieg zu Lande und zu Wasser beginnen.

(Alton. M.)

Donaufürstenthümer.

Semlin, 28. März. Die „Srbs. Nov.“ berichten: „So eben erhielten wir aus Sissek eine Privatnachricht vom 18. März, daß das Oguliner Regiment die neue Verfassungsurkunde zerrissen und verbrannt habe, die sich mit der Freiheit der Militärgränze ein kühnes Spiel erlaubt, indem sie auch jetzt noch sich der Gränzen als eines Schildes deutscher Glorie und Größe bedienen will. Das 5. Liccaner Bataillon wollte dem Militärbefehl, nach Italien zu ziehen, nicht Folge leisten, sondern prügelte vielmehr, wie der Brief sagt, seinen Kommandanten durch. Auch hier in Pancova und Mitrowic äußerte sich große Unzufriedenheit mit der oktroyirten Verfassung und es scheint, daß verschiedene Zwistigkeiten unter der Nation bevorstehen, während Eintracht gegen den gemeinsamen Feind Noth thäte. Alles ist gereizt, und Gott weiß, wer im Stande seyn wird, den Frieden lange zu erhalten.

Französische Republik.

† **Paris**, 3. April. Der Schluß der gestrigen Sitzung zog sich bis nach 7 Uhr und endigte mit einem Tadelsvotum gegen den Minister Faucher, der sich nun vor der Budgetkommission wegen administrativer Korruption zu rechtfertigen hat. Das Votum ging mit 363 gegen 360 Stimmen durch. Faucher stellte z. B. alte Beamte Louis Philipps als Präfekten im Innern an, die bis dahin als erblindet schwere Pensionen bezogen hatten ꝛc.

Wir hatten gestern die wehmüthige Freude, 2 kleine Legionen von Savoyarden, Piemontesen, Sardiniern und sonstigen Italienern, die sich in der Eile gebildet, nach den Alpen abmarschiren zu sehen. Auch ein Häuflein Ex-Mobilgardisten hat sich ihnen beigesellt. Unter dem hundertfachen Rufe: Es lebe die französische und italische Republik! zogen die beiden Legionen, die Marseillaise singend, ab. Mögen wir sie einst wieder umarmen!

(2 Uhr.) Eben bringt der Eisenbahnzug das Urtel aus Bourges. Barbès und Albert sind zu lebenslänglicher Deportation (!), Blanqui zu zehnjährigem Gefängniß, Sobrier zu siebenjährigem Gefängniß, Raspail zu sechsjährigem Gefängniß, Flotte zu fünfjährigem Gefängniß und Quentin ebenfalls zu fünfjährigem Gefängniß verurtheilt worden. General Courtais, Degré (genannt le pompier,) Borme und Villain sind freigesprochen. Ueber Huber, der sich erst vorgestern stellte, ist Separatprozeß eingeleitet. Die übrigen Angeklagten sind in contumaciam verurtheilt. Der Urtelsspruch folgte gestern Abend 11 Uhr. Keiner der Angeklagten verzog auch nur eine Miene bei Anhörung des Urtels. Raspail sagte: „Es ist besser, verurtheilt zu werden, als zu verurtheilen.“ Als die Gefangenen aus dem Sitzungssaale geführt wurden, drückten Mehrere von ihnen ihren Vertheidigern die Hände. Barbès und Sobrier riefen: Es lebe die demokratisch-soziale Republik! So endigte der große Staatsprozeß des 15. Mai 1848. Um $11\frac{1}{2}$ Uhr Nachts verlief sich die Menge; die Sääle des mittelalterlichen Finanzjuden Jacques-Coeur wurden geleert; starke Patrouillen durchziehen die Stadt Bourges.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 3. April.] Anfang $12\frac{1}{2}$ Uhr.] Marrast läßt durch Stimmzettel die Zahl der Anwesenden ermitteln. Sie beträgt 530 Glieder. An der Tagesordnung ist das Budget des Ministeriums des Innern. Die Debatte rückte gestern Abend bis Kapitel 3. Kapitel 4 wird ohne Diskussion angenommen. Kapitel 5 (geheime Polizeiausgaben) wird bestritten. Der Ausschuß schlägt eine Ersparniß von 100,000 Franken vor. Faucher, Minister, hält dieselbe für den Generalpolizeidienst nachtheilig. Pierre Leroux unterstützt nicht nur die Reduktion, sondern eifert überhaupt fürchterlich gegen die Polizei. Ihr ursprünglicher Zweck, die Bürger zu bewahren, werde gänzlich verfehlt und sie sey nur noch da, um die Bürger zu quälen, Bankette zu stören. (Rechts: Daran thut sie sehr wohl!) Das ehrenwerthe Mitglied benützt diese Gelegenheit, um die Wuth zu geißeln, mit der Hr. Faucher die Klubs des Volkes verfolge. (Zur Abstimmung! Zur Abstimmung! von der Rechten.) Die Ersparniß wird angenommen. (Agitation.)

Italienische Staaten.

Die neuesten Briefe aus Südtirol über die Erstürmung Brescia's (am 1. April unter Haynau's Oberbefehl) lauten traurig genug. Den blutigen Gräueln, welche die Insurgenten vorher an den Oesterreichern, an allen Deutschen, die in ihre Hände gefallen, begangen hatten, entsprach auf schreckliche Weise die Wuth der erbitterten Soldaten. Der Sieg ward nicht ohne Opfer errungen: von den Offizieren verlor Generalmajor Graf Nugent das rechte Bein; Oberst Graf Favencourt erhielt einen Schuß durch die Brust; Oberstlieutenant Graf Militz, von den Aufständischen gefangen, ward von ihnen grausam ermordet; ein Major, zwei Hauptleute und mehrere andere Offiziere sind unter den Gebliebenen. — Der Herzog von Modena ist aus Brescello wieder nach seiner Hauptstadt zurückgekehrt.

Turin, den 2. April. Gestern ist die Deputirtenkammer aufgelöst worden. — Die neuesten Briefe aus Chambery (?) sprechen die Befürchtung aus, es möchte zu einer republikanischen Bewegung kommen, bei welcher eine französische Einschreitung, vielleicht Einverleibung nur zu nahe stände. (A. A. Z.)

Oesterreichische Staaten.

Aus Siebenbürgen, den 14. März. Die Verwüstungen und das Elend, welche bei uns der Krieg anrichtet, sind nicht zu beschreiben. Auf langen Strecken sind die Dörfer niedergebrannt, und die Menschen irren umher. Das freundliche Hermannstadt ist von den Horden des Generals Bem geplündert und steht wie verödet, da ein großer Theil der Einwohner sich geflüchtet hat. Fast alle männlichen Einwohner des Landes, welche Waffen tragen können, schließen sich an die eine oder die andere der kriegführenden Parteien an, um wenigstens Unterhalt zu finden. Man hofft und furchtet, daß die aus Hermannstadt gejagten Russen verstärkt zurückkehren werden, was dann neue Kämpfe und neue Verheerungen bringen wird. Zu all dem kommt die rauhe Witterung, welche die Flüchtlinge vollends aufreibt; denn wir haben vollen Winter mit tiefem Schnee und strenger Kälte. General Puchner wird mit seinen Truppen auf einen immer engeren Raum zusammengedrängt, und selbst der Rückzug nach Ungarn ist ihm so gut, wie abgeschnitten, indem die Magyaren und Szekler die beiden Hauptpässe, über Deva, so wie über Klausenburg und Hunyady besetzt haben. Durch die hohen und engen Gebirgspässe zu ziehen, ist bei der jetzigen Jahreszeit fast unmöglich. Im Plane der Magyaren scheint es zu liegen, die österreichische Armee gänzlich aufzureiben oder gefangen zu nehmen. Werfen wir einen Blick auf die Karte und sehen dabei auf die Stellung der Armeen, so ist zu fürchten, daß ihnen der Plan gelingen könne. Die ganze Linie von Hermannstadt bis nach Klausenburg ist in ihren Händen. Ebenso sind sie Herren des ganzen Ostens von Bistritz bis nach Kronstadt, wo die Russen sich noch halten. Uebrigens kommt uns die Hülfe, welche uns letztere bringen, theuer zu stehen, denn die uns von ihnen auferlegten Kontributionen sind beinahe unerschwinglich. Unser Land ist fast ganz in die traurige Lage der Vorzeit versetzt, wo es sich zuletzt in die Arme der Türken warf, um Rettung vor dem Untergang zu finden, und wenn es sich bestätigt, daß uns eine starke türkische Armee immer näher rückt, so dürfte sich jene Zeit treu wiederholen. — Unsere Felder werden diesen Sommer aus Mangel an Menschenhänden wüste liegen bleiben, so daß wir im Herbste einer Hungersnoth entgegen zu sehen haben. — Wir hatten bis jetzt noch immer auf Hülfe von der Buckowina her gehofft, aber die ist, wie jetzt die Sachen stehen, unmöglich, da jene Provinz sich selbst in Gefahr sieht und die dortigen Truppen an ihre eigene Vertheidigung denken müssen. (Schwäb. M.)

Breslau, 3. März. Wir sind in den Stand gesetzt, ein Aktenstück zu veröffentlichen, welches ein Licht auf die Stellung des vielgepriesenen Erzherzogs Stephans, des gebornen Ungarn, zu dem angestammten kaiserlichen Herrscherhaus und seine Gesinnung gegen die ihn verehrenden Magyaren zu werfen wohl geeignet ist. Es ist dies ein Bericht über den Zustand Ungarns und die anzuwendenden Mittel, wie er von dem Palatin am 24. März 1848, während des Landtages in Preßburg, an den Kaiser erstattet wurde. Wir verbürgen uns für die Echtheit des Aktenstücks; es wurde in Abschrift nach dem Abzug des Palatin in seinen Schriften von den Landeskommissären gefunden und befindet sich in Nr. 179 der Közlöny (ung. Amtsblatt vom 6. Dezember 1848) abgedruckt.

„E. M., der Zustand Ungarns ist in diesem Augenblick der Art bedenklich, daß der heftigste Ausbruch täglich zu erwarten steht. In Pesth herrscht Anarchie. Die Behörden sind durch Sicherheits-Ausschüsse aus ihrem Wirkungskreise verdrängt, und — während der Stadthaltereirath unter der kräftigen Führung des Gr. Zichy wenigstens das äusserliche Ansehen behauptet — ist die Hofkammer beinahe gänzlich zu Nichts geworden. Der Adel (es scheint aus dem spätern Zusammenhange hervorzugehen, daß das Landvolk gemeint ist, zumal der Adel ohnehin Rechte genossen hat,) hat sich schon an mehreren Orten erhoben, um sich faktisch Rechte zu erringen.

In dieser anomalen und gefährlichen Lage erwartet Jedermann seine Rettung von der zunächst erfolgenden Bildung des verantwortlichen Ministeriums.

Wenn wir auch diesen Plan als eine Calamität ansehen, so stellt sich doch jetzt die Frage so: Welche die kleinste Calamität sey? Ich will nun versuchen, in Kürze die drei Mittel vorzubringen, durch welche allein ich in Ungarn noch Etwas erreichen zu können hoffe. Das erste Mittel wäre die ganze bewaffnete Macht aus dem Lande schaffen, dieses der gänzlichen Verwüstung überlassen; den Verheerungen, Brandstiftungen passiv — passiv auch den Kämpfen des Adels mit den Bauern zuzusehen.

Das zweite wäre, wegen der Gesetzvorschläge mit Graf Batthyanyi (der jetzt der einzige Held des Volkes ist; — wenn wir lange zaudern, dürfte auch sein Stern sinken —) zu unterhandeln, um Alles zu retten, was noch zu retten ist. Man muß aber im Voraus wissen, was zu thun seyn wird, wenn jener im Falle seiner Nichtbefriedigung vielleicht abdanken sollte.

Das dritte Mittel endlich wäre, den Palatin sogleich zu beurlauben und einen mit außerordentlicher Macht versehenen königl. Kommissär in Begleitung einer ansehnlichen Kriegsmacht nach Preßburg zu senden, welcher nach Auflösung des Landtages daselbst nach Pesth abgehen und dort mit kräftiger Hand die Regierung so lange fortführen müßte, als es die Umstände erheischen würden.

„Vor dem ersten Mittel, ich gestehe es offen, erschrecke ich selbst. Es ist unmoralisch, und es ist vielleicht auch für eine Regierung nicht schicklich, daß sie ihre Unterthanen, von denen ein Theil wenigstens gut gesinnt ist, gänzlich verlassen, und allen Grausamkeiten eines Aufruhrs (!) als Opfer überlasse. Außerdem würde dies in den übrigen Provinzen durch das den unbändigen rohen Massen gegebene Beispiel die schädlichste Wirkung hervorrufen.

Das zweite Mittel dagegen ist gut, und wie wohl es im ersten Augenblick den Schein einer Separation hat, so ist es doch für die Gegenwart das einzige Mittel zur Erhaltung dieser Provinz; vorausgesetzt: daß die neu zu ernennenden Herren auf die innere Bewegung vollkommenen Einfluß auszuüben vermögen — was freilich jetzt nicht mehr mit ganzer Gewißheit im Voraus behauptet werden kann. Mit dem Eintritt einer günstigeren Zeit kann man Vieles Anders organisiren, was jetzt eine Separation verursachen könnte. Ich weiß nicht, ob man nicht im Wege anständiger Unterhandlungen durch Batthyanyi und Deak Einiges erreichen könnte — aber auch allein durch sie — denn wenn sie in Preßburg berathschlagen, ist Alles zu befürchten. Hierbei bin ich jedoch, als ein treuer Beamter des Staates, so frei, Ew. Majestät auf einen hochwichtigen Umstand aufmerksam zu machen: Was wird dann geschehen, wenn Batthyanyi, im Falle der nicht gelungenen Unterhandlungen, alles aufs Spiel zu setzen und abzudanken bereit wäre?

Hier erachte ich es für meine Pflicht, nicht um zu übertreiben, doch der Wahrheit gemäß zu bemerken, daß man für diesen Fall vorbereitet seyn müßte, um den längs der Donau, sowie auf der von Preßburg nach Wien führenden Straße durch die Preßburger Jugend und durch einen Theil des Adels allerdings hervorzurufenden Demonstrationen mit bewaffneter Macht begegnen zu können. In diesem Falle wäre nun noch das dritte Mittel übrig, vorausgesetzt, daß zu dessen Anwendung weder der Wille noch die Möglichkeit mangle. Dieses dritte Mittel müßte sehr rasch angewendet werden. Hierbei entstehen aber vier Fragen: a) mangelt es nicht an hinlänglichem Geld; ist also nicht die Unmöglichkeit vorhanden, eine größere Militärmacht nach Ungarn zu schicken, worunter ich wenigstens 40 bis 50,000 Mann verstehe? Oder b) ist diese Macht bei der Hand und ist sie schnell zu concentriren? Ist ferner c) ein solcher Königl. Kommissär vorhanden, der diese Beschäftigung zu übernehmen geneigt und geeignet ist? Endlich aber d) ist auch kein Zweifel darüber, daß dies Mittel zur Erreichung des gewünschten Zieles ausreicht? und ob nicht später im Winter ein Vergleich erfolgen wird, und ob bei Wahrnehmung dieses die übrigen Erbprovinzen ruhig verbleiben werden? Wird man nicht in Galizien, Italien, eine größere Militärmacht nöthig haben?

Wenn auf alle diese Fragen, die ich aus meiner eigenen Stellung heraus nicht zu beurtheilen vermag, eine günstige Antwort gegeben werden kann, der zu Folge die Ausführung ohne Täuschungen und ohne etwa später als unrichtig sich zeigenden Berechnungen möglich ist, so habe ich gegen deren Vollzug keine weitere Bemerkung hinzuzufügen, vorausgesetzt, daß mit Graf Batthyanyi der Vergleich versucht, und überdies die für jeden Fall herauf zu beordernden Landes-Dignitarien befragt werden.

Ich gestehe es offen, daß ich bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge mich für die zweite Art aussprechen müßte, und ich zweifle nicht, daß auch die Landes-Würden — wiewohl ich mit diesen noch nicht gesprochen habe — gleicher Meinung sind. Von den Ansichten des obersten Landes-Richters Majlath allein weiß ich nichts Bestimmtes.

Wenn jedoch Ew. Maj. nach Ihrer weisen Einsicht das erste oder dritte Mittel zweckmäßiger erachten sollten, so werden dieselben den bestehenden Gesetzen und dem bisherigen Gebrauch gemäß, sonder Zweifel mir befehlen, ob ich für diesen Fall zur Zeit in Wien verbleiben soll oder ob ich anderwärts verreisen darf?

Ew. Majestät treu gehorsamster Unterthan

Wien, den 24. März 1849. Stephan m. p.

Wir entheben uns jedes weitern Raisonnements über dieses in der That sich selbst bezeichnende Aktenstück. Es befinden sich am Rande des Original-Dokuments die eigenhändigen Bemerkungen des Erzherzog Stephan und Expediatur. Stephanus 23. März 1848 und Kiads Marcz 24èn 1848 (d. h. expedirt am 24. März 1848). (N. O.-Z.)

Rußland und Polen.

Kalisch, den 29. März. Ein Korrespondent der Posener Zeitung hat bereits wiederholt aus Kalisch gemeldet, daß die Russen noch vor

dem 1. April über die Grenze rücken werden, und daß alle Polen zum Losbruche vorbereitet seyen, welche mit den Preussen sich vereinigend, das Czarenthum bis unter die Mauern von Moskau zurückdrängen werden. Auch sollte nach des leichtgläubigen Korrespondenten Ansicht mit dem 1. April die Postverbindung mit Preussen gänzlich eingestellt werden. Ich kann Sie indeß aus guter Quelle versichern, daß bis zur Zeit weder an einen Einmarsch nach Preußen, noch an eine Aufhebung der Postverbindung zu denken ist, obwohl solche und ähnliche Gerüchte unter dem hier stationirten russischen Militär, welches aber von der Politik sehr dunkle Begriffe hat, so ziemlich gang und gäbe sind. — Das im ganzen Königreiche Polen zahlreich stationirte Militär wird den Landbewohnern zur beinahe unerträglichen Last, weil denselben und besonders den größeren Gutsbesitzern fortwährend Lieferungen übertragen, und sie in der Regel dafür nur mit Papiergeld bezahlt werden. — Bei den im Lager kampirenden Truppen hat sich ein großer Mangel an Brennholz herausgestellt, und es werden dort die im Adelnauer Kreise des Großherzogthums Posen bestellten 1000 Klafter Holz mit Sehnsucht erwartet. — Der große Schmuggelhandel, welcher früher besonders in Südfrüchten von Ostrovo aus Statt fand, hat jetzt, wo die Grenze hermetisch abgeschlossen ist, gänzlich aufgehört. Im benachbarten Preussen haben gegen unsere Grenze bisher noch keine militärischen Vorbereitungen Statt gefunden, doch wird die polnische Landwehr in Kurzem von der pommerschen abgelöst werden.

Türkei.

Konstantinopel, 21. März. Die russische Gesandtschaft hat vorgestern eine lange Konferenz bei dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten gehabt und soll nun energisch die unmittelbare Bewilligung der Durchfahrt ihrer Flotte durch den Bosporus verlangt haben. Man sieht, daß dies mit der Veränderung der englisch-französischen Politik in den neapolitanisch-sizilianischen Verwickelungen zusammenhängt. Um die materielle Einmischung Rußlands unnöthig zu machen, ist von den beiden Seemächten das Ultimatum an die Sizilier gestellt worden; durch die Annahme desselben werden die Russen einen Hauptgrund für die Erscheinung ihrer Flotte im Mittelländischen Meere verlieren. Uebrigens ist dadurch andererseits für die einmischungslustigen Russen ein Grund mehr, jetzt schon auf die Durchfahrt zu dringen, weil dann auch fernere Einmischungen in die italienische und andere Fragen durch eine imposante Flotte möglich werden und Rußland lieber dominirt, als bei Seite gelassen wird in den politischen Neugestaltungen. Es gehen natürlich eine Menge Gerüchte um, denen noch nichts Gewisses zu Grunde liegt, aber deren Möglichkeit doch nicht bestritten werden kann. Dahin gehört die bevorstehende Blockirung der Dardanellen durch eine französisch-englische Flotte, um das Erscheinen einer russischen Flotte im Mittelmeere zu verhindern; dann ein anderes, daß das ganze Ministerium Reschid Pascha einem russischen Platz machen werde. (D. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Trauer-Anzeige.

Im Gefühle des tiefsten Schmerzes widmen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten die betrübende Nachricht von dem am Charfreitage frühe 1 Uhr erfolgten Tode unsers geliebten Sohnes, Bruders und Schwagers,

Johann Conrad Eckerdt.

Derselbe starb nach fast 12wöchentlichem Krankenlager in Folge einer Geblütsauflösung im noch nicht vollendetem 17. Lebensjahre.

Im Innersten erschüttert durch diesen Schlag des Schicksals, stehen wir an dem Sarge des so frühe verblichenen tugendhaften Sohnes, und unsere Thränen geben ihm das Zeugniß daß wir seinen Verlust aufs schmerzlichste empfinden.

Gottes Friede sey mit ihm!

Um stilles Beileid bitten

J. M. Eckerdt als Vater,
Margaretha Eckerdt als Mutter,
sowie sämmtliche Geschwisterte und Hinterbliebenen.

Ersuchen.

Es ist uns bekannt, daß im Monat Oktober 1848 von den Bevollmächtigten in der Waldholz-Streitsache eine Konverenz abgehalten worden ist, und daß in derselben von den Anwesenden der Beschluß gefaßt wurde, eine Eingabe an das königl. Staats-Ministerium einzureichen, worinnen auf die, im Jahr 1811/12, nicht liquidirten Hausbesitzer besonders Rücksicht genommen worden ist, um denselben zu ihrem früheren theils aus Unrichtigkeit genommenen Recht wieder zu verhelfen. Die drei Herren Rechts-Anwälte, Consulent Dr. Kreitmair, v. Königsthal und Dr. Lindner, besonders Letzteren, welchen die Sache zur Ausarbeitung übertragen wurde, so wie die Herren Bevollmächtigten werden ersucht, die Hände nicht länger in den Schooß zu legen, um den 36jährigen Wald-Prozeß endlich einmal zu Ende zu führen, da sich jetzt gerade die gute Gelegenheit darbietet, die Sache den Herren Landtags-Abgeordneten Schmitt und Tröger zu übertragen, welche gewiß Alles aufbieten werden, um die Sache zu reinigen, wenn man solche mit den Verhältnissen gehörig vertraut macht.

Mehrere betheiligte Bürger von den 437ern.

Wassertrüdinger Bleiche.

Die Spedition zur Wassertrüdinger Bleiche besorgt wie früher

Nürnberg, den 22. März 1849.

Friedr. Erhard Solger.

Versammlung.

Samstag den 7. April Abends 7 Uhr Versammlung aller Fabrikarbeiter im Schwan zu Wöhrd.

Der Ausschuß.

(Verlaufen.) Ein schwarzer Königshund mit gelben Extremitäten und langer Ruthe hat sich verlaufen. Man bittet denselben gegen ein Douceur in L. Nr. 304 1. Etage der Carolinenstraße zurückzubringen.

Tuchhandlung von A. H. Bayer in Fürth.

Unterzeichneter beehrt sich hiemit, einem verehrten Publikum, so wie besonders seinen werthen Kunden, die ergebenste Anzeige zu machen, daß er die bevorstehende Nürnberger Ostermesse mit seinem bekannten Lager von

Tuch, Bukskins, Paletotstoffen, Royals

und allen in diesem Fach einschlagenden Artikeln beziehe.

Seine Bude befindet sich in der ersten Reihe, den neuen Buden gegenüber und ist mit seiner Firma versehen.

Da er billige Preise mit reeller solider Waare zu verbinden sich immer zur Pflicht machte, so sieht er zahlreichen Käufern entgegen.

A. H. Bayer.
Tuchhändler aus Fürth.

Zur Messe in der ersten Reihe, den neuen Buden gegenüber.

Turn-Verein.

Alle Turner werden eingeladen sich zur Leichenbegleitung Sonntag den 8. April Nachmittag 2 Uhr (in Turnkleidung) vor dem Spittlerthor zu versammeln.

Der Vorstand.

Gasthaus St. Peter.

Sonntag und Montag, als am ersten und zweiten Osterfeiertag, findet Harmoniemusik statt, wozu ergebenst einladet

Kufser.

Zum weißen Hirschen.

Bei gegenwärtiger schöner Jahreszeit erlaube ich mir mein neu hergerichtetes Sommerlokal mit dem Bemerken bestens zu empfehlen, daß die in demselben sich befindliche Kegelbahn verlängert und im besten Zustande ist, und mit Gas beleuchtet werden kann. Auch empfehle ich bei dieser Gelegenheit mein schon bekanntes Billard zur gefälligen Benutzung, und wird mein Bestreben nur dahin gerichtet seyn, Jedermann zur Zufriedenheit zu bedienen, und sehe ich daher zahlreichem Zuspruch vertrauensvoll entgegen.

Georg Guth.

Schießhaus St. Johannis.

Am 2. Osterfeiertag findet musikalische Unterhaltung statt; hiezu ladet ergebenst ein

Kellermann.

Paradies.

Sonntag den 1. und Montag den 2. Osterfeiertag ist Harmonie-Musik. Entree à Person 3 kr. Wozu hiemit höflichst einladet

H. B. Adam.

Prater.

Sonntag den 8. und Montag den 9. April, als am 1. und 2 Osterfeiertag findet gutbesetzte Blech-Harmonie-Musik statt, wozu hiemit höflichst einladet

Wittwe Rupprecht.

Almoshof.

Nächsten Montag als am zweiten Feiertag ist „Musik", dazu laden ergebenst ein

Die Musiker.

Dutzendteich.

Sonntag den 8. und Montag den 9. April, als am 1. und 2. Osterfeiertag, findet Harmonie-Musik unter Leitung des Herrn Musikmeisters Dorsch statt, und ist für Kaffee und Backwerk, so wie für verschiedene warme und kalte Speisen bestens gesorgt. Es ladet zu recht zahlreichem Zuspruch hiemit höflichst ein

Fischer,
Pächter der Dutzendteichwirthschaft.

Erklärung.

Die Erklärung in Nro. 96. d. Bl., mit Kugler unterzeichnet, soll auf mich Bezug haben, ich erkläre hiemit, daß dieselbe nicht von mir herrührt

Conrad Kugler,
Maler.

(Anzeige) Der Unterzeichnete macht hiemit bekannt, daß mit Anfang nächster Woche neue Course für Reit-Unterricht beginnen und bittet die Herren, welche daran Theil nehmen wollen, sich bald gefällig zu melden.

J. Larsch, Stallmeister.

Compagnon-Gesuch.

Es wird ein junger Mann, Kaufmann, der die Bücher zu führen versteht, in ein gangbares Fabrikgeschäft, das im besten Betrieb steht, und wenig Konkurrenten hat, mit einer Einlage von 8000 fl. als Kompagnon gesucht. Frankirte Briefe besorgt die Exped. d. Blattes unter A. Z.

(Gesuch.) Ein Mädchen von guter Familie, welche bereits seit einem Jahr als Ladnerin servirte, wünscht bis nächstes Ziel in gleicher Eigenschaft oder bei einer kinderlosen Herrschaft unterzukommen.

(Gesuch.) Ein junger Mensch vom Lande wünscht die Sattler-Profession zu erlernen. Näheres in der Judengasse Nro. 1106.

(Mieth-Gesuch.) In der Nähe des Albrecht-Dürrersplatz wird ein unmöblirtes Zimmer nebst Alkov zu miethen gesucht. Näheres unter der Adresse H. L.

(Gesuch.) Ein lediges, gesittetes Frauenzimmer die bestens empfohlen werden kann, im Nähen und sonstigen weiblichen Arbeiten wohl erfahren und durch ihre mehrjährigen Dienste in einer bedeutenden Irren-Anstalt der Wart und Pflege weiblich geisteskranker Personen praktisch gebildet ist, sucht bis Walburgis ein Unterkommen; am liebsten als Privatwärterin bei einer weiblich Geisteskranken. Das Nähere bei der Exped. unter Adresse W. B.

(Verloren.) Am 6. d. Nachmittag ist auf einer Ruhebank der Hallerwiese eine birkenrindene Schnupftabakdose liegen geblieben. Wer sie in Empfang genommen hat und in der Expedition dieses Blattes abgibt, erhält den vollen Werth dieser Dose von 30 kr. als Belohnung.

(Verloren) Am Charfreitag Vormittag wurde vom Webersplatz bis zur Frauenkirche eine Schrift, Veit Wolf'sche Verlassenschaft betreffend, verloren; der redliche Finder wird ersucht, dieselbe in L. Nro. 1300 b in der Hirschelgasse gegen Erkenntlichkeit abzugeben.

(Zu vermiethen.) Es ist sogleich ein kleines möblirtes Zimmer für einen ledigen Herrn oder auch einen Meß-Deferanten zu vermiethen. In S. Nr. 524 beim Rathhaus.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 9. April 1849. № 99. Montag: Bogislaus.

Deutsche Staaten.

München, 6. April. Auf die bei dem Oberappellationsgerichte erledigten zwei statusmäßigen Rathsstellen wurden die Oberappellationsgerichtsräthe außer dem Status F. D. Pixis und M. Dall'Armi versetzt und der Appellationsgerichtsrath L. Neumayr in Neuburg zum Oberappellationsgerichtsrath außer dem Status ernannt. Der Regierungsfinanzassessor A. Pretschner in Ansbach zum geheimen Finanzministerialsekretär, der Regierungsfinanzassessor in Regensburg M. Ott zum Rentbeamten in Nördlingen, der Finanzrechnungskommissär in Regensburg F. G. Bertram an Ott's Stelle zum Regierungsfinanzassessor in Regensburg, und an Bertrams Stelle zum Finanzrechnungskommissär der funkt. Finanzrechnungsrevisor in Baireuth E. A. Barth ernannt.

München, den 6. April. Unser Staatsrath, der nicht, wie neulich das Gerücht ging, aufgehoben, sondern nur eine nicht wesentliche Veränderung erleiden soll, beanstandet nur 4, sage vier Paragraphen der Grundrechte; darunter nennt man den dritten, dreizehnten und dreiundzwanzigsten. — Wie die „Neue Münchener Zeitung" meldet, hat der König dem Feldmarschall Radetzky den k. bayerischen Hausorden vom hl. Hubertus verliehen. (D. C. Z.)

Frankfurt, den 6. April. Es war ein offenes Geständniß der Schwäche und Nichtachtung des Reichsministeriums, als Gagern vorgestern in der Nationalversammlung erklärte: „das Reichsministerium hat keine offizielle Mittheilung bekommen über den Empfang der Deputation; auf vertraulichem Wege aber, wie jeder andere Privatmann aus zweiter, dritter Hand, haben wir davon gehört." Wie traurig, wie beschämend ist solch' ein Bekenntniß für das Reichsministerium! Vom Ausland weiß und erfährt es nichts Offizielles; es hat nirgend Verbindungen, seine früheren Gesandten wurden nicht empfangen, nicht geachtet und nun weiß es auch kein Wort mehr von dem, was im Lande selbst vorgeht. Wozu ist denn ein Telegraph von hier nach Berlin angelegt? (Fr. J.)

Kassel, den 2. April. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung wurde nach Erledigung mehrerer anderer Angelegenheiten von örtlichem Interesse über den Bayrhoffer'schen Antrag, die Feststellung der Grundrechte in Kurhessen betreffend, berichtet. Der Ausschuß ist einstimmig der Ansicht, daß der beim Stadtgericht angeblich vorgekommene Fall der Geltung der Grundrechte nicht entgegenstehe, und daß nach gegenwärtiger Lage der deutschen Verfassungsangelegenheit kein Grund vorliege, auf die Sache ausführlicher einzugehen, beantragte deßhalb, den Antrag auf sich beruhen zu lassen. Nach längerer Diskussion, am Schlusse welcher der Antragsteller Herr Bayrhoffer sagte: »Werde die deutsche Einheit befestigt, so mache sich alles von selbst, scheitere sie aber, so werden die Grundrechte der Willkühr der Einzelstaaten verfallen; sein Antrag bezwecke nur, diese „Magna Charta" dem Volke für den schlimmsten Fall zu sichern," wurde der Ausschußantrag angenommen. (Frkf. O.-P.-Z.)

†*† **Berlin**, den 5. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer kamen folgende Gegenstände vor: Kommissionsbericht über den v. Vincke'schen Antrag in der deutschen Frage. v. Vincke als Referent verliest den Bericht (siehe den gestrigen Extrabericht). In Betreff der Dringlichkeit fügt der Referent hinzu, daß diese sich von selbst regeln, da vielleicht schon in der nächsten Zeit eine Entscheidung der deutschen National-Versammlung zu erwarten stehe. — v. Müller und Genossen haben auf einfache Tagesordnung angetragen. — Ministerpräsident: Nach einer gestern eingegangenen telegraphischen Depesche habe sich die National-Versammlung bis zum 11. d. M. vertagt. — v. Berg: Ein Antrag auf Tagesordnung über die Dringlichkeit sey nicht zuläßig. Auf das Wort über die Dringlichkeit verzichtet er. Die Dringlichkeit wird fast einstimmig angenommen. — Graf Schwerin für die einfache Tagesordnung. Er habe gestern einen Antrag auf motivirte Tagesordnung eingereicht, bevor er die Erklärungen, welche das Ministerium gestern abgegeben hat, vernommen. Diese Erklärungen hätten ihn vollkommen befriedigt. Der Standpunkt der Revolution sey nicht der seinige; dagegen brauche er sich nicht zu verwahren. (Heiterkeit.) Es gebe aber auch einen Standpunkt der Kontrerevolution, der an dem Buchstaben des Rechts absolut festhalte, ohne die innere Berechtigung der Thatsachen zu erforschen. Auch der sey nicht der seinige. Er erforsche die Thatsachen nach ihrer inneren Berechtigung, er erkenne mit Freuden Thatsachen an, und diesen Standpunkt nehme das Ministerium in der Note vom 23. Januar ein, den habe es in seiner gestern mitgetheilten Note festgehalten. Er erklärt sich gegen die Vincke'sche Tagesordnung, da diese in der Note eine Ablehnung finde, er sehe in ihr eine Annahme. — Moritz gegen die einfache Tagesordnung. Der Mann, der vor ihm auf der Tribüne gestanden, habe den Rath gegeben, am 21. März die deutsche Fahne in Berlin aufzustecken. (Schwerin: das können wir heute noch.) Ja, wir können es heute noch, wenn es der General Wrangel erlaubt. Die Politik des Ministeriums ist keine deutsche, nur wenn die Fürsten einwilligen, soll Seine Majestät die Krone annehmen, die ihm das Volk anträgt. Wollen wir zur einfachen Tagesordnung übergehen, dann ahmen wir das traurige Spiel nach, welches bei dem Einzuge der Deputirten in Berlin stattgefunden hat. Wir müßen nicht die Musik auf dem Hofe machen, wir wollen einen lauten Schrei erheben, damit Deutschland erkenne, daß wir ein deutsches Volk vertreten. — Graf Schwerin: Er bekenne sich noch heute zu dem Standpunkte, den er am 21. März eingenommen, und er werde den Beweis erwarten, daß er in diesem Jahre ein einziges Mal von demselben abgewichen sey. Die einfache Tagesordnung wird verworfen. Die Anträge auf motivirte Tagesordnung werden verlesen. Es sind die folgenden: Die hohe Kammer wolle beschließen: In Erwägung: 1) daß die von der Regierung Sr. Majestät des Königs beschlossene Ablehnung der von der deutschen National-Versammlung Sr. Majestät angetragenen Würde eines Oberhauptes des deutschen Reiches das Zustandekommen des deutschen Verfassungswerkes auf eine ferne und ungewisse Zukunft verschiebt, und Deutschland wie Preussen der bedenklichsten Lage entgegenzuführen droht, 2) daß aber, nachdem einmal durch die der Kammer mitgetheilte Cirkularnote vom 3. d. Mts. die Erklärungen der einzelnen deutschen Regierungen, mit Anberaumung einer Frist von 14 Tagen erfordert sind, der Ablauf dieses Zeitraums zuvörderst abgewartet werden muß, um die durch diese Note jenen Regierungen gegenüber eingegangenen Verbindlichkeiten nicht zu verletzen, geht die Kammer über den Antrag der Abgeordneten von Vincke und Genossen für jetzt zur Tagesordnung über. Berlin, den 5. April 1849. v. Vincke. Ich stelle als Amendement: die Adresse des Herrn v. Vincke (Nro. 96. des Kommissions-Berichts) an Se. Majestät den König zu erlassen. Berlin, den 5. April 1849. Friedrich Harkort. 1) In der zweiten Reihe des ersten Absatzes hinter „haben" zu setzen, „so wie die uns mitgetheilte Cirkularnote vom 3. April, haben uns nie erschüttert." 2) In der ersten Reihe des dritten Absatzes die Worte „auch nur vorläufige" zu streichen. 3) In der zweiten Reihe des dritten Absatzes das Wort „fernern" zu streichen. 4) In dem Petitum der Adresse den Zwischensatz „unter Voraussetzung der Zustimmung der betreffenden deutschen Regierungen« zu streichen. Rodbertus. v. Unruh. v. Berg. Peiffer. Ludwig (Mühlhausen.) Pilets. Schellenberg. Bliesener.

Heyland will in dem Vinckeschen Amendement: „vorläufige Nicht-Annahme" statt „Ablehnung" (Heiterkeit). Unterstützt. Für die Ulrich'sche Tagesordnung erheben sich auch die Minister v. Manteuffel und v. d. Heydt, mit ihnen die äusserste Rechte. — Menzel beantragt: „In Erwägung der gestern vom Min.-Präs. mitgetheilten Cirkularnote geht die Kammer über den Bericht der Kommission, sowie über alle dazu gestellten Amendements zur Tagesordnung über« — v. Vincke bemerkt gegen den Ulrich'schen Antrag, es sey inkonstitutionell, einen offiziellen Akt der Krone als eine persönliche Handlung des Königs zu bezeichnen. Die extremste Ansicht der anderen Seite gehe von der Voraussetzung aus, daß der Zweck des Antrages nur dahin gegangen sey, dem Ministerium ein Mißtrauensvotum zu geben. Die Sache aber sey so wichtig, daß sie in keiner Weise persönlich aufgefaßt werden dürfe. Der Redner hält die Politik des Ministeriums für eine entschieden verwerfliche, und der Weg, welchen die neuste Note einschlage, sey nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlimmerung. Es sey nur darauf abgesehen, die Sache zu vertagen, die Vereinbarung der Verfassung, die als Bedingung hingestellt sey, sey nur der Anfang des Endes. Man setze voraus, daß eine Zustimmung der Regierungen noch nicht vorhanden sey, und er halte es für möglich, daß plötzlich das Ministerium erkläre, es halte dafür, jene Zustimmung sey vorhanden, dadurch halte er die Würde des Staates, den Glauben an völkerrechtliche Treue kompromittirt. Den Adreßentwurf, den er früher eingereicht, könne man jetzt nicht mehr überreichen, er würde die Krone eines Wortbruchs zeihen. Er halte es für nothwendig, daß man nunmehr die den Regierungen gestellte Frist abwarte. Dahin ziele seine motivirte Tagesordnung, die zugleich ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium ausspreche. — Löber: Deutschland stehe jetzt auf derselben Stelle, an der es vor einem Jahre gestanden. Wiederum sey von einem Fürstenkongreß die Rede, und der schneidende Hohn, mit dem mancher Vaterlandsfreund auf die deutsche Einheit herabsehe, sey ein Zeichen des bitteren Schmerzes über die Vereitelung der deutschen Einheitsbestrebungen durch die erstarkte Macht des Absolutismus, des Partikularismus, die sich unter der Maske eines Scheinkonstitutionalismus bergen. Die Revolution, um deren Früchte man das Volk zu bringen bemüht sey, könne vielleicht noch einmal die Ketten brechen, aber dann mit der Gründlichkeit, die dem deutschen Charakter eigen sey. Die zukünftige Geschichtschreibung werde den Scheinkonstitutionalismus als eine große Intrigue gegen die Einheit Deutschlands bezeichnen, die deutsche Geschichtschreibung werde darin den empfindlichsten Schlag erblicken, welcher auf die deutsche Einheit geführt worden sey. Die Cirkularnote sey die vollste Nichtanerkennung der deutschen Nat.-Vers., die vollständige Rehabilitirung der absoluten Herrschermacht, die ausbündigste Verläugnung der Revolution. An der Volksvertretung sey es jetzt, die Regierung auf die Bahn hinzudrängen, auf welcher die wieder erstarkte Macht des Absolutismus Widerstand finde. — In den motivirten Tagesordnungen der rechten Seite findet der Redner mehr oder weniger eine Billigung der Regierungspolitik. Er spricht für die Kirchmann'sche Adresse. — Waldeck: Als zuerst die Aufforderung zu einer Adresse in der deutschen Frage an die Vers. erging, habe er und seine Freunde gegen eine solche Aufforderung gesprochen. Das Ministerium könne den Panzer der Reaktion, in den es gehüllt sey, nicht mehr abwerfen und man müsse Niemanden zu Etwas auffordern, was er nicht thun kann. Die rechte Seite des Hauses ist enttäuscht worden durch die Antwort der Regierung an die Frankf. Deputation. Sie gerieth in Bewegung, sie durchbrach die Schranken des Reglements. Wir sind nicht enttäuscht, wir sind um keine Hoffnung ärmer geworden. Was das Volk will, wird geschehen, ohne Zustimmung der Fürsten, ohne Zustimmung der freien Fürsten, die von ihren Räthen aus dem Bureaukratenthum, aus dem Junkerthum, aus dem servilen Pietismus umgeben in weit engeren Fesseln gehalten werden, als die Könige von England. Das Ministerium

steht ganz auf dem Boden der retrograden Partei des Frankfurter Parlaments, der Herren v. Radowitz und Consorten. Dem Volke aber ist es ganz gleichgültig, ob der grausenhafte Druck, der auf ihm lastet, durch Karlsbader Beschlüsse geübt wird, oder von Bureaukraten, von oktroyirten Verfassungen, von einem Scheeregenheer, dem, wie der Hr. Kriegsminister uns neulich sagte, der Geist der Zucht eingeschult werden muß. (Links stürmisches Bravo, Zischen rechts.) Das Volk will kein Heer, das der gewerblichen Thätigkeit entrissen wird, um in Italien den Despotismus befestigen zu können, um das zertretene Polen vollends auch in seinen Hoffnungen zu vernichten. Es war nie die Politik des Hauses Hohenzollern, zu einen, es hat in Deutschland zerstörend, auflösend gewirkt. Preussen ist kein Volksstamm, Preussen ist ein Begriff, und wenn das spezifische Preussenthum die Forderung stellt: Preussen solle fortbestehen neben Deutschland, so hat es den Geist des engherzigen Bureaukratismus, den Geist des Korporalstockes im Auge. Schon früher ist die Forderung an Preussen ergangen, die ihm jetzt zugebracht wird. Das eine Mal traten die Kartätschen in den Straßen Berlin's dazwischen, das zweite Mal die Vernichtung der Freiheit in Wien. Oesterreich ist durch die Brigittenau von dem deutschen Kaiserthron geschieden. Es ist aus der Liste der Konkurrenten gestrichen, und jetzt sprechen wir von der Kraft nach Innen, von der Stärke nach Außen. Die Kraft nach Innen, die gerade ausreicht, auf der Presse mit Bleiwucht zu lasten, die stark genug ist, um die Rechenschaft der Volksvertreter vor ihren Wählern zu verhindern, die Kraft, die nichts als die Ohnmacht ist, die sich vor dem Volke fürchtet. Die Macht nach Außen, die stark genug ist, um in russischem Bunde den Waffenstillstand von Malmö zu schließen. Staaten, denen es Ernst ist mit der Beglückung des Volkes, bedürfen nicht der Bajonnette. (Der Redner erinnert an Dessau, an Mecklenburg. Gelächter rechts.) Die Herren vom Junkerparlament lachen freilich, wenn von einem Lande die Rede ist, wo gerade das Junkerthum einen hundertjährigen Druck geübt hat. Mögen Sie einen Kaiser wollen, der mit Bajonetten die Regungen des Volks niederhält, in dem Volke selbst wird er keine Wurzel haben. (Rauschender Beifall.)

v. Kirchmann hat seine Adresse (s. den gestr. Bericht) als Amendement eingebracht. Gegen die Tagesordnungen wendet er ein, daß sie nur negativ seyen, man müsse bestimmt aussprechen; welche Politik man einzuschlagen wünsche. Die Vinke'sche T. O. wolle 14 Tage abwarten. In diesen 14 Tagen soll eine dreifache Vereinbarung zu Stande kommen, zu welcher sonst ein unendlicher Zeitraum erfordert werde. Hr. v. Vinke fürchte die Ehre Preussens durch eine Adresse zu kompromittiren, aber er habe nie gehört, daß eine solche Auslassung der Volksvertretung gegen das Ministerium die Ehre des Landes kompromittirt habe, sie habe einfach nur den Rücktritt des Ministeriums zur Folge. Der Sinn der Adresse, welche Vinke vorschlage, sey der: Die Kammer sey mit den Grundsätzen der Regierung einverstanden, aber sie bitte inständigst, nicht darnach zu handeln. Was die Erklärung der Regierung betreffe, so halte er für viel würdiger, wenn man sage: ich lege keinen Finger an diese Krone, bis die Vereinbarung vollständig durchgeführt ist. Die vorläufige Annahme komme ihm wie ein vorläufiges Einsperren eines Menschen vor, dem für den Verlust der Freiheit dadurch kein Ersatz geboten werde, daß man später sich mit ihm vereinige. Halte die Krone die Vereinbarung mit den Regierungen für unerläßlich, so dürfe sie ohne deren Zustimmung keinen Schritt thun. — Minister v. d. Heydt: Ueber die Opposition, die das Ministerium gegen die Maßregeln erfahren hat, welche es seit Auflösung der Nationalversammlung erfahren hat, durfte sich das Ministerium nicht täuschen. Aber gegen die Auffassung, als habe das Ministerium dem Könige eine Ablehnung auf den an ihn ergangenen Ruf angerathen, müsse sich das Ministerium verwahren. Im Gegentheil habe das Ministerium dem Könige gerathen, die Anträge der Nationalversammlung so weit anzunehmen, als es aus eigenem Rechte dazu berechtigt sey. Ein Hinausschieben werde nicht beabsichtigt. Ueber die Oberhauptsfrage, wie über die Verfassungsfrage werde nach 14 Tagen die Regierung es an einer definitiven Erklärung nicht fehlen lassen. — Grün: Die ministerielle Frage sey keine persönliche, sondern ein System, eine Prinzipienfrage. Für eine persönliche würde er sie nur dann halten können, wenn er die Ueberzeugung hätte, daß wir unter einer konstitutionellen Regierung leben. Gegen die Vinke'sche Adresse wendet der Redner ein: die Versammlung habe nicht Ansichten auszusprechen, sondern Beschlüsse zu fassen. Er müsse es aber unumwunden aussprechen, es handle sich nicht um das Vaterland und die Einheit, sondern um die Freiheit und um die Volksrechte. Die Einheit sey die unklare Fassung der Wünsche des Volkes, sie soll jetzt hineingerissen werden in den Strudel der Anarchie, die er für die Anarchie erklären möchte. Ein vormärzlicher Minister habe von einer sog. Märzrevolution gesprochen, er habe aber nicht bedacht, wie wenig es ihm gezieme, daß er vor etwas Sogenanntem flüchtig geworden sey. Der Redner apostrophirt das Ministerium persönlich, um darzuthun, daß die Verfassung ein übertünchtes Grab sey, an der das Volk Nichts Handgreifliches habe, als den Belagerungszustand. Er äußert seine Neugierde, wie das Ministerium sich gegen das Mißtrauensvotum, das es gestern bei der Justizorganisation erhalten habe, verhalten werde. Ein durch ein solches System regiertes Volk von 10 Millionen, wolle man den 30 Millionen Deutschen voranstellen, dem Volke, das Brod begehre, wolle man den Stein dieses Systems geben. Klanglos unter des Generals Wrangel schützenden Privilegien sey die frankf. Deputation in Berlin eingezogen, ein preussischer Fahnenstock habe schwarz-roth-goldene Fetzen über den Bahnhof herabwehen lassen. Besser, als jenes Linnen, hätte ein preuss. Kalbfell an den Fahnenstock gepaßt. Möge man nur oktroyiren mit oder ohne Fürstenkongreß, es gebe eine große Partei im Lande, welche die Freiheit, die Volkssouv. will und sie durchführen wird, weil sie will. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht! — Das habe er zur deutschen Frage sagen wollen.

v. Berg: Das Minist. sehe heute in seinen bisherigen Freunden Gegner, er wolle als Gegner es vertheidigen. (Heiterkeit.) Das Minist. habe den Weg, den die Note vom 23. Jan. andeute, nicht verlassen. Die rechte Seite habe diesen Weg damals gebilligt, und ihrem Mißtrauensvotum werde er sich nicht anschließen. Hr. v. Vincke habe einen anderen Weg gewünscht, aber nicht aus einem anderen Grunde. Derselbe habe geglaubt, die Räthe der Krone würden das thun, was er von ihnen erwarten zu dürfen glaubte, er hielt die Politik für offen und ehrlich, das sey sie auch gewesen, und wenn Hr. v. Vincke das jetzt bestreite, so sey dies eben eine Folge des Fehlers, den er damals gemacht habe. Die Note der frankfurter Deputation, welche das Minist. bereits gehabt habe, als es hier das Cirkularschreiben mittheilte, führe auf den richtigen Standpunkt. Es sey von Interesse, die Erklärung der Repräsentanten des deutschen Volkes kennen zu lernen. Es heißt darin: Sr. Maj. habe dem Antrage keine Folge geben zu dürfen geglaubt. Die Uebertragung der erst in der Verf. begründeten erblichen Kaiserwürde setze das Zurechtbestehen der beschlossenen Verfassung voraus. Die Antwort des Königs erkenne dieses Zurechtbestehen nicht an, sie mache aus der von der Reichsversammlung verkündeten Verfassung einen der Berathung der Fürsten zu unterstellenden Entwurf. Diesem Mißverständniß sehe die Deputation ohne Aufschub vor ihrer Rückkehr nach Frankfurt entgegenzutreten sich genöthigt. Sie sehe durch die Antwort des Königs den Antrag abgelehnt. — Diese Ansichten, fügt der Redner hinzu, seyen die Ansichten, welche der v. Kirchmann'schen Adresse unterliegen; und man werde geneigt seyn, die v. Vinck'sche Adresse zu adoptiren, wenn die dazu gestellten Amendements aufgenommen würden. Das Sts.-Minist. werde sich überzeugen, daß, wenn es einen anderen Rath zu ertheilen geglaubt habe, es einen solchen doch nicht ertheilt habe. Die Ulrich'sche Tagesordnung betrachte die Kaiserfrage als eine nur die Person des Königs berührende, in der Kommission habe man sogar gesagt, dieselbe betreffe lediglich eine Verwaltungsmaßregel, aber man werde zugeben, daß eine Veränderung in einer der drei konstitutionellen Staatsgewalten die beiden andern wesentlich berühre. Die Opposition könne übrigens dem Ministerium kein Mißtrauensvotum geben, sie habe dies bereits vor seinem Eintritt gethan, es habe nichts gefruchtet. Das Ministerium sitze noch an seiner Stelle, obschon es gestern wieder ein Mißtrauensvotum erhalten habe. — Der Redner erklärt sich gegen die Waldeck'sche T. O. wegen des Angriffes auf die deutsche Nat.-Vers. Sie habe sich jetzt auf den Boden wieder gestellt, auf dem sie ursprünglich gestanden. — Minister von Manteuffel: Der Redner, der zur allgemeinen Ueberraschung als Vertheidiger des Ministeriums aufgetreten sey (Heiterkeit), habe er nur zu erwidern, daß das Ministerium nicht der Meinung sey, in dem Schreiben der Frankfurter Deputation habe sich die deutsche Nat.-Vers. ausgesprochen, das habe eben nur die Deputation gethan. Das Schreiben sey dem Ministerium Nachmittags 3 Uhr zugekommen, als die Cirkularnote bereits abgegangen gewesen. Daß in der Antwort, zu welcher das Ministerium der Krone gerathen, eine Ablehnung liege, könne nicht eingeräumt werden. Die Krone habe soweit den Antrag der deutschen Nat.-Vers. acceptirt, als sie die Nat.-Vers. zu einem Antrage berechtigt gehalten. Den Grundsatz, ob die Vers. die Verfassung endgültig und souverän zu beschließen berechtigt gewesen, wolle er nicht erörtern und ununtersucht lassen, ob dasselbe richtig sey oder nicht. Aber das Ministerium habe nach seiner Ueberzeugung gehandelt, und wenn der geehrte Referent der Krone ein deutscheres Ministerium wünsche, so wünsche gerade er (der Redner) das allerdeutscheste. Niemand mehr, als er selbst habe bedauert, daß dem Könige nicht zu einem reinen einfachen Ja der Rath habe ertheilt werden können, aber er sey aber auch überzeugt, daß kein Weg deutscher seyn könne, als der der Ehre und der Treue. (Beifall rechts, Zischen.)

d'Ester wiederholt die schon mehrfach vorgekommenen Angriffe auf das Ministerium. Zu einem Mißtrauensvotum sey diese große Sache nicht geeignet, warum habe man frühere Gelegenheiten vorübergehen lassen. Es sey hier die Frage, ob man ein Ministerium der offenen Gewalt stürzen wolle, um eine Regierung des Scheinkonstitutionalismus an die Stelle zu setzen. Seine Meinung sey: Lieber der Wolf der reißt, als der Fuchs, der gleißt. (Beifall.)

Nachdem noch ein unbekannter Redner für die Vincke'sche Adresse gesprochen und Ulrichs eine persönliche Bemerkung gemacht hat, besteigt v. Bodelschwingh die Tribüne: Ein Redner habe gesagt, ein vormärzlicher Minister habe von einer sogenannten Revolution gesprochen. Diese Aeußerung könne nur auf ihn sich beziehen. Er wiederhole sie, wenn er dieselbe früher gemacht haben sollte, hier: Es sey ein Straßenkampf gewesen, der Stadt und Land entehrt habe. Bei diesen Worten entsteht ein furchtbarer Tumult. Die gesammte Linke springt auf. Viele Abgeordnete stürzen auf die Tribüne zu. Man ruft: Herunter! herunter! Man hört: „Verräther!" rufen. Der Tumult steigert sich, während der Redner auf der Tribüne bleibt. Endlich eilt Graf Schwerin auf die Rednerbühne und bestimmt Hrn. v. Bodelschwingh, diese zu verlassen. Der Präsident — der zweite Vizepräs. Lensing hatte inzwischen den Vorsitz übernommen — bedeckt sich. Die Sitzung ist damit nach dem Geschäftsreglement auf eine Stunde vertagt. (5¼ Uhr.)

Um 6¼ Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Die Bänke der linken Seite sind völlig leer. Lensing ist auf dem Präsidentenstuhl. v. Bodelschwingh erklärt, er sey nicht geflohen, wie der Redner, der ihn angegriffen, gesagt habe, er habe seine Entlassung lange vor jener sogen. Revolution von Sr. Maj. erhalten aus Gründen, die der geehrte Redner vielleicht selbst als ehrenwerthe würde gelten lassen. Er sey nicht feige geflohen, er werde vielleicht noch Gelegenheit haben, in den Reihen der Armee, die von dieser Tribüne herab heut so vielfach geschmäht worden, zu zeigen, daß er Muth besitze.

(Es macht einen komischen Eindruck, dem sich auch die Minister nicht zu entziehen vermögen, als der Redner sich eifrig gestikulirend an die leeren Bänke wendet.)

Graf Arnim nimmt das Wort zu einer Rechtfertigung wegen eines gelegentlichen Angriffs.

Ministerpräsident: Er mache den Präsidenten darauf aufmerksam, daß die Tribünen vorhin Zeichen des Beifalls und Mißfalls gegeben hätten.

Behrens: Der Abg. v. Bodelschwingh habe die Tribüne entehrt, er habe es selbst gefühlt, denn er habe nicht gewagt, die kränkende Aeußerung zu wiederholen, diese Tribüne selbst sey ein Kind der Revolution.

Die Linke kehrt in den Saal zurück. v. Bodelschw. will das Wort nehmen. Neuer Tumult. v. Berg: Es müsse Jeder das Recht haben, sich auf der Tribüne frei auszusprechen, er sey für das, was er sage, verantwortlich. Aber es sey Sache des Präsid. gewesen, den Redner in die Schranken einer persönl. Bemerkung zurück zu weisen.

v. Bodelschwingh wünscht, daß der Präsid. dem Abg. Behrens die Gründe angebe, aus welchen er jene Aeußerung nicht wiederholt habe.

Man ruft: zur Tagesordnung!

v. Vincke als Referent der Adreßkommission geht nach verschiedenen persönlichen Bemerkungen gegen den Minister des Innern, gegen Kirchmann, Berg u. A. In Bezug auf die letzteren macht er bemerklich, daß diese Abgeordneten Angriffe gegen die Nat.-Vers. in Frankfurt schleuderten, während sie die Einführung der von dieser Vers. verkündeten Grundrechte beantragen. Er verwahrt sich gegen den Vorwurf der Inkonsequenz, gegen die Meinung: als habe er einen Zwang mit

Waffengewalt gegen die renitirenden Staaten im Sinne gehabt. Der einzige zulässige Zwang sey der Zwang der öffentlichen Meinung, dem Alle unterworfen seyen. (Beifall.) Gerade der mächtigste Monarch Deutschlands musse den Anfang machen, er musse allen anderen Staaten mit dem Worte der Annahme ein Beispiel geben. Gebe der Fürst, welchem die Kaiserwürde angetragen ist, nicht auf das Anerbieten ein, so liege die Nat.-Vers. in ihrem Recht, wenn sie zurücktrete. Es habe dazu nicht des provozirenden Schreibens bedurft, welches die Regierung an die Deputation erlassen habe. Dadurch bringe man die Möglichkeit herbei, daß das Geschenk zurückgezogen und aus der ganzen Sache nichts werde. Man sey auf dem besten Wege, die Sympathien des Volkes zu verscherzen, gerade dadurch, daß man eine zögernde Politik statt einer entschiedenen gewählt habe. Die englische Dynastie sey gerade deshalb um so fester, weil die Könige auf dem Schilde des Volkes, durch Beschluß des Parlaments, auf den Thron gehoben würden. (Zischen rechts, Bravo links.) Gerade die Gegner der frankfurter Verfassung, der Erhebung Sr. Maj. auf den Thron, frohlocken über die diktatorische Erklärung des Minist., sey es aus konfess. Rücksichten, oder aus ultraliberalen, oder aus österreich. oder russischen. Er schließt, indem er an jene Worte erinnert: die beste Politik sey immer die kühnste.

Abstimmung. Die Waldeck'sche Tagesordnung wird verworfen, eben so das Amend. von Heyland zu der Vincke'schen Tg.-Ordn. Bei der Vincke'schen Tg.-Ordn. selbst beantragt die äußerste Rechte Namensaufruf, findet jedoch nicht die genügende Unterstützung. Für die Tagesordnung erheben sich etwa fünfzehn Mitglieder. Auch sie ist verworfen. Für die Ulrich'sche erhebt sich fast Niemand; für die Minzel'sche ein großer Theil der Rechten, doch nicht die Majorität.

Die Frage: ob eine Adresse zu erlassen, wird von der Majorität verneint. Es erhebt sich die äußerste Linke, ein Theil der Rechten und die Minist. v. Manteuffel und v. d. Heydt.

Die Tagesordnung ist damit erledigt. — Der Präsident setzt die nächste Sitzung auf nächsten Donnerstag den 12. April an. Schluß 7 Uhr.

†*† **Berlin**, 5. April. Die Abg. der deutschen Nat.-Vers. verließen uns heute Mittag um 1 Uhr. Sie kehren zurück besser orientirt über die Politik Preussens, als sie es bisher waren. Die Anwesenheit jener Herren in Berlin wird einen Theil der Frankfurter Majorität aus einem Traume reißen, der bisher in der Versammlung selbst alle politischen Verhältnisse in einem andern Lichte erscheinen ließ, als in welchem sie sich in der Wirklichkeit produziren. Es ist fast unglaublich, daß Männer, die in einer bewegten Zeit eine politische Rolle spielen, wie die Mitglieder der Frankfurter Deputation, so wenig von der Sachlage unterrichtet seyn konnten, als jene Herren, die in dem guten Glauben hieher kamen, daß Se. Maj. (bei einem Kabinet Manteuffel!) die Krone ohne Weiteres aus ihren Händen annehmen würden. Dieser naive Glaube fand am Dienstag durch die Antwort des Königs einen herben Niederschlag und die Deputirten, die am Montag noch von den besten Hoffnungen beseelt waren, wurden am Dienstag sehr kleinlaut; man war jetzt einigermaßen klar geworden und setzte wenig Hoffnung auf das Wort des Prinzen von Preussen, man möge die Antwort des Königs nicht als eine Definitive ansehen. Die definitive Antwort, die Circularnote erschien und jetzt blieb den HH. nichts übrig als nach Frankfurt zurückzureisen und den Kondolenzbesuch des Gen. v. Wrangel zu empfangen, der ihnen sein Beileid bezeugte und seine Ohnmacht bedauerte, durch seinen Einfluß ihren Anträgen Geltung zu verschaffen. — Bis heute morgen zehn Uhr hatte die Deputation vergeblich eine Antwort auf ihre gestern erlassene Adresse erwartet.

Der gestrige Vorfall im Vorsaal der ersten Kammer, vielleicht ein Unicum in der Geschichte der Parlamente, gibt dem Tagesgespräch einen pikanten Unterhaltungsstoff. Um eine Beschlußnahme über den Kuh'schen Adreßantrag in der Kaiserfrage zu hintertreiben, entfernt sich ein großer Theil der Rechten der ersten Kammer aus dem Sitzungssaal und hielt sich im Nebensaal auf. Die Folge hiervon war, daß die wichtige Eröffnung des Staatsministeriums einer beschlußunfähigen Versammlung gemacht wurde. Als der Antrag zur Diskussion gestellt werden sollte, begaben sich Mitglieder der Opposition in den Nebensaal, um die Rückkehr der Deputirten zu bewirken. Der Justizkommissär Fischer, Abg. für Breslau, hatte seine Vorstellungen kaum begonnen, als Graf York ihn bei der Brust faßte, ihn rückwärts stieß und ihm den Handschuh geballt ins Gesicht schleuderte. Der Tumult, der sich hier erhob, ist unbeschreiblich. Auf den Tribunen an der entgegengesetzten Seite des Saales vernahm man Rufe, wie sie wohl noch nie in den Räumen eines Parlamentes gehört wurden. „Jungenstreiche!“ war von Allem, was an die Ohren des erstaunten Publikums drang, der am wenigsten unparlamentarische Ausdruck. Fischer stürzte plötzlich mit ähnlichen Aeusserungen in den Sitzungssaal. Der Lärm ausserhalb dauerte noch einige Zeit fort. Das Ergebniß der Sitzung, die wegen Unzureichenheit der anwesenden Mitglieder geschlossen werden mußte, ist bekannt.

Berlin, den 5. April. Die berliner Blätter berichten noch verschiedene Einzelheiten über den Aufenthalt der frankfurter Deputation. So schreibt die Neue Preußische Zeitung, daß sich die Deputation nach dem Besuche des Theaters am 3. April zum Prinzen von Preussen begeben, der sie zum Thee eingeladen. Sowohl der Prinz als dessen Gemahlin nebst Thronfolger seyen aufmerksam freundlich zu den Deputirten gewesen. Die Prinzessin habe den Thee selbst credenzt und dem Abg. v. Göden (aus Krotoschin) eine Tasse Thee selbst gebracht. Bei der Abfahrt der Deputation nach Frankfurt hatte sich, wie die Constitutionelle Zeitung mittheilt, eine große Volksmenge vor dem Hotel du Nord versammelt. Abg. Arndt hielt an die versammelte Menge eine Anrede, in welcher der Satz vorkam: „Das deutsche Volk ist ein braves, biederes; ob auch ein souveränes, wage ich nicht zu sagen.“ Die Abgeordneten fuhren in mehren offenen Wagen nach dem Bahnhofe der Potsdam-Magdeburger Eisenbahn.

Potsdam, 5. April. Am Abend des gestrigen Tages wurde der Redakteur des hiesigen „Tageblattes“, Dr. Tropus, kaum zehn Schritte von der Wohnung seines Verlegers von drei dem ersten Garde-Infanterieregiment angehörigen Soldaten auf empörende Weise überfallen. Der Verwundete muthmaßt den Urheber dieses schmählichen Excesses in einem hiesigen Offizier, mit welchem er Tags zuvor Händel hatte. Dr. Tropus erhielt acht Stichwunden, welche für sein Leben besorgt machen. Näheres wird die sofort beantragte Untersuchung ergeben. Einer der zuschauenden Militärs ward sofort von den requirirten Polizeisergeanten der Schloßwache überliefert. (D. A. Z.)

Schleswig, den 2. April. Die deutschen Reichstruppen ziehen jetzt mit Macht heran. In Schleswig und Umgegend standen über 6000 M. Altenburger, aus Reuß (hier die Fürstenthümer genannt) Weimar. Heute zogen die letzteren Truppen der sächsischen Fürstenthümer von hier nach Eckernförde; gestern kamen die Bayern und eine schöne 12- und 6pfündige bayerische Batterie, die ebenfalls heute uns verlassen hat, aber nach dem Norden gegangen ist. Wir erwarten heute und morgen sehr bedeutende Truppendurchzüge, weil die Waffenruhe morgen endet. Nach einer gestern eingetroffenen Nachricht aus London hat der Graf Reventlow, der dänische Friedensbevollmächtigte, dem Herrn Ritter Bunsen erklärt, daß dann die Waffenruhe erlöschen und die Blockade eintreten werde. Der General von Prittwitz verlegt deshalb heute sein Hauptquartier nach Flensburg. Die schlesw.-holst. Truppen werden aller Wahrscheinlichkeit nach diesmal zuerst die Königsau überschreiten. Der Krieg, so hofft und erwartet man allseitig, wird anders als im vorigen Jahre geführt werden. Eins ist nothwendig, wenn Dänemarks starrer Sinn gebrochen werden soll. Alsen muß genommen werden. Es wird freilich viele Menschen kosten, weil den Dänen ihre Schiffe zu Gebote stehen. Allein so lange sie einen Theil Schleswigs inne haben, so lange wähnen sie, daß ihre Ansprüche an dieses souveräne Herzogthum begründet sind. Ob man sie durch die Occupation Jütlands zu einer Räumung Alsens zwingen kann, ist eine andere Frage. Wir glauben, daß man dann auch nach Fühnen hinüber muß. Die insularische Omnipotenz, von der aus sie ihre Piratenwirthschaft treiben, muß gebrochen werden. Indeß ist Jütland, wegen seiner commerziellen Beziehungen zu den Herzogthümern, für den Krieg nicht sehr günstig gestimmt. Ebenso habe ich von einem vertriebenen Bewohner auf Alsen in diesen Tagen gehört, daß das 10. Bataillon der dänischen Armee, welches aus Alsingern besteht, mit dem Liede „Schleswig-Holstein“ in seine Kasernen singend dort einzieht, ohne daß die Majore es verhindern können.

(Ztg. f. Ndd.)

Flensburg, 3. April. Die Feindseligkeiten sind heute Vormittag von den Dänen eröffnet; nachdem in der verflossenen Nacht um 12 Uhr die Batterie bei Eggensund durch die halbe Zwölfpfünder-Batterie Belitz und die Vorpostenstellung zwischen Nübel und Atzbüll von dem 3 Jägerkorps (Stückrath) und dem 2. Linienbataillon (Willmann) besetzt war, drangen Vormittags um $10\frac{1}{2}$ Uhr die Dänen in starken Massen gegen die deutschen Vorposten vor und wurden zu dieser Zeit die ersten Schüsse gewechselt. Nach einem anderthalbstündigen Tirailleurfeuer, welches zu Zeiten sehr lebhaft wurde, eröffnete eine schleswig-holsteinische Sechspfünder-Batterie ihr Feuer gegen die jenseits Atzbüll stark vordringenden Dänen — ihre Stärke, so weit sie im Gefecht gewesen, wird auf über 6000 Mann angegeben — und wurde dies von der dänischen Artillerie erwidert. Gleichzeitig beschoß die halbe Batterie Belitz, die bei Eggensund hervorkommenden Dänen; sie mußte jedoch vor dem Feuer einer dänischen Fregatte, die sich dem südlichen Ende des langgedehnten Dorfes Rinkenis gegenüber legte, die Verschanzung bei Eggensund räumen setzte indeß bis zwei Uhr ihr Feuer von einer höher gelegenen Koppel gegen vier Kanonenböte fort. Mittlerweile hatte die durch das erste Bataillon (Wasmer) verstärkte Avantgarde sich langsam fechtend der im Voraus getroffenen Disposition gemäß durch Gravenstein nach Hockerup auf Kolonnenwegen zurückgezogen, woselbst sie sich mit dem 5. Infanteriebataillon vereinigte; und verließ hierauf, nachdem das 8. Bataillon Stellung bei Rinkenis genommen, auch die halbe Batterie Belitz ihre obige Stellung, da sie ihre Aufgabe, die Bewegung der Avantgarde gegen die Wasserseite zu decken, vollständig erfüllt hatte. Die Truppen bivouakiren bei Hockerup. — Der Theil unserer jungen Armee, welcher heute dem Landesfeind gegenüber gestanden, hat den größten Erwartungen entsprochen, die für den Fall eines überlegenen feindlichen Angriffs getroffenen Dispositionen sind in bester Ordnung und Ruhe zur Ausführung gebracht, unser Referent verließ die Unsrigen „Schleswig-Holstein“ singend und voll freudigen Muths im Bivouac bei Hockerup. Das präcise und ruhige Schießen der Batterie Belitz wird namentlich gerühmt. Ein Musketier wird vermißt, verwundet sollen 5 bis 7 seyn. Vor 2 Uhr wurde das Gefecht abgebrochen, und wird es heute Nachmittag wohl nicht wieder zu einem ernsten Zusammentreffen gekommen seyn.

(N. fr. Pr.)

Kiel, 3. April. Durch Schreiben vom Bord der Fregatte „Gefion“ hat der dänische Blokadechef, Kapitän Meyer, heute den hiesigen Konsuln die Schließung des Kieler Hafens angezeigt. Es lagen bei Friedrichsort ziemlich viele Schiffe wegen konträren Windes vor Anker, denen das Auslaufen nun verwehrt zu seyn scheint. (Alt. M.)

Französische Republik.

Paris, 4. April. Karl Albert ist von Antibes über Marseille, Toulouse und Bourges gestern Abend hier in Paris eingetroffen. Er fuhr von Marseille aus mit 4 Pferden Extrapost und beobachtete das strengste Incognito, aber im Gasthof Hôtel de l'Europe zu Toulouse erkannte ihn Don Enrique, der in demselben Gasthofe wohnt, seitdem ihn der Madrider Hof wegen eines Liebesverhältnisses zu der Exaltados und der Tochter des Banquiers O'Shea aus Spanien bannte. Als Karl Alberts Anwesenheit bekannt worden, versammelten sich viele viele Neugierige vor dem Gasthofe. Der Postillon erhielt Befehl, die Straße von Bayonne einzuschlagen; vor der Stadt angekommen, ließ er ihn jedoch in die Richtung von Paris einlenken. In Bourges bestieg die Ex-Majestät einen Spezialzug der Centralbahn, der ihn nach Paris führte. Willkommen!

Auch Gioberti ist in unseren Mauern. Man versichert, gibt das Journal des Debats zu verstehen, daß es sich um einen Plan handele, über den der neue König von Turin mit Radetzki übereingekommen sey und der in nichts Geringerem bestehe, als alle italienischen Staaten in eine Art Bundesstaat, nach dem Muster des weiland Frankfurter, zusammenzubinden, etwa wie Simson in der Bibel die Schwänze der Füchse zusammenband, ehe er sie anzündete. Darin solle die große diplomatische Lösung der italienischen Frage bestehen.

Bourges, 3. April. Heute Mittag 1 Uhr wurden gegen die Contumazirten: Louis Blanc, Seignenret, Honneau, Caussidière, Lavirron und Chancel unter Berufung auf den Code-Penal und die Verfassung, die Strafe der Deportation ausgesprochen.

Oesterreichische Staaten.

Wien, den 3. April. Nun kömmts hageldick aus Ungarn!

Wovon man hier in der Stille munkelte, das steht nun mit dürren Worten im Abendblatte der Wiener Zeitung, der wackere Puchner ist in die Walachei gedrängt — er mußte nicht einmal sein ganzes Korps beisammen haben, sonst hätte er sich wohl im Rothen-Thurm-Paß behaupten können. Wo sind unsere Freunde, die Russen? Und warum dringen unsere Truppen aus Ungarn nicht nach Siebenbürgen? Die Theißgegenden sind gänzlich unwegsam, heißt es — aber warum finden die Magyaren doch einen Weg in den Theißgegenden und über die Theiß herüber? In Szegedin ist das Brod sehr theuer und in Komorn soll es sehr schlecht seyn — so weit haben wir's schon gebracht, aber die Honvéds sind noch immer billig, in Menge, und wie es scheint, von leidlicher Qualität zu haben. „O! Herr vom Himmel, sieh darein!“ Wenn das so fortgeht, o — — ja so, man darf nicht prophezeien! — Ich fände eine schnelle Hülfe in Ungarn und Siebenbürgen im Interesse der Humanität und der wahren Politik dringender geboten, als eine Intervention in Italien. Oder wollen wir uns ganz in Rußlands Arme werfen, und auf einer Seite Fremde in unsern Haushalt eingreifen lassen, während wir selbst wieder auf der andern uns in fremden Angelegenheiten betheiligen? Es scheint so, denn es verlautet, die russische Marine soll richtig statt unserer gänzlich in Verfall gerathenen im Adriatischen Meere, also gegen Süditalien agiren. Es wird übrigens immerwährend gerüstet. In Zara soll ein leichtes Dalmatiner Bataillon errichtet werden, in Groß wird das Grenadierbataillon Este reorganisirt — etwa 400 Mann sind schon beisammen — und in Leoben, dem Sammelplatz, wird ein neues Regiment Turßky errichtet, in das beiläufig 300 Mann, meist ehemalige Honvéds bereits eingereiht sind.

(C. Bl. a. B.)

Vom ungarischen Kriegsschauplatze geben für die Kaiserlichen die ungünstigsten Nachrichten ein, überall siegen die Magyaren gegen Süden und Nordosten, auch die zu den Oesterreichern haltenden Russen haben von Bem ihre Schlappen erhalten, der Kronstadt bald zu nehmen, und mit Ruhm bedeckt nach Buda Pesth einziehen wird. Auch die Augsburger Allgemeine Zeitung henkt das Köpfchen über diese muthigen Siege der Ungarn.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Trauer-Anzeige.

Es hat dem Herrn über Leben und Tod gefallen, am 6. April Abends 11 Uhr unsern geliebten Vater, Schwieger-, Groß- und Urgroßvater

Herrn Johann Peter Möring,

Zinngießer,

an einer Entkräftung in einem Alter von 84 Jahren 11 Monaten in ein besseres Seyn abzurufen. Wer den Verblichenen kannte, wird unsern Schmerz zu schätzen wissen und uns sein stilles Beileid nicht versagen.

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Montag am 9 April, Vormittag halb 11 Uhr, auf dem St. Johanniskirchhof statt.

Dank.

Der Unterzeichnete kann nicht umhin, die Irrenanstalt in Erlangen als ein vortreffliches Institut, in jeder Beziehung hiemit zu bezeichnen, indem er in derselben von einer Geisteskrankheit, die ihn sehr stark befallen, und welche einen sehr hohen Grad bei ihm erreicht hatte, in Zeit von einem halben Jahre völlig wieder hergestellt wurde. Derselbe unterläßt daher nicht, den Herren Doktor Hogen und Professor Solbrig hiemit seinen öffentlichen Dank abzustatten für die Sorgfalt, welche diese wahren Menschenfreunde ihm in dieser Zeit angedeihen ließen.

Nürnberg, den 9. April 1849.

Joh Schuhmacher.

Anzeige für Auswanderer.

Alle diejenigen, welche ihr Vaterland verlassen und sich in Nordamerika oder andern transatlantischen Ländern ansiedeln wollen, finden nicht nur Behufs ihrer Ueberfahrt von Bremen oder Hamburg, sondern auch in Betreff von statistischen Nachweisungen, Auskünfte und Einführungen an allen überseeischen Landungsplätzen den bereitwilligsten Vorschub durch den

National-Verein für deutsche Auswanderer in Leipzig.

Alles Nähere deshalb zu erfahren bey

G. C. Martini Füll S. Nr 407 in Nürnberg.

Welt- und Zauber-Theater.

In der dazu erbauten Bude auf dem Plerrer zunächst dem Bahnhof

finden von Montag den 9. April an und während der Messe täglich 3 Vorstellungen statt.

Erste Vorstellung um 4, zweite um 6 dritte um 8 Uhr.

Der Anschlag-Zettel enthält das Programm.

Friedrich Lorgiè.

Musicalischer Verein Concordia.

Dienstag den 10. April Produktion im deutschen Haus. Fremdenkarten können, jedoch nur durch Mitglieder, bei Herrn Dietrich S. Nro. 1143 der Tucherstraße, abgeholt werden.

Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand.

Steinbrüchlein.

Dienstag, als am 2. Osterfeiertag, findet bei günstiger Witterung bei Unterzeichnetem gutbesetzte Harmoniemusik statt, wozu ergebenst einladet

Beerreuther, Gastwirth.

Bitte.

Aus einem Hause in der Schlotfegergasse sind vor einiger Zeit mehrere Hühner abhanden gekommen, wovon sich nur 2 Stück wieder eingefunden haben, es ist demzufolge die dortige Nachbarschaft sehr in Aufregung, man bittet daher die noch fehlenden Hühner aus ihrer Gefangenschaft zu entlassen.

Bitte.

Herr Pfarrer Berbrugg wird hiemit gebeten, seine am Charfreitag gehaltene Predigt dem Druck zu übergeben.

Mehrere Zuhörer.

(Gesuch.) Eine Kugelbüchse wird zu kaufen gesucht.

Ein grosses Leipziger Mess-Lager!

ist zur Versteigerung bestimmt.

Das ganze Lager steht aber vor der Versteigerung während der Messe dem hiesigen Publikum zu Gebot und kann daselbst noch billiger gekauft werden als auf der Versteigerung selbst.

Die große Ausstellung und Verkauf der Waaren befindet sich bei Herrn Pabst das erste Haus auf der Schütt 1 Treppe.

Verzeichniss und Preis-Courant der Waaren.

2000 fertige Sommerröcke in besten Stoffen nach neuestem Pariser Schnitt angefertigt von 2 fl. 42 kr., 3½ fl., 4½ u. h.

500 Schlaf- und Hausröcke, gut wattirt und gearbeitet von 2 fl. 42 kr. bis 5½ fl.

Somme[illegible]zeuge und Sommer-Buxking, neueste geschmackvollste Muster, die ganze vollständige Hose 1 fl. [illegible] f. 1. h., [illegible]tige Westen 1 fl. 30 kr.

2000 [illegible] Westenstoffe in Wolle, Seide, Sammet, Pique, die vollständige Weste 24 kr, 30 kr., 42 kr. b[illegible] f. 45 kr. die schwersten.

80[illegible] Regenschirme in schwerster Leinen, Seide von 3 fl. 45 kr., 4½ bis 5½ fl.

2500 Sonnenschirme, die neuesten geschmackvollsten Muster mit Garnirungen, Borduren und Fransen pr Stück 1 fl. 30 kr. bis 3½ fl. Wir erlauben uns im Interesse der hiesigen geehrten Damen darauf aufmerksam zu machen, daß unsere sämmtlichen Sonnenschirme aus 8 Blättern und Fischbein-Gestelle bestehen, und in Folge dessen 3 andere (mit 7 Blättern und Stahlgestelle) aushalten.

1200 Tuchschirme und in Doppel-Perkan von 1 fl. bis 2 fl.

175 Reise- und Jagdtaschen mit Eisenbügeln von 1 fl. 45 kr. an.

Cravatten in Atlas und Lasting mit Patent-Einlagen 24, 30, 42 kr u. h.

Schlipse und Shawls (lange) in Wolle und Seide von 24, 30, 42, 48 kr. bis 1 fl. 45 kr.

Sommerhalstücher in schwerster Seide von 48 kr an, Sommerhalstücher in Jolonnet und Halbleinen von 24 30 kr. an, Unterjacken, Unterhosen, Stahlschreibfedern, leinene Taschentücher, berühmteste Streichriemen, Hosenträger in Gummi elasticum von 9, 12, 18, 30, 36 kr., fertige Hemden u. s. w.

Sämmtliche Waaren sind von der Commission abgeschätzt und daher die obenbezeichneten Preise aufs äusserste gestellt, es wird jedoch bei Abnahme von größeren Partien ein Abzug von 10 Procent bewilligt. Die Auswahl ist überraschend groß, der öffentliche Verkauf vor der Versteigerung ist nur während der Messe bei Herrn Pabst, das erste Haus auf der Schütt 1 Treppe.

E. Hanau aus Frankfurt.

Ueber die Dauer der Messe.

Große Ausstellung

von Kunst- und Natur-Seltenheiten, verschiedenen seltenen lebenden Thieren und vortrefflichen seltenen anatomischen Präparaten in Natura und Wachs.

Unter den Thieren befindet sich auch zum ersten Mal hier ein „lebender Blutsauger“ aus Indien, eine ausserordentliche Seltenheit.

Das Nähere werden die Zettel besagen. Der Schauplatz ist in der großen grünen Bude auf dem Plerrer.

Jakob Knillinger.

Geschwister Bruckmann aus Amsterdam

empfehlen sich mit frisch gebackenen Waffeln, das Stück zu 3 kr. und holländischen Getränken, Punsch, Grok und Liqueuren.

Ihre Bude befindet sich vor dem Spittlerthor auf dem sog. Plerrer.

MUSEUM.

Der auf Dienstag den 10. d. Mts. angekündigte kleine Ball findet nicht am 10., sondern

Dienstag den 17. April

statt. — Anfang 7 Uhr.

Nürnberg, am 7. April 1849

Der Vorstand.

Gasthaus St. Peter.

Sonntag und Montag, als am ersten und zweiten Osterfeiertag, findet Harmoniemusik statt, wozu ergebenst einladet

Kaiser.

Volks-Verein.

Dienstag den 10. April keine Versammlung.

Freitag den 13. April Abends 6½ Uhr Ausschuß-Sitzung im Jammerthal, wozu die Herren Riegenmeister eingeladen werden.

Höchst wichtig für jeden Staats-Bürger!!!

In der Palm'schen Verlagsbuchhandlung in Erlangen ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in Nürnberg namentlich bei J. A. Stein:

Die
deutschen Grundrechte in Bayern.

Eine Abhandlung über die Rechtsgültigkeit der Grundrechte in Bayern und über deren Einfluß auf die bisherige bayerische Gesetzgebung.

Von einem praktischen Juristen.

gr. 8. geh. 18 kr.

(Zu vermiethen.) In L. Nro. 1147 am Jakobsplatz ist ein Logis wegen Versetzung bis 1. May zu vermiethen. Näheres L. Nro. 1186 über zwei Stiegen.

(Gesuch.) Es wird ein schweres Zugpferd gegen ein fein zugerittenes und zum Chaisenfahren taugliches, leichteres, umzutauschen gesucht.

(Gesuch.) Eine Köchin, welche sich auch den andern Hausarbeiten mit unterzieht und die besten Zeugnisse nachweisen kann, sucht bis Ziel Walburgi in Dienst zu treten. Näheres in der Exp. d. Bl.

(Gesuch.) Es werden circa 100 Ellen Blahentuch, zu einem Zelt verwendbar, zu kaufen gesucht. Das Nähere in der Exped. d. Bl.

Stadttheater in Nürnberg.

Montag, den 9. April 1849. Abonnement suspendu. „Der Pfarrherr“ Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer. (Manuscript).

Montagsblatt

zur Mittelfränkischen Zeitung.

№ 14. Nürnberg, 9. April. 1849.

Der Abendklub.

Es ist doch schön an unserm runden Tisch,
Wo jeder Gast als wie ein Präses sitzt,
Von Wissenschaft hat jeder seinen Theil
Und keinem ist die eigne Meinung feil. —
Es hat Erfahrung jeder wohl gemacht,
Doch so wie es sein Stand mit sich gebracht;
Man huldiget der eignen Sympathie,
Und Duldung hält die schöne Harmonie,
D'rum fließt wie Lava uns're Polemik
Denn unerschöpflich sind wir in Kritik —
Ein Pröbchen ist zu geben wohl erlaubt
Wie die Sentenz auf eigne Ansicht baut:
»Der Vorzeit Thaten sind nicht alle klar,
Weil Wahrheit schon zu oft verboten war,
Denn wo das Schwert die Forderung diktirt,
Wird oft ein Volk am Bettelstab geführt.
Die Helden sorgen für der Krieger Schaar,
Die blindes Werkzeug der Erpressung war,
Aus Bürger-Säckel nährt man den Soldat
Und aus Verarmung hebt sich neu der Staat. —
Solch' Ansicht kämpft mit Opposition;
Denn Tapferkeit erwirbt sich ihren Lohn,
Und wer die halbe Welt tyrannisirt,
Wird im Triumph als großer Held geführt. —
Ist dieses Thema sattsam abgemacht,
So wird an Glaubensdifferenz gedacht;
Der eine ist mit Gott so sehr vertraut,
Wie Moses, der ihn auf dem Berg geschaut —
Der Andere glaubt, im Pabstthum liegt die Kraft:
Denn eine Meß' ist wahrer Seelensaft. —
Der Dritte sagt: Potz tausend Element,
Der Luther hat den Teufel oft genennt;
Er wird auf vielen Kanzeln noch citirt
Und als verweg'ner Kerl aufgeführt —
Nein, sagt der Vierte, diesen fürcht' ich nicht,
Mir dient der Ronge als ein beß'res Licht. —
Ad libitum, fügt Fünfter höhnisch bei,
Von Vorurtheil bin ich durch Voltaire frei,
Es ist mir Rousseau mehr als ein Idol
Und sein Contrat ein herrliches Gebot.
Selbst Volney hat sehr gründlich dargelegt,
Wie überall sich Sektengeist bewegt —
Doch à propos, was liest man von Paris?
Daß sich die Kammer würdevoll erwies —
Der König, der in Holland hat gethront,
Wird im Elysium bereits belohnt,
Weil er dem Lande alle Lasten ließ,
Volkswünsche ohne Rücksicht von sich stieß. —
In Oestreich blüht der Völker Glück empor,
Der Krieg bevölkert rasch der Engel Chor;
Denn wem die Landeswirthschaft nicht behagt,
Der wird mit Blei in's Himmelreich gejagt.«
Uns aber ruft die eilfte Stund nach Haus,
D'rum ist die Sitzung diesen Abend aus.

Ferd Ammon.

Zum Einschläfern.

Nach der Weise: »Schlaf Herzenssöhnchen.«

Schlafe, mein Michel'chen, Michel schlaf' ein,
Schlaf' nur und träume vom Kaiserlein fein.
Alles ist ruhig und still wie das Grab;
Schlaf' nur, ich wehre die Wühler Dir ab.

Windeln und Schnüre sind zierlich und rein;
Schlafe, die Basserfrau wickelt Dich ein;
Gagern, der Edle, deckt selber Dich zu,
Schlafe, mein Schäfchen, gar süß ist die Ruh'.

Radowitz betet, da kommen zur Wacht
Eng'lein an's Bettchen in himmlischer Pracht,
Dreißig und mehr noch, gar lieblich und hold,
Krönlein am Haupte von blinkendem Gold.

Sieh nur, es düstert, es dunkelt im Haus;
Eulen und Unken, sie krächzen, o Graus!
Schlaf' doch und wär' es den Wühlern zum Tort;
Schlafe, mein Michel, in Ewigkeit fort!

Trabert.

Gagern, 20. März.

»Ehrlich bemüht ich mich, die Schwierigkeiten zu lösen«: —
So wie er löset und löst, wirret und wirrt sich der Knäul.

Ruf und Verstand sucht der Edle zu retten aus seines Progammes
Reichssumpf: arbeitend — ach — sinkt er nur tiefer hinein.

»Keine Intrigue hat Gagern für seinen Erbkaiser getrieben«: —
Gut denn, so hat die Intrigue immer getrieben ihn selbst.

4.

Die Langeweile, der Spleen und die Seekrankheit.

(Fortsetzung.)

O liebliches Säuseln! Wie wird mir — bin ich auf Erden? Sitze ich unter Sterblichen? Sind das die Leute, die während sechs Wochentagen so trefflich zu schachern wissen, die von reduzirten Arbeitslöhnen leben, die Götzenbilder fabriziren, die ihre gesetzliche Armentaxe bezahlen? Nein, es ist nicht möglich! Ich bin im Himmel. Ich höre die himmlischen Heerschaaren singen; sie jauchzen von Liebe und Glauben, von Entsagung und göttlicher Barmherzigkeit — ja, wahrhaftig, theuerster Freund, ich kann Ihnen den anglikanischen Gottesdienst nicht genug empfehlen. —

Hier machte die Göttin eine kleine Pause und trank ein großes Glas Portwein. Ich war etwas erstaunt über ihre Schilderung; denn nach alle dem, was ich vernahm, mußte ich doch diese kirchlichen Feierlichkeiten für ungemein ergötzlich halten und es war mir nur ein Räthsel, wie die Langeweile sich so sehr damit einverstanden erklären konnte. Die Göttin schien meine Zweifel zu errathen und rasch fuhr sie zu reden fort: „Glauben Sie indeß ja nicht, theuerster Freund, daß das allerdings belustigende Orgeln, Singen, Jauchzen, Wackeln und Augenverdrehen länger als eine halbe Stunde dauert. Den heitern Präliminarien folgt endlich die langweilige Predigt. Sie können sich gar nicht denken, wie mächtig ich in der Rede eines englischen Geistlichen bin. Schon nach den ersten zwanzig Phrasen bringe ich die Leute, trotz ihres festen Vorsatzes wach zu bleiben, zum leisen Einnicken, und ist der Redner gar bis in das Herz seines Gegenstandes vorgedrungen, da dominire ich total und es passirt nicht selten, daß der sprechende Pastor und ich selbst die einzigen Wesen sind, welche von vielen Tausenden die Augen offen behalten.

Ja, ich schwärme für den englischen Gottesdienst. Sie können die verschiedenen Momente desselben wie folgt zusammenfassen: Zuerst das Geläut der Glocken, dann der Gesang; hierauf die Predigt und der Schlaf. Zuletzt das Vaterunser. Der Schlaf dauert am längsten. Dreimal habe ich sonntäglich das Vergnügen dieser Feierlichkeit, unzählige schlaftrunkene Kränzchen und Konventikelchen nicht mitgerechnet.“ —

Jetzt begriff ich die religiöse Begeisterung meiner Freundin und gern schickte ich mich an, ihren ferneren belehrenden Mittheilungen ein aufmerksames Ohr zu leihen.

„Der einzige Prediger in England, der die Leute nicht zum schlafen bringt — erzählte die Göttin weiter — ist ein deutscher Jude, Namens Wolff. Dieser Dr. Wolff ist eine so merkwürdige Persönlichkeit, daß Sie gewiß verzeihen werden, wenn ich Sie ausführlich über diesen ausgezeichneten Mann unterhalte. Es versteht sich von selbst, daß ich den Doktor hasse; denn durch seine interessanten Predigten droht er die Langeweile der englischen Kirchen, auf eine sehr bedauerliche Weise zu meinem Nachtheil umzugestalten.

Die Kindheit des ehrwürdigen Doktors gehörte dem patriarchalischen Glauben der Väter an. Das Mittelalter seines Lebens war dem Katholizismus gewidmet. In der neuen Zeit warf sich Wolff aber der Religion der Gegenwart, der anglikanischen Industrie in die Arme. Alle großen Epochen der Weltgeschichte spiegeln sich also in dem Leben dieses Mannes wieder.

Wolff wurde zu Frankfurt a. M. geboren, in derselben Stadt, die in alter und neuer Zeit so viele komische Geburten erlebt hat. Die ersten Lebensjahre unseres Helden verstreichen bedeutungslos. Wolff war seinen Eltern unterthan. Zärtlich wie Väter und Mütter sind, bestimmten die wölfischen Eltern ihren Sohn für den Handel und frühe schon unterwies Vater Wolff seinen Sohn in der hohen Kunst des Addirens und des Multiplizirens. Im Dividiren und im Subtrahiren unterrichtete er ihn nicht; denn Vater Wolff war der Ansicht, daß man dieses leider im Leben von selbst lerne.

Das Gemüth des Knaben ergötzte sich an dem geheimnißvollen Zauber der Zahlen und sein Geist entwickelte sich zusehens.

Als aber Wölfchen so weit gekommen war, daß er selbstständig zu rechnen verstand, da ging er mit sich zu Rathe und machte die Entdeckung, daß er allerdings ein schönes Talent für die Vervielfältigung der beschnittenen Dukaten besitze, daß er aber einen Verrath an diesem Talente begehe, wenn er es in der untergeordneten Manier seiner Vorfahren ausbeute. —

Das Kostbarste, was du besitzest — sagte Wolff zu sich selbst — ist nicht deine angeborne Zähigkeit, dein scharfer Verstand und deine schleichende Kourage, nein, noch viel kostbarer ist dein alter Glaube! Suche dieses rostige Vermächtniß mit Zähigkeit, mit Verstand und mit Kourage in die kurrente Münze der Jetztzeit umzusetzen, denn nur auf diese Weise wirst du das große Rechenexempel deines Lebens ersprießlich lösen können.

Und Wolff wurde sehr ernst und er setzte sich hin und studierte Tag und Nacht. Als er aber viele der ältern und der neuern Sprachen gründlich erlernt hatte, und in fremden Zungen gerade so gut sprach und in fremden Zügen gerade so gut schrieb, wie er in Buchstaben und Zahlen, addirend und multiplizirend, glücklich fühlte und dachte: da reiste er nach Rom und legte sein orientalisches Gewand ab und schlüpfte in den Weihrauch duftenden Rock eines Zöglings der societas de propaganda fide.

Sein ewiges Volk vergaß der Abtrünnige in der ewigen Stadt und zu lächelnden Raphaelischen Madonnen betete der Jüngling, der sich beugen sollte vor dem alten Herrn Zebaoth der Frankfurter Börse.

Doch der alte Judengott lachte über den thörichten, verlornen Sohn; denn der Gott des Gewinnes und des Verlustes wußte sehr wohl, daß Wölfchen sich verspekulirt hatte. Ja, der alte Banquier Zebaoth ist blasirt über seine christlichen Debitoren; er kennt ihre Handlungsbücher so gut wie die seinigen und er weiß, daß der heilige Petrus sich glücklich schätzt, wenn das alte Geschäft des Sinai die christlichen Wechsel noch ferner diskontiren will.

Bei seinem Uebertritt zur katholischen Kirche hatte Wolff an Alles gedacht, nur nicht an Dies. Zu seinem nicht geringen Schrecken wurde er plötzlich des fatalsten aller Mißgriffe inne.

Er glaubte bei reichen, mitteralterlichen Aebten und Kardinälen angekommen zu seyn, und er war zu den allermodernsten Bettelmönchen gerathen; und ob die Raphaelischen Madonnen auch noch so lieblich lächelten, und ob der Weihrauch auch noch so lieblich duftete, Wolff fühlte sich sehr unbehaglich in dem vermeintlichen Mittelalter, er lernte damals das Dividiren und das Subtrahiren und gern hätte er den Rock der Propaganda wieder mit dem Gewande des Orients vertauscht.

Doch das war nicht mehr möglich, der Kredit unseres Hel-

den war bei der orthodoxen Bank Sinai zu sehr erschüttert. Er konnte nicht zurück; er konnte nur vorwärts, und rasch beschäftigte er sich damit, die hindernden Widersprüche seines Daseyns zu versöhnen, um endlich einer erfreulichen Carrière entgegen zu steuern.

Ein Jude macht Alles ausfindig — selbst wenn er ein römisch-katholischer Christ geworden. Wolff fand das Mittel zu seinem Heile.

Der Jude, der ein Römer geworden war, wurde nämlich aus einem Römer ein Engländer. Ist eine vortrefflichere Verwandlung denkbar?

Wolff ging zur anglikanischen Kirche über und vollkommen gelang es ihm jetzt, seine patriarchalischen Reminiscenzen und seine ganze mittelalterliche Anschauung in die praktischen Interessen der Jetztzeit aufzulösen?

Ein ganz besonderer Umstand kam ihm hiebei trefflich zu Statten. Wolff machte sich nämlich anheischig, zwei in Indien verloren gegangene englische Offiziere wieder aufzusuchen. Er reiste wirklich nach jenen fernen Gegenden ab, und in allen englischen Journalen las man bald die wunderbare Nachricht, daß der würdige Doktor, auf einem Esel reitend, in wallendem Talara, das Wort des lebendigen Gottes aufgeschlagen in der Hand, alle feindlichen Positionen passirt habe und bis nach Bokhara vorgedrungen sey. Wochen und Monate verstrichen indeß und Wölfchen langte endlich wieder wohlbehalten in Alt-England an — ohne die beiden Offiziere. Sein Glück war aber gemacht. Er war der Mann des Tages. Die englischen Journale machten sich ein Vergnügen daraus, ihre Spalten durch die abentheuerlichen Berichte des Doktors zu würzen, und der Doktor selbst stieg auf alle Kanzeln und Tribunen, um auch mündlich den erstaunten Pfarrkindern seine Don-Quixotiaden vorzutragen. Eine Pfarre, die etwa 600 Pfund einbrachte, und eine Lady mit ebensoviel Rente, waren bald die Belohnung des jüdisch-römisch-anglikanischen Frankfurters, und nie hat wohl Jemand den frommen Bewohnern Großbritanniens eine entsetzlichere Nase gedreht, als unser Wölfchen."

Hier schwieg die holde Göttin der Langenweile. Der Spleen kaute an den Fingern, die Seekrankheit schaukelte sich auf ihrem Sessel und ich selbst war so entzückt über die interessanten Mittheilungen meiner Freundin, daß ich das Trinken ganz darüber vergessen hatte — was gewiß viel heißen will.

Aber seht, ihr Romanschreiber und Novellendichter: wenn ich von der Langenweile träume, so bin ich interessanter, als wenn ihr wachend Eure kurzweiligsten Schätze zu produziren versucht.

„Ja, theuerster Freund, ich dominire in England —" sprach die Göttin der Langeweile, etwas ermüdet von dem vielen Erzählen. — „O, Verehrteste," erwiderte ich ihr — „ich bin ganz davon überzeugt; ich hatte die beste Gelegenheit, Ihr stilles Walten an Ort und Stelle zu bewundern. So wohnte ich z. B. einst in der Nähe einer Familie, deren Geschichte zu den langweiligsten gehört, die Sie hören können —"

„Erzählen Sie!" riefen meine Gäste, und ich mußte natürlich gehorchen.

„Besagte Familie bestand aus drei Personen. Aus dem Vater, der Mutter und der Tochter. Der Vater war ein Ehrenmann; er sprach wenig und aß viel. Den Trunk liebte er aber über die Maßen. Seines Zeichens war er ein Fabrikant von Grabsteinen, woraus Sie abnehmen können, daß der Herr Thompson nur mit den bessern Klassen der Gesellschaft zu thun hatte, denn ein Arbeiter reflektirt selten auf ein Monument, ein Arbeiter ist schon damit zufrieden, wenn er todt ist, ein Arbeiter ist ein ungebildeter Mann — — So dachte Hr. Thompson, und wie gesagt, machte er nur mit reichen Fabrikanten, mit feisten Pächtern, mit ehrwürdigen Pastoren, kurz, mit Leuten Geschäfte, die schon bei Lebzeiten einsehen, daß es dereinst gar nicht schaden kann, wenn man ihnen schwarz auf weiß auf die Grabsteine schreibt, daß sie einen tugendhaften Lebenswandel führten, Niemand betrogen und gen Himmel fuhren als anständige Bürger der Stadt und gläubige Jünger Jesu Christi — — Hr. Thompson machte vortreffliche Geschäfte. Aber der Trunk, der Trunk! Hr. Thompson liebte den Trunk mehr als sein Leben und trank sich deshalb zu Tode.

Als er aber nun eine schöne respektable Leiche war, da ging seine hinterlassene Gattin mit sich zu Rathe, und setzte ihm auf sein Grab den schönsten Leichenstein, der je die Asche eines Gerechten gedrückt hat. „Hier ruht Herr Thompson" — hieß die Inschrift — „Fabrikant von Grabsteinen, Eigenthümer mehrerer Häuser Familienvater. Wanderer stehe still u. s. w." — Nichtsdestoweniger war die Wittwe unglücklich genug, keinen zweiten Wandrer durchs Leben auftreiben zu können.

Ja, dies war sehr schlimm; denn der verstorbene Herr Thompson hatte seiner Gattin außer mehreren Häusern und außer seinem restirenden Vorrath an Grabsteinen auch noch dieselbe Leidenschaft hinterlassen, aus welcher er selbst in ein besseres Leben hinüberschlummerte, und je mehr sich die Aussicht der Wittwe verschlechterte, einen andern Gatten wiederzufinden, desto mehr verringerte sich bald der Werth der Häuser und die Zahl der Grabsteine, so daß von Häusern und Grabsteinen nur ein einziger unversetzter und nicht vertrunkener Grabstein übrig blieb, den Frau Thompson mit sich ins, oder vielmehr auf's Grab nahm, als sie, dem Beispiele ihres vorangegangenen Gemahles treu, endlich ebenfalls am Trunke dahinschied, um ihr Töchterchen ohne Häuser und ohne Grabsteine allein auf der Oberwelt zurückzulassen.

Die arme Miß Thompson war nun wirklich übel dran. Uebrigens war sie schön, und das ist schon immer etwas. Nachdem sie daher als ächte Engländerin bei sich überlegt hatte, ob sie nach Australien gehen, ob sie sich den Hals abschneiden, oder ob sie lieber heirathen solle: zog sie schließlich das letztere vor und verfügte sich sofort zu ihrer Nachbarin.

Der Zufall wollte es, daß ich bei eben dieser Nachbarin im Hause wohnte. Sie war eine der vortrefflichsten und ehrlichsten Frauen, die ich je gesehen habe. In der Kochkunst war sie nur bis zu einem Beefsteak gekommen, aber in der Frömmigkeit blieb sie hinter David und Salomo wenig zurück. Die Psalmen des erstern wußte sie vortrefflich falsch zu singen; die Katze, der siedende Theekessel und die Wetterfahne auf dem Dache stimmten in den Gesang ein und ich werde wohl nie wieder ein solches Konzert zu ertragen haben.

Meine alte Wirthin hatte den Besuch der jungen Miß Thompson freudig entgegengenommen und sofort die nöthige Rücksprache mit ihr getroffen. Es war ihr bald klar, was das Herz des armen Kindes verlangte, und keine zehn Minuten verflossen, da klopfte die ehrliche Frau auch schon an mein Zimmer.

Ich war nicht wenig erstaunt, die Alte mit der Jungen

hereintreten zu sehen. Ich springe empor, ich lade die junge Dame auf's freundlichste ein, sich zu setzen, und nachdem wir die gewöhnlichen Artigkeitsphrasen mit einander gewechselt haben, erkundige ich mich darnach, was mir die Ehre dieses schönen Besuches verschafft hat.

Traurig schlägt da die kleine Miß ihre blauen Augen nieder; ich ergreife ihre weiche Hand und bitte Zutrauen zu mir zu fassen und Alles von mir zu verlangen, was ein Sterblicher zu leisten im Stande ist — aber vergebens. Eine peinliche Windstille entsteht in der Konversation. Ich habe Zeit, die junge Person zu betrachten; sie ist allerliebst. Die blonden Haare, der schlanke Wuchs, die weißen Hände und die schwermüthig verhangenen Augenlieder: Alles zieht mich unwillkührlich zu ihr hinüber; ich bitte sie inständigst, mir die Räthsel ihres kleinen Herzens zu erschließen, und tausend Eide schwöre ich, nichts davon verrathen zu wollen — aber umsonst!

Da ist endlich meine alte Wirthin so gescheidt, der allseitigen Verlegenheit ein Ende zu machen. Sie stemmt die Hände in die Seiten und erzählt mir die Geschichte von den Eltern des Mädchens, von den Häusern und den Grabsteinen: „Und sehen Sie —" fährt sie dann fort — „Miß Eliza ist jetzt ein verlassenes Kind.

Was soll sie thun? Es ist am besten, daß sie heirathet. Sie trägt Ihnen daher ihr Herz und ihre Hand an und es wird ihr jedenfalls lieb seyn, wenn Sie sich bald entschließen wollen, denn das Alleinsein ist langweilig und der Mann findet den besten Comfort in seinem geliebten Weibe —"

Einen Davidschen Psalm beginnend, endet die Alte ihren Vortrag und verwundert blicke ich bald auf die würdige Matrone, bald auf das schüchterne Mädchen. Die Unbeweglichkeit und das Schweigen der jungen Miß scheinen mir zu beweisen, daß die Alte die reine Wahrheit gesprochen hat. Ich rücke daher näher mit meinem Sessel und legte die Hand vertraulich auf den Arm des hübschen Kindes. „Sie wollen mich also heirathen? —" »Yes, Sir« Es wird mir ganz angenehm zu Muthe. „Wie der Prophet Habakuk — fahre ich fort — bin ich capable de tout, aber erlauben Sie wenigstens, liebe Miß, daß ich Ihnen vorher eine Woche oder einen Monat lang Gelegenheit gebe, mich kennen zu lernen. Es kann Ihnen doch unmöglich recht seyn, so ohne Weiteres eine Verbindung einzugehen, welche die interessantesten Folgen haben könnte. In der That — —"

Die Alte unterbricht mich: „Vier und zwanzig Stunden! Vier und zwanzig Stunden haben Sie Bedenkzeit! „Ja, vier und zwanzig Stunden," lispelte die Miß und sie erhebt sich und verschwindet.

„Aber Sie werden doch, beim Teufel, das Frauenzimmer nicht geheirathet haben?" fragte hier mein grauer Freund, der Spleen, indem er sich erschrocken emporrichtete.

„Theuerster Spleen, ich wäre wirklich fast so toll gewesen. Vor allen Dingen hielt ich es für meine Pflicht, der heirathslustigen Kleinen den gemachten Besuch sofort zu erwidern. Ich traf sie sehr gefaßt in ihrem Zimmer an; ich setzte mich zu ihr und erzählte ihr einen halben Tag lang Alles, was mir gerade in den Sinn kam." „Vier und zwanzig Stunden!" blieb aber der Termin. Der Starrsinn der Kleinen war nicht zu beugen.

Das Ende vom Liede war, daß meine Schöne nach v[…] und zwanzig Stunden den ersten andern Menschen zum Ma[…] nahm, der ihr in den Wurf kam. Ich begleitete das gl[…]liche Ehepaar zur Kirche, und wir sind stets besonders g[…] Freunde geblieben.

„Kam die junge Frau mit einem Knaben oder mit ein[…] Mädchen nieder?" fragte die Langeweile.

»Mit einem Grabstein!« murmelte der Spleen und […] Seekrankheit wälzte sich vor Lachen.

Die Göttin der Langenweile wunderte sich keineswegs ü[…] die Geschichte der jungen Miß Tompson. »Mit den Heirath[…] ist es ein eigenes Ding in England« — fuhr sie fort […] „die Heirathen stehen in England im genauen Zusammenhan[…] mit den Waizenpreisen. Wahrscheinlich ist dies in ande[…] Ländern nicht weniger der Fall, aber ich möchte fest behaupte[…] daß sich namentlich in England die gegenseitige Annäheru[…] junger Personen, ja, mit einem Worte, daß sich die Lie[…] beider Geschlechter genau nach den Notirungen der Kornhä[…]ser von Marklane richtet. So wurden z. B. im Jahre 18[…] bei einem Waizenpreise von 52 Shilling pr. Quanter 242,4[…] Ehen geschlossen, eine Anzahl, die sich im Jahr 1835 [...] einem Waizenpreise von 34 Shilling auf 275,508 Ehen ve[…]größerte.

Haben Sie nur die Güte, die höchst interessanten statis[…]schen Tabellen über die Population der Vereinigten Köni[…]reiche, in Porter's Progress of the Nation nachzuschlage[…] und Sie werden nicht nur finden, daß diese Angaben durch[…]aus richtig sind, sondern daß sich dieselben Schwankungen au[…] in allen übrigen Jahren seit dem Beginn dieses Jahrhunder[…] wiederholten.

Ja, der Gott Amor hängt von den Fruchthändlern d[…] Londoner City ab; die Fruchthändler der City richten si[…] nach dem Wind und dem Wetter, und die Liebe ist eine re[…] ökonomische Frage.

Wenn Ihnen die allerliebste Miß Thompson einen Hei[…]rathsantrag machte, so glauben Sie daher ja nicht, daß dies[…] Artigkeit Ihren geistigen und körperlichen Vorzügen gegolt[…] hätte — nein, Fräulein Thompson hatte vielleicht gerade i[…] irgend einer Zeitung gelesen, daß wegen des schlechten Wet[…]ters und in Folge einer bevorstehenden Mißernte, die Frucht[…]preise bedeutend in die Höhe gehen würden, und es verstan[…] sich daher von selbst, daß sie als ächte Engländerin sofort de[…] Entschluß faßte, sich zu verlieben, um Sie noch zur rechten Zeit zu der Thorheit einer ehelichen Verbindung zu verleiten.

Die Ehe ist in England eine Geschäftssache, welche man so rasch und so rund als nur möglich abzuthun pflegt und wenn man der Liebe noch keinen besondern Platz auf der Börse anwies, unterblieb dies nur deswegen, weil man bisher dergleichen geringfügige Geschichten en passant abmachte und sie mehr unter die Rubrik der Spekulationen brachte, welche ganz im Stillen und ohne viel Geräusch behandelt werden wollen.

(Fortsetzung folgt)

Druck und Verlag von Wilhelm Tümmel S. Nr 544 am Rathhaus.

Freiblatt

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 10 April 1849. № 100. Dienstag: Daniel.

Deutsche Staaten.

△ **Erlangen**, am 9. April. Da Ihr auch bei uns immer mehr Eingang findendes Blatt den Bewegungen der geistigen Freiheit die anerkennenswertheste Aufmerksamkeit stets noch geschenkt hat, so werden sie wohl gerne bereit seyn, dem Kreise Ihrer Leser mitzutheilen, daß das sehr große Pfarrdorf Uttenreuth, eine Stunde von hier entfernt, entschlossen, fest entschlossen ist, in corpore, der Pfarrer natürlich und 2 Nebelkappen ausgenommen, sich den freien christlichen Gemeinden anzuschließen. Auch in Bruck, Eltersdorf, Bach und Frauenaurach soll sich's tüchtig rühren für die Abschüttelung des Pfaffenjoches.

Heidelberg, 5. April. Gestern kamen mehrere Mitglieder der Linken des Parlaments von Frankfurt hierher, um sich hier, wie man sagt, mit andern ihrer Gesinnungsgenossen über die Schritte zu berathen, welche in Folge der neuesten Ereignisse von ihnen zu ergreifen seyen. Ein Theil der hier Anwesenden begab sich nach Heilbronn, um dort der Volksversammlung am nächsten Montag beizuwohnen. Sie werden dort auch Mitglieder der Linken aus Stuttgart finden. (Frkft. J.)

Neckargemünd, 6. April. Nächsten Montag, den 9. April, soll hier ein Kreis-Kongreß der demokratischen Volksvereine des Neckarkreises abgehalten werden. (Frkf. J.)

Frankfurt, 6. April. Das von der deutschen Nationalversammlung nunmehr rasch beendigte Verfassungswerk war die Hauptaufgabe dieser Versammlung, zu deren selbstständiger Erledigung letztere im vorigen Jahre von den Stämmen des deutschen Volkes, ohne Widerspruch Seitens der Fürsten gewählt und berufen worden. Das Oberhaupt war der Schlußstein der Verfassung; also lag auch seine Bestimmung und Wahl in dem vom Volke empfangenen Mandate, welches dadurch keineswegs überschritten wurde. — Verfassung und Kaiserwahl sind, als ein unzertrennliches Ganzes, durch die Majorität der Versammlung beschlossen, und mit dem, aus dieser ebenfalls hervorgegangenen allgemeinen Wahlgesetze, dem deutschen Volke verkündigt worden. Darauf zu halten, ist Pflicht der Versammlung. Kein Abgeordneter, welcher die in amtlicher Ausgabe erschienene Verfassung des deutschen Reichs vollzogen unterzeichnet hat, kann, selbst wenn er, gleich dem Unterzeichneten, weder an Versprechungen, Transaktionen und Reserven Theil genommen, noch für die dem konstitutionell-monarchischen Prinzip nicht entsprechenden Verfassungsbeschlüsse gestimmt hat, — auf Abänderung irgend eines wesentlichen Punktes eingehen. Das Uebel, welches nachträgliche Aenderungen früher oder später zur Folge haben möchten, würde größer seyn, als dasjenige, welches dadurch beseitigt werden soll. — Die Vorsehung lenke deßhalb den Sinn des Königs von Preussen zur bestimmten Annahme der Kaiserwahl und der Verfassung! Sein Recht dazu ist nicht zu bestreiten, seine Pflicht gegen die deutschen Mitfürsten nur: deren Freiheit der Zustimmung nicht zu beschränken. Der Genius des Vaterlandes verwirft den dynastischen und partikularistischen Geist, welcher sich in den Angriffen und Schmähungen der offiziellen Zeitungen von München und Hannover offen an Tag legt. Wer die friedliche Volksentwickelung wünscht, halte fest, was einmal beschlossen vorliegt; — wer dagegen den Grund zu einem gewaltsamen Umsturze legen will, widerstrebe dem Beschlossenen, und nehme gar den geflickten Rock an, welchen uns eine gewisse Politik in einem aufgeputzten Staatenbunde bietet. Münch, Reichstags-Abgeordneter.

Frankfurt, 7. April. Dem Vernehmen nach ist an die Stelle des Kommodore Parker, der bekanntlich die ihm zugedachte Mission abgelehnt hat, der gleichfalls der amerikanischen Marine angehörende Kommodore Parry für den Oberbefehl der deutschen Flotte gewonnen und ist auch eine Anzahl anderer Flottenoffiziere der vereinigten Staaten bereit, in deutsche Dienste überzutreten. (D. Z.)

Frankfurt, 7. April. Camphausen, preussischer Bevollmächtigter bei der Centralgewalt, ist durch den elektrischen Telegraphen nach Berlin berufen und bereits heute Morgen dahin abgereist. — Ritter Bunsen hat seine Stelle als Reichsgesandter in London niedergelegt. (D. Z.)

Frankfurt, 7. April. In der vorjährigen 9. Ziehung der großherz. bad. 35 fl.-Loose gewann das Loos Nr. 61,677 fl. 50,000, welche bis jetzt noch nicht erhoben wurden. (Frkf. J.)

Darmstadt,, 5. April. Die zweite Kammer ist den Beschlüssen der ersten über das neue Wahlgesetz fast in allen Punkten nicht beigetreten. Sie hat namentlich den aktiven Census von 6 Gulden für die zweite, und den passiven von 200 Gulden für die erste Kammer und gleicher Weise die Vertretung der Kirche und der Universität verworfen. Da nun die erste Kammer die Umbildung in eine Wahlkammer nur unter der Bedingung zugeben will, daß hierfür der Census von 200 Gulden von der zweiten Kammer angenommen würde, so ist ein gemeinschaftlicher Beschluß über die Aufhebung der auf Standesvorrechten beruhenden Standschaft nicht erzielt. Es tritt hiernach der in dem Einführungsgesetz der Grundrechte vorgesehene Fall ein, und sicherm Vernehmen nach werden wir nach Ablauf der von der zweiten Kammer gemachten 14tägigen Ferien das interessante Schauspiel einer gemeinschaftlichen Sitzung beider Kammern unter dem Präsidium des Prinzen Emil erleben. Man ist hierauf um so gespannter, als die Sitzungen der ersten Kammer geheim sind und das Publikum daher jetzt zum Erstenmale Gelegenheit hat, deren Reden zu hören. (Ffkt. O.-P.-Z.)

†*† **Berlin**, 6. April. Das Interesse an der deutschen Frage, das hier in Berlin niemals allzu lebhaft war, ist durch die langen und dennoch resultatlosen Kammerdebatten nun vollends absorbirt. Man kann nicht sagen, daß die Spannung, mit der man hier dem Ablauf der acht und vierzehntägigen Frist entgegensieht, das Maaß der gewöhnlichen Theilnahme, welche Ereignissen von Wichtigkeit geschenkt zu werden pflegt, erheblich überschreite. In der That hat auch die Aufmerksamkeit, die man der Frankfurter Deputation und den Verhandlungen schenkte, welche sich an deren Erscheinen knüpften, ihren Grund weniger in dem Interesse an der deutschen Kaiserfrage, als vielmehr in der Erwartung, daß jenes Ereigniß die längst erwartete Entscheidung der preußischen Kabinetskrisis bringen werde. Eine solche Entscheidung ist denn auch erfolgt. Obwohl auch heute wieder das Gerücht verbreitet ist, daß das Ministerium seine Entlassung genommen habe, so hat doch die Diskussion in der deutschen Angelegenheit auch dem blödesten Auge gezeigt, daß das Ministerium nicht gesonnen ist, durch Kammervota sich zur Räumung seines Platzes bestimmen zu lassen, und von den Gegnern des Ministeriums sind es nicht Wenige, die es der Linken keineswegs verargen, daß sie ihre Stimmen nicht zur Unterstützung eines Mißtrauensvotums, wie es Hr. v. Vincke wünschte, hergegeben hat. Das Ministerium hat in der Sache der Justizreorganisation ein Mißtrauensvotum erhalten, das nach Inhalt und Form vollkommen geeignet erschien, einen Ministerwechsel herbeizuführen. Hat es dessenungeachtet seinen Platz behauptet, so kann man nicht mehr zweifeln, daß Kammervota allein niemals im Stande seyn werden, das Ministerium zu einem Rücktritt zu nöthigen So viel aber ist gewiß, daß im Innern des Kabinets Zerwürfnisse und Meinungsverschiedenheiten herrschen, die allerdings in Kürze den Erfolg haben könnten, welchen die Kraft des konstitutionellen Brauches zu erreichen nicht vermag.

Indessen hat die gestrige Abstimmung der äußersten Linken in der Partei außerhalb des Parlaments allerdings auch ihre Gegner gefunden; man tadelt es, das die Linke sich gespalten, und ein Theil derselben in unnatürlicher Koalition mit der äußersten Rechten eine Adresse unmöglich macht, und durch die Art des Auftretens wie des Abstimmens auch jede motivirte Tagesordnung unmöglich machte. Man wirft es jener parlamentarischen Partei vor, daß sie ein Mißtrauensvotum verhindert habe, daß, wie Einige glauben, das Ministerium zum Abtreten bewogen haben würde, oder wie Andere vielleicht nicht ohne Grund vermuthen, das Gouvernement zu Schritten der Kammer gegenüber veranlaßt hätte, durch die wir bald Herrn v. Vincke und seine Parthei in den Reihen der entschiedenen Opposition erblickt hätten. Beide Konsequenzen waren aber nach den Ansichten der Gegner des gestrigen Auftretens der äußersten Linken gleich wichtig für die Partei; durch den Rücktritt des gegenwärtigen Gouvernements glaubte man die Aufhebung des Belagerungszustandes und mit diesem die wichtigsten Agitationsmittel, Freiheit der Presse und Versammlungsrecht zu gewinnen. Trat das Ministerium aber nicht zurück, so wiederholte sich die Novembersituation in veränderter Form und dem Lande stand noch einmal die Entscheidung zu.

Man versichert allgemein, daß Herr v. Vincke ein Handschreiben von Seiner Majestät erhalten, in dem sich folgende bemerkenswerthe Stelle befinden soll: „Jedes Wort, was Sie in der Kammer sprechen, ist von hoher Bedeutung. Seyen Sie eingedenk, daß Sie mir einen doppelten Eid geleistet haben, eingedenk Ihres Vaters, der mein Freund war. Richten Sie Ihre Worte so ein, daß Sie nicht Veranlassung haben, sie in Ihrer Sterbestunde zu bereuen.“ —

Die „demokratisch-konstitutionelle“ Partei in der zweiten Kammer veröffentlicht jetzt ihren zweiten Bericht. Derselbe gibt Deklarationen zu dem Auftreten der Fraktion Rodbertus - v. Unruh bei dem Antrage Waldeck's auf Aufhebung des Belagerungszustandes, dem von Parisius über die Organisation der Gerichtsbehörden und bei der Adreßdebatte. Ueber die deutsche Frage äussert sich der Bericht wie folgt: „Wir sind der Ueberzeugung, daß diese Regierung schon in der Stunde, wo dem Reichsverweser eine Huldigung dargebracht und vielmehr dann, als im November, nach dem Rathe der Frankfurter Versammlung, nicht ein freiheitsfeindliches, sondern ein volksthümliches konstitutionelles Ministerium berufen werden sollte, das Zustandekommen der deutschen Einheit hemmend in den Weg getreten ist, bis in die jüngste Zeit. Nur die deutsche Polizei-Einheit ist mit offenen Armen empfangen und jede dahin gehörende Maßregel nach Möglichkeit gefördert worden. Die preussische Regierung ist bereitwillig darauf eingegangen, die Versammlung in Frankfurt von der Höhe ihrer durch Volkswahl angeborenen Souveränetät hinabzusetzen zwischen zwei bescheidene Vereinbarungsstühle. Ja, sie hat bis diesen Augenblick, wo Preussen, nach der Wahl der Nat.-Vers., an die Spitze Deutschlands treten und in demselben aufgehen soll, noch nicht einmal die deutschen Grundrechte eingeführt, die von derselben Versammlung als die Grundlage deutscher Einheit beschlossen sind! Und in solchen weltgeschichtlichen Tagen ist die rechte Seite der preuss. Volkskammer, im Hochgefühle ihres überströmenden Patriotismus, naiv und treuherzig genug, um die von der Linken beantragte Mahnung an endliche Einführung der deutschen Grundrechte durch Stimmenmehrheit aus der Adresse auszuschließen! Freilich ist es nur einem solchen Patriotismus möglich, den deutschen Bestrebungen dieser Regierung mit „freudiger Anerkennung zu folgen!“ Noch immer steht die Regierung unter dem Banner der heiligen Alliance von anno 15! Noch immer steht den 20,000 freundnachbarlichen Russen die preuss. Grenze zu einem Besuche offen, während die Deutschen von der Sage eines Vordringens europäischer Kultur nach Osten gemüthlich schwatzen und träumen!“

Weimar, 6. April. Die Reichstagsdeputation hat auf ihrer

Rückreise nach Frankfurt gestern hier übernachtet und wurde bei ihrer Ankunft hier sowohl, als während ihres Aufenthaltes feierlich aufgenommen.

Schleswig vom 4. April. Der noch immer fortdauernden Ungewißheit ist ein Ende gemacht, die Entscheidung wird nicht lange auf sich warten lassen. An zweien Stellen sind die Dänen vorgerückt und mit unserem Heere zusammengetroffen! Nach den letzten uns zugekommenen Nachrichten standen sie ¾ Meilen nördlich von Hadersleben, angeblich mit 15,000 (?) Mann, und gleichfalls in Sundewitt über die Demarkationslinie hinaus. Die hanseatische Kavallerie, zwischen Hadersleben und der jütischen Gränze postirt, hatte sich natürlich auf Hadersleben zurückgezogen und dabei, wie man hört, bei Aller (Christiansfeld) 2 Mann an Gefangenen verloren; Hadersleben war noch gestern Mittag in den Händen des 1. Jägerkorps, und Alles flüchtete natürlich, da man überzeugt seyn mußte, daß diese Stadt nicht ohne ernsten Kampf geräumt werden würde, wenn es auch nicht unwahrscheinlich dem allgemeinen Plane gemäß war, die Dänen über diese Stadt hinaus vorrücken zu lassen. In Sundewitte waren die Dänen über Eckernsund hinaus gelandet; unsre Vorposten zogen sich nach tapferer Gegenwehr gleichfalls zurück, woran Niemand gezweifelt hatte, da es Aller Wunsch ist, die Dänen endlich einmal zu fassen. Zum Beweise, wie unsere Vorposten sich zurückzogen, bemerken wir, daß dieselben 16 oder 17 Verwundete nach Flensburg gesandt haben. Mögen die Dänen sich noch einmal in Schleswig gütlich thun; — wir sind überzeugt, es wird nicht lange dauern und hoffen, heute Abend oder morgen früh von hier oder aus Flensburg ein Näheres berichten zu können. Schleswig-Holstein wird sich freuen, daß die quälende Ungewißheit zu Ende und der Kampf erstlich begonnen ist! (Alt. M.)

Apenrade, 3. April. Die Feindseligkeiten haben begonnen. Sowohl bei Aller, als bei Ulderup fochten die schleswig-holsteinischen Truppen mit den Dänen. Die Blokade des hiesigen Hafens ist heute offiziell von dem Chef der Corvette Najade, Dirckinck-Holmfeldt, angekündigt worden. Ausser der Corvette blockiren 7 Kanonenböte den Meerbusen. (J. f. D.)

Flensburg, 3. April, Abends. Die Dänen sind heute Morgen von Alsen herübergekommen und haben die schleswig-holsteinische Avantgarde angegriffen, die sich auf die Linie zurückgezogen hat; die Dänen sind in diesem Augenblick in Gravenstein. Eben so sind die Dänen vom Norden her in das Herzogthum eingerückt und stehen jetzt zwei Meilen nördlich von Hadersleben. In der Bucht von Apenrade liegen mehrere dänische Kriegsschiffe. Bei Holnis liegt ebenfalls ein dänisches Kriegsschiff. In Hadersleben liegen ungefähr 1000 Jäger, die in der Stadt, wie es heißt, den Straßenkampf wagen wollen. Einige Wagen mit Verwundeten sind schon hier angekommen. Der Rückzug der Schleswig-Holsteiner ist in aller Ordnung geschehen und hat wohl nur den Zweck, die Dänen weiter ins Land zu locken. General v. Prittwitz hat sein Hauptquartier hier. (J. f. N.)

Swinemünde, 3. April. Gegenwärtig stationiren in unserem Hafen die Corvette „Amazone," 6 Kanonenböte und 4 Kanonen-Jollen, sämmtlich vollständig armirt und bemannt. Nach Mittheilung eines so eben eintreffenden englischen Kapitäns sollen bereits 2 dänische Kriegsschiffe zur Blokade für Swinemünde designirt seyn (?) (O. S. Z.)

Kiel, den 4. April. (9 Uhr Abends.) So eben trifft die Nachricht hier ein, daß die Strandbatterie in Eckernförde von den Dänen rasirt ist. Auch hier haben sich 7 Kriegsschiffe vor Christiansort gelegt, denen man eine ähnliche Absicht zutraut. (Lüb. Z.)

Französische Republik.

† **Paris**, den 5. April. Karl Albert ist nicht in Paris, sondern in Spanien. Die Blätter gestehen heute ihren Irrthum ein. Gioberti (nicht Karl Albert) nahm in Bourges einen Spezialzug nach Paris, während Letzterer von Toulouse aus seine Reise über Bayonne nach Spanien und Portugal fortsetzte. Der Moniteur du Soir hatte uns also Alle hinter das Licht geführt. Laut Briefen aus Bayonne vom 2. April passirte Karl Albert jene Stadt an diesem Tage.

† **Paris**, 5. April. Die Cholera wüthet unter den Deputirten. Von 9 Erkrankten wurde heute der Tod von Dreien gemeldet, darunter auch Fayet, Bischof von Orleans, den wir gestern vergebens wieder aufstehen ließen. Unter denen, die den alten Voltairianer am Sterbebett besuchten, erwähnt man auch Coquerel, den Bischof der Protestanten. Als der Sterbende denselben eintreten sah, soll er gerufen haben: Ach Coquerel, ich fürchte, wir sehen uns jenseits nicht wieder. Die drei Deputirten hießen: Fayet, Gulmann (Floß) und Ballon.

Die Kriminaluntersuchung wegen des Kommunistenkomplotts vom 29. Januar wird in aller Stille fortgesetzt. Unter den Papieren, die man in dem Lokal der Solidarité Republicaine ergriffen, soll sich ein Gesetzentwurf befinden, welcher für den Fall des Volkssieges ein Triumvirat, bestehend aus Ledru-Rollin, Blanqui und Raspail, einsetzt. Auf diesem Fund gründen die Weißen ihre Hauptanklage gegen die Rothen.

Großbritannien.

London, 3. April. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses hat Lord Palmerston erklärt, daß jede etwaige Beeinträchtigung der Integrität der sardinischen Monarchie, jede Beschränkung seiner gegenwärtigen Umgrenzung von der britischen Regierung als eine europäische Frage betrachtet werden würde, und die ernstesten Folgen nach sich ziehen könnte. Es sey jedoch, fügte der Minister hinzu, kein Grund vorhanden, vorauszusetzen zu müssen, daß das österreichische Kabinet irgend eine Landabtretung von Piemont verlangen werde.

Italienische Staaten.

Briefe aus Rom vom 31. März melden eine Thatsache, die — scheinbar wenig bedeutend — die Stellung Oesterreichs zu der Bewegung im Kirchenstaate nahe berührt. Oesterreich besitzt in Rom bekanntlich als Erbe der Republik S. Marco den sogenannten venetianischen Palast, worin die österreichischen Botschafter ihren Sitz haben. Dieser Palast wurde von der jetzigen diktatorischen Regierung mit Beschlag belegt, besetzt und die Fahne von S. Marco auf ihm aufgepflanzt. (A. A. Z.)

Turin. Im offiziellen Theil veröffentlicht die Gazz. Piemontese vom 3. April ein Dekret, nach welchem Genua in Belagerungszustand erklärt und dem General Alfons de la Marmora der Oberbefehl über diese Stadt mit unumschränkter Vollmacht ertheilt wird. — Am 28. und 29. März herrschte in Genua die größte Verwirrung. Der Kommandant Giuseppe Avezzana überließ der Nationalgarde die Besetzung der zwei wichtigen Forts, welche die Stadt beherrschen, und erließ mehrere Proklame, wovon eins wörtlich beginnt: „Genuesen! Unterstützt das heldenmüthige Beginnen dieser Mannschaft, welche nicht Waffenstillstand, nicht Frieden kennt, wenn solche eine ganze Nation brandmarken!"

In Widerspruch mit den alarmirenden Berichten über die Zustände von Genua und Nizza führt die Augsb. allg. Ztg. Berichte aus Turin mit der Versicherungen, daß man rücksichtlich der Verhältnisse jenes ganzen Küstengebiets nicht die mindeste Besorgniß zu hegen brauche. Es seyen nur wenige (?) kecke Wühler, welche die Nachsicht der genuesischen Bevölkerung mißbraucht haben; diese Bevölkerung in ihrer großen Mehrzahl sey über die Verhängung des Belagerungszustands eben so hoch erfreut als das ganze Land die Auflösung der Deputirtenkammer billige. Nicht wenig trage zur öffentlichen Zufriedenheit bei, daß Marschall Radetzky auf die theilweise Besetzung Alessandria's durch österreichische Truppen verzichtet habe.

Mailand. Radetzky hat der französischen Regierung seine Bereitwilligkeit erklären lassen, von einigen Bedingungen des Waffenstillstandes, namentlich von der Besetzung der Citadelle von Alessandrien abzugehen, wenn Frankreich und England die Ausführung der übrigen Bedingungen und den Abschluß eines definitiven Friedens garantiren wollen. (N. Zür. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Anzeige.

Mehrfachen Anfragen zu Folge erkläre ich, daß die in einem Münchner Blatte vom dortigen K. Oberpostamte erschienene Erklärung sich nicht auf den von mir in Nr. 64 dieses Blattes beregten Fall beziehen kann, da die Eröffnung eines meine Adresse tragenden Paquets **wirklich Thatsache** ist.

Ich bemerke indessen hiebei, daß das K. Oberpostamt in einem an mich gerichteten Schreiben die geschehene Eröffnung als **Versehen** und die Versiegelung mit einem Privatpegel, statt des Amtssiegels, als **Ungeschicklichkeit** bezeichnet.

Die nöthige Rückäußerung auf dieses Schreiben ist bereits an das kgl. Oberpostamt München abgegangen.

Jacob Schmitt
Abgeordneter.

Verein deutscher Frauen.

Dienstag, den 10. April Nachmittag 3 Uhr Versammlung im Gasthause zum König Otto.

Der Vorstand.

(Zu vermiethen.) In L. Nro 401 am Häfnersplatz ist eine Wohnung mit 5 heizbaren Zimmern, Küche, Speisekammer, Garderobe, sonstigen Bequemlichkeiten und Stallung für 3 Pferde — bis Ziel Walburgi zu vermiethen.

Stadttheater in Nürnberg.

Montag, den 9. April 1849. Abonnement suspendu. „Der Pfarrherr." Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer. (Manuscript).

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 11. April 1849. № 101. Mittwoch: Julius.

†† Politische Schlagschatten.

X.

Und wie benahm sich das Parlament diesen Wiener Ereignissen gegenüber? Wie die Armuth und Ohnmacht sich eben gegen die Gewalt benehmen kann. Die Frankfurter Majorität erkannte bekanntlich Alles für nicht dringlich an, was energische Eile erfordert. Also geschah es auch in der österreichischen Angelegenheit. Die Centralgewalt sandte die zwei Reichskommissäre Welker und Mosle, die schon in Passau von der Wiederherstellung der alten Gemüthlichkeit in Wien träumten. Als sie aber zu Windischgrätz kamen und sich als Reichskommissäre von der Centralgewalt gesandt, geberden wollten, da kanzelte sie der Feldmarschall herunter, und sagte ihnen, „daß er das Ding, Centralgewalt nicht kenne." Aus ihrem Traum war also Nichts geworden, dafür setzten sie sich nach Ollmütz zum Kaiser und seiner Kamarilla, und tafelten und waren guter Dinge, während es heiß her gieng in Wien.

Zwei andere Reichskommissäre giengen mit langsam aufgehobenen Fersen nach Wien hinab, aber wenn es selbst energische Leute gewesen wären, so wären sie zu spät gekommen, da Alles schon vorüber war, bis auf die Blamage, daß sie Windischgrätz gar nicht vorließ und sie an den General Cordon in Wien verwieß, der sie wiederum nicht anhörte, weil er, wie er sagte, keine Zeit hätte. So verfährt man mit den Bevollmächtigten der deutschen Centralgewalt. Will man noch mehr Beweise für die Schwäche des neuen deutschen Reichs und des Parlaments, in dem allerdings nur die Rechte diesen beklagenswerthen Zustand gebracht hat.

Und bei solchen Constellationen deuten die Parlaments-Astrologen noch immer auf den Himmel ihrer kranken Phantasie und erklären sich für den großen und kleinen Bären deutscher Einheit und Stärke. Die Kugeln, die Blum's deutsches Herz durchschlagen, sie haben auch das Band, das zwischen Deutschland und Oesterreich bestand, an der besten Stelle ausgefranzt und geschwächt. Das nicht deutsche Oesterreich wird wohl dem slavischen Uebergewichte, Rußland im Rücken erliegen müssen. Windischgrätz und Jelacic, wenn sie nicht früher ihr Schicksal erreichen sollte, werden nun um die ungarische Freiheit den Henkerstrick legen, während Radetzky in Italien seine Unterdrückungsplane fortsetzt. Der Czaar Nikolaus schürt die Gluth nach Oben und Unten durch Orden und Geld, die österreichische Monarchie wankt sichtbar ihrem Grabe zu.

Deutsche Staaten.

Heidelberg, 6. April. In der gestern hier stattgehabten Versammlung von Abgeordneten der „Nationalversammlung" und mehrerer Ständekammern wurde auf den Antrag des Abg. Simon von Trier beschlossen, dahin zu wirken: daß die durch die deutsche Nationalversammlung — als einzig und allein hiezu berechtigte Instanz — beschlossene Verfassung einschließlich der Grundrechte und des Wahlgesetzes unbedingt durchgeführt werde; 2) daß, wenn eine solche unbedingte Durchführung durch den Fürsten nicht zu erreichen seyn sollte, welchem zuerst die Würde des Reichsoberhauptes angetragen worden, die Nationalversammlung in fernere Berathung trete und eine Regierung des Gesammtstaates schaffe, welche ihre Beschlüsse ausführe, sey dieß eine einheitliche, sey es eine collegialische. (M. Abdz.)

Frankfurt, den 6. April. Die Nachrichten, welche uns aus dem Meiningischen über die Verhandlungen des dortigen Landtags zugehen, haben wir bei der Masse wichtigeren Stoffs bisher unbeachtet lassen müssen. Aber wir dürfen unsern Lesern nicht vorenthalten, auf welche unerhörte Weise das dortige Fürstenhaus, eines der reichsten Dynastengeschlechter Deutschlands, in der Domänenfrage nach einem uns heute zugegangenen Berichte behandelt wird. Danach hat der Abgeordnete Lommel den Kern der Ansprüche des Landes an das Domänenvermögen als Staatsgut darin gefunden, daß Jeder, der nicht Eigenthum besitze, ein Proletarier sey, daß der Staat ohne Vermögen dieselbe Bezeichnung verdiene, und daß darum der Staat Vermögen haben müsse, es komme, woher es wolle. Nun ist es wahr, daß schwerlich bessere Gründe dafür gefunden werden konnten, als im vergangenen Frühjahre dem Herzoge die Abtretung seines unbestrittenen Familieneigenthums an allen in dem alten Herzogthum Meiningen und in den Gothaischen Erwerbungen mit Ausnahme des Herzogthums Hildburghausen belegenen Domänen zugemuthet und abgezwungen worden ist. In dieser Abtretungserklärung behielt der Fürst im Falle einer Mediatisirung für sich und seine Familie einen höchst mäßigen, schon jetzt auszuscheidenden Antheil vor. Die Realisirung dieses Vorbehalts ist nun Sache des Angriffs geworden. Wir beklagen die unverdiente Kränkung, welche dadurch dem herzoglichen Hause bereitet worden, fast eben so sehr aber die ministerielle Vertheidigung, die immer auf die Bitte hinausläuft, „den Herzog bonnet zu behandeln." (Frkft. O.-P.-Z.)

Frankfurt, 7. April. In wie weit es gegründet ist, mag dahin gestellt bleiben, allein behauptet wird, es werde bereits für den hier abzuhaltenden Fürstenkongreß ein entsprechendes Lokal in Aussicht genommen und man nennt bereits die Namen fürstlicher Personen, welche hier erwartet werden. Mit Bestimmtheit wird behauptet, daß der Kongreß hier rasch zusammentreten soll, um in Verständigung mit der Reichsversammlung Deutschland eine definitive Reichsgewalt zu schaffen. (D. Z.)

†*† **Berlin,** 7. April. Ausser dem heute mit größerer Bestimmtheit sich erneuernden Gerücht von dem Rücktritt des Justizministers Rintelens ist nichts von Erheblichkeit zu melden.

Arnold Ruge soll in Leipzig auf Requisition preussischer Behörden verhaftet worden seyn. Man vermuthet, daß diese Maßregel mit den Vorgängen vom 31. Oktober v. J. im Zusammenhang steht. An jenem Tage sprach Ruge vom Perron des hiesigen Schauspielhauses herab zum Volke. Möglich, daß man hierin eine Aufforderung zu den tumultuarischen Begebenheiten des 31. Oktober findet.

Die Deputation aus Schleswig-Holstein, welche hieher gesandt ist, um Se. Majestät die Glückwünsche jenes deutschen Landes zur Annahme der deutschen Kaiserkrone darzubringen, befindet sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen in großer Verlegenheit, wie sie sich ihres Auftrages entledigen soll. Zur Annahme glaubt man nach der Erklärung der Frankfurter Deputation nicht gratuliren zu dürfen und ebenso wenig will man ohne Weiteres wieder abreisen.

Kiel, vom 5. April. Der Krieg hat mit einem Unglücke für die Dänen begonnen, wie es sie wohl nicht empfindlicher hätte treffen können. Der heute versuchte Seeangriff auf die Schanzen bei Eckernförde hat ihnen den Verlust des Linienschiffes „Christian VIII. (Capitain Paludan) und der Fregatte „Gesion" (Capitain Meyer) zugezogen; die Besatzung beider Schiffe, zusammen etwa 1000 Mann ist kriegsgefangen. Vielleicht ist auch ein Dampfschiff verloren, welches heute Abend dienstunfähig nicht weit vom Noer lag, während ein anderes Schiff gleichfalls sehr beschädigt mit Mühe sich entfernte; das auf den Strand gerathene Linienschiff ist nach Ausschiffung der Mannschaft in die Luft geflogen und hieß es heute Abend, daß auch die Fregatte gebrannt habe. Die obenerwähnten 4 Schiffe haben heute Morgen 5 Uhr den Angriff auf die Strandbatterien, welche resp. bei dem Hofe Louisenberg (nördlich) und nahe vor dem Invalidenhospital (eben südlich) von Eckernförde liegen, begonnen, die Kanonade hat mit Unterbrechung bis nach 6 Uhr Abends gedauert, nachdem jedoch der Kampf schon Morgens früh eine dem Feinde verderbliche Wendung genommen hatte. Eine nassauische Batterie 12 Pfünder, welche bei Gettorf stationirt war und nach dem Strande bei Schellmark eilte, hatte nemlich das Glück, daß eine ihrer ersten Kugeln den Räderkasten eines feindlichen Dampfschiffes traf und die Maschinerie schwer beschädigte. Schon damals soll „Christian VIII.", ein neues Linienschiff von 84 Kanonen, welches bei dem starken Ostwinde zwischen Eckernförde und Sandkrug eine beabsichtigte Wendung wahrscheinlich nicht schnell genug ausführen konnte, um der Gewalt der dem Lande zutreibenden Wogen zu widerstehen, auf dem Strande festgesessen haben und nun seine Abbringung pr. Dampfschiff unmöglich geworden seyn. Der Fregatte „Gesion" von 46 Kanonen hatte eine 84pfündige Bombenkugel das Steuerruder zerstört, dieselbe hatte außerdem mehrere Grundschüsse erhalten und ihr Feuer länger einstellen müssen, ehe sie sich ergab, welches gleichzeitig mit dem Linienschiffe nach 11 Uhr Abends (?) erfolgte. Unsere Batterien sollen nur wenig gelitten haben und der ganze Verlust in einigen Verwundeten bestehen. Auch in der Stadt Eckernförde, welche von den feindlichen Schiffen nicht zum Ziel genommen ist, sollen nur wenige Beschädigungen, zum Theil durch die nassauische Batterie bei Schnellmark, welche die Schiffe zwischen sich und der Stadt hatte, bewirkt und von den Einwohnern eine Frau und ein Kind getödtet seyn. Die schlesw.-holst. Artillerie in den Schanzen hat sich gleich der nassauischen in jeder Beziehung ausgezeichnet. Man sagt, daß während des Kampfes noch mehrere Batterien von Rendsburg und Schleswig eingetroffen waren. Augenzeugen versichern, daß die feindl. Schiffe, namentlich das Linienschiff in fürchterlicher Weise zugerichtet waren, daß man während des Gefechtes alle Pumpen auf den Schiffen in Bewegung gesehen habe und daß Tauwerk und Segel in Fetzen herabhingen. Das Commando bei Eckernförde führte der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha, welcher sich mit seinem Stabe am Eingange des Schnellmarker Holzes befand, als gemeldet wurde, daß die Schiffe sich ergeben hätten, eine Nachricht, welche natürlich den größten Jubel erregte. Der Herzog eilte nach Eckernförde, wohin die Mannschaft der feindlichen Schiffe gefangen geführt ward. Von Seiten unserer Marine wird jetzt natürlich Alles gethan, um wo möglich die Fregatte für uns in Sicherheit zu bringen, da man kaum zweifeln kann, daß das entkommene Dampfschiff mehrere dänische Schiffe herbeiholen werde. Ob das Auffliegen des Linienschiffes vielen Schaden angerichtet habe, konnte ich noch nicht erfahren; man glaubt aber, daß das Wasser im Schiff schon hoch genug gestiegen war, um die Explosion wesentlich zu schwächen. (A. M.)

Schreiben aus Eckernförde, vom 5. April. Gestern Nachmittag legten sich das dänische Linienschiff „Christian VIII." und die Fregatte „Gesion", nach andern „Galathea" nebst zwei Dampfschiffen außerhalb der Schußweite der Schanzen vor Anker. Heute Vormittag um $7\frac{1}{2}$ begann von beiden Seiten eine starke Kanonade, welche ununterbrochen bis 1 Uhr anhielt. Jetzt zogen die Schiffe die Parlamentairflagge auf und ein Parlamentairboot segelte ans Land, ein Schreiben an die höchsten Civil- und Militärbehörden überbringend, mit der Anforderung, den Schiffen freien Rückzug zu gestatten, widrigenfalls man die Stadt bombardiren werde. Nach circa 3 Stunden erfolgte die Antwort, daß die Militärbehörde dieser Anforderung nicht willfahren könne. Jetzt begann die Kanonade aufs neue und hielt ungefähr 2 Stunden an; wonächst beide Schiffe die Flaggen strichen; während die Dampfböte sich bereits früher, vermuthlich wegen der Größe der Beschädigungen, außer Schußweite gelegt hatten. Die

Mannschaft des Linienschiffs „Christian VIII." wird noch fortwährend ans Land gebracht, nachdem der Höchstkommandirende **Paludan** gleich anfänglich als Gefangener abgeführt worden. Es heißt, daß auf dem Linienschiff Feuer seyn soll. Eben indem ich schließe, 8½ Uhr Abends, fliegt das Linienschiff in die Luft, vermuthlich von der Mannschaft selbst gesprengt. (Es heißt, daß erst 300 ans Land gebracht worden, und noch 200 Mann auf dem Schiffe gewesen seyen. Die Explosion hat man auf dem Schlosse Gottorff vernommen. Was aus dem Kapitain des „Gefion", **auf dem die deutsche Flagge weht**, geworden, weiß man nicht. Nach einer Angabe soll er sich erschossen haben. Das Parlamentiren kam unsrer Batterie sehr zu gute, da sie ihre Munition verschossen hatte. Die Antwort des Herzogs von Gotha an den Parlamentair soll gewesen seyn, daß, wenn sie eine offene Stadt beschießen wollten, sie dies auf ihre Verantwortung thun möchten; freien Abzug könne man ihnen nicht gestatten.)

Flensburg, vom 5. April. So schwer es ist, aus dem Gewirre von Gerüchten irgend eine Ordnung und Wahrheit schon herauszufinden, so will ich doch Einiges von demjenigen mittheilen, dessen Wahrheit behauptet werden zu können scheint. Die Dänen sind bis Apenrade vom Norden her vorgerückt, daß sie die Stadt besetzt haben, wird von Einigen behauptet, von Andern bezweifelt. Das 1. Jägerkorps erhielt trotz einer Anzahl dänischer Seits abgefeuerter Schüsse bei Hadersleben nur einige leichte Verwundungen, bei dem Abzuge aus Apenrade durch das Feuer der Kanonenböte, in Folge einer in der Nähe des Zugs springenden Bombe, zwei schwere. — In Sundewitt haben gestern und heute wiederholte Plänkeleien an den Vorposten stattgefunden und hier nach Flensburg sind 20 zum Theil schwer Verwundete gebracht. Von gefallenen oder vermißten Offizieren ist wiederholt die Rede gewesen, aber bisher hat sich kein Gerücht dieser Art bestätigt. Vom dritten Jägerkorps ist die zweite Kompagnie besonders im Gefecht gewesen, hat aber nur 1 Todten und 5—6 Verwundete gehabt. Auf Morgen erwartet man einen entscheidenden Angriff, aber wir glauben nicht, daß man die Dänen einholen wird. — Pastor Petersen in Satrup, Pastor Jordt in Ulderup und ein dritter Prediger sollen bereits wieder fortgeschleppt seyn. Unsere Truppen haben sich nach einstimmigem Urtheil überall sehr brav gehalten: — möchten sie doch Gelegenheit bekommen, sich mit dem Dänen zu messen. (Alt. M.)

Ein Anderes aus Eckernförde, vom 5. April, 4 Uhr. Nachdem gestern Abend eine Fregatte, zwei Corvetten, drei Dampfer und drei bis vier Kanonenböte unser friedliches Eckernförde allarmirt, und das in Windebye, Kochendorff, am Noer liegende preussische Linienbataillon mit beispielloser Schnelle zu unserm Schutze herbei gezaubert hatten, begann heute Morgen ein Kampf, von der Nordschanze bei (Luisenberg) eröffnet, so günstig für die Dänen, daß von 7 bis 8 Uhr die Passage der Nordschanze forcirt war und um 7½ Uhr die ersten landesväterlichen Grüße des Königs Herzogs durch das Rathgen'sche und Wienkopp'sche Haus in Gestalt von 24pfündigen Kugeln ihren Einzug hielten. Von diesem Augenblick an, bis um 2 Uhr, also reichlich volle sechs Stunden, hielt die Süderbatterie, armirt mit 4 Stück 18pfündigen Kanonen, bedient von schleswig-holsteinischen Artillerie-Rekruten, den Kampf gegen 2 von Sr. Majestät Hauptschiffen, von 80 und resp. 50 Kanonen, sowie einen Dampfer von 10 Kanonen, unterbrochen aus und zwang diese Schiffe, von 2 bis 5 Uhr zu parlamentiren. — Eben rückt die sechspfündige Nassauer Batterie ein, faßt auf offenem Strande Posto, um die der Sage nach auf Büchsenschußweite festliegende Fregatte im Spiegel zu begrüßen. Ich schließe unter Kanonendonner und der leider vielleicht nur zu begründeten Furcht, daß wir diese Nacht eine Brandfackel von der Huld unsers Landesvaters erleben; eben stürzt ein Giebel. Die Süderschanze hält sich tapfer und hatte beim Abschluß des ersten Kampfes **nur** 3 leicht Verwundete. Die Norderschanze muß leider schweigen, da die Schiffe zwischen ihr und der Stadt liegen. 5½ Uhr. Das Bombardement wüthet furchtbar, und beinahe möchte ich zagen, diesen Brief zur Post zu befördern, indeß über Friedrich VII. lebt Gott! und wird wie wir Alle hoffen, so gerecht richten, daß wir morgen eine gesunkene Fregatte begrüßen werden. Abends 7½ Uhr. Nicht erst morgen, schon heute hat Gott gerichtet. Die Fregatte (man kann am Spiegel nicht mehr deutlich lesen) setzt denn die Gefangenen ans Land, die Corvette liegt etwas weiter, hat aber ebenfalls gestrichen. Vier Kanonen, von Schleswig-Holsteiner **Helden** bedient, haben 130 nicht blos zum Schweigen, nein zum Flaggenstreichen gebracht. Ich schreibe keine Lüge. Wahrheit! Wahrheit! Es ist keine Fregatte, es ist „Christian VIII.", das Linienschiff! Mir wirbelt der Kopf. Es ist unerhört, kaum glaublich! Und doch wahr! wahr! 4 Kanonen durch 6 Stunden Ausdauer haben 130 Kanonen erobert! Die beiden kommandirenden Unteroffiziere Preusse und Stinde sind, ersterer ein Preusse, letzterer ein Landsmann, ein Schleswig-Holsteiner, ein Unteroffizier von 21 Jahr und von 6 Wochen Dienstzeit! Der Jubel ist unendlich, der Sieg von nicht zu begreifender Bedeutung.

Eckernförde, 5. April, (Abends). Gestern Nachmittags 6 Uhr erschienen von Norden herkommend, folgende dänische Schiffe: das Linienschiff Christian VIII. von 84 Kanonen, die Fregatte Gefion von 42 Kanonen, die Brigg St. Croix und die Dampfschiffe Geyser und Skirner (die dänische Kriegsflotte bestand vor Beginn des Krieges aus dem einzigen ausgerüsteten Linienschiffe Christian VIII., aus 5 Fregatten (Havfruen, Thetis, Bellona, Rota und Gefion), 4 Corvetten (Polder, Walkyrien, Galethea, Flora und Najaden) 4 Briggs, 4 Kriegsdampfschiffen, und 6 andern Dampfschiffen, einer Division Kanonenfahrzeugen, 3 Barkschiffen und Kuttern und 3 Wachtschiffen,) nebst noch einem dritten Dampfschiff und sechs Landungsfahrzeugen, die gegen Abend im Eingange der eckernförder Bucht bei Noer vor Anker gingen. Das eine Dampfschiff und die Brigg segelten heute Morgen zwischen 4 und 5 Uhr wieder ostwärts, die andern Schiffe lichteten die Anker 7 Uhr und segelten vor günstigem Winde in den eckernförder Hafen hinein, wo sie um 8 Uhr das Feuer auf die Strandbatterien begannen, welches, von diesen kräftig erwiedert, unablässig bis 1 Uhr Mittags fortgesetzt wurde, und bei welchem durch das Dampfschiff Geyser die nördliche Hafenbatterie für einige Zeit zum Schweigen gebracht wurde, indem mehre Kanonen demontirt wurden. Um 1 Uhr war das Linienschiff Christian VIII. im innern Hafen auf den Grund gerathen und Gefion hatte das Steuer verloren; nun wurde vom Commandeurschiff eine Parlamentairflagge aufgezogen u d durch einen Parlamentair angeboten, daß, wenn die Strandbatterien ihr Feuer einstellen wollten, damit die Schiffe den Hafen unmolestirt verlassen könnten, man die Stadt verschonen wolle, widrigenfalls sie in einen Schutthaufen verwandelt werden solle. Die Antwort der Militärbehörden war, daß man es nicht verantworten könne, das Feuer einzustellen, und die Antwort der städtischen Behörden ging dahin, daß man es der Geschichte anheimgeben müsse, ein Urtheil über einen solchen Vandalismus zu sprechen, sich übrigens in das Schicksal, welches die Vertheidigung des Vaterlandes herbeiführen möchte, zu finden wissen würde. Da indessen die Remontirung der nördlichen Batterien, sowie eine Ruhe für die südliche Batterie sehr wünschenswerth war, so wurde von dem Höchstkommandirenden dem Herzoge von Sachsen-Koburg-Gotha eine Waffenruhe von zwei Stunden bewilligt. Diese Zeit benutzten die beiden Dampfschiffe, die sehr gelitten hatten, um in die Föhrde hinauszugehen und ihre Schäden auszubessern, während der Christian VIII. wieder flott zu werden sich bemühte. Als ihm dies nach drei Stunden gelungen war, während welcher Zeit das Feuer schwieg, signalisirte er eins der Dampfschiffe an sich heran, wahrscheinlich um ihn aus dem Hafen zu buchsiren. Das Dampfschiff lichtete die Anker und drehte nach dem Hafen hinein, erhielt aber sogleich zwei scharfe Warnungsschüsse von der nördlichen Batterie und wendete dann wieder aus der Föhrde hinaus, indem es östlich steuerte.

Es war inzwischen 5 Uhr geworden und jeder Grund zu einer längern Zögerung mit Wiedereröffnung des Feuers der Batterien verschwunden. Die Zwischenzeit war benutzt worden, um mit großer Umsicht eine halbe nassauer Batterie zwischen der südlichen Batterie und der Stadt solchergestalt aufzustellen, daß sie beide Schiffe, die vor Anker lagen und bei starkem Ostwinde den Spiegel gerade aufs Land zeigten, von hinten der Länge nach bestreichen konnten. Das Feuer, das nun von beiden Batterien sowohl, als von dieser Feldbatterie sehr lebhaft unterhalten wurde, beantworteten beide Schiffe, besonders aber das Linienschiff bald mit vollen Lagen und bald nach einander folgenden Schüssen. Das Linienschiff hatte während der Zeit so viel Segel zugesetzt, als zur Bewegung erfoderlich war, und lichtete die Anker, um sich mit der flachen Seite gegen die südliche Batterie zu legen, und dadurch dem inkommodirenden Feuer der nassauer Batterie zu entgehen. Bei diesem Manövre, welches mit großer Ungeschicklichkeit ausgeführt wurde, gerieth es abermals auf den Grund und zwar auf Kernschußdistance von der südlichen Batterie. Diese unterhielt nun ein so wohlgezieltes Feuer mit glühenden Kugeln, daß das Schiff in einer halben Stunde in Brand gerieth, sein Feuer einstellen und seine Mannschaft zum Löschen verwenden mußte, was ihm aber dennoch nicht gelang, und so mußte dieses renommirte mit so vielem Luxus ausgestattete, mit so vielen Drohungen ausgeschickte Schiff die dänische Flagge vor einer mit vier Kanonen besetzten schleswig-holsteinischen Batterie streichen.

Nun richteten sich die Schüsse auf die ihres Steuers beraubte Fregatte Gefion, die darauf ebenfalls sich auf Gnade und Ungnade ergab. Sofort wurde mit der Rettung der Mannschaft des Linienschiffs begonnen; es gelang aber nur etwas über 400 M. von Bord zu bringen, als um 7¼ Uhr das Schiff mit noch darauf befindlichen 200 Mann in die Luft flog. Die Zahl der Bemannung des Gefion, die sofort mit deutschen Truppen besetzt ward, und auf welcher die deutsche Flagge aufgehißt wurde, soll aus 250 Gesunden und 150 Verwundeten bestehen. Das Schiff sollte beim Abgange dieses, noch weiter in den Hafen hineingebracht und von den aus Holtenau herbeieilenden schleswig-holsteinischen Seeleuten unter dem Commando des Capitain Donner besetzt werden. Leider ist zu beklagen, daß der Commandant der südlichen Batterie (ein schleswig-holsteinischer Oberfeuerwerker), als er an Bord des Linienschiffs gegangen war, um die Debarkirung der gefangenen Bemannung zu beschleunigen, mit dem Schiff in die Luft geflogen ist. Uebrigens ist es erfreulich, daß die ganze Affaire, die 7 Stunden bei starkem Feuer dauerte, und bei welcher man, wenig angeschlagen, 6—7000 Schüsse rechnen kann, von unserer Seite nur einen Todten und 13 leicht Verwundete gekostet hat. Es haben die vier 24-Pfünder in diesem Gefechte gegen 570 Schüsse gethan, und auf solche Weise, da sie hauptsächlich das Gefecht gemacht haben, 140 dänische Kanonen zum Schweigen gebracht.

Die eigentliche Absicht des Angriffs der dänischen Schiffe und die Art, wie er ausgeführt wurde, vermag gewiß kein Uneingeweihter zu enträthseln; denn auf eine Landung war es nicht abgesehen, weil keine Truppen am Bord der Schiffe gewesen sind. Eine Demontirung der Strandbatterien, die mit dem Wind auf das Land unternommen wird und bei der man 140 Kanonen gegen 12 aufbietet, scheint doch wirklich ein so verwegener Streich, daß man fast glauben möchte, die Dänen seyen in ihrem Uebermuthe so weit gebracht, daß sie selbst den Elementen keine Achtung mehr zollen. Denn einfach ist es zu begreifen, daß, wenn Schiffe sich ins Kreuzfeuer zweier Batterien legen, das Steuerruder, wie es auch geschehen ist, ihnen leicht weggeschossen werden kann und sie, solchergestalt dem Lande zugetrieben, auf jede Möglichkeit, sich frei zu vertheidigen, verzichten müssen. Auf der andern Seite aber darf auch unsern Truppen nicht die volle Anerkennung ihrer festen Haltung, ihres kaltblütigen Benehmens in diesem die Entschlossenheit und Unverzagtheit des Kriegers so sehr auf die Probe stellenden Gefechte verweigert werden. (H. B.) — Die vom Lieutenant Junghaus kommandirte und von schleswig-holsteinischer Artillerie bediente Batterie hatte nur zwei 48-Pfünder im Gefecht, die andern, ebenfalls schleswig-holsteinischen, von zwei Unteroffizieren kommandirten Batterien nur vier 18-Pfünder. Die Wirkung der Pairhans gegen die Schiffe ist außerordentlich gewesen. Der Kommandirende, Herzog von Koburg, hat sich persönlich dadurch ausgezeichnet, daß er dem stärksten Kugelregen sich aussetzte. Sein Pferd stürzte durch den Luftdruck einer Kugel. Er ist unversehrt. Der Christian VIII. soll 1½ Mill. Rthlr. gekostet haben, das schönste Linienschiff von 84 Kanonen; die Fregatte führt circa 40—48 Kanonen, und dagegen die geringe Zahl der Landgeschütze. Wenn es nicht Augenzeugen gesehen hätten, kein Mensch würde es glauben. Die Dänen sollen eine Landung beabsichtigt haben, wenn sie die Batterien zum Schweigen gebracht hätten. Die Kanonen des Linienschiffs wurden schon vor dem Untergange von ihnen versenkt. Noch der letzte Parlementair verlangte das Aufziehen des Dannebrog! (B.-H.)

Ein Kieler Korrespondent der Börsen-Halle schreibt derselben außerdem noch, daß die Zahl der gefangenen dänischen Matrosen 760 beträgt; unter den gefangenen Offizieren sind der Commandeur Paludan und der Capitain Meyer. In der Stadt Eckernförde sind durch die Kugeln der Dänen nur einige Dächer beschädigt und eine Frau in ihrem Bette getödtet worden. Das Auffliegen des Christian VIII. hat man bis in der Nähe von Kiel gesehen.

Dänemark.

Kopenhagen, den 4. April. Bereits gestern sind ein preussisches und acht Rostocker Schiffe genommen worden, heute soll die Zahl der Prisen sich im Ganzen schon auf 28 belaufen. — Da die Anzahl der eingebrachten Schiffe stündlich sich vergrößert, so wird die Verantwortung Bunsen's (?), auf dessen ursprüngliche Bekanntmachung hin, daß der Waffenstillstand bis zum 15. d. M. verlängert sey, so viele Schiffe in See gingen, schwer seyn. Die hier auf Ordre wartenden Kriegsschiffe Bellona und Rota, unter Befehl des Kapitäns Steen-Bille, segelten gestern nach der Elbe ab, wo schon die Fregatten Thetis und Walkyrie stationirt sind. Diese Station wird wahrscheinlich noch durch zwei Fregatten verstärkt werden. (L. Z.)

Blokade. Unterm heutigen Datum hat der Marineminister folgende Bekanntmachung erlassen: „Das Marineministerium bringt hiedurch zur öffentlichen Kunde, daß außer den durch Bekanntmachung vom 7. v. M. in Blokadezustand erklärten Häfen und Einläufen der Herzogthümer Schleswig und Holstein ferner noch, von dem 5. April an gerechnet, die Häfen von Cammin, Swinemünde, Wolgast, Greifswalde, Stralsund und Rostock; und von dem 12. April an gerechnet, die Häfen von Pillau und Danzig, so wie die Elb-, Weser- und Jahde-Ströme werden blokirt werden. — Hierüber ist die erforderliche Anzeige an die am königlichen Hofe accreditirten Repräsentanten freundschaftlicher und neutraler Mächte ergangen, und wird diese Bekanntmachung bei der Fahrt durch den Sund oder die Belte jedem Schiffe von der betreffenden Zollkammer mitgetheilt werden. Marineministerium zu Kopenhagen, den 3. April 1849. (Unterzeichnet) Zahrtmann." (Alton. M.)

Großbritannien.

London, 5. April. Gestern hat das Haus der Lords sich bis zum 19., heute das Haus der Gemeinen, nach einer Sitzung von blos örtlichem Interesse, bis zum 16. April vertagt. Lord Brougham ist abgereist, um die Osterferien in Paris bei seinen geliebten Franzosen zuzubringen.

Italienische Staaten.

Neapel, den 28. März. Daß nun wirklich jede Hoffnung zu friedlicher Beilegung der sicilischen Sache verschwunden ist, entnimmt man aus den beifolgenden Mittheilungen des Ministerconseilspräsidenten Cariati an die hiesigen Konsuln. Filangieri ist vor wenigen Tagen von Gaëta aus nach Messina abgegangen, und zwar, wie man hört, gar nicht mit großer Zuversicht auf den Erfolg seiner Unternehmung. Es ist begreiflich, daß er findet, man habe den Sicilianern viel zu lange Zeit gelassen, sich zu verzweifelter Gegenwehr vorzubereiten, und was im letzten September ein Kinderspiel gewesen wäre, habe gegenwärtig ernstliche Schwierigkeiten. — Man erwartet hier ein neues Preßgesetz, das durch eine für jedes politische Tagblatt zu stellende bedeutende Kaution die Reihen der Oppositionszeitungen bedeutend lichten würde. (A. A. Z.)

Rom, den 28. März. Außer dem Silbergeschirr des päpstlichen Haushaltes mußten auch die Weihgefäße in die Münze wandern, welche in der Kapelle Paolino a. S. Pietro aufbewahrt wurden, worunter sich auch die „goldene Rose" befand, im Werth von 4000 Scudi und meisterhafter Arbeit. Die Verhandlungen der Interventionsmächte in Gaëta begannen am 23. Es nahmen daran Theil: Kardinal Antonelli, Graf Esterhazy, d'Arcourt, Martinez de la Rosa. — Folgende Arten der Schatzscheine als 2,500,000 päpstliche Chirographen, 600,000 durch Dekret des Consiglio und der Deputirten, 600,000 durch Dekret der provisorischen Regierung, 200,000 durch Dekret des Magistrats von Bologna emittirte, und als nationale anerkannte wurden zu einer einzigen Kategorie umgewandelt. Dadurch kommen die Besitzer der ersten Klasse in großen Schaden, denn da ihnen vom Papst eine Hypothek zugesichert war, hatten sie einen sichern Werth. Die andern Schatzscheine konnten dagegen vom Papst leicht annullirt werden. (A. A. Z.)

Genua, den 31. März. Seit zwei Tagen sind nicht nur die zwei vorzüglichsten Forts Il Regato und lo Sperone in den Händen der Bürgergarden, sondern mehr als 10,000 Männer vom Volke sind auf ihr dringendes Verlangen vollkommen bewaffnet worden. Das wenige hier befindliche Militär hat dem neuen König bereits den Schwur der Treue geleistet; von Seiten der Einwohnerschaft, der städtischen Behörden und Bürgergarden ist jedoch nichts der Art bis jetzt erfolgt. Die Stadt ist in fortwährender heftiger Bewegung, und die zahlreichen Haufen von wilden Schreiern lassen sich kaum durch die Bürgergarde im Zaum halten, obgleich diese in großen Schaaren die Hauptplätze und Straßen der Stadt bis spät in die Nacht besetzt hält. Der Palast des General-Intendanten ist von einem Regimente regelmäßiger Truppen gegen neue Angriffe des Volkes beschützt. Dieses droht in seiner Wuth alles zu zerstören, falls der junge König den zwischen Chrzanowski und Radetzky geschlossenen Waffenstillstand bestätigen sollte. Der Deputirte Mellana zu Turin hat in einer der letzten Sitzungen darauf angetragen, daß eine Deputation an Viktor Emanuel abgesandt werde, um diesen dahin zu bewegen, die ganze piemontesische Kriegsmacht vor Alessandria zusammenzuziehen, das Vaterland in Gefahr zu erklären und das ganze streitbare Volk unter den Mauern von Genua zusammenzurufen. Die Antwort des Königs war, daß er mit dem Beistande seines ganzen Volkes die großen Schwierigkeiten des gegenwärtigen Augenblickes zu überwinden hoffe. Das Municipium von Genua ist nun aber dem Vorschlag Mellana's vollkommen beigetreten, und hat sogar bereits gestern eine Einladung an die Deputirtenkammer zu Turin abgesandt, um diese einzuladen, ihren Sitz in dem sicheren Genua aufzuschlagen.

Turin, den 4. April. Gestern erhielt die Brigade Novara, die um Stuppeniggi herum einquartirt war, Marschbefehl nach Genua, und auch aus unserer Stadt sind heut einige Regimenter dahin abgegangen. Die Division La Marmora muß, wenn sie nicht schon vor Genua's Wällen steht, doch bald daselbst eintreffen, so daß demnach ein Korps von etwa 20,000 Mann die aufrührerische Stadt umschließen wird. Die schwache Garnison hat dem wüthenden Volk weichen müssen, das somit auch die Forts in seiner Hand hat. (A. A. Z.)

Mailand, 3. April. Die Stadt Brescia ist von neuem der Gewalt unterlegen. 3200 Oesterreicher unter Befehl des Bar. v. Haynau sind am 1. nach einem mehrstündigen Bombardement eingezogen, durch welches eine große Menge Häuser verbrannt wurden. — Man sagt, daß die Stadt der Plünderung preisgegeben wurde, und daß die Nachrichten, die ankamen, schrecklich lauten. Erst nach einem wiederholten Appell brachte man es dazu, die Soldaten von der Zerstörung zurückzuhalten und sich zu versammeln. Man hat über 200 junge Leute aus der Stadt erschossen, weil sie mit den Waffen in der Hand ergriffen wurden. 130 Häuser sind verbrannt. Die Gemüther sind hier aufs Aeußerste bestürzt.

Oesterreichische Staaten.

In später Stunde geht der Augsb. Allg. Ztg. noch ein Brief von der moldauischen Gränze vom 30. März zu. Er bestätigt, daß noch immer ganz Siebenbürgen, mit Ausnahme Karlsburgs, sich in den Händen der Insurgenten befand. Puchner soll mit seinem Korps hauptsächlich durch gänzlichen Mangel an Munition nach der Walachei getrieben worden seyn. Die Ungarn hielten fortwährend den Rothenthurmpaß, den Schlüssel der Walachei, besetzt. Die anrückenden Russen, unter Hasford, hatten — als sie Puchners Rückzug erfuhren — an der Gränze Halt gemacht. Mit der kleinen Besatzung, die vor ihnen in Kronstadt gelegen, hatten die letzten Russen das unglückliche Siebenbürgen verlassen. Malkowski hatte den größten Theil seiner Truppen an die ungarisch-galizische Grenze — nach Delatin — senden müssen, da auch von dorther ein Einbruch der Magyaren drohte.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Eheliche Verbindung.

Heinrich Haeberlein.
Sabine Haeberlein,
geb. Grasser.

Nürnberg, den 8. April 1849.

Eheliche Verbindung.

Johann Conrad Kranßer,
Bildhauer.
Nanette Kracker.

Nürnberg, 9. April 1849.

Trauer-Anzeige.

Allen unseren Verwandten und Freunden bringen wir hiemit die traurige Nachricht, daß unser geliebter Gatte, Vater, Bruder und Schwager

Herr Wolfgang Maderholz,
Schleifer optischer Gläser

heute Morgens den 9. um ½9 Uhr in Folge einer Wassersucht in ein besseres Jenseits übergegangen ist. Wer den Redlichen und Biedern kannte wird unsern gerechten Schmerz fühlen und uns ein stilles Beileid nicht versagen.

Nürnberg, den 9. April 1849.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch den 11. April Nachmittags 2 Uhr auf dem St. Rochuskirchhof statt.

Trauer-Anzeige.

Allen Verwandten und Freunden bringen wir mit tief betrübten Herzen zur Anzeige, daß am 8. April Nachmittag 1½ Uhr meine liebe Frau, unsere vielgeliebte Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante,

Frau Anna Margaretha Eytzinger,
geb. Schneider,

nach längerem Leiden in ihrem 47. Lebensjahre in Folge einer Brustkrankheit von ihrem irdischen Daseyn zum besseren Leben abgerufen wurde.

Wer der Verblichenen Herzensgüte kannte, wird unsern großen Verlust fühlen und stille Theilnahme nicht versagen.

Nürnberg, den 9. April 1849

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch Nachmittag um 2 Uhr auf den St. Johannis-Kirchhof statt.

Trauer-Anzeige.

Noch blutet die Wunde, welche uns vor sechs Wochen der Tod unserer innig geliebten Mutter geschlagen, und schon wieder ist uns nach Gottes unerforschlichem Rathschlusse eine neue Prüfung auferlegt worden, indem gestern Nachmittag 5½ Uhr nach 14 tägigem Krankenlager unser guter unvergeßlicher Vater, Bruder, Schwieger- und Großvater,

Herr Johann Nikolaus Wörndl,

aus unserer Mitte in ein besseres Jenseits abgerufen wurde. Heiße Thränen des Dankes folgen dem Verklärten, und Jenseits warte seiner der Lohn, welcher den Frommen verheißen ist.

Schenken Sie werthe Verwandte und Freunde dem Vollendeten ein liebevolles Andenken, und versagen Sie uns nicht Ihre stille Theilnahme in unserm gerechten Schmerze.

Nürnberg, den 10. April 1849.

Die sämmtlich Hinterbliebenen.

Dank.

Den verehrlichen Turnern so wie allen Freunden und Bekannten unseres so frühe dahingeschiedenen Sohnes und Bruders, Johann Conrad, welche denselben mit so zahlreicher und herzlicher Theilnahme zu seiner Ruhestätte begleiteten, sagen wir hiemit unsern herzinnigsten Dank.

Möge Sie Gott lange mit solchen ähnlichen traurigen Fällen verschonen und uns Gelegenheit geben, Ihnen bei freudigen Ereignissen dienen zu können.

Gostenhof bei Nürnberg, den 9. April 1849.

J. N. Eckerdt.
Margaretha Eckerdt,
und sämmtliche Geschwister des Verstorbenen.

Anzeige für Auswanderer.

Alle diejenigen, welche ihr Vaterland verlassen und sich in Nordamerika oder andern transatlantischen Ländern ansiedeln wollen, finden nicht nur Behufs ihrer Ueberfahrt von Bremen oder Hamburg, sondern auch in Betreff von statistischen Nachweisungen, Auskünfte und Einführungen an allen überseeischen Landungsplätzen den bereitwilligsten Vorschub durch den

National-Verein für deutsche Auswanderer in Leipzig.

Alles Nähere deshalb zu erfahren bey

G. C. Martini Füll S. Nr. 407
in Nürnberg.

Einladung.

Mittwoch den 11. April ist Metzelsuppe wozu höflichst einladet

Kißkalt.

(Anerbieten) Einem geübten Portefeuille-Arbeiter welcher sich über sittliches Betragen ausweisen kann, wird ein angenehmer Platz zugesichert durch die Exped. d. Bl.

Ein grosses Leipziger Mess-Lager!

ist zur Versteigerung bestimmt.

Das ganze Lager steht aber vor der Versteigerung während der Messe dem hiesigen Publikum zu Gebot und kann daselbst noch billiger gekauft werden als auf der Versteigerung selbst.

Die große Ausstellung und Verkauf der Waaren befindet sich bei Herrn Pabst das erste Haus auf der Schütt 1 Treppe.

Verzeichniss und Preis-Courant der Waaren.

2000 fertige Sommerröcke in besten Stoffen nach neuestem Pariser Schnitt angefertigt von 2 fl. 42 kr., 3¼ fl., 4½ u. h.

500 Schla- und Hausröcke, gut wattirt und gearbeitet von 2 fl. 42 kr. bis 5½ fl.

Sommerhosenzeuge und Sommer-Burking, neueste geschmackvollste Muster, die ganze vollständige Hose 1 fl., 2 fl. u. h., fertige Westen 1 fl. 30 kr.

3800 Stück Westenstoffe in Wolle, Seide, Sammet, Pique, die vollständige Weste 24 kr., 30 kr., 42 kr. bis 1 fl. 45 kr. die schwersten.

1000 Regenschirme in schwerster Leinen, Seide von 3 fl. 45 kr., 4½ bis 5¼ fl.

2500 Sonnenschirme, die neuesten geschmackvollsten Muster mit Garnirungen, Borduren und Fransen pr. Stück 1 fl. 30 kr. bis 3½ fl. Wir erlauben uns im Interesse der hiesigen geehrten Damen darauf aufmerksam zu machen, daß unsere sämmtlichen Sonnenschirme aus **8 Blättern und Fischbein-Gestelle** bestehen, und in Folge dessen 3 andere (mit 7 Blättern und Stahlgestelle) aushalten.

1200 Tuchschirme und in Doppel-Persan von 1 fl. bis 2 fl.

175 Reise- und Jagdtaschen mit Eisenbügeln von 1 fl. 45 kr. an.

Cravatten in Atlas und Lasting mit Patent-Einlagen 24, 30, 42 kr u. h.

Schlipse und Shawls (lange) in Wolle und Seide von 24, 30, 42, 48 kr. bis 1 fl. 45 kr.

Sommerhalstücher in schwerster Seide von 48 kr. an, Sommerhalstücher in Jakonnet und Halbleinen von 24 30 kr. an, Unterjacken, Unterhosen, Stahlschreibfedern, leinene Taschentücher, berühmteste Streichriemen, **Hosenträger in Gummi elasticum** von 9, 12, 18, 30, 36 kr., fertige Hemden u. s. w.

Sämmtliche Waaren sind von der **Commission abgeschätzt** und daher die obenbezeichneten Preise aufs äusserste gestellt, es wird jedoch bei Abnahme von größeren Partien ein Abzug von 10 Procent bewilligt. **Die Auswahl ist überraschend groß**, der öffentliche Verkauf vor der Versteigerung ist nur während der Messe bei **Herrn Pabst, das erste Haus auf der Schütt 1 Treppe.**

E. Hanau aus Frankfurt.

Welt- und Zauber-Theater.

In der dazu erbauten Bude auf dem Pferrer zunächst dem Bahnhof

finden von Montag den 9. April an und während der Messe täglich 3 Vorstellungen statt.

Erste Vorstellung um 4, zweite um 6, dritte um 8 Uhr.

Der Anschlag-Zettel enthält das Programm

Friedrich Lorglè.

Ueber die Dauer der Messe.

Große Ausstellung

von Kunst- und Natur-Seltenheiten, verschiedenen seltenen lebenden Thieren und vortrefflichen seltenen anatomischen Präparaten in Natura und Wachs.

Unter den Thieren befindet sich auch zum ersten Mal hier ein „lebender Blutsauger“ aus Indien, eine ausserordentliche Seltenheit.

Das Nähere werden die Zettel besagen. Der Schauplatz ist in der großen grünen Bude auf dem Pferrer.

Jakob Knillinger.

Erklärung.

Auf das Ersuchen mehrerer betheiligter Bürger von den 457ern in Nr. 98 dieser Zeitung bemerkt der Unterzeichnete, daß die im Monate October beschlossene Eingabe an das kgl. Staatsministerium nicht aus Gleichgültigkeit oder Nachläßigkeit liegen geblieben ist, sondern aus Absicht, indem man für jedes Ding die rechte Zeit abwarten soll, es aber nicht passend erschien, eine Eingabe an das Ministerium gelangen zu lassen in und während einer Periode, wo der stete Wechsel der Ministerien keinerlei Sicherheit und Garantie bieten konnte, daß diese so wichtige Sache einer genauen und unbefangenen Prüfung unterstellt werden würde.

In diesem Augenblicke ist die Vorstellung bereits gefertigt, und wird dem weiteren Wunsche, der in dem Ersuchen ausgedrückt wurde, entsprochen werden. Es haben daher weder die Herren Dr. Keilmair und v. Königsthal, noch die Herren Bevollmächtigten die Hände in den Schooß gelegt und die Verantwortlichkeit, das, was geschehen soll, zur ungünstigen Zeit nicht gethan zu haben, nimmt der Unterzeichnete allein auf sich.

Daß es jetzt geschieht und geschehen mußte, auch ohne jenes Ersuchen, ist dem Ausschusse der Herren Bevollmächtigten bereits mitgetheilt gewesen.

Nürnberg am 6. April 1849.

Lindner, k. Advokat.

Kapitalien-Verleihung.

800, 1000, 1500, 2000, 2200 und 3000 fl. sind gegen hypothekarische Sicherheit zu verleihen durch

J. C. Vogel, Bindergasse Nr. 506.

Geschwister Bruckmann aus Amsterdam

empfehlen sich mit frisch gebackenen Waffeln, das Stück zu 3 kr. und holländischen Getränken, Punsch, Grok und Liqueuren.

Ihre Bude befindet sich vor dem Spittlerthor auf dem sog. Pferrer.

Versammlung.

Heute, Mittwoch den 10. April, Versammlung der 2. freiwilligen Landwehr-Kompagnie im König von England in der breiten Gasse.

(Zu verkaufen.) Zwei schöne Betten sind billig zu verkaufen und werden auch einzeln abgegeben in S. Nro. 966 hinterm Obstmarkt.

(Vertauscht.) Sonntag Abend zwischen 7 und 8 Uhr wurde im Meisenbach'schen Wirthschafts-Lokale ein neuer Seidenhut von Schlegel mit weißem Futter und Leder in demselben, gegen einen andern Hut vertauscht. Man bittet um gütigen Austausch.

(Zu vermiethen.) Es ist ein sehr schönes Logis mit Bett und Möbeln zu vermiethen. Auch könnte selbiges an zwei junge Leute, die die hiesigen Lehranstalten besuchen, da die Kost im Hause verabreicht werden kann, abgegeben werden.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches in allen häuslichen Arbeiten wohl erfahren ist, wünscht bis Ziel eine Unterkunft. Näheres im Laden No. 30 nächst dem schönen Brunnen.

(Kauf-Gesuch) Ein Haus mit realer Großpfragnerei-Gerechtigkeit wird zu kaufen gesucht.

(Gesuch.) Zum Durchziehen einer Presse wird ein junger Mensch gesucht.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches im Weißnähen und besonders im Kleidermachen sehr bewandert ist, wünscht als Jungfer oder Ladnerin bis nächstes Ziel unterzukommen. Zu erfragen in der Weißgerbergasse Nro. 198 über 3 Stiegen

---

Literatur.

So eben hat die Presse verlassen:

Gedichte

von

J. Priem.

Schillerformat, geh 12 Bogen 1 fl. rh.

und ist zu haben in der Expedition der mittelfränkischen Zeitung (W. Tümmel.)

Alle Freunde der Poesie werden auf diese Sammlung politischer, epischer und lyrischer Gedichte aufmerksam gemacht, von denen sich schon mehrere einer freundlichen Beurtheilung erfreuten.

Stadttheater in Nürnberg.

Dienstag den 10. April. „Romeo und Julie.“ Große Oper in 4 Akten von Bellini.

Herr Bielrizli „Tebaldo,“ Frln Reuß „Julie“ als Gäste.

Freiblatt

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 12 April 1849. № 102. Donnerstag: Eustorgius.

†† Politische Schlagschatten.

XI.

Wiens Fall hat den absolutistischen Gelüsten des Scheinkonstitutionalismus neue Schwungkraft verliehen. In Potsdam hatte man sich längst darüber geärgert, daß der König von Preussen im März so Viel zugesagt, was die Dynastie nicht erfüllen könne, der Prinz von Preussen ging frei mit der Speache heraus damit, daß das Haus Hohenzollern lieber mit Ehre fallen wolle, als die Krone unter solchen Beschränkungen von Seiten des Volkes tragen. Die preussische Nationalversammlung hatte einen mannhaften Muth bei der Feststellung der politischen Zustände Preussens an den Tag gelegt. Sie hatte das „von Gottes Gnaden" abgeschafft, Adel und Orden verworfen, das Jagdgesetz eingebracht, ein Ministerium um das andere unhaltbar gemacht und andere dem König mißliebige Dinge durchgesetzt. Als nun vollends in der Nat.-Vers. Anträge gestellt wurden, daß man der deutschen Freiheit in Wien zu Hülfe kommen solle und zwar ohne das Frankfurter Parlament, von dem man natürlich in Berlin nichts erwartete, da wurde es freilich über die Gebühr lebendig um das Sitzungslokale herum, denn die guten Berliner wußten es, daß die in Wien bedrohte Freiheit auch für Berlin maßgebend sey. Die Massen drängten ungestümer dem Schauspielhause zu, die Bürgerwehr verhielt sich vernünftig und schritt nicht gleich mit Feuer und Schwert ein, aber das galt nicht. Der König und der Prinz von Preussen hatten gefunden, was sie brauchten, um in Berlin ein Stück neuester Geschichte aus Wien spielen zu lassen. Es wurde also manipulirt: Erster Akt: Weil die Nationalversammlung, von dem drohenden Haufen terrorrisirt, nicht frei berathen und die Bürgerwehr diesem Mißstande nicht abhelfen könne, so müsse Militär requirirt werden. Zweiter Akt: Ernennung eines reaktionären, volksfeindlichen Ministeriums Brandenburg-Manteuffel, (welch liebliche Namen,) Vertagung der Nationalversammlung und Verlegung derselben nach dem Städtchen Brandenburg, Protestationen gegen alle diese Willensäußerungen von Seiten der Nationalversammlung und des Volkes. Dritter Akt: Einzug des Generals Wrangel, (den man in Schleswig-Holstein die Worte andichtete, er sey kein preussischer, sondern ein deutscher General,) Erklärung Berlins in den Belagerungszustand mit allem Zugehör dieses martialischen Ausnahmsaktes, Entwaffnung der Bürgerwehr, Verhaftungen, Ausweisungen, Suspendirungen ꝛc. ꝛc. Auseinandersprengung der Nat.-Versammlung mit ihrem muthigen Präsidenten durch rohe Militärgewalt, Zerstörung des Archivs, Beziehung anderer Lokalitäten, denen jedesmal die Vertreibung durch die Soldateska folgt! Vierter Akt: Steuerverweigerung als letzte gesetzliche und moralische Repressalie der Nationalversammlung. Würdige Haltung Berlins und der Provinzen, Widerstand der gerechtigkeitsliebenden Behörden und Beamten gegen die Zumuthungen Wrangels und des verhaßten Ministeriums, Aufregung in den Provinzen, Zustimmung zu dem Auftreten der Nat.-Vers. in unzähligen Adressen, Tumulte, Belagerungszustände, Absetzung von für die Volksrechte wirkenden Beamten. Fünfter Akt: Das Temporisiren der Krone und des Ministeriums, Vergleichsversuche zwischen der Krone und der National-Versammlung, Einlenken des Berliner Magistrats und mehrerer Provinzialgemeinden, Adressen der preussischen Zöpfe für König und Vaterland, selbst der Berliner Universität, Milderung des Belagerungszustandes Berlins, Wiedereröffnung der nicht beschlußfähigen Nationalversammlung in Brandenburg, Gänzliche Unmöglichmachung von Versammlungen Deputirter in Berlin, Auseinandersprengung einer Versammlung durch die Soldateska, zuletzt Oktroyirung einer Verfassung, Wiederherstellung des Königthums von Gottes Gnaden.

Deutsche Staaten.

Bamberg, 10. April. Ronge hat in Schweinfurt viele Proselyten gemacht und es werden bereits Sammlungen zur Erbauung einer neuen Kirche gemacht, zu der Eines der bedeutendsten Häuser in Schweinfurt die Summe von 10,000 fl. zu geben sich erboten hat.

Frankfurt, 7. April. Die heutige „Reichstags-Ztg." enthält folgende Mahnung: »Die Weidenbuschpartei fordert alle ihre Angehörigen auf, zur nächsten Sitzung der Reichsversammlung anwesend zu seyn. Das Vaterland erwartet das Gleiche von der Linken, und Deutschland wird die Namen der Abgeordneten aufmerken, welche in den für seine Ehre und sein Schicksal entscheidenden Stunden, die jetzt jede Sitzung bringen kann, ihrem Beruf aus dem Wege gehen. Mögen alle freisinnigen Blätter diese Mahnung so schleunig als möglich wiedergeben. Die nächste Sitzung des Reichstags findet Mittwoch den 11. April statt. Kein Mitglied der Linken darf an diesem Tage auf seinem Posten fehlen!«

Frankfurt, 9. April. Die Kaiserdeputation ist vorgestern Abend um 10 Uhr von Berlin über Eisenach und Hanau dahier wieder eingetroffen. (Frkf. J.)

Frankfurt, den 7. April. Wie wir hören wird in der nächsten Sitzung der konstituirenden Versammlung des Freistaates Frankfurt ein dringlicher Antrag dahin gestellt werden: Die Versammlung erklärt, daß sie die von der Nationalversammlung beschlossene Reichsverfassung für unbedingt giltig und rechtsverbindlich erachtet, und zählt darauf, daß der Senat den Bestrebungen einzelner Regierungen, den Vollzug derselben zu verhindern, mit voller Entschiedenheit entgegentreten wird. (Frkft. O.-P.-Z.)

Hannover, den 7. April. Soeben ist folgende Bekanntmachung, die fernere Vertagung der allgemeinen Ständeversammlung betreffend, erschienen: Da der Grund, aus welchem die allgemeine Ständeversammlung durch unser Schreiben vom 15. März d. J. bis zum 12. d. M. vertagt worden: die Ungewißheit über die in der deutschen Verfassung liegende Grundlage der gesammten Staatsverhältnisse noch fortdauert, so wird die Vertagung der Stände bis zum Donnerstage den 3. Mai d. J. erstreckt, an welchem Tage die Stände sich wieder zu veesammeln haben werden. Hannover, den 4. April 1849. Königlich Hannoversches Gesammtministerium. Graf v. Bennigsen. (Z. f. Nrdd.)

Altona, 6. April, $6\frac{1}{2}$ Uhr Abends. Sämmtliche Nachrichten, welche heute von der Affaire bei Eckernförde hier eingelaufen sind, bestätigen sich. Es wird beigefügt, daß bei derselben besonders die 18pfündige schleswig-holsteinische Batterie sich ausgezeichnet haben soll. Nur ist das Gerücht, als habe der Kapitän Meyer sich erschossen, ein leeres. Dieser und der Kommandeur Paludan sind nebst 600 Mann gefangen und heute nach Rendsburg abgeführt, woselbst ihnen in der Altstädter Kirche vorläufig ein Unterkommen verschafft wird. Gleich nachdem die Gefion genommen, hat der Kapitän Donner dieselbe besichtigt und Zimmerleute zur Reparatur der Schäden requirirt. Die Gefion liegt an der Eckernförder Brücke und man ist auf das Eifrigste damit beschäftigt, dieselbe wieder in Stand zu setzen. Heute waren im Eckernfördener Hafen wieder vier Kriegsschiffe und zwei Kriegsdampfschiffe in Sicht. Dieselben hielten sich jedoch in ziemlicher Entfernung. Von Kiel wird uns gemeldet, daß in der Nähe von Friedrichsort, bei dem Orte Bülk, 2000 Mann Dänen in Böten gelandet sind. Sie stießen jedoch auf 4000 Mann kgl. sächsischer Infanterie, welche in und um Gottorf Quartiere haben, und mußten sich zurückziehen. Die Kieler Jäger sind ebenfalls dahin beordert. Wie es heißt, beabsichtigten diese 2000 Mann, Eckernförde im Rücken anzugreifen und mit Hülfe obiger 6 Schiffe die Gefion wieder zu nehmen. — Vom Norden her ist weiter nichts zu melden, als daß die dänischen Vorposten sich zurückgezogen haben. (H. C.)

Kiel, den 6. April. Ueber den gestrigen Kampf vor Eckernförde erfährt man eine Menge Details, nach denen sich das Urtheil dahin zu stellen scheint, daß die Dänen es für eine unbedeutende Aufgabe gehalten hatten, die Landbatterien, indem sie sich unmittelbar davor legten, zu demontiren. Mehrere Transportschiffe mit Truppen hielten sich auf der Rhede und erwarteten das Signal, die Stadt und die Batterien zu besetzen. Eine Expedition von da gegen Friedrichsort und Kiel soll bereits disponirt gewesen seyn. Man scheint also in Kopenhagen gar nicht gewußt zu haben, daß hier eine Truppenmacht vorhanden war, welche jede Landung mit kleiner Macht als Unsinn erscheinen läßt. Nächst jener irrigen Auffassung ihrer Schiffsmacht gegenüber dem Kreuzfeuer von Landbatterien haben ohne Zweifel fehlerhafte Manoeuvres des Linienschiffes das Unglück der Dänen verschuldet. Außerdem sind sie freilich in jeder Beziehung durch Mißgeschick verfolgt worden. Als sie um Mittag durch Parlamentiren eine mehrstündige Waffenruhe bewirkten, war die Munition unseren Batterien beinahe schon ausgegangen. Sie konnten also wiedee versehen werden, und es wurde gleichfalls der nassauischen Batterie Gelegenheit gegeben, sich nahe den Schiffen vor Eckernförde zu postiren, so daß nachher auch jeder Schuß getroffen hat. Gegen den Kommandeur Paludan schienen die gefangenen Seeleute im höchsten Grade aufgeregt zu seyn, besonders auch, weil man ihm Schuld gab, zu lange mit Rettung der Mannschaft gezögert zu haben, nachdem es klar war, daß das Feuer im Linienschiffe nicht mehr gelöscht werden könne. Das Auffliegen dieses Schiffes wird als eine grausenhafte Szene geschildert; es waren noch 200 Menschen an Bord, von denen natürlich sehr wenige lebend aufgefischt sind. An dem ganzen Strande von Eckernförde bis zum Sandkruge fand man verstümmelte Leichen und menschliche Glieder. Auch einige von den Unsrigen, namentlich ein Oberfeuerwerker, der sich im Kampfe sehr ausgezeichnet hatte, wurden ein Opfer dieser Katastrophe

Die Fregatte „Gefion" soll nach dem Verluste von gegen 200 Mann an Todten und Verwundeten mehr noch aus Mangel an Mannschaft, als wegen der Beschädigung des Steuerruders kampfunfähig gewesen seyn. Man glaubt, daß dieses noch in der Nacht in den Eckernförder Hafen eingebrachte Schiff bald wieder reparirt werden könnte. Unser Kommandeur Donner hat es schon mit 250 Matrosen besetzt und seine Flagge aufgezogen. Ueber das Lob unserer und der nassauischen Artillerie hört man nur eine Stimme. Auch wird das Verhalten der Einwohnerschaft von Eckernförde, welche durch die Drohung der Dänen, auf die Stadt zu schießen, nicht bewogen ward, für den (um Mittag) von ihnen beantragten freien Abzug sich auszusprechen, gerechte Anerkennung finden. (Alton. M.)

Die Besatzung der Schiffe soll 1010 Mann betragen haben, von denen 150 Mann vor dem Ende des Kampfes (wohl meistens verwundet) auf die Dampfschiffe gebracht seyn sollen, reichlich 600 (nach And. 700) sich gefangen in Eckernförde befinden, also mindestens 250 todt, davon allein 200 mit dem Linienschiffe aufgeflogen. Durch die Explosion haben auch Manche, die schon gerettet am Ufer waren, das Leben verloren, während einige, die mit dem Schiffe auflogen, gerettet sind, z. B. der norwegische Lieutenant Graf Wedel-Jarlsberg. Der Verlust an Todten im Gefechte war am größten auf der Fregatte, weil diese von der nassauischen Batterie mehrmals der Länge nach bestrichen werden konnte. (Alton. M.)

Kiel, den 6. April. Heute sind zwar mehrere dänische Schiffe im Eckernförder Meerbusen gewesen, und sollen auch einen Parlamentair mit dem Verlangen einer Herausgabe ihrer Fregatte abgeschickt haben, ohne jedoch auf den erhaltenen abschlägigen Bescheid etwas weiter zu unternehmen. Hier war dagegen nicht nur das Gerücht einer starken Landung am Eckernförder Hafen (wahrscheinlich der

gestern gemeldete Landungsversuch bei Bülk) verbreitet, sondern es wurde auch in Folge davon Allarm geschlagen, und das Militär rückte gegen Norden aus. Es scheint aber nicht, als ob etwas vorgefallen wäre. (Alton. M.)

Altona. Wie gestern Abend, so sind wir auch heute Nachmittag ohne alle Nachrichten aus dem Schleswig'schen. Es wäre nicht unmöglich, daß auch im Norden etwas Entscheidendes vorgefallen.

Die Aufregung und Spannung in Eckernförde und den benachbarten Orten, namentlich auch in Schleswig, während der Kanonade war natürlich groß, und begreiflicher Weise haben sich später viele Leute dorthin begeben, um sich mit eigenen Augen und Ohren von dem Wunder zu überzeugen, dessen moralische Wirkung noch nicht zu berechnen ist.

Ueber den Landungsversuch der Dänen bei Bülk sind wir ohne Kunde, und unser Kieler Korrespondent, der doch sonst gut unterrichtet zu seyn pflegt, giebt keine Auskunft darüber. Wir bezweifeln daher noch die im »H. C.« mitgetheilte Angabe, daß wirklich 2000 Mann in Böten gelandet und auf 4000 Mann sächsischer Infanterie gestoßen wären. Daß eine sächsische Brigade in und um Gottorf postirt ist, und zwar mit Rücksicht auf die Deckung der Küste zwischen Kiel und Eckernförde, wo man auf Landungen der Dänen gefaßt war, hat übrigens seine Richtigkeit. Die Dänen konnten auf diesem Wege auf der einen Seite Eckernförde und auf der andern Friedrichsort im Rücken angreifen, wenn ihnen nicht der Paß verlegt wurde. (Alton. M.)

Eckernförde, 5. April. Die Dänen sollen eine Landung beabsichtigt haben, wenn sie die Batterien zum Schweigen gebracht hätten. Die Kanonen des Linienschiffes wurden schon vor dem Untergang von ihnen versenkt. Noch der letzte Parlamentär verlangte das Aufziehen des Dannebrog!!! Der Sieg wird in Deutschland einen Jubel erregen. Ein Festgeschenk Schleswig-Holsteins für den neuen Kaiser!

Die Statthalterschaft der Herzogthümer Schleswig-Holstein hat folgende Proklamation erlassen: „Mitbürger! die Würfel sind gefallen. Die Feindseligkeiten sind eröffnet. Nachdem die gütliche Vermittelung nicht gelungen, gilt es jetzt mit den Waffen unser Recht zu schützen. Unser junges Heer steht wohlgerüstet unter bewährten Führern dem Feinde gegenüber, fest entschlossen, des Ruhmes der Väter und des deutschen Namens sich würdig zu beweisen. Unsere tapfern deutschen Waffenbrüder sind freudig herbeigeeilt, um im Kampfe für die heilige Sache des Vaterlandes uns treu zur Seite zu stehen. Schleswig-Holsteiner! An Euch ist es jetzt, das Wort Eurer Vertreter zu erfüllen; sie haben einmüthig erklärt, daß dem Lande kein Opfer zu groß seyn werde, wenn es die Abwehr einer unwürdigen Fremdherrschaft gilt. Stehen wir Alle fest und einig unter dem Gesetze zusammen im Kampfe für unser Recht, für die Freiheit und das Vaterland! Mit Gottes Beistand wird der Sieg unserer gerechten Sache nicht entgehen. Gottorf, den 4. April 1849." (Wes. Z.)

Hamburg, den 6. April. Es würde unmöglich seyn, Ihnen den freudenvollen Tag, den Hamburg heute erlebte (es ist der Jahrestag des glücklichen Gefechtes bei Altenhoff!) nach der Tiefe seines überall hervorgebrachten Eindruckes zu schildern. Natürlich sind es die Ereignisse bei Eckernförde, welche ihn erzeugten. Sie werden hier von allen Parteien in den deutsch-dänischen Angelegenheiten als überaus merkwürdig, beinah' als fabelhaft betrachtet. Unglaube malte sich auf allen Gesichtern bei der Nachricht: das Linienschiff Christian VIII., mit dem die Dänen uns so lang zu schrecken versucht, ist vernichtet, die stolze Fregatte „Gefion" ist unser und trägt die deutsche Flagge, welche noch vor kurzer Frist die Frechheit dänischer Matrosen in einem englischen Hafen zu beschimpfen wagte. — Der Eisenbahnzug, der heute Vormittag in Altona ankam, traf in den Umgebungen des Bahnhofes eine begierig auf Neuigkeiten vom Kriegsschauplatze harrende Menschenmasse. Gerüchte über eine Kanonade zwischen den Strandbatterieen bei Eckernförde und dänischen Kriegsschiffen hatten sich schon gestern Abend verbreitet, ohne eigentlich bestimmte Formen anzunehmen. Als nun heute der Eisenbahn-Direktor Hr. Dietz bei dem anlangendem Zuge, eine Fahne freudig schwenkend, bemerkt wurde, da wurde es Allen klar, daß Ungewöhnliches geschehen seyn mußte. Auf die Wahrheit aber konnte Niemand gefaßt seyn. In einem fast beklommenen Schweigen hörte man dem Berichte bei dem Bahnhofe zu, nach den letzten Worten aber, welche den Capt. Donner (Neffe des bekannten Konferenzrathes Donner in Altona, dessen Schwiegersohn, Zartmann, dänischer Marineminister ist) als jetzigen Kapitain der „Gefion" bezeichnete, da wurde die Luft zerrissen von einem tausendstimmigen donnernden Hurrah. — Die Mittheilung der Details und des Ausganges der Eckernförder Ereignisse, wie sie hier bekannt wurde, kam besonders vom Prinzen von Noer. Derselbe hatte die Nacht vom 4. auf den 5. in Noer, unweit von Eckernförde, zugebracht. Hier hatte die dänische Flotille Abends vorher Anker geworfen, und wäre der Plan des Feindes gelungen, das Gut Noer hätte einen übeln Besuch empfangen. Während der ganzen Nacht standen hier Pferde gesattelt. Der Prinz war für alle Fälle vorbereitet, er sollte Augenzeuge der Katastrophe seyn und die aus seinem Munde gekommenen Thatsachen wurden dadurch allen Zweifeln entrückt.

Vom Kriegsschauplatze. Im Sundewittschen, um Gravenstein, fielen am 4. nur einige unerhebliche Plänkeleien vor; die Schleswig-Holsteiner sollen wieder in Gravenstein eingerückt seyn. Auf der dänischen Seite hat man einen höheren Offizier fallen sehen. Halten die Dänen Stand, so wird am 6. ein entscheidendes Treffen vorfallen. — Im Norden sind die Dänen bis vor Apenrade vorgedrungen; zahllose Flüchtlinge kommen von dort in Flensburg an. Im Nordwesten dringt die Kavallerie des Feindes gegen Maugstrup vor. (Wes. Z.)

Um eine richtige Anschauung von dem Verlaufe der ganzen Begebenheit zu gewinnen, muß man den Schauplatz derselben ins Auge fassen. In der Bucht von Eckernförde, die von Ost nach West sich in das Land erstreckt, waren unweit der Stadt zwei Strandbatterien errichtet, beiläufig gesagt die schwächsten an der Küste, und ein neuer Beweis, daß die Dänen wohl unterrichtet zu seyn pflegen. Die Südbatterie (vier 24-Pfünder) wurde von einem einfachen schleswig-holsteinischen Oberfeuerwerker kommandirt; die Nordbatterie in der einige schwere Stücke waren, vom schleswig-holsteinischen Hauptmann Jungmann (früher in preussischen Diensten). Die letztere that ihre Schuldigkeit, indem sie das eine Dampfschiff so übel zurichtete, daß es von den anderen herausgeschleppt werden mußte; nachdem aber der Ostwind den Christian VIII. in der Nähe der Stadt auf den Strand getrieben hatte, war die Nordbatterie so gut wie außer Thätigkeit gesetzt, da Eckernförde nun in ihrer Schußlinie lag. Die Südbatterie that also nachher die Hauptarbeit; die nassauischen Sechspfünder, unweit von dieser nach der Stadt hin aufgestellt, beschossen den Spiegel des Linienschiffes. Gegen Mittag waren aber durch das beständige Schießen die Kanonen der Südbatterie so erhitzt, daß die kurze Waffenruhe sehr erwünscht kam. Der Parlamentär verhandelte mit dem Herzog von Koburg, der (als Kommandant des zu seiner Division gehörigen preussischen Bataillons) den Oberbefehl in der Stadt führte.

„Denken Sie sich die peinliche Spannung," fährt unser Berichterstatter fort, „als nach Ablauf der Frist das Linienschiff sichtliche Anstrengungen machte, wieder flott zu werden, um vielleicht unter dem Schutz der noch immer nicht herabgezogenen Parlamentärflagge das Weite zu gewinnen, — und das Feuer noch von unserer Seite nicht eröffnet wurde. Endlich krachte der erste Schuß, das Manöver war durchschaut und statt der Laute des Unwillens unter der Mannschaft in der Batterie war nun jubelnder Zuruf zu hören. Das Herz hob sich uns bei jedem Hurrah, mit dem unsre Leute den dumpfen Ton von jeder in das Schiff einschlagenden Kugel begrüßten.

Es dämmerte schon, als die Danebrogsflage gestrichen wurde, und die Dänen in aller Eile ans Land gesetzt wurden. Ergreifend war die Szene, wie der Kommandeurkapitain Paludan dem Herzoge seinen Degen überreichte. Ein alter Mann, der Jahre lang den Christian VIII. geführt, nie niedergeschmettert unter diesem Unglück, kam er langsam auf den Herzog zu; sein erster Lieutenant führte ihn am Arm, ein prächtiger Tubus war das Einzige, was sie in der Eile vom Schiffe mitgenommen hatten. Der Herzog benahm sich würdig, doch war es offenbar, daß er sich vor Freude über dies unverhoffte Glück kaum zu lassen wußte. Der Kapitän der Gefion, die uns im vorigen Sommer so plackte, heißt Meier, wenn ich mich recht erinnere.

Die Ausschiffung war noch nicht vollendet, als die Explosion erfolgte. Wir hatten vorher nur den zunehmenden Rauch gesehen; die Dänen selbst hatten die brennende Stelle innerhalb des Schiffes nicht entdecken können. Es war ein fürchterliches Schauspiel, wie mit donnerndem Krachen der ungeheuere Flammenblitz masthoch emporschlug und zwei Sekunden später oben in der Luft nach allen Seiten die mit aufgeflogenen Bomben zersprangen. Am Strande, dicht vor der Stadt, fielen Stücke von Eisenketten, Kugeln, Trümmer — auch von Menschen — nieder. Aber das Gräßliche wurde vergessen, und verschwand vor dem Jubel der überall wogenden Volkshaufen, vor dem Zuruf und den jetzt erst recht vollschallenden deutschen Liedern. Hier und da auf den Straßen wurden Granaten und Kanonenkugeln in allen Größen für ein paar Schilling feilgeboten. Der brave Oberfeuerwerker von der Südbatterie im Gesicht ganz schwarz von Staub und Pulverdampf, war der am meisten Umringte. Das war ehrliches Tagewerk und, wie er sagte: „dat ist den Dänen slecht bekomen!"

Wir fuhren herüber nach Schleswig. Bei Beseler war große Versammlung; höhere Offiziere, die Departementschefs, und was sonst in diesen Kreis gehört, Alles in größter und nicht eben freudiger Erwartung; denn es galt bisher so ziemlich als ein Axiom, daß Strandbatterien und zumal so schwach armirte, gegen das große Caliber und die Ueberzahl der Stücke von Kriegsschiffen nichts ausrichten könnten. Nach der Explosion hätte man eher gedacht, daß irgend einer von unsern Munitionsvorräthen gesprengt sey. Um so größer war die Freude, und darin stimmte Alles überein, daß jetzt unser ganzes Auftreten ein kühneres, zuversichtlicheres seyn werde, als die bisher in dieser Sache befolgte Politik.

Der schöne Schluß war die Fahrt auf der Eisenbahn von Rendsburg ab. Lokomotive und Tender mit Fahnen und Blumen geschmückt, an jeder Station das Fragen, das rasche Erzählen und der Jubelruf, der uns weiter nach Süden begleitete, und bis an die letzten Grenzen unsers Vaterlandes nachhallen wird." (Ztg. f. Ndd.)

Stuttgart, 10. April. Der schwäbische Merkur enthält einen Gesetzesentwurf, betreffend die Aufhebung des zwischen dem Staate und dem Fürstlichen Hause von Thurn und Taxis bestehenden Lehensverbandes hinsichtlich der kgl. Posten.

Französische Republik.

† **Paris**, 7. April. Schon wieder eine Verschwörung. Man liest in mehreren demokratischen Morgenblättern hierüber: »Die Polizei verbreitet das Gerücht, morgen Sonntag (8.) oder Montag (9. April) werden die Faubourgs aufstehen und die Regierung durch eine Manifestation stürzen. Es leuchtet ein, daß das Ministerium der ehrsamen Bürgerschaft von Neuem glauben machen möchte, es habe die Gesellschaft vor der Anarchie abermals gerettet und sie auf diese Weise zu neuem Dank verpflichtet. Hr. Leon Faucher scheint einzusehen, daß er verloren sey, wenn er der Bourgeoisie nicht von Zeit zu Zeit das Schreckensgemälde der Staatsgefahr und des Sozialismus vor die Augen halte. Den HH. Faucher-Falloux mag es auf diese Weise in der That gelungen seyn, sich einige Zeit am Staatsruder zu erhalten. Aber diese Herren mögen bedenken, daß sich dergleichen Mittel sehr bald abnutzen. Wir halten es daher für völlig überflüssig, das Volk zu warnen und glauben, daß die Polizei nur der betrogene Theil seyn dürfte. Bald werden ihr Diejenigen, die sie zu schützen vorgibt, selbst keinen Glauben mehr schenken.«

Gestern Mittag 11½ Uhr langten die sieben Hauptverurtheilten aus Bourges unerwartet am Bahnhofe der Orleanslinie an, und wurden unter starkem Militärgeleit nach dem Nordbahnhofe gebracht, von wo sie ein Spezialzug mit Windesschnelle in die Picardie (nach Doullens) führte. Raspail, Sobrier, Blanqui, Quentin und Flotte werden in der dortigen berüchtigten Citadelle aufbewahrt, während Barbès und Albert nur so lange dort bleiben sollen, bis die Reaktion wieder eine unwirthbare Insel gefunden, auf die diese beiden Volksvertreter gleich modernen Prometheußen geworfen werden sollen. Huber wurde am Central-(Orleans)-Bahnhof abgezweigt, und sitzt in der Conciergerie. Hoffentlich ist dieß noch nicht der letzte Akt des großen Maidrama's.

Im Park von Monceaux (weiland Nationalwerkstätte) wurden gestern die Reit- und Wagenpferde der exkönigl. Familie für ziemlich hohe Preise unter Leitung Bavin's, des Generalliquidators der ehemaligen Civilliste, losgeschlagen. Hendammi Blanc, der berühmte Hengst, für den Mehemed Ali 12 Kameele und drei Sklaven zahlte, ehe er ihn dem Ludwig Philipp schenkte, ist noch auf günstigere Augenblicke aufgespart.

Sie entsinnen sich des liebenswürdigen Preßgesetzes vom 9. Aug. 1848, das die Zeitungen einer Geldcaution von 24000 Fr. unterwirft. Dieses Gesetz war nur provisorisch, wie überhaupt bei uns Alles nur provisorisch ist, und sollte am 1. Mai 1849 erlöschen. Der edle Faucher fällt nun vor der Kammer auf die Kniee und be-

schwört sie, dieses Gesetz bis zum 1. Aug. (Heumonat) zu verlängern. Bei der täglich schrecklicher hereinbrechenden Anarchie wird die Kammer in ihrer Choleraangst Ja sagen.

Italienische Staaten.

Genua. Die neuesten umständlicheren Nachrichten von dort finden wir in der Florentiner Alba; sie reichen bis zum 2. Abends. Am ersten schon kam es zum Gefecht zwischen Nationalgarden und Truppen. In der Nacht zum 2. verbarricadirte man überall die Stadt. Die Carabinieri, heißt es, hätten an diesem Tage sich ergeben und entwaffnen lassen. 30 Verwundete und Todte zählte man auf Seiten der Insurgenten, was in komischem Widerspruch damit steht, daß es in demselben Bericht heißt, „es war ein fürchterliches Feuern von beiden Seiten, die Kanonen donnerten entsetzlich.“ Am 2. wurde eine provisorische Regierung eingesetzt, welche aus dem Nationalgarde-General Arezzana, Constantino Reta, und David Morchio besteht. „Freude ist auf allen Gesichtern,“ schließt der Bericht, „Hoffnung in den Herzen der braven Ligurer; Gott will nicht Italiens Verderben! Ein Florentiner Extrablatt schreibt kurz: „Genua, 2. April, 3 Uhr Nachmittags: Das Volk, die Priester an der Spitze, hat sich aller Forts bemächtigt. Das Arsenal mußte mit Sturm genommen werden. Man beschoß es mit Flinten und Kanonen. Bis zur Abfahrt des Dampfers (6 Uhr) noch immer Geschützfeuer.“

Turin, den 3. April. Auf den Rapport und den Antrag des Ministers des Innern über die in Genua stattgehabten Unruhen wird durch ein königliches Dekret die Stadt in Belagerungszustand erklärt und sämmtliche Militär- und Civilbehörden dem General Alfons v. Marmora untergestellt. — Der in Untersuchung stehende Generallieutenant Ramorino ist bis zu Beendigung seines Prozesses einstweilen in die hiesige Citadelle untergebracht worden. — In Savoyen überhaupt herrscht eine bedeutende Aufregung. In Albertville wurde eine Volksversammlung veranstaltet, in welcher eine Kommission von 5 Mitgliedern erwählt wurde, um eine nähere Verbindung aller Provinzen Savoyens zu betreiben, und auf die schleunige Zusammenberufung einer konstituirenden Versammlung hinzuwirken. Die Versammlung gab sich den Namen „provisorischer Centralkreis Savoyens“ und erklärte sich permanent. (N. Z. Z.)

Brescia, den 4. April. Eine Proklamation des Generallieutenant Haynau vom 2. verordnet, daß in 48 Stunden überall die kaiserlichen Wappen wieder hergestellt werden müssen. Die Stadt und Provinz Brescia hat bis 1. April 1850 eine Kontribution von 6 Millionen Zwanzigern zu zahlen, außerdem sind der Stadt insbesondere noch 300,000 Zwanziger auferlegt, und sie hat allen durch den letzten Aufruhr entstandenen Schaden an Regierungs- und andern Gebäuden in ihren Kosten zu ersetzen. Vom 26. März bis 6. April erhält jeder österreichische Soldat über den Sold täglich 1 Zwanziger, die Offiziere im Verhältniß bis zum Oberbefehlshaber, der aber auf diese Kontribution verzichtet. — Ueber das Schicksal der in die Empörung verflochtenen Personen ist der Entscheid in letzter Instanz dem Marschall Radetzky vorbehalten. – Ein zweiter Brief aus Brescia sagt, daß hauptsächlich die jüngern Leute, verbunden mit dem Pöbel, den Widerstand hervorgerufen, und daß in 11 Tagen des Schreckens und des Jammers die Stadt sieben Mal, darunter das letzte Mal 24 Stunden lang beschossen worden; endlich Samstag 31. wurde die Stadt im Sturm genommen. Die Zahl der ruinirten Häuser ist sehr groß. Durch die Plünderung litten die Einwohner ohne Unterschied furchtbar. (N. Z. Z.)

Oesterreichische Staaten.

Aus Ungarn, den 31. März. [Die magyarische Korrespondenz der Breslauer Zeitung] Aus zuverlässiger Quelle kann ich Ihnen die Einnahme Kronstadts durch die Ungarn unter Bem melden, welche am 20. d. stattgefunden. Die Stadt hat sich ohne Schwertstreich ergeben, nachdem die Trümmer der Oesterreicher und Russen sich über die Karpathen nach der Walachei zurückgezogen. Beide Städte, Hermannstadt und Kronstadt, haben Dankadressen nach Debreczin für die Befreiung vom tyrannischen Militärjoche gesendet. Sie mußten jede täglich 1000 Gulden Conventions-Münze baar an die Russen zahlen, außer den Requisitionen an Lebensmitteln und den schamlosesten Diebstählen der einzelnen russischen Soldaten. Dabei mußten die Sachsen selbst den Wachtdienst versehen, und als es zur Schlacht bei Hermannstadt kam, benahmen sich die Russen aufs feigste, wie dies auch aus den Originalberichten Bem's hervorgeht. Der erste Akt Bem's in Hermannstadt und Kronstadt war die Verkündigung einer allgemeinen Amnestie und aller jener Errungenschaften, für welche das ungarische Volk so hochherzig kämpft. Die Sachsen haben auch eine Denkschrift unterzeichnet, in welcher sie die Andichtung der österreich. Regierung zurückweisen, als hätten sie die Russen hereingerufen. Sie wurden nämlich zu ihren diesfälligen Schritten vom österr. General gezwungen. Diese Denkschrift wird die ungarische Regierung, wie ich höre, den Kabinetten von London, Paris und Berlin mittheilen. Vorgestern haben wir hier eine starke Kanonade gehört. Es war aber die Kanonade bei Komorn, wo mit Sechzigpfündern geschossen ward. Die Kaiserlichen versuchten nämlich am 29. unter der persönlichen Leitung des Feld-Zeug-Meisters Welden das Unmögliche, die Erstürmung der Riesenfestung Komorn und wurden mit dem schrecklichsten Verlust bis Gran zurückgetrieben. Der größte Theil des Belagerungs-Geschützes und ein ganzes Bataillon fielen der Besatzung in die Hände, welche, nachdem das ganze Feld vor der Festung mit Leichen der Stürmer bedeckt war, einen Ausfall machte und die zerstobenen feindlichen Kolonnen zwei Meilen weit verfolgte. Seitdem ist die Belagerung aufgegeben worden und es steht nur noch ein Observationskorps bei Gönyö. Das italienische Grenadierbataillon Wimpfen ist gestern zu den siegreichen Ungarn übergegangen. Der Oberst Inkei, Schwiegersohn der bekannten einflußreichen Hofdame Cibini, ist in der Schlacht bei Loschanz gefangen worden. Von dieser Schlacht, sowie von der früheren bei Szolnok und der Einnahme Herrmannstadts und Kronstadts schweigen die Wiener Bülletins, und Sie können auch Dies als Maßstab der Glaubwürdigkeit der Wiener offiziellen Nachrichten betrachten. (Obwohl vorstehende Korrespondenz ihrer magyarischen Natur nach sonst sehr unzuverlässig ist und ihre Mittheilungen deshalb immer der Bestätigung bedürfen, so treffen doch diesmal viele Umstände zusammen, die Vieles von dem oben Mitgetheilten sehr wahrscheinlich erscheinen lassen.) (Frkft. J.)

Preßburg, den 3. April. So eben kehre ich von einem Spaziergange zurück, den ich mit einem hermannstädter Sachsen unternahm. Derselbe reiste am 24. März aus Hermannstadt ab, kam über Clausenburg, Debreczin, Keschmat, Pesth, Preßburg und geht nun nach Wien. Er war am 11. März zugegen, als Bem in Hermannstadt einzog und konnte mithin Alles en detail erzählen. Der Hermannstadter Magistrat kam dem Sieger Bem entgegen und bat um Gnade. Bem antwortete ihnen: „er sey nur ein Mensch und Menschen theilen keine Gnade aus; sie dürfen nur gerecht handeln. Die Einwohner möchten sich daher nicht fürchten; er pflege nie mit „Häusern, Weibern und Kindern“, wie es die Reaktion zu sagen beliebe, — Krieg zu führen. Er würde in Hermannstadt nur die Reaktionaire, welche die Russen herbeiholten, welche an dem Bürgerkrieg Schuld tragen — bestrafen, würden sie sich nämlich nicht geflüchtet haben. Das wäre der Wille der ungarischen Regierung und so werde er auch handeln; denn es ist auch seine Ueberzeugung. — Mithin wird Deutschland dem Lügengewebe der Wiener Zeitung keinen Glauben schenken, daß Hermannstadt ein Schutthaufen sey. Die ungarischen Heerführer sind keine Windischgrätze, denen selbst an der Residenz wenig gelegen war. Zu den Lügen, die man offiziell ausstreut, gehört auch die, daß Bem neuerdings durch die Russen geschlagen wurde und er sich am 18. März nach Ungarn geflüchtet habe. Warum hat denn die Wiener Zeitung offiziell nichts von der Einnahme Hermannstadts angegeben? Nun plötzlich, nachdem Bem am 20. März in Kronstadt unter Jubel eingezogen; nachdem die Russen und Oesterreicher in die Walachei gedrängt; nachdem alle 6—7 Pässe nach der Moldau und Walachei besetzt sind — ungarischer Seits —, nun muß man doch etwas über Siebenbürgen sagen. Uebrigens ist es die größte Schande, abermals 30,000 Russen in Anspruch nehmen zu wollen, nachdem die ersten 18,000 Mann aus dem Lande gejagt worden sind. Also man scheut sich nicht, die Russenhilfe auszuposaunen; man will vielleicht Europa sondiren, um wenn es nöthig, 100,000 da einrücken zu lassen. Gut, wir wollen sehen, welche Zukunft für Oesterreichs Größe entsprießt!! —

Die Augsburgerin ist wie Jllo; sie kommt immer zu spät, wie mit ihrem Liberalismus, so mit ihren Nachrichten. Sie theilte unlängst die Stellung beider Armeen mit, und überraschte uns mit einer schlechten Zeichnung, über die wir herzlich lachten. Das sind tempi passati, als noch die Oesterreicher ihr Netz immer enger und enger um Debreczin zogen, — jetzt ist es nicht mehr Januar, wo 70,000 Mann in Kolonnen anzogen, — und es ist der März und den Ungarn gegenüber stehen nur noch 45,000 Mann. Die übrigen haben aufgehört zu leben oder zu kämpfen, denn sie liegen in Pesth unter den 13,000 Blessirten und Kranken! Alles ist anders worden! jetzt umringen die Magyaren, — denn die Raitzen wurden von Perczel besiegt, — Siebenbürgen ist ganz frei, und die Ungarn stehen 4—5 Meilen von Pesth herum, und ehe der Charfreitag vergeht, dürften die Oesterreicher ihr Hauptquatier nach Raab verlegt haben. Die Ungarn stehen bei Recsaz, bei Waitzen, Hatwan, Jaßberey, Szolnok, Kerepet, Ullü, Alberti bis Czegled. Haben Sie die Güte, auf die Karte zu schauen, und Sie werden sich überzeugen, daß, seitdem die Ungarn angreifen, die Würfel ganz anders gefallen sind. Vorgestern hörte man von Waitzen her ein starkes Bombardement, folglich in unmittelbarer Nähe der Hauptstädte, wo bald die Hauptschlacht geschlagen werden wird. Man glaubt allgemein, daß die Ungarn nicht wieder über die Theiß zurückgehen werden, außer, sie fuhren die Gefangenen dahin ab, deren sie schon so viel Tausende haben, daß sie in Verlegenheit sind, was mit ihnen zu beginnen. Unter den genialen Görgey, Guyon, Regassy, Klapka dringen sie in fünf Kolonnen an. Dembinsky ist nicht beim Heere, sondern bildet im Verein Meßaros und Vetter den Generalstab in Debreczin. Man erwartet Bem persönlich an der Theiß; daher die ausgesprengten Gerüchte, Bem werde sich — wollte ich sagen habe sich geflüchtet.

Heute sind es 14 Tage, daß Nugent zum ersten Mal versuchte, Peterwardein zu stürmen; hat sich aber die Finger verbrannt. Er wurde mit großem Verluste zurückgeschlagen; so wird auch das Possenspiel bei Comorn bald ein Ende nehmen. Gestern Abend erfuhren wir, daß General Simunich von Welden eine starke Nase, wie die Wiener sagen, erhielt, wie noch nie ein General, weil er von 15,000 Mann Belagerungskorps schon 5000 Mann verloren. Ein Oberst erzählte mir, daß Schlick am 25. März 6000 Mann von Simunich verlangte, um sie bei Waitzen mit seinem Korps zu verbinden. Dies geschah auch, folglich ist die Belagerung Comorns so gut wie aufgehoben. Man spricht von 20,000 Husaren bei den Ungarn. Diese muthigste Truppengattung von Europa flößt den böhmischen Reitern viel Respekt ein. Man hört allgemein von österreichischen Offizieren, daß der Gemeine ein Angstfieber vor den Husaren habe, das unbeschreiblich ist. Unlängst schrie ein Husar einem Freunde zu: Kamerad, haue nur auf den Kopf, damit der arme Teufel nicht krumm werde. (N. O.-Z.)

Krakau, 2. April. Die jüngste Wendung der Dinge in Siebenbürgen, über welche die offizielle und halbamtliche Presse aus Oesterreich absichtlich oder unwissend den Schleier der Widersprüche wirft, hat einen interessanten Zwischenfall zum Grunde. Bem, der nach Einnahme Herrmannstadt's gegen Kronstadt vorrückte, stieß allerdings auf ein bei 30,000 Mann starkes russisches Korps, das durch den Törzburger Paß debauchirt war, aber er nahm mit seinen 15,000 M. eine feste Position, und erwartete den Angriff der Moskowiten. Diese ließen jedoch Abend und Nacht verstreichen, und siehe da: am zweiten Morgen melden Bems Vorposten, daß mit Tagesanbruch plötzlich türkische Kolonnen sichtbar geworden und noch Vormittags war ein ganz türkisches Korps, das aus dem Temescher Passe debauchirte, in Schlachtordnung aufgestellt und zwar mit kriegsgerechter Vorposten Ausstellung gegen das russische Lager. So standen die drei sonderbar zu einander verhaltende Armeen einige Tage, ohne eine Bewegung, aber nach allen Seiten, wie gegen Feinde, gedeckt in Bivouac Endlich verließen eines Tages die Russen ihre Stellung und zogen in die Walachei ab; des andern Tages früh defiliren die Türken woher sie gekommen, Bem rückt, ohne einen sichtbaren Feind gegen Kronstadt, besetzt diesen Schlußpunkt und ist Herr des vollständig gereinigten Siebenbürgen. Erst nach diesen Ereignissen dankte Puchnee ab. — Die kürzlich gemeldete rasche Reise des k. k. österreich. Konsuls Mayerhofer aus Belgrad nach Wien und Ollmütz — „mit sehr niederschlagenden Nachrichten“ — steht damit in Verbindung. Es soll nämlich die türkische Regierung dem Konsul eine Note zugeschickt haben, die das Einrücken der großherrlichen Truppen anzeigt und bemerkt, daß zur nachbarlichen Intervention nur die hohe Pforte berechtigt sey, und daß man durchaus ein Einschreiten der Russen aus einem Gebiete des türkischen Reiches in die inneren Konflikte eines dritten Landes, nicht dulden werde. — Die türkischen Streitkräfte in den Fürstenthümern sollen wirklich 100,000 Mann betragen, daher den gegenwärtig dort stehenden russ. Heerestheilen bei Weitem überlegen seyn. (N. O. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Exp.-Nro 9783. V.

Bekanntmachung.

Das

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg.

In Verlassenschaftssachen der am 20. Februar verstorbenen Malersfrau und Putzwaarenhändlerin Barbara Dorothea Bromig werden alle diejenigen, welche an den Nachlaß Ansprüche zu machen haben aufgefordert, solche in der auf

Donnerstag den 19. April Vormittags 9 Uhr Kommissions-Zimmer Nro. 6.

anberaumten Tagsfahrt zu liquidiren, widrigenfalls bei Auseinandersetzung des Nachlasses auf sie keine Rücksicht genommen werden würde.

Nürnberg, den 30. März 1849.

Iderl, k. Rath.

Empfehlung.

Unterzeichnete empfiehlt zur gefälligen Abnahme bey gegenwärtiger Messe ein gut sortirtes Lager von Putz- und Strohhüten, als: Creppüte von 5 fl. — 7 fl., gestickte Hüte von 5 fl. — 10 fl., Bortenhüte von 1 fl. 45 kr. — 6 fl., Brüßler- und Reiß-Strohhüte von 1 fl. — 4 fl., Italiener von 2 fl. — 7 fl., die neuesten Häubchen und Chemisetten und sonstige in dieses Fach einschlagende Artikel zu ausgezeichnet billigen Preisen.

Meine Bude ist vis a vis dem Frankfurter Geschirr.

Der Verkauf ist ebenso in meinem Laden den Salzfischern gegenüber.

Amalie Köppel.

Auch können bey derselben von heute an junge solide und reinliche Mädchen das Putzmachen unentgeltlich erlernen.

Empfehlung.

Bei der gegenwärtigen Messe erlaube ich mir, mein Lager von allen Sorten Sieprischen, Niederländer und anderen Stahl- und Eisenwaaren einem verehrlichen Publikum zur gefälligen Abnahme bestens zu empfehlen, mit dem Bemerken, daß ich solche zu äußerst billigen Preisen abgebe, namentlich Tischmesser und Gabeln, englische Rasiermesser, Scheeren und Grabstichel, Taschenmesser, Sägenblätter, Schlösser, Feilen, Bronze-Waaren ꝛc., mit welchen Artikeln ich gänzlich zu räumen wünsche. —

Auch habe ich noch eine Parthie runde, eiserne und blecherne Bratpfannen, durch das Hochwasser äußerlich beschädigt auf Lager, welche ich ganz billig verkaufe.

Um recht häufigen geneigten Zuspruch bittet

Joh. Ferd. Langroetger,
S. Nr. 806 an der Fleischbrücke.

Freie christliche Gemeinde.

Heute Donnerstag den 12. dies Abends ½ 8 Uhr gesellschaftliche Unterhaltung im Saale des Reichsadlers

Der Vorstand.

Musicalischer Verein.

Donnerstag den 12. April

Produktion

im rothen Hahn.

Einhorn.

Fortwährend Farnbacher Bockbier so wie von heute an Sommer-Bier von ausgezeichneter Güte, wozu einladet

Meisenbach.

Empfehlung.

Zur Spedition auf die Natur-Bleiche des Herrn Edrrl in Ansbach empfiehlt sich auch in diesem Jahre bestens

Gottlieb Wünsch,
am Spitzenberg.

Ch. Kreller,

Karlsstrasse S. Nro. 91 in Nürnberg,

empfiehlt zu Fabrikpreisen

Damenstrohhüte in allen Gattungen von neuester und elegantester diesjähriger Facon.

Welt-
und
Zauber - Theater.

In der großen Bude zunächst dem Bahnhof auf dem Pierrer

während der Messe täglich

drei große Vorstellungen.

Erste Vorstellung um 4, zweite um 6, dritte um 8 Uhr.
Der Anschlag-Zettel besagt das Programm

Friedrich Lorgiè.

Einladung.

Sämmtliche Meisterrechts-Bewerber der Schuhmacher-Zunft werden hiemit eingeladen, sich Donnerstag den 12. April, präcis 8 Uhr Abends, wegen einer sehr wichtigen Besprechung auf der Herberge einzufinden.

Mehrere Meisterrechts-Bewerber.

J. B. Fensterer,

Parapluie-Fabrikant aus München,

bezieht diese Messe wieder mit seinem schon bekannten

bedeutenden Lager modernster Regen - und Sonnenschirme.

Indem er zu recht zahlreichen Zuspruch ganz ergebenst einladet, verspricht er bei stets reell und gut gefertigter Waare ganz besondere billige Preise.

Die Bude befindet sich in der dritten Reihe am Ecke beim Gießhaus mit Firma versehen.

W. Helm aus Frankfurt a. M.

bezieht diese Messe wieder mit einem bedeutenden Lager von

Stahlfedern,

bestehend in mehr den 80 verschiedenen Sorten, so daß man zu jeder Schreibart, sowie für jede Hand eine passende Feder findet. Mich aller marktschreienden Anpreißungen enthaltend, bemerke ich nur, daß meine Federn hierorts hinlänglich bekannt sind, solche sind von gutem Stahl gefertigt, verbunden mit einer richtigen Spaltung und sorgfältig geschliffen. Es werden solche im Dutzend und in Schachteln zu 12 Dutzend verkauft, als: 2, 4, 6 und 9 kr. das Dutzend. Das Groß 12 kr. bis zu den besten fl. 1. 30 kr.

Federhalter

in verschiedenen Sorten, elastische und zum Einstecken ꝛc. und empfiehlt sich bestens.

Die Bude ist in der dritten Reihe Nr. 106 und bitte auf die Firma zu achten.

Zu empfehlende Gelegenheit

für Passagiere und Auswanderer nach New-York.

Expeditionstage

der Schiffe der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft.

Das kupferbodene Hamburger Schiff „Deutschland," Kapitän Haucker, „ 21. April }
„ „ „ „ „Nordamerika," „ Ratbje, „ 19. Mai } 1849
„ „ „ „ „Elbe," „ Heitmann „ 23. Juni }

Ueber obige Schiffe, welche durch hohes luftiges Zwischendeck und elegant eingerichtete Kajüten sich auszeichnen, ertheilt nähere Nachricht der Schiffsmakler

Friedrich Toussaint,
Commissions- und Speditions-Handlung
in Nürnberg, L. Nro. 401.

Aug. Bolten Wm. Millers Nachfolger
in Hamburg.

Umschlagetücher- u. Shawls-Lager

neuester Pariser und Wiener Fabrikate empfehlen zur Messe

Gebrüder Dombrowsky

aus Leipzig.

Verkauf in einem Gewölbe des Hrn. Färber Papst auf der Schütt.

Anzeige.

Die rühmlich anerkannten

Hühneraugen-Pflästerchen

der Gebrüder Lentner sind in nachstehenden Handlungen: in Nürnberg bei Friedrich Bauer am weißen Thurm und Wilhelm Dieterich am Heugäßchen, in Schwabach bei G. M. Friedlein, und in Ansbach bei Ad. D. Schlichting einzeln zu 6 kr., im Dutzend 1 fl. sammt gehörige Gebrauchsanweisung zu haben.

(Verloren.) Am 2. Osterfeiertag verlor Jemand im etwas berauschten Zustande vom St. Leonhard bis zur Bamberger Eisenbahn Rock und Weste vom Leibe. Der redliche Finder wolle diese Gegenstände in die Exped. d. Blattes gegen ein Trankgeld zurückbringen.

(Verlaufen.) Ein junger brauner Königshund, weiblichen Geschlechts, mit weiß-rothem Halsband und einigen Schellen daran, hat sich verlaufen, um dessen Zurückgabe gegen angemessene Entschädigung in S. Nro. 1127 der Tucherstraße gebeten wird.

(Verloren. Dienstag Vormittag wurden einige Abschriften vom k. b. Kreis- und Stadtgerichte dahier verloren. Da sie dem Finder nichts nützen, so wird derselbe gebeten, dieselben in No. L. 1097 in der Färbergasse zurückzubringen.

(Verloren.) Am vorigen Palmsonntag ist auf der Rosenau eine goldene Uhr verloren worden, der Finder wolle solche in der Exped. d. Bl. gegen eine gute Belohnung abgeben.

(Zu vermiethen.) Im ersten Stock des Schlößchens Hs.-Nr. 1 zu Steinbühl ist eine helle, freundliche Wohnung, bestehend aus 3 heizbaren und 2 unheizbaren Zimmern, 1 Küche nebst übrigen Bequemlichkeiten, vom Ziel Walburgis d. J. an zu vermiethen. Auf Verlangen kann auch eine Stallung für 1–3 Pferde dazu gegeben werden. Ebendaselbst sind 2 kleine heizbare Zimmer und 2 Kämmerchen Parterre zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In L. Nro. 402 der breiten Gasse ist ein Logis mit Bett und Möbeln sogleich zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Nahe an der Kaserne, in Nro. 1416 der Mostgasse, ist ein möblirtes Zimmer nebst Alkov bis kommendes Monat zu vermiethen.

(Gesuch) Ein Steindrucker, welcher in Feder- und Kreidemanier tüchtig ist, kann dauernde Beschäftigung erhalten. — Bewerber wollen ihre Adresse unter F. in der Exped. d. Bl. niederlegen.

(Zu vermiethen.) Das Haus Nro 71 und Nro. 72 in Tafelhof ist für Sommer und Winter am Ziel Walburgi zu vermiethen, bei Nro. 71 ist eine kleine Garten-Anlage und zu No. 72 kann ein Pferdestall gegeben werden. Näheres Nro. 73.

(Zu verkaufen) Eine gute Tyroler Scheibenbüchse ist bei Fr. Scharrer in S. 490 zu verkaufen.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches in der Küche erfahren ist und sich der Hausarbeit unterzieht, wünscht bis Ziel Unterkunft.

(Gesuch.) Eine stille Familie wünscht bis nächstes Ziel Laurenzi ein freundliches Logie, bestehend aus 1 bis 2 Zimmer, 2 Kammern, Küche und sonstigen Bequemlichkeiten zu miethen

---

(Gesuch.) Ein Mädchen von gutem und stillen Charakter, im Kochen und sonstigen weiblichen Arbeiten brauchbar, sucht bis Ziel bei einer soliden Herrschaft Unterkunft. Näheres S. No. 458 obere Schmidgasse.

(Gesuch.) Ein Mädchen vom Lande wünscht bis nächstes Ziel, oder 14 Tage nach dem Ziel, bei einer soliden Herrschaft als Hausmagd unterzukommen. S. No. 836 Spitalgasse.

(Gesuch) Ein junger solider Mann wünscht als Auslaufer oder bei einer andern Beschäftigung unterzukommen.

(Gesuch.) Ein solides Frauenzimmer, welches im Nähen, Waschen und Bügeln gut bewandert ist, wünscht in einem herrschaftlichen Hause ein Unterkommen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches in der Küche und in allen Hausarbeiten erfahren ist und gute Zeugnisse hat, wünscht bis Ziel bei einer soliden Herrschaft unterzukommen. Näheres bei Madame Höffler, Schuhmacher-Laden der Kannenapotheke vis à vis

---

(Gesuch.) Es sucht ein Scribent, der sowohl über seine Brauchbarkeit, Treue und moralischen Betragen die empfehlungswürdigsten Zeugnisse aufzuweisen vermag, sogleich bei einem Gerichte einen Platz. Derselbe erbietet sich auch in freien Stunden im Clavierspielen und im Deutschen Unterricht zu ertheilen.

Das Nähere hierüber sagt die Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Eine Magd, welche Hausmannskost kochen kann, und sich jeder häuslichen Arbeit willig unterzieht, sucht nächstes Ziel einen Platz.

(Lehrling-Gesuch.) Zu einem sehr schönen gangbaren Geschäft wird ein junger Mensch von soliden Aeltern gegen Lehrgeld in die Lehre zu nehmen gesucht. Näheres in der Exped. d. Bl.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 13. April 1849. **№ 103.** **Freitag: Patricius.**

†† Politische Schlagschatten.

XII.

Uebersehen wir diese Momente, so ergibt sich deutlich, daß der König, umringt von schlimmen Rathgebern, (worunter der Mucker Leo, Professor von Halle, sich befindet,) hermetisch abgeschlossen gegen die wahre Stimme seines Volks, den Märzerrungenschaften um jeden Preis ein Ende setzen wollte und hätten sich die Berliner nicht so außerordentlich besonnen und klug benommen, hätten sie aktiven statt passiven Widerstand den drückenden Maßregeln plumper Säbelwirthschaft entgegengesetzt, so wäre Berlin einem ähnlichen Schicksale wie Wien unterlegen, wenn auch im Berliner Trauerspiel keine Kroaten und Sereďschaner *) mitgewirkt hätten, wenn es auch in Berlin keine Robert Blum zu füsiliren gab. Das Alles hätte aber der König von Preussen nicht für sich allein gethan. Nächst seiner Kamarilla stand auf der einen Seite sein Schwager Nikolaus, auf der anderen seine Gevatterin Viktoria hinter ihm, und von der Paulskirche in Frankfurt liefen auch Fäden herüber, die in Potsdam mit Vergnügen aufgefaßt wurden. Die Kronjustizbeamten in London aber, die Times, und die Universitätsprofessoren von Berlin und Halle, so wie die Welterische Staatslexikonsweisheit sprachen dem Könige von Preussen das Recht zu seinen Handlungen zu und seine Beichtväter absolvirten ihn wahrscheinlich schon im Voraus von allen politischen Sünden. Das Ministerium Brandenburg ward von der Beschuldigung des Hochverraths auch nicht niedergedrückt und so konnte das preussische Volk durch seine Nationalversammlung, der so unzählige Sympathien aus ganz Deutschland zuströmten, nicht zu seinem Rechte kommen, das so sonnenklar ist und das sich von Ewigkeit her ohne Zu- und Abthun rein erhalten hat und sich von dem Rechte himmelweit unterscheidet, von dem geschrieben steht: summum jus, summa injuria.

Armes Deutschland, wofür hast Du Deine Märzrevolution bestanden, wofür dein Parlament nach Frankfurt geschickt? Die Centralgewalt und das Reichsministerium, wie das Parlament haben auch in dieser wichtigen, die Einheit Deutschland sehr ernst fassenden preussischen Frage wieder so verfahren, daß es die Linke und mit ihr den besseren Theil des deutschen Volkes in's Herz hinein ärgern mußte. Wo man männlichen Muth und Entschiedenheit nöthig hatte, da trat man nur zum Mißlingen mit knabenhafter Schüchternheit auf, und wenn man um unruhige Bewegungen in kleinen Ländern zu unterdrücken, sich in die Brust wirft und enorme Reichstruppenmaßen aufbietet, um diese Bewegungen zum Stillstand zu bringen, so ist dieß eben so lächerlich, als es feig ist, der Anarchie von Oben herab in größeren Ländern nur mit diplomatischen Hin- und Herzügen steuern zu wollen. In Frankfurt kann man beiden Vorwürfen nicht ausweichen. Giebt es ein verstecktes Repositorium, so legt die Akten über Wiens Fall und Berlins Dissonanzen dort hinein, denn so oft sie Euch unter die Hände kommen, müssen sie Euch ja das Blut in die Wangen treiben. —

⊙ Großdeutschland;

dann besser

Kleindeutschland, denn Keindeutschland.

„Meine Pflicht beginnt, die eure endet! rief Don Alonso. Er war des Schiffes Priester, und ging hinab, die Sterbenden zu trösten.“ Die Nationalversammlung in Frankfurt hat geendet. Jacta est alea — der deutsche (erbliche) Kaiser ist in dem Könige von Preussen geschaffen, gewählt! Wird er annehmen? Ja! Nein! — Gleichviel! Die deutsche Einheit liegt am Sterben. Das Zerwürfniß durchschreitet mit Riesengestalt die Länder Deutschlands, Bürgerkrieg verkündend. Hat die Nationalversammlung dies verschuldet? Wir wollen, können sie nicht in Schutz nehmen, aber ihre Kaiserwahl war ihr letzter Nothanker; Oesterreichs unheilvolle Politik hat sie dazu getrieben. Konnte und durfte man denn je daran denken, Deutschlands Volkshaus vernichten zu wollen? Doch der Würfel ist gefallen; Deutschlands Frieden liegt am Sterben, und an seinen Priestern, seinen Fürsten, liegt es jetzt, den Sterbenden zu trösten. Mögen sie, ohne an den beschlossenen Volksfreiheiten zu markten, vereinbaren das von mehreren Seiten vorgeschlagene Direktorium, bestehend aus sieben der Fürsten, Oesterreich und Preussen doppelt stimmzählend und den Vorsitz wechselnd! Es ist dies unbestreitbar unter den obwaltenden Verhältnissen die beste Reichsregierungsform für Deutschland. Mögen sie aber auch, falls Oesterreich fortwährend der Einigung Deutschlands durch seine Sonderstellung entgegen seyn sollte, auch nicht anstehen, sich an Preussen engst anzuschließen, mit demselben vereinbarend. Die Gefahr ist drohend. Der Geist nach Freiheit hat nicht etwa, wie Anfangs der zwanziger Jahre, Einzelne ergriffen, er ruht in der großen Masse des Volks. Eine zweite Erhebung dieses Geistes, welche bei fortgesetzt getäuschten Hoffnungen sicher nicht ausbleiben wird, wird nur in der Gestalt der vollen Vernichtung und des gänzlichen Umsturzes des Bestehenden einherschreiten, und Diejenigen, die gewissen Parteien (durch falsche Vorspiegelungen veranlaßt) zu selbstsüchtigen Zwecken gedient, werden, endlich enttäuscht, bei dieser Zestörungskatastrophe schwerlich die aktiv-letzten seyn. Noch ists Zeit, dieses Unglück von Deutschland abzuwenden. — Wo ist Don Alonso? Er war des Schiffes Priester, und ging hinab, die Sterbenden zu trösten. Am 2. April 1849 c.

*) Vielleicht hätten sich zu gelegener Zeit Kosaken und Baschkiren eingefunden.

Deutsche Staaten.

München, den 10. April. Die österreichische Regierung hat auf die Habhaftwerdung Fenner v. Fenneberg's, bekanntlich in den Oktobertagen des vorigen Jahres Adjutant von Messenhauser, einen Preis von 1000 fl. W. W. gesetzt; durch die österreichischen Gesandtschaften ist diese Preisbewerbung auch in solchen Landen, deren thätiger Beihülfe zur Verfolgung politischer Flüchtlinge sich wohl zu versehen ist, an den Mann gebracht worden; da nun bloß in der Polizeigewalt die deutsche Einheit von jeher schon eine Wirklichkeit, so dürfte für Fenneberg das Gerathenste seyn, Deutschland, wenn er sich noch in diesem gelobten Lande befindet, so bald als möglich zu verlassen, und wo anders die Gastfreundschaft aufzusuchen. Die bayerische Dienstfertigkeit hat wenigstens die Krallen schon nach ihm ausgestreckt, wie wir ihn zu versichern im Stande sind. Alle gleichgesinnten Blätter Deutschlands werden um Aufnahme dieser Warnung gebeten, damit sie wo möglich Herrn Fenneberg, dessen Aufenthalt uns unbekannt, zu Gesicht komme. (D. C. Z.)

München, 10. April. Auf die bei dem Kreis und Stadtgerichte München erledigte Rathsstelle außer dem Status wurde der Kreis- und Stadtgerichtsrath II. Klasse, K. Pfriem in Fürth, befördert und die hiedurch in Erledigung kommende Stelle dem vormaligen Patrimonialrichter I. Klasse zu Neuhaus bei Erlangen, F. A. L. Heim verliehen.

München, 10. April. Die hier allgemein verbreitet gewesene, auch durch uns kürzlich mitgetheilte Nachricht eines polizeilichen Verbotes des Flugblätter-Verkaufes durch die fliegenden Buchhändler erweist sich als irrig; im Gegentheil blüht die Gassenliteratur täglich mehr auf und hat dieser Tage Anlaß zu einem burlesken Akt von Selbsthülfe gegeben. Ein geistlicher Herr zerriß einer Flugblätter-Verkäuferin ihren Vorrath von einem „römisch-katholisch-jesuitischen Küchenzettel“ und traktirte dieselbe noch obendrein mit einigen Ohrfeigen, worauf sich derselbe vor dem Volk in das erzbischöfliche Palais in der Nähe flüchten mußte. (N. A. Z.)

? **Erlangen**, den 11. April. Ein durch seine christlich-germanischen Federleistungen wohl bekannter Professor gab vor Kurzem dreien Prüfungskandidaten nachstehende Nuß zu knacken auf: „Was ist unter Krankheitsprozeß zu verstehen? Welches sind die verschiedenen Hauptfaktoren desselben, und welches sind die gegenseitigen Verhältnisse derselben im Fortgange des von ihnen constituirten Krankheitsprozesses? Was gehört außer dem Krankheitsprozesse noch zur Krankheit?“

Diese Frage mußte schriftlich beantwortet werden, und die Kandidaten, welche sie zu beantworten hatten, sollen dabei geschwitzt haben, wie wenn sie im Fegfeuer säßen. Zuletzt erkrankten sie in Folge der vielen zerkauten Gänsekiele an einer Indigestion, die unter den Erscheinungen der Cholera asiatica verlief. Wir möchten wohl diese Frage durch den Herrn Examinator selbst beantwortet sehen und lesen. Jeden Falls würden die andern Prüfungskandidaten aus der Bearbeitung vielleicht entnehmen können, was die Frage sagen will, und was der Fragsteller damit sagen wollte. Ein nicht minder bekannter Hofrath und Professor in M. suchte kürzlich eine Gehaltserhöhung nach, und motivirte dieses Gesuch unter anderm dadurch, daß er einen armen, alten, blinden Vater zu ernähren habe. Die höchste Stelle, welche über das Gesuch zu entscheiden hat, wird, wenn sie will, sich überzeugen können, daß gedachter Vater zwar alt, aber weder blind, noch arm ist, und daß eine Gehaltszulage nicht zu gewähren ist, wenn nicht andere Gründe für dieselben sprechen. Am letzten Donnerstag hielt der Erlanger Parlamentsdeputirte einen öffentlichen Vortrag im Erlanger Prater über die Leistungen des deutschen Parlaments. Der Vortrag währte zehn Minuten, worauf der anwesende Prorektor der Universität ein Hoch auf den Herrn Deputirten ausbrachte. Eine von einem anderen Anwesenden vorgelegte Adresse, die Annahme der Kaiserwahl betreffend, erhielt zu wenig Unterschriften, und ihre Absendung dürfte demnach jetzt unterbleiben. Die Universität hat dagegen dem Vernehmen nach eine solche Adresse nach München abgeschickt.

Speyer, den 7. April. Es liegt eine interessante Karte von Bayern vor uns, betitelt: »Charte über die politische Färbung Bayerns zur Zeit des Landtages 1849. Eingetheilt in Regierungsbezirke und Wahlbezirke. Bearbeitet nach dem Regierungsblatte und nach den Partei-Programmlisten, von Julius Knorr (in München.“) Die Wahlbezirke sind, nach der politischen Stellung der von ihnen gewählten Abgeordneten, mit verschiedenen Farben bezeichnet: gelb die Bezirke der Linken, orange das linke Centrum, roth das rechte Centrum, violett die Rechte. (Die beiden letzten Farben scheinen aus Anspielung auf die „rothe (absolute) Monarchie“ und auf die „Ultramontanen“ gewählt zu seyn.) Die Charte an sich ist sehr schön, die Zusammenstellung mit Fleiß und Genauigkeit ausgeführt, und der Preis von 18 Krzr. sehr billig. Aus der beigefügten „Statistischen Uebersicht“ entnehmen wir folgende Notizen, deren Genauigkeit wir, nach eigener Prüfung, verbürgen können; (ein einziger vorkommender Irrthum ist nachstehend berichtigt, und er wird auch auf der neuen Ausgabe der Charte beseitigt werden;) es ist dabei nur noch zu bemerken, daß diejenigen Abgeordneten, welche ein bestimmtes Programm nicht unterschrieben haben, der Partei beigerechnet sind, mit welcher sie in der Regel stimmen. Die Anzahl der Deputirten, welche sich in diesem Falle befinden, ist übrigens sehr klein. Die Abgeord-

neten der rinzelnen Kreise theilen sich (nach der ebenfalls gegebenen Namensaufzählung) folgendermaßen:

Kreise.	Rechte.	recht. Cent.	link. Cent.	Linke.	Zusammen.
Oberbayern	13	9	—	—	22
Niedernbayern	7	6	2	2	17
Pfalz	—	—	—	19	19
Oberpfalz	7	7	1	—	15
Oberfranken	—	1	8	7	16
Mittelfranken	—	3	3	11	17
Unterfranken	—	2	3	14	19
Schwaben	2	6	5	5	18
Total	29	34	22	58	143

Die Linke zählt sonach in ihren beiden Fraktionen 80, die Rechte 63 Abgeordnete. Der eigentlichen Linken gehört gerade die doppelte Zahl an, welche die eigentliche Rechte besitzt; sie ist beinahe so stark als die Rechte und das rechte Centrum zusammengenommen. Von allen Kreisen hat nur Einer (die Pfalz) in vollkommen gleichem Sinne gewählt; in einem andeen Kreise sind blos zwei politische Schattirungen vertreten; in 4 Kreisen drei, in zwei Kreisen sogar alle vier (Schwa- und Niederbayern). Unstreitbar sind diejenigen Bezirke, welchen die Abgeordneten von der Linken angehören, die an Kultur, Gewerbfleiß, Wohlstand und Gesittung voranstehenden. (N. Sp. Z.)

Speyer, den 9. April. Aus verschiedenen Gegenden unseres Landes erhalten wir Nachricht von gewaltigen Umtrieben der ultramontanen Partei, namentlich gegen die Geltung der Grundrechte rc. Es liegt allerdings etwas Schmachvolles für die ganze Pfalz darin, daß solche Dinge in dieser Peovinz noch irgendwo auch nur mit einem Anscheine von Erfolg stattfinden können. Wenn man aber in gewissen Regionen den Ergebnissen dieser Umtriebe irgend eine Bedeutung beilegen will, so können wir nur auf unsern schon öfters ausgesprochenen Wunsch zurückkommen: man möge den Muth haben, die Volkskammer aufzulösen und es mit neuen Wahlen versuchen. Das endliche Ergebniß des pfäffischen Adressesturmes in Baden gegen die Zittel'sche Motion ist bekannt; — neue Wahlen in Bayern würden der ultramontanen Partei, nicht nur in dee Pfalz, sondern auch in den drei fränkischen Provinzen und in Schwaben, vielleicht selbst in einigen Theilen Altbayerns, eine noch kläglichere Niederlage bereiten, und man wüede endlich wohl einsehen, welchen Werth die Früchte des Treibens der schwarzen Wühler besitzen, und erkennen, daß ein offenes Anschließen an die volksthümliche, an die deutsche Sache, zur Nothwendigkeit geworden ist. (N. Sp. Z.)

Aschaffenburg, den 10. April. Die von dem hiesigen Volksvereine veranstaltete Versammlung fand gestern Nachmittag bei Frohnhofen statt. Von Frankfurt waren als verehrte Gäste erschienen die Herren Raveaux, Claussen, Fröbel, Freese; ihre Reden fanden den lautesten Beifall, der wohl an 6000 Anwesende zählenden Versammlung; Ordnung und Eintracht beseelte alle Theilnehmer. (Aschaffenbrg. Z.)

Freiburg, den 6. April. Die Geschwornen, welche in dem Struve-Blind'schen Prozeß fungirten, haben von dem ihnen zustehenden Rechte des Rücktritts für eine Reihe von Proceduren Gebrauch gemacht. In dem nächsten Prozeß werden daher Andere an ihre Stelle treten, die den künftigen Mittwoch durch das Loos ermittelt weeden sollen. Zunächst wird nunmehr Fickler und Bornstedt vor den Schranken des Geschwornengerichts erscheinen. Der erstere hat wieder Brentano zu seinem Vertheidiger gewählt, Bornstedt hat erklärt, sich allein vertheidigen zu wollen. Es wurde ihm daher nach Vorschrift des Gesetzes ein Vertheidiger von dem Hofgerichte an die Seite gegeben, und zwar in der Person des hiesigen Advokaten Thoma. (Fr. Z.)

Frankfurt, 10. April. Aus guter Quelle erfährt man, daß Hr. Camphausen namentlich deshalb nach Berlin berufen wurde, um für die Entgegennahme der Erklärungen der Regierungen in der Oberhauptsfrage Instruktionen zu erhalten. Hr. Camphausen wird alsbald hieher zurückkehren, was man aber von der sofortigen Herkunft des Königs von Preussen in der »Rhein- und Moselzeitung« las, scheint durchaus voreilig zu seyn. Bezeichnend ist es, daß weder Oesterreich noch Preussen in diesem hochwichtigen Momente hier Bevollmächtigte haben. (D. Z.)

Frankfurt, 10. April. Die Wiener Nachricht, daß die österreichischen Abgeordneten von hiee abberufen, ihnen bereits das Reisegeld angewiesen worden sey, ist ungegründet. (D. Z.)

Frankfurt, 8. April. Dem kgl. dänischen Geschäftsträger bei der prov. Cent.algewalt Deutschlands, Baron v. Dirckinck-Holmfeld, sind, wie wie aus guter Quelle höeen, vom Reichsministerium gestern die Päße zugestellt worden. Gleichzeitig wied der deutsche Gesandte von Kopenhagen abgereist seyn. (O.-P.-Z.)

Wiesbaden, den 5 April. In der letzten Kammer-Sitzung vor den Osterferien, die bis zum 16. d. M. dauern, am 3. April, gab Reg.-Kommissär Reichmann einen Verfassungsgesetzentwurf auch von Seiten der Regieeung ein. So viel ich davon gesehen, sind darin die „Grundrechte des deutschen Volkes benutzt worden, was der Regierung zur Ehre gereicht. Wenkenbach I. wünscht, das im Auszug gegebene Reskript des Reichsministeriums hinsichtlich der Truppeneinziehung in den diesjährigen Märztagen im Original, sowie überhaupt die sämmtlichen betreffenden Akten von der Regierung zu erhalten. Die Mehrheit der Kammer tritt diesem Antrag bei. (Frftr. J.)

†*† **Berlin**, 9. April. Man erfährt, daß von einer großen Anzahl deutscher Regierungen theils öffentliche, theils Privatschreiben der Fürsten vor und mit der Frankfurter Kaiserdeputation eingetroffen sind, welche die Anträge der Deputation zu unterstützen bestimmt waren. Gleich nach dem Bekanntwerden des Resultats der Kaiserwahl langte ein Scheeiben des Herzogs von Dessau in Charlottenburg an, welches dem Könige die Annahme der Wahl dringend an das Herz legte, und in welchem der Herzog sich zu jedem Opfer bereit erklärte, das die einheitliche Gestaltung Deutschlands von den einzelnen Souveränen erheischen sollte. Die ehrenwerthe Politik des Ministers Habicht ist auch in diesem Schritte der dessauischen Regierung nicht zu verkennen.

So viel bekannt geworden ist, hat sich in der Lage der deutschen Angelegenheiten so wenig als in der preussischen Kabinetskeisis seit der Veetagung der Kammer etwas Wesentliches ereignet. Das hiee sehr verbreitete Gerücht, wonach der König schon in den nächsten Tagen sich nach Frankfurt zu begeben die Absicht habe, scheint grundlos zu seyn. Rücksichtlich des preussischen Kabinets dagegen ist das Ausscheiden der Minister Geaf Arnim und Rintelen als ziemlich gewiß anzusehen.

Die Einführung der Civilehe und der Civilstandsregister hat bei den protestantischen Pfarrern lebhafte Besorgnisse erregt. Sie fürchten durch diese Institutionen, wie überhaupt durch die Ablösung der Kirche vom Staatsverbande rine Schmäierung ihrer Subsistenzmittel zu erleiden, die häufig ausschlirßlich in den Einnahmen bestehen, welche ihnen jetzt zum Theil entzogrn werden. Von verschiedenen Seiten, einzelnen Geistlichen und ganzen Synoden, sind deshalb Vorstellungen theils bei dem Kultusministerium, theils bei den Kammern, eingegangen, in welchen bestimmte Anträge formulirt und zur Beachtung bei der Verfassungs-Revision empfohlen werden. Im Wesentlichen stimmen sie darin überein, daß sie 1) die Feststellung einer Entschädigung für die ihnen entzogenen Einnahmrn und Immunitäten fordern, 2) für das Kirchenregiment das Recht der Besteuerung der Gemeinden für kirchliche Zwecke beanspruchen und 3) für die Kirche und ihre Diener Schutz gegen willkürliche Verweigerung ihnen zustehender Emolumente und Leistungen verlangen. Obschon sich auch hier die Gemüther über die Kaiserfrage einigermaßen zu beruhigen anfangen trotz der Nachrichten aus Süddeutschland und selbst aus Frankfurt, die von sehr großer Ruhe bei dem Eintreffen der Antwort Sr. Maj. an die Frankfurter Deputation sprechen, bildet die Kaiserfrage noch immer fast ausschließlich den Mittelpunkt aller politischen Diskussionen in den verschiedensten Kreisen. — Man erzählt, daß He. v. Vincke bei dem Prinzen von Preussen eine Audienz gehabt, in welcher er den Prinzen dringend gebeten habe, seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um seinen Königl. Bruder zu einem entschiedenen in die Handnehmen der deutschen Angelegenheit zu bewegen. Man will wissen, daß Se. Kgl. Hoheit bei dieser Gelegenheit sich in der deutschen Frage ganz im Sinne des Hrn. v. Vincke und gegen das gegenwärtige Kabinet geäußert hätte.

Wie bekannt befindet sich der preuss. Bevollmächtigte in Frankfurt, He. Camphausen, momentan hier; wir glauben jedoch versichern zu können, daß Gerüchte, welche Hrn. Camphausen füe jetzt schon ein Kabinet bilden lassen, jeder Begründung entbehren, es scheint hingegen gewiß, daß mit Ausnahme des Hrn. Rintelen sämmtliche Mitgliedee des Kabinets ihre Portefeuilles behalten. He. Camphausen hatte mit dem Minister Graf Arnim eine längere Konferenz über die deutschen Angelegenheiten. Als theilweises Resultat derselben dürfte es anzusehen seyn, daß Anstalten getroffen sind, daß alle Depeschen, Noten rc. der deutschen Höfe in der deutschen Angelegenheit gleichzeitig nach Berlin und Frankfurt abgesandt werden. Herr Camphausen ist mit den ausgedehntesten Vollmachten versehen und wird sehr bald auf seinen Posten zurückkehren.

Berlin, den 9. April. Unter dem 27. Februae d. J. ist seitens des Kardinal-Staats-Sekretärs eine Cirkular-Note an die Repräsentanten der fremden Mächte zu Gaëta gerichtet worden, in welcher im Namen des Papstes gegen den angeblich von der dermaligen römischen Regierung dekretirten Verkauf dee vatikanischen Kunstschätze in gleicher Weise und gleicher Form protestirt wird, wie kuez vorher gegen die Einziehung der Kiechengüter. Durch nachfolgende Veröffentlichung dieser Note wird dem Wunsche der päpstlichen Regierung entsprochen und das Publikum gleichzeitig gewarnt vor Ankäufen der bezeichneten Art, deren Rechtsgültigkeit jedenfalls bestritten werden wüede. »Zu den Gewaltstreichen, die das sogenannte Gouvernement von Rom ersonnen hat, um den päpstlichen Staat in das äußerste Elend zu stürzen, ist, nachdem man alle öffentlichen Kassen erschöpft, enorme Anleihen kontrahirt und die drückendsten Abgaben auferlegt hat, abermals ein neuer hinzugekommen, indem man bei einem Bankhause eine ansehnliche Geld-Anleihe nachgesucht, und zur Büegschaft die im Vatikan befindlichen Kunstwerke angeboten hat. Man weiß, daß zu diesem Zwecke berrits ein Kommissär nach London geschickt ist. Solchen neuen Raubanschlag zu charakterisiren, dürfte überflüssig seyn, da er, unter jedwedem Gesichtspunkte betrachtet, sich deutlich in seiner ganzen Abscheulichkeit zeigt. Da es dem heiligen Vater als rechtmäßigem Herrscher des Kirchenstaates eine Gewissenspflicht ist, denselben, so weit dies möglich, vor ferneren Zerstörnngen zu bewaheen. so will er, trotz seiner vorgängigen Manifeste, durch die er von Gaëta aus alle Handlungen und Beschlüsse der sogenannten römischen Regierung für null und nichtig erklärt hat, dennoch von neuem alle diejenigen gewarnt wissen, welche jetzt oder in Zukunft in den Fall kämen, mit jener Regierung oder einem ihrer Sachwalter wegen des in Rede stehenden Eigenthums zu kontraheeen.

Zu diesem Zwecke soll hiermit Allen und Jedem von jedweder Nation bekannt gemacht werden, daß Verkäufe, Hypothekirnngen, wie jeder andere über die genannten oder andere Kunstwerke des Kirchenstaats ausgefertigt oder auszufertigende Kontrakte für null und nichtig und solchen gleichgeachtet werden müsse, die von einem straßenräuberisch des Eigenthums Anderer sich Bemächtigenden vollzogen worden. Solcher souveräner Willensäusserung gemäß und auf ausdrücklichen Befehl Sr. Heiligkeit, setzt der unterzeichnete Kardinal Pro-Staats-Sekretär Ew. Erzellenz hiervon in Kenntniß und bittet Sie, schleunige Mittheilung an Ihre Regierung machen zu wollen, damit die gegenwärtige Note größtmögliche Oeffentlichkeit erhalte. Der Unterzeichnete beehrt sich rc. (gez.) G. Kard. Antonelli.«

Berlin, den 7. April. Wir erfahren mit Bestimmtheit und aus sicherer Quelle, daß heute Vormittag in Charlottenburg ein Ministerrath statt fand, dem auch der Prinz von Preussen beiwohnte, in welchem man berieth, ob das Ministerium in seiner Gesammtheit zurücktreten solle, oder ob es passender wäre, die Auflösung der Kammer auszusprechen. Wie glauben indeß, daß man zu keinem Entschluß kommen konnte. Die Anarchie hat selbst im Kabinet Platz gefunden. Die Herren v. Manteuffel und Strotha befinden sich in offener Opposition gegen Brandenburg, Ladenberg und Arnim. Die ersteren Beiden z. B. hatten alles Mögliche angewendet, um den König von einer Antwort an die Feankfurter Deputation abzurathen, welche alle Parteien gegen ihn aufregen mußte. Sie wurden im Kabinet überstimmt. (N. Rh. Z.)

Hannover, 8. April. Die hannoversche Brigade, welche am 5. d. in Seegaard angekommen war, rückte am 6. auf der Straße von Apenrade nach Sonderburg vor. In Ulderup traf sie auf den Feind. Das Dorf wurde von unsern Truppen genommen. Es entspann sich darauf ein ziemlich heftiges Gefecht. Da die Dänen immer mehr Truppen ins Feuer brachten und namentlich den linken Flügel der Brigade zu umgehen drohten, so hielt General Wyneken es für angemessen, das Gefecht abzubrechen und gegen Baurup zurückzugehen. Generalmajor Wyneken rühmt das Benehmen der Truppen und die Ordnung, womit die verschiedenen Bewegungen ausgeführt worden

sind. Da das Gefecht in einem sehr koupirten Terrain stattfand, so ward es lediglich durch die Infanterie unterhalten. Der Verlust war leider nicht ganz unbedeutend. (Z. f. Nrdd.)

Rendsburg. Nach dem „Ostsee-Telegr." ist das bei Eckernförde besonders schwer beschädigte dänische Dampfschiff der „Geyser." Derselbe soll nur mit genauer Noth gerettet worden seyn. Zum Beweise der Heftigkeit, mit welcher die Kanonade bei Eckernförde gewüthet hat, führt ein Bericht der „Nordd. fr. Presse," an, daß das Linienschiff „Christian VIII." allein 68 glatte Lagen von je 42 Schüssen gegeben hat.

Berlin, den 7. April. Die »deutsche Reform« meldet, daß eine dänische Fregatte von 60 Kanonen in Swinemünde von der »Amazone« und den preussischen Kanonenboten genommen sey.

Flensburg, 5. April. Zwei hanseatische Dragoner, die beim Einmarsche der Dänen zu Christiansfeld stationirt waren, werden vermißt; drei dieser, die den 3. d. zu Arroesund auf Vorposten waren und nach Hadersleben Bericht wegen Eintreffens eines dänischen Kriegsschiffes bringen wollten, trafen diese Stadt wider Erwarten schon von Dänen besetzt, machten schnell Kehrt und entkamen glücklich aus dem Kugelregen und Bereiche der Dänen. — In dem vorgestrigen Gefechte geriethen drei Jäger in dänische Gefangenschaft. Nachdem die Dänen gestern Gravenstein geräumt hatten, wurden zwei Kompagnieen des 3. Jägerkorps gahin vorgeschoben. Die eine derselben nahm zu Gravenstein Stellung, die andere ging gegen Buschau hinaus vor und warf einen dän. Vorposten, worauf von Atzbüll her sich zwei dän. Bataillons gegen jene Kompagnie entfalteten, die im Gefecht mit denselben sich auf Gravenstein zurückzog und von welcher leider 7 Mann blieben. Nach Gravenstein gehend wurde das sachsen-altenburgische Bataillon zwischen der „Treppe" bei Rinkenis und jenem Orte vom Wasser aus von den Dänen beschossen und verlor durch eine Bombe 4 Mann, außer welchen mehrere verwundet wurden. — Die Schanze zu Alsnoer (zwischen Gravenstein und Egensund) haben die Dänen durch Bauern aus der Gegend demoliren lassen. — Es sollen aus der Gegend von Apenrade dänische Gefangene, und zwar Dragoner und Jäger kommen, über deren Zahl das Gerücht sehr variirt. — Man sagt, daß die Dänen ihr bekanntes Wegschleppen von Personen, die ihnen mißliebig, bereits wieder begonnen, aus Sundewitt zwei Prediger und den Müller Desler in Egensund fortgeführt haben. (D.-Z.)

Flensburg, 6. April. Gestern Morgen zog eine starke Kolonne namentlich hannov. Linieninfanterie, Jäger und Artillerie, von hier nach dem Norden; heute Morgen folgten Sachsen nach, deren Platz heute Nachmittag mehrere preuss. Landwehrbataillone einnehmen. Mit Wohlgefallen bemerkte man die schöne Haltung, das kräftige Ansehen und die heitere Stimmung aller dieser Truppen. In Hadersleben befanden sich noch gestern gegen Abend dänische Truppen. In Apenrade zogen gestern, Nachmittags 2 bis 3 Uhr, auf Umwegen, das 9. und 10. schlesw.-holst. Bataillon nebst einigen Dragonern, und wohl auch Artillerie, ein (die Dänen wären also doch nicht in Apenrade). Die Dänen schossen ziemlich heftig von ihren Kriegsfahrzeugen in die Stadt. Viele Kugeln schlagen durch Dächer, einige auch durch Fenster. Ein Dragoner, wie es heißt, ein Offizier, wurde verwundet. Von weiteren Verwundungen hört man nichts, als daß ein Geselle aus einem dänischen Hause, welcher vielleicht mit einer besonderen Theilnahme das Schießen beobachtet (er befand sich in einem Garten nach der Hafenseite), an einem Arm verwundet worden. — Die von unseren Truppen früher angelegten Schanzen einer Batterie waren von dänischen Apenradern demolirt. Jetzt erhalten diese vom 9. Bataillon Anleitung zur praktischen Erlernung des deutschen Rechtsatzes: wer Schaden macht, muß Schaden bessern. — Mancherlei Gerüchte waren gestern in Umlauf, als wenn eine Abtheilung von Dänen eingeschlossen oder abgeschnitten wäre. Bis jetzt haben sich diese Gerüchte nicht bestätigt. Es scheint indeß, als wenn wie in ersten Tagen sichtbare Resultate des Feldzuges zu erwarten hätten. (B.-H.)

Altona, vom 7. Abends. Nach der Ankunft des Abendbahnzugs verbreitete sich das oben schon erwähnte unverbürgte Gerücht, daß im Sundewittschen eine große Anzahl Dänen (man gab gar 4 Bataillone Infanterie und 2 Schwadronen Kavallerie an) gefangen genommen sey. — Angeblich ist Etatsrath Schrater wieder als Bürgermeister in Hadersleben installirt worden. — Die Nachricht von der Landung von 2000 Mann Dänen bei Bülk scheint sich darauf zu reduciren, daß dort ein oder ein paar Böte, wahrscheinlich um Wasser einzunehmen, angelegt hatten, und daß die Mannschaft in einem Hause Milch gefordert hatte. (Alt. M.)

Rendsburg, den 7. April. Wir sind in den Stand gesetzt, Ihren Lesern den Bericht mittheilen zu können, welchen der Höchstkommandirende auf dem Linienschiff Christian VIII., unmittelbar nach der großen Katastrophe an das dänische Marineministerium erstattet hat. Eckernförde, 5. April 1849. „Unterthäniger Bericht. Niemals hatte ich ein so grenzenloses Unglück erleben zu sollen geglaubt, als mir heute widerfahren durch den Verlust des herrlichen Schiffes Christian VIII., welches zugleich mit der Fregatte Gefion von der feindlichen Uebermacht (!) die Segel hat streichen müssen, nachdem beiden Schiffen Rumpf und Takelage gänzlich zu Grunde gerichtet waren und das Linienschiff in Schußweite vom Lande südlich von der Stadt Eckernförde vom Ostwinde auf den Grund getrieben war. Ich habe heute Nachmittag Gelegenheit gefunden, dem Kommandeur Garde meinen Bericht zuzustellen; unfehlbar wird derselbe dem hochverehrlichen Ministerium von meiner in jenem Augenblick höchst bedrohlichen Lage Mittheilung gemacht haben; über die näheren Umstände behalte ich mir meinen Bericht vor, wie über das noch weit schrecklichere Ereigniß, daß das Linienschiff in die Luft sprang, während noch die Kapitäne Krieger und Marstrand, der Kapitän vom Landetat Hohlenberg, die Aerzte Smith und Ibsen, und dem Vernehmen nach 200 Mann der Besatzung an Bord waren. Der Vorfall ist so schauerlich, daß es mir vorkommt, man könne wohl so etwas erzählen hören, aber nicht selbst erleben; ich bin außerordentlich erschüttert, aber ich finde einige Beruhigung darin, mich vorwurfsfrei zu wissen, und die Folgen dieses Ereignisses für mich und meine Zukunft, ruhig tragen zu können. Die Frist, die mir gelassen, wenn ich von der sich darbietenden Gelegenheit Gebrauch machen will, ist zu kurz, um ausführlich zu seyn; indem ich den deßfälligen Mangel zu entschuldigen bitte, werde ich sobald als möglich das Fehlende nachzuholen suchen. (gez.) Paludan. P. S. Ich und die zurückgebliebene Besatzung sind zu Kriegsgefangenen gemacht worden. An das Marineministerium!" (D. Z.)

Von der Niederelbe, 8. April. Der Norden Schleswigs ist wieder von den Dänen geräumt und gestern haben deutsche Truppen wieder die vielgeprüfte und treubewährte Stadt Hadersleben besetzt. (W.-Z.)

Französische Republik.

† **Paris**, 8. April. Duchêne, Gerant und Menard, Mitarbeiter des Journals le Peuple sind, ersterer zu drei Jahren Gefängniß und 5000 Frkn. Geldbuße; letzterer zu fünfzehn Monaten Gefängniß und ebenfalls zu 5000 Frkn. Geldbuße wegen des Feuilletons „das Vorspiel einer Revolution" (worin die Jury eine Anklage der Bürgerwehr als Meuchelmörderin erkannte) verurtheilt worden!!! Die Assisensitzung dauerte gestern von 10 Uhr Vormittags bis 9 Uhr Abends und war außerordentlich interessant.

Havre, 7. April. Nicht geringe Sensation erregt ein Befehl des Pariser Gerichtshofes, einen Fremden zu verhaften, der De Chambord heiße und im Hotel de france am Grand Quai wohne. Die ganze Stadt glaubt, es handle sich um nichts Geringeres, als um die Verhaftung Heinrich V. aus Frohsdorf.

Wundern Sie sich nicht, wenn Sie eines Morgens lesen: Heinrich V. ist in Nantes und die Herzogin von Orleans in Valenciennes angekommen!

In der Sologne scheint ein Arbeiteraufstand dem Ausbruch nahe. Heute morgen expedirte das Ministerium eine Brigade von 250 Mobilgendarmen (alte Munizipalgardisten) mit 7 Offizieren in jene Gegend. Diese Mobil-Gendarmerie soll es am besten verstehen, ihre Februargegner in die Pfanne zu hauen. Das Ministerium will sich à tout prix der alten Rechte der Marie'schen Nationalwerkstätten entledigen.

Italienische Staaten.

Aus **Genua** erhält die Augsb. allg. Ztg. durch Turiner Blätter vom 7. April folgende Nachrichten: General Lamarmora hatte am Morgen des 5. die Stadt an drei Orten angegriffen, und es wurde von Haus zu Haus gekämpft. Drei Forts fielen in die Hände der Truppen. Gegen Mittag Waffenruhe und Unterhandlungen. General Lamarmora verlangte Herausgabe aller Forts, der Waffen, der Geiseln und Ausweisung der Insurgenten binnen 24 Stunden. Noch ehe die 3stündige Waffenruhe abgelaufen, griffen aber letztere von neuem an, und beim Abgehen der Kuriere (die Stunde ist nicht angegeben) hatte der Kampf abermals begonnen. Die Truppen nahmen noch die starke Position von S. Rocco, die einen Theil der Stadt beherrscht. So Gioberti's Saggiatore.

Venedig, 2. April. Die Assemblea hat dekretirt: „Widerstand gegen Oesterreich, es koste was es wolle; dem Präsidenten Manin wird unbeschränkte Vollmacht übertragen. (A. A. Z.)

Botzen, 5. April. Nach einer gestern eingetroffenen Privatnachricht scheinen die der Erstürmung vorangegangenen Vorfälle in Brescia den blutdürstenden und fanatischen Charakter nicht in dem Maße zu tragen, wie anfangs das Gerücht behauptete. Ich schreibe Ihnen diese neue Version, ohne zu entscheiden, welche Darstellung der wahren Sachlage näher kommt. Die neuern Berichte wissen nichts von den an Gefangenen, Kranken und Weibern verübten Grausamkeiten, Feldmarschallieutenant Haynau habe vielmehr die Erstürmung der Stadt einer längeren Einschließung schon deshalb vorgezogen, weil sich darin ein mit 1000 österr. Kriegern angefülltes Hospital befunden, die man durch eine Belagerung gefährdet glaubte. Nachdem die österr. Truppen durch einige Breschen eingedrungen, habe der furchtbare Barrikadenkampf in den Straßen begonnen, der nach der Aussage einiger Offiziere, die auch bei der Erstürmung Wiens mitgefochten, dem in der Hauptstadt geleisteten Widerstand nichts nachgegeben. Feldmarschallieutenant Haynau ist bereits über Verona nach Padua zurückgekehrt. (A. A. Z.)

Oesterreichische Staaten.

Wien, den 6. April. Der »Wanderer« (ehemals Allg. Oester. Ztg.) spricht von einem allgemeinen Kongresse zur Ausgleichung aller europäischen Differenzen, den man in Regensburg abzuhalten gesonnen seyn soll.

Wien, 3. April. Auf der Besitzung des Erzherzogs Johann in Obersteiermark werden bereits Vorkehrungen zu seinem Empfange getroffen. (D. Z.)

Sprech-Saal.

Wir halten es für Pflicht, das Publikum auf die Sammlung von Kunst- und Naturseltenheiten aufmerksam zu machen, die Herr Jakob Knillinger in der Bude auf dem Plerrer ausgestellt hat. Selten findet man schönere Exemplare (in Natur und Wachs), eine trefflichere Konchylien-, Schmetterlings- und Reptiliensammlung. Sehr interessant ist das hübsche Exemplar des indischen Blutsaugers, das man nur selten in dergleichen Sammlungen trifft. Wir empfehlen diese Ausstellung dem Publikum zu lebhaftem Besuche.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Empfehlung.

Unterzeichneter empfiehlt sein Lager von ächt ungarischen Roßhaaren, dann Waldhaar à fl. 8 per Zentner für Möbels und Matratzen.

G. L. Krauß.
Theresienstraße S. No. 551.

Eintracht.

Den verehrlichen Mitgliedern der Gesellschaft »Eintracht« wird hiemit bekannt gemacht, daß am Sonntag den 22. April das besprochene Kränzchen stattfindet.

Der Vorstand.

Billigen und guten Rauchtabak

in ¼ und ½ Pfund Paquets, das Pfund zu 6 Sgr. oder 21 kr., in einzelnen Paquets 3 und 6 kr., empfiehlt zur geneigten Abnahme

Steph. Wagner.

Dankerstattung.

Wir statten hiemit dem ungenanntseinwollenden Retter unsern innigsten Dank ab, für die Rettung unseres jüngsten Kindes Christoph vom nahen Ertrinken. Möge der Allmächtige diese menschenfreundliche Handlung segnen, und uns Gelegenheit zu Theil werden lassen, bei freudigen Ereignissen unsern Dank an den Tag legen zu können.

Nürnberg, den 11. April 1849.

Georg Kunz, Schneidermeister
nebst Familie.

Dank.

Allen verehrten Landwehrmännern, nebst allen Freunden und Bekannten, welche meinen seeligen Gatten so zahlreich zu seiner letzten Ruhestätte begleiteten, sage ich hiemit meinen herzlichsten Dank und wünsche nur, daß sie Gott alle noch recht lange vor derartigen traurigen Ereignissen bewahren und mir Gelegenheit geben möge, bei freudigen Begebenheiten Ihnen meinen Dank zu beweisen.

Die trauernde Wittwe
Margaretha Maderheiz,
nebst ihren Kindern.

Danksagung.

Seit der Gründung unserer freien christl. Gemeinde sind derselben auch von denen, welche dem Namen nach ihr nicht zugehören, so viele redende Beweise der Theilnahme geworden, daß wir uns gedrängt fühlen, für alle die Opfer, welche auf dem von uns mit leider äußerlich noch so schwachen Händen in hiesiger Stadt erbauten Altare der reinen, lautern Christusreligion, auf dem Altare der Freiheit des Geistes, der Verbrüderung aller Menschen und der freien Liebe zu Gott niedergelegt worden sind, unsern tiefgefühlten Dank hiermit öffentlich auszusprechen. Denn nicht allein, daß bald im Anfange unserer freien christlichen Gemeinde mehre hochherzige Männer Nürnbergs zusammentraten und sich freiliebend erboten, dafür zu sorgen, daß wir durch selbstgewählte freie Prediger in das uns lange verschlossen gehaltene innere Heiligthum des Evangeliums eingeführt, im ächtchristlichen Geiste erbaut, für Sittlichkeit und Tugend, für das Gute und Erhabene erwärmt würden; nicht allein, daß aus allen Confessionen Nürnbergs Männer, Frauen und Jungfrauen und unter diesen selbst solche, die im Schweiße ihres Angesichts ihr Brod essen, sich beeilten, dem Aufrufe jener Männer zu folgen, und von ihrer Habe für die Förderung unserer jungen Gemeinde darzureichen: auch für die äußere Verschönerung unserer Andachtsversammlungen ist vielfach und von vielen Seiten aus auf's Freundlichste gesorgt worden und zwar zuvörderst durch ein Geschenk von 62 Gulden als Beitrag für unsre kleine Orgel, ferner durch Stiftung: 1 eines Kanzeltuches, 2. zweier Paar Kerzen, 3. dreier Kerzen, 4. zweier großer Altarleuchter, 5. zweier kleinerer Altarleuchter, 6. zweier Blumenvasen mit Blumen, 7. dreißig Kreuzer für Kerzen. Für alle diese thatkräftigen Beweise der Theilnahme an der neuen Reformation unseren tiefgefühlten und gerührten Dank; das freudige Bewußtseyn aber, daß wir nicht allein stehen in hiesiger Stadt, daß wir Freunde haben, welche derselbe Geist durchdringt, welche an dieselbe Liebe, an dieselbe Freiheit glauben, glauben, daß unser Sterben kein leerer Wahn sey, wird uns kräftigen, stärken, begeistern, auf der betretenen Bahn fortzugehen.

Nürnberg, den 11. April 1849.

Der Vorstand der freien christlichen Gemeinde.

Anfrage.

Warum hat bei dem am Ostermontage so verspätet in Erlangen eingetroffenen Wagenzuge jener große Bahnbeamte sich so still in die Ecke des I. Klasse Coupée hineingedrückt, während er doch sonst bei den Zügen, die er zeitweiße bis Erlangen begleitet, sich durch Stimme und Gestikulation als Chef so sehr geltend macht?

Wäre es hier nicht geeigneter gewesen, die wegen Mangel an Plätzen II. Klasse aufgebrachten, dort zugegangenen Reisenden durch Einräumung des mit seiner Familie gefüllten Coupée I. Klasse möglichst zufrieden zu stellen, und von dem unschuldigen Oberkondukteur den Sturm von Insulten durch Aufklärung und Beschwichtigung der Reisenden abzuwenden?

Ein Passagier jenes Zuges.

Erklärung.

Nicht um der Sache, sondern um des Rechts willen, sey bemerkt, daß sich ein vor 2 Jahren veröffentlichter Nachruf nun in Nro. 25 dieses Blattes wieder abgedruckt findet. Vor Allem aber fordert die Pflicht gegen Verstorbene und ihre Angehörigen, daß man nicht das ihnen Gewidmete auf fremde Personen übertragen lasse. Wer keine Verse schreiben kann, der wende sich an Jemand, und mißbrauche nicht fremdes Eigenthum! ...

Industrie- und Kultur-Verein.

Sonntag den 15 April

musikalische Unterhaltung.

Anfang fünf Uhr.

(Zu vermiethen.) Ganz nahe am Laufertbor ist ein heitzbares Sommersälchen zu vermiethen.

Ein grosses Leipziger Mess-Lager!

ist zur Versteigerung bestimmt.

Das ganze Lager steht aber vor der Versteigerung während der Messe dem hiesigen Publikum zu Gebot und kann daselbst noch billiger gekauft werden als auf der Versteigerung selbst.

Die große Ausstellung und Verkauf der Waaren befindet sich bei Herrn Pabst das erste Haus auf der Schütt 1 Treppe.

Verzeichniss und Preis-Courant der Waaren.

2000 fertige Sommerröcke in besten Stoffen nach neuestem Pariser Schnitt angefertigt von 2 fl. 42 kr., 3¼ fl., 4½ u. h.

500 Schlaf- und Hausröcke, gut wattirt und gearbeitet von 2 fl. 42 kr. bis 5½ fl.

Sommerhosenzeuge und Sommer-Burkin, neueste geschmackvollste Muster, die ganze vollständige Hose 1 fl., 2 fl. u. h., fertige Westen 1 fl. 30 kr.

3000 Stück Westenstoffe in Wolle, Seide, Sammet, Pique, die vollständige Weste 24 kr., 30 kr., 42 kr. bis 1 fl. 45 kr. die schwersten.

1000 Regenschirme in schwerster Lioner Seide von 3 fl. 45 kr., 4¼ bis 5½ fl.

2500 Sonnenschirme, die neuesten geschmackvollsten Muster mit Garnirungen, Borduren und Fransen pr. Stück 1 fl. 30 kr. bis 3½ fl. Wir erlauben uns im Interesse der hiesigen geehrten Damen darauf aufmerksam zu machen, daß unsere sämmtlichen Sonnenschirme aus **8 Blättern und Fischbein-Gestelle** bestehen, und in Folge dessen 3 andere (mit 7 Blättern und Stahlgestelle) enthalten.

1200 Tuchschirme und in Doppel-Perkan, dauerhafteste Gestelle, von 1 fl. bis 2 fl.

175 Reise- und Jagdtaschen mit Eisenbügeln von 1 fl. 45 kr. an.

Cravatten in Atlas und Lasting mit Patent-Einlagen 24, 30, 42 kr. u. h.

Schlipse und Shawls (lange) in Wolle und Seide von 24, 30, 42, 48 kr. bis 1 fl. 45 kr.

Sommerhalstücher in schwerster Seide von 48 kr. an, Sommerhalstücher in Jakonnet und Halbleinen von 24. 30 kr. an, Unterjacken, Unterhosen, Stahlschreibfedern, leinene Taschentücher, berühmteste Streichriemen, **Hosenträger in Gummi elasticum** von 9, 12, 18, 30, 36 kr., fertige Hemden u. s. w.

Sämmtliche Waaren sind von der **Commission abgeschätzt** und daher die obenbezeichneten Preise aufs äusserste gestellt, es wird jedoch bei Abnahme von größeren Partien ein Abzug von 10 Procent bewilligt. **Die Auswahl ist überraschend groß.** Bestellungen von ausserhalb werden ebenso prompt ausgeführt, als wie wenn der Besteller selbst zugegen wäre. der öffentliche Verkauf vor der Versteigerung ist nur während der Messe bei **Herrn Pabst, das erste Haus auf der Schütt 1 Treppe.**

Anzeige.

Unterzeichneter verkauft während der heurigen Ostermesse verschiedene Gegenstände, besonders Kupferstiche, Lythographien, Bilderbögen, Galanterie- und Kinderspielsachen, welche durch das Hochwasser gelitten haben, zu äußerst billigen Preisen, und bittet um gütiges Wohlwollen und gefällige Abnahme.

Seine Bude befindet sich dem Hause des Herrn Hebenstreit gegenüber.

M. H. Fritschel.

Von den Rheumatismus-Ableitern

des Dr. Bucrand Klofrei in London à 18 kr. per Stück sichere und schnelle Hülfe gewährend gegen Rheumatismus-, Gicht-, Gesichts-, Kopf-, Hals-, Zahn- und Brustschmerzen, Rücken-, und Lendenweh, Krämpfe, Rothlauf, Augen- und Halsentzündung ꝛc. befindet sich fortwährend ein Depot bei Hrn. Joh. Engelhard jun. in Nürnberg. A. B. (Die beste Bürgschaft für die Untrüglichkeit ist gegeben, durch rühmliche Erwähnung im med. Korrespondenzblatt, wo solche als allein ächt und vom Erfinder stammend beurkundet sind, sowie in den amtlichen und Privatzeugnissen achtungswerther Männer, welche abwechslungsweise jeden Monat 1 Mal in diesem Blatte zu lesen sind und keinen Zweifel zulassen. Die Beträge sind baar und franco nebst 3 kr. Posteinschreibgebühr einzusenden.

Carl Graf, Agent in Augsburg

Peter Vischer.

Freitag den 13. d. Metzelsuppe. Wozu ergebenst einladet
Conrad Guth.

(Verloren.) Gestern Abend 10 Uhr wurde von der Theatergasse bis zum Webersplatz eine Brieftasche, enthält: ein Wanderbuch, 2 Militär-Abschiede, verloren, der redliche Finder wird höflichst ersucht, dieselbe in S. Nro. 770 am Webersplatz oder Weberherberge gegen Trankgeld abzugeben.

(Verloren.) Am zweiten Osterfeiertag früh ist von Großreuth über den Judenbühl bis zum Lauferthor ein kleines Perspektiv verloren gegangen. Der redliche Finder bekommt ein angemessenes Douceur.

(Verloren,) Am 2. Osterfeiertag Abends wurde vom Schiesgarten aus bis ins Rosenthal eine hölzerne Tabackpfeife mit Argentan-Beschläg verloren. Man bittet dieselbe bei Herrn Bierbrauer Büchel gegen ein gutes Trankgeld im Rosenthal abzugeben.

(Verloren.) Am 10. d. Mts. wurde eine lederne Cigarrendose verloren. Der redliche Finder wird höflichst ersucht, dieselbe in S. Nro. 788 abzugeben.

(Zu vermiethen.) Eine sehr freundliche Wohnung auf der Mittagseite, bestehend aus drei heitzbaren Zimmern, Alkov, Garderobe, Kammer, Küche, Speisekämmerchen, Holzboden, Kelleranthell und Waschgelegenheit, ist bis Walburgi zu vermiethen in S. Nr. 1375.

(Zu vermiethen.) Ein hübsch möblirtes Zimmer ist an einen soliden Herrn bis Monat Mai zu vermiethen. Karolinenstrasse L. Nr. 382.

(Gesuch) Einen auswärtigen jungen Mann von soliden Eltern sucht man in ein hiesiges solides Handlungshaus gegen Lehrgeld unterzubringen. Offerten unter C. S. besorgt die Exped. d. Bl.

(Zu vermiethen.) In der breiten Gasse ist eine Wohnung am Ziel Laurenzi zu vermiethen, dieselbe enthält einen großen Keller, parterre 1 Zimmer, Küche und 3 Gewölbe; im 1sten Stock 2 Zimmer, 2 Alkof, 2 Kammern, Küche und großen Boden. Näheres L. No. 1145.

(Zu vermiethen.) In S. Nro. 835 der Spitalgasse ist eine freundliche Wohnung, bestehend aus einer Stube, zwei Kammern, Küche und Holzlage, bis Ziel Laurenzi zu vermiethen.

Zu verkaufen.

S. Nr. 106 Karlsstrasse unweit des bayer. Hofes ist ein noch gut erhaltener Wiener Flügel von Nußbaumholz mit 6 Okt. billig zu verkaufen.

(Zu verkaufen.) Ein seidenes Halstuch und eine Mantille für eine Confirmandin passend, ist zu verkaufen.

(Zu verkaufen.) Ein noch ganz gut beschaffenes Forte-Piano ist billig zu verkaufen.

(Gesuch.) Zur Feingoldschlägerei wird ein junger Mensch von guter Erziehung in die Lehre zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) Es wird ein junger ordentlicher Mensch, der ein Pferd zu versehen hat und sich willig jeder andern Arbeit unterzieht, bis nächstes Ziel in Dienst zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) Ein braves Mädchen, welches Hausmannskost kochen kann und sich den vorkommenden Hausarbeiten unterzieht, wünscht am Ziel unterzukommen.

(Gesuch.) Eine an Ordnung gewöhnte Person, welche schon mehrere Jahre auf dem Lande bei honetter Familie gedient hat, in der Küche wohl erfahren ist und sich über Fleiß und Treue ausweisen kann, wünscht sogleich oder nächstes Ziel ebenfalls auf dem Lande in gleicher Eigenschaft eine Unterkunft.

(Gesuch.) Eine Köchin, welche sich auch den andern Hausarbeiten unterzieht und spinnen kann, sucht bei einer soliden Herrschaft in Dienste zu kommen S. Nro 389.

(Gesuch) Eine Magd, welche im Kochen und allen Arbeiten erfahren ist, wünscht als Magd allein bei einer soliden Herrschaft bis Ziel Walburgi unterzukommen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches sich aller Hausarbeit unterzieht, auch im Kochen nicht unerfahren ist, wünscht bis Ziel eine Unterkunft. Näheres im Laden Nro. 30 nächst dem schönen Brunnen.

(Gesuch.) Ein Mädchen, welches Hausmannskost kochen kann, sich willig jeder Hausarbeit unterzieht, wünscht nächstes Ziel bei einer soliden Herrschaft unterzukommen.

(Gesuch.) Ein Frauenzimmer von wenigstens 13 Jahren, das geneigt wäre, Antheil an französischen Stunden zu nehmen, wird gesucht.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches schon mehrere Jahre bei angesehenen Herrschaften gedient und sich willig jeder vorkommenden Arbeit unterzieht, wünscht bis Ziel Walburgis in einem soliden Hause, als Stubenmädchen unterzukommen.

(Gesuch.) Ein solides Frauenzimmer, welches im Kochen geübt ist und einer Gastwirthschaft vorstehen kann, wird sogleich anzunehmen gesucht.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 14. April 1849 **№ 104.** **Samstag: Tiburt.**

Deutsche Staaten.

München, den 11. April. Das Regierungsblatt Nr. 18 vom 11. April enthält: I. Bekanntmachung, die Auflösung der königl. Gerichts- und Polizeibehörde Sommerhausen betreffend. Staatsministerium der Justiz und Staatsministerium des Innern. Se. Maj. der König haben allerhöchst zu beschließen geruht, daß die im Regierungsbezirk von Unterfranken und Aschaffenburg gelegene k. Gerichts- und Polizeibehörde Sommerhausen vom 15. April l. J. angefangen aufgelöst und dem k. Landgerichte Ochsenfurt, desselben Regierungsbezirks, einverleibt werde. München, den 31. März 1849. Auf Sr. Königl. Majestät allerhöchsten Befehl: v. Kleinschrod. v. Forster. Durch den Minister: der General-Sekretär, Ministerialrath Benning. — II. Bekanntmachung, die Aufstellung der Staatsanwälte und Untersuchungsrichter betreffend. Da bis zu dem Eintritt einer definitiven Gerichtsorganisation sich mehrfache Veränderungen in dem Personale der bei den Gerichten des Königreiches aufgestellten Staatsanwälte und Untersuchungsrichter ergeben können, und es nicht nothwendig ist, daß bei Mittheilungen, Requisitionen und Eingaben an diese Beamten die Namen derselben angeführt werden, so wird hiemit bekannt gegeben, daß von nun an die Namen der auf dem Grunde des Art. 8 des Gesetzes vom 12. Mai 1848 (Gesetzblatt Nro. 6), dann des Art. 2 und 28 des Gesetzes vom 10. November desselben Jahres aufzustellenden Staatsanwälte und Untersuchungsrichter nicht mehr durch das Regierungsblatt, sondern lediglich durch das betreffende Kreis-Intelligenzblatt zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden sollen. München, den 26. März 1849. Königl. Staatsministerium der Justiz v. Kleinschrod. — III. Bekanntmachung, die Ablösungskasse bei der königl. Staatsschuldentilgungs-Anstalt und deren Obligation betreffend.

München. Der König Maximilian hat als Unterstützungsbeitrag für die in Nürnberg durch die letzte Ueberschwemmung Verunglückten und Leidenden eine Summe von 500 Gulden aus seiner Kabinetskasse anzuweisen befohlen. (B. Lb.)

Karlsruhe, den 9. April. Heute fand dahier eine Versammlung der Bevollmächtigten sämmtlicher vaterländischer Vereine Badens im Rathhaussaale statt. Nicht nur die badischen Vereine, sondern auch die vaterländischen Vereine von Stuttgart, Darmstadt, Mainz, Worms rc. hatten ihre Vetreter gesendet. Der erste Gegenstand der Berathung war eine Adresse an die Reichsversammlung in Bezug auf die jetzige politische Lage Deutschlands, die wenn auch von mancher Seite bemerkt wurde, daß derartige Schreiben am Ende unnöthig wären, einstimmig angenommen wurde. Sodann ward eine Adresse an den Großherzog beschlossen, durch welche Se. Kgl. Hoh. gebeten wird, den deutschen Fürsten abermals mit dem Beispiele der Unterordnung unter den Gesammtwillen voranzugehen und die Erklärung abzugeben, daß er die deutsche Reichsverfassung, wie die Reichsversammlung sie beschlossen, als deutsches Gesetz betrachte. Ebenso eine Ansprache an alle deutschen Bruderstämme, welche dieselbe auffordert, kräftig darauf hinzuwirken, daß ihre Regierungen sich ungesäumt der Reichsverfassung unterwerfen. (K. Z.)

** **Frankfurt**, 11. April. [203. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Vicepräsident Kirchgeßner.] Das ganze Haus ist gedrängt voll. Präsident Simson scheint von der Deputationsreise sehr stark angegriffen, die ganze Berliner Aufnahme ihm im Magen zu liegen. Austritts- und Eintrittserklärungen, Anzeigen von Flottenbeiträgen, worunter einer von 100 fl. zur Wiederherstellung des Steuers an der eroberten Fregatte Gefion, 4000 fl. von der Münchener-Aachener Feuerassekuranzgesellschaft. Unter dem spöttischen Lachen der Linken wird verlesen, das Kriminalgericht zu Wien bitte das Reichsministerium um Vollmacht, die Untersuchung wegen Hochverraths gegen den Deputirten Gritzner einleiten zu können. Wird an den betreffenden Ausschuß überwiesen. Eine Interpellation in Betreff einer Erklärung, daß Ministerialglieder schriftlich erklärt hätten, sie würden in keine Abänderung der Verfassung willigen, beantwortet Hr. v. Gagern dahin, daß dies Thatsache sey, aber nicht als Ministerialglied, sondern als Abgeordneter habe er diese Erklärung gegeben. Auch jetzt noch halte er fest daran, daß an der Verfassung nur auf dem Wege dürfe geändert werden, welchen die Verfassung selbst vorzeichne. Der Reichskriegsminister Peucker erstattet einen günstigen Bericht über die reichsministerielle Thätigkeit in dem deutsch-dänischen Kriege. Darin wird gezeigt, daß sich diejenigen verrechnet haben und verrechnen werden, welche auf die Zerrissenheit Deutschlands hin Pläne machten. Die Schlacht bei Eckernforde wird geschildert, das genommene Schiff »Gefion« soll den Namen »Eckernförde« erhalten und die Flagge nebst einer Gedenktafel mit den Einzelnheiten des Sieges und den Namen derer, die sich dabei ausgezeichnet, nach Frankfurt gesendet und dort aufbewahrt werden. Die deutschen Truppen werden belobt und die Hoffnung auf sie gesetzt, daß sie den Erwartungen des Vaterlandes in einer so gerechten Sache entsprechen werden. Venedey will, das Schiff »Gefion« möge den Namen desjenigen führen, der am meisten für dessen Wegnahme gethan, auch solle dieser eine Nationalbelohnung erhalten. Hierauf folgt die Berichterstattung über den Erfolg der Kaiserdeputation nach Berlin, welche die bereits bekannten Thatsachen enthält.

Auf Grund des erwähnten Berichtes sind dem Vorsitzenden mehrere dringliche Anträge eingereicht, welche derselbe verliest. Die Herren Heckscher, v. Hermann u. A. stellen einen Dringlichkeitsantrag, im Wesentlichen dahin gehend, es solle die Verfassung in den §§. 68—84 so abgeändert werden, daß der Abschn. III, Art. 1 also laute: Die Reichsregierung besteht aus einem Reichsstatthalter und sechs Regierungsmitgliedern (das bekannte Direktorium mit abwechselndem Vorsitz von Preussen und Oesterreich und seinem Sitz in Frankfurt.) Ein zweiter Dringlichkeitsantrag der Abgg. Kierulf, Vogt, Raveaux und Gen. will: „1) Die verfassunggebende Reichsversammlung erkläre feierlich vor der deutschen Nation an der in zweiter Lesung angenommenen und verkündeten Reichsverfassung und dem Wahlgesetze unwandelbar festzuhalten. 2) Den Bericht der Deputation einem Ausschusse zur schleunigsten Berichterstattung zu übergeben.“ Ein dritter dringlicher Antrag von M. Mohl, Ahrens, Römer und Uhland: „In Erwägung, daß die Antwort des Königs von Preussen als eine Ablehnung der Kaiserkrone zu betrachten ist, beschließe die Nationalversammlung: Daß die Oberhauptsfrage als eine offene betrachtet werde und ein neuer Ausschuß von 30 Gliedern über dieselbe berathe und berichte.“ Ein Verbesserungsantrag des Abg. Roßmäßler zu dem Antrag des Abg. Kierulf will, daß in dem ersten Alinea desselben eine Anerkennung der Antwort der Deputation an das preussische Ministerium ausgesprochen werde, und daß die Berathung über den Bericht des Ausschusses bis längstens Montag stattfinde. Ein vierter Dringlichkeitsantrag der Abgg. Detmold, Gombart, Beisler, Somaruga u. G. will, daß die Nationalversammlung sich auf vier Wochen vertage, um die Antworten der Regierungen abzuwarten.

Abg. v. Mayfeld will, daß die Nationalversammlung einen Ausschuß von 30 Gliedern niedersetze, welcher über die Oberhauptsfrage berathe und berichte. Abg. v. Dieskau: Die Nationalversammlung beschließe, an die Stelle des Abschnitts „über das Oberhaupt“ zu setzen: „Die ausübende Gewalt des deutschen Reichs wird einem von dem Volke auf 4 Jahre zu wählenden Präsidenten, dem ein Vicepräsident zur Seite steht, übertragen. Jeder Deutsche ist wählbar.“ Abg. Schütz aus Mainz u. G. stellen den Antrag, es werde unmittelbar auf Grund des vorliegenden Wahlgesetzes eine neue souveräne Nationalversammlung bis zum 1. Juni zusammenberufen. Bis dahin bleibt die Nationalversammlung permanent. Abg. Schlöffel beantragt, daß die Nationalversammlung beschließe, sie sey permanent, kein Staat dürfe den Abgeordneten das Mandat entziehen, das deutsche Volk möge dafür sorgen, daß die Nationalversammlung gegen sogen. gesetzliche Streitkräfte geschützt werde. Statt der §§. 83, 84 setze man: das Oberhaupt des deutschen Staates ist ein verantwortlicher Vollziehungsausschuß von 50 Gliedern, auf 4 Jahre durch das Volk zu wählen und der Volksvertretung verantwortlich.

Abg. v. Wulffen will, daß die Versammlung auf so lange vertage, bis die Antworten der Regierungen eingelaufen seyen. Abg. Ahrens beantragt, daß der Bericht der Deputation und alle dazu eingereichten Dringlichkeitsanträge einem Ausschusse zur Berichterstattung übergeben werde. Abg Arndts aus München beantragt, die Nationalversammlung möge beschließen, daß ein neuer Ausschuß durch die Abtheilungen zu wählen sey, welcher den gegenwärtigen Stand der Verfassungsfrage zu prüfen und über dieselbe wie über alle eingereichten Anträge zu berichten habe. Der Vorsitzende stellt die Dringlichkeitsfragen; dem Antrage des Abg. Heckscher wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt; der Antrag des Abg. Kierulf, Vogt, Raveaux und Genossen wird mit großer Mehrheit als dringlich anerkannt. Abg. Raveaux hat zuerst Wort. Er begründet denselben mit wenigen Worten: Halten wir zusammen, halten wir fest an der Souveränetät der Nation, das wird auf das Volk wirken, das wird auf die Fürsten wirken. (Bravo.) Abg. Wurm aus Hamburg: Ich bin der Meinung, man müsse sich die Grundsätze der Deputation aneignen; man kann noch weiter gehen, man kann der Meinung seyn, der König von Preussen habe für seine Person abgelehnt, allein nicht im Namen Preussens. Ich erkläre mich für den Antrag der Abgeordneten Kierulf, Vogt, Zell und Genossen. Ich erwarte nicht, daß der Wahnwitz des Hofgesindes irgendwo die Anerkennung der Reichsverfassung hindere, denn dann würde das Volk bei einer zweiten Revolution nicht vor den Thronen stehen bleiben.

Abgeordneter M. Mohl: Nicht annehmen ist ablehnen; es ist nur eine Stimme der Anerkennung in der Versammlung über die Würde, mit welcher sich die Deputation benommen. (Bravo.) Das Wesentlichste der Verfassung, der Erbkaiser, ist nicht zu finden. Man kann wohl Matrosen, aber keine Kaiser pressen. (Bravo.) Deßhalb verharrt der Redner bei seinem Antrage, die Oberhauptsfrage als eine offene zu behandeln. Abgeordneter Simon v. Trier fragt, ob der Ausschuß das Verhältniß der Antwort des Königs von Preussen zur deutschen Reichsverfassung aufklären und erst festsetzen solle. Dieses Verhältniß kann nicht zweifelhaft seyn. Er trägt darauf an, daß man die Antwort der Deputation anerkenne und erkläre, daß man an der ganzen Verfassung, wie sie vorliegt, festhalte. Unter dieser Verfassung sey es allen Parteien möglich, sich zu schaaren, und deßwegen halte seine Partei mit derselben. Der Redner wendet sich an die Abgeordneten der Rechten und der Centren. Meine Herren, Sie haben der äußersten Partei öfters Vorwürfe wegen ihrer Ungeduld gemacht, ich habe Ihnen entgegnet, daß Sie nur schwarzen Undank zu erwarten haben. Sie sehen, es ist so eingetroffen. Allein wir werden jetzt festhalten und uns zu Ihnen schaaren, um die Verfassung zu schützen. Aus den trüben Gewässern der vormärzlichen Diplomatie sind kalte Nebel aufgestiegen. Kann das Gestirn der deutschen Einheit und Freiheit die Macht und Wärme gewinnen, um diesen Nebel zum Fallen zu bringen und zu zerstreuen, so werden wir blauen Himmel und schönes Wetter haben. Steigen aber die Nebel, so werden sie sich als Wolken zusammenziehen, und wir werden ein verderbenschwangeres Gewitter haben, welches zunächst in den Thurm der Kirche einzuschlagen droht, in der wir sitzen. Wachen und sorgen Sie für einen Blitzableiter, welcher den Blitz von Ihnen ableite, und auf die Häupter der sichtbaren Schuldigen schleudere. (Großer Beifall.) Abgeord-

neter Simon war der letzte eingeschriebene Redner. Der Vorsitzende will die Dringlichkeitsfrage zu den übrigen Anträgen stellen. Ueber die Reihenfolge derselben entspinnt sich eine kleine Debatte. Nachdem allen übrigen Dringlichkeitsanträgen die Dringlichkeit von der Versammlung nicht znerkannt worden, wird zur Abstimmung über den Kierulf'schen bereits diskutirten Antrag geschritten. Ueber die Fragestellung desselben und der dazu von den Abgeordneten Simon aus Trier und Roßmäßler gestellten Verbesserungsanträge entspinnt sich eine kurze Debatte. Zuerst kommt der Antrag des Abgeordneten Kierulf mit dem Verbesserungsantrage des Abg. Simon aus Trier zur Abstimmung. Derselbe will, daß die Bestimmung der Bildung eines Ausschusses wegbleibe, und die Anerkennung der Antwort der Deputation zu Eingang desselben ausgesprochen werde.. Ueber den Kierulf'schen Antrag in Verbindung mit dem Verbesserungsantrage des Abg. Ahrens, welcher verlangt, daß eine Bestimmung eingeschoben werde, wodurch die Oberhauptsfrage als eine offene zu etrachten sey, über welche ein besonderer Ausschuß geeignete Vorschläge zu machen habe, wird namentlich abgestimmt. Der Ahrens'sche Verbesserungsantrag wird mit 328 gegen 106 Stimmen abgelehnt. Es wird sogleich zur namentlichen Abstimmung über den Kierulf'schen Antrag geschritten.

Er lautet: Die verfassunggebende Reichsversammlung, veranlaßt durch den Inhalt des von der Deputation erstatteten Berichts: erklärt hierdurch feierlich vor der deutschen Nation, an der in zweiter Lesung beschlossenen und verkündigten Reichsverfassung und dem Wahl-Gesetze unwandelbar festzuhalten; 2) sie verweist den von der Deputation erstatteten Bericht an einen durch die Abtheilungen zu erwählenden Ausschuß von 30 Mitgliedern zur möglichst schleunigen Berichterstattung und zur Vorbereitung der Maßregeln, welche zur Durchführung der unter 1 gegebenen feierlichen Erklärung nöthig erscheinen. Der Antrag wird mit 276 gegen 159 Stimmen angenommen. 1 Stimme enthält sich der Abstimmung. Ungefähr 40 Abgeordnete der Linken reichen eine Erklärung ein, dahin lautend, daß sie sich deßwegen der Abstimmung enthalten, weil sie es für unlogisch und unpraktisch halten, an einem Kaiserthume ohne Kaiser festzuhalten. — Die Versammlung beschließt, daß die Abtheilungen zur Wahl des Ausschusses morgen früh 9 Uhr zusammentreten. Nächste Sitzung: Freitag, 14. April. Tagesordnung: Wahl des Präsidenten und der Vicepräsidenten. Bericht des volkswirthschaftlichen und des Priorität- und Petionsausschusses. Schluß der Sitzung 2½ Uhr.

Mainz, 7. April. Unser verehrter Herr Bürgermeister hat den heroischen Beschluß gefaßt, sich weder durch Vernunftgründe noch durch die Hinweisung auf den einstimmig angenommenen und von der Regierung sanktionirten Kammerbeschluß: „Die Censur ist aufgehoben und darf nicht wieder eingeführt werden“ — von der Idee abbringen zu lassen, daß er dennoch die Theater-Censur ausüben könne und müsse. Der Sturm bei der ersten Aufführung des „Glöckner von Notre-Dame“ sollte doch dem Herrn hinlänglich bewiesen haben, daß sich das Publikum keine Censur gefallen läßt; indeß der Herr Bürgermeister versucht es immer wieder, und hat sich in diesen Tagen nicht entblödet, wegen einiger Zusätze, welche mehrere Schauspieler bei Gelegenheit der Aufführung der »Barrikaden-Bauer« von Benedix machten und die sich auf den jüngst hier stattgehabten Marktskandal bezogen, eine derb zurechtweisende Zuschrift an den Theatervorstand zu erlassen. Und womit rechtfertigt der Herr Bürgermeister seinen Verweis? Er beruft sich auf einen Erlaß des kaiserl. französischen Präfekten des Departements Donnersberg vom 2. März 1808. Man sollte es nicht für möglich halten, daß sich Jemand so lächerlich machen könnte; aber es ist leider die bitterste Wahrheit: unser verehrter Herr Bürgermeister geht 41 Jahre zurück, um der von ihm ausgehenden plumpen Verhöhnung der Gegenwart einen gesetzlichen Anstrich zu geben. Und dieser verehrte Herr wird noch länger als fünf Jahre an der Spitze der städtischen Angelegenheiten stehen! Fürwahr, eine schöne Aussicht!

(Frankf. J.)

†*† **Berlin**, den 10. April. In der Kaiserfrage können wir unsere gestrige Mittheilung in Betreff der von deutschen Regierungen eingelaufenen Zustimmungen zu dem Beschlusse des Frankfurter Parlaments heute dahin vervollständigen, daß die Zahl derartiger Erklärungen bis gestern sich auf 26 belief. Selbstverständlich sind diese Erklärungen unmittelbar in Folge des Frankfurter Beschlusses ergangen, und sind darunter nicht diejenigen Meinungsäußerungen zu verstehen, welche die Aprilnote hervorzurufen den Zweck hat.

In der preussischen Kabinetsfrage nennt man seit gestern den bisherigen Generalprokurator des Rheinischen Revisions- und Kassationshofes Geh. Ober-Justizrath Jähniger als den designirten Nachfolger des Herrn Rintelen. Es scheint, als ob Herr Wentzel nicht geneigt gewesen wäre, die herrenlose Erbschaft der desorganisirten Justiz anzutreten. Den Eintritt des Herrn Jähniger, wenn derselbe sich bestätigen sollte, darf man als Zeichen eines in der Justizfrage stattgefundenen Prinzipienwechsels betrachten. Voraussichtlich würde bei der bevorstehenden Organisation eine durchgreifendere Anwendung des rheinisch-französischen Systems erfolgen, als dies bei den Rintelen-Kisker'schen Anordnungen der Fall ist. Herr Jähniger gehört schon seit einer langen Reihe von Jahren dem Parquet des Kassationshofes an, und hat lange vor dem März in seinen Stellungen als Generaladvokat und als Mitglied des früheren Staatsrathes eine Ausdehnung des rheinischen Verfahrens über die altländischen Provinzen energisch befürwortet.

Die Petitions-Kommission der zweiten Kammer hat ihren ersten umfassenderen Bericht jetzt veröffentlicht. Derselbe liefert ein treues Bild der Uebelstände und Nöthe, welche die verschiedenen Klassen des Volkes bedrücken. Aus allen Landestheilen flehen die Lehrer um ein auskömmliches Gehalt, die Bauern um Aufhebung der bäuerlichen Lasten, Prozessirende um Ermäßigung der Gerichtskosten u. s. f. Handwerker wollen Zünfte, wo gewerbliche Verbände noch nicht bestehen, Ausdehnung der Gewerbefreiheit beantragen Solche, an deren Wohnorten sich Innungen befinden. Die „konstitutionellen“ Vereine sind besonders zahlreich vertreten. Sie wollen vor Allen Beschränkungen der Habeas-Korpus-Akte, Erweiterung der polizeilichen Befugnisse rücksichtlich der Haussuchungen und Verhaftungen. Charakterisiren schon diese Anträge den Konstitutionalismus der Vereine, von denen sie ausgeben, so beseitigt der Umstand, daß dieselben fast sämmtlich in den Wahlkreisen ihren Sitz haben, aus welchen die Abgeordneten Graf Renard, v. Bismark, von Kleist u. s. w. in die Kammer gewählt sind, vollends jeden Zweifel über den konstitutionellen Charakter der Bittsteller.

Die Schleswig-Holsteinische Deputation hat Berlin verlassen, ohne bei Seiner Majestät eine Audienz gehabt zu haben; die Einladung zu einer solchen wurde von dem Ministerpräsidenten erst vollzogen, als die Deputation ihre Rückreise bereits angetreten hatte.

Vorgestern Abend bemerkte man auch Herrn v. Manteuffel, den Minister des Innern, unter den Gästen des Jeroschewitz'schen Weinhauses, einem bekannten Versammlungsorte der Mitglieder der Linken. Herr v. Manteuffel verließ das Lokal erst um 10 Uhr, um welche Zeit es auf Befehl des Herrn v. Wrangel geschlossen werden muß. —

Die Bildung von Handwerkervereinen greift auch in den Provinzen immer mehr um sich, diese jüngeren Vereine setzen sich dann meist mit dem hiesigen Handwerkerverein in Verbindung. So gingen dem letztern neuerdings von zwei neugegründeten Vereinen in Grüneberg und Trier Adressen zu, in welchen der Wunsch einer engern Verbindung mit dem Vereine der Residenz ausgesprochen wurde. In Folge dieser Adressen beschloß man die nöthigen Vorkehrungen zu treffen, um mit allen im Königreich Preussen bestehenden Handwerkervereinen in Verbindung treten zu können. —

An den Verhandlungen des hiesigen Vereins betheiligen sich auch mehrfach Abgeordnete beider Kammern, vorzugsweise bemerkt man die Abgeordneten Schéele und Landrath v. Pegnilhen, Mitglieder der 1. Kammer, sehr häufig in den Versammlungen. —

Die dänischen Friedensbedingungen werden herabgestimmt; das kleine Dänemark verzehrt in dem Kampfe mit Deutschland sein bestes Mark, seine Stützen, das Petersburger und Londoner Kabinet, haben sich entweder wie das letztere zurückgezogen oder wie das erstere andern Angelegenheiten ihre vorzugsweise Aufmerksamkeit zugewandt. In dieser Lage kommt es der dänischen Regierung vor Allem darauf an, noch einmal einen Ruhepunkt zu gewinnen, um die Kräfte noch einmal sammeln zu können. Ein Waffenstillstand aber liegt so wenig im deutschen Interesse, daß nicht anzunehmen ist, daß auch diesmal der Abschluß eines solchen der dänischen Politik glücken sollte. — Die dänischen Marineoffiziere sind übrigens voll Eifer, die Scharte, welche der Ruf der kleinen, aber meist gut geführten dänischen Marine neulich erlitten, durch das Aufbringen einer Anzahl Kauffahrteischiffe möglichst auszugleichen. Es wird also in Absendung wie in Führung solcher Schiffe die größte Vorsicht nothwendig.

Einem Gerüchte zufolge soll General Wrangel aus seiner jetzigen Stellung treten und der Generallieutenant Roth v. Schreckenstein (bekannt durch seine Stellung als Kriegsminister im Kabinet Auerswald) den Oberbefehl in den Marken übernehmen. Wir vermögen jedoch nicht, die Wahrheit dieses Gerüchts zu verbürgen.

Altona, 7. April Abends. Es sind gestern Nachmittags mehrere dänische Kriegsschiffe im Eckernförder Hafen gewesen und sollen auch einen Parlamentär mit dem Verlangen einer Herausgabe der Fregatte „Gefion“ abgeschickt haben, ohne jedoch auf den erhaltenen abschlägigen Bescheid etwas weiter zu unternehmen. Die Dänen müssen wahrlich einen starken Glauben an die deutsche Gutmüthigkeit haben, wenn sie glauben, daß man so ohne Weiteres die Fregatte herausgeben werde. Vielleicht läßt ein guter Genius ein paar dänische Kriegsschiffe in den Kieler Hafen einlaufen, und sie könnten ein gleiches Schicksal erwarten; das Ansehen und die moralische Macht der dänischen Marine sind gebrochen, und die Papiere der dänischen Anleihe in der City in London werden wahrscheinlich bei dieser Nachricht etwas weniger als in die Höhe steigen. Interessant sind die mir von einem glaubwürdigen Versender mitgetheilten Details bei der denkwürdigen Eckernförder Seeaffaire. So wird das Auffliegen des großartigen Linienschiffes „Christian VIII.“ als eine grausenhafte Scene geschildert. An dem ganzen Strande von Eckernförde bis zum Sandkruge fand man verstümmelte Leichname und menschliche Glieder. Der Kommandeur dieses Schiffes, Admiral Paludan, soll die schreckliche Vernichtung von 200 Mann, welche mit dem Schiffe in die Luft flogen, verschuldet haben, weil er mit der Rettung der Mannschaft gezögert, als er sah, daß das Feuer im Linienschiffe nicht mehr gelöscht werden und dann auch die Pulverbehälter — denn hierdurch geschah die Explosion — ergreifen könne. Durch die bis in Angeln hinein erdröhnende Explosion haben auch Manche, die schon gerettet am Ufer waren, das Leben verloren, während Einige, die mit dem Schiff aufflogen, wunderbarerweise gerettet worden sind, z. B. der norwegische Lieutenant Graf Wedel-Jarlsberg. Der Verlust an Todten im Gefechte war am größten auf der Fregatte »Gefion“, weil diese von der nassauischen Batterie mehrmals der Länge nach bestrichen werden konnte. Viele Neugierige von Hamburg und hier haben sich gestern nach Eckernförde begeben, um sich mit eignen Augen und Ohren von dem Wunder zu überzeugen, dessen moralische Wirkung noch gar nicht zu berechnen ist. Mit dem Abendbahnzuge haben wir gar keine Neuigkeiten vom Norden erhalten, weil nichts vorgefallen ist. — Was die Haltung Schwedens-Norwegens in Beziehung zum dänischen Krieg betrifft, so soll nach der „Malmoer Schnellpost“ nach Schonen der Befehl ergangen seyn, beim Armeekommando Listen einzureichen über die zur Einquartierung bestbelegenen Ortschaften, um dort ein Armeekorps schlagfertig zu halten, es gelten indeß diese Maßnahmen nur pro domo, weil von schwed. Sympathien für Dänemark in diesem Jahre, wenigstens nach allen bisherigen Ergebnissen, nicht die Rede seyn kann. Schließlich noch die monumentale, dem Literaturfreund genehm erscheinende Notiz, daß dem unsterblichen Dichter der Frithiofssage, Esaias Tegner, von seinen Landsleuten ein Denkmal gesetzt worden ist; die Kosten, auf 16,000 Rthlr. Bco. angeschlagen, sind durch Subscription im Laufe einiger Wochen aufgebracht worden.

(Frkft. O.-P. Z.)

Agram, 29. März. Die „Agramer Zeitung“, welche bereits zu wiederholtenmalen über die dermalige Stellung Kroatiens, gegenüber dem österreichischen Centralisationssystem, sich energisch ausgesprochen hat, bringt in ihrer heutigen Nummer einen Artikel, worin sie eben dieses System mit der Föderation vergleicht und nur durch letztere allein ein freies Oesterreich für möglich erklärt. Die Militärgränze, sagt sie, sey zu einem Lastthier der Monarchie auch fernerhin verdammt; das einzige Land in einem konstitutionellen Staate sey von den Wohlthaten der Freiheit gesetzlich ausgeschlossen. Lassen wir jedoch den fraglichen Artikel in seinen Anfangs- und Schlußworten in Nachstehendem selbst reden: „Von allen Seiten aus unserem Vaterlande treffen übereinstimmende Nachrichten über die ungünstigste Aufnahme des Olmützer Verfassungswerkes ein. Wir hatten uns dessen versehen. Unsere Erwartung hat uns nicht getäuscht. Dieß ist ein lindernder Balsam für die schwere schmerzliche Wunde, die uns das schonungslose Seciermesser oktroyirender Verfassungsschmiede schlug. Wir sagten voraus: die neue oktroyirte Verfassung kann uns nur aufgezwungen werden. Unserem Herzen ist sie fremd, und wird ihm, so Gott will, ewig fremd bleiben. Es hieße sonst Verrath begehen an uns selbst, Verrath an dem schönen Vaterlande, an unserem guten, harmlosen, thatkräftigen

Volke, das eines besseren Looses würdig, Verrath an der Zukunft und geschichtlichen Bestimmung desselben, wollten wir uns ein politisches Gewand willig anlegen lassen, daß die Adern unseres individuellen Nationallebens auf ewig zu unterbinden droht. (Einem neueren Berichte vom 31. März zufolge soll jedoch der Kaiser nachgegeben und die Beschlüsse des kroatischen Landtags vom Jahr 1848, namentlich auch den Art. 26 in Bezug auf das künftige Verhältniß der Militärgränze bestätigt haben. Indessen zweifelt man noch an der Aechtheit des Plakats, welches diese Bestätigung ausspricht.) „Wir haben blos Thränen, um dieses herbe Loos zu beweinen, und ein Gedächtniß, um es nicht zu vergessen. So viel ist gewiß, daß die neue Verfassung Oesterreichs, wenn bei ihrer offenbaren Elastizität, wenigstens der Einheit des Südslaventhums in Provinzialgesetzgebung, Administration und Vertheilung der Militärlast mit Rücksicht auf die anderen Provinzen, — durch die Verfügungen der nachfolgenden organischen Gesetze nicht Rechnung getragen wird, in uns die früheren Sympathieen gänzlich erstickt, und uns in eine Lage versetzt, wo wir erst ein Vaterland suchen müssen."

Swinemünde, 8. April. Gestern Abend waren in weiter Ferne eine dänische Kriegsfregatte und Korvette, ohne Zweifel „Havfruen" und „Flora", kreuzend, welche jetzt Morgens jedoch außer Sicht sind. Im Laufe des Tages sind vier Kanonen-Jollen stromwärts fortbugsirt worden; es verlautet, daß zwei nach Divenow und zwei nach Peenemünde bestimmt sind. Dagegen trafen auf dem Dampfboot »Oder" aufs neue 50 Marineleute ein. (Ostsee-Z.)

[Ausführlicher Bericht über das Gefecht vom 5. d. bei Eckernförde und respektive Berichtigung.] Das eigentliche Gefecht begann mit dem Glockenschlage 7½ Uhr. Die Schiffe waren „Christian VIII." (Linienschiff) 84 Kanonen, kommandirt von Kommandeurkapitän Paludan; „Der Gefion" geführt vom Kapitän Meyer (Fregatte) 60 Kanonen und 2 unbekannt gebliebene Dampfschiffe. Die Vertheidigung leitete der schleswig-holsteinische Hauptmann der Artillerie Jungmann und unter ihm befehligten auf der Norderschanze Unteroffizier Brodersen, auf der Süderschanze die Unteroffiziere Preusser und Stinde, sämmtlich Schleswig-Holsteiner und keiner länger als 6 Wochen Unteroffizier. Von 8 Uhr Morgens an war die Passage der Norderschanze — vertheidigt von 2 84-pfündigen Haubitzen, 2 24-Pfündern und 4 18-Pfündern — forcirt und wenn es gleich dem noch ungeübten Auge scheinen mochte, als sey dies ohne sonderlichen Verlust für die Dänen erfolgt, so trugen doch beide Kapital-Schiffe bereits den Tod im Herzen, und Hauptmann Jungmann hatte sich die Sporen auf so glänzende Weise verdient, daß sein Name nothwendig in den Annalen der Seegefechte Epoche machen muß. — In diesem Moment, als die beiden Hauptschiffe, wie beutegierige Adler zwischen der Stadt Hamburg und dem Pflegehause, mit unbeschreiblicher Majestät aus dem von der Morgensonne vergoldeten Pulverdampfe hervorbrachen, setzte sich der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha zu Pferde, ließ das reussische Bataillon über die Straße gehen, sich in der vorliegenden Koppel decken, und erhielt nebst diesen Tapfern die Feuertaufe durch eine glatte Kartätschen-Lage des Linienschiffes. Die Koburger hatten in allen deutschen Reichskriegen von jeher das Glück, darum: Glückauf mein junger Aar! — Die tüchtigen, wackern Reussen eröffneten mit einem Todten die Reihe der Blutzeugen für die deutsche Einheit, mit ihm gleichzeitig fiel ein schleswig-holsteinischer Artillerist auf der Norderschanze. Nun begann das furchtbare 6stündige Bombardement der Süderschanze, von Zeit zu Zeit accompagnirt durch einen v e r l o r e n e n Schuß, nach der guten Stadt Eckernförde, wo auch eigentlich kein Giebel sank, aber Schornsteine und Dachfenster genug (circa 40 Häuser sind bebeschädigt.

Um 2 Uhr der dänische Parlamentair! Er verlangte bloß freien Abzug (die Norderschanze mußte, um das Pflegehaus zu schonen, hinter welchem der Däne lag, seit 9 Uhr schweigen), denn Mosje Christian mochte nach dem glühenden Frühstück keinen Appetit zu gleichem Abendessen verspüren, da er bereits an einer tödtlichen Magenentzündung litt. Das Dampfboot versuchte den Stolz Dänemarks zu schleppen. Vergebens. Zweiter Parlamentair. Die Bürger Eckernförde's werden gefragt und antworten mit: „keinen Abzug!" (Bürger-Worte!) 4½ Uhr. Die Nassauer, 2 Kanonen und 2 Haubitzen (2 Kanonen begegneten mir schon Morgens 7 Uhr auf der Kieler Chaussee und gingen nach Luisenberg), fuhren auf offenem Strande auf. 4½ Uhr. Die weiße Flagge sinkt, neuer Kampf. Die Nassauer fegen die Decke, und wie man im Sprüchwort sagt: geben ihm die letzte Oelung! Um 6 Uhr streichen 2 Danebrogs vor der jungfräulichen schwarz-roth-goldenen, 2 Hauptflaggen der dänischen Marine vor 4 18-Pfündern des Jünglingstarken Knaben Schleswig-Holstein. Seine Artilleristen waren bis dahin Rekruten, deren Kommandeure, bis vor einem Jahre Oekonomen, seit kaum 6 Wochen Unteroffiziere und jetzt Helden! — O jauchze hoch mein deutsches Vaterland! Die Jungfrau Schleswig bringt Dir einen reichen Brautschatz mit, es sind 60 eroberte Kanonen — (denn die andern 84 sind leider verloren) und ein Schiff so stolz und schön, daß wenn erst die bösen, bösen Schönpflästerchen, die es jetzt nur zu zahlreich hat, verschwunden sind, es die Zierde der jungen deutschen Marine werden muß. Wirst Du mein Deutschland, Dein Schleswig noch verschmähen? — Wirst Du Friedrich Wilhelm IV., Louisen's Sohn, Erbe des letzten deutschen Ritters, noch ferner zögern, eine Krone anzunehmen, deren neueste Perle die Siegerin Schleswig ist? Der Herzog von Koburg hat die Prisen bestiegen. Preusser muß die Ausschiffung der Gefangenen (911 und 20 Offiziere) leiten. — 6½ Uhr. Christian VIII. fliegt in die Luft — mit ihm Preusser!!! Unvergleichlicher Tod! Einzelne Züge: In der Norderschanze ward die deutsche Fahne herunter geschossen. Hauptmann Jungmann pflanzt sie eigenhändig wieder auf. Dasselbe geschah auf der Südbatterie; Unteroffizier Stinde richtet sie im Kugelregen wieder auf, und ein Kanonier holt in demselben schönen Wetter eine abgeschossene und ans Land geschwommene Danebrogs-Flagge als Trophäe herein. Mit Preusser also nur 3 Todte und 6 Verwundete deutscher Seits. Die Dänen verloren 150—180 Todte (mit dem »Christian" flogen allein über 100) auf und einige 80 Verwundete. (Alton. M.)

Hadersleben, 8. April. Gestern Nachmittag trafen wir wieder mit den ersten Flüchtlingen in Hadersleben ein, obgleich unsere Truppen wahrscheinlich erst morgen einrücken werden. Die letzten Nachzügler, etwa 10 Mann, verließen erst gestern Morgen um 7 Uhr die Stadt, sehnsüchtig nach Süden blickend, ob die Deutschen nicht kämen, sie von ihrem Marsche nach Norden zu befreien. Am Dienstag zwischen 2 und 2½ Uhr fing der Kampf im Norden von Hadersleben an, und wurde sehr lebhaft fortgesetzt bis 4 Uhr, worauf Major v. Gersdorff dem erhaltenen Befehle, sich fechtend zurückzuziehen, Folge leistete, und durch die Straßen an beiden Seiten der Kirche sich zum Süderthore hinauszog; der Rückzug wurde begonnen, als die Dänen mit ihren 4 Kanonen die Stadt zu beschießen anfingen, die übrigens keinen erheblichen Schaden gelitten hat. Die zurückgebliebenen Bürger wissen nicht genug zu erzählen von den kräftigen Witzen einerseits und dem Widerstreben andrerseits, womit unsere Jäger zurückgingen, und Augenzeugen berichten, daß es den Offizieren nicht wenig Mühe gemacht hat, ihre Mannschaft dazu zu bewegen, dem bestimmten Befehle Folge zu leisten, wogegen ältere Offiziere der einrückenden Dänen offen eingestanden, daß sie schon auf den Rückzug bedacht gewesen wären, und bei einer noch kurzen Fortdauer des Widerstandes denselben angetreten hätten. Am Süder-Thore dauerte der Kampf ungefähr zwei Stunden, und um 6 Uhr zogen die Dänen, als das Schießen aus den deutschen Verschanzungen aufhörte, wiederum durch die Stadt und bivouakirten im Norden derselben, wahrscheinlich in der Meinung, daß der Rückzug der Deutschen nur verstellt sey. Als inzwischen einige ihrer Freunde, die mit ihnen in die Stadt zurückgekehrt waren, die deutschen Verschanzungen untersucht, leer gefunden und selbiges berichtet hatten, so kehrten die Feinde wieder um, zogen durch die Stadt und eroberten die leeren Schanzen mit einem lauten Hurrah. Bei der Rückkehr wurde auf dem Markte ein komisches Zwischenspiel aufgeführt: es waren daselbst die Soldaten aufgestellt, eine Staffette kommt an mit einem Briefe, überreicht selbigen dem Kommandirenden, dieser eröffnet ihn großartig mit seinem Säbel und liest den Soldaten, denen freilich augenscheinlich eine Beruhigung Noth war, eine Depesche vor, des Inhalts: „Dänemark habe mit Deutschland Frieden geschlossen, also hätten sie es nur zu thun mit einigen Aufrührern" rc.

Die Haderslebener Zuhörer fühlten sich lebhaft an das vorige Jahr und an Lieutenant Lundby und seine Straßenecken-Manifeste von der Einnahme Rendsburgs durch die Engländer u. s. w. erinnert. Mittwoch, den 4. April zogen die Dänen 4 Kanonen, 16 Espingolen, 3000 Mann, Infanterie, Jäger, Kavallerie auf dem Wege nach Hoptrup gen Süden, gelangten aber nur bis zu einem Walde in der Nähe Haderslebens, und kamen Abends 6 Uhr zum großen Verdrusse der mit ihnen zurückgekehrten bekannten Persönlichkeiten wieder zurück. Donnerstag und Freitag hielten sie sich in der Stadt, aber es wissen Alle nicht genug zu erzählen von der traurigen Erscheinung des Hausens nach Oben und nach Unten. Besonders auffallend war dies Freitag den 6. April Abends, und jetzt, nachdem sie das unvergeßliche Ereigniß bei Eckernförde erfuhren, zweifeln Alle nicht daran, daß diese Nachricht schon damals den dänischen Offizieren zukam. In der Nacht zwischen Donnerstag und Freitag wurden Alle allarmirt durch ein Pferd, welches ohne Reiter in die Stadt sprengte, indem man annahm die Feinde seyen ganz in der Nähe, und Nachts um 3 Uhr zwischen Freitag und Sonnabend zog der Däne — hoffentlich auf Nimmerwiederkehr! — fort, indeß sah man noch fortwährend, bis 7 Uhr die Nachzügler fortgehen. — Wir haben wiederholt unser Bedauern ausgesprochen, daß noch einmal die Versicherung der Dänen an die nordschleswigsche Bevölkerung: „Wir kommen wieder!" wahr werden sollte, aber dies müssen wir jetzt zurücknehmen, denn die Erscheinung war gar zu traurig, als daß sie das schon stark geschwächte Vertrauen u. s. f. wieder hätte kräftigen können. Dagegen erinnern wir daran, daß wir wiederholt vorhergesagt haben, der abermalige Rückzug aus Nordschleswig würde nicht die Folge haben, daß man den Dänen faßte, denn schon hört man, daß er über Veile hinaus zurückging, so daß man ihn schwerlich in Jütland faßte. Alles freut sich auf Morgen, und namentlich das uns wohlbekannte 1. Jägerkorps wird den freundlichsten Empfang bei uns finden! (Alt. M.)

Von der Niederelbe, 8 April. Der Norden Schleswigs ist wieder von den Dänen geräumt und gestern haben deutsche Truppen wieder die vielgeprüfte und treubewährte Stadt Hadersleben besetzt. Dagegen ist es vorgestern zu nicht unbedeutenden und blutigen Gefechten auf der Halbinsel Sundewitt gekommen. Dieselben sollen, obwohl nur etwa 5000 Deutsche 10—12,000 Dänen gegenübergestanden haben mögen, doch im Allgemeinen ziemlich unentschieden geblieben seyn. Bei Uldetrup und in der Nähe von Satrup war die Scene dieser Gefechte. Die Hannoveraner — von ihnen nahmen mehrere Bataillone Infanterie, ein Theil der Goslar'schen Jäger und eine Batterie, die besonders dem Feinde vielen Schaden zufügte, an dem Kampfe Theil; auch die Badenser hielten sich überaus wacker. Vorgestern Abend kehrten die Hannoveraner wieder nach Uldetrup zurück, wo auch im vorigen Jahre schon General Halkett mehrere Wochen hindurch sein Hauptquartier hatte. — Mit Spannung sieht man der nächsten Kopenhagener Post entgegen. Wird sie die Nachricht von Pöbelexcessen, vom Sturze des Ministeriums oder von einer zur Berserkerwuth gesteigerten Erbitterung gegen die Deutschen enthalten? — Heute oder morgen werden dänische — verwundete — Gefangene in Altona erwartet, sie werden im Lazareth (dem ehemaligen Strafarbeitshause untergebracht werden, wo bereits 400 deutsche kranke Krieger (darunter aber nur wenig Verwundete) liegen. (Wes.-Z.)

Eckernförde, 7. April. Vorgestern Morgen um halb 3 Uhr gingen der Schiffer Bartelsen aus Schleswig, das Mitglied der Marinekommission Lorenz Karberg, der Schiffbaumeister Schau aus Kiel, mit noch 25 Männern — hauptsächlich von Arnis und Kappeln — und 10 Mann schleswig-holsteinischer Soldaten an Bord der auf der Rhede liegenden dänischen Fregatte Gefion, entnahmen der dänischen Besatzung das Kommando, machten das schöne Schiff segelklar, hißten die deutsche schwarz-roth-goldene Flagge unter dreimaligem begeistertem Hurrahruf unterm Gaffel und brachten diese nunmehr deutsche Fregatte gegen 5 Uhr Morgens sicher in den Hafen von Eckernförde, wonach der Kapitän Donner, der von Holtenau mit Matrosen eben angelangt war, die Fregatte mit seinen Leuten besetzte. Die Fregatte trägt 60pfündige, 30pfündige und lange 28pfündige Kanonen. Die Gefion, an deren Bord sich jetzt 200 Matrosen der deutschen Flotte unter Kommando des Kapitäns Donner befinden, wird zunächst abgetakelt, da sie ganz neuer Masten bedarf, indem ihre jetzigen zu arg zerschossen sind. Die Verletzungen im Rumpf, obgleich auch ziemlich bedeutend, bedürfen nur einer starken Verzimmerung, und in sechs bis acht Wochen dürfte nach dem Ausspruche der Sachverständigen das Schiff wieder vollkommen für den Dienst herzustellen seyn. Auch von den Trümmern des Christian VIII., die der Ostwind jetzt in Menge an den Strand treibt, ist Vieles noch brauchbar. Die großen schönen Schiffsboote sind alle gerettet, eben so viele Laffetten, Wassertonnen rc. noch ganz unversehrt. Auch die Kanonen hofft man alle wieder aus dem Meere aufwinden zu können, da der Boden des hiesigen Hafens aus festem Lehmgrunde besteht.

Ein dänisches Dampfschiff kam gestern mit Parlamentairflagge hierher, um sich zu erkundigen, welches Kriegsschiff in die Luft ge-

dem Einzelnen wie dem Ganzen frommt u. s. w." daher in der That einer verschiedenen Auffassung fähig ist, — einer, in welcher er mit einer Annahme der Frankfurter Anerbieten schlechthin unvereinbar wäre; einer andern, unter welcher er sich mit dieser Anerbietung, geeignete Erklärungen anderer deutschen Regierungen vorausgesetzt, vereinigen ließe, so war es sicherlich nicht werthlos, auf dieses mögliche Mißverständniß rechtzeitig hinzuweisen. Auch wird uns zustehen, auf die wenigstens vorläufigen Erläuterungen hinzudeuten, welche der königlichen Erklärung in Betracht der Verhandlungen der zweiten preussischen Kammer vom 5. d. durch die Minister und demnächst auch schon in der preussischen Cirkulardepesche v. 3. d. zu Theil geworden sind, von welcher das preussische Staatsministerium uns in Verfolg unserer Erklärung vom 4. am Mittage des 5. durch das Schreiben von selbigem Tage amtliche Kenntniß gegeben hat.

Die erwähnte Depesche schließt mit dem Satze: Wir sind hiermit der zuversichtlichen Ueberzeugung, daß wir in den Stand gesetzt werden, binnen längstens 14 Tagen eine definitive Erklärung über die deutsche Sache abzugeben. Am 5. 1½ Uhr Mittags haben wir, wie am Tage vorher bereits beschlossen war, unsere Rückreise nach Frankfurt angetreten und sind am Sonnabend den 7. hier eingetroffen. Die Kunde von der Vertagung der hohen Versammlung bis zum 11. haben wir erst auf der Reise erhalten, ebenso ist uns erst unterwegs der Ausgang der nach unserer Abreise begonnenen Verhandlungen der preussischen Kammer bekannt geworden.

Frankfurt, den 12. April. Die 15. Abtheilungen der Nationalversammlung traten heute Vormittag zusammen, um den Ausschuß von 30 Mitgliedern zu wählen, welcher dem gestrigen Beschluß zufolge über den Vortrag der nach Berlin entsendeten Deputation Bericht zu erstatten und die zur Durchführung der Verfassung nöthig erscheinenden Maßregeln vorzubereiten hat. Folgende Mitglieder wurden in den Ausschuß gewählt: 1. Abtheilung: Waitz und Engel von Pinnebergk; 2. Abtheilung: Wydenbrugk und Eckert von Bromberg; 3. Abtheilung: Plathner und Vogt; 4. Abtheilung: Wurm und Fehrenbach; 5. Abtheilung: Böckler und Eisenstuck; 6. Abtheilung: Droysen und Spatz; 7. Abtheilung: Umbscheiden und Welcker; 8. Abtheilung: v. Breusing und Hagen; 9. Abtheilung: Fröbel und Stahl; 10. Abtheilung: Langerfeld und Tafel von Stuttgart; 11. Abtheilung: Wernher von Nierstein und Raveaux; 12. Abtheilung: Duncker und Tafel von Zweibrücken; 13. Abtheilung: Reichensperger und Detmold; 14. Abtheilung: Fischer von Jena und Venedey; 15. Abtheilung: Kierulf und Simon von Trier. Der Ausschuß hat sich sofort diesen Mittag konstituirt und den Abgeordneten v. Wydenbrugk zum ersten, Raveaux zum zweiten Vorsitzenden, Spatz zum ersten und Langerfeld zum zweiten Schriftführer gewählt. (Frk. J.)

Kassel, 10. April. Das hiesige Volkskomité hatte auf heute eine Feier zum Gedächtniß Robert Blum's veranstaltet, welche in dem Pflanzen einer Eiche bestehen sollte. Die städtische Behörde hatte eine Stelle im städtischen Tannenwäldchen unfern der Eisenbahn dazu angewiesen. — Gestern ging bei dem Volkskomité durch die Vermittelung der Polizeiverwaltung ein Erlaß des Ministeriums des Innern ein, welcher das Tragen von rothen Fahnen, mit oder ohne Inschriften, als der Embleme der sozialen Republik und des Kommunismus, für die beabsichtigte Feier untersagt. Heute Vormittag, um die Zeit, als der Zug von der Stadt aus sich in Bewegung setzen sollte, rückte die ganze Garnison, Infanterie, Kavallerie und Artillerie, aus und stellte sich auf dem Friedrichsplatze in Schlachtordnung auf. Das Volkskomité hielt es unter solchen Umständen zur Vermeidung allen Konflikts zwischen dem Militärs und der erbitterten Menge für rathsam, von der Feier abzustehen.

Es hat dies durch folgenden Anschlag bekannt gemacht: „Es sind in Bezug auf die für heute anberaumte Pflanzung einer Eiche zum Gedächtniß Robert Blum's von Oben herab so sonderbare Maßregeln getroffen worden, daß das Volkskomité es für seine Pflicht hält, zur Wohlfahrt der Stadt die Feierlichkeit für heute aufzugeben." Was die Behörden veranlaßt hat, so außerordentliche Maßregeln zu treffen, das weiß sich bis jetzt Niemand zu erklären. — Der Kurfürst soll sich weigern, dem neuen Wahlgesetz die landesherrliche Sanktion zu ertheilen; es soll dies der Grund seyn, weßhalb bis jetzt noch keine Vertagung der Stände erfolgt ist. (Frkf. J.)

Frankfurt, den 12. April. Aus sicherer Quelle erfahren wir, daß Hr. v. Schmerling unterm 5. April von Wien angewiesen sey, den österreich. Abgeordneten zu eröffnen, „daß sie sofort in die Heimath zurückzukehren hätten, da ihre immerwährende Theilnahme an einer Versammlung, welche durch den am 28. März gefaßten Beschluß den Boden des Rechts und Gesetzes verlassen habe, durchaus nicht mehr stattfinden könne." (Frkft. O.-P.-Z.)

Frankfurt, 11. April. Graf Rechberg, der Nachfolger des Hrn. v. Schmerling in der Eigenschaft als Bevollmächtigter bei der Centralgewalt, ist gestern hier angekommen. (Frkft. O.-P.-Z.)

Frankfurt, 12. April. Wie wir hören, hat das Reichsministerium Nachricht, daß von den 84 Kanonen des Christian VIII bereits ein Theil aus der Tiefe herausgeholt ist, wobei sich zeigt, daß es nicht eiserne, sondern die schönsten metallnen Kanonen sind. Man zweifelt nicht, alle 84 herauszuholen. Das noch auf dem Wasser schwimmende Wrack wird die Kosten reichlich decken. (Frkft. O.-P.-Z.

†*†**Berlin,** 11. April. [Sitzung der I. Kammer.] Rosenkranz erstattet Bericht für die zur Berathung des Kuh'schen Antrags niedergesetzte Kommission. Dieser dringende Antrag verlangte bekanntlich die Erwägung der, durch die von S. Maj. der Frankf. Deputation ertheilten Antwort, herbeigeführten Sachlage, eventuell die Erlassung einer Adresse an des Königs Majestät, um eine anderweite mit den Wünschen der Kammer übereinstimmende Entschließung Seiner Majestät herbeizuführen. Die Kommission hält die Cirkular-Note vom 23. Januar für maßgebend für die Politik des gegenwärtigen Kabinets, sie schließt sich den darin ausgesprochenen Ansichten an. „Die Kommission ist weit entfernt, die große Wichtigkeit zu verkennen, die es für die deutsche National-Versammlung hat, ihr mühsames und verdienstvolles Werk durch einen raschen Entschluß Seine Majestät des Konigs gekrönt zu sehen. Wir fühlen von ihrem Standpunkte aus die Besorgniß der Gefahren, welche die Ungewißheit und das lange Hinausschieben einer festen Entscheidung für Deutschland herbeiführen könnte, und ehren in so fern auch die Motive, wovon die Herren Antragsteller bei der Begründung der Dringlichkeit ihres Antrages ausgegangen sind. Allein andererseits durfte sich die Kommission der Aufgabe nicht entziehen, von ihrem Standpunkte aus mit jener Besorgniß die Folgen zu vergleichen, welche die unbedingte Annahme der deutschen Kaiserkrone und damit auch der zu Frankfurt festgestellten Verfassung des deutschen Reiches für Preussen haben würde. Die Kommission durfte dieses um so weniger, als die erste Kammer selbst in ihrer am 2. April an Seiner Majestät gerichteten Adresse diese Bedenklichkeiten zum Theil bezeichnet hat, und keine Gründe vorliegen, weshalb man dieselben als während der seitdem verflossenen wenigen Tage gehoben oder gemildert ansehen könnte.« — Ohne in eine Kritik des deutschen Verfassungswerks eingehen zu wollen, hebt die Kommission hervor, wie die Frankfurter Versammlung von Preussen und andern deutschen Regierungen eingesandten Bemerkungen in sehr wichtigen Punkten keine Berücksichtigung geschenkt hätte, daß sie vielmehr bei der zweiten Lesung äußerst wichtige Abänderungen beschlossen habe, ohne den einzelnen Regierungen die Möglichkeit zu lassen, darüber noch ihre Bemerkungen vorzubringen, z. B. das suspensive Veto, das geheime Stimmgeben, die Aufhebung des Reichsraths. —

Die Kommission beantragt, die Kammer wolle die Dringlichkeit des Antrages nicht anerkennen. —

Kuh für die Dringlichkeit. Er erinnert an die Bedeutung des heutigen Tages für Preussen; am 11. April 1847 sey der erste vereinigte Landtag eröffnet, am 11. April 1848 sein letztes Protokoll verlesen worden. Am heutigen Tage empfängt die Frankfurter Versammlung die Antwort des Königs! In welche Lage wird sie gedrängt; nicht die Gültigkeit, sondern nur die Bedeutung der Wahl hat man durch die Cirkularnote anerkannt, die Fürsten, die Regierungen allein sollen endgültig bestimmen. Dies verlangt man dem deutschen Parlamente gegenüber, das im vorigen Jahre zusammentrat, getragen von Millionen, gekräftigt durch den neuen Geist. Der Bundestag, die verknöcherte, alte Diplomatie, begrüßte die Versammlung als konstituirende, verfassunggebende. Als der Bundestag seine Gewalt in die Hände des Reichsverwesers niederlegte, war die Versammlung für ihn noch immer eine verfassunggebende, erst neuerdings hat man das verhängnißvolle Wort „Vereinbarung" auch ihr gegenüber in Anwendung gebracht. Wenn Fürsten eine Verfassung oktroyiren, sucht man nach keinen Rechtsgründen; aber jetzt, wo eine Millionen vertretende Versammlung eine Verfassung beschließt, will man nichtige Einwände zu Rechtsgründen machen. Auch der Redner wünscht Veränderungen in der Verfassung, aber nur auf ordentlichem Wege, im Wege der Revision habe die Regierung hier dem Volke die Revision blos vorbehalten, so könne man sich in Frankfurt auch damit begnügen. — Goltdammer spricht gegen die Dringlichkeit, er hebt hervor, wie ein Unterschied zu machen sey zwischen einer Situation, die man so gern mit der gegenwärtigen vergleiche und dieser. Als Wilhelm die Krone in Folge Parlamentsbeschlusses auf das Haupt setzte, standen nur flüchtige Jacobiten zwischen der Krone und dem Parlamentsbeschluß, anders hier, zwischen dem deutschen Parlamente und Friedrich Wilhelm IV. ständen ein mächtiges Kaiserreich und 4 Königreiche. Eine Krone sey nicht durch Dekret auf das Haupt zu setzen, große, welthistorische Momente müßten sie einem Fürsten aufs Haupt drücken. Auch er gedenkt der Gefahren, die die Verfassung dem künftigen Träger der Kaiserkrone bereite; da genüge nicht ein suspensives Veto, wo man sich einem solchen Volkshause gegenüber befinde und wo man an einem solchen Staatenhause nur eine geringe Stütze finden würde. — Min.-Präs. Graf Brandenburg theilt mit, daß der Bevollmächtigte für Frankfurt hier anwesend sey und mit Instruktionen versehen worden; die Regierung Sr. Maj. wird ungesäumt handeln, wo es zu handeln gilt. — Bei namentlicher Abstimmung über die Dringlichkeit stimmen für die Dringlichkeit 38, dagegen 75; — der Antrag der Kommission über den Belusiaw'schen Antrag in Betreff der Einrichtung einer geordneten katholischen Militär-Seelsorge wird zurückgezogen, da der Kriegsminister anzeigt, daß Vorbereitungen dazu getroffen. Ebenso ein Antrag von Daniels in Betreff der Justizorganisation nach vorheriger Verständigung mit dem Justizminister. — v. Saucken zeigt seinen Austritt aus der Kammer an, er eile nach Frankfurt, wohin ihn die Pflicht treibe vorzugsweise bei der unheilvollen Politik des preussischen Kabinetes. (Schluß 2¾ Uhr.)

Dresden, 11. April. Soeben kommt mir der Bericht des außerordentlichen Ausschusses der I. Kammer über das Dekret vom 19. März 1849, die wegen der Tödtung R. Blum's gestellten Kammeranträge betreffend, zu. Die Regierung hat bekanntlich Bedenken getragen, auf die hierher gehörigen Kammerbeschlüsse einzugehen, und ihre deßfallsigen Gründe in geheimer Sitzung zuerst mündlich, alsdann schriftlich entwickelt. Aus der ministeriellen Darstellung, die dem Berichte beigedruckt ist, hebe ich bei der Wichtigkeit der Sache Nachstehendes heraus: Das Ministerium hat gegenüber den ihm vorliegenden Kammerbeschlüssen von einer Erörterung der Frage: ob dem Gesandten eine solche Vernachlässigung seiner Amtspflichten, wie sie in der Landtagsschrift angenommen wird, zur Last zu legen sey, abgesehen und zunächst nur die politischen Folgen der verlangten Abberufung ins Auge gefaßt, in deren Erwägung aber ernste Bedenken gegen die Berücksichtigung des von den Kammern gestellten Antrages geschöpft. Bereits von den jüngst abgetretenen Minister des Auswärtigen ist bei frühern Anlässen in Folgen bestimmter Kundgebungen der österreichischen Regierung erklärt worden, daß höhere politische Rücksichten die Regierung von einer Abberufung des Gesandten in Wien zurückgehalten hätten. Diese Rücksichten bestehen nicht allein noch, sie haben sogar in neuester Zeit eine erhöhte Bedeutung gewonnen.... Es bedarf keiner ausführlichen Beleuchtung der schwebenden Zeitfragen, um im Interesse Sachsens die Nothwendigkeit eines ungestörten guten Vernehmens mit den größern deutschen Staaten und insbesondere mit den zwei größten derselben in dem gegenwärtigen kritischen Augenblicke darzuthun.... Diesem Bedürfnisse würde aber nur unvollständig genügt werden können, wenn die von den Kammern beantragte unverweilte Abberufung des Gesandten in Wien erfolgt. Die Regierung ist, nach von der österreichischen Regierung wiederholt und bestimmt noch vor dem Eintritt des jetzigen Ministeriums abgegebenen Erklärungen darüber ein Zweifel nicht erlaubt, daß eine solche Maßnahme zu einem ernsten Zerwürfnisse mit dieser Regierung führen würde. Die österreichische Regierung ist hierbei, ihren eignen Aeußerungen zufolge, keineswegs gemeint gewesen, der selbstständigen Entschließung der sächsischen Regierung irgend Grenzen setzen zu wollen. Allein nachdem die Kundgebungen, welche die Nachricht von der standrechtlichen Beurtheilung des Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung R. Blum in Sachsen hervorgerufen hatte, inmitten der dadurch erzeugten Aufregung zum Theil in einer Weise geschehen waren, worin sie bereits eine schwere Verletzung der völkerrechtlichen Rücksichten erblicken zu

müssen glaubte, hat dieselbe die in Aussicht gestellte Abberufung des diesseitigen Gesandten unter den gegebenen Umständen als einen gleichgültigen Akt nicht anzusehen vermocht.... Es darf dies schon als thatsächliche Kundgebung nicht unerwähnt bleiben, will man auch von dem rechtlichen Standpunkte absehen, welcher sich der österreichischen Regierung darbot, sofern sie sich gegenüber der mit dem Verlangen der Abberufung in Verbindung gesetzten Mißbilligung ihres Verfahrens auf einen in Sachsen selbst festgehaltenen Grundsatz berief, wonach die Reichsgesetze erst dann Gültigkeit erlangen, wenn sie im eignen Lande publizirt sind, eine Vorbedingung, welche in Bezug auf das Reichsgesetz wegen Unverletzlichkeit der Abgeordneten zur Nationalversammlung bekanntlich damals weder in Oesterreich noch in Sachsen erfüllt worden war... Wie folgenschwer aber eine solche Störung des guten Vernehmens mit einem mächtigen Nachbarstaate seyn könne, werden sich die Kammern nicht verhehlen, wenn sie erwägen, daß die endliche Feststellung der deutschen Verfassungsfrage noch nicht erreicht ist, daß in Beziehung hierauf die Kammern selbst gegen ein Ausscheiden Oesterreichs aus dem deutschen Bundesstaate sich ausgesprochen haben, daß ferner die von den Einzelstaaten in dem neuen Bundesverhältniß einzunehmende Stellung Gegenstand weiterer Vereinbarung seyn wird, und daß endlich auch die materiellen Interessen des Landes hinsichtlich dessen Verkehrs mit dem Nachbarlande unter den Rückwirkungen eines solchen Zerwürfnisses auf empfindliche Weise leiden können 2c. Der von dem Abg. Heubner verfaßte Bericht stellt nun in Erwiderung dieser Darstellung folgende Anträge: 1) Die Kammer wolle bei den früher gefaßten, in der Landtagsschrift vom 24. Februar d. J. an die Staatsregierung gebrachten Anträgen fest beharren; 2) sie wolle im Vereine mit der II. Kammer der Regierung erklären, daß sie in der Verzögerung der Ausführung dieser Beschlüsse ein die Ehre und Selbstständigkeit des sächsischen Volkes gefährdendes Regierungssystem und eine Unverträglichkeit mit den Bedingungen erblicke, unter welchen allein die Kammern mit der Staatsregierung zum Wohle des Vaterlandes fortzuwirken im Stande sind. Außerdem schlägt der Ausschuß noch vor, dem von der II. Kammer am 27. März gefaßten Beschluß „der Regierung zu erklären, daß sie von der dermaligen Volksvertretung eine Genehmigung der Verausgabungen des Aufwandes für die fortgesetzte Könneritz'sche Gesandtschaft aus der Staatskasse nicht zu erwarten habe," beizutreten. (D. A. Z.)

Kiel, 9. April. Bei Friedrichsort soll durch einen dänischen Parlamentär angefragt seyn, ob man über das Schicksal des Dampfschiffes „Skirner" keine Kenntniß habe, woraus leider die Befürchtung entsteht, daß alle Verwundete, welche man am 5. während der Waffenruhe von „Christian VIII." und „Gefion" auf dies Transportschiff hatte bringen sehen, mit demselben untergegangen sind. In Eckernförde und Rendsburg befinden sich von der Mannschaft der dänischen Schiffe reichlich 70 bedeutender Verwundeter. Die Zahl derer, welche seit dem 5. d. M. nach Eckernförde gereiset und gegangen sind, um den Schauplatz des furchtbaren Kampfes zu besehen und sich Reliquien aus den Trümmern auszulesen, ist ganz unglaublich. Von regelmäßiger Beförderung durch Extrapost oder Diligence war nirgends die Rede, die Post konnte keine Bestellungen annehmen, ungeheuere Preise sind für Wagen bezahlt, in den Wirthshäusern in Eckernförde oder auf dem Wege dahin kein Unterkommen zu finden. — Vom Norden gehen die Privatnachrichten dahin, daß die Zahl der beiderseitigen Todten und Verwundeten in den Gefechten in Sundewitt die bisherigen Angaben bedeutend übersteigt. Daß in diesem Augenblick die deutsche Armee in Jütland ist, kann man nicht bezweifeln. Zastrow und von der Tann waren schon einige Tage auf einem geheimnißvollen Zuge abwesend, von welchem man die Abschneidung der feindlichen Armee oder eines Theils davon erwartet. (Alt. M.)

Hadersleben, 9. April. Fortwährend erwarteten wir gestern vergebens das Einrücken unserer Truppen, zuletzt hieß es, dieselben würden in Hoytrup Rasttag halten, und schon wurde uns die Sache etwas unheimlich. Nachmittags nach 3 Uhr kreuzten sich die Gerüchte vom Süden und Norden; aus dem Süden hörten wir, daß unsere Truppen einrücken würden, aus dem Norden, daß die Dänen nur noch $^3/_4$ Meilen entfernt seyen. Beides bestätigte sich. Etwa um 5 sahen wir unsere Truppen durchziehen, und bald darauf wurden vier dänische Jäger eingebracht, 1 Todter, 2 Verwundete und 1 Gefangener: — der Letztere war ein junger Mensch von etwa 18 Jahren, mit rundem Gesichte, dem man unverkennbar das Wohlgefallen ansah, unter uns zu seyn; ein bärtiger Unteroffizier vom 9. Bataillon, welcher ihn wahrscheinlich brachte, meinte, der Gefangene käme so eben von der Brust. — Die Nacht scheint noch der äußeren Haltung der Soldaten, die wir allmählich etwas beurtheilen lernen, ganz ruhig vorübergegangen zu seyn. Der Unterschied zwischen der Stimmung und dem ganzen Wesen unsrer Soldaten und der Dänen ist unglaublich groß, und der Wunsch ist allgemein, daß die Dänen endlich ein Mal wirklich Stand halten möchten. — Es scheint, daß die dies Mal herangerückenden Dänen etwa 3 Bataillone stark waren, und wir Zurückgekehrten zweifeln nicht daran, daß wir ihnen zur Lockspeise gedient haben. — Beinahe wäre es ihnen gelungen, zwei von uns zu erhaschen: dieselben waren bis zu dem Wirthshause, wo sich der sog. Königsweg nach Christiansfeld von der Hauptlandstrasse scheidet, etwa $^1/_4$ Meilen im Norden der Stadt, geritten und saßen in demselben, als eine dänische Patrouille hineinkam und es ihnen noch glücklich gelang, durch ein Fenster mit Zurucklassung ihrer Mäntel und Pferde zu entkommen. — Uebrigens ist bei diesem kleinen Zusammentreffen nur einer der Unsrigen leicht an der Hand verletzt worden. (Alt. M.)

Von der Niederelbe 8. April. Eine Londoner Korrespondenz der „Norddeutschen freien Presse" enthält Folgendes: Es wird in diplomatischen Kreisen gesagt, der Friede würde unter diesen Bedingungen zu Stande kommen: Die Herzogthümer werden mit Lauenburg und Eutin zu einem Königreiche erhoben, treten zu Dänemark in das Verhältniß, worin Norwegen zu Schweden steht, und die Union wird permanent erklärt, während der König für die beiden Herzogthümer Mitglied des deutschen Reiches wird. Der König adoptirt den Erbgroßherzog von Oldenburg (das alte preussische Projekt). Das Großherzogthum Oldenburg fällt nach dem Tode des Großherzogs an Hannover und Birkenfeld wird den Preussen abgetreten. Der Herzog von Augustenburg und der Herzog von Glücksburg mit ihren Häusern werden durch reiche Domänen entschädigt, namentlich bekommt ersterer das Familienfideicommiß der jüngern gottorpischen Linie in Holstein, und Hannover giebt natürlich den Rest, während Preussen ebenfalls etwas beisteuert. Der Erbgroßherzog von Oldenburg heirathet entweder die Prinzessin Marie Amalie von Brasilien, geboren 1831, deren Mutter eine Schwester des Herzogs von Leuchtenberg und der Königin von Schweden, deren Großmutter eine bayer. Prinzessin ist, oder die Prinzessin Charlotte von Schweden, die fast 2 Jahre älter als jen Prinzessin ist. Die Herzogthümer übernehmen zwei Fünftheile der dänischen Staatsschuld und geben alle Ansprüche auf eine Theilung der Kolonien und der Flotte auf. Das Projekt ist ohne Zweifel ein bavaro-hannoversches und würde von einem Tory-Ministerium unterstützt werden, da König Ernst August noch immer das Idol der hohen Aristokratie ist und man Alles aufbieten würde, sein Königreich zu vergrößern. Braunschweig würde dann ebenfalls schon mit Hannover vereinigt werden. Daher dann wohl die große Abneigung Hannovers, Truppen nach Holstein zu schicken, und daher wohl auch die Abwesenheit der oldenburgischen Truppen, welche im vorigen Jahre mit so großem Eifer für die angestammten Rechte des Fürstenhauses ins Feld zogen." (?)

Italienische Staaten.

Gaeta. Der Papst hat einen Bußgang gemacht, den Strick um den Hals, Sandalen an den Füßen und von allen Kardinälen, vom Erzbischof, der Geistlichkeit, dem Volke und der königlichen Familie gefolgt. Man spricht von baldiger Abreise des Papstes mit seinem Gefolge und der Diplomatie nach Barcellona. (N. Z. Z.)

Livorno, 30. März. Gestern Abend stieg die Erbitterung des Volkes über die widersprechenden Berichte vom Kriegsschauplatze bis zu Thätlichkeiten. Die Aushängschilde der Journale sogar des Lloyd wurden abgerissen und verbrannt. Diesen Morgen 8 Uhr zog das Volk vor das sardinische Konsulat, riß das Wappen herunter und verbrannte dasselbe auf der Piazza dell'Arme. (N. Zürch. Z.)

Mailand. Die Mailänder Zeitung meldet amtlich von der Hinrichtung eines Angelo Previtali aus Monza, der wegen aufrührerischen Reden und Verheimlichung von Waffen erschossen wurde.

Türkei.

Smyrna, den 31. März. Einer Nachricht aus Konstantinopel zufolge sollen die französische und die englische Gesandtschaft eine Note an die Pforte erlassen haben, worin sie erklären, daß, wenn der Sultan nicht sofort die Russen aus den Donaufürstenthümern entferne, sie vereint eine Flotte in die Dardanellen einlaufen lassen würden. Der Sultan meinte aber, die beiden Mächte möchten sich nur selbst die Mühe geben, die unwillkommenen Beschützer hinauszujagen, denn ihm ist es gewiß nicht lieb, daß sie sich dort eingenistet haben. (D. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n.

Arbeiter-Verein.

Montag den 16. d. Abends 8 Uhr findet im Saale des Bamberger Hofes Versammlung statt, in welcher die hiesigen Kongreß-Deputirten Bericht erstatten werden, wozu alle Arbeiter, so wie auch sämmtliche Innungen, die sich bei dem Kongresse betheiligt haben, eingeladen werden. Auch wird für diejenigen, welche dem Vereine beizutreten wünschen, Gelegenheit geboten, sich einzeichnen zu lassen.

Der Ausschuß.

B. C. Königsberger Gutmann

aus Fürth

empfiehlt sein neu errichtetes Lager in Bukskins, Niederländer Tuchen, feinste engl. Gilets, Paletotstoffen und alle darin einschlagenden Artikeln angelegentlichst.

Seine Bude befindet sich in der ersten Reihe Nr. 137.

Tuchhandlung von A. H. Bayer in Fürth.

Unterzeichneter beehrt sich hiemit, einem verehrten Publikum, so wie besonders seinen werthen Kunden, die ergebenste Anzeige zu machen, daß er die bevorstehende Nürnberger Ostermesse mit seinem bekannten Lager von

Tuch, Bukskins, Paletotstoffen, Royals

und allen in diesem Fach einschlagenden Artikeln bezieht.

Seine Bude befindet sich in der ersten Reihe, den neuen Buden gegenüber und ist mit seiner Firma versehen.

Da er billige Preise mit reeller solider Waare zu verbinden sich immer zur Pflicht machte, so sieht er zahlreichen Käufern entgegen.

A. H. Bayer.
Tuchhändler aus Fürth.

Zur Messe in der ersten Reihe, den neuen Buden gegenüber.

Bekanntmachung und Empfehlung.

Da ich als sechsjähriger Geschäftsführer der Zirkelschmidtsmeisters-Wittwe Michel nunmehr das Bürger- und Meisterrecht erlangt habe, so empfehle ich einem hochverehrlichen Handelsstand und meinen sonstigen Geschäftsfreunden meine Fabrikate aller Art, bitte um hochgefällige Bestellungen und verspreche gute und billige Arbeit.

Nürnberg, den 16. April 1849.

Peter Paul Bergner,
Zirkelschmidts-Meister.
L. Nr. 737 Dörresgasse.

Empfehlung.

Unterzeichneter empfiehlt sein Lager von ächt ungarischen Roßhaaren, dann Waldhaar à fl. 8 per Zentner für Möbels und Matratzen.

G. L. Krauß.
Theresienstraße S. No. 551.

Gesellschaft Robert Blum.

Sonntag den 15. April
wird
der Humorist G. Wöhrn aus Augsburg
eine
humoristisch-deklamatorische Unterhaltung
veranstalten, wobei aus besonderer Gefälligkeit Herr Fischer vor seiner Abreise noch einige ganz neue Piecen vortragen wird. Wozu ergebenst eingeladen wird. Anfang Abends 8 Uhr.



Gasthaus St. Peter.

Sonntag den 15 April findet gutbesetzte Musik statt. Wozu ergebenst einladet

Kaiser

Dutzendteich.

Die an den Osterfeiertagen durch ungünstige Witterung gestörte Harmonie-Musik unter Leitung des Herrn Musikmeister Dorsch findet Sonntag den 15. April statt und es ladet der Unterzeichnete seine verehrten Gönner und Freunde zu gütigem Besuch ein, unter Zusicherung bester Bewirthung und Bedienung.

Fischer, Pächter der Dutzendteich-Wirthschaft.

Paradies.

Sonntag den 15. April Harmonie-Musik. Entree à Person 3 kr. Montag Metzelsuppe, wozu ergebenst einladet

H. B. Adam.

Bedeutende Preisherabsetzung bei grosser Auswahl.

12 und $^{10}/_{4}$ gr. gewirkte Shawls mit allen Farben $4^{1}/_{2}$—15 fl. Sommertücher in allen Gattungen und Größen $1^{1}/_{2}$—6 fl. Escharps in Wolle 1 fl. 36 kr. Schweizertaschentücher, ächtfärbig, 15 kr. Französische Gingham (Seidenmuster) und ganz ächtfärbig 12 kr. Abgepaßte Wollmuslinkleider per Kleid $3^{1}/_{2}$—8 fl. Wollmuslin in Resten per Elle 18—24 kr. Weißes Hemdentuch 12 kr. Orleans 24—36 kr. Neapolitain 20—24 kr. Seidene und wollene Damenkravatten 15—30 kr. Kattune und Druckzeuge 9—12 kr. Weiße Taschentücher 7—15 kr. Seidene Knaben-Taschentücher 12 kr. und dgl. bei

J. Wolpers vorm Gießhaus.

Ladnerin-Stelle.

Ein gewandtes Frauenzimmer, das sich über Solidität, Treue und namentlich über längeres Serviren in Einem Hause durch Zeugnisse ausweisen kann, findet nächstes Ziel Unterkunft in einem offenen Geschäft unter entsprechenden Bedingungen. Anerbietungen unter Adresse V. M. F. befördert prompt die Exped. dieses Blattes.

Wassertrüdinger Bleiche.

Die Spedition zur Wassertrüdinger Bleiche besorgt wie früher

Nürnberg, den 22. März 1849.
Friedr. Eckhard Solger.

Allmoshof.

Heute Sonntag den 15. April ist Musik, dazu ladet ergebenst ein

Die Musiker.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Montag den 16. April ist Metzelsuppe.

Schloß-Zwinger.

Einem geehrten Publikum zeige ich hiermit an, daß heute Sonntag die Gastwirthschaft daselbst eröffnet wird, und ersuche ich diejenigen Personen, welche noch Sälchen zu miethen gedenken, gefällige Anzeige machen zu lassen, zum gefälligen Besuch empfiehlt sich

Fuchs zum Bamberger Hof.

Das Kleeblatt

producirt sich Montag Abends bei Unterzeichnetem, wozu höflichst einladet

Hüller
am Waizenbräuhaus.

St. Leonhard.

Sonntag den 15. April bei günstiger Witterung Harmonie-Musik von Hr. Sprecher und C. Entree à Person 3 kr.

A. Feldmann.

Geschäfts-Verkauf.

Aus Gesundheitsrücksichten ist in einem Städtchen in der Nähe Nürnberg's ein, seit einer Reihe von Jahren im besten Betrieb stehendes Flaschner-Geschäft in Weiß- und hauptsächlich Schwarzblechwaaren, dann in verzinnten Geschirren aus freier Hand zu verkaufen mit einem Wohnhause. Das Geschäft kann nach allen Seiten Konkurrenz halten. Portofreie Anfragen besorgt unter B. C. die Exped. d. Bl.

Verein deutscher Frauen.

Sonntag den 15. April wird ein Spaziergang auf die Alte-Veste unternommen. Die daran theilnehmenden Personen werden ersucht, bis 1 Uhr im Bahnhof zu erscheinen.

Der Vorstand.

Geschwister Bruckmann aus Amsterdam

empfehlen sich mit frisch gebackenen Waffeln, das Stück zu 3 kr. und holländischen Getränken, Punsch, Grok und Liqueuren.

Ihre Bude befindet sich vor dem Spittlerthor auf dem sog. Plerrer.

Hauskauf-Gesuch.

In einer lebhaften Straße wird ein Haus in gutem Bauzustande, welches Parterre-Räumlichkeiten und Keller besitzt, zu kaufen gesucht. Verkäufer werden um genaue Beschreibung und Angabe des äussersten Preises, unter Adresse R abzugeben bei der Expedition d. Bl. gebeten.

Erklärung.

Der Unterzeichnete erklärt hiemit, daß die in Nr. 88 d. Z. enthaltene Empfehlung, „den Verkauf von Latten betreffend" nicht von ihm herrührt, sondern von jemand anderem in seinen Namen inserirt wurde.

Chr. Deffner.

(Einladung.) Sonntag Abends produziren sich die Wanderer bei Unterzeichnetem, wozu seine ergebenste Einladung macht

F. Remmert,
Augustinstraße (Fröschau).

Ueber die Dauer der Messe.



Große Ausstellung

von Kunst- und Natur-Seltenheiten, verschiedenen seltenen lebenden Thieren und vortrefflichen seltenen anatomischen Präparaten in Natura und Wachs.

Unter den Thieren befindet sich auch zum ersten Mal hier ein „lebender Blutsauger" aus Indien, eine ausserordentliche Seltenheit.

Das Nähere werden die Zettel besagen. Der Schauplatz ist in der großen grünen Bude auf dem Plerrer.

Jakob Knillinger.

(Anzeige. Um damit zu räumen, werden Nro. 26, 28, 30 roth Schuß- und Zettelgarn zu sehr billigen Preisen abgegeben. Näheres in der Expedition dieses Blattes.

(Gesuch) In ein Portefeuilles-Geschäft wird ein junger Mensch unter annehmbaren Bedingungen in die Lehre genommen. 1125 Jakobsstraße.

(Gesuch.) In einem Gasthof ersten Ranges findet ein wohlgesitteter Mensch unter annehmbaren Bedingungen ein Unterkommen als Kellner-Lehrling.

(Gesuch.) Ein Buchbinder und Gallanterie-Arbeiter wünscht einen jungen Menschen, unter billigen Bedingungen in die Lehre zu nehmen.

(Gesuch.) Ein Mädchen, welches Hausmannskost kochen kann und sich der vorkommenden Hausarbeit unterzieht, wünscht am Ziel Walburgi unterzukommen. Spitalgasse Nro. 838

(Gesuch.) Ein Mädchen vom Lande, welches im nähen, waschen und bügeln gut bewandert ist, wünscht nächstes Ziel unterzukommen.

(Gesuch.) Eine ordnungsliebende Magd, auf deren Treue und Solidität man sich verlassen kann, wird nächstes Ziel Walburgi in eine Wirthschaft in Dienst zu nehmen gesucht. Näheres Ludwigsstraße L. No. 1370.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches im Kochen erfahren ist und sich allen Hausarbeiten willig unterzieht, auch gute Zeugnisse hat, wünscht am Ziel unterzukommen. Königsstraße Nro. 87.

(Gesuch) Ein solides Mädchen, welches sich jeder Hausarbeit willig unterzieht und Liebe zu Kindern hat, auch im kochen erfahren ist, wünscht bei einer soliden Herrschaft wieder unterzukommen Näheres im Bahnhof vor dem Frauenthor bei Herrn Obermaschinist Jeck.

(Gesuch.) In S. Nr. 112 am Marplatz wird sogleich eine fleißige Hausmagd in Dienst zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) Dinglers polytechnisches Journal wird mitzulesen gesucht in L. Nro. 323.

(Zu vermiethen.) Ein sehr schönes Logis auf der Mittagseite, ohne Gegennachbarn und in der Nähe des Marktes, bestehend in Zimmer und Alkof, möblirt, ist um sehr billigen Preis täglich zu vermiethen.

(Zu vermiethen) Ein Zimmer nebst Alkov und Kammer ist möblirt oder unmöblirt sogleich zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Ein hübsch möblirtes Zimmer ist an einen soliden Herrn bis Monat Mai zu vermiethen. Karolinenstraße L. 382.

Stadttheater in Nürnberg.

Sonntag den 15. April. „Fra Diavolo" Romantische Oper in 3 Aufzügen von Auber. Frl Reuß „Zerline", Hr. Birleipki „Fra Diavolo", als Gäste.

Lotterie.

Die zu Regensburg herausgekommenen Nummern:

56 20 37 90 89

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 16 April 1849 | **№ 106** | **Montag: Aaron.**

Deutsche Staaten.

München, 11. April. Man will wissen, daß, wenn die Nat.-Vers. an die Stelle des ablehnenden Kaisers ein Direktorium als Reichsoberhaupt einsetzen sollte, die bayerische Regierung den übrigen Bestimmungen der Verfassung nur geringen, vielleicht schließlich gar keinen Widerstand entgegensetzen würde, ja sie soll geneigt seyn, auch dann ohne Weiteres in den Bundesstaat mit Direktorium einzutreten, wenn das Olmützer Kabinet den Beitritt Oesterreichs ablehnen sollte. Daß indessen das bayerische Kabinet sich alle Mühe gibt, Oesterreich zum Eintritt zu veranlassen, steht ausser allem Zweifel, mit welchem Erfolg, werden natürlich schon die nächsten Tage zeigen. (N. W. Z.)

München, 14. April. Der Revierförster zu Heinrichsthal K. Grebert wurde auf das Revier Waldaschaff versetzt, und an dessen Stelle der Forstamtsaktuar N. Vogt. zu Goßmannsdorf ernannt; der Revierförster J. Seidt zu Zeyern auf das Forstrevier Münchaurach versetzt, und an dessen Stelle der Forstamtsaktuar zu Bayreuth K. Hofmann ernannt; die eröffnete Landrichterstelle zu Kelheim dem bisherigen I. Landgerichtsassessor M. Schmid zu Bogen verliehen; die erledigte I. Landgerichtsassessorsstelle zu Wertingen dem übernommenen Patrimonialrichter G. A. Wasser zu Burtenbach übertragen, und auf die eröffnete Landrichterstelle zu Kipfenberg der bisherige I. Landgerichtsassessor J. Friesl zu Miesbach befördert. (N. M. Z.)

Frankfurt, 12. April. Sicherm Vernehmen nach wird in der sächsischen Abgeordnetenkammer alsbald der Antrag gestellt werden, die von der deutschen Reichsversammlung festgestellte Verfassung als endgültig, also auch das erbliche Kaiserthum, anzuerkennen. Man sieht der Opposition, aber auch dem Sturze des Ministeriums (?) entgegen. (D. Z.)

Frankfurt, 12. April. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß die großherzogl. badische Regierung den Beschlüssen der Nationalversammlung vom 27. und 28. März über die Reichsverfassung und das Oberhaupt beigetreten ist. (Frkst. O.-P.-Z.)

Frankfurt, 12. April. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, wird Herr Camphausen vor nächstem Sonntag hier nicht zurückerwartet. (Frkst. O.-P.-Z.)

Frankfurt, den 12. April. Heute Nachmittag ist, von Männern der verschiedensten politischen Richtungen zusammenberufen, in der Katharinenkirche eine Volksversammlung abgehalten, um über die Lage des Vaterlandes zu berathen und zu beschließen. Die weiten Räume der Kirche waren überfüllt. Ein Mitglied der verfassunggebenden Versammlung des Freistaats Frankfurt, Herr Hadermann, leitete den Gegenstand mit warmen und kräftigen Worten ein: er sprach stark, aber gehalten und würdig und wies in eindringlicher Rede darauf hin, wie es gegenwärtig, wo die ganze Zukunft des Volkes und der Freiheit auf dem Spiele stehe, vor allen Dingen Pflicht sey, alle untergeordneten Meinungsverschiedenheiten bei Seite zu setzen und sich eng geschlossen, um die Verfassung zu schaaren, die, welche Mängel sie auch haben möge, doch für jetzt eins und gleichbedeutend sey mit der Einheit und Freiheit des Vaterlandes. „Wollen wir — so schloß er seine begeisterte Ansprache — wollen wir abermals, wie einst Moses nur von Ferne in das gelobte Land der Freiheit blicken und dann nochmals 40 Jahre durch die Wüste des Absolutismus geschleppt werden, bevor unser Fuß den Boden der Verheißung betritt, wollen wir das, dann in der That sind wir werth, daß unsere Kinder und Kindeskinder mit den Fingern dereinst auf unsern Grabstein deuten und sprechen: Hier schlafen die, die auch im Leben nur geschlafen und von der Freiheit nur zu träumen verstanden!“ Ludwig Simon von Trier: „Ich habe — das waren im Wesentlichen seine Worte, und ich freue mich, die Worte eines Ehrenmannes wiederzugeben — ich habe zu derjenigen Partei im Parlament gehört, welche von Anfang bis zu Ende für die Republik gekämpft: aber Jeden, der nicht in dem gegenwärtigen Augenblicke seine besondern Ansichten und Wünsche auf dem Altar des Vaterlandes zum Opfer bringt, halte ich für einen Verräther am Vaterlande. Wir unterwerfen uns dem rechtsgültigen Beschlusse des Parlaments: wir acceptiren das erbliche Kaiserthum eben so vollständig, als wir das Wahlgesetz und die Grundrechte acceptirt haben. Erst wenn von einer andern Seite die Verfassung in Frage gestellt wird, beginnt der Kampf von Neuem und über das Oberhaupt entscheidet dann die siegende Partei. Das sind die Grundsätze, die ich und meine Partei befolgen werden, das sind die Grundsätze, die ich an jedem Orte, in jedem Lande zur Geltung gelangen sehen möchte!“ Noch nahm, mit einer Heftigkeit, die einen starken Kontrast bildete zu der gehaltenen Kraft des jugendlichen Simon, der greise Mittermaier das Wort gegen die Fürsten, von welchen er gleichwohl dankbar Titel und Orden angenommen, dann wurden die von einem Komite formulirten Erklärungen verlesen und durch Akklamation von der Versammlung genehmigt.

Die Versammlung erkennt die von dem Parlamente am 28. März l. J. beschlossene und verkündigte Verfassung als endgültiges, oberstes und unverbrüchliches Grundgesetz des deutschen Reiches an; sie erklärt, daß sie unter allen Umständen fest und entschieden dahin wirken werde, das kein Einzelwille weder eines Fürsten noch eines Volksstammes diese Verfassung antaste oder abändere, ihr hinzusetze oder von ihr hinwegnehme; sie ist der Ansicht, daß eine etwa erforderliche Ergänzung der Verfassung für den Fall, wenn die Würde eines Oberhauptes erledigt wäre, nur von der verfassunggebenden Versammlung selbst, jede künftige Aenderung aber nur durch die in der Verfassung bezeichneten Reichsgewalten und in der von ihr festgestellten Weise vorgenommen werden könne; sie spricht die Erwartung aus, daß die Reichsversammlung unerschütterlich festhalten werde an der von ihr beschlossenen Verfassung; sie hofft, daß die Behörden des Freistaats Frankfurt nach Kräften dahin wirken werden, dieselben ins Leben zu führen; sie lebt endlich der festen Zuversicht, daß das ganze deutsche Volk alle Parteirücksichten bei Seite setzend, sich um seine Vertreter schaaren und für die Verfassung einstehen werde.“

Durch die ganze Verhandlung zog sich ein hoher Ernst. Die Versammlung schien sich bewußt zu seyn und mehrere Redner sprachen es mahnend aus, daß eine Zeit kommen könne und bald kommen könne, wo es gelte, die Worte wahr zu machen, welche heute hier erklungen, wo es gelte, der kühnen Rede die kühnere That folgen zu lassen. „Mögen dann — sprach Ludwig Simon — nicht diejenigen gegen das Volk stehen, die gekleidet sind mit dem Tuch des Volkes, genährt mit seinem Brode, und bezahlt mit seinem Gelde!“ Und der Vorsitzende schloß die Versammlung mit den Worten:

Will das Wort nicht länger frommen,
Mag es zu dem Schwerte kommen. (D. Z.)

Frankfurt, 13. April. Als vor wenigen Tagen der Abg. Gritzner seine Diäten bei der österr. Gesandtschaft in Empfang nehmen wollte, wurde ihm gedroht, ihn gefangen nehmen zu lassen. Gritzner hat nun heute Frankfurt verlassen, um sich nach Amerika zu begeben, nachdem er vorher folgende Austrittserklärung abgegeben: „An das Präsidium der d. h. Nationalversammlung in Frankfurt! Verfolgt wegen meiner Theilnahme an den Wiener Oktoberereignissen — selbst bis in Mitte der Paulskirche — finde ich mich deshalb und auch aus andern wichtigen Gründen veranlaßt, aus einer Versammlung zu scheiden, deren Majorität dem deutschen Volk anstatt der verheißenen Freiheit nur Schmach und Unglück bereitet hat. Indem ich somit mein Mandat als Abgeordneter für den kärtnerschen Wahlbezirk St. Andrä zurücklege, habe ich die Ehre, hievon das Präsidium in die nöthige Kenntniß zu setzen. Frankfurt, am 10 April 1849. Max Jos. Gritzner.“ Gritzner hat als wackrer Mann für die Volkssache eingestanden; er war hoher österr. Beamter und, obwohl schon in hohen Jahren, im verflossenen Oktober nach Wien gegangen, wo er als Hauptmann der Nationalgarde gefochten hat. (Frkf. J.)

** **Frankfurt**, den 13. April. [204. Sitzung der konstituirenden Reichs-Versammlung Vorsitzender Kirchgeßner.] Eintrittsanzeige mehrerer Abgeordnete an die Stelle abgegangener, ein Flottenbeitrag. Ein dringlicher Antrag von Löwe aus Calbe, Bresgen, Raveaux und A. ist folgenden Inhalts: Unter Bezugnahme auf den Beschluß vom 28. März, wornach die Nationalversammlung sich nicht eher auflösen wird, als bis der neue Reichstag eröffnet ist, beschließt dieselbe: 1) Die Abberufung von Abgeordneten zur Nationalversammlung Seitens der Regierungen ist unzulässig; 2) sollte eine Regierung ihren Abgeordneten die Taggelder entziehen, so werden dieselben aus der Reichskasse entnommen und dem betreffenden Staate verrechnet. Der Antrag wird von der Mehrheit der Versammlung nicht als dringend erkannt und geht an den gestern gewählten Ausschuß. Eben so der dringliche Antrag von Levysohn und Genossen: Die Reichsverfassung und das Wahlgesetz in 100,000 Exemplaren drucken, und den Abgeordneten zur Vertheilung in die Wahlbezirke zustellen zu lassen. — Die Präsidentenwahl ergab folgendes Resultat: E. Simson aus Königsberg mit 295 Stimmen zum Vorsitzenden, Bauer aus Bamberg mit 182 Stimmen zum ersten und Eisenstuck aus Chemnitz mit 165 Stimmen zum zweiten Vorsitzenden-Stellvertreter erwählt. Eisenstuck äusserte in seiner Antrittsrede unter Andern: Es gereiche ihm zur Beruhigung, daß die Nationalversammlung in ihrer letzten Sitzung mit aller Entschiedenheit beschlossen habe, festzuhalten an dem Verfassungswerke, welches das souveräne Volk sich gegeben. Er verstehe aber dieses Festhalten nicht als ein theoretisches, sondern als ein materielles, nicht darin, daß man nur zu Hause und entfernt für die Verfassung wirke, sondern daß Alle hier, auf dem vom deutschen Volke ihnen angewiesenen Boden beisammen bleiben, bis die Beschlüsse des souveränen deutschen Volkes zur Ausführung gekommen seyen (Beifall.) — Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des vom Abgeordneten v. Dieskau Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses erstatteten Berichts über die Eingabe des Stadtraths und der Bürger in Homburg gegen die Aufhebung der Spielbanken. Das Resultat der Berathung, an welcher außer dem Ausschußreferenten v. Dieskau, die Abgeordneten Venedey, M. Mohl, Hergenhahn, v. Podewils, Vischer von Tübingen, v. Wydenbrugk und Reichsjustizminister R. Mohl Theil nahmen, war, daß die Versammlung dem Ausschußantrage: über die gedachte Eingabe zur Tagesordnung überzugehen, fast einstimmig beitrat. Die weiter auf der Tagesordnung befindliche Berathung über die Bernburger Angelegenheit wurde auf die nächste Sitzung — Montag den 16. April — verschoben. Nachzuholen ist, daß auf einem Stimmzettel, der kassirt wurde, der Name Wrangel stand.

Hannover, 11. April. Abgeordnete aus beiden Kammern haben sich hier zusammengefunden, um zu berathen, was noch versucht werden kann, die deutsche Sache nicht in den Händen dieses Ministeriums zu lassen und wo möglich durch die gesetzliche Landesvertretung Hannover vor der Schmach einer Theilnahme an der deutschen Oktroyirung zu retten. (Z. f. N.)

†*† **Berlin**, 12. April. Die deutsche Angelegenheit ist in den öffentlichen Kreisen jetzt mehr in den Hintergrund politischer Diskussion gedrängt, ein desto größeres Interesse wendet man ihr in den der Regierung nahestehenden Cirkeln zu. Bei dem Gouvernement eingegangene Nachrichten von Außen scheinen die ganze Angelegenheit in ein neues Stadium gebracht zu haben. Man spricht von einer Münchner Note, welche entschieden Verwahrung gegen die Unterordnung unter ein preussisch-deutsches Kaiserthum einlegt; es soll darin u. A. gesagt seyn, man könne sich Seitens Bayern um so weniger dazu verstehen,

sich in Folge eines Frankfurter Beschlusses seiner Souveränetät und einer Stellung zu entäußern, die durch heilige unauflösbare Verträge bedingt sey, als man in jenem Beschluß nicht einmal eine Gewähr für die wirkliche, wahrhafte Einigung Deutschlands zu finden glaube.

Von Petersburg dagegen will man wissen, daß das russische Gouvernement sich über die Hegemonie Preussens in Deutschland günstig geäußert habe und daß das russische Kabinet selbst in der sofortigen Annahme der deutschen Kaiserkrone keinen casus belli finden werde.

Die I. Kammer ist soeben auf morgen Vormittag 10 Uhr zu einer außerordentlichen Sitzung eingeladen. Dem Vernehmen nach soll eine Vertagungsordre publizirt werden. In der II. Kammer, welche die Minister beiwohnten, ist davon nichts bekannt geworden. Verfassungsmäßig kann nicht eine Kammer allein vertagt werden.

Graf York-Wartenberg, das Mitglied der I. Kammer, welches bei dem neulichen Skandal im Korridor des Kammergebäudes sich persönliche Angriffe des Justizkommissär Szischer zugezogen hat, ist auf seine Güter gereist und wird vermuthlich das Mandat niederlegen.

Es cirkulirt hier ein Projekt über die Schritte, welche die deutschen Regierungen gegen das deutsche Parlament im Sinne haben sollen. Wenn dieser Plan nichts für sich haben sollte, so lehrt er wenigstens, wessen man sich zu den Regierungen versehen zu müssen glaubt. Oesterreich sagt man — werde seine Abgg. die nach ihrer Zurückberufung wieder tagen, für Hochverräther erklären, Preussen, heißt es weiter, (und hiefür hat man nicht zu bezweifelnde Aeußerungen hochgestellter Männer), wird die Diäten nicht ferner vorschießen. Den legalen Grund für eine solche Maßregel wird man aus der Unvollständigkeit der Frankfurter Vers. herleiten, welche für die Regierung durch die Zurückberufung der Oesterreicher herbeigeführt ist. Die Regierungen publiziren dann eine Verfassung und ein Wahlgesetz mit Vorbehalt der Revision durch eine Staatenvertretung, die aus Bevollmächtigten der verschiedenen Regierungen und der Landesparlamente gebildet wird. Preussen z. B. würde die Regierung durch Hrn. Camphausen, das Volk durch 5 aus der ersten und durch 10 aus der zweiten Kammer gewählte Abgeordnete vertreten lassen u. s. f.

†*† **Berlin.** [Sitzung vom 12. April.] Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 12¼ Uhr. Als neu eingetreten werden promulgirt die Abgeordneten Regierungsassessor Szuman aus Posen und Justizrath Groneweg aus Güterloh. Krause aus Ratibor will die Niederlegung seines Mandats rückgängig machen, die Versammlung erklärt sich auf Vorschlag des Präsidenten gegen die Zulässigkeit des Gesuchs. Ein gleiches Gesuch des Abgeordneten H. Simon veranlaßt Bemerkungen von Wesendonck, Auerswald und Otto (Trier.) Auf v. Berg's Antrag wird der Grundsatz zur Frage gestellt: ob die Niederlegung des Mandats unter dem Vorbehalt, daß der Niederlegende bis nach erfolgter Neuwahl auf seinem Platze bleibe, zulässig sey? — und von der Majorität bejaht. An dem Ministertische sind nur die Herren v. Manteuffel und v. Rabe. Bauer (Stolp) führt Fälle an, aus denen hervorgehen soll, daß Beamte in ministeriellem Interesse die Portofreiheit mißbrauchen. Er erwähnt und sagt, daß der Landrath Buß in Stolp unter Mißbrauch der Portofreiheit Monsterpetitionen gegen das Bürgerwehrgesetz sammle. — v. Berg: Gegen alle Regeln der Erziehung lasse der Handelsminister das Gesuch der Versammlung wegen Portofreiheit unbeantwortet. — v. Manteuffel: der Handelsminister sey durch Unwohlsein verhindert, heute zu erscheinen, das Gesuch werde Erledigung finden. — Jung interpellirt wegen der Ausweisungen und anderer Rechtsverletzungen, und Herr v. Manteuffel erklärt sich zur Beantwortung bereit. Der Interpellant erwähnt zunächst die berühmt gewordene Ausweisung des Abgeordneten Rodbertus, welche mit der berüchtigt gewordenen Ausweisung von Itzstein und Hecker unter dem Minister Arnim konkurriren könne. Der wohlhabende Mann empfinde von dergleichen Polizeiwillkür höchstens eine Unbequemlichkeit, aber von der Calamität, die man dem armen Arbeiter, Handlungsdiener, Schriftsteller u. s. w. zufüge, spreche Niemand. Der Redner weist nach, daß selbst die Reskripte des Ministers v. Rochow die stattgehabten Ausweisungen nicht rechtfertigen konnten. Diese Reskripte gestatten die Ausweisung preussischer Landeskinder nur auf Grund von Verbrechen und Unsittlichkeiten. Das Gesetz vom 31. Dezember 1842 regelt das Verfahren. Trotzdem fragt die Polizei bei schon ansässigen Personen, besonders bei Schriftstellern, deren demokratische Gesinnung in den Augen der Polizei als ein Verbrechen erscheint, nach den Subsistanzmitteln, und der Nachweis einer Verbindung mit Zeitungen als Redakteur oder Korrespondent wird nicht für genügend erachtet. Sollte man ihm antworten, der Belagerungszustand bringe das so mit sich, so mache er darauf aufmerksam, daß selbst die Grenzen des Artikels 110 der Verfassung von der Regierung überschritten werden. Der Interpellant zählt einzelne Fälle auf: den des früheren Abgeordneten Schramm, der mit Frau und Kind 4 Jahre in Berlin ansässig war, und einen glänzenden Haushalt hielt. Wer wird ihm den Schaden ersetzen, der ihm dadurch erwächst, daß er jetzt in Dresden eine neue Haushaltung einrichten muß? Der Fall des Schriftstellers Hoppe, der kontraktlich übernommene Verbindlichkeiten mit Reimer, und den 8jährigen Aufenthalt in Berlin nachgewiesen hat, der des Referendar Neander, des Sohnes des Bischofs Neander aus Berlin selbst, und mehrere andere folgen. Ja — bemerkt der Redner — es ist jammervoll, daß der preussische Absolutismus stets zur Lächerlichkeit herabsinkt, eine kleinliche Rachsucht hat jetzt sogar den seit 11 Jahren hier seßhaften Redakteur des bekanntesten Witzblattes aus Berlin verbannt. (Pfui, pfui!)

Selbst die unmündigen Kinder der Abgeordneten Potworowski und Graf Mielzynski werden ausgewiesen, weil sie polnisch reden. Die Denunciation eines im Wahlkampf Unterlegenen genügt, eine Ausweisung zu bewirken, ja der Belagerungszustand wird sogar zu Intriguen benützt, z. B. zur Herstellung einer getrennten Ehe. Zum Schluß erwähnt der Redner noch des Gerüchts von einer geheimen Kabinetsordre, die ungefähr dahin geht: „Ich genehmige auf Ihren Bericht, daß die Polizei dem Gesetze vom 31. Dezember 1842 entgegen Jeden, der Besorgniß erregt, daß er durch Verarmung oder sonst der Kommune zur Last fallen könne, aus Berlin zu verweisen befugt seyn soll.“ Diese Kabinetsordre soll im Febr. 1844 extrahirt worden seyn, und zwar unter dem Ministerium Arnim; auf ein Aktenstück, das den berüchtigten Lettres de cachet gleich sey, werde sich das Ministerium nicht berufen wollen. Endlich entschuldigt Interpellant sich noch, daß er dieses Ministerium interpellire, welches nur durch Gesetzesverletzungen bestehe. Aber es komme jetzt darauf an, den Schleier der Rechtsheuchelei zu entfernen, und Deutschland zu zeigen, daß es einen konstitutionellen Kaiser da suche, wo Polizeiwirthschaft und Säbelregiment ihre hohe Schule errichtet haben. — v. Manteuffel: Eine Kabinetsordre wie die allegirte existire nicht, und so weit sie existire, sey sie nicht zur Anwendung gebracht worden. Das Gesetz von 1842 sey nicht suspendirt, aber der §. 14 desselben stelle die erwähnten Verhältnisse unter die Bestimmungen der Fremdenpolizei. Wenn eine Person, die hier ihr Domizil habe, von der Ausweisung betroffen werde, so erkläre er dieses für Unrecht. Wären derartige Fälle zu seiner Kenntniß gekommen, so würde er Remedur veranlaßt haben. Von Arbeitern seyen nur die von den Arbeitern an der Ostbahn zurückgekehrten Fremden zurückgewiesen worden. Die Fremdenpolizei bedürfe allerdings einer legislatorischen Umänderung, durch Ordonnanzen könne man sich jetzt nicht mehr in dem früheren Maaße helfen. (Heiterkeit.) — Graf Arnim: Er halte es nicht der Mühe werth, dem Abgeordneten für Berlin auf die Angriffe, die er gegen ihn als früheren Minister gerichtet habe, zu antworten. Was aber die Ausweisung von Itzstein und Hecker betreffe, so werde jetzt Mancher, der damals gegen jene Maßregel gesprochen, es jetzt bedauern, da sie den Mann getroffen habe, der zuerst fremde Schaaren auf deutschen Boden gerufen habe. (Unruhe und Lachen.) — Rodbertus: Der Hr. Minister habe bemerkt, nur Fremde seyen ausgewiesen worden. Er habe hier seinen Hausstand gehabt, er sey in den Rath Sr. Maj. berufen gewesen, er habe seine Familie hier gehabt, seine Miethssteuer gezahlt, und dennoch habe er von dem Minister des Innern und von dem Polizeipräsidenten keine andere Antwort erhalten können, als daß er ein Fremder sey. — Jung: Er erfahre so eben erst, daß das Mitglied für Prenzlau und der frühere Minister v. Arnim dieselbe Person sey. (Heiterkeit.) — Gr. Arnim: Er lege kein Gewicht darauf, von dem Abg. für Berlin gekannt zu seyn. — Gr. Poninski interpellirt wegen Verhaftung eines durch preussische Legitimationspapiere legitimirten Polen durch russische Gendarmen. — Min. v. Manteuffel verliest einen Bericht der Posener Behörden, wonach das auswärtige Ministerium zur Auslieferung des Verhafteten veranlaßt ist.

Auf der Tagesordnung folgt der Bericht der Petitionskommission über 90 verschiedene Petitionen. Die Diskussion erstreckt sich fast nur auf formale Fragen: ob Petitionen den Fachkommissionen oder den Ministern zu überweisen seyen, u. dgl. In den meisten Fällen wird eine dieser Alternationen beschlossen — oder dem Antrage der Komission gemäß zur Tagesordnung übergegangen. Erwähnenswerth ist nur eine Bemerkung, die Grün zur Geschäftsordnung machte. Der neue Justizminister Hr. Simons hatte sich gegen Ende der Sitzung eingefunden. Der genannte Abg. machte darauf aufmerksam, daß außer den Mitgliedern und Ministern nur Stenographen den Zutritt in die Kammer hätten. Es habe ein Herr sich am Ministertisch niedergelassen, der keiner dieser Kategorien angehöre. Zwar sey ihm gesagt worden, dieser Herr sey der neue Justizminister, allein bis jetzt habe die Kammer hiervon keine amtliche Kunde, wie der Präsident bestätigen werde. Hr. Grabow erklärte, allerdings sey ihm bis jetzt eine Mittheilung hierüber noch nicht zugegangen. Vom Ministertisch erfolgte keine Erklärung. (Schluß 3 Uhr.)

Berlin, den 11. April. Um die vom Westen her nach dem Kanal kommenden deutschen Schiffe von den dänischerseits angeordneten feindseligen Maßregeln schleunigst zu unterrichten und zu warnen, ist bereits von London aus durch die Vermittelung der dortigen preussischen Gesandtschaft das schnellsegelnde Dampfschiff „William Gunston“ von 60 Pferde Kraft nach dem Kanal entsendet. Ferner ist zu noch mehrerer Vorsicht am 5. d. M. ein zweites englisches Dampfschiff „Brittannia“ von Dover in See gegangen, um im Kanal zu kreuzen. Endlich sind die Lootsen in den am Kanal belegenen englischen Häfen angewiesen, den Kapitänen der ihnen begegnenden oder dort anlaufenden deutschen Schiffe die geeigneten Warnungen zukommen zu lassen. Es steht zu hoffen, daß diese zeitig angeordneten Maßregeln dazu beitragen werden, das Interesse des deutschen Handels und der Rhederei möglichst zu wahren. (Preuss. Staatsanz.)

Dresden, den 12. April. In der heutigen Sitzung der I. Kammer kam der Heubner'sche Antrag zur Beschlußfassung. Derselbe lautete: „Die Kammer wolle im Verein mit der II. Kammer bei der Staatsregierung beantragen, dieselbe wolle die Publikation der von der deutschen Nationalversammlung beschlossenen und verkündigten Reichsverfassung sammt dem Reichswahlgesetz, ohne hierüber mit einer andern deutschen Regierung in irgend welche Verhandlung vorher einzugehen, auf verfassungsmäßigem Wege sofort bewerkstelligen.“ Dieser Antrag wird gegen 1 Stimme (Abgeordneter Floß) zum Beschluß erhoben. (D. A. Z.)

Schleswig, vom 9. April. Heute, am Jahrestage der unglücklichen Affaire bei Bau, soll die den vorjährigen Krieg mit Dänemark eröffnete, wird die schleswig-holsteinische Armee die Königsau überschritten oder mindestens bei derselben Posto gefaßt haben. Wir freuen uns, zur Beruhigung für Alle, die die Stellung des preußischen Oberbefehlshabers unserer Sache im entscheidenden Augenblick für ungünstig oder bedenklich halten möchten, aus guter Quelle mittheilen zu können, daß die Beziehung des Generallieutenants v. Prittwitz als Oberbefehlshaber der Reichstruppen in Schleswig-Holstein zur Reichsgewalt, und zwar allein zu dieser, durch bündige Erklärungen völlig sichergestellt ist. (Alt. M.)

Altona, 10. April. Mit dem Abendzuge trifft folgende zuverlässige Nachricht ein (durch das Hadersleben Postamt): Den 8. April ist die Stadt Hadersleben wieder von deutschen Truppen und zwar vom 10. Bat. und der 1. 6pfündigen Batterie besetzt worden; das 1. Jägerkorps und das 9. Bat. sind durch Hadersleben passirt und weiter nach Norden gezogen. Die Dänen zeigten sich am 8. Nachmittags eine halbe Meile von Hadersleben, eine Patrouille ward vom 9. Bataillon zurückgeworfen und dabei 3 Dänen schwer verwundet und einer zum Gefangenen gemacht. Zwei der Verwundeten sind bereits gestorben. Es hieß dort gestern, daß die Dänen mit 20,000 Mann im Anrücken wären, das 9. Bataillon soll aber bisher, 2 Uhr Nachm. am 9., den Feind nicht haben finden können. (Alt. M.)

Flensburg, 8. April. Ueber das Gefecht, welches vorgestern Hannoveraner, Badener und Würtemberger im Sundewittschen zu bestehen hatten, theilen wir Ihnen heute aus einer guten Quelle folgendes Nähere mit. Der Feind setzte sich im Kirchdorfe Ulderup, eine Stunde nördlich von Gravenstein und hielt sich dort hartnäckig. Erst als die hannoveranische Artillerie mit Shrapnells schoß, welche furchtbar gewirkt haben, gelang es, die Dänen aus dem Dorf zu treiben. Das Dorf Baurup wurde von den Unsrigen genommen, dann wieder geräumt, dann endlich behauptet. In der gestrigen Nacht sind demzufolge circa 80 Verwundete meistens Badener und hannoversche Jäger, worunter 12 Offiziere, angekommen. Die Zahl der Gefallenen, worunter ein Major und ein Hauptmann, ist noch nicht bekannt. Des Feindes Verlust kennt man nicht; solcher ist, wie es auch schon aus dem Vorstehenden zu folgern, groß. — Die Bewohner des kleinen Ortes Treppe, zwischen Gravenstein und Rinkenis, haben die Weisung erhalten, was sie von ihrem Ingute nicht der Zerstörung aussetzen wollen, aus ihren Häusern fortzuschaffen und diese jeden Morgen zu

verlassen, wornach man schließt, daß ein kräftiger Angriff auf die in der Nähe liegenden dänischen Kanonboote in den nächsten Tagen geschehen dürfte. — Die hier anwesenden flüchtigen Gravensteiner und Sundewitter sehen sich nunmehr durch die deutschen Militärposten daran behindert. (Wes. Z.)

Eckernförde, 9. April. Heute wurden die dänischen Opfer des für uns unvergeßlichen grünen Donnerstags beerdigt. Die Gefangenen sind nach Rendsburg geschafft worden, darunter 24 Offiziere und höhere Schiffsbeamte; 4 Offiziere sind mit dem Linienschiff in die Luft geflogen. Im Ganzen mögen 880 bis 900 Mann in Gefangenschaft gerathen seyn. (Nach der B.-H. sind mit dem „Christian VIII." nur 80 bis 100 Mann „außer den Verwundeten" aufgeflogen.)

Ueber den Plan des dänischen Angriffes ist man jetzt ziemlich im Klaren; Eckernförde spielte in demselben nur eine untergeordnete Rolle; eigentlich war es auf Kiel abgesehen. Die auf Transportschiffen befindlichen Truppen sollten bei Eckernförde, wo man in zwei Stunden mit den Batterien fertig zu werden hoffte, landen und dann Friedrichsort, welches den Eingang zur Kieler Bucht beherrscht, von der Landseite angreifen. Hierauf wollte das Geschwader in die Kieler Bucht einsegeln und Kiel bombardiren. Der „Christian VIII" führte zu diesem Zwecke 10 Bombenmörser mit sich. Wäre die Expedition gelungen, so hätten die Dänen den Kieler Hafen in ihre Gewalt bekommen. (Wes. Z.)

Harburg, 9. April. [Telegr. Nachricht.] Cuxhaven. Morgens 7 Uhr 35 Min. Laut Postdampfboot „Countess of Lansdale", Nachts 12 Uhr eingegangen, sind jetzt vier dänische Fregatten bei Helgoland und haben dieselben gestern Jagd auf einen Schoner gemacht. (Rchszig.)

Stuttgart. [115. Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 13. April.] Am Ministertisch: Ober-Reg.-Rath Schmidlin, General Rüpplin, Staatsrath Goppelt. Seeger erhält zu einem dringenden Antrag das Wort, welchen er in Uebereinstimmung mit einer großen Anzahl Abgeordneter stellt. Derselbe lautet: „Die hohe Kammer beschließt: 1) gegen die Staatsregierung die Erwartung und die Bitte auszusprechen, sie möge Angesichts der neuen Schwierigkeiten, welche der erblichen festen Gestaltung der deutschen Verfassungsverhältnisse entgegen zu stellen versucht werden, und in Uebereinstimmung mit der von der Staatsregierung und von der Kammer wiederholt erklärten Unterwerfung unter die Beschlüsse der deutschen Nat.-Vers., gegenüber der deutschen Centralgewalt und vor dem gesammten deutschen Volke die unumwundene und offene Erklärung abgeben, daß sie die von der deutschen Nationalversammlung, als einzig und allein hiezu berechtigtem Organe, beschlossene und verkündigte Reichsverfassung unbedingt als für alle deutschen Regierungen und Volksstämme gültiges Gesetz anerkenne, und daß sie mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln dahin zu wirken bereit sey, daß diese Reichsverfassung, einschließlich der Grundrechte und des Wahlgesetzes, in sämmtlichen deutschen Staaten zur vollen Geltung gelange; 2) das Präsidium zu beauftragen, diesen Beschluß unverweilt durch das Präsidium der deutschen Nationalversammlung zur Kenntniß der letzteren zu bringen. Der Antrag wird an eine staatsrechtliche Kommission verwiesen.

Dänemark.

Kopenhagen, 4. April. Der Dänen Abgott zur See, der alte Steen-Bille, Kommandeur des Geschwaders in der Nordsee, ist Montag Abend vor vollen Segeln mit den Fregatten »Bellona« und »Rota« in See gegangen; nach 1½ Stunden passirte er schon Helsingör. Gestern in aller Frühe begab sich die Korvette »Flora« auf die Jagd und hatte zu Mittag schon 8 deutsche Schiffe aufgetrieben, darunter vier Ladungen Weizen, sechs Briggs, eine preussische, fünf mecklenburgische und eine Korvette und eine Galeasse. Heute Mittag ist die Zahl schon zu 24 angewachsen, sie liegen aber noch nicht alle hier. — Der Rest der dänischen Armee, welcher bisher noch in seinem Kantonnement auf Fühnen gelegen, wird dieser Tage von Faaborg aus theils nach Alsen, theils nach dem Festlande übergeschifft worden seyn. (Frkft. O.-P.-Z.)

Kopenhagen, den 8. April. In Folge des Verlustes bei Eckernförde ist die Stimmung hier sehr deprimirt. — Das Dampfschiff „Geiser" ist hier sehr beschädigt angekommen, während das Dampfschiff „Hekla" nur bis Sanderburg gelangen konnte. »Hekla« hat 2 Todte und 6 Verwundete. (Frkft. Z.)

Französische Republik.

† **Paris**, 11. April. Im Constitutionnel und andern Blättern finden Sie Details über die Gefangnahme Carl VI. durch unsere Gränzwächter und dessen Abführung in die Citadelle von Perpignan. Wie wir hören, hat sich das Elysée beeilt, der eingefangenen Majestät Pässe und Reisegelder mit der Bitte zustellen zu lassen, das Gebiet der Republik so schnell als möglich zu verlassen, damit es keinen diplomatischen Krawall absetze. Se. Majestät haben sich das nicht zwei Mal sagen lassen und sind — natürlich ohne Halseisen — abgereist.

Skandal! Skandal! werden die Blätter morgen schreien; denn eben (3 Uhr) fand eine sehr beklagenswerthe Szene in der Nationalversammlung statt. Eugene Raspail, Neffe des Verurtheilten in Vonllens, hat in Folge einer pöbelhaften Aeusserung des Deputirten Point demselben in öffentlicher Sitzung eine Ohrfeige gegeben. Das wird die anwesenden Engländer sehr freuen.

Italienische Staaten.

Aus Messina läßt sich die Alba schreiben, daß am 4. ein Gefecht zwischen den Sizilianern und den Königlichen bei Catania stattgefunden. Der Ausgang war noch ungewiß. (A. A. Z.)

Florenz, 5. April. Die Assemblea ist bis zum 13. vertagt. Die Partei Guerrazzi stellte nämlich folgende Anträge: 1) Alle Diskussion über die Form der Regierung und die Vereinigung mit Rom ist aufgehoben; 2) die Assemblea vertagt sich bis zum 15; 3) die Deputirten bleiben in Florenz; 4) das Haupt der Exekutivgewalt darf ohne die Assemblea über die Regierungsform nicht entscheiden. Die Uebertretung soll als Landesverrath angesehen werden. Dieß gab zu einer langgesponnenen Diskussion Anlaß. Viele Redner sprachen gegen die Republik und die Vereinigung mit Rom. Unter denen, welche die Motion der Guerrazzischen Partei bekämpften, befand sich auch Manzoni. Wie alle Parteien, die eine Niederlage fürchten, verlangten die Antiministeriellen die Vertagung. Mit 29 gegen 43 Stimmen fiel dieser Antrag, und dann ging der Vorschlag der Guerrazzischen Partei durch. Die Stimmenzahl ist in der Alba nicht angegeben, vermuthlich war die Majorität nicht größer als die Preßfreiheit in Toskana. Zuletzt verlangten die Guerrazzischen Minister Ermächtigung zur Emission von 2 Millionen. Auch hier wieder Opposition. Da trat Guerazzi auf, erklärte offen, daß die Zwangsanleihe nichts eingetragen, daß die Armee täglich 100,000 Lire konsumire, und daß man Geld haben müsse wenn man Krieg führen wolle. Mit 43 gegen 29 Stimmen wurden endlich die Millionen votirt.

In **Parma** rückten am 6. d. die Oesterreicher ein. Die Thore der Stadt wurden geschlossen und die Bürger aufgefordert, sogleich die Waffen auszuliefern. Eine provisorische Regierung (Carnachia, Onesti und Guadagnini) verwaltet das Land im Namen Karls II. (A. A. Z.)

Venedig wurde, laut Kundmachung des Triester Guberniums vom 4. April wieder in Blokade erklärt. Das österreich. Geschwader verließ am 8. Pola und segelte vor Pirano. Am 9. kaum dort angekommen, traf zu ihrem Erstaunen auch die sardinische Flotte ein, deren Ziel Malamocco (bei Venedig) war. (A. A. Z.)

Genua, 4. April. General La Marmora hat am 4. April durch einen kühnen Angriff sich der Vorwerke Genua's bemächtigt und von da aus ein lebhaftes Feuer gegen die Stadt gerichtet, in Folge dessen er am 5. Morgens bis in die Vorstadt S. Teodoro vordringen konnte. Hierauf erfolgte unter Mitwirkung der fremden Konsuln ein 3stündiger Waffenstillstand; doch die Unterhandlung war erfolglos, noch vor Ablauf der 3 Stunden wurde das Feuer erneuert; Marmora machte weitere Fortschritte; er bemächtigte sich des Forts San Rocco und der Thore San Romano und Pila, die endlich einen 48stündigen Waffenstillstand und Beendigung des Kampfes in Aussicht stellten. Eine Deputation von fünf Bürgern wurde nach Turin abgeordnet; würde die von ihr geforderte Amnestie verweigert, so beginnt der Kampf aufs neue, endet aber unbezweifelt mit der gänzlichen Bezwingung der Stadt, da Marmora die festesten Punkte bereits in seiner Gewalt hat. (N. Z. Z.)

Oesterreichische Staaten.

Pesth, 7. April. Wie sehr sich auch die Behörden bemühen, den wirklichen Stand der Dinge zu verbergen, es ist jetzt klar, daß die österreichische Armee vor unserer Stadt eine derbe Niederlage erlitten hat und auf der Retirade begriffen ist, denn die Straßen sind fast verstopft mit flüchtigen Munitions- und Equipagewägen, mit Krankentransporten und ganzen Wagenzügen von Verwundeten, und während diese zu dem einen Thore einziehen, flüchtet sich von der Einwohnerschaft, wer nur kann, zum andern Thore hinaus. Schlick soll sich tapfer gehalten haben. Jellacic's Truppen fast ganz aufgerieben seyn. Es herrscht eine Verwirrung unter den Oesterreichern, die nicht zu beschreiben ist; der größere Theil der Einwohner aber wird die Ungarn mit offenen Armen empfangen. (D. bayer. Ldbte.)

Czernowitz, 5. April. Es ist entschieden, 60,000 Mann Russen occupiren Galizien und bleiben daselbst als Garnison zurück; F. M. L. Freiherr von Hammerstein geht mit 25 Bataillonen und einer entsprechenden Anzahl Kanonen nach Ungarn. Heute reiset F. M. L. von Malkowsky ab, um den kranken F. M. L. Puchner abzulösen. Ganz Siebenbürgen ist verbarrikadirt, Bem kommandirt eine Armee von 100,000 Mann, darunter 10,000 Mann zur polnischen Legion gehörig, eine Legion Wiener Akademiker und Proletarier. Die Bukowina fürchtet nun wieder den Einfall der Ungarn, welche, wie neuere Reisende melden, eine besondere Sympathie für die Bukowina haben sollen. Auch ist wirklich der Abmarsch des 4. Bataillons von Baron Sziskowic Regimente ad interim sistirt worden, weil man doch zu einigem Widerstande geneigt scheint. (K. B. a. B.)

Sprech-Saal.

Ueber Dr. Hermann Kothe, den berühmten Gedächtniß-Künstler, welcher seit mehreren Jahren in Deutschland vielfach Proben seiner außerordentlichen Gedächtnißstärke ablegte und seine Kunst lehrte, auch nächster Tage hier eintreffen wird, brachte das Witzblatt „Eulenspiegel" folgenden Scherz: „Der Künstler steht dozirend vor einer Menge gekrönter Häupter, die bei dieser „nothwendigen Gedächtnißübung" ausrufen: „Wie? Februar! März! Diese beiden Monate können wir einmal durchaus nicht behalten, da muß die besondere Beschaffenheit unserer Köpfe schuld daran seyn!"

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Erwiderung.

Als Erwiderung auf den in mehreren öffentlichen Blättern erschienenen offiziellen (hauptpostamtlichen) Artikel bezüglich eines an mich gerichteten, mit großer deutlicher Schrift meine Adresse tragenden, auf der Münchner Haupt-Brief-Post-Expedition eröffneten Paquets beschränke ich mich vorläufig darauf, ein in dieser Sache an mich gerichtetes amtliches Schreiben des Oberpostamtes München, so wie meine darauf erfolgte Antwort zu veröffentlichen:

ad Num. 2896/2761 — München am 16. März 1849.

Das
Königlich bayerische Oberpostamt München
an
Herrn Jakob Schmitt, Abgeordneter von Nürnberg
in Nürnberg.

Beschwerde des Abgeordneten Jakob Schmitt von Nürnberg über die Eröffnung eines an ihn gehörigen Packets betr.

In Erledigung der vom Herrn Abgeordneten Schmitt aus Nürnberg unterm 2. l. Mts. dießamts zu Protokoll gegebenen Beschwerde »wegen angeblicher Verletzung des Briefgeheimnisses« hat man demselben zu notifiziren, daß die hierüber eingeleitete Untersuchung zu dem Resultate führte, daß fragliches Packet beim Aussuchen der Nürnberger Post aus Versehen eines Beamten für ein angekommenes Amtspacket gehalten und als solches eröffnet worden war.

Da der Irrthum sogleich bemerkt wurde, so erhielt der Briefstempler auch augenblicklich den Auftrag, erwähntes Packet sogleich wieder zu verschließen, was auch ungesäumt geschah, wozu sich derselbe jedoch aus Ungeschicklichkeit statt des Amtssiegels eines Privatsiegels bediente.

Hieraus möge der Herr Abgeordnete Schmitt, welcher zudem den Verhandlungen in der Hauptsache persönlich beiwohnte, gefälligst entnehmen, daß der Eröffnung des besagten Packets durchaus keine böswillige Absicht, sondern nur ein durch den Geschäftsdrang hervorgerufenes Versehen zu Grunde liegt.

Den bei der Eröffnung und Versieglung betheiligten Beamten und Bediensteten wurde auch wegen ihres fahrlässigen und ordnungswidrigen Benehmens ein strenger Verweis ertheilt und dieselben mit angemessener Ordnungsstrafe belegt.

Indem man über diesen unangenehmen Vorfall wiederholt sein Bedauern ausdrückt, gibt man sich der Erwartung hin, daß auch der Herr Abgeordnete Schmitt aus dem hier mitgetheilten Ergebnisse die Beruhigung und Ueberzeugung gewonnen haben möchte, daß eine absichtliche Eröffnung seines Packets nicht stattgefunden habe, und glaubt man auch auf die Einsicht und den Rechtssinn desselben vertrauen zu dürfen, derselbe werde auf den Grund vorstehender amtlicher Mittheilung Veranlassung nehmen, die durch erwähnten Vorfall irrig im Publikum verbreitete Meinung über

stattgehabte Verletzung des Briefgeheimnisses durch eine geeignete öffentliche Bekanntmachung zu widerlegen.

Hochachtung!

Der K. Oberpostrath und Oberpostmeister.

Leaprechting.

Nürnberg, den 3. April 1849

Königlich bayerisches Oberpostamt München!

Auf das mir zugekommene Schreiben vom 16. v. Mts. erwidere ich, daß ich mich zu der gewünschten öffentl. Bekanntmachung, für jetzt wenigstens, nicht veranlaßt sehe, da ich durch die gemachten Mittheilungen mich nicht überzeugen kann, daß die bekannte Eröffnung eines an mich gerichteten, mit **großer deutlicher Schrift meine Adresse tragenden Paquets** ein Versehen gewesen sey.

Man sagt in diesem Schreiben, nachdem man, wie schon beregt, die fragliche Eröffnung als Versehen bezeichnete, der Briefstempler habe aus **Ungeschicklichkeit** sich, anstatt des Amtssiegels, eines Privatsiegels bedient, während mir zugestanden wurde, daß man sich wohl absichtlich eines Privatsiegels bedient habe, um auf diese Weise die geschehene Eröffnung meines Paquets zu verheimlichen, und hiedurch ist es naheliegend, auch die Eröffnung **aus Versehen** in Zweifel zu ziehen, um so mehr, wenn man sich erinnert, wie der zuerst vernommene Beamte C. die geschehene Eröffnung anfänglich, auf wiederholtes Befragen, gänzlich in Abrede stellte und erst, nachdem ihm sein Siegel abverlangt war, mit seinem schwachen Gedächtnisse sich entschuldigend, sich der Eröffnung, sowie der Verbergung seines Siegelringes erinnerte.

Man sagt hingegen in dem erwähnten Schreiben nicht, wer den Brief eröffnet habe, man sagt nichts über die öfters vorgekommene verspätete Ankunft meiner Briefe, obgleich ich solches durch ein den Akten beigelegtes Couvert nachgewiesen habe; man sagt endlich nichts von den mir zur Stunde noch fehlenden Briefen, wovon insbesondere einer aus einem ähnlichen Paquet mit stenographischen Berichten acht Tage früher abhanden gekommen war.

Daß ich nach diesen verschiedenen Vorkommnissen mich nicht veranlaßt sehen kann zu der von mir gewünschten Bekanntmachung, so lange ich nicht in den Besitz der mir noch fehlenden Briefe gelange und so lange mir nicht genügende Beweisgründe für die zufällige Eröffnung und insbesondere für die Versiegelung mit **Privatsiegel aus Ungeschicklichkeit** angegeben werden, wird das königl. Oberpostamt wohl selbst erkennen.

Uebrigens habe ich nicht das Geringste dagegen einzuwenden, wenn das Oberpostamt das an mich gerichtete Schreiben, so wie meine heutige Antwort der Oeffentlichkeit übergibt.

Hochachtungsvoll

Jacob Schmitt.
Abgeordneter.

Auch ich ersuche sämmtliche Redaktionen, welche den erwähnten hauptpostamtlichen Artikel in ihre Spalten aufgenommen haben, dieser Erwiderung gleichfalls eine Stelle in ihren Blättern einzuräumen.

J. Schmitt.

A n z e i g e n.

Exp.-Nro. 10641. V.

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg

werden in der Verlassenschaftssache der Frau Louise v. Gerz sämmtliche Effekten, bestehend in Silber, Weißzeug, Möbels rc.

Mittwoch den 18. ds. Mts. Vorm. 10 Uhr

in dem Hause L. Nro. 251 gegen sofortige Bezahlung versteigert und Kaufsliebhaber hiezu eingeladen.

Nürnberg, den 12. April 1849.

Eckartshausen.

Unterrichtsinstitut

für Töchter aus den höhern Ständen in Nürnberg.

Das neue Schuljahr beginnt am 7. Mai. Diejenigen Eltern, welche gesonnen sind, ihre Töchter demselben anzuvertrauen, werden gebeten, dieselben bei dem Unterzeichneten in den Stunden von 11 bis 2 Uhr anzumelden. Der gedruckte Bericht besagt das Nähere über die Verhältnisse der Schule und den Lehrplan der sechs Klassen derselben. Auswärtigen Eltern, wird man auf briefliche Anfrage gerne Familien nennen, welchen die Töchter getrost zur häuslichen Pflege übergeben werden können.

Nürnberg, den 9. April 1849.

Pfarrer **Port.**

Volks-Verein.

Dienstag den 17. April, Abends 8 Uhr, Versammlung im goldenen Adler.

Oeffentlicher Dank.

Die Unterzeichnete, welche bekanntlich das Unglück hatte ihren Mann in der Ausübung seines Dienstes durch die Hand eines Meuchelmörders zu verlieren — sieht sich für den, ihr durch die Polizeimannschaft Nürnbergs gegebenen Beweis von Theilnahme respective für die Uebersendung von elf Gulden durch Herrn Rottmeister Volkert zum innigsten Dank verpflichtet. Indem dieselbe diesen Akt der Nächstenliebe der Oeffentlichkeit nicht entziehen zu dürfen glaubt, wird sie in heißem Gebete den Segen des Allmächtigen für die Betreffenden zu erflehen sich zur Aufgabe ihres dankerfüllten Herzens machen.

Fürth, den 14. April 1849.

Margaretha Schildknecht, Polizeidieners-Wittwe mit ihren sieben Kindern.

Arbeiter-Verein.

Montag den 16. d. Abends 8 Uhr findet im Saale des Bamberger Hofes Versammlung statt, in welcher die hiesigen Kongreß-Deputirten Bericht erstatten werden, wozu alle Arbeiter, so wie auch sämmtliche Innungen, die sich bei dem Kongresse betheiligt haben, eingeladen werden. Auch wird für diejenigen, welche dem Vereine beizutreten wünschen, Gelegenheit geboten, sich einzeichnen zu lassen.

Der Ausschuß.

Montag den 16. April

ist

im Gasthause zum Einhorn

humoristisch-deklamatorische Unterhaltung

des Humoristen **G. Wöhrn** aus Augsburg.

Anfang 8 Uhr Abends

Wozu ergebenst eingeladen wird.

Babette Uebel

aus Regensburg

empfiehlt sich wieder mit ihrem Waaren-Lager von Steingut. Sie verkauft alles unter den billigsten Fabrikpreisen, besonders hat sie eine Partie Teller, wo das Stück um 2 und 3 kr. verkauft wird. Ihr Stand ist am Eingang des Hafnermarkts.

Nur in der großen Bude vorm Gießhaus bei **J. Wolpers.**

Bude Nr. 80 feste Preise.

J. Erlenbach aus Fürth

große Bude Nr. 80 in der mittlern Reihe, empfiehlt zur gegenwärtigen Messe, zu äusserst billigen, festgesetzten Preisen:

Tuche, Buchskins, Rockstoffe, Westen, Binden, Shlips. Foulards

Leinwand-Lager und Passauer leinene Tuche in allen Sorten, weiße und farbige leinene Taschentücher, farbige Hemden und Chemisetten, Unterhosen rc.

Da feste Preise nur bei reelen und ächten Waaren stattfinden können, so ist hierdurch der Käufer vor Uebervortheilung in jeder Beziehung gesichert und sieht deshalb einem geneigten Besuch entgegen.

J. Erlenbach aus Fürth.

In der Bude Nr. 80 mittlerer Reihe, worin bisher Mirl Ottensoser feil hatte.

Noch billiger wie auf der Versteigerung selbst.

Sommerhosenzeuge und **Sommerburkin**, neueste geschmackvollste Muster, die vollständige große Hose von 1 fl., 1½ fl., 2 fl. u. h.

Westenstoffe, neueste geschmackvollste Muster in Pique, Wolle, Seide u. A., die vollständige Weste 24 kr., 30 kr., 42 kr., 54 kr. bis 1 fl. 45 kr.

Fertige Sommerröcke in besten Stoffen, nach neuestem Pariser Schnitt gefertigt, carirt, gestreift wie einfarbig von 2 fl. 42 kr. bis 6½ fl.

Schlaf- und Hausröcke, sehr gut wattirt und gearbeitet von 2 fl. 42 kr. bis 5½ fl.

Regenschirme in schwerster Lioner Seide mit gutem Gestelle von 3¾ fl., 5½ fl.

Regenschirme in Tuche und Doppel-Perkan, von 1 fl. bis 2 fl.

Herrenhalsbinden und **Schlipse** in schwerer Seide von 48 kr., 54 kr. bis 2 fl.

Sommerhalstücher, Schlipse, Cravatten von 24 kr., 30 kr., 36 kr., 48 kr., 54 kr.

Wir bitten sich von der ausgezeichneten großen Auswahl und aussergewöhnlichen Billigkeit zu überzeugen **im Hause des Hern Pabst auf der Schütt, das erste Haus rechts, 1 Treppe.**

Westen und Binden

in Leinen, Seide und Wolle

nach neuestem Geschmack in großer Auswahl, ferner

S e e g e l t u c h e n

glatt, gestreift und carriet aus reinem Leinen, daher solche beständig Farbe und Glanz behalten, empfehle ich zu äusserst billigen, jedoch nur festgesetzten Preisen.

J. Erlenbach aus Fürth.

In der mittlern Reihe, Bude No. 80, worin bisher Mirl Ottensoser feil hatte.

J. B. Fensterer,

Parapluie-Fabrikant aus München,

bezieht diese Messe wieder mit seinem schon bekannten

bedeutenden Lager modernster Regen- und Sonnenschirme.

Indem er zu recht zahlreichen Zuspruch ganz ergebenst einladet, verspricht er bei stets reell und gut gefertigter Waare ganz besonders billige Preise.

Die Bude befindet sich in der dritten Reihe am Ecke beim Gießhaus mit Firma versehen.

Bedeutende Preisherabsetzung bei grosser Auswahl.

12 und 14/4 gr. gewirkte Shawls mit allen Farben 4½—15 fl. Sommertücher in allen Gattungen und Größen 1½—6 fl. Eschärps in Wolle 1 fl. 36 kr. Schweizertaschentücher, ächtfärbig, 15 kr. Französische Gingham (Seidenmuster) und ganz ächtfärbig 12 kr. Abgepaßte Wollmuslinkleider per Kleid 3½—8 fl. Wollmuslin in Resten per Elle 18—24 kr. Weißes Hemdentuch 12 kr. Orleans 24—36 kr. Neapolitain 20—24 kr. Seidene und wollene Damenkravatten 15—30 kr. Kattune und Druckzeilge 9—12 kr. Weiße Taschentücher 7—15 kr. Seidene Knaben-Taschentücher 12 kr. und dgl. bei

J. Wolpers vorm Gießhaus.

Pferd zu verkaufen im Gasthaus zum Kronprinzen vor dem Spittlerthor

---

(Zu vermiethen.) Das Haus Nro. 71 und Nro. 72 im Tafelhof ist für Sommer und Winter am Ziel Walburgi zu vermiethen, bei Nro. 71 ist eine kleine Garten-Anlage und zu No. 72 kann ein Pferdestall gegeben werden. Näheres Nro. 72.

(Zu verkaufen.) Eine noch ganz schöne Drehbank und eine Partie Bienenstöcke sind zu verkaufen — Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Ein Mädchen vom Lande, welches Hausmannskost kochen kann und sich den vorkommenden Hausarbeiten willig unterzieht, wünscht am Ziel unterzukommen.

(Zu verkaufen) Ein noch fast neuer Flaschenzug mit Seil, auf 100 Centner ist zu verkaufen.

(Gesuch.) Es wird sogleich ein verläßiger Bedienter anzunehmen gesucht. Das Nähere in der Ludwigsstrasse Nro. 1370 neben dem Fränkischen Hof.

(Gesuch.) Eine ordentliche Bürgerstochter, die Hausmannskost kochen kann und sich allen andern Arbeiten unterzieht, sucht unterzukommen. S. Nro. 1549 Beckschlagergasse.

(Gesuch.) Ein guterhaltener doppelter Kleiderschrank 2 Bettstellen und einige Stühle werden zu kaufen gesucht S. Nro 813 am Albrecht-Dürer-Platz, über 2 Stiegen.

Stadttheater in Nürnberg.

Montag den 16. April »Der Lumpensammler von Paris« Drama in 5 Aufzügen und einem Vorspiel von Felix Pyat. Herr Gerstel vom Hoftheater zu Wiesbaden den »Lumpensammler« als Gast.

Italien an Frankreich.

Das war ein Jubel und ein Singen:
Die Republik, die Republik! —
Das war ein Tanzen und ein Springen,
Das war ein sel'ger Augenblick! —
Ein Augenblick, ja ohne Zweifel, —
In der Geschichte war er's nur,
Und jetzt ist lange schon beim Teufel,
Was man vor einem Jahr beschwor! —

Die Republik! Man könnte lachen,
Ihr sagt es, doch — ihr habt sie nicht.
Habt ihr besiegt den gift'gen Drachen,
Mit dem noch halb Europa ficht?
In eurer Deputirtenkammer
Zeigt er euch täglich sein Gebiß,
Es ist ein europä'scher Jammer. —
Daß euch der alte Muth verließ!

Verderbenschwanger, eine Mine,
Gefüllt mit tausendfachem Tod, —
Die Lunte d'ran, und blut'ge Sühne,
Sie wurde rasch der langen Noth,
So war es eh', doch wie ist's heute?
Gefüllt die Mine, ist sie noch,
Doch thut sie Niemand was zu Leide,
Bricht eig'nes nicht, noch fremdes Joch!

Was habt ihr doch der Welt versprochen
In jenem stolzen Manifest?
Und ach, wie bald war es gebrochen —,
Seht — euer Pulver ist durchnäßt.
Entkräftet liegt es in der Mine,
Die Lunte zündet es nicht an,
Die Worte eures Lamartine
Sie waren — eines Dichters Wahn!

Juste milieu und Aufrechthaltung
Des Status quo in aller Welt, —
Das ist die neueste Gestaltung

So hat euch denn auf's Neu umgürtet
Des alten Drachen mächt'ger Schweif,
Wo ihr sonst mit dem Schwerte stürmtet,
Seyd ihr jetzt nicht zum Worte reif.
Finis Poloniae, — die Schande,
Die diese Worte euch gebracht,
Sie lastet schwer auf eurem Lande
Ihr habt ja, ach zu kurz, gewacht! —

Ein Mittel giebts, sie zu vernichten
Ergreift es, denkt an euren Ruhm,
Wollt ihr denn gänzlich selbst zernichten
Das blutertaufte Eigenthum?
Hört ihr den Nothschrei nicht erschallen
Der weit die Alpen übertönt?
O, laßt uns nicht aufs Neue fallen
Laßt nicht den Weltgeist unversöhnt!

O kommt, o kommt als uns're Brüder
Das sieggewohnte Schwert zur Hand,
Werft uns'rer Freiheit Feinde nieder
Und knüpft mit uns ein festes Band,
Nehmt selbst die Zügel in die Hände,
Ob man Euch abermals betrügt,
Frankreich, d a h i n die Blicke wende,
Wo man i n u n s d i c h s e l b s t besiegt! —

J. Priem.

Die Langeweile, der Spleen und die Seekrankheit.

(Fortsetzung.)

Die englischen Arbeiter machen einzig und allein eine Ausnahme in dem Geschäftsabschluß der Ehe. Es liegt auf der Hand, daß diese armen Leute sich nur durch den Frühling, durch einen singenden Vogel, oder durch eine hübsche Blume zur Liebe hinreißen lassen; denn die Konsequenzen ihrer eheliehen Verbindung kommen nicht in Pfunden Sterling, sondern nur in jenen hungrigen Kindern zum Vorschein, deren Sterblichkeit, wie bekannt, nach einer schlechten Ernte, oder nach einer Handelskrise, um 25 bis 30 Prozent

gleichgestimmtes Wesen seine Noth und seine Langeweile theile, denn man langweilt sich jedenfalls weniger zu zweien als allein.

Aus diesem Grunde bin ich gegen jede Ehe!

Ostern und Pfingsten sind die Zeitpunkte, wo namentlich die englischen Arbeiter ihre Ehen schließen. Es ist nicht selten, daß man dann vierzig bis sechzig Paare vor den verschiedenen Kirchenthüren einer Fabrikstadt antrifft. Die heirathslustigen Männer, junge Burschen von 18 bis 22 Jahren, haben sich so hübsch als möglich herausgeputzt. Ihre Bräute tragen schwarze Marinokleider und ein schneeweißes wollenes Tuch darüber. Beiläufig bemerkt, unterscheiden sich die Fabrikarbeiterinen in ihrer Kleidung sehr von den weiblichen Dienstboten. Während die ersten nämlich im gewöhnlichen Leben alle Farben, und an ihrem Hochzeitstage schwarz tragen, kleiden sich die Dienstboten, namentlich die der wohlhabendern Familien, fast durchgängig violett, eine Farbe, die sich sehr hübsch macht, besonders im Gegensatze zu dem schneeweißen englischen Teint des Halses und des Busens, der bei dem tiefen Einschnitt der Kleider stets Gelegenheit hat, sich dem Auge des aufmerksamen Beobachters in seinen vortheihaftesten Formen zu zeigen.

Ist die Ehe kirchlich eingesegnet, so ziehen die Neuvermählten, ein Paar hinter dem andern, durch die Stadt, um nach einem schnellbeendigten Mittagessen gemeinschaftlich eine Hochzeitsreise in die nächsten Felder oder auf die umliegenden Hügel zu unternehmen, wo man sie in dem geselligen Zusammensein bis gegen Abend durch Spielen, Tanzen und Singen ihren Hochzeitstag feiern sieht.

Wie die englischen Arbeiter in fast Allem, was sie thun und treiben, aus der gewöhnlichen guten Sitte der steifen Mittelklasse heraustreten, so zeichnen sie sich auch durch diese massenhaftere und deswegen viel interessantere Hochzeitsfeier vor den übrigen Klassen der Gesellschaft vortheilhaft aus. Statt eines einzigen frisch vermählten Paares, das von seiner Umgebung mit dummen Glossen und mit abgenutzten Witzen umringt wird, begehen die Arbeiter in Gesellschaft den Tag der ersten Liebe und der Himmel ist auch fast immer so gefällig, die kurze Feier mit seiner Oster- oder Pfingstsonne auf's freundlichste zu begünstigen.

In früheren Jahren dehnten Neuvermählte fast nie ihre Hochzeitsreisen weiter als auf den Besuch der nächsten Felder aus. Erst seit die Eisenbahnen den Verkehr erleichtert haben, unternehmen sie auch Touren nach den benachbarten Städten und Dörfern. Von einer solchen Reise hatte ich neulich das komischste Beispiel. Tom Holmes, ein Fabrikarbeiter, liebte nämlich Mary Ann Wilson, das Dienstmädchen einer vornehmen Kaufmannsfamilie in Manchester. Der Frühling kam und Tom bestand darauf, daß man Hochzeit halte. Mary Ann mußte sich daher am Sonntag für einige Stunden Urlaub ausbitten; man ging zur Kirche und ließ sich kopuliren. Leider waren aber so viele Brautleute vor Tom und Mary Ann eingeschrieben, daß unser junges Paar fast drei Stunden auf seinen Segen warten mußte. Von den vier Stunden, welche Mary Ann Urlaub erhalten hatte, blieb daher nach dem Schluß der kirchlichen Feier nur noch eine Stunde übrig. Es war nun zu spät, eine beabsichtigte Eisenbahntour nach Liverpool zu machen und Mary Ann schlich zur bestimmten Stunde wieder zurück in das Haus ihrer Herrschaft. Traurig langweilig traf ich das arme Mädchen hier an. Den Kopf auf die Hand gestützt und die hellen Thränen im Auge, saß das verlassene Kind in dem stillen Zimmer der Küche und begriff eigentlich nicht recht, weshalb man nur deßwegen heirathe, um sich gleich wieder von seinem Manne zu trennen. Da tritt die Dame des Hauses vor ihre Magd. Sie sieht, daß das schöne Mädchen geweint hat, und sie erkundigt sich nach der Ursache ihres Kummers. Mary Ann will lange Zeit nicht mit der Sprache heraus, zuletzt gesteht sie, daß Tom es „nicht länger habe aushalten können", daß sie geheirathet hätten und daß der Urlaub leider nur gerade für die Kirchenfeier ausgereicht habe, und daß Tom, da sie gezwungen gewesen sey, nach Hause zurückzukehren, nun „allein" die beabsichtigte Hochzeitsreise nach Liverpool unternommen habe, von der er hoffentlich zurückkehren werde, um dann später einmal seine Frau wiederzusehen.

Die Göttin der Langeweile schwieg. „Diese Heirath scheint also weder aus Spekulation, noch aus Vergnügen unternommen worden zu seyn? —" setzte ich hinzu. »Ja, nicht einmal die Fruchtpreise wurden dabei berücksichtigt. —"

„Tom konnte es nicht länger aushalten", wiederholte die Göttin und der graue Spleen meinte, daß er sehr wahrscheinlich in dieser Geschichte ein bedeutendes mitgespielt habe.

Ich hatte den Erzählungen der Göttin der Langenweile mit der größten Aufmerksamkeit zugehört, aber ich muß gestehen, ich fühlte allmählich den Einfluß der holden Dame. Es war mir zu Muthe, als hörte ich einen evangelischen Kandidaten die erste Sonntagnachmittagspredigt säuseln, als läse ich einen Leitartikel der Kölnischen Zeitung, als sähe ich Regenwürmer aus der Erde kriechen und nach der Musik eines Dudelsacks den Fandango tanzen.

Meine Nase wurde unwillkührlich länger, ich fühlte, daß meine Beine sich dehnten, und ich mußte gähnen, entsetzlich gähnen.

Alles das enkouragirte aber die würdige Göttin nur, immer weiter fortzufahren. Ich legte mich daher in's Mittel, und bemerkte ihr, daß ihre Mittheilungen allerdings von dem höchsten Interesse gewesen seyen, daß ich aber nun über das Familien- und Kirchenleben der Britten hinlänglich unterrichtet wäre, und daß es mir angenehm sein würde, auch über sonstige Dinge noch etwas zu erfahren.

»Ach, da muß ich Ihnen vom Parlamente erzählen!« — rief da die Göttin, und ohne Weiteres schickte sie sich an, mich in das Haus der Gemeinen einzuführen.

»Das provisorische Haus der Commons ist ein wenig räumliches, aber gut eingerichtetes Gebäude. Im Sitzungssaale bemerken Sie rechts und links auf gepolsterten Bänken die ehrenwerthen Mitglieder; die Hüte auf den Köpfen, die Beine übereinander geschlagen. Im Hintergrunde, zwischen den beiden Reihen der Mitglieder, sitzt der „Sprecher," — der Präsident, der wohl nur deswegen Sprecher heißt, weil er nie spricht — auf einem ziemlich hohen Stuhle. Er trägt eine große Alongenperrücke und schneidet ein todternstes Gesicht. Vor dem Sprecher sitzen zwei Schreiber, ebenfalls mit Perrücken, und vor den Schreibern steht ein Tisch, auf dem sich die für die Debatte erforderlichen Papiere u. s. w. befinden. Dem Sprecher gegenüber, an dem andern Ende des Saales, ist die sogenannte Bar, welche nur Parlamentsmitglieder passiren dürfen. Dies die Einrichtung des untern Theiles des Hauses. Oben laufen Gallerieen um alle Wände. Die Gallerieen rechts und links sind nur den Mitgliedern zugänglich. Die Gallerie über dem Sprecher ist für die

Berichterstatter bestimmt; die ihr gegenüber folgende Tribüne gehört den Fremden.

(Fortsetzung folgt.)

Aroesund.

Erinnerungen aus dem Feldzug in Schleswig-Holstein.

In einer nebeligen Mainacht fuhren zwei offene Wagen im raschesten Trabe der Pferde durch das Flachland. Wenn sie an einer Wendung des Feldwegs den Schatten der hohen Hecken, welche diesen zu beiden Seiten begränzten, verließen, hätte ein aufmerksamer Beobachter im schwachen Strahl des Mondlichts auf ihnen Gewehrläufe blinken, abenteuerliche Gestalten gesehen und vielleicht an einen Räuber-Ueberfall gedacht. Aber Alles schlief, tiefe Stille herrschte weit umher, und die da fuhren, waren keineswegs Räuber, sondern gemüthliche Freischärler, die aus dem Kern des Vaterlandes den bedrängten Brüdern im Norden zu Hülfe geeilt waren. Sie waren zu einer Recognoscirung beordert, und begaben sich von Hadersleben nach Aroesund; was sie da sollten, wußte ganz allein der sie begleitende Zugführer. Trotz der scharfen Nachtluft schlief die Mehrzahl der Genossen, in ihre Mäntel oder wollene Decken gehüllt, und erwachte nicht eher, als bis die Wagen an dem Ort ihrer Bestimmung hielten. Hier war man auf die Gäste schon vorbereitet, Lichter irrten durch die Räume eines langen, dunklen Hauses, Wirth, Knechte und Mägde traten vor die Thüre, und bald saßen und lagen die jungen Krieger in den mannichfaltigsten Gruppirungen theils um die dampfende Bowle, theils auf improvisirten Feldbetten.

Des Morgens erster Strahl rief sie alle wach und an die Fenster. Welch ein herrlicher Anblick! Da draußen das weite, gewaltige Meer, gekräuselt von leisem Luftzug, und wenn es hier auch gerade nicht das Gefühl seiner erhabenen Unendlichkeit hervorrief, denn viele grüne Inseln stiegen da und dort aus dem weißen Schaum der Brandung, so war es doch wunderschön im blitzenden Sonnenlicht. Im Norden waren es zunächst die gelben Ufer der Inseln, oder vielmehr Sandbänke Linderum und Aegholm, dann der größeren Brandsoe und Baagoe; östlich dehnte sich in langem, schmalen Strich die Küste Fyens oder Fünens, wie der Deutsche sagt; lange Pappelreihen und die Thürme der Stadt Assens waren dort deutlich erkennbar; ganz in der Ferne des Südens erschienen die Wälder von Alsen wie ein blaues Gewölk; dem Festland ganz gegenüber aber, durch einen kaum 2000 Schritte breiten Meeresarm getrennt, lag das flache Eiland Aroe, mit seinen niederen, strohgedeckten Fischerhütten. Der Strand, welcher sich zu den Füßen der Beschauenden ausdehnte, war zur Rechten mit Bäumen und Wiesen begränzt, zur Linken erhob sich aus niederen Dächern der stumpfe Kegel eines Leuchtthurms, vor ihm bildete viereckiges Mauerwerk einen kleinen Hafen in der See mit umgebendem Damm; dann verlief sich das hier etwas erhöhte Uferland in bruchige Wiesen. Das Haus, in welchem die Freischärler sich befanden, war das Gast- und zugleich Posthaus von Aroesund, denn von hier aus ging in Friedenszeiten täglich eine Post über den kleinen Belt nach Fünen.

Das Anziehendste in dem ganzen großen Panorama war für die jugendlichen Helden ein kleiner Punkt mitten in der See. Vielleicht dreitausend Schritte von dem Hafendamm entfernt, lag dort ein kleines Fahrzeug vor Anker; es hatte nur einen Mast, und sein schwarzer Rumpf schaukelte gleichförmig auf den leisen Wellen, ohne dem bloßen Auge das Mindeste darzubieten, was eine gespannte Aufmerksamkeit hätte rechtfertigen können. Aber wenn scharfe Fernrohre dem Auge zu Hülfe kamen, dann erhielt das Schifflein ein ganz anderes Aussehen. Wie mit Tusch auf hellblauen Grund gemalt, schnitten sich dann Raaen, Spieren und das zierliche Tauwerk ab von dem Horizont, deutlich war die ausnehmende Sorgfalt und Sauberkeit des Verdecks zu sehen, auf dem bloß ein einziger Matrose in der Nähe des Steuers bequem an der Pinne lehnte, deutlich aber auch eine Reihe von je vier Stückpforten, aus welchen die Mäuler der metallenen Todesboten drohten. Das Fahrzeug war Seiner Majestät des Insel-Königs Lieblings-Kutter »Neptun,« sonst nur zu anmuthigen Fahrten, jetzt zum Kriege gerüstet. Er hatte die Aufgabe, die wichtige Position von Aroesund zu bewachen; wir, die Freischärler, hingegen, waren beauftragt, den Kutter insgeheim sorgfältig zu beobachten. Denn der Führer unseres fliegenden Korps, der bayerische Hauptmann Max Aldosser, hatte sich in den Kopf gesetzt, auch zur See einen kühnen Handstreich zu thun, und dieses kleine Kriegsschiff zu nehmen. Deßhalb waren wir schon seit einiger Zeit sämmtlich mit Pistolen und kurzen Haumessern versehen worden, und es hatte sich aus Cappeln und dem deutschen Küstenhäfen eine Anzahl verwegener Matrosen unter dem wackeren Kapitän Hulbe aus Maasholm zu uns gesellt. Boote waren ausgerüstet und lagen, für jeden Augenblick bereit, in sicheren Verstecken; Enterbeile, Hacken, Pechkränze und Leitern fehlten nicht, und das große Unternehmen sollte in der nächsten dunkeln Nacht vor sich gehen. Wir aber, neun Mann Auserlesene, waren als Detaschement vorausgesendet worden, um als Küstenwache den Feind im Auge zu behalten.

Das geschah denn auch fleißig und getreulich. Verborgen, so gut es nur irgend möglich war, lagen wir hinter den Fenstern des Hauses, welche auf die See hinausgingen, und Einer um den Andern nahm das Fernrohr in die Hand. Auf dem Kutter war keine Bewegung zu erblicken; höchstens richtete sich der wachhabende Matrose einmal in die Höhe, reckte die Arme und sank wieder zurück, oder es flatterte im Zuge des Morgenwindes die zum Trocknen aufgehängte Wäsche der Mannschaft. Im Hause ward es lebendig. Wirth und Wirthin, liebe, freundliche Leute, der deutschen Sache hold, erzählten uns, wie froh sie über unsere Ankunft seyen, da ihnen der Däne längst einen Besuch zugedacht und den Hausherrn nach seiner beliebten Manier zur Geißel ausersehen habe. Von ihnen erfuhren wir auch, daß jeden Morgen das Zollboot von Assens, nachdem es mit dem Kutter Rücksprache genommen, an dem kleinen Hafen anlege, sobald es nichts Verdächtiges gewahre. Wir sahen uns bei dieser Nachricht bedeutungsvoll an, und als wir wieder allein waren, setzte Jeder mit Sorgfalt die treue Büchse in Stand. Die Wache am Fernrohr aber lockte bald mit lautem Zuruf die Beschäftigten zu sich — und siehe, der Kutter hatte die Orlog-Flagge, das weiße Kreuz im blutrothen Feld, aufgezogen, und von jenseits, pfeilschnell wie die Möve! flog ein kleines, weißes Segel unter gleicher Flagge zu ihm heran. „Das Zollboot! Macht Euch fertig!“ rief der Zugführer, und Jeder der kleinen Schaar sprang kampfesfreudig auf den schon vorher ihm angewiesenen Posten, wo er ungeduldig des Augenblicks harrte, in dem der Ruf: „Vor!“ ertönen werde.

Mit gedämpfter Stimme, aber den Versteckten fast allen hörbar, berichtete inzwischen die Wache am Fernrohr über die Manöver des Feindes. „Jetzt legt das Zollboot am Kutter an! Ein Mann steigt hinab, es stößt wieder ab, es entfernt sich! Nein, nein, es dreht sich, es kommt hieher, es nahe! Aufgepaßt, jetzt will es anlegen! Aber — was ist das? Es hält, noch hundert Schritte vom Hafendamm entfernt, gleichsam als zweifle es, besinne sich — o weh, es wendet, es enteilt! Das Boot muß vom Lande aus gewarnt worden seyn!" Und so war es! Die Wache draußen an der linken Seite des Hauses sah auf dem Leuchtthurm ein Tuch flattern, welches, vorher unbemerkt, nach wenigen Sekunden verschwand. In diesem Augenblick qualmte auch aus der Breitseite des Kutters eine weiße Wolke, und eine Kugel tanzte in Ricochettsprüngen über die grünen Wellen des Belt; das Zollboot antwortete aus seinem einzigen kleinen Geschütz, dann flog es ins Weite, nach Norden, wahrscheinlich, um einen gefahrlosen Ankerplatz aufzusuchen. Wir aber knirschten mit den Zähnen über die Vereitelung des Fangs, welcher uns ganz sicher geschienen hatte. Jedenfalls brachte das Zollboot wichtige Depeschen an die Dänischgesinnten in Hadersleben, hatte vielleicht sogar den berüchtigten Bauern-Agitator Lauritz Skau an Bord, der das Landvolk gegen die Deutschen fanatisirte — unser Aerger war unbeschreiblich.

Da ein Verborgenseyn jetzt, bei dem augenscheinlichen Verrath unserer Anwesenheit, gar nichts mehr nützen konnte, so eilten Mehrere sogleich hinüber nach dem Leuchtthurm, um die Verräther zu suchen und zu bestrafen. Ein finsterer, schielender, rothhaariger Mann empfing sie in der Thüre des niederen Fischerhauses, welches dem Thürmer zum Aufenthalt dient. Er verstand kein deutsches Wort, schien aber, eine gewichtige Axt in der Hand, nicht übel Lust zu haben, sein Hausrecht zu vertheidigen — allein das Knacken eines Hahns brachte ihn zur Raison: er ward ekelhaft unterwürfig, wurde aber trotzdem gefangen genommen und eingesperrt. Eine Frau lief händeringend in der Stube umher und schien flüchten zu wollen; wenigstens packte sie all ihr Eigenthum in wunderlichster Mischung zusammen und achtete kaum auf das Geschrei eines schmutzigen Kindes, das auf dem Boden herumkugelte und bald von dem, bald von jenem Stück des Hausraths gestoßen wurde. Eine lieblichere Erscheinung versöhnte aber bald mit diesen widrigen Eindrücken; aus einem der kleinen Fenster, welche der Treppe des Thurmes Licht geben, schaute ein allerliebster Mädchenkopf mit hellblonden reichen Locken und großen blauen Augen, so naiv erschrocken und doch halb spöttisch lächelnd über die seltsamen Gestalten und das Kauderwelsch, welches sie als Dänisch radebrechten, daß augenblicklich ein Wettlauf nach neuer Gefangennahme entstand. Aber das flinke Kind sprang in einem Satze die Treppe hinab, zur Hinterthüre hinaus durch den Garten ins Posthaus, verfolgt von lachenden, jubelnden Freischärlern. Vergessen war Krieg und Verrath, und als das Mädchen, das lange vergeblich gesucht worden war, endlich an einem Giebelfenster erschien mit einer Zwillingsschwester, da regte sich alter Studentenbrauch, und das ganze Detachement vereinigte sich zu einem Ständchen am hellen Tage. Da aber die Mehrzahl nur ein einziges Lied singen konnte, so mußten die Mädchen das „Schleswig-Holstein stammverwandt" hören, was sie mit einer Grimasse vergalten und verschwanden. Vielle- hat sie aber eben so sehr unser unharmonischer Gesang wie Patriotismus vertrieben.

Im Norden von ganz Schleswig findet man unter d Landvolk nur sehr selten Sympathie für die deutsche Sac Es ist auch nicht zu verwundern — Sprache, Sitten u Gebräuche, alte Gewohnheiten und Uebungen weisen den Nor Schleswiger weit mehr an den Dänen, als an den Deutsch Und besonders das Küstenvolk will von dem Letzteren g nichts wissen. Nach den dänischen Inseln geht aller Handel u Verkehr, dort ist in nächster Nähe seit Jahrhunderten e sicherer Absatz für alle Produkte des fruchtbaren Festland gewesen, und die großen Rheder wollen unter keiner ander Flagge fahren, als unter der dänischen; denn diese befreit vom Sundzoll. Die wenigen Leute, welche wir daher a ersten Tage außer den Bewohnern in Aroesund erblickte schauten uns nur mit mißgünstigen Augen an; ja, nic selten sahen wir kleine drohende Gruppen beisammen stehe und wer weiß, was unserem Häuflein begegnet wäre, wen der Bauer nicht in der ganzen Welt eine unüberwindliche Ab neigung gegen feindliches Feuergewehr besäße! Der Kutte ward inzwischen jetzt immer nur von einem Manne beobachte die Uebrigen schweiften da und dort umher, anscheinend ab sichtlos, aber dennoch suchend. Allein schön Stine (fast all Mädchen in Schleswig und Jütland heißen Stine) und ih Schwesterchen Elfe waren nicht wieder zu finden. Dagege bot der herrliche Park, der sich hinter dem Herrenhaus, de Besitzung des dänischen Agenten Brunn, in den geschmackvoll sten Anlagen weit hin längs der See erstreckte, so wunder schöne Ruheplätzchen oder überraschende Aussichten, daß un der schöne Maitag halb wie ein Traum verstrich und nu selten uns noch einfiel, weßhalb wir hier waren. Abends jedoch wurde die Wache vertheilt — der Posten, welche gerade unter dem Fenster der Mädchen zu stehen kam, hatte viel zu leiden von allerlei kleinem Geschütz, das die bösen, muthwilligen Kinder nach dem guten Jenenser schleuderten, bis sie einschliefen. (Schluß folgt)

Literatur.

In Kommission bei Bauer und Raspe ist ein Bändchen Gedichte von unserm talentvollen Landsmann J. Prie erschienen, das in 3 Abtheilungen (Politisches — Episches und Lyrisches — Gelegenheitliches) eine reiche Auswahl rech gelungener Lieder und Dichtungen bietet. Die trefflich Wahl des Stoffes, formgerechter Versbau, mit sicherer Leichtigkeit und Gewandtheit gebildet, eine hohe Begeisterung für alles Große und Schöne, und tiefes Gemüth sind Eigenschaften, welche uns dieses Werkchen als eine recht willkommene Gabe begrüßen lassen. Da der Name des Dichters durch gelungene dramatische Werke auch in größeren Kreisen bekannt ist, glauben wir nur dieser kurzen Andeutung zu bedürfen, um diese Gedichte in Vieler Hände zu sehen. Auch die äußere Ausstattung ist nett und würdig.

Druck und Verlag von Wilhelm Tümmel S. Nr 514 am Rathhaus.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 17. **April** 1849. **№ 107.** **Dienstag: Rudolph.**

Deutsche Staaten.

München, den 14. April. Der oberste Gerichtshof Bayerns hatte in seiner heutigen öffentlichen Sitzung Veranlassung, sich über die Frage der Gültigkeit der Grundrechte auszusprechen. Die Untersuchung gegen den Buchdruckeegehülsen Mitzler zu Schwabach wegen Tumultes war nemlich von dem Appellationsgerichte von Mittelfranken zur Aburtheilung in die öffentliche Sitzung des Kreis- und Stadtgerichts verwiesen worden. Mitzler ergriff gegen diesen Ausspruch die Richtigkeitsbeschwerde an den obersten Gerichtshof, indem er eine Richtigkeit darin fand, daß die Sache nach § 46 der Grundrechte nicht vor ein Schwurgericht verwiesen wurde. Der Staatsanwalt bekämpfte die Gültigkeit der Grundrechte, und der oberste Gerichtshof adoptirte diese Ansicht, indem derselbe auf den Grund der Verfassungsurkunde Titel VII. § 2 und §. 30, dann Titel X. § 7 die Richtigkeitsbeschwerde in dieser Beziehung verwarf. (N. M. Z.)

München, 11. April. Die „Neue Münchener Zeitung“ brachte in ihrer gestrigen Beilage über die von ihr mit den originellsten Argument bestrittene Konstituirungsgewalt der Nationalversammlung einen Artikel, in welchem sich die absurde Behauptung befindet, „die Nationalversammlung habe die Lächerlichkeit begangen, eine Verfassung endgültig zu proklamiren, die von „Niemanden“ (!!) als rechtsgültig anerkannt wird, als von ihr selber.“ Diese Entdeckung hat offenbar ihren Ursprung in dem Kopfe eines Nymphenburger Hofpublizisten, — wenigstens ein Mensch mit gesundem Verstand, der nicht mit Absicht eine grobe dumme Lüge sich zu Schulden will kommen lassen, hat diese Entdeckung gewiß nicht gemacht. Niemand im ganzen deutschen Vaterlande soll die von der Nat.-Versammlung endgültig festgesetzte Verfassung als rechtsgültig anerkennen! Wenn auch Hofzeitungen in der Regel das Peivilegium beanspruchen, sich vor allen andern Blättern lächerlich machen zu dürfen, so hat doch wohl eine lächerlichere Behauptung als die obenerwähnte der guten Münchnerin gewiß noch kein Hofblatt zum Besten gegeben. (A. Abdz.)

München, den 15. April. Der Rentbeamte A. v. Rogister in Schongau wurde auf das Rentamt Burghausen versetzt; an dessen Stelle der Finanzrechnungskommissär in München J. C. Fehr, und an Fehr's Stelle der Finanzrechnungsrevisor eben da L. L. Dengler ernannt; der Universitätsprofessor und Adjunkt der mineralischen Sammlungen des Staats Dr. F. v. Kobell zum II. Konservatoe genannter Sammlungen ernannt; die bei dem Bezirksgerichte Frankenthal erledigte Richterstelle dem Staatsprokurators - Substituten G. Dupré verliehen. (N. M. Z.)

Karlsruhe, den 13. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer übergiebt Staatsrath Bekk das von der Regierung zugesicherte Wahlgesetz über die künftige Zusammensetzung beider Kammern der Ständeversammlung, welcher sodann die Berathung der übrigen allenfalls nothwendig werdenden Verfassungsänderungen überlassen werden sollen. Als Hauptpunkte dieses Gesetzes werden von ihm vorläufig bezeichnet: daß bei der ersten Kammer die Standesvorrechte aufhören und deren Mitglieder ebenfalls vom Volke gewählt werden sollen, ebenso falle das Vorrecht, welches seither die Städte vor den Landgemeinden hatten, weg, so daß erstere keine eigenen Abgeordneten mehr in die zweite Kammer wählen dürfen. Die Zahl der Mitglieder der ersten Kammer ist auf 33, jene der zweiten auf 55 festgesetzt und in beiden wird nach dem jetzt bestehenden oder künftigen Reichswahlgesetze gewählt. Das Wahlrecht in die erste Kammer ist ein allgemeines und jeder badische Staatsbürger, der nur einige Steuer bezahlt, zu dessen Ausübung befugt, jedoch werden die Steuerpflichtigen in drei Klassen abgetheilt, deren jede einen Abgeordneten wählt. Die Wählbarkeit ist ebenfalls frei, nur muß der Gewählte in die erste Kammer ein Alter von 40 Jahren und in die zweite ein solches von 30 Jahren nachweisen nebst gutem Leumund u. s. w. Die Wahl in beide Kammern ist eine direkte und geheime. (Schw. M.)

Frankfurt, 12. April. Sicherem Vernehmen nach, sieht der schleswig-holsteinische Bevollmächtigte bei der Centralgewalt sich im Stande, die unbedingte Anerkennung der Beschlüsse der Reichsversammlung vom 27. und 28. März, hinsichtlich des Verfassungswerkes und des Oberhauptes, Namens seiner Regierung auszusprechen. Die Nachricht von der von Seiten der kaiserlichen Regierung verfügten Abberufung der österr. Abgeordneten aus der Paulskirche wird von der »Dtsch. Ztg.« bestätigt. Einige derselben wollen sofort austreten, andere das Ergebniß des Dreißigerausschusses abwarten, ehe sie sich über ihr Gehen und Bleiben entscheiden. Unter den heute neu eingetretenen, aber bis jetzt wenigstens von Seiten des Bureaus noch nicht verkündigten Mitgliedern, ist Herr Hans Alfred Erbe aus Altenburg, der Platz für den 19. kgl. sächs. Wahlbezirk an Herrn Josephs Stille nimmt. Also doch noch. Die in Freiberg erfolgte Wahl des steckbrieflich verfolgten Altenburger Demagogen erregte bekanntlich in Sachsen nicht geringes Aufsehen. (Frkft. O.-P.-Z.)

Frankfurt, 13. April. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaates Frankfurt zeigt das Präsidium an, daß es die Vertheilung einer Anzahl Exemplare der Reichsverfassung an die Mitglieder angeordnet habe; ferner mehrere Eingänge, von welchen blos Notiz zu nehmen seyn werde, nämlich: Mittheilung des Senats, daß er der Reichsverfassung beigetreten sey und deren Publikation verfügt habe. (Frkft. O.-P.-Z.)

Frankfurt, 13. April. Die äusserste Linke, „der Donnersberg“, trennt sich von der gesammten Linken, will sich als republikanischer Klub rekonstituiren und alsbald ihr Programm veröffentlichen. Der Donnersberg erlitt übrigens starke Verluste. (D. Z.)

Frankfurt, 14. April. Eine Extra-Beilage zur hiesigen „Reichstagszeitung“ bringt folgende erfreuliche Nachricht: „Dresden, 13. April. Der Vicepräsident Dr. Schaffrath und mehrere andere Abgeordnete haben in der zweiten Kammer folgenden Antrag gestellt: „„Die zweite Kammer der Volksvertretung im Königreiche Sachsen ersuche ich, in Gemeinschaft mit der 1. Kammer an die Staatsregierung den Antrag zu stellen: 1) daß sie die von der deutschen verfassunggebenden Nateonal-Versammlung in Frankfurt in zweimaliger Lesung beschlossene und am 29. März d. J. als Reichsverfassung bereits verkündigte, von ihrem Gesammtvorstande und ihren Mitgliedern unterschriebene „Verfassung des deutschen Reichs“ nebst dem, am 28. in zweiter Lesung gleichfalls angenommenen „Reichswahlgesetze“ für das Königreich Sachsen als endgültig und verbindlich, in dem Gesetz- und Verordnungsblatte bekannt mache; und 2) daß auch sie, die Staatsregierung, wie die Kammern, jeder Aenderung dieser „Verfassung des deutschen Reiches“ und dieses Reichswahlgesetzes, welches auf andere, als die in jener selbst bestimmten Weise etwa versucht werden sollte, den entschiedensten Widerstand entgegensetze.““ (Es bestätigt sich nach Lpz. Blättern.)

Frankfurt, 14. April. Heute Mittag zwölf Uhr haben die Bevollmächtigten der acht und zwanzig Regierungen ein Dokument unterzeichnet in welchem jene Regierungen ihre Zustimmung zur Reichsverfassung und zur Uebernahme der Kaiserwürde durch den König von Preußen erklären.

Der würtembergische Bevollmächtigte war zwar noch nicht zur Unterzeichnung bevollmächtigt, zeigte aber den lebhaftesten Antheil. Von den österreichischen Abgeordneten sind bereits mehrere abgereist, Andere (die meisten) haben beschlossen, zu bleiben. Die letzte österreichische Note erkennt gar keine Reichsversammlung mehr an, protestirt gegen jede etwa neu zu schaffende Centralgewalt, und erklärt, den Erzherzog Reichsverweser zu Verhandlungen mit den Regierungen bevollmächtigt zu haben. Aus Ungarn sind sehr schlimme Nachrichten eingetroffen. (D. Z.)

Darmstadt, den 13. April. In dem Proceß Görlitz sind dieser Tage neue Ergebnisse gewonnen worden. Bei einem in Kurhessen lebenden Verwandten des angeschuldigten Bedienten der Gräfin haben sich werthvolle Effekten gefunden, die als Eigenthum der unglücklichen Gräfin recognoscirt wurden. Wahrscheinlich wird dieser Proceß einer der ersten seyn, welche den im Juni zum ersten Mal zu Gericht sitzenden Assisenhof beschäftigen werden. (Frkft. O.-P.-Z.)

Kassel, den 12. April. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung wurden verschiedene Anträge bezüglich der Aufrechthaltung der Beschlüsse der Nationalversammlung und der durch selbige begründeten Verfassung gestellt und ein Ausschuß ernannt, um selbige sofort in einen Gesammtantrag zu formuliren; die Sitzung wurde inzwischen auf einige Zeit suspendirt und alsdann beschlossen, bei der Staatsregierung zu beantragen, ihren Bevollmächtigten zu der Erklärung zu instruiren: »1) daß Kurhessen an der von der Nationalversammlung auf Grund der Volksfreiheit verkündigten Verfassung Deutschlands als zu Recht bestehend halte und gegen jeden Eingriff in dieselbe protestire als gegen Verrath am deutschen Volke; 2) daß die Annahme der Kaiserkrone an keine Bedingungen geknüpft werde; 3) Kurhessen erwarte, daß alle deutschen Staaten sich in gleichem Sinne aussprechen werden.“ Morgen Vormittag ist die Sitzung, um die Erklärung der Regierung hierauf entgegenzunehmen. (Kass. Z.)

Homburg vor der Höhe, den 12. April. Endlich ist der Zusammentritt unserer konstituirenden Landtagsabgeordneten erfolgt. (Frkft. J.)

Wiesbaden, den 12. April. Das Stück 10 des Reichsgesetzblattes, welches die Aufhebung der Spielbanken verfügt, hat nun bei uns Gesetzeskraft erlangt. (F. J.)

Oldenburg, 8. April. Wie wir von sicherer Hand vernehmen, hat unser Großherzog sich wiederholt nach Berlin an Se. Maj. den König mit dem dringenden Ersuchen gewandt, sich der Wahl der Nat.-Versammlung, nach zu erwartender Beistimmung der deutschen Fürsten, nicht zu entziehen und zum Heil des Vaterlandes die Kaiserkrone anzunehmen. (D.-P.-Z.)

†*† **Berlin,** den 13. April. In der Sitzung der zweiten Kammer beantragt Wesendonck in Bezug auf das Plakatengesetz: die Kammer wolle, ohne in die Berathung der einzelnen §§. der Vorlage einzugehen, dieselbe als unzuläßig zurückweisen. Es entspinnt sich eine Diskussion darüber, ob dieser Antrag mit dem Antrage auf Tagesordnung identisch sey. Der Präs. nennt den Antrag einen »Verbesserungs-Vorschlag« (Amend.) Die Linke ruft Bravo. (Heiterkeit). — Wesendonck verwahrt seinen Antrag gegen eine Gleichstellung mit dem Antrage auf Tagesordnung. Er wolle nicht blos ein Nichteingehen auf die Berathung des Gesetzes, sondern eine positive Erklärung, daß dasselbe verfassungswidrig sey und gegen die Grundrechte des Volkes streite. — Keller hält es für unzuläßig, eine Vorlage zu verwerfen, bevor man sie geprüft habe. — v. Berg: Es widerspreche dem Reglement, bei Anträgen zwischen den Zeilen zu lesen. Der Wortlaut des Reglements sey nicht blos für die Rechte in Anspruch zu nehmen. Die Majorität entscheidet sich für diese Meinung.

Rupp gegen das Gesetz. Die Motive der Regierung sprechen fast nur von polizeilichen Uebelständen, die älteren Gesetze sollen von den jüngeren nicht überklebt werden. Absicht und Erfolg gehen aber hier weit auseinander. Der Centralausschuß spricht es zuerst aus, man wolle politischen Gefahren vorbeugen. Nicht das gewerbtreibende Publikum, sondern die Regierung solle geschützt werden. Welche Gefahren sollen vermieden werden? Es gibt eingebildete Gefahren, durch deren Verhütung wirkliche erst hervorgerufen werden (Bravo.) Die Verfassung gewährt freie Meinungsäußerung. Der Centralausschuß sieht darin keine Verkümmerung der Preßfreiheit, sondern nur eine Beschränkung in der Verbreitung der Produkte der

Presse. Diese Preßfreiheit hatten wir auch unter der drückendsten Censur. Die Verfassung vom 5. Dez. erklärt dagegen ausdrücklich jede Beschränkung des freien Verkehrs mit Produkten der Presse als eine Beschränkung der Preßfreiheit. Eben so ist die Verbreitung der Gedanken als Gewerbe nach der Verfassung gegen jede Beschränkung geschützt. Der §. 2 des Gesetzes, der das Gewerbe von polizeilichen Konzessionen abhängig macht, ist im Widerspruch mit der Verfassung, er hebt ein durch sie verbürgtes Recht geradezu auf. Noch verwerflicher erscheint das Gesetz auf dem Standpunkt der polit. Rücksichten. Der Centralausschuß hält die „Aufregung" hauptsächlich für ein die Vorlage rechtfertigendes Motiv. Es soll Nichts verbreitet werden, was der Regierung unbequem oder bedenklich scheint. Es ist das die Rücksicht, welche die Anhänger des Polizeistaates in diesem Hause von den Freunden des Rechtsstaates scheidet. (Bravo.) Ich will eine starke Regierung. Eine Regierung, die vor jeder Aufregung zittert, ist davon das gerade Gegentheil. (Bravo.) Der Deutsche folgt gern einem Führer, aber er soll Geist und Charakter haben, er soll nichts durch Drohungen, Gewalt und Hinterlist erreichen wollen. (Bravo.) Fredrich II. war ein starker Fürst, und wir wissen, wie er sich gegen Plakate verhielt. (Bravo.) Die Minister können ohne ein solches Gesetz nicht regieren, sollen wir ihnen nun helfen, ein Land, das sie nicht regieren können, zu belagern?

Wird eine Aufregung, die nur gehindert wird, sich zu äußern, nicht vorhanden seyn? Hat dem 18. März durch die Verbote politischer Plakate vorgebeugt werden können? Die größte Gefahr erzeugt immer der Despotismus selbst, zumal wenn er sich hinter der Maske der Gesetzlichkeit birgt. Vor dem Haß, den der Despotismus erzeugt, schützt keine Majestät, kein „von Gottes Gnaden," noch weniger ein Gesetz. Die Verwerfung dieses Gesetzes wird dem Theil der Bevölkerung zur Beruhigung gereichen, welchem mit der Anerkennung der Verfassung vor der Revision nicht genügt worden ist. Er wird zeigen, daß die Majorität dieses Hauses die konstitutionelle Monarchie ernstlich will, nicht aber den konstituirten Despotismus. (Rauschender Beifall.) — Riedel (Barnim): Plakate sind ursprünglich nur zur Beruhigung bestimmt, aber die Regierung kann die Mitbenutzung der öffentlichen Denkmale u. s. w. nicht gestatten, wenn Plakate mißbräuchlich zur Aufreizung, zur Anreizung zum Haß gegen öffentliche Behörden verwandt werden. Erfahrungsmäßig war gerade dies die Richtung des Plakatenunwesens. Soll sich die Polizei nun zur Mitschuldigen dieses Unwesens machen? Das Plakatenwesen hat nichts mit der Preßfreiheit zu thun, es trifft zusammen mit dem Gewerbe, welches sich mit der Verbreitung der Produkte der Presse beschäftigt. Es kann aber Niemand im Interesse der Preßfreiheit die Benutzung des öffentlichen Eigenthums verlangen, so wenig als durch eine Berufung auf die Gewerbefreiheit. Nicht die Straßenliteratur ist der Kampfplatz der Geister. (Bravo.) Dieser Straßenunfug kann nimmermehr als eine Bedingung der freien Presse angesehen werden. Nehmen Sie das Gesetz an, es wird einen Grundpfeiler bilden für die vernunftgemäße Freiheit. (Bravo rechts, Lachen links.) Der Justizminister erhebt sich. Lärm. Einige Stimmen links: Wir müssen erst wissen, wer der Herr ist. — Graf Brandenburg: Ich bitte, das Schreiben verlesen zu lassen. Präsident verliest das Schreiben: „Da in der h. K. Zweifel darüber erhoben sind, ob der Justizminister Simons von Seiner Majestät zum Minister der Justiz ernannt worden, so erlaube ich mir, auf die durch den Staats-Anzeiger zur öffentlichen Kenntniß gebrachte Ernennung zu verweisen." (gez.) Der Ministerpräsident Graf Brandenburg. Minister Simons vertheidigt das Gesetz.

Behrens: Man habe gesagt, die Plakate der Behörden seyen zur Beruhigung bestimmt. Es erinnert an zahlreiche Fälle, wo Plakate von Privatpersonen beruhigend der Aufregung entgegengetreten seyen, welche Plakate der Regierung hervorgerufen hatten. Die Ecken der Häuser seyen übrigens nicht Eigenthum der Polizei, sondern der Hausbesitzer. Die Aufregung wird nicht durch die Plakate, sondern durch die Gerüchte hervorgerufen, die ins Publikum kommen. Die Regierung hat oft ein Interesse daran, die Wahrheit zu verhalten. Die Absicht des Gesetzes geht dahin, nach Aufhebung des Belagerungszustandes ihn faktisch fortdauern zu lassen; die Absicht geht dahin: die öffentliche Meinung ausschließlich durch die Regierung beherrschen zu lassen. Der Zweck geht eben dahin, wie der der Bücherverbote. Hochgestellte Personen erfahren die politischen Neuigkeiten, wie früher den Inhalt verbotener Bücher, auch sonst, aber der Arbeiter muß sie auf der Straße aufsuchen. Die Regierung muß durch öffentliche Meinung beherrscht werden; will sie dies nicht, so muß sie abtreten. Nach der Verfassung sollte man die Aufhebung aller Konzessionen der Buchhändler, Buchdrucker rc. erwarten, aber freilich nimmt das Ministerium der Oktroyirungen mit einer Hand reichlich, was es mit der andern gegeben. — Der Redner überreicht 2 Petitionen aus Ruppin und Züllichau für Verwerfung. Schluß der allgemeinen Diskussion wird beantragt und angenommen.

†*† **Berlin**, 13. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer ist von dem Abg. Rodbertus folgender dringlicher Antrag gestellt worden: I. Die Kammer wolle folgende Beschlüsse fassen: In Erwägung, daß bei den Verwickelungen der europäischen Verhältnisse und der eigenen Lage des Vaterlandes die baldige Verwirklichung eines den Erwartungen des deutschen Volkes entsprechenden öffentlichen Rechtszustandes in Deutschland dringendes Bedürfniß ist; daß es die Pflicht der einzelnen deutschen Staaten ist, zur baldigen Herbeiführung eines solchen Rechtszustandes nach Kräften mitzuwirken, daß ein solcher Rechtszustand nur dann in kürzester Frist ins Leben gerufen werden kann, wenn die einzelnen deutschen Staaten sich der von der deutschen Nationalversammlung beschlossenen Verfassung nicht entziehen; erklärt die zweite Kammer: 1) daß sie den in der Cirkularnote vom 3. April betretenen Weg der Vereinbarung der deutschen vereinzelten Staaten unter sich und mit der deutschen Nationalversammlung als ungeeignet zur baldigen Herbeiführung eines entsprechenden öffentlichen Rechtszustandes in Deutschland entschieden mißbillige; 2) daß sie insbesondere in der Verwirklichung dessen, was diese Note über die Modalitäten eines weiteren und die eventuelle Form eines engeren Bundes andeutet, eine Täuschung der Erwartungen Deutschlands erblicken würde; 3) daß sie vielmehr ihrerseits die von der deutschen Nationalversammlung vollendete Verfassung als rechtsgiltig anerkenne und die Ueberzeugung hege, daß eine Abänderung derselben nur auf dem von der Verfassung selbst vorgeschriebenen Wege zulässig ist. II. Zur Berathung dieses Beschlusses denselben an eine von den Abtheilungen zu wählende, aus 21 Mitgliedern bestehende Kommission zu verweisen. Der Antrag hat in Bezug auf die Dringlichkeit genügende Unterstützung erhalten.

Schleswig, 10. April. Ich kann Ihnen die Mittheilung machen, daß die Dänen von dem 9. Linienbataillon Schleswig-Holsteiner mit den Bajonetten über die Königsau getrieben worden sind, indem gestern Abend General v. Bonin nach Hadersleben sein Hauptquartier verlegt hat. Truppen ziehen unaufhaltsam nach dem Norden. Rascher können aber die Schritte nicht geschehen, weil wir noch nicht hinreichende Kavallerie haben, die bei einem Einmarsch in Jütland nothwendig ist. Das schöne kurhessische Husarenregiment hat uns indeß verlassen. Bayern zogen heute Morgen durch. In Schleswig liegt es voll von Preußen und Polen, etwas wüste Gesellen. Die Expedition nach Eckernförde soll den Zweck gehabt haben, nach Demolirung der Batterien Truppen ans Land zu setzen, die auf Transportschiffen auf der See nur auf Nachricht warteten, um dann durch Schwansen Friedrichstadt anzugreifen, während die Schiffe von der Seeseite ein Bombardement hatten eröffnen sollen. (Z. f. N.)

Stuttgart, 13. April. In der heutigen Sitzung wurde der von Seeger gestellte Antrag (siehe unsere gestrige Nummer: „Stuttgart.") mit 59 gegen 19 Stimmen angenommen.

Italienische Staaten.

Briefe aus **Mailand** (12. April) glauben, daß Radetzky selbst sich zum Belagerungsheer vor Venedig begeben werde. Alessandria wird nun doch von österreichischen Truppen besetzt, und zwar am 14. April. In Genua dauerte — wenigstens bis zum 8. d. Abends — der Aufstand fort, von Gräueln begleitet. So melden Turiner Blätter, die bis zum 11. d. reichen. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Nachruf

an unsern zu früh entschlafenen Freund

Herrn

Michael Herold.

Warum legst Du, o Freund! — so gut und bieder —
Den Pilgerstab so bald am Grabe nieder?
Hielt Dich denn nichts ans Leben mehr zurück?
Nicht Deine Gattin, nicht die zarten Kleinen,
Die trostlos jetzt an Deinem Grabe weinen,
Nicht Deiner Freunde thränenvoller Blick?

Dir war das Leben doch so lieb, die Freuden,
Die es hatte, so wie auch seine Leiden
Nahmst dankbar Du, mit starkem Herzen an,
Wir sahen jede Pflicht Dich treu erfüllen,
Und manches Gute übtest Du im Stillen;
Und gingst so ruhig Deine stille Bahn.

Wir haben stets Dich wahr und treu erfunden,
Dank Dir — Vollendeter! für jene Stunden —
Wir denken ihrer — bist Du uns auch fern.
Schlug auch zu früh die ernste Trennungsstunde,
Ein Blick nach oben — heilt die tiefe Wunde —
Hoch überm Grabe glänzt ein heller Stern!

Geschäfts-Verkauf.

Aus Gesundheitsrücksichten ist in einem Städtchen in der Nähe Nürnberg's ein, seit einer Reihe von Jahren im besten Betrieb stehendes Flaschner-Geschäft in Weiß- und hauptsächlich Schwarzblechwaaren, dann in verzinnten Geschirren aus freier Hand zu verkaufen mit einem Wohnhause. Das Geschäft kann nach allen Seiten Konkurrenz halten. Portofreie Anfragen besorgt unter B. C. die Exped. d. Bl.

(Gesuch.) In einem Gasthof ersten Ranges findet ein wohlgesitteter Mensch unter annehmbaren Bedingungen ein Unterkommen als Kellner-Lehrling.

Herrmann Schaarschmidt jun.

Strumpfwaaren-Fabrikant aus Kändler in Sachsen,

empfiehlt gegenwärtige Messe wieder sein assortirtes Lager in allen Sorten Handschuhen von Seide, Zwirn und Baumwolle, Kinder- und Frauenhauben, Kinder-Netze, Strümpfe, Geldbörsen, Unterhosen für Herren und Frauen, nebst mehrere in dieses Fach einschlagende Artikel. — Sein Verkaufslokale befindet sich im weißen Engel am Tuchhaus.

Umschlagetücher- u. Shawls-Lager

neuester Pariser und Wiener Fabrikate empfehlen zur Messe

Gebrüder Dombrowsky

aus Leipzig.

Verkauf in einem Gewölbe des Hrn. Färber Papst auf der Schütt.

Dank und Lebewohl.

Die „Wanderer" machen nochmals ihren ergebensten Dank für den gestrigen Besuch und wünschen ihren Gönnern ein herzliches Lebewohl.

Wehefeld.

Hauskauf-Gesuch.

In einer lebhaften Straße wird ein Haus in gutem Bauzustande, welches Parterre-Räumlichkeiten und Keller besitzt, zu kaufen gesucht. Verkäufer werden um genaue Beschreibung und Angabe des äussersten Preißes, unter Adresse R, abzugeben bei der Expedition d. Bl., gebeten.

Anzeige.

Unterzeichneter verkauft während der heurigen Ostermesse verschiedene Gegenstände, besonders Kupferstiche Lythographien, Bilderbögen, Galanterie- und Kinderspielsachen, welche durch das Hochwasser gelitten haben, zu äusserst billigen Preisen, und bittet um gütiges Wohlwollen und gefällige Abnahme.

Seine Bude befindet sich dem Hause des Herrn Hebenstreit gegenüber.

M. H. Fritschel.

Rosenau.

Montag den 16. April „Kränzchen." Wozu ergebenst einladet

G. Schwabe.

Molkenkur-Anstalt zu Streitberg in der fränkischen Schweiz.

Die Molkenkur-Anstalt zu Streitberg wird am 1. Mai eröffnet.

Dr. G. Belegieb.

(Verlaufen) Ein schwarz und weiß getupfte junge Hündin mit einem ledernen Halsband, auf den Namen Juno gehend, hat sich verlaufen. — Man bittet um Zurückgabe gegen Erkenntlichkeit in S. Nro. 330 Lammsgasse im zweiten Stock.

(Verloren.) In Nro. 1488 der Mohrengasse wurde vergangenen Sonnabend ein massiv goldener Ring, welcher mit „J. J. 1842" bezeichnet ist, verloren. Der redliche Finder wird um Rückgabe gegen ein gutes Douceur gebeten.

(Gesuch.) Ein Mädchen, welches gut kochen kann und in allen andern Hausarbeiten wohl erfahren ist, sucht bis Ziel oder 14 Tage nach dem Ziel bei einer soliden nicht zu großen Familie unterzukommen.

(Zu verkaufen) Ein noch fast neuer Flaschenzug mit Seil, auf 100 Centner ist zu verkaufen.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 18 April 1849. № 108. Mittwoch: Valerian.

Deutsche Staaten.

München, 15. April. Das Gerücht taucht wieder auf, daß v. d. Pfordten nun doch ins Kabinet treten und das Portefeuille des Auswärtigen erhalten werde. Ich muß die Bestätigung dahin gestellt seyn lassen. Gewiß aber ist, daß nach eben gefaßter kgl. Entschließung der Landtag abermals bis zum 15. Mai vertagt worden ist, und zwar aus demselben Grunde, aus welchem die letzte Prorogation erfolgt war — wegen der verlängerten Ungewißheit der Lösung der Dinge in Frankfurt. Es fragt sich nur, ob er nicht gerade deßwegen berufen werden sollte. (A. A. Z.) (Bestätigt durch das jüngste Regierungsblatt. Diese Vertagung ist ein Manöver, für das uns der **richtige** Ausdruck fehlt.

Mannheim, den 13. April. Endlich am 2. Mai dieses Jahres wird Fickler vor dem Freiburger Ausnahmsgerichte zur Aburtheilung kommen; Brentano, seinem Vertheidiger, ist die deßfallsige gerichtliche Anzeige zugegangen. (Mannh. Abdz.)

Frankfurt, den 14. April. Heute Vormittag 11 Uhr hat eine Konferenz des Reichsministeriums mit den Bevollmächtigten stattgefunden, über welche wir nachstehendes mittheilen können. Anwesend waren 29 Bevollmächtigte; Oesterreich durch Herrn v. Schmerling, Preussen durch Hrn. v. Kamptz vertreten, da Herr Camphausen noch nicht von Berlin zurückgekehrt war; der Bevollmächtigte von Hannover fehlte ebenfalls. Ministerpräsident Hr. v. Gagern richtete folgende Anrede an die Versammelten: „Die verfassunggebende Reichsversammlung hat in ihrer 175. Sitzung am 27. März d. J. die 2. Lesung der deutschen Reichsverfassung zu Ende geführt und in ihrer 176. Sitzung am 28. März d. J. die Reichsverfassung verkündigt. Die ganze Nation, die Fürsten und Regierungen sind den Arbeiten der Reichsversammlung gefolgt, haben an dem Zustandekommen des Verfassungwerkes Theil genommen und konnten sich von den großen Schwierigkeiten desselben überzeugen. Die Aufrichtung des Bundesstaates mit starker Centralgewalt und einer mit umfassenden Rechten ausgestatteten Volksvertretung erfordert große Opfer von Seiten der Regierungen der Einzelstaaten. Die Entschädigung dafür liegt in der Wohlfahrt des Ganzen, in der Gesammtmacht, welche auf die Einzelnen zurückfließt. Das Ministerium der Centralgewalt sieht es für seine Pflicht an, zur Verwirklichung der nunmehr beendigten Reichsverfassung, so viel an ihm ist, mitzuwirken; es ist der Ansicht, daß durch den §. 1 in Verbindung mit den §. 87 der Reichsverfassung künftigen Bestimmungen über das besondere Bundesverhältniß Oesterreichs, deren Nothwendigkeit von der Nationalversammlung durch Beschluß vom 12. Januar d. J. anerkannt worden ist, nicht präjudizirt werde. Indem ich mich beehren werde, einem jedem der Herren Bevollmächtigten bei der Centralgewalt nebst einer Ausfertigung des Protokolls über die heutige Konferenz ein Exemplar der authentisch ausgefertigten Verfassung des deutschen Reiches zum Zwecke der gefälligen Mittheilung an die resp. Regierungen zuzustellen, drücke ich nur noch Namens des Ministeriums der Centralgewalt den Wunsch und die Hoffnung aus, alle Staatenregierungen möchten in dieser Verfassung das sicherste und einzige mögliche Band der Einigung unter den Fürsten und Völkern erblicken, und deßhalb durch deren Vollziehung dem Vaterlande die langersehnte riedliche und gesetzliche Grundlage sichern."

Hr. v. Schmerling dankt für die Mittheilung der von der Nationalversammlung als endgültig beschlossenen Verfassung, und hat, da hieran nur der Wunsch, daß sie ins Leben geführt werde, geknüpft sey, nur die Bemerkung zu machen, daß Oesterreich stets das Prinzip der Vereinbarung festgehalten habe, dasselbe, ungeachtet der Beschlüsse der Nationalversammlung, auch jetzt wahre, und sich seine Anträge und Erklärung vorbehalte. Luxemburg schließt sich dieser Aeußerung an. Welcker ist in der Lage, die Zustimmung der badischen Regierung zu den Beschlüssen der Nationalversammlung zu erklären. In ähnlicher Richtung äußern sich: Nassau, beide Hessen, Schleswig-Holstein, beide Mecklenburg, Altenburg, die drei Anhalt, Frankfurt, u. a. Oldenburg wird mit Weimar, Meiningen, Koburg-Gotha, Braunschweig, Bremen, Lübeck u. a. auf die preußische Zirkularnote eine Erklärung wahrscheinlich heute noch abgeben, welche ohne Zweifel ebenfalls den Beschlüssen der Nationalversammlung zustimmen wird. Preußen, Bayern und Königreich Sachsen behalten ihre Erklärung vor. Württemberg hat noch keine offizielle Aeußerung seiner Regierung, zweifelt aber nicht, daß dieselbe nach den bereits ausgesprochenen Grundsätzen sich den Beschlüssen der Nationalversammlung anschließen und thun werde, was die Lage der Sache erheischt. (Frkf. O.-P.-Z.)

Darmstadt, 14. April. Mehrere Deputirte unserer zweiten Kammer, die sich vor einigen Wochen bis zum 23. April vertagt hat, haben den Präsidenten aufgefordert, die Kammer zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzuberufen. Der Zweck dieser Sitzung, welche in den nächsten Tagen auch wirklich stattfinden wird, ist, die Staatsregierung zu ersuchen, unverzüglich die Reichsverfassung öffentlich anzuerkennen. Auch in der ersten Kammer wird derselbe Antrag, wie man aus sicherer Quelle vernimmt, und zwar noch heute gestellt werden. Man zweifelt nicht daran, daß ein übereinstimmender Beschluß beider Kammern erfolgen wird. (Frkf. O.-P.-Z.)

Kassel, den 12. April. Der Landtagskommissär erklärte so eben in der Ständeversammlung auf die gestrigen Anträge in Betreff der deutschen Verfassungsfrage, daß die Regierung die Verfassung des deutschen Reiches anerkenne, und eine Abänderung derselben nur auf dem in der Verfassung gegebenen Wege zulässig halte, die Zustimmung zu der Kaiserwahl auch unter dieser Bedingung ertheilen, und bei allen andern Regierungen auf gleiche Anträge hinwirken werde.

†*† **Berlin**, 14. April. Zu dem in Frankfurt stattfindenden Kongresse der Bevollmächtigten deutscher Regierungen werden von hier aus verschiedene bei dem Gegenstand der Berathungen nicht mittelbar Betheiligte sich nach Frankfurt begeben. Es ist bemerkenswerth, daß zwei Männer, die früher mit ganz heterogenen Missionen beauftragt waren, in einem, wie kaum zu bezweifeln ist, amtlichen Auftrag an den Sitz der Centralgewalt abgegangen sind. Es scheint fast, als besorge man ein Attentat auf dem Kongreß, wenigstens pflegt die Abordnung der erwähnten Personen nie anders als im Zusammenhange mit derartigen Besorgnissen zu erfolgen.

Der kleine Nachbarstaat Preussens, Anhalt, hat seinen besten Vorkämpfer für die einheitliche Gestaltung Deutschlands mit freien Institutionen, zum Kongreß als Bevollmächtigten gesendet. Die anhaltische Bevölkerung ist mit ihrer Regierung darin einig, daß die vom Parlament beschlossene Verfassung unverändert angenommen werde. Von Habicht's entschiedenem Auftreten hofft man deßhalb allgemein, daß er in dem Kampfe für die Erreichung dieses Zieles ein Gewicht in die Waagschaale legen werde. Derselbe ist deshalb, dem allgemeinen Wunsche nachkommend, selbst nach Frankfurt gereist.

Verschiedene Vorkehrungen und Unterhandlungen deuten darauf hin, daß das Gouvernement mit der Absicht umgeht, die gegenwärtige sehr bedeutende Verstärkung der hiesigen Garnison, wenn nicht gerade in dem jetzigen, so doch in einem nicht viel geringern Umstande zu fixiren. Unter Anderem werden vielfach wegen Errichtung neuer Kasernengebäude Verhandlungen gepflogen. Auch mit dem Magistrat steht der Militärfiskus wegen Ankaufs des unter dem Namen „Ochsenkopf" auch außerhalb Berlins bekannten sehr umfangreichen Arbeits- und Strafhauses in der Alexanderstraße in Unterhandlung. Der Abschluß des Kaufvertrages soll nur noch von der Wiederherstellung der sehr beschädigten Spreeufer hinter dem Arbeitshause abhängig seyn. Die jetzt in jenem Gebäude befindlichen Sträflinge sollen nach dem Zellengefängniß bei Moabit übergesiedelt werden.

[II. Kammer. Sitzung vom 14. April.] An der Tagesordnung ist Fortsetzung des Berichts über das Plakatengesetz. Eberty gegen das Plakatengesetz mit Verweisung auf England. Die Engländer sind loyal, wie sie frei sind. In England trägt man Plakate auf Stangen in den Straßen umher, Niemand sieht darin eine Störung des Verkehrs. Die Regierungen Englands schützen die Freiheit jedes Bürgers, und wenn er am äußersten Ende der Erde ist, darum achtet der Engländer das Gesetz und die Autorität. Die Regierung Englands will kein Monopol wie unsere Regierung durch dieses Gesetz. — Urlichs verwahrt seine Partei gegen die Annahme, als sey sie nicht loyal, und als wolle sie die Zustände Englands im Vaterlande nicht verwirklichen. Eine Bestimmung im Paß- und Vereinigungsgesetze werde hierzu führen. (Heiterkeit.) Man habe auf das Beispiel Friedrichs des Großen hingewiesen. Das sey der Polizeistaat gewesen. Ein Fürst, der die Festungen gegen jede mißliebige Person zur Verfügung hatte, brauchte ein Plakat niche zu fürchten. Das Gesetz beabsichtige nicht einen Polizeistaat, sondern eine Staatspolizei zu konstituiren. Auch seyen die Verhältnisse des Augenblicks verschieden von geordneten Zuständen. Vor allen Dingen käme es jetzt darauf an, jene Verhältnisse zu beseitigen, um den Belagerungszustand aufheben zu können. So lange nicht der Schlund der Barbarei gestopft sey, so lange die Anarchie nicht beseitigt sey, welche im vorigen Jahr zweien der edelsten Vertreter des Volkes das Leben geraubt habe, könne man den Rechtsstaat, zu dessen Begründung auch die linke Seite des Hauses beigetragen habe durch Anerkennung der Verfassung (Heiterkeit) nicht für befestigt erachten.

v. Kirchmann: Der Justizminister habe gestern das Gesetz vom Standpunkt des Rechts aus zu vertheidigen unternommen. Das sey das Kühnste, das Jemand unternehmen könne. Die Häuser gehören den Privaten, die Straßen und Plätze den Gemeinden. Welches Recht die Polizei an diesem habe, sey nicht zu begreifen. Das Gesetz von 1790, auf das der Justizminister sich berufen, sey ein gewöhnliches Polizeigesetz, und es sey ihm noch nicht vorgekommen, daß ein Jurist Polizei und Recht in dieser Weise vermische. Daß der Chef der Justiz eine solche Vermischung sich zu Schulden kommen lasse, sey ein sprechendes Zeichen für die Lage unseres Landes (Bravo) und eröffne einen trüben Blick in die Absichten der Regierung. Indessen wolle er nicht versuchen, zu überzeugen. Wer sich fürchte, der sey nicht durch Gründe zu überzeugen, wenn er auch erkläre, er fürchte sich nicht. Am Tage glauben auch die Kinder nicht an die Gespenster, die sie doch fürchten (Heiterkeit.) Er wolle nur auf Betrachtung der Vorgänge des letzten Jahres zurückgehen. Der Zug vor das Camphausen'sche Palais, der Zeughaussturm u. s. w. sind lediglich durch die Erbitterung über Maaßregeln der Regierung hervorgerufen worden, nicht durch Plakate. Eben so unschuldig sind diese an den Epochen des September und Oktober. Die Länder, in denen das Plakat völlig frei gelassen wird, England und Amerika, sind von Revolutionen frei geblieben. Frankreich trotz seiner Freiheitskämpfe entbehrt noch die Grundrechte, und das Niederhalten der Plakate zwingt die öffentliche Meinung, sich durch Gewalt Luft zu machen. Besonders wichtig seyen

die Plakate für die freie und zweckmäßige Ausübung des allgemeinen Wahlrechtes, und alle Gründe, die man für das Plakatengesetz vorbringe, seyen wörtlich dieselben, die man für die Censur vorgebracht habe. Das Plakatenverbot sey ganz identisch mit der Censurpflichtigkeit der Schriften unter 20 Bogen, und wie alles Bemühen gegen die Preßfreiheit vergeblich gewesen sey, so werde auch die Unterdrückung der Plakatenfreiheit keinen Erfolg haben. — Der Redner überreicht eine mit 2560 Unterschr. versehene Petition aus Prenzlau und Umgegend. Seine Bemerkung, daß die Unterzeichner die Wähler des Präsidenten seyen, und daß dieß gewissermaßen die Verkörperung ihrer gemäßigten Gesinnungen sey, erregt Heiterkeit. Zum Schluß erinnert der Redner, daß das Plakat, welches Luther an die Schloßkirche zu Wittenberg geheftet, die Reformation hervorgerufen habe.

Der Justizminister erklärt: Er werde die persönl. Angriffe wegen der Art, in der man sie vorgebracht habe, nicht beantworten. Der Redner habe seine Argumente entstellt, um daraus eine Vermischung von Recht und Polizei zu erreichen. Von einem Verfügungsrecht der Polizei über öffentl. Straßen und Plätze habe er nicht gesprochen, und jeder Kenner des französ. Rechts wisse, daß das von ihm angeführte Gesetz bis in die neueste Zeit die Grundlage der Gesetzgebung gegen das Plakatenwesen bilde. Die Doktrin, die Gesetze, die Rechtssprüche der Gerichte würden diese Behauptung unterstützen. — Keller: Der erste Grundsatz parlamentarischer Debatte sey, daß man dem Gegner die gute Absicht zutraue. Er würde es eben so seiner Seite des Hauses verargen, wenn sie auf die gegnerischen Feinde der Ordnung sähe, als er es der Linken verdenken müsse, daß sie in der Rechten die Feindin der Freiheit erblicke. Was aber das Gesetz betreffe, so hält der Redner die Erfahrungen des letzten Sommers für genügend, um das Gesetz zu rechtfertigen. Es komme darauf an, die Mehrheit zu schützen gegen die Minderheit. Die schlechte Literatur habe ihren Weg in die Plakate genommen, es sey dies die Literatur, die auf die Thorheit und die schlechten Leidenschaften spekulire. Wenn ihn sein Gedächtniß nicht trüge, so habe man die Regierung gezwungen, mit der Wahrheit hervorzutreten, aber immer nur dadurch, daß man Unwahrheiten an die Mauern geklebt habe. Nicht die Arbeiter, sondern die Müßiggänger haben aus den Plakaten ihren Belehrung gezogen. Durch Beseitigung solcher Zustände werde man auch den geordneten gesetzlichen Zustand herstellen. — Esser (zu einer pers. Bemerkung): Er sey seit Jahren der öffentlichen Rede entwöhnt, eine Bemerkung des Justizministers aber habe seine juristische Persönlichkeit dermaßen empört, daß er seine Jungfräulichkeit aufzugeben genöthigt sey. Der Redner will die Rechtsgründe des Justizministers widerlegen, er spricht indeß sehr unverständlich, bis der Präsident ihm bemerklich macht, es sey dies keine persönl. Bemerkung.

Schluß der Diskussion über §. 1. — Jung zieht sein Amendement zurück. §. 1. des Regierungs-Entwurfs kommt zur Abstimmung. Er lautet: „Mit Ausnahme der Bekanntmachungen öffentlicher Behörden dürfen Anschlagzettel und Plakate nur Anzeichen über öffentliche Vergnügen, Verkäufe, Auktionen, gestohlene, verlorne oder gefundene Sachen, oder ähnliche Nachrichten für den gewerblichen Verkehr, oder Einladungen zu erlaubten, gesetzlich angezeigten oder genehmigten Versammlungen enthalten, und in Städten und Ortschaften nur an denjenigen Stellen, welche die Ortspolizeibehörde zu diesem Zwecke gestattet, angeheftet, angeschlagen oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden. Die zur Ausführung dieser Vorschrift erforderlichen Bestimmungen werden von den Ortspolizeibehörden getroffen. Außer der gesammten Linken stimmen mehrere Mitglieder des rechten Centrums (Osterrath, Schneeweiß, Sperling (Jesterberg), Riedel (Oppeln,) Naumann, Rohden und Andere) für die Verwerfung. Das Ergebniß ist: 148 für, 162 gegen den Entwurf, 14 fehlen, 14 sind beurlaubt. §. 1 ist mit einer Majorität von 14 Stimmen verworfen. — Graf Arnim: Er gehöre auch zu den Abgeordneten für Prenzlau, und ihm seyen von seinen Wählern Petitionen zugeschickt worden, welche den Belagerungszustand so lange aufrecht erhalten wünschen, bis die Regierungsvorlagen Gesetzeskraft haben. Unter den Petenten des Abgeordneten für Ratibor scheinen seine Wähler mithin sich nicht zu befinden. Es wird zur Diskussion des § 2 fortgeschritten. Er lautet: „Wer auf öffentlichen Straßen zur Verbreitung im Publikum bestimmte Druckschriften oder bildliche Darstellungen verkaufen oder vertheilen, oder das Anheften derselben zweckmäßig betreiben will, bedarf dazu einer Erlaubniß der Ortspolizeibehörde, und muß den Erlaubnißschein, in welchem sein Name ausgedrückt ist, bei sich führen. Die Erlaubniß kann jederzeit zurückgezogen werden." Der Centralausschuß hat nur den Schlußsatz für bedenklich erachtet. Er schlägt statt desselben vor: „Die Erlaubniß kann aus den Gründen zurückgenommen werden, aus welchen nach der allgemeinen Gesetzgebung die Entziehung gewerblicher Konzessionen erfolgt." — Jung stellt das Amendement: „Buch- u. Kunsthändler, Antiquare, Inhaber von Leihbibliotheken oder Lesekabinetten, Verkäufer von Flugschriften und Bildern, Lithographen, Buch- und Steindrucker bedürfen fortan keiner besonderen Erlaubniß der Regierung mehr zur Führung ihres Gewerbes. §. 48. der allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 ist demnach aufgehoben."

Borchardt: Der Justizminister hat sich darüber beschwert, daß seine Argumente nicht die rechte Widerlegung gefunden haben. Ich werde mich diesem Geschäft unterziehen. Der Redner führt aus, daß das französische Gesetz von 1790 keine Beschränkungen enthalte, die sich auf die Plakate beziehen. Die Beschränkungen des Absolutismus seyen in der Revolution gefallen, die Septembergesetze erst haben sie hergestellt, die provisorische Regierung habe sie wieder aufgehoben, bis sie durch Cavaignac wieder ins Leben gerufen wurden. — Min. Simons: Ich gehe ungern auf die schon beendigte Diskussion. Der Umstand aber, daß jetzt noch Beschränkungen gegen die Plakate in Frankreich bestehen, spricht wohl dafür, daß das Gesetz von 1790 die Grundlage dieser Beschränkungen ist. Der Minister citirt Stellen aus französischen Schriften und allegirt ein Urtheil des Pariser Kassationshofes von 1842. — Jung: Die Plakatenliteratur und die Kolportage seyen die großen Heerstraßen, auf welchen die Bildung der höheren Klassen in die ungebildeten Stände dringe. Jene sey durch die Abstimmung dem Volke frei gehalten worden. Das Verbot des Hausirhandels ist von den Polizeibehörden in Berlin öfter versucht, aber stets an dem Unwillen der Bevölkerung gescheitert. Er widerlegt die Bemerkung des Centralausschusses, daß der Hausirhandel den Buchhandel gefährde. Im Gegentheil werde der Hausirhandel von den Buchhändlern veranlaßt. Das Beispiel Belgiens sey bekannt. Den Grund der Entsittlichung dürfe man aber nicht anführen; wo es gelte, dem Hunger eine Abhülfe zu verschaffen. Der Hunger sey entsittlichend, nicht der Hausirhandel. — v. Meusebach deducirt aus der Gewerbeordnung, daß die bestehende Gesetzgebung die Polizei ermächtige, dem Hausirhandel mit Druckschriften entgegen zu treten. Der Kommissionsbericht sey nicht konsequent. Es komme nur darauf an, ob die öffentliche Ordnung gesichert seyn soll. Wenn die Polizei das Recht haben dürfe, zu konzessioniren, so könne sie 8 Tage später lokale Gründe habe, die Konzessionen zurückzunehmen. Die Polizei, wenn man ihr diese Befugniß erschränke, würde dadurch um so zurückhaltender mit Ertheilung von Konzessionen seyn. Wenn der Vorredner meine, der Hausiehandel mit Blättern arbeite dem Hunger entgegen, so würde das Land ihm mit Nein antworten.

Wollheim: Nicht polizeiliche, sondern politische Motive haben zur Vorlegung dieses Gesetzes geführt. Der Hr. Minister des Innern habe selbst gesagt: durch die Berathung dieser Gesetze werde die Aufhebung des Belagerungszustandes näher gerückt. Die Hinweisung des Justizministers auf französische Gesetze könne nicht befriedigen. Es sey nicht die Aufgabe der Versammlung, Gesetze nachzuahmen, sondern Gesetze zu machen. Minister v. Manteuffel: Ich halte das Gesetz allerdings für sehr wichtig, allein man thut ihm zu viel Ehre an, wenn man glaubt, es solle ein wichtiges Prinzip zur Geltung bringen. Das Gesetz soll nur die störenden Eingriffe in das Publikum, auf der Straße Ruhe und Ordnung zu haben, beseitigen. Man hat das polizeiliche Verfahren durch das Gesetz regeln wollen, aber um keine Willkür zu haben. Schaaren von Kindern belästigten im vorigen Sommer auf den Straßen das Publikum. Mit Gewalt wurden den Leuten Schriften, oft der unsittlichsten Art, aufgenöthigt (Stimmen links: die Enthüllungen!). Diesem Treiben, welches das Land in Anarchie stürzen muß, glaubte die Regierung entgegentreten zu müssen. Der größere Theil des Landes hat unser Verfahren gebilligt und wir werden an demselben festhalten, so weit unsere Kräfte reichen. (Beifall auf der äußersten Rechten, links Zischen.) Schluß der Debatte. — Der Berichterstatter v. Rohrscheidt erklärt, daß die Majorität des Zentralausschusses die Ueberzeugung gehabt habe, das Gesetz sey nur ein provisorisches, nur für eine Uebergangsperiode bestimmt. Wenn ein Redner auf das Beispiel Belgiens hingewiesen habe, so müsse er bemerken, daß Belgien der Schlupfwinkel des literarischen Diebstahls, nicht als Vorbild bei Regelung des Buchhandelsbetriebes dienen könne. — Bei der Abstimmung wird das Amendement von Jung verworfen.. Der Regierungsentwurf wird von 157 gegen 152, mit Ausnahme der von dem Zentralausschuß vorgeschlagenen Aenderung, angenommen. §. 3. lautet: „Zuwiderhandlungen wider die vorstehenden Vorschriften (§§. 1 u. 2) ziehen polizeiliche Ahndung bis zu 50 Rthlr. Geldbuße oder sechs Monaten Gefängniß nach sich."

Der Minister des Innern hat dem Centralausschuß erklärt: „sechs Monate" sey ein Druckfehler statt „sechs Wochen." Der Centralausschuß will statt „oder" die Worte, im „Unvermögensfalle." — Wentzel (Ratibor) spricht gegen diesen Vorschlag. — Borchardt will nur Gefängnißstrafe bis zu 8 Tagen, Geldstrafe nur bis zu 5 Thaler. — Jung stellt das Amendement: „Das Abreißen obrigkeitlicher Bekanntmachungen in den ersten 24 Stunden nach Anfechtung derselben wird mit 10 Thaler, oder 14tägiges Gefängniß, bei solchen von Privatpersonen erlassenen mit der Hälfte bestraft." — Wollheim macht darauf aufmerksam, daß § 1 weggefallen, und für Kontraventionen gegen § 2 die Strafe des Entwurfs zu hoch sey. — Berichterstatter v. Rohrscheidt macht bemerklich, daß das Jung'sche Amendement gar nicht den Gegenstand dieses Gesetzes unmittelbar berühre. Die Amendements werden verworfen, § 3 wird mit der vom Centralausschuß vorgeschlagenen Abänderung angenommen. (Schluß 3 Uhr.)

Ratibor, 9. April. Preußen liefert politische Flüchtlinge aus! Hier wurde gestern unter polizeilicher Bedeckung der Wiener Kadet Höcker von Breslau eingebracht, wohin er sich, wegen Theilnahme an der Wiener Oktoberrevolution, des Hochverraths angeklagt, geflüchtet hatte. Er hatte in einem Briefe an die Bürger seinen dortigen Wohnort bezeichnet, der Brief hatte ihn verrathen und die Breslauer Polizeibehörde verhaftete ihn auf Requisition. Er wird hier im militärischen Arrest streng bewacht und heute früh unter Begleitung eines Gendarmen nach der Grenze geschafft. (Ztg. f. Nordd.)

Stettin. Die erste nautische Feierlichkeit fand am 5. April in Swinemünde Statt, wo der Kommodore Schröder, begleitet vom Kommandanten von Swinemünde, Hrn. Major Hanke, am Bord der Korvette Amazone sich begab. Die Kommodoreflagge wurde aufgehißt, der Wimpel ging herunter und die Flagge wurde von den Schaluppen und Jollen mit 11 Kanonenschüssen begrüßt, während die Korvette diesen Gruß durch 11 Schüsse erwiederte. Der Kommodore inspizirte nun die Korvette, musterte die Mannschaft und begab sich sodann in Begleitung des Herrn Hanke in seiner Gig an Bord sämmtlicher Schaluppen und Jollen. Auch hier ließ er sich die Mannschaft vorstellen und inspizirte die Ausrüstung, Takelage, dieser Fahrzeuge sehr genau. Sodann kehrte er nach der Amazone zurück. Diese lichtete die Anker, fuhr aus dem Hafen fast bis nach Osternothhafen, legte sich vor Anker und ließ die übrigen Kriegsfahrzeuge vorbeirudern und in der Nähe der Korvette ankern. Diese Manöver der einzelnen Fahrzeuge wurden nach Flaggensignalen des Kommodoreschiffes ausgeführt. Diese nautische Feierlichkeit erschien bedeutungsvoll, da die Mannschaften sie als Zeichen begrüßten, daß sie hoffentlich bald Gelegenheit finden würden, auch im Feuer gegen die Dänen manövriren zu können. (Ostf.-Z.)

Dresden, den 14. April. In der heutigen Sitzung der II. Kammer fand die Berathung des auf der Tagesordnung befindlichen Schaffrath'schen Antrages statt: „Die II. Kammer der Volksvertretung Sachsens ersuche ich, in Gemeinschaft mit der I. Kammer an die Staatsregierung den Antrag zu stellen: 1) daß die von der deutschen verfassunggebenden Reichsversammlung in Frankfurt in zweimaliger Lesung beschlossene und am 29. März d. J. „als Reichsverfassung" bereits verkündigte, von ihrem Gesammtvorstand und ihren Mitgliedern unterschriebene „Verfassung des deutschen Reichs" nebst dem am 28. März in zweiter Lesung gleichfalls angenommenen „Reichswahlgesetze" für das Königreich Sachsen als endgültig und verbindlich, im verfassungsmäßigen Wege bekannt mache, und 2) daß auch sie, die Staatsregierung, wie die Kammer jeder Aenderung dieser „Verfassung des deutschen Reichs" und dieses „Reichswahlgesetzes", welche auf andere, als in jener selbst bestimmten Weise etwa versucht werden sollte, den entschiedensten Widerspruch entgegensetze."

Vizepräs. Schaffrath drückt zunächst sein Bedauern darüber aus, daß die Regierung die Tzschirner'sche Interpellation nicht heute beantworten, sondern erst die heutige Verhandlung abwarten wolle. Wenn die Regierung, wie es ihre Pflicht sey, eine parlamentarische seyn wolle, so müsse sie von solchen Schlupfwinkeln bei so wichtigen Angelegenheiten keinen Gebrauch machen, so müsse sie der Führer der Majorität seyn. Doch man werde sich durch das Verfahren der Regierung nicht beirren lassen. Die große wichtige Stunde der Wiedergeburt eines einigen großen Deutschlands habe geschlagen, für Sachsen die Sterbestunde der Souveränetät. Es solle ein Beschluß gefaßt werden, der wichtiger sey als alle Beschlüsse, die seit Jahrhunderten gefaßt worden seyen. Diese Stunde bringe eine größere Veränderung hervor als Jahrhunderte, sie sey die wichtigste seit Jahrtausenden! „Finis Saxoniae heißt es jetzt und Initium Germaniae und, kann man hinzusetzen, nicht blos Borussiae!" Er gestehe offen, daß er bisher einem gewissen sächsischen Partikularismus gehuldigt habe. Allein es gebe auch einen gerechten Partikularismus, wie eine gerechte Vater- und Mutterliebe. Und er mache sich schwer von diesem Partikularismus los. Wenn man ihm jetzt den Vorwurf machen werde, daß er für eine Verfassung stimme, die Bestimmungen enthalte, welche nichts weniger als demokratisch seyen, so entgegne er, daß es hohe wichtige Momente gebe, in denen man dem Vaterlande das schwerste Opfer, das Opfer seiner Ueberzeugung zu bringen verpflichtet sey. Er stimme für diese Verfassung und habe seinen Antrag gestellt, nicht ungeachtet er ein Demokrat sey, sondern weil er ein solcher sey. Man müsse aber jene undemokratischen Bestimmungen (das erbliche Kaiserthum, §. 197 rc.) mit in den Kauf nehmen, weil es heiße, entweder das Ganze oder gar Nichts. Uebrigens hätten sich seit der frühern Verhandlung in der II. sächsischen Kammer die Dinge geändert, was die Annahme dieser Verfassung erleichtere. Der Erblasser müsse nach dieser Verfassung, die er beschwören müsse, uns das ganze Deutschland schaffen. Es sey aber das Erbkaiserthum nicht lebensfähig, das liege in seinem Zustandekommen. Ferner würden die Grundrechte durch diese Verfassung garantirt. Das Staaten- und das Volkshaus seyen beide so ziemlich demokratisch ausgefallen, und in der zweiten Lesung sey auch das suspensive Veto angenommen worden. Uebrigens sey diese Verfassung nicht von den Fürsten und Regierungen geschaffen worden, sondern einzig und allein von den Vertretern des deutschen Volkes; sie beruhe auf der Volkssouveränetät. Schon dieser Ursprung müsse uns diese Verfassung werth machen, denn sie sey aus dem Volke hervorgegangen. Sachsen müsse sich einem größern Staat anschließen, es könne nicht allein dastehen, und überhaupt könne man nur durch sofortige Annahme der Oktroyirung einer Verfassung vorbeugen. Man müsse jetzt das Ansehen der Nationalversammlung erhalten, sie habe noch zuletzt ihr früheres Wort bewahrheitet, sie habe sich ermannt. Er hoffe, daß der heutige Beschluß alle Partheien vereinigen werde. Möchte die Liebe zum Vaterlande alle Gehäßigkeiten schwinden lassen! (Beifall auf der Linken und Rechten.)

Vicepr. Tzschirner ist gegen den Schaffrath'schen Antrag. Die Verfassung sey nicht im Stande, Deutschlands Größe zu begründen, es fehle Oesterreich; sie stelle Belagerungszustand in Aussicht und mediatisire nicht die die Fürsten, sondern das Volk. Das suspensive Veto stehe nur bedeutungslos auf dem Papiere, da es kaum zu erwarten stehe, daß durch die vielen Hindernisse ein gleichlautender Antrag drei Mal mit zwei Dritteln Majorität durchgehe. Die Verfassung bringe auch wegen des Ausschlusses Oesterreichs keinen commerziellen Vortheil. Der schlimmste Paragraph sey aber der über das Erbkaiserthum. Solle man nun, nachdem der preussische König abgelehnt hat, denselben auf den Knieen um die Annahme bitten oder bei allen 34 Fürsten anfragen, ob einer von ihnen unser Kaiserthum annehmen wolle? (Bravo auf der Gallerie.) „Man will wahrscheinlich die Krone nur aus den Händen der legitimen Fürsten haben; man will selbst von Gottes Gnaden dafür sorgen, was dem Volke frommt. Wenn wir auch die Verfassung annehmen, und die Gewalt nicht, so wird Alles vergeblich seyn. Die Beschlüsse der Nationalversammlung beweisen nicht, daß sie sich ermannt habe. Die Grundrechte können uns nicht wieder entrissen werden, das wird sich das sächsische Volk nicht gefallen lassen, auch vor einer Oktroyirung wird sich dasselbe zu schützen wissen. Man will ein deutsches Reich, nicht der Knechtschaft, sondern der Freiheit erhalten." Abg. Dammann vertheidigt in längerer Rede den Schaffrath'schen Antrag, wogegen Abg. Wehner denselben für zu vorzeitig findet, weil die Verfassung, wenn auch bekannt gemacht, sich noch nicht im Stadium der Ausführung befinde. Uebrigens meint er, die Einheit Deutschlands werde schwerlich auf dem friedlichen Wege der Vereinbarung zu Stande kommen.

Nachdem noch die Abgg. Berthold und Benseler für den Antrag und Abg. Helbig dagegen gesprochen, ergreift Staatsminister Held das Wort: „Die Regierung hat von dem Tage an, wo die deutsche Nationalversammlung einberufen wurde, ihre Bestrebungen nur dahin gerichtet, daß die Einheit und Freiheit Deutschlands von den deutschen Regierungen Hand in Hand mit der Nationalversammlung begründet werde. Sie ist hierbei von andern Rücksichten als denen, welche die Herstellung einer dauernden und vollständigen Einheit des Gesammtvaterlandes und die wahren Interessen des eignen Landes erheischten, niemals geleitet gewesen, und nie hat sie ihre freie und selbstständige Thätigkeit durch Verabredungen irgend einer Art gebunden. Beweis dafür ist die Publikation der Grundrechte, womit die sächsische Regierung selbstständig den meisten andern Staaten vorangegangen ist. Die sächsische Regierung wird daher auch jetzt einer raschen und befriedigenden Entwickelung der ihrer endlichen Lösung zugeführten Frage alle ihre Kräfte widmen und dahin trachten, daß die von der deutschen Nationalversammlung gepflogenen Berathungen und gefaßten Beschlüsse nicht vergeblich seyen. Allein die Verfassung, selbst wie sie aus diesen Berathungen und Beschlüssen hervorgegangen ist, beruht ihrer Bestimmung nach sowohl, als in ihren Grundzügen auf der Voraussetzung der Theilnahme aller deutschen Länder, wie dies schon ein Blick auf den ersten Artikel derselben klar an den Tag legt.

Schon hieraus folgt, daß die einseitige Einführung dieser Verfassung, welche eben eine Reichs- und nicht eine Landesverfassung ist, für ein einzelnes Land wie Sachsen unausführbar seyn würde. Es würde dadurch der Zweck der Einigung nicht erreicht, vielmehr nur so viel erzielt werden, daß Sachsen sich der Möglichkeit beraubt sähe, bei denjenigen Verhandlungen, welche die Förderung eben dieses Zweckes zum Gegenstande haben, sich thätig zu betheiligen, und gerade hierin erkennt die Regierung ihren dringendsten Beruf. Die Regierung ist fern von allem die Einheit Deutschlands hemmenden Partikularismus, ihre Handlungsweise wird dies klar zu Tage legen.

Die Aeußerung des Ministers findet vielfache Angriffe, und es wird, nachdem noch die Abgg. Tzschirner, Linke gegen, Köchly, Bertling, Spitzner, Schieck und Schaffrath für den Antrag gesprochen, der erste Theil desselben von 49 gegen 19 Stimmen (äußerste Linke und die Abgg. Linke, Schneider, Hensel, Garbe, Gruner und Bauer), der zweite Theil gegen eine Stimme (Bauer) angenommen. Ein Antrag des Abg Bertling auf Erklärung, daß der Abschnitt der Reichsverfassung, welcher die Grundrechte einschließt, nur das mindeste Maß der Rechte und Freiheiten enthalte, wird gegen 28 Stimmen angenommen. (D. A. Z.)

Schreiben aus Eckernförde, vom 12. April. So eben, Abends 6 Uhr, sind 14 Schiffe signalisirt, ich selbst habe 6½ Uhr einen bedeutenden Segler um Langholzspitze herumkommen sehen. Der Telegraph arbeitete bis zum Dunkelwerden. Verträge es sich mit meiner Ansicht, ich könnte Ihnen eine lange Liste von Truppen aufzählen, die wir in wenigen Tagen sahen; nur so viel zur Beruhigung, wir haben nicht allein den Herzog Ernst, sondern auch noch den Obrist v. Buch an seiner Seite, zwei gute Schutzengel, und so werden wir ruhig schlafen können, obgleich diese 14 Schiffe, zusammengehalten mit der offiziellen Nachricht, daß Broacker von den Dänen ganz geräumt, und sämmtliche dänische Kriegsschiffe nicht allein den Flensburger Hafen, sondern auch die Höhe von Alsen verlassen haben, genug zu denken geben. Eckernförde ist ruhig, ja voll froher Zuversicht, aber nicht aus Uebermuth, der ist den guten Eckernfördern nur zu fern, nur in dem starken, festen Vertrauen auf den Gott, dem sie allein den Sieg vom 5. verdanken. (Alton. M.)

Gravenstein, den 10. April, Mittags. Die deutschen Vorposten stehen bei Nübel auf der Büffelkoppel (1 Meile östlich von Gravenstein, und fast eben so weit von Düppel) Blans und die dortige Gegend ist von Dänen frei, aber nicht mit Deutschen besetzt. Man ist sehr gespannt auf das, was die nächsten Tage bringen. Am weitesten hinaus stehen augenblicklich Kurhessen, zu Kjeding und Baurup, den linken Flügel bildend, Sachsen, Gravenstein und Rinkenis sind von Bayern stark besetzt. Die verdeckten Schanzen bei Egensund sind schon seit einigen Tagen wieder hergestellt und mit Geschütz besetzt, aber kein Schiff und kein Kanonenboot ist mehr zu sehen. (Ostsee-Tel.)

Eine wichtige Nachricht überbringt uns die Kopenhagener Post vom 11. Der Kriegsminister Genral Hansen zeigt nämlich in einem Tagesbefehle an, daß, da alle Fürsten Deutschlands den Aufrührern Beistand leisteten, das dänische Heer, um unnützes Blutvergießen zu vermeiden, der Uebermacht weichend sich zurückziehen und auf Alsen den geeigneten Augenblick abwarten werde, dem Feinde Mann gegen Mann zu begegnen. Es scheint demnach, daß die Dänen Jütland preisgeben und auf die Offensive zu Lande verzichten wollen, um sich ganz auf die Blockirung der deutschen Küsten zu beschränken. In diesem Falle würde uns keine andere Waffe übrig bleiben, als eine nachsichtslose Brandschatzung Jütlands zur Schadloshaltung Jütlands für die von den Dänen aufgebrachten deutschen Handelsschiffe. (W. Z.)

(Flensburg, 11. April.) Nach einem durchaus glaubwürdigen Berichte aus Satrup im Sundewitschen sind am 6. d. M. 150 todte und verwundete Dänen durch dieses Dorf gebracht worden, die aus dem Gefechte in und bei Ulderup und Baurup kamen. — Die Badener haben in dem vorerwähnten heftigen Gefechte in Sundewit an Todten und verwundeten 36 Gemeine, keinen Offizier verloren. Neun Bataillone Dänen sollen dort gestanden haben.

Nach einem Briefe von einem gewöhnlich wohlunterrichteten Manne aus Flensburg sollen die dänischen Truppen in Sundewit einmüthig erklärt haben, daß sie nicht mehr gegen deutsche Truppen kämpfen wollten. Diese Thatsache ist nicht so unwahrscheinlich, wie sie auf den ersten Blick erscheint, da die Dänen ihren Soldaten die falsche Versicherung gegeben hatten, sie würden nur gegen die schleswig-holsteinischen Aufrührer zu fechten haben, und sie sich nun arg getäuscht sehen. (B.-H.)

Von der Unterweser, 12. April. Es geht das Gerede, daß der Landsturm sich in den Gegenden der Unterweser vorbereiten solle gegen einen Landungsversuch der Dänen. Man will bei Helgoland mehrere dänische Kriegsschiffe mit Truppen gesehen haben. Es sollte uns gar nicht wundern, wenn die Marschen von einer dänischen Razzia heimgesucht würden. Man hat zwar einige Batterien aufgestellt; auch eine Handvoll Soldaten herbeigesandt. Aber was soll dieser verlorne Posten bei einem Landungsversuche nutzen? Helft Euch selbst, will man den Einwohnern zurufen? Also das ist die Antwort, wenn man fragt, wozu seit 30 Jahren die stehenden Heere unterhalten sind? Wozu die Tausende in der Residenz? Sollten sie nicht dahin gestellt werden, woher die Gefahr zu erwarten ist? Sind sie denn nicht zuerst dazu gestellt und unterhalten, die Sicherheit nach außen zu erhalten? Man vertraut den Bürgern der Städte; sie werden sich bewähren als treue Wächter der Ruhe und redliche Beschützer der gesetzlichen Ordnung. — Gegen den äußern Feind, zum Schutze der gefährdeten Küsten lasse man das Militär vom polizeilichen Wachposten in den Städten abmarschiren; vor dem äußern Feinde ist sein Platz. (Ztg. f. Nordd.)

Italienische Staaten.

Neapel, 21. März. Eine Verordnung der Polizeipräfektur verbietet allen Blättern irgend welche Nachrichten vom sizilianischen Kriegsschauplatz zu bringen; ebenso ist den Buchdruckereien bei harter Strafe verboten, daherige Kriegsberichte zu drucken und zu veröffentlichen. (N. Z. Z.)

Genua. Die „Nazione" versichert unterm 9., Manara sey an der Spitze seiner Schützen zu Unterstützung der Republikaner in Genua eingezogen.

Venedig. Einer den 2. d. dies öffentlich angeschlagenen Verordnung der Assemblea del stato entnehmen wir folgende Stelle: Venedig wird den Oesterreichern um jeden Preis widerstehen. Manin ist zu dem Ende hin mit unbegrenzten Vollmachten ausgerüstet. — Nach der Alba hat Admiral Albini erklärt, er werde mit der sardinischen Flotte in den Gewässern Venedigs bleiben und die alte Königin des adriatischen Meeres vertheidigen helfen. (N. Z. Z.)

Oesterreichische Staaten.

Wien, den 13. April. Heute sind wichtige Berichte aus Un-

garn eingetroffen. **Waitzen ist von den Ungarn erstüemt und genommen worden.** Die österreichische Aemee concentrirt nun alle ihee Macht, um eine Schlacht bei jener Stadt zu liefern, und die Ungarn von Komorn, das sie entsetzen wollen, abzuhalten. Letztere Festung hat die schwarze Flagge als Zeichen des entschlossensten Widerstands (die Augsbueger Allgemeine Zeitung meint, es könnte dieß auch das Zeichen der äussersten Noth seyn. Die Augsburgerin mag dieß meinen, aber glauben wollen wir es ihe nicht) aufgesteckt.

General Welden geht morgen nach Ungarn, um das Kommando zu übernehmen. Windisch-Grätz wird waheschcinlich zurücktreten. Graf Stadion hat auf acht Tage Urlaub genommen und begibt sich solange zur Erholung von der angestrengten Aebeit aufs Land. Vom Rücktritt ist nicht die Rede. (A. A. Z.)

Agram, 10. April. Die unglückliche Wojwodowina wird von harten Drangsalen heimgesucht. Die magyarischen Siegesbulletins nehmen gar kein Ende. Perczel feiert einen Triumph nach dem andern, und wenn das so fortgeht, so weht in Bälde das Banner des ungarischen Landesvertheidigungsausschusses auch in Slavonien, und dann ist für Kroatien Hannibal ante portas. Peteewardein hat sich, wie vorauszusehen wae, nicht ergeben, und wird dies auch nicht so bald thun, denn Perczel soll nun die Festung für ein ganzes Jahr verpeoviantirt haben. Die Bezwingungspläne Nugents sind an der Strategie eines Kossuthgenerals gescheitert und in Peteewardein haben sich die Truppen der Debrecziner Regierungsjunta so festgesetzt, daß es ihnen nur ein Spiel wird, die ganze Umgebung dem magyarischen Diktator unterthan zu machen. Einige Ausfaue aus der Festung haben dies bereits mit wirksamem Erfolge bewiesen. — Serbobran (St. Thomas), die festeste Position dee Serben, in welcher sie, bevor k. k. Generäle das Kommando füheten, unbezwinglich gewesen sind, ist in die Hände der Honvedtruppen gefallen. Das Caikistenbataillon wird nun von den Wuth schnaubenden Schaaren Perczels mit Feuer und Schwert verheert da stehen und somit die Backa dem Geoßreiche der Magyaeen von dem am Perczels Seite stehenden Kossuthischen Kommissär Casimir Batthyany einverleibt seyn. Die k. k. Truppen sind theils im Banate, theils stehen sie um Peterwardein herum zerklüftet und zereissen, wie es das Feldheernpaar der Grafen Nugent zu verfügen füe gut fand. Unter diesen traurigen Aspekten sehen die Serben einer haeten, prüfungsvollen Zukunft entgegen. Wie die Dinge in der Wojwodschaft in diesem Augenblicke stehen mögen, weiß der Himmel, aber so viel steht jedenfalls fest, daß sie sich nicht zum Bessern gewendet haben werden. Von neuen Unglücksfällen konnten wir nur deshalb nicht unterrichtet werden, weil gestern die slavonische Post keine Briefe aus jenen Gegenden brachte und auch die serbischen Blättee ausblieben. In Slavonien klagt man über Mangel an Gewehren, so daß, im Falle der Landsturm aufgeboten werden müßte, das Volk genöthigt wäee, mit Stöcken und Heugabeln dem Feinde entgegen zu ziehen, und daß sich mit solchen Waffen kein Sieg erkämpfen lasse, leuchtet auch dem ein, der kein Taktiker ist. (Const. Bl. a. B.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Mit einer Beilage.

†† Politische Schlagschatten.

XIII.

Die nach Wien gesandten Reichskommissäre gingen unverrichteter Sache wieder zurück, sie konnten die Schandflecken von der deutschen Geschichte nicht abhalten; möge aber dem alten Kaiser Ferdinand das Unglück der schönen Donaustadt noch in seiner Todesstunde vor die Augen treten! Mit allen Beschönigungen, (nannte ja doch Herr Welcker die Erhebung der Freiheit in Wien gegen die Brutalität der Despotie eine revolutionäre Schildererhebung), mit allen Beschönigungen konnten die Herren Reichskommissäre ihre Blamage nicht verwischen und haben nur der Centralgewalt und dem Reichsministerium, der Parlamentsmajorität und ihrem Anhange zu Dank gearbeitet. In Berlin war die Centralgewalt nicht glücklicher mit dem dahin gesandten Reichskommissären, natürlich weil sie nicht glücklicher seyn wollte. Zuerst kam der politische Convertit Friedrich Daniel Bassermann, er sah sich Berlin an, und da ihm nicht überall Leute mit Glacehandschuhen begegneten, da er auch wilde Heckerbärte bemerkte und die preussische Hauptstadt ungewöhlich aufgeregt fand, in Folge der ungewöhnlichen Dinge, die dort vorgingen, da erschrack der nervenschwache Mann, der ja bekanntlich ein Klopfen an seiner Hausthüre in Mannheim als ein Attentat an seiner Person gehalten hat. Das ganze selbst in Frankfurt desavouirte Wirken des Unterstaatssekretär Bassermann bestand darin, daß er nicht in seiner Eigenschaft als Reichskommissär einige Deputirte, auch den Präsidenten der preussischen Nationalversammlung besuchte, sie aushorchte wie ein Wiener Spitzel und ihnen dann anrieth, sie sollten eben thun, was der König haben wollte und nach Brandenburg hinübergehen. In Potsdam gefiel es Herrn Bassermann natürlich besser, als in Berlin und weil ihm der König wahrscheinlich einige Leutseligkeiten vorsetzte, so fand er ihn deutscher gesinnt, als er geglaubt hatte. Herr Bassermann hat sich zwar in öffentlichen Blättern wegen seiner Mission nach Berlin weiß brennen wollen, allein es ist doch wohl den öffentlichen Erklärungen des Deputirten Kirchmann und dem Präsidenten von Unruh, die sich so mannhaft und ehrenwerth in ihrer schwierigen Position benommen, eher zu glauben, als Herrn Bassermann, der von diesen Männern verlangt hatte, sie sollten ihre Ehre in die Schanze schlagen, nur um dem Könige gefällig zu seyn.

Auf diesen Herrn Bassermann, der nach Frankfurt zurückberufen wurde, folgten zwei andere Reichskommissäre, Simson und Hergenhahn. Das Parlament in Frankfurt hatte die von der preussischen Nationalversammlung dekretirte Steuerverweigerung für null und nichtig erklärt, nur die Beschlüsse des Parlaments: „Der König Friedrich Wilhelm IV. solle die Vertagung und Verlegung der Nationalversammlung von Berlin nach Brandenburg zurücknehmen, und sich mit einem volksthümlichen Ministerium umgeben, hatten die beiden Reichskommissäre wirklich zu machen zu suchen, allein wie Oesterreich dem Parlamente ins Gesicht geschlagen hatte, so that es auch Preussen, und wie die Kamarilla Ferdinands I. das Parlament und die Centralgewalt ignorirte, so auch Friedrich Wilhelm IV., weshalb so wohl Oesterreichs als Preussens (noch dazu beide sich fortwährend das Prädikat konstitutionell sich beilegend) Monarch als Rebellen in die Reichsacht erklärt werden mußten, wenn nicht in Frankfurt ein anderer Schlußakt für diese Komödie beliebt worden wäre.

Die materiellen Nothstände der protestantischen Kirche Bayerns.

Der protestantische Pfarrvikar Dr. Fabri in Würzburg weiß nichts davon, daß die protestant. Pfarreien in der Regel, fast durchgehends und zu allen Zeiten, nicht unbedeutend über den Fassionsansatz ertragen; weiß nichts davon, daß es eine Menge Pfarreien zwischen 900 bis 1500 fl. und drüber gibt. Er will, nach Seite 30 seiner überschriftlich genannten Schrift, für die Geistlichen eine von materiellen Sorgen vollkommen freie Existenz; 1600 fl. für einen Rath am Konsistorium, 2200 fl. für einen dergleichen am Oberkonsistorium sind ihm eine „kärgliche, weder den Bedürfnissen noch der Würde einer solchen Stellung entsprechende Einnahme" — er redet nämlich von 3000—5000 fl., die ein katholischer Domprobst hat, denkt vielleicht im Stillen an die acht-, zehn-, fünfzehn- oder gar zwanzigtausend Gulden, die ein katholischer Bischof jährlich bezieht. Das katholische Kirchenregiment kostet, nach besagter Brochüre, dem Staate blos die Kleinigkeit von jährlich 335,476 fl., und Herr Fabri verlangt, in S. 42, behufs der Gleichstellung, daß die jährlichen 50,636 fl. für seine Kirche mit nicht mehr als 230,592½ fl., also in rotundo mit zweihundertdreißigtausend Gulden jährlich erhöht werden. Dabei sagt er, daß er nicht im Mindesten eine feindselige Tendenz wider die kathol. Kirche verfolge oder wohl gar eine Herabsetzung der Staatsausgaben für den katholischen Kultus empfehlen wolle. Er ist sogar überzeugt, daß auch die katholische Kirche „noch manche gerechte Wünsche zu erheben haben dürfte", und will in Seite 43, da er (wahrscheinlich bei aller Sparsamkeit!) die verlangten 230,000 fl. jährliche Erhöhung nicht aufzubrauchen hofft, dieser Kirche selbst noch einen weitern, „wenn gleich beschränkteren" Beitrag nicht verweigern. So Herr Dr. Fabri! Das Schriftchen ist zu haben: Nürnberg bei J. P. Raw. r.

Dem Lehrerstand eine selbstständig freie Stellung — oder: wehe dem deutschen Volke für immer!

Wenn die edelsten Theile des Körpers nahe daran sind, von einem Krebsschaden ergriffen zu werden, dann helfen, — will man anders nicht den ganzen Körper gefährden — leise lindernde Mittel nichts. Die Sonde muß ohne unzeitige Schonung tief eindringen, und retten, was noch zu retten ist durch radikale Wegschaffung alles Dessen, was der gesunden frischen Lebenkraft Nachtheil bringt. — Von der alle Klassen der Gesellschaft durchdringenden richtigen vernunftgemäßen Bildung hängt Wohl und Wehe des Volkes ab. Deßhald die höchste Achtung vor dem Lehrerstande, aber auch kein in „Abredestellen" der Mängel, an denen er zum Theil schon sichtlich leidet, als unausbleibliche Folge seiner bisher getragenen Fesseln. Mit der Stimme des die Gebirge durchrollenden Donners möchten wir daher dem Volke zurufen: Eile zu Hülfe dem Stande, der sich ohne Dich nicht emporheben kann, der aber, einmal emporgehoben, Dich, Du armes geknechtetes Volk wird nicht mehr sinken lassen. — Der Central-Volksschullehrer-Verein in Nürnberg zeigt in einer Ansprache in der Mittelfränkischen Zeitung Beilage Nr. 84 seinen redlichen Eifer für das Wohl der Jugend, der kommenden Geschlechter: doch wem, der mit prüfenden Blick die Worte überschaut, könnte es entgangen seyn, es regen sich nicht die rechten, kräftigen, lebensfrischen Schwingen darin, sie sind noch gelähmt, dadurch, daß sie so lange widernatürlich geknebelt waren. Indeß Geduld! Ihre Sehnenkraft ist noch nicht ertödtet; gebt ihnen nur die Möglichkeit, sich selbstständig frei wieder zu bewegen, und sie werden nicht mehr davor zurückbeben, sich über alle Nebel des Thales auf die rechte Höhe emporzuarbeiten, die allein ihrem Wirkungskreis angemessen ist. Ja, deutsche Männer des Lehrerstandes, Sie werden dann mit der Vergangenheit, an die Sie gefesselt waren, ganz brechen, Sie werden der Zukunft des deutschen Volkes einen neuen Weg anbahnen, u. sich nicht scheuen, der Sonne ganz ins helle Auge zu schauen. Nehmen Sie getrost die Levana, dieses herrliche Werk Jean Pauls, zur Hand. Wohl werden Sie Ihren Schülern nie Stellen daraus vortragen: denn für Schüler ist die Levana ja nicht geschrieben; aber den Geist dieses Werkes lassen Sie immerhin in Ihr Lehren und Wirken einfließen, und nur das Hirn eines Aberwitzigen oder das Herz eines unduldsamen Pharisäers wird Sie der Irreligiosität beschuldigen können. Sollten Sie auch den göttlichen Ursprung der Bibel nicht anerkennen, wer könnte Ihnen deßhalb vorwerfen, Sie leugnen das Daseyn der Gottheit selbst, indem sie eine derselben nicht würdige Vorstellung enschieden von sich weisen? Mit Ihnen wird jeder Freund der Wahrheit es für einen Frevel erkennen, die vielen in der Bibel enthaltenen Widersprüche, die manchen selbst einem Kinde leicht begreiflich zu machenden Irrthümer, ja die zum Theil sittengefährdenden Stellen derselben als Worte, als Ausflüsse Dessen hinzustellen, der der Inbegriff aller Vollkommenheit ist. Was theils ein Zeugniß der mangelhaften Einsichten u. Kenntnisse der Vorzeit — des Kindesalters der Menschheit — theils die Ausgeburt einer verdorbenen Phantasie ist, wie das hohe Lied Salamonis ꝛc., das sollten wir als von dem höchsten Wesen ausgehend ansehen? Kann es wohl eine größere und absurdere Gotteslästerung geben? Und die solche Begriffe von dem ewigen Urquell alles Seyns verbreiten, wollen die wahren, die einzigen Führer zu Gott seyn?! So beweist, daß Ihr in der That Verkündiger der Worte Gottes seyd, Ihr sprecht zwar aus, Ihr sagt zwar: hier steht's, da steht's! Sollen uns also Eure Worte, Eure Behauptungen der Beweis seyn? Das wäre ein sonderbarer Beweis: Ihr seyd ja eben so schwache, dem Irrthum unterworfene Geschöpfe, wie jedes andere Menschenkind. Wenn Ihr glaubt, unsere Vernunft darf nicht untersuchen, ob Eure Worte aus Gott kommen, wenn ihr glaubt, es ist Vermessenheit, das Göttliche mit der Vernunft auffassen zu wollen, wenn also nach Eurem Dafürhalten die Vernunft nichts dabei zu thun hat, warum wendet Ihr Euch dann nicht an die vernunftlosen Geschöpfe, an Staare, Papagayen, Rinder, Schaafe, ꝛc. um ihnen Eure Glaubenssätze als sogenanntes Gotteswort aufzudrängen? Die Bibel ist uns als Urkunde des Alterthums, und zum Theil als Urkunde einer angestrebten reinen Gottesanschauung, ja selbst als Denkmal der Gebrechen der Menschheit ein ehrwürdiges Buch, und wird mit behutsamer Auswahl des Passenden für den Unterricht in den Schulen eine Grundlage stets mit Recht bilden, aber nie darf jeder Buchstabe darin für unantastbar, nie der Wahrheitsfreund, der jedes Wort nach der weisen Vorschrift des Apostels: „Prüfet Alles, und das Beste behaltet" der Prüfung der Vernunft unterzieht, für einen Frevler erklärt werden. Wollte Gott, es wäre mehr, als fromme Täuschung, daß die geistliche Inspektion bisher nicht im Stande gewesen wäre, den rechten Geist aus der Schule zu verdrängen, da wo er sich vorfand, und daß sie dieß auch nimmermehr und unter keinen Verhältnissen zu thun vermöchte, daß daher diese Inspektion laut der Erfahrung für die Schule selbst ziemlich gleichgültig wäre. Wozu dann des Kämpfens? Wozu den Druck von den Schultern der Lehrer wälzen? Einzig und allein um der Lehrer willen? Nein, nimmermehr! So von Herzen wir an Ihrer gedrückten Lage Antheil nehmen und sie beseitigt wünschen, so wird doch diese unsre Theilnahme noch bei weitem mehr in Anspruch genommen von dem Loos des heranzubildenden Volkes. Der Jugend, so lange sie noch unbefangen von allen den Eingang der Wahrheit erschwerenden Vorurtheilen ist, müssen die rechten Grundideen der Wahrheit eingepflanzt werden. Daß Sie, würdige Männer des Lehrerstandes, bisher gegen Ihre bessere Ueberzeugung den armen geplagten Kindern 1000 und aber 1000 Bibel- und Liederverse, meist zweckwidrigen Inhalts, eintrichtern mußten, das sollte den rechten Geist aus der Schule nicht gebannt, das sollte all Ihr anderes edles Streben nicht beeinträchtigt haben, das sollte die Schule statt sie zum fruchtbaren Ackerfeld, auf dem Volksaufklärung und Volkswohl frisch und lebendig gedeiht, zu machen, nicht zur dumpfmorastigen Haide umgeschaffen haben, auf der neben manchen giftigen viele vermulzte Pilze hervorschießen? Ja die Religion, die freilich immer das angeborne Erbtheil der Denkenden im Volksleben bleiben wird steht aber und fällt, als Gemeingut der Masse des Volks betrachtet mit der Schule. Flößen Sie dem Kinde bis zum 14. Jahre kein Vertrauen zu dem ewigen Lenker des Weltalls ein, dann keine Scheu vor seiner Allgegenwart: die spätere Zeit der Zerstreuungen der Jugend, der Vorbereitungen zum irdischen Beruf sind nicht geeignet, den Geist vom Sinnlichen zum Uebersinnlichen zu erheben, und das in der Schule Versäumte nachzuholen. Geben Sie dagegen dem Kinde, statt erhebenden aber einfachen Religionswahrheiten, einen Geheimnißkram von Dogmen, die der Verstand der Verständigsten nicht verdauen kann, so bringen Sie in sein Inneres einen nie endenden Kampf, sobald seine Vernunft erwacht, die sich gegen das Aufgedrungene sträubt, oder sie treiben die sich selbst überlassene zum tiefen eigenen Forschen unfähige Seele mit Gewalt einem trostlosen Unglauben, dem Verleugnen aller religiösen Empfindungen in die Hände. Nur auf einem in der Kindheit gelegten guten Grund kann ein den Wechselstürmen des Lebens standhaltendes Gebäude errichtet werden. Daher geben wir den Kindern moralische, ächt religiös gebildete Lehrer, daher sey es heilige Aufgabe der Gemeinden, nicht gleichgültig darüber hinwegzusehen, ob das kindliche Gemüth auch Trost und innern Frieden mit hinüberbringe in die bewegten Kämpfe des irdischen Treibens. Lehrer, die nicht im Stande sind, ohne Hülfe der Pfarrer Religion den jugendlichen Herzen nahe zu bringen, und sie ihnen heilig zu

machen, die taugen auch durchaus nicht zur Ertheilung irgend eines Unterrichts. Nicht die sogenannten Religionsstunden, sondern der ganze Umgang des Lehrers mit dem Schüler muß demselben praktische Religion, Gottesfurcht und Tugend einflößen. Aber auch der Unglaube steht und fällt mit der Schule. 14jährigen Kindern, denen 8 Jahre lang durch tüchtige Lehrer die Denkkraft geübt und gestärkt worden ist, lassen wir getrost auch die unsinnigsten Glaubenssätze vortragen, sie werden keine Wurzel bei ihnen fassen, und ihnen den Segen wahrer Religion nie rauben. Zwar wird die Art der Zeit an alles Morsche noch gelegt werden, zwar werden alle Stände den Aberglauben, der nur durch sein Alterthum einen gewissen Heiligenschein um sich geworfen hat, in hoffentlich nicht ferner Zukunft von sich thun, Sie werden alle die Wahrheit erkennen und die Wahrheit wird sie frei machen. Doch sollten an dem Althergebrachten die Geistlichen in ihrer Mehrzahl noch eine geraume Zeit festhalten, so laßt uns nicht sonderlich darüber bekümmert seyn: sie können nicht Alle, wie Manche vielleicht gerne möchten; denn wollten wir den Stein auf den werfen, der sich etwa durch Einfluß von oben, oder durch den falschen Wahn, sein materielles Interesse gefährdet zu sehen, bestimmen läßt? Laßt uns nur nach guten Lehrern und nach Befreiung derselben von allen unwürdigen Fesseln trachten: können wir dann auch unsern Kindern das Glück nicht verschaffen, die kirchliche Lehre ihnen durch einen aufgeklärten Geistlichen mittheilen zu lassen, — die Religion, die einmal in ihren Herzen Wurzel gefaßt hat, wird der ärgste Finsterling nicht mehr herausreißen, er wird ihrer unsterblichen Seele keinen Schaden zufügen können; denn je unsinniger die aufgedrungenen Glaubenssätze, um derentwillen immer Eine finstere Partei die andere verdammt, desto werther und theurer wird unsern an's Denken gewöhnten und darin geübten Kindern das Licht der Vernunft, desto heller und klarer ihnen der Unterschied zwischen Religion und Kirchenlehre seyn! — — F. H.

Deutsche Staaten.

□ **Bayreuth.** Das hiesige Kapitel wird nun auch eine Protestation gegen die Berufung des Professors Thiersch von Marburg an die Erlanger Universität nach München senden. Bisher hatte man hier eine gewisse Indifferenz oder Indolenz in dieser Sache an den Tag gelegt, da erschien plötzlich ein Friedensbote der fränkischen Musenstadt und sprach so eindringlich, daß man für nöthig fand, auch in Oberfranken eine antithier'sche Stimme zu erheben. Das wird noch zu einem Hephepgeschrei ausarten und dieses allein genügen, um dem Angefochtenen einen Artikel im Brockhaus'schen Konversationslexikon anzubahnen, in welchem nothwendig auch die Hephepschreier mitgenannt und so ihre Namen in die ehrenen Tafeln der Geschichte eingetragen werden.

Oesterreichische Staaten.

Wien, 12. April. Daß die Magyaren nun auch die wichtige Stellung von St. Thomas eingenommen haben, wird vom „Lloyd" zugegeben. In einem Briefe aus Semlin vom 5. d. heißt es: Eine große Bestürzung hat die Gemüther der hiesigen Bewohner ergriffen, Furcht und Angst hat sich ihrer bemeistert. Mehrere Hausväter aus der Batschka kamen flüchtend todtenbleich hier an. Die Magyaren, welche auch St. Thomas erobert haben, morden und schlachten die Bewohner von Verbaß, Szenta, Ada, Mohol rc. erbarmungslos und schonen selbst Weiber und Kinder nicht. Die Serben haben, der magyarischen Uebermacht weichend, Zombor räumen müssen und stark gelitten. In Neusatz wurden mehrere angesehene Bürger zum Tode verurtheilt. Die ungarischen Truppen sollen bereits bis Betsche vorgedrungen seyn. Der Patriarch sah sich genöthigt, Betschkerek zu verlassen und sich nach Pantschova zu begeben, von wo er heute hier erwartet wird. — Die heutige „Presse" meldet aus Siebenbürgen, daß nach der Einnahme Hermannstadts durch Bem daselbst ein großes Gastmahl zur Feier einer Verbrüderung der Magyaren und Romanen (Wallachen) stattgefunden habe, bei welchem unter gegenseitigen Trinksprüchen Oesterreich und den Deutschen Verderben zugeschworen wurde. Von anderer Seite erhalten wir die Bestätigung, daß alle nur halbwegs diensttauglichen Sachsen und Romanen mit Gewalt unter die Bem'schen Honveds (Landsturm) gepreßt und so in die Lage gebracht werden, gegen Oesterreich kämpfen zu müssen. (Brsl. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen



Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 19. April 1849. № 109. Donnerstag: Hermogen.

Deutsche Staaten.

* **Nürnberg**, den 18. April. Der hiesige Volksverein beschloß in seiner gestrigen Versammlung eine Petition an die Staatsregierung, dieselbe möge die abermalige Kammervertagung zurücknehmen und die Vertreter des Volks alsbald wieder zusammenberufen. In gegenwärtigem Augenblicke, wo die Beschlüsse unserer Nationalversammlung der kräftigen Unterstützung der einzelnen Länder bedürfen, sey es unumgänglich nothwendig, daß auch die Vertreter des bayerischen Volkes beisammen seyen. Den im allerhöchsten die abermalige Kammervertagung betreffensten Erlaß angegebenen Grund: die Art und Weise der Lösung der deutschen Frage werde den Inhalt der Gesetzesvorlagen bestimmen, fand man wenigstens naiv. — In den nächsten Tagen wird dahier die schon länger beabsichtigte Volksversammlung abgehalten werden, in welcher der Nationalversammlung eine Zustimmungsadresse votiet werden soll, wegen ihrer Beschlüsse: an der gegebenen Reichsverfassung unverbrüchlich festzuhalten, dieselbe auf eigne Verantwortung zu veröffentlichen und auf ihren Posten auszuharren bis zur Zusammenkunft des auf den Grund der Verfassung erwählten Volkshauses. —

** **Frankfurt**, den 16. April. [205. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Vizepräsident Eisenstuck.] Austritts- (darunter 28 Oesterreicher) und Eintrittserklärungen. Flottenbeiträge, darunter 300 Gulden aus Salzburg. Die würtembergische Kammer läßt der Versammlung die Unterwerfung Würtembergs unter die Beschlüsse der Reichsversammlung, unbedingte Aufrechthaltung der endgültig beschlossenen deutschen Verfassung und des Wahlgesetzes erklären. Die Tagesordnung führt zur Wahl zweier Schriftführer für die ausgetretenen. Die Wahl fiel auf Caßmann aus Stettin und Sprengel aus Mecklenburg. Auf der Tagesordnung befinden sich ferner die Bernburger Angelegenheiten. Folgende Anträge werden gestellt: In Erwägung: daß, was zunächst die über den Reichskommissär v. Ammon erhobene Beschwerde betrifft, solche jedenfalls, abgesehen von ihrer thatsächlichen Begründung, mittlerweile durch die erfolgte Abberufung des genannten Reichskommissärs für erledigt zu halten; in fernerer Erwägung: daß die sonstigen Anträge und Vorstellungen, welche darauf gerichtet sind, daß wegen der bezweifelten Regierungsfähigkeit des zeitigen Inhabers der Regierungsgewalt in Bernburg eine Dessauische Regentschaft angeordnet werden möge, oder daß eine völlige Vereinigung Bernburg's mit Dessau zu Stande komme, oder endlich, daß der in Bernburg verhängte Belagerungszustand wieder aufgehoben werde, theils die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen, welche zu wahren, gemäß den Bestimmungen des Gesetzes über die Centralgewalt, zunächst Aufgabe des Reichsministeriums ist, theils aber unter den von der Nationalversammlung in der Mediatisirungsfrage gefaßten Beschluß fallen, welchem zufolge ebenfalls zunächst das Reichsministerium die Vermittlung zu übernehmen hat; endlich in Erwägung: daß die obigen Anträge und Vorstellungen durchgängig auch bereits bei der Centralgewalt angebracht sind, und die Reichsversammlung von den Bittstellern zumeist nur um eine fördernde Unterstützung angegangen ist — beschließt die Reichsversammlung: über den ersten Gegenstand zur Tagesordnung überzugehen; dagegen im Uebrigen die Angelegenheit dem Reichsministerium mit der Aufforderung zu überweisen, die Absendung eines Reichskommissärs oder sonst das Geeignete in der Sache zu verfügen.

Wedekind will, daß ein Reichskommissär abgesandt werde, der an Ort und Stelle besorgt sey, daß 1) in Untersuchung der Bernburger Vorgänge, und namentlich der blutigen Vorfälle vom 16. März unparteiische Justiz geubt, 2) der Bernburgische Landtag sofort zusammenberufen, 3) hinsichtlich des Belagerungszustandes nach §. 197 der deutschen Reichsverfassung verfahren und 4) die Anträge auf Niedersetzung einer Regentschaft für Anhalt-Bernburg oder dessen Vereinigung mit Anhalt-Dessau und Cöthen unbehindert und ordnungsmäßig erledigt werden. Nach dem Schluß einer Debatte, in welcher auch der Unterstaatssekretär Bassermann eine Vertheidigung des früher nach Bernburg geschickten Kommissärs von Ammon vornimmt, zieht Zachariä aus Bernburg seinen Antrag zurück. Die Versammlung nimmt die vom Ausschuß gestellten oben mitgetheilten Anträge an. Nächste Sitzung morgen.

Frankfurt, 15. April. Der Dreißiger Ausschuß ist gestern zum ersten Male zu einer Plenarberathung zusammengetreten. Ein Bericht ist in derselben nicht zu Stande gekommen; vielmehr wurden vier verschiedene und zum Theil weit auseinandergehende Anträge von einzelnen Mitgliedern vorgelegt, zwei gemäßigte von Kierulff und Raveaux, zwei sehr extreme von Spatz und von Eisenstuck und Ludwig Simon. Wir sind in den Stand gesetzt, nachstehend den Wortlaut dieser Anträge mitzutheilen:

I. Antrag des Abg. Kierulff. Der Ausschuß möge beantragen: 1. Die Reichsversammlung genehmigt die von ihrer Deputation auf die Antwort Sr. Maj. des Königs von Preussen gegebene Erklärung in dem Sinne der von der Deputation durch ihren Präsidenten der Reichsversammlung mitgetheilten, dem Bericht angehängten, Erläuterung. 2. Die Reichsversammlung beschließt in Folge dessen: nunmehr die definitive Entschließung Sr. Maj. des Königs von Preussen auf die durch die Reichsdeputation an den König gerichtete Einladung zur Annahme der auf Grundlage der Reichsverfassung auf Ihn übertragenen Kaiserwürde einzuholen. 3. Der erwählte Ausschuß bleibt bestehen, um je nach den Erfolg des Beschusses sub 2 weitere Maßnahmen zu berathen und der Reichsversammlung vorzuschlagen.

II. Antrag des Abgeordneten Spatz. Die Reichsversammlung wolle beschließen: 1. Bezüglich der Antwort des Königs von Preußen dieselbe für ablehnend zu erklären (Antrag der Subkommission). 2. Bezüglich der Maßregeln zur Durchführung der Verfassung a) die Wahl des Kaisers bis zur thatsächlichen Durchführung der Verfassung in ganz Deutschland auszusetzen; b) bis dahin einen Reichsstatthalter zu ernennen, wobei wählbar seyn soll: 1. der Erzherzog Reichsverweser, 2. jeder regierende Fürst, welcher binnen 14 Tagen seine unbedingte Unterwerfung unter die Reichsverfassung erklärt, 3. jeder volljährige deutsche Staatsbürger; c) diesem Statthalter alle Rechte, Befugnisse und Pflichten zu übertragen, welche dem Reichsoberhaupte durch die Verfassung übertragen sind, mit Ausnahme des Veto, welches möglicherweise der Durchführung der Verfassung hinderlich seyn könnte; d) die Beeidigung des gesammten Militärs und aller Bürgerwehren auf die Verfassung; e) die Beeidigung der Reichsbeamten auf die Verfassung; f) die Erlassung eines Gesetzes, welches jeden thatsächlichen Widerstand gegen Einführung der Verfassung und jede direkte Aufforderung zu solchem Widerstande für Hochverrath gegen das Reich erklärt und die geeigneten Strafen gegen solche Hochverräther festsetzt; g) die sofortige Erlassung eines Gesetzes über Organisation des Reichsgerichts, sodann die Einsetzung desselben; h) ein Aufruf an das gesammte deutsche Volk, für die Reichsverfassung einzustehen; i) die Einberufung des Reichstags auf den 1. Juni und Ausschreibung der Wahlen.

III. Antrag des Abgeordneten Raveaux. Die Nationalversammlung beschließt: 1. Die Entschließung der preußischen Regierung in Betreff der deutschen Frage bis zu dem von ihr selbst in der Zirkularnote vom 5. d. M. anberaumten Tage abzuwarten. 2. Durch die Zentralgewalt die Regierungen der deutschen Einzelstaaten, welche die Erklärung für unbedingte Annahme der Reichsverfassung bereits abgegeben haben, sofort das Heer, die Bürgerwehr und die Beamten auf die deutsche Reichsverfassung beeiden zu lassen. 3. Einen Aufruf an das deutsche Volk zu erlassen, in welchem dasselbe aufgefordert werde, unverbrüchlich an der von der deutschen Reichsversammlung beschlossenen Reichsverfassung festzuhalten. 4. Die Zentralgewalt zu beauftragen, vorbeugende Maßregeln zu ergreifen, welche die Durchführung der Reichsverfassung möglich machen und die Nationalversammlung vor allen unverfassungsmäßigen Maßregeln oder Angriffen sicher stellen. 5. Sie ernennt eine Deputation, welche Sr. kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Reichsverweser diese Beschlüsse sofort mittheilt.

IV. Antrag der Abgeordneten Eisenstuck und L. Simon aus Trier. I. Die Nationalversammlung erklärt in Folge der Antwort Friedrich Wilhelm IV. die auf ihn gefallene Wahl zum Kaiser der Deutschen für erledigt. II. Zur Vollziehung der Reichsverfassung beschließt demnächst die Reichsversammlung: 1) Die Reichsversammlung wählt durch absolute Majorität aus ihrem Schooße eine Regentschaft von fünf Mitgliedern; 2) der Regentschaft stehen alle verfassungsmäßigen Befugnisse des Kaisers zu; 3) die Regentschaft ist gehalten, den verfassungsmäßigen Reichstag auf Grund der Reichsverfassung und des Wahlgesetzes auf den 1. Juni 1849 nach Frankfurt einzuberufen; 4) der Reichstag wählt in gemeinsamer Sitzung beider Häuser den Kaiser mit absoluter Stimmenmehrheit; 5) die Regentschaft hat auf Grund der Paragraphen 14, 191 und 193 der Verfassung ungesäumt die ganze bewaffnete Macht einschließlich der Bürgerwehren, so wie sämmtliche Beamte des Reichs und der Einzelstaaten auf die Verfassung vereidigen zu lassen; 6) die Regentschaft für die unverzügliche Aufstellung einer zum Schutz der Reichsversammlung und zur Durchführung der Verfassung erforderlichen bewaffneten Macht Sorge zu tragen; 7) die Reichsversammlung fordert die Volksvertretungen der Einzelstaaten auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Durchführung der Reichsverfassung zu unterstützen; 8) die Reichsversammlung beschließt, das deutsche Volk durch einen Aufruf zur thatkräftigen Durchführung der Reichsverfassung aufzufordern, und beauftragt den Ausschuß mit der deßfallsigen Vorlage. Frankfurt am Main, den 14. April 1849 B. Eisenstuck. L. Simon. (D. Z.)

Frankfurt, den 15. April. Der heute hier eingetroffene Specialbevollmächtigte der Staatsregierungen von Anhalt-Dessau und Anhalt-Köthen, wirkliche Geheimerath und Ministerpräsident Habicht, hat zu der an den Bevollmächtigten der königl. preussischen Regierung bei der Centralgewalt gestern abgegebenen Kollektivnote folgende Erklärung nachträglich beigefügt: „Die hohe Regierung Sr. Majestät des Königs von Preussen hat durch Cirkularnote die Regierungen der Herzogthümer Anhalt-Dessau und Anhalt-Köthen aufgefordert, einen besonderen Bevollmächtigten zu bestellen, welcher bezüglich der deutschen Verfassungsangelegenheit und der damit verknüpften Fragen bindende Erklärungen abzugeben befugt sey. Auf den Grund der mir in Folge dessen von den Regierungen der erwähnten Staaten ertheilten besondern Vollmacht und in Betracht des zwischen diesen Regierungen und den Volksvertretern der Herzogthümer Anhalt-Dessau und Anhalt-Köthen vereinbarten Grundsatzes, daß die genannten Staaten sich den Beschlüssen des deutschen Nationalparlaments bezüglich der Verfassung des deutschen Reichs unbedingt zu unterwerfen haben, habe ich die Ehre, zu der Ew. Exzellenz übergebenen und von dem herzogl. anhalt-dessauischen und anhalt-köthenschen Generalbevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt mit vollzogenen Kollektivnote vom 14. April d. J. nachträglich die Erklärung abzugeben, daß Anhalt-Dessau und Anhalt-Köthen die von der Nationalversammlung in zweiter Lesung beschlossene Verfassung des deutschen Reichs unbedingt für rechtsgiltig und verbindlich halten, sowie, daß ferner die Regierungen dieser Staa-

ten mit der Wahl Sr. Maj. des Königs von Preussen zum Kaiser der Deutschen, nicht minder mit den in der obengenannten Kollektivnote ausgesprochenen Wünschen und Erwartungen vollkommen einverstanden sind. Ich benutze diese Gelegenheit Ew. Exc. meine vorzüglichste Hochachtung zu versichern. Frankfurt, 15. April 1849. Hadicht. Sr. Exc. dem kgl. preuss. wirklichen Geheimerath und bevollmächtigten Minister bei der provisorischen Centralgewalt für Deutschland, Herrn Camphausen hier." (Fr. O.-P.-Z.)

Frankfurt, den 14. April. Von Olmütz ist eine Note nach Berlin gesendet worden. Oesterreich erklärt, daß es erstens die Reichsversammlung als nicht mehr bestehend betrachte, daß es ihr zweitens nicht das Recht zuerkenne, in Beziehung auf die anderweite Besetzung der provisorischen Centralgewalt die nöthigen Maßregeln zu ergreifen, daß sie drittens durch die schließliche Feststellung des Verfassungswerkes das Recht verwirkt habe, sich an der Einigung über die deutsche Reichsverfassung überhaupt noch ferner zu betheiligen, und daß es viertens den Erzherzog Johann ersucht habe, sein Amt so lange fortführen zu wollen, bis die definitive Centralgewalt auf gesetzlichem Wege geregelt sey. Wenn wir uns fragen, wiefern das Verhältniß Oesterreichs zur Reichsversammlung durch diese Erklärung sich geändert habe, so müssen wir uns eingestehen, daß es im Grunde ganz dasselbe geblieben ist, wie früher, daß nur der Ton, mit dem man der Reichsversammlung entgegentreten zu müssen glaubt, schärfer und rücksichtsloser geworden sey. Die Reichsversammlung hat nämlich im Grunde niemals für das österreichische Kabinet bestanden, sie hat beschlossen, und Oesterreich hat sich nicht darum gekümmert.

(Frkf. O.-P.-Z.)

△ **Aus Hohenzollern.** Das hiesige Militärkontingent soll nach Schleswig geschickt werden, während vor der Märzrevolution es im Fall eines Krieges als Besatzung mit für die Festung Landau bestimmt war. — Ueber dem künftigen Schicksal der Hohenzoller'schen Fürstenthümer ruht noch ein dichter Schleier, nur das fühlen Regenten und Regierte, daß der Fortbestand unter den gegenwärtigen Verhältnissen einer Unmöglichkeit gleichsteht. Man konnte also hier, wie an manchen andern Orten in Deutschland, mit Hamlet sagen: „Es wär ein End' auf's Innigste zu wünschen." — Pfarrer Sprießler in Empfingen, früher Mitglied des deutschen Parlaments in Frankfurt, wurde, wie unsere Leser wissen, wegen einer Rede bei der für Robert Blum in Suhl gehaltenen Leichenfeier, vom Erzbischof zu Freiburg vom Amte suspendirt. Die Regierung scheint die Absicht zu haben, diesen dem Religiösen und dem Politischen zugethanen Mann, gegen die Angriffe der Römlinge schützen zu wollen, die nichts unversucht lassen, um ihn zu vernichten, denn so lange sein Schicksal in gesalbten Händen ist, ist es in gefährlichen Händen.

†*† **Berlin**, 15. April. Nach der jüngst vom Justizministee der zweiten Kammer gemachten Eröffnung soll eine Begnadigung nur einzelnen Personen, nicht aber ganzen Kategorien politischer Verbrecher zu Theil werden. Wie man erfährt, sollen namentlich alle durch die stattgefundenen Verurtheilungen betroffenen Militärpersonen, zumal die durch ehren- und kriegsgerichtlichen Spruch Verurtheilten, von der Begnadigung schon im Voraus ausgeschlossen seyn. Der Abg. Caspary, der früher selbst dem Offizierstande angehörte, beabsichtigt nächstens diese ehren- und kriegsgerichtlichen Untersuchungen, die schon seit einer Reihe von Jahren und selbst auf dem Vereinigten Landtage Gegenstand lebhafter Beschwerde waren, zur Sprache zu bringen. Die Zahl der Opfer dieser vom engherzigsten Kastengeist beherrschten Procedur ist in Preussen bekanntlich nicht gering. Ein Theil derselben hat seine Klagen bereits bei der Volksvertretung laut werden lassen, und es steht zu erwarten, daß auch die übrigen mit Darlegung der Verhältnisse, denen sie ihr unverschuldetes Schicksal zu danken haben, nicht zurückbleiben werden.

Bei Gelegenheit der parlamentarischen Erörterung dieser Beschwerden werden auch die vielfach, auch in einer Reihe von Petitionen, deren Zahl sich noch bedeutend vermehren dürfte, laut gewordenen Wünsche für Reformen im Heerwesen zur Sprache kommen. Dieselben beziehen sich besonders auf Aufhebung der Ehrengerichte, Einführung kürzerer Dienstzeit, Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes der Militärpersonen, freies Associationsrecht und Petitionsrecht der Soldaten, wenn sie nicht unter den Waffen stehen, Trennung der militärischen Verhältnisse der Soldaten von den nichtmilitärischen und Aufhebung des Kirchenzwanges. Die unverhältnißmäßig hohe Besoldung der Brigade-Kommandeure auf der einen und die mehr als dürftige Pension der Invaliden, die Bevorzugung der Garden, die Nutzlosigkeit der kostspieligen Kadettenhäuser, schon längst Gegenstand allgemeinster Mißbilligung in und ausser dem Heere, stehen auch unter den hier zur Sprache kommenden Beschwerden in erster Linie.

Gestern ist wiederum eine Wahlmännerversammlung, in welcher Joh. Jacoby und Assessor Jung ihren Wählern Rechenschaft über ihr Verhalten in der deutschen Frage ablegten, durch Militär gesprengt worden. Jacoby hatte seinen mit außerordentlichem Beifall aufgenommenen Vortrag bereits vollendet und das Lokal verlassen. Jung war so eben im Begriff zu schließen, als Herr v. Manteuffel seine neueste konstitutionelle That vollbringen ließ. Nachdem die Theilnehmer der Versammlung — etwa 300 bis 400 — den Saal verlassen hatten, wurde der Wirth vor ähnlichen Versammlungen unter den dem Rechte des Belagerungszustandes entsprechenden Androhungen verwarnt.

Mit Beziehung auf die vom Minister des Auswärtigen in der Sitzung vom 4. April gemachte Eröffnung, wonach die Regierung binnen längstens 14 Tagen eine definitive Erklärung über die deutsche Sache abgeben zu können hoffte, beabsichtigt Graf Dyhrn auf den 18. einen auf die deutsche Angelegenheit bezüglichen Antrag einzubringen.

Wenig fehlte, so wäre unlängst auch Bettina v. Arnim, die Freundin Göthe's und des Königs, von der Verfolgungswuth des Kommandeurs in den Marken heimgesucht worden. Es war dem General die Anzeige zugegangen, die Dichterin berge in ihrem Hause flüchtige Demokraten, Franzosen, Polen u. dgl. Zum Glück trat rechtzeitig ein Einspruch ein, der dieser Gewaltthat vorbeugte.

Dresden, 14. April. Auf der Registrande der heutigen Sitzung der I. Kammer befand sich unter Anderm auch eine Petition gegen die Aufhebung der Klöster in der Oberlausitz. Abg. Jahn begründet seinen Antrag, die Truppensendungen nach dem Voigtlande im vorigen Jahre betreffend; derselbe verlangt 1) daß diejenigen Personen, welche die Truppensendungen dahin veranlaßt hätten, zur Rechenschaft gezogen und nach Befinden zur Wiedererstattung der dadurch aufgelaufenen Kosten veranlaßt würden, und 2) daß die Staatsregierung jene Thatsachen, von welchen der damalige Justizminister Dr. Braun in der 79. Sitzung des außerordentlichen Landtags vom Jahre 1848 gesprochen habe und durch welche die Regierung die Vorbereitung zum Aufruhr in jenem Landestheile darzuthun angeblich in den Stand gesetzt worden wäre, unverweilt der jetzigen Volksvertretung vorlege. In einer längern Motivirung versuchte der Antragsteller den Beweis zu führen, daß sein Antrag im konstitutionellen Prinzip begründet sey, daß ihn die Ehrenrettung der Bewohner des Voigtlandes fordere, und daß die Truppensendungen dorthin ebenso kostspielig als unnöthig gewesen wären, indem trotz der damals herrschenden Mißstimmung in jenen Gegenden doch weder das Eigenthum noch die Sicherheit der Person gefährdet gewesen. Der Antrag wird dem fünften Ausschuß zue weitern Begutachtung überwiesen. (D. A. Z.)

Koburg, 14. April. Die Landstände haben in ihrer heutigen Sitzung eine Erklärung an die Regierung beschlossen: das Land sey bereit in den deutschen Bundesstaat auf den Grund der Frankf. Beschlüsse einzutreten; es erwarte, daß die Staatsregierung die in 2. Lesung als endgültig angenommene deutsche Reichsverfassung im hiesigen Herzogthum auf gesetzlichem Weg alsbald zur öffentlichen Kenntniß bringe.

Von der Niederelbe, den 13. April. Die Reise des Baron v. Heintze nach London, wo er heute angekommen seyn wird, erregt natürlich in Nordalbingien großes Aufsehen. Man frägt einander verwundert und entrüstet: „Sollten die kaum abgebrochenen und gescheiterten Waffenstillstands- und Friedensunterhandlungen schon wieder und zwar in einem Augenblicke, in welchem erst 8 Tage nach dem Siege bei Eckernförde verflossen sind, in welchem man ungeduldig die Minute bis zum Einrücken der Reichsarmee nach Jütland zählt, in welchem endlich die Dänen statt des Entgegenkommens neuen Uebermuth und neuen Haß gegen alles Deutsche kundgeben, obendrein zuerst von deutscher Seite von Neuem aufgenommen werden?" Handelte es sich übrigens wirklich um eine rein diplomatische Mission, so wäre sie beim Baron v. Heintze nicht in den schlechtesten Händen. Denn obwohl er als aristokratischer Bureaukrat bekannt und noch vom J. 1846 her, wo er als Amtmann von Neumünster die Erneuerung der gesprengten Nortorfer Versammlung in Neumünster durch die Phrase: „Jeder Blutstropfen in mir ist deutsch!" nur mit Mühe verhinderte, eben nicht in bestem Angedenken ist, so kann ihm doch Niemand ein sehr feines diplomatisches Wesen absprechen, welches am Ende auch in London von guter Wirkung seyn kann. Wahrscheinlich ist es uns indessen, daß er in London den Platz einnehmen soll, an welchen nach dem an die gemeinsame Regierung gestellten Verlangen der schlesw.-holst. Landesversammlung ein schleswig-holsteinischer Agent bei den dortigen Unterhandlungen gestellt werden sollte. Möglich auch, daß die Niederlegung der Funktion eines deutschen Reichsgesandten von Seiten Bunsens die Mission Heintze's veranlaßt hat. (Wes. Z.)

Altona, vom 14. April. (Vom Bahnhofe.) Nach Ankunft des Morgenzuges erfuhr man, daß mittelst des Postkondukteurs vom Norden in Rendsburg die Nachricht eingetroffen sey, daß gestern die Düppeler Schanzen von den deutschen Truppen genommen, nachdem am gestrigen Morgen schon die Düppeler Mühle gebrannt habe. (Alt. M.)

Rendsburg, vom 12. April. Die dänischen Gefangenen, nach genauer Zählung 911 ohne die Offiziere, befinden sich noch hier; die hannoversche Regierung soll sich geweigert haben, sie in Stade aufzunehmen. Sie genießen eine überaus gute Behandlung. Die Offiziere gehen frei umher und noch heute Morgen begegneten wir dem Kommandeur Paludan, welcher eine Cigarre rauchend in der die Altstadt umgebenden Schlangenallee spazierte. — Wenn wir zu den Gefangenen die dänischen Karrensträflinge, die noch immer hier sind, rechnen, so haben wir jetzt reichlich 1000 Mann Dänen hier, die bei nicht gehörig strenger Bewachung leicht einen bösen Krawall machen könnten. (N. Fr. Pr.)

Auszug aus den Berichten des Generalmajors Wynecken. Ulderup, den 13. April 1849, Morgens 9 Uhr. Der Oberbefehlshaber der Armee hatte auf heute Morgen früh eine Recognoscirung gegen die stark verschanzten Düppeler Höhen befohlen. Es sollte damit der Versuch verbunden werden, diese Stellung durch Ueberraschung des Feindes zu nehmen. Zu dem Ende sollte die königl. bayerische Brigade auf der südlichen auf Sonderburg führenden Straße vor Tagesanbruch gegen die Höhen vorgehen. Die königl. sächsische Brigade sollte den Angriff auf der nördlichen Straße unterstützen, und die königlich hannoverschen Truppen sollen als Reserve in Bereitschaft seyn. Der Befehl ward pünktlich ausgeführt, und das Unternehmen gelang vollkommen. Die Bayern waren 1½ Uhr Morgens von Düppel aufgebrochen. Sie überraschten die dänischen Schildwachen, rannten sie mit dem Bajonnet nieder und setzten sich, ohne namhaften Widerstand zu finden, in den Besitz der südlichen Verschanzungen. Erst jenseits der Höhen stießen sie auf größere Infanterie-Abtheilungen, die sie in den dicht am Ufer vor Sonderburg liegenden Brückenkopf trieben. Die Sachsen rückten, dem Befehl gemäß, etwas später vor. Als sie die feindliche Infanterie, welche wieder aus dem Brückenkopf debouchirt war, angriffen, eröffneten — etwa 4½ Uhr — die Alsener Strandbatterien ein sehr heftiges Kanonenfeuer, an welchem später auch einige Kanonenböte Theil nahmen. Die bayerische und sächsische Artillerie fuhr dagegen auf. Ungeachtet des heftigen Geschützfeuers rückte die sächsische Infanterie muthig vor, und trieb die Dänen, welche verschiedentlich wieder vorzudringen versuchten, fortwährend zurück. Um 6 Uhr waren die verschanzten Höhen vollständig in dem Besitze der deutschen Truppen, und die Dänen lediglich auf den Brückenkopf beschränkt. Auf diese Weise haben die Dänen eine durch ihre Lage und Stärke ungemein wichtige Stellung verloren, welche sie mit großer Anstrengung und vielem Zeitaufwande verschanzt hatten. Von der hannoverschen Brigade waren nur die ersten Bataillone des 2. und 3. Regiments und die dritte Fuß-Batterie, ohne an dem Gefechte Theil zu nehmen, als Reserve bei Oster-Snabeck und Ulderup ausgerückt. Die übrigen Truppen waren zum Ausrücken bereit. Der Verlust der deutschen Truppen ist noch nicht genau bekannt, er ist im Vergleich zu dem Eojolg nicht bedeutend.

(Lpz. Z.)

Satrup auf Sundewitt, 9. April. Wir (sächsische Truppen) stehen vor den Düppelschen Schanzen, hinter welche sich die Dänen zurückgezogen haben; auch nicht eine Patrouille läßt sich blicken, wohl aber kann man durch das Fernrohr sehen, wie sie oben arbeiten. Ueber unsere Kreuz- und Querzüge seit dem 3. d. M. hole ich noch Folgendes nach: In Flensburg weckten uns am 6. früh 3 Uhr die Signale; gegen 5 Uhr erfolgte der Abmarsch auf der Straße nach Apenrade. Hessen und Bayern gingen voraus. Unser Bataillon (2. Schützen-Ba-

taillon) erhielt den Befehl, in Quars, Laygard und Grungrift Feldwachen mit der Front nach Alsen auszustellen. In Laygard angekommen, vernahmen wir starken Kanonendonner und Gewehrfeuer, welches gegen Abend etwas nachließ. Plötzlich ward Allarm geblasen. Alles voller Erwartung und Todtenstille; mit Ungeduld harrten wir dem Befehle zum Vorrucken entgegen. Das dritte Linieninfanterieregiment und eine Batterie waren unmittelbar in unserer Nähe. Bis Mitternacht standen wir in Bereitschaft, da mußten wir, nachdem das Schießen in Etwas nachgelassen hatte, in unsere Quartiere zurück. Am andern Morgen (d. 7.) erfuhren wir von dem eine Stunde von uns entfernt in und um Ulderup stattgefundenen Treffen. Ebenfalls vorgestern rückten wir in die Vorpostenlinie nach Beuschau, um die Tags vorher im Gefecht gewesenen Würtemberger abzulösen; rechts von uns standen die Altenburger, zur Linken Hannoveraner. Die Dänen sahen wir 1000 Schritte vor uns am Waldsaume. Gestern früh 5 Uhr bemerkten wir, daß die Dänen sich zurückgezogen hatten. Zwei Kompagnien der Unsrigen erhielten Befehl, zu recognosciren. Wir drangen vor bis an den Rubelnör und bis in das Dorf Atzbüll, fanden aber nur die verlassenen feindlichen Biwouaks mit zurückgelassenen Broden und vergessenen Waffen. Die Dänen waren, wie uns die Dorfbewohner versicherten, in der Nacht auf Dampfschiffen nach Sonderburg übergesetzt. Heute früh rückten wir nach; an der festen Stellung der Dänen in Satrup, wo mehrere 1000 Mann gelegen haben mußten, angekommen, erhielten die beiden Kompagnien des 2. Schützenbataillons Befehl, so weit vorzugehen, bis sie auf den Feind stoßen würden, und dann ihn anzugreifen; das 3. Schützenbataillon und das 3. Linien-Infanterie-Regiment folgten uns. Auf der Höhe hinter Satrup, Richtung nach Sonderburg zu, traf uns jedoch der Höchstcommandirende und befahl, nach Satrup zurückzukehren und da zu bleiben. So stehen wir also noch v o r den Schanzen, doch so eben kommt der Befehl, morgen früh 11 Uhr zum Vormarsch bereit zu seyn! (Lpz. Z.)

Ulderup, 13. April. Die S a c h s e n u n d B a y e r n haben heute Morgen die D ü p e l e r S c h a n z e n erstürmt. Die Truppen haben sich überaus brav geschlagen. (B.-H.)

Hamburg, 14. April (Abends 8 Uhr). Mit dem soeben eingetroffenen Bahnzug erhalten wir die Bestätigung der Nachricht, daß die S c h a n z e n b e i D ü p e l, welche den Schlüssel des Uebergangs nach Alsen bilden und auf einer Anhöhe (300 Schritte von dem Brückenkopfe entfernt) liegen, erstürmt und die Brücke selbst durch sächsische und bayerische Truppen genommen worden ist. Der Kampf muß sehr hartnäckig gewesen seyn und sollen unsere braven Truppen sich ausgezeichnet verhalten haben. Der Verlust an Todten und Verwundeten ist leider als sehr beträchtlich anzusehen, er wird auf 1000 M. (wir hoffen, die erste Kunde werde sehr übertrieben seyn) angegeben, die Dänen sollen zwei Bataillone verloren haben; das Dorf Düpel ist abgebrannt. (D. A. Z.)

Flensburg, den 13. April. Heute sind hier bedeutende Massen preussischer Infanterie, nach einigen Angaben 7 Bataillone, ein-, durch- und ausmarschirt; auch eine preussische Zwölfpfünderbatterie, welche theils hier, theils in Angeln gelegen hat. Das Hauptquartier der Armee ist verlegt; wohin, ist nicht bekannt. Mehre Verwundete, dem Vernehmen nach Bayern, sind hier eingebracht. (B.-H.)

Flensburg, den 12. April. Den Dänen ist eine Menge kleiner Fahrzeuge der Inseln Sylt, Föhr 2c. in die Hände gefallen, und sie bedienen sich derselben und auf den friesischen Inseln gepreßter Seeleute jetzt, um an jener Seite des Herzogthums Besuche abzustatten, was sie mit ihren Kriegsfahrzeugen wegen des Wechsels im Wasserstande und anderer Schwierigkeiten der dortigen Gewässer nicht unternehmen konnten. Sie haben sich gestern mit einer solchen eroberten, ziemlich zahlreichen Flotille vor Husum in der See gezeigt und sind zu Südwesthörn mit der Besatzung derselben am Lande gewesen. Man fürchtet in Husum, daß sie einen Coup auf die Stadt machen möchten; doch dürften sie sich schwerlich in den eine halbe Meile langen, schmalen dortigen Hafen bis an die Stadt hereinwagen, und wenn sie auch in der Nachbarschaft von Husum landen können, es doch eben so wenig für rathsam finden, sich mit ihrer kleinen Macht aus der unmittelbaren Nähe der Schiffe zu entfernen. Es ist zu bedauern, daß diese Schiffe nicht zur rechten Zeit in Sicherheit gebracht worden sind. (Ostf.-T.)

Französische Republik.

† **Paris**, 14. April. Dem Vernehmen nach arbeitet man im Ministerium an dem Plane einer systematischen Proletarier-Uebersiedelung nach den Kolonien Guadeloupe und Martinique, wie dies im vorigen Jahre nach Algerien der Fall war.

Große Versteinerung an der Börse, daß Fould es gewesen seyn solle, der der provisorischen Regierung den Nationalbankerott vorschlug.

Im Lager der Ultramontanen herrscht Verzweiflung: Frankreich, d. h. Odilon-Barrot will in Italien n i c h t interveniren! Die Minister saßen fast die ganze Nacht im Elysée und trennten sich erst nach 1 Uhr, ohne einen Entschluß zu fassen. Diesen Vormittag saßen sie wieder von acht Uhr bis Mittag beisammen, ohne zu einem Entschlusse zu kommen. Trotz der Ernennung Oudinots zum Befehlshaber, trotz der gegebenen Befehle nach Toulon und Marseille ist die Furcht vor der Nationalversammlung so groß, daß Falloux und Buffet vergebens all' ihr Pulver zu Gunsten des Papstes verschossen. Diese beiden Minister drangen mit großem Ungestüm auf sofortige Intervention zu Gunsten des Pabstes. Encore quelques années d'une pareille politique et nous ne compterons pas plus en Europa que la Suisse! rief einer derselben am Ausgange des Ministerrathes, wie uns einer seiner Vertrauten versichert.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 14. April.] Lamoricière, einer der Vizepräsidenten eröffnet die Sitzung mit dem Schlage 12 Uhr. Die Gallerien sind zahlreich mit Damen besetzt, weil sie auf die Viktor Considerantschen Expektorationen über die Staatsgefahr neugierig. An der Tagesordnung befindet sich jedoch zunächst die Ernennung der Präsidentenwahl. Das geheime Skrutinium wird eröffnet. Nachdem dies vollendet, schreitet das Haus zur Fortsetzung des Skrutiniums für die Staatsräthe. Dasselbe dauert bis 2 Uhr. Die Huissiers tragen die Urnen wieder in einen Nebensaal und die eigentliche Sitzung beginnt. Lamoricière verliest eine Menge Urlaubsgesuche. (Bewilligt.) Considerant erscheint auf der Bühne, um seine Interpellationen an den Minister des Innern zu richten. (Ah! Ah!) Stimmen rechts: Warten Sie doch noch. Es ist ja kein Minister auf seinem Platze! Links: Sprechen Sie! Sprechen Sie. Considerant: Meine Interpellationen sind in der That nicht persönlicher Natur; sie richten sich nicht an diese oder jene Person des Ministeriums; sie beziehen sich vielmehr auf die Gefahren, welche die Gesellschaft umlagern (Ah! Ah!) Ich werde so gedrängt wie möglich seyn (Sehr schön!) Glauben Sie nicht, daß ich indessen in Einer Sitzung darlegen werde, was ich früher in vier Sitzungen darzulegen beabsichtigte. (Hohngelächter. Stimmen links: Tagesordnung!) Considerant: Leon Faucher, gegenwärtig noch nicht auf seinem Platze, hat den Sozialismus eine Pest genannt und ihn als Quelle aller Gefahren dargestellt. Sein akademisches und offizielles Ansehen mag groß seyn (Lärm), aber erlauben Sie mir, Ihnen zu beweisen, daß eben nur durch gehörige Anwendung des Sozialismus allein die Union und Prosperität hergestellt werden können.... Stimme rechts: Tagesordnung! Considerant: Mein Sozialismus ist ein Sozialismus des Friedens, der friedlichen Transformation u. s. w. (Unterbrechen durch starkes Ah! Ah!) Zunächst will ich die Grundlagen der Gesellschaft beleuchten. Der Redner tritt nun in eine Beleuchtung des feudalen Staatsgebäudes und kommt zu dem Schlusse, daß in der heutigen gesellschaftlichen Ordnung Anarchie herrsche. Der Redner beweist diese Anarchie vorzüglich in der Industrie, in der Stellung des Kapitals gegenüber der Arbeit; untermischt mit dem bekannten Konkurrenzjammer u. s. w. Aus dieser Anarchie müsse bald Bürgerkrieg (Klassenkampf) entspringen: den wolle er vermeiden (hier zieht der Redner ein Heft in rother Marokin gebunden hervor und beginnt zu lesen. (Allgemeines Stöhnen im Saale Viele Glieder verlassen ihre Plätze.)

Lamoricière: Ich benütze diese Gährung, die den Redner am fortfahren hindert, um Ihnen das Präsidialwahlresultat mitzutheilen. Es stimmten 622 Glieder. Davon erhielten Marrast 417 und Dufaure 95 Stimmen. Mithin proklamire ich Marrast wieder zum Präsidenten. Considerant liest jetzt fort unter allgemeinem Geplauder und bei leeren Bänken und schließt endlich mit den Worten: Leihen Sie mir 12 bis 1600 Hektaren Landes, um ein Phalansterium (an den Thoren von Paris?) anzulegen und Ihnen eine Theorie zu verwirklichen. Sie (der Staat) trägt die Kosten und wenn diese Probe nicht gelingt, so können Sie mich mein Lebenlang in das Narrenhaus zu Charenton einschließen. (Olympisches Gelächter.) Diese Kosten werden nicht so hoch kommen, als das Ministerium gegen die Sozialisten vergeudet (!) Folgen Sie meinem Rathe nicht, so prophezeihe ich Ihnen, daß sie 1850 nicht erreichen, ohne die alte Gesellschaft in einem Meer von Feuer und Blut untergehen zu sehen. (Agitation) 4 Uhr.

Italienische Staaten.

Briefe aus Rom vom 9. April melden: Das Osterfest ward mit Glanz begangen; an der Stelle der Kardinäle erschienen die Deputirten der konstituirenden Versammlung; b e i m V o r ü b e r t r a g e n d e s A l l e r h e i l i g s t e n s p i e l t e d a s M i l i t ä r m u s i k k o r p s d i e M a r s e i l l a i s e; d i e K u p p e l b e l e u c h t u n g w a r t r i k o l o r.

Briefe aus Mailand vom 14. April melden den endlichen Beginn der Friedensunterhandlungen. General La Bormida war dazu mit ausgedehnten Vollmachten von Turin eingetroffen.

Genueser und Turiner Blätter bis zum 12. April melden, die Ruhe war vollkommen in Genua wiederhergestellt. Unter denen, welche von der Amnestie ausgenommen waren, befinden sich die Herren Avezzana, David Morchio, Constantino Reta (die provisorische Regierung) Lazotti, Pellegrini 2c.

Die offizielle Gazz Piemontese bringt die Nachricht, daß die Abdankung Karl Alberts auch formell gültig erfolgt sey. Der Akt wurde in Tolosa (in der spanischen Guipuzcoa) von einem königlichen Notar in Gegenwart der höchsten Provinzialbeamten unter Zuziehung des Marchese della Marmora, Fürst Messerano und dem Grafen Ponza die S. Martino als Zeugen vollzogen.

Oesterreichische Staaten.

Wien, den 14. April. Die ungarischen Angelegenheiten beschäftigen wie natürlich alle Köpfe. Die „Wienerzeitung", das Sprachrohr der Regierung, das langweilige und immer zu spät redende, hat über die ungarischen Angelegenheiten seit der Mittheilung der letzten zwei Bulletins Stillschweigen, starres, peinliches Stillschweigen beobachtet. Unter den Verhältnissen, wie sie aus der merkwürdigen Rekognoszirung bei Hatvan hervorgingen, bei der drohenden Stellung, welche die beiden feindlichen Armeen einander gegenüber einnahmen, ist es wohl natürlich, daß die seltsamsten Gerüchte über die Entwirrung des geschürzten Knotens im Umlaufe sind. G r a n s o l l v o n d e n M a g y a r e n i n S t u r m g e n o m m e n w o r d e n, K o m o r n e n t s e t z t, F ü r s t W i n d i s c h g r ä t z v o n d e n ü b r i g e n T h e i l e n d e r A r m e e m i t s e i n e m C e n t r u m a b g e s c h n i t t e n s e y n. (D. k. Z.)

Wien, den 14. April. Aus Pesth und Ofen langen täglich zahlreiche Flüchtlinge hier an. Aus ihrem Munde erfährt man, daß die Ungarn sich plötzlich gegen Waitzen gewendet haben und zwar mit Zurücklassung ihrer Vorposten bei Helven, um rasch die Straße nach Komorn zu gewinnen. Bei Waitzen sey es zur Schlacht gekommen, wo Görgey den Feldmarschall-Lieutenant Baron Ghorich schlug und aus der Stadt warf, wobei Generalmajor Götz blieb. Der Menschenverlust auf beiden Seiten soll sehr bedeutend seyn. Baron Ghorich zog sich hierauf bis Gran zurück, um die Komorner Straße zu decken und Verstärkungen an sich zu ziehen. Die Magyaren scheinen ihm jedoch hiezu nicht Zeit zu gönnen, da sie unter Graf Beckler bei Bojo bereits über die Donau gegangen seyn sollen und im Innern gegen Stuhlweißenburg sind, wodurch Fürst Windischgrätz genöthigt wäre, sich rasch auf Oesterreich zurückzuziehen, um nicht abgeschnitten zu werden. Dembinski's Plan, die Oesterreicher auf beiden Seiten zu überflügeln und zum Rückzuge an die Grenzen zu zwingen, scheint zu gelingen. Unter so trüben Auspizien ist dem Fürsten Windischgrätz der Oberbefehl abgenommen und dem Baron Welden verliehen worden, der auch im Laufe des heutigen Tages zur Armee abreiste und in der Zwischenzeit hier vom Feldmarschall-Lieutenant Böhm vertreten werden soll. (D. k. Z.)

S p r e c h - S a a l.

Regensburg, 12. April. Wenn es eine der wichtigeren Pflichten der Presse ist, hervorragende Leistungen jeder Art besonders dann in den Kreis ihrer Besprechung zu ziehen, wenn dadurch der Oeffentlichkeit

ein wesentlicher Nutzen erwachsen kann, so entledigen wir uns heute einer solchen Pflicht in Beziehung auf den in der Ueberschrift genannten Gedächtniß-Probevortrag des Herrn Kothe um so lieber, als wir uns demselben schon jetzt, eben durch diesen Vortrag, zu besonderem Danke verpflichtet hatten. Denn mit dem Genusse, welchen die meisterhafte Lösung der schwierigsten Gedächtnißaufgaben und das rednerische Talent des Künstlers uns bereitete, ging überall die Belehrung Hand in Hand — und selbst ein tage-, ja wochenlanges Studium dessen, was über Gedächtniß- und Gedächtnißkunst geschrieben seyn mag, würde uns schwerlich das gegeben haben, was wir in dieser zweistündigen Soirée empfingen; ein so klares und lebendiges Bild von den Grundgesetzen des Gedächtnisses selbst so wohl und den verschiedenen Wegen der Kunst, jene nachzuahmen, als auch namentlich von der schwindelerregenden Höhe, bis zu welcher diese wichtige Seelenkraft gesteigert werden kann. Und diese Steigerung hat Jeder in seiner Gewalt; Jeder vermag auf der Basis sehr einfacher Regeln das, was die Natur ihm an Gedächtnißstärke versagt hat, durch Kunst mehr als reichlich zu ersetzen. Daher ist es nicht zu verwundern, wenn Herr Kothe der Mnemonik täglich mehr Verbreitung verschafft, und seine Säle fast immer überfüllt sind. Auch gestern Abend waren etwa achthundert Herren und Damen zugegen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Bekanntmachung.

Montag den 23. April l. J. werden auf dem Burgschlosse dahier verschiedene Gegenstände, als:

alles Eisen, alte Fensterrahmen und Thüren, eiserne Ofenplatten, Ofenkörbe, 1 Glockenspiel, 1 marmorne Platte, Tischgestelle 2c. Parthieenweise gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert.

Die näheren Bedingungen werden vor der Versteigerung kundgegeben; — wozu Steigerungslustige hiermit eingeladen werden.

Nürnberg, den 17. April 1849.

Königliche Bau-Inspektion.

Frommel.

Brendel.
Aktuar.

Trauer-Anzeige.

Heute Morgen gegen 4 Uhr entschlief zu einem bessern Erwachen nach kurzem aber schmerzhaftem Krankenlager unsere innigstgeliebte, theure Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante,

Frau Maria Regina Sybilla Geyer,

Rentenverwalters-Wittwe, geb. Rösner.

Tiefgebeugt stehen wir am Sarge der Geliebten, und der Allmächtige, der uns in so vielfachen Prüfungen tröstend zur Seite stand, wird uns auch diese, der Prüfungen schwerste, ertragen helfen.

Diese Trauerkunde widmen allen nahen und entfernten Verwandten, Freunden und Bekannten

die beiden tiefgebeugten Töchter, und im Namen sämmtlicher Hinterbliebenen.

Blei- und Cremserweiß

feinst in Oel abgerieben, sowie alle übrigen bunten Tüncherfarben im trockenen Zustand, empfiehlt zur gefälligen Abnahme

Christian Fink
in der äusseren Laufergasse.

Wohnungs-Veränderung.

Der Unterzeichnete wohnt von heute an in dem Hause des Herrn Kaufmann Schleicher L. Nro 600 im Katharinen-Kloster, II. Stock.

Nürnberg, am 18. April 1849.

Christian Kaufmann,
Magistrats-Kanzlist.

Konstitutioneller Verein.

Versammlung: Mittwoch, 18. April, Abends 8 Uhr in Rößels Kaffeehaus.

Geschäfts-Verkauf.

Aus Gesundheitsrücksichten ist in einem Städtchen in der Nähe Nürnberg's ein, seit einer Reihe von Jahren im besten Betried stehendes Flaschner-Geschäft in Weiß- und hauptsächlich Schwarzblechwaaren, dann in verzinnten Geschirren aus freier Hand zu verkaufen mit einem Wohnhause. Das Geschäft kann nach allen Seiten Konkurrenz halten. Portofreie Anfragen besorgt unter B. C. die Exped. d. Bl.

Empfehlung.

Unterzeichneter empfiehlt sein Lager von ächt ungarischen Roßhaaren, dann Waldhaar à fl. 8 per Zentner für Möbels und Matratzen.

G. L. Krauß.
Theresienstrasse S. Nr. 551.

Aufforderung.

Wer an den verstorbenen Paul Dornauer, Schuhmachergesell, gebürtig von Birnbaum, rechtmäßig eine Forderung zu machen hat, wolle sich binnen 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einfinden. Alle diejenigen jedoch, die etwas an benannten Paul Dornauer zu zahlen haben, werden hiemit aufgefordert, ihrer Verbindlichkeit nachzukommen, und nimmt der Unterzeichnete Zahlungen an. —

Georg Salomon Paulus.
S. Nro. 1023 in der Judengasse.

(Anzeige.) Charnier-Dosen von Birkenholz, worin sich der Taback sehr frisch erhält, sind zu haben in S. Nro. 5 neben der Hauptwache.

J. B. Fensterer,

Parapluie-Fabrikant aus München,

begleitet diese Messe wieder mit seinem schon bekannten

bedeutenden Lager modernster Regen- und Sonnenschirme.

Indem er zu recht zahlreichen Zuspruch ganz ergebenst einladet, verspricht er bei stets reell und gut gefertigter Waare ganz besonders billige Preise.

Die Bude befindet sich in der dritten Reihe am Ecke beim Gießhaus mit Firma versehen.

Der Erinnerung Georg Meinecke's

gewidmet
von mehreren seiner Turnbrüder.

Wohl trauern wollen wir, doch Dich beklagen nicht.
Nach Freiheit rang Dein Geist, nach Freiheit und nach Licht,
Und Beides ward Dir nun in hohem Maaß zu Theil —
Ach, sieh! Dir widerfuhr im vollen Sinn: Gut Heil!
Und doch mit tiefem Weh durchzuckt es uns die Brust —
Zu unheilbar und tief erscheint uns der Verlust!
Zerbrochen und zerschellt der Eltern Stolz und Stab!...
Herr Gott! Dein Will ist streng und dunkel wie das Grab!
Kalt diese treue Hand, — so lautlos still das Herz,
Gefühllos für sich selbst, wie für der Seinen Schmerz,
Gefühllos dieses Herz, das voll Empfindung war —
Und Alles, Alles dies nun auf der Todtenbahr'!
Bahnfrei! es war auch Dein, wie unser Feldgeschrei,
Doch unsr'e Schranken steh'n — und Deine Bahn ist frei.
Es lohnen Könige wohl das Verdienst so gern
Mit einem Ordensband, mit gold'nem Kreuz und Stern,
Doch wo ein Herz so treu, ein Geist so fleckenrein —
Entgegen dem Verdienst — ein Orden! o wie klein!
D'rum, todter Freund, die Thrän', die uns im Auge glüht,
Das soll Dein Orden seyn, Dein Stern pour le merite.
Nicht Diamanten sind's, gefaßt in eitles Gold —
Doch ist's ein Perlenschmuck, der in das Grab Dir rollt.
Und solch' ein Schmuck wird nur den Edelsten zu Theil —
Er ist für Kronen nicht und Königreiche feil.
Und nun, Du treues Herz, Du wack'rer Kamerad!
Leb' wohl! leb' ewig wohl! die schwere Stunde naht.
Die Seele flog empor zur langen Sabbathruh' —
Noch diesen Bruderkuß ...... dann still dem Grabe zu .....
Dann still dem Grabe zu, auf dem die Freundschaft wacht ....
Schlaf' wohl und träume süß — Du Theurer, gute Nacht!

Das große Steingut-Lager

des Joseph Tragel aus Amberg hat sich auch diese Ostermesse dahier eingefunden.

Die Güte und Schönheit der Waaren, verbunden mit den sehr billigen Preisen, ist bekannt.

Ich lade daher zu recht bedeutender Abnahme ergebenst ein.

Der Stand ist auf der Schütt an dem Hause des Hrn. A. Fr. Richter vis à vis des Hrn. Rau.

Joseph Tragel.

Anzeige und Empfehlung.

Wir beehren uns, unserer hochgeehrten Kundschaft so wie allen geehrten Damen anzuzeigen, daß wir die neuesten Pariser Muster von Mäntelchen und Mantillen erhalten haben, und empfehlen solche unter Zusicherung geschmackvollster und reellster Bedienung.

Hochachtungsvollst
Marie und Elise Ebrihöfer.
1381 Lauferplatz. III. Etage.

(Haus-Verkauf.) Ein gut ausgebautes Haus, freundlicher heller Lage, mit Parterre-Räumlichkeiten ist in Nürnberg billig zu verkaufen.

(Gesuch.) Ein junges gebildetes Frauenzimmer wünscht mit einer soliden Familie nach Nordamerika zu reisen. Adresse J. A.

(Gesuch.) Ein junger Mann, der mit den besten Zeugnissen versehen, wünscht ein Unterkommen als Commis in einem hiesigen Handlungshause. Näheres S. Nro. 318 Irrergasse.

(Gesuch) Bei einem soliden und gangbaren Geschäft wird ein junger Mensch in die Lehre zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) In einem soliden Hause werden noch einige junge Menschen in Kost und Logis zu nehmen gesucht. — Näheres unter Adresse K. M.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches im Kochen erfahren ist, auch spinnen kann, wünscht bei einer stillen Familie nächstes Ziel unterzukommen.

(Gesuch.) Ein gebildetes Mädchen hiesiger Stadt, von gutem Charakter, deren Treue verbürgt werden kann, und welches durch seine Fähigkeiten für ein Ladengeschäft empfohlen werden dürfte, wünscht in dieser Eigenschaft oder auch bei einer andern achtbaren Familie hier oder auswärts in Kondition zu treten.

(Zu vermiethen.) Ein tapezirtes Zimmer nebst Alkov, mit Bett und Möbeln, ist an einen soliden Herrn bis 1. Mai zu vermiethen. S. Nro. 822 a.

(Zu vermiethen.) Im L. Nro. 823 am Holzplatz ist ein Logis von 2—3 heizbaren Zimmern, Kammern, Küche, Speise, Wasserausguß, Boden, Keller, Holzgelegenheit und sonstigen Bequemlichkeiten bis Ziel Walburgi zu vermiethen. Auch kann eine Stallung für 1—2 Pferde dazu gegeben werden.

Anzeige.

Die rühmlich anerkannten

Hühneraugen-Pflästerchen

der Gebrüder Lentner sind in nachstehenden Handlungen: in Nürnberg bei Friedrich Bauer am weißen Thurm und Wilhelm Dieterich am Heugäßchen, in Schwabach bei G. M. Feiedlein, und in Ansbach bei Ad. D. Schlichting einzeln zu 6 kr., im Dutzend 1 fl. sammt gehörige Gebrauchsanweisung zu haben.

(Literatur.) So eben hat die Presse verlassen, und ist in der W. Tümmel'schen Buchdruckerei (Exped. d. Mittelfränkischen Zeitung) L. Nr. 544 am Rathhaus zu haben:

Grundsätze und Plan der künftigen Volksbildung.

Eine
Denkschrift
den Abgeordneten des Reichs gewidmet.
kl. 8. 4 Bogen. Preis à 6 kr.

Diese treffliche Schrift, welche mit Gründlichkeit und Klarheit den so wichtigen Stoff der Volkserziehung abhandelt, empfehlen wir nicht blos Lehrern, sondern auch überhaupt denen, welche an diesem wichtigen Gegenstande Interesse finden.

Stadttheater in Nürnberg.

Donnerstag den 19. April. Erste Abonnementsvorstellung. Zum Erstenmale: »Fürst, Minister und Bürger, oder das Pasquill.« Schauspiel in 4 Akten von G. A. von Maltitz.

Herr Gerstel den »Spärling« als Gast.

(Berichtigung.) In dem Aufsatze „dem Lehrerstand eine selbstständig freie Stellung“ in Beilage Nr. 108 d. B. finden sich folgende sinnstörende Druckfehler, welche hiemit verbessert werden: 2te Spalte von unten, Zeile 23 l. »Volk« statt »Volksleben«; 2te Spalte von unten, Zeile 20 fällt das Wort »dann« weg; 3te Spalte von oben, Zeile 5 l. »Aberglaube« statt »Unglaube.«

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 20 April 1849 **№ 110.** **Freitag: Sulpitius.**

Deutsche Staaten.

München, 17. April. V. d. Pfordtens Ernennung als Minister des Aeussern soll gewiß seyn, und er soll gestern Abends bereits Instruktionen an Lerchenfeld-Köfering in Frankfurt abgesendet haben. Es ist wirklich Schade, daß dieser ganz gewiß sehr gescheidte, doch leider zu juristische Mann so gar particularistisch und in vielen Beziehungen reaktionär geworden ist; jedenfalls wird er der Geist des jetzigen Ministeriums seyn, und zugleich derjenige, der das Wort für dasselbe zu führen hat.

Ein Münchener Brief in der Augsburger Abendzeitung macht darauf aufmerksam, daß in der Frage der Grundrechte nicht der beinahe aus sechszig Mitgliedern bestehende oberste Gerichtshof, sondern nur der betreffende aus sieben Mitgliedern bestehende Senat sich ausgesprochen habe. (A. A. Z.)

München, 18. April. Aus dem Staatsministerium des Innern ist unterm 30. März folgende Entschließung über die Beeidigung der Israeliten ergangen: „Es ist bereits durch die Entschließung vom 8. April 1834 genehmigt worden, daß den Israeliten der Staatsbürger-Eid ganz in der nämlichen Weise, wie den Christen, sohin ohne besondere Förmlichkeiten, nur mit Hinweglassung der Bezugnahme auf „das heilige Evangelium“ abgenommen werde. Es ist daher ganz entsprechend, daß das gleiche Verfahren auch bei allen sonstigen, vor Verwaltungsbehörden vorkommenden Beeidigungen stattfinde.“

Der Forstmeister zu Kempten N. Christmann wurde temporär quieszirt; der Revierförster zu Burgwindheim in Mönchherrndorf, S. Lang zum Forstmeister in Ebrach befördert; der Revierförster L. Sebald zu Partenstein auf Ansuchen auf das wieder errichtete Revier Waldberg versetzt, und an dessen Stelle der Forstamtsaktuar zu Lohr J. Endres ernannt. (N. M. Z.)

München, 16. April. Die Kunde von einem bevorstehenden österreichischen Staatsbankerott hat hier nicht wenig Schrecken unter den dabei Betheiligten verursacht und obgleich seit einigen Tagen die österreichischen Staatspapiere an unserer Börse im Steigen sind, so zweifelt doch Niemand mehr an dem großen Staatsfalliment, ja man will in diesem Steigen sogar eine Bestätigung dieser österreichischen Finanz-Operation finden. (D. konst. Z.)

Freiburg, den 15. April. Morgen werden die Geschworenen gezogen werden zur Aburtheilung von Fickler und Bornstedt. Man glaubt vielfach, die Regierung werde es gar nicht mehr dazu kommen lassen, sondern eine allgemeine Amnestie ertheilen, weil sie sowohl die Verhandlungen, als auch die Freisprechung fürchte. Jedoch ist das nur eine jener Vermuthungen, an denen unsere Zeit so überreich ist. (Schw. M.)

Braunschweig, 11. April. Die Magdb. Ztg. meldet, der Herzog von Braunschweig wolle binnen Kurzem der Regierung entsagen.

** **Frankfurt**, 17. April. [206. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Vizepräs. Eisenstuck.] Vier Oesterreicher zeigen in dieser Versammlung wieder ihren Austritt an; eingetreten sind zwei Preussen. Die Verhaftung des Abgeordneten Peter ist der erste Gegenstand der Tagesordnung. Ein Antrag Adams vom 26. Septbr. v. J. geht dahin, der Untersuchung Peters zwar freien Spielraum zu lassen, die Verhaftung jedoch nicht zu gestatten. Ein zweiter Antrag von Breuning (5. März d. J.) lautet: „Die Reichsversammlung wolle nunmehr die gegen den Abgeordneten Peter nachgesuchte Ermächtigung zu dessen Verhaftunng in der gegen denselben schwebenden Untersuchung wegen Theilnahme an dem im April v. J. stattgehabten hochverrätherischen Unternehmen ertheilen.“ Christ und Brentano sprechen gegen die Verhaftung, Zachariä dafür. Die Versammlung beschließt, daß nur die Fortsetzung der Untersuchung gegen Peter stattfinden solle, der Verhaftung dagegen nicht Raum gegeben werde. Zweiter Gegenstand der Tagesordnung sind dänische Angelegenheiten. Der völkerrechtliche Ausschuß will dem Reichsministerium ein Gesuch um Ausgabe von Kaperbriefen gegen Dänemark überweisen. Jahn aus Freiburg spricht in seiner gewohnten Weise zur Erheiterung: Man muß Ernst mit den Dänen machen und dazu gehört, daß man dem Begehr der Altonaer willfahre und Kaperbriefe zulasse. Es ist dann ihre Sache, ob sie kapern wollen, und die Wallfischfänger werden schon das Kapern verstehen; die wissen mit der Harpune und dem Enterbeile Bescheid. Da überdies der Deutsche stärker ist und größere Ausdauer hat, als der Däne, so brauchen wir den Kampf gegen ihn Mann gegen Mann nicht zu scheuen. Nun aber ist der Däne auch jetzt wieder in seinem Kriege ein Seeräuber; er holt die armen Fischer von der Westküste fort; einzelne Beamte, Prediger, und Schulmeister hat er fortgeschleppt. Wir müssen es ebenso machen. Was der Däne auf der See hat, wird genommen und gekapert; Handelsschiffe und Fischfahrzeuge; Alles muß fort. Er muß blockirt werden, da er uns blockirt. Kein Postschiff von Mecklenburg und Lübeck darf nach Kopenhagen mehr gehen. Will er uns absperren von der See, so sperren wir ihn ab von dem Lande. Mag er dann sitzen in seinem Winkel und schmollen. Es darf kein Postschiff mehr hingehen; denn da hat er den Vortheil, daß er Kundschafterei treibt; er weiß von jeder Operation unserer Armee; von jeder Strandbatterie; das wird ihm Alles brühwarm mitgetheilt; kurz Postschiffe dürfen nicht mehr hingehen. Es muß der Krieg auf eine andere Weise geführt werden: die dänischen Gefangenen müssen tiefer ins Land gebracht werden, nicht nach Rendsburg, nicht nach Stade, wo die Hannoveraner sie nicht haben wollen. Ueberall bringe man die dänischen Gefangenen hin. Jeder Staat Deutschlands, der Truppentheile geschickt hat, muß Dänen zu sehen bekommen. Dann wird man begreifen und die Dänen werden sich's merken, daß Deutschland ein großes Land ist. Ueberhaupt müssen wir den Krieg mit Dänemark auf eine ernste Weise führen. Wir wollen dem Beispiele unseres früheren großen Gegners Napoleon folgen: Alles, was als Däne in Deutschland lebt, in Gefangenschaft gesetzt!“ Grockeht, Wedekind und Merk sprechen gegen Kaperbriefe als gegen Humanität, Sittlichkeit und Christlichkeit. Meier dafür; Unterstaatssekretär Fallati räumt im Namen des Reichsministeriums ein, daß die Abneigung gegen Kaperbriefe gerecht sey, aber das Recht dazu solle man der Centralgewalt doch nicht absolut absprechen. Nach dem Schluß der Debatte wird die einfache Tagesordnung angenommen. Die auf den dänischen Krieg sich beziehenden Petitionen werden dem Reichsministerium überwiesen; beschlossen wird ferner ein Zusatzantrag von Röder und Genossen: „Die Nat.-Vers. wolle dem Reichsministerium dringend empfehlen, bei den demnächst wieder aufzunehmenden Friedensunterhandlungen: 1) vollständige Entschädigung für die durch Fortnahme deutscher Handelsschiffe und Güter seit dem Frühjahr des vorigen Jahres zugefügten Verluste und 2) Befreiung aller deutschen Schiffe und ihrer Ladungen von den Sundzöllen von Dänemark zu fordern und zu erwirken. Bis dahin aber 3) Veranstaltung zu treffen, daß zur Deckung der ad 1) zu machenden Ansprüche in den hoffentlich durch die Erfolge der deutschen Waffen in Besitz zu nehmenden feindlichen Gebietstheilen zureichende Kontributionen beigetrieben und in Verwahrung genommen werden, und 4) im Interesse des deutschen Handels diese Absichten der dänischen Regierung zur Warnung mitzutheilen.“ Nächste Sitzung Donnerstag den 19. April.

Frankfurt, 17. April. Man versichert, daß die jüngste österreichische Note nicht vollständig der Oeffentlichkeit übergeben sey. In dem Abdrucke der Wiener Zeitung fehlt eine Stelle, worin es heißt, Oesterreich werde nimmermehr zugeben, daß eine auswärtige Volksvertretung mitzusprechen habe über die Regierung österreichischer Provinzen. Es soll ganz am alten Staatenbunde festgehalten werden!

Frankfurt, 17. April. Eine gestrige Plenarberathung des Dreißigerausschusses führte noch keine Verständigung über einen Bericht oder ein Majoritätsgutachten herbei. Von den weiter gestellten Einzelanträgen stehen zwei, von Umbscheiden und Venedey dem (gestern von uns mitgetheilten) Raveaux'schen am nächsten. Wir begnügen uns, den von Waitz gestellten Antrag unten mitzutheilen. Heute soll die Berathung fortgesetzt werden, und der Ausschuß hofft, sich über einen Majoritätsantrag einigen zu können, in dem der vorgeschlagene Vollziehungsausschuß wohl keinen Eingang finden wird. Die deutsche Nationalversammlung 1) erklärt, in Uebereinstimmung mit ihrer nach Berlin gesandten Deputation, daß die Annahme der von der Nationalversammlung beschlossenen und verkündeten Reichsverfassung und der auf den König von Preußen gefallenen Wahl zum Kaiser, von einander nicht zu trennen seyen; 2) sie beschließt, daß die preußische Regierung aufzufordern sey, in kürzester Frist ihre in Aussicht gestellte definitive Erklärung über die Annahme der Verfassung und der Würde des Reichsoberhauptes abzugeben; daß ebenso die übrigen deutschen Regierungen, welche sich noch nicht für die Annahme der Verfassung erklärt haben, aufzufordern seyen, ihre Anerkennung derselben auszusprechen; 3) sie beschließt, die Zentralgewalt aufzufordern, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung der Verfassung mitzuwirken; 4) wie Nr. 3 des Kierulff'schen Antrages. (D. Z.)

Frankfurt, 17. April. Der preußische Bevollmächtigte hat in einer an die Bevollmächtigten der Staaten, welche die Kollektivnote vom 14. April unterzeichnet hatten, ein Schreiben gerichtet, in welchem er den Empfang derselben anzeigt, und bemerkt, daß durch diesen Schritt die von Preußen beabsichtigte kommissarische Verhandlung überflüssig geworden sey, und er daher weitere Instruktion erwarte. (D. Z.)

Frankfurt, 16. April. Das heute ausgegebene 13. Stück des Reichsgesetzblattes verkündet 1) das Gesetz, betreffend die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause; 2) Gesetz, betreffend die Taggelder und Reisegelder der Abgeordneten zum Reichstage. (F. kf. O.-P.-Z.)

Frankfurt, den 17 April. Unsere Stadt war gestern Abend der Schauplatz großer militärischer Kraftentfaltung. Ein Savoyardenknabe wurde nämlich von dem Eigenthümer eines Waarenmagazins auf der Zeil etwas unsanft zur Thüre hinausgewiesen, so daß selbst das Instrument des kleinen Musikanten Schaden gelitten haben soll. Auf sein Zetergeschrei versammelten sich einige Dutzende Menschen, die ihre Mißbilligung allerdings etwas laut zu erkennen gaben. Im Nu durchzogen zahlreiche Patrouillen die Straßen, die Wachen wurden verstärkt, die Kavallerie war in Schlachtordnung aufgestellt, und Jedermann erwartete eine unverzügliche Verkündigung des Belagerungszustandes. Was die ganze Angelegenheit doppelt bedenklich machte, war, daß zu gleicher Zeit ein Druckerlehrling Siegesberichte der Ungarn à 3 Kr. pr. Stück ausbot. Um zehn Uhr des Abends waren die Symptome eines gefürchteten Volksaufstands ganz verschwunden, und wir können heute mit der größten Befriedigung melden: Frankfurt ist ruhig! (Frkf. J.)

Hamburg, den 13. April. Der elektromag. Telegraph bringt folgende Nachrichten von heute, Morgens 10 Uhr: Cuxhaven. Mit der Admiralitäts-Jolle, die gestern gegen Abend aus See zurück kam, sind hier vier Passagiere von der Bremer Brigg „Henriette,“ Kapitän Greve, von La Guayra, angekommen, deren Berichten zufolge die „Henriette“ am Dienstag Mittag von der Fregatte „Thetis“ genommen worden ist, worauf die Fregatte „Rosa“ die vier Passagiere an

Bord des Feuerschiffs „Caspar“ abgefeuert hat; die „Rosa“ hat drei helgolander Lootsen an Bord, und hat der dänische Lieutenant, welcher die Passagiere an Bord des Feuerschiffes brachte, sich dahin geäußert, daß, wenn er die dort stationirt gewesene Loots-Galliot noch angetroffen hätte, er dieselbe unbedingt mitgenommen haben würde.

Mainz, 16. April. So eben ist, wie uns aus guter Quelle mitgetheilt wird, an die Kommandantur der hiesigen österreichischen Garnison die Ordre eingelaufen, von jeder der hier liegenden Artilleriekompagnien die 80 bestexerzirten Leute direkt nach Ungarn abgehen zu lassen. Es liegen hier 3 Kompagnien, jede zu 150 Mann. (M. Z.)

Kassel, 14. April. In der gestrigen Sitzung der Ständeversammlung interpellirte Hr. Theobald das Ministerium: in wie fern das am 9. d. M. an das hiesige Volkskomité ergangene Verbot, bei der Pflanzung der Blum's-Eiche rothe Fahnen zu tragen, mit dem Gesetz vom 19. Juli v. J., das Associations- und Petitionsrecht betr., im Einklange stehe. Es seyen in diesem Gesetze nur Vereine und Versammlungen zu ungesetzlichen Zwecken, sowie die Erreichung gesetzlicher Mittel verboten. Von diesen beiden Sachen habe aber das Volkskomité nichts beabsichtigt. Der Zug selbst habe nicht gegen das Gesetz verstoßen, weil er 24 Stunden vorher angezeigt war und rothe Fahnen seyen kein ungesetzliches Mittel zur Erreichung erlaubter Zwecke. Die rothe Farbe repräsentire überhaupt äußern Glanz; so tragen die Husaren rothe Beutelmützen, die Garde rothe Fahnen, die Eisenbahnwärter rothe Signalfahnen und die Vorhänge zur fürstlichen Loge im Ständehaus seyen roth. Alles dies bedeute aber weder rothe Republik, noch Kommunismus. Das Volkskomité sey bis jetzt keine kommunistische Behörde gewesen, und habe auch bei dieser Gelegenheit nicht erklärt, daß die rothen Fahnen die rothe Republik und den Kommunismus repräsentiren sollten. Die Fahnen hätten rothen Grund, schwarze Embleme und goldne Verzierungen gehabt, also die Nationalfarben. Kein Gesetz verbiete das Tragen solcher Fahnen. Vor Zeiten sey wohl durch Bundesbeschlüsse das Tragen der schwarz-roth-goldenen Farben verboten gewesen; er selbst habe sie als Mitglied der Burschenschaft und in den dreißiger Jahren getragen; damals sey wacker hinter ihm her agirt worden; er kenne Leute, die jetzt schwarz-roth-goldene Kokarden zwei Zoll groß im Durchmesser tragen, welche damals eifrig bemüht gewesen seyen, dieselben zu vertilgen. Jetzt verbiete man die rothen Fahnen, wie man damals die schwarz-roth-goldenen, lange Haare, deutschen Rock, Spitzenkragen und andere dergleichen gefährliche Dinge verboten habe. An und für sich sey die Sache ziemlich gleichgiltig; allein wenn man rothe Fahnen verbiete, könne man auch andere Sache verbieten, und es sey dieses daher der erste Schritt zu Konsequenzen, die er nicht gezogen sehen möchte; er würde es für einen eben so großen Eingriff halten, wenn man etwa den Absolutisten in der Residenz verbieten wollte, aschgraue Fahnen zu tragen. In dem Verbote liege dreierlei: 1) daß etwas an sich Bedeutungsloses untersagt sey, 2) daß die Meinung unterstellt sey, man habe in Kassel die rothen Fahnen als Zeichen der rothen Republik und des Kommunismus, zu tragen beabsichtigt, 3) daß das Volkskomité auf dem Verwaltungswege gewissermaßen verurtheilt worden sey. Von Seiten der Landtagskommission erfolgte heute noch keine Antwort. Die Sitzung wurde hierauf geschlossen. (K. Z.) Die Ständeversammlung ist heute in außerordentlicher Sitzung auf unbestimmte Zeit vertagt worden

Schwerin, 13. April. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenversammlung wurde folgender Antrag von Pohle, Volten, Spangenberg rc.: Die Kammer der Abgeordneten wolle beschließen und den Beschluß schleunigst der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. mittheilen: die Mecklenburger Kammer der Abgeordneten, fern davon, die Festigkeit der hohen National-Versammlung in Aufrechthaltung und Durchführung der von ihr beschlossenen Reichsverfassung zu bezweifeln, fühlt sich aus Veranlassung der preussischen Cirkularnote vom 3. April d. J. dennoch gedrungen, ihr im Namen des mecklenburgischen Volkes die Anerkennung der Rechtsverbindlichkeiten dieses Reichsgrundgesetzes mit der Aufforderung auszusprechen, daß sie im Vertrauen auf den Beistand des deutschen Volkes, durch etwaige Zumuthungen einzelner deutscher Regierungen sich zu Abänderungen desselben nicht bestimmen lassen wolle," mit 72 gegen 9 St. angenommen.

†*† **Berlin**, 16. April. Während man hier in vielen Kreisen der österr. Note vom 8. d. M., soweit sich daraus ein nicht mehr günstiges Einverständniß mit unserer Regierung ergiebt, vollen Glauben beimißt und sie nicht ohne eine gewisse Freude aufgenommen hat, können sich Manche der Ansicht nicht entschlagen, es sey dieselbe die Folge eines längst abgekarteten Spieles, bestimmt, Deutschland über die Politik der drei verbündeten Großmächte zu täuschen. Wir dürfen aus guter Quelle versichern, daß dem Letzteren nicht so ist. Daß vielmehr diese Note und die sie begleitenden Kenntnißnahmen eine ernstliche Spannung mit Oesterreich herbeigeführt haben, die möglicherweise eine Entscheidung durch das Schwert, zur Folge haben könnte. Das Kabinet von Olmütz drang bei Preussen auf Auflösung der deutschen Nat.-Vers., ein Akt, den Preussen jedoch bei der Lage der eigenen inneren Verhältnisse nicht übernehmen konnte und mochte. In Folge dessen wußte die österr. Politik Rußland in ihr Interesse zu ziehen und es ist zwischen Rußland und Oesterreich ein Vertrag zu Stande gekommen, welcher, ausser der gegenseitigen Hülfsleistung im Kriege, Oesterreich ganz Ober-Italien bis an den Kirchenstaat und Rußland einen Theil Galiziens und derjenigen Länderstrecken, die es im Südosten zu seiner Arrondirung für nothwendig erachtet, garantirt. Die Kenntnißnahme dieser Koalition soll nun hier an betreffender Stelle die größte Entrüstung und die Absicht, ihr energisch entgegenzutreten, hervorgerufen haben.

Der österr. Geschäftsträger, Ritter Prokesch von Osten, hält, wie wir hören, seine Aufgabe hier für schwierig, und seitdem er der Träger der bekannten Note werden mußte, betrachtet er seine Mission als eine bald aufzugebende.

Es wird uns von guter Hand mitgetheilt, daß Louis Philipp sich in diesen Tagen von einem berühmten Banquierhause, welches in Paris und Berlin ein Comptoir besitzt, ein Baarfonds von 5 Mill. Francs habe flüssig machen lassen.

Nach Briefen vom neuesten Datum, die an ein hiesiges Handelshaus aus Hermannstadt gelangt sind, haben die Russen den größten Theil ihrer Mannschaft und ihres Kriegsgeräthes auf der Flucht aus Siebenbürgen verloren. In der Walachei und Moldau selbst droht ihnen eine sicilische Vesper, und die gefährliche Gährung wird im Stillen von der Türkei begünstigt. Wenn demnach noch keine neue Schaaren von Kosacken und Baschkiren in Siebenbürgen eingefallen sind, so liegt die Schuld weder an der österr. Aufforderung, noch an der russischen Bereitwilligkeit, sondern an der einfachen Thatsache, daß der Vorrath erschöpft ist. Gutunterrichtete Personen verstanden ja gleich die vorgeblichen 80,000 Russen für achtzig hundert zu nehmen. Ein gleiches Bewandtniß wird es wohl mit den 300,000 Russen an der galizischen und preuss. Grenze haben.

In der heutigen II. Kammer verliest Scherer, als Referent des Centralausschusses für die Regierungsvorlage in Betreff des Vereinigungsrechts, den Bericht. Teme und Ziegler stellen das Amendement: „die Vorlage zurückzuweisen und dem Ministerium anheim zu geben, nach Maaßgabe des §. 17 der Verfassung, ein Gesetz über Versammlungen unter freiem Himmel einzubringen."

Bauer (Stolpe): Das zweite der berüchtigten Märzgesetze zeige in Uebereinstimmung mit der heute vom Ministerium ertheilten Antworten hinlänglich, wie das Ministerium die Verfassung interpretire. Das Vereinigungsrecht, diesen Hebel für die politische Erziehung des Volkes, will das Ministerium durch dieses Gesetz vernichten. Nicht blos Beamte, Polizisten wird man in die Versammlungen schicken, man will auch Raum gelassen wissen, um bewaffnete Horden hineinzubringen. (Lachen.) Ich sage: bewaffnete Horden, das ist in der That schon geschehen, um Versammlungen zu sprengen. Ich wünsche auch Gesetz und Ordnung, aber nicht Willkür, Gewalt und List. — v. Arnim: Man hat bei diesen Gesetzen nur zwischen einem Standpunkt des Rechts und einem polizeilichen unterschieden. Man übersieht den Standpunkt der Politik, man übersieht vor Allem die Rücksichten auf die Volkswohlfahrt; die Rücksichten auf die öffentliche Meinung, die außer diesem Hause sich äußert. Wir leben in einem Zustande des Ausbaues neuer Verhältnisse. Wenn dieser Ausbau vollendet seyn wird, sind diese Uebergangsgesetze zu entbehren. Jetzt gilt es, eine Grundlage zu befestigen, auf welcher die Reformen, die man von uns erwartet, vollendet werden können. Es muß die Möglichkeit beseitigt werden, durch falsche Vorspiegelungen, durch Aufregung die Herstellung des öffentlichen Vertrauens zu vereiteln. Eine freiheitsfeindliche Regierung würde nicht Gesetzesverletzungen vorbeugen, sondern willkommen heißen. Wenn sie die Freiheiten mit Schranken umgibt, so will sie die Freiheiten schützen. Man hat in einer früheren Debatte gesagt: Hofgesinde, Servile, das Junkerthum hätten ein Interesse an diesen Gesetzen. Ich will nicht untersuchen, ob die Bezeichnung „Junkerthum" denselben Unwillen hervorzurufen geeignet ist, welchen der Ausdruck Steuerverweigerer hier früher hervorgerufen hat. Aber die Versicherung kann ich geben, daß die Männer, die auf die Verdienste ihrer Väter stolz sind, auch wissen, daß jeder Preusse die Kraft und den Muth hat, der Gewalt gegenüber die Waffen zu führen (Bravo.) Es kommt nicht darauf an, die Personen, die jetzt am Ministertische sitzen, zu stützen, die Regierung soll gestützt werden. Wer die Sache kennt, weiß, daß wer im Ministerium sich erhalten will, sich damit keine Annehmlichkeiten erhalten will. (Heiterkeit.) Das Land will, daß Einrichtungen getroffen werden, welche die Aufhebung des exceptionellen Zustandes in Berlin gestaltet. Markten Sie nicht um diesen oder jenen §. das Land kümmert sich nicht um einzelne §§., es will die Ordnung und damit die Freiheit gesichert wissen. Temme macht bemerklich, daß gerade diese Gesetze bei der Verwerfung des Welker'schen Antrages den Ausschlag gegeben haben. Man habe in diesen Gesetzen einen Beleg für die unheilvolle Politik der gegenwärtigen Regierung Preussens gesehen. Das Ministerium benutzt die Verfassung nur, um die Freiheit zu beschränken. Die Verfassung behält im §. 27 nur ein Spezialgesetz für die Versammlungen unter freiem Himmel vor; davon abgesehen ist das Versammlungsrecht in der Verfassung ohne alle Beschränkung gewährt. Uebrigens sey in u. außer Preussen kein Zweifel darüber, daß wir nur in einem konstitutionellen Traum gelebt haben: der grasseste Absolutismus sey wieder ins Leben getreten Urlichs kann in dem Gesetz nicht die Absicht erkennen, dem Volke eine seiner herrlichsten Errungenschaften zu rauben. Die Absicht sey die, die Ausübung dieses Rechts zu regeln. Es müsse ein Zeuge von Staatswegen in den Versammlungen seyn, dann werde das Unheil vermieden werden, das durch falsche Anzeigen über zahlreiche Personen in Erfurt und an anderen Orten gebracht worden sey. Der Staat müsse dasselbe Recht haben, was jedem einzelnen Bürger zusteht. Der Redner weist auf Frankreich hin, wo dieselben Männer jetzt als Regierungsmitglieder die Grundsätze vertreten müssen, die sie früher angegriffen haben.

Ziegler will sich nur an die sachlichen Entwicklungen des Herrn Arnim halten, und dem letzten Redner nicht folgen. Er erinnert an die frühere Aeußerung des Ministers v. Manteuffel, daß die alte Polizeigesetzgebung nicht in die neuen Zustände passe. Er müsse dies auch rücksichtlich der alten Polizeibeamten bemerken. Es herrsche noch immer der alte Geist, der die Explosion der Zündhütchen polizeilich überwache und den Zündstoff nicht sah, der in Masse zu seinen Füßen lag. Das Ministerium glaubt Vertrauen im Lande gewonnen zu haben. Es scheint sich aber dieses Gewinnstes nicht ganz sicher zu wissen. Es windet fortwährend neue Fesseln um das Volk, aber das Volk ist ein Riese, das, wenn es will, jede Fessel abschüttelt. An den wahren Märzerrungenschaften hält es mit einer unglaublichen Zähigkeit fest. Man weise fortwährend auf Frankreich hin, aber an England erinnere man diesmal nicht. Weil aber jeder Staatsmann Englands sich scheut, an die Grundsäulen der Volksfreiheit seine Hand zu legen, darum ist das Volk ein Rechtsvolk. Wir rufen fortwährend: Ordnung! Ordnung! und dadurch verlieren wir die Ordnung. Die Einrichtung der Statuten zur Pflicht machen, heißt die Vereine unmöglich machen. Ich möchte wohl wissen, was aus der Befreiung der Katholiken in Irland geworden wäre, wenn O'Connell seine Statuten hätte einreichen müssen, was aus der Freihandels-Agitation, wenn Cobden erst die Statuten hätte durchbringen wollen, um sie vorlegen zu können. — v. Viebahn (die Plätze auf allen Seiten leeren sich plötzlich): Wir Alle wünschen, dem Volke Wohlstand und Glück zu erhalten. Der Zustand des vorigen Jahres hat in dem Volke ein Gefühl der Unsicherheit, des Mißbehagens genährt. Diesen Zustand müssen wir beseitigen, wir müssen der Regierung die Macht gewähren, deren sie zur Sicherung der Ordnung bedarf. Unbeschränkte Klubbs und Volksversammlungen aber entziehen der Regierung diese Macht. Das Gesetz steht in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der deutschen National-Versammlung. — Schneider (Köln): Der Justizminister glaubt mit diesen Gesetzen auf dem Boden des positiven Rechts zu

stehen. Wir stehen auf dem Boden des positiven Rechts, auf dem Rechtsboden, den die allgemeine Akklamation des Volkes geschaffen hat, auf einem Rechtsboden, den in neuester Zeit auch das geistreichste Mitglied dieser Seite (der Rechten) anerkannt hat. Es wäre ein Verrath an dem Vertrauen des Volkes, das uns hieher gesandt hat, wollten wir zugeben, daß ihm das Vereinsrecht verkümmert werde durch ein Ministerium der bewaffneten Furcht. (Unruhe.) Was sind die Gründe, welche Ihnen die Polizei für ihre Gewalt angiebt? Ein früherer Polizeiminister hat die Ausweisung Hecker's damit gerechtfertigt, daß er einige Jahre später bewaffnet in Deutschland eingefallen ist. So sind die Gründe, welche die Polizei bei ihrer Willkür leiten.

Stiehl sieht in dem Recht der freien Vereinigung auch eine Nothwendigkeit für den Staat und für die Regierung selbst. Das sey nicht das Resultat einer Theorie, sondern die Erfahrung. Zu einer Zeit, wo Muth dazu gehörte, die konservativen Elemente zusammenzuhalten, haben sich gegenüber den verschwörenden Elementen Vereine gebildet, die das aufrecht hielten, was später erst die Regierung sich zum Ziele setzte. (Ironisches Bravo links.) Er, der Redner selbst, vertrete einen Wahlkreis, welcher schon im Sommer den Bestrebungen der Anarchisten einen Damm entgegengesetzt habe. (Gelächter.) Die Freiheiten der Einzelnen und der Körperschaften müssen sich in einander einfügen lassen, sie müssen in diesem Zusammenhange die breite Grundlage bilden für die Freiheit des Ganzen; aber sie müssen umfriedigt werden. Der Redner erklärt sich deshalb für Abänderung des Gesetzentwurfs durch die Kommission. Wir haben noch kein starkes Volk, in diesen Beschränkungen wird es sich stärken, in dem unorganischen Auseinandergehen wird es wuchern, ohne Früchte zu bringen. Der Antrag auf Schluß der allgemeinen Debatte wird zum dritten Male verworfen. — d'Ester: Alle sind darüber einig, daß das freie Vereinigungsrecht ein großes Gut sey, nur die „Aber" unterscheiden beide Seiten des Hauses. Das erinnert mich an die Sklavenemanzipation. Auch für sie waren Alle, und die Anträge fielen doch. Man hält das freie Vereinigungsrecht für unvereinbar mit einer starken Regierung. Der Graf Arnim, der dies gleichfalls behauptet, würde sehr empfindlich berührt werden, wenn ihm gesagt würde, er sey als Minister im März nicht stark gewesen, und ich erinnere an die größte Volksversammlung, die in Berlin stattgefunden hat, an den Zug nach dem Friedrichshain, gegen den es keiner Polizei bedurft hat. Nicht die gegenwärtigen Minister sollen durch Verwerfung der Gesetze gestürzt werden, sondern das ganze System; damit würde freilich auch das Junkerthum fallen, das übrigens von den Steuerverweigerern nicht so ganz verschieden ist. Auch das Junkerparlament hat unter gewissen Eventualitäten die Steuern zu verweigern beschlossen. — Graf Schwerin: Es seyen bis jetzt nur Gemeinplätze und allgemeine Redensarten vorgebracht worden, der Abg. für Ratibor sehe in den Gesetzen eine Gefährdung der Freiheit. Auch ich will die Freiheit, aber nicht die, welche uns der Abg. für Ratibor bringen möchte, die damit beginnt, unsere Fürsten zu vertreiben. — Der Redner geht in ähnlicher Weise die Reden anderer Abgeordneten durch, und bemerkt schließlich zur Rechtfertigung des Gesetzes selbst, daß dasselbe das Prinzip der Oeffentlichkeit konsequent durchführe.

Schulze (Delitzsch); Nicht die Existenz des Staats sey das Höchste, sondern die Würdigkeit der Existenz. Man mache sich einer Vermischung von Präventivpolizei und Repressivgesetzen schuldig, wenn man zur Verhütung von Mißbräuchen die Freiheit selbst beschränke. Das aber sey der Scheinkonstitutionalismus; er nehme die Rechte des Volkes in Verwahrung und die Konstitution, welche die Rechte verbürge, sey gewissermassen der Depositenschein, den man dem Volke gebe. Gerade das deutsche Volk habe seine Reife gezeigt. Jahrhunderte lang habe das Volk seine Knechtung ertragen, und wenn es jetzt sich ungeübt zeige im Gebrauch der Freiheit, so tragen gerade die Männer die Schuld, welche so lange das Volk in der Unmündigkeit erhalten haben. Nicht zu wenig, sondern zu viel hat das Volk von Ordnung und Ruhe. Die Gesetze wollen Aufregung und Mißtrauen verhüten, aber der Aufregung bedarf ein Volk, daß in einer geschichtlichen Krisis sich befindet und Mißtrauen ist der Ursprung des Ministeriums. Das Ministerium erkennt dies sehr klar. Verkennen Sie nicht Ihren Ursprung, geben Sie dem Volke kein Mißtrauensvotum, geben Sie es lieber dem Ministerium. — Der Redner überreicht eine Petition des Piusvereins zu Wagen mit 2000 Unterschriften, welche beantragt, die Gesetze als eine Mißhandlung und Beleidigung des Volkes ohne Diskussion zu verwerfen. Schluß der allgemeinen Diskussion. — Graf Arnim (persf Bemerkung): er habe nur einer Versammlung des Junkerparlaments beigewohnt und in dieser sey der Grundsatz der Steuerverweigerung nicht ausgesprochen worden. Ein Gesetz, wie das gegenwärtige würde er auch im März v. J. befürwortet haben. — Kirchmann: Graf Schwerin habe ihm die Absicht der Verbannung der deutschen Fürsten Schuld gegeben. Es sey unrichtig, wenn man seine diesfälligen Aeußerungen auf die regierenden Fürsten beziehe. Die gerügten Aeußerungen bezögen sich auf Prinzen, die von der Einmischung in die Angelegenheiten des konstitutionellen Staates sich ferner halten sollten, als geschieht.

v. Kleist-Retzow: Es habe eine Versammlung im vorigen Jahre stattgefunden, die, so viel es damals möglich war, allen den Eingriffen in das Eigenthum entgegen zu treten bestrebt war. Angriffe des Abg. d'Ester müsse er deshalb für Lobeserhebungen halten und danke ihm dafür. — d'Ester: Man wollte im März v. J. ein Gesetz für das freie Vereinigungsrecht, dies ist das Gesetz vom 6. April. — Gr. Schwerin: Er habe nur auf eine Unterredung des Abg. Kirchmann hinweisen wollen, die vor diesen parlamentarischen Debatten liege. (Stimme links: Bassermann!) — v. Kirchmann: Er habe gleichfalls diese Unterredung im Sinne gehabt, und wenn der Gr. Schwerin seine damaligen Worte genau wissen wolle, so verweise er denselben auf den Staatsanzeiger. (Bravo.) — Scherrer als Referent betrachtet die Verwerfung des ganzen Gesetzes als Kalamität. Er wird in seiner sehr ausführlichen Kritik der gegnerischen Argumente oft durch den Ruf nach Schluß unterbrochen. Es wird hierauf über das Temme-Ziegler'sche Amendement durch Namensaufruf abgestimmt. Das Ergebniß ist: 141 für, 187 gegen das Amendement. Dasselbe ist verworfen. Die spezielle Diskussion findet morgen statt. (Schluß 4 Uhr.)

Dresden, den 16. April. In der heutigen Sitzung der II. Kammer beantwortete Staatsminister v. Beust die vor einigen Tagen mitgetheilte Tschirner'sche Interpellation wegen der preussischen Cirkularnote dahin, daß 1) die Regierung diese Note am 3. April erhalten habe, 2) daß sie nicht, als die Ehre des deutschen Volks verletzend zurückgewiesen worden sey und 3) daß noch kein Entschluß gefaßt worden sey, der eine Ausführung bedinge, sondern man habe bei der preussischen Regierung angefragt, wie sie die Bildung eines engern Bundesstaates, wie solche in der Cirkularnote vermöge des Zusammentritts einiger Staaten im Gegensatz zu andern, nicht beitretenden vorgeschlagen wird, mit dem auf dem Zwecke der Gesammtheit Deutschlands beruhenden Beschlüssen der Nationalversammlung und selbst mit dem, von ihr als maßgebend bezeichneten Bundesverhältniß in Einklang zu bringen gedenke. Vicepr. Tzschirner: Aus Dem, was man soeben gehört, gehe hervor, daß die Regierung die Absicht habe, sich weiter auf diese Note einzulassen. Das könne man nicht billigen, denn dieselbe gehe auf eine Oktroyirung aus. Aus der Auslassung des Ministers sehe man, daß die Regierung in dem Sinne, wie Oesterreich auf die preussische Note geantwortet, den alten Bundesstaat noch anerkenne. Er hoffe, daß die Regierung ihre etwanige Erklärung erst der Kammer vorlegen werde. Abg. Fincke begründet hierauf seinen Antrag auf Niedersetzung eines außerordentlichen Ausschusses für Reform der Rechtspflege. In diesem Gebiete herrsche noch der alte Zopf und blühe die Hierarchie. Die begonnene Reform der Rechtspflege sey zu liberal, und zu wenig demokratisch. Sodann folgt die Berathung des Berichts des ersten Ausschusses über den Gesetzentwurf vom 2. März 1849, in Betreff der Ausführung einiger im Art. III. der Grundrechte enthaltenen Bestimmungen, welcher mit folgenden Abänderungen angenommen wird:

Im §. 1 erhält der erste Satz folgende Fassung: „Als schwere Verbrechen sind solche zu betrachten, wegen deren 2c. lebenslängliche Zuchthausstrafe eintreten kann." Im zweiten Satze werden die Worte „bei minder schweren Vergehen" ausgeworfen. § 2 erhält folgenden Zusatz: „Auch werden hiermit das Generale vom 26. Jul. 1711, das Mandat vom 9. Sept. 1738 und die aus diesen entnommenen §§. 4, 5 und 9 der Instruktion, den Forst- und Jagdschutz betreffend, vom 17. Sept. 1810, sowie §. 26, die Instruktion vom 13. Oct. 1836, den gleichen Gegenstand betreffend, aufgehoben." § 3 erhält folgende Fassung: „Die angeordnete Strafe der körperlichen Züchtigung im §. 2 des Generale vom 26. Okt. 1811, die von arretirten Verbrechern aufzunehmenden Signalements, ingleichen zu Verhütung ihrer Entweichung und Abkürzung des Arrests angeordneten Maßregeln betreffend, wird hiermit in Anlegung von Fesseln und Entziehung warmer Kost, ferner in §. 119 der Armenordnung vom 22. Okt 1840, in Zwangsarbeit bis zu 14 Tagen, oder Gefängniß bei Wasser und Brod bis zu vier Wochen, unter Beobachtung der hierbei einzuschlagenden gesetzlichen Bestimmungen verwandelt." (D. A. Z.)

Altona, 14. April, Abends. (Vom Bahnhofe.) Die mit dem Abendzuge eintreffenden Nachrichten geben folgende nähere Details über die Affaire im Sundewittschen folgendermassen (die indessen nur noch auf Hörensagen beruhen und daher der Berichtigung bedürfen werden.) Am 13. Morgens 5 Uhr hat der Angriff durch Bayern und Sachsen auf die Düppeler Schanzen begonnen. Die Düppeler Schanzen sind genommen, wenn auch theuer erkauft; es sollen 1000 M. (?) Bayern und Sachsen gefallen seyn; der Brückenkopf ist im Besitz der deutschen Truppen; die Brücke zwischen Alsen und Sundewitt ist von den Dänen selbst zerstört, bei welcher Gelegenheit 2—3 Bataillone Dänen ins Wasser sollen gedrängt seyn. **Sonderburg** soll brennen. Im Ganzen sollen 9 Batterien Antheil am Kampfe genommen haben, darunter einige Schleswig-Holsteinische. — Es kamen mit dem Zuge 100 Kranke und leicht Verwundete aus den Lazarethen zu Schleswig an, die daselbst den angekommenen Verwundeten haben Platz machen müssen. (Alt. M.)

Flensburg, 13. April. Der heutige Tag ist ein sehr blutiger gewesen. Die deutschen Truppen haben die Düppeler Schanzen gestürmt und sind bis an den Alsener Sund vorgedrungen; die Dänen haben sich nicht behaupten können und sind in eiliger Flucht nach Alsen hinübergegangen. Gestern Abend um 7 Uhr sind die Deutschen von Gravenstein ausgerückt und haben heute früh um 5 Uhr den Angriff auf die dänischen Schanzen begonnen. Die bayerischen Truppen haben den Kampf eröffnet, die Preussen (Sachsen) haben sie bei später eingetretener Ermüdung abgelöst. Lange haben sich noch die Dänen in der Düppeler Mühle gehalten, bis die Bayern diese in Brand gesteckt; man hat die Flammen derselben hier aus der Nähe sehen können. Der Kampf muß sehr erbittert gewesen seyn und hat auf beiden Seiten viel Blut gekostet, wenn auch die ungefähre Schätzung von 1000 Opfern im Ganzen übertrieben seyn mag. In den ersten Frühstunden des Tages haben die Bayern 50 bis 60 Todte und bedeutend viele Verwundete gehabt; leider soll auch Alboffer verwundet seyn. Die Todten hat man nach Aussage der Bayern, die hierher die Verwundeten brachten, in ein benachbartes Kirchdorf (vermuthlich Rinkenis) gebracht. Soeben sind hier bereits 30 Verwundete, zum Theil mit sehr schweren Kopf- und Brustwunden, angelangt; diese Nacht werden gewiß noch viel mehr kommen. Zwei Kompagnien Dänen sind, da sie nicht so schnell mit den Uebrigen über die Brücke hinüberkommen konnten, ins Wasser gesprengt worden und ertrunken. Ihr Verlust ist überhaupt in jeder Beziehung viel größer gewesen. Diese Nachrichten stammen natürlich vom Vormittag; die Bayern, die ich sprach, hatten zwischen 7 und 9 Uhr den Schauplatz des Kampfes mit ihren verwundeten Brüdern verlassen. Was im Laufe des Tages weiter geschehen ist, kann man jetzt natürlich noch nicht wissen; es heißt, daß es in Sonderburg brenne. — Die preussische Landwehr ist heute von hier nach Holebüll marschirt, dagegen sind wieder preussische Truppen vom 12. Linienregimente eingetroffen und die polnischen Preussen, die in Schleswig gelegen, werden noch heute erwartet. Die hier eben draußen nordwärts in der Neustadt gelegene Batterie wird morgen aufbrechen, um sich an die sundewittsche Küste zu begeben. (Alt. M.)

Stuttgart, den 15. April. Als am Donnerstag Abend der wichtige Beschluß der Nationalversammlung, fest und unabänderlich auf der Verfassung zu beharren, anlangte, traten die Ausschüsse des vaterländischen und des Volksvereins, jeder für sich, zusammen, und beide Ausschüsse beschlossen, den Stadtrath zur Abhaltung einer Volksversammlung durch eine Deputation zu veranlassen. Am Freitag früh trafen beide Deputationen bei dem Stadtschultheißen zusammen, und es findet nun Mittwoch, den 18. April, Vormittags 11 Uhr, eine Volksversammlung auf dem Marktplatz in Stuttgart statt, wo der Stadtschultheiß eine Erklärung des Stadtraths an die Regierung vortragen, und die gesammte Bürgerschaft zum Beitritt auffordern wird, eine Erklärung des Inhalts: „die Regierung möge aus ihrem Stillschweigen heraustreten, unumwunden und vor ganz Deutschland die unbedingte Annahme

der deutschen Reichsverfassung erklären, und alle Vereinbarungstheorien zurückweisen.“ Die Stimmung spricht sich hier überhaupt sehr energisch aus, und sogar in gemäßigten Kreisen hört man häufig die Aeußerung, es gilt nur: Verfassung oder Revolution. So mußte es kommen; alle Parteien bieten sich nun zu gemeinschaftlichem Handeln brüderlich die Hand.

(Frkfrt. O.-P.-Z.)

Französische Republik.

† **Paris**, den 15. April. Im Ministerium des Aeussern liefen gestern wichtige Depeschen aus vielen Richtungen ein. Der Ministerrath war fast unaufhörlich versammelt. Wichtige Beschlüsse sind gefaßt worden und wir werden morgen das Vergnügen haben, den Großmeister Odilon Barrot auf die Bühne steigen zu sehen, um mit gewichtiger Miene die Abfahrt des Papstgeschwaders und andere schöne Dinge zu verkünden. Er hat die Hände voll Entschlüsse. Doch gedulde man sich bis morgen.

Es fällt der offiziellen Welt entsetzlich schwer, an den Sieg der Magyaren über die Kaiserlichen unter den Mauern von Pesth zu glauben.

Die Opinion (ein henriquinquistisches Blatt) meldet diesen Morgen mit Zähneknirschen: „Der Herr Graf v. Montemolin ist heute Nacht zwischen zwei Adjutanten und einem Präfekturrathe durch Paris nach Calais abgereist (wo er sich wieder für England einschiffte).“ Mit den deutschen und italienischen Patrioten macht man weniger Umstände; man schnürt sie ins Halseisen und schleppt sie über die Gränze.

Der Moniteur enthält die Listen der subventionirten Schriftsteller und Zeitungs-Korrespondenten ꝛc. Wir erwähnten gestern, daß auch viele Deutsche darunter seyen und wir halten es für eine Pflicht, hier wenigstens die hauptsächlichsten zu nennen: 1) Cahen, Jude, Bibelübersetzer 1500 Fr.; 2) Deach, Ex-Rabbiner, 800—1200 Fr.; 3) d'Eckstein, ♀ Korrespondent der Allgemeinen Augsburger Zeitung u. dgl. m., 800 bis 1200 Fr.; 4) Felix, Jude und berüchtigt aus der Conseil-Geschichte unter dem Ministerium Thiers in der Schweiz, die vielen deutschen Demokraten gewiß noch im Gedächtniß, 800 bis 1200 Fr.; 5) Schoen, weiland Hofmeister bei der Herzogin v. Berry für den Herzog von Bordeaux, 800 bis 1200 Fr.; 6) Aloise v. Carlowitz, Maitresse des Eklektikers und strengen Moralisten Cousin, 800 bis 1200 Fr. Die kleineren Kategorien möge der neugierige Leser selbst nachschlagen. Wir werfen nur einige Blicke auf die Kapitel Poesie, Geschichte, Kritik (!), Oekonomie (!!), moralische Erziehung u. s. w. Wir werden dieser Mittheilungen aus dem Moniteur jedes Mal erwähnen, so oft sie darin stehen. Dergleichen Notizen sind sehr lehrreich. Es sind literarische Bankberichte.

Die Nationalversammlung hat die Considerantschen Vorschläge, auf die wir wohl noch später zurückkommen, an ihren Ausschuß des Innern gewiesen. Dieselben werden gedruckt und vertheilt und demnächst im Ausschusse diskutirt, wo sie natürlich durchfallen werden. Thut nichts. Immerhin war die Sitzung äußerst lehrreich.

[Nat.-Vers. Sitzung vom 12. April. Schluß der gestr. Sitzung.] Was uns (Fourieristen) betrifft, so werden wir fortfahren, durch die Feder, das Wort und die Predikation zu wirken.... Ich trage auf Errichtung eines Fortschritts oder Experience-Ministeriums an, das in 2 Divisionen zerfiele, von denen sich die Eine mit Prüfung aller industriellen, die Zweite mit Lösung der sozialen Fragen und Propositionen zu beschäftigen habe. Der Conseilpräsident ist mit Ausführung dieses Entwurfs beauftragt. (Hohngelächter.) Desjobert folgt dem erschöpften Phalansterianer auf der Bühne. Die Gesellschaft sey auf die Religion, Familie und das Eigenthum gebaut, und wolle und dürfe sich in keine Kaserne (Phalansterium) einsperren lassen. (Beifall zur Rechten.) Considerant will antworten. Lamoricière: Erlauben Sie, daß ich die hinzugewählten Staatsrathsglieder proklamire. Es erhielten die nöthige Majorität: Tournouer, Chasseloup, Laubat, Elie Loasel und Lasterie. Considerant widerlegt den Desjobert. Man habe alle Neuerer für Narren gehalten. Er weist auf Newton hin. (Genug! Genug!) Taillefer citirt die verunglückten Versuche der Phalansterianer und Kommunisten in Algerien zum Jubel der Rechten. Pierre Leront entgegnet, daß dieser Versuch unter den gegebenen Verhältnissen mißglücken müßte, und obgleich er keineswegs mit den Ansichten Considerants übereinstimme, (Ah, Ah), so unterstütze er doch den gemachten Antrag. Der Redner weist auf das Beispiel des Ideenkriegs des vorigen Jahrhunderts, und hält eine feurige Rede zu Gunsten der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Die Versammlung verräth aber die größte Ungeduld, und trennt sich um 6 Uhr ohne alles Votum.

Marseille, 12. April. Im hiesigen Gymnasetheater brach gestern Abend beim Beginn des Stückes: „Eigenthum ist Diebstahl!“ (in welchem die Republik verspottet wird) ein solcher Tumult los, daß zwei Bataillone Infanterie zu den Waffen gerufen wurden, um in Verbindung mit der Gendarmerie den Saal zu leeren. Das Parterre und die Logen (Gallerie) geriethen hart aneinander.

Italienische Staaten.

Florenz, 12. April. Die Republik Toskana ist nicht mehr! Die Reaktion hat vollständig gesiegt. Guerrazzi soll entflohen seyn, nach anderen Nachrichten gefänglich verwahret werden. An der Spitze der Regierung stehen fünf angesehene Florentiner, sogenannte Codini. Die Revolution hat nicht mehr gekostet als die Kontusion eines Dragoneroffiziers.

(A. A. Z.)

Genua. General la Marmora ist von den Ministern mit Generalvollmacht versehen, um den am 2. über Genua verhängten Belagerungszustand zur Ausführung zu bringen. Außer den Nationalgarden muß jeder die Waffen abliefern, Fremde, die durch Pässe nicht legitimirt sind, sollen die Stadt verlassen, für alle öffentlichen Orte ist eine Polizeistunde auf 11 Uhr Nachts festgesetzt, der fliegende Buchhandel und die Klubs sind suspendirt.

(A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Nulla regula sine exceptione.

Wer einem Andern zum Vorwurfe macht, was er selbst mit verschuldet hat; wer einen Stein schleudert auf Denjenigen, dessen moralische oder intellektuelle Vervollkommnung er aufgehalten, oder bei dem er gar das Gegentheil davon bewirkt hat: der verräth unstreitig keinen guten Charakter und verurtheilt sich selbst in den Augen aller Bessergesinnten. Diese Sätze finden in der Hauptsache ihre Anwendung auf das Verhalten mancher Glieder eines Standes — den man aus Respekt hier nicht nennen will — den Volksschullehrern gegenüber. In welcher Beziehung dieses gemeint ist, soll ein sehr ehrenwerthes Mitglied jenes Standes (Thomas) selbst sagen. Seine Worte lauten: „Es ist bitterer Hohn, die verbesserte Stellung des Schullehrerstandes an eine Bedingung zu knüpfen, deren Erfüllung man ihm fast unmöglich gemacht, wenigstens so recht systematisch erschwert hat. Ferner sey es namentlich von uns Geistlichen (Hr. Dr. Lohriz), eine mangelhafte Bildung den Schullehrern zum Vorwurfe zu machen, nachdem es gerade an uns gewesen wäre, nicht allein unser Bevormundungsrecht über sie geltend zu machen, sondern vielmehr nach unserer Vormundspflicht für ihre Heranbildung zur vollen Mündigkeit Hand ans Werk zu legen. War nicht der geistliche Stand vor allen Dingen berufen und verpflichtet, dem Grunde des Uebels nachzuspüren, Mißstände nicht blos aufzudecken, sondern ihre geheimsten Ursachen zu erspähen? Was half es über Mangel an kirchlichen Sinne zu klagen, wenn man weder positiv durch Hebung der über Alles verderblichen Halbbildung zum erklecklichen Maaße der wahren Bildung, durch Herbeiziehung der Lehrer zu kirchlichen Interessen, Synoden und Pfarrkonferenzen, noch negativ durch Beseitigung so vieler Uebelstände und namentlich jener anstößigen und herabwürdigenden Dinge, die in Wahrheit — man mag es eingestehen wollen oder nicht — einer namhaften Anzahl sonst würdiger Lehrer die Kirche und Alles was ihr angehört, so recht eigentlich verleiden mußten, zu helfen gesonnen war.

In unsern Händen lag es überdieß, der Schullehrerbildung gründlich aufzuhelfen; denn wir sind als Distrikts- und Lokalschulinspektoren, wie als Geistliche nie umgangen worden, wo es galt, die Fragen für das Wohl der Schule sach- und zeitgemäß zu beantworten; aus unserem Stande wurden die Seminarinspektoren gewählt, von uns Gutachten eingeholt, Pläne für die Bildung der Schullehrer entworfen: wie beklagen wir uns denn nun, daß die Lehrer nicht kirchlich gebildet und gesinnt seyen; wie reden wir denn nun wegwerfend von ihrer mangelhaften Bildung?

Referent wenigstens fühlt sich zu diesem Bekenntnisse gedrungen, daß unser Stand den geschehenen Riß mit zu verantworten habe, weil er diesen Theil seiner innern Mission nicht genug im Auge gehabt, nicht thatkräftig genug vertreten hat." etc.

Die Nutzanwendung mag sich der geehrte Leser selbst machen.

Deutsche Staaten

München, den 17. April. Die abermalige Vertagung der Kammern und der angegebene Grund dieser vierwöchentlichen Vertagung hat bereits zu allerlei traurigen Betrachtungen in unsern politisch gebildeten Kreisen Veranlassung gegeben, insbesondere da die Führer unserer österreichisch-ultramontanen Partei wieder ungewöhnlich oft in der Residenz gesehen werden. Man vermuthet daher, und vielleicht nicht ganz ohne Grund, ein Zusammenwirken unseres Kabinettes mit dem von Olmütz. Daß die deutsche Frage ihre Lösung, die im Augenblick entfernter als je erscheint, bis zum 15. Mai finden möchte, wird vielfach bezweifelt, und so scheint sich der endliche Wiederzusammentritt des Landtags, trotz dem, daß am 1. Oktober die Finanzperiode zu Ende läuft und bis dahin das Budget festgestellt seyn muß, bis in's Unendliche zu verzögern. Unser jetziges Ministerium, über dessen Princip man immer noch nicht recht im Klaren ist, scheint ebenfalls das System des Zögerns zu verfolgen, wie das abgetretene; denn es giebt sich aus dem seitherigen Handeln desselben gleichfalls ein fortwährendes Temporisiren und Zögern, ein rathloses Hinhorchen nach allen Seiten, Unentschlossenheit und gänzliche Unzuverlässigkeit kund, so wie es sich um Konsequenzen irgend einer Art handelt. Man könnte wahrhaftig die Art und Weise, wie die bayerischen Verhältnisse von oben her gehandhabt werden, belustigend finden, wenn man herzlos genug dazu seyn könnte und die Folgen nicht so unberechenbar traurig ausfallen könnten. Das Volk verlangt jetzt aber vor allem eine entschiedene, thatkräftige und energische Regierung, aber keine, die durch Unentschlossenheit und Temporisiren bald nach dieser, bald nach jener Seite hin liebäugelt; sie gehe daher frisch an das Werk der Gesetzgebung und Verbesserungen im Innern und befolge eine selbstständige Politik nach Außen. (D. k. Z.)

† (Nürnberg, 19. April.) An die Kammer der Abgeordneten wurde in der Versammlung des Volksvereins am 17. d. M. nachfolgende Petition beschlossen. „Hohe Kammer der Abgeordneten! Die königl. Regierung von Mittelfranken hat unter dem 27. Febr. l. J. an alle Lokalschulkommissionen, Distriktsschulinspektionen, Stadtkommissariate, Distriktspolizeibehörden und unmittelbare Magistrate folgende auffallende Weisung erlassen: „„Im Namen Seiner Majestät des Königs. — Schon seit einiger Zeit muß die königl. Regierung die betrübende Wahrnehmung machen, daß die Schullehrer in den Städten wie auf dem Lande mit gänzlicher Mißkennung ihrer Stellung und ganz allein von dem Streben nach Verbesserung ihrer materiellen Verhältnisse und größerer Selbstständigkeit in ihrem Wirkungskreise angetrieben, sich nicht allein in einen schriftlichen Kampf mit ihren geistlichen Vorgesetzten einlassen, sondern sich auch den extremsten politischen Ansichten der Alles reformiren wollenden Partei angeschlossen haben; ja es ist sogar zur Anzeige gekommen, daß Lehrer ihre Pflicht, die Jugend im Guten zu unterrichten, und ihre Gemüther allem Edlen und Wahren aufzuschließen, vernachlässigen und ihre Stellung benützen, um Irrlehren und verkehrte politische Ansichten unter ihren Schülern zu verbreiten und so das Gift politischer Parteikämpfe in die unbefangenen Seelen zu träufeln, deren Heranbildung zu tüchtigen und nützlichen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft ihnen anvertraut ist. Es bedarf keiner weitern Erörterung, daß dieses Verhalten der Schullehrer, wie es hervortritt in's öffentliche Leben, den Eltern und Vormündern Anlaß zu den ernstesten Besorgnissen gibt und schon hie und da die Idee zur Errichtung von Privatschulen (Klosterschulen!) hervorgerufen hat. Es bedarf aber noch weniger der Andeutung, daß es eine gebieterische Pflicht der Schulbehörden ist, diesem verderblichen Geiste allenthalben auf das Entschiedenste entgegen zu treten, wo und in welcher Gestalt er sich immer zu erkennen geben mag. Zur Uebung dieser heiligen Pflicht will die [illegible] alle Distriktsschulinspektionen auf dem Lande allen Ernstes hiedurch aufgefordert haben. Dieselben werden nicht unterlassen, im Wege der Güte da Alles zu versuchen, wo es gilt, einen Verirrten auf die rechte Bahn zurückzuführen, sie werden aber auch nicht verfehlen, in Fällen, in welchen ihnen Verdorbenheit des Gemüthes und Unempfänglichkeit für die zugegangenen Warnungen entgegentreten sollte, die ihnen zu Gebote stehenden Mittel behufs der Herbeiführung disziplinarischer Einschreitung — welche gegebenen Falles selbst in der Entlassung vom Schulfache bestehen kann — (!!) in Anwendung zu bringen. Die k. Regierung giebt sich hiebei dem Vertrauen und der sichern Erwartung hin, daß sie von allen Schul- und Polizeibehörden mit gleichem Eifer und unerschrockener Thätigkeit unterstützt werden wird, wo es gilt, die Zukunft des Gesammtvaterlandes vor großem Unglück zu bewahren. Ansbach, den 27. Februar 1849. K. Regierung von Mittelfranken, Kammer des Innern. Freiherr von Welden.""

So lautet die Entschließung der k. Regierung, mit ihren schweren Beschuldigungen gegen die Schullehrer. Der Volksverein in Nürnberg kann diese Beschuldigungen nicht als gerechtfertigt erkennen, denn wenn die Schullehrer nach Verbesserung ihrer auf allen bisherigen Landtagen anerkannten übeln materiellen Verhältnisse streben, so erfüllen sie nur die Pflicht der Selbsterhaltung und der offen ehrlich und mit den triftigsten Gründen geführte Kampf um größere Selbstständigkeit ist nicht gegen die Geistlichen als ihre Vorgesetzten gerichtet, sondern es handelt sich um Anerkennung des Grundsatzes, daß jeder Stand sich selber zu beaufsichtigen das Recht habe. Was die vermeintlichen extremsten politischen Ansichten der Schullehrer und die Verbreitung von Irrlehren durch dieselben betrifft, so hat die königl. Regierung unterlassen, zu sagen, worin sie bestehen. Der Volksverein in Nürnberg hat hierin von den Schullehrern noch keine andern Ansichten vernommen, als daß die „Grundrechte des deutschen Volkes," wie sie von der Reichsversammlung gewährleistet sind, anerkannt und eingeführt werden müßten, sowie, daß die verfassunggebende Reichsversammlung die Befugniß habe, für Deutschland ein Reichsgrundgesetz zu schaffen. Wenn diese Ansichten als extrem und straffällig bezeichnet werden, so muß der Volksverein bekennen, daß er im Gegentheil die Auflehnung gegen die Grundrechte für revolutionär und strafbar hält. Eine hohe Kammer der Abgeordneten wolle hievon Veranlassung nehmen das k. Staatsministerium aufzufordern: „daß die Eingangs angeführte Regierungsentschließung außer Wirksamkeit gesetzt werde." Einer besondern Begründung der subjekt. Befugniß des Nürnb. Volksvereins zu dieser Petition wird es im Hinblick auf §. 21 des Nachtrags zu den deutschen Grundrechten um so weniger bedürfen, als der Volksverein in dieser Angelegenheit gewiß mit Recht nur eine Fortsetzung des von der kgl. Regierung von Mittelfranken angenommenen immer weiter um sich greifenden reactionären, bevormundenden und knechtenden Systems erblickt, gegen welches jeder patriotische Verein kräftigst anzukämpfen so berechtigt als verpflichtet ist. Mit vollster Verehrung Einer hohen Kammer der Abgeordneten ergebenster

Volksverein zu Nürnberg.

Schleswig-Holstein. Ueber die Erstürmung der Düppeler Schanzen am 13. April geht uns aus Altona folgender Bericht zu: Am 13. April haben die deutschen Truppen einen neuen Sieg erfochten, der ein gewichtiges Zeugniß gibt für den hohen Muth und die unerschütterliche Tapferkeit der deutschen Jugend, wo es gilt, für Recht und Freiheit eines bedrängten Bruderstammes zu kämpfen. Das Kirchdorf Düppel, auf Sundewitt gelegen, dehnt sich bekanntlich hart an der Landstraße entlang, welche von Gravenstein aus hinunter nach der Alsener Fähre führt, durch welche die Verbindung der Halbinsel Sundewitt mit der Insel Alsen erhalten wird. Die Fähre aber ist, seitdem die Dänen Alsen besetzt halten, schon längst außer Thätigkeit gesetzt, und dafür eine Schiffbrücke über den Alsener Sund gelegt, welche bei ihrer Ausmündung auf Sundewitt mit einem starken, reichlich mit Geschütz bedeckten Brückenkopfe versehen wurde. Um jedoch diesen Brückenkopf zu decken, und die einzige nach dem Alsener Sund führende Landstraße zu versperren, wurden bei dem Kirchdorfe Düppel schon im vorigen Jahre bedeutende Schanzen im weiten Umkreise, mit Kanonen schweren Calibers armirt, aufgeführt, und auch jetzt wieder, gleich nach Aufkündigung des Waffenstillstandes von dänischer Artillerie besetzt. Die deutschen Heerführer mögen zu der Einsicht gelangt seyn, daß die Eroberung Alsens oder wenigstens die Vernichtung der von der Insel nach Sundewitt führenden Schiffbrücke unumgänglich nothwendig sey, um den Krieg mit einem Schlage zu endigen. Denn eben dieses Alsen diente den Dänen gewissermaßen als Fuchshöhle, aus welcher sie hervorbrachen, um auf Sundewitt irgend einen Raubzug auszuführen oder mit Uebermacht eine der vorgeschobenen kleineren Abtheilungen des deutschen Heeres zu überfallen und nach verübtem Unheil sich eilig wieder nach der Insel unter den Schutz ihrer Schanzen und Kriegsschiffe zurückzuziehen. Zu einer entscheidenden Schlacht wäre es doch nie gekommen, denn im offenem Felde, auf förmlichem Schlachtplane sich den Unsrigen gegenüber zu stellen, dazu war die dänische Armee bereits viel zu sehr entmuthigt und demoralisirt. Deshalb war es nothwendig, um den nutzlosen Plänkeleien, Neckereien und den selbst völkerrechtswidrigen Raubzügen ein Ende zu machen, entweder die Dänen ganz von Alsen zu vertreiben, oder doch wenigstens die von ihnen über den Sund gelegte Schiffbrücke zu zerstören, um ihnen den Weg nach Sundewitt abzuschneiden. — Deshalb war im Kriegsrathe der bayer. und sächsischen Heerführer schon am 12. d. M. Mittags ein Sturm auf die Düppeler Schanzen beschlossen worden, und mit wahrer Kampfeslust nahmen die Truppen die Ordre auf, sich zum Vordringen marschfertig zu halten. Schon während der Nacht wurden die verschiedenen Bataillone enger zusammengezogen, und bei Anbruch des Morgens begann die Operation. Die Bayern zogen, ungefähr 5000 M. stark, von Snogbeck, Satrupp und Stenderup, die Sachsen, circa 6000 Mann, von Atzbüll, Lundgard und Nübel herbei und einigten sich in der Gegend von Rackebüll, von wo aus sie die Düppeler Schanzen in Sicht bekamen und ihre Schlachtordnung entwickelten. Den rechten Flügel bildeten die Sachsen, den linken Flügel die Bayern, das Centrum wurde von der vereinigten Artillerie aus 8 Batterien, von einem Regimente bayerischer Cavallerie gedeckt, gebildet. Ungefähr um 8 Uhr Morgens begann der Sturm; mehr als 30 deutsche Geschütze von verschiedenem Caliber eröffneten den Kampf und die Dänen antworteten mit ihren 36 Kanonen, mit welchen sie, da sie die Kartätschen gegen die offen vor ihnen entwickelten bayerischen und sächsischen Colonnen weit wirksamer anwenden konnten, als die Unsern gegen die hinter den hohen Schanzen versteckten Feinde, anfangs großen Schaden anrichteten. Im wilden ge-

genseitigen Kampfe wurden aber die Düppeler Mühle und mehrere Höfe in Brand geschossen, ja sogar die Kirche stand in Gefahr, von den Flammen ergriffen zu werden. Doch dies brach den Muth der wackern Truppen nicht, sie standen fest wie Mauern im stärksten Feuer und mit wahrhaft begeistertem Hurrahruf begrüßten sie das Commando zum Sturm, und nun entwickelte sich ein Bajonett-Angriff, wie er seit den Zeiten der Napoleon'schen Kaisergarde nicht wieder erlebt wurde. Die Trommeln wirbelten, die Hörner tönten, die Kanonen donnerten, und jauchzend, als ob es zum fröhlichsten Feste ginge, stürmten die wackern Bayern und Sachsen mit dem Bajonett gegen die Schanzen.

Wohl Viele wurden von den Kartätschen und vom Kleingewehrfeuer noch hingerafft, aber ob sich auch Leichenberge um sie her bildeten, um so wüthender drangen die Deutschen vor. Endlich hatten sie die Schanzen erreicht, es entspann sich ein Kampf, Mann gegen Mann, Auge in Auge, und nach kurzem Widerstande wichen die Dänen, alle ihre Kanonen im Stiche lassend, flohen unaufhaltsam die Landstrasse hinab nach der Schiffbrücke, um die Hiobspost ihrer Niederlage nach Alsen zu bringen, während die schwarz-roth-goldene Fahne hoch auf den eroberten Schanzen wehte. Um Mittag war der Sieg vollständig errungen. Die Artillerie wurde sogleich beordert, dem fliehenden Feinde nachzurücken und den Brückenkopf zu zerstören. Auch Dies gelang über alles Erwarten, troß der verzweifelten Gegenwehr, und gegen Abend waren sämmtliche am diesseitigen Ufer aufgeworfene Schanzen zerstört und ein Theil der Brücke vernichtet, so daß es wohl schwerlich den Dänen so bald wieder gelingen dürfte, aus ihrem Schlupfwinkel hervorzubrechen und Sundewitt auf diesem Wege zu beunruhigen. Kriegsschiffe befanden sich nicht im Sonderburger Hafen, aber Sonderburg selbst, ein Städtchen von circa 3000 Einwohnern, auf Alsen, am Strande der Ostsee gelegen und terrassenförmig an einer Anhöhe erbaut, wurde leider in Brand geschossen und stand bei Abgang dieser Nachrichten in hellen Flammen. Dieser zweite vollständige Sieg, welcher leider wieder viele Opfer gekostet, hat den Beweis geliefert, daß die alte deutsche Thatkraft, der alte deutsche Heldenmuth noch lebt, und wird sicher ein entscheidender Schritt zu einem ehrenvollen Frieden für Schleswig-Holstein werden. Deutschland hat seinen Ruhm und seine Macht bewährt! Deutschland hoch für immer!

Aus Nord-Schleswig, 13. April. Die Dänen flüchten sich auf ihre Schiffe und überließen das ganze Geschütz und mehrere Munitionswagen den Siegern, und Diejenigen, welche nicht auf die Schiffe gelangen konnten, ertranken im Alsener Kanal. Das Kirchdorf Düppel, die bekannte Düppeler Mühle geriethen durch die Granaten der bayerischen Artillerie in Brand, und obgleich von Seite der Unsrigen gegen 150 Todte und viele Verwundete zu beklagen sind, so ist Dies im Verhältniß zu den ungeheuern Verlusten der Dänen kaum erwähnenswerth, da dieselben 3 Bataillone und vieles Geschütz verloren haben. Der Verlust der Dänen bei dieser der deutschen Tapferkeit und Entschlossenheit ruhmbringenden Affaire ist auch noch deswegen zu einer bedeutenden Zahl angeschwollen, weil mehrere Kompagnien von den deutschen Truppen ins Wasser gedrängt wurden, als es galt, den diesseitigen Brückenkopf ebenfalls von den Unsrigen im Sturm zu nehmen. Die Schiffsbrücke über den Alsener Sund haben die Dänen auf der Flucht hinter sich vernichtet. Da sich mehrere dänische Bataillone in Sonderburg festzusetzen beabsichtigten, so wurde diese am jenseitigen Strande liegende Stadt mit Bomben beworfen, und nun wird der Angriff auf Alsen gleichzeitig mit dem Einmarsch nach Jütland vorgenommen.

Die deutschen Truppen haben sich am 13. in den Düppeler Schanzen festgesetzt. Vom Brückenkopf wurden die Dänen ebenfalls vertrieben, indeß sollen die deutschen Truppen wegen des Feuers der Kanonenböte und der schweren Artillerie der Alsener Batterien den Brückenkopf wieder aufgegeben haben. Der Verlust wird von Einigen auf 107 Verwundete und 40 und einige Todte, von Anderen auf ein paar hundert Verwundete und 70 Todte angegeben. Fünfzehn Wagen mit Leichen sollen in Flensburg angekommen seyn. (Lpzg. Z.)

Altona, 15. April, 7½ Uhr Abends. Der so eben von Rendsburg hier eintreffende Bahnzug bestätigt zwar die Einnahme der Düppeler Schanze, meldet jedoch auch zugleich, daß der Brückenkopf sowohl als auch die Brücke sich noch in den Händen des Feindes befinden. Mithin ist die Nachricht, daß letztere von den Dänen zerstört sey, irrig. Ueber die Einnahme der Schanze selbst erfährt man, daß diese zuerst von den Bayern unter Anführung des Obrist-Lieutenants v. d. Tann angegriffen wurde. Die Abtheilung wurde zurückgeworfen mit einem Verluste von einigen 60 Mann, worauf die Dänen einen Ausfall versuchten. Sofort aber fielen ihnen die Kurhessen in die Flanke, stürzten mit gefälltem Bayonet auf die feindlichen Reihen, lichteten dieselben stark und nöthigten so den Feind zum eiligen Rückzuge. Die Schanze wurde dann ohne großes Blutvergießen genommen, wobei die Unsrigen 300 Mann Dänen zu Gefangenen machten und 18 Stück Geschütze, worunter 6 Stück 84Pfündner, eroberten. Im Ganzen sollen unsere Truppen bei diesem Gefechte 112 Mann, die Dänen dagegen, außer den Gefangenen, über 200 Todte verloren haben. Hier sind heute Abend ca. 100 Mann Kranke und Verwundete, Schleswig-Holsteiner, Hannoveraner, Preußen, Bayern und Kurhessen, aus dem Ulderup'schen Treffen angekommen. Vom Süden sind Reserve-Truppen vom 12. preußischen Regiment eingetroffen. (H. C.)

Hadersleben, den 14. April. So eben traf der Statthalter Beseler, mit Kurierpferden von Schleswig kommend, bei dem commandirenden General Bonin hier ein. Der heute bestimmt von unseren Truppen erwartete Einmarsch in Jütland ist, zum großen Mißvergnügen derselben, unterblieben; auch General Bonin hat noch nicht, wie er anfänglich beabsichtigte, sein Hauptquartier weiter nordwärts verlegt. Zwei Schwadronen schleswig-holsteinischer Dragoner und eine Kompagnie Jäger haben gestern Nachmittag eine Rekognoscir-Patrouille in mehrere jütländische Dörfer gemacht, ohne auf Feinde zu stoßen. (H. B.-H.)

Sprech-Saal.

Aus München schreibt man: Dr. Hermann Kothe. Die Einleitung, welche Hr. Kothe am Freitag den 30. März im großen Odeonsaale vor nahe an zweitausend Herren und Damen seinen Gedächtnißvorträgen vorausschickte, erregte allgemeines Erstaunen, sowohl durch die Leichtigkeit und Sicherheit, womit er wahre Armeen der schwierigsten Gedächtnißaufgaben besiegte, als auch durch die Gewalt und die Eleganz der Rede. Der dem Künstler vorausgehende glänzende Ruf bewährte sich auf's Vollkommenste. (In Nürnberg wird Hr. K. seinen ersten Gratisvortrag im Katharinensaale Freitag Abend halten.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 21 April 1849 **№ 111.** **Samstag: Adolarius.**

Deutsche Staaten.

München, 18. April. Das heutige Regierungsblatt No. 20 enthält eine Bekanntmachung, den Schuldenstand sämmtlicher Gemeinden des Königreichs am Schlusse des Verwaltungsjahres 1845/46 betr., wonach sich die Gesammtsumme der Schulden auf 10,716,594 fl. beläuft. Mittelfranken ist mit 965,146 fl. betheiligt.

München, 19. April. Der Staatsrath im außerordentlichen Dienste Graf v. Bray-Steinburg wurde der Leitung der Geschäfte der Staatsministerien des Königl. Hauses und des Aeußern, dann des Handels und der öffentlichen Arbeiten enthoben, — und der vormalige k. sächsische Staatsminister Dr. L. von der Pfordten zum Staatsrathe im ordentlichen Dienste, dann zum Staatsminister des Königl. Hauses und des Aeussern ernannt, und demselben zugleich, bis auf Weiteres, die Leitung der Geschäfte des Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten übertragen; der Kontroleur der Kreiskasse in Würzburg A. Strobel wurde auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; an dessen Stelle der Zahlmeister der Kreiskasse von Oberbayern J. Berger und an des Letztern Stelle der Finanzrechnungs-Kommissär von Oberbayern K. Weichselberger ernannt; der Rentbeamte in Kötzting N. Leitmaier auf das Rentamt Schrobenhausen versetzt; an dessen Stelle der Finanzrechnungskommissär in Würzburg L. Härtl befördert, und an des Letztern Stelle der Finanzrathsaccessist in Würzburg H. Vettee ernannt. (N. M. Z.)

†* **Nürnberg**, den 20. April. Gestern wurde in öffentlicher Sitzung des Gemeindekollegiums von dem Mitgliede desselben, Goldarbeiter Bock, folgender höchst wichtiger Antrag gestellt: Das Gemeinde-Kollegium möge den Magistrat veranlassen, in Gemeinschaft mit ihm einen Ausschuß zu ernennen, welcher in kürzester Zeit eine Adresse, worin die unumwundene Festhaltung der beschlossenen Reichsverfassung auszusprechen ist, auszuarbeiten, und dieselbe der Gesammt-Bürgerschaft in einer Volksversammlung zur Betheiligung und Unterschrift vorzulegen hat. Dieser Antrag wurde von der deutschgesinnten Versammlung einstimmig angenommen, was um so mehr anzuerkennen ist, da Nürnberg in neuester Zeit die Gesinnung von Franken als erste Stadt vollkommen repräsentirt. Von dem Magistrate, der bei andern Gelegenheiten schon auf ehrenwerthe Weise an den Tag gelegt hat, daß ihm die Wahrung des unverkümmertsten Rechts und allseitiger Interessen der Stadt am Herzen liegt, läßt sich auch jetzt erwarten, daß der obige Antrag die volle Zustimmung desselben erhalten werde, woraus die bayer. Regierung ersehen möge, daß die Franken fern von allem undeutschen Partikularismus durch die unbedingte Annahme der vom Parlamente endgültig beschlossenen Reichsgesetze und Bestimmungen darin allein die Einheit, Freiheit, Stärke und Würde des gemeinsamen Vaterlandes erkennen. In Anbetracht des Satzes bis dat, qui cito dat, wird schlüßlich der Wunsch ausgesprochen, daß der Magistrat gegenüber dem raschen Wechsel politischer Bewegungen, die Dringlichkeit des Antrages erwägen, die wichtige vaterländisch-deutsche Angelegenheit baldigst zu Gunsten der Sache erledigen und dadurch der Bürgerschaft gerecht werden möge. Andere bayerische Städte sind aufgefordert, diesem schönen Beispiele baldigst nachzukommen, um unserer Regierung alle Zweifel, welcher Richtung sie in der deutschen Frage zu folgen habe, zu nehmen.

* **Nürnberg**, den 20. April. Der hiesige Volksverein hat folgende Adresse an den König abgesandt: Königliche Majestät! Mit großem Bedauern hat der Volksverein zu Nürnberg und mit ihm wohl der größte Theil des bayerischen Volkes, die abermalige Vertagung des Landtags vernommen, die gerade in der Zeit eintritt, in welcher die Kundgebung des Volkswillens durch die Volksvertretung als eine absolute Nothwendigkeit erscheint. Zwar kennen wir das Kronrecht zur Vertagung der Kammern gar wohl, nicht weniger fest aber steht unsere Ueberzeugung, daß das deutsche Volk in Bayern das Recht habe, zu verlangen, daß es vertreten sey in dem weltgeschichtlichen Momente, in welchem die Geschicke Deutschlands sich entscheiden, in welchem die von jedem Patrioten heißersehnte Einigung des deutschen Vaterlandes verwirklicht werden soll.

Zu Euer Majestät deutscher Gesinnung hegen wir das Vertrauen, daß Sie, durchdrungen von der Wichtigkeit des Augenblickes, als konstitutioneller König die Vertreter des Volkes schleunigst um sich versammeln und deren unzweifelhaft zur Förderung der deutschen Einigung abzielenden Beschlüssen volle Geltung verschaffen werden, zum wahren Wohle des Gesammt-Vaterlandes und zur Aufrechthaltung der von der Nationalversammlung endgültig beschlossenen Reichs-Verfassung. In schuldigster Ehrfurcht 2c.

†† **Nürnberg**, 20. April. Es wird uns mitgetheilt, daß den Artilleristen, die gegenwärtig hier garnisoniren, von Offizieren gerathen worden ist, die mittelfränkische Zeitung **nicht** zu lesen, da dieselbe ein republikanisches Blatt sey, und lieber den Korrespondenten v. u. f. Deutschland zu wählen. Der Korrespondent mag sich dadurch vielleicht sehr geehrt fühlen, wir aber werden uns in unserer Tendenz deßhalb nicht irre machen lassen und die Artilleristen werden wohl auch wissen, daß sie Staatsbürger sind, und sich nicht vorschreiben lassen, was für Zeitungen sie lesen sollen.

Landshut, den 17. April. Nach einer so eben eingetroffenen schriftlichen Mittheilung des hiesigen Abgeordneten in Frankfurt, Regierungsrath Pfeufer, ddto. 13. April, soll sich die Ansicht stark geltend machen, daß vorerst eine Regentschaft einzusetzen wäre, bestehend aus dem Erzherzog-Reichs-Verweser, dann einem preussischen und einem bayerischen Prinzen, welche ehestens den Reichstag auf den Grund des Reichswahlgesetzes zu berufen hätten, und dem dann der weitere Vollzug der Verfassung anheimgegeben (?) bliebe. (D. h. Lbbte)

Freiburg, 16. April. Durch Verfügung des großherzgl. Staatsministeriums vom 13. d. M. ist das weitere gerichtliche Verfahren gegen die wegen Hochverraths in Anklagestand versetzten Amalie v. Struve und deren Bruder Peter Dusar unter der Voraussetzung künftigen gesetzlichen Betragens niedergeschlagen, und sind in Folge dessen beide der Haft entlassen worden. (Frkft. O.-P.-Z.)

Braunschweig, den 14. April. Eine Braunschweiger Ente durchschwimmt jetzt die Zeitungen. Der Herzog soll gesonnen seyn, abzudanken. Die Korrespondenz der Magdeburger Zeitung will dies aus ziemlich sicherer Quelle erfahren haben. Die Magdeburgerin kann wirklich stolz seyn, einen so genau unterrichteten Berichterstatter zu besitzen. Vom Minister und Flügeladjutanten bis zum Proletarier glaubt Niemand etwas von diesem Gerüchte. Den Hauptgrund der beabsichtigten Abdankung umgeht übrigens die Magdeburger Zeitung so zart, als stände sie noch unter der Censur von 1847. Man erzählt sich nämlich, Se. Hoheit hätten die Intention, mit einer Nichtebenbürtigen eine Ehe einzugehen. Diese Sage hat allerdings dadurch an Wahrscheinlichkeit gewonnen, daß die Glückliche, welche ihrem Berufe nach Tänzerin beim hiesigen Hoftheater ist, seitdem der Herzog seinen Wohnsitz in Blankenburg genommen, ebenfalls dort ihr Domicil aufgeschlagen hat. Aber dennoch glaubt kein vernünftiger Mensch daran. Man hat unserem Herzoge schon zu oft nachgesagt, daß er auf irgend eine beliebige Tänzerin ein Auge geworfen, als daß man auf dergleichen noch irgend etwas gäbe.

Unsere Abgeordneten-Versammlung tritt am 17. d. M. wiederum zusammen. Die ersten Verhandlungen werden das Interesse der verwöhnten Zeitungsleser nicht zu sehr in Anspruch nehmen, da sie Steuerverhältnisse betreffen. (Z. f. Nrd.)

Frankfurt, 18. April. In der Proklamation des Reichsverwesers, Erzherzogs Johann, vom 15. Juli 1848 äußert sich derselbe über die von der deutschen Reichsversammlung zu beschließende Verfassung in folgender Weise: „Deutsche! Nach Jahren des Drucks wird Euch die Freiheit voll und unverkürzt. Ihr verdient sie, denn Ihr habt sie muthig und beharrlich erstrebt. Sie wird Euch nimmer entzogen, denn Ihr werdet wissen, sie zu wahren. — Euere Vertreter werden das Verfassungswerk **vollenden!** Erwartet es mit Vertrauen! Der Bau will mit Ernst, mit Besonnenheit, mit ächter Vaterlandsliebe geführt werden. Dann aber wird er dauern fest wie Euere Berge!" Diese am 15. Juli v. J. erschienene Proklamation ist von dem damaligen Reichsministern **Schmerling**, Peucker und Heckscher gegengezeichnet. — In diesem Aktenstücke ist die Nationalversammlung als Vollenderin der Verfassung anerkannt, und nicht einmal eine Andeutung der Forderung von Vereinbarung. (Frkft. J.)

Frankfurt, 17. April. Hr. Camphausen soll sicherem Vernehmen nach auf Abänderung des §. 1 der Verfassung **den Oesterreich nicht ausgiebt, des Suspensivvetos und des Wahlgesetzes** instruirt seyn. Angesichts der Zustimmungserklärungen der 28 Regierungen hätte er aber diese Instruktion zurückgehalten und es wird nun wieder hin und her telegraphirt. (Frkft. J.)

Hannover, 15. April. Das Oberappellationsgericht in Celle hat sich gegen die Grundrechte erklärt. Man erzählt sich, die hiesige Justizkanzlei habe in einer Kriminalsache ein Todesurtheil ausgesprochen. Darauf habe sich nun der Vertheidiger des Verurtheilten an das höchste Gericht nach Celle gewandt, und unter Bezugnahme auf §. 9 der Grundrechte, welcher bekanntlich die Todesstrafe abschafft, Aufhebung jenes Urtheils verlangt. Das Oberappellationsgericht in Celle hat aber entschieden, daß die Grundrechte bei uns nicht zur Anwendung gebracht werden könnten. (Frkft. O.-P.-Z.)

Sigmaringen, 14. April. Heute ist der ordentliche Landtag des hiesigen Fürstenthums durch den Geh. Konferenzdirektor v. Sallwürk eröffnet worden.

Wiesbaden, 18. April. Der Herzog hat vor seinem Abmarsche nach Schleswig-Holstein folgende Proklamation erlassen: „Nassauer! Von dem Erzherzog-Reichsverweser ist der Ruf an mich ergangen, meine tapferen Soldaten, Eure Söhne und Brüder, mit andern deutschen Truppen zu einer Brigade vereint, in den Krieg gegen Dänemark zu führen. Diesem Ruf im Dienst des Vaterlandes muß ich folgen, und ich folge ihm gern. Nachdem in der inneren Landesverwaltung alle Aenderungen, die ich Euch zugesichert, theils ausgeführt theils so weit vorbereitet sind, daß sie nur noch der Zustimmung der Stände bedürfen, nachdem ich mich bereit erklärt habe, die Opfer zu bringen, welche die Einigung, die Macht und Größe des gemeinsamen Vaterlandes von mir forderten, halte ich mich auch verpflichtet, da, wo Deutschlands Gefahren und Deutschlands Ehre meine persönlichen Dienste in Anspruch nehmen, hinter keinem Sohne des Vaterlandes zurück zu bleiben. Für die laufenden Verwaltungsgeschäfte während meiner Abwesenheit habe ich Fürsorge getroffen; die wichtigeren Gegenstände werden und können schnell zu meiner Kenntniß gelangen. Haltet fest an Ordnung und Gesetz, wie es einem freien Volke geziemt, und bewahrt mir Eure Liebe und Treue, wie ich sie Euch bewahre. Gott sey mit uns Allen! Biebrich, den 17. April 1849. Adolph, Herzog zu Nassau. (Frkft. O.-P.-Z.)

†*† **Berlin.** [II. Kammer. Sitzung vom 17. April.] Fortsetzung der Berathung des Vereinigungsgesetzes. Der Regierungsentwurf wird der Diskussion zum Grunde gelegt. Es soll über die Ueberschrift: „Gesetz, betr. die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit

einigungsrechts“ abgestimmt werden. Auf Bemerkungen von Weiterdonck und Waldeck wird dies bis zum Schluß der Diskussion verschoben. §. 1 lautet: „Vereine und Versammlungen, welche strafbare Zwecke verfolgen, oder zur Erreichung erlaubter Zwecke sich verbrecherischer Mittel bedienen, sind verboten und unterliegen der gesetzlichen Ahndung.“ Der Zentralausschuß hat Streichung dieses §. beantragt, da Vereine unbedingt erlaubt seyen, das Gesetz aber nur den Mißbrauch strafen wolle. Die Versammlung tritt dem Antrage mit großer Majorität bei. Der §. ist verworfen. §. 2. „Vor allen Versammlungen, in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen, hat der Vorsteher, Unternehmer, Ordner, Leiter oder der Inhaber des Versammlungslokales mindestens 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung, unter Angabe des Ortes und der Zeit derselben, Anzeige bei der Ortspolizeibehörde zu machen, welche darüber sofort eine Bescheinigung ertheilt. Die Berufung einer solchen Versammlung darf weder unter einem falschen, noch unter einem Gesammtnamen geschehen.“ An Amendements sind eingegangen: 1) v. Pape (Münsterberg): Statt §. 1 zu setzen: „Alle Preußen sind berechtigt, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Von allen Volksversammlungen in nicht geschlossenen Räumen hat der Vorsteher, Unternehmer ꝛc. mindestens 4 Stunden vor Beginn derselben unter Angabe des Orts und der Zeit bei der Polizeibehörde Anzeige zu machen, welche darüber eine Bescheinigung ertheilen muß.“ — 2) Wentzel (Ratibor) hinter 1 „von allen Versammlungen“ einzuschalten: „zu denen eine öffentliche oder allgemeine Einladung erlassen wird“, und statt 24 Stunden zu sagen „6 Stunden.“ — 3) Caspary will statt „öffentliche Angelegenheiten“ gesetzt wissen „politische Angelegenheiten“; statt „Vorsteher, Ordner, Leiter oder Inhaber des Lokals“ nur „Unternehmer“ stehen zu lassen; statt 24 Stunden eine Stunde. — 4) Pilet will Wegfall der §§. 1—3 und 7—10 und Nachsuchung der Polizeigenehmigung, die „nur wegen dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung oder Sicherheit“ versagt werden darf. — Elkmann behauptet, der Gesetzentwurf mache das verfassungsmäßige Vereinigungsrecht illusorisch. Die Regierung wolle sich auf einen Gesetzesboden stellen, möge diesen Hr. v. Vincke auch einen Rechtsboden nennen, er werde in solchen Gesetzen immer nur Verletzungen des Rechts erblicken. Der Redner weist im Einzelnen nach, daß namentlich die vorherige Anzeige bei der Polizei das Vereinsrecht in die Willkür der Beamten lege.

Wentzel (Ratibor) beginnt mit der Erklärung, daß sein Amend. nicht die Absicht habe, das Vereinsrecht zu verkümmern. Die Behörde müsse die Mittel haben, sich Kenntniß davon zu verschaffen, wie die öffentlichen Angelegenheiten verhandelt werden. Der Zusatz, der das Amend. verlangt, soll aber diese Kenntnißnahme der Polizei begrenzen und den öffentlichen Charakter der Vers. näher bestimmen. Es könne allerdings Fälle geben, die nicht unter das Gesetz passen, aber besser, daß diese Fälle, die nicht sehr zahlreich seyn werden, der Kenntniß der Behörde entgehen, als daß die Polizei befugt seyn soll, in Privatkreise einzudringen. Eine Anzeige von 6 Stunden vor der Vers. genüge, um der Polizei die Möglichkeit zur Ausübung ihrer Befugnisse zu gewähren. Möge man ihm nun den Vorwurf der Reaktion machen, es sey ihm dies nicht gleichgültig, aber er habe den Muth, für das Wohl des Vaterlandes sich Diesem und noch Schlimmerem auszusetzen. (Bravo.) — Pape (Münsterberg) will sich nicht auf die Zinne der Partei stellen, sondern auf die Verhältnisse Rücksicht nehmen, obwohl er mit seinen Freunden darin einverstanden sey, daß stückweises Amendiren eines durch und durch freiheitsfeindlichen Gesetzes nichts bessern könne. Allein er halte die Revolution für das letzte Mittel des Volkes und das Reformiren für eine Pflicht, die man üben müsse, so lange die Verhältnisse es gestatten. Die Nat.-Vers. habe durch Mitglieder ihrer äußersten Rechten, zu denen auch der Hr. Justizminister gehört, einen Gesetzentwurf ausarbeiten lassen, der die Freiheit bei weitem mehr gewahrt habe, als dieser durch ein Mitglied des revolutionären Vorparlaments als Berichterstatter vertheidigte Entwurf. Er sieht in dem Gesetz die Sanktionirung der Spionage, die Legalisirung des Delatorensystems, eine Präventivpolizei, die scheußlicher sey als der Gedankenmord der Censur. Eine Anzeige bei der Polizei hält er nur bei Versammlungen in nicht geschlossenen Räumen für zulässig und eine Frist von 4 Stunden sey hinreichend. Man möge zur Begründung der Gewalt nicht immer auf fremde Gesetzgebungen Bezug nehmen, wie man sich nicht die Freiheit fremder Völker zum Muster nehmen wolle. — Camphausen will den Beweis führen, daß der Entwurf weder mit der Verfassung noch mit dem Gesetz vom 6. April im Widerspruch stehe. Die Verfassung schließt im Art. 27. die Nothwendigkeit einer vorgängigen Anzeige nicht aus. Eben so wenig die Grundrechte. In dem Entwurf liegt keine Prävention, sondern eine Strafandrohung. In dem Wentzel'schen Amendement sieht er eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung, da der Charakter der Oeffentlichkeit einer Versammlung durch Einladung Einzelner zum Nachtheil der Ordnung entzogen werden könne. Eine Frist von sechs Stunden hält er für unzureichend. Der Redner bemerkt noch, daß in Belgien die Verfassung solchen Gesetzen nicht entgegen stehen würde, und daß in England, wo solche Gesetze allerdings nicht bestehen, gewöhnlich eine Magistratsperson den Vorsitz in den Meetings führe. — Philipps hält die Berufung auf die Grundrechte und die Verfassung für ungültig; die Grundrechte sind noch nicht publizirt, und über die Verfassung schwebt noch der Vorbehalt der Revision. Nur das Gesetz v. 6. April v. J. kann als Grundlage jeder künftigen Gesetzgebung angezogen werden. Dieses Gesetz, das einzige Palladium, welches das Volk noch hat, verbürgt das unbedingte Recht, sich in geschlossenen Räumen zu versammeln. Nur die Versammlungen unter freiem Himmel sind mit großem Widerstreben des Verein. Landtages Beschränkungen unterworfen worden. Der Redner weist auf die Gefahren hin, die aus der Ueberwachung der Versammlungen folgen müssen. Verschwörungen werden das Land zerrütten, und selbst das Ausbrennen, welches ein vorpommerischer Abgeordneter kürzlich empfohlen hat, würde den Schaden nicht heben. Er habe übrigens nicht geglaubt, daß in Vorpommern ein solcher Hang zu Grausamkeit herrsche. (Heiterkeit.)

Riedel (Barnim) erkennt gleichfalls die Wichtigkeit des Vereinsrechtes an, aber die Ausübung muß in Einklang gebracht werden mit der öffentlichen Ordnung. Die Vereine dürfen sich nicht verbergen vor der Polizei. Es ist der Zweck dieser Behörden, von dem Leben und Treiben der Bewohner Kenntniß zu haben. Sie muß wissen, was über die öffentlichen Angelegenheiten verhandelt wird, damit sie alle Mißstände kennen lerne und die Mittel zur Abhülfe erfahre. Es liegt im Interesse der Versammlungen selbst, der Polizei diese Mitwissenschaft zu verschaffen. Die Verläumdung, welche diese Versammlungen umschleicht, nährt sich nur von dem Gift der Heimlichkeit, gegen alle Amendements, auch gegen das Wentzel'sche. Wahrheit und Offenheit thut uns mehr als aller Andere Noth. Die Polizei betheilige sich offen an allen öffentlichen Angelegenheiten, nicht als verkappte Späherin, aber auch die Versammlungen mögen den zweifelhaften Schein eines im Finstern schleichenden Komplotts vermeiden. — v. Seckendorff will zu dem Wentzel'schen Amendement den Zusatz: „Einladungen, welche eine Versammlung von mehr als 50 Personen nach sich ziehen können.“ — Waldeck: Es zeigt sich in den §§ des Gesetzes eine Gradation: Oeffentlichkeit der Versammlungen, Aufsicht der Polizei über dieselben, Möglichkeit der beliebigen Auflösung. Hierin ist ein Fortschritt der Reaktion am erkennbarsten. Das Gesetz vom 6. April behandelt im Anschluß an die belgische Gesetzgebung die Versammlungen in geschlossenen Räumen anders als die unter freiem Himmel. Der Camphausen'sche Verfassungsentwurf will nur für die letzteren eine Anzeige von 24 Stunden. Jetzt sollen alle Versammlungen in dieser Weise beschränkt werden. Das Versammlungsrecht ist nichts als die Kombination des Rechts zu gehen, und des Recht, zu sprechen. Freilich hat Herr v. Kamptz bei Gelegenheit einer berühmten Ausweisungsgeschichte in einer besonderen Abhandlung erwiesen, daß das Recht zu reisen nur so weit bestehe, als der Staat es anerkenne. Wir werden zu den Konsequenzen kommen, welche Herr v. Girardin zieht. Es müssen ⅔ der Bürger eingesperrt werden, um das übrige Drittel zu beruhigen. Es muß vor allen Dingen das Wort „Versammlung“ und die „politischen Angelegenheiten“ definirt werden. Ist denn die Polizei so sittlich oder so intelligent, daß ihr die Interpretation überlassen werden kann? Nicht bei jeder Regierung ist die Gefahr vorhanden, die bei der gegenwärtigen Regierung zu besorgen ist. Sie hat nur volksthümliche Versammlungen aufgehoben, keine anderen. Aber die beste Polizei giebt keine Gewähr für die Gerechtigkeit. Der Redner erinnert an die Anwesenheit eines verkleideten Schutzmannes in den Deputirtenversammlungen. Wäre er nicht verkleidet gewesen, so würde die Berathung unterblieben seyn. Die Anwesenheit der Beamten ist also eine Prävention. Das Vereinsrecht ist eine der ersten Bedingungen des öffentlichen Lebens, der freien Entwickelung. Soll es der Willkür der Polizei preisgegeben werden, zu entscheiden, was eine Versammlung und was eine öffentliche Angelegenheit sey, so ist es Zeit, das Vereinsrecht ganz zu streichen. — Schluß der Debatte.

Urlichs bemerkt gegen Philipps: Die vorpommer'sche Grausamkeit habe sich noch nicht im Verbrennen gezeigt, nur in Berlin habe man Gesetze verbannt. — Scherer (als Referent): Das Gesetz vom 6. April ist die Grundlage der Verfassung. In dem Gesetze wird das Versammlungsrecht von der polizeilichen Erlaubniß unabhängig gemacht. Daraus folgt noch nicht, daß die Ausübung des Rechts nicht Modalitäten erleiden dürfe. Auch das Eigenthum ist ein Recht, und es wird durch die Rücksichten auf das öffentl. Wohl in der Ausübung moderirt. Gegen den Vorwurf von Pape wünscht der Redner: die Theilnahme an dem Vorparlament, einer in ihrer Majorität so vortrefflichen und patriotischen Versammlung, möge der einzige Vorwurf seyn, der ihm gemacht werden könne. — Die Amendements Pape und Seckendorf werden verworfen, das Amendement von Wentzel: die Worte „zu denen eine öffentliche oder allgemeine Einladung erlassen wird“ einzuschalten, angenommen. Für das Amendement Caspary nur die „Unternehmer“ der Verfassung die Anzeige zur Pflicht zu machen, stimmen 168, dagegen 165. Von der Rechten wird Namensaufruf verlangt. Dieser ergiebt 167 für 105 gegen das Amendement. Es ist also angenommen. Das Wentzel'sche Amendement, welches die Anzeige nur 6 Stunden vor der Versammlung verlangt, wird gleichfalls angenommen, und ebenso der Vorschlag des Centralausschusses, welcher der Polizei die Ertheilung der Bescheinigung zur Pflicht macht. Verworfen wird ferner der 2. Satz des Regierungsentwurfs: „Die Berufung einer solchen Versammlung darf weder unter einem falschen, noch unter einem Gesammtnamen geschehen.“ Ein von Caspary beantragter Zusatz wird gleichfalls verworfen. Der so amendirte §. 2 wird nunmehr mit 168 gegen 164 in folgender Fassung angenommen: „Vor allen Versammlungen, zu denen eine öffentliche oder allgemeine Einladung erlassen wird, hat der Unternehmer mindestens sechs Stunden vor dem Beginn der Versammlung unter Angabe des Orts und der Zeit derselben, Anzeige bei der Ortspolizeibehörde zu machen, welche darüber sofort eine Bescheinigung zu ertheilen hat.“ (Schluß der Sitzung 3 Uhr.)

Berlin, 15. April. Die Linke der ersten Kammer stellt folgendes Programm auf: §. 1. Wir wollen die konstitutionelle Monarchie mit wahrer parlamentarischer Regierung. §. 2. Wir wollen in unserem engeren Vaterlande den freien Rechtsstaat, ohne Standesvorzüge aufrichten und durchführen, gegründet auf gesetzlich geordnete Selbstregierung der Gemeinden. §. 3. Wir wollen in diesem Staate eine Grundverfassung ohne Zweideutigkeiten, welche die Verheißungen des März v. J. zu geltenden Volksrechten macht. §. 4. Wir erstreben das deutsche Reich, seine Verfassung und sein Oberhaupt, wie sie von der verfassunggebenden Reichsversammlung des deutschen Volkes am 28. März d. J. festgestellt und gewählt worden sind. (N.O.-Z.)

Von der polnischen Grenze, 15. April. Was wir bereits vor Kurzem über die Stärke der russischen Truppen bei Kalisch mittheilten, können wir heute nur bestätigen. In Kalisch selbst steht ein Jägerbataillon, in den Dörfern liegen zerstreut 20, 30 höchstens 50 Mann. Der nordwestliche Theil des Königreichs Polen ist nur sehr dünn besetzt, die Hauptkräfte sind im Süden koncentrirt, von Czenstochau aber ziehen sich die Hauptmassen an der galizischen Grenze entlang bis in die Moldau und Walachei.

Ueber die Dislokation der russischen Truppen-Korps sind uns folgende zuverlässige Nachrichten zugegangen. Im Königreich Polen steht das ganze 3. Armee-Korps unter Rüdiger und die Hälfte des 4. mit der Reserve, im Ganzen 120,000 Mann. In Litthauen das ganze Grenadierkorps (früher Schachofskoj), sowie ein Theil des ersten Armeekorps. Die Garden sollen nächstens ankommen, — aber seit Monaten wird ihre Ankunft täglich angesagt. In Volhynien steht der Rest des 4. Armeekorps unter Czygodajew. Bei Kiew ist das aus den Militärkolonien zusammengezogene Armeekorps. — Um Krzemieniec steht eine aus 8000 Mann bestehende mobile Kolonne unter Pawlow; in der Moldau und Walachei ein Korps von 70,000 Mann unter Lüders.

Die gemeinen Russen, sowie die Offiziere sind weniger zurückhaltend in ihren Gesprächen. Bemerkenswerth ist, daß sie auf die Frage: warum sie an der Grenze stehen? Alle ein und dieselbe und zwar nachstehende Antwort geben: „Unser Kaiser ist der Schwager des preussischen Königs. Nachdem die Franzosen von den Russen im großen Kriege besiegt worden waren, gehörte alles Land

kleinen deutschen Knasen (Fürsten) übertragen und als obersten Militärgouverneur seinen Schwager den Knas von Preussen gesetzt. Nun haben die Franzosen und die deutschen Rebellion gemacht und da baten die deutschen Knases, sowie der oberste Gouverneur den Kaiser um Hülfe und deswegen stehen wir nun hier an der Grenze; wenn nicht bald Ruhe wird, so werden wir hinübergehen und Ordnung machen."

Auch die preussischen Grenzbehörden haben die Weisung bekommen, mit der größten Strenge darauf zu halten, daß alle aus Rußland oder Polen Kommende ihre Passe von dem preuss. Gesandten in Petersburg oder dem Konsul in Warschau visiren lassen.

Der Verkehr in den Grenzbezirken, zu welchen die Polizeibehörden Legitimationskarten ertheilen, ist sehr erschwert; blos die Bauern die in ihrer bäuerlichen Kleidung gehen, können ungehindert die Grenze passiren, wer einen Ueberrock trägt, ist schon größeren Vexationen ausgesetzt.

Die Gutsbesitzer in Polen haben Ende des vorigen und Anfangs dieses Jahres enorme Lieferungen machen müssen, dieselben sind aber bei den Steuern angerechnet worden; man glaubte, es sey hiemit Alles abgemacht, aber jetzt müssen die Steuern bis Ende d. J. im Voraus erlegt werden.

Leipzig, 15 April. Aus glaubhafter Quelle geht uns die Nachricht zu, daß in Dresden Einquartirung angesagt ist, und zwar sollen preuss. Truppen daselbst einrücken. Man bringt dies mit der Auflösung der Kammern in Zusammenhang, welche im Laufe dieser Woche erfolgen soll, und welche um so wahrscheinlicher ist, als die Kammern auf ihrem schon früher gefaßten Beschlusse, daß der sächsische Gesandte aus Wien zurückberufen werden soll, beharren. Es kann aber die Regierung diesem Kammerbeschluß nicht nachkommen, wenn sie nicht mit Oesterreich brechen will. (Schw. M.)

Rinkenis, vom 13. April. Hinter der Landzunge Holnis liegen ein dänisches Dampfschiff und zwei Kanonenböte. Die beiden letzteren kamen gestern Nachmittag in unsere Bucht, und wechselten einige Schüsse mit der Batterie von Alsnoer, worauf sie sich wieder zurückzogen.

Diesen Morgen 4 Uhr Engagement bei Düppel. Man konnte von hier aus deutlich sehen, daß Kavallerie die Düppeler Höhen hinansprengte, um 7 Uhr stand westlich, östlich und nördlich von der Düppeler Mühle alles in Brand; um 8 Uhr verschwand auch die Mühle selbst. Prinz Eduards Hauptquartier von Atzbüll nach Satrup verlegt.

11 Uhr Vormittags. Die Düppeler Höhen sind genommen. Das zweite Bataillon bayerischer Jäger (Kommandirender Oberstlieutenant v. Reck) hat sich sehr dabei ausgezeichnet. Ein Major und mehrere Offiziere sind verwundet, der brave Hauptmann Aldosser erhielt einen Schuß in den Fuß. Die Dänen haben sich nach Alsen zurückgezogen, halten jedoch bis jetzt noch den am diesseitigen Ufer liegenden Brückenkopf besetzt. Von Kriegsschiffen sind blos noch einige Kanonenböte in Sicht. (Alt. M.)

Hadersleben, vom 14. April. So eben höre ich aus durchaus zuverlässiger Quelle, daß die Schanze bei Düppel gestern Vormittag von den Unsrigen genommen ist. Es hat Blut gekostet, von den Sachsen allein sind, wie wir hören, 5 Offiziere getödtet und 13 verwundet; aber der Verlust der Dänen muß sehr groß gewesen seyn, denn wiederum schoßen sie viel zu hoch, so daß in unserm Train Mehrere verwundet wurden. v. der Tann hatte sich wie eine Bulldog in die Verschanzungen festgebissen (er wird den derben Schleswig-Holsteinern um ihrer Liebe willen das derbe Wort nicht übel nehmen!), um so weniger konnte es fehlen, daß seine Bayern gar nicht aufzuhalten waren; man hört sogar, daß Einzelne derselben mit den Dänen in den Brückenkopf hineindrangen und wahrscheinlich gefangen oder todt sind. Sonderburg hat an drei Stellen gebrannt, und auch, wie Einige sagen, die Düppeler Mühle. Auf die emsigste Weise arbeitet man jetzt daran, die Düppeler Schanzen zu deutschen zu machen, d. h. umzukehren, und da die Düppeler Höhen bekanntlich alle Schanzen bei Sonderburg beherrschen, so wird bald auch Alsen in unsern Händen seyn. Auch sah man schon heute Vormittag bei Arroesund, wie ein Dampfschiff 6 Transportschiffe von Alsen nach Norden (Jütland) schleppte. Die Freude über diesen zweiten großen Sieg in diesem Krieg ist um so größer, da jetzt nichts unsere Schleswig-Holsteiner daran verhindert, nach Jütland zu gehen. So lange die Düppeler Schanzen in den Händen der Dänen waren, und ihnen die Möglichkeit blieb, dorthin mit Hülfe ihrer Schiffe ihre ganze Macht zu vereinigen, so behielt der Zug nach Jütland und die dadurch veranlaßte zu weite Ausdehnung unseres Heeres stets etwas Mißliches. Die bisher vorliegende Nothwendigkeit mit etwa 100 Kanonen schweren Kalibers die Düppeler Höhen regelmäßig zu erobern, ist jetzt in wenigen Stunden mit dem Bajonnet beseitigt. Auf dieselbe Weise wird's gewiß in Jütland gehen, wenn überhaupt dort noch, wie wir hoffen, etwas vorfällt. Erst hinter Veile beginnen die Verschanzungen der Dänen, sollen aber unterstützt durch die Beschaffenheit der Gegend gleichfalls sehr fest seyn. Die Dänen gehen nämlich davon aus, daß, wer die Ostküste nicht habe, Jütland nicht behaupten könne, worin Wahrheit seyn mag, allein unsere Schleswig-Holsteiner werden auch, kommen sie nur erst hinein, auch die Ostküste schon zu bekommen wissen. (Alt. M.)

Flensburg, vom 14. April. Der Kampf, welcher stattfand, beschränkte sich nicht auf die Nähe von Düppel, sondern erstreckte sich auch vorwärts nach Ballegaarde, Hardeshoy (auf Alsen) gegenüber, und östlich von Ulderup. Bei Düppel wurden nicht nur die Schanzen (oder der Platz, wo diese gestanden) genommen, sondern einige Truppen — vielleicht zwei Kompagnien — sollen bis an die Fährstelle bei Sonderburg oder in die Nähe derselben vorgedrungen seyn und einige und zwanzig Dänen unter einem Lieutenant theils aufgehoben, theils niedergemacht haben. Bei Ballegaarde — so wird erzählt — hätten die deutschen Truppen 2 Kompagnien Dänen mit dem Bajonet ins Wasser getrieben; Einige wären gerettet, Viele ertrunken. Bis jetzt hört man nur von Bayern, welche im Gefecht gewesen.... Es ist Mehreren aufgefallen, daß gestern Nachmittag nicht wenige kleinere Fahrzeuge in der Richtung von Höruphaff — südlich von Sonderburg — wo die Dänen Magazine haben sollen, in östlicher Richtung segelten. (B.-H.)

Hadersleben, 13. April. Die erste schleswig-holsteinische Brigade rückt heute nach Jütland vor und wird morgen dort wohl einrücken. Auch das Hauptquartier geht weiter nordwärts. Hier kommen neue schleswig-holsteinische Truppen nach. Kolding, ja ganz Jütland, wird ohne ernsthaften Widerstand besetzt werden können, denn die dort stehende dänische Armee ist nach der übereinstimmenden Aussage der Gefangenen, größtentheils ganz entmuthigt und mehrere Infanteriebataillone, zur Mehrzahl aus älteren verheiratheten Männern, die jetzt erst mit Gewalt für das Militär ausgehoben sind, bestehend, sind

Seite kann dieser Krieg sehr bald siegreich für uns beendet seyn, dies ist hier die allgemeine Ansicht aller Erfahrenen. Dänemark ist so erschöpft an Geld und außer Kopenhagen im Allgemeinen so wenig kriegslustig gesinnt, daß es eine 4wöchentliche Occupation von Jütland nicht mehr ertragen kann, sondern um Frieden bitten muß. Aber Jütland muß ganz von uns besetzt seyn, dies ist die erste Erforderniß von unserer Seite. (B.-H.)

Bracke, den 14. April. Die Kanonen und was sonst zur Armirung der Dampffregatte Barbarossa gehört, ist jetzt von England eingetroffen. Beide hier liegenden Dampffregatten haben ihre gehörige Besatzung erhalten. (Wes. Z.)

Lübeck, den 13. April. General Fabvier ist heute mit dem Dampfschiffe „Lübeck" von Kopenhagen hieselbst eingetroffen. Nach seinen Aeußerungen bestätigt es sich vollkommen, daß er mit dem Kriegsminister Hansen in ernstlichen Konflikt gerathen. Er hatte Kopenhagen in hohem Grade unbefriedigt verlassen, und soll von der Gehaltlosigkeit des dänischen Kriegsenthusiasmus, so wie von der Unmöglichkeit, den Widerstand auch nur auf einige Wochen fortzusetzen mehr als überzeugt seyn. Interessant ist, daß das Ministerium auch ihm gegenüber das System der Täuschung, mit dem es das Heer zu ermuthigen und das Ausland zu schrecken wähnte, hat befolgen wollen. Zu seinem großen Befremden hat der General die Entdeckung gemacht, daß in dem ihm vorgelegten Status der Armee die dänische Landmacht um mehrere Tausend Mann höher angegeben war, als sie wirklich betrug, und daß von der auf dem Papier befindlichen Reserve auch nicht ein einziger Mann vorhanden war. Sehr begreiflich hat der General unter solchen Umständen seine Stellung nicht mehr behaupten wollen. Schließlich noch die Nachricht, daß nach den Mittheilungen eines mit dem Kopenhagener Hofe liirten Diplomaten von dem dänischen Kabinet Anträge auf Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen demnächst zu erwarten sind. (Wes. Z.)

Hamburg, 15. April. Die konstituirende Versammlung hat in ihrer gestrigen Sitzung fast einstimmig (auf Antrag des Hrn. Wille) den Beschluß gefaßt: den Senat zu ersuchen, der Nationalversammlung mitzutheilen, daß unsere Konstituante die von derselben im Namen des Volkes beschlossene Reichsverfassung mit Einbegriff des Wahlgesetzes und der Grundrechte des deutschen Volkes, als unumstößlich anerkenne. (Auch Bremen hat sich in gleicher Weise ausgesprochen.) (Wes. Z.)

Flensburg, 15. April. Von dem Gefecht am 13. wird noch erzählt, daß ein Bataillon Bayern, von numerisch überlegenen Dänen, nach Schätzung 2 Bataillone, angegriffen und in einer Entfernung von nicht unter 150 Schritt beschossen, diese bis auf 40—50 Schritt nahe kommen ließ und sie da mit einem mörderischen Feuer empfing und zurücktrieb. Erzählt wird noch, daß v. d. Tann der Erste in oder am Brückenkopf (bei der Sonderburger Fähre) gewesen sey. — In Eilmärschen kam heute die ganze schleswig-holsteinische Brücken-Equipage von Rendsburg hier durch, um nach Düppel zu gehen. Alle Schanzen bei Düppel sind von unserer schweren Artillerie besetzt, die von dort ein lebhaftes Feuer auf die dänischen Werke auf Alsen unterhält, und man hofft, unter dem Schutze derselben den Uebergang leicht erzwingen zu können. Nach dem einstimmigen Berichte aller Augenzeugen haben die bayerischen und sächsischen Truppen unter der Führung des Oberstlieutenants v. d. Tann sich ungemein bei der Erstürmung der Düppeler Schanzen ausgezeichnet. Besonders das zweite rheinpfälzische Jäger-Bataillon ist überaus lebhaft vorgedrungen. Unser Verlust ist nicht unbeträchtlich und liegen alle Hospitäler hier von Verwundeten bayerischen, sächsischen und hannover'schen Soldaten voll. Die Dänen haben aber auch große Verluste gehabt und sind namentlich auch starke Colonnen dänischer Gefangenen hier durch nach Rendsburg transportirt. (H. B.-H.)

Stuttgart, den 18. April, Mittags 12 Uhr. In der von den städtischen Kollegien einberufenen Volksversammlung wurde folgende Erklärung unterzeichnet: Die aus freier Wahl des deutschen Volkes hervorgegangene Nationalversammlung hat die Reichsverfassung endgültig beschlossen und als Grundgesetz verkündigt. In ihm erkennt die Nation die Bedingung ihrer Freiheit, ihrer Einheit und ihrer Wohlfahrt. Es haben sich aber der Durchführung desselben Hindernisse in den Weg gestellt, welche unser deutsches Vaterland mit den schwersten Gefahren bedrohen. Im Angesichte dieser Gefahren erklären die Unterzeichneten: 1) An der von der Nationalversammlung beschlossenen und verkündigten Reichsverfassung mit dem Reichswahlgesetz als einem untrennbaren Ganzen unverbrüchlich festzuhalten; 2) sie erwarten, daß alle Fürsten sowohl als Volksstämme Deutschlands sich derselben rückhaltslos unterwerfen, sie ins Leben leben führen und aufrecht erhalten; 3) sie hegen insbesondere zu unserer Regierung das Vertrauen, daß sie, treu ihrer wiederholt gegebenen Zusage, die Anerkennung der Reichsverfassung aussprechen und mit aller Festigkeit für ihre schleunige Einführung wirken werde. Der Ernst, die würdige Haltung der Versammlung, der einmüthige Zuruf zu den kräftigen Worten der Redner, das Bekennen zu den Sätzen der Erklärung durch die eigene Unterschrift haben bewiesen, von welchen Gesinnungen die Einwohnerschaft unserer Stadt beseelt ist. Die Erklärung wird mit den Unterschriften unserer städtischen Kollegien der Staatsregierung vorgelegt werden. Möge sie bald, getreu ihrem Worte, eingedenk ihres Ruhmes, die deutscheste der Regierungen der deutschen Staaten zu seyn, mit ihrer stets so offenen Sprache die Anerkennung der deutschen Reichsverfassung aussprechen! (Schw. M.)

Altona, vom 15. April. Mittags. Mit dem Morgenzuge trifft die Nachricht ein, daß der Brückenkopf, des von den Kanonenböten aus auf denselben gerichteten starken Feuers, wegen von den deutschen Truppen nicht hat behauptet werden können. Die Angaben über die Verwundeten und Todten sind dahin zu berichten, daß 103 Todte und Verwundete auf Seiten der Deutschen sind. Es sollen 18 Stück Geschütz schweren Kalibers in den Schanzen vorgefunden seyn. — Oberstlieutenant v. d. Tann soll auf den genommenen Schanzen kommandiren. (Alt. M.)

Flensburg, vom 14. April. Vorgestern gegen Abend haben plötzlich die Dänen in ziemlich großer Anzahl unvermuthet die Insel Föhr besetzt, wozu ihnen die erwähnten geraubten kleinen Schiffe dienten. Viele Bewohner der Insel sind geflüchtet, theils nach Husum, theils zunächst nach den nahe liegenden Halligen rc., woran sich leider ein großes Unglück knüpft. Als man flüchtete, war es erste Fluth, und auch um vor Ebbe das rettende Gestade zu erreichen, mußte man die Abfahrt beschleunigen. Ein Fahrzeug, welches gegen [illegible] Uhr A. und
[illegible]

16 Flüchtlinge nach Husum gebracht hat, war schon eine Strecke vom Lande entfernt, da trachtete noch eine, wie es heißt, ungefähr eben so große Anzahl Fliehender zu Fuß, wie es nach dem augenblicklichen Wasserstande noch möglich schien, an Bord desselben zu gelangen. Aber, wehe, die Fluth schwoll zu rasch, sie fanden sämmtlich oder großentheils ihr Grab in den Wellen. (Ostsee-Tel.)

Aus dem Schleswigschen, den 15. April. Oberstlieutenant v. Zastrow ist als Parlamentär an den dänischen General auf Alsen geschickt worden, um die Räumung Alsens zu fordern, widrigenfalls das deutsche Heer in Jütland einrücken würde. (Lpz. Z.)

Dänemark.

Die Rüstungen im Hafen werden mit einem Eifer und einer Schnelligkeit betrieben, welche hinlänglich bezeugen, daß unsere Marine vor Begierde entbrennt, wieder zu gewinnen, was sie an Ansehen verloren. Nur noch wenige Tage und die Ostsee wird wieder ein dänisches Linienschiff sehen, so stolz, wie das, was wir verloren. Die neu ausgerüstete Fregatte Freya ging gestern südwärts; eine andere ist auch im Begriffe auszulaufen, und von Westindien wird allerehestens eine Brigg zurückerwartet. Es ist mithin kein Mangel an dänischen Kriegsschiffen, wohl aber an einem gleichartigen Feinde, wohin nur die preussische Korvette „Amazone" zu rechnen, ein gutes Schiff, das bedeutende Reisen gemacht hat und eine erprobte Mannschaft haben muß, das indeß bei Swinemünde mit einigen Kanonenböten liegt und sich nicht auf die See wagt. Wie wenn eine dänische Korvette von der nämlichen Größe die Amazone zum Zweikampf aufforderte, unter der einzuhaltenden Bedingung, daß auch im Falle der Besiegung dem dänischen Schiffe keine andern Beistand leisten sollten? Man sende den prahlenden Reichsdeutschen eine solche Herausforderung und veröffentliche sie; dänische Seeoffiziere und Matrosen gibt es genug, die mit einander wetteifern werden, einen solchen Kampf zu bestehen, und siegen die Preussen, so mögen sie mit Recht von ihrer Marine zukünftiger Größe reden. Das Gefecht bei Eckernförde gibt dazu noch keine Veranlassung. (D. Z.)

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 14. April. Am 29. v. M. fand an der Rothenthurmer Gränze wieder ein Gefecht zwischen Ungarn und Russen statt, wobei letztere aus ihrer Stellung geworfen und 4 Stunden herwärts über die Gränze getrieben wurden. Skariatin soll dabei verwundet worden und ein Neffe des Generals Lüders todt geblieben seyn. Hiernach erhielten sogleich das Podolskische Jägerregiment, 4 Schwadronen Husaren und ein Artillerieregiment Befehl, zur Deckung der Gränze aufzubrechen. (Schw. M.)

Französische Republik.

† **Paris,** den 16. April. Metternich und der Papst sind gerettet! Im Augenblicke, wo Sie dies lesen, steigen 14000 Franzosen in Civita Vecchia an's Land, um den Papst zu retabliren und die Oesterreicher zu umarmen.

Barrot hat heute die Intervention gegen Rom verkündet und dafür 1,200,000 Frk. verlangt, worüber die Nationalversammlung deliberirt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 22 April 1849. № 112. Sonntag: Soth.

Mitbürger!

In dem Augenblicke, in welchem das unterzeichnete Comite die höchstdeingliche Nothwendigkeit einer Volksversammlung erkannte, wurde demselben der **einstimmige** Beschluß des Collegiums der Gemeindebevollmächtigten bekannt:

„Das Gemeinde-Collegium möge den Magistrat veranlassen, in Gemeinschaft mit ihm einen Ausschuß zu ernennen, welcher in **kürzester Frist** eine Adresse an den König, worin die unumwundene Festhaltung an der beschlossenen Reichsverfassung auszusprechen ist, auszuarbeiten, und der **Gesammt-Bürgerschaft** in **einer Volksversammlung** zur Betheiligung durch Unterschrift vorzulegen hat."

Wir sind Eurer vollsten Zustimmung gewiß, wenn wir in Folge dieses anerkennenswerthen Beschlusses uns dahin vereinigt haben, dem Magistrate, welcher im vorigen Jahre sich bei der **Wahl zum Parlamente** nicht allein, sondern auch in andern politischen Vorkommnissen auf eine sehr eifrige Weise thätig gezeigt hat, auch diesesmal die Gelegenheit um so mehr zu überlassen, als es sich darum handelt, die Beschlüsse **Derjenigen** aufrecht zu erhalten, **deren Protektion** seiner Zeit ihm so sehr am Herzen lag.

Nürnberg, den 20. April 1849.

Das Comité für Volks-Versammlungen.

Deutsche Staaten.

M München, 19. April. So wie heute Nacht die Stadt München vollständig eingeschneit ist und ein winterliches Aussehen angenommen hat, so hat auch der Nymphenburger oder Wittelsbacher Himmel ein vollständig winterlich, eisigfrostiges Aussehen. Man friert in Nymphenburg troß allem Kamin- und Ofenfeuer; troß aller Einhüllung in die wärmsten, über Wien nach München kommenden, russischen Bärenfelle zittert und bebt man in Nymphenburg. Man kann sich an der heute wieder so herrlich scheinenden Frühlingssonne nicht erquicken und troß aller hämöopatischen und allopathischen Hülfsmittel nimmt das **Wechsel**fieber täglich und stündlich zu, so daß, wenn man nicht einen, das Uebel vollständig erkennenden, klar sehenden Arzt zu Rathe zieht, das Wechselfieber bald in ein schleichendes Zehrfieber übergehen und nach wenig Jahren den sichern Tod zur Folge haben wird. Der „Gradaus" behauptet, man kaue an den Nägeln vor lauter Unruhe und Angst und wohl mag es wahr seyn, was unlängst die Reichstagszeitung von gewissen Personen gesagt, nehmlich: „man springe an den Wänden in die Höhe und schreie: ich lasse mich nicht mediatisieren." Was Alles sonst noch gesagt und behauptet wird, kann ich nicht schreiben, weil ich oder Ihr Redakteur vom Herrn Staatsanwalt in Anklagestand versetzt würden, wie es dem Redakteur des Gradaus ergangen ist, wegen obiger Behauptung, obgleich das „Nägelkauen" nicht das Schlimmste ist, was unsere Fürsten thun. Gestern war wieder große Versammlung im Merz-Verein, wozu durch besondere Plakate eingeladen wurde, was zur Folge hatte, daß ein ganzes Regiment, welches die Leiche des Generals Dichtel zur Ruhestätte geleitete, in Bereitschaft gehalten wurde, und das nun in Bereitschaft bleiben soll, bis die auf den 22. d. Mts. anberaumte Volksversammlung, troß aller Bemühungen, wieder ohne Exzesse abgelaufen seyn wird. Unter den verschiedenen, der Kammer vorzulegenden Gesetzentwürfen, befindet sich auch ein Einführungsgesetz zu den Grundrechten, worin, sicherem Vernehmen nach, für gehörige Vorsichtsmaßregeln gegen die §§. 3, 13, 23 u. s. w. gesorgt werden wird. Ueberhaupt soll eine solche Masse von Gesetzentwürfen ausgearbeitet seyn, daß die abermalige Kammervertagung als ein offenbarer Fehlgriff erscheint; die Regierung hätte den Kammern genügende Beschäftigung mit solchen Gegenständen bieten können, die mit der allgemeinen deutschen Frage, mit der in Frankfurt noch schwebenden Kaiser- und Verfassungsfrage durchaus in keiner Verbindung stehen. Aber natürlich, man wollte nun einmal vertagen, man vertagt und vertagt von Woche zu Woche, in der steten Hoffnung, daß doch endlich ein Ereigniß eintreten werde, was den Fieberfrost in Nymphenburg mildern könnte, welches der Unannehmlichkeit überhebt, mit einer so unschmiegsamen Kammer, mit ihrer so gar keine **„zarten Rücksichten"** kennenden linken Majorität in Verhandlung treten zu müssen: Es wäre doch möglich, daß die Ungarn unterliegen, daß die Frankfurter Versammlung zersprengt, daß durch eine Verbindung von Preußen, Oesterreich und Rußland eine deutsche Reichsverfassung oktroyirt würde, kurz, daß irgend Etwas sich ereignete, was eine Auflösung der so unhöflichen Kammer mit ihrer beim Volk (??) so mißliebigen Linken zur nothwendigen Folge haben müßte. Unsere saubere Verfassungsurkunde, die nur auf gesetzlichem Wege umgeändert werden kann, die ja nach dem Ausspruche der rechten Wackelmänner, selbst bei Einführung der von der verfassunggebenden Reichsversammlung, zweimal berathenen und von der Zentralgewalt verkündigten Grundrechte des deutschen Volkes beachtet werden muß, bietet die schönste Gelegenheit nicht nur zu 3maliger, o nein, zu 20maliger Vertagung und Auflösung. Wer kann die Regierung daran hindern, wenn sie noch 3mal und abermals 3mal vertagt — wer kann die Regierung hindern, wenn sie 3mal 3mal auflößt? Wo ist eine Verfassungsbestimmung, die dem Könige von Gottes Gnaden vorschreibt, wie oft und wie lange er vertagen, wie oft er auflößen darf? Und diese Verfassung soll und muß beachtet werden bei Einführung der Grundrechte? (Obgleich die kgl. bayerische Regierung die Reichsgesetze bis zum Monat Dezember selbst verkündigen ließ, obgleich die kgl. bayerische Regierung, insbesondere auch dasjenige Reichsgesetz zur „örtlichen Verkündigung" durch eine besondere Beilage mit dem Regierungsblatte an sämmtliche Regierungen vertheilen ließ, wornach: alle Reichsgesetze vom 20ten Tage der Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt an gerechnet, in allen deutschen Staaten Geltung haben.) Eine **solche** Verfassung soll und muß beachtet werden, troß der Revolution von 1848 — sie soll und muß beachtet werden, obgleich sie im Widerspruch steht mit den von der verfassunggebenden Reichsversammlung endgültig gefaßten Beschlüssen?

Wo, bayerisches Volk, sind denn nun die Errungenschaften deiner Merz-Revolution von 1848? Wozu, deutsches Volk, hast du eine Revolution gemacht? Wozu hast du deine Vertreter nach Frankfurt gesendet? Wozu, deutsches Volk, haben deine Vertreter 12 Monate in Frankfurt berathen? Wozu, deutsches Volk, hast du die Millionen bezahlt, die jene Versammlung, die dir Reichsminister — die Flotte — die Zentralgewalt gekostet, wenn die 2mal gelesenen Grundrechte, wenn die endgültig beschlossene Reichsverfassung keine Geltung erhalten sollen??

München, 20. April. Die erledigte Landrichterstelle zu Aschaffenburg wurde dem dermaligen Landrichter zu Volkach, K. Hauck verliehen und demselben hiebei die Funktion eines k. Stadtkommissärs vertraut. (N. M. Z.)

†† **Nürnberg**, 21. April. Der Korrespondent v. u. f. Deutschland, der sich, wir wissen nicht in welchem Interesse, fortwährend gegen die Annahme der Reichsverfassung und das preußische Kaiserthum abeifert, hat endlich in seinem Freitagsblatt mit Ueberwindung einen Artikel gebracht, welcher sich für die Einigung unter Preußen ausspricht und damit gewiß die Stimmung der Stadt und ganz Frankens kundgibt. Aber schon am andern Tage erscheint eine Entgegnung auf diesen Artikel, worin wieder das alte, elende Gefasel aller aus guten Gründen ultra-dynastisch Gesinnten „von Vernichtung der stammlichen Selbstständigkeit", „von einer das Sonderleben der Einzelstaaten konfiszirenden Zentralisation" aufgetischt wird. Solches rein im dynastischen Patikularinteresse immer wieder vorgekaute Geschwätz wird den Vaterlandsfreunden endlich lästig. Das Königreich Bayern ist kein bayerischer Volksstamm und kennt als ein solches keine stammliche Selbstständigkeit, es besteht aus Bayern, Schwaben und Franken, die unter einander so verschieden sind, als von den Preußen, die wiederum aus keinem preußischen Volksstamme bestehen, sondern aus Westphalen, Pommern, Sachsen, Schlesiern u. s. f. Es gibt kein Preußen, in dem wir untergehen könnten, Preußen ist nur ein kleines Ländchen an der Ostsee, sondern wir gehen dann alle in Deutschland unter **und das wollen wir.** Lange genug sind wir, damit unsere vielen Fürsten Souveräne spielen konnten, zertheilt, auseinandergehalten, vor dem Ausland gedemüthigt und zum Spott geworden. Jetzt endlich wollen wir Eins werden, jetzt endlich wollen wir die aufgenöthigte Bedientennatur abwerfen und eine große Nation werden, wie wir sie sonst gewesen sind, ehe die Fürsten den Kaiser zu einem Schatten herabdrückten und sich endlich von dem Usurpator Napoleon souveräne Krönchen aufsetzen ließen. Eine Ansicht, wie sie der Korrespondent in dieser Sache vertritt, herrscht weder in unserer Stadt, noch überhaupt in Franken, und man muß sich vor der Welt verwahren, daß wir hier zu Lande nicht denken, wie es nach diesem Blatte scheinen könnte, das uns unablässig seine partikularistisch-dynastischen Artikel aufnöthigt.

** **Frankfurt**, den 19. April. [206. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Bauer, Vizepräsident.] Austritts- und Eintrittserklärungen. Note des Herrn Camphausen folgenden Inhalts: In der Antwortsrede an die Deputation der deutschen Reichsversammlung vom 3. April haben Seine Majestät der König in Uebereinkunft mit früheren wiederholten Erklärungen der königl. Regierung die Uebernahme der Oberhauptswürde im deutschen Bundesstaate an das freie Einverständniß der deutschen Regierungen als an eine Vorbedingung geknüpft. Daß die kaiserlich österreichische Regierung, abgesehen von der Oberhauptsfrage, in einen Bundesstaat mit Repräsentativverfassung nicht eintreten werde, war zu erwarten und ist neuerlich von derselben bestätigt worden. Die königl. Regierung erachtet dadurch den Bundesstaat innerhalb des deutschen Bundes nicht ausgeschlossen; umsoweniger als diese Ausnahme von der Reichsversammlung in ihren Beschlüssen vorgesehen ist. Von den übrigen deutschen Staaten haben 28 ihr Einverständniß mit der von der Reichsversammlung getroffenen Wahl zu erkennen gegeben, indem sie von der Ueberzeugung ausgingen, daß alle deutschen Regierungen, welchen der Eintritt in den zu errichtenden Bundesstaat nicht durch ihre besonderen Verhältnisse unmöglich sey, einer völligen Einigung sich anschließen würden. Insbesondere hat die großherzoglich badische Regierung für den Fall, daß außer Oesterreich auch noch andere deutsche Staaten

sich nicht anschliessen und die Beschlüsse der Reichsversammlung als solche somit nicht zum Vollzuge kommen würden, weitere Schritte und Erklärungen sich vorbehalten. Mehrere der grösseren Staaten Deutschlands haben ein Einverständniß bis jetzt nicht zu erkennen gegeben. Hiernach ist zur Zeit die Vorbedingung der Entschließung Se. Maj. des Königs nicht vorhanden. Mit Rücksicht jedoch auf die Wichtigkeit des Augenblickes für die künftigen Geschicke Deutschlands erachtet, die königliche Regierung für angemessen, noch eine kurze Frist zu warten, bevor sie ihren weiteren Entschlüssen die Thatsache zum Grunde legt, daß die Zustimmung grösserer deutscher Staaten zu der Se. Maj. von der Reichsversammlung zugedachten Stellung fehle. Ich stelle Ihnen, Herr Minister, ergebenst anheim, der hohen Reichsversammlung von der gegenwärtigen Eröffnung Kenntniß zu geben. Frankfurt, den 17. April 1849. Der königl. preuss. Bevollmächtigte bei der Centralgewalt. gez. Camphausen. An den Reichsministerpräsidenten Herrn Freiherrn v. Gagern hier. — Die Note wird dem Dreißigerausschusse überwiesen. Der Reichsministerpräsident theilt ferner eine Note vom 15. April des k. k. österreichischen Bevollmächtigten bei der deutschen Centralgewalt, Hrn. v. Schmerling, mit. Sie enthält die bekannte Depesche des österr. Ministeriums vom 5. April. Gleich der Eingang, der es mit unverhohlener Naivetät ausspricht, daß die Reichsversammlung „den Erwartungen der österr. Regierung nicht entsprochen habe“, erregt eine herzliche und heitere Zustimmung von der linken Seite des Hauses. Dieses Lachen wiederholt sich mehrmals und besonders bei der Erklärung, daß der deutsche Bund noch fortbestehe. Nachdem der Vizepräsident auch dies Aktenstück verlesen hat, erklärt Herr Giskra für seine Person dem „kategorischen Tone dieser Note gegenüber,“ daß ihm die „österreichische Regierung kein Mandat für Frankfurt gegeben habe und daß sie ihm daher auch keins nehmen könne.“ Er gibt diese Erklärung zu Protokoll. (Zustimmungs- und Beifallsadressen folgen hierauf.)

Die italienischen Angelegenheiten, die auf der Tagesordnung stehen, rufen eine Debatte hervor, die auftretenden Redner sind für die Freiheit Italiens, Gagern besänftigt, und rechtfertigt die österreichische Politik in der italienischen Frage. Es wird auch zur Tagesordnung übergegangen. Zuletzt kommen die Erklärungen mehrerer österreichischer Abgeordneten — Proteste gegen die Abberufung enthaltend — zur Mittheilung: Der Unterzeichnete fühlt sich gegenüber der Abberufung der österreichischen Abg. von Seite des österreichischen Ministeriums zu der Erklärung gedrungen, daß er seinen ihm vom Volke anvertrauten Posten in der deutschen Nationalversammlung so lange zu behaupten entschlossen ist, als diese Versammlung selbst besteht. Frankfurt, 19. April 1849. Dr. jur. Ad. Wiesner.

Auf Grund der eben verlesenen Note der kaiserlich-österreichischen Regierung halten wir uns verpflichtet, hier zu erklären, daß wir ein Recht der österreichischen Regierung, Abg. abzurufen, weder anerkennen können, noch dürfen, und daß daher auch unser etwaiger Austritt aus der Nationalversammlung nicht in Folge einer Zurückberufung der Regierung, sondern nur aus andern Motiven geschehen könnte, die im Augenblicke für uns nicht vorhanden sind. Frankfurt, 19. April 1849. Dr. Giskra. Reitter. Hartmann. Dr. Boczek. Stark. Mayfeldt. Strache. Stremayr. Esterle. Dr. Löschnigg. Groß. Möller. Melly. Kudlich. Demel. Rank. Rößler aus Wien. Mareck. Makowiczka. Kolaczek. Laschan. Dr. Riehl. Nächste Sitzung, wo möglich, Montag den 23. April.

Frankfurt, 18. April. Die gestrige Zusammenkunft der preussischen Abgeordneten blieb insofern ohne direktes Resultat, als die Versammelten beschlossen, keine besonderen Schritte in ihrer Eigenschaft als Preussen zu thun, vielmehr nur im Zusammenwirken mit der gesammten Partei, welche die Verfassung mit allen Mitteln aufrecht zu halten entschlossen ist, sich thätig zu erweisen. Mittelbar ward diese Besprechung aber doch Veranlassung, daß 10—12 preussische Abgeordnete, und zwar meist von der konservativsten Richtung, sich zu Camphausen begaben, demselben die für Deutschland und insbesondere für Preussen so gefahrdrohende Lage der Dinge mit kräftigen Worten vorstellten und ihn persönlich für das verantwortlich machten, was Seitens der preussischen Regierung in dieser hochwichtigen Frage, sey es durch Handeln, sey es durch Unterlassen, ferner noch gefehlt werden möchte. Dabei soll ihm geradezu der Vorwurf gemacht worden seyn, er habe die preussische Regierung von den Zuständen nicht genugsam unterrichtet und dadurch zu den verkehrten Maßnahmen in Berlin Anlaß gegeben. (D. Z.)

†*† **Berlin**, 18. April. Die Gerüchte über die Stellung der Regierung zur deutschen Verfassung sind in der Börse wie in allen politischen Kreisen so verschiedenartiger Natur, daß man billig Bedenken tragen muß, auf sie nur irgend welches Gewicht zu legen. Nach sorgfältigen Erkundigungen dürfte die Sachlage wohl die seyn, daß unsere Regierung nicht abgeneigt ist, die deutsche Verfassung anzunehmen und daß sogar der Minister des Auswärtigen, Graf Arnim, auf eine Anerkennung im Allgemeinen dringt. Man will die Verfassung nicht en bloc verwerfen, weil sie vom Volke ausgegangen; aber man will sie in der Weise abgeändert haben, daß sie den derzeitigen preussischen Verhältnissen mehr entspricht. Ob die Anerkennung und Abänderung der deutschen Verfassung, wie sie die diesseitige Regierung geben will und verlangt, nun im Sinne des Rodbertus'schen Antrages geschieht, wird der Erfolg dieses auf unbedingte Anerkennung der Rechtsgültigkeit der Verfassung gerichteten Antrages zeigen. Wie man aus guter Quelle hört, dürfte indeß der Antrag nicht ganz in der Weise, wie er gestellt worden, in der Kammer durchgehen, obgleich er in seinem Grundwesen acceptirt werden wird. Die Kammer wird sich vielmehr dahin vereinigen, dem Könige die Annahme eines Oberhauptes des deutschen Reiches auf Grund der deutschen Reichs-Verfassung dringend zu empfehlen.

Seit etwa 3 Wochen ist unsere Regierung in der Mittheilung telegraphischer Depeschen an die Residenten kleiner deutscher Staaten ziemlich renitent. Bis dahin waren jenen Bevollmächtigten deutscher Höfe alle auf die deutsche Angelegenheit bezügliche Depeschen stets unverzüglich zur Kenntniß gebracht worden.

Gestern Abend wurde der Fabrikant Thouret durch Schutzmänner verhaftet, weil in dem Bereich seiner Wohnung 6 Gewehre gefunden seyn sollen. Derselbe wurde von den Angehörigen seines entlassenen Laufburschen denuncirt.

[II. Kammer. Sitzung vom 18. April.] Der revidirte Gesetzentwurf über das Anheften von Plakaten kommt zur Lesung. Die Abstimmung erfolgt durch Namensaufruf. 167 sind für, 164 gegen die Annahme. Fortsetzung der Berathung über das Versammlungsgesetz. §. 3 des Regierungsentwurfs: „Bei dergleichen Versammlungen muß Jedermann der Zutritt gestattet werden; die Ortspolizeibehörde ist jedoch ermächtigt, auf den Antrag der Vorsteher, Unternehmer, Ordner oder Leiter zu gestatten, daß diese Oeffentlichkeit ausgeschlossen oder beschränkt werde. Versammeln sich die Mitglieder solcher Vereine, welche ihre Statuten der Ortspolizei einzureichen haben, so haben sie den vierten Theil der Plätze für diejenigen frei zu lassen, welche dem Vereine fremd sind. — Geh. Rath v. Schleinitz (als Assistenz des Ministers des Innern): Der Gesetzentwurf bezweckt nicht eine Beschränkung der freien Vereinigung, sondern nur ihres Mißbrauchs. Die Regierung beabsichtigt nur, dem Volke die traurigen Erfahrungen zu ersparen, durch welche die freiesten Völker zu Beschränkungen dieses Rechts veranlaßt worden sind. Durch diesen Mißbrauch würde der Rechtsstaat bald in einen Staat des Unrechts verwandelt werden. Die Regierung hat geglaubt, den Despotismus und die Anarchie dem Lande in gleichem Maaße fern halten zu müssen. Sie will dem Versammlungsrecht, nur so weit es öffentliche Angelegenheiten berührt, Schranken setzen. Sie hat sich dabei stets innerhalb der Schranken der Verfassungen gehalten. Sie gestattet den Unternehmern der Versammlungen, die Oeffentlichkeit auszuschließen, sie verlangt aber die Zulassung von Beamten auch zum Schutz der Versammlungen selbst, damit nicht Unbefugte eindringen und stören. — Kosch (zur Geschäfts-Ordnung) rügt, daß Herr v. Schleinitz nicht von der Tribüne herab gesprochen. — Minister v. Manteuffel hat hiergegen nichts zu erinnern. — Präsident Grabow hat nicht geglaubt, eine Aufforderung an den Herrn Assistenten des Ministers erlassen zu müssen, da sowohl die Minister als ihre Assistenten Veranlassung haben, die Geschäftsordnung kennen zu lernen. (Bravo.) — Jung: Man beruft sich fortwährend auf Erfahrungen, um vexatorische Maaßregeln zu rechtfertigen, und Niemand, auch der Herr Regierungskommissär nicht, führt Thatsachen an. Wir haben in Berlin ein halbes Jahr lang die Vereinsfreiheit gehabt, in den Provinzen ein ganzes Jahr. Ueberall waren die Vereine öffentlich, wenigstens die demokratischen, gegen die doch das Gesetz hauptsächlich gerichtet ist, schon ihrer propagandistischen Natur wegen. Man verweist auf England, wenn es gilt, die Freiheit zu beschränken, und will das Beispiel Englands nicht gelten lassen, wenn man sich darauf zur Erhaltung der Freiheit beruft. Der Herr Referent führt an: England habe ein Volk, dem die Gesetzlichkeit inne wohne. Keine Phrase ist inhaltsloser als diese. Millionen von Chartisten erkennen die Gesetze Englands für sich nicht als bindend an, weil sie dieselben nicht mitberathen haben. Nirgends ist die sociale Krankheit akuter, als in England, nirgends der Kampf heftiger. Aber gerade die Unbeschränktheit der Vereine hält das morsche Staatsgebäude Englands aufrecht. (Beifall.) Eydam hat 10—12 Volksversammlungen beigewohnt. Nur eine lief gefährlich aus, das war eine von der gesammten Polizei ausgeschriebene. (Heiterkeit.) Ohne Ordnung keine Freiheit; bis zum März vorigen Jahres hatten wir Ordnung, nur Ordnung. Wir wissen, wie sie geschützt hat. Nur in China hat man noch mehr Ordnung, als wir hatten. Dort hat sie dahin geführt, daß der Volksgeist gänzlich ausgelöscht ist, daß 4000 Engländer hingereicht haben, 400 Millionen Kontribution zu erpressen. Dahin führt die Ordnung ohne die Freiheit. (Rauschender Beifall.) Minister v. Manteuffel: Der Abgeordnete Jung hat die Erfahrung vermißt. Die Regierung hat hierzu selbst Anlaß gegeben. Hätten wir den Belagerungszustand nicht, so würde es an Erfahrungen nicht fehlen. Die Regierung aber hat die Verantwortlichkeit nicht auf sich nehmen mögen, den Belagerungszustand aufzuheben, um dies Gesetz durchzubringen. Der Centralausschuß sieht in diesem §. eine wirkliche Beschränkung, da derselbe nur öffentliche Versammlungen anzuerkennen scheine. Er beantragt Streichung des §. Abstimmung. Es erheben sich nur die Herren v. Manteuffel und v. d. Heydt für den §. Derselbe ist verworfen. §. 4 des Regierungsentwurfs: „Polizeibeamte dürfen solche Versammlungen nur in der Dienstkleidung oder unter ausdrücklicher Kundgebung ihrer dienstlichen Eigenschaft beiwohnen; dies gilt auch von Militärpersonen, in so fern ihnen die Theilnahme nach den Disciplinar-Vorschriften gestattet ist. (Artikel 32 der Verfassungs-Urkunde.“) Der Centralausschuß schlägt Streichung des zweiten Satzes vor, da derselbe zu den militärischen Disciplinargesetzen und nicht in dieses Gesetz gehöre.

Wohlheim sieht in diesem §. eine völlige Illudirung des Vereinsrechtes. Wenn man diese Bestimmungen aus zärtlicher Rücksicht für die Freiheit wolle, so möge man sich nur an die Versprechungen erinnern, die man den Wählern gegeben habe. Der Redner wendet sich zur Rechten: Sie haben Ihren Wählern vorgehalten, Se. Majestät habe in der Verfassung Alles gewährt, wie wollen Sie nun das Vereinsrecht, das dem Volke so wichtig ist, rauben? Es ist dem Volke nicht gleichgültig, ob ein Polizeibeamter in die Versammlungen kommt, um bei jedem unvorsichtigen Wort die Versammlung aus einander zu treiben. (Heiterkeit.) — Caspary (gegen den 2. Satz): Der Säbel ist permanent. Sie geben dem Soldaten jetzt das Gewehr, damit er aufgereizt oder trunken die Waffen gegen seine Mitbürger führe. Sie wollen sie jetzt auch bewaffnet in die Versammlung senden, um diese zu sprengen. Das Heer hat das Vereinigungsrecht, aber die Disciplinarvorschriften gestatten ihm nicht, davon Gebrauch zu machen. Die Disciplinarvorschriften liegen in den Händen von Männern, welche die Zeit nicht begreifen können. — Scherer (als Referent): Der 2. Satz werde vom Centralausschuß nur deshalb gemißbilliget, weil er eine Wiederholung dessen enthalte, was schon die Verfassung und die deutschen Grundrechte, auf deren Einführung man ja so sehr dränge, aussprechen. Der 1. Satz wird angenommen; für den 2. erhebt sich nur Hr. v. Bismark. (Heiterkeit.) — §. 5. Die Ortspolizeibehörde ist befugt, in jede solche Versammlung zwei Polizeibeamte oder zwei durch besondere Abzeichen erkennbare Abgeordnete zu senden, denen ein angemessener Platz nach ihrer Wahl einzuräumen ist, und welche ermächtigt sind, über alle ihre Wahrnehmungen eine Verhandlung aufzunehmen. — Ein Amendement von Mentzel (Ratibor) beantragt: statt der Worte: „denen einzuräumen ist“ zu sagen: „welchen gestattet werden muß, derselben beizuwohnen.“ — Behrens sieht in diesem §. eine Entehrung des Vereinsrechts. Er sey aus dem Prinzip hervorgegangen, nach welchem Hr. v. Viebahn sagen dürfe: die Beamten seyen das Mark des Staates, und Hr. Stiel: nur der Staat habe ein Recht, frei zu existiren. Die Beamten seyen Diener des Volks und nicht berechtigt, das Volk zu überwachen. Mögen die Beamten Mitglieder der Vereine werden, um der Regierung die Kenntniß zu verschaffen, deren sie zu bedürfen glaubt. Die Vereine, besonders aber die demokratischen sind am wenigsten ausschließend und zurückhaltend gewesen. Die Bevölkerung von Berlin wird lieber allein den Belagerungszustand ertragen, als daß sie eine Entehrung über das ganze Land zulassen wird. — Graf Schwerin hält eine Widerlegung der heutigen Redner für unnöthig, da neue Gründe nicht vorgebracht seyen. Nur in

Bezug auf den Vorwurf der Ehrenrührigkeit wolle er erwähnen, daß derjenige sich auf dem Standpunkt des Polizeistaates befinde, der noch Furcht vor den Abgeordneten der Obrigkeit habe. In freien Staaten kenne man diese Furcht nicht. Er erklärt sich für das Amendement Wentzel. Scherer (Referent) begreift, daß alle die gegen den §. stimmen werden, die mit einem Blatte des vorigen Jahres die Bewegungen, die damals in Berlin stattgefunden, als den Ausbruch der zum Bewußtseyn gekommenen Sittlichkeit des Volkslebens auffassen. Auch er verwirft die Auffassung, die den Staat als eine Kinderstube betrachten. Das Haus, das wir jetzt aufgerichtet haben, ist nicht mehr der alte Polizeistaat (Stimmen links: Es ist ein neuer!), kämpfen Sie gegen den Polizeistaat, aber kämpfen Sie nicht gegen Windmühlen und schütten Sie nicht das Kind mit dem Bade aus. — Der Centralausschuß will Streichung der Worte „nach ihrer Wahl" und Streichung des Schlußsatzes „und welche — aufzunehmen." — Ueber den ersten Satz (bis „zu senden") beantragt Behrens den Namensaufruf. Er wird mit 167 gegen 166 verworfen. Damit sind die folgenden Sätze und das Amendement gefallen.

§. 6. „Die Vorsteher, Unternehmer, Ordner, Leiter der Versammlung und die Inhaber des Versammlungslokales sind verpflichtet, den Abgeordneten der Obrigkeit auf Verlangen den eignen, sowie Namen, Stand, Wohnung der Redner, welche in der Vers. auftreten, anzugeben. — Die Dauer der Vers. darf die zur Schließung öffentlicher Orte festgesetzte Zeit nicht überschreiten." — Moritz und v. Kirchmann verzichten auf das Wort gegen diesen §. — v. Viebahn rechtfertigt sich gegen Behrens, er habe nicht gesagt, daß die Beamten das Mark der Nation seyen. Er erklärt sich für Streichung des §. — Graf Schwerin würde, wenn §. 5 angenommen worden wäre, gleichfalls für Streichung seyn. Jetzt aber halte er Versammlungen verpflichtet, Polizeibeamten, die zufällig anwesend seyen, Namen, Stand und Wohnort der Redner zu nennen — Behrens freut sich, daß Viebahn von der Meinung, daß die Beamten das Mark der Nation seyen, zurückgekommen ist. — Moritz gegen Schwerin: §. 6 beziehe sich auf §. 5 und sey eigentlich schon mit diesem gefallen. Für den ersten Satz erhebt sich die eigentliche, für den zweiten nur die äußerste Rechte. Er ist verworfen. §. 7: „Die Vorsteher, Unternehmer, Ordner oder Leiter der Versammlung dürfen nicht gestatten, daß in derselben Anträge oder Vorschläge erörtert werden, welche eine Aufreitzung oder Aufforderung zu einer strafbaren Handlung enthalten" wird ohne Diskussion (mit Ausnahme weniger Stimmen) verworfen. §. 8: Versammlungen, deren Verhandlungen wider die Vorschriften des §. 7 verstoßen, oder ein Verbrechen in sich schließen, sind die Abgeordneten der Polizeibehörde sofort aufzulösen befugt; sie können den Uebertreter des Gesetzes verhaften, und Jeder in der Vers. ist verpflichtet, bei Ausübung ihres Amtes ihnen auf Erfordern Beistand zu leisten." Wesendonck: Ich hätte geglaubt, nachdem §. 5 weggefallen ist, würde es einer Diskussion über §. 8 nicht bedürfen. §. 5 sollte den Polizeibeamten die Befugniß geben, in den Versammlungen zu erscheinen. Die so erschienenen Polizeibeamten sollten nach §. 8 die Versammlungen auflösen dürfen. Dürfen sie nun, da §. 5 verworfen ist, nicht erscheinen, so versteht es sich von selbst, daß die Polizeibeamten die Versammlungen nicht auflösen dürfen. Hiervon abgesehen, so enthält der § eine Präventivmaßregel. Das wird Niemand in diesem Saale zu leugnen wagen, daß dies keine Prävention sey, wenn die Polizei auf Grund einzelner Aeußerungen allen künftigen Aeußerungen der Versammlung durch Auflösungen vorbeugen darf. Oder soll die Polizei eine so abnorme Strafgewalt üben dürfen? Soll sie für Aeußerungen Einzelner die ganze Versammlung strafen dürfen? Die Polizei ist eine der Freiheit des Volkes feindliche Gewalt, bis jetzt wenigstens ist sie dies noch, wie Aeußerungen, die wir hier gehört, uns gezeigt haben. Die Bildung der untergeordneten Beamten, welche zu solchen Zwecken gebraucht werden, ja sogar die Bildung der Regierungspräs. ist nicht immer von der Art, daß sie die Lage der Dinge zu beurtheilen vermag. Der Redner erwähnt einen in Düsseldorf bei den Wahlverhandlungen vorgekommenen Fall, wo gegen die Verfassung Oberprokurator und kommissarischer Regierungspräsident sich auf ein altes bergisches Dekret beriefen (Gelächter), selbst gegen einen Tags vorher gefaßten Beschluß der Regierungsbehörde. Wenn das am grünen Holz geschieht, was soll am dürren werden? Durch nichts mehr wird der Friede im Lande gestört, Mißtrauen gestreut, Exzesse hervorgerufen, als durch die Anwesenheit von Polizeibeamten, und ich wenigstens würde nur mein gutes Hausrecht zu gebrauchen glauben, wenn ich, nachdem §. 5 gefallen ist, Polizeibeamte aus der Versammlung wiese. Durch die Möglichkeit der Mißbräuche kann keine Maßregel gerechtfertigt werden, wenn Sie nicht auch die Censur rechtfertigen wollen. Der Staat wird nach wie vor bestehen, wenn Sie auch das Vereinsrecht ungekränkt lassen. Das Land hat über diese Gesetzentwürfe gerichtet, und ich mache Sie besonders auf die höchst energische Adresse des Piusvereins, eines nicht demokratischen Vereins in Aachen, aufmerksam. (Lachen zur äußersten Rechten.) Niemand, der die Geschichte beobachtet hat, wird leugnen können, daß wenn der Zündstoff, der sich schon so gehäuft hat, noch vermehrt wird, eine gewaltsame Explosion folgen muß, die nothwendig die vormärzlichen Personen verschlingen wird, welche die vorige Revolution verschont. — Müller (Siegen): Der Verein in Aachen, welcher den Namen eines Mannes trägt, der gerade durch die Aufreitzungen der Volksversammlung, durch die Ermordung seines ersten Ministers genöthigt worden ist, sein Land zu verlassen, kann mich so wenig bestimmen, in dem §. eine Prävention zu erblicken, als in den Drohungen einzelner Personen. Jedem muß überlassen bleiben, sich vor ansteckenden Krankheiten sich vor Feuersbrunst zu schützen, aber Niemand wird es der Obrigkeit versagen, daß sie gegen Verbreitung von Krankheiten und Feuersbrünsten, wo sie ausgebrochen sind, ihre Maßregeln ergreife. Eben weil, wie der Vorredner gesagt hat, die vorige Abstimmung schädlichen Widerstand hervorrufen könnte, eben darum würde ich den § an der Stelle halten. Ich muß mich wundern, daß gerade die Seite des Hauses gegen die Auflösung ist, die doch fast überall, wo es sich um Auflösung handelt, bei der Hand zu seyn pflegt. — v. Kirchmann: In der Gesinnung besteht die Hauptstütze der Sicherheit der Gesellschaft. Jeder, der neue Theorie aufstellt, wird nun als Aufreizer zu Reformen, zu Revolutionen erscheinen. Auf keiner Seite des Hauses finden sich unbedingte Feinde der Revolution. Selbst die Regierung hat im vorigen Jahre gezeigt, daß sie keine Feindin des Prinzips ist. Wer nun z. B. die alten feudalen Rechte abgeschafft wissen will, wird als Aufreitzer zur Revolution betrachtet werden. Die Grenzen hier zu ziehen, ist außerordentlich schwer. Sie wollen sie in die Hände der niedern Polizeibeamten gelegt wissen. Daß die Polizei immer die willigste Dienerin der bestehenden Gewalt ist, das hat hier in Berlin die Auslegung gezeigt, die man dem Worte „Fremder" mit Vorwissen der höchsten Behörde gegeben hat. Die Auflösung straft die Unschuldigen statt der Schuldigen, sie ist aber auch eine völlig unpraktische und unnütze Maßregel. Hat die Polizei die Macht, die Verbrechen, zu denen aufgereizt wird, zu verhüten, so hat sie nicht nöthig, die Versammlungen aufzulösen. Ist sie dazu nicht stark genug, so ist sie auch nicht stark genug, die Versammlungen aufzulösen. Hier in Berlin hat keine Versammlung ein wirkliches Verbrechen oder Vergehen, selbst in den aufgeregtesten Monaten nicht, beschlossen, es ist auch niemals in einer Versammlung ein Antrag gestellt worden, der eine Gewaltthat bezweckte. Wo es geschehen ist, war es Rotomondate. Im September wurde in einer Vers. bei Mielentz beschlossen, mich und Hrn. v. Berg aufzuhängen, (Heiterkeit) ich glaube, wir würden nicht so heiler Haut davon gekommen seyn, wenn die Polizei damals die Versammlung gewaltsam aufgelöst hätte. Nachdem Eßdorf noch für den §. gesprochen hat und demnächst die Debatte geschlossen war, rechtfertigte sich v. Möller (Duisburg) gegen Wesendonck. Er habe damals das Regierungspräsidium in Düsseldorf kommissarisch verwaltet, der Polizeiinspektor sey in seinem Recht gewesen, und er habe sich deshalb um die Zweckmäßigkeit nicht gekümmert. Man hat sich durch die Vorstellung von Gefahren oft und auch in Düsseldorf veranlaßt gesehen, über das Gesetz hinwegzusehen. Dadurch sind wir in die Lage gekommen, in die wir das Land nicht von Neuem bringen wollen. Ebenso so einstimmig wie das Kollegium Tags vorher den Beschluß gefaßt hat, eben so einstimmig hat es denselben Tags nachher zurückgenommen. — v. Berg: Die Piusvereine sind hier verdächtigt worden. Sie gehen von der katholischen Kirche aus und bezwecken die Entwickelung der politischen Freiheit. — de Sys bemerkt, er sey Abgeordneter für Aachen und bedaure, daß der Abg. für Siegen in seiner Heftigkeit einen Verein verdächtigt, der im verflossenen Jahre die Ruhe in Aachen fast allein aufrecht erhalten habe. — Graf Ziethen: In einem Verein sey der Antrag gestellt worden, das Königshaus zu stürzen, das sey ein Verbrechen, das der Antragsteller mit Festungsstrafe büße.

Wesendonck sieht seine Mittheilung durch den Abgeordneten v. Möller nur bestätigt. Wir haben neben einem trefflichen Kriegsheer, wie wir erfahren, auch eine treffliche Polizei. Der Umstand, daß ein Regierungskollegium einen einstimmig gefaßten Beschluß am anderen Tage einstimmig zurücknimmt, beweist gewiß, daß unser ganzes Regierungssystem faul ist. — Präsident vermahnt den Redner, sich zu moderiren. — Möller (Siegen) erklärt, Nichts von dem, was er gesagt hat, zurücknehmen zu können. — Pflücker: Der Antrag, von dem Graf Ziethen gesprochen, sey in einer Breslauer Volksversammlung vorgekommen, die Richter hätten jene Aeußerung verschieden gedeutet, und es scheine hier nicht der Ort zu seyn, der Untersuchung, die noch in zweiter Instanz schwebe, vorzugreifen. — v. Möller (Duisburg) acceptirt die Anerkennung des Abgeordneten Wesendonck. Uebrigens habe die Regierung nicht ihren Beschluß zurückgenommen, sondern nur gutgeheißen, daß er den Polizeikommissar nicht desavouirt habe. — Wesendonck: Er werde sich des Ausdruckes, daß unsere Verwaltung faul sey, noch öfter bedienen. Im Belagerungszustande freilich sey es verboten, die Worte Hamlet's: „Es ist etwas faul im Staate!" im Schauspielhause zu sprechen. — de Sys bemerkt: Nicht bloß der Piusverein, sondern auch andere Bewohner von Aachen und Umgegend hätten die Petition unterschrieben. — Scheerer (Referent) widerlegt die Gegner des §. durch Verweisung auf einen Artikel der demokratischen Korrespondenz, wonach die Klubbs nicht zur Erörterung von Theorien, sondern zur Bildung revolutionärer Arbeiterarmeen bestimmt seyn sollen. Er empfiehlt die von dem Centralausschuß vorgeschlagene Fassung: „Versammlungen, in denen Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die eine Aufregung zu Verbrechen oder Vergehen enthalten, sind die Abgeordneten der Polizeibehörde sofort aufzulösen befugt, unbeschadet des gegen die Betheiligten gesetzlich einzuleitenden Strafverfahrens." Es werden nun Theile des Piler'schen und Page'schen Amendements, so wie der Schlußsatz der Kommission angenommen, und der Regierungsentwurf verworfen. Der so amendirte §. kommt nun im Ganzen zur Abstimmung. Er lautet: „Versammlungen, in denen zum gewaltsamen Umsturze oder zu gewaltsamer Aenderung der Verfassung, zu thätlichen Angriffen oder Widerstand gegen die Obrigkeit und deren Organe oder zu Gewaltthätigkeiten gegen Personen oder Eigenthum aufgefordert oder aufgereizt wird, sind die Abgeordneten der Polizei befugt, aufzulösen, unbeschadet des gegen die Betheiligten gesetzlich einzuleitenden Strafverfahrens." Derselbe wird mit 186 gegen 146 angenommen. (Schluß 5 Uhr.)

Schleswig, vom 16. April. Heute wurde die Landesversammlung ihrem Beschlusse gemäß wieder eröffnet. Der Präsident Bargum berichtete über die Sendung der Deputation der Landesversammlung nach Berlin. Diese sey am 5. in Berlin angelangt, und habe von einigen Mitgliedern der eine Stunde später nach Frankfurt zurückkehrenden Deputation der Nationalversammlung Kunde von den Stand der Sache erhalten. Sie habe bei dem Grafen v. Arnim, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, um eine Audienz nachgesucht, und als ihr bis Sonntag keine Antwort geworden, ihre Anfrage erneuert, worauf sie die bereits bekannte Antwort des Grafen v. Arnim erhalten, nach welcher der König von Preussen verhindert sey, die Deputation als solche zu empfangen. Einstimmig sey von der Deputation das gleichfalls veröffentlichte Antwortschreiben vom 8. d. M. beschlossen und dem Minister um 3 Uhr zugestellt, die Deputation auch am andern Morgen wieder abgereist. Die Mitglieder der Deputation seyen bereit, die Gründe, welche sie zu dieser Antwort und zur Abreise veranlaßt, in einer vertraulichen Besprechung mitzutheilen.

(Hlt. M.)

Apenrade, vom 15. April. Die dänische Armee auf Alsen scheint ihr Schicksal zu begreifen; durch ein Dampfschiff begleitet von einem Kanonenboote, hat man sämmtliche Jachten aus der Gjenner Bucht (zwischen hier und Hadersleben) nach Alsen herüberholen lassen. Auf der jenseits gelegenen Küste, Fühnen und Aeröe gegenüber, sind mehrere Landungsbrücken geschlagen, die natürlicher Weise auch zugleich zur Einschiffung dienen können und die ohne Zweifel gegenwärtig der Stationsort jener geraubten schleswigschen Privatfahrzeuge bilden. Zu solchen Vorsichtsmaßregeln scheint den Dänen diesmal denn aber auch alle Ursache gegeben, da, wenn nicht alle Anzeichen trügen, ehestens die deutschen Truppen von Sundewitt aus sehr energische Operationen vornehmen werden. Die Stimmung der dänischen Armee ist ganz ungemein bedrückt, wie man von allen Seiten in Erfahrung bringt. Die Niederlage bei Eckernförde hat den letzten schwachen Rest von Zuversicht davon genommen. Der Sieg

den in dieser Niederlage der dänischen Marine die schleswig-holsteinischen Waffen erfochten haben, hat dahingegen auf die Bevölkerung unserer nordschleswigschen Gegend bereits sehr günstig eingewirkt. Die Glorie, die den »dänischen Orlogsmann« in den Augen unserer gemeinen Seeleute umgab, ist geschwunden und damit jede letzte Aussicht auf den Sieg der dänischen Sache erloschen. (H. M. N.)

Altona. Vom Bahnhofe wird gemeldet: Mit dem heutigen Morgenzuge wurden 600 dänische Gefangene unter einer Bedeckung von 200 schlesw.-holst. Soldaten von Rendsburg nach Glückstadt transportirt. — Aus dem Norden kamen mit dem Zuge keine neuen Nachrichten an. (Alt. M.)

Der Sonntag ist diesmal von beiden Armeen geheiligt worden, wenigstens ist vorgestern nicht gefochten worden. Dagegen arbeiteten die deutschen Truppen allerdings und zwar an einer Umkehrung der Düppeler Schanzen gegen Alsen. Die dänischen Zeitungen betrachten diese Insel als eine „Festung ersten Ranges", die schleswig-holsteinischen dagegen geben sich der Hoffnung hin, nun von Düppel aus die Sonderburger Batterien demontiren und nach Alsen hinüber gelangen zu können. Daß man nicht eher in Jütland einrücken konnte, ehe man sich Alsen gegenüber vor Ueberfällen gesichert hatte, scheint gewiß. Die nächsten Tagen müssen nun lehren, ob es mit der Ueberschreitung der jütischen Grenze Ernst ist; vielleicht daß die dänischen Kriegsschiffe, die, wie berichtet, mit Hales'schen Brandraketen ausgerüstet sind, den General v. Prittwitz zwingen, Wrangels vorigjährige Drohung wahr zu machen, „daß für jedes deutsche Haus ein Dorf in Jütland brennen solle." Bis jetzt haben übrigens alle Gerüchte, als hätten dänische Kriegsschiffe sich vor dem Eckernförder Hafen gezeigt, sich ungegründet erwiesen. Vor dem Kieler Meerbusen liegt nicht einmal ein Blockadeschiff und dennoch halten die Dänen von dort kommende oder dorthin gehende Fahrzeuge auf offener See an, so wie die Fregatte „Freia" noch am 12. sechs Schweden von Laaland nach Kiel zurückgewiesen hat. Es fragt sich, ob die neutralen Mächte eine solche ganz neue Art der Blockirung dulden werden, durch welche die hohe See selbst einer Sperre unterworfen wird — Aus Kopenhagen vom 14. nichts Neues, als daß der „Geyser" reparirt und wieder in See gegangen ist. (Wes. Z.)

Italienische Staaten.

Neapel, 10. April. Man hatte bis zu diesem Tag nur unsichere Gerüchte, die bald von Niederlagen, bald von Siegen der kgl. Truppen sprachen. Endlich am 10. wurde folgendes Bulletin angeschlagen: „Catania ward nach einem ruhmvollen Kampf besetzt." Von Palermo wußte man noch nichts. Die englische Flotte hatte die dortigen Gewässer verlassen. Lord Palmerston verläßt Sicilien, wie er Dänemark verläßt, nachdem er beide zum Widerstand aufgestachelt! (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n.

Bekanntmachung.

Montag den drei und zwanzigsten April l. Jahrs, Nachmittag zwei Uhr werden auf dem Burgschlosse dahier verschiedene Gegenstände, als:

alter Eisen, alte Fensterrahmen und Thüren, eiserne Ofenplatten, Ofenkörbe, 1 Glockenspiel, 1 marmorne Platte, Tischgestelle ꝛc.

partieenweise gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert.

Die näheren Bedingungen werden vor der Versteigerung kund gegeben, wozu Steigerungslustige hiermit eingeladen werden.

Nürnberg, den 17. April 1849.

Königliche Bauinspektion.
F r e m m e l.

D a n k s a g u n g.

Für das von dem v e r e h r l i c h e n T u r n v e r e i n in R e d e und T h a t unserm Sohne Georg heute ebenso würdevoll als großartig bereitete Grabgeleite, so wie allen dabei anwesenden geschätzten Verwandten und Freunden hiemit öffentlich unsern tiefgefühlten Dank auszusprechen, sieht sich die unterzeichnete Familie um so gerührter verpflichtet, als die dabei bezeugte Theilnahme uns erst ganz den Werth und die Größe unsers Verlustes kennen gelehrt hat.

Möge eine gütige Vorsehung uns dafür vergönnen, Ihnen Allen stets bei freudigen Veranlassungen unsere anerkennendste Erwiderung vielfach bethätigen zu können!

Nürnberg, 19. April 1849.

D i e M e i n e c k'sche F a m i l i e.

Bescheidene Anfrage.

Dem Hr. Pfarrer L ö h e in Neu-Dettelsau wurde kürzlich, wie wir aus ganz sicherer Quelle hören, von den Hr. Professoren der Theol. T h o m a s i u s und H o f f m a n n aus Erlangen versprochen, man wolle von Seiten der Erlanger theolog. Fakultät dahin wirken, daß man

1) wieder anfange, die widerspänstigen Schaafe in der protestantischen Kirche zu exkommunizieren,

2) daß man die Theologie Studirenden n o c h m e h r a l s b i s h e r auf den B u c h s t a b e n der Symbolischen Bücher hinweisen wolle,

3) daß die sich um eine Pfarrstelle bewerbenden Candidaten ihre Verpflichtung auf die Symbolischen Bücher nicht mehr, wie bisher: »I n w i e w e i t (quatenus) diese mit der hl. Schrift in Einklang wären« zu leisten hätten, sondern »w e i l (quia) sie mit der Schrift in Einklang wären.« -

Man bittet die genannten Herren, baldmöglichst sich hierüber in einem öffentlichen Blatte erklären zu wollen, indem Stillschweigen als Bestätigung der Wahrheit dieser Nachricht gelten müßte.

Anzeige und Empfehlung.

Um dem irrig verbreiteten Gerücht zu begegnen, als hätte ich seit meiner Verheirathung mein Geschäft aufgegeben, so erkläre ich hiemit, daß dies durchaus nicht der Fall ist, und da ich die neuesten Pariser Mantillen-Muster erhalten habe, empfehle ich solche unter Zusicherung geschmackvoller Arbeit und billigsten Preisen einem geehrten Publikum bestens. Hochachtungsvoll

C a r o l i n e S a y l e r, geb. Engelhard.
Kleidermacherin. S. Nro. 267 b am Geyersberg.

E m p f e h l u n g.

Feine und ordinäre Sorten Blei- und Kremnerweiss, trocken und in Oel abgerieben, Blei-Oxid (weiches Bleiweis) alle Arten Farben, Lake, Firnisse, hellen und dunkeln Seccativ oder Trockenoel, sowie kräftige cristallisirte und calcinirte Soda, letztere ganz feinch, verkauft zu den billigsten Preisen

August Scholler,
nächst der Lorenzer Kirche.

(E i n l a d u n g.) Sonntag Tanzmusik im Gasthaus zum rothen Roß in Wöhrd.

Volks-Versammlung.

Sonntag den 22. April findet bei schöner Witterung eine Volksversammlung bei Muggenhof Nachmittags 3 Uhr statt, bei welcher auch einige Abgeordnete der Linken auftreten werden.

Nürnberg und Fürth, 20. April 1849.

Die politischen Vereine von Nürnberg und Fürth.

Zur Nachricht für Auswanderer.

Von meinem Vollmachtgeber in Bremen wurde ich beauftragt, auch für den 1. May Schiffcontrakte mit Auswanderern abzuschließen und geschieht die Beförderung mit sicheren n e u l e r n e n Schiffen zu den billigsten Preisen.

Nürnberg, 20. April 1849.

Aug. Fr. Bunnig.

J. G. Bär,

Leinwandfabrikant aus Eibau in Sachsen

empfiehlt sich zur hiesigen Messe d i e l e t z t e n 3 T a g e, indem er erst angekommen mit seinen schon bekannten Leinenwaaren, als: Leinwand, Tisch- und Tafelzeuge, Handtücher, weiße Taschentücher à St. 15 kr. bis 1 fl. 30 kr., für Kinder 9 kr., desgleichen blaugedruckte.

Seine Bude befindet sich in der dritten Reihe mit Firma versehen.

Blei- und Cremserweiß

feinst in Oel abgerieben, sowie alle übrigen bunten Tüncherfarben in trockenem Zustande, empfiehlt zur gefälligen Abnahme

Christian Fink
in der äusseren Laufergasse.

Arbeiter-Verein.

Montag den 23. d. Mts. Abends präcis 8 Uhr

V e r s a m m l u n g

im Bamberger Hof, wozu sämmtliche Arbeiter eingeladen werden.

D e r A u s s c h u ß.

Industrie- und Kultur-Verein.

Montag den 23. April

Metzelsuppe und frischer Bock,

wozu die verehrlichen Mitglieder einladet

Oekonom B e e r

Rohlederers-Garten.

Sonntag den 22. April T a n z m u s i k.

L. F u r k e l.

Prater.

Heute Sonntag den 22. April findet gutbesetzte Tanzmusik statt, wozu ergebenst einladet

M. R u p p r e c h t.

Almoshof.

Sonntag den 22. April ist Tanzmusik, wozu ergebenst einladen

D i e M u s i k e r.

Albrecht-Dürer.

Sonntag den 22. April »Humoristisch-deklamatorische Abendunterhaltung von G. W ö h r n aus Augsburg.

Anfang 8 Uhr.

P a r a d i e s.

Sonntag den 22. April Harmonie-Musik. Entree à Person 3 kr. — Montag Metzelsuppe, wozu ergebenst einladet

H. B. A d a m.

E i n l a d u n g.

Sonntag den 22. April findet im römischen Kaiser gutbesetzte Tanzmusik statt, wozu ergebenst einladet

M. H a r t m a n n.

St. Leonhard.

Sonntag den 22 April Harmonie-Musik von Herrn Sprecher und C. Entree à Person 3 kr.

(V e r l a u f e n.) Ein junger Spitzhund, 3 Monat alt, weiblichen Geschlechts, hat sich verlaufen. Man bittet Denjenigen, dem er zugelaufen, ihn gegen Entschädigung dem Unterzeichneten wieder gefälligst zu überliefern.

L. F u r k e l, Gastwirth im Rohlederersgarten.

(V e r l o r e n.) Am 19. April ist ein gepreßter silberner Armring verloren worden, um dessen Zurückgabe gegen Erkenntlichkeit in S. Nro. 1127 der Tucherstrasse gebeten wird.

B i t t e.

An zwei gelehrte Damen stellt man die Bitte, lieber in einer Theegesellschaft ihrer Lachlust zu fröhnen, als in einer stadtgerichtl. Sitzung ihre Emancipation, die unnatürlichste Gefühllosigkeit, so deutlich zu äußern!

(Z u v e r m i e t h e n.) In der Nähe des Hauptmarktes sind mehrere Gewölbe und sonstige Parterre-Räumlichkeiten zu vermiethen.

(Z u v e r m i e t h e n) In der schönsten Lage am Hauptmarkte ist in der ersten Etage eine bequeme Wohnung zu vermiethen

(Z u v e r m i e t h e n.) Zwei freundliche Zimmer mit Bett und sonstiger Einrichtung sind täglich an ledige Herren zu vermiethen.

(Z u v e r k a u f e n.) Eine gut-singende Nachtigall ist zu verkaufen.

(G e s u c h.) Es werden 4000 fl auf ein zu 9000 fl. gerichtlich geschätztes Bauerngut bis Ziel Walburgi zu entnehmen gesucht. Wo? erfährt man durch die Exped. d. Blattes auf schriftliche Anfragen.

(G e s u c h.) Ein junger Mensch von 14—16 Jahren kann sogleich in einem hiesigen Gasthofe als Lehrling Unterkunft finden. Näheres bei J. F. Gebhard, S. Nro. 33 goldne Gans.

(G e s u c h) Ein junges Mädchen vom Lande, welches spinnen kann, wird bis nächstes Ziel in Dienste zu nehmen gesucht.

(A n z e i g e.) In dem Kürschnerladen im Röseli Kaffeehaus werden Kitzfelle gekauft.

(Anzeige.) In der J. A. E n d t e r'schen Buch- und Musikalienhandlung in Nürnberg ist zu haben:

La Marseillaise,
mit franz. und deutschem Texte.
F ü r e i n e S i n g s t i m m e.
Mit Klavier- und Guitarrebegleitung.
Preis 9 kr.

(G e s u c h.) In einen Laden, welcher sich in einer lebhaften Straße befindet, wird eine Person gesucht, welche für sich selbst Gegenstände zu verkaufen hat, und der an diesem Laden m i e t h e f r e i e Antheil zugesichert wird, unter der Bedingniß, den Waaren-Verkauf des Besitzers zu übernehmen. Näheres in der Exped. d. Bl.

Stadttheater in Nürnberg.

Sonntag, den 22. April. »Martha, oder der Markt zu Richmond.« Große Oper in 5 Akten von Flotow.
Hr. Birleitzl »Lyonel.«

Montag den 23. April. »Das Pasquill, oder Fürst, Minister und Bürger.« Schauspiel in 4 Akten von G. A. von Maltitz.

Herr Gerstel vom Stadttheater zu Hamburg den »Spürling« als Gast.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 23 April 1849. **№ 113.** **Montag: Albertus.**

Deutsche Staaten.

† **Nürnberg**, den 21. April. In der Diskussion des in Ihrem gestrigen Blatt mitgetheilten Bock'schen Antrages in der Gemeindebevollmächtigten-Sitzung am 19 April hörte man behaupten, das Gemeinde-Kollegium sey nicht ermächtigt, in politischen Angelegenheiten die Gemeinde zu vertreten. Da aber die Gemeinde außer dem Magistrate und jenem Kollegium keine weiteren Behörden, wohl aber oft genug das unabweisbare Bedürfniß hat, ihre politischen Meinungen und Forderungen auszusprechen, so sollte man meinen, daß gerade jene Behörden, die Gemeinden auch in politischen, zumal so höchst wichtigen Angelegenheiten, wie die beregten, zu vertreten verpflichtet wären. Der Magistrat hat die Pflicht, alle Interessen der Gemeinden zu wahren, also auch die politischen; versäumt er dieß zur rechten Zeit zu thun, so ist es Sache des Gemeinde-Kollegiums, ihn daran zu erinnern. Daß in dem bisherigen oktroyirten Befugnißregister der bürgerlichen Behörden keine politische Nummer war, ist leicht begreiflich; aber waren denn diese Herren nicht zu Hause, als das Volk seine politischen Nothwendigkeiten erkannte? Daß es eine unbequeme Aufgabe ist, für politische Meinungen einzustehen, und bisher eine Seltenheit war, wenn eine bürgerliche Behörde eine dem Fortschritt entsprechende, liberale Gesinnung äusserte, kann zugegeben werden; aber um so mehr verdient der bekannte Beschluß unseres Gem.-Kollegiums die dankbarste Anerkennung der Bürgerschaft. Eine Aeußerung eines Mitglieds des Kollegiums machte einen mißlichen Eindruck auf die Zuhörer. Als nemlich Hr. Bock bei der Begründung seines Antrags zu bedenken gab, daß es besser sey, bei Zeiten für die Anerkennung der Reichsverfassung Schritte zu thun, als zu warten, bis man durch die öffentliche Meinung dazu gezwungen werde, ereiferte sich jenes Mitglied ziemlich aufgeregt gegen die Meinung, daß das Kollegium oder insbesondere es selbst zu irgend etwas gezwungen werden könne. Da aber hier doch offenbar nur von einem moralischen Zwang die Rede war, so ist die Vorbringung dieses Motives gewiß viel vernünftiger, als die Verwahrung dagegen.

† **Nürnberg**, den 16. April. Der hiesige Volksverein hat nachstehende Petition an die Kammer der Abgeordneten beschlossen:

Hohe Kammer der Abgeordneten!

Das in der königl. Proklamation vom 6. März v. J. verheißene Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister ist zwar am 4. Juni 1848 promulgirt worden, nicht aber ein Gesetz über den besonders zusammen zu berufenden Staatsgerichtshof, bei welchem die Anklagen gegen Minister anzubringen sind, und welches das dabei nach den einschlägigen besonderen gesetzlichen Bestimmungen einzutretende Verfahren ordnet. Jedoch wurde die Vorlage eines Gesetzes hierüber in dem Landtagsabschiede vom 4. Juni v. J. zugesagt. Nachdem aber die Thronrede vom 24. Jan. l. J. hievon keine Erwähnung machte, was um so auffallender seyn muß, als dem gegenwärtigen Landtage ein Gesetzentwurf über die neue Organisation der Gerichte vorliegt; nachdem ferner ohne die Aufstellung eines besondern Staatsgerichtshofes, bei welchem die Anklagen gegen Minister anzubringen, zu verhandeln und zu entscheiden sind, die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit der Minister, wie früher, rein illusorisch ist, zumal da auch in dem Gesetze über die Schwurgerichte keine Vorsorge deßfalls getroffen worden, während nach dem Gesetze vom 4. Juni 1848 Art. XI. über die Thatfrage einer gesetzwidrigen ministeriellen Handlung oder Unterlassung (Art. IX.) Geschworene zu entscheiden haben, so ist die Nothwendigkeit eines Gesetzes in diesem Betreff gewiß klar.

Der Volksverein zu Nürnberg sieht sich deshalb veranlaßt, Eine hohe Kammer der Abgeordneten geziemend zu bitten: „Hochdieselbe wolle die königl. Staatsregierung zur schleunigen Vorlegung eines Gesetzentwurfs über den Staatsgerichtshof für Anklagen gegen Minister und über das deßfallsige Verfahren vor demselben, dann über die Beiziehung von Geschworenen auffordern, oder kraft des Rechts der Initiative ein solches Gesetz selbst einbringen und annehmen.“ — In vollkommenster Verehrung beharret Einer hohen Kammer der Abgeordneten ergebenster

Volksverein zu Nürnberg.

⊙ **Nördlingen**, 11. April. Eine frühere Nr. der Mittelfr. Zeitung brachte in ihrer Beilage einen Artikel „zur Nachahmung,“ in welchem die wackeren Schullehrer in Nürnberg, die stets bei der Hand sind, wenn es gilt, die Freiheit und das wahre Wohl der Volksschule zu vertreten und ein besseres Loos für die Lehrer an derselben zu erringen, bekannt machten, was von Seite der kgl. Lokal-Schulkommission in Nürnberg in dieser Hinsicht geschehen sey. Mehrere der hiesigen Schullehrer stellten in Folge dessen folgende Anträge an die kgl. Lokal-Schulkommission dahier: 1) Oeffentlichkeit der Schulsitzungen; 2) Zuziehung von drei Lehrern zu denselben, deren Wahl den übrigen Lehrern freigegeben werden möge; 3) zu den Schulprüfungen sollen ebenfalls zwei Lehrer als (mit) Prüfungskommissäre gewählt werden dürfen; 4) Revision des Lehrplanes; 5) Reduktion der Sonntagsschulzeit vom 18. aufs 16. Lebensjahr; 6) Herstellung einer entsprechenden Volksbibliothek. Die kgl. Lokal-Schulkommission hat mit dankenswerther Bereitwilligkeit diese Anträge so weit dieß in ihrer Kompetenz lag, genehmigt und bestimmt, daß die Anträge ad. 1—3 sogleich ins Leben treten sollen, da am Osterdienstage die Prüfungen begannen. Die Lehrer haben daher gewählt und über diesen Akt ein Protokoll aufgenommen, das der Schulkommission mitgetheilt und von dieser nicht beanstandet wurde. — Nun haben aber drei Lehrer, die mitwählten, die das Protokoll unterschrieben, die darin erklärten, „daß nichts gegen die vorgenommene Wahl einzuwenden sey,“ eine Protestation bei der Regierung dagegen eingereicht, daß etliche ihrer Kollegen sie bei der Prüfung beurtheilen sollen! Wir geben hier das nackte Faktum; eines Kommentar's bedarf es hiezu gewiß nicht. Unsere auswärtigen Kollegen sind nun wohl begierig, die Namen dieser drei Edlen kennen zu lernen; wir halten es für Pflicht, ihnen diesen Wunsch — ohne nähere Bezeichnung dieser Braven — zu erfüllen, es sind die Lehrer Leitner, Müller und Wüst, nicht aus Penzenhofen sondern aus Nördlingen! —

Frankfurt, 19. April. Das Frankfurter Journal berichtet über die neuesten Berathungen des Dreißigerausschusses, die zur Aufstellung eines Majoritätsantrags geführt haben. Der Kierulff-Waitz'sche Antrag (dessen Fassung wir unten mittheilen) erhielt die Mehrheit mit 15 gegen 14 Stimmen. Der kombinirte Antrag von Raveaux und Umbscheiden erhielt 13 Stimmen gegen 16, der Antrag von Eisenstuck und Simon 8 Stimmen gegen 21. Der Antrag der Abgeordneten Reichensperger und Detmold, die Beschlußnahme bis zum Eingang der Erklärungen aller Regierungen auszusetzen, erhielt nur die Stimmen seiner beiden Urheber. Antrag der Abgeordneten Kierulff und Waitz: „Die Reichsversammlung erklärt in Uebereinstimmung mit der Reichstagsdeputation, daß die Annahme der durch die verfassunggebende Reichsversammlung dem Könige von Preußen übertragenen Würde des Reichsoberhauptes die Anerkennung der Verfassung voraussetze. 2) Die Reichsversammlung beschließt: die preussische Regierung, so wie die übrigen deutschen Regierungen, welche die Annahme der von der Reichsversammlung beschlossenen und verkündigten Verfassung noch nicht erklärt haben, sind aufzufordern, ihre Anerkennung nunmehr auszusprechen — und erklärt, daß zugleich mit der Anerkennung der Verfassung seitens der preussischen Regierung die Uebertragung der Würde des Reichsoberhauptes an den König von Preussen in Wirksamkeit tritt. 3) Die Reichsversammlung beschließt, die provisorische Centralgewalt aufzufordern, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zur Durchführung der Verfassung mitzuwirken. 4) Der erwählte Ausschuß bleibt bestehen, um je nach der Lage der Dinge weitere Maßnahmen vorzubereiten und der Reichsversammlung vorzuschlagen.“ Antrag der Abgeordneten Raveaux und Umbscheiden: „Die Reichsversammlung 1) genehmigt die von ihrer Deputation nach Empfang der Antwort des Königs von Preussen an das preussische Ministerium abgegebene Erklärung als der Lage der Sache vor Erlassung der Cirkularnote vom 3. April vollkommen angemessen; 2) sie erklärt unter gehöriger Berücksichtigung des Gesetzes vom 28. Juni 1848 sofort zur Verwirklichung der Verfassung zu schreiten; 3) sie beauftragt demgemäß die Centralgewalt, die Wahlen zum ersten Reichstage in der Art auszuschreiben, daß die Eröffnung desselben am 15. Juli dieses Jahres stattfinden könne; 4) sie beauftragt ferner die Centralgewalt, sämmtliche Regierungen aufzufordern, das Heer, die Bürgerwehr und die Beamten auf die Reichsverfassung beeidigen zu lassen; 5) sie beschließt, einen Aufruf an das deutsche Volk zu erlassen, in welchem dasselbe aufgefordert wird, unverbrüchlich an der von der Reichsversammlung endgültig festgestellten Verfassung festzuhalten; 6) sie beauftragt endlich ihren Ausschuß: a) mit dem Vorschlage aller weiteren Maßregeln, welche durch Renitenz einzelner Regierungen gegen den Vollzug der Verfassung nothwendig werden könnten; b) zu dem Ende nöthigenfalls in direktes Benehmen mit der Zentralgewalt zu treten, und setzt schließlich die Sitzung am 24. d. M. fest, in welcher über die Vorschläge sub a weiter verhandelt werden soll.“

Frankfurt, den 19. April. Es ist, nach zuverlässigsten Mittheilungen aus Stuttgart, nicht zu besorgen, daß die von Olmütz ausgesponnenen Fäden am Würtemberger Hofe zu festen Ankertauen für die österreichischen Vereinbarungswünsche, d. h. für die Bundestagsrestauration, werden. Im Gegentheil erhebt sich, trotz aller Gegenbestrebungen, ganz Würtemberg wie ein Mann und tritt für die von der Reichsversammlung geschaffene Verfassung in die Schranken. Auch aus Sachsen lauten die Berichte freudiger und Hannover geht, wenn auch langsamer, doch eben so sicher auf deutscher Bahn vorwärts. Bayern zögert noch und beruft v. d. Pfordten in's Ministerium. Wir werden aber bald bedeutungsvolle Ereignisse in Bayern eintreten sehen und es wird die Vorspiegelung, daß nur die anarchisch-genannte Partei die Durchführung der Reichsverfassung wolle, die Augen des Volkes nicht lange mehr blenden. Thatsache ist es, daß die Wähler mehrerer bayrischen Abgeordneten sich auf deren Anfrage dahin erklärt haben, sie müßten ausharren. — Gebe nur der Himmel, daß bald eine der allgemeinen Hoffnung entsprechende letzte Antwort erfolgt. Der provisorische Zustand liegt wie ein Alp auf Deutschland und würden gar die nun so tief empfundenen Wünsche des deutschen Volks getäuscht, so würden die Folgen furchtbar seyn. (D. Z.)

†*† **Berlin**, 19. April. Von dem Inhalt der Erklärung der diesseitigen Regierung auf die österreich. Note vom 8. April ist, wie wir bestimmt versichern können, außerhalb der in die Staatsgeschäfte unmittelbar eingeweihten Kreise, noch nicht das Mindeste bekannt geworden. Was Zeitungen und Korrespondenzen bis jetzt darüber gebracht haben, beruht ausschließlich auf näher oder entfernter liegenden Vermuthungen, in einem Falle sogar auf einem muthwilligen Scherz; der hier in literarischen und geselligen Kreisen vielfach belacht wird. Dagegen erfahren wir von guter Hand, daß in Folge der Erklärung der 28 deutschen Regierungen gestern eine Depesche nach Frankfurt abgegangen ist, in welcher die Minister den König erklären lassen;

„daß er an die Spitze eines aus den zum Beitritt bereiten Staaten zu bildenden engern Bundesstaates unter Anerkennung der von der National-Versammlung beschlossenen Verfassung zu treten geneigt sey.“ Diese Erklärung ist, wie man uns mittheilt von der Aeußerung begleitet, die vielleicht die Abweichung von früheren Erklärungen motiviren soll, „daß der König sich freue, den Wünschen der deutschen Fürsten, die ihre Zustimmung ausgesprochen haben, genügen zu können, ohne damit den Beschlüssen der Reichsversammlung entgegen treten zu müssen.“

Außer dem dringlichen Antrage von Gierke und der Interpellation des Grafen Dyhrn, welche morgen auf der Tages-Ordnung der ersten Kammer stehen und die bereits durch die heutigen Morgenblätter veröffentlicht sind, wird auch der Abgeordnete Bergmann folgende Interpellation an das Staatsministerium richten: „Anknüpfend an die der Kammer mitgetheilte Note vom 3. d. M. und in Erwartung der nach Ablauf der darin gestellten Frist zugesagten definitiven Erklärung ersuche ich das königl. Staatsministerium der Kammer 1) über die inzwischen getroffenen Maßregeln und namentlich über den Inhalt der dem diesseitigen Bevollmächtigten in Frankfurt a. M. ertheilten Instruktion, 2) darüber, welche deutsche Regierungen über die in der Note vom 3. d. M. hervorgehobenen Punkte Erklärungen und welchen Inhalts abgegeben haben und 3) darüber Mittheilung zu machen, welche Schritte von der Regierung Sr. Maj. in Folge der beiden Depeschen getroffen sind, die das kaiserl. österreichische Kabinet an seine Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt und bei der hiesigen Regierung am 5. resp. 8. d. M. erlassen hat.“

[II. Kammer. Sitzung vom 19. April.] Fortsetzung der Berathung über das Vereinsgesetz. §. 9. „Sobald der Abgeordnete der Polizeibehörde die Versammlung für aufgelöst erklärt hat, sind alle Anwesenden verpflichtet, sich sofort zu entfernen. Diese Aufforderung ist nöthigenfalls durch die bewaffnete Macht zur Ausführung zu bringen.“ Amendements: 1) von Pilet, den zweiten Satz dahin zu fassen: »Jene Erklärung kann nöthigenfalls durch die bewaffnete Macht zur Ausführung gebracht werden.“ 2) von Schulze (Delitsch) als Zusatz: „Polizeibeamte, welche die ihnen im §. 4 beigelegten Befugnisse bei der Auflösung einer Versammlung überschreiten, sind auf Antrag jedes Theilnehmers, in so fern sie nach den Gesetzen wegen Mißbrauchs ihres Amtes keine härtere Strafe verwirkt haben, mit Geldbuße bis zu 50 Thaler oder Gefängniß bis zu 6 Wochen zu bestrafen.“ Der Centralausschuß tritt dem ersten Satz des Regierungsentwurfs bei. An Stelle des zweiten empfiehlt er: „Jene Aufforderung kann — zur Ausführung gebracht werden.“ — Otto: Wenn die Polizei das erreicht, was dieser §. will, so ist es mit dem Vereinsrecht zu Ende. Selbst im Belagerungszustande haben Offiziere bei Sprengung einer Versammlung von Abgeordneten im November die Härte solcher Bestimmungen gefühlt. Der Redner überreicht eine Adresse des Piusvereins zu Trier, der den Antrag stellt, die Märzgesetze in Bausch und Bogen zu verwerfen. Gegen die gestrige Bemerkung des Abgeordneten Müller (Siegen) bemerkt er: Wenn Pius IX. diese Gesetze läse, so würde er darin nicht den Hauch der Milde wahrnehmen, den der Abgeordnete für Siegen darin erkennt. Uebrigens mag auch Pius IX. eine Aenderung in seiner Gesinnung erlitten haben. Giebt es doch Männer, die früher als Demagogen auf der Festung gesessen haben, und sich jetzt als Reaktionäre im Besitze der Fürstengunst sehr wohl befinden. Wenn der Abgeordnete Müller der linken Seite die Neigung für das Auflösen beimesse, so weise er diese Verdächtigung mit Indignation zurück. Habe der Abgeordnete auf die Auflösung der National-Versammlung anspielen wollen, so bemerke er ihm, daß der Eine das Auflösen, der Andere das Fortlaufen liebe.“ — Phemel warnt vor dem Festhalten an den Stichwörtern Demokratie, Anarchie, Büreaukratie und dergleichen. Unter großer Unaufmerksamkeit ermahnt der Redner, klare Gesetze zu machen, und nicht den Tribünen ein Lustspiel, dem Lande aber ein Trauerspiel zu geben. — Grosjohann (gegen den §.): Das Gesetz sey ein Hohn auf die Freiheit des Volkes, sie wolle diese wieder in den Zustand zurückführen, den sie vor dem März gehabt. Damals waren alle Beamte und Polizeibeamten gestempelt. Selbst Geistliche hatten die Befugniß und die Pflicht, Lehrerversammlungen zu überwachen, und in der Weise, wie der §. will, aufzulösen. Der Redner weist noch die Unausführbarkeit und Gefährlichkeit des §. nach. Ein Redner habe gerathen, der Hydra der Anarchie das Gift auszubrennen, er empfehle der Schlange des Mißtrauens den Kopf zu zertreten. — Dierschke will noch ein Amendement einreichen, der Schluß der Debatte ist jedoch inzwischen angenommen. — Scherer (Referent) nimmt den §. in Schutz. Soll die Versammlung aufgelöst werden können, so müssen die Versammelten sich auch entfernen, sonst hat die Auflösung keinen Sinn. Die Kommission schlägt jedoch die Abänderung vor: „Diese Aufforderung kann nöthigenfalls durch die bewaffnete Macht zur Ausführung gebracht werden.« Der Referent findet in dieser Fassung eine heilsame Warnung. Gegen den Vorschlag, statt „Aufforderung“ zu sagen „Erklärung“ hat Referent nichts zu erinnern. Den Schulze'schen Zusatz hält er für verwerflich. Es wird der erste Satz des Regierungsentwurfs angenommen, der zweite verworfen, und statt desselben der zweite Satz des Pilet'schen Amendements angenommen. Der Zusatz von Schulze wird mit 168 gegen 165 angenommen. §. 10 wird ausgesetzt. §. 11 lautet: „Niemand darf, ohne daß ihn sein Amts- oder Dienstverhältniß dazu berechtigt, bewaffnet in einer Versammlung erscheinen.“ Dazu ein Amendement von Pilet: „Niemand darf in einer Versammlung bewaffnet erscheinen, mit Ausnahme der im Dienst befindlichen Polizeibeamten und der von der Obrigkeit requirirten bewaffneten Macht.“

Berends: Es sey unzulässig, unter Waffen zu berathen, und Militärpersonen sollten diese Rücksicht überall haben. Wer in seinem Berufe in der Versammlung erscheint, also um sie aufzulösen, mag die Waffen tragen; der ist dann aber nicht Theilnehmer. Minister v. Manteuffel: Die Regierung hat keinen Grund, sich der Annahme des Pilet'schen Amendements zu widersetzen. Das Amendement wird fast einstimmig angenommen. §. 10: „Die Vorsteher solcher Vereine, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, sind verpflichtet, die Statuten und Urkunden über Bildung, Verfassung und Wirksamkeit des Vereins, so wie alle Abänderungen binnen 24 Stunden, nachdem sie zu Stande gekommen, der Ortspolizeibehörde zur Kenntnißnahme einzureichen, derselben auch auf Erfordern jede bezügliche Auskunft zu ertheilen.“ Der Zentralausschuß streicht das Wort „die“ vor Statuten und die Worte „und Urkunden über Bildung.“ Die Frist von 24 Stunden erweitert er auf 3 Tage, und empfiehlt folgenden Schlußsatz: „Auf die Zusammenkunft der Vereine finden die Bestimmungen der §§. 1, 3, 4 — 7 (des Kommissionsentwurfs) Anwendung mit der Ausnahme, daß es der im §. 1 vorgesehenen Anzeige nicht bedarf, wenn Zeit und Ort statutenmäßig feststehen.“ — Evelt will nach „bezwecken“ einschalten: „und welche nicht zu den kirchlichen oder religiösen Vereinen gehören“; statt „Beförderung öffentlicher“ will er „Einwirkung auf öffentliche.“ — Löher beantragt statt des §. folgenden Satz: „Auf regelmäßige Vereine und deren Versammlung findet das gegenwärtige Gesetz keine Anwendung.“ — Wentzel schlägt statt des 2ten Satzes vor: „Auf die Zusammenkünfte solcher Vereine finden die Bestimmungen der §§. 1, 3—6 ebenfalls Anwendung. Die Anzeige von den stattfindenden Versammlungen muß aber ohne Rücksicht auf die Form der Einladung erfolgen, sofern nicht Zeit und Ort statutenmäßig u. s. w.“ — v. Kleist-Retzow will den Zusatz: »Die Obrigkeit darf in jede der Vereinsversammlungen zwei Abgeordnete senden.« — Löher rechtfertigt sein Amendement. Er beklagt es, daß das Gesetz so angelegt sey, daß der Polizeigeist, aus dem einen Paragraphen herausgetrieben, durch den andern §. oder durch ein Amendement immer wieder hineinkomme. — v. Kleist-Retzow: Er wolle sich nicht gegen die Ansichten derer richten, die den Umsturz der staatlichen Ordnung für straflos halten, die nichts dagegen zu erinnern wissen, wenn beschlossen ist, Volksvertreter aufzuhängen. Es gibt eine Partei, die nach dem Besitze der Gewalt strebt, um dann das Bestehende umzustürzen. Ich habe gegen die Vertheidigung solcher Bestrebungen nur die Appellation an das Land. Aber die Kammer wird gegen die Klubs doch dieselben Vorkehrungen treffen wollen, die sie gegen andere Versammlungen beschlossen hat. Die Regierung muß die Mittel haben, sich von dem Gange der Verhandlungen in den Klubs Kenntniß zu verschaffen. Die Vereine, welche Recht und Wahrheit wollen, brauchen das Licht der Oeffentlichkeit nicht zu scheuen. — Grün wundert sich, daß das Ministerium, das ja so fleißig sey, Gesetze gegen Mißbrauch zu geben, nicht auch gegen das Mißbrauchen des Rauchens auf den Straßen eine Verordnung einbringe, die eine Anzeige bei der Ortspolizei erfordere. Ein Mitglied würde dann für ausreichend halten, wenn die Anzeige eine halbe Stunde vorher erfolgt, und erklären, daß Muth dazu gehöre, diese Meinung zu bekommen. Die Regierung betrachte das Volk als eine kontrollirbare Masse, die zu nichts weiter da sey, als sich kontrolliren zu lassen. Es gebe nur eine Alternative: entweder freies Vereinsrecht oder Konspiration. Was haben denn die Vereine des vorigen Jahres verbrochen, daß Sie sie jetzt unter polizeiliche Aufsicht stellen wollen? Führen Sie mir doch Thatsachen an aus der Erfahrung des vorigen Jahres, auf die Sie sich so oft berufen. Aber führen Sie mir nicht etwa die Denkschrift des Ministeriums über den Belagerungszustand an, diese entbehrt aller Fakticität, sie ist nichts als eine politische Insinuation, die Minister in einem wichtigen Augenblick einer Partei hinwerfen, um sie zu schrecken. Warum sind denn im vorigen Sommer so viele Beschlüsse in den Vereinen gefaßt worden? Weil Regierung und Nationalvers. rath- und thatlos waren. Im Mai v. J. war es Zeit, einzuschreiten, da frug man vergebens: Ist denn kein Manteuffel da? — d. h. ein Manteuffel im Sinne der Freiheit und des Fortschrittes. (Heiterkeit.) Man verweist in Polizeisachen so gern auf Frankreich; dort stehen zwei republikanische Parteien einander gegenüber. Das führt bei uns zu der merkwürdigen Erscheinung, daß gerade die, welche sich am meisten zu hüten pflegen vor wälschen Einrichtungen, Republikaner werden, freilich nur republikanische Polizeimänner. Der Redner überreicht noch zwei Petitionen gegen das Gesetz, aus Rheinland und Westphalen.

Min. v. Manteuffel: Es ist nicht schwer, eine Vorlage lächerlich zu machen, man darf nur die Polizeidiener Schutzengel nennen, man darf nur Namen nennen oder Gemeinplätze vorbringen. Aber über den §. hat der Redner kein Wort gesagt. Vereine werden von der Polizei immer überwacht werden müssen, wenn sie nun ihre Statuten einreichen, dann bedarf es keines Nachspürens, und ich habe das Vertrauen, daß das Volk hierin eine Versöhnung und nicht einen Anlaß zu Konspirationen finden wird. — Scherer (Ref.): Die Partei in diesem Hause, welche die Revolution vollenden zu wollen bekennt, wird Mittel wählen wollen, die von ihrem Standpunkte aus edle seyn werden. Aber sind denn das edle Mittel, wenn die unedlen Leidenschaften angefacht werden? (Der Redner wird häufig durch den Ruf: »zur Sache!« unterbrochen.) Er hofft, daß die Konservations-Partei einstimmig die Vorschläge der Kommission annehmen werde. (Lachen links, rechts rausch. Beifall). Der Referent erklärt sich gegen das Löher'sche und für das Kleist'sche Amend. Der entsprechende §. 5 sey nur mit einer Stimme Mehrheit gefallen, und gerade diese Bestimmung enthalte das wichtigste Prinzip. Abstimmung: Das Löher'sche Amend. wird verworfen, die Edelt'schen Amend. werden angenommen. Die Weglassung des Wortes »die« vor »Statuten« und der Worte »und Urkunden« und »Bildung« wird beschlossen. Das Wentzel'sche Amend. wird mit 169 gegen 164 bei der Zählung verworfen. Keller beantragt Wiederholung der Abstimmung durch Namensaufruf. Beim Namensaufruf stimmen 167 für, 167 gegen das Amend. Dasselbe ist also verworfen. Der Zusatz der Kommission: »Auf — feststeht« kommt zur Abstimmung. Die Zählung ergiebt 165 für, 167 gegen den Zusatz. Er ist verworfen. Paltzer (Lennep) beantragt Namensaufruf. Wiederum sind 167 für, 167 gegen den Zusatz. Das Ergedniß ist also über das Amendement von Kleist-Retzow: »Die Behörde ist befugt, in jede Versammlung des Vereins 2 Abgeordnete zu senden.« Wiederum Namensaufruf: 79 für, 250 gegen das Amend. Es ist verworfen.

Der amendirte §. 10 kommt nunmehr im Ganzen zur Abstimmung. Er lautet: Die Vorsteher solcher Vereine, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken und welche nicht zu den kirchlichen oder religiösen Vereinen gehören, sind verpflichtet, Statuten über Verfassung und Wirksamkeit des Vereines, so wie alle Abänderungen binnen 3 Tagen, nachdem sie zu Stande gekommen, der Ortspolizeibehörde zur Kenntnißnahme einzureichen, derselben auch auf Erfordern jede darauf bezügliche Auskunft zu ertheilen — und wird mit 168 gegen 167 angenommen. (Schluß 5 Uhr.)

Dresden, 19. April. In der heutigen Sitzung der II. Kammer enthielt die Registrande ein Gesuch des Vicepr. Tzschirner um Erlaubniß, einen neuen Preßgesetzentwurf einbringen zu dürfen. Der Antrag ist als dringlich bezeichnet. Nach einiger Debatte wird die Erlaubniß zur Einbringung des Entwurfs gegen 1 Stimme (Abg. Spitzner) ertheilt. (D. A. Z.)

— **Dresden**, 15. April. Der Kaplan Eill aus dem benachbarten

Orte Böhmens, Tetschen, hat seine Stelle verlassen, weil er nicht länger dem katholischen Kultus dienen will, und sich nach Dresden gewendet, um hier als Lehrer zu wirken. Da ihm die deutsch-katholische Kirche keine Anstellung gewähren, er aber ohne Subsistenzmittel nicht leben konnte, zog er auf den Rath eines Deutsch-Katholiken, an den er sich gewendet, vor, die in dogmatischer Beziehung ziemlich freie und unabhängige Stellung eines protestantischen Lehrers zu suchen. Wie wir hören wird man sich seiner auch annehmen. (Frkft. J.)

Aus dem Schleswigschen, 15. April. Die N. F. P. wirft die Frage auf: was von unserer Seite geschehen könne, damit der Krieg zu einem raschen rühmlichen Ende gebracht werde. Die schlaffe thatenlose Kriegführung des vorigen Jahres darf nicht wieder erneuert werden. Zwei Seiten sind es, sagt sie nun, nach denen energische Schläge geführt werden können: Alsen und Jütland. Was zuerst die Möglichkeit einer Eroberung Alsens betrifft, so sind darüber die Ansichten allerdings getheilt. Thatsache ist indeß, daß bei einer nicht geringen Anzahl von Offizieren unserer Armee, deren strategische Einsicht ihrer militärischen Bravour das Gleichgewicht hält, die Ansicht vorherrscht, daß eine Eroberung Alsens allerdings keine Unmöglichkeit sey. Es ist hier nicht der Ort, die strategischen Gründe, auf denen diese Ansicht ruht, oder das Detail eines Angriffsplanes zu entwickeln; dreierlei aber würde erforderlich seyn, um einen Angriff auf Alsen mit Erfolg auszuführen. Vor allen Dingen eine genügende Menge schweren Geschützes, um nicht nur die feindlichen Befestigungswerke, sondern auch die den Als-Sund bewachenden Schiffe zu zerstören, resp. zu vertreiben. Sodann würde die Stadt Sonderburg, falls die Dänen nicht auf andere Weise daraus zu vertreiben wären, geopfert werden müssen. Endlich würde man auf unserer Seite zu einem bedeutenden Opfer an Menschenleben bereit seyn müssen, da ohne dies der Uebergang nach Alsen in keinem Falle zu forciren seyn würde. Würde man sich durch die bedeutenden Opfer, welche ein Angriff auf Alsen erheischen würde, bestimmen lassen, davon abzustehen, so bliebe freilich immer noch ein Mittel übrig, die Dänen zu einem schnellen Friedensschluß zu zwingen: die Besetzung Jütlands. Man hat den Kampf Deutschlands mit Dänemark verglichen mit dem Kampf der Dogge gegen einen Fisch. Der Vergleich paßt nur zur Hälfte: der größere Theil von Dänemark vermag der Dogge nicht in die Fluth zu entwischen, sondern ist genöthigt, sehr ruhig liegen zu bleiben, und den Angriff der Dogge abzuwarten. Das jütische Festland ist in dem Kampfe mit Deutschland Dänemarks Achillesferse; hier ist Dänemarks Uebermuth zu brechen. Jütland nur einige Wochen besetzt, so daß es die ganze Last des Krieges zu tragen hat — dann werden die Herren in Kopenhagen durch Jütlands Renitenz zum Frieden gezwungen werden. (Z. f. N.)

Nübelmühle, 13 April, 12 Uhr Mittag. Bei der Erstürmung der Düppeler Schanzen bildete die Karabinierkompagnie des 2. königl. bayer. Jägerbataillons die Avantgarde unter Führung des Oberstlieutenants v. Reck und des Majors Roener. Um 3 Uhr 45 Minuten traf dieselbe, in der linken Flanke der Verschanzung eine Umgehung längs der Küste machend, auf die ersten Vorposten, warf dieselben mit dem Bayonnet zurück, ohne zu feuern, wie es ausdrücklich befohlen, unter dem fortwährenden Feuer, der an der Küste liegenden Kanonenboote, unterstützt von 2 Kolonnen Bayern zu je 420 Mann; sie warfen die Dänen, die in bedeutender Stärke die Schanzen besetzt hatten (es läßt sich dieselbe nicht genau angeben, jedenfalls aber mehr als 6 Bataillons), bis auf den Brückenkopf vor Sonderburg auf dieser Seite des Wassers. Die braven Bayern, die außer den beiden genannten Führern noch unsern allverehrten Oberstlieutenant v. d. Tann und Hauptmann Aldosser, der leicht in den Oberschenkel verwundet wurde, hatten, kämpften mit Löwenmuth gegen die Uebermacht, die ihren Bayonneten sich wenig widersetzte und sich auf Schießen beschränkend, sich zurückzog. Die Unsrigen verfolgten den Feind bis über die Schanzen hinaus bicht vor den Brückenkopf, konnten sich jedoch wegen des nun eröffneten Kreuzfeuers aus den überall liegenden Kanonenbooten und dem Brückenkopfe nicht halten und mußten sich die in genommenen Schanzen zurückzuziehen. Se. k. Hob. der Prinz v. Altenburg, der die bayerische Division kommandirt, kann stolz seyn auf die von ihm kommandirten Truppen. (Alt. M.)

Rendsburg, vom 17. April. Von den dänischen Gefangenen sind heute Morgen um 4 Uhr 600 Mann mit einem Extrazuge nach Glückstadt transportirt worden. Die mitgefangenen Kadetten sind ihren Eltern und Angehörigen wiedergegeben worden. Man hat sie durch einen Parlamentair an die dänischen Vorposten abliefern lassen unter dem Bedeuten: Da wir keinen Krieg gegen Kinder führten, so sähe man keinen Grund ein, warum man sie länger in Gefangenschaft halten sollte. — Paludans Bericht, datirt Rendsburg, den 8. April, ist auf eine eigenthümliche Weise an das dänische Hauptquartier gelangt. Paludan richtete an die Statthalterschaft das Verlangen, man möge seinen Rapport über die Eckernförder, für ihn so unglückliche Bataille, auf geeignete Weise an das dänische Kriegsministerium gelangen lassen. Die Statthalterschaft sendete darauf die Depesche ins Hauptquartier an den General Prittwitz zur weiteren Besorgung. Dieser sitzt gerade mit seinen Offizieren bei der Mittagstafel, und als er mit dem ihm gewordenen Auftrage bekannt geworden, wirft er scherzend die Frage auf, ob etwa einer der Herren Lust habe, als Parlamentär den Dänen den Uriasbrief zu überbringen. Der mit an Tafel sitzende v. d. Tann, der mit seiner ritterlichen Tapferkeit den liebenswürdigsten Humor verbindet, erbietet sich sogleich, dieses Geschäft zu übernehmen. Der General überreicht ihm die Depesche, worauf er sich zu Pferde setzt und nach Kriegsgebrauch einen Trompeter mitnimmt. Durch die erste Vorpostenkette der Dänen kommt er unbemerkt und als man auf der zweiten ihn auch nicht zu bemerken scheint, läßt er das Parlamentär-Signal blasen. Nun werden die Dänen seiner ansichtig, während er vom Pferde herab die Befestigungswerke der Feinde ruhig überschaut. Sie rufen ihm auf Dänisch zu, er solle mit dem Pferde sich umkehren, er aber stellt sich, als verstehe er die Rede nicht. Darauf kommen sie heran, drehen den Gaul um, nöthigen ihn, abzusteigen und führen ihn mit verbundenen Augen zum kommandirenden General. Dieser empfängt in Gegenwart seines Generalstabes die höchst fatale Botschaft und richtet darauf an den Ueberbringer die Frage, ob er noch sonst etwas an- und vorzubringen habe, welches derselbe verneint und im höflichsten Tone die Gegenfrage macht: ob auch sonst etwas zu Befehl stehe. Der General antwortet gleichfalls verneinend, nimmt aber Veranlassung, den ihm besonders auffallenden Parlamentär zu fragen: Darf ich wissen, mit wem ich die Ehre habe, zu sprechen? „Ich bin der Oberstlieutenant von der Tann," antwortet dieser, und als hätte Banko's Geist geredet, stehen die dänischen Kriegshelden verblüfft da, und von der Tann verließ sie zur selbigen Stunde, um ihnen bald darauf an den Düppeler Höhen einen zweiten Besuch zu machen. — Von dem Geschütz der „Gefion" sind bereits mehrere Stücke, 24pfündige hierher transportirt worden. Es werden auf dem Arsenal 24 neue Lafetten angefertigt, um eine gleiche Zahl von diesen Kanonen zur Küstenvertheidigung schleunigst fertig zu machen. (H. W. N.)

Altona, vom 17. April, 6½ Uhr Abends. So eben geht ein Kurier in der Person des großherzogl. hessischen Majors du Hall im Auftrage des Reichskriegsministeriums zu Frankfurt mit wichtigen Depeschen mittelst Extrazuges nach Rendsburg und von da weiter ins Hauptquartier. — Von verschiedenen Seiten und auf verschiedene Weise wiederholt sich gerade jetzt wieder, da mit dem Kriege Ernst gemacht zu werden scheint, die Behauptung, daß das Einrücken in Jütland, das eine der wesentlichen Bedingungen einer ernsten und erfolgreichen Kriegsführung ist, nicht stattfinden solle. Nach einer Angabe hätte England, nach einer andern Rußland sein Veto eingelegt. Man möchte aber fragen, ob, wenn überhaupt neuerdings ein solcher Einspruch erfolgt ist, man nicht schon darauf gefaßt seyn mußte, als der Krieg wieder aufgenommen wurde, und wozu denn alle die großen Anstalten gemacht wurden und noch gemacht werden, die offenbar nicht blos auf einen Vertheidigungskrieg berechnet sind? Auch würde die Sprache des Reichsministers in der Sitzung der deutschen Nationalversammlung vom 14. d., womit er die getroffenen Anstalten für den Krieg, dessen erfolgreichen Beginn und die kräftige Fortführung bespricht, schlecht zu einer solchen unfreiwilligen Beschränkung desselben passen. Daß aber wieder irgend ein Hemmniß eingetreten ist, muß man allerdings aus verschiedenen Umständen schließen. (Alt. M.)

Altona. (Vom Bahnhofe.) Im Schleswig'schen erzählt man sich allen Ernstes, daß folgendes Kompromiß unter den kriegführenden Parteien im Werke sey, das sehr artig klingt und im Mittelalter auch durchaus nicht auffallend gewesen seyn würde: Die deutschen Reichstruppen bleiben in Schleswig und stehen von jedem Angriff auf Alsen ab. Die gegenwärtige Besatzung von Alsen bleibt dort, ohne an den ferneren Operationen Theil zu nehmen. Die Blockade der deutschen Häfen wird aufgehoben und der Kampf auf jütischem Boden von Dänen und Schleswig-Holsteinern allein ausgefochten. (Alt. M.)

Aus dem amtlichen bayerischen Bericht erhellt, daß bei der Erstürmung der Düppeler Schanzen 5 Offiziere verwundet, worunter Major Kronenbold und Hauptmann Aldosser, 8 Soldaten todt und 40 blessirt worden sind.

Stuttgart, den 20. April. Wir haben eine Ministerkrisis. Der Anlaß derselben ist bekannt. Das Ministerium Römer besteht, gemäß seinen bisherigen Erklärungen auf Unterwerfung der würtembergischen Staatsregierung unter die beschlossene deutsche Reichsverfassung. Hindernisse dieser Unterwerfung, wenn sie nicht zu überwinden sind, führen natürlich das Abtreten des Ministeriums mit sich. Wir theilen unsern Lesern mit, was wir über den Stand der Sache in Erfahrung gebracht. Die Minister haben über die deutsche Verfassungsfrage schon gestern eine ausführliche Erklärung Seiner Majestät des Königs erhalten. Wir hörten, daß in derselben besonders die Oberhauptsfrage beanstandet, so wie am Vereinbarungsprinzip hinsichtlich des Abschlusses der Verfassung festgehalten werde. Heute geben die Minister ihre Antwort darauf ein. Der größere Theil der Mitglieder unserer Abgeordnetenkammer war mit dem Präsidenten Murschel gestern Abend vereinigt, und setzte sich durch Deputationen mit den Ministern in Verbindung. Heute sollte keine Sitzung der Kammer seyn, es ist jedoch auf heute Vormittag 10 Uhr eine vertrauliche Besprechung sämmtlicher Kammermitglieder zusammenberufen worden, welche den Bericht einer um 8 Uhr zu den Ministern gesandten Deputation vernehmen wird.

Um 10 Uhr vereinigten sich die städtischen Kollegien und haben einstimmig beschlossen, eine Bitte um Beibehaltung des Ministeriums an den König zu richten, unter Hinweisung auf die unheilvollen Folgen, welche seine Entlassung unter den vorliegenden Umständen für das Vaterland haben müßte. Diese Bitte wird, von sämmtlichen Mitgliedern der städtischen Kollegien unterzeichnet, sogleich abgehen. — Bereits gestern hörte man vielerlei Gerüchte über ein etwaiges neues Ministerium. Man sprach von den Freiherren v. Linden und v. Varnbüller, und hörte, daß ersterer sogleich abgelehnt habe. Gestern Abend war der frühere Minister Schlayer im Schloß. — Die Aufregung war schon gestern Abend, als man von dem Stand der Sache hörte, groß. Die Versammlung des Volksvereins war außerordentlich zahlreich besucht. Heute um 11 Uhr tagte der Ausschuß des vaterländischen Vereins, um 1 Uhr tritt der des Volksvereins, wie auch der Landesausschuß zusammen; ein Anschlagzettel an den Straßenecken ruft die Mitglieder des vaterländischen Vereins und alle Freunde des Vaterlands zu einer außerordentlichen Versammlung auf 2 Uhr der Volksverein wird in jedem Augenblick, wenn ein neues Faktum sich ereignet, und jedenfalls heute Abend sich versammeln. Adressen an Se. Maj. an die Mitglieder des Märzministeriums, Erklärungen rc. werden vorbereitet, alle im Sinne des Festhaltens an den Beschlüssen der Kammer der Abgg. 13. d. M. und der Stuttgarter Volksversammlung vom 18. d. — Nachschrift. Mittags 12 Uhr. So eben ist die vertrauliche Besprechung der Kammer der Abgeordneten zu Ende. Diesen Nachmittag um 1½ Uhr wird eine öffentliche Sitzung derselben statthaben, worin eine Kommission gewählt wird, welche sich mit dem Ministerium in Betreff der zu ergreifenden Schritte in Verbindung setzen soll. Um 5 Uhr wird dann eine zweite öffentliche Sitzung statthaben, in welcher dem Vernehmen nach folgende drei Punkte beantragt werden sollen: 1) solle die Kammer ihre Uebereinstimmung mit dem von dem Ministerium in der deutschen Frage betretenen Wege erklären; 2) sich dahin aussprechen, daß sie einem anderen Ministerium, welches in dieser Frage eine andere Richtung befolgen würde, keinerlei Unterstützung gewähren würde, 3) sie solle unter Berufung auf die früheren mit Zustimmung der Krone erlassenen Erklärungen der Staatsregierung hinsichtlich ihrer Unterwerfung unter die Beschlüsse der National-Versammlung aussprechen, daß eine Widersetzung gegen diese Beschlüsse ein Verlassen des gesetzmäßigen Wegs sey, und mit solchem jede Regierung sich den größten Gefahren aussetzen würde. (Schw. M.)

Französische Republik.

† **Paris**, 18. April. Oudinot soll den Befehl erhalten haben,

sein Hauptquatier in Civita Vechia aufzuschlagen und dort den Papst aus Gaëta zu empfangen. Se. Heiligkeit werde dort mit dem gehörigen offiziellen Enthusiasmus empfangen werden und eine Allokution an die Siebenhügelstadt richten, nach welcher natürlich alle Republikaner zum Teufel gejagt und alle Glocken zum Empfange des Hauptes der Christenheit geläutet werden müssen. Die Franzosen werden für drei Monate seine Leibgarde bilden und so lange warten, bis Alles wieder in das alte Gleise oktroyirt ist. Das Alles wurde bereits in Gaëta von den katholischen Mächten haarklein beschlossen.

Zu den Ministern, welche den Kreuzzug bekämpften, gehören auch Passy und, wer sollte es glauben der Marineminister de Tracy — zwei Freimaurer. Nach langer Permanenz waren die Stimmen gleich und der große Napoleon gab wieder den Ausschlag, indem er sich zu den Jesuiten neigte! Außerhalb dem Elisée kämpft vorzüglich Thiers für Wiederherstellung des heil. Stuhles. Seit seiner Reise nach Rom, wo er eine lange Unterredung mit Pius IX. hatte, ist der alte Ketzer wie umgegossen. Während er früher das Pfaffenthum scharf angriff, verließ er gegen den Willen seines Arztes sein Lager im Hotel St. Georges und schleppte sich, noch sehr unwohl, in den Ausschuß, wo er fürchterlich gegen die römischen Demagogenschritte — denn donnern kann Thiers Hochtenor nicht. Thiers sagte geradezu, man solle auf öffentlicher Bühne rundheraus erklären: die weltliche Macht des Papstes müsse zu jedem Preise hergestellt werden ꝛc. Mehrere Ausschußglieder wollten wenigstens Oudinot beschränken, nicht über Civitavechia hinauszugehen und in Rom einzurücken. Aber auch hiergegen trat Thiers dreist auf und Sie sehen jetzt, wie viel Sie von den Reden auf der Bühne halten können. Ohne Lamoriciere hätte kein Mensch etwas erfahren.

Diese Taktik des Thiers wird es Ihnen erklärlich machen, warum Montalembert, Berryer, Larochejaquelin, Kerdrel und wie die sonstigen katholischen Coryphäen heißen, wie die Lämmer auf ihren Bänken saßen, und keine Sylbe zu Gutachten des Papstes sprachen.

Oesterreichische Staaten.

Wien, 18. April. Die Aufstellung der drei Reservekorps bei Pettau, in Steiermark, bei Budweis in Böhmen und auf dem Marchfelde nächst Wien verfehlt nicht, Aufsehen zu erregen. Das Erste soll nicht stärker als 15,000 Mann seyn, und ist für die Operationen in Süd-Ungarn, das am Marchfeld, 25,000 Mann stark ebenso sehr für Oberungarn, als zur Bewachung Wiens bestimmt, dessen Besatzung bedeutend verringert wird. Ein Reservekorps, welches zwischen Budweis und Tabor zusammengezogen wird, soll eine Stärke von 40,000 Mann erhalten und nicht blos die Agitation der Ultraczechen zügeln, sondern zugleich eine Unterstützung jener Plane bilden, welche der österreichische und bayerische Hof in Gemeinschaft in Bezug auf die deutsche Frage durchzuführen gesonnen sind, indem für den Fall, als die Bevölkerung in Niederbayern Widerstand leisten wollte, die österreichischen Bajonnete den Mangel an Sympathie ersetzen werden. Die letzten Depeschen des Baron Prokesch aus Berlin sollen ziemlich kleinlaut seyn, denn in Preußen liegt der Ehrgeiz nicht im Monarchen, sondern in der Nation und diesem Ehrgeiz läßt sich auf diplomatischem Wege nicht beikommen. (D. f. Z.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 10. April. Der Kammerherr und Adjutant des Königs von Dänemark, Baron Zütphen-Adeler, der am 6. d. hier angekommen, ist am 7. vom dänischen Gesandten dem Könige vorgestellt worden, um ihm einen Brief des Königs von Dänemark zuzustellen. Nachdem er am 8. vom König und der Königin zur Mittagstafel gezogen, ist er gestern Morgen wieder nach Kopenhagen gereist, um sich von da ins königl. dänische Hauptquartier zu begeben. — Wie in privaten Kreisen verlautet, nimmt obenerwähnter Gesandte die Ueberzeugung mit, daß in diesem Jahre schwerlich eine Betheiligung Schwedens an der dänisch-deutschen Streitfrage zu erwarten steht, nachdem man auch hier erkannt hat, daß die Friedensunterhandlungen an Dänemarks Halsstarrigkeit gescheitert sind. Es sind bisher keinerlei Rüstungen in Angriff genommen. (B.-H.)

Sprech-Saal.

Hermann Kothe's Probevortrag im Katharinensaale, der von circa 800 Zuhörern (Herren und Damen) besucht war, und zu welchem sich sogar viele Personen aus umliegenden Städten eingefunden, hat ihm die allgemeinste Bewunderung so wohl in Betreff seiner außerordentlichen Gedächtnißstärke als seines meisterhaften und geläufigen Vortrages erworben. Häufiger langanhaltender Applaus bezeugte dies dem großen Künstler bei jeder einzelnen Produktion wie beim Schlusse der Soirée — nach welcher er noch in einer größeren Privatgesellschaft, zu welcher er eingeladen war, Gedächtnißproben anderer Art ablegte, indem er sich z. B. alle Anwesenden namentlich nur einmal vorstellen ließ, und dann, nachdem sie willkürlich ihre Plätze gewechselt, jeden Einzelnen richtig beim Namen nannte u. s. w. Seinen nächsten Vortrag, in welchem Herr Kothe das zum Grunde liegende System zugleich lehren wird, hält er am nächsten Dienstag.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Montagsblatt

zur Mittelfränkischen Zeitung.

№ 16. Nürnberg, 23. April. 1849.

Die Langeweile, der Spleen und die Seekrankheit.

(Fortsetzung.)

Beiläufig bemerke ich Ihnen noch, daß die Bänke zur Rechten des Sprechers von der ministeriellen Partei eingenommen werden, und daß auf der ersten Bank die Minister sitzen. Links vom Sprecher läßt sich die Opposition nieder. Die Mitglieder sprechen nicht von einer Tribüne, sondern von ihren Plätzen, indem sie sich von der Bank erheben und für die Dauer der Rede ihre Häupter entblößen.

Ich hoffe, daß Ihnen meine Schilderung klar ist. Wenn Sie als Fremder auf der Fremdengallerie sitzen, so sind Sie in dem umgekehrten Falle wie der Sprecher. Zu ihrer Linken haben Sie dann das Ministerium; zu ihrer Rechten die Opposition, und zwischen beiden Parteien durch, blicken Sie über den Tisch des Hauses hinweg, geradezu auf die große Nase des Sprechers.

„Verstanden!“ — unterbrach ich die Göttin, und weckte mich aus meinem Geistesschlummer durch ein großes Glas Portwein.

„O, selige Nächte habe ich schon in diesem Hause verlebt — “ fuhr die Langeweile fort, „denn die Sitzungen dauern häufig ihre 8 bis 10 Stunden und ziehen sich nicht selten bis 4 oder 5 Uhr Morgens hin. In solchen Fällen bin ich allmächtig. Die geduldigsten Mitglieder des Hauses bringe ich zur Verzweiflung; und die hitzigsten Redner zum Einschlafen. Mit Recht kann ich von den langen irischen Debatten sagen, daß sie diejenigen sind, in welchen ich eine fast unumschränkte Herrschaft ausübe, und ich habe nur zu bedauern, daß gewöhnlich die meisten ehrenwerthen Mitglieder davon laufen, wenn eine derartige Diskussion beginnt. Ja, die Engländer sind blasirt über das irische Elend; sie hörten es schon zu oft wiederholen, daß Paddy ein armer Teufel ist; es ist eine Sache, die sich von selbst versteht und Niemand begreift, warum man noch viele Worte darum verlieren soll.

Als der alte Daniel O'Connell noch lebte, da war freilich die Geschichte anders, denn König Dan war eine zu merkwürdige Persönlichkeit, als daß man nicht mit Aufmerksamkeit hätte zuhören sollen. Sowie er vom Sprecher das Wort erhielt, stürzte auch ein Thürsteher in den nächsten Konversationssaal, um den schwatzenden Mitgliedern die Wendung der Debatte anzuzeigen, und sofort füllten sich alle Bänke mit Zuhörern. Wie ein General auf dem Schlachtfelde, stand der alte Dan auf seinem Platze, und wenn er bald mit Donnerstimme den Engländern das Elend seiner Landsleute in's Gedächtniß zurückrief, und bald in süßen, melodischen Tönen von dem „Edelstein der See,“ von der „schönsten Insel der Welt“ lispelte, da schlief Niemand ein, da lauschte man jedem Worte, und selbst die Gegner konnten den Beifall nicht versagen.

König Dan war ein schlauer Mann. Er hing seine Advokatur an den Nagel und wurde Agitator, eine Beschäftigung, die ihm jährlich etwa 30 Tausend Pfund einbrachte. So lange die Agitation dauerte, so lange bezog Dan auch diese Rente, und es war daher ganz in seinem wohlverstandenen Interesse, daß er der Leidenschaft des Volkes nie zu sehr den Zügel schießen ließ, und nie den Versuch machte, die revolutionäre Bewegung und damit das Elend seiner Landsleute zum Schluß zu bringen. Leute, die nicht auf der Höhe ihrer Zeit stehen, könnten hieraus schließen, daß Dan eigentlich ein großer Schuft gewesen sey. — — Aber was wollen Sie? Dan war Geschäftsmann. Dan spekulirte in irischem Elend, und wenn sich auch die Irländer dazu gratuliren konnten, daß Dan endlich starb, und daß ihnen die Augen aufgingen, so verlor doch das britische Parlament jedenfalls einen Mann, der zu den besten Rednern gehörte. Ja, der alte Dan hat mir durch seine fulminanten Reden oft genug Eintrag gethan, und ich kann ihm nur deswegen verzeihen, weil er einst einen Streich beging, der das Haus für mehrere Tage langweiliger machte, als es vielleicht seit seinem Bestehen gewesen ist.

Die Sache verhielt sich nämlich einfach so, daß man O'Connell bei irgend einer Debatte durch allerlei Intriguen halb rasend gemacht hatte. Vergebens ließ Dan alle Minen springen, [illegible] seine Gegner wenigstens in etwa für seine Pläne zu interessiren — aber man lachte ihn aus und trieb ihn dadurch schließlich zu einer der schlimmsten Maßregeln, welche je dagewesen. Jedesmal nämlich, wenn die Verhandlungen ihren Anfang nahmen, erhob sich O'Connell von seiner Bank und bemerkte dem Sprecher, daß Fremde auf der Gallerie zugegen seyen, und daß er ihnen sofort befehlen möge, sich zurückzuziehen.

(Fortsetzung folgt.)

A r v e f u n d.

(Schluß.)

In der Nacht rückte Succurs ein. Unser Hauptmann kam mit der Hälfte seiner Schaar, während die andere Abtheilung in einem benachbarten Dorfe einquartirt war. Da gab es viele Störung und Unruhe, bis die gesammte Mannschaft in Scheunen und Ställen untergebracht war. Von Betten ist natürlich im ganzen Feldzuge niemals die Rede gewesen, und man schläft in der That auf dem bloßen Er-

boden, in den Mantel gewickelt und den Tornister zum Kopfkissen, ganz vortrefflich, sobald man nur einmal daran gewöhnt ist. Und so lagen denn die Bevorzugten des Korps in dem Observations-Zimmer, Mann an Mann, in buntester Mischung und der Hauptmann mitten unter ihnen, im tiefsten Schlafe bis zum Morgen. Eine einzige, wohlgezielte Kugel vom Kutter hätte uns alle unter den Mauern des leichtgebauten Hauses begraben können, aber wir dachten nicht einmal an die Gefahr. Es war aber dies, wenn auch zum guten Theile, doch nicht ganz und gar ein lieber Leichtsinn, sondern wir hatten die Bürgschaft des Wortes unseres Ober-Generals Wrangel. Der hatte an den dänischen Admiral geschrieben: „Für jedes Haus, das Ihr an der schleswig'schen Küste schädigt, brennt ein Dorf in Jutland" — und ein Wrangel hält sein Wort!" Was hätten wir da zu fürchten gehabt?

Wir früher Angekommenen hatten viel zu thun, um den Kameraden unsere Lage zu erklären, die Begebenheiten des vorigen Tages zu erzählen und in eifersüchtiger Aufsicht die Priorität der Bekanntschaft mit den beiden liebenswürdigen Dänenmädchen, welche heute bei vermehrter Arbeit in der Küche helfen mußten, geltend zu machen. Aber diese schienen unser historisches Recht nicht anerkennen zu wollen, und unterhielten sich weit lieber mit ihren Landsleuten oder mit einigen hübschen, unbärtigen Jungen, welche unter den Nachgekommenen sich befanden. Ein plötzliches Ereigniß störte aber alle Vorbereitungen zur Idylle. Eine schwarze Dampfsäule, längst schon am südlichen Horizonte von den weithin ausgestellten Wachen beobachtet, näherte sich mehr und mehr, und bald war ein mächtiges Dampfboot erkennbar, das in majestätischer Ruhe und Pracht gerade in den Kanal zwischen der Insel Aroe und der Küste einfuhr. Da galt es! Rasch, aber vorsichtig, wie die Katzen, rückten zuerst die Wachen aus dem Park dicht an das Ufer des Meeres und warfen sich hinter die Wälle der niederen Dünen; über die Hecken sprangen da und dort die flinken Schützen; in wenigen Augenblicken, wie durch einen Zauber, war, vom Meere aus unsichtbar, der ganze Strand von einer Kette von Büchsenschützen bewacht. Arglos brauste das große Dampfboot näher und näher — es war der »Hekla« und trug als Kommandeur den Contre-Admiral Steen Bille — sein ganzer Verdeck war voll Menschen — jetzt konnte er höchstens drei- bis vierhundert Schritte vom Lande entfernt seyn — da knallte die erste Büchse, und wie ein Rottenfeuer entluden sich unsere treuen Rohre, und es war wirklich spaßhaft zu sehen, wie des Schiffes Verdeck nun auf einmal leer war, wie gekehrt. Wie wir später vernahmen, tödteten unsere Kugeln zwei Mann, verwundeten den Kommandeur an der Schulter und außerdem noch Mehrere der Mannschaft. Der »Hekla" hielt — während wir wieder luden, donnerte es aus seiner Seite — pfeifend, prasselnd und zischend mit infernalischem Getöse fuhr eine Kartätschen-Ladung unschädlich über uns hinweg. Wir erwiderten, hinter dem Walle emporspringend, mit frohem Hurrah den Feindesgruß und sandten unsere schwachen Geschosse als Gegengabe — der „Hekla" warf dann eine achtzigpfündige Bombe, die über unseren Häuptern platzte, aber ebenfalls ohne Wirkung blieb. Der kleine Kutter hatte sich inzwischen gedreht, und plötzlich fuhren die dreipfündigen Paßkugeln aus seinem Rumpfe, wie mordgierige Schlangen — das Gefecht entspann sich. In diesem Augenblicke belebte sich auch der erhöhte Hintergrund der Strand-Landschaft; die zweite Abtheilung unserer Freischaar rückte in geschlossenem Laufe herbei zu unserer Hülfe; in der Schußweite der Schiffe zertheilte sie sich in eine lange Kette von Plänklern. Das war ein Glück, denn im gleichen Moment schleuderte der „Hekla" eine doppelte Kartätschen-Ladung den Ankommenden entgegen — eine Beklemmung überfiel unsere Brust, als wir viele derselben fallen sahen; aber sie wich fröhlichem Lachen, als Alle wieder munter aufsprangen und uns entgegen liefen. Neunmal bombardirte uns der „Hekla", unterstützt von dem Kutter — dann aber fand er es für gut, umzuwenden, und er ging den Weg zurück, den er gekommen, verfolgt von unserem freudigen Jauchzen. Keiner der Unsrigen war zu Schaden gekommen. — Die ganze Freischaar blieb von nun an zusammen in Aroesund. Man richtete sich theils im Freien, die Witterung war sehr mild, theils in den Gebäulichkeiten ein, so gut oder schlecht es anging; es wurden Boten in die Nachbarschaft gesendet, um den nöthigen Proviant durch Requisition zu beschaffen, und zugleich ward eine regulirte Wache und Strand-Patrouille ins Leben gerufen. Unsere Schiffsleute unter ihrem „Kapitän" arbeiteten unverdrossen in einer Scheune, in welche kein Anderer dringen durfte, und wer gar nichts zu thun hatte, schlief auf einem Bund Stroh oder suchte ein paar Kameraden, um das edle Spiel „Landsknecht" mit ihnen zu spielen. Am Nachmittag meldete die Wache ein von Norden kommendes Schiff. Es war eine Brigg, welche augenscheinlich den Kanal bei Aroe passiren wollte. Da man nicht wissen konnte, was dieselbe im Schilde führe, so wurde die Scharfschützen-Kompagnie des Korps auf den Hafendamm beordert. Dieser von mächtigen Steinen wallartig gebaut, erstreckt sich, in rechtem Winkel die zwei Seiten eines Vierecks bildend, etwa 100 Schritte weit in das Meer; der Kutter lag in ganz gerader Linie gegenüber. Kaum sah der letztere die Besatzung des Dammes, als er augenblicklich eine Kanonade gegen sie eröffnete. Seine leichten Paßkugeln fuhren mit ungemeiner Präcision des Zieles vor uns in die Steinmauer, prallten in die Höhe, sprangen auf der Oberfläche des Wassers in Prellsätzen dahin, zerschmetterten ein abgetakeltes Boot, das im Hafen geborgen war; aber keine einzige traf uns, die wir ziemlich sicher hinter dem Damm lagen und zuweilen, nur zum Hohne, unsere Büchsen abschossen, Hurrah riefen und mit furchtbarer Anstrengung unser „Schleswig-Holstein meerumschlungen" brüllten. Endlich ward uns der Spaß doch langweilig, aber das Umkehren war nunmehr schwer, weil der Feind den ganzen Seitendamm, den wir passiren mußten, bestrich. Nachdem er uns aber zwei Stunden lang unausgesetzt beschossen, wagten wir ungeduldig einzeln, Einer nach dem Andern, den Rückzug, und gelangten auch sämmtlich unverletzt auf Terra firma. Hier war aber unser Erstes, eine schwarz-roth-goldene Fahne zu verfertigen, und sie allsogleich an einem Flaggenstocke an der Spitze des zweiten Hafendamms zu erheben, dem rothen Orlog des Kutters Trotz. Sie flatterte gar lustig in der Seebrise, und obgleich der Feind unzählige Mal sie zur Zielscheibe wählte, hat er sie doch niemals getroffen. Aufgezogen wurde sie am 20. Mai 1848 — es war jedenfalls die erste deutsche Flagge, die herausfordernd einem fremden Kriegsschiff entgegen wehte.

Zehn Tage blieben wir in Aroesund. Immer über den andern Tag kam ein Kriegs-Dampfboot, einmal der »Hekla" das nächste Mal der »Skirner«, und warf uns im Vorüberfahren ein paar Ladungen Kartätschen und Bomben zu. Der

»Stirner« brachte zunächst im Schlepptau ein tüchtiges Kanonenboot, das sich seitwärts vom Kutter unter Anker legte. Ersterer, »Neptune«, beschoß uns, sobald wir uns in einiger Zahl am Strande blicken ließen. Einem unserer Kameraden nahm eine Kugel das Bein weg, mehrere Andere wurden mehr oder minder erheblich verwundet. Das alles störte aber unsere Freude in der reizenden Umgebung und das traulich vergnügte Zusammenleben in Aroesund nur wenig. Gleichgesinnte Freunde hatten da Muße zu innigem Verkehr, es fehlte weder an leiblicher noch geistiger Nahrung. Die erstere schaffte das Zauberwort: Requisition, und die wohlversehenen Keller des Gastwirths Friderici, natürlich nur gegen Bezahlung, die letztere kam aus der zurückgelassenen Bibliothek des Agenten Brunn oder vielmehr seiner schönen Töchter, in deren verlassenem Hause wir es uns nach Kriegersitte bequem gemacht hatten. Von Hadersleben, wo wir lange genug im Quartier gestanden, um anhängliche Freunde zu haben, erhielten wir mancherlei schönen Besuch, und gar oft ward der Abend im heitersten Uebermuth bei der dampfenden „Kriegsbowle" hingebracht.

Eines Tages war unter den Gästen in Aroesund auch ein langer, knochiger Graukopf, dessen finstere Züge und sonderbare Gestalt Vielen von uns auffielen. Indessen wurde der Mann von dem leichtsinnigen Völkchen nicht weiter beachtet. Zu unserer Beschämung mußten wir am anderen Tage hören, Laurig Skau sey einen halben Tag lang in unserer Mitte gewesen. Dieser merkwürdige Führer der dänischen Partei in Schleswig hat den Deutschen mehr zu schaden gewußt, als ein Heer. Er ist ein Dichter, Improvisator wie der Ettrikschäfer Hochschottlands, durch und durch ein Bauer, aber mit glühender Phantasie begabt, ungewöhnlich gebildet und von einer unermeßlichen Macht der Persönlichkeit auf seine bäuerlichen Landsleute. Wo er spricht, da wagt es Niemand zu widersprechen, wo er zu den Waffen ruft, da lodert der Fanatismus zu wildem Feuer empor, und da seine Widersacher wenigstens ihm vorwerfen, daß er kein Verbrechen scheue, um zum Ziele zu gelangen, so wollen sie auch wissen, er habe eigenhändig gar oft den rothen Hahn auf die Dächer Deutschgesinnter geworfen. Solcher Männer gibt es nicht viele in den Herzogthümern.

Der eigentliche Zweck unseres Aufenthaltes in Aroesund, die Wegnahme des Kutters, welche selbst im günstigen Falle mindestens zwei Drittheilen unserer Truppe das Leben gekostet haben würde, ward ebenfalls durch Verrätherei vereitelt. Schon war die Nacht zu dem Unternehmen anberaumt — es fehlten nur noch einige Boote. Im geheimen Kriegsrath, dem nur die Seefahrtkundigen und die Führer beiwohnten, ward beschlossen, daß einer der letzteren in der Nacht nach der Insel Aroe schwimmen und sich eines oder zweier der daselbst in großer Anzahl am Strande im Wasser liegenden Boote bemächtigen sollte. Dieser Beschluß war Morgens gefaßt worden, am Abend aber hatten die Fischer in Aroe ihre sämmtlichen Boote aufs Land gezogen, fortgeschafft, und waren beschäftigt, am Landungsplatze einen starken Wall zur Vertheidigung aufzuwerfen. Hier konnte nur Verrath im Spiele seyn, und der Verdacht fiel sogleich auf einen dänischen Matrosen, Rote, der vor einiger Zeit sich unter uns hatte anwerben lassen. Er ward streng beobachtet und schon nach zwei Tagen sein verrätherischer Verkehr mit den Bewohnern der Insel nachgewiesen. Er ward als Spion gefangen genommen und nach Rendsburg abgeliefert. Dort ist ihm der Prozeß gemacht und er erschossen worden. Er hatte den Plan unseres Hauptmanns vollständig dem Feinde verrathen, und in Folge davon brachte der „Stirner" das Kanonenboot, welches dessen Ausführung ganz unmöglich machte.

Am 23. Mai wurden wir nach Flensburg abgerufen. Am Tage vor unserem Marsche sandte Aldosser einen Parlamentär nach dem Kutter und lud die Offiziere desselben und des Kanonenboots zu einem Weinpunsch ein. Sie gaben eine sehr höfliche, aber abschlägige Antwort. Nicht ohne Wehmuth schieden wir von dem schönen Aufenthalte — auch Thränen fehlten bei dem Abschiede nicht und wir nahmen die Erfahrung mit, daß die Dänenmädchen den Deutschen im Grunde gar nicht so böse sind, als es wohl Anfangs zuweilen den Anschein hatte. — —

Aroesund ist jetzt ein Trümmerhaufe. Aldosser kehrte mit seiner Freischaar und einer Batterie Zweiunddreißigpfünder dahin zurück, bohrte den „Hekla" in den Grund, fügte den dänischen Schiffen vielen Schaden zu, konnte aber nicht verhindern, daß diese, Wrangel's Versprechen gar nicht beachtend, die ganzen Gebäude der Besitzung zusammenschoßen. Unter den vielen Opfern, welche die Katastrophe forderte, war auch die von einer Kugel zerschmetterte Frau Friderici, die Gattin des Wirthes, der selber, wenige Stunden nach unserem ersten Abmarsche, von den oberhalb gelandeten Dänen gefangen genommen und als Geisel nach Alsen geschleppt worden war. Stine und Else waren schon vorher verschwunden gewesen — es war unheimlich geworden in den einst so heiteren Räumen, und froh war Jedermann, als der Signalist zum letzten Male das Zeichen gab zum Rückzuge aus Aroesund.

Oeffentliche und mündliche Bezirks-Gerichts-Verhandlungen in Nürnberg.*)

Sitzung vom 14. April 1849.

Beginn der Verhandlung um 8 Uhr Morgens unter dem Vorsitz des Kreis- und Stadtgerichtsdirektors Dr. Seuffert; — Staatsanwalt Assessor Dr. Kalb; — Vertheidiger des Angeklagten, Anwalt Dr. Lindner.

Der Angeklagte ist ein 30 Jahre alter, verheiratheter Bauer von [illegible]dorf und nach dem Vortrage des Gerichtspräsidenten des Verbrechens der Körperverletzung — verübt an seinem Schwiegervater, am 3. August 1848 — beschuldigt.

Nach einer eindringlichen Rede des Vorsitzenden an die Zeugen über die Heiligkeit des Eides wurde der Angeklagte vernommen. Dieser gestand unumwunden zu, daß er seinem Schwiegervater „in einer Rauferei" veranlaßt durch sein und seines Bruders Erscheinen im Hause des Ersteren den Arm abgeschlagen habe. Die Aussagen der 8 Beschädigten und der 8 Entlastungszeugen gingen aber darauf, der Beklagte sey mit seinem Bruder in das Haus seiner Schwiegereltern gedrungen und beide hätten dort vorbedächtlich Gewaltthätigkeiten gegen diese verübt, dann die Leute aus dem Hause geschleppt und nun sey die Verletzung von dem Beklagten mit einem Bütt-

*) Wir werden wöchentlich eine kurze Uebersicht dieser Verhandlungen bringen, wenn die zur Aburtheilung kommenden Fälle nicht gänzlich ohne Interesse sind. Die Red.

verholz geschehen, während er seinem Bruder zugerufen habe:

„Deiz hauts zou, kost's wos kost!"

Die Entlastungszeugen brachten nur sehr schwache Beweise, daß der Beklagte Spuren von Schlägen an sich getragen und der Staatsanwalt, beantragt den Beklagten des Verbrechens der Körperverletzung im I Grade schuldig zu erkennen und in Betrachtnahme mildernder Gründe zu der geringsten, in dem betreffenden §. des Strafgesetzbuches ausgesprochenen Strafe, also zu 1 Jahr Gefängniß zu verurtheilen.

Die treffliche Vertheidigung des Anwalt Dr. Lindner, der mit ergreifenden Worten an die Herzen der Richter appellirte und seinen Klienten als theilweise unzurechnungsfähig betrachtet wissen wollte, bezweckte die Anwendung des §. Artikels 3 des Ges. vom 29. Aug. 1848, nach welchem das geringste Strafmaß von 3 Monaten erkannt werden sollte. Der Staatsanwalt entgegnete, daß man demnach den Beklagten als blödsinnig erkennen müßte, was er jedoch keineswegs sey. Hierauf machte der Vertheidiger von seinem Rechte des letzten Wortes Gebrauch und bemerkte, daß Blödsinnige nicht vor den Schranken eines Gerichts erscheinen.

Die Richter zogen sich nun zur Berathung zurück, und die Verkündigung des Urtheils wurde wegen vorgerückter Zeit auf Nachmittag halb 4 Uhr festgesetzt.

Es wurde um halb 5 Uhr vom Gerichtspräsidenten verkündigt und lautete in Anerkennung der Beweisführung des Staatsanwalt, daß der Beklagte ohne Nothwendigkeit der Gegenwehr fortgesetzte Mißhandlung verübte und der geführte Schlag eine 42tägige Arbeitsunfähigkeit herbeigeführt habe, — der Beklagte sey des Verbrechens der Körperverletzung im I. Grade schuldig, und habe dasselbe mit 1 Jahre Arbeitshaus abzubüßen. Zu bemerken ist noch, daß der Beklagte auf die Frage, welche Religion? zur Antwort gab: „ich bin ein Christ", und fest auf dieser Antwort beharrte, die der Vertheidiger als einen Beweis für die geringe Verstandesbildung seines Clienten angesehen, — der Staatsanwalt hingegen ganz anders aufgefaßt wissen wollte.

Rührend war die Bitte der Schwiegermutter des Beklagten um ein gnädiges Urtheil über ihren Eidam, den auch der Beschädigte selbst als einen an sich nicht bösen Menschen schilderte, der nur in der Wuth der rohen Leidenschaft und unter dem Einfluß von unaufhörlichen Hetzereien die That verübt habe.

Sitzung vom 18. April 1849.

Beginn der Sitzung Morgens 8 Uhr. Vorsitzender Kreis- und Stadtgerichtsrath Freih. von Tucher, Staatsanwalt Assessor Dr. Kalb, Vertheidiger Anwalt Dr. Lindner.

Der zweite Akt eines Dramas, dessen erster schon in der Sitzung vom 14. Febr. d. J. beendigt wurde, kam heute vor die Oeffentlichkeit. Einem Holzhauer von Lauf am Holz wurden im Oktober v. J. 225 fl., sein sauer erworbenes ganzes Vermögen entwendet. Sein, wie sich später erwies, gegründeter Verdacht fiel auf seine beiden Knaben, deren einer 16, der andere 13 Jahre zählte. Der ältere ergriff, als der Diebstahl ruchbar ward, sogleich die Flucht, den jüngeren aber suchte der Vater durch Schläge mit einer Peitsche zum Geständniß zu bringen, was ihm auch in soweit gelang, daß ihn der Knabe nach dem Orte führte, wo das Geld versteckt seyn sollte. Es fand sich jedoch nach mehrstündigem Herumsuchen nichts und der Vater züchtigte nun nach der Heimkehr den Knaben mit einem lederumwundenen Geißelstiel auf wahrhaft barbarische Weise. Nach seiner Aussage soll der Knabe jedoch erst nach mehreren Tagen über Unwohlseyn geklagt haben, dann in ein Fieber verfallen und endlich gestorben seyn.

Aus dem ärztlichen Befundprotokoll ergab sich, daß der Leichnam mit einer Menge Wunden bedeckt war, welche zum Theil schon in Brand übergegangen waren, und in denen sich sogar Maden vorfanden, und der Gerichtsarzt erklärte, daß der Tod absolut durch die erlittene Mißhandlung herbeigeführt wurde. Die Aussagen der Belastungszeugen, unter denen die Gattin des Beklagten, erwiesen sich zum Theil als widersprechend und verworren, besonders die eines im Hause desselben wohnenden Taglöhners, dessen an Blödsinn grenzende Verstandesschwäche seine Vernehmung sehr erschwerte. — Interessant war die gelehrte Beweisführung des Professor Dr. Dietz, daß die Verletzung nicht absolut tödlich, sondern wohl erst durch Vernachlässigung des Kranken dazu gemacht worden sey. Der Staatsanwalt trug unter Anwendung des Gesetzes vom 29. August 1848 (und in Betrachtnahme mildernder Umstände auf Absatz 2 desselben) auf Verurtheilung des Verbrechens der Körperverletzung mit erfolgtem Tode — doch unter Mangel der Ueberlegung — zu 3jähriger Arbeitshausstrafe an.

Der Vertheidiger wies besonders darauf hin, daß der Angeklagte im zurechtfertigenden äußersten Zorne und ohne mindeste Absicht der Tödtung die That begangen habe. Zorn aber sey partieller Wahnsinn, das thierische Element verdränge hier das geistige und in Betrachtnahme des erschütternden, verwirrenden Schmerzes über den Verlust seines sauer erworbenen ganzen Eigenthums und über die verbrecherische That seiner beiden Söhne, der seinen verderblichen Einfluß auf den unglücklichen Vater geltend machte, sey die Anwendung des angezogenen Gesetzes selbst gemildert zu hart, und er trage daher, wenn sich der Richter nicht zu völliger Freisprechung seines Clienten entschließen könnte, wenigstens auf bedeutende Herabsetzung des Strafmaaßes an. Nach einer Entgegnung des Staatsanwalts, welche der Vertheidiger energisch zurückwies, wurde, — da die Zeit weit vorgerückt war, — (die Sitzung dauerte bis 2 Uhr Nachmittags) — wurde die Urtheilsverkündigung auf Abends 5½ Uhr angesetzt. Das Gericht erkannte den Beklagten des angeschuldigten Verbrechens nach dem Antrage des Staatsanwalts vollkommen schuldig, und sprach unter Darlegung der Gründe das Urtheil auf 3 Jahre Arbeitshaus. Die Kosten fallen bei der erwiesenen Mittellosigkeit des Verurtheilten dem Staate anheim.

Zu bemerken ist noch, daß der Prozeß erst vom Appellhofe und nach eingelegter Nichtigkeitsbeschwerde auch vom Oberappellgericht der öffentlichen Sitzung des k. Kreis- und Stadtgerichts Nürnberg zugeschoben wurde, indem dasselbe das Verbrechen eines Todtschlags im betreffenden Falle nicht fand, sondern die Arbeitshausstrafe als ordentliche Strafe in demselben erkannte.

Druck und Verlag von Wilhelm Tümmel S. Nr. 544 am Kalkhaus.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 24 April 1849. **№ 114.** **Dienstag: Georgius.**

Deutsche Staaten.

* **Nürnberg**, 23. April. Dem Vernehmen nach wollen die volksthümlichen Abgeordneten der bayer. Kammer am 1. Mai in Nürnberg zusammenkommen, *) um gleich den Hannoveranern die Staatsregierung gemeinschaftlich aufzufordern, in dem jetzigen wichtigen Augenblicke das Land nicht länger unvertreten zu lassen. Zugleich wollen bei dieser Gelegenheit die Abgeordneten auf geeignete Weise ihre zustimmende Gesinnung aussprechen in Betreff der deutschen Reichsverfassung, wodurch der Plan der bayer. Regierung vereitelt würde: der National-Versammlung und dem ganzen deutschen Volke den Ausdruck der bayer. Volkskammer in diesem Betreff vorzuenthalten. (Brav! Ihr Abgeordneten der Linken und des linken Zentrums!)

Würzburg, 21. April. Von einer großen Anzahl hiesiger Einwohner wurde an das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten unserer Stadt der Antrag gestellt, dasselbe möchte, in Berücksichtigung des zu erwartenden guten Erfolgs, wenn ganze Korporationen den Willen des Volkes den Regierungen gegenüber aussprechen, im Verein mit dem Magistrat an Se. Maj. den König die Bitte stellen, derselbe möge 1) den nun zum dritten Male vertagten Landtag sogleich einberufen, 2) die von der verfassunggebenden deutschen Reichsversammlung in Frankfurt in zweiter Lesung beschlossene und verkündigte Reichsverfassung nebst dem Reichswahlgesetz auch für das Königreich Bayern als endgültig und verbindlich erklären und 3) jeder Abänderung dieser Verfassung und des Reichswahlgesetzes, welche auf andere, als die in jener selbst bestimmten Weise etwa versucht werden sollte, den entschiedensten Widerstand entgegensetzen. Dieser Antrag wurde von dem Kollegium der Gemeindebevollmächtigten einstimmig angenommen, die Dringlichkeit desselben unterstützt und zugleich der Beschluß gefaßt, daß, wenn der Magistrat auf die beantragte Adresse an den König etwa nicht eingehen sollte, dieselbe von dem Kollegium der Gemeindebevollmächtigten allein zur Durchführung gebracht werden soll. Würzburg geht hier den Schwesterstädten Bayerns mit einem guten Beispiel voran, möge dasselbe schleunigst überall Nachahmung finden; der Erfolg wird dann ein segensreicher seyn. (N. W. Z.) (Nürnberg ging in dieser Sache voraus, nur sind die Würzburger etwas energischer aufgetreten.)

Rastatt, 18. April. Frau Struve will, so lange Struve noch hier in Haft bleiben muß, ihren Aufenthalt hier nehmen. Sie, wie ihr Gatte, werden von den Militär- wie Civilbehörden sehr human behandelt und ihrem täglichen Zusammenkommen wird nicht die mindeste Schwierigkeit in den Weg gelegt. (Frb. Z.)

Donaueschingen, 16. April. Die allgemeine Stimmung in unserer Gegend ist ernst und so, daß eine Verkümmerung der Frankfurter Verfassung alle Parteien vermischen und die Gesammtbevölkerung zu ihrer Vertheidigung vereinigt finden würde. Behüte uns der Himmel vor der Nothwendigkeit einer solchen Gestaltung der Dinge. Möge die vielverkannte Mehrheit unserer Nationalversammlung festen Muthes zu ihrem Werke, der Hoffnung unserer Zukunft, stehen, sie wird sich in dem großen Mehr der Nation nicht täuschen und auch das badische Oberland zu jedem Opfer entschlossen finden. (S. M.)

Frankfurt, den 21. April. [Amtliches.] An das Reichsministerium des Krieges sind mehrfach Anfragen gerichtet worden, an wen die für verwundete deutsche Krieger in Schleswig bestimmten Verbandstücke und Charpie abgegeben werden könnten. Es wird daher zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß alle für diesen Zweck von menschenfreundlicher Hand gewidmeten Gegenstände in dem Centralbüreau des Reichskriegsministeriums dankbarst übernommen, und von demselben an die Operationsarmee in Schleswig werden schleunigst befördert werden. (Frkf. O.-P.-Z.)

Frankfurt, 19. April. Die »Darmstädter Zeitung«, das Organ der großherzogl. hess. Regierung, publicirt heute in einer besonderen Beilage die »Verfassung des deutschen Reichs«, wie dieselbe durch die deutsche verfassunggebende Nationalversammlung beschlossen und verkündigt wurde. Es ist dies, unseres Wissens, die erste Publikation des schönen deutschen Verfassungswerkes durch ein offizielles Regierungsorgan.

Hamburg, 18. April. Gestern ist der von Frankfurt als Kurier angekommene großh. hessische Major du Hall mit einem Extrazuge nach Norden befördert worden. Er soll sich dahin ausgesprochen haben, daß die energischste Fortsetzung des Krieges gegen Dänemark beabsichtigt werde. (B.-H.)

Wiesbaden, 20. April. In der gestrigen Sitzung unserer Ständekammer berichtete Heydenreich als Ausschußmitglied über die deutsche Verfassungsangelegenheit. Nach dem Vorschlag der Kommission erklärte sich in feierlicher Erhebung die ganze Kammer für die unbedingte Anerkennung der vom Frankfurter Parlament geschaffenen deutschen Reichsverfassung, und beauftragte ihr Bureau, diesen einstimmigen Beschluß der nassauer Kammer schleunigst an die Nationalversammlung abgeben zu lassen. (Frkft. J.)

---

*) Anmerkung der Red. Unsere fränkischen Abgeordneten werden nicht zurückbleiben, wenn es gilt, der Regierung zu sagen, was das fränkische Volk will. Die Anregung zu dieser Zusammenkunft soll von den zur Zeit in Müchen anwesenden Abgeordneten: Schmitt aus Nürnberg, Kolb aus Straubing, Binder und Scharpff, auf Vorschlag des ersteren ausgegangen seyn. — Mögen nun diejenigen, welchen die Ausschreibung der Zusammenkunft übertragen wurde, nicht zögern, damit die bayerische Regierung baldigst klar sehe, was das Land von ihr erwartet.

†*† **Berlin**, 20. April. Die beiden Anträge in der deutschen Frage, welche der Berathung in der zweiten Kammer harren, sind von den niedergesetzten Kommissionen verworfen. Hr. v. Vincke ist für beide Berichterstatter. Die Sitzungen, in welchen die Berathung erfolgen wird, werden, wie sich voraussehen läßt, zu den stürmischsten gehören, wenn anders die Verhältnisse, bis die Sachen zur Diskussion kommen können, sich nicht dergestalt geändert haben sollten, daß ein neuer der Uebereinstimmung sicherer Weg die Kammern der Besprechung dieser Vorlagen gänzlich überhebt. Die Dringlichkeit des Rodbertus'schen Antrages ist von der Kommission mit 11 gegen 9 Stimmen für nicht vorhanden erklärt worden. Die Mehrheit glaubt erst das Resultat der in Folge der Note vom 3. April gepflogenen Verhandlungen abwarten zu müssen. Die Minderheit glaubt gerade darin, daß jenes Resultat unbekannt und zweifelhaft ist, eine dringende Veranlassung finden zu müssen, mit den Ansichten der Kammer in dieser wichtigsten Angelegenheit des gesammten Vaterlandes hervorzutreten. In der Sache selbst wird der Antrag: die von der deutschen Nationalversammlung beschlossene Verfassung als rechtsgültig anzuerkennen für materiell und formell unbegründet erachtet: materiell, weil nach Maaßgabe der Bundesbeschlüsse vom 30. März und 7. April v. J. die deutsche Nat.-Vers. nur befugt sey, das Verfassungswerk zwischen den Regierungen und dem Volke zu Stande zu bringen; formell, weil Art. 111 der Verfassung vom 5. Dezember dem Könige Abänderungen des Verfassungswerkes vorbehalten sind. „Ist nun aber — heißt es in dem Kommissionsbericht — ohne die Zustimmung der betreffenden Regierungen die deutsche Verfassung für dieselben nicht verbindlich, so ist der Fall rechtlich möglich, — und er ist, wie aus den neuesten Erklärungen der österreich. Regierung erhellt, in Bezug auf Oesterreich faktisch eingetreten — daß einzelne Staaten der deutschen Reichsverfassung zur Zeit sich entziehen und dem durch dieselbe zu begründenden Bundesstaate sich nicht anschließen. In diesem Falle würde derselbe, wie auch die hohe Kammer bereits in der Antwortsadresse auf die Thronrede unterstellt hat, nur für diejenigen deutschen Staaten, welche sich ihm freiwillig angeschlossen haben, für jetzt zu Stande kommen, während den übrigen der Beitritt jederzeit freistände, und so lange bis derselbe erfolgt, es für sie mindestens bei den durch die Bundesakte von 1815 begründeten Rechten und Verbindlichkeiten verbliebe."

Im Uebrigen tadelt er die Kommission, daß die preuss. Regierung nicht die Annahme der Oberhauptswürde unter Voraussetzung der Zustimmung der deutschen Regierungen erklärt hat. Die Begründung ist dieselbe, durch welche Hr. v. Vincke seine Tagesordnung gegen seinen eigenen Antrag vom 3. April rechtfertigte. Die bereits bekannt gewordenen Anträge der Kommission sind mit 13 gegen 7 Stimmen (welche letzteren aus den wieder die Dringlichkeit angeführten Gründen sich dagegen aussprechen zu müssen glaubten) der Kammer zur Annahme empfohlen. Den Schulze'schen Antrag auf Publikation der Grundrechte erklärt die Kommission zwar für dringlich, sie kann ihn aber nicht befürworten. Sie bestreitet nicht nur die Pflicht der Regierung zur Publikation der Grundrechte, sie bezweifelt auch ihre Befugnisse. Einen Antrag hat die Kommission nicht gestellt.

[Amendement zu dem dringlichen Antrage des Abgeordneten Rodbertus.] Für den Fall, daß die Hohe Kammer die Dringlichkeit dieses Antrags anerkennen sollte, möge dieselbe beschließen: In Erwägung, daß Se. Maj. der König in der der Deputation der deutschen Nationalversammlung ertheilten Antwort, die ihm angetragene Uebernahme der Würde eines Oberhauptes an die Bedingung des freien Einverständnisses der deutschen Regierungen geknüpft; das k. Staatsministerium aber in der Cirkularnote vom 3. d. M. dies näher erläuternd ausdrücklich erklärt, daß Se. Maj. der König bereit sey, an die Spitze desjenigen deutschen Bundesstaates zu treten, der aus den Staaten sich bildet, welche demselben aus freiem Willen sich anschließen, in fernerer Erwägung aber, daß die überwiegende Mehrzahl der deutschen Regierungen in Folge der durch die obenerwähnte Cirkularnote von Seiten Preussens an sie ergangenen Aufforderung nicht nur sich bereit erklärt hat, die von der deutschen Nationalversammlung beschlossene Verfassung unverändert anzunehmen, sondern auch ihr freies Einverständniß dahin zu erkennen gegeben hat, daß Se. Maj. der König die ihm auf Grund dieser Verfassung angetragene Würde eines Oberhauptes des deutschen Bundesstaates annehmen möge, und in endlicher Erwägung, daß bei den Verwickelungen der europäischen Verhältnisse und der eigenen Lage des Vaterlandes die baldige Verwirklichung eines den Erwartungen des deutschen Volkes entsprechenden Rechtszustandes in Deutschland dringendes Bedürfniß ist, erklärt die Kammer, daß sie nunmehr den Augenblick für gekommen erachtet, in dem auch von Seiten Preussens die Annahme der deutschen Verfassung erfolgen könne; sowie, daß sie demnach den Wunsch hege, daß Se. Maj. der König sich der Uebernahme der ihm von Seiten der deutschen Nationalversammlung und der deutschen Regierungen auf Grund dieser Verfassung angetragenen Würde eines erblichen Oberhauptes des deutschen Bundesstaates nicht länger entziehen wolle.

Berlin, 19. April. Gestern erzählte man sich, daß der König beschlossen habe, die Kaiserkrone auf Grund der Reichsverfassung anzunehmen, mit der Bedingung, daß er die Verfassung nicht zu beschwören habe, bevor sie revidirt sey. Diese Nachricht war gestern gewiß. Heute Morgen ist wieder Ministerrath gehalten worden; was heute gewiß ist, habe ich nicht in Erfahrung bringen können. (N. M. Z.)

Schleswig, den 18. April. Im Anfang der heutigen Sitzung

der Landesversammlung erhielt der Departementschef v. Harbou das Wort: Von mehreren Bevollmächtigten deutscher Staaten und auch von dem schleswig-holsteinischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt sey eine Kollektiverklärung abgegeben. Der schleswig-holsteinische Bevollmächtigte habe ferner nachstehendes Separatvotum dem Bevollmächtigten der preussischen Regierung, Camphausen, übergeben. „Ew. Exzellenz habe ich die Ehre, die ergebenste Mittheilung zu machen, daß meine Regierung, im Hinblick auf die obwaltenden Umstände und zur möglichsten Förderung der Verwirklichung des deutschen Verfassungswerkes, die von der Nationalversammlung beschlossene Reichsverfassung anzuerkennen, keinen Anstand nimmt. Sie giebt sich der Hoffnung hin, daß die Mängel und Fehler der Verfassung, die auch ihrerseits nicht verkannt worden, durch eine verfassungsmäßige Revision und Abänderung demnächst werden beseitigt werden, findet es indessen bedenklich, die Anerkennung der Verfassung an die Bedingung sofortiger Modifikationen zu knüpfen. — Ich bin ferner ermächtigt, hinzuzufügen, daß die erbliche Verbindung der deutschen Kaiserwürde mit dem preussischen Königshause von meiner Regierung als im hohen Grade erwünscht betrachtet wird, und gestatte mir, auf die von mehreren Bevollmächtigten deutscher Staaten unterzeichnete Erklärung Bezug zu nehmen. — Ich ergreife diese Gelegenheit, um die Versicherung der vorzüglichsten Hochachtung zu erneuern. Der Bevollmächtigte der Statthalterschaft für die Herzogthümer Schleswig-Holstein bei der Centralgewalt. Frankfurt am Main, den 14. April 1849."

(Alton. M.)

Stuttgart, den 21. April. In der Angelegenheit der Ministerkrisis verlautet nichts, man weiß zur Stunde nichts Bestimmtes, wohl aber ist die Aufregung von Stadt und Land seit gestern früh zusehends gestiegen, und die Erklärungen in der bekannten Sache für die Reichsverfassung werden immer allgemeiner unter allen Ständen. Gestern Nachmittag von 1 Uhr an bis tief in die Nacht war eine ungeheuere Menschenmenge auf den Straßen der Stadt im lebhaftesten Verkehr, sich um den Stand der Angelegenheit, welche die Herzen Aller erfaßt, erkundigend. Wir haben nirgends Störung der Ruhe wahrgenommen. Ganz besonders drängte sich Alles zu den beiden Sitzungen der Abgeordneten. Um 2 Uhr war eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung des vaterländischen Vereins auf dem Museum.

Ebendort und auf dem Bürgerhaus fand eine andere Adresse an den König zahlreiche Unterschriften, welche die bekannte Bitte stellt, und den durch eine ablehnende Erklärung herbeigeführten Rücktritt der jetzigen Minister als das größte Unglück für das Land betrachtet. Auch diese Adresse wurde von einer Deputation in das geheime Kabinet überbracht.

Um 6 Uhr fand eine Versammlung der Offiziere der hiesigen Bürgerwehr statt. Der Antrag, zur Feier der deutschen Reichsverfassung eine Musterung der Bürgerwehr auf heute Abend 5 Uhr zu veranstalten und der Bürgerwehr eine Erklärung zur Annahme vorzulegen, wurde einstimmig angenommen. Herr Generalmajor v. Alberti erklärte, daß das Oberbefehlshaberamt die Zustimmung nicht versage, daß aber er selbst verhindert sey, die Musterung vorzunehmen. Er legte sofort sein Amt als Oberbefehlshaber nieder. Die Erklärung, welche zur Annahme vorgelegt werden wird, lautet: „Die Stuttgarter Bürgerwehr, in Erwägung ihres Berufs, zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung mitzuwirken; in fernerer Erwägung, daß die Reichsverfassung, welche sich das deutsche Volk durch seine freigewählten Vertreter gegeben, durch ihre Verkündigung Gesetzeskraft erlangt hat; erklärt: daß sie, so viel an ihr ist, entschlossen sey, der Reichsverfassung Gehorsam zu leisten und zu verschaffen."

Nach dem Schlusse der Sitzung der Kammer der Abgeordneten, um 9½ Uhr, herrschte noch große Aufregung in den Strassen. Der Volksverein hatte sich bei E. Werner so zahlreich versammelt, daß die Hälfte der Versammlung nur im Freien (Garten) Platz fand. Der Beschluß der Kammer wurde mit ungeheurem Enthusiasmus aufgenommen. — Die Deputation der Kammer, beauftragt mit Uebergabe der Adresse, war bis jetzt noch nicht bei Se. Maj. dem König. Wir wissen nicht, wann dieselbe empfangen werden wird. Sie wird bestehen aus dem Präsidenten Murschel und folgenden Mitgliedern: Graf v. Degenfeld, Prälat v. Mehring, Prälat v. Gerock, v. Zwerger, Dörtenbach, Wiest von Ulm, Reyscher, Beiel, Wizemann, Bunz, Frhr. Hofer von Lobenstein, Pantlen. — Um 11 Uhr fand auf dem Rathhause eine Weingärtnerversammlung statt. Die beschlossene Erklärung fand sehr zahlreiche Unterschriften.

Vom Lande waren gestern, den 20., aus vielen Orten Deputationen wie Einzelne hier in Stuttgart, um Erklärungen ꝛc. im Sinne der Rechtsbeständigkeit der Reichsverfassung zu übergeben; so eine Deputation von Kirchheim u. T., welche die von den bürgerlichen Kollegien daselbst beschlossene Erklärung dem Ministerium überbrachte, daß in Kirchheim die gesammte Bürgerschaft unwandelbar an den Beschlüssen der Nationalversammlung halte, die Unterwerfung der Fürsten erwarte, und in der gegenwärtigen großen deutschen Frage unbedingt zum Ministerium stehe. — Weitere Deputationen waren hier aus Gmünd, Weilheim, Göppingen ꝛc.; der Befehlshaber der Bürgerwehr von Sulz überbrachte eine Erklärung dieser und der Bürgerwehr von Oberndorf für die Reichsverfassung. — Die bürgerlichen Kollegien in Heilbronn bitten in einer Adresse die Staatsregierung um Anerkennung der ganzen Reichsverfassung als gültigen Gesetzes. Weitere Schritte werden in Heilbronn vorbereitet. — Diesen Vormittag war eine Deputation der bürgerlichen Kollegien und der Bürgerschaft von Nürtingen hier, und übergab Adressen in dem bekannten Sinn, welche, bereits mit zahlreichen Unterschriften, noch ungleich mehr, und zwar vom ganzen Amte, erhalten hätten, wenn nicht die Deputation eilig ihre Sendung hätte antreten wollen. — Eine Deputation der städtischen Kollegien in Eßlingen wird heute Nachmittag erwartet. — Eine Adresse des vaterländischen Vereins in Herrenberg erklärte sich aufs Entschiedenste für die Reichsverfassung und spricht aus, daß vom Rücktritt des Ministeriums die ernstlichsten Gefahren zu besorgen wären.

(Schw. M.)

Die zweite Kammer hat in zwei Sitzungen sich entschieden für die deutsche Sache, den dynastischen Sonderinteressen des Königs und seiner Kamarilla gegenüber, ausgesprochen. Eine Adresse der Kammer der Abgeordneten, welche mit 70 gegen 7 Stimmen unter allgemeinem Bravo angenommen wurde, lautet: „Eure Königliche Majestät haben durch Ihre Minister zu wiederholtenmalen in der Ständeversammlung die unbedingte Unterwerfung unter die Beschlüsse der Nationalversammlung erklären lassen. Diese Erklärung steht nicht nur mit den Beschlüssen der Kammer der Abgeordneten in Uebereinstimmung, sondern sie ist auch von dem gesammten Volke mit dem tiefsten Danke aufgenommen worden. Mit um so größerer Besorgniß hat uns, die Abgeordneten des würtembergischen Landes, die Kunde erfüllt, welche so eben gegen eine ständische Kommission von den hiezu eingeladenen Departementschefs bestätigt worden, daß Ew. kgl. Maj. Bedenken hegen, die von dem Ministerium beantragte vollständige und unverweilte Anerkennung der Gültigkeit der deutschen Reichsverfassung, wie sie aus den Beschlüssen der konstituirenden Nat.-Vers. hervorgegangen, auszusprechen. Die Kammer der Abgeordneten, erfüllt von dem Gedanken an die schweren Folgen, welche ein solcher Widerspruch mit dem offenkundigen Willen des deutschen Volkes für das Wohl der Regierung und die Ruhe unseres engeren und weiteren Vaterlandes haben müßte, hält sich verpflichtet, Eurer k. Maj. dringend vorzustellen, wie nothwendig es sey, getreu den ertheilten Zusagen und entsprechend dem Ruhme, den Höchstdieselben in dem bisherigen Laufe Ihrer Regierung erworben haben, als der deutscheste unter den deutschen Fürsten den andern k. Regierungen voranzugehen in der ausdrücklichen Anerkennung der Rechtsbeständigkeit des lange ersehnten Verfassungswerkes. Die Kammer der Abgeordneten, welche keinem Ministerium ihre Unterstützung gewähren könnte, das in der deutschen Frage andere Gesinnungen und Ansichten verriethe, als die gegenwärtigen Minister des Königs, fühlt sich um so mehr gedrungen, Eure k. Maj. in Ehrfurcht zu bitten, die unumwundene Anerkennung der Gültigkeit der deutschen Reichsverfassung für Würtemberg durch Ihre Regierung sofort aussprechen zu lassen. Wir verharren in tiefster Ehrfurcht ꝛc.

Auch der Stadtrath und Bürgerausschuß von Stuttgart, sowie der vaterländische Verein haben, wie erwähnt, Eingaben und Adressen an den König erlassen, der, obgleich er sich früher in allen Stücken dem Frankfurter Parlamente willig unterworfen, in der jüngsten Zeit Stimmen Gehör schenkte, welche ihn auf eine geradezu falsche Bahn bringen und einen verderblichen Konflikt zwischen der Krone und dem Volk herbeiführen müssen, ein Konflikt, der um so bedauerlicher ist, als der König und das Volk in inniger Vereinigung mit dem volksthümlichen Ministerium das angestrebte Ziel: Einigkeit und Freiheit in dem starken Deutschland zu erreichen suchten. Bald wird sich's und muß sich's zeigen, ob der König, der sich auf die Macht seiner Bajonette stützt, oder das Volk, das seinem klaren Rechtsbewußtseyn folgt, den Sieg davon tragen wird. Die würtembergischen Truppen sind bereits von ihren Funktionen als Reichstruppen zurückberufen worden, um die Gewalt in Stuttgart zu unterstützen.

Italienische Staaten.

Ueber die Einnahme von Catania erfährt man aus den sizilischen Bulletins folgendes. Die Neapolitaner griffen zu Land und Wasser die Stadt am 5. d. an. Die Sizilianer hielten sich tapfer, machten zwei Kriegsschiffe durch ihre Artillerie kampfunfähig, und die Neapolitaner, 12,000 stark, waren einmal schon umgangen und befanden sich in schlimmer Lage. Am 6. um 3 Uhr Morgens aber begann der Sturm auf die Stadt, und die Sizilianer wurden nach einem blutigen Gefechte hinausgetrieben, und flohen das Trachinothal hinauf, wo Mieroslawski mit dem Hauptkorps und der Artillerie bei Repalbuto sie aufnahm. Ein Versuch, die Neapolitaner durch einen Aufstand am 8. d. aus Catania wieder hinauszuwerfen, mißlang. Auch scheint es, daß man vorerst Catania den Königlichen überlassen will, denn die sizilische Truppenmacht zog sich am 9. d. noch tiefer ins Innere bis Leonforte.

Aus **Mailand** und **Padua** haben wir Berichte, nach denen mit dem 20. oder 21. April die ernstliche Beschießung Malgheras mit einem großen Park schweren Geschützes und bald darauf Eröffnung der Laufgräben zur Bezwingung Venedigs erwartet wurde. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Meiner unvergeßlichen Freundin

Lina v. Pattberg.

Nimm sie hin, der Liebe heiße Thränen,
Eine Freundin weint sie auf Dein Grab.
Ach! ich fühle tief in meiner Seele,
Was ich Lieb's an Dir verloren hab'.
Gottes Segen Dir, Du hast vollbracht,
Beste Lina, tausend gute Nacht.

Theu're Lina, nimm sie hin die Zähren,
Die die Jugend-Freundin Dir hier weint,
Noch im Tode sollen sie Dich ehren,
Danken Dir, die Du es treu gemeint;
Jene beß're Welt belohne Dich,
Schlaf' indessen sanft, Gott segne Dich.

R......

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 25. April 1849. № 115. Mittwoch: Marcus.

Deutsche Staaten.

M München, den 22. April. Die vom Central-März-Verein in Neubergbausen veranstaltete Volks-Versammlung mußte des ungewöhnlichen Schneefalles wegen unterbleiben. Es ist dies um so mehr zu bedauern, als von nah und fern höchst zahlreiche Deputationen angesagt waeen, und als bei derselben wichtige Adressen zur Berathung und zur Vorlage gebracht werden sollten, worunter namentlich eine Zustimmungs-Adresse an die National-Versammlung für unbedingte Anerkennung der Reichs-Verfassung, eine Adresse an Seine königliche Majestät von Bayern wegen schleuniger Berufung des Landtages, und eine Auffoederung an die Abgeordneten der bayerischen Volkskammer, hiezu nach ihren besten Kräften mitzuwirken, und für den Fall, daß der Landtag nicht alsbald einberufen würde, schleunigst auf geeignete Weise der Krone und dem Volke ihre Ansicht bezüglich der Reichs-Verfassung kund zu geben. Zuverlässig hat man nun in Erfahrung gebracht, daß die 3te Vertagung des Landtags längst beschlossen war, daß man aber von Tag zu Tag gehofft hatte, die Frankfurter-bayerischen Abgeordneten Stockinger und Thinnes ꝛc. wurden das Ministerium abermals ersuchen, die Vertagung um einige Wochen zu verlängern, um sagen zu können: Wir hätten nicht vertagt, uns ist die Vertagung sogar sehr ungelegen, aber wir mußten doch dem Wunsche der Kammer-Mitglieder nachgeben. (Es ist doch sehr fatal, soll einer der neuen, büreaukratischen Herren Minister oder der Herren Ministerialräthe gesagt haben, daß man sich nicht einmal auf einen Geistlichen Rath verlassen kann — der Herr Thinnes hätte uns doch den Gefallen thun können.) Stockinger und Consorten mögen aber ihren ersten Fehler wohl eingesehen haben, sie petitionirten nicht zum 2tenmale, und man mußte sich bequemen, die dritte Vertagung aus eigenem freien Entschlusse zu verkündigen, die man das zweite Mal nur auf den dringenden Wunsch der Frankfurter Abgeordneten ausgesprochen hatte. Das Ministerium hat mit der Bekanntmachung der Vertagung so lange gezögert, daß nach der Pfalz besondere Estaffetten abgehen mußten, trotzdem aber ist uns die Nachricht zugekommen, daß bereits mehrere Abgeordnete abgereist waren und unterwegs umgekehrt sind. Warum aber treten nicht wenigstens die liberalen Abgeordneten ungerufen zusammen, um der bayerischen Regierung ihre Ansicht über die wichtige Frage der deutschen Reichs-Verfassung kund zu geben? Wir hielten es für dringende Pflicht sämmtlicher Abgeordneten, schleunigst eine Zusammenkunft zu halten, um den Plan der Regierung zu vereiteln, den sie bei der abermaligen Kammer-Vertagung im Auge hat. Das Volk soll seine Abgeordneten auffordern, wenn diese nicht selbst erkennen, was ihre Pflicht im jetzigen Augenblicke von ihnen fordert; das kann doch ein Blinder sehen, daß die bayerische Regierung den Ausspruch der Volkskammer nicht hören will, da man sonst in einem so wichtigen Augenblicke nicht eine 3te Vertagung auf einen ganzen Monat ausgesprochen hätte. Bayerisches Volk, fordere Deine Abgeordneten auf, sich unverzüglich zu versammeln, um der Regierung und dem Könige zu sagen, daß das bayerische Volk die unbedingte Anerkennung der Reichs-Verfassung verlangt. *)

Frankfurt, 20. April. In den nächsten Tagen trifft die Wittwe des Märtyrers Robert Blum hier ein. Sie bringt ihre Kinder nach der Schweiz, wo sie einer Erziehungsanstalt anvertraut werden sollen. Schon voraus gibt sich hier eine lebhafte Theilnahme für die Hinterlassenen des auch hier überaus populär gewesenen Robert Blums kund. (N. Würzb. Z.)

Frankfurt, den 18. April. Zuverlässigen Nachrichten aus Hamburg zufolge hat die dortige konstituirende Versammlung am 14. d. M. einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: „Die Hamburgische konstituirende Versammlung erklärt, daß sie die von der deutschen National-Versammlung beschlossene Verfassung Deutschlands mit Einschluß der Grundrechte und des Wahlgesetzes als ohne Weiteres zu Recht bestehend und unbedingt güllig erachtet." (N. W. Z.)

Frankfurt, 21. April. Herr v. Schmerling soll von seinem „Ausfluge“ nach Karlsruhe und Stuttgart zurückgekehrt, und wie man wissen will, mit den dabei gewonnenen »Resultaten« ganz zufrieden seyn. (D. Z.)

Lübeck, den 18. April. In der heutigen Versammlung der Bürgerschaft kam nach Erledigung einiger minder erheblichen Gegenstände ein Antrag auf Niederschlagung aller durch die Vorgänge am 9. Oktober vorigen Jahres und deren Folgen veranlaßten, noch obschwebenden Untersuchungen zur Verhandlung. Der Antrag ward dem Bürgerausschusse überwiesen. Auf eine Interpellation, ob auf die preussische Cirkularnote vom 3. April eine Erkläeung des Senates ergangen und in welchem Sinne diese abgegeben sey, erwiderte der erste Senatskommissäe Syndikus von der Hude: „Der Senat wie die Bürgerschaft seyen von vorne herein davon ausgegangen, daß, was von der konstituirenden Nationalversammlung beschlossen und ordnungsmäßig verkündigt worden, ohne Weiteres für alle deutschen Staaten verbindlich sey. In diesem Sinne sey von dem Senate auf die preussische Note geantwortet, in diesem Sinne der diesseitige Bevollmächtigte in Frankfurt instruirt, in diesem Sinne auch, wie die heute angekommenen Zeitungen berichteten, von demselben in Gemeinschaft mit den Bevollmächtigten von annoch 26 andern deutschen Staaten bereits gehandelt." Die Bürgerschaft erhob sich nach dieser Erklärung zum Zeichen ihrer Uebereinstimmung mit dem vom Senate eingeschlagenen Verfahren. Zwei Anträge auf Erlassung einer Erklärung an die Reichsversammlung und einer Aufforderung an dieselbe, treu festzuhalten an der von ihr beschlossenen Verfassung wurden auf die morgende Tagesordnung gesetzt. (Eine Adresse ähnlichen Inhalts von Seiten unseres politischen Vereins an die Reichs-Versammlung ist bereits vorgestern abgegangen.) (D. Z.)

†*† **Berlin**, 21. April. [II. Kammer. Sitzung vom 21. April.] Präs. Grabow eröffnet 9½ Uhr die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht der Kommission zur Begutachtung des Rodbertus'schen Antrages, die deutsche Frage betreffend. Für die Dringlichkeit des Antrages bemerkt Rodbertus: Wer sie nicht fühlt, dem werde ich sie nicht begreiflich machen. Ganz Deutschland sieht in diesem Augenblick auf die Entscheidung der Kammer. Die Kommission glaubt die Mittheilungen der Regierung über das Resultat der Verhandlungen abwarten zu müssen. Aber es haben sich inzwischen 30 Regierungen für Annahme der Verfassung erklärt. Ich glaube, ich darf nichts mehr anführen für die Dringlichkeit des Antrages. — Camphausen hält es für eine verlorene Sache, wenn er jetzt gegen die Dringlichkeit spricht. Die Stimmung der Kammer lasse hierüber keinen Zweifel. An der Spitze des Departements, welches die auswärtigen Angelegenheiten leitet, steht noch immer ein Mann, dem von allen Seiten ein Mißtrauensvotum gegeben ist. Niemand hat vielleicht tiefer und inniger als ich beklagt, daß die Räthe der Krone eine so unbestimmte Antwort angerathen haben. Ich würde die Kühnheit nicht in dem widerstandslosen Nachgeben der Regierung, sondern darin gefunden haben, daß ich die Bedingungen sogleich bestimmt aufgestellt hätte. Aber ich muß es billigen, daß Preussen die Erklärungen der übrigen Regierungen abgewartet hat. Es sollte die Hegemonie antreten in Deutschland und mußte deshalb zögern, bis die anderen Mächte ihre Erklärungen abgegeben haben. Der Redner geht auf die Hindernisse über, die in der Verfassung liegen: den Reichsrath, das Suspensivveto u. s. w. Er verliest ein Dokument, das gegen das suspensive Veto im vorigen Jahre bei der deutschen Nat.-Vers. niedergelegt ist. Es ist unterzeichnet v. Vincke, Graf Schwerin u. A. (Lachen.) In dem Dokument ist ausgesprochen, daß Fürsten sich nicht dazu hergeben werden, eine untergeordnete Stellung, wie eine Verfassung mit dem susp. Veto sie dem Oberhaupt einräumt, einzunehmen. Die Wahl des Königs ist nicht eine Frucht des Enthusiasmus, sondern einer politischen Nothwendigkeit. Ich bin deshalb über die Folgen der vorläufigen Nichtannahme ganz unbesorgt. Die linke Seite des Hauses hat allerdings leichte Mühe, die schwebenden Fragen zu beantworten. Sie haben das allgemeine Wahlrecht, geheime Abstimmung, direkte Wahl, Sie bedürfen nicht einmal des suspens. Veto's und besitzen ein Gesetz, das Ihnen Aussicht auf den großen Sieg giebt, die mit 4 Stimmen Majorität angenommene Erblichkeit der Kaiserwürde auf legalem Wege aus der Welt zu schaffen. (Der Redner wird oft unterbrochen, man ruft ihm wiederholt zu: „zur Dringlichkeit!") Der Redner erklärt, ohne Kenntniß von der Lage der Verhandlungen könne man kein Urtheil abgeben, und er versichere feierlich, daß er sich nicht in der Lage fühle, die Annahme der Verfassung in diesem Augenblick anzurathen und eben so wenig davon abzurathen. (Gelächter.) Namentliche Abstimmung über die Dringlichkeit. Gegen dieselbe stimmen: Gr. Zirthen, Aldenhorn, v. Bismark, v. Bodelschwingh, Carl, Blömer, v. Griesheim, v. d. Heydt, v. Manteuffel, Wallmuth, v. Werdeck u. A. Für die Dringlichkeit stimmte auch die äußerste Linke, nur einige polnische Mitglieder enthalten sich der Abstimmung. Cybalski stimmt gegen die Dringlichkeit. Diese wird mit 216 gegen 113 St. angenommen. — v. Vinke (Berichterstatter der Kommission) verliest den Bericht und fügt den Wunsch hinzu, daß es dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten gefallen möge, bestimmte Eröffnungen zu machen. Leider habe es demselben, dessen Politik allein an der gegenwärtigen Situation Schuld sey, nicht gefallen, sich selbst in die Kommission zu begeben. Ein Vertreter des Ministers sey nur nach vielen Bemühungen bestimmt worden, der Kommission Erklärungen zu geben, die Instruktion des preuss. Bevollmächtigten habe er nicht vorgelegt. — Min. Gr. Arnim: Ich würde mich mit vielem Vergnügen selbst in die Kommission begeben haben, um die nöthigen Aufschlüsse zu geben. Aber Dienstgeschäfte haben mich daran gehindert. Instruktionen mitzutheilen, ist, während die Verhandlungen schweben, unzulässig, und die Kollektivnote, die wir hätten mittheilen können, war bereits durch die Zeitungen veröffentlicht. — Ministerpräsident: Es ist der Regierung Se. Maj. ein angenehmer Anlaß, der hohen Kammer die gewünschten Eröffnungen machen zu können. Ich werde mich dabei Punkt für Punkt an den Antrag anschließen: Ad 1. Ist die Regierung S. M. sich bewußt, daß sie den in der Note vom 23. Jan. vorgezeichneten und von beiden Kammern gebilligten Weg nicht verlassen hat, und daß sie demselben auch in der Cirkulardepesche vom 3. d. M. treu geblieben ist. Ad 2. Hat die Regierung von jeher den lebhaften Wunsch gehegt, die Einheit Deutschlands, so viel an ihr ist, begründen zu helfen, sie kann es daher nur schmerzlich bedauern, wenn die bisherigen Verhandlungen diesen Wunsch nicht verwirklicht haben, und erblickt darin eine Täuschung ihrer eigenen Hoffnungen; sie würde aber glauben, ihrer Pflicht untreu zu werden, wenn sie sich abhalten ließe, den betretenen Weg weiter zu verfolgen. Ad 3. Es war der Regierung niemals zweifelhaft, daß die Rechtsgültigkeit der deutschen Verfassung der Zustimmung der deutschen Regierungen bedarf. Die Regierung

*) Anmerkung der Redaktion. Es bestätigt sich nach zuverlässigen Nachrichten, daß, wie wir in unserem Blatte Nro. 114 mitgetheilt, von den in München anwesenden Abgeordneten eine Aufforderung an ihre gesinnungsverwandten Kollegen ergangen ist, sich am 1. Mai in unserer Stadt zu versammeln.

hat im Vereine mit anderen deutschen Regierungen die ihr nothwendig scheinenden Abänderungen zur Kenntniß der deutschen Nat.-Vers. gebracht und hat sich der Hoffnung hingegeben, daß ihre Abänderungsvorschläge Beachtung finden werden. Leider, leider ist diese Hoffnung nicht in Erfüllung gegangen. Die von den Regierungen gemachten Abänderungsvorschläge sind bei der ersten Lesung ganz, ganz unberücksichtigt geblieben. Bei der zweiten Lesung hat man Aenderungen vorgenommen, mit welchen die Regierungen sich nicht einverstanden erklären können. — Das Ministerium befindet sich deshalb außer Stande, Sr. Maj. die unbedingte Annahme der Verf. zu empfehlen. Das Ministerium ist aber mit Freuden bereit, alle Schritte zu thun, die zu diesem Ziele führen. — Es ist die Rede mehrfach von der Macht der öffentlichen Meinung gewesen. Ich erkenne diese Macht an, ich erkenne sie an, wie der Schiffsleiter die Macht der Meereswellen, von denen er sich tragen läßt, die er aber beherrscht, mit festem Steuer beherrscht, um das Ziel zu erreichen. Die Regierung Sr. Maj. wird so die Macht der öffentlichen Meinung stets anerkennen, mit Kränkung von Rechten ihr nachgeben niemals, niemals, niemals!

Es wird der Antrag auf einfache Tagesordnung über die Anträge und Amendements gestellt. v. Bismark vertheidigt diesen Antrag unter großer Heiterkeit der Linken. Es sey das vierte Mal, daß man über diese Angelegenheit verhandle. Es habe sich nichts in der Lage der Sache geändert, was die Versammlung und die Krone bestimmen könne, den rechtslosen Beschlüssen der Frankfurter Versammlung und ihren Oktroyirungsgelusten nachzugeben. Auch die Erklärung der 29 Regierungen, der Regierungen von höchstens 5 Millionen Menschen (die Linke ruft: Unterthanen! Gelächter) habe hierin nichts geändert. Man möge das Land nicht mit Adressen und Erklärungen sättigen wollen, man möge das Ministerium nicht nöthigen wollen, zurückzutreten oder die Kammer aufzulösen. Die Minister — er habe zu ihnen das Vertrauen — werden die Prärogative der Krone wahren und nicht dieselbe der Gefahr aussetzen, daß die Exekutivgewalt in die Hände der zweiten Kammer übergehe. Der einzig zulässige Weg, zu dem von der Majorität gewünschten Ziele zu gelangen, sey, ein Gesetz einzubringen, welches die Verfassung anerkenne. Es werde sich dann zeigen, ob zwei Verfassungen neben einander hergehen können. Schon die Verfassung vom 5. Dezember lasse der Regierung kaum den zur Führung des Scepters nothwendigen Bestand von Rechten, die frankfurter Verfassung des sogenannten Reichs trage die Volkssouveränetät an der Stirne, das Wahlgesetz, das suspensive Veto, alles das führe zu einer Verstärkung der Linken, was er für ein großes Unglück halten müsse. (Gelächter.) Die Bewilligung eines jährlichen Budgets drohe die Reichsversammlung vollends zum Konvent zu machen. Schon jetzt ruft man dem zukünftigen deutschen Kaiser zu: er müsse das ganze Deutschland schaffen. Die Umsturzpartei hat es schon so weit gebracht, daß preussische Truppen die Revolution in Schleswig vertheidigen. Bald wird sie verlangen, daß ihr Kaiser den Kaiser von Oesterreich und den König von Bayern als Rebellen behandle. Die deutsche Einheit wird von allen Seiten verlangt, nur die übereilten Beschlüsse der Frankfurter Versammlung stehen entgegen. Wir leben in einem Augenblick, wo die Völker von dem Revolutionsfieber sich zu erholen begonnen haben. Geben wir nicht zu, daß unser König zum Vasallen der Herren Simon, Schaffrath und Genossen herabsinke, daß die preussische Krone eingeschmolzen werde, um die glänzende deutsche Krone auf das Haupt ihres Trägers zu heben. — v. Berg erklärt, er werde in dieser ernsten Sache nicht in den Humor des Redners vor ihm eingehen. Dieselbe Regierung, welche vor Kurzem noch erklärt hat, sie habe zur Annahme der Krone gerathen, erklärt heute, sie könne zur Annahme der Verfassung nicht rathen. In einem Augenblick, wo Deutschland über geknickte Hoffnungen trauert, wo kräftige Männer die Hand an das Schwert legen, in diesem Augenblick und einer Regierung gegenüber, welche so mit den heiligsten Interessen des Vaterlandes verfährt, wollen Sie zur Tagesordnung übergehen? (Beifall.) Die Tagesordnung wird mit großer Majorität verworfen. Die eingegangenen Amendements werden verlesen: 1. Die motivirte Tagesordordnung von Gr. Arnim und Genossen. 2. Der Antrag von Gr. Schwerin und Genossen. 3. Grün und Genossen beantragen zum Rodbertus'schen Antrage: „statt 3. zu setzen: daß die deutsche Nationalvers. in Frankfurt auf den Grund der Volkssouveränetät berufen war, die deutsche Verfassung festzustellen und mithin der preussischen Regierung kein Widerspruchsrecht gegen die von der Nat.-Vers. festgestellte Verfassung zustehe." 4. v. Saltzwedell und Gen. ad 3. des Rodbertus'schen Antrages hinter die Worte „zulässig ist" zu setzen: „und den dringenden Wunsch ausspricht, daß die Staatsregierung diese Verfassung gleichfalls als rechtsgültig anerkenne, und Se. Maj. auf Grund derselben die erbliche Kaiserwürde annehmen wolle." 5. Libelt und die übrigen polnischen Mitglieder: ad 3 nach den Worten „beschossen worden" einzuschalten: „unbeschadet der dem Großh. Posen durch die Verträge vom Jahre 1815 und Königliche Verheißungen garantirten besonderen Rechte."

Graf Arnim (für seine motiv. Tagesordnung) weist gegen den Rodbertus'schen Antrag zunächst auf das Mandat hin, welches die deutsche Nat.-Vers. erhalten hat. Es ist der Auftrag, eine Verfassung zu vereinbaren. Heute beantragt man eine Mißbilligung der Regierung, weil sie diesen Weg festgehalten hat. Das Festhalten der Regierung an den Rechten der deutschen Fürsten ist von der Kammer in ihrer Adresse gewünscht worden, heute muthet man der Kammer zu, darin eine Täuschung Deutschlands zu erblicken. Der Antrag ad 3. erwähnt nicht einmal der Oberhauptswürde, und es ist für diesen Antrag nicht zu erwarten, daß er großen Anklang finden werde. Gegen die Anträge der Kommission wendet der Redner ein, daß die Voraussetzung der Zustimmung der deutschen Regierungen jetzt nicht mehr stattfinden könne, nachdem 29 Regierungen sich erklärt, die übrigen aber widersprochen oder sich nicht erklärt haben. Gegen die übrigen Anträge führt der Redner aus, daß die Sachlage jetzt nicht gestatte, einen Rath zu ertheilen. Die Kammer habe dies schon mehrfach gethan und möge deshalb durch Annahme der Tagesordnung erklären, daß es jetzt gilt, die Krone, nicht die Personen ihrer gegenwärtigen Räthe, zu stärken. (Schwacher Beifall.) — Rodbertus: Die Erklärung des Ministerpräsidenten hat die Folge gehabt, daß ich mich freue, den Antrag gestellt zu haben, der dahin geht, einen Beschluß zu extrahiren, um das gegenwärtige Ministerium zum Rücktritt zu bestimmen. In der Erklärung ad 3 sehe ich die Absicht der Regierung, zurückzutreten, wenn wir einen entgegengesetzten Beschluß fassen. (Murren rechts; die Minister lächeln über die Konjektur des Redners.) Es kommt jetzt darauf an, uns zu entscheiden, ob wir im Sinne der Minist. oder im Sinne von ganz Deutschland handeln wollen. Die Regierung hat uns heut erklärt, daß sie das Vereinbarungsprinzip nicht als ein Recht der Zustimmung im Ganzen auffaßt, sondern als ein Recht, auf die einzelnen Bestimmungen der Verfassung einzugehen, ihre Zustimmung also in anderer Weise zu bedingen, als die 30 Regierungen. Ich frage Sie, ob es denkbar ist, daß die Vereinbarung, in diesem Sinne aufgefaßt, zu dem erwünschten Ziele führen kann? Die 60 Mitglieder des Centrums der Nat.-Vers. haben auch die Brücke hinter sich abgebrochen, die deutsche N.-V. kann nicht mehr vereinbaren. Es giebt nun nur noch zwei Wege: eine Verfassung zu oktroyiren oder die Welt zu einem Schritte zu drängen, auf dem sie ihr Mandat höher auffaßt, als dies bisher geschehen ist. Das Eine wäre so traurig, wie das Andere. Jener Antrag würde mit der deutschen Freiheit auch die deutsche Ordnung untergraben und Niemand wird es den Fürsten je vergeben, wenn das Ziel der deutschen Einheit an den Kabinetten scheitern sollte. (Bravo, auch rechts.)

(Fortsetzung folgt.)

Dresden, 21. April. In der heutigen Sitzung befand sich auf der Tagesordnung Berathung über den Bericht des außerordentlichen Ausschusses der I. Kammer über das Dekret vom 19. März 1849, die wegen der Tödtung R. Blum's gestellten Kammeranträge betreffend, wurde zuvörderst auf Beschluß der Kammer das Protokoll der letzten, wegen des vorliegenden Gegenstandes stattgefundenen geheimen Sitzung vom 31. März verlesen und vollzogen. Man ersieht daraus, daß man sich damals mit der Frage beschäftigte, ob über die Sache in öffentlicher oder geheimer Sitzung weiter verhandelt werden solle. Auf Antrag des Abg. Gautsch hatte man sich, der Ansicht der Regierung gegenüber, für Ersteres entscheiden zu müssen geglaubt. Der hierher gehörigen Ausschußanträge ist früher schon Erwähnung geschehen, sowie auch des ministeriellen Exposé, in welchem die Bedenken dargelegt werden, welche der Abberufung des sächsischen Gesandten in Wien entgegenstehen. Der Ausschußbericht nimmt ungefähr folgenden Gedankengang: Die Regierung selbst hat von einer Erörterung der Frage, ob der Gesandte schuldig oder nicht schuldig sey, abgesehen, sie muß also die hierauf bezüglichen Kammerbeschlüsse für maßgebend halten und derselbe also auch in ihren Augen ein pflichtvergeßner Beamter seyn. Nichtsdestoweniger glaubt die Regierung im Hinblick auf ein daraus erwachsendes Zerwürfniß mit Oesterreich Anstand nehmen zu müssen, dessen Abberufung zu bewerkstelligen. Die sächsische Regierung unterwirft sich also dem Machtgebote Oesterreichs, sie macht Sachsen zu einer österreichischen Provinz und verläugnet die Ehre und Selbstständigkeit des Vaterlandes. Dies sey unverantwortlich, zumal die aus einer freundschaftlichen Beziehung Sachsens mit Oesterreichs vorgeschützten materiellen und politischen Vortheile für Sachsen illusorisch seyen. Aus diesem Allen erhelle, 1) daß die Kammer bei den früher gefaßten Beschlüssen beharren und 2) in der Verzögerung der Ausführung dieser Beschlüsse ein die Ehre und Selbstständigkeit des sächsischen Volks gefährdendes Regierungssystem und eine Unverträglichkeit mit den Bedingungen erblicken müsse, unter welchen allein die Kammern mit der Staatsregierung zum Wohl des Vaterlandes fortzuwirken im Stande seyen.

Nach dem Vortrage des Berichts machte der Referent, Abgeordneter Heubner, darauf aufmerksam, daß es eine der gefährlichsten Irrungen im Staatsleben wäre, nach persönlichem Vertrauen oder Mißtrauen ein Urtheil über Staatsakte zu fällen, und daß man sich in dem vorliegenden Falle nur an die Thatsachen halten und nach seiner Ueberzeugung stimmen sollte. Hierauf ergreift Staatsminister v. Beust das Wort, um zu bemerken, daß das Ministerium mit tiefem Bedauern von dem Ausschußberichte Kenntniß genommen; es sey sich bewußt, daß es in einer so verwickelten Angelegenheit den Wünschen der Kammern jede mögliche Berücksichtigung habe angedeihen lassen; es habe nicht geglaubt, daß man es so ganz verkennen werde, zumal es von seinen verfassungsmäßigen Rechten einen ausgedehnteren Gebrauch hätte machen können, und die Abberufung oder Nichtabberufung seiner Agenten jedenfalls bei ihm stehe. Indem es von einer nähern Erörterung der Frage, ob der Gesandte seine Pflicht erfüllt habe oder nicht, Umgang genommen, hätte es sich der Hoffnung hingeben dürfen, daß man die Gründe, welche für das Verbleiben desselben in Wien angeführt worden wären, in nochmalige Erwägung ziehen würde. Einen Antrag auf ein Mißtrauensvotum hätte die Regierung unter diesen Umständen nicht erwartet. Da derselbe aber einmal gestellt worden sey, so sehe sich das Ministerium nicht in der Lage, an der fernern Debatte Theil zu nehmen. Der Staatsminister entfernt sich hierauf aus dem Saale.

Die nun erfolgende Diskussion eröffnete Abg. Böhme. Er gab der Regierung zu bedenken, ob der von ihr eingeschlagene Weg der richtige wäre, das Vertrauen des Volkes sich zu erwerben und zu erhalten. Abg. Hitzschold: Oesterreich sei nicht in der Lage, uns zu schrecken, indem der sittliche Boden, auf welchem der Thron der Habsburger stehe, untergraben wäre und das österreichische Ministerium Mühe und Noth habe, sich selbst zu erhalten. Abg. Gautsch: Was wir von der freundnachbarlichen Gesinnung Oesterreichs zu erwarten hätten, das zeige dessen Benehmen gegen Sachsen in dem Hungerjahre 1847 und das Verbot der Geldausfuhr im vorigen Jahr. In dem Verfahren der sächsischen Regierung könne er nur Halbheit, Schwäche und Ohnmacht sehen; es sey dieselbe unglückselige Politik des Schwankens, wie sie im dreißigjährigen und siebenjährigen Kriege zum Unheile des Vaterlandes beliebt worden sey. Man habe stets eine Hauspolitik, nie eine Volkspolitik gehabt. Das Ministerium müsse nachgeben, denn Tausende und abermals Tausende ständen hinter der Volksvertretung. Da das Ministerium zu feig gewesen, an der Debatte Theil zu nehmen.... (Ordnungsruf des Präsidenten.) Gut, fährt der Redner fort, er wolle sich bemühen, in dieser Angelegenheit ruhig zu seyn; aber er äußert sich in so starken Ausdrücken über das Ministerium, daß eine mißbilligende Bewegung in der Kammer entsteht, und der Präsident ihn zum zweiten Mal erinnern muß, die parlamentarischen Formen nicht zu verletzen. Nichtsdestoweniger lassen sich auf der Gallerie Beifallsrufe hören, so daß der Präsident seine vorige Erinnerung wiederholen muß.

Berlin, den 21. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wird der Antrag angenommen mit 179 gegen 159 Stimmen: „Die Kammer erklärt, daß sie ihrerseits die von der deutschen Nationalversammlung vollendete Verfassung, so wie sie nach zweimaliger Lesung beschlossen worden, als rechtsgültig anerkennt und die Ueberzeugung hegt, daß eine Abänderung dersel-

den nur auf dem von der Verfassung selbst vorgesehenen Wege zulässig ist."

Abg. Oppe: Der Antrag des Ausschusses enthalte nur ein facultatives Mistrauensvotum; das Ministerium habe durch sein Exposé die Volkssouveränetät verletzt, und da reiche dieses nicht mehr aus; er beantrage daher, die Kammer wolle erklären, daß, da das Ministerium die Beschlüsse der Kammer auszuführen sich geweigert habe, dasselbe das Vertrauen der Volksvertretung nicht mehr besitze. Abg. Jahn spricht für den letzten Antrag, und bemerkt, daß, da der erste volksthümliche Landtag seine Wirksamkeit damit begonnen, die Sühnung für den Tod Robert Blum's zu fordern, diese Forderung auch sein letztes Werk seyn möge, denn er zweifle nicht, daß das Ministerium, ungeachtet des Mistrauensvotums, in seiner Stellung verharren und die Kammern auflösen werde. Nebenbei ist er nicht abgeneigt, die Mitschuld an Robert Blum's Tod auf den ehemaligen Minister v. d. Pfordten zu wälzen. Abg. v. Biedermann sieht sich veranlaßt, zu erklären, daß er gegen die Ausschußanträge stimmen werde, obschon er die Katastrophe misbillige, indem die Schuld des Gesandten nicht erwiesen sey; höchstens könne man ihm vorwerfen, daß er sich in den Mitteln und in der Zeit geirrt habe. Alsdann gibt er zu bedenken, daß, obschon die Freundschaft mit Oesterreich Sachsen nicht viel nützen werde, dennoch dessen Feindschaft uns großen Schaden zufügen könne.

Abg. Kaiser: Das Ministerium sey reaktionair, und deshalb könne die Volksvertretung nicht länger mit ihm gehen; je entschiedener das Mißtrauensvotum ausfalle, desto lieber werde er für dasselbe stimmen. Nachdem hierauf die Debatte noch eine längere Zeit von den Abgg. Böricke, der gegen die Abgg. v Biedermann und Oppe spricht, Hohlfeld, Jungnickel, Dörstling, Jahn und v. Biedermann fortgeführt worden war, erhält der Referent Heubner das Schlußwort, das auf die Kammer wie auf die Galerien einen außerordentlichen Eindruck machte. Nachdem er zur Widerlegung der aufgeworfenen Einwände gesprochen, zeigt er, daß es sich in dem vorliegenden Falle abermals um einen Kampf der Demokratie mit der Aristokratie handele, und daß, wenn eine Staatsgewalt sich zu Gunsten einer auswärtigen Regierung der freien Selbstbestimmung begebe, diese Staatsgewalt die ganze Existenz des Volks auf das Spiel setze. Möge, so schloß er, die sächsische Staatsregierung aufhören, sich von den Brosamen der großen Mächte zu nähren, möge sie sich auf das Volk stützen, und dann erst den Versuch wagen, zu negiren. (Lebhafter Beifall.)

Man schreitet nun zur Abstimmung mit Namensaufruf. Der erste Antrag, das Beharren bei den früheren Beschlüssen, wird gegen 1 Stimme (v. Biedermann) angenommen; der Oppe'sche Antrag gegen 7 Stimmen (Arndt, Floß, Günther, Jahn, Kaiser, Oppe und Benseler) abgeworfen, dagegen der zweite Ausschußantrag, das motivirte Mistrauensvotum gegen 4 Stimmen (v. Biedermann, Oehmichen aus Kibitz, Schömberg und Ziesch) angenommen, endlich ebenso der Antrag der II. Kammer, daß die Staatsregierung von der dermaligen Volksvertretung eine Genehmigung der Verausgabung des Aufwandes für die fortgesetzte Könneritz'sche Gesandtschaft nicht zu erwarten habe, gegen 1 Stimme (v. Biedermann). Die Abgg. Oberländer, Todt und Dufour-Feronce hatten sich für die heutige Sitzung entschuldigen lassen. (D. A. Z.)

Ulderup, vom 17. April, Abends 7½ Uhr. (Aus den Berichten des General-Majors Wyneken in der „Hann. Zt.") Auf den Düppeler Höhen ist heute, mit Ausnahme eines unbedeutenden Scharmützels zwischen den bückeburger Schützen und den dänischen Vorposten nichts vorgefallen.

Hadersleben, vom 17. April. Die gegenwärtige Stellung der Truppen hier im nördlichen Schleswig ist der ganz ähnlich, welche im vorigen Sommer Monate lang von den preussischen Truppen innegehalten wurde. Doch findet Ein wesentlicher Unterschied statt. Während im vergangenen Jahre man ängstlich bedacht war, daß auch nicht Ein Mann die Gränze überschreite, und den fortwährenden neckenden Angriffen der Dänen nur eine strenge, ermüdende Wachsamkeit entgegensetzte, gehen jetzt häufig starke Patrouillen nach Jütland hinein. Sehr bezeichnend für die Kriegsführung des vorigen Jahres ist die Antwort einiger jütischer Bauern, welche, von einer unserer Patrouillen um den Weg befragt, ganz erstaunt entgegneten: „Aber hier ist ja Jütland." Von solchen Patrouillen sind mehrfach kleine Scharmützel geliefert, wenn man sie als solche bezeichnen will, denn eigentlich sind bis jetzt nur die Gewehre jedesmal auf etwa 1000 Schritt abgeschossen worden, ohne daß etwas Weiteres unternommen wäre. Doch lautet Alles auf eine baldigst bevorstehende Okkupation Jütlands hin, auch will man dies aus Aeußerungen des Generals Bonin abgenommen haben. Man sagt, daß Jütland von 46 Bataillonen wird besetzt werden. Privatschreiben aus Dänemark melden, daß in Jütland alles bereit sey, um die Deutschen gehörig zu empfangen, der Landsturm sey vollständig organisirt rc. Wollte Gott, dies wäre wahr, es würde der heiße Wunsch unserer schleswig-holsteinischen Truppen, den Dänen in offener Feldschlacht gegenüber zu treten, erfüllt werden. Heute Vormittag sind zwei 12pfünder Batterien hier durch nach Norden marschirt. Bis jetzt haben wir nur schleswig-holst. Truppen hier gesehen, heute werden hier preussische erwartet. (H. W. N.)

Bei Düppel ist bis zum 18. Vormittags nichts Erhebliches passirt; die Schanzen werden fortwährend befestigt, um die Unsrigen wirksam gegen die Bomben zu schützen, welche die Dänen täglich herüberwerfen, ohne indeß großen Schaden anzurichten. Es scheint auf einen Artillerie-Angriff gegen den Brückenkopf und die Sonderburger Batterien abgesehen zu seyn. Ist erst der Brückenkopf genommen und nach Umdrehung seiner Verschanzungen mit schweren Kanonen nach Sonderburg gerichtet, so sollen die Mittel zum Uebergange nach Alsen vorhanden seyn. Jetzt heißt es sogar schon, daß Pontons und Pioniere auch nach der Königsau beordert seyen; dies würde auf ein anderes, ungleich wichtigeres Unternehmen deuten.

Rendsburg, 17. April. Gleichzeitig erzählt die N. Fr. Pr., v. d. Tann sey Sonnabend den 15., als Unterhändler wegen der Herausgabe Alsens bei Friedrich VII. in Sonderburg gewesen und habe ihm die Wahl gestellt zwischen der Einäscherung der Stadt und der gutwilligen Räumung der Insel binnen einer Frist von drei Tagen. Der dänische König hat erwidert, in eine freiwillige Aufgabe Alsens werde er nie willigen und demnächst den Bewohnern Sonderburgs erklärt, daß sie drei Tage Zeit hätten, um Habe und Leben zu retten.

Stuttgart. [122. Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 22. April Morgens 7 Uhr.] Die Gallerien dicht besetzt. Auf der Straße und im Hause eine vom Präsidenten requirirte Kompagnie Bürgerwehr. Am Ministertisch Staatsrath Römer, Direktor Roser, Staatsrath Duvernoy, Oberregierungsrath Schmidlin, General Rüpplin, Staatsrath Goppelt. Der Präsident eröffnet die Sitzung mit Hinweisung auf die Wichtigkeit der Sachlage des Vaterlandes, welche diese Sonntagssitzung nöthig mache. Er theilte sofort mit, daß gestern Nachmittag um 4 Uhr die ständische Deputation von Seiner Majestät empfangen worden; er, der Präsident, habe die ständische Adresse verlesen, worauf Seine Majestät ein Dekret vom 19. d. M. übergeben und in freiem Vortrage seine Antwort ertheilte. Letztere wurde alsbald von der Deputation zu Papier gebracht und Seiner Majestät sofort vorgelegt. Der König machte blos wenige Zusätze hiezu, und das von ihm unterzeichnete Aktenstück ist in den Händen des Präsidenten. Der Präsident verliest nun diese Antwort:

Meine Herren, ich danke Ihnen, daß Sie mir Gelegenheit geben, mich in dieser Angelegenheit offen aussprechen zu können. Sie kennen meine Freimüthigkeit und Offenheit, die ich in meinen Regierungshandlungen immer an den Tag gelegt habe, ich werde es auch in diesem Falle thun. Ich muß mich auf den Boden der Thatsachen stellen. Die Reichsversammlung hat eine Verfassung gefertigt, sie ist aber noch nicht vollendet. Der König von Preussen hat die deutsche Reichsverfassung noch nicht anerkannt, er hat die Kaiserkrone abgelehnt; nach heute erhaltenen Nachrichten hat Camphausen mit Gagern über die Aenderungen der Verfassung unterhandelt, was soll ich also schon jetzt anerkennen, was noch gar nicht existirt? Lassen Sie mir Zeit.

Ich versichere Sie, daß ich die ganze Reichsverfassung mit Ausnahme der Oberhauptsfrage anerkenne. Dem Hause Hohenzollern unterwerfe ich mich nicht. Ich bin dieses meinem Lande, meiner Familie und mir selbst schuldig. Würden aber alle Fürsten von Deutschland es thun, so würde auch ich dieses Opfer für Deutschland bringen, aber mit gebrochenem Herzen. Ich kann durch Ihre Erklärungen, durch Aufruhr im Lande dazu genöthigt werden. Wenn Sie sich auf den Boden der Revolution stellen und mich zwingen, mein Wort zu geben, so ist es kein freies. Das erkennen Sie selbst an und können es auch nicht wollen; denn ein erzwungenes Wort wäre für mich nicht bindend, ich könnte es ja wiederrufen, wenn mein Wille wieder frei wäre.

Die deutsche Verfassung werde ich in meinem Lande durchführen, wie ich die Grundrechte zuerst eingeführt habe. Ich gebe Ihnen mein Wort, aber dem Hause Hohenzollern unterwerfe ich mich nicht, mein Gewissen und meine Ueberzeugung lassen es nicht zu. Dem Kaiser von Oesterreich, wenn er gewählt worden wäre (da ich die Ueberzeugung habe, daß es für Würtemberg vortheilhaft gewesen wäre), würde ich mich unterworfen haben. Ich bin mit meinem Ministerium nicht uneins, ich bin mit ihm bis diesen Augenblick ganz zufrieden. Eine Meinungsverschiedenheit herrscht zwischen uns nicht, nur über die Zeit meiner Erklärung bin ich mit ihm nicht einig. Ich vertraue auf den guten Sinn meines Volks.

Der Kern des Volks ist gut gesinnt. Die Aufregung ist durch die Vereine, welche auch eine Märzerrungenschaft sind, künstlich hervorgebracht. Wollen Sie mich zwingen, ich muß es darauf ankommen lassen, Sie kennen meinen Muth. Es ist nicht um meinetwillen, ich habe nur noch wenige Jahre zu leben, aber mein Vaterland, mein Haus, meine Familie legt mir diese Pflicht auf. Ich würde es sehr bedauern, wenn gerade jetzt in dieser wichtigen Sache die Stände mit der Regierung nicht Hand in Hand gingen. — Nachdem einige Mitglieder Bemerkungen gemacht hatten, und der Präsident beifügte, daß gerade die Zeit es sey, die so außerordentlich dränge, so, daß jede weitere Zögerung in Anerkennung der deutschen Reichsverfassung die Folge haben könnte, daß wir Alle Ruhe und Ordnung im Lande zu erhalten nicht mehr im Stande wären, und dieses Sr. Maj. im Namen der Abgeordnetenkammer aufrichtig auszusprechen sey unsere Pflicht — erwiederte Se. Maj.: wir wollen sehen, ich muß es darauf ankommen lassen. Ich habe nach meiner Ueberzeugung, nach meinem Gewissen gesprochen.

Mehrere in der Kammer gestellte und angenommene Anträge lauten: Punkt 1 des Reyscherschen Antrags: da das kgl. Dekret vom 19. d. und die Erklärung des Königs in der Audienz an die ständische Deputation durch keine Unterschrift eines Ministers gedeckt ist, einer förmlichen Erklärung der Staatsregierung entgegenzusehen. Der Stockmaier'sche Antrag lautet: Daß die Kammer „ihre Ueberzeugung dahin ausspreche", daß 1) die von der deutschen Nat.-Versammlung verkündigte deutsche Reichsverfassung in Würtemberg als Gesetz bestehe; 2) daß jeder würtembergische Staatsbürger, gleichviel ob er dem Civil- oder Militärstand angehöre, zur Befolgung und zum Schutz dieser Reichsverfassung eben so wie der würtembergischen Landesverfassung verpflichtet ist; 3) daß jeder Angriff auf dieselbe ein Verbrechen sey, und daß deshalb weder Civil- noch Militärbeamte verpflichtet seyen, einem Befehle Folge zu leisten, bei dessen Ausführung sie sich an diesem Verbrechen betheiligen würden.

Stuttgart, 22. April, Vormittags. Gestern Abend hatten sich die Mitglieder der Kammer zahlreich im Ständehause eingefunden, um zu erfahren, welche Antwort die Deputation, die auf 4 Uhr Abends zu Sr. Majestät beschieden war, mitbringen werde. Man erwartete eine Abendsitzung der Kammer, und es hatte sich eine zahlreiche Menschenmenge vor dem Ständehaus eingefunden. Doch wurde statt der Abendsitzung erst diesen Morgen Sitzung gehalten; dagegen versammelten sich Abends die meisten Mitglieder der Kammer zu einer vertraulichen Besprechung im Bürgerhaus. — Im Volksverein im Emil Werner'schen Lokale fand sich eine so zahlreiche Versammlung ein, daß der größte Theil keinen Platz im Hause fand und bis tief in die Nacht, des Regens unerachtet, im Garten aushielt. Uebrigens herrschte neben großer Spannung die größte Ordnung, wie auch heute (Sonntag) Morgen. Die Wichtigkeit der Verhandlungen, die ungewohnte Zeit treibt eine große Zahl der Einwohner vor das Ständehaus, das von einer Kompagnie des ersten Banners der Bürgerwehr besetzt ist. Auch in anderen Straßen ist es sehr lebhaft; man bemerkt viele Auswärtige, deren Zahl sich wohl Nachmittag noch vermehren wird. Viele Adressen von auswärts sind bereits durch eigene Deputationen überbracht, andere werden erwartet. Zeit und Raum gestatten uns nicht, die uns mitgetheilten vollständig zu geben. Alle stimmen darin überein, daß die Rechtsbeständigkeit der Reichsverfassung alsbald anerkannt und das gegenwärtige volksthümliche Ministerium dem Lande möchte erhalten bleiben. Gestern früh 4 Uhr versammelten sich der Stadtrath und Bürgerausschuß von Heilbronn zu einer dringenden Bitte, die sogleich mit dem ersten Bahnzuge durch eine Deputation hierher gebracht wurde. Mittags war eine Deputation von Besigheim hier. In Ulm war Versammlung der Bürgerwehr und der Vereine.

Eine Adresse der Stadt Brackenheim ist mit zahlreichen Unterschriften abgegangen; eine andere cirkulirt im Amte. In Eßlingen, Geißlingen und an vielen anderen Orten finden heute Volksversammlungen statt. Von Ludwigsburg kam gestern eine Adresse hier an. Weitere Adressen sind von Bietigheim, Biberach, Ebingen ꝛc.

Gestern Abend um 5 Uhr rückte die hiesige Bürgerwehr, Kavalerie, Artillerie, die sechs Banner und das Bataillon der Scharfschützen so zahlreich, als es die letzten Male der Fall gewesen, zur Feier der Reichsverfassung aus. Sämmtliche Banner marschirten auf dem Marktplatze auf, eine Erklärung für die Reichsverfassung wurde in den einzelnen Abtheilungen angenommen und der Reichsverfassung, wie den Ministern donnernde Hochs gebracht. — Heute Vormittag noch ist Staatsrath Goppelt mit O. R. R. Camerer nach Heilbronn abgereist, um über die Sachlage zu beruhigen. Die Stuttgarter Weingärtner haben in ihrer gemüthlich derben Sprache eine Adresse an den König und einen Aufruf an ihre Mitbürger auf dem Lande erlassen, worin sie für Anerkennung der deutschen Reichsverfassung entschieden sich vernehmen lassen. (Schw. M.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Nro. 4571.

Bekanntmachung.

Nachdem die Bierbrauer und Gastwirth Georg und Katharina Schrödel'schen Eheleute von Diepaltsdorf ihre Zahlungsunfähigkeit angezeigt haben, so werden dem zu Folge nun die gesetzlichen Ediktstage

I. zur Anmeldung und Nachweisung der Forderung auf

Montag den 21. Mai curr.

II. zur Vorbringung der Einreden gegen die angemeldeten Forderungen auf

Montag den 11. Juni curr.

III. zur Vornahme der Schlußverhandlung auf

Montag den 25. Juni curr.

jedesmal früh 9 Uhr dahier bezielt und hiezu sämmtliche bekannte und unbekannte Gläubiger mit dem Bedeuten vorgeladen, daß das Nichterscheinen am ersten Ediktstage das Ausschließen von der gegenwärtigen Konkursmasse, das Ausbleiben an den übrigen Ediktstagen aber das Ausschließen mit den an solchen vorzunehmenden Handlungen zur Folge hat.

Alle diejenigen, welche von den Gemeinschuldnern Sachen in Verwahrung, oder Zahlungen an sie zu leisten haben, werden zugleich aufgefordert, dieselben bei Vermeidung des nochmaligen Ersatzes unter Vorbehalt ihrer Rechte dahier bei Gericht zu erlegen.

Zugleich wird den Gläubigern eröffnet, daß

1) nach dem von den Gemeinschuldnern mit der Insolvenzanzeige vorgelegten Schuldenstand und der erhobenen Schätzung der Mo- und Immobilien die Aktiva 12,260 fl. 36 kr., dagegen die Schulden 19,728 fl. 11 kr. betragen, somit zur Zeit eine Ueberschuldung von 7377 fl. 35 kr. vorhanden ist, und daß unter den Schulden 10572 fl. Hypotheken, 475 fl. rückständige Zinsen sich befinden;

2) an dem ersten Ediktstage unter den Gläubigern auch ein Arrangement versucht werden soll, wozu der Vertreter, der Gemeinschuldner, k. Advokat Korte zu Nürnberg, Vergleichspropositionen vorlegen wird,

3) bei Nichterzielung eines Arrangements ein Gläubiger-Ausschuß gebildet wird, worüber sich die Gläubiger unter dem Rechtsnachtheile zu erklären haben, daß ausserdem die sich nicht erklärenden Gläubiger dem Beschlusse der Mehrheit der Erschienenen als beitretend erachtet würden, endlich daß

4) die Gläubiger vor oder bis zum ersten Ediktstage Insinuations-Mandatare zu benehmen haben, als ausserdem insinuanda für sie a dato der Expedition für insinuirt erachtet würden.

Lauf, den 6. April 1849.

Königliches Landgericht.

Schöninger.

V. N. Meyer.

Wohnungs-Veränderung u. Empfehlung.

Da wir unsere bisherige Wohnung S. Nro. 1143 der Tucherstrasse verlassen, unsere jetzige bei Herrn Metzgermeister Schaller, S. No. 1124 am Prechtelsgäßchen bezogen haben, zeigen wie solches unserer geehrten Kundschaft, so wie allen unsern werthen Freunden und Gönnern ergebenst an, mit der Bitte uns noch ferner mit ihrem gütigen Zutrauen zu beehren; solide und geschmackvolle Arbeit soll stets unser Augenmerk seyn, wobei wir uns der alten so wie der jetzigen Nachbarschaft freundlichst empfehlen,

Nürnberg, den 24. April 1849.

Martin Sigmund Diedrich, und Sohn: Paul Dietrich, } Herrenkleidermacher.

Versteigerung.

Montag den 7. Mai, Vormittags 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr, werden im Hause L. Nro. 433 der breiten Gasse folgende Gegenstände, als:

Pretiosen, Gold, Silber, Weißzeug, Zinn, Kupfer, Messing, Porzellain, Gläser, Kleider, Betten, Schreinzeug und Hausgeräthschaften

gegen gleich baare Bezahlung versteigert und Kaufsliebhaber hiezu eingeladen.

Blei- und Cremserweiß

feinst in Oel abgerieben, sowie alle übrigen bunten Tüncherfarben in trockenem Zustande, empfiehlt zur gefälligen Abnahme

Christian Fink
in der äusseren Laufergasse.

(Gesuch) Ein geübter Buchbindergeselle, welcher gut Vergolden kann, erhält in L. Nr. 1468 der Mohrenstraße dauernde Beschäftigung.

Nur noch heute;

Unter der Hälfte des wirklichen Werthes

werden um die bedeutende Rückfracht zu ersparen noch nachstehende Artikel ausverkauft:

Sommerhosenstoffe und Bucksking, die vollständige Hose 54 kr., 1 fl. bis 3 fl.

Westenstoffe in Pique, Wolle und Seide zu 24 kr., 30 kr. und 42 kr. bis die feinste zu 1 fl. 45 kr.

Cavagnac, Westenstoffe, etwas ganz neues, die Weste zu 1 fl. 45 kr.

Sommerröcke nach neuester Pariserart gearbeitet zu 2½ fl. bis 6 fl.

Herrenschlippse (lange) von Wolle und Seide, höchst elegant zu 24 kr. bis 1 fl. 45 kr.

Halstücher für Herren (viereckigt) Jakonnet und Seide zu 24 kr., 30 kr., 48 kr. 54 kr. bis 1 fl. 45 kr.

Cravatten neuester Art in Lasting und Atlas zu 30 kr., 36 kr. und 48 kr.

Reisetaschen von 1 fl. 30 kr. an.

Gummi-Elasticum-Hosenträger von 9 kr. bis 18 kr. an.

Regenschirme in schwer Lyoner-Seide von 3 fl. 36 kr. bis 5 fl.

Regenschirme in Tuch und Doppel-Perkan von 1 fl. bis 1 fl. 45 kr.

Unterjacken, Unterhosen, fertige Hemden, Goldschmidt's berühmteste Streichriemen, Zore'sche Metall-Schärf-Apparate (eine ganz neue Erfindung mit Stahlplatte).

Kommen Sie daher schnell und versäumen Sie nicht die Gelegenheit, denn es wird Ihnen wahrlich nicht zum zweiten Male eine Lager, das zur Versteigerung bestimmt ist,

unter der Hälfte des wirklichen Werthes angeboten,

und zwar noch heute im Hause des Herrn Papst auf der Schütt, eine Treppe hoch.

Wohl zu merken.

Nur erste Reihe Nro. **135** bei **Morgenthau aus Ludwigshafen** werden folgende Artikel während der Messe zu sehr billigen Preisen abgegeben, nämlich:

Schlafröcke von 3 fl. 48 kr., 5 fl., 6 fl. bis 7 fl.

Cravatten und **Herrn-Shawls** von 36 kr., 1 fl. 12 kr., 2 fl. bis 4 fl.

Westenstoffe von 48 kr. bis 3 fl. 36 kr., von Wolle und Seide.

Herrenhemden, von 1 fl. 24 kr., 1 fl. 36 kr bis 3 fl., von Leinwand.

Unterbeinkleider von 1 fl. 12 kr. bis 1 fl. 48 kr., von Tricot.

Gummi-Hosenträger von 24 kr. bis 1 fl. 36 kr.

Foulard-Tücher von 1 fl. 24 kr. bis 1 fl. 48 kr.

Reise-Säcke von 2 fl. 30 kr. bis 4 fl.

Herren-Jacken 1 fl. 48 kr.

Streich-Riemen von 36 kr. bis 2 fl.

Rasiermesser von 36 kr. bis 1 fl. 12 kr.

Der ächte Mineralstein zum Rasieren, das Kistchen zu 18 kr.

Gesundheits-Sohlen für Gichtleidende von Dr. d'Pijost von 30 bis 36 kr.

12,000 Stück Hamburger und Bremer-Cigarren in Hundert zu 1 fl. 12 kr. bis 2 fl. 42 kr. — Für die Herren Wirthe und Gastgeber eine leichte Sorte von 1 fl. 12 kr. bis 1 fl. 36 kr.

Ueberraschende Auswahl

in 20 Sorten, welche pr. Dutzend und in größern Parthieen abgegeben werden, als:

Dreispaltige Federn, sehr gut. — Schulfedern für Kinder. — Robert Blum-Federn. — Napoleon-Federn. — Schönschreibfedern. — Sir Robert Peel. — Correspondenzfedern. — Damen-Federn, die nur für eine leichte Hand sich eignen. — Zeichnungsfedern. — Silberfedern, welche nicht rosten. — Eine besondere Feder für Personen, die nicht mehr gut sehen, um große Buchstaben hervorzubringen. — Geschliffene Federn, welche ganz elastisch sind. — Alle diese Federn können bei dem Unterzeichneten probirt werden, wo nicht eine einzige fehlschreiben wird.

Alle diese Gegenstände werden gewiß entsprechen.

Nur erste Reihe No. **135** bei **Morgenthau** aus **Ludwigshafen.**

Der Ausschuß des Hülfs-Vereins für nothleidende Manufaktur-Gewerbe

zeigt dem verehrlichen Handelstande und den Gewerbtreibenden hiemit an, daß vom Monat Mai an, das Lokal des Vereins (Augustinerkloster) jeden Dienstag und Freitag von 8—12 Uhr geöffnet ist, um Waaren von dem Lager nehmen zu können.

Ausser dieser Zeit wolle man sich gefälligst an das Handlungshaus J. F. Klett wenden, welches bereitwillig gewünscht werdende Auskunft ertheilen wird.

Den Gewerbetreibenden, welche Waaren im Vereinslokale lagern haben, diene wiederholt zur Nachricht, daß laut Beschluß der General-Versammlung vom 30. März der Termin zur Zurücknahme derselben bis zum 30. Juni d. J. verlängert worden ist, daß aber, die bis dahin nicht zurückgenommenen Waaren nach §. 16 der Statuten in das unbeschränkte Eigenthum des Hülfs-Vereins übergehen.

Für den Ausschuß.

L. Herrmann.

J. C. Hering, Schriftführer.

Einladung.

Zu seinem Vortrage für Herren und Damen über Mnemonik oder Gedächtnißlehre, welcher heute Dienstag, den 24. April im Katharinensaale stattfinden, und worin der Unterzeichnete theils Proben seiner eigenen Gedächtnißstärke ablegen, theils die, derselben zu Grunde liegenden sehr einfachen und von Jedem leicht zu erlernenden Regeln lehren wird, ladet die gebildete Welt ergebenst ein

Dr. Hermann Kothe aus Hannover.

Zur Deckung der Kosten werden 6 Kr. erhoben. Kassa-Eröffnung 5 Uhr. Anfang 6½ Uhr. Ende gegen 8 Uhr.

Dr. Hermann Kothe's „Leitfaden der Gedächtnißkunst" (11. Auflage) ist à 12 Kr. am Eingange des Saales zu haben.

Verkaufs-Anzeige.

Eine Partie leere 1½ Ctn. Kisten und Fässer, und 10 Stück rohe Ochsenhäute sind billig zu verkaufen. In L. Nr. 334.

Mit einer Beilage.

Deutsche Staaten

† **Nürnberg**, den 24. April. Nachstehende Adresse wurde vom hiesigen Arbeiterverein gestern Nachmittag dem Magistrat übergeben: Der Arbeiterverein für Nürnberg und dessen Umgegend an den hochlöblichen Magistrat daselbst. Die Mitglieder des hiesigen Arbeitervereins haben mit inniger Freude den einstimmigen Beschluß des Gemeindekollegiums: „Die Anerkennung und Festhaltung der von den Vertretern des deutschen Volkes entworfenen und in der zweiten Lesung angenommenen Reichsverfassung im Verein mit der Bürgerschaft der Regierung gegenüber aussprechen zu wollen," vernommen. Auch wir Arbeiter sind der festen Ueberzeugung, daß nur ein gänzliches Unterordnen sämmtlicher zur Zeit bestehender Einzelregierungen unter die aus dem Volke hervorgegangene Centralgewalt und die Beschlusse des Frankfurter Parlaments die herrschende Stockung des Handels unter allen Gewerben zu beseitigen im Stande ist, sowie unsere staatsbürgerlichen Rechte zu wahren vermag. Geleitet von dieser Ueberzeugung erlauben wir uns, nachstehende Bitte dem hochlöblichen Magistrat der Stadt Nürnberg vorzulegen: „Der hochlöbliche Magistrat wolle die Wichtigkeit der vom Gemeindekollegium angeregten Adresse, bezüglich der Anerkennung und Festhaltung der Reichsverfassung erwägen, dem Beschlusse des Gemeindekollegiums beistimmen und demnach in kürzester Frist die Adresse abfassen und in einer vom Magistrat zu berufenden Volksversammlung zur Betheiligung vorlegen zu lassen." Wenn dies von Seite des hochlöbl. Magistrats mit der nämlichen Energie geschiebt, wie vor einem Jahre zu Gunsten der Wahl des Dr. Eisenmann gewirkt wurde, so sind unseres Erachtens die Folgen noch nicht zu berechnen, denn es werden dann alle zur Zeit noch unentschiedenen Magistrate und Gemeinden bestimmt werden, sich über diese wichtigen Punkte ebenfalls offen zu erklären und, wenn sie es mit dem Gesammtvaterlande wohl meinen, dem Beispiele des hochlöbl. Magistrats von Nürnberg zu folgen. Wir konnten es uns nicht versagen und hielten es für Pflicht, dem hochl. Magistrate unsere Uebereinstimmung mit dem Beschlusse des Gemeindekollegiums kund zu geben und ihn unserer kräftigen Mitwirkung zur Errichtung der Einheit Deutschlands zu versichern, hegen aber auch die Hoffnung, der Magistrat werde unsere Vorstellung gehörig berücksichtigen und verharren im Namen des Arbeitervereins für Nürnberg und dessen Umgegend: Der Ausschuß.

†† **Nürnberg**, den 24. April. Vorgestern wurde ein vormaliger Expeditor des „freien Staatsbürger" Kuhn auf Vorlage eines Verhaftsbefehls in die Frohnfeste aus der Mitte seiner des Ernährers sehr bedürftigen Familie unnachsichtlich abgeführt, weil er hochverrätherische Schriften verbreitet haben soll. Der Inhaftirte Kühn soll bereits durch Gensdarmerie nach Ansbach transportirt worden seyn, wo er, vor die Assissen gestellt, höchst wahrscheinlich freigesprochen werden wird, indem er sich nicht das geringste von der ihm angemutheten Schuld bewußt ist.

†* **Nürnberg**, den 24. April. Gestern fand eine Kommission von Mitgliedern des Stadtmagistrats und des Gemeindekollegiums statt, um den in letzterer Korporation am 19. d. M. gestellten Antrag des Herrn Bock zu besprechen. Wie wir vernehmen, soll der Antrag kein günstiges Geschick gehabt haben, was man sehr tadeln müßte, wenn es sich bewahrheiten sollte. Heute Nachmittag treten in geheimen Sitzungen der Magistrat und die Gemeindebevollmächtigten zusammen, um denselben Gegenstand auf die Tagesordnung von heute zu bringen. Die Augen der Bürgerschaft sind auf den Beschluß des Magistrats gerichtet.

- **Bayreuth, 22. April.) Heute Mittag 12 Uhr wurde eine zwei und einen halben Tag dauernde schwurgerichtliche Sitzung über ein politisches Verbrechen, die erste im diesseitigen Bayern, beendet und zwar mit Freisprechung der beiden Angeklagten. Der Redakteur der einige Zeit hier erschienenen „Franconia" Nietsche und der hiesige Schlossermeister Sammet waren des nächsten Versuchs des Hochverraths, verübt durch Aufforderung zu einem staatsverrätherischen Aufruhr mittels Verbreitung eines gedruckten Aufrufes, angeklagt und befanden sich deshalb schon zehn Monate in Haft. Ohne auf die Details der größtentheils interessanten Verhandlung einzugehen, berichte ich, daß die Vertheidigung der Angeschuldigten von zwei jungen Männern, den Fiscalats-Accessisten Eisenbeiß und Concipienten Dr Arnheim trefflich geführt wurde. Es beantworteten die Geschwornen die Frage: „ob sich die Angeklagten obigen Verbrechens schuldig gemacht haben?" mit „Nicht schuldig," was das überaus zahlreich versammelte Publikum mit ziemlicher Bestimmtheit erwartet hatte und deßhalb in die lebhafteste Acclamation ausbrach. In Betracht der Sprache, welche öffentliche, unverbotene Blätter im vorigen Jahre zur Zeit jenes sogenannten Hochverrath-Versuchs führten, ist für den berührten Fall die zehenmonatliche Untersuchungshaft mehr als zu viel.

Würzburg, den 23. April. Gestern Nachmittag fand im Garten des „Römischen Kaisers" dahier eine Volksversammlung statt, um über eine Adresse an den König zu berathen, worin um unverzügliche Einberufung der Kammern gebeten wird. Hr. Metzler eröffnete die Versammlung, Hr. J. Ch. Schmidt verlas die Adresse und erläuterte die einzelnen Punkte derselben unter großem Beifall. Die Adresse wurde hierauf unverändert angenommen. (N. Wzbg. Z.)

Frankfurt, 21. April. Der Dreißiger-Ausschuß hat sich über einen gemeinsamen Bericht nicht geeinigt; so liegen denn jetzt der Nationalversammlung die zwei neulich mitgetheilten Anträge von Kierulf-Waitz und von Raveaux-Umbscheiden vor, ersterer von 15, letzterer von 13 Stimmen unterstützt. Ferner haben L. Simon (Berichterstatter), Eisenstuck, Vogt, Spatz, Hagen, Tafel von Stuttgart, Tafel aus Zweibrücken, und Fehrenbach ein Minoritätserachten abgegeben, welches lautet: „Die Reichsversammlung erklärt in Folge der Antwort Friedrich Wilhelms IV. die auf ihn gefallene Wahl zum Kaiser der Deutschen für erledigt. Zur Vollziehung der Reichsverfassung beschließt demnächst die Reichsversammlung: 1) Sie wählt durch absolute Majorität aus ihrem Schooße eine Regentschaft von fünf Mitgliedern 2) der Regentschaft stehen alle verfassungsmäßigen Befugnisse des Kaisers zu; 3) die Regentschaft ist gehalten, den verfassungsmäßigen Reichstag auf Grund der Reichsverfassung und des Wahlgesetzes auf den 1 Juli 1849 nach Frankfurt a. M. einzuberufen. 4) Der Reichstag wählt in gemeinsamer Sitzung beider Häuser den Kaiser mit absoluter Stimmenmehrheit; 5) Die Regentschaft hat auf Grund der §§. 14, 191 und 193 der Verfassung ungesäumt die ganze bewaffnete Macht einschließlich der Bürgerwehren, sowie sämmtliche Beamte des Reichs und der Einzelstaaten auf die Verfassung vereidigen zu lassen; 6) die Regentschaft hat für die unverzügliche Aufstellung einer zum Schutze der Nat.-Vers. und zur Durchführung der Verfassung erforderlichen bewaffneten Macht Sorge zu tragen. 7) Die Nationalversammlung fordert die Volksvertretungen der Einzelstaaten auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Durchführung der Reichsverfassung zu unterstützen; 8) die Nationalvers. beschließt, das deutsche Volk durch einen Aufruf zur thatkräftigen Durchführung der Reichsverfassung aufzufordern und beauftragt den Ausschuß mit der deßfallsigen Vorlage. Alle Unterzeichner dieses 1. Minoritätserachtens haben sich für den Fall, daß sie die Mehrheit nicht erlangen, dem Antrag von Raveaux-Umbscheiden (2. Minoritätserachten) angeschlossen. Endlich stellten noch die beiden Ausschußmitglieder Detmold und Reichensperger ein Sondergutachten, wonach die Verhandlung über den Ausschußbericht ausgesetzt bleiben solle, bis Preussen und die übrigen Regierungen ihre Erklärungen abgegeben. (N. W. Z.)

Frankfurt, den 22. April. Es verlautet aus verlässiger Quelle, daß das Bankhaus Rothschild angewiesen werden, auch für den Monat Mai den bayerischen Abgeordneten der Nat.-Vers. auszuzahlen. Dadurch widerlegen sich die Gerüchte von Abberufung der bayerischen Abgeordneten, und die frommen Wünsche der Schwarzgelben gehen noch nicht in Erfüllung. (N. Wzbg. Z.)

Frankfurt, den 22. April. Der Reichsfinanzminister von Beckerath wird längstens morgen Vormittag von Berlin zurück erwartet. — Man will aber wissen, daß bereits heute Vormittag eine telegraphische Depesche aus Berlin eingetroffen sey, die wenig Tröstliches gebracht habe. Hinzugefügt wird, der Reichsministerrath sey alsogleich zusammengetreten. (N. Wzbg. Z.)

†*† **Berlin**, den 21. April. [II. Kammer. Sitzung vom 21. April. Fortsetzung des im Hauptblatt abgebrochenen Artikels.] Die Note vom 3. April fließt von Bereitwilligkeit über, aber immer macht sie die Bereitwilligkeit abhängig von Zustimmungen, die voraussetzlich und zum Theil schon faktisch nicht zu erlangen sind. Zum ersten Male ist in dieser Note von „einem noch bestehenden deutschen Bunde" die Rede. Daraus geht hervor, daß der politische Körper in einem weiteren Bunde gefunden wird, daß für diesen nicht die Verfassung ist, daß diese vielmehr nur bestimmt seyn soll für den engeren oder vielmehr engsten Bundesstaat. Was hat nun die preuss. Regierung zu thun? Den Weg einzuschlagen, den bereits dreißig Regierungen betreten haben, für welche nach der Note vom 3. April die Verfassung jetzt verbindlich ist. Es handelt sich jetzt nicht mehr darum, die Sympathie Deutschlands zu bewahren; es handelt sich darum, ob ein kleines Preussen einem großen Deutschland gegenüber stehen soll? Der Bund von 8 Millionen Deutschen würde eine Anziehungskraft besitzen, die von den bedeutendsten Folgen seyn muß. Preussen würde dann unbedingt verkleinert, diesem Bunde gegenüber stehen. Niemals aber war der Zeitpunkt günstiger, Preussens Größe zu begründen, als der gegenwärtige, wo Oesterreich an Todeswunden krankt und fast alle Staaten in gleicher Weise darniederliegen. — Der Redner geht zur Widerlegung der rechtlichen Bedenken über. Faktisch ist die Volkssouveränetät gewesen, die Kabinette haben es anerkannt, wie Sie auch ihr Mandat auffassen mögen. — Gegen den Antrag von Schwerin bemerkt er: die Vers. ist rechtsgültig, sie bedarf keiner Annahme und in unserer Adresse ist ein Ausdruck gewählt worden, der alle Rechtsansichten in dieser Beziehung umfaßt. Ich würde bereit seyn, den Antrag 1 und 2 zurückzuziehen, denn ich würde mich einer Theilung nicht widersetzen, wenn nur Nr. 3 meines Antrages angenommen würde. Für ein durch den Polizeistaat abgestumpftes Geschlecht ist diese Frage fast zu groß. Aber nehmen wir die älteren Erinnerungen zu Hülfe, sonst erbleicht der Stern Deutschlands und wir bringen das Vaterland in Krisen, die uns vielleicht alle mit ihrem Blutstrom verschlingen. (Beifall von fast allen Seiten des Hauses.)

v. Kleist-Retzow will gleichfalls die deutsche Einheit. Aber selbst Diejenigen, welche die Schablone ihres Konstitutionalismus nach den besten Mustern zugeschnitten haben, werden einräumen, daß Seine Majestät der König in allen Verhältnissen, in welchen die Verfassung seine Befugnisse nicht beschränkt, völlig freie Hand hat, und weder an die Zustimmungen der Kammern noch durch die Verantwortlichkeit seiner Räthe gebunden ist. Das Beste und Redlichste wäre es freilich gewesen, wenn die Regierung gleich von vornherein offen ihre Bedingungen gestellt hätte. Der Redner wiederholt die Bedenken des Herrn v. Bismark gegen die Verfassung. Sie will faktisch die Republik, um sie später auch dem Namen nach zu haben, um später den Kaiser zu beseitigen, und an seine Stelle die Herren v. Itzstein, Hecker, Struve zum Präsidenten zu berufen.

Sollten selbst, um diesen Preis zu erlangen Provinzen so verblendet seyn, sich deshalb dem preussischen Staatsverbande zu entziehen, so werden pommersche, märkische, schlesische Schwerter das Entrissene wieder erobern. (Ironisches Beifallklatschen.) Ich wenigstens — schließt der Redner — würde mich eher zerreißen lassen, als zu dem sogenannten Aufgehen Preussens in Deutschland meine Zustimmung geben. — v. Berg bemerkt: Das Aufgehen Preussens in Deutschland ist ein Wort, das nicht von dem letzten Redner zum ersten Male gebraucht ist. Die Kritik der Verfassung, die man gehört habe, widerlegt sich großentheils selbst. Das allgemeine Stimmrecht — sagen Sie — bewirkt den Umsturz durch die Parlamente. Aber meine Herren, wer hat Sie denn hieher gebracht? (Heiterkeit.) Sie wollen eine starke Regierung, und glauben eine solche mit dem suspensiven Veto unmöglich. Sie sagen aber nie: was Sie unter einer starken Regierung verstehen. Man kann ein warmer Anhänger der konstitutionellen Monarchie seyn, und doch über das absolute und das suspensive Veto verschieden denken. Praktisch ist der Unterschied nicht. Zu den Amendements übergehend, bemerkt der Redner zunächst in Bezug auf das Libelt'sche: Ich bedauere, den Herrn Kriegsminister nicht in unserer Mitte zu sehen. Unsere Regierung erkennt die Beschlüsse der deutschen National-Versammlung nicht an, trotzdem erkennt der Herr Kriegsminister die Demarkationslinie an. Das Amendement leidet an Mangel. Ist denn die Angelegenheit des Großherzogthums Posen eine deutsche Verfassungsfrage? Es handelt sich um die innere Gesetzgebung Deutschlands. Sie präjudiziren ihrer Sache offenbar, wenn

Sie dieselbe auf dieses Gebiet hinüberdrängen. Der Antrag des Grafen Schwerin will eigentlich, daß die Kammern nichts erklären. Wollen Sie erklären, die Annahme der Verfassung könne jetzt erfolgen, was sie früher nicht gekonnt habe, wie kommt denn die preussische Regierung jetzt zu einer Befugniß, die sie früher nicht gehabt haben soll? — Wenn der Herr Ministerpräsident mit festem Steuerruder das Meer der öffentlichen Meinung beherrschen will, so ist das in der Ordnung. Aber in diesen Mauern ist eine Klippe, an der man nicht scheitern kann, — der Volkswille, die Volksmacht. — Das Grün'sche Amendement spricht unsere Rechtsansicht aus, aber wir wollen durch theoretische Erklärungen, die Sie nicht unterschreiben mögen, keine Spaltung hervorrufen. Dem Kommissionsbericht wirft der Redner Widersprüche vor, und schließt mit der Aufforderung, in dieser wichtigen Sache von der haarscharfen Prinzipienscheidung abzugehen. Wenn man die Versammlung aufgefordert habe, die Regierung ruhig ihre Wege wallen zu lassen, so wolle er sie ruhig wallen lassen, er wolle keinen Einfluß üben auf einen Minister des Auswärtigen, welcher die Volksvertretung in Angelegenheiten des Vaterlandes auf die Zeitungen verweist. Wir wollen eine solche Regierung ihre Wege wallen lassen, aber nicht mit ihr gehen.

(Fortsetzung folgt.)

Stuttgart, 23. April. In Stuttgart herrscht noch immer dieselbe Spannung. Der König soll, wie es heißt, nach Ludwigsburg gegangen seyn. Folgende Proklamation wurde heute bekannt gegeben: Würtemberger! Seit 32 Jahren habe ich die Geschicke unseres gemeinschaftlichen Vaterlandes gelenkt, habe ich nur Einen Gedanken, nur Eine Aufgabe, die Eurer steigenden Wohlfahrt und Zufriedenheit verfolgt! In ernsten und in guten Tagen habt Ihr mir vielfache Beweise Eures Vertrauens und Eurer Liebe gegeben, habt Ihr ein Beispiel von Eintracht zwischen Fürst und Volk geliefert, welches der Ruhm des Landes bei unsern Nachbarn und zugleich mein Stolz, so wie das beständige Ziel aller meiner Regierungsmühen war. Würtemberger, die Zeiten sind ernst, das Vaterland, das gemeinschaftliche, wie das besondere, ist von vielen und großen Gefahren bedroht. Mehr als je gilt es, daß wir fest und einträchtig Hand in Hand gehen. Wie Ihr, will auch ich ein großes, einiges und starkes Deutschland. Ich werde jedes Opfer freudig zu Gunsten eines so gemeinnützigen Zieles bringen. Wo es das wahre Wohl des gemeinschaftlichen Vaterlandes gilt, müssen alle Interessen, die großen wie die kleinen schweigen.

Die Nationalversammlung hat das Verfassungswerk ihrerseits vollendet, allein Ihr wißt, daß zwischen ihr und den größeren Regierungen Deutschlands zur Zeit noch keine Nichtverständigung über diesen hochwichtigen Gegenstand besteht. Ich für meine Person habe eine solche Verwickelung in keiner Weise herbeigeführt; da sie aber leider vorhanden ist, so gebieten Klugheit und Vorsicht, so erheischen das wahre Wohl und eine gesicherte Zukunft unseres Vaterlandes, daß wir die Entwickelung derselben mit Ruhe und Zuversicht abwarten. Verlaßt Euch auf mein Fürstenwort, es ist weder für Euch, noch für Deutschland keinerlei Gefahr in einem solchen Verzuge. Eine vorschnelle Entschlußnahme von unserer Seite würde im Gegentheil die friedliche Lösung der Frage eher verhindern und verzögern, als bernden und fördern. Ohnedieß kann und wird die Ungewißheit darüber nicht lange mehr andauern. Würtemberger, vertraut Eurem Könige, der es wohl mit Euch meint; mißtraut den Einflüssen und den Reden aller Ehrgeizigen und aller Wühler, die sich selbst und Euch auf den Weg des Verderbens führen würden. Es lebe die deutsche Einigkeit und die allseitig friedfertige, ruhige Lösung des Reichsverfassungswerkes. Wilhelm.

Italienische Staaten.

Florenz, 13. April. Die toskanische Regierungskommission, welche, wie wir bereits gestern mitgetheilt, im Namen Leopold II. die Zügel ergriffen hat, fordert mittelst Proklamation die Soldaten auf, diesem Fürsten den Eid der Treue zu leisten. Jedem stehe es frei, dieses zu thun oder nicht, wehe aber dem, der den geleisteten Eid breche. Durch ein zweites Proklam wird die gegenwärtige toskanische Munizipalgarde aufgelöst und unter dem Titel Garde für öffentliche Sicherheit neu gebildet. Endlich werden alle politischen Versammlungen und Gesellschaften verboten; ein Gesetz soll das Vereinsrecht in Bälde reguliren. Alle Urtheile, Verordnungen, öffentliche Aktenstücke sollen wieder den Namen Leopold II., Großherzog von Toskana, führen. (N. B. Z.)

Das wichtigste was die heutige italienische Post bringt, ist die uns aus Turin vom 18. April zukommende Kunde, daß man dort die Friedensunterhandlungen in Mailand so gut als abgebrochen betrachtete, weil man von Seite Piemonts die von Oesterreich gestellten Bedingungen (unter andern 225 Millionen Franken Entschädigung) zu hart fand. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 26 April 1849. № 116. Donnerstag: Cletus.

Deutsche Staaten.

M München, den 23. April. Nach Kratzeisens Kalendee ist an dem gestern Nacht gefallenen Schnee einzig und allein die Presse Schuld — nach dem Valksboten nur die Demokratie, weil unser lieber Herrgott nicht dulden könne, daß schon wieder eine graße Volks-Versammlung in Neubergbausen stattfinde, wodurch die frammen Schaafe der gläubigen Heerde entfremdet würden. Im Textbuch des Don Juan 2. Akt 4. Sc. steht gescheieben: Don Juan: „Glaubt ihr nicht sie ist von Sinnen"; Danna Elvira: „Traut dem falschen Heuchler nicht — er ist ein Betrüger"; Don Ottavio: „Wem soll man glauben hier?" Bei diesen Zweifeln über die Ursachen des gewaltigen Schnees am 21. April fällt uns eine Geschichte ein, die sich jüngst in Aich bei Fürstenfeldbruck zugetragen, wobei es eben nicht zweifelhaft bleiben wird, ob die Peesse aber die Soldaten desselben Regiments, welchem der Heer Oberst Kratzeisen angehört, die Veranlassung zu den blutigen Händeln, wobei mehrere schwere und eine tödtliche Verwundung varkamen, gegeben haben. Vor etwa vier Wochen gingen nämlich 10 Mann von dem in Fürstenfeldbruck vorübergehend gaenisonirenden Bataillan, am letzten Sonntage ihres Dortseyns, nach dem eine Stunde entfernten Orte Aich und fingen gegen Abend daselbst mit den Ortsbewohnern solchen Skandal an, daß die Bauern endlich genöthiget waren, förmlich Sturm zu läuten. Mehrere Soldaten drangen mit bloßen Säbeln in Bauernhäuser ein und mißhandelten hiebei ein Bauernweib mit ihrem Kinde, welches bei Abwesenheit ihres Mannes flehentlich und fußfällig um Schonung bat. Nachdem endlich längere Zeit Sturm geläutet und die Soldaten von den Bauern mit Stangen und Gewehren in die Flucht gejagt waren, fand erst das gräßlichste auf dem Rückwege van Aich nach Fürstenfeldbruck statt. Es begegneten nämlich den Saldaten ungefähr 6 Männer und 2 Frauen, worunter 4 ansässige Bauern von Aich, nach amtlicher Bestätigung von dem besten Leumunde. Diese ruhig heimkehrenden Leute wurden, nachdem sie auf die barsche Frage, waher sie seyen, kaum geantwortet hatten, von den Vaterlands-Vertheidigern überfallen und mit ihren Seitengewehren*) auf die jämmerlichste Weise zugerichtet. Einer der ansässigen, bestbeleumundeten Bauern erhielt 6 Säbelhiebe auf den Kopf und als er sich mit der Hand schützen wollte, wurde ihm solche auf eine fürchterliche Weise zerhackt, so daß an ein Aufkommen desselben nach Aussage des Arztes nicht zu denken seyn soll.**) Einer der beiden Frauen, welche auf die Kniee niederfielen und um ihr Leben baten, wurde der haarreiche Zopf dicht am Kopfe, beinahe ganz abgesäbelt. Die Kriminal-Untersuchung ist in vollem Gange und der thätige Untersuchungsrichter glaubt die Entdeckung der die Schandthaten vallführten Saldaten herbeiführthabenden zu können und wird wahrscheinlich die ganze Sache demnächst vor den Assisen verhandelt werden.***) Nicht aus Rücksicht für den Herrn Obersten von Kratzeisen hat die Presse bisher über diese Schandthaten geschwiegen, sondern aus Rücksicht für das Regiment, dem die Saldaten angehören, weil man die Ueberzeugung hegt, daß solche Rohheiten und Gewaltthaten nur durch einzelne Soldaten veranlaßt, von dem ganzen Regimente aber gemißbilligt und die Thäter van ihren Kameraden selbst als Kannibalen bezeichnet und verachtet werden, für deren Kameradschaft sich das bayer. Heer ebenso bedanken wird, als für den blinden Gehorsam unter einem bayer. Windischgrätz. Das bayer. Heer wird niemals mithelfen, das Volk, dem die Soldaten ja selbst angehören, zu unterdrücken, es wird niemals mithelfen, gerechte Forderungen desselben unmöglich zu machen, wenn diese Fordeeungen auf gesetzmäßige Weise geltend gemacht weeden. Sowie es in Würtemberg nicht in Frage steht, daß bei einem Konflikte zwischen König und dem volksthümlichen, dem deutschen Vaterlande aufrichtig ergebenen Minister Römer das Würtemberger Valk zu ersterem, nicht zu letzterem halten würde, wenn es Sr. Würtembergischen Majestät v. Gottesgnaden wirklich einfallen sollte, sich der deutschen Reichsverfassung zu widersetzen, ebensa möchten wir glauben, daß bei einem ähnlichen Kanflikte bei uns zwischen der Krone, sammt ihrem bureaukratischen Wittelsbachischen Kabinets-Ministerium einerseits, und der Volkskammer andererseits, dem bayerischen Volke und dem dem Volke angehörigen, aus dem Volke hervorgegangenen und nach seiner Dienstzeit in seine Heimath zurückkehrenden bayerischen Heere, die Wahl nicht schwer fallen würde, auf welche Seite es sich zu schlagen habe. Dies möge man bei einer Auflösung der Kammer, bei einer Oktroyirung eines neuen Wahlgesetzes, ader gar bei Oktroyirung einer neuen Verfassung mit unvolksthümlichem Wahlgesetze wohl beachten!!

München, den 23. April. Der Satz des Sommerbieres ist von der Regierung van Oberbayern auf 5 kr. 1 pf. die Maaß festgesetzt worden, die Brauer aber haben erklärt, auf diesen Pfennig verzichten und den Schenkpreis von 5 kr. beobachten zu wallen. Trotz dieses Anerbietens verlangte die Regierung, der Magistrat solle den von ihr festgesetzten Preis ausschreiben und in der Ausschreibung des Verzichtes der Brauer nicht Erwähnung thun. Der Magistrat aber hat sich dieser Maßregel nicht gefügt, sondern die Ausschreibung einer Unwahrheit der Regierung selbst überlassen und beschlossen, den durch die Erklärung der Brauer ohnehin regulirten Bierpreis von 5 kr. bekannt zu geben. Wir erwähnen dieser Angelegenheit besonders deßhalb, weil durch sie die mildväterlichen Gesinnungen unserer löblichen Regierung, die Offenheit unserer wohlwollenden Verwaltung wieder so recht an's Tageslicht kommen. Ehre dem Magistrat, der bei der Wahrheit blieb und dadurch die Schuld eines, auch wegen einer Kleinigkeit möglichen Krawalls von sich ab und auf die Schultern derjenigen gewälzt hat, welche die Ruhe bloß im Belagerungszustande sehen. (D. f. Z.)

Augsburg, 24. April. Wir vernehmen so eben, daß der hiesige Magistrat gestern Abend den Beschluß gefaßt hat, eine Adresse an Se. Maj. den König mit der Bitte um unverweilte Einberufung der Kammern zu richten, daß heute Nachmittag eine dazu bestimmte Kommission die Adresse berathen und morgen dieselbe in öffentlicher Sitzung vorlegen wird. (Aab. Abdz.)

** Frankfurt, den 23. April. [207. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Austritts- (darunter 7 Oesterreicher) und Eintrittserklärungen. Flottenbeiträge: 670 Fl. aus Amberg in Bayern, 10 Pfd. Sterling aus Manilla. Zustimmungsadressen aus Rudolstadt, Nassau und Schleswig-Holstein. Interpellation von Vogt von Gießen, ob es wahr sey, daß Preussen gegen den Einmarsch der Reichstruppen in Jütland protestiet habe? Gagerns Antwort lautet auf entschiedenes Nein, der Krieg mit Dänemark solle mit allem Nachdruck fortgeführt werden. L. Simon aus Trier fragt das Reichskriegsministerium wegen Zurückziehung der würtembergischen Truppen aus dem badischen Oberlande. Peucker antwortet, ein Befehl ein Befehl sey deßhalb nicht von der Centralgewalt gegeben, es sey ein Offizier zur Erforschung des Thatbestandes, wie ihn öffentliche Blätter gebracht, abgeschickt. Grävell stellt den dringenden Antrag, die österreichischen Abgeordneten nicht mehr als Abgeordnete zu betrachten, weßhalb man den in der Paulskirche Verbleibenden abgesonderte Ehrenplätze anweisen solle. Die Dringlichkeit des Antrags wird nicht erkannt. Uebergang zur Tagesordnung: Berathung des vom Abgeordneten Kierulff erstatteten Berichts, Namens des Ausschusses zur Berichterstattung über den Bericht der Deputation von Berlin und zur Vorberathung derjenigen Maßregeln, welche zur Durchführung der verkündigten Reichsverfassung nöthig erscheinen. Die Vorschläge der Ausschußmajorität heißen: 1) Die Reichsversammlung erklärt, in Uebereinstimmung mit ihrer nach Berlin gesandten Deputation, daß die Annahme der durch die verfassunggebende Reichsversammlung dem König von Preussen übertragenen Würde des Reichsoberhaupts die Anerkennung der Reichsverfassung voraussetze. 2) Die Reichsversammlung beschießt: Die preussische Regierung, sowie die übrigen deutschen Regierungen, welche die Annahme der von der Reichsversammlung beschlossenen und verkündeten Verfassung noch nicht erklärt haben, sind aufzufordern, ihre Anerkennung derselben nunmehr auszusprechen; und erklärt: daß zugleich mit der Anerkennung der Reichsverfassung Seitens der preussischen Regierung die Uebertragung der Würde des Reichsoberhauptes an den König von Preussen in Wirksamkeit tritt 3) Sie beschließt, die provisorische Centralgewalt aufzufordern, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung der Verfassung mitzuwirken. 4) Der erwählte Ausschuß bleibt bestehen, um je nach Lage der Dinge weitere Maßnahmen zu berathen und der Reichsversammlung vorzuschlagen.

Es traten mehrere Redner auf, Heckscher spricht sich für ein Direktarium aus, der König von Preussen habe die Kaiserwürde abgelehnt, den Kaiser von Oesterreich werde man nicht wählen, auch den König von Bayern nicht; man solle daher festhalten an der Verfassung, aber die Oberhauptsbestimmungen madifiziren. Schmidt spricht gegen das Erbkaiserthum. Welcker hält an der Wahrung der Verfassung fest, als an einer Verfassung der Volksfreiheit, aber auch den Fürsten die größten Rechte einräumend. Dem Vorwurf gegenüber, so schließt Welcker seine Rede, wir hätten Oesterreich ausgeschlossen, so darf ich's wohl am Ersten sagen, daß das nicht wahr ist, daß Oesterreich uns ausgeschlassen hat. Die Politik Oesterreichs gegen uns war von jeher die des traurigen Worts: »Ich bin vor Allem Oesterreicher!« Die höhere Auffassung des Vaterlandes, die Welcker hierauf der österr. Anschauung gegenüber hält, wird von lebhaftem Beifallsrufe von der Versammlung anerkannt. Hat nun, wie vor ganz Europa bekannt gewarden, Oesterreich mit 40,000 Mann diese Frankfurter Versammlung sprengen wollen, will es kein Volkshaus dulden, hat es seine Abgeordneten aus unserer Mitte gerufen, sa ist das Alles nur eine um so dringendere Aufforderung für uns, unsere deutsche Verfassung ins Leben zu setzen. Allerdings stehen wir dabei an der Schwelle des Kampfes mit der Fürstensouveränetät. Aber nur mit der falsch aufgefaßten Souveränetät, deren Ursprung vom Rheinbunde herrührt und die kein Recht hat zwischen das deutsche Volk und die Erfüllung seiner Wünsche zu treten. So gewiß aber aus den kalten Wolken, die heute über der Erde hängen, die Sonne des Frühlings hindurchbrechen wird, so gewiß wird die Sanne der Einheit und Freiheit des deutschen Valks die eiskalten Wolken der Kabinete siegreich durchbrechen.« Nächste Sitzung margen.

Frankfurt, 23. April. Herr Camphausen hat wie es heißt seine Stelle als preussischer Bevallmächtigter niedergelegt. Veranlassung dazu sind die neuesten Instruktionen der Herren Manteuffel-Arnim. (D. Z.)

Frankfurt, 23. April. Von Stuttgart lief die eigenthümliche Nachricht ein, es habe der Prinz Friedrich ohne Wissen des dortigen Kriegsministers die im badischen Oberlande stehenden würtembergischen Truppen zurückbefehligt, indessen sey ihnen bereits durch den Kriegs-

---

*) Wie lange werden unsere Soldaten ausser dem Dienste noch bewaffnet auf der Landstrasse und in den Wirthshäusern umherziehen dürfen?

**) Nach andern Berichten soll derselbe bereits verstorben seyn.

***) Wobei es sich zeigen wird, Herr Oberst von Kratzeisen, ob auch in diesem Exzesse die Presse die Schuld trage?

minister der strengste Gegenbefehl zugesendet worden. Also auch dort Kamarilla hinter der Regierung? Will man denn mit wahnsinniger Gier das Unglück über Deutschland herbeirufen, was eine nothwendige Folge der Erbitterung des Volkes seyn muß? (D. Z.)

Darmstadt, 21. April. Die heute erschienene Nr. 24 des großh. Regierungsblatts enthält 1) Reichsgesetze, a Gesetz, betr. die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause, b Gesetz, betreffend die Taggelder und Reisegelder der Abgeordneten zum Reichstage. 2) Gesetz, die Aufhebung der Todesstrafe betreffend. (Zur Ausführung der im Reichsgesetze vom 27. Dez. 1848, die Grundrechte des deutschen Volkes betr., im § 9 enthaltenen Bestimmung.)

†*† **Berlin**, den 22. April. Graf Brandenburg hatte gestern die Erklärung des Staatsministeriums auf den Rodbertus'schen Antrag kaum zu Ende gelesen, als ihr Inhalt auch schon durch Flugblätter und mündliche Tradition in alle Kreise der Bevölkerung getragen wurde. Wie verschieden die Meinungen und Vermuthungen über die Wirkung der österreichischen Note vom 8. April und der Kollektiverklärung der kleinen Staaten auch gewesen sind, Niemand hat ein solches Ergebniß erwartet. In allen Kreisen war man überrascht, und Herr v. Bismark erklärte im Vorsaal der zweiten Kammer: er habe seinen Glauben an Brandenburg und Manteuffel wieder gewonnen. Man würde jedoch fehl gehen, wenn man in dieser neuen und entschiedensten Ablehnung einen Zusammenhang mit den früheren Schritten des Kabinets in der deutschen Angelegenheit, einen wohlgefügten Plan erkennen wollte. Wie Gutunterrichtete versichern, ist vielmehr jede Maßregel der Regierung seit der Note vom 23. Januar bis zu der jüngsten Erklärung das Produkt momentaner Erwägungen. Die Schwankungen, welche nach der ziemlich unbedingt der Kaiserdeputation gegenüber ausgesprochenen Ablehnung die an Bedingungen geknüpfte provisorische Annahme herbeiführten, tragen auch an der gestrigen Ueberraschung die Schuld. Noch am 8. April schien es gerathen, durch die Presse den Beweis führen zu lassen, daß die Antwort, welche der Deputation gegeben war, falsch gedeutet werde, wenn man in ihr eine Ablehnung finde. Wir machen in dieser Beziehung auf eine Schrift „die Antwort des Königs von Preussen auf das Anerbieten des Reichstages“ aufmerksam. Wir können versichern, daß die Schrift von dem literarischen Wrangel des Kabinets Brandenburg, Herrn von Kampz, auf mehr als indirekte höhere Veranlassung verfaßt worden ist. Sie ist aus der Sittenfeld'schen Druckerei hervorgegangen, die in weit eigentlicherem Sinne als die Offizin des Herrn Decker auf die Bezeichnung der geheimen Hofbuchdruckerei Anspruch hat. Die Schrift wurde gleich nach ihrem Erscheinen in Massen unentgeldlich verbreitet. Sie legt ein besonderes Gewicht auf die Stelle in der Antwort des Königs: »Ich bin bereit, durch die That zu beweisen, daß die Männer sich nicht geirrt haben“ u. s. w. „Einfach und ohne Vorbehalt — heißt es in der Beweisführung — spricht der König das große Wort aus. Zwischen Ihm und dem Reichstage ist die Vereinbarung erfolgt, die Verfassung — mit allen ihren Gebrechen, auf die Gefahren hin, die in ihr liegen — unbedingt und unverkürzt von Ihm angenommen. Gerecht und eines großen Fürsten würdig, setzt aber nun, nachdem er sich und sein Land der deutschen Sache so hochherzig geweiht hat, der König hinzu, daß er die übrigen deutschen Regierungen nicht zwingen wolle, wie er zu denken.“

Am lebhaftesten und stürmischsten war die Bewegung unter den Mitgliedern der ersten Kammer. Ein großer Theil derselben wohnte den Verhandlungen der zweiten auf der Tribüne bei, als der Ministerpräsident die Erklärung verlas. Als man sich von der Ueberraschung erholt hatte, wurde der Präs. v. Auerswald sogleich zu einer Convocation der Mitglieder veranlaßt. Eine öffentliche Sitzung, die man noch zum Abend beabsichtigte, war nicht zu bewirken. Es fand deshalb eine sehr stürmische Comitésitzung statt, an der sich die meisten Mitglieder betheiligten. Die Frucht dieser Vorverhandlungen ist die Anberaumung einer Sitzung auf morgen 12 Uhr, und vier dringliche Anträge, die in derselben zur Berathung kommen werden. Den Antrag des Grafen Dyhrn haben wir gestern mitgetheilt. Den Motiven entnehmen wir Folgendes: »Der letzte Augenblick der Entscheidung ist gekommen, die Gefahr des Vaterlandes ist auf die Höhe gestiegen, daß nur das offenste Vertrauen gegen das Volk und seine Vertreter, daß nur eine entschiedene vor aller Welt klar dargelegte Kühnheit den Weg der Rettung zeigen kann. Wir haben bis jetzt Zurückhaltung bewiesen, um dem Ministerium in keiner Unterhandlung eine Störung zu bereiten. Nun aber, wo die rettende Entscheidung, die nur noch einzig mögliche, immer wieder verzögert wird, nun, wo jeder Augenblick die Zerrüttung des Vaterlandes bringen kann, muß alles Geheimniß fallen. Die Minister, wenn sie Muth und Kraft haben, das Vaterland zu retten, müssen mit ihren Handlungen und Absichten vor die Kammern, vor das Volk treten, um sich deren Unterstützung zu sichern.“ — Hansemann will: daß einer Kommission von 15 Mitgliedern die am 28. März in Frankfurt verkündete deutsche Verfassung mit den von dem unterzeichneten Antragsteller beigefügten Bemerkungen überwiesen werde, um zu prüfen, in wie weit die in der letzteren enthaltenen Bedenken gegründet sind, sowie ob eventuell ein desfallsiger Antrag an die Regierung zu stellen sey.“ — Von v. Ammon ist ein dringlicher Antrag eingebracht. Derselbe lautet: »Die Kammer wolle beschließen: eine Kommission von 15 Mitgliedern durch Wahl der Abtheilungen zu ernennen, um die Lage der deutschen Angelegenheit nach ihrem ganzen Umfange in Erwägung zu ziehen, sich zu diesem Ende sowohl durch Kommunikation mit dem Staats-Ministerium, als durch zu veranlassende Vorlegung aller darauf bezüglichen Dokumente, oder in jeder sonst geeigneten Weise die nöthige Aufklärung zu verschaffen, der Kammer über das Ergebniß schleunigst Bericht zu erstatten und die geeigneten Anträge zu stellen.“

In den Motiven wird auf die gestrige Erklärung des Ministerpräsidenten in der II. Kammer Bezug genommen und dann Folgendes angeführt: „Der von dem Staatsministerium in der deutschen Politik befolgte Gang hat zu Mißdeutungen Veranlassung geben müssen. Diese haben auch bereits zu Interpellationen in der Kammer geführt, deren ungenügende Beantwortung nicht geeignet war, der Regierung dasjenige Vertrauen zu erhalten, ohne welches in so schwieriger Lage eine glückliche Gestaltung der Verhältnisse nicht zu erwarten ist. Vielmehr erheben sich ernste Besorgnisse für die Wohlfahrt Deutschlands und die Zukunft Preussens. Unter dem Eindrucke dieser Besorgnisse fühlen wir doppelt das Gewicht des Konflikts, welcher sich in der deutschen Verfassungsfrage zwischen Seiner Majestät Regierung und der zweiten Kammer erhoben hat, und wir erachten es deshalb für unsere heilige Pflicht, das Land über die Lage der Dinge vollständig aufzuklären und soviel an uns ist, zur Abwendung der dasselbe bedrohenden Gefahren beizutragen.“ Der Antrag ist u. A. von den HH. Baumstark, Mätzke, Kisker, Goltdammer, v. Willisen, v. Wittgenstein, v. Vincke, Ritz, Hesse, Rosenkranz rc. unterzeichnet.

Endlich hat auch Graf Itzenplitz einen Antrag gestellt: eine Adresse an den König zu erlassen und ihm die Annahme der Oberhauptswürde unter Empfehlung einer ziemlichen Reihe von Vorbehalten, die sich auf Abänderung der Verfassung u. dergl. gründen, anzurathen.

Hr. v. Beckerath ist gestern wieder nach Frankfurt zurückgekehrt. Er scheint das Schicksal der Reichskommissarien getheilt zu haben.

Vor seiner Reise hat er seinen Unmuth in Aeußerungen Luft gemacht, die darauf schließen lassen, daß die **Bestimmtheit** wenigstens, welche die gestrige Eröffnung des Ministeriums von allen früheren unterscheidet, ihm unerwartet gekommen ist, obschon mit ihm bis vorgestern unterhandelt wurde. Erst nach der Konferenz mit Hrn. v. Beckerath scheint die Regierung die letzten Entschließungen gefaßt zu haben.

†*† **Berlin**, 21. April. [II. Kammer. Sitzung vom 21. April. Fortsetzung und Schluß des gestern abgebrochenen Artikels.] Minister Graf Arnim: Der Hergang, der mich dazu bestimmt hat, die Zeitungen zu erwähnen, ist sehr einfach. Erst am Abend des Tages, an welchem die Morgenzeitungen die Kollektivnote brachten, habe ich Kenntniß von ihr erlangt. — Minister v. Manteuffel: Der geehrte Abgeordnete für Jülich hat darauf aufmerksam gemacht, daß 16 Millionen Preußen eben so viele Deutsche seyen und nicht mit der undeutschen Regierung gehen werden. Das ist richtig. Die Verschiedenheit der Auffassung besteht nur eben darin, daß die Regierung glaubt, ihr Weg sey ein deutscher. Wir befinden uns allerdings in einem Zustande, den Gefahren von allen Seiten umlagern. Unter allen gefahrvollen Wegen aber ist derjenige, der der konsequenteste ist, der sicherste. Diesen Weg ist die Regierung gegangen. Sie kann sich nicht bestimmen lassen, einen andern Weg einzuschlagen, am wenigsten, wenn, wie man gesagt hat, Oesterreich krank ist. Ist Oesterreich krank, so werde ich um so weniger rathen, seine Rechte zu kränken. Wenn Etwas mich hätte bestimmen können, Se. Majestät den gewünschten Rath zu geben: so wäre es die österreichische Note gewesen. Wir wollen Deutschlands offene Wunde schließen, aber verhehlen wir uns nicht, daß Deutschland seit 6 Jahrhunderten im Auseinanderfallen ist, während Preußens Größe seit 4 Jahrhunderten unausgesetzt wächst. (Bravo und Zischen.) Wir wollen deßhalb Preußen nicht aufgeben, bevor wie nicht Deutschland haben. Wir sind offen gewesen, wir haben uns darin Einen Vorwurf zu machen, und im vollen Bewußtseyn des Ernstes der Frage haben wir unsern Rath ertheilt. — Grün nimmt sein Amendement gegen v. Berg's Desavouirung in Schutz. — Wollheim weist darauf hin, daß die Partei sich nicht auf den Standpunkt der Vereinbarung stellen dürfe, welche die Verletzung der Vereinbarung in Preußen mit Dank und Jubel begrüßt habe. — Graf v. Schwerin erklärt sich für die Arnim'sche Tagesordnung. Der Stern Deutschlands werde nicht erbleichen, wenn auch dieser Antrag verworfen würde. Die Verfassung erklärt er für schlecht. Die Freiheit des Volkes bedürfe eben so sehr des Schutzes gegen die Parlamente, als gegen die Uebergriffe der Staatsgewalt. Der Redner folgert hieraus die Nothwendigkeit des absoluten Veto. Trotzdem ist der Redner für Annahme der Verfassung, weil die Stürme des Augenblicks die Herstellung eines, wenn auch nur vorläufigen Rechtszustandes erfordern, und weil die deutschen Fürsten die Verfassung anerkannt haben, und weil der gesunde Sinn des deutschen Volkes die Mängel der Verfassung ausmärzen wird. Die Debatte wird geschlossen.

Schulze (Delitsch) als Mitantragsteller: die Zeit ist zum Bewußtsein gekommen, daß ohne die Einheit nicht die Freiheit gesichert werden kann. Dem Bunde der Kabinette zur Assecurirung des Absolutismus ist ein Bund der Völker gegenüber getreten. Die frankf. Verf. hat die Volksvertretung Preußens in ihrem Kampfe gegen die Gewalt im Stich gelassen. Es mag noch ein Rest von Groll aus jener Zeit in einem Theil der Verf. übrig sein. Man lasse im Hinblick auf das Ziel, das vor uns liegt, diesen Groll schwinden. Dieses Ziel ist die Herstellung der nationalen Einheit, die Verdrängung des Todten durch das Lebendige, die Anerkennung des historischen Rechts der Volkssouveränetät, nicht des fälschlich sogenannten historischen Rechts. Woher haben denn unsere Fürsten ihre Souveränetät? Durch Usurpation. Auf diese Usurpation stützen sie sich noch heute, weil sie den alten Schutt des Feudalstaates beseitigt haben. Preussen ganz besonders war thätig in diesem Aufräumen. Möge es nun auch, nachdem die Zeit des Zerstörens vorüber ist, an dem Aufbau Theil nehmen, möge das dreifache „Niemals!“ des Hrn. Ministerpräsidenten nicht das Schicksal jener Versicherungen auf dem Landtage von 1847 erleben. Solche Worte, mit welcher Vollkraft der Gewalt, mit welchem Nimbus der Majestät sie auch ausgesprochen werden, sie werden verweht von dem Hauche der Geschichte. Die Zeit ist vorüber, wo die Geschichte Deutschlands nur die Geschichte ihrer Dynastieen war, die Geschichte der Geschlechter, die einander fortwährend den Raub abjagten, den sie am Volke begangen hatten. Begehen Sie keinen Raub an dem Bewußtsein des Volkes, helfen Sie nicht dazu, daß es sein Vertrauen ganz verliere, daß das deutsche Volk aus der Reihe der Kulturvölker schwinde, und machen Sie sich nicht der Mitschuld an der Sünde gegen den heiligen Geist des Volkes theilhaftig.

v. Vincke (als Referent) sieht sich in der Lage, heute mit denen in vielen Fällen einverstanden zu seyn, mit denen er sonst nicht zu stimmen pflege, dagegen verschieden von Solchen stimmen zu müssen, mit denen er vorbehaltlich eines neutralen Bodens auch ferner gehen zu können hofft. Der Redner vertheidigt hierauf das Vereinbarungsprinzip mit den im Kommissionsbericht enthaltenen Gründen in persönlichen Angriffen. Dem Grafen Arnim empfiehlt er schlagendere Bilder, Hrn. v. Bismark's Lob der Nationalversammlung erklärt er für gleichgültig und die Versammung selbst werde kein Gewicht auf das Lob eines Redners legen, der sich in antediluvianischen Anschauungen bewege. Der Redner sey, wenn nicht royalistischer, so doch absolutistischer, als das Ministerium, dem er zu diesem Bundesgenossen nicht Glück wünschen könne. Die Regierungen allein tragen die Schuld an Allem, was bisher versäumt worden, und sie sind auch Schuld daran, daß die Gegensätze sich jetzt noch schroff gegenüberstehen. Wenn die Verfassung unvollkommen ist, so war dies jede Verfassung. Der Redner erinnert an

die amerikanische. Was man übrigens gegen das allgemeine Wahlrecht vorbringt, geht meist von der Voraussetzung aus, daß das allgemeine Wahlrecht immer Umsturzwahlen herbeiführe. Ich bin überzeugt, daß, wenn z. B. ein anderes Ministerium an der Spitze Preussens gestanden hätte, oder das Ministerium die Wahlen vier Wochen früher angeordnet hätte, oder wenn man nicht so thöricht gewesen wäre, zur Zeit der Wahlen politische Untersuchungen einzuleiten, die Wahlen für diese Versammlung konservativer ausgefallen seyn würden. Der Redner beseitigt in gleicher Art die Bedenken gegen das suspensive Veto. Haben nun, fährt er fort, die bedeutendsten Männer Deutschlands nach reiflicher Ueberlegung Beschlüsse gefaßt, so ist es sicher eine Ironie, von ihnen zu verlangen, daß sie diese Beschlüsse aufgeben. Ich müßte die Männer, die dazu die Hand bieten wollten, entschieden verachten. Er geht zur Besprechung des in der deutschen Zeitung erwähnten Planes, dem nicht widersprochen sey, über. Er erklärt diesen Weg für einen unmöglichen, da ihm weder die National-Versammlung, noch eine neue Versammlung, noch die 29 Regierungen beitreten könnten.

Man werde das Zaudern aufgeben und dem Beispiele folgen müssen, mit dem leider die kleinen deutschen Regierungen vorangegangen seyen. Motive der Familienpolitik, Bande der russischen Politik, davon sey er überzeugt, walten nicht mehr ob. Er wünsche aber von Herzen, daß man von der Art der Erörterung politischer Angelegenheiten nach Art der Civilprozesse abgehe, und daß die Räthe der Krone Sr. Maj. das Beispiel der kühnen Politik seiner großen Ahnen zur Nachahmung empfehlen möge. Man dürfe sich über die Stimmung der einzelnen Provinzen nicht täuschen. Die Grafschaft Mark wenigstens und Westphalen, so treu die Provinzen, so deutsch seyen sie auch, und (gegen v. Kleist-Retzow) sie, die länger als Hinterpommern zur Krone Preußen gehören, werden nicht fehlen mit ihren Armeen, wenn es gilt, die Bewohner anderer Provinzen zur Deutschheit zu bekehren. (Heiterkeit.) Er hätte mit den wärmsten Anhängern der Regierung gewünscht, daß die Regierung sich entschiedener ausgesprochen und die frankfurter Deputation überhaupt mit mehr Rücksicht aufgenommen hätte (Beifall.) Er müsse es auch tadeln, daß das Minist. sich darauf beschränkte, die Adressen der Kammer zu den Akten zu nehmen. Er rathe dem Minist. zu handeln, jetzt, da es noch Zeit sey. Der Führer dieses Ministeriums möge sich daran erinnern, daß gerade der Name Brandenburg den Blick seiner Ahnen über die Grenzen des kleinen Kurstaates hinaus zu der Höhe geführt habe, die jetzt die deutsche Nat. Vers. bestimmt habe, dem Erben der Marken die deutsche Kaiserkrone anzutragen.

v. Bismark war nicht gegenwärtig, als der Abg. aus dem Sauerlande (Gelächter) sich mit seiner Person beschäftigte. Er könne ihm wegen der Bundesgenossenschaft, in der er sich befinde, gleichfalls nicht Glück wünschen und bemerke nur, daß sein antediluvianischer Standpunkt, derselbe, den auch der Referent noch vor 4 Wochen eingenommen habe, ihm noch lieber sey, als das Asyl, in welchem der Referent jetzt für seine politischen Ansichten Schutz suche. Er müsse in Bezug auf diese Bundesgenossenschaft an das Sprichwort erinnern: „Alte Liebe rostet nicht.“ v. Kleist-Retzow: Er habe nur die Hochverräther im Sinne gehabt, die sich von Preussen trennen könnten. Die Hülfe, die der Referent für Pommern in Aussicht gestellt hat, müssen wir zurückweisen, wir brauchen sie nicht. Nach längerer Debatte über die Fragestellung erfolgt die Abstimmung. Die Graf Arnim'sche Tagesordnung wird verworfen, für sie stimmen etwa 70 Mitglieder, mit ihnen der Minister von der Heydt und v. Manteffel. Auch der Antrag des Grafen Schwerin wird mit 254 gegen 79 verworfen. Satz 1 des Kommissions-Entwurfs: „Die Kammer erklärt, daß sie den in der Cirkularnote vom 3. April d. J. von der Regierung Sr. Maj. betretenen Weg jetzt in seiner weiteren Verfolgung zur baldigen Herbeiführung eines entsprechenden öffentlichen Rechtszustandes in Deutschland als geeignet nicht erachtet,“ wird gleichfalls verworfen; der erste Satz des Rodbertus'schen Antrages, und eben so der zweite werden gleichfalls verworfen. Ueber den dritten Satz: „Die K. erklärt, daß sie vielmehr ihrerseits die von der deutschen Nat.-Vers. vollendete Verfassung, so wie sie nach zweimaliger Lesung beschlossen worden, als rechtsgültig anerkannt und die Ueberzeugung hegt, daß eine Abänderung derselben nur auf dem von der Verfassung selbst vorgesehenen Wege zulässig ist;“ erfolgt der Namensaufruf. Derselbe ergiebt 179 für, 159 gegen den Satz. Derselbe ist mithin a n g e n o m m e n. Endlich wurde das Amendement v. Saltzwedell mit 142 gegen 187 verworfen. Auf Antrag von Berends wird (Schluß 5½ Uhr) mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität (vor dem Schluß der Sitzung) noch beschlossen, daß der Waldeck'sche Antrag wegen Aufhebung des Belagerungszustandes von Berlin vor den nach Annahme des neuen Geschäfts-Reglements eingereichten Dringlichkeits-Anträgen die Priorität haben solle. —

Danzig, 19. April. Gestern früh haben sich eine dänische Kutterbrigg und Nachmittag eine Fregatte zur Blockirung unseres Hafens eingefunden und vor demselben die Anker geworfen. Mehrere englische Schiffe, welche unseren Hafen erreichen wollen, sind von ihnen zurückgewiesen worden; nur eines haben sie auf besonderes Bitten des Kapitäns, weil ihm das Proviant ausgegangen, großmüthig passiren lassen. Heute früh haben die feindlichen Schiffe unsere Rhede wieder verlassen und werden wahrscheinlich in der Ostsee bis Pillau zu beide Häfen rekognisziren. (Ostf.-Z.)

Aus **Hadersleben**, vom 18. April, theilen wir nach der »Nordf. Tid.« noch folgendes mit: Da unsere Dragoner vor einigen Tagen eine Rekognoscirung bis ungefähr 1½ Meile weit in Jütland hinein machten, erschrack ihr Führer augenscheinlich, als er sah, daß er über die jütische Gränze gekommen war, und machte seine Begleiter aufmerksam darauf. Da diese ihn antrieben weiter zu gehen, sah er ganz erstaunt aus und fragte: »Aber, Herr Gott! dürfen wir da hinein?« — und die Antwort war: »Gerade da hinein wollen wir!«

Altona, vom 21. April. (Vom Bahnhofe.) Nach dem Bericht des Haderslebener Postamts vom 20. Nachmittags war dort eben die Nachricht eingegangen, daß unsere Truppen, nachdem von den Dänen ein Angriff gemacht worden, nunmehr in Jütland eingerückt seyn sollen. — Mit dem Zuge kommt ferner noch die Nachricht daß verwundete Dänen nach Christiansfeld eingebracht waren. — Nachschrift. In Schleswig hatte man gestern die officielle Nachricht gehabt, daß unsere Truppen gestern oder heute in Jütland einrücken würden. Schließlich erfahren wir noch, daß durch die Feldpost die Nachricht eingegangen, unsere Truppen hätten Kolding besetzt, nachdem die Dänen die Stadt verlassen. (A. M.)

Stuttgart [123. Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 23. April.] Eine Kompagnie Bürgerwehr besetzt das Haus im Saale Gruppen, welche sich lebhaft über die eben erschienene Proklamation des Königs besprechen. Unter den Abgeordneten sind auch Nägele und Schoder. Der Präsident eröffnet die Sitzung mit den Worten, daß wenn es je Aufgabe deutscher Männer war, auf den Boden des Gesetzes, der Besonnenheit, aber auch des Muths sich zu stellen, so sey dieß jetzt die Aufgabe der Kammer. Im Laufe dieser Nacht habe Sr. Maj. sich bewogen gefunden, auf einige Zeit nach Ludwigsburg abzureisen, wohin die Minister die laufenden Geschäfte abzuschicken beauftragt worden seyen. Zugleich hat der König heute eine Proklamation erlassen, welche zu verlesen ich für angemessen — (großer Lärm, Protestation.) Beisel: Vor Allem sollten wir von den Ministern eine offizielle Auskunft über diese Proklamation verlangen. Zwerger: Dieses sogenannte Aktenstück existirt für uns nicht, kein Minister vertritt es, wir wissen nicht einmal, von wem es ausgeht. Aber wir müssen wissen, ob noch eine Regierung besteht oder nicht. Die Minister haben seit 3 Tagen erklärt, daß sie ihre Entlassung geben. Es scheint, die Minister sind außer Aktivität gesetzt. Wir müssen dem Zustand der Ungewißheit ein Ende machen. Das Land muß regiert werden. Die Kammer soll eine Kommission von 15 Mitgliedern niedersetzen, welche fortwährend berathet und Anträge stellt, dann soll die Kammer eine Ansprache an das Land erlassen, und die Lage des Vaterlandes schildern. Holzinger will auch die Kommission. Becher: Das dringendste Bedürfniß für das Land ist, zu wissen, daß eine Behörde da ist, welche jeden Augenblick die geeigneten Maßregeln vorbereite. Ich unterstütze deshalb Zwergers Antrag; über das Aktenstück wollen wir zur Tagesordnung übergehen. Präsident: Ich habe den Aufruf blos verlesen wollen, ohne ihn als offizielles Aktenstück anzuerkennen. Reyscher: Auch ich bin für eine Kommission. Das Aktenstück ist nichts als ein Kabinetsstück. Roter erklärt dasselbe. Schmückle erklärt nachträglich seine Zustimmung zum gestern angenommenen Antrag und spricht sich für schnelles, entschiedenes Handeln aus. Ebenso Süskind, Nägele und Viele der gestern Abwesenden. Schweickhardt ist für entschiedenes Handeln; er berichtet über die Stimmung, so von einer großen Volksversammlung gestern in Tübingen. Beisel tritt Zwerger bei. Nägele: Mit der gespanntesten Erwartung, aber auch mit der vollkommensten Befriedigung über die Haltung der Kammer und des Ministeriums sieht man in Frankfurt auf uns. Aber auch ich wünsche entschiedenes, schnelles Handeln. (Zustimmung.) Frhr. v. Wöllwarth: Auch ich bin für den Antrag, fordere aber, daß wir auf dem Boden des Gesetzes stehen bleiben und an dem Rechte festhalten. (Große Unruhe, der Präsident verlangt Redefreiheit für Alle.) Schmückle: Das ist das Recht, daß sich die Bürger nicht länger durch den Einzelwillen tyrannisiren lassen. Wiest von Eßlingen: Ich bin für die Kommission, nur müssen wir uns auch über ihre Aufgabe verständigen. In gegenwärtigem Augenblick haben wir noch ein Ministerium, die vollziehende Gewalt ist noch in seinen Händen. Rettenmaier: Ich bin vertrauungsvoll heute in diesen Saal getreten, aber schmerzlich durch dieses Blatt überrascht worden. Jetzt ist es keine Zeit mehr zu unterhandeln, sondern zu handeln. Ich unterstütze den Antrag. Schnitzer: Wir wollen handeln; ich halte diese Kommission für eine permanente. Wir dürfen nicht mehr auseinandergehen, bis die Sache erledigt ist.

Der Präsident läßt die Adressen, welche in der deutschen Sache eingekommen sind, zur Kenntniß bringen: von Nagold, Hall, Saulgau und Umgegend, Sulz rc., Lindach, Großdeinbach, Oberböttingen, Heubach, Altenstaig, Künzelsau, Gemeindekollegien und Bürgerwehr in Ulm, Tübingen, Aalen, Böblingen. Viele Abgeordnete kündigen ähnliche Adressen an. Der Abgeordnete Winter verliest eine Adresse aus Heidenheim; solche kündigen an und erstatten Bericht über die Stimmung ihrer Gegend: Pulvermüller, Feigle, Dörtenbach, Wieland, Redwitz, (es giebt keine Parteien, keine vaterländischen u. d. Volksvereine mehr) Süskind, Schmückle, Scherr, Stierlen, Banklin, Kübel, Bunz. Bacher entschuldigt seine gestrige Abwesenheit durch dringende Geschäfte, und erklärt seinen Beitritt zu dem Majoritätsbeschluß; eben so Kübel, während seines kurzen Aufenthalts auf dem Lande habe er sich überzeugt, daß das Ministerium das volle Vertrauen des Volkes besitze. Schoder: Ich erkläre ebenfalls meine Zustimmung zu dem gestern gefaßten Beschlusse der Kammer, und wünsche nur, daß sie, sobald es Zeit ist, die Konsequenzen dieses Beschlusses mit Entschlossenheit und Entschiedenheit ziehen möchte. Becher: Auch vom Oberlande, namentlich aus den Oberämtern Riedlingen und Biberach sind Deputationen, und zwar von Bauern hier, welche um unbedingte Anerkennung der deutschen Verfassung bitten. — Sofort wird der Zwerger'sche Antrag auf eine Kommission zu fortlaufender Beurtheilung und Berichterstattung über den Stand der Angelegenheiten angenommen. Präsident: Ich habe so eben einer Sitzung des Ministerraths einige Augenblicke angewohnt, und es ist mir dort mitgetheilt worden, daß das Ministerium eine wiederholte dringende Bitte an Seine Königliche Majestät gestellt habe, worin die Lage des Vaterlands dargestellt ist. Darin ist gebeten, die Minister sogleich zu entlassen, wenn der König dem Wunsche des Volks nicht nachgebe. — Sofort wird die Sitzung ausgesetzt, und, wenn nicht die Kommission noch frühern Zusammentritt für nöthig hält, um 5 Uhr wieder aufgenommen. Der Fünfzehner-Ausschuß tritt alsbald zusammen. (Schw. M.)

Stuttgart, den 23. April. Wie wir schon gestern berichteten, war die Aufregung in unserer Stadt am gestrigen Sonntag sehr groß. Versammlungen folgten auf Versammlungen, so Nachmittags vom Volksverein. Ein Anschlag rief die Jugend Stuttgarts zu einer Versammlung bei P. Kolb, wo das frühere Jugendbanner neue Konstituirung beschloß. Die Organisirung fand noch im Laufe des Abends statt. Abends beriethen die Offiziere der Bürgerwehr wegen ihrer nunmehr verwaisten Führersstelle. — Die Straßen waren außerordentlich lebhaft, zahlreiche Gruppen waren insbesondere auf dem Marktplatz. Nirgends wurde jedoch die Ruhe gestört. — Heute ist es die Proklamation des Königs und die Abreise Seiner Majestät und der Königlichen Familie nach Ludwigsburg (vergleiche unsern Kammerbericht), was die allgemeinste Aufregung hervorbrachte. — Ein Plakat an allen Straßenecken theilt allem Volk die gestrigen Stockmaier'schen Kammerbeschlüsse mit. — Die Stadt ist vollkommen ruhig. Aus allen Theilen Würtembergs laufen Nachrichten über große Aufregung ein, überall Volksversammlungen, Adressen, Zustimmung zu dem Verhalten der braven Stuttgarter. (Schw. M.)

Ludwigsburg, den 23. April, Mittags. Der König von Würtemberg ist heute in aller Frühe hier angekommen und im Schloß abgestiegen. Prinz Friedrich folgte später nach. Eine Abtheil. K.

Wagen mit Mobilien kamen ebenfalls von Stuttgart hier an. Heute Abend um 5 Uhr ist das sämmtliche hier liegende Militär in die Schloßhöfe zu einer Musterung bestellt. (Schw. M.)

Stuttgart, 23. April. In ihrer letzten Sitzung erklärte die Kammer, daß wenn der König bis zum 24. Abends nicht unterschriebe, das ganze Ministerium abtrete, die Kammer sich für permanent erkläre und eine provisorische Regierung einsetze. Aufforderungen an die Mitbürger, an den Beschlüssen der Kammer festzuhalten, dann ein Aufruf an die Soldaten sind in Umlauf gesetzt. Der letztere lautet: Soldaten! Wir wissen, daß die große Sache des Vaterlandes, die seit einem Jahre das deutsche Volk bewegt, auch in Euren Herzen einen Widerhall gefunden hat, und deßhalb wollen wir ein ernstes Wort zu Euch reden in dieser ernsten Zeit. Der Soldat, der Blut und Leben zum Schutze seiner Mitbürger einsetzt, hat ein heiliges Anrecht auf den Dank des Vaterlandes. Dieser Dank ist das höchste Ehrenzeichen für die Brust eines wackern Mannes und das schönste Denkmal auf das Grab eines tapfern Kämpfers. Aber diesen Dank spendet das Vaterland nur an die aus, die für seine Sache und in seinem Namen die Waffen führen, und die auch in der Uniform die Kinder desselben Volkes bleiben, aus dem sie hervorgegangen sind und in das sie zurücktreten. Das wollen wir Euch zu bedenken geben; denn das Vaterland hofft von Euch, Ihr werdet Euch zu jeder Zeit erinnern, daß Ihr seine Söhne seyd. Es hofft von Euch, von den Offizieren wie von den Uebrigen, Ihr werdet eingedenk seyn des Eides, den Ihr vor einem Jahre dem deutschen Volke und seiner Nationalversammlung geschworen habet, und Ihr werdet Euch von keiner Macht zu Werkzeugen gebrauchen lassen gegen jene eine und höchste Macht, die über der ganzen Nation steht, über Volk und Fürsten und der Ihr Eure Treue verpfändet habt. Nicht zum Ungehorsam wollen wir Euch auffordern, nein, zum Gehorsam! zum Gehorsam gegen das Gesetz, das die sich die Nation durch ihre Vertreter gegeben hat, und das die deusche Verfassung heißt. Und deßhalb vertrauen wir zu Euch, daß Ihr nicht gegen treue Bürger stehen werdet, die sich um diese Verfassung schaaren, wie es Ihre heilige Pflicht ist; denn diese Pflicht ist auch die Eurige. Soldaten! Söhne des Würtembergischen Volkes! ja wir trauen Euch diese Einsicht und Vaterlandsliebe zu! Ihr müßt es fühlen, wie unsere Sache auch Eure Sache ist; wie die Güter, für die wir kämpfen, auch Eure Güter sind. Ihr werdet nicht Eure eigene Zukunft morden, nein! Ihr werdet so handeln, daß Ihr einst, wenn die Tage des Kampfes vorüber sind, mit frohem Muthe heimkehren und mit gutem Gewissen Euren Vätern und Müttern, Euren Brüdern und Schwestern die Hände drücken könnt. Ihr werdet so handeln, daß, wenn Ihr zurückgekehrt seyd zu den bürgerlichen Kreisen, denen Ihr angehört, wir Alle Euch als Mitbürger, als Freunde und Genossen empfangen können, und nicht als Feinde, als Uebelthäter am Volke und an der Nation verwünschen müssen. Das Blut kann der Soldat von seinen Waffen waschen, aber die Schmach kann er nicht wegwaschen, die auf den Waffen ruht, die er gegen seine Heimath und gegen die Seinigen gekehrt hat. Darum bedenket, daß wir Alle auf ein Ziel marschiren, und daß wir Alle eine Parole haben: Das Recht der Nation und das Heil Deutschlands! Unser Feldgeschrei ist: Ein Recht, ein Volk und ein Vaterland für Alle. Dieses Feldgeschrei werdet Ihr verstehen.

Französische Republik.

† **Paris**, den 21. April. Paris ist ruhig und doch sind alle Truppen konsignirt!.... um sie an der Theilnahme an der vorbereitenden Militärwahlversammlung im Fraternitätssaal zu hindern. Das demokratisch-soziale Komité hat ein Meeting ausgeschrieben, um dem Militär Gelegenheit zu geben, sich über die zwei Kandidaten zu verständigen, welche auf der Liste figuriren sollen. Zwei Unteroffiziere sind vorgeschlagen und ihre Namen gehen durch alle Regimenter; kein Zweifel, daß sie gewählt werden.

Wie wir hören, wollen mehrere Militärs, die Consigne forciren und es könnte leicht Blut fließen. Hoffen wir, daß dem Pascha Changarnier kein Pretext zu neuer Rache geliefert werde.

Dieser Umschwung im französischen Heere ist überaus wichtig. Man denke sich eine neue Junischlacht. Beide Parteien stehen einander schußfertig gegenüber. Plötzlich rufen nur 10 Soldaten in den Reihen: Es lebe die demokratisch-soziale Republik! und das ganze Bataillon ist desorganisirt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Mit einer Beilage.

Mitbürger!

Wir wollten dem Magistrat nicht vorgreifen, als nach dem einstimmig gefaßten Beschlusse der Gemeindbevollmächtigten die Berufung einer Volksversammlung durch denselben, zu einer kräftigen Kundgebung für die deutsche Reichsverfassung erwartet werden konnte.

Nachdem sich jedoch herausgestellt, daß der Magistrat seine Beredsamkeit vor dem versammelten Volk nur dann leuchten läßt, wenn es gilt, die Freiheit des Volkes zu verkümmern, daß er aber schweigt, wenn es gilt, sie gegen die Angriffe von oben zu vertheidigen, und nachdem auch das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten nicht die Kraft gefunden, seinen einstimmig gefaßten Beschluß aufrecht zu erhalten, ist uns die Aufgabe auf's Neue zugefallen, zur Wahrung der Ehre der Bevölkerung von Nürnberg Euch zu einer Kundgebung für die deutsche Reichsverfassung einzuladen.

Demgemäß berufen wir auf

Donnerstag den 26. d. Abends 8 Uhr

eine **Volksversammlung** im **Katharinensaal**, um eine Adresse an die bayerische Staatsregierung um sofortige Anerkennung der Reichsverfassung einschlüßlich der Grundrechte und des Wahlgesetzes zu beschließen.

Mitbürger! Der Augenblick ist ernst und groß. Ein nachbarlicher Bruderstamm kämpft in dieser Stunde mit großartiger Einmüthigkeit für die neue deutsche Verfassung. Werden wir uns beschämen lassen? Werden die Bayern, werden die Franken ihre schönen Gauen durch vormärzlichen Despotismus, durch vormärzliche Zersplitterung besudeln lassen? Nimmermehr! Jetzt gilt es zu zeigen, daß wir werth sind, freie Männer zu heißen. Sprechen wir kräftig unsern Willen aus, damit die Feinde des Volkes und der Freiheit sehen, daß wir bereit sind, nöthigenfalls auch mit Gut einzustehen für Deutschland und die Freiheit!

Nürnberg, den 24. April 1849.

Im Auftrag des Komités für Volksversammlungen

Dr. **Friedrich Mayer**, Vorsitzender. **J. St. Schmidt**, Schriftführer.

†† Politische Schlagschatten.

XIV.

Nachdem sich dies Alles zugetragen, nachdem die Majorität der Pauls- (später reformirten) Kirche immer offener gespielt, und sich, die Centralgewalt und das Reichsministerium immer tiefer in den Staub gezogen, immer mehr die Achtung des deutschen Volkskernes verloren, wollte Hr. v. Gagern, Präsident des deutschen Parlaments noch einen „kühnen Griff" versuchen; er begab sich eiligst nach Potsdam im Gefolge der bekannten Herrn Radowitz und Vincke. Die Conjecturalpolitik und anders noch besser unterrichtet seyn wollende Stimmen ließen sogar damals schon dem König von Preussen durch Hrn. v. Gagern die deutsche Kaiserwürde angeboten werden, nur um den Stoß, welcher der Einheit Deutschlands von Preussen aus zu drohen schien, zu vermeiden. Wie aber der König von Preussen Stärke genug in sich fühlte, sein System mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen, so war auch Gagerns Mission als gescheitert zu betrachten, als gänzlich gescheitert, und es ergibt sich aus dieser verzweifelten Lage, worin sich die Sache der deutschen Einheit befindet, der logische Schluß: „entweder wir bleiben auf dem bisherigen Wege der Vereinbarung, auf welchem es das Reichsministerium bisher zu Nichts, als zu einer unerhörten Herabsetzung seines Ansehens bei dem Volk, wie bei den Regierungen gebracht hat und wir kommen mit der Einheit gerade soweit, wie der Wille Preussens und Oesterreichs es gestattet. Oder, wenn wir in der That weiter wollen, so muß wiederum der Wille aufgeboten werden, welcher sich stärker als der preussische und österreichische gezeigt hat, der Wille, aus welchem die Märzrevolution als muthige That hervorgegangen ist.

Es ist möglich, daß der König von Preussen einen unblutigen Sieg davon tragt über die Sache der Freiheit, wie die österreichische Kamarilla einen blutigen Sieg, mit den schändlichsten Gräueln befleckt, über dieselbe davon getragen hat, moralische Niederlagen sind dieß aber immer. Eine schlimme Seite von vielen andern ist indeß die, daß durch solche Siege angereizt, die übrigen Fürsten ähnliche Gewaltschritte versuchen könnten, wodurch alle Entwickelungen des freiern Volkslebens gehemmt, alle Errungenschaften des März illusorisch gemacht, ja alle Repräsentivverfassungen paralisyrt würden. Wenn an die Stelle der Civilisation und Humanität der Militärdespotismus treten kann, wenn für den Belagerungszustand mit den Martialbestimmungen, den Standrechten u. s. w. allerhöchste Wanderbücher ausgestellt werden, was bleibt dann der Preßfreiheit, den Vereins- und Versammlungsrechten und den sonstigen Immunitäten für ein erbärmlich enger Wirkungskreis übrig? Was bilden ein Paar umgestürzte Trommeln, von denen einem mißliebigen Volksmanne ein standrechtliches Urtheil von einer Soldateska verlesen wird, die nur die Säbelherrschaft als oberstes Gesetz erkennt, für einen traurigen Rechtsboden? Die Hinschlachtungen in Wien geben hierauf die beste Antwort und daß es in Berlin nicht auch geschehen konnte, daß dieser Belagerungszustand ein so komisches Bild liefert, das wird den König, sein Kredoministerium Brandenburg und den General Wrangel in nicht geringe Verlegenheiten gebracht haben.

Was indeß auch unsere nächste Zukunft bringen wird, soviel ist sicher, daß der jetzige Kaiser von Oesterreich sowohl als der jetzige König von Preußen, Alle die mißtrauisch gemacht haben müssen, welche dem Konstitutionalismus unbedingt das Wort redeten, und es bleibt ein schwer niederzukämpfender Gedanke, daß die künftige Einheit Deutschlands nicht mehr in und durch den Volkswillen erzielt werden soll, sondern durch das Zusammenstehen der Fürsten, welche alle Verfassungen als oktroyrt betrachten und davon nehmen zu dürfen glauben werden, was ihnen beliebt. Die Märztage des Jahres 1849 haben die Deutschen weit hinter die Märztage des Jahres 1848 zurückgestoßen und andere Völker werden mit Verachtung auf diese Deutschen zeigen, die im März 1848 sich so stolz in die Brust geworfen, und im März 1849 in Sack und Asche trauern dürften. So weit haben uns die konstitutionellen Optimisten gebracht!

Deutsche Staaten

M München, 24. April. Zu unserem ultra-büreaukratischen Ministerium ist also noch der hocharistokratische, antigrundrechtliche Herr Prof. Dr. v. d. Pfordten als Minister des Königlichen Hauses und des Aeußeren, als die Seele des Ministeriums ernannt. Bei der Vorstellung der ihm untergebenen Beamten, soll der neue Hr. Minister eine durch und durch blau-weiße Rede gehalten haben. Die Ernennung des in Sachsen gestürzten Hrn. Ministers v. d. Pfordten hat in der That noch gefehlt, um das Maaß voll zu machen, um der Kammer und dem bayerischen Volke zu zeigen, welches System man befolgen will. Eins müssen wir Herrn v. d. Pfordten zugestehen, er kennt sein Terain, er wußte, daß man sich in Anhalt-Bernburg, sowie in Schleiz, Greiz oder Lobenstein für einen solchen Minister bedankt hätte und deßhalb beglückte er die Bayern! Wenn der Herr v. d. Pfordten aber durchaus sich gedrungen fühlt, gegen die deutsche Einheit zu kämpfen, warum geht er nicht lieber nach Petersburg, wo man seine Verdienste besser lohnen würde und wodurch er dem bayerischen Volke den Gehalt der baldwiederabtretenden Minister für so viele Staatsräthe im ordentlichen oder außerordentlichen Dienste erspart hätte. Auf diese Weise, nämlich durch die **Nicht-Annahme** des Ministerpostens hätte Herr von der Pfordten sich um Bayern verdient gemacht. Für uns giebt es nur 2 Wege, entweder der Herr Minister löst die Kammern auf oder es hat derselbe sein System geändert und erklärt sich in Berücksichtigung der jetzigen Umstände und Verhältnisse (wenn man z. B. in Frankfurt sich für eine Regentschaft erkläre, wozu auch ein **bayrischer** Prinz verwendet würde) für Einführung der Grundrechte so wie für Anerkennung der Reichsverfassung. Einen Mittelweg gibt es auf constitutionellem Boden nicht, nachdem einmal die Kammer sich in der Adresse so klar und deutlich ausgesprochen hat. Aber freilich, wir haben den konstitutionellen Boden nicht, und bei uns in Bayern wird nach und nach der vertrauensvollste, constitutionellste Bürger bald dahin kommen einzusehen, daß Kaiser Nicolaus wahr gesprochen, wenn er gesagt, daß es nur eine absolute Herrschaft oder eine Republik gebe. Bei uns in Deutschland wenigstens wird dieser Satz zur großen Wahrheit werden, und unsere Fürsten allein sind es, die ihn zur Wahrheit machen. Bei uns in Deutschland bei dem guten Willen unserer Fürsten ihre Interessen zu wahren, ihre Hausmacht zu stärken auf Kosten des Volkes und so lange sich noch solche Geschöpfe finden, die um des Gehaltes willen, Minister werden, die gegen den Willen des Volkes, gegen den klar ausgesprochenen Willen des Landes regieren wollen, die bei Meinungsverschiedenheit mit den Landes-Vertretern, dennoch Minister bleiben, ohne die Kammer sofort aufzulösen, so lange ist an einen wahren Konstitutionalismus nicht zu denken. Die bloße Ernennung eines von der Pfordten beweist es zur Genüge. Wenn der große Czaar von Rußland je eine Wahrheit gesprochen, so ist es die obige; ein Urtheil in dieser Beziehung müssen wir ihm schon zutrauen. Er kennt seine deutschen Vettern von Gottes Gnaden vielleicht noch besser als wir sie kennen und gerne stimmen wir seinem Urtheile bei, daß es keine konstitutionelle Monarchie gebe. Den Republikanern sagt man zwar, und es ist dieser Satz zu einem Lieblingsspruch unserer unkonstitutionell Gesinnten geworden: „Zu einer Republik gehören auch Republikaner," wogegen sich aber erwidern ließe: **Zu einer konstitutionellen Monarchie gehören auch wahrhaft konstitutionelle Fürsten und diese, haben wir nicht! Zur Republik gehören Menschen, die die Gesetze achten und diese, haben wir nicht!**

†† **Nürnberg**, den 25. April. Die kitzlichste aller Fragen sind immer die Kompetenzfragen; denn eine Frage, ob man zu Dem oder Jenem kompetent sey, verdreht alle Standpunkte und kann den gescheidtesten Mann zum Simplissimus machen. Es war daher ein eigenthümliches Stückchen, aus der Zustimmung zu dem bekannten Bock'schen Antrage, der ohne Weiteres hätte erfolgen sollen, in der zusammenberufenen Kommission von Magistratsmitgliedern und Gemeindebevollmächtigten eine Kompetenzfrage zu machen. Diesen Faux-pas der gemischten Kommission könnte man aber noch vergessen und verwinden, allein nun kömmt es dicker. In gestern stattgefundenen geheimen Sitzungen des Magistrats und der Gemeindebevollmächtigten wurde es klar, daß das Gemeindekollegium mit seinem wackern Vorstand zu den Bürgern, zu dem Volke halten will. In diesem Kollegium wurde der Bock'sche Antrag unter der Modifikation angenommen, daß die Adresse von den Kollegien als solchen nicht allein ausgehe, daß sie die Sache aber zuvörderst in die Hand nehmen, die Adresse abfassen und der Bürgerschaft zur Betheiligung durch Unterschrift vorlegen wollen. Dieß schien dem Magistrat zu kühn, er wollte die Bürgerschaft von jeder Betheiligung ausgeschlossen wissen, und nur einen oktroyirten Bericht, nach München abgehen lassen, so daß die Sache von seiner

Seite nun auf die Schwebe gestellt ist. Wir wollen sehen, was daraus wird.

Dresden, 21. April. In der heutigen Sitzung der 2. Kammer befand sich auf der Registrande unter Anderm ein Gesuch der Abgg. Fincke, Linke, Gruner und Genossen um Erlaubniß zu Einbringung eines Gesetzentwurfs, eine neue Gemeindeordnung auf sozial-demokratischen Grundlagen betreffend. Die Kammer beschloß sofort, diese Erlaubniß zu ertheilen. Ferner eine Beifallsadresse für die Volksvertretung vom Dresdner republikanischen Verein, in der im Besondern noch der äußersten Linken erhöhte Hochachtung und Bewunderung gezollt wird. Nach dem Vortrage der Registrande antwortet Staatsminister Rabenhorst auf die Interpellation des Vizepräs. Tzschirner, das Gefecht bei Düppel betreffend, daß dieselbe sich jedenfalls durch die Bekanntmachung des Kriegsministeriums (Nr. 112) über dieses Gefecht erledigt habe. Abg. Gruner begründet hierauf sein Gesuch um Erlaubniß zur Einbringung eines Gesetzentwurfs über Reform des Ablösungsverfahrens. Er setzt in einer längern Rede auseinander, daß das jetzige Ablösungsverfahren das weitläufigste und kostspieligste dem übrigen Rechtsgange gegenüber sey. Die Kammer genehmigt auch dieses Gesuch sofort.

Sodann folgt die Berathung des Berichts des Finanzausschusses über das Dekret vom 30. März d. J., die provisorische Steuerbewilligung betreffend. Der Ausschuß beantragt: 1) wegen des im Dekrete vom 30. März d. J. wiederholten Verlangens der nachträglichen Zustimmung zur Verordnung vom 18. Dez. 1848 bei dem frühern in der Landtagsschrift vom 15. v. M. unter 1. ausgeführten Beschlusse zu verharren; 2) die Erhebung der sämmtlichen ordentlichen Staatsabgaben und Steuern, wie solche durch §. 2 und 3 des Finanzgesetzes vom 26. Juni 1846 und so viel die vereinsländischen betrifft, durch gesetzliche Anordnungen festgestellt sind, auf die Zeit vom Ende des Monats April d. J. bis zum Ende des Monats September d. J. zu bewilligen; 3) die Staatsregierung zu ermächtigen, unter Bezugnahme auf die gegenwärtig und in der Landtagsschrift vom 15. v. M. ausgesprochenen Bewilligung, wegen Erhebung der vorgenannten Staatsabgaben und Steuern auf die Zeit vom 1. Jan. d. J. bis zu Ende des Monats September d. J. durch Verordnung das Erforderliche zu verfügen. Die Kammer wolle ferner erklären: 4) sie erblicke darin, daß die Regierung die Verordnung vom 18. Dez. v. J., ungeachtet des von der Volksvertretung erfolgten ablehnenden Beschlusses, noch fortbestehen läßt, eine Verletzung der §§. 96 und 104 der Verfassungsurkunde; 5) sie erkenne das von der Regierung im gegenwärtigen Fall unter Bezugnahme auf §. 103 der Verfassungsurkunde eingeleitete Verfahren, weil in der Verfassung nicht begründet, für unstatthaft.

Staatsminister v. Ehrenstein: Im Hinblick auf den längern Zeitraum, welchen die Verhandlung über das Budget in Anspruch nehmen müsse, sey eine provisorische Steuerausschreibung nöthig geworden. Das vorige Ministerium habe sich dabei auf §. 88 der Verfassungsurkunde berufen. Indeß die Kammern hätten, als ihnen jene Verfügung nachträglich zur Genehmigung vorgelegt worden, geglaubt, §. 88 anders auslegen zu müssen. Die Regierung glaube aber nach reiflicher Erwägung, auf ihrer Ansicht über §. 88 beharren zu müssen. Bei den hohen Forderungen der Zeit sey die Regierung nun veranlaßt worden, eine andere provisorische Steuerbewilligung zu beantragen, da die Berathung des Budgets sich wohl noch weiter hinaus ziehen könne, weil die Vorlage eines Budgets auf drei Jahre beantragt worden sey. Für die Erneuerung des Bewilligungsantrags habe die Regierung keinen andern Weg als §. 103 der Verfassungsurkunde. Man habe dagegen eingewendet, daß die Verfassungsurkunde nur von der definitiven Steuerbewilligung handle; allein wenn die Regierung genöthigt sey, auf provisorische Steuerbewilligung anzutragen, so müsse sie sich auch auf die Bestimmungen beziehen können, welche für die definitive Steuerbewilligung da sind. Der Minister legt schließlich noch die Gründe und die Dringlichkeit der Regierungsvorlage dar.

Abg. Finke: Er erkenne die Schwierigkeit der Sachlage an, allein die Verantwortlichkeit dafür müsse er von Seiten der Volksvertretung ablehnen, diese sey nicht schuld daran. Der Mangel der Steuerreform mache verschiedene Scrupel, und er hege zur Zeit noch einen Zweifel über den augenblicklichen Bedarf. Brauche die Regierung vielleicht Geld für die Truppen? Aus geschäftlichen Gründen sey er nicht ganz mit dem Ausschusse einverstanden, er beantrage nämlich, daß statt „Ende September“ im zweiten Ausschußantrage „Ende des Monats Juni“ gesetzt werde. Vizepr. Schaffrath: Es sey der Fluch der bösen That, daß sie von neuem immer wieder Böses zeuge. So gehe es dem Ministerium mit den Verfassungswidrigkeiten, eine sey aus der andern gefolgt. Die Verordnung vom 18. Dez. v. J. sey verfassungswidrig. Das vorliegende Dekret sey nur ausgearbeitet worden, um die Verfassungswidrigkeit zu verschleiern, dieses aber sey selbst verfassungswidrig, weil jeder andere Paragraph eben so gut für die Vertheidigung desselben, als der von der Regierung angeführte §. 103, angezogen werden könnte. Die Verfassung schreibe vor, daß längstens alle drei Jahre ein Landtag zusammenberufen werden müsse, auch dagegen sey gehandelt worden. Man sage, das Budget habe noch nicht vorgelegt werden können, um nur §. 103 in Anwendung bringen zu können. Die Regierung muthe zu, man solle die Steuern „bis auf weiteres“ verwilligen, das sey noch keiner konstitutionellen Regierung eingefallen und könne auch von keiner konstitutionellen Kammer bewilligt werden, da die Steuern nur auf bestimmte Zeit bewilligt werden könnten. Er begreife nicht, wie die Regierung ein solches Verlangen wiederholen könne. Um das Ansehen einer Volksvertretung müsse es geschehen seyn, an die man ein solches Verlangen stellen könne. Die Dauer der Bewilligung habe einzig und allein die Volksvertretung, nicht die Regierung zu bestimmen. Die Anführung des §. 103 enthalte eine Drohung, die Steuern auch ohne Bewilligung auszuschreiben. Er beantragt zu den Ausschußanträgen Folgendes: in Punkt 4 nach dem Worte „fortbestehen“: „und auf Grund derselben Landesabgaben erheben,“ nach „läßt“: „so wie in der Wiederholung jener Verordnung und des Verlangens der Zustimmung dazu eine Verletzung der §§. 88, 96 ꝛc. einzuschalten; zu Punkt 5 anzufügen nach „sie erkenne ꝛc.“ „als einen Versuch der Verletzung des §. 96 bis 100, 103, 104 der Verfassungsurkunde;“ als Zusatz: „6) solle die Kammer auf Grund dieser Beschlüsse einen besondern Ausschuß mit Prüfung und Einleitung des § 141 der Verfassungsurkunde vorgeschriebenen Verfahrens (§. 141 der Verfassungsurkunde lautet: „Die Stände haben insbesondere auch das Recht, die Vorstände der Ministerien, welche sich einer Verletzung der Verfassung schuldig machen, förmlich anzuklagen. Finden sie sich durch ihre Pflichten aufgefordert, eine solche Anklage zu erheben, so sind die Anklagepunkte bestimmt zu bezeichnen, und in jeder Kammer durch eine besondere Deputation zu prüfen. Vereinigen sich hierauf beide Kammern in ihren Beschlüssen über die Anklage, so bringen sie dieselbe, mit ihren Belegen, an den Staatsgerichtshof.) beauftragen.“ Man müsse die Minister anklagen, das liege bei solchem Verdachte in deren eignem Interesse.

Vicepräs. Tschirner: Das Dekret ist allerdings mit der Verfassungsurkunde nicht vereinbar, §. 103 kann hier nicht Anwendung finden. Die Partei, der ich angehöre, (äußerste Linke) kann sich mit einem Provisorium gar nicht befassen. Es ist nichts von dem jetzigen Ministerium geschehen, um ihm ein Provisorium bewilligen zu können. Das Ministerium will die Steuern forterheben, und wir wissen nicht wozu, es liegt kein Budget vor. Wir sollen es lediglich in sein Ermessen stellen, die Summen zu verwenden. Sollen damit die Truppenausrüstungen fortgesetzt werden, wogegen man sich erklärt hat? Sollen die Gesandten forbehalten werden, soll der Gesandte v. Könneritz in Wien, den man abberufen haben will, auf seinem Posten bleiben? Nachdem bereits von unserer Partei ein Mißtrauensvotum beschlossen worden, können wir nicht Steuern bewilligen, ohne zu wissen, wozu. Bewilligen wir dem Ministerium auf diese Weise Steuern, so müssen wir geradezu das Vertrauen aussprechen, und das kann die Kammer nicht. Das Ministerium wird sich täuschen, die Arbeiter wissen recht gut, daß wir mit dieser Verweigerung ihnen nicht entgegentreten. Wir würden bewilligen, wenn besondere Specialdekrete vorgelegt worden wären. Die Anträge des Vicepräs. Schaffrath führen zu nichts, wir protestiren gegen jede Steuerbewilligung. Entweder das Ministerium geht, oder es wagt auf seinem Platz zu bleiben, dann möge es sich von den Rittergutsbesitzern die Steuern bezahlen lassen, nach dem Beispiele der Minister eines andern Staats. Der Staatsgerichtshof ist noch aus Personen der alten Zeit zusammengesetzt, bei diesen wird eine Anklage zu nichts führen. Ebenso ist es mit einer Mißbilligung. Hier ist eine politische Maßregel, wie sie in England gebräuchlich ist, nöthig; wenn man mit den Ministern nicht mehr gehen will, so verwilligt man ihnen nichts mehr (Bravo auf der Galerie). Referent Schmidt: Die Deputation hat durch die Bewilligung der Steuern nicht ein Vertrauen aussprechen wollen, sondern hat dieselbe für nöthig gehalten, damit die Staatsgeschäfte weiter fortgeführt werden können. Abg. Spitzner: Die Staatsregierung habe in Anschauung der Sache geirrt, aber auch die Kammer; er schlage vor, daß man blos die Bewilligung bis zum 30. Sept. ausspreche und alle übrigen Punkte auf sich beruhen lasse. Die Abg. Berthold, Müller aus Dresden und Gruner sprechen im Sinne Schaffrath's, die Abg. Helbig und Bernhardt wie Tzschirner. (D. A. Z)

Hamburg, 22. April, Morgen 6½ Uhr. Soeben wird hier folgendes Plakat angeschlagen: Gestern Abend eingetroffene Berichte bestätigen die Nachricht von dem am 20. April erfolgten Einrücken schleswig-holsteinischer Truppen in das Innere Jütlands. Gleich nachdem der Kurier der Centralgewalt, der hessische Major du Thil, im Hauptquartier des Generals v. Prittwitz eingetroffen, wurde von Letzterm unverzüglich ein Adjutant an de in Christiansfelde befindlichen General v. Bonin abgesendet, um demselben den Befehl zum sofortigen Einmarsch in Jütland zu überbringen. General v. Bonin beauftragte den Oberstlieutenant v. Zastrow, diesen Befehl auszuführen; derselbe brach Morgens 5¾ Uhr mit einem Bataillon Infanterie, der ersten und zweiten Jägerkompagnie, auf und rückte gegen Kolding vor; sämmtliche Detachements umgingen die Schanzen, fielen Kolding im Rücken an und nahmen die Stadt mit Sturm. Die aus fünf Bataillonen bestehende dänische Besatzung Koldings ergriff nach kurzer Gegenwehr die Flucht und verließ die Stadt vom südlichen Theil aus. Leider beklagen wir den Tod von 24 der Unsrigen; 30 sollen verwundet seyn. Wie viel auf dänischer Seite geblieben und wie viele Gefangene sind, darüber ist noch nichts Näheres bekannt. Zu denjenigen Truppen, welche Kolding umgeben haben, sind gestern Morgen noch zwei Bataillone Infanterie und einige Schadronen Kavallerie nebst zwei Batterien von Sechs- und Zwölfpfündern gestoßen, welche jedoch erst eintrafen, als die Stadt in unsern Händen war. (D. A. Z.)

Altona, 20. April. Bei Düppel wird in den nächsten Tagen wahrscheinlich etwas Entscheidendes unternommen werden. Es sind bereits eine Anzahl 84- und 24-pfündiger Kanonen auf die eroberten Schanzen gebracht, mit denen man den Brückenkopf bezwingen wird. Es heißt, Dänemark habe um einen vierzehntägigen Waffenstillstand gebeten, derselbe sey aber von Prittwitz verworfen. — Der als Kurier von der Centralgewalt an den General von Prittwitz abgesendete hessische Major du Thil (nicht du Hall oder du Plat) ist wieder zurückgekehrt. (H. C.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 27. April 1849. № 117. Freitag: Anastasius.

Deutsche Staaten

Neustadt a. H., 22. April. Heute war hier die Mehrzahl der Pfälzischen Abgeordneten zum bayer. Landtage aus Veranlassung der nochmaligen — nun dritten — Vertagung der Kammern, versammelt. Die Anwesenden beschlossen einstimmig eine (demnächst von uns mitzutheilende) Adresse an das Gesammtministerium zu richten, in welcher sie gegen jene, unter den obwaltenden Verhältnissen des Vaterlandes schwer zu verantwortende Vertagung remonstriren, und eine schleunige Wiederberufung als dringender denn je nothwendig bezeichnen. Außerdem setzen die gedachten Abgeordneten ihre Mitbürger von diesem Schritte in Kenntniß, und an diesen, — am gesammten Pfälzischen Volke wird es nun seyn, kund zu geben, daß sie die partikularistischen Bestrebungen der bayerischen Regierung und deren Widersetzlichkeit gegen die Geltung der deutschen Verfassung — gegen die Einheit und Freiheit des Vaterlandes — aufs Entschiedenste mißbilligen und sich solchen Gelüsten widersetzen. (N. Sp. Z.)

** **Frankfurt**, 24. April [208. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Austrittserklärung des Abg. Peritaler aus Wien. Flottenbeiträge von 745 Thlr. Ein Schreiben aus Stuttgart die Beschlüsse der würtembergischen Volkskammer zur Durchführung der deutschen Reichsverfassung betrffd. erregt allgemeine Akklamation. Fetzer und Vischer stellen den dringlichen Antrag: 1) Die Reichsversammlung wolle sofort beschließen: Die würtembergische Kammer der Abgeordneten, insbesondere durch ihren Beschluß vom 22 April, sowie das würtembergische Volk überhaupt entsprechen mit dem in den letzten Tagen gezeigten entschiedenen Festhalten an der deutschen Reichsverfassung den Erwartungen und dem Willen der deutschen Nation. 2) Die Reichsversammlung wolle von dieser Erklärung durch Vermittelung des Präsidiums jener Kammer der Abgeordneten, diese selbst, sowie das würtembergische Volk überhaupt in Kenntniß setzen. Das ganze Haus ist einig, die Beschlußnahme erfolgt ohne Diskussion. Der Präsident erklärt nach diesem Beschluß verfahren zu wollen. Es wird zur Tagesordnung (siehe das gestrige Blatt) übergegangen. Vogt von Gießen spricht zuerst und verwahrt sich vor Allem gegen den Vorwurf, als sey die Linke ins Lager der Erbkaiserlichen übergegangen. Das sey nicht wahr und Alles, was geschehen, sey zur Durchführung der Volkssouveränetät geschehen. Jetzt müsse hauptsächlich die deutsche Reichsverfassung bis aufs Jota eingehalten werden und das Volk müsse sie durch alle Mittel schützen, 27 deutsche Regierungen haben sich für die Verfassung ausgesprochen, die badische hat eine Klausel dazu gemacht, die würtembergische an der Oberhauptsfrage gemäckelt. Der Redner spricht dann von der Zurückziehung der würtembergischen Truppen aus Baden, die der würtembergische Kriegsminister mit einem Kanzleiversehen entschuldige. Der Reichskriegsminister hätte uns sagen sollen, was er gethan, um den Schuldigen zu strafen, und sollte die Strafe auch einen Prinzen treffen. (Lebhafter Beifall.) Dieser Vorfall zeigt, daß hinter den verantwortlichen Ministern noch geheime Kabinetsfäden gesponnen werden, die man einmal energisch zerreißen muß. Der König von Würtemberg erklärt, sich dem Hause Hohenzollern nicht unterwerfen zu wollen; er sey dieses sich, seiner Familie und seinem Volke schuldig. Das ist der Ausfluß jenes Königthums von Gottes Gnaden, welches vergißt, daß ihm die Krone von einem Sprößling der Volkssouveränetät, Napoleon, auf das Haupt gesetzt wurde! Und wenn das Erbkaiserthum nur dazu da wäre, diese verrostete Idee in den Köpfen der Fürsten zu brechen, ich würde es blos darum mit Freuden begrüßen. In Sachsen, in Hannover sey man ebenfalls für das Festhalten an die Verfassung.

Die Haltung Bayerns sey in der Geschichte der konstitutionellen Staaten unerhört. Im größeren Theile Bayerns, selbst in Altbayern, ist man für die Verfassung. Die bayerischen Abgeordneten, welche gegen das Erbkaiserthum gestimmt, sind für Festhalten an dem einmal Beschlossenen. Die Majorität der pfälzischen Abgeordneten hat eine Aufforderung an die Regierung geschickt, die Kammern zu berufen, damit sie die Verfassung anerkennen. Und die Regierung und der Hof ernennen in dieser Krisis einen Mann zum Minister des Aeußern, der in Sachsen abtreten mußte, weil er die Grundrechte nicht anerkennen wollte! Und warum beruft man die Kammern nicht? Weil man weiß, daß die Kammern der Abgeordneten sich mit 100 gegen 40 Stimmen für unbedingte Anerkennung der Verfassung aussprechen würde. O unsere konstitutionellen Regierungen sind vortrefflich! Wo die Mehrheit für sie ist, da beruft man sich stets auf die Mehrheit; wenn man sie aber gegen sich hat, da will man nichts von ihr wissen, da ist man unentschlossen, da will man sich nicht mediatisiren lassen. Die Regierungen und Fürsten sind es, die sich der deutschen Einigung widersetzen, nicht die Volksstämme, wie der Herr Ministerpräsident meinte. Die wahren und alleinigen Feinde der Freiheit und Einheit sind die Fürsten, die die Macht haben, in ihren Bajonetten ihre Ansicht zur Geltung zu bringen und ihre dynastischen Interessen zu schützen. Und ich kann hier mein caeterum censeo wieder anbringen: solange Sie solche Fürsten haben, ist kein wahrer Bundesstaat möglich. Ich könnte mich als Republikaner freuen, daß die Monarchie sich in dieser Sache so recht zu Grunde richtet, daß dem Volke so recht anschaulich gemacht wird, wohin diese erbliche Nichtverpflichtung zur Arbeit führt. Dieses konstitutionelle System mit der Fiktion der Majoritäten ist nicht zu halten und muß zu Grunde gehen. Nach dem konstitutionellen System müßte das preußische Ministerium nach der Annahme des dritten Theils des Rodbertus'schen Antrags abtreten. Allein ein Ministerium Brandenburg-Manteuffel bleibt, so lange sein Herr mit ihm zufrieden ist; es tritt nicht vor einer Kammermehrheit zurück. Es hat sich die Contrerevolution in den Kopf gesetzt, und Sie haben es darum unterstützt, indem Sie die Steuerverweigerer fallen ließen. (Widerspruch im Centrum. Links Ja! Ja!) Man wird auch die Kammer nicht auflösen; man hat sich zu viel Mühe gegeben, eine „vernünftige" Kammer zu erhalten. Man wird die Kammer sprechen lassen, und nach wie vor mit Bajonetten regieren. Der Redner citirt sodann Stellen der „Neuen Preußischen Zeitung.", um den Geist der in Berlin herrschenden Partei zu bezeichnen. Auch in Schleswig-Holstein werde wieder dasselbe Spiel getrieben, wie voriges Jahr, wo man erklärte, Preussen kämpfe nur für die Rechte des Königs-Herzogs. Der bekannte Hr. v. Wildenbruch treibe sich auch wieder herum, und für solche nichtsnutzige Früchte wird das kostbare Blut unserer Krieger vergossen. (Beifall.)

Man hätte Alles für Preußen gethan, wenn es nur irgend entgegengekommen wäre. Aber zum Lohn dafür, daß Preußen die Kaiserkrone angeboten worden, will man im dynastischen hohenzollern'schen Interesse einen preußischen Sonderbund, einen politischen Zollverein bilden; man fordert die 28 Staaten, die sich für Preußen ausgesprochen, auf, sich Preußen ohne die Reichsverfassung anzuschließen. Das gränzt an Perfidie, wenn es sie nicht ist. Das ist kein Herz für die deutsche Sache, das ist keine deutsche Treue. (Beifall.) Der Redner kommt dann auf die Vorträge von Kierulf und Welcker, welche den Fabius Cunctator spielen wollen. Er erinnert die Versammlung an Wien, das auch durch ihre Unthätigkeit zu Grunde ging. Den Fabius Cunctator könne man nur spielen, wenn man eine Armee hinter sich habe mit einem tüchtigen Führer, die sich durch einen scheinbaren Rückzug nicht demoralisiren lasse. Ueberall blicke man auf die Nationalversammlung und diese soll nach dem Rathe der Oberpostamts-Zeitung die Hände in den Schooß legen? „Ich betrachte uns als den Generalstab des großen Volksheeres, das gegen den Absolutismus zieht, welcher die Verfassung nicht anerkennen will. Und wenn dieser Generalstab nicht voran geht, verlangen Sie, daß die Soldaten vorrücken und nach einem Plane handeln sollen? Einer organisirten Macht gegenüber wollen Sie Ihre Soldaten, das ganze Volk, einsichtslos lassen, die Hände in den Schooß legen und der Nation sagen: Handelt Ihr, wir wollen ruhen? Das ist nicht wohl gethan. Denn wenn das Volk die Führer hier nicht findet, dann wird es sie außer der Paulskirche suchen und finden. Deutschland erwartet, daß Jedermann seine Schuldigkeit thue, und Sie müssen vorangehen und Ihre Schuldigkeit thun und sie Tag und Nacht thun. Darum schlagen wir Ihnen Maßregeln vor. Die österreichische Note macht es unmöglich, daß der jetzige Träger der Exekutivgewalt diese fortführe, wenn nicht das Ministerium eine Erklärung desselben beibringt, daß er die ihm von dem österreichischen Kabinet untergeschobenen Ansichten zurückweist, und einzig und allein die ihm übertragene Aufgabe durchführen will. Das österreichische Kabinet negirt uns und unsere Existenz. Der Träger der Exekutivgewalt ist auch unser Geschöpf. Das Haus Habsburg will ihn zu seinem Mandatar machen. Er muß sich erklären, ob er ein Habsburger oder ein Deutscher seyn will; ein Mittelding giebt es nicht. Wir beantragen darum eine Regentschaft Wir schlagen als Mittel der Agitation für die Verfassung die Begeisterung durch einen Aufruf und die Schaffung einer bewaffneten Macht vor, wenigstens einen Kern, um welchen sich Ihre Macht schaaren kann, sonst wird all' Ihr Widerstand nutzlos seyn. Durch solche Maßregeln stellen wir an die Spitze der Bewegung und können sie leiten. Wenn wir uns das nicht thun, dann überlassen wir die Durchführung der Verfassung nicht unserm Volke, sondern einem Volke, das in Osten gegen die habsburgische Uebermacht heldenmüthig kämpft, den Ungarn. Nach Vogt sprechen noch mehrere Redner, die sich meist über die Zeit der nächsten Sitzung verbreiten, sie wird endlich auf morgen anberaumt.

Frankfurt, 24. April. **Herr von Radowitz ist durch den Telegraphen nach Berlin berufen. Er hat vor seiner Abreise eine Unterredung mit Herrn von Gagern gehabt und demselben versichert, er werde dem Könige von Preußen zur unbedingten Annahme der Reichsverfassung rathen."** (D. Z.)

Frankfurt, 23 April Der König von Württemberg hat Hrn. v. Schmerling mit dem Kommandeurkreuz des Ordens der königl. Krone dekorirt. (N. W. Z)

Der Abgeordnete Lehne hat an dem Landtage zu Darmstadt einen dringlichen Antrag gestellt. Er geht dahin: „Die großherzogl. Regierung zu ersuchen: der vollendeten Thatsache des Bestehens einer rechtsgültigen Reichsverfassung die vollendete Thatsache des begonnenen Vollzugs derselben ohne Säumen anzureihen, sofort:

1) Das Militär und die Beamten auf die Reichsverfassung beeidigen zu lassen; 2) der Centralgewalt und Nationalversammlung die ausdrückliche Erklärung zukommen zu lassen, daß denselben die Reichstruppen des Großherzogthums Hessen für kräftigere Durchführung der Verfassung zu unbeschränkter Verfügung stehen." (Frkft. J.)

†ᵒ† **Berlin**, 23. April. In diplomatischen Kreisen circuliren Gerüchte, die wenigstens die Auffassung der jetzigen Verhältnisse zu charakterisiren geeignet sind. Man will von einem Privatschreiben des Kaisers von Oesterreich an unsern König wissen, das zu einer Verständigung in der deutschen Angelegenheit einladen und Vorschläge

zu diesem Ende machen soll. Unter Andern soll darin von der Besetzung Böhmens durch Preussen die Rede seyn. Das Aeusserste, was man in der bezeichneten Sphäre von Frankfurt erwartet, ist ein Direktorium, Gagern an der Spitze. Darüber, daß der König die Frankfurter Verfassung jetzt nicht anerkennen werde, will man nie einen Zweifel gehabt haben.

Von einem Fürstenkongreß, der in Gotha zusammen kommen wird, ist immer noch die Rede. Die Mittheilung, daß man ein solches Projekt noch nicht aufgegeben habe, geht uns von sehr guter Hand zu.

Für eine Amnestirung der seit dem 18. März 1848 verübten politischen Verbrechen hat sich nunmehr auch die Justizkommission der zweiten Kammer mit 8 gegen 4 Stimmen ausgesprochen. Die Majorität war der Meinung, daß zu dem Erlasse einer Amnestie dringende Veranlassung vorhanden sey und daß der jetzige Zeitpunkt dafür angemessen ist.

[Sitzung der I. Kammer vom 23. April.] Die Sitzung wird $12^{1}/_{2}$ Uhr vom Präsidenten v. Auerswald eröffnet. Am Ministertisch: Graf Brandenburg, v. Ladenberg, Rabe. — Nach Genehmigung des verlesenen Protokolls zeigt der Präsident die Neuwahl des Professor Burmeister, der bereits anwesend ist, an. Mehrere Urlaubsgesuche, unter Anderem auch das des diesseitigen Bevollmächtigten in Frankfurt Camphausen auf 4 Wochen, werden bewilligt. — Tages-Ordnung: Dringender Antrag des Grafen Dyhrn. Vor Verlesung des Antrages erhebt sich der Minister-Präsident: „Ich habe mir das Wort erbeten, um der hohen Kammer eine Mittheilung zu machen über die Art und Weise, in welcher sich die Regierung Seiner Majestät des Königs zu der in Frankfurt votirten Reichsverfassung zu stellen beabsichtigt. Bevor ich dies thue, halte ich es für Pflicht, so wohl vor der hohen Kammer und in eben so hohem Grade vor dem Staats-Ministerium die Gründe anzugeben, weshalb es mir nicht möglich gewesen ist, schon bei der am Freitag hier stattgefundenen Interpellation die Erklärung des Ministeriums abzugeben. An demselben Tage waren dem Ministerium Mittheilungen von Frankfurt verheißen. Diese sind auch im Laufe des Tages eingegangen, und haben uns veranlaßt, sie am Abend desselben Tages in Berathung zu nehmen. In Folge der Konferenz, die im Staats-Ministerium stattgefunden hat, ist der Beschluß gefaßt worden, welcher bei Gelegenheit des Antrages der zweiten Kammer dem Ministerium zu der Erklärung Veranlassung gegeben hat, von welcher diese hohe Kammer vielleicht Nachricht erhalten haben wird. Dies ist der Grund gewesen, weshalb es mir nicht möglich war, am Freitage in dem Umfange zu antworten, wie ich es wohl gewünscht hätte. Ich werde mir nunmehr erlauben, der hohen Kammer die Mittheilung zu verlesen, welche ich ihr zu machen habe: Auf Veranlassung eines in der zweiten Kammer gestellten Antrages, welcher auf Anerkennung der Rechtsgültigkeit der von der deutschen National-Versammlung in Frankfurt am 28. März dieses Jahres beschlossenen Verfassung gerichtet war, ist von Seiten des Ministeriums am vorgestrigen Tage in der zweiten Kammer folgende Erklärung abgegeben worden: Daß die von der deutschen National-Versammlung beschlossene Verfassung für Deutschland zu ihrer Rechtsgültigkeit der Annahme der deutschen Regierungen bedarf, ist schon öfter und zuletzt in dem Berichte der Kommission überzeugend nachgewiesen. — Die Regierung Seiner Majestät hat in Folge der Cirkular-Note vom 23. Januar im Verein mit vielen andern deutschen Regierungen, die von ihr für nothwendig erachteten Abänderungen der Verfassung, wie sie aus der ersten Lesung hervorgegangen war, zur Kenntniß gebracht. Sie gab sich der Hoffnung hin, daß es auf diesem Wege gelingen werde, der Verfassung eine Gestalt zu verschaffen, in welcher sie zur Annahme geeignet gewesen wäre.

Leider! leider! ist diese Hoffnung nicht in Erfüllung gegangen. Die von der Regierung Se. Maj. in Gemeinschaft mit den andern deutschen Regierungen aufgestellten Erinnerungen sind bei der zweiten Lesung der Verfassung größtentheils ganz unberücksichtigt geblieben. — Dieselbe hat überdies bei der zweiten Lesung noch einige Abänderungen erlitten, welche die Regierung Se. Maj. nur für höchst nachtheilig erachten kann. — „Die Nachtheile, welche demnach mit Annahme der Verfassung verbunden seyn würden, sind, der pflichtmäßigen und gewissenhaften Ueberzeugung des Ministeriums zufolge, so überwiegend, daß dieselbe sich außer Stand befindet, Se. Maj. dem Könige die unbedingte Annahme der in Frankfurt beschlossenen Verfassung zu empfehlen. Das Ministerium glaubt vielmehr, daß diese Annahme von einigen Abänderungen abhängig gemacht werden muß." — Ich erlaube mir hinzuzufügen, daß die Regierungen, welche ihre Erklärungen in Frankfurt nicht abgegeben haben, in der Zwischenzeit von uns aufgefordert sind, sie ebenfalls abzugeben, namentlich die Regierungen der königlichen Höfe, die sämmtlich mit ihren Erklärungen noch im Rückstande waren. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß auf diesem Wege das Werk trotz aller Schwierigkeiten, die darin liegen, zu einem glücklichen," dem gesammten deutschen Vaterlande segensreichen Ende gebracht wird. — Der dringliche Antrag des Grafen Dyhrn wird verlesen, die Dringlichkeit jedoch nicht anerkannt. Graf Dyhrn: Mein Antrag verliert vollständig seinen Sinn, wenn ihm die Dringlichkeit abgesprochen wird. Er geht dann weiter durch das abkühlende Bad der Abtheilungen und kommt dann erst in mehreren Wochen wieder zum Vorschein, wenn die Papiere, deren Vorlage gefordert wird, vielleicht reif für Raumer's historisches Taschenbuch sind, dann wird die Kammer vielleicht nicht mehr neugierig auf sie seyn. Ich muß den Antrag daher, was ich hiemit thue, im Einverständniß mit allen Mitunterzeichnern zurücknehmen. — Die dringlichen Anträge von v. Ammon, Hansemann und v. Itzenplitz werden verlesen und ihre Dringlichkeit anerkannt. Zugleich beschließt die Kammer: Der für den Antrag des Abgeordneten v. Ammon zu wählende Kommission auch die Anträge von Hansemann und v. Itzenplitz zu überweisen. — Zu dem Bericht der Petitionskommission sind 6 Amendements und Verfassungsanträge eingegangen, welche die Kammer zum Beschluß erhebt. — Die Petitionskommission erstattet Bericht. (Schluß $2^{1}/_{4}$ Uhr.)

[Dringender Antrag.] Die Hohe Kammer wolle beschließen: daß I. sofort eine Kommission von 15 Mitgliedern ernannt werde, welche den Auftrag erhält, die von der zu Frankfurt tagenden Nat.-Vers. publizirte Deutsche Verfassung zu erwägen und der Kammer baldigst darüber Bericht zu erstatten: welche Bestimmungen dieses Erlasses für die Selbstständigkeit und das Heil des preussischen Staates, und Volkes bedenklich erscheinen, II. sofort eine Adresse an des Königs Majestät gerichtet und Allerhöchst derselbe gebeten werde, zur Beruhigung von Deutschland und zur Befestigung der Ordnung: die Würde des Reichsoberhauptes sogleich anzunehmen und nach den Grundsätzen der Verfassung vom 28. März 1849 zu handhaben, wenn sich die Nat.-Verf. vorher mit folgenden Punkten einverstanden erklärt hat: 1) Der König von Preussen übernimmt die Reichsregierung nach den Grundsätzen der Verfassung vom 28. März am 1. Mai d. J. aus den Händen des Reichsverwesers. 2) Sobald dies geschehen ist, wird die Nationalversammlung aufgelöst und der Reichstag nach den Grundsätzen der Verfassung vom 28. März und des jetzigen Wahlgesetzes für die Volkskammer gewählt und konstituirt. 3) Dieser Reichstag soll sich sofort mit der Revision der Reichsverfassung vom 28. März einschließlich der Deutschen Grundrechte beschäftigen. 4) Bei dieser Revision ist nur die Anwesenheit der einfachen Mehrzahl der Mitglieder und einfache Stimmenmehrheit in beiden Häusern nöthig und genügend. Die Einwilligung des Reichsoberhauptes zu der revidirten Verfassung ist unumgänglich zu deren Gültigkeit erforderlich. 5) Erst nach der Revision der Verfassung erfolgt die Vereidigung auf dieselbe. 6) Erst nachdem dies geschehen, nimmt das Reichsoberhaupt den Kaisertitel an. 7) Bis dies Alles durchgeführt und bis die revidirte Verfassung vom Kaiser publizirt ist, bleibt es bei der früher hergebrachten Richtsregel; daß die Reichsgesetze (nicht den Landesgesetzen vorgehen) sondern nur in Ergänzung derselben gelten (§. 66.) Derselbe Grundsatz und bis zu demselben Zeitpunkte gilt von den Landesverfassungen gegenüber der Reichsverfassung (§. 194.) 8) Auf dem ersten Reichstage soll auch das Wahlgesetz fur die Volkskammer revidirt und durch dasselbe die Abänderungen des Wahlrechts festgestellt werden, welche das Wohl und die Ruhe des Landes erheischen. — Gründe. Zu I. Die Verfassung vom 28. März und die deutschen Grundrechte enthalten in der That Bestimmungen, welche kaum ausführbar und für das Wohl des preussischen, wie des deutschen Volkes bedenklich erscheinen. Sie werden durch die zu erwählende Kommission und die Kammer die weiter nöthige Erwägung finden. Sollte sich das preussische Volk ohne Weiteres dieser Verfassung vom 28. März unterwerfen und sie durch Beeidigung Seitens des Königes und des Heeres festgestellt werden, so würde damit die Selbstständigkeit des preussischen Staates und dessen geordneter Zustand für unbestimmte Hoffnungen hingegeben und die Wirksamkeit der jetzt versammelten Kammern auf ein Geringes herabgesetzt werden. Dieselbe würde sich nur auf die Ausführung des Inhalts der Frankfurter Verfassung zu beschränken haben. Die Zeitumstände verlangen es gebieterisch, daß die Kammer über diese Verhältnisse zu einem festen Bewußtseyn gelange. Dazu wird der Bericht der zu wählenden Kommission die Veranlassung geben. Zu II. Wenn einerseits es unmöglich erscheint, daß die preussische Regierung die Verfassung vom 28. März, so wie sie da ist, annehme, und der König und die Armee sie beschwöre, während deren gesetzliche Abänderung durch den Inhalt §. 196. desselben fast unmöglich gemacht ist: so erheischt andererseits die Ruhe von Deutschland eine baldige feste Ordnung der Dinge und es wird von Preussen und von dessen Könige erwartet, daß sie Deutschland diese Wohlthat gewähren werden. Auch sehr viele treue Anhänger des preussischen Königshauses und Staates erblicken in dieser Aufgabe den welthistorischen Beruf Preussens, fühlen sich dadurch erhoben, und wünschen die Annahme der Reichsgewalt. Eine Aenderung der Verfassung vom 28. März ist von der jetzigen National-Versammlung aus vielen Gründen, auch schon wegen der Kürze der Zeit kaum zu begehren und nicht zu erwarten. Die vorstehenden 8 Punkte sichern den preussischen Staat und sein Volk dagegen, daß sie nicht Alles, was sie Gutes besitzen, auch ihre Verfassung unwiderbringlich aufgeben, um auf stürmischer Wege ein neues ungewisses Staatsleben zu suchen: sie dingen aber auch nicht um Unwesentliches, wo es die Zeit erfordert, ohne Säumen den welthistorischen Augenblick zu erfassen und nicht ungenützt vorübergehen zu lassen. Sie auszusprechen, erscheint der Stellung der Ersten Kammer des preussischen Staates angemessen. Berlin den 22. April 1849. Graf v. Itzenplitz, als Antragsteller. Unterstützt von: Walter. v. Jordan. di Dio. Grein. Graf Strachwitz. Schmückert. Saegert. Beer. Bonnegut. Schulz-Belmede. Graf Eulenburg. Friese. Dr. Brüggemann. Grützmacher. Gr. Reichenbach. Cottenet. v. Hertefeldt. Matthie. v. Borries. v. Paleske.

[II. Kammer. Sitzung vom 23. April.] Fortsetzung der Berathung über das Gesetz gegen Mißbrauch des Vereinsrechtes. §. 12 des Regierungsentwurfs lautet: „Die Bestimmungen der §§. 2—9 dieses Gesetzes finden bei Versammlungen unter freiem Himmel auch dann Anwendung, wenn darin andere, als öffentliche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden." Ein Amendement von Wentzel hat zum Zweck, die Abänderungen durch die bisherigen Beschlüsse bei diesem § zur Geltung zu bringen. Das Amendement wird angenommen. — §. 13: „Die Ortspolizeibehörde ist befugt, dergleichen Versammlungen zu verbieten, wenn sie dieselben für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährlich erachtet." Die Kommission will das Verbot nur „bei der dringenden Gefahr" zulassen, und verlangt „schriftliche" Abfassung des Verbots. Ein Amendement von Pape will Angabe der Gründe. Arntz will statt der „Ortspolizeibehörde" den „Gemeindevorstand." — Der Präsident erklärt die Amendements für verworfen. Widerspruch links. Auf der Rechten sind die Bänke leer. Zählung! Behrens und Schultze (Delitzsch) weisen auf die Zusammensetzung des Bureaus hin, das nur aus Mitgliedern der Rechten bestehe. Präs. beruft sich auf seine bekannte Parteilosigkeit und wünscht, daß man den Beschluß aufheben möge. Gr. Schwerin erachtet dies für unzuläßig. — v. Auerswald stellt an die Linke die Frage: wohin man mit Wünschen der Art gegen das Reglement gelangen werde? Das Reglement überläßt die Entscheidung lediglich dem Präsidenten und den Schriftführern. Er findet gerade in der Zusammensetzung des Bureaus aus einer Seite des Hauses eine Bürgschaft für die gewissenhafte Verwaltung der Befugnisse desselben. — Pilet macht darauf aufmerksam, daß die Majorität in der Regel nur eine Stimme beträgt. Ein oberflächlicher Ueberblick kann unmöglich ein zweifelloses Resultat ergeben. — Es bewendet bei der Entscheidung des Präsidenten, da auch der Antrag auf namentliche Abstimmung zurückgewiesen wird. Diese erfolgt nun über den zweiten Satz des Kommissionsentwurfs, der mit 323 gegen 3 Stimmen angenommen wird. — Der Beschluß lautet nun:

„Die Orts-Polizeibehörde ist befugt, jede Versammlung unter freiem Himmel bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu verbieten. Das Verbot muß schriftlich abgefaßt seyn."

§. 14. „Während der ganzen Dauer der Sitzungsperiode beider Kammern der Volksvertretung dürfen innerhalb der Entfernung von fünf Meilen von dem Orte des Sitzes derselben Versammlungen unter freiem Himmel nicht stattfinden.“

D'Ester (zur Gesch.-Ordnung): Es hat nothwendig geschienen, die Zahl der Anwesenden zu konstatiren. Wir werden künftig zu konstatiren wissen (Unterbrechung) .... Herr Graf Schwerin, ich habe Sie nicht gefragt! (Tumult.) Wir werden künftig zu konstatiren wissen, ob die Entscheidung des Präsidenten richtig ist. (Nach der Rechten gewendet): Ich empfehle mich Ihnen. (Heiterkeit.) Grün, Dierschke und Pape (Münsterberg) haben Amendements gestellt zur Einschaltung: 1) Pape vor §. 14 einen §. einzuschalten: „Das schriftlich abgefaßte Verbot nicht motivirt seyn.“ — 2) Dierschke: „In dem schriftlichen Verbot sind die Gründe, aus welchen eine dringende Gefahr für die öffentliche Sicherheit hergeleitet wird, anzugeben.“ Grün zieht sein gleichlautendes Amendement zurück, ebenso Pape. Dierschke motivirt sein Amend.: Ohne Motivirung des Verbots fehle es der polizeilichen Willkür an jedem Damm. Es erfolgt Namensaufruf über das Amendement. Dasselbe wird mit 167 gegen 166 verworfen. Grabow bemerkt: Bei der vorigen Abstimmung haben 326, bei dieser 333 Mitglieder gestimmt. Aus diesem Resultat ist daher kein Schluß auf einen Irrthum bei meiner Entscheidung zu ziehen. Man geht zur Diskussion des §. 14 über (s. oben). Pape (Münsterberg) will statt 5 Meilen eine halbe Meile. Pape (Warburg) will statt 5 Meilen 2 Meilen. — Behrens: Die Bestimmung geht von der Voraussetzung aus, daß die Volksversammlungen den Vertretern des Volkes gefährlich sind. Die Erfahrung hat das Gegentheil gezeigt. Den Berlinern das Recht nehmen, sich während der Anwesenheit der Volksvertreter zu versammeln, hieße die Berliner dafür strafen, daß sie es zu einer Volksvertretung für das Land gebracht haben. Abstimmung: 5 Meilen werden verworfen. Es erheben sich dafür die Minister, die Rechte und die Fraktion Harkort. Ueber das Amendement, welches 2 Meilen will, wird durch Zählung gestimmt. 173 sind dafür, 152 dagegen. Das Amendement ist somit angenommen. Ueber den so amendirten §. wird durch Namensaufruf abgestimmt. Derselbe ergibt 186 für, 146 gegen den §. Derselbe ist mithin angenommen. (Schluß 3 Uhr.)

Rinkenis, vom 20. April. Ein kleines Detachement Dänen, bestehend aus einem Offizier und etwa 30 Mann, hatte vorgestern die Kühnheit, in der Gegend von Broacker ans Land zu steigen, um zu rekognosciren. Die Strandwache der jetzt dort stationirten schaumburger Jäger hielt sich möglichst verborgen, damit die Gelandeten sich erst etwas von ihrem Fahrzeug entfernen möchten. Der dänische Offizier ward die Jäger zuerst gewahr, das tödtliche Geschoß erreichte ihn und sechs Soldaten in dem Augenblick, als er, den Degen nach der Gegend, wo die Jäger lagen, ausstreckend, seine Gefährten auf die nahe Gefahr aufmerksam machte. Die übrigen entflohen schnell in das Schiff, und suchten das Weite. — Außer diesem vereinzelten Vorfall herrscht seit 8 Tagen faktische Waffenruhe. (Alt. M.)

Altona, vom 21. April, Abends. (Vom Bahnhofe.) Kolding ist gestern, den 20. April, von unsern Truppen besetzt worden. Das 9. Bataillon und das 1. und 2. Jägerkorps haben vorher ein nicht unbedeutendes Gefecht mit 4 Bataillonen dän. Infanterie und 4 Schwadronen Kavallerie zu bestehen gehabt, wobei sie einen Bajonettangriff gemacht. Auf unserer Seite sollen 21 Todte und Verwundete seyn. — Von Flensburg kommt die Nachricht, daß eine Deputation Sonderburger Bürger beim Obergeneral gewesen und gebeten habe, daß mit dem Bombardement auf Alsen so lange inne gehalten werden möge, bis eine Deputation, die gleichzeitig zum Könige nach Kopenhagen mit der Bitte entsendet worden, Alsen von dänischem Militär zu räumen, mit einer Antwort zurückgekommen sey. Die Antwort des Obergenerals an diese Deputation ist noch nicht bekannt. — (Alt. M.)

Hamburg, den 23. April, Morgens 6¾ Uhr. Die gestern gemeldete Nachricht über die Einnahme von Kolding bestätigt sich vollkommen. Die Zahl der Todten und Verwundeten beträgt jedoch höchstens 40 Mann, dagegen sind ungefähr 20 dänische Jäger zu Gefangenen gemacht. Nur die dänischen Husaren und Castelljäger haben einigermaßen Widerstand geleistet, das Gros der Infanterie ist unter dem Rufe: „Tydsken! Tydsken“ mit panischem Schrecken davon gelaufen. Die schleswig-holsteinischen Truppen haben sich überaus brav benommen. Das Hauptquartier des Generals v. Bonin befindet sich bereits in Kolding. — Das Kieler Korrespondenzblatt berichtet: Wir sind in den Stand gesetzt, die Mittheilung machen zu können, daß Kolding am 20. April vom 9. Bataillon und dem ersten Jägerkorps unserer schleswig-holsteinischen Truppen genommen worden ist. Unsere Truppen haben außerordentliche Bravour bei diesem Siege bewiesen. Gefallen sind ungefähr 20, unter ihnen der Hauptmann Hammel; verwundet sind ungefähr eben so viel, eine Contusion hat der Oberstlieutenant v. Zastrow erhalten, indem eine Kugel an dem Knopfe seiner Uniform abprallte. Die Statthalterschaft hat am 21. April der Landesversammlung den Bericht des Generals v. Bonin über diese ruhmvolle Affaire mitgetheilt. (D. A. Z.)

Stuttgart. [124. Sitzung der Kammer der Abg. vom 23. April, Abends 5 Uhr.] Am Ministertische befindet sich Niemand. Das ganze Ständehaus ist in allen Räumen so stark mit Menschen angefüllt, daß die Abgeordneten nur mit Mühe in den Saal gelangen können; der Anfang der Sitzung verzögert sich daher. Präsident Murschel geht den in den Saal zu kommen suchenden Personen mit der Aufforderung entgegen, doch Platz zu machen, sonst lasse er die Sitzung nicht beginnen und wenns 10 Uhr werde. Zuerst wurden Eingaben angekündigt, welche in den letzten Stunden in Beziehung auf die Anerkennung der deutschen Verfassung eingekommen sind, und zwar von Buchau, Kappel und Nebenorten, Sulz, Biberach, Heilbronn, Flein bei Heilbronn, Tuttlingen, Mühlheim O.-A. Tuttlingen, Stetten, Trossingen, Kirchberg, Renquishausen. Sie werden alle verlesen. Reyscher: Die heute morgen gewählte permanente Kommission hat mich zum Vorstand gewählt, wir haben eine Sitzung gehalten und die Minister dazu eingeladen. Es hat sich dabei ergeben, daß in der Stellung des Ministeriums zur Krone keine Aenderung eingetreten ist. Stockmaier wird im Namen dieser Kommission einen Antrag stellen. Stockmaier: Es ist bekannt, daß das Ministerium am 16. d. M. an das Staatsoberhaupt die Bitte gestellt hat, das Zurechtbestehen der deutschen Verfassung unverweilt auszusprechen, nachdem dieses von Seite des Staatsoberhauptes Anstand gefunden hat, wurde die Bitte am 19. d. Mts. und heute zum dritten Mal wiederholt. Der König hat sowohl gegenüber den Ministern, als auch der Kammer darauf hingedeutet, daß er sich nicht sogleich entschließen könne, d. h. um Zeit zu gewinnen. Das Ministerium wie die Kammer sind überzeugt, daß die Lage des Vaterlandes, nicht nur des württembergischen, sondern auch des deutschen, von der Art ist, daß von wenigen Tagen Alles abhänge, und daher eine ungesäumte Entschließung verlangt werden soll. Die Kommission stellt daher den Antrag: In Erwägung, daß unsere Departementschefs seit dem 16. d. M. schon zu wiederholten Malen die Bitte an das Staatsoberhaupt gestellt haben, die unbedingte Anerkennung der deutschen Reichsverfassung ungesäumt auszusprechen, andernfalls aber gebeten haben, sie von ihren Posten zu entheben; in Erwägung ferner, daß die eingetretene Ministerkrisis nicht länger andauern kann ohne die größte Gefahr für das Land, die Minister zu ersuchen, sich unverweilt in Person zu Sr. Maj. dem Könige zu begeben und ihre Bitte dringend zu wiederholen, wenn aber im Laufe des morgenden Tages eine Kgl. Entschließung nicht erfolgt, daß sich dann die Minister als vom Könige entlassen betrachten. Schmückle: Ich trage darauf an, diesen Vorschlag ohne Debatte anzunehmen, ich sehe nicht ein, warum man länger debattiren soll. Der Abg. Scherr stellt den Antrag, welchen er einen Verschärfungsantrag heißt: in Betracht, daß nach bekannten Vorgängen in andern deutschen Ländern das von der Krone in Betreff der deutschen Verfassungsfrage befolgte Verzögerungssystem das Schlimmste befürchten läßt; in Betracht, das das Staatsoberhaupt mit Umgehung seiner verantwortlichen Räthe, wie der Vertreter des Volks, unmittelbar an das Volk appellirt hat; in Betracht, daß die Aufregung im Volk stündlich im Wachsen begriffen ist und Recht und Ordnung im ganzen Lande in Frage gestellt erscheint, beschließt: 1) in einem Manifest an das Volk die Sachlage auseinanderzusetzen, und Volk, Militär und Civilbeamte, zur Zurückweisung jedes Angriffes gegen die Reichsverfassung aufzufordern; 2) die Regierung dringend anzugehen, sie möge die Beeidigung sämmtlicher Staatsbürger auf die Reichsverfassung unverweilt einleiten, 3) die Kammer solle sich permanent erklären, bis die Ministerkrisis vorüber und mit Beendigung derselben die Entscheidung herbeigeführt ist; 4) auszusprechen, daß sich die Vertreter des Volkes nöthigenfalls unter den Schutz der Bürgerwehr des ganzen Landes stellen.

Wolff: Der Antrag der Kommission läßt zu lange Zeit zu, ich schlage vor: bis morgen 9 Uhr. Nach längerer Debatte über die Art der Berathung der gestellten Anträge verliest Stockmaier nochmals den Kommissionsantrag, der nach Schmückles Vorschlag durch Aufstehen und Sitzenbleiben mit großer Mehrheit angenommen wird. Wolff beantragt jezt zu setzen: „im Laufe des morgenden Vormittags.“ Hölder erläutert, daß natürlich der angenommene Kommissionsantrag nicht dürfe dahin gedeutet werden, als wünsche die Kammer den Rücktritt der Minister, man müsse aber aus dem jetzigen Zustand herauskommen. Die Kammer erhebt sich auf Prälat Mosers Vorschlag zum Zeugniß dessen, was Hölder gesprochen. Wolffs Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Schober glaubt, es müsse die Bedeutung des Kommissionsantrags hervorgehoben werden und findet danach den Scherr'schen Antrag heute einestheils für zu weit gehend und anderntheils für überflüssig. Jetzt bestehen noch die jetzigen Minister, erst muß der bisherige Zustand der Ungewißheit vorbei seyn, von der Krone ist es blos auf eine Verzögerung abgesehen. Wenn aber im Laufe des morgenden Tags der König die Antwort nicht ertheilt, so besteht kein Ministerium, also keine gesetzliche Regierung mehr, denn einen König ohne verantwortliche Minister erkennt der konstitutionelle Staat nicht an. Dann ist es Pflicht der Volksvertreter eine provisorische Regierung einzusetzen. Um dieß zu thun, um als gesetzliche Behörde der Nationalversammlung gegenüber da zu stehen, ist es nothwendig abzuwarten. Der Redner bekämpft deßhalb die Scherrschen Anträge einzeln. Schaffen Sie nicht, schließt er, den Schein, als ob in der Hauptsache die Vertreter des Volks verschiedener Ansicht sind, und Spaltung in die Kammer, wie in's Volk komme. Ich bitte deshalb Scherr, seinen Antrag zurückzuziehen, um das schöne Bild der Einigung herzustellen. (Allseitiges Bravo.) Scherr zieht seinen Antrag zurück. Hiemit wird die Sitzung geschlossen. (Schwäb. M.)

Stuttgart. [125. Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 24. April.] Am Ministertisch Direktor Harpprecht und Oberfin.-Rath Hofacker. Seit gestern Abend sind wiederum 25 Adressen zu Gunsten der deutschen Reichsverfassung eingekommen, und zwar: von der Bürgerwehr in Horb, dem Stadtrath in Altenstaig, den bürgerlichen Kollegien in Weinsberg, Neckarsulm, Frankenbach, O.-A. Heilbronn, von 481 Einwohnern in Calw, den bürgerlichen Kollegien und dem Volksverein in Laupheim, von Einwohnern in Heubach, O.-A. Gmünd, den bürgerlichen Kollegien in Gmünd (die Minderheit des Stadtraths in Gmünd ist übrigens mit der Adresse nicht einverstanden gewesen, weil sie der Ansicht ist, daß die Kammer der Abgeordneten den verfassungsmäßigen Boden verlassen, und sich zur Gesetzgeberin aufgeworfen habe,) ferner von der Bürgerschaft in Welzheim, dem Bürgerverein in Lorch, den bürgerlichen Kollegien und den Vereinen in Reutlingen mit über 3000 Unterschriften, von dem Volksverein in Spaichingen, von einer Volksversammlung zu Ulm, auf dem Judenhof daselbst abgehalten, und von etwa 4000 Personen besucht (welcher sich nach Bechers Bemerkung die Bürgerwehroffiziere in Ulm angeschlossen haben), von der Bürgerschaft in Wiesensteig, von dem Volksverein in Großsüßen, von vielen Einwohnern in Sulz, von einer Anzahl Einwohner in Gussenstadt, O.-A. Heidenheim, von den bürgerlichen Kollegien in Dürrmenz-Mühlacker, von Einwohnern in Pfalzgrafenweiler, der Bürgerschaft in Blaubeuren. Der wesentliche Inhalt dieser Eingaben wird verlesen. Hierauf erklärt der Abgeordnete Pulvermüller, daß ihm eine Eingabe des Volksvereins in Freudenstadt zugekommen sey, worin gewünscht werde, durch eine Estaffette benachrichtigt zu werden, wenn die Kammer bewaffnete Unterstützung bedürfe; Hölder kündigt eine Eingabe von Möhringen mit der Bemerkung an, daß ähnliche Eingaben von Vaihingen und Degerloch nachfolgen werden; Becher eine Eingabe des Volksvereins in Waldsee und Seefried von zwei Gemeinden des Oberamts Göppingen.

Kanzler Wächter, der sein Ausbleiben in den letzten Tagen entschuldigt, erklärt, daß er mit der von der Kammer beschlossenen Adresse einverstanden sey. Nachdem er aber aus den öffentlichen Blättern den jetzigen Stand der Sache erfahren habe, habe er die Ueberzeugung erlangt, daß jeder Volksvertreter auf seinem Platze seyn müsse, um sein Votum abzugeben und mit seiner Person einzustehen; er sey daher hieher geeilt, um die Verantwortlichkeit und Gefahr mit den

übrigen Mitgliedern zu theilen. (Vielstimmiges Bravo!) Hierauf wied übergegangen zur Berathung des Berichts der Justiz-Gesetzgebungs-Kommission über den Entwurf des Gesetzes, beteeffend die Einführung der allgemeinen deutschen Wechselordnung. Der Berichterstatter Wiest von Eßlingen begleitete seinen Vortrag mit einigen einleitenden Worten, worin er dieses erste allgemeine deutsche Gesetzgebungswerk mit Freuden begrüßt und wünscht, daß die deutsche Gesetzgebung sich recht bald auch auf andere Gebiete des Rechts ausdehnen möchte, weil eine Einheit im Recht am Besten dazu beitrage, die Bande der Eintracht unter allen deutschen Volksstämmen fester zu schlingen. Eisenlohr stellt den Antrag, daß im Eingang des Gesetzes gesagt werde: In Erwägung, daß der Reichsverweser in Ausführung des Beschlusses der souveränen deutschen Reichsversammlung vom 24. November 1848 als Gesetz eine allgemeine deutsche Wechselordnung unter dem 26. November 1848 verkündet, verfügen und verordnen wir zur Ausführung dieses rechtskräftigen Gesetzes, nach Anhöeung Unseres Geheimenraths und mit Zustimmung unserer getreuen Stände, wie folgt. Diesen Antrag stellt Eisenlohr darum, um der ersten Kammer Gelegenheit zu geben, sich nun ebenfalls unumwunden über die Gültigkeit der deutschen Reichsverfassung auszusprechen, indem aus den Verhandlungen der ersten Kammer über das Gesetz wegen Aufhebung der Befreiung der Standesherren von der Militärpflicht, namentlich aus den Aeußerungen Ihrer Erlauchten der Herren Grafen v. Schäsberg, v. Neipperg, v. Pückler und einiger anderer Mitglieder der ersten Kammer (der Redner liest das Protokoll vor) hervorgehe, daß die erste Kammer der Ansicht sey, die Reichsverfassung könne nur auf dem Wege der Vereinbarung zu Stande gebracht werden, daß nach einzelnen Aeußerungen sogar die unbedingte Gültigkeit der Grundrechte in Frage gestellt sey. Reyscher tritt diesem Antrage bei, und wünscht, daß das Wort „souverän« wegbleibe, da dieses Wort schon häufig, namentlich in französischen Uebersetzungen mißbraucht worden sey. v. Zwerger auf den Eisenlohrschen Antrag zurückkommend, wünscht, daß das Protokoll der ersten Kammer, welches vorhin verlesen worden, dem Fünfzehnerausschuß zur Berichterstattung zugewiesen werde. Wird genehmigt. Seeger: Wir sind nicht in einer Stimmung, um jetzt Gesetzesentwürfe artikelweise zu debattiren; ich stelle den Antrag, den Gesetzes-Entwurf mit den wenigen Kommissionsanträgen, welche sämmtlich die Zustimmung der bei den Berathungen der Kommission anwesend gewesenen Regierungskommissäre erhalten haben, ohne Debatte anzunehmen. Die Kammer beschließt dieß auch fast einstimmig und genehmigt zugleich den Eingangsbeisatz Eisenlohrs, nur mit dem Anfügen, daß das Wort „souverän" und — nach Wächters Vorschlag das Wort „rechtskräftig" als in dieser Verbindung durchaus unjuridisch — wegbleibe. Dörtenbach wünscht, daß von Seiten des Justizministeriums darauf Bedacht genommen werde, eine besondere Belehrung über die Abänderungen, welche das neue Gesetz gegenüber dem alten hat, zu erlassen hat. Es wären hier namentlich die Bestimmungen über die Aufhebung der Prioritätsrechte, die Frage der Prolongation u. s. w. hervorzuheben, was um so nothwendiger erscheine, als durch die Wechselordnung alle Klassen von Gewerbsleuten berührt werden. O.Tr.R. v. Hoffacker: Eine Belehrung überhaupt hält sehr schwer, aber in dem Sinn, wie Dörtenbach eine solche wünscht, kann es die Regierung versuchen. (Schw. M.)

Stuttgart, den 24. April. Wir hören so eben, daß der König sich nunmehr dahin ausgesprochen habe, er werde die Reichsverfassung, so wie sie vorliegt, annehmen, im eigenen Lande verkündigen und durchführen, und den Bevollmächtigten in Frankfurt in geeigneter Weise instruiren. Ob, wie es heißt, Staatsrath Römer diesen Vormittag nach Ludwigsburg gegangen, wissen wir nicht bestimmt. (Schw. M.)

Stuttgart, [126. Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 24. April, Abends 5 Uhr.] Das ganze Ständehaus und dessen Umgebung ist mit Menschen angefüllt, wie noch niemals. Die Anwesenden sind in gespannter Erwartung, was verkündigt werden wird. Erst nach drei Viertelstunden eröffnet der Präsident die Sitzung und trägt vor: Meine Herren! Die Kammer hat heute früh beschlossen, diesen Abend um 5 Uhr eine Sitzung zu halten, wenn auch die Kommission nicht im Stande wäre, Anträge an die Kammer zu bringen. Obgleich nun beinahe schon eine Stunde verflossen ist, so ist die Kommission doch noch nicht im Stande, einen Vortrag zu erstatten. Vor einer Stunde sind die Herren Minister aus Ludwigsburg zurückgekommen, und es ist mir von ihnen mitgetheilt worden, daß der König und die Minister einig sind. (Vielseitiges Bravo.) Nur in Beziehung auf die Ausfertigung liegt noch ein Anstand vor, wegen dessen die Kommission mit den Ministern noch kommunizieren muß, so daß ich im Augenblick eine Sitzung nicht halten kann. Nach meiner Ueberzeugung wird aber die Sache keinen Anstand finden. Wir hören, daß die berührten Anstände: in den Worten der kgl. Erklärung liegen »unter der sich von selbst verstehenden Voraussetzung, daß die Reichsverfassung in Deutschland in Wirksamkeit trete.« Dem Vernehmen nach nahm hieran der Fünfzehnerausschuß deshalb Anstand, weil dieser Beisatz entweder eine Voraussetzung ausspreche, welche die unbedingte Annahme verneine, oder wenn »sich von selbst verstehend« unnöthig sey. Er bestand, so hören wir, mit 14 gegen 1 Stimme auf Annahme ohne eine Voraussetzung. Die Herren Minister seyen hiemit einverstanden gewesen. Es sey anzunehmen, daß der König kein Gewicht auf den Zusatz legen werde. Herr Staatsrath Duvernoy werde heute Abend noch deshalb nach Ludwigsburg gehen.

Nachschrift. Wir erhalten so eben noch von einem Abgeordneten folgendes als die Königliche Erklärung: Seine Majestät der König von Württemberg nimmt in Uebereinstimmung mit seinem Ministerium die deutsche Reichsverfassung einschließlich des Kapitels über die Reichsoberhauptsfrage und der im Sinne dieser Verfassung zu verwirklichenden Lösung derselben sammt dem Reichswahlgesetze unter der sich von selbst verstehenden Voraussetzung an, daß dieselbe in Deutschland in Wirksamkeit trete. Zugleich soll der württembergische Bevollmächtigte dahin instruirt werden, zu erklären, daß die württembergische Regierung nichts dagegen einzuwenden habe, wenn Seine Majestät der König von Preussen, welcher das Erbkaiserthum nicht annehmen will, unter den vorliegenden Umständen sich für jetzt mit Zustimmung der deutschen Nationalversammlung an die Spitze Deutschlands stelle.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Exp.-Nro. 4886.

Bekanntmachung.

Da der Käufer der am 19. August 1848 im Wege der Hülfsvollstreckung subhastirten Schneidermeister Georg Wollner'schen Realitäten zu Neuhof seinen Zahlungsverbindlichkeiten nicht nachkommen konnte, so wird dieser Realitätenbesitz

Lit. A. Ausbruch aus dem Herrschaftlich von Oelhafen'schen Schloßgute Haus-No. 3 in Neuhof

Gebäude

Pl.-No. 71. 0 Tagw. 6 Dez. Wohnhaus und Scheune,

Acker

Pl.-No. 991. 1 Tagw. 6 Dez. Garten

Taxe 630 fl.

anderweit dem öffentlichen Verkauf unterstellt und hiezu auf

Mittwoch den 16. Mai curr. Nachm. 1 Uhr

im Deinhardt'schen Brauhause zu Neuhof nach Maßgabe des Hyp.-Ges. §. 64 und der Gesetznovelle vom 17. Novbr. 1837 §. 96 sequ. Termin bezielt, wozu Kaufsliebhaber unter dem Bemerken eingeladen werden, daß die auf den Realitäten haftenden Lasten und Abgaben aus den Akten in der Registratur eingesehen werden können, und daß die dem Gerichte unbekannten Kaufsliebhaber, und solche, gegen deren Zahlungsfähigkeit Zweifel obwalten, zur Versteigerung nicht werden zugelassen werden.

Lauf, den 18. April 1849.

Königliches Landgericht.

Delhopf.

Meyer.

Einladung.

Diejenigen Herren, welche die Ghillany-Platner'sche Adresse an die Generalsynode unterzeichnet haben, werden ersucht, sich Sonnabend den 28. dies Abends 7 Uhr zu einer Besprechung im Katharinensaale einzufinden.

Musicalischer Verein Concordia.

Das wegen schlechter Witterung unterbliebene Kränzchen, findet Sonntag den 29. April statt. Die nöthigen Eintrittskarten sind am genannten Tage bei Hrn. Gastwirth Kolb, von 1 auf 2 Uhr in Empfang zu nehmen. Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand.

Entgegnung.

Diejenigen Herren, welche durch ihre Inseration in Nr. 113 der mittelfränkischen Zeitung uns Unterzeichnete mit ihrem Geifer zu bespritzen suchen, werden hiemit aufgefordert, ihre Namen, wie es die Rechtschaffenheit erheischt, öffentlich zu nennen, damit von uns zur Klarheit gebracht werden kann, von welcher Seite in der von ihnen besprochenen Angelegenheit unedel und unbrav gehandelt worden ist. Werden sie unserer Aufforderung zu entsprechen Anstand nehmen und sich damit begnügen, ihr Geistesprodukt, das nach unserer Ueberzeugung lediglich dem Neide und sehr hochgeschraubtem Egoismus entsprossen ist, als gelungenes Machwerk zu belächeln, so können wir nur die demselben gebührende Verachtung entgegenstellen.

Leitner, Müller, Wüst,
Lehrer der obern Knaben- und Obermädchenklassen in Nördlingen.

Aufforderung.

Montag den 16. April, Nachmittag, hat ein Frauenzimmer bei Abholen gewaschener Bänder, wahrscheinlich aus Versehen, ein weißwollenes großes Halstuch mit seidenen Streifen, in Papier gewickelt, mitgenommen, und wird dieselbe ersucht, es baldigst zurück zu schicken, da es sonst üble Folgen für sie haben würde.

Ball-Anzeige.

Künftigen Sonntag den 29. d. findet großer abonnirter Ball im Bamberger Hof statt, wozu ergebenst einladet

Heinr. Hägerich.

Karten hierzu sind zu haben bei Herrn Fuchs, Gastwirth zum Bamberger Hof, so wie in L. No. 645.

(Literatur.) So eben ist erschienen und in der Exped. der Mittelfränkischen Zeitung zu haben:

Antwort
auf
das Hirtenwort
der 24 Geistlichen der Diecöse Nürnberg
von
Johannes Ronge.

8vo. 1¼ Bogen. Preis 3 kr.

Wir geben diese kleine Brochure um den billigen Preis von 3 kr., damit sie sich auch der Unbemittelste anschaffen kann und sie in Jedermanns Hände kommt.

Neue Zeugnisse

über die Heilkraft und Wirksamkeit der weltbekannten und berühmten

Goldberger'schen Kaiserl. Königl. allerhöchst privilegirten Galvano-electrischen Rheumatismus-Ketten,

von denen Herr S. L. Krauß, Theresienstrasse S. No. 551 in Nürnberg stets ächt und unverfälscht zu den festgestellten Fabrikspreisen Lager hält.

Preis 53 kr, stärkere fl. 1. 45 kr. und fl. 2. 38 kr.

Auf Verlangen bescheinige ich hiermit, daß die im April 1848 von mir gekaufte Goldberger'sche galvano-electrische Rheumatismus-Kette mit sehr gutem Erfolg von meinem Manne seitdem getragen worden ist, weshalb ich die oben benannte Kette allen Leidenden bestens empfehlen kann.

Wiesbaden, den 24 Februar 1849.

Pauline Hergenhahn, Gemahlin des Minister-Präsidenten im Herzogthum Nassau.

Die galvano-electrischen Ketten von Goldberger in Tarnowitz leisten bei nervös-rheumatischem Kopfweh, bei chronisch-rheumatischen Affectionen aller Art sehr gute Dienste, welches ich hiermit gern bescheinige.

Potsdam den 1. April 1849.

Dr. Weiß, Königl. Regiments-Arzt.

Neu verbesserter Rheumatismus-Ableiter.

Die bereits vielseitig empfohlenen und als sehr bewährt befundenen »Rheumatismus-Ableiter,« per Stück à 18 kr., stärkere à 36 kr. mit Gebrauchsanweisung sind für hier und Umgegend nur allein ächt bei Unterzeichnetem zu haben.

Wie schon bekannt, dienen sie gegen Kopf-, Hand-, Knie- und Fußgicht, Gesichts-, Hals- und Zahnschmerzen, Ohrenstechen, Harthörigkeit, Sausen und Brausen in den Ohren, Brust-, Rücken- und Lendenweh, Gliederreißen, Krämpfe, Lähmungen, Herzklopfen und Schlaflosigkeit 2c., und liegen hierüber die besten Zeugnisse vor.

S. L. Krauß,
Theresienstraße S. Nr. 551 in Nürnberg.

Mit einer Beilage.

Deutsche Staaten.

München, den 24. April. Das heutige Bulletin in Betreff der Erkrankung des Prinzen Karl von Bayern lautet: „Se. k. Hoh. haben die Nacht gleichfalls ohne Schlaf und in nervöser Aufregung hingebracht; die entzündlichen Erscheinungen jedoch sowie das Fieber haben sich nicht verschlimmert.“ — Maueranschläge laden die Bürger und Einwohner Münchens ein die Adressen, einerseits an die deutsche Reichsversammlung wegen Anerkennung der Reichsverfassung, andererseits an das bayerische Gesammtministerium wegen schleuniger Einberufung des Landtages, zu unterzeichnen, mit den Worten: „Die deutsche Nationalversammlung hat die Verfassung des Vaterlandes geschaffen und verkündet. Ueberall erhebt das Volk in Massen seine Stimme, um dem großen Werk der Märzerhebung des Jahres 1848 die gebührende Anerkennung zu verschaffen. Ein Gedanke durchdringt Deutschland: zu schirmen die deutsche Reichsversammlung und über alles die Ehre des deutschen Vaterlandes! München, die ehrwürdige Metropole eines der ältesten deutschen Stämme, kann und wird nicht zurückbleiben, zumal in einem Augenblick, wo das verfassungsmäßige Organ des Landes — der bayerische Landtag — nicht versammelt ist. Denselben zu berufen ist dringende Nothwendigkeit! Das Vaterland erwartet, daß jeder seine Schuldigkeit thut!“ (A. A. Z.)

△ **Nürnberg**, 25. April. Magistrat der Stadt Nürnberg! Dringende Vorstellung des hiesigen Volksvereins, die Geltung der deutschen Reichs-Verfassung in Bayern betreffend.

Der Geist der Zeit will, daß die Völker Deutschlands in den Besitz derjenigen Rechte und Freiheiten gelangen, ohne welche sie niemals eines glücklichen Zustandes sich erfreuen können.“ — Diese Rechte und Freiheiten gewähren die von der verfassungsgebenden National-Versammlung endgültig beschlossenen und von der Central-Gewalt als allgemein gültiges Gesetz verkündeten Grundrechte des deutschen Volkes, gewährt das in gleicher Weise zu Stande gekommene volksthümliche Gesetz für die Wahlen zum Volkshause, und die nach gewaltigen Parteikämpfen als Schlußstein des ganzen Baues von der Nationalversammlung, als einzig und allein berechtigten Instanz, endgiltig beschlossenen und verkündigten Reichsverfassung. Sie ist es, welche dem zerrissenen Gesammtvaterlande die heißersehnte Einigung bringen soll, bringen muß, damit das deutsche Volk nicht länger blos den dynastischen Interessen diene, nicht länger vom Auslande verachtet und mißbraucht werde, damit es nicht länger geknechtet sey, sondern endlich zum Rechte der freien Selbstbestimmung gelange. Nur wenn dieses Ziel erreicht ist, wird das Vertrauen wieder zurückkehren, werden die Gewerbe, die Industrie, der Handel und die Künste des Friedens wieder blühen, wird der Bürger, Bauer und Arbeiter von der — seit der Dauer der provisorischen vaterländischen Zustände auf ihm schwer lastenden Noth befreit werden und sich des Lebens wieder freuen können; — eher nicht! Und es ist nur Ein Wollen, nur Ein Verlangen, das ganz Deutschland erfüllt: daß alle Einzel-Regierungen die unbedingte Gültigkeit der am 28. v. M. von der Nat.-Versammlung verkündeten Reichsverfassung aussprechen und sich derselben unterwerfen. Der Zahl nach die meisten Regierungen haben es bereits gethan; die Volksvertreter fast aller Einzelnstaaten drangen und dringen darauf; die Majorität der bayer. Volksvertreter würde nicht zurückbleiben, deß sind wir gewiß! — aber sie sind vertagt! — zum drittenmale vertagt in diesem wichtigen Momente, in welchem das Vaterland in so großer Gefahr schwebt! Deßhalb erschalle die Stimme des Volkes allenthalben um so lauter, und es ist um so erfreulicher, wenn die Organe des deutschen Volkes in Bayern, die Gemeindebehörden dem Volkswillen Worte geben. Zur großen Befriedigung gereichte es daher der hiesigen Einwohnerschaft, daß das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten die Abfassung einer Adresse an das kgl. bayer. Gesammt-Staatsministerium von Seite der beiden städtischen Collegien beantragt und beschlossen habe, diese Adresse in einer Volksversammlung der gesammten Einwohnerschaft zur Anerkennung und Unterzeichnung vorzulegen. Dem Vernehmen nach soll aber dieser Antrag und Beschluß nur halb ausgeführt, werden was der ganzen Adresse gerade den größten Werth rauben und den Erfolg entziehen würde.

Und zwar soll der Magistrat der Stadt Nürnberg sich zu einer solchen halben Maßregel entschlossen haben und den Weg einsam für sich allein gehen wollen! Erinnern wir uns, wie energisch derselbe im März v. J. und bei der Wahl des Dr. Eisenmann mit der hiesigen Bevölkerung Hand in Hand ging und seinerseits das Gemeindekollegium zu Gleichem veranlaßte, so muß die bisherige Zurückgezogenheit um so auffallender seyn und das nöthige Vertrauen der hiesigen Bevölkerung zu dem Magistrate schwächen.

Der Volksverein hat deßhalb in seiner gestrigen Versammlung beschlossen: dem Magistrate den obigen Antrag und Beschluß des Gemeindekollegiums zur schleunigen Annahme dringend zu empfehlen.

Wir entledigen uns des uns hiezu gewordenen Auftrags andurch und bestehen verehrungsvoll

Der Volksverein.
In dessen Auftrag: der Ausschuß.

†† **Nürnberg**, 26. April. Dem Herrn T. (der Buchstabe ist wohl eigentlich F. und verwandelt sich je nach Bedürfniß in einen andern?) erwidern wir auf seine Entgegnung in Nr. 116 des Korrespondenten wie folgt. Es mag seyn, daß Herr F. in seinem Artikel über die Verfassungsfrage, worin er den vom Korrespondeten vertretenen Tendenzen in dieser Beziehung entgegentritt, nach der Ansicht des Korrespondenten „ritterlich“ zu Werke gegangen ist. Wir unserer Seits suchten um keine Aufnahme unserer Entgegnung beim Korrespondenten nach, zogen also billiger Weise die Handschuhe aus und ließen einmal ungenirt das „widerlich“ durchleuchten, das die Artikel des Korrespondenten nicht blos in uns, sondern gewiß in der großen Mehrheit hiesiger Einwohner erregen mußten. Es ist in der That auch eine Keckheit sondergleichen, wenn der Korrespondent, nachdem sich die beiden hiesigen konstitutionellen Vereine schon längst offen für einen Kaiser, und zwar aus dem mächtigsten deutschen Staate, aus Preussen, entschieden, nachdem der Volksverein, nachdem die magistratischen Kollegien sich dieser Tage für die Aufrechthaltung der vollen Reichsverfassung erklärt, nachdem es kein Geheimniß seyn kann, daß die ganze Bürgerschaft dieser Ansicht ist — ja nachdem sich eigentlich in hiesiger Stadt noch gar kein Gegner hat vernehmen lassen, als der Redakteur des Korrespondenten — es ist in der That eine Keckheit sondergleichen, wenn der Korrespondent, wie in der gestrigen Entgegnung wiederum, die Meinung in die Welt hinausschreien kann, es seyen nur ein Paar Dutzend „freiheits- und ordnungsliebender Leute“ welche diese Ansicht in Nürnberg theilen!

Allerdings vertritt der Korrespondent nicht die Absichten Nürnbergs oder Frankens; wir wissen das hier gar wohl; aber schon in entfernteren Theilen von Bayern hat man diese Meinung und im Ausland schließt man allerdings von den Artikeln des Korrespondenten auf die Stimmung in Franken und Bayern überhaupt. Es thut also wohl noth, zu erklären, daß die von der Redaktion vertretene Ansicht nicht die von Franken ist. Unserer Meinung nach ist Einheit das wichtigste Ziel, welches wir zu erreichen streben müssen, denn die Einheit wird unsere Hülfsquellen im Innern beleben und uns stark und geachtet vor dem Ausland machen. Die bisherige Zerstückelung hat uns zu den Bedienten von Europa gemacht; wo England, Rußland und auch Oesterreich kommandirten, mußten wir uns ducken. Wir wollen endlich eine Nation werden und stolz auf unseren deutschen Namen seyn können, wie es der Engländer und Franzose ist. Bei 34 Souveränen, selbst bei einem Direktorium aus Souveränen ist aber eine feste Einheit nicht möglich; da würde sich bei einem Kriege mit dem Ausland jeder Fürst wieder nach Belieben links oder rechts wenden.

Die Souveränetäten stammen erst von dem Usurpator Napoleon her; die Fürsten müssen also in das Abhängigkeitsverhältniß von einem einzigen Oberhaupt zurücktreten: auch so ist das Verhältniß der Dynastienfamilien noch ansehnlich genug: zuerst die Größe der Nation, dann die Dynastien. Es mag seyn, daß ihnen das schwer fällt; aber ihre Souveränetät bestand nicht zu Recht, und Opfer müssen gebracht werden! Unsere großen Feinde sind diejenigen, welche in den Blättern über allzugroße Zentralisation schreien, an welcher Deutschland zu Grunde gehen müsse! Du guter Himmel! zu einer allzugroßen Zentralisation kommt es wahrlich nicht! Die Stämmenunterschiede, heißt es, würden verwischt werden, zum großen Unheile Deutschlands.“ Das ist der Punkt, den man uns fortwährend wiederkäuet, und bei dem es Einem recht eigentlich miserabel wird! Als sich Preußen eine Provinz nach der andern zueignete, als Bayern Franken und einen Theil von Schwaben erhielt: da hat die Verwischung des Stämmeunterschiedes nichts auf sich gehabt, weil es im Interesse der Dynastieen war; aber jetzt ist es freilich ganz etwas anderes; jetzt sollen auf einmal die Franken auch der bayerische Volksstamm seyn und sich verwahren, nicht unter einen Kaiser mit dem übrigen Deutschland zu kommen, damit ihre bayerischen Eigenthümlichkeiten nicht verwischt werden.“ — Und so behandelt der Korrespondent seine Leser gewissermaßen als schwachköpfige Menschen, die sich für ihre bayerischen Eigenthümlichkeiten in Opposition gegen das Kaiserthum setzen sollen, ohne sie für fähig zu halten, einzusehen, daß es nur das dynastische Interesse ist, das hinter der ganzen Verwahrung vor der Verwischung steckt und darum hat man es wohl auch ganz natürlich gefunden, daß man dieser unablässigen Verwahrung vor der Verwischung zu Leibe gegangen ist, wie sie es verdient hat. Die übrigen Punkte in der Entgegnung des Korrespondenten überlassen wir getrost dem Urtheil der Leser.

Frankfurt, 24. April. Das Schreiben, welches das Präsidium der verfassunggebenden Reichsversammlung an den Präsidenten der würtembergischen Kammer der Abgeordneten in Folge des heutigen Beschlusses gerichtet hat, lautet folgendermaßen: Die geehrte Zuschrift des Hrn. Präsidenten der zweiten würtembergischen Kammer der Abgeordneten d. d. Stuttgart, den 22. April 1849, hier angekommen am 23. Nachmittags, ist heute — in der 205. öffentlichen Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung — verlesen und die Veranlassung geworden, daß der Antrag (von Fetzer und Vischer): 1) „Die Reichsversammlung wolle sofort und ohne Diskussion beschließen: Die würtembergische Kammer der Abgeordneten insbesondere durch ihren Beschluß vom 22. April, sowie das würtembergische Volk überhaupt, entsprechen mit dem in den letzten Tagen gezeigten entschiedenen Festhalten an der deutschen Reichsverfassung den Erwartungen und dem Willen der deutschen Nation. 2) Die Reichsversammlung wolle von dieser Erklärung durch Vermittelung des Präsidiums jener Kammer der Abgeordneten diese selbst, sowie das würtembergische Volk überhaupt, in Kenntniß setzen“ als ein dringlicher anerkannt und mit einer an Einstimmigkeit gränzenden Majorität zum Beschluß erhoben worden ist. Das Präsidium der verfassunggebenden Reichsversammlung beeilt sich, den Hrn. Präsidenten der würtembergischen Kammer vom diesem Beschlusse hiermit in Kenntniß zu setzen. Frankfurt a. M., 24. April 1849. Das Präsidium der verfassunggebenden deutschen Reichsversammlung. gez. Simson. Bauer. W. Eisenstuck. Schriftführer Biedermann. (D. Z.)

Dresden, 23. April. In der heutigen Sitzung der II. Kammer wurden folgende Anträge angenommen: „1) daß die Kammer fest auf ihren frühern Beschlüssen beharre; 2) in dem ganzen bisherigen Verfahren der Regierung in der v. Könneritz'schen Sache sowohl eine Gefährdung der Ehre und Selbstständigkeit Sachsens nach außen als auch eine Mißachtung der allgemeinen Stimme des sächsischen Volks erblicke; 3) in der Weigerung, den Gesandten v. Könneritz zurückzuberufen, zugleich in Erwägung der anderweiten Haltung des Ministeriums den Kammern gegenüber, eine Unverträglichkeit mit den Bedingungen erkenne, unter welchen allein die Kammern mit der Staatsregierung zum Wohle des Vaterlandes fortzuwirken im Stande sind.“ (D. A. Z.)

Auf den Düppeler Schanzen, 20. April. In verwichener Nacht fand hier eine spaßhafte Expedition statt. Die bei der Einnahme der Düppler Schanzen demontirten beiden 12pfünder Kanonen und drei Munitionswagen wurden heute den Dänen wieder abgenommen. Man hatte es schon die vorhergehende Nacht durch ein Bataillon Sachsen zu bewerkstelligen gesucht, das Mißlingen mußte aber an der schlechten Einleitung des Vorhabens liegen. Nun wurde gestern Abend der hannov. Oberstlieutenant Rieskugel mit seinem Bataillon vom 5. Inf.-Reg. dazu kommandirt diese beiden Geschütze den Dänen wieder abzunehmen, und durch seine vortreffliche Leitung gelang es vollkommen sich der Verlorenen wieder zu bemächtigen. Rieskugel hat hiebei eine große Umsicht gezeigt; die Sache wurde um Mitternacht vorgenommen und kein Schuß ist dabei gefallen. (Z. f. N.)

Harburg, 21. April, Nachmittags. Pr. Telegraph. Privatcorrespondenz von der Börsenhalle: Hamburg, 21. April, 1 Uhr 45 M. Mitt. Hadersleben, 20. April. Heute ist die Avantgarde der schleswig-holsteinischen Armee, das 13. (?) Jägercorps, 9. und 10. Infanteriebataillon nebst Artillerie und Cavallerie nach Jütland eingerückt. (Die Börsenhalle bringt aus Apenrade dieselbe Nachricht.) (Z. f. N.)

Französische Republik.

† **Paris**, den 22. April. Oudinot ist erst am 18. April in Marseille eingetroffen, und im Hôtel Beauvau abgestiegen. Im Operngange herrscht einige Aufregung. Vielleicht gibt folgender Artikel hierüber Aufschluß: „Man sagt, daß im Laufe des vorgestrigen Tages ein Befehl aus dem Ministerium nach Marseille abging, der das Papstgeschwader im Hafen zurückhalte, oder ihm andere Verhaftungsbefehle nachschicke. Wir wissen nicht, ob wir diesen plötzlichen Umschwung dem Empfange der mehrerwähnten Palmerston'schen Note (welche offenbar der Lansdowne'schen Erklärung im Oberhause vom 19. April auf die Interpellation des Lord Beaumont widerspricht) oder den unbeschränkten Forderungen Radetzky's, welche im Gegensatze zu der geschlossenen Uebereinkunft stehen, zuschreiben sollen. So viel ist sicher, daß einer der Gesandten der römischen Republik plötzlich Paris verlassen hat und nach Gaëta abgereist ist.«

Seit acht Tagen tragen sich mehrere Pariser Journale mit der Idee eines allgemeinen Kongresses in Mailand (statt Verona) in welchem ein lombardisch venetianisches Königreich, mit dem Großherzog Leopold v. Toskana an der Spitze, verfaßt werden soll.

[Militärbewegung.] Die Royalisten und Kapitalisten, welche uns regieren, fürchten das allgemeine Stimmrecht. Sie wissen, daß, wenn die Nation im vollen Gebrauch ihrer Vernunft und Freiheit handelte, die Republik, das heißt der Sozialismus oder der Sturz des monarchischen Prinzips so wohl in der ökonomischen als politischen Welt herbeigeführt würde. Darum geht ihr Streben dahin, die Vernunft des Volks zu trüben und seine Freiheit zu beschränken. An jedem Tage verletzen sie das Vereinsrecht bei den Wahlversammlungen. Auch hinderten sie heute die Soldaten an der Wahl ihrer Kandidaten. Eine Wahlversammlung war ausschließlich für das Militär im Fraternitätssaale um 5 Uhr Abends anberaumt. Um 2 Uhr wurde aber die ganze Martelstraße von einer starken Abtheilung Stadtsergenten besetzt. Doch das Gerücht lief, daß diese Polizeimaaßregel nur eine Provokation wäre, denn der Ausschuß hatte längst erfahren, daß die ganze Pariser Garnison auf drei Tage consignirt sey, mithin kein Soldat die Kaserne verlassen könne.

Ferner brachte man in Erfahrung, daß 280 Unteroffiziere in voriger Nacht arretirt und in die Abbaye geworfen worden seyen u. s. w. Auf diese Weise befolgen Rullieres und Changarnier die Rathschläge des Journal des Debats, welches in seiner letzten Nummer geradezu bedauerte, daß die 1848iger Verfassung dem Soldaten überhaupt ein Stimmrecht gebe!! Die Herren Rullieres und Changarnier wagen zwar noch nicht, dem Soldaten sein Stimmrecht ohne Weiteres zu nehmen; das hieße sich öffentlich gegen sie empören. Allein sie wollen, daß der Soldat nach Kommando in ihrem Sinne stimme, wie sie nach Kommando laden. Diskussion und Reflexion sind ihm gefährlich. In ihren Augen ist der Soldat nur eine lebendige Maschine, die man benützen möchte, nicht blos um seine Brüder und Väter im Volke mit dem Gewehre, sondern auch mit dem Stimmzettel todtzuschießen. Unter diesen Umständen wurde um 3 Uhr folgendes Plakat an die Eingänge des Fraternitätssaales geheftet: „Heute Sonnabend 21. April Abends 5 Uhr war eine Wahlversammlung für die Armee angesagt. Mittheilungen von der ernstesten Natur laufen jedoch eben bei dem Exekutivausschuß ein, welche die Ergreifung anderer Maaßregeln nöthig machen würden. Da es hiefür jedoch zu spät ist und der Ausschuß jeden Konflikt vermeiden will, so benachrichtigt er hiermit die Wähler der Armee, daß die vorbereitende Wahlversammlung nach Ergreifung der gehörigen gesetzlichen Maaßregeln an einem durch die Journale bekannt zu machenden Tage der nächsten Woche stattfinden wird. Paris, 21. April 3 Uhr. Der demokratische Exekutiv-Ausschuß 2c.

Die Democratie pacifique meldet, daß trotz der Consigne viele Militärs durch den Polizei-Cordon in den Fraternitätssaal drangen und daß drei derselben verhaftet worden sind.

Oesterreichische Staaten.

Briefen aus Jassy vom 10, von der siebenbürgischen Gränze vom 16. April zufolge war beim russischen Consulat in Jassy durch Estafette die Nachricht aus Bukarest angelangt: daß Bem mit seinem Armeekorps plötzlich in die Walachei eingefallen und die an der Gränze aufgestellten russischen Truppen bis weit hinter Rimnik Waltsche (3½ Posten von der siebenbürgischen Gränze) zurückgeschlagen habe. (A. A. Z.)

Wien, 22. April. Aller Gemüther hat eine unbeschreibliche Spannung bemächtigt, seit sich die Nachricht verbreitete, daß die Magyaren vor Neutra stehen. Heute dauern die Besorgnisse fort; nachdem man über die Bewegungen, welche die Armee-Korps des Banus und General Schlick am 19. und 20. von Pesth aus machten, noch keine Berichte hat. (A. Abdz.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n.

Trauer-Anzeige.

Unser vielgeliebter Vater, Bruder und Schwager,

Herr Andreas Tobias Bieling,

Buchdruckereibesitzer dahier,

ist nicht mehr. Ein sanfter Tod endigte heute nach längerem Krankenlager sein uns so theures Leben im Alter von 62 Jahren. Unerwartet schnell ist er seinem einzigen Sohne in die Ewigkeit nachgefolgt; viel zu frühe ist er seiner noch minderjährigen einzigen Tochter und uns entrissen worden. Diese Trauerkunde den fernen Verwandten, theilnehmenden Bekannten und zahlreichen Geschäftsfreunden, des wegen seines biedern Charakters und seiner Herzensgüte allgemein geehrten und geliebten Heimgegangenen widmend, bitten wir dieselben, unsern ebenso gerechten als tiefen Schmerz durch stille Theilnahme zu ehren.

Nürnberg, den 25. April 1849.

Die gebeugten Hinterbliebenen

Julie Bieling, Tochter.
Lisette Bieling. } Schwestern.
Madlen Knauer, geb. Bieling. }
Georg Knauer, Schwager.

Die Beerdigung findet nächsten Samstag statt. Die Trauerbegleitung versammelt sich Nachmittag 2 Uhr im Trauerhause S. Nr. 1114 in der Judengasse.

Erinnerung.

☞ Donnerstag den 26. April Abends 8 Uhr

Volksversammlung

im Katharinensaale.

Freie christliche Gemeinde in Nürnberg.

Diejenigen, welche sich bei dem Chorgesang der freien christl. Gemeinde dahier betheiligen wollen, werden hiermit aufgefordert, am Freitag (27. April) Abends 8 Uhr im Reichsadler (Probezimmer der »Cäcilia« zur ebenen Erde) zu erscheinen.

Der Vorstand.

Einladung.

Sämmtliche Meisterrechtsbewerber des Schuhmacher-Gewerbes werden auf Sonnabend den 28. April Abends 8 Uhr wegen einer sehr interessanten Mittheilung auf die Herberge hiemit höflichst eingeladen.

Mehrere Meisterrechts-Bewerber.

(Anerbieten.) Ein solides Frauenzimmer, welches das Kleidermachen gründlich zu erlernen wünscht, kann gegen billiges Lehrgeld Unterkunft finden, in der vordern Ledergasse L. Nr. 200.

(Gesuch.) Man sucht eine Kindsmagd von gesetztem Alter und soliden Betragen bis Ziel in Dienst zu nehmen.

Verkaufs-Termin.

Aus Auftrag des Besitzers wird durch Unterzeichnetem das Haus L. Nro. 933 in der Eiuengasse verkauft, und hiezu auf

Montag den 30. April d. J., Vormittags von 10—12 Uhr

Termin im Lokale selbst anberaumt.

Es enthält 16 heizbare moderne Zimmer, 2 Alkove, 3 Küchen mit Kochöfen, 2 verschließbare Vorplätze, 7 Kammern und mehrere Böden, einen großen Hofraum, in welchem sich eine große Remise nebst 2 großen Böden, und Pferde-Stallung für 2 Pferde, ein Waschhaus, beide massiv gebaut, und ein Pumpbrunnen befinden, 1 Keller, 1 Hausflur, e. v. Appartement und 2 große Böden.

Dieses Haus ist vor 23 Jahren ganz neu und massiv gebaut worden, frei, lauter und eigen, hat das gewöhnliche Waldrecht und ist mit den kgl. Lasten behaftet. Die Einrichtung im Hause ist für eine Handlung oder Fabrick ganz geeignet.

Die Einsicht kann jeden Tag stattfinden, so wie auch um Termin selbst Kaufsliebhaber auf das höflichste einladet

J. J. Pfeiffer jun.
Commissionär. L. Nro. 191 Adlerstrasse.

Peter Vischer.

Freitag Abends den 27. April Metzelsuppe, wozu ergebenst einladet

Conrad Guth.

Platners-Anlage.

Heute Freitag den 27. April ist Metzelsuppe, wozu ergebenst einladet

Friedrich Stützer.

Ball im weißen Lamm

findet Sonntag den 29. d. M. mit dem Entree à Person 24 kr. statt, wozu ergebenst, einladet.

G. M. Krieger.

Auktion.

Mittwoch den 2. Mai, Vormittags 9 Uhr anfangend, werden in dem Hause S. Nr. 594 in der Theresienstraße in der 2ten Etage verschiedene Gegenstände, als: Weißzeug, Wäsche, Möbeln, darunter ein schöner Speisschrank, ein Nußbaumschrank, ein Paar große Erd- und Himmelglobi mit Glaskästen, Bücher, Betten, Kupfer, Messing, Porzellan, Gläser, Haus- und Kuchengeräthschaften 2c., an den Meistbietenden gegen sogleich baare Bezahlung verkauft und Kaufsliebhaber dazu eingeladen.

(Anzeige.) An der Straße, zwischen der Hallerwiese und der Weidenmühle ist sehr viel angeschwemmter Bausand aufgehäuft, und kann davon nach Belieben abgeholt werden.

(Wunsch.) Bei den bevorstehenden Liederkranz-Kränzchen wünscht man, daß eine etwas fleißigere Musik genommen wird und daß es etwas länger dauert, indem man das nämliche Entree bezahlen muß, wie bei einem großen Ball.

(Anerbieten.) Ein Mädchen, welches sehr schön Nähen kann, kann bei einer geschickten Kleidermacherin das Kleidermachen unentgeldlich erlernen.

(Zu vermiethen.) Es ist in einer freundlichen Lage für eine Familie ohne Kinder und Geschäft ein Logis zu vermiethen. Nr. 406 am weißen Thurm.

(Gesuch.) Eine zuverlässige Köchin, die schon mehrere Jahre bei honnetten Herrschaften diente, wünscht am Ziel Walburgis in gleicher Eigenschaft unterzukommen.

(Gesuch.) Ein gebildetes, solides und treues Frauenzimmer, die in feinen weiblichen Arbeiten tüchtig, mit der Warte, Pflege u. Behandlung weiblicher geisteskranker Personen auch sonstigen Krankheiten, praktisch ausgebildet ist, und Liebe zu Kindern hat, sucht als Krankenwärterin, Kammerjungfer, Stubenmädchen 2c. gleichviel wo? baldigst in einer Familie ein Unterkommen. Das Nähere bei der Exped. d. Bl. unter Adresse T. V.

(Gesuch.) Eine solide Magd, welche Hausmannskost gut kochen, und auf deren Treue und Fleiß man sich verlassen kann, die auch im Nähen und Stricken nicht unerfahren ist, wünscht am Ziel Walburgis oder 14 Tage darnach unterzukommen. Näheres S. Nr. 1379.

(Gesuch.) Ein junger Mensch von 19 Jahren, der schon seit 2 Jahren hier in einer soliden Bierwirthschaft diente, sucht bis nächstes Ziel in ähnliche Dienste zu treten, oder in ein Gasthaus, um sich besser zu vervollkommnen. Näheres in der Exp. d. Bl.

(Gesuch.) Man wünscht in der Nähe des Marktes oder sonst gangbaren Straße eine Parterre-Wohnung oder ein ganzes Haus, welches gewölbte Lokale oder große Zimmer enthält, sogleich oder an Laurenzi zu miethen. Näheres in der Exped. d. Bl.

Stadttheater in Nürnberg.

Freitag den 27. April. (Abonnement suspendu.) Benefize des Kinderballets. 1) Schwäbische Polka. 2) Grade Weg der Beste. Lustspiel in 1 Akt von Kotzebue. 3) Cachucha. 4) »Der Flügelmann.« Posse in 1 Akt von Meisl. Herr Gerstl »alter Fritz als Gast. 5) Böhmische Polka. 6) »Schildwache, Tod und Teufel.« Posse in 1 Akt von Vogel. 7) Zigeuner-Tanz.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 28. April 1849. **№ 118.** **Samstag: Vitalis.**

Deutsche Staaten

†† **Nürnberg,** den 27. April. Gestern fand die angekündigte Volksversammlung im Katharinensaale vor einer selten dagewesenen Menge statt. Die Tagesordnung: Berathung und Beschlußfassung des Entwurfs einer Adresse an das k. b. Staatsministerium die unbedingte Anerkennung der deutschen Reichsverfassung betreffend, wurde vollkommen erledigt. Bei Eröffnung der Versammlung wurde dem wackeren Volksstamme der biederen Würtemberger auf Antrag des Präsidenten ein dreimaliges Lebehoch gebracht, eben so am Schlusse dem souveränen Volke der Franken. Diese beiden Momente füllten die freisinnigsten Reden und Diskussionen aus. Ein Adreßentwurf von einem ächten Volksmanne verfaßt, wurde mit wenigen Amendements angenommen, dagegen die bereits beschlossene Adresse des Gemeindekollegiums, zu deren Betheiligung aufgefordert ward, verworfen. Der würtembergischen Volkskammer votirte die Versammlung eine Zustimmungsadresse. Unter den Anträgen heben wir den hervor, der die schleunige Einberufung unserer vertagten Volkskammer verlangt. Dem Magistrate von Nürnberg wurden fast in allen Reden Mißtrauensvota wegen seiner letzten Beschlüsse zu Theil, wie er sie wegen Verkennung der großen deutschen Frage verdient. Muth und Entschlossenheit zeigten sich in dieser denkwürdigen Versammlung vom Anfang bis zu Ende.

†* **Nürnberg,** 27. April. Die meisten bayerischen Blätter bringen die Erklärung, welche die bayerische Regierung in der deutschen Verfassungsfrage nach Frankfurt abgesandt hat. Eine schlechte Umarbeitung der bekannten schlechten österreichischen Note, enthält diese Erklärung nichts, als eine zweite Auflage der in jener ausgesprochenen erbärmlichen Metternich'schen Sündenpolitik, die durchaus den berüchtigten deutschen Bund wieder herstellen möchte, wenn auch unter einem anderen Namen und in anderer Form. Die bayer. Regierung hält es für gefährlich, daß die von der Nat.-Versammlung beschlossene Verfassung einen Einheits-Staat statt eines Bundesstaates will und spricht bestimmt und entschieden sich dahin aus, daß sie der Reichsverfassung ihre Zustimmung versage. Wir geben diese Erklärung nicht, da sie uns nur den Raum zu bessern Artikeln versperren würde, um so weniger, als wir hoffen, daß das Beispiel unsers wackern Nachbarvolkes auch unser bayerisches Volk in den nächsten Tagen auf jenen Standpunkt sehen wird, der dieser Erklärung auch faktisch jede Bedeutung entziebt.

Aus Baden, den 21. April Schon nach dem Erscheinen der badischen Note, worin die Reichsverfassung und die Kaiserwahl anerkannt wurde, worin aber auch unsere Regirrung, falls nicht alle deutschen Fürsten dem Bundesstaat beitreten würden; sich Spielraum für anderweitige Beschlüsse offen hielt, wollte ich Ihnen mittheilen, welchen unangenehmen Eindruck diese Klausel auf die große Zahl unserer Patrioten machte. Man mag nun in diesem Hinterhalte entweder ein halbes Hinneigen einzelner Regierungsmänner, oder vielmehr des sich immer noch regenden und bei Hofe nicht ohne Einfluß stehenden Adels zu Oesterreich erkennen, sicher ist, daß das kleine Baden so gut wie das kleine Würtemberg, Sachsen und Hannover eines Anlehnungspunktes bedürfen, den sie nur an einer starken Centralgewalt, an dem größten deutschen Staat, an Preussen finden. Wollte sich unsere Regierung mittelst jener Klausel je in eine Sonderstellung begeben, wie vielleicht Bayern — zu seinem größten Nachtheile sie anfänglich einnehmen dürfte, falls das Volk dieß duldet — so wäre mit weniger Ausnahme einiger Geistlichen und ultramontanen Professoren der ganze badische Volksstamm bereit, gegen die eigene Regierung zu protestiren. Und das badische Heer, — auch darauf wird die Regierung nicht rechnen können, bei irgend einer Maßregel gegen Deutschlands Einheit. Der Volkswille ist bei uns stark, denn auch die große Zahl der Gutgesinnten ist in ihm begriffen; ihm werden ein paar altadelige Barone oder ein zweifelhafter Minister nicht widerstehen. Ja anschließen — um jeden Preis, ohne Rückhalt, wie es nun auch die preussische Regierung in ihrer neuesten Erklärung aufgefaßt hat, — anklammern muß sich unsere Regierung an Deutschland, an Preussen, sonst ist sie verloren. Die Fürsten und die Minister spielen ein gewagtes Spiel, bei dem immer dem Volk, dem ganzen Volk der letzte Wurf bleibt. (Dtsch. Ztg.)

Hannover, 23. April. Da die Stände in ihrem vertagten Zustande, Beschlüsse zu fassen und für die deutsche Einheit zu wirken, zeitweise außer Kraft gesetzt sind, so nehmen sich dieselben, wohl wissend, daß nächster Tage eine nochmalige Vertagung bevorstebt, jetzt die Freiheit, auf eigene Hand ohne Zusammenkunft per Cirkular zu verhandeln; und da wird es sich finden, wie sich nun die Spreu vom Waizen sondert, und wie viele ungerathene Söhne das deutsche Vaterland im Königreich Hannover zählt. Die Abg. Rumann, Lang II., Hantelmann, Göreke, Schütze, Dir. Ahrens (warum fehlt aber Wachsmuth?) entsenden an ihre Kollegen eine Adresse an das Gesammtministerium in Hannover, die deutsche Verfassung betreffend, von der wir hoffen, daß sie zahlreiche Unterschriften finden werde, deren Veröffentlichung wir uns demnächst auszubitten haben; sie ist an alle Abgeordnete ohne Ausnahme geschickt und wird sich daher Niemand mit Unwissenheit entschuldigen können. Die Adresse lautet folgendermaßen: „Die Majorität aus beiden Kammern der allgemeinen Ständeversammlung richtet an das kgl Gesammtministerium den Wunsch, königl. Gesammtministerium wolle, um den deutschen Zuständen wieder eine feste Grundlage zu verschaffen, 1) sich mit der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung des deutschen Reichs als solches einverstanden erklären, und 2) Se. Majestät den König vermögen, zu der auf den König von Preussen gefallenen Wahl zum deutschen Kaiser seine Zustimmung zu geben." (Dön. Tgbl.)

Darmstadt, 24. April. Abgeordneter v. Rabenau II. erstattete in der heutigen 153. Sitzung zweiter Kammer Bericht über die vorliegenden fünf Anträge, die Anerkennung der Reichsverfassung betreffend. Der dritte Ausschuß hatte sich über dieselben dahin vereinigt, die Kammer möge erklären, „daß, wie sie immer die verfassunggebende Nationalversammlung anerkannt habe, sie auch unverbrüchlich an der von derselben proklamirten Verfassung halte und den Fürsten nicht das Recht zugestehe, irgend noch daran zu ändern; ferner die Regierung zu ersuchen, mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln für Durchführung der Reichsverfassung zu wirken und zu dem Ende ihre Truppen zur Verfügung zu stellen." Der Ausschuß schlug vor, diese Anträge ohne alle weitere Discussion anzunehmen und damit die vorliegenden Anträge erledigt zu sehen. Als wünschenswerth fügte er noch bei, daß die Reichsverfassung auch durch das Regierungsblatt veröffentlicht werden möchte. Die Kammer stimmte wirklich sofort mit allen gegen 3 Stimmen diesen Anträgen bei. Nachträglich entspann sich doch noch eine Art Discussion über die Motivirung der Abstimmung, namentlich der drei verneinenden, Frank, Hillebrand und Bohlen. Es ergab sich daraus, daß die beiden letzteren nur deßhalb Nein gesagt hatten, weil das Wahlgesetz nicht besonders in den Anträgen gewahrt sey. Sie beruhigten sich aber mit der Erklärung, daß dieses ja bereits durch unser Regierungsblatt publicirt sey. Abg. Frank motivirte sein Nein hauptsächlich mit der Nichtberücksichtigung des Lehne'schen Antrags auf sofortige Beeidigung des Militärs und der Beamten auf die Reichsverfassung, beruhigte sich aber ebenfalls ziemlich mit der Erläuterung Lehne's, daß er blos aus formellen Gründen davon abgestanden sey, um Einstimmigkeit der Beschlüsse des Ausschusses und der Kammer zu erzielen. — Die ganze Verhandlung wie die Abstimmung der Kammer wurde von den nicht zahlreichen Zuhörern auf der Gallerie mit größter Ruhe aufgenommen. (Fkf. J.)

** **Frankfurt,** 25. April. Die konstituirende Reichsversammlung setzte in ihrer heutigen Sitzung die Berathung des gestern und vorgestern auf der Tagesordnung gewesenen Berichts fort, kam aber wieder zu keinem Resultat. Die nächste Sitzung findet morgen statt.

†*† **Berlin.** 24. April. Die Anwesenheit des Kronprinzen von Würtemberg in Petersburg, soll nicht ohne Einfluß auf die neueren Entschließungen des Königs von Würtemberg gewesen seyn. Rußland hat überhaupt durch seine Familienpolitik, welche durch Heirathen viele deutsche Fürsten an sein Interesse knüpfte, einen Einfluß auf den Gang der deutschen Verhältnisse gewonnen, wie man kaum ahnt oder vermuthet. Wir haben neulich die so sehr bezeichnende Antwort der russischen Offiziere und Soldaten auf die Frage nach der Ursache der Besetzung der polnischen Grenze mitgetheilt; wir verweisen jetzt darauf, um jenen Einfluß noch anderweitig zu konstatiren.

So eben gelangt zu uns ein Gerücht, das in einem Kreise cirkulirt, in dem man sonst nicht gewohnt ist, sich mit Fabeln zu unterhalten. Möglich, daß es dieses Mal der Fall war. Der Prinz von Sachsen-Koburg soll gestern eine Korrespondenz zwischen einer hiesigen sehr hochgestellten Militärperson und einer hohen Person in Kopenhagen unmittelbar an den König eingesandt haben. Der Prinz, erzählt man sich, sey schon seit längerer Zeit auf einen solchen dem Geiste der Frankfurter Beschlüsse und dem ostensiblen Zwecke der Anwesenheit des deutschen Heeres in Schleswig wenig entsprechenden Briefwechsel aufmerksam gemacht worden. Er soll in Folge dessen Ermittelungen veranlaßt und einen Brief aufgefangen haben, der die erhaltenen Mittheilungen vollkommen bestätigt. Diesen Brief nun soll er dem Könige überschickt haben. — Wir geben diesem Gerücht Verbreitung, ohne für die Richtigkeit im Mindesten eine Bürgschaft übernehmen zu können.

Das jetzige Ministerium, befragt, wie es sich im Falle einer in den Kammern ihm entgegenstehenden Majorität verhalten werde, hat die Antwort gegeben: daß es die Usancen, welche für diesen Fall in konstitutionellen Staaten einen Rücktritt des Ministeriums bedingen, vollkommen anerkenne, daß dieselben aber hier nicht in Betracht zu ziehen seyen, da die Verfassung noch nicht revidirt sey, also auch noch keine Konstitution vorhanden und daher in dieser Hinsicht von dem konstitutionellen Gebrauche abzusehen sey.

Gestern Abend war hier in diplomatischen Kreisen die Mittheilung verbreitet, daß es in Folge der Affaire bei Kolding, durch welche die Besatznahme Jütlands von den Reichstruppen begonnen wurde, zu einem Waffenstillstande mit Dänemark kommen werde. Man hegte die Ansicht, daß die darauf folgenden Friedensverhandlungen Dänemark jetzt geneigter finden würden, als früher, um so mehr, als Rußland definitiv jede Unterstützung Dänemarks verweigert hat. — Uebrigens weiß man jetzt ganz bestimmt, daß der Grund des Ausbruchs des dänischen Kriegrs ganz allein die Nachlässigkeit eines Unterbeamten im foreign office in London war, welcher die betreffende Depesche dem Lord Palmerston abzugeben vergessen hatte. Graf Arnim war in der Kammer delikat genug, diesen bösen Umstand mit Stillschweigen zu übergeben.

Gestern ist eine Brandraketen-Batterie von Spandow nach Schleswig-Holstein abgegangen. Auch sächsische Artillerie passirte wieder hier durch.

Der Jahrestag der Schlacht bei Schleswig wurde gestern in Militärkreisen gefeiert. Am Morgen wurde dem General v. Wrangel eine Morgenmusik gebracht und derselbe dann mit mit den für jenen Feldzug dekorirten Offizieren zur Königl. Tafel gezogen. —

Ueber das 2. 9. und 14. Infanterie-Regiment ist heute Morgen vom General Wrangel bei der Hasenhaide Parade abgehalten worden. Gegen 1 Uhr zogen diese Regimenter wieder zum Thore herein. Auch die Garde, Uhlanen, Dragoner und Kuirassiere, welche auf dem Templower-Berge exercirten, hat der General besichtigt. Der Prinz von Preussen war bei diesen militärischen Uebungen zugegen. Am Donnerstage soll eine zweite Parade stattfinden. — Das Garde-Schützen-Bataillon war gestern in seiner Kaserne konsignirt.

Eine große Anzahl müßiger Arbeiter hatten sich heute vor dem Halleschen Thore versammelt. Es sind Maurergesellen, die bis dahin mit der Wegräumung mehrerer zur Weiterführung des Kanals vor dem Halleschen Thore hinderlichen Gebäude beschäftigt waren, jedoch seit gestern entlassen sind, weil man sie durch Handarbeiter, die weniger Lohn erhalten, ersetzen will. — Das polizeiliche Verbot, welches in Folge einer im Lokale der Ewest'schen Weinhandlung abgehaltenen Wahlmännerversammlung die Schließung desselben um 10 Uhr Abends verordnete, ist wieder aufgehoben worden. — Handelsbriefe aus Wien bekunden, daß die Geschäftswelt und die Kapitalisten der Kaiserstadt keinerlei Vertrauen zu dem dermaligen Bestande der Dinge in Oesterreich haben. Am meisten wird hiefür das Verfahren mit den Banknoten sprechen. Man sucht sie um jeden Preis los zu werden, kauft dafür 5% Metalliques und remittirt diese nach Frankfurt, um sie dort à tout prix verkaufen zu lassen. Das Gold lassen die Wiener bei den Frankfurter Banquiers stehen. Dies erklärt beiläufig den niedern Stand des Diskonto (1%) in Frankfurt a. M.

II. Kammer-Sitzung vom 24. April. Präs. Grabow eröffnet die Sitzung 11½ Uhr. Mehrere Dringlichkeits-Anträge werden verlesen: 1) von Berg und Genossen, statt zur Zählung bei zweifelhaften Abstimmungen sogleich zum Namensaufruf zu schreiten. Die Dringlichkeit wird nicht unterstützt; 2) von Miesberg, die Unterrichts-Kommissäre um 7 Mitglieder zu vermehren. Wird unterstützt; 3) v. Camphausen, nur die schriftliche Motivirung von Interpellationen zuzulassen. (Heiterkeit links); 4) von Elsner über Vereinigung von Kommissionsberathungen. Unterstützt. Fortsetzung der Berathung über das Vereinsgesetz.

§. 15. „Versammlungen bedürfen der vorgängigen Genehmigung der Ortsbehörde, wenn sie auf öffentlichen Plätzen in Städten und Ortschaften, oder auf Straßen stattfinden sollen.

§. 15. Diesen Versammlungen werden öffentliche Aufzüge gleichgestellt; bei Erstattung der Anzeige oder Einholung der Genehmigung ist der beabsichtigte Weg anzugeben. Gewöhnliche Leichenbegängnisse werden jedoch nicht hieher gerechnet. Auch bei kirchlichen Prozessionen bedarf es der vorherigen Anzeigen oder Genehmigung nicht, wenn sie in der hergebrachten Art stattfinden."

Zu beiden §§. und Amendemends von Pilet, Pape (Münsterberg) und Bogednie eingebracht. Der Centralausschuß hat §. 15 angenommen, für §. 16 dagegen Aenderungen vorgeschlagen.

Es wird angenommen: ein Amend. von Pilet: „Zu Versammlungen, welche auf öffentlichen Plätzen und Straßen in Städten und Ortschaften stattfinden sollen, sowie zu öffentlichen Aufzügen in Städten und Ortschaften, hat der Vorsteher, Unternehmer, Ordner oder Leiter die Genehmigung der Ortspolizeibehörde nachzusuchen." Der 2. Satz dieses Amend.: „Dieselbe darf nur versagt werden wegen dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung oder Sicherheit" dagegen wird mit 170 gegen 157 verworfen. Pape's Amend.: „Diese Genehmigung darf nur aus Rücksichten und für die Freiheit und Sicherheit des Verkehrs versagt werden" mit 166 gegen 160 gleichfalls verworfen. Ein feneres Amend. von Pilet: „Kirchliche Prozessionen, Wallfahrten und Bittgänge, gewöhnliche Leichenbegängnisse und Züge der Hochzeit-Versammlungen unterliegen der vorstehenden Bestimmung nicht" wird angeommen.

Der Regierungsentwurf und die Vorschläge des Centralausschusses sind damit beseitigt. Die §§. 17, 18, 19 werden nun zur Diskussion gestellt. §. 17 „Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der §§. 2. 3. 5, 6, 8, 10 dieses Gesetzes ziehen eine polizeiliche Strafe bis zu 50 Thlr. nach sich." — §. 18: „Wer den in den §. 7 und 9 gegebenen Bestimmungen zuwiderhandelt, hat Geldbuße bis zu 200 Thlr. oder Gefängniß bis zu 6 Monaten verwirkt." §. 19: „Ist die Versammlung unter freiem Himmel von der Ortspolizeibehörde untersagt, oder den Vorschriften der §§. 14 und 15 zuwider unternommen, so hat Jeder, welcher dazu auffordert oder auffordern läßt, oder darin als Ordner, Leiter oder Redner thätig ist, eine Geldstrafe bis zu 200 Thlr., oder Gefängniß bis zu 6 Monaten und Jedrr, welcher an der Versammlung Theil nimmt, eine Geldbuße bis zu 5 Thaler verwirkt." Dazu ist eine große Reihe von Amendements gestellt, von Thiel (Cöslin), v. Seckendorff, Giesse, Pilet, Löhes. Thiel (Cöslin) will „polizeilich" im §. 17 gestrichen wissen. Die Polizei soll denunciren und zugleich richten, d. h. den Bock zum Gärtner machen.

Justizminister Simons bemerkt: Es sey nicht die Absicht der Regierung, die Entscheidung in die Hände der Polizei zu legen. Diese werde vielmehr immer durch den Einzelrichter erfolgen. Der Zusatz »polizeiliche" habe keinen anderen Zweck, als den, die Entscheidung vor die Friedensrichter zu bringen, damit nicht die Landgerichte darüber urtheilen. — v. Seckendorff beantragt den Zusatz: „Die Strafe der Unterlassung der im §. 1 vorgeschriebenen Anzeige trifft den Inhaber des Versammlungslokals, wenn dieser keinen anderen Unternehmer der Versammlung nachweisen kann." Ohne diesen Zusatz würde die gesetzliche Bestimmung erfolglos seyn, da der Unternehmer in der Regel nicht zu entwickeln ist. — Temme gegen das Gesetz. Ein polizeilicher Agent darf nur zu einem Verbrechen provociren, so kann die Polizei die Versammlung auflösen. Das Gesetz kennt das neue Verbrechen des passiven Ungehorsams. Kein Rechtssystem hat hiefür eine Strafe. Ein Dieb, der unter §. 7 stiehlt, wird mit 7 Wochen bestraft. Sie wollen einen ruhigen Bürger, der sich nicht sofort entfernt, mit 6 Monaten strafen. Nächst der häufigen Klagen über Soldatenexcesse, die nur dem Herrn Kriegsminister unbekannt geblieben sind, sind es vorzüglich die polizeilichen Uebergriffe, die zu Klagen Anlaß geben. — Kriegsminister: Die öffentlichen Blätter sind allerdings sehr voll von solchen Exzessen, aber sie nehmen es mit der Darstellung nicht sehr genau. In jedem einzelnen Falle sind Untersuchungen angestellt und die Schuldigen gestraft. Die Veranlassung liegt in vergangenen traurigen Zuständen, über die es besser ist, einen Schleier zu werfen. Mit ihnen werden auch die Exzesse aufhören. Sie werden gewiß aufhören, wenn man Institutionen, die die Disziplin aufrecht erhalten, nicht mehr angreifen oder gar lächerlich machen wird. (Beifall und Zischen.) — Dierschke spricht zu großer Erleichterung der Versammlung für „das natürliche Recht der Menschen, sich zu vereinigen, das sie mit den Thieren gemein haben." Der Rechten, welche den Redner durch Lachen unterbricht, ruft er zu: Die Erklärungen des Abgeordneten v. Möller aus Düsseldorf, der auf die Mittheilung eines Polizeibeamten hin sogar dem ganzen Regierungskollegium Unrecht gab, hätten der Versammlung Anlaß zum Lachen geben sollen. — Schmidt (Hirschberg): Als er von der National-Versammlung zurückgekehrt sey, habe die 8. Kompagnie des 10. Regiments unter Anführung des Lieutenant v. Schell die größten Nichtswürdigkeiten begangen. Es sey Nichts in Folge dessen erfolgt. — Kriegsminister: Er werde die allerrigorösesten Untersuchung veranlassen, die Schuldigen strafen, aber auch die Ehre der Gekränkten wahrnehmen. — v. Kirchmann: Das Amendement v. Seckendorff sey schon durch Verwerfung früherer Bestimmungen beseitigt. Was schon verworfen sey, könne nicht von Neuem eingeführt werden. — Präsident Grabow bemerkt: Die andere Seite des Hauses habe es gestern eben so gemacht — v. Seckendorff: Es sey gerade die Aufgabe der Versammlung, durch nachfolgende Amendements den früheren Bestimmungen ihren rechten Sinn zu wahren. — Graf Arnim ist für den von Kirchmann aufgestellten Grundsatz; das Amendement Seckendorff scheint ihm aber nicht als eine Verletzung desselben. — Berichterstatter Scherer schließt sich dieser Meinung und dem Amendement selbst an.

Es finden über diese §§, 17 Abstimmungen statt. Die Amendements von Löhner und Pilot werden verworfen, der Wegfall des Wortes „polizeiliche" wird beschlossen und statt des §. 17 des Regierungsentwurfes der Vorschlag des Centralausschusses dahin angenommen: „Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der §§. 1, 3 u. 7 dieses Gesetzes ziehen eine Strafe bis zu 50 Rthlr. oder im Unvermögensfall Gefängniß bis zu 4 Wochen nach sich." Ueber den Zusatz v. Seckendorf wird durch Namensaufruf gestimmt. Der Zusatz wird mit 165 gegen 163 verworfen. Für den von Gieße beantragten Zusatz: »Diese Strafe gilt auch für den Beamten, welcher die im §. 1 vorgeschriebene Bescheinigung nicht sofort ertheilt," ergiebt die Zustimmung 163, dagegen 165, dasselbe ist mithin verworfen. Es wird Namensaufruf beantragt, welcher 168 für, 164 gegen den Zusatz ergiebt. Dasselbe ist also angenommen. Ebenso ein zweiter Zusatz von Gieße zu dem §. 14 des Kommissionsentwurfs, der dahin angenommen wird:

„Wer der Bestimmung des §. 5. zuwiderhandelt und mit diesem Zusatz sich nach 3maliger unter Berufung auf dieses Gesetz geschehenen Aufforderung nicht entfernt, hat Geldbuße bis zu 100 Rthlr. oder Gefängniß bis zu 3 Monat verwirkt." Endlich wird zu §. 15 des Centralausschusses dahin angenommen: „Ist die Versammlung unter freiem Himmel von der Ortspolizeibehörde untersagt, oder den Vorschriften des §. 10 und 11 zuwider unternommen, so hat Jeder, welcher dazu auffordert oder auffordern läßt, oder darin als Ordner, Leiter, oder im Falle des §. 10 auch nur als Redner thätig ist, eine Geldstrafe bis zu 100 Thl. oder Gefängniß bis zu 3 Monaten verwirkt. Gleiche Strafe trifft denjenigen, der im Fall der §§. 9 und 11 als Redner thätig ist, insoferne das Verbot vorher gehörig bekannt gemacht war. — Wer an einer in Folge der §§. 9, 10 und 11 dieses Gesetzes untersagten Versammlung Theil nimmt, unterliegt einer Geldbuße bis zu 5 Thlrn. Diese Strafe tritt rücksichtlich der Theilnahme an der in Gemäßheit der §§. 9 und 11 verbotener Versammlungen jedoch nur dann ein, wenn dieses Verbot vorher gehörig bekannt gemacht worden war." — Der Regierungsentwurf ist verworfen.

§. 20. „Wer auffordert in einer Versammlung mit Waffen zu erscheinen, oder die Aufforderung hierzu verbreiten läßt, ist mit Gefängniß von 6 Wochen bis zu 1 Jahre zu bestrafen." Es wird verworfen und dafür der Vorschlag des Centralausschusses angenommen. Dieser lautet:

„Wer auffordert, in einer Vers. mit Waffen zu erscheinen oder die Aufforderung hierzu verbreiten läßt, oder in einer Versammmlung Waffen austheilt, ist mit Gefängniß von 6 Wochen bis zu einem Jahre zu bestrafen." — An Stelle des §. 21 wird der Kommissionsentwurf, der damit übereinstimmt, angenommen. Er lautet: „Wer gegen das Verbot des §. 6 an Versammlungen bewaffnet Theil nimmt, wird mit Gefängniß bis zu 6 Monaten bestraft."

v. Bodelschwingh beantragt Einschaltung eines Zusatzes: „Die Mitglieder des Ortsvorstandes sind befugt, allen Versammlungen, in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen, beizuwohnen." Der Redner will diesen Antrag rechtfertigen. Er wird durch Zischen von der Linken unterbrochen, der Präsident bittet wiederholt um Ruhe, er droht, die Sitzung zu schließen. Moritz erklärt: Es sey der Antrag bereits verworfen. v. Bodelschwingh: Das Eindringen der Polizei sey verworfen, nicht aber die Anwesenheit des Ortsvorstandes. (Tumult. Rechts: Ruhe!) Präs.: Ich bitte um Ruhe. Wenn ein Redner Ihrer Seite hier stünde, so würde ich die Ruhe gleichfalls aufrecht erhalten. Waldeck ruft: Es hat kein Redner unserer Seite die Tribüne geschändet. Präs.: Ich rufe den Abg. Waldeck zur Ordnung. (Rechts: Bravo; links: Wir Alle sind derselben Meinung) Schmidt (Landshut) wird von der Rechten mit Zischen empfangen. Er bemerkt: Der Gemeindevorstand könne den Versammlungen als Theilnehmer beiwohnen, es bedürfe aber dafür keiner Zwangsbestimmung. Referent schließt sich dem Zusatz an, da der Gemeinderath von den Bürgern gewählt und keine Polizei sey. Der Namensaufruf erzielt 160 für, 172 gegen den Zusatz. Derselbe ist mithin verworfen. §. 22. des Regierungsentwurfs: „Wer an öffentlichen Orten oder bei öffentlichen Zusammenkünften Erkennungs- oder Versammlungszeichen, oder sonstige äußere Abzeichen, welche zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit durch Gesetz oder Verordnungen der Ortspolizeibehörde verboten worden sind, trägt, ausstellt, verkauft, oder auf sonstige Weise verbreitet, wird mit Gefängniß bis zu 1 Jahre bestraft"

wird fast einstimmig verworfen. Eine Einschaltung, welche Thiel (Cöslin) zwischen §. 22 und 23 vornehmen will, und welche dieser mit Hinweisung auf die englische Habeas-Korpus-Akte und die französ. Gesetzgebung rechtfertigt, — sie begründet eine Strafe gegen Beamte und Militärs, die ihre Amtsbefugnisse überschreiten, wird verworfen. §. 23. „Auf die durch das Gesetz angeordneten Versammlungen finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung." — Ausdehnungen werden beantragt durch ein Amendement von v. Kleist-Retzow: auf Wahlvorversammlungen der Wahlmänner und Urwähler, von der Kommission auf Versammlungen von Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Volksvertretern. Pape schlägt eine andere Fassung vor: „Auf die durch das Gesetz oder die gesetzlichen Autoritäten angeordneten Versammlungen, auf Versammlungen von Gemeinde-, Kreis-, Bezirks-, Provinzial-Volksvertretern und der Wahlmänner dieser letzteren, sowie auf Wahlvorversammlungen der Urwähler finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung," welche auch angenommen wird. Entwurf und Amend. sind damit verworfen. Arntz beantragt den Zusatz: „Dieses Gesetz tritt am 1. Dezbr. d. J. außer Kraft, wenn es nicht vorher ausdrücklich erneuert wird." — Staud: Das rheinische Recht wird hier oft zum Deckmantel illiberaler Bestimmungen herangezogen. Sogar die Verordnung vom 3. Januar und ihr unfreisinniges Geschwornengericht sucht man aus der liberalen Gesetzgebung der Rheinprovinz zu rechtfertigen. Das Gesetz verletzt den Grundsatz: Quisquis praesumitur bonus etc. Den Rheinländern hat man wehe gethan mit diesem Gesetz, und zahlreiche Petitionen wollen die Verwerfung. Man überreicht eine Petition des Pius-Vereins zu Düsen, und erinnert an das Napoleonische Judendekret von 1808, welches eine ähnliche Bestimmung enthält. Es besteht jetzt ein Konflikt zwischen dem Ministerium und der Volksvertretung, es ist kein Zweifel darüber, daß das Ministerium ein volksfeindliches ist. Um so mehr müssen Sie eine Bestimmung annehmen, welche einer künftigen Volksvertretung vorbehält, das Gesetz wieder aufzuheben. Der Redner beruft sich auf eine entsprechende Aeußerung des Grafen Arnim. Dieser gibt seiner Aeußerung eine andere Deutung. Der Zusatz ist verworfen. (Schluß 4½ Uhr.)

Von der polnischen Gränze, 21. April. Ein Reisender, der vor zwei Tagen Krakau verlassen, erzählte, daß man dort an ein Einrücken der Truppen nicht recht glaube; einige Tage vor der Abreise war ein russischer General mit mehreren Offizieren in Krakau und besah sich das alte Schloß, sowie andere öffentliche Gebäude, in welchen gewöhnlich das Militär in Quartier steht. Auch die Stallungen für die Kavallerie-Pferde wurden von ihm in Augenschein genommen. Man wunderte sich über diese von einem Fremden vorgenommene Okular-Inspizirung und dies hat wahrscheinlich die Veranlassung zu der Nachricht von dem Einrücken der Russen in Krakau gegeben. Nachdem die Besichtigung vollendet war, sprach der General mit den städtischen Behörden und fragte dieselben, ob sie zur Aufrechthaltung der Ordnung nicht eine russische Besatzung wünschten? Es wurde ihm aber geantwortet, daß man sich mit den 200 österreich. Veteranen vollkommen sicher glaube. In der That besteht für den Augenblick die ganze Besatzung von Krakau blos aus 200 Veteranen. Alle Truppen werden nach Ungarn gezogen. — Und vielleicht wird in diesen Tagen das Schicksal Oesterreichs, vielleicht das von ganz Europa entschieden.

Altona, vom 22. April. Aus Schleswig vom 21. schreibt man uns: Der Rubicon ist überschritten; die dänischen Verschanzungen vor Kolding, sind ohne großen Verlust unsererseits von dem tapfern 9. Bataillon der Infanterie und 2. Jägerkorps genommen. Sie bestanden in einem Verhaue, das erstürmt, in zwei, einander mit enger Zwischenstrasse gegenüberstehenden Häuserreihen, die durchbrochen und so mit wenigerem Verluste genommen wurden, als wenn die verbarrikadirte Zwischenstrasse hätte gestürmt werden müssen, endlich in dem verbarrikadirten Thore, das im Sturm genommen werden mußte.... Die den Unsrigen gegenübergestandenen Dänen sollen sich nach Friedericia gewandt haben.

Folgende Notizen endlich sind einem Schreiben eines Oberjägers des 2. Jägerkorps entlehnt, das aus Kolding vom 20. gleich nach der Einnahme der Stadt geschrieben ist: „Endlich ist der Wunsch des ganzen zweiten Jägerkorps befriedigt, wir sind im Gefecht gewesen, und in was für einem Gefecht! Heute Morgen 6 Uhr rückten wir aus Wonsild, eine halbe Stunde vor Kolding; nachdem wir nicht lange marschirt hatten, trafen wir auf die ersten Dänischen Vorposten, die sich fechtend nach der Stadt zurückzogen. Dicht vor der Stadt angekommen, fanden wir diese von den Dänen stark besetzt, nach der Aussage Vieler mit 2 Bataillonen Jäger, 1 Bataillon Infanterie und 1 Eskadron, die sich hinter dem einzigen Eingang in die Stadt stark verbarrikadirt und verschanzt hatten. Unser ganzes Korps löste sich in eine Schützenlinie auf, die Häuser außerhalb der Barrikaden und des Thores waren bald von uns besetzt. Schießscharten wurden in die Mauern geschlagen, und so schossen sowohl wir als die Dänen aus den Häusern gegen einander. Nach zwei Stunden Gefecht hieß es, unsere Artillerie werde kommen, und wie darauf unsere Leute riefen: „Hurrah! unsere Artillerie kommt!" packten die Dänen ein, und die erste dänische Stadt Kolding wurde mit lautem Hurrah eingenommen. Die Stadt selbst schien den ersten Augenblick menschenleer zu seyn, wie liefen im Trabe durch dieselbe, um den Feind noch zu verfolgen; derselbe lief aber so stark, daß wir ihm nur einige Schüsse nachschicken konnten; denn weit verfolgen durften wir ihn nicht, da wir nicht wußten, was hinter uns lag. Gegen 1 Uhr zogen wir in die Stadt zurück, und bezogen endlich einmal wieder Stadtquartiere. Unser Verlust ist ziemlich stark und beläuft sich etwa auf 6 (10) Todte und 26 Verwundete. Von Altonaern ist ein W. erschossen, ein Oberjäger Humm durch einen Schuß im Schienbein und ein Jäger Franck am Fuße verwundet."

Altona, vom 23. April. (Vom Bahnhofe.) Aus dem Norden ist heute von Erheblichkeit nichts mitzutheilen; das Hauptquartier ist nicht in Kolding, sondern resp. in Wonsyld und Christiansfeld. — Unsere Vorposten sollen 1 Meile nördlich von Kolding stehen. — Die dän. Enclaven Riepen und Mögeltondern sind von preussischer Linien-Infanterie und bayerischen Chevaurlegers occupirt. — Aus dem Sundewittschen war heute Morgen in Rendsburg nichts Neues angekommen. (Alt. M.)

Auf den Düppeler Schanzen, 19. April, Morgens 10 Uhr. Die Düppeler Schanzen werden täglich durch 10 Bataillons und 4 Batterien besetzt. Die feindlichen Vorposten sind von den unserigen höchstens 500 F. entfernt, so daß, was eigentlich kein Kriegsgebrauch ist, doch wohl unter den Vorposten selbst kleine Neckereien vorfallen, so wurden gestern Nachmittag von einer Feldwache bückeburgischen Militärs 3 Vorposten der Dänen, die sich zu nahe herangewagt hatten, erschossen. Die Düppeler Schanzen liegen auf 3 Bergen etwa 120 F. hoch, diese Berge dominiren sowohl die rück- wie vorwärts liegende Gegend. Die Erdarbeiten werden aufs Eifrigste Nacht und Tag betrieben, und man hofft bis morgen Abend mit der Vollendung der einen gegen Sonderburg aufgeworfenen Schanze fertig zu seyn. Diese zunächst im Angriff genommene Schanze ist für eine Batterie schweren Geschützes 48-Pfünder, welche stündlich hier erwartet wird, bestimmt. Die beiden andern etwa 80 F. weiter davon liegenden Berge erhalten ebenfalls Batterien, welche förderlichst in Angriff genommen werden. Seit 2 Tagen haben die Dänen uns nicht durch Bomben oder Kugeln, welche sie, sobald sich Jemand auf den Schanzen blicken ließ, unaufhörlich warfen, belästigt; dagegen ist man auch dänischer Seits mit Verstärkung des Brückenkopfes vor Sonderburg und der Anlegung von Strandbatterien bedeutend beschäftigt. Gestern Nachmittag war ein dänischer Parlamentär im Auftrage des dänischen kommandirenden Generals vor unserer Vorpostenkette; er bat um Schonung der Stadt Sonderburg. Wie man glaubt, ist dieses zugesagt. Sonderburg läßt sich mit wenigen Kugeln von hier aus in einen Aschenhaufen verwandeln, es kann jedoch nicht in unserm Interesse liegen, diese Stadt zu beschießen, da die Dänen den Städten Schleswigs sicher ein gleiches Schicksal bereiten würden. (Z. f. Nrdd.)

Kiel, 20 April. Wie wir hören, wird die Landesversammlung sich nicht, wie die Regierung beantragt hat, auflösen, sondern bis zur völligen Feststellung der Landesverfassung, wie auch ihr ursprünglicher Plan und Beschluß war, auf ihrem Posten verbleiben. Wir können dies nur billigen, da sie ihr Werk der Konstituirung nicht eher als vollendet ansehen darf, als bis das, was sie konstituirt hat, von allen Betheiligten anerkannt worden ist und dies kann doch endgültig, auch wenn wir das Prinzip der Volkssouveränetät noch so hoch anschlagen wollen, bei unsern Verhältnissen erst durch den Friedensschluß geschehen. Um so wichtiger ist das Fortbestehen dieser Landesversammlung, da sie bei ihrem einmaligen Beschluß, daß Schleswig-Holstein in jeder Beziehung ein deutscher Staat seyn müsse, fest beharren wird, denn dieser Beschluß ist bei der Majorität wenigstens, und wohl fast bei allen Abgeordneten Herzenssache. ([illegible])

Der Einmarsch in Jütland ist endlich erfolgt: die schleswig-holsteinische Vorhut ist am 20. d. nach einem Gefecht in Kolding eingerückt, und die Dänen, heißt es, haben sich mit 14,000 Mann nach Friedericia zurückgezogen, um dort den Weg, der nach Fühnen führt, zu vertheidigen. Das mündliche und öffentliche Verfahren der [illegible] wird nun vollständig dem Schriftthum der Diplomaten [illegible] setzen, und wie wir aus Frankfurt erfahren, wird in den nächsten Tagen eine Instruktion des Reichskriegsministers erfolgen, welche für die Eintreibung der Entschädigungen für die von den Dänen [illegible] gebrachten deutschen Schiffe genügende Sorge trägt. — Ein ernster Artillerie-Angriff auf die Alsener Stadt Sonderburg wird wahrscheinlich in den nächsten Tagen erfolgen. Schweres Geschütz, namentlich 84-Pfünder, ist in letzten Tagen in bedeutender Anzahl über [illegible]burg nordwärts transportirt worden. ([illegible])

Stuttgart. [127. Sitzung der Kammer der Abgg. vom [illegible] M., Abends 4 Uhr.] Der Zudrang ist heute noch ungleich [illegible] als gestern. Im Hause das 4. u. 5. Banner der Bürgerwehr. Im Saal hinter den Abgeordnetenbänken ist den zahlreichen Deputationen der Gemeindebehörden, welche hier anwesend sind, Zutritt gestattet. Am Ministertisch sind 6 Departementsvorstände. Der Präsident kündigt an, daß von dem Ministerium eine Mittheilung im Namen des Königs werde gemacht werden. Hierauf verliest er ein Schreiben des Präsidiums der Nationalversammlung. Der Sekretär verliest dem Hauptinhalt nach die neueingelaufenen Adressen in dem bekannten Sinn, welche wir morgen nachtragen werden. Staatsrath Duvernoy verliest nun die vom heutigen Tage unterzeichnete Erklärung des Königs, mit welcher sämmtliche Minister einverstanden sind. In derselben ist blos „die von selbst sich verstehende Voraussetzung" weggelassen, alles Uebrige lautet folgendermaßen: Se. Maj. der König von Würtemberg nimmt in Uebereinstimmung mit seinem Ministerium die deutsche Reichsverfassung einschließlich des Kapitels über die Reichsoberhauptsfrage und der im Sinne dieser Verfassung zu verwirklichenden Lösung derselben sammt dem Reichswahlgesetze an. Zugleich soll der würtembergische Bevollmächtigte dahin instruirt werden, zu erklären, daß die würtembergische Regierung nichts dagegen einzuwenden habe, wenn Se. Maj. der König von Preussen, welcher das Erbkaiserthum nicht annehmen will, unter den vorliegenden Umständen sich für jetzt mit Zustimmung der deutschen Nationalversammlung an die Spitze Deutschlands stelle. Reyscher: Ihre Kommission wünscht der Kammer, dem Lande und der Regierung Glück zu der friedlichen und ehrenvollen Lösung der großen Frage des Tages. Sie glaubte schon gestern an diesem Ziele angekommen zu seyn, indem nur noch ein Satz war, welcher etwaigen Mißverständnissen hätte unterliegen können. Dieser Skrupel ist heute durch die Sendung nach Ludwigsburg vollkommen gelöst, und die Kommission ist einstimmig der Ansicht, daß diese Erklärung vollkommen genüge. Die Kommission trägt deshalb darauf an: die Bitten der Kammer vom 13. und 20 an die Regierung durch die Erklärung Sr. Maj. des Königs als erledigt zu betrachten. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Holzinger: Sie alle wissen, was in öffentlichen Blättern über den Fünfzehnerausschuß gesagt wurde, meine Stimme sey die einzige in dieser Sache widersprechende gewesen. Hiedurch ist das Recht auf Wahrheit verletzt, denn die Ansicht des Ausschusses war, wie schon Reyscher bemerkte, einstimmig. Becher: Ich erkläre, daß die Mittheilung Holzingers über seine Abstimmung vollkommen der Wahrheit gemäß ist. Staatsrath Römer erklärt, daß Reyschers Erläuterung die Ansicht des Ministeriums, wie Sr. Maj. des Königs enthalte. Da das Aktenstück nicht von den Ministern unterzeichnet ist, so erkläre ich Namens des Ministeriums zu Protokoll, daß diese Erklärung von uns jederzeit anerkannt und vertreten werden wird. (Allgemeines Bravo.) Reyscher beantragt Namens des Fünfzehnerausschusses: 1) den Bezirken und Gemeinden des Landes in Antwort auf die eingelaufenen Adressen den Dank der Kammer für die in diesen Tagen der Gefahr bewiesene Haltung auszusprechen. Schoder verliest den Entwurf dieser Proklamation. Die Kammer tritt durch Erheben von ihren Sitzen dem Antrag bei; blos v. Varnbüler bleibt sitzen. Diese Proklamation lautet: Mitbürger! Die Sache des Volkes, die deutsche Sache hat gesiegt; der Grundsatz der Nationalsouveränetät hat sich wiederholt Anerkennung errungen. Das Staatsoberhaupt hat heute die unbedingte An-

erkennung der Reichsverfassung einschließlich des Wahlgesezes unterzeichnet. Wir verdanken diesen Sieg der gerechten Sache neben der Entschiedenheit des Ministeriums vor Allem dem Volke, welches durch den an den Tag gelegten acht deutschen Sinn und durch seine entschlossene Haltung die Forderungen der Kammer der Abgeordneten so kräftig unterstützt hat. Das Volk hat sich dadurch der im März v. J. errungenen Freiheit würdig gezeigt; es hat den Bürgern derjenigen deutschen Staaten, deren Regierungen die Reichsverfassung noch nicht anerkannt haben, ein Vorbild gegeben, welches seine Wirkung nicht verfehlen wird. Bald wird ein deutsches Reich in Wahrheit gebildet seyn und die Geschichte wird den Namen des württembergischen Volkes in ihre Tafeln schreiben. Heil dem einigen, dem freien Deutschland! Stuttgart den 25. April 1849. — Die Kammer der Abgeordneten. In deren Namen: der Präsident Murschel. Die Sekretäre: Vogel. Ruoff. 2) Die Regierung zu bitten, die Reichsverfassung, nachdem sie dem Regierungsblatt beigelegt worden, in allen Gemeinden des Landes feierlich zu verkünden; 3) die Nationalversammlung zu bitten, die Verpflichtung der Staatsbürger, insbesondere der Staatsdiener und des Militärs gemäß §. 14, 91 und 193 der Verfassung alsbald in Ausführung zu bringen. Beide Anträge werden angenommen.

Schnitzer: Es ist gewiß ein großer und glücklicher Tag für das würtembergische Volk und Land, wo der König sich wieder mit dem Volk und seinen Räthen ins Einverständniß gesetzt. Dieses ist herbeigeführt durch eine schöne, gesetzliche Erhebung des Volkes, auf welche jeder Würtemberger mit Stolz zurückblicken kann. Wenn man aber im Glück ist, soll man sich auch des Unglücklichen erinnern. Es ist noch eine kleine Zahl politischer Gefangener und in Untersuchung Befindlicher vorhanden, ich möchte, daß für diese zum Schlusse des heutigen Tages eine Amnestie ausgesprochen werde. An dem Tage, wo das deutsche Volk den Thron besteigt, wünschen wir auch eine Amnestie. Ich möchte diesen Antrag auf die morgige Tagesordnung gesetzt wissen.

Seeger: Ich möchte dies heute schon. Wir dürfen in dieser schönen Stunde wohl an die Verirrten denken, ich stelle den Antrag, daß jetzt schon dieser Akt der Versöhnung in Erwägung gezogen werde. Platz: Ich unterstütze diesen Antrag. Ebenso Rettenmair. Mit 67 gegen 15 Stimmen wird die alsbaldige Berathung beschlossen. Schnitzer: Mein Antrag lautet, die Regierung zu bitten, für die polit. Gefangenen eine Amnestie zu erlassen. Die Abstimmung wird auf allgemeines Verlangen sogleich vorgenommen, und der Antrag mit 79 gegen 3 Stimmen zum Beschluß erhoben. Mit Nein stimmen die Frhrn. v. Wöllwarth und v. Linden und Becher (weil nicht blos politische Straf-, sondern auch Untersuchungsgefangene darunter begriffen sind, und er für solche nicht Gnade will). Staatsrath Römer: Die Regierung wird in dieser Sache thun, was möglicherweise geschehen kann. — Murschel: Erlauben Sie mir, die Zeit der nächsten Sitzung später zu bestimmen. Schweickhardt will die Beschlüsse der Kammer aus diesen Tagen der Nationalversammlung amtlich mittheilen. (Angenommen.) Präsident Murschel: Ich werde stolz darauf bleiben, am 25. April in Ihrer Mitte mitgewirkt zu haben, wo sich Stände, Regierung und Krone über die deutsche Frage geeinigt haben.

Zwerger: Rufen wir: Deutschland hoch! Die Kammer und die Zuhörer stimmen begeistert in diesen Ruf ein, welcher, für Deutschland und die würtembergische Kammer ertönend, außerhalb des Ständehauses noch lange erschallte. Außen auf der Straße harrt das ungeheuer zahlreich versammelte Volk. Der Präsident und die Sekretäre treten auf den Balkon; es wird die königliche Entschließung und die obige Proklamation verlesen. Die Trommeln der Bürgerwehr fallen ein und der tausendstimmige Ruf erschallt: Deutschland hoch!

Oesterreichische Staaten.

Prag, 23. April. Die, wenn auch nicht wichtigste doch interessanteste Nachricht des heutigen Abends ist, daß Fürst Windischgrätz mit einem Separattrain hier angekommen ist. Wie verlautet, zieht sich der Marschall auf seine Güter in Böhmen zurück. — (Adieu mon plaisir.) (C. B. a. B.)

Auf Privatwegen erhalten wir die wichtige Neuigkeit, daß am 20. und 21. zwischen Gran und Komorn eine große Schlacht geschlagen worden. Welden befand sich an der Spitze eines Reservekorps und hielt die nächst Gran befindlichen Anhöhen besetzt. Ein großer Theil der k. k. Truppen, auch die Brigaden von Jablonoski und Simunich hatte sich auf der Ebene zwischen Gran und Komorn ausgebreitet. Die Magyaren griffen die sämmtlichen Stellungen der Kaiserlichen mit solchem Ungestüm an, daß gleich zu Anfang des Kampfes die Letzteren in Verwirrung geriethen. Trotz tapferster Gegenwehr der Soldaten mußte Welden den Rückzug antreten. **Außer einem großen Verlust, den die k. k. Armee an Todten und Verwundeten zählt, fielen zwanzig Kanonen und zweitausend Gefangene in die Hände der Magyaren.** — Einer andern Nachricht zufolge, die im Allgemeinen obige Siegesnachricht der Ungarn bestätiget, ist **die Entsetzung von Komorn die unmittelbare Folge dieses Sieges gewesen.** Darin stimmen alle Wiener Nachrichten überein, daß am 20. und 21. d. ein Hauptschlag ausgeführt wurde; aber das Resultat verschweigen sie — aus guten Gründen. Daß in den höheren Kreisen die Hiobspost schon bekannt seyn mußte, geht daraus hervor, daß der Regierungsrath von Festenburg, der den Feldzeugmeister Welden nach Ungarn begleitete, in der Nacht vom 21.—22. als Kurier in Wien angekommen ist, und sowohl über die Ursache seiner Ankunft, wie über die mitgebrachten Depeschen bis zum Abgang der Post am 22. Abends nicht eine Silbe verlautet. (R. Od.-Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Exp.-Nro 7779.

Bekanntmachung.

Vom

Kgl. Kreis- und Stadtgericht Fürth.

Der von der hiesigen Aussteueranstalt auf einen bei der neunten Ziehung in der zweiten Classe gemachten Gewinn von 300 fl. ausgestellte Schein Nro. 1747 ist dem Eigenthümer zu Verlust gegangen. Es werden daher die unbekannten Inhaber des fraglichen Scheins aufgefordert, binnen sechs Monaten bei unterfertigtem Gerichte denselben vorzulegen, und ihre allenfallsigen Ansprüche hieran geltend zu machen, widrigenfalls nach Ablauf dieser Frist obiger Schein für kraftlos erklärt würde.

Fürth, den 18. April 1849.

Fenck.

Backof.

Wohnungs-Veränderung.

Unterm Heutigen habe ich meine bisherige Wohnung S. No. 1018 der Judengasse verlassen, und meine neue in L. Nro. 791 der Theatergasse bezogen, was ich hiemit meinen Gönnern und Freunden zur Anzeige bringe.

Nürnberg, den 27. April 1849.

Joh. Peter Steph. Müller,
Geschäftsführer bei Schneider-Meister Pommer.

Empfehlung.

Da die von mir s. Zt. bezogene Parthie engl. Putzsteine, so vielen Beifall und lebhaften Absatz gefunden hat, so wurde ich dadurch veranlaßt, neuerdings eine Sendung davon kommen zu lassen.

Auf mehrseitiges Verlangen und zur Bequemlichkeit des Publikums habe ich diese Putzsteine ganz fein mahlen lassen, so, daß man beim Gebrauch gar keine Mühe mehr damit hat; Jedermann wird sich auch überzeugen, daß dieses neue Putzmittel, unter allen bisher bekannten, das Beste ist, weshalb fernerer lebhafter Abnahme entgegensieht

C. C. D. Eidam, am neuen Thor.

Nachträglich erlaube ich mir noch zu bemerken, daß Düsseld. Senf fortwährend, nicht allein in gläsernen Krucken, sondern auch offen und zwar pr. Pfund à 18 kr. zu haben ist.

Gymnastik für Mädchen.

Der Unterricht der orthopädischen Gymnastik für Mädchen beginnt den 1. Mai, die verehrten Eltern möchte ich bitten, welche ihre Kinder Theil nehmen lassen, mir gefälligst die Anzeige zu machen, damit ich nach Wunsch die Stunden für größere und kleinere Mädchen mittheilen kann.

J. P. Hofmann, Orthopäd.
Lauferthor No. 103 c.

II. Freiw. Landw.-Comp.

Versammlung Sonntag den 28. April im König von England.

Empfehlung.

Die Nürnberger Wanderer. Wehefritz und Consorten, haben sich durch ihre humoristischen Vorträge sowohl als auch durch ihr solides Betragen dahier den allgemeinen Beifall des Publikums erworben, so daß dieselben überall bestens empfohlen zu werden verdienen.

Schwabach, den 24. April 1849

Im Namen mehrerer Freunde der Nürnberger Lokalsprache
Ehrlicher, Gastwirth und Saitenfabrikant

Anzeige.

Einem verehrlichen Gesammtpublikum wird hiemit zur Anzeige gebracht, daß nächsten Dienstag als am 1. Mai der

Schusters Felsenkeller

eröffnet wird, an welchem Tage die vollständige Musik des V. Linien-Infanterie-Regiments zur Feier der Eröffnung spielt.

Den verehrlichen Equipagen-Besitzern wird bemerkt, daß für geräumige Stallung bestens gesorgt ist.

Liedertafel!

Montag den 30. April „Production“. Anfang 8 Uhr.

Sonntag den 29. April bei günstiger Witterung, Nachmittags 4 Uhr, „gesellschaftliche Unterhaltung“ zu Schoppershof.

Der Vorstand.

Grauer Kater.

Ausgezeichnetes Bockbier aus der königlichen Brauerei.

Fleischmann.

Salvator

wird nur kurze Zeit vom nächsten Sonntag an von ausgezeichneter Güte das Glas zu 6 kr. bei Unterzeichnetem geschenkt, wozu einladet

Meisenbach.

Almoshof.

Sonntag den 29. April ist Tanzmusik; dazu laden ergebenst ein

die Musiker.

Schießhaus St. Johannis.

Sonntag den 29. April findet gutbesetzte Tanzmusik statt, wozu höflichst einladet

J. M. Kellermann.

(Zu verleihen.) 1400 fl. sind ohne Unterhändler zu verleihen. S. Nro. 6.

Gasthaus zur Eule.

Heute Samstag den 28. und Sonntag den 29. April ladet zu sehr gutem Bock ergebenst ein

Schuster

(Einladung.) Die Wanderer Wehefritz und Consorten produziren sich Samstag den 28. April Abends im Jakobsbruder, wozu ergebenst einladet

Sirek.

Ball im weißen Lamm

findet Sonntag den 29. d. M. mit dem Entrée à Person 24 kr. statt, wozu ergebenst, einladet.

G. M. Krieger.

Verkaufs-Anzeige.

Eine Partie leere 1½ Ctn. Kisten und Fässer, und 10 Stück rohe Ochsenhäute sind billig zu verkaufen In L. Nr. 334.

Anzeige.

Die rühmlich anerkannten

Hühneraugen-Pflästerchen

der Gebrüder Lentner sind in nachstehenden Handlungen: in Nürnberg bei Friedrich Bauer am weißen Thurm und Wilhelm Dieterich am Hengäßchen, in Schwabach bei G. M. Friedlein, und in Ansbach bei Ad. D. Schlichting einzeln zu 6 kr., im Dutzend 1 fl. sammt gehörige Gebrauchsanweisung zu haben.

Kapitalien-Verleihung.

22 bis 2400 fl. sind zur 1 Stelle auf ein nahe gelegenes Oeconomie-Anwesen und 3 bis 5000 fl. zur 1. Stelle auf ein hiesiges Haus, nur aber gegen ganz genügende Sicherheit zu verleihen durch

Commissionär H. A. Goetz S. Nr. 771.

(Gesuch.) Ein wohlerzogener junger Mensch, mit den nöthigen Vorkenntnissen, kann in einer hiesigen Handlung als Lehrling eintreten. Näheres unter Ziffer L. K. Nr. 30 besorgt die Exped. d. Bl.

(Stell-Gesuch.) Ein gebildetes und solides Frauenzimmer, das in häuslichen Arbeiten erfahren ist, auch mehrere Jahre ein Ladengeschäft versah, sich über Brauchbarkeit und Treue durch die besten Zeugnisse auszuweisen vermag, wünscht hier oder auswärts wieder eine Stelle anzunehmen. Hierauf Rücksichtnehmende belieben sich unter Adresse S. K. an die Exp. d. Bl. zu wenden.

(Gesuch.) Eine Familie ohne Geschäft sucht bis Ziel Laurenzi eine Wohnung von 3 Zimmern und 2 Kammern, wo möglich auf der Mittag- oder Lorenzer Seite. Das Nähere Buegstrasse 533, ein Treppe hoch.

(Gesuch.) Eine geübte Köchin, welche auch in der Feinbäckerei wohl erfahren, wird für nächstes Ziel zu engagiren gesucht.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 29. April 1849. **№ 119.** **Sonntag: Sibylla.**

Deutsche Staaten

†† **Nürnberg**, den 27. April. Von den meisten Magistraten bayerischer größerer Städte gehen Adressen nach München für Anerkennung der großen deutschen Frage und sprechen sich energisch für Anerkennung der deutschen Reichsverfassung ꝛc. aus. Nur **unser** Magistrat ist zurückgeblieben.

** **Frankfurt**, den 26. April. [209. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Flottenbeiträge. Interpellationen, denen die Dringlichkeit zuerkannt wird: Wuttke fragt: Ist dem Reichsministerium eine noch nicht veröffentlichte Erklärung der k. preußischen Regierung und deßgleichen eine der k. bayerischen Regierung in Betreff der Reichsverfassung zugekommen, und will das Ministerium dieselben dem Hause vorlegen? Reichsministerpräsident H. v. Gagern: Meine Herren! Eine neue Erklärung der k. preußischen Regierung außer den bereits bekannten in Bezug auf die Verfassung ist nicht eingetroffen. Eine Erklärung der bayerischen Regierung ist allerdings gestern Abend eingetroffen, allein sie ist sehr ausführlich und nur der Umstand, daß die Abschrift derselben noch nicht bewerkstelligt werden konnte, ist Schuld, daß sie dem Hause noch nicht vorliegt. Bereits ist verfügt, daß sie dem Vorsitzenden des Hauses übergeben werde. Ich nehme aber keinen Anstand zu bemerken, daß diese Erklärung, theils sich stützend auf das Vereinbarungsprinzip, theils auf einige Punkte der Verfassung selbst, dieselbe nicht anerkennt. (Oh!) Der Abg. Junghans fragt, ob es wahr sey, daß aus der Reichsfestung Mainz Munition nach Oesterreich gebracht worden, und was das Ministerium dagegen zu thun gesonnen sey?

Reichsministerpräsident v. Gagern: Ich kann diese Interpellation nicht beantworten, der Reichskriegsminister ist nicht anwesend, die Interpellation muß daher den Weg gehen, welchen die Geschäftsordnung vorschreibt. — Uebergang zur Tagesordnung. Erster Gegenstand Wahl eines Schriftführers. Die Stimmzettel werden eingesammelt. Abg. Makowicka wird mit 181 Stimmen zum Schriftführer an die Stelle des Hrn. Riedl gewählt.

Abg. Simon spricht sehr scharf gegen die österr. Kabinetspolitik. Er will Einsetzung einer Regentschaft, Ausschreibung des neuen Reichstags, Vereidung der deutschen Wehrmacht auf die parlamentarischen Autoritäten. Erinnert wiederholt an das Wort des Dichters: »Säume nicht, dich zu erdreisten, wenn die Menge zaudernd schweigt. Alles kann der Edle leisten, der's versteht und rasch ergreift.« (Anhaltender Beifall.)

Nachdem noch Raveaux sehr entschieden gesprochen, Kierulf das Wort genommen, und Zimmermann darum gebeten, aber nicht erhalten hat, nimmt die Versammlung unter Ablehnung sämmtlicher von der Minderheit oder von Einzelnen gestellten Anträge auf Erledigungserklärung des deutschen Kaiserthrons in Folge der Erklärung des Königs von Preussen u. s. w. — der Antrag Nro. 1 der Ausschußmehrheit an: 1) Die Reichsversammlung erklärt, in Uebereinstimmung mit ihrer nach Berlin gesandten Deputation, daß die Annahme der durch die verfassunggebende Reichsversammlung dem Könige von Preussen übertragenen Würde des Reichsoberhaupts die Anerkennung der Reichsverfassung voraussetze. Die hierauf weiter folgenden Abstimmungen beziehen sich auf die Vorschläge zur Vollziehung der Reichsverfassung. Auch hier werden die Minderheits- und Einzelanträge abgelehnt, die auf Ausschreibung der Wahlen zum ersten Reichstage, sofortige Beeidigung der Beamten, der Bürgerwehren und Soldaten auf die Reichsverfassung u. s. w. hinausgehen. Dagegen wird mit großer Mehrheit angenommen (nach dem Schubert'schen Verbesserungsantrage): 2) Die Reichsversammlung beschließt: Die Regierungen, welche die Anerkennung der verkündeten Reichsverfassung noch nicht erklärt haben: a) sind aufzufordern, die Anerkennung der Reichsverfassung, der Wahl des Oberhauptes und des Wahlgesetzes nunmehr auszusprechen; b) dieselben Regierungen sind zu veranlassen, sich aller Anordnungen zu enthalten, durch welche dem Volke die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Mittel, seinen Willen kund zu geben, in diesem entscheidenden Augenblicke geschmälert oder entzogen würden; insbesondere von ihrem Rechte, die Ständeversammlungen zu vertagen oder aufzulösen, keinen Gebrauch zu machen, welcher die Kundgebung des Volkswillens verhindert, — vielmehr dieselben in Thätigkeit zu setzen, oder zu belassen, bis die Reichsverfassung zur Anerkennung gebracht seyn wird. 3) Sie beschließt, die provisorische Zentralgewalt im Interesse der allgemeinen Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands zu ersuchen, die vorstehenden Beschlüsse in Vollzug zu setzen, und erwartet bis zum 3. Mai die Vorlage des Reichsministeriums über den Erfolg. (Nach dem Vorschlage der Ausschußmehrheit.) 4) Der erwählte Ausschuß bleibt bestehen, um je nach Lage der Dinge weitere Maßnahmen zu berathen und der Reichsversammlung vorzuschlagen. — Auf der Linken geben sich lebhafte Zeichen von Mißbehagen in Folge des Resultates dieser Abstimmung kund. Der Präsident verkündet, daß im Laufe der Sitzung die königlich bayerische Regierungserklärung an das Haus gelangt sey. Die Versammlung verzichtet jedoch darauf, daß diese Erklärung verlesen werde. Nächste Sitzung Montag den 30. d.

Frankfurt, 26. April. Der Dreißigerausschuß beschloß gestern Abend mit 16 gegen 13 Stimmen: 1) die Abberufung der Oesterreicher durch die österreichische Regierung für null und nichtig zu erklären; 2) den österreichischen Abgeordneten die Diäten aus der Reichskasse auszahlen zu lassen, und 3) die provisorische Centralgewalt mit dem Vollzuge dieser Beschlüsse zu beauftragen. (D. Z.)

Frankfurt, 26. April. Nach verlässigen Nachrichten bestätigt es sich allerdings, daß das Offizierkorps der starken Garnison in Ludwigsburg dem König von Würtemberg auf die an es gerichtete Frage, offen erklärte, es werde das würtembergische Militär nicht gegen das Volk und die Reichsverfassung kämpfen. Das würtembergische Militär bekundete in diesem Augenblick der Gefahr einen Geist, wie man ihn von deutschen Truppen, welche nicht vergessen, daß sie ein Theil des Volks, Söhne des Vaterlands sind und nicht gegen, sondern für die Einheit, Freiheit und Wohlfahrt des gesammten Vaterlandes zu kämpfen haben, nicht anders erwarten darf. Und dieser Geist der Treue gegen das Vaterland, wird sich, so wie am Neckar, auch an der Isar, der Elbe und Weser, ja hoffentlich im entscheidenden Augenblicke auch anderswo nicht verleugnen. (D. Z.)

†*† **Berlin**, 25. April. Einem Briefe von der polnischen Grenze, d. d. 21. April, entnehmen wir über das Einrücken Bems in Kronstadt folgende interessante Details. Die Besatzung verließ die Stadt in großer Eile, so daß man nicht einmal alle Vorräthe wegbringen konnte. Die städtischen Behörden entsandten eine Deputation an Bem, der in Weidenbach stand, mit der Bitte, in die Stadt zu rücken und das Eigenthum, sowie das Leben der Bürger zu schonen. Bem nahm die Deputation sehr freundlich auf und beruhigte sie mit der Versicherung, es würde Niemandem Uebles geschehen ꝛc. Der Einzug Bem's war glänzend und es machte einen eigenthümlichen Eindruck, die verschiedenen Nationalitäten in den Reihen der Krieger vertreten zu sehen, neben der ungarischen Fahne die polnische und die deutsche zu erblicken. Zu den zahlreich versammelten Bürgern Kronstadts sprach Bem folgende Worte: »Man hat Euch vorgeredet, ich würde mich an Euerm Eigenthum vergreifen. Sehet! in meinen Reihen fechten Deutsche, Slaven, Polen, Magyaren und Böhmen. Wir kämpfen nicht für das Interesse Einer Nation, wir wollen nicht, daß eine Nation über die andere herrsche, — wir fechten für die Freiheit und gleiche Berechtigung aller Völker, unser Sieg ist der Sieg der Freiheit Deutschlands, der slavischen Völker und Ungarns. Wir schwören Euch, daß wir unsere Waffen nicht eher aus der Hand legen, bis die Sache der Völker, die Sache der Freiheit gesiegt hat. Diese (auf die deutsche Legion zeigend) in Trauer gehüllte Söhne Deutschlands, sie geben Zeugniß, wessen Sache ich hier mitvertrete. Die gefallenen Opfer in Wien, Lemberg, Prag, Krakau und in Italien sollen gerächt werden. Nehmet meine tapfern Waffenbrüder freundlichst auf, ich versichere Euch, Jeder von ihnen ist ein Held.« — Diese kurze Anrede wirkte magisch. — Die ganze Jugend Kronstadt's trat sofort in die Reihen Bem's. Sein Korps gleicht einer Lawine, es vergrößert sich mit jedem Schritt und es zeichnet sich durch eine strenge Mannszucht aus.

Aus Wien berichten heute hier angekommene Handelsbriefe, daß die österreichische Armee in der Gegend von Waitzen geschlagen und Comorn entsetzt sey. Die Wiener Kurse kamen um 2% geringer hier an.

Ein uns durch die Güte eines hochgestellten Mannes mitgetheiltes Schreiben d. d. Frankfurt, 22. April enthält Resultate der Frankfurter Konferenz, die vielleicht noch nicht vollständig in alle Blätter übergegangen sind. Wir geben das Wesentliche: „Die Bevollmächtigten der 28 Regierungen, für welche die Kollektivnote vom 14. d. M. abgegeben ist, halten fast täglich Konferenzen. Die wichtigsten Resultate, über welche sämmtliche Bevollmächtigte sich geeinigt haben, sind: 1) unbedingtes Festhalten an der aus der zweiten Lesung der National-Versammlung hervorgegangenen und bereits rechtsgültig bestehenden Reichsverfassung; 2) Ablehnen eines Sonderbunds mit Preussen, der nicht auf jener Reichsverfassung fußt; 3) Ausführung der Reichsverfassung mit Preussen, selbst wenn die übrigen deutschen Königreiche für jetzt noch nicht beitreten sollten. Man nimmt an, daß für den Fall des Beitritts von Preussen die übrigen Königreiche, bezüglich welcher die Verfassung als bereits gültig betrachtet wird, zum Beitritt bald gleichfalls gezwungen seyn würden. Für die Eventualität des Nichtbeitritts von Preussen ist ein bestimmter Operationsplan noch nicht beschlossen, dabei aber so viel ausgemacht, daß die 28 Staaten in untrennbarem Verbande bleiben, und in allen jetzt vorliegenden Fragen zusammenhalten wollen. So bilden sie in der That eine Macht. Das hat sich schon bewährt. Sie haben durch die Kollektivnote die ganze deutsche Frage auf einen neuen Standpunkt gestellt, und die Pläne Preussens mit einem Schlage verschoben.

[II. Kammer. Sitzung vom 25. April.] Präsident Grabow. Eröffnung 11½ Uhr. Ein dringlicher Antrag von Wentzel (Glatz) in Betreff der namentlichen Abstimmungen findet Unterstützung. Die Dringlichkeit eines Antrages von Giesse in Betreff der Jagdtheilungsprozesse findet keine Unterstützung. Auf der Tagesordnung folgt der Bericht des Centralausschusses über den Antrag von Waldeck betreffend, die Aufhebung des über Berlin verhängten Belagerungszustandes. Von allen Seiten stürzen Abgeordnete an den Sekretärtisch, um sich in der Rednerliste einschreiben zu lassen. Der Tisch wird fast belagert. Am Ministertisch Graf Brandenburg, v. Manteuffel, v. d. Heydt, Simons, v. Ladenberg, v. Strotha. — Bucher als Berichterstatter verliest den Bericht des Ausschusses. Der Ausschuß schließt sich dem Antrage an, und giebt anheim zu beschließen: „Daß das Ministerium aufzufordern, den seit dem 12. November v. J. über Berlin und dessen zweimaligen Umkreis ver

hängten Belagerungszustandes wieder aufzuheben." Die Frage, ob das Ministerium zur Verhängung solcher außerordentlicher Maßregeln nach der geltenden Gesetzgebung befugt gewesen sey? ist vom Ausschuß einstimmig verneint. Nach Verlesung des Berichts kommen die Amendements zur Verlesung: 1) von Wentzel (Ratibor): „Daß das Staats-Ministerium aufzufordern, den über Berlin verhängten Belagerungszustand mit der Maaßgabe aufzuheben, daß während der Dauer der Sitzungsperiode beider Kammern in Berlin und innerhalb der Entfernung von zwei Meilen Versammlungen unter freiem Himmel verboten bleiben.« 2) von Aldenhoven und Genossen: „Die Kammer erklärt sich zur Aufhebung des Belagerungszustandes, welche dann eintreten soll, wenn die eingebrachten Verordnungen in Betreff der Presse, der Plakate und des Associations-Rechtes Gesetzeskraft erhalten haben werden." — Minister v. Manteuffel: Ich habe es immer vermieden, Gegenstände zur Sprache zu bringen, welche persönlich verletzen könnten. Heute wird Manches der Art erwähnt werden müssen, und ich bitte, da ich mich auf das Nothwendigste beschränken werde, daß die Versammlung in dieser Beziehung die nöthige Rücksicht nehme. Ich muß dann den Bericht des Ausschusses über die Auslassungen, die der Regierungskommissär in der Kommission gegeben hat, berichtigen. (Diese Berichtigung geht im Wesentlichen dahin, daß die Untersuchung der Vorfälle, welche den Belagerungszustand veranlaßt haben, noch nicht abgeschlossen sey.) Ich muß nun vor Allem die Kompetenz der H. Kammer zu diesem Antrage bestreiten. Die Verfassung giebt der Kammer die Befugniß, Adressen an den König zu richten, Gesetze einzubringen, und das Ministerium in Anklagezustand zu versetzen. Zur Sache selbst übergehend, bitte ich zu beachten, daß constitutionelle Staaten Gesetze für die außerordentlichen Zustände des Landes haben. Der absolute Staat kann solche Gesetze entbehren, hier tritt an ihrer Stelle das Machtgebot ein. Bis zum 5. Dezember v. J. war Preussen kein konstitutioneller Staat. Außerordentliche krankhafte Zustände waren aber vorhanden. Ich will von den Belagen, die mir vorliegen, nur die Zuschrift der Centralgewalt vorlesen. (Es geschieht.) Der Antragsteller hat behauptet: die Truppen seyen, als sie in Berlin einrückten, freundlich empfangen worden. Die Zeugenvernehmung, die das Kriminalgericht veranstaltet hat, ergiebt hierüber das Nähere. Der Minister verliest einen Protokollauszug. Er betrifft die Zusammenkunft in der Nacht vom 11—12. November im Café de Variété und enthält Aussagen über das Verhalten von Waldeck, Berends, Renter, Schramm, die sich theils für aktiven, theils für passiven Widerstand erklärt hätten. Die Zeugen erklären: die Haare haben ihnen bei jener Berathung zu Berge gestanden (Man ruft: Namen der Zeugen!) Der Minister erklärt: die Namen stehen in den Akten. Einer früheren Bemerkung des Herrn v. Unruh gegenüber berufe ich mich auf diese Zeugnisse zum Beweise darüber: ob ich auf bloße Verdächtigungen ausgehe? Unter solchen Umständen war nach der damals noch bestandenen Gesetzgebung der Belagerungszustand gerechtfertigt, und ihm verdankt Berlin seinen heutigen Wohlstand. — Nachdem nun die Verfassung erschienen war, mußte man zur Rechtfertigung des Geschehenen auf Vorschriften der früheren Zeit rekurriren, da das Gebäude unserer konstitutionellen Verfassung noch nicht vollendet ist. Als die Kammern zusammengetreten waren, würde die Regierung es am leichtesten gehabt haben, wenn sie den Belagerungszustand wieder aufgehoben hätte. Die Regierung glaubte aber die Gefahr für Menschenleben nicht auf sich nehmen zu dürfen. Die Genehmigung der Kammern einzuholen erschien, unzulässig, da zu erwarten war, daß die Gesetze, die den Belagerungszustand unnöthig machen würden, sehr bald vollendet seyn würden. Man hat uns vorgeworfen, wir hätten eine Indemnitybill fordern sollen. Aber ich glaube, wir hätten einen Antrag stellen können, welchen wir wollten, er würde bekämpft worden seyn.

Es fragt sich nun: ob die Fortdauer des Zustands noch nöthig sey? — (Der Minister verliest einen weiteren Aktenextrakt über ein Ereigniß im Mylius-Hotel, wonach Waldeck, Jung, Berends, Jakoby und andere Abgeordnete am 14. November mit Bürgerdeputirten und Bürgerwehr-Vertrauensmännern über Ausführung des projektirten Steuerverweigerungsbeschlusses konferirten.) Es existirt eine Umsturzpartei, m. H., und ich erlaube mir zum Beweise einen Brief vom 26. Februar 1848 aus New-York vorzulesen. (Er ist von Dowiat, enthält aber nichts Thatsächliches, als die Meinung, daß die Zeit zum Losbruch wohl jetzt gekommen seyn möchte). — Ich erlaube mir ferner, auf eine Adresse der Deutschen in Nordamerika zum Aufstande aufmerksam zu machen. Es habe ferner in der Kölner Zeitung ein Aufruf zur Ermordung aller Fürsten und Preise dafür gestanden. (Dieser Aufruf wird wie die übrigen Beweisstücke unter Gelächter der Linken verlesen.) Endlich komme ich auf ein wichtiges Ereigniß: die Verhandlungen des demokratischen Kongresses. (Der Minister verliest den gedruckten Bericht, besonders eine Rede von Kinkelin. Auch auf einen von Miesberg [jetzt gleichfalls Abgeordneter] eingereichten Protest legt der Minister besonderes Gewicht.) Man hat die Zulassung dieses Kongresses gerühmt, weil er die Bodenlosigkeit seiner Partei enthüllt habe. Ich kann dieser Meinung nicht beitreten. So lange ich die Verantwortlichkeit trage, würde ich einen solchen Kongreß, ein solches offenes Aufpflanzen der Fahne der sozialen Republik, nicht gestatten. Der Centralausschuß hat nun fortgewirkt und ist nur durch den Belagerungszustand in Berlin gehemmt worden. Besonders thätig war man in Beziehung auf den 18. März d. J. Wenn dieser Tag ruhig vorübergegangen ist, so ist dies dem Belagerungszustand zu danken, obschon es in gewissen Kreisen an Gesängen und Toasten nicht gefehlt hat, die auf die Absichten dieser Kreise schließen lassen. (Der Minister erwähnt noch der brieflichen Zusendungen an d'Ester und endlich einer hochverrätherischen Verschwörung, welche die früher beabsichtigte Aufhebung nach dem 18. März unzulässig habe erscheinen lassen. Es ist die Auffindung von Waffen und Handgranaten bei dem verhafteten Uhrmacher Hetzel, welcher bekannt hat, einem Bunde der Gerechten anzugehören, der hier in Berlin 10 Gemeinden habe. Zweck des Bundes sey Einführung einer allgemeinen untheilbaren sozial-demokratischen Republik, die nur auf dem Wege der Revolution bewirkt werden könne. Eine bei Hetzel vorgefundene Kiste von Druckschriften und Scripturen hat der Abg. d'Ester dem Verhafteten im November zur Aufbewahrung übergeben). Die Handgranaten sind untersucht worden, sie enthalten einen sehr gefährlichen Zündstoff und konnten beliebig vervielfältigt werden. Noch jetzt ist man einer bedeutenden Agitation auf der Spur, und der Märzverein in Frankfurt thut das Mögliche, sie zu fördern. Das Ministerium sieht mit Befriedigung, daß es ihm gelungen ist, ohne Blutvergießen, ohne Wiener Zustände die Ruhe in Berlin herzustellen. Es kennt die Last der Verantwortlichkeit, der es gern entrollen seyn möchte, aber es glaubt, jetzt dieselbe noch nicht abgeben zu können. (Kein Beifallszeichen. Zischen links.) Graf Zieten (gegen den Antrag): Er habe die Absicht gehabt, für die Aufhebung des Belagerungszustandes, wenigstens eventuell, zu stimmen. Aber nach den Mittheilungen des Ministeriums könne er dazu die Hand nicht bieten. Wenn die Zustände des vorigen Jahres, die glorreichen Errungenschaften, wiederkehren sollten, wohin sollte das führen? (Man ruft ihm zu: Nach Schlesien!) Ja, gehen Sie nach Schlesien, dort werden Sie gute Bürger finden — Er räth schließlich der Opposition, ihre Forderung einer fanatischen Freiheit aufzugeben. — Philipps: Der große Enthüllungseifer des Hrn. Ministers wäre allerdings geeignet, Leidenschaften hervorzurufen. Er wolle sich jetzt der größten Mäßigung befleißigen. Der Minister berufe sich auf Gesetze, welche die Verfassung aufgehoben habe. Die oktroyirte Verfassung vom 5. Dez. werde doch wenigstens für den Hrn. Minister gelten. Es handle sich auch nicht um die Zustände im November, nicht darum, ob damals der Belagerungszustand gerechtfertigt gewesen sey, sondern ob er jetzt aufgehoben werden solle. Der Herr Minister habe Aktenstücke heut erwähnt, die nicht einmal beweisend seyen. Warum sind sie nicht der Kommission vorgelegt worden? Die Versammlung ist nicht einmal im Stande, ihre Aechtheit zu prüfen. Der Belagerungszustand ist unwürdig und ungerecht. Die Deputirten der deutschen Nat.-Vers. brachten die höchste Krone der Christenheit, und wie werden sie — nicht behandelt, sondern mißhandelt? Die Huldigungen, die ihnen gebracht werden sollten, wurden auf den Hof ihres Gasthauses verwiesen. Wer diese Schmach nicht empfindet, der hat überhaupt kein Gefühl für Schande. Es ist hier keine Parteifrage, die verhandelt wird, es ist ein gemeinsamer Feind, den wir zu bekämpfen haben. Wir Alle müssen dahin wirken, daß dieses Ministerium uns nicht länger in's Gesicht schlage, daß es an das Sprichwort erinnert werde: Hochmuth kommt vor dem Fall!

Wellmer: Während ein Theil des Landes in dem Belagerungszustande eine Verkümmerung der Freiheit erblickt, erkennt ein anderer darin die Sicherung der Freiheit. Wir Alle wollen die Freiheit, aber es giebt ein Gesetz über allem Recht: das Gesetz der Nothwehr. Die Herren, die die Revolution vertheidigen, müssen auch dem Ministerium das Recht der Contrerevolution einräumen. Und wie besteht denn der Belagerungszustand? Sieht man die Kanonen aufgefahren und bei ihnen Kanoniere mit brennenden Lunten? Ich empfinde nur den Zustand des Friedens und der Ruhe, wie er vor der Revolution bestanden hat. Freilich empfinde ich es schmerzlich, daß das Vereinsrecht verkümmert ist. Aber wie ganz anders war der Belagerungszustand des vorigen Jahres, der von einer zügellosen, undisciplinirten Macht über Berlin verhängt war? (Der Redner erinnert an das Plakatenunwesen des vorigen Jahres.) Nichts Sittliches, nichts Heiliges war mehr heilig und die Nationalversammlung thot alles Mögliche, die Regierung zu schwächen und das Mißtrauen gegen sie zu stärken. Das Volk will, daß die Freiheit erhalten werde, aber es will eine Bürgschaft. Dafür haben in Gesetzen. Bevor diese nicht Gesetzeskraft haben, kann ich für die Aufhebung nicht stimmen. — Ziegler: Die Frage über Aufhebung des Belagerungszustandes stand beim Zusammenkommen der Kammer im Vordergrunde der Interessen des Tages. Die Frage, seit dem im Interesse zurückgetreten, ist keine lokale. Das Ministerium ist in der Lage, die ein berühmter Militärschriftsteller dahin charakterisirt: es sey die größte Niederlage, wenn ein Feldherr im Vollgenuß der Kraft zögert, den Kampf abzubrechen. Das Ministerium muß den Belagerungszustand jetzt aufheben, nicht erst dann, wenn es abzutreten im Begriffe ist. — Der Redner geht auf die Ereignisse des vorigen Jahres zurück. Bei der größten Aufregung, die seit dem 31. Oktober in Berlin herrschte, waren die Attroupements von der Strasse verschwunden. Die Minister verließen unangefochten die Nationalversammlung, die sie vertagt haben, eine Versammlung, die nach der Meinung des Hrn. Ministers noch keine konstitutionelle war, also noch auf dem Boden der Revolution stand. Es ist, wie der Bericht sagt, der Belagerungszustand nicht die Folge des Konflikts, er ist herbeigeführt um den Konflikt herbeizuführen. Es ist das Gesetz gebrochen, das Recht gebeugt, es ist Gewalt geübt, es ist Unrecht zu Recht gemacht worden und Alles unter dem Scheine der rettenden That. Ich sehe schwarz für die Zukunft und geht das Ministerium nicht voran auf der Bahn des Rechts, so wird das Volk kein Rechtsvolk. Ich lasse mich auf keinen Tauschhandel ein mit Märzgesetzen und mit Amendements, das Recht muß konstatirt werden. (Beifall.) — Naumann erklärt, er wolle dem Antrage nicht entgegen treten, er befürworte nur die Aufnahme des Wentzel'schen Amendements. Im Rechtspunkt führt er an: es habe vor der Verfassung kein Gesetz existirt, welches das Ministerium gehindert habe, den Belagerungszustand zu verhängen. Nach der Verfassung war das Ministerium nicht berechtigt, ihn ohne Genehmigung der Kammern fortdauern zu lassen. Die Fortdauer des Belagerungszustandes betreffend, so gewähren die Mittheilungen, die der Minister des Innern gemacht hat, einen trüben Blick in die Zukunft, Aber der Belagerungszustand vermehrt die Gefahren, die aus dem Bestehen der Verbindungen, wie sie der Herr Minister geschildert hat, erwachsen können. Die Noth und die Arbeitslosigkeit wird eine Verbindung aller Unzufriedenen hervorrufen und ich mache die Herren am Ministertisch darauf aufmerksam, daß es viel gefährlicher noch ist, einen Punkt aufrecht zu halten, in welchem alle Unzufriedenen sich vereinigen können. Aber es bedarf einer Vorkehrung zur Sicherung der Volksvertreter. Ich weiß wohl, daß die Volksversamml. nicht die Zustände des vorigen Jahres herbeigeführt haben, ich erkenne auch die Bedeutung dieser Versammlungen an, aber es muß auch jeder Schein des Terrorismus auf die Volksvertretung vermieden werden. Die Gefahr liegt nicht in dem Erzwingen von Beschlüssen, sondern in dem Erzeugen einer Unwahrheit, in der erzwungenen Auffindung schlechter Gründe. — Justizminister Simons: Es ist behauptet worden, die Verhängung des Belagerungszustandes finde keine Rechtfertigung im positiven Rechte. Ich erkenne an, daß die Gesetzgebung unseres Staates in dieser Beziehung nicht geregelt war, aber wir haben Gesetze, die im Falle außerordentlicher Zustände durch die Nothwendigkeit ihre Anwendung finden. Die Gesetzgebung anderer Länder hat dies anerkannt. Die französische Gesetzgebung macht diese Maßregel nicht von der Genehmigung der Volksrepräsentation abhängig. (Der Minister führt Gesetze von 1790, 1797, 1805 an.) Eben so ist dies in Belgien der Fall; auch das bezweifelt man nicht, daß die Verhängung excep-

tioneller Maßregeln der Zustimmung der legislativen Organe bedarf. Auch die preussischen Gesetze bieten Anhaltspunkte dar, welche zur Ausübung des Rechtes der Vertheidigung der heiligsten Interessen Anhaltspunkte darbieten. Selbst das Gesetz vom 24. Sept. v. J. erkennt dies an. Bis die Regierung in den Stand gesetzt ist, die Uebel mit Hilfe der Gesetze zu erdrücken, wird sie der exceptionellen Zustände nicht entbehren können.

Hildenhagen: Die bisherigen Redner haben ihre Einwendungen auf die bloßen unerwiesenen Behauptungen des Hrn. Ministers gestützt. Auf sie gehe ich nicht ein. Aber der Hr. Justizminister hat uns zu sagen vergessen, daß der Belagerungszustand in Belgien niemals die Grundrechte, das Associationsrecht und die Presse aufhebt. Unsere Gesetze mögen wohl „Anhaltspunkte" bieten, aber nimmermehr rechtfertigen sie einen Zustand, der nichts gemein hat, mit Bureaukratie, mit Aristokratie u. dgl., der nichts weiter ist, als die Justizverweigerung, als ein Rechtsbruch. Sie haben den Militärstaat aufgerichtet, den Grundsatz: Gewalt geht vor Recht, zum Staatsprinzip erhoben. Der Redner legt die Verhältnisse dar, unter welchen seine Wohnung von Soldaten im November erbrochen wurde. Papiere wurden durch den Kapitän von Hohendorf in Beschlag genommen und auf alle Erinnerungen Nichts erwidert, als: das geht Sie Nichts an! Der General v. Wrangel erwidert auf die Beschwerde: der Offizier habe auf seinen Befehl gehandelt. (Pfui, pfui! v. Berg: er ist unschuldig). Das General-Auditoriat erklärte, es sey nicht kompetent, obschon das Kriegsministerium auf erhobene Beschwerde an das Gen.-Auditoriat verwiesen hatte. Jetzt soll der König über die Kompetenz. Ebenso haben Gerichte und Polizei jede Genugthuung gegen Amtsverletzungen entschieden verweigert. Das ist Rechtsverweigerung, in Preussen unerhört. Es ist mir jeder Weg abgeschnitten, meine Civilansprüche zu verfolgen. Von den 5000 Thlr., die mir nach den Zeitungen entwendet seyn sollten, weiß ich nichts. Mir haben 15 Thlr. gefehlt, bei dieser großen Sache mag ich keine Vermuthungen aufstellen. Es sind mir 2 Bogen Papier genommen worden, ohne deren Besitz meine Lebensexistenz gefährdet ist. Aber es ist dem Volke damals mehr genommen worden: das Vertrauen auf die Existenz des Rechtsstaates. Ich will nicht erwähnen, daß der Nat.-Vers. zwei Wagen voll Drucksachen genommen sind, für die wir in diesem Augenblick die letzten 1500 Thlr. zu zahlen im Begriff sind. Aber jene Zustände haben mehr geraubt: sie haben die Regierung, sie haben das Heer herabgewürdigt. Der König von Preussen, der gesagt hat: Ich bin müde, über Sklaven zu herrschen, hat jetzt Nachfolger, deren Regierungsprogramm lautet: Wir sind müde, über freie Männer zu herrschen. Wenn Hr. v. Vincke gesagt hat: Rußland sey unermeßlich, Oesterreich, was haben wir, wenn nicht Geist und Muth? — so sagen Sie: was haben wir, wenn nicht den Belagerungszustand? Das Heer ist entwürdigt, es hat die Augen niederschlagen müssen vor freien Männern, es hat den Uebermuth vertauscht gegen den Muth, der sonst das Erbtheil preussischer Krieger war. Retten Sie das Königshaus vor seinen Freunden, mit seinen Feinden ist es allerwege fertig geworden. Wie es mit dem Vertrauen des Volkes zu der Regierung steht, zeigt ein Brief der Stettiner Kaufleute an den englischen Generalkonsul: er möge ihre Interessen gegen die dänische Macht schützen. — Kriegsminister: Wenn der Hr. Redner das Ministerium angreift, so hat man uns oft gesagt, wir seyen nur dazu da. Aber der Parallele, die er zwischen der verschiedenen Wirksamkeit des Heeres gezogen hat, muß ich entgegentreten. Die Truppen haben gehorcht, und das ist ihre Schuldigkeit. (Beifall v. d. äuß. Rechten.) — Minister des Innern verliest einen Bericht des Polizeipräsidenten über das Eindringen in das Haus des Abg. Hildenhagen. Nach diesem Bericht sey das auf des Abgeordneten Namen gemiethete Haus das Büreau der vertagten Nat.-Vers. gewesen. Die Papiere seyen, nachdem sie fortgebracht worden, in Gegenwart eines Offiziers verzeichnet und dem Staatsanwalt übergeben worden. Gelder seyen nicht vorgefunden, wohl aber Papiere, welche ein erhebliches Material zur Anklage gegen einzelne Abgeordnete enthalten. Der Abg. Hildenhagen habe sich jedoch bei dem Polizeipräsidenten nicht gemeldet. Auf Osterrath's Antrag wird beschlossen, die Sitzung bis morgen 10 Uhr zu vertagen. (Schluß der Sitzung 3 Uhr.)

Harburg, 25. April. (Morgens 10 Uhr.) (per elektro-magnetischen Telegraph.) Die Schlacht von Kolding hat 10 Stunden gewährt. Es kämpften 16,000 Deutsche gegen 24,000 Dänen nebst der Marineartillerie wie die Löwen. Das 13. dänische Bataillon ist übergegangen. Als Bonin nicht mehr reiten konnte, setzte er sich auf einen Stuhl auf dem Marktplatz in Kolding und kommandirte; er gesteht, daß solche Tapferkeit ihm noch nicht vorgekommen. Kolding ist bis auf wenige Häuser niedergebrannt. (Z. f. N.)

Wir erhalten heute ausführliche Berichte über die Erstürmung von Kolding, von denen wir den zuverlässigsten unter der Rubrik „Rendsburg" mittheilen. Die deutschen Vorposten stehen seit dem 20. hinter Kolding über Lunderskov und Dollerup nach Rayböl, während die Feinde sich nach Fridericia zurückgezogen haben sollen. Der Angriff auf Kolding war erst auf den 21. anberaumt, aber der Ungestüm der Truppen war so groß, daß man schon am 20. dazu schreiten mußte. Dies begreift sich, wenn man erfährt, daß die schleswig-holsteinische Vorhut größtentheils zusammengesetzt ist aus denjenigen Freischaaren, welche sich bereits im vorigen Jahre so heldenmüthig unter v. d. Tann geschlagen, und daß ein nicht geringer Theil derselben in dänischer Gefangenschaft auf der Dronnig Maria schmachtete. Ohne die Artillerie abzuwarten, gleich den preussischen Garden bei Dannewirke stürmten die jungen Soldaten mit dem Bajonett unter lautem Hurrah die stark verschanzte Stadt, die binnen 3 Stunden vom Feinde gesäubert war. Diese Einnahme ist, wenn nicht eine sehr bedeutende, jedenfalls eine sehr glänzende Waffenthat, ein neuer Beweis von der Vortrefflichkeit der deutschen Infanterie. Das Südthor der Stadt wurde von den Sappeurs der schleswig-holstein. Jäger unter fortwährendem Feuern der Dänen eingehauen, und dann ging es unter dem Gesange „Schleswig-Holstein meerumschlungen" gegen die verrammelten und mit Schießscharten versehenen Häuser. In wiefern der Beschluß der deutschen Reichsversammlung, durch Kontributionen in Jütland Entschädigung für die geraubten Schiffe und den gestörten Handel zu suchen, von Wirkung seyn und ausgeführt werden wird, muß uns das Benehmen des kommandirenden Generals zeigen; praktisch und zweckmäßig ist jener Beschluß gewiß, da er ohne Baarzahlungen bloß durch die Ernährung und Verpflegung unserer Armee auszuführen ist. Jütland wird das auch eine Zeitlang ertragen können, da es kein so armes Land ist, wie man vielerwärts glaubt; freilich ist die Bevölkerung verhältnißmäßig schwach und viele Haidestrecken ermangeln noch der Kultur, aber in den letzten Jahrzehnten hat sich Ackerbau und Viehzucht dort auf eine ganz erstaunliche Weise gehoben, namentlich durch Einwanderung deutscher Landleute und das von ihnen gegebene Beispiel von Fleiß, Ordnung und größerer Kenntniß im landwirthschaftlichen Fache. (Wes. Z.)

Stuttgart, 27. April. Seine Majestät der König von Würtemberg nimmt in Uebereinstimmung mit seinem Ministerium die deutsche Reichsverfassung einschließlich des Kapitels über die Reichsoberhauptsfrage und der im Sinne dieser Verfassung zu verwirklichenden Lösung derselben sammt dem Reichswahlgesetze an. Zugleich soll der würtembergische Bevollmächtigte dahin instruirt werden, zu erklären, daß die würtembergische Regierung nichts dagegen einzuwenden habe, wenn Se. Maj. der König von Preussen, welcher das Erbkaiserthum nicht annehmen will, unter den vorliegenden Umständen sich zur jetzt mit Zustimmung der deutschen Nationalversammlung an die Spitze Deutschlands stelle. Ludwigsburg, den 25. April 1849. Wilhelm.

Mitbürger! Die Sache des Volkes, die deutsche Sache hat gesiegt; der Grundsatz der Nationalsouveränetät hat sich wiederholt Anerkennung errungen. Das Staatsoberhaupt hat heute die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung einschließlich des Wahlgesetzes unterzeichnet. Wir verdanken diesen Sieg der gerechten Sache neben der Entschiedenheit des Ministeriums vor Allem dem Volke, welches durch den an den Tag gelegten ächt deutschen Sinn und durch seine entschlossene Haltung die Forderungen der Kammer der Abgeordneten so kräftig unterstützt hat. Das Volk hat sich dadurch der im März v. J. errungenen Freiheit würdig gezeigt; es hat den Bürgern derjenigen deutschen Staaten, deren Regierungen die Reichsverfassung noch nicht anerkannt haben, ein Vorbild gegeben, welches seine Wirkung nicht verfehlen wird. Bald wird ein deutsches Reich in Wahrheit gebildet seyn, und die Geschichte wird den Namen des würtemb. Volkes in ihre Tafeln schreiben. Heil dem einigen, dem freien Deutschland! Stuttgart den 25. April 1849. — Die Kammer der Abgeordneten. In deren Namen: der Präsident Murschel. Die Sekretäre: Vogel. Rueff. Wir wiederholen diese beiden Aktenstücke vom 25. April, dem denkwürdigen Tage in der Geschichte Deutschlands wie Würtembergs, an welchem der große Schritt zur Einheit Deutschlands: die Unterwerfung des Einzelstaats unter den Gesammtwillen vollbracht, und nach aufgeregter, ereignißvoller Zeit die Einigkeit zwischen Volk und Krone hergestellt, zwischen Regierung und Volksvertretung aufs Neue befestigt wurde. Wir stellen kurz noch einmal die Beschlüsse der Kammer vom gestrigen Tage hier zusammen: Die Kammer beschließt einstimmig die Bitten der Kammer vom 13. und 20. an die Regierung durch die Erklärung Sr. Maj. des Königs als erledigt zu betrachten. Zu dieser Erklärung bemerkt Staatsrath Römer: Da das Aktenstück nicht von den Ministern unterzeichnet ist, so erkläre ich Namens des Ministeriums zu Protokoll, daß diese Erklärung von uns jederzeit anerkannt und vertreten werden wird. Die Kammer beschließt weiter 1) den Bezirken und Gemeinden des Landes in Antwort auf die eingelaufenen Adressen den Dank der Kammer für die in diesen Tagen der Gefahr bewiesene Haltung auszusprechen. Schoder ist der Verfasser dieser oben abgedruckten Proklamation. 2) die Regierung zu bitten, die Reichsverfassung, nachdem sie dem Regierungsblatt beigelegt worden, in allen Gemeinden des Landes feierlich zu verkünden; 3) die Nationalversammlung zu bitten, die Verpflichtung der Staatsbürger, insbesondere der Staatsdiener und des Militärs gemäß §. 14, 191 und 193 der Reichsverfassung alsbald in Ausführung zu bringen. Endlich beschließt die Kammer mit allen gegen 3 Stimmen auf Schnitzers Antrag die Regierung zu bitten, für die politischen Gefangenen eine Amnestie zu erlassen. Die Einmüthigkeit des Volks, der Einklang aller sonst gesonderten Parteien in dem Einen, der Begeisterung für Deutschlands Einheit, hat das große, schöne Resultat erzielt. Möge das Vorbild der Schwaben bald Sachsen und Hannover, Bayern und Preussen nach sich ziehen, möge Deutschösterreich dem neuen Bunde sich erhalten, und wir freuen uns unserer Kämpfe der letzten Tage für Deutschlands Einheit!

Stuttgart, den 26. April. Allgemeine Freude herrschte gestern Abend über das Ende der Krisis in verschiedenen Versammlungen. Im Bürgerhaus, wo die Gemeindedeputationen sich versammelten, im Volksverein bei Werner, in einer überaus zahlreich, namentlich von Abgeordneten besuchten Versammlung bei P. Kolb. Mehrere Abgeordnete und andere Redner: Schoder, Becher, Hölder, K. Mayer, Süskind, Forster ꝛc. sprachen über die Bedeutung der letzten Tage. (Schwb. M.)

Oesterreichische Staaten.

Wien, 23. April. Görgey steht mit 60,000 Ungarn bei Neuhäusel und St. Peter, d. h. eine Stunde vor Comorn und hat diese Festung, vor welcher nur 15,000 Oest. standen, entsetzt. Ein anderes Korps hat den General Wohlgemuth von Neutra bis über Preßburg hinaus zurückgeschlagen und wie Kurire melden, stehen die Ungarn am Marchflusse, also an der österreichisch-ungarischen Gränze, 4 Stunden vor Wien. Ofen-Pest ist aufgegeben; am 21. ist alles, was zu den Militär-Branchen gehörte, von dort entwichen. (N. D. Z.)

Vom ungarischen Kriegsschauplatze haben wir wichtige Nachrichten zur Bestätigung der gestern mitgetheilten empfangen. Die Ungarn unter Görgey haben dem Plane gemäß, den wir neulich mittheilten, die Waag bei Sered überschritten, wo sie sich mit einem nördlichen Streifcorps, das von Neutra her kam, vereinigten, sind sodann in forcirten Märschen und ohne Widerstand zu finden, die Waag abwärts vor Comorn gerückt und haben diese Festung in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag entsetzt. Die Oesterreicher zogen sich in wilder Flucht mit Hinterlassung von vielem Gepäcke und Waffen 7 Meilen weit zurück. Was sie retten konnten, langte am 23. d. M. auf 3 Dampfschiffen in Wien an. Unter der Ladung derselben befinden sich vorzüglich ihre metallenen Kanonen, während sie eiserne und hölzerne den Feinden überlassen haben. Perczel soll nunmehr die Donau unterhalb Pest ebenfalls überschritten haben, und so läßt sich in den nächsten Tagen erwarten, daß der rechte Flügel der österreichischen Armee südlich bei Stuhlweissenburg, nördlich bei Dotis ab-

geschnitten wird. — Wie sehr übrigens die östr. Regierung die Sympathien der Bewohner der Hauptstadt für die Ungarn fürchtet, geht daraus hervor, daß sie sich sehr eifrig die Nachricht zu verbreiten bemüht, die Ungarn kämen, um Wien und Brünn nebst den umliegenden Kreisen zu erobern, und sie dann als Theile ihres Reichs einzuverleiben.

Den Wienern grauet aber selbst davor nicht; da die Freiheit nicht territorial ist. Graf Scherlingen, Gründer eines österreichischen Freikorps, welcher in diesen Tagen zum General-Lieutenant der Artillerie avancirt und mit dem Theresienkreuz dekorirt wurde, begiebt sich zu Hammerstein nach Galizien und passirte gestern Ratibor. (R. O.-Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Eheliche Verbindung und Lebewohl.

Heinrich Alt, Conditor.
Maria Alt, geb. Kerschbaum

Sulzbürg, den 25. April 1849.

Zugleich sagen wir allen Freunden und Bekannten ein herzliches Lebewohl, mit der Bitte, uns auch in der Ferne Ihr freundschaftliches Andenken zu bewahren.

Nürnberg, den 27. April 1849.

Trauer-Anzeige.

Theuern Verwandten, Freunden und Bekannten widmen wir die Anzeige von dem am 26. d. Mts Morgens 3 Uhr erfolgten Ableben unsers vielgeliebten Gatten, Vaters, Schwiegervaters, Großvaters und Schwagers,

Herrn Magnus Melchior Fleischmann,
Rothgießer und Verleger,

im nicht ganz vollendeten 79. Lebensjahre und Folge gänzlicher Entkräftung. Wer den selig Verblichenen kannte, wird unsern Schmerz zu würdigen wissen, uns uns unsere stille Theilnahme nicht versagen.

Nürnberg und München, am 29. April 1849.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

Trauer-Anzeige.

Am 26. April früh 8 Uhr verschied zu einem bessern Erwachen unsere innigst geliebte Schwester, Schwägerin und Tante,

Frau Anna Margaretha Hoffmann,
Steinmetzenmeisters-Wittwe,

in ihrem 64. Lebensjahre in Folge eines Schleimschlags.

Diesen für uns so schmerzlichen Verlust theilen wir hiedurch sämmtlichen Verwandten und Freunden ergebenst mit und bitten um stille Theilnahme.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Dank und Empfehlung.

Da ich meine Gastwirthschaft Herrn Häberlein pachtweise übertragen habe, hatte ich es für meine Pflicht, den verehrten Nachbarn, Freunden und Bekannten meinen Dank hiemit abzustatten, mit der Bitte, das mir geschenkte Zutrauen auch auf meinen Nachfolger übergehen zu lassen.

J. A. Kerschbaum, Gastwirth zum goldnen Schnepfen in der Schmausengasse.

In Bezug auf obige Anzeige empfehle ich mich den verehrten Nachbaren, Freunden und Bekannten und bitte, mich mit Ihrem gütigen Zutrauen zu beehren. Auch bemerke ich zugleich, daß in und außer dem Hause kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit verabreicht werden, wobei für reelle und schnelle Bedienung bestens gesorgt wird.

Einem zahlreichen Zuspruch entgegensehend, zeichnet ganz ergebenst

Joh. Konrad Häberlein.

Auch sind daselbst Schlafstellen zu vermiethen.

Wirthsschaftseröffnung und Empfehlung.

Da ich die Bierwirthschaft „zum Predigt-Stühlein" in der Münzgasse käuflich an mich gebracht habe, und dieselbe am 1. Mai eröffne, so lade ich meine werthe Nachbarschaft und ein hochgeehrtes Publikum, so wie auch alle diejenigen die mich früher mit ihrem gütigen Besuche beehrten und alle meine Freunde und Bekannte zu einem recht zahlreichen Zuspruch hiemit ergebenst ein, ich werde es gewiß wie früher, an guten Speisen und Getränken und sehr prompter Bedienung nicht ermangeln lassen.

Es schmeichelt sich der Hoffnung eines zahlreichen Besuchs.

Josephina Kerschbaum, Wirthswittwe.

Wohnungs-Veränderung.

Daß wir unsere bisherige Wohnung L. Nr. 791 der Theatergasse verlassen, und unsere jetzige bei Hrn. Schreinermeister Brunner L. Nr. 370 der Brunnengasse bezogen haben, zeigen wir hiemit unserer geehrten Kundschaft und Gönnern ergebenst an, mit der Bitte, uns noch ferner mit Ihrem gütigen Zutrauen zu beehren.

Dankend scheiden wir von unserer bisherigen Nachbarschaft für die vielen Beweise Ihrer Freundschaft und bitten die jetzige um gütige Aufnahme.

Elisa und Andreas Sesner, Frauenkleidermacher.

(Anzeige.) Ich mache hiermit die ergebenste Anzeige, daß mit dem Monat Mai ein neuer Lehrkurs des Tanzunterrichts und zugleich auch ein Lehrkurs der Gymnastik und Anstandslehre für junge Mädchen beginnen und empfehle mich zu geneigter Theilnahme.

Anton Kiesling. Neuegasse Nr. 1178.

Anzeige und Empfehlung.

Da ich durch Krankheit ausser Stand gesetzt bin mein Geschäft zu betreiben, so übergab ich die Leitung und Führung desselben dem geprüften Maurer- und Steinmetz-Meister Herrn Martin Moritz aus Schwandorf. Da derselbe vorzügliche Kenntnisse in der Baukunst besitzt, so hoffe ich, daß er die Zufriedenheit eines jeden Bau-Unternehmers bestens erlangen wird, und bitte deßhalb, das mir geschenkte Zutrauen gütigst auf Ihn übergehen lassen zu wollen.

Nürnberg, den 29. April 1849.

Johann Weiß,
Maurer- und Steinmetz-Meister,
untere Thalgasse Nro. 1046.

In Bezug auf Obiges empfehle ich mich den geehrten Einwohnern Nürnbergs und deren Umgebung, daß ich alle nur immer vorkommenden ins Maurer-, Steinmetz- und Tüncher-Geschäft einschlägigen Bau- und Reparatur-Arbeiten zu den billigsten Preißen auf die solideste Weise ausführen werde. Mein Bestreben wird dahin gerichtet sein, mir das geschenkte Zutrauen eines jeden Bau-Unternehmers zu erhalten, was ich in Bezug meiner vieljährigen Praxis leicht zu erlangen hoffe, bitte deßhalb mich mit recht vielen Aufträgen gütigst beehren zu wollen.

Zugleich bemerke ich, daß alle Baumaterialien stets zu den billigsten Preißen vorräthig bei mir zu haben sind.

Nürnberg am 29. Mai 1849.

Joh. Mart. Moritz,
geprüfter Maurer- u. Steinmetz-Meister, untere Thal-Gasse Nr. 1046 nächst der Egidien-Kirche.

Freie christliche Gemeinde.

Sonntag den 29. dies früh 10 Uhr ist Gottesdienst, Abendmahlsfeier und Konfirmation im Katharinen-Saal, geleitet durch Prediger Bierdimpfel.

Der Vorstand.

Haus-Verkauf.

Zum Verkauf des für ein Ladengeschäft vortheilhaft gelegenen Hauses S. Nro. 837 in der Spitalgasse, wird wiederholt Termin auf

Montag den 30. April d. J.

in gedachtem Hause selbst anberaumt, da das im ersten Verkaufstermin gelegte Meistgebot nicht genehmigt werden konnte. Hinsichtlich der Beschreibung des Hauses wird sich auf die Bekanntmachung darüber im Blatt der Mittelfränkischen Zeitung Nro. 96 vom 6. April d. J. bezogen und Kaufslustige werden ersucht, sich an obigem besagten Termine recht zahlreich einzufinden.

Das Sichart'sche Commissions-Bureau

Aufruf.

In kürzester Zeit beginnen die Uebungen des 1. freiwilligen Stadtwehr-Bataillons nach den in Bayern neu eingeführten Vorschriften des Waffenunterrichts.

Da mehrere Einwohner Nürnbergs an denselben noch Theil nehmen wollen, so werden sie hiemit eingeladen, sich zeitig zum Eintritt in das Bataillon bei den betreffenden Kompagnie-Commandanten zu melden, um späteres Nachexerziren zu vermeiden. —

Bemerkt wird schlüßlich, daß nach den Statuten in das Stadtwehr-Bataillon jeder Deutsche eintreten kann, der das 18. Jahr erreicht, und einen unbescholtenen Ruf hat.

Nürnberg, Ende April 1849.

Das Commando des freiw. Stadtwehr-Bataillons
v. Tucher.

Anzeige.

Ich beehre mich hiermit anzuzeigen, daß die Herren Birkner und Hartmann hier unterm heutigen Tage eine Niederlage ihrer Dampf-Chocolade bei mir errichtet haben.

Indem ich um recht zahlreiche Aufträge bitte, sichere ich die beste und promptestе Bedienung zu den Fabrikpreisen zu.

Ergebenster

Leonhd. Carl Loesch,
Winklerstraße S. Nr. 1.

Einladung.

Der Unterzeichnete ladet sämmtliche Gemeinde-Glieder von St. Johannis hiemit ein, sich nächsten Mittwoch den 2. Mai Abends 8 Uhr in der Wirthschaft zum heil. Kreuz recht zahlreich einzufinden, um das Resultat einer Eingabe an den hochlöblichen Magistrat, unsere Beleuchtung betreffend, mittheilen zu können, und um zugleich weitere Berathung über diesen Gegenstand vorzunehmen.

Theodor Klein.

Vereins-Versammlung.

Künftigen Montag Abends 7½ Uhr ist eine allgemeine Versammlung der Mitglieder des Industrie- und Kultur-Vereins, wozu dieselben hiemit ergebenst einladet

Nürnberg, den 27. April 1849.

Das Direktorium.
Dr. Weidenkeller. 1 Direktor.

Unterzeichneter empfiehlt zur geneigten Abnahme

1) Tinktur, um rothe, graue und helle Haare nach Belieben dauerhaft braun oder schwarz zu färben, das Glas 40 kr und 1 fl. 12 kr.
2) Essenz zum Wachsthum der Haare, 40 kr.
3) Tinktur gegen Sommer- und andere Flecken, Das Glas 40 kr.
4) Essenz, um rothe Haare blond zu machen u. s. w., Macassaröl 40 kr.

Gg. Ludwig Hoffmann. S. Nr. 1196 in der Neuengasse am Spitalplatz in Nürnberg.

Anzeige.

Einem verehrlichen Gesammtpublikum wird hiemit zur Anzeige gebracht, daß nächsten Dienstag als am 1. Mai der

Schusters Felsenkeller

eröffnet wird, an welchem Tage die vollständige Musik des V. Linien-Infanterie-Regiments zur Feier der Eröffnung spielt.

Den verehrlichen Equipagen-Besitzern wird bemerkt, daß für geräumige Stallung bestens gesorgt ist.

Goldener Hirsch

an der Lauferstrasse.

Heute Sonntag den 29. April „gutbesetzte Tanzmusik" mit dem gewöhnlichen Entree. Wozu ergebenst einladet

Sturm.

St. Leonhard.

Sonntag den 29. d. Produktion vom Blechseptett des Herrn Sprecher, wozu ergebenst einladet

Entree à Person 3 kr.

Feldmann.

Almoshof.

Sonntag den 29. April ist Tanzmusik; dazu laden ergebenst ein

die Musiker.

Salvator

wird nur kurze Zeit vom nächsten Sonntag an von ausgezeichneter Güte das Glas zu 6 kr. bei Unterzeichnetem geschenkt, wozu einladet

Meisenbach.

Erklärung.

Hiemit erkläre ich den Herrn Bader Braun von Steinbühl als einen Ehrenmann, indem ich meine gegen ihn ausgesprochene Beschimpfung zurücknehme.

J. Reichholt.

Mit einer Beilage.

△ Zum Lachen.

Man erinnert sich noch des pietistischen Chorführers, des Pfarrers Löhe, der in seinen Predigten, welche er einst hier gehalten, schon in dem trüben Blick der Ochsen den Beweis der Erbsünde finden wollte. Dieser Mann ist entrüstet, wie natürlich, über die Nürnberger Eingabe an die Generalsynode und will über ihre Unterzeichner den kleinen Kirchenbann aussprechen, der darin besteht, daß Diejenigen, welche damit belegt sind, nicht mehr zum Abendmahl gelassen werden sollen. Nun wollen ja aber gerade die Unterzeichner der Adresse das Abendmahl von jenen Leuten nicht mehr; sie wollen nicht mehr Menschenfleisch und Menschenblut genießen, sondern erkennen im Abendmahl ein Erinnerungsmahl an Jesum und eine Veranlassung zur inneren Erneuerung, zur Fassung guter Vorsätze. Löhe macht es der hiesigen Geistlichkeit zum Vorwurf, daß sie viel zu lau verfahren sey; er hat hier mit dem Pietistenhäuflein schon mehrere Konferenzen gehabt und diese wollen nun auch ihrerseits aus der Kirche austreten. Glückliche Reise! Das geht aber doch einigen altlutherischen Geistlichen aus gewissen Gründen nicht recht ein, und man soll nun in der That, um Löhe zu halten, Schritte gethan haben, den Kirchenbann auszuführen. Die meisten hiesigen Geistlichen haben aber diese Zumuthung mit Indignation zurückgewiesen, nur zwei sollen bereit seyn, darauf einzugehen und sich eine Abschrift von der Liste der Unterzeichner von Ansbach haben kommen lassen. Führen sie es aus, dann sind sie wohl am längsten Geistliche in Nürnberg gewesen. Die Pietistenpartei soll die Sache dem Oberkonsistorium vorgelegt haben und wenn dieses nicht darauf eingeht, so will sie aus der Kirche austreten, und hier unter dem Kandidaten Bauer eine eigene Gemeinde bilden. Man sieht, die Arroganz dieser Menschen geht ins Ungeheuere, und es ist hohe Zeit, daß ihrer Herrschaft in der Kirche endlich ein Ziel gesetzt werde. Wir hören mit Freuden, daß die protestantischen Landtagsabgeordneten die ernstlichsten Schritte in dieser Beziehung auf dem kommenden Landtag beabsichtigen. Wollen sie mit der Zeit nicht fortgehen, wollen sie an ihrer alten Geschichte festhalten, so mögen sie austreten und sich ihre Seligkeit nach Herzenslust bauen, wie sie wünschen; es hindert sie Niemand, aber ihre Anmaßung sollen sie endlich aufgeben; ihre Zeit ist vorüber, das müssen sie ja doch endlich bemerken, wenn sie auch stockblind sind! — Wenn aber ein so arroganter Bursche von seinem Dorfe in unsere Stadt gelaufen kommt, um 800 Bürger in den Bann zu erklären; so möchte man ihm wohl vor dem Thore einen Bündel Heu vorwerfen, und ihn umkehren, damit er wieder nach Hause trollt. Er mag sich vorsehen, daß die Sache nicht einmal übel verstanden wird!

Deutsche Staaten.

°° **Nürnberg**, 26. April 1849. Kgl. Staatsministerium! Die Verfassung des deutschen Reiches, welche das Jahrhunderte lang Getrennte einigen, und in ganz Deutschland endlich einen gesicherten Rechtszustand herstellen soll und kann, unter dessen Schutz Handel und Gewerbe wieder aufblühen werden, ist von der deutschen Nationalvers., den gesetzlichen Vertretern des deutschen Volkes, endgültig beschlossen und verkündigt worden. Die Rechtsbeständigkeit dieser Verfassung für ganz Deutschland ist unzweifelhaft. Nur dadurch konnte der Strom der Revolution im vergangenen Jahre aufgehalten und eingedämmt werden, daß dem aus langer Knechtschaft und Zersplitterung nach Freiheit und Einheit ringenden Volke eine Gesammtvertretung zugestanden wurde, welche, bekleidet mit der Souveränetät des Volkes, als einzig und allein hiezu berechtigte Macht, auf friedlichem Wege jenen Wünschen und Bedürfnissen genugthun sollte, welche sonst auf gewaltsame Weise ihre Befriedigung gesucht haben würden. Bei vielen Gelegenheiten haben auch Regierungen und Fürsten die Beschlüsse und den verfassunggebenden Charakter der Nationalversammlung anerkannt; ja sie haben sich, als die Wogen der Revolution noch höher giengen, an sie als den einzigen Rettungsanker angeklammert. Die Stunde ist gekommen, wo die Verfassung, das Werk dieser Versammlung, das die Sehnsucht des harrenden Volkes endlich stillen soll, ins Leben treten muß; da erheben sich Hindernisse, nicht im Volk, das sich freudig um die Verfassung schaart, obwohl sie mancher seiner Wünsche unerfüllt läßt; nicht bei den Parteien, die sich endlich die Hände reichen über dem aus ihrem heilsamen Kampf der Parteien hervorgegangenen Werke, nein! in den Regierungen, in den Fürsten, in denselben Fürsten, welche längst vom Sturmwind der Revolution weggeweht wären, wenn nicht die Aussicht auf die deutsche Nationalversammlung und diese selbst ihre morschen Throne wieder befestigt hätte. Aber die Verfassung sammt den sich ihr anschließenden Gesetzen der National-Versammlung muß in's Leben treten, sie muß so, gerade so in's Leben treten, wie sie aus den Händen der National-Versammlung hervorgegangen ist; die Ehre des deutschen Volkes ist dafür verpfändet; kann sie nicht mit Zustimmung der Fürsten in's Leben treten so muß es geschehen, ohne dieselben. Diese Ueberzeugung, dieser heilige Vorsatz durchdringt in diesem Augenblick die Brust eines Jeden, der den Namen eines deutschen Mannes verdient. Der Deutsche will nicht länger zum Gespötte des Auslandes dienen; er will nicht länger dulden, daß Millionen sich vor dem Willen eines Einzelnen beugen; er will nicht länger ein Fremdling seyn in seinem eigenen Lande; er will frei seyn und sich selbst Gesetze geben, diese Gesetze müssen gelten und wer sich vermessen ihrer Geltung widersetzt, wird durch das unaufhaltsam rollende Rad der Zeit zermalmt werden. Diejenigen, welche die deutsche Reichsverfassung nicht anerkennen wollen, scheinen darauf zu zählen, daß die Thatkraft im Volke erloschen sey. Das Beispiel des würtembergischen Volkes, das im Begriffe steht, einen heiligen Kampf für Deutschland und seine Freiheit zu kämpfen, wird sie eines Andern belehren und wir halten es für unsere Pflicht, einem Königlichen Staatsministerium die Versicherung zu geben, daß wir entschlossen sind, mit nicht minderer Entschiedenheit als unsere Brüder in Würtemberg für die unbedingte Geltung der deutschen Reichsverfassung und für die Begründung deutscher Einheit und Freiheit Gut und Blut einzusetzen; schwere Schuld wird diejenigen treffen, welche übermüthig genug sind, sich dem festen Willen eines Volkes entgegenzustemmen und seiner freien Entwicklung einen eben so nutzlosen, als verbrecherischen Widerstand zu leisten. — Möge Ein Königliches Staatsministerium in diesen Worten die Stimme des Volkes der ersten Stadt Frankens nicht verkennen und der dringenden Anforderung genügen, seine unheilvolle, undeutsche Politik aufgeben, sofort die Rechtsbeständigkeit der deutschen Reichsverfassung sammt dem Wahlgesetze unbedingt anerkennen und in Gemeinschaft mit den Kammern, durch deren abermalige Vertagung in einem so hochwichtigen und entscheidenden Augenblick das Staatsministerium ohnehin eine Verantwortlichkeit übernommen hat, der es vielleicht nicht gewachsen seyn dürfte, die geeigneten Schritte zu thun, um die Vollendung des großen deutschen Einheitsbaues zu befördern. Mit schuldiger Ehrerbietung ꝛc.

Nürnberg, den 26. April. Die Stunde der Entscheidung hat für Deutschland geschlagen! Seine Vertreter in Frankfurt haben, unter beispiellosen Schwierigkeiten, Anstrengungen und Anfechtungen, das große Werk der Reichs-Verfassung zu Stande gebracht. In diesem hochwichtigen Augenblicke entbehrt Bayern zu seinem tiefsten Schmerze das gesetzliche Mittel, seine Gesinnung durch das Organ seiner Vertreter zur Kenntniß Ew. Majestät zu bringen, daher erheben die Gemeinde-Bevollmächtigten und Bürger Nürnberg's ihre Stimme freimüthig, um auszusprechen, daß sie das vollendete und verkündete Verfassungswerk der deutschen National-Versammlung als endgültig anerkennen und beharrlich an demselben festhalten. Wir sind der vollen Ueberzeugung, daß die Reichsverfassung — wenn gleich nicht frei von allen Mängeln — doch den Keim und die Kraft zur weiteren Ausbildung und Vervollkommnung in sich trägt, daher für Volk und Fürsten gleich bindend ist, und daß nur die unverzögerte und unbedingte Anerkennung und Durchführung derselben das geistige und materielle Wohl des Volkes begründen, die allgemeine Aufregung beschwichtigen und Ruhe und Ordnung wiederherstellen kann.

Wir nehmen auch das von Ew. Majestät gegebene Wort hiefür in Anspruch und hegen das Vertrauen:

„**Ew. Majestät wolle zur Abwendung drohender Gefahr un-**
„**verweilt die Anerkennung der Reichsverfassung aussprechen**
„**und zu ihrer Durchführung kräftig mitwirken.**“

Die Geschicke Deutschlands stehen an ihrem Wendepunkte; sie werden sich erfüllen, und was im Augenblick mit leichteren Opfern erreicht werden kann, dürfte in Zukunft durch die schwersten nicht nachzuholen sein. Wir beharren in allertiefster Ehrerbietung Ew. königl. Majestät allerunterthänigst treugehorsamste Gemeindebevollmächtigte und Bürger Nürnberg's.

† **Nürnberg**, 26. April. Adresse an die K. der Abgg. in Würtemberg. H. Vers.! Das würtembergische Volk ist im Kampfe für unbedingte Anerkennung der von der souveränen deutschen Nationalversammlung endgültig beschlossenen Verfassung mit einem glorreichen Beispiel vorangegangen, das alle deutschen Stämme zur Nacheiferung begeistern muß: Die Entschlossenheit und Einmüthigkeit, mit welcher dieses Volk in Stadt und Land, ohne Unterschied der Stände und Parteien sein klar erkanntes Recht gegen die Intriguen und Schlich[illegible] [illegible] wege der Hofpartei vertheidigte, wird eines der schönsten Blätter [illegible] den in der Geschichte des deutschen Freiheitskampfes, der durch die entschiedene Haltung der Würtemberger dem Sieg um einen gewaltigen Schritt näher gerückt wurde. Hohe Kammer der Abgeordneten! Wir können es nicht versagen, dem würtembergischen Volke unsere Anerkennung, Bewunderung und innigste Sympathie in dieser Zuschrift auszudrücken. Auch an uns wird die Reihe des handelns kommen und auch wir werden beweisen, daß das Beispiel des würtembergischen Volkes und seiner Vertreter für uns kein verlornes ist. Auch wir sind bereit, Ihrem erhabenen Beispiele zu folgen und mit gleicher Entschiedenheit für Deutschlands Einheit, Freiheit und Ruhm, mit Gut und Blut einzustehen. Genehmigen Sie die Versicherung [illegible] neter Hochachtung! Im Namen einer heute abgehaltenen [illegible] Volksversammlung das Komité.

* **Nürnberg**, 26. April. Die von der hiesigen Volksvers. ausgesch[illegible] Adresse in Betreff der Kammervertagung lautet: Kgl. Maj.! Das [illegible] schwache Vertrauen der unterzeichneten Einwohner Nürnbergs [illegible] ferer Staatsregierung hat durch die abermalige Vertagung der [illegible] mern einen tödtlichen Stoß erlitten, wir kennen keine Zeit und Gründe, die dringender als die gegenwärtigen verlangen, den Ver[illegible] des Volkes die Möglichkeit zu verschaffen, die Stimme des Landes [illegible] zusprechen. Wir glauben, die Staatsregierung werde es zu [illegible] antworten können, wenn sie ohne auf die Stimme des Volkes [illegible] eine den Beschlüssen der verfassunggebenden Reichsversammlung [illegible] sprechende Stellung einnimmt, und sehen uns daher zu der Bi[illegible] anlaßt: Ew. Kgl. Majestät wolle die Wiedereinberufung der K[illegible] schleunigst verfügen. Die Erwägung, daß aus der Nichtbe[illegible] des Volkswillens für die Staatsregierung selbst nicht geringere [illegible] entstehe, als für das Volk, bestärkt uns in der Hoffnung, [illegible] sere Bitte Erhörung finden werde. Mit schuldiger Ehrerbietung [illegible] harren ꝛc.

△ **Erlangen**, 27. April. Auch hier herrscht unter allen [illegible] tilchen Vereinen wie in der ganzen Bürgerschaft dieselbe ein[illegible] Gesinnung. Man hat die Wichtigkeit der Zeit erkannt und [illegible] Ein Mann für die volle unbedingte Anerkennung und Durch[illegible] der entworfenen deutschen Nationalverfassung sich erheben; ma[illegible] sie vertheidigen so wie sie ist, mit Grundrechte und Wa[illegible] Man ist überzeugt, daß mit ihr Deutschland als Bundesstaat [illegible] und zu Wohlstand und Ehre gebracht werden kann. Einen [illegible] von dieser Ueberzeugung gibt die nachstehende Adresse an Se[illegible] dem König von Bayern, die nach dem Wunsche der Bürger [illegible] Stadt, einstimmig von dem Collegium der Gemeindebevollmäc[illegible] und dem Magistrate beschlossen, und mit zahlreichen Untersc[illegible] bedeckt, abgeht. Hoffentlich wird S. Maj. des Königs Minis[illegible] das Land nicht in Unruhe versetzen, und durch ein unzeitiges [illegible] streben Thron und Land in Gefahr setzen. Die Adresse lautet wie [illegible]

Allerdurchlauchtigster, großmächtigster König! Allergnädigster [illegible] nig und Herr! Ew. kgl. Majestät Wahlspruch: „Alles für mein [illegible] Alles für Deutschland,“ hat in den Herzen aller Bayern seinen [illegible] derhall gefunden und Ew. Maj. haben sich damit hochherzig der [illegible] schen Sache geweiht. Er hat die ängstlichen Gemüther mit Vertra[illegible] erfüllt, er hat die Leidenschaften gezügelt und die Besonnenen zur [illegible] dauer ermuthigt während eines ungewissen Zustandes, in welchem [illegible] vaterländische Wohlfahrt durch starres Festhalten an veralteten P[illegible] zipien unterzugehen drohte. Die deutsche Nationalversammlung [illegible] ihr Mandat gelöst. Sie hat die Verfassung des deutschen Reiches [illegible]

kündiget. An den Regierungen, an den einzelnen Staaten ist es jetzt, anzuerkennen, daß diese Verfassung die einzige Grundlage bilde, auf welche die von allen deutschen Männerherzen heiß ersehnte Einheit und Macht Deutschlands gegründet werden könne und auf der die ganze Zukunft des Gesammtvaterlandes beruht. Die Körperschaften in den Städten wie auf dem Lande drängen auf unbedingte Anerkennung, insbesondere auf freie und entschiedene Aeußerung durch ihre Vertreter — ihre Landstände, und deren Zustimmung zu dem großen Verfassungswerke kann allein für uns maaßgebend seyn in diesem ernsten Augenblicke, wo man versucht, auf dem Wege diplomatischer Kongresse eine Vereinbarung erzielen zu wollen, nur um die Vollendung des Werkes in Frage zu stellen oder es ganz zu beseitigen. Durch die zeitweise Vertagung bleiben Ew. Majestät die freien Gesinnungsäußerungen und die dringendsten Wünsche der verschiedenen Einwohnerklassen unbekannt. Der Nothstand des Landes gibt sich vorzugsweise in den kleineren Fabrikstätten kund. Es ist Folge des gesunkenen Vertrauens und des unsichern und schwankenden Zustandes. Die hiesige Stadtgemeinde hat bei diesen großen Bewegungen und Bedrängnissen der Zeit ihre unerschütterliche Anhänglichkeit an Gesetz und Ordnung behauptet; darauf gestützt, nahen sich die Unterzeichneten Ihrem Könige in der zuversichtlichen Hoffnung, Allerhöchstderselbe werde dem Wunsche gnädigste Gewährung zu Theil werden lassen, eine schleunige Einberufung der Landstände zu verfügen, damit durch die von denselben mit Sicherheit erwartete unbedingte Zustimmung zu dem deutschen Verfassungswerke und dem darauf zu begründenden neuen Bundesstaate diejenige Beruhigung erwachse, welche unerläßlich ist, soll das Vaterland nicht den unheilvollsten Verwicklungen entgegen gehen. Erlangen, 27. April 1849. In aller tiefster Ehrfurcht unterzeichnen Ew. Kgl. Majestät allerunterthänigst treugehorsamste (Folgen die Unterschriften).

Die unterzeichneten Abgeordneten zur bayerischen Volkskammer haben sich durch die neueste — dritte — Vertagung des Landtags und durch die Stellung, welche die bayerische Staatsregierung in der deutschen Verfassungs-Frage eingenommen, veranlaßt gesehen, das unten stehende Schreiben an die bayerische Staats-Regierung zu richten. Sie erachten es als Schuldigkeit gegen ihre Mitbürger, dieselben davon in Kenntniß zu setzen, es ihnen überlassend, kund zu geben, ob sie in ihrem Sinne gehandelt haben. — Königliche Majestät! Mit schmerzlichem Erstaunen, ja — wir sagen nicht zu viel — mit gerechter Entrüstung hat die ganze Pfalz die Kunde der abermaligen Vertagung des bayerischen Landtags vom 21. April auf den 15. Mai dieses Jahres aufgenommen. Nicht nur ist diese weitere — dritte — Vertagung durch Nichts gerechtfertigt, sondern sie ist auf keine Weise zu rechtfertigen, nachdem die Nationalversammlung, als einzig und allein hierzu berufen, die deutsche Reichsverfassung mit den darin aufgenommenen Volks-Grundrechten nebst dem Wahlgesetze endgültig beschlossen und publizirt hat, den Regierungen der deutschen Einzelstaaten also nur die Durchführung und Anwendung obliegt. Und wenn auch die Frage weiter sich erhoben hat, in wiefern ein einzelner Punkt der beschlossenen Reichsverfassung sofort noch einer Abänderung zu unterwerfen sey, so kann doch auch diese Frage einzig und allein nur von der ausschließlich hiezu befugten konstituirenden Nationalversammlung entschieden werden. In diesen Tagen, wo die Geschicke des deutschen Volkes sich erfüllen sollen, ist es gewiß Pflicht jeder Einzel-Regierung, sich mit ihren Volksvertretern zu umgeben, um mit ihnen alles das zu berathen, was des Volkes Wohl erheischt; denn nicht bloß von dynastischen Interessen handelt es sich, sondern hauptsächlich und wesentlich vom Volksinteresse; und wenn nach der bayerischen Verfassung der Landtag bestimmt ist, in öffentlichen Versammlungen die Weisheit der Berathung der Regierungsorgane zu verstärken; wenn diese gemeinschaftliche Berathung nie mehr, als in die neue Vertagung des Landtags, die Fernhaltung der bayerischen Volksvertretung als eine Maßregel, die nicht nur unzeitgemäß ist, sondern auch dem bayerischen Gesammtministerium eine kaum zu lösende, schwere Verantwortlichkeit dem bayerischen Volke gegenüber auf die Schultern ladet, um so mehr, als Zögerungen und Hemmnisse, die sich diesen Tagen der Entscheidung nöthig war, wenn es wahr ist, daß eine Regierung, die nicht volksthümlich handelt, heute mehr als je sich die größten Schwierigkeiten bereitet, und die Säulen erschüttert oder niederreißt, die allein sie aufrecht erhalten können: so erscheint der Einigung des Gesammtvaterlandes entgegenstemmen, nur dazu geeignet scheinen, uns vom Boden gesetzmäßiger Entwickelung auf jenen der Thatsachen, und dadurch in unabsehbare Verwickelungen zurückzustoßen. Gerade der Umstand, der als Grund der letzten Vertagung angegeben wird, nämlich daß die Ungewißheit über die Lösung der deutschen Frage bei'm kgl. Gesammtministerium immer noch fortzudauern scheine, müßte dem Ministerium zum Grunde dienen, den Landtag nicht zu vertagen, sondern möglichst schnell zu versammeln, denn das bayerische Volk ist bei dieser Frage wesentlich interressirt, und wohl befugt, durch seine Vertreter seine Stimme darüber abzugeben. Aus diesen Gründen fühlen die unterzeichneten Abgeordneten der Pfalz sich durch ihre Pflicht aufgefordert, gegen die neue Vertagung des Landtags feierlichst zu remonstriren, und dahin anzutragen: „es wolle Ew. königliche Majestät die Wiedereröffnung des Landtags veranlassen." Neustadt an der Haardt, den 22. April 1849. Ew. kgl. Majestät treugehorsamste Boyé, Eymann, Gelbertt, Hack, Heintz, Dr. Hepp, für sich und im Auftrag des Dr. Hannitz, Kohlhepp, Kolb, Adam Müller, Willich. Dem Inhalte dieser Eingabe treten bei Frankfurt, den 23. April 1849: Tafel aus Zweibrücken, Culmann, Eckhardt. Abgeordneter Tröger von Nürnberg ist dieser Adresse ebenfalls beigetreten.

Frankfurt, 25. April. Hr. v. Beckerath ist heute von Berlin zurückgekehrt, und bringt, wie wir hören, gute Aussichten mit; sofern nur die deutsche Nationalversammlung in dem in Preussen stattfindenden Entwickelungsprozeß nicht durch störende Beschlüsse eingreift. (Frkft. O.-P. Z.)

Hamburg, 23. April. Einer Verfügung der dänischen Regierung zufolge soll die Blokade der Elbe- und Weser-Mündungen auf deutsche jetzt in Hamburg und Bremen in Ladung liegende Auswandererschiffe bis zum Ende dieses Monats keine Anwendung finden. (Wes. Z.)

Altona. Vom Bahnhofe geht uns eine Schreiben aus Hadersleben, vom 23. April, Nachmittags 2½ Uhr, folgenden Inhalts zu: Schon am Morgen dieses Tages war eine lebhafte Kanonade aus der Gegend von Kolding dort gehört worden. Später war eine Ordonnanz, auf einem dänischen Husarenoffizierpferde reitend, aus Kolding angesprengt gekommen, die sich sofort nach der Kommandantur begab. Mit derselben soll die Nachricht von einem heftigen Treffen, nördlich von Kolding, eingegangen seyn; über den Ausfall [illegible] war noch nichts bekannt geworden. Die dort umgehenden Gerüchte weiter zu verbreiten, schien dem Berichterstatter nicht rathsam; sie gingen übrigens dahin, daß von unseren Truppen der Kampfplatz behauptet worden. — Es hieß auch, daß Aerzte von Hadersleben nach Kolding gerufen seyen, so wie daß die Lazarethe ausgeräumt werden sollten, um ankommenden Verwundeten Platz zu machen. — Eine Nachschrift von 3 Uhr besagt: Der Kondukteur der Feldpost bringt so eben die Nachricht aus Christiansfeld, daß daselbst 26 Stück dänische Husarenpferde nebst Gefangenen angekommen waren. Die oben gedachten Aerzte sind bereits nach dem Norden abgegangen. Nach einer späteren Nachschrift kamen 14 Mann gefange Dänen an. (Alton. M.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 30. April 1849. **№ 120.** **Montag: Eutropius.**

Mitbürger!

Die bayerische Staatsregierung hat nunmehr offen erklärt, daß sie sich den Beschlüssen der Verfassunggebenden Reichsversammlung, bezüglich der Reichsverfassung nicht fügen werde. Es ist daher Pflicht des Volkes, durch alle gesetzlichen Mittel dahin zu wirken, daß die Früchte unserer großartigen Revolution durch diesen Widerstand der Regierung nicht gefährdet werden. Das unterzeichnete Komité hat es daher für nothwendig gehalten, eine Volksversammlung auf nächsten Mittwoch den 2. Mai Nachmittag 2 Uhr auf dem Judenbühl anzuberaumen, um Gelegenheit zu der deshalb nöthigen Berathung zu geben. — Mitbürger! der Augenblick ist wichtig, noch ist es Zeit, die deutsche Sache zu retten, wenn wir erklären, daß wir die Reichsverfassung mit aller uns zu Gebote stehenden Macht aufrecht erhalten wollen. Lasset Eure Geschäfte für diesen Nachmittag ruhen und folget der Stimme des bedrohten Vaterlandes!

Nürnberg, den 28. April 1849.

Das Komité für Volksversammlungen.

Fränkische Mitbürger!

Die Erklärung der bayer. Regierung, daß sie die Reichsverfassung nicht anerkennen wolle, bringt die Früchte unserer Revolution in Gefahr. Das Volk hat nunmehr die Aufgabe, durch die entschiedene Erklärung, daß es die Reichsverfassung mit aller Macht, auch mit seinem Blute schützen werde, die Regierung zu besserer Gesinnung zu bringen. Haltet Volksversammlungen, in welchen Ihr dem Volke die dringende Gefahr des Vaterlandes zeiget, und sorget überall für die thatkräftigsten Erklärungen zur Aufrechthaltung der Reichsverfassung!

Nehmt Euch ein Beispiel an dem hochherzigen Würtemberger Brudervolke! —

Das unterzeichnete Komité erklärt sich bereit, als Centralcomite für die drei Franken die nöthigen Erklärungen in Empfung zu nehmen. und sonstige nöthig werdende Geschäfte zu besorgen. Eile thut Noth! — Bruderherz! Nürnberg, den 28. April 1849.

Das Komite für Volksversammlungen.

Dr. Friedrich Mayer, Dr. Schwarz, Jakob Schmidt, J. St. Schmidt, Karl Güllich, Martin Streng, Gloßner, Friedrich Bauer, Thieme, Zwanziger, Wiesel, Renner, Stich, Stich, W. Tümmel, Lang.

Deutsche Staaten

München, den 27. April. Nachdem, wie schon gemeldet, die gestrige Sitzung des Magistrats die allgemein gespannte Erwartung getäuscht hatte, war man auf die heutige öffentliche Sitzung des Kollegiums der Gemeindebevollmächtigten um so mehr begierig, als eine mittlerweile an dasselbe gelangte Eingabe mehrerer Bürger die Vermitlelung unserer Gemeindekörper verlangte, um der Regierung die baldige Einberufung des Landtags an's Herz zu legen. Der Sitzungssaal war wieder gedrängt voll, doch wie staunten die Zuhörer, als der Vorsitzende, Dr. Zaubzer, die erwähnte Eingabe gar nicht vorlas, sondern bloß deren Zweck mittheilte und dazu bemerkte, daß der Gegenstand keineswegs dringlich und daher lediglich in eine demnächst mit dem Magistrate gemeinschaftlich zu haltende vertrauliche (!) Sitzung zu verweisen sey. Nur einer der Bevollmächtigten, der Löwenbräuer Hr. Brey empfahl die Dringlichkeit mit warmen Worten, ohne aber, nachdem noch Hr. Hänle — auch du, Brutus! — ausdrücklich gegen die Dringlichkeit gesprochen, die Beistimmung auch nur eines Einzigen seiner Kollegen. Dieser Indifferentismus und die in ihm liegende Mißachtung der lauten öffentlichen Meinung rief einen um 2 Uhr erschienenen Maueranschlag hervor, der von 70 Bürgern unterzeichnet, zu einer um 4 Uhr im großen Rathhaussaale abzuhaltenden Bürgerversammlung einlud. Der weite Saal füllte sich um die angegebene Zeit, worauf Herr Dall'Armi die Sitzung eröffnete und als Zweck derselben die Berathung zweier Adreßentwürfe bezeichnete, deren erste an das Gesammtministerium die Bitte richte, die sofortige Einberufung des Landtages zu veranlassen, deren zweite dem Kollegium der Gemeindebevollmächtigten die Mißbilligung seines Verhaltens ausspreche. Nachdem die Herren Keck, Raila und Schimon ersucht worden, die Leitung der Versammlung zu übernehmen, setzte Ersterer die ernste Wichtigkeit des Augenblicks in warmer, oft von stürmischem Beifalle unterbrochener Rede auseinander und schloß mit folgenden Worten: „Dunkel ist's — es will Nacht werden. Ein Licht ist uns von Nöthen, das uns als Wegweiser diene durch die Finsterniß. Dieß Licht ist unsere Kammer: durch sie spricht des Volkes Stimme — Volkesstimme, Gottesstimme —: sie sage uns, was wir zu thun, was wir zu lassen haben! — Mit Einstimmigkeit erfolgte hierauf die Annahme des Entwurfes der Adresse.

An das bayerische Gesammtministerium!

In der deutschen Verfassungsfrage zu rechten, ist hier weder an der Zeit noch am Platz. So viel ist gewiß, daß eine Meinungsverschiedenheit besteht, welche die schwersten Drangsale über unser schönes Vaterland herbeiführen kann, wenn dieselbe nicht auf gesetzlichem Wege gehoben wird.

Die Regierung hat gesprochen: — nun soll das Volk der Bayern reden.

Es muß sprechen durch sein verfassungsmäßiges Organ — durch seine gesetzlichen Vertreter.

In diesem Augenblick, wo jeder Tag der Säumniß uns mit nie geahnten Gefahren umgeben kann, ist es eine unabweisliche Nothwendigkeit, die bayerische Volksvertretung zu versammeln.

Unsere Lage ist ernst und die unterzeichneten Bürger der Hauptstadt fühlen deren Gewicht zu schwer, als daß sie nicht an das verantwortliche bayerische Gesammtministerium das dringende Ansuchen stellen sollten:

»zu veranlassen, daß der Landtag des Königreichs unverzüglich in der Hauptstadt zusammentrete.« —

War die Verlesung dieser Adresse häufig Veranlassung zu lebhaften Aeusserungen der Zustimmung, so rief die Motivirung und Mittheilung des zweiten Adressentwurfes eben so viele Ausdrücke des Unwillens hervor. Selbe lautete:

Kollegium der Gemeindebevollmächtigten! Das deutsche Volk und auch wir Bayern haben im vorigen Jahre auf eigenes Betreiben, denn außerdem wäre es nie dazu gekommen, Vertreter nach Frankfurt geschickt, um ein einiges Deutschland, und mit ihm ein freies und mächtiges Vaterland herzustellen. Wir sind überzeugt, daß nun die deutsche Nationalversammlung etwas Tüchtiges und Ganzes, so wie es das Volk braucht, schaffen kann, und da wir einsehen, daß es unmöglich ist, Jedem Alles recht zu machen, so entgeht uns auch die Nothwendigkeit nicht, daß der Einzelne einen oder den andern Wunsch aufgeben muß, um das Ganze zu retten. Unsere Vertreter in Frankfurt haben die Reichsverfassung geschaffen und verkündet. Manches gefällt uns selbst nicht, allein die Gesetze der Nationalversammlung sind der Rechtsboden des Volkes, und deßwegen muß auch das Volk daran halten.

Viele, ja Tausende von deutschen Städten und Gemeinden, darunter viele aus Bayern, an der Spitze ihre Magistrate und Gemeindebevollmächtigte, haben diese Ansicht ausgesprochen und in Anbetracht der dringenden Nothwendigkeit, durch das verfassungsmäßige Organ des Landes die Stimme des Volkes zu vernehmen, wurde von letzteren an unsere Regierung die Aufforderung gerichtet: den bayer. Landtag unverzüglich einzuberufen.

Nur unser Magistrat — nur die Vertreter unserer Gemeinde verharren in trostloser Thatlosigkeit.

Das Vaterland ist in Gefahr und die zum Handeln berufenen Korporationen der wichtigsten Stadt Bayerns schrecken zurück vor der rettenden That.

Die Ehre der Hauptstadt wird preisgegeben, wenn deren Bürger nicht dafür eintreten.

Wir sind noch dieselben wie im März des Jahres 1848, deßhalb erklären wir hiermit vor Gott und dem deutschen Volke:

„Daß wir das Benehmen des Magistrats und des Kollegiums der Gemeindebevollmächtigten der Hauptstadt Bayerns in der Lebensfrage des deutschen Volks: in dem, was jeden braven Mannes Herz brechen muß, auf's entschiedenste mißbilligen.«

Auch diese Adresse erhielt die Zustimmung der Versammlung. Erste wird morgen noch zur Unterzeichnung aufliegen und dann durch eine aus 25 Mitgliedern bestehnde Deputation überreicht werden: letztere soll heute noch an das belobte Kollegium gelangen. Beide Adressen werden nur von Münchner Bürgern, Insassen und Schutzverwandten unterzeichnet werden. (D. f. Z.)

† **Nürnberg**, den 29. April. In Folge der vorgestern durch die hiesigen öffentlichen Blätter bekannt gewordenen Erklärung unserer Staats-Regierung vom 23. April, betreffend die verweigerte Anerkennung der von der Nationalversammlung zu Frankfurt am 28. März erlassenen Verfassung des deutschen Reichs, also einer neuen sehr wichtigen Thatsache, hat der Magistrat unserer Stadt sich noch gestern versammelt, und nachfolgende auf Anerkennung der Reichsverfassung von Seite der Staats-Regierung resp. auf sofortige Einberufung des Landtags gerichtete Adresse an das königliche Gesammt-Staats-Ministerium erlassen, welche noch gestern Abends abgesendet wurde.

Allerdurchlauchtigster 2c. Seit Wochen schon sah die Bevölkerung von Nürnberg mit gespannter Erwartung dem Augenblicke entgegen, in welchem Ew. Kgl. Majestät die von der Nat.-Vers. in Frankfurt am 28. März erlassene Verfassung des deutschen Reiches öffentlich anerkennen und dadurch feierlich aussprechen würden, daß auch Allerhöchst Sie von ihr allein die Herstellung der Einheit Deutschlands, die Gründung seiner Macht im Innern, seines Ansehens und seiner Gewalt nach Außen erwarten; aber diese Hoffnungen der Bürgerschaft sind nicht erfüllt worden, mit jedem Tage wächst deshalb die Sorge für die Zukunft, mehrt sich die Unruhe. Der Magistrat, vertraut mit den Gesinnungen seiner Mitbürger, welche die Reichsverfassungs-Urkunde mit Begeisterung empfingen und daher, wenn auch nicht durch positive Gesetze, wohl aber durch seine Stellung als Vorstand der Bürgerschaft verpflichtet, von derselben Alles zu entfernen, was sie immer mehr und mehr beunruhigen würde, bringt diese Angelegenheit ehrfurchtsvoll unmittelbar zur Kenntniß Euerer 2c., da mit Allerhöchst Sie schnell durch Entschluß und feierliche Verkündigung öffentlich aussprechen, Euere 2c. seyen in dem, wovon Deutschland sein Heil, seine Rettung und eine thatkräftige Umgestaltung seiner wichtigsten Verhältnisse erwartet, mit Ihrem Volke einverstanden.

Hievon kann uns die Betrachtung nicht abhalten, daß Eurer 2c. Staats-Regierung mittelst Erklärung vom 23. April im entgegengesetzten Sinne bei der Nationalversammlung sich ausgesprochen hat, da nach dem Zeugnisse der Geschichte aller Zeiten Könige und Fürsten mit den Stimmen ihrer Völker noch oft sich vereinigten, wenn diese ihnen ihre Gesinnungen wahr und offen in's Herz riefen. Und das ist hier der Fall! Denn auch die Bevölkerung unserer Stadt ist darüber mit sich einig, daß die deutsche Reichsverfassung — wenn sie

auch, gleich jedem menschlichen Werke, Manches zu wünschen übrig läßt, — doch in ihren wesentlichen Bestimmungen die Freiheit, Einheit und Größe des engern, wie des weitern Vaterlandes, die Herstellung und Befestigung seiner Wohlfahrt und Ruhe verbürgt.

Eure zc. tragen ein erhabenes, durch und durch deutsches Gemüth in sich, darum vertrauen wir auch jetzt demselben. Ein ernster entschiedener Entschluß wird beruhigen, ermuthigen und erheben und alle niedergehaltenen Kräfte werden schnell zum Glücke des Vaterlandes, wie ganz Deutschland sich entfalten, aber die Zeit drängt. — Zwischen einem Tage und den folgenden liegen oft Ereignisse die Jahrhunderte nicht sahen. Handeln daher Ew. Majestät — wir bitten und beschwören Sie darum — schnell; erfüllen Allerhöchst Sie die Erwartungen Ihres Volkes, oder berufen Sie schleunigst den Landtag von Bayern wieder ein, damit Euere zc. von diesem die Bestätigung dessen vernehme, was wir als Volksstimme ausgesprochen haben. In allertiefster Ehrfurcht beharrend zc. Nürnberg, den 28 April 1849.

†† **Nürnberg**, den 29. April. In der gestern Abend im Katharinensaale abgehaltenen Versammlung sprachen sich mehrere Redner in klaren und bestimmten Fassungen über unsere konfessionellen Zustände aus, und nach der Versammlung traten **sehr viele** der freien christlichen Gemeinde zu, die nun immer kräftiger und zahlreicher werden wird, gegenüber jener Sklavenkirchen, welche durch den verschleierten Dünkel und Hochmuth von Pfaffen beherrscht wird.

Würzburg, den 26. April. Die Kompagnien des hiesigen Landwehrregiments haben unter sich einen Ausschuß gebildet, der mit Entwerfung einer Adresse an den König, ganz in dem Sinne der von unserer städtischen Korporation erlassenen, beauftragt wurde. (N. W. Z.)

Donaueschingen, 25. April. Seit gestern und heute gehen die würtembergischen Truppen, welche seit etwa acht Tagen bei Villingen an der würtembergischen Gränze kozentrirt waren, in ihre früheren Standquartiere, Konstanz, Waldshut, Donaueschingen zc. zurück. Dunkle Sagen geben bezüglich dieser auffallenden, ebenso unerwarteten, als deutschen Bewegungen. Der Brigadestab wird nun wieder in Konstanz, jener des zweiten Reiterregiments in Stockach, ferner des vierten Infanterieregiments in Waldshut, der des sechsten Infanterieregiments in oder bei Konstanz und endlich der des achten nebst einer halben Batterie in Villingen seyn. — Mit der größten und ernstesten Spannung sind alle Augen nach Stuttgart gerichtet. Fallen dort die Würfel nicht gut, so sehen auch wir wieder einer Bewegung und allen Anzeichen nach diesmal einer allgemeinen entgegen. Man täusche sich doch nicht über die eigentlichen und wahren Zustände, so lange es noch Zeit ist, um ein unabsehbares Unglück abzuwenden. (Schw. M.)

Aus Baden, 25. April. In einer dieser Tage stattgehabten Volksversammlung in Höhgau wurde beschlossen, mit allen nöthig scheinenden gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken, daß dem deutschen Verfassungsgesetz in allen Gemeinden Geltung verschafft und jeder Feindseligkeit dagegen mit Entschiedenheit und Kraft entgegengetreten werde. Auf künftigen Sonntag sind wieder an verschiedenen Orten Volksversammlungen ausgeschrieben. Das verbreitete Gerücht, daß am ersten Mai die Spielbank zu Baden-Baden wieder eröffnet werden würde, entbehrt allen Grundes; die zweite Kammer berieth dieser Tage in geheimer Sitzung über die Entschädigungsforderungen des Spielpächters, die sehr hoch seyn sollen. (D. Z.)

Frankfurt, 27. April. Der von der Reichsversammlung gestern gefaßte Beschluß hatte sich natürlich des Beifalls der Linken und der äussersten Rechten, zu welcher gestern auch v. Lassaulx von seines Berges Höhe herabgestiegen war, nicht zu erfreuen. Die letztere abstrahirt von der unbedingten Durchführung der Reichsverfassung, vorab in der Oberhauptsfrage, die erstere wollte den gordischen Knoten durch Einsetzung einer Regentschaft oder eines Sicherheitsausschusses durchhauen haben. Die Majorität hatte indessen vollkommen klug gehandelt, sich vorerst noch nicht auf den Standpunkt der »erlaubten Revolution« zu stellen — um mit Raveaux zu sprechen — sondern noch einen kurzen Termin bis zur definitiven Erklärung der preussischen und übrigen Regierungen zu setzen. Bis dahin werden sich die Dinge zum Nachtheil der Reichsversammlung nicht geändert, können sich aber dennoch so gestaltet haben, daß die Reichsversammlung endlich zu einem entscheidenden Handeln bestimmt werden muß. Ihr gestriger Beschluß muß aber schon jetzt dem deutschen Volke die Beruhigung gewähren, daß die Reichsversammlung zwar an der Wahl des Königs von Preussen zum deutschen erblichen Kaiser festhält, aber nur unter der Bedingung, daß damit die Anerkennung der Reichsverfassung ausgesprochen ist, sowie die Reichsversammlung auch fest entschlossen bleibt, durch die provisorische Centralgewalt die Verfassung überall zur Durchführung zu bringen. (D. Z.)

Frankfurt, 27. April. Nachdem vorgestern Abend die noch mehr im Sinne als in der Ausdehnung monströse Note der bayerischen Regierung hier eingetroffen war, hatte die »Frankfurter Zeitung« diese Note bereits gestern Vormittag in einem Extrablatte veröffentlicht, während sie der Reichsversammlung abschriftlich noch nicht mitgetheilt werden konnte. Als es später geschehen sollte, verzichtete die Reichsversammlung, diese Note anzuhören. Da nun eine offizielle Publikation der Note noch nicht erfolgt ist, so wurde auch die auf gestern Abend angesetzte Zusammenkunft der bayerischen Abgeordneten wieder abgesagt und sie fand nicht statt. (D. Z.)

Frankfurt, den 24. April. Es begreift sich leicht, daß der von der Nationalversammlung heute gefaßte Beschluß im Allgemeinen wenig, die Linke aber gar nicht befriedigte. Man betrachtet ihn auch nur als eine kurze Frist, welche sich die Nationalversammlung zum Handeln gestellt. — Herr v. Beckerath ist mit leeren Händen von Berlin zurückgekehrt, die Hoffnung auf die preussische Regierung ist ganz verschwunden. Der König von Preussen soll erklärt haben, daß es sein Gewissen nicht zulasse, bei der bedrängten Lage Oesterreichs die deutsche erbliche Kaiserkrone anzunehmen. — Was nun geschehen soll, weiß Niemand, doch hofft man, daß sich bis zum Montag, dem Wiederzusammentritt der Nationalversammlung, Manches gestaltet haben kann. (N. W. Z.)

Frankfurt, den 26. April. Man sagt, die Stadt Hanau habe der Centralgewalt ein wohlgerüstetes starkes Freikorps zum Schutze der Reichsversammlung zur Verfügung gestellt. Hoffentlich bedarf es dieses Schutzes nicht und wenn es seyn muß, wird auch Frankfurt für die Sicherheit der Volksvertreter Deutschlands in die Schranken zu treten wissen. (D. Z.)

Frankfurt, 21. April. Schmerling war doch, wie dem »Hamburger Corresp.« versichert wird, vier Tage in Stuttgart, wohnte in einem kleinen Hotel dritter Klasse, wahrscheinlich um inkognito zu bleiben, der Wirth, der sich aber gerne eines so »hohen« Gastes rühmte, führte ihn im Fremden-Blatte unter seinen Gästen an, und ganz mit vollem Titel: »Reichstags-Abgeordneter, früherer Präsident des Reichs-Ministeriums und Bevollmächtigter zc. (Frkft. J.)

Darmstadt, 27. April. Heute wird in der zweiten Kammer folgender dringlicher Antrag der Abgeordneten Lehne, v. Steinberr und Konsorten gestellt werden: »Die Kammer wolle durch ihren Beschluß: 1) der zweiten Kammer, dem Volke der Würtemberger und namentlich der Bürgerwehr der Residenzstadt Anerkennung und Dank aussprechen für ihre würdige, feste Haltung, für ihr entschiedenes Handeln gegenüber den Angriffen auf die durch den gesetzlichen Ausdruck des souveränen Volkswillens geschaffene Reichsverfassung; 2) die Kammer und das Volk aller Einzelstaaten aufford rn, unter gleichen Verhältnissen in gleich würdiger und kräftiger Weise die Ehre der deutschen Nation und das Palladium ihrer Freiheit zu wahren.« (Frkft. J.)

†*† **Berlin**, 26. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wird ein Verbesserungsantrag angenommen, er lautet: »Die Kammer wolle beschließen, daß das Fortdauern des Belagerungszustandes ohne Zustimmung der Kammern ungesetzlich sey und daß die Kammer diese Zustimmung nicht ertheilt,« wird mit 184 gegen 139 Stimmen angenommen; auch Grabow stimmt dafür. Ebenso wird der 2. Theil des Amendements v. Unruh mit 177 gegen 153 Stimmen angenommen, er lautet: »die Kammer wolle beschließen, das Ministerium aufzufordern, den am 12. Nov. a. p. verhängten Belagerungszustand sofort aufzuheben.« (Schluß 5 Uhr; nächste Sitzung morgen 11 Uhr.)

†*† **Berlin**, 26. April. Es ist natürlich, daß sich die Blicke unserer gegenwärtigen Minister sorgenschwer nach Ungarn wenden; das siegreiche Vordringen der ungarischen Insurgenten soll das österreichische Kabinet bereits in eine nachgiebige Stellung Preussen gegenüber gebracht haben. Man will sogar bestimmt wissen, daß man preussische Hülfe beansprucht habe, es sollen vorerst preussische Truppen Böhmen besetzen. Aus guter Quelle wird uns die Mittheilung, daß in einem Ministerrath, an dem auch der Prinz von Preussen Theil nahm, die ungarische Angelegenheit mit ihren Eventualitäten Gegenstand sehr reiflicher Erwägung war und daß es bei dieser Gelegenheit zu einem lebhaften Wortwechsel zwischen dem Prinzen von Preussen und dem Grafen Arnim gekommen sey.

Die Kommission der zweiten Kammer für Handel und Gewerbe hat heute morgen **einstimmig** die Befürwortung des Antrages von Behnsch, »das Ministerium aufzufordern, einen Bergwerksgesetz-Entwurf den Kammern vorzulegen« beschlossen.

Am verflossenen Sonntage hat eine Versammlung von Abgeordneten der 2. Kammer stattgefunden, um zu berathen, ob der Antrag auf Niedersetzung einer Kommission für kirchliche Angelegenheiten einzubringen sey. Die Versammlung, an welcher die Vertreter **aller** kirchlichen Fraktionen Theil nahmen (Rapp für die freie evangel, Behnsch für die freien katholischen Gemeinden) entschied sich für die Bejahung dieser Frage, da die Patronats- und Dotations-Verhältnisse der Religionsgesellschaften zum Staate und unter sich, sowie der Rechtsstand der freien katholischen und evangel. Gemeinden noch keineswegs geordnet und damit die Selbstständigkeit der Religionsgesellschaften trotz der oktroyirten Verfassung §. 11—15 in Frage gestellt ist. Die Vertreter der evangel. Kirche beschwerten sich namentlich über das Fortbestehen der Konsistorien und die neue Unterabtheilung des Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten, welche vom König allein — als den summus episcopus — ressortirt. Die Herren Bogedain, Schellenberg, Rupp und Behnsch sind mit der Entwerfung des Antrages beauftragt.

Das seit längerer Zeit besprochene Zeitungs-Unternehmen unter den Auspizien des Abgeordneten Rodbertus und des Grafen zur Lippe wird nun bald, wie wir aus zuverlässiger Hand wissen, zur Ausführung kommen. Die dafür wirkenden Kräfte, sowohl materielle wie geistige sind ganz geeignet, unbedingtes Vertrauen zu gewinnen, Männer von scharf ausgeprägten Gesinnungen und bewährter Kraft werden den Verwaltungsrath bilden, Männer von feinstem Geiste, freisinnigsten Grundsätzen und dem ehrenvollsten wissenschaftlichen Rufe werden in die Redaktion treten. Das Programm befindet sich unter der Presse.

Zur Entdeckung des Druckers des bekannten Pasquills auf den Minister des Innern hat die Regierung bisher eifrige Nachforschungen anstellen lassen, jedoch vergebens; die Kolporteure, die auf den hiesigen Bahnhöfen die Tageblätter verkaufen, werden sehr oft von angeblich Fremden und Reisenden nach dem Gedichte gefragt, für welches hohe Summen geboten werden, und endlich soll dem Entdecker die Summe von 500 Thlr. zugesichert seyn.

Es sind dieser Tage Reisende aus der Walachei hier angekommen, die behaupten, daß sich an der Donaumündung große Ereignisse vorbereiten, Ereignisse, die den Verhältnissen der Türken und dem südlichen Rußland eine neue Gestalt geben dürften. »Rußland« — schreibt ein Deutscher aus Jassy an einen bekannten hiesigen Diplomaten — „hat in den Fürstenthümern so viele erbitterte Feinde, als es Bürger dort giebt, und, wenn es noch nicht, wie die österreich. Blätter zur Schande ihres Landes triumphirend verkünden, mit 30,000 Mann in Siebenbürgen eingerückt ist, um seine beschimpfte Waffenehre wiederherzustellen, so ist der einzige Grund der, daß es für diesen Zweck keine 30,000 M. zu verwenden hat. Mit Truppen auf dem Papier täuscht man Leichtgläubige, aber man schlägt damit keinen Bem.

Wie es heißt, wird der General v. Wrangel Anfangs Mai seine in der Leipzigerstraße gemiethete Wohnung beziehen, an welchen Umstand man die Hoffnung auf Beendigung des Belagerungszustandes knüpft. Von anderer Seite wird jedoch versichert, General v. Wrangel werde in seiner Stellung versetzt werden.

Prinz Albert ist gestern über Stettin nach Swinemünde abgereist, um die dort für die deutsche Marine betriebenen Bauten zu besichtigen und neue Anordnungen zu treffen. —

Die Arbeiten zur Erweiterung des Oranienburger Thores haben bereits ihren Anfang genommen. Bis jetzt ist das am Thore belegene Wachtgebäude abgerissen und weggeräumt worden. Das kürzlich angeregte Projekt, die Ringmauer Berlins abzureißen, um den die Stadt umfließenden Kanal als Steuergrenze gelten zu lassen, soll neuerdings wieder in den Hintergrund getreten seyn. —

Die Börse war heute zwar in matter Stimmung, jedoch das Geschäft bei wenig veränderten Coursen äußerst gering. Die Siegesnachrichten aus Ungarn bestätigen sich im vollsten Maaße. —

Berlin, 26. April. Die Sensation, welche die heutigen Beschlüsse der II. Kammer hervorgerufen haben, ist groß. Die Stadt bot diesen Abend nach Schluß der Sitzung einen Anblick wie in den bewegten Zeiten des vorigen Jahres. In der Nähe des Kammergebäudes standen zahlreiche Gruppen und besprachen das Ereigniß des Tages. Das Ministerium hat wohl sicherlich nicht darauf gerechnet, daß es in der Frage des Belagerungszustandes eine so starke Majorität gegen sich haben würde. Bei dem ersten Theile des vom Abg. Unruh gestellten Amendements hat sogar der Präsident Grabow mit Ja gestimmt. Das Ministerium wird sich aber schwerlich hierdurch abhalten lassen, den Belagerungszustand so lange aufrecht zu erhalten, als ihm beliebt. Es wird sich äußerlich auf die I. Kammer und zuletzt auf den Grundsatz: „Wer besitzt, ist glücklich!“ berufen. Vielleicht auch wird die Auflösung jetzt ernstlicher als zuvor in Erwägung gezogen werden. (D. A. Z.)

Apenrade, vom 23. April. Gestern hatten wir einen kurzen Besuch von dem Oberstlieutenant v. d. Tann, der seit kurzem der Unsrige geworden, da ihm vom Magistrate in Anerkennung seiner vorjährigen Verdienste um die Stadt ein Ehrenbürgerdiplom ertheilt worden. Hatten wir es doch ihm und seiner tapfern Freischaar zu verdanken, daß Apenrade von einer nochmaligen Besetzung des in und um Hadersleben befindlichen dänischen Heeres verschont blieb. Denn wie leicht hätten die Dänen diese 800 Mann, hier auf dem äußersten Posten blosgestellt, trotz ihrer Barrikaden überrumpeln und vernichten können, wenn nicht die Namen v. d. Tann und Aldosser sie von jedem derartigen Unternehmen abgeschreckt hätten. — Seine gestrige Anwesenheit benutzte der Bürgerverein ihm ein längst zugedachtes Geschenk — ein Paar werthvolle Pistolen — zu übergeben und ihm ein Hoch zu bringen. Nachdem die Pistolen überreicht worden, trat Hr. v. d. Tann dankend zu den vor seinem Logis versammelten Bürgern heraus und begrüßte sie, „seine alten Freunde und Bekannte,“ nunmehr als seine Mitbürger, worauf in passender Erinnerung an Altenhof, Hoptrup und Düppel dem verehrten Helden ein dreimaliges Hoch ausgebracht und von diesem durch ein paar herzliche Worte erwidert wurde. v. d. Tann hat versprochen, sobald er noch „eine kleine Arbeit“ vollendet haben werde, Apenrade auf längere Zeit wieder zu besuchen. (N. Fr. Pr.)

Altona. Aus **Schleswig** erhalten wir folgende wichtige Mittheilung: **Kolding**, vom 23. April. (Nachmittags 4 Uhr.) Einer hohen Statthalterschaft verfehle ich nicht die ganz ergebenste Anzeige zu machen, daß mich heute früh 8 Uhr die dänische Armee in einer Stärke von 18 Bataillonen, 3 Regimentern Kavallerie, einer zahlreichen Artillerie, unterstützt von einer Korvette und zwei Kanonenböten im Fjord bei Kolding in einer Stellung bei Kolding angegriffen hat. Nach einem langen und blutigen Gefechte von sechs Stunden ist der Feind auf allen Punkten zurückgeschlagen worden. Kolding, was zuerst als Brückenkopf betrachtet, von der Avantgarde nach rühmlichen Widerstande auf meinen Befehl geräumt, wurde später, als ich um 2 Uhr mit dem linken Flügel von Gielbölle mit der zweiten Brigade die Offensive ergriff, von der ersten mit Sturm wieder genommen. Ich verfolge den Feind in der Richtung auf Veile. Die Stadt Kolding ist fast niedergebrannt. Die Obersten Graf Baudissin und Sachau sind verwundet, glücklicherweise nicht bedeutend. Der heutige beiderseitige Verlust beträgt wohl 1000 Mann an Todten und Verwundeten. gez. v. Bonin. (Alt. M.)

Schleswig, vom 24. April. Alles ist hier voll von dem Siege in Kolding. Unter den Gefangenen befindet sich auch Orla Lehmann, der hier eingebracht und auf dem Schlosse Gottorff sitzt. (Alt. M.)

Altona. Der „N. fr. Pr.“ wird aus London vom 20. folgendes geschrieben: „Schon vor mehreren Tagen gingen an der Börse Gerüchte über Aussichten auf baldige Schlichtung der dänischen Frage, Gerüchte, die gestern auf einmal Niemand mehr glauben wollte. Die Natur von Börsengerüchten und Nachrichten, die ein respektables Handlungshaus einem andern mittheilt, nur zu gut kennend, hielt ich es nicht der Mühe werth, darüber zu berichten. Heute kann ich Ihnen übrigens als positiv gewiß melden, daß Schritte geschehen sind, König Leopold von Belgien zu bewegen, das Amt eines Mittlers in der dänischen Frage zu übernehmen, allein ob sich derselbe dazu bereit erklärt hat oder nicht, ist mir einstweilen noch unbekannt.“

Bellegaar, den 21. April. Gestern den 20. d. M. lagen wir auf Vorposten in den Düppler Schanzen, wo wir das Treiben der Dänen recht beobachten konnten. Sonderburg wird von dänischer Seite stark verschanzt, auch von unserer Seite werden tüchtige Schanzen aufgeworfen, gestern Nachmittag den 20. von 2 bis 3 Uhr war Waffenstillstand, der Däne begrub während dieser Zeit seine Todten, dafür löste der Sachse seinen vom 14. April im Stich gelassenen Munitionswagen ein.

Den 24. d. M. wird die Beschießung von Sonderburg vor sich gehen, da das Blockhaus den 23. d. M. vollendet wird. (Z. f. N.)

Ludwigsburg, den 25. April. Gestern Vormittag hat der König das gesammte Offizierskorps, und Nachmittags die Mitglieder der Kreis- und Bezirksbehörden, heute Vormittag den Stadtrath und Bürger-Ausschuß empfangen, welcher zugleich mit der Begrüßung Seiner Majestät einen Dank für dessen am Abend vorher gefaßte bekannte Entschließung verband. In Beziehung auf diesen Dank erwiederte der König der städtischen Deputation: „Sie sind mir keinen Dank schuldig; ich habe nur dem Drang der Umstände nachgegeben; Gott gebe, daß es zum Segen für Würtemberg gereichen möge.“ In der Audienz des Offizierskorps soll sich der König — was besonders wichtig in diesem Momente erscheint — auf das Entschiedenste ausgesprochen haben, daß er unverbrüchlich an der Verfassung festhalten werde, wogegen auch das Offizierskorps gegen den König sich erklärte, daß es mit Blut und Leben für König und — mit einigem Nachdruck auf die letzten Worte — für die Verfassung einstehen werde. (Schw. M.)

Französische Republik.

† **Paris**, 25. April. Der Marseiller Nouvelliste vom 22. April bringt uns folgende Proklamation Oudinots: „Soldaten! Der Präsident der Republik hat mir den Oberbefehl des Expeditions-Korps des Mittelmeeres anvertraut. Diese Ehre legt große Pflichten auf: Euer Patriotismus wird mir helfen, sie zu erfüllen. Die Regierung, überall unseren alten und gerechten Einfluß zu erhalten, entschlossen, will nicht, daß die Schicksale des italienischen Volks der Gewalt einer fremden Macht oder einer herrschenden Minorität (!) anheimfallen sollen. Sie vertraut uns die Fahne Frankreichs an, um sie auf das römische Territorium als glänzendes Zeugniß unserer Sympathieen zu pflanzen (!!), Land- und See-Soldaten, Kinder derselben Familie, Ihr werdet in Euerer Hingebung und in Eueren Anstrengungen miteinander wetteifern: dieses gemeinschaftliche Zusammenhalten wird Euch Gefahren, Entbehrungen und Anstrengungen freudig ertragen lassen. Auf dem Boden, an welchem Ihr ans Land steigen sollet, werdet Ihr mit jedem Schritte Denkmälern und Erinnerungszeichen begegnen, welche Eueren Ruhm-Instinkt mächtig anreizen dürften. Die militärische Ehre aber befiehlt die Disziplin eben so sehr, als die Tapferkeit: vergesset das nie. Euere Väter haben des seltenen Vorzugs genossen, überall, wo sie fochten, dem französischen Namen Liebe zu erwerben. Wie sie, werdet auch Ihr das Eigenthum, gute Sitte und befreundete Völkerschaften achten. Euch diese Achtung zu erleichtern, hat die Regierung befohlen, daß Alles, was die Armee brauchen könnte, von den Soldaten jenen Bevölkerungen sofort baar bezahlt werden müsse. Ihr sollt bei jeder Gelegenheit diese Grundsätze hoher Moralität als Maaßregel für Euer Verhalten betrachten. Durch Euere Waffen, durch Euer Beispiel werdet Ihr die Würde der Völker achten lehren. Dieselbe wird aber durch Ausschweifung nicht weniger verletzt, als durch Despotismus. Italien wird Euch auf diese Weise das verdanken, was Frankreich für sich zu erobern wußte: nämlich Ordnung in der Freiheit.“ Der Obergeneral: (gez.) Oudinot de Reggio.

Die Predigten Proudhons über den gesetzlichen Widerstand tragen mit jedem Abend bedenklichere Früchte. Gestern Abend ist bereits Blut geflossen und mehrere starke Verletzungen haben stattgefunden. An drei Orten wurden die Polizeikommissarien abgewiesen und deshalb die Säle mit Gewalt geleert. Diese drei Orte heißen: Rue Martel (Fraternitätssaal), Rue de Lamartine (Concertsaal) und Rue de Montesqueux. Die demokratischen Wahlausschüsse scheinen entschlossen, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben. Um 10 Uhr Abends jagten drei Bataillone im Sturmschritt über die Boulevards der Portes St. Denis zu, um die Gruppen zu vertreiben, die sich nach Räumung des Fraternitätssaales gebildet hatten. In der Rue de Lamartine setzte es nur polizeiliche Rippen- u. Kolbenstöße ab und vor dem Montesquieuxsaale waren wir Augenzeuge, daß ein ehrsamer wohlbeleibter Handelsherr noch nach Schließung des Saales in das Gefängniß abgeführt wurde, weil er trotz dem Verbote der neuen Stadtsergenten auf der Straße stationiren wollte. Diese Wahlkonflikte werden mit jedem Tage ernster.

Mehrere Morgenblätter melden hinlecher, daß eine englische französische Collektiv-Note nach Wien abgegangen, um Hr. v. Schwarzenberg zu ersuchen, dem Marschall Radetzki mehr Milde gegen Piemont zu befehlen.

Vor dem Justizpalaste ereignete sich heute Vormittag eine merkwürdige, höchst bezeichnende Scene. Der Henker schlug nämlich die Namen der im Maiprozesse per contumaciam Verurtheilten an den Pranger. . . . Das Volk betrachtete stumm dieses finstere Machwerk einer mittelalterlichen Vorzeit und hört, hört: stellte Blumentöpfe auf den Pranger. Selbst unter der Julimonarchie hatte man in politischen Prozessen diesen Gebrauch nicht beobachtet, der allerdings gesetzlich ausgesprochen ist.

Italienische Staaten.

Rom, 19. April. Alle regulären Truppen, die Kompagnien von Ventura und die Freikorps sind von der Südgränze nach Rom zurückgerufen worden, blos die Legion Garibaldi's steht noch bei Rieti. Dieß giebt zu doppelter Vermuthung Anlaß. Die einen sehen darin, daß man sichere Nachrichten habe, es werde keine Intervention stattfinden, andere, die Triumvirn hätten unter guten Bedingungen für ihre Personen Hrn. Mercier's (des französischen Bevollmächtigten) Rath nachgegeben und so dem Einrücken fremder Truppen die Wege geöffnet. Das Korps der Karabinieri bereitet sich zu einer reaktionären Bewegung vor, sie tragen schon alle die päpstliche Kokarde in der Tasche, einige sogar steckten sie auf und Dienstag Abend sangen mehrere im Dominikanerkloster stationirte Kompagnien die Piushymne. Der Mangel an Geld und Kredit zehrt am Lebensmark der Republik. Die neulich von der Bank entlehnten 200,000 Skudi sind bereits ausgegeben. Die Zwangsanleihe kommt nicht zu Stande, die reichsten Leute, wie der Fürst Alexander Torlania, erklären sich außer Stand, selbst die erste Rate zu bezahlen, ebenso alle Stiftungen. Daher hat man bis jetzt anstatt der veranschlagten 400,000 nur 80,000 Skudi aufgetrieben. Glauben Sie mir, der Bankerott der republikanischen Regierung ist vor der Thüre. — General Avenzzana ist eben zum Kriegsminister ernannt worden. Bei Ancona ward am 16 ein Geschwader von sieben größeren Schiffen auf hohem Meer erblickt. (Wahrscheinlich die zurückkehrende sardinische Flotte.) (A. A. Z.)

Oesterreichische Staaten.

Wien, 24 April. Die Aufregung der Bevölkerung am gestrigen Tage in Folge der Nachrichten aus Ungarn getreu zu schildern, um nicht zu viel oder zu wenig zu sagen, dürfte sehr schwierig seyn. — In den Straßen wogte es auf und nieder, wie an den Barrikadentagen des verflossenen Jahres. Ein Fremder würde den sich ameisenartig hin und wieder wälzenden Menschenschwarm auf Rechnung des heitern Frühlingstages zu schreiben veranlaßt gewesen seyn, doch wer nur einigermassen mit der Physiognomik der Residenz vertraut ist, dem wurde es klar, daß mächtige Hebel der Neugierde, der Hoffnung, der fieberhaften Spannung in Bewegung gesetzt sein mußten, um trotz der überall blinkenden Bajonette, trotz der Vigilanz der Sicherheitswachen, die Wiener zu einer Gattung passiven Widerstandes zu ermuntern, der sich in Zusammenrottungen an den Ecken, lautem und ungescheutem Kannegießern und tausend andern Nuancen kundgab. Ehemalige Legionärs marschierten mit kühn herausfordernden Blicken im Paradeschritt, zu vier und fünfen in der Reihe vor den Wachen vorbei, einstige Nationalgarden schüttelten sich wie fragend: „na geht's bald los?“ die Hände, während die „Ruhigen um jeden Preis“ verzagt und ängstlich an den Häuserreihen hinschlichen, als stände Kossuth vor den Thoren Wien's — Die „Gutgesinnten“ haben ein böses Gewissen; das zeigte sich gestern klar und deutlich; aber auch die

bornirten Kraftgenies sind um kein Haar besser, sonst könnten sie nicht so kopflos seyn und jetzt, wo ihre Zeit noch nicht da ist, in Gast und Kaffehäusern dem Kossuth Eljens ausbringen. „Ich wart' auf meine Zeit, und sie wird kommen" sagt Percival zur Königin. — Heute scheint sich die Aufregung etwas gelegt zu haben, mindestens ist das Getrampel und Gesumse in den Straßen nicht so vernehmlich wie gestern.

Was ich als Gerüchte in meinem letzten Briefe mittheilte, bestätigt sich, wie aus dem Bulletin der heutigen Wiener Zeitung leicht zwischen den Zeilen herauszulesen ist. Ein zweites wird heute zuversichtlich erwartet, kam aber bis nun noch nicht zu Tage; wahrscheinlich wird es erst zurechtgestutzt, geschniegelt und gebiegelt, damit es die Hoffnungen der „frechen Buben" nicht zu stark anrege, und die Angst der gutgesinnten braven Kinder im schwarzgelben Wämschen nicht zu sehr aufstachle. So ein Bulletin muß den Erfindern viele Schweißtropfen auspressen. — Eine Minister-Kreisis ist unvermeidlich, Schwarzenberg muß dem Windischgrätz auf dem Fuße folgen, die öffentliche Meinung muß ihre Opfer haben. (N. O. Z.)

Sprech-Saal.

Hallerwiese.

Es ist gewiß nicht uninteressant, über einen den Nürnbergern sehr beliebten Belustigungsort, die Hallerwiese, einige geschichtliche Bemerkungen zu erhalten. — Dieser Platz, den bereits 1434 der Rath von einer gebornen Hallerin, die ihm und dem nahen Thore den Name gab, kaufte, war schon 1443 von Paul Borchel mit Linden bepflanzt worden, deren Annehmlichkeit von dem im Jahre 1487 vom Kaiser Friedrich zum Dichter gekrönten Nürnberger, Konrad Celtes besungen wurde. — Jedoch schon am 4. Juni 1552 wurden diese Linden im Kriege mit Markgraf Albrecht dem Jüngern abgehauen. — Erst 1557 wurden wieder Bäume gepflanzt und Springbrunnen und Schießstätte in Stand gerichtet; im langen Frieden wuchs mit jedem Jahre die Lieblichkeit dieses Orts, welche in der poetischen Weise seiner Zeit der Dichter Martin Sebald in lateinischen Hexametern beschreibt und als irdisches Paradies hochrühmt. Zwei doppelte Reihen Linden gaben erquickenden Schatten, drei Springbrunnen, die aus je einer Röhre ganz frisches Wasser ausgossen, trugen wesentlich zur Annehmlichkiet dieses Ortes bei. Daher zog denn auch an Sonn- u. Feiertagen, nach beendigtem Gottesdienst Alles hinaus auf die Hallerwiese. Die einen schossen mit der Armbrust, oder auch mit der Büchse; andere fochten mit dem Schwerte, wieder andere machten Musik, spielten die Laute und sangen, während es auch an Tanzenden nicht fehlte; die Jugend spielte Federball und Kräusel — die übrigen Besucher des Orts erfreuten sich am Zuschauen.

In ihrem schönsten Glanze zeigt sich die Hallerwiese, wenn sie zum Schauplatze eines jener großen Legion und wahrhaften Volksfeste diente, die aus dem Sinne der Wahrhaftigkeit, der alle Stände durchdrang, hervorgingen. Auf ihr nämlich wurden von Zeit zu Zeit große Schützenfeste veranstaltet, zu welchen Jedermann gegen Erlegung der Gebühr Zutritt hatte; sie waren in der Regel Stahl- oder Armbrustschießen. Ein Stahlschießen dieser Art war 1560 im Bartholomäi (24. August), bei welchem das in 20 Gulden bestehende Liste ein hiesiger Bürger, Wendel. Stettner gewann, ein gleiches war im Jahr 1561 in welchem ein Rothschmied, Bernhard Henla, den ersten Preis von 50 Thalern davon trug. Eines der bedeutensten war das große Stadtschießen von 1579; Einladungen dazu ergingen vom Rathe der Stadt an alle auswärtigen Schützen, der Rath gab 100 Goldgulden dazu her. Die Hallerwiese wurde schön und freundlich zugerichtet. Zwischen den lustig springenden Brunnen waren einundzwanzig schöne Zelte jedes mit seinem Zubehör, je nachdem es für Schießen, Essen, Trinken, Spielen bestimmt war. — Alle Schranken, auf der Wiese wurden weiß und roth angestrichen. Kaiserliche, fürstliche und städtische Wappen waren überall angebracht. Für Speise und Trank war allenthalben auf's Beste gesorgt; Freude und Heiterkeit herrschten, so lange das Fest dauerte. Das Schießen selbst währte vom 25. bis 30. Juli, der beste Schütz war ein Augsburger Bürger, der zweite ein Nürnberger Bolzmacher, Hans Keller (oder Köhler) Ein festlicher Zug beendete das Ganze. — Die Hochwasser von 1848 und 1849 haben vielen Schaden auf der Hallerwiese angerichtet. Jetzt ist solche wieder freundlich hergestellt und wird wie früher von Alt und Jung häufig besucht. — Nur wäre zu wünschen, daß man den Anpflanzungen auch die nöthige Schonung gönnen möchte, aber dem ist leider nicht so. —

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Bitte.

Die Mitglieder der Linken und des linken Centrums der bayerischen Kammer der Abgeordneten werden dringend ersucht, sich zur Besprechung über die deutschen und bayerischen Angelegenheiten am

Mittwoch, den 2. May, Mittags 1 Uhr

im Bamberger Hof in Nürnberg einzufinden.

Bamberg, am 27. April 1849.

Ignatz Proell. Ultsch. Morgenstern.

Volks-Verein.

Dienstag den 1. Mai, Abends 8 Uhr, Versammlung im goldenen Adler.

Montag den 30. April, Abends 8½ Uhr Ausschußsitzung im Jammerthal.

Widerruf.

Eingetretener Hindernisse wegen kann die auf den 2. Mai Lit. S. Nro. 594 angekündigte Auktion nicht an denselben Tage, sondern Tags zuvor, Dienstag den 1. Mai abgehalten werden, Vormittags 9 Uhr anfangend.

(Gesuch.) Es werden 400 fl. gegen hypothekarische Versicherung sogleich zu entnehmen gesucht.

Lehrlings-Gesuch.

Einen jungen Menschen, der zur Erlernung der Kunstgärtnerei Lust hat, kann eine unter billigen Bedingnissen freie Lehrlingsstelle dahier nachgewiesen werden, durch H. A. Gaetz. S. 771.

Verkaufs-Anzeige.

Eine Partie leere 1½ Etn. Kisten und Fässer, und 10 Stück rohe Ochsenhäute sind billig zu verkaufen in L. Nro 334.

(Zu vermiethen.) In einer der lebhaftesten Straßen hiesiger Stadt Lorenzer Seite, ist eine helle geräumige Wohnung im 1. Stock, bestehend in 6 heizbaren Zimmern, nebst Kammern, Küche, Wasch-Gelegenheit, Pferde-Stallung, Keller und anderen Bequemlichkeiten baldthunlichst zu vermiethen. Näheres hierüber in der Exped. d. Bl.

(Zu verkaufen.) 2 große Hausthüren, beschlagene Meß-Kisten und 1 Partie gebrauchte Stricke sind zu verkaufen.

(Zu verkaufen) Ein Char à banc, und 2 6jährige braune Wagenpferde sind zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl.

Kauf- oder Pacht-Gesuch.

Eine in der Nähe des Bahnhofes vor dem Frauenthor gelegene Wein-, Bier- oder Gastwirthschaft wird zu pachten oder zu kaufen gesucht, durch Commissionär H. A. Gaetz. S. 771.

(Verlaufen.) Vergangenen Freitag Nachmittag hat sich ein schwarzer Metzgershund, mit gestutzter Ruthe und neuem Beißkorb verlaufen. Wer denselben in Verwahrung hat, oder darüber Auskunft geben kann, erhält eine gute Belohnung in L. Nro. 463.

Montagsblatt

zur Mittelfränkischen Zeitung.

№ 17. Nürnberg, 30. April. 1849.

Die Langeweile, der Spleen und die Seekrankheit.

(Fortsetzung.)

Da es nun wirklich in England noch ein altes Gesetz gibt — more honoured in the breach, than the observance — wonach jeder Fremdenbesuch im Parlamente und deswegen auch jede Veröffentlichung der Debatten untersagt ist, so mußte der Sprecher dem Aufruf des Irländers gehorchen, und im Nu wurden dann jedesmal die Gallerieen der Fremden und der Berichterstatter geräumt. Schrecklich war dies für die ehrenwerthen Mitglieder, denn nichts von allen ihren schönen Reden drang jetzt mehr in die Oeffentlichkeit, und da O'Connell eine Woche lang bei seiner Maßregel beharrte, so stellte sich bald eine solche Lauheit und eine solche Schlafsucht ein, daß man das Parlament zuletzt gar nicht mehr wiederkannte. Es schien, als ob alle Energie versiecht wäre, und ich bin der Meinung, daß die damalige Zeit die interessanteste war, welche die Langeweile je erlebt hat.

Dan ist nun längst todt und vergessen, aber er hat uns ein köstliches Kleinod hinterlassen in seinem Sohn John! Ja, wenn Tristram Shandy meinte, daß er nur deswegen ein so lustiger und humoristischer Bursche sey, weil ihn sein Vater in dem Momente zeugte, wo ihm mit Schrecken einfiel, daß er das monatliche Geschäft des Aufziehens seiner großen Hausuhr vergaß, so sollte man von Hrn. John O'Connell, wenn er nicht gar zu alt wäre, fast vermuthen, daß ihn sein Vater in jener Periode zu Stande brachte, wo das brittische Parlament so traurig aussah, als litte es an den sieben ägyptischen Plagen. Stellen Sie sich in diesem John O'Conell, der unglücklicher Weise weder den Verstand noch die Rente seines Vaters geerbt hat, einen Mann vor, von dem man nicht weiß, ob er mehr einem Frage- als einem Ausrufungszeichen gleicht. Zackig und winkelig sind alle seine Bewegungen; platt ist seine Nase und platt sein Schädel. Wie ein Pilz aus dem Sumpfe schießt er empor von seiner Bank, und mit der Stimme eines Frosches hebt er jetzt stotternd an zu sprechen, von dem Elende seiner Landsleute, von dem „Edelstein der See", von der „schönsten Insel der Welt."

Was man einst von einem Riesen vertragen hörte, man vernimmt es jetzt aus dem Munde eines Krüppels. Nach und nach verlassen die Mitglieder des Hauses ihre Sitze; die, welche sitzen bleiben, rücken zu traulicher Konversation näher an einander und selbst der Sprecher neigt sein Haupt auf die Schulter, um irgend einem alten Bekannten zu lauschen, der die Dauer der John O'Conell'schen Rede durch die Erzählung eines Spasses zu betrügen weiß.

Wie ein Betrunkener sich mit seinen Beinen in einem Bunde Stroh verwickelt, so verwickelt sich der Redner in dem Stroh seines Vortrags. Je mehr er in das Herz seiner Litanei vordringt, desto mehr vergißt er, daß alle Mitglieder des Hauses längst aufgehört haben, ihm zuzuhören, daß Lord John seine Papiere durchsieht, daß Sir George Grey mit einigen Nachbarn die heitersten Witze reißt, daß Sir James Graham sinnend seine kahle Glatze reibt und daß die Nase des alten Hume längst hinabgesunken ist in die weiße Hemdkrause. — Unaufhaltsam ist aber der holprige Fluß der O'Connell'schen Beredtsamkeit; er zerbricht die Worte mit seiner Zunge wie man Pfeifenstiele zerbricht mit den Fingern, und wenn er jetzt mit seinen Fäusten auf die Lehne der Bank schlägt, wie mit zwei Hämmern auf den Ambos, und wenn ihm der Angstschweiß auf die Stirn tritt, und wenn er mit röchelnder Stimme jetzt zum Schlusse erklärt, daß er auf der Flur des Hauses sterben werde, wenn diese oder jene Maßregel gegen Irland passire, und wenn er nun erschöpft zusammen sinkt; da erwachen mit einem Male alle ehrenwerthen Mitglieder aus ihrer Lethargie, und rufen ein ironisches: Hört! Hört! und lachen aus vollem Halse, weil Herr O'Connell schon sechs Mal versprochen hat, auf der Flur des Hauses sterben zu wollen, und noch immer nicht gestorben ist — und mit Schrecken sieht man, daß ein egoistischer Gauner, aber ein vortrefflicher Redner, das arme Irland vielleicht noch besser vertheidigte, als ein ehrlicher Mensch, aber als ein parlamentarischer Tropf.

O, diese irischen Debatten sind ein wahres Gaudium für mich — vollendete die Göttin der Langenweile, und nur dann erhalten sie plötzlich eine andre Wendung, wenn der große Polterer in ihnen auftritt: der Chartist Feargus O'Connor.

Langsam und feierlich erhebt der „Sprecher" seine Hand und zu vornehmem Gruße neigt er kaum bemerkbar sein Haupt.

„Mr. Feargus O'Connor! ruft er dann im tiefsten Tone, indem er hinüberblickt nach der ersten Oppositionsbank, und sofort erhebt sich der Chef der Chartisten, merkwürdigerweise gerade zwischen Sir Robert Peel und Sir James Graham.

O'Connor ist ein stattlicher Mann. Auf wohlgebildeten und gekrümmten Schenkeln und Lenden erhebt sich ein breitschultriger, brustgewölbter Oberkörper, der einen mehr interessanten als schönen Kopf mit breiter, nach oben stehender Stirn trägt. O'Connor's Haare sind röthlich, seine Augen

schieden auftrat, um die Agitation in einer der O'Connor'schen Rente vortheilhaften Weise zu befördern, da schob er ihn leise bei Seite und sandte ihn hinüber nach England, wo nach Henry Hunts Tode ein tüchtiger Agitator unter den Arbeitern immer nöthiger geworden war. O'Connor begriff den Zusammenhang seiner Sendung erst später, und hat sein Beiseite-Schieben dem alten Dan nie vergessen können.

Einmal in England angekommen, warf sich der „wilde Feargus" mit aller Energie in die Bewegung der arbeitenden Klasse, und imponirte sofort, durch seine große Courage, durch seine namenlose Thätigkeit, vor allen Dingen aber durch seine vollkommene Rechtlichkeit, die freilich vielfach angefochten ist, von der aber das gänzliche Verschulden der O'Connor'schen Besitzungen in Irland den besten Beweis liefert. Ihn unterstützte bei seiner Agitation der eigenthümliche Reiz, der über dem Namen der O'Connor's liegt. Denn seinen Stammbaum leitet O'Connor zurück bis zu den fernsten, halbverschollenen Königen des grünen Erin. Verwachsen ist der Name seines Hauses mit allen blutigen Ereignissen jener unglücklichen Insel; durch das Tosen einer jeden Revolte klingt der Ruf eines O'Connor's. Vergangenheit und Gegenwart berühren sich in diesem Manne. Er erschien wie ein vom Thron gestürzter König, der als kecker Proletarier wieder auferstand, ohne Reue um das Geschiedene, mit allen Fasern seines Lebens wurzelnd in der Gegenwart und mit der Riesenfaust donnernd an die Pforte der Zukunft, daß sie weit dem Volke sich erschließe und nur dem Volke. War es ein Wunder, daß er bald als Chef der englischen Chartisten da stand?

Ja, das Volk liebte O'Connor. In seinem O'Connor sah das Volk sich selbst.

Abwechselnd himmlisch weise und niederträchtig dumm; tragisch ernst und bis zum Entzücken ergötzlich — naiv und sentimental in einem Athem; manchmal fein und gewandt wie ein Franzose und plötzlich wieder grob und plump, gleich einem Shakspeare'schen Stallknecht; zutraulich schmeichelnd wie ein kleines Mädchen und wieder stolz und despotisch wie ein römischer Imperator; von Liebe lispelnd wie Hafis und in barbarischen Derbheiten sich ergehend trotz Meister Franz Rabelais, großmüthig wie ein Leu, aber auch grausam wie ein Tiger; eben so enthusiastisch für das einmal Begriffene, als widerspenstig gegen das Unverstandene; launig-poetisch und leichtsinnig in der Liebe und dem Wein, wie der ächte Irländer; plötzlich wieder ökonomisch und wirthschaftlich [illegible]

[illegible] etwa fünftausend Arbeitern. Rings herrschte eine unheimliche Stille. Wie einem Gewitter sah man dem Erscheinen O'Connors ernst und bang entgegen.

Da entstand plötzlich vor der Thür ein wilder Spektakel; im Vordergrunde des Saales wogte es toll durcheinander; die Leute drehten sich rechts und links, man bekam Rippenstöße in Menge, und unwillkürlich wurde man nach der Richtung fortgezogen, von der der Lärm ausgegangen war. O'Connor hatte die Schwelle des Saales betreten. Von mehreren Freunden begleitet, brach er sich Bahn durch die Menge; Vielen die Hände schüttelnd, Manche beim Namen rufend, Alle herzlich grüßend, wie ein heimkehrender Vater seine Kinder bewillkommt und lachend und scherzend immer vorwärts dringend bis zum Fuß der Tribüne. „There he is! there he is!" klang es von allen Lippen und wie im Triumphe hoben ihn die Arme seiner Getreuen auf die Höhe der Platform. Mit einer Stimme, die im Laufe des ersten Theiles der Rede mehr oder weniger ihren ersten Ton beibehielt und durch Einförmigkeit gewissermaßen jedes Wort in das Gedächtniß der Zuhörer eingraben zu wollen schien, begann O'Connor seine Rede. Ich weiß nicht mehr alle Details derselben; nur so viel ist mir erinnerlich, daß einem halbstündigen, aufmerksamen Zuhören, allmählig eine sichtbare Bewegung der ganzen Masse folgte. O'Connor hatte über dieses und jenes Bericht abgestattet, dann folgte die Argumentation, jetzt rückte er in das Herz seines Gegenstandes vor.

Schon mehrere Male hatte er hörbar das Brett der Tribüne mit der Rechten geschlagen, schon mehrere Male zorniger mit dem Fuße gestampft und wilder das Haupt geschüttelt — er schickte sich an, den Angriff auf seine Feinde zu machen. Die Versammlung merkte dies und ermunterte ihn durch lauteren Beifall: es war, als hätte man einen Stier mit rothem Tuche gehetzt. Da hatte der Riese seinen Gegner gepackt! Die Stimme bekam einen volleren Klang, die Sätze wurden kürzer; stoßweise drangen sie aus der kochenden Brust, die Faust trommelte wilder auf den Rand der Tribüne, das Gesicht des Redners wurde feuerroth, seine Glieder zitterten, der Katarakt seines Zornes hatte das letzte Wehr überfluthet und donnerte nun die Woge der Beredtsamkeit, Alles vor sich niederwerfend, Alles zerkrachend und zersplitternd und ich glaube, der Mann hätte sich todt gesprochen,

Saales durch einige Jager[illegible]
[illegible]

(Sch[illegible]

Der R[illegible]

Eine Geschichte aus dem [illegible]

Am Morgen eines [illegible]
saß der bejahrte Reichsgra[illegible]
gemache seines mittelalterl[illegible]
lich gelegenen Schlosses, [illegible]
der Brennholzröhre der [illegible]
fliche Drinnen im Kam[illegible]
verbreitete eine angeneh[illegible]
Raume der Stube. Vor [illegible]
welchem der alte Herr [illegible]
lenen Decke der langjähri[illegible]
Gefahr, in behaglicher [illegible]
Jagdscenen bedeckten die [illegible]
hende Hirsche, die erschöpf[illegible]
Hunden zerfleischte Rehe, [illegible]
die lichten Waldstellen [illegible]
Speere und Hirschfänger [illegible]
Knäuel der Parforcejagten [illegible]
großen Glasschranke hing[illegible]
länger, und an der and[illegible]
kostbare Pfeifensammlung [illegible]
einen Waidmann als ei[illegible]
werk waren aber unstrei[illegible]
die hier und da die vor [illegible]
denen Tapeten bedeckten [illegible]
den übrigen plumpen [illegible]
zwischen dieser Bilder, bei[illegible]
samkeit schenken, so ge[illegible]
von Kunst; wenn der [illegible]
sondern deßwegen, weil [illegible]
gegenwärtigen, in denen [illegible]
befunden. Auf dem ein[illegible]
sich ohne Zweifel etwas [illegible]

Wangen; mehr als einmal brachen sie in den unendlichsten Jubel aus. Auf den Gesichtern der Männer las man, was in ihrem Herzen vorging. — die Stimmung des Redners lebte in einem Jeden. Die Irländer, die bei dem Meeting zugegen waren, kannten für ihren Enthusiasmus, wie gewöhnlich, keine Gränzen, sie drängten sich mehrere Male durch die dichtesten Haufen, sprangen an der Tribüne hinauf und drückten O'Connors Hände. Mehrere Subjekte, die man als Unruhstifter und Spione erkannte, ergriff man und warf sie über die Köpfe der Versammlung von einer Hand zur andern, durch die ganze Länge des Saales, absichtliche Stöße den unwillkührlichen hinzufügend, und an der Thüre des Saales durch einige Fußtritte ihre schnelle Abreise sehr befördernd.

(Schluß folgt.)

Der Reichsgraf.

Eine Geschichte aus dem vorigen Jahrhundert, von G. Kant.

I.

Am Morgen eines naßkalten Märztages im Jahr 1733 saß der bejahrte Reichsgraf von Hohenau in einem Thurmgemache seines mittelalterlichen, am äußersten Ende eines Städtleins gelegenen Schlosses, und dampfte mächtige Wolken aus der Bernsteinröhre der schwer mit Silber beschlagenen Tabakspfeife. Drinnen im Kamine loderte ein lustiges Feuer und verbreitete eine angenehme Wärme in dem nicht gar großen Raume der Stube. Vor dem gepolsterten Lehnstuhle, in welchem der alte Herr Platz genommen, lag auf einer wollenen Decke der langjährige Jagdgefährte desselben, der treue Hektor, in behaglicher Ruhe und schnarchte. Tapeten mit Jagdscenen bedeckten die Wände. Es waren da zu sehen schweißende Hirsche, die erschöpft in die Knie sanken, gräßlich von Hunden zerfleischte Rehe, Sauen und Eber, gleich Furien über die lichten Waldstellen tobend und geraden Weges in die Speere und Hirschfänger der Jäger rennend, — kurz, alle Gräuel der Parforcejagden waren hier versinnlicht. In einem großen Glasschranke hingen eine Menge Gewehre und Hirschfänger, und an der andern Seite des Gemaches prangte eine kostbare Pfeifensammlung. Die größte Zierde dieses mehr einen Waidmann als einen Reichsgrafen verkündenden Zimmers waren aber unstreitig einige Gemälde in Goldrahmen, die hier und da die vor Alter und Tabaksdampf grau gewordenen Tapeten bedeckten und einen sonderbaren Kontrast mit den übrigen plumpen Geräthschaften bildeten. Wenn wir zweien dieser Bilder, beide in Oel, unsere besondere Aufmerksamkeit schenken, so geschieht dies nicht wegen der Feinheit und Kunst, womit der Pinsel des Malers sie ausgeführt, sondern deßwegen, weil dieselben gefährliche Situationen vergegenwärtigen, in denen sich einst der Bewohner dieser Stube befunden. Auf dem einen Tableau war ein Reitertrupp, der sich ohne Zweifel etwas zu weit vorgewagt, von einem überlegenen Geschwader angegriffen und geworfen worden. Ein Offizier befindet sich augenscheinlich in der größten Gefahr. Bedrängt von allen Seiten parirt nur noch schwach die ihm geltenden, und einer der Feinde hebt eben den Säbel, um der Sache ein Ende zu machen; da bricht ein einzelner Dragoner, gefolgt von mehreren andern, hervor und reißt den schon sinkenden Offizier am Kragen zurück und schwingt die schwere Klinge schützend über des Geretteten Haupt. Das andere Gemälde zeigt eine düstere Waldgegend, und im Hintergrunde einen kahlen Felsen. Das einsame Schauerliche dieses Bezirks ward noch erhöht durch ein dunkles Sumpfwasser, der Aufenthalt von Fröschen und Molchen, durch eine große Anzahl von Krähen und Raben, die auf den dürren Aesten tausendjähriger Eichen sitzen, vor Allem aber durch eine blutige That, die hier verübt werden sollte und theilweise schon verübt war. Zwei Reiter in Jägertracht sind unvermuthet von Gaunern — der gelbbraunen Gesichtsfarbe nach zu urtheilen, von Zigeunern — überfallen worden. Einer der Angegriffenen liegt bereits blutend am Boden und hält die Hand auf eine Brustwunde. Der Andere, gleichfalls vom Pferde geworfen, vertheidigt sich noch verzweifelnd mit einem Hirschfänger, als einer seiner Gegner von einer Kugel durchbohrt, wankt, ein Rudel Hunde aus dem Dickicht hervorstürzt, und ein rüstiger Waidmann, eben das tödtliche Geschoß absetzend und den Hirschfänger ergreifend, zum Vorschein kommt.

Der Reichsgraf, fast ganz in bläuliche Dampfwolken eingehüllt, war ein würdiger Repräsentant jener deutschen Männer, wie sie uns in Friedrich Wilhelm I. und überhaupt in den Mitgliedern des bekannten Tabakkollegiums entgegentreten. Kräftig von Gestalt, selbst in seinem jetzigen hohen Alter noch, war er, wie der preussische König, ein Feind der französischen Sprache und Sitte und verspottete, gleich diesem, die Gelehrten und die Wissenschaften, und er hätte sicherlich keinen Anstand genommen, den schlafenden Hund zu seinen Füssen zum Präsidenten irgend einer Societät zu machen. Bei all' dieser Derbheit, bei all' dem Despotismus, den er von Zeit zu Zeit entfaltete, war er doch in mancher Beziehung äußerst gerecht und nahm sich seiner Unterthanen mit wahrhaft väterlicher Milde an. Wehe dem Beamten, der sich willkührliche Bedrückungen erlaubte! Kassation war die geringste Strafe. Schon in seiner frühesten Jugend hatte er mit Auszeichnung in der kaiserlichen Armee gegen die Franzosen gefochten und seitdem er die Regierung seines kleinen Gebietes angetreten, hatte er seine Waffen mit eben solchem Ruhme gegen die Thiere des Waldes gekehrt, und damals hausten in jenem Theile Deutschlandes noch Wölfe, und nicht selten auch Bären.

Seine Gemahlin, die er aufrichtig und treu geliebt, war schon vor zwölf Jahren in die stille Gruft getragen worden. Er hatte ihr von Herzen getrauert; denn sie war ihm eine theuere Lebensgefährtin gewesen, und hatte ihn mit zwei Söhnen beschenkt. Der älteste, der Erbgraf Friedrich, war gestern Abend von einer Reise zurückgekommen, nachdem er sich fast ein ganzes Jahr in Paris aufgehalten. Der alte Reichsgraf hatte den Heimgekehrten zu seinem Leidwesen in Sprache und Sitten sehr verändert gefunden, und was am meisten sein Mißfallen erregte, war der Umstand, daß „Fritz" auch noch einen spindelbeinigen Franzosen mit über den Rhein gebracht. Das war für den Geistesverwandten des alten Dessauers eine schwere Geduldsprobe, und es war ihm immer noch eine zweifelhafte Sache, ob er nicht durch irgend einen Zufall später genöthigt wäre, den Fremdling mit der Hundspeitsche aus dem Schlosse zu treiben.

Was den jüngeren Sohn des Reichsgrafen anbelangt, so stand derselbe als Offizier bei der kaiserlichen Armee in Ungarn.

Der greise Herr blieb still und nachdenkend im Lehnstuhl

hen, bis der Meerschaumkopf der Pfeife die letzten Dampfwolken gespendet, dann erhob er sich langsam, griff nach einer seidenen Schnur und begann zu schellen. Ein Diener, dessen Aeußeres zweifelhaft ließ, ob man einen Soldaten oder Jäger vor sich habe, erschien sogleich, salutirte militärisch mit der Hand und blieb schweigend und kerzengerade vor seinem Gebieter stehen.

„Konrad!“ befahl der Reichsgraf mit rauher, schnarrender Stimme, „reinige Er diese leere Pfeife, und häng' Er sie wieder an ihren bestimmten Platz — stopf' Er mir zuvor aber den rothen Türkenkopf — hab's lang noch nicht geraucht, dieses schöne Stück. Sollst Dich nicht beklagen, guter Onkel, daß ich Dein Angedenken nicht estimiret. Ja, Du warst ein tapferer Haudegen, möcht' Dich einmal gesehen haben, wie Du bei Zentha an der Spitze Deiner Küraßiere die beturbanten Halunken zusammenhiebst — 's gibt aber noch größere Halunken, als die Türken, und das sind die Franzosen!“

Während der Reichsgraf die letzten Worte in den Bart brummte, hatte der Diener bereits die Pfeife gefüllt, einen Fidibus zur Hand genommen, und bald umhüllte wieder eine bläuliche Wolke das graue Haupt des alten Herrn. Er war an eines der Fenster getreten und schaute düster hinaus in die unfreundliche Natur. Unten dicht am Fenster befand sich ein großer Teich, auf welchem einige Dutzend Gänse und Enten schwammen. Auch traf der Blick auf Wiesen und Felder und auf einen weiten Wald, der sich in unabsehbarer Ausdehnung nach allen Seiten in die Ferne hinzog. Dieser Forst war das eigentliche Element des leidenschaftlichen Jägers. Seit dreißig Jahren hatte er ihn fast jeden Tag besucht — er hatte ihn bei Frost und Hitze nach allen Himmelsgegenden durchstreift — er hatte darinnen manchen Eber geschossen und manchen Edelhirsch erlegt — und heute — heute war's schlechtes Wetter.

Der Reichsgraf hätte rasend werden mögen bei dem Gedanken, einen ganzen langen Tag in den finsteren Räumen des Schlosses zubringen zu müssen. Darum verdüsterte sich seine Miene, als er den dunkelgrauen Himmel erblickte, von welchem ununterbrochen ein feiner, kalter Regen herabströmte. Aergerlich trat er vom Fenster zurück, und wollte eben wieder seinen früheren Platz einnehmen, als der Bediente, welcher zwischen Jäger und Soldat die Mitte hielt, herein kam und fragte, ob es Sr. Erlaucht genehm wäre, wenn der Herr Erbgraf den Marquis de la Tour vorzustellen sich die Freiheit nähme.

„Er mag ihn dem Satan in der Hölle“ — — fuhr der Reichsgraf wild heraus. Nach einer kleinen Pause sagte er aber etwas besänftigt: „Konrad! sag' Er an, wie sieht der Franzose bei Tage aus, und was hält Er von ihm?“

„Eure Erlaucht halten zu Gnaden,“ versetzte der Bediente zögernd, „kann den Mann nicht beurtheilen. Das aber kann ich sagen, daß seit lange ein solch' Menschenkind hier nicht gesehen ward.“

„Wie so?“ fragte Konrad's Gebieter sonderbar lächelnd.

„Hm!“ lautete die Antwort. „Der Marquis ist schmal und biegsam wie eine Weidengerte und hat eine schreckliche Perrücke auf dem Kopfe. Sein Gesicht ist etwas ledergelb, die Nase wie ein Pulverhorn, und der ganze Kerl gefällt mir nicht. Eure Erlaucht halten zu Gnaden!“

„Freut mich, daß er Ihm nicht gefällt,“ erwiederte der Reichsgraf. „Ich wäre zu sprechen, meld' Er.“

Der Bediente ging, und wenige Augenblicke hierauf erschienen die Angemeldeten. Der junge Erbgraf Friedrich trat zuerst ein. Er war ein schöner, schlanker Mann, trug sein eigenes Haar, und er that recht daran; denn die dunkelbraunen Locken standen ihm allerliebst. Sein ganzes Auftreten würde einen höchst vortheilhaften Eindruck hervorgebracht haben, wenn nicht eine auffallende Bemühung an ihm wahrzunehmen gewesen wäre, seine Deutschheit durch französisches Flittergold zu verdecken, ein Umstand, der Niemanden unangenehmer berührte, als den alten Reichsgrafen. Was den Franzosen anbelangt, so hatte Konrad mit wenig Worten sein Aeußeres ganz gut geschildert. Der Marquis war einer jener verlebten Lebemänner, welche die Gottheit aus ihrem Inneren wegphilosophirt, und in deren Herzen sich ein grinzendes Ungethüm mit vielen Köpfen, eben so viel Laster repräsentirend, eingenistet hatte. Höchstens dreißig Jahre alt, glich er einem übel konservirten Fünfziger. Um seine äussere Person angenehm zu machen, bediente er sich der Schminke und des Lavendelwassers. Die Waden mußten ausgestopft und die Brust gepolstert werden. Nach beendigter Toilette aber, die er stets aus Gründen ganz allein besorgte, war er der geschmeidige Weltmann, der die Gottheit in die Schranken forderte, um die Damen herumschwirrte, Witzblitze schießen ließ, — kurz, Philosoph, Freigeist, Verführer, und was man alles zur selben Zeit seyn mußte, um Aufsehen in der sogenannten gebildeten Welt zu erregen, das war der Mann, welcher Hohenau in ein Duodez-Versailles umzuschaffen helfen sollte.

Der alte Hektor wurde durch die Eintretenden aus seinem süßen Schlummer geweckt, und das versetzte den treuen Kerl, der vielleicht im Traume die Spur irgend eines Wildes verfolgte, in die übelste Laune. Er erhob sich murrend von seinem Lager, und bevor noch die Empfangsceremonie zu Ende war, machte er eine sehr bedenkliche Bewegung gegen die seidenen Strümpfe des Marquis de la Tour, und gab Absichten zu erkennen, die dessen Glauben an die Unverletzlichkeit seiner Waden stark erschütterten. Obwohl sich der Reichsgraf heimlich darüber freute, daß Hektor den Franzosen nicht leiden mochte, so that es ihm doch auf der andern Seite sehr leid, daß der Hund so wenig das Gastrecht respektirte. Um die Begriffe des Thieres in dieser Beziehung aufzuhellen, nahm der reichsgräfliche Jäger eine Hetzpeitsche von der Wand, und bald verrieth ein ohrenzerreißendes Geschrei, daß die Lektion den beabsichtigten Eindruck gemacht.

(Fortsetzung folgt.)

Sinnentstellende Druckfehler.

In Nr 16 des „Montagsblattes“ vom 23. d. M. lies in dem Artikel über die Geschwornenverhandlungen (Sitzung vom 14. April) statt: „der 8 Beschädigten und der 5 Entlastungszeugen — des Beschädigten und der 8 Belastungszeugen.“ Ferner auf der letzten Seite lies statt: „dennoch den Beklagten — demnach den Beklagten“.

Druck und Verlag von Wilhelm Tümmel S. Nr 314 am Rathhaus.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 1 Mai 1849. **№ 121** **Dienstag: Walburgi.**

Beschluß

des am 29. April 1849 zu Bamberg abgehaltenen Kongresses fränkischer demokratischer Vereine.

Der in Bamberg versammelte Kongreß der fränkischen Demokraten-Vereine spricht gegen die Abgeordneten der Majorität der bayerischen Volkskammer und namentlich gegen diejenigen aus Franken die bestimmte Erwartung aus, sie werde unter dem Eindruck der neuesten bayer. Erklärung und der gegen die Volksvertreter in ganz Deutschland ergriffenen Gewaltmaßregeln sich sofort einstweilen in Nürnberg konstituiren, öffentlich über das, was jetzt zum Schutz der deutschen Freiheit durch das Volk geschehen muß, sich berathen und sich permanent erklären, bis entweder die Reichsverfassung in Bayern unbedingt anerkannt, oder der Zusammentritt der bayer. Volkskammer in München möglich wird.

Deutsche Staaten

München, 29. April. Aus Rücksicht auf den großen Umfang des Depositenwesens bej dem Kreis- und Stadtgerichte Nürnberg, wurde bei diesem Gerichte ein eigener Depositar angestellt, und diese Stelle dem Schreiber und bisherigen II. Depositalbeamten am Kreis- und Stadtgerichte Nürnberg J. Miedling verliehen; die bei dem Kreis- und Stadtgerichte Erlangen in Erledigung gekommene Assessorsstelle dem I. Landgerichtsassessor Dr. F. Pöhlmann in Gräfenberg übertragen; der Landgerichtsarzt Dr. L. Höflich zu Gräfenberg in Oberfranken für immer in den Ruhestand versetzt. (N. M. Z.)

München, 29. April. Die Nummer 22 des Regierungsblattes enthält folgende vom Gesammtministerium unterzeichnete, vom 27. April datirte Bekanntmachung. Sr. Maj. dem Könige sind mehrere Adressen zugesendet worden, in welchen um ungesäumte Einberufung der Kammern und Anerkennung der deutschen Reichsverfassung gebeten wird. Se. Maj. haben diese Adressen an das unterzeichnete Gesammt-Staatsministerium gelangen lassen und dieses sieht sich hiedurch veranlaßt, zu erklären: 1) daß bei dem nahe bevorstehenden Zusammentritte der Kammern, welcher jedenfalls am 15. folgenden Monats stattfinden wird, keine genügenden Gründe zur Zurücknahme der Vertagungs-Entschließung vom 15. l. M. vorhanden seyen, 2) daß die Staatsregierung ihre Ansicht über die deutsche Reichsverfassung in der Erklärung vom 23. d. Mts. zu erkennen gegeben habe und hierauf um so mehr verweisen müsse, als von den Regierungen der beiden größten deutschen Staaten Erklärungen im gleichen Sinne abgegeben worden sind. (D. konst. Z.)

Augsburg, 28. April. Nach Privatbriefen soll die österreichische Regierung den Entschluß gefaßt haben, die oktroyirte Verfassung nicht auf Ungarn anzuwenden, was ein großes Zugeständniß für die Ungarn und offenbar der Anfang einer versöhnlicheren Politik gegen dieselben wäre. Damit wäre zugleich Oesterreichs Verbindung mit Deutschland in hohem Grad erleichtert. (A. Abz.)

Karlsruhe, 27. April. In der zweiten Kammer kam die deutsche Verfassungsfrage zur Sprache. Die Regierung des badischen Landes neigt sich entschieden der deutschen Sache zu.

Frankfurt, 28. April. Ein Reisender aus Mainz versichert, es wären preussische Truppen, zehntausend Mann, wie er wissen will, in Mainz eingerückt. (?) (D. Z.)

Frankfurt, 28. April. 2 Uhr Mittags. Die gefürchteten Differenzen zwischen dem Reichsverweser und dem Ministerium sind gehoben; es herrscht gegenwärtig vollkommenes Einverständniß zwischen ihnen. Die Kommissarien, welche den Regierungen der Einzelstaaten die Beschlüsse der Reichsversammlung mittheilen und deren Vollziehung erwirken sollen, sind bereits ernannt und ihre Vollmacht unterzeichnet; sie werden morgen früh abgehen. Es sind Hr. Bassermann für Berlin, Herr Mathy für München, Hr. Seebeck für Hannover, Hr. v. Watzdorf für Dresden. (D. Z.)

Frankfurt, 28. April. Das Frankfurter Journal enthält folgende Aufforderung an die Abgeordneten: Das Vaterland ist in Gefahr! Die preussischen Kammern sind aufgelöst! Bei Kreuznach werden Truppen zusammengezogen; zur Oktroyirung sind Truppen nöthig. Der vormäezliche Despotismus will den letzten Schlag führen. Frankfurt muß und wird endlich handeln! Kein Abgeordneter darf sich jetzt entfernen, jeder Abwesende möge sofort zurückkehren! Die Volksversammlungen in der Umgegend mögen sich nicht wundern, wenn unter diesen Umständen die Abgeordneten zu erscheinen verhindert seyn sollten. Frankfurt, den 27. April 1849. Raveaux. Löwe. Nauwerck. Freese. Melly. Schulz aus Weilburg. Vogt. Hehner. Eisenstuck. Claussen. Reiter.

Frankfurt, 28. April. Die von uns gemeldete Abreise des Herrn Bassermann ist bis jetzt, und wie wir Grund haben zu glauben, in Folge der von Berlin eingetroffenen telegraphischen Nachricht von der gestern erfolgten Auflösung der zweiten preussischen Kammer unterblieben. Der Eindruck, welchen diese Maßregel in den hiesigen Kreisen hervorbringt, ist ein sehr verschiedenartiger. Die Freunde des Königthums sind tief bestürzt, seine Feinde jubeln. Die Gesellschaft, die sich des Abends im englischen Hofe zu versammeln pflegt, gehört bekanntlich nicht zur äussersten Demokratie. Allein allgemein sprach sich der Gedanke aus, daß durch diese „neueste Blüthe des preussischen Konstitutionalismus," um in einem jetzt ganz gerechtfertigten Bilde des Herrn Vogt zu sprechen, die Krisis — nicht blos für die deutsche Verfassung, daß die Krisis für die Monarchie überhaupt in der gefährlichsten Weise heraufbeschworen sey. Ihr Ende aber wäre schon jetzt mit Gewißheit vorauszubestimmen: wenn das Königreich Preussen von — Schwaben bewohnt wäre. (D. Z.)

Frankfurt, 28. April. Die heutige Nummer des „Reichs-Gesetz-Blattes" publicirt die Verfassung des deutschen Reiches, mit dem Eingang: „Die deutsche verfassunggebende Nationalversammlung hat beschlossen und verkündigt als Reichsverfassung": (folgt dieselbe ohne Unterschrift des Reichsverwesers.)

☐ Der Danebrog von Christian VIII. ist beim Reichsministerium eingetroffen. Es steht zu hoffen, das die Trophäe öffentlich ausgestellt und der patriotischen und mildthätigen Gesinnung der Frankfurter Veranlassung dabei geboten wird, ein Scherflein für die verwundeten Krieger in Schleswig beizusteuern.

Hannover, 26. April. Durch eine königliche vom 25 April datirte und von den Ministern gegengezeichnete Proclamation ist die zweite Kammer der hannoverschen Ständeversammlung für aufgelöst erklärt. Wegen Berufung eines neuen Landtags bleibt das Weitere vorbehalten. Als Hauptmotiv der Vertagung gibt die Proklamation den Versuch an, während der Vertagung die Mehrheit beider Kammern zur Unterschrift einer Eingabe zu bewegen, welche dieselbe verpflichten soll, die Regierung zur Anerkennung der Reichsverfassung und des Erbkaiserthums zu nöthigen. (F. O.-Z.)

Darmstadt, 27. April. Soeben ist von den Abgeordneten Lehne, v. Steinherr, Volhard, Koch, Behlen, Frank, Cretzschmar, Heltmann, Chr. Zöppritz, Mohr, Hillebrand und Karl Zöppritz nachstehender Antrag in unserer zweiten Kammer gestellt worden: „Die Kammer wolle 1) der zweiten Kammer, dem Volke in Württemberg und insbesondere der Bürgerwehr der Residenzstadt Anerkennung und Dank aussprechen für ihre würdige feste Haltung, für ihr entschiedenes Handeln gegenüber den Angriffen auf die durch den gesetzlichen Ausdruck des souveränen Volkswillens geschaffene Reichsverfassung; 2) die Kammern und das Volk aller Einzelstaaten auffordern, unter gleichen Verhältnissen, in gleich würdiger und kräftiger Weise, die Ehre der deutschen Nation und das Palladium ihrer Freiheit zu wahren." v. Steinherr wollte alsbaldige Berathung dieses Antrags, und der Präsident wollte, da die Kammer damit übereinzustimmen schien, ihn zur Berathung aussetzen, als v. Günderode Einsprache dagegen erhob und ihn gemäß der Geschäftsordnung an einen Ausschuß verwiesen verlangte. Dieses geschah auch. Doch wird der Ausschuß bis morgen darüber berichten und alsbaldige Berathung und Beschlußnahme stattfinden. (Schw. M.)

†°† **Berlin**, 27. April Mittags. [Sitzung der II. Kammer. Am Ministertisch: das gesammte Ministerium. Ein dringender Antrag von Aldenhoven und Genossen auf Annahme eines provis. Gesetzes betr. das Verbot von Volksversammlungen während der Dauer der Sitzungsperiode wird mit 159 gegen 158 St. der Justiz-Kommission überwiesen. Es wird auf namentliche Abstimmung angetragen; bevor dieselbe vor sich geht, erhebt sich der Ministerpräsident Graf Brandenburg und verliest eine Kgl. Verordnung: § 1 Die II. Kammer wird hierdurch auf Grund Art. 49 der Verfassung aufgelöst. §. 2. Die I. Kammer wird vertagt. Das Staatsministerium ist mit Ausführung dieser Verordnung beauftragt. Präs. Grabow schließt hierauf die Sitzung. (12 Uhr.)

[Sitzung der ersten Kammer am 27. April.] Nachdem das Protokoll verlesen, theilt der Präsident v. Auerswald der Versammlung mit, daß er die Kammer in Folge einer Aufforderung des Ministerpräsidenten, der ihr eine wichtige Mittheilung machen wolle, zusammenberufen habe. Graf v. Brandenburg: Ich habe der Versammlung folgende allerhöchste Verordnung mitzutheilen: Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden rc. verordnen hiermit nach Anhörung unseres Ministerraths auf Grund Art. 46 und 47 der Verfassung was folgt: §. 1. Die zweite Kammer wird aufgelöst. — §. 2. Die erste Kammer wird vertagt. §. 3. Das Staatsministerium ist mit Ausführung dieser Verordnung beauftragt. Der Präs. schließt die Sitzung um 3 1/2 Uhr.

Das letzte Mittel, das der Krone verfassungsmäßig zusteht, ist angewandt worden. Die zweite Kammer ist aufgelöst. Es ist dies die zweite Versammlung, die dem Kabinet Brandenburg geopfert wird. — In der Stadt verbreitet sich im Augenblicke die große Neuigkeit, es ist aber keine besondere Aufregung zu spüren. — Der Akt der Auflösung ist noch zu neu, als daß sich schon im Augenblicke etwas über die Aufnahme desselben berichten ließe.

Von Hannover ist in der deutschen Angelegenheit eine Note eingetroffen, welche die Hoffnung ausspricht, daß Oesterreich noch in den deutschen Staatenbund eintreten werde, über die Oberhauptsfrage direkt äußert sich diese Note eben so wenig als eine frühere.

Ueber die Siege der Ungarn verbreiten sich die verschiedensten und widersprechendsten Gerüchte. Am motivirtesten erscheint ein Bericht welches davon spricht, daß die ungarischen wie die kaiserlichen Truppen feste Positionen eingenommen hätten und daß Unterhandlungen eingeleitet seyen.

Wie wir erfahren, ist seit einigen Tagen der Befehl gegeben, daß ein Theil der hier garnisonirenden Truppen in den Kasernen konsignirt bleiben soll.

†°† **Berlin**, 27. April. Wie durch einen elektrischen Schlag sind alle andern politischen Angelegenheiten durch die Auflösung der zweiten Kammer aus den öffentlichen Discussionen verschwunden. Man ergeht sich in den verschiedensten Combinationen und verbreitet diese dann als Nachrichten.

Die Abgeordneten der verschiedenen Fraktionen versammeln sich heut Nachmittag und heut Abend in ihren Versammlungslokalen; Grün und d'Ester sollen bereits abgereist seyn.

Die Stimmung in der Stadt ist, obwohl erregt, doch keineswegs mit der im November zu vergleichen. An der Börse, sowie überhaupt bei der wohlhabenderen Bourgeoisie hat die Auflösung keinen guten Eindruck gemacht. Gerade die im vorigen Jahre oft durch Straßenlärm in die größte Angst versetzte Bourgeoisie hoffte, daß unter dem neuen im November geschaffenen Regiment ihre Furcht schwinden werde. Aber das Ministerium Manteuffel vermochte dies nicht. Das Gouvernement erklärte noch vor wenigen Tagen, nicht ohne Belagerungszustand regieren zu können und dies war für unsern Bourgeois nur ein neuer Grund für seine alte Furcht „die Ruhe sey noch immer nicht gesichert." Durch die Auflösung der zweiten Kammer wird seine Angst nicht geringer, glaubt er schon, daß es in Berlin ruhig bleibt, so fürchtet er doch eine große Aufregung im Lande. Der Börse convenirt das gegenwärtige Kabinet nicht mehr.

Die hier anwesenden Oberpräsidenten, sowie andere höhere Verwaltungsbeamte haben insofern sie Mitglieder der ersten Kammer sind, den Auftrag erhalten, sich während der Vertagungsfrist auf ihre Posten zu begeben.

Unsere gestrige Mittheilung in Betreff der Differenzen, welche zwischen dem Prinzen von Preussen und dem Grafen Arnim in einem Ministerrath in der ungarischen Angelegenheit stattgefunden, können wir heut dahin vervollständigen, daß Graf Arnim die von Oesterreich beantragte Truppenunterstützung zu seinem Antrage machte und daß der Prinz sich über dieses Auftreten eines preuss. Ministers in kräftiger Weise aussprach.

Das Gerücht der Ernennung des Hrn. v. Radowitz zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, an dessen Glaubwürdigkeit wir jedoch zweifeln, erhält sich noch immer. Man will in der eventuellen Ernennung eine Demonstration gegen Oesterreich erblicken; so parador dies auch nach dem Auftreten des Hrn. v. Radowitz in Frankfurt klingen mag. In der That ist Hr. v. Radowitz bei der hohen Militäraristokratie des Kaiserstaates seit 1847, wo er sich als außerordentlicher Gesandter in Wien befand, sehr verhaßt, weil man erfuhr, wie ungünstig seine Berichte nach Berlin über die kaiserliche Armee ausfielen. Die österreich. Militäraristokratie hat noch immer nicht vergessen, daß Hr. v. Radowitz es war, der, als von einem Bündniß zwischen Oesterreich und Preussen die Rede war, nach Berlin schrieb: man solle sich doch nicht die chinesische Todesstrafe auferlegen, nach welcher ein Lebendiger mit einer Leiche zusammengebunden wird.

Die rheinischen Abgeordneten sind etwa 40 an der Zahl zu einer Berathung über die in Betreff der Rheinlande, bezüglich der deutschen Frage zu nehmenden Schritte, zusammengetreten. Es sind verschiedene Vorschläge gemacht worden, unter anderen auch der, ein Komité zu ernennen, das in einer größern rheinischen Stadt seinen Sitz nimmt und eine Deputation nach Frankfurt abzusenden. Auch Seitens der gesammten Linken hat man beschlossen, ein Komité zu erwählen.

Berlin, den 28. April. Als Ew. Kgl. Majestät durch das Allerhöchste Patent vom 5. Dezember v. J. die beiden Kammern zu der am 26. Februar d. J. eröffneten Session beriefen, geschah dies in der Hoffnung, daß die Verhandlungen derselben zur Befestigung eines gedeihlichen inneren Zustandes führen würden. Diese Hoffnung muß bei dem Gange, welchen in den letzten Wochen die Verhandlungen in der zweiten Kammer genommen haben, leider! aufgegeben werden. Die während dieser Zeit von der zweiten Kammer gefaßten Beschlüsse beruhen großentheils auf Abstimmungen, bei welchen eine oder wenige Stimmen bald für die eine, bald für die andere Seite des Hauses in einer Weise den Ausschlag gaben, die keinen Zweifel darüber ließ, daß das Resultat sehr häufig lediglich die Folge zufälliger Umstände war. Wir halten es nach pflichtmäßiger Erwägung für verderblich, die Revision der Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember v. J. und die Gestaltung der an dieselbe sich anschließenden organischen Gesetze solchen Zufälligkeiten preiszugeben. Außerdem sind wir der Ueberzeugung, daß die zweite Kammer sich nicht immer in den Schranken ihrer Befugnisse gehalten hat. Eine Ueberschreitung ihrer Befugnisse finden wir in dem am 21sten dieses Monats gefaßten Beschlusse, durch welchen die von der deutschen National-Versammlung in Frankfurt beschlossene Verfassung für rechtsgültig erklärt wird, und eben so in dem Beschlusse vom gestrigen Tage, durch welchen nicht nur die Fortdauer des über Berlin verhängten Belagerungszustandes, die wir gegenwärtig noch zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit für unerläßlich erachten, im Widerspruch mit dem Artikel 110 der Verfassungs-Urkunde für ungesetzlich erklärt, sondern auch die sofortige Aufhebung desselben gefordert wird. Aus vorstehenden Gründen halten wir es im Interesse des Landes für nothwendig, daß die zweite Kammer aufgelöst und demgemäß, nach Artikel 76 der Verfassungs-Urkunde gleichzeitig die erste Kammer vertagt werde. Wir dürfen uns der Hoffnung, daß diese Maßregel von der Mehrzahl der Gutgesinnten im Lande mit Beifall aufgenommen werden wird, um so zuversichtlicher hingeben, als zu unserem tiefen Schmerze die Rednerbühne in der zweiten Kammer nur zu oft dazu gemißbraucht worden ist, Grundsätze offen zu verkünden, welche geeignet sind, den Umsturz der bestehenden Verfassung und jeder gesetzlichen Ordnung vorzubereiten. Indem wir Ew. Königlichen Majestät den Entwurf der Auflösungs-Verordnung zur Allerhöchsten Vollziehung ehrfurchtsvoll überreichen, behalten wir uns die in Folge der Auflösung der zweiten Kammer nach Artikel 49 der Verfassungs-Urkunde erforderlichen weiteren Anträge unterthänigst vor. Berlin, den 27. April 1849. Das Staats-Ministerium. (gez.) Graf von Brandenburg. von Ladenberg. Freiherr von Manteuffel. von Strotha. von der Heydt. Graf von Arnim. von Rabe. Simons. An des Königs Majestät. (Pr. Stsz.)

Berlin, den 27. April. In Berlin Krawall. Die Berlinische Zeitung meldet vom 27. April Abends 9½ Uhr: Die Straßen sind mit bedeutenden Menschenmassen bedeckt, und die Aufregung ist im Steigen begriffen. Man gibt die Zahl der Getödteten sogar an einigen Orten auf 15 an, doch fehlen alle bestimmten Nachrichten. Das Militär soll in die Konversationshalle (das gewöhnliche Privat-Versammlungslokal der Abgeordneten) eingedrungen seyn, und solches mit Waffengewalt geräumt haben. Man trägt die Todten in den Straßen. An einigen Stellen reißt man das Pflaster auf und die Bauzäune nieder. (D. A. Z.)

Koburg, den 22. April. Durch Gesetz vom 2. April ist im Herzogthume Koburg das Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden aufgehoben worden. Dasselbe geht unentgeldlich an die Grundeigenthümer über. (D. A. Z.)

Von der Königsau, vom 24. April. Der Jahrestag der Schlacht bei Schleswig ist gestern durch eine eben so glänzende Waffenthat von Seiten der Unsrigen verherrlicht und gefeiert worden. Wir haben gesiegt und die Dänen total in die Flucht geschlagen! Gestern Morgen griffen die Dänen uns mit sehr überlegener Macht, theils jenseits Kolding, theils eine Meile weiter westlich bei Wandrup, an. Anfänglich ging unser linker Flügel, der sich gegen die weit überlegene feindliche Truppenmacht zu schwach fühlte, zurück und wurde dadurch später der rechte Flügel, der bisher anhaltend in den Schanzen jenseits Kolding gekämpft hatte, ebenfalls gezwungen, sich diesseits der Stadt, wo wir unsere Hauptbatterien postirt hatten, zurückzuziehen. Bei diesem Durchzuge der Unsrigen durch die Stadt wurden sie von den Einwohnern mit Hagel beschossen, und als die Dänen nachdrangen, ist ein Theil unserer Verwundeten von den Koldingern erschlagen worden. Zur ewigen Schande der Stadt Kolding ist dies Thatsache, so wie daß man ebenfalls mehrere schlesw.-holstein. Soldaten zu vergiften gesucht hat. Das 9. und 10 Bataillon, zum linken Flügel gehörend, wurde zu sehr von den Einwohnern belästigt, um sich in der von den Dänen mit Granaten beschossenen und bereits in Brand gerathenen Stadt halten zu können, und, durch das schändliche Betragen der Einwohnerschaft aufs höchste empört, ertheilte Oberst Zastrow Befehl, die Stadt zusammenzuschießen. Dieselbe ist demnach theils durch Feuer verzehrt, theils durch Granaten und Kanonenkugeln in Ruinen verwandelt worden. (B.-H.)

Französische Republik.

Nach den neuesten Briefen aus **Marseille** vom 24. April glaubte man der ausgelaufenen Flotte von Dampfschiffen (sieben Dampffregatten) sey zunächst die Insel Elba als Sammelplatz bezeichnet. Auch hieß es, daß von der Flotte des Admirals Baudin drei Linienschiffe und drei Fregatten zu jenem Seegeschwader stoßen würden. Man sieht Frankreich rüstet sich, in die möglichen Wechselfälle von Italien, mächtig einzugreifen. (A. A. Z.)

Italienische Staaten.

Ein Brief aus **Rom** vom 20. April versichert, Palermo sey in die Hände der Neapolitaner gefallen und die beiden sizilischen Kammern hätten Beschluß gefaßt, sich zu unterwerfen.

Berichte aus **Neapel** vom 20. April bestätigen die Unterwerfung Siziliens durch Beschluß des sizilischen Parlaments. (A. A. Z.)

Allessandria ward am 24. April von einer österreich. Besatzung bezogen.

Oesterreichische Staaten.

Ofen, vom 23. und 24. April. Die kaiserlichen Truppen hatten Pesth bis auf den letzten Mann verlassen und die Schiffbrücke hinter sich verbrannt. Bald darauf, (die Zeit ist nicht genau angegeben) hielten die Ungarn ihren Einzug, mit tausendstimmigen Eljen begrüßt, während aus den Fenstern die dreifarbigen ungarischen Fahnen flatterten. Nur das Stadthaus enthielt sich, wohl aus Respekt vor den Bomben der Ofener Festung, dieser Demonstration. Schlik wendete sich (diesen Briefen zufolge) mit seinem Korps nach Bicske und Raab (zur Vereinigung mit Welden), Jellachich nach dem Süden, auf dem rechten Donau-Ufer. Nachts 2 Uhr gaben diese und andere Generale sich das Lebewohl: „wir sehen uns in ein paar Wochen wieder." „Die Truppen sahen trotz der Strapazen muthig und heiter drein." In Ofen schien man entschlossen, nur dann gegen Pesth die Geschütze antworten zu lassen, wenn von dort Schüsse fallen sollten. (A. A. Z.)

Türkei.

In **Konstantinopel** finden fortwährend Kriegsrüstungen statt. Von allen Seiten treffen Truppen und Rekruten dort ein, und an 50 Kriegsschiffe liegen zum Auslaufen bereit. Was soll das bedeuten? Man fürchtet sehr einen großen europäischen Krieg.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 2 Mai 1849. **№ 122** **Mittwoch: Sigmund.**

Mitbürger.

Die bayerische Staatsregierung hat nunmehr offen erklärt, daß sie sich den Beschlüssen der Verfassunggebenden Reichsversammlung, bezüglich der Reichsverfassung nicht fügen werde. Es ist daher Pflicht des Volkes, durch alle gesetzlichen Mittel dahin zu wirken, daß die Früchte unserer großartigen Revolution durch diesen Widerstand der Regierung nicht gefährdet werden. Das unterzeichnete Komité hat es daher für nothwendig gehalten, eine Volksversammlung auf nächsten Mittwoch den 2. Mai Nachmittag 2 Uhr auf dem Judenbühl anzuberaumen, um Gelegenheit zu der deshalb nöthigen Berathung zu geben. — Mitbürger! der Augenblick ist wichtig, noch ist es Zeit, die deutsche Sache zu retten, wenn wir erklären, daß wir die Reichsverfassung mit aller uns zu Gebote stehenden Macht aufrecht erhalten wollen. Lasset Euere Geschäfte für diesen Nachmittag ruhen und folget der Stimme des bedrohten Vaterlandes!

Nürnberg, den 28. April 1849.

Das Komité für Volksversammlungen.

Fränkische Mitbürger!

Die Erklärung der bayer Regierung, daß sie die Reichsverfassung nicht anerkennen wolle, bringt die Früchte unserer Revolution in Gefahr. Das Volk hat nunmehr die Aufgabe, durch die entschiedene Erklärung, daß es die Reichsverfassung mit aller Macht, auch mit seinem Blute schützen werde, die Regierung zu besserer Gesinnung zu bringen. Haltet Volksversammlungen, in welchen Ihr dem Volke die dringende Gefahr des Vaterlandes zeiget, und sorget überall für die thatkräftigsten Erklärungen zur Aufrechthaltung der Reichsverfassung!

Nehmt Euch ein Beispiel an dem hochherzigen Würtemberger Brudervolke! —

Das unterzeichnete Komité erklärt sich bereit, als Centralkomité für die drei Franken die nöthigen Erklärungen in Empfang zu nehmen, und sonstige nöthig werdende Geschäfte zu besorgen. Eile thut Noth! — Brudergruß! Nürnberg, den 28. April 1849.

Das Komité für Volksversammlungen.

Dr. Friedrich Mayer, Dr. Schwarz, Jakob Schmitt, J. St. Schmidt, Karl Güllich, Martin Steeng, Gleßner, Friedrich Bauer, Thieme, Zwanziger, Wiesel, Renner, Stich, Stich, W. Tümmel, Lang.

Deutsche Staaten

△ **Nürnberg**, den 29. April. Gestern Abends haben die Unterzeichner der Adresse an die Generalsynode eine sehr zahlreich besuchte Versammlung im Katharinensaale gehalten. Dieselbe wurde durch eine Konferenz veranlaßt, welche mehrere dieser Unterzeichner unter sich veranstaltet hatten, um sich zu berathen, ob sie nicht, da es noch lange andauern werde, bis das protestantische Kirchenwesen im Großen eine vernünftige Gestaltung annehme, vorläufig zur hiesigen freien Gemeinde übertreten sollten, wo ein ihrer religiösen Ueberzeugung angemessener Gottesdienst bereits Statt finde. Die Versammlung im Katharinensaale eröffnete Herr Dr. Barthelmeß mit einer Ansprache, worin er erklärte, daß die Erlangung jener in der Adresse ausgesprochenen kirchlichen Verbesserung noch in weiter Ferne liege, daß das Bedürfniß da sey und dränge, einen vernunftgemäßen Gottesdienst zu haben, namentlich bei dem Religionsunterricht der Kinder und vorkommenden kirchlichen Handlungen und daß es daher nöthig sey, sich mit der freien christlichen Gemeinde zu vereinigen. Nach ihm ergriff Herr Dr. Ghillany das Wort. Er erklärte, eine Darlegung des Ganges, welchen die Angelegenheit der Unterzeichner bisher genommen habe, werde darthun, daß die Verwirklichung ihrer Absichten im Großen in so weiter Ferne nicht liege, als man vielleicht glaube. Er begann seine Darlegung mit dem ersten Versenden der Adresse durch Bayern und dem merkwürdigen Anklang, welchen dieser erste entschiedene Schritt selbst in Gegenden gefunden habe, wo man so Etwas ganz und gar nicht vermuthen durfte. Er erwähnte rühmend der Thätigkeit des Herrn Platner, der gleich bei dem ersten Auftreten in dieser Sache in München anwesend, keine Mühe und Schritte scheute, um ihr zu dienen. Das Resultat dieser Bemühungen in höheren Kreisen sey freilich kein anderes gewesen, als daß man die Erfahrung machte, man würde von oben schon länger der vernünftigen Richtung günstiger geworden seyn, wenn man nicht gedacht hätte, das Alte sey im Sinne des Volkes; man könne erst etwas für den Nationalismus thun, verlautete es, wenn sich zahlreichere Stimmen aus den Gemeinden dafür erhüben. Nebenbei bemerkte der Redner über das Verhältniß zum Herrn Platner, daß die Gegner im Irrthum seyen, wenn sie glaubten, er, Dr. Ghillany, habe Herrn Platner zu einem Anschlusse an diese Sache erst gewinnen müssen und es sey daher möglich, diesen Ehrenmann theils durch pöbelhafte anonyme Briefe, theils durch ein zudringliches, an Unverschämtheit grenzendes, in langen Abhandlungen niedergelegtes Heißmachen der Hölle auf die andere Seite zu ziehen. Herr Platner sey vielmehr schon vor mehreren Jahren, als das Schriftchen römisch — oder deutsch erschien, zu ihm (Dr. Ghillany) gekommen, um ihm seine Anerkennung und sein hohes Interesse an der Sache des religiösen Fortschrittes auszusprechen und zugleich seine kräftigste Mitwirkung anzubieten; alle ungezogenen Anmassungen, welche man sich von der Gegenpartei gegen diesen ehrenwerthen Bürger der Stadt erlaubt habe, hätten ihn in seinem Vorsatze nur um so fester gemacht. Auch jetzt wieder verbreite man das Gerücht, Herr Platner wolle sich von der Sache zurückziehen und sey deßhalb nach Frankfurt gegangen. Allerdings ist Herr Platner 14 Tage früher abgereist, als er es außerdem gethan hätte, um jenen bezeichneten Briefen, die nun auch an Familienglieder gelangen, nachdem sie bei ihm keinen Erfolg hatten, aus dem Wege zu gehen; allein Herr Platner denke nicht daran, sich von der Sache zurückzuziehen, sey vielmehr schon wieder in Frankfurt für dieselbe bei den Parlamentsgliedern wirksam, entwickle überhaupt eine Thätigkeit für dieselbe, die von einem Manne seiner Jahre in Erstaunen setze. Im Uebrigen komme das von den Unterzeichnern der Adresse angeregte protestantisch-kirchliche Vorparlament noch im Laufe dieses Herbstes zu Stande. Unter der Leitung von Uhlich und der magdeburgischen Kirchenvorstände seyen bereits die Schreiben durch Deutschland versandt, (auch hieher an die Unterzeichner der Adresse), welche die Stadt Eisenach als Versammlungsort proponiren. Auch unter den bayerischen Geistlichen finde die Sache immer mehr Anklang, man müsse ihnen nur Zeit lassen; sie seyen in eine sehr mißliche Stellung versetzt; nachdem ihnen das Konsistorium das alte Lutherthum bisher gewaltsam aufgenöthigt, könnten sie nun nicht so plötzlich vor ihren Gemeinden umspringen; man möge das wohl berücksichtigen, wenn man aber entgegne, unter dem gegenwärtigen Konsistorium sey für den Rationalismus nichts zu erwarten, man müsse daher austreten; so vergesse man, daß durch die Reichsverfassung das ganze äußere Kirchenwesen eine totale Umgestaltung erhalte. Es gebe fortan keine Staatskirchen mehr; jede Gemeinschaft werde in Zukunft ihre Geistlichen wählen, ebenso ihre Kirchenvorstände und diese wieder die höheren geistlichen Behörden, die der König höchstens bestätige. Nun unterliege es gar keinem Zweifel, daß, wenn die hiesigen Bürger nach Pflicht und Gewissen sich entscheiden müßten, es sich herausstellen würde, daß kaum ein Sechstheil der Nürnberger Bürger noch an Teufel und Erdsünde glaube; die Zeit des alten Lutherthums sey vorüber. Bekämen also demnächst die Nürnberger Gemeinden die Sache in die Hand, so werde sich Alles schnell zum Vernünftigen gestalten. Sein Vorschlag gehe dahin, den Magistrat zu veranlassen, daß er anfange, die erledigten Pfarrstellen, und namentlich schon die jetzt erledigte an St. Lorenzen mit entschiedenen Rationalisten, und zwar die letztere sogleich mit Herrn Prediger Bäthig zu besetzen. Man müsse es dem Magistrat zur Ehre nachsagen, daß er sich bei den Besetzungen immer wenn auch ohne Erfolg, für die rationalistische Richtung bemüht habe. Der Werth des Präsentationsrechtes bestehe darin, daß sich die Gemeinden bei den verschiedenen kirchlichen Richtungen einen Geistlichen ihres Sinnes wählen könnten. Für die altlutherisch-gesinnten Bürger sey in den letzten 20 Jahren im Uebermaß gesorgt worden, jetzt müßten auch die Rationalisten berücksichtigt werden. Unter den neueren Verhältnissen könnten die hemmenden Maßregeln der Konsistorien nicht mehr binden; man brauche sich an keine zweite Note der Kandidaten mehr zu kehren, und finde man keine Rationalisten in Bayren, so berufe man solche aus Sachsen und Preussen. Im übrigen freue sich der Redner über die Existenz der freien Gemeinde, wünsche ihr alles Gedeihen und finde es selbst für gut, wenn viele der Unterzeichner [illegible]resse übertreten, um sie zu kräftigen, um so mehr, da es sich [illegible] habe, daß die hiesige freie Gemeinde sich zu den in der Adresse an die Generalsynode ausgesprochenen Sätzen bekenne. Nicht alle freien Gemeinden stimmten in dieser Beziehung überein. Was Herrn Platner ihn selbst (Dr. Ghillany) und viele andere Unterzeichner der Adresse anlang, so würden sie an dem Grundsatze festhalten, daß sie innerhalb der protestantischen Kirche mit ihrer Ueberzeugung volle Berechtigung hätten, da das Prinzip des Protestantismus der religiöse Fortschritt sey und die Ansichten Luthers und seiner Zeitgenossen uns nicht für alle Ewigkeit verbinden könnten. Er verlange also eine Reformation innerhalb der Kirche und werde nicht austreten. Hierauf bestieg Hr. Dr. Barthelmeß die Rednerbühne und erklärte, man könne in diesem Zwiespalt nicht länger bleiben und sich äußerlichen Formen fügen, die man innerlich nicht anerkenne, bei Casualfällen, bei Taufen, Abendmahl, Begräbnissen, für den Unterricht seiner Kinder bedürfe man eines Geistlichen seiner Ueberzeugung, nicht minder sey der freien Gemeinde eine Stärkung durch den Zutritt aus den bemittelten Klassen nothwendig; eine große Zahl von Bürgern werde auf ein solches Beispiel nachfolgen. Er also trete über und fordere diejenigen, die seiner Meinung seyen, auf, sich in die vorliegende Liste einzuzeichnen. Eine große Anzahl der Anwesenden zeigte sich bereit hiezu und schloß sich durch Unterzeichnung der freien christlichen Gemeinde an.

△ **Fürth**, den 30. April. Gestern Abend fand auf dem Königsplatze eine große Volksversammlung statt, worin eine vom Magistrat und dem Gemeindekollegium entworfene Adresse an den König für unbedingte Anerkennung der deutschen Reichsverfassung und sofortige Einberufung der bayer. Volkskammer einstimmig angenommen wurde.

⊙ **Nördlingen**, 27. April. Der hiesige Magistrat, in Verbindung mit dem Kollegium der Gemeinde-Bevollmächtigten, hat in einer gestern stattgefundenen Sitzung eine Adresse an den König Max zu richten beschlossen, in welcher auf etwas zahme und unklare Weise um Anerkennung der deutschen Reichsverfassung gebeten wird.

— **Lauf.** Am 27. April d. J. ist eine vom Magistrat und von den Gemeindebevollmächtigten dahier unterzeichnete Vorstellung an Se. Maj. den König um Beitritt zu dem neuen deutschen Bundesstaate auf den Grund der von der deutschen Nationalversammlung beschlossenen Verfassung abgegangen.

Braunschweig, 27. April. Die Anträge der Kommission in der deutschen Frage, deren Berichterstatter in der heutigen Sitzung Trieps war, lauten vollständig so: 1) Hier im Angesichte des Landes

unser Männerwort abzugeben, daß wir die begründete deutsche Einheit mit aller Kraft schützen und fordern, ihr Gut und Blut zum Opfer bringen wollen, sobald und so oft die Centralgewalt gebiete. Wir glauben und hoffen, und nach dem bisherigen dürfen wir fest glauben und hoffen, daß unsere Landesregierung in dieser heiligen Sache uns eine treue Führerin seyn wird. Sie kann dies um so mehr, wenn sie nach Ihrer Erklärung weiß, daß sie bei allen Opfern auf die freudige einstimmige Bereitwilligkeit unsererseits zu rechnen hat, wenn sie erwägt, daß wir in dieser Frage — ich sage es mit gerechtem Stolze — nur der treueste, ungeschminkte Ausdruck des Geistes sind, der alle braunschweigischen Landeskinder erfüllt. 2) Die Kommission glaubt aber, Ihrer Thätigkeit nach ein anderes Feld einschlagen zu müssen. Es kommt darauf an, den ächten deutschen Geist in Jedem fortwährend wachsam zu erhalten, ihn zu jener nachhaltigen Energie zu stählen, die ohne zu ermatten, doch den rechten Augenblick zu erwarten weiß. Lassen Sie uns das gegenseitige Versprechen geben, daß Jeder nach dem Maße seiner Kräfte in kleineren und größeren Kreisen für die Erhaltung, Belebung jener vollbewußten Energie thätig seyn will, damit unsere Mitbürger alle nicht allein im rauschenden Anfluge der Begeisterung, sondern wie es ernsten Männern geziemt, alle mit kalter Besonnenheit und muthigem Entschluß sprechen. Wir wollen für die heilige Sache des Vaterlandes, für Deutschlands Macht und Einheit leben und wenn es seyn muß, auch den Tod nicht scheuen. Weil endlich 3) zersplitterte Bestrebungen resultatlos verschwinden, wird die Kommission fortwährend auf die Vorgänge bei den übrigen deutschen Volksstämmen achten, sie ersucht einen Jeden, der in dieser Hinsicht erhebliche Mittheilungen machen kann, dies augenblicklich zu thun, so wie auch sie zu jeder Auskunftsertheilung gern bereit ist. (D. Tgbl.)

Hannover, den 26. April. Endlich haben wir volle, ganze Wahrheit. Das Ministerium Stüve-Bennigsen, welches seiner Zeit Niederlage auf Niederlage in der zweiten Kammer erlitt, diese darauf vertagte und wiederum vertagte, ist nunmehr über den Rubicon gegangen, es hat die zweite Kammer der allgemeinen Ständeversammlung aufgelöst. Es hat die Männer beseitigt, welche ihm in der deutschen Frage so deutsch, so offen und so entschieden entgegentraten; es verdammt den hannoverschen Volksstamm in einer der wichtigsten Epochen der deutschen Geschichte zum Schweigen, es entzieht ihm seine Vertreter. Das thut das Ministerium, welches aus der Märzbewegung von 1848 hervorgegangen ist, das thun Männer, die sich rühmen, ein einiges und freies Deutschland haben zu wollen. Diese Männer wollen aber nur den Partikularismus, und den alten Bundestag, und deßhalb haben sie die Mehrheit der deutsch gesinnten zweiten Kammer für unfähig erklärt und beseitigt. Die Proklamation, durch welche die zweite Kammer aufgelöst wird, ist von gestern datirt. Man wußte gestern bereits allgemein, daß dies Dokument in der Druckerei der „Hannov. Ztg." sich befinde. In der Proklamation erklärt sich die Regierung wiederum auf das Entschiedenste gegen die Nationalversammlung in Frankfurt, steift sich auf die Vereinbarung, spricht von großen Opfern, und macht der Mehrheit der zweiten Kammer die bittersten Vorwürfe über ihr Verhalten in der deutschen Frage. Der Eindruck, den dieser Schritt des Ministeriums macht, ist der Art, daß die größte Erbitterung nicht ausbleiben wird. Die ruhigsten Männer sind in der größten Erregung, und die Gährung steigt von Stunde zu Stunde. In den Provinzen wird diese Nachricht eine noch heftigere Bewegung als bei uns hervorrufen, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß diese den Ausschlag geben werden. — Hier ist in diesem Augenblick eine starke Truppenmasse, man spricht von 5000 Mann, koncentrirt. (Frkft. O.-P.-Z.)

Aus Hannover erhalten wir gestern und heute von verschiedenen Seiten die Nachricht, daß der König an Brustkrämpfen ernstlich erkrankt darniederliege. Wir haben bisher Anstand genommen, diese Nachricht zu veröffentlichen, jetzt wird sie mit so bestimmten Versicherungen der Zuverlässigkeit derselben gegeben, daß wir sie unsern Lesern nicht länger vorenthalten. Die Auflösung der Kammern hat in der Hauptstadt allgemeine Mißstimmung und Entrüstung hervorgebracht. (Wes. Z.)

Kassel, 27. April. Ein Ausschreiben des Ministeriums des Innern vom 24. d. M., fordert die durch das Gesetz vom 5. d. Mts. mit Leitung der Landtagswahlen beauftragten Behörden und Kommissionen auf, die Wahlgeschäfte zu beginnen und so zu beschleunigen, daß die Zusammenberufung des Landtags baldthunlichst erfolgen könne. (Frkft. O.-P.-Z.)

†*† **Berlin**, den 28. April. Die hiesigen Morgenblätter haben mehr oder minder ausführliche Berichte über die traurigen Vorfälle des gestrigen Abends gebracht. Der Tumult nahm seinen Anfang auf dem Dönhofsplatze vor der Konversationshalle, in welcher der größte Theil der Oppositionsmitglieder der aufgelösten Kammer versammelt war. Das Volk, durch das Schicksal der Kammer und durch den Beschluß des vorhergegangenen Tages sichtlich erregt, hatte sich in Gruppen auf dem weiten Platze gesammelt. Lebehochs wurden laut, wenn einer der Abgeordneten an den geöffneten Fenstern oder auf dem Balkon sichtbar wurde. Die Behauptung eines hiesigen Blattes, daß aus den Räumen der Konversationshalle Anregung zu Tumulten und sogar ein Schuß gefallen sey, ist eine Lüge. Nachstehender Bericht, der uns zugeht, stimmt, wie wir versichern können, in allen thatsächlichen Angaben mit unseren eigenen Wahrnehmungen im Wesentlichen überein: „Nach authentischer Mittheilung von Augenzeugen verhalten sich die Ereignisse auf dem Dönhofsplatze folgendermaßen: Zwischen 4 und 5 Uhr wurden die Attroupements dort zahlreicher, jedoch ohne irgend wie einen politischen Charakter zu zeigen. Um 7 Uhr drängt die Masse 2—3 Offiziere vom Kaiser-Franz-Regiment vom Dönhofsplatz nach der Kommandantenstraße; ein Militärposten von etwa 10 Mann wird vom Volke mit Latten und Brettern angegriffen; während jener seinen Rückzug mit der blanken Waffe in der Hand deckt, werden die Offiziere niedergeschlagen und betäubt in die Kaserne gebracht. Das Volk wirft auf die sich Zurückziehenden mit Steinen und ein alter Sack nebst einem rothen Streifen dient als improvisirte Fahne, die aber sofort verschwindet, als in der Kaiser-Franz-Kaserne Allarm geschlagen wird. Nun kommen die zu Hülfe gerufenen Truppen, geben nach dreimaligem Signal Feuer, und um 8 Uhr waren bereits 3 Todte auf dem Platz. Das Volk zerstreute sich in 2 Massen, die eine, nach der Friedrichsstraße stürmend, baut an der Markgrafen- und Leipzigerstraßen-Ecke eine Barrikade aus Bohlen und Brettern; auch Droschken und Wagen werden umzuwerfen versucht, aber dies durch Bürger selbst verhindert. An der Kranfenstraßen-Ecke erhebt sich ebenfalls eine Barrikade von Düngerhaufen und Brettern, die aber ganz ohne Blutvergießen vom Militär genommen wird. Um 11½ Uhr ist die Passage zum Dönhofsplatz ganz frei und nur noch gehemmt an der Barrikade dort. — Die andere Masse des Volkes eilte nach dem Petriplatz, der Grünstraße u. s. w., und erbaut Barrikaden, die aber genommen werden. In diesen Straßen wird, auf bis jetzt noch nicht erklärte Weise, aus den Fenstern geschossen, und es ist notorisch, daß bei den Barrikaden auf der Grünstraße von Seiten des Militärs nur ein Schuß gefallen ist, also kein Bataillonsfeuer. In den Spitälern sind angemeldet Verwundete, meist Handwerker; 4 Personen sind getödtet, darunter eine Frau. Es geht aus dieser authentischen und unpartheiischen Darstellung hervor, daß weit mehr gewöhnliche Exzesse, als politische Momente in diese traurige Ereignisse hineingespielt haben. Jetzt, Mittags 1 Uhr, patrouillirt die Kavallerie auf dem Dönhofsplatze, und wenn nicht außerordentliche Ereignisse hinzutreten, dürfte die Ruhe in Berlin nicht gestört werden." —

Nachmittags 5 Uhr. Die Neckereien zwischen dem Volk und den Konstablern dauern schon seit Mittag auf dem Dönhofsplatze. Die Brutalität der Konstabler geht so weit, daß ihre eigenen Offiziere öfter einschreiten müssen, um ihnen die Opfer ihrer blinden Wuth zu entreißen. Wir sahen zu 10 Mann auf einen einzelnen dastehenden Herrn mit gezogenem Seitengewehr losstürzen. Ein Hieb wurde mit solcher Kraft und Schärfe auf den Kopf des Mannes geführt, daß ihm der Hut gespalten von beiden Seiten herunterfiel. Der Kopf selbst war erheblich verletzt. Die Kavalleriepatrouillen benehmen sich, so weit wir wahrzunehmen Gelegenheit hatten, mit größerer Schonung und Umsicht. Unter den Volkshaufen sieht man Soldaten in nicht geringer Zahl, die gleichfalls neugierig dem Treiben zusehen, und sich mit dem Volke beim Einschreiten der öffentlichen Macht zerstreuen.

Darüber herrscht nur eine Stimme: daß die Vorgänge des gestrigen und heutigen Tages provocirt waren. Man will in ihnen die Veranlassung zur Abforderung der Privatwaffen und zur Proklamirung des Martialgesetzes erblicken. Es fällt auf, daß keine der übrigen Verwarnungen, weder von Seiten der königlichen noch der städtischen Behörden diesmal ergangen ist.

Die Bewegungen, die gestern auf dem Petriplatz, in der Gertraudenstraße und an einigen anderen Punkten der Stadt vorgingen, haben nicht den blutigen Ausgang der Konflikte auf dem Dönhofsplatze. In der Gertraudenstraße soll in der That aus einem Privathause ein Schuß gefallen seyn. Merkwürdig ist hierbei, daß das Militär keine Nachforschung nach dem Urheber dieses Schusses anstellte. Die Barrikadenbauversuche, welche an der Petri- und Gertraudenstraßenecke gemacht wurden, stellte man sehr bald ein. Dieselben waren in der That auch völlig ziellos, da kein einziger Bewaffneter unter dem Volke zu sehen war. Die gestern Abend spät noch umherliegenden Steine und Balken waren heute früh sämmtlich wieder beseitigt und die aufgerissenen Stellen des Steinpflasters wieder ausgebessert.

Die Konversationshalle wurde sogleich, nachdem die Schüsse gefallen und zwei der Gebliebenen in das Lokal gebracht waren, von Polizeibeamten, Konstablers und Soldaten geräumt. Einer der Gefallenen, ein Bäckermeister Potzmann, hatte einen Schuß in den Hinterkopf erhalten und war auf der Stelle todt. Ein zweiter bisher noch unbekannter Mann war eben von dem Abgeordneten Dr. med. Knauth, der sich in der Konversationshalle befand, untersucht worden. Herr Knauth entdeckte Lebenszeichen an dem Gefallenen und versuchte die Anlegung eines Verbandes, wurde jedoch von der tumultuarisch drängenden Polizei- und Militärgewalt genöthigt, den Hülflosen zurückzulassen und sich zu entfernen. Das Lokal ist auch heut noch besetzt, und keinem Abgeordneten der Zutritt gestattet, selbst nicht zu dem Zwecke, um Papiere oder andere dort zurückgelassene Gegenstände abzuholen. Die Räumung des Lokals geschah mit solcher Schonungslosigkeit, daß, obgleich Niemand dem Befehle, dasselbe zu verlassen, sich widersetzte, dennoch Gewalt gegen Personen geübt wurde. Der Abg. Behrens, allen hiesigen Polizeibeamten persönlich bekannt, erhielt sogar einen Bajonetstich und mehrere Kolbenstöße.

Gestern ging das Gerücht, gegen die Abgg. Waldeck, D'Ester und Behrens seyen Verhaftsbefehle ausgefertigt. D'Ester ist indeß gleich nach dem Schluß der Sitzung abgereist; auch Behrens und Waldeck befinden sich noch auf freien Füßen.

Die Zahl der Verhafteten ist sehr bedeutend. Trotzdem sind die Kriminal- und Polizeigefängnisse nicht mehr als sonst gefüllt. Es scheint mithin, als seyen die Gefangenen in die Militärgefängnisse abgeführt.

Die Indignation, die hier in der Stadt herrscht, bedarf keiner Beschreibung. Unter den Abgeordneten, welchen Partreien sie auch angehören mögen — mit Ausnahme aber der Kleist-Bismark'schen — ist die Entrüstung über die Auflösung der Kammer, über das Verfahren gegen die Mitglieder der Opposition und über das Einschreiten gegen das wehrlose Volk, gleich groß. Hr. v. Vincke äusserte, als er seine Papiere zusammenraffte, um den Sitzungssaal zu verlassen: „Mir ist es gleichgültig, ich wünschte längst zu Hause meine eigenen Angelegenheiten ordnen zu können, aber es kann mir nicht gleichgültig seyn, so mit dem Wohle des Landes spielen zu sehen." Derselbe war heute beim Prinzen von Preussen, um sich zu verabschieden. Mit ihm waren einige andere Abgeordnete. Der Prinz soll sich zwar mit großer Zurückhaltung, dennoch aber verständlich genug, mißbilligend über die Auflösung der Kammer ausgesprochen haben.

Ein großer Theil der Abgg. hat bereits die Heimreise angetreten. Herr Grabow hat erklärt, er werde das Bureau nicht ohne eine förmliche Uebergabe preisgeben, man möge einen Regierungskommissär mit der Abnahme beauftragen. Wahrscheinlich schwebte dem Präsidenten das Schicksal vor, das dem Archiv der Nationalversammlung nach ihrer Auflösung zu Theil wurde.

Um 8 Uhr, als eben die ersten Schüsse auf dem Dönhofsplatze fielen, fuhr der König in Begleitung des Prinzen von Preussen mit dem gestern hier angelangten Prinzen von Piacenzo nach dem Hotel de Russie. Eine große Volksmenge umstand den Wagen, in welchem die Fürsten sich befanden, — schweigend. Der König war sehr heiter und unterhielt sich in lebhaftem Gespräch mit seinem Begleiter. Er trug die Generalsuniform der Garde-du-Korps, und gestattete dem jungen italienischen Fürsten, dem er mit entblößten Haupte folgte, den Vortritt. In Folge dieser von der Etikette abweichenden wohl auf Rechnung des Gastverhältnisses kommenden Bevorzugung verbreitete sich das Gerücht: der fremde Gast sey der junge Kaiser von Oesterreich.

Ueber die Intentionen in Bezug auf die verfassungmäßig innerhalb 40 Tagen zu veranlassenden Wahlen hört man mit ziemlicher Bestimmtheit äußern: es wurden dieselben in der Weise, wie die An-

merkung zu Art. 67 der Verfassung für die Revision empfiehlt, vorgenommen werden, d. h. vermittels Eintheilung der Wahlbezirke nach bestimmten Klassen für Stadt und Land, so daß die Wahlen auch ferner nach arithmetischen Verhältnissen, jedoch modifizirt durch die Klasseneintheilung erfolgen würde.

Das Gerücht ist verbreitet, die preussische Regierung habe die preussischen Abgeordneten von Frankfurt abberufen. Eine gleiche Zurückberufung soll von anderen deutschen Regierungen namentlich auch von Hannover, beschlossen seyn. Wir haben Verbürgtes hierüber nicht erfahren können.

Die Enthüllung des Ministers von Manteuffel über den Inhalt der geheimnißvollen d'Esterschen Kiste hat in Folge der allgemeinen Heiterkeit, die sie hervorbrachte einen Karrikaturenhändler reichen Absatz verchafft. Das Bild des Demokraten, der mit dem Dolche an den Augen einer hohen Person operirend gezeichnet war, sollte die Bedeutung des sprichwörtlichen Staarstechens haben. Der Minister in seinem Enthüllungseifer sah in der Zeichnung nicht das Bild der Heilung, sondern das der Zufügung eines Uebels.

6 Uhr. Auf dem Dönhofsplatze sind noch immer große Massen versammelt. Von Zeit zu Zeit wird scharf eingehauen. Erhebliches von Verwundungen oder von Widerstand Seitens des Volkes ist noch nicht vorgekommen. Was der Abend bringen wird, ist noch nicht abzusehen. Indeß hat die Sache den Anschein, als werden die Exzesse das Maaß der gestrigen nicht überschreiten. Die Besorgnisse sind in der Stadt jedoch bedeutend. Man versichert, daß mehr als 100 wohlhabende Familien dieselbe im Laufe des Tages und der vorigen Nacht verlassen haben. Um die Aengstlichen noch mehr zu verwirren, fügt es der Zufall, daß das durch die Loyalität seiner Bewohner bekannte Dorf Rixdorf, vor den Thoren, in Flammen steht. Der Wind weht verbrannte Strohhalmen bis in die Straßen der mittleren Stadttheile. Ein für die Truppen bestimmtes Fouragemagazin soll ein Opfer der Flammen geworden seyn.

Leipzig, den 27. April. In einer außerordentlichen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten kamen gestern nachstehende, von 4 Mitgliedern des Kollegiums (Dr. Göschen, Adv. Cichorius, Dr. Heyner und Dr. Rüder) gestellte Anträge zur Berathung und Abstimmung: das Kollegium möge 1) in einer Adresse den König, sowie in einer zweiten Adresse das Ministerium zu schleuniger und unbedingter Anerkennung der deutschen Reichsverfassung, ferner zur öffentlichen Erklärung dieser Anerkennung auffordern; 2) den hiesigen Stadtrath zum Anschluß an diese Adressen veranlassen. Nach kurzer Debatte trat das gesammte Kollegium mit Ausnahme einer Stimme (Kramermeister Poppe) den Anträgen, sowie den vorgelegten Adressentwürfen bei. Der Beitritt des Stadtraths ist nicht zu bezweifeln; die Adresse kann noch heute an den Ort ihrer Bestimmung gelangen. Aehnliche Kundgebungen zu Gunsten der Reichsverfassung werden aus allen Theilen des Landes eingeben. zum Aerger unserer äußersten Linken. Das Ihnen gemeldete Gerücht von einem Ministerwechsel bestätigt sich nicht. (Frkft. O.-P.-Z.)

Leipzig, 29. April. Die hiesige Leipziger Zeitung enthält folgende Ansprache sämmtlicher Minister an das sächsische Volk, die deutlich genug spricht:

Die Staatsminister haben Sr. Maj. dem Könige gerathen, von dem verfassungsmäßigen Rechte der Kammerauflösung Gebrauch zu machen. Sie haben dies gethan, weil sie nicht glauben können, daß die Handlungsweise der Kammern den wahren Bedürfnissen des Landes und der wirklichen Meinung des sächsischen Volkes entsprochen habe.

Die in Gemäßheit der Verfassungsurkunde und des Gesetzes vom 15. Nov. 1848 zu veranstaltenden Wahlen werden zeigen, ob sich das Ministerium getäuscht hat — in welchem Sinne das sächs. Volk vertreten zu seyn wünscht. In diesem Augenblicke aber ist das Ministerium schuldig, dem Volke zu sagen, warum es vor der Majorität dieser Kammern nicht zurücktritt.

Es handelt sich nicht um einzelne, wenn auch an sich noch so wichtige Fragen der Politik und Gesetzgebung. Das Ministerium wird seiner Zeit den Beweis führen, daß es hierin das Urtheil keiner Volksvertretung scheut, welche es als den unverfälschten und aufrichtigen Ausdruck der Ueberzeugung des Volkes anzuerkennen vermag, und daß es mit einer solchen sich zu vereinigen entschlossen ist, so lange sich dies irgend mit seiner Ueberzeugung verträgt.

Aber es handelt sich um das gesammte Auftreten der Kammern während der drei Monate ihres Zusammenseins.

Es handelt sich darum, ob das Volk will, daß seine Vertreter, gebunden durch unausführbare Versprechungen, gefesselt durch andere Bande, als die der gemeinsamen Pflicht, in den Saal treten, wo durch freie Besprechung zwischen Regierung und Kammern die Beschlüsse reifen sollen.

Es handelt sich darum, ob das Volk will, daß seine Vertreter die Erledigung der wichtigsten Finanzvorlagen als Mittel brauchen, um die Entscheidung jeder andern Frage in ihrem Sinne zu erzwingen, und der Regierung Verlegenheiten zu bereiten; unbekümmert, ob sie dadurch dem Wohle des Landes die tiefsten Wunden schlagen, und die Finanzverhältnisse in eine Lage versetzen, deren Folgen Niemand schwerer empfinden wird, als das Volk selbst. Es handelt sich darum, ob das Volk will, daß seine Vertreter, statt in unbefangener, sachkundiger, verständiger Erwägung der Regierungsvorlagen und der wichtigsten Gegenstände des Volkswohls, vielmehr in Zwischenfragen aller Art, in Prinzipienstreitigkeiten und Einmischungen in die Regierung selbst ihre Aufgabe erblicken.

Es handelt sich endlich darum, ob das Volk will, daß die Kammern, alles Maß überschreitend, durch sich häufende Anträge eine gänzliche Umwälzung aller Verhältnisse im Sturme zu erjagen, und die Grundfesten der Ordnung zu erschüttern streben, anstatt das Ministerium in seiner nächsten Aufgabe — der besonnenen Entwickelung und festen Gestaltung unserer inneren Zustände auf Grundlage der deutschen Grundrechte — aufrichtig und thätig zu unterstützen.

Das Ministerium kann nicht glauben, daß das sächsische Volk so vertreten seyn will, und darum ist es nicht zurückgetreten.

Seine Aufgabe nach Innen hat das Ministerium wiederholt vor allen Augen entwickelt; es wird die Lösung derselben unverrückt verfolgen.

Aber auch das Zustandekommen wahrer und dauernder Einheit und Freiheit des deutschen Volkes wird bei dem Ministerium wahrlich keinen Widerstand, sondern die thätigste und aufrichtigste Mitwirkung finden — während die Kammern bis zu dieser Stunde noch keine Landtagsschrift deshalb an die Regierung gebracht haben.

Wohl kann man über die Art, wie diese Aufgaben zu lösen sind, verschiedener Ansicht seyn; aufrichtiger Wille, sich zu verstehen, besonnene Erwägung der Umstände, gegenseitige Achtung und Anerkennung werden eine Einigung zum Wohle des Vaterlandes nicht fehlen lassen. Solches Zusammenwirken will das Volk von seinen Vertretern, solches hofft das Ministerium von den neu zu wählenden Kammern, und so tritt es, in der Ueberzeugung, seine Pflicht gethan zu haben, vor das Volk hin und beruft sich auf dessen Entscheidung.

Schleswig, vom 26. April. Nach einem zuverlässigen Schreiben aus Kolding vom 24. hat am Abend des 23 eine ganze Straße in Trümmern und Asche gelegen; auf dem Rathhause lagen noch Haufen von Leichen. In manchen Häusern waren die Wände von Kugeln durchlöchert, kein Fenster ganz geblieben. Es lagen an vielen Stellen die vom Feinde verlornen Patronen umher, und überall sah man die Spuren der Zerstörung. Die Stadt ist hart mitgenommen, und trägt unvermeidliche Folgen des Krieges und der thätigen Theilnahme ihrer Bürger an den Feindseligkeiten, indem sie viele unserer Soldaten erschossen haben. Diese sind dadurch sehr gereizt worden, doch ward nach Beendigung des Kampfes auf strenge Disziplin gehalten. Unser Verlust ist nicht genau ermittelt, doch sollen die beiden ersten Jägerkorps 100 Mann verloren haben, und es mögen wohl 2—300 Mann außer Gefecht gesetzt seyn. Der Körper des Lieutenant Ahlmann war nicht gefunden, daher man hofft, daß er lebe; denn Todte pflegen die Dänen nicht mitzunehmen; sie hatten in Kolding über 50 Leichen, worunter 1 Lieutenant und 1 Major, liegen lassen. In Branderup haben die Unsern den 24. Morgens 11 dänische Todte begraben. Nach Veile zu hat man über 40 Wagen mit dänischen Verwundeten fahren sehen, eine gleiche Zahl ist von Harthe hergekommen, und auf dem Wege nach Friedericia soll der Zug vom Andrängen der Wagen beinahe gestockt haben. Die Zahl der gefangenen Dänen beträgt über 200. Von ihren sehr tapfern Husaren (200 Mann stark) sind 37 erschossen und 30 gefangen, als sie die schon gestern erzählte Attake auf die Kompagnie des 1. Jägerkorps machten. Bei Harthe hat die Avantgarde eine feindliche Feldwache von 1 Offizier, 6 Unteroffizieren und 86 Mann aufgehoben. Am 24. befanden sich die Dänen hinter Veile, 5 Meilen vom Kampfplatz. Die Dänen hofften am 23 die Avantgarde gänzlich zu vernichten, und sie hat sehr gelitten. Allein die beabsichtigte Umgehung der linken Flanke ward durch die 2. Brigade, namentlich auch durch das brave 4. Jägerkorps vereitelt. Als unsere Avantgarde zuerst Kolding verlassen mußte, ging sie sogleich ¼ Stunde westlich über eine schnell geschlagene Brücke, während die Artillerie den Dänen den Besitz von Kolding unmöglich machte. Die ganze Armee brach darauf auf 3 Punkten hervor, und der Feind mußte weichen. (Alton. M.)

Kolding, den 24. April. Es sieht hier furchtbar aus, rauchende oder in Schutt geschossene Häuser, getödtete Soldaten, Kadaver von Pferden, Alles bunt durch einander. Das gestrige Treffen war sehr hartnäckig, und unsere Truppen, die freilich eine große Uebermacht, besonders an Artillerie, im Anfang gegen sich hatten, waren nahe daran, den Rückzug antreten zu müssen. Allein ihre ausdauernde Tapferkeit, das feste Vertrauen auf den Führer Bonin und endlich das ruhige, sichere Schießen unserer Artilleristen, siegte endlich so vollkommen, daß die Schlacht als glänzend gewonnen für uns zu betrachten ist. Die Dänen haben sich theilweise gut geschlagen, besonders ihre blauen Husaren, die aber größtentheils aufgerieben sind, haben ausgezeichneten Muth bewiesen. Ehre auch dem Feind, wenn er es verdient. Die Zahl der Gefangenen, die wir gemacht haben, ist sehr groß, denn fast das ganze 13. Bataillon streckte am Abend freiwillig die Waffen, die Offiziere wurden von unseren Dragonern gefangen. Jetzt stehen unsere Vorposten schon wieder an 2 Stunden nordwärts Kolding und haben heute schon wieder eine dänische Feldwache von 60 Mann gefangen genommen. Alles ist hier frohen Siegesjubels voll, und gar General Bonin weiß den Muth und die sichere Haltung seiner jungen schleswig-holst. Truppen nicht genug zu loben. Unser Verlust läßt sich noch nicht gut übersehen, da manche Abtheilungen, die im Gefecht waren, schon wieder detaschirt sind. An 250 Todte und Verwundete wird er wohl betragen. — Es heißt hier allgemein, daß es morgen wieder vorwärts nach Fridericia gehen soll, was große Freude erweckt. Hoffentlich rücken bald Reichstruppen als Reserve nach. — (B.-H.)

Stuttgart, den 27. April. Die Abgeordneten-Kammer verfolgt ihren Sieg; Stockmayer stellte heute den Antrag, das Armeekorpskommando, das noch in den Händen des Prinzen Friedrich befindlich ist, wieder mit dem verantwortlichen Kriegsministerium zu vereinigen, und dieser Antrag ward fast einstimmig angenommen, so daß die Regierung alsbald wird entsprechen müssen. Alsdann geht es an die Kammer der Standesherren, welche bis jetzt weder die Grundrechte, noch die Reichsverfassung anerkannt, sondern sich für das Vereinbarungsprinzip ausgesprochen hat. Diese muß jetzt auch zu einer solchen Anerkennung genöthigt werden: ist man mit dem Königthum fertig geworden, wird man doch auch dieses Junkerthum bewältigen können, das sich von jeher wie eine Unheil verbreitende Giftpflanze zwischen Fürst und Volk gestellt hat. Der König soll geäußert haben, nie mehr nach Stuttgart zurückkehren zu wollen. Man spricht von [einer] Reise desselben nach dem Haag. (Frkft. J.)

Italienische Staaten.

Briefe und Blätter aus **Turin** vom 26. April bestätigen die Befürchtungen, daß man, gestützt auf Frankreich, und ermuntert durch England, die Friedensunterhandlungen für abgebrochen erkläre. Bereits am 29. Abends erschien darüber ein Manifest des Ministerraths. Zwar sind die Oesterreicher in Alessandria eingerückt, aber was will diese Handvoll Leute inmitten einer feindlichen Stadt und Besatzung! Mittlerweile ist die französische Flotte nach den italienischen Gewässern abgegangen, und die Pariser Presse wirft die Maske ab: die französische Expedition ist, mehr noch als zur Restauration des Papstes, zur Unterstützung Piemonts bestimmt, und Albini hat Befehl, mit der sardinischen Flotte im adriatischen Meer zu bleiben! Umsonst haben die Magyaren, unter Anführung der von Paris gesendeten polnischen Generale, nicht gesiegt! (A. A. Z.)

Neapel, 14. April. Im Widerspruche mit den Gerüchten von freiwilliger Unterwerfung Siziliens will der Republikano wissen, es werden neue Streitkräfte in Gaeta eingeschifft, um die königl. Truppen zu verstärken, die bei Catania großen Verlust an Todten und Verwundeten erlitten hätten. Die römische Republik ist nun von Sizilien anerkannt und Pater Ventura zum Gesandten nach Rom ernannt worden. (N. Z. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Der Arbeiter-Verein

ladet alle seine Mitglieder, so wie sämmtliche Arbeiter ein, sich bei der Mittwoch Nachmittag 2 Uhr auf dem Judenbühl stattfindenden Volksversammlung recht zahlreich zu betheiligen und es werden sämmtliche Arbeiter, so wie alle Innungen, die sich mit ihren Fahnen einfinden wollen, gebeten, sich um 1 Uhr auf der Schütt zu versammeln. Wir sind im Voraus überzeugt, daß die Arbeiter Nürnbergs (wie sie schon bei vielen Gelegenheiten bewiesen haben) auch bei dieser wichtigen Versammlung eine **ruhige Haltung** beobachten und zeigen werden, daß sie der **Freiheit würdig** sind.

Zugleich werden alle Meister und Arbeitgeber ersucht, ihre Arbeiter von der Betheiligung an dieser allgemeinen deutschen Sache nicht abzuhalten.

Der Arbeiter-Verein.

Empfehlung.

Einem verehrungswerthen hiesigen und auswärtigen Publikum diene zur ergebensten Anzeige, daß ich meinen Laden in der Frauentherstrasse verlassen habe, dagegen den Laden im Hause des Herrn Keidner und Römhild am Herrenmarkt nächsten Freitag als den 4. Mai, eröffne, und mit allen Sorten von Lebkuchen, wie auch verschiedenen Sorten Plätzchen und mehreren Sorten Chocolade versehen bin. Durch solide und billige Bedienung werde ich nicht ermangeln, mir Ihre Zufriedenheit zu erwerben.

Meiner werthgeschätzten Nachbarschaft danke ich verbindlichst für das freundschaftliche Zutrauen und Wohlwollen, welches mir seit sieben Jahren zu Theil wurde, und bitte Sie, mich auch ferner wieder zu beehren. Die neue werthgeschätzte Nachbarschaft bitte ich um freundschaftliche Aufnahme und geneigtes Wohlwollen.

Mit Hochachtung empfiehlt sich
Nürnberg, den 1. Mai 1849

Michael Funk.
Lebküchner

Anzeige.

Die entehrende Aeußerung des Flaschnermeisters Heiber, daß der vom 23. auf den 24. April Nachts vermeintliche Einbruch von unserm Hof durch sein Küchenfenster in sein Haus vorgekommen seyn soll, von einem in unserm Haus wohnenden Spitzbuben versucht worden sey — müssen wir so lange als eine schändliche Verdächtigung mit Verachtung zurückweisen, als er nicht als Kläger gegen die Unterzeichneten auftritt und eine Kommission kommen läßt, um alle in dem Haus wohnenden Personen zu untersuchen, welches aber bis heute noch nicht geschah.

Johann Gorhan.
Johann Caspar Bickel.
Konrad Kurt Penzold.
Friedrich Horlacher.

Erklärung.

Es hat sich ein bösartiger Verläumder erfrecht die Lüge zu verbreiten, als habe ich die Aeußerung gemacht, es wäre mir sehr lieb, wenn gar kein Kammmacher, die bei mir fleißig einkehren, in meine Gesellschaft mehr kommen würde; ich erkläre daher die Verbreitung dieser meiner seyn sollenden Aussage für eine unverschämte Verläumdung, indem es mir nie in den Sinn gekommen, so etwas zu äussern, und verspreche Demjenigen, welcher mir diesen Verläumder namhaft machen kann, so daß ich ihn gerichtlich belange, einen Kronenthaler Douceur. Im Uebrigen ist mir Jedermann in meiner Wirthschaft willkommen, so wie es auch mein eifriges Bestreben ist, die mich beehrenden zur Zufriedenheit zu bedienen.

Georg Friedrich Hiller,
Garküchenwirthschaftsbesitzer in der Wolzenstraße.

Erklärung.

In Folge der erlassenen Entscheidung des hiesigen Stadtmagistrates, erkläre ich in der gegen mich eingeleiteten Polizeiuntersuchungssache wegen wörtlicher und thätlicher Beleidigung der Frau Wittwe M. Erhard dahier, daß ich derselben hinsichtlich ihres Charakters nicht das Mindeste zur Last legen kann, und ich dieselbe als eine sehr rechtschaffene Person anerkenne, und daß vielmehr die von mir gegen dieselbe verübten Verbal- und Realinjurien irrthümlich herbeigeführt wurden.

Dressel,
Hausknecht im Anker.

Danksagung und Empfehlung.

Allen den verehrten Freunden und Bekannten, welche meinen seligen Mann zur Ruhe geleiteten, statte ich hiemit meinen herzlichsten Dank ab. Es war in meinem tiefsten Schmerze ein wohlthuendes Gefühl, allerwärts eine solche rege Theilnahme und Beweise innigster Freundschaft zu finden. Möge der Himmel Alle vor solch hartem Schlage beschützen, und mir Gelegenheit bieten, bei erfreulichen Ereignissen dienen zu können.

Zugleich erlaube ich mir hiemit zur Anzeige zu bringen, daß ich den Kohlenhandel, wie seither, ungestört fortführe, und bitte ein verehrtes Publikum mir das Zutrauen ferner zu schenken, und durch reichliche Abnahme mir und meinen 3 Kindern liebreich unter die Arme zu greifen. Hochachtungsvoll

Katharina Michel, Wittwe,
Karpfengasse Nr. 1463.

Anfrage.

Sowohl wegen der zu treffenden Sicherheitsmaaßregeln als auch wegen möglichster Beseitigung des Hochwassers wurde schon vor mehreren Wochen eine mit mehr als 500 Unterschriften versehene Petition beim hiesigen Stadtmagistrat eingereicht, ohne daß bis jetzt irgend ein Resultat zur Kenntniß der Betheiligten gekommen wäre. Man erlaubt sich daher an den gewählten Ausschuß die Frage zu stellen, was seitdem in dieser Sache geschehen ist, indem wir uns auf diese Art nicht beruhigt finden und die Erledigung eines so hochwichtigen Gegenstandes schlechterdings nicht in die Länge gezogen werden darf.

Mehrere Betheiligte.

Versteigerung.

Montag den 7. Mai, Vormittags 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr, werden im Hause L. Nro. 433 der breiten Gasse folgende Gegenstände, als:

Pretiosen, Gold, Silber, Weißzeug, Zinn, Kupfer, Messing, Porzellain, Gläser, Kleider, Betten, Schreinzeug und Hausgeräthschaften

gegen gleich baare Bezahlung versteigert und Kaufsliebhaber hiezu eingeladen.

Goldner Hirsch

an der Laufferstrasse.

Mittwoch den 2. Mai findet ein Maikränzchen statt, wozu ergebenst einladen

Anfang 6 Uhr.

Die Musiker.

Goldener Hirsch

an der Laufferstrasse.

Da ich für dieses Jahr das »Belvedere« an die verehrte Harmonie-Gesellschaft abgetreten habe, so bitte ich in meinem Gasthaus um recht zahlreichen Besuch.

Zugleich erlaube ich mir anzuzeigen, daß alle Abende gute warme und kalte Speisen, so wie vorzüglich guter Spargel anzutreffen sind. Auch empfehle ich meine ganz neu hergerichtete Kegelbahn.

Mit aller Hochachtung empfiehlt sich ergebenst

Sinem.

SINGVEREIN.

Mittwoch den 2. Mai **Kränzchen**. An demselben Tage werden von 1—3 Uhr die nöthigen Eintrittskarten im goldnen Adler abgegeben.

Der Vorstand

Höflichste Einladung.

Heute Mittwoch den 2. Mai findet auf der Alten-Veste bei Zirndorf das alljährliche Maifest statt. — Es spielt daselbst die 8stimmige Blechmusik des Herrn Lippert, wobei gute Hefenküchlein, gebackene Fische nebst andern Speisen und vorzügliches gutes Lagerbier verabreicht wird. Hiezu ladet höflichst ein

Hier. Kütt,
Wirth auf der Alten-Veste.

(Empfehlung.) Unterzeichnete wünscht gründlichen Unterricht im Guitarrespielen zu ertheilen und empfiehlt sich hiezu ergebenst

Käthe Hofmann, Cantorstochter,
Wohnhaft in der goldenen Rose am Weberplatz.

Anzeige.

Mehrseitigen Aufforderungen entgegen zu kommen, veranstaltet Unterzeichneter Sonntag den 13. Mai einen Ball. Listen zum Einzeichnen liegen in L. Nr. 469 der Breitengasse auf. Es empfiehlt sich

J. M. Lange, Tanzlehrer.

(Einladung.) Dienstag den 1. Mai Abends 8 Uhr werden sämmtliche Schuhmachermeister zu einer wichtigen Besprechung im Gasthause zum Mondschein höflichst eingeladen.

Der Steuerausschuß.

(Anzeige.) So eben haben wir wieder erhalten:

Broche-Plättchen,

von vorzüglicher Reinheit.

J. A. Enderer'sche Handlung.

(Anerbieten.) Einige wißbegierige Schüler von 11—13 Jahren können gegen billiges Honorar Antheil am französischen Unterricht nehmen.

(Verloren.) Samstag Abend wurde von Gostenhof bis in die Karolinenstrasse eine Vorstecknadel, Mosaik-Arbeit, verloren. Der redliche Finder wird ersucht solche gegen Erkenntlichkeit in L. Nro. 383 abzugeben.

(Verlauscht.) Sonntag Abend den 29. April wurde in der Meissenbach'schen Wirthschaft ein schwarzer Seidenhut verwechselt. Um gefälligen Austausch wird gebeten S. Nr. 491.

(Verlaufen.) Ein weiß und braungefleckter junger Königshund mit einem Halsband von rothem Tuche hat sich verlaufen, um dessen Zurückgabe gegen Belohnung gebeten wird L. Nr. 337.

(Empfehlung.) Feine durchbrochene Strohhüte für Damen, und Kindermützen, Roßhaartaschen und viel anderes billigst abgegeben werdendes empfiehlt ergebenst

J. A. Meinecke.

(Anzeige.) Man empfiehlt ein recht freundliches Zimmer für einen Herrn, oder einen jungen Menschen, der in den Sprachen recht bequem Unterricht mitgenießen kann. S. Nr. 83 Winklerstraße.

(Anzeige.) Blasbälge von jeder beliebigen Größe werden angefertigt, so wie auch schadhafte reparirt bei Johann Lengenfelder, Feilenhauer ꝛc., Blasbälgmacher, Rittershof 671 auf dem Lorenzerplatz.

(Zu verkaufen.) Eine Drehbank mit Gußeisenem Ständer und Support ist billig zu verkaufen.

(Verkaufs-Anzeige.) S. Nr. 106 am bayer. Hof, ist ein noch gut erhaltener Wiener Flügel billig zu verkaufen.

Zu verkaufen.

Es ist ein an der Fürth-Nürnberger-Chaussée gelegenes Anwesen, bestehend:

1) Aus einem neugebauten massiven Wohnhaus mit zwey heizbaren Zimmern, Küche, Stallung, Holzlage und Pumpbrunnen.
2) Aus einem 2 1/4 Morgen großen Garten mit 250 edlen Obstbäumen

um 2000 fl. billig zu verkaufen, und bei der Exped. d. Bl. zu erfragen.

(Zu verkaufen.) In Nr. 1276 Zirkelschmidsgasse ist eine ganz gutsingende Nachtigall zu verkaufen.

(Zu verkaufen.) Ein Char à banc, und 2 6jährige braune Wagenpferde sind zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Zu verkaufen.) Zwei Klaviere, für Anfänger passend, sind sehr billig zu verkaufen in L. Nro. 529 der Pfannenschmieds-Gasse.

(Zu vermiethen.) In S. Nro. 1407 der äussern Laufergasse ist ein freundliches Zimmer an einen ledigen Herrn oder auch an einen Gymnasiasten, welchem die Kost dazu gegeben werden könnte, zu vermiethen.

(Verloren.) Gestern Abend hat ein armes Dienstmädchen von der Kaiserstrasse bis zur Sterngasse 4 Ellen braunen Druck verloren. Der redliche Finder wolle es gegen ein Trankgeld in Nr. 917 der Sterngasse abgeben.

(Gesuch.) Eine treue, fleißige Mannsperson, welche sich mit den besten Zeugnissen ausweisen kann, wünscht so bald als möglich als Ausläufer oder Hausknecht unterzukommen. Näheres No. 1038 beim Laufer-Schlagthurm.

(Gesuch.) In der Nähe vom Markt werden Mitleser zum Korrespondent gesucht. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

(Lehrlings-Gesuch.) Ein junger Mensch von soliden Eltern kann sogleich in die Lehre treten bei

F. H. Rupprecht.
Graveur.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, das im kochen und backen einige Kenntnisse hat und Gelegenheit findet letzteres noch besonders zu lernen, wird sogleich oder 14 Tage nach Walburgi in Dienst zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) In einem Städtchen bei Nürnberg wird ein solides Mädchen, die sich willig jeder Hausarbeit unterzieht und kochen kann, in Dienst zu nehmen gesucht und kann auf gute Behandlung rechnen. Frankirte Briefe besorgt die Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Es wird ein Mädchen, welches im nähen und bügeln bewandert ist, sogleich in Dienst zu nehmen gesucht. L. Nro. 212.

(Gesuch.) Eine gewandte Kellnerin, welche schon mehrere Jahre in dieser Eigenschaft gedient hat, wünscht wieder unterzukommen.

(Gesuch.) Ein Mädchen vom Lande, welche Hausmannskost gut kochen kann und sich willig jeder vorkommenden Arbeit unterzieht, sucht am Ziel Walburgi oder 14 Tage später einen Platz. Näheres in der obern Schmidtgasse Nr. 431.

(Gesuch.) Ein gebildeter junger Mann, welcher in den besten Gasthöfen als Kellner servirte, wünscht Auswärts in gleicher Eigenschaft eine Stelle zu erhalten. Darauf Reflektirende werden gebeten, ihre Adresse portofrei unter A. Z. an die Exped. d. Bl. zu übersenden.

(Gesuch.) In einem Spielwaaren-Geschäft kann ein Buchbinder oder Portefeuille-Arbeiter dauernde Arbeit finden.

Stadttheater in Nürnberg.

Mittwoch den 2. Mai 8. Abonnementsvorstellung »Ein deutscher Krieger.« Schauspiel in 3 Akten von Bauernfeld.

Donnerstag den 3 Mai: Zum Erstenmale: „Johannes Guttenberg.“ Große Oper in 4 Akten von Prechtler. Musik von Füchs. Hr. Bielezizky »Guttenberg«, als letzte Gastdarstellung.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 3. Mai 1849. № 123. Donnerstag: † Erfind.

Deutsche Staaten.

München, 1. Mai. Dem kgl. Staatsminister der Finanzen ist das folgende Handschreiben des Königs Ludwig zugegangen: »Herr Staatsminister der Finanzen! Von dem Gesammt-Ministerium habe ich gestern ein Schreiben, das Darlehen an Griechenland betreffend, bekommen, worauf ich — an Sie gerichtet, in dessen Bereich dieser Gegenstand vorzüglich gehört — die Erwiederung abgebe, daß ich bereits vorgehabt hätte, diese Darleihensfrage auf eine dem bayerischen Staatshaushalte genügende Weise zu bereinigen, jedoch die weitere Erklärung bis zum Eintreffen einer bald zu erfolgen habenden Rückantwort meines Sohnes, des Königs von Griechenland, dem ich geschrieben, mir vorbehalten müßte. Wünsche, daß von dieser meiner Erwiederung dem Gesammtstaatsministerium Kenntniß ertheilt und überhaupt der geeignete Gebrauch davon gemacht werde. Mit bekannter Gesinnung Ihr etc. Ludwig. München den 25. April 1849.«

Der bisherige Regierungsrath von Schwaben und Neuburg A. Frhr. v. Bechtolsheim wurde zum Ministerialrathe II. Klasse im Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten ernannt; der Rechtspraktikant K. Stang aus Burgebrach zum Aktuar des Landgerichts Ludwigsstadt in Oberfranken ernannt.

Karlsruhe, den 28. April. [176. Sitzung der zweiten Kammer.] Nachdem einige Titel des Budgets des Ministeriums des Innern, den Staatsaufwand für Wissenschaften, Künste und Gewerbe, für den Kultus und für milde Fonds und Armen-Anstalten berathen und die desfallsigen Forderungen der Regierung genehmigt waren, verliest Häusser seinen Kommissionsbericht über die Lamey'sche Interpellation, wie sie in der gestrigen Sitzung vorgekommen, beantragt Berathung in abgekürzter Form und schlägt der Kammer folgende Erklärung vor: „Daß sie (die Kammer) in der Note der Regierung vom 11. April, so wie in den spätern Kundgebungen derselben, den aufrichtigen Entschluß erkennt, die Reichsverfassung in ihrem Einzelnen, so wie in ihrem Ganzen unbedingt anzuerkennen, ohne den Eintritt in den deutschen Bundesstaat erst von der Erledigung der Verhandlungen mit allen andern deutschen Staaten abhängig zu machen. Die badische Kammer erwarte ferner mit fester Zuversicht, daß die Regierung, falls nach dem Beschlusse der Nationalversammlung vom 26. d. M. auch an sie die Aufforderung der Centralgewalt um unbedingte Anerkennung der Verfassung ergehen sollte, diese Anerkennung unbedingt und unumwunden wiederholen und nicht säumen werde, das im Reichsgesetzblatt erschienene Wahlgesetz, sowie die von der Nationalversammlung proklamirte Reichsverfassung gesetzlich zu publiziren. Die badische Kammer erklärt endlich, daß der Regierung zu Allem, was die Durchführung der deutschen Reichsverfassung nothwendig mache, ihre eigene Unterstützung auf das Freudigste und Bereitwilligste zu Gebote stehen solle." Staatsrath v. Stengel bezieht sich, ohne auf die nähern in dem Kommissionsberichte enthaltenen Ausführungen einzugehen, auf die Erklärung, welche er gestern im Namen der Regierung abgegeben, und fügt nur noch bei, daß letztere durchaus nichts einzuwenden habe, wenn auch die Kammer ihre Zustimmung hierzu ertheile. Weller ist mit dem Kommissions-Antrage einverstanden, und stimmt demselben mit Freuden bei. Eben so Lamey, zumal er stets ausgesprochen, daß an den Beschlüssen der Nationalversammlung festgehalten werden müsse.

Auch Zell theilt die Ansicht der Kommission, macht aber darauf aufmerksam, daß die Nationalversammlung zu dem Zwecke berufen worden, um das Verfassungswerk zwischen den Regierungen und dem Volke zu Stande zu bringen, daß solches, so wie die Oberhauptsfrage mit geringer Majorität angenommen worden, und daß sonach hinlänglich Gründe zu einer reiflichern Ueberlegung vorhanden wären. Schaaff erklärt sich mit dem Kommissionsantrag durchaus einverstanden, indem die Zeit des Lavirens vorüber sey. Man müsse sich jezt entschieden für eine bestimmte Richtung erklären. In den Märztagen hätten sich sämmtliche deutsche Regierungen auf demselben Standpunkte befunden, jezt aber wollen einige ihn verlassen. Nicht so unsere Regierung, sie halte fest, die Kammer müsse ihr daher hiezu eine Vollmacht ausstellen und die Folgen mittragen helfen. Sie sey da, um ihre Meinung ohne Furcht und Nebenrücksichten auszusprechen, er halte daher Zells Sorgfalt nicht am Plaze, indem man ein Laviren, aber zu spät, zu bedauern haben würde. Er beklage, daß die Mitglieder der äußersten Linken in der Kammer nicht mehr anwesend seyen, denn sie würden, wie er hoffe, dem Kommissionsantrage ebenfalls beitreten. Zentner: Die Erklärung der Regierung, wie sie gestern abgegeben wurde, habe ihn vollkommen befriedigt, denn er habe den Schlußsaz in befragter Note vom 11. d. M. nie anders verstanden. Baden werde sich von keinem in die Tasche stecken lassen, und wäre es auch der König von Preußen. Die Bemühungen der Nationalgewalt und unsere seyen jedoch fruchtlos, wenn nicht ein Anderer mitwirke. Er meine das deutsche Volk, dieses müsse da entscheiden, wo die Reichsverfassung noch nicht angenommen worden, und auf dem Wege der gesezlichen Agitation, wie solches in Würtemberg geschehen, dafür Sorge tragen. Man habe in leztgenanntem Staate ebenso viel Sinn für Gesez und Ordnung, als für die Freiheit bewiesen, dies verdiene Nachahmung. Dennig: Diejenigen, welche die badische Note vom 11. d. M. angegriffen, hätten, wie es ihm dünke, dieß nur darum gethan, um ihre eigene Schwäche zu decken, er beantrage den Druck des Häußerschen Berichts und dessen Vertheilung. Metz: Er habe immer gefunden, daß die badische Regierung offen zu Werke gegangen, und dieß gestern schon erklärt. Eines wünsche er noch, nämlich die sofortige Verkündung der Reichsverfassung und des Reichswahlgesezes. Er wisse wohl, daß man diesfalls nur noch auf eine offizielle Mittheilung derselben warte. Bei der Abstimmung wurde sowohl der Kommissionsantrag, als jener des Abgeordneten Dennig einstimmig angenommen.

** **Frankfurt**, 30. April. [209. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Austritts- (darunter 14 Oesterreicher) und Eintrittserklärungen. Erklärung, daß der König von Würtemberg die Reichsverfassung angenommen. Ebenso die Zustimmung der Stände von Sigmaringen. Interpellationen, worunter die, ob die Oesterreicher Geschütz und Munition aus der Bundesfestung Mainz gegen die Ungarn weggeführt, für grundlos erklärt wird. Bericht des Handelsministers Duckwitz über die deutschen Marineangelegenheiten. Von dringlichen Anträgen kamen sodann zur Anmeldung: 1) einer von L. Simon von Trier, daß das Präsidium ermächtigt werde, zu jeder ihm beliebigen Zeit und an jedem beliebigen Orte Sitzungen der Reichsversammlung anzuberaumen, sowie die beschlußfähige Anzahl von 200 auf 100 Mitglieder herabzusetzen. 2) Ein Antrag von Goltz und Genossen: daß dem Präsidium das Recht zuerkannt werde, ausserordentliche Sitzungen anzuberaumen, daß solche ausserordentliche Sitzungen auf den Antrag von 50 Mitgliedern statt finden müssen, und daß die beschlußfähige Anzahl auf 150 herabgesetzt werde. Die Dringlichkeit dieser Anträge wird anerkannt. Mehrere Redner unterstützen diese Anträge lebhaft.

Beschlossen wird und mit bedeutender Mehrheit: »Das Präsidium ist ermächtigt, zu jeder Zeit und an jedem Orte, den zu erwählen es für zweckmäßig erachtet, Sitzungen der Nationalversammlungen anzuberaumen.« (Lebhafter Beifall bei Verkündigung dieses Beschlusses.) Ueber den Zusatz dagegen, daß eine ausserordentliche Versammlung auf das Verlangen von 50 Mitgliedern stattfinden müsse, wird die Zettelabstimmung erforderlich. Der Antrag wird abgelehnt mit 216 gegen 162 Stimmen. Dagegen angenommen nach dem Verbesserungsantrage von Zell die Bestimmung, daß eine solche Sitzung anberaumt werden muß auf den Antrag von Einhundert Mitgliedern. Was die Beschlußfähigkeitsanzahl anlangt, so wird der Antrag Biedermanns, daß ein Gutachten von einem Ausschusse über diese Reduktion eingeholt werde, abgelehnt. Dagegen wird angenommen nach dem Antrage von Goltz und Genossen die Herabsetzung auf 150 anwesende Mitglieder.

Der Präsident verkündet, daß noch fünf dringliche Anträge vorliegen, wovon der erste von Wigard aus Dresden, daß das Reichsministerium unverweilte Untersuchung und Verhaftung gegen den Mörder Robert Blums, den Fürsten Windisch-Grätz verfüge etc. Die Dringlichkeit dieses Gegenstandes wird nicht anerkannt. Der Antrag geht also auf den Ausschußweg. Dasselbe Schicksal hat ein Antrag von Schlöffel, Hoffbauer und Genossen. Weil ihm aber die Dringlichkeit versagt wird, ziehen ihn die Antragsteller zurück. Dem Antrage Ziegert's auf Mißbilligung der Auflösung der Kammer in Berlin und in Hannover und auf Erlaß eines Aufrufs an das deutsche Volk (durch den Dreißigerausschuß) wird die Dringlichkeit zuerkannt, desgleichen dem Antrage Kierulffs und Genossen. Die Anträge werden als zusammenhängende behandelt und die Abstimmung entscheidet sich für den Kierulff'schen, wonach die Reichsversammlung beschließt 1) Die Mißbilligung der von den preussischen und hannoverschen Regierungen Auflösung der dortigen Volksvertretungen vor dem ganzen deutschen Volke auszusprechen; 2) die Regierungen von Preussen und Hannover aufzufordern, auf das schleunigste neue Wahlen anzuordnen; 3) gegen die noch übrigen gesetzlichen Organe des preussischen und hannoverschen Staates die Bemerkung auszusprechen, daß sie die Ansicht und den Willen des Volkes in der deutschen Verfassungssache offen, muthig und schleunig den genannten Regierungen kund thun. Abgelehnt wird der Ziegert'sche Zusatz: auf Erlaß eines Aufrufs an das deutsche Volk, die Aufforderung zur Vertheidigung der Verfassung u. s. w. enthaltend. Nächste Sitzung morgen.

†*† **Berlin**, den 29. April. Die Bewegung, welche unser gestriger Bericht ausführlich schilderte, nahm erst gegen 11 Uhr ein Ende, nachdem zwischen 9 und 10 Uhr die Volksmassen vom Dönhofsplatz vertrieben, und die Eckhäuser der diesen Platz umgrenzenden Straßen durch Militär besetzt waren. Der Verlauf der Bewegung blieb unverändert derselbe. Eine völlig unbewaffnete Menge, hauptsächlich au Neugierigen bestehend, ließ sich von den Konstablern und den Mil tärpatrouillen von einer Stelle des Platzes zur anderen jagen, un erwiederte hie und da die Angriffe mit Steinwürfen und dergleiche welche auch bei dem Militär einzelne Verwundungen zur Folge geba haben. Auf einen in die Kurstraße zusammengedrängten Hauf wurde auch von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. 2 Personen s len auf dem Platze geblieben seyn.

Die Zahl der bis jetzt als todt gemeldeten Opfer der Vorgän vom 27. und 28. wird auf 15 angegeben.

Heute scheint die Ruhe nicht gestört werden zu sollen. Wenigste ist der Dönhofsplatz von der Masse ziemlich frei, wir haben auch nic vernommen, daß Konflikte mit Polizei oder Militär stattgefunden h ben. Die Konversationshalle, der nichts zur Last fällt, als daß d Deputirten der Linken sich in ihr zu versammeln pflegten, ist no fortwährend geschlossen. Das Lokal ist eine öffentliche Restaurati und seine Schließung deshalb in keiner Art gerechtfertigt. Auf de Polizeiamte hat heut eine große Anzahl von Vernehmungen darüb stattgefunden, ob aus den Räumen der Konversationshalle ein Schu gefallen sey. Wie wir erfahren, haben die vernommenen Augenze gen die Vorfälle vom 27. betrffd. jene Behauptung in Abrede gestell — Auch die „Stadt London," das Hotel, in welchem die Rechte de aufgelösten Kammer ihre Parteisitzungen zu halten pflegte, ist vo Militär besetzt, in diesem Falle jedoch nicht in Folge militärische Willkühr, sondern auf Veranlassung des Besitzers selbst.

Das große politische Ereigniß, welches alle diese Begebenheite veranlaßt hat, die Auflösung der Kammer, wurde, wie wir aus zu verlässiger Quelle erfahren, lediglich durch den Beschluß der deutsche Nationalversammlung in Bezug auf Vertagung und Auflösung deut

scher Ständeversammlungen herbeigeführt. [illegible] reits am 26. spät Abends von jenem Beschluß auf telegraphischem Wege Kenntniß erlangt. Ein Ministerrath, dem auch der König beiwohnte, fand im Lustschlosse Bellevue noch während der Nacht statt. Der Prinz von Preussen, der bei einer früheren Veranlassung — muthmaßlich bei dem Beschluß der Kammer in Bezug auf die Rechtsgültigkeit der Reichsverfassung — sich entschieden gegen die Auflösung ausgesprochen hatte, scheint an dieser nächtlichen Konferenz nicht Theil genommen zu haben. Derselbe soll wenigstens, wie man uns versichert, einem Kammermitgliede, das sich bei dem Prinzen verabschiedete, erklärt haben: er habe die Maßregel später erfahren, als die Kammer. Die Minister hatten mit dem Könige die ganze Nacht in Bellevue zugebracht. Am Morgen des 27., eine bis zwei Stunden vor der Sitzung, welche die letzte seyn sollte, fuhren die Minister gleichzeitig mit dem König, der sich nach Charlottenburg begab, nach Berlin, um die Auflösungsordre zu verlesen.

Herr von Manteuffel scheint das Gewicht seiner für Fortdauer des Belagerungszustandes vorgebrachten Argumente nicht zu unterstützen. Er hat einen besondern Abzug des stenographischen Berichts über die von ihm gehaltene Rede veranstaltet, und als Beilage zur Vossischen Zeitung und auch auf anderen Wegen vertheilen lassen. Besonders hat man dafür Sorge getragen, daß Soldaten in den Besitz dieses merkwürdigen parlamentarischen Aktenstückes sich befinden.

Die Behörden scheinen die Besorgniß zu hegen, daß, obschon die Abgeneigtheit der Bevölkerung gegen jeden aktiven Widerstand offen zu Tage liegt, dennoch im Geheimen Vorbereitungen stattfinden. Mit besonderer Aufmerksamkeit werden die Eisenarbeiter überwacht. Das Dorf Moabit, etwa 1 Stunde von der Stadt, in welchem die Borsig'sche Maschinenfabrik eine große Anzahl solcher Arbeiter concentrirt, war gestern vorzüglich Gegenstand genauer Durchsuchungen. Sogar auf die Keller der Häuser jenes Dorfes erstreckten sich die Recherchen. Eine Patrouille von Uhlanen wurde mit der Durchstreifung des Dorfes beauftragt.

Die Folgen der Kammerauflösung werden einigen Abgeordneten bereits fühlbar. Die Regierung scheint die Erfahrungen, welche das Ergebniß der vorigen Wahlen, in dieser Beziehung geboten haben, nicht beachten zu wollen. Der Steuerverweigerer-Prozeß wenigstens wird energisch betrieben. Unter Anderen ist auch der Oberbürgermeister von Brandenburg, Herr Ziegler, vorgeladen worden.

Das Verhalten der äußersten Rechten in der zweiten Kammer hat nachträglich mißbilligende Aeußerungen ihrer Mandanten hervorgerufen. Die Majorität der Wahlmänner „der alten Kur- und Hauptstadt Brandenburg," als deren Vertreter Herr v. Bismark sich der Kammer mit Stolz vorstellte, erklärt, sie habe jenen Herrn nicht gewählt. Ja das Unglaubliche geschieht. Eine Deputation des durch seine Demonstrationen für das specifische Preussenthum im vorigen Sommer bekannt gewordenen Teltower Bauernvereins ist hier eingetroffen, um dem in Westfalen als unerschrockenen Vertheidiger der Rechte des Bauernstandes gegen die Unterdrückungsgelüste des Junkerthums sehr populären Justizkommissär Giesse die Wahrnehmung der Interessen ihres Standes in der zweiten Kammer post festum aufzutragen. Sie erklärten gleichzeitig, daß so wenig Herr v. Bodelschwingh als Herr Stiehl durch sie gewählt sey, und daß der Verein zur Vermeidung ähnlicher Wahlergebnisse die Rittergutsbesitzer durch Abänderung des Statuts von dem Vorstande ausgeschlossen habe. —

Berlin, 29. April. Die Königl. Regierung hat unterm gestrigen Datum folgendes Schreiben an den königl. Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt erlassen: »Als Sr. Majestät dem Könige durch die Deputation der deutschen Nationalversammlung am 3. d. M. die Botschaft von der auf ihn gefallenen Wahl zum deutschen Kaiser überbracht wurde, sprach Se. Majestät, im Gefühle der hohen Bedeutung des Augenblicks für die ganze Zukunft Deutschlands, feierlich aus, daß Er in dem an Ihn ergangenen Rufe die Stimme der Vertreter des deutschen Volkes erkenne und den Werth des Ihm durch dieses Vertrauen gewordenen Anrechts zu schätzen wisse, daß Er aber ohne das freie Einverständniß der Fürsten und der freien Städte Deutschlands eine Entschließung nicht fassen könne, welche für sie und die von ihnen regierten deutschen Stämme die entscheidendsten Folgen haben müsse. Dieser Antwort des Königs gemäß, hat die Regierung Sr. Majestät an demselben Tage an sämmtliche deutsche Regierungen die Einladung ergehen lassen, sich offen und umfassend über ihre Absichten und Wünsche auszusprechen. Sie hat dieselben um bestimmte Erklärungen sowohl über die Sr. Maj. zugedachte Stellung, als über die ganze aus den Berathungen der National-Versammlung hervorgegangene Verfassung ersucht; sie hat es dabei nicht verhehlt, daß sie selbst diese eben erst durch rasche Beschlüsse zur Vollendung gelangte Verfassung einer reiflichen Prüfung und gründlichen Erwägung unterziehen müsse, ehe sie dem Könige ihren Rath über die Annahme derselben vorlegen dürfe. Indem die königl. Regierung diesen Weg einschlug, ist sie den Grundsätzen treu geblieben, welche sie von Anfang an für ihr Verfahren in der großen Angelegenheit der Neugestaltung der deutschen Verfassung sich vorgezeichnet hatte, und welche sie eben so offen und klar ausgesprochen, als mit ernster und aufrichtiger Konsequenz festgehalten zu haben, sich bewußt ist. Diese Grundsätze sind in der Note vom 23. Januar d. J. niedergelegt. — Sie beruhen auf der gewissenhaften Achtung aller Rechte der Regierungen, wie der Nat.-Vers., und auf der tiefgewurzelten Ueberzeugung, daß es vorzugsweise Preussens Beruf sey, auf dem Wege des Rechts und Friedens auf die von der Nation geforderte Einheit, Freiheit und Macht Deutschlands hinzuwirken. Aus dieser nie verleugneten Ueberzeugung ging die Erklärung hervor, daß die Verfassung Deutschlands nur auf dem Wege der Verständigung zwischen den Regierungen und der Nat.-Vers. festgestellt werden müsse, und der Entschluß, zu dieser Verständigung selbst die Initiative zu ergreifen. Indem Preussen sich bereit zeigte, alle im Interesse der Gesammtheit von ihm zu verlangenden Dienste dem deutschen Vaterlande, auch mit eigenen Opfern, zu erweisen, und zugleich den festen Entschluß aussprach, keine ihm angebotene Stellung anzunehmen, als mit freier Zustimmung der verbündeten Regierungen, durfte es als Lohn für seine uneigennützigen Bestrebungen hoffen, daß durch ein einträchtiges Zusammenwirken der Regierungen das große Werk der deutschen Verfassung zu Stande kommen werde. Die Kgl. Regierung betrat daher mit Vertrauen und Zuversicht diesen Weg der Verständigung, auf welchem die Mehrzahl der übrigen Staaten sich ihr mit demselben Vertrauen anschlossen. Sie erkannte das aus den Berathungen der National-Versammlung in erster Lesung hervorgegangene Werk seiner vollen Bedeutung nach an, indem sie die Ueberzeugung aussprach, daß der Entwurf im Wesentlichen die Grundlagen eines kräftigen und den Anforderungen der Zeit gemäß gestalteten Bundesstaates enthalte; sie mußte aber nach gewissenhafter Prüfung desselben auch erklären, daß sie Abänderungen desselben für nothwendig und [illegible] Gesichtspunkte, von welchen sie bei diesen Abänderungs-Vorschlägen ausging, sind in der Instruktion vom 16. Februar dahin ausgesprochen, daß es darauf ankomme: 1) die Kompetenz der Bundesgewalt genauer zu begränzen, innerhalb dieser Kompetenz aber ihr eine kräftige Handhabung zu sichern; 2) die Existenz der Einzelstaaten als selbstständige Organismen möglichst zu wahren und sie nicht weiter zu beschränken, als zur Erreichung der wesentlichen Bedingungen des Bundesstaats nothwendig sey.

Diese Gesichtspunkte waren nicht auf das augenblickliche Bedürfniß berechnet, sondern liegen so wesentlich in der Natur der Sache und eigenthümlichen Verhältnisse Deutschlands, daß die Kgl. Regierung dieselben unter allen Umständen festhalten mußte und davon nicht abgehen konnte, ohne die Gesammtentwickelung Deutschlands auf das Ernstlichste zu bedrohen. Eine Verfassung, welche diese Grundlagen beseitigte, könnte Deutschland nicht zum Heile gereichen. Die meisten deutschen Regierungen schlossen sich den Abänderungs-Vorschlägen Preussens an, welche sich auf dasjenige beschränken, was aus den oben aufgestellten Grundsätzen mit unabweisbarer Nothwendigkeit hervorging; andre haben besondere Vorschläge an das Reichs-Ministerium gelangen lassen, welche aber im Wesentlichen von denselben Gesichtspunkten ausgehen. Die Regierungen gaben diese Anträge der Nat.-Vers. hin, in dem Vertrauen, daß dieselbe sie einer eingehenden, gründlichen Berathung und Berücksichtigung würdigen werde. Wir können noch jetzt die Ansicht nicht aufgeben, daß, wenn dies in der erwarteteten Weise geschehen wäre, eine Verständigung würde zu erzielen gewesen seyn. Es hätte alsdann aus der gemeinsamen Arbeit der National-Versammlung und der Regierungen der Bau einer Verfassung hervorgehen können, unter deren Schutz alle deutschen Stämme einer gemeinsamen, tüchtigen Entwickelung entgegengegangen wären. Und wenn einzelne deutsche Staaten noch durch ihre eigenthümlichen Verhältnisse an der Theilnahme daran verhindert worden wären, so hätte sich doch durch die Mitwirkung der Nat.-Vers. und eine redliche Verständigung der Regierungen unter einander auch innerhalb des großen, bestehenden und unter allen Umständen heilig zu achtenden Bundes eine engere Gemeinschaft bilden können, welche denen, die sich ihr angeschlossen, die Gelegenheit und die Bedingungen zu einer kräftigeren Entfaltung nach innen und außen dargeboten hätte. Preussen hatte, nach der einen wie nach der anderen Seite hin, gethan, was an ihm war, um die Verständigung herbeizuführen. Es wartete mit Ruhe und Vertrauen die Beschlüsse der Nat.-Vers. ab; es hat nicht versucht, irgend welchen weiteren Einfluß auf ihre Berathungen auszuüben, sondern dem Patriotismus und der Weisheit der Vertreter des deutschen Volkes vertraut. Die Kgl. Regierung hielt an dem eingeschlagenen Gange ihrer Politik um so freudiger fest, als die allgemeine Stimme des preussischen Volkes sich auf unzweideutige Weise damit einverstanden erklärt hatte. In dieser Stellung fand sich die Kgl. Regierung, stark durch die Loyalität und die Treue, mit der sie an den von ihr selbst aufgestellten Grundsätzen des Rechts und der Versöhnung festhielt, als die Beschlüsse der Nat.-Vers. über die zweite Lesung der Verfassung und die Wahl Sr. Maj. des Königs erfolgten. Diese Beschlüsse bewiesen, daß die Nat.-Vers. auf den von uns dargebotenen Weg der Verständigung nicht eingegangen war. Die Vorschläge der Kgl. Regierung, sowie die der übrigen, waren gar keiner Berathung im Schoße derselben unterzogen; sie hatten selbst nicht in dem Maße, wie sie durch den vorbereitenden Ausschuß aufgenommen waren, bei der Versammlung selbst Berücksichtigung gefunden; dagegen waren wesentliche Bestimmungen des früheren Entwurfs in beeilter Beschlußnahme weggefallen, andere aufgenommen, welche dem ganzen Werke einen durchaus neuen Charakter verliehen. Als der Schlußstein dieses neuen Werkes war die Wahl Sr. Maj. des Königs zum Kaiser vorgenommen, und das so vollendete Ganze als ein unantastbarer Organismus zur Annahme hingestellt und Sr. Maj. dem Könige dargeboten. Die Kgl. Regierung mußte sich in diesem ernsten Augenblick die Frage vorlegen: ob sie dadurch sich veranlaßt fühlen dürfe, auch ihrerseits von dem bisherigen Wege abzuweichen und dem Könige zu einer unbedingten Annahme des Dargebotenen zu rathen? Sie hat diese Frage nach Pflicht und Gewissen beantwortet.

Der Weg, den sie hätte verlassen sollen, war der Weg des Rechtes und des Friedens, der Konsequenz und der Treue. Se. Majestät der König selbst haben keinen Augenblick daran zweifeln können, daß auf diesem Wege allein für Deutschland, für Preußen, für Ihn selber und Sein Haus Heil und Ehre zu finden sey. Diesen Standpunkt haben daher auch die Antwort des Königs an die Deputation und das Cirkular der Königlichen Regierung von demselben Tage offen und aufrichtig festgehalten. Von eben diesem Standpunkte aus sieht Se. Majestät der König erst jetzt, nachdem die durch jenes Cirkular erbetenen Erklärungen der verbündeten Regierungen erfolgt, und unsererseits die Bestimmungen der in zweiter Lesung beschlossenen Verfassung noch der gründlichsten und sorgsamsten Erwägung unterzogen worden sind, Sich in der Lage, Seinen definitiven Entschluß über den an Ihn ergangenen Ruf der National-Versammlung auszusprechen. Die Erklärungen der deutschen Fürsten und Regierungen haben gezeigt, wie weit die Ansichten, namentlich in der Oberhauptsfrage, auseinandergehen, und wie wenig Hoffnung auf Erzielung eines umfassenden Einverständnisses vorhanden war. Während einzelne Fürsten mit einem Vertrauen, welches Se. Majestät nur mit hoher Genugthuung anerkennen kann, den Wunsch ausgesprochen haben, der König möge die dargebotene Krone annehmen: haben Andere in der Errichtung eines erblichen Kaiserthums selbst die größte Gefahr für Deutschland erblickt, und ihre Abneigung oder ihren festen Entschluß ausgesprochen, einem anderen deutschen Fürsten als Kaiser sich nicht unterzuordnen. Die bedeutendsten deutschen Regierungen haben die Verfassung in der Form, wie sie vorliegt, nicht annehmen zu können erklärt. Dagegen hat eine große Anzahl deutscher Regierungen die Bedenken, welche sie früher mit uns getheilt, jetzt um der Dringlichkeit der Umstände willen aufgeben zu müssen geglaubt, und noch ehe wir die Berathungen mit ihnen eröffnen konnten, sich gegen das Reichs-Ministerium dahin erklärt, daß sie die Verfassung unbedingt anzunehmen und Veränderungen derselben nur auf dem in ihr selbst bestimmten Wege zuzulassen bereit seyen. Sie sind dabei von der durch den Erfolg nicht bestätigten Voraussetzung ausgegangen, daß dieselbe durch den Beitritt der übrigen Staaten in ganz Deutschland wirklich zur Geltung kommen werde. Es ist schon oben angedeutet worden, daß diese Verfassung bei der zweiten Lesung in ihren Grundlagen wesentlich modifizirt worden sey, und zwar nach einer Richtung hin, welche es der Königlichen Regierung unmöglich machte, Sr. Majestät die Annahme derselben zu rathen. Dies hat das Ministerium schon der eigenen Landes-Vertretung gegenüber erklärt. Die weitgehenden Bestimmungen des ersten Entwurfs über die Befugnisse der Reichsgewalt zum Eingreifen fast in

[illegible] welche eine selbstständige Verwaltung der letzteren unmöglich machen und sie mit der Zeit absorbiren würden, sind nicht beseitigt worden. Die in die Verfassung aufgenommenen Grundrechte enthalten einzelne, so tief eingreifende und in mancher Hinsicht noch zweifelhafte Grundsätze, daß es bedenklich scheinen muß, dieselben, als für alle Zeiten bindend, den einzelnen Staaten aufzudrängen. Daneben ist den letzteren durch den Wegfall des ganzen Kapitels vom Reichsrath jede Mitwirkung bei der Ausübung einer sie selbst so vielfach nahe berührenden Exekutivgewalt genommen; und dennoch ist dem so isolirt und in scheinbar einziger Machtvollkommenheit hingestellten Reichs-Oberhaupte durch die Annahme des suspensiven Veto und die Ausdehnung desselben selbst auf Verfassungs-Aenderungen in Wahrheit eine Stellung gegeben, bei der weder die Würde, noch die zum Heile des Ganzen, wie der Einzelnen erforderliche Macht gewahrt werden kann. Das konstitutionell-monarchische Prinzip, an welchem die große Mehrzahl des deutschen Volkes mit Liebe und Vertrauen festhält, ist durch diese Stellung in seinem Wesen bedroht; und in Verbindung mit dem alle Schranken niederwerfenden Wahlgesetz erhält die ganze Verfassung dadurch einen Charakter, welcher sie nur als das Mittel erscheinen läßt, um allmälig und auf anscheinend legalem Wege die oberste Gewalt zu beseitigen und die Republik einzuführen. Durch die Annahme einer solchen Verfassung würde die Königliche Regierung nicht nur die oben als maßgebend bezeichneten Gesichtspunkte gänzlich verläugnet, sondern auch die besonnenen, nach wahrer Freiheit strebenden und konservativen Elemente Preußens und Deutschlands in ihrem innersten Wesen verletzt haben. Ein Hinweggehen über diese ernsten Bedenken um des Dranges augenblicklicher Schwierigkeiten und Gefahren willen, würde um so weniger zu rechtfertigen sein, als es sich nicht allein um die Befriedigung eines augenblicklichen Bedürfnisses, sondern um die Schaffung eines Werkes handelt, welches durch sein eigenes Wesen Dauer verbürgen und die Zukunft Deutschlands sicher stellen soll. Se. Majestät der König hat sich demnach nicht verhehlen können, daß die Vorbedingungen fehlen, welche allein Ihm eine Annahme der auf Ihn gefallenen Wahl möglich machen konnten; und in ernster Erwägung der Pflichten, welche Ihm gegen Deutschland und gegen Sein eigenes Land obliegen, so wie der Verantwortlichkeit, welche auf Ihm persönlich dabei ruhen würde, hat Er Sich in Seinem Gewissen nicht für berechtigt halten können, an Sein Land und Volk diejenigen Anforderungen zu machen, welche diese neue Stellung bedingt haben würde, und hat Sich daher mit dem Rath seines Staats-Ministeriums entschlossen, die auf Grund der in Frankfurt beschlossenen Verfassung Ihm dargebotene Kaiserwürde abzulehnen. Es sind nicht die schweren Pflichten, es sind nicht die Opfer, welche dieselbe Ihm auflegen würde, vor denen der König zurückscheut. Deutschland hat von seinen Fürsten jedes Opfer zu fordern, außer dem des Rechtes, der Wahrheit und der Treue; ein solches Opfer würde niemals zum Heile des gemeinsamen Vaterlandes gereichen. Se. Majestät hegt daher auch das feste Vertrauen, daß sowohl die National-Versammlung, wie die ganze deutsche Nation die Gesinnung anerkennen werden, aus welcher Sein Entschluß hervorgegangen ist.

Wie der König selbst unter den Ersten gewesen ist, aus freier Entschließung zu der Neugestaltung Deutschlands zu einem kräftigen Bundesstaat die Hand zu bieten, so wird Er auch der Letzte seyn, an dem Gelingen dieses großen Werkes zu verzweifeln. Preussen wird sich unter keinen Umständen von dem Werke der deutschen Einigung zurückziehen, vielmehr auch jetzt alle Kraft aufbieten, um dasselbe zu fördern. Die Königliche Regierung hat zuerst den Weg der Verständigung eingeschlagen, und wenngleich ihre bisherigen Bemühungen ohne ihre Schuld fruchtlos geblieben sind, so will sie doch denselben nicht aufgeben und erklärt daher ihre fortwährende Bereitwilligkeit, auf jede Verständigung einzugehen. Wie wir schon am 23. Januar die Ansicht ausgesprochen haben, daß die Aufrichtung einer neuen deutschen Kaiserwürde zu der Erlangung einer wirklichen und umfassenden deutschen Einheit nicht nothwendig sey: so können wir auch jetzt nur an der Ueberzeugung festhalten, daß die Ablehnung derselben durch Se. Maj. den König keine Gefährdung, vielmehr eine Förderung dieser Einheit seyn werde. Wenn die National-Versammlung uns wirklich in gleichem patriotischen Sinne entgegenkommen will, so liegt es noch immer in ihrer Hand, der Verfassungs-Angelegenheit eine solche Wendung zu geben, daß die Regierungen sich mit ihr verständigen und unter ihrer Mitwirkung und auf dem Wege der Vereinbarung die von einer ruhigen Erwägung der deutschen Verhältnisse geforderten Modifikationen zu Stande kommen können. Daß es überhaupt möglich seyn müsse, auf die Berathung der Verfassung noch einmal zurückzukommen und Modifikationen derselben ins Auge zu fassen, wird, glauben wir, schon darum die National-Versammlung selbst nicht verkennen, weil sie sich nicht wird verhehlen können, daß der §. 1 der Verfassung in jedem Falle sich nur durch Gewalt, auf dem Wege des Krieges oder der Revolutionen, würde ins Leben führen lassen; eine Aufgabe, welche die National-Versammlung sich so wenig stellen wird, wie irgend ein deutscher Fürst es thun könnte. Indem ich Ew. ꝛc. die vorstehende Mittheilung über den definitiven Entschluß Sr. Majestät des Königs mache, ersuche ich Sie, dieselbe im Namen der Königlichen Regierung abschriftlich zur Kenntniß der provisorischen Centralgewalt und durch dieselbe der National-Versammlung zu bringen. Berlin, 28. April 1849. Der Minister-Präsident. (gez.) Graf von Brandenburg. (Ist das nicht deutlich?)

Dresden. [48. öffentliche Sitzung der I. Kammer, am 30. April.] Nach Erledigung der Registrande berichtet Abg. Heubner über die Differenzpunkte in den Beschlüssen beider Kammern, die deutsche Reichsverfassung betreffend. — Der Ausschuß beantragt, den Beschlüssen der zweiten Kammer allenthalben ohne Ausnahme beizutreten, was gegen 3 Stimmen Annahme findet. Präsident Joseph erhebt sich und bringt der Freiheit Deutschlands ein Lebehoch aus, in das die Abgeordneten begeistert einstimmen. — Regierungs-Kommissär Todt verliest hierauf das königl. Dekret, die Auflösung der Kammern betreff. und wird die Sitzung demgemäß sofort aufgehoben.

[58. öffentliche Sitzung der II. Kammer, am 30. April.] Nach Vortrag des Protokolls findet die vom Abgeordneten Köchly vorgelesene Landtagsschrift auf das königl. Dekret in der Robert Blum'schen Angelegenheit Genehmigung und wird auf Antrag Berthold's das Direktorium der Kammer ermächtigt, die Landtagsschrift wegen der deutschen Reichsverfassung zu vollziehen. Regierungs-Kommissär Todt trägt, nachdem der Vortrag aus der Registrande beendigt ist, das königl. Dekret, die Auflösung der Kammern betreffend, vor und erklärt auf Grund dessen die Kammer für aufgelöst und ihre Sitzungen für geschlossen. Präsident Hensel bringt dem Willen des Volkes, der Einheit und Freiheit Deutschlands und der deutschen Reichsverfassung ein Lebehoch aus, in welches alle Anwesende einstimmen. (Lpz. Z.)

Altona. Gewiß können wir in dem dritten Stadium unsrer Erhebung, welche durch das statthalterliche Regiment bezeichnet wird, von Glück sagen, denn bisher ist keine der Befürchtungen eingetroffen, mit denen man dieser neuen Entwickelung entgegensah. Durch den Uebermuth und die Verblendung der Dänen ist ein fauler Friede oder ein unseliges neues Provisorium abgewandt, der Krieg ist als eine deutsche Sache mit Nachdruck wieder aufgenommen worden, das schon wankende deutsche Banner ist aufrecht geblieben, unser junges schleswig-holsteinisches Heer hat die Bluttaufe empfangen, der Sieg ist auf fast wunderbare Weise unseren Fahnen gefolgt, sie flattern siegreich auf dänischem Grund und Boden, die Einsprachen scheinen verstummt zu seyn, man gestattet nicht blos den Sieg, sondern noch auch die Benutzung desselben; unser Recht und mit und in ihm die deutsche Sache ist bei uns wieder zu Ehren gekommen; deutsche Fürsten und Prinzen drängen sich, an dem Kampfe für diese Sache Theil zu nehmen und durch ihn zu Ehren zu kommen. Haben wir selbst zu dieser an Wunder gränzenden Wandelung der Dinge etwas gethan, so ist es ausser der Tapferkeit unsres kleinen neugeschaffenen Heeres, dessen Organisation und treffliche Führung wir der preussischen Hülfe verdanken, die Standhaftigkeit, womit wir an unserm Rechte festgehalten und die Mäßigung, womit wir nur auf die Anerkennung und Sicherung desselben bestanden haben. Das Recht, das hier aber nicht als blos buchstäbliches, sondern seiner innern Geltung nach gemeint seyn soll, und das wir uns mit der geschichtlichen Aufgabe unsrer Gränzlande und dem bewußten Maaß der Gesinnung zusammenfallend denken, ist bisher die Quelle unsrer Stärke und Einigkeit gewesen; möge die ihm innewohnende Kraft uns bei den noch bevorstehenden europäischen Verwicklungen den Muth geben, mit einzustehen für die Erkämpfung eines einigen und großen Deutschlands, für das Deutschland der Zukunft, und möge das augenblickliche Glück, das nichts als eine höhere Fügung und Prüfung ist, uns nicht abwendig machen von dem Pfade des Rechts und der Mäßigung, indem wir uns das Beispiel Dänemarks zur Warnung dienen lassen, das durch Uebermuth in seine gegenwärtige Lage gekommen ist. (Alt. M.)

Gravenstein, vom 26. April. Dem Spionirsystem in hiesiger Gegend ist durch die mißtrauische Aufmerksamkeit der bayerischen Truppen recht gründlich das Garaus gemacht; selbst gute mit Pässen versehene Patrioten dürfen nur mit der größten Vorsicht den Höhen sich nahen. Die Vorpostenneckereien fahren fort. Die Dänen verschießen auf weite Distancen nutzlos ihr Pulver und viele sind in den letzten Tagen von den trefflichen bückeburger Schützen erlegt. Heute Morgen um 9 Uhr marschiren die Bayern, welche bis jetzt im Sundewittschen lagen, 5 Bataillone und 2 Batterien stark, sowie das 5. bayerische Chevaurlegers-Regiment aus der Gegend von Seegaard, nordwärts, wie verlautet gen Jütland. — Am Alsener Sund liegen jetzt 11 Kanonen- und Dampfböte. Sandberg gegenüber schanzen die Feinde an der Westküste Alsens gewaltig. Die dänischen Finanzen müssen nicht brilliant stehen, denn 2 Ueberläufer, welche vorgestern zu unsern Vorposten kamen, berichten, daß ihnen seit 10 Tagen kein Sold ausgezahlt sey. (Alt. M.)

Stuttgart, 30. April. Das mit großer Einmüthigkeit kund gegebene Verlangen des würtembergischen Volkes, daß die ganze deutsche Reichsverfassung von der Staatsregierung sofort möge anerkannt werden, ist durch die Entschließung Seiner Majestät des Königs vom 25. d. Mts. erfüllt worden. Nachdem nun dieser für die Einheit, Freiheit und Größe Deutschlands förderliche Schritt geschehen, wenden sich die Unterzeichneten, die sich bewußt sind, nach bester Einsicht und gewissenhafter Ueberzeugung gehandelt zu haben, an ihre Mitbürger mit der ernsten und dringenden Mahnung, nunmehr ihrerseits dahin zu wirken, daß das Volk ebenso, wie durch lebhafte Empfänglichkeit für die große Sache des Vaterlandes, auch durch treues Festhalten an Gesetzlichkeit und Recht sich ehre. Mit Bedauern, aber — wo es ihm Pflicht und Ueberzeugung geböte — ohne Zögerung und mit aller Festigkeit würde das Ministerium ungesetzlichen Bestrebungen entgegentreten, welche, hervorgegangen etwa aus dem Wahne, die Freiheit über die Gränzen der Landes- und der Reichsverfassung hinaus auf gesetzwidrige und gewaltsame Weise erweitern zu dürfen, die wahre Freiheit nur beeinträchtigen, die gesunde Entwicklung stören, das Vertrauen untergraben, den Wohlstand des Landes zerrütten müßten. Darauf glauben die Unterzeichneten das würtembergische Volk noch besonders aufmerksam machen zu müssen, wie die Ereignisse der neuesten Zeit hinlänglich gezeigt haben, daß sich der vernünftige Volkswille auch in der konstitutionellen Monarchie verwirklichen lasse. Ebendeßhalb aber machen die Gegner derselben eine falsche Rechnung, wenn sie meinen, die bewaffnete Macht Würtembergs, stehendes Heer und Bürgerwehr, werde sich dazu hergeben, Pläne der Untergrabung und des Umsturzes bestehender Rechtsverhältnisse zu unterstützen. Die Regierung darf sich vielmehr der Ueberzeugung hingeben, daß der weit überwiegende Theil des Volks, Bürgerwehren und stehendes Heer mit inbegriffen, stets bereit seyn werde, die öffentliche Sicherheit, die Ordnung und das Recht gegen gesetzwidrige Partei-Unternehmungen standhaft zu vertheidigen. Die Departements-Vorstände: Römer. Roser. Duvernoy. Schmidlin. Rüpplin. Goppelt. (Schwb. M.)

Dänemark.

Kopenhagen, 25 April. „Der Augenblick ist vielleicht nicht mehr fern — sagt Flyveposten heute, den gegen alle hiesigen Erwartungen nun doch wirklich erfolgten Einmarsch der Schleswig-Holsteiner in Jütland besprechend, — wo die Deutschen mit Schrecken erfahren werden, was es heißt, die jütische Halbinsel besuchen; mehr zu sagen, würde unklug seyn." Hierauf setzt das genannte Blatt auseinander, daß Hülfe kommen müsse und werde. Es sey jetzt der Fall eingetreten, welchen der König von Schweden als die Bedingung angegeben, wo schwedische Krieger sich mit den dänischen vereinigen würden, um den deutschen Eroberungsplänen entgegenzutreten. Von England sey, so lange Palmerston's egoistische Politik am Ruder bleibe, zwar nichts zu hoffen; allein Rußland werde, sobald die Verhältnisse in Europa nur etwas geordneter seyen und der auch ihm gefahrvolle ungarische Aufstand vorüber sey, gegen die eroberungssüchtigen Deutschen, welche seine Garantie verhöhnten, auftreten. Man müsse also ausharren, dem Feinde so viel Schaden als möglich thun, und wenn er Jütland zu brandschatzen wage, auf Repressalien denken, z. B. Beschlaglegen auf alles Geld, das dänische Kaufleute deutschen Häusern schuldeten. (B.-H.)

Französische Republik.

† **Paris**, 25. April. Die Morgenblätter entwerfen ein trübes Bild von der Lage der Dinge in Paris. Erzählen wir zunächst die Thatsachen: Die Gruppen auf den mittleren Boulevards (Porte St. Denis und St. Martin) waren gestern Abend stärker und lärmender

als an den vorherigen. Alle Läden der Gegend wurden geschlossen und lange Banden der berüchtigten Gamins, die wie Zugvögel jeder politischen Bewegung voranschwirren, durchzogen, die Marseillaise, die Carmagnole und die Lampions singend, die Gruppen. Um 9 Uhr war die Cirkulation gehemmt und die Wägen mußten langsam (im Schritt) fahren. Starke Abtheilungen der Stadtsergenten hielten sich um die Porte St. Martin herum und rückten von Zeit zu Zeit nach den beiden Seiten des Boulevards durch die Menge, um die Cirkulation herzustellen. Ihre Bemühungen blieben aber vergebens, denn so bald sie durchgedrungen, schlossen sich die Gruppen hinter ihnen wieder ꝛc. — Mehrere von den Sergenten wurden stark mißhandelt. Um 9½ Uhr, die Ohnmacht der Stadtpolizei einsehend, rückte das Dragoner-Regiment vom Quai d'Orsay gegen die Boulevards und beim Herannahen der ersten beiden Schwadronen liefen die Gruppen auseinander. Um 11¼ Uhr war die Cirkulation wieder hergestellt. Die „Opinion" fügt hinzu, daß 76 Personen verhaftet wurden, darunter 15 begnadigte Junirräuber. Für heute Abend sind große Maaßregeln Seitens der Regierung angesagt.

An der Spitze sämmtlicher demokratischen Journale liest man: „Zur Nachricht! Die Herausforderungen der Staatsgewalt, welche durch ihre Eingriffe in das freie Wahlbesprechungsrecht die Volkssouveränetät verletzt hat, legen dem demokratisch-sozialistischen Komité die Pflicht auf, in dieser Beziehung eine reiflich überlegte Entscheidung zu fassen. Das Komité hat sich ohne Verzug mit der Lösung dieser Frage beschäftigt. Morgen soll eine neue Benachrichtigung alle Demokraten von dem Entschlusse des Komités in Kenntniß setzen."

Italienische Staaten.

Rom, den 21. April. Der französische Gesandte hat Gaeta verlassen, unzufrieden mit den unsinnigen Anforderungen der priesterlichen Kamarilla und dem Eigensinn des Papstes. Absolute Gewalt ist die Bedingung, unter der der h. Vater wieder in Rom einziehen will. Somit sind nun die dießfälligen politischen Konferenzen in Gaeta abgebrochen, da der französische Gesandte bestimmt erklärt habe, er könne auf solche Bedingungen nicht eintreten. (Republikano.)

Oesterreichische Staaten.

Wien, den 27. April. Aus all den hunderterlei Gerüchten, welche den Weg über die Leitha finden, und von denen die Mehrzahl nichts Anderes sind, als verworrene Einzelnheiten über Schlachten, bei welchen die Kaiserlichen der Uebermacht weichen mußten, läßt sich nur Eines mit Bestimmtheit folgern, und dieß Eine ist kein Trost für Jene, welche den [illegible] dermaligen Gestaltung an die Spitze ihres politischen Bekenntnisses gestellt haben. Die Slaven in Ungarn kokettiren mit den Magyaren, und in der Grenze treiben magyarische Emissäre mit großem Erfolge ihr Wesen. Sie sagen den Grenzern, „bei uns werdet ihr frei seyn, während die Habsburger euch, wie die jüngsten Erfahrungen zeigten, fernerhin knechten wollen." — Das wirkt, und den südslavischen Eifer, der erkaltet ist, bringt kein Ordensband mehr in Gluthhitze. Dazu kommt, daß die illyrischen Blätter offen einräumen: eine Verbindung mit den Magyaren wäre schon aus dem Grunde zweckmäßiger, weil diese nicht wie die Deutschen in Oesterreich 40 Millionen hinter sich haben. — Eine Völkerwanderung bereitet sich vor, welche vielleicht die sämmtlichen Regierungen Deutschlands erdrückt! — Wer die Briefe liest, die aus der Moldau und Wallachei hier anlangen, wer da weiß, was für seltsame Anstrengungen die Pforte macht, der wird uns Recht geben, wenn wir sagen: nicht nur Oesterreich, das ganze dynastische Deutschland ist in Gefahr. Die Furcht vor einem magyarischen Einfalle nach Niederösterreich und Mähren vergrößert sich mit jeder Sekunde. Die haute volée schnüret ihre Bündel und zieht westwärts. Das Proletariat jauchzt den Kossuthianern nicht mehr im Stillen, an allen öffentlichen Orten laut entgegen. Pesth ist zur Hälfte in Wien, und wenn es noch acht Tage so dauert, dürfte bald Wien, wenigstens der vermöglichere Theil, bald in Ischl und Linz seyn. Aus Ungarn berichtet man Unglaubliches, sämmtliche Comitate, die bereits unterworfen waren, sind in vollem Aufstande, und schließen sich den Magyaren an, selbst der Weg nach Ofen ist nicht mehr frei, da die Post sehr unregelmäßig eintrifft.

Wie man behauptet, sind einige deutsche Postbeamte gestern aus Ofen flüchtig hier angekommen. Die Remorquers und Dampfschiffe schleppen all das Belagerungsgeschütz stromaufwärts nach Linz, also hält man auch Wien nicht mehr für sicher. Wohin das noch führen soll, ahnt Niemand noch. — Ein Schlag noch und Oesterreich ist gewesen. — Es ist nun wohl keinem Zweifel mehr unterworfen, daß die Barbaren des Nordens dem Hause Habsburg gegen die Magyaren zu Hülfe kommen. — 40,000 Mann sollen, der Presse zu Folge, in Siebenbürgen bereits eingerückt seyn. Das Haus Habsburg kann sich nur noch durch die Russen vor dem Untergange schützen. Es handelt sich um seine Existenz — und da hört alle „sentimale" Politik auf, wie der Loyd sagt. (A. O. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 4. Mai 1849. **№ 124.** **Freitag: Florianus.**

Deutsche Staaten

München, den 1. Mai. Staatsrath Matthy, der Vollziehungskommissär für das renitirende Bayern, ist bereits gestern hier angekommen und im Gasthof zum „bayerischen Hofe“ abgestiegen. Derselbe hatte heute Vormittag eine Besprechung mit dem Minister des Aeußern, über die jedoch zur Zeit noch nichts verlautet. — Der preußische Geschäftsträger Baron von Bodelberg soll von seinem Freunde Gagern ersucht worden seyn, Alles aufzubieten, dem Reichskommissär eine freundliche Aufnahme am „höchsten Orte“ zu verschaffen.

Reichsrath Frhr. v. Aretin, Aristokrat ultramontanister Färbung, ist vorgestern von einer vierten geheimen Sendung von Olmütz zurückgekommen. Man weiß selbst in sonst gut unterrichteten Kreisen nicht, ob derselbe seine Missionen von der Regierung oder von der Kamarilla erhalten hat; wie denn überhaupt ein dichter Schleier über die geheime Verbindung und Verhandlungen des hiesigen mit dem Olmützer Kabinette gezogen ist.

Die blau-weiße Partei in Verbindung mit den Ultramontanen sucht nicht allein in Kreuzer-Flugblättern die hiesigen Einwohner in Betreff der finanziellen Stellung Bayerns bei Annahme der Reichsverfassung auf die größte Weise zu täuschen, sondern benützt jetzt auch die ihnen allzeit bereitwillig offen stehenden Spalten der „neuen Münchener Zeitung“. In der heutigen Nummer dieses aus „guten Quellen“ schöpfenden Blattes, die aber doch oft sehr unrein zu laufen scheinen, beweist in obiger Beziehung einer ihrer Referenten unter dem Zeichen, den Himmelskörper der Erde vorstellend — wahrscheinlich weil ihm die irdischen Güter mehr am Herzen liegen als die himmlischen — in einem Artikel „die Reichsverfassung will den finanziellen Ruin Bayerns“ betitelt, daß er von Finanzwirthschaft so wenig versteht, als von äußeren Angelegenheiten und eben so wenig in der Führung des Finanzportefeuilles als dem des Aeußern entsprechen würde. (D. konst. Z.)

München, 1. Mai. Gestern Abend kam Herr v. Wulffen aus Frankfurt hier an und konferirte sogleich mit einigen Ministern; man erwartet stündlich, daß die bayerische Regierung die Volksabgeordneten von Frankfurt heimrufe. Die Adressen-Aufregung dauert fort. Die Bürgermiliz hat schon Vormittags 70 Mann stark die Sicherheitswache bezogen und Linienmilitär verdreifachte seine Wachen und Patrouillen, von denen die vergangene Nacht die Straßen unaufhörlich beunruhigt waren. (A. Augsb.)

München, den 1. Mai. Der bayerische Agitator für die Anerkennung der Reichsverfassung, Abgeordneter Schlund, ist gestern mit einer von 40,000 Unterschriften bedeckten Adresse an Se. Maj. den König hier angekommen, und hat dieselbe sofort überreicht. Schlund ist heute wieder abgereist, um in seinem Sinne weiter zu wirken. (A. A. Z.)

†° **Nürnberg,** 3. Mai. Seit einigen Tagen war Nürnberg in einer vielleicht nie dagewesenen Aufregung der Gemüther, weil die Behörden Maßregeln angeordnet hatten, welche nur gegen eine aufrührerische Bevölkerung angewendet zu werden pflegen, ja, die Polizei kehrte sogar auf ihren alten Standpunkt zurück, stützte sich auf alte Verordnungen, riß Plakate ab, maßte sich sogar die Censur über die Presse an, indem sie Blätter konfiszirte, und beging bei allem dem doch die lächerlichsten Mißgriffe. Und wozu dieser Aufwand von heimlichen und öffentlichen Maßnahmen? Wozu die Vermehrung von Kavallerie und Artillerie, die in drohender Haltung in unsere so friedliche Stadt einzogen, wozu die Herreise des Reg.-Präsidenten v. Welden, der wahrscheinlich nach seiner gewohnten Weise in jedem Winkel Gespenster gesehen haben mag? Weil das Volks-Comité eine Versammlung angekündigt hatte, in welcher man — von dem Boden des Gesetzes aus — auffordern wollte, zur Anerkennung der zu Recht bestehenden deutschen Reichsverfassung die Zustimmung zu geben, diesen Willen entschieden auszusprechen und für das dem deutschen Volke von seinen Vertretern errungene Kleinod mit Gut und Blut einzustehen. Man wollte das Comité einschüchtern, diese Versammlung nicht abzuhalten, aber das Comité blieb trotz des ebenso verdächtigenden, als perfid abgefaßten Maueranschlages des hiesigen Magistrats, standhaft, kündigte die Versammlung von Neuem an und baute auf den gesunden Sinn des Volkes, daß es kommen werde.

Und in welchen Massen kam es? In geordneten Zügen, mit den deutschen Fahnen und den Fahnen der Gewerbe in der Mitte wogte es beinahe zwei Stunden lang nach dem Versammlungsplatze, so daß beim Beginn der Versammlung die Rednerbühne eine Menschenmasse von gewiß 20,000 Seelen umdrängt hatte. Zwischen dem Grün der herrlichen Bäume stand die Rednerbühne und neben ihr flatterte hoch und lustig das deutsche Banner, zu dessen Wahrung und Schutz sich hier so viele deutsche Männer versammelt hatten.

Der Vorsitzende, Abgeordnete Jakob Schmitt eröffnete die Versammlung. Mit kräftigen Worten setzte er ihr den Zweck ihrer Berufung auseinander. Das Vaterland, die Freiheit sey in Gefahr, rief er dem Volke zu; das Volk müsse jetzt zusammentreten, um zu berathen, wie beide gerettet werden könnten. Ehe er seine Einleitung motivirte, forderte er das Volk auf zu einem donnernden Hoch für die Freiheit, für das Vaterland und alle braven deutschen Männer, die muthig beide vertheidigten, zu einem donnernden Hoch, „damit es hintöne nach Nymphenburg zu den Ohren eines übelberathenen Königs, damit er erkenne, was das fränkische Volk will, was es laut und deutlich fordert!“

Dann ging er in die nähere Motivirung ein, er zeigte dem Volk, wie nicht das Volk es sey, das auf ungesetzlichem Boden stehe, sondern die Fürsten mit ihren Kamarillen und Ministern. Er setzte die auseinander, welche hinterlistige und lügenhafte Verdrehungen die bayerische Erklärung in Bezug auf die Reichsverfassung enthalte, wie gemeiner Weise selbst der Geldpunkt verdreht sey, um das Volk glauben zu machen, es müsse mehr zahlen, und es so gegen die Reichsverfassung aufzuhetzen. Nach ihm sprach Dr. Schwarz; er legte der Versammlung eine Adresse vor an den König, die Anerkennung der deutschen Reichsverfassung betreffend.

Die Adresse wurde nur mit einem Amendement Kargaus von Fürth angenommen, daß die Entlassung des unpopulären Ministeriums vom Könige verlangt. Dr. Kreitmaier, (praktischer Arzt) wollte andere Vorschläge vom Komité gemacht wissen; Adressen genügten nicht mehr. Abgeordneter Tröger sprach lang und gut. Der Hauptinhalt seiner Rede war, daß er zur Entschiedenheit aufforderte und zur Thatkraft. In der beschlossenen Adresse sagt ihm die Ueberschrift: Ew. Majestät nicht zu. „An dieser Stelle hier kenne er nur eine Majestät erkennen, die Majestät des souveränen Volkes!“ Der Vorstand des Arbeitervereins Stettner sprach zu seinen Genossen einige treffliche Worte, indem er sie bei ihrer Ehre beschwor, Ruhe und Gesetz zu wahren, bis es Zeit zum Handeln sey. Dann betrat Abgeordneter Schmitt wieder die Rednerbühne. Endlos war der Jubel, als er sagte: der Gedanke einer Lostrennung Frankens von Bayern sey auch in ihm und seinen Freunden erwacht; aber er sey staatsverrätherisch. Wenn das Volk diesen Gedanken erfassen und durchführen wolle, so sey es noch nicht Zeit dazu; die deutsche Nationalversammlung, die Reichsgewalt müsse dabei später mitwirken.

Im ähnlichen Sinne, zur Einheit und Entschiedenheit auffordernd und dem Volke erklärend, daß es auf dem Boden des Rechts stehe, sprachen mehrere Redner, (besonders gut Elsässer aus Fürth.)

Lang las eine Adresse an die fränkischen Vereine, in welcher sie aufgefordert werden, in ihren Bezirken folgende Erklärung zur Annahme zu bringen. Die Erklärung lautet:

Das fränkische Volk erklärt vor ganz Bayern, vor ganz Deutschland:

1) daß es die von der verfassunggebenden deutschen Reichsversammlung entgültig beschlossene Verfassung für Volk und Fürsten als bindend betrachtet,

2) daß eine Abänderung dieser Verfassung nur auf dem von ihr selbst bezeichneten Weg geschehen dürfe,

3) daß es insbesondere dahin streben werde, die bayerische Regierung zur Anerkennung der Reichsverfassung (sammt dem Wahlgesetz und den Grundrechten) zu bewegen,

4) daß es entschlossen ist, mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln die National-Versammlung in Aufrechthaltung dieser Sache zu unterstützen.

Das fränkische Volk ist der Ueberzeugung, daß das ganze bayerische, daß das ganze deutsche Volk nach dem edlen Beispiele unser Würtemberger Brüder mit der Nat.-Vers. stehen und fallen werde.

Die Erklärung wurde von der Versammlung angenommen. Dann schloß Abgeordneter Schmitt die Versammlung. Er wies noch einmal darauf, wie die deutsche Reichsverfassung das höchste und theuerste Gut des deutschen Volkes sey, wie es die Fahne sey, um die sich das Volk schaare, für die es Gut und Blut einsetzen müsse.

Ergreifend war der Moment, in welchem er die Ueberzeugung aussprach, daß das Militär nicht gegen uns, gegen seine Brüder fechten werde; die Soldaten seyen ja nicht unsere Feinde, sie seyen unsere Freunde, unsere Brüder und Jeder müsse ihnen das von Mund zu Mund, von ganzem Herzen sagen. Und als er auf alle Waffengattungen der bayerischen, der deutschen Armee ein Hoch ausbrachte, da stimmten die vielen Tausende des Volkes jubelnd ein, Hüte und Mützen flogen in die Höhe, und wenn in diesem Augenblicke die Soldaten unter dem Volke gewesen wären, sie hätten fühlen müssen, daß es ein schöneres Loos sey, sich innig mit ihren Brüdern zu verbinden, als Machtgeboten zu gehorchen.

Schmitt schloß seine Rede mit einem Hoch auf die deutsche Reichsverfassung, in welches das Volk jubelnd einfiel.

Nach ihm brachte Dr. Schwarz noch dem Abgeordneten Schmitt als Vorsitzenden ein Hoch, das gleichfalls begeistert vom Volke aufgenommen wurde.

Herr Schmitt entwickelte als Vorsitzender einen Takt, eine Sicherheit, die bewundernswürdig waren, als Redner aber eine Verständlichkeit, Klarheit und Begeisterung, die erkennen ließen, daß er zum Volksredner geboren sey.

Das Volk zeigte eine solche Entschiedenheit, eine so würdevolle und treffliche Haltung, daß man den Dank dafür auszusprechen genöthigt ist. Möge das Volk immer auf diese Weise zeigen, daß es der Freiheit würdig und zur Freiheit reif ist; dann wird es am schönsten über seine Feinde triumphiren!

Aschaffenburg, 1. Mai. Auf den einstimmigen Antrag der Gemeindebevollmächtigten hat der Magistrat mit denselben an Seine Majestät den König die Bitte gestellt, im allgemeinen Interesse die von der Reichsversammlung zu Frankfurt beschlossene deutsche Reichsverfassung sammt Wahlgesetz als auch für Bayern gültig zu erklären und eine weitere Vertagung des Landtages nicht eintreten zu lassen. Diese Adresse ist am 27. April an Se. Maj. abgegangen. (Also auch das getreue Aschaffenburg!) (Aschaff. Z.)

Neustadt a. d. H., den 22. April. Die unterzeichneten Abgeordneten zur bayerischen Volkskammer haben sich durch die neueste

— dritte Vertagung des Landtages und durch die Stellung, welche die bayerische Staatsregierung in der deutschen Verfassungsfrage eingenommen, veranlaßt gesehen, das unten stehende Schreiben an die bayerische Staatsregierung zu richten. Sie erachten es als Schuldigkeit gegen ihre Mitbürger, dieselben davon in Kenntniß zu setzen, es ihnen überlassend, kund zu geben, ob sie in ihrem Sinne gehandelt haben. — Königliche Majestät! Mit schmerzlichem Erstaunen, ja — wir sagen nicht zu viel — mit gerechter Entrüstung hat die ganze Pfalz die Kunde der abermaligen Vertagung des bayerischen Landtages vom 21. April auf den 15. Mai dieses Jahres aufgenommen. Nicht nur ist diese weitere — dritte — Vertagung durch Nichts gerechtfertigt, sondern sie ist auf keine Weise zu rechtfertigen, nachdem die Nationalversammlung als einzig und allein hierzu berufen, die deutsche Reichsverfassung mit den darin aufgenommenen Volksgrundrechten nebst dem Wahlgesetze endgültig beschlossen und publizirt hat, den Regierungen der deutschen Einzelstaaten also nur deren Durchführung und Anwendung obliegt. Und wenn auch die Frage weiter sich erhoben hat, in wie fern ein einzelner Punkt der beschlossenen Reichsverfassung sofort noch einer Abänderung zu unterwerfen sey, so kann doch auch diese Frage einzig und allein nur von der ausschließlich hierzu befugten konstituirenden Nationalversammlung entschieden werden. In diesen Tagen, wo die Geschicke des deutschen Volkes sich erfüllen sollen, ist es gewiß Pflicht jeder Einzelregierung, sich mit ihren Volksvertretern zu umgeben, um mit ihnen alles das zu berathen, was des Volkes Wohl erheischt; denn nicht bloß von dynastischen Interessen handelt es sich, sondern hauptsächlich und wesentlich vom Volksinteresse; und wenn nach der bayerischen Verfassung der Landtag bestimmt ist, in öffentlichen Versammlungen die Weisheit der Berathung der Regierungsorgane zu verstärken; wenn diese gemeinschaftliche Berathung nie mehr, als in diesen Tagen der Entscheidung nöthig war, wenn es wahr ist, daß eine Regierung, die nicht volksthümlich handelt, heute mehr als je sich die größten Schwierigkeiten bereitet und die Säulen erschüttert oder niederreißt, die allein sie aufrecht erhalten können; so erscheint die neue Vertagung des Landtages, die Fernhaltung der bayerischen Volksvertretung als eine Maßregel, die nicht nur unzeitgemäß ist, sondern auch dem bayerischen Gesammtministerium eine kaum zu lösende, schwere Verantwortlichkeit dem bayerischen Volke gegenüber auf die Schultern ladet, um so mehr, als Zögerungen und Hemmnisse, die sich der Einigung des Gesammtvaterlandes entgegenstemmen, nur dazu geeignet scheinen, uns vom Boden gesetzmäßiger Entwickelung auf jenen der Thatsachen, und dadurch in unabsehbare Verwickelungen zurückzustoßen. Gerade der Umstand, der als Grund der letzten Vertagung angegeben wird, nämlich, daß die Ungewißheit über die Lösung der deutschen Frage dem königlichen Gesammtministerium immer noch fortzudauern scheine, müßte dem Ministerium zum Grunde dienen, den Landtag nicht zu vertagen, sondern möglichst schnell zu versammeln, denn das bayerische Volk ist bei dieser Frage wesentlich interessirt, und wohl befugt, durch seine Vertreter seine Stimme darüber abzugeben. Aus diesen Gründen fühlen die unterzeichneten Abgeordneten der Pfalz sich durch ihre Pflicht aufgefordert, gegen die neue Vertagung des Landtags feierlichst zu remonstriren und dahin anzutragen: „es wolle Ew. königliche Majestät schleunigst die Wiedereröffnung des Landtags veranlassen.“ Neustadt an der Hardt, den 22. April 1849. Ew. k. Maj. treugehorsamste: Boye, Eymann, Gelbert, Hack, Heintz, Dr. Hepp für sich und im Auftrag des Dr. Hannitz, Kohlhepp, Kolb, Adam Müller, Willich. Dem Inhalte dieser Eingabe treten bei Frankfurt, den 23. April 1849: Tafel aus Zweibrücken, Culmann, Eckhardt. — Die Abg. von Nürnberg, Tröger und Schmitt, sind dieser Erklärung beigetreten. Zum Beweis, welche Aufregung die Erklärung unserer Regierung in der bayerischen Pfalz hervorgerufen hat, diene folgendes Aktenstück, das als Beilage in der neuen Speyerer Zeitung erschienen ist: Pfälzer! Das Unglaublichste ist geschehen! Maximilian von Bayern hat die durch unsere souveränen Vertreter zu Frankfurt festgestellte und für uns rechtsgültige Verfassung verworfen. Tiefe Entrüstung erfüllt die Brust eines jeden Pfälzers; es gilt zu zeigen, ob der Wille des souveränen Volkes oder der Wille einer volksfeindlichen Regierung maßgebend sey. Um die nöthigen Maßregeln hierüber zu treffen, versammelten sich heute zu **Neustadt** an der Hardt Männer aus allen Vereinen, und beriefen eine Volksversammlung für Neustadt und seine Umgebung, welche von 3 — 4000 Männern besucht war, und in welcher folgender Antrag zum Beschluß erhoben wurde: „Es solle eine allgemeine Volksversammlung für Süddeutschland, insbesondere für die Pfalz zusammenberufen werden, wozu alle Pfälzer, alle waffenfähige Bürger eingeladen sind.“ Die Unterzeichneten wenden sich daher im Auftrag obengenannter Versammlung an Euch, Pfälzer, mit der Aufforderung, der auf Mittwoch den 2. Mai, Mittags 12 Uhr zusammenberufenen Volksversammlung, welche der weltgeschichtlichen Hambacher Versammlung vom Jahre 1832 nicht nachstehen soll, und in welcher das Wohl und Wehe des Vaterlandes, die von den Volksvereinen angeregte Lebensfrage der Pfalz und Deutschlands auf dem gesetzlich errungenen Boden der Reichsverfassung besprochen werden sollen, beizuwohnen und durch kräftige That unser heiligstes Recht zu wahren. Neustadt a. d. Hardt, den 27. April 1849. Die Kommission: J. Fischer. J. V. Weber. A. Loose. Dr. Klein. Ad. Buchheister. Th. Krafft. (N. W. Z.)

Frankfurt, 30. April. Mit den heutigen Beschlüssen hat die Nationalversammlung es ausgesprochen, daß sie entschlossen ist, der gegen sie allenfalls von der reaktionären Revolution zu übenden Gewalt, die Gewalt entgegen zu setzen. Selbst das Centrum hat es ausgesprochen, daß die Nat.Vers. sich möglichen Falles auf den Boden der Revolution stellen müsse. (N. W. Z.)

Frankfurt, 30. April. Der Abg. v. Lassaulx kam heute mit der Linken in einen starken Konflikt, weil er während der Vorlesung des Antrages des Abg. Wigard, die Verfolgung gegen den Fürsten Windischgrätz betreffend, mehrmals „dummes Zeug“ ausrief. (N. W. Z.)

Frankfurt, 30. April. Die hier weilenden Mitglieder der Linken der aufgelösten preussischen Abgeordnetenkammer brachten die Nachricht mit, daß die Abgeordnetenkammer deshalb aufgelöst worden, weil die Fraktionen derselben sich gegen die Sendung von 40,000 Mann Truppen nach Böhmen erklärten. (N. W. Z.)

Frankfurt, 30. April. An die Spitze der Demokraten-Vereine Deutschlands wird der „Donnersberg“ treten. (N. W. Z.)

Frankfurt, 30. April. Nach Mittheilungen aus Stuttgart ist Prinz Friedrich von Würtemberg nach dem Haag abgereist. Die Stuttgarter sind bereit, die Nationalversammlung mit offenen Armen aufzunehmen, und sie mit ihrem Blute zu schützen. (N. W. Z.)

Frankfurt, den 30. April. Aus Berlin wird von leider ziemlich wohlunterrichteter Quelle gemeldet, man beabsichtige den General v. Bonin wegen seines Einmarsches in Jütland vor ein preussisches Kriegsgericht zu stellen. Ist das Sündenmaaß des preussischen Ministeriums noch nicht voll? (D. Z.)

°° **Frankfurt**, den 1. Mai. [210. Sitzung der konstituirenden Reichs-Versammlung. Vorsitzender Vizepräsident Bauer.] Eine Interpellation des Abgeordneten Heisterbergk ist folgenden Inhalts: „Hat das Reichskriegsministerium Kunde davon, daß deutsche Reichstruppen, und zwar preussische, verwendet werden sollen, um dem Olmützer Kabinet, welches die deutsch-österreichischen Staaten dem deutschen Bundesstaate zu entfremden gewagt hat, in dem Kriege zu unterstützen, welchen dasselbe gegen das für seine Selbstständigkeit fechtende heldenmüthige Magyarenvolk führt? — und wenn es davon Kunde erlangt hat, was hat es gethan, um über diesen verfassungswidrigen Schritt der preussischen Regierung sich vollständige Aufklärung zu verschaffen, und eine derartige Verwendung deutscher Waffen und deutschen Blutes zu hindern?“ Unterstützt v. Schüler von Jena, Goltz, Wigard, Zimmermann von Stuttgart u. s. w.“ Der Reichskriegsminister wird diese Interpellation in einer der nächsten Sitzungen beantworten. Die Tagesordnung führt nun zur Berathung folgender Berichte: 1) des volkswirthschaftlichen Ausschusses über Petitionen von Webern und Spinnern, Vermehrung der Arbeit, besseren Lohn der Arbeiter, Hebung der Gewerbe und Industrie betreffend; 2) des Ausschusses für Geschäftsordnung in Betreff verschiedener an die Nationalversammlung gelangter Eingaben; 3) des volkswirthschaftlichen Ausschusses über Petitionen von Tuchmachergewerken, betreffend die Hebung des Tuchmachergewerkes; 4) desselben in Betreff der Eingaben, die sich auf die Verhältnisse des Weserstromes beziehen; 5) desselben über das Gesuch der Vorsteher der Saalfloßkommune zu Kehla, die Ueberlassung der Saalfloßfahrt durch Abgaben betreffend; 5) desselben, das Gesuch der Mälzer- und Brauergilde in Niederschlesien, um Anwendung verschiedener, die Aushülfe des Brauergewerkes bezweckenden Maßregeln betreffend; 6) desselben über eine Anzahl Eingaben, welche die Gleichstellung der Besteuerung von beweglichen und unbeweglichen Gütern betreffend. Die Anträge des betreffenden Ausschusses wurden ohne Berathung angenommen, und sonach die sub. 1, 3, 4, 5 und 6 dem Reichsministerium zur Berücksichtigung überwiesen, jene sub. 2 und 7 aber zu den Akten gelegt.

Sodann sollte der Tagesordnung zufolge die Berathung des Berichts des Dreißiger-Ausschusses, die Abberufung der österr. Abgeordneten und die neueste österr. Depesche vom 15. d. betr. stattfinden. Fröbel als Berichterstatter sprach jedoch, mit Rücksicht auf die durch den raschen Gang der Ereignisse wechselnden Verhältnisse und auf die wünschenswerthe Einigkeit in der Versammlung im Namen der Ausschußmehrheit den Wunsch aus, daß diese Berathung auf eine der nächsten Sitzungen vertagt werde. Die Versammlung trat diesem Antrage bei. Würth interpellirt den Ausschuß für die Blum'sche Angelegenheit, warum er noch keinen Bericht erstattet habe? Panker erwiedert: Der Ausschuß halte die Berathung dieses Gegenstandes unter den jetzigen Umständen nicht für geeignet. Würth meint jedoch, daß eine solche Erwägung nur der Nationalversammlung selbst zustehe und der Ausschuß lediglich Bericht zu erstatten habe. Der Präsident verkündet den Austritt der Abgeordneten Clemens aus Rheinhessen und Künsberg von Ansbach (Aha!) und sagt die nächste Sitzung auf Donnerstag den 3. Mai an.

Nach einem der Augsburger Allgemeinen Zeitung in später Stunde, aus sicherer Quelle, zukommenden Frankfurter Brief vom 29. April hat der Erzherzog Reichsverweser geäußert, daß er in 14 Tagen nicht mehr in Frankfurt seyn werde.

Hanau, 30. April. Unsere gestern auf dem Neustädter Markt versammelte Bürgerwehr brachte der deutschen Reichsverfassung ein dreimaliges Hoch und am Abend wurde in einer großen Volksversammlung, wobei alle Parteien einig gewesen, eine Adresse an das Staatsministerium beschlossen, worin nicht nur die Publikation der Reichsverfassung, sondern auch die Beeidigung des Militärs, der Bürgergarde und der Beamten auf dieselbe verlangt wird. (Frkft. J.)

†*† **Berlin**, 30. April. Der gestrige Tag ist ohne Störung verlaufen. Der Dönhofsplatz war gegen Abend von Neugierigen gefüllt, welche ihre Blicke nach der Konversationshalle richteten, in deren Mauern die Kugeln eingedrungen sind. Es wurde hiebei die Vermuthung ausgesprochen, daß die Abgeordneten, die sich während der Vorfälle vom 27. Nachmittags in jenem Lokal befanden, auch das Ziel der Schüsse waren. Naher liegt indeß die Konjectur, daß ein Theil der zum Feuern kommandirten Mannschaften die Schüsse über die Köpfe der wehrlosen Mitbrüder abgefeuert haben. Jedenfalls ist es auffallend, daß Kugeln, deren Ziel die auf dem Platze befindliche Volksmenge war, sich in den höchsten Theilen der Mauer befinden. Die Menge, deren Neugierde man diesmal nicht mit dem Tode zu bestrafen entschlossen war, verlief sich ruhig. Nur gegen das Hotel de Londres, das Versammlungslokal der Rechten, in welches ein in bürgerlicher Kleidung unter dem Volke umherspürender Konstabler, nachdem er erkannt war, sich geflüchtet hatte, wurden einige Steine geworfen und mehrere Fenster zertrümmert. Die Konstabler machten in Folge dessen mit gezogenen Seitengewehren einen Angriff auf die Excedenten, in Folge dessen einige erheblich verwundet seyn sollen, einer, wie man sagt, tödtlich. Dies dürfte das einzige Resultat der gestrigen Wirksamkeit unserer Behörden seyn.

Die Offiziere, welche am 27. Nachmittags den Mißhandlungen des Volkes verfielen und nur mit Mühe, zum Theil erst nach bedeutenden Verletzungen, gerettet sind, waren die Hrn. General v. Uttenhoven, Major v. Blankethal und Lieut. v. Schleinitz. Der Erstgenannte soll die ihm zu Theil gewordene Behandlung selbst provozirt haben. Er soll unter die in Folge der Auflösung der zweiten Kammer schon in heftige Erregtheit versetzte Menge mit einer die Volksvertretung im Tone der neuen preuss. Zeitung beurtheilenden Aeußerung getreten seyn. Als die hierdurch verletzte Menge auf ihn eindrang, soll er seinen Degen gezogen haben, der ihm durch einen mit einer Latte geführten Schlag zerbrochen wurde. Ein Lieutenant v. D. soll einem der den General bedrohenden Männer den Degen durch den Leib gestoßen haben. — Von den Opfern dieser traurigen Konflikte liegen die Leichen Einiger noch in der Morque de Charite, um von ihren Angehörigen erkannt zu werden.

Eine große Zahl hiesiger Einwohner wollte gestern in der unserer

Bevölkerung eigenen theilnehmenden Weise nach dem benachbarten Dorfe Riedorf, in welchem vorgestern 55 Häuser und mehr als 70 Scheunen ein Raub der Flammen geworden sind. Auf der Brandstätte hatten die Berliner Gelegenheit, ihren Wohlthätigkeitssinn zu bethätigen. Es waren Büchsen aufgestellt, um Spenden für die Abgebrannten zu sammeln.

Im Büreau des Untersuchungsrichters herrscht eine außerordentl. Thätigkeit. Der Schuß, der nun einmal am Nachmittag des 27. aus dem Fenster der Konversationshalle gefallen seyn soll, bildet das hauptsächliste Ziel der Ermittlelungen. Wie wir schon gestern gemeldet, haben die sämmtlichen Personen, die als Gäste der Konversationshalle in jenem Augenblick im Lokale anwesend waren, und die bis jetzt vernommen sind, das Gegentheil bekundet. Nur die Kellner des gegenüberliegenden Hotel de Londres wollen den Schuß aus den Fenstern des konkurrirenden Hotels haben abfeuern sehen.

Der englische Gesandte, Graf Westmoreland, wollte in diesen Tagen Deutschland verlassen, um, wie alljährlich früher, den Sommer auf seinen Gütern zuzubringen; allein die Auflösung der zweiten Kammer und die möglichen Folgen dieser Maßregel bestimmen ihn, noch einige Zeit in der Nähe zu bleiben. Im brittischen Gesandtschaftshotel ist der Schritt unserer Regierung nicht gelobt worden. Wenn zu gleicher Zeit der englische Gesandte aus Wien abgereist ist, so darf man dieses Abreisen Ponsonby's aus Wien und die bevorstehende Entfernung Westmoreland's aus Berlin nicht aus diesen Motiven erklären. Lord Ponsonby ist ein Whig vom reinsten Wasser und sieht dem Treiben der Kamarilla und dem Einflusse Rußlands auf Oesterreichs Politik schon lange mit Widerwillen zu. Seine Kenntniß der türkischen Zustände und sein Einfluß, welche ihm ein langjähriger Gesandschaftssitz in Konstantinopel verschaffte, sind jetzt in London wichtig, wo man den Vorgängen in der Türkei, in den Donaumündungen und in Siebenbürgen eine weit ernstere Aufmerksamkeit widmet, als aus der Oberfläche der Maßnahmen und Schritte der Regierung Großbritaniens zu entnehmen ist. — Die Bonmots der Diplomaten erhalten oft eine historische Bedeutung. Eine der englischen Gesandtschaft sehr nahe stehende Person erinnerte bei der Nachricht von der Abreise Ponsonby's aus Wien an den unter den Seeleuten verbreiteten Glauben: daß die Ratten ein Schiff jedesmal einen Tag vor dessen Untergange zu verlassen pflegen.

Schon seit gestern zirkuliren Gerüchte über Unruhen, die in Magdeburg stattgefunden haben sollen. Die Gerüchte scheinen indeß grundlos zu seyn. Breslau soll sehr bewegt seyn. In Potsdam scheint man gleichfalls Bewegungen zu besorgen. Der Bahnhof ist militärisch besetzt, in der Umgegend ist ein Patrouillendienst eingerichtet und die Wache des Kgl. Schlosses erheblich verstärkt. Hier in Berlin wurden gestern gleich nach der Einläutung des Gottesdienstes auf polizeiliche Veranlassung die Klöpfel aus den Glocken genommen, um für alle Fälle das Sturmläuten unmöglich zu machen.

Die Publikation des Standrechtes, die in der That im Werke war, scheiterte an der Unabhängigkeit und Menschlichkeit der Auditeurs. Diese haben bestimmt erklärt, daß die geltende Gesetzgebung die Verkündung des Martialgesetzes in Berlin und zumal unter den hier herrschenden Zuständen nicht rechtfertige.

Die Truppen, die zum Ausmarsch beordert waren, die Füsilierbataillone des 9. und 14. Regiments, haben in Folge der neuesten Vorfälle den Befehl erhalten, bis auf weitere Verfügung in Berlin zu bleiben. Auch die Landwehr zweiten Aufgebots erwartet ausgehoben zu werden. Bei den Landwehr-Kompagnieversammlungen, die gestern stattfanden, wurden die unverheirateten Wehrmänner auf eine Aushebung vorbereitet.

Eine vielverbreitete Liedersammlung „Musenklänge aus Deutschlands Laienkasten", die wegen ihres pikanten Inhalts und der überaus komischen Illustrationen eine ungewöhnliche Abnahme fand, ist Gegenstand der polizeilichen Verfolgung geworden. Die Konstabler rissen den Prospekt der Schrift, der an die Buchläden geheftet war, ab, und versichern den erschreckten Buchhändlern, die sich auf die in deutschen Landen herrschende Preßfreiheit berufen: die Schrift sey verboten.

Die Blicke aller Parteien wenden sich erwartungsvoll nach Frankfurt. Die gestern durch den Staats-Anzeiger veröffentlichte Note an den Bevollmächtigten kam nicht unerwartet, obschon von vielen Seiten außer der Ablehnung der Kaiserkrone auch die Zurückberufung der preuß. Deputirten gefürchtet, von Andern gehofft worden war.

Die gemäßigtere demokratische Partei erwartet, daß die Frankfurter Versammlung nunmehr die Initiative ergreifen werde. Mehre Mitglieder der aufgelösten zweiten Kammer haben sich bereits nach Frankfurt begeben, andere werden noch dorthin abgehen. Hier wird erwartet, daß die Frankfurter Versammlung auf Vereidigung aller deutschen Truppen auf die Reichsverfassung dringen und ein Direktorium mit Gagern an der Spitze als Exekutivbehörde niedersetzen werde. Briefe von ziemlich gemäßigten Mitgliedern der Paulskirche sprechen davon, daß man an derartige Maaßregeln denke. Die Auflösung der zweiten Kammer hat, wie zu erwarten stand, in Frankfurt den übelsten Eindruck gemacht. Herr Bassermann, der vor dem Eintreffen jener Nachricht bereits zum Reichskommissär designirt war und in dieser Eigenschaft nach Berlin abgehen sollte, verzögerte seine Abreise. Er wird nichts desto weniger heut hier erwartet, möglich, daß er sich im Augenblick schon hier befindet. Interessant ist die wesentlich verschiedene Stellung, die Hr. B. in Folge der ihm gewordenen Instruktionen diesmal hier einnehmen dürfte, wenn man dieselbe mit seiner frühern im Novbr. v. J. vergleicht. — Man tadelt es hier sehr, daß einige Mitglieder der Linken in der Paulskirche, denen vom Reichsministerium Stellungen als Reichskommissäre nach Sachsen und nach anderen kleinen Staaten angeboten wurden, diese nicht angenommen haben.

Obschon hier viel von neuerdings zwischen dem Reichsverweser und dem Reichsministerium eingetretenen Differenzen gesprochen wird, so ist dieses Gerücht noch sehr zu bezweifeln. Uns zu Gesicht gekommene Briefe sprechen zwar davon, daß der Reichsverweser mehrfach den Wunsch äußere, seiner Stellung enthoben zu werden, rühmen aber das gute Einvernehmen, in welchem sich der Erzherzog mit dem Ministerium befinde. — Mehrere Mitglieder der ersten Kammer, man nennt unter ihnen Graf Dohrn, der sich jedoch noch hier befindet, sollen Willens seyn, nach Frankfurt zu reisen.

Viel wird hier von dem Zusammentritt einer Art Vorparlament in Frankfurt gesprochen, mag man auch einerseits die bereits erfolgte oder noch in Aussicht stehende Abreise mehrerer namhafter Männer zu diesem Gerücht Veranlassung gewesen seyn, so scheint es doch andererseits gewiß, daß zwischen den Oppositionsparteien der einzelnen Landesvertretungen dieserhalb Unterhandlungen schweben.

Wir berichteten schon vor einigen Tagen, daß man sich mit Modifikationen des Wahlgesetzes für die zweite Kammer höhern Orts beschäftige. Bis jetzt ist unser Gouvernement jedoch zu keinem bestimmten Beschluß gekommen; man fürchtet das offene Verlassen des oktroyirten Verfassungsbodens vom 5. Dezbr.

Die vorgeschlagenen Modifikationen beabsichtigen die Eintheilung der Wähler in drei Klassen: „Höchst-, Mittel- und Niedrigst-Besteuerte." Durch diesen Wahlmodus, bei welchem jedoch alle bis Betheiligten wiederum als Wähler betheiligt seyn sollen, hofft m sich einen konservativen Kern, wenn nicht eine konservative Majori von vornherein zu sichern. Durch eine mit dieser Wahlmodifikat verbundene neue Abtheilung der Wahlbezirke soll es dahin gebr werden, daß jede der drei Steuerklassen ihren oder ihre Abgeordn für sich allein wählt. Von anderer Seite soll auf eine neue In pretation des Wortes „selbstständig" gedrungen werden.

Das Militär soll schon seit dem Beginn des Belagerungszus des mit ganz detaillirten Instruktionen für den Fall eines Stra kampfes versehen seyn; so soll u. A. befohlen worden seyn, bei ei Barrikadenkampfe sich weniger auf ein Beschießen der Barrikaden der Straße als vielmehr von den Fenstern der nächstgelegenen Hö aus einzulassen.

Wie wir vernehmen sind die HH. Minister v. Goßler und D v. Stockmar, als Kommissarien für Köthen und Bernburg hier a send, um über den Anschluß des Anhaltinischen Militärs an die p sische Armee einen Vertrag abzuschließen. Man wundert sich a mein über den Schritt jener Staaten in dem gegenwärtigen Au blicke, wo die Reichsverfassung, welche jene Vereinigung gebietet, nicht ins Leben getreten, vielmehr sogar von dem preuß. Minister ausdrücklich zurückgewiesen ist.

Dresden, 30 April. Die Dresdner Zeitung vom 1. Mai hält folgende Protestation: Die Regierung löst die Kammern Die Dynastie verweist die Volksvertretung. Die verantwortlichen nister wagen gegen die Beschlüsse der Volksvertretung Abgaben zu heben und die Staatsgelder zu verwenden. Sie handeln verfassur widrig. Und warum? Die „Handlungsweise" der Kammern soll Grund abgeben, der doch in dem Widerstreben der Dynastien und ihnen dienenden Bureaukratie gegen die Beschlüsse der deutschen Rei versammlung zu suchen wäre. Ueber die Handlungsweise der K mern wird das Volk richten und dessen Geschichte. Es wird auch ten über die Wahrhaftigkeit dieses Ministeriums, welches bisher wenig gethan für Ausführung der deutschen Grundrechte und der d schen Reichsverfassung, und doch aufrichtige und thätige Unterstütz dazu von der Volksvertretung fordert! Aber dieses Verfahren der Kr und der Räthe derselben gefährdet das Wohl des Volkes und des Va landes. Wir machen sie verantwortlich für die Folgen ihres Schri Er ist, wenn schon nach dem Buchstaben der Verfassung zulässig, nicht einmal ordnungsmäßig eingeleitet; er ist durch die Zeitverh nisse nicht gerechtfertigt; er widerspricht dem ausdrücklichen Besch der Reichsversammlung vom 26. April d. J.; er hindert die Erl gung so vieler Beschwerden der Staatsbürger; er stört die Ordn des Staats und die Aufrechthaltung der Verfassung! Wir verwah uns feierlichst gegen diesen Schritt! Wir wahren dem Volke Recht, die ohne verfassungsmäßige Bewilligung aus den Staatskas gemachten Ausgaben von der Regierung zurückzufordern! Wir wahr dem Volke das Recht, Steuern und Abgaben, welche nicht verfassung mäßig ausgeschrieben sind, nicht abzuführen! Möge nun das Vo entscheiden! Der Konstitutionalismus hat der Demokratie den Fehde handschuh hingeworfen! — er wird aufgehoben werden. Das Volk aber, möge es mannhaft und siegreich den Kampf bestehen, den Kampf um sein Recht, um seine Freiheit! Dresden, 30. April 1840. Gruner. Haustein. Joh. Heine. Floß. Hnr. Herz. Reimmann. Finke. Ahnert. Jahn. Unger. Päßler. Haußner. Segnitz. Benseler.

Leipzig, 1. Mai. Der Kommandant und der Ausschuß der hiesigen Communalgarde erläßt folgenden Aufruf: Kameraden! Als die Bewegung des vergangenen Jahres sich in dem Rufe nach Deutschlands Einheit, Macht und Freiheit einigte, war die Communalgarde Leipzigs eine der ersten Bürgerwehren, welche durch Annahme der schwarz-roth-goldenen Kokarde kundgab, sie sey eine deutsche Bürgerwehr. Die deutsche Reichsversammlung als Vertreterin des deutschen Gesammtwillens hat nun eine Verfassung für Deutschland verkündet, welche ein Mittel ist zur endlichen Einigung Deutschlands. Jeder Deutsche muß dieser aus dem Gesammtwillen des Volkes hervorgegangen Verfassung sich unterordnen. Kameraden! Der Gesammtwille ist auch der unsrige. Den Adressen, welche der Stadtrath und die Stadtverordneten an die Regierung zur Verwirklichung der deutschen Verfassung gerichtet haben, haben wir uns angeschlossen in dem sichern Bewußtseyn, dadurch die Ueberzeugung und den Wunsch der gesammten Kommunalgarde ausgesprochen zu haben. Um des Volkes einhelligen Willen durchzuführen, bedarf es nur der einigen Willenserklärung. Kameraden, wir wollen einig und fest zusammenstehen zum Schutze des Gesetzes und der Ordnung. Leipzig, am 30. April 1849.

Oesterreichische Staaten.

Wien, den 28. April. Wir beeilen uns aus guter Quelle die Grundlagen mitzutheilen, worauf Ungarn mit Oesterreich zu unterhandeln bereit ist. Zwar sind diese Grundlagen, weil der Reichstag zu Debreczin wegen des Krieges momentan aufgelöst ist, natürlich noch nicht zur reichstägigen Berathung gekommen; sie sind vielmehr eine Privatkonvention zwischen Kossuth, Görgey, Bem u. Dembinski. Sie lauten folgenderweise: 1) Anerkennung des Königreichs Ungarn in seinen alten Grenzen, also mit Einschluß von Kroatien, Slavonien und der Militärgrenze. 2) Union mit Siebenbürgen, wie der siebenbürgische und ungarische Reichstag im vorigen Jahre dieselbe beschlossen und bestimmt haben. 3) Allgemeine Amnestie für ganz Oesterreich; augenblickliche Freilassung der Oktobergefangenen und Entschädigung für die Familien der Gemordeten. 4) Entlassung der in Italien und den übrigen Reichslanden noch dienenden ungarischen Regimenter nach Ungarn. 5) Anerkennung der ungarischen Verfassung von 1848. 6) Ungarn bleibt so lange unter der Regierung einer provisorischen, aus dem Reichstag hervorgegangenen Exekutivgewalt, bis die Thronfolge gesetzlich wird hergestellt seyn, und der zu erwählende König in Buda-Pest

gekrönt ist und die Verfassung beschworen hat. 7) Galizien tritt in das nämliche Verhältniß zum österreichischen Staatsverband, worin Ungarn steht und stehen wird, unter dem Namen polnisches Königreich Galizien; wird also nur durch Personal-Union mit Oesterreich verbunden seyn, seine eigene Armee und seine eigene Finanzen haben. 8) Ueber den Antheil Ungarns an der österreichischen Staatsschuld entscheidet der ungarische Reichstag durch einfache Majorität. (B. Lddt.)

Preßburg, den 24. April. Hier, sowie an der Gränze von Oesterreich und Mähren ist Alles in der größten Aufregung und Furcht vor den Magyaren, und wer nur kann, der flüchtet sich. Gestern verbreitete sich plötzlich das Gerücht, es sey ein Streifkorps bis Thyrnau vorgedrungen. Indeß sind wieder beruhigendere Nachrichten eingegangen, obgleich die Sachen für die österreichische Armee noch immer ungünstig stehen. Die Magyaren sind dem General Welden an Zahl weit überlegen, und während ein Theil derselben sich mit den Oesterreichern schlägt, dringen die detaschirten Korps im Lande vor und finden allenthalben großen Zulauf. Fehlte es ihnen nicht an Waffen, so dürfte man über die weitere Entscheidung nicht zweifelhaft seyn. Den Mangel an Kriegsübung ersetzen die Magyaren durch ihren Muth. So erzählt man, daß bei mehreren Gefechten ihre Husaren vereinzelt tief in den Feind eindrangen, Offiziere desselben tödteten und dann wieder davon sprengten, wobei viele glücklich entkomen. Aus allem dem läßt sich entnehmen, wie sich der Krieg noch sehr in die Länge ziehen und immer verheerender werden muß. Unterdessen kommen fortwährend Verstärkungen für die österreichische Armee aus Deutschland an. Man will jedoch an vielen dieser Soldaten eben keinen sehr freudigen Muth bemerken, so daß die hier durchgebrachten gefangenen Ungarn dessen mehr zeigen, als jene. (Schw. M.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. **Friedrich Mayer**.

Anzeigen.

Trauer-Anzeige.

Verehrten Verwandten und Freunden bringen wir die betrübende Anzeige von dem am 1 dieses Morgens 9 Uhr erfolgtem Ableben unserer guten Mutter, Schwester, Schwägerin, Großmutter und Tante,

Frau Anna Schlegel, geb. Blaseneck,
Kaminfegers-Wittwe.

Sie starb an den Folgen einer Magenverhärtung im 60. Lebensjahre. Unser Dank und unsere Liebe folgen ihr nach. Um stilles Beileid bitten

Nürnberg, den 2. Mai 1849.

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag Nachmittag 3 Uhr auf dem Wöhrderkirchhof statt.

Trauer-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten zeigen wir das Ableben unseres innigsgeliebten Vaters, Schwiegervaters und Großvaters, des

Herrn Georg Bickel,
Schlossermeister dahier

an. Er verschied am 1. d. Mts., Abends 6 Uhr, im 77. Jahr seines Lebens sanft und selig. Seine Frömmigkeit, seine Geschicklichkeit, sein unermüdlicher Fleiß, seine innige Liebe zu den Seinigen und seine Freundlichkeit und Gefälligkeit gegen jedermann, hat ihm die allgemeine Achtung seiner Mitbürger erworben und sichert ihm in unserm Herzen das Gefühl unauslöschlichen Dankes. Sein Andenken bleibe im Segen, finde er dort oben des Himmels Seeligkeit.

Nürnberg, den 2. Mai 1849.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

Freie christliche Gemeinde.

Freitag den 4. Mai Gesangsprobe im Reichsadler, wozu Freunde des Gesanges und alle diejenigen eingeladen werden, welche schon die früheren Proben besuchten.

Der Vorstand.

Erwiderung.

Auf die „Entgegnung" der Herren Leitner, Müller und Wäst, „Lehrer der obern Knaben- und der obern Mädchenklassen in Nördlingen," in Nr. 117 der Mittelfr. Zeitung bemerken wir Folgendes:

Für die drei genannten Herren ist die Nennung unserer Namen überflüssig: sie kennen dieselben: den Lesern dieser Zeitung aber sind wir dies zu thun schuldig. — Auf die Schlagwörter: »Geifer,« »Verachtung,« »Egoismus,« so wie auf die höchst geistreiche Bemerkung vom »Belächeln des gelungenen Machwerks,« werden wir Nichts bemerken. Wir haben in Nr. 113 dieser Zeitung ein Faktum, nicht aus Neid, — denn wir haben an den dort genannten Herren noch nichts Beneidenswerthes entdeckt — sondern deßhalb veröffentlicht und der Beurtheilung auch unserer auswärtigen Collegen übergeben, weil etwas derartiges wohl noch Nirgends vorgekommen ist. Die Hauptsache, die Widerlegung der von uns angeführten Thatsache, ist in der »Entgegnung« nicht enthalten; sie kann auch nicht darin enthalten seyn. Wir verpflichten uns übrigens, für die Wahrheit jedes einzelnen Satzes des in Nro. 113 der Mittelfr. Zeitung enthaltenen Artikels jederzeit einzustehen. Schließlich noch die Erklärung, daß wir gerne bereit sind, den Streit beruhen zu lassen, weil keine Lorbeeren in ihm zu holen sind; rathen aber diesen drei Herren, besonders Herrn Wäst in seinem eigenen Interesse, ein Gleiches zu thun.

Nördlingen, den 30. April 1849.

Brand. Wehe. Kennß.
Schullehrer.

Wohnungs-Veränderung.

Bei dem bereits erfolgten Bezug meiner neuen Wohnung in S. Nr. 503, der Theresienstraße, wiederhole ich die ergebenste Anzeige, daß ich von nun an wieder Unterricht in allen weiblichen Arbeiten ertheile und für dieses Quartal noch Schülerinnen aufnehmen kann.

Babette Schwarzleneder,
Lehrerin in weiblichen Arbeiten.

(Gesuch) Eine Wohnung im I. oder II. Stock aus mehreren Zimmern rc. bestehend, wobei auch einige Parterre-Räumlichkeiten sich befinden, wird gesucht. Näheres unter M. B.

Empfehlung.

Einem verehrungswerthen hiesigen und auswärtigen Publikum diene zur ergebensten Anzeige, daß ich meinen Laden in der Frauenthorstrasse verlassen habe, dagegen den Laden im Hause des Herrn Reibner und Römhild am Herrenmarkt nächsten Freitag, als den 4. Mai, eröffne, und mit allen Sorten von Lebkuchen, wie auch verschiedenen Sorten Plätzchen und mehreren Sorten Chocolade versehen bin. Durch solide und billige Bedienung werde ich nicht ermangeln, mir Ihre Zufriedenheit zu erwerben.

Meiner werthgeschätzten Nachbarschaft danke ich verbindlichst für das freundschaftliche Zutrauen und Wohlwollen, welches mir seit sieben Jahren zu Theil wurde, und bitte Sie, mich auch ferner wieder zu beehren. Die neue werthgeschätzte Nachbarschaft bitte ich um freundschaftliche Aufnahme und geneigtes Wohlwollen.

Mit Hochachtung empfiehlt sich

Nürnberg, den 1. Mai 1849.

Michael Faul.
Lebküchner.

Erklärung.

In der Nacht vom 23. auf dem 24. v. M. wurde mir ein von dem Hofe des Hauses Nro. 667 in meine Küche führendes Fenster durchbrochen, wobei die Küchenrahm und die Fenster mit mehreren Blutspuren befleckt wurden. In der Meinung ein Spitzbube habe sich eingeschlichen, fragte ich am 24. im Hause 667 nach, ob nicht Jemand gesehen oder bemerkt worden sey, bekam aber die Versicherung, es hat alles geschlafen. Am 25. wollte man mich überzeugen, es sey ein Marder oder eine Katze gewesen, daher ließ ichs beruhen. Daß der Spitzbube im Hause 667 wohnt, habe ich nicht gesagt, daß aber der Marder oder die Katze Gelüste nach zinnernen Tellern oder messingenen Mörsern bekam, und durch das Licht verscheucht wurde, ist Thatsache.

J. F. Heyder, Flaschnermeister.

Musikalienleihanstalt.

Mit dieser III. Abtheilung ist nun das XVIII. Verzeichniss unserer **Musikalien-leihanstalt** vollständig erschienen und weiset für **Gesangmusik** im Ganzen an 450 Nummern nach, davon allein auf **mehrstimmigen Gesang** 118 auf Lieder für 1 oder 2 Stimmen, (einschlüssig der Operngesänge) 210 kommen. 23 neue Opernauszüge vertreten dieses beliebte Fach. — Im Ganzen bietet dies XVIII. Verzeichniss 1500 neu angeschaffte Nummern, mehr als 2000 Musikstücke enthaltend. — Die Gesammtzahl für alle Instrumente und Gesang beträgt nunmehr 19260 Nummern.

Unsere bisherigen geschäzten Abonnenten werden, wie wir hoffen, in dieser bedeutenden, mit grossem Kostenaufwand angeschafften Vermehrung einen neuen Sporn finden, der Anstalt noch recht lange treu zu bleiben, indem wir das musikliebende hiesige und auswärtige Publikum zum Beitritt angelegentlichst einladen.

Für letztere wird die Theilnahme mehr als je durch die Ausdehnung der Eisenbahnfahrten befördert.

Die Bedingungen des Eintritts, der täglich geschehen kann, sind bekannt.

Nürnberg, den 28. April 1849.

Riegel & Wiessner.

Literatur.

So eben ist erschienen und in allen Buchhandlungen von Nürnberg, Fürth, Erlangen und Bamberg vorräthig:

Verfassung des deutschen Reiches.

Inhalt: I. Abschn. Das Reich. — II. Abschn. Reichsgewalt. — III. Abschn. Reichsoberhaupt. — IV. Abschn. Reichstag. V. Abschn. Reichsgericht. — VI. **Grundrechte des deutschen Volkes.** — VII. Abschn. Gewähr der Verfassung. — Schluß: Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause.

Med. 8. brosch. 6 kr.

C. H. Zeh'sche Buchhandlung in Nürn[berg].

Nachricht für Auswanderer.

Die verschärfte Blokade der Elbe, Weser- und Jahde Seitens der Dänen, welche sich noch den 30. d. M. auch auf ausgehend neutrale Schiffe erstrecken wird, ist Veranlassung geworden, daß die Expeditionen von Hamburg einstweilen eingestellt sind. Von Bremen dagegen soll laut so eben eingegangenen Berichten die Beförderung von Auswanderern am 1. und 15 jeden Monats ihren ungestörten Fortgang behalten und falls dieselbe von der Weser nicht zu bewerkstelligen wäre, werden die Reisenden von dem benachbarten Flusse Ems ohne Kosten-Erhöhung expedirt werden.

Leipzig, den 20. April 1849.

Das Direktorium des National-Vereins für deutsche Auswanderung.

Nähere Mittheilungen sind einzuholen bei
G. C. Martini,
Füll S. Nr. 407 in Nürnberg.

(Gesuch) Eine Köchin, welche in allem bewandert ist und sich durch Fleiß, Treue und Sittlichkeit ausweisen kann, und die stets Ordnung und Reinlichkeit liebte, wünscht sogleich oder binnen acht Tagen bei einer recht soliden Herrschaft unterzukommen. Näheres 1162 am weißen Thurm.

(Gesuch.) Zum Badergeschäft wird ein junger Mensch von soliden Eltern gegen billige Bedingungen in die Lehre zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) Eine Köchin, welche Hausmannskost kochen kann, wünscht 14 Tage nach dem Ziel bei einer soliden Herrschaft unterzukommen. Näheres Lit. L. Nr. 1155.

(Gesuch.) Eine Bier- oder Garküchen-Wirthschaft, welche im guten Betrieb ist, wird zu kaufen gesucht. A. B.

(Gesuch) Man sucht eine hübsche Gartenwohnung, am liebsten bei St. Johannis zu miethen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Zu vermiethen.) In schöner Lage ist eine Wohnung im ersten Stock mit 5 heizbaren Zimmern und Alkoven, Küche, Speisekammer, Garderobe, allen sonstigen Bequemlichkeiten, mit oder ohne Stallung sogleich oder bis Laurenzi zu vermiethen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Zu vermiethen). Eine Gartenwohnung bei St. Johannes mit allen Bequemlichkeiten versehen, ist täglich für Sommer und Winter zu vermiethen.

(Bitte.) Es ist Jemanden am Dienstag Abends ein Sack alter Messing abhanden gekommen, man bittet denjenigen, der ihn in Händen hat, solchen in den zwei blauen Schlüsseln gegen ein Trankgeld abzugeben.

(Zu verkaufen.) Ein guter Flügel von Pfister in Würzburg ist um billigen Preis zu verkaufen

(Zu verkaufen) Verschiedene Noten, sowohl Concert-Stücke mit Begleitung, als wie auch ganze Opern älterer Meister, für Clavier mit Gesang, deutsch und italienischem Text sind zu verkaufen in L. Nr. 847 beim Frauenthor 3. Etage

Zu verkaufen.

Es ist ein an der Fürth-Nürnberger-Chaussée gelegenes Anwesen, bestehend:

1) Aus einem neugebauten massiven Wohnhaus mit zwey heizbaren Zimmern, Küche, Stallung, Holzlage und Pumpbrunnen.
2) Aus einem $2^{1}/_{4}$ Morgen großen Garten mit 250 edlen Obstbäumen

um 2000 fl. billig zu verkaufen, und bei der Exped. d. Bl. zu erfragen.

Stadttheater in Nürnberg.

Freitag den 4. Mai. 8. Vorstellung im Abonnement. „Die Mönche" Lustspiel in 3 Abtheilungen von M. Tenelli. Herr Gerstel »Beaubeau« als Gast.

An die Bewohner der Pfalz.

In der gefahrvollen Lage, in welcher sich gegenwärtig das Vaterland befindet und bei der ungeheuern Aufregung, welche alle Gemüther ergriffen hat, erachten wir es für Pflicht, an alle unsere Mitbürger uns zu wenden und ihnen unsere Ansicht mitzutheilen über die Mittel, welche wir als die im Momente gebotenen und geeignetsten zur Erreichung des von dem Volkes erstrebten Zieles erachten. Gegenüber der neuesten Erklärung des bayer. Staatsministeriums, welches den Landtag zum dritten Male vertagt und der Reichsverfassung in unbefugter Anmaßung die Anerkennung unumwunden versagt hat, und gegenüber den neuesten Maßregeln der österreichischen, preussischen und hannöverschen Regierung, welche uns zu erkennen geben, daß der Moment der Entscheidung der Geschicke unseres Vaterlandes nahe ist, muß jeder Vaterlandsfreund erkennen, daß, wenn das deutsche Volk nicht wieder um die gehoffte Einheit und Freiheit betrogen werden soll, jetzt Einigkeit vor Allem Noth thut, und daß das ganze Volk in allen seinen Gliedern eine entschlossene, kraftvolle Haltung annehmen, wach seyn und sich, um nöthigenfalls der Gewalt mit Gewalt entgegenzutreten, in Vertheidigungszustand setzen, aber auch mit Besonnenheit voranschreiten muß. Jede Uebereilung, jeder Mißgriff in den Maßregeln, könnte von den unheilvollsten Folgen für die Volkssache seyn.

Lasset uns daher in den gesetzlichen Mitteln soweit voranschreiten, als es nur immer geschehen kann, aber lasset uns, so lange unsere Gegner noch nicht zu den Akten der Gewalt geschritten sind, unserer Seits die gesetzliche Grenzlinie nicht überschreiten. Dadurch wird die Einigkeit unter den Bürgern selbst am besten gefördert werden, die Macht des Volkes mit jedem Tage wachsen und in kurzem unwiderstehlich werden. Als solche gesetzlich erlaubte, aber auch durch die Lage des Vaterlandes jetzt gebotene Maßregeln, glauben wir unsern Mitbürgern in der Pfalz folgende empfehlen zu dürfen:

Die Pfalz möge in allen ihren Gemeinden, wo möglich unter Vorantritt ihrer Ortsvorsteher, schleunigst zusammentreten und Beschlüsse in folgendem Sinne fassen:

1) Die von der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung verkündigte Reichsverfassung ist mit ihrer Verkündigung, gleichviel, welche Lösung die Oberhauptsfrage noch erhalten möge, Gesetz in ganz Deutschland geworden. (Ein Theil von uns huldigt bekanntlich der Ansicht, daß durch die Ablehnung des Königs von Preussen die Oberhauptsfrage wieder eine offene geworden sey.)

2) Die Nichtanerkennung derselben von Seiten einer einzelnen Regierung ist eine strafbare Auflehnung gegen die neugeschaffene gesetzliche Ordnung; jeder gewaltthätige Angriff ein Hochverrath gegen die deutsche Nation;

3) Jeder Bürger verpflichtet sich mit Gut und Blut für das Reichsgrundgesetz einzustehen und jeden Angriff hierauf, mag er kommen woher es auch sey, durch die That abzuwehren.

Diese Beschlüsse, welche nach unserer Ansicht sofort sowohl der deutschen Nationalversammlung, als auch dem königlich bayerischen Staatsministerium mitzutheilen, darum in doppelten Exemplaren von den Bürgern zu unterzeichnen, und dann durch die Presse zu veröffentlichen wären, werden die ernste Antwort auf die Note des bayerischen Staatsministeriums bilden und ihm, wenn möglich, die Augen öffnen über die gefährliche Bahn, welche es wandelt. Sie werden aber auch in dem Volke offen den Bund besiegeln zur Vernichtung der volksfeindlichen Reaktion.

Frankfurt a. M., den 30. April 1849.

Christmann. Gulden. Kolb. Reichard. Schmitt. Schüler. Spatz. Tafel. Stockinger. Umbscheiden.

⊙ An die 24 Hirten der Diözese Nürnberg.

Gegenwärtig liegt eine Antwort auf euer hochwürdiges Hirtenwort vor, worin ihr 24 Geistliche gar nicht vortheilhaft geschildert seyd. Johannes Ronge erklärt euch öffentlich als Lügner, so lange, bis ihr ihm nicht Beweise bringt, in wie fern die freie christliche Gemeinde Irrlehren in sich trägt. Wißt ihr, ihr Geistlichen! was ein Lügner ist? — ihr müßt es müssen, weil euch doch die Jugend übergeben ist, um sie in der Religion zu unterrichten, wo ihr die Lüge selbst als abscheuliches Laster, als Sünde, darstellt. Ein Lügner ist in meinen Augen ein achtungsloser Mensch, und wer achtungslos ist, ist ehrlos. — Es ist jetzt eure Pflicht, euch zu rechtfertigen; ihr müßt Beweise bringen, aber triftige Beweise müssen es seyn, Vernunftbeweise, nicht etwa wieder euer ewiges Gerede von der Sanftmuth und Geduld, als z. B. wenn ihr sagt: „Der Gerechte muß viel leiden", oder: „wen der Herr lieb hat, den züchtigt er", oder: „wer dir einen Streich auf den linken Backen giebt, dem reiche den rechten auch dar"; — dieses wären freilich keine Beweise. Ihr müßt Beweise bringen, welche Grund haben, und liegt binnen acht Tagen eure Rechtfertigung nicht der Oeffentlichkeit vor, so könnt ihr nicht mehr verlangen, daß eure Schafe in euern Stall gehen. Ihr seyd als Lügner geschildert, und wenn ihr zwei Dutzend Hirten wirklich es seyd, (und so lang seyd ihr es, bis ihr nicht triftige Beweise bringt), so ist es eine Mißachtung des Heiligsten, eine Entweihung des Christenthums, wenn ihr als Lügner vor den Altar tretet, wenn ihr als Lügner die Kanzel besteigt, wenn ihr als Lügner christliche Seelsorger seyn wollt. — Sammelt euern Verstand! Ihr seyd ja 24 Köpfe, und steht blos Einem gegenüber, und noch dazu einem Irrlehrer, wie ihr ihn zu nennen beliebt. Es wird euch was Leichtes, eure Ehre zu retten, es wird euch leicht seyn, dem angeblichen Irrlehrer gegenüber, die Spitze zu bieten, es wird euch leicht seyn, den verleugneten Protestantismus zu retten. Also, ihr Herrn! eure Ehre ist dahin, wenn ihr euch nicht rechtfertiget, und könnt ihr es nicht, so habt ihr durch die Erlassung eures Hirtenwortes eine so entsetzliche Dummheit begangen, welche nothwendig den Sturz eurer ganzen Existenz zur Folge haben muß. J. D. Pabst.

× Bericht über die Volksvereins-Versammlung am 17. April.

Nachdem der Ausschuß die ihm in früheren Vereins-Versammlungen übertragenen Petitionen an die Kammer der Abgeordneten in Betreff der Vorlage eines Gesetzes über den Staatsgerichtshof, zur Aburtheilung der Anklagen gegen Minister, und wegen der — durch die Regierungs-Entschließung vom 27. Febr. d. J. — angeordneten Beaufsichtigung der Volksschullehrer, der heutigen Versammlung zur Kenntniß mitgetheilt hatte, wurde von einem Mitgliede der dringliche Antrag auf Erlassung einer Petition an Seine Königl. Majestät, wegen Zurücknahme der abermaligen Vertagung des Landtages, gestellt, welcher eine sehr lebhafte Discussion hervorrief. Dieser Antrag wurde einstimmig genehmigt, und der Ausschuß mit der Anfertigung der Petition beauftragt, der diesem Auftrage seitdem auch bereits entsprochen hat. Wir verweisen auf den in diesem und andern öffentlichen Blättern enthaltenen Abdruck sowohl dieser Petition, als der in Betreff der Schullehrer. Nach Erledigung jenes Antrags hielt der Landtagsabgeordnete Herr Dr. Morgenstern, von Fürth, welcher auf ergangene Einladung sich in der heutigen Versammlung eingefunden hatte, und von derselben freudig begrüßt wurde, einen höchst gediegenen und tief durchdachten freien Vortrag über die wichtige Arbeiterfrage, im demokratischen Sinne. Die Versammlung folgte diesem Vortrage mit der gespanntesten Aufmerksamkeit und zollte dem Redner rauschenden Beifall. Der Raum gestattet nicht, den Vortrag hier ausführlich mitzutheilen; nur so viel sey erwähnt, daß der verehrte Redner — den der Demokratie von ihren Gegnern gemachten Vorwurf des Umsturzes des Eigenthums und Besitzes, als grundlos und böswillig entschieden zurückweisend — als Bedingung der Aushilfe des Arbeiterstandes, einschließlich des Landmannes, die Wohlfeilheit des Lebensunterhaltes resp. der unentbehrlichen Lebensbedürfnisse, gewiß mit Recht erklärte. Nur hiedurch werde der Arbeiter in den Stand gesetzt, nicht blos zur Stillung des Hungers um jeden Preis, (Arbeitslohn) und mit übermäßiger Anstrengung arbeiten zu müssen.

Hieraus folge, daß dann die Arbeit mehr gesucht, somit besser belohnt werde, und der Arbeiter eine größere Selbstständigkeit und eine sorgenfreiere, glücklichere Existenz sich erringe. — Der Redner belegte seine Ansicht mit einer Darstellung der Arbeiter-Verhältnisse in der Schweiz und den nordamerikanischen Freistaaten rc. und bezeichnete als Mittel zur Herbeiführung des wohlfeilern Lebens-Unterhaltes: 1) eine gerechte Besteuerung (progressive Einkommensteuer), demnach Aufhebung der auf die nothwendigsten Lebensmittel gelegten indirekten Steuern; 2) die Verbesserung der bäuerlichen Verhältnisse, sowohl was Kultur, als die Grundlasten betrifft; 3) wohlfeile und schnelle Justizpflege, welche in Sachen besonderer Berufs-Erfahrung durch sachkundige, von den Berufsgenossen frei gewählte Richter geübt, oder mitgeübt werde (§. 47 der Grundrechte); 4) Unterstützungskassen (keine Banken in der bisherigen Weise, die nur gegen hohe Deckung und Zinsen leihen) für die Arbeiter; 5) Association der Arbeiter; keine Monopolien und Vorrechte der Innungen.

Der Redner führte schlagende Beispiele für seine Sätze an, verwies unter Anderm auf die durch die Erfahrung als nichtig erprobten Vorurtheile der Abschreiber zur Zeit der Erfindung der Buchdruckerkunst, der Kutscher bei Erbauung der Eisenbahnen u. s. w., und schloß damit, daß das demokratische Prinzip sonach wohlthätig alle Lebensverhältnisse zum allgemeinen Besten durchdringe, wogegen das aristokratische und bureaukratische Regiment, wie die traurige Erfahrung zeigt, nur einzelne Bevorzugte begünstige, für die Mehrheit des Volkes aber nur schädlich sey.

Wer diesen trefflichen Vortrag selbst gehört hat, der hier nur in Kürze skizzirt wurde, der wird gewiß darin auch die vollständigste Widerlegung einer kleinen Druckschrift gefunden haben, die unlängst über die Frage: was haben die Arbeiter von der Demokratie zu erwarten? erschienen ist, in welcher der muthmaßliche Verfasser (der schon in seiner früheren Stellung den Waizen nicht von der Spreu zu sondern wußte, und deßhalb das Kind sammt dem Bade ausschüttete) die Ursache mit der Wirkung, und diese mit jener verwechselte. — Doch — die Richtigkeit der in jener Druckschrift entwickelten Ansichten hat ja schon der zu Anfang dieses Monats dahier abgehaltene Arbeiter-Kongreß auf das Bündigste dargethan! —

Wir schließen diesen Bericht mit der Bemerkung, daß die Vereins-Versammlung, obgleich die Tagesordnung noch nicht erschöpft war, in Anbetracht des tiefen Eindrucks, den der Vortrag des Herrn Abgeordneten Dr. Morgenstern bei allen Anwesenden hervorgebracht hatte, von dem Vorsitzenden geschlossen wurde.

Deutsche Staaten.

München, den 1. Mai. Das Staatsministerium veröffentlicht folgende Bekanntmachung, in der wir unsererseits durchaus keinen versöhnenden Schritt, sondern vielmehr ein Festhalten an dem starr verfolgten Vereinbarungsprinzip finden können. Das Volk muß und wird darauf bestehen, die deutsche Reichsverfassung als endgültig beschlossen, unverändert uns erhalten zu sehen. Die Bekanntmachung lautet: „Die Erklärung der Regierung gegen die unveränderte Annahme der von der deutschen Nationalversammlung beschlossenen Verfassung wird von Uebelgesinnten dazu mißbraucht, die Ansicht zu verbreiten, als werde eine Zurückführung der politischen Zustände in Deutschland und Bayern, wie sie vor dem März 1848 gestaltet waren, beabsichtigt.

Eine solche Absicht ist weder in der genannten Erklärung ausgesprochen, noch überhaupt vorhanden.

Die Regierung wird alle Verheißungen getreulich halten und erfüllen, welche in der königlichen Proklamation vom 6. März 1848 und in den sich daran reihenden Thronreden und Landtagsabschieden enthalten sind. Sie wird nach den hierin vorgezeichneten Grundlagen sowohl für die baldige Vollendung der deutschen Gesammtverfassung, als für die Ausbildung der innern Zustände Bayerns, nach den Bedürfnissen der Zeit, mit allem Ernste thätig seyn.

Sie wird hiebei auch die von der Nationalversammlung beschlossenen Grundrechte des deutschen Volkes, soweit sie es mit ihrer pflichtmäßigen Sorge für das Wohl des Landes vereinigen kann, zur Richtschnur nehmen und die wenigen Bestimmungen derselben, welche

sie als nachtheilig erachtet, in einer Vorlage an die Kammern bezeichnen.

Die Regierung wird durchaus nur den Weg gehen, den ihr die Verfassung und die Gesetze des Landes vorschreiben. Sie wird aber auch die Herrschaft der Gesetze durch alle ihr zu Gebote stehenden Mittel aufrecht halten.

Ohne gesetzliche Ordnung ist weder Freiheit, noch Wohlfahrt eines Volkes denkbar. Darum fordert die Regierung das bayerische Volk auf, in diesen Tagen der Prüfung durch gesetzmäßiges Verhalten seinen Sinn für die wahre Freiheit zu bethätigen.

Königl. Gesammt-Ministerium.

v. Lesuire. v. Kleinschrod. Dr. Aschenbrenner. Dr. v. Forster. Dr. Ringelmann. Dr. v. d. Pfordten.

Der General-Sekretär:
Ministerialrath v. **Brenning.**

⊙ **Nördlingen**, 30. April. Der hiesige Volksverein hat gestern eine Volksversammlung abgehalten, die leider wegen des ganz schlechten Wetters nicht so zahlreich besucht war, als dieß jedenfalls außerdem der Fall gewesen wäre. Wir haben dabei abermals die Ueberzeugung gewonnen, daß der Geist unserer Bevölkerung gut und der deutschen Sache warm zugethan ist; denn einstimmig wurde beschlossen, an der Reichsverfassung fest zu halten und das Beispiel der wackeren Würtemberger nicht zu vergessen. Es wurde daher nachstehende Adresse mit Acclamation angenommen: Hohes Gesammtministerium! Wenn schon die abermalige Vertagung der Kammern in einem Momente, der es dringend erheischt, daß die Stimme der Volksvertreter gehört werde, das Volksgefühl verletzend berührt hat, so mußte die Mißstimmung noch gesteigert werden durch die Erklärung, welche die kgl. bayer. Regierung jüngst in der Verfassungsfrage abgegeben hat. Nicht nur, daß sie sich in dieser Erklärung entschieden dahin ausspricht, an dem Prinzip der Vereinbarung festhalten und der in Frankfurt beschlossenen Reichsverfassung ihre Zustimmung nicht ertheilen zu wollen, stellt sie sogar die durch nichts motivirte Behauptung auf, die Mehrzahl des bayer. Volkes werde hierin mit ihr übereinstimmen. Einer solchen Erklärung gegenüber wird es für das Volk unabweisbare Pflicht, Einem hohen Gesammtministerium in dieser hochwichtigen Angelegenheit seine entschiedene Willensmeinung kundzugeben. Aus diesem Grunde sehen sich die Unterzeichneten veranlaßt, zu erklären: daß sie mit den in jener Erklärung aufgestellten Grundsätze der kgl. bayer. Regierung in keiner Weise einverstanden, vielmehr der Ueberzeugung sind, daß es der Ehre der Nat.-Vers.; wie der deutschen Nation zuwiderläuft, mit 38 Regierungen zu vereinbaren, und daß nur durch die unbedingte Annahme und Durchführung der Reichsverfassung von Seite der Einzelregierungen, die Wohlfahrt des Vaterlandes begründet und der Sturm, welcher abermals herauszubrechen droht, beschwichtigt werden kann. In dieser Ueberzeugung stellen die Unterzeichneten an ein hohes Gesammtministerium das dringende Ersuchen, vor Allem dahin zu wirken:

> **„daß die Vertreter des Volkes sofort zusammenberufen und die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung, mit Einschluß der Grundrechte und des Wahlgesetzes von Seite der kgl. bayer. Regierung unverzüglich ausgesprochen werde."**

Die Zeit drängt unaufhaltsam vorwärts. Möge ein hohes Gesammtministerium nicht hemmend in die Speichen des Zeitenrades eingreifen wollen; möge es die Stimme des Volkes hören und derselben gebührende Rechnung tragen; möge es vor Allem bedenken, daß durch ein hartnäckiges Mißachten der Volksstimme ein Sturm heraufbeschworen würde, der für Bayern von den traurigsten Folgen seyn müßte; denn gleich unsern würtembergischen Brüdern, sind auch wir bereit, Gut und Blut für die Reichsverfassung einzusetzen! — In schuldiger Ehrfurcht 2c.

An die würtembergische Kammer geht morgen von Seite des hiesigen Volksvereines eine Zustimmungs- und Dankadresse für ihr muthvolles Verhalten, den absolutistischen Gelüsten ihres Königs gegenüber, ab.

†† **Nürnberg**, den 30. April. Wie bereits in Nr. 120 dieses Blattes erwähnt, fand vorigen Sonnabend die mehrfach ausgeschriedene Versammlung der Ghillani-Plattner'schen Partei statt, um, wie es vorher schon verlautet hatte, endlich zu einem „gemeinschaftlichen entschiedenen Schritte" sich zu entschließen. Wenn auch der hiesigen freien christlichen Gemeinde von Anfang an zugehörig, habe ich bisher doch mehr von den freien religiösen Bestrebungen abgesehen und mich mehr der Politik hingegeben, weil ich meine, erst auf letzterem Felde Ordnung, und erst die Grundrechte anerkannt, dann fällt uns das Uebrige von selbst zu, obschon ich sonst dem Grundsatze huldige: Das Eine thun und das Andere nicht lassen. Aber die Ghillani-Plattner und ein entschiedener Schritt! dieses Schauspiel war mir, nach allem, wie ich die beiden Choragen kenne, zu interessant, als daß ich mir es hätte versagen können, Zuschauer zu seyn. Ich fand mich darum auch zur festgesetzten Stunde Abends 7 Uhr im Katharinensaale ein und war nach einer halben Stunde nicht wenig erstaunt, als endlich die Versammlung eröffnet wurde, von allen den Tausenden, die hierorts für eine freiere Richtung in der evangelisch-lutherischen Kirche glühen und sich auch an den betreffenden Adressen bethätigt haben sollen, wenn es hoch kam einige über hundert Männer versammelt zu sehen. Indessen Herr Dr. Barthelmes eröffnete die Versammlung und setzte, ich muß es gestehen, mit Klarheit und Kraft die Lage der sogenannten protestantischen Kirche so wie das Verhältniß der Versammelten zu derselben auseinander und legte dar, wie es endlich an der Zeit sey, sich loszusagen von einer Kirche, die den Protestantismus so offen verleugne und jede freiere Regung des Geistes verdamme u. s. w. Ich traute meinen Ohren kaum; solche Entschiedenheit schon im Sprechen hatte ich nicht erwartet; meine Ansicht über die ganze Partei wurde eine freundlichere und ich dachte, wenn der Jünger so seine Mitgenossen zu ergreifen und zu begeistern versteht, wie dann erst der Meister? Der Meister war erschienen und Herr Dr. Ghillani betrat nach Herrn Barthelmes die Rednerbühne des Katharinensaales. Aber was sagte nun Herr Ghillani? welche Kraftanstrengungen machte der, um nicht nur sich selbst sondern auch seinen Zuhörern die gehörige Schwungkraft zu „dem entschiedenen Schritte" zu geben? — Ich traute wiederum meinen Ohren kaum, und muß gestehen, einen solchen Quatsch von Rede, ein solches Durcheinander von Dingen, die auch nicht im Geringsten zur Sache gehörten, ist mir noch selten vorgekommen. Erst ein Bild in Lebensgröße vom Herrn Plattner, seinen Mitführer, und wie der durch alle bisher erfahrene Angriffe der Gegenpartei in seinen Ansichten nur um so fester geworden und nur um seine theuere Ehehälfte vor dem Bestürmen einer hiesigen heiligen Seelenmutter (Frau eines hiesigen evangelischen Pfarrers) zu schützen, vierzehn Tage eher wie sonst nach Frankfurt gereist sey; wie derselbe aber doch auch in der Ferne nicht müde werde für die Verbesserung der protestantischen Kirche zu wirken; dann wie sie beide Ghillani und Plattner, an die Behörden der Städte in ganz Bayern Sendschreiben gerichtet und an Pfarrer Franz und Uhlich sich gewandt „Behufs einer Zusammenberufung einer allgemeinen Synode von allen rationalistischen Protestanten, welche gewiß wohl auch im Herbste dieses Jahres stattfinden werde; dann, er, (Ghillani), wünsche der hiesigen freien christlichen Gemeinde von ganzer Seele Erstarkung und er wäre ihr und namentlich dem Prediger Bäthig für sein Wirken hieselbst Dank schuldig; aber, wolle er auch nicht denen entgegentreten, welche von seiner Partei zu der freien christlichen Gemeinde treten, er, Ghillani und Plattner würden ihrem Principe treu in der Kirche bleiben und müßten dies auch von den Uebrigen wünschen; denn das Kirchenvermögen und die Kirchen gingen sonst verloren und in einigen Jahren würde es gewiß anders, da würde die rationalistische Partei der Kirche siegen; dann, eine kirchengeschichtliche Episode über Luther und Erbsünde und gute Werke 2c.; dann wieder über die freie christliche Gemeinde und daß ihre Prediger die Politik nicht auf die Kanzel brächten, was sehr zu loben, denn die Religion habe es nicht mit irdischen Dingen zu thun; dann, das Glaubensbekenntniß Ghillanis, und wieder er und Plattner würden nicht zur freien christlichen Gemeinde treten u. s. w. wohl über eine Stunde. Nein, ich spreche nicht über dieses Chaos; auch nicht über den längst todtgeschlagenen Rationalismus, nach dessen Anerkennung man hier dennoch noch so heiß sich sehnt. Denn was liegt daran, ob man noch an den Teufel mit oder ohne Schwanz oder an gar keinen mehr glaubt, was an den Wundern Jesu, an der Erbsünde und dieser oder jener Vorstellung darüber und von Gott, worüber nie eine Einigkeit auch unter den sogenannten Rationalisten stattfinden wird. Das Christenthum und mit ihm die freien christlichen Gemeinden oder überhaupt die neue Reformation hat Höheres zu ihrem Gegenstande, das Reich Gottes, das wahrhaftig nicht durch rationalistische Vorstellungen sondern allein dadurch, daß wir alle samt gesinnt seyen, wie Jesus Cristus auch war, frei, brüderlich, gleich erbaut wird. Ich rede auch nicht von der sonderbaren Behauptung, daß die Religion nichts mit dem Staatsleben gemein sondern nur den Himmel, von dem wir doch Alle gar nichts wissen, zum Gegenstande habe, und lasse auch vieles andere unberührt. Aber Ghillani, Plattner und Genossen, ihr staunt über euere eigene Kühnheit, daß ihr aufgetreten seyd in eurer Kirche und einen „rationalistischen Geistlichen" angestellt wissen wollt, und lasset euch ruhig wie unartige Kinder von der Synode zurechtweisen, oder schreit nur über die vermeintlich ungerechten Schläge. Ihr steht vor dem Leichnam der evangelisch-lutherischen Kirche, und meint, ein „rationalistischer" Geistlicher könne ihm wieder Leben einhauchen? ihr thut euch viel darauf zu gut, daß ihr gegen die immer mehr um sich greifende Fäulniß in eurer Kirche protestirt, und opfert dennoch auf den Altaren eurer Geistlichen nicht nur fort und fort die Stolgebühren nein, auch den freien Geist, das unverdorbene Gemüth eurer Kinder? ihr protestirt und stellt dennoch über euer Protestiren und über den Geist der neuen Zeit das Kirchenvermögen in die Kirchengebäude? Ja, wie Herr Prediger Bäthig einmal in Almoshof so passend dargelegt, ihr protestirt, es ist wahr; aber wie Loth's Weib gegen den Untergang von Sodom und Gomorra, die als sie ein Stück Weges von dem Orte, wo der Engel des Verderbens und des Todes hausete, geflohen war, stehen blieb, weil sie mehr noch an ihrem Hause und ihren zurückgelassenen Schätzen als am Leben hing und die so zur Salzsäule wurde. So protestirt ihr, so steht auch ihr und sehet, anstatt zu fliehen, mit glühenden Augen mehr als auf das Leben hin nach dem Kirchengut. Darum seyd ihr denn auch bereits zu Salzsäulen geworden, die nur das vor Loths Weibe auszeichnet, daß ihr mit den noch beweglichen Armen eure Kinder der alten todten Kirche opfert. — „In einigen Jahren," meinten Sie, Herr Ghillani, „wird's schon anders seyn." Ja, in einigen Jahren wird's anders seyn und hoffentlich noch eher; aber nicht durch Sie und Ihres Gleichen. Denn Sie werden auch nach einigen Jahren noch stehen und, wenn es hoch kommt, noch mit dem Munde protestiren. — Solche Leute wie Sie werden der alten Kirche nie gefährlich seyn, und Ihre Obern weisen Sie nur wie unartige Kinder zurecht und verlachen Ihr Protestiren; und das mit Recht. Ihre Obern wissen wenigstens, daß, will man die Erde aus ihren Angeln heben, man erst einen festen Punkt außerhalb derselben haben muß. Doch, wie ich schon eben bemerkte, es hat mich nicht befremdet, Sie im Katharinensaale also wiederzufinden. — Alle Hochachtung aber vor Herrn Dr. Barthelmes und seinen gleichgesinnten Genossen. Erster trat nach Herrn Ghillani noch einmal auf, sprach zwar nicht so viel und lang wie dieser, aber als Mann und erklärte als solcher, daß wenn ihm auch Niemand nachfolge, er fest entschlossen sey, — nicht die protestantische Kirche sondern diejenige Secte zu verlassen, welche sich „evangelisch-lutherisch" nennt und das Protestiren gegen Unvernunft und Unchristliches aufgegeben hat, und daß er der wahren protestantischen Kirche in der hiesigen freien christlichen Gemeinde sich zugesellen werde. Indessen wurde eine Liste zu Unterschriften für Gleichgesinnte ausgelegt und siehe, es fanden sich noch mehrere Männer im Katharinensaale, wenn ich nicht irre, an Zahl sechsunddreißig. Die That macht den Mann. A. Z.

---

† **Nürnberg**, 3. April. Die Berliner Korrespondenzen und Zeitungen sind ausgeblieben.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 5. Mai 1849. № 125. Samstag: Gotthard.

Deutsche Staaten

München, 2. Mai. Der Reichskommissär Herr Mathy wird Morgen von hier nach Frankfurt zurückreisen. Er wurde hier überall, namentlich von den Ministern, sehr freundlich und zuvorkommend empfangen — allein, in so weit seine Sendung die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung durch die bayerische Regierung bezwecken sollte, muß sie leider als gänzlich fehlgeschlagen bezeichnet werden. (Abd. Abzg.)

München, 2. Mai. Der Regierung von Schwaben und Neuburg, Kammer des Innern, ward ein Assessor extra statum beigegeben, und auf solche der dermalige Ministerialsekretär I. Klasse im Staatsministerium des Innern, August v. Stetten, seinem Ansuchen gemäß versetzt. Dem bisherigen I. Landgerichtsassessor Ph. Koch zu Werneck wurde die eröffnete Landrichterstelle in Königshofen verliehen. Durch Dekret vom 30. April wurde die Forstverwaltung Dinkelsbühl in ein Forstamt umgewandelt und der Forstverwalter K. F. W. Fuchs zum Forstmeister daselbst ernannt; der Forstamtsaktuar in Weiden Jos. Pramberger zum Revierförster in Leuchtenberg befördert; der zum Rentbeamten in Neunburg v. W. beförderte Finanzrechnungskommissär von Oberbayern J. Ydlogger auf Ansuchen von dem Antritte dieses Rentamts, unter Belassung auf seiner bisherigen Stelle, enthoben und zum Rentbeamten an dem genannten Orte der Finanzrechnungskommissär in München, F. Vogl, ernannt. (N. M. Z.)

M München, 3. Mai. Da die freiheitsfeindliche Presse absichtlich so irrige Begriffe über die Stimmung des bayerischen Oberlandes in Bezug auf die deutsche Reichsverfassung zu verbreiten sucht, halte ich es für Pflicht, Ihnen in Kürze zu berichten, daß bei einer am 29. April abgehaltenen Tegernseer Volksversammlung, zu der zahlreiche Menschenmassen aus der ganzen Gebirgsgegend herbeigeströmt waren, alle Männer sich entschieden und begeistert dahin ausgesprochen, mit Gut und Blut für die deutsche Reichsverfassung einzustehen. Auch hier in München ist die Stimmung durchaus nicht so, wie das Hof- und Lügenblatt, die Neue Münchnerin, sie zu schildern sucht; im Gegentheile, auch hier begreift die immense Mehrheit, daß den ungesetzlichen Regierungsgelüsten entschieden entgegengetreten werden muß, wenn man nicht die letzten Ueberreste der Errungenschaften der Märzrevolution verlieren will.

†* **Nürnberg**, 4. Mai. Der Preuss. Staatsanzeiger Nr. 119 enthält den Wortlaut des Cirkulars, mittelst welchem die letzte Preuss. Note an den Bevollmächtigten bei der Centralgewalt den deutschen Regierungen mitgetheilt wurde. Der Inhalt dieses Cirkulars ist kurz der, daß die Regierungen aufgefordert werden, sich mit Preussen über die »fernere Entwicklung des Verfassungswerkes« zu berathen, der Nationalversammlung entschieden entgegenzutreten und (einen andern Sinn können wir nicht herausfinden) eine Verfassung von Seite der Regierungen aus zu oktroyiren. Nach solchen kecken und offenen Schritten muß das Volk endlich sein unseliges Zaudern aufgeben und entschieden seinen Willen manifestiren; sonst ist uns die Freiheit verloren!

† **Nürnberg**, 2. Mai. Die von den Gemeindebevollmächtigten und Bürgern hiesiger Stadt an den König gerichtete Adresse wegen Anerkennung und Durchführung der Reichsverfassung ist gestern Abends, mit 3651 Unterschriften versehen, nach München abgegangen. Noch später eingelaufene 203 Unterzeichnungen sollen nachgesandt werden.

Augsburg, den 3. Mai. Gestern fand eine Versammlung der Landwehr und des Landwehr-Freikorps zur Besprechung der deutschen Frage statt. Die nicht unbedeutenden Räumlichkeiten des Versammlungslokals konnten den großen Andrang der Betheiligten kaum fassen. Es wurde eine Adresse an den König für die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung einstimmig beschlossen, gefertigt und sogleich von den Anwesenden unterzeichnet.

Die Ereignisse drängen sich auf eine unerhörte Weise, und die Stunde der Entscheidung naht mit raschen Schritten. Die Plane, die man lange verschleiert, enthüllen sich: Preußen, Hannover und Sachsen haben ihre zweiten Kammern aufgelöst, die ersteren ausdrücklich „wegen ihres Verhaltens in der deutschen Frage.“ Wird Bayern dasselbe thun? Die Minister werden sich ohne Zweifel zweimal besinnen, ehe sie eine solche Verantwortung auf sich laden, denn nach den vorhandenen Symptomen zu schließen, dürfte ein solches Hinausschieben der Entscheidung, in einem Augenblick, wie der jetzige ist, kaum ohne schwere Folgen bleiben. Die deutsche Revolution ist sichtlich in ihr zweites Stadium getreten, und wie im vorigen Jahr die Vertretung des deutschen Volkes am Sitze des seligen Bundestags die Losung war, so ist es jetzt die Annahme der Verfassung: das Volk in seiner Mehrzahl kümmert sich nicht um die einzelnen Bestimmungen derselben, sondern es will das Prinzip anerkannt wissen, und wittert hinter der verweigerten Anerkennung andere, völlig reaktionäre Absichten. Dagegen mögen sich die Ministerien so viel verwahren, als sie wollen, es hilft nichts, denn gegen solche Ueberzeugungen läßt sich, namentlich im Augenblick einer dringenden Entscheidung, nicht ankämpfen. Die Ministerien stehen zudem — das können sie sich unmöglich verheimlichen — moralisch auf einem höchst ungünstigen Boden, denn auf sie drückt die Last des Mißtrauens, das sich im Verlauf von 30 Jahren gegen alle Regierungen angesammelt.

Es nützt nichts, daß man sagt: es sind neue, an den alten Fehlern nicht betheiligte Männer. Keiner von allen hat sich von dem System, von dem Geist des Partikularismus durch eine entschiedene Handlung losgesagt, und hierin eben liegt ihre Schwäche der öffentlichen Meinung gegenüber. Möge man sich hierüber nicht täuschen, und möge man nicht in die noch schlimmere Täuschung verfallen, der öffentlichen Meinung, namentlich wenn sie durch die gesetzlichen Vertreter unterstützt ist, widerstehen zu können. Der Augenblick ist höchst ungünstig gewählt: die österreichische Regierung steht im Begriff, den bedenklichsten Schritt zu thun, indem sie die Hülfe der Russen gegen ihre Unterthanen angerufen hat, und die preußische Regierung wird in den Verdacht gerathen, den Bewegungen der Russen nicht fremd zu seyn, denn die preußische Kammerauflösung und die Erklärung gegen das Parlament treffen allzu genau mit jenen Bewegungen zusammen. Wehe aber, wenn in Deutschland der Verdacht und die Ueberzeugung reift, daß deutsche Fürsten mit den Russen einverstanden seyen, den alten Zustand wieder herbeizuführen. Dann ist der Bürgerkrieg im Anzug, und über seinen Ausgang hegen wir nicht den mindesten Zweifel. Aber um welchen Preis würde der Sieg erfochten? Die Heere selbst, gegen innere Feinde und Unruhen fast durchaus zuverlässig, würden sie mit dem Reichsfeind gegen das eigene Land gemeinsame Sache machen wollen? Und dann? Wir stehen alle vor einem Abgrunde, und darum nützt die glatte, alles verhüllen wollende Sprache nicht mehr. Glaubt man unter solchen Umständen im Umkreise der Verfassung stehen bleiben zu können? Die vorliegende Frage reicht weit über die Gränzen des einzelnen Landes hinaus, und wer sein eigenes Thun nicht mehr nach den Gesetzen seines eigenen Landes, sondern nach dem Verfahren anderer einrichtet, hat sich schon auf einen Punkt gestellt, wo er jeden Augenblick in den Fall kommen kann, die Verfassung zu brechen. Wer aber würde die Schuld und Verantwortlichkeit tragen? Von wem würde man Rechenschaft fordern? Nach dem Gesetz — von den verantwortlichen Ministern, ohne deren Unterschrift kein politischer Akt eine rechtliche Gültigkeit hat. (A. A. Z.)

? **Erlangen**, 3. Mai. Wir hatten hier gestern Abend auf dem freien Platze des Altstädter Schießhauses eine sehr zahlreiche Volksversammlung. Die schwarz-roth-goldne Fahne, aber keine bayerische Fahne, was bedeutsam genug ist, wehte in der Nähe der mit den deutschen Farben geschmückten Rednerbühne. Die Versammlung selbst wurde gegen 7 Uhr vom Professor Dr. Gorup eröffnet. In ruhiger, besonnener, fester und männlicher Rede sprach er über die gegenwärtige Lage Deutschlands, über das Verhalten der bayerischen Regierung zu der Nationalversammlung, und ermahnte die Anwesenden, an der endgiltig beschlossenen Nationalverfassung festzuhalten und für sie einzustehen mit deutscher Männerkraft, gleichwie unsere Brüder in Würtemberg es gethan. Unter lautem Beifall schworen die Versammelten mit aufgehobenen Händen, die Verfassung nie fallen zu lassen, sondern im Nothfall mit Gut und Blut zu schützen. Hierauf wurden mit allgemeinem Beifall männlich und würdig gehaltene Adressen an die deutsche Nationalversammlung, an die Volksvertreter Würtembergs, und an die bayerischen Landtags-Abgeordneten vorgetragen, und dieselben werden sich der zahlreichsten Unterschriften zu erfreuen haben. Zum Schlusse sprach der Vorsitzende des politischen Vereins, v. Herder, und erinnerte gleichfalls unter Beifall daran, daß Adressen wohl nicht helfen würden, und daß man sich zuletzt wohl dazu entschließen müsse, zum Eisen seine Zuflucht zu nehmen, wenn die Regierung von ihrem Wahne nicht lassen werde. Schade war es, daß die bis dahin in aller Ruhe vor sich gegangene Versammlung durch die Unbesonnenheit zweier, der Partei der Finsterlinge angehörender Studirender, die jetzt so leicht erregten Gemüther reizte und die beiden Studirenden den Fäusten und Stöcken der Leidenschaft sich so lange ausgesetzt sehen mußten, bis die Menge der besonnenen Männer dieselben vor weiterem Unglück bewahren konnten. Möchte die Regierung doch ja auf die Stimme und den Willen des Volks hören, ehe es zu spät ist, und die deutsche Verfassung unbedingt anerkennen und vollziehen, bevor die allgewaltige Bewegung der Zeit die Throne niederwirft!

Speyer, den 1. Mai. Der Kreisausschuß der pfälzischen Volksvereine (dermalen zu Frankenthal) hat eine Vereins-Versammlung auf den 1. Mai, Nachmittags 4 Uhr, nach Kaiserslautern ausgeschrieben. Am 2. Mai, Nachmittags 1 Uhr, wird eine allgemeine Volksversammlung in Kaiserslautern stattfinden. Die auf diesen Tag bestimmt gewesene Volksversammlung zu Neustadt ist auf den nächsten Sonntag verlegt.

Neustadt, den 28. April. Erklärung der hiesigen Volksversammlung: In Erwägung, daß die zu Frankfurt a. M. tagende Nationalversammlung einzig und allein dazu berufen ist, mit souveräner Machtvollkommenheit die Verfassung des deutschen Volkes festzustellen, und dadurch die Einheit und die Macht des Vaterlandes zu begründen, daß daher auch die von ihr beschlossene Verfassung als endgültig zu betrachten sey, und durch deren Veröffentlichung in dem Reichsgesetzblatte Gesetzeskraft für ganz Deutschland erlangt hat. In fernerer Erwägung sonach, daß die Gültigkeit jener Reichsverfassung nicht mehr von der Anerkennung der Regierungen oder Fürsten der Einzelstaaten abhängig gemacht werden könne, sondern daß jede, der beschlossenen Verfassung entgegenstehende Regierungsverfügung als ein Auflehnen gegen die bestehenden Gesetze, so wie gegen die Souveränetät des Volkes betrachtet werden müsse und für Letzteres das Recht der Selbsthülfe begründet. In Erwägung endlich, daß auch das bayerische Staatsministerium durch die ausgesprochene Nichtanerkennung der Reichsverfassung, so wie durch die wiederholte Vertagung des Landtages, jener Auflehnung sich schuldig gemacht und unter Mißachtung der Stimmen des Volkes die Verfassung verletzt hat, erklären

wir: 1. Daß wir die von der Nationalversammlung des deutschen Volkes beschlossene Reichsverfassung als zu Recht bestehend anerkennen und mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln für deren Aufrechthaltung einzustehen entschlossen sind. 2) Daß die Abgeordneten des bayerischen Volkes, sich eine Pflichtverletzung schuldig machen würden, wenn sie nicht auf ihre augenblickliche Einberufung dringen, und nach erfolgtem Zusammentritte nicht sogleich eine Anklage gegen die Minister, wegen Verletzung der Verfassung erheben würden. Zugleich erkennen wir an, daß das würtembergische Volk und dessen Vertreter durch die, gegen die Reaktionsversuche seines Königs bewiesene Thatkraft den Dank des deutschen Vaterlandes verdient habe, und daß es einem jeden Deutschen die Vaterlandsliebe zur Pflicht mache, in gleichem Falle, diesem Beispiele zu folgen. Neustadt a. d. H., den 28. April 1849. (Auf dem Original sind mehrere hundert Unterschriften.) Für richtige Abschrift: Der Vorstand des Volksvereins.

NB. Vorstehende Erklärung wurde von dem Bürgermeister und dem Stadtrathe der Stadt Neustadt, als der Ausdruck des Gesammtwillens der hiesigen Bevölkerung anerkannt, unterstützt und zur Kenntnißnahme an die bayerische Regierung weiter befördert.

(N. Sp.)

Aschaffenburg, 2. Mai. Gestern ging auf Antrag des hiesigen Landwehr-Bataillons vom Kommando desselben an Se. Majestät den König eine Adresse, ganz im nämlichen Sinne ab, wie solche das Commando des Würzburger Landwehr-Regiments unterm 27. v. M. an Se. Maj. einsandte.

Freiburg, den 30. April, Abends. So eben sind Fickler und Krebs unter militärischer Begleitung hier eingetroffen. Mittwoch den 2. Mai beginnt ihr Prozeß. (Frkf. O.-P.-Z.)

Freiburg, den 30. April. Nächsten Mittwoch den 2. Mai beginnen die öffentlichen Verhandlungen vor dem Geschwornen-Gerichte gegen Joseph Fickler von Konstanz, Adalbert v. Bornstedt von Stendal, Daniel Krebs von Mannheim und Karl Steinmez von Durlach wegen Hochverraths. Die Liste der durch das Loos gezogenen Geschwornen ist schon früher mitgetheilt worden. Als Richter werden die gleichen Mitglieder des hiesigen und Bruchsaler Gerichtshofs, wie im Struveschen Prozeß funktioniren, mit Ausnahme des Präsidenten Litschgi, der als Landtags-Abgeordneter abwesend ist; ihn ersetzt im Präsidium Hofgerichtsdirektor Woll. — Der Angeklagte v. Bornstedt ist schon seit einiger Zeit hier, die übrigen aber sind heute hieher gebracht worden. Der Erstere wird durch Advokat Thoma von hier, die Andern von Advokat Brentano vertheidigt werden (Fr. Z.)

Frankfurt, 2. Mai. Die „Frankfurter Zeitung“ enthält in ihrer heutigen Nummer in einem Frankfurt, 1. Mai datirten Correspondenzartikel drei Behauptungen; 1) die preussische Regierung habe an ihre Landesangehörigen die Aufforderung gerichtet, die Paulskirche sofort zu verlassen, die Veröffentlichung dieser Aufforderung aber werde noch zurückgehalten; 2) die Note vom 28. April d. J. sey bei dem preussischen Bevollmächtigten, wenn auch in anderer Form, schon am 22. April hier eingetroffen; 3) es sey früher eine ablehnende Antwort des Königs von Preussen auf den Welker'schen Antrag verheimlicht. Wir sind im Stande, diese drei Behauptungen als leere und durch Nichts begründete Erfindungen auf das Bestimmteste aus amtlicher Quelle zurückweisen zu können.

Frankfurt, 2. Mai. Man spricht von einer Vermehrung der hier garnisonirenden Reichstruppen, welche bei dem anstrengenden Dienste, welchen die Truppen namentlich bei den nächtlichen ausgedehntesten Vorsichtsmaßregeln leisten müssen, auch nicht unwahrscheinlich ist. — (D. Z.)

Frankfurt, 2. Mai. Hr. v. Schmerling soll gestern den Staub von seinen Füßen geschüttelt und die Rückreise nach Wien und Olmütz angetreten haben. Vielleicht nur der bequemeren Reise wegen, nahm er den Weg über Berlin, wohin ihm sein Kollege v. Sommaruga Tags zuvor vorausgegangen. (D. Z.)

Frankfurt, 2. Mai. Hr. Camphausen ist gestern nach seinem Gute in der Nähe des Siebengebirges abgereist. Er gedenkt keinesfalls gegenwärtig wieder an seine Stelle zurückzukehren. Das letzte Schreiben des preuss. Ministeriums ist von Hrn. v. Kamptz übergeben worden. (D. Z.)

Frankfurt, 1. Mai. Bei der heute stattgehabten achten Serienziehung der k. sardinischen 36 Frankenloose sind folgende 15 Serien gezogen worden, als Serie 130 194 228 326 465 579 593 597 609 665 791 797 808 835 848. Und bei der hierauf erfolgten vierten Gewinnziehung sind die Hauptpreise auf nachstehende Nummern gefallen, als auf Nr. 79019 40,000 Fr., Nr. 9710 4000 Fr., Nr. 79641 2000 Fr., Nr. 34801, 38338, 75136 jede 500 Fr., Nr. 32552, 42744, 45611, 47060, 75132, 83416, 84750, 85964, 85907, 96418, je 100 Fr. Nr. 657, 16024, 19388, 45593, 59683, 79013, 83249, 84735, 84795, 94028, jede 75 Fr.

Das Kommando der Bürgerwehr zu Darmstadt stellt durch Schreiben d. d. Darmstadt, 30. April das Ersuchen, nachstehenden, an letztgenanntem Tage von der gesammten Bürgerwehr in Darmstadt gefaßten Beschluß als eine zur Weiterverbreitung geeignete Mittheilung aufzunehmen: „Die Bürgerwehr zu Darmstadt, eingedenk des von ihr aufgestellten ersten Grundsatzes: die Märzerrungenschaften aufrecht zu erhalten, erklärt feierlichst als solche: Mit Gut und Blut für die von der deutschen Nationalversammlung ausgehende Reichsverfassung einzustehen. Sie fordert sämmtliche Bürgerwehren Deutschlands auf, in gleichem Sinne sich auszusprechen.“ (Frkft. O.-P.)

Hannover, 30. April. Da die gesetzliche Landesvertretung nicht weiter öffentlich die Ansichten unseres Volksstammes in der deutschen Frage aussprechen kann, so scheint es die nothwendigste Pflicht aller Gemeindebehörden, Bürgerwehren, Vereinen u. s. w., sich laut und offen darüber auszusprechen, um theils dem Ministerium eine klare Ansicht zu verschaffen, theils aber auch, um unseren deutschen Brüdern zu zeigen, daß es nicht das hannover'sche Volk ist, welches der Einheit und Freiheit des deutschen Vaterlandes widerstrebt. Wir sind in den Stand gesetzt, nachfolgenden Antrag des Bürgervorstehers Dr. Schläger mitzutheilen, welchen derselbe gestern bei dem Bürgervorsteherkollegium der Hauptstadt gestellt und um dessen schleunige Berathung er gebeten hat: „Das Bürgervorsteherkollegium der Hauptstadt Hannover wolle der königl. Regierung erklären: daß dasselbe es tief beklage, daß die Stände aufgelöst seyen und es dringend wünsche, daß durch schleunige Anordnung der Wahlen die Vertreter des Landes sofort wieder einberufen werden; daß es ferner die unbedingte Rechtsgültigkeit der Reichsverfassung anerkenne und zum Heile und Frieden des Vaterlandes die königl. Regierung auffordere, sich gleichfalls der Reichsverfassung unbedingt unterzuordnen.“ Ob auch der Magistrat diese Anträge in Berathung nehmen wird, ist noch zweifelhaft, indessen ist bereits vom Volksverein eine ähnliche Zuschrift an denselben ergangen. (Ztg. f. Nordd.)

Fulda, 30. April. Gestern Abend hatten wir eine Volksversammlung, in welcher fast sämmtliche Bürger unserer Stadt anwesend waren und nach einer langen, sehr lebhaften Debatte einstimmig eine Adresse ans Parlament angenommen wurde, in welcher die sofortige Wahl eines Vollziehungsausschusses verlangt wird. Um hierfür Einstimmigkeit zu erlangen, hatten unsere Demokraten zugestimmt, daß auch die Anerkennung der Reichsverfassung darin ausgesprochen, und daß zugleich auch die Beeidigung des Militärs auf dieselbe von Seiten der Regierung dringend verlangt werde. Ein anderer Antrag auf sofortige Einberufung unserer Ständekammer zeigte dadurch, daß sich hierüber die Versammlung in zwei Parteien schied, welche die Bestimmung der Majorität fast unmöglich machten, wie wenig unsere gegenwärtige Ständekammer auch bei uns das Vertrauen des Volkes besitzt. Selbst unser Deputirte Weinzierl hatte dagegen gestimmt.

(Frkf. J.)

Aus dem Odenwald, 30. April.) Gestern fand in dem Städtchen Fürth eine Volksversammlung statt, welche von 4000 bis 5000 Menschen aus der Umgegend besucht war. Unter den auftretenden Rednern befanden sich aus Frankfurt unter Andern die Reichstagsabgeordneten Rühl und Bogen; beschlossen wurde, an der Reichsversammlung und der von ihr beschlossenen Verfassung festzuhalten.

(Fkfr. O.-P.-Z.)

Wiesbaden, den 1. Mai. Heute, als am jährlichen Eröffnungstage der hiesigen Spielbank, fanden sich zwar die Spielhalter um 11 Uhr an den grünen Tischen des Kursaals ein, allein auf Verfügung des Ministeriums durfte das Spiel nicht wieder eröffnet werden. (Frkf. O.-P.-Z.)

†*† **Berlin**, 1. Mai. Auch am gestrigen Abend waren wiederum einige mehr oder minder schwere Verwundungen zu beklagen, Todte hat es gestern glücklicherweise nicht gegeben. Der Schauplatz des Krawalls war diesmal nicht der Dönhofsplatz, sondern die Frankfurter Linden und die Waßmannsstraße. Unter den Frankfurter Linden versammelte sich ein kleiner Zug mit einer rothen Fahne an der Spitze; zwei Individuen wurden mit Schießgewehren erblickt. Als Konstabler und ein Piquet Infanterie den Zug auseinander getrieben hatten, versuchte man in der Waßmannsstraße drei Barrikaden zu errichten, die jedoch von einer Abtheilung Infanterie mit gefälltem Bajonnett genommen wurden. Auch einige Schüsse sind wiederum gefallen. Gegen 10½ Uhr war die Ruhe in jener Gegend vollkommen hergestellt. — Auf dem Dönhofsplatz war es vollkommen ruhig.

Trotz der beklagenswerthen, nun bereits schon vier Abende hinter einander stattgehabten Konflikte zwischen der Menge und der bewaffneten Macht, bei welchen nicht wenig ganz unbetheiligte unschuldige Personen zu Schaden gekommen sind, ist bis zum Augenblick keine der sonst üblichen Verwarnungen der königlichen wie der städtischen Behörden erschienen. Es ist dies um so auffallender, als von unsern Behörden, die sich gern ihrer Toleranz und Humanität rühmen, jetzt gerade mit der größten Strenge eingeschritten wird, ohne daß man sich Seitens derselben veranlaßt gesehen hat, das Publikum zu warnen, — während im vorigen wie in früheren Jahren bei der geringsten Aufregung die Verwarnungsplakate nie fehlten. Es ist dieser Umstand, wie wir erfahren, auch von mehreren Mitgliedern der ersten Kammer aufgegriffen, und bei höher gestellten Staatsbeamten in dieser Beziehung Reklamationen gemacht worden. — Eben so soll man sich von verschiedenen Seiten veranlaßt gesehen haben, den commandirenden General darum anzugehen, daß nicht bei der geringsten Veranlassung gleich von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werde; daß man vielmehr bei kleinen Ruhestörungen und Attroupements sich mehr auf Kavallerie und Bajonetangriffe beschränken möge. —

Die Börse ist heute nach den gestrigen ultimo Regulirungen in eine Geschäftslosigkeit ohne Gleichen versunken. Man war Seitens unserer Börsenmänner genöthigt, die Course bis gestern wenigstens einigermaßen zu halten, wollte man die zu regulirenden Differenzen nicht zu so großen machen, daß der größere Theil der Spekulanten sich auf eine Abwickelung gar nicht hätte einlassen können.

Von bedeutendem Gewicht auf die Ansicht unserer Börsenmänner war das gestern hier eingetroffene Frankfurter Coursblatt, das in Folge der Auflösung der hiesigen Kammer zum Theil um 4% schlechtere Course brachte.

Briefe aus Sachsen sprechen von einer sehr bedeutenden Aufregung, die die Auflösung der Kammern hervorgerufen habe. Die Vaterlandsvereine, die in Sachsen durch das ganze Land verzweigt sind und einen nicht gering zu schätzenden Einfluß auf die Bevölkerung in Stadt und Land ausüben, haben mehrfache Proklamationen erlassen, in denen sie darauf aufmerksam machen, daß die gleichzeitige Auflösung der sächsischen, hannover'schen und preussischen Kammern nicht ein Zufall, sondern ein lang vorher eingefädeltes reaktionäres Spiel sey, das den Beschlüssen der Frankfurter Versammlungen offen Hohn spreche. Ebenso versichern Briefe aus Dresden, daß das sächsische Ministerium vor Erlaß der Auflösungsordre bei dem preuss. Kabinet angefragt habe, ob man im Nothfall auf Truppenunterstützungen rechnen könne, worauf ihm eine bejahende Antwort geworden sey. Wir geben diese Nachricht, ohne für ihre Richtigkeit bürgen zu können.

Man versichert, daß die Haussuchungen, welche kürzlich hier bei Hrn. d'Ester u. A. stattgefunden haben, sowie die Verhaftungen zum Zweck der Entdeckung einer kommunistischen Verschwörung auf Grund von Berichten aus Paris erfolgt seyn sollen, welche der dort, sowie in Versailles und Senlis umherspürende Duncker hierher gesendet hat.

Köln, den 1. Mai. Der Gemeinderath der Stadt Köln hat in Erwägung der bedenklichen politischen Lage des deutschen Vaterlandes den Beschluß gefaßt, eine allgemeine Berathung aller Gemeinden der Rheinprovinz zu veranlassen, um deren Resultat in einer Gesammteingabe dem Könige vorzulegen, und zu dem Behufe auf Samstag den 5. Mai eine Versammlung anzuberaumen. (Frkf. O.-P.-Z.)

Köln, 1. Mai, Nachmittags. Durch Erlaß der königl. Regierung ist die von dem hiesigen Gemeinderath in außerordentlicher Sitzung beschlossene und vorbereitete Berathung aller Gemeinden der Rheinprovinz, um über die bedenkliche politische Lage des deutschen Vaterlandes zu berathen, als „ein unbefugtes Beginnen“ verboten worden. (F. O.-Z.)

Dresden, 1. Mai. Die Staatsminister Dr. Held, v. Ehren-

stein und Dr. Weinlig haben gestern ihre Entlassung bei dem König eingereicht. Derselbe hat sie angenommen, die Minister jedoch mit der interimistischen Fortführung der Departementsgeschäfte bis zur Ernennung ihrer Nachfolger beauftragt. Die Ursache des ganz unerwarteten Rücktrittsgesuchs soll, wie man allgemein behauptet, die deutsche Verfassungsfrage seyn. Heute traf der Reichskommissär v. Watzdorf hier ein. Die Bewegung für die Anerkennung der Reichsverfassung nahm diesen Nachmittag unerwartet einen allgemeinen Charakter an. Gleich nach 12 Uhr versammelten sich Tausende auf dem Pirnaischen Platze und begaben sich unter Vorantragung der deutschen und anderer Fahnen nach dem Gebäude des Justizministeriums, um dem Ministerpräsidenten Dr. Held die in der gestrigen Hauptversammlung des Vaterlandsvereins gefaßten Beschlüsse in einer Adresse zu überreichen. Diese Beschlüsse lauten: daß man die Reichsverfassung als rechts- und endgültig betrachte, jeden Widerstand als eine Revolution von Oben ansehe und das Ministerium dafür verantwortlich mache.

Eine Deputation von drei Ausschußmitgliedern verfügte sich in das Gebäude, und nachdem Dr. Minkwitz an Dr. Held die entsprechende Anrede gehalten hatte, bemerkte Letzterer, daß er bereits seine Entlassung eingereicht habe und daß sich die Deputation daher an die anwesenden, im Amte verbliebenen Staatsminister Frhrn. v. Beust und Rabenhorst zu wenden hätte. Diese erklärten, die Adresse dem Könige vorlegen zu wollen. Als der vor dem Justizministerium harrenden Menge der Rücktritt der Staatsminister verkündet wurde, erhielten sie ein Hoch. Bis gegen 2 Uhr hatte die innere Stadt ein sehr aufgeregtes Ansehen, namentlich hatten sich auf der Schloßgasse und vor dem kgl. Schlosse dichte Gruppen gebildet, die in lebhaftem Gespräche begriffen waren. Unordnungen sind bis jetzt, wo schon die Stadt ihr voriges ruhiges Ansehen wieder gewonnen hat, nicht vorgekommen. Das Stadtverordnetenkollegium hat heute Abend auf Antrag Doctor Hirschel's mit Einhelligkeit beschlossen, eine Adresse, die unverweilte Anerkennung der deutschen Reichsverfassung betreffend, an den König abgehen zu lassen und den Stadtrath sowie die hiesige Bürgerwehr zum Beitritt aufzufodern, und es steht zu erwarten, daß sich unser Stadtrath, der sich sonst nicht leicht bei dergleichen Demonstrationen zu betheiligen pflegt, der allgemeinen Bewegung, welche seit heute Mittag auf eine auffallende Weise um sich gegriffen hat, kaum wird entziehen können. Als heute eine Deputation eine ähnliche Adresse dem Könige überreichte, hat dieselbe eine keineswegs Hoffnung erregende Antwort erhalten, und können wir aus guter Quelle hinzusetzen, daß der König kaum sich geneigt finden dürfte, in anderer Weise sich zu erklären. Hr. v. Carlowitz soll behufs der Bildung eines neuen Kabinets zum König berufen worden seyn. Die Ruhe der Stadt ist diesen Abend nicht im Geringsten gestört worden, obschon sich auf der Schloßgasse gegen 9 Uhr eine ziemlich lebhafte Bewegung zeigte. Spät Abends noch verbreitete sich das Gerücht, daß ungarische Husaren, man spricht von 200 Mann, völlig ausgerüstet auf sächsisches Gebiet übergetreten seyen. Ich theile dieses Gerücht blos mit, als bekanntlich zu Theresienstadt in Böhmen ein ungarisches Husarenregiment stationiert ist und somit wenigstens eine Möglichkeit dieses Vorfalls vorhanden wäre. (D. A. Z.)

Hadersleben vom 29. April. (Mit dem Abendbahnzuge eingetroffen.) Heute morgen sind die Preussen von hier ausgerückt und in verschiedenen Richtungen weiter nördlich gezogen. Der General von Prittwitz ist mit seinem Hauptquatier nach Christiansfelde gegangen, desgleichen der General von Hirschfeld. Unmittelbar nach dem Abmarsche der Preussen zogen die Bayern mit v. d. Tann an der Spitze wieder ein. Aus Jütland ist nichts Neues mitzutheilen, als daß die Feldpost jetzt wieder in Kolding stationirt ist; das Hauptquartier von Bonin war gestern Abend noch in Wonsild. — Aus dem uns zugegangenen Schreiben unsres Haderslebener Korrespondenten theilen wir ferner vorläufig folgende interessante Nachricht mit. General v. Prittwitz erschien in der Mitte seiner Offiziere vor den nordwärts der Stadt in oder bei der s. g. Anlage versammelten Truppen, und hielt ihnen eine Anrede, deren Inhalt ungefähr folgender war: „Die Preussen ziehen in Jütland ein! Von Sr. Maj. dem König selbst ist dazu der Befehl eingetroffen. Se. Maj. wollen, daß die Schleswig-Holsteiner, die sich wie Männer geschlagen, möglichst geschont werden: — sie sollen nicht aus ihrer Stellung verdrängt werden, sofern sie dieselbe nicht aufzugeben wünschen, aber geschont sollen sie werden!" (Alt. M.)

Aus dem nördlichen Schleswig und von der jütischen Grenze ist heute nichts von Bedeutung zu melden; die Preußen sind über Hadersleben hinausgerückt, und General v. Prittwitz hat sein Hauptquartier in dieser Stadt. Wir werden mit deutscher Geduld diesem „Immer langsam voran" wohl noch einige Tage zusehen müssen, — wenn nicht, wie Aussicht dazu vorhanden ist, jetzt doch ein Waffenstillstand dazwischen tritt. — Aus Paris wird uns geschrieben, daß Dänemark in London sich zu Friedensunterhandlungen bereit erklärt hat, d. h. das Kopenhagener Kabinet will sich jetzt allenfalls herbeilassen, jene für Deutschland schimpflichen Bedingungen anzunehmen, welche im März der preußische Minister Graf Arnim anzubieten die Stirn hatte und die damals glücklicher Weise von der dänischen Regierung in ihrer Verblendung nicht rasch genug angenommen wurden. Es ist jene Friedensbasis, von welcher der schleswig-holsteinische Bevollmächtigte in Frankfurt vorige Woche auf offener Tribüne erklärte, daß die Ausführung derselben nicht an Verrath streife, sondern Verrath sey. Nachdem die Schleswig-Holsteiner ganz allein, ohne fremde Hülfe den dänischen Uebermuth gezüchtigt haben, wird wohl selbst Graf Arnim nicht mehr wagen, in so schmählicher Weise noch einmal über Land und Leute der Herzogthümer zu verfügen. (Wes. Z.)

Stuttgart. [130. Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 2 Mai.] Becher erstattet im Namen des Fünfzehner-Ausschusses Bericht, den er mit folgender Einleitung begleitet: Die Kommission wurde beauftragt, die neueste Lage des Vaterlandes, namentlich die neueste Frage über Durchführung der Reichsverfassung in Erwägung zu ziehen und hierüber Mittheilung zu machen. Als die Kommission diesen Auftrag erhielt, stand diese Frage noch anders, als nach den Nachrichten, die wir in Zeitungen diesen Morgen erhalten haben. Damals hatte Camphausen in Frankfurt noch die Versicherung gegeben, der König von Preußen werde die Kaiserkrone annehmen. Ueber die Politik des preußischen Hofes hat er sich aber getäuscht, da um 11 Uhr das Gegentheil von dem gesagt wurde, was um 12 Uhr erfolgte. — Wir finden in der Preußischen Zeitung, der König von Preußen habe definitiv abgelehnt. Meine Herren! Die Reichsverfassung steht in einem Theile des Vaterlandes nicht mehr blos auf dem Papier. Diejenigen Länder, die sich der Nationalversammlung unbedingt unterworfen und daher die Gültigkeit der Reichsverfassung anerkannt haben, werden als Reichsland betrachtet werden müssen. Ich bin überzeugt, daß diejenige Selbstverläugnung, welche in den jüngsten Tagen in Schwaben von Seiten einer Partei gezeigt worden ist, die in der Wahl eines Erbkaisers nicht die glückliche Lösung der Oberhauptsfrage sah; daß diese Selbstverläugnung in unserem engeren Vaterland auch jetzt auf Seite derer treten wird, die gerade in der Bestimmung des Oberhaupts das Heil des Vaterlandes sahen, daß wir jedoch in unserer Unterwerfung unter die Nationalversammlung, in der Anerkennung der Gültigkeit der Reichsverfassung unsererseits in keine andere Lage gekommen sind, als vor wenigen Tagen. Wohl hat sich diese Lage ihnen gegenüber in eine entgegengesetzte verwandelt, ihnen stehen Reichsländer gegenüber, die die Reichsverfassung nicht anerkennen, eine Reichsverfassung, die ihrer Bestimmung nach auch für diese Länder gelten soll.

Hierüber, glaube ich, ist nicht nur die Möglichkeit, sondern die große Wahrscheinlichkeit eines Konflikts der physischen Kräfte dieser beiden — die Reichsverfassung anerkennenden und nicht anerkennenden — Länderparteien gegeben. Ich will kein Gewicht auf die Konzentrirung preussischer Truppen, kein Gewicht auf die Verstärkung der Mainzer Garnison legen. Ich gebe gerne zu, daß wir einen bewaffneten Angriff nicht machen können, denn nur von Vertheidigung handelt es sich und nicht von einem Angriff. Ich gebe gerne zu, daß die Gefahr eines bewaffneten Angriffs noch nicht unmittelbar vorhanden; aber ist die Gefahr schon da, so ist auch eine Rüstung zuläßig und um diese allein handelt es sich. Deßhalb glaubte Ihre Kommission, Angesichts der Beistimmung von ganz Deutschland zu unserer Haltung in der deutschen Frage, Angesichts des Berufes der Schwaben, die Reichssturmfahne wieder voran zu tragen, wird es nothwendig seyn, daß hinter dieser Fahne auch Leute stehen, dieselbe zu vertheidigen, denn eine Fahne ohne Macht ist nichts. Ihre Kommission macht deßhalb folgende Vorschläge: Der Durchführung des Werkes der friedlichen Einigung des Vaterlandes und festen Begründung seiner Volksfreiheit durch die Nationalversammlung drohen Gefahren, die in wenigen Wochen bestimmte Gestalt gewinnen und verkörpert sogar innerhalb unserer eigenen Landesmarken stehen können. Um thatkräftig hinter unsern Worten zu stehen, erscheint es Ihrer Kommission geboten, die kurze Frist, die noch sicher ist, zur Rüstung zu verwenden, um sowohl unserer Pflicht gegen das Reich im Momente nachzukommen (um so mehr, als wir mit der bereits angeordneten Wehrhaftmachung noch im Rückstande sind) als zur Vertheidigung des engern Vaterlandes gegen Angriffe, die ihm seine Hingebung an die deutsche Sache zuziehen könnte, bereit zu seyn.

Ihre Kommission beantragt daher folgende Bitten an die Regierung: 1) um schleunige Einberufung und Einübung der bereits bewilligten Landwehr — jedoch ohne Vermehrung des Offizierstandes; 2) um schleunige Einbringung weniger Zusatzbestimmungen zum Bürgerwehrgesetz über Gründung mobiler Legionen der Volkswehr in einer Weise, daß dieselbe nöthigenfalls außerhalb des Landes verwendet werden kann. Wir bitten, in dieser Richtung sofort in Erwägung zu ziehen: Ob nicht sämmtliche körperlich tüchtige unverehelichte Bürger von 18 bis 25 Jahren zu diesem Dienste verpflichtet, unter militärischem Oberbefehl gestellt, in besonderen Abtheilungen in größere taktische Körper eingerahmt und die Vollziehung der Eintheilung und Einübung in Militärbezirken auf dem Lande durch zeitweise kommittirte Offiziere und beurlaubte Unteroffiziere alsbald eingeleitet werden könnte, um sie für eine Feldaufstellung vorzubereiten; 3) um schleunige Vermehrung der Waffenvorräthe des Staates, namentlich durch möglichste Ausdehnung der einheimischen Waffenfabrikation. Ihre Kommission stellt ferner den Antrag: „der Kön. Regierung die hiezu nöthigen Geldmittel anzubieten;" endlich die Staatsregierung zu bitten: „mit denjenigen Landesregierungen, welche die deutsche Reichsverfassung bereits anerkannt haben, zu dem gemeinsamen Zwecke in Verbindung zu treten und bei den übrigen Regierungen all ihren Einfluß dahin zu verwenden, daß sie die Gültigkeit der Reichsverfassung gleichfalls unverweilt anerkennen." — Die von dem Fünfzehner-Ausschuß vorgeschlagenen Bitten und Anträge an die Regierung werden der Reihe nach sämmtlich (No. 2 nur mit einer Fassungsänderung) ohne namentliche Abstimmung mit sehr großer Mehrheit angenommen. (Schw. M.)

Oesterreichische Staaten.

Wien, den 28. April. Die ungarischen Studenten müssen wirklich fort. Sie baten bei F. M. L. Böhm um eine Audienz, und wollten ihm vorstellen, daß sie in die traurige Nothwendigkeit versetzt würden, entweder zu verhungern, oder zu Hause, da sie nicht parteilos geduldet würden, in die Reihen der Insurrektion zu treten. Sie wollten nachweisen, daß sie in Wien ihre Existenz gefunden hätten, und durch die Verweisung von Wien gezwungen würden, Rebellen zu werden. Sie wurden nicht vorgelassen. Ein hochgestellter Staatsdiener jedoch bedeutete ihnen im Namen des Generals, er könne ihnen nicht helfen, sie möchten thun, was sie wollten. Ist das Klugheit! (E. Bl. a. B.)

(Die Russen kommen den Oesterreichern immer näher, aber die Oesterreicher werden es empfinden, daß sie durch diese Hülfe total ruinirt sind.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Exp.-Nro. 10567.

Bekanntmachung.

(Die Herbeischaffung des Holzbedarfes für das neue Krankenhaus und das St. Sebastian Spital betr.

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg

wird bekannt gemacht, daß der diesjährige Holzbedarf für das neue Krankenhaus und St. Sebastian-Spital, in ungefähr 450 Klaftern bestehend, an den Wenigstnehmenden akkordweise vergeben werden soll.

Termin zu diesem Verstrich ist auf Montag den 21. d. Mts. Vormittags 10 Uhr in der Kanzlei des Krankenhauses anberaumt, wozu sich Strichlustige einfinden wollen.

Nürnberg, den 1. Mai 1849.

Haubenstricker.

v. n

Duchl.

Freie christliche Gemeinde.

Sonntag den 6. Mai früh 10 Uhr Gottesdienst im Katharinen-Saal, geleitet durch Prediger Bäthig.

Nachmittag 2 Uhr Gemeinde-Versammlung ebendaselbst, wobei jedoch nur mit Karten versehene Mitglieder Zutritt haben.

Der Vorstand.

Volks-Versammlung.

Sonntag den 6. Mai Nachmittags 3 Uhr

Volksversammlung

auf dem Schießhaus bei Altdorf, wozu mehrere Abgeordnete der bayerischen Volkskammer eingeladen sind.

Zu recht zahlreicher Theilnahme aus der Nähe und Ferne ladet ein

Der Ausschuß des freien deutschen Bürger-Vereins zu Altdorf.

Volks-Versammlung.

Sonntag den 6. Mai ist Volksversammlung in Stein wozu einladet

Der Ausschuß der verbrüderten Vereine von Stein, Zirndorf, Schweinau, Steinbühl und Sündersbühl.

Anzeige und Empfehlung.

Daß ich durch den Tod meines Bruders des Goldpapierfabrikanten Johann Maisch dessen Geschäft übernommen habe, bringe ich hiemit einem werthen Kauf- und Handelsstande mit der Bitte zur ergebensten Anzeige, daß ich mich bestreben werde, alle in diesem Geschäft vorkommenden Artikel, als: in geprägten, so wie auch in feinsten Buchgelden-, glattgold- und Silberpapier aufs beste und auf das solideste herzustellen, umsomehr, da ich das Metall selbst dazu schlage.

Friedrich Maisch, Metallschlager und Goldpapierfabrikant L. Nr. 1095 in der Karthäusergasse.

Das alleinige Depot

der, wegen ihrer, auch in hiesiger Gegend bereits als vorzügliches Heilmittel gegen **rheumatische, gichtische und nervöse Uebel bewährten** und **erprobten**

Goldberger'schen Kaiserl. Königl. allerhöchst privilegirten **Galvano-electrischen Rheumatismus-Ketten** für Nürnberg und die Umgegend befindet sich bei dem Unterzeichneten, woselbst auch eine gedruckte Broschüre unentgeldlich ausgegeben wird, welche über die Anwendung, Heilkraft und Wirksamkeit der **Goldberger'schen Ketten** jede wünschenswerthe Auskunft und viele Hundert attestirte Erfahrungen und Danksagungsschreiben von Aerzten und Genesenen über die große Heilkraft der Goldberger'schen Ketten enthält.

Preiß der Ketten 53 kr., stärkere fl. 1. 45 kr. und fl. 2 38 kr.

Carl Ludwig Krauß.
Theresienstraße S. N. 551.

Neu verbesserter Rheumatismus-Ableiter.

Die bereits vielseitig empfohlenen und als sehr bewährt befundenen »Rheumatismus-Ableiter,« per Stück à 18 kr., stärkere à 36 kr. mit Gebrauchsanweisung sind für hier und Umgegend nur allein ächt bei Unterzeichnetem zu haben.

Wie schon bekannt, dienen sie gegen Kopf-, Hand-, Knie- und Fußgicht, Gesichts-, Hals- und Zahnschmerzen, Ohrenstechen, Harthörigkeit, Sausen und Brausen in den Ohren, Brust-, Rücken- und Lendenweh, Gliederreißen, Krämpfe, Lähmungen, Herzklopfen und Schlaflosigkeit rc., und liegen hierüber die besten Zeugnisse vor.

C. L. Krauß,
Theresienstraße S. Nr. 551 in Nürnberg.

(Gesuch.) Eine Köchin, die sich auch der vorkommenden Hausarbeit unterzieht, wünscht sogleich oder in 14 Tagen wieder als Köchin unterzukommen. — Das Nähere Nro. 109 Gostenhof.

Anzeige.

Bei Buchbinder Heubner und Wagner am Markt ist für 1 kr. zu haben:

Ansprache an die Bewohner der Pfalz.

Diese von den rheinischen Deputirten im Frankfurter Parlamente verfaßte Ansprache ist auch für die diesseitigen Provinzen von höchster Wichtigkeit.

Danksagung und Empfehlung.

Für die meinem sel. Gatten am verflossenen Sonntag an seinem Grabe bewiesene herzliche Theilnahme sage ich hiemit seinen Freunden und Verwandten meinen tiefgefühlten Dank, und wünsche, daß sie Gott vor ähnlichen Trauerfällen noch lange bewahren möge.

Margar. Binzer mit ihren 4 Kindern.

Zugleich erlaube ich mir die Bitte, das meinem sel. Mann geschenkte Vertrauen auch auf mich überzutragen; ich bin im Stande, alle vorkommenden Haararbeiten zu liefern, und schöne und billige Arbeit wird stets mein eifriges Bestreben seyn.

Meine Wohnung befindet sich von heute an in der Hans-Sachsengasse im Hause des Herrn Rasoir-Fabrikanten Horn, S. Nro. 972.

Nürnberg, den 1 Mai 1849.

M. Binzer.

Empfehlung.

Da die von mir f. Zt. bezogene Parthie engl. Putzsteine, so vielen Beifall und lebhaften Absatz gefunden hat, so wurde ich dadurch veranlaßt, neuerdings eine Sendung davon kommen zu lassen.

Auf mehrseitiges Verlangen und zur Bequemlichkeit des Publikums habe ich diese Putzsteine ganz fein mahlen lassen, so, daß man beim Gebrauch gar keine Mühe mehr damit hat; Jedermann wird sich auch überzeugen, daß dieses neue Putzmittel, unter allen bisher bekannten, das Beste ist, weshalb ferneren lebhaften Abnahme entgegensieht

C. G. D. Eibam, am neuen Thor.

Nachträglich erlaube ich mir noch zu bemerken, daß Düsseldr. Senf fortwährend, nicht allein in gläsernen Krucken, sondern auch offen und zwar pr. Pfund à 18kr. zu haben ist.

Erklärung.

Auf den Brief, welchen die Meier'schen Eheleute durch die Stadtpost erhalten haben, worin ich als eine Verrätherin hingestellt worden bin, erkläre ich die Person, von welcher besagter Brief herrührt, für eine erbärmliche, niederträchtige Verläumderin da mir der Gegenstand, warum es sich in jenem Briefe handelt, unbekannt ist.

Anna Rieger.

Einladung.

Zu der morgen Sonntag den 6. Mai stattfindenden Feier des Wesner Jahresfestes lade ich meine Freunde und Gönner, so wie ein verehrliches Gesammt-Publikum zu einem recht zahlreichen Besuch ergebenst ein.

Johann Schmidt, zum grünen Maulbeerbaum, nächst der Veste.

Neuenthor-Zwinger.

Einem geehrten Publikum zeige ich hiemit an, daß am Sonntag den 6. Mai die Wirthschaft eröffnet wird, und lade zu recht zahlreichem Besuch ergebenst ein.

W. Linck.

Ball im weißen Lamm

findet Sonntag den 6. d. M. mit Entree à Person 24 kr. statt, wozu ergebenst einladet

G. M. Krieger.

Almoshof.

Sonntag den 6. Mai ist Tanzmusik. Dazu laden ergebenst ein

Die Musiker.

Schmaußenbuck.

Sonntag den 6. Mai ist Harmonie-Musik, und gibt es Hefenküchlein, so wie auch Felsenkellerbier geschenkt wird. Hiezu ladet höflichst ein

Keilholz.

Einladung.

Nächsten Sonntag den 6. und Montag den 7. Mai ist das Jahresfest auf dem Zollhaus; für gut besetzte Harmonie-Musik und gute Speise und Getränke, gute Hefen-Küchlein mit Kaffee ist bestens gesorgt, wozu ergebenst einladet

M. Weiß auf dem Zollhaus bei Wendelstein.

Stahl- und Moorschlammkugeln.

Bei Unterzeichnetem sind Stahlkugeln, vom bekannten Stahlbad Kelberg bei Passau, zur Anfertigung von Eisen- oder Stahlbädern und Moorschlammkugeln zur Anfertigung von künstlichen Heilbädern gegen Gicht und Rheumatismus zu haben.

Briefe erbitten wir franko.

G. C. Martini,
Füll S. Nr. 407 in Nürnberg.

Aufruf.

Alle jungen deutschgesinnten Männer, welche sich der neugebildeten Scharfschützen-Kompagnie anschließen wollen, werden auf heute Samstag den 5 Mai Abends 8 Uhr im König Otto, Parterre, eingeladen.

Erklärung.

Die sämmtlichen Gesellen der Werkstätte des Steinmetz- und Maurermeisters Schabiach erklären, daß sie mit dem in Nro. 83 der mittelfränkischen Zeitung enthaltenen Aufsatze, unterzeichnet sämmtliche Bauhandwerker, durchaus nicht einverstanden sind; daß sie vielmehr, von ihrem Meister, Einheimische wie Fremde, zu dem gesetzlichen Lohne noch eine Zulage erhalten haben.

Sämmtliche Gesellen der Werkstätte.

Empfehlung.

Zur Feier der Wiedereröffnung des Engelmann'schen Gartens bei St. Johannis findet Sonntag den 6. Mai Harmoniemusik statt. Einem zahlreichen Besuche entgegensehend empfiehlt sich achtungsvoll

J. A. Herrmann nebst Frau.

Anzeige.

Von heute an ist im Brauhaus zur Pechhütte fortwährend frische, weiße Hefe zu haben.

Literatur.

Bei Riegel und Wießner in Nürnberg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Fikenscher, Dr. K., die Generalsynode der evangelisch-protestantischen Kirche in Bayern vom Jahre 1849 und ihre Beleuchtung durch Herrn Pfarrer Löhe wieder beleuchtet. gr. 8. geh. 6 Ngr. oder 18 kr.

Wer die Beschlüsse der vereinigten bayerischen Generalsynode zu Ansbach richtig verstehen und die ihr von der strengkirchlichen Seite gemachten Vorwürfe vollständig widerlegt lesen will, der möge diese dem Herrn Verfasser, als einem Mitgliede der Generalsynode, abgedrungene Schrift nicht übersehen.

(Empfehlung.) Da die bekannten Mineralwasser frischer Füllung wieder eingetroffen sind, so empfehle ich solche einem verehrlichen Publikum zur geneigten Abnahme

Nürnberg, 4 Mai 1849.

J. A. G. Schöpf.

(Verlaufen.) Gestern Abend hat sich ein Hühnerhund, männlichen Geschlechts, mit braunen Flecken (auch an der Ruthe), grünem Halsband mit dem Zeichen 1848/49 verlaufen. Derjenige, dem er zugelaufen ist, wird gebeten, solchen gegen ein Trinkgeld in Nro. 402 der breiten Gasse abzugeben.

(Zu vermiethen.) Im Büttnerstanz, Manghöfchen Nro. 1403, ist im ersten Stock eine freundliche Wohnung, bestehend aus einem heizbaren Zimmer, 2 Kammern, Küche, Boden u. s. w. sogleich zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In einer der schönsten Gegend an einem Hauptthore ist ein Gartenlogis mit 4 heizbaren Zimmern und allen nur möglichen Bequemlichkeiten für Winter und Sommer zu vermiethen und kann sogleich bezogen werden.

(Zu vermiethen.) Ein Sommersälchen, auf die Allerwiese gehend, ist täglich zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In schöner Lage ist eine Wohnung im ersten Stock mit 5 heizbaren Zimmern und Alkoven, Küche, Speisekammer, Garderobe, allen sonstigen Bequemlichkeiten, mit oder ohne Stallung sogleich oder bis Laurenzi zu vermiethen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Zu verkaufen.) In L. Nro. 633 Rosengasse ist eine große Auswahl Nachtigallen aus der besten Lage Schweinfurts, bei denen auch Nachtschläger sich befinden, zu verkaufen.

(Gesuch.) Eine brave Kindsmagd wird in Dienst zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) In der Nähe des Markts wird ein heller und trockner Laden bis Ziel Allerheiligen, oder auch früher, zu miethen gesucht.

(Gesuch.) Zur Schreiner-Profession wird ein Lehrling anzunehmen gesucht. S. Nr. 708.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen von 19 Jahren und honnetten Eltern, welche nicht von hier ist, im Nähen, Stricken, Bügeln und in allen sonstigen weiblichen Arbeiten wohl erfahren ist und sich über solides Betragen ganz aufweisen kann, wünscht als Stubenmädchen oder in sonstiger Eigenschaft täglich unterzukommen.

Theater in Fürth.

Samstag den 5. Mai. Zum Erstenmale. »Johannes Guttenberg.« Große Oper in 4 Akten von Pressler. Musik von F. Fuchs. Herr Bielczizky »Guttenberg« als letzte Gastrolle. Nach dem Theater geht ein Extra-Bahnzug nach Nürnberg zurück.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 6 Mai 1849. № 126. Sonntag: Dietr.

Deutsche Staaten

München, 3. Mai. Statt der gewöhnlich aus wenigen Mann bestehenden Patrouillen durchzogen gestern Abend ganze Truppenzüge die Straßen. Ein dringender Befehl rief gegen 8½ Uhr auch noch eine Schwadron Kuirassiere vor die Hauptwache, von wo sie jedoch, nachdem immer noch nirgends Exzesse vorfallen wollten, in die Kaserne — mit dem Befehle natürlich der strengsten Bereitschaft — zurückbeordert wurde. — Für die unnütze Belästigung durch diese nächtlichen Promenaden sind die Soldaten heute durch einen — so viel wir wissen, den ersten — Besuch des Königs in den Kasernen entschädigt worden, wobei man ihnen die Gelegenheit zu der Versicherung verschaffte, daß sie den König lieben. — Gestern gegen Abend erschien der König ganz unvermuthet auf der Bürgerwache im Rathhause und äusserte im freundlichem Gespräche mit der Mannschaft, daß er sich ganz auf seine Münchener Bürger verlasse. — Die deutschen Flaggen auf der Feldherrnhalle und auf dem Rathhause sind seit einigen Tagen eingehißt. Man weiß nicht, ob das Hierseyn des Reichskommissärs, dem man blauweiße Farben zeigen will, hieran Schuld ist, oder die Adresse unserer Pfahlbürger und der Miethlinge der Aristokratie, die sich gegen die Reichsverfassung ausspricht. (D. const. Z.) — (Auch Windischgrätz ließ in Wien nach seinem Siege die deutschen Flaggen einhißen. Glaubt man etwa, auch schon gesiegt zu haben?)

Hambach. Das Vaterland ist in Gefahr! So dröhnt es durch alle Gauen des deutschen Reiches; so wiederhallt der Ruf in Bayern, dessen sonderinteressengelüstige Regierung sich unternahm, dem Volkswillen entgegen zu treten, und kampfesmuthig, mit nicht geahnter Rührigkeit schaaren sich die Söhne Germaniens, wie verschieden auch in Stellung — der heranziehenden, schwarzen Wetterwolke die Spitze zu bieten. Unsere wackeren Abgeordneten — sie gehen als Führer voran; Volks- und Turnvereine wetteifern, und unsere Bürgerwehr will nicht der braven Würtembergischen nachstehen. Auch die Magistrate, wie in Augsburg und anderwärts ꝛc., erheben ihre Stimme, und zeigen, daß sie würdig sind, die Auserwählten einer freien Bürgerschaft zu seyn. Bürgermeister und Gemeinderäthe der Pfalz! Werdet ihr sie euch zum Vorbilde nehmen? Werdet ihr für diejenigen, die ihr vertretet, in der großen deutschen Angelegenheit das Wort ergreifen? Wohlan denn, die Stunde der Bewährung ist gekommen! Auf! und zeiget, daß ihr Meister der Bürger, und nicht servile Regierungsdiener seyd! Versammelt die Gemeinderäthe, und sprechet aus, daß ihr alles aufbieten werdet, der Reichsverfassung, der Regierung gegenüber, Geltung zu verschaffen. Eure Schelle rufe, wie dies am letzten Freitage hier geschah, die Bürger zusammen, um eure Beschlüsse gut zu heißen. Seyd aber nicht so kleinherzig, es zu glauben, wenn ein Beamtenfinger euch deutet, die Benützung der Gemeindeschelle in solchen Angelegenheiten, werde eure Absetzung im Gefolge haben. Lasset euch auch nicht bestimmen von einer gewissen schwarzen Partei, der gar Manches des Errungenen ein Dorn im Auge ist. Pfälzische Gemeindevorstände! zeiget euch der großen Sache würdig. (In allen Orten der Rheinpfalz rührt sich's entschieden für die unbedingte Anerkennung aller Beschlüsse des deutschen Parlaments in Bezug auf die deutsche Verfassungsfrage.) (N. Sp. Z.)

Mannheim, den 1. Mai. Der Vorort der vaterlandischen Vereine Badens erläßt eine Proklamation an das preussische Volk. Deutsche Brüder, heißt es, die Würfel sind gefallen. Jetzt gilt es oder nie! Darum wenden wir uns an euch in diesen entscheidenden Tagen, und rufen euch auf zur Rettung des Vaterlandes. Die Proklamation schließt mit den Worten: Ergreift das schwarz-roth-goldene Reichspanier und vergesset nicht, daß auch eure Landesfarben zuerst von deutschen Rittern an die Ufer der Ostsee getragen wurden, als Zeichen deutscher Macht und deutscher Sitte. Darum vorwärts! Das Vaterland hofft auf euch. Machet nicht, daß es einst fluchen muß, wo es segnen möchte! (Schw. M.)

** **Frankfurt**, den 3. Mai. [211. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Austrittserklärungen. Flottenbeiträge, darunter Schmucksachen und ein Packet Verbandzeug von einer Oesterreicherin. Die überreichte preussische Note geht an den Dreißigerausschuß. Sepp aus München macht sich mit folgendem Dringlichkeitsantrag lächerlich. „Die hohe Reichsversammlung wolle endgiltig beschließen: 1) die sämmtlichen neun und zwanzig deutschen Fürsten, welche durch ihre eingereichte Unterwerfung unter den nominellen Erbkaiser ihre Ohnmacht und Entbehrlichkeit zur Genüge eingestanden und bereits faktisch zu regieren aufgehört haben, sofort zu mediatisiren, ihre Länder an die Königreiche Sachsen, Hannover und Bayern gleichmäßig zu vertheilen, so daß den beiden vorhandenen Großmächten keine neue Gebietserweiterung zukomme, 2) das Direktorium als die zur Zeit einzig mögliche Form der Centralgewalt unter den übrig bleibenden Regenten aufzurichten, damit nicht die Direktorial-Regierung durch die deutschen Fürsten oktroyirt und die Reichs-Versammlung darüber in ihrem Fortbestehen gefährdet werde oder 3) unverrichteter Dinge auseinander zu gehen und die Verantwortung der jetzigen Lage von der Majorität auf die Häupter derjenigen zu wälzen, welche durch die Verhetzung zur Kaiserwahl, ohne zuvörderst von der Annahme der Reichskrone sich versichert zu haben, die Reichsversammlung so furchtbar kompromittirten und der rothen Republik Thür und Thor öffnen.“

Die Dringlichkeit wird natürlich abgelehnt, und Herr Sepp bedeutet, er möge seinen Antrag selbst in Vollzug setzen. Ministerpräsident von Gagern eröffnet der Versammlung: Die verfassunggebende Reichsversammlung hat am 26. v. Mts. in 207ter Sitzung die folgenden Beschlüsse gefaßt, wonach die Regierungen, welche die Anerkennung der verkündeten Reichsverfassung noch nicht erklärt haben, aufzufordern sind, die Anerkennung der Reichsverfassung, der Wahl des Oberhauptes und des Wahlgesetzes nunmehr auszusprechen; ferner dieselben Regierungen zu veranlassen sind, sich aller Anordnungen zu enthalten, durch welche dem Volke die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Mittel, seinen Willen kund zu geben, in diesem entscheidenden Augenblicke geschmälert oder entzogen würden ꝛc. Die provisorische Centralgewalt hat zur Vollziehung dieser Beschlüsse Bevollmächtigte an die königl. Regierungen zu Berlin, München, Dresden und Hannover abgeordnet. Der Auftrag derselben geht dahin, den betreffenden Regierungen den Beschluß der Reichsversammlung offiziell mitzutheilen, auf Erklärungen zu dringen, die Gründe geltend zu machen, welche den Widerstand gegen die Anerkennung und Durchführung der Reichsverfassung zu besiegen geeignet sind, die Centralgewalt von dem Stande der Dinge und den Meinungen in den betreffenden Landen in Kenntniß zu setzen. Die Bevollmächtigten nach Berlin, München und Hannover sind am 29. v. M. abgereist, der Bevollmächtigte nach Dresden zwei Tage vorher, um vorerst noch in seiner Heimath dringende Geschäfte zu besorgen. Ich habe heut morgen nur einen vorläufigen kurzen Bericht des Bevollmächtigten nach München und ein vertrauliches Schreiben des Bevollmächtigten nach Berlin erhalten. Diese beiden Schreiben enthalten bis jetzt noch keinen Stoff, der mich veranlassen könnte, einen definitiven Bericht über die Aufgabe der Centralgewalt vorzulegen. Es ist jedoch in dem Schreiben des Bevollmächtigten nach Berlin angedeutet, daß am heutigen Tage wichtige Entschließungen der königlich preußischen Regierung bekannt werden würden. Der Inhalt ist uns nur im Allgemeinen angedeutet, aber er ist der Art, daß das Ministerium Sie ersuchen muß, ihm Zeit zu geben, den Gegenstand in reife Erwägung zu nehmen und darüber der hohen Versammlung weitere Vorlage machen zu können. Ich bitte Sie daher, meine Herren, im Namen des Ministeriums die heutige Sitzung sobald als möglich zu schließen und auf einen der nächsten Tage eine neue anzuberaumen.“

Der Präsident bringt vorher dringliche Anträge zur Sprache: einen von Eisenstuck und Genossen: 1. Die deutsche Reichsversammlung erklärt im Angesichte des deutschen Volkes, daß die Auflösung der sächsischen Kammern, welche abermals einen deutschen Volksstamm der Mittel beraubt, durch seine gesetzlichen Vertreter den Willen der Nation in gegenwärtiger entscheidender Stunde zur Geltung zu bringen, als eine verderbliche Maßregel zu betrachten ist, und spricht deren entschiedene Mißbilligung aus; 2. sie beschließt, die sächsische Regierung anzuhalten, unverzüglich des auf den Grund des zu Recht bestehenden sächsischen Wahlgesetzes neue Wahlen einzuleiten und den Zusammentritt der neuen Kammer zu verfügen; 3. sie beauftragt die provisorische Centralgewalt mit sofortiger Ausführung dieses Beschlusses; 4. sie fordert die noch bestehenden gesetzlichen Organe des sächsischen Volkes insbesondere die Gemeindevertretungen auf, der sächsischen Regierung muthig und offen den Willen des Volkes für Anerkennung der Reichsverfassung und des Reichswahlgesetzes auszusprechen. Dazu ist von Roßmäßler und Genossen der folgende Verbesserungsantrag gestellt: dem 4. Punkte des Antrags von Eisenstuck und Genossen betreffend die sächsische Kammerauflösung die folgende Gestalt zu geben: „Sie fordert die noch bestehenden gesetzlichen Organe des sächsischen Volkes, insbesondere die Gemeindevertretung, auf, der sächsischen Regierung muthig und offen den Willen des Volkes für Anerkennung der Reichsverfassung und des Reichswahlgesetzes auszusprechen, in der Erwartung, daß die Oberhauptsfrage eine dem Willen des Volkes entsprechende Lösung finden werde.“

Der dritte auf die sächsiche Angelegenheit bezügliche Antrag rührt von Kierulff und Genossen her. Er lautet: die Reichsversammlung beschließt: 1) ihre Mißbilligung der von der k. sächs. Regierung in dem gegenwärtigen entscheidenden Zeitpunkte angeordneten Auflösung der dortigen Volksvertretung vor dem deutschen Volke auszusprechen; 2) die Regierung von Sachsen aufzufordern, auf das schleunigste neue Wahlen anzuordnen; 3) gegen die noch übrigen gesetzlichen Organe des sächsischen Staates die Erwartung auszusprechen, daß sie die Ansicht und den Willen des Volks in der deutschen Verfassungssache offen, muthig und schleunig der genannten Regierung kund zu thun.

Die Dringlichkeit des Gegenstandes wird anerkannt. Als Redner hat sich Niemand gemeldet. Dagegen stellt jedoch Zell aus Trier den Antrag: In Erwägung, daß die Reichsversammlung bereits in ihrem Beschlusse vom 26. v. M die sämmtlichen Regierungen, welche die Anerkennung der Reichsverfassung noch nicht ausgesprochen haben, aufgefordert hat, ihre Ständeversammlungen weder aufzulösen, noch zu vertagen, daß die Versammlung auch bereits über die seitdem erfolgten Kammerauflösungen ihre Mißbilligung ausgesprochen hat und daher ein abermaliger besonderer Beschluß wegen Auflösung der kgl. sächsischen Kammer nicht zweckmäßig erscheint, daß vielmehr die Reichsversammlung dahin trachten muß, bei den bevorstehenden Verhandlungen solche allgemeine Maßregeln zu ergreifen, welche geeignet sind, den Widerstand der renitenten Regierungen zu beseitigen: geht die Reichsversammlung zur motivirten Tagesordnung über. Unter den Ausdrücken des lautesten Unwillens auf der Linken wird dieser Antrag angenommen. Hartmann zieht einen Antrag zurück. Nächste Sitzung morgen.

D. C. Frankfurt, 3. Mai. (Die oktroyirte Verfassung für Deutschland ist von Berlin angelangt.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung erklärte Gagern, daß er am heutigen Tage wichtige Mittheilungen der preussischen Regierung erhalten werde, deren Inhalt der berliner Reichskommissär Bassermann ihm bereits vertraulicher Weise angedeutet habe. Die Mittheilungen bestehen, wie wir aus guter Quelle wissen, in der Uebersendung einer mit den widerspenstigen Königen vereinbarten Verfassung. Falls dieselbe von der Nat.-Vers. nicht angenommen werden sollte, so will man diese

Versammlung auflösen und eine neue einberufen, welche, nach der erprobten Heiligkeit aller fürstlichen Versprechungen, eben nie berufen werden wird. Der abweichende Inhalt der oktroyirten Verfassung soll, wie wir hören, darin bestehen, daß statt des Kaiserthums eine dem Könige von Preussen übertragene Reichsstatthalterschaft eingesetzt, daß das Zoll- und Mauthwesen der Reichsgewalt entnommen und dem Gutdünken der Einzelregierungen übertragen, (also den Grundschaden unserer gewerblichen Zustände beibehalten!) und daß neben der Umwandlung des suspensiven Vetos in ein absolutes das Wahlgesetz auf undemokratische Weise abgeändert werde. Was wird die Nat.-Vers. solchen Zumuthungen antworten? — Sie wird sich der kgl. Anmaßung fügen. Ihr seitheriges, ihr heutiges Verhalten geben dazu sicheren Fingerzeig. Am 26. April beschließt sie, die widerstrebenden Regierungen aufzufordern, von dem Rechte, ihre Kammern zu vertagen oder aufzulösen, keinen Gebrauch zu machen. Am 28. April kommt die Nachricht von diesem Beschlusse nach Dresden und am nämlichen Tage noch wird das Dekret der Kammerauflösung ausgefertigt, am 30. dasselbe dem sächsischen Landtage bekannt gemacht. So erwidert man das Schonen, das Zögern, das Leisetreten dieser engelsgeduldigen Versammlung. Aber die wollige Engelsgeduld läßt sich deßhalb nicht aus der Fassung bringen; darum beschließt heute die Nat.-Vers. über die Anträge, welche gegen das rebellische Verfahren der sächsischen Regierung gerichtet sind, zur motivirten Tagesordnung überzugehen. „Motivirte Tagesordnung!“ großes Wort in dieser großen Zeit!

Von allen Seiten will man der Versammlung bewoffnet zu Hülfe ziehen; das Militär selbst ist in den umliegenden Ländern zu ihrem Schutze bereit; der Zorn über die Unverschämtheit der Willkürherren steigt selbst dem behädigen Bourgeois in die Wangen, aber die Nat.-Vers. begnügt sich mit motivirten Tagesordnungen statt energischer Beschlüsse; vertagt sich, statt zu handeln; stirbt, statt wieder aufzuleben!

Im 30. Ausschusse hat Wydenbrugk beantragt, die neuen Wahlen auszuschreiben und sodann bis zum 23. August sich zu vertagen. Die erbkaiserliche Weidenbuschpartei hat diesen Antrag zu ihrem Beschluß erhoben. So soll also das Spiel aus den Händen und den Fürsten übergeben werden.

Von den vielen hier umlaufenden Gerüchten erwähnen wir folgende, der Wahrscheinlichkeit nicht entbehrende: Die Russen sollen 2 Bohnmeilen von Wien stehen. — Der Berlin-Frankfurter Telegraph soll bei Kassel zerstört seyn.

Gewiß ist, daß heute die Berliner Post ausgeblieben und daß bei Kreuznach ein preussisches Armeekorps von 40,000 Mann zusammengezogen wird. Den Bürgermeistern der dortigen Umgegend ist bereits dies amtlich eröffnet worden. Der Reichskriegsminister hat die Thatsache dieser Zusammenziehung zwar vor einigen Tagen in einer Sitzung der Nat.-Vers. abgeläugnet; läugnen und lügen sind zwei stammverwandte Worte. — Deutsches Volk, Du siehst nunmehr klar, wohin man Dich bringen will! —

Frankfurt, den 2. Mai.) Die preußische Erklärung vom 28. April wurde gestern Nachmittag in der Paulskirche bekannt. Diese Erklärung überraschte weder, noch machte sie einen tiefen Eindruck, denn man wußte, man war noch vor ihrem Eintreffen inne geworden, wessen man sich von Berlin zu versehen hatte. Mögen die Würfel fallen, wie sie wollen. Die Nationalversammlung wird keinen Fuß breit weichen von dem Standpunkte, den sie in Erkenntniß ihrer unabweisbaren Pflicht einnehmen mußte. Sie wird und kann sich auf eine Vereinbarung über die Verfassung nicht einlassen. (D. A. Z.)

Frankfurt, den 2. Mai. Fünfzehn Hannoveraner, Freudentheil, Plaß, Groß, Wedekind, H. Zachariä, Nicol, Breusing, Röden, v. Quintus, Behncke, Oberg, Lodemann, v. d. Horst II., Gravenhorst, Brons, v. Reden und Meyer erließen als Mitglieder der deutschen Reichsversammlung gestern eine Ansprache an ihre Mitbürger, worin sie die letzten Maßregeln der hannover'schen Regierung, um der Geltendmachung der Reichsverfassung entgegenzuarbeiten, tadeln und die Bewohner ihres Heimatlandes auffordern, alle gesetzlichen Mittel anzuwenden, um ihre Regierung zur Anerkennung zu zwingen. (Frkf. J.)

Die Rhein- und Moselzeitung meldet, daß am 1. Mai der Bürgermeisterei in Kreuznach von Amtswegen eröffnet wurde, „daß in und um Kreuznach 40,000 Mann Truppen aufgestellt werden sollen.“ Wo ist denn nun die Wahrheit des halboffiziellen Widerspruches, welchen man dieser Tage in Bezug auf diese Angelegenheit in einem Frankfurter Blatte gelesen hat?

Hannover. Das geschäftsführende Komité der verbundenen Volksvereine Hannovers erläßt einen Aufruf an das ganze hannover'sche Land, besonders an die Vereine, dem Könige und den Ministerien zu erklären, daß sie die Reichsverfassung als zu Recht bestehend anerkennen, deren sofortige Publikation fordern, die sofortige Ausschreibung neuer Wahlen und schleunige Berufung der Kammern verlangen und die Entlassung des unvolksthümlichen Ministeriums bestimmt erwarten. Zugleich soll es die Pflicht der Dankbarkeit gegen seine Vertreter üben, deren Verhalten ausdrücklich billigend anerkennen und sein Bedauern und seinen Unwillen über die Proklamation am 25. d. M. aussprechen. Sollten diese Schritte vergeblich seyn, so wird das Komité alle Vereine und Körperschaften einberufen, um weitere Maßregeln zu berathen. (Das hannover'sche Volk wird wohl siegen über die Renitenz seines Hochtory-Kabinets.) (Wes.-Z.)

Darmstadt, den 1. Mai. So eben stellte in unserer zweiten Kammer der Abgeordnete Reh nachstehenden Antrag: „Durch Beschluß vom Gestrigen hat die Nationalversammlung ihren Präsidenten ermächtigt, sie auch an einem anderen Orte als Frankfurt zu einer Sitzung einzuberufen. Obwohl die Nationalversammlung, zu deren Schutz gewiß das ganze deutsche Volk mit Blut und Leben einzustehen bereit ist, allorts im deutschen Vaterlande die freudigste Aufnahme finden würde, so ist es doch eben so der bewährte patriotische Sinn unserer Staatsregierung, des hessischen Volkes und der Bewohner der Residenz Darmstadt, wie die örtliche Lage dieser Stadt, welche mich zu dem Antrag veranlaßt: die Ständeversammlung des Großherzogthums wolle der Nationalversammlung in Frankfurt erklären, daß sie eintretenden Falls in hiesiger Stadt begeisterte Aufnahme, und das hessische Volk zur vollen Hingebung für sie und die von ihr vertretene heilige Sache des Vaterlandes bereit finden werde.“ Einige Abgeordnete wollten alsbaldige Berathung dieses Antrages; andere wollten ihn erst an den Ausschuß zur Berichterstattung verweisen. Der letztere Wunsch, als der Geschäftsordnung gemäß, wurde verfügt, doch so, daß die Berichterstattung schleunig geschehen solle. Es ist nicht zu bezweifeln, daß der Ausschuß den Antrag des Abgeordneten Reh zu dem seinigen macht, und daß auch die Kammer ihm einstimmig beitritt. (Schw. M.)

Gießen, 1. Mai. Der hiesige konstitutionelle Verein hat folgende Adresse nach Frankfurt an den Präsidenten der Nat.-Vers. abgehen lassen: „Hohe Nationalversammlung! Aufgefordert durch die Lage des Vaterlandes, erklären wir von Neuem, daß wir zu den Beschlüssen der hohen Nat.-Vers. stehen und diese unsere Erklärung mit allen Kräften zu bethätigen bereit sind.“ Gestern ist in feierlicher außerordentlicher Versammlung der Bürgergarde dieselbe auf die Reichsverfassung beeidigt worden. (Frkf. O.-P.-Z.)

Oldenburg, vom 27. April. Vor einigen Tagen nahmen die dänischen Kreuzer unweit Dahme ein von Kellenhusen mit Holz beladenes Boot. Der Besitzer war Abends zuvor nach Kellenhusen, Amts Cismar, mit seinem Stiefsohne gefahren, hatte das Holz geladen und wollte am Morgen darauf nach Dahme zurückkehren. Ein bei Dahme liegendes dänisches Kriegsschiff setzte ein Boot aus, hielt den armen Schiffer an und erklärte das Boot nebst Ladung für gute Prise. Dem Schiffer nebst seinem Sohne gab man die Freiheit, ans Land zu gehen. Der Schiffer erklärte indeß, daß er ohne sein Boot mit der Holzladung ein gänzlich ruinirter Mann sey, wo sein Boot bleibe, wolle er daher auch bleiben; worauf ihm erwiedert wurde, so möge er mit kommen und Matrosendienste bei ihnen am Bord verrichten. Der Stiefsohn des Schiffers, welcher nicht mit wollte, mußte ins Wasser springen und durch dasselbe nach dem Strande waten. — Bei der gegen eine plötzliche Ueberrumpelung gesicherten Insel Fehmarn sieht man fortwährend 3 Kriegsschiffe kreuzen. (Alt. M.)

†‡ **Berlin**, den 2. Mai. Die gestern durch den Staatsanzeiger veröffentlichte Cirkular-Note an die deutschen Regierungen ist wenig geeignet, die trüben Wolken an unserm politischen Horizont zu zerstreuen. Ihr Inhalt befremdet wenige; die Oktroyirung einer Reichsverfassung, die nach jener Note kaum zweifelhaft ist, von Vielen schon seit längerer Zeit erwartet worden. Ob die Politik des gegenwärtigen Kabinets auch in der deutschen Frage siegen wird, wird hauptsächlich von dem nunmehrigen Auftreten der 29 Regierungen abhängen, die die in Frankfurt gegebene Reichsverfassung bereits anerkannt haben. Beharren jene 29 Regierungen in der von ihnen eingenommenen Stellung zu den Beschlüssen der Reichsversammlung, so ist noch immer zu hoffen, daß das diesseitige Kabinet seine Oktroyirungspläne aufgeben wird. Jene 29 konstitutionellen Regierungen, getragen von den Sympathien der regierten Volksstämme, werden ein gewichtiges Wort in die Wagschale der Entscheidung werfen können; bleiben sie fest in ihrer jetzigen Stellung, so wird das mächtige Preussen ihnen nachgeben müssen, es wird es nicht wagen, 29 verbundenen, durch die öffentliche Meinung in ihrer Macht gestärkten Regierungen, so wie unstreitig einem großen Theile seines eignen Volkes mit Gewalt entgegen zu treten. —

Der Eindruck, den die Note gemacht, mußte in Berlin ein ungünstiger für das Kabinet seyn; gleichwohl war es dem Kabinet vorbehalten, die herrschende ungünstige Stimmung noch durch eine andere Maaßregel zu vermehren. Gestern Abend verbreitete sich hier die vollkommen begründete Nachricht, daß der Minister v. Manteuffel an den Direktor der Oberschlesischen Eisenbahn Herrn Lewald in Breslau eine telegraphische Depesche gerichtet habe, nach welcher 30,000 Mann Russen, von Krakau kommend, über Cosel-Oderberg nach dem Oesterreichischen befördert werden sollen. —

Der „Publicist“ berichtet unter Anderem die Vorfälle am 29. April: „Einer der an diesem Tage Getödteten begegnete am Nachmittage dem Kommando des Kaiser-Franz-Regiments in der Kronenstraße und schimpfte im Vorübergehen auf die Soldaten. Dies reizte einen Offizier so sehr, daß er den Mann mit seinem Degen zu Boden schlug. Als der Getroffene sich wieder erhob und weiter schimpfte, wurde der Flügelmann des Kommandos zum Feuern auf den Mann commandirt, und dieser auch sogleich durch und durch geschossen.“

Wie man erfährt, ist die Regierung wegen der Stimmung unter der hiesigen Landwehr nicht ohne ernste Besorgniß. Die Erwartung, bald aufgeboten zu werden, hat eine große Anzahl von Familien in Angst und Befürchtungen versetzt. Obschon es heißt, daß zunächst nur unverheirathete Personen von der Einziehung betroffen werden sollen, so fürchtet man einerseits, daß dieser Grundsatz aus anderen zum Theil politischen Beweggründen und Parteirücksichten nicht überall festgehalten werden dürfte, während andererseits oft gerade die unverheiratheten Familienglieder die Ernährer der Ihrigen sind. Man soll in verschiedenen Stadttheilen geheimen Zusammenkünften von Landwehrpflichtigen auf die Spur gekommen seyn, und Beschlüsse in Erfahrung gebracht haben, die dem dermaligen Regierungssystem nicht gleichgültig seyn können.

Heute in der Mittagsstunde sind wichtige Nachrichten vom Kriegsschauplatz in Oesterreich angekommen. Kossuth hat, nachdem die Magyaren aufs Neue gesiegt, den angedrohten oder bereits wirklich erfolgten Einmarsch der Russen mit einer Lossagungs-Erklärung von Oesterreich beantwortet. Ein Brief von der ungarisch-türkischen Grenze enthält die Bemerkung: „Die Russen werden bald keine Truppen zu Wohlthätigkeitszwecken für Oesterreich übrig haben, sie werden, um ihr schönes Gefühl von „Menschlichkeit“ zu bethätigen, das sie vor einigen Monaten zu der unglücklichen Invasion in Siebenbürgen geführt hat, bald einen anderen Schauplatz finden.“

Eine gestern hier erschienene Karrikatur wurde, nachdem sie kaum eine Stunde ausgehangen, von der Polizei konfiszirt. Das Bild stellt eine Szene dar, wie riesenhaft aussehende Männer in altdeutscher Tracht einem in moderner Uniform gekleideten Offiziere eine Krone anbieten, wogegen sechs zur Rechten aufgestellte Männer mit gekrönten Häuptern drohend eifern. Das Blatt trägt die Unterschrift: „Es jinge wohl, aber es jeht nicht.“

Der Eindruck, welchen die Auflösung der zweiten Kammer auf den eigentlichen Bürgerstand gemacht hat, wird am besten durch eine Protestation bekundet werden, welche in diesem Augenblick in mehreren, und zwar den von den wohlhabenderen Klassen bewohnten Stadttheilen cirkulirt. Der Protest erklärt sich aufs entschiedenste gegen jede neue Wahl, gleichviel ob nach einem alten oder nach einem neuen Wahlgesetz. Die Wähler seyen es müde, fortwährend zu neuen Versuchen der Reaktion gegen die Freiheit die Hand zu bieten, um die redliche Arbeit ihrer gewählten Vertreter immer von neuem vereitelt zu sehen. Die Protestation zählt bereits viele Unterschriften. Wir fürchten indeß von ihr einen mehr nachtheiligen, als günstigen Erfolg. Es werden sich der bereitwilligen Wähler zur Genüge finden, um diesem Ministerium, das an das Herrschen mit der Minorität längst gewöhnt ist, Deputirte zu liefern, wie es sie wünscht.

Köln, 2. Mai. Die Kölner Zeitung stellt heute folgende Frage: „Als im November 1848 in Preussen der Zwiespalt zwischen der Krone und dem Volke eingetreten war, erließ der Reichsverweser im Verein mit den Reichsministerien unterm 21. Novbr. einen Aufruf an das

deutsche Volk, der damals auch, namentlich von der preussischen Regierung, in Tausenden von Exemplaren verbreitet wurde. In diesem Aufrufe heißt es wörtlich: „„Preussen! Die Reichsversammlung zu Frankfurt vertritt die Gesammtheit der deutschen Nation, ihr Ausspruch ist oberstes Gesetz für Alle!“" Ob man diese Wort in Berlin vergessen hat?“ (In der preussischen Rheinprovinz wird jetzt schon die deutsche Reichsverfassungsangelegenheit der Mittel- und Angelpunkt, um welchen sich Alles in fester Einigung gegen die Berliner verdammenswerthe Kabinetspolitik dreht.)

Dresden, 3 Mai. Dem König ist gestern die von den Stadtverordneten, dem Stadtrath und der Communalgarde beschlosse Adresse durch eine Deputation überreicht worden; die Antwort ist gewesen: die bestimmte Ablehnung, die Reichsverfassung anzuerkennen. Geheimrath Dr. Zschinski hat die Bildung eines neuen Ministeriums übernommen, bestehend zur Zeit aus v. Beust, Rabenhorst und Behr. Den abgegangenen Ministern bringt man hier und da Huldigungen, denn man billigt allgemein die Auflösung der Kammern, und die es mit der Reichsverfassung halten, wissen, daß die Minister die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung vom König gefordert haben. — Der Reichskommissär, Minister von Watzdorf, ist heute von Dresden nach Weimar zurückgereist, indem er seine Mission für beendigt erklärt.

(D. A. Z.)

Leipzig, den 3. Mai. Der Deputation des Stadtraths und der Stadtverordneten an den König hat sich auch die Universität angeschlossen und dazu ihrerseits den Rektor Erdmann und Prof. Albrecht abgeordnet, so daß die Deputation, welche heute früh 6 Uhr nach Dresden abgegangen ist, nunmehr aus den Herren Vizebürgermeister Koch, Stadtrath Fleischer, Probsteigerichtsverwalter Werner, Adv. Dr. Rüder, Prof. Erdmann und Prof. Albrecht besteht. (Lpz. Z.)

Leipzig, den 3. Mai, Abends 9 Uhr. Die durch die neueste Wendung der deutschen Verfassungsfrage hervorgerufene Aufregung erhielt diesen Nachmittag neue Nahrung durch die Nachricht, daß ein Bataillon Schützen Befehl erhalten habe, diesen Abend von hier auf der Eisenbahn nach Dresden abzugehen. Bedeutende Massen Volkes hatten sich beim Eingang wie beim Ausgang des Leipzig-Dresdner Bahnhofs aufgestellt, und hinter demselben die Bahn stellenweise, bis ziemlich weit hinaus aufgerissen, so daß der Abgang der Schützen auf der Eisenbahn unmöglich wurde. Von Reisenden, die diesen Abend mit dem letzten Zuge aus Dresden kamen, erfährt man, daß die Stadt aus dem nämlichen Grunde sehr bewegt und große Haufen Menschen vor dem Schlosse und in den benachbarten Straßen versammelt waren. Ueber die Antworten, welche die an Se. Maj. den König abgesandten Deputationen von demselben erhalten haben, war noch nichts Genaueres zu erfahren; doch stimmten die Gerüchte dahin überein, daß die Antworten abschlaglich gelautet haben sollen. Darüber, ob es bis kurz vor Abgang des Zuges zu Konflikten zwischen Volk und Militär gekommen, wie Gerüchte besagen, war Nichts mit Sicherheit zu ermitteln; jedenfalls bedürfen alle derartigen Gerüchte, da andere sichere Nachrichten Nichts von dergleichen Vorfällen erwähnen, sehr der Bestätigung. (Lpz. Z.)

Rendsburg, 28. April. In der heute stattgehabten Sitzung der Landesversammlung erstattete der Ausschuß seinen Bericht über den Antrag des Vize-Präsidenten Olshausen und des Syndicus Klenze, an die Reichsgewalt eine Vorstellung zu richten, welche die Wünsche und Ansichten des Landes in Bezug auf die etwaige Wiederaufnahme der Friedensunterhandlungen nochmals ausführlich und nachdrücklich entwickele. Der Berichterstatter Dr. Lorentzen trug Namens des Ausschusses darauf an, daß die Versammlung für jetzt zur Tagesordnung übergehe. Die Motive des Ausschusses sind folgende gewesen: Es sprechen überwiegende Gründe dagegen, daß für jetzt eine Erörterung und Beschlußnahme über das Materielle dieses Gegenstandes herbeigeführt werde. Die Versammlung hat sich sowohl durch das von ihr beschlossene Staatsgrundgesetz, als auch in wiederholten Eingaben an die Reichsgewalt und in anderen Beschlüssen über die politische und staatsrechtliche Stellung erklärt, welche dem Lande durch den Frieden gesichert werden muß. Die unzertrennliche Verbindung der Herzogthümer, ihre staatsrechtlich gesicherte, vollkommen unabhängige Stellung dem Königreiche Dänemark gegenüber und die innigste Theilnahme derselben an dem deutschen Bundesstaate, dies sind die wiederholt von uns ausgesprochenen und ausführlich motivirten Forderungen. Ein Wiederholen ist unter den jetzigen Umständen nicht geboten. Zwar soll glaubwürdigen Nachrichten zufolge von der Centralgewalt eine Friedensbasis zugelassen gewesen seyn, welche mit dem Rechte der Herzogthümer auf unzertrennliche Verbindung unvereinbar ist. Die Friedensverhandlungen sind indeß abgebrochen und ein Wiedereingehen auf eine solche Basis wird nicht zu besorgen seyn, daneben ist es in Aussicht gestellt, daß die die bisherigen Friedensunterhandlungen betreffenden Aktenstücke der Landesversammlung mitgetheilt werden und wird daher in solchem Falle die Versammlung besser im Stande seyn, wenn erforderlich, das Gefährliche und dem Rechte Widersprechende einer hoffentlich für immer beseitigten Friedensgrundlage darzulegen. Eben so wenig, als über die bisherigen, scheint es zweckmäßig, jetzt schon über die Grundlage der wieder anzuknüpfenden Friedensunterhandlungen sich zu erklären. Daß wir bei allen Forderungen, welche zur Sicherung der Rechte und Interessen des Landes früher mit Mäßigung gestellt sind, fest und unwandelbar beharren, kann Niemanden zweifelhaft seyn. Das Volk hat seine einmüthige Zustimmung zu den Beschlüssen der Landesversammlung wiederholt ausgesprochen, jetzt aber, nach dem von dänischer Seits provocirten Wiederausbruch des Krieges, nach den ruhmvollen und glänzenden Thaten unsres Heeres würde es überflüssig seyn, zu wiederholen, was mehr als hinreichend bekannt ist. Der Ausschuß glaubte, daß es deshalb richtiger sey, den weitern Gang der Ereignisse abzuwarten und nicht sogleich nach den ersten glücklichen Erfolgen des Krieges vorgreifende Beschlusse zu fassen. Ueberdies ist der Auschuß des Vermeinens, daß eine direkte Theilnahme des Landes an den wieder anzuknüpfenden Friedensunterhandlungen dem günstigen Fortgange und Erfolge derselben wesentlich förderlich seyn würde. Wenn solcher auch bisher hat erreicht werden können, so dürfen wir uns doch zu der Annahme berechtigt halten, daß von der Staathalterschaft in dieser Beziehung das Geeignete wahrgenommen sey, und fortwährend werde wahrgenommen werden. Da aus diesen Gründen weder hinsichtlich des Materiellen, der Friedensunterhandlungen, noch der Betheiligung der Herzogthümer an denselben ein Beschluß der Versammlung in diesem Augenblick nothwendig oder zweckmäßig erscheint, so beantragt der Ausschuß, wie man gesagt, die Tagesordnung. Die Versammlung erhob ohne Debatte diesen Antrag zum Beschluß, nachdem die Abgeordneten Rosenhagen und Dreis sich mit dem Antrage nicht hatten einverstanden erklären können, weil der Ausschuß in das Materielle der Sache nicht eingegangen sey. — Auf den Antrag des Abg. Obrt vertagte sich darauf die Versammlung auf unbestimmte Zeit und ertheilte dem Bureau den Auftrag, sie sofort, wenn es demselben nothwendig erscheine, wieder zusammen zu berufen. Das Bureau wurde bis 8 Tage nach dem Wiederzusammentritt der Versammlung bestätigt. Aus dem Norden sind keine Nachrichten eingelaufen, daß beim Heere alles wohl steht und dasselbe frisch und guter Dinge ist. (B.-H.)

Hadersleben, vom 27. April. Der jetzt sicher ermittelte Hergang bei der Gefangennehmung Orla Lehmann's ist folgender: Er hatte sich (in Amtmannsuniform mit Säbel) von Veile nach Kolding begeben, wahrscheinlich um die Dänen anzufeuern und den Muth der Koldinger Einwohner aufrecht zu erhalten. Nach der Einnahme Koldings, von Seiten der Unsrigen, begegnet der Rittmeister Schröder von der 2. Eskadron des 1. Dragonerregiments, auf seiner Heimkehr von einer nördlichen Rekognoscirung einem Wagen und siehe da, darin saß — Orla Lehmann, der nun volens volens wieder mit nach Kolding zurück mußte. (R. Fr. Pr.)

Stenderupp, den 21. April. Nachfolgendes ist ein Auszug aus einem, vom Kommando der k. b. Brigade in Schleswig-Holstein (Generalmajor von Schmalz) gegebenen Tagsbefehle vom 21. April, hier insbesonders nur das 2. Jägerbataillon betreffend: „Obwohl im Tagsbefehl vom 14. April die Anerkennung des guten Verhaltens der bayerischen Brigade, bewiesen bei dem Gefechte auf den Düppler Höhen und beim Brückenkopfe, schon im Allgemeinen statt hatte, so kann das Brigade-Kommando in Folge selbst geschöpfter Ueberzeugung und der aus den Relationen der Abtheilungen nachträglich gesammelten Einzelnheiten nicht unterlassen, jene Herrn Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten hier öffentlich lobend zu nennen, welche sich besonderer Würdigung verdient gemacht haben, und welche Verdienste auch höchsten Orts ungesäumt werden angezeigt werden. Durch Entschlossenheit und Muth haben sich hervorgethan. Vom 2ten Jäger-Bataillon: Herr Oberstlieutenant Ritter v. Reck, Herr Major Rosner. Die Karabinier und 1. Kompagnie, an deren Spitze die Herren Hauptleute Faust und von Seutter; ferner die Herren Oberlieutenants Freiherr von Poelnitz, Kraus, Schmidt (Bataillons-Adjutant) die Herren Lieutenants Stangier, von Tein, Murmann, Haas und Lissigniolo. Folgen die Namen vieler Unteroffiziere und Soldaten.

(N. Münchn Z.)

Italienische Staaten.

Rom, 26. April. Aus Civitavecchia kommt die Nachricht an, die Franzosen hätten das Bataillon Metara gefangen genommen, und ließen die Lombarden, welche zu Schiff nach Civitavecchia gekommen, nicht landen. Rom ist auf den Gassen, man baut Barrikaden nach Civitavecchia zu. — Nachschrift 7 Uhr. „Die Barrikaden wachsen bewundernswerth auf, man zerstört den geheimen Viaduct zwischen dem Vatican und Castel S. Angelo, um Material für die Barrikaden herbeizuschaffen. Garibaldi wird mit seinen Truppen erwartet.

(Gazz. di Gen.)

Oesterreichische Staaten.

Die Oesterreicher haben furchtbar gelitten in den letzten Gefechten. Der Rückzug löst sich mehr und mehr in wilde regellose Flucht auf. Die Soldaten, seit 14 Tagen von den Magyaren Tag und Nacht gehetzt, sind ermattet und demoralisirt. Sie erklären ihren Offizieren ganz offen, nicht mehr gegen die Ungarn kämpfen zu wollen, die Ungarn hätten Recht rc.

Die Ungarn haben einen Sohn des Fürsten Windischgrätz gefangen. Auf eine Anfrage des Fürsten wegen eines etwaigen Austausches erwiderte ihm Kossuth: „Gib mir Robert Blum dafür und er ist frei; eine andere Auswechselung kann ich nicht gestatten.“ So handelt ein Magyare, — und wir Deutschen! Dahin mußte es kommen, daß russische Horden als Kämpfer für die Hoheit deutscher Regierungen auftreten, und daß die magyarische Revolutionsarmee als Vertreterin der deutschen Revolution, als Rächerin Rob. Blum's auftritt, während Deutschland passiv und theilnahmlos in dumpfer Trägheit Alles über sich ergehen läßt!

Aus Hermannstadt und Kronstadt sind jetzt Berichte von Augenzeugen da. Nur ein Bürger wurde auf der Flucht erschossen und der Benigni, der die Russen hauptsächlich herbeigeführt hatte, wurde in seinem Bette getödtet. Sonst wurden nur die Gebäude in der Verschanzung, und zwei Häuser, aus denen auf Bem's Armee geschossen wurde, der Plünderung preisgegeben, 200,000 fl. Kriegssteuer wurden aufgelegt und alle Pferde mit Beschlag belegt. (Rh. Z.)

Amerika.

Newyork, 3. April. Obschon die dänische Regierung wie den andern, so auch an die Regierung der Ver. Staaten das Ersuchen gestellt hat: schleswig-holsteinische Schiffe nur dann in ihren Häfen zuzulassen, wenn sie unter dänischer Flagge und mit dänischen Schiffspapieren, in welchem das Fahrzeug als „Dansk Eiendom“ bezeichnet sey, versehen wären, ist dennoch dem deutschen Reichsgesandten auf seine Vorstellung die Versicherung ertheilt worden, daß gedachte Schiffe auch ohne die von Dänemark gestellten Bedingungen in allen Häfen der Ver. Staaten unter den, jedem dänischen Schiffe gewährten Vergünstigungen zugelassen werden sollen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Exp.-Nro. 7779.

Bekanntmachung.

Vom

Kgl. Kreis- und Stadtgericht Fürth.

Der von der hiesigen Aussteueranstalt auf einen bei der neunten Ziehung in der zweiten Classe gemachten Gewinn von 300 fl. ausgestellte Schein Nro. 1747 ist dem Eigenthümer zu Verlust gegangen. Es werden daher die unbekannten Inhaber des fraglichen Scheins aufgefordert, binnen sechs Monaten bei unterfertigtem Gerichte denselben vorzulegen, und ihre allenfallsigen Ansprüche hieran geltend zu machen, widrigenfalls nach Ablauf dieser Frist obiger Schein für kraftlos erklärt würde.

Fürth, den 16. April 1849.

Fenck.

Backof.

Gastwirthschafts-Eröffnung.

Meiner sehr geschätzten neuen Nachbarschaft, welcher ich mich zugleich auf das Angelegentlichste empfehle, so wie dem hochverehrlichen hiesigen und auswärtigen Publikum bringe ich hiemit zur Anzeige, daß ich meine erkaufte Gastwirthschaft zum goldenen Reh am Max-Platze dahier, heute Sonntag den 6 Mai mit Harmonie-Musik und brillanter Gasbeleuchtung eröffnen werde. Indem ich hiezu meine ganz ergebenste Einladung mache, schmeichle ich mir, daß mich meine verehrtesten Herren Mitbürger mit recht zahlreichem Besuche an diesem Tage, so wie für die Zukunft beehren mögen. — Für prompte Bedienung, kalte und warme Speisen, ausgezeichnetes Bier und gute Weine wird stets bestens gesorgt werden.

Nürnberg, den 5. Mai 1849.

Ferdinand Lechner,
Gastwirth zum goldenen Reh.

Anzeige und Empfehlung.

Meiner werthen Kundschaft, so wie dem verehrungswürdigen Publikum in und ausserhalb Nürnbergs, zeige ich ergebenst an, daß ich in den Stand gesetzt bin, alle Sorten Weine, Rum und Arack, zu ganz billigen Preisen, und in jeder beliebigen Quantität verabreichen zu können.

Ferner bemerke ich, daß ich die Führung meiner Schenke, einer gewandten Wirthschaftsführerin überlassen habe, und ganz gut und reingehaltene Weine pr. Schoppen 3, 4, 6, 9, 12 und bis 48 kr. und jeden Morgen Frankfurter Gabelfrühstück, so wie jeden Abend bei brillanter Gasbeleuchtung Punsch und Glühwein verabreicht werden.

Um zahlreichen Besuch, unter der Versicherung solider und reeller Bedienung bittet

Fried. Köhler,
Weinhändler und Büttnermeister.
Schildgasse S. Nr. 873.

Letztes Wort.

Wir können nicht unterlassen, Herrn Heidner so lange als einen Lügner öffentlich hiemit zu erklären, bis er sein uns selbst gegebenes Versprechen, die Untersuchung wegen dem so interessanten Einbruch ? — in seine Küche durch unsern Hof betreffend, dem Gericht zu übergeben in Erfüllung gehen läßt. Als Mann von Ehre muß er dies bald thun, damit wir nicht gezwungen sind ihn für einen, seine Nebenmenschen blos zu verdächtigen suchenden Intriguanten zu halten.

Sämmtliche Bewohner des Hauses
S. Nro. 667.

Empfehlung.

Der Unterzeichnete hat unterm heutigen seine militärische Laufbahn verlassen, und die Garküchen- und Bierwirthschaft des Hrn. Kaul Lit. L. Nr. 424 der breiten Gasse pachtweise übernommen. Er empfiehlt sich hiemit seinen verehrten Freunden und Bekannten, so wie der verehrlichen Nachbarschaft zu recht zahlreichem Zuspruch und bittet um gütige Aufnahme in deren Mitte.

Ihr ergebenster

Joseph Rekoskum, ehemaliger
Regiments-Profos im Inf.-Regiment Großherzog von Hessen.

Einladung.

Nächsten Sonntag den 6. und Montag den 7. Mai ist das Jahresfest auf dem Zollhaus; für gut besetzte Harmonie-Musik und gute Speise und Getränke, gute Hefen-Küchlein mit Kaffee ist bestens gesorgt, wozu ergebenst einladet

M. Weiß auf dem Zollhaus bei
Wendelstein.

Bleiweiß und Cremserweiß,

trocken, in Oel abgerieben, sowie alle übrigen Farben, empfiehlt unter Versicherung bester und billigster Bedienung

Wilhelm Dieterich
am Hengäßchen.

Lachsforellen

sind so eben eingetroffen und empfiehlt zur gefälligen Abnahme bestens

M. Engelbrecht.
Fischermeister.

(Zu vermiethen.) Der dritte Stock des Hauses L. Nr. 120 in der Kaiserstraße, ganz neu und schön gebaut, mit allen Bequemlichkeiten versehen, ist an eine solide stille Familie, wo möglich bis Ziel Lorenzi zu vermiethen.

Wohnungsveränderung und Dank.

Hiemit bringen wir zur ergebenen Anzeige, daß wir unterm Heutigen unsere bisherige Wohnung in L. Nro. 334 der Karolinenstraße verlassen haben, und dagegen in unser erkauftes Haus L. Nro. 436 a an der Färbersbrücke gezogen sind. Indem wir daher unserer verehrlichen verlassenen Nachbarschaft herzlichen Dank für empfangenes Wohlwollen hiemit ausdrücken, unterlassen wir nicht, uns unserer gegenwärtigen geehrten Nachbarschaft bestens zu empfehlen, und dieselbe um freundliche Aufnahme in ihre Mitte zu bitten.

Joh. Palnka und Gattin.

Bei dieser Gelegenheit unterlasse ich nicht, jenen ächten Biedermännern und wahren Menschenfreunden, welche mir am 3. April Vormittags 11½ Uhr das Leben dadurch retteten, daß Sie einen rohen Menschen, der im Begriffe war mich niederzustoßen, überwältigten, meinen wärmsten Dank darzubringen, ich werde keine Gelegenheit unbenützt lassen, meine Dankbarkeit zu bethätigen.

Joh. Palnka.

Rosenau.

Den verehrlichen Abonnenten diene zur gefälligen Nachricht, daß die Eröffnung der diesjährigen Saison

Sonntag den 6. May

stattfindet.

Ausser den gewöhnlichen Gesellschaftstagen Sonntag, Dienstag und Freitag, sollen demnächst die früher so beliebten Felsenkeller-Partieen wieder ins Leben treten. Die Anlagen sind möglichst freundlich hergerichtet und werden in aller Kürze ihrer ganzen Vollendung entgegen gehen. Auf allen Wegen lächlen Rosen und Vergißmeinnicht, den Lustwandler ihr freundliches Willkommen entgegen. Nachtigallen, Schwarzamseln und Distelfinken werden (während den Pausen des großen Orchesters des Hrn Lippert) in wilder Harmonie ihr Möglichstes zur Unterhaltung der geehrten Gäste beitragen. Die Rosenau in buntem Frühlingskleide, erhebt stolz ihr goldnes Haupt und sieht mit Zuversicht einer großen schönen Zukunft entgegen.

G. Schwabe.

Eintracht.

Montag den 7. Mai ist Produktion im Bamberger Hof. Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand.

Almoshof.

Sonntag den 6. Mai ist Tanzmusik. Dazu laden ergebenst ein

Die Musiker.

Schloß-Zwinger.

Zur Feier des Wöhrder Jahresfestes empfiehlt sich

Fuchs

Prater.

Sontag den 6. Mai „Harmonie-Musik.“ Wozu ergebenst einladet

Rupprecht seel. Wittwe

Ball im weißen Lamm

findet Sonntag den 6. d. M. mit Entree à Person 24 kr. statt, wozu ergebenst einladet

G. M. Krieger.

Musikalischer Verein Cäcilia.

Sonntag den 6. Mai findet ein Ball statt. Karten für wirkliche Fremde können von den verehrl. Mitgliedern am Balltage von 1 bis 3 Uhr im goldenen Adler in Empfang genommen werden. Anfang 8 Uhr

Der Vorstand.

Sonntag den 6. Mai

Tanz-Musik

in

Muggenhof.

Einladung.

Sonntag den 6. Mai wird das Jahresfest gefeiert, wozu ergebenst einladet

Gustav Reiff. Panierplatz Nro. 724.

Rohlederers-Garten.

Sonntag den 6. Mai Tanzmusik.

L. Fackel.

Dutzendteich.

Heute Sonntag den 6 Mai ist gutbesetzte Harmonie-Musik. Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Es ladet hiemit höflichst ein

Fischer.

(Bitte.) In Beziehung auf den in der vorgestrigen Beilage der mittelfränkischen Zeitung erschienenen Artikel an die 24 Hirten der Diözese Nürnberg, mit J. D. Badst unterzeichnet, bitte ich meinen Namen mit jenem des Einsenders nicht in Verwechslung zu bringen.

G. J. Badst, Spielwaaren-Fabrikant
S. Nro. 431 der obern Schmiedgasse.

(Anzeige.) Pappendeckel (Dosendeckel) für Dosenmacher sind billig zu haben in S. Nro. 562.

(Gesuch.) Eine Bier- oder Garküchen-Wirthschaft, welche im guten Betrieb ist, wird zu kaufen gesucht. A. B.

Aufforderung.

Unsere tapferen Krieger, die im Kampfe für die deutsche Sache in Schleswig-Holstein rühmliche Wunden davon getragen haben, bedürfen der Unterstützung mit Charpie und Verbandzeug. Dies genügt wohl, um unsere patriotischen Mitbürgerinnen zur schleunigen Abhülfe der Noth zu veranlassen, und die Unterzeichneten erklären sich daher mit Freuden bereit, Gaben zu diesem Zweck in Empfang zu nehmen, und werden für unverzügliche Einsendung derselben Sorge tragen.

Nürnberg, 28. April 1849.

Sophia Barthelmeß S. Nr. 800 innere Laufergasse. — Mathilde Peck S. Nr. 880 a am Markt. — Lotte v. Forster S. Nr. 1328 äussere Laufergasse. — Johanna Günther S. Nr. 361 Albrechtdürersplatz. — Katharina Hofmann S Nr. 836 an der Museumsbrücke. — Emilie Gebhardt L. Nr. 526 a Pfannenschmidtgasse. — Susette Kolb L. Nr. 1380 Ludwigsstraße. — Babette Kolb L. Nr. 134 Kaiserstraße. — Thusnelde von Landgraf L. Nr. 6 Kaisersstraße. — Karoline Merck L. Nr. 362 Karolinenstraße.

(Literatur.) So eben ist erschienen und in der Exped. der Mittelfränkischen Zeitung zu haben!

Antwort

auf

das Hirtenwort

der 24 Geistlichen der Diecöse Nürnberg

von

Johannes Ronge.

8vo. 1½ Bogen. Preis 3 kr.

Wir geben diese kleine Brochure um den billigen Preis von 3 kr., damit sie sich auch der Unbemittelste anschaffen kann und sie in Jedermanns Hände kommt

---

(Zu vermiethen.) Nahe am Vestnerthor ist ein Sommersälchen zu vermiethen. S. No. 604 am Theresienplatz.

(Gesuch.) 2—300 Stück Weinflaschen werden zu kaufen gesucht. Näheres in der Exp. d. Bl.

(Gesuch.) Ganz nahe an einem Thor, am liebsten vor dem Laufer- oder Wöhrder-Thor, wird ein Garten, welcher sich zu einer Wirthschaft eignet, auf mehrere Jahre zu pachten oder zu kaufen gesucht.

(Gesuch.) Ein Mädchen, welches in Papparbeiten bewandert ist, wird gesucht. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Zu verleihen. fl. 2000 oder fl. 2200 sind, jedoch nur gegen ganz gute und solide Anlage a 4% täglich zu verleihen. Näheres ist aber nur für direkte Intressenten in der Exped. d. Bl. zu erfahren

---

(Gesuch) Ein solides Mädchen, welches in der Küche nicht unerfahren ist, sich auch gerne der Hausarbeit unterzieht und bestens empfohlen werden kann, sucht unterzukommen.

(Gesuch.) Sogleich, oder in 8 Tagen, wird eine solide Magd gesucht, welche im Kochen wohl erfahren ist und sich willig aller Hausarbeit unterzieht. Nur solche mögen sich melden, welche diese Eigenschaften durch ganz gute Zeugnisse nachweisen können. Kaiserstrasse L. No. 197 a.

Stadttheater in Nürnberg.

Sonntag den 6. Mai. Zum Benefize des Hrn. W. Gerstel. „Friedrich der Große vor der Schlacht bei Roßbach. Großes historisches Schauspiel in 5 Aufzügen, von Geidelmann eingerichtet. Herr Gerstel den „König Friedrich II als letzte Gastdarstellung. Herr Hungar, „Bärmann“ als Gast.

Lotterie.

Die zu München herausgekommenen Nummern:

8 83 77 5 52

Mittelfränkische Zeitung

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 7. Mai 1849. **№ 127.** **Montag: Gottfrie**

Mitbürger!

Der Magistrat (als Polizeisenat) hat am Tage vor unsrer letzten Volksversammlung, welche doch nach der Ueberzeugung aller Vaterlandsfreunde eine unumgänglich nothwendige war, ein das Komité verdächtigendes Placat erlassen, das vor der Theilnahme an derselb warnte. — Mitbürger! Wir sind überzeugt, daß wir Euch nur an die vom Volke an jenem Tage bewiesene Haltung zu erinne brauchen, um zu beweisen, wie unwürdig jene Bemühungen gegen unsere Volksversammlung, und wie wenigstens überflüssig alle Vorkehrunge namentlich diejenigen waren, welche auf dem Lorenzer Platze während des Verlaufs unsrer Versammlung getroffen wurden. Wir überlassen Eurem Urtheile, darüber zu entscheiden, ob es nicht unrecht war, in der Stunde der Gefahr die Männer zu verdächtigen, denen doch zuglei die Pflicht zur Aufrechthaltung der Ruhe an jenem Tage aufgebürdet werden wollte. —

Nürnberg, den 3. Mai 1849.

Das Komité für Volksversammlungen.

†† Politische Schlagschatten.

XV.

Die Porussia steigt aus dem schwarz-weißen Brandenburg-Manteuffelkabinet als aus seiner Puppe nun als wohlgebildeter Nachfalter auf und sucht durch das heitere Grün der Hoffnung auf die endlich emporblühende Freiheit Deutschlands mühselig nach den düstern Mauerspalten verfallener Schlösser des Absolutismus zu fliegen, um sich dort festzuklammern. Wer den neuesten Preussischen Staatsanzeiger vom 4. Mai d. J. liest, aufmerksam liest, der wird unser obiges Bild gerechtfertigt finden. Geht man die kurze Geschichte von jetzt bis zu den März vorigen Jahres durch, so muß man es gestehen, daß der König von Preussen es nie ehrlich mit dem Deutschthum gemeint, auch mit dem deutschen Konstitutionalismus nicht. Ein Fürst, der einst sagen konnte, nie werde er zugeben, daß sich ein geschriebenes Blatt Papier zwischen ihn und sein Volk als Regierungsvorschrift drängen solle, ein Fürst, der, als ihn nach blutigen Vorgängen die Umstände zwangen, Farben umhängte, die er nur an Hochverräthern zu sehen beliebte und sich der Freiheit in die Arme werfen wollte, ein Fürst, der den Scheinkonstitutionalismus auf die höchste Spitze trieb und selbst den Belagerungszustand zum Gesetze stempelte, ein Fürst, der alles Heil in die Kanonen und Flinten seines „herrlichen Heeres“ laden läßt und mit scharfen Salven auf die gerechten Wünsche seines Volkes antworten will, ein solcher Fürst ist wohl niemals gesonnen, die Freiheit des Volkes aufkommen zu lassen und seine Herrschergelüste zu bezähmen, um einem zeitgemäßen Regieren Platz in seinem Herzen zu gönnen. Und dennoch war die Frankfurter Nationalversammlung so gutmüthig bornirt, diesem Fürsten die Oberhauptswürde Deutschlands anzutragen, eine April-Deputation nach Berlin zu senden, welche ausser den Genuß des königlichen Champagners und des Prinzlichen Thees die Blamage nach Frankfurt zurückgebracht hat, daß ihr der Preussenherrscher die papierne Krone vor die Füße warf. Seitdem wird herüber und hinüber manövrirt und wenn nicht alle Zeichen trügen, so läßt sich die Majorität der Nationalversammlung von ihrem letzten Erwachen noch einmal zurückstoßen, dann aber gewiß ins Grab, über dem ihr das Volk kein Denkmal des Dankes setzen kann. Ehrenvoll untergehen müssen, ist keine Schmach, aber feige enden, das ist eine Schande, die keine Fluth der Zeit mehr abwäscht. Wir werden sehen, was kommt. Der Staatsanzeiger bekrittelt in seiner letzten Nummer die endgültig beschlossene Reichs-Verfassung zu deren Aufrechthaltung das deutsche Volk eben jetzt alle Kräfte aufbietet. Nach ihm ist sie aus Parteiränken der Paulskirche, aus gegenseitigen Konzessionen hervorgegangen; die Beschlußfähigkeit, die Berechtigung dieser Versammlung mit Zustimmung von Volk und Fürsten, was kümmert den jesuitischen Staatsanzeiger diese Thatsache! Er sieht in der Einführung der Reichsverfassung nur die Einführung der Republik in Deutschland. Und warum? Weil das suspensive Veto statt des absoluten darin enthalten ist, das nur der Willkür entgegentritt. Deßhalb soll diese Verfassung zur Vernichtung jeder geordneten Staatsgewalt in Deutschland führen, deßhalb giebt die Verfassung dem Reichsoberhaupt nicht Stärke genug. Als ob man nicht hinlänglich wüßte, als ob es nicht die Gegenwart lehrte, wie diese Stärke von den Fürsten gemißbraucht wird, so lange sie ihnen nicht legal entzogen ist. Auch den Reichsrath, diesen Hemmschuh in den Wirksamkeiten eines volksthümlichen Ministeriums dem Staatsoberhaupte gegenüber, will der edle Staatsanzeiger gar nicht geheuer finden. Deßhalb soll also eine vom Staatsanzeiger, respektive der preussischen Regierung angerathene Verständigung mit der Nat.-Vers. stattfinden. Thut dieß aber diese Versammlung, so sind wir um unsere ganze Revolution betrogen und stehen an der Pforte, durch die wie in eine den Zuständen vor dem März v. J. wenigstens sehr ähnliche Lage zurückgebracht würden, wofür uns der richtende Geist der Weltgeschichte bewahren möge.

?? Was haben jetzt die drei Franken zu thun?

Deutsche Männer und Brüder in Ober-, Mittel- und Unterfranken! Die deutsche Nationalversammlung hat Deutschlands Verfassung vollendet, gesetzlich bekannt gemacht. Die kleineren deutschen Fürsten haben die Zeit erkannt und die Verfassung, wie sie ist, angenommen. Nur die Könige von Preussen, Hannover, Sachsen und Bayern wollen dieselbe nicht anerkennen und lachen vielleicht heimlich über den König von Würtemberg, der noch gerade zu rechter Zeit, wenn auch gedrängt und gezwungen, den Wünschen seines Volkes Gehör schenkte und gleichfalls anerkannte, was die Nationalversammlung beschlossen. Wir selbst haben uns schon voriges Jahr dahin geeinigt, daß alle Beschlüsse der aus der freien Wahl des Volkes hervorgegangenen deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. bindend seyen für Fürsten und Volk. Laßt uns allesammt diesem früheren Grundsatz treu bleiben und die Souveränetät des gesammten deutschen Volkes festhalten, ob auch Preußen, Oesterreich und Rußland im offenen Bunde gegen uns seyn mögen, und ob auch Bayern sich diesen Mächten anschließe. Bedenken wir, die Preussen und Oesterreicher, die Bayern, unsere Brüder, sind nicht gegen unsere Einigung und Freiheit; die Dynastie, die Könige sind es nur, die es wagen wollen, uns um Glück und Wohlfahrt und alle Volksehre zu bringen; sie, die von unserem Schweiße zeither lebten, wollen sich lieber in unserem Blute baden, ehe sie den ewig heiligen Willen des Volkes erfüllen. Fürchten wir uns nicht! Wie drohend und gefahrvoll alles auch aussieht, die Eintracht im Handeln macht eisenstark und die mannhaften Ungarn zeigen klar, was ein einiges Handeln eines Volkes gegen Tyrannei vermag, und über uns waltet der allmächtige Helfer, der noch immer die ungerechten Throne zertrümmerte. Laßt uns jetzt einig seyn, uns all überall die Hände reichen! Vorerst laßt uns in fleißig besuchten Versammlungen des Volkes das festeste Bündniß zum Schutz der von uns anerkannten Nationalverfassung schließen und mit freimüthigen Worten diese unsere Beschlüsse an den Thron bringen. Laßt uns das noch einmal thun, ehe wir ihn auf dem vulkanischen Boden der Zeit seinem Schicksal überlassen. Damit haben wir das Unsrige gethan. Dieselbe Ansicht laßt unseren Landtagsabgeordneten überall und schnell erkennen; sie haben die Pflicht, zu sprechen und werden sprechen. Dann laßt uns überall die Landwehrmänner auffordern, im Interesse des Vaterlandes ihre Stimmung, ihren Wunsch auszusprechen und die Nationalverfassung unter freiem Himmel zu beschwören. Sollten unter ihr Offiziere seyn, was kaum zu erwarten ist, die diesen patriotischen Eid nicht leisten, nicht gerne leisten mögen, gut! dann mögen sie aus den Reihen der Vaterlandsvertheidiger hinübertreten in die Reihen derer, die sich nicht schämen, Bürgerblut vergießen zu lassen, das nie fließen sollte. — Ferner laßt uns überall, wo es gehen kann, kampfgerüstete Bürgerwehren bilden zum Schutz der Nationalverfassung, und das laßt uns schnell und mit Entschiedenheit thun! Gerüstet müssen wir seyn für alle Fälle; die Pflugschaar, die Sense müssen zum Schwerte werden, wenn man uns länger täuschen, länger knechten und an dem Werke unserer Einigung und Freiheit hindern will. Zeigen wir uns männlich, frei und einig! Wir werden es seyn und Gott wird mit uns streiten! So vereint und gerüstet, ohne Furcht vor den Kanonen der Dynastenschaaren, laßt uns denn aus unserer Mitte heraus zahlreiche Deputationen, Monster-Deputationen aus tausenden von Männern in die Hauptstadt senden und dort im Verein mit den freien Männern dem Ministerium und dem Regenten das letzte Wort des Friedens bieten, das mit Bestimmtheit dahin lautet: Entweder die unbedingte Anerkennung des deutschen Verfassungswerkes oder Frankens Provinzen stehen allein zur deutschen Sache und weihen sich mit Weib und Kind eher dem Tode, als daß sie nachgeben und die Knechtschaft auf's Neue auf sich laden. Sollte auch dieses Wort nicht gehört werden, gut! dann ziehen wir heim und warten auf den Moment, in dem ganz Deutschland sich erheben wird. Will man uns Söldnerheere in unsere Gauen legen, unsere eigenen Söhne die Waffen gegen uns kehren lassen; auch gut! Laßt sie unter uns einziehen, aber geben wir uns doch das männliche Wort, daß wir unsere Söhne unter dem Heere an Vater und Mutter, Bruder und Schwester, an ihre Pflichten gegen diese ernstlich erinnern wollen. Ihr Herz wird nicht gefühllos seyn, und sich von den Zwingherrn abwenden, sie werden auf Eure Seite treten. Und wenn sie es nicht thäten, dann wären sie nicht unsere Söhne, unserer nicht werth. Laßt uns auf Alles rüsten, und den Kelch des Unglücks bis auf die Hefe leeren, wenn es nicht anders seyn kann und soll. Ein Volk, das einig für seine gerechte Sache einsteht, ist nicht zu besiegen und selbst wenn es fällt und untergeht, ist es nicht besiegt, nur geopfert worden. Wenn man nicht anders will, laßt uns den Kampf auf Leben und Tod wählen. Amerika entwickelte seine Kraft in Einmüthigkeit und Besonnenheit, aber mit entschiedenem und zum Kampf auf Leben und Tod gerüstetem Willen und es ward frei und glücklich und blieb es bis heute, denn der gerechte Gott war mit ihm! Denkt daran! Das deutsche Vaterland muß frei und einig seyn oder es muß sich unter seinen Trümmern begraben, wie sich Simson mit den Philistern unter der stürzenden Halle vernichtete. Das muß fortan unser Wahlspruch seyn und bleiben. Russen- und Dynastienfurcht brauchen wir nicht zu haben, wenn wir Schwaben werden; wo Schwaben sind, kommen die Russen nicht auf. Denkt daran!

Deutsche Staaten.

München, 4. Mai. Heute erzählt man sich in verschiedenen

Kreisen, daß in vergangener Nacht ein Expresser aus Olmütz mit Depeschen um schleunige militärische Hilfe hier eingetroffen sey. Ferner geht das Gerücht, daß die Marschbereitschaft, welche sämmtliche bayerische Truppen, mit Ausnahme der hiesigen Garnison, erhielten, keinen andern Zweck habe, als der österreichischen Armee Sukkurs zu gewähren. Es wäre zu wünschen, beide Gerüchte seyen unwahr, denn eine bayerische Truppensendung nach Oesterreich könnte die nachtheiligsten Folgen für die Regierung selbst haben. — Unser offizielles Regierungs- und Hofjournal beharrt fortwährend im tiefsten Schweigen über den Erfolg der Sendung des Reichskommissärs Matthy. — Das »königl. Gesammt-Staats-Ministerium«, wie es sich zu nennen beliebt, scheint doch nicht immer zusammen zu wirken und namentlich da, wo es von ihm vielleicht nicht nöthig gefunden wird. So unterschreibt der Kriegsminister v. Lesuire, der zwar wohl auf das Prädikat »Staatsmann« keinen Anspruch machen wird, die Bekanntmachung, in welcher alle Diejenigen »Uebelgesinnte« genannt werden, welche die Ansicht verbreiten, die Regierung beabsichtige die Zurückführung der politischen Zustände wie sie vor dem März 1848 waren und verbietet gleichzeitig den Soldaten, welche die Konstitution beschworen haben, die Ausübung ihrer politischen Rechte! — Fürst Leiningen, der Mann mit dem »deutschen Herzen«, ist hier eingetroffen und beabsichtigt bei dem bevorstehenden Zusammentritt der Kammern seinen Sitz in der Reichskammer wieder einzunehmen, um für die Annahme der Reichsverfassung mit den Gegenstimmenden eine Lanze zu brechen. (D. konst. Z.)

Speyer, den 3. Mai. Nachstehend geben wir die Beschlüsse der vorberathenden Versammlung zu Kaiserslautern und fügen noch bei, daß gestern in der Hauptversammlung dieses Programm im wesentlichen angenommen worden seyn soll. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht, man schätzt 12—13,000 Männer, und wurde am ersten Tage durch Schmitt aus Kaiserslautern und in der Hauptversammlung durch Reichard aus Speyer präsidirt. — Der Landesvertheidigungsausschuß soll nach den Beschlüssen der Generalversammlung aus 5 Mitgliedern bestehen und sofort durch die Volksvereine gewählt werden und das Resultat längstens am Sonntage bekannt seyn. — Der zugleich anwesende Landrath der Pfalz soll sich in sehr entschiedener Weise sofort an den König gewendet und bestimmte Erklärung abgegeben haben. Die durch Aufruf des geschäftsführenden Ausschusses der pfälzischen Volksvereine dahier zusammengetretene Versammlung, bestehend aus den Abgeordneten, sowohl jenen der Nationalversammlung, wie jenen der Ständekammer, den Landrathsmitgliedern, den Wahlmännern, Bürgermeistern und Gemeinderäthen, den Mitgliedern des Kreisausschusses des Volksvereins, und den Vertretern der übrigen politischen Vereine, hat sich über folgenden Beschluß geeinigt: In Erwägung, daß die durch die Nationalversammlung endgültig beschlossene und verkündigte Reichsverfassung einschließlich des Wahlgesetzes und der Grundrechte für ganz Deutschland als Gesetz gilt; daß demzufolge das Verfahren der bayerischen Regierung in ihrer Auflehnung gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung und gegen die Reichsverfassung als rebellisch zu betrachten ist, und die Pfalz allen bezüglichen Anordnungen in so lange den kräftigsten Widerstand zu leisten verpflichtet ist, bis dieselbe ihre unbedingte Unterwerfung unter die Reichsgesetze erklärt haben wird; aus diesen Gründen ernennt die Volksversammlung einen Landesvertheidigungsausschuß, welcher sogleich in Thätigkeit tritt, und so lange in Permanenz verbleibt, bis die gefahrdrohende Lage des Vaterlandes vorüber ist. Fernee beschließt die Versammlung, eine Kommission zu ernennen, welche unverzüglich eine energische Ansprache an das Militär, sowie an das deutsche respektive bayerische Volk verabfaßt, und solche der morgigen Volksversammlung in Vorlage bringt. — Kaiserslautern, den 1. Mai 1849. — Die vorberathende Versammlung.

Da uns die Nachrichten über die am gestrigen Tage in Kaiserslautern stattgehabte Volksversammlung erst am Schlusse unseres Blattes zugehen, so können wir heute nur noch die wichtigsten Punkte daraus mittheilen. Es ist ein Landesvertheidigungsausschuß ernannt worden; (derselbe besteht aus 10 Personen unter dem Präsidium des Hrn. Reichard); dieser hielt noch gestern Abend bis spät in die Nacht hinein eine Sitzung und dekretirte: 1) Staatsverweigerung (Staatssteuern), Rückberufung der pfälzischen Soldaten, 3) Organisation der Volksbewaffnung von 18 bis 50 Jahren; — die von 30 Jahren bis 50 Jahre kommen unter die Landwehr; Aufforderung an die Regierung und die Beamten zur Anerkennung der Reichs-Verfassung, 5) Aufforderung an die Gemeinden, um ihre Zustimmung zu erklären. 6) Beschlagnahme der pfälzischen Staatskassen. 7) Verbindung mit den angrenzenden deutschen Volksstämmen. — Die Staatskassen sind schon mit Beschlag belegt, und die Organisation der Truppen ist ausgeschrieben. Die Erklärung der Regierung und Beamten muß in 3 mal 24 Stunden erfolgen, widrigenfalls weitere entscheidende Maßregeln getroffen werden.

(Mannh. J.)

Adressen aus verschiedenen Orten der Pfalz sind alle in entschiedenem deutschem Sinne gehalten, die eine aus Göllheim an den König schließt: Ew. Maj. wolle 1) den Landtag unverzüglich wieder eröffnen; 2) die Reichsverfassung einschließlich der Grundrechte und des Wahlgesetzes, wie sie die deutsche Nationalversammlung, als einzig und allein hierzu berufenes Organ, beschlossen, verkünden, mit Ausschluß des Abschnittes über das Oberhaupt, — und alles Militär sowie Civilbeamten darauf beeidigen; 3) den Minister v. d. Pfordten entfernen und dessen Posten durch einen volksthümlichen Mann zu besetzen."

Büchelberg in der Pfalz, 1. Mai. Von hier sind heute zwei Adressen mit 110 Unterschriften bedeckt, die eine an das Gesammtministerium, um alsbaldige Einberufung der Kammern, die andere an die Volkskammer in München, um Einführung der Grundrechte abgesendet worden. Ein Beweis, daß sich auch in den untersten Volksklassen ein Geist belebt, der, frei von Vorurtheilen, das Bessere zu würdigen weiß. (N. Sp. Z.)

Freiburg, i. B., 2. Mai. Unter sehr großem Zudrang des Volkes fand heute Vormittag die erste Sitzung des Geschwornengerichtes in dem Prozesse gegen Bornstedt, Fickler, Steinmetz und Krebs statt. — Nach erfolgter Angabe ihrer Personalien von Seite der Angeklagten, wurde die Anklageakte verlesen. Adalbert von Bornstedt wird darin beschuldigt, im Monat März v. J. in Paris zur Gründung einer Verbindung unter dem Namen der deutschen demokratischen Legion zu Paris zur Republikanisirung Deutschlands und vorzüglich Badens, mitgewirkt, die Stelle eines Vicepräsidenten angenommen und die Deutschen in Paris zum Eintritt aufgefordert und mit andern Verbindungen in Deutschland und Frankreich zu jenem Zweck sich ins Benehmen gesetzt zu haben und mit jener demokratischen Legion im April von Paris aus in Baden eingefallen zu seyn, ferner bei gewaltsamer Wegnahme von Waffen bei verschiedenen Personen mitgewirkt und an dem Gefechte bei Dossenbach im April v. J. mit den württembergischen Truppen Theil genommen, so wie das Kommando geführt zu haben. Joseph Fickler wird beschuldigt, von dem Vorhaben der im März in Paris gegründeten Gesellschaft in Kenntniß gewesen zu seyn, diese Gesellschaft in ihrem Vorhaben bestärkt, Rathschläge ertheilt und die Ausführung ihres Planes zu erleichtern gesucht zu haben; bei einer Volksversammlung in Achern zur Einführung der Republik in Deutschland, besonders in Baden in Verbindung mit jener Gesellschaft aufgefordert zu haben; ferner als verantwortlicher Redakteur der „Seeblätter" in denselben zum gewaltsamen Umsturz der deutschen Staatsverfassungen und gewaltsamen Entfernung des Großherzogs von Baden von der Regierung aufgefordert und durch diese Aufforderung einen bestimmenden Einfluß auf das sofort offenkundig zur Ausführung gekommene Unternehmen ausgeübt zu haben. Karl Steinmetz und Peter Krebs werden beschuldigt, bei Volksversammlungen und andern Gelegenheiten die Einführung der Republik verlangt zu haben. Letzterer wird auch noch der Theilnahme an dem Gefecht bei Dossenbach und zwar als Adjutant des Hrn. Bornstedt beschuldigt. In der morgigen Sitzung die Fortsetzung. Bornstedt, Steinmetz und Krebs erschienen in der heutigen Sitzung in schwarzer Kleidung und mit rothen Halsbinden; Fickler in einfacher Bürgertracht. (D. Z.)

** **Frankfurt**, den 4. Mai [212. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Nachdem sich die Versammlung um eine Stunde vertagt hatte, wird folgendes Schreiben verlesen: Am 28. v. M. hat die königl. preussische Regierung, außer der Note, welche bezüglich der Verfassung des deutschen Reichs und bezüglich der auf Sr. Majestät den König von Preussen auf Grund dieser Verfassung gefallenen Wahl zum Reichsoberhaupt an den kgl. Bevollmächtigten bei der Centralgewalt erlassen, und in offiziellem Wege zur Kenntniß der provisorischen Centralgewalt und der Nationalversammlung gebracht worden ist, eine weitere, denselben Gegenstand betreffende Cirkularnote an die königlich preussischen Missionen bei den deutschen Regierungen gerichtet. Von dieser Cirkularnote ist zwar die provisorische Centralgewalt nicht in offizieller Weise in Kenntniß gesetzt worden; sie ist aber durch den preussischen Staatsanzeiger zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Das Reichsministerium beehrt sich, ein Exemplar des preuss. Staatsanzeigers an den Hrn. Präsidenten der verfassunggebenden Reichsversammlung, zur Vervollständigung des Materials zu den bevorstehenden Verhandlungen gelangen zu lassen. Mit Bezug auf die Stelle der Note aber, welche sagt: „Im festen Vertrauen auf die Zustimmung, die ihr von allen gesunden und redlichen Elementen im eignen Lande zu Theil werden wird, ist sie darauf gefaßt, den zerstörenden und revolutionären Bestrebungen nach allen Seiten hin mit Kraft und Energie entgegenzutreten, und wird ihre Maßregeln so treffen, daß sie den verbündeten Regierungen die etwa gewünschte und erforderliche Hülfe rechtzeitig leisten könne. Die Gefahr ist eine gemeinsame, und Preussen wird seinen Beruf nicht verleugnen, in den Tagen der Gefahr einzutreten, wo und wie es Noth thut" erklärt das Reichsministerium Namens der Centralgewalt, daß, nachdem das Gesetz vom 28. Juni 1848 über die Einführung einer provisorischen Centralgewalt für Deutschland, die vollziehende Gewalt in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen, der provisorischen Centralgewalt übertragen hat, sie der Rechte wie der Pflichten, die ihr demnach obliegen, eingedenk, bei der Erfüllung derselben auf die Unterstützung der Einzelstaaten, eines jeden nach seinen Kräften rechnet; einen Anspruch aber auf allgemeine Leitung gemeinsamer Maßregeln zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und des Reichsfriedens, insofern dieser in der angeführten Stelle liegen sollte, *einem Einzelstaate nicht zugestehen könnte*. gez. H. Gagern.

Der Schluß dieses Schreibens ruft den allgemeinsten Beifall der Versammlung hervor. Die Debatten sind sehr lebhaft, ein Theil ist sehr entschieden, der andere schwankt, darunter der stets vereinbarende Ministerpräsident Gagern. Vogt von Gießen sprach am entschiedensten, er verlangt die unbedingte Eidesleistung der Heere der Einzelstaaten auf die Verfassung, Vertrauen zu der eigenen Kraft. Die Sitzung wird noch einmal auf Nachmittag vertagt. Das Majoritätsgutachten des Dreißigerausschusses lautet: I. Die Nationalversammlung fordert die Regierungen, die gesetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelstaaten, das gesammte deutsche Volk auf, die Verfassung des deutschen Reichs vom 28. März d. J. zur Anerkennung und Geltung zu bringen. II. Sie bestimmt den 15. August d. J. als den Tag, an welchem der erste Reichstag auf den Grund der Verfassung in Frankfurt am Main zusammen zu treten hat. III. Sie bestimmt als den Tag, an welchem im deutschen Reiche die Wahlen für das Volkshaus vorzunehmen sind, den 15. Juli dieses Jahres. IV. Sollte, — abgesehen von Deutschösterreich, dessen zur Zeit etwa nicht erfolgter Eintritt bereits durch §. 87 der Verfassung berücksichtigt ist, — ein oder der andere Staat im Reichstage nicht vertreten seyn, und deshalb eine oder die andere Bestimmung der für ganz Deutschland gegebenen Verfassung nicht ausführbar erscheinen, so erfolgt die Abänderung derselben auf dem in der Verfassung selbst vorgeschriebenen Wege provisorisch bis zu dem Zeitpunkte, wo die Verfassung überall in Wirksamkeit getreten seyn wird. Die §. 196 Nro. 1 der Verfassung gedachten zwei Drittheil der Mitglieder sind dann mit Zugrundlegung derjenigen Staaten, welche zum Volks- und Staatenhause wirklich gewählt haben, zu ermitteln. V. Sollte insbesondere Preussen im Reichstage nicht vertreten seyn, und also bis dahin weder ausdrücklich noch thatsächlich die Verfassung anerkannt haben, so tritt das Oberhaupt desjenigen Staates, welcher unter den im Staatenhause vertretenen Staaten die größte Seelenzahl hat, unter dem Titel eines Reichsstatthalters in die Rechte und Pflichten des Reichsoberhauptes ein. VII. Sobald aber die Verfassung von Preussen anerkannt ist, geht damit von selbst die Würde des Reichsoberhauptes nach Maßgabe der Verfassung §. 68 ff. auf den zur Zeit der Anerkennung regierenden König von Preussen über. VII. Das Reichsoberhaupt leistet den Eid auf die Verfassung vor der Nationalversammlung und eröffnet sodann den Reichstag. Mit der Eröffnung des Reichstages ist die Nationalversammlung aufgelöst.

Frankfurt, den 3. Mai. In der heutigen Sitzung sollen noch viele Anträge in petto gewesen seyn, u. A. auf Thronentsetzung der renitirenden Fürsten; auf Ernennung des Königs von Würtemberg

zum Reichsverweser, auf Vertagung der Nationalversammlung bis zum 2. August. (N. W. Z.)

Frankfurt, den 4. Mai. Die „Parlaments-Korrespondenz der Centren“ äußert sich über den gestern vom Abgeordneten Sepp gestellten Antrag: „Die heutige Sitzung der Reichsversammlung bot in ihrem Beginnen eine widerwärtige Erscheinung dar. Der Abgeordnete Sepp gefiel sich darin, einen dringlichen Antrag einzubringen, welcher den Patriotismus der Regierungen, welche die Reichsverfassung bereits anerkannt haben, in wahrhaft frecher Weise persiflirte, die Mediatisirung ihrer Fürsten und die Vertheilung des Landes an die Königreiche Hannover, Sachsen und Bayern vorschlug. Herr Eisenmann beantragte bekanntlich die Ausführung dieses Beschlusses Herrn Sepp selbst zu übertragen. Haben wir auch nie Grund gehabt, ohnerachtet der besonderen Wendungen und Windungen bei Herrn Sepp ein besonderes großes Maß von Verstand und Patriotismus vorauszusetzen, so hat uns doch der nackte Cynismus, mit dem er sein gänzliches Deficit der Blamage preis gab, überrascht. Daß ein vernünftiger Mensch sich darin gefallen könne, zu solcher Zeit und an solchem Orte den Hanswurst zu spielen, geht so weit über das Glaubliche, daß wohl Jedermann der von Herrn Lasaulx's früher gemachte Vorschlag der Zusammenberufung eines collegium medicum einfiel; Herrn Sepp's Gesundheitszustand scheint uns äußerst bedenklich.“ (Frkft. J.)

Hannover, den 1. Mai. Ein großer Theil derjenigen Abgeordneten der aufgelöseten zweiten Kammer, welche die bekannte Adresse an das Ministerium unterschrieben hatten, woraus die Auflösungsordre Stüve's vornehmlich den Vorwurf der Ungesetzlichkeit für die zweite Kammer herleitete, beabsichtigt eine Rechtfertigungsschrift öffentlich erscheinen zu lassen, um die Nichtigkeit der vom Ministerium gegen sie geschleuderten Anschuldigungen darzuthun. Die Schrift wird am 3. d. erscheinen; zur Unterzeichnung derselben sind sämmtliche Abgeordnete der ersten und zweiten Kammer eingeladen, welche die Adresse unterschrieben hatten, und es steht zu erwarten, daß kein Mann der deutschgesinnten Partei darunter fehlen wird. (Wes. Z.)

Offenbach, den 3. Mai. Auch hier hat die Bürgerwehr den Beschluß gefaßt, den Eid auf die Reichsverfassung zu leisten. Heute ist eine Deputation von hier nach Darmstadt gegangen, um die Vereidigung auch der Linientruppen, der Beamten u. s. w. auf die Reichsverfassung bei dem Großherzoge zu befürworten. (Frkft. J.)

†*† **Berlin**, den 3. Mai. Nachdem die Landwehr zusammenberufen ist, sollen, so wird uns von achtbarer Hand mitgetheilt, drei Truppenkorps von je 30,000 Mann in Thüringen, Schlesien und am Rhein aufgestellt werden. Das Kabinet findet in der in jenen Gegenden herrschenden Aufregung vollkommen Grund für die Aufstellung einer so bedeutenden Truppenmacht. Die ernste Lage, in der es sich befindet, wird von Tag zu Tage größer. Die Nachrichten, die ihm von Rheine aus über die ansteigende Aufregung zugehen, die Stimmung in Schlesien erheischen, will das Kabinet nicht weichen, die Entfaltung aller Macht. So ernst aber auch die Nachrichten aus diesen preussischen Provinzen klingen, so sind sie für das gegenwärtige Gouvernement noch lange nicht so besorgnißerregend als die Berichte über die Stimmung in Süddeutschland und vorzugsweise in dem fränkischen Theile Bayerns. Auch im Königreich Sachsen spricht sich die öffentliche Meinung entschieden für die Reichsverfassung aus. Nachdem drei sächsische Minister in Folge der Weigerung des Königs, die Reichsverfassung unbedingt anzuerkennen, ihre Entlassung genommen haben, soll der König sich nach Königstein begeben haben. Die Dresdner Kommunalgarde hat sich entschieden für die Reichsverfassung ausgesprochen. Ein Brief aus Dresden meldet, daß der König den frühern Minister Oberländer zu sich berufen und seinen Rath in Anspruch genommen habe. Herr Oberländer, der in seiner frühern sehr schwierigen Stellung sich das Vertrauen des Königs zu erwerben gewußt, soll auf das Freimüthigste erklärt haben, daß die Nichtanerkennung der Reichsverfassung auch ihn in die Opposition treiben würde, und wie er die Nichtanerkenntniß der Beschlüsse der Frankfurter Versammlung, die zu einer Zeit, wo dies den Regierungen allein unmöglich gewesen sey, durch ihr Auftreten die Ruhe und staatliche Ordnung aufrecht erhalten habe, für den größten politischen Mißgriff erachte. Auch Herr v. Carlowitz, der entschieden conservativen Partei angehörig, soll zum Nachgeben gerathen haben. —

Ordnen die Regierungen in Bayern und Sachsen (und vorzüglich in dem letztern Lande dürfte dies bald bevorstehen) sich den laut genug ausgesprochenen Wünschen des Volks in Bezug auf die deutsche Frage unter, so bleiben Preussen oder vielmehr die preussische Regierung und die hannöversche allein in ihrer antideutschen Stellung, die so vereinzelt und auch bald eine unhaltbare werden dürfte.

Der endlich erfolgte Rücktritt des Grafen Arnim von seiner Stellung als Chef des auswärtigen Departements ist für jetzt ohne jede höhere politische Bedeutung die provisorische Uebertragung des Portefeuilles an den Ministerpräsidenten Grafen Brandenburg giebt nur dafür Zeugniß, daß das Kabinet sich über eine entschiedene Richtung in der auswärtigen und in specie in der deutschen Politik noch nicht geeinigt hat. Die Uebertragung des Portefeuille an Graf Brandenburg ist eine rein nominelle; Graf Brandenburg ist auch nicht einmal der Mann, der die nothwendige Repräsentation des auswärtigen Departements dem diplomatischen Korps gegenüber zu übernehmen vermöchte. Voraussichtlich wird der Unterstaatssekretär Graf Bülow die sämmtlichen Geschäfte des Departements leiten. Die Unterhandlungen mit Herrn v. Radowitz wegen Uebernahme des Portefeuilles der auswärtigen Angelegenheiten sollen jedoch keineswegs abgebrochen seyn. Von mancher Seite her will man in der Uebertragung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten an den Grafen Brandenburg noch die Absicht finden, sich, für den Fall eines Widerspruchs im Kabinet selbst, die Ausführung eigner Absichten und Plane in Bezug auf auswärtige Angelegenheiten zu sichern. —

In Betreff der Veränderung oder einer neuen Interpretation des Wahlgesetzes vom 5. Dezember ist man, wie aus sehr glaubwürdiger Quelle versichert wird, noch immer zu keinem bestimmten Entschluß im Staatsministerium gekommen. Es sind die gewichtigsten Bedenken gegen eine Veränderung des Wahlgesetzes im Schooße des Ministerraths selbst, wie an anderer hoher Stelle erhoben worden.

Die Meinung durch ein zu erlassendes Wahlreglement, den durch Abänderung des Wahlgesetzes beabsichtigten Zweck zu erreichen, scheint die Oberhand zu gewinnen. — Herr Keller soll ein neues Wahlgesetz ausgearbeitet haben, das im Kabinet zur Berathung vorliegt. Es ist dies um so weniger unwahrscheinlich, als Herr Keller schon öfter (und unter Anderem auch bei Ausarbeitung der Verfassung vom 5. Dezember) bei legislatorischen Arbeiten in Anspruch genommen worden ist

Gestern Abend ist es leider auf der Landsbergerstraße wieder zu Konflikten zwischen der Menge und der bewaffneten Macht gekommen. Todte sind nicht auf dem Platze geblieben, doch sollen wiederum mehrfache Verwundungen vorgekommen seyn. —

Magdeburg, den 30. April. Briefe und Reisende, welche so eben von Merseburg eintreffen, berichten von bedeutenden Unruhen, die dort durch die vollzogene Verhaftung mehrerer Volksmänner veranlaßt worden seyen und so ernsthaft zu werden gedroht haben, daß man von auswärts Militär zu requiriren veranlaßt wurde. Als jene Reisenden mit dem Dampfwagen bei Halle vorbeifuhren, hörten sie, während des kurzen Aufenthaltes am Bahnhofe, auch dort den Generalmarsch schlagen. Die Unruhen in Merseburg waren übrigens bei der Abfahrt der Reisenden noch keineswegs gestillt.

Breslau, 30. April, vom Bahnhof. So eben erfahre ich, daß die ungarische Armee Raab auf dem rechten Donauufer genommen hat, und über Altenburg auf die Leitha losmarschirt. Jelacic ist von der Hauptarmee durchaus abgeschnitten. Die Magyaren wollen noch vor den Russen in Wien seyn und mit ihm ganz Oesterreich wider die Kannibalen des Despotismus zur Erhebung bringen.

Die Bahnbeamten der Krakauer Bahn erzählen von den zahllosen Wachtfeuern des russischen Lagers. Morgen marschiren die ersten 20,000 Mann Russen über Krakau nach Oesterreich.

Kossuth hat erklärt, er wolle den anrückenden Russen zuvorkommen und den 10. Mai in Wien eindringen. Und daß Kossuth Wort zu halten versteht, hat er bewiesen. Am 24. April wollte er in Pesth seyn, und auf den Tag ist er eingerückt. (Nb. Z.)

Dresden, Neustadt, 3. Mai (halb 5 Uhr Nachmittags) Soeben ist der erste Angriff von dem Volk auf das Zeughaus gemacht und von dem dort postirten Bataillon Prinz Albert sind die ersten drei Salven gegeben worden. Fünf Todte und mehrere Verwundete sind die ersten Opfer. Man fährt die Todten auf Wagen unter Racheruf hinweg. Die Sturmglocken ertönen, der Generalmarsch wirbelt durch die Straßen; das Rathhaus wird erstürmt und auf dem Altan desselben die schwarz-roth-goldene Fahne aufgepflanzt. Weiter vernimmt man, daß der Kommandant der Kommunalgarde, Kaufm. Lenz seine Stelle niedergelegt hat und statt seiner Oberstlieutenant Heinze zum Kommandanten erwählt worden ist. Vor dem Schloß auf dem Brückenplatze wogt eine Menschenmenge, Steine wirft man nach den Fenstern des Wohnzimmers des Königs, zwei derselben werden zertrümmert.

(5 bis 6 Uhr.) Jetzt rückt das Neustädter Bataillon der Kommunalgarde über die Brücke. Aber hinterher rasseln vier Geschütze und mehrere Schwadronen des leichten Reiterregiments, welche sich auf dem Brückenplatze, dem kgl. Schlosse gegenüber, aufstellen; man hört Kanonenschüsse. Es ist am Zeughause. Das 5. Bataillon der Kommunalgarde soll mit einem Kartätschenschlage empfangen worden seyn und mehrere Todte und Verwundete haben. Barrikaden werden errichtet. Bald ist die ganze Schloßgasse verbarrikadirt, das literarische Museum wird von einer Abtheilung der Turnerschaar besetzt und die übrigen Häuser von Kommunalgardisten. Ebenso soll der Neumarkt verbarrikadirt seyn, und namentlich erhebt sich am Ausgang der Wilsdrufer Gasse, nach dem Postplatze zu, eine Barrikade, welche bis in den ersten Stock der anliegenden Häuser reicht. Das Straßenpflaster wird aufgerissen und die Straßenschleußen werden aufgedeckt, um der Kavallerie das Manövriren zu erschweren.

(6 bis 7 Uhr.) Die Turnerschaar besetzt das dem Zeughause gegenüber befindliche Gebäude des klinischen Instituts, und ihre Schüsse bestreichen auf diese Weise einen Theil des Zeughaushofes. Mit einem Wagen stößt man das eine Thor des Zeughauses ein, aber in dem Augenblicke, wo das Thor zusammenbricht, kracht ein Kanonenschuß aus dem innern Raume, und es gibt abermals Todte und Verwundete. Das Stadtverordnetenkollegium und ein Theil des Stadtraths haben sich permanent erklärt, und halten auf dem Altstädter Rathhause ihre Sitzungen. Die Menge schreit nach Munition und Waffen. Dr Minckwitz, Obristlieutenant Heinze (früher in griechischen Diensten), der frühere Landtagsabgeordnete, und Dr. Tzschirner erscheinen auf dem Rathhausbalkon, mahnen zur Geduld und versprechen Waffen und Patronen herbeizuschaffen. Es wird aus der Mitte des Stadtverordnetenkollegiums und des Stadtraths an den König gesendet, der abermals unter tiefer Bewegung eine abschlägige Antwort ertheilt. Jetzt scheint man eine Art provisorischer Regierung eingesetzt, und Tzschirner mit der weitern Leitung des Aufstandes beauftragt zu haben.

Indem er dies vom Balkon aus der Menge bekannt macht, fällt ein Schuß, man glaubt auf ihn, aber ohne ihn zu treffen. Der Kommandant der Kommunalgarde, Kaufmann Lenz, soll gemißhandelt und in Gewahrsam gebracht worden seyn. Die ganze Altstadt und einige Vorstädte sind noch in den Händen der Massen, denn die Bewegung hat nun einen ganz andern Charakter angenommen, die deutsche Frage scheint in den Hintergrund getreten zu seyn, und nach Allem zu urtheilen, treten republikanische Tendenzen immer mehr voran.

(7 bis 9 Uhr Abends.) Wir sind hier in der Neustadt von Dem, was in diesem Augenblicke drüben vorgeht, nur dürftig unterrichtet, indem seit 9 Uhr die Brückenpassage ganz gehemmt oder doch wenigstens sehr erschwert ist. Es scheint aber in den innern Stadttheilen eine Art Schreckensherrschaft ausgeübt zu werden und die republikanisch-demokratische Partei allein den Kampf fortführen zu können, dessen endlicher Ausgang kaum zweifelhaft seyn dürfte, da man vielleicht noch im Laufe dieser Nacht die Mittel in die Hand bekomme, den Aufstand zu dämpfen. Das Kleingewehr schweigt und man schließt daraus, daß man auf beiden Seiten eine Waffenruhe eingegangen habe.

Um 10 Uhr hört man wieder feuern und Generalmarsch schlagen. Die Waffenruhe mag also zu Ende gegangen seyn. Zwei Geschütze der reitenden Artillerie rasseln herbei, um die Brücke nach der Neustädter Seite hin am Blockhause zu decken. Beim Auffahren wäre es beinahe zu Konflikten gekommen, indem die Kavallerie eine Charge machen mußte, und die Kanonen zu laden gezwungen waren.

(11 Uhr.) Es ist Alles ruhig. Der beginnende Morgen wird die Erneuerung des hoffentlich nur noch kurzen Kampfes bringen. Zuzug wird von allen Seiten zwar erwartet, aber wie die Sachen in diesem Augenblicke stehen, ist an einen Sieg der Massen nicht zu glauben. Die Neustadt ist vollkommen ruhig. Das Militair, so weit uns zur Kenntniß gelangt ist, hat eine feste Haltung bewährt.

4. Mai (früh 5½ Uhr.) Um 3 Uhr hat der Kampf auf der

Schloßgasse wieder begonnen; Sturmgeläute und Kleingewehrfeuer. Von dem Militair sind auf der Schloßgasse zwei Barrikaden genommen; fremdes Militair ist noch nicht eingerückt. (Auch in Leipzig ist der Tumult losgebrochen, Barrikaden wurden bereits gebaut.)

Ueber die Ministerkrisis wird jetzt Folgendes amtlich bekannt gemacht: „Der König hat die Staatsminister Dr. Held, v. Ehrenstein und Dr. Weinlig auf ihren Wunsch ihrer Funktion als Staatsminister enthoben und den Geheimrath Dr. Ferdinand Zschinsky, unter Ernennung zum Staatsminister, das Departement der Justiz neben dem Vorsitz im Gesammtministerium übertragen, auch auf denselben den Auftrag in den evangelischen Angelegenheiten erstreckt. Wegen der Wiederbesetzung des Ministeriums der Finanzen, des Cultus und öffentlichen Unterrichts und des Innern hat sich der König die Entschließung noch vorbehalten und angeordnet, daß die zeither mit deren Leitung beziehentlich provisorisch beauftragten Staatsminister die Geschäfte noch fortführen, bis deren Nachfolger eingetreten seyn werden. (Der König hat nicht nachgegeben, er wartet auf Preussen und Bayern.) Reisende, welche gestern Leipzig verließen, sagen aus, daß wirklich eine provisorische Regierung unter Todt und Heubner gebildet, der König nach Königstein seyn.

Flensburg, den 28. April. Von heute an werden die in Jütland stehenden deutschen Truppen die ihnen nöthigen Lieferungen von Lebensmitteln ꝛc. daselbst ausschreiben. In den nächsten Tagen sollen hier noch 15 Bataillons Reichstruppen ankommen. Heute ist die preußische Raketenbatterie Flensburg passirt. (D.-T.)

Flensburg, 30. April. Gestern ist in Kolding die Nachricht eingegangen, daß die Dänen wieder etwas vorgerückt. Ihre Vorposten stehen eine Stunde nördlich von dieser Stadt, und die Schleswig-Holsteiner sind gern bereit, sie zu empfangen. Auch in Lauenburg ist nun eine Statthalterschaft eingesetzt. (Bravo!) (D. T.)

Harburg, 1. Mai, Nachmittags. Electro-magnetischer Telegraph 4 Uhr 5 Min. Nachm. Der Altonaer Mittagszug bringt nur die Nachricht von dem ganz nahe bevorstehenden Einmarsch der Bayern in Jütland, denen, laut einer Proklamation Prittwitz's, die Preussen folgen werden. (J. f. N.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n.

Erklärung.

Dem ungeduldigen Schuhmachergesellen Michael Schneider diene anmit zur Nachricht, daß ich bezüglich der von ihm an mir begangenen Unbill bereits unterm 18. v. Mts. beim Kgl. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg Klage auf Widerruf eingereicht und erst heute von diesem Gerichte den Auftrag erhalten habe, noch ein magistratisches Vermittlungsamtsattest nachzubringen, welches ich nicht für nöthig erachtete, theils weil Michael Schneider nicht ansässig ist und somit dem gemeindlichen Verbande nicht angehört, theils weil ich mich vor dem Vermittlungsamte nie in einen Vergleich hätte einlassen können, weil die meiner Ehre von Michael Schneider angethane Kränkung eine so schwere ist, daß nur das Civilgericht mir Satisfaction verschaffen kann.

Ich werde nicht ermangeln, seiner Zeit das Resultat des begonnenen Prozesses zu veröffentlichen.

Vorläufig erkläre ich den mir in der Aufforderung des Michael Schneider im Zuschauer Nr. 54 gemachten Vorwurf für eine Lüge, und werde denselben für die in dieser Aufforderung enthaltenen neuen Injurien zur Verantwortung ziehen.

Nürnberg, den 5. Mai 1849.

Franz Anton Dischner, Garkoch.

(Anzeige.) Da ich vorigen Herbst durch meine Abreise von hier viele Aufträge in meinem Geschäft unausgeführt lassen mußte, und schon damals wie auch neuerdings von mehreren Seiten aufgefordert wurde in diesem Frühjahr wieder zu kommen, so habe ich mich entschlossen einige Wochen hier zu bleiben, und mich wieder mit Anfertigen verbesserter

Daguerreotyp-Portraits,

naturel und in Farben

in allen Größen, vom kleinsten Medaillon bis zu Bildern von 12 Zoll zu beschäftigen.

Ich copire auch schon vorhandene Daguerreotype, in der Originalgröße, und zwar nicht auf galvanischem Wege, wo allemal das Original auf dem Spiele steht, sondern ganz ohne alle Gefahr für dasselbe, auf ganz neue Art.

Mein Atelier, welches durch Glashaus und sonstige passende Einrichtungen ganz dazu geeignet ist, bei jeder Witterung, selbst während des Regens die schönsten Bilder garantiren zu können, befindet sich dießmal vor dem Laufer Thore, Laufer Straße Nr. 165, wo ich täglich bei jeder Witterung von Morgens 8 Uhr an bis Abends 6 Uhr zu Aufnahmen bereit bin.

Musterbilder, so wie Preißangaben befinden sich in dem Laden des Goldarbeiters Herrn Pillmann an der Museumsbrücke und in meiner Wohnung zur gefälligen Ansicht. Da ich nur Bilder abgebe, welche die vollste Zufriedenheit des Empfängers erlangt haben, und auch möglichst billige Preiße stellen werde, so kann ich wohl wieder auf recht viele geneigte Aufträge hoffen.

Nürnberg, den 6 Mai 1849.

Gg Gallineau, Photograph,
wohnhaft vor dem Laufer Thor Nr. 165.

Anzeige und Empfehlung.

Den geehrten Besuchern der fränkischen Schweiz empfehle ich mein bekanntes Gasthaus zum schwarzen Adler in Streitberg zum freundlichen Aufenthalt, und verspreche reinliche, reelle und billigste Bedienung; zugleich erlaube ich mir auch die Anzeige, daß ich auch die Conzession zum Spezerei- und Galanteriewaaren-Handel erworben und auf meinem Haus ausübe; und versichere auch hierdurch verehrliche Abnehmer in jeder Hinsicht zufrieden zu stellen.

Georg Friedrich Oertel,
zum schwarzen Adler in Streitberg.

A n z e i g e.

Montag den 7. Mai Abends 8 Uhr General-Versammlung der neugebildeten Scharfschützen-Kompagnie im König Otto, Parterre. Auch liegen daselbst zu dieser Zeit die Listen zum weitern Einzeichnen auf.

(Anzeige.) Um mehreren irrthümlichen Meinungen zu begegnen, zeige ich hiemit an, daß meine Namensunterschrift nicht J. D. Pabst sondern Joh. Heinr. Papst ist.

Joh. Heinrich Papst.
Privatier.

Wohnungsveränderung und Dank.

Hiemit bringen wir zur ergebenen Anzeige, daß wir unterm Heutigen unsere bisherige Wohnung in L. Nro. 334 der Karolinenstrasse verlassen haben, und dagegen in unser erkauftes Haus L. Nro. 436 a an der Färbersbrücke gezogen sind. Indem wir daher unserer verehrlichen verlassenen Nachbarschaft herzlichen Dank für empfangenes Wohlwollen hiemit ausdrücken, unterlassen wir nicht, uns unserer gegenwärtigen geehrten Nachbarschaft bestens zu empfehlen, und dieselbe um freundliche Aufnahme in ihre Mitte zu bitten.

Joh. Palnka und Gattin.

E i n l a d u n g.

Heute Montag Nachmittag 2 Uhr findet die Beerdigung des Veteranen Herrn Christian Krammer auf den St. Johannis-Kirchhof statt, wozu die Herren Kommandanten der Königl. Land- und Stadtwehr höflichst eingeladen sind. Zusammenkunft Mittag 1 Uhr bei Herrn Bierbrauerei-Besitzer Pfann in der Nadlersgasse, nächst dem Zeughaus. Das Trauerhaus befindet sich in der Lallergasse, L. Nro. 1330

Das Veteranen-Kompagnie-Kommando.
Kraft, Oberlieutenant.

Dank und Ersuchen.

Unterm heutigen habe ich meine Wirthschaft S. Nro. 1390 an den Herrn Johann Michael Krauß pachtweise überlassen, was mich veranlaßt, für das mir geschenkte Zutrauen den werthen Besuchern mit der Bemerkung zu danken, dasselbe auch auf den Pächter übertragen zu wollen.

Nürnberg, den 2. Mai 1849.

Joh. Jacob Maurer.

In Bezug auf vorstehende Bekanntmachung sieht sich Unterzeichneter veranlaßt, werthe Bekannte und die verehrliche Nachbarschaft um zahlreichen Besuch seines Lokales zu ersuchen, unter der Zusicherung reeller Bedienung und guten Getränkes.

Nürnberg, den 5. Mai 1849.

Joh. M. Krauß.

A n z e i g e.

Wir machen hiemit allen Freunden und Bekannten, so wie der geehrten Nachbarschaft die ergebenste Anzeige, daß wir die Kolb'sche Bierwirthschaft S. Nro. 776 am Panierplatz pachtweise übernommen haben, und bitten um geneigten Zuspruch.

Johann Georg Standhardinger.
Maria Katharina Standhardinger.

E m p f e h l u n g.

Fertige Reißstrohhüte und Bortenhüte mit Band 4 fl. 30 kr. — 8 fl., so wie auch elegante und billige Häubchen empfiehlt zur gefälligen Abnahme

Veronika Schuster.
L. Nr. 467 der Breitengasse.

(Anerbieten.) In dem Institute der Unterzeichneten können wieder Mädchen von 4—6 Jahren, so wie größere jeden Alters zur Erlernung aller weiblichen Arbeiten aufgenommen werden.

Elise Fleischmann,
Albrecht-Dürersplatz S. No. 510.

☞ Sollte sich der taubstumme Maler Herr Markus Leißer aus Anhalt hier aufhalten, so kann derselbe eine für ihn angenehme Nachricht entgegennehmen.

Kapitalien-Verleihung.

600, 1000, 1200, 2000 und 4000 fl. sind zu verleihen durch

J. C. Vogel, Bindergasse Nr. 566.

E r w i d e r u n g.

Der in Nro. 122 dieser Blätter gestellten Anfrage diene zur Erwiderung, daß auf die von 517 Bürgern und Einwohnern unterzeichnete Eingabe vom 15. präsentirt 28. März an den Magistrat ein Bescheid nicht erfolgte, nunmehr aber die Zusicherung ertheilt wurde, daß die vom Magistrat und dem Gemeindecollegium angeordnete Kommission durch diesseitige Mitglieder vermehrt und nachdem die umfassenden Vorarbeiten gemacht sind, in nächster Woche zusammentreten und ihre Arbeiten beginnen soll.

Nürnberg, am 5. Mai 1849.

Der Ausschuß der vom Hochwasser beschädigten Bürger und Einwohner.

Köcherts - Zwinger.

Mittwoch den 9. Mai findet die Eröffnung des Zwingers mit Harmonie-Musik statt, wozu die verehrten Abonnenten höflichst einladet

J. D. Köchert.

Regensburger Hof.

Montag den 7. Mai ist Metzelsuppe, wozu höflichst einladet

Schmidt.

Im goldnen Reh am Marplatz

produziren sich heute Montag den 7. Mai Abends 8 Uhr die „Wanderer“ mit ganz neuen Vorträgen. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt, und ladet hiemit höflichst ein

Ferdinand Lechner.

Arbeiter-Verein.

Heute Montag den 7. Mai findet Versammlung im goldnen Schwan zu Wöhrd statt.

Der Ausschuß.

(Gesuch.) In der Nähe von Nürnberg wird ein Oekonomie-Gut im Preiß von 15000 bis 20000 fl. zu kaufen gesucht durch

J. C. Vogel, Bindergasse Nr. 566.

(Gesuch.) In der Nähe des Spittlerthor, Steig oder Kreuzgasse wird ein Haus mittlerer Größe mit Parterregeräumlichkeiten und Hofraum zu kaufen gesucht.

(Gesuch.) Eine Köchin, 24 Jahre alt, wünscht in einem soliden Hause sogleich oder 14 Tage nach dem Ziel unterzukommen.

(Gesuch.) In eine hiesige Conditorei kann ein wohlgebildeter junger Mensch in die Lehre treten.

(Gesuch.) Ein solides Mädchen, welches das Putzmachen billig zu erlernen wünscht, wird gesucht in Nro. 36 Gostenhof.

(Zu vermiethen.) Nahe an der Hall ist ein sehr schönes Logis für 2 solide Herren täglich zu vermiethen.

(Gesuch.) Sogleich, oder in 8 Tagen, wird eine solide Magd gesucht, welche im Kochen wohl erfahren ist und sich willig aller Hausarbeit unterzieht. Nur solche mögen sich melden, welche diese Eigenschaften durch ganz gute Zeugnisse nachweisen können. Kaiserstrasse L. No 197 a.

Stadttheater in Nürnberg.

Montag den 7. Mai. Zum Benefiz des Herrn Bieliczky. Zum Erstenmale wiederholt: „Guttenberg“, große Oper in 4 Akten von Fuchs. Hr. Bieliczky „Guttenberg“.

Joh. Palnke und Gattin

Erwiderung.

...r in Nro. 122 dieser Blätter ge...
...e diene zur Erwiderung, daß auf den...
...ürgern und Einwohnern unterzeichn...
...r vom 15. präsentirt 28. März ...
...rat ein Bescheid nicht erfolgte, ...
...e Zusicherung ertheilt wurde, daß ...
...Magistrat und dem Gemeindebevo...
...nete Kommission durch dieselbe ...
...vermehrt und nachdem die ...
...iten gemacht sind, in nächster ...
...ntreten und ihre Arbeiten beginnen ...
...nberg, am 5. Mai 1849.

...usschuß der vom Hochw...
...digten Bürger und Einwohner

...Köcherts - Zwinger.

...den 9. Mai findet die Eröffnung des ...
...mmerale. Musik statt, wozu die ...
...bestens einladet

J. L. Köcher...

...Regensburger Hof.

...den 7. Mai ist ..., wozu ...

Schulk

...oldnen Reh am Marplaz

...heute Montag den 7. Mai Abends ...
... mit ganz neuen Vorträgen. Für ...
...Getränke ist bestens gesorgt, und ladet ...

Ferdinand Lieber

...rbeiter-Verein.

zur Mittelfränkischen Zeitung.

№ 18. Nürnberg, 7. Mai. 1849.

Die deutsche Fahne.

Hoch auf Thürmen und Pallästen zu dem Donner der Kanonen,
Wie aus kleinen Giebelfenstern, wo die armen Leute wohnen —
Flatterte die deutsche Fahne, seit dem Auferstehungstag —
Lustig in den Morgenwinden, nach der langen Nacht der Schmach! —

Heute galt's dem Reichsverweser, morgen galt's dem Parlamente —
Und die Feste, glücklich Deutschland, ach sie nahmen fast kein Ende,
Wie sich langsam die Parade, durch die engen Straßen wand
Sieht an blau und weißen Fahnen, hängt das schwarz-roth-goldne Band'

Und das Lied mit seinen Fragen und der Antwort, die wir kennen,
Sitzt in Frankfurt seinen Dichter und ich spar's es euch zu nennen,
Ach wie dröhnte durch die Lüfte seiner frohen Worte Klang — —
Und man wagte es zu glauben daß er jedes Herz durchdrang

Frommer Glaube, schon zerronnen, eh' die Farben noch verblichen —
Sie, vor deren frischem Glanze, Deutschland Deine Dränger wichen —
Doch Du wahrtest nicht im Herzen, ihre Deutung, ihren Werth —
Hast auf's Neue Deine Feinde an der eig'nen Brust genährt.

Und ein Jagen und ein Bangen läßt auf's Neue Die erzittern,
Die vor Kurzem noch nicht bebten vor den drohenden Gewittern,
Und auf jeder dunklern Wolke sucht für sie des Blitzes Strahl —
Und die oft besungenen Farben sind für sie nun todt und fahl! —

Könnt ihr so die Zeit verkennen, ihr kleingläubigen Gesellen?
Wähnt ihr, daß man meistern könne den empörten Stromes Wellen?
Jetzt noch meistern, jetzt noch dämmen, wo er längst schon unterwühlt —
Was noch fester, stolzes Ringes sich allein nur mächtig fühlt! —

Nein, es schützt die ruh'ge Weise, die das Banner nun empfangen
Es vor allen jenen Händen, die noch frevelnd nach ihm langen —
Seyd nicht länger Pessimisten, gebt dem süßen Glauben Raum,
Daß der Kampf um Licht und Wahrheit nicht ein eitler, leerer Traum! —

Höret doch die Siegeslieder eines wackern Volkes schallen,
Seht sein Feind ist auch der Unsre, und der Kriegsgott läßt ihn fallen —
Und sein doppelköpf'ger Adler wird auch Euren unterliegen —
Wenn er's wirklich wagen wollte, uns're Einheit zu bekriegen." —

Hoch auf Thürmen und Pallästen, zu dem Donner der Kanonen
Wie aus kleinen Giebelfenstern, wo die armen Leute wohnen
Flattre jetzt die deutsche Fahne, daß ein besser Recht tage,
Weckt ihr Trommeln und ihr Glocken all' die Schläfer aus der Ruh!

Nicht zur stattlichen Parade, nicht zum Schmause, nicht zum Feste,
Nicht zum Spiel; zum heil'gen Grusse seyd geladen all' ihr Gäste,
Setzt euch an der Freiheit Tafel, doch zuerst mit in die Reihn:
Wer zum Lichte will gelangen, darf wohl Nacht und Blut nicht scheu'n.

J. Prem.,

Die Langeweile, der Spleen und die Seekrankheit.

(Schluß.)

O'Connor stand damals auf dem Gipfel seines Ruhmes; gehaßt von der Aristokratie, gefürchtet von der Mittelklasse, und vergöttert vom Volke. Er war der Diktator einer der furchtbarsten Parteien neuerer Zeit, der Partei der englischen Arbeiter.

Mehrere Jahre sind seitdem verstrichen. Als Abgeordneter Nottinghams sahen wir ihn heute im Parlamente. Er hat sich auf den Wink des Sprechers erhoben und ergreift

tisten noch einmal von Kopf bis zu Fuß zu beschauen — aber damit hat auch die Aufmerksamkeit des Parlaments ein Ende. Denn wie O'Connor in seiner Rede vorrückt, jetzt die Leiden Irlands schildernd, jetzt die Grausamkeiten des Gouvernements und jetzt die einzigen Mittel aufzählend, welche die unglückliche Insel vom Untergange retten können, da greift der kleine John Russel nach seinen Papieren, da knüpft Lord Palmerston eine Konversation mit dem Sprecher des Hauses an und da lehnt sich Sir George Grey zu einigen jungen Bekannten hinüber, um von Fuchsjagden zu sprechen, von Pferderennen und von schönen Frauen. Aber auch die sonst so steifen Freetrader verlieren die Geduld. Der alte Colonel Thompson unterhält sich mit Herrn Hume und beide lachen aus vollem Halse. Der Quäker Bright trommelt mit den Füßen; der fuchsige Wilson studirt in einer Zeitung und Mr. Cobden hat sich mit vielen andern Mitgliedern hinaus in den Vorsaal geschlichen. — Die Bänke der Tory's sind aber erst recht verlassen; Sir James Graham ist hinauf zu den Peeliten gestiegen; die alten Glatzköpfe schlafen in den nächsten Ecken oder wandeln mit knarrenden Stiefeln über die Gallerie. Disraeli spricht mit seinen Anhängern unter den lebendigsten Gestikulationen und nur der junge Gladstone blickt unverwandt hinab auf den großen Sir Robert Peel, der die Arme vor die Brust gekreuzt, die Beine übereinandergeschlagen, und den Hut tief über der Stirn, schweigend da sitzt, um von Zeit zu Zeit langsam den Kopf zu erheben und den Redner anzuschauen, mit einem mitleidigen Lächeln.

Ja, außer ihm sind wohl nur die irischen Mitglieder am Platze geblieben und die Worte des Redners würden längst in dem allgemeinen Gemurmel verloren gegangen seyn, wenn das Metall der O'Connor'schen Stimme sich nicht trotz alledem geltend machte und das Haus erdröhnen ließe bis in seinen letzten Winkel.

Aber wie kommt es, daß der gewaltige Mann so durchaus unwirksam bleibt? Er, der die Bewegung des ganzen Volkes in seiner Hand hielt? Nichts ist leichter zu beantworten, als das: O'Connor hat aufgehört, da draußen Triumphe zu feiern, und mit seinen Triumphen im Parlamente ist es für ewig zu Ende. Ja, nach einer Carriere, die fast ohne Beispiel in dem Leben der Agitatoren des Volkes ist, sehen wir den „wilden Feargus" endlich fast auf demselben Punkte ankommen, den einst sein alter Gönner, der John Daniel O'Connell erreichte, als das Volk über sein Treiben die Augen öffnete, und als er von der Majorität seiner Partei verlassen und verachtet zusammensank und den Fluch seiner hungergefolterten Landsleute mit hinab nahm in ein ruhmloses Grab.

Klar ist es endlich, daß O'Connor zwar nicht wie der alte Dan, das Volk für baares Geld verrieth, daß er aber deswegen die ganze Bewegung der englischen Arbeiter durch seinen allmächtigen Einfluß stets in eine Farce verwandelte, weil er vor dem Aeußersten zurückschreckte, weil er nicht jenen offenen Kampf wagte, ohne den keine Bewegung der Welt zu einem Resultate zu bringen ist.

Verdächtig war es, daß O'Conner hinüber nach Irland reiste, als im Jahre 1839 der Aufstand in Wales begann; verdächtig war es, daß er im Jahre 1842 nicht losschlug, als die Chartisten ganz Manchester besetzt und ganz Lancashire in ihrer Hand hatten, — aber zu einem bloßen Polterer sank der große Agitator hinab, als endlich der Frühling von 1848 die revolutionäre Bewegung von halb Europa brachte, und als der „wilde Feargus" die Wuth der Arbeiter zu nichts Anderem benutzte, als zu jenem unglückseligen Meeting des 10. April auf Kennington-Common, wo er die schlagfertige Masse beschwor, keinen Tropfen Blut zu vergießen, und wo er in seiner Zeitung, im „Northern Star", erklärte, daß er nie wieder eine Nacht ruhig in seinem Bette schlafen würde, wenn ein einziger Arbeiter durch die von ihm angefachte Bewegung um's Leben komme.

„Mit diesen Worten schrieb Herr O'Connor seine eigene Grabschrift, und Sir Robert Peel hat Recht, daß er sich bald darauf entrüstet von seinem Sitze erhob, um auf die widerlichsten Schmeicheleien O'Connor's nichts weiter zu erwidern, als daß er gewisse quakende Frösche kenne, die zu feige seyen, um große Verbrecher zu werden. Und Recht hatte Richard Cobden, daß er die Artigkeiten des sonst so gefürchteten Chartisten höhnisch zurückwies, als O'Connor sich dazu herabwürdigte, sogar diesem Repräsentanten der Mittelklasse den Hof zu machen.

Aus war es mit der Achtung der Feinde und mit dem Vertrauen der Freunde, und wenn die Feinde sich damit begnügen, den gesunkenen Mann mit dem gerechtesten Hohn zu überschütten, so werden die früheren Freunde nicht dabei stehen bleiben, sondern einst den Fuß auf seinen Nacken setzen, um, über ihn hinweg, desto sicherer dem Siege entgegen zu schreiten. —

Die Göttin der Langenweile machte eine Pause. Gähnend schloß sie endlich mit den Worten: „O, dieser O'Connor ist mir verfallen! Er hörte auf revolutionär zu seyn und er wurde langweilig — — da haben Sie das ganze Geständniß!"

General Bém.

Joseph Bém, geb. 1795 zu Tarnow in Galizien, stammt aus einer adeligen Familie, welche seit 400 Jahren in Krakau und Lemberg bekannt ist, und also trotz ihres ausländischen Namens als eine echt polnische betrachtet werden muß. Bém besuchte erst die Universität zu Krakau, nach dem Jahre 1809 aber, als genannte Stadt dem Großherzogthume einverleibt wurde, vermochte er seinen Vater, welcher Advokat daselbst war, ihn in die Militairschule nach Warschau zu bringen, an deren Spitze damals der französische General Pelletier stand, und aus welcher er nach beendigtem Kursus bei der reitenden Artillerie eintrat. Bei Eröffnung des Feldzuges von 1812 gegen Rußland sehen wir Bém als Lieutenant erst unter den Befehlen des Marschalls Davoust, dann unter denjenigen Macdonalds, welcher Letztere nach der Moskauer Kalamität sich in die Festung Danzig warf. Bém stand daselbst 13 Monate bis zur Kapitulation, nach welcher er mit seinen Landsleuten nach Polen geschickt wurde, da die Russen den Punkt derselben, die Polen nach Frankreich ziehen zu lassen, nicht hielten. So blieb er denn im elterlichen Hause bis zur Zeit der Reorganisation der polnischen Armee unter dem Kommando des Großfürsten Konstantin (1815), wo er wieder in Dienste trat. Da aber die neue Gestaltung der Dinge in ihm nichts weniger als einen folgsamen Jünger der Petersburger Politik fand, so sah er sich bald Verfolgungen aller Art ausgesetzt, die endlich Ungnade und Außerdienstsetzung herbeiführten. Bem kam um seinen Abschied ein, um im Auslande seine

... Arbeiter durch die von ihm eingerichte... ... komme.

... schrieb Herr O'Connor ... Sir Robert Peel hatte Rede, daß ... von seinem Sitze erhob, ... Spöteleien O'Connor's nichts ... gewisse quakende Frösche ... Verbrecher zu werden. ... daß er die Armuth ... zurücktrieb, als O'Connor ... diesem Repräsentanten der ...

... der Schwanz der Fröschen ... ..., und wenn die Frösche ... ... Mund mit dem gerechten ... ... die früheren Freunde ... den Fuß auf seinen Nacken setzen, ... desto sicherer dem Siege ...

... Rangerweile machte eine Pause ... den Worten „O, dieser O'Connor ... zu revolutionär zu seyn ... haben Sie das ganze Geheimniß."

General Bem.

... 1795 zu Tarnow in Galizien, ..., welche seit 400 Jahren in ... ... und als trotz ihres ausländischen ... ... betrachtet werden muß. ... ... zu Krakau, nach dem Jahre 18.. ... dem Großherzogthume ... ... Vater, welcher ... ... nach Warschau zu bringen ... ... französische General Pelletier ... ... beendigtem Kursus bei der ... Eröffnung des Feldzuges von 1812 ... Bem als Lieutenant erst unter ...

... eines Professors der neuorganisirten Militärschule anzunehmen. Er beschäftigte sich nun vorzugsweise mit der Einführung der Brandraketen bei der polnischen Armee, schrieb eine Abhandlung darüber und wurde nach Jahresfrist zum ersten Hauptmann befördert. Da die zu befolgende Richtung als Professor Bem's militärischer Neigung im Wege stand, so suchte er um eine Veränderung nach; doch gerade dieser Schritt wurde wieder eine Quelle von neuen Verfolgungen von Seiten des Großfürsten, welcher Bem nie seine Vaterlandsliebe und seinen Abscheu gegen den russischen Despotismus verzeihen konnte. Umsonst wandte Pontemo seinen ganzen Einfluß bei dem Bender des Czaren an, um seinem Adjutanten Ruhe zu verschaffen. In den Jahren von 1820—26 wurde Bem unter mancherlei Vorwand zweimal verabschiedet, dreimal vor ein Militärtribunal gefordert und eben so oft in einen scheußlichen Kerker geworfen, wo er, des Lichts und der Luft beraubt, alle Stadien der raffinirtesten Barbarei und russischen Rache durchlaufen mußte. Da das Kriegsgericht Bem in Betreff mehrerer Staatsverbrechen, welche ihm zur Last gelegt worden waren, für nicht schuldig befunden hatte, so berief Konstantin ein anderes, fügsameres, dessen Sentenz auf 2 Monate Gefängniß lautete, welche der Verurtheilte in ihrer ganzen Strenge durchmachen mußte. Ein schrecklicher Kerker öffnete sich dem polnischen Patrioten, und eine schwere Krankheit war die Folge dieser neuen Prüfung. Kaum genesen wurde er nach einer kleinen Stadt verbannt und unter die spezielle Aufsicht der Polizei gestellt. Nach dem Tode Alexanders bat Bem den neuen Czaren um seine Entlassung. Sie wurde ihm bewilligt, und er reiste sofort nach Lemberg, wo er einige Jahre verweilte, sich viel mit Mechanik beschäftigte und in polnischer Sprache ein Werk über die Dampfmaschinen herausgab.

Kaum hatte Bem von der Erhebung Polens am denkwürdigen 29. November 1830 Kunde erhalten, als er nach Warschau eilte und sogleich daselbst zum Major mit dem Kommando einer Batterie reitender Artillerie ernannt wurde. Er nahm Theil an dem Treffen bei Iganie, wo 800 Polen über 200,00 Mann Russen siegten, und seine 16 Geschütze 40 feindliche zum Schweigen brachten und wurde nach auf dem Schlachtfelde zum Oberstlieutenant befördert. Zum blutigen Tanze bei Ostrolenka eilte er im Galopp mit seinen Kanonen herbei, deckte den Rückzug der ganzen Armee, ...

... Armee, welche auf preußischem Boden für den Augenblick ein Asyl gefunden hatten, ihren Blick nach Frankreich wendeten, und mit dem Gedanken umgingen, dort als Kern derselben zusammenzutreten und fort und fort im Interesse des nun wieder unter der Knute schmachtenden theuern Vaterlandes zu wirken, übernahm Bem die nöthigen Unterhandlungen, und brachte es endlich nach vielen Hindernissen und Schwierigkeiten so weit, daß ein Theil seiner Landsleute die Erlaubniß erhielt, sich auf Frankreichs gastlichem Boden niederlassen zu dürfen.

Im Jahre 1833 ging Bem nach Portugal, um der Sache Don Pedro's seine Kräfte zu widmen, kehrte nach dessen Tode nach Paris zurück, und betrieb, da er für den Augenblick seinem Vaterlande nicht besser zu dienen wußte, mit seltener Ausdauer die Verbreitung und Verbesserung der mnemonischen, sogenannten polnischen Methode, die denn auch in mehren Anstalten daselbst Eingang gefunden hat.

Die letzten Lebensjahre Bems werden der neuen Epoche angehören, welche, mit der Februarrevolution beginnend, bestimmt scheint, der alten Welt eine durch und durch veränderte Gestaltung zu geben. Alles, was er bis jetzt in ihr geleistet hat, ist bei uns noch in frischer Erinnerung; es bedarf also nur einiger Worte, um die Skizze bis auf unsere Tage zu vervollständigen.

Gleich nach seiner Ankunft in Wien organisirte Bem die Wehrmannschaft und wurde deren Kommandant. Nach dem Bombardement der unglücklichen Kaiserstadt wurde ein Preis auf seinen Kopf gesetzt; er rettete sich, indem er als Lohnkutscher, der eine österreichische Offiziersfamilie durch die Linien fuhr, den Händen seiner Feinde und dem gewissen Tode entrann.

Nach so viel Ungeschick hätte gewiß mancher Andere, besonders bei schon ziemlich vorgerücktem Alter, daran gedacht, von der Arbeit und den Mühen eines so bewegten Lebens auszuruhen. Der rastlose Bem war anderer Ansicht, und begann so zu sagen eine neue militärische Laufbahn mit dem vollen Feuer und der Thätigkeit der Jugend. Er übernahm den Oberbefehl in Siebenbürgen und hier entwickelte er jenes ungeheure Feldherrn- und revolutionäre Organisationstalent, welches fast ohne Beispiel in der Revolutionsgeschichte dasteht. Er wußte sich eine Armee, und für diese Armee Waffen zu verschaffen; inmitten einer durch Intriguen feindseligen ...

Bukowina treibend, bald in die Walachei, bald in die Königreiche. Heute todt gesagt oder für gefangen erklärt, bekundete er durch energische Schläge seine Gegenwart. Szekler, jetzt

verschafft, aber doch will dies Wenige im Vergleich mit der hohen Bildung, den Fortschritten in den Wissenschaften, den Sitten, die für die Welt zum Muster dienen können, und der Aufklärung, welche man bei unsern großen Geistern drüben

Mitt

Nürnberg, 8. M

De

München, 5. Mai
gen den ausgesprochenen
rungsorgan wird von Rum
alle Badersgesinnte auf di
diesen Akten geht so viel
sen wird, selbst die bluti
zuverlässiger Quelle mitge
in Schwaben und Franken
bayerische Armee konzentr
litär aus den Städten zu
bayrischen Einflüssen nicht

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 8. Mai 1849. № 128. Dienstag: Stanislaus.

Deutsche Staaten

München, 5. Mai. Das starre Stemmen der Regierung gegen den ausgesprochenen Willen des Volks steigt täglich. Das Regierungsorgan wird von Nummer zu Nummer frecher und schimpft gegen alle Andersgesinnte auf die gemeinste Weise gleich Straßenbuben. Aus diesem Allen geht so viel hervor, daß man kein Mittel unversucht lassen wird, selbst die blutigsten nicht. So wurde mir heute aus ganz zuverlässiger Quelle mitgetheilt, daß die Regierung zwei große Lager in Schwaben und Franken zusammenziehen wolle, in welchen die ganze bayerische Armee konzentrirt werden soll, um auf diese Weise das Militär aus den Städten zu entfernen, weil man es dort vor den demokratischen Einflüssen nicht sicher glaubt. Es scheint demnach, daß die Regierung, troß dem, daß ihr Anhang und Dienertroß mit frecher Vermessenheit dem Volke lauten Hohn ins Gesicht speit, den Trägern ihrer Bajonnette doch nicht so ganz traut, und die politische Entwickelung derselben um jeden Preis zu hemmen sucht. Während das Volk durch Adressen mit zahlreichen Unterschriften gegen jede „Vereinbarung" der Reichsverfassung mit den Fürsten sich ausspricht, denn diese haben kein Recht, zu verwerfen, ist der österreichische Einfluß durch die Person einer hochgestellten Dame, durch welche auch unser gegenwärtiges Ministerium gebildet wurde, thätiger als je, und es liegt keinem Zweifel mehr unterworfen, daß dieser schädliche Einfluß auf alle Regierungshandlungen wirkt und Bayern vielleicht in einen Bürgerkrieg stürgerkrieg stürzt. Die vom Minister v. d. Pfordten verfaßte »bayerische Erklärung« war der Fehdebrief an das Volk, welches ihn durch seine gesetzlichen Vertreter beantworten wird; wie die Antwort ausfällt, weiß man nur zu gut, daher beabsichtigt man auch von »Oben« die Auflösung der Kammer. (D. f. Z.)

Speyer, 4. Mai. Indem wir auf unsere gestrige Mittheilung über die Kaiserslauterer Versammlung hinweisen, fügen wir bei, daß der erwähnte Landesvertheidigungsausschuß noch am Abende gewählt wurde und aus den Bürgern Schülee, Culmann, R. Schmidt, Reichard, Fries, Dr. Herp, Dr. Greiner, Dr. Hannitz, Didier und Notar Schmidt aus Kirchheim besteht. Zur Hälfte soll er permanent in Kaiserslautern verbleiben und hat sich, falls die bayerische Regierung nicht auf Anerkennung der Reichsverfassung eingeht, über folgende Erlasse geeinigt: 1) An die Bewohner jener Länder, welche bereits die Verfassung anerkannt haben, als Würtemberg, Baden und Hessen Aufrufe zum Anschluß zu erlassen, 2) alle waffenfähige Männer vom 18. bis 30. Jahre solle sofort aufgerufen und die ganze streitbare Bevölkerung in 4 Brigaden eingetheilt werden, jeder Kanton hat 1 Bataillon und jeder Landkommissariatsbezirk ein Regiment zu stellen und die Gemeinden für Munition und Waffen zu sorgen, 3) für das Bewaffnungswesen wurden alsbald 3 Männer bezeichnet, die dasselbe in die Hand nehmen und zugleich beschlossen, den General Dufour aufzufordern, das Oberkommando zu übernehmen. (N. Sp. Z.)

Kaiserslautern, 3. Mai. In dem eben stattfindenden Bürgerwehrkongreß wurde die unbedingte Unterordnung der pfälzischen Volkswehr unter den Landesvertheidigungsausschuß beschlossen und die Ernennung des Oberkommandanten demselben überlassen. Der Landesvertheidigungsausschuß erklärt durch sein Mitglied Reichard, daß die Generalversammlung die Sache schon in Betracht gezogen und sich an den Schweizer-General Dufour wenden werde. Die Begeisterung, mit welcher dieser Beschluß aufgenommen wurde, ist unbeschreiblich. Der Kongreß ist kräftig und entschieden. Der Landesvertheidigungsausschuß hat durch seine große Energie die Herzen aller gewonnen. Von allen anwesenden Bürgerwehrmännern wurde sofort der Eid auf die Verfassung geleistet. (K. B.)

Würzburg, 5. Mai. So eben trifft die Ordre ein, daß 2 Batterien des hiesigen Artillerie-Regiments sich marschfertig halten sollen. (N. W. Z.)

Freiburg, 3. Mai. In der heutigen zweiten Sitzung des Assisengerichts gegen Fickler, Bornstedt, Steinmetz und Keebs wurde alsbald nach Eröffnung der Sitzung die Liste der Geschwornen verlesen. Hierauf ergriff Brentano das Wort, um seine Einsprache gegen die Zusammensetzung des Gerichts, sowie überhaupt gegen das ganze Verfahren ausführlich zu begründen, und namentlich das ganze Verfahren schon deßhalb als ungesetzmäßig zu erklären, weil nicht die Amtsrichter wie der Gesetzentwurf es verlange, sondern die Polizeibeamten der Regierung die Geschwornen ausgesucht hätten. Der Staatsanwalt enthält sich jeder Aeußerung hierüber und es wurde sofort zur Fragestellung an die Angeklagten geschritten. Bornstedt erzählte nun ausführlich, wie er mit Andern sich über die Bildung einer deutschen demokratischen Legion besprochen, Einladungen zu Versammlungen erlassen, überhaupt wie er diese Legion gebildet, wer die Theilnehmer gewesen seyen u. s. w., wie er zum Vizepräsident und Herwegh zum Präsident gewählt worden sey. Er gesteht zu, daß der Zweck dieser Legion die Unterstützung der deutschen Revolution gewesen sey; viele Franzosen, die sich auch zur Aufnahme in diese Legion gemeldet hätten, habe er zurückgewiesen, da sie blos aus Deutschen bestehen durfte. Ein aufgefundenes Exercierreglement rühre nicht von ihm her, sondern von Schimmelpenning; das aufgefundene Kassabuch kennt er gar nicht. Zwei Proklamationen in franz. Sprache wurden vorgelegt und übersetzt; ebenso ein Brief des Centralkomites dieser Legion an Fickler und seine Antwort darauf. Bei Vorlage dieser Aktenstücke erhob sich Fickler und protestirte gegen die Verwickelung seines Prozesses mit dem Bornstedt's und der übrigen Angeklagten. Er erklärte mit dieser Pariser deutschen demokratischen Legion in keinerlei Verbindung gestanden zu haben und verwahrte sich gegen Verschmelzung seiner Sache mit dieser. Bornstedt bestätigte diese Aussage Ficklers, und erklärte, daß dieser nicht einmal von ihrem Vorhaben hätte Kenntniß haben können; der Brief des Centralkomites sey aber deßhalb an Fickler gerichtet worden, weil man ihn den Namen nach als Volksmann gekannt hätte; er sey mehr als Cirkulär, denn als Brief zu betrachten. Er bestreitet ebenfalls, daß der Prozeß gegen Fickler mit dem seinigen vereinigt werden könne; wie die Antwort Ficklers in die Hände der badischen Regierung gekommen sey, sey ihm ein Räthsel. Auch dagegen verwahrte er sich, daß die Legion gegen den Willen des badischen Volkes eingebrochen sey. Bei diesem Anlaß kam es auf die damals ausgestreuten Gerüchte über einen Einfall der Franzosen zu sprechen. Der Angeklagte und die Vertheidiger führten aus, diese Gerüchte seyen von der Regierung zur Erreichung gewisser Zwecke, nämlich, um unbemerkt Truppen an die Gränze stellen zu können, verbreitet worden. Hierüber entspinnt sich eine lange, sehr interessante Debatte. (Frft. O.-P. Z.)

Karlsruhe, 4. Mai. Unsere Regierung hat einen neuen Schritt gethan, ihre vaterländischen Gesinnungen zu offenbaren. Ich kann Ihnen aus sicherster Quelle die Mittheilung machen, daß die Reichsverfassung und das Reichswahlgesetz sich unter der Presse befinden, und morgen durch das Regierungsblatt publizirt werden. Die Publikation wäre schon vor einigen Tagen erfolgt, hätte nicht die Abwesenheit des Staatsraths Bekk, welcher wegen Unwohlseyn in Baden verweilt, eine Verzögerung veranlaßt. (D. Z.)

Braunschweig, 2. Mai. Die Abgeordneten-Versammlung hat heute nach Empfang des Schreibens vom Staatsministerium sehr energische Beschlüsse gefaßt: 1) daß mit möglichstem Eifer und größter Schnelligkeit die Organisation der Volkswehren ins Leben gerufen und das erste Aufgebot sofort mit gehörigen Waffen versehen, eingeübt und kampffähig gemacht werde. 2) Daß zu diesem Ende die sämmtlichen vorräthigen Schuß- und Hiebwaffen, so weit sie nicht unbedingt für die Truppen erforderlich seyen, den Volkswehren überlassen würden. 3) Daß der Centralgewalt die Streitkräfte des Herzogthums zur Aufrechthaltung und Durchführung der Reichsverfassung zur Verwendung gestellt würden. Endlich, daß die im Zeughaus befindlichen brauchbaren Kanonen nebst genügender Munition an die Volkswehr abgeliefert werden. Das Ministerium, welches sich am Morgen seine Erklärung über diese Beschlüsse vorbehalten, gab in der Nachmittagssitzung eine im Allgemeinen die Kammer zufriedenstellende Erklärung, behielt sich indeß über das Spezielle seine Entschließung vor. (Wes. Z.)

** **Frankfurt**, 5. Mai. In der gestern zum zweitenmal vertagten konstituirenden Reichsversammlung wurde die deutsche Frage mit Rosenwasser abgewaschen, das Schwert wurde nebenan liegen gelassen. Armes deutsches Volk, deine Vertreter verstehen die Aufgabe der Zeit nicht, sie sind aber auch gestern bei ihrem späten Austritt aus der Paulskirche von dem Volke gehörig bedient worden durch Pfeifen und Zischen. Die Anträge der Minorität und jene von Haudenschmid, M. Mohl, Wedekind, Wigard, Erde, v. Reden u. s. w. wurden verworfen, und zwar die Nummer 7 des ersten Minoritätserachtens und der Simon'sche Antrag (Beeidigung der Beamten und des Militärs) bei namentlicher Abstimmung mit 259 gegen 138 und 244 gegen 133 Stimmen.

Der Antrag der Majorität des Ausschusses erhielt bei namentlicher Abstimmung eine Mehrheit von 2 (190 gegen 188) Stimmen. Schluß der Sitzung 9½ Uhr; nächste Sitzung Montag.

Frankfurt, 5 Mai. Wir vernehmen aus guter Quelle, daß heute ein Reichskommissär von hier nach Homburg abgehen wird, um die Spielbank zu schließen. Hr. Dr. Knyn, Staatsprokurator beim Kreisgerichte zu Mainz, ist von dem Reichsministerium mit diesem Geschäft beauftragt. (Frkft. D.-P.-Z.)

Hannover, 3. Mai. Die Sendung des Majors v. Manteuffel aus Berlin hierher betraf die preussischen Oktroyirungspläne und hat den erwarteten Erfolg gehabt. Ganz in der Stille wird Stüve mit Hrn. v. Wangenheim in diesen Tagen nach Berlin gehen, nur kurze Zeit dort bleiben, um die Sache mit einzuleiten und dann die weiteren Verhandlungen über das Projekt des Hrn. v. Radowitz den Händen des Hrn. v. Wangenheim überlassen. Man hofft, daß die Einigung über die zu oktroyirenden Dinge sehr leicht zu erzielen seyn werde und denkt dann Preussen die Durchführung der Maßregel in der Weise zu überlassen, daß man es provisorisch an die Spitze von Deutschland stellt. (Oho!) (Wes. Z.)

Aus der Landgrafschaft Hessen-Homburg, 5. Mai. Unsere um die Mitte des vorigen Monats zusammengetretene konstituirende Ständekammer hat bereits eine neue Gemeindeordnung und ein Gesetz über die Einführung von Bezirksräthen berathen und beschlossen; jetzt finden die Verhandlungen über die einzuführende landständische Verfassung statt. Das Wahlgesetz ist bereits fertig. Noch im Laufe dieses Monats wird diese Landesversammlung ihre Aufgabe zweifelsohne zur Zufriedenheit des Landes vollenden. (Frkft. J.)

†°† **Berlin**, den 4. Mai. Die Wahlagitation beginnt bereits von Neuem. Ein Centralkomité der demokratischen Partei hat sich vorgestern konstituirt und folgendes Manifest erlassen: „Mitbürger! Euere Vertreter, in dem ernsten Streben, die dauerhafte Gründung unserer öffentlichen Zustände herbeizuführen, selther durch mancherlei Umstände gehindert, sind jetzt ihrer Thätigkeit vermöge der stattgefundenen Auflösung der zweiten Kammer gänzlich entzogen worden. Neue Wahlen sollen beurkunden, ob die Abgeordneten und welche von ihnen in eurem Sinne gehandelt haben. Das Volk kann diesen Ausspruch nur thun, indem es sich in Urwahlen geltend macht, die allen Bürgern, den armen wie den reichen, gleiche Berechtigung geben. Dies Recht habt ihr zweimal ausgeübt, im Mai des vorigen Jahres, im Februar dieses Jahres, es kann, es darf euch nicht entzogen werden.

Es ist eure theuer erkaufte Errungenschaft, anerkannt durch das Gesetz vom 8 April 1848, anerkannt sogar durch den Art. 67 der vom Ministerium oktroyirten Verfassung vom 5. Dezbr. 1848. Die Feinde der volksthümlichen Wahlen erheben sich jetzt lebhaft gegen dieses geheiligte, auch von dem Frankfurter Parlament anerkannte Recht des Volkes. Sie verlangen einen Census, ein Vorrecht der Reichen, sie verlangen: daß nach dem veralteten System klassenweise gewählt und der vermögenden Klasse größere Rechte eingeräumt werden. Sie wollen durch Auslegungen und Winkelzüge erreichen, was ihnen auf geradem Wege verwehrt ist. Zu diesem Zweck verbreiten sie Adressen im Volke; während, daß dieses thöricht genug seyn werde, sich selbst die Hände zu binden und durch Preisgebung des edelsten Rechts der früheren Unterdrückung die Wege zu bahnen. Hört nicht auf solche Stimmen, weiset mit Energie, welche deutschen und festen Männern geziemt, die Versuchenden von euch. Ungesetzlich wäre jede, auch die geringste Beschränkung des Urwählerrechts, jede Veränderung des Rechts, gewählt zu werden; ungesetzlich sogar nach der Verfassung vom 5. Dezbr., deren 105. Artikel zu solchen Schritten nicht berechtigt. Das Wenige, das eure Vertreter in der Nationalversammlung für euch errungen haben, würde wieder in Frage gestellt, jede Besserung der zerrütteten geselligen Zustände gehindert, jedes wahre volksthümliche Leben im Keime erstickt werden; wenn der Plan, die Volksvertretung zu verfälschen, Eingang fände. Haltet also fest an euren Rechten und vermeidet in schwerer Zeit nicht, sie auszuüben und zu behaupten. Zeigt, daß ihr der erkämpften Freiheit würdig seyd. Berlin, 3. Mai 1849. Das Centralkomité für volksthümliche Wahlen im preussischen Staate: Waldeck. Bucher. Rodbertus. Ziegner. v. Unruh. Phillips. Berends. Bauer (Krotoschin). Holtbeiner. Dr. K. Waldeck. Runge. M. Hertz. H. Gehrke. A. Collmann."

Es steht zu hoffen, daß die Leiter der Wahlbewegung mit Erfolg dem Wirken derjenigen entgegentreten werden, welche bemüht sind, dem Volke die Betheiligung an den Wahlen gänzlich abzurathen. Das Beispiel der hannoverschen Minderheitswahlen und die Geschichte des Ministeriums Brandenburg sollte davor warnen, einem absolutistischen Ministerium und einer nach der Vollendung der Kontrerevolution lechzenden Büreaukratie durch passives Verhalten in die Hände zu arbeiten. Gleichwohl sind die Männer, die sich bis jetzt entschieden gegen eine Betheiligung bei Neuwahlen ausgesprochen haben, weder an Zahl noch an Bedeutung gering. Namentlich hat ein berühmter Gelehrter, der seit einer langen Reihe von Jahren als freisinnig bekannt ist, sich in diesem Sinne ausgesprochen.

Die Bemühungen des Herrn Bassermann, das Ministerium zu Entschließungen zu veranlassen, welche den Wünschen des deutschen Volkes und den Beschlüssen der Frankfurter Reichsversammlung wenigstens annähernd entsprechen könnten, sind, wie wir von guter Hand erfahren, vollständig gescheitert. Dem Vernehmen nach gingen die Vorschläge des Herrn Bassermann im Wesentlichen mit den Itzenplitz'schen Propositionen konform. Obgleich diese das Minimum von Konzessionen enthalten, welche Deutschland von der preussischen Regierung zu erwarten berechtigt seyn dürfte, so soll das Ministerium dennoch erklärt haben, sich zu keiner von den bereits kundgegebenen Entschließungen irgend wie abweichenden Willensmeinung bestimmen lassen zu können.

Die Abreise des Herrn Bassermann ist sonach in Kurzem zu erwarten. Herr v. Vincke befindet sich noch immer hier. So entschieden derselbe die Maaßregeln der Regierung gegen die preussische II. Kammer und ihr Verhalten gegen die deutsche Nationalversammlung mißbilligt, so hält er es dennoch nicht für gerathen, sich jetzt in die letztere, der er als Mitglied noch angehört, zu begeben. Herr v. Vincke fürchtet eine gewaltsame Entwicklung der Verhältnisse, und vermeidet es, sich in eine Lage zu begeben, die in der einen oder anderen Weise ihm für die Zukunft die politische Stellung erschweren möchte. Zugleich genügt er durch sein Verweilen in Berlin auch den Wünschen der liberal-konservativen Partei, die noch immer auf eine Konjunktur hofft, in welcher die Anwesenheit dieses ihres gewandtesten Kämpfers von einer entscheidenden Wichtigkeit werden könnte.

Während die durch hiesige Blätter verbreitete Nachricht von einer Seitens des Ministeriums des Innern der Oberschlesischen Eisenbahn ertheilten Ermächtigung, russische Truppen nach Oesterreich zu befördern, in halbamtlichen Artikeln bestritten wird, treffen Briefe von der preussisch-österreichischen Grenze ein, welche, die ursprüngliche Nachricht bestätigend, von offiziellen Veranstaltungen zum Transport der russischen Hülfstruppen melden. Eins dieser Schreiben enthält sogar eine detaillirte Marschroute in Bezug auf jenen Transport.

In mehreren Kompagnien der hiesigen Garnison soll es zu Zwiespälten gekommen seyn, die von den Vorgesetzten mit besorglichem Auge angesehen werden. Die aus den gebildeteren Ständen in den Soldatenstand eingetretenen Freiwilligen stehen im Geruch demokratischer Gesinnungen und Bestrebungen. Von den Kameraden wie von den Offizieren werden sie deshalb mißtrauisch überwacht. Gleichwohl sollen diese Gebildeteren einzelne der Uebrigen für ihre Ueberzeugungen gewonnen und dadurch Zwistigkeiten hervorgerufen haben. Diese politische Meinungsverschiedenheit gibt sich im Militair auf eine eigenthümliche Weise kund. Auf dem Marsche nach und von den Schießständen stimmt die reaktionäre Hälfte der Kompagnie das Lied: „Ich bin ein Preuße" an, während die andere Hälfte „Was ist des Deutschen Vaterland?" singt. Unter den Konstablern gibt es in gleicher Art zu. Auch hier besteht eine demokratische Partei, welcher meist diejenigen angehören, die früher gewerbtreibende Bürger waren, in Folge der Märzrevolution keine Geschäfte hatten und gleich bei der Bildung der Schutzmannschaft eintraten. Viele dieser Männer schieden bei dem Wiederaufleben des Verkehrs aus und wurden durch begünstigte Personen ersetzt. Diese gehören meist der Reaktion an.

Kolding, vom 1. Mai. Gestern hatten wir einen kurzen Besuch vom Obergeneral Prittwitz. Er kam, um sich das Feld anzusehen, auf welchem wir geschlagen haben; die Position in Augenschein zu nehmen, auf der er stehen sollte; um endlich einige Bataillons zu begrüßen, die bisher von ihm nichts wußten. Nur aus der unbegreiflichen Zögerung, die allen Erfolg unseres siegreichen Gefechts in Frage stellt, alle Mühen und alle Wunden — das bischen Ehre ausgenommen — zu Schanden macht, nur daraus merkt auch der gemeine Mann, daß über seinen General, der das vollste Vertrauen gewonnen hat, noch ein höherer Dreizack gebiete und an sich halte. So geheimnißvoll bei solchen Truppenmassen ist noch nie ein Krieg geführt worden. Wo stehen sie nur? Was bezwecken sie? Bei Düppel lohte es auf — wie ein vereinzeltes Wachtfeuer, aber schnell ist es ausgebrannt und verkohlt. Bei Kolding schlugs wieder auf — aber die brennende Stadt war gleichsam nur ein warnendes Phanal für den Feind, sich in Sicherheit zu begeben. — Dieser Zustand wird unerträglich, die Versäumniß unverzeihlich. Ohne unsern Rücken gedeckt zu haben, dürfen wir keine zweite Schlacht in Feindesland wagen. (N. Fr. Pr.)

In einem Cirkular des Reichsministerpräsident v. Gagern heißt es am Schlusse: Der Krieg kann nicht unter so ungleichen Bedingungen in die Länge gezogen und mit seiner Last den Herzogthümern aufgebürdet werden. Es ist daher von Seiner Kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Reichsverweser unerläßlich gefunden worden, dem kommandirenden General die Ermächtigung zu ertheilen, die dänische Truppenmacht in Jutland aufzusuchen und in dieser Provinz gegen den Schaden, welchen die deutsche Schifffahrt erleidet, Repressalien zu ergreifen. Obwohl eine unrichtige Deutung dieser durch die Umstände gebotenen Entschließung kaum besorgt werden kann, so hat doch der Reichsverweser zugleich dem Unterzeichneten anbefohlen, ausdrücklich zu erklären, daß die Besetzung Jütlands in keiner andern Absicht geschieht, als um einen ungerechten Angriff zurückzuweisen und den Klagen des Deutschen Handelsstandes Abhülfe zu sichern. Diese Maßregel ist nicht bestimmt, einen Augenblick länger zu dauern, als die Erreichung ihres Zweckes gebieterisch erfordern wird. Frankfurt, den 24. April 1849. v. Gagern. (Alt. M.)

Greifswald, 2. Mai. Die Insel Usedom, die durch die Wahl Rodbertus früher ihre entschiedene Gesinnung zeigte, legt sie heute durch eine offene Revolution an den Tag. Da kein Militär dort steht, ist eine Kompagnie Jäger von hier dorthin detachirt, um die Ruhe herzustellen. (D. Z.)

Dresden, den 4. Mai. Die Dresdner Zeitung enthält folgende Kundmachung der provisorischen Regierung: Sachsen! Das brave sächsische Militär hat dem Gebote der Pflicht gegen die heiligen Interessen des Vaterlandes Genüge geleistet. Das Zeughaus ist übergeben, und von Militär und Bürgerwehr gemeinschaftlich als Nationaleigenthum besetzt. Deutschland ist dem sächsischen Militär zum Danke verpflichtet. Sachsen! steht auf wie Ein Mann! Das Volk, das ganze Volk ist eins! Es gilt nur, dem äußern Feind entgegenzutreten. An euch ist es, Deutschland einig, frei zu machen. Das Vaterland, die provisorische Regierung rechnet auf euch. Dresden, den 4. Mai 1849. Die provisorische Regierung von Sachsen. Tzschirner. Heubner. Todt.

Dresden, 5. Mai, Mittags. Der Stand der Dinge ist mit Ausnahme des Zeughauses, das neben dem Militär auch noch von Communalgarde besetzt ist, im Ganzen derselbe geblieben, indem bis diesen Nachmittag eine faktische Waffenruhe herrschte und beide Theile ihre Stellungen innebehielten. Außer dem Leibregimente, welches noch gestern Abend eintreffen sollte, hat die Militärgewalt heute noch eine Verstärkung von Preussen aus Berlin erhalten. (Berichte, die in Leipzig diesen Nachmittag aus Röderau anlangten, melden, daß in der That dort ein preussisches Bataillon auf der Eisenbahn vorbeipassirte, das von Berlin nach Dresden gesandt war. Da die Leipzig-Dresdner Bahnverwaltung keine Wagen und Maschinen gestellt, mußte es mit den Berliner Wagen und Maschinen nach Dresden befördert werden.) (Lpz. Z.)

• 2 Reisende aus Leipzig melden, daß 2 Regimenter Preussen in Dresden angegriffen haben und zurückgeschlagen wurden, daß nach Dresden das ganze Land Freischaaren schickt, wie man sagt, es seyen in Dresden jetzt an 100000 Streiter, daß die sächsischen Truppen sehr unzufrieden über das Einrücken der Preussen sind; daß die in Görlitz und Eisleben liegenden preuss. Landwehrregimenter sich geweigert haben, gegen Dresden zu marschiren; daß der König von Sachsen eine äusserst perfide Proklamation erlassen hat, die Alles entrüstet. Von Leipzig aus sind 600 Mann, sehr gut bewaffnet, nach Dresden gezogen. Das Landvolk strömt von allen Seiten nach der Hauptstadt. Von Altenburg haben sich Viele nach der Hauptstadt heimlich, den Dresdnern zu Hülfe, durchgestohlen.

Freiberg, 3. Mai. Heute früh ist eine Schwadron des hiesigen Regiments nach der böhmischen Grenze abgegangen wegen des Uebertritts der Ungarn. Indem ich dies schreibe (Abends 10 Uhr) ist die größte Bewegung in unserer Stadt in Folge der Nachrichten aus Dresden. Eine Volksversammlung wird abgehalten, die Kommunalgarde aufgeboten und Zuzug von Freiwilligen nach Dresden beschlossen. (D. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Deutsche Männer!

Die Gewaltherrschaft der Könige hat ihre Maske abgeworfen!

Sie hat es gewagt — Angesichts der Völker Europas — mit Vernichtung zu bedrohen Alles, was civilisirten Nationen hoch und heilig ist!

Sie hat die russische Barbarei auf Deutschlands Boden gerufen!

Worebrüchig verläugnet sie den letzten Schimmer von unseres Volkes Selbstständigkeit und Freiheit, die sie vor wenigen Monden bebend anerkannte!

Fürstenwillkür vernichtet, was die Vertreter des souveränen Volkes beschlossen!

Deutsche! Jetzt gilt es abermals, zum letzten Male, Eure Freiheit gegen die Angriffe der Fürsten zu schützen. Blicket auf das Beispiel der thatentschlossenen Pfälzer. Säumet nicht, bewaffnet Euch, organisirt Euch, benutzet Eure Vereine, wählet leitende Wehrausschüsse, seyd mannhaft gerüstet für den Augenblick, wo Ihr Euch den Gewaltschritten der Willkurherrn entgegen zu stellen habt!

Und Ihr, Männer der Pfalz! — die Ihr für Freiheit, Ehre und Recht bereits in die Schranken getreten seyd gegen den Verrath der Könige, haltet muthig Stand! Pfälzer! Deutschlands Männer können und werden nicht thatlos und feig Eurer Erhebung zusehen; sie werden es nicht geschehen lassen, daß der Despotismus über Eure Leichen hinweg auch zur Vernichtung ihrer und des ganzen Volkes Freiheit schreite!

Frankfurt a. M., am 5. Mai 1849.

Die äußerste Linke der National-Versammlung.
(Klubb Donnersberg.)

Brentano. Culmann. Damm. Dietsch. Erbe. Hönniger. Hoffbauer. Junghanns. Martiny. Mohr. Peter. Reichardt. Reinhardt. Richter. Rühl. Schlöffel. Schlutter. Schmidt. Schmitt. Schüler. Schütz. Titus. Trützschler. Werner. Wiesner. Würth.

Deutsche Staaten.

Speyer, den 6. Mai. In Folge der neuesten Ereignisse in der Pfalz hat die provisorische Centralgewalt einen Bevollmächtigten nach diesem Lande abgesendet. Wir freuen uns, bezeugen zu können, daß der Ernannte niemand anders ist, als der sächsische Abgeordnete und derzeitige Vicepräsident der Nationalversammlung, Eisenstuck. Derselbe ist bereits diese Nacht hier eingetroffen und begibt sich heute früh nach Neustadt. Wir hegen die Hoffnung, daß es diesem in jeder Beziehung erprobten, trefflichen, gesinnungstüchtigen Manne gelingen werde, — bei einem eben so besonnenen und gesetzlichen, als festen Benehmen der Pfälzer — eine glückliche Lösung der Dinge, nach den gerechten Erwartungen des Pfälzischen Volkes und jedes wahren Deutschen, zu fördern und herbeizuführen. (N. Sp. Z.)

Kaiserslautern, den 3. Mai. Unterm Heutigen hat der Landesvertheidigungsausschuß folgendes Schreiben an die Befehlshaber der pfälzischen Volkswehren ergehen lassen: „Wir theilen Ihnen die unter Heutigem gefaßten Beschlüsse nachstehend zur Einsicht und Darnachachtung mit: Der Landesvertheidigungsausschuß der Pfalz beschließt auf den Antrag der dahier unter heutigem Tage versammelt gewesenen Abgesandten der Volkswehr: 1) Der Schweizergeneral Dufour wird zum Oberbefehlshaber der pfälzischen Volkswehr ernannt, und sofort brieflich ersucht, sich über die Annahme der Befehlshaberstelle zu erklaren. — 2) Die durch den Kongreß der Volkswehr dem Landesvertheidigungsausschusse zur Unterstützung bei den Berathungen über die Organisation der Volksbewaffnung beigegebenen Volkswehrmänner 1) Philipp Heintz aus Zweibrucken; 2) Dr. Hitzfeld aus Kirchheimbolanden; 3) Tabaksfabrikant Trauth aus Landau, sind ohne Verzug einzuberufen. — 3) Die Befehlshaber der Volkswehr in den einzelnen Gemeinden haben ihre Mannschaften folgenden Eid leisten lassen: „Ich schwöre, das Reich und die Rechte des deutschen Volkes zu schirmen, die Reichsverfassung aufrecht zu erhalten und sie mit Gut und Blut zu vertheidigen. So wahr mir Gott helfe." — Geschehen zu Kaiserslautern am 3. Mai 1849. Mit brüderlichem Gruße! Der Landesvertheidigungsausschuß: Dr. Hepp. Reichard. Dr. Greiner. P. Fries. H. Didier." (N. Sp. Z.)

Neustadt, den 5. Mai. Gestern Abend fand auf dem hiesigen Marktplatze die Beeidigung der Burgerwehr auf die Reichsverfassung auf würdige, erhebende und rührende Weise statt. Die Bürgerwehrmänner fühlten den Ernst der Zeit und waren durchdrungen von der Wichtigkeit des Augenblicks; und als feierlich und männlich ernst das Gelubde aus dem Munde dieser bewaffneten Burger ertönte, mit Gut und Blut einzustehen für die Verfassung des Reichs, welche die souveränen Vertreter des deutschen Volkes für Deutschland gegeben, da wurden auch die Zuhörer begeistert und selbst das unempfindlichste Herz hingerissen zu dem Entschlusse, Theil zu nehmen an dem Kampfe für ein Gut, das eine unvolksthümliche Hauspolitik der Machthaber dem deutschen Volke nicht zuerkennen will; indem sie die Anerkennung einer Reichsverfassung verweigert, die doch von einer von den Regierungen anerkannten Nationalversammlung endgültig beschlossen wurde. Wahrlich! wenn die Burgerwehr uberall von diesem Geiste beseelt ist; wenn alle Pfälzer so eingenk sind ihrer Vorfahren, die für ihr gutes Recht einzustehen wußten; wenn aller Orten die Bürgerwehr ihren schonen Beruf erfaßt und bedenkt, daß es sich um ein heiliges Recht handelt; wenn die Burger der Pfalz einig sind und dastehen wie Ein Mann, wo ist dann die Macht, die dem einigen und starken, dem begeisterten und muthigen Volke das vorenthalten oder entreißen könnte, was ihm seine gesetzlichen Vertreter geschaffen.

Nach der Beeidigung ging es zum Exercitium auf den Eisenbahnplatz und nachher wieder zuruck auf den Marktplatz, wo der Friedensrichter noch eine eindringliche Rede hielt. Der Abend war so ernst und feierlich, daß auch bei der großen Volksmenge, die die Straßen durchzog, der Ernst auf den Gesichtern zu lesen war.

Die königliche Regierung der Pfalz hat ein Publikandum erlassen, worin die Pfälzer ermahnt werden, den gesetzlichen Boden nicht zu verlassen, und den Zusammentritt des Landtags zu erwarten, bei welchem die hochwichtige deutsche Frage zum Austrage gelangen werde.

Kaiserslautern, 3. Mai. Der Landesvertheidigungsausschuß hat nicht nur einen Aufruf an die Pfälzer, zu den Waffen zu greifen, erlassen, sondern auch eine Ansprache an die übrigen Bayern gerichtet, worin diese ermahnt werden, gleiche Beschlüsse wie das in Kaiserslautern versammelt gewesene Volk zu erlassen und thatkräftig auszuführen. Von Beschlagnahme der Staatskassen finden wir in den dort veröffentlichten Beschlüssen des Landes-Vertheidigungs-Ausschusses nichts (wonach demnach die erste Abtheilung des „Mannheimer Journals" zu berichtigen wäre.) Die Steuerverweigerung ist nur für den Fall, als die Regierung sich weigere, die Reichsverfassung anzuerkennen. Die Beschlüsse sollen der Nationalversammlung mitgetheilt und diese wegen ihrer weitern Maßnahmen deshalb interpellirt werden. (Frkft. J.)

Bayreuth, 7. Mai. Heute Morgen gingen 2 Kompagnien des hiesigen Infanterie-Regiments nach Hof ab. (Bayr. Z.)

Mannheim, 6. Mai. Ein außerordentliches Blatt zur Mannheimer Abendzeitung enthält folgenden Aufruf an das Volk in Baden: Mitbürger! Der Konig von Bayern läßt, wie wir vernehmen, gegen unsere Bruder in Rheinbayern, welche die gesetzlich festgestellten Rechte des deutschen Volkes gegen die Anmaßungen der Wittelsbachischen Fürstenfamilie zu beschützen suchen, Truppen marschiren. Es sollen bayerische Regimenter durch das badische Land hindurch nach Rheinbayern befördert werden. Die badische Regierung kann diesen Truppen den Durchmarsch nicht gestatten, wenn sie nicht selber den fürstlichen Widerstand gegen die Reichsverfassung unterstützen, sich der Auflehnung gegen dieselbe mitschuldig machen will. Die badischen Bürger aber sind nicht gehalten, außerbadische Truppen bei sich aufzunehmen, welche nicht mit einem ausdrücklichen Befehle der Centralgewalt versehen sind. Wir fordern daher alle badischen Bürger auf, sich einer ihnen unter solchen Verhältnissen und in der genannten Absicht etwa zugedachten Einquartierung nach Kräften zu widersetzen, namentlich aber von ihren Gemeindebehörden zu verlangen, daß sie jegliches Ansinnen, einer derartigen Zumuthung Folge zu leisten, mit aller ihnen zu Gebote stehenden Macht und Entschiedenheit zurückweisen. Mannheim 6. Mai 1849. Der provisorische Landesausschuß der Volksvereine in Baden. Auf Antrag des provisorischen Landesausschusses hat der hiesige Gemeinderath die Zusage gemacht, den obigen Gegenstand heute noch in Berathung zu ziehen.

Frankfurt, 6. Mai. Das seither hier in Garnison gestandene bayer. Infanterie-Bataillon, aus Pfälzern bestehend, ist heute nach Landau zurückmarschirt. Es wurde von den Bürgern mit vielfachem Hoch entlassen und dankte jubelnd. (N. W. Z.)

Frankfurt, 6. Mai. Heute Vormittag waren 450 Märzvereine für den Kongreß angemeldet und vertreten. Im deutschen Hof fand eine vorbereitende Sitzung statt. Der Hauptsitz findet heute Nachmittag im »Wolfseck« statt, der Andrang soll, trotz der Ausgabe von Eintrittskarten, furchtbar gewesen seyn. Es wird wohl nur eine Sitzung stattfinden, in welcher Beschluß wegen Vertheidigung der Reichsverfassung und des Vaterlandes gefaßt wird und die Mitglieder dann zur Ausführung desselben in die Heimath eilen.

Nachschrift. Die Sitzung des Kongresses des Märzvereins ist sehr stürmisch. Wie es nun steht, wird der Kongreß mehrere Tage andauern, ein Aufruf an das deutsche Volk und Militär berathen, und ein Ausschuß zum Vollzug der Beschlüsse niedergesetzt werden. (N. W. Z.)

Frankfurt, 6. Mai. Heute erfolgte die Ernennung des großherzoglich sächsischen Staatsministers v. Watzdorff zum Reichskommissär für das Königreich Sachsen, zum Zweck der Wiederherstellung des gestörten Reichsfriedens. (Frkft. O.-P.-Z.)

Hannover, 5. April, Nachmittags 4 Uhr. Alle Kompagnien der Bürgerwehr, bis auf zwei, haben den Neutralitätsantrag des Generalkommanda's abgelehnt und sich für die Reichsverfassung ausgesprochen. Der bisherige Chef, Hr. Holscher, hat sein Amt niedergelegt, worauf die 11. Kompagnie die Bürgerwehrfahne aus seinem Hause abgeholt und zum Stellvertreter Major Kraul gebracht hat. Magistrat und Bürgervorsteherkollegium haben eine wenig bedeutende Petition zur Beseitigung der der Reichsverfassung entgegenstehenden Bedenken an den König beschlossen. Die Anträge der Herren Peters und Schlager auf ein Mißtrauensvotum an das Ministerium sind abgelehnt. (Ztg. f. Nordd.)

Hannover, 4. Mai. Auf morgen sind mehrere tausend Mann Preussen in den Vorstädten der Stadt zur Einquartirung angesagt; sie sollen hier einige Ruhetage halten, dann ihren Weg nach Süddeutschland weiter fortsetzen. Gott schütze Deutschland! (W. Z.)

Lehrte, 5. Mai. Die bevorstehende Ankunft von fünf bis sechs tausend Mann preussischer Truppen wurde heute morgen nach der hiesigen Eisenbahnstation telegraphirt. Wahrscheinlich wird es sich ganz zufällig so treffen, daß diese Truppen am Montage in Hannover Ruhetag halten. (Z. f. N.)

†*† **Berlin**, 6. Mai. Als wir vor einigen Tagen mittheilten, wie der Minister v. Manteuffel dem Eisenbahndirektor Lewald in Breslau mittelst telegraphischer Depesche den Durchmarsch von circa 30,000 Mann Russen annoncirte, waren wir zu dieser Mittheilung durch die genaueste Kenntniß der Thatsache vollkommen berechtigt. Hiesige Blätter haben zwar in aus offizieller Feder geflossenen Notizen behauptet, daß ein Befehl des Ministers zur Beförderung russischer Truppen an die Direktion der oberschlesischen Eisenbahn nicht abgegangen sey. Die Richtigkeit jener offiziellen Notizen ist nur in so weit nicht zu bestreiten, als in der nach Breslau abgegangenen Depesche nicht die Rede von einem „Befehl" war (ein Wort, das wir auch bei der damaligen Mittheilung nicht gebrauchten); man begnügte sich mit einer einfachen Anzeige. Thatsache ist es, daß die Depesche den Durchmarsch von circa 30,000 Russen meldete. Der Grund, warum dieser Durchmarsch nicht erfolgte, ist lediglich in der Politik des Kabinets zu St. James zu suchen. Die Rolle, die Rußland in den österreichisch-ungarischen Wirren bereits zu spielen angefangen hat und auch in der deutschen Frage zu spielen die beste Lust zeigte, konnte der Aufmerksamkeit des englischen Kabinets nicht entgehen.

Eine so weite Einmischung Seitens Rußlands konnte die eng-

lische Politik nicht billigen. Die Macht Rußlands der Erschöpfung Oesterreichs gegenüber, bedrohte die staatlichen Verhältnisse eines Theils Europas. Man kannte die Ansprüche, die Rußland gern auf die Donaufürstenthümer geltend machen würde, sobald sich eine passende Gelegenheit dazu zeigte. Der türkische Geschäftsträger hatte schon vor einiger Zeit den Höfen zu Paris und London ein Memoir überreicht, in dem auf die Intentionen Rußlands hingewiesen wurde. Das englische Gouvernement sah sich jetzt im Einverständniß mit der französischen Regierung zu einer Note veranlaßt, die den Erfolg gehabt, die weiteren Einmarschtruppen (und so auch durch Schlesien) nach Ungarn zu verhindern. Dieselbe Note spricht sich, wie versichert wird, auch ziemlich deutlich über die Politik, die England in der deutschen Frage befolgen wird, aus; England erklärt unumwunden, daß es eine direkte Einmischung Rußlands in die deutschen Angelegenheiten ebensowenig dulden werde, als es selbst direkt in die deutsche Entwicklung eingreifen werde. — Die neuern Nummern der Times bringen leitende Artikel, die diesen von dem englischen Ministerium eingeschlagenen Weg deutlich genug vertreten.

Vor einigen Tagen hat sich hier ein Vorfall ereignet, der in diesem Jahrhundert der erste jener Art seyn dürfte. Eine ganze Christenfamilie ist zum Judenthum übergetreten. Der Vater, als Jude geboren und seit einer Reihe von Jahren Christ, hat sich zum Rücktritt in seine frühere Glaubensgenossenschaft veranlaßt gesehen, die Frau und die Kinder, die als Christen geboren sind, folgten dem Beispiele des Vaters. Der schon 18 Jahr alte Sohn überstand die an ihm unter Assistenz mehrerer der berühmtesten Wundärzte vollzogene rituelle Operation sehr leicht.

Aus guter Quelle erfahren wir, daß vorläufig 50 Bataillone Landwehr auf Kriegsfuß gesetzt werden sollen. Erst wenn das Bedürfniß der Landesvertheidigung gegen äußere oder innere Störungen größer werden sollte, wird die Einkleidung der ganzen Landwehr erfolgen. Es steht zu befürchten, daß die große Störung so vieler Familienverhältnisse durch Einberufung der meist aus verheiratheten Männern bestehenden Landwehr gerade diejenigen Verhältnisse hervorzurufen geeignet ist, denen man durch Aufstellung einer imposanten Truppenmacht vorbeugen will.

Es cirkulirt hier eine Adresse an die deutsche Nationalversammlung, in der eine Zustimmung zu der Reichsverfassung und zu den Beschlüssen der Versammlung ausgesprochen wird. Von anderer Seite läßt man eine Adresse an die hiesige Garnison kreisen, zur Anerkennung der Haltung der Truppen in den Bewegungen, welche der Auflösung der zweiten Kammer folgten. Eine ähnliche Kundgebung, welche der patriotische Verein zu Gunsten des Ministeriums in Sachen der zweiten Kammer veranlaßte, und die nur etwa 120 Unterschriften fand, ist deshalb erwähnenswerth, weil das Ministerium den Abdruck der Zuschrift im „Staats-Anzeiger" verfügt hat. Petitionen um Abänderung des Wahlmodus werden in den Provinzen durch die bekannten Mittel angeregt, und die ministeriellen Blätter säumen bereits nicht, von diesen „Aeusserungen der Volksmeinung" Akt zu nehmen. —

Die sächsischen Ereignisse stehen begreiflich noch im Vordergrund der allgemeinen Theilnahme. Der Bahnzug, der gestern gegen Abend von hier nach Dresden abgegangen war, ist im Laufe der Nacht hieher zurückgekehrt, ohne seinen Bestimmungsort erreicht zu haben. Schon gestern Abend wurde erzählt, daß die Eisenbahn in der Nähe von Jüterbogk durch Aufreißen der Schienen unbefahrbar gemacht sey. Heute erfährt man, dasselbe sey zwischen Riesa und Dresden geschehen. In Folge dieser Unterbrechungen der Bahn, die so radikal seyn sollen, daß die Arbeiten zur Wiederherstellung der beschädigten Strecken vor 4—5 Tagen nicht zu vollenden seyen, soll von den preussischen Truppen nur ein Bataillon K. Alexander, das gestern früh um $6\frac{1}{2}$ Uhr von hier aufgebrochen war, in Dresden eingetroffen seyn; die übrigen preuss. Zuzüge sollen nicht einmal die sächsische Grenze passirt haben. Der Bahnhof in Röderau, wo man den diesseitigen Truppen-Hindernisse bereitete, soll in Belagerungszustand erklärt seyn. Den Lokomotivführer sollen preussische Soldaten das Bajonett auf die Brust gesetzt haben, um den Weitertransport zu erzwingen, der durch die gemeldeten Störungen unmöglich gemacht war.

Berlin, den 6. Mai. Der Königlich hannoversche Staats-Minister Dr. Stüve von Hannover ist hier angekommen.

Dresden, den 6. Mai, Morgens. Die vorhergehenden Ereignisse setze ich als Ihnen bekannt voraus. Das Zeughaus ist jetzt ganz im Besitz des Militärs sammt anstoßenden Straßen. Der Zwingerwall, von der Kommunalgarde verlassen, wurde gestern Nachmittag von Militär besetzt. Aus den Häusern der benachbarten Ostra-Allee wurde fortwährend hinauf und vom Militär wieder hinüber geschossen. Die Schloßgasse, auf welcher große Barrikaden sich befinden, und von wo aus der Stadt Gotha auf das Militär geschossen wurde, wurde vom Schloßplatz durch das Georgenthor mit Kartätschen beschossen. Gestern Nachmittag kam in Neustadt ein Bataillon Preussen von dem Regiment Kaiser Alexander an, blieb aber da liegen. Heute Morgen ist eine Kompagnie über die Brücke gerückt, um mit unserem Militär gemeinschaftlich zu agiren. Die Nacht war ruhig; doch um 4 Uhr Morgens begann das Schießen wieder. Auf dem Zwingerwall wurden 4 Soldaten niedergeschossen. Kanonen wurden hinaufgeführt, und das große Thurmhaus in der Ostra-Allee damit beschossen, weil sich dort Schützen vom Volke aufhielten, die hinüber auf den Wall schossen. Bereits sind starke Breschen in das steinerne Gebäude geschossen; die dort Schießenden haben sich zurückziehen müssen. Um 6 Uhr Morgens ging das große Opernhaus in Flammen auf, welche die beiden benachbarten Pavillons des Zwingers, in welchen so viele Kunstschätze sich befinden, in Brand setzten. Ein unermeßlicher Schade! Die Preussen sind die Schloßgasse hinaufgezogen; bereits sind Todte von ihnen über die Brücke nach Neustadt geschafft. Eben rückt eine neue Kompagnie Verstärkung über die Brücke. Die innere Stadt mit ihren mächtigen Barrikaden wird so bald nicht einzunehmen seyn, die Fenster der den Barrikaden benachbarten Häuser sind von bewaffnetem und schießendem Volk stark besetzt. Sonst kann man aus dem Innern der Stadt Nichts erfahren. (Lpz. Z.)

Dresden, den 6. Mai, 11 Uhr. Das große Thurmhaus ist allmälig zusammengeschossen und wird bald in Trümmer fallen. Noch halten sich in den Gebäuden der Ostraallee viele Schützen vom Volke und beschießen den Wall; die Schüsse werden stark erwidert. Eine neue Kompagnie vom preußischen Regiment Alexander rückt eben über die Brücke. Die Stadt soll nach mehr angekommenem Succurs auf verschiedenen Seiten angegriffen werden. Auf vielen Strecken der Eisenbahn sind die Schienen aufgerissen, so daß das zuziehende preussische Militair aufgehalten wird. Gestern kamen Zuzüge von Leipzig mit der Eisenbahn; man spricht von einigen Hundert, die bei Meißen über die Elbe gegangen sind. (Lpzg. Z.)

Die Regierung des Königs besteht. Lasset Euch, Sachsen! nicht irre leiten durch Die, welche nach Art. 81 u. folg. des Kriminalgesetzbuchs sich eines Hochverrathes schuldig machen.

Nochmals ermahnt Euch die Regierung Sr. Majestät des Königs. Lasset ab von Euerm ungesetzlichen Beginnen! Kehret zurück zu Euerer Pflicht! Es handelt sich jetzt um Abwendung des fürchterlichsten Unglückes. Bedenkt Euer und Euerer Kinder Wohl! Bedenkt die Ehre des Vaterlandes!

Fest entschlossen ist des Königs Regierung, sich gegen das Beginnen der ihm feindlichen Kräfte zu behaupten und alle Mittel anzuwenden, die Gesetze und Umstände erheischen, zur Sicherung des Thrones, der Personen und des Eigenthums.

Dresden, den 6. Mai 1849.

Gesammtministerium.

v. Beust. Rabenhorst.

Leipzig, 6. Mai. Im Laufe des gestrigen Nachmittags und heute erschienen folgende Plakate: I. Mitbürger! Im Laufe des heutigen Vormittags haben der Rath und die Stadtverordneten Leipzigs eine Deputation nach Dresden gesendet, um genau die dortigen Verhältnisse, über welche noch immer die nöthige Klarheit fehlt, zu überblicken und darüber aufs schleunigste Bericht nach Leipzig zu erstatten. Wir erwarten diesen Bericht, um danach unsere definitive Erklärung in Bezug auf die Frage über die provisorische Regierung abzugeben und dann sofort zu veröffentlichen. Indessen beharren wir nach wie vor auf der deutschen Reichsverfassung und auf der Verfassung Sachsens. Leipzig, den 5. Mai 1849. Der Rath und die Stadtverordneten der Stadt Leipzig. Klinger. Werner.

II. Mitbürger! Dem gerechten Verlangen des Volkes soll Genüge geschehen! Leipzig wird Dresden nicht verlassen! Der Stadtrath hat soeben den Kämpfern freie Fahrt auf der Eisenbahn nach Dresden bewilligt! Um Geld für die noch fehlenden Waffen zu erlangen, liegen heute und morgen Subskriptionslisten aus: Querstraße 20 parterre; Grimmaische Straße 16 im Hofe links; in der ersten Bürgerschule und im goldenen Hahn in der Hainstraße. Eilt, eure Gaben auf den Altar des Vaterlandes zu legen! Eilt, wem das Wohl und die Ehre unserer Stadt am Herzen liegt! Leipzig, am 5. Mai 1849. Im Namen der Urversammlung der Leipziger Bürger. A. Ruge. C. H. Hoßfeld.

III. An unsere Mitbürger! Unsere Brüder in Dresden sind in der höchsten Gefahr! Der Würgengel des Bruderkriegs schwebt über Sachsens Gefilden! Die Preussen sind eingerückt, und vielleicht schon in diesem Augenblicke schmettern ihre Geschosse unsere heldenmüthigen Brüder zu Boden! Es ist die höchste Gefahr im Verzuge! Helft! Helft! Mit ausdrücklicher Genehmigung des Stadtraths und der Stadtverordneten fordern wir hiemit alle Einwohner Leipzigs aufs dringendste auf, Geldbeiträge zur Ausrüstung einer zahlreichen Freischaar nach Dresden zu unterzeichnen und sich dadurch den Dank des Vaterlandes zu erwerben. Subskriptionen werden angenommen und in dem Lokale der unterzeichneten vereinigten Ausschüsse (Lurgenstein's Garten, rechts), auf dem Museum, im goldenen Hahn, in der Restauration von Kanitzky, Kirsinger, Kaltschmidt und bei vielen andern patriotischen Bürgern, welche sich unter der Hand dazu erboten haben. Noch einmal, Bürger von Leipzig, helft! helft! Den 6. Mai 1849. Die Vereinigten Ausschüsse des demokratischen Vaterlands-Vereins, des demokratischen Bürgerwehr-Vereins, des Arbeitervereins, des demokratischen Turner-Vereins. (D. Z.)

Gotha, den 4. Mai. Unser Staatsminister v. Stein erklärte dieser Tage in der Abgeordneten-Versammlung, daß die Regierung durch die Centralgewalt in den Besitz von Nummer 16. des Reichsgesetzblattes, das die deutsche Reichsverfassung ihrem ganzen Inhalte nach enthalte, gesetzt worden sey, und dieses Reichsgesetz in seiner ganzen Ausdehnung noch diese Woche durch das Regierungsblatt zur Kenntniß der Bewohner des Herzogthums gebracht werden würde. — Da die thüringer Regierungen in den deutschen Angelegenheiten eine Politik befolgen, so dürfen wir gleichen Schritt auch von allen erwarten. (Frkft. J.)

Hadersleben, 4. Mai. Gestern lief hieselbst fortwährend die Nachricht ein, daß man vom Norden her, wahrscheinlich über Kolding hinaus, eine starke Kanonade höre; — eine Nachricht, die sich freilich in diesen Tagen so ziemlich jeden Tag wiederholt, ohne Bestätigung zu finden. Allein dies Mal bestätigte sich die Nachricht durch zuverlässige Berichte aus nördlicheren Gegenden. So konnte man in Frörup (nördlich von Christiansfeld), wo General Hirschfeld sein Hauptquartier noch gestern hatte, die ziemlich lebhafte Kanonade deutlich hören, und General Prittwitz ritt aus seinem Hauptquartier (Christiansfeld) dem Norden zu. Gestern gegen Abend kam durch 3 (5) leicht Verwundete aus der schleswig-holsteinischen Armee die Nachricht hieher, daß eine starke Recognoscirungspatrouille von etwa 1000 Mann (vom 2. Jägerkorps, 3. und 9. Bataillon, sowie Kavallerie) etwa eine halbe Meile diesseits Fridericia (unweit Snoghoi?) auf eine starke dänische Macht gestoßen sey und sich fechtend langsam zurückgezogen habe, indeß ohne bedeutenden Verlust. Um 1 Uhr, da die Verwundeten wegfuhren, sey die Sache noch im Gange gewesen, die nach späteren Nachrichten etwa um 1 Uhr zu Ende war, wo die holsteinische Artillerie das Gefecht aufnahm. Die Lebhaftigkeit der Kanonade von Anfang an erklärt sich besonders daraus, daß dänische Schiffe von der See aus lebhaft Theil nahmen. (Alt. M.)

Hadersleben, den 3. Mai. Kuriere kommen, Kuriere gehen; General Bonin hat sein Hauptquartier in Kolding, General Prittwitz das seinige in Christiansfeld; darauf beschränken sich die Neuigkeiten aus dem Norden. Unsere Vorposten stehen jenseits Kolding, eine Viertelmeil von den feindlichen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 9 Mai 1849. **№ 129.** **Mittwoch: Hiob.**

Deutsche Staaten

München, 6. Mai. Mit banger Besorgniß blickt man hier auf das drohende Nahen der Revolution oder des Bürgerkriegs, der, wie es den Anschein hat, unvermeidlich ist, seit sowohl die demokratische als die reaktionäre Partei die letzten Trümpfe ausspielen. Noch könnte ein hochherziger Entschluß der Regierung, wie die Annahme der Reichsverfassung mit Ausnahme des erblichen Kaiserthums, da er sowohl dem Parlament eine Stütze seyn, als die deutsche Einheit vor der „Verpreussung" schützen und Oesterreich den Eintritt offen halten würde, Bayern und Deutschland zugleich aus dem wilden Strudel der Anarchie retten, aber leider scheint dazu wenig Aussicht vorhanden. Zwar hat das Sendschreiben Rohmer's an das Ministerium, welches diesen Vorschlag in umfassend staatsmännischer Weise begründete, hier den tiefsten Eindruck gemacht, was am sprechendsten die eben angekündigte zweite Auflage dieser Schrift beweist, aber man befürchtet, daß das Ministerium hartnäckig auf dem betretenen Pfad beharren und mit Gewalt die Bewegung zu meistern gedenke. Das Tagesgespräch beschäftigt sich heute mit der von der Regierung beabsichtigten Zusammenziehung zweier Lager in Schwaben und Franken. — Die hiesige Studentenschaft, welche sich in neuester Zeit ziemlich passiv verhalten hatte, wird nunmehr auch an der Bewegung Theil nehmen. Soeben veröffentlichen die fünf Verbindungen Danubia, Norika, Rhenania, Rhenopalatia, Waidlinger durch Maueranschlag eine Einladung zu einer morgen im Prater abzuhaltenden allgemeinen Studentenversammlung. „Der zweite Abschnitt der deutschen Revolution hat begonnen"; mit diesen Worten an der Spitze weist sodann der Aufruf darauf dahin, wie die Münchner Studentenschaft im März 1848 erklärt habe: „Mit Frankreich gegen Rußland." Diesem Ausspruch wolle man konsequent bleiben und aufstehen gegen Rußlands Verbündete in und außer Deutschland. Man habe im vorigen Jahre der akademischen Jugend das Recht des Rathes abgesprochen, dagegen ihr aber das der That zuerkannt; auf letztere käme es jetzt an, und die akademische Jugend werde an der Spitze stehen, wie im Jahre 1848. (A. Abdz.)

†† **Nürnberg**, den 8. Mai. Die Leipziger Zeitungen, die heute hier eintreffen sollten, sind ausgeblieben.

†* **Nürnberg**, 8. Mai. Wir vernehmen aus ganz zuverlässiger Quelle, daß vom Militär ein sogenannter Nachtposten an die hintere Thüre des Rathhauses gestellt wird, um (wie auf Befragen angegeben wurde) die Staatsschuldentilgungskasse zu schützen. Warum übergiebt man solche Posten nicht der Land- oder Stadtwehr?? Ohnedem steht ja ein Landwehr-Posten unter dem Rathhause. Wahrlich, man geht sehr, sehr weit; möchte man nicht solche Mißtrauensvota gegen Nürnbergs wackere Bevölkerung bitter bereuen müssen!

† **Nürnberg**, 8. Mai. Es ist uns folgender Aufruf von den beurlaubten Saldaten in Franken zugegangen:

Männer in Franken!

Das Vaterland ist in Gefahr! Die Freiheit ist in Gefahr! Dieser, in jedes Mannes Brust wiederhallender Ruf, ertönte in der jüngsten Vallsversammlung auf dem Judenbühl aus dem Munde eines Volksmannes an Euer Ohr! Wie, Euer Vaterland, Eure Freiheit ist in Gefahr! Eure Heimath will man Euch zur Hölle machen, Euer Vaterland will man zu einem Sklavenstaate machen, Euer heiligstes Gut, Eure Freiheit will man Euch rauben, morden? und Ihr schlaft noch? Ihr greift noch nicht zu den Waffen? Ihr schaaret Euch nicht zusammen, um mit vereinter Kraft mit einem mächtigen Schlage Eure Feinde für immer zu zermalmen?"

Blickt hin nach Rheinbayern, blickt beschämt hin! Dort haben sie die Sklavenketten, wie es deutschen Männern ziemt, zerhauen; sie haben eine provisorische Regierung eingesetzt; sie haben die Steuerverweigerung proklamirt; sie haben ihre Söhne unter dem Militär zurückberufen. Hört Ihr? Hört Ihr?! Sie haben ihre Söhne, die man zu Mordwerkzeugen gebrauchen will, zurückberufen! Und diese Söhne werden ihren Vätern Folge leisten, sie werden sich mit ihnen vereinen, um für die Freiheit und nicht gegen die Freiheit zu kämpfen. Und Ihr? Was habt Ihr gethan? — Wo sind Eure Thaten? Wo Eure Handlungen? Ihr sendet faule Adressen ab; Ihr sendet noch Petitionen ab und bittet: Se. Majestät möge huldvollst geruhen, die Reichsverfassung 2c. für endgültig anerkennen zu wollen, es möchte sonst bei der aufgeregten Stimmung des Volkes schlimme Folgen haben. Ja, Ihr habt Recht, es wird schlimme Folgen haben, es wird Blut fließen, viel Schurkenblut, aber auch Männerblut! —

Die bisher sich in Urlaub befundenen demokratisirten Soldaten, Eure tüchtigsten Kämpfer, sie haben Ordre erhalten, einzurücken. Wißt Ihr, was das heißt? Sie haben Befehl erhalten; denen, die das Gesetz mit Füßen treten, welche die Majestät des Valkes verhöhnen, die mit einem Warte Rebellen sind (erklärte als solche in der Volksversammlung auf dem Judenbühl) diesen Rebellen nun, diesen Gesetzverletzern sollen Eure Söhne und Brüder dienen, sie sollen morden helfen die Freiheit und ihre Vertheidiger. Fliege hin Du Ruf nach Nymphenburg zu den Ohren des Königs, er möge hören, wie sein Heer gesinnt ist!

König! Wenn Du Kämpfer brauchst gegen einen äußern Feind, dann verlasse Dich auf uns, wir werden kämpfen bis auf den letzten Blutstropfen.

Wenn Du aber Kämpfer brauchst gegen die Freiheit, gegen die Volksrechte, gegen unsere Väter, Brüder, Freunde, gegen unsere Mütter, Schwestern und unsere Bräute, dann König verlasse Dich nicht auf Dein Heer, auf die Kinder des Volkes!

Sie werden keine Vater- und Brüdermörder, sie werden keine Freiheits- und Valksmörder! Willst Du aber dennoch den Kampf mit dem Volke wagen, so verlasse Dich blos auf Deinen Adel, auf Dein Hofgesinde, auf Deine Offiziere, wir halten blos zu denen, die es mit dem Volke, aus welchem wir stammen, gut meinen.

Die beurlaubten Soldaten in Franken.

Zugleich ein Lebewohl an Euch, Franken! wir gehen mit schweren Herzen, mit knirschenden Zähnen in unsere Sklavenoth, weil wir wissen, daß man uns nicht gegen einen äussern Feind führt, sondern gegen das Volk. Wir müssen dem Zwangsbefehle folgen, weil Ihr uns nicht zurückbleiben heißt.

Der Kampf wird in wenig Tagen wüthen, wir wünschen und hoffen es!

Bleibt standhaft! Seyd muthig! Dies rufen Euch Eure Söhne und Brüder, die unter kgl. Waffen stehen, zu. Lebt wohl! Ihr seht uns als freie Männer, oder mit Euch für die Freiheit kämpfend wieder. Lebt wohl!

Die Obigen.

Regensburg, den 7. Mai. Wie gut unterrichtete Personen versichern, ist gestern vom Regierungspräsidenten v. Welden in Ansbach an das Kommando des 4. Linien-Infanterieregiments dahier eine Requisition eingelaufen, sogleich ein Bataillon und zwar in forcirten Märschen nach Nürnberg abmarschiren zu lassen, so daß es in 3 Tagen dort eintreffen könne. Da jedoch bis zur Stunde das requirirte Bataillon nicht abmarschirt ist, so scheint die Requisition als nicht so dringend betrachtet oder die Kompetenz des Schwarzgelben von Welden zu solchen bedeutenden Militär-Requisitionen beanstandet worden zu seyn. Jedenfalls dürfte die Gefahr nicht so drohend seyn, als sie der Präsident v. Ansbach hält, und die Nürnberger werden sich darum höchlich wundern, ein Bataillon aus Regensburg ein Lager vor ihrer Stadt beziehen zu sehen, denn die Truppen sollen angewiesen seyn, sich mit allen möglichen Lagerrequisiten zu versehen. Will man durch Entfaltung einer starken Militärmacht entweder Aufregung erzeugen, um später den Belagerungszustand in Nürnberg und Franken dekretiren zu können, oder liegt es nur in der Absicht des Hrn. v. Welden, durch außerordentliche Maßregeln seine Anhänglichkeit an die Krone zu manifestiren? Eine solche Manifestation wäre denn doch zu kostspielig. (R. Tgbl.)

Neustadt a. d. Haardt, 4. Mai. So eben tönt die Allarmtrommel, um sämmtliche Waffenfähige, welche der Bürgerwehr nicht speziell angehören, zu einer Musterung zu versammeln, wobei Jeder eine Waffe und Munition erhält. Die Bürgerwehr wird sich sodann heute Abend um 6 Uhr mit den Turnern und allen Waffenfähigen, welche zusammen die Volkswehr bilden, versammeln, um insgesammt den Eid auf die Verfassung zu leisten. Die Aufregung in der Pfalz nimmt einen immer ernsteren Charakter an; solche Beschlüsse sind wohl bis jetzt in den übrigen Theilen Deutschlands nicht vorgekommen, oder haben eine größere Aufregung wohl nirgends erzeugt. — Handwerksburschen, mit blauen Blousen bekleidet, durchziehen die Straßen, die Marseillaise singend. Niemand arbeitet, Alles rüstet sich zum äußersten Widerstande. Alle Gewehre in unthätiger Hand, sowie doppelte Waffen, z. B. Sense und Gewehr, müssen zur zweckmäßigern Vertheilung augenblicklich eingeliefert werden. Viele wünschen, daß der König nicht nachgiebt, und zwar aus leicht einzusehenden Gründen. — Bourgeoisie, Jesuiten, Heuchler und Aristokratenbeamte schleichen wie arme Sünder umher und schneiden traurige Gesichter. O wehe solchen Menschen, wenn es zu einem völligen Umsturze kommen sollte, wozu die Aussicht vorhanden! Soeben liefen mehrere Briefe ein, daß sich hier und da die k. Beamten versammeln und berathen, was zu thun sey. Sie sollen fast Alle sich dahin einigen, der „Frankfurter Verfassung treu zu bleiben und sich den Beschlüssen des Landesvertheidigungsausschusses zu unterwerfen, mithin sich von der Krone Bayern förmlich loszusagen." Abends 6 Uhr. Glaubwürdige und gutunterrichtete Personen, die soeben von Landau kommen, schildern die Stimmung des Militärs für die Volkssache äußerst gut. (Frk. J.)

Mannheim, den 6. Mai. In Mannheimer Blättern findet sich folgender Aufruf an das Volk in Baden. Mitbürger! Unsere Brüder in Rheinbayern sind durch die Auflehnung des Königs von Bayern gegen die Reichsverfassung genöthigt worden, sich gegen ihre rebellische Regierung in Vertheidigungszustand zu setzen. Sie werden vielleicht bald zum offenen Kampfe gezwungen seyn. — Ihre Sache ist gerecht; unterstützt sie mit allen Euren Kräften — Ihr wißt es, der Kampf, den sie kämpfen, ist ein gemeinsamer Kampf; es ist der Kampf der Fürsten gegen die Völker. Gleich groß ist die Gefahr für sie, für uns und unser gesammtes Vaterland. Allen gehört der Sieg, alle trifft die Niederlage. Wir fordern Euch auf, Euch zu rüsten und bereit zu halten, um auf den ersten Ruf Euren Brüdern bewaffnet zu Hülfe zu eilen.

Braunschweig, 3. Mai. Die heutige Sitzung der Stadtverordneten machte einen sehr erfreulichen Eindruck. Die deutsche Frage, angeregt durch einen kräftigen und warmen Vortrag des Hrn. Oberbürgermeister Caspari, und die schleunige vollständige Organisation der Volkswehr, in welcher Beziehung der Hr. Dr. Nacke einen dringlichen Antrag gestellt hatte, waren die Hauptgegenstände der Verhandlung. Einstimmig wurde der Antrag für dringlich erkannt angenommen, sofort eine Kommission zu erwählen, welche die Maßregeln berathe, um in Braunschweig schleunigst und vollständig die Volkswehr zu organisiren. (D. Tgbl.)

** **Frankfurt**, den 6. Mai. Die Minoritätserachten in der Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung vom 4. Mai lauten: Minoritäts-Antrag 1. des Abg. Vogt von Gießen: In Erwägung, daß Friedrich Wilhelm IV., König von Preussen, die auf ihn gefallene

Wahl zum Kaiser der Deutschen definitiv abgelehnt hat und dadurch die getroffene Wahl erledigt ist, eine andre Wahl derzeit aber unthunlich erscheint; in Erwägung, daß die Regierungen: Preussen, Bayern, Hannover und Sachsen die unbedingte Annahme der Verfassung verweigert haben; und in fernerer Erwägung, daß die Regierung von Oesterreich durch Anrufung russischer Hülfe ihre Bundespflicht verletzt hat, das Gebiet des deutschen Reiches von russischen Truppen wirklich überschritten worden ist, und sowohl hierdurch, als durch die Weigerung der erwähnten Regierungen das Vaterland in Gefahr ist: beschließt die National-Versammlung: 1) die verfassungsmäßigen Befugnisse des Kaisers werden, bis zur völligen Durchführung der Verfassung in ganz Deutschland, einem Reichsstatthalter übertragen, den die Nationalversammlung erwählt; 2) wählbar zu dieser Würde ist jeder volljährige Deutsche; 3) der Reichsstatthalter leistet sogleich nach Annahme der Wahl vor der National-Versammlung den Eid auf die Reichsverfassung; 4) sie bestimmt den 1. August dieses Jahres als den Tag, an welchem der erste Reichstag auf den Grund der Verfassung in Frankfurt a. M. zusammenzutreten hat; 5) sie bestimmt als den Tag, an welchem im deutschen Reiche die Wahlen für das Volkshaus vorzunehmen sind, den 15. Juli d. J.; 6) mit der Beeidigung des Reichsstatthalters hört die provis. Centralgewalt auf; 7) die Nat.-Vers. erläßt einen Aufruf an das deutsche Volk, in welchem sie zum Festhalten an der Reichsverfassung und zur thatkräftigen Bekämpfung jeglichen Widerstandes gegen die Durchführung derselben auffordert; der Dreißiger-Ausschuß ist mit Vorlage eines Entwurfs zu diesem Aufruf beauftragt; 8) die Nationalversammlung fordert sämmtliche Regierungen auf, ihre ganze bewaffnete Macht mit Einschluß der Bürgerwehren, sofort auf die Reichsverfassung vereidigen zu lassen. Für den Fall, daß einzelne Regierungen diese Vereidigung bis zum 20. Mai nicht vollzogen hätten, werden sämmtliche Abtheilungen in den betreffenden Ländern ermächtigt und aufgefordert, diese Vereidigung selbstständig vorzunehmen; 9) sämmtliche im Dienste des Reichs stehenden Truppen werden sofort auf die Reichsverfassung vereidigt. Die Centralgewalt wird mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt; 10) die vertagten oder aufgelösten Volksvertretungen der renitenden Regierungen werden aufgefordert und ermächtigt, sich sofort in ihrer letzten Zusammensetzung aus eigener Machtvollkommenheit, an jedem passenden Orte zu versammeln und die geeigneten Maßregeln zu treffen, um den Widerstand ihrer Regierungen gegen die Reichsverf. zu beseitigen; 11) in den größeren deutschen Staaten, welche die Anerkennung und Durchführung der Reichsverf. verweigern, sind die einzelnen Provinzen und Kreise ermächtigt und aufgefordert, die Reichsverf. nebst dem Wahlgesetze selbstständig anzunehmen und einzuführen; 12) die Nationalversammlung erklärt jeden Vertrag über Verbindung von Truppenkörpern renitenter Regierungen mit den Truppen solcher Regierungen, welche die Verfassung anerkannt haben, für unstatthaft, unwirksam und verfassungswidrig; 13) die Nationalversammlung erklärt den Einmarsch russischer Truppen in Oesterreich für eine Verletzung des Reichsgebietes, und erklärt Diejenigen, welche diesen Einmarsch russischer Truppen veranlaßten oder ihre Zustimmung dazu gaben, für Verräther am Vaterlande. Sie fordert das gesammte deutsche Volk auf, mit allen Mitteln diesem Verrathe zu widerstehen; entbindet diejenigen Truppen, welche zur Mitwirkung an solchem Verrathe befehligt werden sollten, des Eides gegen ihre Oberen, und gibt der Centralgewalt auf, sofort in Gemäßheit dieses Beschlusses den Reichskrieg gegen Rußland und die verrätherische Regierung Oesterreichs zu erklären.

Dazu gesellen sich Verbesserungs- und Zusatzanträge von M. Mohl, v. Reden, Erbe, Schoder, Wigard, Nagel von Balingen, Vischer von Tübingen, Ahrens, Wedekind, Simon von Trier, Haubenschmidt ꝛc.

Zusatzantrag des Abgeordneten Umbscheiden zum 1. Minoritätsantrage: Für die Wahlen zum ersten Reichstage wird von der Bildung neuer Wahlbezirke, so wie von den hierauf Bezug habenden Bestimmungen des Reichswahlgesetzes Umgang genommen. Die Wahlen finden für dieselben Bezirke statt, welche für die Wahlen zur Nationalversammlung gebildet waren. Sollten Einzelregierungen den Wahlakten die erforderliche Mitwirkung versagen oder denselben sogar Hindernisse in den Weg legen, so wird von Reichswegen die genügende Vorsorge getroffen werden.

Minoritätsantrag 2. des Abgeordneten Venedey: Die Nationalversammlung beschließt: 1) Die Wahlen zum ersten Reichstage auf den 15. Juli und die Zusammenberufung desselben Reichstags auf den 15. August anzuordnen. 2) Die unmittelbare Beeidigung aller Behörden und Truppen auf die Verfassung in allen Ländern anzuordnen, wo die Verfassung bereits von den Regierungen angenommen ist. (Der zweite Theil desselben wird zugleich als Zusatz-Antrag zu dem Ausschußantrage bezeichnet.)

Minoritätsantrag 3. des Abgeordneten Simon von Trier. Die Nationalversammlung beschließt: 1) Die Regierungen der deutschen Einzelstaaten haben nach Maßgabe der §§. 14, 191 und 193 der Reichsverfassung sofort die Beeidigung sämmtlicher Beamten des Militär- und Civilstandes auf die Reichsverfassung und die zur Durchführung derselben verpflichtete Centralgewalt vorzunehmen. 2) Die Nationalversammlung erklärt jeden Vertrag zwischen Einzelstaaten über Verbindung von Truppenkörpern renitenter Regierungen mit den Truppenkörpern solcher Regierungen, welche die Verfassung anerkannt haben, für verfassungswidrig, unstatthaft und unwirksam.

Frankfurt, 5. Mai. Wie man hört, ist in der Umgegend ein Bataillon neuer preußischer Reichstruppen eingerückt. (D. Z.)

Frankfurt, 5. Mai. In Folge der aus Rheinbayern eingetroffenen beunruhigenden Nachrichten ist ein Reichskommissär dorthin abgegangen. (D. Z.)

Frankfurt, 5. Mai. Die in Frankfurt versammelten bayerischen Abgeordneten zur Deutschen Nationalversammlung und zur bayerischen Volkskammer in München haben folgende Proklamation an das bayerische Volk erlassen: „Jeder Vaterlandsfreund sieht die Anzeigen des nahen Gewittersturmes, der über unser Vaterland loszubrechen droht. Nicht bloß die Einheit, Freiheit und politische Wiedergeburt unseres großen Vaterlandes — alle die Errungenschaften vom März vorigen Jahres —, sondern auch die bürgerliche Freiheit überhaupt — die Humanität und Civilisation in ganz Europa sind bedroht. Das Bündniß zwischen den Mächten des Absolutismus, zwischen Rußland, Oesterreich und Preußen zur Durchführung der Gegenrevolution liegt offen zu Tage. Bereits haben russische Krieger, herbeigerufen von einer deutschen Regierung, den deutschen Boden betreten, um das ungarische Heldenvolk, das zunächst für seine eigene nationale Existenz und Freiheit und damit zugleich für die politische Freiheit des ganzen Welttheiles kämpft, durch die Uebermacht erdrücken zu helfen. Ein volksverrätherisches Ministerium in Preußen gibt in seiner letzten an die deutschen Höfe gerichteten Note zu erkennen, daß es dem nach seiner Einheit und Freiheit ringenden deutschen Volke ein gleiches Schicksal zugedacht hat, und demselben den in der deutschen Reichsverfassung so mühsam errungenen Rechtsboden durch Ströme von Bürgerblut entreißen will. Gelänge dieser Plan, dann bestünde kein schützender Damm mehr gegen weitere Schritte der rohen Gewalt, und keinerlei Bürgschaft ferner, auch für die Verfassungen der Einzelstaaten. Das bayerische Staatsministerium schließt sich den Kabinetten von Oesterreich und Preußen an, und hat der Reichsverfassung, wie sie die hiezu einzig und allein berufenen Vertreter der ganzen deutschen Nation endgültig verkündigt haben, in unbefugter Anmaßung die Anerkennung ebenfalls versagt. Nachdem es durch eine wiederholte dreimalige Vertagung des bayerischen Landtages den erneuten legalen Ausdruck des Volkswillens; den es übrigens schon in der Adresse auf die Thronrede ausgedrückt finden mußte, zu entfernen gesucht, hat dasselbe die Kühnheit, in seiner Note auszusprechen, daß es auf die Zustimmung der Mehrheit der Volksvertretung und der Mehrheit des bayerischen Volkes rechnen zu können glaube. Mitbürger! Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo Einigkeit vor Allem Noth thut, und wo sich das ganze Volk um das Panier der Reichsverfassung, — sein wohlerworbenes Recht, das ihm durch keine Gewalt der Erde verkümmert werden soll, — wie ein Mann schaaren muß. Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung, erkennend die große Gefahr des Vaterlandes, hat durch ihren gestrigen Beschluß, die Regierungen, die gesetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelstaaten, das gesammte deutsche Volk aufgefordert, die Verfassung des deutschen Reiches vom 28. März d. J. zur Anerkennung und Geltung zu bringen. Lasset uns dem Rufe der souveränen Vertretung der deutschen Nation, welcher sich die deutschen Fürsten, wie die Volksstämme zu unterwerfen haben, freudigst und schleunigst Folge leisten. Wir richten darum an das ganze bayerische Volk die Aufforderung, daß es zur Ausführung des Beschlusses der deutschen Nationalversammlung sofort in allen seinen Gemeinden, womöglich unter Vorantritt der Ortsvorsteher, zusammentreten, und Beschlüsse in folgendem Sinne fassen möge: 1) Die von der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung verkündigte Reichsverfassung ist mit ihrer Verkündigung Gesetz in ganz Deutschland geworden. 2) Die Nichtanerkennung derselben von Seiten einer einzelnen Regierung ist eine strafbare Auflehnung gegen die neugeschaffene, gesetzliche Ordnung; jeder gewaltthätige Angriff hierauf ein Hochverrath gegen die deutsche Nation. 2) Jeder Bürger verpflichtet sich, mit Gut und Blut für das Reichsgrundgesetz einzustehen, und jeden Angriff hierauf, mag er kommen, woher es auch sey, durch die That abzuwehren. 4) Es findet in Gemäßheit der §§. 14, 191 und 193 der Reichsverfassung die freiwillige Vereidigung des Volks und insbesondere der Bürger- und Landwehren auf die Reichsverfassung statt. 5) Das Volk erklärt es für eine heilige Pflicht seiner in der deutschen Nationalversammlung sitzenden Vertreter, unter allen Umständen auf ihrem Posten auszuharren, und einer Abberufung, wenn dieselbe von Seiten des bayerischen Staatsministeriums erfolgen sollte, keine Folge zu geben. Diese Beschlüsse, welche nach unserer Ansicht sofort sowohl der deutschen Nationalversammlung, als auch dem königlich bayerischen Staatsministerium mitzutheilen, darum in doppelten Exemplaren von den Bürgern zu unterzeichnen und dann durch die Presse zu veröffentlichen wären, werden die ernste Antwort bilden auf die Note des bayerischen Staatsministeriums und ihm, wenn möglich, die Augen öffnen über die gefährliche Bahn, welche es wandelt. Sie werden aber auch in dem Volke offen den Bund besiegeln zur Vernichtung der volksfeindlichen Reaktion." (Folgen die Unterschriften.)

Frankfurt, 6. Mai. „Oesterreich soll (so wird der O.-P.-A.-Z. von Berlin unter neuestem Datum angeblich „von einem wohlunterrichteten, der deutschen Sache treuergebenen Manne" geschrieben) in der letzten Zeit eine völlig veränderte Stellung zur preussischen Regierung eingenommen haben, und der Errichtung eines deutschen Bundesstaates ohne Oesterreich kein Hinderniß in den Weg legen. Damit wäre wohl auch Bayerns Widerstand gebrochen und an seinem Anschluß an den deutschen Bundesstaat nicht mehr zu zweifeln. Man sieht, es hängt Alles von Preussens Haltung ab."

Hannover, 4. Mai. Wenn Sie heute noch keine entscheidende Nachrichten von hier erhalten, so wollen Sie nicht glauben, daß der hannoversche Volksstamm in träger Ruhe, in „abwartender Stellung" (wie das Ministerium Bennigsen-Stüve) die Hände in den Schooß gelegt hat. Das ist keineswegs der Fall. In allen Provinzen bereitet sich die Bewegung vor, und selbst in der Residenz wird die Erregung von Minute zu Minute bedeutender und energischer. Der 7. Mai dürfte eine Entscheidung bringen. An diesem Tage werden Deputationen aus dem ganzen Lande Audienz beim Könige verlangen, um die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung sammt dem Reichswahlgesetze zu fordern. Daneben wird man einstimmig auf die sofortige Entlassung des Ministeriums Stüve dringen. Allgemein ist hier das Gerücht verbreitet, daß am Sonnabend 6000 Preussen bei uns einrücken sollen. Da das Ministerium Bennigsen-Stüve mit dem Ministerium Brandenburg-Manteuffel vollkommen sympathisirt, so gehört die Besetzung Hannovers durch preussische Truppen keineswegs in das Bereich der Mährchen. Uebrigens würde durch ein solches Ereigniß eine Erbitterung sondergleichen im ganzen Königreich hervorgerufen werden. Das kann ich Ihnen schließlich wiederholen, das hannoversche Volk wird Alles anwenden, um der Reichsverfassung vollkommene Geltung zu verschaffen. (Frkft. O.-P.-Z.)

Hannover, den 4. Mai, Mittags. So eben geht uns von der hiesigen Polizeidirektion das Verbot der für den 7. d. beabsichtigten Massendeputation zu. (Z. f. N.)

Hannover. Am schwarzen Brette der polytechnischen Schule fand man heute Morgen folgende Bekanntmachungen angeschlagen. In Folge der heute auf der Schule stattgefundenen Versammlung der bewaffneten Polytechniker haben die Kommandeurs und sämmtliche dem Lehrerkolegio angehörigen Offiziere ihre Stellen niedergelegt. Es ist von dem gesammten Schulkollegio beschlossen. Das Korps der bewaffneten Polytechniker ist von heute an aufgelöset, und haben die Mitglieder desselben ihre Waffen nebst Zubehör unfehlbar bis morgen, Freitag den 4. Mai, Abends 6 Uhr, im Schulgebäude abzuliefern, widrigenfalls sie die ernsten Folgen sich selbst zuzuschreiben haben. Insbesondere werden die Obermänner darauf aufmerksam gemacht, daß ihnen in Folge der von ihnen ausgestellten Quittungen eine besondere Verantwortung obliegt. Hannover, 3. Mai 1849.

(Z. f. Nrd.)

Gießen, 5. Mai. Wie man sich des Ernstes des Augenblicks bewußt ist, zeigt folgende hier erschienene Aufforderung: „Mitbürger! Den drohenden politischen Zuständen gegenüber hat die hiesige Bürgergarde beschlossen, ein Auszugsbataillon zu bilden. Wir fordern alle

diejenigen, welche, um zur Vertheidigung der Reichsverfassung mitwirken, in dasselbe oder in die stehende Bürgergarde eintreten wollen, hierdurch auf, sich nach den Bestimmungen des Bürgerwehrgesetzes auf der Bürgermeisterei dahier sofort zu melden. Wenn Ihr den Frieden wollt, so rüstet Euch zum Krieg! Der Generalrath der Bürgarde."

(Frkft. O.-P. Z.)

†*† **Berlin**, den 5. Mai. Die Nachrichten aus Dresden und Leipzig haben alle anderen Gegenstände des öffentlichen Interesses in den Hintergrund gedrängt. Das Gewerbe der fliegenden Buchhändler und der Flugblattfabrikanten ist heute in einer Blüthe, wie kaum im Sommer des vorigen Jahres. Die angeblich aus Privatmittheilungen combinirten „Flugblätter" enthalten indeß nichts wesentlich Neues, was nicht in den sächsischen Blättern bereits enthalten wäre.

Die preussischen Truppen, die von hier aus in Sachsen einrücken sollen, sind marschfertig. Das Füselier-Bataillon des Kaiser-Alexander-Grenadier-Regiments hat heut in der Nacht um 3 Uhr unerwartet den Befehl zum Ausbruch erhalten, und wird schon die sächsische Grenze passirt haben. Um 6½ Uhr ist das Bataillon bereits auf der Anhaltischen Bahn abgefahren. Ausdrückliche Mittheilungen über das Ziel des Marsches wurden den Subalternoffizieren und Soldaten nicht gemacht; doch ist gewiß, daß sich sächsische Offiziere bei diesem Bataillon befanden, die gestern Abend spät mit Depeschen eintrafen, um preussische Hülfe zu requiriren. Das 1. und 2. Bataillon des genannten Grenadierregiments geht auf derselben Bahn noch heute ab. Ein Bataillon des Kaiser Franz soll gleichfalls zum Aufbruch Befehl erhalten haben.

Man glaubt hier allgemein, daß das Einrücken preussischer Truppen in Sachsen den Uebergang der sächsischen Truppen zum Volke herbeiführen müsse. Diese Vermuthung soll in Aeußerungen der sächsischen Offiziere, die beim Wiederbeginn des dänischen Krieges mit sächsischen Mannschaften durch Berlin marschirten, Unterstützung finden. Diese Offiziere äußerten damals unverholen: die politische Diskussion habe im sächsischen Heere dergestalt um sich gegriffen, daß die durch sie hervorgerufene Verschiedenheit der Meinungen in politischen Dingen eine völlige Auflösung herbeizuführen drohe. Das Organ der preussischen Militär-Aristokratie, die „Wehrzeitung," benutzte jene Aeußerungen damals zu Betrachtungen gegen die Vereidung des Heeres auf die Verfassung. Sie führte an: der sofortige Marsch nach Schleswig sey das einzige Mittel gewesen, um die sächsischen Truppen dem Taumel zu entreißen, in welchem der bekannte Müller'sche Antrag sie damals gestürzt hatte.

Die Mißstimmung unter den hiesigen Landwehrmännern, die eine Einberufung zu den Fahnen erwarten, ist im Zunehmen begriffen. Viele sind fest entschlossen, sich der Einkleidung zu widersetzen. Gegen alles Erwarten sind die bis jetzt Einberufenen zu einem großen Theil Verheirathete. Es sind dies namentlich solche, welche zum zweiten Aufgebot gehören und zur Einkleidung nach der Festung Spandau beordert wurden. Man erwartet noch heute einen Zug beorderter Wehrmänner zweiten Aufgebots nach dem Rathhause, um die Verwendung des Magistrats in Anspruch zu nehmen. Die Behörden scheinen Verabredungen der Betheiligten gefürchtet zu haben. So erklärt man sich wenigstens die Verbote von Gewerksversammlungen, denen der Belagerungszustand bisher kein Hinderniß in den Weg gelegt hatte.

Im Ministerium soll gestern Abend die Meldung eingegangen seyn, daß ein Zuzug russischer Hülfstruppen gegen die Ungarn nicht statthaben werde. Wie es scheint, hat eine energische Note der brittischen Regierung diese Entschließung des Kaisers von Rußland hervorgerufen. Anderseits vermuthet man auch, daß dieselbe in einer Aufregung ihren Grund habe, die im Innern Rußlands selbst die Lage der Regierung immer schwieriger macht.

Schleswig, 2. Mai. Heute hieselbst eingetroffenen Nachrichten zufolge ist die Insel Föhr am 30. v. M. von den Dänen geräumt und die Kommunikation mit dem Festlande wieder hergestellt worden. Nach dem Erscheinen unserer Kanonenböte in der Westsee ward der Besatzung der Aufenthalt auf der Insel unheimlich; es ward von einem hinter Amrum liegenden dänischen Kriegsschiffe nähere Ordre eingeholt und als diese eingetroffen, in größter Hast die Einschiffung der Truppen, der Geschütze und der sie begleitenden Civilbeamten vorgenommen. Die Besatzung bestand aus 350 Mann Rekruten, welche 4 Espignolen und 2 18-pfündige Kanonen mit sich führten und von den Kapitain Krieger und einem Lieutenant Hoffmann aus Eiderstedt befehligt wurden. An Civilbeamten hatten sich ein Postbeamter und einige Kontrolleure auf der Insel eingestellt. Die Einschiffung, zu welcher die im Wycker Hafen vorhandenen Fahrzeuge benutzt wurden, geschah in solcher Eile, daß mehrere Soldaten bis an den Leib ins Wasser springen mußten, ein Boot umschlug und ein mit Proviant beladenes Fahrzeug, welches festgerieth, zurückgelassen wurde. Die Fahrzeuge nahmen ihren Cours nach der Schmaltiefe, wahrscheinlich um die Truppen an Bord des hinter Amrum liegenden Kriegsschiffs zu bringen. (Alt. M.)

Schreiben aus **Schleswig**, vom 3. Mai. So eben geht hier die Nachricht ein, daß am 30 April ein dänischer Schoner von Ballum, „Mary und Metta," Schiffsführer Boysen, von zweien unserer Kanonenböte an der Westküste genommen worden ist. Zugleich ist auch eine kleine dän. Jacht von geringerem Werth genommen.

Altona. Mit dem Morgenbahnzuge kommt endlich die Nachricht, daß Preussen in Jütland eingerückt sind. — Nach einer Mittheilung, die uns aus **Kolding** zugeht, war das Generalkommando der schleswig-holsteinischen Armee am 2. Morgens nach Kolding verlegt worden. Die Stadt war stark verbarrikadirt, woraus zu schließen, daß man sie jedenfalls zu halten entschlossen ist. Uebrigens hatte man seit dem Treffen vom 23. April von den Dänen wenig oder gar nichts gesehen, sie schienen wie verschwunden zu seyn. (Alt. M.)

Hadersleben, den 2. Mai. So eben geht die Nachricht hier ein, daß ein Kommando dänischer Husaren im Westen ein Piket von den grünen Husaren von 30 Mann überfallen, die sich nicht ergeben wollten und niedergemacht wurden. Während dessen kam Hülfe und die Dänen verloren 72 Mann Todte und Gefangene. (B.-H.)

Französische Republik.

† **Paris**, 4. Mai. Ein Dekret der Nationalversammlung zerschnitt bekanntlich die Februarfeier in zwei Hälften; in eine revolutionäre und in eine legale: in einen 24. Febr. und in einen 4. Mai. Die erste Hälfte, der 24. Febr., ging in der offiziellen Welt ziemlich still vorüber, desto größer ist der Lärm bei der heutigen zweiten Hälfte. Schon um sieben Uhr wird der Rappel geschlagen, um Bürgerwehr und Linie auf den Concordia- oder Revolutions-Platz nebst den elysischen Feldern zu rufen, die das Talent von hundert Künstlern in einen wahren Zaubergarten umgeschaffen. Die Mitte des Platzes, d. h. dieselbe Stelle, wo Ludwig XVI. hingerichtet wurde und jetzt der Obelisk aus Luxor steht, bildet dieses Mal den Centralpunkt des Festes. Während früher die Gerüste sich an den Tuileriengarten lehnten und dadurch die Terassen desselben sperrten, umschlingt heute das Gerüst, auf welchem Erzbischof Sibour das Te Deum singt und dann dem Präsidenten und seinen Ministern Platz macht, den Obelisken selbst, der in eine Art kaiserliches Waffenzelt mit großem Luxus umgewandelt ist, aus dessen Mitte sein gestülptes Haupt herausschaut. Der Platz und seine Umgebung sind mit großem Geschmack dekorirt. Die meisten Verzierungen und Illuminationsvorbereitungen sind dieses Mal wirklich neu und originell; besonders die Köpfe der Brücke und die beiden Springbrunnen mit großem Talent durchgeführt. Die Einrichtungen in dem Hauptgange der elysäischen Felder gleichen den bekannten früheren Laubengängen und werden viel Effekt machen. Um neun Uhr sammeln sich die weltlichen Behörden und die Geistlichkeit in der Magdalenenkirche, von wo sie in dem Augenblick nach dem Revolutionsplatze aufbrechen, als ihnen das Zeichen des Abmarsches der Nationalversammlung aus dem gegenübergelegenen Bourbon-Palaste gegeben wird. Wenige Minuten später erscheint der Präsident mit seinen Adjutanten und Ministern auf dem Platze...... (Wir unterbrechen hier den Bericht wegen des frühzeitigen Postschlusses). Nirgends eine Ruhestörung.

10½ Uhr. Eben erscheint der Moniteur mit einer Amnestie für 1200 Junitransportirte. Der diesfallsige Artikel lautet: Die Regierung hält dafür, daß die Jahresfeier der Proklamation der Republik am 4. Mai 1848 durch einen großen Gnadenakt bezeichnet werden müsse. Nahe an dreitausend Juni-Insurgenten harren noch der Maßregel, die ihr Schicksal d. h. die Art und die Folgen der Transportation definitiv regelt. Die Kommission der National-Versammlung, welche zur Durchsicht aller Akten eingesetzt worden, hat sämmtliche Transportirte in zwei Hauptklassen getheilt. 1225 derselben, deren früherer Lebenswandel sie als die gefährlichsten betrachten läßt, bilden die erste Klasse und sind in das Fort Belle Isle en mer eingesperrt worden; 1409 bieten größere Garantieen und sehen auf den Pontons der Entscheidung über ihr Schicksal entgegen; 183 von ihnen wurden bereits kurzlich begnadigt, was die 1228 übrigen betrifft, so hat der Präsident der Republik heute entschieden auf den Vorschlag des Ministers des Innern, dieselben in Freiheit zu setzen. Da die plötzliche Rückkehr so vieler Individuen ins praktische Leben jedoch nicht auf einmal erfolgen darf, so wird sie successive in einer Art geschehen, welche jeder unvorhergesehenen Berührung zwischen Denen, die das Gesetz angriffen, und Denen, die für die Vertheidigung desselben kämpften, vorbeugt. Es ist nöthig, daß so viele Gefangene, welche der Gesellschaft wiedergegeben werden, auch in ihr Existenzmittel finden. Die Administration wird sich sofort mit Lösung dieser praktischen Schwierigkeiten befassen."

1 Uhr Mittags. Bis zu dieser Stunde verlief das Fest ohne Störung. Präsident, Nationalversammlung, Erzbischof, diese drei Grundsäulen der honnetten Republik, sind ruhig nach Hause gekehrt, und wir hören nirgends einen Unfall. Aus unnützer Vorsicht hatte Changarnier alle Truppen der Umgegend consignirt. In Vincennes sollen wieder mehrere Sozialisten in Arrest geworfen worden seyn. Im Operngange wenig Regsamkeit.

Italienische Staaten.

Rom, 28. April. Noch sind die Franzosen nicht vor der Stadt, dafür mehren sich die Barrikaden. Alle Brücken, die von Civitavecchia herführen, sind unterminirt. Indessen zeigt sich das Volk sehr lau, und die Nationalgarden sollen entschlossen seyn, sich nur zur Aufrechthaltung der innern Ruhe gebrauchen zu lassen. Die Klöster und geistlichen Orden sind durch Dekret aufgelöst und die ihnen gehörenden Gebäude augenblicklich zu andern Zwecken benutzt worden. — Garibaldi ist in Rom eingezogen. Die neuesten Briefe und Zeitungen von Rom gehen bis zum 29. April. Nichts neues; es wurde noch immer verschanzt.

Ancona, 27. April. Die römische Republik hat einen Commissär hieher geschickt, um den Gräueln Einhalt zu thun. Die Stadt wurde von ihm sogleich in Belagerungszustand erklärt. (A. A. Z.)

Oesterreichische Staaten.

Wien, den 4. Mai. Der erst seit gestern hier umständlicher bekannt gewordene Bericht — aus dem „Kozlöny" — über die am 14. April d. J. in Debreczin gefaßten Beschlüsse der beiden ungarischen Repräsentantenhäuser, durch welche die von Kossuth beantragte Thronentsetzung, Verbannung und der Verlust aller Rechte des regierenden Hauses Habsburg-Lothringen in Bezug auf Ungarn ausgesprochen wurde, hat, ungeachtet das Gerücht davon bereits seit einigen Tagen verbreitet war, doch allgemein großes Aufsehen erregt. Gestern verlautete gerüchtweise, man habe in Debreczin den Prinzen von Sachsen-Coburg-Cohary, Tochtermann Ludwig Philipps, zum König von Ungarn proklamirt. Bekanntlich hat die Familie Cohary ungeheure Besitzungen in Ungarn. Die ungarische Armee soll sich plötzlich gegen Norden gezogen haben. Die Börse war heute matt.

In Pesth ist man freudetrunken, und kein Mensch scheint zu glauben, daß Oesterreich je wieder im Stande seyn werde, in Ungarn seine Herrschaft geltend zu machen. Die Magyaren machen die furchtbarsten Rüstungen. Wenn Rußland nicht bei Zeiten mit imposanter Macht einschreitet, wird es Oesterreich unendlich viel Kampf, Zeit und Menschen kosten, das Verlorene wiederzugewinnen. Das Kossuth'sche Geld zieht viele Ueberläufer an. So ist die seit einer Woche ausgeschriebene deutsche Legion bereits auf etwa 600 angewachsen, meist Ausreißer der verschiedenen österreichischen Truppenkörper aus allen Nationen. Man organisirt weitere 100,000 Mann (keine Uebertreibung), denen binnen sechs Wochen abermals 100,000 folgen sollen. Großwardein ist der Hauptwaffenplatz, dort wird mit der ungeheuersten Thätigkeit gearbeitet. (A. A. Z.)

Sprech-Saal.

Unsere Brüder, die Soldaten müssen in diesem Augenblicke unter Zelten auf der Peterhaide lagern, eine Maßregel, für die man den Mangel an Lokalen zu ihrer Unterbringung angibt.

Wir sind gerne bereit, unsere wackern Brüder für die Zeit, als ihre Einquartierung nöthig wird, in unsere Wohnungen aufzunehmen.

Eine große Anzahl Bürger.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Meyer.

Anzeigen.

Exp.-Nr. 11413 V.

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Nürnberg

werden im Hause L. 1260 am

Montag den 14. Mai Nachmittags 2 Uhr

verschiedene Nachlaßgegenstände, bestehend in Betten, Meublen, Porzellain, Glaswaaren u. s. w. gegen sogleich baare Bezahlung an den Meistbietenden versteigert. — Kaufsliebhaber werden hiezu eingeladen

Nürnberg, den 26 April 1849.

D. i

Iberl, k. Rath.

Entbindungs-Anzeige.

Die glücklich erfolgte Entbindung meiner lieben Frau Babette Hahn, geborne Schneider aus Hersbruck, von einem gesunden Knaben zeige ich hiemit meinen Freunden und Bekannten ergebenst an.

Nürnberg, den 8. Mai 1849.

Bernhard Hahn, Uhrmacher.

Aufruf.

Mitbürger!

Mehrere Kompagnieen unseres hiesigen Regiments müssen bei dem gegenwärtigen Regenwetter wie in Feindeslande, im Freien lagern.

Sollen wir die Gesundheit unserer Landeskinder **ohne Noth in Gefahr** bringen lassen? Nein. Mitbürger! wir werden, da der Platz in den Kasernen u. s. w. für die Beherbergung der Soldaten nicht hinreicht, uns bereit erklären, sie in unsern Häusern aufzunehmen.

Viele unserer Mitbürger haben sich zur Aufnahme dieser Mannschaft bereit erklärt, und uns zu diesem Aufrufe veranlaßt.

Wir fordern Euch auf, diesem Beispiele zu folgen.

Wir fordern Euch auf, daß sich alle Diejenigen melden, welche zur unentgeldlichen Beherbergung unserer Soldaten erbötig sind.

Eine Kommission wird zur Entgegennahme der Anmeldungen:

Heute Dienstag, den 8. Mai Abends von 7—9 Uhr und morgen den 9. Mai von 8—10 Uhr Morgens im Jammerthale

versammelt seyn.

Das Komité für Volksversammlungen.

Mittwoch, den 9. Mai Abends präcise 6 Uhr

(wie schon angekündigt)

Volksversammlung

in der Katharinenkirche.

Erklärung.

Es hat sich in unserer biederherzigen Noris, die sich gewiß noch zu allen Zeiten als ächt bewährt hat, ein Gerücht verbreitet, als seyen ihre Bürger so hart und wollten dem Militär, das auf der Peter-Haide bivouaquirt, nicht einmal Dach und Fach geben; wir glauben aber, daß es den größten Theil der denkenden gemeinen Soldaten von selbst einleuchtet, wie die Bürgerschaft gegen ihre Söhne von jeher gesinnt war — und sprechen nur kurz aus, daß sich mehrere Bürger bereits freiwillig erklärt haben, ihnen Dach und Fach zu geben.

Einer im Namen mehrerer Bürger.

Wohnungs-Veränderung u. Empfehlung.

Die Veränderung unserer Wohnung von S. Nr. 965 in Nro. 205 der Weisgerbergasse zeigen wir hiemit an. Unserer alten Nachbarschaft danken wir für ihre freundschaftliche Gesinnung gegen uns, und die Neue bitten wir um gütige Aufnahme.

Johann Paul Reuter nebst Frau.

Auch empfehle ich mich zur Abnahme von allen Sorten Seide-Watte.

Lebewohl.

Durch meine schnelle Abreise nach Deutlein am Forst wurde ich verhindert, von meinen vielen Freunden persönlich Abschied zu nehmen. Ich sage Ihnen hiemit ein herzliches Lebewohl und empfehle mich und meine Familie Ihrer fernern Freundschaft.

Nürnberg, den 6. Mai 1849.

Seb. Weiser, Post-Offizial.

Benachrichtigung.

Auswanderern nach Nordamerika diene zur Nachricht, daß ich ermächtigt bin, ungeachtet der Blokade Schiffscontrakte ab Bremen für Mai und die folgenden Monate zu den billigsten Preisen abzuschließen und für die sichere, ungefährdete und prompte Beförderung mit neutralen Schiffen einstehe.

Nürnberg, im Mai 1849.

Aug. Hr Bonnig.

(Empfehlung.) Frisches Ragout und täglich früh 6 Uhr frische Malte empfiehlt

Fuchs

im Rohledererer-Garten.

Neue Zeugnisse

über die Heilkraft und Wirksamkeit der weltbekannten und berühmten

Goldberger'schen Kaiserl. Königl. allerhöchst privilegirten Galvano-electrischen Rheumatismus-Ketten,

von denen Herr C. L. Krauß, Theresienstrasse S. No. 551 in Nürnberg stets ächt und unverfälscht zu den festgestellten Fabrikspreisen Lager hält.

Preis 53 kr., stärkere fl. 1. 45 kr. und fl. 2. 38 kr.

Hierdurch bescheinige ich der Wahrheit gemäß, daß sich die Heilkraft einer Goldberger'schen Kette auch bei mir gegen rheumatische Uebel, Herzpochen und Schlaflosigkeit vorzüglich bewährt hat. Schloß See bei Niski ohnweit Görlitz den 25. Okt. 1848.

Ludwig Graf zur Lippe.

Ein längeres anhaltendes rheumatisches Leiden, welches trotz aller angewandten Mittel nicht zu beheben war, zwang endlich den Unterfertigten, einen Versuch mit der Goldberger'schen Kette zu machen. Der Gefertigte nahm diese Kette laut anrathen an den kranken Theil und zwar Abends und des Morgens, zum Erstaunen war die plötzliche Herstellung da. Seither, daß der Gefertigte diese Kette braucht, naht sich selbst nicht einmal ein rheumatischer Zustand. Dies bekräftigt mit eigner Unterschrift zur Steuer der Wahrheit. Wien, den 29. Jan. 1849.

Filip Smerczek,
Oberlieutenant beim Kais. Inf.-Regiment.

Ich habe das besondere Vergnügen, Ihnen hiemit zu berichten, daß die Goldberger'sche Kette, die Sie mir unter dem 10. d zugesendet haben, bei meiner Frau sehr gute Dienste thut. In den wenigen Tagen, wo sie dieselbe angelegt hat, ist sie von ihrem Gliederreißen beinahe ganz befreit, und ich habe mit Recht das Vertrauen, daß Sie in kurzer Zeit vollkommen hergestellt seyn wird. Dank dem gütigen Schöpfer für eine solche Erfindung! Michelfeld im Großherzogthum Baden, den 1. Jan. 1849.

Englert, Hauptlehrer.

Der Gefertigte bezeugt der Wahrheit gemäß nach eigener Ueberzeugung, daß die Goldberger'schen galvano-elektrischen Ketten sich besonders im Rheumatismus und den damit verbundenen organischen Leiden, als: Zahn- und Kopfschmerz, Ohrensausen und selbst Schwerhörigkeit wohlthätig bewiesen.

Neuhaus, (in Böhmen) den 2. April 1849.

Dr. Pauk, prakt Arzt.

Neu verbesserter Rheumatismus-Ableiter.

Die bereits vielseitig empfohlenen und als sehr bewährt befundenen „Rheumatismus-Ableiter," per Stück à 18 kr., stärkere à 36 kr. mit Gebrauchsanweisung sind für hier und Umgegend nur allein ächt bei Unterzeichnetem zu haben.

Wie schon bekannt, dienen sie gegen Kopf-, Hand-, Knie- und Fußgicht, Gesichts-, Hals- und Zahnschmerzen, Ohrenstechen, Harthörigkeit, Sausen und Brausen in den Ohren, Brust-, Rücken- und Lendenweh, Gliederreißen, Krämpfe, Lähmungen, Herzklopfen und Schlaflosigkeit rc., und liegen hierüber die besten Zeugnisse vor.

C. L. Krauß,
Theresienstraße S. Nr. 551 in Nürnberg.

Englische Patent-Leinwand

von Dr. O'Méara in London (gewes. Leibarzt K. Napoleons)

gegen jede Art Gicht, Rheumatismus, Rothlauf, Kreuz-, Kopf- und Rückenschmerzen, den Krampf und geschwollene Glieder.

Unter Garantie sowohl bei frischen als alten Leiden, und möchte nicht mit sogenannten durch einige Eisenfeilspäne fabrizirten Rheumatis-Amuletten verwechselt werden. In Packeten à 1 fl.

Zeugniß;

mittelst welchem ich Unterzeichneter bestätige, unter der Ankündigung „Engl. Patent-Leinwand" von Dr. O'Méara in London gekauft und mit entschiedenem Nutzen gebraucht habe, so zwar, daß ich durch einmalige Benützung dieser Patent-Leinwand an der Hüfte und am Schienbein, an welchem ich Monat lang Schmerzen litt, wunderbar so geheilt wurde, daß bei keinerlei Witterung sich der Schmerz wiederholte, welches ich der Wahrheit gemäß hiemit bekräftige.

Raab, 15. November 1847.

v. Fischer,
K. K. Oberst.

Attest.

Bezeuge binnen 12 Stunden von gehabten Rheumat.-Leiden durch die engl. Patent-Leinwand befreit worden zu seyn.

Benedict Büchler,
Glaswaaren- und Uhrgehäus-Fabrikant.
Carlsstraße in Stuttgart

Nürnberg nur bei Blaul u. Comp.

(Gesuch.) Eine an Ordnung gewöhnte Magd, welche gut kochen kann, sich auch willig jeder andern Hausarbeit unterzieht, wünscht sogleich oder vierzehn Tage nach dem Ziel in Dienste zu treten.

Anzeige und Empfehlung.

Die Verlegung der Siegellack-Geschäfts Firma: Gust. Phil. Geist Sohn von L. Nro. 274 der Brunnengasse in L. Nro. 748 (Gasthaus zum Peter Vischer 2. Etage) der Lorenzergasse anzeigend, empfiehlt der Unterzeichnete sein Fabrikat von gutem und schönem Siegellack bei Bedarf zur gefälligen Berücksichtigung.

Johann Michael Sörgel.

Roßhaar-Offerte.

Mein auf das Beste assortirtes Lager von allen Sorten gesponnenen Roßhaaren zu Matratzen und Möbeln rc. empfehle ich bei eintretender stärkerer Verbrauchszeit zu den billigsten Preisen zur gefälligen Abnahme.

Nürnberg, den 7. Mai 1849.

Joh. Fried. Gaeße,
Bergstraße S. No. 419.

SINGVEREIN.

Mittwoch den 9. Mai große Produktion.

Die verehrlichen Mitglieder werden gebeten, beim Eintritt ihre Karten vorzuzeigen, und die auf denselben angegebenen §§ der Statuten genau zu beachten.

Der Vorstand.

Empfehlung.

Hiemit erlauben wir unsere Reib-Maschinen zum abreiben von allen Sorten Oel- und Wasser-Farben, Buchdruckerschwärze rc. in Erinnerung zu bringen, und empfehlen sich damit zu recht vielen Aufträgen bestens

Nürnberg, den 10. Mai 1849.

Fleischer & Hofmann.

(Literatur.) So eben ist erschienen und in der Exped. der Mittelfränkischen Zeitung à 6 kr. zu haben:

Der Christusglaube.

Predigt

über Johannes 3, 11—18 und Römer 10, 1—4.

gehalten

in der freien christlichen Gemeinde zu Nürnberg

und herausgegeben auf Veranlassung des kgl. Distrikts-Schulinspektors und dritten Pfarrers Herrn Ch. H. Jorns in Hersbruck.

Nebst einem

offenen Sendschreiben an denselben

von

Heinrich Bäthig.

Prediger der freien christlichen Gemeinde Nürnbergs.

Literatur.

Heute verläßt die Presse und ist bei Buchbinder C. Heubner am Markt für 3 kr. zu haben:

Bericht über die am 2. Mai auf dem Judenbühl bei Nürnberg abgehaltene, von 20000 Menschen besuchte Volksversammlung (**besonders ausführlich die Rede des Vorsitzenden Jacob Schmitt enthaltend**).

Dieses Heftchen wird in diesem ernsten Augenblick der allgemeinen Aufmerksamkeit empfohlen.

(Bitte.) Auf vieles Verlangen wird Herr Prediger Bäthig gebeten, die gestern im Katharinensaal gehaltene Predigt im Druck erscheinen zu lassen.

Gartenwohnung.

Eine größere und eine kleinere Gartenwohnung nahe an 3 Stadtthoren, in sehr freundlicher Lage mit allen Bequemlichkeiten, ist täglich zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In Nro. 16 am Herrenmarkt ist die II. Etage, aus 5 Piecen bestehend, sogleich oder am Ziel Laurenzi zu vermiethen

---

(Zu verpachten.) Zwei Stücke Gras sind ganz nahe an der Stadt sogleich zu verpachten. S. No. 621 auf der Veste.

Kauf-Gesuch.

In der Nähe eines Hauptthors wird ein Garten mit im besten Baustand bestehendem Gebäude um 6—10000 fl. zu kaufen gesucht. Anfragen sind in L. Nro. 191 Adlerstraße abzugeben.

(Gesuch.) In einer geräuschlosen Straße wird eine Wohnung von 3 heizbaren Zimmern, Kammer und sonstigen Bequemlichkeiten gesucht.

(Gesuch.) Ein solides Märchen, welches Kleidermachen, schön waschen und bügeln kann, und in allen Arbeiten wohl erfahren ist, wünscht 14 Tage nach dem Ziel als Stubenmädchen unterzukommen.

(Gesuch.) Ein möblirtes Zimmer und Kammer wird für einen soliden Herrn zu miethen gesucht. S Nr. 29 zweiten Stock.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 10. Mai 1849 № 130. Donnerstag: Victoria.

Deutsche Staaten

München, 6. Mai. Unter den Privatanzeigen der „Neuen Münchener Zeitung“ liest man heute die Ankündigung des Verkaufs des „Gräflich von Landsfeld'schen Hauses im Wege der freiwilligen öffentlichen Versteigerung.“ Manchen Mundwinkel mag die beigefügte Bemerkung, daß „der Zuschlag mit Vorbehalt der Genehmigung der Frau Verkäuferin hiz erfolgt, bei einem genügenden Gebote jedoch auch sogleich ertheilt werden kann“ zu einem satyrischen Lächeln bewogen haben. (D. k. Z.)

München, 7. Mai. Uneinigkeit sagt man, herrscht im Schooße des Ministeriums. Der Minister des Innern, v. Forster, den man ganz damit einverstanden glaubte, daß Herr v. d. Pfordten, auch in Bayern jene Saat ausstreue, deren Früchte in Sachsen blutiger Kampf, Flucht des Königs und eine provisorische Regierung sind, soll seit gestern in Finanzminster Dr. Aschenbrenner einen Verbündeten gefunden haben, und im Verein mit diesem auf Modifikation der letzt abgegangenen Erklärung dringen. Die übrigen Minister, stark durch die in der Rosenthaladresse ausgesprochene und durch die städtischen Behörden verschwiegene Zustimmung der Münchner Bürgerschaft, sollen aber fest an der v. d Pfordten'schen Staatsklugheit halten und demnach Forster's und Aschenbrenner's Entlassungsgesuche bereits der kgl. Genehmigung harren. (D. k. Z.)

München, 7. Mai. Staatsrath Volz hat den Auftrag erhalten, als kgl Kommissär in der Pfalz zu amtiren. Von Würzburg, Bamberg und Neuburg sollen Truppen zu seiner Unterstützung abgehen. Sehr glücklich ist die Wahl des kgl. Kommissärs nicht zu nennen: nicht etwa, weil derselbe mit den Verhältnissen der Pfalz nicht bekannt wäre, sondern vielmehr, weil er durch früheren Aufenthalt der Pfalz bekannt ist. Die Erinnerung daran, daß Volz im März vorigen Jahres der Einzige unter den Ministern war, welcher Gewaltmaßregeln angewendet wissen, der kgl. Proklamation aber seine Unterschrift nicht beisetzen wollte, mag wohl dem Ministerium seine Persönlichkeit als die tauglichste haben erscheinen lassen. (D. k. Z.)

München, 6. Mai. Herr Reichskommissär v. Mathy verweilt noch in unserer Stadt und steht fortwährend in häufigem Verkehr mit den Ministern und andern hiesigen Staatsmännern. (A. Abdz.)

† **Nürnberg**, den 9. Mai. In einer gestern sehr zahlreich besuchten Versammlung der Landwehr, Stadtwehr, Turner und Eisenbahnarbeiter wurde beschlossen, eine Deputation an das Kreiskommando der Landwehr, den kgl. Stadtkommandanten und die Kommandirenden der bewaffneten Körper zu senden, um die Vereidigung der Corps auf die endgültig beschlossene Reichsverfassung zu verlangen. Ferner wurde der Antrag gestellt, diejenigen Offiziere, welche sich diesem Beschluß nicht fügen wollen, zur Niederlegung ihrer Chargen zu veranlassen.

Mannheim, den 6. Mai. Diesen Vormittag 11 Uhr kam hier ein Bataillon des 6. bayerischen Infanterie-Regiments, das voriges Jahr hier, und zuletzt in Frankfurt gelegen, hier durch und marschirte nach der Rheinpfalz. Dieses Bataillon besteht aus Rheinpfälzern und ist ihr Herz, nach verschiedenen Aeusserungen, der Sache ihrer Landsleute zugewendet. Es sollen, wie man versichert, gegen 9000 Mann aus Altbayern nach der Pfalz auf dem Marsche seyn und Fürst Taxis soll den Oberbefehl über diese Truppen führen. — Die Begeisterung der Pfälzer für die deutsche Sache ist durchgängig in voller Gluth, die Organisation der Bürgerwehr schreitet schnell vorwärts, und der Zuzug aus den benachbarten Theilen des Vaterlandes soll rasch von Statten gehen; so sollen bereits viele Hanauer und die Scharfschützen auf das Vortrefflichste eingeübt seyn. Eben so heißt es hier, was denn auch sehr wahrscheinlich ist, daß von der französischen Seite her viele Deutsche über die Gränze gegangen seyen. Da die Pfalz für einen Guerillaskrieg ein sehr günstiges Terrain bietet, so dürfte, wenn es zu einem vollkommenen Aufstand kommen sollte, viel Hoffnung auf Erfolg für das Volk vorhanden seyn. (Schwb. M.)

Freiburg, den 4. Mai. [3te Sitzung der Geschwornen über Fickler, Bornstedt, Steinmetz und Krebs.] Es werden wieder Zeugen verhört, und zwar zuerst über die auf der Volksversammlung zu Achern gehaltenen Reden. Bestimmtes und schwer Gravirendes können die Zeugen nicht aussagen. So wurde z. B. von ihnen die Frage, ob Fickler die Versammlung wirklich aufgefordert habe, die Arbeiter zu rufen, durchaus verneint, und nur das zugestanden, daß er gesagt, sie seyen bereit, auf den ersten Ruf zu kommen; daß sie aber auch nur dann kommen dürften, wenn man sie rufe. Gegen Steinmetz sagten Zeugen aus, er habe in seiner Rede sich dahin geäußert, daß man die Fürsten pensioniren, und wenn sie nicht darauf eingehen wollten, zum Teufel jagen solle. Unter den weitern Zeugen, welche über das Benehmen Ficklers unmittelbar nach der Revolution, und dann über sein Wirken auf den Volksversammlungen im Seekreis aussagen, sind die bemerkenswerthesten Bürgermeister Hüetlin von Konstanz und Dekan Kuenzer. Beide äußern sich sehr vortheilhaft über Fickler; so habe er immer die exorbitanten Vorschläge, wie z. B. einen bewaffneten Zug nach Karlsruhe, bekämpft, die aufgeregten Gemüther noch eher zu mäßigen gesucht, und sich überhaupt gegen jede Gewaltanwendung und Gewaltthätigkeit auf das Kräftigste ausgesprochen; ja es erscheinen sogar Zeugen, die aussagen, Fickler habe nur den friedlichen und gesetzlichen Weg zur Einführung der Republik empfohlen. Da der Staatsanwalt sich viele Mühe giebt, zu erfahren, ob Fickler es gewesen sey, der die bekannten, auf die Proklamierung der Republik lautenden Instruktionen für die von einer Volksversammlung an das Parlament abgeschickten Männer erwirkt, so entgegnete Brentano, er finde dieß sonderbar, da gerade daraus, daß Fickler als Abgesandter nach Frankfurt reiste, auf das Bestimmteste hervorgehe, daß er nicht zu Achern zur gewaltsamen Einführung der Republik könne aufgefordert haben. Die fernern Zeugen beziehen sich auf die Arbeiterlegion — von ihrem Einfalle an bis zum Gefechte von Dossenbach. Es erhellt, daß diese Arbeiter sich im Ganzen ordentlich betragen, nur Waffen weggenommen, sonst weiter sich nicht am Privateigenthum vergriffen, ausgenommen etwa in einem Gute des Freiherrn v. Landenberg, wo sie verschiedenerlei Kleidungsstücke und auch Kostbarkeiten mitnahmen; freilich konnte nicht bewiesen werden, ob es wirklich die Arbeiter gewesen seyen. Am Interessantesten war wohl das Verhör des wackern Hauptmann Lipp, der auf eine sehr klare Weise das Gefecht bei Dossenbach darstellte. Als er von der Tapferkeit des gefallenen Schimmelpenning rühmliche Erwähnung that, denn auch am Feinde müsse ein Soldat den Muth ehren, da wurde z. B. Bornstedt bis zu Thränen gerührt, beim Andenken an den Tod des Freundes. Aber auch Bornstedt habe tapfer gekämpft, auch ihm müsse er dies Zeugniß geben; nicht so die andern Führer, besonders Herwegh, der jedoch nicht, wie es hieße, unter dem Spritzleder einer Chaise sich geflüchtet, sondern auf einem Leiterwagen. Ebenso sprach Hauptmann Lipp auf das Rühmendste von der Tapferkeit und Begeisterung seiner Soldaten, und sucht sie auch gegen die ihnen gemachten Vorwürfe zu reinigen. Ueberhaupt machte dieser Zeuge bei Allen, in deren Brust das Allgemeinmenschliche nicht von einem einseitigen Radikalismus ganz verschlungen worden, einen sehr günstigen Eindruck. Es entspann sich nun ein längeres Hin- und Herstreiten, indem man zu ermitteln suchte, wer zuerst geschossen, und ob das würtembergische Militär auch dem Gesetze nachgekommen, ob es eine Aufforderung an die Arbeiter habe ergehen lassen, die Waffen niederzulegen. Brentano meinte, die Soldaten hätten zuerst angegriffen und geschossen, und deßwegen könnte man die Angeklagten für das, was sich in Folge dessen ereignet, nichts weniger als verantwortlich machen. Hauptmann Lipp behauptet, die Soldaten hätten erst dann geschossen, als ihrer Aufforderung, die Waffen niederzulegen, nicht entsprochen worden. Wirklich geht auch aus den Protokollen und den Aussagen anderer Zeugen hervor, sowohl, daß die Soldaten die vom Gesetze bestimmte Aufforderung haben ergehen lassen, als auch, daß sie erst schossen, als von der feindlichen Seite zweimal geschossen worden, während wieder Zeugen da sind, die aussagen, die Soldaten hätten durchaus nicht zur Ablegung der Waffen aufgefordert, vielmehr selbst auf Fliehende geschossen. Endlich glaubt Brentano, da die Legion einmal vorhatte, sich nach der Schweiz zurückzuziehen, so hätte man dies auch geschehen lassen, sie nicht aber angreifen sollen. Hauptmann Lipp erwiederte jedoch, er mit seiner so kleinen Anzahl hätte einen so numerisch überlegenen Feind nicht angegriffen; man habe vielmehr die Soldaten zuerst angegriffen; zudem hätte er ja ohnedies nicht wissen können, daß die Legion sich in die Schweiz zurückziehen wollte. Nachdem noch mehrere andere Zeugen vernommen worden, wurde die Sitzung geschlossen. (Schw. M.)

** **Frankfurt**, den 7. Mai. [213. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson.] Austrittserklärungen von 13 Bayern, darunter Schrenck, Phillipps, Beisler, Xylander, Lassaulx, Daxenberger, Grundner. Gagern theilt Folgendes mit: „Die Störung des Reichsfriedens in Sachsen hat die Centralgewalt veranlaßt, einen Reichskommissär zu bevollmächtigen, um die den obwaltenden Verhältnissen entsprechenden Maßregeln zur Wiederherstellung derselben, wesentlich im Sinne der von mir am 4. d. M. im Namen der Centralgewalt abgegebenen Erklärung, von Reichswegen anzuordnen. Auch in der bayerischen Rheinpfalz sind Ereignisse eingetreten, die die Absendung eines Reichskommissärs zur Folge gehabt haben, um vermittelnd einzuschreiten, Gewaltsamkeiten zu verhüten und eventuelle Uebergriffe in die Schranken zurückzuweisen.“ Der Justizminister R. v. Mohl erwiedert auf eine frühere Anfrage: „Das Gesetz vom 20. Jan. hat überall in Deutschland seine Vollziehung erhalten, mit Ausnahme von Homburg. Als am 1. Mai die Kunde von der Fortdauer des öffentlichen Spiels daselbst hier eintraf, wurde sogleich nach Maßgabe der Bundesexekutionsordnung eingeschritten; und weil die landgräfliche Regierung durch alle Stadien des vorgeschriebenen Verfahrens hindurch sich weigerte, dem Gesetze zu folgen, so mußte am Ende zur wirklichen Verfügung der Exekution geschritten werden. In dem gegenwärtigen Augenblicke sind die Exekutionstruppen unterwegs, um die Schließung der Bank zu bewerkstelligen.“ Wesendonck und Genossen stellen folgenden dringlichen Antrag: In Erwägung, daß das deutsche Volk sich überall zum Schutze der Reichsverfassung erhebt, resp. Sachsen und die bayerische Rheinpfalz für dieselben in vollem Aufstande begriffen sind; in Erwägung, daß die Nationalversammlung verpflichtet ist, diese Erhebung zu unterstützen und um so kräftigere Maßregeln zu ergreifen, als die im Dienste der renitenten Regierungen stehenden Bajonette dieselbe zu unterdrücken suchen: In Erwägung, daß insbesondere das preußische Militär verwandt wird, und es daher nothwendig ist, dasselbe über seine Pflicht aufzuklären, beschließt die Nationalversammlung 1) Sämmtliche deutsche Truppen sind unter den Befehl eines von der Centralgewalt zu ernennenden Oberkommandanten zu stellen. 2) Sämmtliche deutsche Truppen haben sofort den Eid der Treue gegen die Reichsverfassung und die sie ausführende Reichsgewalt zu leisten. 3) Reichskommissarien werden sofort in alle deutschen Länder und insbesondere zu allen Truppentheilen abgesandt, um diesen Beschluß, sowie denjenigen vom 4. Mai

zur Ausführung zu bringen. Die Dringlichkeit wird mit großer Mehrheit unter lautem Jubel anerkannt. Gagern will wieder temporisiren und spricht in langer Rede gegen die Beeidigung. Ebenso spricht der Reichskriegsminister Peucker gegen den Eid, der die verschiedenen Truppenkörper in Fraktionen spalten würde.

Ludwig Simon: Wir haben die Wahlen zum neuen Reichstage von Ihnen gefordert und gewährt erhalten, allein wir müssen auch auf der sofortigen Beeidigung bestehen. Wollen wir etwa warten, bis das Ministerium Brandenburg, bis die Fragen in Preußen überhaupt in der Lage eines friedlichen Abschlusses sind? Umgekehrt, dies Ministerium will uns bewaffnet zwingen. Wir müssen uns ebenfalls bewaffnen und es stürzen. Man hat uns gesagt, wer die Regierung hat, der hat die Heere. Ich kehre den Satz um, mit den Heeren werden wir die Regierungen haben. (Beifall). Sehen Sie, wie man überall darauf wartet, daß wir die Beeidigung aussprechen: in Würtemberg, in der Pfalz und zum Theil selbst in der preußischen Landwehr. Grausam wäre es, Offiziere und Soldaten in ihrer schwankenden Lage zu lassen. Jeder Tropfen Blut, der vergossen wird durch solch' einen im Abdrücken noch schwankenden Finger kommt über ihre Häupter. (Beifall.) Riesser gegen die Beeidigung. Zimmermann von Stuttgart: Herr von Gagern vertraut, Herr Riesser hofft. Erwarten Sie aber von mir keine politische Vernunft in diesem Sinne, sondern nur den ganz einfachen politischen Verstand, daß ich die Thatsachen mit unsern Mitteln vergleiche. Also dann erst finge der Bürgerkrieg an, wenn von Preußen russische Hülfe herbeigerufen würde? (Bewegung und Spottesäußerung.) Herr Riesser hat sich auf Würtemberg und auf Römer berufen. Allein die Sache verhält sich anders. Eben Römer hat zu dem Abgeordneten Schoder gesagt, daß er schon die Ausfertigung bereit habe, um auf den Beschluß der Versammlung die Beeidigung zu vollziehen. Hätten wir von je mehr auf das Volk als auf die Höfe gesehen, so hätte uns die Bassermannsche Staatsklugheit nicht in dies Dilemma geführt. Der Redner setzt dann die großen Fehler auseinander, deren sich die Versammlung in ihrer bisherigen Wirksamkeit schuldig gemacht und wie sie die einfachsten Sätze der Politik verleugnet habe. Stavenhagen spricht vom militairischen Standpunkte gegen die Beeidigung.

Wigard von Dresden: Wie soll die öffentliche Meinung zum Durchbruche kommen? Auf dem Wege der langweiligen und nichtsnutzigen Adressen etwa? Und gegen wen, als gegen die verrätherischen Fürsten, die der Verfassung widerstreben? Es ist uns gesagt worden, wenn wir unsere Befürchtungen aussprachen, die Reaktion werde nie bis zu gewaltsamen Maßregeln gehen. Blicken Sie auf Dresden, was sich für die Reichsverfassung erhoben hat und nur für die Reichsverfassung und wo das Erste Blut für diese Verfassung geflossen ist. Wollen sie aber auf einem friedlicheren Wege zum Ziele gelangen, wollen sie das Bürgerblut sparen, so vereiden sie die Truppen. Ein Stück des alten Zopfes ist's, wenn hier behauptet wird, der Eid des Soldaten müsse sich stets auf eine bestimmte Person beziehen. Die Sache ist's, um die es sich handelt, und die deutschen Soldaten wissen recht gut, was es mit der Reichsverfassung zu besagen hat. Die dringende Aufforderung, mit der Herr Wigard für die Vereidung schließt, wird lebhaft von dem zustimmenden Theile des Hauses beklatscht. Breusing aus Osnabrück nimmt seine Motive gegen die Vereidigung aus seinen hannoverischen Erfahrungen.

Vogt von Gießen: Herr Breusing hat Ihnen eben in der naivsten Weise auseinandergesetzt, wohin die gesetzlichen Maßregeln führen, indem Hannover im Jahre 1837 die Verfassung verlor, aber sein Rechtsgefühl bewahrte. Allein wir wollen nicht blos unser Rechtsgefühl behaupten, sondern auch die Verfassung ins Leben setzen. Ich bitte das Volk um Verzeihung, daß ich mich nach einem langen Aufenthalt in Frankfurt über seine Stimmung getäuscht hatte. Ich hatte ihm nicht so viel Kraft und Schwung zugetraut, als sich überall in lebendigster Weise kundgibt, wovon uns die Abgeordneten der Märzvereine die überraschende Kunde zubringen. Mit Gut und Blut steht das Volk zu uns. Aber es ist die letzte Stunde und wir in der Versammlung sind dahin gelangt, daß uns ein zweifelhafter Freund mehr Schaden thut, als ein gewisser Feind. Herr Rießer sagt, wir müßten erst nähere Nachrichten aus Dresden abwarten. Ich will sie geben. Das preußische Kaiser-Alexander-Regiment ist mittelst Eisenbahn nach Sachsen abgegangen, um die königlich sächsischen Truppen in der Aufrechthaltung der Ordnung zu unterstützen. Die Zusammensetzung der provisorischen Regierung von Sachsen zeigt, daß die unendliche Mehrheit des sächsischen Volkes in dieser Regierung vertreten ist. Die deutsche Reichsfahne weht in Dresden und gegen sie marschiren preußische Bataillone — die Zentralgewalt schickt einen Reichskommissär. Nach der Pfalz gehen bayerische Kürassiere, um die Kundgebung für die Reichsverfassung niederzudrücken und hier geschieht? nichts, nichts und abermals nichts! Wir beantragen die Vereidigung, um das Heer gegen den Verrath seiner Obern zu schützen. Ich kann Ihnen noch eine Thatsache angeben: der Träger der deutschen Zentralgewalt hat einen Brief an den König von Würtemberg gerichtet, worin er das Prinzip der Vereinbarung für das einzig richtige erklärt, auf dem die Regierungen beharren müßten. Ein würtembergischer Minister hat die Abschrift dieses Briefes gesehen. Der Redner kritisirt das bisherige Verfahren dieser Reichsgewalt. Er fragt, wird das Reichsministerium den bayerischen Truppen den Weg in die Pfalz verlegen, wo man nichts zur Vertheidigung für die Verfassung hat, als sein Herz? Wird es die Preußen aus Sachsen hinauswerfen? Das ist eben der faule Fleck der Sache, daß man sich hier die Ohren verstopft gegen den Kriegslärmen, daß man zusieht und abwartet. Die Athener hatten ein Gesetz, welches den Bürgern verbot, parteilos zu bleiben vor vaterländischen Fragen. Ergreifen Sie also Ihre Partei meine Herren, für das Vaterland, oder für den Verrath — aber ergreifen Sie Partei."

Vogt läßt aus der konstitutionellen Korrespondenz; aus Berlin vom 5. Mai hinzufügen, daß 2 Bataillone, 2000 Mann preuß. Truppen in Dresden einrucken rc., und welche imposante Macht Preußen in verschiedenen Lagern aufstellt. Dann wurde eine lange Reihe von Anträgen, die sächsischen Angelegenheiten betreffend, eingebracht. Die Dringlichkeit ward anerkannt, die Behandlung nahm jedoch einen Charakter an, daß die Sitzung auf eine halbe Stunde aufgehoben werden mußte. Ihr Ausgang war die Ueberweisung sämmtlicher auf Sachsen bezüglicher Anträge an das Reichsministerium zur Ergreifung schleuniger Maßregeln. Nachdem noch einige Redner gesprochen, wird die motivirte Tagesordnung über den Antrag Wesendonck's mit 209 gegen 140 Stimmen beschlossen.

Frankfurt, 6. Mai. Der Kongreß der sämmtlichen Märzvereine hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, daß das Banner, unter welchem die Märzvereine sich schaaren, das der Volkssouveränetät und Durchführung der Reichsverfassung seyn solle. Er beschloß ferner, Proklamationen an das Volk und das Heer in diesem Sinne zu erlassen. Die Proklamationen wurden noch während der Sitzung (jene an das Volk durch die Herren Simon von Trier, Vogt und Hoff, jene an das Heer durch die Herren Spatz, Löwe von Calbe und Rauwerck) entworfen, der Versammlung vorgelegt und von ihr mit allseitiger Akklamation aufgenommen. Sie werden sofort durch den Druck veröffentlicht und es soll für ihre möglichste Verbreitung Sorge getragen werden. Ein weiterer Beschluß des Kongresses ging dahin: durch eine Deputation von fünf Mitgliedern dem Präsidenten der Nat.-Vers. die schriftliche Aufforderung überbringen zu lassen, daß die Nationalversammlung schleunigst die Beeidigung der Truppen und des Volkes auf die Verfassung beschließen möge. Diese Deputation, bestehend aus den Herren Scherr, Delbrück, Hermes, Bracklow und Schmidt, verfügte sich zu diesem Zweck noch im Laufe des Abends zu dem Präsidenten der Nationalversammlung — Simon von Trier und Hr. Grün (Bruder des Mitglieds der aufgelösten zweiten preußischen Kammer) theilten dem Kongresse die eben noch eingelaufenen Nachrichten aus Dresden mit, welche mit dem lebhaftesten Enthusiasmus aufgenommen wurden. Einer der erhebendsten Momente des Abends war es, als sodann die ganze Versammlung einmüthig und mit begeisterter Akklamation sich erhob, um zu erklären, daß sie für die Aufrechthaltung der Reichsverfassung mit Gut und Blut einzustehen bereit sey. Mehrere, die Unterstützung der Bewegung in Sachsen bezweckende Anträge wurden zurückgenommen, nachdem Abg. Raveaux bemerkt hatte, daß in der morgenden Sitzung der Nationalversammlung in dieser Beziehung dringliche Anträge gestellt werden würden. Mit Bezug auf die Pfalz beschloß die Versammlung: 1) den Ausschuß des Central-Märzvereins zu beauftragen, einen Vertrauensmann nach der Pfalz zu entsenden, welcher über die Lage der Dinge genauen Bericht erstatten soll; 2) den Ausschuß zu ermächtigen, die geeigneten Maßregeln zur thatkräftigen Unterstützung der Pfalz zu treffen. Mit lebhafter Befriedigung vernahm die Versammlung durch Hrn. Raveaux, daß der ernannte Vertrauensmann, Abg. Wöhler, schon morgen früh seine Reise antreten werde, daß übrigens die heute von hier nach der Pfalz abgegangenen bayr. Truppen den Schutz der Pfalz bezwecken, und in gleichem Sinne auch der Reichskommissär, Herr Eisenstuck, beauftragt sey, sich mit dem Landes-Vertheidigungs-Ausschuß zu benehmen. — In Bezug auf die künftige Organisation der Märzvereine wurde beschlossen, daß eine Kommission, die aus 48, den verschiedenen Gebietstheilen Deutschlands angehörenden Mitgliedern zusammengesetzt wurde, morgen früh 8 Uhr mit dem hierzu bestellten Ausschusse des Central-Märzvereins hierüber in Verhandlung treten solle. Der letzte Punkt der Tagesordnung: „Die künftige innere und äußere Politik der Volkspartei als Maßstab für die nächsten Wahlen" konnte nebst einer Anzahl Anträge in der heutigen Sitzung nicht mehr erledigt werden, weßhalb auf morgen Nachmittag 4 Uhr eine zweite Sitzung anberaumt wurde. Die Versammlung, welche um 2½ Uhr eröffnet worden, ging erst nach 11 Uhr aus einander, nachdem vorher Hr. Raveaux derselben mitgetheilt hatte, daß auf Anordnung des Präsidenten der Nationalversammlung den Mitgliedern des Kongresses besondere Plätze in der Paulskirche für die morgende Sitzung zugedacht seyen. Als provisorischer Vorsitzender fungirte Hr. Raveaux: später wurden von der Versammlung Fröbel zum Präsidenten, Raveaux zum Vicepräsidenten, Goltz und Wöhler zu Schriftführern gewählt. Die Zahl der anwesenden Mitglieder mochte sich auf nahe an 500 belaufen. (F. J.)

Darmstadt, 6. Mai. Diesen Morgen brachte der Bahnzug von Frankfurt eine Abtheilung bayerischer Infanterie, die für Rheinbayern bestimmt ist. Dieser Zug durchkreuzte sich mit einem andern Zug, der besonders viele Waggons zu Aufnahme von Reiterei schleppte. Der Bogen der Erwartung ist auch hier auf das äußerste gespannt. Gestern Abend hielten demokratische Vereine eine Versammlung, die zu dem Beschlusse führte, eine Freischaar bilden zu helfen, bestimmt, zur Vertheidigung der Reichsverfassung beizutragen. (Frkft. O.-P. Z.)

Mainz, 6. Mai. So eben ist die hier garnisonirende Schwadron österreichischer Kavallerie nach Frankfurt aufgebrochen. Morgen wird das schon gestern marschfertig gewesene Bataillon österreichischer Infanterie nach Homburg gehen. Vom 23. preussischen Infanterieregiment wird morgen ein Bataillon hier einrücken.

(Frkfte. O.-P.-Z.)

Dresden, 5. Mai. (10 Uhr Abends.) Neun Stunden dauerte der erbitterte Kampf; allein die Hauptpositionen sind noch behauptet. Der Kanonendonner hat unausgesetzt angehalten; zuletzt hat man mit 12Pfündnern geschossen. Zuzug Bewaffneter aus Bautzen und Bischofswerda ist oberhalb, andere aus der Meißner Gegend sind unterhalb der Stadt über die Elbe gegangen und in der Altstadt angekommen. Um 7 Uhr rückte das Füselierbataillon des Regiments Alexander, von Berlin kommend, hier ein. Das Bataillon wurde auf dem Palaisplatze bewirthet. Diese Nacht soll das erste Grenadierbataillon anlangen. Das dritte Bataillon und die Artilleriebrigade werden später eintreffen. Von 10 Uhr bis Morgens 3 Uhr ist Waffenstillstand geschlossen, da beide Theile gleich sehr der Ruhe bedürfen. Die Neustadt ist faktisch in Belagerungszustand; obschon derselbe offiziell noch nicht ausgesprochen worden ist. Man hat davon abgesehen, ihn heute schon zu erklären, was jedoch jedenfalls morgen geschehen wird.

Den 6. Mai (5 Uhr früh). Vor einer halben Stunde hat das Sturmläuten und der Kanonendonner wieder begonnen. Das Kleingewehrfeuer über die Elbe hinüber und herüber hat die ganze Nacht gedauert. Die Bildergalerie soll nicht unbedeutend gelitten haben, indem in den Sälen derselben Militär postirt ist, was von der Moritzstraße aus dem Hotel de Saxe und aus Stadt Rom beschossen wurde. Das Grenadierbataillon vom Regiment Alexander ist noch nicht eingetroffen. Die Eisenbahn soll an mehreren Orten zerstört seyn

(7 Uhr.) Die Infanterie und die Artillerie rücken in Massen zum Angriff aus. Das Füselierbataillon Preußen steht auf dem Neustädter Markte als Reserve aufmarschirt. Ein dicker Qualm steigt in diesem Augenblicke empor; das alte Opernhaus am Zwinger brennt. Die Flamme lodert hell auf und greift um sich, man glaubt das prinzliche Palais gefährdet. Zwei 12Pfünder fahren auf dem Zwingerwall auf.

(9 Uhr.) Zwei Stunden dauert die Kanonade schon; das Feuer

scheint nieder zu seyn. Ueber den Stand des Kampfes erfährt man nichts Zuverlässiges. Verwundete werden nach der Neustadt geschafft, sowie andererseits immer frische Munition über die Brücke transportirt wird.

(11 Uhr.) Die Preußen haben jetzt oberhalb der Brücke auf der fliegenden Fähre, die man von Pillnitz herbeigeschafft hat, über die Elbe gesetzt. Die Artillerie hat sich vom Zwingerwall zurückgezogen. Dagegen wird von der Terasse aus seit einer Stunde von Zwölfpfündern auf die Stadt gefeuert; Schuß auf Schuß folgt. In der Altstadt sollen auch bereits mehre Kanonen im Gebrauche seyn. Wie Das enden soll, weiß Gott.

(3 Uhr.) Vor einer Stunde ist die Erklärung wegen des Belagerungszustandes durch Plakat verkündet worden. Der Kampf dauert fort und das Militär muß jeden Fuß breit erkämpfen. Die Kanonade ist furchtbar. Man schießt durch das Georgenthor in die Schloßgasse hinauf. Man transportirt Gefangene und Verwundete vorbei. Gegen halb 3 Uhr sind drei Offiziere sehr schwer verwundet worden. Auch mehrere Preußen sind bereits verwundet. Das Grenadierbataillon des Regiments Alexander ist noch nicht angekommen. Man erwartet nun noch schwere Artillerie. Man hört in diesem Augenblick nur Kartätschenfeuer. Das Feuer in dem Prinzenpalais scheint gelöscht. In diesem Augenblick, 3½ Uhr, schweigt der Kanonendonner.

(Abends 10 Uhr.) Das Kampfgetöse und der Kanonendonner schweigt, man scheint wieder Waffenstillstand geschlossen zu haben. Das Militär hat nicht unbedeutende Verluste gehabt, was die Zahl der getödteten und verwundeten Offiziere ergibt. Sie beträgt, so viel ich bis jetzt in Erfahrung zu bringen vermochte, elf; nämlich: General Homilius, todt; Oberst v. Kirchbach; Artilleriehauptmann Grünewald, Artillerielieutenant Töile; Hauptmann der reitenden Artillerie Bernhard, Lieutenant v. Cerrini, v. Kochtitzki, v. Schulz theils schwer, theils leicht verwundet; ausserdem sind noch todt: Lieutenant v. Ulmer, Grütz und Keug v. Nidda. An Verwundeten werden vielleicht gegen 30 in das Hospital gebracht worden seyn, was aber Alles nur leichter Verwundete seyn mögen. Die Todten und sehr schwer Verwundeten bringt man gar nicht in die Neustadt, diese werden in das Zeughaus gebracht. Wie groß die Zahl der Todten und Verwundeten auf der andern Seite seyn mag, können wir hier nicht erfahren.

Den 7. Mai (früh 5½ Uhr). Um 4½ Uhr hat die Kanonade wieder begonnen, und ist bis vor wenig Minuten ohne Unterbrechung fortgeführt worden. Jetzt schweigt das Feuer. Es finden Truppenbewegungen nach der meißner Straße zu statt. Man bringt wieder verwundete Soldaten.

Aus Dresden wird folgendes Plakat mitgetheilt: An unsere Mitbürger! Der König von Sachsen hat preussisches Militair herbeikommen lassen, um seinen Eigenwillen dem Willen des Volks gegenüber durchzusetzen. Das sächsische Volk, welches seine besten Söhne auf die Barrikaden gesendet hat, um für die Einheit und Freiheit Deutschlands zu kämpfen und Sachsen insbesondere vor den unwürdigen Fesseln eines verrätherischen Sonderbündnisses zu bewahren, wird diese Kunde mit Einem Schrei der Entrüstung aufnehmen. Es ist heute mit seltenem Muthe gekämpft worden. Gegen die von außen herbeigeführten Streitkräfte wird der Kampf mit verdoppeltem Muthe fortgesetzt werden. Dank euch, ihr Helden der Freiheit! Der Tod für die Freiheit ist schön und der Sieg ist euer im Leben und Sterben. Kämpft fort, wie ihr gekämpft habt. Du aber, sächsisches Volk, stehe wie bisher fest zur Sache, die wir führen. Wir wollen die Reichsverfassung und durch die Reichsverfassung die Einheit und Freiheit des deutschen Vaterlandes, das Heil Sachsens, und für Das, was wir wollen, kämpfen wir bis zum Tode! Dresden, den 5 Mai 1849, Abends 8 Uhr. Die provisorische Regierung. Tzschirner. Todt. Heubner. (D. A. Z.)

Französische Republik.

† **Paris**, 5. Mai. Das große Nationalfest ging, trotz des enormen Gedränges in den elysäischen Feldern, ohne alle Störung vorüber. Seit Menschengedenken erinnert man sich hier keiner ähnlichen Illumination auf Staatskosten. Am Abend war große Tafel beim Seinepräfekten Berger, der ausser dem Durchlauchtigsten 200 Beamte beiwohnten. Von Gliedern des diplomatischen Korps sahen wir nur den englischen und dänischen Gesandten beim Feste. Das Journal des Debats verräth uns nicht ohne heimliche Freude, daß die Privat-Illuminationen nur durch ihre Seltenheit glänzten. Die Bürgerwehr rief übrigens gestern einstimmig: Es lebe die Republik! Das Artillerie-Korps knüpfte sogar daran: Nieder mit Changarnier! Nieder mit den Weißen!

Boichot, Sergent-Major des 7. leichten Infanterie-Regiments und einer der beiden Kandidaten für die nächste Kammer wurden gestern nach der Parade verhaftet und in das Militärgefängniß abgeführt, auf allerhöchsten Spezialbefehl Changarnier's. Man munkelt von einer Art Militärverschwörung. Soviel ist sicher, daß im Geist der französ. Armee ein sehr bemerkenswerther Umschwung eintritt. Thoré's „Vraie République“ fügt hinzu, daß diese Gewaltthätigkeiten die Majorität Boichot's nur steigern dürften. Auch der bekannte Abbé Chatel wurde gestern früh 4 Uhr in seiner Wohnung, Passage-Dauphion, wegen Subversiv-Propaganda unter dem Militär, verhaftet — Jeder Soldat, der seinem Chef ähnliche Denunziationen macht, erhält von seinem Oberst fünf Franken. Chatel's Verhaftung soll mit den von uns gestern gemeldeten Militärverhaftungen zu Vincennes in Verbindung stehen.

Heute, dem Jahrestage des Todes des alten Napoleon auf Helena, fand im Invalidendome ein Trauergottesdienst statt, dem alle Glieder der exkaiserlichen Familie beiwohnten.

Paris ist vollkommen ruhig. Unter den vielen Rufen, die gestern Abend an unser Ohr drangen, zeichnete sich der Ruf aus: Es leben die Ungarn!!

Berichte aus Wien lassen den Einzug derselben in die alte Kaiserstadt voraussetzen.

Italienische Staaten.

Rom, den 30. April. Der Kanonendonner hat so eben begonnen, und wird von der Seite des Janiculums her vernommen. Alle Straßeneingänge und Plätze der Stadt sind seit gestern verbarrikadirt worden. Gestern wurde ein französischer Offizier gefangen hereingebracht, zwei andere Stabsoffiziere sollen auf einer Recognoscirung von Garibaldi's Leuten erschossen worden seyn. Abends wurden 7 Kardinalswägen auf Piazza del Popolo verbrannt, die Räder und Gestelle für zum Kriegsdienst verwendet worden. Aus der Campagna holt man alle Pferde, deren man habhaft werden konnte, und das Schlachtvieh hereingebracht. Auch trafen über Porto d'Anzo und Albano die 600 Lombarden hier ein, denen die Franzosen in Civitavecchia die Landung verweigert hatten, und mit denen bis zum vierten Mal eine Kapitulation wegen Nichtgebrauchs der Waffen abgeschlossen worden war. In der Stadt geht das Gerücht, es sey eine Expedition von Spaniern in Terracina gelandet. Gewißheit läßt sich darüber nicht erlangen, da die Neapolitaner Kuriere seit drei Tagen fehlen. Die Gerüchte, daß Zucchi Tivoli passirt habe, widerlegen sich einfach dadurch, daß gestern noch Ladungen von Pulverfässern von dorther eingetroffen sind. Das Standrecht wird seit gestern scharf gehandhabt; zwei Geistliche sind wiederum beigesteckt worden. Die Bürgerwehr ist tapfer und die Kanonade heftig. Die Römer vertheidigen sich gehörig. Der Angriff ist bei Porta Cavalleggieri. Die französischen Streitkräfte sind bis jetzt von mäßiger Stärke. (A. A. Z.)

Briefe aus Mestre reichen bis zum 3. Mai. Man fuhr fort, sich gegenseitig mit Kugeln und Bomben zu begrüßen. Ein Ausfall der Belagerten ward zurückgewiesen. Für den 4 ward Marschall Radetzky erwartet. (A. A. Z.)

Oesterreichische Staaten.

Wien, 2. Mai. [Lage der Dinge und Journale] Wir sind seit zwei Tagen eine russische Provinz! Möge keine Vergeltung kommen über Jene, die Wien verrathen, verschachert haben an eine Dynastie, die mit bluttriefenden Händen noch fortwühlt in dem Organismus so edler Völker und Länder! Mögen jene frankfurter Abgesandten barfuß zum Grabe des Märtyrers Blum und seiner erschossenen Bruder wandeln, in die russische Stadt Wien, — gleichwie die ganze Christenheit ihre Sünden abtrug in einer Bußfahrt nach Jerusalem zum Grabe des Welterlösers! So mußte es kommen, — und noch ist ein Ziel alles dessen was die nächsten Tage bringen, nicht abzusehen. Ungarn steht in diesem Augenblicke wie ein Mann gerüstet da, um zu siegen oder — unterzugehen. Die österreichischen Heeresreste werden in wenig Stunden nicht einen Fußbreit ungarischen Boden mehr inne haben; sie dürften an zerissenen, desorganisirten, demoralisirten Cadres im Ganzen noch 30,000 und 5000 Pferde zählen; kein beliebter, kein nur einigermaßen befähigter General! So tief mußte die Macht des Hauses Habsburg sinken, damit der Czaar sich in Gnaden bewogen fand, dem Kaiser Hilfe zu senden. Hilfe!? Nennen wir das Kind beim wahren Namen: Rußland erobert sich Galizien, Ungarn und Siebenbürgen! Darüber täuscht sich der ruhig denkende Patriot nicht weiter! Rußland läßt sich jetzt von Oesterreich und Preussen die Donaufürstenthümer als Besitzthum garantiren, und so wird es nach zehn Jahren mit den jetzt noch österreichischen Ländern derselbe Fall seyn. Wer zu diesem Akt der russischen — nicht der österreichischen) Regierung noch jubeln kann, verdient keine Kritik; — solche Erbärmlichkeit ist schon zur Würde, geknutet zu werden, reif, und verwirkt selbst das Mitleid des Menschenfreundes. Dabei kokettirt die „Presse“ noch immer mit Deutschland, und rathet Bayern, noch vor Ablauf 1853 den Zollvertrag mit Preussen zu kündigen. — Der „Lloyd“ fordert die Oktroyirung einer Verfassung für Deutschland, und freut sich, daß die Frankfurter jüngst nicht die radikalen, sondern die gemäßigten Anträge des Dreißiger-Ausschusses angenommen haben. Deutschland! merk dir's, was die Sprache bedeutet!! Oesterreich ist eine russische Provinz! Was der „Lloyd“ „die Presse“ schreibt, hat der Czaar in die Feder diktirt!! Und was der Czaar oder seine Trabanten befehlen, muß geschehen, sonst — —!?! (N. D. Z.)

Wien, den 1. Mai. Bei der heute hier stattgehabten 14. Gewinnziehung der k. k. österreichischen fl. 500 Loose des Anlehens vom Jahre 1834 sind auf nachstehende Nummern die beigesetzten Hauptpreise gefallen: Nro. 35,862 fl. 200,000; Nro. 48,533 fl. 35,000; Nro. 5,228 fl. 15,000; Nro. 4,471 fl. 12,000; Nro. 15,873 fl. 10,000; Nro. 17,093 fl. 7500; Nro. 4472 fl. 6000; Nro. 796, 10,687, 27,247, 32,390 jede fl. 5000; Nro. 5932, 17,900, 26,932, 37,652 jede fl. 3000.

Wien, 5. Mai. Reisende, welche gestern aus Krakau kamen, berichteten: weder in Krakau noch auf der ganzen Route Russen zu Gesicht bekommen zu haben, obschon der Einmarsch von 8000 Russen in Krakau, als Avantgarde des Corps von 30,000 Mann, bereits vor ein paar Tagen mit halbofficieller Bestimmtheit angekündigt war. Marschiren die Russen incognito?

Briefe aus **Lemberg** vom 30. April melden uns, daß auf die anfänglichen Befehle aus Wien zur Aufnahme der Russen in der Bukowina ꝛc. Gegenbefehle aus Wien gekommen seyen. Auch in Wien hieß es an der Börse seit zwei Tagen, diese Intervention sey wieder auf Schwierigkeiten gestoßen. Jedenfalls scheinen die Russen noch nirgends eingerückt. (A. A. Z.)

---

* Aufruf an alle Arbeiter Frankens!

Brüder, Arbeiter! Dem Nürnberger Arbeiter-Verein wurde bei dem hier abgehaltenen Arbeiter-Kongreß die Aufgabe gestellt, Zweig- und Bauernvereine in dem ihm angewiesenen Bezirk Mittelfranken zu gründen. — Brüder! es ist dies eine heilige Aufgabe, die wir mit innigster Freude zu lösen uns bemühen werden. Um sie aber lösen zu können, müssen wir nothwendig vor Allem wissen, wo ein Bedürfniß oder Verlangen, Arbeitervereine zu gründen, vorhanden ist. Es sollte, wenn Ihr, Mitbürger, Arbeiter und Bruder, die Zeit, wie sie ist, richtig auffaßt, dies Bedürfniß allerdings überall sich laut aussprechen, es sollte, wenn Ihr erwägt, unter welchem Druck des Kapitals Ihr seither geschmachtet, nur eine Stimme unter Euch Männern laut werden, nämlich die der Vereinigung der arbeitenden Kräfte, der Kräfte, die aus dem Rohprodukt Alles schaffen und erzeugen, was das Leben angenehm und heiter macht, die aber von all' den Erzeugnissen leider das Wenigste genießen, ja oft nur ein armseliges, erbärmliches Daseyn durch die größte Mühe und Arbeit zu fristen im Stande sind. Arbeiter Mittelfrankens! Ihr wißt so gut als wir, daß über das jahrelange Elend, in welchem wir uns allmälig aufreiben, ganze Bände geschrieben werden könnten; dies ist aber unsere Aufgabe nicht, wir wollen nicht durch Klagen und Herzählen der Schmach und Schande, welche seit Jahren schwer auf uns liegt, die edle Zeit verlieren, nein, wir wollen Handeln als Männer, die vom Schicksale geprüft am Besten wissen, wie dem Uebel abzuhelfen ist. Das einzige Mittel, dem

wucherischen Kapital und dessen Besitzern gegenüber, ist: Vereinigung und zwar aller Arbeiter Deutschlands. Brüder! das Band der Vereinigung der arbeitenden Klasse umschließt bereits ganz Deutschland, ja es geht noch weiter, es erstreckt sich nach Frankreich und England. An Euch, Ihr fränkischen Brüder, ist es daher jetzt, Theil zu nehmen an dem großen Bruderbund durch Anschließen an uns, als den Bezirksverein für Mittelfranken. — Wir ersuchen daher Euch Alle, die Ihr zu der Einsicht gekommen seyd, daß Einigung noth thut, uns davon in Kenntniß zu setzen, wir sind mit Vergnügen bereit, Euch zur Gründung von Vereinen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen, erbieten uns auch, persönlich durch einzelne unserer Mitglieder bei Gründung von Vereinen an die Hand zu gehen. Mit Handschlag und Brudergruß. Der Arbeiterverein zu Nürnberg.

NB. Briefe an uns, unter der Adresse: „An den Arbeiterverein zu Nürnberg, Ablage im Gasthaus zum König von England," bitten wir, franko zu senden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n.

Trauer-Anzeige.

Allen unsern hiesigen und auswärtigen Verwandten, Freunden und Bekannten zeigen wir das Ableben unsers geliebten Schwiegersohns, Schwagers, Vetters und Onkels, des Herrn Webermeisters

Gottfried Simon Uhl

an — Derselbe entschlief sanft und gottergeben Montag den 7. d. Mts. im 62. Jahr seines Lebens Seine Frömmigkeit, sein Berufseifer, seine Rechtlichkeit und seine Liebe zu uns sichern ihm ein bleibendes Andenken in unsern Herzen. Werde ihm, wie er geglaubt hat! Gebe ihm Gott seines Himmels Freuden!

Nürnberg, den 8. Mai 1849.

Die sämmtlichen Hinterbliebenen.

Wohnungs-Veränderung u. Empfehlung.

Einem hochverehrlichen Publikum bringen wir zur schuldigen Anzeige, daß wir heute unsere bisherige Wohnung in der Tucherstraße verlassen, und in die Grübelsstraße (Schießgraben) Nro. 1032, neben der Wirthschaft zum Grübel gezogen sind. Unsrer vorigen Nachbarschaft dankend für alle uns erwiesene Freundschaft, empfehlen wir uns der neuen um gütige Aufnahme

J. W. Herold, Frauenkleidermacher.
F. Herold, Leichenfrau

Wohnungs-Veränderung.

Daß wir unsere alte Wohnung in der Johannisgasse verlassen und unsere neue in L. Nr 529 der Pfannenschmidgasse bezogen haben, zeigt ergebenst an

Babette Frank.

Aufruf.

Alle Bürger und Einwohner Nürnbergs werden hiedurch dringend ersucht, ihre disponiblen Gewehrstutzen zur Armirung des neugebildeten Scharfschützen-Korps abzulassen, sey es gegen billiges Kaufgeld oder unentgeldlich, indem sehr Vielen die nöthigen Mittel dazu fehlen. Die Expedition des freien Staatsbürgers nimmt die unentgeldlichen Stutzen sowie die Adressen an, bei welchen Stutzen billig abgegeben werden.

Mitbürger! Es gilt, eine drohende Gefahr vereint Hand in Hand abzuwenden, und das Vaterland erwartet, daß jeder hülfreiche Hand leiste. Mitbürger! Laßt uns keine Fehlbitte thun, wir haben uns vereint, Gut und Blut, Leib und Leben für Freiheit, Recht und Reichs-Verfassung einzusetzen und das Eigenthum und Leben unserer Mitbürger zu schützen. Es haben sich bereits sehr Viele unserer Mitbürger erboten, uns mit Geld zu unterstützen, welches wir mit Dank annahmen. Um die Abgabe solcher sehr willkommenen Beiträge, welche auch noch so klein seyn dürfen, zu erleichtern, haben wir bereits Listen in Umlauf gesetzt. Wir haben Ursache zu hoffen, daß unser guter und freier Wille nicht verkannt werde.

Die Vorstände.

Arbeiter-Verein.

Donnerstag den 10. Mai Abends 8 Uhr findet im Bamberger Hof ausserordentliche Versammlung statt Die Bewaffnungsfrage ist der Hauptzweck dieser Versammlung. Es werden daher alle Arbeiter, welche zur Zeit noch nicht bewaffnet sind, dringend eingeladen, recht zahlreich zu erscheinen.

Der Ausschuß.

E i n l a d u n g.

Sämmtliche Wehrmänner des I. Stadtwehr-Bataillons werden zu einer wichtigen Besprechung auf

Donnerstag den 10. Mai Abends 8 Uhr im Saale des Bamberger Hofes

eingeladen.

Die Wehrmänner der III. Kompagnie.

B i t t e
um Unterstützung der zur Zeit noch nicht bewaffneten Arbeiter.

Da das Gefühl, für die Einheit und Freiheit Deutschlands einzustehen, uns Arbeiter so mächtig ergriff, daß wir bereit sind, unser Leben dafür zu opfern; da jedoch diesem Drang durch die Unmöglichkeit, Waffen zu erhalten, ein Damm entgegengesetzt wurde, so haben wir beschlossen, im Bewußtseyn unserer physischen Kraft und warmen Vaterlandsliebe uns selbst zu organisiren.

Da wir jedoch die Mittel nicht hinlänglich besitzen, uns Waffen zu schaffen, so ergeht hiemit an alle Patrioten, die für das deutsche Vaterland und dessen wirkliche Freiheit eingenommen sind, die Bitte: uns durch die noch fehlenden Mittel in dieser hochwichtigen Sache zu unterstützen. — Die freiwilligen Beiträge werden durch einige Vertrauensmänner abgeholt werden.

Der Arbeiter-Verein.

(G e s u c h) Es wird eine fleißige reinliche Hausmagd sogleich oder in 8 Tagen gesucht.

Wohnungsveränderung und Dank.

Hiemit bringen wir zur ergebenen Anzeige, daß wir unterm Heutigen unsere bisherige Wohnung in L. Nro. 334 der Karolinenstrasse verlassen haben, und dagegen in unser erkauftes Haus L. Nro. 436 a an der Färbersbrücke gezogen sind. Indem wir daher unserer verehrlichen verlassenen Nachbarschaft herzlichen Dank für empfangenes Wohlwollen hiemit ausdrücken, unterlassen wir nicht, uns unserer gegenwärtigen geehrten Nachbarschaft bestens zu empfehlen, und dieselbe um freundliche Aufnahme in ihre Mitte zu bitten.

Joh. Pulaka und Gattin.

Literatur.

Heute verläßt die Presse und ist bei Buchbinder C. Heubner am Markt für 3 kr. zu haben:

Bericht über die am 2. Mai auf dem Judenbühl bei Nürnberg abgehaltene, von 20000 Menschen besuchte Volksversammlung (**besonders ausführlich die Rede des Vorsitzenden Jacob Schmitt enthaltend**).

Dieses Heftchen wird in diesem ernsten Augenblick der allgemeinen Aufmerksamkeit empfohlen.

Erklärung.

Da durch einen Ministerial-Erlaß vom 26. April d. J. verordnet wurde, daß Adressen in politischen Angelegenheiten von bewaffneten Corps nicht zulässig sind und deren Annahme verweigert wird, so erklärt hiemit die **Landwehr der Stadt Erlangen** auf diesem Wege, daß sie zwar zu jeder Zeit die Pflichten ihres Dienstes pünktlich und mit allem Eifer erfüllt, wenn es gilt gegen die Anarchie anzukämpfen, daß sie aber auch für die Aufrechthaltung der von den Vertretern des Volkes in Frankfurt endgültig beschlossenen Reichsverfassung wie Ein Mann einstehen und ihre Waffen zur Unterdrückung derselben **nie** gebrauchen wird.

Erlangen am 8 Mai 1849.

Anzeige und Empfehlung.

Im Laden Nro. 57 im Innern des grünen Markts habe ich eine Kräuter-Handlung en detail eingerichtet. Zu recht zahlreicher Abnahme aller in den Kräuterhandel einschlagenden Artikel, lade ich ein verehrtes Publikum hiedurch ganz ergebenst ein.

Nürnberg, am 9. Mai 1849.

Christian Daumeelang.

Musicalischer Verein.

Donnerstag den 10. Mai

Produktion

im rothen Hahn.

Churhessische und Badische Prämien-Ziehungen,

am 31. Mai und 1. Juni 1849.

der Staats-Anlehen von fl. **14,000,000** und **6,725,000** Thlr

Gewinne: Thlr. **36,000**, **8,000**, **4,000**, 2 à **1,500**, 3 à **1,000**, 5 à **400**, 10 à **200**, 20 à **120**, 31 à **100**, 125 à **55**, ferner 20 mal fl. **1000**, 480 mal fl **70**, 500 mal fl **42**.

Eine Badische Nummer kostet fl. **1. 30** kr.; eine Hessische Nummer kostet fl **3. 30** kr. **Eine Hessische und eine Badische Nummer zusammen kosten** fl. **5** — Zu beziehen bei

J. Nachmann & Comp.
Banquiers in Mainz am Rhein.

Schusters Felsenkeller.

Donnerstag findet Blechharmonie-Musik unter Leitung des Stabshornisten Herrn Lippert statt, wozu ein hochverehrliches Publikum ergebenst einladet

K l e m m.

(A n z e i g e.) Der Unterzeichnete macht auf die Erscheinung der »Beantwortungen« zum 3 Bändchen seines »praktischen Rechnenunterrichtes 2. Aufl à 9 kr aufmerksam. Zum 3. Bändchen 2te Auflage sind 2 Bogen der Beantwortungen gedruckt. Das 1ste Bändchen ist in 3ter Auflage vorhanden.

Nürnberg.

C. L. Wagner, S. No. 2.

A n z e i g e.

Ausser den bei der am 2. Mai stattgefundenen Volks-Versammlung, eingegangenen fl. 277. 33 kr. sind bis heute weiter überliefert worden: durch Kr. v. einem Bürger fl. 10, — von einer Gesellschaft bei U. durch V. fl 1 12 kr, — von Hrn. Eckstein in Fürth 30 kr., — von Hrn. Str fl. 1, — durch Hrn. Güllich von 2 Bürgern à 12 kr. 24 kr., — von Z. 8 kr, — von G. 9 kr, — von Sch. 6 kr, — von R. 12 kr., — von M 6 kr., im Ganzen bis heute fl. 291 18 kr.

Besten Dank und Bitte um weitere Beiträge. Die Verwendung der Gelder wird s. Z. bekannt gegeben. Wir hoffen, daß auch auswärtige Beiträge uns zukommen werden und ersuchen insbesondere alle fränkischen Vereine, Sammlungen vornehmen zu lassen, zu deren Empfangnahme alle Comite-Mitglieder bereit sind.

Nürnberg den 6. Mai 1849.

Das Comité für Volksversammlungen.

Theater-Anzeige.

Hiemit bringe ich dem verehrlichen Publikum zur Kenntniß, daß es mir gelungen ist, unsern gefeierten Gast, Herrn Wielzizky zu noch einem kleinen Gastrollen-Cyclus zu gewinnen, in dessen Verlauf derselbe auch in der hier neuen allerwärts mit dem ungetheiltesten Beifall aufgenommenen Oper »Prinz Eugen« auftreten wird. Ich hoffe durch die anerkannten Aufführungen des Guttenberg auch der Aufnahme dieser neuen Oper ein günstiges Prognostikon stellen zu dürfen, da ausser unserer beliebten Sängerin Frau Freithheim auch noch Fräulein Achilles zu einem kurzen Gastspiel erwartet wird. — Zugleich benütze ich diese Gelegenheit, dem verehrlichen Publikum die Bitte um unterstützende Theilnahme an den Leistungen der hiesigen Bühne dringend ans Herz zu legen,

Nürnberg, den 8. Mai 1849

George Winter.

(D a n k.) Für die mir zugesandten Gaben von H. L. J. K danke ich hiemit ergebenst.

B. K.

Gartenwohnung.

Im Garten Nro. 116 vor dem Vestnerthor ist bis längstens Johanni die erste Etage an eine solide stille Familie zu vermiethen, sie enthält 9—10 Piecen, darunter 4 heizbare Zimmer nebst allen möglichen Bequemlichkeiten und den bescheidenen Genuß des Gartens, für Sommer und Winter à fl. 250.

Nähere Nachrichten sind im selben Garten täglich zu erhalten.

Auch ist im selben Garten eine sehr bequeme Parterre-Wohnung an ein paar stille brave Personen für Sommer und Winter à fl. 40 zu vermiethen.

(G e s u c h.) Ein auswärtiges gebildetes Frauenzimmer sucht in einem soliden Hause so bald als möglich ein Unterkommen entweder als Köchin, Stubenmädchen oder auch als Kinderwärterin, da sie in allen Arbeiten erfahren ist. S No. 366 Albrecht-Dürerstrasse 3. Stock.

(G e s u c h.) Eine solide kräftige Hausmagd, welche kochen, nähen und spinnen kann, sucht man 14 Tage nach Walburgi in Dienst zu nehmen.

(K a u f - G e s u c h) Irdene Schwefelsäure-Krüge werden gekauft S. Nro 548.

(G e s u c h.) Ein Logis mit einem großen Zimmer oder Saal wird täglich oder bis nächstes Ziel Laurenzi zu miethen gesucht. Adressen mit M. beliebe man in der Exped d Bl abzugeben.

(G e s u c h.) In einer mechanischen Werkstätte wird ein guter Arbeiter gesucht, bemerkt wird aber, daß derselbe hauptsächlich aus dem Feuer arbeiten können muß L. Nro. 636 Rosengasse.

(G e s u c h) Eine Nätherin wird 2 bis 3 Tage der Woche anzunehmen gesucht.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 11. Mai 1849. № 131. Freitag: Adolphus.

Deutsche Staaten

München, den 8. Mai. In der gestern Abend im Prater stattgefundenen Studenten-Versammlung wurde eine an das Gesammtministerium gerichtete Adresse berathen und angenommen. Student Cammerlohr sprach sich gegen die Adresse aus, weil jetzt nicht mehr die Zeit für Adressen sey; als die Nationalversammlung noch nicht wußte, ob sie sich auf das Volk stützen könne, da sey es an der Zeit gewesen, sie durch Adressen dessen zu versichern, jetzt aber heiße es handeln, und so beantrage er denn, der Adresse noch hinzuzufügen, daß die Studenten Münchens die Stadt verlassen würden, wenn die Reichsverfassung keine Anerkennung finde. Nachdem mehrere Redner gegen diesen Antrag aufgetreten, wird derselbe verworfen, dann aber beschlossen, daß eine möglichst zahlreiche Deputation die Adresse überreichen, und auf einem freien Platze der Reichsverfassung eine Huldigung dargebracht werden soll. Zwei weitere Anträge: An alle deutsche Universitäten einen Aufruf zu erlassen, mit Wort und That für Nationalversammlung zu stehen, und daß Studenten, Arbeiter und Turner sich zum Schutze der Nationalversammlung bewaffnen möchten, werden unterstützt, und eine Kommission erwählt, welche in einer am Donnerstag abzuhaltenden Studentenversammlung darüber berichten soll. — Am Schlusse bringt Cammerlohr der Nationalversammlung und der Reichsverfassung ein donnernd wiederhallendes Hoch. (B. Landb.)

München, 8. Mai. Die gestern umlaufenden Gerüchte eines Rücktrittes der Minister v. Forster und Dr. Aschenbrenner erhalten sich auch heute, ohne jedoch noch amtliche Bestätigung gefunden zu haben. Die Motive, welche Letzterem die Anerkennung der deutschen Reichsverfassung nothwendig erscheinen machen, sollen zumeist in finanziellen Rücksichten bestehen. Wenn auch eine Erhöhung des Heeres auf den Kriegsfuß noch nicht angeordnet war (dieser Befehl konnte demnach auch nicht — wie der Allgem. Zeitung von hier aus berichtet wurde — zurückgenommen werden): so lag und liegt sie doch in den Wünschen des aus dem Inventarium des abgetretenen Ministeriums als besonders schätzbar geretteten Kriegsministers. Aber auch ohne eine solche Erhöhung soll der Finanzminister die fernere Herhaltung des dermaligen Heerstandes, welcher nach Unterweisung unter die Frankfurter Beschlüsse namhaft wird vermindert werden können, für unthunlich erklärt haben, worin ihm gerne beistimmt, wer weiß, daß einestheils die Kosten für das Heer monatlich eine Million übersteigen, und daß anderntheils solche Ebbe in den Kassen ist, daß die Militärlieferanten seit geraumer Zeit vergeblich auf Bezahlung warten. — Staatsrath Voltz soll die ihm zugedachte Mission als königl. Kommissär in die Pfalz abgelehnt haben. (D. f. Z.)

* **Schweinfurt**, 8. Mai. Die hiesigen bewaffneten Korps haben den Eid auf die Reichsverfassung in folgender Form geleistet: „Wir schwören Treue der deutschen Reichsverfassung und Gehorsam der sie ausführenden Centralgewalt.“ Ein Bewaffnungsausschuß hat sich gebildet, welcher die Reichsverfassung unter allen Verhältnissen aufrecht halten will.

Speyer, den 6. Mai. Man vernimmt, daß heute in der Bundesfestung Landau der Blokadestand erklärt worden sey. Das weitere Gerücht von einer Entwaffnung der Bürgerwehr daselbst ist jedenfalls grundlos. Der Jahrmarkt darf nun nicht abgehalten werden. Es ist folgendes Aktenstück erschienen: Aufruf an die Bewohner Landau's. — Der Unterzeichnete hat sich in die Nothwendigkeit versetzt gesehen, in hiesiger Stadt und Festung den Kriegszustand zu erklären. Seine Absicht ist keine andere, als diesen wichtigen Punkt des Reiches unberührt von allen ungesetzlichen Bewegungen zu erhalten, und er hegt die feste Zuversicht, daß er in dieser Bestrebung von allen Einwohnern Landau's unterstützt werden wird, daß sich dieselben die wenigen, hiemit verbundenen Beschränkungen im Interesse des allgemeinen Wohles gerne gefallen lassen, und daß er nicht in die unangenehme Lage versetzt wird, zu strengeren Maßregeln greifen zu müssen. — Landau, am 5. Mai 1849. — Der königlich bayerische Kommandant der Reichsfestung Landau. v. Jetze, Generalmajor. (N. Sp. Z.)

Kaiserslautern, den 5. Mai. Nach einer mündlichen Mittheilung des Landesvertheidigungsausschusses sind bereits schon mehrere Erklärungen von Beamten eingetroffen, worin die unbedingte Anerkennung der Reichsgesetze ausgesprochen ist. Der Ausschuß wird von Zeit zu Zeit ein Verzeichniß der einlaufenden Erklärungen mit Angabe der Namen veröffentlichen. Unsere Stadt ist von dem besten Geiste beseelt. (N. Sp. Z.)

Kaiserslautern, den 6. Mai. Der Landesvertheidigungsausschuß hat drei Proklamationen erlassen: 1) „Ansprache des pfälzischen Volkes, vertreten durch die am 2. Mai in Kaiserslautern abgehaltene pfälzische Volksversammlung, an seine Brüder im jenseitigen Bayern,“ 2) einen Aufruf an das pfälzische Volk, worin die ersten Maßnahmen des Ausschusses verkündet werden; 3) einen Aufruf an die bayerischen Truppen mit der Aufforderung an dieselben, sich dem Volke anzuschließen zur Einführung der Reichsverfassung, gegen die Widersetzlichkeit der Fürsten. (N. Sp. Z.)

Speyer, den 6. Mai. Der von der provisorischen Centralgewalt nach der Pfalz abgesendete Bevollmächtigte Eisenstuck, welcher diese Nacht hier eintraf, reiste heute früh nach Neustadt. Die dortige Volkswehr empfing ihn, als den Repräsentanten der Reichsgewalt, mit unbeschreiblichem Jubel. Des Nachmittags fand denn die große Volksversammlung statt. Dieselbe war sehr zahlreich besucht. Man kann die Anwesenden wohl auf 6—8000 schätzen, wovon jedoch etwa nur die Hälfte aus Pfälzern bestand. Es befanden sich dabei sehr viele Mitglieder von Turn- und anderen demokratischen Vereinen. Die herrschende Aufregung war sehr groß; indessen fanden keine Unordnungen statt. Den Vorsitz führte der Abg. Schmitt aus Kaiserslautern. Der erste Sprecher war Eisenstuck. Er ward bei seinem Auftreten mit Hoch! begrüßt. In seinem Vortrage empfahl er den Pfälzern Einigkeit; sie sollten handeln, aber weder zu früh noch zu spät, und darum im Einvernehmen mit ihrem zu Kaiserslautern selbstgewählten Vertheidigungsausschusse. Er sey gekommen, um die Bewegung in der Pfalz zu halten und so zu ordnen, daß sie zum Ziele führe. Er schloß unter starkem Beifall mit einem Hoch der Pfalz. Der bayerische Landtagsabgeordnete Morgenstern aus Fürth sprach einen Gruß der Franken an die Pfälzer aus. Ebenso verlas Büchner aus Darmstadt einen Gruß „der Brüder von jenseits des Rheines.“ — Katra von Hofheim: Er sey Republikaner und besitze kein Vertrauen zum Parlament, dasselbe habe nie Energie gezeigt. Spottet über die dem preuss. Fritzchen zugedachte Kaiserkrone. Die konstitutionelle Monarchie sey eine Lüge; er sey für die soziale Republik. — Mayer aus Mainz verlangt eine rettende That. Er bestreite keineswegs den ehrenwerthen Charakter Eisenstuck's; aber „messen Sie keinem Boten, der von der Centralgewalt gesendet worden, Glauben bei, er möge noch so ehrenwerth seyn, aber er sey getäuscht. Die Demokraten aus Rheinhessen stehen und fallen mit Euch.“ — Loose: Die Wahl sey, republikanisch oder kosakisch. Eifert gegen die Fürsten, die Kosaken, die Barbarei. Aber man möge sich nicht ohne Besonnenheit in den Kampf stürzen. Unsere Sache ist die der Centralgewalt und der National-Versammlung. Wünscht Vereinigung der Parteien.

Indem wir uns vorbehalten, den Schluß unseres Berichtes morgen mitzutheilen, bemerken wir heute noch folgendes: Die ganze Versammlung sprach sich für die republikanische Regierungsform aus, doch wurde das Verlangen, dieselbe sofort in der Pfalz einzuführen, vielfach bekämpft und es geschah kein Schritt zu dessen Verwirklichung. Der Antrag, dem Landesvertheidigungsausschusse Geldmittel durch eine progressive Einkommensteuer zu verschaffen, erhielt die Zustimmung (doch hängt es vom Ausschusse ab, ob er diesem Beschlusse Folge geben will.) Allgemeine Zustimmung erhielt der Beschluß des Landesvertheidigungsausschusses, daß in jedem Kanton ein Vertrauensmann gewählt werden solle, um jenem Ausschusse beigegeben zu werden. (N. Sp. Z.)

Frankenthal, den 5. Mai. Der hiesige Stadtrath hat in so eben beendigter öffentlicher Sitzung folgende Beschlüsse gefaßt: Art. I. Der Stadtrath erklärt seine volle Zustimmung zu der Einsetzung eines Landesvertheidigungsausschusses in Kaiserslautern und wird sich dessen auf die Landesvertheidigung bezüglichen Anordnungen unbedingt unterwerfen. Art. II. Der Stadtrath erklärt demgemäß, mit Bezugnahme auf §. 4 des Beschlusses des Landesvertheidigungsausschusses vom 3. Mai 1849, dahin lautend: „Die Gemeinden der Pfalz sind sofort aufzufordern, alle waffenfähige Männer so schleunigst als möglich mit Waffen zu versehen,“ die hierorts bisher bestandene Bürgerwehr für aufgelöst und verordnet die Organisation einer allgemeinen Volksbewaffnung vom 18. bis 40. Lebensjahre, zu welchem Behufe er alle Bürger und Einwohner der Stadt bei ihrem Patriotismus aufruft, sich in die im Vereinssaale bereits aufgelegten und bis Montag den 7. Mai Abends 8 Uhr noch aufliegenden Listen der Landesvertheidigungsmannschaft einzuzeichnen. Art. III. Der Stadtrath erklärt sich mit Niedersetzung eines Vertheidigungsausschusses durch die bis dahin Eingezeichneten einverstanden und gibt demselben eine Kommission von 3 Mitgliedern aus seiner Mitte bei. Hiezu wurden bezeichnet die Bürger F. Cörper, M. Riel und G. Zöller. Ersatzmann Braunsberg. Art. IV. Der Stadtrath verordnet, daß Alle, welche sich bis Montag Abend 8 Uhr nicht eingezeichnet haben, ihre durch den Stadtrath erhaltenen Gewehre abliefern müssen. Art. V. Der Stadtrath fordert alle guten Bürger und deutschgesinnten Einwohner der Stadt dringend auf, durch Zeichnung von Geldbeiträgen und Ablieferung überflüssiger eigener Waffen gegen Revers an den Vertheidigungsausschuß so viel an ihnen ist, der allgemeinen Volksbewaffnung Vorschub zu leisten. Art. VI. Schließlich verordnet der Stadtrath die sofortige Publikation dieses Beschlusses durch öffentlichen Anschlag und durch die Schelle. Alle diese einzelnen Beschlüsse wurden mit Stimmeneinhelligkeit gefaßt. Zugegen waren 17 Stadträthe unter 23.

Speyer, den 7. Mai. Gestern Mittag rückte hier ein Bataillon des 6. Linieninfanterieregiments und Abends eine Escadron des 5. Chevauxlegerregiments, von Frankfurt kommend, ein. Die Truppen erwarteten hier einen allgemeinen Aufstand und Anarchie zu finden, sie wurden aber mit vielen „Hoch“ empfangen. — Die Soldaten scheinen sämmtlich von einem vortrefflichen Geiste beseelt; sie sind „Reichstruppen“ im wahren Sinne des Wortes; alle wollen ein einiges Deutschland. — Die Volkswehr, die jetzt wieder über 400 Mann zählt, wird heute Abend auf die Reichsverfassung beeidigt. Bei der gestrigen Offizierswahl wurde Reichard wieder mit sehr großer Mehrheit zum Obristen gewählt, zugleich aber auch eine Kommission gebildet, welche sofort alle Bewohner der Stadt aufzufordern hat, der Volkswehr beizutreten, und sich entweder durch Person oder durch Geldbeiträge zu betheiligen. (N. Sp. Z.)

Würzburg, 8. Mai. In Schweinfurt soll es zu Unruhen gekommen seyn. Man soll daselbst die Thore geschlossen haben. (N. W. Z.)

Hersbruck, 5. Mai. Von Seite des Magistrats und der Gemeindebevollmächtigten wurde am 30. April eine Adresse an den König

um Anerkennung der Reichsverfassung und Einberufung des Landtags eingereicht.

Karlsruhe, den 7. Mai. Bei dem energischen Festhalten an der Reichsverfassung, das der allergrößte Theil der hiesigen Einwohnerschaft hegt und kund giebt, ist es natürlich, daß die Ereignisse in dem nahen Rheinbayern mit aller Aufmerksamkeit und Spannung hier verfolgt werden. So wurde gestern Abend im Promenadehaus eine Versammlung von Bürgerwehrmännern abgehalten, welche den Oberbürgermeister zur Veranstaltung einer Generalversammlung der Bürgerwehr veranlaßten, die heute gehalten wurde. Für dieselbe wurden folgende Anträge und Beschlüsse formulirt, berathen und theils wörtlich, theils im Wesentlichen angenommen: 1) Die Karlsruher Bürgerwehr rückt an einem der nächsten Tage aus zur feierlichen Anerkennung und Huldigung der am 28. März d. J. von der deutschen Nationalversammlung verkündeten Reichsverfassung sammt Wahlgesetz. 2) Sie ist bereit, die Reichsverfassung gegen jeden von widerstrebenden deutschen Regierungen ausgehenden Angriff zu vertheidigen. 3) Sie fordert sämmtliche Bürgerwehren des Landes auf, sich in demselben Sinne zu erklären, und sich zum Einstehen für die Reichsverfassung bereit zu halten. 4) Sie fordert insbesondere die badische Regierung auf, die nöthigen Schritte zum Schutze des für die Reichsverfassung aufgestandenen Nachbarlandes Rheinbayern zu thun, namentlich a) keinerlei Durchmärsche von Truppen solcher Staaten, die die Reichsverfassung nicht anerkannt haben, durch das badische Gebiet zu gestatten; b) das erste Aufgebot der Bürgerwehr im ganzen Lande also gleich nach §. 52 des Bürgerwehrgesetzes einzuberufen, einzuüben und selbst zum Ausrücken über die Gränzen des badischen Landes mobil zu machen. 5) Die Karlsruher Bürgerwehr erläßt einen Aufruf an ihre Kameraden in Würtemberg und Hessen, in derselben Weise das Ihrige zum Zweck der Aufrechthaltung der Reichsverfassung und insbesondere zum Schutz Rheinbayerns einzuleiten. Blos Ziffer 4 wurde dahin abgeändert, daß man sich nicht an die badische Regierung, sondern an die Reichscentralgewalt wenden wolle, um zum Schutze von Rheinbayern Alles aufzubieten, und namentlich zu veranstalten, daß ohne die Genehmigung des Reichsministeriums in der Pfalz keine weitern Truppen einrücken, indem die Unterdrückung der dortigen Bewegung als gegen Deutschland überhaupt gerichtet angesehen wird. Lit. b dieser Ziffer fällt weg. Die Versammlung dauerte Nachmittags von 2—4 Uhr, war sehr stark besucht und die Besprechungen lebhaft. Der Gemeinderath und das Heerschaarkommando wurden beauftragt (Oberbürgermeister Malsch leitete die Versammlung, und Oberst Gerber war anwesend), die gefaßten Beschlüsse zur Ausführung zu bringen. (Schw. M.)

Mannheim, den 7. Mai. Der Gemeinderath und Bürger-Ausschuß der Stadt Mannheim protestirt gegen jede Truppenzusammenziehung, welche ohne die Anordnung der Reichsgewalt stattfindet, verlangt von der Reichsgewalt, daß die nach der Rheinpfalz gerichteten Truppenzüge verboten und verhindert werden, ebenso von der badischen Staatsregierung, daß sie die in ihren Händen befindliche öffentliche Gewalt in ihrem ganzen Umfange benütze, um alle Durchmärsche von bayerischen Truppen durch unser Land, welche nicht von der Reichsgewalt angeordnet sind, unmöglich zu machen. (M. J.)

Freiburg, den 5. Mai. [4te Sitzung der Geschwornen über Fickler, Bornstedt, Steinmetz und Krebs.] Heute wurde das Zeugenverhör geschlossen; nur Welker ist noch zu vernehmen, der jedoch erst Montag erscheinen wird. Die heute abgehörten Zeugen sind alle von den Angeklagten vorgeschlagen worden; es sind Leute, die selbst bei der deutschen Arbeiterlegion gewesen waren. Sie sagen aus, daß man ihnen nie das Kriegsgesetz verkündigt, noch sie aufgefordert habe, die Waffen niederzulegen, daß Soldaten es gewesen seyen, die den Angriff gemacht; daß die Legion es sogar vermieden, mit dem Militär zusammenzustoßen. Ferner wurde von ihnen bezeugt, daß die Legion sich durchaus keine Erpressungen habe zu Schulden kommen lassen, nur Waffen habe sie weggenommen, was sie aber schon deßwegen habe thun müssen, weil sie in Gefahr geschwebt, jeden Augenblick vom Militär überfallen zu werden. Auch das geht aus diesen Aussagen hervor, daß von Seiten der Führer nie ein Zwang angewendet worden und zwar weder in Bezug auf den Anschluß an die Legion, noch in Hinsicht auf das Verbleiben bei derselben; vielmehr hätte es Herwegh gerne gesehen, wenn schon in Straßburg das Ganze sich aufgelöst haben würde. Endlich erhellt es daraus, daß nicht nur einzelne Franzosen, sondern sogar ganze Bataillone der Garde mobile sich bereit erklärt, mit nach Deutschland zu ziehen. Letzteres sagt auch Bornstedt mit der weiteren Bemerkung, daß man ihm sogar die Schlüssel zum Arsenal, um Kanonen zu holen, angeboten; aber Alles dieß habe er zurückgewiesen, weil er wohl wisse, daß Deutschland noch weit zurück sey, und weil er wolle, daß es die Freiheit durch sich selbst erringe. Nachdem diese Zeugen vernommen waren, stellt Staatsanwalt Amann den Antrag, die Protokolle anderer Legionäre, die von der Aussage der eben gehörten abwichen, zu verlesen. Brentano und Bornstedt widersetzen sich diesem Antrage, der denn auch vom Gerichtshof als unbegründet verworfen wird. Nun beklagen sich die Angeklagten darüber, daß man ihnen Zeugen, die für sie sehr wichtig gewesen wären, nicht vorgeladen habe. Bornstedt wünscht z. B. auch den Generallieutenant von Miller als Zeuge, über dessen humanes Benehmen gegen ihn er sich sehr rühmend ausspricht. Thoma stellt wirklich den Antrag, Miller noch vorzuladen; nachdem aber Staatsanwaltsubstitut Winter erklärt, derselbe könnte doch nichts Wesentliches und Erhebliches aussagen, zieht Thoma seinen Antrag zurück. Fickler verlangt noch den Sekretair der deutschen Arbeiterlegion, einen gewissen Liebknecht als Zeuge. Da dieser hier im Gefängniß sitzt, wurde er sogleich vorgeladen; er erscheint und sagt aus, daß Fickler durchaus in keiner Verbindung mit den deutschen Demokraten in Frankreich gestanden; sie hätten jenen Brief nur deßhalb an ihn geschrieben, weil sie ihn als den entschiedensten Republikaner Badens erkannt. Hierauf beschwert sich nun Fickler in längerem Vortrage sowohl über seine Behandlung im Gefängniß, als auch über den ganzen Gang seines Prozesses. Er glaubt, man habe seine Untersuchung nur deßhalb in die Länge gedehnt, weil man ihn eben einmal nicht frei haben wollte. Wiederholt habe er sich zur Stellung jeder beliebigen Kaution erboten. Ob man vielleicht gemeint, er würde seine Freiheit etwa zu dem Zustandekommen eines Putsches benützt haben? Und doch sey er immer gegen solche Unternehmungen gewesen. Er habe in diesem Sinne, als er von dem Vorhaben Heckers gehört, dem Minister Bekk das Anerbieten gemacht, er wolle sich in den Seekreis begeben und da gegen den Zug wirken. Aber nein, denn Bekk habe eben den Aufstand gar nicht verhindern wollen. Staatsanwalt Amann sucht sowohl diese als auch andere Beschwerden und Anklagen Ficklers zu entkräften. Auch Steinmetz und Bornstedt führen über ihre Behandlung und den Gang des Prozesses Beschwerden.

Frankfurt, 7. Mai. [Zweite Sitzung des Kongresses der vereinigten Märzvereine.] Im Beginn der heutigen Sitzung wurde ein Antrag eingebracht von Dr. Stockhaus in Butzbach, dahin gehend, der Kongreß beschließt: „Die Märzvereine aufzufordern, sofort den bewaffneten Aufstand zur Vertheidigung der deutschen Reichsverfassung und besonders zum Schutze der Erhebung Sachsens und der Pfalz zu organisiren.“ — Abg. Scherr erklärt im Namen der Würtemberger, welche abreisen müssen, daß sie sich ganz dem Antrag anschließen. — Moritz Hartmann fordert auf zum Handeln. „Geht nach Hause,“ ruft er, „tragt das Gift, das Ihr heute in der Nationalversammlung eingesogen habt, nach Hause, schlagt los, es heißt jetzt: Absolutismus oder Republik! Ob die Linke im Parlamente bleibt oder nicht, kümmert Euch nicht darum, und ob die Rechte oder die Linke untergeht!“ (Beifall.) — Rheinhard aus Franken spricht dagegen: Die Mittel fehlen, die That zu vollführen. — Nach längerer Debatte nahm Löwe von Calbe das Wort: „Wir sind keine Kinder; wir haben unser Gut und Blut eingesetzt; möge der Absolutismus nach unserm blutigen Opfer siegen! Aber ich will nicht, daß wir uns selbst die Hände binden, daß wir beschließen, sofort loszuschlagen. Wir müssen uns organisiren.“ — Ein Antrag auf Tagesordnung von Bracklow aus Altona wird angenommen, und somit findet obiger Antrag seine Erledigung. — Friedrich Albrecht beantragt: „1) daß, da dem Märzverein Geldmittel sehr erwünscht seyn würden, so beschließt der Kongreß, jeder anwesende Deputirte gibt jetzt 2 fl.; 2) jedes Mitglied eines Vereins zahlt wenigstens monatlich 1 kr.“ — Raveaux spricht nur für den 2. Theil des Antrags. — Kreb aus Meiningen schlägt vor, daß die Steuer auf die einzelnen Vereine nach Anzahl der Mitglieder repartirt werde. Der erste Theil des Antrags wird angenommen, der zweite wird ebenfalls genehmigt, und zwar auf die Weise, wie der Central-Märzverein vorgeschlagen. — Rößler von Oels und Hönniger beantragen Thüringen und das Osterland ist aufzufordern, dem von der Nationalversammlung heute preisgegebenen und widerrechtlich angegriffenen Königreiche Sachsen durch Zuzug Hülfe zu leisten. — Zimmermann von Spandau schlägt motivirte Tagesordnung vor, welche ohne Diskussion angenommen wird. — Dr. Löwenthal aus Frankfurt a. M. stellt folgenden Antrag: „Das Ministerium Gagern hat in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung seine Verkennung der deutschen Volksstimme so weit getrieben, daß es behauptete, der Kongreß der Märzvereine repräsentire nicht die Meinung des ganzen deutschen Volkes, sondern blos die einseitige Meinung einer Fraktion der Nation. Hierauf erklärt der Kongreß der Märzvereine, daß er nicht eine Fraktion des des Volkes, sondern das ganze deutsche Volk, mit Ausnahme der wenigen schlechten Elemente der Hofpartei, repräsentire; daß in ihm die republikanische wie die konstitutionelle Partei sich zu dem großen Zwecke vereinigt habe, das Vaterland thatkräftig vor der offenbaren Verschwörung der Fürsten zu retten. Der Kongreß der Märzvereine erklärt daher das Ministerium Gagern, das in einer so gefährlichen Krisis des Vaterlandes so völlig im Unklaren über die heiligsten Gefühle und Bedürfnisse des deutschen Volkes sich befindet, für unfähig, den Angelegenheiten des gefährdeten Vaterlandes ferner vorzustehen.“ — Präsident Fröbel erklärt, daß er diese Erklärung nicht zur Abstimmung bringen werde. Tagesordnung wird angenommen. — Reichstags-Abgeordneter Heldmann beantragt, der Kongreß möge beschließen, sich allen Durchzügen von Truppen, welche nicht von der Centralgewalt beordert worden, zu widersetzen. — Albrecht aus Ulm theilt mit, daß in der würtemberger Kammer bereits solche Anträge eingebracht werden. — Dellbrück aus Breslau schlägt vor, die Sitzung zu vertagen, die Kommission wird die Mittel mit dem Centralmärzverein berathschlagen. Es wird beschlossen, alle Anträge, welche sich auf Organisation beziehen, werden der Kommission übergeben. — Schütz aus Gießen, amendirt vom Reichstagsabgeordn. Heldmann, schlagen vor: die Mitglieder der äußersten Linken und die demokratischen Vereine werden aufgefordert, sich dem Märzverein anzuschließen. — Der Antrag wird einstimmig angenommen. — Hagen aus Hamburg beantragt eine Adresse an die Nationalversammlung, worin ihr zu sagen ist, daß man von ihr Nichts mehr hoffe. — Fröbel schlägt Tagesordnung vor, welche auch angenommen wird. — Ein Herr Metz beantragt die Erklärung: „Die Theilnahme am Berliner Fürstenkongreß ist Hochverrath.“ Der Antrag wird abgelehnt. — Herzberg verlangt, daß die Delegirten noch eine Berathung mit dem Centralmärzverein haben. Ist bereits Beschluß. — Sielhof aus Trier zeigt seinen Austritt aus dem Märzverein an, da die doktrinäre Haltung nicht mit seinem Mandat übereinstimme. Auf die Anfrage eines Mitglieds, welches den Schimmer eines Beschlusses wünscht, erwidert Raveaux, daß die Delegirten Beschlüsse mitbringen; die einzelnen Abgeordneten sollen sorgen, daß Kugeln gegossen und Patronen verfertigt werden. — Neue Anträge lagen nicht vor, weßhalb der Präsident die Sitzung schloß. Er ermahnte zur Ausdauer und zur Ermuthigung, dankte dem Montagskränzchen und den gastfreundschaftlichen Bewohnern Frankfurts, worauf die Versammlung den Märzverein und den Vorsitzenden hoch leben ließ. — Die ganze Haltung des Kongresses war nur eine würdige, dem Ernst des Gegenstandes angemessene. Wenn Deutschland seine Söhne ruft, werden sie ihre Pflicht thun! (Frftr. J.)

Frankfurt, 7. Mai. Die heutige tumultuarische und fruchtlose Sitzung der Nationalversammlung machte einen peinlichen Eindruck. Man kann sagen, die Paulskirche theilt sich jetzt in vier Lager. Die äusserste Linke, deren Klub auf 26 Mitglieder geschmolzen, will kein längeres Zaudern und die Kontrerevolution mit der Revolution bekämpfen. Sie ist deshalb mit der Linken („Deutscher Hof“) zerfallen, weil diese die Durchführung der Reichsverfassung zum Boden der Bewegung machen, ihr also darüber hinaus Gränzen stecken will. Männer wie L. Simon, Vogt, Fröbel, Raveaux ꝛc. gelten als unentschiedene. Das Centrum will nur dann Gewalt mit Gewalt bekämpfen, wenn alle andern Mittel gegen die renitirenden Regierungen erschöpft sind. Die kombinirte äusserste Rechte stimmt, je nach ihrem Vortheil, bald mit dieser, bald mit jener Fraktion. Durch den Austritt der 13 bayer. Abgeordneten ist das „Hotel Schröder“ vollends entleert, der Schwerpunkt der Nat.-Vers. ist nun der Weidenbusch. — Lange kann dieser Zustand aber nicht mehr andauern. Die Gemüther sind im höchsten Grade irritirt, wenn auch äusserliche Ruhe herrscht. Dazu gesellt sich der bedauerliche Umstand, daß der Präsident der Nat.-Vers., E. Simson, sehr leidend geworden und keine Wiederwahl annehmen wird.

dringenden Vorstellungen seiner Freunde konnten ihn bis jetzt abhalten, zu resigniren. Heute war er in einen solchen Affekt gerathen, daß er einen Augenblick alle Fassung verloren hatte. (N. M. Z.)

Frankfurt, 7. Mai. Unsere Bürgerwehr hat heute Abend eine Berathung in Betreff einer Eingabe an den Senat, die hiesige Linie und die Stadtwehr auf die Reichsverfassung zu beeidigen. (N. M. Z.)

Der Kongreß der sämmtlichen Märzvereine in Frankfurt hat zwei Proklamationen erlassen, eine an das deutsche Volk und eine an das deutsche Heer. Der Augenblick sey gekommen, heißt es in der ersten, wo es gelte, für Deutschland Gut und Leben einzusetzen. Durch rebellische Regierungen solle die Reichsverfassung umgestürzt werden; Preussen wolle die Erhebung des Volkes gewaltsam niederschlagen, russische Horden rufe man zu Hülfe; – darum sollten die Deutschen als freie Männer zusammentreten, Treue der Verfassung schwören, Wehrvereine bilden, sich an den Central-Märzverein anschließen, denn Einheit thue vor Allem Noth. Der Aufruf an das deutsche Heer beschwört die Soldaten, ihre Waffen nicht gegen ihre Brüder, sondern für die heilige Sache der ganzen Nation zu gebrauchen. „Darum, deutsche Soldaten, wendet eure Waffen nicht gegen eure Brüder, sondern kämpft für die heilige Sache der ganzen Nation. Nur im Felde gegen den äusseren Feind wachsen Eure Lorbeeren; aber Schimpf und Schande dem, welcher gegen die Vertheidiger des Gesetzes die brutalen Befehle hochverrätherischer Oberen vollzieht.“ Ferner: „Soldaten! Ihr habt geschworen dem Fürsten und dem Vaterlande. Wenn ein Fürst gegen das Vaterland rebellirt, so darf in der Brust des braven, ehrliebenden Kriegers nur der wahre Eid, der höchste Eid für das Vaterland lebendig bleiben. Gedenket Eurer Kameraden in Würtemberg und Sachsen und folgt ihrem ruhmvollen Beispiele! Sie haben sich nicht erniedrigen wollen durch Feindseligkeit gegen die Freiheit, sie haben sich verdient gemacht um das Vaterland. Und das ganze deutsche Volk jubelt ihnen zu! So thuet denn desgleichen! Ihr insbesondere noch, preussische Landwehrmänner, erklärt überall, was eure edlen Kameraden zu Elberfeld und Krefeld erklärt haben: daß sie der Nationalversammlung und der Reichsverfassung Gehorsam leisten werden. Deutsche Krieger! Höret die Stimme des Vaterlandes. Es rufet Euch, es erwartet auch von Euch seine Rettung. Es wird denen fluchen, welche brudermörderisch ihre Waffen entehrten, es wird aber die segnen, welche zum Volke standen. Horet es, deutsche Krieger, und thut, was Ehre, Freiheit und Vaterland fordern!“ (N. M. Z.)

Frankfurt, 7. Mai. Heute Morgen starb dahier die Wittwe M. A. v. Rothschild's, Gründers des weltbekannten Bankhauses M. A. v. Rothschild und Söhne. Die Hingeschiedene hatte das seltene Alter von beinahe 99 Jahren erreicht. (Frkft. J.)

°° **Frankfurt**, den 8. Mai. [214. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Vizepräsident Bauer.] Austritt eines Bayern, Pfeufer von Landshut; Flottenbeiträge. Das Reichsministerium ist nicht zugegen, es wird darauf angetragen, daß es erscheine. Eben als man über die Ereignisse in der Pfalz sich heftig ausspricht und die Truppensendungen dahin berührt, erscheint der Reichskriegsminister. Die Frage, ob die Interpellation in Bezug auf die sächsischen Verhältnisse dringlich erachtet werde, findet nicht die gehörige Unterstützung, weßhalb die Linke in wilden Lärm ausbricht. Der Vorsitzende will die Sitzung bis Donnerstag vertagen, die Linke aber erklärt sich stürmisch gegen diesen „Verrath.“ Präsident Simson beschwört endlich den Sturm durch die Erklärung: 110 Mitglieder hätten eine ausserordentliche Sitzung verlangt, welche nach der am 30. April festgestellten Geschäftsordnung gehalten werden müsse. Diese Sitzung wird um 12 Uhr Mittags anberaumt. In dieser vom Präsidenten Simson eröffneten Sitzung zeigte sich's deutlich, daß das Reichsministerium in Sachen Sachsens und Rheinbayerns keine aufrichtige Politik befolge, ja es wird sogar des Verraths am Volke schuldig erklärt. Mehrere darauf Bezug nehmende Anträge haben keine Wirkung; nur ein Antrag von L. Simon und Vogt wird als dringlich erkannt und auf die morgende Tagesordnung gebracht, dahin lautend: In Erwägung, daß die Volkserhebungen in der bayerischen Pfalz und in Sachsen die Durchführung der Reichsverfassung zum Gegenstand haben, daß daher der Reichsfrieden durch Unterstützung dieser Erhebungen gegen die renitenten Regierungen, nicht aber durch Bekämpfung derselben zu bewirken ist, – aus diesen Gründen beschließt die Nationalversammlung: die Volkserhebungen in Sachsen und der bayerischen Pfalz sind zur Durchführung der Reichsverfassung thatkräftig zu stützen und zu schützen.

Hannover, 5. Mai. Magistrat und Bürgervorsteher der Hauptstadt haben soeben nach ziemlich heißer Debatte beschlossen, den König (noch einmal) dringend zu ersuchen, daß er die der Einführung der Reichsverfassung entgegenstehenden Hindernisse beseitigen und schleunigst die Kammern einberufen wolle. (Frkft. J.)

Mainz, den 7. Mai. Das zweite Bataillon des 28. preussischen Infanterieregiments, welches sich erst seit 8 Tagen hier befindet, ist so eben vermittelst der Taunuseisenbahn von hier über Frankfurt nach Landau abgegangen. Heute Abend wurde plötzlich die Artillerie auf die Festungswerke zu den Geschützen commandirt. Morgen wird das Füsilierbataillon des 28. preussischen Infanterieregiments und ein Bataillon des 23. Regiments hier einrücken. (Frkft. O.-P.-Z.)

Gießen, 5. Mai. Das zur Leitung der Volksbewegung von allen Korporationen und politischen Vereinen gewählte Komité hat heute einen Aufruf an alle Mitbürger zu Stadt und Land im Großherzogthum Hessen erlassen, sich zu bewaffnen, Kompagnien und Bataillone zu bilden und sich in den Waffen zu üben, jedoch nichts vereinzelt zu unternehmen, ohne sich vorher mit dem Komité ins Einvernehmen gesetzt zu haben. (Frkft. J.)

†*† **Berlin**, 6. Mai. Das eigenmächtige Einschreiten der preussischen Regierung in Sachsen, dem Reichsgesetze vom 28. Juni 1848 zuwider, erregt hier große Erbitterung. Es ist dies wiederum eine Thatsache, in der sich die Politik des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel auch dem blödesten Auge in all ihren Consequenzen darstellt. Das ist die in der letzten preussischen Note angedeutete Hülfeleistung, die man den Regierungen anbietet, die offen renitent gegen die Reichsverfassung auftreten. – Man zweifelt hier nicht mehr daran, daß die Frankfurter Versammlung den Fehdehandschuh aufnehmen werde, der ihr von der preußischen Regierung nunmehr hingeworfen ist. Noch hat die Frankfurter Versammlung eine Macht dem illegalen Auftreten Preußens gegenüber. Die Frankfurter schlossen ist; an dem Reichsministerium ist es nunmehr, durch energisches Handeln darzuthun, daß es ihm Ernst war, als Hr. v. Gagern, Namens desselben, am 4. Mai die Erklärung abgab, daß man Uebergriffe Seitens der preußischen Regierung in die, durch Reichsgesetz der provisorischen Zentralgewalt übertragenen Rechte und Befugnisse nicht zugeben könne und zugeben werde. (Nach dem Gesetz vom 28. Juni v. J. hat die provisorische Zentralgewalt „die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaats betreffen.“ [S. 2. A. des Gesetzes.])

Breslau, 4. Mai. 4 Uhr Nachmittags. Der eben eingetroffene oberschlesische Zug bringt die Nachricht mit, daß 400 Oesterreicher über Kosel nach Krakau heute befördert worden sind, um dort wieder Garnison zu nehmen. Alle Nachrichten über das Einrücken einer Heeresmacht von Russen in Oesterreich sind falsch. Daß Oesterreich wieder Garnison nach Krakau schickt, wo es seine Mannschaften anderwärts so höchst nöthig hat, beweist mehr als jedes andere Vorkommniß, daß bedeutende Motive vorhanden seyn müssen, weshalb die Russen nicht einrücken. Es sind dies keine anderen als die ernstesten Drohungen Palmerstons. Palmerston erkennt Ungarn als selbstständigen Staat an, ein Koburg-Cohary soll König eines großen Donaureichs werden. Fiume wird Freihafen, wo England seine Industrieprodukte ausschiffen kann. Diese Mittheilungen scheinen begründet. Deutschland erhält für seine kaiserlichen Privatvergnügungen hierdurch einen furchtbaren Schlag, denn Ungarn soll gegen seine Grenzen hermetisch abgeschlossen werden. Die Magyaren wollen sich für die brutale Stupidität rächen, mit welcher ihre Abgesandten in Frankfurt und Wien aufgenommen, oder vielmehr nicht aufgenommen worden sind. Hierdurch erklärt sich auch die Abreise des englischen Gesandten in Wien. (N. Od. Z.)

Dresden-Neustadt, 7. Mai. (11 Vormittags). Der Kampf dauert fort. Vor einer Stunde ist wieder ein Bataillon Preussen mit klingendem Spiele hier eingerückt. Es wird diesen Nachmittag am Angriff Theil nehmen. Verwundete Militärs sind diesen Vormittag sehr viele in das Hospital gebracht worden. Gefangene habe ich nicht viel vorbei transportiren sehen. Augenscheinlich scheint der Kampf zu ruhen, denn der Kanonendonner schweigt.

(Abends 11 Uhr.) Nach fünf durch den Kriegslärm gestörten Tagen haben wir hier in Neustadt die erste ruhige Nacht. Unsere militärischen Vorposten sind auf der meißner, großenhainer und bautzner Straße ziemlich weit vorgeschoben. Beide Eisenbahnhöfe, der Leipziger und Schlesische, sind militärisch besetzt, ohne daß jedoch dem Verkehr irgend welches Hinderniß in den Weg gelegt würde. Nur Bewaffnete werden angehalten. Der unglückselige Kampf, die Unterdrückung der Insurrektion ist jetzt wohl als dem Schlusse nahe anzusehen. Heute früh waren die Truppen von dem viertägigen Straßenbivouac und 36-stündigen, fast unausgesetzten Kampfe todtmüde. Da kam aber wieder ein preussisches Grenadierbataillon an, rückte mit frischen Kräften ins Feuer und diesen Nachmittag haben die Truppen bedeutende Fortschritte gemacht. Der ganze östliche und nordöstliche Theil der Stadt bis an die Rosmaringasse, sowie andererseits das Gewandhaus und die Kreuzgasse, bis mit dem Kreuzthurme, ist in dem Besitz derselben, so daß die Aufständigen auf einen nur geringen Theil der Stadt beschränkt sind. Morgen wird jedenfalls der Kampf gänzlich beendigt seyn, da nöthigenfalls selbst schweres Geschütz in Anwendung gebracht werden soll. Indeß ist Hoffnung vorhanden, daß es bis zu diesem Aeußersten nicht kommen wird, indem die Mitglieder der sogenannten provisorischen Regierung und die übrigen Leiter des Aufstandes entweder schon jetzt das Weite gesucht haben werden, oder es noch in dieser Nacht zu bewerkstelligen suchen werden, um den Kavalleriepikets, welche die Stadt umgeben, zu entgehen. Uebrigens sind mehrere der bekannteren Theilnehmer getödtet worden. Die Verluste des Militärs sind nicht unbedeutend. Wie hoch sich die Anzahl der Todten beläuft, vermag ich noch nicht näher anzugeben. Daß auf Seite der Aufständigen der Verlust am Ende noch bedeutender seyn dürfte als beim Militär, das läßt sich nach der Erbitterung beurtheilen, mit der die Soldaten, nachdem so mancher Kamerad von ihnen geblieben, gekämpft haben. Diesen Nachmittag und Abend sind von sächsischen Soldaten viele Gefangene eingebracht worden, welche zumeist der Jugend oder dem Handwerkerstande angehörten. Von fremden Nationalitäten hat man, so viel ich weiß, zur Zeit nur zwei Galizier gefangen genommen.

Den 8. Mai (5 Uhr früh). Soeben rückt das dritte Bataillon des Regiments Alexander hier ein. Die Neustadt ist vollgestopft von Soldaten. (D. A. Z.)

Stuttgart, den 8. Mai. Sicherem Vernehmen nach hat die kgl. würtembergische Regierung auf die neueste preussische Cirkulardepesche wegen Oktroyirung einer deutschen Reichsverfassung rc. bereits geantwortet, daß die würtembergische Regierung nach der von ihrer Seite erfolgten Anerkennung der deutschen Reichsverfassung mit der Nationalversammlung einig gehen und daher die preussischen Pläne durchaus von der Hand gewiesen haben wolle. – Das Reichskriegsministerium hat zum Schutz der Nat.-Verf. unter anderen von den in Oberbaden stehenden würtembergischen Truppen 2 Bataillone nach Frankfurt beordert. (Schw. M.)

Stuttgart, 8. Mai. In der heutigen Sitzung der II. Kammer wurde folgender dringlicher Antrag gestellt und an den Fünfzehner Ausschuß zur schleunigen Berichterstattung verwiesen: Die Kammer wolle beschließen, an die Regierung folgende dringende Bitte zu stellen: 1) die Staatsregierung möge die Centralgewalt auffordern, nicht zu dulden, daß irgend ein deutscher Staat wegen einer Volkserhebung für Anerkennung der Reichsverfassung in einem andern Staate ohne Befehl der Centralgewalt einschreite; 2) die Regierung möge der Centralgewalt unverzüglich die würtembergischen Streitkräfte zum Schutze der legalen Volksbewegung zu Gunsten der Reichsverfassung zur Verfügung stellen; 3. sie möge bei eigener Verantwortung verhindern, daß andere als Reichstruppen in Folge der Erhebung in in Rheinbayern durch Würtemberg marschiren. (Schw. M.)

Tübingen, 4. Mai. Die Studirenden Tübingens haben in einer allgemeinen Versammlung beschlossen, der allem Anschein nach bedrohten Nationalversammlung im Falle der Noth schützend zur Seite zu stehen. Sie fordern nun alle Jünglinge des Gesammtvaterlandes auf, durch gleiche Entschlüsse sich gegenseitig zu stärken, den Feinden der Freiheit und Einheit aber ein Schrecken zu seyn, daß sie es nicht wagen, ihr freches Haupt zu erheben. Besonders werden die Studirenden anderer deutschen Hochschulen aufgefordert, durch Bekannt-

Studentenversammlung: K. Grosmann, Theol. Stud., Präsident.
(Schw. M.)

Italienische Staaten.

Rom, den 1. Mai. Die französische Vorhut griff gestern Morgen etwas nach 11 Uhr den jenseits der Tiber gelegenen Stadttheil auf drei Seiten an. Von Villa Pamfili aus wandte man sich gegen Porta S. Pancrazio, von den Höhen, die das Thal vor Porta Cavalleggieri beherrschen, wurde eine ziemlich heftige Kanonade gegen letztere gerichtet, und gleichzeitig wurde ein Versuch gemacht, die Mauern des päpstlichen Gartens hinter dem Vatican zu übersteigen. Alle drei Operationen scheinen gänzlich fehlgeschlagen zu seyn. Die Römer behaupten zwar vier Stück Geschütz erbeutet zu haben, haben aber eins eingebüßt, dagegen sie eine ansehnliche Zahl Gefangener gemacht. Garibaldi's Leute sollen sich sehr ausgezeichnet haben; er selbst ist leicht verwundet worden. Hiesigerseits werden die Gefallenen gering angegeben, in der That aber scheinen viel Menschen geblieben zu seyn. Die moralische Wirkung dieser ersten nicht unrühmlichen Waffenthat der Republik ist außerordentlich. Wären Waffen genug vorhanden, so würden sich jetzt viele zur Theilnahme an dem Kampf drängen, die früher nicht daran gedacht hatten. Es ist unbegreiflich, wie die Franzosen einen solchen unüberlegten Angriff auf feste Positionen haben machen können, ohne sich weder ihrer eigenen, noch der feindlichen Streitkräfte genügend zu versichern. Die speziellen Resultate der einzelnen Gefechte sind natürlich noch nicht bekannt, das Hauptergebniß aber steht fest, daß sie vergeblich versucht haben, Rom mit einem Handstreich zu nehmen. Der Kampf dauerte bis gegen 5 Uhr fort, und zuletzt wurden auch die Carabinieri in denselben hinausgesandt. Diese kernhaften Truppen sind eben so sehr auf das Kolonnengefecht, wie auf den Tirailleurdienst geübt. Zuletzt wurden den fliehenden Haufen des Feindes auch noch die berittenen Gensd'armen nachgesandt, und man schmeichelte sich mit der Hoffnung, durch sie noch einige Geschütze erbeutet zu sehen.

Garibaldi's Leute sollen durch ihre Kühnheit die Demon- [illegible] Eingang zu erzwingen. Nachmittags 6 Uhr zogen die Lombarden im Geschwindschritt den Corso hinab, angeblich, um die Franzosen von Ponte Molle her zurückzudrängen. Sie wurden von der Menge mit lautem Jubel begrüßt, und die kräftigen Leute boten ein äußerst kampfmuthiges Ansehen dar. Garibaldi hat sein Hauptqnartier im Palast Corsini aufgeschlagen und ist der gefeierte Held des Tages. Die Römer beklagen den Verlust ihres besten Artilleristenofficiers (Calandrelli), dem eine Kanonenkugel den Kopf weggenommen haben soll. Daß die Neapolitaner von Terracina her in Anzug sind, wußte man bereits gestern, um so weniger begreift man, warum die Franzosen ihre Ankunft nicht abgewartet und einen combinirten Angriff eingeleitet haben. Wenn ihre Absicht gewesen ist, sich allein den Ruhm dieser Waffenthat anzueignen, so sind sie für diese Eitelkeit hart gestraft worden.

Oesterreichische Staaten.

Krakau, 2. Mai. Hier hört man, daß die Russen von der Krakauer Gränze plötzlich abgerufen worden sind. Die Veranlassung dazu sollen Unruhen in Rußland seyn. Ein Einmarsch der Russen in Krakau ist daher noch nicht erfolgt. An der Krakau-Polnischen Gränze ist kein russisches Militär mehr zu sehen. Auch soll England gegen das Einrücken der Russen in Oesterreich energisch protestirt haben.
(Schles. Z.)

Bielitz, 4. Mai. [Russen kommen nicht.] Die bestellten Quartiere für die Russen sind abbestellt! das ist die Nachricht, die in Aller Munde ist. Ein russischer Kurier folgt dem andern auf dem Fuße; wir wissen von diesen nunmehr bestimmt, daß die Russen nicht kommen. Uebrigens erfahre ich, daß die russischen Truppen in Rußland selbst gebraucht werden, dann, erzählt man sich, daß im Innern Rußlands selbst, sowie an der krakauischen Grenze Unruhen ausgebrochen sind. Bei Oświecim stehen im Ganzen 2500 Mann Russen; in der Nähe dieses kleinen Ortes sollen wirklich bereits in der Nacht vom 1. zum 2. Mai solche Unruhen ausgebrochen seyn, daß von Seiten des Militärs geschossen wurde. (N. O.-Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 12 Mai 1849 — № 132. — Samstag: Pancratius.

Aufruf an alle Männer Frankens!

Mitbürger! Als im März des vergangenen Jahres das deutsche Volk sich wie Ein Mann erhob zur Abschüttlung der alten Knechtschaft und endlichen Erringung seiner ihm schmachvoll varenthaltenen Rechte und Freiheiten, ist es nur var den Thronen stehen geblieben, weil man ihm zurief: „Hoffe vertrauensvoll auf das aus freier Wahl der Natian zu konstituirende deutsche Parlament; dieses soll allein über das neu zu schaffende einige und freie Deutschland entscheiden und sein Beschlüsse müssen als Gesetz gelten, dem sowohl das Volk, als auch die Fürsten sich unterwerfen müssen. Nur wenige Regierungen wagen es noch, gegen den deutlich manifestirten Willen des deutschen Valkes anzukämpfen. Unter diesen sich gegen die Reichsverfassung auflehnenden Regierungen befindet sich auch die bayerische. Das fränkische Valk, auf welches ganz Bayern vertrauensvoll blickt in dieser hochwichtigen Stunde, hat die Aufgabe, in den Bestrebungen vorauszugehen, die bayerische Staatsregierung mit allen gesetzlichen Mitteln zur Anerkennung dieser endgültig beschlossenen und verkündigten Reichsverfassung zu nöthigen. Mitbürger! Das Recht ist auf unserer Seite, das Volk steht mit seinen Forderungen an die Staatsregierung auf gesetzlichem Boden; die Beschlüsse der Nationalversammlung in Frankfurt sind gleichbindend für Fürsten und Valk! Und daß keine Macht der Welt im Stande ist, dem einmüthigen Willen eines Valkes auf die Dauer und mit Erfolg zu widerstehen, beweist die siegreiche Erhebung unserer Würtemberger Brüder! Aber auch nur durch einheitliches Zusammenwirken wird es möglich werden, die große Aufgabe zu lösen. Wie Ein Mann muß ganz Franken auftreten für die Wahrung seiner heiligen Rechte, es muß mit seinen Brüdern in der Pfalz vorausgehen im Kampfe für die Freiheit unseres graßen deutschen Vaterlandes, und wir leben der festen, unwandelbaren Ueberzeugung, daß das ganze fränkische Volk sich den in der Mittwach den 2. d. M. (an einem Werktage!) abgehaltenen, von über 15,000 Männern besuchten Volksversammlung erhobenen Beschlüssen einmüthig anschließen werde. „Das fränkische Volk erklärt, gegenüber der bayer. Regierung vor ganz Bayern, var ganz Deutschland: 1) daß es die van der verfassunggebenden deutschen Reichsversammlung endgültig beschlassene Verfassung für Valk und Fürsten als bindend betrachtet; 2) daß eine Abänderung dieser Verfassung nur auf dem van ihr selbst bezeichneten Wege stattfinden dürfe; 3) daß es insbesondere dahin streben werde, die bayerische Regierung zur Anerkennung der Reichsverfassung (sammt dem Wahlgesetze und den Grundrechten) zu bewegen; 4) daß es entschlassen ist, mit allen ihm zu Gebate stehenden gesetzlichen Mitteln und mit seiner ganzen Kraft die Nationalversammlung in Aufrechthaltung dieser Verfassung zu unterstützen. Das fränkische Valk ist der Ueberzeugung, daß das ganze deutsche Volk es, wenn nöthig, unterstützt und nach dem edlen Beispiel seiner Würtemberger Brüder mit der Nationalversammlung stehen und fallen wird." — Mitbürger! Wir fardern Euch auf, in jeder Stadt Volksversammlungen, in jedem Dorfe Gemeinde-Versammlungen zu veranstalten, dort Euern Willen im ähnlichen Sinne kräftig auszusprechen und Ausschüsse zu erwählen, aus denen Abgeordnete ernannt werden, welche uns bei der Sonntag, den 13 Mai d. J. hier stattfindenden großen Valksversammlung (auf dem Judenbühl) Euern Willen und Euere Beschlüsse kund geben. Beschickt nicht allein, sandern besucht diese Valksversammlung in Masse, sprecht Euern Willen entschieden und ahne Rücksicht aus und machet so Ehre der Kraft und dem oft bewährten Muth unsers tapfern fränkischen Volksstammes. Nürnberg, den 2. Mai 1849. Mit deutschem Brudergruß und Handschlag

Das Komité für Volksversammlungen:

J. Schmitt. J. St. Schmidt. Streng. Dr. Fr. Mayer. Lang. H. Slich. Gullich. Bauer. Tümmel. Zwanziger. Dr. Schwarz. Stich. Wiesel. Mayer. Renner.

Deutsche Staaten

München, den 9. Mai. Heute wurde der erste öffentliche Belagerungsstandversuch in unserer Hauptstadt abgehalten. Bald nach Tagesanbruch jagten Kuirassiere durch die Stadt, der Dechanthof wurde mit Truppen aller Waffengattungen gefüllt, die Schloß- und Hauptwache verstarkt, die Kananen der letzteren mit Artilleristen bemannt, die Residenz mit Saldaten vallgepfropft und ihre Thore gesperrt. All diese Maaßregeln, weil die Studenten in Masse ihre Deputation nach dem Ministerium begleiten wollten, welche eine russenfeindliche Adresse zu übergeben hatte. Der Stadtkommandant, von 2 Offizieren gefolgt, durchflog recagnoscirend alle Ecken der Stadt, und begab sich auch zur Universität, wo die ganze Studentenschaft und einige Tausend Persanen aus allen Ständen versammelt waren. Indessen wird in der Universität durch einen Anschlag am schwarzen Brett bekannt gemacht, daß der Uebergabe der Adresse selbst kein Hinderniß in den Weg gelegt werde, daß man aber die Massenbegleitung nicht gestatte, und daß die Regierung, wenn sich ein salcher Aufzug dennoch zeigen sallte, selben mit Gewalt verhindern werde. Die Studenten versammeln sich hierauf in der Aula und beschließen, die Adresse durch 25 Studenten dem Minister übergeben zu lassen und die Antwort abzuwarten, jedenfalls aber für ihre Sache bis auf den letzten Mann einzustehen. Mit dieser Losung trat die Deputatian nach 11 Uhr ihren Gang an; die Ludwigsstrasse herauf folgten ihr zahlreiche Menschenmassen und 5—600 Studenten in geordneten Reihen; an der Loggia waren einige Kompagnien Infanterie, welche mit scharfer Munition hinreichend versehen war, aufgestellt und geboten der großen Menge: Bis hieher und nicht weiter. Nur die 25ger-Deputation wurde in das gleich daneben (zur Rechten) liegende Ministerium hinangelassen. Die zurückgebliebene Masse, welche im Gbo. Arndt's Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland" sang, unterhielt sich ferner damit, tausendstimmige jubelnde Hoch der deutschen Verfassung auszubringen, welche Laute in die links der Loggia gelegenen und gegenwärtig von König Max bewohnten Appartements sicher ihren Weg genommen haben. Um diese Zeit war auch eine Deputation freisinniger Bürger in der Residenz, um Sr. Maj. dem König die Lage des Vaterlands an's Herz zu legen; dieselbe konnte aber, wie wir hören, nicht zur Audienz gelangen. Die Studentendeputatian wurde von dem Minister des Innern auf den nahen Landtag vertröstet, mit welchem die Regierung in eine gewissenhafte Berathung in der Verfassungs-Angelegenheit eingehen werde. Ein heftiger Platzregen trat zwischen die Ereignisse dieses Morgens und traf vorzüglich die armen Soldaten vor der Loggia, welche den Weg zum Ministerium sperren sallten. Der heiterste Sannenschein aber kehrte wieder, als die vaterländischen Sympathien aus dem Munde der hoffnungsreichen studirenden Jugend alle Gemüther entzündeten, in denen der Funke der Vaterlandsliebe nach nicht erstorben. — Nachschrift. Wir hören aus bester Quelle, daß alle Differenzen im Gesammtministerium gänzlich gehoben sind. (A. Abdz.)

München, 9. Mai. In der zu Nürnberg am 2. d. M. abgehaltenen graßen Volksversammlung war bekanntlich beschlossen worden, die dart angenommene Adresse an den König Max durch den Ausschuß des Münchener Zentralmärzvereins an den Ort ihrer Bestimmung gelangen zu lassen. Nachdem nunmehr inzwischen die Adresse, bedeckt mit mehr denn 15,000 Unterschriften, hier angekommen, begab sich heute eine Deputation des Märzvereins, bestehend aus den Herren Dr. Herrmann, M. Floßmann und Schimon, zu dem varbezeichneten Zwecke in die Residenz, wo ihnen jedach von den dienstthuenden Adjutanten der Bescheid wurde, daß der König in der deutschen Sache ahne Beiseyn der Minister keine Audienz ertheile. Da die Deputation den Auftrag hatte, die persönliche Antwort des Königs einzuholen, so gab sie die Adresse nicht ab. Ob dem von ihr gestellten Gesuche um Ertheilung einer Audienz unter Zuziehung der Minister stattgegeben werden wird, steht dahin; eben so wenig ist gewiß, ob noch eine Antwart rechtzeitig erfalgen wird, um solche bei der am kammenden Sonntag in Nürnberg abzuhaltenden Versammlung mittheilen zu können. (D. f. Ztg.)

Neustadt a. d. H., 7. Mai. Ich theile Ihnen ein so eben von Kaiserslautern hier angelangtes wichtiges Aktenstück mit: „Der Landesvertheidigungs-Ausschuß an seine Mitbürger. Wir machen Euch falgende Mittheilungen: 1) Dreißig polnische Offiziere stehen für den Fall des Kampfes zu unserer Verfügung. 2) Wir haben uns mit Rheinpreussen, Rheinhessen und Baden zum Zwecke gemeinsamen Handelns in Verbindung gesetzt. 3) Rheinhessen hat Zuzug versprochen; insbesondere der mittelrheinische Turnerbund. Aus anderen Theilen des deutschen Vaterlandes, namentlich aus Hanau, erwarten wir stündlich Mittheilungen. 4) An Mitglieder der Linken in der würtembergischen, badischen und hessischen Kammer haben wir die Aufforderung gestellt, in ihren betreffenden Kammern dahin mit aller Kraft zu wirken, daß der Pfalz im Falle der Noth zur Unterstützung ihrer Erhebung Truppen gesendet werden. 5) Wir haben uns in die Lage gesetzt, daß wir die Pfalz, sobald wir im Besitze der nöthigen Geldmittel seyn werden, in ganz kurzer Zeit mit 30,000 Bajanettgewehren versehen können. (Frkf. J.)

Aschaffenburg, den 9. Mai. Gestern war der Aufruf des in Frankfurt tagenden Central-Märzvereins an das deutsche Heer an vielen Straßenecken zu lesen. Am Abend nach vor dem Zapfenstreiche wurden von mehreren Trupps des hier garnisonirenden Militairs in einigen Wirthschaften, besanders im Gasthofe zum Adler, arge Exzesse verübt. Es ist von Seite der kgl. Militairbehörde die strengste Untersuchung und Bestrafung der vorgefallenen Erzesse zugesichert worden; die Hauptwache wird vorläufig jeden Abend durch Abtheilungen der Land- und Stadtwehr verstärkt. (A. Z.)

Mannheim, 8. Mai. Wir haben an dem gestrigen Tage hier merkwürdige Enthüllungen erfahren, Enthüllungen über unsere deutsche Centralgewalt. — Gestern Abend verbreitete sich die Nachricht, daß preussische Truppen nach Rheinbayern bestimmt wären, um die dortige Bewegung zu Gunsten der Reichsverfassung zu unterdrücken; einige Stunden später durchlief das weitere Gerücht die Stadt, das hier liegende vierte Regiment habe gleichfalls Befehl zum Aufbruch erhalten. In der That bemerkte man in der Nähe der Kaserne eine ungemeine Lebhaftigkeit. Soldaten liefen auf und ab; in den Sälen war es laut; Wagen und Bagage waren gerüstet. Die Kunde von diesen Vorgängen verbreitete alsbald unter der Bürgerschaft eine bedeutende Aufregung; es sammelten sich Gruppen auf den Straßen; man vernahm, das Militär sey entschlossen, nicht abzuziehen. — Eine Anzahl Bürger vereinigte sich, die Mitwirkung mehrerer Gemeinderäthe anzusprechen, um sofort eine Gemeinderathssitzung anzuordnen. Gegen 12 Uhr versammelten sich Bürgermeister und Gemeinderäthe auf dem Rathhause. — Sie verhandelten mit dem Stadtkommandanten. Unten auf dem Marktplatze standen die Bürger und harrten der Entscheidung. Gegen 1 Uhr trat der Bürgermeister vor das Rathhaus und verkündete, der Befehl zum Abmarsch sey von der Centralgewalt ausgegangen; es ließe sich gegen einen Befehl van dieser Seite her nichts unternehmen. Den Eindruck, den eine solche Eröffnung machen mußte, ist begreiflich. Einige Männer traten auf und sprachen zur Versamm-

lung. Man verlangte die Vorlesung des Reskriptes. Einer der Gemeinderäthe verlas es. Es stand darin, es habe eine Abtheilung des hiesigen Regiments nach dem bayerischen Rheinkreise aufzubrechen, zum Schutze der Reichsfestung Landau gegen „anarchische Bestrebungen.“ Es lag nun der Verrath klar am Tage; es war kein Zweifel mehr möglich. Die Centralgewalt betrachtet eine Bewegung zum Schutze der Reichsverfassung als „anarchische Bestrebungen.“ Die Stimmung der Bürger machte sich alsbald in verschiedenen Anträgen geltend. Man schlug vor, die Gemeindebehörde solle von dem Stadtkommandanten verlangen, Angesichts der Stimmung der Bürger, wie der Soldaten, den Befehl zum Abmarsch bis zum Eintreffen weiterer Anordnungen einzustellen; von anderer Seite ward die unverzügliche Absendung einer Deputation des Gemeinderaths an die Nationalversammlung gefordert.

Die Verhandlung ging eben zu Ende, da erschien die Polizeibehörde auf dem Platze, an ihrer Spitze der Assessor Jägerschmidt, ein Mensch, der, wenn mehrere beisammen sind, zu feige scheint, ohne bewaffnete Begleitung die Anwendung seines polizeilichen Ansehens zu versuchen und bereits bei anderen Gelegenheiten sich den Ruf einer ausgezeichneten Brutalität erworben hat. Er requirirte sofort zu seinem Schutze die Rathhauswache, die unter dem Gewehr stand. — Der kommandirende Offizier befahl zum Angriff auf die wehrlosen Bürger. Nur wenige Soldaten gaben Feuer; doch ward Niemand durch einen Schuß verwundet; dagegen kamen mehrere Verwundungen mit dem Bajonette vor.

Man behauptet, auch aus dem Volke seyen Schüsse gefallen; es wurde aber kein Bewaffneter bemerkt. — Nach erfolgtem Angriff leerte sich allmählig der Platz. Die Aufregung in der Stadt dauert diesen Morgen noch fort. Ein Mitglied des Gemeinderaths ist nach Frankfurt als Deputation abgegangen. — In der Nacht ist noch eine Abtheilung Preußen mit der Main-Neckarbahn hier angekommen und hinter der Stadt vorbei über die Rheinbrücke weiter gezogen. Die Eisenbahn jenseits soll an mehreren Punkten demolirt seyn. — Um 5 Uhr des Morgens sind drei Kompagnien des 4. Regiments nach Landau abgegangen; vorher eine Schwadron Kavallerie. — Reichstruppen zur Unterdrückung der Reichsverfassung! — Der Reichskommissär Eisenstuck versicherte noch vorgestern in Neustadt, er erkenne den Landesvertheidigungsausschuß als eine gesetzliche Behörde an; es würden keine Reichstruppen erscheinen; die Pfälzer seyen im Recht, wenn sie bewaffneten Widerstand leisteten. — Ein Reichskommissär war bis jetzt immer der Sturmvogel eines nahenden Unheils. Sollte vielleicht durch die gegebenen Zusicherungen bloß Zeit gewonnen werden, um die Rheinbayern um so eher unvorbereitet überraschen zu können? Wir wissen es nicht; doch haben wir nun die Auslegung der Centralgewalt. (M. Abdz.)

Freiburg, den 7. Mai. [Fünfte Sitzung der Geschwornen über Fickler und Genossen.] In der heutigen Sitzung erscheint noch nachträglich Welcker als Zeuge. Der Hauptpunkt seiner Aussage ist der, daß ihm eines Tages Wilhelm Schulz einen Brief von der Madame Herwegh zum Lesen gegeben, worin gesagt sey, daß 100,000 Mann Franzosen den Deutschen zur Errichtung einer Republik behülflich zu seyn bereit seyen; er habe über diese abscheuliche Verbindung französischer und deutscher Demokraten den HH. Struve und Fickler, welche ihn gerade in Frankfurt besuchten, die lebhaftesten Vorstellungen gemacht. Er sage zwar nicht, daß Fickler sich mit dieser Hülfe der Franzosen bestimmt für einverstanden erklärt, allein er habe auch nichts gethan, um ihn, Welcker vom Gegentheil zu überzeugen. Und endlich hätten beide, Struve und Fickler, erwidert, sie würden einem solchen Vorhaben entgegenwirken, wenn er den bekannten Vorschlag an die badische Regierung einreichen und bevorworten wolle. Fickler entgegnet, es sey eben in seinem Interesse gewesen, Welcker in seinem Glauben, als ob die Franzosen wirklich kommen wollten, und sie mit den deutschen Demokraten deßhalb in Verbindung stünden, zu lassen (vermuthlich, weil er meinte, Welcker würde dann eher für seinen Vorschlag seyn); zudem habe er wohl gewußt, daß es mit dieser Franzosenhülfe nichts auf sich habe. Nun begründet der Staatsanwalt Aman die Anklage. Nachdem noch die Angeklagten und ihre Vertheidiger gesprochen schließt die Sitzung. (Schw. M.)

Braunschweig, 5. Mai. Unser Regierungsblatt vom heutigen Tage enthält folgendes Gesetz. »§. 1. Zur Beseitigung aller formellen Bedenken deklariren wir hiedurch, daß der §. 12 des Landesgrundgesetzes durch die Reichsgesetzgebung aufgehoben ist und keine Anwendung mehr findet. §. 2. Es wird anerkannt, daß die sämmtlichen von der provisorischen Centralgewalt erlassenen und ferner zu erlassenden, nach Maßgabe des Reichsgesetzes vom 27. Sept. v. J. publicirte oder noch zu publicirenden Gesetze und Verordnungen ohne Weiteres in Wirksamkeit treten. §. 3. Dasselbe gilt rücksichtlich der Gesetze und Verordnungen, welche die gesetzgebende und exekutive Gewalt des Reiches in Gemäßheit der neuen Reichsverfassung erläßt, sobald die durch diese Verfassung begründete Centralgewalt ins Leben getreten seyn und dadurch die jetzige provisorische Centralgewalt ihre Endschaft erreicht haben wird.«

** **Frankfurt**, 9. Mai. [216. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender E. Simson] Unruhiges Hin- und Hergewoge, die Reichsversammlung könnte bald der Tummelplatz entfesselter Leidenschaften werden. Gott verhüte es! Zum Anfang der Sitzung fragt Abg. Rösler aus Oels das Ministerium, wie es komme, daß trotz des Einmarsches von Exekutionstruppen in Homburg noch fortgespielt werde. Justizminister R. Mohl antwortet, daß die hessen-homburgische Regierung nach wiederholter Weigerung erklärt habe, die Bank heute schließen zu wollen. Dem Gerüchte, daß Offiziere von den Exekutionstruppen daselbst gespielt haben, wird von Augenzeugen widersprochen. Bevor zum Gegenstand der heutigen Tagesordnung übergegangen wird, erhält Reichsministerpräsident v. Gagern das Wort.

Ich habe gestern ein Programm über die Stellung des Reichsministeriums zu den Bewegungen in Deutschland in später Abendstunde dem Erzherzog-Reichsverweser vorgelegt. Nach einer Konferenz heute Morgen hat der Reichsverweser eine Bedenkzeit von 24 Stunden verlangt. Ich komme daher auf meine Bitte von gestern zurück, die Sitzung bis morgen zu vertagen. Niemand kann verkennen, daß die Entscheidung des Reichsverwesers, nach welcher Seite sie sich immer neigen möge, von der größten Wichtigkeit seyn muß. Sollte das Haus auf meine Bitte nicht eingehen, so könnte das Ministerium als solches an den Verhandlungen keinen Theil nehmen. Was die Zustände in Sachsen betrifft, so habe ich die Ehre gehabt, Ihnen gestern mitzutheilen, daß der zuerst ernannte Reichskommissär seine Vollmacht nicht annehmen zu wollen, durch eine telegraphische Depesche hierher erklärt hat. Als aber das Mitglied der Versammlung, Herr Wydenbrugk, nach Weimar kam und die dringenden Verhältnisse, die in Sachsen das Einschreiten der Reichsgewalt so sehr wünschenswerth machen, von dem ernannten Kommissär in Erwägung gezogen wurden, hat er alle Bedenklichkeiten bei Seite gesetzt und durch telegraphische Depesche bin ich gestern Abends in Kenntniß gesetzt worden, daß er sich sofort nach Dresden begeben hat, um seiner Vollmacht gemäß zu handeln. Wie dringend es nothwendig ist, über die sächsischen höchst traurigen Zustände vorerst die Berichte dieses Kommissärs abzuwarten, das kann Niemand verkennen, denn es ist jetzt leider schon zur öffentlichen Kenntniß gekommen, daß auch in Sachsen selbst die Parteien einander schroff gegenüberstehen, abgesehen von der Interventionsfrage. Die Stadt Leipzig hat sich durch einen Abgeordneten an das Reichsministerium gewendet, — ich erlaube mir, das Schreiben, welches an das Reichsministerium gerichtet wurde, mitzutheilen, damit ich nichts sage, was nicht von diesem Schreiben aktenmäßig begründet ist:

An die deutsche Centralgewalt zu Frankfurt. Durch unsern Bevollmächtigten, den hiesigen Stadtverordneten Herrn Advokat Cichorius wird die deutsche Centralgewalt bereits von den Zerwürfnissen in Kenntniß gesetzt seyn, welche zwischen der Regierung und dem Volke Sachsens wegen Seitens der ersteren verweigerten sofortigen Anerkennung der von der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. beschlossenen und verkündeten Verfassung des deutschen Reiches entstanden sind, und welche die Entfernung des Königs aus seiner Residenzstadt Dresden, so wie den Eintritt einer provisorischen Regierung Sachsens zur Folge gehabt haben, von welcher das Ansinnen, sie anzuerkennen, an die gesetzlichen Vertreter der Stadt Leipzig gerichtet worden ist. Rath und Stadtverordnete haben sich jedoch nicht entschließen können, diese Anerkennung auszusprechen, da sie aus dem Berichte ihrer zur Erhebung der obwaltenden Thatsachen nach Dresden entsendeten Deputirten zu der Ueberzeugung gelangen mußten, daß diese provisorische Regierung andere Wege gehe, als solche, mit welchen sich die Gemeindevertreter Leipzigs einverstanden zu erklären vermögen. Eben so mußten sie aus jenem Berichte aber auch leider die Gewißheit gewinnen, daß die verfassungsmäßige Regierung unseres Landes, abgesehen davon, daß sie sich mit dem allseitig und laut ausgesprochenen Willen seines Volkes in Bezug auf die deutsche Verfassungsfrage in den schroffsten Widerspruch gesetzt, und schon deshalb nicht mehr auf die Unterstützung des Volkes zu rechnen hat, gegenwärtig außer Stand ist, die Pflichten einer Regierung zu erfüllen, und unserer Stadt den nothwendigen Schutz gegen Anarchie zu gewähren. Wir haben daher in Anbetracht, daß das dermalige königliche Ministerium in seiner amtlichen Thätigkeit durch den Konflikt, welcher zwischen der Krone und dem Volke in Folge verweigerter Anerkennung der deutschen Verfassung ausgebrochen, beengt ist, in Anbetracht, daß die Stadt Leipzig die Vermittelung der deutschen Centralgewalt angerufen hat, in Anbetracht, daß die in Dresden aufgetretene provisorische Regierung einen andern Weg eingeschlagen hat, als die Vertretung der Stadt Leipzig, in Anbetracht, daß nur ein Ministerium, welches sich für Anerkennung der deutschen Verfassung ausspricht, die volle Kraft der Regierungsgewalt in Sachsen, die nur da ist, wo sie im Volke wurzelt, wieder erwerben kann, beschlossen: Die Gemeinde Leipzig stellt sich bis zum Austrag der Konflikte zwischen Krone und Volk unter den Schutz der deutschen Centralgewalt. Indem wir die deutsche Centralgewalt, die wir als die einzig rechtmäßige Macht anerkennen, welche wir in so schweren Konflikten anzurufen haben, von diesem Beschlusse hierdurch in Kenntniß setzen, bitten wir: Dieselbe möge uns den erbetenen Schutz angedeihen lassen, und zu diesem Ende sofort einen mit ausgedehntester Vollmacht versehenen Reichskommissär hierher abordnen. Wir halten treu und fest zu Frankfurt, wir stehen unerschütterlich zur verkündeten deutschen Reichsverfassung, und hoffen deren Anerkennung auch für Sachsen durch feste gesetzliche Haltung, nicht aber durch die Hülfe der Anarchie, zu erringen. Leipzig, den 6 Mai 1849. Der Rath und die Stadtverordneten zu Leipzig.

Was nun die Zustände in der Pfalz betrifft, so besteht dort gar kein Konflikt zwischen den verschiedenen Parteien oder zwischen den Parteien und den Civilbehörden. Nach den Berichten des Herrn Reichskommissärs, die ich gestern erhalten habe, scheint die Bevölkerung dort im Wesentlichen übereinstimmend zu seyn. Es ist also irgend eine Dringlichkeit zum Einschreiten in der Pfalz nur insoweit vorhanden, als die Frage zu erörtern bleibt, welche der verschiedenen Schritte, die dort geschehen, zu rechtfertigen sind oder nicht. Das ist die Frage, die zwischen der Centralgewalt und dem Reichskommissär verhandelt wird. Ich glaube also, daß die Zustände in der Pfalz wenigstens keine solche Dringlichkeit darbieten, daß nicht die Verhandlung über den eingebrachten Antrag auf die kurze Zeit, die ich gewünscht habe, verschoben werden könnte. Ich wiederhole daher meinen Antrag und meine Bitte, daß der Gegenstand, welcher auf der heutigen Tagesordnung steht, auf die nächste Tagesordnung gesetzt werden möge.

Die Abgeordneten Zwetschke, Beseler und Fallati sprechen für, die Abg. Umbscheiden, Raveaux, Erbe und Wigard gegen den Antrag. In Beziehung auf eine Aeusserung des Abg. Wigard, sieht sich der Ministerpräsident bestimmt, zu erklären, daß diesen Morgen ein Abgeordneter des Stadtraths von Glauchau bei ihm gewesen, der sich im ähnlichen Sinne ausgesprochen habe, wie der Stadtrath von Leipzig, von dem er jedoch nichts weniger als eine allgemeine Schilderung der sächsischen Zustände erhalten habe. Während der Diskussion sieht sich der Vorsitzende wiederholt genöthigt, wegen störenden Unterbrechungen von der linken Seite des Hauses zu erklären, daß er allein zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Hause berufen sey. Er bittet seine geschwächten körperlichen Kräfte zu berücksichtigen, da es ihm sonst unmöglich seyn würde, seinem Amte ferner vorzustehen. Ueber den Antrag des Ministeriums wird namentlich abgestimmt und derselbe mit 221 gegen 133 Stimmen angenommen. Reichskriegsminister v. Peucker beantwortet hierauf eine als dringlich anerkannte Interpellation des Abg. Dietsch aus Annaberg, welcher fragt, warum auf den Zugängen der Paulskirche Truppen aufgestellt seyen? Er erklärt, ihm sey nicht bekannt, welche Maßregeln das für die Ruhe und Sicherheit der Stadt verantwortliche Oberkommando zu treffen für gut befunden habe. Er sey vorhin hinausgekommen, habe Truppen gesehen und dieselben fortgeschickt. Auf eine spätere Bemerkung, daß sich noch Truppen auf den Straßen befänden, erklärt der Herr Kriegsminister, er habe nur die Truppen abgeschickt, welche er gesehen, und entfernt

sich sogleich aus dem Hause, um den Abzug der übrigen zu bewerkstelligen.

Der Vorsitzende verliest hierauf einen Dringlichkeitsantrag des Abg. Schlöffel, welcher will, die Nat.-Vers. erkläre die Centralgewalt als Verräther am Vaterlande, entsetze dieselbe ihres Amtes und bilde eine provisorische Regierung. Nur einige wenige der Abgeordneten der äußersten Linken erhoben sich für diesen Antrag. Schließlich läßt der Vorsitzende unter Zustimmung des Hauses eine Einladung an den Dreißiger-Ausschuß ergehen, sich heute 4 Uhr in dem gewöhnlichen Lokale einzufinden, um sich daselbst mit dem Bureau über die Art der Durchführung der Beschlüsse vom 4. d. M. zu berathen. Schluß der Sitzung 12 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag den 10. Mai.

Frankfurt, den 8. Mai. Die hiesige Bürgerwehr hat in einer Generalversammlung die folgende Adresse an den Senat beschlossen: „Hoher Senat! Gestützt auf den Beschluß der verfassunggebenden Reichsversammlung vom 4. März d. J., durch welchen sämmtliche Regierungen, gesetzgebende Körper, die Gemeinden der Einzelstaaten, das gesammte deutsche Volk aufgefordert worden, die Verfassung des deutschen Reiches vom 28. März d. J. zur Anerkennung und Geltung zu bringen, unter Hinweisung ferner auf den Vorgang der Bürgerwehren anderer Städte, stellen die gehorsamst unterzeichneten Bürgerwehrmänner des Freistaats Frankfurt an hohen Senat die dringende Bitte: Hoher Senat wolle die Bürgerwehr und das Linienmilitär des Freistaats Frankfurt sofort auf die deutsche Reichsverfassung vom 28. März dieses Jahres beeidigen lassen." Die Adresse wird mit den Unterschriften, welche sie im Laufe des heutigen Tages noch erhalten, bereits morgen frühe dem Senate übergeben werden. (D. Z.)

Es geht uns von sicherer Hand die Nachricht zu, daß Abgeordnete der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt an ihnen durch die Post zugegangenen Briefen die unverkennbaren Zeichen einer E r ö f f n u n g derselben wahrgenommen haben, was wir hiermit zu öffentlicher Kunde und Beachtung zu bringen nicht unterlassen wollen. (Wes. Z.)

Hamburg, den 5. Mai. Der Ex-Minister Schmerling ist hier wirklich verschwenderischer Art mit Aufmerksamkeiten bedacht worden. — Eine Katzenmusik, deren Dauer die volle Zeit eines Concertabends, 2½ Stunde, erreichte, wurde gestern Abend zwischen 9 und 12 Uhr vor dem Hotel de l'Europe exekutirt. Unter den zahlreichen Virtuosen, die sich dabei betheiligten sahen wir viele anständig gekleidete Personen. Auch einige Scheiben wurden eingeworfen, so daß der Besitzer des Hotels Bürgergarde und Polizei requirirte, bei deren Erscheinen man sich auf eine harmlose Fortsetzung der Katzenmusik beschränkte. Der ehemalige Reichsministerpräsident ist heute Morgen nach Berlin weiter gereist. (Wes. Z.)

Hannover, 6. Mai. Die »Amtlichen Nachrichten« enthalten folgende Bekanntmachung: »Da Se. Maj. der König in Folge der angekündigten Massen-Deputationen im Interesse der Erhaltung der öffentlichen Ordnung für angemessen erachten, im Laufe des morgenden Tages so wie an den nächstfolgenden Tagen etwaige Deputationen oder Ueberbringer von Petitionen nicht zu empfangen, so wird dem Allerhöchsten Befehle gemäß solches hiedurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.« (Wes. Z.)

Darmstadt, den 8. Mai. Vorgestern kam mit der Eisenbahn bayerische Infanterie und eine kleine Abtheilung Reiterei hier vorbei nach Rheinbayern. In verflossener Nacht passirte eben so preussische Infanterie. Diese begiebt sich nach der Reichsfestung Landau, wohin auch badische Infanterie abgegangen ist. Heute wird noch würtembergische Infanterie in entgegengesetzter Richtung hier vorbeikommen. Diese soll nämlich die aus Frankfurt abgegangenen Truppen in der Besatzung dieser Stadt ersetzen. — Jene Truppenbewegungen, so wie die neuesten Tagesereignisse veranlaßten heute in unserer zweiten Kammer wieder Herrn Lehne zu einem Antrag, der nach kurzer lebhafter Debatte sofort dem Ausschusse zur alsbaldigen Berichterstattung mit 20 gegen 15 Stimmen übergeben ward. Der Antrag ging dahin: 1) die Volksbewegungen in Rheinbayern und Sachsen beistimmend anzuerkennen; 2) den Preussen und Bayern den Durchmarsch nicht zu gestatten, wenn er nicht im Reichsdienste geschehe; 3) die Truppen unverzüglich auf die Verfassung zu beeidigen. Da der Ausschuß sich nicht über den Antrag einigen konnte, indem die Mehrzahl den ersten Theil ganz verwarf, gegen den zweiten und dritten aber auch eine Minderheit sich aussprach, so beschloß die Kammer, nicht sogleich zur Diskussion darüber zu schreiten, sondern den Bericht drucken zu lassen, zu vertheilen, und morgen erst zur Berathung darüber zu schreiten — Ich werde Ihnen das Resultat alsbald mittheilen. (Frkf. J.)

Alzei, in Rheinhessen, den 7. Mai. Hier hat sich die Bürgerschaft, auf einen Aufruf des Bürgermeisters, in einer am 3. Mai abgehaltenen Volksversammlung dahin ausgesprochen und zum Beschluß erhoben: 1) sich öffentlich und feierlich für die Aufrechthaltung und Durchführung der Reichsverfassung in einer Adresse auszusprechen; und 2) eine Volksbewaffnung zur Verfügung der Nationalversammlung zu stellen. Zu dem Ende wurde sogleich eine Adresse auf dem Stadthause dahier zur Unterzeichnung aufgelegt; sie ist bereits mit zahlreichen Unterschriften versehen, und eine Kommission zur Volksbewaffnung ebenfalls in voller Thätigkeit. (Frkf. J.)

†*† **Berlin**, den 8. Mai. Hier in Berlin herrschte gestern eine ungewöhnliche Bewegung. Zunächst war dieselbe durch das Einrücken des 24. Regiments an die Stelle der nach Sachsen kommandirten Truppen hervorgerufen. Abends steigerte sich die Erregtheit durch das ministerielle Bulletin, das an die Straßenecken geheftet war. Man war unwillig darüber, daß die Regierung die Punkte, welche die Truppen in Dresden schon bei Beginn des Kampfes inne hatten, als eroberte Positionen darstellte, und riß an mehreren Ecken die Anschläge ab. Das führte zu Reibungen mit den Konstablern, jedoch ohne irgend eine Erheblichkeit. In der Königsstrasse, in der es ohnedies stets belebt ist, fand eine förmliche Hetzjagd auf die Flugblätter statt, welche Dresdener Nachrichten entstellt und übertrieben verbreiteten. Die Regierung schien diese Sache sehr wichtig zu nehmen. Man begnügte sich nicht, die Blätter bei dem Verleger zu konfisciren und sie durch Militärpatrouillen und Konstabler auf der Straße den Lesern fortzunehmen; sondern ließ sogar allen Buchhändlern ein Cirkular zur Unterschrift vorlegen, in welchem im Namen des Generals v. Wrangel der Debit aller bei dem Verleger erschienenen und noch erscheinenden Flugblätter untersagt wurde. Ein gleiches Cirkular wurde in Bezug auf die „Neueste Preuß. Zeitung" erlassen. Ein Soldat, der mit gezogenem Degen auf einen „fliehenden Buchhändler" eindrang, wurde von einem Volkshaufen entwaffnet und zur Haft gebracht.

Ein angesehener Bürger Wiens, der gestern hier eingetroffen ist, versichert, daß die plötzliche Ankunft des Kaisers in seiner Hauptstadt nichts als eine maskirte Flucht aus Olmütz sey, das den ungarischen Streifkorps und anderseits der gefährlichen Freundschaft Rußlands bloßgestellt ist. Es müsse, davon sey man in der Kaiserstadt überzeugt, ein Wunder geschehen, wenn die österreichische Monarchie, jetzt so schwer von Feinden und Freunden bedroht, in politischem Zusammenhange bleiben soll. Denn, wie weiter versichert wird, ist die so mysteriöse Schwenkung Jellacic's nach Südungarn ein vorbereiteter Abfall.

Breslau, 8. Mai. [Straßenkampf.] Der gestrige Abend ist vielleicht einer der blutigsten geworden, von welchen Breslau's Annalen zu erzählen wissen. — Bereits Nachmittags gegen 3 Uhr rückten Militärpikets ein, um die Altstadt von den Vorstädten abzusperren, weil man in Folge der letzten Ereignisse einen allgemeinen Aufstand befürchtete. — Gegen 6 Uhr fielen auf der Ohlauerstraße die ersten Schüsse, und in kurzer Zeit waren auf der Ohlauer-, Schweidnitzer-, Kupferschmied- und Nikolaistraße Barrikaden errichtet, die sich im Laufe des Abends in den größten Theilen der Altstadt verbreiteten. — Aus dem Gasthofe „zum blauen Hirsch" schwirrten Kugeln auf das Militär, welches zuerst Feuer gegeben hatte, und mehrere Soldaten, unter ihnen ein Offizier, wurden getödtet. Die militärische Macht hatte den Ring besetzt, und einige der unbedeutenderen Barrikaden, die nur kurze Zeit von unbewaffneten Händen vertheidigt wurden, genommen, da entstand auf der Nikolaistraße am „hohen Hause" eine starke, kunstreich gebaute Barrikade, deren Vertheidiger mehrere Stunden gegen das angreifende Militär kämpften.

Nach 9 Uhr entstanden neue Barrikaden, eine an der Ecke der Ohlauer- und Bischofsstraße, die andere in unmittelbarer Nähe auf der Mäntlergasse. Sie wurden auf energische Weise vertheidigt, und es entspann sich ein mehrstündiger, lebhafter Kampf, in welchem auf beiden Seiten manche Opfer fielen. Vollständiges Rottenfeuer wechselte mit einzelnen Schüssen, und erst nach 12 Uhr endete das mörderische Gefecht. Nach Zusammenstellung aller uns zugekommenen Berichte sind mehrere Offiziere und eine große Anzahl Soldaten getödtet. An der grünen Baumbrücke fiel ein Lieutenant (wie wir hören, Herr v. Köppen) durch einen Schuß in die Brust und zugleich ein Unteroffizier derselben Kompagnie. Ein anderer Lieutenant, Hr. v. Stecken, erhielt an der Bischofsstraße einen Schuß in den Kopf, in dem Augenblick, als er Feuer kommandirte. Aus dem Hause der Mäntlergasse Nr. 1 wurde auf das Militär gefeuert, welches das Feuer lebhaft erwiederte. Ein 14jähriger Knabe soll in einer anderen Stadtgegend einen Offizier durch einen Pistolenschuß getödtet haben. Auf Seite des Volkes sind gleichfalls viele Opfer gefallen, unter ihnen der pens. Postsekretär Freitag, dessen Kopf durch Kolbenstöße förmlich zerschmettert war, der Schuhmachermstr. Hase, ein Haushälter des Wildprethändler Lorenz, ein Schuhmachergesell, der in einer Stube des Hauses zu den drei Hechten auf der Ohlauerstraße von einer Kugel getroffen wurde, der Arbeiter Paul, und viele andere Personen, deren Namen wir nicht kennen. Die Häuser der Mäntlergasse Nr. 1, die drei Kränze auf der Ohlauerstraße, das hohe Haus auf der Nikolaistraße, zeigen zahlreiche Spuren eingeschlagener Kugeln.

Mehrere Civilpersonen sollen auf diese Weise in ihren Behausungen getödtet oder verwundet worden seyn; in eine von einer Wittwe und ihrer Tochter bewohnten Stube der Mäntlergasse schlugen allein drei Kugeln ein. — Man erzählt, daß ein Tambour der Bürgerwehr, der Allarm schlagen wollte, durch einen Bajonettstich tödtlich verwundet worden ist; ein Knabe, der in einem andern Bezirk mit einer Trommel betroffen wurde, und sich in eine Düngergrube flüchtete, ward durch Bajonettstiche aus derselben hervorgeholt.

Die Anzahl der Opfer dieses traurigen Abends sind noch nicht ermittelt, und dürften aus mancherlei Gründen schwerlich vollständig ermittelt werden.

Am heutigen Morgen waren die Straßen von Neugierigen bedeckt, welche sich die Ueberreste der weggeräumten Barrikaden und die vielfachen Kugelspuren an den Häusern betrachteten. In der neunten Stunde entstand ein Auflauf auf der Ohlauerstraße. In einem Liqueurladen glaubten mehrere Personen ein Individuum zu erkennen, das am gestrigen Abende sich zu einem Spion des Militärs hergegeben haben soll. Der Mensch flüchtete sich, ward aber an dem ehemaligen Schweidnitzer Schwibbogen vom nacheilenden Volke eingeholt und so geschlagen, daß er bewußtlos weggetragen werden mußte. Die Leichen zweier gestern Abend getödteten Civilpersonen wurden bald darauf vom Volke offen zur Schau gelegt, durch die Straßen getragen. In Folge der dadurch entstandenen Aufregung kam es auf dem Ringe abermals zu Konflikten zwischen Militär und Publikum, wobei wiederum Schüsse fielen, durch welche mehrere Personen verwundet wurden. — Jetzt, Mittag um 1½ Uhr ist die Stadt ziemlich ruhig.

Nachtrag. So eben erfahren wir aus glaubhafter Quelle, daß 11 Hauswirthe denuncirt sind, weil aus ihren Häusern geschossen worden ist. (N. D.-Z.)

Köln, 6. Mai. Der hier versammelte Kongreß der verbündeten konstitutionellen Vereine Rheinlands und Westphalens hat heute eine Adresse an den König und eine öffentliche Erklärung beschlossen, in welcher die Anerkennung der Reichsverfassung ausgesprochen und der König ersucht wird, das Ministerium Brandenburg-Manteuffel zu entlassen, weil es das Vertrauen des preuß. Volkes nicht besitze und nur durch dessen Rücktritt eine gedeihliche Lösung der bedrohlichen Staatsverhältnisse gefunden werden könne. (Frkf. J.)

Neustadt-Dresden, 9. Mai. (Mittags 12 Uhr.) Der Kampf ist beendet, der Aufstand überwunden. Nach 10 Uhr wurde hier Generalmarsch geschlagen. Es entstand eine große und frohe Bewegung unter den in Neustadt befindlichen Truppen. Es hieß: der Kreuzthurm habe sich ergeben: der noch nicht genommene Theil der Altstadt hat weißen Fahnen. Die fremden Vertheidiger hatten ihre Position verlassen, und sich ergeben! Wirklich wehten auf dem Kreuzthurme die ersehnten die Dresdner die weiße Fahne ausgesteckt. Im Sturmschritte zogen die Truppen aus der Neustadt über die Brücke, um die im Feuer gewesenen Kameraden abzulösen, welche um halb 12 frohen Muthes zurückkamen und von der versammelten Menge freudig empfangen wurden. Viele Gefangene, eine Menge eroberte Waffen, auch drei große Fässer wurden herübergebracht. Von Abends 6 Uhr an tritt im Umkreise von 3 Meilen um Dresden der Belagerungszustand ein. — Gestern Abend ist der Bürgermeister Tzschucke aus Meißen mit 40 M. Reiterei abgeführt worden. (D. A. Z.)

Altona. Unser guter Glaube hat uns nicht betrogen. Das Vorwärts hat noch einmal über das Rückwärts den Sieg davon ge-

tragen. Am Bahnhofe war wenigstens die Nachricht, daß zunächst die Preussen wirklich in Jütland eingerückt sind. Ja fast scheint es, als wenn dies verzögerte Einrücken im Plan gelegen, worüber wir indessen die Vermuthungen und Andeutungen unsres Hadersleben Correspondenten nicht mittheilen können. Er schreibt ferner aus Hadersleben vom 6.: Die Baiern sind (aus Hadersleben) im Anschluß an die Preussen vorgerückt, 4000 Kurhessen u. s. w. durch die Stadt gezogen in gleicher Richtung.... Die preuß. Post geht so eben nach Norden, Kriegskasse und Auditeure sind noch hier, erwarten aber jeden Augenblick den Befehl, zu folgen. (Allg. Z.)

Stuttgart. [135. Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 9. Mai.] Die Anträge nach der von dem Fünfzehnerausschuß genehmigten Fassung lauten: Die hohe Kammer wolle beschließen, an die K. Staatsregierung folgende dringende Bitte zu richten: 1) Die Staatsregierung möge, mit Bezugnahme auf die von der Krone Preußen in ihrer letzten Cirkularnote ausgesprochene und zum Theil bereits in Ausführung gebrachte Drohung, die Centralgewalt auffordern, nicht zu dulden, daß ein deutscher Staat wegen einer Volkserhebung zu Gunsten der Reichsverfassung in einem andern deutschen Staat ohne ausdrücklichen Befehl der Centralgewalt einschreite und zur Wahrung des Reichsfriedens, wie zum Schutze der gesetzlichen Volksbewegungen für Anerkennung der Verfassung ein Reichsheer aufzustellen; 2) sie möge der Centralgewalt zu diesem Zwecke unverzüglich die gesammten württembergischen Streitkräfte zur Verfügung stellen; 3) sie möge, bei eigener Verantwortlichkeit, verhindern, daß andere als Reichstruppen unter den Befehlen der Centralgewalt in Folge der Erhebung in der Rheinpfalz durch Württemberg durchmarschieren. Bei der Abstimmung wird Punkt 1 des Kommissionsantrags mit 59 gegen 17 Stimmen (die Ritterbank außer Graf Degenfeld, und die Prälaten Faber, Mehring, Gerok, sowie v. Jaumann, Strobel und Eggmann) angenommen; sofort ebenso mit großer Mehrheit durch Aufstehen und Sitzenbleiben: Punkt 2 und Punkt 3 in folgender Fassung von Reyscher, mit der sich Schoder vereinigte: 3) „Die Regierung möge in Verbindung mit der Centralgewalt Schritte thun, um zu verhindern“ rc.

Italienische Staaten.

Rom, 1 Mai. Die Franzosen, welche gestern vor dem Thor des Gianicolo unter den Mauern Roms sich zeigten, sind geworfen, und die römischen Truppen behaupteten das Feld. 200 Gefangene und 4 Kanonen waren die Frucht des Sieges. Ueber die Zahl der Gefallenen und Verwundeten beider Theile fehlt noch das genauere. Unter den Republikanern hat die Legion Garibaldi, die Studentenlegion und die Artillerie am meisten gelitten. Die Franzosen, welche ins Gefecht gekommen, waren höchstens 2000 Mann stark; das Gros der Armee lagerte einige Miglien rückwärts. Wahrscheinlich war es blos eine Recognoscirung des Terrains, der befestigten Punkte und der republikanischen Streitmacht; nur an wenigen Orten, auf die Thore S. Pancrazio, Cavalleggieri und auf die Mauern des vaticanischen Gartens wurden Angriffe versucht. Die regulären Truppen der Römer sind noch gar nicht ins Gefecht gekommen. Heute ist Waffenruhe. Die Neapolitaner sind nach zuverlässigen Berichten in Genzano angekommen, und wurden nur dadurch aufgehalten, daß sie in verschiedenen Städten die römischen Garnisonen entwaffnen oder gefangen nehmen mußten. (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. **Friedrich Mayer.**

A n z e i g e n.

Bekanntmachung.

(Die Bildung freiwilliger Landwehr-Corps und Sicherheitswachen betr.

V o m

Magistrat der Königl. Stadt Nürnberg.

Durch eine heute eingelangte Entschließung der kgl. Regierung von Mittelfranken, Kammer des Innern vom gestrigen Tage ist der Magistrat beauftragt, sofort mittelst gegenwärtiger Bekanntmachung zur Kenntniß aller Bürger und Einwohner der Stadt und des Burgfriedens zu bringen, daß der bereits in mehreren hiesigen Blättern erschienene Aufruf zur Ablassung disponibler Gewehr-Stutzen für die Armirung des neugebildeten Scharfschützen-Corps nicht berücksichtigt werden darf, weil ein Scharfschützen-Corps zu seiner Errichtung die königl. Genehmigung erfordert, solche aber weder nachgesucht noch ertheilt worden ist.

Gleiche Bewandtniß hat es auch mit denjenigen zwei Compagnien, welche dem Vernehmen nach der angeblich aus 300 Mitgliedern bestehende Arbeiterverein dahier unter selbstgewählten Offizieren und mittelst Sensenbewaffnung beabsichtigen soll.

Beide Einrichtungen widersprechen den bestehenden verfassungsmäßigen Bestimmungen und es wird daher auftragsgemäß sowohl vor der Errichtung und Armirung des angeblich neugebildeten Scharfschützen-Corps, als vor der Errichtung und Armirung zweier Compagnien des Arbeiter-Vereins hiemit ausdrücklich gewarnt.

Nürnberg, den 10. Mai 1849.

Dr. Binder.

Quehl.

Trauer-Anzeige.

Im Gefühle des tiefsten Schmerzes widmen wir allen Verwandten und Freunden die betrübende Nachricht von dem am 9. d. Früh 1 Uhr erfolgten Hinscheiden unsers geliebten Sohnes und Bruders, des

Johann Georg Heinrich Kellermann.

Derselbe starb an einem Zehrfieber nach 7wöchentlichem Krankenlager in dem nicht vollendeten Blüthen-Alter von 13 Jahren.

Im Innersten erschüttert durch diesen Schlag des Schicksals, stehen wir an dem Sarge des so früh Verblichenen, und unsere Thränen geben ihm das Zeugniß, daß wir seinen Verlust aufs schmerzlichste empfinden.

Um stilles Beileid bitten die betrübten Eltern

C. H. Kellermann.
C. Ch. Kellermann,
und Geschwister.

Freie christliche Gemeinde.

Sonntag den 13. Mai früh 10 Uhr Gottesdienst im Katharinensaal, geleitet durch Prediger Bäthig.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Unterzeichneter macht bekannt, daß im Gasthaus zur Lilie in der Beckschlagergasse guter Rheinwein, der Schoppen zu 3, 4 und 6 Kreuzer zu haben ist.

Georg Hümmert,
Gastwirth.

II. Freiw. Landw.-Comp.

Versammlung Samstag den 12. Mai im König von England, wobei Wichtiges zur Berathung kommt.

Sonntag den 13. Mai Ausrückung früh 1/2 7 Uhr, Sammelplatz Lauferplatz.

E m p f e h l u n g.

Da ich Unterzeichneter die Wirthschaft zu den vier Jahreszeiten am Unschlittplatz von Herrn Satzinger pachtweise übernommen, und solche am Sonnabend den 12. Mai eröffne, so erlaube ich mir alle meine verehrten Nachbarn, Freunde und Bekannte zum oftmaligen Besuch hiemit höflichst einzuladen; für gutes braunes und Farnbacher Bier und kalte Speisen nebst solider Bedienung werde ich bestens besorgt seyn, um mir dadurch das Zutrauen der verehrten Gäste zu verdienen zu suchen. Zugleich empfehle ich mich und die Meinigen der verehrten Nachbarschaft um liebevolle Aufnahme in ihre Mitte. —

Georg Thomas Wild,
Wirthschaftspächter zu den vier Jahreszeiten.

E m p f e h l u n g.

Ich habe eine Niederlage von

venetianischen Rasir-, Wasch- und Badepulver

erhalten, Letzteres zur Herstellung einer schönen, zarten, weißen Haut, welche ich zu Fabrikpreisen abzugeben in Stand gesetzt bin.

Joh. Georg Meyer.
Plobenhof 823.

Volks-Verein.

Freitag den 11. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, Ausschußsitzung im Jammerthal.

Anzeige und Einladung.

Montag den 14. Mai veranstaltet der Verein deutscher Frauen von Fürth eine Versammlung in Muggenhof, wozu die Mitglieder des hiesigen deutschen Frauen-Vereins höflichst eingeladen werden.

Nürnberg, den 10. Mai 1849.

Der Vorstand.

Wohnungs-Veränderung u. Empfehlung.

Meiner verehrten Kundschaft, so wie dem Gesammtpublikum widme ich hiemit die ergebenste Anzeige, daß ich meine Wohnung in der hintern Ledergasse bei Schreinermeister Heil verlassen, und dafür eine neue in der Oberwöhrdstraße L. Nro. 177 bei Herrn Bürstenfabrikanten Weyer bezogen habe. Indem ich dieß hiemit zur Anzeige bringe, verbinde ich damit die Bitte, mir auch ferner Ihr Zutrauen zu schenken, indem stets moderne, geschmackvolle Arbeit mein Augenmerk seyn wird. —

Die neue Nachbarschaft um gütige Aufnahme in Ihre Mitte bittend verbleibt achtungsvollst

Nürnberg, den 10. Mai 1849.

J. M. Kern,
Frauenkleidermacher.

E i n l a d u n g.

Sonntag den 13. Mai ist gutbesetzte Tanzmusik im braunen Hirschen in Sündersbühl, wozu höflichst einladet

F l i n t s c h.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Heute Samstag, den 12. Mai ist Metzelsuppe.

J. Neubauer.

(G e s u c h.) Ein Drechslergeselle kann auf Holzspiegeldrehen dauernde Arbeit erhalten. Näheres in der Expedition d. Bl.

(Z u r N a c h r i c h t.) Es diene jedem meiner Mitbürger zur Nachricht, daß ich gegen die, mir von dem Taglöhner Demert zugefügte zügellose Beleidigung im Gasthof zum Stern, heute schon gerichtliche Hülfe in Anspruch genommen, und alle mir zu Gebot stehenden Mittel auf gesetzlichem Wege in Anspruch nehmen werde, so daß ich in kürzester Frist den ganzen Thatbestand der Oeffentlichkeit übergeben kann, und hieraus meine Unschuld zu beurtheilen seyn wird.

Nürnberg, im Mai 1849.

B......

(V e r l o r e n.) Ein Kindercorset wurde vom Laufer- bis zum Frauenthor verloren. Der redliche Finder wird gebeten, es gegen ein gutes Douceur zurückzugeben.

Handlungs-Commis-Gesuch.

In einem hiesigen Handlungshause ist die Stelle eines zweiten Magaziniers offen, bei welcher vorzüglich solche Berücksichtigung finden, die Kenntnisse von Nürnberger Manufakturwaaren oder dem Papier-Handel besitzen. — Frankirte Anmeldungen unter den Buchstaben K. N. an die Expedition dieser Zeitung gelangen an ihre Bestimmung.

(A n e r b i e t e n.) Patronier oder Kartenmaler die bei sehr annehmbaren Bedingungen Lust haben sollten eine eigene Werkstatt einzurichten oder auch unter Leitung arbeiten wollen, belieben sich bei uns zu melden.

G. N. Renner und Comp.
in Nürnberg.

(Z u r N a c h r i c h t.) Der am Sonntag angekündigte Ball findet nicht statt, sondern wird bei einem günstigen Zeitpunkt abgehalten werden, dieß den verehrten Theilnehmern zur Kenntniß.

J. R. Lange.
Tanzlehrer.

(V e r l a u f e n.) Ein schwarz- und weißgefleckter Hund mit rothem Halsband hat sich verlaufen, um dessen Zurückbringung gebeten wird.

(G e s u c h.) Eine Magd, welche Hausmannskost kochen kann und in jeder Hausarbeit gut erfahren ist, auch Liebe zu Kindern hat, wünscht vierzehn Tage nach dem Ziel unterzukommen. Näheres im Laden No 30 am schönen Brunnen.

(G e s u c h.) Man sucht ein vorzüglich gutes großes Fernrohr zu kaufen.

(G e s u c h.) Ein solides Mädchen, welches im Kochen erfahren ist und spinnen kann, wünscht bei einer stillen Familie sogleich unterzukommen. Näheres No. 628 beim Thiergärtnerthor.

(G e s u c h.) Eine erfahrne Kindsmagd, welche mit neugebornen Kindern gut umzugehen weiß, wird bis 14 Tage nach dem Ziel in Dienst zu nehmen gesucht.

(Z u v e r k a u f e n.) Ein noch gutbeschaffener Kinderfahrwagen, in Federn hängend, ist billig zu verkaufen

(Z u v e r k a u f e n.) Braunes deutsches Deckblatt das Pfd à 9 kr. ist zu verkaufen in L. Nr. 538 der breiten Gasse.

(A n z e i g e.) Einem soliden Subscribentensammler kann man ein einträgliches Geschäft zuweisen.

Theater in Fürth.

Samstag den 12. Mai. Zum Erstenmale. „Das Pasquill, oder Fürst, Minister und Bürger.“ Schauspiel in 4 Akten von Maltitz. Herr Gerstel „Titularrath Spürling“ als Gast

Mit einer Beilage.

† Wie muß sich unser Schulwesen gestalten?

(Zur Verbreitung empfohlen.)

Es ist nothwendig für jeden Staatsbürger, daß er erfahre, was die bei Weitem größere Anzahl der Schullehrer bezüglich des Schulwesens begehrt; denn die Schule geht Jeden an, er mag Kinder haben, oder nicht. Hört daher, liebe Mitbürger, was wir Euch darüber offen und klar mittheilen. Es ist dies um so nothwendiger, da sich Viele die Mühe geben, Euch die Lehrer Eurer Schulen verdächtig zu machen, als suchten Sie Euren und Eurer Kinder Schaden. Leider haben die Lehrer sogar bittere Feinde unter denen, die ihre treuesten Freunde und Mitarbeiter seyn sollten, unter den Geistlichen. Mehrere von diesen suchen die Lehrer als Leute ohne Religion darzustellen, welche Eure Kinder um den rechten Glauben betrögen, und sich überdies auf Eure Kosten eine bessere Einnahme verschaffen wollten. Das sind grobe Lügen, wie Ihr bald sehen sollt; — die Lehrer wollen nur Euren und Eurer Kinder wahren Nutzen. Sie verlangen darum, wie die Grundrechte der Deutschen es festsetzen, daß die Schule wirklich Nationalanstalt werde. Hört, wie das gemeint ist! Der Staat soll sich verpflichten, nur Männer zum Schulamte zuzulassen, die etwas Rechtschaffenes gelernt haben und wirklich im Stande sind, Euren Kindern einen gründlichen Unterricht zu geben. Damit seyd Ihr gewiß einverstanden; denn Ihr wisset, daß jemehr Eure Kinder lernen, desto leichter kommen sie in der Welt fort; Ihr wißt Alle, daß die Zeit vorbei ist, von der in Euren alten Geschichten oft die Rede ist, wo der dumme Hans immer sein Glück eher machte, als seine klügeren Brüder. — Sodann sollt Ihr bei Besetzung Eurer Schulstellen auch ein Wort darein zu reden haben, indem Ihr, wenn ein Schulamt zu besetzen ist, der Regierung Eure deßfallsigen Wünsche und Anträge vorbringen, und aus drei geschickten Männern, die Euch vorgeschlagen werden, Einen nach Wohlgefallen frei wählen könnt. — Ferner soll in kleinen wie in größern Gemeinden dafür gesorgt werden daß alle Kinder einen hinreichenden und ordentlichen Unterricht bekommen; es soll demnach keine überfüllten Schulen von 100 Kindern und darüber mehr geben, und die kleinen Gemeinden sollen auch ihre Schulen und Lehrer erhalten. Dann soll auch die Absonderung der Kinder armer Aeltern von jenen der Reichen aufhören, da die Armen so gut sind, als die Wohlhabenden, und da künftig auch diese kein Schulgeld zu zahlen haben. Nun werdet Ihr vielleicht meinen, das sey Alles recht schön und gut; allein es werde mehr kosten als bisher und Ihr würdet mit schwereren Abgaben gedrückt werden. Keineswegs! Ihr sollt vielmehr in Euren Abgaben an die Schulen erleichtert werden. Das Schulgeld muß ganz und gar aufhören; denn es ist eine ungerechte Abgabe, wodurch die Aermsten am härtesten gedrückt werden. Die deutschen Grundrechte sagen: „Für den Unterricht in Volksschulen und niederen Gewerbeschulen wird kein Schulgeld bezahlt." Ihr wißt, daß in den Hütten der Armen fast überall die meisten Kinder zu finden sind. Da soll nun ein armer Taglöhner, der kaum das Brod für seine Familie zu verdienen weiß, auch noch alle Wochen 3, 4, 5 Groschen Schulgeld erübrigen! Das ist himmelschreiend. Ihr erzieht ja Eure Kinder nicht für Euch allein — Ihr seyd vielleicht schon todt, wenn sie herangewachsen sind — Ihr erzieht sie für den Staat, und der muß daher auch die Kosten tragen. Jetzt geben gerade die reichsten Leute am wenigsten für die Schule — wer keine Kinder hat, gibt eigentlich gar nichts, und wenn er ganze Kisten voll Dukaten und Pfandbriefe hat — und doch wollen sie Alle, und gerade die Wohlhabenden am meisten, des Segens theilhaftig werden, der aus einer guten Kinderzucht folgt. Künftig soll also die Bezahlung der Schullehrer, besonders was Schulgeld anbelangt, aus Staatskassen erfolgen. Diese werden das nöthige Geld dazu schon haben, wenn erst die neue Steuerordnung ganz eingerichtet seyn wird und Jeder nach seinem Besitz und nach seinem Einkommen wird zahlen müssen, der Reiche viel, der Arme wenig, der Aermste nichts. Wenn das Militär nicht mehr die Hälfte aller Steuern verschlingen wird, wenn die hohen Beamten und vornehmen Müssiggänger nicht alljährlich viele hundert und tausend Gulden Pension erhalten werden, dann wird der Staat Geld genug haben, für Eure Schulen zu sorgen. Auch bei der Errichtung der Schulhäuser wird er Euch kräftig unterstützen, und Euch wird eine große Last abgenommen seyn. Ein anderer wichtiger Punkt ist der, daß die Aufsicht über die Schulen eine bessere werden muß. Was würdet ihr Landleute wohl sagen, wenn Euch ein Herr aus der Stadt, etwa ein Regierungsrath, vorschreiben wollte, wie Ihr pflügen und eggen, säen und ernten sollt? Was würden die Schreiner meinen, wenn ihnen ein Gerber zum Aufseher gesetzt würde, der sie belehren sollte, wie sie hobeln und poliren sollten. Würdet Ihr nicht mit Recht lachen und sachverständige Aufseher verlangen, die Landleute einen klugen Landmann, die Schreiner einen geschickten Schreiner? — Nun so werdet Ihr es auch den Lehrern nicht verdenken, wenn sie dasselbe fordern. Jetzt sind die Geistlichen ihre Aufseher, sie mögen Etwas von der Schule verstehen oder nicht. Leute, die in der Regel niemals in einer Schule gearbeitet haben, die nicht geschmeckt haben, mit welchen Mühen die Lehrer kämpfen müssen, schreiben ihnen vor, was und wie sie lehren sollen, und beurtheilen ihre Leistungen. Dies gefällt den Lehrern natürlich schlecht. Sie wollen nicht etwa ohne Aufsicht seyn; allein mit vollem Rechte fordern sie solche Aufseher, welche die Sache gründlich verstehen, die Tüchtigsten sollen dazu bestellt werden. Darüber erheben aber nun herrschsüchtige Pfarrer ein gewaltiges Geschrei, und reden Euch vor, die Schullehrer wollten sich und die Schulen von der Kirche losreißen. Das ist nun ganz und gar nicht wahr. Wer ist denn die Kirche? Doch nicht etwa blos die Pfarrer! Ihr selbst seyd es, Ihr Gemeinden. Wollten sich also die Lehrer von der Kirche trennen, so müßten sie sich von Euch lossagen, und das ist ihnen noch nicht eingefallen. Sie werden nach wie vor Eure Kinder zu guten Erden- und Himmelsbürgern zu erziehen suchen, und ihnen auch künftig den Religionsunterricht mit treuer Liebe ertheilen. Es ist auch gar nicht nothwendig, daß jeder Lehrer einen eigenen Aufseher in dem Pfarrer hat. Der brave Mann thut ohnedies seine Schuldigkeit, der schlechte thut sie doch nicht und wenn er zehn Aufpasser hätte. So wenig jeder einzelne Pfarrer einen besonderen Dekan oder Erzpriester hat, so wenig braucht jeder einzelne Lehrer einen besonderen Schulinspektor; es ist vollkommen genügend, wenn jeder größere Bezirk einen solchen hat, wie dies bei allen andern Beamten der Fall ist. Uebrigens wird an jedem Orte ein Schulvorstand, eine Schulverwaltung gewählt, natürlich von der Gemeinde selbst. Wollt Ihr den Pfarrer mit in denselben wählen, so wird es Euch Niemand wehren, — aber auch der Lehrer muß jederzeit dazu gehören, da er Euch am besten Aufschluß geben kann über das, was der Schule noth thut. — Ferner taugt es nichts, daß der Schullehrer zugleich Meßner, also beim Lichte betrachtet, des Pfarrers Bedienter ist, der ihm hilft den Rock an- und ausziehen, der ihm die Bücher trägt 2c. In Rußland thut dies des Schullehrers Knecht. Wenn der Pfarrer den Schullehrer für seinen Bedienten hält, so verachtet und drückt er ihn, und ein so niedergetretener Mann kann kein tüchtiger Lehrer für die Kinder eines freien Volkes seyn. Seht, lieben Freunde, dies sind die Hauptforderungen der Lehrer, und Ihr gesteht gewiß, daß es vernünftige und nothwendige Wünsche sind, die Ihr aus allen Kräften unterstützen müßt, wenn Ihr Euren eigenen Vortheil versteht. Ihr werdet daher wohl thun, Eure Vertreter in München, sobald sie wieder zusammenkommen, in zahlreichen Bittschriften dringend aufzufordern, ja nicht davon abzugehen, daß die Schule Staatsanstalt werde. Wenn die Lehrer allerdings auffordern, daß ihnen ihr Lebensunterhalt so verabreicht werde, daß sie nicht mehr Hunger leiden dürfen, wie dies leider jetzt noch bei Vielen der Fall ist, und daß sie nicht die Zeit, welche sie Euren Kindern weihen sollen aus Noth auf Stundengeberei und Nebenämter verwenden dürfen, — wenn sie verlangen, daß ihnen nach einer Reihe von Jahren eine Verbesserung ihres Einkommens gewährt werde, — wenn sie wünschen, daß diejenigen, welche alt und schwach werden, einen hinreichenden Ruhegehalt bekommen: so werdet Ihr dies nicht unbillig finden. Reicht also den Lehrern als Euren treuen Freunden vertrauensvoll die Hand, stimmt ihren Wünschen bei, und der Segen wird Euer und Eurer lieben Kinder seyn!

Deutsche Staaten.

München, 9. Mai. „Die Todten reiten schnell!" — Kaum haben wir erfahren, daß von Hannover aus der erste Handlanger zum Oktroyirungsgeschäft an den Hof jenes Mannes abgegangen ist, der vor wenig mehr als einem Jahre auf das Geheiß des Volkes demüthig auf offenem Platze sein Haupt entblößte: und schon zeigt die „Neue Münchner Zeitung" an, daß dem bayerischen Gesandten in Berlin, Graf Lerchenfeld-Köfering die nöthigen Instruktionen zugegangen sind, um an den volksfeindlichen Verhandlungen Theil zu nehmen, welche „in diesen Tagen" dort eröffnet werden sollen. Schade, Jammerschade, daß der bayerischen Regierung von jener in Hannover der Vorrang abgelaufen wurde. Die patriotischen, ob dieser schmerzlichen Niederlage tief betrübten Leser tröste dafür die Kunde, daß nun die Einberufung aller Beurlaubten definitiv beschlossen und den einzelnen Regimentern die dießfallsigen Befehle gestern zugekommen sind. (D. f. Ztg.)

München, 9. Mai. Die Abordnung eines ausserordentlichen Regierungs-Kommissärs in die Pfalz unterbleibt; wenigstens reist der zu dieser Mission bestimmt gewesene Justizministerialrath Molitor vorerst nicht dahin ab, und es scheint, man wolle die Herstellung des gesetzlichen Zustands in jener Provinz dem Reichskommissär überlassen und vorderhand die Erfolge seines Auftretens abwarten. (A. A. Z.)

München, 9. Mai. Wie wir vernehmen hat Hr. Mathy der bekanntlich als Reichskommissär hieher gesendet war, diesen Morgen die Rückreise von hier nach Frankfurt wieder angetreten. Gestern Abend spät sollen ihm noch Briefe aus Frankfurt zugekommen seyn, welche seine eilige Rückreise bestimmt haben sollen.

München, 9. Mai. Soeben erscheint folgende Proklamation: „An das bayerische Volk! Das Streben nach Anerkennung der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung hat in einigen Theilen des Landes zu gesetzwidrigen Handlungen geführt. In der Pfalz hat sich sogar ein sogenannter Landesvertheidigungs-Ausschuß gebildet, welcher sich Befugnisse beilegt, die nur der gesetzmäßigen Regierung des Landes zukommen, und die Beamten zur Pflichtverletzung, das Volk zur Gewaltthat auffordert. So klar auch die Gesetzwidrigkeit dieser Handlungen zu Tage liegt, so richtet doch die Regierung dieses Wort der Mahnung an die Irregeleiteten. In wenigen Tagen tritt der Landtag zusammen. Den Vertretern des Volkes wird die Regierung diejenigen Punkte der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung bezeichnen, welche von ihr mit der Einigung von ganz Deutschland und dem Wohle von Bayern für unverträglich gehalten werden. Sie wird zeigen, daß sie keineswegs beabsichtigt, die alte Bundesverfassung wieder herzustellen. Auch sie will dem deutschen Volke die kräftige Einigung nach außen und die freie Entwicklung nach innen durch eine starke Centralregierung und durch vollständige Vertretung des Volkes gesichert sehen. Die Regierung wird den Kammern darlegen, welche Schritte sie gethan hat, um auf rasche Erreichung dieses Zieles durch Revision der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung hinzuwirken. Im Bewußtseyn ihres Rechtes und ihrer guten Absichten wird die Regierung aber auch alle ihre Kräfte zum Schutze der öffentlichen Ordnung aufbieten. Sie erklärt daher hiemit den sogenannten Landesvertheidigungs-Ausschuß in der Pfalz für eine gesetzwidrige Vereinigung und alle seine Beschlüsse für nichtig und unverbindlich. Sie fordert alle Civil- und Militärbehörden des Königreiches auf, ihrer Pflicht getreu die Gesetze des Landes zu vollziehen und jeder Uebertretung derselben mit Kraft zu begegnen. Alle Bürger des Landes aber ermahnt die Regierung, auf dem gesetzlichen Wege zu beharren, der allein zum Frieden und zur Freiheit führt. München, 9. Mai 1849. Königl. Gesammt-Staats-Ministerium. v. Lesuire. v. Kleinschrod. Dr. Aschenbrenner. v. Forster. Dr. Ringelmann. v. d. Pfordten. Der General-Sekretär: Ministerial-Rath v. Benning.

München, 10. Mai. Gestern Vormittags besuchte König Max die Türkengrabenkaserne. (B. Ldb.)

Speyer, den 9. Mai. Die Direktion der pfälzischen Ludwigs-Eisenbahn macht Folgendes bekannt: „Wegen gewaltsamer Zerstörung der Eisenbahn auf mehreren Punkten können die regelmäßigen Fahrten der Eisenbahn auf mehreren Punkten können die regelmäßigen Fahrten zwischen Speyer, Neustadt und Ludwigshafen vor der Hand nicht stattfinden."

Speyer, den 9. Mai. Als die Nachricht von dem Heranrücken der preussischen Soldaten gegen Speyer bekannt wurde, griff die gesammte Wehrmannschaft und eine Menge der übrigen Bewohner zu den Waffen, mit dem Entschlusse, jenen Soldaten den Eintritt in

die Stadt Speyer mit Gewalt zu verwehreen. Augenblicklich wurden Barrikaden erbaut und die Häuser in den betr. Straßen durch B… waffnetee besetzt. Um Blutvergießen abzuwenden, verständigten sich die Militär- und Civilbehörden, daß die Truppen nicht in die Stadt zu ziehen hätten, sondern daß ihnen außerhalb derselben, beim Bahnhofe, einige Lebensmittel gereicht werden sollten. Mittlerweile traf auch die angekündigte Eskadron badischer Dragoner beim Bahnhofe ein. Vielleicht ward die Befürchtung geäußert, daß, wenn man diese Truppen in die Stadt einlasse, die preußischen sich an sie anschließen und auf diese Weise eindringen möchten. Man mißtraute um so mehr, als bekanntlich die badischen Soldaten noch nicht auf die Reichsverfassung beeidigt sind. Auch sie erhielten daher nach dem bezeichneten Standpunkte Lebensmittel und Fourage geliefeet, ohne in die Stadt zu kommen. So zogen dann beide Truppenabtheilungen weiter. — Die badische Infanterie berührte Speyer nicht, indem sie einen näheren Weg in der Richtung nach Landau eingeschlagen halte. (N. Sp. Z.)

Speyer, den 8. Mai. Vor mehreren Tagen haben sich einige Friedensrichter von hier aus an den Appellationsgerichtspräsidenten der Pfalz gewendet, damit dieser die sämmtlichen Justizbeamten wie die Advokaten und die Notarien dieses Kreises um sich versammele, zum Zwecke einer Eingabe an den König, um sofortige Veröffentlichung resp. Anerkennung der Reichsverfassung. — Der Präsident des Appellhofes hat, wegen der Dringlichkeit der Sache, es mit seinem Kollegium übernommen, diese Eingabe selbst sofort in dem gewünschten Sinne zu entwerfen, und es dürfte solche bereits in München eingetroffen seyn.

Die große Mehrzahl der gerichtlichen Beamten der Pfalz huldiget der Ansicht, daß die Verfassung des deutschen Reiches, wie überhaupt alle Beschlüsse der Nationalversammlung, auch ohne Veröffentlichung des bayerischen Gouvernements, Gesetzeskraft haben; sie werden in allen vorkommenden Fällen dies durch ihre Entscheidungen beurkunden. (N. Sp. Z.)

Wir erhalten heute folgende authentische Nachricht: Auf die Kunde von dem Einrücken preussischer Truppen in der Pfalz eilte der Reichskommissär Eisenstuck gestern früh von Kaiserslautern nach Landau. Im Einvernehmen mit dem dortigen Festungskommandanten erließ er sofort an den Anführer der preussischen Bataillone die Weisung, nicht nach Landau zu kommen, sondern nach Mainz zurück zu marschiren. Der preussische Anführer erklärte, augenblicklich diesem Befehle des Reichskommissärs unbedingt Folge zu leisten. Seine Truppen werden die letzte Nacht in Weingarten zugebracht, und heute früh den Rückmarsch angetreten haben. (N. Sp. Z.)

Speyer, den 8. Mai. Gestern Abend zwischen 6 und 7 Uhr fand dahier in recht feierlicher Weise die Beeidigung der Volkswehr, die bis dahin über 500 Mann gestiegen war, statt. (N. Sp. Z.)

Es ist folgende Bekanntmachung erschienen: Zur Sicherung der öffentlichen Zustände und zur Vermittelung der Verfassungsfrage in der Pfalz, im Namen der provisorischen Centralgewalt des deutschen Reiches und in Gemäßheit der Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung vom 11. April und 4. Mai dieses Jahres, ist Folgendes festgesetzt:

1. Der am 2. Mai dieses Jahres in den Personen der Parlamentsmitglieder Schüler, Reichard, Culmann und Schmitt, den Landtagsabgeordneten Dr. Greiner, Dr. Hepp, Dr. Hannitz, Notär Schmidt aus Kirchheimbolanden, Oekonom Didier von Landstuhl und Rechtskandidat Fries aus Frankenthal für die Pfalz gebildete Landesvertheidigungsausschuß wird als ein

Landesausschuß für Vertheidigung und Durchführung der deutschen Reichsverfassung

hiemit bestätiget.

2. Der Landesausschuß ist berechtigt:

a) alle ihm erforderlich scheinenden Maßregeln zur Vertheidigung der deutschen Reichsverfassung in der Pfalz einzuleiten, in so weit sie nicht in die Befugnisse der zu Recht bestehenden Landesbehörden eingreifen, demnach insbesondere die Organisation der Volkswehr zu leiten und zu überwachen.

b) Denjenigen Volkswehren und Truppenabtheilungen, so wie denjenigen Landesbeamten in der Pfalz, welche auf Grund der §§ 14 und 193 der deutschen Reichsverfassung die Beeidigung auf die Verfassung verlangen sollten, den Eid abzunehmen.

c) Gegen gewaltsame Angriffe auf die Reichsverfassung in der Pfalz äußersten Falles selbstständig einzuschreiten.

3. Der Landesausschuß hat seinen Sitz in Kaiserslautern. Fünf anwesende Mitglieder desselben sind beschlußfähig.

4. Der Landesausschuß besteht bis zu vollständiger Durchführung der deutschen Reichsverfassung in der Pfalz.

5. Durch die in §. 2 dem Landesausschusse ertheilten Befugnisse sind alle bis heute von dem Landesvertheidigungsausschusse gefaßten Beschlüsse, soweit sie diesen Befugnissen zuwiderlaufen, hiemit aufgehoben. —

Kaiserslautern, den 7. Mai 1849.

Eisenstuck, Bevollmächtigter
der provisorischen Centralgewalt für die Pfalz.

Frankfurt, den 9. Mai. Der entscheidende Augenblick rückt immer näher heran. Morgen wird es sich zeigen, ob die Centralgewalt entschlossen ist, die Reichsverfassung zur Durchführung zu bringen oder nicht. Das Programm des Reichsministeriums spricht sich zwar gegen die revolutionären Bestrebungen, aber eben so entschieden für die Durchführung der Reichsverfassung aus. Unter diesen Umständen glaubt man nicht, daß der Reichsverweser im Amte bleibt. Die starke Majorität, welche heute das Reichsministerium hatte, imponirte selbst der äußersten Linken, die überhaupt heute auffallend besonnen war. Es war überhaupt heute ruhig in der Paulskirche, namentlich auf den überfüllten Gallerien. — Die ohne Wissen des Kriegsministers vom Stadtkommando entfalteten militärischen Kräfte — alle freien Plätze und die Zugänge zu der Paulskirche waren stark besetzt — wurden nach der Sitzung zurückgezogen. Die durch die Truppenaufstellung entstandene Bewegung verlor sich auch bald und Frankfurt ist ruhig. (N. W. Z.)

Frankfurt, den 9. Mai. In vergangener Nacht rückte auf den benachbarten Orten Frankfurts ein Bataillon württemb. Infanterie ein. Ein zweites nebst Artillerie kommt hieher zum Ersatz des nach Rheinbayern abgehenden, noch hier liegenden bayer. Infanterie-Bataillons. (N. W. Z.)

Frankfurt, den 9. Mai. Das von der Linken nach Rheinbayern abgesandte Mitglied ist zurückgekehrt. Es brachte die Nachricht mit, daß die Rheinpfälzer für die Reichsverfassung Gut und Blut opfern, und vorerst die Republik nicht proklamiren werden. — Unser Montagskränzchen hat beschlossen, zur Bewaffnung des Volks thätige Hülfe zu leisten. (N. W. Z.)

Frankfurt, den 9. Mai. Es heißt, die preuss. Regierung berufe ihre Abgeordneten ab, und nach der Sprache, welche sie nach den letzten Beschlüssen der Nationalversammlung führt, ist dies wahrscheinlich. Die Regierungen scheinen sich mit den Republikanern verbunden zu haben. (N. W. Z.)

Breslau, den 8. Mai. Unsere Stadt ist in Folge des Straßenkampfes in Belagerungszustand versetzt worden.

Oesterreichische Staaten.

Wien, 6. Mai. Die Magyaren haben den ganzen Banater Distrikt erobert und in Kikinda ihr Hauptquartier genommen. In Temesvar commandirt ein polnischer General. Bem steht in der Gegend von Orsowa und Mehadia und verhindert das Vorrücken des Puchnerschen Corps. Neusatz haben die Serben genommen, deßgleichen hat Leininger bei Buzja eine bedeutende Niederlage den Magyaren beigebracht. Die Deutschen in der dortigen Gegend sympathisiren mit den Magyaren. Auch Peterwardein hat sich den Serben ergeben??? (N. D. Z.)

Türkei.

Konstantinopel, den 30. April. [Die Mission des Generals Grabbe. Feindselige Stimmung der Perser gegen Rußland.] General Grabbe, Adjutant des Kaisers von Rußland, derselbe, welcher seiner Zeit die russische Armee im Kaukasus befehligte, und das ganze Vertrauen seines Herrschers genießt, ist hier eingetroffen. General Grabbe hat dem Sultan einen eigenhändigen Brief des Kaisers übergeben; seine Audienz dauerte sehr lange. Der Kaiser versichert den Sultan in diesem Schreiben aufs Neue seiner Freundschaft, wirft ihm aber vor, sein Ohr den Insinuationen Frankreichs und Englands zu sehr hinzugeben und Rathgeber zu wählen, welche den Sultan gegen Rußland übel stimmen wollen. Der Zweck dieser Mission geht dahin, die Pforte zum Abschlusse eines Offensivs-Vertrages mit Rußland zu veranlassen; Rußland sucht weiter die Pforte zu überzeugen, daß auf effektiven Beistand von Frankreich und England durchaus nicht zu rechnen seyn dürfte.

Die Haltung des neuen Ministeriums und besonders die Sprache Ali Pascha's waren in dieser wichtigen Frage sehr entschieden. Die Pforte verwirft bis heute alle Vorschläge in Betreff der Separat-Verträge mit Rußland und es ist dieser Widerstand heute um so lebhafter, als Lord Palmerston den Grafen Nesselrode erklären ließ: er könne niemals in den Abschluß eines Separat-Vertrages einwilligen. Alle Thätigkeit wird in Folge neuer Instruktionen von Paris und London in Bezug darauf aufgeboten. Wenn dies nun wirklich der Hauptzweck von General Grabbe's Mission gewesen, so dürfte ein Sieg über den formellen Widerstand der Pforte, welche überdies von dem französischen und englischen Kabinet unterstützt wird, sehr zweifelhaft erscheinen.

Das ottomanische Kabinet kräftigt sich von Tag zu Tage mehr und wird, wie es heißt, gern bereit seyn, jede andere Art eines Arrangements einzugehen.

Rußland hat aufgehört, neue Truppen nach den Donaufürstenthümern zu senden, obwohl die Zahl der bereits dort befindlichen ohnehin sehr bedeutend ist. Verschanzungen werden von ihnen aufgeworfen und alle nur irgend günstigen Punkte befestigt, was auf längeren Aufenthalt zu deuten scheint. Wenn, wie Lord Palmerston gesagt hat, die Frage über die Räumung der Donaufürstenthümer nun zwischen der Pforte und Rußland abzumachen wäre, so dürfte es wohl für Niemand mehr zweifelhaft seyn, daß die Besetzung nicht sobald aufhört. Den letzten Nachrichten aus Teheran vom 16. zufolge, welche das Journal de Constantinople mittheilt, hätte der Ausbruch einer gegen die russ. Gesandtschaft gerichteten Revolution nahe bevorgestanden. Selbst das Leben des Königs soll in Gefahr gewesen seyn. Die fanatisirte Bevölkerung wollte schon in Masse nach der russischen Gesandtschaft ziehen und Alles dort massakriren, als es noch dem Einflusse des französischen Gesandten gelang, dies zu verhindern. Er eilte zum Schah, andere gingen zum Iman Djuma und zur Geistlichkeit; sie stellten ihnen vor, welch' üble Folgen ein solches Attentat für Persien haben könnte und es gelang, die Bevölkerung zurückzuhalten. — Wichtig ist noch, daß der englische Gesandte in Teheran, welcher bisher zu Rußland gehalten, in der Nacht vom 12/13. März einen Attaché zum Schah geschickt, um diesen von Rußland zu trennen, und seinen Rath angeboten hat.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 13 Mai 1849 — № 133. — Sonntag: Servat.

Mitbürger!

Verschiedene Gerüchte haben sich über die Zwecke verbreitet, welche wir mit der morgigen Volksversammlung verbinden.

Deshalb und um Niemand einen Zweifel zu lassen, erklären wir — nach allen Seiten hin — offen und frei, daß wir fest und zu nichts Anderem entschlossen sind, als in dieser Versammlung nur mit, aber auch mit allen gesetzlichen Mitteln, so viel an uns liegt, die Anerkennung der Reichsverfassung zu erstreben.

Vor allem halten wir dabei an dem Beschlusse der letzten Volksversammlung und an dem Programme fest, welches in der Einladung des Komité's vom 10. Mai enthalten ist, nämlich:

> daß das Volk von ganz Franken bezüglich der Anerkennung der Reichsverfassung und der Entfernung des dermaligen bayerischen Ministeriums seinen Willen ausspreche.

Mitbürger! Vertraut uns! Nur dieses liegt in unserer Absicht.

Gesetzliche Haltung kann allein dem Ausdruck des Volkswillens die nöthige moralische Kraft verleihen.

Darum beschwören wir Euch auch, jeden Anlaß zu einer Ruhestörung zu vermeiden.

Ernstlichst müßten wir uns ferner dagegen verwahren, wenn etwa Theilnehmer an der Versammlung bewaffnet erscheinen wollten.

Laßt uns einig seyn im Gesetz, weil für das von uns anerkannte Gesetz, die Reichsverfassung.

So und nicht anders haben wir das Mandat aufgefaßt, das unsre Mitbürger durch die neueliche Wahl uns gegeben.

Sollte Andres von uns erwartet worden seyn, so sind wir bereit, unser Mandat sofort zurückzugeben.

Nürnberg, 12. Mai 1849.

Das Komité für Volksversammlungen.

J. Schmitt. J. St. Schmidt. Streng. Dr. Fr. Mayer. Lang. H. Stich. C. Güllich. Bauer. Tümmel. Zwanziger. Dr. Schwartz. Stich. Wiesel. Renner. Tröger. Dr. jur. Behler. Dr. Schüler. G. Lederer. Stettner. Semmler. Stark. Sammhammer. G. Sauriedel. C. Beck. Scharrer. Dr. E. Feust.

Deutsche Staaten.

†* **Nürnberg,** 12. Mai. Ein Artikel in Nr. 131 des freien Staatsbürgers, den wir im höchsten Grade mißbilligen müssen, hat — wie wir hören — gestern Abend zu höchst bedauerlichen Excessen und Mißverständnissen geführt. Wir müssen gestehen, daß es uns unüberlegt und unklug scheint, in einem Augenblicke, in welchem die Aufregung die höchste Stufe erreicht hat, durch solche Artikel die Erbitterung auf einen Grad zu steigern, der zu unberechenbaren Folgen führen kann. Der Weg des Gesetzes ist allein der Weg der Freiheit! Die Pflicht jedes guten Bürgers, die Pflicht der guten Presse ist es, das Volk auf diesen Weg zu leiten.

Maßlose Angriffe auf einen Stand, der uns bis jetzt nicht feindlich entgegengetreten, müssen ein schroffes Entgegentreten herbeiführen, das auf den Urheber eine furchtbare Verantwortung laden muß.

Das Komité für Volksversammlungen hat in der letzten Versammlung durch Ruhe und Würde die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten, es wird in der morgenden Volksversammlung mit seiner ganzen Kraft dahin wirken, daß Gesetz und Ordnung gewahrt werden. Das Komité wird für die Freiheit, für die Reichsverfassung entschieden einstehen; aber anarchische Bestrebungen wird es mit aller Macht unterdrücken.

Wir beschwören alle Gutgesinnten, diese Männer in dem schweren Berufe kräftig zu unterstützen, das Volk aber, ja ohne Waffen zu erscheinen.

Aber eben so hoffen und erwarten wir von der Ehrenhaftigkeit der Militärbehörde, von den Offizieren und Unteroffizieren, daß sie nicht durch absichtliche Entstellungen das Militär gegen Bürger und Volk aufreizen. Wir Alle sind Staatsbürger, wir Alle wollen eins seyn in Liebe für das Vaterland, wir Alle wollen das Gesetz schirmen.

München, 10. Mai. Der König Maximilian II. hat unterm 6. ds Mts. auf die durch den Art. 8 des Jagdgesetzes vom 4. Jan. 1848 der Krone hinsichtlich der Jagd in der Umgebung der Residenzschlösser und den Leib- und Reserve-Gehegen vorbehaltenen Ausnahms-Rechte aus eigenem Beweggrunde verzichtet, und befohlen, daß an die Kammern des gegenwärtigen Landtages sofort ein Gesetz-Entwurf zu bringen sey, in welchem mit Aufhebung obiger Ausnahmsbestimmungen auch in Hinblick auf die Jagdverhältnisse die völlige Rechtsgleichheit aller Grundbesitzer ꝛc. ausgesprochen wird. (N. M. Z.)

München, den 10. Mai. Die bayerische Metropole wird demnächst auch so eine Art Vorgeschmack eines Belagerungszustandes bekommen; die Vorkehrungen dazu sollen bereits schon getroffen seyn, auch deutet die bedeutende Vermehrung unserer Garnison darauf hin, daß bei dem geringsten Anlaß eine Belagerungsverfügung in Aussicht steht. Vor den allenfallsigen Aufrührern, nach denen man sich bisher vergeblich unter den Demokraten und den Arbeitern dieser Gesinnung umgeschaut, hat man sich im bürgerlichen Zeughause so ziemlich sicher gestellt, ja sogar die Kanonenrohre von den Lafetten genommen und die einzelnen Theile der letztern an verschiedenen Orten des Zeughauses versteckt. Was sagt hiezu unsere Landwehr? — Nichts! Auch soll unsere Stadtkommandantschaft alle strategisch wichtigen Punkte der Stadt bereits in Augenschein genommen und wie man sich erzählt, günstig gelegene Häuser zu Waffen- und Munitionsdepots ausersehen haben. Ferner spricht man von einem Lager, das auf dem Marsfelde aufgeschlagen werden soll, weil für die Truppen nicht hinlänglicher Raum in den Kasernen ist. Diese gewiß unnütze Vorsicht zeigt aber, wie wenig die Regierung die Stimmung der hiesigen freisinnig, ehrlich deutschen Partei kennt, die allen Ungesetzlichkeiten eben so entschieden entgegentreten, als sich mit ihren legalen Vertretern von dem Boden ihrer errungenen Freiheiten nicht wegdrängen lassen wird.

Frhr. v. Zu-Rhein, der ⊙ Referent der „N. Münchn. Ztg.“, soll sich in einem vertrauten Briefe geäußert haben, daß er für die unbedingte Annahme der Reichsverfassung stimmen werde. (D const. Z.)

München, 11. Mai. Der Revierförster zu Pullenreuth, Forstamtes Kulmain, J. B. Schmidl wurde in den Ruhestand versetzt, und diese erledigte Stelle dem bisherigen Forstwart zu Riedenburg, im Forstamte Kelheim, J. Hayder verliehen. Auf die erledigte II. Landgerichtsassessorsstelle in Eltmann der Landger.-Aktuar F. Stolle in Marktbibart versetzt; die hierdurch in Erledigung kommende Stelle dem geprüften Rechtspraktikanten J. W. Deppert aus Erlangen verliehen; der zum Landgerichts-Aktuar extra statum in Mallersdorf ernannte bisherige Patrimonialrichter J. Auer von Marienkirchen von dem Antritte dieser Stelle entbunden; statt seiner der bisherige Patrimonialrichter B. Rubenbauer von Bogenhausen berufen; die erledigte II. Landgerichtsassessorsstelle zu Rottenbuch dem geprüften Rechtspraktikanten Dr. L. Gotschall aus Regensburg verliehen; der Landgerichtsarzt Dr. J. Obereder von Kastl auf das Landgerichtsphisikat Lauf versetzt; der Landgerichtsarzt Dr. L. Härtl von Nordhalben von dem Antritte der ihm dortselbst verliehenen Phisikatsstelle enthoben und demselben die erledigte Landgerichtsarztsstelle in Kastl verliehen; der praktische Arzt Dr. F. Brand in Schwabach zum Landgerichtsarzte in Nordhalben ernannt. (N. M. Z.)

Augsburg, den 11. Mai. So eben erscheint folgende zeitgemäße Ansprache des Magistrates und der Gemeindebevollmächtigten der Stadt Augsburg an die gesammte Einwohnerschaft. Mitbürger! Die gegenwärtige ernste Zeit drängt die unterzeichneten Gemeinde-Kollegien sich in offener Ansprache an Euch zu wenden. Die Ruhe und Ordnung unserer Stadt, bisher musterhaft, kann durch die außerordentlichen Ereignisse in unserm deutschen Vaterlande bedroht werden; sie aufrecht zu halten, bleibt heilige Aufgabe der Gemeindebehörde. — Von dieser Aufgabe durchdrungen, haben die unterfertigten Kollegien vor wenigen Tagen der Königl. Staatsregierung gegenüber unumwunden erklärt: die Anerkennung der deutschen Reichsverfassung sey Forderung der Nothwendigkeit. An dieser Ueberzeugung wie an der Erhaltung und Ausbildung der errungenen Freiheiten werden sie unter allen Umständen festhalten, sprechen aber auch deshalb auf das Entschiedenste aus, allen Ungesetzlichkeiten, und insbesondere offener Gewaltthat muthvoll entgegen zu treten. Mitbürger! Landwehrmänner! Landwehrfreikorps! Unsere Aufgabe ist gewiß auch die Eure! Abgesehen von aller politischen Parteifärbung sind wir zu ihrer Erfüllung durch Ehre, Pflicht und Gewissen gemeinsam verbunden.

Fest bleibt unser Bestreben und unser Muth, nur auf gesetzlichem Wege und ohne Anwendung der Gewalt vorzuschreiten; der in den nächsten Tagen wieder zusammentretende Landtag wird uns hierin kräftig zur Seite stehen. Die Königliche Staatsregierung wird dem so ausgesprochenen Willen des Volkes nicht widerstehen, sie wird mit dem Volke und das Volk mit ihr gehen, und wir werden unsere junge Freiheit nicht mit Bürgerblut befleckt, nicht durch Gesetzlosigkeit verdrängt sehen. Noch steht Bayern unbefleckt und wird es bleiben.

Bei diesem gesetzlichen Streben blicken die Gemeinde-Kollegien zunächst auf ihre Vaterstadt, und rechnen auf ihre Mitbürger, sie werden zu ihnen stehen zu jeder Zeit, sie rechnen darauf, ihre Mitbürger werden ihre Aufmerksamkeit jetzt nur auf das Eine große Ziel: die Anerkennung der deutschen Reichsverfassung richten, eben so fest am Gesetze halten, als muthvoll jede Abweichung zur Reaktion, wie zur Ueberstürzung und Anarchie bekämpfen.

Unsere Loosung, Mitbürger! sey: Das ganze Deutschland, und in und mit ihm unser engeres Vaterland Bayern.

Augsburg, den 10. Mai 1849.

Stadt-Magistrat:	Gemeinde-Bevollmächtigte:
Forndran, erster Bürgermeister.	Paulin, Vorstand.
Heinrich, zweiter Bürgermeister.	Frauendorfer, Protokollführer.

Frankenthal, 7. Mai. Gestern war in Ludwigshafen ein Kampf zwischen rheinbayerischen Soldaten und Altbayern; die ersteren, von Frankfurt kommend, ließen die Freiheit und die Pfalz hochleben; die Altbayern verwiesen ihnen dieß aus dem Grunde, weil sie des Königs Brod essen und des Königs Sold beziehen; darüber kam es zum Streit, in welchem die Altbayern jämmerlich zugerichtet wurden. — In Mannheim ist an den Straßenecken angeschlagen, man solle die Pfälzer unterstützen, und keine altbayerische Soldaten durchlassen. (Fkft. J.)

Freiburg, 8 Mai. Um fünf Uhr Abends wurden die Vertheidigungsverhandlungen geschlossen. Der Gerichtshof zog sich zurück, um über die Fragen an die Geschwornen zu berathen. Die Fragen lauteten auf die in der Anklage enthaltenen Anschuldigungsthatsachen

und es wurden alle 14 Fragen, mit Ausnahme der dritten, welche den A. v. Bornstedt betraf und lautete — ob er schuldig sey, mit der in Paris sich gebildeten Legion, oder doch mit einem Theil derselben ins Badische eingebrochen zu seyn, um sich mit der in Baden zum Umsturz der Regierung und Einführung der Republik organisirten Partei zu verbinden — welche Frage mit Ja beantwortet wurde — verneint und in Folge dessen Fickler, Krebs und Steinmetz sogleich vom Präsidenten in Freiheit gesetzt — gegen v. Bornstedt aber der Strafantrag nach Vernehmung des Staatsanwalt und Brentano berathen und gegen ihn sogleich das Urtheil erlassen, nach welchem er zu einem Jahr Einzelhaft verfällt wurde!! Die Freisprechung wurde mit einem unermeßlichen vom Präsidenten nicht zu beschwichtigenden Jubel begrüßt, Brentano und Fickler unter tausendstimmigen Hochs die ganze Stadt ins Gasthaus Föhrenbach begleitet. (M. Abdz.)

** **Frankfurt**, 10. Mai. [217. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Vizepräsident Bauer.] Austritts- und Eintrittserklärungen, Flottenbeiträge: 100 Gulden von einer Mannheimerin, Zustimmungsadressen an die Reichsversammlung. Folgendes Schreiben des Reichsministerialpräsidenten wird verlesen: Wie bereits gestern der hohen Nationalversammlung mitgetheilt wurde, hat das Reichsministerium Seiner Kaiserlichen Hoheit dem Erzherzoge Reichsverweser ein Programm vorgelegt, welches die Regel des Verhaltens des Reichsministeriums zu den Bewegungen bestimmen sollte, die zum Zwecke der Durchführung der Reichsverfassung in einigen Theilen Deutschlands entstanden sind, und zu Bürgerkrieg und Zerstörung leider geführt haben. Der Reichsverweser hat diesem Programme seine Genehmigung nicht ertheilt. Das Ministerium hat sich dadurch genöthigt gesehen, um seine definitive Entlassung Seine Kaiserliche Hoheit zu ersuchen, und es ist diesem Gesuche heute stattgegeben worden. Der Reichsverweser hat dabei erklärt, daß er ein anderes Ministerium nach seiner Pflicht und Gerechtsame zu bilden sofort versuchen werde. Das Reichsministerium hat nicht versäumt, Seiner Kaiserlichen Hoheit die unmittelbar dringende Nothwendigkeit, ein anderes Ministerium zu bilden, vorzustellen. Frankfurt, 10. Mai 1849. H. Gagern.

Man will eine Deputation an den Reichsverweser senden, um ihn zur Annahme des ministeriellen Programms zu bewegen. Gagern wird vermißt, er sollte das ministerielle Programm vorlegen. Derselbe betritt die Rednerbühne mit folgenden Worten: Ich begreife nicht, wie Hr. Simon sich darüber hat wundern können, daß ich noch nicht auf der Tribüne erschienen bin. Ich habe diese Stelle in keinem entscheidenden Momente vermieden. Das dem Reichsverweser vorgelegte Programm kann ich nicht mittheilen. Allein heute wie früher beharre ich auf dem Grundsatze, daß diese Versammlung das Verfassungswerk, worüber eine Verständigung mit den vierunddreißig verschiedenen Regierungen unmöglich gewesen, endgültig zu bestimmen habe, und ich werde allezeit für das, was zur Durchführung der Verfassung erforderlich ist, einzustehen wissen.

Die Wahl des Präsidenten und der Vicepräsidenten fällt auf 1) E. Simson, 2) Reh aus Darmstadt, 3) Eisenstuck aus Chemnitz. Darauf folgt die Berathung des Simon-Vogt'schen Antrages. Beseler und Genossen bringen dagegen folgenden Antrag ein: 1) In Erwägung, daß es die Aufgabe der Centralgewalt ist, die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaats betreffen, 2) In Erwägung, daß die Nationalversammlung durch ihre Beschlüsse vom 28. April und 4. Mai d. J. die unzweideutige Absicht zu erkennen gegeben hat, die Reichsverfassung durch alle dem Volkswillen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mittel, nicht durch Gewaltmaßregeln ins Leben zu führen, 3) In Erwägung, daß die von einzelnen Regierungen versagte Anerkennung der Reichsverfassung unter gleichzeitiger Auflösung oder Vertagung der Volksvertretung, bewaffnete Volkserhebungen und offenen Aufstand hervorgerufen hat,

4) In Erwägung, daß die Durchführung der Reichsverfassung als eine allgemeine deutsche Angelegenheit betrachtet werden muß und deshalb bei einer dadurch herbeigeführten gewaltsamen Störung des Rechtszustandes in einem deutschen Staat nicht die Regierung eines andern Einzelstaats für sich, sondern nur die Centralgewalt einzuschreiten befugt ist,

5) In Erwägung, daß das ohne Autorisation der Centralgewalt erfolgte Einschreiten einer Macht, welche selbst zur Zeit die Reichsverfassung nicht anerkannt hat, das Mißtrauen und die Erbitterung über den andauernden Widerspruch einzelner Regierungen gegen die Anerkennung der Reichsverfassung nothwendig steigern muß;

aus diesen Gründen beschließt die Reichsversammlung, die Centralgewalt aufzufordern:

1) jeder Störung des Reichsfriedens, von woher sie auch komme, zu begegnen, und demgemäß einen gewaltsamen Angriff gegen die Regierungen mit aller Kraft zurückzuweisen und die gestörte Ordnung wieder herzustellen, dagegen aber auch, zur Vermittelung eines dauernden Friedenszustandes, mit gleicher Kraft und allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln darauf zu dringen, daß dem gesetzlich ausgesprochenen Volkswillen in Bezug auf die Anerkennung der Reichsverfassung, die ihm gebührende Geltung nicht länger verweigert werde. 2) jedem Eingriff von Seiten eines Einzelstaats in die Befugnisse der Centralgewalt, namentlich auch dem militärischen Einschreiten eines Staats in andere deutsche Staaten ohne Autorisation der Centralgewalt mit Entschiedenheit entgegen zu treten." Einige Redner sprachen für und gegen.

Vogt von Gießen hat das Schlußwort: Ein Ministerium, welches die Beschlüsse der Mehrheit dieses Hauses ausführt, wird von Ihrem „unverantwortlichen" Reichsverweser nicht angenommen. Wollen Sie sich nun, unthätig gemacht, hinschleppen lassen, oder zerbrechen wir nicht lieber die Centralgewalt, wie wir sie geschaffen haben? In Sachsen kämpft man einen Kampf der Verzweiflung für die Verfassung gegen die durch Preussen verstärkten sächsischen Truppen. Hat unser in Berlin befindlicher Reichskommissär Protest gegen diese Verwendung preussischer Truppen eingelegt? Widersprechen hätte er müssen, nicht bloß durch eine Zuschrift, sondern in allen Zeitungen, durch Anschlag an allen Straßenecken, bis er gefangen gesetzt worden wäre vom Ministerium Brandenburg. Aber das ist die Folge, wenn man sich mit unfähigen Subjekten umgibt. Den Erklärungen des rheinischen Städtetags, selbst der Landwehr in Elberfeld, und auf der andern Seite den Vorschriften des preussischen Ministeriums gegenüber — wollen Sie noch länger warten? Der Redner weist auf den Berliner Fürstentag, auf die Lage der Dinge in Sachsen, auf die Russen hin und schließt mit der Mahnung: Es ist der letzte Augenblick, wo Sie noch zeigen können, daß Sie Männer sind. So seyen Sie denn Männer."

Abgestimmt wird über den Antrag von Redens und derselbe mit 188 gegen 147 Stimmen angenommen. Die Beschlüsse von heute lauten also: 1) dem schweren Bruche des Reichsfriedens, welchen die preussische Regierung durch unbefugtes Einschreiten im Königreiche Sachsen sich hat zu Schulden kommen lassen, ist durch alle zu Gebote stehenden Mittel entgegen zu treten. 2) Neben Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit sind diejenigen Bestrebungen des Volkes und seiner Vertreter, welche zur Durchführung der endgültig beschlossenen Reichsverfassung geschehen, gegen jeden Zwang und Unterdrückung in Schutz zu nehmen. Die provisorische Centralgewalt ist zur Ausführung dieser Beschlüsse aufzufordern. Abgestimmt wird sodann über die Dringlichkeit des Antrags von Umbscheiden und Genossen, daß sofort eine Deputation von 12 Mitgliedern ernannt werde, um den Erzherzog Reichsverweser zum Vollzuge obiger Beschlüsse aufzufordern. Das Haus soll permanent bleiben bis nach Empfang der Antwort. Die Dringlichkeit des Gegenstandes wird mit 169 gegen 162 Stimmen anerkannt. Biedermann: die an den Erzherzog zu stellende Forderung kann nur lauten, daß er sich mit einem Ministerium umgebe. Dies letztere wird dann zur Vollziehung obiger Beschlüsse anzuhalten seyn. Umbscheiden vereinigt sich nach einer kurzen Verhandlung mit dem Verbesserungsantrage von Gravenhorst, wonach dem Erzherzog eine Abschrift der gefaßten Beschlüsse zu überbringen und derselbe um Antwort auf die Frage zu ersuchen ist, ob er geneigt sey, in Anbetracht der dringlichen Sachlage sobald als irgend möglich ein Ministerium zu bilden, welches sich der Ausführung der Maßregeln unterzieht. Der Antrag wird angenommen und die Ernennung der Deputations-Mitglieder dem Bureau übertragen. Nachdem sich das Bureau auf kurze Zeit zurückgezogen hat, verkündet es die folgende Zusammensetzung der Deputation: Löwe aus Kalbe, Raveaux, Ludwig Simon, Zell, Kirchgeßner, v. Reden, Hollandt, Claussen, Hallbauer aus Meißen, Rösler von Wien, Eckert aus Bromberg, Jucho.

Verhandlungen finden natürlich während sich die Deputation anschickt, ihrem Anstrage zu genügen, nicht Statt, und das Haus wird von dem größten Theile der Mitglieder verlassen. Die Deputation kehrt so eben, 3½ Uhr, vom Reichsverweser zurück. Sie ist, was die Durchführung der Verfassung anlangt, ausweichend beschieden worden. Die Bildung eines Ministeriums hingegen hat der Erzherzog zugesagt und daneben geäussert, daß er die Ordnung zu handhaben wissen werde.

Frankfurt, 7. Mai Die Ratten verlassen das Schiff: die ultramontanen und partikularistischen Bayern haben ihren Austritt angezeigt. Wie bald werden die Preussen nachfolgen! Sie werden es freilich feiner machen. Sie werden Urlaub nehmen, und von Hause ihren Austritt anzeigen; aber gehen werden die Beamten bald. (Fkft. J.)

Frankfurt, den 9. Mai. Es ist auffallend, mit welcher Hartnäckigkeit man von gewisser Seite auf das mehrfach widerlegte Gerücht von der bereits erfolgten Abberufung der preussischen Deputirten aus der Nationalversammlung zurückkommt. Es ist um so auffallender, als sich diejenigen, welche diese Nachricht, trotz der amtlichen Widerlegung verbreiten, nicht selten den Anschein geben, selbst aus amtlicher Quelle zu schöpfen. Die Erklärung mag wohl darin liegen, daß man dasjenige, was man wünscht, gern als bereits geschehen darstellt. Wir sind wiederholt ermächtigt, die obige Nachricht als vollkommen unbegründet zu bezeichnen. Wir können hinzufügen, daß die königlich preussische Regierung, wie sie überhaupt auf das parlamentarische Verhalten der preussischen Abgeordneten in der Paulskirche niemals irgend einen beengenden Einfluß ausgeübt hat, so es auch jetzt wohl lediglich deren eigenem Ermessen zu überlassen gesonnen seyn dürfte, ob und wie lange sie noch im Stande zu seyn glauben, ihr Mandat im wahren Interesse Deutschlands und Preussens zu erfüllen. (Frkfrt. O.-P.-Z.)

Hannover, 7. Mai, 4½ Uhr. (Abweisung der Deputation.) Die Stadt ist ruhig, wiewohl eine fieberrische Aufregung und Spannung der Gemüther nicht zu verkennen ist. Seit heute früh ist das gesammte Militär unter den Waffen. Der Bahnhof war bis gegen Mittag mit Kanonen und Kavallerie und einer Abtheilung Jäger besetzt, die inneren Räume des Schlosses und des kgl. Palais sind bis diesen Augenblick mit Grenadieren vollgepfropft und die Zugänge zu letzterem durch Kolonnen der Bürgerwehr hermetisch verschlossen. Erst vor einer Stunde langte die aus 80—100 Personen bestehende Deputation, welche wie wir hören, 84 Städte und resp. Landesbezirke vertreten, vor dem Palais an. Dieselbe wurde von allen Seiten, selbst aus den Reihen der Bürgerwehr, mit einem lebhaften Hurrah empfangen, jedoch beim König nicht angenommen und selbst die von ihnen beabsichtigte Petition zurückgewiesen. Die Indignation darüber ist groß und allgemein, allein wir befürchten dennoch für heute nichts Besorgliches. Anderen Berichten entnehmen wir noch folgendes. Die sechs Deputirten der sechs Landdrosteien (Stadtsyndikus Bueren für Ostfriesland, Advokat v. Harz für Hannover, Thierarzt Jordan für Hildesheim, Dr. Nolte für Lüneburg, Advokat Zuborn für Osnabrück, Tischler Stürke für Stade,) begaben sich nach Mittag in ruhigem Zuge nach dem Palais. Die Bürgerwehr und das dort anwesende Volk empfingen sie mit lautem herzlichen Zuruf. Im Palais erklärte der Flügeladjutant den Herren: Majestät werde die Deputation nicht annehmen, sie könnten jedoch ihre Wünsche schriftlich überreichen. „Dazu sind wir nicht hergesandt und ermächtigt," erwiderte Bueren, der Sprecher der Deputation. Sie verließen das Palais, versammelten sich im Remishofe und beschlossen: einen permanenten Ausschuß von 6 Mitgliedern niederzusetzen. (W. Z.)

Hannover, 7. Mai. Der Reichskommissär v. Seebeck ist gestern früh wieder abgereist. (W. Z.)

Darmstadt, 9. Mai. Die Nummer 28 des Regierungsblatts enthält die Verfassung des deutschen Reiches, verkündigt im sechszehnten Stück des Reichsgesetzblattes vom 18. April. Unsere Regierung ist somit vielleicht die erste, welche das Reichsverfassungsgesetz auf amtlichem Wege, ungemahnt und vertrauensvoll ihrem Lande übergibt und ihre Anerkennung der Schöpfung der Reichsversammlung, dieser großen Charte der deutschen Freiheit, durch raschen Vollzug unumwunden und thatsächlich ausspricht. (Frkft. J.)

Kassel, 7. Mai. In der eben erschienenen Nr. 12 der Gesetz-

sammlung bringt das kurfürstliche Ministerium neben andern Reichsgesetzen auch das Gesetz über die Wahlen zum Volkshause und die Verfassung des deutschen Reichs zur öffentlichen Kenntniß.

Wiesbaden, den 8. Mai. In der heutigen Sitzung des Landtags äußerte sich Ministerpräsident Hergenhahn wegen Beeidigung des Militärs und der Beamten: Die bewaffnete Macht des Herzogthums ist bereits seit vorigem Jahre der Reichsgewalt zur Disposition gestellt. Dagegen hat die Centralgewalt die Beeidigung auf die Verfassung noch nicht für möglich erklärt, wie auch aus den von den Reichsministern kundgegebenen Erörterungen erhellt. So lange die Oberhauptsfrage nicht erledigt ist, kann auch ein Eid auf die Verfassung nicht geschworen werden, welche dieses Oberhaupt in sich schließt. Eben so ist das Reichsministerium der Ansicht, daß eine Spaltung im deutschen Heere dadurch hervorgerufen werde. Im Uebrigen soll in Nassau Alles gethan werden, um die Verfassung einzuführen, namentlich auch, sobald die Vorbereitungen erfolgt sind, die Wahlen für den neuen Reichstag ausgeschrieben werden. Auch hat die nassauische Regierung als Antwort auf die badische Note erklärt, daß sie den von Preussen ausgeschriebenen Kongreß nicht beschicken könne, indem sie nicht dafür halte, daß auf diesem Wege die Verfassung geändert werden könne. (Frkf. O.-P.-Z.)

†°† **Berlin,** 9. Mai. Eine Abänderung des Wahlgesetzes, sey es im Wege der Interpretation oder durch Modifizirung des Wahlmodus vermittelst Eintheilung der Wähler nach Steuerklassen, will das Ministerium — so will man in sonst gut unterrichteten Kreisen wissen — nicht vornehmen. Man spricht deshalb von einem Rücktritt des Kabinets und Bildung eines neuen unter Leitung des Grafen Arnim-Boytzenburg und unter Betheiligung des Hrn. v. Schleinitz als Chef des auswärtigen Departements.

Einem Schreiben aus **Naumburg** zufolge hat der Kriminalsenat des dortigen Oberlandesgerichtes gegen die mehr als 100 Angeklagten, die an den Erfurter November-Ereignissen betheiligt sind, das Urtheil gesprochen. Dasselbe soll durchgängig auf Zuchthausstrafe bis zu 20 Jahren lauten. Das Urtheil ist den auf der Citadelle Petersberg sitzenden Gefangenen in diesen Tagen publizirt worden, obschon nach einer Verfügung des Justizministers vom 18. v. M. noch nicht publizirte Erkenntnisse in solchen Kriminalprozessen, welche nach den neueren Verordnungen von Geschornen verhandelt werden müssen, nicht zur Publikation zu bringen, vielmehr die Prozessen von neuem vor den Assisen zu verhandeln sind.

Köln, den 8. Mai. Da die preussische Regierung die zweite Kammer, nachdem dieselbe sich für die unbedingte Annahme der deutschen Verfassung vom 28 März d. J. ausgesprochen hatte, aufgelöst, und dadurch das Volk seiner Vertretung und Stimme in dem gegenwärtigen entscheidenden Augenblicke beraubt hat, sind mehr als 500 Verordnete der Städte und Gemeinden der Rheinprovinz zusammengetreten, um zu berathen, was dem Vaterlande noth thue. Die Versammlung hat unter dem Vorsitze der Stadtverordneten Zell von Trier und Werner von Koblenz und in Assistenz der Protokollführer, der Stadtverordneten Böcker von Köln und Blöm I. von Düsseldorf beschlossen wie folgt:

1) Sie erklärt, daß sie die Verfassung des deutschen Reiches, wie solche am 28. März d. J. von der Reichsversammlung verkündet worden, als endgültiges Gesetz anerkennt und bei dem von der preussischen Regierung erhobenen Konflikte auf der Seite der deutschen Reichsversammlung steht. 2) Die Versammlung fordert das gesammte Volk der Rheinlande, und namentlich alle waffenfähigen Männer, auf, durch Kollektiverklärungen in kleineren und größeren Kreisen seine Verpflichtung und seinen unverbrüchlichen Willen, an der deutschen Reichsverfassung festzuhalten und den Anordnungen der Reichsversammlung Folge zu leisten, auszusprechen. 3) Die Versammlung fordert die deutsche Reichsversammlung auf, nunmehr schleunigst kräftigere Anordnungen zu treffen, um dem Widerstande des Volkes in den einzelnen deutschen Staaten und namentlich auch in der Rheinprovinz jene Einheit und Stärke zu geben, die allein im Stande ist, die wohlorganisirte Gegenrevolution zu Schanden zu machen. 4) Sie fordert die Reichsgewalt auf, die Reichstruppen baldmöglichst auf die Verfassung zu beeidigen und eine Zusammenziehung derselben anzuordnen. 5) Die Unterzeichneten verpflichten sich, der Reichsverfassung durch alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel in dem Bereiche ihrer Gemeinden Geltung zu verschaffen. 6) Die Versammlung erachtet die Entlassung des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel, und die Einberufung der Kammern ohne Abänderung des bestehenden Wahlmodus für unbedingt nothwendig. 7) Sie erblickt insbesondere in der jüngst erfolgten theilweisen Einberufung der Landwehr eine unnöthige, den inneren Frieden in hohem Grade gefährdende Maßregel und erwartet deren sofortige Zurücknahme. 8) Die Unterzeichneten sprechen schließlich ihre Ueberzeugung dahin aus, daß bei Nichtbeachtung des Inhaltes dieser Erklärung dem Vaterlande die größten Gefahren drohen, durch die selbst der Bestand Preussens in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung gefährdet werden kann. (Folgen die Unterschriften.) (D. Z.)

Der Preußische Staats-Anzeiger meldet amtlich, daß der König am 9. Mai im Schlosse zu Charlottenburg den a. G. u. b. M. der französischen Republik, de Lurde, in einer Privataudienz empfangen und aus dessen Händen das Schreiben des Präsidenten der französischen Republik entgegengenommen, wodurch er in der gedachten Eigenschaft beim preussischen Hofe beglaubigt worden ist. In gleicher Weise hat der König den bisherigen sardinischen a. G. u. b. M. am preussischen Hofe, Grafen Rossi, empfangen und ein Schreiben des Königs von Sardinien entgegengenommen, wodurch er in der gedachten Eigenschaft bei dem preussischen Hofe von neuem beglaubigt worden ist.

In Rheinpreussen erklärt sich der größte Theil der Landwehr gegen das volksfeindliche Ministerium Brandenburg-Manteuffel, für die roth-schwarz-goldne Fahne, die vertheidigt werden solle.

Dresden, 9. Mai. Vor Tagesanbruch begann heute in den Richtungen nach dem Plauenschen Grunde, nach Dippoldiswalde, Pirna, Freiberg die Flucht der Aufständischen aus der Altstadt. Eine reitende Batterie, das zweite Reiterregiment und Infanterie sind dem Vernehmen nach zur Verfolgung aufgebrochen. Gefangene werden von allen Seiten eingebracht. Die Frauenkirche, die neustädter Strafkaserne und das neustädter Strafgefängniß sind voll davon. Die drei Mitglieder der sogenannten provisorischen Regierung sollen sich nach Freiberg geworfen haben. Der Dr. Minckwitz ist hier verhaftet worden. Es treffen immer mehr preussische Truppen, wodurch sächsische verfügbar werden. Alles, was über die Verluste während des Kampfes verlautet, ist noch zu wenig festgestellt, um darüber berichten zu können. (D. A. Z.)

Leipzig, 10. Mai. Der hier eingetroffene Reichscommissär Briegleb ist heute, nachdem er einer Plenarsitzung des Raths und der Stadtverordneten beigewohnt, Mittags nach Dresden gereist. Die gedachten Collegien sprachen sich dahin aus, daß die Lösung der Conflikte zwischen Krone und Volk in Sachsen durch den Commissär angestrebt werden möge, in welcher Beziehung man gegen sehr wenige Stimmen bei dem Beschlusse vom 6. Mai, sich bis zum Austrag jener Conflikte unter den Schutz der Centralgewalt zu stellen, stehen blieb; daß ferner die Bildung eines parlamentarischen Ministeriums dringend zu wünschen und ebenso dahin zu wirken sey, daß die militärische Besatzung unserer Stadt wieder auf den gewöhnlichen Stand gebracht werde. (L. Z.)

Schleswig, den 7. Mai. Das lang Ersehnte ist endlich Wahrheit geworden. Die Reichstruppen sind wirklich in Jütland eingerückt. General Prittwitz verlegte bereits am 5. sein Hauptquartier nach Kolding; gestern Morgen haben sich die Reichstruppen in Bewegung gesetzt, die Preussen die jütische Gränze westlich von Kolding überschritten. Die ersten Abtheilungen der preuss. Division standen gestern Mittag bei Harthe jenseits der Kolding-Aue. Gleichzeitig rückten die Bayern aus Hadersleben aus gen Norden und wurden von den nachrückenden Sachsen abgelöst. Man erwartete, daß heute Morgen sämmtliche Truppen von Kolding und Umgegend aus vorrücken würden. (Alton. M.)

Hadersleben, 7. Mai. Gestern ist, wie ich aus einem amtlichen Schreiben ersehe, die ganze preuss. Division in Jütland eingerückt, und ihr Divisionsquartier war in Gielbolle; — nur die Divisions-Auditeure und Kriegskasse sind heute noch auf schleswig'schem Boden. Jeder nimmt an, daß heute noch ein Hauptschlag ausgeführt werde, und man spricht von einem raschen Vorrücken der ganzen Division. — Also mit der quälenden Ungewißheit hat es endlich ein Ende. Sehr gespannt sind wir auf das Erscheinen der wahrlich von General v. Prittwitz auszustellenden Proklamation, die manchem ausgesprochenen Mißtrauen ein Ende machen würde. General v. Prittwitz war gestern nebst Bonin in Kolding, und die dänischen Vorposten waren noch nicht weit entfernt. — Der Präsident Bargum ist hier so eben durchgekommen und geht ins Hauptquartier, wie es heißt, auf den Wunsch des Herrn Generals wegen der civilen Leitung des von Jütland zu occupirenden Theiles. (Alton. M.)

Eckernförde, 6. Mai. Vor dem Eckernförder Hafen kreuzen wieder täglich dänische Kriegsschiffe, bald mehr, bald weniger. Vor einigen Tagen konnte man von einer Anhöhe aus deutlich 6 zählen. Gestern waren nur zwei sichtbar, darunter ein Dampfschiff. Sie kommen, schauen aus weiter Ferne einen Augenblick zu uns herüber und segeln dann ruhig weiter. (Alton. M.)

Aus Nordschleswig, vom 5. Mai. Die Auswechselung unserer bei Kolding in dänische Gefangenschaft gerathenen Soldaten (ob aller weiß ich nicht genau) so wie des Dr. Wachs vom 1. Jägerkorps ist bereits vor sich gegangen. Die Behandlung, welche sie von Seiten der dänischen Militairbehörden erfuhren, wird im Allgemeinen von ihnen belobt. Ihre Verpflegung bestritten sie aus eigner Tasche. Besonders freundlich und gutmüthig bezeigten sich die gemeinen Soldaten gegen sie; gleich nach der Schlacht, auf dem Rückzug nach Fridericia, der unaufhaltsam 2 Stunden anhielt, beeiferten sich diese rohen aber braven Dorfkinder Danias, mit den ihnen so schwarz geschilderten Insurgenten Lebensmittel und Feldflaschen zu theilen. Dagegen vergaß sich der dänische Obergeneral von Bülow, als er unerkannt, ohne Abzeichen in einen groben Mantel und desgleichen Mütze gehüllt, den Gefangenen gegenüber stand, einem derselben, der eine Pfeife rauchte, wetternd eine Maulschelle zu geben. Der Zug der Gefangenen ging über Fühnen und Seeland nach Kopenhagen, durchaus unbelästigt von Seiten der Landbevölkerung; nur in den Städten, die sie passirten und wo sie oft stundenlang auf freier Straße zubringen mußten, nur in diesen künstlichen Feueressen des dänischen Nationalhasses, wurde ihnen die Gelegenheit geboten, die ganze Bitterkeit ihres Looses zu empfinden. Doch hielt sie Mannesbewußtseyn und die Gewißheit des bei Kolding errungenen Sieges aufrecht. In Dänemarks scheinglänzender Hauptstadt spie die haute volée und selbst der rosige Damenmund vor ihnen aus: ihre Rache bestand in einem artigen militärischen Gruß. Besuche von Deutschen haben sie in der allerdings nur kurzen Zeit ihres dortigen Aufenthaltes nicht gehabt. Ihre Rückkehr erfolgt über Alsen. (B.-H.)

Kiel, den 6. Mai. Dem Vernehmen nach hat der General Prittwitz die Statthalterschaft unserer Herzogthümer ersucht, einen Civilgouverneur für Jütland zu designiren, welcher, vom Obergeneral oder der Centralgewalt bestellt, über die von der deutschen Armee occupirten Theile Jütlands die oberste Administrationsbehörde bilden würde. Der Regierungs-Kommissair für Nordschleswig und Präsident der Landesversammlung, Hr. Bargum, soll zu diesem Posten bestimmt seyn. Da nun das Wenige, was bis jetzt von Jütland durch die Unsrigen besetzt gehalten wird, schwerlich einer besonderen Administrations-Behörde und eines Civilgouverneurs bedarf, so muß doch wohl noch ein Einmarsch der Reichstruppen in Jütland beabsichtigt werden. Auch scheinen die Friedensgerüchte bei unserer Regierung noch keinen sonderlichen Glauben gefunden zu haben, wenigstens wird von Verstärkung unserer Armee gesprochen, und auch die Vertheidigungsanstalten unseres Hafens sollen noch vergrößert und verbessert werden. Letzteres ist auch sehr nöthig, da man geneigt ist, die Besetzung Jütlands durch deutsche Truppen und ernstlichere Angriffe auf Holstein von Seiten Dänemarks mit einander in Verbindung zu bringen, und sollte gar aus irgend einem geheimen Grunde die Blokade der preuss. Häfen aufhören, so haben die Dänen allerdings eine größere Macht disponibel, uns zu bedrohen. — Am letzten Freitage wurde das hier kantonnirende Reserve-Jägerkorps durch den Chef der Reserve-Brigade, den Obersten v. Fabricius, abgemustert und harrt nun einer weiteren Bestimmung; unsere Armee wird auch wohl bald einiger Reserve bedürfen, wenn der Krieg fortdauert oder auch nur öfters dergleichen Rekognoscirungen vorgenommen werden, wie der tapfere Oberst v. Zastrow sie zu lieben scheint, der aus einer Rekognoscirung fast eine Schlacht macht, wie der 3. Mai gezeigt hat. Die Unsrigen haben an diesem Tage allerdings wieder viele Ehre eingelegt und die höchste Bravour bewährt, indeß einen anderen Vortheil konnten sie natürlich nicht erlangen. (H. Abdz.)

Heilbronn, 7. Mai. Der hiesige »demokratische Verein« hat

einen Aufruf an das Volk in Würtemberg gerichtet, worin namentlich alle Orts- und Vereinsbehörden, aufgefordert werden, sich gegen den Eintritt der bayerischen Truppen entschieden zu verwahren, so lange Bayern die Reichsverfassung nicht anerkannt hat, und ihn kräftigst zu verhindern, insbesondere aber ist das Ministerium aufgefordert, diesen Durchzug nicht zu gestatten. (Mannh. Abdz.)

Französische Republik.

† **Paris**, den 8. Mai. (1½ Uhr Nachts.) Das Ministerium ist vollständig geschlagen. 328 Stimmen der Nationalversammlung haben sein Verfahren gegen Rom verdammt, während es nur 241 Stimmen lossprachen. Stünden wir nicht am Vorabende der wichtigsten Wahlkrisis, so erlebten wir binnen wenigen Stunden einen neuen Ministerwechsel. So aber wird nur der General unsers Papstgeschwaders gewechselt. Man nennt bereits Bedeau oder auch wohl Lamoricière als den Nachfolger Oudinots. Die Römer haben ihr Austerlitz gewonnen!

Während der Nachtsitzung ging auf den Bänken der äußersten Linken ein Papier von Hand zu Hand, das nichts Geringeres enthält, als einen neuen Anklage-Akt gegen den Präsidenten der Republik Louis Napoleon Bonaparte und sein Ministerium dafür, daß er die römische Republik habe angreifen lassen. Dieser Akt hat den Viktor Considerant zum Verfasser, und lautet folgendermaßen: „(Proposition.) Die Nationalversammlung nach Einsicht des Artikels 5 der Verfassung, welcher sagt: Die französische Republik respektirt die fremden Nationalitäten, wie sie die ihrige respektirt zu sehen wünscht, gedenkt keineswegs Eroberungskriege zu unternehmen, noch ihre Waffen gegen die Freiheit irgend eines Volkes zu führen; in Erwägung, daß die Exekutivgewalt, welche von der Nationalversammlung die Ermächtigung erhielt, ein Expeditionsheer nach Italien zu schicken, um die Freiheit zu schützen, dieses Heer aber gegen eine Republik führte, die aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorging, wodurch sie die Waffen der französischen Republik gegen das römische Volk führte; in Erwägung, daß dieser Akt eine handgreifliche Verletzung des Buchstabens und Geistes der Verfassung und ein Verrath an den Interessen der französ. Republik und der gesammten europäischen Demokratie ist: dekretirt, daß der Bürger Louis Napoleon Bonaparte, Präsident der Republik und die Bürger Odilon Barrot, Buffet, Lacrosse, Rulhières, de Tracy, Passy, Drouyn de Lhuys, Falloux und Faucher, seine Minister, angeklagt sind, die Verfassung verletzt zu haben." Paris, den 8. Mai Nachts 1 Uhr. (Folgen 60 Unterschriften der Bergglieder.)

Italienische Staaten.

Rom, 3. Mai. Die Franzosen haben sich zurückgezogen, und Garibaldi, der ihnen gefolgt war, ist gestern Abend unter dem Jubel der Bevölkerung wieder hierher zurückgekehrt. Die französische Flotte ist nach Frankreich abgesegelt, um Verstärkung zu holen. Zucchi ist mit 7000 Mann über Frosinone im Anzug, die Neapolitaner stehen 12,000 Mann stark in Velletri, wo sie Halt gemacht haben, wahrscheinlich um Hülfstruppen an sich zu ziehen, vielleicht auch um weitere Instruktionen abzuwarten. Viterbo und Orvieto sind aufgestanden, um den Franzosen entgegenzuziehen, wodurch das Gerücht entstanden, als hätten diese sich gegen Civita Castellana gewandt. Aus allen Provinzhauptorten treffen Proteste gegen das Einrücken einer fremden Macht ein, die sie zu vertilgen sich bereit erklären. Hier werden durch die Vertheidigungsanstalten gewaltige Zerstörungen veranlaßt. Die Alleen sind fast sämmtlich unter dem Beil gefallen, und jetzt geht es auch an die Villen. Das prachtvolle Casino der Familie Patrizi vor Porta Pia, das auch diejenigen, welche Rom nicht selbst besucht haben, aus Goethe's begeisterter Schilderung in der italienischen Reise kennen, soll morgen in die Luft gesprengt werden, weil strategische Rücksichten diese harte Maßregel erheischen. Der Garten, der dazu gehört, ist bereits verwüstet. Von Ponte Molle stehen nur die Pfeiler noch, die schönen Bögen sind, wie versichert wird, schon abgetragen. Die Bewaffnung des niedern Volks macht selbst die eifrigsten Anhänger der Republick bedenklich. Sogar die Galeerensträflinge hat man zum Theil bewaffnet und vor die Thore geschickt. (A. A. Z.)

Turiner Blättern vom 7. Mai zufolge hat das Kriegsgericht am 4. d. M. den General Ramorino wirklich zum Tode verurtheilt, nach vorausgängiger Degradation. Der König bestätigte dieses Urtheil am 5. Mai, erließ jedoch dem Verurtheilten die Degradation. Die Erschießung sollte am 7. Morgens erfolgen, die Urtelsvollstreckung ward aber noch aufgeschoben, in Folge eingelegter Berufung Ramorino's an den obersten Kassationshof. (A. A. Z.)

Oesterreichische Staaten.

Krakau, den 5. April. Heute gegen 6 Uhr Nachmittags sind die Russen in Krakau einmarschirt. Sie kamen von Mogila her. Ihre Anzahl beträgt sammt und sonders gegen 9000 Mann. Unter diesen befinden sich drei Schwadronen Ulanen, zwei Schwadronen Kosacken, 12 Kanonen, den Rest bildet die Infanterie. Die Kavallerie wurde gleich in der Vorstadt Kleparz dislocirt. Die Infanterie und Artillerie marschirte durch das St. Florianthor in die Stadt ein. Der österreichische General und viele Offiziere gingen den befreundeten Hilfstruppen entgegen. Eine bedeutende Anzahl Volkes ging aus Neugierde diesen Gästen entgegen — die Fenster waren dicht besetzt — doch nicht ein Laut des Willkommens ließ sich vernehmen. Stumm und schweigend sah das edle Volk von Krakau diesem Schauspiel zu. Morgen rückt eine bedeutendere Anzahl ein — die Avantgarde soll gleich morgen gegen die ungarische Grenze abmarschiren. (N. O. Z.)

Rußland und Polen.

Kalisch, 4. Mai. Von hier und den untern Gegenden des Königreichs Polen sind vierzig schwere Belagerungsgeschütze nach Czenstochau transportirt worden. Zur Forschaffung dieser Geschütze wurden die Pferde der jüdischen Frachtfuhrleute aus der Stadt Kempen (im preussischen Großherzogthum) gegen Vorausbezahlung gemiethet, was wohl einen Mangel an Trainpferden bei der russischen Armee andeutet. Das Kalischer Lager ist nach dem Süden gerückt. Seit dem 1. Mai ist im Königreich Polen russisches Maß und Gewicht eingeführt worden, was den stillen Ingrimm der Polen gegen das russische Regierungssystem nur noch vermehrt hat. (C. B. a. B.)

Sprech-Saal.

Nürnberg, 12. Mai. Morgen findet auf unserer Bühne ein unseren Zeitinteressen sehr zusagendes Stück statt, worin der ehemalige Polizeistaat scharf gegeißelt wird. Herr Gerstel, als Charakterdarsteller rühmlichst bekannt, ist im Besitz der Hauptrolle und wird seinen Ruf in jeder Weise bewähren.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Exp.-Nro. 7779.

Bekanntmachung.

Vom

Kgl. Kreis- und Stadtgericht Fürth.

Der von der hiesigen Aussteueranstalt auf einen bei der neunten Ziehung in der zweiten Classe gemachten Gewinn von 300 fl. ausgestellte Schein Nro. 1747 ist dem Eigenthümer zu Verlust gegangen. Es werden daher die unbekannten Inhaber des fraglichen Scheins aufgefordert, binnen sechs Monaten bei unterfertigtem Gerichte denselben vorzulegen, und ihre allenfallsigen Ansprüche hieran geltend zu machen, widrigenfalls nach Ablauf dieser Frist obiger Schein für kraftlos erklärt würde.

Fürth, den 18. April 1849.

Fenck.

Backof.

Wohnungs-Veränderung u. Empfehlung.

Nachdem ich mein bisheriges Wohnhaus L. Nr. 188 verlassen und die Wirthschaft und Pfeiferei zum goldnen Engel in der neuen Gasse pachtweise übernommen habe, danke ich meiner bisherigen verehrten Nachbarschaft für die vielen Beweise von Freundschaft und empfehle mich zu fernerem Wohlwollen; meiner neuen aber zur gütigen Aufnahme, gleichwie ich alle meine werthen Gönner und Freunde um zahlreichen gütigen Zuspruch bitte, werde ich alles mögliche aufbieten durch gute und reelle Bedienung die Gunst meiner verehrten Gäste zu erlangen.

Nürnberg, den 13. Mai 1849.

J. F. Schmid.

Anzeige.

Unterzeichneter beehrt sich hiemit anzuzeigen, daß noch mehrere Kostgänger bei ihm angenommen werden, auch läßt er die Kost vom Hause aus auf Verlangen zusenden, so wie auch Abends zu jeder Stunde kalte und warme Speisen bei ihm zu haben sind.

Ferdinand Lechner.
Gastwirth zum goldenen Reh.

(Anzeige.) Unterzeichnete bitten alle Collegen sich Sonntag längstens 1 Uhr auf der Herberge einzufinden.

Röder. Schick.

Anzeige und Empfehlung.

Bei der nunmehr eintretenden warmen Jahreszeit, erlaubt sich der Unterzeichnete, dem verehrlichen Gesammtpublikum, insbesondere aber den Herren Wirthschaftsbesitzern außer dem bisher beliebt gewordenen, nach Kehlheimer Art gebrautem weißen Bier auch weißes Doppelbier gleicher Art zur gefälligen Abnahme angelegentlichst zu empfehlen; es hat derselbe alles aufgeboten, was einen recht zahlreichen Zuspruch erwarten läßt und um den derselbe ergebenst bittet.

Benedikt Peel
zur Pechhütte.

Musicalischer Verein Concordia.

Montag den 14. Mai Produktion im deutschen Haus. Karten für einzuführende Fremde können bei Herrn Dietrich, S. Nro. 1124 am Prechtelsgäßchen abgeholt werden.

Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand

Benachrichtigung.

Auswanderern nach Nordamerika diene zur Nachricht, daß ich ermächtigt bin, ungeachtet der Blokade Schiffscontrakte ab Bremen für Mai und die folgenden Monate zu den billigsten Preisen abzuschließen und für die sichere, ungefährdete und prompte Beförderung mit neutralen Schiffen einstehe.

Nürnberg, im Mai 1849.

Aug. de Bannig.

Neu ausgestellte Werke im Albrecht-Dürer-Hause.

Zwei große Landschaften aus der fränkischen Schweiz; Oelgemälde. Eine Landschaft, die Grenze von Tirol und Italien; Oelgemälde. Sieben kleine Landschaften aus der fränkischen Schweiz; Oelgemälde. (Sämmtlich von Herrn Lehmann hier.)

Ein Oelgemälde von Herrn Perlberg, „Rückkehr vom Rehstand.

Nürnberg, den 11. Mai 1849.

(Gesuch.) Ein Tapezier, welcher in aller Tapezier-Arbeit gewandt ist, wird als Geschäftsführer anzunehmen gesucht.

Einhorn.

Nur heute Sonntag Salvator.

Reifenbach.

Turn-Verein.

Sonntag den 13. ds. Nachmittag 1 Uhr Versammlung im Katharinen-Saale.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Unterzeichneter macht bekannt, daß im Gasthaus zur Lilie in der Beckschlagergasse guter Rheinwein, der Schoppen zu 3, 4 und 6 Kreuzer zu haben ist.

Georg Hämmerl,
Gastwirth.

(Anzeige.) Robert Blum's letzter Brief an seine Frau in Leipzig, (fac similie) geschrieben in Wien, eine Stunde vor seinem Tode, ist bei Unterzeichnetem und in allen Buchbinderläden um 3 kr zu haben.

Christoph Grünewald, son.
S Nr. 931 in der Judengasse.

(Gesuch) Ein kräftiger Mann, welcher unter der Artillerie hier gestanden ist und seinen Abschied erhalten hat, der auch mit Pferden umgehen kann, wünscht in einer Fabrik als Arbeiter, oder auf andere Weise Beschäftigung zu erhalten.

(Gesuch.) Ein geübter Cartonage-Arbeiter kann auswärts dauernde Beschäftigung finden.

(Gesuch) Ein Spezerei-Laden wird zu pachten gesucht. Näheres unter Chiffre F. E.

(Ersatzmann.) Ein Mann, welcher seine Zeugnisse zum Einstehen hat, wünscht sogleich hier einzustehen. Das Nähere beim Wirth Sukler in der Rathhausstrasse Nro. 884.

(Zu vermiethen) Ein Logis ist für einen ledigen Herrn zu vermiethen Spitalgasse Nr 834

Stadttheater in Nürnberg.

Sonntag, den 13. Mai. Zehnte Vorstellung im Abonnement. Zum Erstenmale wiederholt: „Das Pasquill" oder „Fürst, Minister und Bürger." Schauspiel in 4 Akten von Maltiz „Herr Gerstel," „Titularrath Spürling" als Gast.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 14. Mai 1849 | № 134. | Montag: Christian.

Deutsche Staaten.

München, 10. Mai. Der am Mittwoch in der Studentenversammlung im Prater beschlossene Aufruf an die Studierenden aller deutschen Universitäten lautet: Deutsche akademische Mitbürger! In diesem wichtigen Augenblicke, der über den Sieg oder die Verhöhnung der durch die Revolution erstrebten Einheit und Freiheit unsres geliebten Vaterlandes, der über das Glück und die Ehre unseres Volkes entscheiden soll, in diesem wichtigen Augenblicke fordern wir Euch auf bei Eurer Liebe zu Eurem Volk und Vaterland: steht auch Ihr mit dem begeisterten Feuer Eures Wortes und mit der Frische jugendlicher That in den Reihen, ja an der Spitze Eures Volkes! Schaart Euch um die Vertreter der deutschen Nation, und kämpft auch Ihr, wie das Heroenvolk in Sachsen, mit Eurem Herzblut um die einzige Frucht der Revolution — die Reichsverfassung! Laßt nicht die Nachwelt sagen: die deutsche Jugend kämpfte nicht mit, als es galt — die Existenz des Vaterlandes! Darum akademische Mitbürger! Auf zu den Waffen, und laßt zur That werden den Ruf: Hoch die Reichsverfassung, hoch das eine, freie, deutsche Vaterland! — Die Münchener Studentenversammlung. (D. b. Lbbte.)

München, 11. Mai. Wir vernehmen aus guter Quelle, daß an den Konferenzen zu Berlin die deutsche Verfassungsfrage betreffend auch Oesterreich sich betheiligt und seinen Gesandten daselbst, Ritter Prokesch von Osten, zum Bevollmächtigten für diesen Zweck ernannt hat. (N. M. Z.)

† **Nürnberg,** den 13. Mai. Der Redakteur des „freien Staatsbürgers", Hr. Lang, ist gestern vor das kgl. Stadtgericht geladen und von dort nach seinem Geburtsorte Lauf abgeführt worden.

Neustadt a. d. H., 9. Mai, Mittags 12 Uhr. So eben langt eine Estafette von Landau an, welche die Kunde von einem großen Aufstande in Landau brachte, wobei 6 bayerische Offiziere gefallen sind. Gestern Abend rückte das Bataillon badischer Infanterie und die Eskadron badischer Dragoner ein, welche sogleich mit den gastfreundlichen Bürgern gemeinschaftliche Sache machten. Dieses mißfiel den bayerischen Offizieren und dadurch wurde eine Hetzerei bis zum Ausbruche getrieben. Aber statt auf die Bürger zu feuern, kehrte sich das bayerische Militär gegen seine Führer. Der Gehorsam ist verweigert. Eine Kaserne ist demolirt. Die Ordnung ist jedoch dadurch wieder hergestellt worden, daß die bayerischen und badischen Soldaten sich mit der Volkswehr vereinigten. — Heute Morgen sind Zuzüge von Frankenthal, Oppau und andern Orten hier angekommen. Man erwartet immer noch bedeutende Mannschaft, namentlich von Jenseits. Stündlich langen bayerische Soldaten an, die entweder nach Hause gehen oder sich zu der Volkswehr begeben.

Mittags 5 Uhr. Der Generalmarsch hat sämmtliche Mannschaft dahier zusammenberufen. Der Bürgerwehroberst stellte den vom Hauptquartier Kaiserslautern beorderten neuen Kommandanten vor, welcher sogleich in Aktivität treten soll. Es ist der Oberlieutenant Straffer aus Wien. Auf der betreffenden Zuschrift ist Fenner von Fenneberg als Generalissimus des Hauptquartiers und als Schriftführer Dr. Hepp von hier unterschrieben. Alle Befehle gehen von Kaiserslautern aus. Die aus 5 Mitgliedern bestehende Kommission nennt sich nun auf Antrag des Reichskommissärs: „Landesausschuß zur Vertheidigung der deutschen Verfassung." In einer gedruckten Ansprache dieses Landesausschusses an sämmtliche Wehrmänner der Pfalz heißt es: „Mitbürger! Wir benachrichtigen Euch hiermit, daß wir den Bürger Fenner von Fenneberg, Oberkommandanten der Wiener Nationalgarde während des Oktoberkampfes, zum Oberbefehlshaber aller Wehrmänner der Pfalz provisorisch ernannt haben." In einer weiteren Ansprache an die „Soldaten und deutschen Brüder", worin gesagt wird, daß der Landesausschuß fest zum Vaterlande, zur Verfassung, zum deutschen Reiche stünde; daß deutsche Brüder nicht gegen deutsche Brüder sich schlagen sollten, und daß preussische Truppen an der Gränze stünden, um unsere Freiheit und unser Vaterland zu unterdrücken ꝛc., wird ferner bemerkt, daß „die Centralgewalt in Frankfurt den Landesausschuß für Vertheidigung und Durchführung der Reichsverfassung bevollmächtigt habe, den Soldaten ꝛc. den Eid auf die Reichsverfassung abzunehmen, sobald sie zur deutschen Sache stehen wollten."

Abends 6 Uhr. Vierhundert Mann Bürgerwehr, Scharfschützen und Sensenmänner, als Freischaaren, sind beordert worden, das Thal zu besetzen. Soeben ziehen sie gegen Kaiserslautern ab.

Nachschrift. Soeben wird durch die Schelle bekannt gemacht, daß auf der pfälzischen Ludwigsbahn morgen wieder die regelmäßigen Fahrten beginnen. (Frkft. J.)

Kaiserslautern, 7. Mai. Die Zustimmungsadressen der pfälzischen Beamten mehren sich in erfreulicher Weise, und bald werden wenige derselben mit ihrer unbedingten Anerkennung der Reichsverfassung noch zurückgeblieben seyn. Es gibt wohl schwerlich einen klareren Beweis, wie sehr die Bewegung im Sinne des freien und Einen Vaterlandes die ganze Pfalz durchdrungen hat, als diese unabhängige Gesinnung des Beamtenstandes. Hier sind die feigen Handlanger der Gewalt von „Gottes Gnaden" auch in diesem Stande so selten, daß man bald wird Mühe haben, ein Exemplar zu bekommen, um als eine pfälzische Rarität einbalsamirt auf die Nachwelt zu kommen. (Bote f. St. u. Land.)

Kaiserslautern, 7. Mai. Der durch den Landesvertheidigungsausschuß unterm 3. d. M. erlassenen Aufforderung an die Beamten entsprechend haben bereits 85 Beamte der Pfalz ihre, die unbedingte Gültigkeit der Reichsverfassung anerkennende Erklärung direkt eingesendet. Außerdem haben über 200 Beamte ihre unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung in folgender dem Landesvertheidigungsausschuß abschriftlich mitgetheilten Adresse an den König ausgesprochen: „Kaiserslautern, 6. Mai 1849. Ew. Königl. Majestät! Nach genauer Zusammenstellung aller staatsrechtlichen Akten, welche für Herstellung der deutschen Einheit und des beschlossenen Bundesstaates vom 31. März voriges Jahres an bis hierher von der deutschen Bundesversammlung, der bayerischen Staatsregierung, der Nationalversammlung und der provisorischen Centralgewalt ausgegangen sind, und bei einer Vergleichung aller inzwischen erfolgten legislatorischen Anordnungen sind die allerunterthänigst Unterzeichneten zu der innigen Ueberzeugung gelangt, daß die Grundrechte des deutschen Volkes und die deutsche Reichsverfassung einschließlich des Wahlgesetzes für Deutschland und insbesondere für Bayern rechtsgültig sind, und daß das Volk auf sofortige Durchführung der Beschlüsse der Nationalversammlung ein unabweisbares Recht hat. Diese Ueberzeugung hier ohne Rückhalt auszusprechen, fühlen die Bittsteller sich um so mehr verpflichtet, als nur bei einem solchen Freimuthe in ihren Amtsfunktionen noch die Erhaltung des so nöthigen Vertrauens, ein gedeihliches Wirken möglich, und die Volksstimmung der ganzen Pfalz der Art ist, daß nur, wenn die Reichsverfassung sammt den Grundrechten und dem Wahlgesetze von Seiten Ew. Kgl. Majestät unbedingt anerkannt werden und der sofortige Vollzug dieser Anerkennung bethätigt wird, die Pfalz vor den Gefahren der höchsten Aufregung der gesammten Bevölkerung bewahrt werden kann. Das pfälzische Volk ist einmüthig entschlossen, durch nichts mehr gedachtes Recht sich beeinträchtigen zu lassen, und bereits zu Maßnahmen geschritten, die den entschiedensten Ernst in dieser Hinsicht beurkunden. Mögen darum Ew. Königl. Maj. nicht unterlassen, sofort Allergnädigst erwähnte Anerkennung eintreten zu lassen, denn hierdurch allein können die Bande der Eintracht und Liebe zwischen Fürst und Volk wieder geknüpft und dem unmittelbar bevorstehenden gewaltsamen Umsturze vorgebeugt werden. In der Hoffnung auf Allergnädigste Berücksichtigung dieser Bitte verbleiben Ew. Königl. Majestät Allerunterthänigst treugehorsamste" (Folgen die Unterschriften.) (Fkftr. J.)

Karlsruhe, 10. Mai. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer begründete Häusser seine Interpellation auf Festhaltung an der Reichsverfassung und auf thatkräftige Unterstützung der Reichsversammlung. In einem gediegenen Vortrage weist derselbe nach, daß es jetzt an einer einfachen Anerkennung der Reichsverfassung nicht mehr genüge, sondern daß vielmehr die badische und alle konstitutionellen Regierungen, welche dieselbe bereits anerkannt haben, auch dafür einstehen müssen. Er verlangt insbesondere von unserer Regierung, daß sie an den Verhandlungen, die wegen der Revision der verkündeten Reichsverfassung stattfinden sollen, keinen Antheil nehme, daß sie ferner das Linienmilitär, wie auch die Bürgerwehr, sowie sämmtliche badische Staatsbürger alsbald auf die Reichsverfassung beeidigen lasse, und daß sie endlich die sofortige Einleitung zur Vornahme der künftigen Reichstagswahlen treffe. Staatsrath Bekk erklärt: Er wolle sich in die Einzelheiten des Häusserschen Vortrags nicht weiter einlassen, sondern ganz einfach erwiedern, daß die Regierung, was der Kammer bekannt sey, die Reichsverfassung schon längst und unbedingt anerkannt, solche auch im jüngsten Regierungsblatte als für Baden bindend verkündet habe. An dem Kongresse in Berlin werde sie auf keinerlei Weise Antheil nehmen, dagegen für die alsbaldige und allgemeine Beeidigung auf die Reichsverfassung Sorge tragen. Was die Anordnungen der Wahlen zum künftigen Reichstage betreffe, so würden auch diese keinem Anstande unterliegen. Diese Erklärung wurde mit einem lauten Bravo entgegengenommen, und sodann durch Mittermaier, nach einem längern Vortrage, die Häusserschen Anträge in folgender Weise formulirt: „Die zweite Kammer beschließt: 1) Die großherzogliche Staatsregierung zu ersuchen, unverzüglich die Beeidigung auf die Reichsverfassung, wenigstens der im Inlande befindlichen badischen Truppen, ferner der Bürgerwehr und der badischen Staatsbürger überhaupt zu verfügen; 2) die Einleitung zur Vornahme der Wahlen zum künftigen Reichstage anzuordnen; 3) jeden Angriff auf die Anerkennung und Wirksamkeit der Reichsfassung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln abzuwehren; 4) auf keinen Fall zu dem von der preussischen Regierung eingeleiteten Kongresse über Berathung der Revision der bereits verkündeten Reichsverfassung einen Bevollmächtigten zu senden, oder überhaupt an einer solchen Berathung sich zu betheiligen und im Einverständniß mit den Regierungen, welche bereits die Verfassung anerkannten, jeder Aufforderung zu einer oktroyirten Reichsverfassung mit Kraft entgegen zu treten." Nachdem Zell den Wunsch ausgesprochen und begründet hatte, daß dieser so wichtige Gegenstand nicht mit so großer Eile behandelt werden möchte, verlangt Bissing darüber Auskunft, ob die badische Regierung in Verbindung mit der darmstädtischen nicht früher schon einen Gesandten in der Person des Generals Schäfer nach Berlin geschickt habe und erhält durch Staatsrath Bekk zur Antwort, daß dieser schon vor längerer Zeit zurückgekehrt sey. Uebrigens habe er sich erklärt, daß Baden an den befragten Verhandlungen in Berlin keinen Antheil nähme, daher auch keinen Gesandten dorthin schicken werde. Buhl stellt noch schließlich den Antrag, daß gleich morgen sämmtliche Kammermitglieder auf die Reichsverfassung beeidigt werden sollen und die Regierung bis dahin eine Eidesformel entwerfen möge. Staatsrath Bekk erwiedert in letzterer Beziehung, die Eidesformel sey schon gegeben, indem nur dem Eide, welchen jeder neu eingetretene Abgeordnete schwören müsse, noch

beigefügt werden kann; er [illegible]
Bei der Abstimmung wird sowohl Mittermaier's als auch Buhl's Antrag mit allen Stimmen gegen eine (Zell) angenommen und noch am Schlusse der Vormittagssitzung durch Staatsrath Bekk der Kammer eröffnet, daß Se. k. Hoheit der Großherzog am 19. d. Mts. den Landtag schließen werde. In der Nachmittagssitzung wurden die einzelnen Artikel des Gesetzentwurfs, worüber wir später berichten werden, berathen. Nächste Sitzung morgen. Tagesordnung: Beeidigung auf die Reichsverfassung und Fortsetzung der heutigen Verhandlungen.
(Schw. M.)

Mannheim, 10. Mai. Die preussische Regierung hat der Versammlung zu Frankfurt wieder eine neue Lehre gegeben; sie hat auf die Beschlüsse vom 4. Mai, durch welche die Regierungen, die einzelnen Körperschaften und das Volk zur Durchführung der Verfassung aufgefordert werden, der Zusammentritt des neuen Reichstags auf den 22. August und die Vornahme der Wahlen auf den ersten August festgesetzt ist, die Erklärung abgegeben, daß sie diese Beschlüsse in keiner Weise anerkennen und einen Versuch zu selbstständiger Durchführung der Verfassung von Seiten des Volkes als gesetzwidriges Treiben, als Auflehnung und Revolution betrachten und bekämpfen werde. Nicht besser ist es dem Unterstaatssekretär Bassermann mit seiner Mission gegangen. — Man hat ihm geantwortet, die Centralgewalt solle sich nicht in die inneren Angelegenheiten der preussischen Regierung mischen, die dem Lande schuldig sey, „die Ruhe und Ordnung mit starker Hand zu wahren und aufrecht zu erhalten"; wolle ihr die Centralgewalt diese „Aufgabe" erleichtern, so könne das die königliche Regierung nur freuen. Das ist doch gewiß fürchterlicher Hohn. Und da will man immer noch nicht sehen, daß der Bruch unheilbar ist?
(Mannh. Abdz.)

Freiburg, 9. Mai. Nachdem gestern der Fickler-Bornstedtsche Prozeß beendet war, begann bereits heute schon das gerichtliche Verfahren gegen fünf andere der Theilnahme an dem Septemberaufstand Angeklagte: nämlich: Baumann aus Lahr, Landgut und Schnerf aus Efringen, Lesebre aus Berlin und Meyer, Professor aus Rom. Nach Constituirung des Gerichtshofs begann das Zeugenverhör, das kein großes Interesse darbot, und mit welchem in morgiger Sitzung fortgefahren werden wird.
(Frft. O.-P.-Z.)

In Heidelberg ist der Abgeordnete der deutschen Reichsversammlung **Welcker** vom Volk verhöhnt und mit Steinen geworfen worden.

** **Frankfurt**, den 10. Mai. (Nachmittagsitzung der konstituirenden Reichsversammlung.) Die Deputation tritt ein, über den Erfolg ihrer Sendung erstattet Raveaux Bericht: Die Deputation begab sich zu dem Erzherzog-Reichsverweser. Das Ergebniß der Unterredung ist Folgendes: Der Sprecher der Deputation, Abgeordneter Raveaux, theilte dem Reichsverweser den von der Versammlung gefaßten Beschluß unter wörtlicher Vorlesung mit. Der Reichsverweser antwortete: Nach dem Gesetze und dem konstitutionellen Gebrauche steht der Reichsverweser in keiner direkten Beziehung zur Reichsversammlung, sondern nur durch ein verantwortliches Ministerium. Daß das bisherige interimistische Ministerium abgetreten ist, ist richtig; aber erst heute morgen, deshalb habe ich noch kein neues bilden können. Das zu bildende Ministerium wird der Reichsversammlung meine Antwort auf die mir überreichten Beschlüsse mittheilen. Auf die Frage des Sprechers: ob Se. kaiserl. Hoheit geneigt sey, ein Ministerium zu bilden, welches die Verfassung und die mitgetheilten Beschlüsse durchzuführen übernehme? erwiederte der Reichsverweser: „Ich werde ein Ministerium bilden, das nach meiner Ansicht den Bedürfnissen der Zeit gemäß handeln wird. Auf die fernere Bemerkung, daß die Zeit dränge, und daß bei längerer Ungewißheit über die Stellung der Centralgewalt zur Reichsverfassung und deren Durchführung die Gefahren immer größer würden, erwiederte der Reichsverweser: Ich habe nie gesäumt, ich bin ein alter Soldat; ich werde rasch handeln. Ich kenne meine Pflicht gegen das Vaterland und werde Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten. Auf die Entgegnung: man sey überzeugt, daß Se. kaiserliche Hoheit die Ordnung und Ruhe nach unten aufrecht erhalten werden; aber die Ruhe und Ordnung sey jetzt durch die Fürsten, welche die Verfassung nicht anerkennen wollen, gestört, und gegen diese Störung seyen die betreffenden Beschlüsse ebenfalls gerichtet; und man wünsche Gewißheit darüber zu erhalten, ob das zu ernennende Ministerium auch bestimmt sey, in letzterem Sinne zu wirken? erwiederte der Reichsverweser: Das sind Prinzipien. Sie handeln nach Ihren, ich nach meinen; darüber können wir hier keine Polemik führen. Auf die schließliche dringende Anfrage, mit Hinweisung auf die Gefahr des Augenblickes: bis wann das Ministerium spätestens ernannt seyn könnte: — erfolgte die Antwort: Das kann ich nicht sagen. Es kann in drei Minuten, drei Stunden, vielleicht auch in drei Tagen geschehen. Verlassen Sie sich darauf, daß ich meine Pflicht thun werde als redlicher Mann. Frankfurt a. M., den 10. Mai 1349 Raveaux, v. Reden, Hollandt, Kirchgeßner, Klaussen, Löwe aus Kalbe, Zell, Jucho, Hallbauer, Eckert, Rösler aus Wien.

Raveaux fügt mündlich hinzu, daß der Erzherzog-Reichsverweser nach jeder seiner Antworten eine Verbeugung gemacht habe, als ob sich die Deputation als entlassen betrachten solle. Sie habe es aber für ihre Pflicht gehalten, die Unterredung so weit fortzuspinnen. — Von Schüler von Jena, Tafel von Stuttgart, L. Simon und Genossen wird der Antrag gestellt — und dem Gegenstand die Dringlichkeit zuerkannt — der Dreißigerausschuß habe sofort in Berathung zu treten, um bis zur morgenden Sitzung Maßregeln nach der Lage der Sache zum Vorschlage zu bringen. Einen ähnlichen Antrag hat Gotitz eingebracht mit dem Zusatze, den Dreißiger-Ausschuß zu ermächtigen, daß falls der Erzherzog nicht binnen kürzester Zeit ein zur Ausführung der heutigen Beschlüsse bereites Ministerium ernenne, die geeigneten Maßregeln selbst zu verfügen. Wedekind, daß die Reichsversammlung die unterm 28. März bedingt eingegebene Resignation des Erzherzogs nunmehr annehme und für morgen 10 Uhr die Wahl eines neuen Reichsverwesers ansetze. Wesendonck: Auf Ernennung eines Fünfer-Ausschusses zur Ausführung der Beschlüsse der Reichsversammlung solange der Reichsverweser kein Ministerium habe. v. Soiron beantragt einfach, sämmtliche Anträge sowie die Antwort des Reichsverwesers an den Dreißiger-Ausschuß zu verweisen und von diesem darüber Bericht in morgender Vormittagsitzung erstatten zu lassen. — L. Simon verliest, um die obwaltenden Rechtsverhältnisse festzustellen, die Antwort, die der Erzherzog-Reichsverweser der nach Wien entsendeten Deputation bei Uebernahme seiner Würde ertheilte und die Verhandlung, die bei seinem Amtsantritt in der Paulskirche stattgefunden. Dazu das Gesetz über die Errichtung der provisorischen Centralgewalt der Reichsversammlung mit ihren Strafandrohungen gegen Jeden, der sich eines Angriffs dagegen schuldig macht. Im Uebrigen begnügt er sich damit, wenn der Antrag Soirons angenommen würde. Wedekind ergreift ebenfalls das Wort zur Vertheidigung seines Antrages, wornach der Schluß der Debatte beliebt wird. Die Abstimmung entscheidet sich für den Antrag Soiron's. Der Dreißiger-Ausschuß wird demnach in der morgenden — Mittags 12 Uhr zu eröffnenden — Sitzung über die heutigen Anträge, sowie über die Antwort des Reichsverwesers Bericht zu erstatten haben." Ein dringlicher Antrag von Schlöffel, Titus etc., den Erzherzog Johann als Feind des deutschen Volkes zu erklären und ihn durch einen Vollziehungsausschuß zu ersetzen, findet keine Unterstützung.

** **Frankfurt**, 11. Mai. [218. Sitzung des konstituirenden Reichstags. Vorsitzender Reh aus Darmstadt.] Zwölf Preussen desertiren aus der Versammlung. Simson legt die Präsidentschaft wegen Kränklichkeit nieder. Von dem Präsidium der würtembergischen Abg. gelangt an die verfassunggebende Reichsversammlung ein Schreiben, welches die Beschlüsse der dortigen Kammer in Bezug auf das preussische Einschreiten in Sachsen und auf Aufstellung eines Reichsheeres enthält, sowie das Verlangen an die Regierung richtet, daß der deutschen Centralgewalt die gesammten würtembergischen Streitkräfte zur Verfügung gestellt werden. (Allgem. Beifall.) Eine große Anzahl von Adressen ist eingelaufen, die an die Reichsversammlung die dringende Aufforderung richten, treu bei dem Werke auszuharren und die sie ihres unbedingten Beistandes versichern. Die Personen und Orte ihres Ursprungs werden namentlich bezeichnet. In Bezug auf obige Austrittserklärungen entspinnt sich eine Debatte in Bezug auf die Behörde, welcher die Einberufung der Stellvertreter obliegt. Zell: So lange kein neues Ministerium ernannt ist, ist das alte für jeden Schritt der Regierung verantwortlich, sonst wären wir ohne Regierung. v. Gagern bestätigt das mit der Bemerkung, daß ihm der Reichsverweser auch heute morgen die beschleunigte Bildung eines neuen Ministeriums zugesichert habe. Raveaux hat dem Reichsverweser den gestrigen Deputationsbericht vorgelegt und durch das Sekretariat Sr. kais. Hoheit die Bescheinigung erhalten, daß der Bericht als wahrheitsgetreu anerkannt werde. Darnach werden die beiden vom Dreißigerausschusse der heutigen Berathung unterzubreitenden Berichte — ein Mehrheits- und Minderheitserachten — weil sie in der Kürze der Zeit noch nicht gedruckt sind, durch Verlesung mitgetheilt. Der Unterschied der Meinung ist so groß, daß die Unterzeichner des Minderheitserachtens aus dem Dreißigerausschusse ausgetreten sind. Die Mehrheit will nämlich: 1) Beeidigung der Versammlung auf die Verfassung; 2) Beeidigung des Reichsverwesers; 3) Beeidigung der Soldaten und Beamten; 4) Zusammenziehung eines Reichsheeres aus den Staaten, welche die Verfassung anerkannt; 5) Deputation an den Reichsverweser, um ihn aufzufordern, das Reichsministerium zu ernennen. Die Minderheit dagegen: Uebergang zur Tagesordnung über sämmtliche Anträge.

Welcker: wenn Diejenigen in Deutschland, die berufen sind, die Reichsverfassung zu vertheidigen, fest an ihr halten, so wird sie durchgesetzt werden trotz des Widerstrebens der Könige! Wehe den Thronen, die auf Grund dieser Verfassung den Bürgerkrieg entzünden. Für unsere Sache bedürfen wir ein starkes Heer, denn eine starke Macht steht uns gegenüber. Das unglückselige Ministerium in Berlin, welches in Berlin eine stuartsche Politik in Bezug auf den Thron in Preussen und auf alle deutschen Throne befolgt, hat in einem seiner Organe auf russische Unterstützung der preussischen Politik hingewiesen. Dies ist ein Grund mehr für uns, dahin durch geeignete Mittel zu wirken, daß in den Staaten, welche die Verfassung anerkannt haben, eine gehörige Organisation der Streitkräfte Statt findet. Die 29 Regierungen, und die Regierungen von Sachsen, Bayern und Hannover dazu müssen wir mit uns vereinigen. Wir müssen wirken wie ein centralisirter Staat. Die große Armee ferner, die wir zusammenbringen, muß durch eine feste Disciplin vereinigt werden. Die Verfassung gibt diese Disciplin und den nöthigen Zusammenhalt, daher sich Hr. Welcker für den Eid auf die Verfassung und überhaupt für die Vorschläge der Mehrheit erklärt. Weiß gegen den Eid auf die Verfassung.

Raveaux von Köln erklärt als die eine dieser beiden extremen Parteien die der rebellischen Fürsten und die Volksvertreter, die jetzt ihren Platz verlassen, für Volksverräther. Dann bezeichnet er die Lage der Versammlung gegen das Ministerium, gegen die zu „ihrem Schutz aufgestellten" Truppen des Todfeinds der Verfassung. Daß es bei Kreuznach noch nicht von Soldaten wimmele, liege nur an der Widerspenstigkeit der Landwehren. Je mehr Landwehr sich einkleiden läßt, desto weiter rückt die Linie vor. Wollen wir warten, bis das ermüdete Volk für die Oktroyirung hinlänglich empfänglich ist? Der Bürgerkrieg ist da, blicken Sie auf Dresden — Deutschlands Ehre ist befleckt. Hat man denn nur kalten Verstand und kein Herz für die Bewegungen der Gegenwart! Und selbst der kalte Verstand scheint gelitten zu haben, weil alle seine Berechnungen fehlschlagen. Die Centralgewalt muß mit uns gehen, oder sie muß fallen.

Hirmann aus München: Die Reichsversammlung hat den Fehler begangen, die Regierungen von dem Verfassungswerke auszuschließen. Sie hat ferner den Fehler begangen, den König von Preussen, sobald er die Oberhauptswürde abgelehnt hatte, nicht sofort durch die Wahl eines andern Oberhaupts zu ersetzen. Ich rathe Ihnen, von dem betretenen Wege abzugehen, und einen andern einzuschlagen. Ernennen Sie sofort ein Reichs-Oberhaupt, das die Verfassung vollzieht. Sie brauchen ein Heer — das Reichsoberhaupt wird es haben und in Bewegung setzen. Auch Oesterreich muß die Gelegenheit des Wiederanknüpfens gegeben werden. Das Letztere, und überhaupt die nöthige Revision der Verfassung würde dann die Aufgabe des nächsten Reichstags seyn, der mit der Vollmacht einer konstituirenden Versammlung zu bekleiden wäre. Seltsamer Weise ist es der — Erzherzog Reichsverweser, den der Redner sodann als den Fürsten nennt, welchem die Gewalt des Reichsoberhaupts zu übertragen wäre. Hagen von Heidelberg als Berichterstatter der Mehrheit führt zur Verstärkung der Gründe für die Beeidigung ein Schreiben der kurhessischen Regierung an, aus welchem hervorgeht, daß auch in diesem Staate nur die Anordnung von Seiten der Centralgewalt zur Beeidigung erwartet werde. Da Hollandt den Verschiebungsantrag des Herrn Zell wieder aufnimmt, so findet die Abstimmung zunächst darüber statt, ob die Versammlung mit ihren Beschlüssen bis morgen 9 Uhr auf die Ernennung eines Ministeriums warten wolle. Dies wird abgelehnt und dagegen angenommen der dem Sinne nach näm-

liche Antrag, daß in Berücksichtigung der Mannigfaltigkeit und Verschiedenartigkeit der vorliegenden Anträge die Abstimmung auf morgen verschoben werde. Es erfolgt noch eine dringliche Anrufung von L. Simon an das interimistische Kriegsministerium, ob letzte Nacht österreichische Truppen in Frankfurt eingerückt, und was ihre Aufträge seyen? Gagern: Der Theil eines österreichischen Bataillons, der von Hamburg zurückkehrte, ist durch Frankfurt gegangen, sonst meines Wissens Niemand. Von einem Befehle an sie, das Tragen gewisser Abzeichen zu verweigern, ist mir nichts bekannt.

Frankfurt, den 11. Mai. Herr Eisenstuck ist in seiner Eigenschaft als Reichskommissär abberufen. (D. Z.)

Frankfurt, 11. Mai. Reisende, welche von Mannheim kammen, berichten, daß in der Stadt ein förmlicher Aufstand ausgebrochen. Man wollte keinen Durchzug von Truppen gestatten. Das Militär feuerte, und, wie es heißt, sind einige Leichen auf dem Platze geblieben. (D. Z.)

Frankfurt, 10. Mai. Das heute in der Rede des Abgeordneten Vogt in der Nationalversammlung durchblickende Gerücht, als habe das weimarische Ministerium, trotz seines Beitrittes zu der Note der 28 Regierungen, Abänderungen in der von der Nationalversammlung beschlossenen deutschen Verfassung verlangt und werde demzufolge wahrscheinlich die Berliner Konferenz beschicken, können wir aus sicherer Quelle als völlig ungegründet bezeichnen. (D. Z.)

Frankfurt, 10. Mai. Am 13. d. M. soll in Offenbach eine große Versammlung von Offizieren der Volks- und Bürgerwehr, so wie der bereits gebildeten Freikorps aus der ganzen Umgegend stattfinden. Man will sich über einen gemeinschaftlichen Organisationsplan und über die Wahl eines gemeinschaftlichen Chefs besprechen und desfallsige Beschlüsse fassen. (Frkft. J.)

Hannover, den 8. Mai. [Aufruf der Deputation an das hannoversche Volk.] Die Abgeordneten der Gemeinden und Vereine sind zu denen zurückgekehrt, die sie gesandt. Heute fand eine Besprechung der noch hier anwesenden Abgeordneten statt; für Freudentheil, der erschöpft von der Mühe war, Sitzungen zu leiten, die fast einen ganzen Tag in Anspruch genommen hatten, präsidirte Dr. Nolte. Die Proklamation, die an das Land gerichtet wird, wurde verlesen; sie lautet: „An das deutsche Volk: „Die Stunde der Entscheidung ist gekommen auch für unser Land. Aufgerufen von seinen rechtmäßigen Vertretern in Frankfurt: der Reichsverfassung auch hier im Lande Geltung zu verschaffen, entsandte das ganze Land seine Deputirten nach Hannover, um seinem Könige die Wünsche des Gesammtvolks — inniges Festhalten am einigen Deutschland — friedlich vorzutragen, und eben dazu die unerläßlichen Forderungen zu stellen: 1) Die Reichsverfassung sammt Wahlgesetz, wie beide von der Centralgewalt verkündet, unbedingt anzuerkennen, und dem von der Reichsversammlung gewählten oder noch zu wählenden Reichsoberhaupte sich zu unterwerfen. 2) Die Ständeversammlung sofort einzuberufen. 3) Das jetzige, dem Volkswillen schnurstracks entgegentretende Ministerium zu entlassen, und durch ein volksthümliches zu ersetzen. Nichts davon ist zur Wahrheit geworden. Nicht einmal vorgelassen ist die Deputation, welche, aus der Mitte aller Vertreter gewählt, zum Könige entsandt worden, ihr Gesuch, Seiner Majestät die dringenden und einstimmigen Wünsche seines Volks vortragen zu dürfen, ohne Angabe der Gründe zurückgewiesen. Gleichen Erfolg hatte schon früher bei den Ministern eine andere Deputation, — vollständige Verleugnung der Rechtsgültigkeit der Reichsverfassung war hier die Antwort. Möge das hannoversche Volk erkennen, daß alle friedlichen Mittel zur Lösung der großen deutschen Frage in Hannover erfolglos angewandt sind, und zurückwälzen darf es alle traurigen Folgen auf eine Regierung, welche hartnäckig der deutschen Einheit widerstrebt, ihr Ohr verschließt den Wünschen des ganzen Landes. Zeigen aber möge auch nun das hannoversche Volk, daß es werth ist, ein deutsches Volk zu heißen. Hannover, den 7. Mai. Der von sämmtlichen Deputationen gewählte Ausschuß und Namens desselben Ebeling, Dr. Stüve. Eduard Luders. Nolte, Dr. Plathner, Dr. Baurmeister.

Plathner berichtete über den Erfolg einiger Unterredungen von Abgeordneten mit den Ministern. Stüve hatte den Deputirten eines Magistrates in seiner diktatorischen Weise geantwortet, so lange er Minister sey, werde die Reichsverfassung nicht anerkannt. Bei Bennigsen waren der Magistratdirektor Ebell, der Stadtgerichtsdirektor und einige andere Männer aus Göttingen. Bennigsen sagte ihnen: das Ministerium wird nie eine Reichsverfassung anerkennen, die von einer Majorität beschlossen wurde, die erkauft war. — Ist es weise, in die Flammen, die in Deutschland lodern, noch das Oel der Verdächtigung zu gießen? — Dr. Nolte sagte nach dem Berichte Plathners: ja die Linke hat sich erkauft, sie hat der Rechten Manches gegeben für Zugeständnisse an die Freiheit. — Nach Göttingen sind, wie es heißt, einige Stücke ultima ratio regum, eine Batterie und eine gute Anzahl Soldaten gesandt zum Kampfe gegen die Reichsverfassung; am Harze gährt es auch. Nach Osterode hat man Truppen befördert, mit ihnen einen Amts-Assessor als Regierungskommissär mit unbeschränkter Vollmacht. (Wes. Z.)

Darmstadt, 8. Mai. Vorgestern kam mit einem Extrazuge von Frankfurt her ein Regiment bayerischer Infanterie, welches nach der Pfalz bestimmt war. Die Gemeinen sahen sehr fröhlich aus und riefen ein Vivat (wem, war nicht erkennbar); die Offiziere sahen verlegen drein. Folgende Ansprache ward in vielen gedruckten Exemplaren in die Waggons geworfen: „Soldaten! Ihr seyd Bürger, Söhne des Volkes! Das Volk hat Euch ausgerüstet, um seine Freiheit und seine Rechte zu schützen! Ihr werdet wissen, was Ihr zu thun habt, wenn man Euch gegen das Volk führt, dessen Freiheit und Verfassung Ihr vertheidigen sollt im Namen Euerer Väter, Euerer Mütter, Euerer Brüder; im Namen unseres deutschen Vaterlandes fordern wir Euch auf, führt die Waffen nicht gegen das Volk! Fechtet namentlich nicht gegen Die, welche die Nationalversammlung und die von ihr beschlossene Reichsverfassung aufrecht erhalten wollen, zu deren Schutz auch Ihr verpflichtet seyd. Soldaten! Deutschland zählt auf Euch! Unauslöschliche Schande würde den treffen, der die Waffen auf seine Brüder zückte! Bedenkt, daß Ihr doch einst einmal wieder an Eueren häuslichen Herd zurückkehrt und dann Bürger seyd, wie Die, gegen die man Euch jetzt führen will! Es lebe das deutsche Volk! Es lebe das brave deutsche Heer! Viele Bürger Darmstadts. (Frkft. J.)

Wiesbaden, den 10. Mai. Das nassauische Ministerium hatte mit Bezug auf den Beschluß der Nationalversammlung vom 7. l. M. die von der Kammer beantragte Beeidigung der Truppen und Beamten abgelehnt. Heute nun wurde von der Kammer auf Antrag des Abgeordneten Lang, welcher von den Abgeordneten Müller II., Raht und Snell dringend unterstützt und hierbei nachgewiesen wurde, daß die Stellung der Nationalversammlung und Centralgewalt in dieser Beziehung eine andere als die der Einzelstaaten sey; daß ferner die Motive des Reichsministeriums für die Ablehnung der Beeidigung von der Einzelregierung nicht geltend gemacht werden könnten, mit 23 gegen 9 Stimmen der Beschluß gefaßt: „das nassauische Ministerium wiederholt aufzufordern, die Beeidigung der Truppen, Beamten und Bürgerwehr auf die Reichsverfassung sofort vorzunehmen. (Frkf. J.)

Marburg, den 8. Mai. Die hiesigen Studenten bilden ein Schützenkorps, das sich zum Schutze der Reichsverfassung und der Nationalversammlung zu stellen und im Nothfall zu diesem Zwecke auch ausserhalb der kurhessischen Gränze zu wirken bereit ist. (Frkft. J.)

Berlin, den 9. Mai. Heute um 12 Uhr wurden dem Könige in Charlottenburg die Bevollmächtigten der deutschen Regierungen, welche in Folge der Aufforderung vom 28. v. M. hier eingetroffen sind, vorgestellt. Hr. v. Radowitz ist mit der Leitung der Verhandlungen beauftragt. (Frkft. O.-P.-Z.)

†*† **Berlin**, 10. Mai. Die Berichte der rheinischen und westphälischen Behörden über die Bewegungen unter der Landwehr jener Provinzen haben sofort zu Ministerialberathungen geführt und werden wahrscheinlich die Verstärkung der dortigen Linienbesatzungen zur Folge haben. — Das Gerücht über einen bevorstehenden Ministerwechsel erhält sich. Die HH. v. Manteuffel und v. Rabe sollen in Bezug auf die Oktroyirung eines neuen Wahlgesetzes gegen alles Erwarten auf Rechtsskrupel gestoßen seyn, die auch Herr v. Strotha theilt. Ueber die Nothwendigkeit einer Abänderung des Wahlmodus ist man im Kabinet übrigens vollkommen außer Zweifel, und es herrscht in dieser Beziehung keinerlei Meinungsverschiedenheit. Seltsamerweise ist gerade, wie aus guter Quelle uns versichert wird, der Minister der Justiz, das jüngste Mitglied des Ministeriums, dem auch die Rechtsfrage ganz unzweifelhaft ist. Hr. Simons würde mithin auch in das neue Kabinet übergehen: ebenso Hr. v. Ladenberg, dem die Elasticität seiner politischen Ueberzeugung die Theilnahme an sämmtlichen Ministerien, die seit dem Auerswald-Hansemann'schen in Preussen bestanden, gestattet hat. — Die Cirkularnote, in der das preussische Kabinet die übrigen deutschen Regierungen auffordert, Bevollmächtigte zur Verständigung über die deutsche Verfassung nach Berlin zu senden, hat zum Theil schon die gewünschten Früchte getragen. Außer den Bevollmächtigten für Hannover, Bayern und Sachsen sollen auch mit Instruktionen versehene Geschäftsträger von Würtemberg und Braunschweig sich zu diesem Zwecke hier befinden.

Elberfeld, den 8. Mai. Gestern Abend kam es hier zu unruhigen Auftritten. Die Polizei riß mehrere gegen das Ministerium gerichtete Plakate ab und in Folge davon griff man dieselbe an, und zwang sie, die Plakate an den Thüren des Bureaus wieder anzuheften, wobei das Volk Wache stand. — Gegen Abend verbreitete sich das Gerücht, es rücke Militär an, weshalb die Landwehr sich bewaffnete und den Bürgermeister zwang, mit zum Bahnhof zu gehen, um den Einzug des Militärs zu verhindern. Am Casino flüchtete er sich jedoch und das Volk demolirte das schöne Gebäude. Während die Landwehr nach dem Bahnhof zog, erschien die bewaffnete Macht und hieb unter das nachziehende Volk ein. Mehrere Verwundungen kamen vor. Das Volk sammelte sich indeß wieder und zog zum Rathhaus, in dem die Bürgerwehr zu dessen Vertheidigung aufgestellt war. Es liegt viel Munition in demselben, deren Auslieferung jedoch verweigert wurde; ein Versuch zum Eindringen wurde vereitelt. Heute Morgen 8 Uhr steht die Landwehr völlig bewaffnet und sieht der Ankunft des Militärs entgegen. Bewaffnete Proletarier und auch fremde Landwehren haben sich der hiesigen angeschlossen. Die Bürgerwehr wird nicht gegen die Landwehr ziehen, sondern nur den Pöbel im Zaume halten. Sollte Militär kommen, so kann es nur bei großer Anzahl auf Erfolg rechnen. (Frkft. J.)

Elberfeld, den 7. Mai. So eben wird hier an allen Straßenecken folgendes großgedruckte Plakat angeschlagen: „Aufruf an alle Landwehrmänner des Großherzogthums Berg und der Grafschaft Mark. Das volksverrätherische Ministerium Brandenburg-Manteuffel benutzt jedes ungesetzliche Mittel, um die errungenen Freiheiten zu unterdrücken. Wir betrachten insbesondere die Einberufung der Landwehr ersten Aufgebots als ein solches, da dadurch nicht allein Massen Familienväter ohne allen Grund ihren Angehörigen entrissen, sondern die beste Stütze des Volks benutzt werden soll, gegen ihre Angehörigen, gegen alle Freiheitsbestrebungen die Waffen zu kehren, um der Kontre-Revolution der preussischen Kamarilla zu dienen. Wir vertrauen der Ehrenhaftigkeit aller unserer Kameraden, daß keiner der Aufforderung Folge leistet und Jeder entschlossen ist, wie ein Mann zusammenzuhalten und gegen diese ungesetzliche Aufforderung nöthigenfalls mit den Waffen in der Hand feierlich zu protestiren. Die Zeit des passiven Widerstandes ist vorüber, wir können nur noch durch gemeinschaftlich energische Handlungen unsern Zweck erreichen. Es gilt nur noch einen letzten entscheidenden Kampf, da jede Vermittlung zwischen dem volksfeindlichen Ministerium und der Nation unmöglich geworden ist. Wir fordern daher alle Landwehrleute auf, sich morgen den 8. Mai, so früh wie möglich, mit ihren Waffen hierselbst zu versammeln. Die Ankommenden melden sich bei dem unterzeichneten Komite, was sich bei Böttger auf der Wilhelmshöhe permanent erklärt hat. Einigkeit macht stark und wir werden siegen, wenn wir einig sind. Elberfeld, den 7. Mai 1849. Das Komite: Hillmann. Pothmann. Kirberg. Leuffer." (D. Z.)

Dresden, 10. Mai. Zwischen dem Abzuge der Insurgenten und dem Nachrücken der Truppen lagen spannende Momente. Um 8 Uhr Morgens flüchteten die letzten Haufen der Aufrührer durch die Seegasse. Drei Mal drei Schläge der Kreuzthurmglocke gaben das Zeichen dazu. Jetzt blieb der Altmarkt ungefähr eine halbe Stunde ganz leer; die Hausthüren waren geschlossen, die Anwohner harrten ängstlich der Dinge, die da kommen sollten. Einzelne Soldaten ließen sich blicken, es fiel hier und da noch ein Schuß, und sie zogen sich schnell wieder zurück. Endlich rückten ganze Abtheilungen vor, bis sich allmälig der Markt mit Pickelhauben und Käppis füllte, und die Besitznahme des Rathhauses erfolgte, wo Advokat Klöre, als Vorstand der Stadtverordneten, und Dr. Minckwitz als Stadtrath allein zurückgeblieben waren. Vor dem Rathhause fand man auch die drei kleinen Kanonen der Insurgenten, aus welchen sie mit einpfündigen cylinderförmigen Eisenstücken oder mit Flintenkugeln gefeuert haben. Heute Morgen erfolgte vor dem Rathhause die Waffenablieferung. In Neustadt

marschirten seit früh 6 Uhr Truppenabtheilungen ab, und ...
an. Nach Freiberg und Chemnitz sind mehre Geschütze der reitenden Artillerie, einige Schwadronen leichter Reiterei, das Leibinfanterieregiment, und mehre Compagnien Preussen abgegangen, ebenso nach Pirna sächsische Schützen und Infanterie. Dafür sind wieder viel Preussen, Landwehrinfanterie, Husaren und Uhlanen, welche letztere auf den Dörfern stationirt sind, eingetroffen. Gegen halb 6 Uhr Abends fand unter militärischen Ehrenbezeigungen das Begräbniß der im Kampfe gefallenen preussischen Offiziere statt. (D. A. Z.)

Aus dem nördlichen Schleswig, 7. Mai. Unsere letzte wichtige Nachricht vom Einrücken der Reichstruppen in Jutland, die wir als authentisch mittheilten, ist authentisch. Das Vordringen geschieht en masse und die beiden Generale Prittwitz und Bonin werden gemeinsam mit einander operiren. Man rückt gleichzeitig gegen Veile und Fridericia vor. Was man mit letztgenannter Festung beabsichtigt, ist uns zwar bekannt, allein zufolge der letzten Aufforderung der schlesw.-holstein. Statthalterschaft halten wir uns nicht berechtigt, etwas darüber zu veröffentlichen, ehe der Plan zur geschehenen Thatsache geworden. Vorläufig bildet eine hinlängliche Anzahl Reichstruppen die Verbindungskette zwischen der Armee in Jütland und im Sundewitt. Die Dänen sollen bei Veile 19 Eskadronen Kavallerie stehen haben, wir haben deren 40; auch unsere Artillerie ist der dänischen bei Weitem überlegen. Von dem Muth, der Streitlust der Unsrigen zu reden, halten wir für überflüssig. — General von Prittwitz hat an die Jütländer eine schon am 29. April ausgestellte Proklamation erlassen, in welcher er ihnen den bevorstehenden Einmarsch der deutschen Reichstruppen in Jütland ankündigt, sie des Schutzes ihres Eigenthums und ihrer Personen versichert und die bevorstehende Occupation von Jütland als eine Maßregel bezeichnet, welche dazu bestimmt sey, den Ersatz der von Dänemark aufgebrachten Schiffe und ihre Ladungen zu sichern. (H. Abdz.)

Flensburg, den 9. Mai. (Sieg der Deutschen über die Dänen bei Veile.) Am Montag den 7. Mai, ist es zwischen den Dänen und den vereinigten Reichstruppen in der Umgegend von Veile zum Kampfe gekommen. Die Schlacht begann früh sechs Uhr und dauerte den ganzen Tag bis Nachmittags fünf 5 Uhr. Um diese Zeit wurden die Schlachtreihen der Dänen von den Unsrigen auf allen Seiten zurückgedrängt und mußten sich auf Fridericia zurückziehen. — Da der Kampf bei Veile begonnen haben soll, Fridericia aber rückwärts nach Kolding zu liegt, scheint es fast, als wären die Dänen ... Kampf wurde von beiden Seiten mit großer Erbitterung geführt und ist sehr blutig gewesen. Einzelheiten fehlen noch; hier durchkommende Offiziere, welche in der Nähe der Wahlstatt sich befanden, erzählen, daß von den Schleswig-Holsteinern am meisten das 9. und das 1. Jägerbataillon gelitten haben. Vom ersteren fielen allein drei Stabsoffiziere und ein großer Theil der Mannschaft wurde kampfunfähig gemacht. Von den Reichstruppen nahmen das 12. und 14. Regiment der Preussen und eine bayerische Truppenabtheilung am Kampfe Theil. Die gestrige Abendpost, die nach 10 Uhr Nachts hier ankam, bestätigte obige Mittheilungen, brachte aber zugleich noch die Nachricht, daß schon früh 6 Uhr der Kampf aufs Neue und zwar, dem Kanonendonner nach zu schließen, auf zwei verschiedenen Punkten entbrannt sey. Ohne Zweifel ist demnach die Festung Fridericia von den deutschen Truppen angegriffen worden. In Christiansfeld waren zwei Wagen mit Verwundeten angekommen. Noch gegen Mittag hatten die nach Schleswig Reisenden den dumpfen Donner des Geschützes vernommen. — Gestern ging hier in großer Eile ein sächsischer Kurier nach dem Norden durch. (Lpz. Z.)

Schleswig, 5. Mai Auch die Insel Sylt ist in diesen Tagen von den Dänen geräumt: ihre kurze Herrschaft auf den Westsee-Inseln hat damit ein Ende genommen. Man spricht davon, daß eine Auslösung der Herrn Paludan und Meyer dergestalt im Werke sey, daß dagegen zwei in dänischen Diensten befindlich gewesene Stabsofficiere, welche als geborne Holsteiner im Herbste ihre Entlassung nehmen, ihres Ehrenworts, nicht gegen Dänemark zu dienen, entbunden werden sollen. Die beiden genannten Seeofficiere waren anfänglich im Besitze der zu ihren Schiffen gehörigen kostbaren Chronometer geblieben. Da dieselben aber Staatseigenthum waren, so sind sie nachträglich als Theil der Beute abgeliefert worden. (A. M.)

Schweiz.

Bern, den 9. Mai. General Dufour hat, so sehr er für die deutsche Freiheit begeistert ist, in Anbetracht seines Alters und seiner Stellung zur Eidgenossenschaft die Einladung in die Rheinpfalz abgelehnt. (Schw. M.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

zur Mittelfränkischen Zeitung.

№ 19. Nürnberg, 14. Mai. 1849.

Schweiz.

eneral Dufour hat, so sehr er ... in Anbetracht seines Alters ... die Einladung in die ... (Schw. T.

...tlicher Redakteur: Dr. Friedrich ...

Bardenruf.

Rüstig Deutschland, auf! erwache
Winde Dich aus Schlummers Arm;
Sieh', es naht der Tag der Rache
Lind're Deiner Kinder Harm;

Lange haben sie geduldet,
Lange haben sie gefrohnt:
Blind' Vertrau'n nur hat's verschuldet,
War's, was grausam sie gelohnt.

Ha' für so viel Blut und Thränen,
Fließend mit dem Strom der Zeit,
Blieb Euch nichts als heißes Sehnen
Nach dem Kampfe, dem Entscheid'

Söhne Deutschlands, o, ermannet
Euch zum blut'gen Kampf am Streit!
O, vertreibt und verbannet
Alle Sclaven der Knechtheit

Laßt die leeren Worte fahren,
Wirk't auch Thaten groß und hehr,
Strebt Euch innig zu verbinden
Bürger, Proletarier!

Lehrer! Bildner deutscher Jugend,
Nähret in zarter Kindesbrust,
Schon den Keim jedweder Tugend
Daß er wachs' in ewiger Lust.

Daß er grüne, daß er blühe,
Daß er trag' Früchte schwer,
Golden und in reicher Fülle,
Einst dem Vaterland zur Ehr'

Brüder, Schwestern, auf! bereitet
Euch zum Siege oder Tod!
Mit uns ist und mit uns streitet
Vaterlandesliebe und Gott!

Hurrah! hoch dem Vaterlande!
Hurrah! tausendhoch, hurrah!
Ring' Dich los von Schmach und Schande,
Jungfrau Du — Teutonia!

So nur wird es uns gelingen
In der Freiheit sichern Hort,
Uns zur Einheit auf zu schwingen,
In des Friedens sichern Port.

Doch zur Freiheit zu gelangen
Glückt nur dem, der sie erstrebt;
Feurig ring er sie umfangen.
Feilen Sklaven wird sie nicht —

Wir haben vor wenigen Tagen aus Paris das französische Original der Erzählung: „ein Geheimniß" erhalten und werden dieselbe nun in Fortsetzungen bringen.

Die Redaktion.

Ein Geheimniß.

(Siehe Nro. 13.)

16.

Bei dem Fest, welches die Stadt Paris zu Ehren der Taufe des kaiserlichen Kronprinzen gab, hatte man in Bezug auf die Eingeladenen nicht dieselbe strenge Etiquette und ängstliche Standeswahl beobachtet, wie bei dem Ball der Königin Hortense. Hier traf man in bunter Reihe die höchsten Notabilitäten der Stadt aus allen Ständen, von den kaiserlichen Senatoren und Marschällen bis zu den Kaufleuten, deren Frauen, glücklich und stolz darauf, einmal in ihrem Leben Hofdamen zu spielen, in ihrer Tollette, besonders in Schmuck und Geschmeide, einen Luxus an den Tag legten, der, wenn auch manchmal von höchst zweideutigem Geschmack, doch großen Reichthum verrieth.

In solchen seltenen Fällen, in welchen Napoleon mit der Bourgeoisie von Paris in Berührung trat, zeigte er eine unbeschreibliche Liebenswürdigkeit, verschwendete er seine glücklichen Worte, die Allen im Gedächtnisse blieben, kurz, entwickelte er alle seine verführerischen Eigenschaften.

Er sprach mit Jedem von dem, was am meisten Interesse für ihn haben konnte, erkundigte sich mit Güte nach dem Stande dieses oder jenes Handelsunternehmens, nach den Bedürfnissen dieses oder jenes Industriezweiges, berührte selbst manchmal das Familienleben und riß diejenigen, welche ihr guter Stern in seine Nähe führte, durch seine wohlwollenden Worte hin, indem er sie seines mächtigen und väterlichen Schutzes versicherte.

So war auch dies Fest, durch welches man die Geburt eines Kindes verherrlichte, dessen Wiege ganz Frankreich mit all' seiner Liebe umgab, für die Bürgerschaft von Paris wieder ein Fest des Glückes und des Enthusiasmus.

Der Kaiser hatte befohlen, daß die Einladungen des Präfekten so zahlreich als möglich verbreitet werden sollten.

Man hatte deshalb die ohnedem schon ungeheuern Räumlichkeiten des Stadthauses noch vergrößert und in einem der innern Höfe in gleicher Höhe mit dem Hauptsaale einen ungeheuern Ballsaal errichtet, wodurch man im Stande war, dem Verlangen zu entsprechen, welches ein großer Theil der Bevölkerung empfand, diesem großartigen Feste beizuwohnen.

Einer unserer alten Bekannten, Herr Anatole Simonet, der unterdessen erster Schreiber des Herrn Bonami geworden, war nicht unter den Letzten, die sich um die ungemeine Gunst stritten, bei diesem Balle zu erscheinen.

Eine solche Ehre mußte ihn in den Augen seiner Kollegen, der Herren Schreiber, so hoch stellen und er betrachtete dieses Ereigniß als so ruhmreich für sein ganzes Leben, daß diese fixe Idee ihn Tag und Nacht nicht verließ. . . . .

Seine Tante, die Vertraute seines geheimen Kummers, fühlend, der schöne Anatole werde einen solchen Umstoß seiner stolzen Hoffnungen nicht ertragen können und zitternd, er werde den Spleen oder die Gelbsucht darüber bekommen, — seine Tante war seine Verbündete in dieser Sache geworden. Geschickt benützte sie ihre hohen Bekanntschaften und lief zu ner Tänzerin der Oper, die sie bei allen neuen Balleten Blumen schmückte, deren Gedächtniß aber in Bezug auf d Zahlen mindestens so leicht und flüchtig war, als ihre Bei Mit Hülfe einiger Guirlanden und Bouquets erhielt die Bl menmacherin durch den Kredit, den die Künstlerin bei eine alten General der Garde genoß, die so glühend gewünschte E ladungskarte für ihren feurigen und stolzen Neffen.

So kam Herr Anatole Simonet, erster Schreiber des Her Bonami, zu der Ehre, einer Soirée mit S. M. dem Kai Napoleon, König von Italien und Protektor des Rheinbund beizuwohnen.

Anatole ist übrigens nicht die einzige Person in dieser E zählung, die wir auf dem Stadthause wiederfinden.

Ein Mann von reiferem Alter, dessen Züge das Gepräg langer Leiden trugen, geschmückt mit dem großen Bande d Ehrenlegion, mit den höchsten Insignien der Armee bekleide erregte die allgemeine Aufmerksamkeit und Neugierde. Zu se nem hohen militärischen Rufe trat noch der Reiz eines Um standes, der ihm die allgemeine Theilnahme des Landes zu wandte.

Nach einem großen Siege hatte man diesen Mann zu de Opfern des Tages gezählt. Paris hatte ihn, auf ein vore liges Bülletin hin, todt geglaubt, und mit Freude sahen a Freunde des französischen Waffenruhmes den Marschall von A. auf dem Balle des Präfekten wieder.

Nach dreimonatlichem Krankenlager wurde der Herzo in die Hauptstadt zurückgebracht; aber während dieser dr Monate hatte er Zeit gehabt, über die grausamen Ereigniss in Spanien nachzudenken, so wie über die Enthüllungen, d ihm gemacht worden waren, deren Beweise er aber nicht meh in seinen Händen hatte.

Von nun an einen furchtbaren Plan verfolgend, den je doch die Zeit allein verwirklichen konnte, hatte er sich mi einem mächtigen, unerschütterlichen Entschlusse gewaffnet, wi nur eine so energische Seele, als die seinige, ihn zu fasse und zu halten vermochte. Er hatte sich geschworen, die Qua len, die ihn verzehrten, in seinem Innern zu verschließen, si allen Blicken zu verhüllen, besonders jenen der Herzogin.

Sein Gesicht trug die Maske der Gleichgültigkeit und Freundlichkeit, die er erst am Tage der Rache ablegen durfte, und diesen Tag — er erwartete ihn geduldig, wie der Tige seine Beute erschleicht, indem er sein Wuthgebrüll erstickt.

Seine Briefe hatten die Herzogin fast wieder beruhigt; e sprach darin von seiner Krankheit, . . . von dem Auftritt in Astorga wie von einem abscheulichen Traume, den er in einem hitzigen Fieberanfalle gehabt, in welchem er sich von ihr verrathen glaubte, und er erinnerte sich, wie er sagte, in seinem Delirium selbst soweit gegangen zu seyn, daß er nach Beweisen seiner Entehrung gesucht, um die Herzogin dafür unter seinen Händen büßen zu lassen.

Baptist, sein vertrauter Kammerdiener, hatte den Befehl empfangen, niemals auf den Besuch der Marschallin in Spanien zurückzukommen, und diese bezahlte später ihrerseits den Kammerdiener, um ihn zum Schweigen über ihre heimliche Abreise zu vermögen.

Nach seiner Zurückkunft hatte der Marschall die Rolle bei seiner Frau fortgesetzt, die er in seinen Briefen begonnen, und indem er eine Seelenruhe zeigte, die seinem Herzen weit fern lag, sammelte er von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde

ren feurigen und stolzen Reitn
Anatole Simonet, erster Schreiber bei
ire, einer Soirée mit S. M. ...
on Italien und Protektor der Akademie

rigens nicht die einzige Person in ...
uf dem Stadthause niederstieben.
reiferem Alter, dessen Züge bei dem
s, geschmückt mit dem großen ...
en höchsten Insignien der Armee ...
ine Aufmerksamkeit und Neugierde. ...
ischen Rufe trat auch der Ney ...
die allgemeine Theilnahme des Landes

oßen Siege hatte man diesen Marschall ...
gezählt. Paris hatte ihn, ...
todt geglaubt, und mit Freude sah ...
schen Waffenruhmes den Marschall ...
Weißeften wieder.

ntlichem Krankenlager wurde bei ...
zurückgebracht; aber während ...
eit gerade, über die grausamen ...
enken, so wie über die Fortschritte ...
n waren, deren Beweise er aber ...
atte.

nen furchtbaren Plan verfolgend, ...
n verwirklichen konnte, hatte ...
erschütterlichen Entschlusse gemacht ...
te Seele, als die seinige, ...
chte. Er hatte sich geschworen, ...
en, in seinem Innern zu verschließen ...
üllen, besonders jenen der Herzogin ...
uz die Messe der Gleichgültigkeit ...
erst am Tage der Rache ...
r erwartete ihn geduldig, ...
indem er sein Wuthgebrüll ...
n die Herzogin fast wieder ...
r Krankheit, ... von dem ...
n abscheulichen Traume, den ...
ebnde, in welchem er sich ...
e erinnerte sich, wie er ...

Ehre rettete, ... und die gute Königin Hortense, die edle Vertraute ihrer Freundin, theilte diese Sicherheit Stephaniens, die so grausamen Qualen gefolgt war.

(Fortsetzung folgt.)

Der Reichsgraf.

Eine Geschichte aus dem vorigen Jahrhundert, von G. Kaut.

(Fortsetzung.)

»Hast's errathen, mein Sohn!« versetzte der Vater, der sich plötzlich an die glorreichste Zeit seines Lebens erinnert sah, von welcher er, eine verzeihliche Schwäche, in seinem Alter stets gerne sprach. »Muß aber gestehen,« fuhr er anerkennend gegen den Marquis gewendet fort, »daß Eure Landsleute sich mit großer Tapferkeit geschlagen haben. Tod oder Gefangenschaft wäre einmal fast mein Loos gewesen. Hab' noch eine kleine Erinnerung hier hängen.«

Der Erbgraf athmete leichter.

»Sehet, Herr Marquis!« sagte der Reichsgraf, an die Wand tretend und auf ein Bild deutend. »Dieses Gemälde ruft mir zu jeder Zeit eine sehr mißliche Situation in's Gedächtniß. Ließ mir solches nach meiner Angabe von einem Maler aus Florenz fertigen. Es war Anno 4 in der Schlacht bei Hochstädt, als mir dies arrivirte. War von jeher etwas hitzig — wagte mich zu weit vor — wollte mit meinen Dragonern über die ganze französische Armee allein viktorisiren — werde von einer Uebermacht angegriffen, und wär beinahe gefangen oder getödtet worden; denn meine Leute waren auseinander getrieben. Da eilt mein Wachtmeister herbei, reißt mich mit Lebensgefahr aus den Klauen der Franzosen, und mit dem mittlerweile herbeigekommenen Succurs sind wir im Stande, wieder zu avanciren. Der Wachtmeister, welcher dies that, heißt Hubert. Das hier« — auf das Portrait zeigend — »ist der treue Kerl. Nehme denselben später mit mir — will ihn zu was Rechtem machen — er soll wählen. Da sagt der Sakramenter, er sey ein schlichter Mann und verstehe sich nicht auf feine Praktiken. Sein Vater sey ein Förster gewesen, und wenn ich ihm eine Gnade erweisen wolle, solle ich ihm auch eine solche Stelle in meinen Forsten geben, die eigne sich für seine geringen Meriten am besten. Mit Vergnügen macht' ich die ehrliche Haut zum

... und glaub' mich so sicher, als in den vier Wänden dieses Thurmzimmers. Wär' mir aber bald schlimm ergangen. Sagte eben zu meinem Franz, daß wir wieder zurückreiten wollten — da kommen plötzlich drei gelbbraune, zerlumpte Kerls aus dem Gebüsch, schießen auf uns — mein Bedienter, der arme Franz, fällt — ich ward vom Gaul gerissen, und muß mich nun mit den Halunken herumhauen. Gab keinen Hasenschwanz mehr für mein Leben, weil der eine Schurke seine wieder geladene Flinte auf mich anlegen will — war aber sein Letztes, was er auf dieser Welt Schlechtes zu verüben im Begriffe stand — Knall und Fall war eins. Ich schau' 'rum und seh' meinen Hubert, wie er die Büchse in der Linken und den Hirschfänger in der Rechten, einige seiner gefährlichen Fasan voraus, zum Vorschein kommt. Hier seht Ihr ihn,« — er deutete auf das andere schon erwähnte Bild — »Der Maler aus Florenz hat's auch gemacht. Die zwei unverletzten Buschklepper suchen, als sie Succurs sehen, das Weite. Mein Franz aber war durch die Brust getroffen, und starb schon nach einigen Stunden in Hubert's Haus. Das war eine zweite Auflage von Hochstädt, sagte ich zu dem Letzteren.«

„Gott sey Dank, daß mich die Vorsehung in jene Gegend führte," erwiederte er mir, und eine Thräne rollte über seine braunen Wangen. Bin sonst kein Freund von solchen Redensarten, noch viel weniger von Thränen; aber damals war ich so mächtig ergriffen, daß ich auch fast geweint hätte..."

Hier ward die Erzählung des Reichsgrafen unterbrochen. Unten im Schloßhofe ward's nämlich plötzlich lebhaft, man hörte Menschenstimmen, die durch einander schrieen, Töne der Verwunderung, überhaupt untrügliche Zeichen, daß sich etwas Außergewöhnliches begeben. Der Erbgraf und der Marquis beurlaubten sich, und der alte Herr traf Anstalten, sich in eigner Person von der Ursache dieser Störung zu unterrichten.

2.

Der weite Wald, den wir oben erwähnten, dehnte sich bis zu den blauen Bergen aus, welche, den Horizont umsäumend, die Gränze der Reichsgrafschaft Hohenau bildeten. Er war eben so groß als schön dieser Forst. In seinem schattigen Dunkel tummelten sich zahlreiche Heerden Dam- und Rothwildes, und an den wenig besuchten Plätzen lagerten sicher und geborgen die Bachen mit ihren Frischlingen. Auch schlich von Zeit zu Zeit ein grimmiger Wolf, der im Winter aus dem Gebirge über den Fluß herübergekommen, durch das Di-

fünf Uhr. Draußen ist's dunkel und stürmisch. Der Wind rauscht in den Zweigen der Bäume und läßt die Bewohner des Jägerhauses den ruhig behaglichen Zustand inmitten ihrer vier Wände doppelt angenehm erscheinen. Der alte Hubert, ein immer noch feuriger Greis, sitzt, in einen Ueberwurf von Wolfspelz gehüllt, neben dem Wärme sprudelnden Kamin und raucht aus einer kurzen Pfeife Tabak, während er aufmerksam beobachtet, wie ein am Tische stehender junger Mann von blühender Schönheit und schlankem, aber kräftigem Wuchse, beim Scheine der Lampe die Schlösser eines Doppelrohrs putzt. Der schlanke, junge Mann ist Theobald, der einzige Sohn des Forstjägers; er zählt kaum zwei und zwanzig Jahre, und dennoch hat er sich schon beneidenswerthe Erfahrungen im edlen Waidwerke gesammelt. Er hat bereits kühn und siegreich dem Rachen des Wolfes, wie der Kugel des Wilderers entgegengestanden. Und als er im zwanzigsten Jahre seines Alters dem wuthschäumenden Eber das tödtliche Eisen in die Brust stieß, war dieß gewiß kein zu verachtender Beweis von Kaltblütigkeit und Muth.

Indessen der Vater seine Morgenpfeife rauchte und der Sohn das Gewehr reinigte, war die bejahrte Katharine — die Frau des Forstjägers ruhte schon längst in der stillen Gruft — damit beschäftigt, in der Küche das Frühstück zu bereiten, das in einer kräftigen Biersuppe und Wildbrole bestehen sollte.

»Es ist und bleibt immer ein herrli[illegible] Stück, diese Flinte,« sagte Theobald, nachdem er die Schlösser wieder angeschraubt und das Gewehr zu wiederholten Malen in Anschlag genommen. „Ihresgleichen möchte nicht in jedem Gewehrschrank zu finden seyn. Den Fuchs schoß ich auf wenigstens hundert Gänge — schlägt durch wie der Blitz und hält die Schrote zusammen, daß es eine Freude ist. Und hier der Büchsenlauf — Donner und Hagel! — möcht' ihn nicht mit des Reichsgrafen bestem Stutzen vertauschen.«

„Hast nur eine üble Gewohnheit, Theobald!“ rügte der alte Hubert. „Nimmst stets zu viel Pulver und oft auch zu viel Blei zur Ladung. Das macht stets den Schuß unsicher. Wenig Pulver und wenig Blei ist Weidmannsregel, versteht sich mit Vernunft angewendet. Die Vernachlässigung dieser Regel war vor kurzem die Ursache, daß Du den Sechzehnender fehltest. Könntest aber einmal einen Fehlschuß mit schlimmen Folgen thun. Denk' nur an den langen Kohlenmatz, den Wilddieb, der Dir den Tod geschworen, weil Du ihm am dritten Weihnachtstage eine Ladung Schrot auf's Leder gebrannt. Solchen Kerls ist nicht zu trauen. Oder wie ärgerlich wär's, wenn Dir der Wolf, den Du im Brückenhag vermuthest, bei einem Zusammentreffen entginge.

„Seyd ohne Sorge, Vater!“ versetzte Theobald mit Zuversicht. „Wenn ich den Kohlenmatz noch einmal treffe, hat er die letzte Frage gestellt, und was den Graupelz anbelangt, so hoff' ich nächstens die Karolin, welche der Reichsgraf für dessen Fall ausgesetzt, einsacken zu können.“

„Nicht so sicher, Bübchen!“ entgegnete der Forstjäger. — „Nicht so sicher! Allzugroßes Selbstvertrauen schadet eben so sehr, wie Zaghaftigkeit. Ich hoffe beides, und sichere Erfolge sind nur durch Muth, mit Vorsicht vereint, zu erzielen. Der Wahn, Alles erfahren zu haben und Alles schon zu wissen, macht blind und stürzt die Jugend in den Abgrund.“

Hubert ward in diesem Augenblicke durch den Eintritt Katharinens, der Haushälterin, unterbrochen, die das Frühstück auf den schweren, eichenen Tisch stellte, der bereits mit einem weißen Linnentuche bedeckt war. Man nahm Platz, der Vater dem Sohne gegenüber, und auch die alte Katharine, welche ihrer langjährigen, treuen Dienste wegen als Familienglied betrachtet wurde, betheiligte sich, die Zahl Drei ergänzend, an dem Mahle.

»Ich geh' heute nicht in den Forst, Theobald!“ sagte der Forstjäger während des Frühstücks. „Scheint ein Regentag zu geben — muß meine alten Knochen schonen. Schlägst Deinen Weg erst nach Hohenau ein — vielleicht trifft Dich ein Bote von da, der irgend einen Befehl auszurichten hat. Dann begibst Du Dich in den Forst hinein. — — Will aber hoffen,« setzte er nach einer Pause hinzu, »daß Du heute früher als gestern nach Hause kommst. Es ist nicht J[illegible]gers Sitte, das Gewehr des Morgens zu putzen. Der ächte Weidmann reinigt seine Flinte, bevor er zu Bette geht. Möcht' nur wissen, warum Du jeden Abend so lange außen bleibst.“

Die Haushälterin lächelte schlau, und Theobald ward über und über roth. Der alte Herr bemerkte dies, sah Katharine forschend an und sagte sehr ernst: „Ihr scheint die Ursache zu wissen, warum Theobald jeden Abend so spät heimkehrt, Katharine! So redet!“

„Mit Erlaubniß, Herr Forstjäger!“ erwiderte die Haushälterin, einen listigen Seitenblick dem Jünglinge zuwerfend. „Was ich weiß, hab' ich vom Hörensagen, ist auch gerade nichts Böses.“

„Alte Schwätzerin!“ murmelte Theobald grollend.

„Katharine! ich verlangte, daß Ihr die Wahrheit sagt,“ versetzte Hubert entschieden. „Ihr möget von Theobald erfahren haben, was Ihr wollt — ich verlang' es zu wissen — ich bin Vater. Verstanden?“

„Nun! nun! ich will nicht hoffen, daß Ihr mir zürnet, Herr Forstjäger!“ bat Katharine. „Die ganze Sache ist weiter nichts, als daß Theobald drüben in Hohenau ein schönes Märchen gern sieht. So hab' ich von der alten Kräuterliese vernommen, und wenn es wahr ist, was diese sagte, so wäre hiermit der Beweis geliefert, daß die Welt, seit Eva in den Apfel biß, dieselbe geblieben.“

„Brauchst Eure Bibelkenntniß nicht auszukramen, Katharine!“ entgegnete der Jäger, den Blick seinem Sohne zuwendend. „Wie schaut's, Theobald! hat die alte Kräuterliese die Wahrheit geredet?“ Mir gegenüber geziemt die Aufrichtigkeit.“

„Ich bin, Gott sey Dank! von Euch nicht zum Lügner erzogen worden,“ antwortete der junge Mann fest, »und was ich Euch jetzt zu bekennen habe, gereicht mir hoffentlich in Niemandes Auge zur Schande. Ja, ich liebe — ich liebe die sittige Agnes, die Pflegetochter der verwittweten Frau Stadtschreiber, ein nach meinen Ansichten hübsches, braves und fleißiges Märchen.“

(Fortsetzung folgt)

Druck und Verlag von Wilhelm Tümmel S. Nr 515 am Rathhaus.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 15 Mai 1849 — **№ 135** — **Dienstag: Sophia.**

Deutsche Staaten.

Kaiserslautern, 10. Mai. Die widersprechenden, zum Theil völlig entstellten Berichte öffentlicher Blätter über die Zustände in der bayerischen Rheinpfalz veranlassen mich, über meine Sendung hierher folgende authentische Nachricht der Oeffentlichkeit zu übergeben. Auf das entschiedene Verlangen der Pfälzer Abgeordneten zu Frankfurt übernahm ich den Auftrag der Centralgewalt. Diese Freunde waren einmüthig der Ansicht, daß es dringend erforderlich sey, der allgemeinen Erhebung dieses Landes für die deutsche Sache eine nachhaltige Stütze zu verleihen, daß es aber auch zu diesem Zwecke unerläßlich erscheine, diejenigen Beschlüsse des im ersten Sturme der Bewegung gebildeten Landesvertheidigungsausschusses, welche die allgemeine Ordnung gefährden könnten, so zu modificiren, als es die sichere Erreichung des gemeinsamen Zieles erfordere. Demgemäß übernahm ich das Mandat des Reichsministeriums, welches die Weisung enthielt, die am 5. Mai gefaßten Beschlüsse des Landesvertheidigungsausschusses aufzuheben, dagegen alles Dasjenige vorzusehen, was die öffentliche Ordnung der Provinz und die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt von Deutschland erfordert. Ich erklärte meinen Auftraggebern, daß es nach Lage der Dinge mir zunächst nothwendig erscheine, einen gesetzlichen Haltpunkt für die deutsche Erhebung des Volkes zu schaffen, wie er von den einer renitenten Regierung untergeordneten Landesbehörden nicht wohl erwartet werden könne, daß man diesen Haltpunkt wahrscheinlich nur in einer Organisation des gebildeten Landesvertheidigungsausschusses finden könne, daß man im äußersten Falle aber, wenn man wirklich seitens der Centralgewalt dem deutschen Volke mit Kraft und Nachdruck zu seinem guten Rechte verhelfen wolle, selbst nicht vor Einsetzung einer provisorischen Regierung in der Pfalz zurückschrecken dürfe. So betrat ich die Provinz mit einer Ansprache.

Ein allgemeiner Jubel der Bevölkerung begrüßte mich; die Volkswehren der Städte, die ich betrat, die Behörden derselben, die Vorstände der politischen Vereine stellten sich zu meiner Verfügung. Die Beamten des Landes sprachen mir in überwiegender Mehrheit ihre aufrichtige Hingebung an die deutsche Sache mit tiefer Betrübniß über das Verhalten ihrer vorgesetzten Regierung aus. Es war sichtbar von allen Seiten und in allen Klassen der Bevölkerung, daß man auf Rettung hofft in der höchsten Noth, und daß man in der Absendung eines Abgeordneten, dessen politische Ansicht der allgemeinen Volksgesinnung in der Pfalz näher steht, als die seitherige Richtung des Reichsministeriums, eine Gewähr dafür erblickt, die Centralgewalt wolle in der That sich entschließen, nach längerem Zögern den Weg der Energie und Entschiedenheit für die Unterstützung der einzelnen Volksstämme in ihrer Hingebung an die Reichsverfassung und in ihrem Kampfe gegen den Widerstand der Regierungen zu betreten. Je länger ich in der hart bedrängten Provinz weile, um so mehr wird es meine feste Ueberzeugung, daß die Erhebung des Pfälzer Volks durch alle Schichten hindurch nichts Anderes ist, als der tiefgefühlte Unwille eines durch seine freien Institutionen durch und durch politisch gebildeten Volksstammes über die Schmach einer unerträglichen Rechtsverletzung. In diesem Lande ist nicht von Anarchie und Communismus, nicht von sozialem Umsturz die Rede, solche Ausbrüche können und werden — wie sie das Geleite jeder Revolution sind — erst erscheinen, wenn man nicht alle Mittel anwendet, die Bewegung zu organisiren und ihr eine feste Grundlage zu geben. Man bewaffnet sich von allen Seiten, die besitzenden Klassen wetteifern, Geldbeiträge herbeizuschaffen, in den Gemeinden werden allseitig von den Vorständen Mittel aufgebracht, aber dies Alles geschieht nur, um ein zu Recht erkanntes Gesetz bis aufs Aeußerste zu vertheidigen, wo es gefährdet seyn sollte. Darum betrachtet man jedes militärische Einschreiten von Truppen, welche nicht der Verfassung vereidiget sind, unbedingt als eine feindliche Invasion und es ist meine erste Aufgabe gewesen, der nach Landau einrückenden preussischen Truppenabtheilung sofort Gegenordre zu geben, da ihr Verbleiben unabweislich ein gräßliches Blutbad herbeigeführt haben würde. Im Angesichte dieser Zustände und in völliger Uebereinstimmung mit meinem Mandate, habe ich den am 2. Mai gebildeten Landesvertheidigunsausschuß durch einen Erlaß constituirt.

Ich habe in der Zusammensetzung der Männer, welche ihn bilden, darum keine Veränderung eintreten lassen, weil sie in der Stunde der Gefahr in einer Weise erwählt wurden, welche dem bei der Wahl eingeschlagenen Verfahren zufolge alle Theile des Volks vertrat, weßhalb ich anzunehmen habe, daß sie die Männer des öffentlichen Vertrauens wirklich sind. Diese Maßregel hat allseitige Zustimmung gefunden, was mir stündlich aus allen Theilen des Landes versichert wird, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der Ausschuß die schwierige Aufgabe, welche ihm gestellt ist, mit Umsicht und Besonnenheit zum Heile des Landes lösen wird. Von allen Seiten droht Gefahr, mit Besorgniß und Aufregung blickt die Bevölkerung nach den offenen Gränzen, von wo allerwärts Truppen einbrechen können, welche der Verfassung Feind sind, und gern wird man militärische Hülfe im Innern begrüßen, wenn sie nur aus Truppenkörpern besteht, denen die mit Recht mißtrauische Bevölkerung eine entschiedene deutsche Gesinnung zutraut. Mit banger Besorgniß sieht man von vielen Seiten auf Frankfurt, denn die unerwarteten Einmärsche undeutscher Truppen auf Anordnung der Centralgewalt haben die höchste Aufregung hervorgerufen. Man steht gerüstet und man wird kämpfen, wenn die deutsche Sache von Frankfurt irgend verläugnet werden sollte, und dahin zu wirken, daß dies nicht geschehe, ist das einzige, aber auch sichere Mittel, das Land vollkommen zu beruhigen. In diesem Augenblick verbreitet sich das Gerücht vom Einmarsche altbayerischer Truppen, um das Land zu besetzen — das würde neue Gefahren bringen, und ich glaube, die Bevölkerung hat das Recht, sie mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln abzuwehren. Dies ist die augenblickliche Lage des Landes, jede andere Schilderung eine entstellte oder irrige.
Eisenstuck. (Frkft. J.)

Ludwigshafen, den 11. Mai. Der gestrige Sturm auf den Brückenkopf ist vollkommen gelungen. Die Soldaten sind meistens übergegangen. Die von Speier gekommenen 2 Komp. 6. Reg. sind zum Volke übergegangen, ebenso 700 Rekruten. Die Eppsteiner Garnison hat soeben ihren Uebertritt erklärt. Die sämmtlichen Offiziere seiner Truppen sind in Haft. Neue sind von den Truppen gewählt.

Die nächste Zukunft wird die Streitkräfte des übermüthigen Absolutismus wohl noch mehr lichten.

Aus dem Büllетin des Obersten der Wormser Bürgerwehr, welche den jenseitigen Brückenkopf genommen, entnehmen wir Folgendes:

Gleich nach der Besitznahme wurden mir bayerische Truppen, bei 400 Mann im Anmarsche gemeldet. Ich sendete einen Reiter entgegen, um sie zu fragen, in welcher Absicht sie hieherkämen.

Die Antwort war: sie kämen als Freunde. Ich ließ sie gleich die Verfassung beschwören, was sie mit Ausnahme der Offizier troß allen Vorstellungen, bereitwillig thaten. — Letztere sind aber von ihnen entfernt worden. — Morgen sende ich die übergegangenen Truppen nach Neustadt. — Der Militär-Kommandant von Mannheim hat die Brücke ausheben lassen, und nachdem ich ihm über den Zweck meiner Handlungen Aufschlüsse gegeben hatte, versprach er mir in diplomatischfeiner Sprache, durchaus keine feindlichen Schritte vorzunehmen, auch keinen bayerischen Truppen den Durchmarsch zu gestatten. Uebrigens von den Vorfallenheiten seinem Ministerium Bericht zu erstatten. Ich habe alle mögliche Vorkehrungen getroffen. Ich erhalte Zuzüge von allen Seiten angetragen.

Die „neue Zeit“ berichtet: In Kaiserslautern haben die Freunde des Volkes 50 Kanonen. Es werden 6000 Mann bei Lautern zusammengezogen. Die Hofheimer und Lorscher liegen in Frankenthal. Zuzüge sind zu wünschen. Man bittet um Zusendung von Munition. Der bayerische Offizier hatte 6 Büchsen, um die Soldaten zusammen zu schießen, wenn sie nicht gehorchten. Diese aber gingen doch über. In Landau hat das Militär auf die Verfassung geschworen. Kommandeur aller Truppen ist Fenner von Fenneberg, und ein ungarischer Offizier. Bürger von Rheinhessen und Starkenburg eilen den Rheinbayern zu Hülfe! (Mannh. J.)

Karlsruhe, 11. Mai. In Folge des gestrigen Kammerbeschlusses legten heute Morgen die Mitglieder in öffentlicher Sitzung den Eid auf die Reichsverfassung ab. Präsident Mittermaier leitete diesen erhebenden Akt durch eine passende Anrede ein. Die zweite Kammer beschäftigt sich gegenwärtig in ihren Vormittags- und Nachmittagssitzungen mit dem Wahlgesetze. Der Schluß des Landtags ist auf den 19. d. M. festgesetzt.

Während der gestrigen Interpellation Häußers hatte man den preußischen Geschäftsträger, v. Arnim (Sohn der Bettina) in der Diplomatenloge erblickt; mit höhnischem Lachen folgte er den Verhandlungen. Allgemeiner Unwille äußerte sich darüber in der Kammer und auf der Gallerie. So war es denn etwas Erklärliches, daß dieser junge sogenannte Diplomat gestern Abend mit einer Katzenmusik beehrt wurde, die sich außerdem auch noch auf einige andere Personen ausdehnte. (D. Z.)

Mannheim, den 11. Mai. Ludwigshafen, das Wachthaus und der Brückenkopf ist nun im Besitz der pfälzischen Bürgerwehr! Was man gestern vermuthet hatte, traf ein: Abends gegen 7 Uhr rückten verschiedene Kolonnen Bürgerwehr (nach dem M. J. auch Wormser u. andere Rheinhessen,) gegen das Stationshaus vor, der kommandirende bayerische Offizier gab Befehl zum Schießen, die Soldaten aber machten Gewehr bei Fuß, mit dem Bemerken: „Das sind unsere Brüder, auf diese schießen wir nicht!“ Der Offizier und ein Theil der Soldaten zog sich hierauf nach Mannheim zurück, und der andere Theil der Besatzung ging zu den Bürgern über und wurde sogleich auf die Reichsverfassung beeidigt. In Mannheim gab es hierauf Tumult, in den Kasernenhöfen wurde Generalmarsch geschlagen, Truppen zogen zur Verstärkung an die Rheinbrücke, die zum Theil abgeführt wurde, und noch nicht hergestellt ist, bewaffnete Bürger sah man durch die Straßen eilen, und eine unabsehbare Volksmenge strömte an den Rhein. Ein Theil der herüber gekommenen bayerischen Soldaten gieng diesen Morgen wieder nach Ludwigshafen zurück, ein anderer Theil soll bei Speyer hinübergegangen seyn. Diesen Morgen kamen bayerische Beurlaubte in Ludwigshafen an und traten sogleich in die Reihen der Bürger. Eben so langte auf einem Dampfschiffe eine große Anzahl (mehrere Hundert) Hanauer Turner an, und wurde mit unendlichem Jubel aufgenommen. Zuzug trifft von allen Seiten ein, und die Begeisterung des Volks hat einen hohen Schwung erreicht; man hört Militärmusik von Ludwigshafen herüber tönen. Es sollen bereits wieder einige Kompagnien bayerische Truppen, welche nach Ludwigshafen beordert wurden, zum Volke übergegangen seyn. Dasselbe ist, wie man hier versichert, in Neustadt geschehen. — Hier herrscht jetzt natürlich die größte Aufregung, man ist auf die nächsten Ereignisse sehr begierig; es heißt: Ge-

die Preussen die Gränze mit starker Artillerie überschreiten werden. — Von allen Seiten strömen bewaffnete Schaaren nach der Rheinpfalz.
(Schw. M.)

Mannheim, 11. Mai. Die badische Regierung läßt die Reichsverfassung durch das Regierungsblatt veröffentlichen. Heute Morgen wurden die sämmtlichen subalternen Beamten des hiesigen Zollamts auf das Stadthaus geladen, um sich dort auf die badische Verfassung und den Großherzog von Baden beeidigen zu lassen. Die bad. Verfassung widerspricht aber in vielen Punkten der Reichsverfassung; die letztere steht jedenfalls über ihr; die bad. Verfassung kann nur soweit als giltig anzusehen seyn, als sie mit der allgemeinen deutschen Verfassung im Einklang steht. Einer der zum Eid Berufenen weigerte sich aus diesen Rücksichten und erklärte, die badische Verfassung nur bedingungsweise beschwören zu können. Der hiesige Stadtdirektor aber verlangte die unbedingte Beschwörung der bad. Verfassung und ließ sich auf etwas Anderes nicht ein. So blieb es denn bei der Verweigerung des Eides
(Mannh. Abdz.)

** **Frankfurt**, 12. Mai. [219. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Vizepräsident Reh.] Eine als äußerst dringlich bezeichnete Adresse aus Nürnberg von dem Ausschusse der fränkischen Volksvereine an die Reichsversammlung wird verlesen. Unter der Erklärung unerschütterlicher Anhänglichkeit des Volkes von Franken an die Reichsverfassung, wird zur Vermeidung drohender Zusammenstöße um Zusendung eines Reichskommissärs gebeten und werden die HH. Vogt, Raveaux, Simon von Trier in der Adresse dazu namhaft gemacht. Abgeordneter Hr. v. Reden gründet den Antrag darauf, daß das Reichsministerium zur sofortigen Absendung von Reichskommissären nach Franken aufgefordert werde, die im Sinne des von Reichsversammlung unterm 10. Mai gefaßten Beschlusses zu beauftragen sind. Der Antrag wird angenommen. Eine Mainzer Zustimmungsadresse. Abermalige Desertion preußischer Deputirter. An der hierauf vorgenommenen Präsidentenwahl betheiligen sich 313 Mitglieder, von denen 165 Stimmen auf Hrn. Reh aus Darmstadt, 142 auf Hrn. Löwe von Kalbe fallen. Reh wird demnach als Präsident der verfassunggebenden Reichsversammlung verkündet und übernimmt dies Amt mit der Bitte, ihm „eine Nachsicht und Unterstützung zu gewähren, wie sie keiner seiner Vorgänger nöthig hatte." Den sich häufenden Austrittserklärungen entgegen drückt der Präsident sodann die Ueberzeugung aus, daß es jetzt vielmehr die dringende Pflicht Aller sey, in fester Stellung auszuharren, um den beiden um Deutschland kämpfenden Feinden der „Reaktion und der Anarchie" die Spitze zu bieten. Der Anarchie und der Reaktion müssen wir mit allen uns zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln entgegentreten. Meine Herren, wir allein können den die Freiheit, Einheit und den Wohlstand des Vaterlandes auf lange Zeit gefährdenden Zusammenstoß verhindern. Wir allein nehmen noch eine feste Stellung zwischen diesen zwei Feinden ein, und wir allein können hoffen, sie mit Gottes Hilfe zu bezwingen. Meine Herren, lassen Sie uns die Wichtigkeit unserer Pflicht in ihrem ganzen Umfang erkennen; lassen Sie uns den großen Gefahren muthig in den Weg treten; rechtfertigen Sie das Vertrauen, das aus allen Theilen des Vaterlandes uns entgegentritt. Wir sollen nicht eine Revolution machen; nein, wir sollen sie schließen. Seyen wir einig und besonnen, Einigkeit und Besonnenheit werden dann auch wie in den Vertretern so im Volke herrschen, Sie werden die Zukunft des Vaterlandes retten, seine Freiheit und seine Einheit.

Der Backhausische Antrag: „Die Reichsversammlung beschließt: 1) die gesammte bewaffnete Macht einschließlich der Landwehr und der Bürgerwehr ist zur Aufrechthaltung der endgültig beschlossenen Verfassung zu verpflichten. 2) die provisorische Centralgewalt wird aufgefordert, das demgemäß Erforderliche unverzüglich zu veranlassen, soweit in den einzelnen Staaten nicht sofort aus eigener Bewegung dazu vorgeschritten wird", wird mit 163 Stimmen angenommen. Verneinende 142, der Abstimmung enthalten sich 2. Gagern: Es ist heute von der hohen Versammlung der Antrag des Hrn. v. Reden zum Beschluß erhoben worden, das Ministerium zur ungesäumten Absendung von Kommissarien nach Franken aufzufordern. Meine Herren, ich gebe es Ihrer Ueberlegung anheim, ob Sie künftig solche in die Exekutive eingreifenden Anträge für dringlich erachten und sofort zum Beschlusse erheben wollen. Besonders in gegenwärtiger Krisis des Ministeriums. Allein blicken wir auf §. 54 der deutschen Reichsverfassung selbst, auf die dort gegebenen Vorschriften, so hat eine Störung des Friedens in Franken noch nicht stattgefunden und ebenso ist keine Anrufung von Seiten der bayerischen Regierung erfolgt. Mithin sind die Bedingungen zur Absendung eines Reichskommissärs nach Franken noch nicht vorhanden. Ich vertraue der gesunden Vernunft des deutschen Volkes, gesetzlichen Schranken zu gebrauchen und Zusammenstöße, wie die in Franken befürchteten, zu vermeiden wissen werde. Nimmermehr hat aber die Mehrheit bei Fassung ihrer Beschlüsse vom 28. April und vom 4. Mai irgend welche gewaltsame Mittel zur Durchführung der Verfassung im Auge gehabt. Sie aber verlangen in dem betreffenden Beschlusse von dem abgetretenen Ministerium einen Schritt, der selbst über die Beschlüsse vom 10. Mai hinaus gehen würde. Wir sind nicht im Stande ihn auszuführen. Ich bitte deshalb die Sache noch einmal in Erwägung zu ziehen, und sogleich, denn die fränkischen Abgeordneten, die sich hier befinden, haben erklärt, daß der Reichskommissär morgen um 2 Uhr in Nürnberg eingetroffen seyn müsse, wenn seine Sendung irgend von Wirksamkeit seyn solle. Noch auf einen Punkt muß ich Sie aufmerksam machen. Das sind die drei Personen, welche von Nürnberg aus im Voraus für dies Reichskommissariat bezeichnet werden. Ich achte die Lauterkeit der Bestrebungen dieser Herren. Aber ich kann, und auch nach der Erfahrung an Herrn Eisenstuck in der Pfalz, nicht annehmen, daß sich ihre Handlungsweise ganz und überall im Sinne des Ministeriums bewegen werde. Da auf diese Erklärung des Herrn v. Gagern kein Antrag gestellt wird, so bleibt die Sache auf sich beruhen. Für den abwesenden Herrn v. Peucker beantwortet der Präsident des bisherigen Reichsministeriums eine Anrufung von L. Simon genauer dahin: Daß von den aus Homburg zurückkehrenden Exekutionstruppen allerdings eine halbe Schwadron österreichischer Dragoner in Frankfurt zurück behalten worden sey, um der durch die Züge nach Schleswig-Holstein geschwächten Garnison den Dienst zu erleichtern. Die Wachen seyen ferner angewiesen, bewaffnet auftretenden Nichtmilitärs die Waffen abzunehmen. Auch ist das Tragen rother Abzeichen verboten, Maßregeln, die sich nach der Meinung des Redners durch die Zeitereignisse von selbst rechtfertigen. Den beiden Anträgen, die Simon in Folge obiger Antwort stellt: 1) daß das Ministerium aufgefordert werde, keine Truppen von Staaten hierher zu ziehen, die der Reichsversammlung den Krieg erklärt haben; 2) daß die National-Versammlung das gegen die Bürger einseitig gerichtete Verbot des Tragens von Waffen und andern als schwarz-roth-goldenen Abzeichen für gesetzlich unbegründet erkläre, wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Zur Ergänzung des Dreißigerausschusses sind Liebmann, Stedmann, Nauwerck, Zachariä von Göttingen, Kudlich und Backhaus gewählt. Die nächste Sitzung der Reichsversammlung findet Montag, den 14. Mai, Statt.

Frankfurt, 12. Mai. In Elberfeld, so vernehmen wir aus Briefen, die an Mitglieder der Paulskirche angelangt sind, hat sich der Kampf zwischen Linie und Landwehr dermassen zum Vortheil der Letzteren entschieden, daß die Soldaten aus der Stadt hinausgeschlagen worden sind.
(D. Z.)

Frankfurt, den 12. Mai. Einem Mannheimer Briefe vom gestrigen Datum an ein Mitglied der Reichsversammlung entlehnen wir folgende zuverlässige Mittheilungen: „Bei uns in Mannheim ist es ruhig, aber in der bayerischen Pfalz sieht es kriegerisch aus und die Bewegung scheint die ganze Bevölkerung bis ins tiefste ergriffen zu haben. Heute Morgen haben das ganze sechste bayerische Regiment und einige Kompagnien des neunten erklärt, daß sie, so lange das Volk auf der Reichsverfassung besteht, nicht nur nicht gegen dasselbe kämpfen, sondern mit ihm treu gegen jeden Angriff auf die Verfassung stehen und fallen wollen. Sie haben ihre Offiziere, welche sich nicht für die Verfassung erklärten, eingesperrt und ihnen bemerkt, sie würden andere Offiziere wählen, wenn sie ihnen nicht beitreten sollten."
(D. Z.)

Die Aufstände in der preussischen Rheinprovinz nehmen einen immer ernsteren Charakter an.

Dresden, 11. Mai. Es ist vielfach das Gerücht verbreitet, als wären in Dresden standrechtliche Erschießungen vorgekommen. Auf Grund genauer Kenntniß der Sache kann bestimmt versichert werden, daß in Dresden Niemand standrechtlich erschossen worden ist, überhaupt ein Standrecht in Bezug auf Civilpersonen in Sachsen zur Zeit noch gar nicht besteht.
(L. Z.)

Dresden, 12. Mai. Nach Empfang einer telegraphischen Depesche aus Frankfurt a. M. hat der Reichskommissär Briegleb dem Reichsministerium seine Entlassung eingereicht und die Rückreise nach Frankfurt angetreten. Es verlautet, daß derselbe unter den obwaltenden Umständen seine Thätigkeit in Dresden auf die Vornahme vorbereitender Schritte bei den Kgl. Ministerien beschränkt hat.
(L. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Mit einer Beilage.

Freiblatt

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 16 Mai 1849. | № 136. | Mittwoch: Peregrinus.

†† Politische Schlagschatten.

XVI.

Man hätte wahrlich dem Blicke des kranken und schwanken vormärzlichen Freiheitsapostels Eisenmann mehr Glauben schenken sollen, als er sich dahin äußerte, die stärksten Ketten der Reaktion würden von dem Wiener Kabinet in Ungarn geschmiedet, dort fange man an mit dem Galgen der Freiheit und in Deutschland ende man damit. Eisenmann hatte Recht, und mit dem Falle Wiens war das Grab weit geöffnet. Es hätte nicht so kommen können, wenn das Parlament, statt die grandiose Willi ärmacht den Regierungen zu schaffen, die Volkswehr dekretirt und der Säbel- und Kanonendespotie die Spitze abgebrochen hätte. Als diese Gewalt von der Majorität in der Paulskirche dekretirt wurde, waren die Stimmenden entweder getäuscht durch die Vorspiegelungen äußerer Feinde im Osten und Westen (die beabsichtigte Intervention der Russen zu Gunsten der Einführung des Absolutismus macht dieß nun recht evident) oder sie waren unredlich, das Volk zu verleugnen, und für die Interessen der Fürsten zu handeln. Beide wirkten aber nach einem Ziele, die einen unbewußt, die anderen mit Bewußtseyn, und so mußte sich ja das Volksverderben seiner verdammenswerthen Entwicklung im Sturmschritte nähern. Die Koalition der Fürsten gegen den Bund der Völker ist nun offenbar, und Oesterreich, wenn es auch (wir glauben es) das Opfer durch den Untergang werden sollte, trägt den größten Theil der Schuld an den jetzigen unseligen Zuständen. Wien tritt in dieser Anklage als der gravirendste Zeuge auf, das blühende, lebensfreundliche Wien, das zur Mördergrube gemacht wurde, wo die edelsten deutschen Herzen verbluten mußten durch die Diktatur eines Windischgrätz, der in Ungarn zeigte, daß er unfähig, ohne alles Feldherrntalent nur von Ferne mit Feuerschlünden gegen Städte zu operiren vermag, in denen der Verrath seinen Plänen in die Hände arbeitete. So schmählich, wie er, ist noch kein Mann der Geschichte vom Kampfplatz abgetreten. Das konnte aber auch nur unter dem Kaiser, der, schwach an Leib und Seele, sich zu Allem verleiten ließ, wozu man ihn verleiten wollte. Kaiser Ferdinand war gewiß von Herzen gut, er that Alles, er nannte sich sogar einen konstitutionellen Kaiser, er hätte am Ende auch nicht so viel Aufhebens daraus gemacht, daß die akademische Legion ihn förmlich verhöhnte, als sie an ihm nach lustigen Weisen vorüberzog bei jener Parade, die er in Wien abhielt, aber seine Kamarilla war darob in's Herz hinein verletzt, in das schwarz-gelbe lothringische Herz hinein, welche Kamarilla die schwarz-roth-gelbe Fahne nur dann sehen wollte, wenn zwischen das schwarz und gelb das Blut der freien Bürger käme. Und wahrlich, daran hat es nicht gefehlt. Armer Robert Blum, dein Blut zeugt für Tausende, dein Blut komme über die, die es vergossen! Kaiser Ferdinand hatte zu viel versprochen; das metternichisirte Oesterreich und ein konstitutioneller Kaiser, es war zu viel; die wild aufbrausende Aula, die bewältigten zaghaften Philisternaturen, die freie Rede auf dem Reichstage, die Konstituirung, die Ministerwanderbücher, das Licht, das Leben, die Freiheit, wie konnte das Alles Stich halten für die Dauer in dem Oesterreich, in welcher vor dem März v. J. jeder Speisezettel der Censur unterlag; in welchem jeder Gedanke, der nicht durch die Pforten metternichischer Geistesschildwachen ging, eine Sünde war.

Kaiser Ferdinand, der so Vieles verheißen, ja sogar seinem Volke (unerhört vor der Kamarilla) das Recht eingeräumt hatte, sich eine Verfassung und Grundrechte auf freiester Basis zu geben, mußte beseitigt werden, damit er der Wortbrüchigkeit überhoben sey. Die Erzherzogin Sophie leitete den ganzen Plan, Ferdinand abdizirte willig, er, der ja stets regiert worden war, konnte leicht des Scheinregierens überdrussig seyn, er that Alles, was eine rankesüchtige Fürstin nur wollte, er legte sich sogar in seiner Abdikationsurkunde wieder das alte liebe „von Gottes Gnaden" bei und der neue Kaiser, der kaum die Knabenjahre hinter sich hat, begrüßte Oesterreich und seine Völker mit „Wir Franz Joseph I. Kaiser von Gottes Gnaden." Nun wurde der Reichstag aufgelöst, einzelne Abg. wurden verhaftet, Andere entflohen, man oktroyirte eine schlechte Verfassung, alle Freiheiten wurden krank gemacht, zum Tode krank, die ganze Wirthschaft von dem früheren Regime Metternich war wieder da und damit das Maas voll werde, schloß sich die schwarzgelbe Majestät von Deutschlands Neugestaltung gegen den Willen des größten Theils des deutschösterreichischen Volkes ab.

Oesterreich hat sich nun die traurige Aufgabe gestellt, die Freiheit zu unterdrücken und auf dem nächsten Fürstenkongresse zu Berlin dahin zu wirken, daß der alte Bundestag in verjüngter Auflage wieder hergestellt werde. Italien und Ungarn, sie werden einst schweres Zeugniß geben in den Blättern der Geschichte gegen das freiheitsmörderische Kabinet von Olmütz. Zu diesem Verrathe an der theuren Sache der Freiheit gesellt sich aber die Schmach der Ohnmacht. Oesterreich besitzt die Macht nicht, das heldenmüthige Volk der Ungarn zu unterjochen, es muß zu russischer Hülfe seine Zuflucht nehmen, wozu selbst Preussen Rath und Stimme giebt. Rußland wird sich für diese Hülfe so entschädigen, wenn es die Oberhand gewinnt, daß Oesterreichs Ruin unvermeidlich ist. Aber noch wollen wir an ein Walten der rächenden Gerechtigkeit glauben, welche den Waffen der Ungarn den Sieg verleihen wird. Dann wird uns wohl die Freiheit von diesem Volke kommen. Leider ist es dann nicht die selbsterrungene Freiheit, welche Deutschland begrüßt, es ist eine geschenkte, der wir kein deutsches »Hoch«, sondern ein »eljen« zurufen können. Leider, daß es so kommen dürfte, aber immer noch besser, als wenn wir die asiatische Barbarei zu uns tragen sehen müßten, wovor uns der liebe Herr Gott in Gnaden bewahren möge!

Deutsche Staaten.

München, den 12. Mai. Behufs der Veröffentlichung erhalten wir heute folgende Beitrittserklärung. „Der Unterzeichnete erklärt, daß er der von den in Frankfurt versammelten bayerischen Abgeordneten ausgegangenen, und in seinem Namen von Stockinger unterzeichneten Ansprache an das bayerische Volk aus voller Gesinnung beitritt. Roßhaupten, den 11. Mai 1849. Dr. J. Mair, Abgeordneter zur bayerischen Volkskammer. Die Herren Abgeordneten Binder aus Gemünden in Unterfranken und Scharpf aus Homburg in der Rheinpfalz haben uns ebenfalls beauftragt, ihre Zustimmung zu erklären. (D. f. Z.)

Augsburg, 14. Mai. Auch unsere Stadt, in welcher seit Jahren das friedlichste Vernehmen zwischen Bürgern und Militär geherrscht hatte, hat heute Nacht einen unglücklichen Konflikt erlebt. Einzelne Soldatenhaufen hatten gestern in ein paar Brauhäusern, in deren einem sie vorher durch eine unbesonnene Aeußerung des Wirths gereizt worden seyn sollen, Geräthschaften und Fenster zerschlagen. Abends durchkreuzten starke Patrouillen die Stadt. Sie sollen, nach einer uns zugekommenen Anzeige, an einigen Orten verhöhnt und mit einzelnen Steinwürfen empfangen worden seyn, was von ihnen mit scharfem Feuern erwiedert wurde. Auch von der Gegenseite sollen dann Schüsse gefallen und eine Barrikade errichtet worden seyn. Mehrere Personen wurden verwundet; vier Arbeiter sollen verwundet ins Krankenhaus gebracht worden seyn. Wir müssen uns für heute auf diese wenigen Zeilen beschränken, da wir nicht Augenzeugen der höchst beklagenswerthen Vorfälle waren. Wer es wohl mit der Stadt meint, wird auf beiden Seiten mit Ernst zur Achtung vor Recht und Gesetz mahnen. — So eben erhalten wir noch folgenden Bericht mitgetheilt: Bereits vorgestern wurden unvorsichtiger Reden wegen, wie verlautet, die Wirthschaftsgeräthschaften eines Bräuers durch Chevauxlegers zerstört und gestern Abend wiederholten sich ähnliche Exzesse bei einem andern Bierbrauer. Zugleich zog sich die Bewegung in den östlichen Theil der Stadt, wuchs mehr und mehr mit der gegenseitigen Erbitterung, das Militär sah sich veranlaßt, von seinen Waffen Gebrauch zu machen und 4 oder 5 Verwundete wurden in das Lokalkrankenhaus gebracht. Nachts gegen 1 Uhr war die Ruhe wieder hergestellt. — Die Bürgerschaft hat ihre rühmlichst bekannte gesetzliche Haltung auch gestern treu bewährt. Es findet eben jetzt Berathung auf dem Rathhause statt, deren Ergebniß wir mittheilen werden. Wir dürfen die gerechte Erwartung aussprechen, daß von den Truppen nie mehr als in den alleräußersten Fällen von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werde. Hoffentlich werden die Vorfälle einer gegenseitigen strengen Untersuchung unterworfen. (A. A. Z.)

Würzburg, den 12. Mai. In der hiesigen Magistratssitzung vom 11. d. wurde der Beschluß gefaßt, eine Deputation zum Zwecke der Durchführung der Reichsverfassung an das Ministerium abzusenden. Diese Deputation besteht aus den HH.: Magistratsrath Bornberger, rechtskundiger Magistratsrath Dr. Roßbach und Rechtsanwalt Treppner. Ferner ward beschlossen, einen Ausschuß zum Schutz unserer Stadt zu bilden bei einer etwaigen Bewegung, wozu vom Magistrat gewählt wurden die HH.: L. Geys, Sippel und D. Röder. Von dem Kollegium der Gemeindebevollmächtigten wurden heute Mittag zum Ausschuß gewählt die HH.: Kinzinger, Treppner, Schwarz, Lorenz Bauch, Sohn, L. Oden.

Pfalz. Man will wissen, daß fortwährend viele Soldaten, namentlich vom 6. Infanterieregimente, einzeln, aber mit ihren Waffen, bei den Wehrmännern des Landesvertheidigungsausschusses ankamen, um in deren Reihen einzutreten.

In vielen benachbarten Städten von Baden und Rheinhessen, namentlich in Mannheim, Heidelberg und Worms, sind energische Anstalten getroffen, um die Pfälzer augenblicklich zu unterstützen, wenn es zum Kampfe kommen sollte. In Worms hat man zugleich Einleitungen getroffen, um für die Familien der in den Kampf Ziehenden, so wie der etwa Umkommenden, zu sorgen. (N. Sp. Z.)

Speyer, den 10. Mai. Die seit einigen Tagen hier in Garnison liegende Eskadron des 6. Chevauxlegersregiments, so wie die beiden Kanonen, sind heute Mittag von hier nach einigen benachbarten Landgemeinden verlegt worden. (S. Sp. Z.)

Speyer, den 11. Mai. Wir erhalten eben folgendes Aktenstück, bezüglich dessen wir indessen zu bemerken haben, daß die betr. Zurückberufung des Bevollmächtigten der Centralgewalt vor der Zeit der letzten Beschlußfassung der Nationalversammlung stattfand: „An meine deutschen Brüder in der Pfalz. Vor wenigen Tagen kam ich in Eure Mitte mit dem heißen Wunsche im Herzen, Eurer glorreichen Erhebung für die deutsche Sache Kraft und Nachdruck zu geben. Der Auftrag, den mir das Ministerium Gagern ertheilte, ging dahin, Alles dasjenige vorzukehren, was die öffentliche Ordnung in der Pfalz und die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt von Deutschland erfordert. Ich habe den Einmarsch der Euch feindlichen preußischen Truppen, welche ohne mein Wissen von dem Reichsministerium nach Landau kommandirt waren, abgewehrt. Ich habe den Befehl gegeben, keine militärische Macht die Grenzen dieses Landes überschreiten zu lassen, welche nicht der Verfassung zugethan ist. Ich habe dem Landesausschusse für Vertheidigung und Durchführung der deutschen Reichsverfassung seine gesetzliche Schranke und Grundlage gegeben, um Eurer

patriotischen Begeisterung für die Freiheit und Größe unseres gemeinsamen Vaterlandes gesetzliche Mittel und geordnete Leitung zu verschaffen. Das Ministerium Gagern ist der Meinung, daß ich durch diese Maßregeln meine Vollmacht überschritten und gegen den Willen der Nationalversammlung gehandelt habe. In diesem Augenblicke wird mir mein Mandat zurückgefordert; ich habe aufgehört, Bevollmächtigter für die Rheinpfalz zu seyn. Vielleicht stehen schon jetzt die feindlichen Heere an Euren Grenzen, um einzurücken, sobald ich es nicht mehr verhindern kann. Mit blutendem Herzen scheide ich aus Eurer Mitte, wo ich so herzlichen Empfang, so aufrichtige Hingebung, so freudige Theilnahme an meinen schwachen Bestrebungen fand. Mein Dank bleibt Euch für immer! Gott schütze Deutschland, Gott schütze das brave Volk der Pfälzer! — Kaiserslautern, den 11. Mai 1849. Eisenstuck." (N. Sp. Z.)

Speyer, den 12. Mai. Wie wir vernehmen, soll sich der Bevollmächtigte der Centralgewalt in Folge der neuesten Beschlüsse der Nationalversammlung haben bewegen lassen, die Pfalz noch nicht zu verlassen, sondern bis auf Weiteres auf seinem Posten zu verbleiben. (N. Sp. Z.)

Speyer, den 11. Mai. Heute früh fand hier eine Versammlung statt, um, nach Maßgabe der Bestimmungen des Reichskommissärs, beziehungsweise jener des Landesausschusses, die Verhältnisse des Kantons Speyer hinsichtlich der Durchführung der Reichsverfassung zu ordnen. Es waren dabei sämmtliche Orte des Kantons vertreten, durch ihre Bürgermeister und Gemeinderäthe; ferner waren die Vorstände der Volksvereine und die Offiziere der Wehrmannschaft des Kantons anwesend. Es wurde die definitive Organisation des Kantonalvertheidigungsausschusses eingeleitet; ebenso die Wahl des Vertreters des Kantons Speyer bei dem Landesausschuß zu Kaiserslautern; sodann wurden die nächsten vorgängigen Anordnungen getroffen, um die Bewaffnung mobiler Wehrmänner durchzuführen und die Erhebung freiwilliger Gaben zu besorgen. Beschlossen wurde u. a. noch, daß sämmtliche Mitglieder der Versammlung sich sofort zu dem Präsidenten der Kreisregierung der Pfalz begeben sollten, um denselben zu ersuchen, sammt dem Regierungskollegium, sich auch unter den jetzigen Verhältnissen von hier nicht zu entfernen, sondern die Geschäfte fortzuführen, indem die sämmtlichen Anwesenden, nicht nur im Namen der Stadt, sondern auch in dem aller Kantonsgemeinden erklärten, die Personen des Präsidenten und der übrigen Mitglieder des Regierungskollegiums vorkommenden Falles, so viel möglich schützen zu wollen, welche Erklärung in der bestimmten Voraussetzung geschehe, daß die gedachten Beamten ohne Ausnahme von Herzen der Reichsverfassung zugethan seyen. — Das Letzte bestätigte der Hr. Regierungspräsident auf das Bestimmteste. — Der provisorisch zusammengetretene Kantonalvertheidigungsausschuß begann sofort seine Geschäfte. Bis morgen wird derselbe definitiv gebildet seyn.

Die heute früh von hier hinweg nach Germersheim kommandirten Soldaten des 6. Infanterieregiments weigerten sich bestimmt, nach einer Festung oder über den Rhein zu ziehen. Auch diejenigen Kompagnien, welche vor zwei Tagen nach den benachbarten Landgemeinden verlegt worden waren, und nun hieher marschiren mußten, um gemeinsam mit ihren Kameraden zu ziehen, erzwangen von ihren Offizieren, daß diese sie in die Stadt führten. Sie zogen unter dem klingenden Spiele der Volkswehr in dieselbe ein, und wurden mit Freuden von ihren früheren Quartierträgern wieder aufgenommen.

Speyer, 12. Mai. Gestern Abend zog die Volkswehr vor das Stadthaus. Es ward Generalmarsch geschlagen, um die Soldaten herbeizuziehen, deren Viele auf die Reichsverfassung beeidigt zu werden und zum Volke überzugehen wünschten. Das Mitglied des Landesausschusses, Notär Reichard, hielt eine Anrede an sie. Er ließ sie sodann den Eid auf die Reichsverfassung leisten. Sie schwuren unter Jubelruf. Reichard erklärte ihnen, daß sie nun morgen abmarschiren sollten, um für das Volk zu kämpfen; sie würden doppelte Löhnung erhalten und sollten nun ihre Offiziere selbst wählen. Dies ward nun sogleich ausgeführt. Des Nachmittags hatte die Bürgerwehr die fliegende Brücke besetzt. Des Abends kam ein Freikorps von Turnern, über hundert Mann stark, das einen sehr günstigen Eindruck hervorbrachte. Sie wurden über Nacht einquartirt, und werden heute abmarschiren. Nachdem des Abends die Hauptwache von den Soldaten verlassen worden war, wurde dieselbe von der Volkswehr besetzt. Heute früh um 6 Uhr marschirte der Rest des 6. Linieninfanterieregiments von hier ab. Es war ein sehr kleines Häuflein. Bis zum letzten Augenblicke fanden fortwährend Uebertritte von Soldaten zum Volke statt. Noch auf dem Marsche durch die Straßen der Stadt traten einzelne Soldaten aus den Reihen, um überzugehen. Viele der übergetretenen Soldaten rissen die bayerischen Kokarden von ihren Kasketen ab und verbrannten dieselben; auch die Bleche mit dem Namenszeichen des Königs und der Krone wurden häufig abgerissen. Heute Vormittag 10 Uhr werden sowohl die Turner als die übergetretenen Soldaten auf der Eisenbahn nach Neustadt und von dort nach Kaiserslautern befördert werden. Eine bedeutende Anzahl von Soldaten vom 6. Regimente sind einfach nach Hause gegangen.

Wie wir vernehmen, soll der Postenlauf inskünftige wieder in der früheren Weise stattfinden, was in jeder Beziehung dringend zu wünschen ist (Sp. Z.)

Rastatt, 10. Mai. Bei der am verflossenen Mittwoch stattgefundenen Verbrüderung zwischen dem hiesigen Militär und den Bürgern wurde beschlossen, am andern Nachmittag in der Nähe der Gromerschen Brauerei eine Versammlung des Militärs und der Bürger abzuhalten. Schon um 5 Uhr waren die Anhöhen vor dem genannten Brauhause und die daran vorüberziehende Landstraße mit hunderten von Bürgern und Soldaten besetzt. Immer zogen noch Massen aus beiden Ständen herbei, und ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß die Zahl der Theilnehmer gewiß 5000 betrug, größtentheils Militär von allen Waffengattungen, und Graden — nur keine Offiziere! Man sagt, den Kanonieren sey das Wegbleiben von der Versammlung von Oben angerathen worden. Als diese jedoch gerade eröffnet war, kam ihre ganze Schaar, in geordnetem Zuge, der Anführer mit geschwungener Waffe an der Spitze, die deutsche Fahne in der Mitte, gegen den Versammlungs-Platz hergezogen, mit kräftigem „Hoch" aus der Ferne schon grüßend, das aus voller Brust von der Versammlung erwiedert wurde. Es sprachen abwechselnd Bürger und Soldaten; die Redner wurden mit größter Aufmerksamkeit gehört. Beschlossen wurde: Wir erkennen in der Reichsverfassung das Palladium unserer Freiheit, und wollen mit Gut und Blut gegen jeden Feind für sie einstehen. Es soll durch öftere gemeinschaftliche Versammlungen die bestandene Kluft zwischen Bürgern und Soldaten verbannt, und ein brüderliches Verhältniß zwischen beiden Ständen hergestellt werden. Die hiesige Garnison wird sich bei der Offenburger Versammlung durch Deputationen aus den einzelnen Compagnien betheiligen. Der Eindruck, den diese Versammlung auf Jeden machen mußte, war ein großartiger, erhebender. Wie verschieden zeigt sich der jetzige Geist unter den Soldaten, gegen den des vorigen Frühjahres. Damals wüster Straßenlärm grobe Wirthshausexzesse, Auflehnen gegen Ordnung. Jetzt das kräftige, entschiedene in den Gränzen der Ordnung sich bewegende Auftreten von Männern, die sich bewußt sind, auf dem Boden des Rechts zu stehen; die, von Begeisterung für die Freiheit Deutschlands durchdrungen, in Jedem einen Bruder erkennen, den der nämliche Geist beseelt. Soldaten! Ihr habt bewiesen, daß Ihr die wahre Bedeutung Eures Standes erfaßt habt: Der Hort zu seyn für die Freiheit des deutschen Vaterlandes und seiner Bürger, in deren Kette auch Ihr einzelne Glieder bildet; und welcher Feind will es wagen, diese Kette zu sprengen?! (M. Abdz.)

Freiburg, 11. Mai. Gegen die fünf des Hochverraths angeklagten: W. Baumann, H. Lefebre, C. Schnepf, Langguth und Bonaventura Maier, sprach heute das Geschwornengericht das „Nichtschuldig" aus, worauf ein wiederholtes »Bravo« erschallte. — Heute Nachmittag eröffnete der Präsident die Sitzung mit dem Vorlesen einer Eingabe des Staatsanwalts, des Inhalts, daß auf die Anklage der weiteren 11 Angeschuldigten im Hinblick auf den Wahlspruch der Geschwornen von heute früh von ihm verzichtet werde, so daß also sofort in Freiheit gesetzt worden sind. (Fckst. J.)

Frankfurt, 13. Mai. Kurz vor dem Schlusse unseres heutigen Blattes kommt uns von dem zur Zeit noch in Kaiserslautern verweilenden Herrn Eisenstuck eine Schilderung der Zustände in der Rheinpfalz mit einer Angabe der Motive seiner Abberufung als Reichs-Kommissär zu. Er hatte bei dem Ministerium den Einmarsch des Frankfurter Bataillons, eines Bataillons Würtemberger und eines Bataillons hessischer Truppen in die Pfalz beantragt zum Schutze gegen verfassungsfeindliche Invasion. Auf den Wunsch der Pfälzer hat Hr. Eisenstuck seinen Aufenthalt in der Pfalz noch verlängert, indem er sich an die Nationalversammlung gewendet, ihm, falls sie sein Bleiben in der Pfalz wünsche, eine neue Vollmacht zu senden. (Frkft. J.)

Frankfurt, 12. Mai. In der Pfalz ist zwar Landau völlig in legitimer Hand; aber drei Kompagnien des Militärs haben sich (ausserhalb der Festung), mit Ausnahme einiger Offiziere, auf die Seite des Volkes gestellt. — Das hiesige Militär, mindestens das österreichische, hat die schärfsten Befehle zum Einschreiten gegen etwaige Renitenz. Unsere Umgegend ist so gut, wie im Belagerungszustande; Waffentragen und Durchzüge von Turnern u. dgl. strenge verboten. (Frkft. J.)

Oldenburg, 10. Mai. Der Magistrat und Stadtrath unserer Residenz hat heute an die Staatsregierung die Bitte beschlossen: Mit Publikation der Reichsverfassung unverzüglich voran zu schreiten, zu deren Durchführung alle Kräfte und Mittel unseres Staats der Centralgewalt zu Gebote zu stellen und die Beeidigung des Militärs und der Civilstaatsbeamten auf die Reichsverfassung anzuordnen. Eine diesen Nachmittag abgehaltene Volksversammlung beschloß eine Vorstellung an das Staatsministerium, welche diesen drei Forderungen noch die vierte hinzufügte: Daß der zu Berlin ausgeschriebene Kongreß von der oldenburgischen Regierung nicht beschickt werde. „Wer aus Oldenburg zu diesem Zwecke dahin geht, der kehre über unsere Grenze nicht wieder, er sey, wer er wolle," sagt der Antragsteller unter lebhafter Zustimmung der Versammlung. Wir zweifeln nicht, daß das ganze Land mit diesen vier Anträgen einverstanden ist, und haben vielleicht schon auf dem Wege hierher befindlichen Aussprüchen desselben Inhalts nur in der Zeit vorgegriffen. Gott schützt das Recht, rufen wir in den Schlußworten der angenommenen Adresse, von welcher eine Abschrift unseren Vertretern in Frankfurt zugehen wird. (Wes. Z.)

†*† **Berlin**, den 12. Mai. Mit dem heutigen Tage sollten die eigentlichen Verhandlungen der deutschen Ministerkonferenz, die bis jetzt nur von vier Regierungen beschickt ist, beginnen. Das Ausbleiben des Hrn. v. Beust, sowie der Stand der Vorverhandlungen unter den königl. Bevollmächtigten, haben jedoch, wie von guter Hand versichert wird, die erste offizielle Zusammenkunft noch hinausgeschoben. So weit über die Vorverhandlungen etwas verlautet, scheint der hannoversche Bevollmächtigte, Hr. Stüve, Derjenige zu seyn, der noch eine Verständigung mit Frankfurt für möglich hält, und diese anzubahnen sucht. Bereits gestern erwähnten wir, daß die sächsischen Herzogthümer wie Anhalt erklärt haben, daß für sie keine Veranlassung vorliege, den von der preußischen Regierung gewünschten Kongreß zu beschicken. Ist schon dieser Erklärung kleiner norddeutscher Staaten eine gewisse Wichtigkeit beizulegen, so ist dies zweifelsohne noch mehr der Fall, wenn es sich bestätigt, daß die Regierungen von Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Würtemberg und Baden hierher eine gleiche Erklärung abgegeben hätten. Diese Erklärungen eines Theils der Regierungen deutscher Staaten mußte auch auf die hiesige Politik ihren Einfluß ausüben. Es scheint denn wirklich im preussischen Kabinet die Idee eines engern Bundesstaats, der entstehen soll durch den freiwilligen Anschluß der kleinern norddeutschen Staaten an Preussen, ein bedeutendes Gewicht erlangt zu haben. Hatten auch schon zahlreiche preussische Noten die Gründung eines solchen engern Bundesstaats als etwas durch möglicherweise eintretende Umstände Gebotenes dargestellt, so ist doch als ziemlich gewiß anzunehmen, daß man noch bis in die neueste Zeit an der Realisirung der Idee eines weitern Bundesstaats arbeitete. Das Auftreten der süddeutschen Regierungen, mit Ausnahme Bayerns, gibt der Sache aber eine andere Wendung. Preussen selbst sprach sich bis jetzt in allen officiellen Actenstücken für das Zustimmungsrecht aller deutschen Regierungen aus; mit Recht wendet eine süddeutsche Regierung daher jetzt gegen den Congreß deutscher Regierungsbevollmächtigten in Berlin ein, daß 30 deutsche Regierungen bereits der Frankfurter Verfassung ihre Zustimmung und Anerkennung ertheilt hätten; es gebe keinen Rechtsgrund, auf welchen hin vier königliche Regierungen es über sich nehmen könnten, auch für die übrigen Staaten eine Bundesverfassung ins Leben rufen zu wollen.

Hier sind heute neue Rekrutentransporte eingetroffen. Bei der Mobilmachung der Linie und Landwehr ist der Grundsatz angenommen worden, Landwehroffiziere soviel als möglich bei der Linie zu verwenden, dagegen die Linienoffiziere, namentlich als Kompagnieführer, zur Landwehr zu kommandiren. — Der berüchtigte Prozeß über die thatsächlichen Grundlagen der famosen „Enthüllungen" hat, obschon

ein nicht mehr zu überwältigendes Aktenvolumen zusammengeschrieben ist, doch noch nicht das mindeste Ergebniß geliefert. Weder Staatsanwalt noch Untersuchungsrichter haben sich beglaubigte Data verschaffen können, welche ausreichend wären, um eine Untersuchung zu eröffnen. Auch der Steuerverweigerungsprozeß ist noch nicht bis in dieses Stadium gelangt. Nach dem „Publizist“ haben Verhöre seit lange gar nicht mehr stattgefunden, und die in Beschlag genommenen Papiere und Drucksachen liegen in ganzen Ballen noch immer in der Registratur des Staatsanwaltes.

Das Wahlgesetz wird, wie man versichert, demnächst durch den Staats-Anzeiger veröffentlicht werden. Die wesentlichen Bestimmungen gehen dem Vernehmen nach dahin: daß alle bisherigen Urwähler auch ferner an der Wahl Theil nehmen; die Wähler werden nach den mehrfach erwähnten drei Steuerklassen gesondert. In der ersten Klasse ist die Wahl direkt, aber öffentlich.

Düsseldorf, den 11. Mai, Morgens 11 Uhr. Die Verkündigung des Belagerungszustandes unserer Stadt ist heute Morgen erfolgt, trotz der vom Gemeinderath gestellten Bitte, daß dies nicht geschehen möchte, da es ja wieder ruhig sey. (Frkfrt. J.)

Dresden, den 12. Mai. Um verschiedenen Gerüchten über hier niedergesetzte Kriegsgerichte, Standrecht 2c. zu begegnen, theile ich Ihnen Genaueres über die hier gegen die im Aufruhr Gefangenen niedergesetzte Untersuchungskommission mit. Den Vorsitz führt der Stadtrichter von Neustadt, Jäger, mit ihm figuriren die beiden Stadtgerichtsräthe Flemming und Mannfeld; ihnen sind beigegeben 14 Aktuarien. Die Gefangenen wurden zuerst in die Tuchhalle der Neustadt gebracht. Wegen Ueberfüllung der Tuchhalle wurden die später eingebrachten Gefangenen in die Frauenkirche geführt; dort saßen sie im Schiff auf den Bänken neben einander, ohne mit einander reden zu dürfen; Soldaten mit gespannten Gewehren bewachten sie und ihre Bewegungen. Die Tuchhalle wurde später für unzweckmäßig erkannt, und so wurden die dort befindlichen Gefangenen in die Frauenkirche gebracht; von wo sie vor die im Hôtel de Luxemburg niedergesetzte Untersuchungskommission zum Verhör gebracht wurden. Die Zahl der Gefangenen stieg weit über 300 und ist noch im Wachsen; viele sind bereits als nicht compromittirt vom Gericht entlassen worden. Auch die Frauenkirche wurde als unzweckmäßig, und dem geistigen und körperlichen Zustande der Gefangenen unzuträglich erkannt; sie sind deshalb heute Morgen nach dem Gewandhause in die dortigen geräumigen Säle, die zu ihrer Aufnahme vorgerichtet sind, abgeführt worden. — Jetzt wird nur die Voruntersuchung betrieben, später werden sämmtlich als schuldig Befundene vor das niederzusetzende Geschwornengericht gestellt.

Kiel, 7. Mai. Man hat hier Privatnachrichten aus London, welche melden, daß für uns ein Friede oder doch ein Waffenstillstand auf lange Zeit und auf guter Basis abgeschlossen sey! Die Quelle, aus welcher diese Nachricht stammt, ist gewiß sehr wohlunterrichtet, wenn ich auch durchaus nicht anzugeben vermag, was das Schreiben unter einer guten Basis versteht. Ich fürchte vielmehr, diese Basis würde uns nicht mehr gut erscheinen, namentlich da der Wunsch und das Verlangen nach Aufhebung jeglicher Union mit Dänemark, und namentlich also auch der Personalunion so tief ins Volk eingedrungen ist, daß es sich schwerlich auch einer nur nominellen dänischen Herrschaft ohne Widerstand unterwerfen wird. Hier werden jetzt von Vertretern aller Vereine Adressen an die Landesversammlung in diesem Sinne vorbereitet, weil wenigstens in der Negative der Aufhebung keine Meinungsverschiedenheit mehr obwaltet. Im Uebrigen hat die in öffentlichen Blättern enthaltene Aufforderung des „geschäftsführenden Vereins“ der verbundenen demokratischen Vereine, welche unter dem Prätext, weil die Reichsversammlung von den Einzelstaaten die Durchführung der Reichsverfassung verlange, das Volk zu Adressen gegen die Personalunion anruft, bei Manchen großen Anstoß erregt. Man sieht darin eine Unwahrheit, indem es nicht Absicht der Reichsversammlung sey, daß ihre Beschlüsse in Rücksicht auf die Reichsverfassung benutzt werden, um unsere specielle Landessache dadurch als gewissermaßen von der Reichsversammlung entschieden anzusehen; man kann dies um so weniger, da sie Schleswig noch nicht in den deutschen Bundesstaat aufgenommen hat. Es ist daher erklärlich, daß das Mißtrauen Vieler in die demokratischen Vereine nicht verringert wird. (H. Addz.)

Hadersleben, den 10 Mai. Es scheint sich zu bestätigen, daß das Manöver des General Prittwitz gelungen und ein Theil der dänischen Armee, wie man meint, General Rye mit 2—3000 Mann außer dem größten Theile der Kavallerie, abgesprengt worden ist und zwar nach dem Norden zu, wo die Einschiffung, da die Preussen nachdrängen, schwerlich gelingen möchte (?). Dagegen erfährt man von verschiedenen Seiten der von Augenzeugen, daß die Dänen von Fridericia her nach Fühnen ihre Einschiffung eifrigst betreiben. Die Unsrigen stehen eine halbe Meile von Fridericia und noch näher, und bereiten den Sturm vor; man meint gewiß, daß schon heute etwas geschieht. Die Kanonade auf unsere Schanzenarbeiter war den 8. Mai ohne allen Erfolg. Gestern Abend wurde eine größere Zahl von Gefangenen angekündigt, aber noch erschienen keine. (Alt. M.)

Aus Burg auf Fehmarn vom 9. Mai erhalten wir folgende, einen in No. 214 aus den „Wagr.-Fehm. Blättern“ aufgenommenen Artikel aus Oldenburg vom 9. Mai berichtigende Mittheilung, wofür wir unsern Dank sagen, zu ferneren gelegentlichen Mittheilungen auffordernd: „Am 3. d. M., Vormittags, naherte sich ein dänisches Kriegsdampfschiff („Geiser“), nachdem es nebst einer Fregatte schon seit 4 Uhr Morgens die südliche Küste Fehmarns rekognoscirt, einer beim Fährhause am Sunde errichteten Schanze bis auf circa 2000 Schritt. Vier ganze Lagen Kanonenschüsse sandte es, nicht nur auf die Schanze, sondern auch auf eine am Strande stehende leere Strohhütte und über die Köpfe des größten Theils einer vollständig gedeckt aufgestellten Kompagnie; jedoch ohne irgend einen andern Erfolg als den der Munitionsverschwendung. Dagegen fielen aus unserer Schanze, welche nur mit 2 6pfündigen Geschützen armirt werden konnte, und welche letzteren von dazu von der Infanterie abkommandirten Rekruten unter dem Befehle des Artillerie-Feldwebels Zorns, bedient wurden, 4 einfache Schüsse mit besserm Erfolg, indem einer derselben vorne am Bauche und ein anderer ungefähr in der Mitte, eben unterhalb des Wasserspiegels getroffen haben, worauf der Dampfer sich entfernte. (Alt. M.)

Stuttgart, 12. Mai. Der „Beobachter“ bringt heute an der Spitze seines Blattes wieder ernste Worte. „Er wisse, (sagt er) daß die Hofpartei sich zu einem neuen Schlage vorbereite,“ und macht auf den Prinzen Erry, der sich am Hofe zu Ludwigsburg aufhalte, aufmerksam. Dieser sey es, welcher den König von Sachsen dazu getrieben hätte, das Dekret der Anerkennung der Reichsverfassung, welche bereits in die Staatsdruckerei gegeben war, wiederum zurückzunehmen!! Man bereite eine Riesenadresse gegen die Kammer der Abgeordneten vor. (F. J.)

Französische Republik.

† **Paris**, 11. Mai. Die Aufregung der Gemüther ist unbeschreiblich. In den Straßen der Ruf: Anklage gegen den Präsidenten! Anklage gegen die Minister! Anklage gegen Changarnier! hinzu gerechnet zu den Tausend rothen, grünen, gelben und grauen Plakaten, die einen wahren Mauerkrieg bilden, der alle Fußgänger zum Stillstehen einladet: Alles dies gleicht dem unterirdischen Getöse eines bald losbrechenden Vulkanes.

Um die Nationalversammlung sind große militärische Vorsichtsmaßregeln von Marrast, nicht von Changarnier, getroffen. Marrast scheint eine Wiederholung der Szenen am Berliner Schützenhause zu fürchten.

[Nationalversammlung. Sitzung vom 11. Mai. Anfangs 1 Uhr. Präsident Marrast.] Große Agitation. Die Wache ist um zwei Bataillone verstärkt. Auf allen Gesichtern weilt Spannung. Wir hören, daß sich der Stimmführer der Linken (alte Nationalpartei) mit dem Berge dahin geeinigt: 1. Den Changarnier vor die Schranken der Versammlung zu fordern; 2. die Wahlschlacht hinauszuschieben; 3. die römische Republik anzuerkennen. Alle Posten in der Stadt sind verdoppelt; neue Regimenter langen an. Die ganze Nacht waren die Säle des Präsidialhauses erleuchtet. Im Augenblicke der Sitzungseröffnung vertheilt man die Anträge auf Anklage gegen den Präsidenten und die Minister. An der Tagesordnung befindet sich zunächst ein Gesetzentwurf, der die Zölle unterdrückt, welche die Schiffe beim Einfahren in die Bassins von Havre und laRochelle zahlen müssen. Lerembourre bekämpft den Entwurf (Links ungeduldig: Zur Abstimmung! Zur Abstimmung!) Der Gesetzentwurf wird angenommen — Ledru Rollin: Die Sitzung ist seit zwanzig Minuten eröffnet und die Minister sind noch nicht auf ihren Plätzen. Die Versammlung kann nicht warten. Ich trage darauf an, die Minister holen zu lassen und inzwischen die Debatte über Italien zu beginnen. **Marrast**: Man benachrichtigt mich, daß die Minister Rath halten. Sie werden binnen wenigen Minuten kommen. Ich schlage vor, die Sitzung auf so lange zu suspendiren. Die Sitzung wird suspendirt. Die Minister erscheinen und setzen sich auf ihre Bänke. Die Sitzung wird wieder eröffnet.

Ledru-Rollin beginnt die Reihe. Seit gestern, sagte er, hat die italienische Frage durch Mittheilung der Depeschen neue Umrisse gewonnen. Diese Depeschen enthüllen endlich die Fäden, welche die Expedition leiten; sie legen den Unterschied des Benehmens dar, das man auf römischen Boden und uns gegenüber beobachtet; sie verrathen den Plan einer vollständig organisirten Kontre-Revolution. Als Sie den Kredit votirten, versprach man Ihnen ausdrücklich, daß sich die Expeditions-Armee nur in der Entfernung von Rom halten, daß sie nur im Interesse der römischen Freiheit und im Gegensatze zur österreichisch-neapolitanischen Restauration angewandt werden solle. In diesem Glauben votirten Sie die Kriegsgelder. Was geschieht aber statt dessen? Kaum in Civita Vechia angelangt, erläßt der Obergeneral eine Proklamation, deren Inhalt uns Alle mit Entrüstung füllte. Dann marschirt er ohne Verzug nach Rom. Hatte ihn Rom gerufen? Sie wissen das Gegentheil. Man möchte uns glauben machen, daß ihn zwei Triumviren herbei riefen. Aber auch das ist falsch; denn die größte Einigkeit herrscht unter den Triumvirn. Man schützt ferner vor, daß man noch ausführlichere Berichte abwarten müsse. Dies kann nicht zugegeben werden, denn so gut Privatberichte den Weg von Rom nach Paris finden, können ihn die amtlichen auch finden. Ich besitze hier zwei Briefe von Offizieren des Expeditions-Korps (Ah Ah rechts) die mir beweisen, daß unsere Verluste bedeutender, als dies die amtlichen Depeschen errathen lassen; sie beweisen, daß der Obergeneral die Truppen belog, um sie zum Kampfe zu treiben, (Sensation), ja wohl, er ließ ihnen melden, daß die Neapolitaner Rom besetzt hielten und darin hausten, daß sie also die Neapolitaner schlagen sollten. (Allgem. Erstaunen.) Auf diese Weise gelang es, Republikaner gegen Republikaner zu hetzen (Agitation.) Ich sprach Ihnen von geheimen Fäden, welche die Männer unter einander anknüpft, die die Expedition leiten.

Wohlan, ich legen Ihnen hier ein Dokument vor, an dessen Aechtheit ich kaum glauben wollte. Es ist dieß ein Tagesbefehl der Armee mit dem berüchtigten Briefe Bonaparte's, worin das Verfahren Oudinots zum Hohne der Nationalversammlung gelobt und ihm die Verstärkungen versprochen werden. (Der Redner liest den vorgestrigen Tagesbefehl Changarniers an die 1te Militärdivision vor.) Bürger! Wenn Ihr Männer seyd, wenn Ihr das französische Volk, diese große Nation wirklich vertretet, dann werdet Ihr diesen Schimpf nicht hinnehmen! Die Republik ist verrathen... Es besteht nach Innen und Außen, ich weiß nicht alles, mit welchen aristokratischen Mächten, ein geheimer Pakt, der den Sturz der Republik und die Aufwärmung, ich weiß nicht, welch kaiserl. Systems zum Zwecke hat. Ich rufe Ihnen zu: die Verfassung ist verletzt; die Minister sind im Verrath solidarisch, sonst hätten sie ihre Aemter niedergelegt. (Stürmischer Beifall vom Berge.) Die Nationalversammlung muß sofort zur Anerkennung der Republik in Rom schreiten (Lärm zur Rechten), sowie zur Berathung und Bestrafung der Verfassungsbrecher. (Gährung.)

Barrot: Der Augenblick ist zu Ernst, um die Zeit in hohlen Worten zu verlieren. In Folge eines Anfalls unter den Mauern Roms verlangen Sie die Anerkennung der römischen Republik... Das wäre eine Feigheit... (Stimme links: Zur Ordnung den Minister! Man beschimpft uns: zur Ordnung.) Wie? In so wichtigen Augenblicken wollen Sie der Vertheidigung das Wort nehmen? ... Es scheint, man sucht Vorwände zur Gewalt. (Clement Thomas: Das sollen Sie erfahren!) Man ruft: on verra, nun gut, auch wir rufen: on verra! (Clement Thomas: Ich sage, Ihre kontrerevolutionäre Politik führt zum Bürgerkriege und dann sollen Sie sehen!) Zum Bürgerkriege ... am Vorabend der Generalwahlen ... Bürgerkrieg beim allgemeinen Stimmrecht. ...

Bürgerkrieg und wer soll und will darin gewinnen?... Bürgerkrieg, den können nur diejenigen wünschen, welche die Gewalt dem Rechte vorziehen... (der Minister entwirft ein düsteres Bild vom Bürgerkrieg). Was den Brief betrifft, so habe ich ja schon erklärt, daß es kein Kabinetsakt ist (vom Berge: Nein, aber ein dynastischer Akt!) Man verlangt, daß wir unsere Politik in Bezug auf Italien ändern. Unsere Politik ist noch dieselbe, die sie war, als unser Korps nach Civita Vechia fuhr. Ich will und kann die römische Republik nicht anerkennen, auch nicht mit ihr solidarisiren; aber ich will nicht, daß der Fremde, der Neapolitaner und Oesterreicher, in Rom einziehe (Ah, Ah). Wie können wir mit einer Regierung in Unterhandlungen treten, die uns mit Kanonenschüssen empfing (Lärm). Wir bleiben bei unserem Entschlusse und wünschen, daß es auch die Versammlung bleiben möge.

Clement Thomas widerlegt den Minister und weist die contrerevolutionären Plane des Kabinets und aller Restauration seit 40 Jahren nach. Was ihn befremde, sey, daß Barrot die Contrerevolution seit 40 Jahren selbst bekämpft habe und nun selbst contrerevolutionär werde.

Jules Favre nimmt das Wort und hält eine lange Rede. Die Rechte, namentlich Taschereau unterbricht ihn mit solcher Heftigkeit, und so häufig, daß er sich unzählige Male wiederholen muß. Der Tumult wächst ausserordentlich. Favre will Briefe und Aktenstücke aus Rom vorlesen, was die Rechte nicht zugeben will. Sie murrt und schreit, daß sie mit Weibergeschwätz (Fürstin Belgiojoso) nichts zu schaffen haben will... Der Lärm wird immer wüthender..... Manuel verlangt das Wort über das Reglement. Ihm zufolge dürften nur Privatpapiere mit Genehmigung des Hauses gelesen werden.... Die Papiere, die der Redner lesen wollte, rühren von einem fremden Minister her. ... Er verräth falsche und verläumderische Darstellungen. Ich protestire gegen die Lesung. (4½ Uhr.)

Rußland und Polen.

†*† **Von der polnischen Gränze,** 8. Mai. Vor acht Tagen ist der Militärgouverneur, Furst Galyzin, aus Warschau nach Kalisch zurückgekehrt, und seit dieser Zeit werden die kaiserl. Gemächer in Kalisch mit der größten Eile neu ausgestattet und zum Empfange des Kaisers eingerichtet. In der Stadt ist eine große Zahl der schönsten Wohnungen in Beschlag genommen und für hohe Offiziere und Herrschaften designiert. Man spricht allgemein, daß zum 16. Mai der Kaiser mit dem Thronfolger nach Kalisch kommen werde, um hier eine längere Zeit zu verweilen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Eheliche Verbindung.

Max Erdmannsdörfer.
Babette Erdmannsdörfer, geb. Schumacher aus Fürth.

Nürnberg, den 13 Mai 1849.

Wohnungs-Veränderung.

Meine Wohnung in der Tucherstrasse habe ich verlassen und bezog den 1 Stock im König Otto, Winklerstrasse S. Nro. 39. Mit dieser Anzeige verbinde ich aufs Neue die Empfehlung, meine mannigfaltigen Gravierarbeiten, in den verschiedenartigsten Materialien so wie meine Druckereien und Presserreien in buntester Variation.

F. H. Rupprecht.

Wohnungs-Veränderung.

Unterzeichneter beehrt sich hiemit anzuzeigen, daß er seine bisherige Wohnung verlassen, und seine neue in der Karpfengasse L. Nro 1466 bezogen, wobei er sich zugleich im Verfertigen von allen Arten Papparbeiten bestens empfiehlt

J. F. Geiß,
Pappwaarenverfertiger.

Eröffnung der Molkenkur- und Molkenbad-Anstalt
zum Ochsen in Gais, Kanton Appenzell.

Der Unterzeichnete hat hiemit die Ehre einem geehrten Publikum die ergebenste Anzeige zu machen, daß er seine Anstalt wieder eröffnet hat.

Auch sind verschiedene Sorten Mineral-Wasser, Kuh- und Ziegenmilch und auf Verlangen auch Eselinnen-Milch zu haben — Er empfiehlt sich zu geneigtem Zuspruch.

Gais im May 1849.

Heim, Gastgeber.

Flußbad-Eröffnung.

Mittwoch den 16. d. M. ist mein Flußbad für Herren zur gefälligen Benützung eröffnet. Auch werden auf Verlangen viele Abonnementskarten

24 Stück 2 fl. und
12 Stück 1 fl. verabreicht.

Die Eröffnung der Damenbäder wird seiner Zeit auch besonders angezeigt werden.

Hochachtungsvoll
Benwig, Badmeister.

Einladung.

Die Mitglieder der diesseitigen Anstalt werden zur gesetzlich vorgeschriebenen Quartal-Versammlung auf

Mittwoch den 16. Mai curr. Abends 5 Uhr

in das Conferenz-Lokale im Gasthause zum silbernen Löwen in der innern Laufergasse hiemit eingeladen und wird dabei bemerkt, daß in derselben sowohl die inzwischen eingelangten Bewerbungen um die Aufnahme in die Anstalt, als überhaupt die sie betreffenden Angelegenheiten werden berathen werden.

Nürnberg, den 2. Mai 1849.

Die
Administration der allgemeinen Pensions-Anstalt für Wittwen und Waisen aus allen Civilständen.
von Königsthal. Dr. Schwarzenbach.
Luthardt. Wagler.

Empfehlung.

Einem verehrten Publikum mache ich hiemit die ergebenste Anzeige, daß das Garten-Lokal zum Schlößlein in der Geisersgasse geöffnet ist. Indem ich gutes Lager- und abgezogenes Farnbacher-Bier, so wie kalte und warme Speisen aufs Beste verabreichen werde, bitte ich um recht zahlreichen Besuch.

W. Muelln.

(Zu vermiethen.) In einem Hause am Albrecht-Dürer-Platz ist Parterre eine kleine Wohnung und die 3. Etage für eine kleine Familie bis Laurenzi zu vermiethen.

Der Pflanzensaft des Doktor Boyveau-Laffecteur,

allein autorisirt, ist weit vorzüglicher den Sirupe des Cuisinier, des Larrey, des Salseparrille u. s. w. — Er heilt gründlich ohne Quecksilber die Hautausfälle, Flechte, Skrofeln, die Folgen der Krätze, Geschwüren und den Unglücksfällen herrührend von den Entbindungen, der kritischen Jahre und der erblichen Schärfe von Flüssigkeiten. Als mächtiges Blutreinigungsmittel ist er für die Flüsse der Harnblase, die Niederschlagung und Schwäche der Organe, herrührend von Uebertreiben der Einspritzungen oder der Sonden sehr dienlich. Als syphilitisches Gegenmittel heilt dieser Saft in kurzer Zeit die frischen oder hartnäckigen eiterigen Harngangsflüsse, welche immer wiederkehren in Folge der Anwendung von Copahu, Kubebe oder der Einspritzungen, die den Gift nur zurücktreiben, ohne ihn unwirksam zu machen. — Der Boyveau'sche Saft ist hauptsächlich anempfohlen gegen frische, eingewurzelte oder dem Quecksilber und der Verbindung des Potassiums widerspenstigen syphilischen Krankheiten. Der Prospektus über dessen Behandlung wird gratis und franko denjenigen zugeschickt, welche ihr desfallsiges Verlangen an Doktor Giraudeau de St. Gervais, 12, Rue Richer in Paris ergehen lassen; derselbe ertheilt ärztliche Consultationen unentgeldlich durch Correspondenz. Preis des Saftes Frs. 7. 50 Ct.; zu haben bei nachstehenden Apothekern:

Laurentius, Verleger-Correspondent, Dorotheenstrasse in Leipzig; Knoderer, in Straßburg; Doktor Gullet in Mainz; Gebrüder Telpier in Lille; Bipmer, Apotheker in St. Petersburg; Kochler in Odessa; Burgers, Kalverstreet, 125 in Amsterdam.

Anzeige und Dank.

Hohen Gönnern, Freunden und Bekannten, zeigen wir heute unsern erfolgten Austritt aus der Kreis-Irren-Anstalt Erlangen ergebenst an, die Beweggründe desselben später zu veröffentlichen uns vorbehaltend. Dem K. Verwalter Herrn Braun für seine Gewogenheit Dank, tausend Dank dem Wärterpersonal und insbesondere den Herrn Pensionären der Anstalt für das Vertrauen, für die Liebe und Anhänglichkeit, welche Sie uns schenkten, möge Gott sie recht bald in die Arme der Ihrigen nach Wunsch zurückführen; der Herr Assistenz-Arzt Dr. Kiderle aber genehmige die Versicherung der innigsten Hochachtung und Verehrung, die nie für Ihn in unserer Brust erlöschen wird, und die wir öffentlich aussprechen; möge ihm, dem Menschenfreund, dem wahren Arzt, bald ein Wirkungskreis werden, in welchem er ungehemmt dem Zuge seines edlen Herzens folgen kann.

Erlangen, den 9. Mai 1849.

M. Ruedel.
A. Ruedel.

Bekanntmachung.

Es ist für nothwendig erachtet worden, bekannt zu machen, daß zum Einschießen der Gewehre so wie zu Uebungen im Schießen selbst die Wochentage Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag und zwar von Nachmittag 3 Uhr an benützt werden können, und daß die Scheiben Sonntag und Montag blos für die Mitglieder der Gesellschaft bestimmt sind.

Schießhaus St. Johannis, den 14. Mai 1849.

Die Schützenmeister.

SINGVEREIN.

Mittwoch den 16. Mai zur Eröffnung des Sommerlokals vollständige Harmoniemusik. Anfang 6 Uhr.

Der Vorstand

Empfehlung.

Kegellächer, Casimirs, Sommer-Buckskins und andere Sommerstoffe zu Röcken und Beinkleidern sind in großer Auswahl angekommen und werden billigst abgegeben in der Tuchhandlung von

A. H. Boyer in Fürth, obere Königsstrasse im Hause des Hrn. Lehmaier.

(Bitte.) Vergangenen Sonntag wurde in der Katharinen-Kirche ein schwarzer Hut, wahrscheinlich aus Versehen mitgenommen. Man bittet solchen in Nro. 466 zurückzubringen.

Einladung.

Zu dem bei mir stattfindenden Preiskegelschieben, das sich unbedingt am 29 Mai endet, mache ich an alle werthen Kegelfreunde meine ergebenste Einladung. — Näheres sagt der Plan am Platz.

W. Bleileiter im Tafelhof.

Turn-Verein.

Alle diejenigen Turner, welche das diesjährige fränkische Turnfest zu Schweinfurt besuchen und auf freies Quartier daselbst Anspruch machen wollen, werden hiemit aufgefordert, längstens bis Freitag den 18. d. Mts. sich in die hiefür bestimmte, im goldenen Hahn aufliegende Liste einzuzeichnen.

Einladung.

Die Veteranen-Kompagnie beabsichtigt auf Donnerstag den 17. Mai, als am Himmelfahrtstage, eine Militärpromenade auf das sog. grüne Rengerlein hinter Hummelstein zu veranstalten, wozu sämmtliche Kameraden der Land- und Stadtwehr und der Turnerkompagnie hiemit höflichst eingeladen werden.

Der Zug geht Punkt 9 Uhr Vormittags, von der Fuchs'schen Wirthschaft vor dem Frauenthor mit klingendem Spiele ab.

Das Compagniecommando.

Auf Vorstehendes mich beziehend, füge ich demselben hinzu, daß mir die Kochstelle bei dieser Promenade übertragen wurde und bemerke, daß vortrefflich zubereitete Leberklöße verabreicht werden und für gutes Bier gesorgt ist.

Erhard Scharrer.

(Anzeige.) Robert Blum's letzter Brief an seine Frau in Leipzig, (fac simile) geschrieben in Wien, eine Stunde vor seinem Tode, ist bei Unterzeichnetem und in allen Buchbinderläden um 3 kr. zu haben.

Christoph Grünewald, sen.
S. No. 931 in der Judengasse.

(Zu vermiethen.) Ein heiteres, meublirtes Zimmer ist sogleich an einen soliden Herrn zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In einer der schönsten Lage der Stadt ist ein Logis auf der Sommerseite, an eine stille Familie bis Ziel Laurenzi zu vermiethen.

(Gesuch.) Eine Steindruckerpresse mittlerer Größe wird zu kaufen gesucht.

(Gesuch.) Ein Stubenmädchen in 30er Jahren, welches Waschen, Bügeln und Nähen kann, wird sogleich in Dienste gesucht.

(Gesuch.) Eine Köchin wünscht sogleich in einem soliden Hause unterzukommen. Näheres in der Exp. d. Bl.

Zu verkaufen.

Es ist ein an der Fürth-Nürnberger-Chaussée gelegenes Anwesen, bestehend:

1) Aus einem neugebauten massiven Wohnhaus mit zwei heizbaren Zimmern, Küche, Stallung, Holzlage und Pumpbrunnen
2) Aus einem 3½ Morgen großen Garten mit 250 edlen Obstbäumen

um 2000 fl. zu verkaufen, und bei der Exp. d. Bl. zu erfragen.

Theater-Anzeige.

Heute Mittwoch den 16. Mai findet zu meinem Benefize die Aufführung der größten komischen Oper: „Barbier von Sevilla“ statt, zu deren Besuch ich ein verehrliches P. T. Publikum um so mehr einladen kann, da ausser unserem lorbeerbekränzten Gaste Herrn Bielczizky noch die gefeierte Sängerin Fräulein Achilles in der Partie der Rosine aus Gefälligkeit ihre Mitwirkung zugesagt. Herr Bühler als Barbier Figaro, und Herr Baumann als Doktor Bartolo werden den oben Genannten sehr würdig zur Seite stehen.

L. Wegritsch.
Kapellmeister am hiesigen Stadttheater.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 17. Mai 1849. № 137. Donnerstag: Sibertus.

Deutsche Staaten

München, den 14. Mai. Oberst Kratzeisen, Mitglied der zweiten Kammer für München, hat sein Mandat niedergelegt, ohne Zweifel ist die „Presse“ Schuld an dem Verlust, welchen die Kammer durch dieses Ausscheiden erleidet. Als Nachfolger des Herrn Kratzeisens wird nunmehr Herr Steinsdorf, zweiter Bürgermeister hiesiger Stadt einzutreten haben. Welcher Kammerfraktion er angehören wird, dürfte leicht zu errathen seyn, nachdem bekannt ist, daß bei Gelegenheit der Rosenthaladresse fortwährend vier Magistratsboten beschäftigt waren, den Unterzeichnern die gedruckten Exemplare zuzustellen, so wie daß ein anderer magistratlicher Bediensteter, sonst als Hochzeitlader verwendet, in den Häusern herumging und die Bürger zur Unterzeichnung der Adresse, zur Hochzeit des Pfahlbürgerthums mit der Bajonettwirthschaft lud. (D. k. Z.)

Bamberg, 15. Mai. In einer gestern Nachmittag gehaltenen Sitzung des Magistrats und der Gemeindebevollmächtigten wurde der Beschluß gefaßt, eine Deputation um unverzügliche Anerkennung der Reichsverfassung nach München abgehen zu lassen. Zu dieser Deputation wurden gewählt von Seite des Magistrats: Rechtsrath Barlet und Magistratsrath Schwager; von Seite der Herren Gemeindebevollmächtigten: Essigfabrikant Seidel und Kaufmann Dinkler. (B. Tgbl.)

Kaiserslautern, den 12. Mai. In der Nacht vom 10. zum 11. um 12 Uhr erhielt ich vom Ministerium Gagern meine Abberufung aus der Rheinpfalz. Sie lautete: „Nachdem Seiner kaiserlichen Hoheit dem Reichsverweser Vortrag darüber erstattet worden ist, daß der mit Vollmacht vom 5. d. M. in die Pfalz entsendete Reichskommissär, Herr Eisenstuck, verschiedene Maßregeln angeordnet, und im Namen der Reichsgewalt genehmigt hat, welche mit dem Inhalt der gedachten Vollmacht, so wie mit den die Durchführung der Verfassung betreffenden Beschlüssen der Nationalversammlung und mit der rechtlichen Stellung der Centralgewalt nicht vereinbar sind, so hat der Reichsverweser beschlossen, die dem Reichskommissär Eisenstuck ertheilte Vollmacht zurückzuziehen. Der Unterzeichnete, mit Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt, hat hiernach Herrn Eisenstuck zu ersuchen, vom Empfang gegenwärtiger Verfügung an, die auf den Grund der erloschenen Vollmacht geübte Thätigkeit einzustellen. Frankfurt am Main, den 10. Mai 1849. — Der interimistische Präsident des Reichsministerrathes: gez. H. v. Gagern.“

Es brachte mir dieses Dokument ein Abgeordneter des Ministeriums, den ich am Tage vorher nach Frankfurt gesendet hatte, um im Einverständnisse mit dem Landesausschusse den Einmarsch des Frankfurter Bataillons, eines Bataillons Würtemberger und eines Bataillons hessischer Truppen nach Neustadt, Kaiserslautern und Zweibrücken zu verlangen, zum Schutze der Pfalz gegen verfassungsfeindliche Invasion.

Morgens 3 Uhr verließ ich Kaiserslautern. Die Bürgerwehr war am Bahnhofe versammelt und umringte mich mit dem Ausdrucke des tiefsten Schmerzes. Es standen Thränen in der deutschen Männer Augen, als sie ihre gerechte Sache von Frankfurt wieder verlassen sahen, denn nicht einmal die Zusage neuer Hülfe durch Absendung eines Nachfolgers an meiner Stelle konnte ich ihnen verkünden. In Ludwigshafen angelangt, empfing mich ein Abgesandter der Pfälzer Deputirten zu Frankfurt mit der dringenden Bitte, die Pfalz nicht zu verlassen. Ich erklärte mich dazu bereit, und sendete sofort einen Abgeordneten nach Frankfurt mit dem Gesuche an die Nationalversammlung, mir, falls man mein Bleiben wünsche, eine neue Vollmacht zu senden, da ich nur nach den Anordnungen der Nationalversammlung zu handeln mich befugt erachten könne. Die bayerischen Truppen zu Ludwigshafen hatten sich auf den gesetzlichen Boden der Verfassung gestellt und den Eid auf dieselbe geleistet, da ihre Führer sie verließen und auf ein nochmaliges Gesuch durch Deputationen der Mannschaft, den gesetzlichen Weg nicht zu verlassen, bei ihrer Weigerung verharrten, so veranlaßte der Landesausschuß die Truppen, sich neue Führer zu wählen. Dieses geschah und die Truppen traten sofort den Marsch nach Kaiserslautern an. Ich erklärte ihnen, daß ich in die Pfalz gesendet gewesen, um die Sicherheit der Provinz gegen Angriffe auf die deutsche Reichsverfassung zu schützen, daß ich mit Freuden erfahren, wie auch sie den Weg des Gesetzes betreten, und daß ich ihnen die feste Versicherung gebe, man werde sie allenthalben als treue Freunde und Brüder begrüßen. Ein jubelndes Hoch auf die deutsche Reichsverfassung war die Antwort der Krieger. Ich bin hieher zurück gekehrt, um die Befehle der Nationalversammlung zu erwarten. Eisenstuck. (Felset. J.)

Regensburg, 14. Mai. Zufolge allerhöchster Entschließung vom 13. d. wird bei Donauwörth ein Truppenkorps von 8 Infanterie-Bataillons, 6 Eskadronen Chevauxlegers und 2 Batterien in ein Lager aufgestellt. Hiezu sind bestimmt: 2 Bataillons vom 11., 2. Bat. vom 15., 1 Bat. vom 4., 1 Bataillon vom 8. Linien-Infanterie-Regiment; das 1. und 4. Jägerbataillon, das 3. Chevauxlegers-Regiment und eine 6- und eine 12pfünder Batterie, das 1. Artillerie-Regiment. Das 1. Bataillon des 4. Regiments marschirt am 16. d. von hier ab nach Saal, den 17. nach Neustadt, 18. Geisenfeld, 19. Rasttag, 20. Pörnbach, 21. Schrobenhausen, 22. Holzheim, 23. Riedlingen, 24. Donauwörth. (Reg. Tgbl.)

Mannheim, 12. Mai. Auf Anordnung des hiesigen Stadtkommandos wurde heute der Uebergang über die Rheinbrücke wieder freigegeben. In Ludwigshafen wurden diesen Morgen sieben bayerische Offiziere, welche sich auf die Reichsverfassung nicht beeidigen lassen wollten und gestern festgenommen wurden, in das Innere der Pfalz, es heißt nach Kaiserslautern, abgeführt. Es treffen jeden Augenblick bewaffnete Bürger aus den benachbarten Theilen Deutschlands drüben ein (auch ein Theil der Heidelberger Turnfeuerwehr und des Arbeitervereins sind abmarschirt), im Westrich scheint sich die Hauptmacht zu konzentriren, heute marschieren von Ludwigshafen verschiedene Abtheilungen vorerst nach Neustadt ab. Es wird eine gute Mannszucht beobachtet und die Waffenübungen, sowie eine regelmäßige Organisation werden mit Thätigkeit betrieben. — Hier finden erfolgreiche Sammlungen an Geld, Kleidungsstücken und Lebensmitteln für die jenseitigen Bewaffneten statt. — Man vermuthet, daß heute oder morgen das hiesige Militär auf die Reichsverfassung beeidigt werde, es sollen bereits diesen Mittag deßfallsige Belehrungen bei den Truppen stattfinden. Der Geist der hiesigen Truppen ist mit Eifer der Sache des Volks und der Nationalversammlung zugethan. — Vom 13. Mai. Gestern Abend war der badische Vizepräsident Weller, welcher sich nach Ludwigshafen zur Anschauung der dortigen Zustände begeben hatte, sehr bedroht. Er wurde mit Worten und thätlicher Weise verfolgt, und sein Leben hätte vielleicht im Rhein ein Ende gefunden, hätte es nicht ein junger hiesiger Bürger, der übrigens dem entschiedenen Fortschritte angehört, über sich genommen, ihn zu retten. Die dortige Bürgerwehr-Besatzung trat nach erhaltener Anzeige ebenfalls sogleich für Weller auf, derselbe wurde sodann über den Rhein auf einem Nachen gesetzt. — Wahrscheinlich in Folge der Auftritte in Bruchsal und Rastatt marschirten heute zwei Kompagnieen des 4. Infanterieregiments und eine Schwadron Dragoner auf der Eisenbahn nach dem oberen Theile des Landes ab. — Die Waffen für die hiesige Bürgerwehr werden morgen ausgehändigt werden. — Das Militär tritt stündlich mit mehr Entschiedenheit auf und scheint völlig für die Bürger gewonnen zu seyn. (Schw. M.)

Karlsruhe, 13. Mai. Heute in aller Frühe stellte sich eine Deputation aus dem Oberlande bei dem Großherzog ein, welche u. A. sofortige Entlassung des Ministeriums Bekk verlangte und ein Ministerium Christ-Brentano vorschlug und allgemeine Amnestie haben wollte. Ihre Forderungen wurden, wie ich aus zuverlässiger Quelle hörte, abgewiesen, doch hörte ich diesen Abend wieder behaupten, Bekk sey abgetreten. Etwas Offizielles ist bis diesen Abend nicht bekannt geworden. — Heute Mittag 12 Uhr wurde die ganze Garnison und Bürgerwehr, die auf dem Schloßplatz ein Viereck gebildet haben, durch den Großh. Kommissär, Geh.-Rath und Stadtdirektor Stößer, auf die Reichsverfassung feierlichst beeidigt, und am Schluß der Feier dem Großherzog ein warmes, dreifaches Hoch ausgerufen. Hierauf wurde am Schlosse vor Sr. K. Hoh. vorbeidefilirt. — Man erwartet in Bälde eine Zahl Reichstruppen, die schon diesen Nachmittag eintreffen sollten, (12,000 (?) Mann Württemberger und Kurhessen.) — Von Offenburg hörte man gestern Abend nur, daß die Versammlung so stürmisch gewesen sey, daß selbst die Führer kaum mehr die Zügel halten konnten. — Struve und Blind sollen von Bruchsal weiter nach Mainz gebracht worden seyn. Frau Struve soll an der Rastatter Bewegung Theil haben. — Nachschrift. In Offenburg wurde ein Landesausschuß ernannt, der seinen Sitz in Rastatt nehmen soll; morgen sollen die heutigen Forderungen wiederholt werden. Alles ist in großer Aufregung: Bürgerwehr ist seit heute Mittag auf der Wache. — (Schw. M.)

Rastadt, den 11. Mai. Aus Veranlassung der Versammlungen wurden einige Soldaten in Haft genommen. Warum, weiß man nicht, man sagt, weil sie bei jenen Versammlungen als Redner aufgetreten seyen. Heute früh rottete sich ein großer Theil der Soldaten zusammen und befreite gewaltsam die Inhaftirten. Als darauf zweimal Generalmarsch geschlagen wurde, erschienen die so Gerufenen nur sehr sparsam und zeigten gegen die Befehle ihrer Oberen zum Theil Widersetzlichkeit. Doch wurden einige Andere, wahrscheinlich die Anführer bei dem Befreiungsakte, in Haft gebracht, aber des Nachmittags bald 2 Uhr durch Einschlagen der Gefängnißthüre wieder befreit. Einige Offiziere trieben hierauf die Tobenden mit blanken Säbeln aus dem Kasernenhofe. Verwundungen kamen dabei nicht vor. An Handhabung irgend einer Disziplin war während des Tagesrestes nicht mehr zu denken. Viele Soldaten erhitzten sich in Wirthshäusern noch mehr. Als gegen Abend in der Poststraße die Soldatenhaufen, mit vielen bürgerlichen Personen vermengt, immer dichter wurden, verbreitete sich plötzlich das Gerücht, ein Offizier habe in der Leopoldskaserne einen Artilleristen tödtlich verwundet. Mit fürchterlichem Geschrei durchtobte nun die Menge die Straßen und suchte ihr Opfer der Rache. Gegen 8 Uhr fiel ihr ein Offizier vom 3. Regiment (Oberlieutenant Pfeiffer) in die Hände, der arg mißhandelt, die Straße entlang bis zum Gasthaus zum goldnen Kreuz geschleppt wurde, und dort vielleicht erschlagen worden wäre, wenn nicht noch zu rechter Zeit der Ruf: „Der ist unschuldig!“ ertönt wäre, und einige Soldaten, die Andrängenden mit eigener Gefahr zurückgehalten hätten. Nach kurzer Ruhe und nach geäußertem Vorsatze, so lange nachzuspüren, bis man den Rechten gefunden haben werde, wälzte sich die Schaar vor die Wohnung des Obristen vom 3. Regiment (Pierron). Während dem kamen vom Schlosse her Dragoner geritten, um den Platz zu säubern, was ihnen aber entweder nicht gelang, oder von ihnen nicht ernstlich versucht wurde. Ein Bursche wurde bei dieser Gelegenheit überritten und sogleich schrien Viele: „Er ist schändlich getödtet, der General hat es gethan, wir haben unsern Windischgrätz hier u. s. w.“ Als der durch diese Scene, die übrigens kein Leben gekostet hatte, etwas eingeschüch-

terte Hause sich wieder versammelt hatte, erbrach man die Wohnung des Obristen, und als man ihn nicht zu Hause fand, wurden statt seiner die beiden Fahnen des Regiments (eine ältere, die aus frühern Feldzügen nur noch die Stange übrig hat, und eine neuere) gewaltsam herausgerissen und mit Jubelgeschrei weggetragen. Doch muß bemerkt werden, daß bei dieser letztern That viele Soldaten sich zurückzogen, und den gemischten Schwarm verließen. Mit der gemachten Beute zog dann gegen 9 Uhr Abends die Schaar vor das Rathhaus, ohne daß man weiß, was sie dort damit begonnen hat.

(Frkft. O.-P.-Z.)

Frankfurt, den 14. Mai. [220. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Reh.] Abermalige Desertion von Abgeordneten. Zustimmungs-Adressen. Der Erzherzog-Reichsverweser läßt durch den Präsidenten der Versammlung anzeigen, daß er mit der Bildung des neuen Ministeriums soweit vorgeschritten gewesen sey, um dessen Personen heute dem Hause zur Anzeige bringen zu können. Da ihm jedoch eine telegraphische Depesche von Berlin einen Kommissär der preussischen Regierung mit wichtigen Mittheilungen angekündigt habe, so will er die Ernennung bis nach dem Empfange dieser Mittheilungen vertagen, und ersucht das Haus, sich diesen Aufschub gefallen zu lassen. Die Mißhandlungen — bis zu tödtlichen Verwundungen — deren sich die österreichischen hier garnisonirenden Soldaten gestern Abend an verschiedenen bürgerlichen Personen schuldig gemacht haben, geben hierauf Veranlassung zu mehreren dringlichen Anträgen. Der Präsident Herr Reh hat Erkundigung über den Hergang einziehen wollen, aber den erkrankten Kriegsminister Herrn v. Peucker ohne Meldung von dem Vorgefallenen gefunden. Von Seiten des Stadtkommandanten dagegen wird folgendes Schreiben (durch den Vicepräsident Eisenstuck verlesen.) Herr Präsident: Die beklagenswerthen Exzesse, welche gestern Abend in hiesiger Stadt vorgekommen sind, haben das Reichsministerium veranlaßt, das Oberkommando der hier versammelten Reichstruppen und mich selbst mit der sofort anzustellenden genauesten Untersuchung zu beauftragen. Es sind demzufolge die zweckdienlichen Schritte ohne Verzug geschehen, und wenn dieselben in diesem Augenblicke noch kein Resultat gegeben haben, so liegt dies einzig in der Kürze der Frist, die bisher dazu verwendet werden konnte. Ich beeile mich, Ihnen Herr Präsident auf Verfügung des Oberkommando's zur vorläufigen Beruhigung hiervon ergebenst Mittheilung zu machen. Frankfurt, den 14. Mai 1849. Deety, Major und Kommandant.

In Folge der erwähnten Vorfälle werden dringliche Anträge gestellt. Zuerst einer von Schlöffel: „In Erwägung, daß am gestrigen Tage mehrere wehrlose Bürger von Soldaten gefährlich verwundet worden und daß angeblich einige dieser verwundeten Bürger bereits an den erhaltenen Wunden gestorben sind; daß nach der öffentlichen Meinung die Verwundungen in öffentlichen Schenklokalen von bewaffneten Soldaten außer Dienst an wehrlosen Civilpersonen verübt worden sind; daß trotz der herbeigerufenen starken Patrouille der Friedensstörer nicht verhaftet worden ist, sondern frei ausgegangen seyn soll; daß in diesem Verfahren ein die gesellschaftliche Sicherheit aufs höchste gefährdender Mißbrauch enthalten ist; — in Erwägung, daß eine Verordnung den Civilpersonen das Tragen von Waffen untersagt und wo solches stattfindet dergleichen Civilpersonen dem Militär als zur Verfolgung bezeichnet worden sind; daß bei dem Mangel gesetzlichen Schutzes, wie er sich gestern manifestirt hat, die Bürger völlig wehrlos jedem Angriffe roher Gewalt ausgesetzt sind; in Erwägung, daß Verwundungen und der Tod mehrerer Civilpersonen ihren Grund in einer rothen Halsbinde, welche eine Civilperson getragen hat; — daß dieser Kravall unter den Augen und von Werkzeugen der stark ausgerüsteten provis. Centralgewalt verübt worden ist; — in Erwägung, daß zu Freiheitsverkümmerungen und Gewaltakten, wie sie hierorts stattgefunden haben, kein deutsches Gesetzbuch noch weniger Grundrechte und Verfassung berechtigen, und daß endlich alle Mitglieder dieser Versammlung ohne Unterschied der politischen Parteistellung Gefahren ausgesetzt sind, erklärt die Nat.-Vers. die Sicherheit ihrer Berathungen und Personen in Frankfurt und Umgegend so lange gefährdet, als die Garnison verfassungsfeindlicher Regierungen hier Dienste leistet und beschließt: die sofortige Verlegung der hiesigen Garnison und Heranziehung von Truppen aus einer deutschen Provinz, deren Regierung das Militär auf die Verfassung bereits verpflichtet hat. (Unterstützt von Zimmermann aus Stuttgart und 13 Genossen.) Ein anderer dringlicher Antrag von den Herren Nauwerck, Wigard und Genossen geht ebenfalls auf Entfernung der Truppen verfassungsfeindlicher Staaten aus Frankfurt und der Umgegend. Endlich fordert auch ein dringender Antrag von Jucho: sofortige Entfernung der hier garnisonirenden österreichischen Truppen und Ersetzung durch Truppen solcher Staaten, die die Verfassung anerkannt haben. Die Abstimmung darüber ob den verschiedenen diesen Gegenstand betreffenden Anträgen die Dringlichkeit zuzuerkennen sey, hat einen zweifelhaften Erfolg. Es wird daher die Zettelabstimmung nöthig, in der sich eine förmliche Stimmengleichheit nämlich 147 gegen 147 Stimmen herausstellte. Die Dringlichkeit ist daher als verweigert zu betrachten. Herr Schlöffel aus Haldendorf fordert das Haus und den Präsidenten auf, diesmal von der Geschäftsordnung abzugehen, um der dringenden Sache, die das Leben der friedlichen Bürger, ja der Versammlungsmitglieder selbst jeden Augenblick gefährde, ihr Recht angedeihen zu lassen. Der Präsident glaubt jedoch nicht auf diesen Antrag eingehen zu dürfen, dagegen wird der Antrag des Hrn. Löwe aus Kalbe angenommen: die Sitzung bis um 4 Uhr aufzuheben und den Kriegsminister zum Erscheinen in dieser Nachmittagssitzung einzuladen. Ueber den Antrag Ludwig Simons dagegen, daß der Dreißiger-Ausschuß bis Nachmittag auch Bericht erstatte über die heute eingebrachten Anträge, und daß dann die Versammlung sofort in Berathung darüber trete, muß ebenfalls wegen Zweifelhaftigkeit des Ausfalls durch Zettel abgestimmt werden. 168 gegen 133 Stimmen lehnen demnach die Dringlichkeit ab. — Wilhelm Jordan aus Berlin bittet in das amtliche Protokoll die Thatsache aufzunehmen, daß den Abgeordneten — namentlich vornhin Hrn. Kapriem, von der Gallerie herab die Aufforderung: Auf! auf! zugerufen werde, wenn es sich um dringliche Anträge, wie z. B. den Schlöffel'schen handle. Auch eine leidenschaftliche Bemerkung des Hrn. Wesendonck rügt Hr. Jordan. Ein Zwischenruf Schlöffels zur Rechtfertigung der Gallerie zieht diesem Abgeordneten den Ordnungsruf des Präsidenten zu. Die Herren v. Raumer aus Dinkelsbühl und Simson aus Stargard sind in letzter Sitzung zu Schriftführern der Nat.-Vers. ernannt. Nach einer Verhandlung voll kleiner und widerwärtiger Persönlichkeiten, die durch Jordans Rüge veranlaßt worden ist, schließt der Präsident gegen 12 Uhr die Vormittagssitzung.

Frankfurt, 14. Mai. Die heute morgen in außerordentlicher Sitzung versammelte verfassunggebende Versammlung für den Freistaat Frankfurt hat, auf Anlaß einer Reihe empörender Gewaltthaten, welche Unteroffiziere und Soldaten eines Theils der hier garnisonirenden Truppenkörper im Laufe des gestrigen Abends gegen die Bürger begangen, die folgenden Beschlüsse gefaßt. Auf den Antrag des Hrn. Dr. Textor: „Nochmals den Senat dringlich zu ersuchen, den gegen die Uebergriffe der Militärgewalt bereits gerichteten Anträgen schleunigst Statt zu geben, außerdem aber, mit Bezug auf die Verfügung des Oberkommando's gegen das Tragen rother Abzeichen, sofort, um etwaigen Angriffen der Reichstruppen gegen das Löschbataillon vorzubeugen, dem Oberkommando anzuzeigen, daß das genannte Bataillon rothe Abzeichen und selbst eine rothe Fahne führe.“ Auf den Antrag des Hrn. Dr. Schwarzschild: „Den Senat durch eine an denselben abzusendende Deputation zu ersuchen, die nöthigen Schritte beim Reichskriegsministerium zu thun, um diejenigen Truppenkörper, von deren Angehörigen die blutigen Ereignisse des gestrigen Abends verschuldet, schleunigst aus Stadt und Gebiet des Freistaats zu entfernen.“

Auf den Antrag der Herren Dr. Thomas, Marpes u. A. Friedleben: „Ebenfalls eine Deputation mit einer Adresse an die Reichsversammlung zur Unterstützung der Schritte des Senates abzusenden, welche Adresse zugleich die Versicherung enthalte, daß die gesammte Bürgerschaft zum Schutz der Reichsversammlung bereit stehe.“ Endlich auf den Antrag des Hrn. Dr. Jucho: „Den ältern Herrn Bürgermeister zu ersuchen, sich mit dem Präsidenten der verfassunggebenden Versammlung sofort zu dem Reichskriegsminister zu begeben, um von diesem die nöthigen einstweiligen Vorkehrungen allenfalls durch Konsignirung der Truppen, gegen die Wiederkehr ähnlicher Ausbrüche der rohen Wuth zu treffen.“

Nachdem noch die vorläufige Mittheilung eingegangen war, daß der Senat sich auf den Antrag, eine gemischte Volksbewaffnungskommission niederzusetzen, vollkommen beipflichtend geäußert habe, wurde die Sitzung auf eine halbe Stunde bis zur Entwerfung der Adresse an die Nationalversammlung, vertagt.

Frankfurt, 14. Mai. Markgraf Max, Bruder des Großherzogs von Baden, ist hier eingetroffen. Die Nachrichten aus dem Badischen lauten fortwährend beunruhigend. (D. Z.)

Frankfurt, den 13. Mai. „An die Bewohner des Freistaats Frankfurt“ wurde heute folgendes Publikandum an den Straßenecken angeschlagen: „Mitbürger! Höret und beherzigt in diesem ernsten Augenblicke unser dringendes, wohlgemeintes Wort! Die deutsche Reichsverfassung und die Nationalversammlung sind gefährdet; beide aber finden ihre beste, sicherste Gewähr in der würdig männlichen Haltung des deutschen Volks; an seiner begeisterten Sympathie werden alle reaktionäre Sondergelüste zu Schanden werden. Das weiß die Reaktion, und darum möchte sie um jeden Preis die großartig-ernste selbstbewußte Haltung des Volkes untergraben. Mitbürger, laßt Euch durch keinerlei Herausforderung, von dem Boden des Rechtes hinweg, zu leidenschaftlich übereilten Handlungen hinreißen; sobald ihr diesen unerschütterlich festen Boden des Rechtes verlaßt, seyd ihr unsicher und fallet in die Schlingen der Gewaltherrschaft. Haltet darum standhaft fest an Recht und Ordnung, und beweiset, daß Mäßigung auch im gerechtesten Unwillen eine starke Waffe der Ueberzeugung ist. Durch unsre besonnene aber entschiedene Haltung muß es der Reaktion mißlingen, die Säbelherrschaft dauernd über unser schönes Vaterland zu verhängen und sich durch einen Straßensieg den Anschein der besseren Sache zu geben. — Es lebe die deutsche Reichsverfassung! Es lebe die Nationalversammlung! Frankfurt, den 12. Mai 1849. Das Montagskränzchen.“ (Frkft. J.)

Frankfurt, 13 Mai, Vormittags. Aus glaubwürdigem Munde erhalte ich so eben die Nachricht, durch eine telegraphische Depesche von Berlin sey den hiesigen Bevollmächtigten den 30 verfassungstreuen Regierungen mitgetheilt worden, sie dürfen auf die ihnen in Aussicht gestellte Unterstützung durch preussische Truppen nicht rechnen, weil man deren im eigenen Lande bedürfe. — Es scheint demnach, dem Ministerium Brandenburg-Manteuffel und seinem geheimen Leiter Radowitz schwankt der Boden unter den Füßen. Glück auf der deutschen Sache! (Schw. M.)

Frankfurt, 14. Mai. Eben einlaufende Nachrichten aus München vom 12 d. M. berichten, daß sämmtliche Soldaten des Leibregiments, welche die auf dem Marsfelde aufgeschlagenen Zelte beziehen sollten, einstimmig erklärt haben, nicht dahin abzugehen. (Frkft. J.)

Hannover, 7. Mai. (Die Sitzung der Deputationen.) Nachdem die vereinigten Deputationen in ihrer heutigen Sitzung die Herren Advokat Freudentheil und Syndikus Bueren zum Präsidenten und Vizepräsidenten, die Herren Cohen und Lüder zu Schriftführern ernannt hatten, nahm die Versammlung die vier Hauptforderungen der Vereine in folgender Fassung einstimmig an: 1) Unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung einschließlich des Reichswahlgesetzes und Beeidigung des Militärs und aller Civilbehörden auf dieselbe. 2) Unbedingte Unterordnung und Unterwerfung der hannover'schen Regierung unter das von der Reichsversammlung erwählte oder noch zu erwählende Reichsoberhaupt. 3) Sofortige Einberufung der Ständeversammlung. 4) Sofortige Entlassung des jetzigen und Berufung eines neuen volksthümlichen Ministeriums. — Ueber die Art, wie diese Verlangen an den König zu bringen seyen, gingen die Meinungen auseinander. Lüder und mehrere Andere hielten die Uebersendung durch die Post für den einzigen Ausweg, der nach der Weigerung des Königs, die Deputationen zu empfangen, geblieben sey. Andere sagten, der König dürfe die Deputationen nicht abweisen, man müsse zum Schlosse gehen. Weber zeigt, daß von den drei zu Gebote stehenden Wegen, dem der Deputation, der Petition und einer energischen Erklärung des Volkswillens an den König, der erste verboten, der zweite erfolglos, der dritte der einzig thunliche sey. Schilling und Brunnius sehen nur den Weg der Revolution offen, da der des Gesetzes verschlossen sey. Die Versammlung beschließt den Schluß der Debatte und einen Dank an die Bürgerwehr für den der Deputation zugesagten Schutz. Der Antrag des Präsidenten: „die Beschlüsse durch eine Deputation dem Könige zu überbringen“ wird einstimmig angenommen und dann beschlossen, dies durch eine besonders zu wählende Deputation geschehen zu lassen. Diese Wahl wird sofort vorgenom-

men, sie fällt auf v. Hartz, Jordan, Dr. Nolte, Zuhorn, Bueren, Stürke.

Hannover, 9. Mai. Die unbedingte Verläßlichkeit unseres Militärs — mit Ausnahme der Garden — für den Fall, daß man selbiges gegen die Bürger sollte verwenden wollen, ist in neuester Zeit vielfach in Frage gestellt worden. Wir müssen jedoch der Ansicht seyn, daß die Anzeichen, womit man jenen Zweifel glaubt darlegen zu können, sehr trüglich erscheinen und daß die Situation und die begleitenden Umstände des Augenblicks die Entscheidung in dieser Beziehung zu geben pflegen.

Wahr ist es — und daher scheint jener Zweifel irrig hergeleitet — daß zwischen der Garde und der Linie ein nicht gerade brüderliches Verhältniß stattfindet, ja es läuft sogar das Gerücht um, daß, bei Gelegenheit eines kürzlich stattgefundenen Exerzier-Manoevers, von 6 Soldaten der Garde scharfe Patronen anstatt der losen in der Absicht geladen seyn sollen, um sie gegen die Linie zu gebrauchen, und daß man durch zeitige Entdeckung des Anschlags zur Abwendung des Unheils und zur Verhaftnahme der Schuldigen gelangt sey. Was Wahres daran sey, lassen wir dahin gestellt seyn; daß aber plötzliche Arretirungen vom Exerzierplatze aus stattgefunden haben, mag nicht bezweifelt werden. (Wes.-Z.)

Darmstadt, 11. Mai. Unsere Bürgerwehr zählt jetzt 13—14 Kompagnien, welche Zahl sich schon in der Kürze vermehren dürfte, da, äusserem Vernehmen nach, ein Aufruf zum weiteren Beitritt in diesen Tagen erfolgen soll. — Die neuesten Beschlüsse der Nationalversammlung, welche dieselbe zur Durchführung der von ihr gegebenen Reichsverfassung erlassen hat, haben auch hier die Gemüther mächtig ergriffen. Das deutsche Volk, hofft man, werde seine Schuldigkeit thun und dem drohenden preussischen Säbelregiment mit Kraft zu begegnen wissen. — Gegen Angestellte vom Betriebspersonal der Main-Neckar-Eisenbahn ist, wie man hört, eine Untersuchung eingeleitet worden, und zwar aus keinem anderen Grunde, als weil sie beschuldigt sind, an ein Bataillon kgl. bayerischer Truppen, welches am vorigen Sonntag auf der Reise von Frankfurt a. M. nach Mannheim unsere Stadt berührte, gedruckte Proklamationen, die zur Anschliessung an die Volkssache auffordern, vertheilt zu haben. Einer jener Angestellten, Techniker seines Berufs, soll bereits seine Entlassung erhalten haben. (Frkft. J.)

Wiesbaden, 12. Mai. Heute übergab die Regierung der Kammer ein Schreiben des Reichskriegsminister v. Peucker, worin die Beeidigung des Militärs auf die Reichsverfassung abermals verweigert wird. Es führte diese traurige Mittheilung zu äusserst heftigen Debatten, unwillkürlich wurden die einzelnen Redner zur größten Leidenschaftlichkeit hingerissen. Lang beantragte, daß trotz dieser Erklärungen von Reichsministerium und Regierung der Kammerbeschluß aufrecht erhalten werden solle, anderenfalls der Regierung kund zu geben, daß sie das Vertrauen des Landes nicht mehr besitze. Ein Amendement der Abgeordneten Raib, Snell und Müller II. zu diesem Antrage ging dahin, daß die Regierung heute noch die Verfügung zur Beeidigung erlassen möge. Diese Anträge blieben jedoch in der Minderheit, da ein Antrag des ministeriellen Herrn Großmann durchging, der die Sache in eine Kommission, mithin auf den Weg der unergründlichen deutschen Gründlichkeit verwiesen haben will. Die Gährung in unserem Lande wird durch das Bekanntwerden solcher Erklärungen und Beschlüsse sich wahrlich nicht vermindern; schon drohen von Seiten des Volkes, des verspotteten und verhöhnten, nun aber erwachten Volkes ganz andere Maßregeln. Das letzte bischen Geduld wird bald erschöpft seyn; dann aber helfe Gott Denen, die uns jetzt im Schach halten, die uns betrügen wollen! — Mehrere Kompagnien der hiesigen Bürgerwehr haben sich einmüthig dahin vereinigt, der Reichsverfassung zu schwören, auch wenn die Regierung es nicht für rathsam finden würde, dem Willen des Volks nachzugeben. Sie haben sich deßhalb in mehreren Adressen an das Kommando der Bürgerwehr gewendet, die Vereidigung sofort veranlassen zu wollen. (Frkft. J.)

Oldenburg, 12. Mai. Wie es von unserer Regierung, die schon früher die Festhaltung an der Nationalversammlung und der Centralgewalt ausgesprochen hatte, deshalb nicht anders zu erwarten war, so ist es jetzt geschehen. Wie ich Ihnen mit Bestimmtheit melden kann, ist die „Verfassung des deutschen Reichs" nebst dem „Wahlgesetz" unter der Presse und wird in den nächsten Tagen ausgegeben werden. (Wes. Z.)

†*† **Berlin**, 13. Mai. Die Nachricht, welche aus dem Bureau des hiesigen Ministeriums des Innern den Blättern zur Verbreitung übergeben wurde: daß die prov. Regierung 60,000 Thlr. aus der sächs. Sparkasse mit sich genommen habe, ist eine Erfindung des Kabinets der »Enthüllungen.« Sächsische Blätter wissen davon nicht nur kein Wort, sondern behaupten gerade im Gegentheil, daß die Insurrektion das Eigenthum geachtet habe. Charakteristisch für die Partei, die hier gegenwärtig herrscht, ist der Umstand, daß ein Schreiben der »deutschen Allg. Zeitung« vom 10. Mai wörtlich in den »Staats-Anzeiger« übergegangen, folgende Stelle aber: »die öffentlichen Kassen sollen, wie man sagt, unversehrt geblieben seyn«, weggelassen ist. Ein amtliches Organ wird also dazu benutzt, Fälschungen vorzunehmen, um den schon besiegten Feind auch sittlich brandmarken zu können.

Die Geschworenenliste für die morgen hier beginnenden Assisen ist veröffentlicht. Sie enthält wunderbarer Weise Namen, wie man sie nicht geschickter hätte wählen können, um das Institut der Jury gleich beim Eintritt in's Leben zu diskreditiren. Fast sämmtliche 36 Mitglieder der Jury sind bekannte Agitatoren des Preußen- und des Patriotischen Vereins; ein einziger, der Uhrmacher Fölsing, gehört zu den notorisch freisinnigen Bürgern. Nach einer solchen Zusammensetzung kann man freilich nur das alte Kriminalverfahren zurückwünschen, dort war das Richteramt mindestens nicht das Monopol einer einzelnen politischen Partei.

Wenn wir vor einigen Tagen bereits mittheilten, daß man höhern Orts an ein neues Kabinet, mit Graf Arnim-Boytzenburg an der Spitze, denke, so hatte diese Nachricht ihre gute Stütze. Es sind wirklich mit dem Grafen Unterhandlungen angeknüpft gewesen, die auch noch nicht abgebrochen zu seyn scheinen. Nicht unmöglich, daß für eintretende Eventualitäten ein Ministerium Arnim bereit gehalten wird. Auffälliger dürfte es seyn, wenn Graf Arnim wirklich, wie versichert wird, sich nach Frankfurt hinneigt und eine gänzliche Lossagung von dem deutschen Parlament für nicht an der Zeit hält. Vielleicht ist die Ansicht dieses einflußreichen Staatsmannes mit Grund dafür, daß Preussen noch nicht dem Beispiele Oesterreichs gefolgt ist und seine Abgeordneten von Frankfurt zurückberufen hat.

Auf die Lösung der augenblicklichen, durch den Rücktritt des Reichsministeriums herbeigeführten Katastrophe in Frankfurt ist man hier sehr gespannt. Obschon Eingeweihte zu verbreiten suchen, daß das Auftreten des Reichsverwesers der Deputation des Parlaments gegenüber durch österreichischen Einfluß hervorgerufen sey, so ist man doch allgemein geneigt, in jenem Auftreten auch ein gut Theil wirksamer preussischer Einflüsse zu verspüren.

Königsberg, 10. Mai. Magistrat und Stadtverordnete der hiesigen Haupt- und Residenzstadt haben auf den 19. d. einen Städtetag der Provinz Preussen ausgeschrieben. Das Polizeipräsidium beeilte sich, hiervon Anzeige bei der kgl. Regierung zu machen. Allein die Mitglieder der Regierung sind mit wenigen Ausnahmen nichts weniger als erbaut von dem Treiben des Ministeriums Manteuffel und beschlossen mit allen Stimmen gegen drei, daß gegen das Unternehmen des Magistrats nichts einzuwenden sey. Der Städtetag wird auf dem hiesigen Rathhause abgehalten werden. In dem Widerwillen gegen das jetzige Ministerium haben unsere politischen Parteien, natürlich mit Ausnahme der Preussenvereine, ihre Einigung gefunden. (D. Z.)

Düsseldorf, 12. Mai. Die Aufregung ist noch groß. Gestern ward ein Uhlane in der Nähe des Jägerhofes von dem Sohne des vorgestern gefallenen Fuhrmannes Schwieger erschossen. Die Soldaten erstachen den Thäter. Elberfeld ist noch in Revolution. Dr. Höchster ist Bürgermeister, Assessor Riotte Präsident des Sicherheitsausschusses. In den Straßen erheben sich haushohe Barrikaden, zu welchen auch elegante Möbel, kostbare Seidenballen u. s. w. benutzt sind. (D. Z.)

Französische Republik.

† **Paris**, 12. Mai. Ein Morgenblatt (Völkertribüne) meint zwar: »Man versichert uns, die Regierung habe durch den Telegraphen Nachrichten aus Rom vom 5. Mai erhalten. Ihnen zufolge habe Oudinot eine neue Niederlage erlitten und die Neapolitaner mit ihrem spanischen Vortrabe seyen unter dem Papstgeneral Zuchi von den Römern geschlagen worden.«

[National-Versammlung. Sitzung vom 11. Mai. Nachtrag.] Jules Favre gelingt es, trotz der Protestation Manuels seine römischen Berichte vorzulesen. Aus ihnen geht hervor, daß die oberen Theile der Peterskirche starke Kugelspuren tragen. Mehrere Kugeln seyen gesammelt worden und man habe darauf geschrieben: »Huldigung der französischen Papisten an die römische Republik am 30. April 1849.“ Diese Kugeln seyen ausgestellt .... Favre trägt schließlich auf exemplarische Bestrafung Changarnier's an und daß die Versammlung erkläre, die Minister hätten ihr Vertrauen verloren. (Agitation.) Tracy, Marineminister protestirt gegen diese Beschimpfung der französ. Armee. Uebrigens unterwirft er sich dem Votum des Hauses. Leflot, General, protestirt ebenfalls gegen diese Schmach eines französ. Armee-Korps. Dupont (Bussac): Frankreichs Rolle sey eine vermittelnde, keine angreifende gewesen. So habe sie die Versammlung verstanden. Er greift das Ministerium darum wegen seiner Gegenhandlung scharf an. (Zur Abstimmung! Zur Abstimmung!) Die einfache Tagesordnung wird mit 329 gegen 292 Stimmen ausgesprochen. (Napoleon Bonaparte stimmte dagegen.) So wäre denn die Debatte vorläufig eingestellt. Rom ist noch nicht anerkannt. Marrast liest die Anklage gegen General Forest vor und läßt zur Abstimmung schreiten: ob sie an den Ausschuß zur Begutachtung zu überweisen? Wird an die Abtheilung gewiesen. Marrast liest die Anklage gegen den Präsidenten und die Minister vor, um zu wissen, ob auch diese Klage in Betracht gezogen wird? (Tumult.) Wird verworfen und die Sitzung um 6½ Uhr geschlossen. Changarniers Anklage kommt morgen an die Reihe.

[National-Versammlung. Sitzung vom 12. Mai. Anfang 1¼ Uhr.] Corban präsidirt; Marrast ist unwohl wie man hört. Es herrscht eine Art Leichenduft im Saale; man sieht überall sterbende Gesichter. Nirgends Leben, nirgends Frische. Corbon bringt einen alten Nachkredit zur Debatte, die kein Interesse bietet. Der Kredit geht mit 498 gegen 5 Stimmen durch. Das Haus ist also kaum beschlußfähig. Flocon: Ich unterbreche die Tagesordnung durch Interpellationen an den Minister des Aussern in Bezug auf die Ereignisse, die sich an der Donau (in Ungarn u. s. w.) zutragen. Ich frage hiermit an, welchen Antheil nimmt die französische Regierung an den Ereignissen in Deutschland? Die ungarisch deutschen Ereignisse sind für die europäische Entwickelung, und namentlich für die französische Regierung ausserordentlich wichtig. Rußland schreitet ein; 30 000 Russen eilen dem bedrängten österreichischen Kaiser über Preßburg, 40,000 Mann über Ducla und 100,000 Mann durch Siebenbürgen zu Hülfe. Nikolaus selbst werde in Olmütz oder gar in Wien erwartet. Was thut hiebei das Ministerium? Drouyn de Lhuys: Sobald die Regierung von der russischen Intervention Kenntniß erhielt, schrieb sie nach Petersburg, London, Berlin und Wien. Die Thatsache der Intervention erscheint ihr bedauerlich. Wir werden uns beeilen, ihr durch diplomatische Wege entgegenzutreten. Genügen diese Wege nicht, dann werden wir die Versammlung um ihre Meinung berathen. (Beifall rechts.) Flocon erwidert, daß ihm der diplomatische Protest auf dem Papier wenig Vertrauen einflöße. Das Ministerium habe das Vertrauen des Landes längst verloren. (Lärm.) Ich stelle daher hiemit den Antrag, daß der Minister alle diplomatischen Papiere auf den Tisch des Hauses lege. Corbon: Das ehrenwerthe Glied möge dies schriftlich thun. Die Versammlung nimmt demnächst das Budget wieder auf.

Italienische Staaten.

Seit 3 Tagen fehlen uns direkte Nachrichten aus Rom und dasselbe sagen die norditalienischen Blätter. Indessen theilt der Genueser Corriere Mercantile vom 11. Mai aus dem Monitore Toscano vom 9. d. M. folgendes mit: Nach Briefen aus Rom vom 6. Mai beschlossen die Triumvirn nicht bloß die Freilassung der französ. Gefangenen, sondern wollten auch, daß dieß unter Ehrenbezeugungen geschehe. Pater Ventura soll als Parlamentär zum General Oudinot abgeschickt worden seyn, und man hoffte Gutes von dieser Sendung. Die rothe Fahne, als Kriegszeichen, wehte nicht mehr auf den römischen Thürmen, sondern die dreifarbige italienische Nationalfahne, als Sinnbild der Freiheit und des Friedens.“ Der Vortrab der Neapolitaner soll diesseits von Albano von Garibaldi geschlagen, und bis an dieses Städtchen zurückgedrängt worden seyn. Dagegen lief in Florenz auch das andere Gerücht um: Garibaldi

sey von Rom abgeschnitten. Der König von Neapel befand sich in Velletri, wo er Deputationen empfing. Auch soll ihm eine Protestation Oudinots gegen das Einrücken seiner Truppen in den Kirchenstaat zugekommen seyn. Der Monitore Toscano erwähnt ferner: Bologna sey von 8000 bis 12,000 Oesterreichern angegriffen. Zeitungen von Bologna und Ferrara fehlen ebenfalls. Ein Angriff auf Livorno war, nach den letzten Berichten, noch nicht erfolgt; General d'Aspre's Hauptmacht stand am 8. Mai noch in Pisa. Nach der Mailänder Zeitung vom 11. Mai war Feldmarschalllieutenant Wimpffen am 8. Mai in Borgo Panigale bei Bologna angelangt, und hatte diese Stadt zur Uebergabe aufgefordert und zugleich eine Proklamation an die Bevölkerung der Legationen erlassen, worin diese zur Unterwerfung unter die Herrschaft des Papstes ermahnt werden. Eine Deputation der Bolognesen erbat sich einen 24stündigen Waffenstillstand, welchen Wimpffen bewilligte, mit dem Bedeuten, daß nach dessen Ablauf die Feindseligkeiten alsbald beginnen würden. (A. A. Z.)

Der „Tiroler Bote" vom 12. Mai schreibt: „Eben verbreitet sich hier das begründete Gerücht, daß der Friede mit Piemont definitiv abgeschlossen sey." (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n.

Eheliche Verbindung

zeigen ihren werthen Freunden und Verwandten an
Hofmarkt Eismannsberg, den 15. Mai 1849.

Wilhelm Oelhafen v. Schellenbach auf Eismannsberg. K. b. Hauptmann à la Suite.
Wilhelmine Oelhafen v. Schellenbach, geb. Lerch

Eheliche Verbindung und Empfehlung.

Unsere am 13. d. Mts. vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir unsern werthgeschätzten Freunden und Bekannten ergebenst an, und bitten um Ihr ferneres Wohlwollen.

Nürnberg, den 15. Mai 1849.

Carl Leibolt, Tapezier
Nannette Leibolt, verw. Barens.

Zugleich mache ich einem hochverehrten hiesigen und auswärtigen Publikum die ergebenste Anzeige, daß ich mein Geschäft als Tapezier unbeschränkt ausübe, und empfehle mich denselben so wie der ehemaligen schätzbaren Barens'schen Kundschaft mit der Versicherung, daß ich nichts ermangeln lassen werde, durch billige und geschmackvolle Arbeit mir die vollkommenste Zufriedenheit zu erwerben, und bitte, mich mit Ihren gütigen Aufträgen zu beehren.

Carl Leibolt, Tapezier,
Jakobsstrasse (Steig) L. Nr. 1131.

Trauer-Anzeige.

Es hat dem lieben Gott gefallen, unsere gute, unvergeßliche Gattin, Mutter, Schwester und Schwägerin

Frau Sibilla Magdalena Krauß

nach längerem Leiden in einem Alter von 66 Jahren am 17. Mai l. J. aus diesem Lande der Prüfung in ein besseres Jenseits abzurufen. Die Trauerkunde ihren fernern Verwandten mittheilend, empfehlen die theure Dahingeschiedene ihrem liebevollen Andenken

Wöhrd, den 15. Mai 1849.

Joh. Ernst Krauß,
Bäckermeister nebst Tochter, Bruder und Schwager.

Freie christliche Gemeinde.

Heute Donnerstag bei schöner Witterung, Spaziergang nach dem Schmausenbuck, Abgang vorm Frauenthor Früh 6 Uhr.

Der Vorstand.

Dutzendteich-Park.

Am Himmelfahrtsfeste findet bei günstiger Witterung des Morgens und Nachmittags gutbesetzte Harmoniemusik unter Leitung des Herrn Musikmeisters Dresch in dem schönen, mit jungem Grün geschmückten Park, statt und erlaubt sich der ergebenst Unterzeichnete hiezu gehorsamst einzuladen, gute Bewirthung und Bedienung zusichernd. Daß auch die Kähne zur Teichfahrt in Ordnung sind, bemerkt

ergebenst
Fischer, Pächter der Dutzendteich-Wirthschaft.

Gasthaus zur Eisenbahn am Bahnhof.

Heute Donnerstag, als am Himmelfahrtstage, ist Blechharmoniemusik.

Schusters-Keller.

Donnerstag den 17. d., als am Himmelfahrtsfeste Vor- und Nachmittag spielt das Blechsextett von H. Sprecher. NB. bei günstiger Witterung.

Steinbrüchlein.

Donnerstag den 17. Mai spielt eine Abtheilung Hautboisten. Auch für Speisen und gutes Felsenkellerbier ist bestens gesorgt, wozu ergebenst einladet

Bernreuther.

Ziegelsteiner Felsenkeller-Eröffnung.

Heute Donnerstag den 17. d. Nachmittag wird mit gutbesetzter Harmoniemusik der Felsenkeller eröffnet. Für gutes Bier und kalte Speisen habe ich bestens gesorgt. Ich bitte daher ein geehrtes Publikum mich mit ihrem gütigen Besuch zu erfreuen.

J. G. Götz.

Bekanntmachung.

Am Himmelfahrtstage erscheint die Zeitung um 1/2 12 Uhr, und ist das Expeditionslokale nur bis Mittag 1 Uhr geöffnet.

Exped. der Mittelfrk. Zeitung.

Neue Zeugnisse

über die Heilkraft und Wirksamkeit der weltbekannten und berühmten

Goldberger'schen Kaiserl. Königl. allerhöchst privilegirten Galvano-electrischen Rheumatismus-Ketten,

von denen Herr G. L. Krauß, Theresienstrasse S. Nr. 551 in Nürnberg stets ächt und unverfälscht zu den festgestellten Fabrikspreisen Lager hält.

Preis 53 kr., stärkere fl. 1. 45 kr., und fl. 2. 38 kr.

Seit einem Jahre litt einer meiner Patienten am nervösen Kopfweh und Schwerhörigkeit, namentlich war ersteres sehr stark. Die verschiedensten Mittel waren gegen beide Uebel unausgesetzt angewandt, jedoch ohne den geringsten Erfolg davon zu sehen. Am 19. Januar rieth ich dem Patienten eine Goldberger'sche galvano-electrische Kette zu tragen, wornach denn schon am 16. Februar c. a. beide Krankheiten fast gänzlich gehoben zu sein scheinen, indem das Kopfweh nur noch unbedeutend, die Schwerhörigkeit gänzlich verschwunden ist. Ich bescheinige solches der Wahrheit gemäß, und unterlasse nicht die Goldberger'schen galvano-electrischen Ketten sehr zu empfehlen.

Clausthal (in Hannover) den 19. Febr. 1849.

Dr. Carl Böhm,
pract. Wundarzt und Geburtshelfer

Endesgefertigter bestätiget hiemit der Wahrheit zu Folge, daß durch den Gebrauch der Goldberger'schen galvano-electrischen Kette sein rheumatisches Kopf- und Fußleiden ganz geheilt wurde.

Ollmütz, den 15. März 1849. v. Lanzenau.

Der Unterfertigte hat die Goldberger'sche galvano-electrische Rheumatismus-Kette bei einem an Lach- und Weinkrampf leidenden 23jährigen Mädchen mit günstigem Erfolg angewendet

Karlsbad in Böhmen, den 13. März 1849.

Med. Dr. Forster.

Da ich in dem Zeitraume von 6 Wochen durch den Gebrauch der Goldberger'schen Kette von einem mehrjährigen rheumatischen Leiden an der linken Achsel und zugleich von Atonie der Verdauungswerkzeuge befreit und hergestellt worden bin, so ersuche ich für ähnliche Leidende mir gütigst 5 Stück durch Ueberbringer dessen zu senden.

Kunewald in Mähren, den 28. Dezember 1849.

Joh. Walter, Pfarrer.

Neu verbesserter Rheumatismus-Ableiter.

Die bereits vielseitig empfohlenen und als sehr bewährt befundenen »Rheumatismus-Ableiter,« per Stück à 18 kr., stärkere à 36 kr. mit Gebrauchsanweisung sind für hier und Umgegend nur allein ächt bei Unterzeichnetem zu haben.

Wie schon bekannt, dienen sie gegen Kopf-, Hand-, Knie- und Fußgicht, Gesichts-, Hals- und Zahnschmerzen, Ohrenstechen, Harthörigkeit, Sausen und Brausen in den Ohren, Brust-, Rücken- und Lendenweh, Gliederreißen, Krämpfe, Lähmungen, Herzklopfen und Schlaflosigkeit ꝛc., und liegen hierüber die besten Zeugnisse vor.

G. L. Krauß,
Theresienstraße S. Nr. 551 in Nürnberg.

Versteigerung.

In der hiesigen Gasfabrik werden am Mittwoch den 30 Mai Morgens 8 Uhr circa 150 Ctr. Gußeisen, bestehend aus unbrauchbar gewordenen Retorten und anderen Gegenständen gegen baare Bezahlung an den Meistbietenden öffentlich versteigert vom

Direktorium der Nürnberger Gasbeleuchtungs-Gesellschaft.

(Gesuch.) Ein ordentliches Mädchen wünscht als Kinds- oder Hausmagd sogleich unterzukommen. — Näheres S. Nro. 1496 über eine Stiege.

Schießhaus St. Johannis.

Am Himmelfahrtsfeste wird der neuerbaute Felsenkeller auf dem Schießplatz mit gutbesetzter Harmoniemusik zum erstenmal eröffnet, der Unterzeichnete erlaubt sich sowohl der verehrlichen Schützen-Gesellschaft, so wie ein Gesammtpublikum um zahlreichen Besuch zu bitten, die beste Bedienung zusichernd

Kellermann,
Traiteur des Schießhauses.

Ball-Anzeige.

Sonntag den 20. Mai findet von Unterzeichnetem Ball im deutschen Haus (Biedermannsgarten) statt. Karten für Herren mit Damen sind zu haben L. Nro. 469 der Breitengasse.

J. N. Lange.

Konstitutioneller Verein.

Mittwoch den 16. Mai Abends 8 Uhr in Rößels Kaffeehaus

Hauptversammlung.

(Anzeige.) Gesittete Mädchen finden in meiner Illuminir-Anstalt Unterricht, Beschäftigung und Verdienst.

P. C. Geißler
am Plattenmarkt S. Nr. 523.

(Anzeige.) Robert Blum's letzter Brief an seine Frau in Leipzig, (fac simile) geschrieben in Wien, eine Stunde vor seinem Tode, ist bei Unterzeichnetem und in allen Buchbinderläden um 3 kr. zu haben.

Christoph Grünewald, sen.
S. No. 931 in der Judengasse

E m p f e h l u n g.

Segeltücher, Cassinets, Sommer-Buckskins und andere Sommerstoffe zu Röcken und Beinkleidern sind in großer Auswahl angekommen und werden billigst abgegeben in der Tuchhandlung von

A. H. Bayer in Fürth, obere Königsstrasse im Hause des Hrn. Lehmaier.

(Zu verkaufen.) Fensterstöcke, noch vollständig und brauchbar, mit Glas von verschiedenen Größen, werden wegen Mangel an Platz billig weggegeben; desgleichen ist auch ein Silberschrank von Nußbaumholz zu verkaufen.

(Gesuch.) Ein solides Frauenzimmer im gesetzten Alter, in Kleidermachen und allen feinen weiblichen Arbeiten bewandert, sucht baldigst als Jungfer, Stuben- oder Kindsmädchen ꝛc. ein Unterkommen. Das Nähere unter V. S.

(Verkauf.) Ein Haus nebst Kleinpfragnerei-Gerechtigkeit ist aus freier Hand zu verkaufen.

(Literatur.) In der v. Ebner'schen Buchhandlung in Nürnberg (Obstmarkt Nr. 906) ist erschienen:

Etwas Neues über den Gebrauch der Brillen
zur Beherzigung für Jedermann
von
Dr. A. Kreitmair,
ausübender Arzt in Nürnberg.
Preis 18 kr.

Stadttheater in Nürnberg.

Mittwoch den 16. Mai. Zum Benefize des Herrn Kapellmeister Wogritsch. »Der Barbier von Sevilla. Komische Oper in 2 Akten von Rossini. Hr. Bielczizky und Frln. Achilles »Graf« und »Rosine« als Gastdarstellung

Donnerstag den 17. Mai »Die Räuber.« Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. — Hr. Gerstel »Franz Moor.

Extra-Beilage zu Nro. 137 der Mittelfränkischen Zeitung.

Donnerstag, den 17. Mai 1849.

Deutsche Staaten.

Bekanntmachung.

Auf Grund der im Namen der provisorischen Centralgewalt durch den Reichskommissär Eisenstuck ertheilten Befugnisse vom 7. Mai 1849, Ziffer 2. Lit. a. und c. welche also lauten:

„Der Landesausschuß ist berechtigt: alle ihm erforderlich scheinenden Maßregeln zur Vertheidigung der deutschen Reichsverfassung in der Pfalz einzuleiten, in soweit sie nicht in die Befugnisse der zu Recht bestehenden Landesbehörden eingreifen, demnach insbesondere die Organisation der Volkswehr zu leiten und zu überwachen; — Gegen gewaltsame Angriffe auf die Reichsverfassung in der Pfalz äußersten Falles selbstständig einzuschreiten."

beschließt der Landesausschuß:

1. Die gesammte Wehrmannschaft der Pfalz wird in 3 Aufgebote abgetheilt:
   a) in die bewegliche oder Mobilgarde (1. Aufgebot);
   b) in die bleibende Wehrmannschaft (2. Aufgebot), welcher zunächst die Vertheidigung des eigenen Hauses und Heerdes obliegt;
   c) in Reserve (3. Aufgebot).
2. Jeder waffenfähige ledige Pfälzer bis zum 30. Jahre hat sofort in die bewegliche Wehrmannschaft einzutreten, sich zu bewaffnen, wenn auch vorläufig nur mit gerade gemachten Sensen, und sogleich zu exerziren.
3. Jeder waffenfähige ledige Mann vom 30. bis 40. Lebensjahre, und jeder waffenfähige verheirathete Mann bis zum 40. Jahr hat in die bleibende Wehrmannschaft einzutreten, sich zu bewaffnen und zu exerziren.
4. Jeder waffenfähige Mann vom 40. bis 60. Jahre hat in die Reserve einzutreten, sich ebenfalls zu bewaffnen und zu exerziren.
5. Jeder Pfälzer, der in die 3 Abtheilungen gehört, ist persönlich verantwortlich für seinen Eintritt in die Wehrmannschaft.
6. Jeder waffenfähige Mann ist verbunden, auf die erste Aufforderung des Oberkommandanten der pfälzischen Volkswehr gerüstet zu erscheinen.
7. Jeder Bürgermeister ist persönlich verantwortlich für die Bekanntmachung und den Vollzug dieser Anordnung, sowie überhaupt für die Bekanntmachung und den Vollzug jeder Anordnung und Aufforderung, welche von dem Landesausschuß an die Bürgermeisterämter wird erlassen werden.

Kaiserslautern, den 12. Mai 1849.

Der Landes-Ausschuß:

Gez: M. Schmitt, Schmidt, Not. Greiner, Hepp, H. Didier.

Karlsruhe, 14. Mai. Vormittags. Welch schauervolle Nacht haben wir durchgemacht! Gegen 9 Uhr brach hier ein furchtbarer Militaraufstand in der Infanteriekaserne, in äußerer Verbindung mit Handwerksgesellen rc. aus. Um 6 Uhr waren zwei Kompagnien von Bruchsal zurückgekehrt in wilder Zügellosigkeit, die meisten Soldaten des Leibinfanterieregiments (ein Theil suchte zu entkommen) zerschlugen in der Infanteriekaserne Alles; die Kreuzstöcke wurden mit Gewehrkolben hinausgestoßen und kein Offizier hatte mehr Ansehen. Selbst Prinz Friedrich soll nur mit Mühe entkommen seyn. Dann wurde die in der Kaserne befindliche Pulverkammer gestürmt, und nun begann ein allgemeines Feuern aus der Kaserne mit scharfen Patronen, es wurde jedoch hoch geschossen. Darauf zog der tobende Haufe in das Haus des Obersten Holz, das ganz demolirt wurde, sogar die Fußböden wurden aufgerissen, die Möbeln auf die Straße geworfen rc. Auch der Fürstenbergsche Palast wurde beschädigt. Hierauf giengs die lange Straße hinauf, um das Zeughaus zu nehmen. Jetzt rückten Dragoner aus und wehrten nach langem Parlamentiren den Angriff ab, wobei Rittmeister v. Laroche, allgemein betrauert, den Tod fand; ich sah diesen Morgen seine Leiche im Gasthaus zur Sonne liegen. Den Zeughaushof hatte eine Pionierwache und zwei Kompagnien Bürgerwehr besetzt, im Verhältniß zum andringenden Haufen eine geringe Mannschaft. Auch hier wurde lange parlamentirt, bis die Aufruhrer zum Theil von Dächern herab Feuer gaben, worauf die Bürgerwehr ebenfalls feuerte, und acht, theils Soldaten, theils Leute aus ihrem Anhang todt niederstreckte, und etliche verwundete. Auch auf Seiten der Bürgerwehr kamen Verwundungen, man sagt vier, vor, wovon einer inzwischen gestorben seyn soll. Das Zeughaus ist gerettet. Im Rathhause wurden alle Gefangenen befreit. Das Schießen dauerte von Abends 9½ Uhr bis Morgens um 2½ Uhr, theilweise mit großer Heftigkeit. — Heute Nacht ist der Großherzog mit seiner ganzen Familie von hier fort, man weiß nicht wohin. Diesen Morgen in aller Früh ist eine Deputation, bestehend aus drei Gemeinderäthen, in's Oberland abgegangen, um dem „Landesausschuß" die Unterwerfung der Stadt zu überbringen, und das Weitere zu verabreden. Die ganze Garnison ist aufgelöst, wer fort will, kann es thun mit Gepäck und Waffen; die unzufriedenen Soldaten gehen so ziemlich alle; auch Dragoner und Artilleristen gehen fort. Diejenigen Infanteristen, welche hier bleiben wollen, die Besonneneren, werden bereitwillig in die Privatwohnungen der Bürgerschaft aufgenommen. Es herrscht große Bestürzung in der Stadt; viele Familien rüsten sich zur Abreise, und bald sieht man in allen Straßen eine wahre Völkerwanderung. Bald sind keine Pferde und Wagen mehr zu haben, und es werden Bauernwägen und Pferde von den Dörfern geholt.

11 Uhr. Die Deputation ist zurück. Der Landesausschuß, bestehend aus 14 Mitgliedern, worunter man Brentano, Fickler, Peter und Andere nennt, wird im Laufe des Mittags hier eintreffen, um die provisorische Regierung zu konstituiren. Nach mündlicher Versicherung soll mit dieser Bewegung nichts beabsichtigt werden, als wirkliche Ein- und Durchführung der Grundrechte und Reichsverfassung, und soll auch von der Republik keine Rede seyn. Der Ausschuß bringt ein Bataillon Infanterie und vier Geschütze von Rastatt mit und will Ruhe, Ordnung und Sicherheit der ihm nun zugethanen Stadt schützen. Die Bürgerwehr soll aufgelöst und nach Stadtvierteln umgebildet werden. So eben erscheint das beifolgende Plakat des Gemeinderaths:

Bürger von Karlsruhe! Der Gemeinderath und das Kommando der Bürgerwehr hat, da die Regierung sich thatsächlich aufgelöst hat, einstweilen die Leitung der bürgerlichen und militärischen Angelegenheiten übernommen; der Oberst der Bürgerwehr ist provisorisch zum Stadtkommandanten ernannt. Auch haben wir Schritte gethan, um mit dem in Rastatt befindenden Landesausschuß in Benehmen zu treten, und die Stadt vor Bedrohung der Sicherheit und des Eigenthums zu schützen.

Inzwischen wird die Bürgerwehr mit den noch anwesenden Soldaten in Gemeinschaft die Wachen der Stadt beziehen, und hofft bei ihrem Bemühen für die Sicherheit und Ordnung der Stadt auf die Unterstützung aller redlichen Bürger. Karlsruhe, den 14. Mai 1849. Gemeinderath. Malsch. — Auch die Bürgerwehren von Ettlingen und Durlach sollen sich erboten haben, zum Schutze gegen die verkündete Plünderung zuzuziehen. Die Auswanderung und das Fortgehen von Soldaten, einzeln und truppweise, mit Waffen und Gepäck dauert fort. Die meisten Offiziere sind verschwunden, oder gehen, nachdem sie die Uniform abgelegt, in Civil. Ungefähr 400 M. der alten Besatzung bleiben hier und wohnen bei der Einwohnerschaft. Alle Wachen sind verlassen. Struve soll frei seyn in Bruchsal. 12 Uhr. Die Trommler der Linie und der Bürgerwehr schlagen Generalmarsch. Die zurückgebliebenen Soldaten und die Bürgerwehr versammeln sich auf dem Marktplatz; das Militär wird von dem Hauptmann Frei, der von dem Militär besonders hierum gebeten worden seyn soll, kommandirt. Nach der Aufstellung werden alle Wachposten organisirt, gemischt von Linie und Bürgerwehr. Die Wachen ziehen auf. Wegen Bildung einer Sicherheitswache ergeht nachfolgende Aufforderung:

Aufforderung. Heute Nachmittag 2 Uhr Versammlung auf dem Turnplatz des allgemeinen Turnvereins zur Errichtung einer Sicherheitswache, wozu die Polytechniker, die Mitglieder des allgemeinen Turnvereins und Freikorps eingeladen sind. Der provisorische Kommandant der Sicherheitswache der Stadt Karlsruhe: Reininger.

Die Auswanderung dauert fort. Viele Personen vom Adel sind abgegangen. In Gottesau (Artillerie- und Dragoner-Kaserne, eine Viertelstunde von Karlsruhe) sollen noch sechs Artillerie- und etwa 40 Dragonerpferde ohne Mannschaft seyn. Ein Wachtmeister und 2 andere Militärs, welche dort wohnen, bilden mit der heute Mittag dahin beorderten Mannschaft die Besatzung. — Die großherzogliche Familie soll sich nach Germersheim gewendet haben, der Großherzog durch den Park, unter Begleitung einer Grenadierkompagnie bis auf 2 Stunden Entfernung. Der Stadtkommandant, Gen. Schwarz ging voraus. Markgraf Maximilian passirte Eggenstein und ging von Leopoldshafen nach Leimersheim über den Rhein. — Viele Familien sind selbst in das französische Lauterburg. — 2 Uhr. Der Landesausschuß macht durch Straßenanschlag bekannt, daß er heute hier eintreffen und für die Sicherheit sorgen werde. Markgraf Wilhelm mit Familie ist nach Würtemberg. —

5 Uhr Abends. Um 4 Uhr kam der Landesausschuß hier an mit einem Bataillon Infanterie. Brentano hielt vom Balkon des Rathhauses eine Rede und sprach von Durchführung der Reichsverfassung; auch Hoff von Mannheim sprach gemäßigt, für Ordnung; hatte Beifall. Das angekommene Bataillon soll einquartirt werden. Es herrscht zur Stunde Ruhe und Ordnung in der Stadt.

Das M. J. berichtet noch: das Zeughaus wurde gestürmt. In Bruchsal wurden Struve und Blind und sämmtliche politischen Gefangenen von Militär und Volk befreit. Rastatt ist im Besitz der verbündeten Soldaten und Bürger, die Festungskommandantur ist in den Händen einer von Bürgern und Militär niedergesetzten Kommission.

Die Beschlüsse der Versammlung in Offenburg betreffen hauptsächlich Durchführung der Reichsverfassung, Unterstützung der Pfalz, Entlassung des Ministeriums Bekk und Bildung eines Ministeriums Brentano-Peter, Volksbewaffnung, Amnestie, Auflösung der Stände.

In Freiburg ist ein Sicherheitsausschuß gebildet; die Soldaten, welche erst abmarschiren sollten, bleiben und halten zum Volk. General v. Miller hat die Stadt mit seinem Stab verlassen.

In Mannheim ist deßgleichen ein Sicherheitsausschuß gebildet; die Offenburger Beschlüsse wurden anerkannt. Auch dort stehen Bürger und Soldaten zusammen.

Es ist bekannt gemacht worden, daß derjenige dem Standrecht verfällt, welcher auch nur um 4 Kreuzer Werth stiehlt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 18 Mai 1849 **№ 138.** **Freitag: Liborius.**

Deutsche Staaten

München, den 15. Mai. Gestern Abend fand im Prater abermals eine große Studentenversammlung statt, in welcher ein Ausschuß von 7 Studenten zur Leitung der laufenden Geschäfte gewählt wurde. Dann wurde folgender Antrag besprochen und angenommen: In Betracht, daß die Studentenversammlung zu München die konstituirende Gewalt der Nationalversammlung und die daraus folgende Rechtsgültigkeit der Beschlüsse derselben als unbedingt zu Recht bestehend bei ihren Berathungen voraussetzt; in Erwägung, daß der deutsche Bürger Findel, Student an der hiesigen Hochschule, wahrscheinlich aus keinen andern Gründen verhaftet wurde, als weil er seiner Pflicht getreu für die Anerkennung der Reichsverfassung gesprochen und gewirkt hat, wie es der Beschluß der Nationalversammlung verlangt, beschließt die Versammlung, die Behörden aufzufordern, die Gründe zu dessen Verhaftung anzugeben, eventuell, die Nationalversammlung anzugeben, dessen schleunigste Freilassung zu bewerkstelligen, und die Behörden, welche die Verhaftung verfügt, seiner Zeit zur Rechenschaft zu ziehen und ihren Ausschuß mit der Ausführung dieser Beschlüsse zu beauftragen. Dann ward von dem provisorischen Major über den Stand des Freikorps berichtet. Ein folgender Antrag, den Eid auf die Verfassung noch eine Zeit lang zu suspendiren, ward lange und mit vieler Würde besprochen, und endlich mit großer Majorität beschlossen, die Vereidigung heute Nachmittags um 4 Uhr in der Aula vorzunehmen, woran auch die Polytechniker Theil nehmen können, welche sich dazu erboten hatten. Zuletzt überbrachte noch ein Student aus Prag einen Gruß von der dortigen Studentenschaft. (Bayer. Landb.)

München, 14. Mai. Aus verläßiger Quelle vernehme ich so eben, daß König **Ludwig** den ganzen Betrag des griechischen Anlehens in bayerischen Staatsschuld-Obligationen bei der kgl. Staatskasse niedergelegt hat. (A. Abdz.)

München, 15. Mai. Die Mitglieder der bayerischen Volkskammer haben sich im Laufe des Tages fast sämmtlich hier eingefunden, mit Ausnahme von 4 oder 5 Pfälzern. Die pfälzischen Deputirten brachte der (heute um eine ganze Stunde später eingetroffene) Abendzug der Eisenbahn; im Bahnhof hatten sich einige hundert Menschen versammelt, um die Ankommenden herzlich zu begrüßen. Alles drängte sich namentlich um den Abg. Schüler und äußerte die innigste Freude über sein Wiedersehen — wenn gleich unter unerwartet trübseligen Aussichten. Die Abg. Greiner, Hepp und Kolb sahen wir nicht in der Reihe der Angekommenen; Letzterer ist durch sein Bürgermeisteramt in Speyer wohl sehr in Anspruch genommen. — Ein ministerielles Programm, sagt man, werde die Sitzungen eröffnen, wovon v. d. Pfordten der Verfasser und auf die Zustimmung der Majorität rechnen soll; im entgegengesetzten Fall sey er Willens, lieber mit dem Gesammtministerium abzutreten, als eine Kammerauflösung zu veranlassen. So spricht man heute in sonst wohl unterrichteten Kreisen. (A. Abdz.)

Speyer, 13. Mai. Bekanntlich soll am 15. d. der bayerische Landtag wieder zusammentreten. Es sind Zweifel geäußert worden, ob die Pfälzischen Abgeordneten auf demselben erscheinen sollen. So weit wir Kunde haben, werden sich diese Deputirten in der Volkskammer wieder einfinden. Sie halten sich dazu sogar verpflichtet. Nirgendwo ist zur Zeit noch eine förmliche Trennung der Pfalz von Bayern proklamirt. Die Pfälzer Abgeordneten dürfen nicht durch ihr Hinwegbleiben bewirken, daß die bisherige Majorität der Kammer in eine Minorität verwandelt werde. Sie müssen verhindern, daß unter dem Scheine der Legalität volksfeindliche Beschlüsse zu Stande kommen. Endlich — ganz abgesehen von den Verhältnissen der Pfalz — sind es die diesseitigen Deputirten ihren bisherigen treuen Kampfgenossen, den Franken und einem Theile der Schwaben, unbedingt schuldig, dieselben im jetzigen Kampfe nicht zu verlassen, sie nicht blos zu stellen einer alsdann sich ergebenden feindlichen Mehrheit. Demzufolge und in besonderm Hinblick auf das bestimmte Versprechen, welches sich die bayer. Abgeordneten von der Linken bei der Versammlung zu Frankfurt am 4. Mai (also nach der Zeit der Einsetzung des Landesvertheidigungsausschusses zu Kaiserslautern) gegeben, erscheinen die Pfälzischen Abgeordneten in jeder Beziehung verpflichtet, auf dem wieder beginnenden Landtage nicht zu fehlen. (Sp. Z.)

Speyer, 13. Mai. Hier sowohl, als in allen andern Orten der Pfalz, aus denen wir Nachricht haben, herrscht die größte Sicherheit für Personen und Eigenthum. Nirgends hört man von einer Verletzung derselben. (Sp. Z.)

Pfalz. Bekanntmachung des Landesausschusses. Aufruf an die Pfälzer wegen Bildung einer berittenen Volkswehr. Alle diejenigen geübten Reiter, welche Pferde besitzen, oder sich deren verschaffen können, werden hierdurch aufgefordert, zur Bildung einer berittenen Volkswehr zusammenzutreten, und ihre deßfallsigen Anmeldungen unverzüglich an den Landesausschuß zur Vertheidigung und Durchführung der deutschen Reichsverfassung in Kaiserslautern zu machen. Frisch auf, Kameraden, auf's Pferd! Das Vaterland ist in Gefahr! Muthige Reiter, helft es schützen. Kaiserslautern, den 10. Mai 1849. Der Landes-Ausschuß. Unterz.: Greiner. Schmidt. N. Schmitt. Hepp. Culmann. Didier.

Der Landesausschuß zur Vertheidigung und Durchführung der Reichsverfassung hat unter dem Heutigen beschlossen: In Bezug auf die Löhnung der Truppen sollen, da die verfügbaren Geldmittel zur Zeit noch gering sind, einstweilen folgende Bestimmungen gelten: 1) Sold erhalten überhaupt nur diejenigen Wehrmänner, welche solchen in Anspruch nehmen. 2) Diejenigen Wehrmänner, welche sich an ihrem Wohnorte befinden, erhalten Sold nur für jene Tage, welche sie ausschließlich im Dienste zubringen. 3) Als täglichen Sold erhält: der Gemeine 6 kr., der Unteroffizier 9, der Offizier 30 kr., der Hauptmann 1 fl. Wehrmänner, welche außerhalb ihres Wohnortes verwendet werden, erhalten nebst obiger Löhnung freie Verpflegung und Verköstigung. 4) Ueber die Soldverhältnisse der Führer mobiler Kolonnen, Ingenieure und Offiziere des Generalstabs wird das Weitere baldigst bekannt gegeben werden. — Gezeichnet: N. Schmitt. Greiner. H. Didier. Hepp. Schmidt, Notär.

Soldaten! Brüder! Ihr habt durch Euern, für Aufrechthaltung der deutschen Reichsverfassung geleisteten Schwur gezeigt, daß es auch in dem deutschen Heere treue deutsche Männer gibt, welche über dem Dienste der Fürsten nicht vergessen, daß Sie zum Volke gehören, aus dem Sie hervorgegangen, und daß die Freiheit und Aufrechthaltung der Volksrechte Euch höher gilt als Fürstendienst. — Ihr habt den Eid auf die Reichsverfassung geleistet und gehört nunmehr zur Volkswehr der Pfalz. Alle Soldaten werden laut Beschluß des Landesausschusses vom 11. Mai 1849 als Unteroffiziere, alle Unteroffiziere als Offiziere mit täglichem Sold in die Reihen der Pfälzer Volkswehr eingetheilt, und der Chef unseres Generalstabes, Bürger Fenneberg, mit Ausführung dieses Beschlusses beauftragt. — Soldaten! Haltet treu an dem Volke, für dessen Freiheit und heilige Rechte Ihr Euern Schwur geleistet. Eure Mitbürger, Kameraden und Führer werden treu zu Euch halten und mit Euch stehen, fallen oder siegen. — Kaiserslautern, den 11. Mai 1849. Der Landesausschuß für Vertheidigung und Durchführung der Reichsverfassung. gezeichnet: N. Schmitt. Greiner. Dr. Hepp. Didier. Schmidt.

Mitbürger! Wehrmänner! Im Hinblick auf die allgemeine, beispiellose Begeisterung, mit der das Volk der Pfalz, wie unsere deutschen Brüder und Nachbarn zu den Fahnen des sich bildenden Volksheeres zur Aufrechthaltung der deutschen Reichsverfassung stürmen, ist es nothwendig geworden, um die Erledigung aller militärischen Angelegenheiten nicht nur schneller zu betreiben, sondern überhaupt möglich zu machen, den polnischen Kapitän Racquillert gleichfalls zum Oberbefehlshaber zu ernennen, und die Leitung der Volksarmee, die täglich durch neue heranströmende Massen deutscher Streiter zu einer imponirenden Heeresmacht heranwächst, den beiden Oberkommandanten gemeinschaftlich zu übertragen. Der Bürgeroberkommandant Fenner von Fenneberg ist speziell mit der Leitung des Generalstabes, dem Fortifikationswesen, und der Ueberwachung der östlichen Heeresabtheilung bestimmt. — Unterz.: N. Schmitt. Greiner. Hepp. H. Didier. Schmidt, Notär.

Der Landesausschuß für die Pfalz hat in seiner Sitzung vom 11. d. M beschlossen, ein offizielles Blatt zur Veröffentlichung seiner Beschlüsse, Proklamationen, Ansprachen, Tagesbefehle u. s. w., unter dem Titel „offizieller Anzeiger des Landesausschusses für Vertheidigung und Durchführung der deutschen Reichsverfassung“ zu gründen. Derselbe erwartet von den Cantonal-Vertheidigungsausschüssen, den Vereinen und Volkswehren, sowie überhaupt von den Pfälzern, daß sie sich schleunigst auf dieses Blatt abonniren. — Kaiserslautern, den 9. Mai 1849. — Aufforderung. Der Landesausschuß für die Pfalz fordert hiermit alle Volkswehrmänner, welche Artilleristen waren, auf, sich unverzüglich anzumelden, damit die Errichtung eines Artilleriekorps vorgenommen werden kann. Kaiserslautern den 11. Mai 1849. Der Landesausschuß für Vertheidigung und Durchführung der Reichsverfassung hat in Erfahrung gebracht, daß die Landkommissariate Homburg und Kusel sich weigern, Beiträge, welche die Gemeinden ihres Bezirks zum Besten der allgemeinen Volksbewaffnung bewilligen, zur Zahlung anzuweisen. Auf mehrfaches Anfragen wird bemerkt, daß der Landesausschuß als selbstständige, von den Landkommissariaten völlig unabhängige Behörde handelt, und es daher einer Anweisung von Seiten der Landkommissariate keineswegs bedarf. Im Uebrigen wird der Ausschuß die geeigneten Maßregeln gegen die Uebergriffe und das Uebelwollen der genannten Behörden ergreifen. — Kaiserslautern, den 11. Mai 1849. (Sp. Z.)

Speyer, 14. Mai. Nachdem das hier seit 8 Tagen garnisonirende Infanteriebataillon des 6. Infanterieregiments der Auflösung nahe, ist die größte Ruhe hier eingekehrt; es war mehrere Tage in hohem Grade aufgeregt zu nennen, aber dessen ungeachtet fiel auch nicht das geringste Verbrechen vor, und wenn einige Beamte, welche aus den jenseitigen Kreisen hierher versetzt waren, die Stadt verließen, so war hiezu durchaus kein Grund vorhanden, es sey denn, daß denselben die Begeisterung für die große deutsche Sache unerträglich gewesen. Die Reichsverfassung ist das Panier, um welches sich jetzt alles schaart. — Der Cantonalausschuß für Speyer ist gebildet; er bietet alles auf, die Ruhe und Sicherheit der Bewohner zu erhalten und die allgemeine Volksbewaffnung zu betreiben. Die letzten Hoffnungen sind auf die heute nach München abgehenden Abgeordneten gerichtet, möchten ihre Schritte zum Wohle des Vaterlands von günstigem Erfolge seyn. (Sp. Z.)

Neustadt. Auch die Beamten hier und in der Umgegend haben eine Adresse an den König gerichtet, in welcher sie sich für Anerkennung der Reichsverfassung aussprechen.

Landau. Schon unterm 6. dieses Monats haben die Mitglieder des hiesigen Bezirks- und Friedensgerichts, so wie die Beamten der Staatsbehörde eine Adresse an den König eingesendet, worin derselbe

um die sofortige Annahme der Reichsverfassung unter Darlegung der Verhältnisse der Pfalz dringend ersucht wird. (Sp. Z.)

Dürkheim a. d. Haardt, 13. Mai. Gestern Abend sind „drei Kompagnien schwarz-roth-goldene Bayern“, welche bisher bei Frankfurt stationirten, unter dem Jubel der Bevölkerung hier eingerückt. Sie sollten bei Ludwigshafen den Brückenkopf besetzen; allein die Volkswehr kam ihnen zuvor und schickte sie, nachdem sie gemeinschaftliche Sache mit der Volkswehr gemacht hatten, hierher. Auf dem freien Platz an der Badanlage leisteten sie den Eid auf die Verfassung. Heute früh konnte man die Kronen (von den Mützen) auf der Straße mit Besen zusammen kehren. Die hiesige Volkswehr zählt 600 Mann, wovon das mobile Korps, bestehend aus 200 Scharfschützen, bei Ludwigshafen aufgestellt ist. Auch ein Sensenmänner-Korps hat sich hier gebildet, das sich mit seinen Fähnchen an den Sensen furchtbar schön ausnimmt. An die Arbeit wird fast nicht mehr gedacht; Knaben und Greise gießen Kugeln und die scharfen Patronen werden zu Tausenden angefertigt. Die Aufregung hat einen unbeschreiblichen Grad erreicht und sogar die Frauen theilen die Begeisterung. Als vorgestern in der Nacht der Generalmarsch geschlagen wurde, um gegen die Preussen an den Rhein zu rücken, zögerte ein Familienvater, am Zuge Antheil zu nehmen; allein seine Frau stieß ihn zur Thüre hinaus mit den Worten: „Einen feigen Mann will ich nicht haben!“ (Frkft. J.)

Neustadt a. d. H. 11. Mai, Abends. So eben kommt ein Bahnzug an, welcher circa 120 Mann bayerische Rekruten bringt, die, nach Germersheim bestimmt, für Anerkennung der deutschen Verfassung sich entschlossen haben, nach Kaiserslautern zu ziehen. Sie wurden von unsern Turnern abgeholt und sämmtliche Volkswehr hat sie hier am Bahnhof in Empfang genommen, um sie in die Stadt zu begleiten, wo sie einquartiert werden. Auch über Dürkheim sollen 400 Mann bayerischer Truppen mit Sack und Pack gekommen seyn, die sich dem Landesausschuß zur Verfügung stellen. — Daß in Landau 6 Offiziere gefallen sind, ist unwahr; es war jedoch eine in der Pfalz allgemein verbreitete Nachricht. Die Festung ist indeß geschlossen, so daß man nichts Bestimmtes aus Landau selbst hören kann. — In allen Gießereien der Pfalz ist man thätig, Kanonen zu fertigen. Gestern sind schon 15 Stück von den Eisenwerken des Frhrn. v. Gienandt nach Kaiserslautern befördert worden. In Kaiserslautern bildet sich ein vollständiges Heer, welches bis heute schon mit der nächstliegenden Volkswehr auf 20,000 Mann angewachsen ist. Stündlich langen bayerische Soldaten an, Artilleristen und Infanteristen, die ihre Dienste anbieten. Reiche Gutsbesitzer liefern die schönsten Pferde gratis. Auf einer heute hier circulirenden Liste für freiwillige Beiträge sind bis jetzt schon 3000 fl. gezeichnet worden. — Eisenstuck hat ein Abschiedsplakat anheften lassen. Bei der Kunde aber, daß das Reichsministerium Gagern entschlafen ist, soll derselbe wieder sich nach Kaiserslautern gewendet haben, seine Abreise nach Frankfurt verschiebend. Exerciren, Wache halten, Kugeln gießen rc. rc. ist jetzt die einzige Beschäftigung aller Pfälzer. (Frkft. J.)

Kaiserslautern, den 13. Mai. Ueber die Bewegung in unserer Rheinpfalz täusche man sich nicht. Sie wird nicht getragen von einer Minorität, von einer Partei des Umsturzes, nein, es ist das ganze Volk, welches in den Stürmen des vergangenen Jahres nie den Boden des Gesetzes verließ, weil es diejenigen freisinnigen Institutionen, welche man im übrigen Deutschland erstrebte, größtentheils schon besaß — es ist, ich wiederhole es, das ganze Volk, welches sich einmüthig erhebt, der Reiche wie der Arme, der Beamtenstand, wie der des Militärs, um dem Partikularismus der bayerischen Staatsregierung entgegenzutreten. Und eine solche moralische Macht möchte denn schwerer zu bekämpfen seyn, als ein von einzelnen Fanatikern angezettelter und blos von Proletariern ausgeführter Putsch. Der Landesausschuß ist, wie das Volk, einig, an der von der Nationalversammlung beschlossenen Reichsverfassung festzuhalten, und wenn es auch begründet ist, daß Einzelne die jetzige Bewegung nur als eine Brücke zur Republik betrachten, so würde es, gerade wie in Würtemberg, doch genügen, alle Gemüther zu beruhigen, wenn der König von Bayern sich rasch entschließen könnte, die Reichsverfassung sammt den Grundrechten anzuerkennen. Leider aber ist hierzu noch keine Hoffnung da. — Gegenwärtig befinden sich etwa 500 bis 600 Mann bayerische Truppen, welche den Eid auf die Reichsverfassung geleistet, und sich dem Landesausschusse zur Verfügung gestellt haben, in unserer Stadt. — Der größere Theil unserer Abgeordneten zur zweiten Kammer ist heute nach München abgereist. (Frkf.O.-P.-Z.)

Karlsruhe den 14. Mai Abends 5 Uhr. Karlsruhe war heute der Schauplatz der wildesten Verwirrung und Angst. Man sah nichts als Auszüge und die umliegenden Ortschaften müssen mit Flüchtigen überfüllt seyn. Der Kampf dauerte beinahe die ganze Nacht, die Zahl der Todten ist bis jetzt nicht genau bekannt, im Spital liegen eine Menge Verwundeter. — ¼ nach 4 Uhr. Eben rückte die provisorische Regierung (d. h. der Landesausschuß, an deren Spitze Brentano mit 600 Mann Rastatter Militär und einem Offizier hier ein, und mit ihr löst sich die Besorgniß auf eine noch ärgere und gräßlichere Nacht. Auf dem Markte wurde bei strömendem Regen beschlossen, eine Deputation an den Großherzog, der mit seiner Familie und nur von Einem Offizier begleitet, die Stadt verlassen und sich in die nahe Festung Germersheim geflüchtet hat, zu schicken, um ihn zur Rückkehr zu bewegen.

In diesem Augenblicke fallen Schüsse, jedoch scheint es nur der Freude zu gelten, denn Blind und Struve sollen eben mit einem ausserordentlichen Zuge hier angekommen seyn. Der Rest des hier gebliebenen Militärs bezog gegen 2 Uhr in Verbindung mit der Bürgerwehr eine der verlassenen Wachen. Die übrigen Waffen, welche in der ganz verlassenen Kaserne vorgefunden worden, wurden heute Jedermann verabfolgt. So sieht man vierzehnjährige Buben mit Gewehr und Säbel bewaffnet und erst eingetroffene Handwerksburschen ebenso gerüstet herumziehen.

Auf der Eisenbahn schoßen solche Leute am hellen Tage mit scharfen Patronen in den Wartsälen an die Decke. Das angekommene Militär wird wie das hier gebliebene, das noch zwei Offiziere zählt, bei den Bürgern einquartirt. Die Kaserne ist unten total demolirt; eben so das Haus eines Obersten und eines Hauptmanns. Vor dem Hause des Ersteren konnte man heute zolltief in den Federn und Roßhaaren herumlaufen. (Schw. M.)

Mannheim, 14. Mai. Nachmittags 2 Uhr. Erst jetzt finde ich eine Minute Ruhe, um Ihnen in aller Eile einige Worte über Das zu melden, was sich seit heute Morgen bei uns begeben hat. Die Vorgänge in Karlsruhe finden Sie in den hiesigen Blättern. Kaum war die Kunde davon in Mannheim angelangt, so zündete sie, ich kann's nicht anders bezeichnen, wie ein Funke in einer Pulvertonne. Eine halbe Stunde später umstanden Tausende von Menschen die Infanteriekaserne, denn es war bekannt geworden, daß das Militär von hier entfernt werden sollte. Vergebens suchten die Offiziere das drohende Ungewitter zu beschwören, indem sie es ihren Leuten freistellten, ob sie da bleiben wollten oder nicht. Es war zu spät: Sie blieben alle, Dragoner und Infanterie, und jetzt in diesem Augenblick steht es bei uns so, wie wohl überall in Baden, wo badische Garnisonen liegen. Das Militär ist zu dem Volke übergegangen und Bürger befehlen neben dem neuerwählten Militär-Kommando! Die Soldaten durchziehen bald in großen, bald in kleinen Trupps mit den Bürgern Arm in Arm die Straßen, singen Freiheitslieder und lassen den Hecker hochleben. Eine militärische Disciplin existirt nicht mehr. Dahin wären wir also gekommen, und wenn mich nicht Alles täuscht, so werden wir bald noch ein Stückchen und dann noch ein Stückchen weiter rücken. Nur Geduld, ihr Herren von dem „passiven Widerstand!“ — Das Volk in Süddeutschland steht auf dem Qui vive! Täusche sich Niemand, die Zukunft, von der einst Herwegh sang, daß sie „in Erz klirre“, ist Gegenwart geworden! — Die neuesten Nachrichten aus Karlsruhe lauten dahin, daß dort Ordnung herrscht. Die Bürgerwehr versieht die Wachen. Der Großherzog soll mit seinem Hofe nach Germersheim geflohen seyn, weil dort noch ein altbayerisches Regiment in Zucht und Ordnung existirt! Nach einer anderen Lesart sey er mit Bekk und den Prinzen nach Straßburg geflohen. Der Landesausschuß, welcher seinen Sitz anfangs nach Rastatt verlegen wollte, wird nun wahrscheinlich nach Karlsruhe gehen. Brentano liegt lebensgefährlich erkrankt in Baden-Baden. Viele verzweifeln an seinem Aufkommen; schon an der Offenburger Versammlung hat er keinen Antheil genommen. — Was wird's geben? Diese Frage ist in aller Leute Mund. Aber die Antwort! Ich habe sie nicht! Eine Vereinigung mit der Pfalz auf Leben und Tod ist das Nächste und Natürlichste; bleibt, was zu erwarten, der Geist der Revolution in der Bahn, in die er jetzt eingelenkt hat, so wird bald ganz Süddeutschland diesem Geiste folgen müssen. Wir haben tüchtige Führer, unsere Bürgerwehr, die seit heute Morgen die Gewehre erhalten hat, wird von trefflichen und besonnenen Leuten kommandirt, und was die Partei anbelangt, der man so lange als Attribut eine rothe Feder an den Hut steckte, so versichere ich Sie, daß jedes Ueberstürzen der gewaltigen Bewegung an sich selbst den kräftigsten Widerstand finden würde. Denn die Leiter wissen, um was es sich handelt! Die Revolution hat sie diesmal nicht überrascht.

Nachschrift. So eben vernehme ich, daß man von Ludwigshafen aus in der Richtung von Worms eine starke Kanonade höre, dazwischen Gewehrsalven. (Frkft. J.)

Freiburg, 14. Mai, Morgens 8 Uhr. In Folge eines Beschlusses in der gestrigen Soldatenversammlung haben diese sämmtliche Offiziere entlassen, und findet heute Mittag von Seiten des Militärs eine Wahl neuer Offiziere statt, und zwar aus dem Korps selbst. — Die Soldaten waren bestimmt, heute von hier abzumarschiren, haben sich aber geweigert, diesem Befehle ihrer abgesetzten Offiziere zu gehorchen; einige Kompagnien, in der Nähe stationirt, welche hievon hörten, haben ebenfalls ihren Offizieren den Gehorsam gekündigt, und sind soeben ohne Offiziere hier eingerückt, um ihren Kameraden dahier beizustehen, für den Fall man sie durch Herbeirufung fremder Hülfe zum Gehorsam zwingen wollte. Sie tragen die Fahne mit sich. Die Fahne der hiesigen Garnison befindet sich noch in der Kommandantur; der Kommandant selbst hat die Flucht ergriffen. — 9 Uhr. Soeben wird Generalmarsch geschlagen; es heißt würtembergisches Militär sey im Anrücken; die hiesige Garnison ist entschlossen, im Fall es kommt, um diese zum Abmarsch zu zwingen, ihm Widerstand zu leisten; die Stadt ist in großer Aufregung. Von der Republik war keine Rede, man will sie durchaus nicht; der einzige Boden, auf den man sich stellt, ist die deutsche Verfassung, für deren Einführung in ganz Deutschland man Gut und Blut setzen werde. (Schw. M.)

** **Frankfurt**, den 14. Mai. [Nachmittagssitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Reh.] Vorlesung einer Zuschrift der konstituirenden Versammlung des Freistaats Frankfurt, die Soldaten-Exzesse von gestern betreffend. Der Reichskriegsminister v. Peucker theilt mit: „Die Centralgewalt beklagt wie irgend Jemand in dieser hohen Versammlung die bedauernswerthen Exzesse, welche gestern hierselbst durch Soldaten der Garnison verübt worden sind, und es bedarf wohl nicht erst der Versicherung, daß die strengste Untersuchung gegen alle unmittelbar und mittelbar Betheiligten bereits im Gange ist, und die ermittelten Schuldigen nach aller Schärfe des Gesetzes werden bestraft werden. Die Aufrechthaltung der Disziplin, welche die unerläßliche Grundlage militärischer Tüchtigkeit ist, wird vom Reichskriegsministerium als eine der wichtigsten Aufgaben erkannt. Es liegt die Anordnung der nöthigen Maßregeln vor zur Vorbeugung einer Wiederholung ähnlicher Unfälle, so wie auch zum wirksamen Schutze dieser hohen Versammlung, eben so sehr in seinen Pflichten wie in seinen Rechten. Dasselbe bittet daher die hohe Versammlung: mit Vertrauen ihm diese Anordnungen nach Maßgabe dessen zu überlassen, was auf den Grund der Ergebnisse der Untersuchung selbst als zweckmäßig erachtet werden kann. Das Oberkommando der hiesigen Truppen hat in Bezug auf die für die nächste Zeit zu nehmenden Vorsichtsmaßregeln bereits heute Mittag die Kommandeure sämmtlicher Truppen mit den erforderlichen Weisungen versehen. Die Frage: ob den Soldaten das Tragen der Waffen außer Dienst zu gestatten sey, ist ziemlich in allen Armeen vielfach berathen, und es sind dabei die Gründe, welche für die Bejahung stimmen, aus allgemeinen militärischen Beziehungen stets als übereinstimmend erkannt worden. Das Reichskriegsministerium kann daher aus dem vorliegenden einzelnen Falle, so beklagenswerth er auch immer ist, nicht eine Berechtigung zur Anordnung allgemeiner Maßregeln ableiten, welche tief in das militärische Leben eingreifen.“ Namens des Dreißiger-Ausschusses, dem die betreffenden Anträge zur Begutachtung überwiesen sind, berichtet Backhaus, daß das Erachten des Ausschusses dahin gehe, die Centralgewalt aufzufordern, daß ein Wechsel der Frankfurter Garnison stattfinde, und daß dieselbe aus Truppen von solchen Staaten ersetzt werde, welche die Verfassung anerkannt haben. v. Peucker erinnert daran, daß der Schutz der Versammlung eine Pflicht der Centralgewalt sey, und daß man ihr daher auch die Rechte nicht schmälern dürfe, ohne welche die Erfüllung ihrer Pflicht zur Unmöglichkeit werde. Ein Beschluß, aber wie der beantragte, greife in die

Exekutive ein. Die Tagesordnung führt zur Wahl eines Vizepräsidenten. Von 306 Abstimmenden hat Biedermann aus Leipzig 157 Stimmen erhalten, und wird daher als zum ersten Vizepräsidenten erwählt, verkündet. Backhaus stellt den formulirten Antrag für die Mehrheit des Dreißiger-Ausschusses in dem oben mitgetheilten Sinne, während die Minderheit des Ausschusses beantragt, in Betracht der vom Kriegsminister gegebenen Erklärungen zur motivirten Tagesordnung über den Antrag der Ausschußmehrheit überzugeben. Dazu werden mehrere Verbesserungsanträge gestellt, auf einen gemischten Untersuchungsausschuß, auf Verbot des Waffentragens außer Dienst u. A. Plathner spricht für den Antrag der Minderheit des Dreißigerausschusses. Er mahnt an die Besonnenheit, die Volksvertretern gezieme, und welche die Versammlung auch diesem Falle gegenüber nicht verlassen dürfe. Der Heerbefehl ist Sache der Centralgewalt, und was den Garnisonswechsel anlangt, so erinnert er daran, daß wenn z. B. die Preussen aus Frankfurt weggewiesen würden, damit auch das preussische Volk beleidigt würde, „welches identisch sey, mit dem preussischen Heer." (Hört! Hört!) Raveaux: So hätten wohl auch die preussischen Regimenter, die in Sachsen einfielen, im Sinne des preussischen Volkes gehandelt? Ich würde mich schämen, ein Preusse zu seyn, wenn dies behauptet werden könnte. Raveaux sucht vielmehr zu beweisen, daß die preussischen Linientruppen nur ein blindes und widerwilliges Werkzeug in der Hand der despotischen Reaktion seyen. Der Tagesbefehl des Erzherzogs, der die Soldaten zum Gehorsam und zur Treue ermahnt, ist nach ihm von höchst gefährlicher Tendenz, auch hier werde die Bewegung für die Reichsverfassung fortwährend als Anarchie bezeichnet, von dem Vaterlandsverrath rebellischer Fürsten aber sey niemals die Rede. Die Besetzung Frankfurts mit Truppen, die auf die Verfassung vereidigt sind, ist eine Nothwendigkeit, und wenn die Versammlung noch immer nicht aus Handeln, sich nicht an die Spitze der Bewegung stellen will, so wird die Bewegung in andere Hände fallen, in Hände von Personen, die weit, weit über alle Parteien der Paulskirche hinaus sind. Das Vaterland ist in der größten Gefahr und Sie rufen: kein Eingriff in die Exekutive, Sie wollen uns nicht einmal den Punkt sichern, auf dem wir uns selbst befinden — Frankfurt.

v. Peucker widerspricht Raveaux. Stedtmann widerräth die Annahme der Anträge der Majorität. Ludwig Simon tritt dafür auf. Ist etwa das Ministerium Brandenburg identisch mit dem preussischen Volke? Ihr (zur Rechten) Vertrauen auf die Fürsten ist grimmig getäuscht worden, alle Ihre Voraussetzungen haben sich gegen Sie gewendet und auch das Vertrauen auf die schlichte Ehrlichkeit im tyroler Gewande, die Sie zum Reichsverwesee erwählten, nicht "weil" sondern „obgleich sie ein Fürst war. Wir sollen nicht in die Exekutive eingreifen. Wohlan so thue die Centralgewalt ihre Schuldigkeit. Wie hätten die Lawine abgelöst und ins Thal gerollt? Nein, die rothe Monarchie im Norden hat es gethan. Wernher v. Nierstein: 34 Millionen Deutscher waren einig über die Reichsverfassung, nur vier Königsfamilien waren nicht dafür disponirt. Wen beschuldigen Sie nun der Anarchie? In Rastatt herrschen keine Aufrührer, sondern Soldaten, wie ich aus guter Quelle weiß, die auf die Reichsverfassung vereidet seyn wollen. Nicht in den Konflikten ist für mich der eigentliche Anlaß unseres Antrags enthalten, sondern in den Umständen, aus welchen diese Konflikte hervorgehen: der Zwiespalt unter den Truppen, das Umringen mit verfassungsfeindlichen Truppen, das Verbot des Waffentragens an die Bürger. In Bockenheim ist der Bürgerwehr bedeutet worden, daß ihr der Exerzierplatz verboten sey und einer Abtheilung, die sich dorthin zur Uebung begab, sind vom Militär die Waffen abgenommen worden. (Stürmisches Pfui! von der Linken, das ist eine Infamie!) Alle hiesigen politischen Vereine mahnen zur Ruhe und zum Frieden. Wie aber der Herr Kriegsminister? Der Redner verliest den Tagsbefehl an die deutschen Truppen, worin über die Reichsverfassung leicht hingegangen und dafür der „Wohlstand" und die „Ordnung" des Vaterlandes desto lebhafter hervorgehoben werde. Wir wollen aber diese Ordnung nur unter der Reichsverfassung, aber es scheint, daß es eine rechte Partei gibt, die ebenfalls die Reichsverfassung nur zum Vorwand ihrer Absichten nimmt. Wollen Sie nun warten, bis Sie vollkommen cernirt sind und bis man sie fragt: „Wollen Sie, oder wollen Sie nicht?" So warten Sie denn bis das Gewebe des Verraths rings um die Paulskirche geschlungen ist. Wir aber wollen uns nicht feig ergeben. Wir halten fest auf unserm Posten aus und sollten sich die Bajonette gegen unsre Brust richten — so empfangen wir sie mit Luthers Worten: „Ich kann nicht anders, Gott helfe mir!" Der bewegenden Rede Simons folgt ein anhaltender Beifallssturm unter welchem Gagern auf der Rednerbühne erscheint.

Tiefe Stille, als der interimistische Reichsminister von seinem Rechte der Zwischenrede Gebrauch macht: Ich muß bitten, die doppelte Stellung zu unterscheiden, in der ich mich befinde, einer amtlichen und einer staatsbürgerlichen. Die Schwierigkeit derselben sollte Ihnen wohl einige Schonung zur Pflicht machen. Dies bemerkt der Redner einem persönlichen Vorwurf Simon's gegenüber, indem er sich darauf beschränkt, den Träger der Centralgewalt gegen Verdächtigungen in Schutz zu nehmen. Sie seyen ganz unbegründet. „Ich bin mit dem Oelzweig hierhergekommen," ich werde niemals meine Unterstützung dazu gewähren, „daß man die Nationalversammlung trete," aber ich kann auch nicht dulden, daß man die Regierungen trete —" das sey eine Aeußerung, die der Reichsverweser noch vor Kurzem an ihn gerichtet. Aber der Erzherzog sey seines Amtes müde und werde es in der kürzesten Zeit niederlegen. Wir sind in einer Krisis. Allein sie ist nicht mit einem Schlage zu beenden. Wir wollen gewaffnet seyn, ich werde jede Maßregel unterstützen, die dazu dienen kann. Aber (zur Linken) geben Sie sich nicht der Besorgniß hin, daß es auf einen Angriff wider diese Versammlung abgesehen sey. Bei der entschiedenen Stimmung der Bevölkerung um uns her, würden die wenigen hier befindlichen Truppen nicht einmal dazu im Stande seyn. Auch über andere Besorgnisse sucht der Redner zu beruhigen. Namentlich, daß der bayerischen Pfalz kein Angriff drohe der Verfassung wegen. Möchte sie nur keine Kräfte aufbieten und namentlich keine „fremden Kräfte", die so leicht aufgeregt und so schwer wieder beschwichtigt sind! Endlich rechtfertigt Gagern den Tagesbefehl des Kriegsministers, und betheuert von dem letztern selbst, daß Niemand in dieser Versammlung sey, der die Durchführung der Reichsverfassung lebhafter wünsche und ehrlicher erstreben könne, als eben der Kriegsminister, der sie unumgänglich nothwendig halte für das Wohl Deutschlands, für das Wohl Preußens! Bewegung und Beifall.

Da hierauf unter dem Eindrucke der gewichtigen Worte Gagern's abgestimmt wird — und durch Namensaufruf und zunächst über den Antrag der Minderheit des Dreißiger-Ausschusses, so ist die Entscheidung nicht zweifelhaft. Die motivirte Tagesordnung über sämmtliche Anträge wird angenommen, mit 189 gegen 121 Stimmen, wodurch sich zugleich alle weiteren Abstimmungen über den Gegenstand erledigen. Ludwig Simon bringt daher als einen selbstständigen und dringlichen Antrag ein: daß das einseitig an die Bürger erlassene Verbot, Waffen und andere als schwarz-roth-goldene Abzeichen zu tragen, als gefährliche Konflikte herbeiführend, von der Versammlung bezeichnet werde. Die Dringlichkeit wird aber dem Antrage verweigert. Ein Antrag von Umbscheiden, die Bewegung in der Pfalz unter den Schutz des Reichs zu stellen, wird dem Dreißiger-Ausschusse zur Berichterstattung überwiesen. Nächste Sitzung morgen.

** **Frankfurt**, den 15. Mai. (221. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung Vizepräsident Biedermann.) Austrittserklärungen. Zustimmungsadressen (aus Berlin mit 11,000 Unterschriften.) Präsident Reh eröffnet darauf, daß er abermals zum Reichsverweser beschieden gewesen, um von ihm die Mittheilung in Empfang zu nehmen, daß morgen der preuss. Abgesandte an ihn in Frankfurt eintreffen werde Se. kaiserliche Hoheit fügte dieser Eröffnung den Wunsch hinzu, daß die Reichsversammlung sich in ihrer Beschlußfassung bis dahin vertage. Der Präsident konnte auf dieß Verlangen natürlich keinen Bescheid ertheilen, ohne vorher das Haus befragt zu haben Anstatt dessen richtete er die Bitte an den Erzherzog, daß dieser bei der Wichtigkeit des Augenblickes die Maßregel ergreifen möge, das zurückgewiesene Programm anzunehmen und das darnach abgetretene Ministerium wieder ins Amt zu berufen. Se. kaiserliche Hoheit wies diesen Vorschlag nicht zurück. — Im Gegentheil, er erklärte, er erkenne die unendliche Wichtigkeit der Augenblicke, in denen wir jetzt lebten. Man müßte ihm aber eine kurze Nachsicht gestatten, um die Bitte und die Gründe mit sich zu erwägen. Er würde morgen in der Lage seyn, gleichzeitig, wenn der Gesandte von Berlin käme, auch in dieser Beziehung sich zu äußern und seine Entschließung kund zu geben. Der Erzherzog hat weiter erklärt: Niemand könne die Lage des Vaterlandes tiefer beklagen als er. (Bewegung links.) Was geschehen kann, diese Lage zu wenden, das Vaterland einer bessern Zukunft entgegenzuführen, das wird geschehen, so weit meine Kräfte es erlauben. Ich bin ein alter schwacher Mann geworden, allein meine Liebe für das Vaterland ist noch in ungeschwächter Jugend. Was man auch von mir glauben wird, der Glaube soll mir bewahrt werden, daß ich ein ehrlicher Mann bin. Die Nationalversammlung soll überzeugt seyn, daß ich für sie Alles thun, daß ich keine Maßregeln unterstützen werde, die gegen die Nationalversammlung gerichtet sind. Ich werde eintretendenfalls selbst mein Leben einsetzen für die Reichsversammlung." Alle darauf folgenden Anträge, im Sinne der Energie und Freiheit gestellt, fallen durch die Majorität. Die Sitzung vertagt sich bis 4 Uhr Nachmittags.

Frankfurt, 15. Mai. Nachstehende Kundmachung ist gestern erschienen: „Der Senat an seine Mitbürger in Stadt und Land. Unsere Stadt ist am verflossenen Abend der Schauplatz von Ereignissen gewesen, beklagenswerth für Einzelne, tief betrübend für Alle. Je schmerzlicher der Eindruck ist, welchen diese Ereignisse bei allen Bewohnern dieser Stadt hervorgebracht haben, um so ernstlicher findet dieser Senat sich verpflichtet, an alle seine Mitbürger die dringende Ermahnung zu richten, im Vertrauen, daß Recht und Gerechtigkeit werden gehandhabt werden, Ruhe und diejenige umsichtige Mäßigung zu bewahren, welche die Bewohner dieser Stadt schon bei andern Anlässen zu bewahren gewußt haben. Der Senat hat übrigens seinerseits Alles bereits aufgeboten und wird in Verbindung mit den übrigen Behörden hierin fortfahren, damit die Wiederholung ähnlicher beklagenswerther Ereignisse unmöglich gemacht werde, und rechnet darauf, daß die gesammte Bürgerschaft in Stadt und Land durch besonnene Haltung seine Bemühungen unterstützen werde. Bürgermeister und Rath der freien Stadt Frankfurt."
(D. Z.)

Frankfurt, den 15. Mai. In der heute ausgegebenen Nummer 58 des Amtsblatts der freien Stadt Frankfurt wird, im Auftrag hohen Senats, die Verfassung des deutschen Reiches zur Nachachtung bekannt gemacht.
(Frkf. O.-P.-Z.)

Frankfurt, 14. Mai. So eben wird folgende Ansprache veröffentlicht: „Die constituirende Versammlung des Freistaats Frankfurt an ihre Mitbürger und die Bewohner des Freistaates. Bürger! Die Ereignisse des gestrigen Abends sind in unserer heutigen Sitzung Gegenstand ernster Berathung und Beschlüsse gewesen. Im Vereine mit dem Senate haben wir bei dem Reichsministerium und der National-Versammlung Schritte gethan, die Wiederholung solcher Auftritte zu verhüten. Bürger! eingedenk des Ernstes der Zeit, blicket mit Vertrauen auf Eure Behörden, welche in gemeinsamer Thätigkeit Euer Wohl und die Ehre unseres Staates mit allen Mitteln und allem Nachdruck wahren werden; lasset Euch nicht durch eine, wenn auch noch so gerechte Entrüstung zu übereilten Handlungen hinreißen, aus denen nur Unheil und Wehe über unsern blühenden Staat und über unsere wackere Bürgerschaft hervorgehen kann. Bürger! seyd eben so besonnen, als Ihr patriotisch seyd, und vertrauet uns! Frankfurt a. M., den 14. Mai 1849. Das Präsidium der constituirenden Versammlung: Dr. F. Kugler."
(O.-P.-Z.)

Berlin, den 14. Mai. Die preussischen Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung werden nun auf offizielle Weise ihres Mandats enthoben, und können bereits an keinen Verhandlungen mehr Theil nehmen. (Auch nicht übel. Nur so fortgefahren!)

Aus Thüringen, 10. Mai. Schon in voriger Woche wurde die Verfassung des deutschen Reichs in den Herzogthümern Sachsen-Meiningen und Sachsen-Koburg-Gotha auf gesetzlichem Wege publizirt. Ebenso sind mit dem Regierungsblatt des Großherzogthums Sachsen-Weimar-Eisenach zwei Bogen der Reichsverfassung ausgegeben worden, und es wird der Schluß im nächsten Blatt nachfolgen.
(Frkf. O.-P.-Z.)

Stuttgart. [139. Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 15. Mai.] Am Ministertische die Staatsräthe Römer und Goppelt. Wolff trägt eine Adresse einer Anzahl Weingärtner aus Cannstatt vor, worin sich diese gegen den Aufruf des Weingärtners Stöckle in Stuttgart aussprechen und ihr Vertrauen zu der Kammer erklären. Reyscher: Es geht das Gerücht, daß außer Bayern, Oesterreich und Hannover auch Würtemberg Antheil genommen habe an den Verhandlungen in Berlin in der deutschen Verfassungsfrage. Würtemberg und Braunschweig, heißt es, hätten sich, zwar nicht in offiziell-

Weise, betheiligt, und es ist das Gerücht gewiß nicht begründet, wenigstens nicht denkbar, daß von Seiten Würtembergs dem Gesandten in Berlin der Auftrag hiezu ertheilt worden wäre, zumal von Seiten des Ministeriums kürzlich die Zusicherung ertheilt wurde, daß sich Würtemberg an diesen Verhandlungen nicht betheilige. Ich erlaube mir nun an den Herrn Departements-Chef die Frage, ob ihm nichts zugekommen sey über die Konferenz in Berlin und die Betheiligung der verschiedenen Regierungen und namentlich ob der würtembergische Gesandte in irgend einer Weise bei jener Konferenz thätig sey. Staatsrath Römer: Oeffentliche Blätter enthalten allerdings die Nachricht, daß der würtembergische Gesandte an der Konferenz in Berlin, welche die Aufgabe hat, die promulgirte Reichsverfassung in einzelnen Punkten zu modifiziren, auf offizielle Weise Theil genommen haben soll. Hierauf erkläre ich nicht nur offiziös, sondern offiziell, daß der würtembergische Gesandte weder mittelbar noch unmittelbar in irgend einer Weise Theil genommen haben kann. Wir haben demselben in dieser Beziehung die gemessenste Instruktion ertheilt und erklärt, daß er sich in keiner Weise bei diesen Verhandlungen betheiligen soll, um auch jeden Schein zu vermeiden. Ich glaube nicht, daß der würtembergische Gesandte es gewagt haben wird, sich auch nur offiziös zu betheiligen. Ich werde übrigens Recherchen anstellen lassen, und wenn er sich je betheiligt haben sollte, so wird von der würtembergischen Regierung geschehen, was Rechtens ist.

Reyscher: Ich danke dem Herrn Departementschef für diese Aufklärung, welche gewiß zur Beruhigung des Publikums in dieser Sache beitragen wird. Seeger: Ich glaube, es wird auch nothwendig seyn, Recherchen anzustellen, ob nicht etwa noch eine dritte Person in dieser Sache gehandelt hat. Ich mache in dieser Beziehung aufmerksam auf die Sendung eines preussischen Diplomaten, der an den verschiedenen Höfen herumgekommen ist, und dem man zuschreibt, daß der König von Sachsen die Unterschrift der Anerkennung der Reichsverfassung wieder zurückgenommen und so sein Land in das Blutbad hineingeführt hat. Dieser Diplomat soll auch hier gewesen seyn. Diese Umstände erregen im Publikum in einer so bewegten Zeit um so mehr Verdacht und es thut gewiß dringend Noth, daß jede ungegründete Quelle des Mißtrauens verstopft werde. Staatsrath Römer: Ich muß bemerken, daß diesem Verlangen von unserer Seite keine Folge gegeben werden kann. Ob sich bei dieser Konferenz ein Dritter betheiligt hat, kann ich nicht sagen; wenn sich je ein Spion nach Berlin begeben hat, um zu lauschen, so halte ich unter unserer Würde, diesem Spionen nachzuspüren. Daß Alles, was er sagt, null und nichtig wäre, versteht sich von selbst. Wir können blos den offenen Weg einschlagen; wir haben einen Gesandten in Berlin, und dieser wird aufgefordert werden, in dieser Sache zu berichten. Was hinter unserem Rücken geschehen, berührt uns nicht; wir haben uns blos mit unsern offiziellen Organen zu beschäftigen. Man könnte etwa die preussische Regierung auffordern, zu erklären, ob irgend ein diplomatischer Spion aus Würtemberg dort gewesen; voraussichtlich wird aber die preussische Regierung entweder gar keine oder eine nur ungenügende Antwort ertheilen.

Seeger: daß die preussische Regierung gefragt werde, meine ich nicht, sondern daß man den würtembergischen Gesandten frage, ob etwas Derartiges vorgekommen sey. Ich glaube nicht, daß es unter der Würde der Regierung ist, diese Recherche anzustellen und auch solchen Leuten, die mit Recht diplomatische Spione genannt worden sind, nachzuspüren.

Staatsrath Römer: Wir können den würtembergischen Gesandten in dieser Beziehung allerdings zur Erklärung auffordern. Uebrigens glaube ich, daß, wenn er von diesem Treiben etwas wußte, es seine Schuldigkeit gewesen wäre, seiner Regierung hierüber Anzeige zu machen. Wenn nun auch Recherchen in dieser Richtung angestellt werden, so erwarte ich von ihnen nichts oder sehr wenig. Schnitzer: Die Kammer hat kürzlich mit großer Majorität um Erlassung einer Amnestie gebeten; viele Familien warten sehnlichst darauf. Der Departements-Chef hat damals erklärt, es werde geschehen, was möglich ist; ich frage nun, welches der jetzige Stand der Sache ist. Staatsrath Römer: Gleich am andern Tage, als die Kammer jenen Beschluß faßte, ist eine Aufforderung an sämmtliche Gerichte ergangen, über die vorliegenden politischen Untersuchungen Bericht zu erstatten.

(Schw. M.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Bekanntmachung.

Im Wege der Hülfsvollstreckung werden dem Bauern Heinrich Lungfritz zu Behringersdorf am

Mittwoch den 13. Juni c. Nachm. 1 Uhr

im dortigen Georg Brugler'schen Wirthshause nachstehende Realitäten:

1. Das Lorenzergut Haus-No. 9.

Gebäude.

Das Wohnhaus Haus-No. 9, Werth 500 fl.
Die Scheune, Werth 300 fl.
Backofen mit Vorgewölbe in der Hofraith, Werth 40 fl.
Schweinstall, Werth 6 fl.
Hofraum, Werth 15 fl.

Grundstücke.

Wurzgärtchen 0 Tagw. 17 Dez., Werth 25 fl.

Aecker

Rannwiese.

Grasse Rannwiese 3 Tagw. 64 Dez., Werth 800 fl.

Hinterndorf.

Gaßacker mit Gerste besäät, 0 Tagw. 66 Dez., Werth 275 fl.

Rannwiese.

Tischblättchen an der Flußwiese mit 200 Stöck Hopfen 0 Tagw. 9 Dez., Werth 25 fl.
Fluß mit Winterkorn und Hopfen 1 Tagw. 38 Dez., Werth 400 fl.
Hutweid mit Korn und Waizen besäät 1 Tagw. 97 Dez., Werth 250 fl.
Hutweid mit Gerste besäät, 1 Tagw. 9 Dez., Werth 175 fl.

Im Kohlschlag.

Hintere und vordere Gewand resp. Kohlschlag, an der Strasse mit Waizen und Gerste besäät, 1 Tagw. 76 Dez., Werth 90 fl.
Schneckenbüschlein mit Korn besäät, 1. Tagw. 99 Dez., Werth 125 fl.

Im Lerchenacker.

Hintere und vordere Gewand zwischen den 2 Strassen mit Korn angesäät, 3 Tagw. 55 Dez., Werth 135 fl.

Im Steinigt.

Steinigt mit 1600 Stöck Hopfen und auch theilweise mit Waizen besäät, 1 Tagw. 21 Dez., Werth 250 fl.
Tischblättchen, Hopfengarten im Steinigt, unangebaut, 0 Tagw. 15 Dez., Werth 30 fl.

Bei der Bettelhütte.

Strassenacker 0 Tagw. 4 Dez., Werth 35 fl.

Rannwiese.

An der Langenwiese 0 Tagw. 38 Dez., Werth 50 fl.

Im Seibach.

Seibachacker 1 Tagw. 74 Dez., Werth 100 fl.

Wiesen.

Hinterndorf.

Gaßwiese, zweimädig, 1 Tgw. 32 Dez., Werth 250 fl.

Gemeindewiese.

Gemeindewiese, zweimädig, 8 Tgw. 61 Dez., Werth 300 fl.

Rannwiese.

Rannwiese und Flußwiese, zweimädig, 1 Tgw. 8 Dez., Werth 225 fl.
desgl. 3 Tgw. 31 Dez., Werth 650 fl.
Langwiese, 1 Tgw. 18 Dez., Werth 100 fl.

Waldung

im Bruch.

Hutweidrangen, 1 Tgw. 32 Dez., Werth 75 fl.
Am Strassenacker 0 Tgw. 22 Dez., Werth 5 fl.

Gemeinderecht.

Zu einem ganzen Nutzantheil an den noch unvertheilten Gemeindebesitzungen, Werth 100 fl.

Ferner Lit. A.

Zugehörungen des Lorenzergutes Haus Nr. 9 zu Behringersdorf.

Waldung.

Das obere Lohe bei der alten Zollstätte 2 Tgw. 82 Dez., Werth 150 fl.

Besitz Lit. B.

Ausbruch aus dem Schneider Bauernhof Haus Nr 19.
Espenloh 4 Tgw. 24 Dez., Werth 375 fl.
Eichenrangen, 1 Tagw. 79 Dez., Werth 400 fl.
Besitz Lit. B. Zugehörung des walzenden Grundstücks Espenloh genannt.

Waldung

An der Lucherwiese 3 Tagw. 77 Dez., Werth 660 fl.

B.

Das vom Simon erkaufte s. g. Schmid'sche Gut Haus-Nro. 22.

Wohnhaus, 0 Tagw. 8 Dez., Werth 1500 fl.
Stadel, Werth 450 fl.
Schweinstall, Werth 100 fl.

Grundstücke.

Wurzgarten 0 Tagw. 8. Dez., Werth 20 fl.

Aecker.

Die Gewender	1 Tagw.	98. Dez.,	Werth	90 fl.
„ „	1 „	33. „	„	55 fl.
Der Lindenacker	2 „	14. „	„	100 fl.

Wiesen.

Die Gemeindewiese 0 Tagw. 55 Dez., Tax 275 fl.
Gemeinderecht, Werth 100 fl.

an die Meistbietenden öffentlich verkauft, wozu besitz- und zahlungsfähige Kaufsliebhaber unter dem Bemerken vorgeladen werden, daß die nähere Beschreibung dieser Immobilien und deren Belastung bis zum anstehenden Termin in der landgerichtlichen Registratur eingesehen werden könne.

Lauf, den 2. Mai 1849.

Königliches Landgericht.

Dalhopf.

Meyer.

Anzeige.

Die Mitglieder des vaterländischen Vereins zu Erlangen haben sich einem Vereinsbeschluß gemäß verpflichtet, dem Correspondenten v. u. f. Deutschland jede active Theilnahme und Unterstützung, sey es nun durch Abonnement, sey es durch Inserate, oder auf irgend andere Weise so lange zu entziehen, als derselbe seine gegenwärtige Haltung beibehalten wird.

(Empfehlung.) Von Friedrichshaller Bitterwasser ist so eben wieder eine Partie in ganz frischer Füllung angelangt, dieses, sowie Marienbader Kreuzbrunnen-, Egerer Franzensbrunnen-, Rakoczy-, Selterser- und andere Mineralwasser empfiehlt zu geneigter Abnahme

Joh. Engelhard jun.
nächst dem schönen Brunnen in Nürnberg.

Wohnungs-Veränderung u. Empfehlung.

Nachdem ich mein bisheriges Wohnhaus L. Nr. 148 verlassen und die Wirthschaft zum goldnen Engel in der neuen Gasse pachtweise übernommen habe, danke ich meiner bisherigen verehrten Nachbarschaft für die vielen Beweise von Freundschaft und empfehle mich zu fernerem Wohlwollen; meiner neuen aber zur gütigen Aufnahme, gleichwie ich alle meine werthen Gönner und Freunde um zahlreichen gütigen Zuspruch bitte, werde ich alles mögliche aufbieten durch gute und reelle Bedienung die Gunst meiner verehrten Gäste zu erlangen.

Nürnberg, den 13. Mai 1849.

J. F. Schmid.

Verbrüderungsfest.

Der Arbeiterverein hat in seiner letzten Versammlung beschlossen

Sonntag den 20. Mai, Nachmittags, auf dem Schloßzwinger ein allgemeines Verbrüderungsfest zu veranstalten.

Es werden hiezu alle Arbeiter Nürnbergs und der Umgegend, die politischen Turn- und Gesangvereine, sämmtliche Land- und Stadtwehrmänner, so wie insbesondere alle unsere Brüder im Heere höflichst eingeladen.

Die verehrlichen Innungen und Vereine, so wie auch Privatpersonen, welche im Besitze von Fahnen oder sonstiger Gegenstände sind, die zur Verschönerung des Festplatzes sich eignen, werden gebeten, dieselben gegen Versicherung baldigster und unversehrter Zurückgabe am Morgen des gedachten Tages auf dem Festplatze zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuß des Arbeitervereins.

Empfehlung.

Feinste Emmenthaler- und Limburger- (Backstein-) Käse empfiehlt zu den billigsten Preisen

R. Zuellner
am Spital-Platz.

(Anerbieten) Ein solider Mann, der in eigenem Geschäfte Bayern und einen großen Theil Deutschlands bereist und ausgebreitete Bekanntschaft besitzt, erbietet sich zur pünktlichen Besorgung von Aufträgen aller Art.

(Zu verkaufen.) S. Nr. 313 b ist ein noch sehr gut erhaltenes Pianoforte von Nußbaumholz mit 6 Okt. billig zu verkaufen.

(Zu verkaufen.) Ein ausgezeichnet gutes Fraunhofer'sches Fernrohr wird verkauft.

(Zu verkaufen.) Die deutschen Klassiker sind zu verkaufen S. Nro 1532 Wöhrderthor.

(Mieth-Gesuch.) Eine helle Wohnung, bestehend aus zwei gut heizbaren Zimmern, Kammern u. s. w., mehr in der Mitte der Stadt gelegen, wird bis Ziel Allerheiligen zu miethen gesucht.

(Zu vermiethen.) In der Nähe des Marktes ist ein heiteres Logis für solide Herren oder Schüler täglich zu vermiethen.

(Gesuch.) Ein junger Mensch, welcher ein gutes Zeugniß aufzuweisen hat, wünscht als Kellner unterzukommen. Wöhrderthorstrasse S. Nro. 1532.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 19 Mai 1849 **№ 139.** **Samstag: Potentian.**

Deutsche Staaten

†* **München**, den 16. Mai, Abends. So eben wird folgende Tagesordnung für die XVI. auf den 17. Mai um 10 Uhr angesetzte allgemeine öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten ausgegeben: 1) Verlesung des Protokolls der XV. öffentlichen Sitzung. 2) Bekanntgabe des Einlaufs. 3) Präsidial-Vortrag über die eingekommenen Urlaubs- und Austrittsgesuche. 4) Berathung und Schlußfassung über die Anträge auf Modifikation des Häusersteuergesetzes. 5) Vortrag des Referenten im III. Ausschusse Abg. Reinhard über die Beschwerde ꝛc. Antrag der Gemeinden und Grundbesitzer in den k. Landgerichten München und Au, den Art. lit. a des Jagdgesetzes vom 4. Juni 1848 betr. 6) Vortrag des Sekretärs des Petitions-Ausschusses über die geprüften Anträge der Abgeordneten; Berathung und Schlußfassung über die Zuläßigkeit der von dem Ausschusse zur Vorlage an die Kammer geeignet befundenen Anträge. 7) Vortrag des Abg. Kolb aus Speyer Namens des II. Ausschusses, die griechische Anlehensfrage.

†* **München**, 17. Mai. Dem entschiedenen Auftreten der Linken unserer Kammer ist es gelungen, das Präsidium zu bestimmen, für heute (Himmelfahrtstag) eine Sitzung anzuberaumen. Erscheint das Präsidium dabei, so wird es heiß hergehen und die für die Sitzung gegebene Tagesordnung dürfte wohl kaum erledigt oder selbst nur in Angriff genommen werden. So wie ich aus zuverlässiger Quelle vernehme, sind dem Gesammtministerium auch gestern die Interpellationen zugesandt worden, die es zu beantworten haben wird.

Man glaubt kaum, daß die Regierung nachgibt, im Gegentheil ist man selbst auf Gewaltschritte gefaßt.

Herr Pfordten soll übrigens entschlossen seyn, die Kammern nicht aufzulösen; er weiß sehr wohl, daß die Kammer mit ihm nicht verhandeln, sondern, wenn die Regierung halsstarrig bleibt, von selbst auseinander gehen wird, — und das will er um jeden Preis. Dann werden sich wohl wieder Blätter finden, die die Artikel des Herrn Pfordten und Consorten verbreiten und nach ihrer Weise dem Volke beweisen, daß seine Vertreter sich Ungesetzlichkeit, Eidbrüchigkeit und wie alle die saubern Worte der feilen Presse heißen, hätten zu Schulden kommen lassen.

Unsere Vertreter (d. h. die Linke) sind selbst nicht einmal sicher, ob die Blau-weißen und die altbayerischen Soldaten ihnen nicht eine kleine zärtliche Demonstration bereiten, wie man sicher erwartet. Es wird sich dann zeigen, ob die Regierung sie nicht etwa so schützt, wie die Regierung und Militär-Behörde in Augsburg das Haus und Eigenthum des liberalen Abgeordneten Beer dortselbst schützte, — schützte, nachdem Alles demolirt war, während er 8 Stunden vorher um Hülfe bei allen Behörden nachgesucht hatte, da der Kravall schon am Tage völlig organisirt war.

Unsere Kammer wird in der deutschen Verfassungsfrage mit entschiedener Majorität gegen die Regierung auftreten, da das linke Centrum, ja, wie ich höre, selbst das rechte Centrum, für die unbedingte Geltung mit der Linken stimmen werden.

München, den 14. Mai. Viele trösten sich mit dem Gedanken, daß Bayern wenigstens in der letzten Stunde noch die Reichsverfassung anerkennen werde. Niemand weiß einen Grund für diese Hoffnung, aber mancher hegt sie, weil ihm die Ueberzeugung geworden, daß sie ohne die größten Gefahren nicht unerfüllt bleiben könne. Allenthalben Wetterleuchten und der schwärzeste Himmel, während ein einzig Wort das Firmament abklären könnte für Millionen, für ganz Deutschland, so weit es seine Hoffnung noch auf Frankfurt setzt. In wenigen Stunden vielleicht ist es zu spät! Dagegen werden wir nun auf die Beschlüsse jener Diplomaten verwiesen, welche in Berlin das Vaterland nach traditioneller Weisheit zurecht stellen sollen! Aber selbst der Blume der Ritterschaft, wie sie jetzt zum Kampf der Schlauheit und der List an die Spree zieht: es wird ihr — mit Göthe zu reden — gewiß auch nicht viel Besseres einfallen, „als eine Dummheit, eine Sauerei.“ Man scheint auf der Menschheit Höhen nicht zu wissen, mit welcher bodenlosen Geringschätzung die Deutschen seit dem März auf ihre vornehmen Diplomaten sehen. Daß jetzt Dresden in Blut schwimmt, darf man ja auch als einen Pfiff der preussischen Diplomatie ansehen, wenn es wahr ist, daß der gute König daselbst schon nachgegeben hatte, als die Kontreordre von Berlin kam. Friedrich Wilhelm will, wie es scheint, kein Jahr verleben ohne „Mißverständniß.“

Unter solchen Eindrücken muß hier die Stimmung der Reichsverfassung immer günstiger werden. Manche von denen, die sich in der großen Adresse dagegen ausgesprochen, würden es, nach eigenem Geständnisse, jetzt nicht mehr thun. Dies »Blatt Papier« scheint der einzige Schild, der uns vor einer wohlwollenden Anarchie ebenso bewahren kann, wie vor einer gutgemeinten Reaktion. Was man auch für Bedenken gegen diese Frankfurter Gesetzgebung vorgebracht, sie vergeben nichts gegen die politische Arzneikraft, die in ihr liegt. Die Beseitigung der Gefahren, welche den Gewerbsleuten drohen sollen, könnte man gewiß mit aller Sicherheit dem Egoismus des »beschränkten Unterthanenverstandes« anheimgeben, der sich bei der künftigen Revision wohl mit aller zähen Lebenskraft gegen Alles bäumen wird, was ihm schädlich scheint. Die Klage aber, daß die Gewalt der Fürsten auf ein zu bescheidenes Maß herabgesetzt worden, diese Klagen mögen selbst nicht alle aufrichtige Monarchisten theilen, da ja gerade mit dem Surplus der gefährlichste Mißbrauch getrieben und zunächst durch diesen Uebelstand die Kronen in jene peinliche Lage gekommen sind, in denen wir sie jetzt erblicken. (D. konst. Z.)

München, den 15. Mai. Heute Nachmittags fand die feierliche Beeidigung des Studentenfreikorps auf die Reichsverfassung statt. Um jeden möglichen Zusammenstoß mit den öffentlichen Gewalten zu verhindern, war es beschlossen, diese Feier unbewaffnet in der Aula vorzunehmen. Aber auch dazu gab der Rector der Universität, Dr. Stadelbauer, die Erlaubniß nicht, so daß die Beeidigung vor dem Siegesthore unter freiem Himmel vorgenommen wurde. Als diese hehre Feier beendet war, wurde dem deutschen Vaterlande ein Hoch ausgebracht und die Versammelten zerstreuten sich in Ruhe und Ordnung. (B. Lddt.)

Würzburg, 11. Mai. Die Landwehr von Würzburg protestirt entschieden gegen eine Abmahnung des Kreiskommando's der Landwehr in Unterfranken und Aschaffenburg, den Eid auf die Reichsverfassung zu schwören.

Aus der Pfalz, den 14 Mai. Abends. Selbst die Besonnensten und Gemäßigtsten rufen jetzt mit Entrüstung aus: Weiß die Regierung nicht, wie es in der Pfalz steht, oder will sie es ignoriren? Liegt eine Absicht unter, die Pfalz in dem beginnenden Kampfe sich verbluten zu lassen? Oder soll im Interesse Frankreichs eine rheinische Republik in ihrer Geburt befördert werden? Das Militär hat großentheils den Gehorsam gekündigt, und vom 6ten Regiment allein sind, wohl ohne Uebertreibung, 300 Mann ins Lager des Volks übergegangen. Die zurückgebliebenen gehorchen nicht, befreien ihre Gefangenen, trotzen den Offizieren, die sich nicht mehr zu helfen wissen. Etliche der letzteren haben ihre Entlassung gefordert. Wie oft gedachte König Ludwig, in welcher Weise Deutschland um das Bollwerk Straßburg gekommen — am rechten Orte scheint seine Entrüstung nicht gezündet zu haben, sonst suchte man wenigstens Landau dem deutschen Vaterland zu bewahren. Vielleicht retten die letzten Verzweifelnden die Festung auf einem Wege, den wir kaum anzudeuten wagen. Die Söhne der angesehensten Familien ziehen zu dem Volksheere; Turner eilen in großen Schaaren täglich von allen Orten herbei. Sie haben ihre Vorposten weit hinaus geschoben, und vielleicht 1¼ Stunden von der Reichsfestung untersuchen Turner die Passanten, auch Mädchen, gegen einen Schein de laissez-passer, der das Anhalten und Durchsuchen mit dem Bürgermeister-Amtssiegel constatirt! .. Das badische Infanteriebataillon hat am Montag Nachmittag den Rückmarsch angetreten, direkt nach Karlsruhe. In den Kasernen ließen sie sich nicht bewegen, einzuziehen. Aus der Umgegend flüchtet man werthvolle Sachen in die Festung. Nach Germersheim soll sich Sonntag Abend der Großherzog von Baden geflüchtet haben. Die nothwendigen Mediatisirungen und die Einheit, von der das deutsche Volk, trotz aller Fürsten, nicht zu lassen entschlossen ist, werden den Wohlstand mancher schönen Provinz leider nur zu gewiß als Opfer erheischen. (A. A. Z.)

Freiburg, den 14. Mai, Abends 4 Uhr. Wir gehen sehr ernsten Ereignissen entgegen. Der würtembergische Generallieutenant v. Miller hat einen Parlamentär der badischen Soldaten empfangen, der ihm die Bedingungen, unter welchen sie sich den Befehlen der Offiziere fügen werden, mittheilte. Derselbe forderte jedoch unbedingte Unterwerfung unter seinen Befehl, mit dem Bemerken: er sey Reichsgeneral. Diesem fügten sich unsere Truppen nicht, sondern beharrten auf ihrem Widerstand; nach öfterem Hin- und Herparlamentiren hat nun heute der General v. Miller den badischen Truppen bis morgen Mittag 12 Uhr Bedenkzeit gegeben, sich zu unterwerfen, widrigenfalls der Angriff auf die Stadt erfolgen werde. Arbeiter, Studenten, Bürger ꝛc. werden bewaffnet. Von allen Seiten erhalten die widerspenstigen Soldaten Zuzug anderer in der Umgegend stationirter badischer Truppen. Alle Versuche der Behörden und Offiziere, die Soldaten zum Gehorsam zu bewegen, sind fruchtlos. Es heißt, die Anzahl der unter General Miller stehenden Truppen, die in der Umgegend liegen, betrage mehrere Tausend; die bad. Soldaten glauben, sämmtliche würtembergische werden zu ihnen übergehen. Der Sicherheitsausschuß hat sich permanent erklärt. Viele Familien haben bereits heute die Stadt verlassen.

5½ Uhr. So eben marschiren die heute eingetroffenen Kompagnien des ersten Regiments auf Befehl der provisorischen Regierung von hier ab und nach Rastatt. — Abends 7 Uhr. Soeben werden wieder zwei Fähnlein der Bürgerwehr aufgeboten. Die in der heute Nachmittag stattgehabten Soldatenversammlung gefaßten Beschlüsse sind folgende: 1) Beeidigung der Offiziere und Soldaten auf die Reichsverfassung, wie diese aus den Beschlüssen der deutschen Nationalversammlung hervorgegangen ist. 2) Unbedingte Amnestie für alle Soldaten, welche auf Seite des Volkes stehen, wofür General v. Gayling sein Ehrenwort zu verpfänden hat. 3) Freie Wahl der Vorstände durch Wahlmänner aus einzelnen Kompagnien. 4) Anerkennung der Beschlüsse der Offenburger Volksversammlung vom 13. Mai. 5) Freie Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte, ungehindert durch militärische Disziplin. 6) General v. Gayling hat dafür zu haften, daß General Miller nicht in Freiburg einrückt.

Soeben erscheint folgender Aufruf: „Der Landesausschuß des Volksvereins und dessen angebliche Bevollmächtigte treffen Anordnungen, die nur den verfassungsmäßigen Behörden zustehen. Die gesetzlichen Behörden haben noch nicht aufgehört, ihre Verpflichtungen gegen Se. K. H. den Großherzog, gegen das Großherzogthum Baden und gegen das gesammte deutsche Vaterland zu erfüllen. Diesen Verpflichtungen nachkommend, glauben wir alle Staats- und Gemeindebehörden, sowie alle Bewohner des Oberrheinkreises dringend auffordern zu müssen, fest und treu an der Landesverfassung zu halten und keinen Anord-
nungen Unbefugter, kommen sie, von wem sie wollen, Folge zu geben,

Zugleich müssen wir unter Hindeutung auf die Gefahren des Vaterlandes, der Verfassung und der gesetzlichen Ordnung, auf die Zerstörung alles Wohlstandes und auf die schweren Strafen des Aufruhrs Jedermann dringend vor nugesetzlichen Handlungen verwarnen. Freiburg den 14. Mai 1849. Die Großh. Regierung des Oberrheinkreises Im Auftrag des Regierungs-Direktors: Rombride. Stephani. Bannwarth. Ekert." — Es herrscht hier allgemeine Bestürzung. Der Stadtkommandant und der Regierungsdirektor haben die Flucht ergriffen. — Es wird ohne Zweifel morgen zum Kampfe kommen. Der Sicherheitsausschuß hat einen Verhaftsbefehl gegen den Bürgermeister v. Rotteck erlassen; derselbe hat jedoch die Flucht ergriffen. — Eben rückt wieder ein Bataillon badische Truppen hier ein und hält zu den Aufständischen. Ihre Anzahl beträgt nun gegen 3500 Mann mit 8 Kanonen; 4 Kanonen werden in der Nacht noch von Lörrach erwartet. Seit 8 Uhr Abends bis jetzt (halb 12 Uhr Nachts) ist nichts Bemerkenswerthes mehr vorgefallen. Die Nacht ist bis dahin ohne Ruhrstörung vorübergegangen.

Aus Rastatt vom 13. Mai berichtet die D. Ztg.: Die Nacht hat noch gebracht, daß einige wirkliche und ehemalige Militäes von ihren Kameraden als Spione erschossen wurden. Das provisorische Gouvernement übernahm der älteste Offizier, Obristlieutenant Pfeifer vom dritten Regiment. — Eben daher schreibt vom gleichen Datum die Fr. Z.: Die Anwesenheit des Kriegsministers Hoffmann nnd das Herbeiziehen von drei Schwadronen Dragonern nnd einer halben berittenen Batterie hatte gerade die entgegengesetzte Wirkung. Die Neuangekommenen machten mit ihren hiesigen Kameraden gemeinschaftliche Sache, nud gegen Abend mußte der Kriegsminister Hoffmann im wahren Wortsinne durch eine Ausfallpforte fliehen. Mit ihm gingen mehrere Offiziere und Dragoner ab. Gleich darauf wurden die Thore der Stadt geschlossen, die Brücken aufgezogen und die Bürgerwehr durch Generalmarsch zusammengeenfen. Niemand durfte mehr für diesen Abend passiren, weil wiederholt das Gerücht verbreitet war, es seyen Prenssen im Anmarsche. Die Nacht ging nnter häufigem Abschießen von Gewehren, zum Theil auch von Kanonen, doch ohne sonstige Störung vorüber. Die Bürgerwehr hatte in Gemeinschaft mit dem Militär, das von keinem Offizier mehr angeführt war, sämmtliche Wachen besetzt. Diesen Morgen waren Bürgerwehr und die ganze Garnison auf dem Marktplatze versammelt; ein Theil der Offiziere der letztern übernahm wieder das Kommando, doch nur unter dem ausdrücklichen Versprechen der Soldaten, disziplinarische Ordnung halten zu wollen. — Aus Lörrach vom 12. Mai wird berichtet: Heute kam General Gayling hierher. Er gab Befehl, daß sämmtliche Truppen um halb 3 Uhr fortmarschieren müssen. Die Soldaten weigerten sich, und nur die Offiziere, von einer kleinen Schaar Infanterie und Dragoner begleitet verließen unsere Mauern.

(Schw. M.)

⚭ **Frankfurt**, 15. Mai. (Nachmittagssitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Reh.) Umbscheiden berichtet, daß die Mehrheit des Dreißigerausschusses der Versammlung folgenden Beschluß empfiehlt: „Die Reichsversammlung stellt die in der bayerischen Rheinpfalz zur Durchführung der Reichsverfassung entstandene Erhebung unter den Schutz des Reiches und fordert die Centralgewalt auf, sofort die geeigneten Maßregeln zur Verwirklichung dieses Schutzes zu treffen, namentlich sogleich einen Reichskommissär in die Pfalz abzusenden, welcher seine Thätigkeit dahin entfalte, daß die Reichsverfassung durchgeführt und der Bürgerkrieg vermieden werde." Der Berichterstatter sucht vor Allem die Pfalz gegen den Verdacht zu rechtfertigen, als habe die dortige Bewegung republikanische Zusätze, oder als sey sie gar von der französischen Fremde, an deren Gränze sie liegt, beeinflußt. Die Erhebung sey vielmehr eine rein deutsche, jetzt wie früher. Er verliest zu diesem Behufe den Eid, den der Landesausschuß die Volkswehrmänner leisten läßt und der nichts enthält, als die Verpflichtung, das Reich und die Reichsverfassung mit Gut und Blut zu vertheidigen. — Zachariä von Göttingen tritt für den Minderheitsantrag des Dreißiger-Ausschusses (zehn Stimmen: Kierulff, Wurm, Stedmann, Sprengel u. s. w. gegen sechzehn der Mehrheit) auf, welcher folgendermaßen lautet: „Die Reichsversammlung stellt die bayerische Rheinpfalz bei der in derselben zur Durchführung der Reichsverfassung entstandenen Bewegung unter den Schutz des Reiches und fordert die Centralgewalt auf, sofort die geeigneten Maßregeln zur Verwirklichung des Schutzes, der allen Rechten und Interessen gebührt, zu treffen." (Zachariä, Kierulff, Duncker, Eckert, Sprengel, Stedmann, Welcker, Wurm, Langerfeld, Böcler.)

Vizepräsident Eisenstuck bedauert, daß ihm heute morgen das Wort zur Berichterstattung über seine Reichssendung in die Pfalz — gegen den Gebrauch des Hauses — verweigert worden sey. Er benutzt die Unterstützung, die er dem Mehrheitsantrage zu leisten im Begriffe ist, dazu, vor Allem eine eben so aufrichtige als klare Darstellung seiner Wirksamkeit in der Pfalz zu geben. Er habe dem Ministerium vor seinem Abgange auf seinen Posten die Maßregeln deutlich vorgezeichnet, die er zu ergreifen gedenke. Namentlich daß er das Einrücken von Truppen aus Staaten, welche die Verfassung nicht anerkannt haben, als eine feindliche Invasion betrachten werde, sowie daß er selbst die Möglichkeit vorgesehen habe, daß eine provisorische Regierung eingesetzt werden müsse. Er gibt dann Rechenschaft von seinen Schritten in der Pfalz und schildert den begeisterten Empfang, den er in der Pfalz von Seite der Bevölkerung gefunden. Nicht seiner Person habe dieser Jubel gegolten, sondern seinem Auftrage. Und schon sey es die höchste Zeit gewesen, der Bewegung einen gesetzlichen Halt zu geben und sie auf das gehörige Maß zurückzuführen.

In Kaiserslautern habe er den Landesvertheidigungsausschuß persönlich aufsuchen müssen, weil sich derselbe in Permanenz erklärt hatte. Diese Behörde genoß des allgemeinsten Vertrauens, sie hatte die bewaffnete Macht des Landes zu ihrer Verfügung, Adressen der Zustimmung. Beiträge für ihre Zwecke gingen von allen Seiten ein, und von dem wohlhabenden Theile der Einwohnerschaft mit eben so großem Eifer als von dem ärmern. Auch die Personen des Ausschusses waren auf eine Weise zu ihrem Amt berufen worden, die Herrn Eisenstuck keinen Zweifel darüber ließ, daß es Männer des öffentlichen Vertrauens seyen. Daher habe er in den Mitgliedern dieser Behörde weder eine Veränderung vornehmen, noch den Ausschuß selbst auflösen dürfen, er habe sich damit begnügt, die Befugnisse dieser Volksbehörde genau zu bestimmen und zu begrenzen. Seine Anordnungen brachten unbeschreibliche Freude in der ganzen Pfalz bei Bürgern wie bei Beamteten hervor. Denn das eigenthümliche an dieser Landschaft sey eben, daß sie seit 50 Jahren der freiesten Institutionen genieße und daher ihrem rechtlichen Sinne an der Wiederherstellung des gesetzlichen Bodens unter ihren Füßen Alles hätte gelegen seyn müssen. Dann geht der Redner auf seine sonstigen Maßregeln über, bis plötzlich das Land in die furchtbarste Aufregung gerathen sey bei der Nachricht: es rückten Truppen ein von einem Staate, der die Verfassung nicht anerkannt hat — preussische Truppen. Der Reichskommissär hatte versichert, solche Einmärsche würden nicht Statt finden. Das Mißtrauen gegen die Centralgewalt kehrte zurück, und richtete sich gegen Herrn Eisenstuck selbst. Das Volk legte sich an die Bahnhöfe wie die Katze vor das Mausloch. Es hätte das blutigste Zusammentreffen gegeben, wenn der Einmarsch der Preussen nicht rückgängig gemacht ward. Darneben rührte die ganze Verlegenheit des Befehlshabers in Landau nur daher, daß die Truppen auf die Verfassung beeidigt seyn, und daß die Pfälzer nur schwarz-roth-goldene Truppen in der Festung wissen wollten. Das seyen die Gründe, aus denen er die Preussen zurückgesendet, und weßhalb er drei Bataillone deutscher Truppen — Frankfurter, Würtemberger, Badner habe vorgeschlagen — aus der Verfassung anhänglichen Staaten in die Pfalz gefordert habe. Die Antwort auf dies an das Reichsministerium gestellte Verlangen sey die Rücknahme seiner Vollmacht gewesen.

Aber was ihn mehr als die Abberufung verletzt habe, das sey der Umstand, daß ihm ein Kurier die Abberufung überbracht habe und nicht sein Nachfolger und daß bis jetzt noch die entstandene Lücke nicht wieder ausgefüllt sey. Endlich schließt er mit dem Verlesen eines Briefs, der den gegenwärtigen Zustand der Pfalz als äußerst gefährlich, von Außen durch Truppenzusendungen bedroht darstellt und die Nachricht hinzufügt, daß man Vertrauensmänner aus allen Kantonen nach Kaiserslautern beschieden habe, um eine provisorische Regierung zu errichten. Indem der Redner dann auf sein engeres Vaterland, auf Sachsen, hinweist, wo „der Pesthauch der rothen Monarchie" die Hoffnungen des Volkes verwelken läßt, beschwört er die Versammlung um entschiedene Maßregeln für die Pfalz. Sein Vortrag ruft einen förmlichen Beifallssturm hervor, der noch lange fortdauert, nachdem Herr Eisenstuck schon auf seinen Platz zurückgekehrt ist. Gagern: Der Eindruck dieser allerdings mächtigen Rede kann dennoch kein anderer seyn, als daß es unmöglich ist, mit einer so einseitigen Parteiansicht Hand in Hand mit einer Verwaltung zu gehen, von der man Vollmachten erhalten hat. Der Ministerpräsident theilt darauf den Wortlaut dieser Vollmachten mit. Es ergebe sich daraus, daß Hr. Eisenstuck die zu weit gehenden Beschlüsse des Landesvertheidigungsausschusses entweder durch diesen selbst oder von Reichswegen habe beschränken sollen, was auch die Meinung derselben Personen gewesen, auf deren Andringen ein Reichskommissär in die Pfalz abgesendet worden sey, um die aufgeregte Provinz zu beruhigen. Anstatt dessen hat Herr Eisenstuck den Landesvertheidigungsausschuß — allerdings unter Aufhebung zweier der bedenklichsten Beschlüsse — sogar mit einer überwiegenden Autorität von Reichswegen ausgerüstet. Damit hat er seine Vollmachten überschritten und das Reichsministerium in die Nothwendigkeit versetzt, ihn zu desavouiren. Was die Rücksendung einer militärischen Verstärkung für Landau, eines preussischen und eines badischen Bataillons, anlangt, so haben wir Hrn. Eisenstuck sofort durch Kurier davon benachrichtigt. Das Blutbad, welches den preussischen Truppen in der Pfalz drohte, kann doch nicht so ernstlich gemeint gewesen seyn. Denn sie sind bis drei Stunden vor Landau gekommen, haben in der Pfalz übernachtet und sind zwar nicht in die Städte eingelassen, auf dem Lande aber wohl verpflegt worden. Dazu erstreckt sich die Vollmacht eines Civilkommissärs niemals auf Kriegsplätze, wie die Festung Landau. Er überschritt daher auch durch die Rücksendung jener Verstärkung seine Befugniß. Die dritte Maßregel, die von ihm ausging, ist die Eidesabnahme, zu der er den Landesvertheidigungsausschuß autorisirte und die er auch auf Truppenabtheilungen ausdehnte.

Sie steht im Widerspruch zu dem Beschluß dieser Versammlung. Allerdings war diese Eidesleistung als eine freiwillige bezeichnet, allein man weiß, wie es in so aufgeregten Zeiten um diese Freiwilligkeit steht. Ein Gensdarmerie-Offizier leistete diesen Eid — freiwillig — und ist jetzt im Irrenhause. Auch habe nicht zur Beruhigung beitragen können, daß Hr. Eisenstuck in seinem Abschiedsworte gesagt, „vielleicht stehen die feindlichen Heere schon jetzt an Euren Grenzen." v. Gagern erklärt sich für das Minderheitserachten des Ausschusses, wodurch die Bewegung in der Pfalz in ein gesetzliches Bett zurückgeführt nnd deshalb doch nicht von ihrem Ziele entfernt werde. Haudenschmidt aus Passau stellt einen auf zahlreichen Erwägungen beruhenden Antrag auf Uebergang zur motivirten Tagesordnung über beide Ausschußvorträge, wornach noch beide Berichterstatter, Zachariä um den Unterschied des Minderheitserachtens vor dem Mehrheitsvorschlage zu erörtern und Umbscheiden das Wort nehmen. Der Letztere sucht auszuführen, daß Eisenstuck nicht blos eine Parteirichtung in der Pfalz vertreten habe, sondern daß er vielmehr die passendste Person für den Auftrag gewesen sey und daß er die passendsten Maßregeln ergriffen. Ueber das Fortbestehen des Landesvertheidigungsausschusses sey er überdies mit dem Ministerium einig gewesen, keine pfälzische Behörde beschwere sich über die diesem Ausschusse verliehene Autorität, die sich aus der Ursache und dem Hergange seiner Bestehung vollkommen rechtfertige. Daß das Einrücken der preussischen Truppen zu einem Gemetzel würde Veranlassung gegeben haben, das belegt Umbscheiden mit dem Vorlesen eines Berichts aus der Pfalz, vom Bürgermeister in Speyer. Auch dieser Redner erhält den lebhaften Beifall, die Abstimmung entscheidet sich unter Verwerfung des Mehrheitsantrages (durch Zettel mit 180 gegen 136 Stimmen) für den Antrag der Minderheit des Dreißigerausschusses. Noch kommt der dringliche Antrag von Mittermaier zur Unterstützung und Abstimmung: die Centralgewalt zu ersuchen, sofort zwei Reichskommissäre mit ausgedehnter Vollmacht nach Baden zu senden, um die nöthigen Maßregeln im Interesse des Reichs, des Landes und der Verfassung zu treffen. Nachdem noch Buß bemerkt hat, sein engeres Vaterland Baden befinde sich allerdings in trauriger Auflösung, weil die Kammer und das Ministerium von ihrem Posten „entlaufen" seyen, erhebt das Haus den Mittermaierschen Antrag zum Beschluß.

Frankfurt, 15. Mai. Gestern versammelte sich der Kongreß der deutschen Nationalversammlung im Gasthof zum Weidenbusch. Mehr als 100 Vereine sind durch 72 Abgeordnete vertreten. Preussen und Oesterreich sind nicht repräsentirt. In dieser vorbereitenden Sitzung wurde zum Präsidenten erwählt: Prof. v. Sybel von Marburg. Dann wurden folgende Gegenstände behandelt: Auf den Antrag ver-

schiedenen Abgeordneten wurde beschlossen: die Mitglieder der Nationalversammlung aufzufordern, auf ihrem Posten zu beharren und nicht auszutreten. Dann kamen mehrere Anträge zur Sprache, dahin gehend: in einer Adresse das Parlement aufzufodern, aus denjenigen 29 Staaten, welche die Reichsverfassung angenommen haben, einen provisorischen Centralstaat zu bilden. Dieser Antrag wurde nach längerer Debatte verworfen. Eine weitere Erörterung entspann sich über den beantragten Anschluß des Nationalvereins an den Märzverein. Gegenbauer: Ich stelle den Antrag, daß der Nationalverein sich mit dem Märzverein vereinige, und eventuell: der Kongreß der Nationalvereine ermächtigt den Vorort, alle zur Durchführung der Reichsverfassung nöthigen Schritte gemeinsam mit dem Centralmärzverein zu unternehmen. Beide Anträge werden abgelehnt, dagegen wird der folgende zum Beschluß erhoben: In Erwägung, 1) daß der Reaktion gegenüber eine Verbindung aller Vaterlandsfreunde dringend geboten ist; 2) daß der Märzverein laut seiner Erklärung vom 7. d. Mts. dasselbe Ziel verfolgt, wie der Nationalverein, „die Aufrechthaltung der von der Nationalversammlung endgiltig beschlossenen Reichsverfassung," beschließt der Nationalcongreß: 1) dem Centralmärzverein seine Bereitwilligkeit zu erklären, mit ihm zur Verfolgung dieses Zweckes in Verbindung zu treten und zwar in der Art, daß a) jeder der beiden Vereine seine Organisation beibehält; b) daß aber eine Verständigung über die zu ergreifenden Maßregeln und wechselseitige Mittheilung aller gethanen Schritte stattfindet; daß es den Einzel-Vereinen in den Orten, wo ein Märzverein und ein National-Verein bestehen, überlassen bleibt, ihr gegenseitiges Verhältniß zu regeln. c) Einen Ausschuß von fünf Mitgliedern mit der unverzüglichen Ausführung dieses Beschlusses zu betrauen. Die nächste Sitzung wird hierauf für den 15. Mai, Morgens 9 Uhr, anberaumt. (Frkf. O.-P.-Z.)

Frankfurt, 16. Mai. Sicherm Vernehmen nach wird auf die dringenden Vorstellungen der städtischen Behörden bei der provisorischen Centralgewalt in den nächsten Tagen ein theilweiser Wechsel der hiesigen Garnison eintreten. Nahe Orte des kurhessischen Amtes Bergen sind seit kurzem auch wieder okkupirt und zwar von österreichischen Truppen. (D. Z.)

Frankfurt, 16. Mai. Oberst Fischer ist von Berlin hier eingetroffen. Die Herren Zell und Christ sind nach Baden als Reichskommissäre abgereist. (D. Z.)

Aurich, 11. Mai. Die Ostfrisische Ständeversammlung ist gestern am gewöhnlichen Tage eröffnet und dieselbe kann, gesetzlich vom Könige weder aufgelöst noch vertagt werden und ist mithin jetzt das einzige Organ des Landes Hannover in der deutschen Sache, welches von der hannoverschen Regierung auf gesetzlichem Wege nicht zum Schweigen gebracht werden kann. In diesem Sinne wurde heute folgender Antrag von Stadtsyndicus Dr. Bueren aus Emden in der deutschen Sache gestellt: 1) Die ostfriesische Landschaft möge beschließen, durch eine Deputation von 9 Mitgliedern folgende 4 Punkte als Forderung des ostfriesischen Volkes in Bezug auf die deutsche Verfassungsfrage Sr. Majestät dem Könige vorzutragen: a. Unbedingte Anerkennung der deutschen Reichsverfassung, einschließlich des Reichswahlgesetzes. b. Unbedingte Unterordnung unter das von der Reichsversammlung gewählte oder ferner noch zu wählende Reichsoberhaupt. c. Sofortige Wiederberufung der Stände. d. Entlassung des Ministeriums Stüve und Ernennung eines neuen volksthümlichen Ministeriums, das sich zur Ausführung der Punkte a. b. c. bereit erklären wird. 2. Daß für den Fall, daß ihre Deputation in Hannover abgewiesen wird oder erfolglos bleibe, die erwählte Deputation nach Frankfurt reise und bei der Centralgewalt die Vollziehung der Reichsbeschlüsse in Bezug auf die deutsche Verfassung für den König von Hannover und die Provinz Ostfriesland beantrage. 3) Zu erklären, daß der im Schlußsatz der ostfriesischen Verfassung vom 8. Mai 1846 vorgedachte Fall des Aufhörens aller ständischen Vertretung in Hannover eingetreten, und mithin den ostfriesischen Ständen ihre alten Rechte wieder zugegefallen seyen. 4) Bis dahin, daß ihre Forderung ad. 1 von Sr. Majestät erfüllt seyn werde, sich für permanent zu erklären oder einen permanenten Ausschuß zu ernennen, der die Verwaltung und Vertheidigung Ostfrieslands in die Hand nehme. Die ostfriesische Landschaft möge endlich beschließen: 5) Daß bei fortwährender Weigerung der hannoverischen Regierung, die Reichsverfassung und Reichsgesetze zur Geltung zu bringen, bis zur Unterwerfung der Krone Hannovers unter die Reichsgewalt, Ostfriesland sich für reichsunmittelbar erkläre und der Reichsgewalt unmittelbar unterordne. Der Antrag nebst einem andern von Ehrlenholz, ist auf die Tagesordnung vom Montag gesetzt. (Z. f. Nordd.)

Kassel, 14. Mai. Das kurfürstl. Staatsministerium hat auf eine an dasselbe wegen Durchführung der Reichsverfassung gerichtete Eingabe von Deputirten von Vereinen und Gemeindebehörden aus neunzehn Städten und fünf Landgemeinden erwiedert, daß die Regierung wie bisher so auch ferner ihre Verpflichtung erfüllen werde, nämlich die Maßnahmen zur Durchführung der Reichsverfassung, soweit dies Kurhessen angeht, ihrerseits fest in die Hand zu nehmen, dagegen aber auch mit allen Mitteln zu verhindern, daß die im Lande herrschende Bewegung vom Boden des Gesetzes fortreiße. Die verlangte Absendung eines Deputirten zu dem von der Krone Preussen vorgeschlagenen Congresse sey von der Regierung abgelehnt worden; die Beeidigung des Volks — einschließlich des Militärs und der Beamten — auf die Reichsverfassung werde erfolgen. (F. O.-P.-Z.)

Wiesbaden, den 15. Mai. Bei der heute hier stattgehabten 3. Verloosung der herzogl. 10 fl. Loose sind auf nachstehende Nummern die beigesetzten Hauptpreise gefallen:

Nr. 57,901 fl. 20,000; Nr. 14,666 fl. 5000; Nr. 96,395 fl. 1500; Nr. 18,985 fl. 600; Nr. 19,904 fl. 400; Nr. 43,539 fl. 300; Nr. 2394, 30,809, 62,532, 73,484 fl. 100.

Berlin, den 15. Mai. Der Staatsanzeiger enthält folgenden bezeichnenden Aufruf: An mein Volk! Unter dem Vorwande der deutschen Sache haben die Feinde des Vaterlandes zuerst in dem benachbarten Sachsen, dann in einzelnen Gegenden von Süddeutschland die Fahne der Empörung aufgepflanzt. Zu meinem tiefen Schmerze haben auch in einigen Theilen unseres Landes Verblendete sich hinreißen lassen, dieser Fahne zu folgen und unter derselben, im offenen Aufruhr gegen die rechtmäßige Obrigkeit, göttliche und menschliche Ordnung umzustürzen.

In so ernster und gefahrvoller Zeit drängt es mich, ein offenes Wort zu meinem Volke zu reden.

Ich habe auf das Anerbieten einer Krone seitens der deutschen National-Versammlung eine zustimmende Antwort nicht ertheilen können, weil die Versammlung nicht das Recht hatte, die Krone, welche sie mir bot, ohne Zustimmung der deutschen Regierungen zu vergeben, weil sie mir unter der Bedingung der Annahme einer Verfassung angetragen ward, welche mit den Rechten und der Sicherheit der deutschen Staaten nicht vereinbar war.

Ich habe fruchtlos alle Mittel versucht und erschöpft, zu einer Verständigung mit der deutschen National-Versammlung zu gelangen. Ich habe mich vergebens bemüht, sie auf den Standpunkt ihres Mandats und des Rechtes zurückzuführen, welches nicht in der eigenmächtigen und unwiderruflichen Feststellung, sondern in der Vereinbarung einer deutschen Verfassung bestand, und selbst nach Vereitelung meiner Bestrebungen habe ich in der Hoffnung einer endlichen friedlichen Lösung nicht mit der Versammlung gebrochen.

Nachdem dieselbe aber durch Beschlüsse, gegen welche treffliche Männer fruchtlos ankämpften, ihrerseits den Boden des Rechtes, des Gesetzes und der Pflicht gänzlich verlassen, nachdem sie uns um deshalb, weil wir dem bedrängten Nachbar die erbetene Hülfe siegreich geleistet, des Friedensbruchs angeklagt, nachdem sie gegen uns und die Regierungen, welche sich mit mir den verderblichen Bestimmungen der Verfassung nicht fügen wollten, zum offenen Widerstande aufgerufen, jetzt hat die Versammlung mit Preussen gebrochen. Sie ist in ihrer Mehrheit nicht mehr jene Vereinigung von Männern, auf welche Deutschland mit Stolz und Vertrauen blickte. Eine große Zahl ist, als die Bahn des Verderbens betreten wurde, freiwillig ausgeschieden, und durch meine Verordnung vom gestrigen Tage habe ich alle preussischen Abgeordneten, welche der Versammlung noch angehörten, zurückgerufen. Gleiches wird von anderen deutschen Regierungen geschehen. In der Versammlung herrscht jetzt eine Partei, die im Bunde steht mit den Menschen des Schreckens, welche die Einheit Deutschlands zum Vorwande nehmen, in Wahrheit aber den Kampf der Gottlosigkeit, des Eidbruches und der Raubsucht gegen die Throne entzünden, um mit ihnen den Schutz des Rechtes, der Freiheit und des Eigenthums umzustürzen. Die Gräuel, welche in Dresden, Breslau und Elberfeld unter dem erheuchelten Rufe nach Deutschlands Einheit begangen worden, liefern die traurigen Beweise. Neue Gräuel sind geschehen und werden noch vorbereitet. Während durch solchen Frevel die Hoffnung zerstört ward, durch die frankfurter Versammlung die Einheit Deutschlands erreicht zu sehen, habe ich in königlicher Treue und Beharrlichkeit daran nicht gezweifelt. Meine Regierung hat mit den Bevollmächtigten der größeren deutschen Staaten, welche sich mir angeschlossen, das in Frankfurt begonnene Werk der deutschen Verfassung wieder aufgenommen.

Diese Verfassung soll und wird in kürzester Frist der Nation gewähren, was sie mit Recht verlangt und erwartet: ihre Einheit, dargestellt durch eine einheitliche Exekutiv-Gewalt, die nach außen den Namen und die Interessen Deutschlands würdig und kräftig vertritt, und ihre Freiheit, gesichert durch eine Volksvertretung mit legislativer Befugniß. Die von der National-Versammlung entworfene Reichs-Verfassung ist hierbei zu Grunde gelegt, und sind nur diejenigen Punkte derselben verändert worden, welche aus den Kämpfen und Zugeständnissen der Parteien hervorgegangen, dem wahren Wohle des Vaterlandes entschieden nachtheilig sind. Einem Reichstage aus allen Staaten, die sich dem Bundesstaate anschließen, wird diese Verfassung zur Prüfung und Zustimmung vorgelegt werden. Deutschland vertraue hierin dem Patriotismus und dem Rechtsgefühle der preussischen Regierung; sein Vertrauen wird nicht getäuscht werden.

Das ist mein Weg. Nur der Wahnsinn oder die Lüge kann solchen Thatsachen gegenüber die Behauptung wagen, daß ich die Sache der deutschen Einheit aufgegeben, daß ich meiner früheren Ueberzeugung und meinen Zusicherungen untreu geworden.

Preussen ist dazu berufen, in so schwerer Zeit Deutschland gegen innere und äussere Feinde zu schirmen, und es muß und wird diese Pflicht erfüllen. Deshalb rufe ich schon jetzt mein Volk in die Waffen. Es gilt, Ordnung und Gesetz herzustellen im eigenen Lande und in den übrigen deutschen Ländern, wo unsere Hülfe verlangt wird; es gilt, Deutschlands Einheit zu gründen, seine Freiheit zu schützen vor der Schreckensherrschaft einer Partei, welche Gesittung, Ehre und Treue ihren Leidenschaften opfern will, einer Partei, welcher es gelungen ist, ein Netz der Bethörung und des Irrwahns über einen Theil des Volkes zu werfen.

Die Gefahr ist groß, aber vor dem gesunden Sinn meines Volkes wird das Werk der Lüge nicht bestehen; dem Rufe des Königs wird die alte preussische Treue, wird der alte Ruhm der preussischen Waffen entsprechen.

Steht mein Volk zu mir, wie ich zu ihm in Treue und Vertrauen einträchtig, so wird uns Gottes Segen und damit ein herrlicher Sieg nicht fehlen.

Charlottenburg, den 15. Mai 1849. Friedrich Wilhelm. Graf von Brandenburg.

†⁰† **Berlin**, den 13. Mai. Die gestern durch den Staatsanzeiger veröffentlichte Abberufungsordre der Frankfurter Abgeordneten Seitens Preussen kam keineswegs unerwartet, aber sie war deswegen, in einem Augenblicke erlassen, wo ganze Provinzen im Aufstande, doch von nicht geringer Bedeutung; man ersah aus dieser Maßregel, daß das Gouvernement Brandenburg entschlossen ist, weiter den Weg der Gewalt zu gehen, daß dieses Kabinet keinen Anstand mehr nimmt, auch sich offen gegen Bundesbeschlüsse aufzulehnen. Wenn, wie das Ministerium in der Verordnung selbst sagt, die Abgeordneten (also auch die preussischen) ihr Mandat empfangen haben auf Grund der Bundesbeschlüsse vom 30. März und 7. April 1848, so steht es Preussen, selbst wenn man annimmt, daß die Mandate durch Bundesbeschluß ertheilt seyen, nicht zu, Beschlüsse des Bundes einseitig aufzuheben; Preussen hätte sich hierüber erst mit den übrigen Bundesgliedern in Einvernehmen setzen müssen, und das ist nicht geschehen. — Durch diese letzte Maßregel des Kabinets Brandenburg ist Preussen in eine Stellung, den süddeutschen Regierungen gegenüber, gekommen, die von diesen, mit Ausnahme von Bayern, leicht als eine feindliche angesehen werden dürfte. — Die Regierungen Würtembergs, Badens, Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt haben der diesseitigen in sehr entschiedener Weise, wie früher gemeldet, die Anerkennung und das Festhalten an der Reichsverfassung notificirt; man hat sogar von dieser Seite her sich verwahrt gegen die rechtswidrige einseitige Oktroyirung einer Verfassung durch die preuss. Regierung.

Jene Gouvernements halten fest an dieser Erklärung, und wir

können versichern, daß die von verschiedenen Zeitungen gegebene Nachricht, es seyen von Baden und Hessen Bevollmächtigte zu dem preuß. Congreß gesandt, wenn auch, um eine abweichende Erklärung Namens ihrer Regierungen zu geben, ungegründet ist. Es sind weder von Baden noch von Kurhessen oder Hessen-Darmstadt Regierungsbevollmächtigte hier anwesend, außer den gewöhnlichen Geschäftsträgern, die jedoch keineswegs beauftragt sind, dem Congresse überhaupt nur beizuwohnen; sie haben vielmehr schon früher die ihnen von ihren resp. Regierungen zugefertigten Gegenerklärungen überreicht. —

Die Berliner Landwehr ist nach Hamm abgegangen, jedoch nicht, wie es vorhin bestimmt war, bis Magdeburg ohne Waffen. Dieselben wurden den Fordernden noch vor dem Abmarsch gewährt.

Der König hielt eine Anrede an die Landwehr, in der er sie an die alte Treue erinnerte und die Erwartung aussprach, daß sie dem Beispiel ihrer Väter folgen würden. Ein Passus der Rede Sr. Maj., welcher von den „Buben" sprach, die in der Provinz auf Empörung sinnen, wurde mit heftigem Zischen und Pfeifen aufgenommen, worauf Sr. Maj. in mildern Ausdrücken fortfuhr. — Ein Theil der Landwehr (20. Regiment) hat übrigens die preussische Kokarde abgerissen und trägt nur die deutsche. Vor der Abfahrt kam es auf dem Bahnhofe noch zu einer Prügelei zwischen einigen Landwehrmännern und einem Major, ob in oder außer Diensten, wissen wir nicht.

Von Elberfeld und Iserlohe ist gestern Abend eine Deputation eingetroffen, die zum König geführt zu werden verlangte. Das Ministerium oder wenigstens der Herr Ministerpräsident hat jedoch nicht für gut befunden, diesem Wunsche zu willfahren, obschon die Deputation aus sehr conservativen Männern bestand, und unter ihnen sich auch ein Bruder des derzeitigen Justizminister Simons befand. Die Deputation sah sich so genöthigt, nur dem Herrn Grafen Brandenburg von der entsetzlichen Aufregung Bericht zu erstatten, sie hob besonders hervor, wie die Bewegung keineswegs blos vom Proletariat ausgehe, sondern wie vielmehr auch die Bourgeoisie lebhaft an der Erhebung Theil nehme. Der commandirende General und Ministerpräsident Graf Brandenburg hatte für die Deputation keine andere Antwort, als daß man mehr Truppen hinschicken würde, wenn die dorthin dirigirten Bataillone nicht ausreichten.

Stuttgart, den 14. Mai. Die »Karlsruher Zeitung«, bisher Organ der großherz. badischen Regierung und von Dr. Karl Giehne redigirt, ist unter dem 15. Mai als Nr. 1 des »Organ des Landesausschusses« erschienen und als Redakteur derselben ist Karl Blind unterzeichnet. Diese erste Nummer enthält eine Proklamation des Landesausschusses, lautend wie folgt: »Mitbürger! Dreizehn Monate harten Kampfes, dreizehn Monate schwerer Opfer sind vorüber. In solcher Zeit hat uns nur die Hoffnung aufrecht erhalten, daß unser schönes Vaterland die Freiheit erringen, und daß ein Bruderband alle Deutschen umschlingen werde. Doch kaum die deutsche Verfassung endgiltig von den Vertretern der Nation festgestellt, so tritt die Verschwörung der Könige, ihre landesverrätherische Verbindung mit dem Czaren von Rußland zur Knechtung des deutschen Volkes, welches im vorigen März seine Großmuth bethätigt hat — es tritt die Kontrerevolution keck und unverschleiert hervor. Nochmals soll die absolute Fürstenherrschaft gegründet, nochmals sollen die Ketten geschmiedet werden, die wir im März verflossenen Jahres zerrissen haben. Mitbürger! In einem solchen Kampfe konnte die tapfere Armee, konnten unsere und euere Brüder nicht zweifelhaft seyn, daß ihre Pflicht sie auf die Seite des Volkes rief; sie haben es erkannt, daß sie, die Söhne des Vaterlandes, für die Freiheit des Volkes, für die Einheit der deutschen Lande, und für die Größe der Nation fechten sollen. Die Armee hat sich daher mit uns verbunden. Sie kämpft nicht gegen das Volk, sie kämpft nur gegen die Feinde der Freiheit und des Vaterlandes. Diese Verbindung des Heeres mit dem Volk war offenbar kein Grund, daß der Großherzog geflohen ist, wozu ihm verrätherische Minister den Rath gegeben, die dann die Regierung verließen und die Geschäfte des Landes dem Ungefähr anheimstellten. Mitbürger! Eingedenk der Verpflichtung, die wir gegenüber der großen Landesversammlung in Offenburg übernommen, und folgend dem Rufe der Gemeindebehörde hiesiger Stadt, sind wir heute Mittag an der Spitze unserer braven Soldaten hier eingezogen. Wir werden unsere Kräfte daran setzen, bei der Erringung eines volksmäßigen Staatszustandes die volle Freiheit der Person und den Schutz des Eigenthums zu wahren. Wir werden Alles aufbieten, um die Regierungsmaschine im Gange zu erhalten; wir werden auf dem Platze bleiben, den die Pflicht und der Ruf des Volkes uns angewiesen, bis das Volk selbst über die Regierung das Nöthige verfügt hat. Mitbürger! unsere Aufgabe ist eine schwierige. Aber wir fühlen in uns den kräftigen Willen, sie zu lösen. Unterstützt uns überall in unserem Beginnen, und wir zweifeln nicht, daß die Freiheit zum Siege gelangen wird. Der Landesausschuß; und Namens desselben: Brentano, Heinrich Hoff, Richter, A. Goegg, Werner, Rehmann. Karlsruhe, den 14. Mai 1849.

(Frkft. O.-P.-Z.)

Italienische Staaten.

Der Genueser Corriere vom 12. Mai meldet: »Ein französisches Dampfboot überbringt folgendes aus Livorno. Die Stadt war am 10. angegriffen und leistete einigen Widerstand. Man spricht von 40 Todten, 200 Verwundeten. Gestern rückten dann die Oesterreicher ein. Den Angriff hatten erst ausschließlich die toskanischen Carabiniere unternommen, denen die Deutschen als Reserve dienten. Beschädigungen an Eigenthum oder an den Personen friedlicher Einwohner kamen nicht vor. Indessen heißt es, 12 von den Häuptern der Insurgenten seyen erschossen worden. (Nach Gazetta di Genova dauerte der Kampf 24 Stunden, und wurden der Kommandant Ghilardi und ein Polizeikommissär kriegsgerechtlich füsilirt.) Dasselbe Dampfboot brachte die Kunde, daß der französische Gesandte in Neapel, Hr. d'Arcourt, nach Gaëta geeilt, um gegen den Einmarsch der Neapolitaner in die Romagna zu protestiren. Die 15,000 Mann Franzosen waren in der Nähe von Civitavechia konzentrirt, um weitere Verstärkungen zu erwarten. Von Garibaldi und seinen 3000 bis 4000 Mann keine sichere Nachricht. Das Gerücht geht, er sey mit den bei Terracina gelandeten Spaniern, die 5000 (?) Mann stark seyn sollen, zusammengestoßen. — Die Beschießung Bologna's durch Wimpfen hatte, dem Monitore Toscano zufolge, am 8. Mai begonnen. Die Stadtbehörden, scheint es, waren für die Uebergabe, aber das gemeine Volk widersetzte sich. Indessen war die Vertheidigung, obgleich sie als sehr tapfer geschildert wird, hoffnungslos. — Man spricht von einem neuen Ausbruch in Palermo, wo das Volk die Nationalgarde entwaffnet habe und sich der Unterwerfung unter Neapel widersetze.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Deutsche Staaten.

† **München**, den 17. Mai. (16. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Am Ministertische: sämmtliche Minister und eine Menge Ministerialräthe. Unter den Einläufen: Petition von 147 Nürnberger Spielwaaren- und Weißmachern, die Ertheilung der unbedingten Gewerbsfreiheit für ihr Gewerbe, oder Einverleibung dieses Gewerbes mit dem Schreinerhandwerk, oder Bildung einer eigenen Zunft betreff. — Uebergeben vom Abg. Schmitt. — (Die von altbayerischen, durch Pfaffen bearbeiteten Gemeinden ausgegangenen Adressen gegen die Grundrechte, gegen die Reichsverfassung — sogar (wie lächerlich!) gegen Republik, sind besonders ausführlich im Einlaufe angeführt.)

Die Sitzung wird um 10½ Uhr durch den 1. Präs. von Lerchenfeld eröffnet. Nach Vorlesung des Protokolls der 15. Sitzung liest der Präsident ein Reskript die Ernennung neuer Ministerial-Kommissäre betr., vor.

Der Minister der Justiz liest das Programm des neuen Ministeriums vor.

Es enthält die erwartete Erklärung, daß das Ministerium die Reichsverfassung nicht unbedingt anerkennen werde, da die Interessen des bayerischen Staates dadurch zu schwer verletzt werden, und da ohne Mitwirkung der beiden größten Staaten Deutschlands kein günstiger Erfolg zu erzielen sey. Das Ministerium werde die Märzerrungenschaften wahren, aber ebenso dem maßlosen Streben nach praktisch unausführbarem entgegentreten.

Er liest die Folgen, die zu erwarten seyen, vor. Unter Anderem werde, obwohl die Regierung die Preßfreiheit schützen werde, ein Repressivgesetz gegen den Mißbrauch vorgelegt werden.

Abg. Kolb erhält das Wort; stellt folgenden Antrag in seinem Namen und in dem seiner Kollegen: Die Kammer wolle erklären, daß sie die von der Nat.-Vers. endgültig beschlossene Reichsverfassung als bindend erkenne, daß sie dieselbe mit allen gesetzlichen Mitteln zur Geltung bringen werde; daß diese Erklärung in einer Adresse an den König abgegeben werde. Zur Abfassung dieser Adresse solle sogleich eine Kommission gewählt werden. Kolb verlangt, daß über den Antrag augenblicklich ohne Debatte abgestimmt werde.

Der Präsident glaubt, dies sey gegen die Geschäftsordnung, der Antrag müsse dem 6. Ausschuß zugewiesen werden. Die Rechte schreit: „Zur Tagesordnung!“ — Kolb vertheidigt seinen Antrag damit, daß sein Antrag sich an den Vortrag des Ministers der Justiz anschließe; sey ein Gegenstand in Anregung gebracht, könne sogleich an ihn angeknüpft werden. Dies sey in allen Parlamenten der Welt der Fall.

Stockinger unterstützt Kolb's Antrag; er weist aus § 121 der Geschäftsordnung die Zulässigkeit dieses Antrags nach und glaubt, daß das Programm des Ministeriums eine Art Thronrede sey und die Kammer sogleich ihre Ansicht darüber aussprechen werde.

Dux findet, daß dem Antrage Kolbs formelle und materielle Bedenklichkeiten entgegenstehen, will dieses aus der Geschäftsordnung nachweisen. Er hält den Antrag nicht für zulässig. Auch Koch-Sternfeld spricht (unsinnig) dagegen:

Thinnes spricht für den Kolbschen Antrag mit der Modifikation, daß er erst dann berathen werden solle, wenn das Programm des Ministeriums gedruckt erschienen sey. Sein Vortrag ist jesuitisch, und er will die liberale Partei verdächtigen, und zwar auf dumm witzige Weise.

Willich glaubt nicht, daß eine schleppende Geschäftsordnung den Gang einer Frage hemmen könne, über die das ganze Volk sich so dringend und entschieden ausgesprochen habe. Den Vorwand, daß man die Ueberrumpelung der Regierung beabsichtigte, findet er unbegründet; denn man habe lange genug überlegen können. Er weist aus §. 129 der Geschäftsordnung die Zulässigkeit des Antrags nach.

Dr. Morgenstern. Außerordentliche Begebenheiten erforderten außerordentliche Maßregeln. Es sey eine Zeit der höchsten Gefahr. In dem größten Theile Bayerns sey die unbedingte Geltung der Reichsverfassung vom Volke anerkannt, in Franken sey eine ungeheure Mehrheit für sie. Unterstützt den Kolbschen Antrag.

Reinhard will die Formalitäten übergehen. Die Stunde der Gefahr sey näher als man denke. In Sachsen habe dasselbe System des Ministeriums den Bürgerkrieg herbeigeführt. Bei Fortsetzung dieses Systems werde es auch in Bayern blutige Saaten geben. Es gebe keine schwerere Verantwortung, als den Bürgerkrieg herbeizurufen. Bei Anerkennung dieses Systems ginge alle Frucht der Revolution verloren, man habe in der Paulskirche umsonst getagt.

Thinnes rechtfertigt sich, daß er bei der bayerischen Regierung um die zweite Vertagung nachgesucht.

Stockinger. Das letzte Ministerium sey über seine Grundsätze gefallen, das jetzige habe dieselben Grundsätze; es sey unter ihm ein Minister, der auch in Sachsen über diese Grundsätze gefallen sey. Er weist nun noch dringender die Kompetenz der Kammer zur Annahme des Kolb'schen Antrages nach. Stockinger spricht sich ebenfalls, an Thinnes anknüpfend, darüber aus, warum er für die von Frankfurt aus nachgesuchte zweite Vertagung der bayerischen Kammer gestimmt habe. Man habe damals in Frankfurt im Gallopp einen preussischen Erbkaiser gewählt, er und seine Freunde seyen für ein Direktorium gewesen. Sie hätten es für nöthig gehalten, daß ihre Stimmen zur Erreichung dieses Zieles in Frankfurt blieben.

Sie hatten es für nöthig gehalten, daß ihre Stimmen zur Erreichung dieses Zieles in Frankfurt blieben.

Minist. v. d. Pfordten. Ueber Kolbs Antrag habe sich eine Meinungsverschiedenheit in der Kammer gefunden. Er glaube nicht, daß Kolbs Meinung richtig sey, man könne an das Programm des Ministeriums eine Debatte anknüpfen. Das Programm sey nur ein Glaubensbekenntniß, und noch keine spezielle Vorlage; diese letztere werde am Samstag längstens erfolgen und die Regierung könne fordern, daß nicht eher über die deutsche Frage debattirt werde.

Werde jetzt debattirt hierüber, sey das konstitut. System in der Wurzel verletzt. Er bezweifle nicht, daß die Herren in der Kammer reiflich über die Sache nachgedacht; allein die Diskussion sey jetzt, ehe die Vorlage der Reg. erfolgt, inkonstitutionell. Die Regierung hoffe auf ihre Vorlage hin, sich mit der Kammer verständigen zu können, da nur wenige §§. der Reichs-Verf. geändert seyen. Wenn auch der Bürgerkrieg daraus erwachse, dürfe man nicht gegen das konstitut. System verfahren. Schöne Professorenweisheit! Karlsruhe beweise, daß der Ausbruch des Bürgerkriegs nicht von Annahme der Verfassung abhänge; denn dort sey die Verfassung angenommen worden und doch die Regierung gestürzt. Die Reichsverfassung sey bei Manchem nur ein Vorwand; wer den Umsturz wolle, wolle ihn auch nach Annahme der Reichsverfassung.

Hirschberger glaubt, daß man die Vorlage des Ministeriums abwarten müsse, da man das Werk der Regg. nicht ungehört verwerfen dürfe. Stimmt gegen Kolbs Antrag.

Kolb. Er wolle aus Achtung f. d. Kammer nichts darauf erwidern, wenn man gesagt, die Kammer kenne die Reichsverfassung noch nicht genau. Er weist nach, daß sein Antrag nicht inkonstitutionell.

Wenn etwas dem konstitut. System widerspreche, sey es die Anwesenheit dieses Ministeriums. Eben wegen diesen Grundsätzen sey das vorige Ministerium gefallen; das jetzige trete noch schroffer auf; es sey ein Hohn gegen den Konstitutionalismus, daß ein solcher Minister noch sich vor die Kammer wage. Mehr sage er nicht.

Schmitt aus Nürnberg hält es für seine Pflicht zu erklären, daß nach seiner Ueberzeugung, sowohl die erste als zweite Unruhe nicht auf der Gallerie, sondern auf diesen Bänken des Hauses, nehmlich auf der rechten Seite, die der Hr. Lerchenfeld stets in Schutz nimmt, stattgefunden und ersucht den Hrn. Präsidenten hierauf gütigst Acht zu haben. Er habe sich das Wort erbeten, um den Schluß dieser Debatte zu beantragen. Er erinnere daran, daß das Land bis zur Vertagung 5000 fl. habe zahlen müssen, lediglich zur Entwerfung einer erfolglosen Adresse an S. M. den König; man wolle doch nicht wieder in denselben Fehler verfallen und dem Volke nochmals 5000 fl. aus der Tasche stehlen. Was den Gegenstand der Verhandlungen selbst betreffe, so müsse dieselbe um so mehr beschleunigt werden, als es sich darum handle, ob das sog. konst. Ministerium oder die Kammer abtreten werde? Warum wolle das Ministerium erst am Samstag seine Vorlage bringen, ob es nicht etwa Zeit genug gehabt habe, seine Vorlage zu berathen? Das Ministerium habe gesprochen — es habe gesprochen in seiner Erklärung an die Reichsgewalt, in seiner neuesten Proklamation. Wenn von der anderen Seite gesagt worden, man habe ein ganzes Jahr an dieser Verfassung berathen, so erwidere er: eben deßhalb weil dieses geschehen, soll man nicht auch in diesem Hause noch Wochen oder Monate damit vertragen; in einer so entscheidenden, so dringenden, gefahrvollen Stunde müsse die Kammer sich rasch aussprechen. Er glaube nicht, daß ein Mitglied dieses Hauses, gleich jenem Mitgliede des Märzvereins, von der Hr. Thinnes gesprochen, die Reichsverfassung nicht durch und durch kenne, wäre dies aber der Fall so hätten diejenigen Herren in 10 Stunden Zeit genug, dieselbe durchzustudiren. Allerdings schwebe das Vaterland, das bayerische, das deutsche Vaterland in Gefahr, — die Befürchtung der Gefahr, die der Hr. Minister v. d. Pfordten nicht sehen und kennen wolle, sey nicht ungegründet. Ganz Deutschland sehe auf dieses Haus, man sey es sich selbst und dem Vaterlande schuldig ein schnelles, entscheidendes Wort zu sprechen. Viele Herren dieses Hauses schienen allerdings diese Gefahr nicht zu kennen — die blutigste Revolution stehe uns bevor — sie wäre gedämpft, die Revolution mit Waffengewalt wäre beseitigt, wenn man die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung ausspreche. Schmitt schließt damit, die Revolution in Franken, in Bayern, in Deutschland ist nicht aufgehoben — sie ist nur aufgeschoben.

Pfarrer Geyer sagt nichts Neues; sondern schwätzt eine halbe Stunde lang Unsinn.

Dr. Mayer (Roßhaupten) widerlegt Geyers Worte; er sagt, die Schäden müßten aufgedeckt werden, in welchen Regionen sie auch lägen. Er weist nach, daß Geyer ihn und seine Freunde ungerecht verdächtigt hat. Er spricht für die Oberschwaben, die Geyer verdächtigt hat.

Forndran (der in Augsburg die Adresse für unbedingte Annahme der Reichsverfassung unterschrieb) hält es für möglich, daß die Kammer noch über die Anträge der Regierung verhandlen und die Reichsverfassung theilweise ändern könne. (Das ist doch stark!!) Er stimmt gegen Kolbs Antrag und will die Vorlage des Ministeriums erwarten.

Dr. Rubner glaubt, als v. Reichlin Meldegg das Wort verlangt, dieser müsse sich erst einer neuen Wahl unterziehen, da er während der Vertagung befördert worden sey. Dies widerlegt Reichlin; er sey nicht befördert worden. Reichlin hat den albernen Hochmuth, sich für gefährlich zu halten, was ihm Rubner widerlegt.

Beckmann hält Zwist zwischen Fürst und Regierung für den beklagenswerthesten Zustand. Wer aber ist in Bayern der Veranlasser dieses Zustandes! — Die Regierung einzig und allein. Die Nationalversammlung dürfe nicht so weit entwürdigt werden, der Beistimmung der bayer. Kammer zu ihren Beschlüssen zu unterliegen. Das Votum könne gleich abgegeben werden, damit das neue Ministerium, das kein Vertrauen habe, gleich aufgeklärt sey, was die Kammer in der deutschen Sache wolle. Einem Minister könne das Volk nicht vertrauen, der den Bürgerkrieg lieber wolle, als eine Formverletzung.

Die Umsturzpartei sey da, wo man Recht nicht Recht, Vernunft nicht Vernunft seyn lassen wolle. Man solle Kolbs Antrag annehmen und sogleich abstimmen.

Hegnenberg-Dux glaubt, daß Schluß wünschenswerth sey. Er hält nur 2 Fälle für möglich: die Kammer wolle eine Adresse oder einen formulirten Antrag. Im ersten Falle könne die Kammer gefragt werden, ob sie dies wolle, der zweite Fall sey gegen die Geschäftsordnung.

Reinhard hält es für traurig, wenn die Minister den Wahn haben, das Volk sey um ihretwillen da, dieser Wahn müsse ihnen benommen werden.

Schad widerlegt den Vorwurf, daß die Presse von der Linken

mißbraucht werde. Er ist im Ganzen der Ansicht, der Schnitt vorhin gewesen. Sehr schlimm sey die Meinung, daß der Konstitutionalismus, selbst wenn der Bürgerkrieg daraus entstehe, aufrecht erhalten werden müsse. Das Ministerium kenne überhaupt die Stimmung im Lande nicht.

In Unterfranken haben Tausende auf die Reichs-Verf. geschworen, wolle man sie etwa mit Bajonetten wieder von ihrem Schwur abbringen. **Franken steht am Vorabend desselben Ereignisses wie die Pfalz. Franken sympathisiren mit der Pfalz.** Er selbst theile diese Ueberzeugung. Stimmt für Kolbs Antrag.

Lerchenfeld glaubt, es sey schon zu viel debattirt worden, er habe, indem er dies zugelassen, selbst sich einer Geschäfts-Ueberschreitung schuldig gemacht. Der Antrag hätte an den Ausschuß verwiesen werden sollen.

Steckinger glaubt, Kolbs Antrag sey nur eine Erklärung, die die Kammer zu Protokoll gebe, und dazu sey ihr das Recht nicht abzusprechen. (Nun entwickelt sich ein wirklich langweiliger Kampf über die Kompetenz der Kammer, mit dem ich die Spalten Ihres Blattes nicht unnütz füllen will).

Scheurl hat die letzte Vertagung der Kammer in so wichtigem Augenblicke lebhaft bedauert. Dies habe ihn zu seinem Zeitungsaufrufe bestimmt. Es scheint ihm, die Kammer solle die Vorlage der Regierung abwarten. (Scheurl kennt wahrscheinlich die Stimmung in Franken und besonders in seinem Wahlbezirk nicht, sonst könnte er nicht alberner Weise behaupten, es sey keine Gefahr auf dem Verzuge.) Mit einer umfassenden Berathung diene man dem Vaterlande am besten, und man dürfe sich vom Patriotismus nicht zu weit hinreißen lassen. (Der ganze Sinn seiner Rede ist, daß er nicht für **unbedingte** Geltung der Reichs-Verf. stimmt.)

Schüler widerlegt zuerst die Bestreitung der Kompetenz der Kammer von Seite des Präsidiums. Ueber die Gültigkeit oder Nichtgültigkeit der deutschen Reichsverfassung eine Erörterung zuzulassen, sey gar nicht möglich; kein Mensch auf der Erde habe hiezu ein Recht, als die Versammlung in der Paulskirche selbst. Widerlegt die Behauptung des Ministers: Der Aufstand in Baden sey nur durch die gewöhnliche Offenheit der Regierung in Karlsruhe veranlaßt worden, die mit einer Hand gebe, was sie mit der andern nehme, und das sey stets die Weise der Regierungen. Dadurch aber wurden stets die Aufstände herbeigeführt.

Daß Herr v. d. Pfordten gesagt, man wolle den Umsturz um des Umsturzes willen, verdiene keine Widerlegung; denn es wäre Wahnsinn, wenn so etwas möglich wäre. Umsturzpartei sey nur der Ausdruck, den die Regierung gebrauchte, wenn das Volk aufstehe, sein gutes Recht zu nehmen, das ihm die Regierungen vorenthielten.

v. Lerchenfeld hält die unbedingte Annahme der Reichsverfassung nicht für möglich, um so weniger, als der König v. Preussen die deutsche Krone ausgeschlagen. Die Ruhe hinge leider nicht von Annahme der Reichsverfassung ab; das habe Baden bewiesen. „Es sey aufrichtig und offen dort zu Wege gegangen worden; die Militär-Revolte sey durch die scheußlichsten Mittel herbeigeführt worden. Die Bewegung in Leipzig stelle er als Ausfluß des Kommunismus dar. Nicht die Anerkennung der Reichsverfassung werde die Ruhe schützen. Hält die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung für die erste Aufgabe der Kammer. Der Kammer sey vielleicht die schöne Aufgabe geworden: das constitutionelle Princip in Deutschland zu retten. Wenn nicht, bliebe uns wahrscheinlich nur die Wahl zwischen socialer Republik oder Absolutismus.

Schüler widerlegt Lerchenfeld. 29 Regierungen hätten die Reichsverfassung anerkannt. Bayerns Stimme sey schon in der Verfassungsfrage gehört worden; 75 Repräsentanten säßen aus Bayern in der Nat.-Vers.; aber die Stimme des Volks habe am entschiedensten sich ausgesprochen. Man möge der Volksstimme trauen. Von der Erklärung der preußischen Regierung, die jeder Regierung ihre Bajonette anbietet gegen die Reichsverfassung, seyen die Aufstände ausgegangen; nicht vom Volke aus. Auf ächt kroatische Weise habe Preußen dies in Dresden bewiesen. Das Volk wolle nichts weiter, als die Reichsverfassung. In Oesterreich und Preußen herrsche nur das Schwert, weil dort die Regierungen das Schwert als das Gesetz hingestellt hätten. In der Zustimmung zu dem Volkswillen liegt allein die Garantie für die Ruhe und Ordnung.

v. d. Pfordten erklärt, die Regierung wolle den Frieden, sie wolle Verständigung mit den Vertretern des Volkes. Er bittet die Kammer wiederholt, die Regierungsvorlage abzuwarten.

Lerchenfeld sagt, von den 29 Regierungen hätten 28 nicht so viel Stimmen, als Bayern allein. Sie hätten mitsammen nicht so viel Gewicht, als 1 Staat wie Bayern; für diese Staatchen sei die Anerkennung der Verfassung nur ein Rettungsanker gewesen. Der ganze Rechtszustand, den Bayern sich erkämpft, stehe durch die Anerkennung der Reichsverfassung auf dem Spiele. Es liegen schwere Gefahren in der Reichsverfassung. Adressen könnten nie zur Richtschnur der Kammer dienen; die Kammer müsse nach **ihrem Gewissen** entscheiden. Er glaubt nicht, daß die preußische Erklärung die Aufregung in Baden hervorgerufen habe; denn dort habe Preußen keinen Einfluß gehabt, Baden habe den Kongreß in Berlin nicht einmal beschickt. Er glaubt, die Bewegung komme vielmehr daher, daß man das Volk zu sehr für die Reichsverfassung aufgeregt; sey das Volk aufgeregt, so könne man es nicht halten mehr. Er beschwört die Kammer, sich zu mäßigen. Er fürchtet, die Freiheit sey für lange loren, wenn die Gewalt angewendet werden müsse.

Freudensprung spricht, die meisten Mitglieder verlassen den Saal. Er sagt nichts Neues, nichts Wichtiges.

Heinz: Wir leben im Jahre 1849; von keiner Seite des Hauses sey zu widersprechen, daß im J. 1848 eine Revolution stattfand; das Ergebniß derselben war die deutsche Nationalversammlung. Es sey nicht einzusehen, warum eine neue Verzögerung eintreten solle. Die Regierung habe keine Abänderung zu machen. Die Kammer sey nicht hier, um dynastische Interessen zu wahren, sondern um Volksinteressen zu wahren. Es werde dem preußische Volk gelingen, seine Regierung zur Annahme der Reichsverfassung zu nöthigen, **wie es auch dem bayerischen Volke gelingen wird.**

Kolb will seinen Antrag getrennt wissen.

Dr. Müller. Die Kammer möge bedenken, welche Folgen ihre Handlungen hätten. Die Reichs-Verfassung habe große Mängel, die er anerkenne; aber die Gefahren, die durch Nichtannahme der Verfassung entstunden, seyen viel größer, sie seyen ungeheuer. Er schlage vor, die Sitzung auf ein paar Stunden zu verschieben, und die Minister zu ersuchen, dann sogleich die Gründe mitzutheilen, warum sie am Vereinbarungsprinzip festhielten. Die Gefahr könne uns in den nächsten Tagen bewältigen; nie sey Deutschland in solcher Aufregung gewesen. Eine Vereinbarung sey in diesem Augenblick unausführbar. Der Hr. Minister möge, wenn man ihm Vorwürfe machen wolle, das Gesetz verletzt zu haben, antworten, wie jener Konsul dem Volkstribunen: „**Ich habe das Gesetz verletzt**, aber ich habe das Vaterland gerettet!"

Die Kammer verlangt nach Schluß. Lerchenfeld spricht dagegen und die Fortsetzung der Debatte wird mit Majorität angenommen.

Pfarrer Geyer, ein höchst unbedeutender Schwätzer, hat das Wort; er sagt eben, was ein Pfaffe sagen kann. Als ein Bröbchen davon: er findet die Reichsverfassung sey nicht endgültig beschlossen.

Meyer (von Roßhaupten) will die Annahme der Reichsverfassung schnell, weil durch den preußischen Oktroyrungs-Kongreß die Freiheit in Gefahr sey. Wer weiß, wie lange es dauert, daß Preussens König sich die Krone nehme, die er aus der schmutzigen Hand des Volkes verschmäht. Man möge das Vaterland durch einen raschen Entschluß retten; wer weiß, wie lange man noch ohne Gefahr sey.

Boyé spricht für den Kolb'schen Antrag. Er bemerkt, es werde durch diesen Antrag sich sogleich herausstellen, ob die Kammer mit dem Ministerium gehen könne. Es werde sich entscheiden, ob die Kammer aufgelöst oder das Ministerium abtreten werde. Auch er hält die Gefahr für sehr groß und dringend; die Pfalz gebe Beweis hiefür. Dort habe man vorzugsweise nicht Bayern, sondern Deutschland anerkennen wollen. Erkenne man die Verfassung nicht an, werde die Flamme losbrechen. Man möge daher die Bedenken der Form aufgeben. Man möge noch heute erklären, wer für, wer gegen die Reichs-Verfassung sey. Sonst könnte man, ehe man darüber im Reinen sey, nicht ersprießlich mit der Regierung verhandeln.

Hopf spricht gegen Boyé's Antrag, wie eben ein Erz-Stock-Reaktionär und Bureaukrat, der die **Form vor Allem** will, sprechen kann.

Graf Bray würde dem Beschlusse der Kammer Rechtsgültigkeit absprechen, wenn keine Diskussion darüber stattfände. Er spricht, wie es für einen abgetretenen Minister natürlich ist, für die Regierung.

Kolb sagt in Bezug auf die Worte eines Vorredners, allerdings habe sich einmal die Kammer früher gegen ein preussisches Kaiserthum verwahrt, allein jetzt werde es sich dem Willen und Gebote der Nat.-Vers. fügen. Oesterreich sey ebenfalls nicht ausgeschlossen; man solle nur den betreffenden §. der Reichsverfassung lesen.

Der Präsident ertheilt Kolb einen Ordnungsruf, weil er an der Ehrlichkeit gewisser Leute zweifle. Bray behält sich deswegen gegen Kolb eine Erklärung vor.

Thinnes spricht gegen Kolb's Antrag. Er spricht viel, was nicht zur Sache gehört. Will sich rechtfertigen, daß er jetzt für Vereinbarung stimmt, während er früher nur für Verständigung stimmte. Er schwätzt so albern, daß die Kammer lacht und der Präsident Ruhe verlangen muß.

Crämer will einen Vorwurf, den der Minister dem Antragstellern gemacht, daß sie den Konstitutionalismus vernichten wollten, widerlegen. Es seye möglich, daß das Ministerium einen wahren und nicht den Scheinkonstitutionalismus wolle; aber es sey Gebot dieses Systems, daß das Ministerium abtrete, wenn es die Majorität der Kammer gegen sich habe. Die Minister hätten das konstitut. Prinzip verletzt, weil sie Ministerstellen angenommen hätten, mit denselben Grundsätzen, welche die vorigen Minister zur Abdankung gebracht hätten. Man könne ja aus dem Programm des Ministeriums schon sein System ersehen, das nie mit dem der Kammer übereinstimme. Er für seinen Theil wäre froh, wenn die Kammer aufgelöst würde; die neue Wahl würde dann dem Ministerium die wahre Volksstimme kennen lehren. (Postschluß.)

†* **München**, 17. Mai Abends 1/2 5 Uhr durch extra Gelegenheit. Die Kammer hat beschlossen, daß eine Commission von 7 Mitgliedern gewählt werde, um eine Adresse an den König zu fertigen. Der Inhalt ist wohl nicht zweifelhaft; die Linke hat mit 71 gegen 58 Stimmen gesiegt. Lerchenfeld zeigt der Kammer an, daß er den König um Entlassung von seinem Posten als 1. Präsident der Kammer gebeten habe.

† **Nürnberg**, den 18. Mai. Das sich diesen Morgen hier in allen Kreisen verbreitete, freudige Bewegung hervorgerufene Gerücht: als hätte der König die Reichsverfassung anerkannt, ist nichts als einer jener oft schon angewandten Puffs, welche zur Beruhigung führen sollen aber stets das **Gegentheil** hervorrufen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 20. Mai 1849. № 140. Sonntag: Athanasius.

Deutsche Staaten.

†* **München,** 18. Mai. Es gelang mir gestern noch, Ihnen das Resultat der Abstimmung zu senden, und ich will nun den Schluß der gestrigen Verhandlungen nachtragen.

Das Präsidium hatte Lerchenfeld, der in der Debatte sich betheiligen wollte, dem 2. Präs. Grafen Hegnenberg-Dux übergeben.

Schmitt aus Nürnberg will nicht in die Details eingehen, doch müsse er erwähnen, daß die Reichsverfassung ohne die Grundrechte 129 Paragraphen zähle; wer wisse nicht, ob die vereinbarenden Regierungen sich nicht verabredet hätten, daß jede derselben verschiedene Paragraphen der Verfassung beanstande, und so werde wahrscheinlich am Ende wenig Gutes mehr von der Verfassung übrig bleiben. Nach dem Vorausgeschickten wolle er nur noch 2 Punkte der vorhergehenden Redner berühren. Der erste betreffe die Aeußerung des Hrn. Präs. Lerchenfeld, der andere eine Aeußerung des Hrn. Minister v. d. Pfordten.

Hr. v. Lerchenfeld habe von dem Gewichte derjenigen Staaten und Regierungen gesprochen, welche die Reichsverfassung nicht anerkennen, er habe aber nichts davon erwähnt, daß in diesen mächtigen Staaten, wie Sachsen, Preußen, Bayern das Volk aufgestanden sey gegen seine Regierungen; in den Staaten aber, wo die Regierungen sich offen für die Reichsverfassung ausgesprochen, hebe sich das Volk nicht gegen die Regierungen. Wenn also von einem Gewichte der Staaten und Regierungen die Rede sey, so müsse man auch das Gewicht der Seelenzahl, der Volksstimme nicht vergessen. Das Gewicht der immensen Mehrheit des deutschen Volkes werfe das Gewicht der Regierungen und Staaten, das Gewicht aller teuflischen und manteuflischen Ministerien über den Haufen.

Er rathe, den Samstag nicht abzuwarten. Ob die Kammer etwa wisse, warum Hr. v. d. Pfordten den Samstag abwarten wolle? Er (Schmitt) wisse es nicht. Eben deshalb, weil man es nicht wisse, solle man einem Minister nicht vertrauen, der es wage, zu erklären: wenn auch Bürgerkrieg entstehe, dürfe die Regierung sich nicht zur Nachgiebigkeit verleiten lassen. Er (Schmitt) wäre kein blinder Gegner einer Regierung, eines Ministeriums. Nach solchen Aeußerungen aber müsse auch der Gemäßigste zu den Gegnern eines Systems übertreten. Hr. Minister v. d. Pfordten wäre die Seele des Ministeriums. Doch sey er (der Redner) überzeugt, daß die übrigen Hrn. Minister mit dieser Seele nicht länger existiren könnten. Habe doch selbst der Hr. Kriegsminister in einer gestrigen Unterredung die loyalste Gesinnung zu erkennen gegeben, so zwar, daß die ihm von manchen Seiten untergeschobene Aeußerung, er wolle ein Säbel-Regiment führen, als unbegründet erscheinen muß. Er (Schmitt) sey von der Ehrenhaftigkeit der übrigen Hrn. Minister überzeugt, daß sie mit dem Hrn. Minister des Aeußern, wenn er seine Aeußerung nicht widerrufe oder genügend rechtfertige, nicht länger verkehren würden. Er (der Redner) setze sich dem Ordnungsrufe des Präsidenten aus und erkläre es für eine Schmach der Kammer, mit dieser Seele länger in einem Hause zu sitzen.

(Schmitt wird hier von dem Präsidenten zur Ordnung gerufen.)

Schmitt. Ich habe im Voraus erklärt, ich wolle den Ordnungsruf annehmen.

Der Hr. Kriegsminister hat Schmitt's Aeußerungen falsch aufgefaßt und glaubt, Schmitt habe ihn angeklagt, er wolle ein Säbelregiment führen. Er weist auf seine lange ehrenhafte Dienstzeit hin. Er habe immer das Säbelregiment gehaßt, d. h. das Säbelregiment des exzessiven Soldaten, aber gegen die Feinde der Ordnung und des Gesetzes werde er den Säbel anzuwenden wissen.

Nach Schmitt's Wiederholung Dessen, was er gesagt, erklärt sich v. Lesuire befriedigt.

Die Kammer ruft nach Schluß.

Nun entspinnt sich über den formellen Theil der Frage eine lange Debatte.

Vorher aber sucht Hr. v. d. Pfordten noch sich über seine nichtswürdige Aeußerung zu rechtfertigen; er beruft sich auf seine Freunde, die wissen, daß er ein friedliebender Mann sey.

Der Präsident H.-Dux erklärt, daß er über den 1. Theil des Kolb'schen Antrages nicht abstimmen lassen, sondern ihn an den treffenden Ausschuß verweisen werde, da es ein bestimmter Antrag sey. Hiergegen sprechen Viele, besonders Stockinger mit juridischer Gelehrsamkeit. Dux bleibt auf seiner Ansicht: er würde sich einer Verfassungsverletzung schuldig machen, wenn er nachgebe.

Nach langen Debatten zieht Kolb seinen Antrag (d. h. den ersten Theil desselben) zurück und behält sich vor, den Kammerpräsidenten wegen verfassungswidrigem Benehmen in Anklagestand zu versetzen.

Der zweite Theil, die Abfassung einer Adresse an den König und die Wahl einer Kommission hiezu wird mit 78 gegen 58 Stimmen angenommen. Die Rechte hatte Namensaufruf verlangt, nachdem bei der Abstimmung durch Aufstehen 64 gegen 59 Stimmen sich ergeben hatten. Hätte sie geahnt, wie es kommt, hätte sie dieses Verlangen wohl bleiben lassen. Von der Tagesordnung werden nur noch die Austritts- und Urlaubsgesuche von Abgeordneten verhandelt. Die Kammer genehmigt den Austritt des Obersten Kratzeisen und die Einberufung seines Ersatzmannes (v. Steinsdorf). Die Sitzung wird geschlossen, nachdem der 1. Präsident v. Lerchenfeld (wie ich Ihnen bereits gemeldet) der Kammer angezeigt, daß er um Enthebung von seiner Stelle nachgesucht, woran übrigens nicht der „heutige Gang der Debatte" schuld sey; aber die Konsequenz gehe über Alles.

In die Adreß-Kommission werden gewählt: Dr. Roßbach mit 75 Stimmen, Kolb (von Straubing) 70 St., Willich 70, Mayer (Ansbach) 69, Schüler 69, Röck 69, Rudner 68 Stimmen.

Für heute ist keine Sitzung anberaumt.

[Erklärung des Gesammt-Ministeriums in der Sitzung vom 17. Mai 1849.] Bei dem Wiederzusammentritte des am 7. März d. Js. vertagten Landtages erscheint ein neu gebildetes Staatsministerium vor den Kammern. Dasselbe findet es angemessen, den Gesichtspunkt, unter welchem es seine schwierige Aufgabe erfaßt, sowie einige Hauptmomente der dem Landtage bevorstehenden Thätigkeit mit jener Offenheit zu bezeichnen, durch welche allein das Vertrauen als schützendes Prinzip des Staatslebens gestärkt und Mißverständnissen entgegengetreten wird, welche von freveihafter Hand gepflegt, die Grundlagen des allgemeinen Rechtszustandes zu erschüttern drohen.

Was vor Allem die von der deutschen Nationalversammlung beschlossene Verfassung betrifft, so glaubte das Staatsministerium an dem Standpunkte der Vereinbarung festhaltend die unbedingte Anerkennung jener Verfassung versagen zu müssen, und hat seine deßfallsigen Gründe in der unter dem 23. April an das Reichsministerium abgegebenen Erklärung niedergelegt. Es ist hiebei ebenso von der gewissenhaften Ueberzeugung, daß die unveränderte Annahme jener Verfassung die Interessen Bayerns schwer verletzen würde, ohne die Einigung und das Wohl von ganz Deutschland zu begründen, als von der Erwägung geleitet worden, daß ohne Mitwirkung der beiden größten deutschen Staaten eine gedeihliche Lösung der Verfassungsfrage nicht möglich ist. Es sind übrigens in der jüngsten Zeit entschiedene Schritte zur Vereinbarung gethan worden, und das Staatsministerium hat sich hiebei um so freudiger betheiligt, als es hier nur den wiederholt ausgesprochenen Willen Sr. Maj. des Königs zur Geltung bringt, die deutsche Einheit auf jede mit dem Wohle des gesammten Deutschlands und des bayerischen Volkes zu vereinigende Weise zu fördern. Ueber diesen hochwichtigen Gegenstand wird sofort den Kammern eine spezielle Vorlage gemacht werden, wobei sodann auch die Frage über die Annahme der deutschen Grundrechte ihre befriedigende Erledigung finden wird.

Anlangend zunächst die innere Politik, so geht das gegenwärtige Staats-Ministerium von dem leitenden Grundgedanken aus, daß auf der einen Seite die dem Volke in Folge der politischen Bewegungen des vorigen Jahres gewonnenen oder in Aussicht gestellten Freiheiten vollständig gewährt, auf der anderen aber die gesetzliche Ordnung als Grundbedingung zum Schutze jener Freiheiten mit allen der Regierung zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht erhalten und einem maaslosen Streben nach dem praktisch Unausführbaren kräftig entgegengetreten werden müsse. Zu diesem Ende wird das Staatsministerium endlich dahin wirken, das konstitutionell-monarchische System in seiner vollen Wahrheit zu handhaben, weil diese Staatsform nicht blos in der von allen bayerischen Staatsbürgern beschworene Verfassungs-Urkunde sanktionirt, sondern sogleich in rückhaltsloser und konsequenter Durchführung mehr als irgend eine Staatsform geeignet ist, auf dem Wege gesetzmäßiger Freiheit die Zwecke des Staats zu befördern. Damit dieses Ziel für alle Zukunft unverrückt im Auge behalten und den Staatsangehörigen der unverkümmerte Genuß ihrer Rechte und Freiheiten gewährleistet wäre, ist eine Umgestaltung der Verfassungs-Urkunde nothwendig, worüber dem gegenwärtigen Landtage ein umfassender, insbesondere auf die Umbildung der K. d. Reichsräthe sich erstreckender Gesetz-Vorschlag, vorgelegt werden wird. Unter den übrigen an die Kammer zu bringenden Gesetzes-Vorlagen stehen ein Entwurf einer auf die Prinzipien der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit gebauten Civil-Prozeß-Ordnung, eines Polizei-Straf-Gesetzbuches und einer Revision des Strafgesetzbuches oben an. An dieselben reihen sich der Entwurf einer Notariats-Ordnung, eines Gesetzes über den Staatsgerichtshof bei Anklagen der Staatsminister, über die Entscheidung der Kompetenz-Konflikte, über die Verweisungen der sogenannten administrativ-kontentiösen Rechtssachen an die Gerichte, über die Umbildung des Staatsraths, über die Gleichstellung der israelitischen Glaubensgenossen mit den christlichen Staatseinwohnern, ferner die Revision des Jagdgesetzes bezüglich der seiner Se. Maj. dem König vorbehaltenen Jagden und eine Revision des Häusersteuergesetzes, endlich Entwürfe über eine große Anzahl anderer Gegenstände, in welcher Beziehung den Kammern in einer der nächsten Sitzungen eine übersichtliche Mittheilung gemacht werden wird.

Eine besondere Aufmerksamkeit glaubt das Staatsministerium den Angelegenheiten der Presse zuwenden zu müssen. Anerkennend den hohen Werth der Preßfreiheit wird das Staatsministerium nie einen Schritt unternehmen, welcher die durch die freie Presse geschützte Oeffentlichkeit des Staatslebens auch nur entfernt durch Präventiv-Maßregeln antasten könnte. Allein es ist auch von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Gesetzgebung eine ihrer wichtigsten Aufgaben drein finden müsse, dem schändlichen Unfuge, mit welchem bisher die Freiheit der Presse zur Untergrabung aller Grundlagen des Staatslebens, und zur Zerstörung aller Begriffe von Recht und Moral mißbraucht wurde, durch Repressiv-Vorschriften ein Ziel zu setzen. Zu diesem Ende wird sogleich der Entwurf eines Gesetzes zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse den Kammern in Vorlage gebracht werden, da hier nach dem Urtheile aller Gutgesinnten eine Abhülfe dringend geboten ist. Bei Darlegung des Staatshaushaltes wird das Staatsministerium den Kammern gegenüber mit größter Offenheit und Klarheit zu Werke gehen. Es ist bekannt, daß durch die an die Reichskassa zu machenden Leistungen und durch den nothwendig ge-

werdenen erhöhten Militärstand aussergewöhnliche Ausgaben erwachsen sind; auch läßt sich mit Bestimmtheit voraussehen, daß, wenn nach der Absicht des Staats-Ministeriums die neue Gerichts-Organisation in's Leben geführt, das begonnene Eisenbahnnetz fortgesetzt und vollendet; wenn den Straßen- und Gefängnißbauten, dann den gesteigerten Anforderungen der Industrie und Kultur, so wie des öffentlichen Unterrichtes die gehörige Berücksichtigung zugewendet, die Lage mehrerer Klassen von Staats- und öffentlichen Dienern verbessert und zugleich das Lotto aufgehoben werden soll, besondere finanzielle Anstrengungen sich als nothwendig darstellen werden. Demungeachtet gibt sich das Staatsministerium der Hoffnung hin, daß bei einer weisen Sparsamkeit in andern Zweigen der Verwaltung und bei gehöriger Benützung sämmtlicher Einnahmsquellen des Staates das Gleichgewicht im Staatshaushalte werde aufrecht erhalten werden können.

Hiebei kann die beruhigende Eröffnung gemacht werden, daß die, das griechische Anlehen betreffende Angelegenheit durch Deckung des ganzen Betrags von Seite Seiner Majestät des Königs Ludwig ihre Erledigung gefunden hat.

Indem das Staatsministerium diesen Stand der öffentlichen Angelegenheiten zur Kenntniß des Landtags bringt, erkennt dasselbe wohl, daß die Lösung der hier bezeichneten Aufgaben durch die Unterstützung der Kammern bedingt ist.

Karlsruhe, 16. Mai, Vormittags. Gestern Abend ließ der regierende Ausschuß durch Straßenplakat bekannt machen, daß viele falsche Nachrichten verbreitet würden, denen man keinen Glauben beimessen soll. — Im Laufe des gestrigen Tages hielt Bürger Gögg, der mit der Leitung des Finanzministeriums beauftragt ist, Kassensturz bei der Amortisations- und Generalkasse. Abends war Vorstellung der Direktoren. Die Zahlungen gehen fort. — Gestern Abend und heute Morgen hatten Verhandlungen statt zwischen Brentano Namens des regierenden Ausschusses und einer gemischten Ministerialkommission über die Formel eines zu leistenden Eides. Wie ich heute höre, soll sich namentlich Bornstedt am meisten für die Republik aussprechen, Brentano aber sich nachgiebiger gezeigt haben. — Gestern und heute großer Zuzug von Freischaaren, meist mit Trommlern und Fahnen, größtentheils bewaffnet; wer keine Waffen hat, empfängt solche aus dem Zeughause. — Es kommen viele junge Leute. — Der Abg. Schlöffel ist hier angekommen. — Gestern erhielt Stadtdirektor Stößer seine Entlassung; er geht mit Sack und Pack und Familie, wie es heißt, nach Schaffhausen. Auch Mollenbec, der Oberpostdirektor, und der Oberpostrath v. Kleudgen sind entlassen. Das Landesausschußmitglied Ziegler hat die Stadtdirektion und Polizei übernommen. — Bei der Eidesformel wurde, wie ich aus sicherer Quelle höre, die Klausel wegen der seitherigen Verfassung, wie sie von der Ministerialkommission beantragt war, von der Exekutivkommission angenommen. — Nachmittags. Der Exekutivausschuß macht durch Straßenanschlag bekannt, daß er sich seit seinem Einzug bemüht habe, die Ordnung und Sicherheit zu schützen, und fordert alle Mitbürger auf, dazu beizutragen, daß Ordnung und Handel und Gewerbe gehen. — In der Stadt herrscht vielfach das Gerücht, in dem Landesausschuß sey Uneinigkeit, was ich aber bei dem öffentlichen Anschlag des Landesausschusses nicht glaube. — Heute Mittag wurden zwei Hauptleute hier eingebracht, wie man sagt, Heisch und Katz, wegen des Verdachts, die Rastatter Minen in die Luft sprengen zu wollen. — Unsere Straßenecken sind mit Plakaten ganz verkleistert. (Schw. M.)

Die K. Z. enthält folgende Proklamation: An das Volk in Baden. »Bürger! Nachdem die Regierungsgeschäfte durch die Flucht des Großherzogs und seiner Minister einige Zeit unterbrochen waren, hat der Landesausschuß die Regierung in die Hand genommen, und in den Mitgliedern der Exekutivkommission die verschiedenen Ministerien mit Vorständen besetzt. Das unterzeichnete Finanzministerium wird alle seine Kräfte aufbieten, daß ein geregelter Geschäftsgang stattfindet; es hat namentlich Vorkehrungen getroffen, daß im Kassenwesen des Staats durchaus keine Störung vorkomme, daß nach wie vor alle Verpflichtungen, welche die badische Regierung durch Vermittelung des Finanzministeriums übernommen hat, pünktlich erfüllt werden. Habt darum Vertrauen, Bürger; unterstützt uns durch Euer Entgegenkommen in der schwierigen Aufgabe, zum Wohle des Landes das Finanzwesen zu leiten. Durch solches patriotische Zusammenwirken wird der Kredit gehoben, werden alle Geschäfte blühen und gedeihen. Karlsruhe den 15. Mai 1849. Das Ministerium der Finanzen. Für dasselbe: Goegg.« — Ferner einen Aufruf an die badischen Soldaten, der mit den Worten schließt: »Reihet euch, Kameraden, fester aneinander, folgt euren freigewählten Führern, haltet unverbrüchlich jene Kriegszucht, die den Sieg verbürgt. Eure Brüder in den Gauen weit umher theilen jubelnd eure Gesinnung, und das Volk, eure Väter und Mitbürger, werden mit euch stehen, für die Reichsverfassung siegen oder fallen. Im Namen der provisorischen Exekutivgewalt: Eichfeld, Ob.-Lt.«

Endlich folgende Mittheilung: Die hier anwesenden Mitglieder des seitherigen Ministeriums haben an alle Behörden folgende Erklärung mitgetheilt: „Durch die Ereignisse der letzten Tage wurde der Großherzog bewogen, das Land zu verlassen, und auch die Mitglieder des Staatsministeriums sind nicht anwesend. Ein Landesausschuß hat die Zügel der Regierung ergriffen, und übt thatsächlich die öffentliche Gewalt aus. Die hier befindlichen Mitglieder der Ministerien haben geglaubt, eine Pflicht gegen das Land zu erfüllen, wenn sie bis auf Weiteres ihre Amtsverrichtungen fortsetzen, damit die verfassungsmäßigen Organe der Staatsverwaltung möglichst in Thätigkeit erhalten werden. Sie werden den verlangten Eid, welcher neben der Reichsverfassung auch die Landesverfassung wahrt, in nachstehender Formel leisten: „Ich verpflichte mich auf Ehre und Gewissen, unbedingt und ohne Rückhalt die Durchführung der Reichsverfassung mit allen meinen Kräften zu unterstützen, und den Anordnungen des Landesausschusses für Baden, unbeschadet meiner auf die Landesverfassung geschehenen Verpflichtung, Folge zu leisten, so wahr mir Gott helfe, und meine Ehre mir heilig ist." (Schw. M.)

Mannheim, den 16. Mai. Gestern Abends gegen 9 Uhr kamen, durch die Eisenbahn befördert, mehrere Hundert Mann Bürger, in Verbindung mit vielen Soldaten, hier an und zogen mit klingendem Spiele unterm Zujauchzen des Volkes bis auf den Marktplatz und wurden hierauf einquartirt. — Diese Nacht um 1 Uhr schlug die Allarmtrommel durch die Straßen der Stadt, die Bürgerwehr sammelte sich und die übrigen Korps traten unter die Waffen, man vernahm, daß Oberst Hinkeldey, Kommandant des ersten Dragonerregiments im Anzuge sey und mit ihm zwei Batterien reitende Artillerie. Es marschirten hierauf sogleich Truppenabtheilungen mit ungefähr 6 Kanonen nach verschiedenen Richtungen, theils auf der Eisenbahn, theils zu Fuß gegen Ladenburg und Heidelberg ab. Die Stadt ist natürlich in der größten Aufregung und Nachricht drängt sich an Nachricht. — Schiffer, welche diesen Morgen hier ankamen, behaupten, daß bei Edingen und Neckarhausen das Hinkeldeysche Korps gesehen, und ihm ein Nachtheil an Pferden und Leuten beigebracht wurde. Im Laufe des Tages kam weiter zur Mittheilung, daß dieses Korps bei Leimen gesehen wurde, und jetzt um 2 Uhr hört man, daß es sich in der Gegend von Ketsch bewege. Wenn es nun nicht bereits gefangen ist, was gleichfalls behauptet wird, so scheint es sich nach der Festung Germersheim zurückzuziehen. In Baden hat dieses Korps bis jetzt nicht die geringste Sympathie, und von allen Seiten erhebt sich das Volk und das Militär dagegen. — Viele Bürgerwehrmänner aus dem Oberlande sind bereits hier eingetroffen, namentlich solche aus Rastatt, welche sich durch kriegerische Kleidung und entsprechende Haltung auszeichnen. Man erwartet heute noch eine bedeutende Masse bewaffneter Bürger aus dem Oberlande, namentlich dem Seekreise. — Das Bataillon des 4. Regiments, welches vor wenigen Tagen nach Landau marschirte, kam heute ebenfalls an, und will seinen Mitbürgern bewaffnete Hülfe leisten. Es ist die Gährung in vollem Flusse; Gott füge noch Alles zum Heile unseres schönen, großen Vaterlandes!

Nach der Mannheimer Abd. Ztg. stehen die am 15. in Mannheim einmarschirten Truppen unter dem Kommando von Major Hoffmann (Bruder des gewesenen Kriegsministers); es sind 1600 Mann mit 6 Geschützen und Munition und etwa 600 Bürgerwehr von Oberkirch, Offenburg und Umgegend. Das Blatt berichtet dann über den Zug, den Major Hoffmann machte, um die Dragoner (welche sich der Bewegung nicht anschlossen) aufzusuchen oder zu verfolgen. Dieselben haben schließlich den Weg von Edingen nach Schwetzingen eingeschlagen. Es seyen im Ganzen etwa 50 Mann Dragoner, 30 Mann Infanterie und 16 Geschütze; außerdem viele Offiziere, unter ihnen General Hoffmann und Oberst Hinkeldey. — Der Amtmann Herterich hat Weinheim verlassen. (Schw. M.)

Heidelberg, 14. Mai. Gestern Nacht gegen 11 Uhr verbreitete sich das Gerücht, es seyen preussische Truppen im Anzuge. Darauf hin und um auch etwaigen Unfug vorzubeugen, versammelte sich die hiesige Bürgerwehr, zu welcher ebensowohl die ersten Professoren der Universität, als Arbeiter rc. gehören. Diese blieb zum Theil die ganze Nacht in den Waffen, und zwar in der Nähe des Bahnhofes. In der Stadt herrscht die größte Ruhe, und diese wird auch in keiner Weise gestört werden. Die sämmtlichen Einwohner, ohne Ausnahme, sind entschieden für die Aufrechthaltung der Reichsverfassung. Kurze Zeit nur fürchtete man einen Zug aus dem nahen Odenwalde. Es wurden deshalb von der Bürgerwehr die Thore besetzt. Doch war die Furcht ungegründet. Demungeachtet hielten es die kommandirenden Offiziere der Bürgerwehr für geeignet, die Thore besetzt zu halten und den öffentlichen Kassen Wachen beizugeben. Auch unter den Studenten hat sich heute ein bewaffnetes Freikorps gebildet. (Schw. M.)

Freiburg, den 15. Mai, Morgens 8 Uhr. So eben sind sämmtliche hier befindliche Truppen unter Musikbegleitung und unter Anführung ihrer Offiziere von hier abmarschirt. Es ist somit der Konflikt mit General v. Miller gelöst. Er befindet sich in der Nähe der Stadt, ist jedoch noch nicht in dieselbe eingerückt, was er auch versprochen hat, nicht zu thun, da die badischen Truppen abmarschirt sind. — Soeben sind eine Anzahl politischer Gefangener gewaltsam in Freiheit gesetzt worden. — Nachmittags. Freiherr v. Marschall hat seine Stelle als Direktor der Regierung des Oberrheinkreises niedergelegt. An dessen Stelle ist mittelst eines diesen Nachmittag eingetroffenen Dekrets, der provisorischen Regierung in Karlsruhe, Dr. Karl Rottek, Obergerichtsadvokat dahier, zum interimistischen Regierungsdirektor dieses Kreises gewählt worden. Gleichzeitig mit dieser Ernennung hat Rottek von der provisorischen Regierung den Befehl erhalten, die Staats- und Gemeindebeamten seines Kreises sofort auf die deutsche Verfassung zu beeidigen. In einer zu diesem Zwecke eben stattgehabten Versammlung haben sich sämmtliche Gemeindebeamten zur Leistung des Eides bereit erklärt, die Staatsbeamten sich aber eine Bedenkzeit bis morgen erbeten und erhalten. — Morgen werden drei Bataillone badisches Militär hier einrücken, um sofort auf die deutsche Verfassung beeidigt zu werden. — Diesen Nachmittag sind zwei Mitglieder der provisorischen Regierung in Karlsruhe, Peter und Fickler, auf kurze Zeit hier gewesen.

Den Freiburger Blättern vom 16. entnehmen wir Folgendes: Freiburg, den 15. Mai. Reichsgeneral Miller, Oberbefehlshaber der sämmtlichen Reichstruppen im Badischen, befindet sich mit den Würtembergern noch im Kirchzartenthal, und hat heute einen Aufruf an das ihm untergebene badische Militär gerichtet. Er soll gestern die Zusicherung ertheilt haben, daß er heute hier nicht einrücken werde, wenn das badische Militär Freiburg verlasse. Jeder muß erkennen, daß hier während der ganzen Militärbewegung die persönliche Sicherheit auch nicht einen Augenblick gefährdet war, und auch jetzt, nach dem Abzug der Truppen, herrscht musterhafte Ruhe und Ordnung in der Stadt. — Ferner aus Rastatt vom 14. Mai. Heute zwischen 12 und 1 Uhr leisteten die hiesige Bürgerwehr, die ganze Garnison mit den noch anwesenden Offizieren und selbst die österreichische Artillerie und technischen Truppen den Eid auf die Reichsverfassung. Dieser Eid wurde von Brentano abgenommen. (So schreibt die Freib. Ztg.; nach der oberrh. Ztg. wäre es mit Ausnahme der Oesterreicher geschehen, welche versprachen, zum Schirm der deutschen Festung Rastatt nach Kräften mitzuwirken, so lange dieses ihnen durch ihre Regierung möglich sey). Gleich Nachmittags zog von jedem der beiden Besatzungsregimenter ein Bataillon, zogen drei Geschütze und was vom Dragonerregiment Hinkeldei noch übrig blieb, nach Karlsruhe ab; ebenso die Mitglieder der provisorischen Regierung, worunter zwei Unteroffiziere der hiesigen Regimenter. Es wurde mit der Glocke verkündet, daß sämmtliche Festungsarbeiter, die nächsten Mittwoch sich nicht über Arbeit ausweisen können, die Stadt verlassen müßten. Hauptmann Greiner ist durch den Willen der Bürger und Soldaten Gouverneur der Festung, und General Cloßmann, der diese Stelle bisher inne hatte, wird streng bewacht. Eine Bekanntmachung sagt: „Ohne Gesetz und Ordnung keine Sicherheit der Person und des Eigenthums. Die Leitung der Ordnung muß den Händen Einzelner anvertraut werden. Als diese haben sich diesen Morgen als provisorischer Ausschuß niedergesetzt: (folgen die Namen von Soldaten, darunter Oberstlieutenant Pfeiffer, Hauptmann Beck, Hauptmann Ländel vom k. k. Sapeurkorps, Major Thomé

von der Bürgerwehr, Gallinger, Bürgermeister, dann eine Reihe von Soldaten und Wehrmännern.) — Aus Lörrach zogen am 13. Mai die zurückgebliebenen Soldaten unter Anführung des Hauptmanns Schilling nach Kandern ab. Am Nachmittag kamen ungefähr 200 Mann des Leibinfanterieregiments und erklärten, daß auch sie sich der Sache des Volks anschließen. Nach kurzem Aufenthalte marschirten auch sie wieder in ihre Station Steinen ab. (Schwb. M.)

** **Frankfurt**, den 16. Mai. [222. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Reh.] Verlesung der Beschlüsse des Kongresses nationaler Vereine Deutschlands dahin lautend: daß sie sich für die unbedingte Annahme der Reichsverfassung und für deren Vertheidigung mit Gut und Blut erklären. Der Erzherzog-Reichsverweser hat den Präsidenten der Reichsversammlung zu sich beschieden, um ihm die erfolgte Ankunft des königlich preussischen Bevollmächtigten anzuzeigen. Der Zweck der Sendung sey: „1) die preussischen Abgeordneten abzuberufen, 2) sich die hiesigen Verhältnisse anzusehen." (Wie naiv.) Bei der Verkündigung des zweiten Auftrags des königlich preussischen Bevollmächtigten bricht die Versammlung in ein lang andauerndes Gelächter aus. Der Präsident: „Meine Herren, ich habe mich für verpflichtet gehalten, Ihnen die desfallsige Aeußerung Seiner kaiserlichen Hoheit wörtlich mitzutheilen." (Sehr gut!) Der Präsident verliest hierauf eine Erklärung von ungefähr 36 preussischen Abgeordneten, worin aufgefordert wird, der Abberufung keine Folge zu leisten. — Wiedemann stellt einen gleich dringenden Antrag: er hoffe von dem deutschen Patriotismus der preussischen Mitglieder, daß sie sich nicht in einem Augenblicke den Verhandlungen entziehen, wo es sich um das Schicksal des Vaterlandes handle. Es stehe der preussischen Regierung nicht zu, die Abgeordneten zurück zu berufen, und die Nationalversammlung dadurch aufzulösen. Er sagt ferner, er glaube die Versammlung zu beleidigen, wenn er auch nur ein Wort zur Begründung der Dringlichkeit des Antrags anführe. (Bravo.) Es wurde namentlich über den Antrag abgestimmt, und derselbe mit 287 gegen 2 Stimmen angenommen. 10 Mitglieder enthielten sich der Abstimmung. — Groß von Prag und Genossen stellen darauf den dringlichen Antrag, daß auch die Abberufung der österreichischen Abgeordneten für eine ungültige erklärt werde. Für die Dringlichkeit erhebt sich eine hinreichende Anzahl von Mitgliedern. Die Verhandlung, die sich darüber entspinnt, ist kurz. Endlich kommt der Antrag Ostendorfs und Genossen auf „motivirte Tagesordnung" zur Abstimmung. Sie wird mit 174 gegen 107 Stimmen verworfen. Dagegen wird im Wege gewöhnlicher Abstimmung angenommen — der bezeichnete Antrag des Herrn Groß. Ihren Austritt zeigen an die Herren Reichensperger und Grävell. Von Anrufungen kommt zur Verlesung eine von Simon von Trier, ob es wahr sey, daß der Reichskriegsminister das Großherzogthum Baden, welches sich für die Verfassung erhoben habe, mit hessischen oder andern Truppen bedrohe, während er die „rothe Monarchie" in Sachsen ungehindert habe gewähren lassen. Einer Anfrage des Herrn Mohr von Ingelheim dagegen in Bezug auf den Anmarsch preussischer Truppen gegen Frankfurt wird die Dringlichkeit nicht zugestanden.

Da die Simonsche Anrufung, in Anwesenheit des Hrn. v. Peucker, ohne Beantwortung bleiben muß, so stellt der Interpellant den Antrag, daß der Reichskriegsminister vorgeladen werde. Es muß, weil das Ergebniß der Abstimmung zweifelhaft ist, zur Zettelabgabe geschritten werden. Während dies geschieht tritt im schwarzen Frack und und mit zierlicher Gebrehe der vorhin soeben als aus der Reichsversammlung ausgeschieden verkündete Herr Grävel ein. Er lenkt seine Schritte gegen die Ministerbank. Sein Erscheinen bringt aber sofort eine eben so lebhafte als heitere Bewegung hervor. Entweder von dem dadurch entstehenden Lärmen oder durch die Zurufe: „ausgetreten! Was will Hr. Grävell noch in unserer Mitte!" betroffen, entfernt sich das vormalige Mitglied für Schlesien wieder. Der Simon'sche Antrag ist inzwischen als abgelehnt ermittelt und die Berichterstatter der Mehrheit und der Minderheit des Dreißiger-Ausschusses tragen die von einander sehr abweichenden Anträge dieses Ausschusses vor. Die Berathung darüber wird auf die Freitagssitzung, den 18. Mai angesetzt, worauf auf den Antrag von mehr als Einhundert Mitgliedern (von der Linken) der Präsident auch für morgen Nachmittag eine Sitzung ansagt. Die Sitzung soll eben geschlossen werden, als von dem Präsidenten des abgetretenen Reichsministeriums ein Schreiben an die Versammlung eingeht, welches in der That die Ernennung des Geheimen Justizraths Dr. Grävell zum Minister des Innern und zum Vorsitzenden des Ministerraths anzeigt. (Staunen und Unwille). Zugleich erscheint Dr. Grävell selbst auf der Tribüne mit der Hinweisung auf sein graues Haupt und der Versicherung, daß es nicht der Ehrgeiz sey, der ihn zur Uebernahme eines verantwortungsvollen Amtes getrieben. Er bittet, daß es ihm die Versammlung nicht erschwere, und kündigt an, daß die Bildung des Ministeriums soweit vorgeschritten sey, daß er Detmold für die Justiz, den General Jochmus für das Auswärtige, Merk für die Finanzen benennen könne. Für den Krieg sey der Minister ebenfalls ernannt und habe angenommen; weil er aber noch nicht in Frankfurt eingetroffen sey, so wolle er mit dessen Bezeichnung vor der Hand zurückhalten. Ludwig Simon richtet sofort die dringende Anfrage an den neuen Reichsministerpräsidenten, ob derselbe bereit sey, die von der Nationalversammlung für Deutschland beschlossene Verfassung zur Durchführung zu bringen. Der Ministerpräsident vertagte die Antwort bis morgen, wo er das Programm des Ministeriums vorlegen werde, welche sich ausdrücklich über diesen Gegenstand ausspreche.

Frankfurt, 16. Mai. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaats ist in der gesetzgebenden Gewalt das Einkammersystem, in der ausübenden Gewalt das Kollegialsystem, beides nach dem Vorschlage des Verfassungsausschusses, angenommen worden, in §. 56, also lautend: „Die Ausübung der gesetzgebenden Gewalt ist dem Volksrathe, die der vollziehenden Gewalt dem Regierungsrathe, die der richterlichen Gewalt den Gerichten übertragen." (D. Z.)

Hannover, den 14. Mai. Minister Stüve, an dessen bekannte Mission in Berlin belangreiche Interessen Hannovers sich anknüpften, ist seit ehegestern heimgekehrt. Man behauptete schon früher und wiederholt es auch jetzt, daß die mit dem preuss. Minister gepflogenen Unterhandlungen in der deutschen Frage deshalb zu keiner Uebereinstimmung führen können, weil Stüve auf seinem Standpunkte die bezüglich des Verfassungswerks einzuschlagenden Schritte unter jeden Umständen an die von der Nationalversammlung in Frankfurt zu Stande gebrachte Reichsverfassung anknüpfen werde. (Hr. v. Wangenheim ist in Berlin als Abgeordneter bei der Konferenz zurückgeblieben.) (Wes. Z.)

Gerritsoe bei Fridericia, vom 13. Mai. Heute Morgen in aller Frühe, 2¼ Uhr, wurde das Hervorbrechen der Dänen aus Fridericia gemeldet und bald war ein lebhaftes Tirailleurgefecht begonnen, wodurch das 9. und 10. Bataillon, welche nebst dem 4. Jägercorps den Dänen dies Mal gegenüber stand, den Feind zwangen, sich in seine Feste zurückzuziehen. Uns kostete dies Gefecht 2 Todte und 6 Verwundete, unter denen (9. Bataillon) 1 Haderslebener war, und 1 Nordschleswiger von der äußersten Gränze. Später am Tage fingen die Dänen wie gewöhnlich an, ihre Bomben und Granaten nach unsern an den Belagerungsverschanzungen arbeitenden Truppen zu werfen, und wir hörten einen höheren Offizier, der zu Pferde der Sache zusah, versichern, daß die dänischen Kanoniere allmählich ihre Munition nicht wie bisher oft ohne allen Nutzen zu verschleudern lernten. Abends wurde ein am Fuß Verwundeter (8. Bataillon) in das Lazareth in Kolding eingebracht; wo unter Leitung des Oberarztes Dr. Stahl alles irgend Mögliche für die Kranken geschieht, aber begreiflicherweise sowohl was Verband, als was Erquickung betrifft, an Vielem noch Mangel ist. (A. M.)

Der Hannoversch. Ztg. wird aus Berlin vom 14. Mai geschrieben: „Den auswärtigen Gesandten ist offiziell mitgetheilt worden, daß Preussen das dänische Kabinet aufgefordert habe, einen Bevollmächtigten nach Berlin behufs der zu eröffnenden Friedens-Unterhandlungen schleunigst zu entsenden. Durch das Einrücken der Truppen in Jütland sey die Ehre der Armee gewahrt, und die Aussicht eröffnet, daß Dänemark den Schaden, welchen seine Schiffe angerichtet, ersetzen würde. Sie dürfen diese Nachricht als authentisch entgegennehmen." Die heutige Hamburger Post überbringt uns bereits eine Art von Protest gegen den Versuch eines Friedensschlusses ohne Zuziehung der betheiligten Herzogthümer. Die Statthalterschaft (Reventlou und Beseler) hat eine von allen Departementschefs gegengezeichnete „Oeffentliche Erklärung" erlassen, deren Inhalt im Wesentlichen folgender ist: Ein Friedensschluß, der die Trennung der Herzogthümer versuchte, würde im Lande dieselbe Wirkung hervorrufen, wie das dänische Patent vom 24. März v. J.; kein ehrenhafter Mann in den Herzogthümern würde zur Ausführung eines solchen Friedens die Hand bieten. Die Unzertrennlichkeit gehört zu den hauptsächlichsten Grundrechten der Herzogthümer und nach den Tagen von Eckernförde, Kolding und Gudse sind sie am allerwenigsten geneigt, von diesem Rechte ein Haarbreit abzulassen. Das einzige mögliche Verhältniß zu Dänemark ist das im Staatsgrundgesetze vom 15. Sept. 1848 aufgestellte; Holsteins Verbindung mit dem deutschen Bundesstaate ist unauflösbar; Schleswigs Verhältniß zum deutschen Reiche wird weiterer Verhandlung vorbehalten bleiben.

Alle Friedensverhandlungen, welche diese Basis nicht anerkennen, werden erfolglos bleiben. Die Statthalterschaft, um weiteres Blutvergießen zu verhüten, in der Ueberzeugung, daß die Landesrechte der Herzogthümer und Dänemarks Wohlfahrt sehr gut neben einander bestehen können, in der Einsicht, daß die Friedensverhandlungen ohne genaue Kenntniß der Verhältnisse zu nichts führen können, beantragt: daß zur Förderung und Berathung des Friedenswerkes je 12 oder 8 Delegirte Dänemarks und der Herzogthümer, theilweise von Regierung und Volksvertretung zu ernennen, zu einer Konferenz in Hamburg oder Lübeck zusammentreten. (Schwerlich wird das Kopenhagener Kabinet auf diesen Vorschlag eingehen.) (Wes. Z.)

Heilbronn, den 17. Mai. Morgens früh. Eine Abtheilung badisches Militär, bestehend aus einiger Infanterie, einiger Reiterei (Dragoner) ꝛc., etwa 14—15 Stücke Geschütz, welche in Karlsruhe vor ihrem Abmarsch auf die Reichsverfassung beeidigt worden war und der Bewegung sich nicht angeschlossen hat, suchte auf weniger gangbaren Wegen, um einen Zusammenstoß mit den überall parat stehenden Bürgerwehren und Freikorps zu vermeiden, den Weg nach Frankfurt zu gewinnen, um sich der Centralgewalt zur Verfügung zu stellen. Dieß gelang nicht, weil die Passirung der Ladenburger Eisenbahnbrücke für Geschütze und Pferd unmöglich schien. Nach einem Herumirren von 3 Tagen schlug die Abtheilung endlich ihren Weg in's Würtembergische, Heilbronn zu, ein; dieselbe kam gestern, den 16., Abends in Fürfeld und Bonfeld, nachdem die Leute 9—10 Stunden nicht von den Pferden gekommen waren, gänzlich ermattet und entmuthigt an, aber wie sich von selbst versteht und von den Offizieren bestätigt wurde, in keiner anderen Absicht, als um endlich Ruhe und Erfrischung zu finden. Diese letztere wurde gereicht und auch, so weit es möglich war, bezahlt, was bei der Fourage für die Pferde vollständig der Fall ist. Von den Schultheißenämtern der betreffenden Orte wurde sogleich Bericht an das Oberamt Heilbronn erstattet, aber wie es scheint, durch ein Versehen statt badische, bayrische Truppen berichtet. Dieß brachte in Heilbronn ungeheure Aufregung hervor. Noch spät Abends bis tief in die Nacht hinein berietheu die verschiedenen Vereine; zwischen 11 und 12 Uhr Nachts wurde Generalmarsch geschlagen und heute früh etwa um 4 Uhr traten die Heilbronner Bewaffneten in ziemlich bedeutender Anzahl ihren Marsch nach den oben berührten Orten an. Der gemäßigtere Theil der Bürgerschaft war gegen den Auszug, als dieser aber seine Ansicht nicht durchsetzen konnte, schloß er sich doch dem Zuge an, um etwaige übereilte Schritte zu verhindern zu suchen. Der Oberkommandant der Heilbronner Bürgerwehr, Stadtrath Rickel, ein zwar entschiedener, aber namentlich auch sehr besonnener Mann, so wie die meisten Offiziere marschirten mit aus, so daß zu erwarten steht, daß die Sache einen ruhigen Charakter behalten werde. — Heute Nacht erschoß sich in Fürfeld ein Rittmeister der badischen Artillerie, Grosmann, ein biederer Soldat, aus Kummer wegen der Vorfälle. — Das Oberamt hat den Befehl gegeben, daß die badischen Soldaten, da, wo sie sich jetzt befinden, bleiben sollen. (Schw. M.)

Eßlingen, 15. Mai. Nach einer öffentlichen Anzeige des Komités für Bildung von Freischaaren haben sich gegen 300 Mann unterzeichnet; dasselbe fordert zu Beiträgen für die Wehrhaftmachung auf. Dem Ansuchen an den hiesigen Stadtrath: dieses Freischaaren alle entbehrlichen Waffen einzuhändigen, die Wohlhabenden hiesiger Stadt zu Beiträgen zu veranlassen und für die zurückgelassenen Frauen und Kinder Sorge zu tragen, wurde von demselben nicht entsprochen, da er sich nach dem Verwaltungsedikt nicht hiezu für berechtigt hielt. In seiner letzten öffentlichen Sitzung hat er jedoch, nachdem von 3 Seiten, von dem Bürgerwehrkommando, von dem Volksverein und von jenem Komité, weitere Waffen anzuschaffen, den Beschluß gefaßt: 400 Stück Musketen vom königl. Arsenale zu erwerben, um sie

gegen Wiederersatz der Kosten an hiesige Bürgerwehrmänner abzugeben. Sie sind seit einigen Tagen bereits hier angekommen. Auch wurden noch 4000 Stück scharfe Patronen dort bestellt, wodurch die bei der Stadt vorhandene Munition bedeutend vermehrt wurde. Überdieß wurden in letzter Zeit auf allen Seiten sehr viele scharfe Patronen verfertiget. Es fehlt überhaupt nicht an kriegerischen Vorbereitungen hier. Sonntag Morgen exerzirten die Fabrikkompagnien außerhalb der Stadt; auf der Maille die Grauen und die Freischaaren. Sonntag Nachmittag war eine Versammlung zur Errichtung freiwilliger Bürgerwehrkompagnien (diesen Namen scheinen sich nun die Freischaaren gegeben zu haben) die auch gestern Abend auf der Maille nebst einer Fabrikkompagnie exerzirten; heute kommt es, wie ein Maueranschlag besagt, nun an die beiden grünen Kompagnien. (Schw. M.)

Französische Republik.

† **Paris**, 15. Mai. Am Schluß der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung hat der Minister des Innern seine Demission in die Hände des Präsidenten der Republik niedergelegt.

Französische Republik. Freiheit, Gleichheit, Brüderschaft. Im Namen des französischen Volks. Die Nationalversammlung faßte gestern einen Beschluß folgenden Inhalts: „Die telegraphische Depesche vom 12. Mai, welche der Minister des Innern an die Departements richtete, tadelnd, geht zur Tagesordnung über." So berathen in der öffentlichen Sitzung zu Paris den 14. Mai 1849. (Folgen die Unterschriften des Präsidenten und der Schriftführer.)

Der Sturz Fauchers ist keineswegs als einzelne Thatsache zu betrachten. Die berüchtigte telegraphische Depesche wurde von Bonaparte, Thiers, Falloux, Büffet, Changarnier und Faucher hinter dem Rücken Barrot's, Lacrosse's, Passy's und de Tracy's geschmiedet. Passy gab seine ganze Entrüstung auf der Ministerbank in sehr unzweideutiger Geberde zu erkennen. Selbst der edle Barrot mußte alle seine Kräfte sammeln, um die Contenance nicht zu verlieren. Der Sturz Fauchers müßte also von Rechtswegen den Hrn. Thiers im Herzen treffen, aber wir fürchten, daß gerade erst von gestern sein eigentlicher Sieg im Elyseum datire. Es geht dort Alles verkehrt zu.

Es stellt sich immer näher heraus, daß die Armee durch und durch roth votirt hat. Nicht die Zahl, aber das moralische Gewicht dieses Votums ist von großer Bedeutung. Diesen Sieg hat die demokratische Partei offenbar nur ihrem Freunde Maximian Changarnier zu danken.

Flocon hat in der Nationalversammlung folgenden Antrag gestellt: „Ich habe die Ehre, der Nationalversammlung die Bildung einer Kommission vorzuschlagen, der die auf die russische Intervention in die ungarischen und deutschen Verhältnisse bezüglichen diplomatischen Aktenstücke vorzulegen sind." Dieser Vorschlag wird ohne Zweifel zu interessanten Debatten Veranlassung geben.

Ein vollständig neues Ministerium will Bonaparte erst dann bilden, wann die neuen parlamentarischen Elemente sich gruppirt haben werden. Das Dezember-Ministerium wird also noch 2 bis 3 Wochen seine Existenz fortfristen... trotzalledem.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Exp.-Nro. 11851.]

Bekanntmachung.

(Die Lieferung von eichenen Pfählen betr.)

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg

wird die Lieferung von 75 Stück eichenen Pfählen von 14 bis 21 Fuß Länge und 1 Fuß Stärke an den Wenigstnehmenden in Accord gegeben, und ist Termin hiezu auf Donnerstag den 7. Juni l. J. Vorm. 10 Uhr im städtischen Bauamte dahier anberaumt, wovon Uebernahmslustige hiemit in Kenntniß gesetzt werden.

Nürnberg, den 18. Mai 1849.

Dr. Binder.

Quehl.

Eheliche Verbindung.

J. A. Spachel.

C. M. Spachel, geb. Wendl.

Weidenbach bei Triesdorf, den 14. Mai 1849.

Dank.

Hiemit sage ich meinen lieben Verwandten und Bekannten, insbesondere den Herrn Kollegen meines verstorbenen Gatten, für die Theilnahme, welche dieselben durch ihre so zahlreiche Begleitung zu dessen Ruhestätte an den Tag legten, meinen herzlichen Dank, mit der Bitte zu Gott, daß er Sie alle recht lange vor ähnlichen schweren Prüfungen bewahren möge und mir Gelegenheit gebe, ihnen bei freudigen Veranlassungen dienen zu können, so wie ich auch um stille Theilnahme bitte.

Nürnberg, 19. Mai 1849.

Die tieftrauernde Wittwe
Karoline Aufhammer.

Vorbereitungsklasse der höhern Töchterschule.

Das neue Schuljahr beginnt Mittwoch den 30. Mai. Diejenigen verehrlichen Eltern, welche gesonnen sind, ihre Töchter dieser Anstalt anzuvertrauen, werden ersucht, sich mit denselben am genannten Tage Vormittag 9 Uhr im Schullokale, Theresienstraße S. Nr. 596, einzufinden.

Die Inspection der höhern Töchterschule.
Dr. Fösch.

Wiener Salon.

Sonntag den 20. ds. Mts.
Frischer Maitrank.

Dutzendteich-Park.

Die am Himmelfahrtsfeste bereit gehaltene Harmonie-Musik konnte nicht spielen, da die Witterung den Aufenthalt im Park nicht gestattete. In Hoffnung, daß es damit besser werde, kündigt der ergebenst Unterzeichnete solche für Sonntag den 20. an und erbittet sich zahlreichen Zuspruch.

Fischer, Pächter der Dutzendteich-Wirthschaft.

Schießhaus St. Johannis.

Da wegen der schlechten Witterung die Eröffnung des Felsenkellers nicht stattfinden konnte, so erlaube ich mir auf heute Sonntag die verehrliche Schützengesellschaft so wie ein Gesammt-Publikum zur Eröffnung des Felsenkellers zu zahlreichem Besuch ergebenst einzuladen. Für gute Bedienung, so wie auch für gutbesetzte Harmonie-Musik habe ich bestens gesorgt.

J. M. Kellermann.

Empfehlung.

Als die neueste, billigste und reichhaltigste Karte von Deutschland können wir die in unserm Verlage — in 4 Ausgaben erschienene, in allen Buch- und Kunsthandlungen des In- und Auslandes stets vorräthige:

„Post- und Eisenbahnreisekarte von Deutschland, Holland, Belgien, der Schweiz, Italien bis Neapel, den größten Theil von Frankreich, Ungarn, Polen, Dänemark ꝛc. Original-Zeichnung von G. Hanser, kgl. bayer. Oberlieutenant. Imperial-Folio 1849 in 8° gefaltet und in Etui Preis fl. 1, auf Leinwand fl. 2. — Dieselbe mit größern Distanzen-Entfernungen in Etui fl. 1. 21 kr., — auf Leinwand fl. 2. 21 kr."

Reisenden, Geschäftsleuten, Beamten ꝛc., sowie allen Freunden der Geographie bestens empfehlen.

Eisenbahnen, Fluß- und Seedampfschifffahrt unter Angabe der Fahrzeit und des Fahrpreises sind auf ihr besonders berücksichtigt und eine statistische Uebersicht läßt Größe und Bevölkerung der deutschen Bundesstaaten erkennen.

Besonders beigegebene Tabellen enthalten: Ein Verzeichniß der besuchtesten Badeorte mit Angabe der Temperatur ihrer Quellen. Profildarstellung einiger wichtigen Alpenstraßen, zur deutlichen Uebersicht der Steigung und Höhe dieser Gebirgswege. Die vergleichenden Werthe des rhein., österr., preuss., französ., engl. Geldes und jeder einzelnen bekannten Münze Europas ꝛc.

Serz & Comp. in Nürnberg.

Holz-Verkauf.

Nahe bei Mögeldorf sind an circa 60 Stück große und kleine Eichenstämme, worunter mehreres Wagnerholz, 40 Fichtenstämme zu Bruck- und Bauholz, 12 Mäß Eichen-Scheitholz 30 Mäß Eichen- und Fichten-Stöckholz, dann 10 Stück ganze Eichenstöcke für Metzger täglich zu verkaufen. Auskunft gibt Wirth Wambach in Mögeldorf.

(Empfehlung.) Schöne große Aale das Pfund zu 1 fl. 6 kr., sowie schöne Bachforellen und Aalruppen empfiehlt zu den billigsten Preisen zur gefälligen Abnahme bestens

Mich. Engelbrecht, Fischermeister.

Einladung.

Die am vergangenen Sonntag angekündigte Tanzmusik konnte nicht gehalten werden, und findet daher solche Sonntag den 20. Mai statt, wozu ergebenst einladet

Flintsch, Gastwirth zum Hirschen in Gründlachbühl.

Geld-Spedition.

Wer Geld durch Wechsel und Anweisungen nach den Vereinigten Staaten Amerikas besorgt haben will, wende sich an

Philipp Zimmermann,
Gostenhof Nro. 162.

Derselbe ist auch bereit, Auswanderern in Bezug auf Ansiedlung, die ihm bereits von seinen Brüdern dort zugestellten Erfahrungen unentgeldlich mitzutheilen.

Sprechstunden 10—12 Uhr Mgs.

(Anzeige.) In der Schrag'schen Buch- und Kunsthandlung in Nürnberg ist zu haben: Karte der politischen Färbung Bayerns — 18' — Portrait der Reichst.-Abg. Vogt, Blum — ferner von Kossuth, Bem, Dembinski.

(Zu verkaufen.) Acht Leghühner und ein Hahn sind zu verkaufen. L. Nro. 1600 in der Schlehengasse.

(Gesuch.) In ein bedeutendes Putz-Geschäft wird ein solides Frauenzimmer als erste Gehülfin oder Vorarbeiterin zu engagiren gesucht; selbige kann sowohl auf freundschaftliche Behandlung, als auch auf gutes Salair rechnen. Offerten darüber erbittet man unter der Adresse M. K. an die Exped. d. Bl.

(Anzeige.) Eingetretener Hindernisse wegen findet die auf Sonntag den 20. d. angekündigte Militär-Promenade nicht statt.

Einladung.

Heute Sonntag findet im Saale des deutschen Hauses (vormals Biedermanns-Garten) Ball statt, wozu hiedurch ergebenst einladet

J. R. Lange, Tanzlehrer.

Karten für Herren mit Damen à 30 kr. sind zu haben in L. Nro. 449.

Anfang 5 Uhr.

(Einladung.) Heute Sonntag Salvator von ausgezeichneter Güte, wozu einladet

Reisenbach.

(Anzeige.) Der Bericht über die am 13. d. Mts. auf dem Judenbühl bei Nürnberg abgehaltene große Volksversammlung ist um 6 Kreuzer zu haben in der Expedition der Mittelfränkischen Zeitung.

(Zugelaufen.) Ein Hund russischer Race ist Jemand zugelaufen. Der rechtmäßige Eigenthümer kann solchen in Nro. 100 in Wöhrd gegen Ersatz der Einrückungsgebühr und des Futtergeldes in Empfang nehmen.

(Gesuch.) Eine Magd, welche sich über Treue und Fleiß ausweisen kann und welche im Kochen bewandert ist, wünscht bei einer soliden Herrschaft sogleich oder auch zur Aushülfe eine Unterkunft. 675 Lorenzergasse.

(Gesuch.) Zur Schachtelmacherprofession wird ein Lehrling anzunehmen gesucht. L. Nr. 1541 Kreuzgasse.

(Kapitalien-Beleihung.) fl. 3000, fl. 1700 und fl. 1200 sind auf 1. sichere Hypothek zu verleihen, durch

Commissionär H. A. Gack S. Nr. 771.

Stadttheater in Nürnberg.

Sonntag den 20 Mai. 2. Vorstellung im Abonnement. Zum Drittenmale. „Hunderttausend Thaler, oder der Börsenschwindel." Posse in 3 Akten von D. Kalisch. Musik von Gährig.

Mit einer Beilage.

Kurzer Bericht über die am 13. Mai 1849 auf dem Judenbühl bei Nürnberg abgehaltene Volksversammlung.

Unser bayerisches Ministerium hat in einer Note nach Frankfurt die Erklärung abgegeben, daß es die Reichsverfassung nicht anerkennen werde, und sich dabei sogar auf die Zustimmung des größten Theils der bayerischen Staatsbürger berufen. Viele Freunde des Vaterlandes, unter andern auch das Volkscomite in Nürnberg hielten es für ihre Pflicht, zu beweisen, daß diese Berufung der Regierung auf die Mehrheit eine Unwahrheit sey; ja sie hielten es für heilige Pflicht, eine Gelegenheit zu verschaffen, wo wenigstens die Einwohner Frankens laut und in großer Anzahl erklären konnten, daß sie sich diese Reichsverfassung, welche uns Freiheit von bisherigem Druck und Lasten bringen soll, um keinen Preis nehmen lassen wollen.

So kamen am 13. Mai zu unserer Volksversammlung von mehr als 150 Gemeinden Abgeordnete und erklärten, daß ihre Gemeinden und Vereine sie abgeschickt hätten, damit sie es vor dem Komite und der großen Versammlung laut bekennen sollten, wie man bei ihnen zu Hause männiglich Gut und Blut für die Reichsverfassung einsetzen werde. Diese Abgeordneten übergaben Vormittags in einer besonderen Sitzung ihre Vollmachten, und wir bringen unten das Verzeichniß derselben.

Mittags 1 Uhr schon wogten alle Straßen der Stadt und Umgegend von Menschen, welche nach dem Judenbühle zogen, wo um halb 3 Uhr, nachdem der Festzug von vielen Tausenden mit über 30 Vereins- und Gewerbs-Fahnen, die Abgeordneten in seiner Mitte, angelangt war, diese denkwürdige, von 50- bis 60,000 fränkischen Männern besuchte Volksversammlung eröffnet wurde, welche die Anwesenheit eines Parlamentsmitgliedes aus Frankfurt, Herr Vogt aus Gießen, besonders verherrlichte.

Wodurch konnten die versammelten Männer ihre vaterländische, deutsche Gesinnung und ihre Anhänglichkeit an die Reichsverfassung besser zu erkennen geben, als dadurch, daß sie unter Gottes freiem Himmel einen lauten feierlichen Eid schwuren: treu und fest an der Reichsverfassung zu halten? Welch' besseren Beweis konnten sie liefern, daß die Regierung in ihrer Frankfurter Note Unwahrheit gesagt hatte?

Es war ein heiliger Augenblick, als dieser Eid, welchen unser Landtagsabgeordneter Schmitt vorsprach, Wort für Wort nachgesagt wurde. Schlicht und einfach lautete derselbe: „Ich schwöre Treue der deutschen Reichsverfassung, so wahr mir Gott helfe;" aber vielleicht noch nie ist ein gerechterer, ein wahrhaftigerer Eid geschworen worden; und glaubt es Mitbürger! unser lieber himmlischer Vater hat ihn mit Wohlgefallen aufgenommen und uns seine Hülfe dazu zugesagt!

Unter andern tüchtigen Reden, welche gehalten wurden von den Landtagsabgeordneten Morgenstern, Schmitt, Reinhard aus Neustatt an der Saale, dann von den Herren Rädler aus Nördlingen, Schnetzer aus dem Allgäu, Dr. Feust von hier, zeichnete sich besonders die des Reichstagsabgeordneten Professor Vogt von Gießen aus. Keinem unsrer deutschen Brüder sollte der herrliche Inhalt dieser Rede unbekannt bleiben! Er sprach für gesetzliche Haltung, aber mit dem männlichen Entschlusse, das Aeußerste aufzubieten, um die Regierung zum Nachgeben zu zwingen; selbst zu dem Mittel der Steuerverweigeruug müßte unser Landtag nöthigenfalls schreiten!

Würde uns aber auch nicht ewige Schande, ja der Fluch unsrer Kinder treffen, wenn wir jetzt, wo es noch möglich ist, unsere Freiheiten und Rechte zu retten, die Hände in den Schooß legten? Nein, Alles muß sich vereinigen gegen die abermaligen Knechtungsversuche der Regierungen, Jung und Alt, Mann und Weib, Jüngling und Jungfrau; Alles muß sich schaaren um das gemeinschaftliche Panier der Reichsverfassung! Und will man es an uns bringen, will man uns dazu zwingen, — dann werden wir zeigen, daß wir keine Lügner, keine Vaterlandsverräther sind, daß man diese in dem jenseitigen Lager suchen müsse, — dann werden wir zeigen, daß wir für unser Recht zu kämpfen und zu sterben entschlossen sind! In solchem Sinne ohngefähr sprach Vogt.

Es wurden unter andern folgende Beschlüsse gefaßt, und es war ein noch nie gesehenes, ergreifendes Schauspiel, bei der Abstimmung sich so viele tausend Hände erheben zu sehen:

man wolle die bayerische Regierung mit allen gesetzlichen Mitteln zur Anerkennung der Reichsverfassung bewegen,

man wolle die Nationalversammlung in Frankfurt gegen Angriffe der Regierungen schützen; insbesondere wollten sich zu diesem Zwecke die 3 Franken recht innig verbinden, bis sich ihnen auch die übrigen bayerischen Bruderstämme anschließen würden,

man wolle sich rüsten, daß man wirklich auch im Stande sey, dasjenige durch die That zu beweisen, was man bei so vielen Gelegenheiten durch das Wort verheißen habe; d. h. man wolle sich Waffen und Munition anschaffen, damit man sich nachdrücklich wehren könne.

Deutsche Männer! Ihr sehet, es wird Ernst, rüstet Euch! Oder wollt Ihr warten bis die wilden Horden der Russen und die ebenso grausamen Schaaren einiger preußischer Regimenter (denn alle sind sie, Gott sey Dank, nicht so entmenscht, nicht so bestialisch, wie diejenigen, welche jüngst in Dresden hausten) hereinkommen und Eure Kinder spießen, Eure Frauen schänden, Eure Scheuern und Ställe leeren?

Laßt Euch von Nichts abhalten, Euch kampffähig zu rüsten! Erkennet diese Beschlüsse unserer großen Volksversammlung auch als die Eurigen! wie es bereits alle Gemeinden, die dabei vertreten waren, erklärt und geschworen haben. Traut jenen Schurken nicht, welche die Nationalversammlung verdächtigen, ja Euch sogar vorrechnen, wie viel wir durch die Reichsverfassung mehr Steuern bekommen würden! Sie betrügen Euch, und wenn sie die frömmsten Häute über ihre Sündenbehälter gezogen haben! Freilich wird in Zukunft ein anderes Besteuerungs-, aber auch ein anderes Verwaltungssystem eintreten; Mancher etwas mehr zahlen müssen, der bisher zu wenig gezahlt hat; aber gewiß nicht der Bauer und nicht der Arbeitsmann. Man wird anderntheils auch lang schon beantragte Ersparungen einführen! Weshalb hätten wir denn die Revolution gemacht; oder könnte eine Versammlung von 60,000 Männern, größtentheils aus dem Bauern- und Gewerbsstande so unklug seyn, ihr eigenes Unglück zu beschließen?

Jetzt rühren sich alle Vögel und Ungethiere der bisherigen Finsterniß und suchen durch die lieblichsten Schmeicheltöne, durch allerlei Farben, die sie vorhalten, das Volk, das sie noch immer für dumm halten, wieder zu gewinnen und zu bethören. Höret auf keine Stimme, die nicht aus dem Volke kommt; folget keiner Farbe, außer der schwarz-roth-goldenen! Die Verdächtiger der Reichsverfassung sind unter allen Ständen aufzufinden.

Die Geistlichen jammern: die Religion sey in Gefahr! Die Religion? Nein, Brüder, diese gewiß nicht; aber ihre Zehnten, ihre Gilgen- und Leckermäuler, ja die kommen in Gefahr! — Ihr werdet aber dagegen gewiß auch genug brave Geistliche jeder Religion kennen gelernt haben, welche als wahrhaftige Gottesmänner das Licht und die Freiheit, welche uns die deutsche Reichsverfassung bringen soll, nicht scheuen. Die Bureaukraten, die kleinen Alleinherrscher auf dem Lande, wetteifern mit den Seelenhirten in der Verdächtigung der Reichsverfassung, denn die alte Tyrannei, die alte Plünderung kann hinfüro nicht mehr stattfinden! Durch die Reichsverfassung werden wir aus gehorsamen, furchtsamen Unterthanen zu freien Staatsbürgern, die nur dem Gesetze, das wir selbst geschaffen haben oder schaffen werden, unterthan sind.

Die Offiziere in den Kasernen nennen auf einmal ihre Soldaten „Brüder," und meinen, sie mit Schmeichelworten zu bethören und gegen die Vortheile, die auch den Soldaten in ihrem Soldatenstande sowohl, noch mehr aber in ihren künftigen bürgerlichen Verhältnissen aus der Reichsverfassung erwachsen, blind zu machen. Wie haben sie dieselben denn wohl sonst geheißen? Die Ausdrücke sind einem nicht gleich so recht erinnerlich; „Bruder" gewiß nicht! Welcher Grimm muß in diesen Offizieren wüthen, daß sie ihre ehemaligen „Bauernlümmel" (das war wohl einer der Titel, wie man sie auf den Exerzierplätzen hörte) „Brüder" nennen müssen! Wie lange würde es wohl dauern? Glaubt nur sicher, wenn sie wieder die Gewalt in Händen haben, werden sie Euch arme Soldaten, deren Leben so viel werth ist, wie das der gut bezahlten Offiziere, schon dafür hernehmen, daß sie Euch jetzt die Brüder nennen müssen!

Alles, was von der alten vormärzlichen Herrlichkeit Vortheil zog, bemüht sich, uns zu beweisen, wir hätten unsre Revolution ohne Noth gemacht. Man warnt uns vor den rothen Republikanern, Räubern und Mördern, und sagt: „diese kommen, wenn Ihr die Reichsverfassung anerkennt!" Wir wissen aber, daß bisher Niemand mehr, und grausamer als das blutgierigste Thier, gemordet hat, Niemand mehr gestohlen und geplündert, Niemand mehr allen göttlichen und menschlichen Gesetzen durch die empörendsten Greuelthaten Hohn gesprochen hat, als diejenigen, welche sich rühmen, die Beschützer der Gesetze seyn zu wollen.

Habt Ihr gehört von den Greuelthaten eines Jelachic und Windischgrätz in Wien? und erst neuerdings von den schauderhaftesten Mordthaten des preußischen Militärs in Dresden? Bei den Füßen hängten sie die besiegten Vertheidiger der Reichsverfassung auf, und schossen nach ihnen, während sie am Stricke hin und her baumelten.

Der Herr und Meister dieser gutdressirten Bluthunde, der König von Preußen ist drauf und dran, uns eine „bessere" Reichsverfassung als die Frankfurter zu schenken, und wenn wir sie nicht gerne annehmen und uns gehorsamst dafür bedanken wollen, so hat er versprochen, uns die Dresdner Helden zu schicken, damit uns dieselben etwas gefügiger machen.

Genug! Männer! Ihr sehet, Alles was das Reich der Finsterniß und der alten Tyrannei aufbieten kann, wird aufgeboten, um unsere theuer erworbene Reichsverfassung nicht nur zu verdächtigen und sie uns zu verleiden, sondern sogar, um uns nicht in den Besitz derselben kommen zu lassen. Darum seyd wach und schaaret Euch zusammen! Des Vaterlandes Glück ist wieder auf lange Zeit verscherzt, wenn Ihr jetzt nicht muthig und entschlossen den Feinden der Verfassung entgegentretet. Eure Habe, Euer ganzes Lebensglück, das Schicksal Euerer Kinder ist in Gefahr, wenn Ihr Euch nicht vorseht. Habt Ihr aber Muth, und seyd Ihr entschlossen, selbst Euer Leben für Euer Vaterland und Eure Familie einzusetzen, dann habt Ihr schon nach wenigen Wochen das herrlichste Loos Euch erworben, und habt Eurem deutschen Namen, der bisher im Auslande nur mit wenig Achtung genannt wurde, wieder überall zu Ehren gebracht.

Aber nur durch das Zusammenhalten sind wir stark, darum bildet sogleich Vereine! Schließt Euch an bereits bestehende an; erkundigt Euch bei Denen, welche bereits mehr Gewandtheit in Vereinsgeschäften haben; aber seyd vorsichtig und traut nicht Jedem! Kommen Männer von Euch in den nächsten Tagen nach Nürnberg, nach Bamberg, nach Würzburg, so besucht einzelne Mitglieder der dortigen Vereine. Gott mit Euch Männer! Er wird uns helfen, wenn wir dem Vaterlande Treue halten!

Gemeinde Almoshof.
Stadt Altdorf (nebst den Gemeinden des Landgerichtsbezirks):
Altenthann,
Breitenbrunn,
Büscheldorf,
Burgthann,
Diepersdorf,
Engelthal,
Entenberg,
Ezelsdorf,
Feucht,
Gersdorf,
Grünsberg,
Grub,
Haimendorf,
Kuhr,
Kruppach,
Leimburg,
Lindelburg,
Ludersheim,

Mosbach,
Oberferrieden,
Oberheidelbach,
Offenhausen,
Penzenhofen,
Rasch,
Röthenbach,
Schwarzenbruck,
Unterrieden,
Weißenbrunn,
Winkelhaid.

Verein v. Alzenau.
Gemeinde Angeres.
Verein v. Ansbach.
Gemeinde Auffeß.
Verein v. Bamberg.
Gemeinde Brand.
„ Breitenlesau.
„ Beunn.
„ Burgfarrnbach.
„ Beerbach.
„ Bruck.
Verein v. Baudenbach.
Gemeinde Boxdorf.
Stadt Betzenstein.
Gemeinde Buch.
„ Danndorf.
„ Dottenheim.
„ Deberndorf.
Verein v. Erlangen.
Gemeinde Eschenau.
„ Ebern.
Verein v. Eichelberg.
Gemeinde Eltersdorf.
„ Fischbach.
„ Frauenaurach.
Arbeiter-Verein in Fürth.
Patriotischer Verein in Fürth.
Gemeinde Großenbuch.
„ Großgeschaid.
„ Gündlach.
„ Großreuth hinter der Veste.
„ Geilsheim.
Verein v. Gunzenhausen.
Gemeinde Gibizenhof.
„ Gleishammer.
„ Gerhardshof.
Verein v. Happurg.

Gemeinde Hohenfels.
„ Huppendorf.
„ Hammer.
„ Hannbühl.
Verein v. Hersbruck.
„ Herzogenaurach.
Gemeinde Hohenfolls.
Verein v. Hohenstadt.
Gemeinde Hoffen.
„ Hohstall.
„ Heubach.
„ Hüttendorf.
„ Herbolsheim.
„ Höfles.
„ Kleingscheid.
„ Kleinesen.
„ Katschenreuth.
„ Kraftshof.
Verein v. Kitzingen.
Gemeinde Konigsfeld.
„ Kalchreuth.
„ Lehrberg.
„ Lohr.
„ Lauf am Holz.
„ Lehenthal.
„ Lorenzreuth.
Verein v. Lonnerstadt.
„ Lauf.
Gemeinde Metzendorf.
„ Melkendorf.
„ Moosbach (Oberpfalz) und Umgebung.
„ Mühlhausen.
„ Mögeldorf.
„ Memmelsdorf.
„ Maimsbach.
„ Neuhaus.
„ Neureuth.
„ Neuhof.
„ Oberampfrach.
„ Oberredwitz.
„ Oberdurchlach.
„ Ober- und Unterbürg.
Gemeinde Ostheim.
„ Poxdorf.
Verein v. Pommelsbrunn.
Gemeinde Pollanden.
„ Poppenreuth.

„ Roßenbach.
Verein v. Redwitz.
„ Rendweinsdorf.
„ Rembiingen.
Gemeinde Röthenbach.
„ Reinhardshofen.
Verein v. Rothenburg a. d. Tauber.
Gemeinde Schnelldorf.
Verein v. Schwabach.
„ Schnaittach.
Gemeinde Sandheim.
„ Stein.
„ Schweig.
„ Schniegling.
„ Stonhof.
Verein v. Schweinfurt.
Gemeinde Steinbach.
„ Stöckenhof.
„ Sachsendorf.
„ Sündersbühl und St. Leonhard.
„ Schillingsfürst.
„ Schweinau.
„ Schnepfenreuth.
„ Sack.
„ Tennenlohe.
„ Tiefenwäschau.
„ Trautskirchen.
„ Treuwitz.
Verein v. Unterampferach.
„ Untermerzbach.
Gemeinde Uttenreuth.
„ Voitmannsdorf.
Verein v. Wunsiedel.
Gemeinde Wüstenstein.
„ Wörnitz.
„ Wendelstein.
„ Weiher.
„ Willmersbach.
„ Welsall.
Verein v. Würzburg.
Demokratischer Verein v. Würzburg.
Verein v. Wilhermsdorf.
Gemeinde Weingartsgreuth.
„ Wachenroth.
„ Wetzendorf.
„ Wörnfels.
„ Wiesenfels.
„ Zerzabelshof.

Das Comité für Volksversammlungen.

J. Schmilt. J. St. Schmidt. Streng. Dr. Fr. Mayer. H. Stich. Bauer. Tümmel. Zwanziger. Dr. Schwarz. Stich. Wiesel. Mayer. Renner. Tröger. Dr. jur. Zehler. Dr. Schüler. G. Lederer. Stettner. Semler. Stark. H. Samhammer. B. Bauriiedel. E. Beck. Scharrer. Dr. E. Feust. Vollet. Eckert. Schroll. Dentler.

Deutsche Staaten.

†* **München**, den 18. Mai. In Folge der gestrigen Aeusserungen zwischen Geaf Bray und Kolb in der gesteigen Sitzung dee Kammer, ist dee Letztere von Bray gefordert worden. Carteltäger war der Herr Grf. Hegnenberg-Dux, der hocharistokratische 2. Kammerpräsident, derselbe Mann, der gestern so viel von Gesetz und Verfassungstreue faselte. Kolb hat die Provocation abgelehnt und erklärt, daß er nichts zurücknehme, wenn nicht Herr Bray bekenne, daß seine Aeusserungen gegen Kolb und seine Freunde auf einem Irrthume beruhten. Wie es weiter geht, wird sich bald zeigen.

Der Volksbote schimpst wieder entsetzlich auf die Linke. Besonders sagt er: Schmitt aus Nürnberg habe sich am frechsten benommen. Ein besseres Lob, als das aus solchem Munde, könnte Ihrem Abgeordneten nicht ertheilt weeden: es beweist, daß er sein Mandat im wahren Volkssinne auffaßt.

Heute fand keine Sitzung statt; die morgende dürfte wohl die interessanteste werden.

Die Kommission für Entwerfung der Adresse an den König wird heute ihre Arbeit beendigen.

Ein Gerücht von dem Rücktritt des Hrn. v. d. Pfordten scheint mir mehr als unwahrscheinlich, wenn es überhaupt in dieser Periode etwas Unwahrscheinliches gibt.

Die Studenten, die heute ihre Waffen einliefern mußten, fahren mit tellergroßen blau und weißen Kokaeden duech die Straßen. Ein solcher passiver Widerstaad, ein solches Ironisieen dee Verordnungen der Regierungen ist das Allerbeste, was man thun kann.

Wie man mit Gewißheit sagte, wird die Universität für längere Zeit geschlossen. (Dies wird offiziell widerspeochen duech die »Neue Münchnerin.)

Eine Auflösung der Kammer ist nicht zu erwarten. Dagegen beabsichtigten die Pfälzer und ein geoßer Theil der Franken, heimzugehen, wenn die Regierung halsstarrig auch fortan die Promulgirung und Anerkennung der Reichsverfassung verweigert.

München, den 15. Mai. Augenscheinlich haben die Minister bis jetzt noch keinen Entschluß gefaßt über ihr Verhalten für den Fall, daß die Kammermehrheit sich gegen ihre Ansicht aussprechen sollte. Man legt hierauf in der Thal auch wenig Gewicht, da es hier in unterrichteten Kreisen durchaus kein Geheimniß mehr ist, daß de facto gegenwärtig Herr v. Abel, derselbe Mann, welcher schon einmal die bürgerliche Zwietracht in Bayern entflammt hat, an der Spitze der ultramontanen und militärischen Kamarilla die Geschicke Bayerns leitet. Er besitzt das volle Vertrauen des Königs, „und dirigirt hinter den Coulissen, weil er auf der „Bühne" vor der Hand wenigstens noch „unmöglich" ist. Es ist dies nur folgerichtig, da die Regierung in diesem Augenblick sich lediglich auf die ultramontane Partei stützt. König Ludwig soll mit der von seinem königlichen Sohne eingeschlagenen Politik vollständig einverstanden seyn, wie auch schon sein Lobgedicht auf Oesterreich beweist. — Für die Anerkennung der deutschen Reichsverfassung haben sich bis jetzt folgende Korporationen ausgesprochen; die Magistrate und Gemeindebevollmächtigten von Augsburg, Nürnberg, Regensburg, Aschaffenburg, Bamberg, Ansbach, Erlangen, Feuchtwangen, Dinkelsbühl, Fürth, Hof, Kaufbeuren, Kempten, Kitzingen, Kronach, Langenzenn, Lindau, Lauf, Nördlingen, Schweinfurt, Weissenburg, Würzburg; also mit Ausnahme Münchens, alle bedeutenderen Städte Bayerns. (A. Abdztg.)

München, 17. Mai. Diesen Nachmittag entstand ein Krawall im Militärgefängniß, wo seit den Oktoberereignissen 92 Soldaten sitzen, ohne abgeurtheilt zu werden. Sie zerschlugen Mobilien und Fenster, durchbrachen Mauern und vereinigten sich zu einem Durchbruche. Der Spektakel war so groß, daß sich vor dem Gefängnisse Hunderte von Personen versammelten; endlich erschien eine Kompagnie Soldaten mit einem Offizier und stellten die Ordnung wieder her. (Agsb. Abzg.)

München, 16. Mai. Der Regierungs-Finanzrath in Würzburg, C. L. Vetter, wurde in den Ruhestand versetzt und an dessen Stelle zum Regierungsfinanzrath der dortige Finanzassessor Dr. Haffold befördert. (N. M. Z.)

Darmstadt, 15. Mai. Auf die Nachricht, daß sich der Großherzog von Baden, den Volksbewegungen weichend, nach Germersheim zurückgezogen habe, hat unsere Staatsregierung ein Bataillon Infanterie ausbrechen lassen, um bis zu dieser Festung vorzudringen und zur Schutzwache des Fürsten zu dienen. Allein schon in Friedrichsfeld stieß das Bataillon auf eine so große Volksmasse, daß es ihm unmöglich ward, weiter vorzudringen und befürchten mußte, erdrückt zu werden. Die Truppen haben sich wieder zurückgezogen und sind nach Heppenheim zurückgekehrt. Es wird sich fragen, ob die Unruhe im eignen Land, die zu befürchten ist, nicht dazu nöthigen wird, die militärischen Kräfte für sich selbst in Bereitschaft zu halten. Eben wird eine Ansprache des Ministeriums des Innern (Jaup) an die Bewohner des Landes an den Straßenecken angeschlagen; sie soll versuchen, die Gemüther zu beruhigen. (A. A. Ztg.)

†*† **Berlin**, 16. Mai. Zur Vervollständigung unserer früheren Mittheilungen über die Lage der Berathungen wegen der Gestaltung eines engeren Bundesstaates führen wir an, daß ausser Bayern, Sachsen und Hannover auch Anhalt-Bernburg an den Verhandlungen Theil nimmt. Die Regierung dieses kleinen Nachbarstaates soll erklärt haben, mit Preussen in der deutschen Frage unbedingt Hand in Hand gehen zu wollen.

Italienische Staaten.

Nach mehrtägiger Unterbrechung erhalten wir, meldet die Augsb. Allg. Ztg. heut einen ganzen Pack Briefe aus Rom vom 3. bis zum 8. Mai. Rom wurde fortgesetzt mit Eifer verschanzt und verbarrikadirt; die Besorgnisse aber hatten sich von den Franzosen ab und auf die Neapolitaner und Spanier gerichtet, welche letztere in Fiumicino an dem Ausflusse der Tiber gelandet. Mit den Franzosen waren nach allem Anschein Friedensunterhandlungen im Gang; die französischen Gefangenen wurden (wie schon gemeldet) mit Ehren entlassen, und die Römer geleiteten sie Arm in Arm durch die Stadt. Dieser „Staatscoup" dürfte der ganzen Lage der Dinge eine neue Wendung gegeben haben, und auch die Bewegungungen der Neapolitaner und Spanier waren dadurch gehemmt.

Letztere standen am 8. Mai von Nettuno bis an das entgegengesetzte Ende des Albanergebirgs. Garibaldi war verschollen. Im Widerspruch mit obiger Nachricht meldet der Genueser Corriere Mercantile vom 14. Mai, dessen Nachrichten aus Rom bis zum 10. d. M. reichen, daß, zufolge einer Proklamation des Triumvirats von diesem Tag, sofort ein neuer Angriff der Franzosen zu erwarten war. Zugleich ward amtlich ein Sieg verkündigt, welchen die Römer (unter Garibaldi?) am 9. Mai über 7000 Neapolitaner bei Valmontone davon getragen. Letztere sollen große Verluste an Todten und Gefangenen erlitten haben. Lord Napier, der brittische Gesandtschaftssekretär in Neapel, war einige Tage in Rom; man erfuhr nicht zu welchem Zweck.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 21. Mai 1849. № 141. Montag: Prudens.

Deutsche Staaten.

*† **München,** 19. Mai. Folgendes ist der Entwurf der Adresse an den König. Dieser Entwurf wurde von dem Redakt.-Ausschusse mit 6 gegen 1 Stimme angenommen. Es ist kein Zweifel, daß dieser Entwurf mit bedeutender Majorität in der heutigen Sitzung der Kammer durchgehen wird, da auch das linke Centrum mit der Linken stimmt. „Königliche Majestät! Die der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung gewordene Aufgabe ist gelöst, die deutsche Reichsverfassung, durch dieselbe geschaffen, ist von ihr als endgültiges Grundgesetz verkündigt, und sowohl die Regierungen, wie auch die gesetzgebenden Körper der Einzelstaaten sind aufgefordert worden, die Verfassung des deutschen Reiches zur Anerkennung und Geltung zu bringen.

Die Kammer der Abg. hat schon in der Sitzung vom 7. Febr. bei Berathung der Antwortsadresse auf die Thronrede, die Unterordnung unter die Beschlüsse der konstituirenden Nationalversammlung und der Centralgewalt anerkannt, was den Rücktritt des damaligen Ministeriums Euerer Königlichen Majestät zur Folge hatte.

Durch wiederholte Erklärungen vom 23. April, 3. und 17. Mai hat aber auch das gegenwärtige Gesammtministerium Eurer Königlichen Majestät, den Grundsatz der Vereinbarung im Widerspruch mit dem Beschlusse dieser Kammer aufstellend, die förmliche Weigerung ausgesprochen, die von der Nationalversammlung endgültig beschlossene und verkündete Reichsverfassung anzunehmen und vollziehen zu lassen; es hat sich den Absichten der preussischen Regierung, welche nach dem Cirkular derselben vom 28. April den Versuch bezwecken, die von der Nationalversammlung verkündigte Reichsverfassung durch eine im Rathe der Fürsten zu beschließende zu ersetzen, dadurch angeschlossen, daß es der Aufforderung jener Regierung zu diesem Ende einen Bevollmächtigten nach Berlin abzusenden, entsprochen hat.

Diese Nichtbeachtung des Kammerbeschlusses v. 7. Februar und dieses fortgesetzte Widerstreben des Gesammtministeriums Eurer Kgl. Majestät gegen die von der Nationalversammlung, als Trägerin der Machtvollkommenheit der deutschen Nation beschlossene Reichsverfassung die insbesondere von der fränkischen, schwäbischen und rheinpfälzischen Bevölkerung Bayerns laut und freudig begrüßt wurde; in welcher der freiheitsliebende und friedfertige Bürger die einzige Hoffnung und das einzige Mittel erblickt, um den ersehnten gesetzlichen Boden dauernd zu gewinnen und dadurch Ruhe und Ordnung zu schaffen, deren Anerkennung daher zur dringenden Nothwendigkeit geworden ist, wenn das Streben und die Bewegung aller Stämme der deutschen Nation nach Einigung einen Ruhepunkt finden, wenn wir nicht auf's Neue in blutige Revolutionen gestürzt und selbst Gefahr laufen sollen, den jetzigen Bestand des Königreichs bedroht zu sehen, — dieses Widerstreben des Gesammtministeriums Eurer Kgl. Majestät legt der Kammer der Abgeordneten die ernste Pflicht auf: „einerseits Eurer Kgl. Majestät zu erklären, daß sie dem Gesammtministerium alle und jede Unterstützung überhaupt, insbesondere aber die verlangte zur Ausführung seines Programms v. 17. d. Mts. versagen müsse; anderseits Eurer Kgl. Majestät die dringende Bitte an's Herz zu legen, unverzüglich ein Ministerium zu berufen, das die unbedingte Anerkennung der von der Nationalversammlung endgiltig beschlossenen Reichsverfassung sammt dem dazu gehörigen Wahlgesetze aussprechen und sofort thatsächlich in Ausführung bringen wird." Eurer Königl. Majestät treugehorsamste Kammer der Abgeordneten.

Landau, den 12. Mai. Heute Nachmittag ist die Abtheilung Badener Infanterie wieder von hier nach Karlsruhe abgegangen. Der Abschied von Seiten der hiesigen bayerischen Garnison und der Bürger war ein herzlicher. Unter dem klingenden Spiele einer Regimentsmusik wurden die Scheidenden eine Strecke begleitet, und ihr kurzer Aufenthalt dahier läßt lang anhaltende schöne Erinnerungen zurück, obgleich ihr lautes Sympathisiren mit unseren Soldaten nicht Jedermann ansprechen wollte. — Den 14. Mai. So eben rückt das in Frankfurt gewesene zweite Bataillon des 6. Regiments unter dem Jubel der Einwohner wieder hier ein. Es ist freilich sehr gelichtet. Einige Kompagnien, die Offiziere ausgenommen, sind kaum mehr vorhanden. Die Zurückgebliebenen sind zur Pfälzer Volksarmee, die von hier aus guten Zuzug erhält, übergegangen. Die Soldaten haben dahier gestern mehrere ihrer eingesperrten Mitbrüder von der Haft befreit. Nur Einen Mann, der früher Korporal war und wieder zum Gemeinen gemacht wurde, und in voriger Woche unnöthiger, unrechter Weise den Schulgehülfen Göring von Nußdorf erschossen hat, ließen sie stecken und drohten ihm mit Erschießen. (N. Sp. Z.)

Kaiserslautern, den 14. Mai. Die zum Volke übergegangenen regulären Truppen belaufen sich bereits auf 1900 Mann, und stündlich kommen neue Zuzüge. — Den 15. Mai. Unsere braven Truppen haben uns zum größten Theil verlassen. Ein Theil ist in das Alsenzthal abmarschirt, die übrigen sind auf das Land verlegt, um die Einübungen der Volkswehr zu leiten. — Gestern Abend und heute Morgen sind wieder an 200 von den in Zweibrücken garnisonirenden Jägern mit Sack und Pack hier eingetroffen. Die Chevauxlegers, welche noch in Zweibrücken liegen, 60 bis 70 Mann, sollen heute Abend ebenfalls mit Sattel und Zeug eintreffen. Zwei von ihnen sind heute Morgen bereits mit ihren Pferden angelangt. (K. B.)

Aus dem Kanton Bergzabern, den 14. Mai. Zufolge der Anordnung des Landesvertheidigungsausschusses wurde gestern Nachmittag zu Bergzabern die Wahl eines dem genannten Ausschuß beizugebenden Vertrauensmannes vorgenommen. Da sämmtliche Gemeinden, zum Theil zahlreich vertreten waren, so mußte die Versammlung unter freiem Himmel abgehalten werden. Zuerst wurde der Vorschlag gemacht, man wolle vor der Wahl aussprechen, welche Stimmung in dem Kanton Bergzabern herrsche und in welchem Sinne also der zu wählende Abgeordnete im Namen des Kantons aufzutreten habe. Der Vorschlag wurde angenommen, so wie auch nachfolgende Punkte, über die der Reihe nach abgestimmt wurde: „1) die Gemeinden des Kantons Bergzabern wollen die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung; 2) sie werden auch an der zur Durchführung dieser Anerkennung jetzt vorzunehmenden allgemeinen Volksbewaffnung eifrig theilnehmen; 3) sie stimmen zu, daß diese Volksbewaffnung in lauen oder sich weigernden Gemeinden zwangsweise durchgeführt werde; 4) sie erklären aber aufs Feierlichste, daß sie nur im höchsten Fall der Noth von den Waffen Gebrauch gemacht wissen wollen; 5) sie verpflichten den von ihnen zu erwählenden Vertrauensmann bei dem Landesausschuß in Kaiserslautern in diesem Sinne zu wirken, und Alles aufzubieten, daß wo möglich der Friede erhalten und Blutvergießen verhindert werde." — Die Versammlung wurde befragt, ob sie durch Stimmzettel oder durch Acclamation wählen wolle, und erklärte sich für Letzteres. Gewählt wurde der Geschäftsmann Ph. Bruch von Bergzabern und als Ersatzmann Kaufmann Schad von Schweigen. (Sp. Z.)

Kaiserslautern, 17. Mai, Nachmittags 4 Uhr. 29 Abgeordnete der Kantone der Pfalz sind heute hier zusammengetreten unter dem Vorsitz des „Bürgers" Waltz aus Speyer. Schmidt trug im Namen des Landesausschusses auf Einsetzung einer provisorischen Regierung an. Nach einer sehr getheilten Debatte, in welcher der Vorsitzende Waltz gegen den Antrag sich aussprach, wurde mit 15 gegen 13 Stimmen die Einsetzung einer provisorischen Regierung beschlossen, deren (5) Mitglieder so eben gewählt werden. Schütz aus Mainz bot im Laufe der Sitzung im Namen des Badener Landes der Pfalz ein Schutz- und Trutzbündniß an. (D. Z.)

Würzburg, 18. Mai. Der Kreisausschuß der politischen Vereine von Unterfranken hat in dem Regierungs-Ausschreiben, „die Presse und insbesondere Maueranschläge betreffend", welches in Nummer 57 des Intelligenzblattes von Unterfranken und Aschaffenburg enthalten ist, eine offenbare Verletzung des Ediktes über die Freiheit der Presse und des Buchhandels erkannt, und deshalb unterm Gestrigen an die bayerischen Volksvertreter das Verlangen gestellt: 1) die unverzügliche Zurücknahme des Ministerialrescriptes, auf welches sich das gesetzverletzende Ausschreiben beruft, zu bewirken, und 2) den Minister des Innern wegen dieser Gesetzesverletzung in den Anklagestand zu versetzen. (N. W. Z.)

Karlsruhe, den 14. Mai. [Oeffentliche Erklärung.] Die unterzeichneten Mitglieder des Großh. Staatsministeriums erfüllen ihre Pflicht, nach dem Verlangen Sr. K. H. des Großherzogs, indem sie sich von Karlsruhe entfernen, und dem Großherzog dahin folgen, wo Höchstderselbe verweilt, um seinen weiteren Regierungsverhandlungen, so lange sie die verantwortlichen Minister sind, zur Seite zu stehen. Nur der größte Drang der Umstände, die Schlag auf Schlag sich folgenden Ereignisse, der Abfall eines Theils der Großh. Truppen von ihrer Fahnentreue, welche sich mit Gewalt der Reichsfestung Rastatt bemächtigten, die ungesetzlichen Beschlüsse einer Volksversammlung in Offenburg, und die daraus unmittelbar hervorgegangenen Gefahren eines bewaffneten Zuzugs nach Rastatt und Karlsruhe, endlich die ganz unerwartete Meuterei eines Theils der hiesigen Garnison (wenn gleich hier wie in Rastatt die militärische Treue Anderer, und namentlich sämmtlicher Offiziere und eines großen Theils der Unteroffiziere bei ungenügenden Kräften nur um so heller hervortrat) — nur all dieß zusammen konnte den Großherzog, nachdem jede Bürgschaft für die Erhaltung einer wohlgegründeten Ordnung und Sicherheit für den Augenblick verschwunden war, nach dem Rath seiner Minister bewegen, Seine Residenz auf kurze Zeit zu verlassen, um Sich wo möglich an den Sitz der prov. Centralgewalt nach Frankfurt zu begeben. Unter diesen Umständen, und da auch die hiesigen Einwohner sich außer Stand fühlen, dem Andrang bewaffneter Zuzüge wirksam entgegenzutreten, kann unsere Anwesenheit dahier von keinem Erfolg mehr und daher unser Platz nur in der Nähe des Großherzogs seyn. Indem wir Karlsruhe verlassen, verwahren wir die Rechte Sr. K. Hoheit des Großherzogs und Seiner verfassungsmäßigen Regierung gegen jeden ungesetzlichen Eingriff, und fordern alle Bürger Badens, alle Behörden und Beamten auf, in ihrer Treue gegen den Großherzog, gegen die Reichs- und die Landesverfassung unerschütterlich zu beharren. Dusch. Hoffmann. Bekk. v. Stengel. (Schw. M.)

Karlsruhe, den 17. Mai. Ein hiesiger Wehrmann, Bürger Muckenschnabel, stand im (falschen) Verdacht, einen Soldaten erschossen zu haben; er mußte sich einige Tage lang flüchten und versteckt halten. Seine Angelegenheit ist nun erledigt und nachfolgende Aufforderung erschienen: Ich fordere euch auf, Muckenschnabel ruhig und ungestört zu lassen. Ich habe seine Sache genau untersucht, auch Soldaten darüber verhört, und es hat sich ergeben, daß Muckenschnabel nicht schuldig ist. Also haltet gehörige Ordnung; begeht Nichts, was die Sache der Freiheit nur stören kann. K. Blind. — Gestern Nachmittag hat eine Kommission von 5 Personen das Großh. Geheimkabinet und den ganzen übrigen Inhalt des Schlosses aufgenommen. — Die Freischaaren, welche sich gestern hier aufhielten, haben viel exerzirt. Viele gehen in die Heimath ab. — Morgen, den 18. Abends, wird das Großh. Hoftheater wieder eröffnet, am 20. wird Wilhelm Tell gegeben. — Heute Vormittag haben verschiedene Stellen der neuen Regierung den Eid auf die Reichsverfassung unter Bezug auf den früher geleisteten Eid auf die Landesverfassung und mit Anerkennung des Großherzogs abgelegt. — Die eigentliche Redaktion der Karlsruher Zeitung soll von Goll besorgt werden: heute ist als verantwortlich unterzeichnet: H. B. Oppenheim. — Der Gemeinde-

rath macht bekannt, daß das Gerücht, er habe den Dienst aufgegeben, unrichtig sey; er habe seine Entlassung gegeben, versehe indessen den Dienst bis nach stattgehabter Neuwahl. — 12 Uhr. Es wird ein Straßenplakat angeschlagen, wornach ein Sicherheitsausschuß gebildet wird, der für Eigenthum und Personen Schutz gewähren soll. — Das Regierungsblatt verordnet die Reorganisation der Bürgerwehr, wonach die jetzige Bürgerwehr aufgelöst, das erste Aufgebot (bis zum 30. Lebensjahr) aufgeboten ist, und die übrigen Wehrpflichtigen zu Abgabe der Waffen aufgefordert sind. — Die Bürgerwehr ist gegen die Waffenablieferung (Art. 5 des Dekrets). Es wird auf 2 Uhr Bürgerwehrversammlung im Museum angezeigt. — Es zirkuliren Gerüchte, etliche Offiziere hätten sich erschossen. — Die Reichskommissäre Christ und Zell von Trier sind angekommen.

Viele Bürgerwehrmänner versammeln sich im Museumssaale. Es wird dort versichert, daß das Waffenablieferungsdekret modifizirt sey. Man verlangt öffentlichen Anschlag darüber. Dieser erfolgt alsbald in folgenden Proklamationen: — „Nachträglich zum Dekret vom Gestrigen, die Reorganisation der Bürgerwehr betreffend, wie verfügt: 1) Nur diejenigen Gewehre, welche nicht Privateigenthum der Wehrmänner sind, werden abgeliefert. 2) Es werden aus dem zweiten Aufgebote einige Kompagnien Schutzmannschaft zum innern Dienste in der Stadt gebildet, deren Stärke nach Vernehmung der Gemeindebehörde festgesetzt wird. Im Namen der Exekutivkommission: Brentano." — „Mit Bezugnahme auf den Erlaß der Exekutivkommission vom Gestrigen bestimmen wir: In Erwägung, daß es unserer guten Sache nur förderlich seyn kann, die größtmöglichste Sicherheit und Ordnung zu handhaben; in Erwägung, daß dieselbe durch Almosenerpressungen gestört wird: Das Erpressen von Almosen und das Betreten der Häuser in der Absicht zu betteln ist strenge verboten. Wir erwarten von der hiesigen Einwohnerschaft, daß sie nach Kräften uns in unserm Bestreben unterstützen werde. Der Sicherheitsausschuß. Dürr."

Die Karlsr. Ztg. enthält heute an ihrer Spitze nicht weniger als 10 Proklamationen: 1) des Landesausschusses an die Bewohner Badens, wonach das Gerücht, als seyen die Mitglieder des Landesausschusses in Zwiespalt, für unwahr erklärt wird. 2) Eine Verfügung des Landesausschusses: „In Erwägung, daß sämmtliche badische Minister ihre Stellen verlassen haben, und aus dem Lande entflohen sind, daß sie somit ihre gegen das Land übernommenen Pflichten schwer verletzten, und, so weit es an ihnen lag, das ganze Land in einen Zustand der Anarchie versetzt haben u. s. w., daß die Wiederbesetzung die Entlassung der entflohenen Minister voraussetzt: Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, v. Dusch, und die Ministerialpräsidenten Bekk, des Innern, Hoffmann, der Finanzen, Hoffmann, des Kriegs, und v. Stengel, der Justiz, sind ihrer Stellen entsetzt." 3) Eine Bekanntmachung, welche den Eingangszoll auf Waffen wieder aufhebt. 4) Eine Proklamation der Exekutivkommission an die Bewohner von Karlsruhe, welche die bisherige Ruhe anerkennt, und Vertrauen in Anspruch nimmt, damit keine Stockung eintrete, welche auf der einen Seite Mißtrauen zeigen, und auf der andern Seite Mißtrauen hervorrufen würde. 5) Eine solche des Ministeriums des Innern gegen die „von Feinden der Freiheit geschehene Aufreizung gegen die Israeliten." 6) Aufstellung des Bürgers Willmann aus Pfohren, Mitglieds des Landesausschusses, als Kommissär in der Stadt Freiburg und im ganzen Oberrheinkreise. Er werde sich mit dem Bürger Hennisch in Freiburg ins Benehmen setzen. Sollten die Verhältnisse es erfordern, so wird die Vollmacht auch auf den Seekreis ausgedehnt. Beigegeben als Unterkommissär ist Bürger Ganther von Donaueschingen. 7) Der Kriegsminister an sämmtliche Gemeinden des Landes: sich vor der Hand zu bewaffnen, wie und mit was immer es geschehen kann, nebst dem Versprechen, dem Mangel an Feuerwaffen ohne Verzug abzuhelfen. Die Gemeinden werden für die empfangenen Waffen verantwortlich gemacht. 8) Dekret, die Reorganisation der Karlsruher Bürgerwehr betreffend. 9) Kundmachung an die Soldaten: Alle Soldaten vom Oberwachtmeister und Oberfeldwebel an abwärts erhalten von heute an vier Kreuzer tägliche Zulage. 10) Das Kommando der Turnfeuerwehr Heidelberg berichtet an den Gemeinderath Heidelberg: Heute früh um 2 Uhr machte ich in Vereinigung mit Sinsheimer und Wieslocher Bürgerwehr einen Angriff auf Hinkeldey. Die 16 Kanonen, Feldschmiede, Waffen aller Art sind in unsern Händen. Die Offiziere sämmtlich gefangen; wir sind im Anmarsch mit den Geschützen nach Sinsheim. Gilbert.

Ferner schreibt die Karlsruher Zeitung: Der Landesausschuß für Baden hat unter andern folgende Beschlüsse gefaßt, welche alle bereits in der Ausführung begriffen sind: 1) Allgemeine Volksbewaffnung mit sofortiger Mobilmachung des ersten Aufgebots, bestehend aus allen waffenfähigen ledigen Bürgern von 18 bis 30 Jahren. Auch alle übrigen Bürger werden bewaffnet, und das zweite und dritte Aufgebot hergestellt. 2) Neuwahl des Landesausschusses binnen 10 Tagen. 3) Auflösung der Kammern und Zusammenberufung einer konstituirenden Versammlung. Jeder der 20 Wahlbezirke hat 4 Abgeordnete zu wählen. Alle volljährigen Bürger sind wahlfähig und wählbar. 4) Die politischen Flüchtlinge sind zurückberufen. Der Bürger Hecker ist speziell zurückberufen und eingeladen, in den Landesausschuß einzutreten. 5) Außerdem sind schon die wichtigsten Veränderungen im ganzen Lande vorgenommen worden. An die Stelle der alten reaktionären Beamten, von denen viele entflohen sind, sind neue freisinnige Beamte getreten. Das Militär und die Beamten sind auf die Durchführung der Reichsverfassung und die Anerkennung des Landesausschusses beeidigt. 6) Es ist militärische Union mit der Pfalz beschlossen und in Anordnung begriffen.

Karlsruhe, 17. Mai. Die K. Z. versichert, daß der Landesausschuß von einer Abordnung an den Großherzog nichts wisse. — Karl Heinzen ist in Karlsruhe. — Der vor 2 Tagen durch das Vertrauen der Soldaten zum Major erwählte Bruder des Exkriegsministers Hoffmann wurde gestern, seiner Offiziersabzeichen entkleidet, von einigen seiner Leute als Gefangener hier eingebracht, des Verraths beschuldigt. Er soll durch Hinhalten und Irreführen, in Folge Unterredung mit seinem Bruder, die von diesem und Hinkeldey geführte Militärabtheilung absichtlich haben entwischen lassen. Die Untersuchung werde das Nähere herausstellen.

Mannheim, 17. Mai. Sämmtliche Dragoneroffiziere haben das Regiment verlassen und gingen nach Mainz, nach anderer Meinung nach Frankfurt ab. Das Regiment wählte sich neue Offiziere. Diesen Vormittag nahm auch das hiesige Infanterieregiment die Wahl neuer Offiziere vor, fast alle wurden in ihren Chargen bestätigt, nur einige fielen durch. Hierauf fand die Beeidigung auf die Reichsverfassung statt. Es liegen jetzt verschiedene Truppenabtheilungen, nebst bewaffneten Bürgern des Oberlandes hier. Gegen 12 Uhr traf ein Korps des 4. Infanterieregiments ein, welches gestern zur Verfolgung des Obersten Hinkeldey ausmarschirte; von den Soldaten hörte man versichern, daß Oberst Hinkeldey bei Sinsheim gefangen genommen worden sey, daß derselbe gefangen in Sinsheim sitze und sämmtliche Kanonen nebst einer Kriegskasse ihm abgenommen wurden, und diese auf dem Wege nach Heidelberg und Mannheim unter Wegs seyen. — Man hört jetzt jeden Augenblick Generalmarsch schlagen und die Signalhörner tönen. — So eben dieses wieder; es sollen 3 Bataillons Hessen-Darmstädter und entsprechende Artillerie und Kavallerie an der Grenze bei Mannheim stehen, und unsere Truppen werden jeden Augenblick nach dieser Richtung aufbrechen. — Fortwährend wird die beste Ruhe und Ordnung gehandhabt, und namentlich des Nachts fällt auch nicht die geringste Störung vor. — Wichtigen Ereignissen sieht man stündlich entgegen. Nachschrift. So eben heißt es, daß die Hessen nicht in feindlicher Absicht an die Gränze gerückt seyen, sondern einzig zum Zweck der in solchen Zeiten nothwendigen Gränzbesetzung. — Die Richtigkeit dieser Nachricht wird sich in Bälde herausstellen. (Schw. M.)

Mannheim, 17. Mai, Nachmittags 2 Uhr. So eben langt die Nachricht hier an, daß sich an der badisch-hessischen Gränze ein hessisches Observations-Korps zusammenzieht. Die Zahl der Truppen wird verschieden von 2000—4000 Mann angegeben. General Wachter führt das Kommando. Großherzog Leopold verweilt in Mainz. Oberst Hinkeldey hat die würtembergische Gränze erreicht. (Noch nicht bestätigt. Mannheim ist ruhig. (M. J.)

Rastadt, 15. Mai. Gestern ließ sich eine Kommission der provisorischen Regierung die Kassen der Festungsbaudirektion, der Obereinnehmerei, der Zollverwaltung und des Lyceums aushändigen, worüber Protokolle aufgenommen und die Quittungen ausgestellt wurden. Heute wird öffentlich verkündigt, daß der Bürgermeister Sallinger zum Civilgouverneur der Festung Rastadt vom Landesausschusse ernannt sey. Von Festungsarbeitern dürfen diejenigen bleiben, welche bis morgen von der Festungsbaudirektion Bescheinigung nachweisen, daß sie Beschäftigung erhalten haben; man scheint also auf den Fort- und Ausbau der Festung ebenso ernstlich, als auf deren Vertheidigung bedacht zu seyn. Diejenigen Wallgeschütze, welche bisher im Schloßhofe und Garten aufgehäuft lagen, werden möglichst rasch auf Lafetten und die Wälle gebracht und junge Leute zu deren Bedienung eingeübt.

Freiburg, den 16. Mai, Morgens. Soeben sind die gestern von hier nach dem Oberlande abmarschirten badischen Truppen wieder hier eingerückt. Die Offiziere thaten ihr Möglichstes, um sie davon abzuhalten; sie gehorchten ihnen nicht. General v. Miller hatte denselben erklärt, wenn sie nach stattgehabter Beeidigung auf die Reichsverfassung wieder zum Gehorsam gegen die Offiziere zurückkehren, so wolle er Pardon geben; sie wollten jedoch nicht, sondern beharrten auf den Beschlüssen vom 13. Mai. General Miller erklärte hierauf, daß er dann genöthigt seyn würde, gewaltsamen Besitz von der Stadt zu nehmen und diejenigen, die sich seinen Befehlen widersetzten, als Rebellen zu behandeln. In Folge dessen hat der Gemeinderath beschlossen, in der Person des hiesigen Bürgers Ad. Emmerling einen Bevollmächtigten nach Frankfurt zu senden, um das Reichsministerium zu bitten, einen Kommissär hieher zu senden. Auch wird Emmerling auf seiner Durchreise der provisorischen Regierung in Karlsruhe Bericht über die Lage der Stadt erstatten. — Mittags. Von allen Seiten kommen einzelne badische Truppenabtheilungen hier an; die Beeidigung auf die Verfassung findet morgen statt. — Auf heute Abend 7 Uhr ist eine Versammlung im Kaffeehaus angesagt für die Staats- und Gemeindebeamten wegen der Beeidigung auf die Reichsverfassung. — Abends. Soeben wird bekannt, daß General v. Miller sich mit seinem Truppenkorps nach Donaueschingen zu in Marsch gesetzt hat; der Grund seines plötzlichen Abmarsches ist unbekannt. — Verschiedene Gerüchte über Anmarsch der Preussen rc. sind ganz grundlos. — Es befindet sich im Augenblick eine Anzahl von wenigstens 3500 Mann badischer Truppen hier; es kommen immer noch Zuzüge, fast alle ohne Offiziere; ein Bataillon des dritten Infanterieregiments kam unter dem Kommando eines Stabsoffiziers, der sich sofort dem provisorischen Civil- und Militärkommissär Hennisch zur Disposition stellte. — Aus Basel geben uns Nachrichten zu, daß daselbst alle Gasthöfe mit Flüchtigen von hier und Umgegend angefüllt sind.

Freiburg, den 16. Mai. General Miller, welcher mit den würtembergischen Truppen im Kirchzarter Thal stand, ist diesen Morgen von dort durchs Höllenthal nach dem Seekreis abmarschirt. Man sagt, General Miller habe vom Reichsministerium den Befehl erhalten, nach Würtemberg zurückzukehren. — Das gestern von hier abmarschirte zweite Infanterieregiment, das Leibdragonerregiment und eine halbe Batterie zogen heute Vormittag an der Stadt vorüber und ins Kirchzarter Thal. Nachmittags rückte ein Bataillon vom dritten Regiment, an der Spitze Major Sponek, mit einigen Subalternoffizieren und einer halben Batterie Artillerie ein und gleich nach diesem ein Bataillon vom Leibregiment ohne Offiziere. Die sämmtlichen Offiziere vom Leibregiment sollen sich ins Elsaß begeben haben. — In Freiburg herrscht fortwährend vollkommene Ruhe und Ordnung. Die Stadt ist heute mit deutschen Fahnen geschmückt. (Fr. und Oberrh. Z.)

Mannheim, 17. Mai, 12½ Uhr Vormittags. Eben trifft die Nachricht hier ein, daß sich Hessen-Darmstädter und Würtemberger an der badischen Gränze aufgestellt hätten. Kommen diese Truppen in einer der jetzigen badischen Regierung feindlichen Absicht, dann wehe! wehe! Es gibt ein Blutbad, das schrecklich werden wird! Das ganze Land steht unter den Waffen; nicht überschätzt: 100,000 Mann. Das ganze Oberland ist im Anzuge, die ganze bewaffnete Macht der Pfalz und Rheinhessen, sogar der ganze hessische Odenwald wird kommen. Es herrscht unterm Militär aller Waffengattungen, unter dem ganzen Bürgerstande selbst, die Konservativen nicht ausgenommen, ein Gedanke, das Land vor einer feindlichen Invasion zu schützen. Denn feindlich heißt jetzt Alles, was sich der jetzt bestehenden Regierung nicht unterordnen will, nachdem die wirkliche Regierung das Land verlassen und beinahe der Anarchie preisgegeben hat. Es herrscht nun aber die größte Ordnung und läßt man die Regierung unbeirrt, so tritt schnell alles wieder in seine alte Ordnung ein. Es ist unwahr, daß Metternich aus Mainz und Struve mit Freischaaren in Rastatt, oder Gott weiß, wo sind. Struve ist ruhig und fügt sich ganz den gemäßigten Anordnungen der provisorischen Regierung. (Frkf. J.)

** **Frankfurt**, den 17. Mai. (223. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung.) Austrittserklärungen, darunter mehrere Bayern. Ministerpräs. Grävell beantwortet zwei Interpellationen, eine des Abg. Mohr, wegen angeblichen Truppensendungen nach Mainz, daß von solchen auch nicht die geringste Meldung dem Reichsministerium geworden und daß eine solche auch noch viel weniger von hier aus angeordnet worden sey; die zweite wegen der Wahl eines ausgetretenen rheinpreussischen Abgeordneten dahin, daß bei der preussischen Regierung die nöthigen Schritte gethan seyen. Der Vorsitzende meldet hierauf, daß ihm von Se. kaiserl. Hoheit dem Reichsverweser die bekannte preussische Denkschrift vom 14. d. M. übersendet worden. Der Reichsverweser benachrichtigt ferner in einer Zuschrift den Vorsitzenden des Hauses von der Bildung des neuen Ministeriums. Wir erfahren aus der Zuschrift, daß die obersten Departements des Kriegsministeriums einstweilen von den Herren General Eberle und Oberst Stavenhagen geleitet werden, und daß das Handelsministerium zur Zeit unbesetzt bleiben wird. Se. kaiserl. Hoheit übersendet zugleich das Programm des neuen Ministeriums, welches der Vorsitzende verliest. Es lautet: Die Errichtung des Verfassungswerks ist durch das Gesetz vom 28. Juni 1848 von der Thätigkeit der Centralgewalt ausgeschlossen. Schon aus diesem Grunde hielt die Centralgewalt eine Wirksamkeit behufs Durchführung der Verfassung für außerhalb ihrer Befugnisse und Pflichten liegend. Wie sie jedoch gerne bereit ist, eine Anerkennung der Verfassung bei den Regierungen zu vermitteln, so erachtet sie es andererseits als durch die ihrer Obhut anvertraute Wohlfahrt und Sicherheit Deutschlands geboten, allen ungesetzlichen und gewaltsamen Bewegungen, welche die Durchführung der Verfassung zum Vorwand oder Anlaß haben, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten, (oh! links), sobald die Hülfe und Vermittelung der Centralgewalt von der betreffenden Regierung nachgesucht wird

Wie die Centralgewalt innerhalb der ihr durch das Gesetz vom 28. Juni angewiesenen Kompetenz von der der Reichsversammlung zustehenden Errichtung des Verfassungswerkes sich durchaus fern gehalten hat und fern zu halten entschlossen ist, also erachtet sie es auch als eine Pflicht, die ihr ausschließlich zustehende Regierungsgewalt vor jeder Einmischung zu bewahren und jeden Eingriff in dieselbe zurückzuweisen. (Bewegung.) Dr. Grävell, Jochmus, Detmold, Merk. — Abg. Welcker stellt in Bezug auf das Programm den dringlichen Antrag: Die Nationalversammlung erklärt, nachdem sie die Ernennung des Reichsministeriums und dessen Programm vernommen, daß sie zu diesem Ministerium nicht das geringste Vertrauen haben könne (großer Beifall), sondern vielmehr diese Ernennung unter den obwaltenden Umständen als eine Beleidigung der Nationalversammlung betrachten müsse. (Großer Beifall.) Sie beschließt: An den Erzherzog-Reichsverweser alsbald durch eine Deputation das bestimmte Ansuchen zu stellen, baldigst ein Reichsministerium zu bilden, welches gewillt und geeignet ist, die Reichsverfassung durchzuführen und höchstdessen Erklärung in Beziehung auf dieses Ansuchen entgegenzunehmen. Abg. Freudentheil aus Stade stellt folgenden Dringlichkeitsantrag: In Erwägung, daß nach dem parlamentarischen Verhalten, welches die angekündigten Reichsminister beobachten, nach den Grundsätzen, zu welchen sie sich bekannt, sie so wenig auf die Mehrheit innerhalb der Paulskirche, als außerhalb derselben sich Rechnung machen dürfen, vielmehr mit Gewißheit anzunehmen ist, daß ein Schrei der Entrüstung durch alle Gauen Deutschlands ziehen werde, wenn die designirten Reichsminister nur 24 Stunden im Amte bleiben werden (Große Heiterkeit), es demnach die Ehre und Pflicht der Nationalversammlung dringend erheische, Minister solcher Geistesrichtung als die der präsentirten mit dem entschiedensten Unwillen sofort zurückzuweisen und dadurch Ausdruck dem Gefühle zu geben, welches das deutsche Volk aufregen wird, wenn es die Nachricht von dem neugebildeten Ministerium erhalten wird; in Erwägung ferner, daß selbst, wenn in Worten sich die besagten Minister den Grundsätzen der Majorität des deutschen Volkes dieser Versammlung sollten anschließen wollen, dieser plötzlichen Sinnes- und Grundsatzumwandlung durchaus kein Vertrauen geschenkt werden darf; in endlicher Erwägung, daß dem Reichsverweser zwar die Wahl der Minister freisteht, selbstredend aber nach den Grundsätzen des Konstitutionalismus, wenn solcher nicht zu dem unwürdigsten Gaukelspiel herabgewürdigt werden soll, vorausgesetzt werden muß, daß der Reichsverweser sich mit Räthen umgebe, die das Vertrauen und die allgemeine Achtung der Versammlung haben, erklärt die Nationalversammlung: daß die angekündigten Minister das Vertrauen der Versammlung nicht besitzen, und in keiner Beziehung auf die Unterstützung derselben sich Hoffnung machen dürfen. (Großer Beifall.) Abg. Welcker erhält das Wort, um seinen Antrag zu begründen. Die Gefahren des jetzigen Augenblicks sind so groß, daß meine Worte zu klein seyn möchten, um sie zu schildern. Kann es noch eine Frage seyn, ob nach Allem, was vorgegangen ist, nach dem verworfenen Ministerprogramme, ein Ministerium mit einem solchen Programme möglich ist, ob es nicht gefährlich wäre für ganz Deutschland, wenn dasselbe am Ruder bliebe? Der Redner wünscht, daß dieser Antrag, ohnerachtet dessen anerkannter Dringlichkeit, dem Ausschusse zugewiesen werde. Abg. Freudentheil aus Hannover begründet seinen Antrag in kurzen Worten und schließt: „Ein solches Ministerium kommt mir vor wie ein Hohn auf unser großes deutsches Volk. (Beifall.)

Ludwig Simon: Es hat sich dieses Hauses eine Heiterkeit bemächtigt, die ich nicht theilen kann; denn das ministerielle Programm stellt sich außerhalb des Rechts und des Gesetzes. Selbst aus dem berüchtigten Lepel'schen Promemoria vom 4. Mai 1848 geht hervor, daß dieser Versammlung das Recht des Konstituirens niemals, weder stillschweigend noch ausdrücklich, ist bestritten worden. Noch mehr: das Recht der Einmischung in das Verfassungswerk ist nicht blos der Centralgewalt, sondern auch den Einzelregierungen abgesprochen. Will man uns das streitig machen und am Ende durch einen energischen Kriegsminister gar mit Gewalt: so wäre dies eine verrätherische und meineidige Gewalt. (Lauter, lebhafter Beifall.) v. Gagern hat dem Fürstenthume Dienste geleistet, wie fast noch nie ein Mann, aber es hat auch Niemand jemals einen schwärzeren Undank geerntet, als v. Gagern von den deutschen Fürsten. (Bewegung.) Die preussische Regierung hat dieser Versammlung den Krieg erklärt mit dem Einmarsch in Sachsen, — dennoch ist der Unterstaatssekretär Bassermann in Berlin geblieben, die preussische Regierung hat dieser Versammlung mit der Abberufung seiner Abgeordneten einen Schlag ins Gesicht gegeben, — in einem jüngsten Aktenstücke endlich werden Sie Alle — ja auch Sie von der rechten Seite — thronumstürzende Empörer genannt. Die Auflösung des Südens von Deutschland rührt daher, weil Sie es versäumt haben, ihm Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Das allgemeine Stimmrecht hätte ertheilt, konstituirende Versammlungen hätten bewilligt werden müssen und mit der Beeidigung auf die Verfassung hätte man nicht zögern dürfen. So haben denn in Baden revolutionäre Soldaten. Das schamlose Gestatten des Einmarsches der Russen auf deutschem Boden hat im Volke ein tiefes Mißtrauen hervorgerufen. Auch bei mir selbst. Die Rückkehr des Despotismus ist es, welche man fürchtet. Den Krieg müssen vielmehr die deutschen Regierungen den Russen erklären, oder der Krieg wird ihnen doch erklärt werden — vom Volke. Anstatt abzuwarten, anstatt theoretisch zu schwatzen, räth der Redner sich auf den Süden Deutschlands zu stützen und damit den Norden zu gewinnen. Wie Kossuth den Erzherzog Stephan behandelt und Ungarn gerettet hat, so verfahren Sie mit dem Erzherzog Johann. (Beifall.)

Wilhelm Jordan: Handeln Sie so, daß diese Versammlung nicht sinke in der sittlichen Achtung der Nation. Es gehört kein Seherblick mehr dazu, die facies hyppocratica ist an Ihnen zu erkennen. Vergleichen Sie die heutige Haltung dieser Versammlung mit ihrer Vergangenheit. Wir sind ins Form- und Regellose geworfen, und vor Dringlichkeitsanträgen kommen wir kaum noch zu einem besonneneren Urtheil. Die Seite des Hauses, die dann eine Bedenkzeit verlangt, nennt man „Verrätherin an der Nation." Als gestern der neue Ministerpräsident vor uns trat, so erblickte ich in ihm nicht den ehemaligen Abgeordneten Grävell, sondern den Premierminister des Reichsverwesers. Nicht die Person haben wir vor uns, sondern das Reichsamt. Unser eignes Gesetz müssen wir in ihm achten, damit nicht seine Mißachtung auf die Gesetzgeber selbst zurückfällt. Wir sind es dem Ministerium schuldig, sein Programm gründlich zu prüfen, und hat es die Mängel, die ihm Simon vorgeworfen, — und ich glaube selbst, es hat diese Mängel — so wollen wir das Ministerium stürzen. Seiner Meinung nach wäre das Programm einem Ausschusse zu überweisen, der Montag darüber Bericht zu erstatten hätte.

Vogt: Die facies hyppocratia schreckt ihn nicht, wenn nur der Kranke mit Ehren stirbt. Ja, die Autorität dieser Versammlung ist gesunken, seit dem Augenblicke, wo die Corruption Platz gegriffen, und seit die Centralgewalt die Umwandlung der persönlichen Ueberzeugung durch Aemterverleihung belohnte. Dann wendet sich sein Vortrag in bekannter ätzender Schärfe gegen die Politik der Theorie, die hier geherrscht habe und jetzt geschlagen werde durch ihre eignen Beschlüsse. An der Möglichkeit eines solchen Ministeriums, an der, sey's auch nur 24stündigen Existenz desselbe zeige sich recht deutlich, wie falsch der Weg gewesen, den man bei der Uebertragung der Centralgewalt auf ein unverantwortliches Haupt eingeschlagen. Denn Sie werden, daran zweifle ich nicht, dem Ministerium Ihr Mißtrauensvotum geben, aber — es wird nicht abtreten. Was thun Sie dann, da Ihnen jedes konstitutionelle Mittel des Zwanges, der Steuerverweigerung zum Beispiel fehlt? Die Centralgewalt umgestalten, ist Vogt's Antwort darauf, und je eher, desto besser, was längst hätte geschehen sollen. Der Redner dringt schließlich auf sofortige Entscheidung über den Welckerschen Antrag. Denn wer jetzt noch einer Berichterstattung nöthig hat, ist unfähig, unsere Lage zu begreifen, während doch die Ereignisse auch dem Blindesten hätten die Augen öffnen müssen. Die Abstimmung verwirft Jordan's Vertagungsvorschlag und die Eile, zu der sonach die Versammlung genöthigt wird, rettet noch einige Stimmen für das Ministerium, die ihm sonst ebenfalls zu einer bedachtsamer gefaßten Mißtrauenserklärung beigetreten wären. Der erste Theil des Welcker'schen Antrages wird angenommen mit 191 gegen 12 Stimmen. Der Abstimmung enthalten sich 44 Mitglieder. Den zweiten Theil zieht Welcker als überflüssig zurück. Denn die Gesinnung des Reichsverwesers sey klar, nachdem er auf die frühere Deputation durch die Ernennung dieses Ministeriums geantwortet. Habe er (Welcker) sich aber geirrt, so werde sich dies aus den Maßregeln ergeben, die der Erzherzog in Folge des heutigen Beschlusses ergreife. Nächste Sitzung morgen.

** **Frankfurt** 18 Mai [224. Sitzung der konst. Reichsversammlung. Vorsitzender Reh.] Flottenbeiträge, Austrittserklärungen, Anhänglichkeitsadressen. Der Ministerpräsident Grävell beantwortet die Anrufung Simons vom 16. Mai dahin, daß nicht gegen die Reichsverfassung, sondern zur Wiedernahme von Rastadt und zur Deckung der blosgestellten badischen Grenze ein Armeekorps von würtembergischen und großherzogl. hessischen Truppen zusammengezogen werde. Daran wünscht Grävell einige Worte über das Mißtrauensvotum zu knüpfen.

„Als das vorige Ministerium sich in die Nothwendigkeit gesetzt sah, dem Reichsverweser ein neues Programm vorzulegen, fand derselbe sich nicht bewogen, darauf einzugehen. Ich habe weder einen Beruf noch eine Veranlassung, mich über die bisherige Verwaltung auszulassen, ebensowenig über die Gründe, die den Reichsverweser bewogen haben, zu erklären, daß er auf dieses Programm nicht eingehe. Die natürliche Folge davon ist gewesen, daß das bisherige Reichsministerium seine Entlassung verlangt hat und daß, da der Reichsverweser seinen Sinn nicht geändert hat, es auch dahin kommen mußte. Der Reichsverweser hat sich viele Mühe gegeben, ein anderes Ministerium zu bilden, allein die Aussichten, die damit verbunden sind, sind von der Art gewesen, daß sich Niemand getraute, das Amt anzunehmen. Es ist ihm am Ende der Vorschlag gemacht worden, sich an mich zu wenden, und ich habe natürlich nur einwenden können, daß ich weiß, wie unbeliebt ich bei der Mehrheit der Versammlung bin, (Auf allen Seiten: sehr wahr!) daß dies eine Schwierigkeit mehr seyn würde in der Verwaltung des Amtes und daß ich daher gern davon dispensirt seyn möchte. Was dann weiter verhandelt worden ist, gehört nicht zur Sache. Ich will Ihnen die Gründe anführen, die den Reichsverweser bewogen haben, nicht sofort abzutreten und die uns bewogen haben, ihn nicht im Stiche zu lassen, sondern auf seinen Wunsch diesen unangenehmen Auftrag zu übernehmen.

Bis an die letzten Tage der Verwaltung des vorigen Ministeriums ist von demselben ausgesprochen worden, daß es die Hoffnung zu einer Verständigung noch nicht ganz aufgegeben habe. Ich kann mir nicht denken, daß irgend Jemand ist, den nicht der lebhafte Wunsch beseelt, wenn Deutschland auf dem Wege des Friedens und der Eintracht zum Ziele zu bringen ist, daß dies nicht verhindert werde durch ein eigensinniges Bestreben auf nur wenigen Worten.

Denn es versteht sich von selbst, daß die Regierungen, wenn sie wesentliche Veränderungen vornehmen wollten, leeres Stroh dreschen würden. Dies vorausgesetzt, habe ich es für meine Pflicht gehalten, nicht zurückzutreten, und der Reichsverweser hat den letzten Versuch gemacht, der noch übrig blieb, indem er gestern einen Kurier mit einem Schreiben an den König von Preußen nach Berlin abgesandt hat. Dieser ist angewiesen, die entschiedenste Antwort zurückzubringen auf die kategorisch gestellte Frage. Ich werde nicht ermangeln, Ihnen Anzeige davon zu machen und zu erklären, ob überhaupt der gegen-

wärtige Zustand noch länger fortdauern kann. (Bewegung des Unwillens auf der Linken.) Ein zweiter Grund, warum der Reichsverweser sich nicht entschließen konnte, sein Amt niederzulegen, lag in seiner Stellung selbst. Sie erinnern sich, meine Herren, daß er der Deputation der Reichsversammlung die Erklärung gab, daß er in Folge der eingegangenen Genehmigungen der Regierungen den an ihn gestellten Antrag übernehme. Sie werden sich erinnern, daß der Reichsverweser zwar in sein Amt hier eingeführt und verpflichtet worden ist, aber daß ihm dann der Bundestag im Namen der deutschen Regierungen seine Gewalt übertragen hat. (Unruhe.) Als ein streng gewissenhafter Mann wird er sich nie beikommen lassen, sein Amt in eine andere Hand niederzulegen, als in die Hände Derjenigen, die es ihm gegeben haben, das heißt in Ihre Hände. Er wird aber ebenso und kann nicht anders als treuer Verwalter der von den Regierungen ihm anvertrauten Macht, diese Macht auch nur wieder in die Hände der Regierungen zurückgeben. (Lautes Gelächter auf der Linken.)

Ein dritter und entschiedenster Gegenstand war der dänische Krieg. Bedenken Sie, welche Folgen jetzt ein Austritt des Reichsverwesers und eine Scheidung Deutschlands gehabt hätte für diesen Krieg. Bedenken Sie, daß die Ehre Deutschlands auf dem Spiele steht. Bedenken Sie, daß dort, nach dem was schon früher bemerkt worden ist, der Kernpunkt der Vereinigung der deutschen Völker in der gemeinschaftlichen Armee besteht, wozu ich noch füge, daß so eben eine Depesche von dem englischen Kabinet eingetroffen ist, die einen Waffenstillstand beantragt. Dies sind die Gründe, die den Erzherzog bewogen haben, in seinem wichtigen Amte auszuharren, und unter diesen Umständen glaubte ihm das Ministerium seine Dienste nicht versagen zu dürfen." Wedekind stellt den Antrag, einen von ihm vorgelegten „Gesetzesvorschlag über die Verantwortlichkeit der Reichsminister" an einen Ausschuß zur schleunigen Berichterstattung zu überweisen. Wesendonck und Zimmermann beantragen, daß die Ansprache des Königs von Preussen vom 14. Mai und die darin wider die Reichsversammlung erhobenen Beschuldigungen mit einer Aufforderung an das deutsche Volk zum Schutze der Reichsverfassung die Waffen zu ergreifen erwiedert werde. Die Dringlichkeitsfrage soll indessen bis nach der Berathung des Antrags vom Dreißigerausschusse verschoben werden. Dann kommen mehrere Anträge (den einen siehe in unserem heutigen Blatt) an die Reihe. Mehrere Redner sprachen, die Berathung wird auf morgen vertagt.

Frankfurt, 18. Mai. Der Antrag des Dreißiger-Ausschusses lautet wörtlich: 1) Es wird sofort mit absoluter Stimmenmehrheit eine Reichsregentschaft von 5 Mitgliedern durch die Nationalversammlung und aus der Nationalversammlung und dieser letzteren verantwortlich, zum Zwecke der Durchführung der Reichsverfassung und der Beschlüsse der Nationalversammlung gewählt. 2) Die Mitglieder der Reichsregentschaft leisten vor der Nationalversammlung den Eid auf die Verfassung. 3) Sobald dies geschehen, hört die auf den Grund des Gesetzes vom 28. Juni 1848 eingesetzte provisorische Centralgewalt auf. 4) Die Reichsregentschaft tritt ab, sobald die Verfassung durchgeführt und das Reichsoberhaupt mit Ableistung des Verfassungseides die Reichsregierung angetreten hat. (F. J.)

Hechingen, 10. Mai. Die heute versammelte Landesdeputation hat beschlossen, bei Fürstl. Regierung darauf anzustehen, das Kontingent und die Bürgerwehr, die Beamten mit Einschluß der Sekretäre und Aktuare, die ersten Gemeindevorsteher und Gemeinderathsmitglieder sofort auf die Reichsverfassung zu beeidigen. Am Schlusse ihrer Verhandlungen haben sämmtliche Abgeordnete selbst den fraglichen Eid gleich feierlich abgeleistet. (Schw. M.)

Wiesbaden, 16. Mai. Heute Morgens wurden in den einzelnen Büreaus sämmtlicher hiesigen Collegial-Behörden die sämmtlichen Beamten auf die deutsche Reichsfassung beeidigt. Die Beeidigung des Militärs und der Bürgerwehr wird morgen ohne Zweifel nachfolgen. — Zu bedauern ist, daß einzelne befangene Mitglieder unserer Bürgerwehr die Stellung unserem wackeren Bürgerwehroberst en Malm dadurch verleidet haben, daß sie seiner generellen Unterstützung der Landesbewaffnung Parteiinteressen untergeschoben haben. (Fkft. J.)

† † **Berlin,** 17. Mai. Gestern Abend, bei Abgang der Post, verbreitete sich die Nachricht, daß der Geheime Obertribunalsrath Waldeck durch den Oberanstalswalt Sethe verhaftet worden sey. Die Nachricht bestätigt sich, Hr. Waldeck ist wirklich nach der Stadtvogtei abgeführt worden, seine Papiere sind mit Beschlag belegt. Natürlich machte das Bekanntwerden dieses Ereignisses große Sensation. Man will wissen, daß Papiere hiesiger Demokraten bei Mitgliedern der provisorischen Regierung in Sachsen aufgefunden worden und daß man hier Willens sey, eine Anzahl der bekanntesten Demokraten zu verhaften; wie es heißt, werden auch einige andere Abgeordnete der aufgelösten zweiten Kammer gesucht. Hr. v. Manteuffel soll in Bezug auf diese Angelegenheit geäußert haben, daß man im Besitze von Dokumenten sey, die davon Zeugniß geben, „daß auch in Berlin für die nächsten Tage ein Aufstand vorbereitet gewesen. — Der König von Preussen erläßt einen Armeebefehl an die Soldaten der Linie und der Landwehr, in welchem dieselben aufgefordert werden, natürlich durch die Blume, gegen diejenigen, welche die Reichsverfassung anerkennen, als gegen Eidbrüchige, Lügner, Verräther und Meuchelmörder tüchtig drein zu geben und dadurch dem preussischen Namen Ehre zu machen. (Glück auf zu dieser Ehre!)

Breslau, 16. Mai. Einem verläßlichen Privatschreiben entnehmen wir folgende Nachricht: „Vorigen Freitag (den 11.) früh 10 Uhr wurde Ofen von den Ungarn, mit einem Verlust von 1500 Mann, Todte und Verwundete, genommen. — Das Lager bei Preßburg haben die Oesterreicher aufgegeben. Wien wird stark verschanzt." (N. D. Z)

Französische Republik.

† **Paris,** 16. Mai, Mittags. Das Wahlresultat läßt sich vor Postschluß nicht genau angeben. Führen uns die Morgen-Journale und die seitdem uns bekanntgewordenen Ziffern nicht irre, so läßt sich für heute Abend folgendes Resultat voraussetzen: Paris zählt 12 Arrondissements: In 3 haben die Weißen und in 9 die Rothen gesiegt. Hiefür einige Erläuterungen: Im 1. Arrondissement zählten die Rothen bis heute früh 25 von 100 Stimmen; im 2., 3. und 4. egalisiren die demokratischen Listen alle übrigen; im 5., 6., 7. und 8. Arrondissement haben die Rothen starke Majoritäten; im 9. zählen die Rothen 50, die Verfassungsfreunde 30 und die Weißen 20 von 100 Stimmen. Aus dem 10 fehlten positive Ziffern; im 11. und 12. Arrondissement siegten natürlich die Sozialisten durch und durch. Diese beiden Bezirke votirten fast einstimmig roth. Die Nationalpartei ist vollständig begraben. Sanft ruhe ihre Asche!

Verantwortlicher Redakteur: Dr. **Friedrich Mayer.**

Anzeigen.

Mit einer Beilage.

Deutsche Staaten.

†° **München,** den 19. Mai. 17. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten. Auf der Tagesordnung: Vorlesung des Protokolls der 16. öffentlichen Sitzung. — Bekanntgabe des Einlaufs. Berathung und Schlußfassung über die Anträge auf Modifikation des Häusersteuergesetzes. — Vortrag des Referenten im 3. Ausschusse, Abg. Reinhard über die Beschwerde resp. Antrag der Gemeinden und Grundbesitzer in den kgl. Landgerichten München und Au, den Art. VIII. lit. a. des Jagdgesetzes vom 4. Juni 1848 betreffend. — Vortrag des Sekretärs des Petitionsausschusses über die geprüften Anträge der Abgeordneten; Berathung und Schlußfassung über die Zulässigkeit der von dem Ausschusse zur Vorlage an die Kammer geeignet befundenen Anträge. Nachtrag zur Tagesordnung: Vortrag über die Adresse an S. M. den König. Am Ministertische: Alle Minister mit Ausnahme Lesuires und von der Pfordten. Mehrere Ministerialräthe.

Hegnenberg Dux eröffnet die Sitzung und nimmt den eingetretenen Natterer und v. Steinsdorf den Eid ab. Nach Verlesung des Protokolls geben Bray und Kolb einander befriedigende Erklärung.

Minister Kleinschrodt bringt die der Kammer angekündigte specielle Vorlage ein. (Wörtlich bringe ich sie nach, da man der schnellen Lesung nicht folgen kann.) Die Erklärung hält ein Vereinbarungs-Princip fest, gesteht, daß die bayerische Regierung sich bei dem Oktroi-Congreß in Berlin betheiligt hat. Die 3 Hauptpunkte die für die Nichtanerkennung angegeben sind: 1) Oesterreichs Ausschluß, 2) die zu großen Befugnisse der Centralgewalt, die nicht einen Einheits- sondern einen Bundesstaat begründe. 3) Das Wahlgesetz. Die Ausfälle in den Staatseinnahmen sind wieder unter jenen Vorwänden aufgenommen. Es soll daher die Reichsgewalt nach dem bayerischen Entwurfe auf Matrikular-Beiträge beschränkt werden. Die bayerische Regierung will ein Direktorium an die Spitze gestellt. In den Grundrechten genirt die Regierung besonders die Aufhebung des Adels.

Der Präs. Hegnenberg-Dux will zur Tagesordnung übergehen, Kolb beantragt, die Adresse zuerst zu berathen, Lerchenfeld spricht dagegen. Der Hauptinhalt seiner Rede ist, daß er die Adresse gar nicht will. Dieselbe enthalte eine Erklärung für unbedingte Annahme der Reichsverfassung; dies halte er für das größte Unglück Bayerns. Die Reichsverfassung sey unter Voraussetzungen gemacht, die nicht eingetroffen seyen. Er stellt in Zweifel, daß das Volk in überwiegender Mehrheit die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung wolle; er glaubt das Gegentheil. Es sey kein Oberhaupt da, da der gewählte Erbkaiser abgelehnt habe. Die Oberhauptsfrage sey eine offene geworden; dadurch sey die Reichsverf. nicht einmal als vollendet zu betrachten. Die Gefahren betreffend, auf die man hinweise, ließen sich nicht durch Anerkennung der Reichs-Verf. beseitigen. Die Aufregung in der Pfalz sey durch die Presse so lange genährt und gestachelt worden, daß sie begreiflich sey. Kommissionen werden die Ordnung in der Pfalz nicht wiederherstellen; sie müsse durch traurige Folgen zu sich gebracht werden. In der Pfalz herrsche Anarchie. Die bayr. Kammer werde durch einen Beschluß, wie die Erklärung in der Adresse, der Pfalz einen Boden der Gesetzlichkeit geben, und Franken werde dann auch folgen. (Er weist hin, wie das Ministerium in Frankfurt a. M. das Benehmen des Reichskommissärs Eisenstuck mißbilligt hat.) Durch einen solchen Beschluß werde die Kammer nur der Umsturzpartei in die Hände arbeiten. Das Daseyn einer solchen Umsturzpartei lasse sich nicht leugnen; überall seyen ihre Emissäre. Die Barrikadenkämpfer seyen überall zum größten Theil keine Deutsche, sie seyen größtentheils Fremde, Organe der Umsturzpartei. Rastatt sey jetzt in den Händen einer niederträchtigen, trunkenen, zügellosen Soldateska. Wer habe solche Niederträchtigkeiten veranlaßt? Die Umsturzpartei. In Landau stehe es nicht viel besser.

Seyen die Massen einmal in Bewegung, könne kein Mensch sie wieder zur Ordnung führen. Völker, die für die Freiheit nicht reif seyen, wüßten sie nicht zu bewahren. Die Besonnenheit und Ordnung werde durch Anerkennung der Reichsverfassung nicht herbeigeführt werden. Er glaubt, Bayern würde durch Annahme der Reichsverf. später dem größeren Militärstaate sich unbedingt unterwerfen müssen. Er werde vielleicht in vielen Fragen später gegen die Minister in Opposition stehen, jetzt könne er das Mißtrauensvotum gegen die Minister nur mißbilligen. Er trägt darauf an, daß die Adreß-Debatte vertagt werde.

Kolb stellt den Antrag, sogleich in die Diskussion einzugehen, da Lerchenfeld zu viel Gründe gegen diese Sache angegeben habe und in eine förmliche Debatte schon eingegangen sey.

Hierauf erklärt der Minister Kleinschrod, das Ministerium werde sich aus Rücksichten der Delikatesse entfernen, da in der angekündigten Adresse ihm ein Mißtrauensvotum ausgesprochen sey, worauf Kolb das Wort nimmt und verlangt, das Ministerium solle bleiben; nach allem parlamentarischen Gebrauche müsse es die Beschuldigungen wiederlegen, die die Volksvertreter ihm zuwälzen. Dennoch entfernen sich die Minister.

Nun kommt es durch Lerchenfelds zu weites Eingehen in die Motive der Adresse zu langen Formfragen, die ganz unwesentlich sind.

Die Kammer bestimmt mit Majorität, daß die Adreßdebatte als erster Gegenstand der Tagesordnung zur Debatte gebracht werde. Schüler als Referent beginnt seinen Bericht. Nachdem die verfassunggebende deutsche Nat.-Verf. die Reichsverfassung endgültig beschlossen habe, habe die bayer. Regierung der Nat.-Vers. unterm 23. April die konstituirende Eigenschaft abgesprochen und die Anerkennung der Reichsverfassung abgelehnt.

Der Eindruck dieser Erklärung auf das ganze Volk sey allen bekannt, sey der Regierung ebenfalls nicht entgangen, weßhalb sie ihre zweite Erklärung an das Volk am 1. Mai abgegeben habe (die Plakate veröffentlicht), in der schon die unbedingte Anerkennung abgelehnt werde. Die preußische Note vom 28. v. M. sey eine förmliche Kriegserklärung Preußens gegen die National-Versammlung. (Er widerlegt nun einige Stellen dieser preußischen Note und verliest dann die Erklärung, welche die bayer. Regierung in Folge dieser Konjunkturen der Reichsversammlung, die die Anerkennung verlangen sollte, gegeben. — Beide Aktenstücke sind durch die Blätter allgemein bekannt.) Dann verliest Schüler den Beschluß der Nationalversammlung vom 4. Mai, durch den die Kammern aufgefordert sind, in den Einzelstaaten die Reichsverfassung zur Durchführung und Geltung zu bringen. Es sey wahr, was die Erklärung der bayerischen Regierung in ihrer dritten Erklärung sage, daß die Regierung die alte Bundesverfassung nicht wieder herzustellen beabsichtige; es sey darum wahr, weil diese Bundesverfassung nach Ansicht der zweiten Erkläung der bayer. Regierung noch gar nicht aufgehört hat. Durch ihre Adresse schneide die Kammer allen Verhandlungen über die Reichsverfassung Mängel alle Fäden ab, indem die unbedingte Annahme der endgültig beschlossenen Reichsverfassung als Prinzip in ihr aufgestellt ist. Er verliest nun die Adresse (die ich Ihnen bereits gesandt) und schließt.

Nach der wiederholten Erklärung der Regierung sey der Standpunkt immer der der Vereinbarung, ob aber eine solche noch möglich sey, darüber wolle er der Kammer ein Aktenstück vorlesen. (Verliest nun die Anrede des Königs von Preußen an sein Volk vom 15. Mai.) Der herrliche Sieg sey der Sieg für sein Volk und Deutschland, zu dem der König von Preußen sein Volk aufrufe. Die Nationalversammlung sey vernichtet; mit ihr könne man nicht vereinbaren.

Koch-Sternfeld (ein wirklich dummer Aristokrat) ergreift das Wort, um dagegen zu sprechen, daß die Adresse zur Diskussion komme. (Wie kann die Kammer einen solchen Menschen hören.) Er verwahrt sich im Namen des Gesetzes (lächerlich) gegen den Entwurf.

Die Adresse sey nur eine Unterstützung der Pfälzer Rebellion (Hört! Hört!) Die Reichsversammlung werde in 8 Tagen vielleicht selbst die Pfalz als Rebellin erklären, nicht gegen Bayern, sondern gegen die Reichsgewalt.

Schüler widerlegt die Anschuldigung Koch's, als habe der Adresse-Ausschuß sein Mandat übertreten. Koch beschuldigt den Ausschuß förmlich einer Unterschiebung, ein Ausdruck dessen Koch sich nicht erinnern will.

Der Präsident sucht Koch auf lächerliche Weise in Schutz zu nehmen. Auch Kolb läßt den ehrwürdigen, stockaristokratischen Herrn Koch, gewählt für Altbayern, tüchtig abfahren; es scheine ihm kurios, durch die Bemerkungen des Hrn. v. Koch die kostbare Zeit der Kammer in Anspruch nehmen zu lassen.

Oberkamp spricht gleichfalls dagegen, die Adresse zur Debatte zu bringen; auch Hepf.

Forndran muß sich gegen die Adreßdebatte aussprechen, aus den Gründen, wie Lerchenfeld sie bereits angegeben. Die Reichsverfassung umschließe nicht ganz Deutschland und jedes einzelne Land müsse seine Verhältnisse in's Auge fassen.

Die Kammer beschließt mit 68 gegen 61 Stimmen, daß auf die materielle Diskussion in der Adresse sogleich nicht eingegangen werde, worauf Schmitt, Willich rc. beantragen, daß die Tagesordnung eingehalten und die Adresse am Schlusse der Sitzung, wie sie als Nachtrag zur Tagesordnung bemerkt ist, berathen werden solle. Lerchenfeld und Seyie sprechen dagegen, Kolb dafür.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen.

Hierauf erklärt Stockinger, daß er und seine Freunde sich der weiteren Theilnahme an den Verhandlungen enthielten.

(Die Kammer ist nun in völliger Rathlosigkeit, da Kolb als Referent in einem auf der Tagesordnung befindlichen Gegenstande jeden Vortrag verweigert.)

Kein Mensch denkt mehr daran, den Verhandlungen unter Modifizirung des Häusersteuergesetzes Aufmerksamkeit zu schenken; die Bänke leeren sich größtentheils.

Dennoch wird fortgefahren und zuerst der Antrag des Ausschusses über Modifizirung des Häusersteuer-Gesetzes einstimmig angenommen.

Reinhard referirt nun über die Beschwerde, resp. Antrag der Gemeinden München über lit. a des Jagdgesetzes vom 4. Juni 1848.

Nun kommt der Vortrag des Sekretärs des Petitions-Ausschusses über die geprüften Anträge der Abgeordneten, Berathung und Schlußfassung über die Zulässigkeit der von dem Ausschusse zur Vorlage an die Kammer geeignet befundenen Anträge.

Alle Anträge werden an die treffenden Ausschüsse gewiesen. Da sie dann erst später zur Diskussion kommen, ist die Aufzählung der einzelnen Anträge hier unnöthig. Die Sitzung wird geschlossen.

Die Linke hat heute durch die Treulosigkeit einiger Glieder des linken Centrums einen Schlag erhalten, der übrigens nichts beweist, wenn man bedenkt, wie ein Mensch wie Hr. v. Scheurl, gewählt für das freisinnige Nürnberg, sein Mandat auf so schmachvolle Weise verletzt, daß er (gegen den ausdrücklichen Willen seiner Wähler, gegen das Programm) nun gegen Anerkennung der Reichsverfassung stimmt. Nürnberg muß einen solchen Abgeordneten abberufen, der, seines Mandates durch sclavische und undeutsche Gesinnung unwürdig, noch immer ein etwaiges Ministerportefeuille der Achtung des Volkes vorzieht. Die Pfälzer werden wahrscheinlich heimgehen, die ehrenwerthen Franken können mit ihnen nun Hand in Hand gehen und ihnen folgen, da die Volkspartei doch keine Majorität mehr in der Kammer erlangt.

In der Reichsrathssitzung, der ich nicht beiwohnen konnte, da sie gleichzeitig mit jener der Abgeordneten fiel, wollte Fürst Wallerstein dem Minister folgende Interpellation zuschleudern:

Hohes Präsidium! Zeuge der den Mitgliedern der Kammer der Reichsräthe so eben amtlich zugekommenen Erklärung des Gesammt-Ministeriums. Beharre dieses auf der Nichtanerkennung der deutschen Reichsverfassung, und ist eine spezielle Vorlage an beide Kammern über den Stand schwebender Vereinbarungsunterhandlungen angekündet. Meine Ueberzeugung bezüglich der verfassunggebenden Natur der National-Versammlung und der daraus folgenden Rechtsgültigkeit der

Reichsverfassung ist zwar zu bekannt, um hier einer näheren Erwähnung zu bedürfen. Abgesehen aber hievon wünsche ich an den Hrn. Staatsminister des Aeußeren zur vollständigen Auflösung des ministeriellen Standpunktes folgende Frage zu richten:

1) Ist eine Vereinbarung auch nur zwischen der National-Versammlung und den 4 rein deutschen unter den dissidirenden Regierungen möglich, seit die Krone Preussen das Mandat sämmtlicher Volksvertreter aus Preussen als erloschen erklärt, und diesen Abgeordneten jede Theilnahme an den Berathungen förmlich untersagt hat?

2) Welchen Weg gedenkt die bayerische Regierung nach dieser wichtigen Begebenheit zu Gunsten ihrer Vereinbarungs-Absichten einzuschlagen?

3) Was hat Deutschland Seitens der bayer. Regierung zu gewärtigen, falls, wie zu Tage liegt, die beabsichtigte Vereinbarung als unmöglich erkannt werden muß? Anerkennung der Verfassung? Oder Mitwirkung zu einer Oktroyirung? Oder was sonst?

Ich bitte das hohe Präsidium, diese Interpellation ungesäumt dem Hrn. Minister des Aeussern kund zu geben und dessen schleuniges Erscheinen in der hohen Kammer behufs ihrer Beantwortung erwirken zu wollen. Da aber der Minister v. d. Pfordten nicht anwesend war, unterblieb die Interpellation und wurde wie der Einlauf bekannt gegeben eine Kommission für Revidirung der Geschäftsordnung gewählt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Exp.-Nro. 10120 I.

Bekanntmachung
des
Königlichen Kreis- und Stadtgerichts Nürnberg.

Im Wege der Hilfsvollstreckung wird das in der Vorstadt Wöhrd gelegene, mit Nummer 149 und 150 bezeichnete Haus dem öffentlichen Verkauf unterstellt und hiezu auf

**Donnerstag den 19. July Vormittags 11 Uhr
Commissions-Zimmer Nummer 22**

Termin anberaumt.

Das Haus ist theils ein- theils zweistöckig ein Fuß massiv übrigens von Fachwerk gebaut, mit Flachziegeln doppelt eingedeckt und frei, lauter und eigen.

Ein Waldrecht haftet auf dem Hause nicht, es liegt dasselbe mit 1550 fl. in der Brandversicherung und wurde auf 1700 fl. geschätzt.

Die nähere Beschreibung kann aus den zur Einsicht offen liegenden Akten entnommen werden. Besitz- und zahlungsfähige Kaufsliebhaber werden hiezu mit dem Bemerken eingeladen, daß der Verkauf nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §. §. 98 und 101 der Prozeßnovelle vom 17. Novbr. 1837 erfolgt.

D. l.
Iberl, k. Rath.

Holz-Verkauf.

Nahe bei Mögeldorf sind an circa 60 Stück große und kleine Eichenstämme, worunter mehreres Wagnerholz, 40 Fichtenstämme zu Bruck- und Bauholz, 12 Mäß Eichen-Scheitholz 30 Mäß Eichen- und Fichten-Stockholz, dann 10 Stück ganze Eichenstöcke für Metzger täglich zu verkaufen. Auskunft gibt Wirth Wambach in Mögeldorf.

(Bekanntmachung.) Aus innerer Ueberzeugung nicht mehr mit den Lehrsätzen der evangelischen Kirche einverstanden, sind wir der freien christlichen Gemeinde zu Nürnberg beigetreten. Dieß allen Verwandten und Freunden zur Nachricht.

Großhebersdorf, den 18. Mai 1849.

B. Bettling, Wund- und Geburts-Arzt,
und dessen Frau, geb. Hoffmann aus Altenreuth.

Volks-Verein.

Dienstag den 22. Mai, Abends 8 Uhr, Versammlung im Neubauers-Garten zu Gostenhof.

(Anzeige.) Wer ausgezeichnetes gutes und frisches Bier trinken will, der gehe in den Vogelsgarten.

Ein Freund des Biers.

(Zu vermiethen.) Ein möblirtes Sommersälchen auf die Allerwiese gehend, ist täglich zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Ein schön neumöblirtes Zimmer, ist um den Preis von fl. 3 pr. Monat an einen soliden Herrn zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Ein schönes Logis ist an einen soliden Herrn oder eine Dame täglich oder nächstes Monat zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) In der Breitgasse ist der 2. Stock Nro. 834 bis nächstes Ziel Laurenzi zu vermiethen.

(Gesuch.) In einer Konditorei mit Lebküchnerei und Spezereigeschäft verbunden, wird ein wohlerzogener junger Mensch unter billigen Bedingungen in die Lehre zu nehmen gesucht. Näheres unter den Buchstaben M. K S. durch die Exped. d. Bl.

(Gesuch.) Es wird eine erfahrene Kindsmagd sogleich in Dienst zu nehmen gesucht.

(Gesuch.) Ein Mädchen vom Lande, in den 30jährigen Jahren, welches sich über Treue und Fleiß ausweisen kann, wünscht bei einer soliden Herrschaft sogleich unterzukommen.

(Literatur.) So eben ist erschienen und in der Exped. der Mittelfränkischen Zeitung zu haben:

**Antwort
auf
das Hirtenwort
der 24 Geistlichen der Diecöse Nürnberg
von
Johannes Ronge.**

8vo. 1½ Bogen Preis 3 kr.

Wir geben diese kleine Brochure um den billigen Preis von 3 kr., damit sie sich auch der Unbemittelste anschaffen kann und sie in Jedermanns Hände kommt.

(Literatur.) So eben ist erschienen und in der Exped. der Mittelfränkischen Zeitung à 6 kr. zu haben:

**Der Christusglaube.
Predigt
über Johannes 3, 11—18 und Römer 10, 1—4.**
gehalten
in der freien christlichen Gemeinde zu Nürnberg
und herausgegeben auf Veranlassung des kgl. Distrikts-Schulinspektors und dritten Pfarrers Herrn Ch. H. Jorns in Hersbruck.
Nebst einem
offenen Sendschreiben an denselben
von
Heinrich Bäthig.
Prediger der freien christlichen Gemeinde Nürnbergs.

(Literatur.) In der C. H. Zeh'schen Buchhandlung in Nürnberg ist wieder vorräthig:

**Die kleine
Deutsche Köchin**
oder Anweisung
wie in einem bürgerlichen Hausstande
die Küche
gut, geschmackhaft, abwechselnd, und dabei wohlfeil zu führen ist.
Auf eigene
seit 20 Jahren in der Küche
gemachte Erfahrungen gegründet und herausgegeben
von
Louise Richter.
Achte Auflage.
Preis nur 18 kr.

zur Mittelfränkischen Zeitung.

№ 20. Nürnberg, 21. Mai. 1849.

Ein Geheimniß.

(Fortsetzung.)

Der erste Gedanke des Marschalls bei seiner Ankunft in Paris, war auf das Hôtel Montaran gerichtet, in welchem er — nach dem Inhalt des Brieffragments, das ihm in Händen geblieben — die Enthüllung eines Geheimnisses zu finden hoffte, das ohne Zweifel mit der Untreue seiner Frau in Verbindung stand; aber er hatte dort ganz einfach erfahren, was alle Welt wußte. Die Verbindung des Fürsten mit Blanche, den Ankauf des Hôtels für die junge Frau, und das ruhige und zurückgezogene Leben, das die Bewohner des Hôtels führten.

Der Herzog, der von dem Zufalle gar nichts mehr hoffte, hatte sich, obwohl noch sehr schwach und leidend, auf dem Balle des Grafen Frochot eingefunden, wo man ihn zum erstenmale seit seiner Rückkehr aus Spanien öffentlich mit der Herzogin erscheinen sah.

Die heftige Aufregung, der Stephanie seit einigen Monaten ausgesetzt gewesen, hatten über ihr schönes Gesicht eine Marmorblässe ausgebreitet, die in Verbindung mit ihren glänzenden schwarzen Augen ihren Zügen einen seltsamen fantastischen Ausdruck lieh. Man hätte sie für eine Burgfrau des Mittelalters gehalten, die bei einem der Feste unseres modernen Zeitalters erschienen.

Wer diese Frau mit ihrem Gemahl zusammensah, eines auf das andere gestützt, mitten den Umgebungen dieses glänzenden Balles, mit allen jenen zuvorkommenden Dehors, welche die Welt fordert und welche so oft den Schein retten, hätte nicht ahnen können, daß zwischen diesen beiden Seelen ein Abgrund des Hasses, des Schreckens und der Rache lag, den keine Zeit ausfüllen konnte.

Nachdem Odoart dem Kaiser seine junge Frau vorgestellt, der sie höchst herablassend aufgenommen, legte er ihren Arm

Odoart schien ihr kalt und gezwungen; statt der glühenden und zärtlichen Blicke, die er in der Kirche St. Elisabeth an sie verschwendet, schien er heute mit kaltem und gleichgültigem Blicke die nicht zu sehen, die Tausende bewunderten; der süße und zärtliche Ton des Fürsten in der Kapelle hatte sich in einen ehrfurchtsvollen und ceremoniösen verwandelt.

Diese plötzliche Veränderung berührte die junge Fürstin so schmerzlich, daß sie zu bedauern anfing, denjenigen wiedergesehen zu haben, der durch seine Kälte alle schönen Blüthen theurer Erinnerungen vernichtet hatte.

Dennoch war diese eisige Gleichgültigkeit Odoarts nur eine scheinbare.

Seit seiner Verheirathung, besonders seit seiner letzten Begegnung mit seiner jungen Frau, war durch eine jener traurigen und kläglichen Aufwallungen der menschlichen Gefühle sein Herz ganz der eigen geworden, die er zu einem Werkzeuge seiner geheimen Pläne hatte machen wollen.

Die Gewissensbisse über das Böse, welches er dieser engelgleichen, so reinen und keuschen Seele zufügen wollte, der man die sonderbare Rolle, die sie in diesem unbekannten Drama spielte, noch nicht zu entdecken gewagt hatte; das tiefe Mitleid, welches das unschuldige Kind ihm einflößte; der grausame Zwang, der eine andere Liebe ihm auferlegte, die unaufhörlichen Leiden und Gefahren, die zahllosen Schwierigkeiten, mit denen er umgeben war, hatten den Prinzen über seine früheren Gefühle, die er noch vor Kurzem für ewig gehalten, zum Nachdenken geführt, und wenn ein Liebender zum Nachdenken kommt, wenn die Vernunft sich zwischen ihm und seiner Leidenschaft in das Spiel mengt, dann liebt er nicht mehr, oder er ist nahe daran, nicht mehr zu lieben.

Mit der lebhaftesten Freude hatte daher Odoart die Gelegenheit ergriffen, (eine Gelegenheit, die übrigens aus Motiven, welche sich später enthüllen werden, unausbleiblich war) Blanche auf diesem Balle wiederzusehen; aber kaum hatte er einige Schritte mit ihr gemacht, kaum seine Bewunderung mit

führte, obwohl er durch seine Zärtlichkeit gegen die junge Fürstin sich auch einer geheimen Schuld bewußt war.

Aber bei dem Anblicke dieser interessanten, so unglücklichen Frau empfand Odoart die grausamste Angst. Zwischen zwei Wesen gestellt, die Beiden von ihm eine Liebe erwarten konnten, welche er, wie er wohl fühlte, nur einer von ihnen schenken konnte, mußten seine Mienen, seine Blicke, das geringste Wort ebenso viele Dolchstiche für die eine oder die andere von ihnen seyn. .... Und daher kam diese plötzliche Kälte, diese eisige Haltung, welche Blanche verwundete und ihr eine so schmerzliche Ueberraschung verursachte.

In dem Augenblicke, in welchem die Herzogin von A... den Fürsten bemerkt hatte, entging das unwillkürliche Beben, das sie empfand, ihre erhöhte Blässe dem Marschall nicht, und indem er dem bewegten Blicke seiner Frau folgte, bemerkte er die fast elektrische Bewegung, die sich dem Fürsten mittheilte und die Bewegung, die gleichzeitig die beiden Liebenden erschütterte.«

Das war ein erstes Anzeichen, das er in seiner Eifersucht sich gar wohl merkte.

(Fortsetzung folgt.)

Der Reichsgraf.

Eine Geschichte aus dem vorigen Jahrhundert, von G. Kaut.

(Fortsetzung.)

Der Forstjäger runzelte die Stirne und zog die Augenbrauen unterwärts, wie er stets that, wenn er sich etwas ins Gedächtniß zurück zu rufen suchte, dann sagte er: »Ich erinnere mich! Das ist das nämliche dralle Ding, dem Du im vorigen Frühling einen Strauß Maiglöckchen brechen halfst. Hat schwarze Augen, dunkelbraune Haare, hüpft und springt wie ein junges Reh, und ist ganz dazu geschaffen, einen ehrlichen Kerl zu einem Biß in den Apfel zu verleiten. Hast Du nicht auch beim Maifest mit der hübschen, frischen Eva getanzt?«

„Ja, Vater!“ versetzte Theobald unwirsch über den ironischen Ton.

„Geduld, Bürschchen!“ nahm der alte Waidmann wieder das Wort. „Bin noch nicht fertig — komm' immer mehr auf die richtige Fährte. Deine Agnes ist nicht aus Hohenau gebürtig, sondern Gott weiß, woher. Wenn ich nicht irre, stand das Mädel vor elf Jahren weinend dort draußen an der Brücke, und soll von einer versprengten Zigeunerbande im Stiche gelassen worden seyn. Die Frau Stadtschreiber war gerade Wittwe geworden und nahm das verlassene Kind auf. Man sieht's freilich der schönen Agnes nicht mehr an, daß sie ehedem unter Zigeunern gelebt. Was?“

„Agnes ist ein Wesen, für das keine Fürstenkrone zu gut wäre,“ erwiederte Theobald mit Begeisterung. „Mögen ihre Eltern gewesen seyn, wer sie wollen, in ihren Adern hat edles Blut gerollt. Nicht der Ort der Geburt, nicht der Name der Eltern verleiht den Adel der Menschheit, sondern die Schönheit der Seele, die Reinheit des Herzens, die man weder erben noch kaufen kann.“

„Sprichst wie ein Buch, Bürschchen!“ sagte der Forstjäger, vom Tische aufstehend. »Wenn die Frucht reif ist, fällt sie ab. Für heute ist's genug! Das aber merke Dir, daß es sich für einen Waidmann in Deinen Jahren nicht recht schicken will, die Abende mit Liebeständeleien zu verbringen.“

Der Alte brach hier ab, ergriff seine Pfeife, zündete solche wieder an, und nahm seinen früheren Platz ein; Theobald aber hängte den Hirschfänger um, lud dann die beiden Läufe seiner Flinte, den einen mit sogenannten Nußschroten und den andern mit einer Kugel, und wollte sich entfernen.

»Halt, Bursche!« rief der Forstjäger seinem Sohne, der fast schon zur Thüre hinaus war, zu: „Hast Du gestern Abend nichts Neues in Hohenau erfahren? Ist der Erbgraf Friedrich immer noch nicht von Paris zurück?«

„Gestern Abend langte er in Begleitung eines Franzosen an,“ antwortete der Jüngling. „So hab' ich gehört.«

„Hm! hm!“ brummte der Alte in den Bart. „Wird dem Reichsgrafen auch kein Gefallen seyn, — der kann unter allen Völkern die Franzosen am wenigsten leiden. Das hätte doch der Erbgraf Friedrich wissen müssen. Die jungen Herren heutigen Tages haben aber wenig Ueberlegung. Vermeinen sich um's erfahrene Alter nicht mehr kümmern zu brauchen, und wähnen, die Welt in einem Tage reformiren zu können. Wette darauf, der Franzose kommt dem alten Reichsgrafen nicht gelegen. Hm! hab' übrigens nicht nöthig, für Andere zu sorgen — kann vor meiner Thüre kehren. Fängt der Blitzjunge von Theobald auch schon mit Liebeln an. Ist auch noch in ein Mädel vernarrt, das keine Eltern hat, und vielleicht hinter einer Hecke zur Welt geboren wurde. Möcht' mich zu Tode ärgern über den Dummkopf, der, wenn die Zeit kommt, einmal eine andere Partie machen kann.“

Der graue Nimrod fuhr noch lange fort, seinem Aerger über das entdeckte Liebesverhältniß seines Sohnes in dieser Weise Luft zu machen. Endlich tröstete er sich mit dem Gedanken, daß die Neigung Theobald's zur schönen Agnes ein Jugendrausch sey, der wieder verfliegen werde, wenn Ersterer nur einmal die Fünf und zwanzig überschritten habe. Da werde schon der Verstand kommen, meinte er, und bis dahin möge der Bursche immerhin zuweilen mit dem Mädel tändeln und spielen, wenn er's nur nicht zu arg mache.

3.

„Nun, einmal mußte er's doch erfahren,“ dachte Theobald, als er rüstig neben dem getreuen Waldmann durch die kalte Morgenluft schritt. „Hab' mich schon lange gewundert, daß er noch nicht gefragt, warum ich jeden Abend so spät heimkehre. Wenn die Plaudertasche von Katharine mich heute nicht verrathen, wäre er vielleicht noch lange nicht hinter die Geschichte gekommen. Doch, man soll nichts hinter dem Rükken der Eltern treiben, und darum ist's gut, daß es heraus ist. Agnes ist ein Engel, den ich liebe, anbete, für den ich in den Tod ginge. Keine Macht der Erde kann und wird mich von ihr trennen. Hm! das ist viel gesagt. Wie, wenn mein Vater, der sonst so gut gegen mich ist, gerade in dieser Beziehung sein Betragen änderte? Nein! nein! das wird, das kann er nicht. Wenn ich ihm vorstelle, daß mein ganzes Lebensglück auf dem Spiele steht, wird er nachgeben. Bleibt aber immer eine gefährliche Sache, daß man nicht weiß, woher das Mädchen stammt. Sie kann eben so gut die Tochter eines Prinzen, als eines Bettlers seyn. Doch warum diese Skrupel? Ist sie vielleicht in dem einen Falle weniger liebenswürdig, als in dem andern? Wer weiß, wie's kommt? Unser beiderseitiges Geschick kann sich noch recht freundlich gestalten. Manch armes, verlassenes Kind kam schon durch die unverhofft

rief der Forstjäger seinem Sohne, a
hinaus war, zu: „Hast Du gestern Ab
enten erfahren? Ist der Erbgraf zu
ht von Paris zurück? –
langte er in Begleitung eines Freun
Jüngling. „So hab' ich gehört“
rummte der Alte in den Bart. „Wir w
ein Gefallen seyn, — der kann unter d
en am wenigsten leiden. Das hätte sich
issen müssen. Die jungen Herren haben
wenig Ueberlegung. Vermeinen sich n
e mehr kümmern zu brauchen, um ei
neuen Lage reformiren zu können. Er
kommt dem alten Reichsgrafen nicht g
übrigens nicht nöthig, für Andere z
meiner Thüre kehren. Fängt der Ju
auch schon mit Liebeln an. Ist n
ernaert, daß seine Eltern ihn, um a
Decke zur Welt geboren wurde. Ha
über den Dummkopf, der, wenn e
eine andere Partie machen kann.“
ot fuhr noch lange fort, seinem Ver
iebesverhältniß seines Sohnes zu er
n. Endlich tröstete er sich mit dem
gung Theobald's zur schönen Agnes w
wieder verfliegen werde, wenn dieser
und zwanzig überschritten habe. D
ame kommen, meinte er, und bis da
ürschlein zuweilen mit dem Mädel tän
nur nicht zu arg mache.

3.

ätt' er's doch erfahren," dachte Theob
n getreuen Waldmann durch de
hab' mich schon lange gewundert, w
warum ich jeden Abend so bis
Unterlasche von Katherine mit
er vielleicht noch lange nicht hat
Doch, man soll nichts hinter den
und darum ist's gut, daß el
ei, den ich liebe, achte, für
eine Macht der Erde kann

versunken, unwillkürlich nach dem Orte hingetrieben, von wannen ihm ein lieblich Bild winkte. Da stand er plötzlich draußen vor dem Walde an der Brücke. Vor ihm lag durch die graue Regenluft halb verschleiert das Städtlein in friedlicher Stille. Fast aus allen Schornsteinen wirbelte Rauch auf und ward vom Westwinde über die Häuserreihe hingetrieben. Auch dort im dritten Hause mit den grünen Fensterläden war man schon geschäftig, das bewiesen die unverkennbaren Zeichen des Feuers, die der oberen Oeffnung der Wohnung entstiegen. Drinnen am Heerde war vielleicht die schöne Agnes, angethan mit dem weißen Schürzchen, das ihr so wohl stand, emsig thätig für sich und ihre Pflegemutter das Frühstück zu bereiten. Er hätte hineilen mögen, dem holden Kinde die Hand zu küssen und ihr zu sagen, wie er sie ewig liebe und ohne sie nicht leben könne. Lange schaute er hinüber. Endlich wandte er sich seitwärts, um seiner Pflicht getreu, den Forst zu begehen. Mehr als einmal kam er an jungem Gehölze vorüber, aus welchem der muntere Waldmann einzelne Schnepfen aufjagte, die schnell davon flatterten, um sich in geringer Entfernung wieder nieder zu lassen. Er schlug dann jedesmal instinktmäßig das Gewehr auf die langgeschnabelten Vögel an, und ärgerte sich, wenn ihm einfiel, daß man mit Kugel und Rullschroten keine Schnepfen schieße.

Düster und still war's übrigens sonst in dem großen Walde. Die hohen Bäume streckten traurig ihre kahlen Wipfel zum Himmel empor, und schienen niedergeschlagen, daß der liebliche Mai so lange säume, bis er seinen Einzug halte, und sie mit dem grünen Kleide schmücke. Von Zeit zu Zeit eilte ein schnellfüßiges Reh oder ein furchtsamer Hase über den Weg, oder flog der stolze Hirsch mit zurückgelegtem Kopfe in mächtigen Sätzen wie auf Sturmes Flügeln durch den Forst. Selten hörte man die Stimme eines Vogels. Nur die Drossel versuchte es zuweilen, einen ihrer langgezogenen Töne schallen zu lassen, verstummte aber bald wieder; denn das heitere Antlitz der Sonne war hinter trüben Regenwolken verborgen, und selbst die befiederten Sänger des Haines sind verstimmt, wenn das Licht des Tages seine glänzenden Strahlen den Wesen, die da leben, entzieht.

Nach Verlauf von etwa einer Stunde kam Theobald zu einem Köhler, den er kannte, und der ihn benachrichtigte, daß er gestern gegen Abend auf dem Wege nach Friedheim den Wolf in der Dornlache gesehen habe.

richte sich seiner, wenn er sich Agnes unter der Menge der Neugierigen bei seinem Einzuge vorstellte. Wir wünschen Dir Waidmanns Heil und Segen, guter Theobald, auf daß Du nicht getäuscht werdest in Deinen Erwartungen, deren Erfüllung wir Dir von Herzen wünschen. Unfern der Dornlache zog das Bellen Waldmanns plötzlich die Aufmerksamkeit des Jägers auf sich; der Hund war unsichtbar, denn er befand sich hinter einem Felsenvorsprung. Als Theobald ihm nahe gekommen, bemerkte er ein menschliches Wesen, das in einer Grotte wahrscheinlich Schutz vor dem Regen gesucht hatte. Der kleine Kläffer sprang unaufhörlich lärmend auf und ab, bis ihn Theobald, der in der Erscheinung eine Zigeunerin erblickte, zurückrief. Die Fremde schien kaum von Waldmann Notiz genommen zu haben, und blieb selbst dann in ihrer früheren Ruhe, als Theobald dicht vor ihr stand. Das Weib hatte zwar die Gesichtsfarbe, aber weder die Physiognomie, noch die Haare der »Töchter des Waldes,« und auch ihr Auge war statt schwarz, dunkelblau. Sogar dem jungen Jäger, der in seinem Leben noch wenige Individuen dieses morgenländischen Volksstammes gesehen, da dieselben aus leicht erklärlichen Gründen das Gebiet des Reichsgrafen von Hohenau mieden, fiel diese Wahrnehmung auf. Er betrachtete einige Minuten still sinnend die dunkelgelbe Person, und allerlei Gedanken durchkreuzten sein Inneres. War ja doch einst Agnes in Gesellschaft solcher Menschen umhergezogen, vielleicht von ihnen geraubt worden, und wie sehr war's ihm darum zu thun, zu erfahren, woher das Mädchen seines Herzens stamme! Diese Ungewißheit, war sie nicht der mächtige Wall, den der Vater dem Glücke des Sohnes entgegen setzte? „Hört, Frau!“ redete der Jüngling die Zigeunerin an, „Ihr sitzt so ruhig und sicher hier, als wüßtet Ihr nicht, wo Ihr Euch befindet. Der Reichsgraf von Hohenau duldet solche Leute, wie Ihr seyd, nicht in seiner Herrschaft. Darum ist's nicht gut, daß ich Euch hier treffe.“

Diese Worte schienen Eindruck auf die Schweigende zu machen; denn sie erhob sich sogleich von ihrem Sitze und sagte in elsässischem Dialekte, mit vielen französischen Wörtern untermischt: „Ach, guter Herr! Ihr werdet mir doch nichts zu Leide thun? Bin unbekannt in dieser Gegend, und will heischen gehen in die Dörfer. Unsere Leut' lagern drüben bei Friedheim.“

„Glaub's, daß Ihr noch wenig hier gewesen,“ erwiederte

einem solchen Wesen über seine Geliebte zu sprechen, „hm! dann müßtet ihr wahrscheinlich im Wasser oder unter der Erde leben; denn so viel mir bekannt ist, seyd ihr allenthalben auf Erden nicht wohl gelitten."

Theobald ging. Er hatte nicht bemerkt, daß während dieses kurzen Gespräches Waldmann ängstlich umher gelaufen war; auch war ihm entgangen, daß der Hund mit eingezogenem Schweife und allen Zeichen großer Angst hinter ihm her lief. Seine Gedanken waren bei Agnes.

Eben hatte er die Tarnlache erreicht und stand im Begriffe, diesen Walddistrikt zu durchstreifen, als ein furchtbares Geschrei aus der Gegend kommend, wo er die Zigeunerin verlassen, an sein Ohr drang. Es war eine weibliche Stimme. Ohne Zweifel bedrohte eine große Gefahr ein Menschenleben. Er eilte daher ohne Verzug zur Rettung herbei. Wie stürmisch pochte sein Herz, als er den Felsen wieder zu Gesichte bekam. Die Zigeunerin war nicht mehr auf dem vorigen Platze, sondern hatte versucht, sich vor den Zähnen eines ungeheueren Wolfes auf die Felsenhöhle zu retten. Das war ihr aber nicht gelungen. Sie schien ausgeglitten zu seyn und hing fast schwebend in der Luft, indem sie sich mit großer Anstrengung an den Zweigen von Strauchwerk fest hielt. Die Bestie bedurfte nur eines Sprunges, und sie hatte ihr zitterndes Opfer im Rachen. Da krachte Theobald's Gewehr. Das grimmige Raubthier that einen mächtigen Satz und stürzte dann zu Boden, raffte sich aber gleich wieder empor und wollte entfliehen. Des Jägers zweites Rohr mit Nullschroten entlud sich, und der Wolf hatte für immer zu leben aufgehört.

Als sich Theobald nach dem Weibe umsah, lag dasselbe wie entseelt am Felsenrande. Es war ohnmächtig herabgefallen. Er rüttelte und schüttelte die Regungslose, sprützte ihr Wasser ins Gesicht und stellte mancherlei Versuche an, sie wieder zur Besinnung zu bringen. Endlich schlug sie die Augen auf und blickte ängstlich umher.

„Fürchtet Euch nicht, gute Frau!" sagte Theobald, indem er ihr auf die Füße half und sie auf ihren früheren Sitz führte. „Der Graupelz da kann Euch nicht mehr schaden. Wäre aber bei Gott! bald um Euch geschehen gewesen. War aber auch nicht recht von Euch, so allein in dem großen Walde zu bleiben."

„Das heiß ich Glück, junger Herr!" ließ sich plötzlich eine rauhe Stimme vernehmen, und die rußige Gestalt Hansels kam zum Vorschein und stellte sich bewundernd vor den todten Wolf. „Hm! ein kapitaler Kerl, größer noch, wie der vor zwei Jahren. Was wird der Reichsgraf für Augen machen! Wie werden sich die andern Jäger ärgern! Gratulire! Das aber sag' ich Euch, dabei muß ich seyn, wenn Ihr den Herrn Urian hier ins Schloß bringt, um zu sehen, wie weit sie ihre Fensterläden aufreißen."

„Zu dieser Ehre, Hansel! könnt Ihr ohne viele Mühe kommen," versetzte Theobald. „Ich brauche Euch sogar. Geht, holt Euern Schiebkarren! Bevor die Glocke zwölf in Hohenau schlägt, sind wir dort."

„Mir recht!" rief Hansel, freudig davon eilend, denn er erinnerte sich sehr wohl, daß der Reichsgraf, sein erlauchter Gebieter, in solchen Fällen eine große Freigebigkeit an den Tag zu legen pflegte.

Mittlerweile war die Zigeunerin wieder von ihrem Schrecken genesen, trat zu ihrem Retter hin und stammelte Worte des Dankes.

„Schon gut, schon gut, Frau!" beruhigte derselbe. „Danket Gott, daß mich mein Weg hierher führte! Jetzt wäret Ihr ohne Zweifel nur noch eine verstümmelte Leiche. Ihr seyd jedenfalls sehr ergriffen von der ausgestandenen Todesangst. Ich rathe Euch nun, und bestehe sogar darauf, daß Ihr mich nach Hohenau begleitet. Dort werd' ich Euch einige Erquickungen zu verschaffen suchen. Der Reichsgraf ist zwar, wie ich Euch schon gesagt, kein Freund Eures Stammes, indessen fragt es sich, ob er Euch zu Gesicht bekommt; und sollte dies der Fall seyn, so wird Euch, ich stehe dafür, kein Leid geschehen." Das Weib hatte nichts gegen Theobalds Vorschlag einzuwenden.

Hansel kam bald mit dem Schiebkarren, der Wolf ward aufgeladen und fort ging's auf dem Wege nach Hohenau. Der glückliche Schütze machte seiner inneren Freudigkeit durch heitere Scherzreden Luft, und suchte auch die Zigeunerin in eine andere Stimmung zu versetzen. Doch diese blieb stets einsylbig und gab auf Theobald's Fragen lauter ausweichende Antworten.

Man langte endlich in Hohenau an. Einige Knaben verbreiteten in dem Städtlein schnell die Kunde von der Erlegung des Wolfes, und als man an einem gewissen Hause mit grünen Fensterläden vorbei kam, sahen zwei himmlische Augen, wie Sterne vom klaren Himmel, durch die Scheiben, und die beiden Augen gehörten zu einem Köpfchen so engelhaft schön, daß man hätte glauben können, ein Raphael'sches Madonnengesicht blicke hinter Glas hervor. Agnes schaute freundlich herüber, und Theobald triumphirend hinüber.

Alt und Jung waren zusammengeströmt und folgte jubelnd zum Schlosse. Nicht allein aber der Wolf, sondern auch die seltene Erscheinung einer Zigeunerin hatte Aufsehen erregt. Einige staunten über das dunkelgelbe Gesicht, Andere spotteten, und wieder Andere schienen nicht übel Lust zu haben, in empfindlichen Demonstrationen gegen das arme Weib auszuarten. Der Jäger hatte Mühe, das Volk im Zaume zu halten.

Der Zug langte im Schloßhofe von Hohenau an, als eben der Marquis de la Tour Audienz bei dem Herrn Reichsgrafen hatte. Wir wissen übrigens schon, daß dieser Letztere sogleich Anstalten traf, sich in eigener Person von der Ursache des lärmenden Auflaufs zu überzeugen. Se. Erlaucht erschien in der That schon, die bewußte Türkenpfeife rauchend, auf dem Schauplatze, bevor Theobald die übliche Meldung hatte machen lassen. Auch der Erbgraf Friedrich fand es nicht unter seiner Würde, in Begleitung seines Günstlings, des Franzosen, das erlegte Raubthier zu beaugenscheinigen. Alle bewunderten dessen Größe und die waidmännische Geschicklichkeit des jungen Hubert.

(Fortsetzung folgt.)

Berichtigung.

In dem in Nro 19 des Montagsblattes enthaltenen Gedicht: „Bardenruf" soll es im vierletzten Vers statt: „Jungfrau Du —" heißen: „Theures Weib — ", und im letzten Vers statt: „Harret nur" „Harret aus".

Druck und Verlag von Wilhelm Tümmel S. Nr 514 am Rathhaus.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 22 Mai 1849. **№ 142.** **Dienstag: Helena.**

Deutsche Staaten.

† **München**, den 20. Mai. Die politischen Fragen verwickeln sich immer mehr, so daß an eine friedliche Lösung und Entwickelung kaum mehr zu denken seyn dürfte. Die den Kammern vorgelegte Erklärung des Gesammt-Ministeriums ist zu nichts gut, als den gordischen Knoten noch mehr zu schürzen, so daß er am Ende nur mit dem Schwerte zerhauen werden kann. Die preussische Politik, die Politik des Kabinets der „Mißverständnisse“ spielt in der Erklärung eine Hauptrolle; aber dem Befangenen allein kann nach ruhiger Durchlesung dieser Erklärung es entgehen, daß es sich überhaupt jetzt um nichts handelt, als um ein Bündniß des Absolutismus gegen die Völker. Auch Oesterreich, heißt es in der Erklärung, sey in Berlin bei dem Kongresse vertreten; mit anderen Worten: die Windischgräz- und Wrangel-Politik tritt in den Bund mit der Politik des Hrn. Pfordten; für die sich dann schon ein Held in Bayern zur Exekutirung finden wird.

Zur Debatte kann und wird es in der Kammer gar nicht kommen über diese Erklärung; denn auf der Tagesordnung für morgen steht die gestern vertagte Berathung der Adresse an den König, und es ist mehr als wahrscheinlich, daß dann die Linke dennoch den Sieg davon trägt, da viele Wackelmänner des linken Centrums schon jetzt ihre gestrige Abstimmung bitter bereuen sollen. In diesem Falle wird die Kammer aufgelöst.

Ist dies aber nicht der Fall, so scheiden die Pfälzer aus der Kammer, und den Franken bleibt ebenfalls nichts Anderes übrig, als der Austritt, da die Linke keine Majorität mehr erlangen kann.

Durch den Austritt aber wird die Kammer beschlußunfähig, und es muß dann entweder zur Einberufung der Ersatzmänner, oder zur Auflösung geschritten werden.

Herr v. Lerchenfeld hat gestern durch seine Rede den letzten Stoß erhalten; er ist aber nichts weiter, als ein Adeliger, der für die Adels- und Dynasten-Interessen kämpft. Auch Herr Dur wird sich, wenn die Kammer beisammen bleibt, nicht halten können; er ist parteiisch und terrorisirt die Kammer auf höchst ungeeignete Weise.

Wird denn Nürnberg Hrn. Scheurl nicht bald ein Mißtrauensvotum, und zwar ein **entschiedenes** senden? Auf zarte Weise scheint er nicht zu gehen!

Die Deputation aus Nürnberg (HH. Cramer-Klett, Geißler, Zeltfelder, Schmidmer) ist hier angekommen.

Gegen den dritten Redakteur des Gradaus soll nun auch wieder ein Verhaftsbefehl ausgefertigt seyn; man will das Blatt um jeden Preis unterdrücken.

In den nächsten Tagen erscheint der Wehrbefehl; er ist bereits gedruckt.

• **Nürnberg**, 21. Mai. Das gestern von dem Arbeitervereine veranstaltete Verbrüderungsfest ging in dem sehr schön dekorirten Schloßzwinger in der dem Gegenstande würdigen Ordnung vorüber.

△ **Erlangen**, den 20. Mai. Trotz aller väterlichen Ermahnungen des Prorektorats ließen sich unsere Studirenden dennoch nicht abbringen, auf die deutsche Reichsverfassung feierlich zu schwören. Die Aula war versagt worden, weßhalb der Akt auf offenem Markte an der Statue des Stifters der Universität vor sich ging. Die demokratischen Vereine und die Turner nahmen daran Antheil. Ein Student als Redner sprach passende Einleitungsworte vor der Eidesleistung, und ein kräftiges Lied „Schalle Du Turngesang“ „brauste“ wirklich „wie Wogendrang“ aus der deutschen Brust der wackeren jungen Männer. Heitere Unterhaltungen auf dem Welsgarten, und im Prater reihten sich an die ernste Handlung.

Kaiserslautern, 16. Mai. In Rheinhessen hat der ehemalige Reichstagsabgeordnete Zitz ein wohlbewaffnetes Korps von 1800 Mann zusammen gebracht und sich zur Verfügung des Landesausschusses der Pfalz gestellt. Er ist gegenwärtig im Alsenzthale postirt, wo man den ersten Angriff der Preussen von dem benachbarten Kreuznach aus erwartet. Gestern sind 200 Mann vom 9. und 6. Regiment in dieses Thal dirigirt worden, um jenes Korps zu verstärken. — Gleichzeitig brach Obristlieutenant Anneke an der Spitze einer aus Soldaten und Studenten gebildeten Kerntruppe von 1200 Mann nach Ludwigshafen auf, um die badische Bewegung zu unterstützen. — Je schroffer und hartnäckiger die bayerische Regierung den gerechten Forderungen der Pfalz gegenüber auftritt, zu um so energischeren Schritten wird der Landesausschuß getrieben werden. Bereits sind in allen Kantonen der Pfalz Abgeordnete gewählt, um morgen hier zusammenzutreten und definitive Entscheidung über die nächste Zukunft des Landes zu fassen. (Frkft. J.)

Kaiserslautern, 17. Mai. Zu Mitgliedern der provisorischen Regierung wurden heute gewählt: die Reichstagsabgeordneten Reichardt, Culmann, Schüler und Kolb, sowie der Abgeordnete zur bayerischen Volkskammer: Dr. Hepp. (Culmann, Schüler und Kolb sind zugleich Abgeordnete zur bayerischen zweiten Kammer). Zu Ersatzleuten für die abwesenden Culmann, Schüler und Kolb wurden Dr. Greiner, bayerisches Kammermitglied, Nicol. Schmitt, Reichstagsabgeordneter, und Fries aus Frankenthal gewählt. (Frkft. J.)

Karlsruhe, 18. Mai. Bornstedt ist definitiv beseitigt, er wollte die rothe Republik und die Guillotine einführen; die einen sagen, er sey fort, andere sagen, er habe ein Kommando erhalten, andere behaupten, er sey eingesperrt, und die große Mehrheit will bestimmt wissen, er sey wegen Verrücktheit bei Seite geschafft. Auch Stay soll entfernt seyn.

Man will wissen, unser Großherzog, der nun in Frankreich ist, sey in Lauterburg von den französischen Behörden bestens empfangen worden, und habe ein freundliches Einladungsschreiben von Ludwig Napoleon erhalten, um nach Paris zu kommen. — Gestern Abend kamen 2 Transporte gefangener flüchtiger Offiziere; der erste Theil wurde gegen 9 Uhr freigelassen; beim zweiten Transport soll auch Hinkeldey gewesen seyn. — Abends: Die Stadt ist ruhig, und alles geht in Ordnung. (Schwb. M.)

Karlsruhe, 18. Mai. Die „Karlr. Ztg.“ schreibt: „Die Vorschläge zur militärischen Vereinigung mit der Pfalz sollen ungefähr auf folgenden Grundlagen beruhen: 1) In militärischer Beziehung bilden Baden und Rheinbayern ein Land; 2) wird das badische Kriegsministerium vorerst als das gemeinschaftliche beider Länder betrachtet; 3) alles Zollgeld auf Brücken, welche Baden und Rheinbayern verbinden, ist sofort aufgehoben. Die Entschädigung privatrechtlicher Ansprüche bleibt vorbehalten. Die Unterhaltungskosten sind gemeinschaftlich und gleichheitlich zu tragen; 4) die Einwohner beider Länder werden in allen Beziehungen so angesehen, als gehörten sie einem und demselben Staate an. (Schw. M.)

Die Formel bei Beeidigung der Truppen lautet: „Ich verpflichte mich auf Ehre und Gewissen, die Durchführung der Reichsverfassung mit allen meinen Kräften zu unterstützen und den Anordnungen des Landesausschusses unverweigerlich Folge zu leisten, so wahr mir Gott helfe und meine Ehre mir heilig ist.“ — Die beiden von Frankfurt hieher gesandten Reichskommissäre haben hinlängliche Kenntniß von dem Stand der Dinge in Baden genommen, um dem würdigen und geordneten Gang unserer Bewegung volle Anerkennung zollen zu müssen. Sie äußerten sich gegen die Mitglieder des Landesausschusses freudig überrascht von der allerwärts herrschenden Ordnung und Sicherheit, welche unter solchen Verhältnissen bisher unerhört gewesen, und Jedem, der nicht selbst Augenzeuge war, freilich kaum glaublich erscheinen mag. Morgen werden die Kommissäre das Oberland bereisen. (Schw. M.)

Heidelberg, den 17. Mai. Als Civilkommissär wurde von der provisorischen Regierung für Heidelberg und seine Umgebung der bisherige praktische Arzt Maier eingesetzt. Am 15. d. legte der größte Theil der hiesigen Staatsdiener demselben das Versprechen ab oder erklärte schriftlich, „treu zu halten an der deutschen Reichsverfassung und den Anordnungen der provisorischen Regierung Folge zu leisten.“ Die Ruhe der Stadt wurde in keiner Weise gestört, kein Angriff auf das Eigenthum oder die Person ist gemacht worden. Nur wurde die Stadt in der Nacht vom Dienstag auf den Mittwoch allarmirt durch die Kunde von den in der Nähe der Stadt vorbeiziehenden Dragonern. — Die Wirksamkeit der verschiedenen Beamten geht, trotz der großen Aufgeregtheit, welche hier herrscht, unausgesetzt fort, und auch die Kollegien werden auf der Universität gelesen. (Schw. M.)

Mannheim, 18. Mai. Daß sich hessische Truppen an der Gränze lagern, veranlaßt allerdings Vorsichtsmaßregeln; man glaubt aber durchaus nicht an eine feindliche Absicht. Die unter General von Miller bei Freiburg stehenden Würtemberger haben ihrem General offen und entschieden erklärt, durchaus nicht auf das badische Militär zu schießen! — Heute kommen noch die dem Obersten Hinkeldey abgenommenen 16 Kanonen hier an. (Frkftr. J.)

Heidelberg, den 18. Mai. Gestern Abend durchströmten ungeheure Menschenmassen die Stadt. Aus den Fenstern wehten schwarz-roth-goldene Fahnen. Man erwartete die 16 Kanonen mit ihrer Bedeckung, den Dragonern, welche gefangen nach Heidelberg gebracht werden sollten. Indessen sind nur zwei Kanonen angekommen, während die anderen 14 mit der ebenfalls erbeuteten Kriegskasse und den bewußten Dragonern, welche es unternommen hatten, mit der Artillerie sich von dannen zu machen, nach Karlsruhe gebracht werden. Nun ist das ganze badische Militär auf Seite des Volks und steht unter der provisorischen Regierung, von der nicht Alle erwarteten, daß sie so energisch im Sinne der Ordnung und Gesetzlichkeit handle. (Frkft. J.)

Rastatt, 17. Mai. Unsere Stadt ist vollkommen ruhig. Ein Theil der hiesigen Besatzung, ein Bataillon Infanterie des 3. Regiments, ist schon vorgestern Mittag nach Karlsruhe abgegangen, und wurde daselbst mit Jubel empfangen. Den folgenden Tag marschirte dasselbe nach Mannheim, um entweder nach Rheinbayern oder nach Frankfurt zu gehen. Die noch hier anwesenden Truppen wetteifern mit unserer wackern Bürgerwehr für Aufrechthaltung der Ordnung; nebenbei herrscht eine außerordentliche Thätigkeit zum Schutz unserer Festung gegen jeden feindlichen Angriff. Die Wälle strotzen von Kanonen, und man begreift kaum, wie in wenigen Tagen das Alles möglich wurde. Unsere Bürgerwehr hat eine große Pflicht erfüllt. Mit der größten Ausdauer ist sie Tag und Nacht auf ihrem Posten, und es ist selbst an den gefährlichsten Tagen, vom 11. bis einschließlich 13. dieses Monats nicht ein Beispiel der Verletzung von Eigenthum oder Personen vorgekommen, mit Ausnahme der wenigen Militärpersonen, welche theils während des Militäraufstandes, theils in Folge Verdachts wegen feindlichen Absichten verwundet oder in Haft genommen wurden. Der bisherige Gouverneur v. Closmann hat gestern mit seiner Familie die Stadt verlassen und sich zu einem Freunde ins Elsaß begeben. Der gegenwärtige Gouverneur, Hauptmann Greiner, läßt sich's im Verein mit dem Bürgermeister, der eine anerkennenswerthe Thätigkeit zum Wohl der Stadt und der Einwohner entwickelt, ernstlich angelegen seyn, einen geregelten und festen Gang der Geschäfte zu erhalten. Die hiesigen Civilbeamten Lang, Schütt, Porbeck und Wänker sind von der Exekutivkommission ihrer Funktionen enthoben worden, und die Bürger Hamma und Szuhant damit betraut. (Frkf. J.)

○○ **Frankfurt**, 19 Mai [225. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Reh.] Abermalige Desertion von 4 Mitgliedern, darunter 2 Bayern. Die ganze Verhandlung dreht sich um

die Oberhauptsfrage und die Durchführung der Reichsverfassung. — Die Abstimmung erfolgt mit Namensaufruf über den Antrag der Minderheit: Zachariä, Langerfeldt, Stedmann und Genossen, daß über sämmtliche vorliegende Anträge zur motivirten Tagesordnung übergegangen werde. Abgelehnt mit 161 gegen 108 Stimmen. Auch über den Antrag der Minderheit des Dreißiger-Ausschusses — auf Erwählung einer Reichsregentschaft von fünf Mitgliedern — erfolgt die Abstimmung durch Namensaufruf. Wird verworfen mit 158 Stimmen gegen 97. Der Abstimmung enthalten sich 2. Ebenso wird der Antrag von Bresgen in namentlicher Abstimmung verworfen mit 136 gegen 103 Stimmen.

** **Frankfurt**, den 18. Mai. Aus der heutigen Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung ist eine kurze Rede Jordans von Berlin nachzutragen, die Aufschluß gibt, wie der Redner der rechten Seite des Hauses jetzt ihre Stellung auffaßt: Die Partei, der ich angehöre, ist nicht im Stande, einen positiven Vorschlag zu machen, sie muß sich darauf beschränken, die vorhandenen zu bestreiten. Freilich liegt darin ein Bekenntniß unserer Ohnmacht. Wir müssen einräumen, wir sind besiegt. Zwar hat Herr Vogt gesagt, wir hätten uns durch unser starres Festhalten an dem Konstitutionalismus unser Grab selbst gegraben. Das mag seyn — es ist wahr, wir sterben an unserm Vertrauen. Aber dieser Tod ist kein unehrenhafter, er gereicht uns vielmehr zum Ruhme und Ihnen (zur Linken) zum Nutzen. Denn in der Politik gilt nur die Erfahrung. Die Geschichte hat gesprochen, das Volk weiß jetzt, was es von den Monarchien zu erfahren hat. Wenn Sie daher jetzt auf anderen Wegen als den unsrigen Erfolge gewinnen, wenn sich die Mehrheit des Volkes für Sie erhebt, so haben Sie es uns (von der Rechten) zu verdanken, eben weil wir das Vertrauen erschöpft haben. Unsere Stellung aber ist eine unhaltbare geworden. Getäuscht von den Kabinetten, mißbraucht und verleugnet von ihnen, sehen wir uns leider in dem noch viel traurigeren Falle, auch einen Theil des Volkes verleugnen zu müssen, der sich doch für uns zu erheben meint. Allein trotz des traurigen Endes dieser Versammlung erwartet die Partei, der ich angehöre, mit Ruhe das Urtheil der Geschichte. Denn sie wird das Zeugniß edler Mäßigung nicht versagen und die Anerkenntniß des treuesten Willens. Nach der Sündfluth ist von Ihnen (zur Linken) gesagt worden, kommen wir. Nein, nur während der Sündfluth werden Sie kommen und oben aufschwimmen. Allein wenn sich die Wogen verlaufen haben, und wenn am Himmel der Regenbogen der Versöhnung erscheint, dann wird sich unser Banner erheben, denn unser ist die Zukunft.

Dann ist noch zu erwähnen der Antrag von Henkel aus Kassel gestellt: 1) diejenigen Staaten, deren Regierungen die Reichsverfassung bereits anerkannt haben, werden alsbald auf den Grund dieser Verfassung und Behufs deren Durchführung in ihren Gebieten, unter einem gemeinsamen Oberhaupte, welches den Titel „Generalstatthalter der vereinigten deutschen Staaten" führt, vereinigt; 2) diesem Oberhaupte stehen, soweit nicht die Natur der Sache Modifikationen erheischt, worüber vorerst die Nationalversammlung und später der Reichstag der vereinigten Staaten entscheidet, alle verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten des Reichsoberhauptes, bezüglich der anerkennenden Staaten zu; 3) die Nationalversammlung wählt in einer dazu anzuberaumenden Sitzung mit absoluter Stimmenmehrheit dieses provisorische Oberhaupt aus den Regenten der anerkennenden Staaten; 4) der Gewählte wird durch eine Deputation eingeladen, die Regierung alsbald mittelst Angabe des verfassungsmäßigen Eides (mit der entsprechenden Modifikation) im Schooße der Nationalversammlung anzutreten; 5) derselbe umgibt sich mit einem Ministerium, welches bis zur Eröffnung des Reichstages der vereinigten Staaten, der Nationalversammlung, nachher aber jenem verantwortlich ist; 6) die Nationalversammlung vertritt auch außerdem bis dahin die Stelle jenes Reichstags; 7) der Sitz der Regierung der vereinigten Staaten ist Frankfurt, im Fall der Noth ist jedoch der Generalstatthalter befugt, dieselbe an einen andern Ort zu verlegen; 8) der Generalstatthalter eröffnet den nächsten Reichstag und führt die Regierung der vereinigten Staaten so lange fort, bis entweder nach Anleitung des Beschlusses vom 4. Mai d. J. oder nach Bestimmung des Reichstages sein Nachfolger eingetreten ist; 9) die Centralgewalt und neben ihr die Nationalversammlung, welche sich nach Ermessen auf längere oder kürzere Zeit mit oder ohne Zurücklassung eines bleibenden Ausschusses vertagen kann und im Falle des Abgangs einzelner Mitglieder auf den Grund der bestehenden Wahlgesetze zu ergänzen ist, bleibt für die allgemeinen deutschen Angelegenheiten bestehen, bis die Verfassung von allen deutschen Staaten außer Oesterreich anerkannt seyn wird. (D. Z.)

Frankfurt, 17. Mai. Ich beeile mich, Sie zu benachrichtigen, daß die preussische Regierung an die bayerische Regierung die Aufforderung hat ergehen lassen, in der deutschen Frage *so lange wie möglich zu temporisiren*, da Preussen dermalen noch zu viel in seinem eigenen Lande zu thun habe. (D. konst. Z.)

Frankfurt, 19. Mai. Nach der Zusammensetzung des gegenwärtigen sogenannten Reichsministeriums wird es wohl kaum überraschen, daß der nach Berlin entsendete Kurier, der dort auf der entschiedensten Antwort bestehen soll — Hr. Alex. v. Bally ist! Sein Brief soll die Bitte enthalten, daß Preussen doch „um Gottes Willen" — auch dieser Ausdruck wird uns von gut unterrichteter Seite verbürgt — die Centralgewalt übernehmen möge. Kein Wunder bei einer Verwaltung Grävell, der neben der physischen Macht auch jedes moralische Ansehen mangelt. Die deutsche Reichsverfassung, mit welcher vier Könige das Vaterland begnadigen wollen, liegt fertig. Vielleicht hätte sie der preussische Bevollmächtigte Hr. Fischer bereits an die Straßenecken unserer Parlamentsstadt anschlagen lassen, hätte er nicht bei näherem Zusehen in der Reichsversammlung noch immer zu seiner Ueberraschung einen viel imposanteren Körper gefunden, als er nach den zugefügten Unbilden und Schmälerungen erwartet haben mochte. Die feierliche Verwahrung und Verwerfung der fürstlichen Verfassung ists, die gefürchtet wird. Und in der That, auch wenn deren Verkündigung noch nicht sobald erfolgte, so sollte die Reichsversammlung sich nicht weiter trennen und auflösen, ohne darüber einen Willensausdruck abgegeben zu haben. Deutschland bedarf einer gemeinsamen Politik der oktroyirten Verfassung gegenüber. Das Parlament muß sich über Annahme oder Ablehnung entscheiden. Bei dem festen Entschlusse der dreißig vereinigten Staaten, daß sie auf der von Frankfurt ausgegangenen Reichsverfassung beharren wollen, bei der Gefahr, die es hat, das Rechtsgefühl und Selbstbewußtseyn der Nation durch eine abermalige gelungene Oktroyirung vollends zu vernichten, scheint die Antwort im Voraus vorgeschrieben. (D. Z.)

Frankfurt, 18. Mai. Während der Berathung über den Welcker'schen Antrag waren die Reichsminister gestern plötzlich aus der Paulskirche verschwunden. Man wollte gestern Abend wissen, es habe alsbald ein Ministerrath stattgefunden, in welcher die Frage von der Auflösung der Nationalversammlung berathen und der preussische Abgesandte, Oberst Fischer, mit in diese Berathung gezogen worden. Es soll der preussische Abgesandte nicht blos dahin instruirt seyn, sich die hiesigen Dinge anzusehen, sondern er soll auch nach Umständen zu handeln befugt seyn. (D. Z.)

Darmstadt, 17. Mai. Worms ist von Freischärlern besetzt, während preussische Truppen in Oppenheim stehen und Reiterpikets die Verbindung zwischen diesem Uebergangspunkte und hier unterhalten. (Frkft. J.)

Darmstadt, 18. Mai. Die „Darmst. Ztg." meldet: Bürgerwehr von Mannheim, mit einem Extrazuge herbeigeführt, hat heute (18.) Morgens die Eisenbahn zwischen Heppenheim und Weinheim demolirt, wodurch die Züge unterbrochen und wir bis zur Stunde ohne Briefe und Zeitungen aus dem Badischen sind. (Die mittelst der Main-Neckarbahn beförderten würtembergischen Blätter sind heute statt um 3 Uhr erst nach 5 Uhr in Frankfurt angekommen.) (Frkft. J.)

Aus der Landgrafschaft Hessen-Homburg, 13. Mai. Gestern wurde unsere konstituirende Landes-Vers. von dem regierenden Landgrafen bis zum 4. kommenden Monats vertagt, nachdem sie gerade einen Monat zusammen gewesen. Solches fand auf ausdrücklichen Wunsch der Majorität dieser Versammlung statt, indem selbige ihr Mandat zu überschreiten glaubte, wenn sie ihre Zustimmung zu einem neuen Anlehen und Steuern gäbe, ohne zuvor darüber, so wie über sonstiges Obwaltende, ihre Wähler und Committenten, als Belastete, zu hören. Während der kurzen Zeit ihres Bestehens und Wirkens berieth, und beschloß diese Landesversammlung eine sehr freisinnige landständische Staatsverfassung, — eine Gemeindeordnung und ein Gesetz über die Einführung von bürgerlichen Bezirksräthen in den Aemtern Homburg und Meisenheim, so wie ein Gesetz über die Zehnt- und Grundrentenablösung im Amte Homburg. (So ist's recht.) (Frkf. J.)

†*† **Berlin**, 18. Mai. Heute gegen Mittag wurde folgende telegraphische Depesche durch Maueranschlag bekannt gemacht. Köln, 17. Mai, Abends 9 Uhr. Iserlohn und Elberfeld sind von den Aufrührern ohne Widerstand geräumt. In Elberfeld haben dieselben noch 6000 Thlr. erpreßt und sind angeblich in der Stärke von 600 Bewaffneten auf dem Wege nach der Pfalz. Köln ist ruhig.

Der hannoversche Staatsminister Dr. Stüve ist wieder zurückgekehrt; er war in Hannover, um sich mit den übrigen Mitgliedern des hannoverschen Ministeriums über die ihm hier gewordenen Mittheilungen und Vorlagen in Bezug auf die von der hiesigen Minister-Konferenz zu entwerfenden Reichsverfassung zu berathen. Wie es scheint, ist auch Hannover der Vorlage, wie sie von Preussen ausging, beigetreten. Darf man Gerüchten Glauben beimessen, so hätten wir die Veröffentlichung dieser Reichsverfassung sehr bald zu erwarten.

Nach Allem, was in gut unterrichteten Kreisen über den Entwurf in seiner gegenwärtigen Gestalt verlautet, so verhält derselbe sich zur Reichsverfassung ungefähr so, wie die Verfassungsurkunde vom 5. Dezember zu dem von der Kommission der preussischen Nationalversammlung vorgelegten Entwurf. Die meisten Artikel stimmen wörtlich mit der Reichsverfassung überein, aber an Artikeln wie der 105. und 110 der preußischen Verfassung fehlt es nicht, welche alle jene der Reichsverfassung entnommenen Bestimmungen völlig illudiren. Das absolute Veto ist in die Verfassung aufgenommen, die Vetofrage aber für die künftige Revision als offen behandelt; das Wahlgesetz ist wesentlich modifizirt, die Artikel über die beiden Häuser dagegen mit geringen Aenderungen angenommen. Der König von Preussen ist Schirmherr von Deutschland und diese Würde im Hause Hohenzollern erblich.

Köln, 17. Mai. Die Frau R. Blums weilt jetzt bei uns. Es begab sich eine Deputation zu ihr, um sie im Namen der Bürgerschaft in Kölns Mauern willkommen zu heißen. Ihr Auftreten, den Deputirten gegenüber, war ernst und herzlich, wie es sich für die Wittwe eines solches Mannes geziemt; sie sprach die Hoffnung aus, daß endlich für Deutschland die Stunde schlage, für welche ihr Robert fiel, meinte aber, sie sey uns so nahe nicht; vielleicht wurde es ihren Söhnen noch vorbehalten seyn, für die heilige und gerechte Sache mit zu kämpfen. (Frkft. J.)

Kiel, 15. Mai. Heute Morgen wurde die Nähe einer größeren Anzahl von Kriegsschiffen signalisirt. Man will außer Dampf- und Transportschiffen ein Linienschiff (also den „Skjold") und zwei Fregatten gesehen haben. Es wurden sogleich die erforderlichen Anstalten zum würdigen Empfange getroffen, doch sind die Schiffe im Laufe des Tages wieder verschwunden; man bleibt aber wachsam, da ihre Wiederkehr ja leicht möglich ist, mag ihr Besuch nun Kiel oder Eckernförde gelten sollen (der „Skjold" soll nach Fehmarn gegangen seyn.) Frühmorgens hat sich unser Dampfkanonenboot, ein vielversprechendes Kieler Produkt, zuerst dem Feinde im offenen Meere gezeigt und das dänische Dampfschiff „Gyser" mit einer Bombe begrüßt. Briefe aus dem schleswig-holsteinischen Lager berichten, daß nach Aussage eines dänischen Deserteurs (eines geborenen Schleswigers) die Dänen eine Stärke von 10,000 Mann in Fridricia besitzen und die Festung zu halten gedenken. Hoffentlich werden unsere Schleswig-Holsteiner, obwohl sie als Belagerungsheer wohl kaum zahlreich genug sind, ernsthaftere Absichten auf Fridricia zeigen, als die Reichstruppen auf Alsen zu haben scheinen und doch wäre die Eroberung Alsens für den Friedensschluß viel wichtiger. (H. B.-H.)

(Eingesandt.)

Der Einsender dieses hatte Gelegenheit, die Gesellschaft der acht Araber aus Marocco, die sich Montags im Stadttheater produziren werden, dieser Tage auf einer Excursion nach Bamberg derten zu sehen und zu *bewundern*. Möchten diese wenigen *wahren* Worte Veranlassung zu zahlreichem Besuche seyn. Insbesondere dürfte die kräftige Turnerschaar Nürnbergs sich an diesen Leistungen ergötzen, die ein staunenswerther Beweis sind, welcher ungeheuren Ausbildung zu Kraftübungen der menschliche Körper fähig ist. V.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 23 Mai 1849. **№ 143.** **Mittwoch: Desiderius.**

Deutsche Staaten.

†* **München**, 21. Mai. Auf heute Morgens 10 Uhr ist Sitzung der Kammer der Abgeordneten anberaumt. Auf der Tagesordnung steht: Verlesung des Protokolls der 17. öffentlichen Sitzung Bekanntgabe des Einlaufs. — Berathung und Schlußfassung über die Adresse an S. M. den König. — Vortrag des Abgeordneten Kolb aus Speyer, Namens des 2. Ausschusses, die griechische Anlehensfrage betreffend. — Fortsetzung des Vortrags des Sekretärs des Petitionsausschusses über die geprüften Anträge der Abgeordneten, Berathung und Schlußfassung über die Zulässigkeit der von dem Ausschusse zur Vorlage an die Kammer geeignet befundenen Anträge.

Die Sitzung wird stürmisch werden; die Linke wird die Majorität entschieden haben, da heute in der Adreßfrage das linke Centrum mit ihr stimmt. Sie können sich die ganz infamen Machinationen nicht denken, mit denen man dieses linke Centrum bearbeitete; allein vergebens. Schmachvoll ist es, daß vom rechten Centrum ein Forndran, der die Augsburger Adresse für unbedingte Annahme der Reichsverfassung unterschrieb, ein Dr. Roßbach, der selbst bei der Würzburger Deputation mit demselben Antrage war, der sehr ehrenwerthe Erlanger Professor, der doch wahrlich die Stimmung in Nürnberg kennen muß, wenn seine Professorenweisheit ihm nicht alle Farben anders zeigt, gegen ihre früher ausgesprochene Meinung stimmen.

Als Führer des rechten Centrums und Vorkämpfer erscheint nun Hr. v. Lerchenfeld. Ein Urtheil über ihn behalte ich mir vor, obgleich es in mir selbst feststeht. Er ist der warme Vertreter der preußischen Oktroyirungsgelüste, der Dynasten- und Adelsvertheidiger und handelt ganz im Bunde mit Hrn. v. Gagern. Lerchenfeld hat dem Königthum mehr geschadet, als er je verantworten kann; ich werde Ihnen das später ausführlich detailiren.

Die Frage, was nach Annahme der Adresse die Regierung thun wird, ist noch sehr, sehr unentschieden. Auflösen? Das Ministerium abtreten? Beides wird verneint.

Man spricht davon, nachdem in der Pfalz eine provisorische Regrg. sich konstituirte, werde das Ministerium an die Kammer den Austritt der Pfälzer vorschlagen, um dadurch eine Majorität zu erhalten.

Geht es so fort, so ist der Konstitutionalismus, wenigstens der dynastische Konstitutionalismus verloren, die Konflagration wird von Westen her immer mehr um sich greifen, und wir werden es den Regierungen selbst zu verdanken haben, daß sie gerade uns von Zuständen und Lasten befreiten, die sie uns mit Gewalt aufzulegen suchten.

Mir scheint das unwahrscheinlich; denn nach allen Konsequenzen müßte dann die Regierung die Lostrennung der Pfalz anerkennen, sie autorisiren, während sie doch eigentlich sie sogar desavouiren muß.

Heute wird sich der Kampf entscheiden, wenigstens in ein Stadium treten, von dem das Schlachtfeld übersehen werden kann.

Aber die Freiheit ist in Gefahr! Verhehlen wir es uns nicht. Unterliegen wir jetzt, sind wir für immer verloren. Darum Einigkeit, Entschlossenheit, Muth und Besonnenheit.

Die Deputation aus Nürnberg hatte bereits beim Ministerium Audienz, bei dem Könige noch nicht.

Man sagt, die neue preussische oktroyirte Reichsverfassung sey so freisinnig, daß man damit unsere Kammer zu bestechen hoffe. Man dürfte sich aber sehr täuschen: es gibt für uns nur eine durch die Nat.-Vers. endgültig beschlossene, aus der Hoheit des Volkes und seiner Vertreter hervorgegangene Reichsverfassung.

Würzburg, 20. Mai. In Folge von Militärerzessen (das Militär wollte die Gewehre dem Studentenfreikorps gewaltsam nehmen) verließen die Studenten heute Morgen in einem großen Zuge unsere Stadt. So eben vernehmen wir, daß das Stadtgericht energische Schritte in dieser Anlegenheit zu thun beschlossen. (Wrzb. Z.)

Regensburg, den 20. Mai. Schon gestern Abends wurde den Behörden angezeigt, daß einem in der Stadt kursirenden Gerüchte zufolge das auf dem Galgenberge befindliche Blockhaus genommen werden wolle, um sich der in demselben aufbewahrten Pulvervorräthe zu bemächtigen. Wirklich fielen nun in der abgewichenen Nacht zwischen 11 und 12 Uhr in der Nähe dieses Pulvermagazins ein Paar Schüsse, welche von der Wachtmannschaft erwiedert wurden. Letzterer will einen Haufen von circa 20 Personen bemerkt haben, welcher sich auf die ihm gewordene Gegenbegrüßung eiligst zurückzog. Ob es wirklich in der Absicht lag, das Pulverhaus zu erstürmen, oder ob vielmehr lediglich ein Muthwille in Mitte liegt, darüber läßt sich nichts Bestimmtes angeben. Befremden muß, daß gleichzeitig von einigen Burschen der Versuch gemacht wurde, in den Holzhof der Kaserne einzusteigen. — Die Behörden hatten übrigens die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln getroffen. (Rgsbg. Z.)

Neustadt, den 16. Mai. Die Besatzung von Landau ist in vollkommener Auflösung und verläßt theilweise die Festung, so daß der Kommandant Jeetze gestern derselben erklärt hat, es stehe Jedem frei, die Festung zu verlassen, jedoch mit Zurücklassung von Waffen und Gepäck. Auch erklärte derselbe gestern dem Stadtrath von Landau, er könne sich nicht mehr auf die Soldaten verlassen, und müsse daher die Bürger zum regelmäßigen Festungsdienste heranziehen. Die Volkswehr hat sich jedoch entschieden geweigert, irgend einen Dienst zu thun, bis das Militär auf die Verfassung beeidigt sey. Landau wird ohne Schwertschlag unser seyn. Oberst Blenker wird das Oberkommando über die vordere Pfalz erhalten. (M. Abdz.)

Karlsruhe, den 19. Mai. Es ist von verschiedenen Seiten das Gerücht verbreitet worden, ein Theil des Offizierkorps habe sich gestern geweigert, den Eid, welcher sämmtlichen Soldaten abgenommen worden, zu leisten, und sey darauf der Landesausschuß auf Unterhandlungen und Vermittlungswege eingegangen. Wir können auf das bestimmteste versichern, daß kein Offizier in unserm Heere dient, welcher nicht Treue der Reichsverfassung und Unterordnung unter den Landesausschuß eidlich gelobt hat, und warnen die versteckten Reaktionäre hiermit ernstlich vor allen Verleumdungen unseres volksthümlich reorganisirten Heeres. Nebenbei sey erwähnt, daß die HH. Reichskommissäre selbst die Beeidigung des Heeres gebilligt haben. (Krlsr. Z.)

(Dekret, die Rückberufung des Bürgers Friedrich Hecker von Mannheim betreffend.) In Erwägung, daß sich Bürger Friedrich Hecker von Mannheim um das Vaterland und die Freiheit verdient gemacht; in Erwägung, daß in der jetzigen Zeit das Vaterland Männer braucht, die erprobt sind im Kampfe für die Freiheit, und die den Muth und die Kraft besitzen, zum Heile für das Volk zu wirken; in Erwägung, daß solche Männer die Verpflichtung haben, in den Tagen der Gefahr sich an die Spitze des Volkes zu stellen; wird verfügt: 1) Bürger Friedrich Hecker von Mannheim, dermalen in Nordamerika wohnend, wird aufgefordert, in das Vaterland zurückzukehren und sich demselben zur Verfügung zu stellen; 2) Der Vorstand der Exekutivkommission ist mit dem Vollzug beauftragt. Karlsruhe, den 17. Mai 1849 Der Landesausschuß. (Krlsr. Z.)

An das deutsche Volk! Die Revolution braust hin über die Völker Europa's. Ein langjähriger unerträglicher Druck hat sie aufgeregt zum Kampfe auf Leben und Tod mit ihren Tyrannen. Auch Deutschland nimmt einen seiner Bedeutsamkeit entsprechenden Antheil an den mächtigen Bewegungen unserer Tage.

Die alten Formen stürzen zusammen, keine Macht der Erde wird sie aufrecht erhalten. Das Volk ist zum Bewußtseyn seiner ewigen und unveräußerlichen Rechte gelangt, und hat in mehreren Gegenden, namentlich in Baden und Rheinbayern, bereits durch die That bewiesen, daß es im Stande sey, seine Angelegenheiten selbst zu führen. Zu Offenburg hat das Volk von Baden ausgesprochen, was es von seiner Regierung verlangt Die Regierung, welche seine gerechten Forderungen mit Hohn zurückwies, fiel, und alle Stände schaarten sich um den Landesausschuß. Die durch das Verhalten der Minister und ihrer Diener gefährdete Ordnung wurde durch das kräftige Zusammenwirken des Volkes und der Männer seines Vertrauens mit verhältnißmäßig sehr geringen Opfern rasch wieder hergestellt. Die Bürger Badens, insbesondere diejenigen vom Soldatenstande, haben ein Recht, zu verlangen, daß ihnen die Früchte ihrer Mühen vollständig und unverkümmert zu Theil werden. Bereits hat der Landesausschuß eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, durch welche sämmtliche in der Landesversammlung zu Offenburg aufgestellten Forderungen ihrer Erfüllung so nahe als möglich geführt wurden. Die Bürger Brentano und Peter haben ein neues Ministerium gebildet; die Ständekammer wurde aufgelöst und die alten Minister abgesetzt, eine verfassunggebende Landesversammlung wird zusammentreten und die Volksbewaffnung auf Staatskosten stattfinden. Ein großer Theil des Volkes steht unter den Waffen zur Vertheidigung seiner Rechte. Die Kerker der politischen Gefangenen sind geöffnet, die politischen Flüchtlinge zurückberufen und die politischen Verfolgungen eingestellt worden. Die Wahl der Offiziere durch das Heer ist zum größten Theile schon vorgenommen worden; wo dieselbe noch nicht getroffen werden konnte, ist sie vorbereitet; — die von den sogenannten Kammern in Karlsruhe seit dem 1. Januar l. J. gefaßten Beschlüsse sind, so weit als möglich, für null und nichtig erklärt, die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, die Verschmelzung des stehenden Heeres mit der Volkswehr (sobald es die außerordentlichen Verhältnisse des Landes gestatten), die unentgeldliche Aufhebung der Grundlasten, die unbedingte Unabhängigkeit der Gemeinden, die augenblickliche Einführung der Geschwornengerichte, die Abschaffung der alten Verwaltungsbureaukratie und Einführung einer freien Verwaltung, die Abschaffung des alten Steuerwesens und die Errichtung eines großen Landespensionsfonds zu Gunsten aller arbeitsunfähig gewordenen Bürger ist vorbereitet worden. Die veralteten Bestimmungen über die Presse wurden ersetzt durch ein bündiges Preßgesetz; eine Annäherung von Rheinbayern, welche für Baden von hoher Wichtigkeit werden dürfte, ist angebahnt worden.

Freiheit, Wohlstand, Bildung für Alle, ist unser Wahlspruch. Der Bund der Völker gegen ihre Tyrannen wird bald schon zur Wahrheit werden. Die Morgenröthe der Freiheit ist über Deutschland aufgegangen. Was vor bald zwei Jahrtausenden eine heilige Stimme in der Wüste lehrte, ist in die Herzen der Völker eingedrungen und wird ins Leben eingeführt werden. Keine Rache, kein Haß gegen unsere Mitmenschen erfüllt uns, die wir durch das Vertrauen des Volkes für den gegenwärtigen Augenblick an die Spitze der Bewegung des Landes berufen wurden. Doch werden wir auch vor den strengsten Maßregeln nicht zurückweichen, wenn das Wohl des Volkes sie erheischen sollte. Von Woche zu Woche werden wir dem Volke Rechenschaft ablegen über unsere Geschäftsführung. Wir werden zum Volke stehen bis zum letzten Hauche unseres Lebens, und das Volk wird zu uns stehen mit der unüberwindlichen Kraft seines Willens. Karlsruhe, 17. Mai 1849. Der Landesausschuß von Baden: Bannwarth, Cordel, Damm, Degen, Fickler, Happel, Hennecka, Hoff, Jungbanns, Kiefer, Rehmann, Richter, Ritter, Rotteck, Stay, Steinmetz, Struve, Thiebauth, Werner, Wernwarth, Ziegler. — Die Vollziehungsbehörde. Brentano, Peter, Goegg, Eichfeld.

Soldaten! Deutsche Brüder! Der Hauch der Revolution weht

auf's neue durch unser Volk hindurch; das deutsche Volk will den Kampf jetzt zu Ende führen, den es im März des vergangenen Jahres aufgenommen hat. Soldaten! Auch für Euch schlägt die Stunde der Freiheit, auch für Euch blutet das Volk, wenn es für seine ewigen und unveräußerlichen Rechte in den Kampf geht; denn aus dem Fleisch und Blute des Volkes seyd Ihr entstammt, und zum Volke kehrt Ihr zurück, wenn Euer Beruf sich erfüllt hat. Bedenkt es, was das Volk erringt, das ist Euer Gewinn, was das Volk verliert, Euer Verlust. Soldaten! Eure Brüder in Baden haben erkannt, daß sie eins sind, und daß sie eins seyn müssen mit dem Volke. Sie sind es gewesen, durch deren hochherziges Beispiel sich in Baden eine Bewegung vollendet hat, die an Großartigkeit ihres Gleichen in der Geschichte sucht. Was sonst das Werk eines jahrelangen Kampfes voller Blut und Thränen war, das ist in Baden in dem kurzen Zeitraum zweier Tage fast ohne Schwertstreich vollbracht worden. Unsere Soldaten ernten dafür den Dank des Vaterlandes, den Ruhm der Nachwelt. — Deutsche Soldaten! Ereignisse, wie sie in Baden eingetreten sind, bereiten sich vor über das ganze Deutschland hin. Das Volk wird sich erheben gegen seine Dränger, und die Dränger des Volkes werden Euch gegen das Volk führen. Wollt ihr einen Kampf, in welchem Bruder gegen Bruder, Sohn gegen Vater die Waffen trägt? Fluch, ewiger Fluch Denen, die zu solchem Kampfe Euch auffordern, Fluch Allen, die sich willig und geduldig zu solchem Kampfe gebrauchen lassen!

Es ist unmöglich, Soldaten, daß Ihr im Blutvergießen Euern Ruhm suchen könnt. So höret denn auf die Stimme, die aus dem Volke an Euer Ohr dringt; verkürzet, vermeidet den Bruderkrieg, zu dessen Schauplatz bereits der deutsche Boden auserlesen ist; ersparet dem deutschen Vaterlande den Schmerz, sich die Freiheit durch die Zerstörung seiner Städte, die Verwüstung seiner Fluren, die Opferung der Edelsten seiner Söhne erkaufen zu müssen. Ihr könnt das, entscheidet Euch nur; schließt ihn ab den Bund mit dem Volke, mit dem Volke in allen Theilen unseres Vaterlandes. Als seine Brüder will Euch das Volk empfangen; stoßt es nicht von Euch und reicht ihm die Hand zu seiner, zu Eurer Befreiung. — Vergeßt es nicht, es gibt ein Gesetz, das Euch an das Volk bindet, wie Ihr gebunden seyd an den Boden, auf dem Ihr wandelt, an die Erde, von der Ihr seyd und zu der Ihr wieder hingeht. Schreibt es in Euern Busen, dieses Gesetz, beherziget es, daß es in Euch auflodere zur Flamme der Liebe, zur Flamme einer innigen Verbrüderung mit dem Volke. Nehmet hin unsern Brudergruß! Karlsruhe, den 17. Mai. 1849. Der Landesausschuß von Baden: Bannwarth, Gerdel, Damm, Degen, Fickler, Happel, Hennecka, Hoff, Junghanns, Kiefer, Rehmann, Richter, Ritter, Rotteck, Stay, Steinmetz, Struve, Thiebauth, Werner, Wernwarth, Ziegler. Die Vollziehungsbehörde: Brentano, Peter, Goegg, Eichfeld.

Karlsruhe, 19. Mai. Wir geben wieder eine Reihe von wichtigeren Beschlüssen des Landesausschusses, welche dem Lande beweisen können, wie leicht es ist, das Richtige zu treffen, wenn guter Wille die einzige Richtschnur ist, und wie einfach vernünftige und gerechte Gesetze stets sind. Fährt der Landesausschuß so fort, so thut er in wenig Tagen mehr für das Land, als die vorige Regierung in zwanzig Jahren. Beschlossen ist zur allmähligen Ausführung sämmtlicher Offenburger Beschlüsse: 1) Alle reaktionäre Beamte sind für die Zeit der Gefahr unschädlich zu machen. Die Befriedigung aller Pensionsansprüche bleibt der konstituirenden Versammlung überlassen. 2) Der französischen Regierung und der Schweiz ist die Flucht sämmtlicher Minister, des Großherzogs und der Regierungsantritt des Landesausschusses anzuzeigen. (Bereits geschehen.) 3) Die Hinterbliebenen der im Kampfe Fallenden werden aus Staatsmitteln versorgt. 4) Es sind sogleich alle Gefängnisse zu untersuchen, ob noch irgendwo politische Gefangene sitzen. Alle Beschlagnahmen sind aufzuheben, alle (auf politische und Preßsachen bezüglichen) Kautionen zurückzugeben. 5) Sämmtliche Grundlasten sollen unentgeldlich aufgehoben werden. 6) Die Gemeinden werden unbedingt selbstständig erklärt. Neue Gemeindewahlen sind im ganzen Lande anzuordnen. 7) Die Beschlüsse der Kammern seit dem 17. Febr. sind null und nichtig, jedoch mit dem Vorbehalt, Vorsorge zu treffen, daß dadurch in dem Staatshaushalt keine Störung entstehe. 8) Diejenigen Beschlüsse, welche das Ministerium bestätigen will, sind dem Landesausschuß vorzulegen. Ueber die weiter in Wirksamkeit getretenen Kammerbeschlüsse behält sich der Landesausschuß seine Anordnungen vor. 9) Preßgesetz. Einziger Artikel. Die Presse ist frei. Ueber Preßvergehen entscheiden Geschworne. Sämmtliche bisherige Gesetze und Verordnungen über die Presse sind aufgehoben. 10) Den Subalternbeamten bei der Eisenbahn, den Lokomotivführern, Zugführern, Kondukteuren u. s. w. sind wegen der außerordentlichen Anstrengungen angemessene Belohnungen sogleich zugesichert.

(Frkft. O.-P.-Z.)

Karlsruhe, den 19. Mai. Der Bürger Becker von Biel ist zum obersten Befehlshaber der Volkswehr in Baden ernannt. Der Oberst Hinkeldey und die 6 andern Offiziere, welche vorgestern Abend hier eingebracht wurden, wurden von der Bürgerwehr von Neckarbischoffsheim und Waibstadt bei Bebstadt gefangen genommen.

(Frkft. O.-P.-Z.)

Heidelberg, den 18. Mai. Ueber den Zug der Mannheimer nach Ladenburg erfahren wie Folgendes. Als sie an der Brücke ankamen, ritt Major Hofmann vom dritten Regiment, dem der Oberbefehl anvertraut war, hinüber, um, wie er sagte, wegen der Uebergabe mit Hinkeldey zu parlamentiren. Vergebens warteten die kampfesdurstigen Truppen auf seine Rückkehr. Endlich, nach einer halben Stunde, kehrte er zurück mit der Nachricht, Hinkeldey habe schon das Weite gefunden. Der Verrath war offenbar. Major Hofmann hatte Zeit gewonnen für Hinkeldey's Flucht. Hofmann entfloh vor der Wuth der Mannheimer Truppen, wurde aber gestern Nachmittag bei Wiesloch gefangen und hier eingebracht. Bürger Müller und einige Infanteristen haben ihn gefangen. Sie rissen ihm die Epauletten ab und überlieferten ihn dem Bürger Regierungskommissär Maier. Dem Vernehmen noch soll er vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

(Demok. Rep.)

Der schwäbische Merkur bringt eine Ansprache des Großherzogs Leopold an das badische Volk! folgenden Inhalts: Bürger Badens, Soldaten, Landsleute! Eine Verkettung unglücklicher Ereignisse, herbeigeführt durch Solche, denen keine gesetzliche Freiheit genügt, die vielmehr den Weg des Umsturzes, der Zerstörung und des Bürgerkriegs verfolgen, und ich sage es mit tiefem Schmerze, herbeigeführt auch durch einen Theil meiner sonst treuen und tapferen Soldaten, die der Fahne untreu geworden, war ich gezwungen, meine Residenz zu verlassen. Empörer, die an dem Vaterland Verrath üben, versuchen es, eine ungesetzliche Regierung zu errichten, und fangen schon an, durch gewaltsame Anordnungen das früher glückliche Land in Jammer und Elend zu stürzen. Schon werden Eure Söhne vom jugendlichsten Alter, noch nicht entwickelt in hinlänglicher Kraft, zum Theil unentbehrlich für Euern Feldbau und Eure Gewerbe, von Eurer Seite gerissen, um ihr Blut für eine treulose Sache zu verspritzen. Bald werden Bürger gegen Bürger, Deutsche gegen Deutsche im brudermörderischen Kampfe stehen. Nicht genug, bald wird auch Euer Eigenthum eine Beute gewinn- und raubgieriger Menschen werden, und unter dem mißbrauchten Namen des Rechts und der Freiheit werden Recht und Freiheit untergehen. Ich verwahre meine und meiner verfassungsmäßigen Regierung Rechte, so wie die Rechte und das Glück meines Volks gegen dieses frevelhafte Beginnen, und erkläre für null und nichtig, was von dem Landesausschuß oder andern ungesetzlichen Behörden verfügt wird.

Badener: Ihr wißt, mit welch freudiger Bereitwilligkeit ich stets das deutsche Verfassungswerk unterstützte, wie ich alle Opfer zu bringen erklärte, welche die Größe, Macht, Einheit und Freiheit des deutschen Vaterlands erfordern mögen. Ihr wißt es, wie ich, als kaum die Vertreter des deutschen Volks ihr Werk beendigt hatten, dasselbe sogleich unbedingt anerkannte, und daß der Beisatz in meiner Erklärung vom 11. v. M., den Viele als einen Vorwand zu Angriffen benützten, nur die Abwendung eines in Aussicht gestellten Sonderbunds bezweckten. Ihr wißt, daß ich die Reichsverfassung alsdann ohne allen Vorbehalt selbst durch das Regierungsblatt verkünden ließ und die allgemeine Beeidigung auf dieselbe vornehmen lassen wollte, wie solche zum Theil, so weit nämlich die Kürze der Zeit und der Drang der Umstände es erlaubten, auch wirklich schon vollzogen wurde. Diejenigen, welche sich mit bewaffneter Hand gegen eine Regierung erheben, die auf solche Weise die deutsche Sache zu befördern suchte, versündigen sich zugleich an den großen Interessen des deutschen Vaterlands, indem sie an den Tag legen, daß es ihnen nicht um die deutsche Reichsverfassung, sondern um andere Dinge zu thun ist, und indem sie dadurch den Gegnern der deutschen Einigung Waffen in die Hände geben.

Ich gebe mich übrigens der Hoffnung hin, daß die unglückseligen Zustände, in die mein geliebtes Volk durch die Ereignisse gerathen ist, nicht von langer Dauer seyn werden. Bürge dafür ist mir mein gutes Recht, — Bürge ist die Reichsgewalt, welche den Reichsfrieden und die Aufrechthaltung der verfassungsmäßigen Ordnung zu sichern hat, — Bürge endlich der gesunde Sinn der großen Mehrheit meines Volkes, welches die Herrschaft derjenigen, die die verfassungsmäßige Regierung vertrieben, und sich selbst die öffentliche Gewalt angemaßt haben, nicht dulden, welches sich die errungene Freiheit und gesetzliche Ordnung, bei der allein die Wiederkehr des Wohlstandes möglich ist, durch solche Anmaßungen nicht entreißen lassen wird. Auch an Euch, die Ihr dem lockenden Tone ehr- und gewinnsüchtiger Volksschmeichler zu viel Gehör geschenkt, wende ich mich. Vertrauet auf Eueren Großherzog.

Ich habe das Recht, Vertrauen von Euch zu erwarten, denn Ihr selbst bei ruhiger Ueberlegung müßt mir das Zeugniß lassen, und einst in der unparteiischen Geschichte wird man es lesen, daß ich stets in schlimmen wie in guten Tagen mein Volk geliebt, daß ich für die Entwicklung seines Wohlstandes, seiner Bildung und einer gesetzlichen Freiheit nach Kräften gesorgt, und nur dem unheilvollen Mißbrauch zu steuern gesucht habe, und daß ich mit Bereitwilligkeit vorangegangen bin in der allgemeinen Bewegung für die Größe, Macht und Freiheit des gemeinsamen deutschen Vaterlandes, so wie ich den auf verfassungsmäßigem Wege an mich gebrachten Wünschen meines Volkes überhaupt stets bereitwilliges Gehör geschenkt habe. In diesem Bewußtseyn ermahne ich die Verführten, von ihrem Irrthum zur Besinnung und gesetzlichen Ordnung zurückzukehren. Ihr aber, die Mehrheit meines geliebten biedern Volkes, die stets treu geblieben sind, und einsehet, in welches Elend Alles verfallen müßte, wenn es den Empörern gelänge, ihr Ziel zu verfolgen, haltet fest und treu an Eurem Großherzog, wie er an Euch festhält, und an der deutschen Centralgewalt, an der freisinnigen Reichs- und Landesverfassung! — Soldaten! Ich weiß, Ihr seyd nur verführt worden durch alle Mittel und Künste, die eine böse Absicht zum Verführen anwendet und der Verrath ist nicht aus Eurer Seele gekommen. Kehret zurück zur Ehre und Treue; sammelt Euch wieder um die Fahne Eures obersten Kriegsherrn und thut Ihr es ohne Zögern, so sey das Geschehene vergessen und Euch volle Amnestie ertheilt. Bedenkt aber, daß Treue länger dauert als Verrath! Gegeben zu Berg in der Rheinpfalz (nahe Lauterburg) den 17. Mai 1849. — Leopold. v. Dusch. Bekk. Hoffmann. v. Stengel. (Schw. M.)

⁂ **Frankfurt**, 19 Mai. Die Beschlüsse in der heutigen Sitzung der konstit. Nat.-Vers. lauten: 1) Die Versammlung wählt sofort — wo möglich aus der Reihe der regierenden Fürsten — einen Reichsstatthalter, welcher bis zu dem im Beschlusse vom 4. Mai (Nr. 5 und 6) vorgesehenen Zeitpunkte die Rechte und Pflichten des Reichsoberhauptes — nach Abschnitt III. der Reichsverfassung — ausübt. 2) Der Reichsstatthalter leistet den in §. 190 der Verfassung vorgeschriebenen Eid auf die Reichsverfassung vor der verfassunggebenden Reichsversammlung und tritt dann die Regierung an. 3) Der Reichsstatthalter hat sofort nach dem Antritte der Regierung wegen Leistung des in den §§. 191 und 194 vorgeschriebenen Eides der Reichsbeamten und der Angehörigen der Einzelstaaten auf die Reichsverfassung das Nöthige zu verfügen. 4) Er hat ferner wegen Vollziehung der Wahlen zum ersten Reichstage und Berufung des Reichstages, in Gemäßheit der Beschlüsse vom 4. Mai (Nr. 2 und 3) Vorkehrungen zu treffen. 5) Zur Ausführung der §§. 77 ff., 85 ff. der Verfassung tritt, bis zur Zusammenkunft des ersten Reichstages, die gegenwärtige Versammlung in alle Rechte und Pflichten des Reichstages ein, übt solche nach Maßgabe des Abschnittes IV. Art. V. VI. VII. VIII. IX. der Reichsverfassung Ausgenommen hiervon ist die Bestimmung wegen der beschlußfähigen Mitgliederzahl, rücksichtlich welcher es bei dem Beschlusse vom 30. April verbleibt. 6) Sollten der in Nr. 5 und 6 der Beschlüsse vom 4. Mai vorgesehenen Uebertragung der Oberhauptswürde auf den Monarchen des größten oder eines der nächstgrößten Staaten Deutschlands nicht zu beseitigende Hindernisse im Wege stehen, so führt der gewählte Reichsstatthalter sein Amt auch nach dem Zusammtritt des Reichstages fort, und es hat sodann Letzterer wegen Ausführung des §. 69 der Verfassung die nöthigen Bestimmungen zu treffen. 7) Fällt

weg. 6) Mit dem Vollzug dieses Beschlusses, als wodurch das Verfassungswerk für Deutschland in Ausführung gebracht wird, hört gemäß dem Gesetze vom 28. Juni 1848, §. 15. die Thätigkeit der provisorischen Centralgewalt auf, und es gehen deren Befugnisse in dem erweiterten Umfange, wie solches der Abschnitt »die Reichsgewalt" bestimmt, auf den Reichsstatthalter über. Dazu (nach dem v. Redens'schen Antrage) beschließt die Reichsversammlung: 1) zu erklären, daß sie jedem Angriffe gegen die verfassungsmäßigen Regierungen derjenigen Staaten, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, ihrerseits entgegen treten wird; 2) die verfassungsgetreuen Regierungen aufzufordern, sofort, in Uebereinstimmung mit der Centralleitung durch planmäßiges Zusammenwirken, die zur Durchführung der Verfassung und Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung erforderlichen Maßregeln zu treffen. Sowie endlich auf den Antrag Uhlands: Sollte die von der Reichsversammlung geschaffene Reichsverweserschaft, nach Androhung des neuen Ministeriums versuchen, die im Gesetz vom 28. Juni 1848 begründete provisorische Regierungsgewalt in andere Hände abzugeben, als an eine von der verfassunggebenden Versammlung neu bestellte Centralbehörde, so ist eine solche Uebertragung durchaus nichtig und für die deutsche Nation unverbindlich. Gegen den Beschluß wegen der Reichsstatthalterschaft geht eine Verwahrung ein. Als aber die Versammlung die Namen Wuttke, Buß, Weckbecker verkündigen hört, lehnt sie die Vorlesung des Protest's unter dem Rufe „drucken lassen!" ab. Nächste Sitzung Montag den 21. Mai.

Frankfurt, 19. Mai. Die aus Berlin datirte Austrittserklärung Bassermanns in der heutigen O.-P.-Z. hat großes Befremden erregt, und nicht am wenigsten unter seinen politischen Freunden von der Rechten, mit denen er keine Rücksprache über diesen Schritt genommen. Nicht einmal dem Präsidium ist bis jetzt die übliche Anzeige zugekommen.

Frankfurt, 19. Mai. Die hier noch anwesenden Mitglieder der großdeutschen Partei, Wuttke, Beck u. a. haben eine von der Frankfurter Ztg. mitgetheilte Verwahrung gegen den heutigen Beschluß der Reichsversammlung eingelegt.

Frankfurt, 19. Mai. Das hier konzentrirte mobile Truppenkorps hat in der letzten Zeit abermals einige wesentliche Veränderungen bereits erfahren oder es stehen ihm solche für die nächste Zeit bevor. Das seit Monaten hier und den umliegenden Ortschaften kantonirende Bataillon vom preussischen 35. Infanterieregiment ist nach Mainz abmarschirt und statt seiner ist gestern Nachmittag mit Eisenbahn das 2. Bataillon des 3. kurhessischen Infanterieregiments eingetroffen und sofort nach Bonames gelegt: das 1. Bataillon desselben Regiments ist bekanntlich seit 14 Tagen, zum Ersatz der abgegangenen Bayern, hier eingerückt. Die Hälfte der zur hiesigen Garnison gehörenden hessen-darmstädtischen reitenden Batterie ist, nebst einer Schwadron der hessen-darmstädtischen Chevauxlegers, von welcher gegenwärtig noch 250 Pferde zurückgeblieben sind, an die badische Gränze befehligt und statt ihrer gestern, vom Hundsrück kommend, eine halbe Batterie der preussischen 8. Artilleriebrigade einmarschirt. Die beiden österreichischen Bataillone endlich, welche hier garnisoniren, werden demnächst durch das dritte Bataillon ihres Regiments, zur Zeit noch in Mainz, verstärkt werden und dagegen ist von Bregenz in Tyrol bereits ein ganzes österreichisches Regiment auf dem Marsche nach Mainz. Außerdem spricht man von der Zusammenziehung einer Macht von im Ganzen 60,000 Mann, deren Mittelpunkt Frankfurt bleiben würde, darunter 4000 Mecklenburger, 6000 Hannoveraner und 15,000 Preussen, letztere zum Theil von den Truppen, welche in Dresden gefochten haben. In Hanau ist schon zu heute Abend Quartier für 4000 Mann Preussen, wie man hört vom Kaiser Alexander Regiment, angesagt; in Frankfurt selbst sind gestern 6000 Quartierzettel gedruckt worden. Von jenen 60,000 Mann würden zwei Korps, jedes in der Stärke von 15,000 Mann, als mobile Kolonnen in Baden verwandt werden. (D. Z.)

Frankfurt, den 19. Mai. Wie ist es mit der vereinbarten Verfassung? Ritter Prokesch hat das Protokoll der Konferenz unterzeichnet, aber wie man wissen will, behauptet er, das heiße nur, er sey zugegen gewesen! Bayern, so sagt man, besteht auf dem Direktorium! Und an der gerühmten Trefflichkeit der Verfassung ist gewiß nicht zu zweifeln, wenn, wie man versichert, der Reichsrath eine beschließende Stimme hat! Heute Abend ist Versammlung im Kasino, um über das Bleiben oder Gehen zu berathen. (D. Z.)

Hannover, den 8. Mai. Aus Ostfriesland ist heute eine Deputation hier eingetroffen, bestehend aus den Herren Grafen v. Wedel, v. Senden, v. Düffel, Schmeding, Petersen, Gentzkow, um dem Könige die bereits mitgetheilten Beschlüsse des ostfriesländer Landtags zu übergeben. (Z. f. N.)

†*† **Berlin**, 19. Mai. Vom Rhein und von Westphalen fehlen noch immer die Nachrichten, welche zur Erläuterung der in vieler Beziehung räthselhaften telegraphischen Depesche unerläßlich sind. Man begreift hier nicht, wie Elberfeld und Iserlohn „ohne Widerstand" genommen werden und die 600 Bewaffneten dennoch ungehindert nach der Pfalz abmarschiren konnten.

Unsere Stadt ist vollkommen ruhig. In den untern Schichten der Bevölkerung giebt sich die Mißstimmung, die alle Kreise beherrscht, auf verschiedene Arten kund, ohne zu heftigen Ausbrüchen zu führen. Die Proklamation des Königs »An mein Volk" wird unausgesetzt von Neuem an die Ecken geheftet, da sie fast überall abgerissen ist. Nach dem Publicisten sind wegen dieses Exzesses nicht weniger als 21 Personen verhaftet. Andere Arretirungen sind wegen Verbreitung des Aufrufs der Märzvereine an das Heer erfolgt.

Die Wahlagition, die unmittelbar nach der Auflösung der zweiten Kammer rüstig begann, scheint ganz zu ruhen, seit die Ueberzeugung Raum gewonnen hat, daß das Ministerium gar nicht die Absicht habe, in der verfassungsmäßigen Frist die neuen Wahlen vorzunehmen. Der leitende Artikel in der gestrigen Abendnummer der „deutschen Reform" läßt hierüber keinen Zweifel mehr. Aus diesem Artikel erfährt man zugleich, daß das bisherige Wahlgesetz ein kommunistisches ist. Wer möchte dies auch bezweifeln, da Männer wie Vincke, Hansemann, Gr. Schwerin dasselbe votirt und außer ihnen Graf Arnim, v. Bismark, v. Kleist-Retzow und mehrere Mitglieder des Ministeriums Brandenburg nach jenem Wahlgesetz gewählt werden konnten! Oberschlesier, die hier eingetroffen sind und den Durchmarsch russischer Truppen durch Preussen gesehen haben, versichern daß die russischen Soldaten keine frohe Siegeshoffnungen bekundende Stimmung verrathen, und daß die Regimenter in natura bei weitem hinter der Zahl und dem Zustande auf dem Papiere zurückbleiben. Namentlich soll die Artillerie gegen alles Erwarten kläglich beschaffen seyn. Bezeichnend ist der Umstand, daß nur wenige Offiziere deutsch und französisch sprachen. Man hat Offiziere und Gemeine, die die Sprachen der Civilisation verstehen, zurückgehalten oder ihnen verboten, von ihrer Sprachkunde Gebrauch zu machen, weil man befürchtet, die sprachlichen Berührungen könnten gefährlichen Doktrinen Eingang verschaffen.

Wir haben schon vor mehreren Tagen berichtigend mitgetheilt, daß der Königl. Würtembergische Geschäftsträger am hiesigen Hofe, Hr. v. Reinhardt sowohl, als auch die Bevollmächtigten für Baden, Hessen-Darmstadt und Hessen-Kassel sich jeder Betheiligung an der hiesigen Minister-Konferenz, betreffs der deutschen Reichsverfassung enthalten haben. Hierauf bezügliche Erklärungen jener süddeutschen Regierungen sind nicht der Minister-Konferenz sondern dem hiesigen auswärtigen Amte zugegangen. Eine Interpellation in der würtembergischen Kammer auf Grund eines Gerüchtes, Hr. v. Reinhardt habe sich bei der hiesigen Konferenz betheiligt, wurde von Römer dahin beantwortet, daß der hiesige Bevollmächtigte nicht nur zu einer Theilnahme nicht beauftragt worden, sondern daß ihm Aufträge im entgegengesetzten Sinne zugegangen seyen. Die Hrn. Römer verheißenen Recherchen werden ergeben, daß Hr. v. Reinhardt den ihm von dem Staatsministerium von Würtemberg gewordenen Aufträgen vollkommen gemäß gehandelt und daß Hr. v. R. sich in keiner Weise dazu hergegeben hat, in seiner hiesigen Stellung den Wünschen und Absichten einer kleinen Partei am Stuttgarter Hofe hinderlich zu seyn.

Der badensche Bevollmächtigte Hr. v. Schäfer befindet sich im Augenblicke nicht hier. Die übrigen Bevollmächtigten süddeutscher Staaten (mit Ausnahme des Hrn. v. Lerchenfeld) haben sogar durch die Differenzen in Bezug auf die Reichsverfassung eine fast unangenehm zu nennende Stellung. Eingehende telegraphische Nachrichten z. B. werden ihnen in neuster Zeit meist nicht eher bekannt, als dem Berliner Publikum; es ist dies um so auffallender, als sonst unser auswärtiges Amt bey derartigen kleinen rücksichtsvollen Gefälligkeiten keinen Unterschied zwischen den Bevollmächtigten größerer oder kleinerer Staaten machte.

Der berliner Witz läßt sich selbst von dem Martialgesetz nicht imponiren. Den Komiker der zahlreichen Privatbühnen bietet das Kriegsgericht sogar Stoff zu Kouplets, und der bekannte Weinhändler Louis Drucker hat die Firma angenommen „Türkisch-russisch-preussisch-standrechtliche Martial-Weinhandlung."

Köln, den 18. Mai. Die neue rheinische Zeitung erschien heute durchgängig mit rothen Lettern, mit einem Gedicht von Freiligrath an der Spitze und einem Aufruf an die Arbeiter Kölns, folgenden Inhalts: Wir warnen Euch schließlich vor jedem Putsch in Köln. Nach der militärischen Lage Kölns wäret ihr rettungslos verloren. Ihr habt in Elberfeld gesehen, wie die Bourgeoisie die Arbeiter ins Feuer schickt, und sie hinterher aufs Niederträchtigste verräth. Der Belagerungszustand in Köln würde die ganze Rheinprovinz demoralisiren und der Belagerungszustand wäre die nothwendige Folge jeder Erhebung von Eurer Seite in diesem Augenblicke. Die Preussen werden an Eurer Ruhe verzweifeln. Die Redakteure der Neuen Rheinischen Zeitung danken Euch beim Abschiede für die ihnen bewiesene Theilnahme. Ihr letztes Wort wird überall und immer seyn: Emancipation der arbeitenden Klasse! Die Redaktion der Neuen Rheinischen Zeitung. Zugleich zeigt die neue rheinische Zeitung an, daß sie einstweilen zu erscheinen aufhöre, da der Redakteur en chef Karl Marx die preussischen Staaten binnen 24 Stunden zu verlassen gezwungen sey, was ihm von der königlichen Regierung mitgetheilt worden.

Aus Schleswig-Holstein erhalten wir Nachricht, daß am 15. Mai die Beschießung Fridericia's begonnen hat, unter andern aus 168-Pfündern. Der Vortrab der Reichstruppen, eine preussische Division, hat Aarhuus besetzt. Das dänische Linienschiff „Skjold", Kommandeur H. P. Thomsen, scheint Lust zu haben, Kiel zu bedrohen; unsere Strandbatterien sind aber nicht abgeneigt, ihm diese Lust zu versalzen. (Frkf. O.-P.-Z.)

Schleswig, den 15. Mai. Die Einwohner von Friedericia verlassen, wie wir hören, größtentheils die Stadt; man sieht sehr oft Dampfschiffe mit vielen dänischen Damen über den Belt fahren. Vermuthlich sind viele Leute vor den einrückenden Truppen nach Friedericia geflüchtet, die jetzt weiter fliehen, weil die Stadt in diesen Tagen beschossen werden wird. Die großen Güter in der Umgegend sind von ihren Besitzern verlassen, so auch das Gut Straustrop, welches dem Grafen Bille-Brahe gehört und ein herrliches Besitzthum ist. In den weitläufigen Gärten sollen fast alle Obst- und Parkbäume niedergehauen und verbrannt seyn, weil man das Holz zum Kochen aus dem Walde nicht hat herbeischleppen mögen. Dagegen soll der schleswig-holsteinische Soldat selbst die Gartenbeete schonen, als wären sie sein Eigenthum, so daß muthwillig von ihm nichts zerstört wird, was sonst so leicht vorfällt. (Z. f. Z.)

Von der Königsau, vom 16. Mai. Endlich ist Ripen vor einigen Tagen von den Reichstruppen besetzt. Das Hauptquartier des General Prittwitz soll in Horsens seyn; wir sagen soll, weil die Nachrichten aus dem Norden sehr geheim gehalten werden. Die Einwohner von Friedericia bitten den General Bonin wiederholt um Schonung der Stadt; sie wird geschont werden, sobald die Dänen abziehen. Kuriere und Stafetten, so wohl von Preussen als Sachsen eilen häufiger denn je ins Hauptquartier. Man spricht von Waffenstillstand, ja sogar vom Frieden; am Ende ist's ein oktroyirter, unterstützt durch die Bajonette der Diplomatie, was der Himmel gnädiglich verhüte! Wir glauben uns einen ehrenvollen Frieden erkämpft zu haben durch Waffen, die zum Schutz, nicht zur Unterdrückung unserer Freiheit und Selbstständigkeit angewandt worden, und wir werden uns durch keine Mißverständnisse, weder von unten noch oben, irre machen lassen. (Hmb. Brsh.)

Französische Republik.

† **Paris**, den 18. Mai. Der große Akt der Volkssouveränetät geht eben zu Ende. Das Volk, seit der Februar-Revolution daran gewöhnt, die Namen seiner Vertreter von der Schwelle des Stadthauses herab verkünden zu hören, strömt auch heute nach dem Stadthausplatze, um das Resultat zu vernehmen. Wir geben dasselbe, so weit es bis Mittag uns vorliegt: 1) Lucian Murat 130,797, 2) Ledru Rollin 125,258, 3) Boichot 124,374, 4) Lagrange 122,597, 5) Bedeau 119,331, 6) Lamoricière 118,346, 7) Bac 117,376,

8) Dufaure 116,856, 9) Moreau, 115,405, 10) Victor Hugo 113,386, 11) Passy 113,222, 12) Felix Pyat 112,999, 13) Bavin 111,826, 14) Lammenais 110,762, 15) Birio 111,280, 16) Odilon Barrot 109,121, 17) Prupin 106,769, 18) Cavaignac 108,609, 19) Ratier 108,351, 20) Wolowski 108,029, 21) Considerant 106,845, 22) Coquerel 106,845, 23) Pierre Leroux 106,759, 24) Roger (Nord) 105,826, 25) Rapatel 105,706, 26) A. Perdiguier 104,754, 27) Madier de Montzell 102,507 28) Thoré 101,614 Stimmen.

Hinter diesen folgen: 29) Proudhon 100,297, 30) Ribeyrolles 98,294, 31) Mallarmet 97,051, 32) Langlois 97,028, 33) Bugeaud 96,000 Stimmen. Bei vorstehenden Zahlen fehlt das Armee-Votum. Dasselbe ändert die Reihefolge jedoch nicht wesentlich; nur die rothen Ziffern würden dadurch etwas stärker. Die Bestürzung der „Moderirten" ist allgemein.

Aus den Departements leuchtet es sehr roth. Von 500 in etwa sechzig Departements bekannten Wahlen lächeln den „Honnetten" kaum 300 entgegen; 200 sind hochroth oder zweifelhaft. Loire, Nievre, Cher, Côte d'Or, Loire-Cher, Correze, Haute-Vienne, Rhone, Nord, Oringe sollen den gestrigen Depeschen zufolge ganz roth gewählt haben.

Die honnetten Morgenjournale gestehen mit Schmerz das starke rothe Element in den Wahlen zu.

In Chalon a. d. S. ist die rothe Republik alles Ernstes etablirt worden und zwar nicht von den Arbeitern, wie man immer glaubt, sondern von Bürgerwehr und Militär. Die Saoneblätter bringen uns diesen Morgen lange Details hierüber. Dem Präfekten gelang es indessen, durch gütliche Mittel die Bevölkerung wieder auf die Bahn der „offiziellen demokratischen Republik" zurückzugeleiten. Die Ruhe ist wieder hergestellt.

Mülhausen, den 16. Mai. Auszug aus einem Privatschreiben (ganz glaubwürdig.) Durch flüchtige badische Offiziere, deren heute wieder 10 oder 12 von Basel hierher kamen, hört man, daß euere Revolution durchaus keinen gewaltthätigen oder blutigen Charakter hat; aufgefordert, mit dem Volke zu halten oder sich zu entfernen, haben sie das Letztere vorgezogen. Von Opfern hört man wenig und von Verletzung des Eigenthums gar nichts. Diese Umwälzung trägt den Stempel einer Ueberzeugung, einer Erhabenheit, die die Feinde der Freiheit, die in dem sich erhebenden Volke nur Lumpengesindel, Räuber und Mörder sehen, auf's Aeußerste beschämen muß.

Die Wahlen hier sind alle zu Gunsten der demokratisch-sozialen Republik, sie werden in ganz Frankreich nicht minder gut ausfallen; Dank unserer reaktionären, treulosen Regierung und dem schwachen Präsidenten.

Alles ist roth geworden, aber nicht wie die Weißen sagen, blutroth, sondern auch schamroth wegen der schändlichen Expedition nach Rom.

Die Wahlen im Elsaß sind meist entschieden demokratisch ausgefallen; in Paris hat das Militär roth gewählt; auch aus den übrigen Theilen Frankreichs lauten die Wahlberichte günstig.

(M. Abdz.)

Neueste Nachrichten.

†* **München**, 21. Mai. Die Adresse ist mit **72** gegen **62** Stimmen von der Volkskammer angenommen.

Augsburg, 20. Mai. Heute fand hier eine von 10 000 Personen, worunter gegen 600 Soldaten, besuchte Volksversammlung statt, welche damit schloß, daß sämmtliche Anwesende den Eid auf die deutsche Reichsverfassung leisteten.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. **Friedrich Mayer**.

Anzeigen.

Erklärung.

Eine gestern hier abgehaltene sogenannte Soldatenversammlung, deren überwiegende Theilnehmerzahl aber nicht dem Militärstande angehörte, wurde leider auch von einer Anzahl Soldaten besucht, von welcher jedoch nur Wenige in übler Absicht Antheil genommen haben.

Da nun hiebei auch einige Individuen des Regiments, insbesondere Einer Namens Jugmann (ein Subjekt, das ohnehin zur Ausstoßung aus dem Heerverbande wegen übler Conduite reif ist), zu ungesetzlichen Handlungen aufgefordert haben, so könnte dieses beklagenswerthe Vorkommniß in den Augen aller nicht mit den näheren Umständen Vertrauten auf den Geist und die Treue des Regiments einen trüben Schatten werfen.

Wir erklären daher öffentlich, daß wir jene nichtswürdigen Soldaten nicht mehr als unsere Kameraden anerkennen, daß wir sie zwar vorläufig noch unter uns dulden müssen, jeden kameradschaftlichen Umgang mit ihnen aber meiden und sie nur mit Verachtung in so lange behandeln, als sie nicht Beweise der Umänderung ihrer verderblichen und verabscheuten Gesinnungen gegeben haben werden.

Unsere Vorgesetzten, unsere Kameraden des deutschen und bayerischen Heeres, unsere achtungswürdigen Mitbürger mögen aus dieser — dem Drange unserer innersten Gefühle entkeimenden Erklärung entnehmen, daß das königl. bayer. 5. Infanterie-Regiment (Großherzog von Hessen) wie in der Vergangenheit so auch heute noch feststeht in der g[...]treuen Erfüllung seiner Pflicht für das Vaterland, sey dieses nun von äusseren oder inneren Feinden bedroht.

Nürnberg, am 20. Mai 1849.

Die sämmtlichen Unteroffiziere und die Soldaten des Regiments.

Mit einer Beilage.

†° **München**, 21. Mai. [18. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.] Am Ministertische: v. d. Pforten, Kleinschrodt, Aschenbrenner, Forster, Ringelmann, viele Ministerialräthe. Hegnenberg-Dux eröffnet die Sitzung. Tafel aus der Pfalz wird beeidigt und schwört mit dem Vorbehalt der Linken. Hegnenberg-Dux verliest die Beschwerde des Abg. Kolb gegen das Präsidium, es habe in der vorletzten Sitzung seine Befugnisse überschritten.

Eine Interpellation wegen der Pfalz wird angekündigt, ausgegangen von Lerchenfeld, Forndran, Hirschberger ꝛc. — (rechtes Centrum.)

Lerchenfeld erhält das Wort: Da kein amtliches Organ Nachrichten aus der Pfalz bringe, fordere er das Ministerium auf, offiziell hierüber Aufschlüsse zu geben. (Eine Manipulation, um die Adreßdebatte hinauszuziehen.)

Minister Kleinschrodt geht in dieser Frage bis auf die ersten Bewegungen in der Pfalz zurück und verliest theils aus Zeitungen, theils aus Aktenstücken die Aufrufe zu den Volksversammlungen in der Pfalz, zur Lostrennung ꝛc. —

Ein amtlicher Bericht spricht von fanatisirten Demokraten und rothen Republikanern, und gefällt sich in ganz niederträchtigen Entstellungen, indem er eine kommunistische Tendenz der ganzen pfälzischen Bewegung unterschiebt. (Glücklicherweise hat die Zeit die Lügenhaftigkeit dieser Berichte dargethan.) In einem Appellationsgerichtsbeschlusse der Pfalz ist dagegen bemerkt, daß die Stimmung des ganzen Landes für die Reichsverfassung sey. Die Wahl einer provisorischen Regierung in der Pfalz sey der Regierung nicht offiziell bekannt, aber aus Zeitungsnachrichten ersichtlich.

Nun wird zur Adreßdebatte übergegangen. (Die Minister entfernen sich.) Hegnen-Dux glaubt, daß nach dem Inhalt des Entwurfes nur eine allgemeine Diskussion stattfinden könne, was die Kammer zuläßt.

v. Koch macht sich gleich vornherein wieder lächerlich, indem er die Adresse gar nicht zur Diskussion lassen will, und wird vom Präsidium tüchtig bedient.

Dr. Roßbach erhält das Wort: Er habe bei Diskussion über die Grundrechte sich nicht zum Vereinbarungsprinzip, sondern zu jenem der Verständigung bekannt. Er habe für Entwerfung einer Adresse gestimmt, aber er habe eine andere Intention für den Inhalt gehabt. Besonders sey er gegen den Satz, daß der Regierung jede Unterstützung von der Kammer im Falle der Verweigerung der Annahme versagt werden solle. Die übrigen Motive seines Nichteingehens sind unbedeutend.

Lerchenfeld: er werde sich kurz fassen: Deutschland sey in 2 Bogen gespalten, eines für, eines gegen unbedingte Annahme der Reichs-Verf. Die Gründe seyen bekannt, die beide Theile für ihre Ansicht angäben. Er wolle hier nur die Frage erörtern, ob die Nat.-Verf. für Bayern heilsam oder schädlich sey. Preussen werde die Verf. in ihrer gegenwärtigen Form nicht anerkennen, ohne Preussen sey sie nicht ausführbar; die preuss. Macht allein hätte die Verf. einführen können. Ohne Preussen könnte die Centralisation nicht durchgeführt werden, Deutschland würde im 1. Jahre verbluten müssen. Das Streben des deutschen Volkes wolle Deutschland einig zu einem großen Ganzen verbinden. Oesterreich sey schon durch den Beschluß der Nat.-Verf. ausgeschieden, auch Preussen werde ausscheiden, und die Einheit und Macht Deutschlands sey zerstört. Er hält seine Verständigung dennach für möglich, obwohl Preussen seine Abgeordneten von der Nat-Verf. zurückberufen habe. Dies billigt er nicht, und er hoffe, Bayern werde Preussens Beispiel nicht folgen. Er und seine Freunde werden den Antrag stellen: In Erwägung, daß die Verfassg. nicht durchführbar sey, daß sie lückenhaft sey, möge man die Verfassung annehmen, soweit sie von der Reg. nicht beanstandet sey, und die anderen Punkte berathen. Dann könne man Preussen einladen, die Versammlung wieder zu beschicken und die Nat.-Verf. solle die Verfassung nach einmal berathen.

Auf diesem Wege könne Bayern seinen Beruf beweisen, in Entwickelung konstitutioneller Freiheit voranzugehen. In diesem Augenblick werde ein voreiliges Anerkennen von Seite Bayerns nur eine Suprematie Preußens herbeiführen. Wer den erblichen Kaiser mit der Verfassung anerkennt, werde ihn zuletzt ohne Verfassung anerkennen müssen. Weißt nun auf die Geschichte des preußischen Königshauses zurück und will aus dieser Geschichte die Stellung ableiten, die Preußen in der weiteren Entwickelungsgeschichte Deutschlands einnehmen werde. (Wir möchten doch wissen, was Lerchenfeld unter „kurz fassen" versteht.) Er könne nur beklagen, daß Preußen erst zu spät seine Ansichten über das Verfassungswerk und die Nationalversammlung ausgesprochen habe. Er sei kein Mann der Kaiserpartei. Die Geschichte habe ihn gelehrt, nicht das Wünschenswerthe, sondern das Mögliche anzustreben. Um ein Kaiserreich zu gründen, müsse man einen Kaiser haben; der sey nicht da, den mache die Natur, nicht Dekrete. Wäre ein solcher Mann da, hätte ihn das deutsche Volk schon lange geholt. Er sey für das Direktorium; es habe viele Vortheile. Es sey wahr, die Zeit von 1818—48 sey eine Zeit des Unglücks gewesen. Im deutschen Bunde hätten die zwei Mill. Mächte Preußen und Oesterreich willkürlich geherrscht und die kleinen Staaten hätten durch ihre Stimmen nur die Willkürmaßregeln derselben unterstützen müssen. Ein Direktorium wäre die größte Bürgschaft für Deutschlands Freiheit und Einheit. Es handle sich um Wahrung des konstitutionellen Prinzips in Deutschland. Dieses Prinzip verlange vor Allem, daß die Vertreter des Volkes gehört werden. Dazu biete sich im Augenblick der Kammer Gelegenheit. Die Kammer könne durch die Vorlage der Regierung berathend an Angelegenheiten Theil nehmen, die sonst als Gegenstand äußerer Politik behandelt worden sey; bestehe man auf unbedingter Anerkennung, werde am Ende die Reichsverfassung doch nicht durchgeführt und die Kammer habe nur ein Recht eingebüßt. Er und seine Freunde verlangten, die Linke möge nicht starr an Prinzipien festhalten, die zu nichts führen, sonst könne es gehen, wie in Frankreich durch den Satz: „Perissent plutôt les colonies qu'un principee!" Die Kolonien seyen zu Grunde gegangen und das Prinzip auch.

Werde der Adreßentwurf angenommen, sey sein Zweck, die Minister zu stürzen. Man werde glauben, der Moment sey jetzt, Konzessionen zu erlangen, weil die Regierung nachgeben müsse. Er könne dieses Prinzip der Benützung des Augenblicks nicht billigen; es sey eines freien Volkes nicht würdig. In diesem Augenblick, wo die Anarchie vor der Thüre stehe, dürfe man der Regierung die Unterstützung nicht versagen.

Reinhard glaubt, obwohl ihm die Reichsverfassung nicht ganz gefällt, doch die Adresse unterzeichnen zu müssen aus Furcht vor der bayerischen Regierung, die früher in Erlassen jeden als Staatsverräther erklärt habe, der sich gegen die Nationalversammlung auflehne. (Liest nun diese Erlasse vor; eine Auffassung, die die Regierung wirklich auf furchtbare Weise schlägt und kompromittirt.) Er habe die Erlasse nicht anders verstehen können, als man müsse sich unbedingt der Nat.-Verf. unterwerfen. Stimmt für die unbedingte Annahme der Adresse.

Binder stimmt ebenso. Die deutsche Frage sey bereits auf das Feld der That getreten; sie müsse vielleicht mit Blut ausgekämpft werden. Wer weiß, wie lange der Franke, Pfälzer und Schwabe noch hier tage. Es sey der Fluch der Fürsten, daß sie die Wahrheit nicht zu hören bekommen, und dringe der Nothruf des Volkes zu ihren Ohren, so schrieen ihre Rathgeber: „Rebellion!" Richte man dann nichts mit Bajonetten aus, lege man sich auf das Versprechen. Und wenn dann ein Fürst das Versprechene nicht halten wolle, trete er ab und sein Nachfolger sey an nichts gebunden. Im Privatleben gebe es einen eignen Namen für solche Handlungsweise.

Habe man aber die Macht, so nehme man dem Volke Alles wieder. Mischten sich auch unreine Elemente in eine Volkserhebung, so sey doch das Hauptstreben rein. Er weist nun auf die ungarische Erhebung hin. Er führt vor: Es sey politischer Fanatismus, zu glauben, die Fürsten werden mit reiner Hand das Verfassungs-Werk in die Hand nehmen; sie werden nur ihre dynastischen Interessen wahren. (Weißt auf die Wiener Kongreßakte.) Eben so sey es Fanatismus, wenn die Fürsten glaubten, durch russische Bajonete und ihre Kamarillen den Geist der Freiheit vernichten zu können. Ueber den modernden Gebeinen der Freiheitskämpfer würden die morschen Throne der Fürsten zusammenstürzen. (Allgemeines Bravo.)

Koch (Lachen! Lachen!) Er schwätzt aber auch so unsinnig, daß man nicht denken kann, wie ein Koch in der Kammer sitzen kann. Die ganze Linke entfernt sich, so lange er spricht. Er wird, als er von Advokaten-Rabulisterei spricht, vom Präsidenten derb zur Ordnung gewiesen. An ihm hat die Rechte einen tüchtigen Vorkämpfer. Herr Koch, der Stern des Feldes, spricht der Linken das staatsmännische Leben ab. Für ein politisches Blatt eignen sich die Reden Kochs nicht, wohl aber für ein humoristisches Carnevals-Blatt. Bodenlose Dummheit, die sich nicht erkennt, oder namenlose Frechheit, solche Dummheit an den Mann bringen zu wollen, verdienen noch mehr, als den Hohn, mit dem die Kammer und die Gallerien den Herrn Koch überfluthen.

Lerchenfeld verwahrt sich, weil Koch theilweise im Namen des rechten Centrums sprach, im Namen seiner politischen Freunde, als theile er Kochs Ansichten. (Dann erklärt er im Namen von 34 seiner Freunde, sie werden nicht an der Debatte, wohl aber an der Abstimmung Theil nehmen.)

Morgenstern erinnert, daß die Nat.-Verf. zu ihrem Schutze aufgerufen; es sey jetzt nicht Zeit, die einzelnen Punkte dieser N.-Verf. zu beleuchten. Nicht die seyen Rebellen, die Alles für die N.-Verf. einsetzten, sondern die, die sie mit den Waffen unterdrücken wollten. — Er glaube, es sey Pflicht, das gegenwärtige Ministerium zu entfernen, die konstitutionelle Monarchie sey eine Illusion, wenn nicht nach dem Willen der Nation regiert werde. Alle bisherigen Ministerien wären Ministerien der Aufopferung (für hohe Personen) gewesen, keine Ministerien des Prinzips. Die Verfassung müsse anerkannt werden; dadurch allein werde der Bürgerkrieg vermieden werden.

Bray verwahrt sich gegen ein paar bedeutungslose Angriffe Reinhard's und Morgenstern's gegen frühere Ministerien. (Er kann nicht ordentlich 2 Worte reden.)

Dr. Müller spricht für die Adresse.

Heinz: Es seyen viele Beanstandungen hier vernommen worden, die Angesichts der Machtvollkommenheit des deutschen Volkes keiner Berücksichtigung werth seyen. Aber den Hauptanstand habe man nicht genannt, den die Fürsten erhoben: das Wahlgesetz. Er trage keinen Anstand, zu erklären, daß, wenn die Nat.-Versammlung ausspreche, der jetzige Zustand Deutschlands tauge nichts, auch er ausrufe: Vox populi, vox dei. Auch Republikaner würden sich in Deutschland finden. Biete das Verfassungswerk auch Mängel dar, so werde sie die Nat.-Verf. auf dem vorgezeichneten Wege heilen. Die Bewegung in der Pfalz, entsprungen aus dem verhöhnten Rechtsgefühle der Pfälzer, sey eine der großartigsten Erscheinungen der Neuzeit; die Pfalz habe sich erhoben, um widerrechtliche Angriffe der Regierung abzuwehren. Die bayerische Regierung habe die Beschlüsse der Nat.-Verf. aufrecht erhalten, als sie gegen Freiheitsbestrebungen gerichtet waren. Jetzt weigere man sich. Siege die Regierung auch in der Pfalz, so werde es ein kurzer Sieg seyn. Empfiehlt die Annahme der Adresse, die Menschlichkeit, wenn nicht die Klugheit gebiete ihre Annahme.

Kolb wird kein Wort über die Rechtsgültigkeit der Reichs-Verf. verlieren; die Vorlage der Regierung könne nicht berücksichtigt werden. Im Vorbeigehen wolle er nur einige Unrichtigkeiten der Vorlage berühren. Das Vereinbarungsprinzip sey durch Abberufung der preuss. Abgeordneten unmöglich geworden. Der Ausschluß Oesterreichs sey nicht Schuld der Nat.-Versammlung; diese habe die angeführten, den Ausschluß motiviren sollenden §§. der Nat.-Verf. gerade nach dem Vorschlage der österr. Abg. angenommen. Der Vorwurf, daß die Verfassung einen Einheits- und keinen Bundesstaat gründe, daß die Centralgewalt zu große Befugnisse habe, sey unbegründet. Früher habe Bayern gefunden, die Centralgewalt sey zu wenig mit Macht ausgerüstet. Das Wahlgesetz sey den Fürsten zu freisinnig. Der Anstand über die Konsumtions- und Produkten-Steuer, den die bayer. Regierung erhebe, sey ebenso unbegründet; mit den Matrikular-Beiträgen, die die bayer. Regierung wolle, sey die Central-Gewalt in steter Verlegenheit; man habe kein Geld, wenn man welches brauche. Was der Malzaufschlag, der die Armen belaste, betreffe, solle man froh seyn, wenn er aufhöre; er sey stets nur zum Vortheil des Staates und der Gemeinden ausgebeutet worden. Die in der Vorlage angegebenen Gründe gegen die Verfassung seyen nichtig. Was nicht gut in der Verf., werde auf dem gesetzlichen Wege, wie ihn die Reichs-Verfassung vorgezeichnet, geändert werden. Was die Pfalz betrifft, werde Eisenstucks Bericht das am besten widerlegen, was man der Pfalz vorwerfe. Die Regierung habe nichts gethan, um die Bewegung in ein ruhiges Geleis zu lenken. Wandle die Rechte den bisherigen Weg fort, so bekommen wir noch zu der österr. Grenze eine würtembergische, badische, hessische ꝛc., denn diese Staaten hätten die deutsche Verf. anerkannt und

würden fest an der Verf. halten. (Auch die Rechte verwahrt sich gegen die Debatte über die Adresse, will aber mit abstimmen. Die Kammer verlangt Schluß.)

Schüler als Berichterstatter hat das letzte Wort. Kolb habe schon Alles berührt, was er hätte erwähnen müssen. Die Beleuchtung der Reichsverfassung stehe ausser Kompetenz der Kammer; deshalb vermeide die Linke dieselbe. Er widerlegt nun ebenfalls einige Abschnitte der ministeriellen Vorlage. Die Reichsverfassung sage, über gemeinschaftliche Produkt.-Steuer stehe der Centralgewalt die Verfügung zu; von gemeinschaftlicher sey die Rede, nicht von spezieller. Dieser Anstand erledige sich also von selbst. Er beweist, daß von einem Vorwegnehmen dieser Steuern gar keine Rede sey, dies geht aus §. 36 der Reichsverfassung deutlich hervor. Eben so wenig sollten sämmtliche Zollerträge in die Reichskasse fließen. Wie übrigens eine Staatskasse jährlich um einige Millionen verkürzt werden könne, wie der Herr Minister gesagt, begreife er nicht. Die Erleichterung der Einzelstaaten gegenüber den Erschwerungen sey nicht vorhanden, sage der Herr Minister. Es seyen aber keine neuen Ausgaben da, und was vom Bunde bezahlt werde, komme den Einzelstaaten zu; z. B. habe das Militär in drei Monaten Bayern 2,260000 fl. gekostet. Man denke aber auch an die Kosten, die Bayern in den Staatsfestungen, wie z. B. Germersheim erspare, wenn das Reich sie übernehme. Die Annahme Lerchenfelds, es sey durch die Ablehnung der Kaiserkrone auch die Verfassung nicht mehr fertig, so sey durch einen Beschluß der National-Versammlung jetzt gesorgt. Provisorisch trete dann der größte Staat, resp. dessen Oberhaupt, als Reichsstatthalter ein. Bayern habe den ersten Anspruch.

Uebrigens sey er nicht da, die Größe der Dynastien zu erheben, das sey Sache des Ministeriums. Das Ministerium wolle vereinbaren; wenn das jede Regierung thun wolle, werde zuletzt gar nichts Einheitliches zu Stande kommen; dann werde an der ganzen Verfassung nicht ein Satz unverändert bleiben. Das Vereinbarungsprinzip führe zum Chaos, dies sey eben die Absicht der Regierung, weil sie wisse, daß dann die ganze Verfassung nicht zu Stande komme und unmöglich sey. Weil das Wort Vereinbarung gar kein Wort sey, spiele es eine so große Rolle. Das Wort sey schon ein Unsinn, sogar eine grammatikalische Unmöglichkeit. Die Regierungen hätten das gewußt und daher dieses Wort mit so weiter Deutung gewählt. Vereinbarung habe im März 1848 Verständigung geheißen, jetzt heiße es Oktroyirung, in Kurzem werde es Belagerungszustand heißen.

Die Adresse ist mit 72 gegen 62 Stimmen von der Volkskammer angenommen.

Die Rechte und das rechte Centrum geben eine Verwahrung zu Protokoll gegen den Inhalt der Adresse und deren Folgen. Schluß der Sitzung.

v. Scheurl dagegen. Ruft den Wackelmann heim, er ist Eurer unwürdig!!

Heute Morgen hielt der König Parade über die ganze Garnison auf dem Marsfelde.

M München, 21. Mai. In der ersten Sitzung sagte der Abgeordnete Schmitt: Warum sollen wir warten? Meine Herren, Sie wissen es nicht! Weil Sie es nicht wissen, so warten Sie nicht den Samstag ab! Nicht Alle in diesem Hause wissen und können wissen, was der Einzelne weiß. Meine Herren,

warten Sie nicht den Samstag ab!

So eben ist nun ein preussischer General angekommen und soll die zu oktroyirende Verfassung mitgebracht haben, die in der nächsten Stunde allerwärts angeschlagen, und zugleich die Kammer aufgelöst werden soll, ehe sich die Abgeordneten erklärt haben!

Um 12 Uhr große Revue von 12,000 Mann! Wozu??

• **Nürnberg**, den 21. Mai. Gestern endete das von dem Arbeiterverein veranstaltete Verbrüderungsfest mit einem Skandal, der in der ganzen Stadt die höchste Aufregung zur Folge haben mußte. Chevauxlegers der hier liegenden Division sollen den Streit veranlaßt haben, der sich auf eine solche Höhe steigerte, daß mehrere bedeutende Verwundungen vorkamen und das Gräßliche an der Sache ist, daß ganz Unschuldige dieses Schicksal traf, so daß sogar Leute in den Straßen mißhandelt wurden, die nicht einmal auf dem Schloßzwinger gewesen waren. Hoffentlich wird eine strenge Untersuchung auf die rechte Spur leiten. Auf dem Schloßzwinger ist an Schenkgeräthschaften Alles zerstört.

Würzburg, 21. Mai. Wir kommen auf die gestern bereits erwähnten Excesse zurück. Die Excedenten zogen mit geschwungenen Säbeln über die Brücke zum „römischen Kaiser;" dort war eine Vorberathung der 4. Landwehr-Compagnie wegen einer bevorstehenden Offizierwahl. Von dieser wurden 5 nach andern 7 durch Säbelhiebe verwundet. Außerdem wurden 2 Studenten verwundet, die, wie man sagt, Kegel schoben; ebenso ein zufällig nach Hause gehender Pharmazeut und endlich ein Gymnasiast. Auch in das k. Bräuhaus wollte man dringen und als es nicht gelang die Thore zu sprengen, wurde mit Steinen ein großer Theil der Ziegelbedeckung ruinirt. Im Schrecken sprangen einige Personen vom Fenster hinab und beschädigte sich auch wirklich Einer hievon.

Bereits wurden die Namen der hauptbetheiligten Militärpersonen vom Landwehr-Kommando der Stadt-Kommandantschaft angezeigt. In Folge einer Deputation, welche die städische Behörde gestern an das Kommando des Armeekorps geschickt, blieb das Militär von 5 Uhr an in den Kasernen konsignirt; und den Landwehrpatrouillen in Verbindung mit dem gewählten Sicherheits-Ausschusse wurde der Sicherheitsdienst übergeben. Trotz der großen Erregung, die unter der hiesigen Bevölkerung nach solchen Vorgängen stattfinden mußte, wurde durch den musterhaften Pflichteifer der Landwehr die Ruhe der Stadt überall aufrecht erhalten. Zwei Militärs, welche die allgemeine Stimme als Hauptveranlasser der Exzesse bezeichnete, wurden durch sie gerettet, als sie der Erbitterung trotzend, sich in den erregten Massen zeigten. Auch die hiesige Regierung hat, wie wir hören, nicht unterlassen, die in ihrer Kompetenz liegenden Schritte energisch zu thun, um die Stadt vor ähnlichen Begegnissen zu bewahren. Uebriges hat das 12. Infanterie-Regiment und die Artillerie und Chevauxlegers den Befehl bekommen, sich binnen 24 Stunden marschfertig zu halten. Wohin, weiß man noch nicht. Zugleich können wir versichern, daß die Mehrzahl der hier liegenden Garnison diese Vorgänge im höchsten Grade mißbilligt. — Heute Nacht patrouillirt die Stadtwehr.

(N. W. Z.)

Proklamation.

Mitbürger!

Im Vertrauen auf ihr gutes Recht hat die gesammte Bevölkerung der Rheinpfalz sich erhoben, um der Widerspenstigkeit der deutschen Fürsten gegen die durch die Vertreter des deutschen Volkes endgültig beschlossene deutsche Reichsverfassung thatkräftig entgegen zu treten.

Die Rheinpfalz kann mit Stolz sagen, daß sie für diesen Schutz des unveräußerlichen Rechts der Volkssouveränetät zuerst bewaffnet in die Schranken getreten ist, — eine Erhebung, welcher sich das benachbarte badische Volk muthig angeschlossen hat.

Der Widerspruch des Königs von Bayern gegen den gesetzlich ausgesprochenen Volkswillen war durch kein Mittel zu brechen, die Autorität aller Behörden in der Pfalz dadurch vollständig gelähmt. Der in Folge der Volksversammlung zu Kaiserslautern am 2. Mai d. J. erwählte Landesvertheidigungsausschuß blieb die einzige Behörde, welche im Stande war, der drohenden Anarchie für eine Zeit lang Schranken zu setzen. Die Nothwendigkeit, die Zügel der Regierung in eine starke Hand zu legen, um eines Theils den Bestrebungen des nach Freiheit ringenden Volkes Nachdruck und Einheit zu geben, andern Theils die Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten, gestaltete sich von Tag zu Tag als ein dringenderes Bedürfniß. Der Landesvertheidigungsausschuß würde den ihm gewordenen Auftrag überschritten haben, wenn er selbst die Handhabung der Regierung übernommen hätte. Er hielt es aber für seine Pflicht, die Ernenung einer provisorischen Regierung für die Pfalz einstimmig bei der am 17. Mai zu Kaiserslautern versammelten pfälzischen Volksvertretung zu beantragen. Auch diese erkannte einstimmig die Nothwendigkeit der Einsetzung einer provisorischen Regierung zur energischen einheitlichen Leitung der Bewegung, und zur Aufrechthaltung der Ordnung an; und selbst diejenigen Mitglieder, welche den jetzigen Zeitpunkt dazu noch nicht für geeignet hielten, schlossen sich der Mehrheit in der Erklärung an, die provisorische Regierung mit voller Hingebung zu unterstützen.

Die pfälzische Volksvertretung beauftragte mit diesem schwierigen Amte die Bürger Reichard, Culman, Schüler, Hepp und Kolb, und bestimmte für die drei Abwesenden, Culmann, Schüler und Kolb, den Eintritt der Bürger Greiner, Fries, und Nic. Schmitt als Ersatzmänner. Der Jubel des bewaffneten und unbewaffneten Volkes begleitete die Verkündigung der provisorischen Regierung durch den Präsidenten der pfälzischen Volksvertreter.

Mitbürger! Indem wir dem hohen Rufe, welcher an uns ergangen, folgen, vertrauen wir auf Eure Begeisterung, auf Eure Hingebung für die Freiheit.

Vereint mit Euch werden wir stehen, und, wie wir die feste Ueberzeugung hegen, siegen in dem großen Kampfe für die Freiheit und Einheit des deutschen Volkes, indem wir unseren Brüdern in Baden und überall im deutschen Vaterlande, wo sie sich immer zu gleichem Zwecke erheben mögen, freudig die Hand bieten.

Wir werden bemüht seyn, die Ordnung kräftig aufrecht zu erhalten, und rechnen dabei auf Eure Unterstützung.

Die bestehenden Behörden bestätigen wir hiermit in ihren Aemtern, bauend auf ihre Ergebenheit für das Vaterland und die große Sache, zu deren Durchführung auch sie mitberufen sind. Die Zeit der Gefahr wird sie um so aufmerksamer und um so gewissenhafter in Erfüllung ihrer Pflicht machen.

Ihre Amtshandlungen werden von heute an im Namen des pfälzischen Volkes ausgeübt.

Diejenigen Verfügungen, welche zur Aufrechthaltung der Ordnung, zur Sicherstellung der Personen und des Eigenthums und zur weitern Durchführung der Volksbewaffnung nothwendig sind, werden wir in kürzester Frist erlassen.

Alle wegen politischer Vergehen und Verbrechen Verurtheilten sind amnestirt, und alle politischen Untersuchungen niedergeschlagen.

Bürger! Die absolute Fürstengewalt hat zur Aufrechthaltung der Gesetze ihrer Polizei und ihrer Soldaten bedurft. Eure Liebe zum Vaterlande, Euer Freiheitsgefühl ist eine bessere, eine mächtigere Triebfeder, Euch den für das Wohl des Vaterlandes nöthigen Bestimmungen unterzuordnen, als der blinde Gehorsam, welchen Eure früheren Machthaber von Euch gefordert haben.

Pfälzer! Das Vaterland ruft. Wir Alle werden nicht zurückbleiben. —

Kaiserslautern, den 18. Mai 1849.

Die provisorische Regierung.

Reichard. Hepp. Greiner. Fries. N. Schmitt.

Frankfurt, 20. Mai. Es heißt heute, Hanau mache ernste Anstalten, sich dem Einmarsch preußischer Truppen zu widersetzen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 24. Mai 1849. **№ 144.** **Donnerstag: Esther.**

Deutsche Staaten.

München, 21. Mai. Für die Dauer der Verwesung der Gerichts- und Polizeibehörde Thurnau durch den ersten Landgerichts-Assessor A. F. Langensaß von Weismain wurde dem Landgerichte daselbst ein Aktuar extra statum beigegeben und auf diese Stelle der Appellationsgerichts-Accessist G. Müller aus Bamberg ernannt; der zum ersten Landgerichts-Assessor in Münnerstadt ernannte vormalige Patrimonialrichter von Untermerzbach F. Salger wurde von dem Antritte dieser Stelle enthoben, und auf solche der zweite Landgerichtsassessor F. Wiesner in Kissingen befördert. (N. M. Z.)

Freiburg, den 19. Mai. Heute ist der Abg. Christ von Frankfurt als Reichskommissär hier eingetroffen; er wohnte diesen Abend einer Sitzung des Gemeinderaths bei, worin folgende wichtige Beschlüsse gefaßt wurden: 1) Die Reichsgewalt wird aufgefordert, den Landesausschuß anzuerkennen; 2) der Landesausschuß soll innerhalb 10 Tagen durch Volkswahl erneuert werden: 4) der geflüchtete Großherzog Leopold wird, wenn er zurückkehren will, als Landesoberhaupt angesehen; 4) wenn er auch nicht zurückkehrt, wird er doch staatsrechtlich als solches betrachtet werden. — Heute frühe sind wieder mehrere Truppenabtheilungen auf die Reichsverfassung beeidigt worden. — Die hier erscheinende „Oberrheinische Zeitung" soll zum Organ des Landesausschusses bestimmt und zum amtlichen Verkündigungsblatt desselben gemacht werden — Heute ist eine halbe Batterie Artillerie von hier nach Karlsruhe abgegangen. (Frkft. O.-P.-Z.)

Mannheim, den 19. Mai. Wenn das Reichsministerium von anarchischen Zustände in unserem Lande spricht, so kann man, um diese Begriffsverwirrung aufzuklären, nichts wünschen, als dasselbe möge seinen scharfsichtigsten „Gestaltenseher" hierher schicken, daß derselbe sich von der Ruhe und Ordnung unserer Stadt überzeugt. Der Sicherheitsausschuß hat mit aller Umsicht die Maßregeln getroffen, welche nöthig waren, um einer Unordnung durch die momentane Unterbrechung des Staatsorganismus vorzubeugen, und die neue Ordnung einzuleiten und zu befestigen. Alle Bürger unserer Stadt sind vereint in dem Streben, die heilige Sache der Befreiung des Vaterlandes zu unterstützen, alle Parteibestrebungen sind verschwunden im Angesichte der entschiedenen und besonnenen Maßregeln von Seite unserer Exekutivkommission; unsere Soldaten sind durchdrungen von dem Stolze der errungenen Selbstständigkeit und des freiwilligen Gehorsams, nachdem sie, die ersten unter den deutschen Kriegern, das Joch des Militärdespotismus abgeschüttelt haben. Sie mögen kommen, die Feinde der Freiheit, welche ein einmüthiges, freiheitbegeistertes Volk anarchisch nennen, sie mögen kommen und fühlen, was ein solches Volk vermag! (Frkf. J.)

Mannheim, 20. Mai. Die heute über 10,000 Seelen starke Volksversammlung hatte einen rein deutschen Charakter. Es schwuren alle Männer feierlich, die deutsche Verfassung mit Gut und Blut zu vertheidigen. Die Stadt wimmelt mit Fremden; Alles ist vergnügt und guter Dinge. (Frkf. J.)

Es sind folgende Proklamationen in **Karlsruhe** erschienen: I. An das deutsche Volk! Die Tyrannen Deutschlands haben die Maske abgeworfen. Der König von Preussen hat nicht blos den Freiheitsbewegungen Deutschlands überhaupt, sondern namentlich auch der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt offen den Krieg erklärt. Am Sitze der Centralgewalt hat ein Ministerium die Zügel der Regierung in die Hände genommen, dessen Ernennung die Nationalversammlung selbst für einen Hohn gegen das deutsche Volk erklärt hat. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß die Nationalversammlung mit Waffengewalt gesprengt werden soll. Bei dieser drangvollen Lage des deutschen Volkes fanden sich heute drei Abgeordnete der Nationalversammlung: Raveaux aus Preussen, Trützschler aus Sachsen, Erbe aus Altenburg, in unserer Mitte ein und verlangten den Schutz des Volkes gegen die zum Umsturz der Reichsverfassung verbündeten Mächte. Deutsche Brüder! Der Augenblick der Entscheidung ist gekommen. Wir dürfen nicht länger zögern, soll nicht auch den bisher unverwüstet gebliebenen Theilen Deutschlands das Loos von Wien und Dresden zu Theil werden. Wir dürfen die letzten Vorkämpfer der Freiheit im Schooße der Nationalversammlung dem Grimm unserer gemeinsamen Feinde nicht preisgeben. Wir müssen ihnen Hülfe senden, so weit unsere Kräfte reichen. Das Volk Badens hat sich erhoben, die Soldaten sind aufgestanden, um Deutschlands Freiheit, Einheit und Größe zu erkämpfen. In wenigen Tagen kann schon der Kampf beginnen. Unser gemeinsamer Schlachtruf wird seyn: Tod den verbündeten Tyrannen! Es lebe ein großes, ein einiges, ein freies Deutschland! Karlsruhe, den 19. Mai 1849. Der Landesausschuß von Baden: Bannwarth, Cordell, Damm, Orgen, Fickler, Happel Hennekа, Hoff, Junghanns, Kiefer, Rehmann, Richter Ritter, Rotteck, Stay, Steinmetz, Struve, Thiebauth, Torrent, Werner, Wernwag, Ziegel. Die Vollzugsbehörde: Brentano, Peter, Goegg, Eichfeld. Die Mitglieder der deutschen Reichsversammlung: Raveaux, Trützschler, Erbe.

II. Soldaten, deutsche Brüder! Ihr habt Euch losgesagt von einer volksfeindlichen Regierung, weil Euer Rechtsgefühl und Euer Freiheitsmuth nicht länger den schweren Druck ertragen konnte, welcher auf Euch, gleich wie auf dem gesammten deutschen Volke lastete. Ihr habt gelobt, die Reichsverfassung aufrecht zu erhalten. Der Augenblick ist gekommen, Euer eidliches Versprechen zu erfüllen. Ein verrätherischer Bund der Tyrannen Deutschlands, an dessen Spitze der König von Preussen, geht mit dem Plane um, die Nationalversammlung mit Gewalt zu sprengen. Bereits haben zu diesem Zwecke verschiedene Truppenmärsche stattgefunden. Bei dieser Bedrängniß sind die Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung: Raveaux aus Köln, Trützschler aus Sachsen und Erbe aus Altenburg in unserer Mitte erschienen, mit der Bitte, um Schutz für die gefährdete deutsche Nat.-Vers. Wir haben ihnen im Bewußtseyn des vom Volk erhaltenen Auftrags unseren kräftigsten Beistand zugesichert. An Euch, Soldaten und deutsche Brüder ist es, unserem Worte Nachdruck zu geben. Der Kampf, den wir kämpfen, ist ein guter Kampf. Eure Väter, Eure Brüder, Eure Schwestern nehmen Theil an demselben, ihre Gedanken folgen Euch in die Schlacht und ihr heißes Gebet zu Gott steht Euch zur Seite. Voran denn auf der Bahn der Freiheit! Vorwärts zum Schutze des deutschen Vaterlandes! Der Sieg ist unser, denn unsre Sache ist gerecht. Karlsruhe, den 19. Mai 1849. Der Landesausschuß von Baden. (Unterschriften wie bei I.) Die Vollzugsbehörde (wie I.) Die Mitglieder der deutschen Reichsversammlung: (wie I.) (F. kft. O.-P.-Z.)

Braunschweig. Die Reichsztg. schreibt: Die in der Köln. Ztg. mitgetheilte Nachricht von dem bevorstehenden Anschlusse Hannovers an den Zollverein können wir aus vollkommen sicherer Quelle bestätigen. Wie wir hören, ist die Zolleinheit (die Zolleinheit Deutschlands wird aber doch etwas Anderes seyn, als der Anschluß an den preussischen Zollverein) einer von den Punkten der in Berlin berathenen deutschen Verfassung. Als Zeitpunkt der eintretenden Einigung wird der 1. Oktober d. J. bezeichnet.

** **Frankfurt,** den 21. Mai. (226. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Reh.) Es ist sehr leer in der Paulskirche, aus der Ferne hört man die Todtenglocke der Versammlung, die selbst die neu eingegangenen Zustimmungsadressen nicht zu überbieten vermögen. Der Reichsministerrath legt ein Schreiben des königlich sächsischen Bevollmächtigten in Abschrift vor, welches die Abberufung der sächsischen Abgeordneten enthält. Bei dem unmittelbaren Bezuge, den dies Aktenstück auf den preussischen Vorgang nimmt, werden Aeußerungen des Hohnes laut. Vizepräsident Eisenstuck: Ich bin beauftragt, in Folge dieses Schreibens, welches materiell auf einer königlich preussischen Verordnung beruht, zugleich im Namen der sächsischen Abgeordneten: v. Dieskau, Mammen, Günther, Schaffrath, Scharre, Biedermann, Roßmäßler, Hallbauer, Langbein und Heisterbergk zu erklären, daß sie sich weder für berechtigt noch verpflichtet halten, dieser Abberufung zu gehorchen. Nachdem der Austritt der Abgeordneten: v. Boddien, Sepp, Winter, v. Selchow, Hensel, Bassermann, Tradert, Richter von Danzig, v. Borries, Behnke, Viebig von dem Präsidenten verkündet ist, wird nachfolgende gemeinsame Austrittserklärung, von mehr als 60 Mitgliedern des Kasinoklubs gegeben, verlesen: Die Unterzeichneten legen ihr Mandat als Abgeordnete zur verfassunggebenden Reichsversammlung mit dem heutigen Tage nieder. Sie halten sich verpflichtet, vor ihren Wählern und vor der ganzen Nation deshalb Rechenschaft zu geben. Mit den Beschlüssen vom 28. März d. J. war das Verfassungswerk von Seiten der Reichsversammlung vollendet. Die Unterzeichneten sind überzeugt, daß diese Verfassung der einzige unter den gegebenen Verhältnissen zu erreichende Ausdruck einer friedlichen Lösung und einer Versöhnung der Interessen und Rechte der verschiedenen deutschen Stämme, Staaten und Dynastien war; daß in Ermangelung eines von den Regierungen vorgelegten Verfassungsentwurfes, und bei der unüberwindlichen Schwierigkeit die vielen unter sich widerstreitenden Interessen zu einer Vereinbarung zu bewegen, die konstituirende Reichsversammlung eine schiedsrichterliche Stellung zwischen Regierungen und Völkern einzunehmen berufen war, und daß keine andere Macht ersetzen kann, was in dem Bewußtseyn der Nation als der freie Ausdruck ihrer Selbstbestimmung bereits gewurzelt hat. Nach der Berufung der mächtigsten deutschen Krone an die Spitze des neuen Bundesstaates, nach der darauffolgenden Anerkennung von 29 Regierungen und der wachsenden Zustimmung der großen Mehrzahl der gesetzlichen Organe in den übrigen deutschen Staaten, war nur das Eintreten des erwählten Reichsoberhauptes zu erwarten, um die Durchführung der Reichsverfassung auf einem glücklichen und friedlichen Wege zu sichern. Von dieser Ueberzeugung geleitet, haben die Unterzeichneten bisher zu allen Beschlüssen mitgewirkt, welche die Anerkennung der Reichsverfassung in jedem Einzelstaate durch die landesverfassungsmäßigen Mittel und durch die Macht der öffentlichen Meinung herbeiführen konnten; zuletzt noch zu dem Beschlusse vom 4. Mai, welcher das Ausschreiben der Wahlen zum ersten ordentlichen Reichstage einleitet. Zu ihrem tiefen Schmerze haben sich die Ereignisse anders gestaltet und die Hoffnungen des deutschen Volkes drohen, so nahe der Erfüllung, zu scheitern. Im Angesichte der höchsten Gefahren des Vaterlandes haben auf der einen Seite vier deutsche Kronen, worunter die preussische selbst, den durch die Reichsverfassung gebotenen Ausdruck der Vermittelung zwischen den widerstreitenden, das Jahrhundert bewegenden Prinzipien abgelehnt. Auf der anderen Seite erhebt sich außerhalb der Reichsverfassung und gegen einen ihrer wesentlichsten Theile, die Oberhauptsfrage, eine gewaltthätige Bewegung selbst in solchen Ländern, welche die Verfassung bereits anerkannt haben. Von beiden Seiten wird die Gewalt der Waffen angerufen — während die provis. Centralgewalt eine Wirksamkeit behufs Durchführung der Reichsverfassung für außerhalb ihrer Befugnisse und Pflichten liegend erklärt. Endlich ist seit dem 19. Mai von einer neuen Mehrheit in der Versammlung eine Reihe von Beschlüssen gefaßt worden, welche theils unausführbar sind, theils derjenigen Richtung gänzlich widerstreben, welche von der früheren Mehrheit, zu welcher die Unterzeichneten gehörten, verfolgt worden ist. In dieser Lage der

Dinge hat die Reichsversammlung nur die Wahl entweder unter Beseitigen der bisherigen Centralgewalt das letzte gemeinsame und gesetzliche Band zwischen allen deutschen Regierungen und Völkern zu zerreißen und einen Bürgerkrieg zu verbreiten, dessen Beginn schon die Grundlagen aller gesellschaftlichen Ordnung erschüttert hat; oder auf die weitere Durchführung der Verfassung durch gesetzgebende Thätigkeit von ihrer Seite und unter Mitwirkung der provis. Centralgewalt, Verzicht zu leisten.

Die Unterzeichneten haben unter diesen beiden Uebeln das letztere für das Vaterland als das geringere erachtet; sie haben die Ueberzeugung gewonnen, daß die Reichsversammlung in ihrer gegenwärtigen Lage und Zusammensetzung, wobei ganze Landschaften nicht mehr vertreten sind, dem deutschen Volke keine ersprießlichen Dienste zu leisten vermag; und wie sie bisher in allen wesentlichen Stücken treu zusammengestanden, so haben sie sich auch zu diesem letzten gemeinsamen Beschlusse, dem des Austritts aus der Versammlung vereinigt. Nachdem sie durch alle gesetzlichen Mittel den Eintritt der reichsverfassungsmäßigen Gewalten vorbereitet haben, übergeben sie das Verfassungswerk für jetzt den gesetzlichen Organen der Einzelstaaten und der selbstthätigen Fortbildung der Nation. Frankfurt, den 20. Mai 1849. Dahlmann. v. Saucken. Lette. v. Gagern. Droysen. G. Beseler. Keudell. M. v. Gagern. Briegleb. E. M. Arndt. Degenkolb. Kerst. Schubert von Königsberg. Bürgers. Jordan von Berlin. Schneer. Stenzel. Groß aus Leer. Massow. Sturm. Kösteritz. Overweg. Versen. v. Keller. Leverkus. Jordan aus Gollnow. Evertsbusch. G. Simson. Scholten. Bock. Mevissen. Anderson. Münch. Waldmann. Plathner. Haym. Veit. Oberg. Löw aus Magdeburg. Marcks. Duncker. Waitz. Matthies. Hausmann. Herzog. Albert. Meier aus Bremen. Brons. Stedmann. Stahlmann. Schröter. Schwarz. Sylv. Jordan. Löw aus Posen. Schirmeister. Sellmer. Schwetschke. Götz aus Neuwied. v. Thielau. Deiters. K. Mathy. Ed. Simson. Rättich. Metzke. Thöl. Nachträglich wird auch noch der Austritt des Langerfeld aus Wolfenbüttel und Haubenschmied aus Passau angezeigt. Bei verschiedenen Namen, besonders aber bei denen von Dahlmann, v. Gagern, G. Beseler, Waitz, Ed. Simson u. A. geht ein Geräusch des Staunens, der Mißbilligung oder des Hohnes durch das Haus. Cetto und Genossen beantragen in Folge so massenhafter Austrittserklärungen die Vertagung der Sitzung auf morgen. Claussen ist der Meinung, daß zuvor der dringliche Antrag auf Herabsetzung der beschlußfähigen Mitgliederzahl auf 100 zu erledigen sey. Vicepräsident Eisenstuck will nicht blos über diesen, sondern über sämmtliche vorliegende Dringlichkeitsanträge entschieden sehen, wovon er selbst einen auf die sächsische Abberufung bezüglichen eingebracht hat. Moritz Mohl: Geben Sie diesen Vormittag nicht fort, ohne daß sie es denjenigen, die hier ausharren, anstatt fortzulaufen, da sich die Schwierigkeiten unseres Werkes häufen, ermöglichen, ihre Pflicht auch ferner zu erfüllen. Trennen wir uns also nicht, ohne die Beschlußfähigkeit auf 100 herabgesetzt zu haben. Rüder aus Oldenburg unterstützt den Cetto'schen Antrag. Schott hingegen stellt den Verbesserungsantrag, die Sitzung nur bis heute Nachmittag 4 Uhr zu vertagen. Die Zwischenzeit reiche vollkommen aus für die verschiedenen Fraktionen, um sich über die zu ergreifenden Maßregeln zu verständigen. Auf Eisenstucks Verlangen werden die verschiedenen dringlichen Anträge zur Kenntniß des Hauses gebracht, die beim Präsidium angemeldet sind. Dann erfolgt die Abstimmung über die Vertagung auf morgen. Sie wird abgelehnt mit 99 gegen 91 Stimmen; angenommen dagegen die Aussetzung der Sitzung auf Nachmittag 4 Uhr.

Frankfurt, 21. Mai. Fürst A. Wittgenstein tritt wirklich als Reichs-Kriegsminister ein. — General-Lieutenant v. Peucker ist zum Oberbefehlshaber (Höchstkommandirenden) sämmtlicher im Süden von Deutschland wirkender Reichstruppen ernannt. Beide Ernennungen sind heute noch der Reichsversammlung kundgegeben worden.

Hannover, 19. Mai. Mehrere Mitglieder der ersten Kammer haben eine Adresse an den König erlassen, in welcher sie um unverzügliche Einberufung des Landtags petitioniren. (Z. f. Nd.)

Mainz 20. Mai. Unsere Bürgermeisterei hat heute zur Anzeige gebracht, daß das Festungsgouvernement neue Maßregeln zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung erlassen habe, welche sich auf Festsetzung der Polizeistunde auf 11 Uhr Nachts, Visitation der Dampfschiffe und Eisenbahnzüge rc. beschränken. (Ffktr. O.-P.-Z.)

Sigmaringen, 20. Mai. Der Fürst hat die Beeidigung der Beamten, des Militärs und der Bürgerwehr auf die Reichsverfassung angeordnet; die Beeidigung der präsenten Militärmannschaft mit Einschluß der Offiziere hat bereits vor ihrem Ausmarsch stattgefunden. — Zum Vollzug des §. 16 der Grundrechte des deutschen Volkes werden alle Gesetze und Verordnungen, welche eine Beschränkung der bürgerlichen oder Staatsbürgerlichen Rechte der israelitischen Glaubensgenossen andern Staatsbürgern gegenüber enthalten, insbesondere auch die Verordnung, die Abschließung von Verträgen zwischen Juden und Christen betreffend, aufgehoben. (Schw. M.)

Sigmaringen, 20. Mai. Unser ganzes Kontingent nebst den Liechtensteiner Scharfschützen ist vorgestern von hier abmarschirt und hält heute in Hechingen Rasttag; von dort wird das vereinte Bataillon, 600 Mann stark, zu den Truppen des Generals v. Miller stoßen, um die Reichsfestung Rastatt zu besetzen; die frühere Ordre war nach Altona. Die Soldaten wurden vorher auf die Reichsverfassung beeidigt. (Schw. M.)

Wiesbaden, 19. Mai. Gestern ist die hiesige Garnison auf die deutsche Reichsverfassung vereidigt worden. Heute wird die Vereidigung der Bürgerwehr vorgenommen. (N. A. D.)

Oldenburg, 17. Mai. Die „Fassung des deutschen Reichs", wie sie von der Nationalversammlung angenommen ist, ist in dem heute erschienenen Gesetzblatte Nr. 21 publicirt. Dasselbe Gesetzblatt enthält auch das Gesetz, betreffend die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause und dasjenige über die Taggelder und Reisegelder der Abgeordneten zum Reichstage. (Wes. Z.)

†*† **Berlin**, 20. Mai. Hr. Camphausen ist von Köln hieher berufen worden, seine Ankunft wird heut erwartet. Die Berufung des Hrn. C. soll auf den Wunsch S. Majestät erfolgt seyn, der Rath eines Mannes, der in schwerer Zeit der Krone mit seltener Hingebung gedient hat, wird auch jetzt wieder angesprochen und steht zu hoffen, daß sein Gewicht auch von den jetzigen Ministern nicht verkannt werden wird.

Die Theilnahme der Berliner an dem Schicksale Waldecks gibt sich in einer Menge Erzählungen kund, die über ihn im Umlaufe sind. So erzählt man, daß der Gefängniß-Direktor, Hr. v. Rohr sich geweigert habe, Hrn. Waldeck als Gefangenen anzunehmen, da ein richterlicher Verhaftsbefehl nicht beigebracht war. Waldeck machte lächelnd der Verlegenheit der Polizeibeamten, die ihn sonach hätten freilassen müssen, ein Ende, indem er Hrn. v. Rohr ersuchte, ihm so lange zu gestatten, sich bei ihm aufzuhalten, bis der richterliche Befehl herbeigeschafft sey; dies geschah und erst eine halbe Stunde später wurde der Verhaftsbefehl des Untersuchungsrichters herbeigeschafft. — Vorgestern und gestern wurde Waldeck mehrere Stunden lang von dem Untersuchungsrichter, Kriminalrath Schlörke, verhört, dem Verhöre wohnte auch der Regierungsrath Hr. Lüdemann, wahrscheinlich im Auftrage der Polizeibehörde, bei. Wie verlautet soll Waldecks Verhaftung erfolgt seyn, weil man ihn für betheiligt hält an einer Verschwörung gegen Se. Majestät Leben oder Freiheit, die man entdeckt haben will.

Von der polnischen Grenze, den 16. Mai. So eben erfahre ich aus sicherer Quelle, daß die bei Kalisch concentrirte Division des General Grabé mit der Artillerie gestern den unerwarteten Befehl erhalten hat, sofort morgen in Eilmärschen gegen Krakau zu marschiren; sie soll in 6 Tagen dort seyn. Zweispännige Britschken sind von der Post in Beschlag genommen und in der ganzen Umgegend aufgekauft worden, um den Marsch zu beschleunigen. Alles überflüssige Gepäck mußte dagelassen werden, die Offiziere verkauften à tout prix ihre Kleider und sonst entbehrliche Effekten. Die Gewehre, Tornister rc. werden nebenher gefahren. Ein besonderer Intendantur-Beamte Kaczaunow aus Warschau ist mit der schleunigen Anschaffung dieses ambulanten Trains beauftragt. Reisende versichern, daß sie auf allen Haupt- und Nebenwegen Truppen in Eilmärschen gegen Krakau begegnet sind. Die Grabésche Division gleicht einem sardanapalischen Heere, sie besteht aus neu ausgehobenen Rekruten und alten längst ausgedienten, jetzt mit Gewalt wieder eingezogenen Soldaten, welche letztere eine Menge Weiber und Kinder mit sich führen. Auch die höheren Offiziere führen beinahe alle ihre Familien mit. Es heißt, daß die Weiber und Kinder von der Grenze ab zurückbleiben sollen. — Auch die an der Grenze stationirten Kosacken sind in eiligen Märschen gegen Krakau abgegangen; die ganze Grenze ist jetzt von Kosacken entblößt.

Neue bedeutende Lieferungen von Hafer, Heu und Speck sind ausgeschrieben worden. Da in der jetzigen Jahreszeit Hafer- und Heuvorräthe bei allen Landwirthen fehlen, so haben die meisten Gutsbesitzer beantragt, man möchte sich durch eine Revision überzeugen, daß die Lieferung unmöglich ist. — Man spricht davon, daß eine andere Division sofort das Lager bei Kalisch beziehen soll.

18 Mai. Meine früheren Berichte über eine Zusammenkunft der Monarchen in Kalisch scheinen sich zu bestätigen, soeben erfahre ich, daß 4 Staatswagen mit Extrapost um $4^1/_2$ Uhr früh durch Ostrowo nach Kalisch passirt sind; es sollen Hofstaatswagen gewesen seyn. Gestern ward der Kaiser in Kalisch erwartet.

Dresden, den 14. Mai. Der König hat dem Staatsminister Frhrn. v. Beust die Leitung des Ministeriums des Cultus und öffentlichen Unterrichts, und dem Geheimerathe Johann Heinrich August Behr, unter Ernennung zum Staatsminister das Finanzministerium übertragen, auch auf Letzteren und den Staatsminister Freiherrn von Friesen den Auftrag in den evangelischen Angelegenheiten mit erstreckt. Dem zeitherigen Staatsminister v. Ehrenstein wurde, unter Ernennung zum Finanzminister, das Direktorium der bei dem Finanzministerium gebildeten besondern Abtheilung für öffentliche Arbeiten und Verkehrsmittel übertragen, derselbe auch des Titels und Ranges eines Staatsministers wieder enthoben, sowie der Referendar im Finanzministerium von Tschirschky-Bogendorf zum Finanzrath, und der geheime Finanzsekretär Rehm, zugleich unter Beibehaltung seiner Secretariatsfunktion zum Referendar bei dem mehrgedachten Ministerium ernannt.

Koburg, 17. Mai. Nach Vorgang der beiden städtischen Kollegien hat heute auch unsere Ständeversammlung auf die deutsche Reichsverfassung feierlich geschworen. Nach einer Mittheilung in der heutigen Ständesitzung wird die Staatsregierung aus Anlaß der verschiedenen desfallsigen Anträge an sie eine Veröffentlichung ergehen lassen, gemäß welcher sie zwar eine zwangsweise Anordnung der Verpflichtung auf die Reichsverfassung zu verfügen sich nicht in der Lage findet, es jedoch für wünschenswerth anerkennt, wenn eine solche Verpflichtung unter Leitung der Gemeindebehörden freiwillig erfolgt. Die Ständeversammlung hat ferner einstimmig eine Adresse an die bayerische zweite Kammer beschlossen und abgehen lassen. Es heißt in derselben:

„Von Ihnen hofft der Freund des gemeinsamen Vaterlandes, daß Sie durch das mächtige Gewicht Ihres moralischen Einflusses auf gesetzlichem Wege die Krone Bayerns bestimmen werden, der von der Nationalversammlung in Frankfurt a. M. uns geschaffenen Verfassung des deutschen Reichs, die leider bis jetzt versagte Anerkennung zu Theil werden zu lassen. Von Ihnen hofft der Freund des Vaterlandes, daß Sie dem Beispiele der biederen Würtemberger folgen, daß Sie alle gesetzlichen Mittel aufbieten werden, Deutschlands Größe, Macht und Ehre den Sieg zu verschaffen über beklagenswerthe selbstsüchtige Bestrebungen.

Auch wir, die Vertreter eines zwar kleinen, aber von warmer Liebe für das große deutsche Vaterland durchdrungenen Theils des deutschen Volkes, hegen diese Hoffnung und vertrauen zu Ihnen, Vertreter eines mächtigen Theils desselben, daß Sie Ihre hohe Aufgabe als Deutsche würdig lösen werden. Deutsche, stammverwandt mit den schönsten Provinzen Bayerns, den fränkischen, können wir uns nicht versagen, Ihnen diese Hoffnung, dieses Vertrauen auszusprechen. Die gute Sache des deutschen Volkes muß siegen und sie wird siegen, wenn auch die edeln Bayern um sein Panier, die Verfassung des deutschen Reichs, sich schaaren."

Altenburg, 17. Mai. Unsere Regierung hat bis jetzt treu und charaktervoll bei der Reichsverfassung ausgehalten. Seit dem 15. d. ist auch bei uns dieselbe amtlich publicirt. In einer der Deputation einer Volksversammlung gegebenen Antwort ist auch das Verharren bei derselben von der Regierung zugesichert worden. (D. Z.)

Eisenach, 18. Mai. Dieser Tage sollten preussische Truppen hier durch nach Frankfurt a. M. gehen; sie schlugen jedoch den Weg über Meiningen und Franken ein, da sie gehört, daß ihr Durchzug in Kurhessen bedeutenden Widerstand finden würde. (Könnte anderwärts auch geschehen.) (Frkf. J.

Aus dem Sundewitt, den 18. Mai. Gestern Abend gegen $5^1/_2$ Uhr begann eine heftige Kanonade zwischen den Werken der Deut-

schen auf den Düppeler Höhen und denen der Dänen vor Sonderburg. Die nördlich vom Venning Bond gelegene und erst neulich erbaute Strandbatterie der Deutschen, that auf ein in Venning Bond herumsegelndes dänisches Kanonenboot 5 Schüsse, welches, nachdem es dreimal nach der Strandbatterie geschossen hatte, durch zwei Kanonenkugeln der Deutschen beschädigt, sich entfernte. — Als der Kommandant der linken Flügelredoute auf den Düppeler Höhen die Schüsse der Strandbatterie hörte, glaubte er, sie seyen das Signal zu einer allgemeinen Kanonade und eröffnete das Feuer gegen die dänischen Werke, und bald folgten seinem Beispiele die übrigen Redouten. Die Dänen erwiederten ihrerseits das Feuer der Deutschen, und bald war die Kanonade allgemein. Auf Befehl des Kommandeurs der Avantgarde der deutschen Reservedivision im Sundewitt, des Herzogs von Nassau, stellten die diesseitigen Redouten, nachdem aus ihnen ungefähr 60 Schüsse gethan worden waren, gegen 7 Uhr das Feuer ein, und auch die Dänen thaten dasselbe, nachdem sie wohl an 70 Schüsse abgefeuert. — Das Resultat dieser Kanonade war, daß die Brücke bei Sonderburg beschädigt und ein daneben liegendes Haus angesteckt wurde. Drei dänische Bomben sprangen in der Luft, eine platzte in der Nähe deutscher Soldaten, riß einen Tornister in Fetzen und zernichtete ein Gewehr; eine andere fuhr in den Wall einer Redoute, ohne weiteren Schaden anzurichten, eine dritte beschädigte einen braunschweigischen Infanteristen, welcher spazieren ging, am rechten Oberschenkel so sehr, daß man an seinem Aufkommen zweifelt. Ausserdem wurden deutscherseits noch drei Soldaten leicht verwundet. (Alt. M.)

Hadersleben, den 16. Mai. Die Armee des Stillstandes und der kurzen Märsche ist auf der Verfolgung der Dänen begriffen; vergebens tritt ihr der ehrliche minder geduldige Bayer auf die Hacken. Wie viel besser wäre diese Armee, die so viel Zeit zu haben und dem fliehenden Feinde zu gönnen scheint, vor den unfruchtbaren Wällen Fridericias aufgehoben, die man dem ungestümen Siegeslauf unserer Landestruppen entgegengeworfen hat, an die man unsere, nach dem Lymfiord hinausschauende und hinausstrebende Jugend angefesselt, gleichsam zur Promotheusqual und Strafe, weil sie ohne Erlaubniß die Kriegsfackel ins feindliche Land hineinschleuderte! Es kann nicht anders kommen, als daß die Truppen, von der höchsten Anspannung schonungslos in unthätige Ruhe oder unruhige Thätigkeit versetzt, bei theilweise regnerischem Wetter und kalten Nächten campirend, solche Reaktion und Unbill auch physisch zu ihrem Nachtheil empfinden, und in der That muß man sich wundern, daß der Gesundheitszustand im allgemeinen noch so günstig zu nennen. Diese Elasticität der Jugend und kernhafter Geartung ist der Schutzengel unseres Heeres. Noch gedenke ich mit lebhafter Freude eines Waldfestes, das vor etlichen Tagen der Kommandeur des 1. Jägerkorps, Major v. Gersdorff, seinen mit gesteigerter Verehrung an ihn hängenden Jägern bereitete. Lieder, Scherze, Mummereien aller Art und dessen holsteinischen Humors, Musik, Tänze, Hurrahs, es war ein fröhliches, durch Ort und Zeit einziges Schauspiel, das durch die Anwesenheit v. d. Tann's und Aldosser's noch ein unerwartetes Relief erhielt. (N. F. P.)

Hadersleben, 17. Mai. Vorgestern Abend ist die Avantgarde der Preussen in Varbuns eingerückt. Ausser einigen Kavallerie-Patrouillen wurde kein Feind wahrgenommen. Wo die abgetrennte nördliche Abtheilung des Feindes steht, weiß man nicht. So wie die Reichstruppen vorrücken, schiffen die Städtebewohner, ihr Eigenthum im Stich lassend, nach Fühnen hinüber. — Die Dänen in Fridericia werden nicht müde, von Zeit zu Zeit und fast täglich unsere Schanzarbeiter mit Bomben zu begrüßen, von denen jedoch die wenigsten Schaden anrichten; wird man etwas zu zudringlich, so müssen die an unsern Schanzen mitarbeitenden jütischen Bauern die Köpfe hervorstecken, worauf das Schießen der Dänen sogleich aufhört. So am 15., wo von 19 feindlichen Bomben nur eine einzige unsere Schanzen traf und zwei Mann tödtete; kaum aber hatte der General Bonin die Bauern höher gestellt, als sie sonst zu stehen pflegten, da war es mit der Kanonade vorbei. (B.-H.)

Stuttgart. [143. Sitzung der Kammer der Abg. vom 21. Mai.] Schnitzer bemerkt in Betreff der Pfullinger Adresse, daß die Pfullinger eine Freude haben, daß die Jugend vom 18. Jahr an aufgeboten werden soll. Hierauf ergreift Becher das Wort: Der Inhalt des Programms des neusten Reichsministeriums zeigt, daß dieses der Durchführung der Verfassung feindlich entgegensteht und gesonnen ist, das Reichsgebiet den Absichten Preussens zu überliefern. Es besteht die Gefahr, daß dasselbe die ihm zu Gebot stehende Militärgewalt dazu benützen werde. Da in Frankfurt auch würtembergische Truppen stehen, so sollte die Regierung, welche, wie ich glaube, jeden Befehl des Reichsministeriums gegen die Nationalversammlung für inkonstitutionell erklären wird, das dortige Kommando dahin instruiren, einem solchen Befehl keine Folge zu leisten. In dieser Beziehung interpellire ich den Ministertisch. Staatsrath Römer: Eine Weisung, daß das Militär den Befehlen des Reichsministeriums keine Folge geben soll, ist von der Regierung nicht ertheilt worden. Uebrigens stehen unsere beiden Bataillone nicht mehr in Frankfurt, sondern sie sind mit den hessischen Truppen vereinigt, stehen an der badischen Gränze und werden später mit dem Korps des Generals Miller in Verbindung gesetzt werden. Ob eine Weisung an das Kommando ergehen wird, den Anordnungen des Reichsministers keine Folge zu geben, kann ich für jetzt nicht sagen, jedenfalls wäre dieses eine Kriegserklärung gegen die Centralgewalt. Ich wiederhole aber, was ich schon in einer der letzten Sitzungen gesagt habe, daß die Regierung jeden Befehl der Centralgewalt nicht nur in formeller, sondern auch in materieller Hinsicht prüfen und die würtembergischen Streitkräfte zu Gewaltmaßregeln gegen die Nationalversammlung nicht hergeben wird.

Becher: Ich könnte mich bei dieser Erklärung beruhigen, wenn die würtembergischen Truppen nicht unmittelbar unter dem Reichsministerium stünden, sondern wenn ihnen die Befehle von der würtembergischen Regierung zugiengen. Die Regierung sollte daher dem Kommandanten schon zum Voraus eine diesfallsige Weisung ertheilen. Staatsrath Römer: Es würde sehr schwierig seyn, einem militärischen Befehlshaber eine solche Kognition zuzuerkennen. Schoder: in der Erklärung des Reichsministeriums, nichts für die Durchführung der Reichsverfassung thun zu wollen, liegt eine offenbare Verletzung der Reichsverfassung. Wenn das Reichsministerium seine Plane durchführen soll, so muß es, wenn es anders beharrend handeln will, darauf gefaßt seyn, gegen die National-Versammlung Gewalt ergreifen zu müssen. Gefahr steht auf dem Verzuge, das Volk steht in Gefahr, von denjenigen verrathen zu werden, welche es zum Schutze und zur Ehre Deutschlands an die Spitze gestellt hat. Ich trage darauf an, den Fünfzehner-Ausschuß zu beauftragen, heute eine Sitzung zu halten, dazu die Minister einzuladen und in einer Sitzung heute Abend Anträge zu stellen. Schweickhardt: Ich unterstütze diesen Antrag, es wird sich darum handeln, ob nicht den Chef des Justizdepartements als Civilkommissär nach Frankfurt abzuordnen sey, welcher weiß, was in solchen Fällen zu thun ist. Die Kammer vereinigt sich mit Schoders Antragen.

Die Tagesordnung führt auf den Bericht der staatsrechtlichen Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Einberufung einer Versammlung von Volksvertretern zu Berathung einer Revision der Verfassung (Berichterstatter Seeger.) Artikel 8—10 handeln von der Entwerfung der Wählerlisten, Artikel 11—17 von der Leitung der Wahl. Artikel 11 bestimmt, daß jeder Wahlbezirk zum Zweck der Abstimmung in eine angemessene Zahl von Distrikten zerfalle. Der Antrag Schnitzers, diese Bestimmung zu streichen, und es bei der bisherigen Eintheilung zu lassen, wird mit 58 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Der Regierungsentwurf bestimmt, daß die Wahlhandlung genau fünfundvierzig Tage nach dem Erscheinen des Gesetzes im Regierungsblatte in allen Distrikten vorzunehmen sey. Dafür beschließt aber die Kammer mit 39 gegen 33 Stimmen, den Termin auf 30 Tage festzusetzen. Die Wahl geschieht in der Art, daß der Wahlmann einen weißen Stimmzettel dem Kommissär übergiebt, der ihn in Gegenwart des Wählers (Antrag der Kommission) ungelesen in die Wahlurne legt. Der Antrag von Wiesmann, das Prinzip auszusprechen, daß die Wahlurne nicht geöffnet werden dürfe, bis sämmtliche Stimmzettel des Bezirks abgegeben sind, wird von der überwiegenden Mehrheit zum Beschluß erhoben. Als mehrere der Herren Abgeordneten über eine entsprechende Fassung das Wort genommen hatten, bemerkte Seeger: Der Abgeordnete von Neresheim (Holzinger) hat gewiß schon eine Fassung in der Tasche. Wirklich verliest Holzinger eine Fassung, da aber die Kammer diese nicht genügend findet, so wird sie der Kommission überlassen. (Vor 12 Uhr wird die Sitzung geschlossen, da die Minister mit der Fünfzehnerkommission in Betreff der Berathung für die heutige Abendsitzung zusammentreten.) (Schw. M.)

Französische Republik.

† **Paris**, 19. Mai. Gestern Abend gegen 8 Uhr, als wir kaum aus dem Stadthause in die Nationalversammlung zurückgekehrt waren, liefen die letzten Skrutinslisten ein und die Proklamation der Seinedeputirten erfolgte unmittelbar. Die Liste ist dieselbe, die wir zuletzt gaben; Sie finden sie in allen Journalen. Der Name Murat, in welchem der Constitutionnel eine genügende Bestätigung des Dezembervotums sieht (!) der aber nur der Blindheit der 80,000 Bannmeilstimmen eine so fabelhafte Majorität verdankt, wurde mit allgemeiner Stille und tiefem Indifferentismus angehört. Bei den beliebten Volksvertreter-Namen Lagrange und Ledru Rollin brach der Jubel los und ein tausendstimmiger Ruf: Es lebe die Republik! Es lebe die demokratisch-soziale Republik! übertäubte die Stentorstimme des Hrn. Berger. Dieser Jubel und das sehr mißfällige Aufnehmen der doktrinären oder unvolksthümlichen Namen als da sind: Passy, Barrot, Wolowski ꝛc. veranlaßte den Präfekten, seinen Vortrag zu beschleunigen und er jagte die Namen so schnell herunter, daß die Proklamationsfeier kaum zwanzig Minuten dauerte. Um 9 Uhr verzog sich die Menge, gegen welche Changarnier unnützer Weise eine enorme Truppenmacht aufgestellt hatte. Die ganze Zeremonie, sowie die darauf folgende Nacht verfloß ohne die geringste Störung.

Die 28 Seinedeputirten lassen sich folgendermaßen gruppiren: Rothe. Zehn an der Zahl: 1) Ledru-Rollin, Lagrange, Boichot, Pyat, Lamennais, Bac, Considerant, Rattier Pierre Leroux und Perdiguier. Welch stark kommunistischer Phalaux. Achtzehn Gleichgesinnte blieben dagegen in der Urne, obwohl mit enormen Zahlen, die geringste beträgt 100,000. — Blaue (mit Hülfe der Poitiers): Lamoricière, Dufaure, Cavaignac und Lasteyrie: die letzten Sterne des National, welche die Poitiers Anfangs zurückstieß, weil sie seit dem Dez. zu revolutionär geworden seyen u. s. w. — Graue: Murat und Rapatel — eine Bannweile! Die eigentlichen Imperialisten: Napoleon Bonaparte, Luzian Bonaparte, die Generäle Piat, Montholon, Gourgaud, de Ver u. s. w. gingen in der Urne unter. — Weiße (Poitiers). Die kolossalste Wahlorganisation, die je die Welt gesehen — Union Electorale mit enormen Geldmitteln — war nur im Stande, zwölf der Ihrigen durchzusetzen. Und welche? Bedeau, der nie intriguirte, Moreau, halb Republikaner, Passy, der ehrlichste aller Finanziers, wie man sagt. Viktor Hugo, Schirmherr aller Schriftsteller und Schriftstellerinen, die Brod von ihm erwarten. Bavin, Bixio, Odilon Barrot, Wolowski, Lequeret, Peupin (Arbeiter Dandy) Garnon und Roger (halb Rothe). Die wahre Schlappe für die Poitiers besteht darin, daß sie keinen Faucher, keinen Fould, keinen Thiers, keinen Molé, keinen Montalembert und kein sonstiges Gegengift durchsetzen konnte. — Schwarze fehlen ganz. Aus diesem Entwurf ersieht man ungefähr, welcher Geist gegenwärtig am Strande der Seine herrsche.

Von den drei Präsidenten der weiland Nationalversammlung: Buchez, Senard und Marrast meldet der Telegraph noch keinen Einzigen. Dagegen sind uns Cremieux, Larochejaquelein und Comp. gesichert.

Italienische Staaten.

Wir fassen die neuesten italienischen Nachrichten kurz zusammen. Aus Sicilien fehlen uns fortwährend directe Nachrichten. Indessen bestätigen Turiner und Londoner Blätter unsere neuliche Meldung aus Neapel, daß man in Palermo auf's neue zu den Waffen gegriffen. An der Spitze des Aufstandes stand Scordata, der die provisorische Regierung abgesetzt hatte. Der Kampf schien am 4 Mai begonnen und bis zum 9. gedauert zu haben. Sonderbarerweise erwähnt ein vor uns liegender Brief aus Neapel vom 10. Mai nichts von dem Stand der Dinge auf der Insel. Der Großherzog von Toskana war am 7. in Neapel angekommen. Er hatte den Cav. Baldasseroni zum Präsidenten des neuen toskanischen Ministeriums ernannt, und den Duca di Casigliano mit dem Portefeuille des Auswärtigen betraut. Aus Gaëta wußte man, daß der französische Botschafter Herzog von Harcourt und der französische Gesandte am Hofe von Neapel Graf Rayneval sich im französischen Hauptquartier zu Palo (zwischen Rom und Civitavechia) befanden. Der König von

Neapel stand in Albano mit etwa 8000 Mann und bedeutender Artillerie.

Aus Florenz vom 14. Mai schreibt man über Livorno: „Die Ruhe ist äußerlich hergestellt. Ueber das Betragen der Truppen hört man nicht die geringste Klage." Briefe aus Mailand und Treviso (17. und 18. Mai) melden über den Fortschritt der Belagerung von Malghera wenig Günstiges: die Venezianer hatten die Belagerungsarbeiten wieder unter Wasser gesetzt; die gefährlichen Seefieber griffen unter den Belagerungstruppen furchtbar um sich. Der das Belagerungskorps befehligende General, Feldmarschalllieutenant Haynau, war zur Armee nach Ungarn berufen; Graf Thurn hat seine Stelle vor Malghera erhalten. Die Mailänder Briefe und Blätter bestätigen die Einnahme von Bologna, die Mailänder Ztg. vom 18. theilt die Kapitulation mit.

Sprech-Saal.

Seit geraumer Zeit besteht in Nürnberg eine Verschönerungskommission, deren Aufgabe es ist, die bereits bestehenden Anlagen um die Stadt zu erhalten und, wo es thunlich, neue zu schaffen. So gewissenhaft nun die Verschönerungskommission in ihrem Berufe auf mehreren Seiten an der Stadt verfährt, so unbegreiflich und unverzeihlich werden die Bewohner vor dem Frauenthore von ihr vernachlässigt, welche durch den Bau des kgl. Bahnhofs mit seinen Zugehörungen eine der schönsten Anlagen, die sogenannte Galgenallee, verloren haben. Es ist ein Graus, wie es in der Umgebung vor dem Frauenthore aussieht: Vieh aller Gattungen an Markttagen, Haufen Pflastersteine wie Ruinen oder abgetragenes Barrikadenmaterial, Dung- und Schuttstätten, dazu häufig der schwarze geschwängerte Rauch der Büttner, welche ihre Fässer auspichen und bei der Nacht die ägyptische Finsterniß. Dieß Alles schreckt natürlich vor dem Besuch der vor dem Frauenthor gelegenen Wirthschaftslokalitäten der einen Seite bedeutend ab und bringt den Besitzern wesentlichen Nachtheil. Alle Arten Lasten und Abgaben, Einquartierungen u. s. w., die werden den Anwohnern vor dem Frauenthore recht schön wie allen Andern auf die Schultern gepackt, deßhalb wäre es aber auch billig, daß ihnen auch die Annehmlichkeiten zu Gute gelegt würden, die Andern auch nicht entzogen sind. In jeder guten Verwaltung ist der erste Grundsatz: gleiche Verpflichtung, gleiche Berechtigung. Möge sich die Behörde doch daran erinnern!

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n.

E.-Nr. 11574.

Bekanntmachung

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg

als Polizei-Senat.

Die schweren Verwundungen und sonstigen Mißhandlungen, welche Montag den 21. ds. Abends gegen ¾9 Uhr in- und außerhalb des Schloßzwingers und in verschiedenen Straßen der Stadt gegen Bürger und andere Civilpersonen verübt wurden, haben die Polizeibehörde veranlaßt, sofort am andern Morgen und den ganzen gestrigen Tag über durch eine eigene Kommission den Thatbestand erheben zu lassen, und die diesfälligen Verhandlungen werden nunmehr der kompetenten Behörde zur weiteren Untersuchung und strengen Bestrafung der Urheber und Theilnehmer mitgetheilt werden, was hiemit zur Beruhigung des Publikums bekannt gemacht wird.

Nürnberg, den 23. Mai 1949.

Dr. Binder.

Quehl.

Exp.-Nro. 11351.

Bekanntmachung.

(Die Lieferung von eichenen Pfählen betr.)

Vom

Magistrat der königl. bayer. Stadt Nürnberg

wird die Lieferung von 75 Stück eichenen Pfählen von 14 bis 21 Fuß Länge und 1 Fuß Stärke an den Wenigstnehmenden in Accord gegeben, und ist Termin hiezu auf Donnerstag den 7. Juni l. J. Vorm. 10 Uhr im städtischen Bauamte dahier anberaumt, wovon Uebernahmslustige hiemit in Kenntniß gesetzt werden.

Nürnberg, den 16. Mai 1849.

Dr. Binder.

Quehl.

Mitbürger, hiesige wie auswärtige!

Viele bereits geleistete und noch größere bevorstehende Ausgaben, die mit den mitunter sehr spärlichen Beiträgen in keinem Verhältnisse stehen, nöthigen uns, die Freunde des Vaterlandes um reichliche Geldspenden zu bitten.

Die bisherigen Beiträge wurden regelmäßig in der mittelfränkischen Zeitung verrechnet und soll dies von nun auch an in dem Kurier geschehen. Weitere Rechenschaft über die gewissenhafte Verwendung derselben wird seiner Zeit bereitwilligst gegeben werden. Jedes Comité-Mitglied ist zur Empfangnahme von Beiträgen bereit, insbesondere unser Kassier, Herr Porzellainhändler Wießel.

Nürnberg, den 24. Mai 1849.

Das Comité.

Dr. Schwarz als stellvertr. Präsident.

Nachträglich wird bekannt gemacht, das die Gemeinde Steinbühl in der Liste der uns beigetretenen Gemeinden vergessen wurde; ferner, daß neuerdings die Gemeinde Höchstadt mit vielen sie umgebenden Gemeinden, desgl. die Gem. Stübach, Ldge. Neustadt a. A. und Roth beigetreten sind.

Dr. Schwarz.

Schusters Felsenkeller.

Donnerstag, den 24. Mai findet Blechmusik unter Leitung des Stadsharnisten Herrn Lippert statt, wozu ein hochverehrliches Publikum höflichst einladet

Klemm.

Eheliche Verbindung und Geschäfts-Empfehlung.

Unsere am 20 d. M. vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir unsern werthgeschätzten Verwandten und Freunden hiemit an, und bitten um die Fortsetzung Ihrer Freundschaft und Gewogenheit ganz ergebenst.

Zugleich ersuchen wir unsere werthgeschätzte Kundschaft so wie ein verehrliches Gesammt-Publikum, uns mit recht vielen Aufträgen in unserm Geschäft zu beehren und sich überzeugt zu halten, daß wir es an solider und dauerhafter Arbeit nicht ermangeln lassen werden.

Hochachtungsvoll empfehlen sich

Johann Wolf, Schuhmacher.

Maria Wolf, verw. Kraker.

Aufforderung.

Den Scribenten Schuster fordre ich hiemit auf, **augenblicklich** die mir versetzten Hosen etc. aus dem Leihhause zu lösen, widrigenfalls ich das Nähere der Oeffentlichkeit resp. dem Gerichte übergeben würde.

L. C. Dorn, M.-D.

Bitte.

Dem Schreinermeister Kiefer, im Hof Lit. S. Nr. 1037 wohnend, ist das Unglück ohne die mindeste eigene Schuld widerfahren, bei der unverantwortlichen Schloßzwinger Affaire 6 Säbelhiebe über den Kopf und 2 über die Schulter zu erhalten, wodurch dieser arme Mann sehr schmerzhaft darnieder liegt, so wie für die Erhaltung seines Lebens alles zu fürchten ist.

Da selbiger sich mit seiner Frau und 3 kleinen Kindern in sehr dürftigen Umständen befindet, so bittet man edle Menschenfreunde um Unterstützung für diesen sonst sehr arbeitsamen, braven Mann, weil seine derartige Lage alles Mitleid verdient.

Anzeige.

Indem ich gegenwärtig meine geehrten Freunde und Gönner in Nürnberg hierdurch wieder ehrerbietigst begrüße, empfehle ich auch zugleich dem übrigen hülfesuchenden resp. Publikum zum Weißputzen und zur besten Conservation für die Zähne und das Zahnfleisch bei ihrem Schmerze und Beschwerden von Gicht, Rheumatismus und andern übeln Ursachen entstanden, meine sehr wohlbekannte schmerzfreie Behandlung ergebenst und ertheile auch zur besseren Erhaltung der natürlichen Zähne Anweisung nebst geeigneten Apparaten des Vormittags bis 10 Uhr im Hause S. Nr. 622 a 3 Stiegen am Wiener Salon.

Carl Töpfer aus Rudolstadt, prakt. Zahnarzt

Dank und Empfehlung.

Den geehrten Freunden und Nachbarn, welche meinen selig verstorbenen Gatten zu seiner letzten Ruhestätte geleiteten, fühle ich mich gedrungen, hiemit den herzlichsten Dank auszusprechen und den reichsten Segen Gottes für Sie zu erflehen. Zugleich verbinde ich hiermit die Anzeige, daß ich mein Geschäft mit einem tüchtigen Gehülfen fortführe, und bitte ich das meinem seligen Manne geschenkte Vertrauen mir ferner zu erhalten.

Nürnberg, den 23. Mai 1849.

Marie Pfahlmann, Frauenkleidermachers-Wittwe.

Vorbereitungsklasse der höhern Töchterschule.

Das neue Schuljahr beginnt Mittwoch den 30. Mai. Diejenigen verehrlichen Eltern, welche gesonnen sind, ihre Töchter dieser Anstalt anzuvertrauen, werden ersucht, sich mit denselben am genannten Tage Vormittag 9 Uhr im Schullokale, Theresienstraße S. Nr. 590, einzufinden.

Die Inspection der höhern Töchterschule.

Dr. Lösch.

Englischer Patent-Leinewand.

von Dr. O'Méara in London (gewes. Leibarzt K. Napoleons)

gegen jede Art Gicht, Rheumatismus, Rothlauf, Kreuz-, Kopf- und Rückenschmerzen, den Krampf und geschwollene Glieder.

Unter Garantie sowohl bei frischen und alten Leiden, und möchte nicht mit sogenannten durch einige Eisenfeilspäne fabrizirten Rheumatis-Amuletten verwechselt werden. In Packeten à 1 fl.

Zeugniß:

mittelst welchem ich Unterzeichneter bestätige, unter der Ankündigung „Engl. Patent-Leinwand“ von Dr. O'Méara in London gekauft und mit entschiedenem Nutzen gebraucht habe, so zwar, daß ich durch einmalige Benützung dieser Patent-Leinwand an der Hüfte und am Schienbein, an welchem ich Monate lang Schmerzen litt, wunderbar so geheilt wurde, daß bei keinerlei Witterung sich der Schmerz wiederholte, welches ich der Wahrheit gemäß hiemit bekräftige.

Raab, 15. November 1847.

v. Bischer,
K. K. Oberst.

Attest.

Bezeuge binnen 12 Stunden von gehabten Rheumat-Leiden durch die engl. Patent-Leinwand befreit worden zu seyn.

Benedict Bächler,
Glaswaaren- und Uhrgehäus-Fabrikant.
Carlsstraße in Stuttgart

Nürnberg nur bei Blank u. Comp.

Anzeige.

Die rühmlich anerkannten

Hühneraugen-Pflästerchen

der Gebrüder Lentner sind in nachstehenden Handlungen: in Nürnberg bei Friedrich Beyer am weißen Thurm und Wilhelm Dieterich am Hengäßchen, in Schwabach bei G. M. Feiedlein, und in Ansbach bei Ad. D. Schlichting einzeln zu 6 kr., im Dutzend 1 fl. sammt gehörige Gebrauchsanweisung zu haben.

(Zu verkaufen.) Ein sehr schöner schwarzer Hahn (s. g. Purzel) ist zu verkaufen S. Nr. 764 c.

(Zu verkaufen.) 1 Sofa nebst 6 Sessel von Kirschbaumholz noch gut beschaffen, ist billig zu verkaufen.

(Zu vermiethen.) Nahe am Hallplatz ist ein Logis mit Bett und Möbeln täglich zu vermiethen.

Stadttheater in Nürnberg.

Donnerstag den 24. Mai. „Große Vorstellung der Araber und Marokkaner unter der Direktion des Mohamed-Ben-Alagy.“ Dazu: „A. B. C.“ Posse in 1 Akten von Kettel.

Frequenz der Ludwigs-Eisenbahn.

XIV. Verwaltungs-Jahr.

Vom 13. bis 19. Mai incl.

Sonntag	2304	Personen,	fl. 341. 21 kr.
Montag	1309	„	„ 141. 54 „
Dienstag	1237	„	„ 132. 30 „
Mittwoch	1125	„	„ 109. 39 „
Donnerstag	1315	„	„ 133. 12 „
Freitag	1010	„	„ 112. 48 „
Samstag	901	„	„ 98. 12 „

Summe 10121 Personen, fl. 1070 36 kr.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 25 Mai 1849. № 145. Freitag: Urbanus.

Einem verehrlichen Gesammtpublikum zeigen wir hiemit an, daß in Zukunft alle bayerischen Postanstalten angewiesen sind, monatliche Abonnements auf die Mittelfränkische Zeitung anzunehmen, wodurch dem Publikum der besondere Vortheil erwächst, durch geringere Ratenzahlungen in den Besitz der Zeit zu kommen. Für den Monat wird mit 35 kr. rh. abonnirt, für welchen Preis die Zeitung gerade so geliefert werden muß, wie bei viertel- und halbjährigen Abonnements.

Expedition der Mittelfränkischen Zeitung.

Deutsche Staaten

†° **Nürnberg**, den 24. Mai. Die Deputation des Magistrats und der Gemeindebevollmächtigten ist gestern von München wieder hier eingetroffen. Sie hat, so viel wir hören, in der Hauptsache nicht erlangt, was die Wünsche der Bürgerschaft bewegt, doch wird die Bekanntmachung der Resultate, die demnächst erfolgen dürfte, interessante Aufschlüsse liefern.

Kaiserslautern, 19. Mai. In der gestrigen Proklamation der provisorischen Regierung, in welcher dem Volke die Einsetzung derselben angezeigt wird, fordert die Regierung das Volk auf, zur Mitwirkung an dem großen Unternehmen der Verwirklichung der Einheit und Freiheit Deutschlands. Die bestehenden Behörden werden in ihren Aemtern bestätigt und haben ihre Amtshandlungen im Namen des pfälzischen Volkes auszuüben. Alle wegen politischer Vergehen und Verbrechen Verurtheilten sind amnestirt, und alle politischen Untersuchungen niedergeschlagen. — Gestern hat die Regierung ein Schutz- und Trutzbündniß mit Baden abgeschlossen.

Von Landau eilen täglich mehr Truppen zu den Fahnen der provisorischen Regierung, so gestern eine Anzahl Artillerie mit Geschütz. Die Thore Landaus sind geschlossen und die Stadt in Belagerungszustand erklärt. — Die provisorische Regierung hat heute ihren Sitz nach Speyer verlegt, eine Maßregel, welche der Regierung die kräftige Führung ihrer Geschäfte erleichtern und ein gemeinschaftliches Handeln mit Baden befördern wird. (N. Sp. Z)

Speyer, 19. Mai. In Ihrem heute ausgegebenen Blatt ist die lithographirte Korrespondenz über die Verhandlungen der Kantonalausschüsse in Kaiserslautern enthalten und in derselben der Anträge der Minderheit in so eigenthümlicher Weise erwähnt, daß es nicht überflüssig erscheinen wird, hier anzuführen, was Dr. Walz etwa gegen die Einsetzung der provisorischen Regierung äusserte. Er hob hervor, daß nach dem Willen der Gesammtbevölkerung, wenigstens seiner Gegend, die Abgeordneten nach München gegangen seyen, um den letzten friedlichen Schritt zu versuchen; er warnte insbesondere aus dem Grunde vor der sofortigen Einsetzung einer provisorischen Regierung, weil er eine Spaltung im eignen Lager befürchte, wodurch die großartige Erhebung der Pfalz nicht vor-, sondern zum Nachtheil von ganz Deutschland rückwärts getrieben würde; er bemerkte weiter, daß nach seiner und vieler seiner Kollegen Ansicht der Wirkungskreis des Landesausschusses durch ein Verschieben von einigen Tagen nicht beeinträchtigt würde, um so weniger, als in einer gestern abgehaltenen Versammlung viele der wohlhabendsten Bewohner der Pfalz sich nicht nur zu Geldopfern, sondern auch zu einer freiwilligen Besteuerung bis zu 50 Proc. entschlossen hätten. Zugleich machte er aufmerksam auf die Politik des Münchner Kabinets, die er für die gefährlichste halte und welcher die Pfalz wie ein Mann entgegen treten müsse, dies könne aber nur geschehen, wenn man wie ein Mann sich fortwährend für das einige Deutschland mit Wort und That offen und ehrlich ausspreche, um die Einheit und in dieser die Freiheit zu erringen u. s. w. (N. Sp. Z.)

Germersheim, den 18. Mai. Als am verwichenen 12. Mai Abends nach 9 Uhr die hiesige Stadt und Festung in Kriegszustand erklärt worden war, drang Lieutenant Westermayer vom 14. Infanterieregiment mit noch 4 Soldaten in Begleitung des Gens'd'armes Göckler und des Polizeidieners Prutzer nach 10 Uhr Nachts in die Wohnung des Goldarbeiters Lederle dahier, insultirten denselben durch Stöße, durchstachen seinen Hut, schimpften ihn, durchsuchten sein Haus ꝛc. nahmen einige Waffen hinweg, ohne daß derselbe bis jetzt weis, wo diese hingekommen. (N. Sp. Z.)

Aschaffenburg, den 21. Mai. So eben trifft für die ganze hiesige Garnison Ordre zur Marschbereitschaft ein. Es liegen hier ein Bataillon Infanterie, eine halbe Batterie Artillerie und eine kleine Abtheilung Jäger. Man glaubt allgemein, daß sämmtliche Mannschaft nach Frankfurt dirigirt werde, ein anderes Gerücht spricht von einer Bestimmung nach Würzburg, von welcher Stadt die Studenten ausgezogen sind, um sich nach Wertheim zu begeben. (Frkf. J.)

Kaiserslautern, 19. Mai. Aus der Festung Landau eilen täglich mehr Truppen zu den Fahnen der provisorischen Regierung, selbst die Artillerie, welche bis jetzt dem Volke gegenüber eine unentschiedene Stellung eingenommen hat, beginnt zu dem Volke überzugehen. Ein Theil derselben ist gestern mit Geschützen in Neustadt a. d. H. eingetroffen. Der Kommandant von Landau hat die Thore der Stadt schließen lassen und den Belagerungszustand erklärt. — Die provisorische Regierung hat heute ihren Sitz nach Speyer verlegt, eine Maßregel, welche die Verwaltung des ganzen Landes sofort in ihre Hände bringen muß und welche außerdem den Verkehr und eine vollständige Vereinigung mit Baden sehr erleichtert. — Die Organisation der Freischaaren in Kirchheimbolanden, von Zitz und Häusner aus Mainz geleitet, geht schnell von Statten. Die Freischaaren exerciren täglich sieben Stunden. Die Leitung des Exercitiums haben meist übergegangene bayerische Soldaten, sogar einzelne Preussen und Oesterreicher, die sich in der Stille aus Mainz entfernten, in die Hand genommen. (Frkft. J.)

Karlsruhe, 19. Mai. So eben wurde der Bürger J. Ph. Becker aus Frankenthal, welcher seit 11 Jahren in der Schweiz lebte, zum Oberbefehlshaber der gesammten badischen Volkswehr ernannt. Wir begrüßen diese Wahl als eine sehr glückliche, denn wir kennen Becker und wissen, daß er mit der entschiedensten politischen Gesinnung eine hohe militärische Befähigung und Energie verbindet, welche jetzt allein die Erhebung des Volkes benützen, den Muth der Massen aufrecht halten kann. Becker wird die provisorische Regierung bewegen, auch in der Administration mit der Energie aufzutreten, welche Ungarns Siege möglich machte und allein den Sieg der deutschen Sache verbürgen kann. Wir zweifeln nicht, daß die Militär-Union der Pfalz mit Baden, durch die Thätigkeit Beckers und seine genauen Beziehungen zur Pfalz um Vieles befestigt und befördert wird und sehen ihr vertrauensvoll entgegen. (Mannh. Abz.)

Mannheim, den 18. Mai. Bis jetzt ist noch nichts Entscheidendes vorgefallen. Die hessischen Truppen stehen noch auf ihrer Gränze und die unsrigen rekognosciren und haben Vorposten ausgestellt. In verflossener Nacht war der diesseitige Neckarbrückenkopf mit Artillerie und sonstiger Mannschaft besetzt. Es heißt, die Truppen hätten erklärt, nie in feindlicher Absicht nach Baden marschiren zu wollen, dasselbe sollen auch die Kurhessen mit besonderem Nachdruck gethan haben, indem sie sagten: „Wir wurden voriges Jahr so gut in Baden behandelt, wir können diesen Menschen nichts zu Leid thun." (Frkft. J.)

Karlsruhe, den 20. Mai. Die Organisation unserer provisorischen Regierung schreitet rasch vorwärts. Nach einer neueren Nummer des „Regierungsblattes" sind vier Ober-Civilkommissäre für die vier Kreise und für jeden Amtsbezirk ein Kommissär ernannt, dem die Leitung der Civilorganisation übertragen ist. — Hätte unsere frühere Regierung den Geist verstanden, so könnte sie heute noch am Ruder seyn. Statt dessen kam sie mit dem Vorschlag des Zweikammersystems wieder her, wogegen sich Jedermann, selbst die allergemäßigtsten Konstitutionellen, ausgesprochen haben. — Die neue Ordnung der Dinge hat viele Anhänger unter der Klasse der sogenannten Subalternstaatsbeamten, die unter dem vorigen Regime sehr gedrückt war. Sie mußte die ganze Last der Geschäfte tragen, während man sie nur kümmerlich bezahlte und die hohen Herren mit großen Besoldungen spaziren gingen. Aber gerade in dieser Klasse finden sich viele talentvolle und fleißige Leute, die ihrer aufrichtigen liberalen Gesinnung wegen mit Zurücksetzung bestraft wurden. Möchte die provisorische Regierung nicht den Fehler begehen, daß sie bei Anstellungen die politische Gesinnung allein in die Wagschale legt. Dieses Prinzip könnte ihr am meisten schaden. Uebrigens verfährt sie mit viel Umsicht und größter Mäßigung. (Frkft. J.)

Karlsruhe, 21. Mai. Die Karlsr. Ztg. enthält folgende Erklärung: „Die von der öffentlichen Meinung des badischen und des ganzen deutschen Volkes längst gerichteten ehemaligen badischen Minister Dusch, Bekk, Hoffmann und Stengel haben aus Lauterburg eine, von Karlsruhe, den 14. Mai 1849, datirte Erklärung veröffentlicht. Wir können dieselbe nicht unbeantwortet lassen. Aus dieser Erklärung erhellt klar und deutlich, daß die Minister im vollen Bewußtseyn des gefahrvollen Zustandes des Landes ihre Stellen verließen. Die Männer, welche durch ihre verderblichen Rathschläge diejenige Aufregung in Baden hervorgerufen, in deren Folge sie das badische Land und ganz Deutschland verließen, bezeichnen durch die genannte Erklärung von neuem den volksfeindlichen Standpunkt, auf welchem sie stehen. Sie maßen sich daher an, vom Auslande, von Frankreich her, das badische Land nach wie vor verwalten zu wollen, gleich, als wenn das badische Volk ohne sie seine Angelegenheiten nicht zu ordnen vermöchte, — ohne sie, welche zunächst die überwältigende Mißstimmung im Lande Baden hervorgerufen haben. Doch das badische Volk hat bewiesen, daß es im Stande sey, seine Angelegenheiten selbst zu führen. Der vom Volk erwählte Landesausschuß hat die Zügel der Regierung ergriffen und die Ordnung und den Frieden im Lande, wo er durch die Maßregeln der früheren Regierung gestört worden war, wieder hergestellt, und wo keine Störung vorhanden, denselben aufrecht erhalten. Das ganze badische Volk, das ganze Heer, sämmtliche oberste Staatsstellen, und so weit unsere Nachrichten reichen, sämmtliche untergeordnete Stellen des Landes haben den Landesausschuß nicht blos anerkannt; sondern auch durch ihre kräftige Unterstützung in den Stand gesetzt, die Bürgschaft für die Erfüllung seiner Pflichten zu übernehmen. Die landesflüchtigen Rathgeber des Großherzogs mögen sich daher hüten, den Versuch fortzusetzen, von Frankreich aus den Frieden des badischen Volkes zu stören. Dem Volke aber geben wir die Versicherung, daß bereits die erforderlichen Maßregeln getroffen wurden, um jeden ver-

artigen Versuch zu vereiteln. Karlsruhe, 19. Mai 1849. Der Landesausschuß von Baden: Bannwarth, Cordel, Damm, Degen, Fickler, Happel, Hennecka, Hoff, Junghans, Kiefer, Rehmann, Richter, Ritter, Rotteck, Stay, Steinmetz, Struve, Thiebauth, Werner, Wernwag, Ziegler. — Die Vollzugsbehörde: Brentano, Peter, Goegg, Eichfeld.

„Behufs eines geregelten Geschäftsganges sind die bisher geschehenen Kassenbeschlagnahmen aufzuheben, und es haben in Hinkunft von Seiten der Sicherheitsausschüsse und Civilkommissarien keine derartigen Maßregeln mehr stattzufinden. Karlsruhe, den 19. Mai 1849. Im Namen der Exekutivkommission. Goegg."

*° **Frankfurt**, 21. Mai. [Nachmittagsitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Reh.] Die vorgenommene Zählung ergibt 189 anwesende Mitglieder. Der Reichsverweser theilt dem Präsidenten mit, daß der großh. hess. Generallieutenant Fürst August von Wittgenstein auf sein dringendes Ansuchen das Kriegsministerium angenommen hat. Ausgetreten sind: Jungmann, Kahlert, Burkhausen, Cornelius; für Stenzel eingetreten der Literat Wolff von Breslau. Der Präsident erwähnt des Eingangs zweier Proklamationen von Karlsruhe, und bemerkt dabei, daß die auf denselben unterzeichneten Abgeordneten Raveaux, Trützschler und Erbe von der Nationalversammlung hierzu keinen Auftrag erhalten haben. Fallati beantragt, daß die Versammlung sich bis zum 20. Juni vertage und das Büreau mit dem Auftrage zurücklasse, die Mitglieder in dringenden Fällen zusammenzuberufen. Der Beschluß, wonach 100 Mitglieder in außerordentlichen Fällen eine außerordentliche Sitzung beantragen können, wird suspendirt (Pfui! Pfui! links) Der Antrag ist von 50 Mitgliedern unterstützt. Nach einer heftigen Debatte, in welcher Wesendonk den Gegenantrag stellt, daß die Nationalversammlung jede Vertagung auf mehr als 3 Tage für unzuläßig erkläre, wird der Fallatische Antrag als nicht dringlich erklärt, und an den 30r Ausschuß verwiesen. Dagegen wird dem Antrag von Goltz und 51 Anderen, daß die Nationalversammlung bei Anwesenheit von 100 Mitgliedern beschlußfähig sey, die Dringlichkeit zuerkannt.

Nachdem die Dringlichkeit des Goltz'schen Antrags anerkannt worden, fordert Böcler die Antragsteller auf, denselben zurückzuziehen, indem durch dessen Annahme die Nationalversammlung gesprengt würde. Umbscheiden widerspricht dieser Behauptung. Der Antrag bezwecke, in kritischen Momenten eine beschlußfähige Anzahl zu erhalten, wenn Andere wegliefen. Diejenigen, die fortgingen, hatten wenigstens den Muth, zu sagen, daß sie austreten; aber Diejenigen, die hier zurückgeblieben und den Fallatischen Antrag unterschrieben haben, das sind die Feiglinge. (Präsident rügt diesen Ausdruck, den der Redner zurücknimmt). Fallati: Sein Antrag sey nicht aus Feigheit oder um die Versammlung beschlußunfähig zu machen, gestellt, sondern im Gegentheil, damit sie sich in der Zwischenzeit ergänzen könne. Die Annahme des Goltz'schen Antrages wäre unheilvoll. Die Nationalversammlung würde nicht mehr das deutsche Volk vertreten. Ein solcher Beschluß würde in Süddeutschland ungesetzliche Bestrebungen fördern, den Norden aber von der Bewegung für die Reichsverfassung abschrecken. Löwe von Calbe erwidert, daß die Rechte vielmehr unheilvolle Beschlüsse gefaßt, indem sie Wien und die preussische National-Versammlung im Stich gelassen habe. Gleichwohl habe die Linke ausgehalten. Wir lauern — sagt er — keineswegs auf den Augenblick, wo nur 100 Mitglieder anwesend seyn werden. Wir sind froh mit Jedem, der neu hinzukömmt, und wenn übermorgen 400 anwesend sind, wird Jeder von unserer Seite gern wieder in der Minorität seyn. (Zustimmung links.)

Buß spricht gegen den Antrag, weil ein solches Rumpfparlament keine moralische Kraft mehr hätte. Er nennt die letzten Beschlüsse der Nationalversammlung ungesetzlich, namentlich jenen wegen Aufhebung der Centralgewalt. Die dringenden Anträge der Linken hätten der Freiheit viel geschadet. „Weil wir dieß verhindern und die Nationalversammlung retten wollen, verlangen wir Vertagung, als das einzige Mittel, uns aus der Verlegenheit zu ziehen." Er klagt, daß man die Autorität der Nationalversammlung mißbrauche, um aufrührerische Bewegungen zu unterstützen, und verliest die in Karlsruhe unter Mitunterschrift von 3 Parlamentsmitgliedern erschienenen Aufrufe. Man solle, fügt er hinzu, das deutsche Volk, das jetzt von Schrecken beherrscht sey, in Ruhe lassen und ihm die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung gewähren. Simon von Trier: Wir wollen nicht durch Schrecken herrschen; die wohlorganisirte bewaffnete Minorität ist es vielmehr, die überall in Deutschland die wahre Volksmeinung darnieder hält. Baden, das bereits bei Eröffnung der Nationalversammlung in republikanischem Sinne repräsentirt war, ist gleichwohl gemäßigt und hält an der Reichsverfassung fest. Der Redner fragt, wo die Männer hingekommen, welche hier in der Paulskirche die Volkssouveränetät proklamirten und an der Reichsverfassung festhalten zu wollen erklärten und denen die Majorität so oft Beifall zujauchzte? Sie sitzen jetzt mit der Schlafmütze auf dem Sopha, oder sind mit Schimpf und Schande in's feindliche Lager übergegangen. Damals, als die Oesterreicher austraten, hat man nicht gesagt, die Nationalversammlung repräsentire Deutschland nicht mehr; man beschloß vielmehr ein Kleindeutschland. Wir müssen hier in Süddeutschland auf diesem Boden ausharren, der die letzte Zuflucht gegen die Reaktion ist. Bei 600 Mitgliedern war 200 die beschlußfähige Anzahl; bei 200 ist es also billig, daß Sie sie wenigstens auf 100 herabsetzen. Wenn Sie diesen Antrag zurückweisen, müssen Sie die Inschrift hier in der Paulskirche: „Des Vaterlands Größe, des Vaterlands Glück, o schafft sie, o bringt sie dem Volke zurück!" abnehmen und dafür hinschreiben: „Das Opfer liegt, die Raben steigen nieder." Siemens meint, eine Versammlung von 100 größtentheils Süddeutschen könne dem Norden keine Sympathie einflößen. Er will nicht mitwirken, die Freiheit zu zerstören, und wird deßhalb heute sein Mandat niederlegen.

Welcker fordert die Antragsteller auf, den Antrag zurückzunehmen, weil durch denselben 50 Mitglieder hinausgetrieben würden. Eine Versammlung, welche die beschlußfähige Anzahl immer mehr herabsetze, verliere zuletzt alle moralische Kraft. Wenn man sich einige Zeit vertage, würden Ersatzmänner kommen; man könne die Resultate in Bayern abwarten und dann mit frischen Kräften arbeiten, während man jetzt doch nur Worte und keine Mittel zur Ausführung des Beschlossenen habe. Er werde so lange in der Versammlung bleiben, als dieselbe nicht der Sache, für die jeder Deutsche Alles einsetzen müsse, durch ihre Wirksamkeit verderblich werde. Sie dürfe sich nicht zum Werkzeug von Bestrebungen machen, die der Reichsverfassung feindlich seyen. Die Berathung wird geschlossen und bei namentlicher Abstimmung der Goltz'sche Antrag mit 101 gegen 39 Stimmen angenommen. Da aber die Zahl von 150 Abstimmenden nicht erreicht wurde, ist der Beschluß ungültig. Der Präsident will die nächste Sitzung auf Freitag ansetzen, aus Mangel an Berathungsgegenständen und um Nachrichten aus München abzuwarten. Simon von Trier: Wir haben in München nichts gefragt, und haben also von dort auch nichts zu erwarten. Aber es ist dringend nothwendig, einen Aufruf an das deutsche Volk zu erlassen, um die Nationalversammlung gegen die vielfachen Schmähungen und Verdächtigungen zu verwahren, und darüber sollte morgen berathen werden. Die Versammlung nimmt jedoch die Vertagung auf Donnerstag an.

** **Frankfurt**, den 22. Mai. Die Tagesordnung zur nächsten Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung (Donnerstag den 24. d.) ist: Eventuelle Behandlung der vorliegenden dringlichen Anträge: 1) vom Abgeordneten Eisenstuck, die Abberufung der sächsischen Abgeordneten betreffend; 2) vom Abg. Umbscheiden, eine Ansprache an das deutsche Volk betreffend; 3) vom Abgeordneten Rauwerk, den Schutz der National-Versammlung betreffend.

Wenn wir die Reichsversammlung in dem Mitgliederverzeichniß betrachten, wie es bis heute amtlich fortzuführen ist, so stellt sie noch immer eine ansehnliche Körperschaft der deutschen Volksvertretung dar. Trotz der massenhaften Austrittserklärungen und trotz der geringen Anwesenheit am gestrigen Tage (190) zählt sie nämlich doch noch 323 berechtigte Stimmen und darunter nicht wenige von dem allerkonservativsten Charakter.

Frankfurt, den 19. Mai. Der preussische Gesandte, Oberst Fischer, dringt sehr auf Auflösung der Nationalversammlung von Seite des Erzherzogs, der sich entschieden weigern soll. Die oktroyirte Reichsverfassung von Berlin stößt, trotz aller Versicherungen von Bassermann, auf große Hindernisse. — Bayern will seine Stellung als europäische Großmacht behalten, Gesandte ernennen und sich kein einheitliches Oberhaupt gefallen lassen, während Preussen von Sachsen und Hannover als Reichsstatthalter an die Spitze gestellt werden soll. (Die neuesten Nachrichten aus Berlin stimmen so ziemlich überein mit den vorstehenden Behauptungen der Parlaments-Korrespondenz unserer Linken. Sie fügen noch den wichtigsten Moment hinzu, daß die oktroyirte preussische Verfassung in Berlin bereits gedruckt war, um öffentlich publizirt zu werden, als mit einem Male wiederum Oesterreich gegen die Anerkennung jener Verfassung Einsprache machte, welcher Erklärung sich Bayern anschloß. So wenigstens wird allgemein versichert. Die große Wichtigkeit dieser Nachricht leuchtet Jedermann wohl von selbst ein.)

In diesem Momente, in welchem es sich um das Bestehen der deutschen Reichsversammlung handelt, fehlen eine große Anzahl der Mitglieder der linken Seite des Hauses. Es sind dieses folgende Abgeordnete: Culmann; R. Schmitt; Reichard; Kolb; Stockinger; Fr. Schüler; Tafel von Zweibrücken; C. F. F. Schmidt; Dietsch; Mohr; Titus; Schütz; Martiny; Brentano; Peter; Damm; Junghanns; Werner von Oberkirch; Richter von Achern; Schlöffel; Raveaux; v. Trützschler; Erbe; Mittermaier; Sachs; Metz; Gritz; Ghiskra; Wigard; Müller von Damm; Heldmann; Venedey; Adolph Schmidt; Eisenmann; Schenk; Wilhelm Zimmermann; Schoder; Fürst Waldburg-Zeil; Grubert; Köhler; Minkus; Römer; Trampusch. Wir fordern diese Herren Abgeordneten auf, sich in der Donnerstags-Sitzung, wenn es ihnen irgend möglich ist, oder mindestens an einem der nächsten Tage, einzufinden. Diese Aufforderung gilt nicht minder den Stellvertretern ausgetretener Mitglieder. Frankfurt am Main, den 21. Mai 1849. Der Klubb der vereinigten Linken. (Frkf. J.)

Mainz, den 21. Mai. Die schöne Promenade zwischen dem Neu- und Gauthore, auf der südöstlichen und südlichen Seite unserer Stadt, wird eben ihres Schmuckes, der herrlichen Bäume, beraubt. Sie werden sämmtlich niedergehauen und es scheint fast, daß man von dieser Seite her einem Angriff entgegensieht. — Mainz soll in ganz kurzer Zeit eine Garnison von 16,000 Mann, darunter auch Mecklenburger und Hannoveraner, erhalten.

Wiesbaden, 21. Mai. Auch der Rheingau stellt seine Freischaaren für den Kampf um die deutsche Reichsverfassung und Freiheit. Bereits sind in diesen Tagen 100 junge Männer, gut bewaffnet, aus Rüdesheim, Geisenheim, Eltville und Winkel in die Rheinpfalz abgegangen. Im übrigen Lande rüstet die Bürgerwehr in dem wohlbegründeten Bewußtseyn, daß es einen heißen Kampf gibt. Auf der gestern zu Weilbach abgehaltenen Volksversammlung haben sich die Bürgermeister des Amtes Hochheim verbindlich gemacht, eine weitere Versammlung zu Wallau übermorgen zu halten, um die Fonds zu berathen, welche aus den Gemeindekassen zur Bewaffnung zu entnehmen seyen. Sogar die Stadt Dillenburg ist der Bürgerwehr der Hauptstadt zuvorgekommen und hat die zwei ersten Bürgerwehrkanonen in Nassau (im Preise zu 1080 fl.) in's Feld der Freiheit gestellt. Kugeln werden daselbst täglich gegossen. (Ffstr. J.)

†°† **Berlin**, den 21. Mai. Der gestrige Tag war schon seit lange als der äußerste Termin zum Losbruch angekündigt. Die Neue Preussische Zeitung hatte sogar schon das Manifest des Centralausschusses der demokratischen Vereine publizirt. Berlin ist nichtsdestoweniger ruhig geblieben. Die Versammlung im Birkenwäldchen, das Surrogat der verbotenen Volksversammlungen, fand auch gestern statt; die Gesellschaft hielt sich streng in den durch den Belagerungszustand gesetzten Schranken und gab deshalb zum Einschreiten der Polizei- und Militärmacht keine Veranlassung. Der Wirth des Lokals hatte durch Anschlag selbst politische Gespräche und Gesang untersagt, weil ihm andernfalls das Lokal von Polizei wegen geschlossen werden würde. — Durch telegraphische Depesche ist heute hier die Nachricht eingetroffen, daß Hr. D'Ester in Folge der hinter ihm erlassenen Steckbriefe in Hannover ergriffen sey. — Die National-Zeitung wird in kurzem wieder erscheinen. Wie wir erfahren, hat Hr. v. Manteuffel die Erlaubniß zum Wiedererscheinen des Blattes von „Garantien" abhängig gemacht, die er indeß nicht näher bezeichnet hat, und über welche er zuvörderst mit General v. Wrangel Rücksprache nehmen zu wollen erklärte. Letzterer soll dagegen der Redaktion Hoffnung gemacht haben, ohne Bedingungen zu stellen.

Das Gerücht, welches mehreren Mitgliedern der früheren Volksvertretung das Schicksal Waldeck's bereitet seyn ließ, scheint grundlos gewesen zu seyn. Behrends weilt in Berlin und wohnte gestern der Versammlung im Birkenwäldchen bei; auch Jacoby soll weder verhaftet seyn noch verfolgt werden. — Das in Aussicht gestellte neue Wahlgesetz ist, wie es heißt, höhern Orts vorläufig aufgegeben, oder wird in der Art promulgirt werden, daß es als Ausfluß des allgemeinen deutschen Wahlgesetzes, wie dies von Preussen entworfen, angesehen

werden kann. Die Publikation der Reichsverfassung selbst dürfte nicht mehr fern seyn (vielleicht erscheint sie schon heute oder morgen durch den Staatsanzeiger). Die im Ganzen fast allgemein als mäßig bezeichneten Abweichungen von den Bestimmungen der in Frankfurt gegebenen Verfassung sollen einer Revision des Reichstags unter Mitwirkung des zu bildenden „Reichraths" vorbehalten bleiben. — Der Abschluß des Friedens mit Dänemark soll in der nächsten Zeit zu erwarten stehen; man behauptet, daß in den Friedensbedingungen Dänemark eine sehr bedeutende Summe für Kriegskosten aufgelegt sey. — In gewissen Kreisen spricht man davon, daß zur Beseitigung des Erbfolgestreites der König von Dänemark einen deutschen Fürsten (der Erbgroßherzog von Oldenburg wird genannt) adoptiren werde.

Weimar, 21. Mai. Gestern fand hier die feierliche Eröffnung des ausserordentlichen Landtags statt, wozu vom Großherzog der Staatsminister von Watzdorf unter Zuziehung der Staatsräthe Stichling und Seegfeld beauftragt war. In der verlesenen Propositionsschrift waren als die wichtigsten Vorlagen für die jetzige Sitzung ein Gesetz über Volksbewaffnung und Anträge wegen Ausführung der Reichsverfassung angeführt. Ausserdem wurde eine große Reihe zum Theil noch nicht vollendeter Gesetzentwürfe, deren Zweck theils die Neugestaltung der Staatsverwaltung, theils die Ausführung der Grundrechte betrifft, angekündigt. Hinsichtlich der letztern, so wie des Entwurfs über gemeinsame Strafgesetzgebung war bemerkt, daß dieselben von gemeinschaftlichen Kommissionen der thüringischen Staaten bearbeitet würden, und daß daher der Vorschlag gemacht sey, daß, damit auch die Gesetze konform würden, die Prüfung dieser Entwürfe vereinigten Landtagsausschüssen, gewählt nach Verhältniß der Seelenzahl der einzelnen Staaten, übertragen werden möchten. (D. A. Z.)

Lübeck, den 18. Mai. Gleichzeitig durch einen Brief und einen wohl unterrichteten Reisenden erfahre ich aus Kopenhagen, daß man dort doch endlich an die Beendigung des so leichtsinnig begonnenen und schlecht geführten Krieges denkt. Nur darf es nicht wundern, wenn das Ministerium, das durch seine falsche Politik so viel Leiden und so große Demüthigungen über Dänemark gebracht hat, den Krieg auf eine Weise zu beendigen sucht, welche vielmehr darauf gerichtet scheint, ihn erst zu beginnen. Es wird versichert, das Ministerium habe beschlossen, einen einjährigen Waffenstillstand anzubieten, und daß deshalb schon Instruktionen abgegangen seyen. Man könnte es begreiflich finden, wenn man in Kopenhagen statt des definitiven Zugeständnisses der Rechte der Herzogthümer an ein neues Provisorium denkt, weil man dadurch einer Beschämung sowie vorläufig der Bezahlung der Kosten des ungerechten Krieges entgehen und zugleich sich die Hoffnung möglich erhalten würde, später bessere Bedingungen zu erlangen. Aber wäre, so weit wir sehen, unsere Quelle nicht sehr gut, wir würden die Bedingungen dieses einjährigen Waffenstillstandes nicht für möglich halten. Sie sind einfach: die deutschen Truppen sollen während dieses Waffenstillstandes das Herzogthum Schleswig bis an die südlich von Husum und Flensburg zu ziehende Linie den dänischen Truppen übergeben, und ferner soll dieser südliche Strich während des Waffenstillstandes nicht von schleswig-holsteinischen oder andern Reichstruppen betreten werden dürfen — sondern von preussischen besetzt werden. — Es wird uns ferner berichtet — und nochmals, wir glauben nicht Fabeln zu schreiben — man habe diese Vorschläge nach Berlin gesandt, und habe das preussische Kabinet aufgefordert, sich über diese Bedingungen innerhalb acht Tagen zu erklären, und dabei das freundschaftliche Anerbieten gemacht, mit demselben einen Separatfrieden zu schließen, der Preussen nichts kosten, vielmehr den Vortheil gewähren soll, daß seine Schiffe zurückgeliefert würden. Nehmen Sie diese Nachrichten getrost in Ihr geehrtes Blatt auf, ohne zu fürchten, solche durch offenbare Lügen bloszustellen. Im Grunde war ja die [...]rische Expedition nach Eckernförde nicht wunderbarer, als diese [...]atische nach Berlin. Im Sinne des dänischen Ministeriums [wa]ren die Eckernförder Batterien bloße Erdwälle und ist Deutschland nur ein Leichnam, dem man Fußstöße zu geben kein Bedenken trägt. Man beendigte die alten Verhandlungen, indem man von Deutschland eine Allianz gegen die Herzogthümer verlangte, man beginnt sie wieder mit einer Insulte. Wenn Graf Arnim jene Allianz einzugehen bereit war, so denkt man, daß seine Nachfolger nicht minder bereit seyn werden, das Brohrfeigen für Streicheln zu halten. Daß man sich darin täuschen wird, wagen wir nicht zu behaupten, aber das ist gewiß: in der Geschichte Friedrich Wilhelms IV. und seines Ministeriums Brandenburg ist die Möglichkeit dieser Zumuthung des Reichsfeindes, die Nationalehre mit Füßen zu treten, eine schwerere Anklage, als seine innere Politik. Jene Waffenstillstands-Bedingungen sollen in Frankfurt gemacht seyn, und sie werden dort die gebührende Erwiderung finden. Wir denken, daß das dänische Ministerium durch die neueren Vorgänge etwas zur Besinnung gekommen seyn und eingesehen haben wird, daß, wenn von einer Demarkationslinie die Rede seyn soll, dieselbe viel eher mitten durch Jütland als durch Schleswig zu ziehen seyn würde. (B.-H.)

Stuttgart. [144. Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 21. Mai, Abends 5 Uhr.] Am Ministertische die Staatsräthe Römer, Duvernoy und General Rüpplin. Tagesordnung: Berathung eines Berichts des Fünfzehnerausschusses, Berichterstatter Schoder. Die Kommission stellt folgende Anträge: Die Kammer möge beschließen, die Regierung zu bitten, 1) mit denjenigen Regierungen, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, in Beziehung auf die zum Schutze der Nationalversammlung und Reichsverfassung zu ergreifenden gemeinsamen Maßregeln sich ins Benehmen zu setzen. 2) Unverweilt dafür Sorge zu tragen, daß das würtembergische Militär nicht zu einem Angriffe auf die Nationalversammlung verwendet werde. 3) Unter den vorliegenden dringenden Umständen die bereits beantragte Beeidigung der würtembergischen Truppen auf die Reichsverfassung so schleunig als möglich vorzunehmen. Schoder begründet diese Anträge auf folgende Weise: Die Stellung der würtembergischen Regierung und der würtembergischen Kammer zu der Nationalversammlung und zu der Reichsverfassung ist in diesem Saale schon so oft besprochen worden und es herrschte darüber zwischen der Kammer und der Regierung ein solches Einverständniß, daß es überflüssig wäre, hierüber etwas Weiteres zu sagen. Die würtembergische Staatsregierung hat im Einverständnisse mit der Kammer die Nationalversammlung als den einzig und allein zur Errichtung des Verfassungswerkes berufenen gesetzgebenden Körper, und die Reichsverfassung als für ganz Deutschland gültiges Gesetz anerkannt. Aus diesem Anerkenntniß folgt von selbst die Verpflichtung des würtembergischen Staates, die Nationalversammlung sowohl als die Reichsverfassung zu schützen und alle ihre Kräfte aufzubieten, um diesen Schutz wirksam werden zu lassen. Dieser Satz und nichts Anderes ist in den Anträgen unter Nr. 1 und 2 ausgesprochen, und die Frage, von deren Erörterung es sich handelt, ist deshalb blos die, ob die Verhältnisse wirklich von der Art sind, daß es nothwendig ist, dies nur ausdrücklich auszusprechen und in dieser Beziehung an die Regierung Anträge gelangen zu lassen. Daß nun aber die Verhältnisse wirklich so sind, ist gewiß klar. Die Verhältnisse sind wegen der Stellung, welche die preussische Regierung in Verbindung mit einigen andern Regierungen und welche in neuester Zeit die provisorische Centralgewalt gegenüber der Nationalversammlung eingenommen hat, im hohen Grade bedenklich. Man sagt, der Erlaß einer zu oktroyirenden Verfassung sey in den Kabineten von Olmütz, Hannover u. s. w. bereits angelangt. Welche Stellung die Nationalversammlung, wenn sie nicht aller Ehre baar seyn will, gegenüber von diesem Oktroyirungsakt einzunehmen hat, ist ebenfalls klar. Sie wird antworten auf eine Weise, die die oktroyirenden Regierungen veranlassen wird, mit Gewaltmaßregeln gegen die Nationalversammlung einzuschreiten. In dieser Hinsicht liegt also Gefahr auf dem Verzug. Noch größer ist die Gefahr wegen der Stellung, die die Centralgewalt gegen die Nationalversammlung angenommen hat. Diese hat ein Ministerium ernannt, das nur über wenige Stimmen in der Nat.-Vers. zu verfügen hat, und mit dessen Programm die Nat.-Vers. wahrlich verhöhnt wurde.

Es ist zwar in dem Gesetz über die provisorische Centralgewalt nicht ausdrücklich gesagt, daß der Reichsverweser sich bloß mit einem Ministerium umgeben dürfe, welches mit der Mehrheit der Nationalversammlung im Einklang sey; allein dieß versteht sich so sehr von selbst, daß Derjenige, der zu jener Zeit den Antrag eingebracht hätte, eine Bestimmung dieser Art in das Gesetz aufzunehmen, als ein Tollhäusler betrachtet worden wäre, indem die rechte Seite des Hauses damals und immer erklärt hat, es versteht sich von selbst, daß fortan in Deutschland so wohl an der Spitze des Ganzen als in den einzelnen Staaten kein anderes Ministerium mehr bestehen könne, als ein solches, das im Einklang mit der Mehrheit des betreffenden gesetzgebenden Körpers sey. Diesen Satz hat bei Berathung jenes Gesetzes selbst v. Radowitz, bekanntlich die Seele des jetzigen Kabinets in Preussen und der Handlungen dieses Minoritätsministeriums, aufgestellt. Als ich heute die Reden der Mitglieder der rechten Seite der Nationalversammlung bei der Berathung des fraglichen Gesetzes las, habe ich mich geschämt, daß in Deutschland solche Männer existiren können. Wenn irgend etwas geeignet ist, vollends jeden Rest von Vertrauen zu beseitigen, so ist es die Durchlesung dieses Theils der stenographischen Berichte über jene Verhandlung. Wenn man die Schlechtigkeit der betreffenden Abgeordneten erkennen, den Mangel an politischer Einsicht und Takt kennen lernen will, so rathe ich Jedem, jene Verhandlungen zu lesen und damit zu vergleichen, in welchem Zustande wir heute sind. Schon die Ernennung des Minoritätsministeriums durch den Reichsverweser ist ein Wegsetzen über das Gesetz wegen Gründung der provisorischen Centralgewalt, und ist der Anfang des Verraths, welcher von Seite derjenigen begangen zu werden droht, in deren Hände das deutsche Volk mit Vertrauen seine Geschicke gelegt hat. Es ist ein Verrath, der dem deutschen Volke zu drohen beginnt, so unnatürlich und schnöde, wie er nie von einem Kinde an seiner Mutter begangen worden ist. Der Redner geht auf das Programm des neuen Ministeriums über, und sucht aus dem Gange, den die Verhandlungen über das Gesetz über die Centralgewalt genommen haben, nachzuweisen, daß lediglich die Centralgewalt es sey, welche die Reichsverfassung zur Durchführung zu bringen habe. Was den dritten Antrag betrifft, so habe bekanntlich die Nationalversammlung die Beeidigung des Militärs auf die Reichsverfassung beschlossen, und auch diese Kammer habe darauf angetragen, bis jetzt sey noch nichts geschehen, die Zeit aber dränge, weil die Truppen an die badische Grenze beordert sind.

Staatsrath Römer: Ich erkenne vollkommen an, daß die Centralgewalt in einer falschen Stellung zur Nationalversammlung sich befindet, ebenso, daß es die Pflicht der Centralgewalt gewesen wäre, die Reichsverfassung durchzuführen. Hätte die Centralgewalt die Reichsverfassung publicirt, so würden wir uns nicht in der Lage befinden, in welcher wir jetzt sind. Was die Anträge der Kommission betrifft, so bin ich mit Punkt 1 und 2 einverstanden, sie sind von der Art, daß sie den Kräften der W. Regierung nicht widersprechen, und deßhalb wird dieselbe Sorge tragen, daß geschieht, was nur möglich ist. Was den dritten Antrag betrifft, so kann man nicht — wie Schoder gethan — sagen, es sey noch nichts geschehen, (Schoder, Ich meinte blos, die Beeidigung habe noch nicht stattgehabt) es ist vielmehr alles vorbereitet, es macht nichts aus, daß die Truppen ausmarschirt sind, man kann die Beeidigung auch in ihren Kantonirungen vornehmen. Ich glaube, daß der Antrag des Fünfzehner-Ausschusses durch diese Erklärung seine Erledigung gefunden hat. Seeger: Durch viele Reden werden wir das, was wir thun wollen, nicht verstärken, das Schweigen ist hier die beredteste Sprache, ich stelle daher den Antrag, den Vorschlägen des Fünfzehnerausschusses ohne weitere Erörterung beizustimmen. Scherr stellt zu Ziffer 2 das Amendement, nach den Worten „Angriffen auf die Nationalversammlung" einzuschalten: „oder auf Staaten und Volksstämme, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, vielmehr nöthigenfalls zum Schutze derselben" rc. verwendet werden. Staatsrath Römer: Durch den Scherrschen Antrag würde eine Diskussion darüber herbeigeführt, was gerade vermieden werden sollte, derselbe hat eine solche Tragweite, daß ich ihm im Augenblick nicht zustimmen konnte. Auch Reyscher und Schoder sind gegen denselben, weil durch die Kommissionsanträge Allem Genüge geleistet werde. Der erste Antrag der Kommission wurde hierauf mit 76 gegen 1 Stimme (Wolff) angenommen. Das Scherrsche Amendement zu 2) wird mit 59 gegen 18 Stimmen abgelehnt, und damit der Antrag der Kommission angenommen. Für Scherrs Antrag stimmten: Schweickhardt, Pfäfflin, Stockmaier, Herrlinger, Platz, Becher, Rettenmaier, Schnitzer, Süßkind, Forster, Seefried, Scherr, Hutten, Winter, Pulvermüller, Vogel, Trotter, Kopp. Der dritte Antrag wurde mit 68 gegen 9 Stimmen angenommen. Gegen denselben stimmten: Frhr. v. Linden, v. Baldinger, v. Varnbüler, die Präl. Mehring, Moser, Gerock, v. Jaumann, Ezzmann, Osterdinger.

v. Zwerger stellte an das Ministerium eine Anfrage hinsichtlich des Zwecks des Ausmarsches unserer Truppen, worauf General Rüpplin antwortet, daß diese Truppen zum Schutze der Gränze, namentlich auch gegen das Eindringen der Freischaaren bestimmt seyen, was

etwa weiter geschehe, werde nur im Einverständnisse mit der würtembergischen Regierung geschehen. Staatsrath Römer: Der Präsident des Reichsministeriums, Grävell, hat ja neulich selbst erklärt, daß die Truppen nur zum Schutze der Gränze bestimmt seyen. (Schw. M.)

Hall, den 20. Mai. Heute fand hier eine Vereidigung auf die Reichsverfassung statt. Nach dem Vormittagsgottesdienste rückte die Bürgerwehr zu Pferd und zu Fuß mit klingendem Spiel auf den Marktplatz. Sofort wurde vom Balkon des Rathhauses herab die Reichsverfassung verlesen. Nach der Verlesung schwuren sämmtliche Wehrmänner auf dieselbe den Eid der Treue und beurkundeten getroffener Uebereinkunft gemäß unterschriftlich ihre Eidesleistung. (Schw. M.)

Tübingen, 20. Mai. Heute nach der Morgenkirche wurde die Reichsverfassung von der Rathhauskanzel verkündet, wobei die zur Feier des Aktes sehr zahlreich ausgerückte Bürgerwehr nach vollendeter Verlesung den Eid auf die Verfassung leistete mit der Formel: »Ich schwöre Treue der deutschen Reichsverfassung, so wahr mir Gott helfe!« (Schw. M.)

Französische Republik.

† **Paris**, den 20. Mai. Der Moniteur sieht sich in Folge der gestrigen Sitzung gezwungen, das Ende der Changarnierschen Diktatur in folgender Weise anzuzeigen. »Durch Beschluß vom 19. Mai ist der Brigadegeneral Perrot zum interimistischen Oberbefehlshaber der Bürgerwehren des Seinedepartements ernannt worden. General Changarnier behält nur den Oberbefehl aller im Bereich der 1. Militärdivision stationirten Linientruppen.«

Der Moniteur sieht sich ferner gezwungen, folgenden Beschluß der Nationalversammlung zu veröffentlichen: »Die Nationalversammlung hat gestern den Antrag des Ministeriums, noch auf 3 Monate den Artikel 67 des Bürgerwehr-Gesetzes vom 22. Mai 1831 zu suspendiren (welcher obiges Doppelkommando als ungesetzlich erklärt) mit 223 von 503 Stimmen verworfen.«

Außerdem erklärt der Moniteur in seinem offiziellen Theile ziemlich höhnisch: „Der Entscheid des Präsidenten der Republik, wodurch der Staatsbautenminister Lacrosse zum interimistischen Verweser des Ministeriums ernannt wurde, befindet sich irrthümlich vom Justizminister Barrot gegengezeichnet. Diese Gegenzeichnung darf aber laut Art. 67 der Verfassung nicht stattfinden." Es scheint der alte Barrot hat sich mit dem Elysée total überworfen. Vorstehender Artikel ist ein arger Fußtritt für ihn.

Am 25. Mai soll die neue Kammer zusammentreten. Die Quästur schlug gestern Abend der Nationalversammlung vor, am 24. 25. 26. und 27. Mai keine Sitzungen zu halten, damit der Architekt den Saal ändern könne. Allein Flocon protestirte gegen jeden Sitzungsausfall, weil Europa in Feuer und Flammen stehe. Die bewaffnete Revolution sey bereits bis Kehl gedrungen!! In solch wichtigen Augenblicken dürfe die Nationalversammlung ihren Posten nicht verlassen. Quästor Lebreton fiel daher mit seinem Antrage auf Prorogation durch und die Nationalversammlung wird also noch die ganze Woche hindurch sitzen. Aus dem Geschrei der heutigen Morgenblätter mögen Sie die Wichtigkeit dieses Schrittes beurtheilen.

Der Moniteur veröffentlicht heute die Wahlresultate von etwa 50 Departements. Die Nationalpartei hat fast alle ihre Glieder eingebüßt. Marrast, Billault, Guinard, Ducont, Clement, Thomas, Goudchaux, Corbon, Marie, Dupont, Favre, Portalis ꝛc. sind in das Grab hinabgesunken. Auch unter den doktrinären Sozialisten hat die Sense furchtbar gewüthet. Noch fehlen uns Proudhon, Cabet, Flocon, die beiden Joly ꝛc. Lamoricière und Cavaignac verdanken ihr Leben nur den Poitiers. Duchâtel ist in der Charente Inferieure nicht gewählt worden; dagegen ist der alte Dupin doch noch im Nièvre-Departement durchgeschlüpft. Nur dem Armee-Votum verdankt er die Wiederwahl. Im Ganzen werden wir also 250 Montagnards aus der Provinz erhalten, die zu ihrem Pariser Generalstab vereinigt, unser Trommelfell wohl sprengen dürften. Bisher waren wir nur dem Toben von 80 Montagnards ausgesetzt...... Das Ende der Welt ist nahe..... In Cette (Herault) hat man sich ebenfalls, gleich Châlons, nicht mehr mit der offiziellen demokratischen Republik und der dreifarbigen Fahne begnügen wollen und darum die rothe Fahne aufgesteckt. Doch ist die Ruhe wieder hergestellt. Bis jetzt sind alle Berichte über die Würde einstimmig, mit der in der ganzen Republik die Wahlen durchgeführt wurden. Das französische Volk hat seit dem Februar, ja wir können sagen, seit dem 10. Dezbr. genug gezeigt, daß es weiß, was es will. Seine Zukunft ist ihm gesichert.

Sprech-Saal.

Nürnberg, den 24. Mai. Die jüngst in diesen Blättern enthaltene Empfehlung der Araber, die sich gegenwärtig auf unserer Bühne produziren, ist im Vergleich zu den Leistungen dieser Leute viel zu bescheiden gehalten gewesen; denn so viel man auch schon auf diesem Gebiete gesehen hat, solche groteske Sprünge, Körperkraftentfaltungen und Gewandtheiten mit der höchsten Leichtigkeit und Sicherheit vorgeführt, sind noch n i e hier über die Bühne geführt worden. Dießmal kann man dem Publikum nicht oft genug zurufen: „geht hin und überzeugt Euch selbst, und Ihr werdet auch das im höchsten Grade gespendete Lob gerecht finden!"

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n.

ad num. 5294.

Bekanntmachung

Auf Andringen eines Hypothekengläubigers werden die dem Bäckergesellen Johann M ü l l e r dahier gehörigen Realitäten, nämlich

1) das Wohnhaus Nro. 250 zu Lauf, Taxe 1000 fl.
2) Gemeinderecht, Taxe 50 fl.
3) das Streurecht in der Laufer Nessenau-Waldung, Taxe 5 fl.
4) Waldrecht im Sebaldiforst, Taxe 50 fl.
5) Pl.-Nro. 1345 0 Tagw. 86 Dez 2 Stücklein bei der Hammerdruck mit Hopfen angelegt und Ackerfeld, und mit c. 600 Hopfenstangen, Taxe 400 fl.
6) Pl.-No. 2026 a 6 Tagw. 49 Dez Wiese im Wasach und Pl.-No. 2026 b 0 Tagw. 69 Dez. Waldung allda, Taxe 75 fl.
7) Pl.-No. 2150 1 Tagw. 11 Dez. Waldung im Kessel mit jungem Stangenholz bewachsen und 15 Dez. Ackerfeld, Taxe 100 fl.
8) Pl. No. 1302 0 Tagw. 41 Dez Schlagacker am Heimendorfer Weg, das Wagneräckerle, Taxe 75 fl.
9) Pl.-No. 374 a b 0 Tagw. 06 Dez. Hopfengarten, Acker und Wiese, die Langenwiese am Bieberbach mit 300 Hopfenstangen, Taxe 170 fl.
10) Pl.-No 1127 0 Tagw 81 Dez. Wiese an der jungen Nessenau, Taxe 250 fl.

dahier im kgl. Landgerichts-Lokale

Freitag den 15. Juni curr. früh 9 Uhr

öffentlich an den Meistbietenden verkauft, und besitz- und zahlungsfähige Kaufsliebhaber mit dem Bemerken vorgeladen, daß die nähere Beschreibung dieser Kaufsobjekte, so wie deren Lasten und Abgaben dahier eingesehen werden kann, und der Zuschlag nach § 64 des Hypothekengesetzes und unter Berücksichtigung der §§ 98—101 der Prozeßnovelle vom Jahre 1837 erfolgt.

Lauf, den 8. Mai 1849.

Königliches Landgericht.

D o t h a y l.

E i n l a d u n g.

Es werden alle Unteroffiziere des Königl. Landwehr-Regiments so wie der freiwilligen Landwehr-Bataillone Nürnbergs zu einer weitern Berathung auf Freitag den 25. Mai Abends 8 Uhr in die Krone am Obstmarkt eingeladen. Wir bitten, daß Sie alle erscheinen

D e r A u s s c h u ß.

Weber, Krötsch, Dietz, Städtler, Schwemmer, Kreutzer, Jäger, Kam, Amberger, Pfann, Rummel, Scharrer, Sauer, Oppel, Müller.

(A n z e i g e.) Die bekannte „**Menagerie der Frankfurter Ostermesse 1849**" ist im Druck erschienen und à 3 kr. zu haben bei Hrn. Heubner am Markt.

Wohnungs-Veränderung.

Ich bringe zur Anzeige, daß ich heute meine Wohnung S. Nr. 1429 in der äußern Laufergasse verlassen und dagegen meine neue S. Nr. 1028 in der Judengasse bezogen habe.

Nürnberg, den 21. Mai 1849.

R a d e r i c h K ö n i g,
Drechsler und Stockfabrikant.

Oeffentlicher Dank.

Der Unterzeichnete kann bei seinem Austritt aus dem allgemeinen Krankenhause es nicht unterlassen, Herrn Prof. D i e tz für die kunstreiche und wohlgelungene Operation eines Leistenbruchs, die er an ihm vornahm, seinen innigen Dank auszusprechen. Möge Gott der Herr diesen verdienten Arzt, so wie auch Hrn. Dr. L ö s c h, der ihm in menschenfreundlicher Weise bei meiner Heilung assistirte, in dem erhebenden Bewußtseyn, einem Unglücklichen geholfen zu haben, einen Lohn finden lassen, da der Unterzeichnete ihnen nur Dankesworte sagen kann; möge Gott beiden Herren noch lange Kraft und Gesundheit zu ihrem edlen, aber schweren Berufe verleihen!

Auch den beiden Wärterinnen B e c k und S c h m i d t statte ich meinen Dank ab.

Nürnberg, den 25. Mai 1849

J o h a n n K ö b l e r.

Gasthaus-Verkauf.

In einer sehr frequenten Straße der Stadt ist ein Gasthaus zweiter Klasse mit Billard, nebst bedeutenden Geräumlichkeiten und im guten Bauzustand zu verkaufen, ein großer Theil des Kaufschillings kann hypothekarisch stehen bleiben. Nähere Auskunft ertheilt

J. C h r i st. V o g e l, Bindergasse Nr. 506.

Rohlederers-Garten.

Freitag den 25. Mai, Kegelscheiben und Metzelsuppe.

L. F u r k e l.

Im goldnen Reh am Maxplatz

ist Donnerstag den 24. Mai Metzelsuppe, wozu hiemit höflichst einladet

J. L e c h n e r.

(A n z e i g e.) Außer meiner schon bekannten Farnbacher Bierhefe ist täglich gute Preßhefe zu haben

K a t h a r i n a G e u b e r
Malergäßchen L. Nr. 1241.

(E n t f l o g e n.) In der Nähe der Burgstrasse ist am vergangenen Mittwoch ein Meisenmönch entflogen, um dessen gefällige Rückgabe gegen eine Belohnung der Exped. d. Bl. gebeten wird.

(L i t e r a t u r.) So eben erschien und ist in der C. H. Zeh'schen Buchhandlung in Nürnberg zu haben:

Sonst und Jetzt!!!
a d e r
die Uebel und die Zeichen der Zeit
und
das Ende kommt

für Alt und Jung, Groß und Klein, überhaupt Prophezeihungen für Jedermann, und Gegenstücke zur Seherin von Prevost, nebst Blick in die Zukunft der Sybilla und Lenormand 1888 aus einem alten Klostermanuskript.

Preis 9 kr.

(Z u v e r m i e t h e n.) In schöner Lage Wohnung im ersten Stock mit 5 heizbaren Zimmern, Alkoven, Küche, Speisekammer, Garderobe, allen sonstigen Bequemlichkeiten, mit oder ohne Stallung sogleich oder bis Laurenzi zu vermiethen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Z u v e r m i e t h e n.) Eine schöne freundliche Wohnung ganz in der Nähe vor dem Spittlerthor mit 5 heizbaren Zimmern, einem Kabinet, 2 Kammern, Küche mit Kochofen, Boden, Holzlage, Waschgelegenheit und eignem Ausgang ist bis Ziel Laurenzi wegen Domicil-Veränderung zu vermiethen.

(Z u v e r m i e t h e n.) In der Irrerstraße S Nr. 320 sind zwei schön möblirte Zimmer täglich zu vermiethen.

(Z u v e r m i e t h e n.) Nahe am Hallplatz ist ein Logis mit Bett und Möbeln täglich zu vermiethen.

(K a p i t a l - V e r l e i h u n g.) Achthundert bis Tausend Gulden sind sogleich zu verleihen.

(Z u v e r p a c h t e n.) Eine reale Bierwirthschaft im besten Betrieb wird sogleich verpachtet. Näheres in S. Nr. 1134 der Tucherstraße.

(G e s u c h.) Ein junges auswärtiges Mädchen, welches schon längere Zeit in der Eigenschaft als Stubenmädchen diente, und mit kleinen Kindern sehr gut umzugehen weiß, auch im Waschen, Bügeln und Nähen gut erfahren ist, sucht sogleich oder bis Mitte Juni in gleicher Eigenschaft unterzukommen. Nähere Auskunft ertheilt die Exped. d. Bl.

Stadttheater in Nürnberg.

Freitag den 25. Mai. »Martha.« Große Oper in 5 Akten von Flotow. Frls. Krauß »Martha.« Herr Bielczizky »Lionel« als Gäste.

Deutsche Staaten.

†° **München**, 24. Mai. [19. Sitzung der bayer. Volkskammer.] Um 10 Uhr waren die Gallerien gefüllt; der Sitzungssaal noch leer. Später erscheinen einige Mitglieder der Rechten, bilden einzelne Gruppen; Lerchenfeld geht mit wichtigen Staatsmienen von Gruppe zu Gruppe und scheint eine außerordentliche Mittheilung zu machen. Die Linke tritt größtentheils eine halbe Stunde erst nachher ein. Am Ministertisch anwesend: sämmtliche Minister und 6 königl. Kommissäre. Die Sitzung wird nach halb 11 Uhr eröffnet. Nach Verlesung des Protokolls besteigt der Minister Kleinschrodt die Rednerbühne, und hat in Bezug auf die von der provisorischen Regierung der Pfalz dahier eingelaufene Anzeige von der Einsetzung derselben der Kammer eine Erklärung gemacht, worin er dieses Verfahren als ein staatsverrätherisches bezeichnet. (Bravo auf der rechten Seite.) Hierauf verliest der Präsident ein Schreiben des Gesammtministeriums, worin dieses di Theilnahme der pfälzischen Abgeordneten an den Kammersitzungen als ein ungesetzliches betrachten zu müssen glaubt, und den Antrag stellt, daß hierüber ein kompetenter Kammerbeschluß gefaßt werden wolle. Hierauf verliest der Präsident die gestern bekannt gegebene Erklärung des Gesammtministeriums in Bezug der Vorgänge in der Pfalz; hierauf den §. 18 der Geschäftsordnung, welche den Ausschluß einzelner Individuums aus der Kammer enthalt. Dagegen erhob sich der Abg. Kold (Speier) und erklärte, daß es hier nicht um ein einzelnes Individuum, sondern um die Ausschließung der Abgeordneten eines ganzen Kreises handelt.

Morgenstern. Die Abgeordneten haben nicht nur ihren Kreis, sondern das ganze Land zu vertreten. Wenn daher die Abgeordneten der Pfalz ausgeschlossen werden könnten, dann müßte dieses auch ihn treffen.

Röck sprach ebenfalls gegen den Antrag.

Rubener drückt sein höchstes Erstaunen über diesen Antrag aus, sieht hierin eine Gesetz-Verletzung und Attentat auf die Integrität des Staates. (Bravo.) Er führt die §§. der Verfassungsurkunde an, wonach Abgeordnete aus der Kammer ausgeschlossen werden können, und da keiner dieser §§. verletzt ist, so ist das Attentat auf die Integrität des Staates begründet.

Binder greift das Ministerium scharf an.

Meyer von Thierhaupten findet den Antrag des Ministeriums nicht begründet.

Präsident glaubt, Dieses brauche nicht erwähnt zu werden.

Schad: Ich finde begreiflich, warum das Ministerium die Majorität in eine Minorität verwandeln wolle. Es kommt daher, weil dieses Ministerium von der Majorität des Hauses bereits ein Mißtrauensvotum bekam.

Schmitt von Nürnberg bezweifelt, ob ein Ministerium mehr einen solchen Antrag bringen könne, da es mit der Mehrheit des Hauses zerfallen sey. Erst wenn das Ministerium ausgesprochen, daß es die Pfalz nicht mehr als bayerische Provinz betrachtet, könne ein solcher Antrag zugelassen werden, so lange die Pfalz von der Regierung als bayerische Provinz betrachtet wird, kann Dieses nimmermehr geschehen.

Präsident gibt einige Erläuterungen, daß er ganz unparteiisch hierüber die Kammer zu bestimmen überlassen muß.

Reinhardt sagt dem Ministerium tüchtige Wahrheiten ins Gesicht. Er will Abstimmung ob dieser Antrag zur Debatte zugelassen werden kann.

Rubener beantragt die Tagesordnung.

Wächter verliest einen §. der Verfassungsurkunde, aus dem hervorgeht, daß der Antrag ungeeignet und unbegründet erscheint. Am Schlusse Antrag auf die Tagesordnung.

Wächter von Aschaffenburg spricht in demselben Sinne, beweist, daß das Staatsministerium verfassungswidrig gehandelt habe, und daher zur Tagesordnung überzugeben sey.

Minister Ringelmann glaubt, man kann nur mit juristischer Spitzfindigkeit in den betreffenden §. finden, daß der Antrag ein ungesetzlicher sey, und glaubt, dieser Antrag sey eine staatsrechtliche Nothwendigkeit. (Allgemeines Gelächter.)

Präsident wird roth und ruft mit zorniger Stimme: Ruhe! Durch die Bildung einer provisorischen Regierung bestehen sobin zwei Regierungen. Diese stimmen nicht nebeneinander, sondern nur eine über der andern stehen. Die Pfalz stehe außerhalb des Bodens des Gesetzes, weil sie eigenmächtig eine andere Verfassung anerkannt habe; weil sie aber außerhalb dem Boden des Gesetzes stehe, eben deßwegen müsse gerade das Recht der Unwahrheit der Vertreter der Pfalz in Zweifel gezogen werden.

Rubener widerlegt diese Ansichten Punkt für Punkt, und nennt den Antrag des Ministers keine staatsrechtliche Nothwendigkeit, sondern einen Staatsstreich.

Ringelmann (ganz blaß) sucht Gegenbeweise hervorzubringen, die Rubener neuerdings widerlegt. Lerchenfeld: (Im süßen Tone anfangend aber immer mehr ausartend) Spricht von Mord, Raub und Todtschlag in der Pfalz. Erst müssen Ströme von Blut fließen, bis Bayern seine Rechte aufgeben wird. Die pfälzische sog. provis. Regierung sey nichts als ein Rebellenhause; sie müsse zermalmt werden. Eine solche Provinz hat nicht das Recht in der Kammer vertreten zu werden.

Obercamp: (Spricht als hätte er die Gemeinheit von Grund aus studirt.) Ich staune wie sich diese Rebellen (auf die pfälzischen Abgeordneten deutend) uns unter das Gesicht zu kommen getrauten. (Heftiger Sturm auf der Linken; Obercamp wird vom Präs. zur Ordnung gerufen, was aber dem Letzteren ersichtlich schwer ankommt.)

Dr. Müller: Die nordamerikanischen Abgeordneten waren noch lange nach der Lostrennung im Parlamente. Bewies mit Ruhe und Geschicklichkeit die Ungesetzlichkeit des Antrages und will den Uebergang zur Tagesordnung.

Kleinschrod will die Richtigkeit des Antrages beweisen und glaubt das Ministerium muß vollkommen das Recht haben einen derartigen Antrag einzubringen.

Dr. Müller widerlegt.

Kleinschrod: Die Pfalz hat als Rebellen-Provinz nicht mehr das Recht vertreten zu werden.

Lerchenfeld unterstützt den Vorredner, wird aber zweimal ausgelacht und selbst vom Präs. corigirt.

Dr. Muller sprach noch einige Worte in Bezug der Richtigkeit seiner Worte in Bezug auf die frühern Vorgänge zwischen England und Amerika, die Lerchenfeld als unrichtig hinzustellen gesucht hat.

Stöcker sprach in seiner bekannten Weise herrliche Kernworte an die Rechte, welche derselben nicht wohl zu bekommen scheinen, da einige ihre Gesichter sonderbar verzogen. Beantragt die Tagesordnung. Dr. Grießmayer sprach in Lerchenfeld'scher Manier und beantragt eine Kommission zur Untersuchung des Antrages. Schad glaubt die Verpflichtung zu haben, das pfälzische Volk ebenso vertreten zu müssen, wie das seiner Provinz und bezeichnet es als eine Ungerechtigkeit, die pfälz. Abg. ausschließen zu wollen. Diese Abg. beweisen eben durch ihr Hierbleiben, daß sie nicht von Bayern losgetrennt seyn wollen. Auch in Franken können dieselben Fälle eintreten, wie in der Pfalz; wird man denn die fränkischen Abg. auch ausschließen? Tragt auf die Tagesordnung an, da dieser Antrag in der Verfassungsurkunde nicht begründet ist.

Obercamp entschuldigt sich wegen seiner vorherigen Aufregung und spricht gerade, als hätte er einen Knödel im Munde.

Hirschberger: Es ist eine Lebensfrage, daß Niemand hier sitze, der nicht dazu berechtigt ist gegen die Tagesordnung.

Steinsdorf und Dr. Müller sprach für und gegen den Antrag.

Scheuerl beantragt einen Ausschuß.

Föckerer betrachtet die Annahme der Reichsverfassung als das Mittel, die ganze jetzige Aufregung auf eine unblutige Weise zu beschwichtigen.

Meyer von Thierhaupten und Schlund sprachen mit kräftigen Worten gegen den Antrag und beantragen die Tagesordnung.

Reichert. Seit Jahren geben sich in Bayern fremde Einflüsse kund, auch dieser Antrag ist fremden Einflüssen zuzuschreiben. Bei der vorgestrigen Revue war ein preussischer General zu sehen, der die oktroyirte Verfassung in der Tasche hatte. (Freudige Zustimmung.) Beantragt ohne Weiteres Tagesordnung.

Ringelmann bittet um eine billigere Beurtheilung der ministeriellen Maßregeln und bittet jene rechtlichen Männer, wie am Ministertisch sitzen, nicht immer Unlauterkeit unterzuschieben. Lasse man uns doch erst unsere Vorlagen gemacht haben. Eine Seele im Ministerium gibt es nicht; als v. d. Pfordten in das Ministerium trat, war unser Programm bereits gemacht und Pfordten konnte deshalb keinen Einfluß darauf üben. Spricht lange und wird öfters ausgelacht. Wir werden uns vom konstitutionellen Wege nicht entfernen und möge man immerhin auf Gefahr aufmerksam machen, (Anspielung auf Stöcker) die aber nicht besteht, sondern die man nur mit Mühe heraufzubeschwören sucht.

Stöcker Ich habe aus praktischer Erfahrung gesprochen; Gefahr ist wirklich vorhanden. Hoff und Forndran sind für einen Ausschuß zur Berathung des Antrages. Morgenstern. Einen Ausschuß lasse er sich wohl gefallen, weil die ausserordentlichen Vorgänge in der Pfalz eine Maßregel nothwendig machen, allein die Bildung eines Ausschusses darf nicht an den Antrag des Ministeriums geknüpft werden, denn dieses verlange, daß man die pfälzischen Deputirten förmlich zum Hause hinauswerfe. Was die Ehrenhaftigkeit der am Ministertische betreffe, so habe er nichts dagegen, allein sie treten die Wünsche der Mehrheit des Volkes mit Füßen und dürfen daher nicht mehr länger Minister bleiben. Dieser Vortrag sey ein Terrorismus.

Schmitt aus Nürnberg. Ich beurtheile ein Ministerium nach seiner Handlung, nicht nach seinem Tische. Da er kürzlich von einer Seele des Minist. gesprochen, so erwidere er, daß er hierin den Minister v. d. Pfordten gemeint habe. Denn dieser hat gesagt: Lieber den Bürgerkrieg als die Reichsverfassung. Uebrigens sprechen sich 5 Provinzen gegen 3 für die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung aus. Man spreche sich für die Anerkennung der Reichsverfassung aus und gebe uns 8 Tage Urlaub um in unsere Heimath gehen zu können, und ich wette mit meinem Kopfe, wir allein stellen die Ruhe in den Provinzen her.

Erkennt jedoch die Regierung die Reichsverfassung nicht an, so ist es Pflicht der Majorität der Kammer, die Bewegung in den Provinzen sogar zu unterstützen. (Murren rechts). Verlangt Uebergang an die Tagesordnung. Kolb von Straubing. Das Ministerium will durch diesen Antrag die Majorität einer Seite des Hauses auf die andere hinüber manövriren. Ich frage, wenn sich eine Provinz gegen ein Programm des Ministeriums ausspricht, ob man ihr deshalb das Recht der Repräsentivvertretung berauben darf? Das Ministerium ist zum Ausschlusse der pfälzischen Vertreter nicht berechtigt. Beantragt Tagesordnung. Schmitt aus Nürnberg. Ich wage in Anbetracht der vom Abg. Obercamp vorhin ausgesprochenen Entrüstung über die Anwesenheit der pfälz. Deputirten im Namen der fränkischen und schwäbischen Deputation, meinen Dank über ihr bisheriges Verbleiben auszusprechen.

Lerchenfeld: Wenn sich eine Provinz durch Rebellion der Staatsgewalt gegenüber auflehnt, die kann nicht mehr die Vertretung beansprüchen. (Sieht lauter Raub und Mord in der Pfalz.) Nachgeben kann man nicht, solche offene Rebellion muß mit Gewalt erdrückt werden. Man sehe nach Baden, dort habe man so lange nachgegeben, bis die Regierung fortgejagt wurde. Der Redner spricht dem Bürgerkrieg das Wort. (Bravo in der Hofloge und auf der Rechten!) –

Weibel: Vor 15 Monaten war auch die Hauptstadt in offenbarer Rebellion, was hätte gegen neun Zehntheile der Bewohner nach dem Gesetze geschehen müssen? (Beifall.) Beer von Augsburg für Tagesordnung.

Crämer: Man kann in Bezug auf die Pfalz das Wort Rebellion gar nicht giftig genug aussprechen.

Lerchenfeld: Man hat gesehen, daß diejenigen, die sich jetzt so sehr gegen die Pfalz aussprechen, im vorigen Jahre der Revolution

ins Gesicht gelächelt haben, um sich auf höhere Posten zu schwingen. (Alle Blicke sind auf Lerchenfeld gerichtet). Der Redner verlangt Tagesordnung.

Ringelmann: Hat der Hr. Vorredner jene Bemerkung auf das jetzige abgesehen, so müsse er sich vor der ganzen Nation dagegen verwahren.

Crämer. Ich brauche nicht zu erklären, wer gemeint war; die Betreffenden wissen es schon.

Stautner und Maier (Pfarrer) sind für den Antrag und letzterer erklärt, es sey besser, man behalte die 3 ruhigen Provinzen statt die 5 unruhigen. (Gelächter.)

Schüler (allgemeine Stille und Spannung): Es fragt sich vor Allem, ist der eingebrachte Antrag zulässig? Sollte er zulässig seyn, so kann er es nur werden durch eine gesetzliche Verfügung. Ist die Verfügung vorhergegangen? Mit schlagender Logik bewies er dies ungeeignete Verfahren des M. in Bezug der Einbringung dieses Antrages, legte klar die Inkompetenz der Kammer über diese Frage dar und beantragte die Tagesordnung.

Präsident. Das Ministerium will durch ihr Schreiben nichts, als ausdrücken, ob die Kammer die Legitimation der pfälz. Abgg. nunmehr nicht beanstande. Ob diese Frage zulässig sey, glaubte ich der Kammer vorlegen zu müssen; sonst war nichts beabsichtiget. (Offenbar suchte sich der Präsident aus der Schlinge zu ziehen.)

Schüler. Auch diese Frage ist unzulässig, was er sofort schlagend bewies.

Ringelmann. Durch die Revolution sey ein Fall eingetreten, der in keinem Gesetz vorher gesehen werden konnte. Deshalb müsse der Antrag zulässig seyn.

Lerchenfeld (der fast immer sprechen will): Es handle sich hier um eine Ausnahmsmaßregel, dies dürfe genügen, daß die Kompetenz der Kammer nicht länger beanstandet werden kann.

Schüler. Durch Vorlesung der betreffenden §§ bewies er hierauf vollkommen die Unzulässigkeit des Antrages; Dr. Müller sprach sich auch noch einmal dagegen aus.

Scheurl und Lerchenfeld ergreifen nochmal das Wort dagegen, wobei letzterer so langweilig wurde, daß vielfache „Schlußrufe" hörbar wurden.

Steinsdorf verlangt am Schlusse noch einen Ausschuß. Der Schluß der Debatte wird allgemein verlangt. Es wurde hierauf der Antrag des Dr. Rubner verlesen, der lautete: Beschließt die hohe Kammer, über den Antrag des Ministeriums zur Tagesordnung überzugehen. Es erhob sich eine heftige Debatte, da der Präsident glaubt, die Pfälzer könnten als betheiligt nicht mitstimmen, dem sich Reinhardt und Schad widersetzten. Letzterer erklärt mit mehreren fränk. Abgg., auszutreten, wenn man einen solchen Terrorismus üben wolle.

Rubner. Ich halte es für die größte Ungerechtigkeit, den Abgeordneten der Pfalz die Abstimmung zu entziehen.

Schmitt, Landrichter von Türkheim, war für die Ausschließung, und wurde herzlich ausgelacht.

Wächter will einen Beschluß haben, wonach den pfälzischen Abgeordneten das Recht der Abstimmung schon entzogen worden ist, so lange dieses nicht, müssen sie stimmfähig seyn. Larosée. Rebellen dürfen wir nicht lange mehr im Saale hier dulden. Heftiger Sturm. Geschrei zur Ordnung! zur Ordnung! Der Präsident glaubt unter dieser Aufregung die Sitzung bis Nachmittags 5 Uhr vertagen zu müssen, was auch sogleich geschah. Die Debatte hat bis 2½ Uhr gedauert.

In der Kammer der Reichsräthe stellt der Reichsrath Arnold folgenden Antrag: „Es möge der hohen Kammer gefallen, der königl. Staatsregierung zu eröffnen, die Kammer der Reichsräthe stimme den von dem k. Gesammtministerium unterm 17. l. Mts. über die Grundsätze der Staatsverwaltung, und unterm 18. l. M. über die Reichsverfassung kund gegebenen Aeußerungen im Allgemeinen bei, vertraue, daß die königl. Staatsregierung auf schleunige Vereinbarung der Reichsverfassung ohne Zaudern hinwirke, und dabei, festhaltend an dem Prinzip der Einigung und Kräftigung Deutschlands, die Integrität und Rechte des bayerischen Staats, so wie die Rechte der bayerischen Staatsgenossen möglichst wahre, erwarte übrigens die baldige Vorlage der angekündigten Gesetzentwürfe zur verfassungsmäßigen Berathung.

München, 22. Mai. Das Regierungsblatt Nr. 28 enthält folgende Bekanntmachung. Die politische Bewegung in der Pfalz ist nunmehr in eine über den ganzen Kreis ausgedehnte Empörung übergegangen. Der in Kaiserslautern gebildete Landesvertheidigungs-Ausschuß, schon in seiner Entstehung gesetzwidrig, hat von den Beamten Eid und Gehorsam gefordert, eine bewaffnete Macht gebildet und Wahlen zu einer Vertretung der Pfalz ausgeschrieben. Die Wahlen sind vollzogen worden, die am 17. d. M. versammelten Abgeordneten der Cantone haben eine provisorische Regierung eingesetzt und hiedurch das letzte Band der gesetzlichen Ordnung vernichtet. Die rechtlich gesinnten Einwohner der Pfalz empfinden bereits die verderblichen Folgen dieses Zustandes. Ueberfluthet von sogenannten Freischaaren, welche von allen Seiten herbeiströmen, um die Aufhebung des Landesfriedens für ihre Zwecke auszubeuten, entbehrt die Pfalz den Rechtsschutz für Personen und Eigenthum und ihre Lage wird von Tag zu Tag unglücklicher, weil sich bereits jene Klasse fremder Abenteurer eingefunden hat, welche bei jeder politischen Bewegung in irgend einem europäischen Staate die Fahne des Aufruhrs voranzutragen gewohnt ist. Angesichts dieser Thatsachen erklärt die Staatsregierung: 1) Die Rheinpfalz wird als eine im Zustande des Aufruhrs befindliche Provinz betrachtet; 2) die Errichtung der provisorischen Regierung ist ein Akt des Hochverraths; 3) alle Verfügungen der sogenannten provisorischen Regierung, so wie alle Beschlüsse der Cantonalvertretung sind nichtig; alle Steuerentrichtungen an die provisorische Regierung und deren Organe sind ungültig. 4) Die Gemeinden der Pfalz werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie nach dem Gesetze für allen durch den Aufruhr verursachten Schaden ersatzpflichtig sind. Indem die Staatsregierung dieses zur öffentlichen Kenntniß bringt, vertraut sie zu den Einwohnern der Landestheile diesseits des Rheins, daß sie im Hinblicke auf die Lage der Pfalz jenen verbrecherischen Einflüsterungen, welche unter dem vorgespiegelten Scheine einer Begeisterung für die Reichsverfassung ähnliches Verderben auch über die anderen Provinzen des Königreichs bringen möchten, kein Gehör geben, sondern an dem Gesetze unerschütterlich festhalten werden. In der Pfalz hat das Verbrechen für den Augenblick gesiegt; allein das Gesetz wird über das Verbrechen siegen und die rechtliche Ordnung wieder hergestellt werden. Königl. Gesammt-Staats-Ministerium. v. Lesuire, v. Kleinschrod, Dr. Aschenbrenner, v. Forster, Dr. Ringelmann, von der Pfordten. Der General-Sekretär: Ministerialrath v. Benning.

Neustadt a. d. H., 21. Mai. Gestern Morgen sollte von Seiten der Volkswehr eine Recognoscirung der Festung Landau vorgenommen werden. Der Oberst Blenker leitetete das Unternehmen und trat an die Spitze einiger Züge regelmäßigen Militärs gegen 5 Uhr in das äußere Pallisadenthor ein. Von einem Angriffe konnte nicht die Rede seyn, da Blenker kaum 40 Mann bei sich hatte. Die Soldaten außer der Festung wollten nur die Soldaten in der Festung begrüßen. Unerklärterweise antwortete man von Innen mit einem Musketenkreuzfeuer, dem ein Kartätschenfeuer und die Kugeln schweren Geschützes folgten. Ruhig zogen sich die Volkstruppen zurück, hatten aber leider vier Verwundete zu beklagen. Nun aber kommt die Hauptsache: sicheren Nachrichten zufolge haben nicht die Soldaten, sondern die Offiziere das Feuer unterhalten. Die Recognoscirung hat also ihren Zweck vollständig erreicht; man weiß nun, daß außer ein paar altbayerischen Offizieren in der Festung Landau kein Volksfeind sich aufhält.

Der provisorische Oberkommandant Fenner von Fenneberg ist, wahrscheinlich weil er sich vom Vertrauen des pfälzischen Volkes entblößt fühlte, um Enthebung von seinem Amte eingekommen. Sein Gesuch ist bewilligt worden. Bis zum Eintreffen des zu Fenners Nachfolger definitiv bestimmten polnischen Generals ist die militärische Oberleitung einer aus 7 Offizieren bestehenden Kommission übertragen worden.

Gestern Nachmittag wurde hier ein in Ludwigshafen verhafteter bayerischer Spion, Graf John eingebracht. Das Volk stürzte vors Rathhaus und forderte stürmisch das Blut des Verräthers. Ein Mitglied der prov. Regierung, N. Schmidt aus Kaiserslautern, beruhigte es im Vereine mit andern besonnenen Männern durch das Versprechen, daß der Gefangene ungesäumt vor ein Kriegsgericht gestellt werden und falls seine Schuld erwiesen sey, der gerechten Strafe nicht entgehen solle. Das Kriegsgericht wird dem Vernehmen nach noch heute niedergesetzt.

So eben langte hier ein nassauischer Oberstlieutenant v. Reichenau, der sich für einen Reichskommissär ausgab, hier an. Die provisorische Regierung forderte Legitimation, worauf Reichenau eine vom Reichsverweser ausgestellte Vollmacht vorzeigte. Natürlich erklärte die Regierung, da der Reichsverweser abgesetzt und das Ministerium gefallen ist, jenes Dokument für null und nichtig und ließ den angeblichen Reichskommissär nicht seiner Absicht gemäß nach Landau gehen, sondern nach Ludwigshafen zurückbringen und zwar seiner eigenen Sicherheit wegen unter bewaffneter Eskorte.

Unter'm 19. Mai hat die provisorische Regierung ein Organisationsdekret für die Pfälzer Volkswehr erlassen. Danach theilt sich das Volksheer in drei Aufgebote und zwar: 1) das bewegliche Aufgebot, wozu jeder ledige waffenfähige Pfälzer bis zum 30. Jahre gehört, 2) das stabile Aufgebot, welches aus allen Waffenfähigen ledigen Standes zwischen 30—40 Jahren und aus allen Verheiratheten bis zum 40. Jahre besteht, dieses Aufgebot dient ausschließlich zur Vertheidigung des heimathlichen Bodens und wird nur bei dringender Gefahr außerhalb seiner Kantone verwendet. 3) Die Reserve, welche nur zur Vertheidigung des eigenen Herdes verwendet wird und aus allen Waffenfähigen vom 40. bis 60. Jahre besteht.

Von weiteren Bestimmungen ist nur noch hervorzuheben, daß die Mannschaften alle Offiziere bis zum Bataillonsführer selbst ernennen und daß ihnen bei den von der Regierung einzusetzenden höheren Offizieren ein Veto zustehet; endlich, daß die Gemeinden verpflichtet sind, jeden Mittellosen mit 2 Hemden, 2 Paar Schuhen, 1 Blouse, 1 tuchenen und 1 leinenen Hose, 1 Kopfbedeckung und 1 Patrontasche zu versehen. (N. Speyr. Z.)

Oesterreichische Staaten.

Wien, den 20. Mai. Soeben erfahre ich, daß Preßburg nach fünftägigem Kampfe in die Hände der Ungarn gefallen ist. Der österreichische Kommandant soll sich erschossen haben. (B. Ldbt.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 26 Mai 1849 **№ 146.** **Samstag: Beda.**

Einem verehrlichen Gesammtpublikum zeigen wir hiemit an, daß in Zukunft alle bayerischen Postanstalten angewiesen sind, **monatliche Abonnements** auf die Mittelfränkische Zeitung anzunehmen, wodurch dem Publikum der besondere Vortheil erwächst, durch geringere Ratenzahlungen in den Besitz der Zeitg. zu kommen. Für den Monat wird mit 35 kr. rh. abonnirt, für welchen Preis die Zeitung gerade so geliefert werden muß, wie bei viertel- und halbjährigen Abonnements.

Expedition der Mittelfränkischen Zeitung.

Das Generalkommando der Volkswehr an die Mannschaft.

Wehrmänner!

Unser Landesausschuß hat mir durch Dekret vom 19. Mai den Oberbefehl über sämmtliche Volkswehr übertragen. Ich werde dieses Zutrauen rechtfertigen durch die That. Ein Schatz edler Menschenkräfte ist mir anvertraut; ich fühle die heilige Pflicht, begreife die Verantwortlichkeit, welche die Freiheit und das Vaterland mir auflegte: ich werde haushalten mit Eurer Kraft, werthschätzen Euer Leben, aber auch kein Opfer scheuen zur Erreichung des hohen Zieles. Mein Vertrauen zu Euch, Euer Vertrauen zu mir ist die unerläßliche Bedingung unseres Gelingens und Vollbringens. Ich weiß, daß es nicht fehlt und daß es wachsen wird mit unserer Bekanntschaft. Was ich aber vor Allem fordere, das ist: Gehorsam; ohne völlige Unterordnung kein Kriegsheer, keine Kraft, kein Sieg! Aber die Strenge, die ich üben will und muß, soll Hand in Hand gehen mit Gerechtigkeit, soll erheischt seyn durch unsern Zweck, der da gilt der Wohlfahrt Aller. Es wäre gewissenlos, es anders zu wollen. Unsere Aufgabe ist klar: wir wollen schützen und erringen. Die Jüngern werden muthig hinausziehen in die Schlacht, die Aeltern werden schirmen unsern Herd. Wie wir Alle nur ganz Deutschland kennen, so soll auch unser Siegespreis nur die ganze Freiheit seyn. Wir alle kennen das große Fragezeichen, das mahnend auf Europa's Erde liegt, das mit dem Losungsworte: „Entweder, oder" alle Völker zum heiligen Kampfe ruft. Ob frei oder kosackisch? das ist die große große Frage. Es wäre ein Verrath, sich nicht zu empören, nicht Rache zu schwören gegen den Verrath der Kosacken auf den Thronen, im eigenen Hause, im eigenen Lande. Dank unsern hochherzigen Brüdern in der Linie, die wie Ein Mann sich erhoben für die Bewegung, die es uns möglich gemacht, zu organisiren, zu rüsten, damit wir waffenbrüderlich zu ihrer Seite und in ihren vordersten Linien kämpfen können.

Sie haben uns nicht verlassen, wir werden sie nicht verlassen. Wohlan denn, wackere Männer der Volkswehr, laßt uns unter allen Umständen fest zusammenhalten, unterstützt euch kräftig in jeder Art, von Ort zu Ort, von Bezirk zu Bezirk, haltet euch immer nur an das Nothwendige, das Praktische, und unterlasset Alles, was dem Zwecke nicht förderlich ist; vornehmlich haben wir nicht als Wehrmänner zu demonstriren, sondern zu exequiren, wir müssen ganz der That angehören, und ohne ihre Vollendung an Dekreten und Proklamationen wenig Geschmack finden. Blicken wir auf die Freiheitsarmee des Ostens, auf die Ungarn; je weniger dieselben von Freiheit reden, desto mehr kämpfen sie dafür, darum That und That, und immer wieder That sey auch unsere Sache. Von nun an werde ich, Ihr Wehrmänner, durch Armee- und Tagsbefehle mit Euch reden. Die Organisation der Volkswehr ist meine erste Aufgabe, dieselbe rasch zu vollenden, dringende Nothwendigkeit, aber auch ein großes Stück Arbeit, darum ich auf die thätigste Mitwirkung Aller, der Führer, wie der Wehrmänner, der Behörden wie des Volkes, zählen muß. Nach dem, was wir vollbringen, nach dem Werke unserer Aller, wird man uns richten, uns segnen oder fluchen.

Karlsruhe, den 21. Mai 1849.

Der Oberbefehlshaber der Volkswehr:
Joh. Ph. Becker.

Der Stand der Dinge in Frankfurt.

Der 18 Mai ist wiedergekehrt, der Tag, an welchem vor einem Jahre die Eröffnung der National-Versammlung stattfand, und alle Hoffnungen in Maiblüthe standen. — Sind die Hoffnungen erfüllt worden, welche damals beim Eintritte in die Paulskirche unsere Brust stolz und freudig erhoben? Die Verfassung ist vollendet und die Parteien der Paulskirche haben sich über derselben die Hand gereicht — aber draußen stehen die Reaktion und die Revolution, der Absolutismus und die Republik zum Kampf auf Leben und Tod gerüstet einander gegenüber, ja diese wilden Gewalten sind bereits in blutigen Kämpfen handgemein geworden und die Fahne der Verfassung sinkt beinahe im wilden Getümmel. Wenn nicht Alles täuscht, ist die Nationalversammlung heute am 18. nicht weit von ihrem Ende entfernt. Der Ministerpräsident, Herr Grävell, hat mit aller Ruhe auf der Tribüne, auf welcher er so oft gestanden und sich so selten Gehör verschafft hat, die Erklärung abgegeben, daß das Reichsministerium, ungeachtet des formidabeln Welcker'schen Mißtrauensvotums, auf seinem Posten beharren, und der Reichsverweser seine Macht allein in die Hände der Regierungen zurückgeben werde, von welcher er sie empfangen. Damit ist der offene Bruch der Nationalversammlung mit dem Reichsverweser ausgesprochen und die debattirten verschiedenen Anträge, welche auf die Erschaffung einer neuen Exekutivgewalt durch die Nationalversammlung hingehen, zeigen, welchen Weg die Linke fortan zu gehen gedenkt. Es ist dadurch der Weg beschritten, welcher nach den Worten von Vogt vielleicht schon bei der Beschlußnahme damit enden wird, „den Reichsverweser dahin zu schicken, woher er gekommen ist." Indeß wenn dies geschieht, so wird sich die Nat.-Vers. entweder durch zahlreichen Austritt der Gemäßigten selbst auflösen oder — sie findet die Paulskirche verschlossen und geht auseinander wie die erste preussische Versammlung, denn das Ministerium Grävell scheint von Berlin her inspizirt zu seyn und ganz dem Beispiel des Grafen Brandenburg folgen zu wollen. Die Linke will in diesem Fall als Rumpfparlament nach Stuttgart wandern. Diejenigen Mitglieder der konservativen Partei, welche noch einen längeren Zusammenhalt für nöthig erachten, schlagen Kassel als den geeigneten Ort für fernere Berathungen vor. — Inzwischen verstärkt man die militärischen Kräfte in und um Frankfurt, und, wie nicht zu leugnen ist, mit Recht, da die in Baden angehäuften Banden schon ihre Vorläufer hierher senden, denen sie nächstens einmal zu folgen gedenken. Die Furcht vor Rückkehr des Belagerungszustandes zügelt jetzt noch die innere Bewegung der hiesigen Bevölkerung, so daß scheinbar Ruhe herrscht, allein wer die Mienen beobachtet, liest darin, daß der Zorn nur schweigt, um sich bald darauf auszutoben.

Deutsche Staaten.

†* **München**, den 23. Mai. (Kammer der Abg. Schluß der 19. auf den 23. Mai angesetzten Sitzung.) Um 5 Uhr waren die Gallerien gedrängt voll. Der Abg. Scheurl tritt in den Saal, worauf allgemeines Zischen und Hohngelächter auf den Gallerien erfolgte. Scheurl entfernte sich beschämt wieder. Nach und nach treten die Mitglieder ein. Die Sitzung wird durch den Präsidenten Graf Hegnenberg um 5½ Uhr wieder eröffnet. Am Ministertische saß der Minister Ringelmann und hinter ihm 6 kgl. Kommissäre. Der Präsident rekapitulirt die vorherige Debatte; erwähnt des Antrages des Gesammtministeriums, dem der Antrag des Dr. Rubner entgegensteht, und spricht dem Ministerium, sowie seiner Partei das Wort. (Wird wohl Niemand wundern!) Er bestreitet das Recht der pfälzischen Abg. an der Abstimmung Theil zu nehmen, da in der Nationalversammlung zu Frankfurt die posischen Abg. ebenfalls an einer Abstimmung sich nicht betheiligen durften. Hierauf erklärt der Präsident, er werde zwar nach seiner Ansicht die Theilnahme an der Abstimmung den pfälzischen Deputirten nicht nehmen, aber nach erfolgter Abstimmung sogleich ihre Namen nach Pflicht und Gewissen aus den Listen streichen. (Furchtbare Entrüstung!)

Die Linke erhebt sich wie ein Mann! Wie aus einem Munde erscholl: „Wir entfernen uns Alle!" Sämmtliche Mitglieder der Linken verließen den Saal! Donnerndes, lang anhaltendes „Hoch" von Seite der Gallerien. Der Präsident wird blaß, schreit, stampft und geberdet sich ganz sonderlich. Als er später wiederholt zur Räumung der Gallerien aufforderte, wurden ihm Hohnworte entgegen geworfen. Der Präsident wird immer blasser. Nach und nach entfernen sich die Gallerien und die Thüren wurden geschlossen. Mittlerweile sind auch die Minister v. d. Pfordten und Kleinschrodt eingetreten. Wie Journalisten haben die Gnade erhalten, nicht hinausgeworfen zu werden, wenn gleich der Herr Präsident einigemal verwegene Blicke nach unserer Loge richtet. ½ Stunde später. Die Rechte und die erwähnten Minister sind immer noch im Saale im leisen Gespräche begriffen. Das energische Auftreten der Linken hat ersichtliche Ueberraschung hervorgebracht. Der Präsident eröffnet die Sitzung. Die Bänke der Linken sind leer. Er nennt das Vorgefallene etwas Trauriges. Verliest einen Protest gegen das Verfahren der pfälz Abgg., wobei bemerkt war, daß sich die Unterzeichneten so lange der Abstimmung enthalten werden, bis auch die Deputirten der Pfalz wieder an den Verhandlungen Theil nehmen können. Die Handlung des Präsidenten war — und das mit vollem Rechte — als gesetz- und verfassungswidrig, stark getadelt. Der Protest war von sämmtlichen Mitgliedern der Linken und des linken Centrums unterzeichnet.

Der Präsident schloß hierauf mit ziemlich kleinlauter Stimme die Sitzung. Er wollte sich neuerdings über die Kammer erhaben zeigen, abstimmen lassen und den Beschluß dann durch eigene Machtvollkommenheit (!) nach Pflicht (!) und Gewissen (!) annulliren. Eine Anmassung, die offenbar beispiellos im konstitutionellen Wesen dasteht! Wie ich aus dem Ständehause ging, waren alle Ausgänge desselben mit Militär besetzt. Die Linke versammelte sich alsbald im Hotel Gmelin zu einer Berathung. In der Stadt herrscht Aufregung. Nur Auflösung der Kammer oder Abdankung des Ministeriums ist noch möglich.

Auch in der Kammer der Reichsräthe kam heute die deutsche Verfassungsfrage zur Verhandlung. Herr Fürst v. Wallerstein sprach allein für unbedingte Annahme der deutschen Reichsverfassung, alle

andern HH. Redner, darunter die HH. v. Arnold, Frhr. v. Zu-Rhein, v. Niethammer, Frhr. v. Lotzbeck dagegen. Der Herr Minister des Aeußern Dr. von der Pfordten antwortete Namens der Staatsregierung dem Herrn Fürsten v. Wallerstein. Das Resultat war die mit allen Stimmen gegen eine erfolgte Annahme des folgenden Antrags des vereinigten 1. und 3. Ausschusses, dahin gehend: „Die Kammer der Reichsräthe stimme den von dem kgl. Gesammt-Ministerium unterm 18. d. M. über die Reichsverfassung und unterm 17. d. M. über die Grundsätze der Staatsregierung kund gegebenen Aeußerungen bei, vertraue, daß die kgl. Staatsregierung auf schleunige Vereinbarung der Reichsverfassung ohne Verzug hinwirke und dabei, festhaltend an dem Princip der Einigung und Kräftigung Deutschlands, die Selbstständigkeit und die Rechte des bayerischen Staats, sowie die Rechte der bayerischen Staatsgenossen möglichst wahre, erwarte übrigens die baldige Vorlage der angekündigten Gesetzentwürfe zur verfassungsmäßigen Berathung." (N. M. Z.)

* **Nürnberg**, den 25. Mai. Wie wir hören, wird heute Abend um 6 Uhr in einer öffentlichen, gemeinschaftlichen Zusammenkunft beider städtischen Kollegien die nach München wegen Anerkennung der deutschen Reichsverfassung gesandte Deputation Bericht über den Gang und den Erfolg ihrer Mission abstatten.

Speyer, 22. Mai. Gestern Nachmittag ist die provisorische Regierung in Speyer eingezogen. Die Regierungsgeschäfte gehen ihren Gang, da die entflohenen bayerischen Verwaltungsbeamten bereits durch tüchtige Männer ersetzt sind. Die Entlassung der Ersteren, 13 an der Zahl, ist in dem heute zum ersten Male erschienenen „Amtsblatte der provisorischen Regierung« offiziell ausgesprochen. — In der verflossenen Nacht versuchten 4 Gensdarmen zwei mit Regierungseffekten beladene Wagen heimlich nach Germersheim zu bringen. Da indeß die provisorische Regierung alle erforderlichen Vorsichtsmaßregeln getroffen hatte, so wurden sie aufgefangen und diesen Morgen mit sämmtlichen Effekten hier eingebracht. — Der provis. Regierung ging gestern eine Abschrift der Beschlüsse zu, die der Gemeinderath von Kleindreidesheim in seiner Sitzung vom 11. d. gefaßt, und die beweisen, wie energisch man in der Pfalz Gewalt mit Gewalt zurückzudrängen entschlossen ist. Nachdem der genannte Gemeinderath alle Gemeindeglieder zur Theilnahme am Kampfe aufgefordert, macht er sich unter Anderem anheischig, alle Verstümmelten und alle Hinterbliebenen Gefallener aus der Gemeinde auf Gemeindekosten zu unterstützen, resp. lebenslänglich zu erhalten, dafern nicht der Staat selbst diese Verpflichtung übernähme. Ferner erbietet er sich, für den Fall, daß im Volkslager Mangel an Lebensmitteln einträte, alles irgend Entbehrliche herzugeben. Unzweifelhaft werden alle Gemeinden der Pfalz diesem edlen Beispiele folgen. — Gestern Abend empfing die provisorische Regierung eine Deputation aus dem Elsaß, welche der Rheinpfalz die Sympathien des französischen Volkes aussprach, und für den Fall des Bedürfnisses die kräftigste Unterstützung anbot. Wie wenig dabei an alt-französische Eroberungsgelüste zu denken, beweißt am Besten die Adresse, welche die Deputation im Namen und Auftrage einer großen Anzahl Gemeinden aus dem oberen Elsaß überbrachte. Es heißt darin: »Rheinpfälzer! Die wahre demokratische Republik, die man jetzt in unserm Lande auszubilden strebt, hat die an die Stelle der Eroberung die Verbrüderung gesetzt; sie will nur noch einen friedlichen Bund gleichberechtigter Völker." Und ferner: „Heute — und dies ist die Hauptsache — bildet das gesammte linke Rheinufer, unbeschadet seiner gegenwärtigen staatlichen Eintheilung die dritte und letzte Vertheidigungslinie des freien Europa gegen die asiatische Despotie. Braucht es mehr, um unsere Sympathien für Euch zu erklären und zu rechtfertigen?

Rheinpfälzer! Wir glauben nicht, daß schon in den ersten Tagen die Fürstenarmee Euer schönes Land überfluthen werde.... Sollte aber wider Vermuthen sich dennoch die gewaffnete Reaktion an Euch wagen: dann ruft uns, das französische, das elsässische Volk, nicht die gegenwärtige Regierung in Paris, die nur die Freiheit anderer Nationen zu unterdrücken weiß; ruft uns, und Ihr werdet an uns Das finden, was wir sind — Eure Brüder!« — Die Fürsten mögen bedenken, daß das pfälzische Volk dieses Anerbieten zu würdigen weiß! (Frkft. J.)

Donauwörth, 23. Mai. Seit drei Tagen rücken allmählig die in unser Lager bei Riedlingen bestimmten Truppen hier ein. Das 11. und 15. Regiment sind bereits seit 21. ds. daselbst eingetroffen. Ihnen folgte gestern das 1. Jäger-Bataillon und heute das 1. Bataillon des 4. Regiments. Mit Bedauern mußten wir gestern dahier Zeuge eines Exzesses von nahe an 400 Soldaten des 11. Regiments seyn, welche sich eines tumultuarischen Benehmens schuldig machten, das man niemals von Kriegsleuten erwarten sollten.

Wir können hierzu für's Erste nur bemerken, daß sich der Tumult bis in's Lager zog und dort bis gegen 11 Uhr dauerte. Nähere Berichte behalten wir uns vor und bemerken nur, daß die Exzesse anarchischer Tendenz waren, jedoch glücklicher Weise eine weitere Ausdehnung nicht bekamen. Verwundungen sind nicht vorgefallen. (B. Lddt.)

Karlsruhe, den 22. Mai. Gestern Abend sah es wieder schief aus bei uns: die Militär-Einsteher waren mißvergnügt, weil man ihre Einstands-Kapitale nicht auszahlen wollte. Man spricht von einem Plane des Militärs gegen einige Mitglieder des Landesausschusses, namentlich Struve und Blind. Noch spät Abends (nach 10 Uhr) wurde die Ettlinger und Durlacher Bürgerwehr und das in Durlach liegende Pforzheimer Freikorps, zum Theil aus den Betten, aufgeboten, um nach Karlsruhe zu marschiren. Sie kamen um Mitternacht an und blieben, unter dem Scheine der Pechpfannen, auf dem Marktplatze bis 3 Uhr Morgens, dann zogen sie wieder ab. Die hiesige Bürgerwehr durfte ruhig schlafen. Freischaaren haben die Wachen besetzt. Heute wurden viele solcher Einstandskapitale ausbezahlt. — Sowohl hier, als auch an vielen Orten des Landes, wird die Rückkehr des Großherzogs verlangt. — Der Landesausschuß hat nun seinen Sitz aus dem Rathhaus in das Ständehaus verlegt, wo dermalen mehr Räumlichkeit zu Gebot steht. — Das hiesige erste Aufgebot wird auf heute Abend 6 Uhr wieder zusammenberufen. (Schw. M.)

Freiburg, den 22. Mai. General v. Gayling, die Rittmeister Schuler und v. Freistedt beim Dragonerregiment Großherzog, sowie Regimentsarzt Wucherer beim 2. Infanterieregiment sind des Staatsdienstes entlassen worden. — Die Reichskommissäre Zell und Christ (nach der oberrheinischen Zeitung auch Giskra) sind gestern wieder nach Frankfurt abgereist, nachdem sie von den hiesigen Verhältnissen hinlänglich Kenntniß genommen hatten, und allgemein befriedigt von dem Stand der Dinge gewesen seyen. — Man will bestimmt wissen, daß fortwährend bedeutende Geldsummen von Baden nach der Schweiz transportirt werden. — Beide hiesige Blätter melden, daß die Vorlesungen an der Universität ihren Fortgang haben.

Villingen, den 19. Mai. Die würtembergischen Truppen unter General Miller, welche in den letzten Tagen hier, in Donaueschingen und der Umgegend lagen, sind nun nach Würtemberg zurückmarschirt. Sie haben aber noch dort an der Grenze Kantonirungen bezogen. Das Hauptquartier des Generals Miller befindet sich in Schwenningen und jenes des Grafen Wilhelm von Würtemberg in Rottweil. (Schw. M.)

Mannheim, 22. Mai. Es hat sich seit Sonntag hier nichts Neues von besonderer Wichtigkeit ereignet. Die junge waffenfähige Mannschaft des ersten Aufgebots stellt sich mit Eifer zur Verfügung und zwar nicht nur aus der Stadt, sondern auch vom Lande. Diesen Vormittag zogen mehrere Abtheilungen junger Landleute mit Gesang hier ein. An Artillerie und Munition traf eine bedeutende Verstärkung ein. Die Disciplin ist bei den hier stehenden Truppen gut; die Soldaten gehorchen bis jetzt ihren selbstgewählten Offizieren mit Ergebenheit. Die neuen Offiziere nehmen sich in ihrer Uniform ganz trefflich aus und sollen in Ansehung des praktischen Dienstes den ausgetretenen nicht nachstehen. (Schw. M.)

Wiesloch, den 20. Mai. Bornstedt ist heute auf Befehl des Vollzugskomités des Landesausschusses nach Kislau verbracht worden. Sein „durch die langwierige monarchische Haft etwas gestörter geistiger Zustand" äußerte sich in der vorhandenen lebhaften Bewegung in solcher Weise, daß man fürsorglich auf Hemmung der von ihm unter vorgeblich amtlichem Schilde angetretenen Thätigkeit Bedacht nehmen zu müssen glaubte. (M. Ab.-Z.)

** **Frankfurt**, den 22. Mai. Die Paulskirche bot in der gestrigen Nachmittagssitzung einen merkwürdigen Anblick dar: die Zuhörergallerien waren überfüllt, die Plätze der Mitglieder bis zu einem Drittheile leer. Ueber den Austritt des Centrums mit seinen hervorragenden Namen ließen sich auf den Gallerien viele heftige Aeußerungen hören. Trotzdem, daß in der gestrigen Nachmittagssitzung von den anfangs anwesend gewesenen 189 Mitgliedern 49 sich entfernten, und sich somit der Abstimmung über den Antrag von Goltz: die beschlußfähige Zahl der National-Versammlung auf 100 Mitglieder zu ermäßigen, enthielten, so würde der Antrag doch durchgegangen seyn, wenn nicht fast die ganze äußerste Linke gefehlt hätte. Die wenigen Mitglieder derselben, welche anwesend waren, mußten deshalb bittere Vorwürfe von der Linken hören, daß ihre (des Donnersbergs) Mitglieder statt auf ihrem Posten in der Paulskirche in der Rheinpfalz und in Baden „beschäftigt" sind. Die äußerste Linke, welche ihre republikanische Gesinnung in ihrem letzten, nach ihrer Rekonstituirung erlassenen Programme offen ausgesprochen, findet allerdings in der Rheinpfalz und in Baden jetzt ein größeres Feld praktischer Thätigkeit.

Frankfurt, den 23. Mai. Gestern Abend sind die Bevollmächtigten der deutschen Regierungen, welche im Laufe des Tages schon einmal versammelt waren, abermals zusammengetreten, um der Sage nach über das Verlangen der kgl. preuss. Regierung zu berathen, daß der Erzherzog-Reichsverweser zurücktrete, und die Leitung der deutschen Angelegenheiten auf Preussen übergeben lasse. Der Erzherzog soll sich bisher beharrlich geweigert haben. Was die Bedenken der Bevollmächtigten hauptsächlich anregt, ist die Abgeneigtheit Oesterreichs, auf das Berliner Verfassungsprojekt einzugehen, und die positive Weigerung Bayerns. Dagegen scheint Preussen mit Hannover so vollständig im Reinen, daß der 1. Oktober sogar als der Termin bezeichnet wird, an welchem die Zollschranken fallen sollen. Die größten Schwierigkeiten würden die kleinen Regierungen aber in ihren eigenen Ländern gegen die Forderung Preussens sich erheben sehen, weil die Reichsverfassung in denselben anerkannt, von Preussen aber verworfen ist. Alles dies soll zur Sprache gekommen seyn. Auch davon wird gesprochen, daß Preussischerseits der ernste Wille erklärt worden, ohne Rücksicht auf die Centralgewalt allein den Waffenstillstand mit Dänemark abzuschließen. Diese Gerüchte, welche mehr oder minder beglaubigt sind, von uns aber nicht verbürgt werden können, gewinnen an Schärfe, und werden um so beunruhigender, als nach übereinstimmenden Nachrichten die Behauptung vernommen wird, es seyen Russen im Großherzogthum Posen eingerückt, woraus denn der Schluß auf eine Allianz zwischen Preussen und Rußland sich von selbst ergibt. (Frkft. O.-P.-Z.)

Hannover, den 20. Mai. Wegen eines am Unterharz, nahe der braunschweigischen Gränze, ausgebrochenen Aufstandes werden morgen mit dem ersten Bahnzuge 2 Kompagnien Infanterie der hiesigen Garnison nach Schladen, im Amte Wienenburg, entsendet werden. Nach der Größe dieses Korps zu urtheilen, scheint die Sache bis jetzt von geringer Bedeutung zu seyn.

Die sämmtlichen mecklenburgischen und 6000 Mann hannoversche Truppen sind, wie wir aus guter Quelle hören, zur Unterdrückung des Aufstandes im Süden bestimmt. Vermuthlich werden deren gegenwärtige Positionen durch preussisches Militär eingenommen werden. (Wes. Z.)

Hannover, den 20. Mai. Die Deputation der ostfriesischen Stände, welche noch einmal die Forderungen des Landes: unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung und des Wahlgesetzes, sofortige Ausschreibung neuer Wahlen zur zweiten Kammer und Einberufung der allgemeinen Ständeversammlung und Entlassung des Ministeriums Stüve, an den Thron bringen sollte, hat keine Audienz erhalten können. Der König ist krank, lautete die Antwort auf ihre Bitte, vorgelassen zu werden. Auf eine weitere Frage, ob nach Genesung Seine Maj. die Deputation empfangen werde, war nichts Bestimmtes erwiedert.

Zwei Kompagnien der Bürgerwehr sind auf diesen Abend consignirt, um „bei vorkommenden Unruhen," wie es in den Kompagniebefehlen heißt, gleich zum Ausrücken bereit zu seyn. Auf der Wache der Bürgerwehr soll eine bedeutende Menge scharfer Patronen bereit liegen. Das Militär ist in den Kasernen konsignirt. Keiner weiß, wozu diese vielen Vorbereitungen dienen sollen. Vielleicht fürchtet das Ministerium auch für Hannover vor dem ominösen zwanzigsten Mai? — Bis jetzt kurz, vor neun Uhr Abends, ist die Stadt durchaus ruhig (Wes. Z.)

Hannover, 20. Mai. Die Polizeidirection hat dem Stadtgerichte ein Exemplar der Proklamation, welche am 7. Mai im Namen der Abgeordneten, der Gemeinden und Vereine erlassen wurde, als

ihnen die Audienz beim Könige versagt war, beim Stadtgerichte eingereicht und auf eine Criminaluntersuchung angetragen. Der Direktor des Stadtgerichts Kern und die Stadtrichter haben indessen erklärt, daß in dem Aufrufe nichts enthalten sey, wodurch sich das Gericht zu einer Untersuchung veranlaßt sehen könne. (W. Z.)

Göttingen, den 18. Mai. Bei einigen in letzter Zeit an verschiedenen Orten der Umgegend stattgefundenen Volksversammlungen, zeigte sich, daß auch in unserer Provinz das Landvolk an regem Eifer für die deutsche Sache und überhaupt in der täglich wachsenden Theilnahme, an den auch in seine Rechte und Interessen so unmittelbar eingreifenden vaterländischen Fragen kaum noch hinter den Städtern zurücksteht, während die Gegenpartei es als tief in jene dumpfe Gleichgültigkeit versunken darstellen möchte. (N. f. N.)

Darmstadt, den 21. Mai. Der in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer durch den Abgeordneten Lehne und 11 Genossen gestellte (bereits erwähnte) dringliche Antrag lautet wörtlich: „Die Kammer wolle die Staatsregierung auffordern, 1) der durch Beschluß der Nationalversammlung vom 19. Mai 1849 begründeten provisorischen Reichsgewalt sich unterzuordnen; 2) bis zur stattgehabten Einsetzung derselben den Vollzug aller — den Bereich gewöhnlicher Geschäftsleitung überschreitender — Maßregeln zu suspendiren, welche durch das im Widerspruche mit den einfachsten constitutionellen Prinzipien fortbestehende Ministerium des seitherigen Reichsverwesers angeordnet werden; 3) namentlich aber keine hessischen Truppen in Baden einrücken zu lassen. — Der Antrag wurde zur schleunigen Berichterstattung an den Ausschuß verwiesen. (Frkf. J.)

Darmstadt, den 22. Mai. Gestern Abend war Bürgerversammlung in dem Hanauer Hof. Ihre Zusammenberufung war zunächst durch die Versammlung vom 18. d., in welcher die Absendung einer Deputation an den Staatsminister Jaup beschlossen wurde, veranlaßt worden. Diese Deputation hatte, wie A. Metz referirte, den Auftrag erhalten, die Regierung aufzufordern: 1) den Truppen verfassungsfeindlicher Staaten den Durchzug durch das Großherzogthum zu untersagen; 2) das großherzogliche Militär, die Bürgerwehr, die Beamten rc., auf die Reichsverfassung beeidigen zu lassen; 3) Notifikationen der Territorialverhältnisse der Bundesfestung Mainz in Uebereinstimmung mit den Forderungen der Zeit zu erwirken; 4) inniges Anschließen an die Reichsversammlung mit allen der großherzoglichen Regierung zur Verfügung stehenden Vertheidigungsmitteln rc. Metz machte sofort die Versammlung mit den, von dem Minister auf jeden dieser Punkte gegebenen Auskünfte bekannt, die, wie er selbst bemerkte, im Wesentlichen in der, in dem neuesten Regierungsblatte publizirten „Verkündigung" enthalten sind. Büchner, Vorsitzender, sprach gegen die von der Regierung gemachten Eröffnungen, nannte sie unbefriedigend, von preussischer Cabinetspolitik eingegeben rc. Die Versammlung machte seine Ansicht zu der ihrigen, als sie auf Befragen ihm einhellig beistimmte. (Frkf. J.)

Schwerin, 21. Mai. Noch einmal wurde die deutsche Verfassungsfrage Gegenstand längerer Kammerdebatten. Der Ausschuß von Sieben, dem die unbefriedigende Antwort der Regierung zur Begutachtung überwiesen war, hatte sich bemüht, einen Antrag zu formuliren, der wo möglich Stimmeneinhelligkeit für sich gewinnen sollte. Die Erklärung ward auch mit 72 gegen 2 angenommen. Sie lautet: „In Erwägung daß . . . endlich daß die in Folge der preussischen Cirkularnote vom 20 v. M. stattfindenden Berliner Konferenzen jedesfalls von denjenigen Staaten, welche die Reichsverfassung rein anerkannt haben, nicht zu einem mit der Anerkennung im Widerspruche stehenden Zwecke beschickt werden können, vielmehr die Regierungen derselben vorzugsweise berufen sind, allen ihren Einfluß dahin zu verwenden, daß die Verfassung überall in Deutschland Geltung erlange, spricht die Kammer die Erwartung aus: Es werden auch die mecklenburgischen hohen Regierungen sich diesen Grundsätzen gemäß zu den in Folge der preussischen Cirkularnote vom 20. v. M. stattfindenden Berliner Konferenzen verhalten und, so viel in ihren Kräften steht, dahin wirken, daß die Reichsverfassung bald möglichst in allen deutschen Staaten die Anerkennung erhalte." Morgen marschirt die Garde von Schwerin, 4 Kompagnien stark, vereint mit einem Musketierbataillon von Wismar, das heute hier eintrifft, mit 2 Schwadronen Kavallerie von Ludwigslust und einer Batterie von 8 Kanonen nach Frankfurt. 4 Kompagnien Jäger, die ebenfalls schon Marschordre bekommen hatten, bleiben noch eine Woche, bis das Ergänzungsmilitär von Rostock eingetroffen und stationirt ist. Dann werden sie wohl nachfolgen.

Wiesbaden, 22. Mai. In der heutigen Sitzung interpellirte der Abgeordnete Müller II. die Regierungskommissäre wegen des von dem Militär geleisteten Eides auf die deutsche Verfassung, in dem er behauptete, vernommen zu haben, daß dieser Eid nur in dem alten Fahneneid untergeflossen sey. Auf den Wunsch der Kammer wurde die Formel sofort von dem General-Kommando durch die Regierung eingezogen und der Kammer vorgelegt, so wie von dieser einer besonderen Kommission überwiesen. Abg. Braun interpellirte die Regierung, was sie thun werde bei dem bevorstehenden Conflikt der Centralgewalt und der Nationalversammlung. Regierungs-Kommissär Reichmann versprach, die Antwort nächstens zu ertheilen. Abg. Leisler stellte den Antrag, die Regierung zu ersuchen, an die Stelle des aus der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. ausgetretenen Max v. Gagern möglichst bald einen Stellvertreter wählen zu lassen. Die Kammer erhob sich in gesammter Masse für den Antrag. Selbst die eine Gegenstimme erwartete die Wahl ohnedies von der Regierung. — Dem Vernehmen nach sollen zwei Etappenstrassen durch unser Land die beiden Festungen Mainz (nebst Frankfurt) mit Coblenz verbinden und von preussischen Truppen besetzt werden, die eine über Limburg, die andere über Hachenburg. Also bekommen wir die Preussen altkontraktlich. Hoffentlich aber wird dieser Kontrakt bald reorganisirt werden. (Frkft. J.)

†*† **Berlin**, 22. Mai. Von großer Bedeutung für die schwebende Frage ist ein Ereigniß, das hervorgerufen worden ist, durch Zerwürfnisse unter den vier sich vereinbarten kgl. Regierungen selbst. Von guter Hand geben uns folgende Mittheilungen darüber zu: Die hiesige Ministerkonferenz ist als beendet anzusehen. Man ist zu keiner Einigung gekommen. Die letzten, zwischen den unterhandelnden Regierungen schwebenden Differenzen in Bezug auf die der Reichsstatthalterschaft zustehenden Rechte und Befugnisse, insonders so weit sie die militärischen Verhältnisse betrafen, sind nicht gelöst. Soll dieser gordische Knoten nicht zerhauen werden, so ist der Oktroyirungsplan als gescheitert anzusehen. Man versichert, daß die Verhandlungen gänzlich abgebrochen seyen. — Oesterreich soll sich ebenfalls nicht mit Preussen haben einigen können.

Unter diesen Umständen, so werden wir ebenfalls von glaubhaften Personen benachrichtigt, soll das preuß. Cabinet Willens seyn, das neue Wahlgesetz für Preussen zu publiciren und zwar wahrscheinlich schon heute Abend durch den Staatsanzeiger. Ob unter diesen Verhältnissen, wie es gestern hieß, Preussen Truppen nach Baden schicken wird, scheint zweifelhaft. —

Unsere gestrige Mittheilung in Bezug auf die Verhaftung des Hrn. d'Ester bestätigt sich, wie wir aus einer offiziellen Notiz in den hiesigen Zeitungen ersehen, nicht; wir vermuthen, daß durch eine zweite telegraphische Depesche die Nachricht hieher kam, daß der qu. Verhaftete nicht Hr. d'Ester sey. —

Unser Kriminalgericht soll ernstlich daran denken, bei allen Anklagen vor den Geschwornen wegen Majestätsbeleidigung und Hochverrath die Oeffentlichkeit auszuschließen.

Aus **Schleswig-Holstein** melden neueste Briefe, daß das Bombardement von Fridericia fortgesetzt wird. (Frkft. O.-P.-Z.)

Fridericia, 17. Mai. Seit gestern Morgen hat das Bombardement begonnen, anfänglich nur schwach und in längeren Zwischenpausen. Heute brannte es bereits an mehreren Stellen, namentlich in einer Zuckersiederei. Man sah vom Lager aus, wie dänische Offiziere ihre Leute mit geschwungenem Säbel an die Kanonen trieben. Fortwährend flüchten Einwohner mit ihren Habseligkeiten nach Fünen hinüber. Bei den dreifachen Sandwällen ist an Bresche-Schießen nicht zu denken, sondern nur an absolute Zerstörung. Von feindlicher Seite wird wenig und schlecht geschossen; die Zugänge zur Festung sollen unterminirt und daher eine Erstürmung unthunlich seyn. (Wes. Z.)

Französische Republik.

† **Paris**, 21. Mai. Paris las gestern Abend im Lamartineschen Moniteur nicht ohne Ueberraschung, daß es heute einen kolossalen Staatsstreich erleben solle! Die 130,000 Sozialisten, die Paris einschließe, würden sich gegen die Nationalversammlung wälzen und eine Amnestie aller Junirâuber (Verurtheilter und Deportirter) verlangen und Bonaparte und Changarnier, unter dem Vorwande einer Parade auf dem nahen Marsfelde würden herbeisprengen und das Volk und Nationalversammlung auseinanderjagen.

Zu diesem, der Phantasie des Elbeuffer Tuchfabrikanten Grandin wahrscheinlich entstiegenen neuen Komplott sagt der National an diesem Morgen: „. . . . Wir begreifen die Schwierigkeiten der Erbschaftstheilung des Barrot-Kabinets. Geschah es vielleicht in der Absicht, den Nachfolgern Faucher's, Barrot's und Falloux's diese Schwierigkeiten zu erleichtern, daß man für heute auf dem Marsfelde eine Revue ausschrieb? Will man den Truppen an den Puls fühlen? Wir geben dieß herzlich gern zu. Aber man wird sich irren, wenn man glaubt, in unseren Soldaten willenlose Werkzeuge zu Staatsstreichen zu finden."

[National-Versammlung. Sitzung vom 21. Mai.] Sarrans (vor der Tagesordnung): Ich benachrichtige das Haus, daß ich das Ministerium morgen über die auswärtige Politik interpelliren werde. Es möge mir auf folgende Punkte antworten: 1) Warum hat es sich dem Votum vom 7. Mai über Rom noch nicht gefügt? 2) Welches ist das Resultat seiner diplomatischen Proteste in Bezug auf die russische Intervention in Ungarn? — Es ist nöthig, daß die Versammlung, ehe sie sich trenne, den Stand des Auswärtigen kenne und daß sie durch ein feierliches neues Votum gegen die heuchlerische und feige Politik des Kabinets protestire. (Beifall rechts. Murren links.) Lacrosse beschwert sich im Namen des Ministeriums gegen diese harten Ausdrücke. Sie seyen unparlamentarisch. (Oh! Oh!) Die Interpellationen werden auf morgen anberaumt.

Colmar, den 21. Mai. Ein Fest ernster Art hat gestern dahier stattgefunden: der Abschied der erwählten Sozial-Republikaner, welche schon morgen zur neuen Nationalversammlung nach Paris reisen. Der Andrang von Abgeordneten aus den oberrheinischen Landgemeinden war so groß, daß mehrere hundert Colmarer Bürger auf ihre Sitze im Banket-Lokale verzichten mußten. Die schönste, wahrhaft classische Rede hielt Savoye; den erhebendsten Akt der Feier bildete der Moment, wo das Volk seine Vertreter aufforderte, laut zu schwören, alle bei der Wahl gemachten Versprechungen treuestens zu erfüllen, und der Volkssache bis in den Tod zu dienen. Es brachte einen unbeschreiblichen Effekt hervor, als auf die Szene der Eidleistung die Musik stürmisch mit der Marseillaise einfiel. Den Schlußtoast widmete der Präsident der deutschen Republik, der innigsten Schwester des freien Frankreichs.

Dr. Lommel dankte, indem er die französischen Republikaner von Berg und Thal aufforderte, am Vorabend des allgemeinen Kampfs jede theoretische Meinungsverschiedenheit zu vergessen, und nur eine Schlachtlinie gegen den gemeinsamen Feind zu bilden. Die Versammlung trennte sich unter dem tiefen Eindruck dieser Worte. — Heute gehen Abgeordnete der oberrheinischen Demokratie nach der Rheinpfalz, um diesem Nachbarvolk die warme und uneigennützige Theilnahme des republikanischen Frankreichs zu bezeugen. Es kann versichert werden, daß die sogenannte rothe Republik jeden Eroberungsgedanken an das linke Rheinufer mit Unwillen von sich weist, was auch reaktionäre Blätter aus handgreiflichen Absichten darüber fabeln mögen.

Jetzt werden in Frankreich, durch Revolutionen gegen die Reaktion, oder sey es durch parlamentarische Siege, die Sozialrepublikaner ans Ruder kommen; und für diese, wie für uns ist die Erfahrung des letzten Jahres nicht verloren gegangen, daß nur die Solidarität die Völker retten kann, daß wir Alle zusammen frei werden müssen oder Alle zusammen Sklaven bleiben. Preussen wird erzittern, denn Preussen zittert vor jeder Großmacht. Es kriecht vor Rußland, um wie viel mehr vor dem kriegerischen demokratischen Frankreich! —

Italienische Staaten.

Aus der Schweiz, 20. Mai. Daß das republikanische Frankreich mit dem absolutistischen Bourbonen Ferdinand von Neapel, mit Spanien und Oesterreich Hand in Hand geht zur Unterdrückung der

Freiheit in Italien, erhellt aus den Proklamationen d'Aspre's, Wimpffen's u. A. Man lese nur die Gazetta di Milano! Wird sich aber das französische Volk eine solche Schmach gefallen lassen? Wird sich nicht sein Zorn gegen Denjenigen wenden, der mit List und Bosheit dahin strebt, sich die Kaiserkrone vermittelst russischer Bajonette auf's Haupt zu setzen? Und womit anders können russische Dienstleistungen entschädigt werden, als mit dem Herzblut Deutschlands? Auf furchtbare Weise greift Rußland in den Westen hinein, und die Knute rückte der Zivilisation bereits um viele hundert Meilen näher. Ein russischer Prinz wird den Thron Dänemarks erben, die Donaufürstenthümer sind bereits geopfert, in Krakau, Wien, Lemberg, und bald auch in Prag und Breslau blinken russische Bajonette. Nach heldenmüthigem Widerstande fiel Livorno, und die österreichische Soldateska schlachtete und mordete nach Herzenslust, wie die preussische zu Dresden. Bologna kämpft gegen Wimpffen den Kampf der Verzweiflung. Am 13. hatte es sich noch nicht ergeben, obschon die Oesterreicher bereits die Höhen der Stadt inne hatten. Nur Rom und Venedig halten sich noch. Am 1. Mai rückte Fer. Bourbone von Neapel in den Kirchenstaat ein, nachdem der spanische Admiral Bustillo ihm den Paß bei Terracina geöffnet. Am 2. Mai wollte Ferdinand mit Oudinot, der Despot mit dem Republikaner, Arm in Arm in Rom einziehen. Aber die Franzosen und Neapolitaner wurden am 30. April und 2. Mai von den Römern geschlagen. Aber aufs Neue wälzen sich österreichische Truppen von Livorno her gegen Rom, und ein zweites neapolitanisches Heer marschiert bei S. Benedetto über den Tronto in die ankonitonische Mark. So erfüllen sich Lamartine's republikanische Versprechungen!! Vor Venedig operirt Radetzky, und zittert vor Wuth über den heroischen Widerstand der hochherzigen Republik Venedig. Zu Neapel traf am 6. Mai der bekannte Delcaretto wieder ein. Die Verhaftungen greifen bis zum März vorigen Jahres zurück. Vom 5. bis zum 8. Mai wurden 800 Personen wegen des Barrikadenkampfes vom 15. Mai 1848 eingekerkert. Die freie Presse ist unterdrückt, Briefe werden erbrochen, das Wahlgesetz ist verstümmelt, und man sieht zu Neapel den Szenen von 1799 entgegen. Wer flüchten kann, der flüchtet. Wer die Ereignisse in Italien sorgfältig verfolgt, erkennt deutlich, wo die Fürsten hinauswollen. In Italien laufen die Ereignisse wie die Jahreszeiten Deutschland immer um ein paar Wochen voraus. Schon sprach Filangieri es laut und öffentlich aus, „daß nur die strengste Herrschaft der Bajonette Europa retten könne!" Also, deutsches Volk, ermanne dich, noch ist es in Deutschland Zeit, während es in Italien zu spät geworden. In Palermo verriethen neapolitanische und französische Agenten das sizilianische Volk. Nur die Pairs, ein Theil der zweiten Kammer und eine furchtbare Nationalgarde riethen zur Unterwerfung. Als das wirkliche Volk und die in Katania zerstreuten Kämpfer den Verrath erfuhren, sammelten sie sich, und seit dem 6. Mai begann in Sizilien der Kampf für die Freiheit aufs Neue.

Briefe aus Italien fehlen uns heute, und von Zeitungen haben wir nur die Mailänder vom 20., und den Genueser Handelskurier vom 19. Mai erhalten. Die Berichte aus Rom in diesem Blatte reichen bis zum 15. Abends. »Die Franzosen,« schreibt die Rivista Indipendente, »stehen zwei, die Neapolitaner sechs Stunden von Rom, die Spanier fortwährend bei Fiumicino. Wir erwarten auf morgen einen Angriff von allen Seiten, und sind entschlossen zum Widerstand. Die Franzosen werden wohl auf der Seite des Monte Pincio angreifen." (Also auf dem linken Tiberufer, während sie das vorigemal auf dem rechten operirten.) Demselben Genueser Blatt wird aus Livorno vom 18. geschrieben: „Guerrazzi, Petracchi und Corsbelli, bisher in Florenz gefangen gehalten, wurden heute hierher gebracht, um vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden. Man erwartet mit Gewißheit, daß sie, wie die andern (come gli altri,) werden erschossen werden. Die meisten (toskanischen) Ausgewanderten befinden sich in Corsika."

In Turin soll das Portefeuille des Auswärtigen dem Marquis v. Beauregard übertragen seyn. Der vom Oberbefehl zurückgetretene Pole Chrzanowski verlangt ein Kriegsgericht. Bes geht nicht nach Berlin. Die Blätter stellen Muthmaßungen an über die Sendung des Grafen Cesare Balbo nach Gaëta.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n.

Bekanntmachung

In Folge hoher Ermächtigung der Generalverwaltung der Königl. Posten und Eisenbahnen werden, wie alljährlich auch am heurigen Pfingstmontag den 28. ds. Mts. Extra-Personenzüge zwischen Nürnberg und Erlangen in nachstehender Weise stattfinden:

Von Nürnberg nach Erlangen um 11 Uhr Vormittags und — da der um 1 Uhr abgehende Güterzug alle Erlanger Reisende keinesfalls aufzunehmen vermag — **um 1 3/4 Uhr Nachmittags.**

Von Erlangen zurück nach Nürnberg um 6 1/2 Uhr und 9 1/2 Uhr Abends.

Zu größerer Bequemlichkeit des Publikums und um vor den Rückfahrten in Erlangen jeden etwaigen Andrang zu beseitigen, ist die Vorkehrung getroffen, daß bei der Abfahrt hier Retourbillete und in Erlangen **Reisescheine für die Rückfahrten mit den Extrazügen sogleich bei der Ankunft und den ganzen Nachmittag über genommen werden können.**

Nürnberg, den 23. Mai 1849.

Königliches Bahnamt.

Huenlein.

Trauer-Anzeige.

Gestern Abend 8 Uhr verschied an den Folgen einer Gehirnlähmung, unter dem frommen Gebete der Ihrigen, im noch nicht ganz vollendeten 40. Lebensjahre, nach einer 20jährigen zurückgelegten zufriedenen Ehe

Frau Margaretha Prottengeier,

Ehefrau des Pfragners Joh. Prottengeier dahier.

Schlaf wohl du treue Gefährtin meines Lebens, bis wir einst droben einander wieder finden werden.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 27. ds auf den St. Johannis Kirchhof statt.

Um stille Theilnahme bitten

Nürnberg, den 25. Mai 1849.

Die Hinterbliebenen.

Freie christliche Gemeinde.

Sonntag den 27. Mai früh 10 Uhr Gottesdienst im Katharinen-Saale, geleitet durch Prediger Bäthig

Der Vorstand.

E r w i d e r u n g.

Auf die Aufforderung des Ecriventen L. Dorn erkläre ich hiemit, daß ich einzig und allein aus Auftrag seines Bruders und aus Gefälligkeit für denselben handelte, daß daher lediglich Dieser jener Aufforderung Folge zu leisten hat, und auch bereits geleistet haben wird.

J. Schuster.

Zur Beachtung.

Wer sein Portrait in wenigen Stunden schön gemalt zu haben wünscht, bemühe sich in die Albrecht-Dürer-Straße Nro. 302, wo es um ganz billigen Preis (sowohl in Oel und Miniatur als auch Lithographirt, in allen Größen und Manieren, durch nicht länger als eine Stunde sitzen) gemacht und für sprechende Aehnlichkeit garantirt wird von

M. Baumgärtner, Maler u. Lithograph.

(Zu verkaufen.) 22 Stück vollständige noch gut erhaltene Kommißgewehre sind zu verkaufen bei J. B. Rau in Bug bei Eschenau Nro. 61.

A n z e i g e.

Da der am 17. Mai beabsichtigte Spaziergang der Veteranen-Compagnie ungünstiger Witterung halber nicht stattfinden konnte, so ist ein Solcher auf Montag den 28. Mai, als am 2. Pfingstfeiertag auf denselben Platz (sog. grünen Rengerlein) beschlossen worden; und werden alle Kameraden der bewaffneten Bürgerwehren zur Theilnahme hiermit eingeladen. Die Zusammenkunft ist früh 8 Uhr am Fuchs'schen Gasthause vor dem Frauenthor.

Für Speise und Getränke verschiedener Art ist bestens gesorgt und wird zur zahlreichen Theilnahme von dem Unterzeichneten höflichst eingeladen.

Geh. Schaerer.

(A n z e i g e.) Das in Nro. 88 der Mittelfränkischen Zeitung enthaltene Inserat, daß bei mir ein regelmäßiger Verkauf von Vieh stattfinde, rührt nicht von mir her, sondern von einem einfältigen Menschen.

Joh. Pickel, Wirth auf dem Glaishammer.

Daguerreotyp-Portraits

in allen Größen, fertige ich täglich und bei jeder Witterung. Mein Atelier befindet sich vor dem Laufer Thore, auf der

Sulzbacher Straße Nr. 165.

Musterbilder sind bei Herrn Goldarbeiter Pillmann an der Museumsbrücke und in meiner Wohnung zur gefälligen Ansicht aufgestellt.

G. Gallinean, Photograph

Kirchweih-Empfehlung.

Künftigen Sonntag und Montag als den ersten und zweiten Pfingstfeiertag, findet in den Wendelsteiner Steinbrüchen das Kirchweihfest statt, weshalb Unterzeichneter hiemit ergebenst anzeigt, daß bei ihm während dieser Tage gutbesetzte Harmoniemusik, sowie ausgezeichnetes Bier und kalte Speisen zu finden sind und ladet deshalb hiemit alle Freunde der Natur ergebenst ein, ihn gefälligst zu beehren.

Wendelstein, den 22. Mai 1849.

Friedrich Arnsbach im Jegel'schen Steinbruche.

E m p f e h l u n g.

Werthen Bekannten, sowie allen verehrlichen Reisenden, empfehle ich auch dieses Jahr meine Weinwirthschaft und Restauration mit dem Bemerken, daß nicht allein in verschiedener Auswahl dejeunirt, sondern auch zu beliebiger Zeit zu Mittag gespeist werden kann. Diese prompte Gelegenheit, sowie meine freundlichen Locale, gelegen am Wege zu den ersten Sehenswürdigkeiten Bambergs, dürfte besonders für jene Passanten sehr angenehm seyn, welche sich nur kurze Zeit hier aufhalten.

Fritz Sevin, Weinwirth am Fuße des Domberges.

(Zu verkaufen.) Vier metallene Kanonenrohre, welche noch sehr gut als Bürgerwehr-Artillerie, außerdem von Rothgießern verwendet werden können, sollen gegen Baarzahlung verkauft werden. Das Gesammtgewicht beträgt 24 Ctr. Anerbieten unter Chiffre C. T. besorgt die Exped. d. Bl.

E i n l a d u n g.

Hochverehrte Gönner und Freunde lade ich hiemit zu recht lebhaftem Besuch meines Gasthofes, in welchem dafür alle Vorbereitungen getroffen, zu dem am zweiten Pfingstfeiertage beginnenden Kirchweihfeste hiemit höflichst ein

Hochachtungsvollst

Erlangen, den 26. Mai 1849.

G. K r a f f t zur Glocke

Muggenhof.

Am 2. Pfingstfeiertage

T a n z - M u s i k.

Gasthaus zur Eisenbahn am Bahnhof.

Sonntag den 27. und Montag den 28. Mai, als am 1. und 2. Pfingstfeiertag, findet Blechharmonie-Musik statt, bei ungünstiger Witterung im Saal.

(A n z e i g e.) Lohnkutscher Herbst fährt am 2 Pfingstfeiertag mit 2 Omnibus Früh von Müllersgarten fort, und können Personen à 18 kr. mitfahren, so wie auch Personen von Erlangen mit zurückfahren können.

(Verloren.) Am Donnerstag den 24. Mai, wurde früh auf dem Markte eine braungestreifte Schürze verloren, an welcher ein Schlüsselhacken, ein A vorstellend, mit 7 Schlüsselchen und einem Strickhäckchen befindlich war. Der redliche Finder wird gebeten, dieselbe in der Exped. d. Bl. abzugeben.

(Zu vermiethen.) Eine schöne freundliche Wohnung ganz in der Nähe vor dem Spittlerthor mit 5 heizbaren Zimmern, einem Kabinet, 2 Kammern, Küche mit Kochofen, Boden, Holzlage, Waschgelegenheit und eigenem Ausgang ist bis Ziel Laurenzi wegen Domicil-Veränderung zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Nahe am Hallplatz ist ein Logis mit Bett und Möbeln täglich zu vermiethen.

(Gesuch) Eine geräumige Wohnung, in der Nähe von Wöhrd, wird zu miethen gesucht.

(Zu vermiethen.) In S. Nr. 16 auf dem Herrnmarkt ist eine hübsche Wohnung sogleich oder auf nächstes Ziel zu vermiethen.

(Literatur.) So eben ist erschienen und in der Exped. der Mittelfränkischen Zeitung zu haben:

A n t w o r t

auf

das Hirtenwort

der 24 Geistlichen der Diecöse Nürnberg

von

Johannes Ronge.

8vo. 1 1/2 Bogen Preis 3 kr.

Wir geben diese kleine Brochure um den billigen Preis von 3 kr., damit sie sich auch der Unbemittelste anschaffen kann und sie in Jedermanns Hände kommt.

Lotterie.

Die zu Nürnberg herausgekommenen Nummern:

15 72 41 35 53

Mit einer Beilage.

Deutsche Staaten.

†* **München**, 24. Mai. (20. allgemeine öffentliche auf Vormittags 11 Uhr anberaumte Sitzung.) Tagesordnung: 1) Verlesung des Protokolls der 19. öffentlichen Sitzung. 2) Abstimmung über die von dem Gesammtstaatsministerium an die Kammer gebrachte Legitimationsbeanstandung der Deputirten in der Pfalz. Die Mitglieder der Linken mit Ausnahme der Abgeordneten der Pfalz (die der anmaßende II. Präsident gestern nach Pflicht und Gewissen aus den Listen streichen zu müssen glaubte) erhielten die Einladungsschreiben zu dieser Sitzung. Um 11 Uhr schreitet Scheuerl ganz allein mit großen Schritten durch den Saal, worauf ein starkes und anhaltendes Zischen auf den Gallerien erfolgte. Abel und Lerchenfeld sieht man später im eifrigsten Gespräche nicht nur stets in der Nähe des Ministertisches, sondern theilweise auf denselben gelehnt. Schmitt aus Nürnberg nimmt dieses Mal auf der äußersten Linken Platz (er hat bisher, wie mir scheint, geflissentlich auf der rechten Seite Platz genommen). Sitzung 11¼ Uhr. Am Ministertische anwesend: Kleinschrodt und 4 Kommissäre. Die Sitzung wird durch den II. Präsidenten eröffnet. Nach Verlesung des Protokolls ergriff der Abgeordnete Schad das Wort zur Berichtigung des vorgelesenen, von der gesammten Linken und des linken Zentrums eingereichten Protestes, wozu noch beigefügt werden soll, daß die unterschriebenen Mitglieder auch gegen die Abstimmung über die Frage (bezüglich der Pfälzer protestiren.

Rudner: Ich erlaube mir die Frage, ob der Hr. Präsident darauf beharrt, die Abstimmung ohne Namensaufruf der pfälzischen Abgeordneten vorzunehmen. Prädent: Ich muß hiermit erwiedern, daß ich mich nicht für verpflichtet erachte, auf diese Frage Antwort zu geben.

Dr. Rudner. Ich finde mich veranlaßt, somit zu erklären, daß die beiden vereinigten Fraktionen (wüthende Blicke richtet jetzt der Abg. Lerchenfeld auf den Redner wobei er seinen Schnurrbart streicht) der Linken sich aller Theilnahme an den Kammerverhandlungen enthalten werden. Die Linke erhebt und entfernt sich. In diesem Moment erschallte ein „Bravo" und Beifallklatschen auf den Gallerien, welches das gestrige weit übertraf. Der II. Präsident befiehlt, daß die Gallerien geräumt werden sollen. Verächtliche Zurufe erfolgen von den Gallerien. Der Präsident schließt todtenbleich und vor Zorn und Angst zitternd die Sitzung. ½ Stunde später. Die Sitzung wird wieder eröffnet. Der Präsident schwätzt unwerthes Zeug, und sagt unter andern, er wolle alle möglichen Versuche machen, die mit seiner Stelle zu vereinbaren sind, um eine Vereinigung wieder herbeizuführen.

Jetzt halte er aber eine Abstimmung nicht für thunlich. (Gelächter in der Stenographenloge.) Präsident: (mit zornglühenden Blicken) Es würde mir Leid thun, wenn ich diejenigen Wenigen, die sich noch in der Kammer befinden, auch entfernen müßte. Hebt die Sitzung auf. Das Verhalten des linken Centrums, welches sich an die Linke angekettet zu haben scheint, ist ein überaus lobenswürdiges, und verdutzt die jesuitisch-aristokratische Rechte am meisten. Dagegen zeigt uns das Benehmen der vereinigten Fraktionen der Rechten, daß sie der Leidenschaft und der Ungesetzlichkeit alle Zügel lassen. Mit einem Worte, diese Männer zeigen uns ein trauriges Bild; ein Bild, welches klar kund gibt, daß sie nur durch besondere Interessen so zu handeln veranlaßt werden. Lerchenfeld und Abel überlassen sich augenscheinlich der süßen Hoffnung, wieder Minister zu werden. Ersterer jedoch sowie Graf Hegnenberg haben bei allen Kammerverhandlungen eine Partheilichkeit und Willkür an den Tag gelegt, wie wir sie in der Geschichte des Konstitutionalismus vergebens suchen. Von nun an gehören sie zu den moralisch Todten und in mir ist die feste Ueberzeugung, daß unsere Nachkommen ihre Namen nur mit Verachtung und Abscheu aussprechen.

Sie werden sich höchlich wundern, daß wir es zugaben, daß zwei fanatisirte Menschen, die Majorität der Volksvertreter terrorisiren durfte. Heute wurde zwar kein Militär am Ständehause aufgestellt, weshalb sich auch nach der Sitzung um so größere Haufen Volkes dort versammelten. Beim Heraustreten der Linken wurden stürmisches „Hochs" ausgerufen; — die Mitglieder der Rechten dagegen ausgezischt. — Nachmittags 1 Uhr kam das Regiment Seckendorf von Passau hier an, und geht morgen mit der Eisenbahn nach Donauwörth. Artillerie-Mannschaft und Traingegenstände werden fast täglich dahin befördert. Reiterpatrouillen durchziehen den ganzen Tag die Stadt.

J **München**, den 23. Mai. Die zu oktroyirende preussische Verfassung soll zurückgehalten, nach andern Mittheilungen noch gar nicht hier eingetroffen seyn. Was nun die Regierung, was der König thun wird nach dem heute von der Kammer gefaßten Beschluß für die unbedingte Durchführung der deutschen Reichsverfassung, ist nicht abzusehen. Daß ein v. d. Pfordten, wie es einem konstitutionellen Minister geziemt, sofort abtrete, daran ist nicht zu denken, obgleich das Ministerium wie der König fort und fort versichern, daß nur **wahrhaft konstitutionell** regiert werden solle; man wird also wie das vorige Mal die Entlassung des Ministeriums nicht annehmen und mit der Minorität regieren.

Wie sich die Regierung, d. h. das Ministerium, wie sich die beiden Präsidenten, wie sich die Rechte und das rechte Centrum, wie sich endlich ein Herr v. Lerchenfeld, Hr. v. Scheurl und Hr. v. Forndran in der so wichtigen deutschen Frage benommen haben, darüber zu schreiben bin ich nicht im Stande; — es gibt Dinge, die man durchaus selbst gesehen, selbst gehört haben muß, um sie glauben zu können, um sie der Ehre der Menschheit willen glauben zu dürfen.

Franken!

Ruft Eure Scheurl's, ruft Eure Lerchenfeld's und Consorten zurück, sie sind Eures Mandats unwürdig! Ruft sie schnell zurück, damit die Regierung sehe, was nachfolgt?

Damit die Regierung nicht sagen kann, die Majorität ist zu gering, so wollen wir ausdrücklich noch anführen, daß von der Linken und dem linken Centrum noch 8 Mitglieder gefehlt haben, daß also die Abstimmung für die unbedingte Durchführung der Reichs-Verfassung mit **81 gegen 62** Stimmen erfolgt wäre, wenn die Abgeordneten der Linken alle auf ihrem Posten gewesen wären.

= **München**, 24. Mai. Unsere Regierung hat durch den Antrag, die Pfälzer Deputirten aus den weiteren Berathungen der Kammer auszuschließen, sich einer Verfassungsverletzung schuldig gemacht, wodurch sie nunmehr gänzlich unhaltbar geworden ist. „Staatsrechtliche Nothwendigkeit", wie sich der Hr. Minister Ringelmann auszudrücken beliebt, sind die Gründe dieses schon längst als unkonstitutionell anerkannten Ministeriums, womit es Verfassungsbestimmungen über den Haufen zu werfen sucht. Demselben stehen getreulich die Mitglieder der Rechten, bestehend aus Individuen mit vormärzlichen Gesinnungen und parlamentarischen Windfahnen zur Seite, in enger Verbindung mit dem die Kammer terrorisirenden zweiten Präsidenten Hegnenberg-Dux und dem ersten Präsidenten Lerchenfeld, dem „liebenswürdigen Staatsmann", der sich seit dem Verlust seiner Popularität ganz in die Arme der „finsteren Partei" geworfen hat. Diese Männer, denen kein Mittel zu unwürdig, haben in der letzten Zeit Alles aufgeboten, Szenen in der Kammer hervorzurufen, durch welche die parlamentäre Fehde zu einer Komödie herabgewürdigt wurde, an welchen das anwesende Publikum mit Beifall- und Mißfallsbezeugungen sich betheiligte. Es ist eine Schmach für das bayerische Volk, Männer an der Spitze ihrer Vertreter zu haben, die aller guten Sitte Hohn sprechend, Auftritte während den Verhandlungen provoziren, die in einem gebildeten Staate nie vorkommen sollten. Heute die ähnliche Komödie wie gestern. Abtreten der Linken und des linken Centrums. Bravos und Hohnlachen auf den Gallerien, Räumung derselben und Aufhebung der Sitzung, wegen nicht berathungsfähiger Anzahl der Mitglieder. Was will man hierdurch bezwecken? so fragt sich Jeder. Es kann nach der Lage der Dinge nur eine Antwort gegeben werden, und diese ist: Herbeiführung von Exzessen und der darauf so sehnlichst gewünschte Belagerungszustand, unter welchem man die Volksvertreter besser tagend glaubt. Unser Kammerpräsidium dürfte sich aber hierin sehr getäuscht haben und ebensowohl darin, daß der Versuch desselben, die an der Reichsverfassung festhaltenden Franken und Schwaben auf Seite der Regierung zu bringen von Erfolg sey. Männer wie diese, werden jeder Verführung, selbst der der Korruption widerstehen. — Heute hat sich der zweite Sekretär gegen die ihn Umstehenden geäußert, daß die Beifallsbezeugungen, welche beim Abtreten der Opposition derselben zu Theil wurden, von „bezahlten Buben" herrührten, es wird ihm deßhalb eine zahlreiche Deputation der anwesenden Zuhörer eine Aufwartung machen, um ihn um eine Erklärung zu bitten.

* **Nürnberg**, 25. Mai. Da sich in den meisten der hiesigen Blätter über den gewiß traurigen und empörenden Vorfall im Schloßzwinger am 21. d. unrichtige Angaben befinden, so hält es der Arbeiterverein für seine Pflicht, der Wahrheit getreu die ganze Sachlage mitzutheilen: Auf allgemeines Verlangen wurde am Montag Abends eine Nachfeier des am Sonntag abgehaltenen, äußerst zahlreich besuchten und ohne die mindeste Ruhestörung vorübergegangenen Verbrüderungsfestes veranstaltet. — Die zahlreich anwesenden Bürger und Einwohner Nürnbergs, unter denen sich viele Frauen und Kinder befanden, sowie auch Soldaten aller Waffengattungen, waren in gemüthlicher Unterhaltung, als plötzlich an einem, am obern Ende des Festplatzes befindlichen Tische, der von Chevauxlegers und reitenden Artilleristen — meistens Unteroffizieren — besetzt war, unter einem fürchterlichen Geschrei vielfältige Hochs auf König Maximilian II. ausgebracht wurden, was viele Neugierige, die nicht wußten, was dieser Lärm zu bedeuten hatte, an diese Stelle hinzog, die sich aber wieder ruhig entfernten, nachdem sie sich von der Sachlage überzeugt hatten, so daß nicht die mindeste Berührung zwischen den Civilpersonen und den erwähnten Soldaten, vielweniger ein Wortwechsel oder gar ein Streit, der sich zu einer Höhe steigern konnte, wie die Beilage zu Nro. 143 der Mittelfrk. Ztg. irrthümlich berichtet, stattfand.

Es wurde im Gegentheile Alles aufgeboten, um einen Konflikt zu vermeiden und das anwesende Publikum vom Vorstand des Vereins aufgefordert, den Platz bald möglichst zu verlassen, da nach Zusammenstellung des auffallenden Benehmens gedachter Unteroffiziere und Soldaten und der zuverlässigen Mittheilungen, daß es auf einen Krawall abgesehen sey, diesem nur durch Entfernung der Anwesenden vorgebeugt werden könne. Die Entfernung geschah augenblicklich und in solcher Eile, daß sich die Militärs in ihrer Erwartung, den Konflikt im Einzelnen herbeizuführen, getäuscht sahen und in solche Wuth geriethen, daß sie der dem Ausgange sich zudrängenden Masse einen Hagel von Glas- und Steinkrügen mit einem »Hurrah d'rauf« nachsandten. — Nachdem die disponibeln Trinkgeschirre verworfen, wurde blank gezogen, und nun ohne Unterschied des Standes und Geschlechts, selbst Kinder nicht ausgenommen, was diesen Wütherigen in den Weg kam, ohne Erbarmen zu Boden geschlagen.

Nachdem auf diese Art alle Anwesenden entfernt waren, erging sich die Wuth dieser Menschen an den Geräthschaften des Lokals, welche von den siegreichen Säbeln dieser Helden vollends zertrümmert wurden. Noch nicht gesättigt, durchzog diese wilde Rotte auch mehrere Straßen der Stadt und verübte selbst vor der Hauptwache, Angesichts des wachthabenden Offiziers die empörendsten Schandthaten.

Der Verein stellt es den Einwohnern Nürnbergs anheim, ein Urtheil zu fällen und ist sogleich der größte Theil seiner Mitglieder erbötig, diese Aussagen eidlich zu bestätigen. — Die das Ganze charakterisirenden Einzelheiten behalten wir uns vor, nachträglich mitzutheilen.

Nürnberg, den 22. Mai 1849.

Der Arbeiterverein.

Speyer, den 23. Mai. Die gestern Abend stattgehabte Volksversammlung hat auf's Neue den Beweis geliefert, daß kein Ort in der Pfalz — auch Speyer nicht — von der gegenwärtigen gewaltigen Erhebung unergriffen geblieben ist. Mit tiefer Theilnahme nahm die zahlreiche Versammlung die Worte von A. Grün, Schmidt aus Löwenberg, Schütz aus Mainz und Reimann aus Sachsen auf; mit begeisterten Jubelrufen bekündete sie, daß sie die Sache der deutschen Freiheit zu der ihrigen gemacht, und einstimmig faßte sie den

Beschluß, noch diesen Morgen den Dom unter das Symbol der Bewegung zu stellen, und — troß Pfaffen und Reaktion — die deutsche Fahne von seinem Thurme wehen zu lassen.

Auch Altbayern hört nicht auf, seine Theilnahme an unserer Bewegung zu beurkunden. So trafen gestern Mittag wieder 34 wohlbewaffnete Studenten aus München hier ein, um sich der provisorischen Regierung zur Verfügung zu stellen.

Zu gleicher Zeit kommt dieser unserer deutschen Erhebung die Europäische Revolution mit ihrer Riesenarmee zu Hülfe und steigert unsre Hoffnung zur Gewißheit des Sieges. Die Wahlen in Frankreich erfolgen so sehr im Sinne der Freiheit, daß die gegenwärtige Regierung — zu ihrer Selbsterhaltung — eilt, sich mit Ungarn zu verbinden. Die Freiheitsarmeen der Ungarn und Polen im Osten, der Franzosen und Deutschen im Westen — sie werden doch wohl im Stande seyn, die russisch-preussische Fürstentyrannei zu brechen! (N. Sp. Z.)

Frankfurt, den 23. Mai. Der königlich preussische Kommissarius, Oberst im Generalstabe, Herr Fischer, ist wieder abgereist, wie man sagt, unverrichteter Dinge, da er von dem Herrn Reichsverweser keine Entscheidung über dessen Bleiben oder Gehen hat erlangen können. Ob der Antrag auf Auflösung der verfassunggebenden Reichsversammlung, wie behauptet wird, auch zu den Aufträgen des Herrn Obersten Fischer gehört, und, wie gleichfalls verlautet, von Seiner kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog-Reichsverweser entschiedene Ablehnung erhalten hat, wissen wir nicht zu sagen. Alles dies fällt in den Bereich der Tagesgerüchte, die wie den Lesern dieses Blattes nicht vorenthalten dürfen. (Frkf. O.-P.-Z.)

Frankfurt, 23. Mai. Nachrichten von Berlin besagen, daß sich eine Heeressäule von 50 Bataillonen Infanterie und verhältnißmäßiger Stärke der andern Waffengattungen in der Richtung gegen Frankfurt bewegt.

Die wichtigste der Nachrichten, welche die heutigen Frühposten überbracht haben, ist ein Zusammentreffen des Kaisers von Oesterreich mit dem Kaiser von Rußland in Warschau. (Fkft. O.-P.-Z.)

Mainz, den 23. Mai. Nachdem heute frühe abermals 4 Kompagnien vom 28. preuss. Infanterieregimente von hier ausmarschirt sind, besteht unsere Besatzung nur noch aus 7 Kompagnien Preussen und 14 Kompagnien Oesterreicher. Seit 1830 haben wir keine so kleine Garnison gehabt. Heute Abend erwartet man jedoch 2 Bataillone vom 34. preussischen Infanterieregimente, welche mit Dampfbooten vom Niederrhein ankommen werden. Die Besatzung soll unverweilt auf den Kriegsfuß gebracht werden, und bis auf 22,000 Mann ansteigen. So eben erfahren wir, daß die Direktion der kölnischen Dampfschifffahrts-Gesellschaft den ganzen Truppentransport aus Rheinpreussen hierher übernommen, und sich wegen Uebernahme von Passagieren mit der Düsseldorfer Gesellschaft geeinigt habe. (Fkft. O.-P.-Z.)

Koblenz, 23. Mai. Der Großherzog von Baden ist gestern Abend zu Land mit drei Wagen hier eingetroffen und im Thal Ehrenbreitstein im Gasthofe zum „weißen Roß" abgestiegen, woselbst derselbe einige Zeit bleiben wird.

Großbritannien.

London, 20. Mai. Ein unerhörtes Verbrechen ist hier begangen worden: ein Attentat auf das Leben der König Victoria. Die Königin hatte in Begleitung des Prinzen von Wales, der Kronprinzessin und der Prinzessin Helena in Hydepark eine Spazierfahrt gemacht und kam eben zwischen fünf und halb sechs Uhr Abends von derselben zurück, als plötzlich, da der Wagen auf dem Wege nach dem königlichen Palast an dem untern Ende von Constitutionhill anlangte, von einem in Arbeitertracht gekleideten Mann, der innerhalb des Parkgeländers mit dem Rücken an einem Baume gelehnt stand, ein Pistol auf sie abgefeuert wurde. Der Schuß ging glücklicherweise fehl.

Die Königin verlor keinen Augenblick ihre Fassung und suchte nur ihre Kinder zu beruhigen. Bei ihrer Ankunft im Palast kam ihr Prinz Albert, der in dem Moment des Vorfalls etwas vorausgeritten war, sogleich entgegen, mit tiefer Rührung ihr Glück wünschend, daß sie jenem Unfall so glücklich entgangen. Der Verbrecher wurde von den Nebenstehenden augenblicklich festgenommen und in ein nahe gelegenes Wachthaus geführt. Wie sich aus dem angestellten Verhör ergab, ist derselbe ein Irländer, Namens John Hamilton, von Profession ein Maurer. Nach seiner Aussage hat ihn Armuth zum Begehen jenes Verbrechens getrieben; Mitschuldige will er nicht haben. (Bedarf sehr der Bestätigung.)

Sprech-Saal.

Theater-Notiz.

Bei dem ungeheueren Andrang des politischen Stoffes, bleibt gegenwärtig selbst den größeren Zeitungen nur selten Raum für das Gebiet der Kunst und des Theaters, und das Mühen der bedeutendsten Künstler bleibt darum oft unbelohnt. Es scheint uns deßhalb eine doppelte Verpflichtung, auf das wahrhaft Gediegene und Große, troß der Alles überwältigenden politischen Ereignisse, aufmerksam zu machen. Zu diesen Worten fühlen wir uns durch das eben beendete Gastspiel des Herrn Wilh. Gerstel auf unsrem Stadttheater veranlaßt. Wenn die Besten genannt werden von Denen, die hie und da durch die Kunst der Darstellung sich Ruhm und Ehre erwarben, so darf, so kann Gerstel's Name nicht fehlen. Das Geistige seiner Auffassung, die vollendete Wahrheit seines Spiels, die glückliche Vertheilung von Schatten und Licht, seine frappanten, in historischer physiologischer Treue gewahrten Masken: alle diese Eigenschaften haben ihm auch bei seinem hiesigen Auftreten eine große neue Zahl Verehrer zugeführt und wir sind der Direktion besonderen Dank schuldig, daß sie uns diesen Gast vorgeführt. Wer den Genuß gehabt hat, Hrn. Gerstel in den innerlich so verschiedenen Rollen als Elias Krumm, als Jean (im Lumpensammler) als Essighändler, als Spürling (im Pasquill), als alten Fritz (im Duellmandat), als Beaudau (in den Mönchen) als Franz Moor ꝛc. ꝛc. ꝛc. spielen, nein — nicht spielen, sondern als wirklichen Fritz, als wirklichen Franz Moor agieren zu sehen: Der wird freudig mit einstimmen, wenn wir dem anspruchlos Scheidenden einen Kranz um die Stirne winden, der ihm aller Wege ein freundlicher Fürsprecher seyn mag.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 27. Mai 1849. **№ 147.** **Sonntag: Lucianus.**

Einem verehrlichen Gesammtpublikum zeigen wir hiemit an, daß in Zukunft alle bayerischen Postanstalten angewiesen sind, monatliche Abonnements auf die Mittelfränkische Zeitung anzunehmen, wodurch dem Publikum der besondere Vortheil erwächst, durch geringere Ratenzahlungen in den Besitz der Zeitg. zu kommen. Für den Monat wird mit 35 kr. rh. abonnirt, für welchen Preis die Zeitung gerade so geliefert werden muß, wie bei viertel- und halbjährigen Abonnements.

Expedition der Mittelfränkischen Zeitung.

Was hat die deutsche Demokratie und die französische Republik zu thun?

Folgenden Artikel entnehmen wir der Karlsruher Zeitung zum Zeichen, wie total sich dieses Blatt in's Extreme von dem, was sie war, geändert hat.

Das Ausland entscheidet jetzt Alles, denn wären wir allein, so wäre die Sache der Freiheit schon entschieden. Es wäre aber jetzt die größte Verblendung, die auswärtigen Angelegenheiten zu vernachlässigen, und den edlen Lamartine noch einmal aufzuführen. Für Baden ist Ausland Alles, was sich der badischen Regierung noch nicht angeschlossen hat, und jeder Bruderstamm, der zu gewinnen ist, muß eilig beschickt und gewonnen werden gegen die preussischen Russen. Für Frankreich und die französische Freiheit sind es nur die französischen Russen, welche die Kriegserklärung gegen die preussischen Russen verhindern, das Interesse des werdenden Deutschlands in Baden und des republikanischen Frankreichs ist eines und dasselbe, die Vernichtung der kontrerevolutionären Armeen, die sich gegen beide heranwalzen. Und diese Vernichtung ist gerade jetzt nothwendig. Jetzt gilt es, die deutsche und die französische Revolution zu retten. Der König von Preussen erklärt in dem Aufruf an sein Volk alle Demokraten für Räuber und die Republik setzt er ganz auf die gleiche Linie mit der äußersten Verruchtheit. Dies ist eine Kriegserklärung gegen die deutsche Demokratie und die französische Republik. Die deutsche Demokratie weiß nun, daß entweder sie oder der König von Preussen zu Grunde gehen muß. Alle Demokraten an allen Orten Deutschlands werden zu den Waffen greifen, und es wird in Deutschland nur zwei Parteien geben, die des Volkes und die des bluttriefenden preussischen Despoten, die Partei der Volkseinheit und Volksfreiheit und die Partei des gekrönten meineidigen Rebellen gegen den Willen des deutschen Volkes. Ebenso die französische Republik weiß jetzt, wie sie mit dem Könige von Preussen daran ist. Die Franzosen haben keine andere Wahl, als entweder sogleich den Krieg gegen Preussen zu erklären und im Bunde mit den siegreichen Ungarn und der kämpfenden deutschen Demokratie dieses despotische Militärungeheuer aufzulösen, oder später den Krieg mit allen drei Militärdespotien der heiligen Allianz zu führen ohne die Ungarn und ohne die deutsche Demokratie. Jetzt also muß Frankreich den Krieg annehmen, weil er jetzt nothwendig zum Siege führt. Freie Völker führen keine Eroberungskriege. Dieser Krieg wäre Nichts, als ein Krieg der Nothwehr gegen die verbündete Militärtyrannei, ein Religionskrieg gegen das absolutistische Papstthum in Sankt-Petersburg.

Aber jede Stunde der Zögerung ist für die Freiheit ein unersetzlicher Verlust, jede kindische Hoffnung auf das Glück der Ereignisse, das aus den Wolken fällt, ist ein Unglück. Ihr habt gesehen, wer diese preussischen Soldaten sind. Damals in Berlin und jetzt in Dresden. Sie sind ärger, als die Kroaten, sie sind Russen. Rechnet nicht darauf, daß sie sich empören, wenn sie mit den Russen gemeinsam zum Kampfe gegen die Freiheit geknutet werden; denkt nur daran, sie zu besiegen Mann gegen Mann mit der blanken Waffe. Kein freies Deutschland, ohne ein zweites Jena. Bem und die Ungarn sorgen für Austerlitz.

Aber Fluch über die Dummheit, welche den scheußlichen Bund des Gesammtscheusals Oesterreich mit den Russen und mit dem preussischen Bedienten des Czars Hunderttausende auf den freien Westen wälzen sieht, und noch nicht begreift, daß der Weltbrand entzündet ist und daß nur der Bund aller freien Völker Europa retten kann. Rettet Deutschland, rettet die Ungarn, rettet Frankreich, rettet Italien; handelt gemeinsam alle vier gegen die gemeinsamen Feinde der europäischen Menschheit.

Deutsche Staaten

X **München,** 25. Mai. Aus der Festung Landau kam gestern Nachts 10 Uhr ein Kurir hier an; in dieser späten Stunde wurden die überbrachten Depeschen noch dem König eingehändigt. Heute soll an mehrere Regimenter Befehl zum Abmarsch nach der Pfalz ergangen seyn, unter denen sich auch das hiesige Infanterie-Leib-Regiment befindet. Schüler und Kolb sind gestern abgereist.

München, Wie gestern Abend nach dem Schluß der Kammersitzung bis tief in die Nacht hinein zahlreiche Cuirassierpatrouillen (jede zu 18 Mann) mit rastloser Geschäftigkeit die Prannersstraße und den dem Volkshause benachbarten Stadttheil durchritten, obwohl derselbe des ununterbrochenen Regens fast menschenleer war, so sah man auch heute wieder nach Beendigung der Sitzung die größten Cavalleriepatrouillen stundenlang die genannten Straßen durchziehen, ohne daß man auch nur den geringsten Anlaß zu solch übergroßer militärischen Vorsorge hätte entdecken können. Einen Beleg dafür wie nahe die Benützung unserer gesammten Militärmacht bevorstehen mag, gibt der heute aus dem Staatsministerium des Kriegs ergangene Befehl, „daß wegen der höchst dringlichen Zeitverhältnisse sämmtliche durch die Ministerialreskripte vom 19. d. M. beförderte oder versetzte Offiziere sich ohne allen Zeitverlust in ihre neuen Garnisonen, beziehungsweise Kantonirungen oder Lager, zu begeben und ihre Uniformsabänderungen schleunigst zu beschäftigen haben.“ Heute Mittag traf das zweite Bataillon des achten Infanterie-Regiments von Passau auf seinem Marsch zum Lager nach Donauwörth hier ein, und wurde in der Stadt einquartiert. (A. A. Z.)

München, den 24 Mai. Der schlagfertigen Position, welche bei Wiedereröffnung der Kammersitzung gestern um 5 Uhr eine Kompagnie Infanterie in der Nähe des Sitzungslokales eingenommen, haben wir bereits erwähnt. Nach der zweiten Suspension der Sitzung in Folge des jubelnden Beifalles, welcher die Abgeordneten der Majorität aus dem Saale begleitete, wurde abermals eine Kompagnie requirirt, welche — Trommelschläger und Sapeurs voran — eine Promenade in die Prannersgasse machen mußte. Bald darauf durchzogen 16 Mann starke Kurassierabtheilungen, einen Trompeter an der Spitze die genannte und andere Straßen. Warum? — Wer weiß es! Schwerlich doch hat der Herr Präsident, dem es nach seinen Gebahren in der Kammer zu schließen, an — — Muth nicht fehlt, durch diese Streitkräfte sich den Heimweg decken lassen wollen. Er ist ja überdies — und „da in liegt sein größter Trost“ — gestützt auf die öffentliche Meinung!“ Das Gelächter, womit dieser sein Ausspruch schon im Sitzungssaale beantwortet wurde und die, wenn auch nicht gar schmeichelhaften Zurufe auf der Straße sind natürlich kein Ausdruck der „öffentlichen Meinung.“ Diese gibt sich vielmehr durch den warmen Händedruck seines Kollegen, des „liebenswürdigen und ausgezeichneten Staatsmannes“ eben so unzweifelhaft kund, als das rüstige Händeklatschen v. Abels in der gestrigen Vormittagssitzung ein unverwerfliches Zeugniß für die in Vortrefflichkeit des freiherrlich v. Lerchenfeld'schen Vortrages war. Zudem war der Vorsitzende durch die Begleitung eines Gensdarmeriehauptmannes gedeckt. Wozu also diese Gruppenzüge? Die einzige Vermuthung ist, daß man die Ruhe stören wollte; denn noch in die Nacht hinein scheuchte der Tritt der Infanterie und das Getrabe der Kavallerie den Schlaf von den Augen Schlaflustiger. (D. f. Z.)

Braunschweig, 18. Mai. Dem aufrichtigen mit der Meinung des Landes übereinstimmenden Benehmen unsrer Regierung in der deutschen Frage verdankt dieselbe das Zutrauen und die Achtung des Landes, welche ihr selbst die Anhänger der äußersten Parteien nicht versagen können. — Eine heute von dem Staatsminister v. Schleinitz in der Sitzung der Abgeordneten-Kammer rücksichtlich jener Angelegenheit abgegebene Erklärung ist von dieser mit dem größten Beifalle aufgenommen worden und muß auch die entschiedensten Zweifler beruhigen. — Der Minister erklärte zuvörderst, das in einigen Zeitungen aufgetauchte Gerücht, unsere Regierung würde, wenn auch nicht amtlich an den von der preussischen Regierung nach Berlin berufenen Kongresse Antheil nehmen, für völlig unbegründet, im Gegentheile handle unsere Regierung in dieser Beziehung nur im vollen Einverständnisse mit denjenigen deutschen Regierungen, welche die Reichsverfassung anerkannt hätten und habe unsren Gesandten zu dem Kongresse in Frankfurt in diesem Sinne instruirt. Allerdings habe unsre Regierung von der preussischen die Aufforderung erhalten, sich bei dem Kongresse in Berlin zu betheiligen, habe dies aber auf keine Weise gethan und werde es auch nicht thun, außer im Einverständnisse mit den anderen obengenannten Regierungen. Zu diesem Zwecke hätte sie auch noch einen besondern Abgesandten (den Abgeordneten Amtsassessor Schmid aus Schöningen) mit desfallsigen besondern Instruktionen nach Frankfurt a. M. geschickt. Uebrigens habe über die Betheiligung an dem Berliner Kongresse ein gemeinschaftlicher Beschluß noch nicht gefaßt werden können, theils weil noch viele Bevollmächtigte in Frankfurt fehlten, theils wegen der neueren Ereignisse in Süddeutschland, welche eine Unterbrechung der Berathungen zur Folge gehabt hätten. Uebrigens — so schloß der Minister, werde die hiesige Regierung nie Anstand nehmen, die Versammlung von allen ihren Schritten in dieser Angelegenheit in Kenntniß zu setzen. (Wes. Z.)

⇒ **Frankfurt,** den 24. Mai. (227. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Reh.) Aus der Versammlung desertiren heute: Anz, Braun, v. Cöslin, Bonardy, Friedrich aus Bamberg, Kämmel aus Zittau, Lammers aus Erlangen, Maly aus Wien, Deymann, v. Vincke, Becker aus Gotha und Gevekoht aus Bremen. Dann Widenmann, Kuntzel, Bauer aus Bamberg, Fallati, Zeltner, Krafft, Hans von Raumer, Sprengel, Tellkampf, Stahl, v. Herzog, Emmerling, Wernher von Nierstein, Francke Steindorf, C. F. Wurm, Michelsen, Esmarch, Barth, Rümelin, Schierenberg, Siemens. Der Präsident verliest folgende Mittheilungen aus dem Reichsministerium des Innern: Der Reichsminister des Innern an den Präsidenten der hohen Reichsversammlung Hrn. Reh dahier. Es ist gestern das in Abschrift anliegende Schreiben einer angeblichen provisorischen Regierung der Rheinpfalz bei dem Reichsverweser eingegangen. Da die von der Reichsversammlung beschlossenen Grundrechte selbst in § 195 eine jede Schilderhebung und eigenmächtige Aenderung der Landesverfassung untersagen, ferner die Verfassung des Königr. Bayern den Vertretungen einzelner Landestheile überhaupt solche politische Befugniß nicht beilegt, mithin die Selbstkonstituirung einer andern Re-

gierung, als der gesetzlich eingeführten, für ein verbrecherisches Unternehmen erachtet werden muß, hat zur Zeit von dieser Anzeige keine Kenntniß genommen werden können, sondern dies ausgesetzt bleiben müssen, bis in diesem Theile des Reichs die Ordnung und das Gesetz wieder hergestellt seyn werden. Frankfurt, 24. Mai 1849. Dr. Grävell. Das Schreiben der provisorischen Regierung lautet: Ew. kaiserlichen Hoheit verfehlen wir nicht anzuzeigen, daß die Versammlung der pfälzischen Volksvertreter zu Kaiserslautern am 17. Mai d. J. die Einsetzung einer provisorischen Regierung beschlossen hat, um einestheils der drohenden Anarchie kräftig entgegen zu wirken und anderntheils der Bewegung zur Durchführung der Reichsverfassung mehr Nachdruck und Einheit zu geben. Zu Mitgliedern der provis. Regierung wurden die Bürger Reichard, Culmann, Hepp, Schüler und Kolb, und als Ersatzmänner derselben die Bürger Greiner, P. Fries und R. Schmitt gewählt. Die provisorische Regierung hat sich noch am gestrigen Tage konstituirt. Kaiserslautern, 18. Mai 1849. Die provisorische Regierung der Rheinpfalz. gez. P. Fries. R. Schmitt. Hepp. Greiner. Reinhard.

An Flottenbeiträgen sind 3707 fl. durch Ed. Vieweg in Braunschweig gesammelt eingegangen. Auch wird wieder eine lange Liste von Anhängtichkeitsadressen (darunter eine von 4000 Bürgern von Potsdam) angezeigt. Schulz aus Weilburg ruft das Reichsministerium an: ob es wahr sey, daß Preussen die Centralgewalt aufgefordert habe, die Nationalversammlung mit Gewalt der Waffen zu sprengen, die Reichsgewalt in die Hände des Königs von Preussen zu übergeben; ob von Seiten Preussens über einen Frieden mit Dänemark unterhandelt werde, und zwischen Preussen, Sachsen und Hannover ein Sonderbündniß und unter welchen Bedingungen es abgeschlossen sey. Der Reichsminister läßt die Antwort darauf auf die erste Sitzung nach dem Feste zusagen. (Gelächter. Post festum!) Für den dringlichen Antrag des Vizepräsidenten Eisenstuck erhebt sich die ganze Versammlung. Zum Worte meldet sich Niemand darüber, und mit Ablehnung eines Verbesserungsantrags v. Dieskaus wird — fast mit Stimmeneinhelligkeit — nach dem Eisenstuck'schen Antrag beschlossen: „Die sächsischen Abgeordneten sind nicht berechtigt, auf Grund der Abberufung Seitens der sächsischen Regierung ihrem Berufe als deutsche Nationalvertreter sich zu entziehen.“ Mit derselben Mehrheit und ohne Berathung wird der Antrag des Abgeordneten Umbscheiden angenommen. Der Dreißiger Ausschuß wird demnach mit dem Entwurf einer Ansprache an das deutsche Volk beauftragt, der in nächster Sitzung vorzulegen ist. In Bezug auf beide Abstimmungen hält Böcler für sich und die kleine Minderheit seiner politischen Freunde das Protokoll zu einer abzugebenden Erklärung offen.

Dem Nauwerckschen Antrage dagegen, die Reichsversammlung unter den Schutz des Freistaates Frankfurt zu stellen, wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt, desgleichen wird sie verweigert einem Antrage von Schorn und Genossen auf Vertagung der Reichsversammlung auf unbestimmte Zeit. Ueber einen Antrag Röslers aus Oels, den Stellvertreter des Abgeordneten Hensel, Blöde in Dresden unter Aufhebung der über ihn verhängten Haft einzuberufen, erfolgt eine kurze Debatte. Vizepräsident Biedermann: Mir sind weder die rechtlichen Fragen, die hier einschlagen, noch die Verhältnisse bekannt genug, um mich sofort nach dem Rösler'schen Antrage zu entscheiden. Er verlangt deshalb, daß derselbe einem Ausschusse übergeben werde. Freudentheil aus Hannover unterstützt die Meinung Biedermann's, und nachdem sich auch Rösler mit der Verweisung an einen Ausschuß einverstanden erklärt, geht der Antrag an den Centrallegitimationsausschuß zur Begutachtung. Würth aus Sigmaringen will die Verfügungen des Ministeriums Grävell für null und nichtig erklärt und die nöthigen Schritte zur Herstellung einer anderweiten Exekutive gethan sehen. Die Dringlichkeit findet nicht die nöthige Unterstützung. Endlich hat noch einen dringlichen Antrag eingebracht Nagel aus Bahlingen: daß die Abgeordneten, die auf ergangene Aufforderung binnen 10 Tagen in Frankfurt nicht eintreffen, als auf ihre Vollmachten verzichtend betrachtet werden sollen. Derselbe wird ebenfalls nicht für dringlich erkannt. Während noch in Bezug auf die in letzter Sitzung erfolglos gebliebene Abstimmung über die von Golz beantragte Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsanzahl des Hauses auf Einhundert eine kurze Verhandlung Statt findet, treten Grävell, Merck und Fürst A. Wittgenstein in den Saal, um auf der Ministerbank vor dem linken Centrum Platz zu nehmen. Sie verlassen jedoch nach einer Anwesenheit von nur wenigen Minuten die Paulskirche wieder.

Die Abstimmung über den Goltzischen Antrag wird sodann abermals durch Namensaufruf wiederholt. Einigen Trümmern der zersprengten Rechten, die sich auch heute wieder entfernen wollen, wird das „Nichtweglaufen!“ hart genug entgegengerufen und so ergeben sich denn 115 bejahende und 35 verneinende Stimmen, mithin eine für die Beschlußfähigkeit gerade hinreichende Theilnahme! Als demnach der Präsident dies Resultat verkündet, brechen die Mitglieder und die Gallerien in Applaus aus.

Frankfurt, 23. Mai. Für die morgende Sitzung der Paulskirche ist abermals eine Austrittserklärung zu erwarten, die so ziemlich den ganzen Rest des Kasinoklubs, wie er sich in den letzten Tagen gestaltet hatte, umfaßt. Die Herren Fallati, Rümelin, Hans v. Raumer, Wiedenmann, Wernher von Nierstein, Barth aus Kaufbeuren, v. Zerzog, Siemens aus Hannover und Genossen scheiden nämlich ebenfalls aus, nachdem sie sich seit der letzten Sitzung der Reichsversammlung für überzeugt halten, daß an ein geordnetes Zusammenwirken mit der jetzt in der Paulskirche herrschenden Mehrheit nicht zu denken ist. Viele von ihnen sind schon abgereist, die Meisten durch das Scheitern aller Hoffnungen tief niedergeschlagen und Alle auch die Zuversichtlichsten schwer betrübten Herzens. Selbst die frische und mannhafte Persönlichkeit des Regensburger Zerzog sah sich in den jüngst verflossenen Tagen nicht mehr ähnlich, so viel von ihrer Heiterkeit hatte sie eingebüßt. Herrn Heinrich v. Gagerns Wohnung, den Mehrere seiner Freunde zum Abschied aufsuchen wollten, fanden sie verschlossen. Der ehemalige Präsident der Versammlung und des Reichsministeriums sucht in Gornau, im väterlichen Hause am Taunus die Erquickung, deren seine angegriffene Gesundheit und sein niedergebeugtes Gemüth bedarf. Hans v. Raumer ist des unfruchtbaren Wirkens durch Wort und Schrift für die deutsche Sache so überdrüssig, daß er nicht blos seine Frankfurter Vollmacht zurückgibt, sondern auch sein bayerisches Amt. Er war als rechtskundiger Magistratsrath in Dinkelsbühl zur Bürgermeisterstelle vorbezeichnet. Allein anstatt nach Franken zurückzugehen, ist er bereits auf dem Wege nach Schleswig-Holstein und tritt dort als gemeiner Soldat in das Heer, um dem Vaterlande mit den Waffen zu dienen. Seine Habe in Dinkelsbühl wird in diesen Tagen versteigert. Hr. v. Raumer war eben zum Schriftführer der Versammlung erwählt, die er verläßt. Im schleswig-holsteinischen Landesheer will er sich dem Fußvolke anreihen. Er steht im 29. Lebensjahre. Die Hrn. G. Beseler, Droysen und Duncker haben sich zunächst nach Berlin gewendet, vielleicht doch noch in der Hoffnung, einflußreiche Personen daselbst für die deutsche Verfassung zu gewinnen. Herr Bassermann dagegen ist wieder in Frankfurt eingetroffen. (D. Z.)

Frankfurt, 23. Mai. Es sind über den zeitigen Bestand des in um Frankfurt koncentrirten mobilen Truppenkorps, wie es gegenwärtig noch der Generalmajor von Bechtold befehligt, so unegnaue und so übertriebene Versionen in Umlauf, daß es Ihnen vielleicht nicht unwillkommen ist, einige genauere Angaben darüber aufzunehmen. Das Korps zählt 2 Bataillone Oesterreicher, jedes 1200 Mann stark von welchen das eine in Frankfurt selbst, das andere in den kurhessischen Ortschaften Bergen und Seckbach liegt, das ganze preuß. 38. Infanterieregiment, also ebenfalls 2 Bataillons, jedes zu 1000 M., theils in Frankfurt, theils in Bornheim kantonnirend, 1 bayerisches Jägerbataillon von 10 Kompagnien (2 Kompagnien sind in der Garnison Aschaffenburg geblieben) zu 1000 Mann, je eine Kompagnie in Ober- und Niederrad, der Rest in Sachsenhausen, das ganze kurhessische 3. Inf.-Regiment, 2000 Mann, das zweite Bataillon in Frankfurt, das erste Bataillon mit dem Stabe in Bonames, sodann das Frankfurter Linienbataillon, 600 M., in Frankfurt, zusammen 8 Bataillons mit 8000 Mann; ferner 2 Schwadronen Hessen-Darmstädter Chevauxlegers, 250 Pferde, in Frankfurt und eine halbe Schwadron österreichischer Dragoner, 60 Pferde, in Sachsenhausen; endlich eine halbe österreichische und eine halbe preussische Fußbatterie und eine halbe hessen-darmst. reitende Batterie zu je ungefähr 40 Mann, sämmtlich in Frankfurt: Alles in Allem 8 Bataillons, 2½ Schwadronen und 1½ Batterien mit ungefähr 8500 Mann. Das gesammte Offizierkorps ist übrigens heute Mittag dem neuen Reichskriegsminister, Generallieutenant Fürst Wittgenstein, vorgestellt und später eine große Parade abgehalten worden, bei welcher alle hier garnisonirenden Truppenkörper durch einzelne Abtheilungen vertreten waren.

Frankfurt, 23. Mai. Es treffen so eben aus zuverlässiger Quelle interessante Mittheilungen aus der Reichsfestung Landau ein. Die Lage der Festung ist eine verzweifelte. Die ganze Garnison besteht noch aus ungefähr 800 Mann und auch ihrer ist man nicht mehr sicher. Aber der Oberst Burkard, ein alter Offizier, der den russischen Feldzug mitgemacht, hat sich mit einer Anzahl anderer Offiziere in die beiden großen Pulverthürme am deutschen und französischen Thor eingeschlossen und geschworen, sobald die Insurgenten einziehen, sich in die Luft zu sprengen. Wer den alten Krieger kennt, zweifelt nicht, daß er seinen Schwur hält. Landau würde in diesem Falle ein Schutthaufen seyn, denn jeder der Pulverthürme hält 1000 Centner Pulver. Aus derselben Quelle wird uns auch der folgende, für die Erhebung der Pfalz jedenfalls höchst charakteristische Zug erzählt. Eine Schwadron des Chevauxlegersregiments Leiningen, wenn ich mich recht erinnere in Zweibrücken, machte Miene, sich der Bewegung anzuschließen. Der Rittmeister ließ seine Leute zusammentreten und erklärte ihnen, daß er sie freilich nicht halten könne, daß aber die Pferde nicht ihnen gehörten und zurückbleiben müßten. Die Schwadron zog ab, ließ aber sämmtliche Pferde da. (D. Z.)

Frankfurt, 24. Mai. Der beständige Courierwechsel mit Berlin, verbunden mit der kritischen Lage der deutschen Angelegenheiten gibt zu den widersprechendsten Nachrichten Anlaß. Gestern unterhielt man sich davon, daß der Reichsverweser, nachdem er die Uebergabe seiner Befugnisse an Preussen abgelehnt, von dieser Seite aufgefordert worden sey, dieselben in die Hände der Bevollmächtigten der Regierungen zu legen. Damit wäre ein neuer Bundestag constituirt. (Fr. O.-P.-Z.)

Frankfurt, 24. Mai. Das in der königlichen Proklamation angekündigte Einverständniß Preussens mit den andern deutschen Königreichen über die Behandlung der deutschen Angelegenheiten scheint nicht zu bestehen, indem die dort ebenfalls vorhergesagte Maßregel der Abberufung der Abgeordneten zur verfassunggebenden Reichsversammlung bisher nur von Sachsen ergriffen ist, dagegen, wie zuverlässige Nachrichten aus Hannover und Bayern außer Zweifel setzen, von dort aus nicht einmal beabsichtigt wird. (Fr. O.-P.-Z.)

Frankfurt, den 22. Mai. Man liest jetzt an unsern Straßenecken nachfolgendes Plakat. (Fünf Sätze zum Nachdenken. I. Soll ein Volk von 45 Millionen nicht das Recht haben, sich aus eigener Machtvollkommenheit ein neues Grundgesetz zu geben? II. Soll das in 38 Fetzen zerrissene Deutschland nicht das Recht haben, sich unter diesen Grundgesetzen — der Reichsverfassung — zu Einem großen, in Einigung starken Staate zu verbinden? III. Ist es zu billigen, daß sich diesem Einigungswerke einige deutsche Fürsten widersetzen, denen dasselbe doch nicht zu nahe tritt? IV. Ist es nicht gegen Natur und Vernunft, daß die Soldaten und Brüder, für welche wir in 33 Friedensjahren über Tausend Millionen Thaler ausgegeben haben, uns, ihre Väter und Brüder, niederschießen sollen, die wir doch auf der Welt nichts Anderes wollen, als Gesetz und Ordnung — die Reichsverfassung — aufrecht erhalten? V. Wie nennt man das, wenn ein Fürst dasselbe Volk, welches ihm die Kaiserkrone übertragen hat, mit Krieg heimsucht?) Die Oktroyirungsfreunde gewahren in dem Ausgange der gestrigen Nachmittagssitzung der Reichsversammlung einen ihnen willkommenen Zwischenfall, um die zwischen der Reichscentralgewalt und der Krone Preussens wegen der Auflösung dieser Versammlung erhobene Streitfrage auf das friedlichste und freundlichste zu lösen. Leicht möglich jedoch, daß sie sich verrechnen! — Seit einigen Tagen weilt der am Berliner Hofe und bei der Reichscentralgewalt zugleich accreditirte nordamerikanische Gesandte, Herr Donnelson, in unserer Stadt. Unmittelbare Veranlassung zu seiner Uebersiedelung nach Frankfurt soll folgendes Begegniß gegeben haben. Hr. Donnelson mit der Uebergabe eines eigenhändigen Schreibens des Präsidenten der Vereinigten Staaten an den König von Preussen beauftragt, konnte nach mehrwöchentlichem Warten zu keiner Audienz gelangen. Des langen Zuwartens müde, erklärte er endlich, daß er, wofern seinem Verlangen innerhalb einer peremtorischen Frist nicht willfahren werden sollte, das Schreiben sofort nach Amerika zurücksenden werde. Diese Drohung fruchtete und die Audienz ward bewilligt. Aus dem langen Verzuge ist der vaterländischen Sache der Nachtheil erwachsen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten den Abgang der zu New-York erkauften und daselbst bemannten großen Kriegsdampffregatte the United-States zu untersagen sich bemüßigt fand, weil inmittelst die Feindseligkeiten mit Dänemark wieder ausgebrochen sind, in Gemäßheit der

von ihr angenommenen völkerrechtlichen Vorschriften aber es nicht statthaft ist, bei Ausbruch eines Krieges eine der beiden Parteien durch Absendung von Mannschaften u. s. w. zu unterstützen. (D. k. Z.)

Hanau, 23. Mai. Heute ziehen aus unserer Stadt über hundert in den Waffen wohl geübte Männer ins Badische, um für die dortige Bewegung mit ihrem Leben einzustehen. Aus andern Theilen Kurhessens vernimmt man, daß sich ebenfalls Zuzüge nach Baden bilden. (Ffst. J.)

†*† **Berlin**, 23. Mai. Die ministeriellen Artikel der hiesigen Zeitungen bereiten das Publikum auf neue rettende Thaten vor, und alle Welt zerbricht sich den Kopf darüber, was dem Ministerium wohl noch zu thun übrig seyn mag. Die Verfassung ist oktroyirt, die Belagerungszustände werden verhängt und bis ins Unendliche verlängert, aller Orten, wo es dem Ministerium beliebt, die Gesetze zum Schutz der persönlichen Freiheit, die freie Presse, das Vereinigungsrecht werden willkürlich aufgehoben; das Bürgerwehrgesetz ist nicht ausdrücklich, wohl aber faktisch beseitigt; daß die Kammern zum 27. Juli nicht zusammentreten werden, daß ein neues Wahlgesetz bereits vollzogen ist, daran zweifelt man gar nicht und hat sich an diesen Gedanken bereits gewöhnt. Welche rettende That das Ministerium nun noch vollbringen könne, gehört zu den räthselhaften Fragen, mit deren Beantwortung sich in diesem Augenblick alle Kreise vergeblich abmühen. Viele sind der Meinung: das Ministerium oder vielmehr der über demselben stehende „höhere Wille“ sey des Spiels mit lästigen Formen, mit Zeit- und Distriktsweisen“ Suspendiren von Rechten, ohne deren totale Beseitigung nicht zu regieren ist, herzlich satt; man wolle deshalb die ganze Verfassung auf ein Jahr suspendiren. Diese Vermuthung, die eben als solche von uns nicht weiter verbürgt werden kann, findet Glauben und in manchen Indicien auch thatsächliche Unterstützung. Jedenfalls werden die nächsten Tage schon die neueste rettende That bringen.

Seit Waldeck's Verhaftung sind besondere Vorkehrungen getroffen, um etwaige Unternehmungen zur gewaltsamen Befreiung Gefangener zu vereiteln. Der Geheimräthin Waldeck wird der Zutritt zu ihrem gefangenen Gatten nicht mehr gestattet, dieselbe beabsichtigt, mit ihrer Familie nach Dessau überzusiedeln.

Herr Bassermann wird Berlin wahrscheinlich vor der Hand nicht verlassen. Derselbe hat an den Konferenzen über die zu oktroyirende Reichsverfassung bisher lebhaft Theil genommen, da in vielen Beziehungen eine Begutachtung Seitens des Reichskommissärs wünschenswerth erschien. Natürlich hatte seine Betheiligung, wie wenigstens versichert wird, keinerlei Zusammenhang mit dem eigentlichen Zweck seiner Sendung.

Unsere gestrigen Mittheilungen in Bezug auf die deutsche Angelegenheit bestätigen sich vollkommen. Der bayerische Kommissarius Hr. v. Lerchenfeld betheiligt sich für jetzt nicht mehr an der hier unter Leitung des Hrn. v. Radowitz stattfindenden Minister-Konferenz. Die Regierung Oesterreichs hat sich mit Preussens Vorschlägen in Betreff des engern wie des weitern Bundes nicht einverstanden erklärt. Die Unterhandlungen werden im Augenblick nur zwischen Preussen, Hannover und Sachsen gepflogen und selbst zwischen diesen Mächten walten noch Differenzen ob. Hr. Stein hat sich noch nicht in allen Punkten den Propositionen des Hr. v. Radowitz angeschlossen. Die preussische Regierung hat die Hoffnung auf eine Verständigung und Vereinbarung noch nicht aufgegeben und schlimmsten Falls scheint Preussen entschlossen, auf eigene Hand zu handeln.

Die Nachrichten aus Frankfurt erregen in höhern Kreisen keinerlei Besorgniß, dagegen scheint die Nachricht von dem Austritte des Hrn. v. Gagern und seiner Partei aus der National-Versammlung mit großer Befriedigung aufgenommen worden zu seyn.

Ueber die Art und Weise, in welcher man die süddeutschen Bewegungen zu bewältigen gedenkt, schweben hier Berathungen. Man wird jedoch jedenfalls nicht allein mit preussischen Truppen operiren, vielmehr soll ein preussisches Korps gemeinschaftlich mit süddeutschen Truppenabtheilungen nach den vorzüglichsten Punkten der Bewegung dirigirt werden.

Wenn wir gestern berichteten, daß die Sendung des Adjutanten Seiner Majestät Prinzen Croy an den König von Würtemberg nicht den gewünschten Erfolg gehabt hat, so müssen wir heut dieser Mittheilung eine andere zufügen. Der Erfolg jener Sendung erscheint einer mächtigen Hofpartei zwar unangenehm aber nichts desto weniger kam er ihr nicht unerwartet. Der gegenwärtige Regent Würtembergs handelt nur im Einvernehmen mit seinem constitutionellen Ministerium. Das Ministerium Römer ist aber nicht geeignet, jener Partei weder direkt noch indirekt zu dienen. Man muß also auf Eventualitäten denken, die, können sie nicht den Sturz des Ministeriums herbeiführen, zu einem weitern Resultate verhelfen. Man verfolgt jetzt in gewissen Regionen seine Zwecke sehr consequent, man unterhält nicht umsonst an so manchen deutschen Höfen Verbindungen mit Leuten, die die Märzereignisse des vorigen Jahres verdrängt haben. Ein Resultat, ein sehr überraschendes Resultat, könnte diese Verbindung zwischen Berlin und Stuttgart zur geeigneten Zeit herbeiführen — die Abdication des Königs von Würtemberg —

Von St. Petersburg ist eine Note eingetroffen, welche verlangt, daß die preussischen Truppen Jütland räumen. —

Berlin, 24. Mai. An der Mosel ist der Aufstand ausgebrochen; Berncastel und Wittlich, bewaffnet mit den in Prüm geraubten Waffen, sind unter Anführung des Advocaten (frühern Abgeordneten) Schilli aufgestanden. Die Kreise Berncastel und Wittlich sind in Belagerungszustand erklärt, General Horn zieht mit Truppen heran. (D. Rf.)

Stettin, im Mai. Die Mannschaften des zum Schutze der Küste zusammengezogenen Flottilen-Geschwaders werden tüchtig an den verschiedenen Stationsorten für den Marinedienst eingeübt. Der Prinz Adalbert hat sich während seines 10tägigen Aufenthalts an der Küste vollständig als Seemann benommen. Er brachte jede Nacht an Bord eines Schiffes zu und hatte sein Nachtquartier bald auf der Amazone in Swinemünde, bald auf der Oder in Wolgast; bald auf der Elisabeth vor Putbus. Bei einem Manöver, welches auf dem Haffe von der Amazone und den Schaluppen ausgeführt wurde, führte er die letzteren mit großem Geschicke gegen die Korvette und enterte die letztere.

Der reine, ungekünstelte Enthusiasmus des Prinzen für die Marine, deren Wachsthum der Zukunft vorbehalten bleibt, machte auf die Seeleute einen guten Eindruck. Am 9. Mai wurden im Rügianischen Bodden bei der Insel Vilm wie im vorigen Jahre Schießübungen nach einer Scheibe angestellt, welche die Seitenansicht einer Korvette vorstellt. Trotz des stürmischen Wetters gaben dieselben ein sehr günstiges Resultat.

Die Disziplin der Marine-Mannschaften ist aus verschiedenen Gründen noch nicht der in der Landarmee gleich. Binnen ... ist eine neue Division von 9 Schaluppen in Stettin ausgerüstet ... der Rhede von Lauterbach (Putbus) liegen außer 9 Schaluppen ... genblicklich das armirte Dampfschiff Elisabeth mit 4 Geschützen ... der Danzig mit 3 Geschützen. (D. Z.)

In **Kolberg** sind unter dem Donner der Kanonen zwei ... Kanonenböte vom Stapel gelaufen. (D. Z.)

Stuttgart. (147. Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 23. Mai. Vorläufiger Bericht.) Vor dem Uebergang zur Tagesordnung richtete Becher seine Interpellation an den Ministertisch, ob die württembergische Truppenbewegung zum Zweck habe, in eine mit Bayern, Hessen und Preussen gemeinsame Bekämpfung Badens sich einzulassen, oder ob nicht vielmehr die Regierung geneigt wäre, ein Schutz- und Trutzbündniß mit Baden abzuschließen und ebendamit die deutsche Verfassung zu retten? Staatsrath Römer antwortet, die Politik der Regierung sey noch heute wie früher dieselbe, in die innern Angelegenheiten Badens nicht einzuschreiten. In einer defensiven Stellung von Seite Würtembergs seyen lange nicht die Gefahr und die ungeheuren Opfer zu erblicken, welche eine offensive Stellung nothwendig mit sich bringen würde. General Rüpplin übernimmt in seiner Erwiederung die Verantwortlichkeit der Konzentration der Truppen, welche den Zweck haben, zum Schutz gegen die republikanische Propaganda, zur Ehre des würtembergischen Staates, zum Schutz gegen Bedrohungen von irgend welcher Seite an der badischen Grenze aufgestellt zu seyn. (Schw. M.)

Französische Republik.

† **Paris**, den 22. Mai. Im Moniteur das Einnahmebudget (1,372,571,060 Frkn.) pro 1849 und folgender Brief Bonapartes an den General Changarnier: Elysee-National, 21. Mai. Mein lieber General! Ich bitte Sie, den verschiedenen Truppen-Korps, über die ich heute Revue hielt, meine lebhafte Zufriedenheit über ihre schöne Haltung und meine ganze Anerkennung über ihren sympathetischen Empfang zu bezeugen. Mit solchen Truppen wird unsere junge Republik bald ihrer Aelterschwester von Marengo und Hohenlinden gleichen, wenn uns die Fremden hiezu zwängen. Und im Inlande, wenn die Anarchisten ihre Fahne wieder erhöhen, wären sie bald in ihre Ohnmächtigkeit zurückgeführt durch eine solche Armee, so treu ihrer Pflicht und ihrer Ehre. Den Truppen Lob spenden, heißt auch dem Chef Lob spenden, der sie befehligt. Ich bitte Sie, mein lieber General, alle Disziplinar-Eingesperrten frei zu lassen. Ich fühle mich glücklich, Ihnen bei dieser neuen Gelegenheit meine ganz besondern Gefühle von Hochachtung und Freundschaft für Sie auszusprechen. (gez.) Louis Napoleon Bonaparte.

Bugeaud soll wirklich mit Bildung eines Kabinets, unter Theilnahme Remusats & Comp. (natürlich mit Thiers im Hintergrunde) beauftragt seyn, weil Dufaure und Lamoricière 1) Amnestie aller Juni- und Mai-Gefangenen ohne Ausnahme, 2) Abberufung Oudinots, 3) Krieg oder wenigstens Zurückstoßung der Oesterreicher und Neapolitaner aus der römischen Republik verlangt haben. Wir unverschämt! Bonaparte und Thiers halten es für nöthig, die Rothen mit eiserner Hand niederzuhalten. Zu spät! Zu spät!

[Nationalversammlung. Sitzung vom 22. Mai. Anfang 2 Uhr.] Präsident Marrast. In dem Gesetzgebungs-Ausschusse wurde der Antrag auf Anklage gegen Präsidenten und Minister geprüft. Da die Umstände geändert, so spricht sich von 7 Mitgliedern nur 1 für Berücksichtigung aus; der Antrag fällt also ins Wasser. An der Tagesordnung sind zunächst mehrere Lokalgesetzentwürfe. Sie werden erledigt. Millard, auf das gestrige Komplott der Rechten bei Gelegenheit der Administrationsschulden zurückkehrend, schlägt eine andere Abstimmungsart vor. Tascherau bekämpft dieselbe als unpraktisch. Sie fällt durch. Nun geht es an die Interpellationen über Italien, Deutschland und Ungarn.

Sarrans, einer der nicht wieder gewählten National-Republikaner, erhält das Wort. Der Minister Lacrosse habe, sagt er, seine gestrigen Ausdrücke „feige heuchlerische Politik“ unparlamentarisch genannt; er, der Redner sei aber in vollem Recht. Persönlichkeiten seyen ihm nicht eingefallen. (Ah! Ah! er bittet ab.) Bürger-Vertreter, Sie faßten am 7. Mai einen Beschluß, welcher der römischen Expedition eine andere Richtung gab. Was geschieht? Lesen Sie Oudinot's Proklamation vom 12. d. Keine Spur von Gehorsam des Kabinets unter Ihrem Beschluß. Freilich hat er nichts weiter gegen Rom unternommen; aber die Pläne der Contrerevolution richten sich zunächst nicht gegen Rom, sondern gegen Bologna ... Vier Mächte (Oesterreich, Neapel, Spanien und das Elysee) haben sich gegen das Emporkommen der Freiheit auf der Halbinsel verschworen. Lesen Sie die Proklamationen Wimpfen's ... Es ist eine Schande, daß die Soldaten der französischen Republik mit Oesterreichern und den Schergen Ferdinands des Bombardirers zusammen marschiren sollen.

Ich gehe jetzt zu der russischen Intervention in die deutschen und ungarischen Verhältnisse über. Wollen Sie wissen, gegen wen diese Intervention in letzter Instanz gerichtet ist? Gegen Frankreich, gegen uns Republikaner. (Oh, oh!) Jawohl, trägt diese Intervention einen europäischen Charakter. Sie ist ein Eingriff in alle europäischen Prinzipien. Der Redner zergliedert das neuste russische Manifest. Dasselbe sey eine freche Kriegserklärung.

Man reihe diese Manifeste an die Proklamationen des Königs von Preussen. Alle Volksmänner, alle Demokraten werden darin nicht anders als Demagogen und Anarchisten genannt. Der Redner fordert den Minister auf, was er zur Abwendung dieser Gefahren gethan. (Beifall.) Er beantragt eine begründete Tagesordnung.

Drouyn de Lhuys erwidert, daß er den Beschlüssen der National-Versammlung nachgekommen sey in Bezug auf Italien. Lesseps sey als außerordentlicher Gesandter mit neuen Instruktionen abgegangen. Was Rußland betrifft, so stehe ich mit Petersburg, Wien u. Berlin in Unterhandlungen. Eine definitive Erklärung kann ich also nicht geben. Joly hält einen längern sehr feurigen Vortrag zu Gunsten der europäischen Demokratie, den aber die Rechte so häufig unterbricht, daß nur abgerissene Sätze zu uns dringen. Mangnin theilt einen Theil der Bedenken des Vorredners... Doch sey das Mandat der Kammer abgelaufen. (Der Tumult erstickt ihn.) Ich werde mich des Abstimmens enthalten (Oh! Oh!) über die vorgeschlagene Tagesordnung. Cavaignac erklärt, daß er sich nicht enthalten sondern gegen dieselbe ebenfalls stimmen werde. (Geräusch.) ... Er schlägt eine andere Redaktion vor.

Italienische Staaten.

Neapolitanische Blätter bis zum 13. Mai, selbst der ministerielle

„Tempo," sagen kein Wort von dem neuen Ausbruch in Palermo, von welchem norditalienische, französische und englische Zeitungen Erwähnung gethan. Schweizer Blätter versichern, jene Nachrichten seyen ganz ungegründet, und die neapolitanische Armee habe am 14. ihren Einzug in Palermo gehalten. – Die Berichte aus Rom können bis zum 17. Mai reichen, aber Briefe fehlen uns seit mehreren Tagen, und Auszüge aus römischen Zeitungen im „Gennesee Handelscourier" vom 21. gehen nur bis zum 15. Das Triumvirat hatte den General Roselli zum Oberbefehlshaber des Heers der Republik ernannt. General Avezzano blieb Kriegsminister. Die Stadt war ruhig und zur äussersten Vertheidigung entschlossen. Die Franzosen lagerten bei Acqua Traversa, 3 Viertel Wegstunden von Ponte Molle. Die Neapolitaner hatten sich in Arricia befestigt. Das wichtigste war die Ankunft des Hrn. Lesseps aus Paris, angeblich mit einem französischen Ultimatum, welches freiwillige Wiedereinsetzung des Papstes, jedoch unter Zusicherung einer liberalen Regierung, und nebenbei für die Dauer der Unterhandlungen die Uebergabe eines römischen Hafens an die Franzosen verlangen soll. Widrigenfalls würden die Feindseligkeiten mit Ernst wieder aufgenommen werden. Mit Lesseps kam der römische Abgesandte Michele Accursi von Paris nach Rom zurück. In Florenz sind die liberalen Blätter Nazionale und Popolano unterdrückt. — Der König von Sardinien litt an einem Gichtanfall. Der Proceß Ramorino's war bis zum 21. Mai noch nicht entschieden.

Oesterreichische Staaten.

Wien, den 18. Mai, Abends. Ich theile Ihnen in Kürze den Inhalt eines Briefes mit, der heute von Ungarn hier angekommen ist. Ich habe den Korrespondenten bisher als einen nüchternen und meist gut unterrichteten Mann kennen gelernt, darum zögere ich nicht, Ihnen dasjenige mitzutheilen, was er als ganz zuverlässig schreibt, daß nämlich Ofen sich den Ungarn auf Gnade und Ungnade ergeben habe, nachdem ein großes Körnermagazin, welches im Centrum der Festung lag, durch feindliches Wurfgeschütz in Brand gerathen und in Flammen aufgegangen war, nachdem noch andere Gebäude in der Festung gefangen hatten, nachdem auf den Höhen ringsum täglich mehr Belagerungsgeschütz aufgeführt worden war, wovon ein großer Theil des schwersten Geschützes von Komorn geholt wurde und eine Strecke zu Wasser zurücklegte, — es sollen in den letzten Tagen 150 Feuerschlünde gegen Ofen gerichtet gewesen seyn — nachdem endlich von dem höher gelegenen Blocks- und Adlerberge viele gegen Pesth gerichtete Geschütze der Festung demontirt, und die bedienenden Artilleristen getödtet oder kampfunfähig geworden waren, hat sich auf eine neue Aufforderung des ungarischen Kommandanten die kaiserliche an 5000 Mann starke Besatzung auf Gnade und Ungnade ergeben.
(C. Bl. a. B.)

Wien, den 21. Mai. Ich theile Ihnen selten eines der vielen grau in grau gemalten Gerüchte mit, die am Montage, als dem Tage der Zeitungsferienfeier zu cursiren pflegen, und die man bereits schlechthin Montagsgerüchte nennt. Aber schon seit gestern Vormittags höre ich von Leuten, die sonst nicht gewohnt sind, jedes magyarischen Siegeslüge die Flügel des Worts zu leihen, eine Hiobspost verkünden, die ich nur in der Hoffnung, sie vielleicht morgen oder übermorgen widerlegt zu sehen, herschreibe. Ofen soll nach einer äußerst heftigen Beschießung und einem fürchterlichen Blutbade beim Sturm genommen, die ganze Besatzung theils getödtet, theils gefangen, alle Vorräthe, Munitionen und Geschütz natürlich in den Händen der Magyaren seyn. Pesth soll von der nothgedrungenen Beschießung ein Bild der Zerstörung darbieten und G. M. Hentzi sich erschossen haben.
(C. Bl. a. B.)

Schweiz.

Bern, 18. Mai. Die jüngsten Ereignisse in Baden und der Pfalz haben auch die deutschen Demokraten in der Schweiz in eine fieberhafte Bewegung gebracht, und schon sind die Häupter derselben, Becker, (jetzt Oberbefehlshaber der badischen Bürgerwehren), Schüler rc. nach Baden abgereist. Bei der Krise, welche Baden ergriffen hat, ist ein vor wenigen Tagen erschienenes Schriftchen nicht ohne Bedeutung: Fr. Neff, Beiträge zur Bauernpolitik, oder wie dem Mittelstand wieder aufzuhelfen ist. Der Zweck dieser Schrift ist Revolutionirung des deutschen, zunächst des badischen Volkes zur Gründung einer Sozialrepublik. Der Verfasser, bekannt von den beiden Einfällen in Baden, führt eine offene Sprache: Man soll die Hunde todtschlagen, das Volk durch Schauder und Schrecken aufrütteln, die Feinde der »edlen Menschlichkeit« verfolgen, durch steigende Einkommens- und Erbschaftssteuer (bis auf 50 Prozent) die großen Vermögen beschneiden, unter einem fürchterlichen Schwure Kugeln gießen und sich Register ein machen von denen, welche zum Gedeihen der Republik sterben müssen, die »fürstenschmeichlerischen, hündischdemüthigen Gebetbücher« verbrennen, die »feige Religion der christlichen Demuth« von sich werfen, dagegen annehmen die Religion der Tapferkeit und des Freiheitsstolzes rc. So heißt es unter anderem: Die Alten haben ihrem Götzen Gatte Menschen geopfert; wie müssen dem Gatte der Freiheit Menschen opfern;.... erst wenn das Blut von Tausenden von Menschenopfern zum Himmel gestiegen seyn wird, wird Friede, Freiheit und Liebe wieder auf Erden einkehren.
(Schw. M.)

Bern, 22. Mai. Dieser Tage war ein Abgeordneter aus Baden oder Rheinbayern hier, um Offiziere für das zu bildende Volksheer zu gewinnen. Einige unabhängige Männer sind wirklich dahin verreist.
(Schw. M.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Erinnerung.

Der Abgeordnete von Scheurl wird erinnert, daß er im Nürnberger Wahlbezirk die Stimme der unterzeichneten Wahlmänner erhalten hat, weil er sich mit seinem Worte verpflichtet hatte, in der deutschen Frage im Sinne seiner Wähler zu stimmen und zu wirken. Der Hr. v. Scheurl, wenn er sein gegebenes Wort nicht brechen will, ist daher auf Grund „unumwundener Anerkennung des Frankfurter Parlaments und des neuen durch dasselbe gewonnenen Rechtsboden" verpflichtet, für unbedingte Anerkennung der deutschen Reichsverfassung zu stimmen.

Nürnberg, den 24. Mai 1849.

Dr. Rieß. Dr. Wölffel. Hoffmann. Schatt. Meyer. Dr. v. Fabrice. Chr. Fink. Ismayer. Bock. Engelhard. Papst. A. Fleischmann.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 28 Mai 1849. № 148. Montag: Wilhelm.

☞ Am zweiten Pfingstfeiertag erscheint keine Zeitung. ☜

Deutsche Staaten

Speyer, 23. Mai. Gestern Abend fand in der hiesigen Fruchthalle eine Volksversammlung statt, in welcher unter Andern Schütz aus Mainz, A. Grün, Reimann aus Sachsen und Schmidt aus Löwenberg begeisterte Reden hielten. Das Lokal war zum Erdrücken voll und der Enthusiasmus für die pfälzische Erhebung und für die Männer der provisorischen Regierung sprach sich aufs lebhafteste und entschiedenste aus. Es wurde beschlossen, daß das schwarz-roth-goldne Banner heute auf die Zinne unseres Domes gepflanzt werde. — Noch immer strömen stündlich neue Zuzüge der kräftigsten Jünglinge und Männer in unser Land, um todesmuthig für die Freiheit und Ehre unseres deutschen Vaterlandes zu kämpfen. So groß aber auch die Zahl Derjenigen ist, die aus allen Enden und Ecken Deutschlands in unsere schöne Pfalz einziehen, so ist dennoch nicht die geringste Spur irgend eines Exzesses, irgend einer anarchischen Bestrebung wahrzunehmen. Alles geht seinen geordneten Gang, und der Gehorsam vor dem Gesetze ist gewiß niemals so streng beobachtet worden, als eben jetzt. Die Militärkommission, die in Neustadt a. d. H. ihren Sitz hat, bewährt neben der unermüdlichsten Thätigkeit ein außerordentliches Organisationstalent. Es steht uns jetzt schon ein bewaffnetes Heer zu Gebote, das jedem Feinde unsrer gerechten Sache unangenehme Lehren beibringen würde, wenn er es wagen sollte, unserer Erhebung gewaltsam entgegen zu treten. »Wir haben die Waffen ergriffen, und wir werden sie zu führen wissen, wenn die Stunde der Entscheidung schlägt!« sagt das bewaffnete Volk ernst und entschlossen. (Frkft. J.)

Speyer, den 24. Mai. Der Reichstagsabgeordnete Culmann, der dieser Tage hier war, hat seine Stelle in der provisorischen Regierung angenommen. (N. Sp. Z.)

** **Frankfurt**, den 25. Mai. [228. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Reh.] An die in Frankfurt noch anwesenden Abgeordneten aus Preussen, die Staatsbeamte sind, hat das königl. preuss. Justizministerium die briefliche »Veranlassung« gerichtet, sich aller ferneren Verhandlungen zu enthalten und unverzüglich — spätestens binnen 8 Tagen — auf ihren Platz zurückzukehren. Der Minister fügt den Ausdruck der Erwartung hinzu, „daß Sie dieser Aufforderung unweigerlich nachkommen werden. Entgegengesetzten Falls würden Sie sich die Folgen Ihrer Weigerung selbst beizumessen haben.“ Das Reichsministerium des Kriegs läßt auf die Nagel'sche Anrufung in Betreff der Vorfälle vom 13. Mai vorläufig anzeigen, daß es Bericht über dieselbe von der hiesigen Stadtkommandantur eingefordert habe. Die Stadt Heidelberg läßt durch den Abg. Hagen von dort die Reichsversammlung einladen, bei einer etwaigen Veränderung ihres Sitzes, nach Heidelberg überzusiedeln und stellt ihr die Aula ꝛc. zur Verfügung. Der nominelle Bestand der Versammlung beträgt nach den Ermittelungen des Bureaus noch 292 Mitglieder, von denen sich aber sehr viele dem Hause schon längst entfremdet haben. Es wird daher eine neue Verloosung in die Abtheilungen nöthig. Zur Ergänzung der unter die Beschlußfähigkeit gesunkenen Ausschüsse, namentlich des Centrallegitimationsausschusses, werden die Wahlen nicht nach unbedingter, sondern nach beziehentlicher Stimmenmehrheit geschehen. Das Reichsministerium hat erklärt, daß es zu Neuwahlen für erledigte Abgeordnetenplätze vor wie nach bereit sey, die erforderlichen Anstalten zu treffen. Die Einberufung der Stellvertreter soll durch öffentliche Aufforderung und die Einladung der Beurlaubten zur Rückkehr unter dem Präjudiz geschehen, daß, wer binnen 14 Tagen nicht eintrifft, als auf seine Vollmacht verzichtend angesehen werde. Zur Vervollständigung dieser Vorschläge des Bureaus stellt L. Simon den dringlichen Antrag, die Wahlbezirke unmittelbar zur Wiederbesetzung der hier erledigten Stellen zu veranlassen. Biedermann widerräth die Maßregel als eine solche, welche die Versammlung in eine Formlosigkeit hineinführen, die nicht nur ohne Erfolg, sondern auch allen möglichen Angriffen ausgesetzt werde. Jucho will den Simon'schen Antrag an den Ausschuß für Geschäftsordnung verwiesen sehen.

Wesendonck dagegen hält es für unerläßlich, daß den Wahlbezirken zu Neuwahlen ein unmittelbarer Antrieb gegeben werde, denn auf die Aufforderung des Reichsministeriums allein werde in Oesterreich, Preussen und Sachsen die Regierung nicht eingehen. Nur eine bestimmtere Fassung schlägt er für den Simon'schen Antrag vor. Schließlich erfolgt die Verweisung an den Geschäftsordnungsausschuß der freilich ebenfalls auf 7 Mitglieder zusammengeschwunden, und also vor allen Dingen zu ergänzen ist. Einem Antrage von Titus auf Anerkenntniß der provisorischen Regierungen von Baden und der Pfalz mit der Aufforderung an sie, auf dem betretenen Wege fortzufahren, wird die Dringlichkeit verweigert. Selbst in diesem Parlament der reinen Linken erhoben sich nur fünf oder sechs Mitglieder dafür! Ein Antrag von Spatz auf Durchführung der Reichsverfassung geht an den Dreißigerausschuß. Was den Gegenstand der Tagesordnung anlangt, so tritt Rauwerck als Berichterstatter dafür auf. Der Entwurf des Aufrufs an das deutsche Volk, aber wie ihn der Dreißigerausschuß zu dem seinigen gemacht hat, rührt von Ludwig Uhland her, der ihn selbst verliest. Der Entwurf wird mit Beifallsäußerungen angenommen. Welcker, Kierulff, Zachariä aus Göttingen beantragen einen Zusatz dazu, der auf Abwehr von Gewaltsamkeiten und gegen die Einmischung von Fremden — „mögen sie von Osten oder Westen kommen“ — in die innern deutschen Angelegenheiten gerichtet ist. Eine Debatte über die sofortige Berathung des Aufrufs oder seiner Verschiebung auf die morgende Tagesordnung, wird durch Zettelabstimmung dahin entschieden, daß sich 87 gegen 74 Stimmen für das Erstere entscheiden.

Buß aus Freiburg ist überhaupt gegen den Erlaß eines Aufrufs und wider den Uhlandschen nimmt ihn im besonderen ein, daß darin die Seite des Hauses gar nicht vertreten ist, welche die Verfassung verwirft. Wenigstens transeundo hätte man dieser Partei doch auch einige Rechnung tragen können, obschon sie jetzt — die Großdeutschen — »in einer Vereinzelnung hier umherläuft, die man Einsamkeit nennen könnte.« Solch' eine Berücksichtigung der Minderheit werde der Freiheit dienen und beruhigend auf das Volk wirken. Außerdem müßte sich die großdeutsche Partei eine Minderheitsadresse vorbehalten. Jedenfalls ist's der von Welcker und Genossen beantragte Zusatz, auf welchem der Redner dringend bestehen muß. Die Bewegung in Baden aber — wir wollen in acht Tagen darüber reden — ist von der Verfassungsbewegung durchaus zu trennen. Sie ist in Hände gerathen, die Ihnen (zur Linken) selbst nicht gefallen. Auch stockt sie bereits, und wenn eine solche Bewegung einmal stockt, so ist sie schon im Rückzuge.

Simon von Trier: Ich möchte nicht, daß es den Anschein hätte, als hätten wir Ihnen eine Adresse aufgedrängt. Daher schlage ich vor, daß sie noch einmal verlesen wird. Der Minderheit des Hauses nach dem Verlangen von Buß einen »amtlichen« Ausdruck zu geben, das könne wohl keineswegs ernstlich gemeint seyn.

Wenn in der Adresse ein Protest gegen die Verdächtigungen und Angriffe der feindlichen Regierungen vermißt werde, so sey Uhland selbst ein solcher verkörperter Protest der Aesthetik und der Bildung gegen die Brutalität. Gegen den Einmarsch der Russen hat kein deutsches Kabinet protestirt. Ich bin daher gegen den betreffenden Zusatz, damit wir nicht den Ausdruck des einen Unwillens mit dem andern verwechseln. Wo ist denn schon auf französische Hilfe ein Anspruch erhoben worden? Der jetzige Präsident hat die französische Republik entehrt durch seine Konspiration mit dem Despotismus, aber in der Haltung des französischen Volks ist durchaus keine Veranlassung vorhanden zu einer Abwehr nicht gedrohter Feindseligkeiten. Biedermann: Die Versammlung ist nicht hier, um Proklamationen zu erlassen, sondern um Beschlüsse zu fassen. Sie (zur Linken) haben diesen Grundsatz im vorigen Jahre selbst geltend gemacht. Denn die Minderheit ist wohl verpflichtet, die Beschlüsse der Mehrheit, aber nicht den Ausdruck von deren Gedanken und Empfindungen mit zu vertreten. Lassen Sie uns wenigstens Zeit zu einer genaueren Prüfung des Entwurfs — indem Sie die Abstimmung vertagen. Endlich erklärt sich der Redner dringend für den Welckerschen Zusatz. Einen förmlichen Vertagungsantrag stellen sodann schriftlich Makowiczka und Genossen. Er wird angenommen und der Uhland'sche Entwurf ist daher zu drucken und an die Mitglieder zu vertheilen, um in morgender Sitzung Beschluß darüber zu fassen.

Für den Dreißigerausschuß erstattet Ludwig Simon einen Bericht der auf den dringlichen Antrag hinausgeht: 1) die Truppen solcher Staaten, welche die Reichsversammlung oder deren Beschlüsse als zu rechtbeständig nicht anerkannt haben, sind durch Beeidigung oder Entfernung ihrer zweideutigen und schwierigen Stellung sofort zu entheben; 2) die Reichsversammlung sieht einer bestimmten Erklärung des Reichs-Ministeriums auf diesen Beschluß bis morgen Mittag 12 Uhr entgegen. Die Abstimmung über diesen Antrag erfolgt durch Namensaufruf. Unter den Antwortenden bemerken wir den Fürsten Waldburg-Zeil, welcher die Frage bejaht. Der Antrag des Dreißigerausschusses wird angenommen mit 97 gegen 60 Stimmen. Ein Antrag Rauwercks dagegen, die Reichsversammlung unter den Schutz des Freistaates Frankfurt und der deutschen Nation zu stellen, wird abgelehnt. Von Austrittserklärungen sind heute erfolgt, die der Herren Gier, Markus, Böcler und Johannes. Unter den zur Anmeldung gelangenden Urlaubsgesuchen ist das von Rob. v. Mohl, Edel, Tappehorn, und mehrerer Pfälzer, die zur bayerischen Kammer gehören.

Frankfurt, 24. Mai. Man behauptet, der von der preussischen Regierung hieher gesendete Obrist v. Fischer sey unverrichteter Dinge wieder von dannen gezogen. Die preussische Regierung beabsichtigte u. a. von dem Erzherzog-Reichsverweser, dem Könige von Preussen sein Amt zu übertragen. Der Wind von Wien pfeift aber anders, und die nach München gesendete Deputation könnte ja auch möglichenfalls gute Nachricht bringen. Uebernimmt der König von Bayern die Reichsstatthalterschaft mit der Reichsverfassung, dann könnte ein gewaltiger Umschwung der Dinge eintreten. Noch hat man aber von dem Abg. v. Hermann nichts vernommen und was der Abg. Bally aus Berlin überbracht, davon verlautet vorerst auch nichts. So viel steht aber fest, daß der Reichsverweser und die Nationalversammlung vorerst noch im legalen Geschäftsverkehr stehen und die, wenn auch nur viertelstündige Anwesenheit des Ministeriums in der Paulskirche war nicht bedeutungslos. (N. W. Z.)

Frankfurt. 24. Mai. Es werden bereits Vorkehrungen zur Absteckung eines Lagers in der unmittelbaren Nähe unserer Stadt, bei Bergen, getroffen. Als Leopold II. gekrönt wurde, war das Lager zur Beschützung der Kaiserwahl in derselben Gegend. Diesmal soll das Lager gegen die vom deutschen Reichstage endgültig beschlossene Verfassung gerichtet seyn!! — Die preussischen Truppen, welche hier zusammen gezogen werden, sollen gegen Baden und die Pfalz dislocirt werden. (Frkft. J.)

Frankfurt, 25. Mai. Man erfährt soeben, daß gestern bei

Heppenheim an der Bergstraße eine bewaffnete Volksversammlung stattgefunden, bei welcher Kreisrath Prinz gegen den bekannten Demokraten Dr. v. Löhr aufgetreten war, dafüe aber erschlagen wurde. Darauf seyen zwei Kompagnien hessischer Truppen gegen die Volksversammlung eingeschritten, wobei 15 Personen getödtet, 18 verwundet und 120 gefangen genommen worden seyen, — so wurde in der Paulskirche erzählt. (D. Z.)

Frankfurt, 25. Mai. Heute traf ein neues — österreichisches Mitglied in die Reichsversammlung ein: Zimmer aus Prag. (D. Z.)

Frankfurt, 25. Mai. Die aus Baden herbeigezogenen Mitglieder der äußersten Linken — doch mochten Schmitt, Schütz, Martiny etc. den Dienst in der Rheinpfalz und Baden nicht verlassen — konnten nach dem gestrigen Beschlusse auch mit größerer Ruhe nach Karlsruhe alsogleich wieder zurückkehren und namentlich hatten die Mitglieder des Landesausschusses Peter etc. große Rückeile. Peter war gestern nach vielmonatlicher Abwesenheit zum erstenmale wieder in der Paulskirche erschienen. Nach Allem, was man aber vernimmt, wird die Reichsversammlung heute neue Austritte zu vernehmen haben, und unter diesen gewichtige. Dies wird aber die Linke nicht abhalten, das Rumpfparlament aufrecht zu erhalten, und um so mehr, da augenscheinlich die provisorische Centralgewalt bis jetzt noch Gewicht darauf legt, sich auf die (fortdauernde) Existenz der Reichsversammlung stützen zu können. Es darf deshalb als nicht zufällig erkannt werden, daß gestern das Reichsministerium, wenn auch nur auf kurze Zeit, in der Paulskirche erschien. (D. Z.)

Frankfurt, 25. Mai. Aus Hannover und Bayern wird glaubwürdig gemeldet, daß man dort nicht die Abberufung der Reichstagsdeputierten beabsichtigt, was den Beweis liefert, daß das in der preussischen Proklamation verkündete Einverständniß Preussens mit den übrigen Königreichen bezüglich der deutschen Frage nicht besteht, denn blos Sachsen hat die in jener Proklamation prophezeite Maßregel der Abberufung der Reichstagsabgeordneten ergriffen. (Frkf. J.)

Frankfurt 24. Mai. Prinz Friederich von Baden ist in Begleitung der Minister Beck und Dusch hier angekommen. (Frkf. J.)

Frankfurt, 23. Mai. Neunundzwanzig deutsche Regierungen haben die Verfassung anerkannt. Die Bevollmächtigten dieser 29 Staaten haben erklärt, daß die Regierungen den von Berlin aus angeordneten Congreß nicht beschicken werden und, ehrenhafter Weise, nicht beschicken können. Einige dieser Regierungen hat man, wohl mit Ungrund, in dem Verdachte gehabt, daß es in offiziöser Art dennoch geschehen sey. Eine aber, die herzogl. anhalt-bernburg'sche, ist von diesem Verdachte nicht nur nicht frei, nein, es ist kaum mehr zu bezweifeln, daß sie hinter dem Rücken der anderen Regierungen es gethan habe. Vermuthlich hat man denselben protestantischen Jesuiten, der sich hier schon allgemein verdächtig gemacht hat, zu dieser Mission verwendet. Die Regierungen von Anhalt-Dessau und Köthen sollten gegen den Veedacht ähnlicher Treulosigkeit sich verwahren.

Frankfurt, 24. Mai. Das hiesige Montagskränzchen richtet einen Aufruf an das deutsche Volk, den durch ihre Regierungen abberufenen, zum Theil ihrer Existenzmittel durch Entziehung ihrer Diäten beraubten Abgeordneten durch freiwillige Beiträge zu ersetzen, „was ihnen Fürstenwillkür entzogen hat“ und ihre gefährdete Zukunft zu sichern. (D. Z.)

Frankfurt, den 25. Mai. Gestern soll auf's neue an den Herrn Erzherzog Reichsverweser die Aufforderung zur Niederlegung seines hohen Amtes in die Hände des Königs von Preussen von Berlin aus durch Telegraph ergangen, und diesmal sogar die Forderung gestellt worden seyn, daß Se. kaiserl. Hoheit den Tag des Rücktritts bestimmt angeben möge. Die Quelle ist gut, aus der ich diese Nachricht schöpfe. Hinzugesetzt wird, daß unter den Mitteln, welche den Hrn. Reichsverweser zur Nachgiebigkeit bewegen sollen, auch die Verweigerung der in Aussicht gestellten Truppenzuzüge zur Wiederherstellung oder Erhaltung der Ruhe zu zählen sind. Obgleich in nicht geringer Verlegenheit beharrt der Fürst bei seinem Entschlusse, sein Amt niegends anders hin, als dorthin zurückzugeben, von wo er es empfangen, also an die Nationalversammlung. Sie ersehen daraus, daß die Nichtauflösung des Parlaments doch auch ihr Gutes hat. (Frkf. O.-P.-Z.

Hannover, 22. Mai. Die Deputation der ostfriesischen Stände an den König von Hannover ist nach einer langen und Seitens des Königs recht herzlich geführten Unterredung wieder in ihre Heimath zurückgekehrt. Die bekannte Petition wurde von Hrn. v. Gentzkow Sr. Maj. vorgelesen und von derselben auf freundliche Weise, indeß ohne jegliche Zusicherungen vorläufig beantwortet. — Die Entschließungen des Kabinets auf eine friedliche Lösung der deutschen Frage im Sinne größtmöglichster Einheit dürften nun nicht mehr fern seyn. (Wes.-Z.)

Wiesbaden, 24. Mai. Unsere heutige Kammersitzung betraf wieder die ernsten Bewegungen und Ereignisse des Vaterlandes. Auf C. Brauns anfraglichen Antrag: „Was die Regierung in einem bevorstehenden Konflikt der Reichsgewalt mit der Nationalversammlung thun werde,“ erwiederte die Regierung durch den Reg.-K. Reichmann: Die Regierung sey der Meinung, daß ein Konflikt noch nicht vorliege und daß sie daher keine Veranlassung fände, schon jetzt einen Beschluß zu fassen. Hypothetische Theorien seyen nicht Gegenstände der ständischen Verhandlungen; daß sich aber die Regierung in Verbindung mit den übrigen 28 Regierungen erhalten und von allen Beschlüssen der Ständeversammlung Mittheilung machen werde.“ — Braun wies darauf nochmals nach, daß der Konflikt bereits vorhanden sey und stellte folgenden Antrag: „Die nassauische Abgeordnetenkammer, in Erwägung, daß die Centralgewalt ihrer Verpflichtung nicht nachkommen zu wollen erklärt hat, daß die Nationalversammlung die 29 Regierungen aufgefordert hat, die Durchführung der Reichsverfassung zu unterstützen, daß die renitirenden Könige diese Durchführung mit Gewalt verhindern, und daß es die Pflicht der 29 Regierungen ist, die Durchführung zur Wahrheit werden zu lassen — fordert die Regierung auf 1) den Beschlüssen der Nationalversammlung Folge zu geben, und unter einmüthigem Zusammentritt mit den übrigen Regierungen die Durchführung der Verfassung zu übernehmen; 2) die nassauischen Truppen in Rheinbayern und Baden nicht einwirken zu lassen.“ — Die Kammer erkennt die Inbetrachtnahme einstimmig an. Es entsteht eine lebhafte Debatte über die Dringlichkeit, die unter Andern Braun mit folgenden Gedanken begründet: »Das Unglück Deutschlands ist eine Folge der passiven und unentschiedenen Gesinnung der 29 Regierungen, es muß die Aufregung in eine gesetzliche Form geleitet werden, sonst kommt die Nothhülfe des Volkes; wenn wir jene passive Stellung nicht aufgeben, sind wir verloren, denn sie führt einerseits zu Uebergriffen über die Reichsverfassung hinaus, andererseits zur rapiden Vereinigung, die Verfassung zu vernichten.“ Auch die Dringlichkeit wird fast einstimmig anerkannt und zur Beschlußfassung eine Abendsitzung anberaumt. Wirth, Großmann, Gergens, Wimpf und Braun werden in die Kommission gewählt. Hehner, der erfahren hat, daß die Schiffe bei Koblenz visitiet, und die für Nassau bestimmten Waffen in Beschlag genommen werden, beantragt, den Schutz der Regierung anzusprechen. Reg.-K. Reichmann erklärte, die Nachricht zu berücksichtigen. — Die Annahme des Braun'schen Antrages unterliegt keinem Zweifel. (Frkf. J.)

†*† **Berlin**, den 24. Mai. Die deutschen Kabinette (Berlin und Wien) werden immer mehr durch die Ereignisse im Osten und Westen Europas in eine secundäre Stellung gedrängt. Rußland arbeitet auf eine vollständige Restauration hin, Frankreich will sich auch unter seinem jetzigen Gouvernement dem Uebergreifen Rußlands entgegenstemmen. Gestern hatten wir von einer Note Rußlands zu berichten, in der die Räumung Jütlands von den preuss. Truppen sehr kathegorisch gefordert wird, heut bringen wir in Erfahrung, daß Frankreich auf das Entschiedenste Protest gegen einen weiteren Durchmarsch russischer Truppen durch das preuss. Gebiet eingelegt hat.

Unter solchen schwierigen Verhältnissen, die gewiß nicht verringert werden durch die süddeutschen Bewegungen, durch die innern Verhältnisse Preussens selbst, wird Preussen nach Aussen hin durch den Grafen Brandenburg repräsentiet! — Während nach Innen das Kabinet eine mehr als kühne Politik verfolgt, scheint man dem Auslande gegenüber sich zu keiner rettenden That entschliessen zu können. In einer europäischen Krisis, wie der jetzigen, wird Deutschland eine sehr untergeordnete Rolle spielen, wenn es nicht von der einen oder andern Seite gelingt, für die Einheitsbestrebungen des deutschen Volks auch eine feste Einheitsrepräsentation zu schaffen. — Rußland wie Frankreich dürften mit ihren Drohungen Ernst machen, und welche Macht stellt ihnen das uneinige Deutschland entgegen? — —

Die Nachricht von dem Auslaufen der russischen Flotte bestätigt sich und man versichert bereits, daß russische Schiffe die deutschen Häfen occupiren sollen.

Das Regiment Kaiser Alexander soll nach Kassel dirigirt werden; später soll es zur Pacifizirung Badens und der Pfalz verwendet werden; nach Hanau wird ebenfalls, wie man erzählt, ein Regiment preuss. Infanterie abmarschiren.

Die Bevollmächtigten von Sachsen und Hannover conferiren noch immer mit Herr v. Radowitz in der deutschen Verfassungsangelegenheit, allein es ist auch nicht sehr viel Aussicht dazu, daß die Differenzen, die über einen schon mehrfach beregten wichtigen Punkt der preussischen Vorlage (der unbeschränkte Befehl über die deutschen Truppen) zwischen Hannover und Preussen schweben, werden gelöst werden. Sachsen ist im Augenblick nicht in der Lage, ein anderes Votum als Preussen selbst abzugeben. —

Ueber den Zustand der russischen Invasions-Armee haben wir Mittheilungen aus dem Munde eines preussischen höheren Offiziers, die für die Russen wenig schmeichelhaft sind. Unser Gewährsmann versichert, daß bei den meisten russischen Offizieren moralische Entmuthigung herrscht, indem sie einsehen, wie groß der Abstand vom Jahre 1813 ist, wo sie als Befreier und Bundesgenossen mit Begeisterung in Deutschland aufgenommen wurden, die Soldaten dagegen sind physisch sehr schwach und die Bewaffnung noch ganz so wie zu Anfang des Jahrhunderts. Bloß einige Garderegimenter haben Percussions-Gewehre, alle übrigen Feuerschlösser, und die Kanonen sind so schwer und unbeholfen, daß ein Spötter in Krakau sagte, es wird den Ungarn schwer werden, solche Kanonen wegzubringen, wenn sie dieselben überhaupt wollen.

Berlin, 24. Mai. Der Preussische Staats-Anzeiger theilt amtlich den folgenden Vortrag des Staatsministeriums an den König und die darauf erlassene Verordnung mit: Die Erfahrungen der jüngsten Zeit haben ergeben, daß die Feinde der gesetzlichen Ordnung sich angelegentlich bemühen, Personen aus dem Soldatenstande, sowohl in Garnisonen, als auch nach erlassener Einberufungsordre, als endlich auf dem Marsche zum Ungehorsam zu verleiten. Da die bestehenden Strafgesetze nicht in allen Fällen ausreichen, um diesen mit großer Frechheit betriebenen Bestrebungen entgegenzutreten, so erscheint es als dringend nothwendig, die Lücke, insoweit sie vorhanden ist, durch eine provisorische Verordnung ohne Verzug auszufüllen. Ew. kgl. Maj. erlauben wir uns, den Entwurf einer solchen in der Anlage allerunterthänigst vorzulegen und deren huldreiche Vollziehung ehrfurchtsvoll anheimzustellen. Die angedrohte Strafe entspricht der Bestimmung, welche die Verordnung über den Belagerungszustand vom 10. d. M. im §. 9 sub Lit. d enthält. Berlin, den 21. Mai 1849. (Folgen die Unterschriften.)

Wir Friedrich Wilhelm, von G. G. König von Preussen etc., verordnen auf den Antrag unseres Staatsministeriums, auf Grund des Art. 105 der Verfassungsurkunde, was folgt: Wer Personen des Soldatenstandes, es sey der Linie oder der Landwehr, dazu auffordert oder anreizt, den Befehlen ihrer Obern nicht Gehorsam zu leisten, wer insbesondere Personen, welche zum Beurlaubtenstande gehören, dazu auffordert oder anreizt, der Einberufungsordre nicht zu folgen, wird mit Gefängniß von sechs Wochen bis zu Einem Jahre bestraft. Diese Bestimmung findet Anwendung, die Aufforderung oder Anreizung mag durch Wort oder Schrift oder durch irgend ein anderes Mittel geschehen, sie mag von Erfolg gewesen seyn oder nicht. Vereinigt sie die Merkmale einer Handlung in sich, welche die Gesetze mit schwererer Strafe bedrohen, so wird diese allein verhängt. Urkundlich unter unserer höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem kgl. Insiegel. Gegeben Charlottenburg, den 23. Mai 1849. (L. S.) Friedrich Wilhelm. Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha. v. d. Heydt. v. Rabe. Simons.

Posen, 20 Mai. Aus Galizien sind heute Briefe wichtigen Inhalts an hiesige Polen eingegangen. Es heißt darin, daß die russische Vorhut von einer Heerabtheilung des Dembinskischen Corps bei Jordanow in Galizien unweit der ungarischen Grenze (in gerader Richtung südlich von Krakau und westlich von Biala, wo gleichfalls ein Gefecht mit den Russen stattgehabt haben soll) überfallen und aufgerieben worden sey. Zweitausend Russen wären nach diesen Briefen auf dem Platze geblieben und zwanzig Kanonen den Siegern in die Hände gefallen. (A. A. Z.)

Die Beschießung Fridericia's dauerte am 18. fort. Am 17. begann die schlesw.-holst. Mörserbatterie, in welcher sich ein 168-Pfünder befindet, schon um 3 Uhr Morgens zu spielen und hatte in kurzer Zeit die Stadt an drei Punkten in Brand geschossen. Gegen Mittag traf Befehl ein, das Schießen langsamer angehen zu lassen, worauf die Feuersbrunst allmählich verschwand. Am 18. beim ersten Tagesgrauen begann das Bombenwerfen von Neuem. Der erste Schuß schlug in

ein Fabrikgebäude mit hohem Schornstein und setzte dasselbe augenblicklich in Flammen; dann folgte Bombe auf Bombe; um 6 Uhr schon brannte der ganze südliche Theil der Stadt lichterloh, aber bis dahin hatten die Dänen noch keinen Parlamentär geschickt, obwohl sie das Feuer fast gar nicht erwiedern und oft Stunden verstreichen lassen, ohne ein Geschütz abzufeuern. Die Bürger sind alle nach Fühnen hinüber, mit welcher Insel hin und herfahrende Dampfschiffe eine stete Verbindung unterhalten. — Diese Nachrichten werden im Wesentlichen durch die Kopenhagener Blätter bestätigt. „Um sieben Uhr schon war der Theil der Stadt, wo Ahlmanns große Dampfbrennerei und die Zuckerfabrik liegt, ein großes Feuermeer," meldet man aus Odense vom 18. Abends. „Ein Angriff der deutschen auf das dänische Blockhaus vor Fridericia," sagt derselbe Bericht, „mißlang unter großem Verlust der Deutschen. Der Feind (die Deutschen) schießt aus drei in den Laufgräben angebrachten Batterien, welche von der Festung aus unsichtbar sind; davon ist die nordwestliche die gefährlichste; die Bomben wiegen von 120 bis 168 Pfund. Eine derselben erreichte sogar das im Belt liegende Dampfschiff „Caroline Amalie."

(W. Z.)

Französische Republik.

† **Paris**, 23. Mai. Wir stehen vor 1792. Gestern Abend, nach dem Schluß einer denkwürdigen Sitzung der Nat.-Versammlung, traten sämmtliche Minister bei Bonaparte im Elysée zusammen, um über die europäische Lage zu berathen. Bugeaud und Changarnier, die beiden Bayards der Contrerevolution, wohnten dem Ministerrathe bei. —

Der Schluß der gestrigen Sitzung der Nat.-Versammlung, der erst um halb 8 Uhr erfolgte, läßt sich auf folgende Weise zusammenfassen: Ledru-Rollin sagte noch zum Ministerium: Ihr stehet vor 1792; das berüchtigte Manifest des Herzogs von Braunschweig so wie dasjenige des damaligen Königs von Preussen haben mit dem Manifest des Kaisers von Rußland vom Mai 1849 und der Proklamation des Königs von Preussen, „An mein Volk" gleiche Bedeutung. Bedenket die Geschichte. . . . Was Eure Väter traf, kann Euch auch treffen. Ihr könnt Eurem Schicksal nur durch Ein Mittel entgehen: um den Bürgerkrieg nach Innen am besten zu ersticken, müßt Ihr den Despoten des Auslands würdig antworten.

Odilon Barrot erwidert, daß der Vorredner die Geschichte schlecht verstehe... Rußland habe sich dazumal direkt an Frankreich gewandt, die französ. Revolution direkt negirt, ihm direkt das Recht streitig gemacht, sich jede beliebige Regierungsform zu geben u. s. w. Heute dagegen erkenne es ja die französ. Republik feierlich an ... Wie könne man also beide Epochen einander gleichstellen? Cremieux ergänzte, daß Rußland die eine Hand der französ. Republik nur reiche, um mit der andern Hand desto freieres Spiel gegen Ungarn und Italien zu haben. Sey es mit diesen beiden Völkern fertig, dann komme die Reihe an die französ. Republik, diesem Hauptherd aller freisinnigen Ideen. Die so sehr gerühmte Anerkenntniß der französ. Republik durch Rußland sey also eine bloße Kriegslist, der man durch eine energische Beschützung aller bedrohten Nationalitäten entgegentreten müsse. Man schritt zur Abstimmung. Während der Abstimmung trommelte Thiers alle Glieder der Poitiersstraße in den Nebensäälen zusammen und man entschied, sich der Abstimmung in Masse zu enthalten. Dies sehend, rief Marrast seinerseits sämmtliche Bureauglieder um sich und man beschloß, 20,000 Mann Truppen unter dem Befehle eines zuverlässigen Generals sofort zu requiriren und sich permanent zu erklären, wenn die Rechte nicht votire. Diese Erklärung verbreitete sich wie ein Lauffeuer in den Nebensäälen.

Die nöthige Zahl der Rechten votirte, und die von 20 Gliedern derselben verlangte einfache Tagesordnung wurde mit 459 gegen 53 Stimmen zurückgestoßen. Der Schluß der Sitzung erfolgte erst 20 Minuten nach 7 Uhr unter dem zahlreichen Rufe: Es lebe die Republik! Es lebe die europäische Republik!

Am Schlusse der Nationalversammlung überreichte Bastide eine motivirte Tagesordnung, die also lautet: Die Nationalversammlung — in Erwägung, daß das Prinzip der Unabhängigkeit der Nationen Europa's und selbst die Sicherheit Frankreichs durch das russische Manifest und die Bewegungen fremder Truppen bedroht ist — ladet die Regierung ein, alle Maßregeln zu ergreifen, welche nöthig sind, um die Ehre und Interessen der Republik zu schützen und geht zur Tagesordnung über."

Cavaignac's Tagesordnung lautet: Die Nationalversammlung ruft die ernste Aufmerksamkeit der Regierung auf die Ereignisse und Truppenbewegungen Europa's und, durch die Gefahren präokkupirt, welche diese Lage sowohl für die Zukunft der Freiheit als die inneren und auswärtigen Interessen der Republik haben könnte, empfiehlt sie der Regierung alle Maaßregeln zu ergreifen, die zum Schutze der Freiheit und jener Interessen nöthig sind.

Der ungarische Gesandte Graf Teleki richtet in den heutigen Morgenjournalen ein Schreiben an den Minister des Auswärtigen, worin er demselben im Namen Kossuths und der ungarischen Exekutivgewalt anzeigt, daß sich Ungarn als freier selbstständiger Staat konstituire und in den europäischen Staatenverband, namentlich von der französischen Republik, als Schwesternation aufgenommen zu sehen wünsche rc.

[National-Versammlung. Sitzung vom 23. Mai. Anfang 1 Uhr.] Starker Andrang, der bei dem hohen Interesse der Debatte leicht zu erklären. In den Seitengängen stoßen wir auf Gruppen, in welchen die sonderbarsten Gerüchte erzählt werden. Neue Truppen, mit Feldlazarethen (!) marschiren auf Paris, ein großer Staatsstreich sey in Ausführung, Bugeaud, erst gestern Abend eingetroffen, habe die ganze Nacht bei Bonaparte und Changarnier zugebracht. Dort sey ein Plan zur Ausrottung der Rothen ausgesprochen worden. Die Rothen hätten ihrerseits auch nicht müssig gesessen, und einem Bankett beigewohnt (dem Bankett des morts et des vivants, der Todten und Lebendigen,) in welchem man geschworen, mit der sozialen Republik zu siegen oder zu fallen, alle Klubbs seyen permanent erklärt u. s. w. u. s. w. Unter diesen und ähnlichen Gesprächen erklärt Marrast die Sitzung für eröffnet. Das Protokoll der gestrigen Sitzung wird verlesen, aber Niemand hört bei der allgemeinen Agitation darauf.

Marrast: In Gemäßheit ihrer gestrigen Tagesordnung kehrt die Versammlung zu den italienisch-russischen Interpellationen zurück. — Mehrere begründete Tagesordnungen sind vorgelegt worden. Bürger Naudot trägt jedoch darauf an, alle diese Tagesordnungen dem Gesetzgebungsausschuß zur Vorprüfung zu überweisen, wodurch die Diskussion suspendirt würde. Die Versammlung hat zu entscheiden, ob sie die Naudet- (oder Rondeausche) Proposition in Betracht zieht?

Rondeau nimmt das Wort, um seinen Vorschlag zu begründen. Aber der Ruf: die Vorfrage! die Vorfrage! übertäubt ihn.

Marrast bringt die Vorfrage zur Abstimmung. (Sie wird angenommen.) Jetzt haben Sie über die Priorität zu entscheiden. Die Cavaignac'sche Tagesordnung erhält die Priorität. Dieselbe lautet bekanntlich: „Die Nationalversammlung ruft die ernste Aufmerksamkeit der Regierung auf die Ereignisse und Truppenbewegungen, die sich in Europa zutragen, und, durch die Gefahren präokkupirt, welche diese Frage sowohl für die Zukunft der Freiheit als für die innern und äußeren Interessen der Republik haben, rekommandirt der Regierung, die Maßregeln zu ergreifen, welche nöthig sind, um sie energisch zu beschützen; und geht zur Tagesordnung über."

Flocon bekämpft diese Fassung. Bei dem Ernst der Umstände sey die Fassung Jolys und selbst Bastide's besser. Um indessen volle Einigkeit unter allen Republikanern herzustellen, wollen sich Joly und Bastide der obigen Fassung fügen, wenn man drein willige, ihr folgende Worte anzuhängen: „und die Unabhängigkeit und Nationalität aller Völker zu wahren." (Agitation.)

Gustav de Beaumont findet es sehr erstaunenswerth, daß Leute, wie Joly und Flocon, die gestern Krieg und nichts als Krieg haben wollten, sich plötzlich mit der Cavaignacschen Tagesordnung vereinbaren. Hier müßten wohl geheime Triebfedern zu Grunde liegen.

Cavaignac: Um jeder Zweideutigkeit vorzubeugen, stoße ich den Floconschen Zusatz zurück. (Lärm vom Berge.) Stimmen: zur Abstimmung! zur Abstimmung! Die Cavaignac'sche Tagesordnung geht einhellig durch. (Man sieht, alle Lager sind hierüber vereinigt.)

Flocon, Bastide und Joly dringen auf Abstimmung über ihren Zusatz.

Derselbe wird mit 346 gegen 269 Stimmen verworfen. Die gesammte Tagesordnung durch obigen Zusatz in 2 Theile geschnitten, geht demnächst mit 436 gegen 184 Stimmen durch.

Das Interesse der Sitzung ist verloren. (Man zeigt uns während einer Pause eine Salon-Ministerliste: Bugeaud, Falloux, Baroche, Daru, Matthieux, de la Redorte, Buffet, de Corcelles, Faucher und Comp.

Die Versammlung kehrt zu ihrem Hausbudget und Saalzubereitungskosten über. Die 4 Sitzung wird geheim erklärt und die Thüren geschlossen. (4 Uhr.)

Italienische Staaten.

Wir erhalten rückständige Briefe und Zeitungen aus Rom vom 10 bis 14 Mai. Die Berichte von dort im Genueser Handelskurier gehen bereits bis zum 17 d. M. Die Stadt war bis dahin nicht angegriffen worden, so daß die Ankunft des Hrn. Lesseps wirklich einen Stillstand der Feindseligkeiten mit den Franzosen zur Folge gehabt zu haben scheint. 5000 Mann aus den Provinzen unter Oberst Mezzacappa, darunter eine Schweizer Batterie, waren in der Nacht vom 16. auf den 17. in Rom eingezogen. Am 16. Abends war ein Corps von 12,000 Mann, unter General Roselli, ausgerückt, angeblich, um die Neapolitaner anzugreifen.

Turin, 22 Mai. Ungeachtet einer sehr gewandten Vertheidigung durch den Advocaten Brofferio hat der Casationshof das kriegsgerichtliche Urtheil gegen General Ramorino bestätigt, und dieser wurde heute Morgen 6 Uhr auf der Piazza d'armi, in Gegenwart mehrerer Corps der Turiner Besatzung, erschossen. Das Befinden des Königs bessert sich. Die bisher noch bestandene lombardische Consulta ist aufgelöst.

Oesterreichische Staaten.

Von der polnisch-österreichischen Grenze, den 17. Mai. [Die Russen.] Wir sind hier zu Land zwar allerdings reichlich mit Russen gesegnet; aber so regelmäßig, wie man von Wien aus glauben machen wollte, erfolgte der Einmarsch nicht. Wo man hinsieht, brennt der Boden, und Sie können sich denken, mit welchen Augen man in Galizien die Russen betrachtet, so daß das Gubernium die Leute ernstlich vermahnen mußte, den werthen Gästen und Bundesgenossen freundlich zu begegnen. Die Juden namentlich sind unermüdlich und nach ihrer Art äußerst geschickt im Propagandamachen, und seitdem Kossuth in der Pesther Synagoge erschien und eine seiner glühenden Ansprachen an die dortigen Juden hielt, worin er förmlich Abbitte that für das seit Jahrhunderten ihnen widerfahrene Unrecht, schwärmten alle galizischen und Krakauischen Juden für den größten Diktator und das Magyarenthum. Was man an den Russen am liebsten sieht, sind die blanken Rubel, mit denen sie äußerst freigebig sind, was natürlich in einem Lande, wo fast alles baare Geld aus dem Verkehr verschwunden ist und in entwerthetem Papier bezahlt wird, einen guten Eindruck macht. Das über Galizien einrückende Hülfskorps wird sich in Brody concentriren; die zweite Heeresabtheilung, die in forcirten Märschen aus Warschau nach Krakau rückte, hat zur Hälfte, etwa 15,000 Mann stark, auf der Eisenbahn den Weg nach Wien eingeschlagen, während die andere Hälfte in Krakau zurückgeblieben ist, und auch vor der Hand daselbst bleiben dürfte, um die schwache österreichische Garnison vorkommenden Falles unterstützen zu können. Den Befehl über diese Abtheilung führt bis jetzt der bekannte Kaukasus-General Saß, dem die Ruhe in Warschau bereits drückend zu werden anfing. Er wünscht nichts sehnlicher, als mit den Ungarn recht bald anbinden zu können, wozu sich ihm sicherlich Gelegenheit darbieten dürfte. Der äußern Ausrüstung nach zu schließen, könnten die Russen schon etwas ausrichten. Reiterei und Artillerie sind vortrefflich, die Pferde von außerordentlicher Schönheit. Es machte einen ganz eigenen Eindruck, als zwei Batterien reitender Artillerie in Krakau manövrirten. Die sehr zahlreiche Kavallerie wird den Oesterreichern besonders willkommen seyn. Uebrigens ist es spaßhaft mit anzuhören, wie die Polen Alles an den Russen schlecht machen; hört man sie, so könnten solche Truppen das Feld auch nicht 14 Tage gegen die Magyaren behaupten. Wer die Sache unparteiisch betrachtet, muß anders urtheilen, wie es denn auch bloße Fiction ist, die Russen und namentlich auch ihre Offiziere rückten höchst ungern zu Felde. Wir hatten Gelegenheit, mit einigen von ihnen zu sprechen, und überzeugten uns, daß dem nicht so ist. Im übrigen legen die Meisten über den Zweck des Krieges und den Stand der Dinge in Ungarn eine wirklich naive Unwissenheit an den Tag. Besonders rechnen sie auf ihr gut bedientes Geschütz.

In Galizien sieht es sehr traurig aus: fast aller Verkehr ist verschwunden. Besonders schwer empfindet Krakau unter den gegenwärtigen Umständen den Verlust seiner Selbständigkeit; es ist so öde in den Straßen, wie in einer kleinen Provinzialstadt. Alles stockt, selbst

das Leben, das noch vor kurzer Zeit nirgends übermüthiger und zwangloser sprudelte, als eben hier. Es herrscht ein Polizeisystem, das strenger kaum in Wien gehandhabt werden kann. Die Zeitungen sind verboten, was natürlich keine andere Wirkung hat, als daß nur um so fabelhaftere Gerüchte in Umlauf gesetzt werden. Die Sympathien für die ungarische Sache werden unnachsichtlich bestraft: erst in den letzten Tagen wurde deshalb ein Priester zum Gefängniß verurtheilt und ein Soldat erschossen. Selbst mit einem Posse, der von Breslau nach Wien visirt ist, kann man sehr ernstliche Unannehmlichkeiten haben, wenn man den Weg über Krakau nimmt, weil dieser nicht der kürzeste ist und selbst ein Umweg von wenigen Meilen im gegenwärtigen Augenblick verdächtig macht. Diese eiserne Strenge, die freilich unter Umständen durch die Selbsterhaltung geboten seyn mag, nimmt sich um so widerwärtiger aus, wenn man hört, daß der russische Czaar sogar bei seiner Armee die Prügelstrafe abgeschafft hat: wenigstens kann sie nur, wie in Oesterreich, kriegsrechtlich erkannt werden. Gleichwohl läßt sich nicht anders erwarten, als daß auch diesmal die Berührung mit andern, zum Theil gesitteteren Nationalitäten unter der russischen Armee Eindrücke zurücklassen wird, die für die Idee der europäischen Freiheit nicht verloren sind. Solche kindliche Gemüther sind am empfänglichsten für die neuen Anschauungen und Gedanken. Sie können sich vorstellen, wie sehr auch in Oesterreichisch-Polen von den Gebildeten auf einen allgemeinen europäischen Krieg gerechnet wird. Aber freilich machen sich diese Hoffnungen und Wünsche jenseits und diesseits der preussischen Grenze auf eine ganz andere Weise Luft. Im Preussischen räsonnirt der Pole mit der größten Freimüthigkeit, hat überhaupt etwas Offenes, Unverholenes. Hier zu Lande flüstern sie leise zusammen, und läßt Jemand auf der Straße ein freimüthiges Wort fallen, blickt er ängstlich um sich, ob nicht ein »Spitzel" dasselbe aufgefangen hat. Diese Race Menschen ist auch außer Wien einheimisch. (Wes.-Z.)

Sprech-Saal.

† **Nürnberg**, den 27. Mai. Die liebenswürdige mit so vielen reitzenden Nummern ausgestattete Oper „Martha" von Flotow ging letzten Freitag in einer Vollendung über unsere Bühne, wie wir sie hier noch niemals gesehen und gehört. Herrn Bleiczitzky (Lyonel) gebührt aber jedenfalls der Kranz des Abends. Sein Spiel wie sein Gesang stehen auf hoher Stufe der Ausbildung und es kann sich jede Bühne Glück wünschen, die den wackern Künstler als Mitglied besitzt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Dr. Krafft an seine Wähler.

Der Nationalversammlung war die Aufgabe gestellt, für Deutschland eine Verfassung zu begründen. Sie hat in Lösung dieser Aufgabe die Reichsverfassung als endgiltig beschlossen, solche dem Volke verkündet und zu ihrer Durchführung aufgefordert. Vielfache Hindernisse stellten sich jedoch dieser Durchführung entgegen. Es hatte zunächst der König, der allein an die Spitze des Bundesstaats gerufen werden konnte, die ihm angetragene Oberhauptswürde abgelehnt, und seine Regierung und die der drei nächst größten Staaten Deutschlands haben die Rechtsgiltigkeit der Reichsverfassung bestritten, ihre Anerkennung verweigert. Die Nationalversammlung war bemüht, solcher Weigerung entgegenzutreten, sie hat alle Wege eingeschlagen, die als gesetzlich gelten konnten zur Erreichung ihres Ziels, und ich habe zur Fassung solcher Beschlüsse aus inniger Ueberzeugung mitgewirkt. Es haben solche jedoch bis jetzt den gewünschten Erfolg nicht gehabt, und dies veranlaßte einen Theil der Mitglieder der National-Versammlung, Anträge zu stellen, die auf einen andern Weg — auf den der Gewalt führen. Ein großer Theil der einer andern Ansicht huldigenden Mitglieder sah sich hiedurch — und vielleicht zu bald — zum sofortigen Austreten aus der Nationalversammlung bewogen, und hiedurch hatte sich die Macht der Einwirkung auf die Beschlüsse bei derjenigen Parthei vergrößert, welche zu gewaltsamen Maßregeln gegriffen wissen wollte.

Das Entstehen von Beschlüssen in solcher Richtung hatte alsbald weitere 65 Männer, zu denen die ehrenwerthesten in der Versammlung zählten, nach reiflicher Berathung und Erwägung aller Gründe am 19ten dieses Monats zu dem Entschluß gebracht, auch ihrer Seits den Austritt aus der Nationalversammlung zu erklären, und es war endlich der wirkliche Bestand derselben von 550 auf 198 Mitglieder herabgesunken.

Ich habe die Gewichtigkeit der Gründe, welche diese Männer meiner Partei zum Austritt bewogen haben, vollständig erkannt, dennoch glaubte ich mit mehreren meiner Gesinnungsgenossen noch aushalten und ein letztes Mittel versuchen zu sollen. Wir gingen von der Ueberzeugung aus, daß eine so geringe Anzahl von Mitgliedern der Nationalversammlung als eine wahre Vertretung des deutschen Volkes nicht betrachtet werden könne, und beantragten eben deshalb eine längere Vertagung, um die Möglichkeit der Ergänzung der Versammlung vor weiterer Beschlußfassung herbeizuführen. Es wurde dieser Antrag verworfen, hiedurch aber und durch die entgegengestellten Anträge der uns gegenüberstehenden Partei unser Entschluß zur Reife gebracht, nunmehr gleichfalls aus der Versammlung zu scheiden. Nun und nimmermehr konnten wir uns entschließen, bei erfolglosen Vereinen durch unsere Anwesenheit in der Versammlung Beschlüsse entstehen zu lassen, die das Volk zu gewaltsamem Austreten provociren.

Es handelt sich nicht um einen bloßen Kampf gegen widerstrebende Regierungen, nicht in diesen allein liegt das Hinderniß der Durchführung der Reichsverfassung, ein Haupthinderniß muß in dem Mangel an Sympathie für diese Verfassung gefunden werden, wie sich solcher bei einem großen Theile des deutschen Volks, insonderheit aber des Volks in Preussen immer mehr erkennen läßt. Dazu kommt, daß auch da, wo die Reichsverfassung als Banner der Bewegung vorgetragen wird, keineswegs bei allen die wirkliche Durchführung dieser Verfassung das Ziel ist, nach welchem sie streben, vielmehr ganz andere entgegenstehende Zwecke unter dieser Fahne verfolgt werden.

Würde das deutsche Volk in allen seinen Stämmen aus wahrem festem Willen die Durchführung der von der Nationalversammlung gegebenen Reichsverfassung verlangen, der Widerstand der einzelnen Regierungen würde sich bald an diesem Willen brechen; wenn aber nur ein Theil des deutschen Volks für die Verfassung in Wahrheit einzustehen bereit ist, ein anderer Theil unter dem Aushängschild derselben andere Zwecke als ihre Durchführung erreichen will, wenn ein weiterer großer Theil des Volks theilnahmlos bleibt oder das Widerstreben seiner Regierungen stützt und für dieses streitet, dann ist es mehr als zweifelhaft, ob der Weg der Gewalt die Verfassung zur Durchführung bringen könne.

Wollte solcher Weg eingeschlagen werden, so wäre einem Bürgerkriege die Entscheidung anheimgegeben. Als Resultat eines solchen Kriegs ist aber mit größerer Wahrscheinlichkeit Despotismus — komme er von oben oder von unten — als ein wahrer Sieg für die Verfassung zu erwarten, und jedenfalls würde er unsägliches Unglück über das gemeinsame Vaterland bringen. Ich will und kann nicht mitwirken, solchen Bürgerkrieg hervorzurufen, ich will zu Beschlußfassungen nicht beitragen, welche deutsches Volk gegen deutsches Volk in einen Kampf jagen, der nimmermehr geeignet ist, die Freiheit und Einheit Deutschlands zu begründen. Nach meiner festen Ueberzeugung liegt jede solche Beschlußfassung außer der Befugniß der Nationalversammlung. Sie hat die Verfassung beschlossen und verkündet, sie hat alle gesetzlichen Mittel versucht, ihr die Durchführung zu verschaffen, und damit hat ihre Thätigkeit ihr Ende zu nehmen.

Ist das Werk, das sie erzeugt, ein gutes, so wird dies zum Bewußtseyn des gesammten Volks gelangen, und wenn dies, so wird die Ausführung nicht fehlen.

Die Anwendung von Gewalt zu decretiren, ist nicht Sache der Nationalversammlung.

Aus diesen Gründen habe ich denn mein Mandat niedergelegt, und bin hier wie überall während meines einjährigen Mitwirkens in der National-Versammlung dem gefolgt, was mein Gewissen mir gesagt hat, was meine Ueberzeugung geworden ist.

Nürnberg am 26 Mai 1849.

Dr. **Krafft.**

Einladung.

Diejenigen, welche die Abgeordneten zum bayerischen Landtag für den Wahlbezirk Nürnberg wählten, werden ersucht, sich Dienstag den 29. Mai Abends 6 Uhr im Saale des deutschen Hauses (vormals Biedermannsgarten) in Gostenhof zahlreich einzufinden, um über einen wichtigen Gegenstand zu berathen.

Trost. Fleischmann. Bock. Schatt. C. Beck. Pabst. Engelhard. Dr. Friedrich Mayer.

Volks-Verein.

Dienstag den 29. Mai keine Versammlung. Freitag den 1. Juni Abends 8½ Uhr, Ausschußsitzung im Jammerthal.

(Gesuch.) Ein Ersatzmann wird gesucht.

Rosenau.

Zweiten Feiertag Morgens Harmonie-Musik.

G. Schwabe.

Schusters Felsenkeller.

Montag den 28., als am zweiten Pfingstfeiertag, findet Früh 8stimmige Blechmusik statt, wozu ein hochgeehrtes Publikum höflichst einladet

Klemm

(Anzeige.) Lohnkutscher Herdt fährt am 2. Pfingstfeiertag mit 2 Omnibus Früh vom Müllersgarten nach Erlangen, und können Personen à 18 kr. mitfahren, so wie auch Personen von dort mit zurückfahren können.

(Zu vermiethen.) In S. Nr. 16 auf dem Herrnmarkt ist eine hübsche Wohnung sogleich oder auf nächstes Ziel zu vermiethen.

Bekanntmachung

Eingegangener hoher Genehmigung gemäß werden am Pfingstmittwoch den 30. d. Mts. Extrapersonenzüge von Nürnberg nach Erlangen um 11 Uhr Vormittag, und aus gleichem Grunde wie am Pfingstmontag um 1¾ Uhr Nachmittags abgehen und von Erlangen nach Nürnberg um 6½ Uhr und 9½ Uhr Abends zurückkehren, für welche Fahrten bezüglich der Abgabe der Retourbillets hier und der Reisescheine in Erlangen die für den Pfingstmontag kundgegebenen Bestimmungen gleichfallsige Geltung haben.

Nürnberg, den 25. Mai 1849.

Königliches Bahnamt.

Haenlein.

Köcherts-Zwinger.

Heute Montag den 28. Mai große Produktion von der vollständigen Musik des 1. Chevauxlegers-Regiments Prinz Eduard von Sachsen Altenburg, unter der Leitung des Stabs-Trompeters Herrn Johannes. Da für die Musik keine Sammlung stattfindet, so werden die verehrlichen Abonnenten ersucht, für selbige am Eingange zu honoriren. Es ladet hiezu ergebenst ein

J. D. **Köchert.**

(Empfehlung.) Die Unterzeichnete erlaubt sich verehrlichen Eltern ihre Kleinkinderschule für Knaben und Mädchen von 3—6 Jahren zu empfehlen. Spitzenberg S. Nr. 1579.

Helena Schmidt.

(Einladung) Am 2 und 3. Feiertag, als am Wöhrder Markt, ist gutbesetzte Harmonie-Musik und bittet um recht zahlreichen Besuch

Pfirsch.

(Zu vermiethen.) In Nr. 173 der Oberwörthstraße ist die 2. Etage bis Ziel Walburgi zu vermiethen.

(Zu vermiethen.) Ein Logis ist für einen ledigen Herrn zu vermiethen. Spitalgasse S. Nr. 834.

(Zu verkaufen.) Vier große gesunde Pomeranzenbäume in runden Kübeln sind zu verkaufen. Näheres bei Gärtner Dorn. Garten Nr. 175 vor dem Laufferthor.

(Zu verkaufen.) Ein braunglassirter moderner Ofen ist in L. Nro. 793 zu verkaufen.

(Verloren) Freitag den 25. wurde von der Laufer- bis in die Bankgasse ein grün- und weißzengrener Sonnenschirm verloren. Man bittet denselben in L. Nro. 11. abzugeben.

(Gesuch.) Eine Person, die das Cigarrenmachen ordentlich versteht, kann sogleich dauernde Beschäftigung finden

Theater-Anzeige.

Montag den 28. Mai. Im Fall günstiger Witterung

Eröffnung der Arena

mit einer großen Vorstellung der Araber und Marokkaner unter der Direktion des Mohamed Ben-Hagy. Dazu: »Die Erholungsreise von Berlin nach Nürnberg." Lustspiel in 1. Akt von Angely. Hierauf zum Erstenmale: »Eine Heirath durch Selbstmord.« Lustspiel in 1. Akt von Mühe.

Kassa-Eröffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. Ende 7 Uhr. Preise der Plätze: Sperrsitz 24 kr. Parterre 18 kr, (Kinder die Hälfte.) Gallerie 9 kr., (Kinder die Hälfte)

☞ Im Falle ungünstiger Witterung findet die Vorstellung zu den bekannten Stadttheaterpreisen und zur gewöhnlichen Zeit (Anfang ½7 Uhr) im städtischen Theatergebäude statt.

Dienstag den 29. Mai, in der Arena (bei ungünstiger Witterung im Stadttheater.) »Große Vorstellung der Araber und Marokkaner mit Nationaltanz und Nationalgesang.« Dazu: »Der versiegelte Bürgermeister.« Posse in 2 Akten von Raupach. »Der Lügner und sein Sohn.« Posse in 1 Akt von Kurländer.

Ein Geheimniß.

(Fortsetzung.)

„Wie heißt der junge Russe, der jener hübschen Frau den Arm gibt?“ fragte er in dem natürlichsten Tone Caulaincourt, dem er eben begegnete.

„Es ist der Fürst Merzerski,“ antwortete dieser. „Ein Mann von hoher Familie und großem Vermögen, dessen letztes Abenteuer in ganz Paris große Sensation erregt hat.“

„Welches Abenteuer?“ . . . fragte der Herzog, indem er den Arm seiner Frau fester an sich drückte, weil er fühlte sie wolle ihm denselben durch eine plötzliche und unwillkürliche Bewegung entziehen.“

„Auf Ehre,“ versetzte Caulaincourt, „es ist heldenmüthig und eines französischen Ritters würdig! . . . Man behauptet, der Fürst, eines Nachts durch einen Gemahl überrascht, habe nur noch Zeit gehabt, sich in ein abgelegenes Gemach zurückzuziehen; . . . man habe die Thüre so heftig und schnell hinter ihm zugeworfen, daß einer seiner Finger von der Thüre gequetscht wurde. Er aber habe den bewunderungswürdigen Muth gehabt, nicht einmal einen Schrei auszustoßen, um seine Geliebte nicht zu compromittiren.“

„Das ist wirklich wunderbar,“ sagte der Herzog mit derselben Kaltblütigkeit, indem er den Arm der Herzogin immer heftiger drückte, die übrigens ohne diesen Beistand zusammengesunken wäre. „Und wie ist diese großartige Hingebung bekannt geworden?“

„Durch unseren berühmten Chirurgen Dubois, der noch in der Nacht zur Amputation des Fingers zu dem Verwundeten gerufen wurde und der im Delirium des Fiebers das Geheimniß erfuhr. . . . Aber der geschickte Chirurg, der dieses Abenteuer bei dem Kaiser erzählte, hat sich beharrlich geweigert, uns die anderen Abenteuer in diesem düsteren Drama zu nennen.“

„Desto schlimmer,“ fuhr der unerbittliche Marschall fort, „hätten wir doch über den armen Gatten lachen können! Ein betrogener Gatte ist etwas so Amüsantes, so Lächerliches! ... Zweifel,“ antwortete der Marschall. . . . „Die große Hitze vielleicht . . . . Wir wollen uns entfernen!“ . . .

Dann zog er die arme dem Tode nahe Frau durch die wogende Menge, die, als sie ihn erkannte, ehrfurchtsvoll Platz machte, bis zum Vestibule, wo er seinen Wagen vorfahren ließ.

„Madame,“ sagte er, indem er sie in den Wagen hob; „ein so rauschendes Vergnügen taugt nicht für Ihre Gesundheit, die so zart ist. . . . Sie haben sich für heute Abend genug unterhalten, kehren Sie in das Hôtel zurück und ruhen Sie aus. Was mich betrifft, . . . ich fühle mich vollkommen wohl und kehre auf den Ball zurück.“

Er befahl den Schlag zu schließen und kehrte in die Salons zurück, in der Hoffnung, neue Details über dieses Abenteuer zu erhalten; denn die Blutspuren rings um den Pavillon, den die Herzogin bewohnte, von welchem Pierre, der Pallastwächter ihm nach Spanien Mittheilung gemacht, kamen ihm wieder ins Gedächtniß und begannen Licht in die tiefe Finsterniß zu bringen.

— — — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — —

Das Gedränge des Festes hatten den Fürsten von der Marschallin von R. . . wieder entfernt und Odoart fühlte sich einen Augenblick erleichtert von dem abscheulichen Gewicht, das ihn erdrückte.

Einige zärtliche und liebevolle Worte, die er an Blanche richtete, zerstreuten die Wolken, die sich um die Stirn der jungen Fürstin gelagert hatten, ihr Herz schlug wieder höher, sie erkannte wieder seine süßen Laute, die sie bei der ersten Begegnung bezaubert hatten, und als Odoart sie dem Fürsten Koutalin vorstellte, hatte sie jene strahlende Schönheit wieder genommen, die durch glückliche Eindrücke der Seele erhöht wird.

Ein Umstand versetzte Blanche bei dieser Vorstellung in das höchste Erstaunen.

Der Fürst kam ihr auf die schmeichelhafteste Weise ent...

das diese Worte in ihr hervorgerufen, als Graf Woromsoff herbeieilte und Odoart zurief:

»Der Kaiser, der sich entfernen will, fragt nach Ew. Excellenz.«

„Ich eile zu ihm," antwortete dieser, indem er Woromsoff bat, der jungen Frau seinen Arm zu bieten.

Man befand sich in diesem Augenblick ganz in der Nähe des abgelegenen Salons, neben dem ungeheuern Buffet, an welchem die guten Bürger von Paris ganz fröhlich dem Champagner des Herrn Präfekten zusprachen.

Blanche trat mit dem Grafen in diesen Salon und die junge Fürstin, die von dem eben Gehörten noch ganz angegriffen war, bat Woromsoff, sie noch einige Augenblicke Platz nehmen zu lassen.

Der Graf bemerkte die Aufregung Blanches und eilte fort, um einige Erfrischungen zu holen, die das Buffet nicht bot; denn die Erfrischungen für die Gäste, welche es umgaben, bestanden aus schweren Weinen und glühendem Punsch.

(Fortsetzung folgt.)

Der Reichsgraf

Eine Geschichte aus dem vorigen Jahrhundert, von G. Kaut.

(Fortsetzung.)

„Er hat viel Glück, Hubert!" sagte der Reichsgraf, nachdem er eine mächtige Dampfwolke in die Luft geblasen hatte. „Statte Er jetzt seinen Bericht ab!"

Theobald erzählte Alles der Wahrheit getreu, ohne sich eines Wörtchens Jägerlatein zu bedienen. Als er das Zusammentreffen mit der Zigeunerin erwähnte, fuhr der Reichsgraf wild herum. Unglücklicher Weise fiel sein Blick auf das arme Weib, das wie Espenlaub zitterte. Er hätte wahrscheinlich die Unglückliche sogleich hinauspeitschen lassen, wenn ihm nicht der Jüngling die Versicherung gegeben, daß gerade dieselbe es gewesen, welche die Gelegenheit zur Tödtung des Wolfes herbeigeführt. Der Reichsgraf unterdrückte seinen Zorn und ließ den Erzähler fortfahren; ward auch wirklich fast zum Mitleid gegen die Frau gestimmt, als er vernommen, in welch' großer Lebensgefahr dieselbe geschwebt hatte. Er befahl, man möge ihr in der Küche zu essen geben, dann aber sollte sie sich von hinnen trollen und dem Lumpenpack, wozu sie gehöre, sagen, daß bis morgen das Gebiet von Hohenau geräumt seyn müsse. Hier darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Zigeunerin nicht selten Blicke voll ängstlichen Erstaunens auf den Marquis de la Tour warf den sie zu kennen schien, und ihre Gebärden nahmen dabei einen Ausdruck an, als wenn in Gegenwart des Franzosen die Erinnerung an irgend eine Schandthat aus der Tiefe ihrer Seele auftauche.

Nachdem die Berichterstattung Theobald's zu Ende war, ernannte ihn der Reichsgraf Angesichts der Menschenmenge »wegen seiner Meriten um Forst und Jagd" feierlich zum Hofjäger mit 100 fl. Gehalt jährlich. Der neugebackene Hofjäger küßte in dankbarer Rührung dem guten alten Herrn die Hand.

Das Schauspiel im Schloßhofe sollte übrigens nicht enden, ohne einen tragi-komischen Schluß erhalten zu haben. Auch die Hunde waren nämlich, als ihr todter Feind zur Schau ausgestellt wurde, neugierig schnüffelnd herbeigekommen. Unter ihnen der alte Hektor, der die Schläge, die er um des Franzosen willen bekommen, immer noch nicht verschmerzt hatte. So oft daher der Marquis an ihm vorbeiging, verspürte er in seiner Hundeseele eine starke Neigung zur Rache, und wies knurrend sein immer noch respektables Gebiß. Der Franzose that, als bemerke er nichts, und diese Verachtung verdroß den Hund noch mehr. Aus Unvorsichtigkeit trat nun, als eben die neugierige Menge sich zu verlaufen begann, der unglückliche Marquis dem übelgelaunten Hektor auf den linken Hinterfuß. Wuthschnaubend fuhr der Getretene herum, packte eine der Waden des Franzosen, riß den seidenen Strumpf morsch entzwei und förderte zerrend zwei veritable Hosenpelze zum großen Erstaunen des verehrlichen Publikums zu Tage. Hektors übrige Kollegen hatten nicht so bald dessen Beute wahrgenommen, als sie auch von allen Seiten herbeistürzten, sie demselben zu entreißen. Das Kämpfen, Heulen und Bellen verursachte ein diabolisches Konzert. Dazwischen erscholl unmäßiges Gelächter. Zähneknirschend vor Scham und Wuth, hielt sich der Marquis die entweihte Wade, fluchte und schrie: „Que le diable t'emporte! que la foudre t'écrase!"

Das war das Ende der Schaustellung des durch Theobald erlegten Wolfes.

4.

Einige Stunden später war in einem Seitenzimmer des „weißen Schwans" zu Hohenau eine muntere Gesellschaft versammelt. Nach den Kreidestrichen zu urtheilen, die am schwarzen Brette prangten und die Anzahl der geleerten Krüge bezeichneten, hatte man noch keinen Durst gelitten, und vielleicht schon etliche Gläser des trefflichen Rebensaftes darüber getrunken. Letztere Ansicht hatte sehr viel für sich; denn in den Gesprächen beurkundeten sich bereits Gefühle und Ansichten, die nur dann zum Vorschein kommen, wenn ein gewisser Grad von irdischer Seligkeit erreicht ist. Alle redeten durch einander. Der Eine zählte die sieben Schönheiten seiner Geliebten auf, der Andere pries seine Eroberungen und Siege auf dem Felde der Liebe, ein Dritter glaubte als Nimrod in den Jagdgebieten der Erde, des Wassers und der Luft seines Gleichen nicht zu finden, kurz, ein Jeder war emsig bemüht, sich auf irgend eine Art lächerlich zu machen, und das ist gewiß ein sicherer Beweis, daß der Wein seine Wirkung gethan. Der Präsident dieser kleinen Versammlung schien ein großer, starker Mann in Jägertracht zu seyn, der am oberen Ende des langen, eichenen Tisches saß. Sein feistes Gesicht war fast stets zu einem gutmüthigen Lächeln verzogen, und obgleich er häufiger als die übrigen sein Glas füllte und leerte, konnte man dennoch nicht die geringste Spur von Weinfröhlichkeit an ihm bemerken. Er war einer jener Männer, die das Faß der Danaiden im Magen, nie äußerlich trunken werden.

»Bei der linken Schuhschnalle meines seligen Großvaters!" schrie ein kleiner junger Mann, der das Ansehen eines Schreibers hatte, als der wohlbeleibte Präsident eben wieder ein Glas zu Munde führte, „heute hat der Magen des Herrn Leibjägers wieder einen köstlichen Tag. Seht nur einmal, wie er den Wein hinabspült — sollte meinen, er wollte sich darinnen einen Fischteich anlegen. He! Alterchen!" fuhr er fort, dem Leibjäger vertraulich auf die Schulter klopfend, „sauf nicht so viel, sonst ist der Wolf mit sammt dem Pelze schon vor Nacht angekreidet — wollen auch noch etwas bei Licht zu verzechen haben."

war einer jener Männer, di…
…igen, nur äußerlich trauerte …
Schul…walle meines seligen …
der Mann, der das Amt… und …
wohlbestallte Präsident eben …
…rie, „heute hat der Magen …
…nen köstlichen Tag. Seit …
…abschiede — sollte meinen, …
…ich anlegen … Herr Muskat!" …
vertraulich auf die Schulter …
der Welt mit … …
— wollen auch noch etwas …

die schöne Hand und betheuerte in tausend Schwüren, das höchste Glück seines Lebens bestehe darin, ein und dieselbe Luft mit ihr einzuathmen. Und wahrlich, man konnte Theobald seine heiße Liebe zu Agnes nicht verdenken. Dunkelbraune, üppige Locken, geistreiche, große Augen von der nämlichen Farbe, einen Himmel voll Liebe ausstrahlend, Wangen, von Rosenschimmer umflossen, frische, zum Kusse einladende Lippen, glänzend weiße Zähne und eine herrliche, schlanke Gestalt, die sich noch zu größerer Vollkommenheit zu entwickeln versprach, lauter Vorzüge und Eigenschaften, die in dem Grade, wie sie Agnes besaß, ganz dazu geeignet waren, das Herz eines jungen Mannes zu erobern.

Der neugebackene Hofjäger mußte das Abenteuer des ver-

Zigeunerin unter Anderem; Er lebt noch, und glaubt Euch schon längst todt. Ihr waret kaum Ein Jahr alt, da starb Eure rechte Mutter, und Euer Vater gerieth bald darnach in das Netz eines durchaus verworfenen Weibes, die er zu seiner zweiten Gattin erhob. Ihr waret Eurer Stiefmutter ein Dorn im Auge, und sie schmiedete Pläne, Eurer los zu werden. Ein junger Mensch, der als Diener im Hause lebte, und eine Magd waren ihre Vertrauten. Euch zu ermorden, hielt man nicht für rathsam, daher wählte man einen andern Ausweg. Als sich Euer Vater von Hause entfernen mußte, um an der Spitze seines Regimentes in den Krieg zu ziehen, spürte der treulose Diener eine Zigeunerbande auf, und gewann dieselbe durch Geld für seine Absicht. Die Magd mußte

am folgenden Tage mit Euch eine seltsame Gegend besuchen und Euch im Stiche lassen, worauf Ihr in die Hände der Zigeuner fielt. Euere Stiefmutter stellte sich untröstlich, und ließ allenthalben Nachforschungen anstellen. Ihr waret und bliebet aber verschwunden. Der schändliche Helfershelfer Euerer Stiefmutter stand später mit derselben in einem verbotenen Verhältnisse. Euer Vater kam dahinter, jagte denselben aus seinen Diensten und verstieß die treulose Gattin, die nach einigen Jahren in großem Elende starb. Auch die Magd erhielt den verdienten Lohn. Sie ward von jenem Bösewicht entehrt, lief in die Welt, und zog dann mit der nämlichen Bande umher, in welcher Ihr Euch befundet. Schon hatte sie den Entschluß gefaßt, auf die Gefahr hin, bestraft zu werden, Euern Aufenthalt Euerem Vater zu entdecken, da wurdet Ihr durch einen Zufall von den Zigeunern getrennt. Ihr habt gute Menschen gefunden, und Ihr seyd auf dem Wege, glücklich zu werden — doch trauet nicht all zu sehr. Euer böser Geist steht Euch näher, als Ihr glaubt...«

„Zum Teufel!" unterbrach hier Theobald die Wahrsagerin. „Ihr habt über Agnesens Lebensverhältnisse genaue Erkundigungen eingezogen, bevor Ihr hieher kamet."

„Junger Mann!" versetzte das Weib. „Konnte ich auch hier erfahren, welches die Schicksale der Jungfer vor ihrem hiesigen Aufenthalte gewesen?"

„Nun, die habt Ihr selbst erfunden," erwiederte der ungläubige Hofjäger.

Das Weib schwieg, wandte sich nach der Thüre und wollte gehen. Sie besann sich aber eines Andern, kehrte wieder um — und sagte zu Theobald: „Ihr habt mir das Leben gerettet — ich bin Euch Dank schuldig — Ihr werdet vielleicht mehr von mir hören. Lebet wohl, und hütet Euch vor Armand Fournier!«

Nach diesen Worten eilte sie zur Thüre hinaus und über die Wiesen dem Walde zu.

„Was die Zigeuner nicht närrische Leute sind," lachte Theobald. „Glauben die Menschen mit Mährchen abfüttern zu können."

„Höre, Theobald!" sagte Agnes sehr ernst. „Die Frau hat in der That merkwürdige Dinge geredet; es kommt mir fast vor, als müßte jedes Wort wahr seyn, was sie gesprochen. Auch erinnere ich mich noch dunkel, daß sich eine Person, die mir stets wohl gewollt, bei der Zigeunerbande befunden hatte."

Das Gespräch der jungen Leute ward hier durch die Ankunft der Frau Stadtschreiber unterbrochen.

„Ei, sieh' da, der Herr Hofjäger!" sagte sie freundlich. „Gratulire auch! War ein wenig außen gewesen bei der Frau Obersteuerschreiber — hat mir heute Vormittag sagen lassen, ihre Cyperkatze habe vor einigen Tagen Junge geworfen, und ich möge einmal kommen, die artigen Dinger zu sehen. Ich sag' Euch, Herr Hubert! prächtige Kätzchen — wahrhaft zum Küssen. Dort hab' ich auch Euer Glück erfahren."

Es war hohe Zeit, wieder zur Gesellschaft zurück zu kehren, weßhalb sich Theobald verabschiedete. Unterwegs machte er sich allerlei Gedanken über die Reden der Zigeunerin, und namentlich wiederholte er häufig den Namen „Armand Fournier." Am „weißen Schwan" angelangt, begegnete ihm der russische Hansel, vollständig benebelt. Der gute Mann hatte für seine Mühe vom Reichsgrafen einen Kronenth erhalten und einen Theil dieser Summe zur Befriedigun seiner Trinklust verwendet. Drinnen im Gasthause hatte Fröhlichkeit den höchsten Grad erreicht. Man sang oder brüll vielmehr die schrecklichsten Gassenhauer und schlug mit Krüge und Gläsern den Takt.

Am andern Tage hatte Theobald vier und zwanzig Gu den rh. zu bezahlen.

5.

Noch lange Zeit nach dem Vorfalle im Schloßhofe muß der Graf jedesmal lachen, wenn er an die künstlichen Wade des Marquis de la Tour dachte. Dieser aber bot Alles au um den ungünstigen Eindruck wieder zu verwischen, den d Entdeckung seiner körperlichen Unvollkommenheit hervorg bracht. Alle seine Bemühungen blieben jedoch ohne Erfol so sehr er auch von seinem Gönner, dem Erbgrafen, ausg zeichnet wurde. Man merkte wohl, daß der alte Reichsgra den Franzosen nicht leiden mochte, und darum war ein J der darauf bedacht, geflissentlich den Fremden zu necken un zu ärgern. Ja, Mancher sprach keck seine Verwunderun aus, daß der Erbgraf Friedrich einen solchen Gecken m über den Rhein gebracht. An Reformen in französische Sinne war daher in der Reichsgrafschaft Hohenau nicht z denken. Der Erbgraf vertröstete sich auf künftige schöne Zeiten, und blieb dem Marquis vor wie nach gewogen. M kleinen Reisen, Parforcejagden und französischer Lektür brachte man den Sommer und den Winter hin, und im fo genden Jahre beschäftigte man sich mehr mit Politik. Allent halben zogen düstere Wetterwolken zusammen, die sich, w dies oft geschehen, auf Deutschlands Ebenen zu entladen droh ten. Preussens König fiel in Sachsen ein. Alle Welt tadel dies als eine Verletzung des Völkerrechts. Auch der al Reichsgraf fluchte und schimpfte, und der Marquis meint man solle nur warten, bis seine Landsleute kämen, die wür den den kleinen König schon züchtigen. Der greise Herr abe schüttelte ungläubig das Haupt ab dieser Renommisterei un murmelte den Namen „Hochstädt."

Der Marquis de la Tour, welcher befürchtete, der Erb graf möge am Ende seine Gunst von ihm abwenden, sann auf Mittel, sich demselben unentbehrlich zu machen. Er wa erfahren genug, zu wissen, daß nichts in der Welt die Mensche mehr aneinander fesselt, als die Mitwissenschaft von Geheim nissen, die das Licht zu scheuen haben. Dergleichen ware aber bis jetzt noch nicht vorhanden, und sie mußten daher ers geschaffen werden. Vor Allem trachtete der Franzose darnach Religion und Sittlichkeit in den Augen des Erbgrafen lächer lich zu machen, und dies wurde ihm leider! nicht so schwer als man hoffen sollte. Der Erbgraf war nämlich einer jene Menschen, die ohne festen Charakter, für's Böse eben s empfänglich sind, wie für's Gute, denen Glanz und Lebensge nuß über Alles gehen, und die sich sehr leicht überzeugen lasse wenn die Gründe nur mit Witz und Beredtsamkeit vorgetra gen werden.

(Fortsetzung folgt.)

Druck und Verlag von Wilhelm Tümmel B. Nr 244 am Rathhaus.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 30. Mai 1849. № 149 u. 150. Mittwoch: Wigand

Deutsche Staaten.

= **München**, den 27. Mai. Eine tiefe Ruhe herrscht in unserer Stadt und die Natur hat, wie die Menschen, ihr Feiertagsgewand angezogen. Hörten wir nicht stündlich Trommelschlag und kriegerische Musik durch die Strassen eines Theiles der Stadt schallen, so könnte ein Fremder versucht seyn, zu glauben, daß München gar keinen Antheil an der politischen Aufregung nehme, und die Einwohner nur ihren Vergnügungen nachgingen, denn man sieht seit gestern und heute Schaaren die spießbürgerliche Residenzstadt verlassen, um die Pfingstfeiertage die ländlichen Freuden zu genießen. Während dieser äußeren unheimlichen Ruhe sind die Parteien auf das emsigste beschäftigt; namentlich das Lerchenfeld-Hegnenberg-Dux'sche Präsidium und Consorten. Hegnenber-Dux, der in letzterer Zeit die Kammer terrorisirte, wie ein Korporal seine Mannschaft, glaubt endlich die Frage gelöst zu haben, auf welche Weise die Rechte die Majorität erlangen könne. Er hat sich hiezu einfach des Artikels 118 der Geschäftsordnung bedient und es kommt nur noch darauf an, ob die Linke und das linke Zentrum in die Falle geht. Erscheinen diese beiden Fraktionen wirklich noch einmal in der Kammer zur Abstimmung in Betreff der Ausschließung der Pfälzer Abgeordneten, so beabsichtigt man, die Thüren des Sitzungssaales heimlich zu schließen, damit dieselben den Saal bei der Abstimmung nicht mehr verlassen können, wodurch somit ein nach Art. 118 der Geschäftsordnung verfassungsmäßiger Beschluß erzielt werden kann.

Es wäre dieses freilich ein Gewaltstreich, allein man wird sich auf ähnliche Vorgänge in England und Frankreich berufen, und den Opponenten würde nichts anderes übrig bleiben, als ihr Mandat niederzulegen, was aber um so gefährlicher wird, da ein großer Theil der nun einzuberufenden Ersatzmänner, sich der Rechten anschließen würde. Die Herrn Lerchenfeld und Hegnenberg-Dux haben ihre Sache mit ihrem nunmehrigen Busenfreund Abel gut auskalkulirt, und es könnte ihnen vielleicht gelungen seyn, zu dupiren, wenn ihr Vorhaben nicht den Weg in die Presse gefunden hätte. Welche Stellung diese beiden hocharistokratischen Männer, die nunmehr ihren erheuchelten liberalen Anstrich ganz entfernt haben, und sich jetzt ganz in ihrer häßlichen Nacktheit zeigen, in der bayerischen Politik annehmen, zeigt das ihnen gespendete Lob in dem Volksboten und der Augsburger Postzeitung. Hätten diese politischen Krämerseelen auch nur noch einen Funken von Schaam, so müßten sie ob eines Lobes in diesen volks- und freiheitsfeindlichen Organen erröthen.

Auch die Reichsräthe haben sich jetzt ihren vormärzlichen Gesinnungen würdig gezeigt, mit Ausnahme des Fürsten Wallerstein, der schon seit einem Jahre für die Sache des Volkes rastlos in der Presse arbeitet, wofür ihm auch die Ehre zu Theil geworden, in dem Volksboten einen Schimpfnamen „Proletarier-Fürst“ beigelegt zu bekommen. Der Fürst kann nur stolz auf diesen Namen seyn, den er von der haute volée durch seine in einer Reihe von Landtagen gestellten Anträge, in Betreff der Fürsorge für die minderbemittelten und besitzlosen Staatsbürger erhielt.

Daß der Fürst wie Ehren-Zander meint, durch seine Haltung in der deutschen Frage, ein Portefeuille zu erhalten glaube, ist zu lächerlich, denn wer denselben nur einigermassen kennt, wird ihn für zu klug halten, um nicht zu wissen, auf welche Weise oder auf welchem Wege eine Ministerstelle zu erlangen sey. Wie ich höre, ist Fürst Wallerstein gesonnen, wenig Antheil mehr an den Verhandlungen der Kammer der Reichsräthe zu nehmen, da dieselbe doch in nächster Zeit eine radikale Umgestaltung erhalten wird.

München, 27. Mai. Schon wieder Veränderungen im Staatsministerium; der hiesige Stadtkommandant General Lüders soll an die Stelle Lesuire's zum Kriegsminister und der Präsident der Regierung von Oberbayern, Zwehl, zum Minister des Innern an Forster's Stelle ernannt worden seyn. Als Lüders Nachfolger bezeichnet man den Gen.-Maj. v. Flotow und als den Zwehl's den bisherigen Regierungspräsidenten von Mittelfranken Baron v. Welden.*) Letztere Ernennung wäre geeignet, auch in unserer ruhigen Hauptstadt die höchste Aufregung hervorzubringen. Hoffen wir daher, daß dies nur ein unbegründetes Gerücht ist. (Agb. Abzg.)

† **Baireuth**, 28. Mai. Unser Abgeordneter Herr von Lerchenfeld, der, gleich Scheurl, dem Vertrauen seiner Wähler durchaus nicht entsprochen hat, der unsere Ansichten und Wünsche nicht nur nicht vertritt, sondern in ganz entgegengesetztem Sinne handelt, wird in den nächsten Tagen vom hiesigen Wahlbezirk ein Mißtrauens-Votum erhalten. Wir sind im Voraus überzeugt, daß dasselbe in der Denk- und Handlungsweise des früheren liberal und volkfreundlich geglaubten Ministers nichts ändern wird, halten uns aber für verpflichtet, diese öffentliche Kundgebung um so mehr veranlassen zu müssen, als man uns sonst im Verdachte haben könnte, als theilten wir die politischen Ansichten des adeligen Abgeordneten. Ein Wahlmann im Namen Vieler.

Pfalz. Das „Amts- und Intelligenzblatt der provisorischen Regierung der Rheinpfalz“ enthält unter andern schon mitgetheilten Verfügungen, nachstehendes Dekret, die Erhebung der Steuern und das Kassenwesen betreffend. Im Namen des Pfälzischen Volkes! Die Bewohner der Rheinpfalz werden hiemit aufgefordert, die Steuern bis auf weitere Bestimmung in der bisher üblichen Weise ohne Unterbrechung zu entrichten. Die bisherigen Finanzbeamten bleiben mit der Kasse- und Rechnungsführung betraut und werden aufs neue für die gewissenhafte Führung ihrer Verwaltung persönlich verantwortlich gemacht. Die Kreiskasse ist zur Verfügung der provisorischen Regierung zu stellen, und ist es der Verwaltung derselben untersagt, von heute ab Gelder an die bayerischen Staatskassen abzuliefern. Die Auszahlungen finden in der bisher üblichen Weise ungestört statt. Speyer, den 19. Mai 1849. — Die provisorische Regierung der Rheinpfalz. — Reichard. Hepp. P. Fries. N. Schmitt. (N. Sp. Z.)

Rastatt, den 25. Mai. Die hiesige Bürgerwehr hat gestern gemeinschaftlich mit dem Militär den für unsere Stadt sehr wichtigen Beschluß gefaßt: Truppen derjenigen Staaten, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, unweigerlich in unsere Festung einrücken zu lassen, selbst auf den Fall hin, daß der Landesausschuß anders verfügen sollte. (Frkft. J.)

** **Frankfurt**, 26. Mai. [229. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Reh.] Neue Desertionen, darunter 4 Bayern. Umbscheiden zeigt im Namen des Dreißigerausschusses an, daß seine Anträge in Bezug auf die sächsischen Angelegenheiten dahin gehen, daß die Reichsversammlung die Centralgewalt auffordere, den gesetzlichen Zustand in Sachsen wieder herzustellen und daß sie in dem Maiaufstande nur einen Akt der Nothwehr erkenne. Der Bericht wird vor der Berathung gedruckt und an die Mitglieder vertheilt werden. Von Seiten des Gesammt-Reichsministeriums ist folgende Zuschrift an den Präsidenten Hrn. Reh eingegangen: „Die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit im ganzen deutschen Reiche ist der gesetzliche Beruf und die Pflicht der provisorischen Centralregierung. Hiermit würde nach dem Ermessen des Reichsministeriums die Ausführung des gestern gefaßten Beschlusses der hohen Reichsversammlung wegen der Truppentheilung im Widerspruche stehen, weshalb demselben keine Folge gegeben werden kann.“ Frankfurt, 26. Mai 1849. Gräpell, Detmold, Jochmus. Merck, Wittgenstein.

Vogt stellt die Anfrage: hat das Reichsministerium Kenntniß davon, daß zwischen den anhaltischen Herzogthümern und Preussen eine Militärkonvention geschlossen worden ist und wird es dieselbe als der Reichsverfassung zuwiderlaufend für nichtig erklären? — Vogt verzichtet jedoch im Voraus „einem solchen Ministerium gegenüber“ auf jede Antwort. Dasselbe thut Tafel von Stuttgart nach dem Vortrage einer Anrufung, welche den Rückzug der würtembergischen Truppen aus dem badischen Oberlande und die Untersuchung über das Benehmen des betreffenden Befehlshabers zum Gegenstande hat.

Gestellt und angenommen wird zur Abänderung der Geschäftsordnung der Antrag, daß künftig anstatt 50 schon 20 Mitglieder ausreichen, um durch ihre Unterstützung eine Abstimmung durch Namensaufruf zu bewirken. Dann erfolgt die Einsammlung der Wahlzettel zur Ergänzung der beiden Ausschüsse. Bei der Eröffnung der Berathung über die Ansprache an das deutsche Volk werden zwei Verbesserungsanträge angemeldet, wovon der von Zachariä von Göttingen, Höfken ꝛc. im ganzen zwanzig Genossen, Uebergang zur Tagesordnung verlangt. Ein eventueller Verbesserungsantrag von Gravenhorst hingegen schlägt nur einige Abänderungen vor. An der Debatte betheiligt sich zunächst Wolf aus Breslau, der kaum eingetretene Stellvertreter für Stenzel. Er spricht sich gegen den Uhland'schen Entwurf aus. Er ist ihm viel zu matt. So rede man nicht zum Volke, und den russischen Kanonen seyen keine „gesetzlichen Maßregeln“ entgegen zu setzen, sondern offene Gewalt. Das beste würde vielmehr seyn in solcher Ansprache, „den ersten und hauptsächlichsten Volksverräther, den Erzherzog-Reichsverweser für vogelfrei zu erklären.“ Bei diesen Worten wird aber Wolf nicht blos von der Klingel des Präsidenten unterbrochen, sondern es erhoben sich auch die Mitglieder des Hauses gegen die Rednerbühne, um einen Sprecher dieser Art sofort davon zu entfernen. Auf den nachdrücklichen Ordnungsruf des Hrn. Reh erklärt er jedoch, er scheere sich nichts darum. Das sey seine Manier. Hagen von Heidelberg empfiehlt den Entwurf und erklärt sich gegen den Welcker'schen Zusatz.

Zachariä von Göttingen rechtfertigt seinen Antrag auf Tagesordnung. Vogt: Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, um den krystallhellen Strom, der aus einer edlen Dichterseele geflossen, gegen den unwürdigen Schmutz und Koth zu vertheidigen, der hier gegen ihn geworfen worden ist, und wider den ich hiermit meine ganze Verachtung, meine volle Entrüstung ausspreche. Lauter anhaltender Beifall. Nur Wolf setzt die Worte „Schmutz und Koth“ in eine so innige Beziehung zu seiner Person, daß er gegen die Rednerbühne etwas herüberruft — entweder den Antrag auf den Ordnungsruf — oder daß er sich auch darum nichts scheere. Gravenhorst's Abänderungen des Entwurfs haben zum Zwecke, die Bewegung entschieden auf dem Gebiete der Gesetzlichkeit zu halten, gegen Regierungen, die sich der Verfassung angeschlossen haben, zur festen Treue zu ermahnen und die Einmischung von Fremden in den deutschen Zwist als eine Schmach und einen Verrath zu bezeichnen, wo sie geduldet wird. Er setzt in einem kurzen Vortrage die Gründe auseinander, die ihn dazu bestimmen, diese Abänderungen zu beantragen. Endlich ergreift noch Welcker das Wort, um sich in bekannter sporadischer Weise über Politik im Allgemeinen, über die gegenwärtige Lage Badens, über die Stellung Preussens zur Reichsverfassung und seine unheilvollen Maßregeln, die uns in eine zweite Revolution hineinwerfen, über die Russenhülfe und vieles Andere auszusprechen. Dies Alles um schließlich auf seinen Zusatz zurückzukommen. Darnach ist die Rednerliste erschöpft und Nauwerck als Berichterstatter empfiehlt den Entwurf ohne Zusatz und Abänderung.

Uhland gibt folgende persönliche Erklärung vor der Abstimmung: Ich habe den Entwurf auf die Aufforderung des Dreißigerausschusses

*) Soll Forster vielleicht Präsident der Regierung von Mittelfranken werden? Dies würde allgemeine Freude erregen. Im Schwange soll die Sache seyn.

abgefaßt, dessen Sitzungen ich beiwohnte ohne Stimmrecht. Ueber den Welcker'schen Zusatz herrschte Stimmengleichheit im Ausschusse und ich erklärte, in der Versammlung würde ich mich dafür erheben. Denn ich nehme mit Eifer die Veranlassung wahr, meinen entschiedenen Abscheu gegen jede Einmischung von Fremden in die deutschen Angelegenheiten auszusprechen. Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über den vom Dreißigerausschuß vorgelegten Entwurf erlangt nur 38 Stimmen, während sich 125 Stimmen dagegen erklärten. Auch die Gravenhorst'schen Abänderungen gewinnen nur eine Minderheit von 45 gegen 98 Stimmen für sich. Die Uhland'sche Ansprache mit dem Welcker'schen Zusatze wird mit 58 gegen 87 Stimmen abgelehnt, und endlich angenommen der einfache Uhland'sche Entwurf ohne Zusatz und Abänderung. Ein Antrag auf Verlegung der Reichsversammlung nach Stuttgart, von Wesendonck, Erle, Titus u. m. A gestellt, wird als dringlich nicht anerkannt.

Endlich wird noch ein Antrag Rauwerck's darauf, daß die durch die Anerkenntniß der Verfassung vereinigten Staaten zum Ergreifen gemeinschaftlicher Maßregeln aufgefordert werden sollen — angenommen.

Frankfurt, 26. Mai. In dieser Nacht ist der Herzog von Baden hier eingetroffen und im englischen Hofe abgestiegen. Es deutet Manches auf eine längere Anwesenheit; Prinz Friedrich und Markgraf Max sind schon seit mehreren Tagen hier, ebenso viele badische Beamte. Die Herzogin ist, wie man hört nach Brüssel gegangen. (D. Z.)

Frankfurt, 26. Mai. Sicherem Vernehmen nach haben pfälzische Freischaaren gestern Abend die rheinhessische Stadt Worms besetzt und ihre Vorposten bis Osthofen, anderthalb Stunden von Worms an der Straße nach Oppenheim, vorgeschoben. In letzterer Stadt stehen preußische Truppen. (O.P.Z.)

Frankfurt, 26. Mai. Die an den königlich hannoverischen Bevollmächtigten gerichtete Verfügung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, d. d. Hannover, 23. Mai, wodurch die Abgeordneten des Königreichs aus der verfassunggebenden Reichsversammlung abberufen werden, ist uns so eben mitgetheilt worden. (O.P.Z.)

Frankfurt, den 26. Mai. Der gestern von der Reichsversammlung auf den Antrag des Dreißigerausschusses bezüglich der Entfernung der Truppen der Staaten, deren Regierungen die Reichsverfassung noch nicht anerkannt, von dem Gebiete der verfassungstreuen Staaten, hat sicher keinen andern Zweck, als der Reichsversammlung einen Vorwand zur Verlegung ihres Sitzes zu geben. (D. Ztg.)

Frankfurt, den 26. Mai. Einer Kuriernachricht zufolge wird die Heermasse von 60,000 Mann preussischer Truppen, welche in drei Kolonnen sich nach der Gegend von Frankfurt bewegt, in dessen Nähe binnen drei Tagen eintreffen. Der Kurier war der Kavallerie diesseits Fulda begegnet. Die Bestimmung der Truppen soll bis jetzt keine andere seyn, als Rastatt für das Reich wieder zu nehmen und Landau demselben zu erhalten. (O.-P.-Z.)

Darmstadt, den 25. Mai. In Folge der gestrigen blutigen Ereignisse an der badischen Gränze erschien heute Abend eine großherzogl. Verordnung, die Beschränkung der Volksversammlungen betreffend. (Frkft. J.)

†°† **Berlin**, den 26. Mai. Die Verhaftungen nehmen im großartigsten Umfange ihre Fortschritte. Gestern wie heute sollen dergleichen namentlich unter dem Arbeiterstande in großer Menge vorgenommen worden seyn. Ueber die Motive zu diesen umfassenden Maßregeln verlautet durchaus nichts Gewisses. So viel scheint sicher, daß dieselben mit der Untersuchung gegen Waldeck in keiner näheren Verbindung stehen. Die Hauptanschuldigung gegen Waldeck hängt mit den Dresdener Ereignissen zusammen. Aus einer verläßigen Quelle erfahren wir, daß die in Sachsen vorgefundenen Papiere keine direkte Betheiligung Waldeck's an revolutionären Unternehmungen, sondern lediglich eine Mitwissenschaft bekunden sollen. Wir theilen dies mit, ohne ein Urtheil über die Authenticität und die Beweiskraft jener Papiere aussprechen zu wollen. Der „Publicist“ theilt mit: „Wie man hört, soll ein Plan gegen das Leben Se. Maj. des Königs und des Prinzen von Preussen aus einem in den Händen der Justiz befindlichen Briefe entnommen seyn, welchen d'Ester an Waldeck geschrieben haben soll. Darin befände sich angedeutet, daß der Ueberbringer, ein völlig verläßlicher Mann, bereit sey, sowohl den König als den Prinzen von Preussen umzubringen. Dies klingt aber so fabelhaft, daß jeder Jurist von vorneweg sich bewogen fühlen möchte, an der Aechtheit eines solchen Briefes zu zweifeln. Denn hätte in d'Esters Schädel auch wirklich eine so wahnwitzige Idee geboren werden können, so ist ihm doch unmöglich die Plumpheit, ja Bornirtheit zuzutrauen, daß er diese gefährliche Idee einem Stück Papier anvertraut haben würde.“ Der mit d'Ester zugleich steckbrieflich verfolgte Handlungsdiener Ohm, in dessen Wohnung jener Brief gefunden seyn soll, wurde in Hamburg ergriffen und gestern hier eingebracht.

Die Zerwürfnisse zwischen Hrn. v. Radowitz und Hrn. v. Manteuffel tragen einen großen Theil der Schuld daran, daß der von Hrn. v. Radowitz betretene Weg der Verständigung mit den übrigen deutschen Regierungen keine Resultate abgeben konnte. Hr. v. Radowitz war mehr bemüht, den Partikular-Interessen Rechnung zu tragen, während Hr. v. Manteuffel und die hinter ihm stehenden einflußreichen Personen fast allein für die Hegemonie Preußens kämpften und wenig geneigt schienen, die Rechte der deutschen Fürsten gleichmäßig zu berücksichtigen. Unter diesen Umständen konnte der Minister-Congreß zu keinem Resultat kommen und Hrn. v. Radowitz, den auch diesmal das Glück bei seinen Unterhandlungen verließ, befindet sich in einer so unangenehmen Lage, daß dem Gerücht wohl Glauben geschenkt werden kann, er habe um Entbindung von der ihm ertheilten Bevollmächtigtenstellung gebeten.

Die „Deutsche Reform“, die vorgestern in einem leitenden Artikel Preußen das Schwert zum Kampfe gegen die sich opponirenden Regierungen in die Hand drücken wollte, modifizirt diese Ansicht in ihrem gestrigen Blatte wesentlich. Das „ministerielle Organ“ hat diese Schwenkung nicht umsonst gemacht und Indiskrete erzählen, es sey dies auf „höhern Befehl“ geschehen. Sprach sie vorgestern die Ansicht des durch sie in der Presse vertretenen Kabinets aus, so näherte sie sich gestern mehr den Ansichten einer allerhöchsten Person.

Seine Majestät der König soll, wie man erzählt, um zu einer Einigung mit der bayerischen Krone in der deutschen Frage zu gelangen, einen eigenhändigen Brief an den Träger derselben gerichtet haben.

Stuttgart, 26. Mai. Der Schwäbische Mirkur enthält in einem Extrablatt folgende Ansprache: An die Bewohner Stuttgarts. Eine heute von unserem Ministerium veröffentlichte Ansprache „an das württembergische Volk“ hat uns die Gefahren vor Augen gelegt, von denen unser Vaterland, so wie selbst die Rechte und Freiheiten bedroht sind, welche in der von uns Allen anerkannten Reichsverfassung ihren Ausdruck erhalten haben. Im Angesichte dieser Befürchtungen, deren Eintreffen eine gütige Vorsehung von uns abwenden wolle, drängt es uns, mit Offenheit die Versicherung auszusprechen, daß wir dem Versuche einer Gefährdung der durch die Reichsverfassung erworbenen Rechte, so wie einem Angriffe auf unsere konstitutionelle Regierung, welche gleichmäßig das Vertrauen des Staatsoberhaupts wie der Staatsbürger besitzt, so viel an uns ist, entgegentreten werden. Je schwieriger die politischen Zustände geworden, mit desto größerer Entschiedenheit hat unsere Regierung für die Reichsverfassung gewirkt, und sie wird auch, wie wir zuversichtlich hoffen, treu ihrer Versicherung, die große Sache der deutschen Freiheit und Einheit zu fördern nicht aufhören. Das Volk wird einer solchen Regierung stets mit Treue, Muth und Kraft zur Seite stehen und, wo es ihre Unterstützung gilt, selbst Gefahren und Opfer nicht scheuen. Ihr wird es auch „in den Reihen der Bürgerwehr wie im Heere an Vertheidigern nicht fehlen,“ und ihr Vertrauen zu den Mitbürgern wird seine volle Rechtfertigung finden. Mit diesen Gesinnungen begrüßen wie jene Ansprache des Ministeriums und seinen Entschluß: in der Stunde der Gefahr auf seinem Posten verharren, das Gesetz handhaben und der Gewalt widerstehen zu wollen.

In diesem Streben werden auch wir, die Vertreter der Gemeinde, wie die Volkswehr, und die gesammte Bürgerschaft ihrem Beispiele folgen und das Unsrige dazu beitragen, daß im Vaterlande wie in unserer Gemeinde Ruhe und Friede, Gesetz und Ordnung fortbestehen und das Unglück ferne gehalten werde, wozu uns Gott helfen möge! Stadtrath und Bürgerausschuß. — Der interimistische Oberbefehlshaber und die Bataillons- und Abtheilungs-Kommandanten der Bürgerwehr.

Französische Republik.

† **Paris**, den 24. Mai. Alle Journale behandeln die gestrige Sitzung, die sich wieder bis 8 Uhr hinzog. Der Schluß dieser Sitzung, die nach Annahme der Cavaignac'schen Tagesordnung alles Interesse verloren zu haben schien, nahm plötzlich alle Aufmerksamkeit in Anspruch, weil Cremieux Interpellationen wegen eines neuen großen Komplotts oder Staatsstreiches, dessen die Democratie pacifique und la Presse erwähnt hatten, an die Minister und Viktor Considerant richtete. Ledru Rollin und mehrere andere Deputirte (namentlich Charras) brachten Belege bei, die allerdings neuen schweren Verdacht auf den Ordnungshelden Changarnier warfen und in Folge dessen eine Untersuchung beantragt wurde. Barrot verschanzte sich wie gewöhnlich hinter die gewöhnlichen Tugendphrasen und betheuerte auf seine Ehre, daß er von Allem nichts wisse, und bat um Zeit, sich aufzuklären. Ledru Rollin, weit entfernt, dem Premierminister die nöthige Frist, sich aufzuklären, zu versagen, willigte mit Vergnügen in den Aufschub auf heute und so kam es, daß wir heute die zweite Auflage des 5. Changarnierskandals erleben. Die Nationalversammlung trennte sich gestern Abend nach siebenstündiger Sitzung sehr aufgeregt und die weißen Blätter klagen sie heute sogar an, daß sie sich bestrebe, noch zu guter Letzt eine künstliche Agitation im Lande hervorzurufen.

† **Paris**, 25. Mai. Man schreibt aus Toulon vom 22. Mai: „Während Sie dies lesen, ist wahrscheinlich schon unsere Armee in Rom eingerückt; aber dieses Mal nicht als Feindin, sondern als Freundin und Verbündete. Lesseps hat zunächst einen Waffenstillstandsvertrag zwischen den Franzosen und den Römern auf 15 Tage abgeschlossen. Während dieser Zeit hofft man Alles in Güte auszugleichen und unsere Truppen werden als Brüder und nicht mehr Feinde in die Siebenhügelstadt einrücken. Von den Neapolitanern spricht man nicht mehr, sie sind geschlagen; aber desto größere Entrüstung verbreiten die Oesterreicher.... sie wüthen fürchterlich.... Die Stadt Bologna und Umgegend blutet aus tausend Wunden. Man könnte sagen, die österreichischen Generäle hätten Auftrag, Italien in eine Wüste zu verwandeln.... Die Stimmung der Bevölkerung des Gebiets der römischen Republik entbrennt täglich heftiger gegen den Papst und seine geistlichen Minister, die man als Urheber aller dieser kontrerevolutionären Leiden betrachtet.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Mit einer Beilage.

Deutsche Staaten.

Speyer, den 27. Mai. Die provisorische Regierung erließ gestern vor ihrem Abgange von hier folgenden Aufruf an die Bewohner Speyers: Mitbürger! Die Nothwendigkeit einer einheitlichen Leitung und raschen Erledigung sämmtlicher Geschäfte gebietet, daß die provisorische Regierung und die Militärkommission ihren Sitz an Einem und demselbe Orte haben. Auf den Vorschlag der Militärkommission wählt sie dazu den strategisch gelegensten Punkt Kaiserslautern und wird noch heute dahin abgehen. Die provisorische Regierung stellt die hiesigen Regierungslokale und die darin zurückbleibenden Effekten unter den Schutz Eures hochherzigen Patriotismus. — Speyer, 23. Mai 1849. — Die provis. Regierung der Rheinpfalz. — Hepp. P. Fries. Reichard. Greiner. Schmitt.

Zugleich hat die provis. Regierung als Stadtkommandanten den Bürger Diepenbrock und als Civilkommissär Friedr. Hilgard ernannt. (R. Sp. Z.)

Pfalz. Die Militärkommission hat nachstehende Proklamation erlassen: Die Vorposten unserer vor Landau stehenden Truppen haben einen äußerst wichtigen Brief des Kommandanten von Landau an den Kommandanten von Germersheim aufgefangen. Aus diesem Briefe geht hervor, daß die Militärkassen in Landau keinen Kreuzer Geld mehr enthalten, und daß den Soldaten keine Löhnung mehr ausgezahlt werden kann. Nur die Festungsbaukasse, aus der schon jetzt den Artilleristen die Löhnung hat ausgezahlt werden müssen, hat noch 12,000 fl. Auch dieser Rest wird in wenigen Tagen ausgegeben seyn, so daß die Besatzung keine Löhnung mehr wird bekommen können. Aus dem aufgefangenen Briefe geht ferner hervor, daß es in Landau an Lebensmitteln, insbesondere an Vieh fehlt. Der Kommandant von Landau bittet nun in dem Briefe den Kommandanten von Germersheim dringend, ihm die nöthigen Geldmittel zur Auszahlung der Löhnungen, zur Anschaffung von Vieh und sonstigen Bedürfnissen zu übersenden. Es geht hieraus klar hervor, daß die Besatzung der Festung Landau sich höchstens nur noch wenige Tage halten kann, wenn ihr alle Zufuhr an Geld und Lebensmitteln abgeschnitten wird. An Euch ist es, Ihr Bürger der Pfalz, dies in Ausführung zu bringen. Wir erwarten von Eurer Liebe für das Vaterland und für die Freiheit, daß Ihr der Stadt Landau bis dahin, wo sie in den Händen des Volkes ist, keinerlei Lebensmittel und kein Geld zuführen werdet. An Euch aber, Bürgerwehrmänner, richten wir die Aufforderung, alle Zugänge zur Festung Landau aufs Strengste zu bewachen, und weder Geld noch Lebensmittel hineinzulassen. Geld und Lebensmittel von Privatpersonen weist unbedingt zurück, Geld und Lebensmittel aber, die unserm Feinde angehören, nehmt in Beschlag. Wir erwarten von Euch, Bürger, daß Ihr unsrer Aufforderung unbedingt nachkommen werdet. Die Festung Landau mit ihren reichen Vorräthen an Waffen und Munition wird dann in wenigen Tagen unser seyn, und wir benutzen alle die Streitmittel, die bisher in den Händen unsers Feindes waren. Die Militärkommission der Rheinpfalz: F. Anneke. L. Schlinke. Techow. Schimmelpfennig. F. Beust.

Die Militärkommission hat nachstehenden Tagesbefehl erlassen: Soldaten! Die mächtige Volksbewegung der letzten Wochen hat Euch unter die Fahne geführt, wo allein für Euch Ehre zu finden ist, unter die Fahne des Volks und der von ihm in freier Wahl geschaffenen Regierung. Euch zur Seite tritt eine allgemeine Volksbewaffnung, in deren Reihen Ihr hinfort für die Freiheit des Vaterlandes kämpfen werdet. Durch den Wechsel der Befehlshaber und durch die Vertheilung der Regimenter unter die neue Volkswehr ist eine Auflösung der bisherigen Militärverhältnisse entstanden, welche vielfach einen Bruch der militärischen Disziplin veranlaßt hat. Namentlich haben manche Soldaten sogar ohne Urlaub von ihren Truppentheilen sich getrennt und einzelne sind in ihre Heimath zurückgegangen. Andere haben, besonders bei Avancements, die ihnen vom Staate anvertrauten Waffen und Montirungsstücke an Andere abgegeben, die mit ihnen zum Kampfe sich rüsten wollten. — Die Zeit ist ernst, das Vaterland wird von den Waffen der Gewaltherrscher stündlich mehr bedroht. Mehr als je thut uns Ordnung, Zucht und Diensttreue im Heere noth.

Es ist gleichfalls von der allerhöchsten Wichtigkeit, daß für den Augenblick der Schlacht die Bewaffnung und Ausrüstung des Mannes in ganz brauchbarem Zustande und bis zum Kleinsten hinab vollständig sey. Wollt Ihr, Soldaten der frei gewordenen Pfalz, nicht selbst mit dem ganzen Lande der alten strafenden Gewalt verfallen, die Eueren muthigen Bund mit dem Volke Euch niemals vergessen noch verzeihen wird, dann lernt einsehen, daß Der die Freiheit verkennt, der sie in Auflösung der Disciplin sucht, und daß Der stets ein untüchtiger Krieger ist, welcher nicht dem nothwendigen Gesetze und der strengen Zucht sich unterwirft. — Nur durch Euer kräftiges Mitwirken und durch Euer Beispiel des Gehorsams wird es gelingen, daß wir in kürzester Zeit den großen Zweck erreichen, mittelst einer allgemeinen Aushebung ein schlagfertiges und kampfgeübtes Heer hinzustellen. — In dieser Lage der Dinge verordnet daher das Oberkommando, wie folgt, und ermahnt die Soldaten auf's Schärfste, diesen Befehlen Gehorsam zu leisten: 1) Jeder Soldat, der hinfort ohne Erlaubniß seine Fahne verläßt, wird nach der ganzen Strenge des Militärgesetzes behandelt. 2) Keinem Soldaten, dem Urlaub ertheilt wird, ist es gestattet, seine Waffen mitzunehmen, sondern er hat sie für die Dauer des Urlaubs dem Feldwebel seiner Kompagnie zuzustellen. — 3) Der Soldat ist für seine Waffen und Uniformsstücke dem Staate, dessen Eigenthum diese Gegenstände sind, verantwortlich. Wer Etwas davon verdirbt, verkauft, veruntreut oder auch nur abhanden kommen läßt, wird vor das Kriegsgericht gestellt. 4) Dasselbe Verfahren findet gegen Avancirte statt, die ihre bisher getragenen Waffen an Jemand anders, als an den Feldwebel ihrer Kompagnie abgeben. 5) Alle Soldaten, welche in dem Augenblicke, wo dieser Tagesbefehl erlassen wird, sich nicht unter ihrer Fahne befinden, gleichviel ob sie mit oder ohne Urlaub abgegangen sind, haben sich augenblicklich wieder einzustellen, und zwar nicht bei ihren Truppentheilen, sondern bei ihren Kantonsausschüssen, welche die gedienten Leute als Instruktoren in die Kantonsorte versenden werden. Durch diese werden sie der Militär-Kommission zur Verfügung gestellt. — Hauptquartier Neustadt a. d. Haardt, am 22. Mai 1849. — Die Militär-Kommission der Rheinpfalz. — F. Anneke. L. Schlinke. Techow. Schimmelpfennig. F. Beust.

Die provisorische Regierung hat nachstehendes Dekret, die Beeidigung der Staats- und Gemeindebeamten, sowie der Militärpersonen betreffend erlassen: Im Namen des pfälzischen Volkes! Die Staats- und Gemeindebeamten, sowie sämmtliche Militärpersonen haben, insoweit dies nicht bereits geschehen, den Eid auf die deutsche Reichsverfassung zu leisten und zu erklären, daß sie den Anordnungen der provisorischen Regierung Folge zu leisten sich verpflichten. Der Eid auf die Reichsverfassung lautet: „Ich schwöre, die deutsche Reichsverfassung getreulich zu beobachten und aufrecht zu erhalten, so wahr mir Gott helfe.“ Die der provisorischen Regierung abzugebende Erklärung lautet: „Ich verpflichte mich, den Anordnungen der provisorischen Regierung Folge zu leisten.“ Die Civilkommissäre und ihre Delegirten sind mit dem Vollzuge beauftragt. — Speyer, den 23. Mai 1849. — Die provisorische Regierung der Rheinpfalz. — Reichard. P. Fries. N. Schmitt. Greiner. Dr. Hepp. (R. Sp. Z.)

Speyer, den 27. Mai. Die 3. Nummer des Amtsblattes der provisorischen Regierung enthält die Verfassung des deutschen Reichs und das Wahlgesetz zum Volkshause. — Mit der Organisation der Volkswehr geht es sehr rasch vorwärts; es wird in den meisten Gemeinden schon in großer Anzahl fleißig exercirt. (R. Sp. Z.)

Die R. Z. enthält folgende Erklärung der Reichskommissäre über die Zustände in Baden: Auf das heute von dem Landesausschusse für das Großherzogthum Baden, zum Zwecke der Widerlegung irriger, in öffentlichen Blättern verbreiteter Nachrichten, an uns gestellte Verlangen einer amtlichen Darstellung der badischen Zustände beehren wir uns zu erwiedern, daß wir, bis die Verhältnisse hier und in Frankfurt unserer Wirksamkeit eine entscheidende Richtung gestatten werden, nicht in der Lage sind, einem solchen Wunsche umfassend zu entsprechen. Wir gestatten aber gerne, daß die in dem Schreiben des Landesausschusses angezogene, von uns gemachte mündliche Aeußerung veröffentlicht werde. Darnach ist, seitdem sich der Landesausschuß an die Spitze der Geschäfte gestellt hat, so weit die amtlichen Erhebungen hier und im Oberland reichen, eine gewaltsame Störung des Verkehrs und des Eigenthums, oder eine Verletzung von Personen nicht vorgekommen; die Stimmen, welche wir aus allen Klassen der Gesellschaft vernahmen, sprachen sich insgesammt — abgesehen von ihren politischen Meinungen über die zunächst nothwendige künftige Gestaltung der Dinge — nur anerkennend über diese Wirksamkeit aus. Karlsruhe, den 24. Mai 1849. Die Reichskommissäre. (Schw. M.)

Mannheim, 25. Mai. Heute Vormittags ging eine bedeutende Abtheilung des 3. badischen Infanterie-Regiments nach Kaiserslautern in der Rheinpfalz ab. (Schw. M.)

** **Frankfurt**, den 25. Mai. Folgende sehr verständige und verständliche Ansprache an das deutsche Volk wurde, von Ludwig Uhland entworfen, in der Reichsversammlung vom 25. d. M. mit dem größten Beifall aufgenommen und wird hoffentlich auch seine Wirkung nicht verfehlen: „Die deutsche Nationalversammlung fühlt sich gedrungen, an das Volk, von dem sie gewählt ist und das sie in seiner wichtigsten Angelegenheit zu vertreten hat, über ihre neueste Stellung aufklärende und aufmunternde Worte zu richten. Diese Stelle ist eine so schwierige geworden, daß es wohl das Ansehen gewinnen mochte, als stände die verfassunggebende Versammlung ihrer Auflösung nahe, als müßte eben damit das von ihr mühsam zu Ende geführte Verfassungswerk in Scherben gehen, als sollte der gewaltige Strom der deutschen Volkserhebung kläglich im Sande verrinnen. Die Schwierigkeiten, die sich vor uns aufthürmen, kommen theils von außen her durch den Widerstand der fünf mächtigsten Einzelregierungen und nun auch der von uns selbst ins Leben gerufenen Centralgewalt gegen die Durchführung der endgiltig beschlossenen und verkündigten Reichsverfassung, theils aber und zumeist noch aus unserer Mitte, durch den massenhaften Austritt derjenigen Mitglieder, die entweder dem Abruf ihrer Regierungen folgen zu müssen vermeinten oder am Gelingen des Werkes und an allem fruchtbaren Fortwirken der Versammlung verzweifelten. Diesen Hindernissen zum Trotze glauben wir noch immer unsern Bestand und die uns anvertraute Sache aufrecht erhalten zu können; wir setzen der Ungunst der Verhältnisse diejenige Zähigkeit entgegen, die schon manchmal zum endlichen Siege geführt hat. Den Regierungen, deren Staatsweisheit im vorigen Jahre so machtlos und rathlos, so gänzlich erstarrt war, daß sie jene siebzehn Vertrauensmänner am Bunde auffordern mußten, die Initiative eines Verfassungsentwurfs zu ergreifen, und die, nachdem sie wieder warm geworden, uns nicht blos Vereinbarung ansinnen, sondern sogar die Oktroyirung in Aussicht stellen, ihnen halten wir beharrlich den schon im Vorparlament geltend gemachten, dann im Anfang unserer Verhandlungen feierlich ausgesprochenen und fortan thatsächlich behaupteten Grundsatz der Nationalsouveränetät entgegen; wir lehnen uns an diejenigen, wenn auch minder mächtigen Staaten und ihre Bevölkerungen, welche die Beschlüsse unserer Versammlung für bindend und die verkündigte Verfassung für rechtsbeständig anerkannt haben. Die neuesten Erfahrungen haben schlagend bewiesen, daß aus einer Vereinbarung von 39 Regierungen unter sich und mit der Nationalvertretung, dazu noch mit allen Landesversammlungen, niemals eine Reichsverfassung hätte hervorgehen können und daß die Nationalversammlung, selbst gegen eigene Neigung, das Verfassungswerk in die Hand hätte nehmen müssen, wenn es überhaupt zu Stande kommen sollte.

Gegenüber der durch unser Gesetz vom 28. Juni v. J. geschaffenen provisorischen Centralgewalt, welche jetzt, da es gilt, die auf Durchführung der Verfassung gerichteten Beschlüsse zu vollziehen, sich dessen weigert und ein Ministerium am Ruder läßt, dem die Versammlung ihr Vertrauen alsbald abgesagt hat, ist in unserer Sitzung vom 19. Mai, noch vor dem größten Austritt, beschlossen worden, daß die Versammlung sofort, wo möglich aus der Reihe der regierenden Fürsten, einen Reichsstatthalter wähle, welcher vorerst die Rechte und Pflichten des Reichsoberhaupts ausübe. Damit glaubte man auch für die Zeit des Uebergangs dem Sinne der Verfassung selbst am nächsten zu kommen. Endlich der durch Massenaustritt dem Bestande der Nationalversammlung erwachsenen Gefahr suchten wir durch den gestrigen Beschluß zu begegnen, daß schon mit 100 Mitgliedern (statt wie früher angenommen 150) die Versammlung beschlußfähig sey; nicht als ob wir eine so stark herabgeschmolzene Zahl für keinen Uebelstand ansähen, oder dadurch den Sieg einer ausharrenden Partei erringen wollten, sondern darum, daß nicht das letzte Band der deutschen Volkseinheit

reiße, daß jedenfalls ein Kern verbleibe, um den bald wieder ein vollerer Kreis sich ansetzen könne. Noch sitzen in der Paulskirche Vertreter fast aller deutschen Einzelstaaten und gerade diejenigen Staaten sind noch immer namhaft vertreten, deren Abgeordnete zurückberufen wurden, Preussen, Oesterreich und Sachsen. Eine bedeutende Zahl von Mitgliedern ist nur zeitig abwesend und es soll für ihre Einberufung gesorgt werden; durch Stellvertreter und Nachwahlen ist für die Abgegangenen Ersatz zu erwarten. Sollte aber auch nicht der ernste Ruf des Vaterlandes seine Kraft bewähren, so gedenken wir doch, wenn auch in kleiner Zahl und großer Mühsal, die Vollmacht, die wir vom deutschen Volke empfangen, die zerfetzte Fahne, treugewahrt in die Hände des Reichstags niederzulegen, der nach den Beschlüssen vom 4. d. M. am 15. August zusammentreten soll und für dessen Volkshaus die Wahlen am 15. Juli vorzunehmen sind. Selbst aus diesen Beschlüssen ist ein Eingriff in die Regierungsrechte ausgefunden worden, während sie eben dadurch unvermeidlich waren, daß vom Inhaber der provis. Centralgewalt kein Vollzug zu gewärtigen stand.

Für diese Bestrebungen, die Nationalversammlung unerloschen zu erhalten und die Verfassung lebendig zu machen, nehmen wir in verhängnißvollem Augenblicke die thätige Mitwirkung des gesammten deutschen Volkes in Anspruch. Wir fordern zu keinem Friedensbruch auf, wir wollen nicht den Bürgerkrieg schüren, aber wir finden in dieser eisernen Zeit nöthig, daß das Volk wehrhaft und waffengeübt dastehe, um, wenn sein Anrecht auf die Verfassung und die mit ihr verbundenen Volksfreiheiten gewaltsam bedroht sind, oder wenn ihm ein nicht von seiner Vertretung stammender Verfassungszustand mit Gewalt aufgedrungen werden wollte, den ungerechten Angriff abweisen zu können; wir erachten zu diesem Zweck für dringlich, daß in allen der Verfassung anhängenden Staaten die Volkswehr schleunig und vollständig hergestellt, und mit ihr das stehende Heer zur Aufrechthaltung der Reichsverfassung verpflichtet werde. Außerdem mahnen wir dazu, daß durch Ersatzmänner und Nachwahlen unsere Versammlung ohne Säumniß Ergänzung erhalte. Vor Allem aber hegen wir zu dem Männerstolz und Ehrgefühle unseres zur Freiheit neuerwachten Volkes das feste Vertrauen, daß es nimmermehr auf willkürlich oktroyirtes Reichswahlgesetz, sondern einzig nach demjenigen, welches die verfassunggebende Versammlung beschlossen hat, die Wahlen vornehmen, und daß, wenn der bestimmte Wahltag herankommt, gleichzeitig in allen deutschen Gauen ein reger Wetteifer sich bethätigen werde, das gemeinsame Wahlrecht zu gebrauchen oder zu erlangen." Dazu hat die Minorität des Dreißiger-Ausschusses (Welcker, Kierulff, Liebemann, Backhaus, Zachariä von Göttingen und Eckert) folgenden Zusatz beantragt: „Grundbedingung für den Sieg der Ehre, der Einheit und Freiheit des Vaterlandes ist die Treue gegen die Reichsverfassung, so mit das Unterlassen und Aufgeben aller Maßregeln, welche ihr widersprechen; Grundbedingung ist, nicht wider die Treue gegen das Vaterland selbst und seine Ehre, somit die entschiedene Zurückweisung jeder Einmischung der Fremden in die inneren vaterländischen Zwiste, kommen solche Einmischungen vom Osten oder vom Westen".

Wiesbaden, 25. Mai. In der gestrigen Abendsitzung unserer Kammer wurde der Antrag Braun's zur Entscheidung geführt. Dr. Großmann stellte im Namen der Minorität der Kommission den Antrag: „Die Regierung aufzufordern, sich sofort in's Einvernehmen mit den übrigen verfassungstreuen Regierungen zu setzen. Um durch gemeinsame Beschlüsse die Verfassung und die verfassungsmäßigen Beschlüsse der Nationalversammlung durchzuführen." Reg.-Kommissär Vollbracht erklärte: Die nassauische Regierung werde die Reichsverfassung als Maßstab ihrer Handlungsweise betrachten; Konflikte zwischen der Reichsversammlung und Centralgewalt zu entscheiden, gehören nicht zu ihrem Ressort; sie werde aber im Einverständniß mit den übrigen 28 Regierungen und dieser (nass.) Versammlung handeln. Die Abstimmung über den Antrag Braun's, den insbesondere der Abgeordnete Lang vertheidigte, ergab 22 Stimmen für ihn, 15 gegen ihn und resp. für den Großmann'schen. Also wird die nassauische Regierung den Beschlüssen der Nationalversammlung Folge geben und die nassauischen Truppen nicht gegen die Pfalz und Bayern einwirken lassen. (Die Kammer setzte gestern ihre Sitzungen aus bis zum 4. Juni, nächste Tagesordnung: die neue Verfassung.) (Frkft. J.)

Weimar, 24. Mai. In der heutigen Sitzung des Landtags kam die deutsche Verfassungsfrage zuerst zur Sprache. Nach einer kurzen Debatte wurde auf Antrag des Abg. Lorey fast mit Einstimmigkeit beschlossen: 1) Es möge die Staatsregierung ersucht werden, in der deutschen Verfassungsangelegenheit mit den Staaten, welche die Verfassung anerkannt hätten, gemeinschaftlich zu handeln; 2) von den desfallsigen Verhandlungen dem Landtage Mittheilung zu machen; 3) sollten alle Anträge in der deutschen Sache einem besondern Ausschusse zur Vorberathung überwiesen werden. Der Regierungskommissär v. Watzdorf versprach alle Verhandlungen in der deutschen Sache diesem Ausschusse mitzutheilen, und wünschte mit demselben in unmittelbare Beziehung zu treten. Diesem Ausschusse wurde nun auch ein Antrag des Abg. Sievers wegen Vereidigung des Militärs und der Beamten auf die Reichsverfassung, welcher demnächst zur Berathung kommen sollte, überwiesen. (D. A. Z.)

Ludwigsburg, den 25. Mai. Wir entnehmen dem Ludwigsburger Tagblatt folgenden Bericht: Gestern Abend fand hier auf dem Exerzierplatz eine Soldaten-Versammlung aller hiesigen Waffengattungen statt, deren Zahl man gegen 1600 Köpfe schätzte. Zweck derselben soll Besprechung dienstlicher Verhältnisse und Erklärung des Festhaltens an der Reichsverfassung gewesen seyn. Die Bemühung höherer Offiziere zur Aufhebung der Versammlung war vergeblich. — Der Gouverneur, Generalmajor v. Troyff, welcher herbeigeeilt war, soll nach Auseinandersetzung der friedlichen Absichten Erlaubniß zur Abhaltung der Versammlung gegeben haben. Er machte natürlich sogleich Anzeige bei Seiner Majestät dem König, und nicht lange darauf erschien der König zu Pferde mitten unter den Versammelten, sie ungefähr folgenderweise anredend: „Soldaten, Würtemberger, was thut Ihr hier? Wollt Ihr Euch gegen Euren König empören, wollt Ihr den Soldaten in Baden nachahmen, die ihren Fürsten treulos verlassen haben? Das könnt, das werdet Ihr nicht thun!" Hierauf erfolgte eine Erklärung, daß die Versammelten so etwas nicht beabsichtigen, sondern sie nur die Absicht hätten, sich friedlich über ihre Angelegenheiten zu berathen. Als der König nähere Auskunft verlangte, traten zwei Soldaten des 1. und 8. Infanterie-Regiments vor Seine Majestät, und brachten unter Versicherung unveränderter Hochachtung und Hingebung mit bescheidenem Freimuthe im Namen der Versammelten — wie uns aus verschiedenem Munde übereinstimmend gesagt wurde — Beschwerden und Wünsche derselben vor, ungefähr dahin gehend: „Die öfteren Einberufungen verursachten den Beurlaubten unerschwingliche Geldopfer und Zeitverlust; das Exerzieren komme bei schon länger gedienten Leuten zu häufig vor; bei Ausmärschen möchte der Mannschaft der Grund mitgetheilt werden; seyen sie auch weit entfernt, sich die Vorgänge im badischen Militär zur Richtschnur zu nehmen, so seyen sie doch auch nicht gemeint, sich gegen ihre Mitbürger oder ein Volk verwenden zu lassen, welches die Reichsverfassung anerkannt habe und solche durchführen wolle. Die Sprecher sollen ferner gesagt haben, wenn der Soldat ausgedient und seine Uniform abgelegt habe, so trete er ja selbst wieder in das Volk zurück, dem er angehöre." Der Sprecher soll sich auf die badischen Militärvorfälle, denen er selbst beigewohnt, und welche er abschreckend genug gefunden, in dieser Beziehung bezogen haben und gesagt, er habe selbst einem bedrohten badischen Offizier den Degen wieder umgehängt. — Der König soll erwiedert haben: „er habe die Reichsverfassung anerkannt und werde sie auch halten, es freue ihn, ihre Gesinnung kennen gelernt zu haben, er — der Sprecher — sey ein braver Soldat, und er reichte demselben hierauf die Königliche Hand. — Noch ist zu erwähnen, daß eine ungetheilte feindselige Stimmung sich gegen Preussen in der Versammlung aussprach. Die Erzählungen über den ganzen Vorfall sind sehr verschieden, und die Richtigkeit der einzelnen Details läßt sich nicht verbürgen; dem Sinne nach wird aber unser Bericht so ziemlich das Wahre gegeben haben.

Den 25. Mai. Diesen Vormittag mußte das erste Infanterieregiment vor dem König ausrücken. Seine Majestät soll die Frage an das Regiment gerichtet haben, wenn er sich an die Spitze ihres Heeres stellen würde, ob er sich dann auf ihre Treue und Hingebung verlassen könnte? worauf die Antwort erfolgte: daß Alle mit dem letzten Blutstropfen dafür einstehen, wenn es nicht gegen Verfassung und die Beschlüsse der Nationalversammlung sey, wenn Seine Majestät in dieser Beziehung mit dem Volke gehen werde. (Sch. M.)

Rußland und Polen.

Aus **Warschau** vom 17. Mai schreibt der Hamb. Korrespondent: Gestern fand hier ein Duell statt. Ein hoher Fremder, Einige bezeichnen ihn als den Sohn eines deutschen Fürsten, gerieth mit russischen Offizieren in Streit, der von Seiten des gekränkten Fremden mit einer Herausforderung an seine „sämmtlichen Beleidiger" endete. In einem Gehölz hinter Praga wurde der Streit ausgefochten; drei russische Offiziere fielen von der Kugel des Fremden, als sich aber ein neuer Gegner stellte, wurden sämmtliche Kampfhelden, die Sekundanten nebst dem anwesenden Doctor von herbeigekommener Wache verhaftet. Man ist über diesen Vorfall um so mehr gespannt, als bei Strafe verboten ist, hierüber zu sprechen.

Sprech-Saal.

Nürnberg, den 29. Mai. Morgen wird zum Benefize des Hrn. Bielczizky die Oper „Guttenberg" wiederholt, eine musikalische Composition, die in die erste Reihe geistig-gemüthlicher Schöpfungen der Gegenwart gesetzt werden darf. Zudem hat Hr. Bielczizky während der Zeit seines Wirkens auf hiesiger Bühne gewiß so ganz Vorzügliches geleistet, daß es als ein Akt der Anerkennung erwartet werden darf, daß die Freunde der Kunst an diesem Abend das Theater besonders zahlreich besuchen, und dem wackeren Sänger Veranlassung geben, freundliche Erinnerungen an Nürnberg mit sich fortzunehmen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Freiblatt

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 31. Mai 1849. № 151. Donnerstag: Petronella.

Deutsche Staaten

J München, den 29. Mai. **Franken und Schwaben! Scheurl, Lerchenfeld, Freudran, Grießmeyer** und Consorten haben bei der Verhandlung über die neueste Adresse der Kammer der Abgeordneten an Se. Maj. den König **gegen** die Anerkennung der Reichsverfassung von Seite Bayern's gestimmt. Das Auditorium, das **Münchener** Auditorium im Volkshause, brach in lauten Jubel aus bei der Verkündigung des Stimmenresultates für die unbedingte Anerkennung und Durchführung der Reichsverfassung. Das **Münchener** Galleriepublikum hat Euern **Scheurl** laut verhöhnt und ausgezischt, als derselbe sein „Nein“ aussprach, (es wird derselbe fortwährend ausgezischt und verhöhnt, so oft er in den Saal tritt) weil auch das Münchener Publikum sich noch sehr genau der erst kürzlich im Korrespondenten v. u. f. D. erschienenen Scheurl'schen Erklärung erinnerte, worin der Herr Professor seine Kollegen aufforderte, für die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung sich auszusprechen.*) Wahlmänner und Urwähler des Wahlbezirks Nürnberg! Wenn der Hr. v. Scheurl auch in einer, nun bald nachfolgenden „professormäßigen“ Erklärung Euch noch so schöne Worte sagt, so glaubt ihm nicht! — Er hat sein Wort gebrochen — also: **ruft ihn zurück!** Sagt ihm, er solle das Programm des Nürnberger Volksvereins, er solle das Programm der vereinigten Vereine nachlesen, welche beide er mündlich und schriftlich anerkannt habe, und darnach selbst bemessen, ob er ehrlich gehandelt?? Sagt ihm, daß er Euer Vertrauen verloren, daß er Euer Vertreter nicht mehr seyn könne und dürfe. **Franken, ruft die wenigen Abgeordneten, die Euerer unwürdig sind, unverzüglich zurück!** Thut dies um so mehr, als aus dem Munde eines Ministers die Aeusserung gefallen, daß die Majorität eine zu geringe sey**) und als man von Seite des Ministeriums kein Mittel scheut, die Majorität zu schwächen. Täglich sprengt man neue Gerüchte aus, daß Eure und die Pfälzer Abgeordneten verhaftet würden, um sie ängstlich zu machen; täglich schreiben die ministeriellen Organe, der Volksbote (ein hübsches Regierungsorgan!) und die Neue Münchnerin: „man solle die Landesverräther festnehmen oder das altbayerische Volk solle sie todtschlagen ꝛc.“ (Einen solchen Mordbrenner von Redakteur, wie der Herr Zander, sieht die Regierung sich nicht veranlaßt, gefänglich einzuziehen, obgleich derselbe stets offenen Aufruhr predigt! Warum nicht???) Täglich schreiben diese beiden würdigen Vertreter des bayer. konstitutionellen (??) Systemes die infamsten Lügen über Eure Abgeordneten, sie erfinden Dinge, die sie geredet haben sollen, von denen in den stenogr. Berichten kein Wort zu lesen, die Niemand ausser diesen beiden ministeriellen Berichterstattern gehört hat. Endlich ist sogar das Ministerium zu dem v...... Mittel geschritten, im Bunde mit der Abel-, Dur-, Lerchenfeld-, Scheurl'schen Partei, den Ausschluß der Pfälzer Deputirten zu beantragen, nur um eine ministerielle Anti-Reichsverfassungs-Majorität zu erhalten, wobei bekanntlich der Herr II. Präsident Graf von Dur eine Berühmtheit sich erworben hat!!

Wahlmänner und Urwähler Frankens und Schwaben's, thut Eure Pflicht! Bürger, Ihr dürft Euch von solchen Abgeordneten, die ein Hoflächeln, einen Händedruck, einen freundlichen Blick gewisser Personen höher schätzen, als die Ehre Eure Vertreter zu seyn; die Euren höchsten Interessen gerade zu entgegentreten, anstatt Eure Rechte zu vertreten, nicht zum besten halten lassen. Menschen, die am Tage der Wahl Versprechungen machen, die sie nachher nicht halten wollen; Menschen, die ihren eignen Worten untreu werden; Menschen, die nicht den Muth haben, sich die Ungnade eines volksfeindlichen Ministers zuzuziehen, können und dürfen nicht Eure Vertreter seyn. Diejenigen Wahlmänner, die den gerechten Vorwurf auf sich geladen, werden jetzt nicht säumen, den begangenen Fehler wieder gut zu machen. Eure Magistrate und Gemeinde-Kollegien, Eure Stadt- und Landwehren, das **ganze fränkische Volk** hat sich laut und deutlich **für** die **unbedingte** Anerkennung der Reichsverfassung ausgesprochen und dennoch wagen es einige „**sogenannte**“ Volksvertreter aus Franken und Schwaben, allen Euren übrigen pflichtgetreuen, volksthümlichen Abgeordneten entgegenzutreten und sich mit der von einem **Abel** angeführten Jesuitenschaar zu verbinden, um die Pläne eines volksfeindlichen, antideutschen Ministeriums zu unterstützen. Laßt sogleich Eure Wahlmänner zusammentreten und sorgt dafür, daß, nach dem gegebenen Versprechen, nach parlamentarischer Sitte, der Herr Professor von Scheurl sein Mandat niederlege. So viele Ehre trauen wir ihm zu, daß er Eurem Rufe Folge leistet. **Wahlmänner in Franken und Schwaben, thut Eure Pflicht! Thut Eure Pflicht, wie es die Urwähler von Euch zu erwarten berechtiget sind.**

München, 26. Mai. Der Forstamtsaktuar zu Ebrach, G. Moser wurde zum Revierförster zu Burgwindheim in Mönchherrnsdorf ernannt; der Kontrolleur bei der Staatsschuldentilgungs-Spezialkasse Nürnberg, H. Auernheimer, quieszirt; an dessen Stelle der erste Buchhalter derselben Kasse, J. Steigner, und an Steigner's Stelle zum ersten Buchhalter der kontrolirende Buchhalter, J. Ries, bei der Staatsschuldentilgungs-Spezialkasse zu Regensburg befördert. (N. M. Z.)

† **Nürnberg**, den 30. Mai. Die Berliner Zeitungen und Korrespondenzen sind heute nicht eingetroffen.

Pfalz. Der „Kaiserslauterer Bote“ berichtet aus Speyer vom 24. Mai: Die provisorische Regierung hat Dank der alten Büreaukratenwirthschaft, sehr viel aufzuräumen; doch was die öffentlichen Kassen betrifft, haben die flüchtigen Beamten das Aufräumen selbst übernommen. So hat sich in der Regiekasse die Baarsumme von einem Kreuzer, in der Kreiskasse aber gar nichts vorgefunden, als ein dunkler leerer Raum. Wie man den Wohlstand und das Gedeihen eines Landes sichert, haben diese Herren nie verstanden, desto besser aber haben sie es verstanden, sich selbst sicher zu stellen.

Aufforderung. Im Namen des pfälzischen Volkes! Alle Schmiede der Pfalz werden aufgefordert, schleunigst eine so große Anzahl Sensen zu fertigen, als ihnen nur immer möglich ist. Die Muster können sie durch unsere Militärkommission in Kaiserslautern entweder direkt oder unter Vermittlung der Kantonalvertheidigungsausschüsse erhalten. Die Ablieferung der gefertigten Sensen geschieht an die Kantonalvertheidigungsausschüsse. Letztere werden sofort nach Ansicht dieser Aufforderung alle Schritte thun, um sie möglichst rasch in Vollzug zu setzen. — Kaiserslautern, den 25. Mai 1849. — Die provisorische Regierung der Rheinpfalz: P. Fries. Greiner. N. Schmitt. Hepp. Reichard. (N. Sp. Z.)

Kaiserslautern, 26. Mai. Im Amtsblatt der provisorischen Regierung wird dieser Tage die neue Gemeindeordnung publizirt werden. Diese Gemeindeordnung beruht auf den entschiedensten demokratischen Principien, deren Basis die Selbstverwaltung der Gemeinden bildet. — Gestern wurde Pfarrer Schiller von Igelheim hier in Haft gebracht. (Frkft. J.)

Kaiserslautern, 25. Mai. Ueber den Massenaustritt aus der Paulskirche, mit Heinrich v. Gagern an der Spitze, herrscht hier nur eine Stimme der Entrüstung. Gerade jetzt, wo das Streben der nordwestlichen Fürsten-Allianz so offenkundig geworden, wäre es an diesen Männern gewesen, fest und unerschütterlich auf ihrem Posten zu beharren und dem deutschen Volke ein erhebendes Beispiel zu geben. Statt dessen aber haben sie, die so viel von deutscher Einheit und Freiheit deklamirt, in der Stunde der Gefahr sich von ihrem Posten entfernt, auf welchem sie das deutsche Volk zu repräsentiren verpflichtet waren, und das deutsche Volk dem eignen Schicksal überlassen! Möge es diesen Männern in gefahrloser Zurückgezogenheit gelingen, ihr Schaamgefühl zu unterdrücken! Wir aber, die wir das deutsche Banner zur Durchführung der Reichsverfassung ergriffen, wir werden es nicht feig und zitternd fallen lassen! Und sollten wir auch nicht stark genug seyn, um zu siegen, so werden wir doch stark genug seyn, um mit Ehren zu fallen. (Frkft. J.)

Würzburg, den 28. Mai. Vorgestern Abend 6 Uhr kamen die Studenten, die aus Wertheim noch bis Eichel feierlich waren begleitet worden, hieher zurück. Fast sämmtliche Professoren der Universität, eine Deputation des Stadtmagistrates, der Landwehr, die Liedertafel und eine Unzahl von Einwohnern hiesiger Stadt aus allen Ständen war ihnen bis an den Zeller Felsenkeller entgegengekommen. Von dort aus bewegte sich der feierliche Zug, an dessen Spitze ging der Rektor, zwischen dem deutschen Banner und der Universitätsfahne durch die Stadt, welche, (namentlich die Domstraße) wegen des Empfangs der lieben Ankömmlinge festlich geschmückt war. Sowohl vorgestern als gestern Abend fanden wegen dieser glücklichen Rückkehr der Studenten heitere Feste im Theatergarten statt. (W. Z.)

Mannheim, den 26. Mai. Wir erhalten heute aus Speier die Nachricht, daß Bürger Culmann als Gesandter der Rheinpfalz und Baden's nach Paris abgegangen ist. Die Bürger Didier und Karl Blind sind, wie man uns meldet, demselben als Gesandtschaftssekretäre beigegeben worden; Ersterer von rheinbayerischer, Letzterer von badischer Seite. Heute ist Karl Blind mit Arnold Ruge hier durchpassirt, um sich über Speyer und Metz nach Paris zu begeben. Wir wünschen, daß es in Folge der jetzigen Zusammensetzung der Nationalversammlung unserer Gesandtschaft gelingen möge, einen brüderlichen Bund zwischen dem demokratischen Frankreich und dem demokratischen Südwestdeutschland herzustellen. Nur so kann der Absolutismus der verbündeten Despotenmächte gebrochen werden. (M. Abdz.)

Mannheim, den 26. Mai. Die gestern in die Rheinpfalz abgegangenen Truppen des dritten badischen Infanterie-Regiments kehrten gestern Abends wieder hierher zurück. Sie waren bereits weit über Neustadt hinaus auf dem Wege nach Kaiserslautern, als sie eine Stafette zurückrief. — Diesen Morgen hielt Oberst Eichfeld eine Inspektion über alle hier liegenden Truppen und zog mit ihnen auf den Exerzierplatz jenseits des Neckars. Er sowohl als viele Offiziere trugen schwarz-roth-goldene Schärpen um die Schultern. Heute wurden an die hiesigen Infanteristen die ersten Pickelhauben ausgetheilt. Hier und überm Rheine werden schon seit mehreren Tagen Personen, sowohl aus dem Civil- als Militärstande festgenommen, welche man für Spione hält. Es herrscht eine scharfe Aufmerksamkeit an der ganzen Gränze, und unsere Soldaten sind fortwährend für die neuste Bewegung. (Schw. M.)

Rastatt, den 25. Mai. Heute wurden sieben Offiziere vom Dragoner-Regiment Großherzog, darunter die Rittmeister von Freistedt und von Glaubitz, gefangen von Karlsruhe hierher gebracht, um in den Kasematten verwahrt zu werden. Zu ihrer Bedeckung dienten etwa 100 Mann, theils von der Pforzheimer Bürgerwehr, theils von

---

*) Damals freilich war der Herr v. Scheurl in Erlangen, jetzt ist er in München!!

**) Obgleich [illegible] gegen [illegible] Stimmen, und obgleich von der Linken [illegible], von der Rechten nur [illegible] Mitglieder gefehlt haben, und es also eine Majorität von [illegible] gegen [illegible] ist und obgleich endlich das Ministerium nicht den Muth hat, die Kammer aufzulösen und an das Volk zu appelliren. (Ob wohl dem Herrn Minister die Majorität auch zu gering wäre, wenn der Beschluß umgekehrt ausgefallen wäre?? Wir möchten dies sehr bezweifeln!)

dem Freischaarenzug, der von Besançon gekommen, gedient, und sind diese alsbald wieder nach Karlsruhe zurückgekehrt. Der Grund ihrer Verhaftung ist folgender: Von genanntem Dragonerregiment standen noch zwei Schwadronen im Oberlande, welche von dem Civil- und Militärkommissär in Freiburg die Weisung erhielten, nach Karlsruhe abzugehen. Die beiden Rittmeister, so wie die übrigen Offiziere, hatten jedoch bereits ihren sehr anhänglichen Truppen erklärt, sie würden sie nur nach Karlsruhe geleiten, und dort, so bald sie die Kasse, Pferde und sonstige Aerarialgegenstände an die gegenwärtige Regierung abgegeben hätten, von ihren Stellen zurücktreten, da sie nicht gesonnen, länger zu dienen. Die Truppen möchten sich dann mit ihren Kameraden berathen und beschließen, was ihnen gut dünke. Vier Stunden oberhalb Karlsruhe, in dem Dorfe Malsch, bekamen die Truppen Gegenbefehl. Allein diese erklärten, nicht zurückkehren, sondern nach Karlsruhe marschiren zu wollen. In letzterem Orte erregte ihre Ankunft einige Ueberraschung, und es wurde alsbald von ihnen verlangt, den Eid auf die Reichsverfassung zu leisten und dem Landesausschuß Gehorsam zu geloben. Die Truppen schienen zu zögern. Da wurden heute in der Frühe die Offiziere gefangen genommen und hieher gebracht. Als Uebergabskommissär war das Landesausschußmitglied Hoff anwesend. — Die früher verhafteten Artillerie-Hauptmann Heusch und Platzkommandant Katz sind seit drei Tagen nach gepflogener Untersuchung auf freien Fuß gesetzt worden. Ersterer ist bereits nach England. (Frkf. J.)

Rastatt, 27. Mai. Unsere Civil- und Militärbehörden dringen mit allem Nachdruck darauf, daß die hiesige Reichsfestung eine angemessene Besatzung von Reichstruppen erhalte. In dieser Absicht sind gestern der Gouverneur Greiner, Civilkommissär Grether und Hauptmann Baier nach Karlsruhe abgegangen, um entweder den Landesausschuß zu den nöthigen Schritten zu veranlassen, oder falls dieser sich nicht geneigt zeigte, alsbald weiter nach Frankfurt zu gehen und bei der Centralgewalt die Nothwendigkeit dieser Maßregel darzuthun, was natürlich nicht schwer fallen wird. Man sieht übrigens aus diesen Schritten, wie sowohl Bürger als Militär hiesiger Stadt und Festung sich auf den einzig richtigen Boden gestellt haben — auf den der Reichsverfassung, und ich werde mich nicht irren, wenn ich die Hoffnung ausspreche, daß in unserm Lande überhaupt ein feindlicher Zusammenstoß mit Reichstruppen nicht stattfinden wird. Nur gegen die Russen und die russischen Preussen erhebt sich das ganze Land wie Ein Mann.

** **Frankfurt**, 21. Mai. Gleich den österreichischen, preussischen und sächsischen Willkürregierungen hat nun auch die hannoverische ein Abberufungsschreiben der Deputirten für die deutsche Reichsversammlung erlassen. Es lautet: »Die kgl. Regierung hat zu ihrem tiefen Bedauern aus dem Gange der Verhandlungen der deutschen Nationalversammlung die Besorgniß schöpfen und in den neuesten dortigen Vorgängen bestätigt finden müssen, daß das Zustandebringen des deutschen Verfassungswerkes zwischen dem deutschen Volke und den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten im Sinne derjenigen Bundesbeschlüsse vom 30. März und 7. April 1849, auf deren Grund die Wahlen von Abgeordneten zur Nationalversammlung angeordnet und angenommen worden sind, von dieser nicht mehr erwartet werden darf. Die k. Reg. findet durch diese Wahrnehmung eine, ihren wärmsten Wünschen für Deutschlands verjüngende Umgestaltung entsprungene Hoffnung in so weit vernichtet, als die Nat.-Vers. mit Ablehnung der von den Regierungen dargebotenen freien Vereinbarung, entschieden den Weg verlassen hat, der nach unserer innigen Ueberzeugung das allseitig erstrebte Ziel der Einheit Deutschlands, seiner Macht und des Glücks seiner Völker am schnellsten und mit Sicherheit hätte erreichen lassen. Wie fest die k. Regier. dieses Ziel so lange eine Aussicht des Erfolgs übrig blieb, im Auge behalten, dies hat sie Gelegenheit gehabt, noch in der Erklärung zu beurkunden, die von ihr den Abgeordneten der provisorischen Centralgewalt über die verlangte Anerkennung der von der Nationalversammlung einseitig beschlossenen Reichsverfassung am 4. dieses Monats ertheilt worden ist. Nach vorgängigem Rücktritt der österreichischen Deputirten ist inzwischen auch die Abberufung der in den kgl. preussischen und kgl. sächsischen Staaten erwählten Mitglieder der Nationalversammlung erfolgt, und die letztere hat hierdurch so wie durch die zahlreiche Entfernung von Abgeordneten aus anderen Theilen Deutschlands in ihrer Zusammensetzung eine Veränderung erlitten, die es der Regierung Sr. Maj. des Königs nicht ferner gestattet, in ihr ein vollgiltiges Organ der Wünsche des gesammten deutschen Volkes anzuerkennen. Die kgl. Regierung sieht sich hieran durch die ihr obliegenden Pflichten um so mehr behindert, da in dem Verhalten der Nationalversammlung selbst ein neuerlich hervorgetretenes Bestreben Unterstützung findet, daß bei dem Beharren auf der einseitig beschlossenen Verfassung in einer Aufrechthaltung und Ausführung der letztern den Vorwand findet, das gesammte Vaterland mit Bürgerkrieg und Umsturz aller bestehenden Ordnung zu bedrohen, und auch für das hiesige Königreich Gefahren herbeizuführen, welche mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln abzuwenden die k. Regierung fest entschlossen ist. Unter diesen Umständen und damit über die Beurtheilung, welche eine fortgesetzte Thätigkeit der etwa versammelt bleibenden noch übrigen Abgeordneten zur Nationalversammlung in den Augen der kgl. Regierung findet, jeder Zweifel für die Angehörigen des hiesigen Königreichs entfernt werde, hat die Regierung Sr. Maj. des Königs zu dem Beschlusse gelangen müssen, daß an die in dem Königreiche Hannover zu jener Versammlung erwählten Deputirten die Aufforderung zu erlassen sey, an den Verhandlungen, welche von den gedachten Abgeordneten in Frankfurt oder an anderen Orten ferner möchten gehalten werden, sich der Theilnahme zu enthalten. Die kgl. Regierung erkennt daneben als eine bestimmte Verpflichtung an, so viel an ihr ist, dafür Sorge zu tragen, daß die auf Deutschlands Einigung und Kräftigung wie auf die Vertretung des deutschen Volkes bei Deutschlands Centralgewalt gerichteten Zusagen, welche in den erwähnten Bundesbeschlüssen enthalten oder von Sr. Maj. dem König Ihren Unterthanen besonders ertheilt worden sind, mit jeder möglichen Beschleunigung und auf eine Weise zur Ausführung gebracht werden, welche dem deutschen Volke ein selbstthätige Theilnahme an der Begründung einer neuen Gesammtverfassung sichert. Die kgl. Regierung ist, im Bewußtseyn dieser Obliegenheit, bereits mit anderen deutschen Bundesregierungen in Verhandlung getreten, deren bisheriger Verlauf zu der Erwartung berechtigt, daß die Regierungen binnen Kurzem im Stande seyn werden, die Ergebnisse ihrer Erwägungen dem Vaterlande zu seiner Beruhigung vorzulegen. Wir beauftragen den Herrn Bevollmächtigten, die dort anwesenden hannoverschen Abgeordneten mit der vorstehenden Verfügung vollständig bekannt zu machen und dabei zu bemerken, daß mit dem Tage des Empfanges der Eröffnung, auf dessen Constatirung Bedacht zu nehmen ist, die bisherige Diätenzahlung aus der hiesigen Landeskasse aufhören und sodann nur noch eine Vergütung der Kosten der Rückreise, insofern letztere sofort erfolgt, eintreten wird. Hannover, den 23. Mai 1849. Königl. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Gr. v. Bennigsen. An den Herrn Justizrath v. Bothmer, kgl. hannoverschen Bevollmächtigten bei der provisor. Centralgewalt in Frankfurt a. M.

** **Frankfurt**, 23. Mai. In welch' eine peinliche Lage Preussen durch sein wenig offenes und wenig muthiges Zögerungssystem gerathen ist, das fängt nun an, immer klarer hervorzutreten. Als der König von Preussen in seinem Manifest vom 15. Mai das Erscheinen der modificirten Verfassung „in kürzester Frist“ verhieß, stand er wohl in eben dem guten Glauben, welcher hochgestellte preuss. Beamte veranlaßte, jeden Zweifel in die buchstäbliche Erfüllung des königlichen Wortes selbst da noch zurückzuweisen, als die bereits sicher angekündigte Verfassungsurkunde wider Erwarten ausblieb. Um so bezeichnender sind daher die Ansichten, welche man jetzt von eben dieser Seite her äußern hört. Preussen, heißt es, ist in ein Labyrinth gerathen, aus welchem kein leitender Faden heraushilft. Von Oesterreich wurde man, absichtlich oder unabsichtlich, dahin gedrängt, den Weg der Verständigung zu verlassen und die entgegengesetzte Richtung der Vereinbarung mit der N.-V. und unter den Regierungen selbst einzuschlagen. Dieser Weg konnte zu keinem Ziele führen; so viel schien von vorn herein klar. Preussen sah die Sache anders an, es hoffte auf eine glückliche Lösung, täuschte sich aber selbst — und hat jetzt nur das eine, seinen Gegnern so erwünschte Ziel erreicht, sich in Deutschland durchweg unpopulär zu machen. — In wie weit Plan und Absicht zum Grunde lag, bleibe unerörtert; die Verwickelungen, welche entstanden sind, liegen als Thatsachen vor; sie erscheinen unlösbar und verbreiten zugleich über die Unterhandlungen Licht, welche zwischen dem Reichsverweser und dem preussischen Bevollmächtigten gepflogen wurden. Was man darüber vernimmt, erinnert an alle Ueberlistungen, deren Opfer Preussen bisher von russischer und österreichischer Seite geworden war. Der Reichsverweser hatte den König von Preussen seit mehren Wochen in dringendster Weise um Ablösung von seinem Posten gebeten. Zur Erfüllung dieses Wunsches wurde der Oberst Fischer hieher gesandt, indem man in Berlin nur noch von Wien und München her auf die Ratifikation der deßfalls mit den Regierungsbevollmächtigten abgeschlossenen Verträge wartete. Die Ratifikation der genannten beiden Höfe blieb aus, und — der Reichsverweser erklärte, daß er die provisorische Centralgewalt nur in eben dem Sinne und Umfang an Preussen abgeben könne und werde, wie sie ihm selber vom Bundestag übertragen worden, also nicht für einen engeren Bundesstaat, sondern für ganz Deutschland, Oesterreich mit eingeschlossen. Der König von Preussen dürfe sich nur als — Mandatar Oesterreichs betrachten. Mit dieser Antwort ist die Sendung des Oberst Fischer erledigt, Preussen und Deutschland aber sind um kein Haarbreit über den Anfang hinausgekommen.

Frankfurt, den 28. Mai. Vom bayerischen Reichstagsabgeordneten, Herrn Culmann, wird uns eben folgende Erklärung zur Weiterverbreitung übergeben: Die Neue Preussische Zeitung, welche bekanntlich früher schon Enthüllungen sonderbarer Art über die Demokratie brachte, setzt dieses Geschäft fort. In einem Artikel, welcher in der dritten Beilage des Frankfurter Journals vom 26. Mai wiederholt ist, berichtet sie von einem lithographirten Schreiben des europäischen demokratischen Ausschusses, nach welchem eine geheime Konferenz der deutschen, französischen und polnischen Demokraten in Karlsruhe am 28. d. M. stattfinden soll. Die Neue Preussische erweist mir die Ehre, mich zum Präsidenten dieses meines Wissens überall nicht existirenden Ausschusses zu ernennen. Ich würde dieser niederträchtigen Redaktion, welche mit unerhörter Frechheit meinen und anderer Männer Namen mißbraucht, um eine Verschwörung zu erfinden, die dem preussischen System jetzt nöthig scheint, mit einer Verläumdungsklage antworten, wenn nicht in Preussen Recht und Gesetz mit Füßen getreten, und die reine Säbelherrschaft eingeführt wäre. Deswegen muß ich mich damit begnügen, öffentlich zu erklären, daß jenes Aktenstück der Neuen Preussischen Zeitung von Anfang bis ans Ende weiter nichts, als eine hämische perfide Erdichtung ist, welche man den intentionirten Gewaltstreichen vorauszuschieben für zweckmäßig erachtet, und ersuche alle Redaktionen, welche jenen Schandartikel aufnahmen, auch dieser meiner Erklärung ihre Spalten zu öffnen. Frankfurt am Main, den 28. Mai 1849. Culmann, Abgeordneter zur Nationalversammlung.

Darmstadt, 20. Mai. Die „Mainzer Ztg.“ enthält von hier aus folgenden Bericht: „Die unrichtigen Mittheilungen, welche durch einen gewissen Theil der Presse über die in Laudenbach gelegentlich der bei der Volksversammlung stattgehabten Vorfälle verbreitet werden, bedürfen im Interesse der Wahrheit gar sehr der Berichtigung eines Augenzeugen. Es gibt ein Ober- und ein Unter-Laudenbach, das eine im badischen, das andere im hessischen Lande, beide nahe beisammen gelegen. Die Versammlung, welche im hess. Gebiete abgehalten werden sollte, entwickelte sich anfangs irrthümlich im badischen Gebiete, zog sich aber auf wohlbedachte Vorstellungen badischer Bürger auf das hess. Gebiet zurück und nahm daselbst ihren Anfang. Während Lügenberichte mittheilen, es seyen viele Hunderte von Bewaffneten anwesend gewesen (die Darmst. Ztg. spricht von 8000!!), kann ich auf das Bestimmteste mittheilen, daß außer Tausenden Unbewaffneter nur 70 bis 80 Leute zugegen waren, welche Gewehre und zwar im Allgemeinen nur zu Freudenschüssen geeignete, trugen. Das hessische Militär befand sich auf einer nahe gelegenen Anhöhe, hatte aber nicht allein keine der Versammlung feindseligen Absichten, sondern war theilweise früher zu den versammelten Bürgern gekommen und hatte freundlichst mit ihnen getrunken. Während nun die Volksversammlung im Gange war, erschien der Regierungskommissär Prinz, bei dem Volke längst gehaßt, und protestirte dagegen, daß bei der Versammlung Bewaffnete anwesend seyen. Seinen Worten wurde hie und da Widerspruch entgegengesetzt, worauf er sich so weit vergaß, zu den Versammelten in dem vormärzlichen Kreisrathsstyle per „Ihr Bauern“ zu reden und ihnen in der bureaukratischen Manier sehr gewaltig imponiren zu wollen. Während dieses unverzeihlichen Fehlgriffes wurde er aus der Menge niedergeschossen. Durch den Fall des Schusses sah der Kommandant der hess. Truppen sich veranlaßt, schnell herbeizureiten, stürzte aber mit dem Pferde und letzteres scheute zu seinem früheren Standpunkte zurück. Das ohne seinen Reiter zurückkommende Pferd veranlaßte das hess. Militär zu dem Glauben,

der Kommandant sey erschossen worden, worauf es Feuer gab. Dies der wahre Hergang. Die Lügenhaftigkeit der bisherigen Berichte erhellt schon daraus, daß bei einem wirklichen Kampfe von angeblich mehreren Tausend bewaffneten Leuten mit einigen Kompagnien Soldaten von ersteren 40 und etliche und von letzteren kein einziger getödtet worden seyn sollte. Wie gesagt, unter den zahlreich Anwesenden befanden sich nur wenige Bewaffnete. Niemand dachte an einen Kampf oder war hiezu vorbereitet. Das Unglück ist nun geschehen und wird nunmehr boshaft dazu ausgebeutet, neuen Zwiespalt zwischen Militär und Bürger hervorzurufen. (Frkf. J.)

Leipzig, den 26. Mai. Die hiesige offizielle Zeitung enthält folgende bemerkenswerthe Nachricht aus: „Berlin, 24. Mai. Obgleich mehrere Zeitungen wiederholt versichern, es würden in den Rheingegenden Truppen zusammengezogen, welche bestimmt seyen, Baden und Rheinbayern zu bekämpfen, so hat doch die hiesige Regierung in Wahrheit in dieser Angelegenheit noch keinen bestimmten Entschluß gefaßt und die Ansicht unserer einflußreichsten Staatsmänner scheint vielmehr die zu seyn, daß Preussen für jetzt keine Veranlassung habe, sich in diese Zwistigkeiten zu mischen, vielmehr die Schlichtung derselben den an der Frankfurter Verfassung festhaltenden Staaten überlassen müsse. Die Heerlager, welche allerdings in den Rheingegenden gebildet werden, haben zunächst keine andere Bestimmung als die Verpflanzung badischer Zustände nach Preussen zu hindern und — gelegentlich sich einer andern Armee entgegenzustellen." (Frkft. J.)

Weimar, 26. Mai. Wir haben jetzt fast täglich bedeutende Durchmärsche preussischer Truppen, die alle ihren Weg nach Frankfurt a. M. nehmen. Der unter denselben herrschende Geist ist übrigens ein sehr verschiedener; denn während der eine Theil, und namentlich die Offiziere, begeistert für seinen König ist und in der vom Parlamente gegebenen Verfassung nur den Weg zur Republik und Anarchie sehen will, spricht der andere Theil, und besonders die Landwehr, hinter dem Rücken der Offiziere offen den Entschluß aus, so weit es der Verfassung gilt, nicht gegen das Volk zu kämpfen, vielmehr in großer, reicher Zahl zu ihm überzugehen, sobald die Gelegenheit hiezu geboten ist. (Frkf. J.)

Snoghoi, 23. Mai. Seit sechzig Stunden war kein Schuß gefallen, als unsere Schanzen gestern Morgen um 2 Uhr auf ein vor Fridericia erbautes Blockhaus ein lebhaftes Feuer eröffneten. Die ersten 4 Paßkugeln gingen durchs Haus; die erste Bombe platzte darin. Die darin befindliche Feldwache, ein Lieutenant und 42 Mann, nahmen Reißaus; Ersterem wurde das Bein abgeschossen. Unsere Infanterie stand gedeckt aufmarschirt. Die 1. Kompagnie vom 4. Bataillon unter Hauptmann Krohn rückte auf das Blockhaus vor. Die Festungskanonen eröffneten ein mörderisches Feuer auf dieselbe, aber trotzdem wurde das Blockhaus in aller Gemüthsruhe von den Leuten angezündet; 3 dänische Jäger, welche sich noch darin verborgen hielten, wurden zu Gefangenen gemacht. Auch nicht ein Mann unsererseits wurde verwundet oder getödtet. Hierauf wurden 150 Mann von demselben Bataillon beordert, einen Damm durchzustechen, um das auf der einen Seite sich befindende Wasser abzuleiten. Die Arbeit geschah mit dem vollständigsten Erfolg unter dem ärgsten Kugelregen; kein Mann wurde getödtet, nur 3 leicht verwundet, die sich noch fortgesetzt beim Bataillon befinden. Bei abermaligem Vordringen wurden noch 11 dänische Jäger eingefangen. Seitdem werfen wir fortgesetzt neue Schanzen auf. Die Dänen kanoniren unaufhörlich, so lange keine Häuser in Fridericia brennen. — Gestern Morgen ritt Bonin mit seinem Generalstab längs unserer Schanzen, als sich ein dänischer Schütze unbemerkt heranschlich und den braven und tapfern Hauptmann und Adjutanten Delius niederschoß, an dem unser Land einen seiner verdienstvollsten Offiziere verliert. Freilich lebt derselbe augenblicklich noch, aber es ist keine Hoffnung für sein Aufkommen vorhanden. (B.-H.)

Flensburg, 23. Mai. Der Höchstkommandirende der deutschen Reichstruppen in Schleswig-Holstein und Jütland hat folgende Bekanntmachung ausgestellt: Den Zollbedienten in dem Theile Jütlands, der von deutschen Truppen besetzt ist oder werden wird, wird hierdurch befohlen, den freien Handel und Wandel mit den Herzogthümern Schleswig-Holstein nicht zu hindern, vielmehr alle Waaren ohne Ausnahme frei von den Herzogthümern in Jütland ein-, so wie auch von Jütland nach den Herzogthümern ausgehen zu lassen. Welle, den 14. Mai 1849. (gez.) Prittwitz. — Da die Zollbeamten Jütlands bisher nichts von der freien Einfuhr aus den Herzogthümern wissen wollten (in Ripen mußte wenigstens noch immer Zoll und Accise bezahlt werden), so wird diese Bekanntmachung Flensburg und andern Städten einstweilen eine Handelsquelle eröffnen, die ihnen namentlich in der jetzigen Zeit sehr zu statten kommen möchte. (D.-T.)

Altona. Die »Dtsche. Rf.« berichtet aus Berlin vom 25.: Das Korps des Generals Prittwitz steht bedeutend nördlich über Fridericia und ist im Begriff die stärkste Position der Dänen (Skanderborg?) zu nehmen. Von Horsens aus dorthin marschirt, rechnet er auf die koncentrirte feindliche Macht von etwa 20 Bataillonen zu treffen.

Stuttgart, den 24. Mai. Gestern Nachmittag versammelten sich in Haßlach ungefähr 140 Soldaten aus dem 4., 5. und 6. Infanterieregiment und beschlossen durch Namenszeichnung sich einverstanden mit der Erklärung, welche die 5. und 8. Kompagnie des 6. Infanterieregiments gegeben hat. Es war eine Freude, die Begeisterung mitanzusehen, von welcher Mancher gar keinen Begriff hat, der sich die Miene eines begeisterten Patrioten gibt. Nach einem anderthalbstündigen Beisammenseyn marschirten diese Soldaten zurück in ihre Kasernen (woselbst sie vor dem Auseinandergehen ein dreifaches Hoch auf die Reichsverfassung ausbrachten), um ihre Kameraden zu einer zweiten Zusammenkunft einzuladen, und diese fand um 7 Uhr Abends im Aug. Kolb'schen Lokale statt. Hier kam der Antrag einer Petition an den König zum Beschlusse; nachstehend folgt die Abschrift. Unterschrieben haben gegen 300 Soldaten: „Eure königliche Majestät! Wir waren heute über 300 Mann bei einander und haben in dieser wichtigen Zeit uns besprochen und erlauben uns, an E. k. M. ein Schreiben zu richten, mit der dringenden Bitte, daß wir auf die deutsche Reichsverfassung beeidigt werden. Wir folgen freudig unserm König, der uns zum Kampfe führen will gegen die Truppen des Königs von Preussen, weil dieser ein Feind der Freiheit ist, und alle Bemühungen der Nationalversammlung umsonst machen will. In dieser Zeit haben freilich Soldaten des 8. Regiments im Eifer für die Freiheit Fehler begangen, aber wir glauben, daß sie genug gebüßt haben, und es wird allen Soldaten eine große Freude machen, wenn Eure k. Maj., denen ihre Freiheit gleich geben lassen, wofür wir herzlich danken werden. Wir wollen nicht viele Worte machen, und wir bitten um die Beeidigung blos, weil wir mit unserem Verstande recht wohl einsehen, daß diese nothwendig ist, weil wir blos für das Wohl des deutschen Vaterlandes kämpfen können, und nicht gegen Völker, welche die Freiheit in Ordnung aufbauen. Die anwesenden Soldaten haben dieses Gegenwärtige unterschrieben. Und für alle sind wir beauftragt, zu unterschreiben, und die anderen Unterschriften werden zum Beweis aufgehoben, und wir bitten noch einmal um Erfüllung unseres herzlichen Wunsches, und verbleiben mit dem schuldigsten Respekt Ew. k. M. Untergebene. (Frkf. J.)

Stuttgart, den 25. Mai. Wir vernehmen, daß gestern Abend der Kriegsminister und General Miller in der Infanteriekaserne Anreden an die Soldaten hielten. Nach geschehener Ansprache wurde „Eingerückt" commandirt, die Soldaten schloßen aber sofort einen Kreis um die Herren, und erklärten ihnen in aller Ordnung, gegen Reichsfeinde werden sie ihnen willig folgen, niemals jedoch gegen die badischen Brüder. — Heute früh 5 Uhr ist der Ausmarsch ohne Störung erfolgt. Auch die würtembergische reitende Artillerie 1. Kompagnie hat eine Erklärung veröffentlicht, die im Eingange lautet: Mit der größten Bereitwilligkeit kommen wir hiedurch der Aufforderung unserer Kameraden und Brüder des 6. Infanterieregiments vom 22. dieses Monats nach, und erklären, daß auch wir, gleich ihnen, niemals gegen deutsche Brüder und solche Staaten, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, oder die man mit despotischer Gewalt von der Anerkennung derselben zurückhalten will, in Kampf ziehen u. s. w. (Beob.)

Stuttgart, 27. Mai. Das Gesammtstaatsministerium hat eine Proclamation an das würtemberger Volk erlassen, worin es erklärt, daß es dem Ansinnen, mit Baden und Rheinbayern ein Schutz- und Trutzbündniß zu schließen, nicht willfahren könne, weil dies eine Kriegserklärung gegen andere Staaten sey. Dagegen werde man sich nicht in die Angelegenheiten jener Länder mischen und nur zum Schutze der eigenen Gränze ein Truppencorps an derselben aufstellen. (Frkf. J.)

Französische Republik.

† **Paris**, 26. Mai. Die Nationalversammlung hält heute wahrscheinlich ihre letzte Sitzung. Marrast wird eine Abschiedsrede zum Besten geben. Außer diesem Schwanengesange dürften ein Antrag auf Amnestie und ein Antrag auf Abhaltung einer Abschiedsparade der gesammten Pariser Bürgerwehr für morgen die letzten frommen Wünsche dieser berühmten Versammlung bilden. Die Journale warfen bereits lange Rückblicke auf das Leben und die Thaten der Versammlung. Wir dagegen wollen uns begnügen, einige Strohblumen in stiller Wehmuth auf ihr Grab zu streuen. De mortuis nil nisi bene!

Ledru-Rollin hatte im Verein mit mehreren Gliedern der Linken den Antrag gestellt, einen Ausschuß niederzusetzen, der die Verfassungs- und Reglements-Verletzungen Changarnier's prüfe und sofort darüber berichte. Nach dreitägigen stürmischen Debatten ist die Nationalversammlung gestern Abend 7 Uhr über diesen Antrag mit 398 gegen 260 Stimmen zur Tagesordnung geschritten. Murat und De Montreuil schrieen am Stärksten nach der einfachen und simplen Tagesordnung.

„Im Elysée und in den Tuilerien herrscht große Freude darüber, daß Changarnier seinen Gegnern glücklich entschlüpft ist; auch das große Rednertalent, das Falloux entwickelte, erregt Erstaunen und macht diesen Jünger Loyola's doppelt theuer... Aber seit wann erringt man denn in der Politik Triumphe durch Phrasen auf der Bühne oder in der Urne? Alle Regierungen, die in Frankreich seit Vergniaud und Robespierre bis auf Guizot und Lamartine herrschten, fanden Majoritäten, die ihren Reden Beifall zuklatschten und für sie stimmten. Das Alles schützte weder die Einen gegen Schaffot und Exil, noch die anderen gegen Ostracismus und die Undankbarkeit der Wähler."

Die neue Kammer wird, wie wir hören, mit einem Manifest debütiren, das ein wahres diplomatisches Prachtstück zu werden verspricht.

Bis zum gewöhnlichen Postschluß ($4\frac{1}{2}$ Uhr) war noch nicht entschieden, ob die Nationalversammlung nicht morgen noch einmal sitze.

Italienische Staaten.

Briefe aus **Rom** vom 30 Mai bestätigen, daß die Assemblea die Vorschläge der Franzosen zurückgewiesen, welche verlangen, nicht blos als Freunde in die Stadt eingelassen, sondern sogar eingeladen zu werden, wobei es auf die Auflösung der Assemblea und neue Wahlen, die man zu überwachen hoffte, abgesehen war. Rom sollte sich ausdrücklich unter den Schutz der französischen Republik stellen. Letzters beschied sofort alle in Rom sich aufhaltenden Franzosen zu sich und ermahnte sie, mit ihm die Stadt zu verlassen. Ein Angriff der Franzosen auf Rom ward alsbald erwartet. General Roselli verkündigte einen Sieg über die Neapolitaner bei Velletri. — Die Gazzetta di Parma enthält die Proklamation des Herzogs Karl III. an die „Völker" von Parma, Piacenza ꝛc. über seinen Regierungsantritt. — Der Herzog von Modena ist am 19. Mai nach Botzen abgereist.

Oesterreichische Staaten.

Wien, den 26. Mai. Die Festung Ofen ist von den Magyaren erobert. Flüchtlinge aus St. Mickosch brachten gestern ein Extrablatt zur „Pesther Zeitung" vom 22, nach welchem der heldenmüthige General Henzi der Uebermacht weichen und nach einem blutigen Kampf, der durch Verrath eines Bataillons des Infanterie-Regiments Ceccopieri, welche in Mitte des Angriffs auf ihre, sich in der Festung tapfer vertheidigenden kroatischen Brüder schändlicher Weise feuerten (?), ergeben mußte. General Henzi fiel tödtlich verwundet in Feindes Hände. Görgey ließ ihn in sein Quartier bringen. Der Eindruck, den diese Nachricht hier erregte, ist unbeschreiblich. Nicht nur Laien der Kriegskunde; sondern selbst höher Gestellte begreifen das Zaudern des Generals Welden, um eine Diversion zu Gunsten des tapfern Henzi zu versuchen, nicht mehr. (A. Abdz.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

ad num. 5146.

Bekanntmachung.

Im Wege der Hilfsvollstreckung werden die der Köblerswittwe Elisabetha Strabel von Henchling zugehörigen Realitäten, nämlich:

Bes. Lit. A. Gütlein beim Zwieselа.

1) Pl.-No. 45 a. Das Wohnhaus 0 Tagw. 12 Dez. Taxe 650 fl.
2) Scheune, Taxe 400 fl.
3) Hofraum mit Einfahrt, Taxe 25 fl.

Garten.

4) Pl.-No. 45 b. Wurzgärtchen im Hofraum, 0 Tagw. 03 Dez., Taxe 15 fl.

Acker und Hopfengarten.

5) Pl.-No. 190 im Stöckig, 1 Tagw. 11 Dez., Taxe 170 fl.

Acker.

6) Pl.-No. 640 a in der obern Au, 1 Tagw. 22 Dez. Taxe 100 fl.

Wiesen.

7) Pl.-No. 640 b½ in der obern Au, 0 Tagw. 62 Dez., 120 fl.
8) Gemeinderecht zu einem ganzen Nutzantheil an den noch unvertheilten Gemeindebesitzungen, Taxe 50 fl.
9) Auswärtiges Forstrecht, Taxe 150 fl.

Besitz Lit. B.

Walzende Grundstücke.

10) Pl.-No. 173 a, die Röth mit Gewänder, 0 Tagw 99 Dez., Taxe 200 fl.

Zweimähdige Wiesen.

11) Pl.-No. 173 b an den 2 Gewändern in der Röth, 0 Tagw. 36 Dez., Taxe 100 fl.

am

Samstag den 9. Juni curr. Nachm. 2 Uhr

im Wollner'schen Wirthshause zu Henchling nach Maasgabe des Hypotheken-Gesetzes §. 64 und der Ges. Nov. vom 17. November 1837 § 95 sequ. öffentlich an den Meistbietenden versteigert, wozu man Kaufsliebhaber unter dem Beifügen einladet, daß die auf den Realitäten haftenden Lasten und Abgaben aus den Akten in der Registratur zu jeder Zeit eingesehen werden können, und daß die dem Gerichte unbekannten Personen und solche, gegen deren Zahlungsfähigkeit Zweifel obwalten, zur Versteigerung nicht zugelassen werden.

Lauf, den 17. Mai 1849.

Königliches Landgericht.

Dalhayf.

Eheliche Verbindung.

G. Friedrich Billmann, k. Pfarrer zu Wülzburg.

K. F. A. Leopoldine Billmann, geb Reuß.

Nürnberg, den 29. Mai 1849.

Trauer-Anzeige.

Nach einem schmerzhaften Krankenlager von 15 Wochen, verschied gestern Nachts um 6 Uhr der Druckereibesitzer und Hauptmann der hiesigen Veteranen

Herr Johann Winter

an den Folgen der Auszehrung in seinem 52. Jahre.

Um stilles Beileid bittend, benachrichtigen wie unsere werthen auswärtigen und hiesigen Verwandte und Freunde von dem uns betroffenen unersetzlichen Verlust, der uns des besten Vaters, des wahesten Freundes seiner Freunde beraubt, und empfehlen uns fernerm gütigen Wohlwollen auf das Angelegentlichste.

Nürnberg, den 29. Mai 1849.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die militärische Beerdigung findet Donnerstag den 31. Mai Nachmittags 2 Uhr auf den St. Rochus Kirchhof statt.

Danksagung.

Ich Unterzeichnete halte es für heilige Pflicht, dem städtischen Armen-Arzte und praktischen Arzte Herrn Dr. Barthelmeß dahier, für die an mir, bei meinem schon vorgerückten Alter mit der größten Geschicklichkeit und Umsicht glücklich vollzogene lebensgefährliche Operation, ebenso auch für seine während der späteren höchst mühsamen Behandlung auf die edelste Weise bewiesene Sorgfalt und Menschenfreundlichkeit, welcher ich und die Meinigen die Erhaltung meines Lebens zu danken haben, meine innigste Danksagung hiemit öffentlich darzubringen. Möge dieser mit allen Vorzügen und Tugenden eines Arztes so reichlich begabte edle Mann, sich noch viele Jahre des herrlichen Bewußtseyns erfreuen, zum Wohle der leidenden Mitmenschen ferner segensreich wirken zu können.

Gostenhof, den 24. Mai 1849.

Clara Brennhäußer, Bleistiftarbeiters-Ehefrau.

Bad-Anstalten.

Donnerstag den 31. d. M. ist mein Badhaus am Hallerthürlein, und auch das Flußbad für Damen zur gefälligen Benützung geöffnet.

Ich empfehle diese Anstalten, sowie das Wildbad zu zahlreichem Besuch.

Nürnberg, 30 Mai 1849.

Bramig, Badbesitzer.

Anzeige und Empfehlung.

Nach mehrfachen Versuchen ist es dem Unterzeichneten gelungen, ein Dintenpulver herzustellen, das eine Dinte gibt, welche die Stahlfedern nicht angreift, und durch ihre schnelle und einfache Bereitungsart, von allen bisherigen sich vortheilhaft auszeichnet, untenstehende Zeugnisse machen jede weitere Anpreisung überflüssig. Die Portion von diesem Pulver (nebst Gebrauchsanweisung) kostet auf 1 Maß 15 kr., ½ Maß 8 kr., bei Abnahme von 10 Maß und darüber gebe ich 20 pCt. Rabatt; übrigens mindert sich der Preis noch dadurch bedeutend, weil nach und nach noch ein Drittheil Wasser daran gegossen werden kann.

Der Verkauf im Kleinen wird in meinem Laden Nr. 35 am Krebsstock besorgt, größere Bestellungen wollen gefälligst in meiner Wohnung gemacht werden, Briefe und Gelder erbitte ich mir franco.

J. C. Kob.
S. Nr. 1259 lange Gasse in Nürnberg.

Atteste.

Obige Dinte greift die Stahlfedern nicht an und zeichnet sich durch ihre Schwärze, Dauerhaftigkeit und Unvertilgbarkeit auf das Vortheilhafteste aus. Ich schrieb mit einer Stahlfeder eine Woche lang täglich 7—8 Stunden, und die Feder litt nicht im geringsten. Allen, welche mit Stahlfedern schreiben, namentlich Lehrern ist daher der Gebrauch dieser Dinte sehr zu empfehlen.

Philipp Körber,
Lehrer in Nürnberg.

Mit vorstehender Erklärung über die Preiswürdigkeit dieser Dinte ist vollkommen einverstanden

Lochner,
k. Studienrektor.

Die vorstehend angeführten, sehr empfehlenswerthen Eigenschaften dieser Dinte, welche übrigens sowohl bei Stahlfedern als bei Gänsekielen gleich anwendbar ist, bezeugt aus eigener Erfahrung

Müller,
Magistrats-Sekretär.

Schusters Felsenkeller.

Donnerstag den 31. Mai

findet Produktion von der hier anwesenden Musik des Chevauxleger-Regiments von Bayreuth, unter Leitung des Stabstrompeters Herrn Johannes statt, wozu hiemit höflichst einladet

Anfang 4 Uhr.

Klemm.

Rosenau.

Die hier anwesende Musik des Chevauxlegers-Regiments Prinz Eduard von Sachsen Altenburg von Bayreuth, wird am Freitag den 1. Juni mit vollständiger Besetzung, unter der Leitung des Herrn Stabstrompeters Johannes eine große Produktion geben, wozu die verehrlichen Abonnenten hiemit höflichst eingeladen werden.

Da für die Musik keine Sammlung stattfindet, so wird gebeten, für selbe am Eingang zu honoriren.

G. Schwabe.

Liederkranz.

Freitag den 1. Juni Produktion im Kissalta-Zwinger. Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand

Anzeige.

Heute Nachmittag von 5 auf 6 Uhr findet das Rittern und die Preisvertheilung von dem bei mir stattgefundenen Preiskegelschieben statt, das ich mit der Bemerkung allen werthen Betheiligten zur Kunde bringe, daß der Betheiligtnichterscheinende sich es gefallen lassen muß, wenn ein anderer aus der Gesellschaft Erwählter für ihn rittert.

Seine allgemeine achtungsvolle Einladung macht

W. Bitteller
auf dem Tafelhof.

Badehosen

empfiehlt

J. G. Meyer,
Plobenhof 823.

(Anzeige.) Geehrten Damen Nürnbergs und der Umgegend bringe ich zur schuldigen Anzeige, daß am 1. Juni ein neuer Lehr-Cursus in dem schon so sehr bekannten Kleidermachen beginnt.

Babette Rang,
S. Nro 288 am Geiersberg.

Versteigerung.

Im Hause Nro. 12 bei Weilhof findet

Montag den 4. Juni von Morgens 9 Uhr an

der Verkauf von Zinn, Kupfer, Porzellain, Gläsern, Weißzeuch, einem Bett, 2 Garnituren, Sopha und Sessel und zwei Kommoden von Nußbaumholz, alles modern und neu, dann mehreren Behältern, Kommoden, Speiß- und andern Schränken, Tischen, einer Wäschmang und anderen Hausgeräthschaften, nebst Weinfässern, einem $^{6}/_{4}$, $^{2}/_{4}$, $^{1}/_{4}$ und $^{1}/_{8}$ bayerischen Metzen, gegen Baarzahlung statt, und werden Kaufsliebhaber eingeladen.

(Einladung) Im Schwedenkrug ist guter Bock angekommen, wozu eingeladen wird von

mehreren Bierkennern.

(Verloren.) Am zweiten Feiertag Früh ist vom Schmausenbuck auf den Dutzendteich über den Glockenhof herein bis in die Peuntgasse ein Rosaband mit einer goldnen Broche, welche mit Granatsteinen besetzt ist, verloren worden. Der redliche Finder wird ersucht, es gegen ein Trankgeld in L. Nr. 833 der Peuntgasse abzugeben.

(Verloren) Am 2 Pfingstfeiertag verlor ein Arbeiter in den Anlagen des Dutzendteichs einen Beutel, woran ein Schlüssel geknüpft und ein Werth von 22 fl. darin enthalten war. Da der Besitzer desselben auf Reisen begriffen, wird der redliche Finder dringend gebeten, ihn baldmöglichst gegen 5 fl. Belohnung in der Exped. d. Bl. abzugeben.

Für Rheumatismus und Gichtkranke.

Die rühmlich bekannten im Med. Correspondenzblatt als unschätzbar empfohlenen Rheumatismus-Ableiter des Erfinders Dr. Bureaud Riofrei à 18 kr. pr. Stück, sind fortwährend durch den Agenten Carl Graf in Augsburg zu beziehen; auch können Aufträge mit Betrag franco nebst 3 kr. Einschreibgebühr unter der Adresse des Herrn J. Engelhard jun. in Nürnberg an ihn gerichtet werden, worauf unverzüglich die Bedienung erfolgen wird. Da alle 24 Stunden damit abgewechselt wird, so sind 2 Stücke nothwendig. Solche leisten an das Wunderbare gränzende schnelle Hilfe bei: Rheumatismen-, Gicht-, Gesichts-, Kopf-, Ohren-, Hals-, Zahn-, Brust-, Lenden-Schmerzen und Entzündungen, Gliederreißen, Krämpfen, Schlaflosigkeit, Rothlauf ꝛc. Eines der vielen Zeugnisse lautet: Nachdem ich seit vielen Jahren gegen ein hartnäckiges Gichtleiden alle ordentlichen Mittel vergeblich angewendet hatte, so sehe ich mich endlich durch den fortgesetzten Gebrauch der Rheumatismus-Ableiter des Herrn Dr. Riofrei hievon so vollkommen befreit, daß auch nicht der mindeste Schmerz noch Steifheit zurückgeblieben ist. Die wunderbare Wirkung dieser Ableiter bewährte sich außerdem bei zwei meiner Bekannten in der Art, daß der eine von heftigen Kopfschmerzen, der andere aber von einem gefährlichen Nagengeschwür gänzlich geheilt wurden. Bern, 3. Oktober 1846. Jacob Faesi, Kantonerath. Die Aechtheit dieser Unterschrift bestätigt: für die Gemeindekanzlei: Gitlauer. Den Gebrauchsanweisungen ist die mit eigenthümlicher nirgends existirender Schrift gedruckte Bemerkung beigefügt: „Zum Schutze gegen Nachdruck,“ welche genau ins Auge gefaßt werden wolle, damit anderwärts um mehrfach theuerere Preise ausgebotene Exemplare, deren Gebrauchsanweisungen ohne dieses Merkmal beigegeben wären, sogleich als betrügerisch verfälscht erkannt werden können.

(Gesuch) In einem Laden, welcher sich an einer sehr lebhaften Straße befindet, wird Jemand gesucht, welcher für sich selbst Gegenstände zu verkaufen hat, und ihm an diesem Laden miethfreier Antheil zugesichert wird, unter der Bedingniß, den Waarenverkauf des Besitzers zu übernehmen. Näheres in der Exped. d. Bl.

(Gesuch) Eine Köchin, welche sich auch jeder sonstigen Hausarbeit willig unterzieht, wünscht sogleich bei einer soliden Herrschaft in Dienste zu treten. Näheres S. Nro. 13 der Waaggasse.

(Zu verkaufen.) Ein Bauplatz, zur Anlegung eines Wasserwerkes, circa 4 Stunden von Nürnberg entfernt, ist billig zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Blattes.

Stadttheater in Nürnberg.

Donnerstag den 31. Mai. Abonnement suspendu. Letzte Opernvorstellung. »Martha oder: Der Markt zu Richmond.« Große Oper in fünf Akten von W. Friedrich. Musik von Friedrich v. Flotow. Fräul. Agathe Reuß als Gast. Hr. Bielczizky, letzte Gastrolle. Die Königin mit Gefolge erscheint zu Pferde.

(Berichtigung.) In der Trauer-Anzeige bei Herr Frühwald in unserer gestrigen Zeitung, ist am Schluß „die sämmtlichen Hinterbliebenen“ weggelassen, was wir hiemit berichtigen.

Die Exped.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 1. Juni 1849. **№ 152.** **Freitag: Nicomedes.**

Einem verehrlichen Gesammtpublikum zeigen wir hiemit an, daß in Zukunft alle bayerischen Postanstalten angewiesen sind, monatliche Abonnements auf die Mittelfränkische Zeitung anzunehmen, wodurch dem Publikum der besondere Vortheil erwächst, durch geringere Ratenzahlungen in den Besitz der Zeitg. zu kommen. Für den Monat wird mit 35 kr. rh. abonnirt, für welchen Preis die Zeitung gerade so geliefert werden muß, wie bei viertel- und halbjährigen Abonnements.

Expedition der Mittelfränkischen Zeitung.

G **Die deutsche Reichsverfassung und das deutsche Volk.**

Die deutsche Reichsverfassung taugt nichts; sie ist ohne Nachtheil der einzelnen deutschen Staaten nicht ausführbar. — So wird jetzt von vielen Seiten behauptet, und damit ausgesprochen, daß Deutschland nie ein einiges Land werden könne. Denn wenn gegenwärtig der Süden Deutschlands eine andere Verfassung braucht, als der Norden, und der Westen abermals eine andere als der Osten: so ist nicht abzusehen, wann einmal eine Zeit kommen solle, wo dies anders wäre. Inzwischen hatte Deutschland doch schon eine Zeit, wo es ein Land war, nämlich jene Zeit, in welcher das deutsche Reich als das mächtigste in Europa geachtet und gefürchtet wurde, in welcher es den blühendsten Handel, die geschicktesten Handwerker, überhaupt die gebildetsten Bewohner hatte. Und was denn schon einmal war, wird nunmehr auch wieder seyn können, wenn auch in veränderter Gestalt. Hätte aber Deutschland unter allen Ländern der Erde allein das Unglück, nie mehr ein Land werden zu können; und wäre das deutsche Volk unter allen Völkern der Erde allein so elend, ewig ein getheiltes Volk bleiben zu müssen: so bringt ihm die Zukunft ganz gewiß entweder das Loos der Schwarzen von Afrika, der Sclave von Europa's Völkern zu seyn; oder das Schicksal der Hindu in Ostindien, irgend einem mächtigen Eroberer als Knecht zu dienen.

Wem taugt denn aber die deutsche Reichsverfassung nichts? — Es sind ihrer Viele. Sie taugt dem Reichen nichts, weil sie dem Armen gleiche Rechte zuspricht, und weil er nach Vermögen die meisten Lasten des Staates tragen soll. Sie taugt dem Adel nichts, weil dieser als Stand mit seinen Vorrechten aufhören soll, und weil er fürchtet, wie ein gemeiner Bürger zu werden. Sie taugt den Verwaltern seiner Güter nichts, weil sie für den Augenblick ihr Brod verlieren, und nicht sehen, auf welche Weise sie sich künftig ernähren können. Sie taugt den Pfarrern nichts, weil entweder ihre Einnahmen oder ihre Unabhängigkeit geschmälert wird, und weil sie ihre Allgewalt über die Gemüther der Menschen verlieren. Sie taugt dem Soldaten nichts, welcher Soldat bleiben will, weil er nimmer außerhalb der Bürgerschaft des Staats stehen, sondern auch als ein Theil derselben gelten soll. Sie taugt den Fürsten nichts, weil diese ihre Gewalt von der Herrlichkeit des Volkes übertragen erhalten, und nicht mehr von Gottes Gnaden. Sie taugt endlich noch vielen Andern nichts, welche mit allen diesen in leiblicher oder in geistiger Verwandtschaft stehen.

Wem taugt nun aber die deutsche Reichsverfassung? — Erstlich den Taglöhnern und den Fabrikarbeitern. Sie sind gewöhnlich arm, und man könnte sie daher kurz die Armen nennen. Sie sollen künftig ihrer Armuth wegen nicht weniger Rechte haben, als die Reichen, und mittels der Wahlen auf die Reichstage und zu den Gemeindebeamteten auch ein Wort mitreden dürfen für das Wohl des Staates. — Zweitens den Bauern und den Handwerkern. Auf ihnen liegt die größeste Last des Staats. Sie hoffen Erleichterung, welche auch kommen kann, schon dadurch, daß die Gemeindeverwaltung einfacher und selbstständiger wird. — Drittens den Schullehrern. Für diese steht in Aussicht, daß sie die Ausübung ihres Berufes auch in ihre Hände bekommen, wie jeder andere Stand den seinigen. — Viertens den Jünglingen. Der Jüngling ist mit seinen Gedanken noch nicht an den engen Kreis des Lebens gefesselt, und sein Herz ist für das allgemeine Menschenrecht noch nicht verknöchert. Er lebt noch im Zustande der Freiheit; diese ist ihm ein heiliges Gut, und darum will er sie überall geachtet und allgemein herrschend wissen.

Der Mensch ist nicht von Geburt an schlecht; er wird es oft nur mit den zunehmenden Jahren. Wenn Du, wer Du auch bist, verächtlich auf den Armen blicken kannst, darum, weil er arm ist: so bist Du ein schlechter Mensch, und solltest Du auch in der Gesellschaft so hoch gehoben seyn, als Du nur willst. Wenn Du, wer Du auch bist, den Bauern, den Handwerker nicht als völlig Deines Gleichen betrachten kannst: so bist Du ein schlechter Mensch, und solltest Du Dich aller Weisheit der Erde rühmen können. Wenn Du, wer Du auch bist, nicht in jedem Menschen, ohne Ausnahme eines einzigen, ein Geschöpf erkennst, eben so gut, wie Du: so bist Du ein schlechter Mensch, dem nur das Zufällige und Veränderliche Werth hat, und dem das Wesentliche und Bleibende werthlos ist.

Gehört das zur deutschen Reichsverfassung? Ja! Wir werden es sogleich sehen. Du sagst: Ich verachte den Armen nicht, weil er arm ist, sondern ich ehre ihn in seiner Rechtschaffenheit. Und doch willst Du ihm das Wahlrecht nehmen? Du schämst Dich, mit ihm zum Wahlgeschäft zu gehen, neben ihm beim Wahlgeschäft zu stehen, ihn zu wählen, oder dich von ihm wählen zu lassen? — Man stecke diesen armen Mann in ein reiches Kleid, gebe ihm ein schönes Haus und viel Geld dazu: schämst Du Dich seiner noch? Er ist noch derselbe Mann; aber indem Du ihn nun ehrst, ehrst Du bloß den Rock und nicht den Mann; oder, wie Franklin sagt, wenn der Mann einen Esel hat, der ihn wahlfähig macht, so ehrst Du den Esel, aber nicht den Menschen. Sage nicht: Er hat keine Bildung, und darum mag man ihn nicht. Falls Du Bildung hast, sag' ihm nur gute Gedanken, und er wird sie von Dir annehmen. Wenn Du ihm aber nichts zu sagen weißt, so hast auch Du keine Bildung.

Vorrechte also sind es, welche Du und Deines Gleichen wollen, um Euch mit diesen Vorrechten über Andere zu erheben; Vorrechte wollet Ihr, weil Ihr glaubt, bessere Menschen zu seyn, als Andere und gerade deßhalb seyd Ihr schlechter. Ihr nennt diese Andern wohl gar Gesindel und bedenkt nicht, daß, indem Ihr so sagt, in den Augen jedes Verständigen Ihr das Gesindel seyd. Welche Gefühle, welche Wünsche hättet denn Ihr, die der Andere nicht auch hätte? Was Euch Freude macht, macht auch ihm Freude; was Euch in Trauer versetzt, macht auch ihn traurig, und seine Thätigkeit ist vielleicht größer als die Eurige und mindestens eben so nützlich. Wo wäre denn also Euer Vorzug? — Ach, in den Kleidern, und immer wieder in den Kleidern!

Der Arme, der Unterdrückte fühlt sich als Mensch so gut, wie Ihr, und da er nun einsieht, daß Ihr kein Recht habt, ihn zu unterdrücken und Euch über ihn zu erheben, so verlangt er gleiche Rechte mit Euch. Was die Billigkeit ihm vorenthielt, soll das Gesetz ihm gewähren. Und ich sage Euch, er wird von nun an nimmer rasten und ruhen, bis ihm sein Recht geworden. Durch Euern Widerstand könnt Ihr es ihm noch auf einige Zeit verkümmern; aber seine Kräfte wachsen, während die Eurigen abnehmen; was Ihr als Väter in der Gegenwart versagt, das wird [illegible] suchen, und die Verwünschungen der Gegenwart sammeln sich als der Fluch der Zukunft auf Euer Grab.

Täuscht Euch nicht! Innerhalb 60 Jahren hat Frankreich fünfmal sich gute Gesetze gegeben, und fünfmal haben die Vorrechte wieder über die Rechte des Volkes gesiegt. Ist die Masse des Volkes nun geschwächt? — Nein! drohender als je sammelt es auf's Neue seine Kräfte, um jeden Widerstand zu zerschlagen, der ihm seine Rechte rauben will. Und das unterdrückte deutsche Volk steht mit einem Bewußtseyn und mit einer Kraft Euern Vorrechten gegenüber, wie früher niemals. Noch wankt die Entscheidung des Kampfes; der Sieg neigt sich hierhin und dorthin; sein Ausgang ist noch dunkel. Der Strom floß ruhig seines Laufes, wenn ihm kein Damm entgegengesetzt wurde. Je höher Ihr diesen Damm bauet, je verwüstender müssen endlich die Wogen des Stroms über die Ufer treten. Und wenn die Schreckenszeit auch erst Eure Kinder heimsucht, wenn die wilde Empörung nichts Heiliges mehr schonen, wenn das Blutgerüste der Gesetzlosigkeit würgen sollte: so wird die richtende Geschichte sprechen: Das haben die Väter verschuldet.

Täuscht Euch nicht, und gebt dem Menschen sein Recht! Mit gleichen Rechten werden die Menschen geboren, mit gleichen Rechten sollen sie leben. Die Natur kennt keinen Unterschied. Und Ihr wollt einen machen? — Droben unter den lichten Sternen, und drinnen in der warmen Brust stehet geschrieben: Lass' Dich nicht wegwerfen von Menschen, die Menschen sind wie Du; lass' Dir Deine Würde nicht rauben! Und der Christ hat diesen Mahnruf vernommen. Er regt seine gewaltigen Schwingen, und braust zürnend gegen die Sünder. —

Das deutsche Volk will endlich sein böses Schicksal versöhnen. Wohnend im Herzen Europa's, scheint es berufen, belebende Pulse zu leiten in die entfernteren Glieder, und den Gang des Lebens zu ordnen. Noch siecht es an Krämpfen; aber ein Volk stirbt nicht leicht. Man kann ihm weissagen, daß es genese. Wenn es auch noch durch eine Nacht voll Gift, und durch einen Tag voll Gräuel gehen muß; es wird sich doch seine Einheit und seine Freiheit erringen. Und dann ist es mächtig genug, die Freiheit zu schirmen im Erdthal, und den Frieden zu bringen den Völkern Europa's.

Geschrieben am Tage der Pfingsten, 1849.

Deutsche Staaten.

München, den 29. Mai. Der bekannte Zander, Redakteur des berüchtigten „Volksboten" benützte die Pfingstfeiertage, um in Oberbayern (Tölz und Holzkirchen) Volksversammlungen von blau-weißer Tendenz abzuhalten. Indeß wird von vielen Seiten versichert, daß auch bei unsern Gebirgsbewohnern die deutsche Sache große Fortschritte macht, namentlich seit die russisch österreichische Allianz ihren Argwohn rege gemacht hat. Liberale Organe der Presse, wie die „deutsche konstitutionelle Ztg." u. A., haben in neuester Zeit in diesen Gegenden zahlreiche Abonnenten erhalten. (A. Abdz.)

Donauwörth, 29. Mai. Am Sonntag Abend kam es in unserm nahen Lager abermals zu Streitigkeiten unter den Soldaten, welche zwar von keinem Subordinations-Vergehen begleitet waren, sich jedoch durch Verschiedenheit der beiderseitigen politischen Meinungen entsponnen haben sollen. Das sonst beim Marschirenlernen häufig

vorgekommene »Links« und „Rechts“ hat jetzt bei den Soldaten eine andere Interpretation erhalten und gibt meistens den Stoff zu den so häufig vorkommenden Reibungen theils unter dem Militär selbst, theils mit Civilisten, wozu noch kommt, daß manche der Rechts- und Linksmänner sich ihre eigene Idee über diese Benennungen selbst schaffen, welche oft die barockeste Abweichung zur Schau trägt. (A. Abdz.)

Augsburg, den 29. Mai. Die Pfingstfeiertage sind verflossen, ohne daß die harrende Gemeinde ihren Bürgermeister geschaut, den konsequenten Mann, den wahrhaften Volksvertreter, den Nachbeter Lerchenfelds, den willfährigen Ministerdiener, mit einem Worte — Ehren-Forndran! Die Sehnsucht nach ihm war groß und angeregt wurde die Abfassung eines Schreibens des aus den Notabilitäten der hiesigen Bevölkerung und dem Kern der Bürgerschaft bestehenden deutschen Vereins. Ehren-Forndran's Verdienste sollen gewürdigt und als Preis dafür ihm die Versicherung ausgesprochen werden, daß er nun als Bürgermeister so wenig mehr tauge, wie als Abgeordneter: aber: »Forndran ist ein Mißtrauensvotum nicht werth,« tönte dem Vorschlage entgegen und man sparte das Papier! (D. konst. Z.)

Aschaffenburg, 29. Mai. Bei der vom hiesigen Volksverein in Kleinwallstadt abgehaltenen Volksversammlung traten die drei Herren Abgeordneten der deutschen Reichsversammlung: Claussen, Hartmann und Simon von Trier, ferner Herr Dr. Röthig von Miltenberg und Hr. Iggelsheimer von hier als Redner auf, schilderten die gegenwärtigen Zustände in kräftigen Reden und forderten zum Festhalten an der deutschen Reichsverfassung auf. Zum Schlusse wurde von den 9 bis 10,000 Anwesenden der Eid auf die deutsche Reichsverfassung geschworen, wobei Herr Simon die Eidesformel vorsprach, welcher Akt eine große Begeisterung für die deutsche Sache bei sämmtlichen Anwesenden hervorbrachte. (Aschaff. Ztg.)

** **Frankfurt**, 28. Mai. Die Austrittserklärung der Abgeordneten Biedermann und Genossen soll durch nachstehendes Schreiben motivirt seyn: Wie Unterzeichnete fühlen uns in Folge des so eben gefaßten Beschlusses gedrungen, aus der Nationalversammlung auszuscheiden. Wir haben es für unsere Pflicht gehalten, in der Versammlung auszuharren, auch da noch, als durch den Austritt einer großen Zahl von Mitgliedern deren Gestalt eine gänzlich veränderte, deren fernere Wirksamkeit eine mehr als zweifelhafte geworden war. Wir glaubten, daß auch in dieser veränderten Gestalt die Nationalversammlung dem deutschen Volke erhalten werden müsse als der lebendige Mittelpunkt aller Bestrebungen für die Verwirklichung der von ihr geschaffenen Reichsverfassung, als das einzige Organ einer Gesammtvertretung für Deutschland — bis zur Herstellung einer solchen nach den eigenen Bestimmungen der Verfassung, bis zum Zusammentritt des ersten Reichstags. Dieser Zweck ist jedoch nach unserer Ueberzeugung unmöglich geworden von dem Augenblick an, wo die Versammlung selbst ihre Aufgabe: das Organ der Durchführung der beschlossenen Reichsverfassung zu seyn, thatsächlich verkannt und verleugnet hat. Das aber ist geschehen, indem die Mehrheit der Versammlung bei dem beschlossenen Aufrufe an das deutsche Volk die Aufnahme des Zusatzes von Welcker und Genossen verweigert hat, durch welchen das Volk zur Treue gegen die Reichsverfassung und zur Unterlassung aller Maßregeln, welche dieser widersprechen, ermahnt, durch welchen ferner jede Einmischung der Fremden in unsere innern Zwiste zurückgewiesen ward. Durch Ablehnung dieses Zusatzes hat die Mehrheit ausgesprochen, daß ihre Bestrebungen noch ein anderes Ziel haben, als die aufrichtige Durchführung der unveränderten Reichsverfassung in allen ihren Theilen, daß sie zur Erreichung dieses Zieles selbst die Hilfe des Auslandes nicht verschmähen würde. Wir wollen und können weder zu dem Einen noch zu dem Andern die Hand bieten, und da, so lange wir der Versammlung angehören, wir verpflichtet sind, die Aussprüche der Mehrheit als Aussprüche der Versammlung zu achten und uns ihnen zu unterwerfen, so bleibt uns als das einzige Mittel, um von Beschlüssen, welche wir dem Vaterlande verderblich und der Aufgabe dieser Versammlung widersprechend erachten und von deren moralischer Mitverantwortlichkeit uns loszusagen, nur der Austritt aus der Versammlung übrig, welchen wir hiermit dem h. Präsidium pflichtschuldigst anzeigen.

** **Frankfurt**, 29. Mai. [230. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Reh.] Abermalige Desertionen, Ausschußergänzungen. Das Reichsministerium theilt dem Hause 1) das Abberufungsschreiben der kgl. hannover'schen Regierung, 2) die Antwort des königlich hannover'schen Bevollmächtigten den Austritt Deymann's betreffend mit. Sie lautet dahin, daß in Bezugnahme auf erfolgte Abberufung der Abgeordneten aus dem Königreiche Hannover, die Regierung zum Ersatz Deymanns weder den Stellvertreter einberufen noch eine Neuwahl anordnen werde. Darauf betritt der Reichskriegsminister, Fürst Wittgenstein die Rednerbühne zur Verlesung folgender Antworten auf frühere Anrufungen. Auf die Aufforderung lauter! erwiedert er, sich unterbrechend, daß es um die Akustik eine eigne Sache sey. Die Linke namentlich scheine ihn nicht gut zu verstehen! »Die Sache selbst, meine Herren, ist mir nicht bekannt gewesen, weil sie vor meinem Amtsantritte, sogar vor meiner Anwesenheit in Frankfurt stattgehabt hat; ich habe deshalb Bericht von dem Militärkommando verlangt, welches mir anzeigt, die Untersuchung werde ohne Unterbrechung fortgeführt, habe aber noch zu keinem Resultat geführt. Was den zweiten Punkt betrifft, so kann ich Ihnen die beruhigende Versicherung geben, daß nichts versäumt ist, um die Wiederholung ähnlicher betrübender Vorfälle zu verhindern. — Die andere Interpellation ist wieder zurückgenommen.«

Ludwig Simon von Trier beantragt im Namen des Dreißigerausschusses eine Vertagung der Sitzung bis 5 Uhr Nachmittags, um dann den Bericht über die Verlegung der Versammlung nach Stuttgart in Berathung zu nehmen. Der Präsident ist der Meinung, daß jedenfalls vorher die Wahlen zur Ergänzung des Bureaus zu erledigen seyen. An die Stelle des ersten Vizepräsidenten berufen hierauf von 118 abgegebenen Stimmen 93 den zeitherigen zweiten Vizepräsidenten Eisenstuck. Indem dieser der Versammlung für den neuen Beweis von Vertrauen dankt, spricht er seinen Verzicht aus. Denn er wolle seinen alten Posten behaupten, damit dem Bureau frische Kräfte zugeführt werden möchten. Die wiederholte Wahl fällt hierauf mit 98 unter 110 Stimmen auf Löwe von Calbe als ersten Vizepräsidenten. Sein Dank, in welchem er es ausspricht, daß er nie vergessen werde, „wie nur in dieser Versammlung die Souveränetät des deutschen Volkes enthalten sey,« wird mit lebhaften Beifallsbezeigungen aufgenommen. Sodann erfolgen die Wahl dreier Schriftführer (Backhaus, Reinstein und Rösler von Oels) sowie die Ergänzungswahlen für den Prioritäts- und Petitionsausschuß. Das Ergebniß dieser letztern Wahlen wird in nächster Sitzung mitgetheilt werden. Auf das Verlangen v. Soirons wird jedoch eine Vertagung bis Nachmittag 5 Uhr noch nicht ausgesprochen, sondern zur Erledigung des letzten Gegenstandes heutiger Tagesordnung geschritten. Dem Antrage des Dreißigerausschusses — Berichterstatter Tafel — entgegen hat v. Reden im Namen des kleinen konservativen Restes der Versammlung nachstehenden Verbesserungsantrag gestellt, welcher die Vertagung wieder aufnimmt.

„Im Verfolg der, auf Antrag des Bureau, über die Vervollständigung der Reichsversammlung am 25. Mai gefaßten Beschlüsse; in Berücksichtigung der Thatsache, daß die jetzt anwesenden Mitglieder sowohl ihrer Zahl als Parteistellung nach, in einem großen Theile Deutschlands, das unentbehrliche hohe Ansehen und unbedingte Vertrauen, dessen die Reichsversammlung bedarf, nicht einflößen können; in Erwägung, daß die Oktroyirung einer Verfassung selbst für die Gebiete der widerstrebenden Regierungen fehlgeschlagen und hieraus eine neue Hoffnung für Durchführung unserer Reichsverfassung erwachsen ist, welche jedoch gänzlich erlöschen würde, wenn die Reichsversammlung in ihrem jetzigen Bestande mit Beschlüssen ferner vorschritte; beschließt die Reichsversammlung: 1) Die Versammlung vertagt sich bis dahin, daß die bei ihrer Eröffnung festgesetzte Zahl von 250 Mitgliedern wieder versammelt ist. 2) Am 15. Juli d. J. tritt die Versammlung jedenfalls wieder zusammen, wenn auch obige Zahl noch nicht erreicht ist, um erst mit Eröffnung des ersten ordentlichen Reichstags sich gänzlich aufzulösen. 3) Das Bureau der Reichsversammlung bleibt in Permanenz, um die Ausführung dieser Bestimmungen zu überwachen, namentlich auch mit der Befugniß, die Mitglieder in dringenden Fällen zu jeder Zeit wieder zusammen zu berufen.“

v. Reden aus Berlin ergreift zur Begründung dieses Antrags das Wort. Mit jeder Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsanzahl sinke die Versammlung in ihrem Ansehen bei der Nation. Die Vertagung dagegen sey das Mittel, sie zu erhalten und das Haus davor zu behüten, daß es in seinen Beschlüssen, durch die Ereignisse gedrängt, bei Weitem über das Ziel hinausgehe. Denn in diesem immer Weitergedrängtwerden liege die einzige, die wirkliche Gefahr. — Schoder von Stuttgart: Die Beschlüsse, die wir hier gefaßt, sind vollkommen legal und man kann nicht scharf genug der Begriffsverwirrung entgegentreten, die über die sogenannten „gesetzlichen Mittel“ herrscht. Wenn eine Regierung, weil keine andern mehr übrig sind, endlich gewaltsame Mittel anwendet, um einen ihr feindlichen Widerstand zu überwinden, ist das Mittel darum ungesetzlich? Wir befinden uns in dem Falle einer solchen Regierung und wir dürfen keine Stunde versäumen, unsere dessfallsigen Maßregeln zu berathen, denn die Gefahr ist nahe. — Buß von Freiburg ist für die Vertagung. Wenn die Versammlung von Frankfurt hinweggehe, so werde er ihr nicht folgen, denn sein Mandat weise ihn hierher. Allein die Versammlung habe zuerst der Oktroyirungsgefahr entgegenzutreten, zweitens der Gefahr der preuss. Hegemonie, der nach den gemachten Erfahrungen wohl Niemand mehr das Wort reden werde. Ja, es ist mehr, Preussen will sich die Herrschaft anmaßen, es bedrängt den Reichsverweser, daß er die Centralgewalt niederlege. Ich will Ihnen sagen, dreimal hat es ihn dazu veranlaßt und es hat ihm sogar das Verlangen gestellt, diese Versammlung mit Gewalt der Waffen aus einander zu sprengen. Er hat es entschieden abgewiesen. Erkennen Sie jetzt, wie unrecht Sie dem Erzherzog Johann mit Ihren Beschlüssen gethan. Drittens haben wir entgegenzutreten der Anarchie. Allein wohin kommt es, wenn unsere Beschlüsse nur zur Aufregung dienen, wenn Mitglieder dieses Hauses sich sogar selbst am Aufstande betheiligen, wenn sie Stellen in Baden annehmen, Civilkommissariate u. dgl. Wo ist z. B. der Vorstand des Dreißigerausschusses, — »v. Wydenbrugk,« ruft man von der Linken, »ist in Weimar« — Raveaux meine ich. Sie dürfen nicht dulden, daß Ihre Leute da und dort herumwirthschaften. Hierher gehören sie. Wie v. Reden erblickt auch der Sprecher in der Vertagung das Mittel der Erhaltung der Versammlung.

Als Berichterstatter nimmt Tafel von Stuttgart das Wort: In allen Theilen Deutschlands und auch in Preussen hege das Volk keinen dringenderen Wunsch, als daß die Reichsversammlung den Kampf für die Reichsverfassung mit aller Ausdauer durchfechte. Zum Beweis dessen trägt er u. A. Adressen aus Eisenach und Oldenburg vor.

Die Abstimmung entscheidet sich alsdann dem Erachten des Dreißiger-Ausschusses gemäß für Uebergang zur Tagesordnung über alle Vertagungsanträge.

Von den Hannoverschen Abgeordneten wird folgende Erklärung mitgetheilt:

„Die Unterzeichneten erklären in Uebereinstimmung mit den früheren Beschlüssen der Nationalversammlung, daß sie die Abberufung der Deputirten aus dem Königreiche Hannover für null und nichtig halten und sie bei der Vertretung des deutschen Volkes, wozu sie das Mandat von dem Volke, nicht aber von der Regierung erhalten, nur ihrem gewissenhaften Ermessen folgen und von diesem auch nur den Zeitpunkt ihres Austritts abhängig machen werden. Frankfurt a. M., 29. Mai 1849. Freudentheil. Nicol. Wedekind. v. d. Horst. Gravenhorst. Brackebusch.“ Freudentheil fügt derselben den Ausdruck seiner persönlichen Entrüstung hinzu, welche ihm die Maßregel der hannoverschen Regierung einflößt, wornach nur diejenigen Abgeordneten Reisegeld erhalten sollen, die der Einberufung alsbald gehorchen. Ausgetreten ist Heisterbergk aus Sachsen, für welchen sich aber bereits der Stellvertreter ankündigt. Die vom Dreißiger-Ausschuß beantragte Vertagung ist somit durch die vollständige Geschäftserledigung beseitigt und auch ein anderweiter Antrag eben dieses Ausschusses auf Ansetzung einer Nachmittagssitzung erhält nur 60 Stimmen gegen 61 für sich. Nächste Sitzung morgen.

Frankfurt, den 29. Mai. Wir erfahren, daß das vierte großhzgl. hess. Infanterieregiment, unter Anführung des Obersten von Weitershausen, heute früh die rheinpfälzisch-badischen Freischaaren nach ziemlich lebhaftem Kampfe aus Worms vertrieben. (Frkft. O.-P.-Z.)

Darmstadt, 28. Mai. Heute ist der Belagerungszustand in 7 zunächst ans Badische gränzenden Landgerichten (Gernsheim, Zwingenberg, Lorsch, Fürth, Hirschhorn, Beerfelden und Michelstadt) publicirt worden. Wer in diesen Bezirken mit Waffen betroffen wird, in der Absicht, sich den gesetzlichen Behörden zu widersetzen, an bewaffneten Volksversammlungen Theil nimmt, dazu auffordert, Sol-

daten zum Treubruche zu verleiten sucht, Anlagen unterminirt oder bestehende Anlagen zerstört oder beschädigt, um militärische Bewegungen zu hindern (also Barrikaden ꝛc. errichtet oder Eisenbahnen zerstört) wird mit dem Tode bestraft. Das Verfahren hierbei ist standrechtlich nach Vorschrift des Militärstrafgesetzbuchs. — Diese Verordnung gilt vorläufig auf 4 Wochen. Gestern wurden 5 in der Bergstraße verhaftete angebliche Emissäre, worunter der bekannte Jung aus Berlin, mit Geld reichlich versehen, hier eingebracht und unter Gendarmeriebegleitung nach Frankfurt weiter spedirt, dort aber von der Behörde in ihre Heimath sofort entlassen. — Auch soll den Abgeordneten Heldmann gestern in Bensheim nur seine reichstägliche Unverletzlichkeit vor Verhaftung geschützt haben. Heute wurde Buchhändler Leske, Verleger der »Neuen deutschen Zeitung« und des »Neuen Rheinischen Volksblattes«, sowie Drucker zahlloser demokratischer Aufrufe und Plakate, unter Bedeckung hier eingebracht und ins Arresthaus gesetzt. Ohly und Andere sollen entflohen seyn. — Worms ist seit einigen Tagen von den pfälzischen Freischaaren besetzt. Uebrigens herrscht hier vollkommene Ruhe und die Spaziergänger ergehen sich an dem schönen Pfingstfeste wie im tiefen Frieden. (Frkft. J.)

Darmstadt, 28. Mai. Heute Nachmittag sah man wieder ganz plötzlich Truppenbewegungen eintreten. Starke Abtheilungen Infanterie, Reiterei und Artillerie mit einem Brückenzuge gingen theils auf der Eisenbahn, theils auf der Heerstraße in südwestlicher Richtung ab. Man hält sie für gegen Worms bestimmt. — Die Haft des Hrn. Leske hat nicht lange gedauert. Er wurde den Nachmittag schon wieder in Freiheit gesetzt, ob gegen Kaution wissen wir nicht. (Frkft. J.)

Gießen, den 28. Mai. Auf Mittwoch den 30. Mai sind hier 24000 Mann Preussen, Kavallerie, Infanterie und Artillerie angesagt. Gießen ist ein Etappen-Ort für preussische Truppenmärsche nach dem zwischen Preussen und dem Großherzogthum noch bestehenden Vertrage. Die Truppen bleiben nur eine Nacht hier (und auf den umliegenden Dörfern) und gehen dann in die Gegend von Wetzlar, wo sich nach Koblenz zu ein sehr starkes Armeekorps, man spricht von 66,000 Mann, zusammenzieht. (Frkft. J.)

Gießen, den 28. Mai. Auf den 31. Mai ist der Durchmarsch eines preussischen Truppenkorps, bestehend aus einem Kürassierregimente, einem Regimente Landwehr und einer Batterie angesagt. Diese Truppen sind, wie man sagt, nach Wetzlar bestimmt, und es ist dem Dirigenten der Regierungskommission aufgegeben worden, die Einwohner zu belehren, daß dieser Durchmarsch auf Grund eines Staatsvertrages beruhe, weil man wohl von einer Partei Widersetzlichkeit befürchten mußte. (D. Z.)

Wiesbaden, 26. Mai. Der von dem Abgeordneten Braun am 24. d. M. in der nassauischen Abgeordnetenversammlung gestellte und mit großer Majorität angenommene Antrag lautet: „Die nassauische Abgeordnetenversammlung fordert das herzogliche Staatsministerium auf: 1) bei eintretenden Konflikten zwischen der dermaligen Centralgewalt einerseits und der konstituirenden Nationalversammlung und der Reichsverfassung andererseits, den reichsverfassungsmäßigen Beschlüssen der Nationalversammlung Folge zu geben und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für ein einmüthiges Zusammentreten mit den übrigen verfassungstreuen Regierungen Deutschlands zu diesem Zwecke und zu dem der Durchführung der Reichsverfassung überhaupt thätig zu seyn; 2) demgemäß unter den dermaligen Umständen dahin zu wirken, daß nassauische Truppen in Baden und in Rheinbayern ohne Gutheißung der konstituirenden Nationalversammlung zur Unterdrückung der Bewegungen für die Reichsverfassung nicht verwendet werden.
(Frkf. J.)

†*† **Berlin**, den 28. Mai. Vor dem Palais des Prinzen von Preussen ereignete sich gestern Vormittag ein Vorfall, der in der Stadt viel von sich reden macht. Der Wagen des Prinzen hielt vor dem Palais und eine Gruppe von etwa 50 Neugierigen umgab denselben. Der Prinz trat aus dem Palais und grüßte, wie es Prinzen und Prinzessinnen hier stets zu thun pflegen, in militärischer Form. Obgleich der Gruß nicht erwidert wurde, so wiederholte der Prinz denselben dennoch, als er in den Wagen gestiegen war und dieser abfuhr. Auch diesmal erfolgte kein Gegengruß. Plötzlich hält der Wagen, und der Prinz winkt einem Mann aus der Menge, die den Wagen umstanden hatte, zu sich heran. Dieser, dem Ansehen nach ein Handwerker, näherte sich, die Cigarre im Munde und nur den Hut ein wenig lüftend, dem Wagen. Mit sichtlich unterdrückter Heftigkeit redete ihn der Prinz an: „Ich habe zweimal gegrüßt, können Sie nicht danken? Daß mir so Etwas nicht wieder vorkommt!“ Der so Angeredete entgegnete: er halte es damit nach seinem Belieben, Niemand könne ihn zum Gegengruß zwingen. Der Wagen fuhr hierauf weiter. — Ein Fall der Art ereignet sich nur selten, wenigstens in Berlin. Selbst in den Zeiten der größten politischen Aufregung während des verflossenen Sommers wurde das höfliche Entgegenkommen, an das man hier von Seiten der Mitglieder der königlichen Familie hauptsächlich durch den Einfluß, welchen König Friedrich Wilhelm III. auf seine nächste Umgebung übte, gewöhnt ist, von der Bevölkerung stets freundlich aufgenommen.

Gutunterrichtete versichern, daß der Justizminister die Verhaftungen der letzten Tage mißbillige. Die Berichtigung der Nachricht, daß derselbe den Befehl zu jener gegeben habe, soll einen umfassenderen Zweck gehabt haben, als den der blaßen Berichtigung einer irrigen Zeitungsnachricht.

Vorgestern Abend zwischen 8 und 9 Uhr war vor dem Hause des Oberlandesgerichts-Raths Pfeiffer, eines der jüngst Verhafteten, ein bedeutender Tumult. Ein Soldat vom 14. Regiment, wahrscheinlich in unzurechnungsfähigem Zustande, hieb mit blankem Säbel auf Groß und Klein ein, und widersetzte sich auch den Konstablern, die ihn festnehmen wollten. Er schlug sich bis zum Akademiegebäude durch, wo ihn die militärische Besatzung des Gebäudes aufnahm. Die sehr angewachsene Menge wurde durch das Verriegeln der Thüren am Eindringen verhindert und endlich durch die herbeieilende Wache zerstreut.

Schleswig, den 26. Mai. Am 23. d. brach General Prittwitz von Horsens auf, ließ die Preussen rechts, die Bayern links, die Hessen im Centrum gegen Skanderborg vorgehen, um das dänische Korps unter General Rye zu cerniren, — fand aber das dänische Lager bereits völlig verlassen, und hörte, daß das feindliche Korps, Aarhuus rechts liegen lassend, sich direkt auf Randers zurückgezogen habe. Die preussischen Vorposten blieben darauf auf dem Wege zwischen Horsens und Aarhuus stehen. Das Hauptquartier ist für den Augenblick in Horsens verblieben.

Das Bombardement von Fridericia dauerte gestern Morgens fort. Vorgestern war Hauptmann Delius noch am Leben, aber ohne Hoffnung, daß er wieder aufkommen werde; die dänische Spitzkugel, die auf eine Entfernung von 700 Schritt geschossen seyn soll, sitzt noch in seinem Vorderkopfe. (Wes. Z.)

Kiel, 25. Mai. Unter den vielfach einander durchkreuzenden Friedensgerüchten ist auch folgende der „N. fr. Pr.“ aus Schleswig zugegangene Mittheilung: Wir erfahren aus zuverlässiger Quelle aus London, daß in dortigen einflußreichen Kreisen und bei den Parlamentsmitgliedern nach den Siegen bei Eckernförde und Kolding die Stimmung gänzlich zu Gunsten der schleswig-holst. Sache umgewandelt ist. Einen Friedensabschluß stellt man dort in nahe Aussicht und spricht von Unzertrennlichkeit der Herzogthümer, Anerkennung der schleswig-holst. Flagge Seitens Dänemarks und Bewilligung freier Ein- und Ausladet unserer Schiffe in dänischen Häfen als Grundbedingungen des Vertrags. Es ist klar, daß die erste Hauptbedingung so allgemein, wie sie hier gestellt ist, gar keine Bedeutung für uns haben kann, da die Unzertrennlichkeit des Landes erst dadurch Werth für uns erhalten kann, daß wir wissen, es werde das Land zugleich in engster Verbindung mit Deutschland stehen und außer politischer Verbindung mit Dänemark gesetzt werden. So viel scheint aber doch gewiß zu seyn, daß Lord Palmerston die dänischen Vorschläge zu einem langwierigen Waffenstillstand, dessen Grundlage eine Theilung des Herzogthums Schleswig ist, nicht unterstützen wird. (B.-H.)

Stuttgart, 28. Mai. Die 4. Kompagnie des 7. Regiments veröffentlicht Nachstehendes: „Die Unterzeichneten erklären hiermit, daß sie, eingedenk der Pflichten gegen das gesammte deutsche Vaterland, unter keinen Umständen sich gebrauchen lassen werden, die Freiheit des deutschen Volkes zu unterdrücken, und sind entschlossen, gegen Jeden, er mag heißen wie er will, die Freiheit mit Blut und Leben zu vertheidigen, die Beschlüsse der Nationalversammlung aufrecht zu erhalten, und wünschen sehnlichst, auf die Reichsverfassung alsbald beeidigt zu werden. (Frkft. J.)

Stuttgart, den 29. Mai. Die am Pfingstmontag 1849 zu Reutlingen zusammengetretene, aus allen Theilen des Landes durch Abgeordnete von Gemeindekollegien, Volksvereinen, Bürgerwehren und Soldaten beschickte Volksversammlung tritt den Beschlüssen, welche die Generalversammlung der Vereine des Landes am Pfingstsonntag in Reutlingen gefaßt hat, bei, und erklärt ferner: Der gegenwärtige Zustand des Landes wird täglich unerträglicher. Auf dem bisher von Regierung und Ständen eingeschlagenen Weg ist aber auch keine Rettung zu hoffen. Bald Jahr und Tag sitzt die Kammer; Tag für Tag steigt die Noth des Volkes, und noch haben wir nichts von Erleichterung verspürt. Wir verlangen daher: Unverzügliche Einberufung einer verfassunggebenden Landesversammlung. Jeder Bürger, sey er reich oder arm, soll wählen dürfen. (Kein Census!) Von dieser Versammlung verlangen wir: Endliche schleunige Erfüllung der Zusagen, mit denen wir seit Jahr und Tag abgespeist worden und doch hungrig geblieben sind. Namentlich unentgeldliche Abschaffung der Feudallasten und Ersatz des Ausfalls in den Staatseinnahmen durch eine reine, verhältnißmäßig ansteigende Einkommensteuer. Umfassende Verminderung der Staatsausgaben durch Vereinfachung des Staatshaushalts. Aufhebung der Apanagen. Abschaffung der Pensionen. An die Stelle des Beamtenheeres in der Verwaltung endlich vom Volke gewählte Bezirks- und Kreis-Ausschüsse und unbedingte Selbstständigkeit der Gemeindeverwaltung. An der Stelle des stehenden Heeres alsbaldige Volksbewaffnung und Volksheer, namentlich Wahl der Offiziere bis zum Hauptmann durch die Soldaten und Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit. (Schw. M.)

Es hat sich im Publikum die Sage verbreitet, daß Seine Majestät der König Willens sey, das Land zu verlassen und an der Spitze preussischer Truppen später wieder in dasselbe zurückzukehren, ein Gerücht, welches, wie so manches in böswilliger Absicht verbreitete vielfach Glauben gefunden haben soll. Wir sind ermächtigt, zu erklären, daß der König, Höchstwelcher während zweiunddreißig Jahren unermüdlich seine Pflichten gegen sein Volk erfüllt zu haben die Ueberzeugung hat, gerade in den jetzigen gefahrdrohenden Zeiten einen entscheidenden Grund weiter findet, um in der Mitte seiner treuen Württemberger auf dem ihm von der Vorsehung anvertrauten Posten fest auszuharren, und bis zum letzten Athemzuge zum Wohl seines Volkes thätig zu seyn. (Schw. M.)

Französische Republik.

† **Paris**, 27. Mai. Heute ist der Tag, an dem der so lange debattirte Staatsstreich von Changarnier und Bonaparte verübt werden sollte. Bis Postschluß zeigt sich indeß auch nicht die geringste Spur von Gährung in Paris und Umgegend. Den Montagnards ist bis zu diesem Augenblick kein Häärchen gekrümmt worden. Also auch dieses Komplott scheint in das Wasser zu fallen. Aufgeschoben?

Eben (Mittags) versammelt sich die neue Kammer im alten Deputirtensaale, um ihr provisorisches Bureau zu bilden.

Man hoffte gestern früh allgemein, die noch transportirten Juniopfer (etwa 2000) amnestirt zu sehen. Allein der diesfällige Antrag Flocon's fiel mit 286 gegen 291 Stimmen durch: die Amnestie hing also an einem Haare. Thorés „Vraie Republik“ sagt, man müsse nicht mehr um Begnadigung diskutiren, sondern die Befreiung vorbereiten.

Im Moniteur und sämmtlichen Journalen finden Sie die Marrast'sche Graberede. Wir geben hier nur die beiden Stellen, die auf die Junischlacht und die russische Invasion Bezug haben: „.....Wenn Sie einerseits Ihr Gefühl dazu trieb, die Ihnen von der Februarrevolution anempfohlenen Interessen eifersüchtig zu wahren, vernachlässigten Sie anderer Seits keine Gelegenheit, Ihren festen Entschluß zu zeigen, Frankreich gegen alle inneren Ruhestörungen zu schützen. Man hat mit den edlen Worten: Ordnung und Freiheit so großen Mißbrauch getrieben, daß ich fast fürchte, mich ihrer in Folge der Hypokrasien, die sie prostituirten, zu bedienen. Ihre Geschichte genügt übrigens, um von der Aufopferung Zeugniß abzulegen, mit der Sie diese Grundsätze vertheidigten, ohne welche die ganze Gesellschaft nur ein Schutthaufen (un agrégation de ruines) wäre (!!) Ich will mich, vorzüglich in diesem Augenblick, bei dem Andenken an den Bürgerkrieg, nur deshalb aufhalten, um den Mahnen Derer unserer Kollegen noch eine Huldigung zu bringen, deren Asche diese große Hekatombe unserer (Juni) Zerwürfnisse häuft. O, möge das in Strömen vergossene Blut

wenigstens noch auf lange Zeit als Lösegeld des inneren Friedens dienen!

Mögen die Parteien, die sich einander bekämpfen, endlich vor diesem schrecklichen Denkmale einhalten! Es gibt nach Außen andere Feinde zu bekämpfen. Wenn aber die Republik ihren Zorn und ihren Haße haben muß, so richte sie, zum Besten ihres Ruhmes und ihrer Größe, selbige gegen jene erschütterten Mächte, deren Horden uns noch zu bedrohen scheinen. (Allgemeiner Beifall.) Es ist in Europa kein Platz mehr für zwei Regierungsformen, die sich feindlich gegenüberstehen. Wenn die Stunde des Zusammenstoßes geschlagen, möge Frankreich die Herausforderung aufzuheben wissen, die man ihm zugeschickt und der Welt noch einmal zeigen, daß der Friede sein Herz nicht schwächte, oder sein Schwert abstumpfte. Ihre ersten und letzten Abstimmungen beweisen, daß Sie der äußeren Politik unseres Landes diese Richtung anzeigen wollten. Die Republik, in ihrer Wiege, wollte nur den Frieden. Aber dieser Frieden hatte das Recht der Völker zur Bedingung, er bewahrte vor Allem ihre Nationalitäten.

Dank einer festen und ruhigen Haltung, haben sich die Nationen erkannt und auf allen Punkten der Oberfläche (Europa's) weckte der Hauch des neuen Geistes die Freiheit und blies hinweg, was noch von jenen 1815er Verträgen, längst schon in Stücke zerrissen, übrig geblieben war. Alles hat sich geregt, Alles bewegt sich und Alles zittert jetzt in Europa. Während Italien und Deutschland durch edle Anstrengungen ihre Unabhängigkeit wieder zu erobern suchen, geht aus der bisher fast unbekannten Tiefe unseres Ostens ein tapferes Geschlecht hervor, das mit dem Stolz der alten Nationen und mit der Hitze der neuen Nationen vorwärts schreitet, in kurzer Zeit ein Heer von 150,000 Mann organisirt und mit Stolz unter den nationalen Familien seinen Platz einnimmt, indem es sein Recht auf seine Siegesbülletins schreibt. (Starker Beifall.) Bürgervertreter, dies ist der Zustand allgemeiner Perturbation, in welchem wir die Welt lassen. Nach Aussen Prinzipien, die sich nicht mehr blos bedrohen, sondern bereits bekämpfen. Nach Innen — zwei feindliche Parteien, die sich gegenseitig verläumden, wie am Vorabend großer Kämpfe.....“

Italienische Staaten.

Neapel, 22. Mai. Vor Palermo hatten Anfangs des Monats noch etwelche Scharmützel statt, in denen aber die E... gends Stand hielten. Am 15. d. sind die königlichen Truppen dort eingezogen. Man erwartet hier durch Dekret die Abschaffung der dreifarbigen Fahne, weil einstweilen von der Liga Italiana, die diese Farben (grün, roth und weiß) repräsentiren, keine Rede seyn könne. Vom Takt der Behörden zeugt der Umstand, daß, während der Platzkommandant General Stockalper in den Straßen der Stadt die weiße Fahne den Leuten, welche Demonstrationen machen wollen, mit eigenen Händen entreißt, und die Träger verhaften läßt, dieselbe seit etwa vier Tagen schon auf sämmtlichen königlichen Schiffen weht. Man erzählt sich hier auf sehr verschiedene Weise einen tollkühnen Handstreich des als todt oder verloren geglaubten Garribaldi, der vor wenigen Tagen in Velletri, dem neapolitanischen Hauptquartier, ausgeführt worden. Derselbe habe nämlich diesen Ort zur Nachtzeit überfallen, in nicht geringeren Absichten, als den König Ferdinand gefangen zu nehmen. Das Haus, wo der König schlief, wurde aber verfehlt, und statt seiner der spanische Prinz Sebastian, sein Schwager, weggeschleppt und zwar nicht ohne bedeutend mißhandelt worden zu seyn. Darauf hätten sich die Neapolitaner bei Terracina zurückgezogen. Auf den 30. d. (Namensfest der Königin) soll in Palermo die Armee in Galla auftreten, und hier wird auf diesen Tag die Freilassung der wegen Betheiligung am 15. Mai 1848 Gefangenen erwartet. — Nachschrift. So eben wird auf den Castellen der Stadt die weiße Fahne aufgepflanzt. (A. A. Z.)

Briefe und Zeitungsberichte aus Rom vom 22. Mai enthalten nichts Neues. Ein Angriff der Franzosen auf die Stadt war noch nicht erfolgt; Hr. Lesseps weilte noch in Rom, und gab sich für krank aus. Der Kampf bei Velletri scheint sehr blutig aber unentschieden gewesen zu seyn. — Es ist zweifelhaft, ob der Einzug der Oesterreicher in Florenz bis zum 23. Mai schon erfolgt war, jedenfalls stand er bevor und von Pisa her waren österreichische Truppen dahin unterwegs. — Das Florentiner Amtsblatt redet so österreichisch wie in den „besten Zeiten.“ Einigen Angaben zufolge saß Guerrazzi noch in Florenz gefangen. Dagegen läßt ihn die Turiner Opinione vom brittischen Consul in Livorno reclamirt (?) und auf einem englischen Fahrzeug eingeschifft seyn. — Die Turiner Zeitungen vom 26. sagen: „In dem Befinden des Königs sey einige Besserung eingetreten, nachdem man ihm zehnmal zur Ader gelassen.“ (A. A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n.

Mit einer Beilage.

Deutsche Staaten.

†* **München**, 30. Mai. (21. auf Vormittags 11 Uhr anberaumte Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung: 1) Verlesung des Protokolls der 20. öffentlichen Sitzung. 2) Bekanntgabe des Einlaufs. 3) Vortrag des Abgeordneten Kolb aus Speyer Namens des II. Ausschusses „die griechische Anlehensfrage betreffend." 4) Vortrag des Sekretärs des Petitions-Ausschusses über die geprüften Anträge der Abgeordneten. Berathung der Schlußfassung über die Zuläßigkeit der von dem Ausschusse zur Vorlage an die Kammer geeignet befundenen Anträge. Die Sitzung wird durch den II. Präsidenten Graf Hegnenberg um 11½ Uhr eröffnet. Am Ministertische anwesend: Kleinschrod, Aschenbrenner, Ringelmann und 6 Kommissäre, v. d. Pfordten trat während der Debatte ein. Von den Pfälzer Deputirten waren nur wenige und von den hervorragendsten nur Willich anwesend. Der Präsident verliest ein Schreiben, worin er den Austritt des Abg. Zottl und den Eintritt des Abg. Stengelmeier aus Niederbayern anzeigt. Die Beeidigung dieses Abg. wird vorgenommen.

Kleinschrod: Verliest die Gesetzesvorlagen über Preßunfug, worin besonders das unrechtmäßige Hausiren von Druckschriften, sowie das Anheften von Plakaten an Mauerecken ohne Namensunterschrift erwähnt wurde. Wer nämlich einen Anschlag ohne Namensunterschrift anheften läßt, verfällt in eine Strafe von 25—200 fl. Die Polizei ist außerdem berechtigt, den Anschlag sogleich abnehmen zu lassen. Der ganze Gesetzentwurf enthält 53 Artikel. Zweiter Entwurf gegen Mißbrauch der Presse. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit einer Druckschrift tritt ein, sobald sie öffentlich erscheint.

Verantwortlich ist: der Verfasser und Herausgeber; können diese nicht ermittelt werden, der Verleger und Drucker und Verbreiter; bei Zeitschriften der Redakteur. Die Strafbarkeit eines Preßvergehens oder Verbrechens erlischt nach 6 Monaten, wenn innerhalb dieser Zeit nicht die Anklage erhoben wird. Wer einer Aufforderung zu einem Vergehen oder Verbrechen begeht, wenn auch dasselbe ohne Erfolg bleibt, wird mit Gefängniß von 1—6 Monaten und Geldbuße von 200—2000 fl. bestraft. Wer in einer Schrift den König oder die Königin beleidigt, hat eine Geldstrafe von 200—4000 fl. und eine Gefängnißstrafe von 1—4 Jahren zu tragen. Es wurden noch sehr viele Artikel dieses Entwurfes verlesen, die so starke Bestrafungen ausdrücken, daß auf der Linken und auf den Gallerien öfters gelacht wurde. Bemerkenswerth ist, daß darin besonders der Verführung der Soldaten und der Arbeiter gedacht war, und daß gerade diese Punkte sehr kitzlich abgefaßt und mit sehr hoher Strafe belegt waren. Außerdem war auch der Beleidigung der Kammermitglieder und der ganzen Kammer selbst erwähnt. Der ganze Entwurf enthielt 51 Artikel und bei jeder Uebertretung war nebst der Arreststrafe noch eine bedeutende Geldbuße ausgesprochen. Diese Gesetze sollen jedoch nur transitorische Geltung erlangen können.

Nach diesem betrat Minister Aschenbrenner die Rednerbühne und verlas einen Gesetzentwurf bezüglich der Regulirung des Jagdwesens, wonach dem Ackerbau und der Bodenkultur, der Jagd gegenüber der möglichste Schutz und Gedeihen zugesichert werden soll. Der Jagdausübende hat nämlich bei jedem Betreten eines noch nicht abgeräumten Feldes nebst der ohnehin jagdpolizeilichen Strafe, auch noch den dem Feldeigenthümer zugefügten Schaden zu ersetzen. Jeder Jagdausübende muß mit einer sogenannten Jagdkarte versehen seyn, welche von der k. Regierung ausgestellt und nur gegen Erlegung von 10 fl. verabreicht werden soll. Die zu einem Jagdbezirk zuzulassenden Pächter dürfen die Zahl drei nicht übersteigen. Der Ertrag der Jagdkarten fließt zum Theil in die Staatskasse zum Theil in die Jagdbezirkskasse. Bei kleinen Bezirken werden mehrere Gemeinden in einen Bezirk zusammen vereinigt. Jeder der mit einer, auf einen andern Namen ausgestellten Karte jagt, wird ebenso bestraft, als hätte er ohne Karte gejagt. Der Entwurf enthält gegen 30 Artikel und hat zu keinem Zeichen des Mißfallens Anlaß gegeben.

Minister Forster verliest einen Gesetzentwurf über die gleichstaatsbürgerlichen Rechte der jüdischen Staatsangehörigen. (Die entfernt sitzenden Kammermitglieder gehen an die Rednerbühne vor, da Forsters Sprache eine ziemlich leise ist.) Der Hauptinhalt des Entwurfes ist: daß die Staatsregierung in Bezug der vielen eingelaufenen Beschwerden über den Zustand der Juden, diesen Zustande nicht mehr länger fortbestehen lassen könne. Den Israeliten soll Rechtsgleichheit, gleiche Ansäßigmachungs- und Verehelichungs-Rechte mit den übrigen Staatsbürgern werden. Tritt ab.

Ringelmann besteigt die Rednerbühne. (Unruhe im ganzen Hause.) Verliest einen Gesetzentwurf in Bezug auf die Heimaths- und Ansäßigmachung der Schullehrer. Glaubt im Voraus schon darauf rechnen zu dürfen, daß sein Gesetzentwurf den Beifall der Kammer erhalten wird, da er ein höchst nothwendiger ist. Als er in seiner Vorrede sagte: Es wurde bisher noch kein Schullehrer von irgend einem Orte entfernt, wenn es nicht moralische Umstände nöthig machten, entstand Zischen auf den Gallerien. Der Entwurf bestand nur aus drei Artikeln, und enthält in der Hauptsache: Daß ein Schullehrer, welcher künftighin 3 Jahre an einem Orte treu gedient hat, dort so wohl er, als seine Relikten Heimathsrechte erworben haben.

Präsident verliest eine Interpellation des Abgeordneten Lerchenfeld an das Staatsministerium, welche dahin geht, die verschiedenen unwahren Gerüchte, die in Bezug der Unterhandlungen zwischen Preussen und Bayern in öffentlichen Blättern verbreitet werden, und nur dazu geeignet seien, Unruhe zu erregen, zu widerlegen.

Der Präsident ersuchte hierauf den betreffenden Abg., seine Interpellation zu motiviren. Lerchenfeld steht auf. (Unruhe.) Er spricht so viel, daß allgemeine Zeichen der Langweile bemerkbar wurden. — Dabei hat er wenigstens zehnmal versichert: daß er und seine Partei es von Herzen aufrichtig meinen, und ein einiges Deutschland innigst wünschen. Er sagt, Oesterreich sey zwar von Deutschland nicht ausgeschlossen worden, man hat es aber zum Austritt genöthigt. (Unruhe.) Er verirrt sich auf Dinge, die zu der Interpellation gar nicht gehörten; er sagte z. B.: Man hat behauptet, daß das Wahlgesetz in der Reichsverfassung dasselbe sey, wie dasjenige, wonach die Reichsdeputirten gewählt worden sind. Nach ¾ stündiger Rede, die, wie gesagt, ganz von der Sache abwich, wird er vom Präsidenten unterbrochen und auf die Motivirung seiner Interpellation angewiesen. Lerchenfeld stellt an das Ministerium die Fragen: 1) Ob die Verhandlungen zwischen Bayern und dem preuß. Kabinet schon abgebrochen? 2) Wenn dieses nicht der Fall, zu welchem Resultat sie führen, und zu welchen Maßnahmen sie das Ministerium veranlassen werden? Aufklärung hierüber zu verlangen, scheine ihm Pflicht, da, wie schon erwähnt, die unwahren Zeitungsberichte nur Unruhen herbeiführen.

v. d. Pfordten besteigt die Rednerbühne: Die Verhandlungen in Berlin sind von Seite Bayerns noch niemals abgebrochen worden. — Der in Berlin entworfenen Verfassung sey die Reichsverfassung zu Grunde gelegt, und es ist dieselbe eigentlich nur eine Revision der Frankfurter Verfassung. Er glaubt, dieses sey das zweckmäßigste Mittel gewesen, zum Ziele zu gelangen. (Leises Zischen.) In einigen Tagen soll diese revidirte Verfassung den Kammern vorgelegt werden.

Binder. Ich werde mich kürzer fassen als der Herr Interpellant (Lerchenfeld.) Ich frage: 1) Was aus der Adresse geworden ist, die von der Majorität der Kammer beschlossen wurde? 2) Was mit dem eingereichten Mißtrauensvotum geworden sey, das die Majorität der Kammer gegen den Präsidenten ausgesprochen habe? Ich erwarte die Antwort vom Herrn Präsident.

Präsident: Verliest ein Schreiben des Oberhofceremonienmeisters, wonach dem Präsidenten Nachricht ertheilt wurde, daß die Adresse Sr. Majestät dem König übergeben worden sey. Was die zweite Frage anbelange, so habe er zur Zeit, als die Debatte stattfand, welche das Mißtrauensvotum veranlaßte, den Präsidentenstuhl nur interimistisch inne gehabt, was auch noch der Fall ist. Er sehe sich daher nicht bemüßigt, auf diese Frage eher eine Antwort zu geben, als bis die Bestätigung seiner Präsidentur von Seite Sr. Majestät des Königs eingelaufen sey. Uebrigens finde er sich veranlaßt, da man jetzt auf diesem Punkte der Debatte angekommen sey, die Sitzung für geschlossen zu erklären. (Murren und Gelächter.) Die Sitzung hat bis 1½ Uhr gedauert.

Die Ausschließungsfrage der Pfälzer Deputirten wurde nicht mit einer Sylbe erwähnt; es scheint, man will stillschweigend darüber weggehen. Ich höre jedoch, daß in der nächsten Sitzung von Seite der Linken dieser Frage wegen das Präsidium interpellirt werden soll. Die heutigen Gesetzesvorlagen haben jedes Bedenken wegen einer Auflösung oder Vertagung der Kammer beseitigt. Die sogenannten revidirten Frankfurter Verfassung — die in einigen Tagen der Kammer vorgelegt werden soll — sieht man mit der großten Neugierde entgegen. Schauel und Avenaran werden fast allerorts verhöhnt; letzterer ist während der Pfingstferien nicht nach Augsburg gegangen, sondern hat vorgezogen, hier zu bleiben und seine Familie hieher kommen zu lassen. Schlüßlich will ich Ihnen als Kuriosum noch bemerken, daß auf dem hiesigen Oberpostamte unter den unbestellbaren Briefen, einer mit folgender Adresse ausgesteckt ist: An Freiherrn von Abel, Concipient bei Herrn Dr. Haller in München! Hier muß ich nur noch bemerken, daß Dr. Hauer, der Redakteur der „N. M. Ztg." ist. —

Ich erlaube mir folgende Berichtigung der Verhandlung vom 24. Mai in der Beilage zu Nr. 145. Am Schluß der Kolumne rechts, die Rede des Abg. Krämer betreffend, muß es heißen: Man kann in Bezug auf die Pfalz das Wort Rebellion gar nicht geistig genug aussprechen (Anspielung auf Lerchenfeld). Man hat gesehen, daß diejenigen, u. s. w.

München, 29. Mai. Der 2te Hr. Präsident der Kammer der Abgeordneten Graf v. Hegnenberg-Dux wird bald eine solche Berühmtheit erlangen, daß bei allen Differenzen, die künftig bei irgend einer parlamentarischen Verhandlung zwischen Versammlungen und deren Präsidenten entstehen, sogleich der allgemeine Ruf erschallen wird: „Ist kein Dux da?" denn zu solch parlamentarischem Takte, wie Hr. Dux hat es noch kein Kammerpräsident der zivilisirten Welt gebracht und wird es auch keiner seiner Nachfolger jemals bringen. Der sich auf die „öffentliche Meinung" stützende Hr. Dux hat mit seiner unerhörten eigenmächtigen Handlungsweise, basirt auf „staatsrechtliche Nothwendigkeit" den Plan des Ringelmann-v. d. Pfordten'schen Ministeriums (in welchem Forster und Lesuire nicht mehr bleiben konnten, und in welchem selbst Aschenbrenner nur aus „staatsrechtlicher Nothwendigkeit" wegen des Zustandes der Finanzen vorläufig sich zu bleiben entschlossen hat) vollständig unterstützt, nämlich den Plan des Zuwartens um jeden Preis, selbst um den des Bürgerkriegs, wie v. d. Pfordten sagt. Man hatte kein anderes Mittel mehr, zu temporisiren und so mußte Hr. Dux einen „staatsrechtlichen" Gewaltstreich vollführen, gleichviel ob dadurch das Land wieder 50,000 fl. mehr oder weniger verliert. Das v. der Pfordten'sche Ministerium sagt nicht mehr: „Ruhe um jeden Preis", sondern „Zeit um jeden Preis", wie schon oben gesagt, selbst um den Preis des „Bürgerkrieges!" Bis zum 15. Mai war der Landtag vertagt, sämmtliche Abgeordnete waren pünktlich eingetroffen und doch fiel es dem damaligen Hrn. 1. Präsidenten, Frhrn. v. Lerchenfeld nicht im entferntesten ein, eine Sitzung auf den 16. anzuberaumen; ja er fand es sehr auffallend, war sehr erstaunt, fast unartig, daß die Linke es gewagt, auf den Himmelfahrtstag eine Sitzung halten zu wollen. Damals mußte der Hr. Präsident nachgeben, weil die Deputation der Linken dem Hrn. v. Lerchenfeld erklärte, daß man es in öffentlichen Blättern bekannt mache, wenn er trotz der Aufforderung keine Sitzung halte; nun aber mußte die Linke doch gestraft werden für ihr eigensinniges Verlangen, schon am 2ten Tage nach der Ankunft und noch dazu am Feiertage Sitzung zu wollen, und so rächte man sich und hielt am vergangenen Freitag und Samstag, sowie Sonntag, Montag und heute, also 5 Tage keine Sitzung, versteht sich, um Zeit zu gewinnen. Worauf man wartet, ist leicht abzusehen: die preußisch-deutsche Reichsverfassung ist vollendet und es kömmt nun darauf an, den schicklichen Moment zu erhaschen, um damit hervorzutreten; vorher aber muß man mit Oesterreich, mit welchem man sich zu tief eingelassen, im Reinen seyn, ehe man sich mit Preußen verständigen kann und dies wird schwer halten, obgleich der preußische Hr. General noch hier verweilt und täglich Audienzen bei Sr. Maj. dem König hat. Für Preußens Generale hat man immer Zeit — städtische De-

putationen aus Franken und Schwaben fertigt man ab mit: „Gott befohlen!“ Natürlich sind die Konferenzen mit den preußischen Generalen, nach den täglich einlaufenden Nachrichten aus der Pfalz, aus Baden und aus Frankreich, sowie aus dem Donauwörther Lager der Art, daß preußische Konferenzen wichtiger und nöthiger sind, als Deputationen empfangen, die immer das alte Lied von „Anerkennung der Reichsverfassung“ singen.]

Aus allen diesen Umständen geht deutlich hervor, daß die Kammersitzungen suspendirt, oder die Majorität umgeworfen werden mußte, koste es, was es wolle, (wenn auch, wie der Abg. Schmitt 16. Sitzung gesagt hat, das Land abermals für eine **erfolglose** Adresse wieder **fl. 50,000** — *) zahlen muß — dies genirt die Hrn. Minister, Herrn Dux und den Herrn v. Scheuerl nicht) Bei der zu octroyirenden preussisch-deutschen Verfassung zeigt sich wieder klar und deutlich, in welch' großem Irrthum sich die Vereinbarungs-Männer Scheurl und Consorten befinden, die es immer für möglich halten, die Verfassung mit 34 Fürsten zu vereinbaren, während, wie wir aus sicherster Quelle wissen, daß Bayern sich nicht einmal mit Preussen einigen kann. Soviel Verstand scheinen unsre Männer der „staatsrechtlichen Nothwendigkeit“ denn doch zu haben, daß sie einsehen, daß die, durch die von der Nat.-Vers. geschaffene Reichsverfassung, angeblich gefährdete Selbstständigkeit Bayerns ebenso und noch mehr gefährdet wird, durch eine mit und durch Preussens Schwert- und Säbelherrschaft zur Geltung gebrachte Verfassung.

In ähnliche Widersprüche verwickeln sich zwar die fanatisirten Gegner der Reichs-Verfassung bei den Verhandlungen in der Abg.-Kammer täglich: Einer und derselbe dieser Herren äußerte z. B. kürzlich, daß die Erhebung in der Pfalz und Baden nicht die Durchführung der Reichsverfassung erziele, sondern lediglich Rebellion und Anarchie, „**Umsturz nur des Umsturzes wegen**“ und Plünderung bezwecke, und einige Minuten später mußte man zum größten Erstaunen hören: „In Preussen und Oesterreich sey keine Sympathie für die Reichsverfassung vorhanden.“ (hört! hört!) Also: Erhebt sich das Volk für die Reichsverfassung, so ist es Rebellion, Anarchie, Kommunismus ꝛc., erhebt sich das Volk mit Waffen nicht, stellt sich das Volk den Bajonetten, Kartätschen und Kanonen nicht entgegen, läßt sich das Volk von den Wrangel's nicht niedermetzeln, so ist keine Sympathie vorhanden für die Reichsverfassung!! So wenigstens folgern die bayerischen Herren Minister und die Ministerkandidaten. Solche Reden und Widersprüche hörte man aus dem Munde eines v. d. Pfordten, Lerchenfeld und Oberkamp's (Abels Schatten.)

Wo man kämpft für Recht, da ist Wahrheit — wo man kämpft gegen Natur und Vernunft, da ist Lüge und Trug! Dies hat sich bei den Verhandlungen der letzten 5 Sitzungen klar und deutlich ausgeprägt. Der schlichteste Mann auf der Linken konnte seine Ansicht geltend machen — während sogar ein Herr v. Abel schwieg!! Weßhalb?? Nach und nach werden auch die Gemäßigtsten, die Konservativsten einsehen, daß die vereinigte Linke in der bayerischen Kammer das wahre Wohl des Landes im Auge hat, trotz aller Lügen und Verdächtigungen, Verdrehungen und **Erfindungen**, der halb und ganz offiziellen Blätter (Volksboten, Neue Münchnerin und einiger anderen würdigen Collegen) die besonders seit den letzten 8 Tagen sich sichtlich die Aufgabe gestellt haben, jedes gewichtige Wort der Redner von der Linken nicht nur zu entstellen und zu verdrehen, sondern die sogar ganze Sätze und Reden erfinden, um sie dem einen oder anderen volksthümlichen Abgeordneten unterzuschieben und ihn dadurch bei den Wählern zu verdächtigen oder auch vorläufig den Gerichten zu denunziren, um nach erfolgter Kammerauflösung aus den geführten Kammerreden Folgerungen auf sonstige Aeußerungen ziehen zu können.

Dies sind die Mittel, worauf diese Jesuitenschaar Tag und Nacht sinnt, um auf solche Weise das heiße Verlangen des Volkes zu hintertreiben, die deutsche Reichsverfassung und mit ihr die Einheit, Freiheit und Größe des Vaterlandes zu zerstören, nur um ihre selbstsüchtigen Zwecke: Erhaltung ihrer unnatürlichen, widerrechtlich sich angemaßten Vorrechte zu erhalten.

M München, 30. Mai. Auf der heutigen Tagesordnung für die Kammer der Abgeordneten hat das hohe Präsidium die Abstimmung über den Ausschluß der Pfälzer Abgeordneten weggelassen. Wir wissen nicht, ob dasselbe zur Einsicht gekommen ist, oder ob es vielleicht auf hinterlistige Weise gerade dadurch einen Schlag gegen die Pfälzer und die Linke auszuführen beabsichtiget? Gewissen Menschen ist Alles möglich! Zu diesem Mißtrauen ist man berechtigt durch die Handlungsweise, wie bisher das Ministerium mit seinen Helfershelfern, den beiden Ministerialkommissären: Lerchenfeld und Dux und seinen Trabanten Scheurl, Abel und Konsorten verfahren ist, um einestheils Zögerungen herbeizuführen oder anderntheils die Majorität der Kammer zu stürzen, weil man nicht den Muth hat, zu dem natürlichen und konstitutionellen Mittel der Kammerauflösung zu schreiten. In der ersten Sitzung nach der Vertagung erfreute man, wie bekannt, die Kammer mit einer Erklärung des neuen sogenannten konstitutionellen Ministeriums, die man natürlich seinen obengenannten treuen Gehülfen schon vorher mitgetheilt hatte. In dieser Erklärung wurde Alles wiederholt, was schon in der ministeriellen Note vom 23. April der Zentralgewalt eröffnet worden war. Das Ministerium hoffte mit seinen zugesagten Vorlagen, die nun morgen erwartet werden, die Kammer zu vertrösten und glaubte mit Berathung dieser Vorlagen einige Wochen Zeit zu gewinnen. Die Linke vereitelte diesen Plan mit den durch Kolb vorgebrachten Anträgen in Betreff einer Erklärung bezüglich der Reichsverfassung, so wie durch die bereits veröffentlichte Adresse an den König. Nun begann der Herr Ministerialkommissär Graf Dux sein Manöver und ließ die Abstimmung über den ersten Theil des Kolb'schen Antrages nicht zu, und suchte außerdem mit seinen Genossen die Verhandlung über die Adresse selbst, so weit möglich, zu verzögern. Als aber trotz aller angewandten Mittel die Adresse mit 72 gegen 62 Stimmen angenommen war (die aber Herr Dux, wie allgemein behauptet wird, **noch nicht** an den König gelangen ließ, worüber derselbe in der heutigen Sitzung zur Rede gestellt werden wird), wußten die Herren sich nicht mehr zu helfen und kamen auf das perfideste aller Mittel, auf den Antrag des Ausschusses der Pfälzer Abgeordneten, um auf diese Weise sich eine ministerielle Majorität zu schaffen. Würde dieser Plan gelingen, so könnte man die Adresse als ungültig erklären, könnte neue Ausschüsse, neue Präsidenten, versteht sich alle im Sinne der Rechten und des Ministeriums, erwählen und auf diese Weise der deutschen Sache von Bayern aus den Todesstoß versetzen. Dies sind die Pläne des Ministeriums, die bisher Gottlob an der festen Haltung der Linken und des linken Centrums gescheitert sind und hoffentlich auch künftig scheitern werden, wenn auch Herr v. Lerchenfeld in jeder Sitzung noch so oft zu Hrn. v. Abel läuft, um sich Rath zu erholen, den er dann dem präsidirenden Hrn. Dux wieder ertheilt; dieses Schauspiel kann man in jeder Sitzung sehen, wie der liberale (?) Freiherr nach jeder Niederlage der Rechten und wenn seine Pläne vereitelt sind, wuthschäumend zum großen Exminister stürzt, um neue Verhaltungsmaßregeln zu erholen.

Lerchenfeld kannte seine Unfähigkeit als Präsident und trat deßhalb zurück. — Hätte Dux Ehre im Leibe, so müßte er natürlich sogleich nachfolgen auf die ihm von der Majorität der Kammer zugekommene Erklärung wegen seines eigenmächtigen Verfahrens. Aber freilich Hr. Dux stützt sich, wie er sagt, auf die „öffentliche Meinung“ und die ist ihm noch nicht klar genug angedeutet worden. Wir wollen daher unser Möglichstes dazu beitragen, und dem Hrn. Dux sagen, daß er nur nach jeder Sitzung die stenogr. Protokolle durchlesen wolle, um sich zu überzeugen, wie der II. Hr. Präsident, ein gewisser Herr Graf v. Hegnenberg, anstatt unparteiisch die Verhandlung zu leiten, vom Anfang bis zu Ende einer jeden Sitzung theilnimmt an der Debatte, wie es es nur irgend einer der Führer der Parteien thun kann, daß er also die erste Pflicht eines Präsidenten ganz und gar nicht zu kennen scheint, oder nicht kennen will, daß er **nichts weniger als** Kammerpräsident ist und daß sein Verfahren in den 5 letzten Sitzungen ein **unerhörtes** gewesen. — Dies Hr. Dux ist die öffentliche Meinung über Ihre Präsidentschaft — so äußern sich selbst Leute die **nicht** der Partei der Linken angehören; so Herr Dux äußern sich sogar Ihre politischen Freunde.

Speyer, den 28. Mai. Das Lotto hat in der Pfalz aufgehört, zu existiren, und zwar nicht durch einen Beschluß der provisorischen Regierung, sondern zufolge einer Verfügung der bayer. General-Lotto-Administration. Wie dem sey, die Thatsache des Aufhörens jenes sittenverderbenden schmählichen Betrugspieles begrüßen wir mit Freuden. Diese Strafe der pfälzischen »Rebellion« nehmen wir am allerliebsten hin. (N. Sp. Z.)

Frankfurt, den 29. Mai. Die Nationalversammlung wird morgen in der Paulskirche die letzte Sitzung halten. Der Dreißiger-Ausschuß hat sich nämlich einstimmig für die Annahme des Wesendonck'schen Antrages, den Sitz der Nat.-Vers. nach Stuttgart zu verlegen, erklärt, und 80 Mitglieder sollen sich schriftlich anheischig gemacht haben, dem Rufe nach Stuttgart zu folgen. — In Stuttgart will die Nat.-Vers. die in Rheinbayern, Baden und Würtemberg zerstreuten Mitglieder an sich ziehen. Der Grund der Verlegung des Sitzes der Nat.-Vers. liegt namentlich in der Absicht der Versammlung, mit der provisor. Centralgewalt zu brechen. (N. W. Z.)

Worms, 27. Mai. Heute Mittag traten 30 Mann hessische Soldaten zum Volke über und ließen sich auf die Reichsverf. beeidigen. Der Kommandant der hiesigen Garnison wollte sie anfangs nicht aus der Kaserne lassen, um so jede Berührung mit den Freischaaren zu verhüten, allein heute mußte er dem Drängen der Soldaten nachgeben, sie eilten aus ihrer Kaserne, fraternisirten mit den Pfälzern, marschirten auf die Kommandantur und erklärten, daß sie auf die Verfassung beeidigt seyn wollten. Oberst Blenker setzte ihnen die Absichten auseinander, welche die Bewohner von Baden und der Pfalz zur Selbsthülfe angespornt haben, und weßwegen wir nach Hessen vorgerückt seyen, er machte sie bekannt mit den Folgen ihres Schrittes und fragte sie hierauf öffentlich, ob sie die Verfassung mit Gut und Blut vertheidigen wollten. Als sie dies bejahten, ließ er sie den Eid auf die Verfassung schwören.

Ein donnerndes dreifaches Bravo erscholl von der versammelten Volksmenge. Oberst Blenker ermahnte sämmtliche Anwesende, diesen doppelten Festtag nüchtern zu begehen, damit auch nicht die geringste Unordnung die Freude stören möge. Den Soldaten befahl er, nur ihre Waffen und Kleidungsstücke aus der Kaserne zu nehmen, und den Wachtdienst daselbst weiter zu versehen. Noch sey die Kaserne hessisches Eigenthum, sie werde nur deutsch, wenn ganz Hessen zur Durchführung der Reichsverfassung aufgestanden sey. Unter unendlichem Jubel der Menge marschirten die hessischen Soldaten Arm in Arm mit ihren pfälzischen Brüdern von der Kommandantur ab.

(N. Sp. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

---

*) Anmerkung der Red. In unserem Kammerberichte vom 17. Mai war irrthümlich fl. 5,000 — statt fl. **50,000** — gesetzt.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 2. Juni 1849 **№ 153.** **Samstag: Marquard.**

Deutsche Staaten

München, 30. Mai. Die Kammer der Reichsräthe hielt heute Mittag eine kurze Sitzung, welche lediglich dazu bestimmt war, drei Gesetzentwürfe, die Minister Kleinschrod einbrachte, entgegenzunehmen. Dieselben betreffen: 1) den Staatsgerichtshof (dieses Gesetz bildet die Ergänzung zu dem vorjährigen Gesetz über Ministerverantwortlichkeit; es war dem vorigen Landtag schon vorgelegt, gelangte aber nicht zur Berathung); 2) die Verhältnisse der gerichtlichen Beamten; 3) die Abschaffung der Strafen des bürgerlichen Todes, der öffentlichen Ausstellung am Pranger und der Brandmarkung. Der Wortlaut der Gesetze wurde, in Erwägung, daß dieselben unverzüglich abgedruckt werden sollen, nicht verlesen. Aus der kurzen Motivirung, welche der Minister gab, entnehme ich nur bezüglich des Entwurfes 3, daß das Ministerium die in den Grundrechten ausgesprochene unbedingte Abschaffung der Todesstrafe nicht zugestehen will. (A. A. Z.)

München, den 31. Mai. Die bei dem Handelsappellationsgrichte zu Nürnberg erledigte Funktion eines Kanzelisten wurde dem Kreis- und Stadtgerichts-Schreiber J. Merz daselbst übertragen.

Donauwörth, 29. Mai. Am Sonntag den 27. Mai entstand im Lager ein wahrhaft gräulicher Exzeß zwischen einem Theil der Soldaten des 4. Jäger-Bataillons, des 4. Regiments (Bayern) und des 15. Regiments (Franken). Man hatte den Altbayern lügenhafter Weise gesagt, die Franken wollten sie verfolgen, weil sie Bayern seyen; den Franken aber machte man weiß, die Bayern betrachteten sie als Republikaner und suchten sie zu vertilgen. So kam es beim Bier zum Wortwechsel und endlich zu Thätlichkeiten; es entstand ein Kampf, der nahe an eine Stunde mit unbeschreiblicher Erbitterung dauerte und endlich nur durch den allgemeinen „Appel" sämmtlicher Korpsabtheilungen beendigt werden konnte. Blanke Waffen wurden geführt, Hölzer und Steine flogen fast hageldicht — 10 bis 15 Soldaten sind verwundet worden. Durch Einwirkung von Offizieren und Unteroffizieren der Kämpfenden wurde noch denselben Abend eine Verbrüderung und Versöhnung gefeiert. (N. Abz.)

Pfalz. Das Amts- und Intelligenzblatt der „provisorischen Regierung der Rheinpfalz" Nro. 4. enthält u. a. folgende Verkündigungen:

Dekret, das Verbot der Einbringung von Lebensmitteln und Fourage nach den Festungen Landau und Germersheim betr. Im Namen des pfälzischen Volkes! Art. 1. Von heute an dürfen weder Schlachtvieh, noch sonstige Lebensmittel oder Fourage in die Festungen Landau und Germersheim eingeführt werden. Art. 2. Die Mannschaften der pfälzischen Volkswehr sind angewiesen, alle Lebensmittel und Fourage, welche diesen Verordnungen zuwider nach den Festungen Landau und Germersheim bestimmt sind, mit Beschlag zu belegen. Art. 3. Die mit Beschlag belegten Lebensmittel und Fourage sind zur Verfügung der provisorischen Regierung zu stellen. — Kaiserslautern, den 24. Mai 1849. — Die provisorische Regierung der Rheinpfalz. — Reichard. Hepp. Greiner. P. Fries. N. Schmitt.

Dekret, die Einsetzung von Civilkommissären betr. Im Namen des pfälzischen Volkes! §. 1. Es wird für jeden Landkommissariatsbezirk eine Civilkommission durch die provisorische Regierung ernannt. §. 2. Die Civilkommissarien sind die unmittelbaren Organe der provisorischen Regierung in allen Civilangelegenheiten. §. 3. Sie haben unumschränkte Vollmacht, alle erforderlichen Maßregeln zur Durchführung der Anordnungen der provisorischen Regierung und zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung zu treffen und, wo sie es nöthig finden, weitere Kommissäre innerhalb ihres Bezirks zu ernennen und mit den nöthigen Vollmachten zu versehen. §. 4. Zur Durchführung der ihnen nöthig scheinenden Anordnungen sind sie befugt, die bewaffnete Macht zu requiriren. §. 5. Sie haben die Rekrutirung innerhalb ihres Bezirks zu leiten und zu beaufsichtigen und die zur Ausführung der Organisationsdekrete und der anderweitigen, von der Militärkommission und dem Oberkommando zu verfügenden Maßregeln auf das Kräftigste zu unterstützen. §. 6. Mit den Kantonalvertheidigungsausschüssen haben sie sich über die, in den einzelnen Kantonen zu treffenden Anordnungen zu benehmen und dieselben mit den nöthigen Anweisungen zu versehen. §. 7. Sie sind dem pfälzischen Volke und der provisorischen Regierung für alle ihre Handlungen persönlich verantwortlich. §. 8. Die ihnen ertheilte Vollmacht kann von der provisorischen Regierung jederzeit zurückgenommen werden. — Speyer, den 22. Mai 1849. — Die provisorische Regierung der Rheinpfalz. — P. Fries. Reichard. Greiner. Dr. Hepp. N. Schmitt.

Dekret, die Errichtung der Studentenlegion betr. Im Namen des pfälzischen Volkes! Art. 1. Es wird eine Studentenlegion errichtet zur lebendigen Vermittelung zwischen der Regierung, sowie deren Organen und dem Volke. Art. 2. Die Legion steht unter dem Kommando eines von ihr gewählten Hauptmannes. Art. 3. In militärischer Beziehung sind die Legionen dem Hauptmann untergeordnet, im Uebrigen stehen sie zur Verfügung der Civilkommissäre und sind deren Anordnungen unterworfen. Art. 4. Ihre Befugnisse werden durch eine eigene Instruktion festgesetzt. — Kaiserslautern, den 24. Mai 1849. — Die provisorische Regierung der Rheinpfalz. — Reichard. Hepp. Greiner. Schmitt. P. Fries.

Beschluß. Im Namen des pfälzischen Volkes! Um die Artillerie bespannen und die höhern Offiziere der Volkswehr beritten machen zu können, ist eine namhafte Anzahl von Pferden erforderlich. Alle Pferdebesitzer werden deßhalb aufgefordert, ihre Pferde zur Verfügung zu stellen. Die Pferde werden vor der Uebernahme durch Sachverständige abgeschätzt, damit die Eigenthümer für den Verlust oder für den Minderwerth bei etwaiger Zurückgabe entschädigt werden können. — Von den Experten wird Einer durch den betreffenden Kantonalausschuß, der Andere durch den Eigenthümer des Pferdes ernannt. Beide wählen im Falle der Meinungsverschiedenheit einen Obmann. — Kaiserslautern, den 25. Mai 1849. — Die provisorische Regierung der Rheinpfalz. — Hepp. Reichard. Greiner. Schmitt.

Pfalz. Der Kaiserslauterer Bote schreibt unterm 26. Mai: „Den sich fühlbar machenden Geldbedürfnissen wird die prov. Reg. durch eine Zwangsanleihe von 2 Mill. fl. begegnen. Auf diese Weise können die letzten Vorbereitungen zum Kampfe getroffen werden, und die Pfalz wird ihn um so weniger zu scheuen haben, da für tüchtige Führer bestens gesorgt ist. Gestern ist General Snayde bereits hier eingetroffen; Mieroslawski wird in den ersten Tagen erwartet.

Kaiserslautern, 28. Mai. Die Zwangsanleihe ist bereits ausgeschrieben. Alle Diejenigen, deren Vermögen nicht die Höhe von 40,000 fl. erreicht, bleiben gänzlich verschont; wer 40,000 fl. besitzt, hat ein Darlehn von 200 fl. zu entrichten. Bei höherem Vermögen steigert sich der zu zahlende Beitrag in arithmetischer Progression. So werden z. B. bezahlt: Von 50,000 fl. 250 fl., 60,000 fl. 310 fl., 70,000 fl. 380 fl., 80,000 fl. 460 fl., 100,000 fl. 650 fl., 200,000 fl. 2200 fl., 500,000 fl. 12,850 fl., 800,000 fl. 32,400 fl., 1,000,000 fl. 50,000 fl. Neben diesen vorzüglich auf die Rüstung bezüglichen Arbeiten vergißt unsere Regierung nicht, auch für die Einrichtungen zu sorgen, die in künftigen Friedenszeiten das Wohl und die Freiheit sicher zu stellen geeignet sind. So wird sie unter Anderm in der nächsten Zeit eine Gemeinde-Verfassung proklamiren, die vollständig auf dem Grundsatze der Selbstverwaltung ruht. (M. Abdz.)

Die Mannheimer Abendzeitung enthält folgenden Aufruf: Die Pfälzer Studenten-Legion an ihre Kommilitonen in Deutschland. Der große Kampf für des deutschen Vaterlands gerechte Sache naht stündlich seiner kräftigen Eröffnung. Durch alle Herzen in Deutschland, die für sein Wohl und seine Ehre schlagen, hat der Nothruf der Freiheit, der vom Rhein aus erklungen, seine mächtigen Pulse getragen, und auf die Jugend vor Allem, auf die deutsche Jugend sind die Augen des Vaterlandes in diesem heilig ernsten Augenblicke gerichtet. Sie wird, sie muß dem Rathe die That vermählen, Herz und Hand in die Reihen der Freiheitskämpfer [illegible]. [illegible] hat sich unter der Aegide der provisorischen Regierung der Pfalz eine Studenten-Legion gebildet, die als bewaffnete Intelligenz sich verpflichtet, in Leben und Tod für die durch des souveränen Volkes selbstgewählte Vertreter endgiltig geschaffene deutsche Reichsverfassung wie ein Mann einzustehen, und sie gegen Angriffe aller Art, kommen sie, woher sie wollen — würdig der Enkel Hermanns zu vertheidigen. Die Legion hat ihr Wirken bereits begonnen — vertheilt in die Kantonal-Bezirke der ganzen Pfalz, und jeden Tag beweisen zahlreiche Anmeldungen, daß Deutschlands Jugend, wie immer, heilige Begeisterung und kräftige That für ihr schönes großes Vaterland zu bieten hat. Darum fordern wir Euch auf, Kommilitonen in ganz Deutschland, begreift die Zeit und die hochwichtige Stellung, die sie Euch anweist, als die Ersten zu stehen in der Phalanx des Rechts und der Freiheit. Vereinigt Euch mit uns unter der Fahne der Studenten-Legion, — laßt sie uns vereint auf der Zwingburg der Feinde des Vaterlandes aufpflanzen und Euer süßester Lohn wird der Dank des geretteten Vaterlandes seyn. Doch vor Allem kommt — wo möglich — bewaffnet. Es lebe Deutschland! es lebe die Reichsverfassung! Deutschen Brudergruß! Die Studentenlegion in der Rheinpfalz. Kaiserslautern, den 27. Mai 1849.

Karlsruhe, 29. Mai. Die Karlsruher Zeitung bringt folgende jedoch der Bestätigung bedürfende Nachricht: Wir vernehmen, daß eine Abtheilung des preussischen 29. Infanterieregiments in Zweibrücken eingetroffen ist und angekündigt hat, daß demnächst dieses ganze Regiment mit Waffen und Gepäck daselbst einrücken werde, um mit dem Volke gemeinschaftliche Sache zu machen. Desgleichen ist eine bedeutende Anzahl hessischer Soldaten in derselben Absicht bereits in Mannheim angekommen, welchen ihrer Aussage zufolge noch mehrere ihrer Kameraden nachfolgen werden.

Karlsruhe, 29. Mai. Gestern waren einige würtembergische Soldaten im Auftrage einer großen Anzahl ihrer Kameraden hier, um sich über den Grund oder Ungrund eines von hiesigen Reaktionären ausgesprengten Gerüchtes zu erkundigen, daß jeder derselben im Fall des Uebergangs sofort von der gegenwärtigen badischen Regierung nach Würtemberg ausgeliefert werden solle. Als sie sich der gänzlichen Grundlosigkeit dieses Geredes versichert hatten, kündigten sie das baldige Eintreffen bedeutender Zuzüge ihrer Waffenbrüder an, die dem Vernehmen nach in Baden ein würtembergisches Freikorps bilden, und in dieser Eigenschaft an den bevorstehenden Kämpfen Theil nehmen wollen.

Der Landesausschuß hat unterm Heutigen folgende Verfügung erlassen: „In Erwägung, daß die gegenwärtige Bewegung nicht allein eine spezifisch badische, sondern eine allgemein deutsche ist, beschließt der Landesausschuß: 1) die provisorische Regierung der Rheinpfalz zu veranlassen, daß nach den Bestimmungen des badischen Wahlgesetzes auch Vertreter der Rheinpfalz zur konstituirenden Versammlung von Baden geschickt werden. 2) Alle deutschen Staaten, die sich der Bewegung anschließen, aufzufordern, ebenfalls Vertreter nach Karlsruhe zu senden. Karlsruhe, den 29. Mai 1849.

Organisation der Volkswehr. Der regierende Landesausschuß, Kriegssenat, beschließt auf den Antrag des Kriegsministeriums, wie folgt: §. 1. Die bewaffnete Macht des oberrheinischen Kriegsbundes

besteht aus allen waffenfähigen Männern von Baden und der überrheinischen Pfalz; sie führt den Namen: „Volkswehr des oberrheinischen Kriegsbundes.“ §. 2. Die Betreffniß der oberrheinischen Pfalz an den beweglichen Theil der Volkswehr wird, vorbehaltlich späterer Ausgleichung, auf fünfundzwanzig Tausend Mann bestimmt. Ueber die Aufstellung der Reserve werden besondere Verfügungen nachfolgen. §. 3. Das erste Aufgebot besteht aus der waffenfähigen Mannschaft der verbündeten Länder vom 18. bis einschließlich 30. Jahre, und allen Freiwilligen. §. 4. Alle waffenfähigen Männer ohne Unterschied, welche nach §. 3 vom ersten Aufgebote ausgenommen sind, so wie alle waffenfähigen Männer vom 30. bis 40. Lebensjahre bilden das zweite Aufgebot. Beide Aufgebote haben die Bestimmung der Vertheidigung und des Angriffs, und bilden deßhalb den beweglichen Theil des Volksheeres. §. 5. Alle waffenfähigen Männer vom 40. bis 50. Jahre, mit Einschluß der Freiwilligen eines höhern Alters, bilden das dritte Aufgebot. Dasselbe hat die Bestimmung der Vertheidigung im Innern, und ist insofern als Besatzungsheer zu betrachten. §. 6. Da die Zeitverhältnisse eine schnelle Ausrüstung des ersten Aufgebots nothwendig machen, so wird bestimmt, daß alles Kriegsmaterial und alle Waffen der beim ersten Aufgebot nicht eingetheilten Bürger hiezu verwendet werden. Die Gemeinden und Bürger, welche sich beits Waffen angeschafft haben, sollen dafür baldmöglichst die Entschädigung nach deren Werth aus der Staatskasse erhalten. Die bewaffnete Macht, welche bisher die Linie oder das stehende Heer ausmachte, ist von heute an ein Bestandtheil der Volkswehr, und wird als der bereiteste, theils zum Unterricht und zur Einübung der übrigen Bestandtheile der Volkswehr, theils unmittelbar zu den Operationen gegen unsere Feinde verwendet. §. 8. Die Wahl der Offiziere bis zum Hauptmann einschließlich geschieht direkt durch die Wehrmänner der Kompagnie, und zwar mittelst geheimer Abstimmung unter Beizug zweier Urkundspersonen. §. 9. Die Stabsoffiziere ernennt die Regierung. §. 10. Die Adjutanten werden von dem betreffenden Befehlshaber gewählt. §. 11. Zum Zweck einer einheitlichen Organisation des Unterrichts und der Einübung wird das Land in Wehrkreise eingetheilt. Die Wehrkreise sind: I. Der Seekreis. II. Der Oberrheinkreis. III. Der Mittelrheinkreis. IV. Der Unterrheinkreis. V. Der Pfalzkreis. Die Wehrbezirke sind die bestehenden Amtsbezirke, beziehungsweise die Kantone. Die Sammelplätze sind in der Regel die Hauptorte des Amtsbezirks oder Kantons. §. 12. Die bisherige Eintheilung in Kompagnien, Bataillone, und Regimenter wird beibehalten. Die Kompagnie des neu zu bildenden Volksheeres besteht ausschließlich der Offiziere aus Ein Hundert funfzig Mann. Sie hat zwei Offiziere, nämlich einen Hauptmann und einen Leitmann. Das Bataillon besteht aus vier Kompagnien, und zählt somit ohne die Offiziere Sechshundert Mann. Es wird befehligt durch einen berittenen Hauptmann mit Majorsauszeichnung. Drei Bataillone bilden ein Regiment, welches unter dem Befehle eines Regimentsobersten steht. Eine höhere Abtheilung bildet die Brigade, welche mindestens aus zwei Regimentern besteht; sie wird durch einen Brigadeobersten befehligt. Diesen Militärkörpern werden die nöthigen Spezialwaffen beigegeben. §. 13. Die Büchsenschützen bestehen aus Kompagnien zu Einhundert zwanzig Mann. Sie können zu Bataillonen von 4 Kompagnien je nach den Zwecken verwendet werden. §. 14. Das Volksheer führt die deutsche Fahne, schwarz, roth, gold. Der Wehrmann trägt am linken Arm eine schwarz-roth goldene Binde. Unteroffiziere tragen sie am rechten Arm. Die Offiziere tragen eine schwarz-roth-goldene Schärpe um die Hüfte. §. 15. Die Kleidung soll aus einfachem blauem Waffenrocke von Tuch bestehen mit kurzen Schößen, aufrechtstehendem Kragen und einer Reihe Knöpfe; ferner aus einer einfach gearbeiteten Pickelhaube. Auch soll jeder Wehrmann mit einem Tornister, einer Patrontasche, die mit einem Gürtel um den Leib befestigt wird, und mit einem Mantel oder Teppich versehen seyn. §. 16. Da vor der Hand der Staat nicht in der Lage ist, nach der Vorschrift im §. 15 den einzelnen Wehrmännern die Kleidung unentgeldlich zu liefern, so haben wir diese Vorschrift gegeben, damit nach und nach eine gleichmäßige Kleidung des Volksheeres zu Stande komme. Es werden daher die Wehrmänner, welche sich selbst zu equipiren vermögen, andurch aufgefordert, sich nach dieser Vorschrift zu richten. §. 17. Bei demjenigen Theile des Volksheeres, welcher bisher die Linie bildete, bleibt die Bewaffnung dieselbe, wie früher; bei den neugebildeten Bataillonen besteht sie aus einer Muskete, und wo möglich einem Faschinenmesser oder Säbel. Wo Schießgewehre durchaus fehlen, sollen Sensen angeschafft werden. Karlsruhe, den 28. Mai 1849. Struve. Cordel. Peter. Hennrka.

** **Frankfurt**, den 30. Mai. (231. Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung. Vorsitzender Reh.) Anwesend: 130 Deputirte. Austritts- und Eintrittserklärungen. Verwahrung mehrerer hannover'scher Abgeordneter gegen das Abberufungsschreiben der dortigen Regierung. — Wolf aus Breslau erhält das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. Vogt habe in der Sonnabendsitzung mit Schmutz, Koth und Entrüstung um sich geworfen, und allerdings auf der Tribüne keinen Namen genannt, auf Auffordern aber erklärt, daß er mit diesen Aeußerungen allerdings ihn (Wolf) gemeint. Die verlangte Genugthuung habe er ihm versagt, und „so bleibe ihm denn nichts übrig, als diese Vogt'schen Auslassungen als gemeine Schimpfereien“ — Tumult, „Herunter!“ Präsidentenklingel und geschärfter Ordnungsruf, unter welchem Wolf erklärt, das ihm das ganz gleichgültig sey. — Für den Dreißigerausschuß stellt sodann Vogt den Antrag: Die nächste Sitzung findet auf Einladung des Bureau's in Stuttgart statt. Dorthin sind die auf Urlaub abwesenden Mitglieder des Hauses bis 4. Juni einzuberufen, ferner ist die Centralgewalt in Gemäßheit des Gesetzes vom 28. Juni 1848 einzuladen, sich in Stuttgart einzufinden, desgleichen die Bevollmächtigten der verfassungsanhänglichen Staaten. — Die Dringlichkeit dieses Antrags wird anerkannt und ein Gegenantrag Reden's auf Vertagung der Berathung über den Gegenstand abgelehnt. Die Debatte eröffnet sodann Gfrörer aus Freiburg: Frankfurt ist eine Reichs-, es ist die alte Kaiserstadt, es liegt auf der Grenzscheide des nördlichen und südlichen Deutschlands, eine Summe unserer wichtigsten geschichtlichen Erinnerungen knüpfen sich an Frankfurt. Die Versammlung verliert ihren allgemeinen, ihren deutschen Charakter, wenn sie Frankfurt verläßt. Gegen die Uebersiedelung nach Stuttgart aber lege ich feierlichen Widerspruch ein, als geborner Würtemberger und als deutscher Abgeordneter. Es ist wahr, dies Haus hat das Recht, seinen Sitz zu verlegen, wohin es will. Allein nach Stuttgart? Nicht eher, bis eine Einladung der Gemeinde von Stuttgart und eine Einladung auch von dem Könige von Würtemberg eingetroffen. Ich will nicht, daß Stuttgart karlsruhisirt werde! (Bewegung.) Ja, das Land, wo ich seit einigen Jahren Aufnahme gefunden. — Baden — hat in den letzten Jahren unermeßliches Glück gehabt. Ein solches Glück will ich Würtemberg ersparen. Bleiben wir hier. Halten wir treulich aus, stehen wir Einer für den Andern ein — bewahren wie diese Versammlung, aber trennen wir sie nicht von Frankfurt.

Hagen aus Heidelberg: Wir wollen mit der Uebersiedelung nicht Norddeutschland aus dem Auge verlieren, wir wollen nur eine feste Stellung gewinnen. Die Auswanderungsfrage ist eine rein taktische. Wir wollen in Würtemberg einen Kern- und Mittelpunkt bilden für die 29 verfassungsanhänglichen Staaten. Eine Bewegung wie in Baden und der Pfalz ist deshalb nicht in Würtemberg zu befürchten. Die Durchführung der Reichsverfassung ist der einzige Zweck, und auf dem Wege des Gesetzes wollen wir vorwärts gehen, so lange es möglich ist. Daher auch die Einladung an die Centralgewalt, daß sie uns nach Stuttgart folge. Seit wir (von der Linken) die Mehrheit in diesem Hause bilden, haben wir die mäßigsten, die besonnensten Maßregeln ergriffen, um das Vorurtheil zu widerlegen, als könnten wir nur übergreifend und überstürzend zu Werke gehen. Uhland: Wie das Vorparlament, wie der Fünfziger-Ausschuß ihre Sitzungen in Frankfurt hielten, so hat Deutschland seine Vertreter gerade hierher gesandt. Sie sind nicht berechtigt, Frankfurt ohne Noth zu verlassen und diese Noth ist nicht da. Der Redner hebt darauf die centrale Lage der Stadt, die Unabhängigkeit und die Kleinheit ihrer Staatsverhältnisse hervor, die wesentlich die Versammlungszwecke begünstigen. Wir dürfen es nicht verlassen. Denn eine Schwenkung würden wir damit machen, keine Eroberung. Auch die verminderte Zahl der Versammlung ist ein Grund, den Uhland gegen die Verlegung sprechen läßt. Denn der vorgeschlagene Beschluß würde sie noch weiter schmälern, so daß die deutsche Vertretung dann auf einen ganz ungenügenden Körper zusammen schrumpfte. So und im Allgemeinen nur will ich mich gegen die Verlegung erklären, ohne meinen besonderen Gefühlen Worte zu geben, daß ich nämlich die Verlegung für mein schwäbisches Vaterland nicht für heilsam halten kann.

Ludwig Simon: Die Centralgewalt entzieht sich der Pflicht, die Verfassung durchzuführen, sie zieht Truppen zusammen, um mit absoluter Willkür und absoluten Mitteln die Ordnung wieder herzustellen. Was haben uns die Versprechungen Heinrich v. Gagerns genützt? Nachdem einer seiner „Freunde“ Schmerling ins österreichische, ein anderer „Freund“ Bassermann ins preussische Lager übergegangen, bleibe nur noch ein dritter Freund zu einer ähnlichen Handlungsweise übrig, der von Preußen zum Generallieutenant und von dem Reichsministerium zum Oberbefehlshaber ernannte Herr v. Peucker. Ich finde unsern Zustand unerträglich. Er muß geendet werden, und das kann nur durch die Verlegung. Verfügen Sie nach dem Vorschlage des Ausschusses. Art. X. des Gesetzes vom 28. Juni verpflichtet die Minister zum Erscheinen und Auskunftgeben in der Versammlung. Auf diesen Artikel stützen wir unsere Forderung, daß uns das Reichsministerium nach Stuttgart folge und dort Auskunft ertheile, ob es ein absolutes Ministerium bleiben will oder nicht. Was hat uns bis jetzt die Zustimmung der 29 Verfassungsstaaten geholfen? Nichts; denn die Folgen dieser Zustimmung, wenn sie ehrlich gemeint war, sind uns versagt worden. Selbst in Würtemberg unter dem Ministerium Römer herrscht nur ein gewisser freiheitsfreundlicher Partikularismus. Einer Einladung bedürfen wir nicht, denn wir verlangen nichts für unsere Person, nur für die Sache. Wir versehen uns günstiger Aufnahme und redlicher Unterstützung von den biedern Schwaben und lieber dort zu Grunde gehen, als hier in Frankfurt. Blicken Sie auf die Lage Europa's, auf den großen Völkerprozeß, bei dem Deutschland unthätig bleiben soll. Diese Schande schneidet mir in's Herz. Es ist wahr, das Mittel ist schwach, aber es ist das letzte Mittel. Greifen Sie dazu! Dem Muthigen hilft das Glück! (Beifall.)

Venedey ist gegen die Verlegung. Zwar, wohin die Versammlung immer gehen möchte, ihr würde ich folgen. Allein noch fühle ich mich nicht unfrei in Frankfurt, trotz aller Truppen, die man darum umherzieht. Sollte der Sitz der Versammlung verlegt werden, so müßte es nach vorwärts geschehen, nicht rückwärts. Die Einheit Deutschlands haben wir zu vertreten. Wir gefährden sie, wenn wir unsern Platz verlassen, um uns nach Stuttgart zu wenden. Moritz Mohl: Hier ist jeder Schimmer von Hoffnung verschwunden. Von feindlichen Truppen umgeben, eine feindliche Centralgewalt neben uns, können wir hier nichts ausrichten. Wir müssen Frankfurt verlassen. Daß keine Einladung aus Stuttgart eingetroffen ist, darf Sie nicht beirren. Würtemberg hat sich der Reichsversammlung unterworfen und jeder Würtemberger fühlt, daß mit der deutschen auch die würtembergische Freiheit verloren wäre. Die Einladung aber, daß uns die Centralgewalt begleite, ist entweder nicht ehrlich gemeint, oder sie ist ein Unsinn. Stimmen wir für den Antrag des Ausschusses aber mit Auslassung dieses Punktes. Venedey: Verzeihen Sie, daß ich etwas vergessen. Allerdings bin ich nicht ohne Vorschläge für unsere hiesige Wirksamkeit. Wir wollen auf dieser Tribune fechten bis auf den letzten Augenblick; wir wollen von ihr aus Anklage erheben gegen das Reichsministerium, gegen jeden Hochverrath an der deutschen Sache. Henkel aus Kassel: Die Truppen, die uns umgeben, stehen unter dem Befehle der Centralgewalt, sie sind Reichstruppen. Nur durch einen unerhörten Gewaltstreich wäre es möglich, uns mit ihnen anzugreifen. Dergleichen ist nicht zu erwarten. Unsere Vollmacht lautet nach Frankfurt. Die Bewegungen Süddeutschlands sind republikanisch. (Zur Linken): Widersprechen Sie, wie Sie wollen, republikanisch und liederlich sind diese Bewegungen und im Norden würde uns eine Uebersiedelung in den Süden moralisch vernichten, denn man würde glauben, wir wollten diesen Bewegungen zum Mittelpunkte dienen. Auch irren Sie sich, wenn Sie meinen, Deutschland vom Süden aus zu erobern. Dagegen ist meine Ueberzeugung, daß, wenn wir nur Geduld haben, die Verfassung doch noch durchgesetzt wird, auch die uns jetzt feindlichen Regierungen werden bald auf dieselbe zurückkommen, wenn sie einsehen, daß sie nichts zusammenzuoktroyiren vermögen. Erhalten wir diese Versammlung dem Vaterlande als die letzte Rettungsbrücke. Ich habe gegen die Austrittserklärungen protestirt, ich protestire gegen eine Verlegung, die uns aus einer Nationalversammlung in einen Klub verwandeln würde.

Schoder aus Stuttgart ist der Ansicht, wir zerstören die Nationalversammlung, wenn wir hier sitzen bleiben und Beschlüsse fassen, denen die Centralgewalt Hohn spricht. Blieben wir, so müßten wir die Centralgewalt durch eine andere ersetzen. In Würtemberg hingegen fürchte ich nicht, daß uns die Regierung ihre Unterstützung für unsere Maßregeln versagt — und wollte sie es, sie könnte es nicht.

Die Personen, die an der Spitze des Staates stehen, sind durch ihr politisches Ehrgefühl an uns gebunden. Hier werden wir auseinander getrieben und kommen dann nicht wieder zusammen. Das einzige Mittel, uns zu erhalten, ist vielmehr, daß wir in beschlußfähiger Anzahl nach Stuttgart gehen. Daß keine Einladung erfolgt ist, darf Sie nicht über die Stimmung des würtembergischen Volkes täuschen, welches vielmehr Ihre Ankunft dringend wünscht. Eisenmann: Der Weg, den das beste deutsche Herz, der Weg, den mein Uhland geht, kann nicht der schlechte seyn. Damit erklärt sich der Redner auf das Entschiedenste für das Verbleiben auf dem neutralen und unabhängigen Boden Frankfurts. Wir heben folgende Wendung aus seinem Vortrage hervor: „Die Reaktion unterscheidet nicht zwischen rechts und links. In Berlin, versichert mir ein über die dortigen Verhältnisse wohl unterrichteter Mann in unserer Mitte, unterscheidet man nicht zwischen Schlöffel und Heinrich von Gagern!“ (Heiterkeit.) Auch sein eigenes Lebensschicksal führt Eisenmann zum Beweise an, wie der Absolutismus die konstitutionellen Bestrebungen mit gleicher Härte verfolgt wie die demokratischen. Wir werden alle gleich verantwortlich seyn für die Maßregeln dieses Hauses. Auch er erblickt nur den Verlust des Vertrauens in Deutschland und die offene Spaltung in der Auswanderung nach Stuttgart. Dagegen sey ein breiter Wirkungskreis für die Versammlung zu gewinnen, wenn man die Oberhauptsfrage, deren Bestimmungen ohnehin wider den Willen der jetzigen Mehrheit dieses Hauses in die Verfassung gekommen, als eine offene, vom nächsten Reichstage zu erledigende erkläre, dann werde man Bayern, Sachsen — alle konstitutionellen Staaten Deutschlands für sich haben.

Vogt: Wenn diese Versammlung noch irgend eine Wirksamkeit ausüben will, so ist es unmöglich, daß sie hier bleibe. Das konstitutionelle Prinzip wird von dem Ministerium mit Füßen getreten und wir haben keine Mittel, es zur Unterwerfung zu zwingen. Das ist die Schuld der Lage, in der Sie hier bleiben. Die verfassungsfreundlichen Regierungen fallen eine nach der andern von uns ab. So Mecklenburg. Die preussischen Schlingen haben sich enger und enger um uns zusammengezogen. Die Aktenstücke liegen Ihnen jetzt vor, daß Preussen durch Usurpation nach der Oberherrschaft strebt, daß es zu ihr hinschreiten will selbst über die Leiche seines absoluten Bundesgenossen von früher: der Centralgewalt. Wir müssen im Süden Deutschlands einen festen Punkt gewinnen. Gäbe das zu einer Trennung Veranlassung — von wem ginge sie aus? Von uns etwa, die wir die Bewegung Süd-Deutschlands ein ganzes Jahr niedergehalten, die wir ein ganzes Jahr gerungen und kein Opfer gescheut haben, — selbst nicht das erbliche Kaiserthum — um den Norden und Süden zu verschmelzen und die gegenseitigen Forderungen auszugleichen! Ja, wir wollen den Süden zu einer Veste der Freiheit machen, und wenn wir auch den Norden von da aus nicht erobern, so wollen wir ihm doch Respekt einflößen. Wir sind entfernt von dem Gedanken, die Einmischung des Fremden in unsere deutschen Angelegenheiten zu wünschen. Aber den Anstalten des Absolutismus gegenüber müssen wir im Süden der Freiheit ein letztes Plätzchen und einen Ort suchen, wo wir den Völkern die Hand reichen, deren Unterstützung uns unsere Freiheit und unser Recht vertheidigen helfen kann. Das ist mein letztes Wort: Wenn Sie nicht im Stande sind, sich der Bewegung in Süddeutschland zu bemeistern, so sind Sie werth, daß diese Bewegung über Ihre Köpfe geht. (Beifall.)

Die Abstimmung erfolgt hierauf durch Namensaufruf und zunächst über Punkt 1) des Ausschußantrags: daß die nächste Sitzung der Reichsversammlung im Laufe nächster Woche auf Einladung des Vorstands in Stuttgart stattfinde. Angenommen mit 71 gegen 64 Stimmen. Vier Mitglieder enthalten sich des Votums. Im Wege gewöhnlicher Abstimmung wird sodann gleichfalls angenommen: 2) das Bureau hat sofort durch einen Aufruf sämmtliche abwesende Mitglieder, so wie die Stellvertreter der ausgeschiedenen bis zum 4. Juni nach Stuttgart einzuberufen; 3) die Centralgewalt wird in Gemäßheit und zur Ausführung des Art. 10 des Gesetzes vom 28. Juni 1848 aufgefordert, sich ungesäumt nach Stuttgart zu begeben; 4) die Bevollmächtigten derjenigen Staaten, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, werden in Ausführung des Beschlusses vom 26. Mai eingeladen, sich ebenfalls in Stuttgart einzufinden.

Präsident Reh: Ich sprach bei Uebernahme die Ansicht aus, daß ich die Reichsversammlung hier auf dem Boden ihres guten Rechtes und kein Hinderniß ihrer Wirksamkeit in Frankfurt erblickte. Sie haben soeben den Beschluß gefaßt, der dieser Ansicht direkt widerspricht, einen Beschluß, der nicht motivirt ist, da die Gründe noch fortbestehen, die früher obwalteten, Gründe des Vertrauens auf den Reichsverweser, auf den Schutz der Stadt Frankfurt. Der Beschluß ist aber auch unheilvoll für Deutschland. — Widerspruch und Unterbrechung. Der Präsident bittet, ihm dies Wort zu gestatten, denn es solle die Mittheilung motiviren, und es sey sein letztes — er verwirrt die die Verhältnisse, er entzieht der Versammlung die Sympathien Norddeutschlands. Mit dem Wunsche, daß seine Befürchtungen durch die Thatsachen widerlegt werden möchten, mit dem Versprechen, daß ihn die Gefahr des Vaterlandes stets an der Arbeit zur Rettung finden werde, legt Reh sein Präsidentenamt sofort nieder. (Bewegung in verschiedenem Sinne.)

Buß: Nicht da, wo die Auswandernden sind, sondern hier bei den in Frankfurt Ausharrenden wird das Parlament seyn. Auch die Schriftführer Jucho und Makowiczka legen ihre Aemter nieder. Andere Abgeordnete geben theils Erklärungen gegen die Verlegung zu Protokoll, theils halten sie sich das Protokoll zu solchen offen. Der erste Vizepräsident Löwe aus Calbe dagegen, der den Vorsitz übernommen hat, bemerkt — nachdem sämmtliche Urlaubsgesuche, die heute zur Anmeldung kommen, von der Versammlung abgeschlagen worden sind, — daß er die nächste Sitzung in Stuttgart ansagen, für die Uebersiedelung des Bureaus Sorge tragen und der Regierung von Würtemberg, sowie der Gemeinde Stuttgart Anzeige von der Ankunft der Versammlung machen werde. Mit dem Wunsche, die nächste Sitzung so zahlreich besucht zu sehen, als die heutige, entläßt Löwe die Versammlung. Die 231. ist mithin die letzte Sitzung des verfassunggebenden deutschen Parlaments in Frankfurt und in der Paulskirche gewesen.

Frankfurt, den 30. Mai. Nach dem Berichte eines Augenzeugen war die Affaire bei Worms lange nicht so bedeutend, wie aus dem im heutigen Hauptblatte mitgetheilten Bericht der „Darmstädter Zeitung“ hervorzugehen scheint. Unser Gewährsmann erzählte uns, daß die Brücke in Worms im Ganzen von ungefähr 300 Freischärlern besetzt war, die sich, nachdem sie die Unzulänglichkeit ihres Widerstandes eingesehen, sehr bald zurückzogen. Um 5 Uhr Morgens soll schon kein Mann mehr in Worms gewesen seyn. Auch zerfallen demnach die gestern hier in Umlauf gekommenen Börsengerüchte, als hätten die hessischen Truppen in Worms 300 Gefangene gemacht. Die in die Stadt geworfenen Bomben verursachten keinen bedeutenden Schaden. Barrikaden waren nicht errichtet, wie ebenfalls falsche Gerüchte gestern verkündeten. Das Militär zog gegen 8 Uhr Morgens ein und wurde bei den Bürgern einquartiert. (Frkf. J.)

** **Frankfurt**, 30. Mai. Hr. v. Gagern (so versichern Freunde von ihm) wurde in seiner Stellung als deutscher Reichsminister, gegenüber dem Reichsverweser, durch einen Herrn v. Rechberg gestürzt, welcher das volle Vertrauen Johann's von Oesterreich besitzt und dem Verfasser des kühnen Griffs in jeder Beziehung überlegen ist, welcher gegenwärtig auf dem Stammgute Hornau neue Kräfte sammelt und sehr an angegriffenen Nerven leidet. Die fränkischen Deputirten, so das Reißaus genommen, sollen auch mehr oder weniger alle leidend gewesen seyn (an der Cholerine?). Haben diese Herren ihre schnelle Abreise vor ihren Wählern schon gerechtfertigt und ist die Rechtfertigung stichhaltig gefunden worden? Hierüber erwarten wir Kunde von Bayreuth, Erlangen, Nürnberg ꝛc.

Frankfurt, 30. Mai. Gestern Abend ist mit dem Bahnzug von Mainz ein zweites Bataillon mecklenburger Infanterie angelangt, von dem hier liegenden Generalstab und dem Musikkorps des 38 preussischen Regiments durch die Stadt geleitet worden und sofort nach Offenbach marschirt, wo dasselbe bis auf Weiteres Quartier bezogen hat. Das gestern früh hier vorbeipassirte mecklenburger Gardebataillon ist nicht nach der badischen Grenze abgegangen, sondern in Langen, der nächsten Station nach Darmstadt, einquartiert worden, um in den nächsten Tagen hierher verlegt zu werden und einen Theil unserer Besatzung zu bilden. Im Laufe des heutigen Tages werden vier Schwadronen mecklenburgischer Dragoner hier erwartet. Heute in der Frühstunde hat uns die letzte hier noch befindlich gewesene Abtheilung großh. hessischer Chevauxlegers und reitender Artillerie verlassen, um nach der hessisch-badischen Grenze abzugehen. (Frkf. O.-P.-Z.)

†*† **Berlin**, den 29. Mai. Ein hier mehrfach verbreitetes Gerücht, die bayerische Regierung habe sich nunmehr doch mit dem Verfassungsentwurfe des preussischen Gouvernements einverstanden erklärt, ist unbegründet; Bayern hat keine neuen Schritte in der deutschen Verfassungsangelegenheit gethan. Nichts desto weniger wird mit der größten Bestimmtheit versichert, Preussen werde allein mit der Publikation der deutschen Reichsverfassung vorgehen. — Die Zusammenberufung der preussischen Kammern soll, wie gewöhnlich Wohlunterrichtete versichern, in dem verfassungsmäßigen Zeitraum von 60 Tagen nach der Auflösung wirklich erfolgen. — Man erzählt hier, daß von den Berliner Landwehrmännern ein Offizier, Kaufmann E., erschossen worden sey, weil er sich dahin geäußert, die Linie müsse die Landwehr nie erschießen, wenn diese den Gehorsam verweigere.

Altona, den 26. Mai. Herr Bargum, der nun aus Jütland zurückgekehrt ist, woselbst er auf Verlangen des Generals Prittwitz das Amt eines Civilgouverneurs bekleidete, ist nicht sehr erbaut von der Art der Kriegsführung dieses Generals, noch weniger aber von der Unterstützung, die letzterer dem Civilgouvernement angedeihen ließ. Wir dürfen nach Allem, was wir bisher erfahren, diesem General nicht größeres Vertrauen schenken, als der Erklärung der ministeriellen „Deutschen Reform“ (hier nennt man sie „Deutsche Reaktion“), welche von einem kräftigen Auftreten des preussischen Kabinets in unserer Frage spricht. Wenn die „Reform“ sagt: Preussen werde die Ehre und den Ruhm der deutschen Nation zu vertreten wissen, — so möchten wir fragen, wo denn die Handlungen sind, die Preussen zu einer solchen Sprache berechtigen? War etwa das Preisgeben der deutschen Waffenehre durch den Malmöer Vertrag, der doch zumeist durch Preussens Einfluß geschlossen worden, geeignet, Vertrauen bei der deutschen Nation zu erwecken? Oder ist es etwa die Ehrenhaftigkeit, mit der das preussische Kabinet die innere Angelegenheit Deutschlands behandelte und noch behandelt, auf die das offizielle Organ der preussischen Regierung sich etwa berufen könnte? Nicht wieder kann es das System der diesjährigen Kriegführung seitens des preussischen Generals seyn, welches die öffentliche Meinung bestimmen könnte, den Worten eines Manteuffel-Brandenburg oder eines ihrer besoldeten Scribenten Glauben zu schenken und zu vertrauen. Wenn Preussen auch in diesem Jahre Theil genommen an dem Kriege, den der König selber einen „unglückseligen“ nannte, so ist es meist durch die Umstände dazu gezwungen worden, und wir können uns versichert halten, hätte das Kabinet zu Berlin nicht damals noch um die Gunst des deutschen Volkes gebuhlt, es würde vielleicht eher Truppen für Dänemark nach den Herzogthümern gesendet haben, als gegen dasselbe. Wenn es Preussen Ernst ist, mit der „Ehre und dem Ruhm der deutschen Nation,“ warum hat es nicht auch die Reichsgewalt wie die Statthalterschaft der Herzogthümer aufgefordert, Bevollmächtigte zu den Friedensunterhandlungen in Berlin abzusenden, und wie kommt es ihm und den übrigen drei in Reichsangelegenheiten vereinten Kabinetten allein zu, sich bei diesen Friedensunterhandlungen zu betheiligen? Gott gebe, daß wir lügen! Aber unseres Dafürhaltens wird dieser Friede nur eine verbesserte Ausgabe der Malmöer Konvention werden. (Frkf. J.)

Französische Republik.

† **Paris**, 28. Mai. Die Ministerkrisis ist immer noch in vollem Gange. Bonaparte, einsehend, wie unpopulär ein Bugeaud'sches Ministerium sey, hatte sich endlich entschlossen, mit Dufaure, „dem Manne der Versöhnung und des Fortschrittes“ anzuknüpfen. — Dufaure verlangte aber die Entfernung Bugeaud's! So schwer dies auch dem Elysée dünkte, biß man doch in den sauern Apfel und sagte zu. Alles schien in Ordnung und der Moniteur sollte morgen das neue Conciliations-Ministerium bringen. Da schreibt heute früh Dufaure an Bonaparte, daß er nach reiflicher Ueberlegung an keiner Minister-Combination in diesem Augenblick theilnehmen könne. Dieser Absagebrief, der von den Poitiers als ein neuer Beleg dafür ausgebeutet wird, wie schwer man sich auf den schlauen Dufaure verlassen könne, hat den Präsidenten zu der Erklärung veranlaßt, daß er keine neuen Negoziationen anknüpfen, sondern so lange warten wolle, bis sich der Charakter der Kammer-Majorität herausgestellt habe.

Heute fand die erste legislative Versammlung statt. Alterspräsident Keratry eröffnete dieselbe. Barrot (tiefe Stille): Bürgervertreter! Nach dem Wortlaut der Verfassung ist die Versammlung mit vollem Recht zu Stande gekommen. Sie erhielt ihren Auftrag vom Willen der

Nation und der Verfassung. Die Exekutivgewalt muß sich darauf beschränken, um die Thatsache zu konstatiren und sich den Hoffnungen beizugesellen, die Ihr Präsident eben aussprach.

Die Exekutivgewalt ist von der Verfassung dazu berufen, Ihnen eine Darstellung der allgemeinen Lage zu überweisen. Sie wird sich beeilen, dies zu thun, sobald sich die Versammlung definitiv konstituirt haben wird.

Lacrosse bemerkt einige Worte hinsichtlich der Saaländerung.

Dann zieht sich das Haus in die Abtheilungen zurück, von wo es heute schwerlich in öffentlicher Sitzung zurückgehen dürfte.

Strasburg, den 26. Mai. Die Elsässer scheinen entschlossen zu seyn, für ihre rheinischen Nachbarn im Drange der Gefahr einzustehen. Die gestrigen und heutigen Journale von Strasburg und Colmar, sowohl die blauen als die rothen, enthalten nicht nur leitende Artikel, welche die Sache der Pfalz und Badens für eine Lebensfrage der französischen Nation erklären, sondern auch die Anzeige einer nächstens stattfindenden großen Volksversammlung, wo eventuelle Maßregeln beschlossen werden sollen. Die Stimmung des obern und untern Elsasses erklärt sich am besten aus der jüngsten Repräsentantenwahl, beide Departements haben unter 22 Abgeordneten 19 Montagnards gesandt. Mehrere Nationalgardenkorps beschäftigen sich bereits mit der Auswahl der Mobilgarde. Nicht minder kampflustig scheint die Armee gestimmt.

Oesterreichische Staaten.

Wien, 28. Mai. Nach Berichten aus dem Hauptquatier bestätigt sich die Einnahme Ofens in der geschilderten Weise; die fernere Ausgabe des verdächtigen Extrablattes wurde gestattet und die Wiener Zeitung bringt die Nachricht heute selbst, ohne des Verrathes der Italiener Erwähnung zu thun. Als Ersatz für die traurige Nachricht über die Einnahme Ofens kam heute die amtliche telegraphische Depesche von Triest, daß Malghera gestern von der österreichischen Armee besetzt wurde; die Details fehlen. Nun kann sich Venedig nicht mehr lange halten. Ungarische Journale sprechen von einem Schreiben des französischen Präsidenten Ludwig Bonaparte an Kossuth, in welchem er letztern nach Paris zu einer persönlichen Besprechung einlade. Solche Fabeln tischen die Insurgenten ihren Landsleuten auf.

Schweiz.

Bern, den 25. Mai. Nachdem im Nationalrathe drei Tage lang über die Aufhebung der Militärkapitulationen gestritten worden ist, hat er heute folgenden Beschluß gefaßt: 1) Die Militärkapitulationen sind mit der Ehre und Würde der Eidgenossenschaft unverträglich. 2) Der Bundesrath wird aufgefordert, die geeigneten Schritte zur Auflösung der Kapitulationen zu thun, und über das Resultat Nachricht zu geben. 3) Der Bundesrath soll die Auflösung im Namen der Eidgenossenschaft aussprechen, und die Rückkehr der Truppen bewirken, wenn dieselben zu einem Angriffe gegen fremde Staaten, insbesondere gegen solche verwendet werden sollen, die man in ihrem Selbstconstituirungsrechte hindern wolle. 4) Alle Werbungen im Gebiete der ganzen Eidgenossenschaft sind untersagt. Diese Beschlüsse wurden durch Namensaufruf mit 60 Stimmen gegen 37 gefaßt.

(Frkf. O.-P.-Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

A n z e i g e n.

Freie christliche Gemeinde.

Sonntag den 3. Juni Früh 10 Uhr Gottesdienst im Katharinen-Saale, geleitet durch Prediger Bäthig.

Nachmittags 3 Uhr Gemeinde-Versammlung und Aeltesten-Wahl ebendaselbst, wobei jedoch nur mit Karten versehene Mitglieder zutritt haben.

Der Vorstand

D a n k.

Den edlen Freunden unseres Sohnes, Bruders und Verwandten, welche denselben am zweiten Pfingstfeiertage aus dem Wasser zogen und zu seiner Rettung alles anstrengten, was in ihren Kräften stand, sowie dem Herrn Wirthschaftspächter F i s c h e r auf dem Dutzendteich, der den Unglücklichen so bereitwillig in sein Haus aufnahm und Hilfe darbot, dann allen Freunden und Bekannten, welche den Verstorbenen zu seiner Ruhestätte begleiteten, sagen die Unterzeichneten ihren innigsten Dank und bitten Gott Veranlassung zu geben, bei freudigen Gelegenheiten ihnen dienen zu können.

J o s e p h D ö r r b a u m, Schellenmacher,
im Namen sämmtlicher Hinterbliebenen.

Politischer Verein.

Samstag Abends 8 Uhr Versammlung im Saale des Neubauers-Garten in Gostenhof.

Industrie- und Kultur-Verein.

Sonntag den 3. Juni

Gesangunterhaltung (Doppelquartett)

Anfang fünf Uhr.

Wald-Wolle-Offerte.

Die **Wald-Wolle**, eine der großartigsten Erfindungen unserer Zeit, ist eine auf eigenthümliche Weise gewonnene hanfartige Faser, im gröberen Zustande gezupften **Roßhaaren** ähnlich, die sie vollkommen ersetzt und wegen der großen Billigkeit allgemeine Anerkennung findet. **Die rohe Wald-Wolle** dient zu Polsterungen von Möbels, Matratzen, Wägen, Decken und Kissen und kann wegen ihres **kräftigen Aroma's** weder **dunstig** noch **modrig** werden, ist das sicherste Mittel gegen **Motten** und **Bettungeziefer** und verhindert **die Verbreitung der fixen Kontagien** (Ansteckungsstoffe), deren Mittheilung durch Woll- und Federdecken, Strohsäcke ꝛc. sehr begünstigt wird. Ihr balsamisch-aromatisches Prinzip ist der Grund ihrer Heilkräftigkeit und darüber, so wie über ihre Anwendung, liegen die besten Zeugnisse von der **königlichen Garnison-Verwaltung** und der **oberschlesischen Eisenbahn-Werkstatt** in Breslau, von **Dr. J. J. H. Ebers, k. p. geh. Med.-Rath und erstem Arzt des Kranken-Hospitals zu Allerheiligen in Breslau, von der königl. Charite-Direktion in Berlin, von Dr Haller, Primärarzte des k. k. Niederösterreichischen Provinzial-Strafhauses in Wien, vom Oberpost-Direktor und geh. Rechnungs-Rath Kampffer in Breslau** ꝛc ꝛc. und vielen andern zur Einsicht bei mir vor. — **Die Wald-Wolle** wird durch fortgesetzten Gebrauch immer **geschmeidiger** und **anschmiegsamer** und erleidet durch **Waschen keinen Verlust an ihrer Elastizität**. Dies nützliche Produkt ist bei Unterzeichnetem vorräthig und siehet vielen Aufträgen entgegen.

Sal. Ludwig Krauß,
Theresienstraße S. Nr. 551 in Nürnberg.

Das bei der Bereitung der Waldwolle gewonnene ätherische Oel „**Waldwoll-Oel**“ ist als **Einreibung** bei schmerzhaften rheumatischen, wie Nervenleiden und Lähmungen, Erfrierungen ꝛc. von außerordentlicher Heilkraft und verdient von den Leidenden beachtet zu werden.

(G e s u c h.) Eine Hausmagd wird sogleich anzunehmen gesucht.

Mit allerhöchster Genehmigung des königl. Ministeriums des Innern.

EAU D'ATIRONA

oder feinste flüssige Toilettenseife gegen Sommersprossen, Leber- und andere gelbe und braune Flecken so wie sonstige Hautunreinheiten von **Carl Kreller** in Nürnberg.

Diese treffliche Atironaseife befreit die Haut leicht und schmerzlos von den genannten Flecken und andern Unreinheiten, stärkt und schützt sie vor den schädlichen Einflüssen der wechselnden Witterung, deren Angriffen sie bei fleißiger Benützung ganz widersteht, erhält die Haut weiß, geschmeidig und in frischem belebtem Ansehen und zeichnet sich noch besonders durch den angenehmsten Wohlgeruch aus; sie gehört daher mit vollem Rechte zu den ersten Schönheits- und Verjüngungsmitteln, die je in den öffentlichen Verkehr gekommen sind. Die Zeugnisse berühmter Chemiker und Aerzte über die Bewährung dieses höchst wirksamen und ganz unschädlichen Mittels sind genügend bekannt. Ich empfehle daher dieses Eau d'Atirona allen Damen und Herren, welchen an Reinhaltung ihrer Haut gelegen ist, und gebe das große Glas zu 40 kr. und das kleine zu 20 kr. sammt Gebrauchszettel ab.

Nicht weniger Empfehlung verdienen:

Mailändischer Haarbalsam zur Erhaltung, Verschönerung, Wachsthumsbeförderung und Wiedererzeugung der Haare, das große Glas zu 54 kr. und das kleine zu 30 kr. nebst Bericht mit vielen authentischen Zeugnissen über die Wirksamkeit dieses erprobten Haarwuchsmittels;

Eau de Mille fleurs nach neuester Pariser Composition, welches das lieblichste und feinste aller bis jetzt bekannt gewordenen Parfüms darstellt; das große Glas zu 36 kr. und das kleine zu 18 kr.

Duft-Essig, ein vortreffliches Zimmerparfüm und Luftreinigungsmittel, dessen höchst angenehmer erquickender und belebender Duft den verwöhntesten Geruchssinn befriedigt und ergözt. Preis pr. Glas 15 kr. Auswärtige Bestellungen finden prompte Vollziehung, wenn die Beträge gleich frankirt mit eingesendet und für Verpackung nach Umständen 3 bis 6 kr beigefügt werden

Carl Kreller, Karlsstrasse S. No. 91

Auktions-Anzeige.

Am Montag den 11. Juni d J, Vormittags 8 Uhr anfangend, werden in dem Hause S. Nro 1586 am Egidienberg aus dem Nachlaß des verstorbenen Herrn Gottfr. Simon U h l verschiedene Gegenstände an Haus- und Küchengeräthen, Weißzeug, Zinn, Kupfer, Messing, Stock- und Taschenuhren, Gold und Silber, Kleidungsstücken u. s. w. an den Meistbietenden gegen baare Bezahlung verkauft, und Kaufsliebhaber dazu höflichst eingeladen.

Versteigerung.

Im Hause Nro. 12 bei Weilhof findet

Montag den 4. Juni von Morgens 9 Uhr an der Verkauf von Zinn, Kupfer, Porzellain, Gläsern, Weißzeuch, einem Bett, 2 Garnituren, Sopha und Sessel und zwei Kommoden von Nußbaumholz, alles modern und neu, dann mehreren Behältern, Kommoden, Speiß- und andern Schränken, Tischen, einer Wäschmang und anderen Hausgeräthschaften, nebst Weinfässern, einem $\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{8}$ bayerischen Eimer, gegen Baarzahlung statt, und werden Kaufsliebhaber eingeladen.

Kißkalts-Zwinger.

Samstag den 2. Juni findet vollständige Orchester-Musik statt. Entree à Person 6 kr. Wozu hiemit höflichst einladet

Anfang 5 Uhr.

Kißkalt.

Verein deutscher Frauen.

Versammlung den 4. Juni im Schalkhäusers Garten. Künftighin findet dieselbe am e r s t e n Montag jeden Monats statt.

Der Vorstand.

Musikalischer Verein Cäcilia.

Montag den 4. Juni ist Produktion im goldenen Adler. Anfang 6 Uhr.

Der Vorstand.

(Z u v e r m i e t h e n.) Ein heiteres, gut möblirtes, noch in Mitte der Stadt sich befindendes Logis, aus einem Wohn- und Schlafzimmer bestehend, von welch beiden man über die Gasse die Aussicht in ein schönes Gärtchen hat, ist bis Mitte dieses Monats an einen oder zwei ledige Herren zu vermiethen.

(Z u v e r k a u f e n.) Eine Anzahl Sprosser-Nachtigallen sind zu hören und zu billigen Preisen zu haben im grünen Jäger in der Hirschelgasse.

(Z u v e r k a u f e n.) Ein Bauplatz, zur Anlegung eines Wasserwerkes, circa 4 Stunden von Nürnberg entfernt, ist billig zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Blattes.

(Z u v e r k a u f e n.) Ein Stutzen mit Handbajonnet, 6 Stück Sessel von Kirschbaum-, 6 Stück Sessel von Nußbaum-, 6 Stück Sessel von Eichenholz und 3 Stück wiener Sophas sind billig zu verkaufen

---

(Z u v e r k a u f e n.) In S. Nro. 940 im Brechtelsgäßchen ist ein eichenes Sopha, ganz gut gepolstert, nebst einem gebrauchten Backensessel billig zu verkaufen

---

(P a c h t - G e s u c h.) Man sucht eine im besten Betrieb stehende Bierwirthschaft, wo möglich auf der Lorenzer Seite sogleich oder bis Ziel Laurenzi zu pachten. Offerten mit den Buchstaben A. B. C. besorgt die Exp. d. Blattes.

(G e s u c h.) Eine Köchin, welche gut kochen kann, sich auch willig jeder andern Hausarbeit unterzieht, wünscht täglich in Dienste zu treten.

(G e s u c h.) In eine solide Wirthschaft wird sogleich ein junges Mädchen von angenehmem Aeußern, welche hübsch nähen kann, in Dienst zu nehmen gesucht. L. Nro. 1403 der Rußgasse.

(G e s u c h.) Ein junger Mensch von guter Erziehung und Bildung, kann als Lehrling in einem frequenten Conditorei-Geschäft dahier placirt werden durch das Commissions-Bureau von H. A. Gerz, S. 771.

(A n z e i g e.) Vor ohngefähr 8 Tagen ist ein Sonnenschirmchen im Laden Nro. 82 am Roßmarkt stehen geblieben. Die rechtmäßige Eigenthümerin kann denselben dortselbst in Empfang nehmen.

Theater-Anzeige.

Wegen mehrerer zur Bequemlichkeit des verehrlichen Publikums nothwendiger Bauten in der »Arena« ist Sonntag keine Vorstellung.

Die Direktion des Stadt-Theaters.
G. Winter.

Berichtigung.

In dem Einleitungsartikel unseres gestrigen Blattes soll es am Schluße heißen: G e i s t statt Christ und E r d t h e i l statt Erdthal, was hiemit berichtigt wird.

Ein Geheimniß.

(Fortsetzung.)

„Ich wiederhole es Ihnen, Herr Graf," sagte eine kräftige und rauhe Stimme, ... „ich will die Frau Fürstin sprechen, ... und ich werde sie sprechen, ... Ihnen ... und der ganzen Welt zum Trotz ..."

„Der Herzog!" ... sagte die Marschallin erblassend ... „Wenn er mich hier findet, ist Alles verloren!" ....

„Hier, Madame, ... treten Sie herein," sagte Blanche, indem sie ihr Schlafzimmer öffnete, aus dem die beiden Kinder drangen, ohne ihre Mutter zu sehen, und auf die Fürstin zuliefen, um sie mit ihren Armen zu umschlingen. ...

Die Herzogin blieb einen Augenblick auf der Schwelle stehen, sah einen Augenblick lang mit einem rührenden Ausdruck von Zärtlichkeit und Schmerz die Kinder an, indem sie in diesem süßen Anblick ihre Gefahr vergaß, und verschwand erst in dem Augenblick, in welchem die Thür des Salons geöffnet wurde.

„Vergebung, Madame," sagte Graf Boromjoff, indem er mit dem Herzog eintrat; „ich traf den Herrn Herzog an der Thür Ihres Hotels, als ich eben kam, um mich nach Ihrem Befinden zu erkundigen, und der Herr Marschall hat mich so sehr gebeten, Ihnen aufwarten zu dürfen, daß ich nicht mehr glaubte, ihm die Erfüllung des Wunsches versagen zu dürfen, Ihnen vorgestellt zu werden." ...

In diesem Augenblicke trat die Marquise von Montaran ein. ...

Ihre Augen glänzten in sanfter Freude, die lebhaft gegen die äußere Trauer der jungen Frau abstach.

Die gute Mutter wollte ihrer Tochter eine süße Ueberraschung bereiten,

— — — — — — — — — — — — — — — —

— — — — — — — — — — — — — — — —

— — — — — — — — — — — — — — — —

— — — — — — — — — — — — — — — —

Sie grüßte die beiden Anwesenden und setzte sich neben Blanche. ...

er sie mit lebhafter Aufmerksamkeit betrachtete, „daß er sich erboten hat, Beweise für seine Behauptung zu bringen."

„Mein Herr," antwortete Blanche, indem sie einen heroischen Beschluß faßte, „da mein Unglück will, daß ein Geheimniß, von dem meine Ehre abhängt, schmachvoll der Oeffentlichkeit preisgegeben wurde, bin ich Ihrem edelmüthigen Verstande volles Vertrauen schuldig; dieser Mensch hat die Wahrheit gesagt ... die Kinder, die Sie bei mir sehen, ... sind die meinigen, ... und ... der Fürst Megerski ist ihr Vater!" ...

„Meine Tochter!" .. rief die Marquise von Montaran, indem sie sich rasch erhob und einen niederschmetternden Blick der Wuth und Verachtung auf Blanche schleuderte, „meine Tochter ... entehrt! ... Unglückliche! ... Ich fluche dir!" ...

18.

Die Aufforderung.

Indem sich der Marschall der jungen Fürstin vorstellte, hatte er geglaubt, den unsichtbaren Faden zu erfassen, der ihn an das Ziel seiner Rache führen sollte.

Nach den ersten fruchtlosen Versuchen, die er auf die Anzeigen jenes Brieffragments hin angestellt hatte, welches den Händen der Räuber von Astorga entgangen war, hatte er darauf verzichtet, seine eifersüchtigen Nachforschungen nach dieser Seite hin zu verfolgen. Da wurde er von Pierre, diesem niederträchtigen Spion, unterrichtet, daß die Herzogin sich manchmal am frühen Morgen zu Fuße nach der Plaine Beauvau in einen Pavillon begebe, der an die Wohnung der Fürstin Megerski stoße.

Anfänglich glaubte er, dieser Pavillon sey ein Rendezvous-Ort, einer jener geheimen Liebestempel, von denen eine so große Anzahl in Paris existirt, bloße Copien der ehemaligen „petites maisons", ohne den Luxus und die Pracht von Richelieu, la Popelinière, Lauraguais oder Beaujon. Aber er erhielt Beweise, daß kein Mann jemals dieses einsame Haus betrat, das nur von einem Fremden und zwei Kindern bewohnt würde.

Es war also die Fremde oder ihre Kinder, die die Herzogin

taran mit seiner jungen Frau zusammenwohnte,... die Unruhe, die die Herzogin beim Anblick des schönen Fremden empfand,... der Zusammenhang der romantischen Verwundung desselben mit den Blutspuren, die im Garten des Pallastes der Königin gefunden wurden, ... alle diese Anzeichen waren die ersten Gänge der unterirdischen Mine, die der unversöhnliche Gatte mit unbeugsamen Willen anlegte.

Die scandalöse Ballscene, zu deren Zeuge der Zufall ihn machte, die heftige Entrüstung, mit der Blanche die ihr zugeschriebene Mutterschaft zurückwies: alles das brachte Licht in diese Finsterniß, die den Marschall umgab. .. Daher kamen auch die furchtbaren Worte, die er an die Herzogin in einem Anfalle von Wuth, dem er nicht Meister werden konnte, gerichtet hatte: „Entweder diese Kinder gehören der Fürstin, die sie verläugnet, oder sie gehören Ihnen, die sie ins geheim besucht.

Mit Hoffnung im Herzen begab er sich zu Blanche; aber die Erklärung der jungen Frau, das förmliche Geständniß, das sie über ihren Fehltritt ablegte, der majestätische und furchtbare Zorn der Marquise, verwirrten noch einmal seinen Ideengang, erschütterten seinen Verdacht ... und er verließ trostlos das Hôtel Montaran.

In der That war nichts grausamer für einen Mann seines Charakters, als die Gewißheit eines Verrathes, dessen materielle Beweise seinen Händen stets entschlüpften.... Er kannte seine Entehrung und konnte sich nicht rächen.... Sein Arm war bewaffnet, und er wußte nicht, wohin er den Streich führen sollte!....

Ein unvorhergesehener Zufall änderte plötzlich diese Situation und führte die Scene herbei, die wir beschreiben wollen.

Alles war ruhig, Alles schlief im Hôtel, das der Herzog von A.. allein bewohnte. Es war in der Nacht, die dem Besuche des Marschalls bei der Fürstin Metzerdli folgte.

Der Herzog allein wachte.

Das Haupt in die Hände gestützt, schien er seit vielen Stunden in eine düstere Unbeweglichkeit versunken.

(Fortsetzung folgt.)

Jacob Steen.

(Fortsetzung.)

So, so, sagte Velasco mit zurechtweisendem höhnischem Ton; es scheint, es will das Bauernvolk in diesem Lande den Degen tragen und sich mit Edelleuten messen.

Unsern Gesetzen gemäß hat die Gilde der Waffenschmiede das Recht, den Degen zu tragen. Wünschen Sie übrigens auch einen Beweis, daß ich ein Edelmann bin, bevor Sie mir erlauben, mit einem von Ihren Edelleuten das Schwert zu kreuzen, so bin ich auch hierin im Stande, Ihnen zu genügen. Ich bin der Sohn eines tapferen Obersten, dessen Name weder unbekannt noch unberühmt ist. Der Friede von Münster hat ihm freilich das Schwert aus den Händen genommen.

Aber wie soll ich denn die Edelleute meines Gefolges finden, welche Sie beleidigt haben?

Merken Sie sich nur diesen Degen, der mit Buchstaben gezeichnet ist; ich habe ihn dem unverschämtesten und feigsten abgenommen. Als ich ihn im Handgemenge biß, schrie er wie ein altes Weib.

Du lügst, bei unserer lieben Frau, du lügst! rief der H[...] zog, außer sich vor Wuth, als die drei Buchstaben E. V. [...] (Estevan Velasco Tovar) ihm das Schwert als die Wa[...] seines Sohnes ankündigten. Der Eigenthümer dieses Deger[...] hat sich vielleicht einen Augenblick vergessen können, aber en[...] rissen hast du ihm diesen Degen nicht; du hast ihn gestohle[...] Elender!

Der Herr Herzog kennen also das Schwert, erwiderte je[...] Jacob Steen ganz trocken; — ich habe es mir halb und ha[...] vermuthet; es ist jedenfalls der beste Beweis, daß ich die Wah[...] heit gesagt. Haben Sie gefälligst die Güte und lassen S[...] dem Eigenthümer dieses Degens sagen, wenn Sie ihm denselb[...] zurückgeben lassen, er solle nur einmal hier herkommen. Gebe[...] Sie mir alsdann einen Dolch, ein Messer oder was Sie son[...] wollen, nur auf zehn Minuten und ich werde ihm währen[...] dieser kurzen Zeit zum zweitenmale den Degen abnehmen un[...] seinem adeligen, vielleicht herzoglichen Wappen eine unaus[...] löschliche Schande anthun.

Elender! rief der wüthende Herzog, aus meinen Augen[...] oder ich lasse dich in den Kerker werfen und binnen zwe[...] Stunden aufhängen!

Spanische Gerechtigkeit! feig gegen die Großen und har[...] gegen die Kleinen. Nun, Gott ist geduldig, weil er ewig ist; die Rache ist aber auch geduldig, Herr Herzog! nur nicht so[...] lang wie Gottes Geduld, weil der Mensch nicht ewig ist. Sie[...] werden vielleicht wieder einmal von mir hören.

Hierauf nahm Jacob gelassen seinen Hut, setzte ihn auf und ging der Thüre zu. Hier standen vier von des Herzogs Leibwache, welche auf den Lärm, den ihr Herr gemacht, herbeigekommen waren.

Jetzt schrie der Herzog diesen zu: Wenn dieser Mensch je wieder die Unverschämtheit hat, sich hier zu zeigen, so schlagt die Schafte eurer Hellebarden auf seinem Rücken entzwei.

Jakob kehrte sich um, lächelte, sich seiner Riesenkraft bewußt, dem Velasco spöttisch zu und empfahl sich ironisch, als hätte ihm die Audienz die vollkommenste Genugthuung gewährt.

Der Diener, welcher ihn vorher hineingeführt hatte, sagte ihm ganz leise, es scheint, als sey der gnädige Herr von deinem Muster nicht sehr eingenommen worden.

Jacob erwiederte: Seine Exzellenz der Herr Herzog-Statthalter ist ein großer und hochherziger Herr; halten Sie ihn in hoher Ehre. Den Diener grüßend entfernte er sich dann.

3.

Acht Monate waren seit der so unglücklich abgelaufenen Audienz von Jacob Steen verflossen. Während dieser Zeit hatte er seinen Haß angefeuert und seine Rache wie einen Dolch geschliffen, der einem zu jeder Stunde dienen soll. Für unbefangene Beobachter arbeitete er wie früher Tag für Tag mit besonderer Vorliebe in seinem Geschäfte. Wie früher fuhr er fort die Hefte der Degen und Dolche zu ciseliren, indem er dabei lustige Lieder sang. Seine Werkstatt war in der Kanterstraße, in derselben, wo die meisten Waffenschmiede ihre Läden hatten und wo man die reichen und schönen flämischen Waffen und die weltberühmten Degenklingen und Büchsen fand, welche als Meisterstücke von getriebener Arbeit und fast übermenschlicher Geduld bekannt waren.

Die Werkstatt des Jacob Steen war indessen diejenige, wo man die lustigsten Lieder und die am weitesten klingenden

...r einem zu jeder Stunde bereit ... ...ter arbeitete er wie früher Tag ... ...liebe in seinem Geschäfte. Er ... ...ie der Degen und Dolche ... ... Lieder sang. Seine Werkst... ...derselben, wo die meisten Gebräu... ...nd wo man die reichen und schön... ... weltberühmten Degenklingen ... ...Meisterstücke von getriebener Ar... ...Geduld bekannt waren.

Jacob Stern war indessen ... ...eter und die am weitesten ...

...blickten an den Straßenecken ein dämmerndes Licht auf die beschneiten Straßen. Die Kälte war schneidend und so durchdringend, daß Jacob sich tief in seinen Mantel wickelte und mit eiligen Schritten in die Gasse trat, wo Doktor Sander wohnte, den er noch wach zu finden hoffte. Als er sich dem Kloster näherte, in dessen Nachbarschaft des Arztes Wohnung sich befand, schien es ihm, als folgten ihm drei Männer Schritt für Schritt. Dieses Benehmen würde ihn indessen weniger überrascht haben, wenn nicht plötzlich zwei andere Personen sich von der entgegengesetzten Seite gezeigt hätten, welche ihm entgegeneilten. Als er das sah, versuchte er, um jeden Ueberfall zuvorzukommen, sich rücklings gegen die Mauer zu stellen, um so

... einer von uns hingehen und ihr sagen, daß du bald wieder zurückkommst

Wenn ich euch einen Dienst leisten kann, ohne gegen meine Ehre und mein Gewissen zu fündigen, so lasset mich erst selber nach Hause gehen, damit ich meine Frau beruhige, und alsbald werde ich mich finden lassen, wo ihr mir bestimmen werdet. Da ihr mich kennt, so wisset ihr auch, daß das Wort von Jacob Stern heilig ist, und daß ihr mit ihm nicht so geheimnißvoll zu thun nöthig habt.

Genug geschwätzt! dummes Zeug! bindet ihm ein Tuch vor die Augen und dann vorwärts! sagte jetzt der eine, der immer gesprochen hatte und Führer dieses nächtlichen Zuges

zu seyn schien. Zugleich hielt er dem Jakob Steen eine Pistole vor, so daß dieser wohl einsah, alle Gegenwehr sey vergeblich, und sich geduldig fortführen ließ.

Nachdem die Unbekannten ihm erst ein Tuch vor die Augen gebunden, faßten sie den Waffenschmied unter die Arme und hoben ihn in einen Wagen, der schnell mit ihnen davonrasselte. Sie fuhren ungefähr eine Viertelstunde.

Jetzt noch ein bischen Geduld, wir kommen gleich an, sagte nun der Unbekannte

Ihr habt gut schwatzen, erwiderte Jacob; ihr wißt, wo es hingeht und was vorgeht; aber ich weiß und sehe gar nichts. Ihr seyd viele und dazu noch bewaffnet. Ihr würdet sonst nicht so mit mir umgehen, darauf gebe ich euch mein Wort.

Der Wagen hielt endlich stille. Man ließ den Waffenschmied absteigen und warf ihm, wahrscheinlich aus Vorsicht, daß er nicht etwas entdecken möchte, noch einen Mantel über den Kopf. Zwei Männer faßten ihn wieder unter den Armen und führten ihn eine Treppe hinauf, welche sehr feucht und kalt schien; dann ging es durch mehrere Zimmer, welche jedesmal hinter ihnen geschlossen und verriegelt wurden. Alle diese Maßregeln, welche eine große Vorsicht und folglich ein ganz außerordentliches Ereigniß andeuteten, begannen endlich doch dem Gefangenen Argwohn einzuflößen, als man grade stehen blieb.

Jetzt, sagte Jacob, nehmt mir doch um Gotteswillen den Mantel ab, sonst muß ich ersticken. Wenn ihr es nicht schnell thut, so hebe ich ihn nebst der Binde selbst ab und komme dann, was will ... So ist es recht. Saget jetzt; was wollt ihr von mir? Hütet euch aber, daß es nichts Unehrbares sey; denn obgleich ihr viele und bewaffnet seyd, so würde ich mich doch so gut wie möglich vertheidigen. Wer kann wissen, ob ich mich nicht durchschlage. Seid jedenfalls überzeugt, daß es wirklich besser ist, mich wieder hinzubringen, wo ihr mich gefunden, als etwas von mir zu fordern, was meine Ehre mir nicht erlauben würde.

Schweige und warte, sagte jetzt der Unbekannte; es wird binnen wenigen Minuten jemand zu dir kommen, der mit dir sprechen wird; bis dahin bleibe ruhig und schweige. Es gilt weder deinem Leben noch deiner Ehre. Ich lasse dich jetzt allein; bald wirst du alles vernehmen und sehen, was man mit dir vor hat.

4.

Durch diese Worte ruhiger geworden und von dem lästigen Mantel befreit nahm sich Jacob Steen vor, das Ende dieser geheimnißvollen Geschichte ruhig abzuwarten und sich nicht mehr mit der nutzlosen Erklärung derselben abzumühen. Sowie er sich allein befand, war seine erste Beschäftigung, die wenigen Augenblicke seiner Freiheit zu benutzen, den Ort, wo er sich befand, genau zu untersuchen. Zuerst versuchte er sich die Binde abzuziehen und siehe es gelang ihm; aber unmöglich war es ihm dennoch auch nur das geringste zu sehen, weil tiefe Finsterniß ihn umgab. Er stieß während der Untersuchung des Zimmers fast gegen alle dort befindliche Mobilien, deren Form und werthvoller Stoff ihn bald überzeugten, daß er in dem Hause einer sehr reichen und vornehmen Familie sich befinde Hierdurch noch mehr erregt, setzte er seine Untersuchungen immer genauer und eifriger fort, betastete die Wände und kam plötzlich an eine Thüre, welche sich auf sein Dagegendrücken öffnete. Nun faßte er den Entschluß, alles zu wagen und sich Kunde zu verschaffen, in welcher Wohnung er sich eigentlich befinde. Die Thüre führte auf einen langen und schmalen Vorplatz, welcher sich auf einen großen, vom Mondlicht schwach beleuchteten Hof öffnete. Nirgends war übrigens Licht zu verspüren. Das ganze den Hof umgebende Gebäude schien unbewohnt, denn alles war dunkel und stille wie das Grab. Auf der rechten Seite des Vorplatzes, der eigentlich mehr einer Gallerie ähnlich war, fand er Gemälde, welche theils Ritter mit alten Rüstungen in Lebensgröße, theils Edelfrauen in altmodischen und reichen Gewändern vorstellten. Jedes dieser Gemälde war mit einem Wappen geschmückt. Jacob widmete der Anschauung nur wenige Augenblicke, da er fürchtete, an dieser Stelle überrascht zu werden, und doch seine Freiheit so bald als möglich wieder zu erlangen wünschte.

Jacob war schon entschlossen, nach dem verlassenen Zimmer zurückzukehren, als er Töne hörte, welche ihn bis im Innern erschütterten und ihn nöthigten, stille zu stehen und zu horchen. Die Töne wiederholten sich und es schien, als seyen es die Angst- oder gar Schmerzensschreie einer Frau. Der Gedanke, daß vielleicht ein heimliches Verbrechen verübt werde und er Hülfe leisten könne, trieb den Waffenschmied vorwärts und feuerte ihn an, die Stelle zu erreichen, von wo das Geschrei kam. Das Geschrei ließ sich wieder vernehmen und wurde jetzt von einer rauhen Stimme unterbrochen, welche Steen bekannt vorkam. Er hatte ungefähr die Mitte des langen Vorplatzes erreicht, als er auf einmal gegen eine aufgehäufte Masse stieß, welche einen metallartigen Klang von sich gab. Die Masse mit seinen Händen befühlend, wurde es ihm bald klar, daß es eine von Panzerketten, Klingen, Schwertern und Dolchen zusammengesetzte Trophäe sey. Freudig überrascht suchte er mit der Sorgfalt eines Kenners mitten in dieser Masse und zog bald einen mailändischen Dolch hervor, den er fest packte und nun mit mehr Zutrauen als früher seine Entdeckungen fortsetzte. Auf einmal trafen die schon gehörten Töne wieder sein Ohr, grade von einer Stelle aus, wo er vorbeigegangen war. Er hörte sie jetzt deutlicher und fühlte an der Mauer, daß eine Thür sich daselbst befand. Er versuchte leise dieselbe zu öffnen. Es gelang ihm nicht, da sie fest verschlossen war. Er legte nun sein Ohr gegen dieselbe und überzeugte sich bald, daß er sich nicht geirrt und die Stimme des Sprechers schon gehört hatte. Die Stimme des schluchzenden Weibes aber, sowie die anderen Männerstimmen, welche er vernahm, kannte er nicht.

Plötzlich, als er über die bekannte Stimme nachgedacht, sprang er, wie vom Donner getroffen, entsetzt zurück, denn er hatte in jener bekannten Stimme die Stimme seines Todfeindes, des Don Ferdinand Velasco erkannt. Jetzt faßte er den Dolch noch fester in seiner kräftigen Hand, und bemühte sich, da er die Thüre nicht öffnen konnte, wenigstens irgend eine Oeffnung zu finden, um zu sehen, was innen vorginge, damit er sich alsdann nach den Umständen richten könnte.

Wie er so herumtastete und untersuchte, kam sein Auge an das Schlüsselloch; dieses Schlüsselloch erlaubte ihm, das Zimmer zu übersehen. Hier bot sich denn ein fremdartiges und entsetzliches Schauspiel seinen Augen dar.

(Fortsetzung folgt.)

Druck und Verlag von Wilhelm Tümmel S. Nr. 544 am Rathhaus.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 3. Juni 1849 **№ 154.** **Sonntag: Erasmus.**

·†† Politische Schlagschatten.

XVII.

Wem es nun noch nicht groß und klar vor Augen steht, was für Pläne dem deutschen Volke in die alte Geisteknechtung helfen sollen, der ist entweder für immer geblendet oder er will nicht hell sehen. Auch bornirte Optimisten und eingefleischte Reaktionäre sind zu dieser Gattung zu zählen. Waren wie nach den glorreichen Märztagen des vorigen Jahres zu der Meinung berechtigt, wir hätten eine deutsche Revolution, aus dem kräftigen Nationalwillen hervorgegangen hinter uns, deren Konsequenzen uns die Pforten der Einheit und Freiheit unseres großen Vaterlandes öffnen konnten, so will man uns jetzt nur ein Spiegelbild zeigen, das die Szenen eines politischen Trauerspiels mit einem französischen Vorspiel enthält, dem man gar zu gern ein russisch-preussisches Nachspiel anfügen möchte. Und wer hat allen diesen reichen Blüthendrang des Völkerfrühlings zerknickt? Offen gesagt, die nun desertirte Majorität des Frankfurter Parlaments. Welche Macht ward dieser Versammlung trotz mannichfacher Mißgriffe vom Vorpalamente noch überantwortet und wie leichtsinnig ist sie mit diesem Testamente umgegangen, wie hat sie sich Zweig um Zweig von dem grünen saftigen Baume der Volkssouveränetät abreißen lassen? Der größere Theil dieser stets bereiten Jamänner für Fürsteninteressen merkte es nicht einmal, weil diese Zweige vorsichtig abgerissen wurden, und die es merkten, schwiegen, weil es ihr eigner Vortheil war. Die dessertirte ehemalige Parlamentsmajorität theilt sich also in schlechte und dumme Vertreter der Nation, eine Zwischenlage ist nicht leicht zu denken.

Was war's für ein thörichter Jubel, als der Reichsverweser, durch Gagerns „kühnen Griff“ gewählt, in Frankfurt einzog, als er seine Proklamation erließ, der gemäß das Parlament die deutsche Reichsverfassung endgültig festzustellen hatte, welcher sich alle Deutschen, Völker wie Fürsten, unbedingt fügen sollten, weil sie fest erachtet wurde wie die deutschen Eichen und Berge? Und welche Zerfahrenheit, welche Niedergeschlagenheit herrscht nun, da fünf Mächte Deutschlands die Reichsverfassung nicht annehmen wollen, und zwar die fünf mächtigsten an Größe und materieller Kraft, während selbst von den Regierungen, welche sie anerkannt und theilweise beschworen, einzelne wankelmüthig zu werden scheinen? Wie reihte sich die burschenschaftliche Philisterwelt, die immer und immer den Kaiser Barbarossa mit seinem um den Tisch gewachsenen Barte im unterirdischen Schlosse schaute, um den „edlen“ Sprecher von Gagern, der beim Lichte betrachtet, Alle hinter's Licht geführt hat, die sich nicht der linken Seite des Hauses zuwandten. Auf der linken Seite ist das Herz und das Herz ist der Sitz der Liebe, also auch der Vaterlandsliebe. Ja, wäre nur nicht Alles so offen dagelegen gewesen, so hätte man noch sagen können: die guten Leute waren zu entschuldigen, sie kamen von ihren Geschäften in eine verwickelte Politik hinein, und da war's schwer, sich herauszufinden, so aber waren Gagern, Schmerling, Radowitz und Consorten die Führer, und ihnen gebührte vor Allem ein energisches Mißtrauensvotum. Statt dessen hat man diese Menschen in ihren Schlichen unterstützt. Der Malmöer Waffenstillstand war die erste Blamage der Abstimmungen in der Paulskirche und heute wieder schwankt die schleswig-holsteinische Frage und wird nur zum Nachtheile des deutschen edlen Bruderstammes durch Preussens Perfidie entschieden werden, während man schon vor einem Jahre den Inselkönig Dänemarks in die Gränzen seiner Schwäche verweisen und Recht schaffen konnte, wo das Recht seine Fahne aufpflanzen mußte, die Fahne des heiligen Völkerrechts, das aber stets durch die diplomatischen Winkelzüge der fürstlichen Kabinette verdreht wurde. Und wie war's mit der Centralgewalt? Je nachdem es den fürstlichen Interessen zusagte, wurde sie gehört, wo diese nicht im Spiele waren, sank die Centralgewalt zur Centralschwäche herab und diese Ohnmacht mußte etwas so Süßes in sich vereinigen, daß selbst der Reichsverweser, „trotzdem er ein Fürst,“ nicht verlangte, daß ihm mehr Ansehen verschafft würde. Der Reichsverweser verlangte es nicht, wahrscheinlich ja sicherlich, „weil er ein Fürst,“ das wirft eben ein Licht auf die gesammte Gagern'sche Politik. — E i n e m ä c h t i g e V o l k s w e h r z u s c h a f f e n , d i e s t e h e n d e n H e e r e z u v e r r i n g e r n , das war das Einmaleins, welches die Majorität der Paulskirche aber nicht begreifen w o l l t e . Jetzt ist die Heeresmacht da durch die Beschlüsse des Parlaments, wenn sie die Fürsten nicht gebrauchten, man müßte wahrlich glauben, sie wären sich selber feind und sie gebrauchen sie ja zur Herstellung der Ruhe und Ordnung in ihrem Sinne, der von Gottes Gnaden erleuchtet ist. M i t F r a n k r e i c h e i n B ü n d n i ß s c h l i e ß e n , m i t N o r d a m e r i k a w e g e n e i n e r F l o t t e u n t e r h a n d e l n , P o l e n w i e d e r h e r s t e l l e n a l s e i n e M a u e r g e g e n r u s s i s c h e B a r b a r e i , das waren politische Aufgaben, aber sie paßten nicht in den Kram der Gagern-Schmerling-Politik und daß sie nicht paßten, das freute Preussen ganz absonderlich, wollte Gott, diese Schadenfreude fiele in's Wasser, wie man gerne die Reichsverfassung, die Grundrechte und das demokratische Wahlgesetz mit einem Mühlstein am Hals in's Wasser werfen möchte. Wofür hat denn das Parlament ein Jahr lang beisammen gesessen, wofür hat Deutschland aus dem Mark seiner Völker die enormen Summen für die Abgeordneten und Ministerien und was noch drum und dran ist, verwendet? Dieses Fragezeichen bildet die Anklage gegen die gewesene Parlamentsmajorität, von welcher die meisten Mitglieder nun in ihren stillen Kämmerleins sitzen, um ihren Gedanken Audienz zu geben. Die größte Folter aber sind jene Gedanken, die über den Thaten schweben, welche die Richterin der Geschichte verurtheilen wird. Und dieses Gericht wird nicht ausbleiben gegen diejenigen, die ihm verfallen sind.

Deutsche Staaten.

M München, 31. Mai. Se. Maj. der König hat, wie man in der gestrigen Sitzung der Kammer der Abg. aus dem Munde des Präsidenten erfuhr, seit dem 22. d. Mts., also seit **9 Tagen** keine Zeit gefunden, die Adresse, in welcher ihm der Wille des Landes ausgedrückt werden soll, entgegenzunehmen. Zur Audienz für den preussischen General von Gerlach hat Sr. Maj. täglich eine Stunde Zeit; aber um den Ausdruck des Landes, um die heißen Wünsche seines Volkes zu hören, hat man in 9 Tagen keine Minute finden können! Höre es bayerisches Volk! Am 21. Mai haben deine Vertreter eine Adresse an deinen **konstitut.** König beschlossen, am 22. richtete der Präsident ein Schreiben an den **Ober-Ceremonienmeister** Sr. Maj. und bis **zum 31. Mai** hat man noch keine Zeit finden können, die Adresse entgegen zu nehmen!! Die Herren Minister regieren, gleichviel, ob mit der M a j o r i t ä t oder M i n o r i t ä t — s i e müssen wissen, was dem bayerischen Volke frommt; s i e müssen es besser wissen, als die Kammer der Abgeordneten! Die Herren Minister sind ü b e r z e u g t, daß die jetzige Kammer n i c h t den **wahren** Ausdruck des Landes vertritt und brauchen deshalb die Kammer nicht aufzulösen — sie wissen es, wie die Stimmung des Landes ist und handeln nach Pflicht und Gewissen. Der Herr von der Pfordten, in Verbindung mit dem neuen Säbelminister, wird die Sache schon richt machen; man wird dem Volke schon begreiflich machen mit Säbel und Kartätschen, was ihm nützlich ist. Der Herr Kriegsminister von Leiuire, der die Säbelherrschaft und den Bürgerkrieg weniger liebt als Hr. General Lüder und Hr. v. der Pfordten, wurde entlassen; es folgen, oder w o l l t e n wenigstens folgen die Herren von Forster und Aschenbrenner, die gleichfalls kein Vergnügen am Bürgerkrieg finden und keine große Freude dabei haben gegen die M a j o r i t ä t der K a m m e r, gegen den deutlich manifestirten Willen der immensen Mehrheit des bayerischen Volkes zu regieren. Man hat die beiden Ehrenmänner bewogen, vor der Hand zu bleiben, weil man wohl einsieht, welchen Eindruck es im Lande machen würde, wenn auch diese beiden Minister abtreten würden und nun von der Pfordten mit Ringelmann allein am Ruder bliebe, welch' letzterer trotz der Jugend- und Busen-Freundschaft mit seinem Kollegen v. d. Pfordten doch auch nicht **eine Seele** und **ein Gedanke** mit ihm ist, sondern wie wir aus verläßiger Quelle wissen, auch seine bedeutenden Skrupel gegen das jetzige System hat! Wollen wir sehen und abwarten, welche Folgen es haben wird, daß man das Wohl des Landes einer **einzigen Seele** opfert?! **Möge man zur Einsicht kommen, ehe es zu spät ist! Möge man zur rechten Zeit, der Stimme derjenigen Männer*) Gehör schenken, die ohne Eigennutz und Selbstsucht auf die bevorstehenden Gefahren hinweisen, die den einzig wahren Weg zu betreten rathen, der zur glücklichen Lösung, zur Beglückung und Wohlfahrt des Fürsten wie des Volkes führt!** —

München, 31. Mai. Wie es heißt, hat Bayern gegen den Einmarsch preussischer Truppen in der Pfalz protestirt. (B. Ldb.)

M München, den 1. Juni. Das Ministerium ist so sehr in Verlegenheit, wie es sich aus der fatalen Situation herausreißen soll, daß schon begonnen wird, durch Zwischenträger mit der Linken unterhandeln zu lassen. Ungeschickter freilich hätte das Ministerium seine Unterhandlungen nicht beginnen können, als damit, daß es Herrn Lerchenfeld, den Gestaltenseher Lerchenfeld, zum Zwischenträger macht. Wahrscheinlich glaubt aber das Ministerium, derselbe werde, vor lauter Angst und Besorgniß vor der nahenden r o t h e n Republik, vor der so nahe bevorstehenden allgemeinen Plünderung, ja, um es nur gerade herauszusagen, vor der wandernden Guillotine, eine solch' begeisternde Sprache führen, daß die ganze Linke seiner hinreißenden Rede nicht widerstehen könne. Die zu machenden Vorschläge sollen allerdings verführerischer Natur seyn; man soll, um sich in der deutschen Frage zu nähern, sogar bereit seyn, den Antrag auf Ausschluß der Pfälzer Abgeordneten zurückzuziehen! Das Ministerium und die Herren von der Rechten sind doch gar zu gütig! Weil man sieht, daß die Linke konsequent ist, weil man verschiedene Mißtrauensvoten der Urwähler befürchtet, weil man sich mit Preussen nicht so leicht verständigen kann, weil man sieht, daß man alberne Streiche gemacht, weil man sieht, daß man sich blamirt hat, weil man schlechte Nachrichten aus der Pfalz, aus Baden und Würtemberg empfangen, weil auch die französischen und ungarischen Nachrichten nicht zum besten lauten, weil man ahnt, daß Bayern düpirt werden soll, kurz, weil man nach und nach a n f ä n g t, einzusehen, daß man in jeder Beziehung ein gewagtes Spiel treibt, weil man a n f ä n g t, zu merken, daß man verloren ist, wenn man nicht nachgibt: deßhalb soll nun plötzlich eingelenkt werden. — Es wird sich nun zeigen, ob die Linke politisch, ob das linke Centrum stark ist? Halten die beiden Fraktionen zusammen, ist das linke Centrum standhaft, so ist der Sieg auch ohne Nachgiebigkeit und ohne Verletzung des Prinzips gewiß! Einem Lerchenfeld, einem Abel, und v. d. Pfordten kann man nicht die Hand bieten, noch weniger aber kann man solchen Leuten trauen, daß sie es mit einer Vereinigung aufrichtig meinen; daher möge die Linke mit aller Vorsicht verfahren, wenn sie überhaupt eine „V e r e i n b a r u n g“ nicht lieber ganz von der Hand weist.

*) Man wird ihrer gedenken, man wird sie vielleicht rufen, wenn keine Rückkehr, keine Umwandlung mehr möglich ist.

München, den 1. Juni. Auf die erledigte Landrichterstelle zu Dinkelsbühl wurde der bisherige Landrichter J. G. K. Vogel zu Marktsteft versetzt und demselben zugleich die Funktion eines Stadtkommissärs übertragen; auf die erledigte I. Landgerichtsassessorstelle in Bogen der dortige II. Assessor G. Brenner, auf die erledigte II. Landgerichtsassessorstelle in Bogen der II. Assessor M. Zierer bei dem Landgerichte Bamberg I. versetzt; auf die dadurch erledigte Stelle der II. Assessor K. M. Küster von Münchberg und zum II. Assessor bei dem Landgerichte Hollfeld der geprüfte Rechtspraktikant E. Müller aus Aschaffenburg ernannt. (N. M. Z.)

München, 31. Mai. General Gerlach kehrt morgen nach Berlin zurück; er überbringt das Ultimatum der bayer. Regierung, welches eine Einigung hoffen läßt, wenn man in Berlin von der einheitlichen Spitze abzulassen geneigt wäre; denn nur in diesem Punkte divergiren die Ansichten, in allem Uebrigen ist man einig. So wird aus guter Quelle versichert. — (A. Abdz.)

Aschaffenburg, den 31. Mai. Die Gefangenen der ziemlich angefüllten Frohnfeste dahier unternahmen gestern Abend einen Versuch zu ihrer Befreiung, welcher jedoch durch das Herbeieilen einer Abtheilung der wachhabenden Landwehr, der Vorstände der Stadt, und der zufällig versammelten Stadtwehr sogleich verhindert wurde. Von dem Sinne für Gesetz und Ordnung der hiesigen Bewohner war es zu erwarten, daß nicht der geringste Exzeß vorfiel und die Ruhe der Stadt nicht im mindesten gestört wurde. (Asch. Z.)

Karlsruhe, den 29. Mai. In vielen Lügenblättern wurde die Ansicht verbreitet, die Rastatter Bürgerwehr und Soldaten wollten verfassungstreuen Reichstruppen die Thore öffnen. Das ist falsch: Die Rastatter werden nur thun, was der regierende Landesausschuß verordnet, und haben Das gerade in der angegebenen Beziehung ausdrücklich erklärt. Unsere Soldaten sind überall vom besten Geiste beseelt. — Gestern sind mehrere würtembergische Soldaten hier angekommen, welche den Uebertritt größerer Schaaren von den zunächst an unserer Gränze stationirten würtembergischen Truppen anmeldeten. (Karlsr. Z.)

°* **Frankfurt,** den 31. Mai. Das Bureau der deutschen Reichsversammlung trifft bereits Anstalten, ihre in der letzten Sitzung beschlossene Uebersiedelung nach Stuttgart zu bewerkstelligen, wo sie ungestörter tagen zu können glaubt, als in Frankfurt, dessen republikanische Regierung zwar die Reichsverfassung anerkannt hat, die aber nicht Kraft genug entwickeln kann, sie zu schützen, wenn Preussen und seine Verbündeten ihre Standrechtsheere ziehen ließen, um die Reichsversammlung an ihren ferneren Beschlüssen gewaltsam zu hindern. Daß die Reichsversammlung, als eine souveräne, welche Eigenschaft ihr vom Anfang an vindizirt und nicht abgesprochen wurde, das Recht hat, ihren Sitz zu verlegen, ist keine Frage, die sich mit Nein beantworten ließe, hat sie ja doch damals, als der Krawall in den Septembertagen v. J. gerufen wurde von der Schmerling-Gagern'schen Polizeitaktik, und die furchtsamen Mitglieder der Rechten überall das Gespenst der Pöbelanarchie, der rothen Republik und des Kommunismus sahen, auch daran gedacht, in einer andern deutschen Stadt als Frankfurt das Werk ihrer Berathungen fortzusetzen, bis sie zu der Besinnung gebracht wurde, daß Frankfurt neben seinen alten historischen Erinnerungen doch auch den strategischen Vortheil umschließe, so gelegen zu seyn, daß von allen Seiten leicht Reichs-Truppen herbeigezogen werden können, daß man also in dem blinkenden Kranz von Bajonetten nichts zu fürchten habe von den Pöbelgelüsten der Republikaner. Diese zarte Beachtung und Betrachtung allein hielt die Versammlung ab, damals Frankfurt zu verlassen, durchaus nicht der Skrupel über Recht oder Unrecht der Emigration. Da aber jetzt diese Verhältnisse sich geändert haben, da nicht mehr die Anarchie von unten, sondern eine aristokratische Anarchie mit ihrem Gefolge auftritt, so muß der Reichsversammlung, die sich in Frankfurt nun auch nicht mehr sicher glaubt, dasselbe Recht zustehen, ihren Sitz zu verlegen und die Centralgewalt sammt dem verantwortlichen Reichsministerium müssen ihr folgen, wenn sie nicht lieber die deutsche Sache ganz aufgeben wollen. Die Versammlung ist zwar sehr zusammengeschmolzen, aber sie ist doch noch beschlußfähig, wie dieß aus ihren eigenen Bestimmungen geschäftsordnungsmäßig festgesetzt ist. Zudem kann ja ihre Ergänzung schnell wieder vorgenommen werden und hoffentlich kommt in diesem Falle ein anderer Körper zusammen, dessen Seele aufrichtiger die Einheit und Freiheit des großen deutschen Vaterlandes anstrebt und dieses Streben praktischer ins Leben einführt. Ist es ja doch längst der Wunsch aller wahren Patrioten gewesen, die volksfeindlichen Deputirten durch Mißtrauensvota zum Niederlegen ihrer Mandate zu bewegen, wodurch sie nur der parlamentarischen Sitte gerecht geworden wären. Jetzt, da die Furcht bei den edlen Herren ihre Schuldigkeit gethan, soll es auch nicht versäumt werden, die dadurch gebotenen Eventualitäten in die rechte Fährte zu bringen.

†° **Frankfurt,** 31. Mai, früh 8 Uhr. Ich komme eben von der Eisenbahn. Vergeblich habe ich versucht, nach Worms oder Darmstadt oder überhaupt in die Nähe des Kriegsschauplatzes zu gelangen. Die Convois sind lediglich zur Disposition des Militärs. Schon die ganze Nacht durch wurden Truppenabtheilungen befördert. Heute kreuzten sich Gerüchte verschiedener Art. Es soll ein bedeutender Schlag gefallen, das ganze dritte hessische Regiment aufgerieben seyn, mit Ausnahme der Ueberläufer. Die Bewegung soll äußerst günstig für die Volkssache stehen. Ich will Ihnen nichts verbürgen, denn Gerüchte widersprechen sich vielfach; ich theile Ihnen nur das am häufigsten Gehörte mit. Sobald nähere Nachrichten eintreffen, werden Sie dieselben erhalten. Frankfurt wird fast ganz von Truppen entblößt.

N. S. Eben höre ich, daß bedeutende französische Freischaaren über den Rhein nach Deutschland gerückt sind.

Frankfurt, 30. Mai. Der „Deutschen Zeitung" zufolge hat die preussische Regierung ihrem Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt, dem Herrn v. Kamptz, nachfolgende Depesche, d. d. Berlin, 18. Mai, zugehen lassen: „Aus Ew. Hochwohlgeboren und des Oberstlieutenant Fischer telegraphischen Mittheilungen vom 16. d. M. ersehe ich, daß Se. kais. Hoh. der Erzherzog Reichsverweser noch Anstand nimmt, auf die von dem letzteren ihm überbrachten diesseitigen Vorschläge einzugehen. Es ist in diesem Augenblicke nicht meine Absicht, die Folgen, welche daraus für unsere ganze Stellung, Frankfurt gegenüber, hervorgehen, näher zu besprechen und ich muß mir vorbehalten, die weiteren Beschlüsse der königl. Regierung Ew. Hochwohlgeboren demnächst mitzutheilen. Dagegen muß ich schon jetzt einen Punkt hervorheben, in welchem die kgl. Regierung, ohne weitere Autorisation von der Centralgewalt abzuwarten, sich zu selbstständigem Handeln genöthigt sieht. Das Verhältniß zu Dänemark kann nicht länger der schwankenden und unsichern Stellung Preis gegeben werden, in welche die Centralgewalt sich hat hineindrängen lassen, und die königliche Regierung hat sich deßhalb entschlossen, die Kriegführung und die Unterhandlung selbstständig in ihre Hand zu nehmen, wobei sie im Einverständniß mit den Regierungen handeln wird, welche sich ihr anzuschließen sich bereit erklärt haben. Ich ersuche Sie, in Gemeinschaft mit dem Oberstlieutenant Fischer, dies Sr. kaiserl. Hoheit dem Reichsverweser zu eröffnen und ihm die Gründe darzulegen, welche die kgl. Regierung bestimmen mußten, auch ohne förmliche Uebertragung von Seiten der Centralgewalt zunächst in diesem Einen Punkte die Leitung zu übernehmen. Daß die wichtigen materiellen Interessen Preussens und des ganzen nördlichen Deutschlands bei einer schleunigen Beendigung dieser Angelegenheit betheiligt sind, ist eben so klar, als daß faktisch nur Preussen allein jetzt im Stande ist, dieselbe zu bewirken. Daß die Reichsgewalt faktisch in diesem Augenblicke kein Gewicht mehr in die Schale, weder des Kriegs noch Friedens legen und weder den Krieg noch die Verhandlungen mit Nachdruck führen kann, darüber wird sich das Ministerium wohl selbst nicht mehr täuschen. Aber auch formell ist die Centralgewalt in diesem Augenblicke nicht mehr im Stande, die Angelegenheiten weiter zu führen. Das Gesetz vom 28. Juni v. J., welches ihre rechtliche Stellung definirt, verordnet Art. 4: Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt die Centralgewalt im Einverständniß mit der Reichsversammlung. Nachdem die kgl. Regierung sich durch die letzten Schritte der Reichsversammlung genöthigt gesehen, gegen jede Bedeutung ihrer weiteren Beschlüsse Protest einzulegen und die preussischen Deputirten abzuberufen, hat die Reichsversammlung uns gegenüber keine rechtliche Existenz mehr, und ein Einverständniß der in Frankfurt etwa noch fortlagenden Vertreter der übrigen deutschen Länder mit der Centralgewalt würde für uns ohne alle Bedeutung seyn. Von unserm Standpunkte aus müssen wir also erklären, daß der Centralgewalt für jene Fragen die Bedingung ihrer Action fehlt, und wir also weiteren Anordnungen derselben in Bezug auf Krieg und Frieden oder die Verhandlungen mit Dänemark keine Folge leisten, auch unsere Truppen in den Herzogthümern nicht länger unter den Befehlen der Centralgewalt lassen und der Gefahr aussetzen können, Anordnungen gehorchen zu müssen, welche aus dem Einverständniß mit einer auf keinem gesetzlichen Boden stehenden Versammlung hervorgegangen wären. Dies ist um so mehr der Fall, da das Ministerium der provisorischen Centralgewalt nach eben jenem Gesetz der Reichsversammlung verantwortlich seyn soll; es ist klar, daß wir den Regierungshandlungen eines Ministeriums, welches der von uns nicht mehr anerkannten Versammlung verantwortlich zu seyn durch sein Verbleiben im Amte fortfährt, keine Gültigkeit mehr beilegen können.

Es ist dabei aber unabweislich, daß die ganze Angelegenheit von Einer Hand geleitet werde, und die königliche Regierung hat sich daher entschlossen, unter ausdrücklich erklärter Zustimmung der zunächst betheiligten Regierungen von Hannover und Sachsen und in Erwartung des Anschlusses der norddeutschen Uferstaaten, diese Leitung für sich und die ihr verbündeten Regierungen zu übernehmen, indem sie Bayern so wie den übrigen Staaten, welche sich noch nicht erklärt haben, den Beitritt offen erhält. Wir werden demnach den königlichen Gesandten in London anweisen, daß er seine weiteren Verhaltungsbefehle nur noch von der königlichen Regierung zu empfangen und in ihrem und der ihr verbündeten Regierungen Namen zu unterhandeln habe. Gleichzeitig werden auch dem General v. Prittwitz entsprechende Weisungen zugehen. Ich darf hoffen, daß es Ew. Hochwohlgeboren gelingen werde, Se. kaiserliche Hoheit den Erzherzog-Reichsverweser von der Nothwendigkeit zu überzeugen, worin die königliche Regierung sich befindet, diesen Schritt zu thun, durch welchen allein noch eine befriedigende Lösung dieser verwickelten Frage möglich gemacht werden kann. Berlin, den 18. Mai 1849. Graf Brandenburg." — An den interimistischen Bevollmächtigten rc. Herrn v. Kamptz. Hierauf erwiederte der Erzherzog-Reichsverweser unter dem 23. Mai, er gehe deshalb nicht auf das Ersuchen Preussens in Betreff der Uebertragung der Oberleitung der deutschen Angelegenheiten ein, weil eine solche Uebertragung nicht durch unberechtigte und für Niemand verbindliche Handlungen ihres jetzigen Inhabers, sondern nur durch gesetzlichen Vorgang geschehen könne. Er könne nicht erwarten, daß Preussen in einer einzelnen Angelegenheit sich an die Stelle einer Gewalt setzen würde, für deren Uebertragung im Ganzen die Einwilligung aller Betheiligten fehle. Die Fortführung der dänischen Angelegenheiten durch die Centralgewalt werde keine so unglücklichen Folgen nach sich ziehen, wie ein erklärter Bundesbruch Preussens (Artikel XI. der Bundesakte); durch Preussens Verfahren allein werde die Führung der dänischen Angelegenheit schwankend. Und wenn Preussen den General Prittwitz eigenmächtig instruirt habe, so gibt der Erzherzog zu bedenken, daß Prittwitz als Befehlshaber der deutschen Armee in Schleswig-Holstein in der Pflicht des Reichs stehe. In der Voraussetzung, daß die jetzige Centralgewalt bald aufhöre und die dänische Angelegenheit auf anderem als faktischem Wege in Preussens Hände übergehe, würde es dem Erzherzoge schwer fallen, vorher noch durch öffentliche Verwahrung der Rechte der Gesammtheit und seiner eigenen Würde, so wie durch Verantwortlichkeitserklärung Preussens für sein früheres und jetziges Verhalten die Zerwürfnisse noch zu vermehren. Hierauf — forderte der Bevollmächtigte Preussens den Erzherzog Namens der preussischen Regierung auf, sofort sein Amt in die Hände Preussens niederzulegen. Ein entschiedenes „Nein" war die Antwort darauf.

Frankfurt, den 31. Mai. An der hessisch-badischen Grenze ist es gestern Abend in der Nähe von Heppenheim abermals zu einem Kampf zwischen großherzoglich hessischen Truppen und Freischaaren gekommen, und es scheint derselbe ernstlicher geworden zu seyn, als die Affaire von Oberlaudenbach. Darauf deuten mehrere Umstände hin: die würtembergisch-badische Post ist bis zur Stunde noch nicht eingetroffen, demnach scheint der Verkehr auf der Bergstraße unterbrochen, und es fehlen in Frankfurt die schon gestern Nachmittag fälligen Briefe und Blätter aus Baden und Würtemberg; ferner ist im Laufe des gestrigen Nachmittags alles noch in Darmstadt befindliche Militär eiligst nach der Bergstraße abgegangen; endlich sind von hier aus während der ganzen Nacht mittelst Extrazügen auf der Main-Neckarbahn Truppen nach der Provinz Starkenburg befördert worden, darunter ein Theil der erst gestern von Mainz hier eingetroffenen mecklenburgischen Dragoner und mecklenburgisches Geschütz und

eine längere Zeit hier in Garnison gewesene Abtheilung bayerischer Jäger. Vom Schauplatz des gestrigen Kampfes fehlen authentische Nachrichten. Nach mündlicher Mittheilung eines Reisenden, der gestern Abend um 6 Uhr Heppenheim verlassen und mit dem letzten Zug der Main-Neckarbahn hier angekommen ist, sind gestern in den ersten Nachmittagsstunden in der Nähe von Fürth Freischaaren, 3000 (?) Mann stark, mit 20 Kanonen (?) aus dem Badischen in den hessischen Odenwald eingebrochen: um 3 Uhr sey es mit den großherzogl. hessischen Truppen zum Plänklergefecht gekommen und gegen 6 Uhr sey der Kampf ein sehr heftiger, aber noch unentschiedener gewesen. Starken Kanonendonner habe man in Heppenheim vernommen und eben dahin seyen auch verwundete Soldaten und Aufständische gebracht worden. (Frkft. O.-P.-Z.)

Ein Extrablatt der Frankfurter Zeitung bringt folgendes über diesen Gegenstand: Am 30. Mai Nachmittags gegen vier Uhr griffen die badischen Freischaaren in großen Massen die bei Heppenheim aufgestellten Reichstruppen an. Der Kampf dauerte bis zum Einbruch der Nacht. Die Kugeln flogen sowohl von der Ebene her, als aus dem nahen Gebirge bis in den Bahnhof von Heppenheim. Nachdem der erste Angriff zurückgeschlagen war, schritten die Truppen zur Offensive und trieben die Freischaaren über Laudenbach und Hemsbach bis nach Weinheim.

Der Verlust der Freischaaren ist bedeutend, die Felder um Heppenheim liegen besäet mit Verwundeten und Todten; von hessischer Seite fielen Oberlieutenant Zimmermann vom Generalstab und Oberlieutenant Hoffmann vom 2. Regiment. Noch in der Nacht gingen alle verfügbaren Truppen aus der Frankfurter Gegend per Eisenbahn ab, um den Feind noch vollends über den Neckar zurück zu werfen. Eine andere Abtheilung Freischärler war durch den Odenwald gegen Auerbach angerückt, wurde aber von den Bauern versprengt.

Die Main-Neckarbahn ist ausschließlich zur Verfügung des kommandirenden Generals v. Peucker gestellt. Seit heute früh werden Personen, Güter und Briefe zur Weiterbeförderung auf dieser Bahn nicht mehr angenommen, da die Züge unausgesetzt Truppen von hier und den umliegenden Orten nach Darmstadt und der Bergstraße transportiren.

Von der Aller, 28. Mai. Wir freuen uns, daß die demokratische Partei aller Anstrengungen und aller scheinbaren momentanen Erfolge der reaktionären Partei unerachtet täglich mehr und mehr an Umfang, Thätigkeit und Vorsicht im Lande zunimmt.

In Celle wurde gestern von den nun vereinigten Wehren der Altenceller- und Hehlenvorstadt der Dr. Gerting einstimmig zum Kommandeur und außerdem zu Führern nur entschiedene Demokraten mit einer an Einhelligkeit gränzenden Mehrheit gewählt. (Z. f. Nrdd.)

†*† **Berlin,** den 30. Mai. Wir erfahren, daß Hr. v. Kamptz, der gegenwärtige Vertreter des diesseitigen Kabinets bei der Centralgewalt, in diesen Tagen hier erwartet wird. Seine Ankunft steht schon seit längerer Zeit bevor, da, wie gesagt wird, Hr. v. Kamptz selbst mehrfach den Wunsch geäußert habe, über die Lage der Dinge mündlich Vortrag zu erstatten, um Aenderungen in der ihm ertheilten Instruktion herbeizuführen. — Unser Ministerresident in Hannover, Hr. v. Schleinitz, ist bekanntlich hierher berufen worden. Wie es heißt, wird Hr. v. Schleinitz bei den Friedensverhandlungen mit Dänemark von unserm Kabinete verwendet werden. Bei dieser Gelegenheit wird auch wiederholt erzählt, daß Preussen nunmehr entschlossen sey, schlimmstenfalls einen Separatfrieden mit Dänemark abzuschließen.

Es fällt auf, daß von Seiten der Regierung bei den außerordentlichen Militärrüstungen keine Anstalten zur Herbeischaffung der doch jedenfalls nothwendig gewordenen außergewöhnlichen Geldsummen getroffen werden. In sonst wohl unterrichteten Kreisen erzählt man, der König hätte aus seiner Privatschatulle Gelder hergegeben. Auch soll die Seehandlung durch verschiedenartige Operationen den sehr angestrengten Staatskassen zu Hülfe kommen. An den Abschluß einer neuen Anleihe scheint man jedoch nicht zu denken, jedenfalls ein Beweis für die im Ganzen gute Finanzverwaltung, wenn man erwägt, daß das preussische Heer in seiner jetzigen Stärke täglich mehr als ½ Mill. Thlr., wenn man Märsche ꝛc. in Anschlag bringt, kostet. — Das Schicksal der kürzlich Verhafteten wird immer zweifelhafter, da sich jetzt ein Kompetenzstreit unter den Richtern erhoben hat. Der Untersuchungsrichter des Kriminalgerichts hat sich geweigert, die Untersuchung fortzuführen, so lange die Gefangenen sich im Militärarrest befinden. General v. Wrangel, der zu einer Entscheidung über das Verbleiben der Gefangenen in der Militärhaft veranlaßt ist, hat eine solche noch nicht ertheilt.

* **Berlin,** den 30. Mai. Der preussische Staatsanzeiger enthält heute endlich die Vorlage der deutschen Reichsverfassung, wie sie aus den Verhandlungen in Berlin hervorgegangen ist. Die Regierungen, welche diese Verfassung angenommen wissen wollen, sind die preussische, die hannoversche und die sächsische, und da kann man schon abnehmen, daß diese Vorlage merklich von der durch die Reichsversammlung endgültig beschlossenen Verfassung wesentlich abweicht. Bayern hat sich eine schließliche Erklärung noch vorbehalten. Auch der Entwurf eines Gesetzes, die Wahlen zum Volkshause betreffend, bringt der Staatsanzeiger. Wir werden auf diese Aktenstücke demnächst zurückkommen.

†* **Leipzig,** den 31. Mai. Die hiesige halboffizielle Zeitung enthält eine Ansprache des Königs von Sachsen vom Königstein aus, worin er die von den Regierungen Preussen, Sachsen und Hannover gut geheißene Verfassungsvorlage für das deutsche Reich den Sachsen aufs wärmste empfiehlt. Nun wird bald auch der König von Hannover eine solche Empfehlung erlassen, die aber eben so wenig helfen wird, als die anderen Empfehlungen, die nicht vom Volke ausgehen. Das Mißtrauen ist einmal obenan und mit Recht.

Von der Königsau, 27. Mai. Wir können heute melden, daß es dem dänischen General Rye gelungen ist, über Aarhuus zu entschlüpfen, und man muß demnach abwarten, ob er sich irgendwo in der Küste einschiffen, Stand halten, oder sich noch nördlicher zurückziehen wird. Die Bayern haben jetzt Skanderborg besetzt, während die Preussen sich Aarhuus genähert haben. In Horsens liegt der Generalstab nebst Kurhessen. Wir wissen nicht, ob das scheinbar langsame Vorrücken in den Lokalverhältnissen oder andern Umständen begründet ist; es dürfte bei allem dem aber ungerecht seyn, dem Obergeneral Prittwitz die Schuld beizumessen, da er ohne Zweifel höheren Befehlen folgt, die er zu überschreiten kein Recht haben wird. Andrerseits aber kann man Schleswig-Holstein, das die baldige Lösung seiner Lebensfrage in der schnellen und energischen Besetzung Jütlands zu sehen glaubt, nicht verdenken, daß es in seiner Sehnsucht, seine gerechten Forderungen bald erfüllt, seine Rechte anerkannt zu sehen, leicht nur zu geneigt ist, Zweifel emporkommen zu lassen in einer Zeit, wo sogar der festeste Glaube leicht wankend werden kann. (B.-H.)

Altona, den 26. Mai. Orla Lehmann ist diesen Morgen gegen 4 Uhr in Rendsburg eingebracht worden. Er hatte auf die Nachricht, daß die russische Flotte im Ansegeln auf Kopenhagen begriffen sey, die Erklärung gegeben: er könne sich nun nicht länger an sein Ehrenwort gebunden erachten. (Z. f. N.)

Französische Republik.

† **Paris,** 29. Mai. Ein Faktum von hoher Bedeutung hat sich gestern Abend an der Poissoniere-Barriere zugetragen. Zweitausend Menschen feierten im dort gelegenen Gebäude (jardin de la liberté) den Zusammentritt der neuen demokratisch-sozialen Deputirten durch ein Bankett. Die kommunistischen Stimmführer des Berges waren alle anwesend. Rattier, der neue Militärdeputirte, hatte gerade seine Rede begonnen, als der Polizeikommissarius Einlaß begehrte. Derselbe wurde ihm verweigert. Bald darauf kehrte er an die Spitze eines ganzen Regiments zurück. Rattier, der noch die Bühne inne hatte, protestirte in Begleitung mehrerer anderer Bankettkommissäre am Eingange des Etablissements gegen diesen Bruch des Vereinsrechts, ermahnte aber die Gäste, sich ruhig zurückzuziehen und der organisirten Staatsmacht zu weichen.... Dieses Defilé dauerte zwei Stunden. Nachdem die Gäste durch die Militärreihen geschritten, setzte sich das Militär seiner Seits in Marsch und schritt durch die Volksmassen, welche rechts und links Spaliere bildeten. Von allen Seiten erscholl der Ruf: Es lebe die Armee! Es leben die Bürgersoldaten oder Soldatenbürger! Kurz die Polizei, die dort einen guten Fang machen wollte, sah sich abermals betrogen. Die Disziplin der demokratischen Partei vereitelt alle ihre Pläne.

Unsere Prophezeihung, daß sich in der eben zusammengetretenen Kammer die Parteien scharf gegenüberstehen würden, erfüllt sich vollständig. Schon bei der gestrigen Bildung der Abtheilungen konnte man dieß wahrnehmen. Molé und Larcy, Panat und Berard, Bugeaud und Baslonde, Bedeau und Victor Lefranc, Baroche und Ponsonlat, Dupin und Merode, Remusat und Emil Leroux, Gouin und Mortimer-Ternaux, Broglie und Talhouet, Thiers und Fortoul, Bauchard und de Laboulie, Manguin und Fresneau, Arago (alte) und Leverrier, Cavaignac und Payer. Das sind die Präsidenten und Schriftführer der Abtheilungen. Man sieht also, wir sind aus dem Zwittersystem der vorigen Kammer vollständig heraus. Wir haben eine imposante royalistische Majorität, aber auch eine noch viel imposantere republikanische Minorität, deren Zusammenstöße unmöglich lange ausbleiben können.

[Legislative Versammlung. Sitzung vom 29. Mai.] Alterspräsident Keratry. Die Umgegend ist vollkommen frei und die militärischen Vorsichtsmaßregeln, die der neue Kommandant, General Forcey angeordnet, beweisen sich als vollkommen unnütz. Um 2½ Uhr beginnt die öffentliche Sitzung. Schriftführer De Coislin liest das gestrige Protokoll vor.

König (Elsaß). Man hat heute jedem Deputirten ein Reglement ertheilt. Dieses Reglement ist das der Nationalversammlung. In keinem Falle ist dasselbe für die legislative Kammer maaßgebend, sondern höchst Fakultativ.... Ich hätte gewünscht, daß man auch ein Exemplar der Verfassung an jedes Glied vertheile. (Genug! Genug! rechts.)

Landolf: Das Volk hatte sich gestern um das Gebäude der Kammer versammelt, weil es mit Recht hoffte, daß die neue Kammer ihre Session mit öffentlicher Akklamation der demokratischen Republik öffnen würde. Es ist nicht nur getäuscht, sondern sogar durch Kavallerie auseinandergejagt worden. Dieser Anfang ist des legislativen Staatsbürgers unwürdig.... Ich protestire hiegegen und schlage vor, daß das Haus seine Fehler dadurch gut mache, daß es der Republik ein Hoch ausbringe. Die Linke in Masse: Vive la Republique! Die Rechte ist stumm.

Segur d'Agnesseau: Man spricht immer: das Volk, das Volk. Wer ist denn eigentlich das Volk? Sind es nur Ihre Anhänger? (zur Linken.) Das Volk ist die Universalität aller Franzosen.... Keine bloße Fraktion. (Lärm.) Man will die Kammer spalten in zwei Lager ... von denen nur das Eine die Republik hoch leben lasse. .... Vom Berge: Sie riefen nicht!

Segur d'Agnesseau gereizt: Viele meiner Kollegen riefen auch mit.

Vom Berge: Es lebe die demokratisch-soziale Republik.

Keratry, Präsid.: Wenn ich die Rufenden kennte, würde ich sie zur Ordnung verweisen. (Oh! Oh!)

Segur d'Agnesseau: Ich errathe den Sinn dieses Rufes ... er ist ungesetzlich. Ich werde stets nur rufen: Es lebe die Republik!

Stimme vom Berge: Rufen Sie: Es lebe die honnete Republik. (Tumult rechts.)

Die ganze Rechte erhebt sich und ruft: Es lebe Republik!

Braune will sprechen aber der Tumult erstickt ihn.

Stimme von der Journalistenbühne: Vortrefflich! Die alte Kammer hörte mit Tumult auf und die neue Kammer fängt mit Tumult an. Das wird schön enden!

Die Versammlung geht zu ihrer Tagesordnung über: Vollmachtsprüfungen.

Eine Menge von Departements werden erledigt. Die Debatte bietet kein Interesse. Ain, Aisne, Cantal, Calvados, Doubs, Drome, Eure, Correge ꝛc. gehen rasch hinter einander durch. (4 Uhr.)

Oesterreichische Staaten.

Wien, 28. Mai. Nach der Wiener Ztg ist Malghera von den venetianischen Truppen verlassen und von den Oesterreichern besetzt worden. Görgey's Bericht über die Einnahme Ofens lautet: „Hurrah! Buda! Görgey!“ Im antwortete Kossuth: „Den Dank der Republik! Herr Feldmarschall-Lieutenant!“ Man vergleiche mit diesem lakonischen Siegesberichte und der Avancements-Anzeige die ellenlangen Lügenberichte der österreichischen Feldherrn, wenn sie unter unsäglichen Opfern einmal ein paar vernagelte Kanonen erbeuteten. (B. Ldb.)

Agram, 26. Mai. Der Inhalt unserer provisorischen Preßverordnung lautet in seinen wichtigen Bestimmungen: die Preßverordnung bestimmt unter Anderem, daß der Verleger jedes periodischen Blattes

österreichischer Staatsbürger und der Redakteur überdieß 24 Jahre alt seyn müsse. Für Blätter, welche öfter als dreimal die Woche erscheinen, ist eine Kaution von 2000 fl. C. M., für wöchentlich dreimal erscheinende sind 1000 fl. C. M. und für solche, welche weniger als dreimal erscheinen, sind 500 fl. C. M. als Kaution zu leisten. Diese Kaution müssen die bereits erscheinenden Blätter binnen einem Monate in baarem Gelde oder österreichischen Staatspapieren bei der Ortsbehörde erlegen. Im Falle die Kaution in Folge gefällten Urtheiles durch den Abzug der Geldbuße verringert wird, muß sie binnen acht Tagen ergänzt werden. — Bis zur Einführung dieser Preßverordnung sind alle Preßvergehungen nach den bestehenden Staatsgesetzen zu bestrafen. Fällen des Hoch- und Landesverrathes wird die Banaltafel nach den bestehenden Gesetzen aburtheilen. In diesen Fällen wird außer dem Drucker, Verleger und Redakteur auch der Verfasser des beanständeten Artikels zur Verantwortung gezogen. Der Redakteur ist verpflichtet, amtliche Berichtigungen veröffentlichter Angaben in seinem Blatte unentgeldlich aufzunehmen, wogegen für Berichtigungen, die von Privaten herrühren, die Insertionsgebühren zu entrichten sind, und in diesem Falle müssen sie vom Redakteur ebenfalls aufgenommen werden, sonst wird der Verleger mit einer Geldbuße von 50 fl. Ab toties quoties bestraft. Die höchste Strafe für Preßvergehungen ist 10jähriger Arrest und der Verlust der Kaution. Ueber das Schuldig wird die Jury entscheiden, welche auf folgende merkwürdige Weise gebildet wird.

Der Vorstand der Stadt beruft 36 Bürger nach alphabetischer Ordnung, von welchen der Staatsanwalt 12 und der Angeklagte ebenfalls 12 rekusiren kann. Die Uebriggebliebenen wählen aus ihrer Mitte einen Präsidenten und sprechen nach Verlesung der Preßverordnung und nach Anhörung der Anklage und Vertheidigung ihr Urtheil über das Schuldig aus. Der von der Jury als schuldig Befundene wird seinem Ortsgerichte zur Aburtheilung übergeben, bei welchem öffentliches und mündliches Verfahren stattfinden muß. Den Apellationschef für Urtheile in Preßsachen bildet die Banaltafel. (Die bayerische Vorlage ist um kein Haar besser.) (C. B. a. B.)

Italienische Staaten.

Rom, 20. Mai. Die Konvention, welche Hr. Lesseps Namens der französischen Regierung der Nationalversammlung vorgelegt, lautet: 1) Die römischen Staaten reklamiren die Protektion der französischen Republik. 2) Das römische Volk hat das Recht, eine beliebige Regierungsform zu wählen. 3) Rom empfängt die französische Armee als eine verbrüderte und theilt mit ihr den Dienst in der Stadt; die Civil- und Militärbehörden bleiben in ihren gesetzlichen Funktionen. Diese Vorschläge wurden indeß abgelehnt und Hr. Lesseps ersucht, sein Vermittleramt fortzusetzen. (N. Z. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Nro. 9177.

Bekanntmachung.

Vom

Königl. Bayer. Kreis- und Stadtgericht Erlangen.

Auf Andringen eines Gläubigers wird das Haus des Hafnermeisters Martin Dürr dem öffentlichen Verkaufe unterstellt und hiezu Tagsfahrt auf

Mittwoch den 11. Juli Vormittags 10—12 Uhr Kanzlei,

anberaumt.

Das Haus Nro. 149, gelegen an der Spitalstraße, ist an der Vorderseite massiv, das übrige von Fachwerk gebaut, zwei Stockwerk hoch mit einer Erkerwohnung. Der Baustand ist mittelmäßig.

Es enthält 1 Keller, 4 Zimmer, Hafnerwerkstätte, 1 Kammer, 1 Altöfen, 2 Küchen, 2 Hausplätze, Dachboden, dazu gehörigen Hofraum, Brunnen, mehrere Nebengebäude; diese enthalten, das an das Vorderhaus angebaute einen Theil der Werkstätte, 1 Zimmer, Abtritt, Gang, Dachboden, das daranstoßende 1 Stock hoch den Brennofen. Die am Ende des Hofes liegende Holzlage von Holzwerk. Werth nach gerichtlicher Schätzung vom 23. April h. J. 2255 fl., und liegt in der Brandassekuranz mit 1800 fl.

Das Schätzungsprotokoll mit genauerer Beschreibung kann bei den Akten eingesehen werden, woraus auch die zu entrichtenden öffentlichen Abgaben zu entnehmen sind.

Der Zuschlag erfolgt nur um den Schätzungswerth gegen baare Zahlung, es können aber mehrere nicht gekündete Hypothekkapitalien auf Abschlag überwiesen werden; die weiteren Bedingungen werden beim Verkaufe bekannt gegeben.;

Erlangen, den 19. Mai 1849.

Weismüller.

Brandt.

Oeffentliche Danksagung.

Wenn Worte des tiefgefühltesten Dankes der zahlreichen Begleitung genügen, welche meinen sel. Mann, den Etiquetten-Druckereibesitzer und Veteranen-Hauptmann Johann Winter zu seiner Ruhestätte begleitet haben, so bitte ich sämmtliche dabei anwesende Herren Stabs-, Ober- und Unteroffiziere der königl. Landwehr, der Linie, so wie die HH. Offiziere der Freikorps und alle übrigen Männer jeder Waffengattung, ebenso Verwandte und Freunde, diese dankbare Anerkennung mit der Versicherung gütigst anzunehmen, daß der rührendste Dank nie aus unseren Herzen erlöschen wird! Seinem Andenken war dieß der schönste Lorbeerkranz! Möge der Himmel Sie Alle sehr lange vor solchen Prüfungen bewahren.

Nürnberg, 1. Juni 1849.

Hochachtungsvoll

Winter's Wittwe mit ihren 3 Töchtern.

Vereins-Versammlung.

Morgen Montag den 4. Juni Abends 7½ Uhr ist eine allgemeine Versammlung der Mitglieder des Industrie- und Kultur-Vereins, wozu dieselben hiemit ergebenst einladet recht zahlreich dabei zu erscheinen

Nürnberg, den 1. Juni 1849.

Das Direktorium.

Dr. Weidenkeller.

Bekanntmachung.

Es ist zur Anzeige gekommen, daß ein junger Mann unbefugter Weise bei den Landgemeinden Geldbeiträge für das Comité der Brandversicherungsangelegenheit erhoben hat; vor welchem hiermit gewarnt und bemerkt wird, daß nur allein der Kassier Heinrichsen (Albrecht-Dürerstraße Nro 388) Geldbeiträge in Empfang zu nehmen berechtigt ist.

Nürnberg, den 1. Juni 1849.

Das Comité der Brandversicherungs-Angelegenheit.

(Einladung) Heute Sonntag Salvator von ausgezeichneter Güte, wozu einladet

Meisenbach.

Anerkennung und Dank.

Einen Beweiß, daß unter dem hiesigen Militär noch Männer sind, welche das Recht und Unrecht erkennen, mag folgende Thatsache liefern: Am Freitag den 1. Juni Abends zwischen 7 und 8 Uhr ritt ein Chevauxleger auf der Strasse nach Fürth, und zwar auf dem Fußwege, so daß die daselbst ruhig gehenden Bürger beinahe überritten wurden, und ein sich auf dem Wege befindlicher krüppelhafter alter Mann bestimmt als Opfer gefallen wäre, wenn nicht aus der nahe gelegenen Kaserne drei Wachtmeister und ein Unteroffizier gekommen wären, und den Exzeßsuchenden Chevauxleger, wie er es verdiente, zurechtwiesen. Diese Herren haben sich durch ihr ruhiges und solides Benehmen den Dank aller derer erworben, welche den Vorfall mit angesehen, mögen Sie fortfahren, Recht und Unrecht zu erkennen, und ihre Aussage, dem Beleidiger zur Bestrafung zu ziehen, zur Ausführung bringen.

Wie leicht hätte durch das Benehmen der Einzelnen ein unberechenbarer Skandal entstehen können, wenn sich die besagten Ehrenmänner nicht ins Mittel gelegt hätten.

Viele Zugegengewesene.

Rosenau.

Heute Sonntag früh Harmonie-Musik.

Von diesem Tage an werden jeden Morgen früh fünf Uhr alle Haupt-Mineral-Wasser Deutschlands geschenkt. Für ärztliches Rathgeben ist ebenfalls gesorgt.

Wer nun dauernde Gesundheit, wer das Alterthum liebt, wer überhaupt nach einer gesunden Lebensansicht sich sehnt, wer den inneren politischen Kampf stillen und das Ringen nach einer festen Ueberzeugung beseitigen will, gehe recht oft des Morgens früh und Abends spät auf die Rosenau, wenn Sonne, Mond und Sterne in ihren Bahnen treffen. Alles ist ruhig oder unruhig rings umher, und die Stille der Natur macht das Innere des Menschen auch ruhig.

(Fortsetzung folgt.)

G. Schwabe.

Dutzendteich.

Am Sonntag den 3. Juni findet bei günstiger Witterung gutbesetzte Harmonie-Musik im Park statt. Der Unterzeichnete erlaubt sich, ein hochverehrliches Publikum zu gütigem, recht zahlreichem Besuche mit dem ergebensten Bemerken einzuladen, daß für gute Getränke, Speisen rc. bestens gesorgt ist.

Fischer, Wirthschaftspächter.

Almoshof.

Heute Sonntag den 3. Juni ist Tanz-Musik, wozu ergebenst einladen

Die Musiker.

Musicalischer Verein Concordia.

Montag den 4. Juni Produktion im Sommerlokale (deutschem Hause.) Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand.

Gasthaus zur Eisenbahn am Bahnhof.

Heute Sonntag den 3. Juni spielt die hier angekommene Prager Musikgesellschaft wozu hiemit höflichst einladet

Hofmeister.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Samstag den 2. Juni Metzelsuppe.

Eintracht.

Montag den 4. Juni ist Produktion im Schloßzwinger, bei ungünstiger Witterung im Lokale. — Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand

(Zu verkaufen.) Vier große gesunde Pomeranzenbäume in runden Kübeln sind zu verkaufen. Näheres bei Gärtner Dorn. Garten Nro. 175 vor dem Lauferthor.

Köcherts-Zwinger.

☞ **Samstag den 2. Juni**

findet Produktion von der hier angekommenen Prager-Musikgesellschaft, unter Leitung des Herrn Joseph Busch statt, wozu die verehrlichen Abonnenten hiemit eingeladen werden

Anfang 6 Uhr.

J. D. Köchert.

Deutsches Haus in Gostenhof.

Sonntag den 3. Juni findet Produktion von der vollständigen Musik des I. Jäger-Bataillons von Burghausen in meinem Gartenlokale statt. Entree à Person 6 kr.

Zugleich bemerke ich, daß in meinem untern Lokale ein ganz neues Billard aufgestellt ist, und empfehle ich solches Freunden des Billardspiels zur gefälligen Benützung.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet hiemit höflichst ein

J. Neubauer.

Auch zeige ich hiemit einem verehrlichen Publikum an, daß vom nächsten Montag an alle 14 Tage Produktion von dem Musik-Verein Concordia stattfindet, und ist das Garten-Lokal an diesen Tagen während der Produktion von 6 Uhr Abends an geschlossen. Nur Fremde, mit Karten versehen, haben Zutritt.

Bekanntmachung.

Heute Sonntag den 3. Juni ist mein Felsenkeller geöffnet, für gutes Bier, nebst kalten Speisen ist bestens gesorgt, ich lade ein verehrtes Gesammtpublikum ergebenst ein

Ziegelstein den 2 Juni 1849

J. G. Götz.

St. Leonhard.

Heute Sonntag, den 3 Juni wird die hier anwesende Baireuther Blechmusik vom Chevauxlegers-Regiment Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg in meinem Garten-Lokale eine große **Produktion** unter der Leitung des Stabstrompeters Herrn Johannes geben.

Es ladet der Unterzeichnete hiezu mit dem Bemerken ergebenst ein, daß Abends der Garten brillant beleuchtet wird.

Anfang 4 Uhr. Entrée à Person 6 kr.

A. Feldmann.

Arbeiter-Verein.

Montag den 4. Juni Versammlung im goldnen Schwan in Wöhrd. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Karten mitzubringen.

Der Ausschuß.

(Verloren) Ein schwarzgrauer russischer Spitz, weiß gezeichnet, mit einer rothen Halsschnur versehen, hat sich heute Morgens verlaufen. Diejenige Person, welcher derselbe zugelaufen ist, wird gebeten, solchen gegen Erkenntlichkeit in S. 1134 der Tucherstraße zurückzubringen.

Nürnberg, den 31. Mai 1849.

Warzen-Tinktur

ist wieder frisch zu haben bei Hrn. Knab und Herrn Buchbinder Heubner.

Das Glas kostet mit Anweisung 9 kr.

(Gesuch.) Eine Person von gesetztem Alter wünscht als Haushälterin entweder hier oder auf dem Lande baldigst unterzukommen. L. Nro. 218 hintere Ledergasse.

Haus-Verkauf.

Ein Haus mittlerer Größe, mit Garten, einer großen Werkstatt, Holzgewölb, Keller und Hof, auf der Lorenzer Seite gelegen, ist täglich zu verkaufen.

Arena.

Sonntag den 3. Juni. „Die beiden Ergeanten." Schauspiel in 3 Akten von Th. Hell.

Mittelfränkische Zeitung.

Für Recht, Freiheit und Vaterland!

Nürnberg, 4. Juni 1849. № 155. Montag: Carpasius.

†† Politische Schlagschatten.

XVIII.

Der König von Preussen war so gütig, seinen Mund aufzuthun und sein Vasall, der König von Sachsen, auch der Hochtory von Hannover haben ihm treulich nachgesprochen, die Vorlage des zu oktroyirenden Verfassungswerkes für Deutschland ist vom Stapel gelaufen und alle Regierungen Germaniens sind eingeladen, diese Verfassungsvorlage anzuerkennen, die allein aus den Wirren des Vaterlandes, aus den unheilvollen Schlingen der Reichsversammlungsbeschlüsse soll erretten können. Preussen gefiel sich von jeher, viele, recht viele Worte zu machen und es glich hierin immer jenem Schlaukopf, der einmal einem Schlaftrunkenen die Chokolade austrank, ihm den Rest um den Mund strich und ihm dann beim Erwachen einreden wollte, er habe die Chokolade ja getrunken, er möge sich nur im Spiegel besehen. Ehedem ging ein solches Mannöver wohl durch, heut zu Tage geht es aber nicht mehr. Außer Preussen, Sachsen (die neue preussische Provinz) und Hannover, haben Oesterreich, das in der preussischen Verfassungsvorlage ganz von dem deutschen Vaterlande bis zu einer späteren Frist, für die begütigende preussische Worte vorhanden sind, ausgeschlossen bleibt und Bayern, dem die Oberhauptsfrage und die preussische Präfektur nicht zusagen wollen, sich nicht mit Preussen einigen können.

Die übrigen Regierungen der vielfarbigen deutschen Landcharte haben die von der Reichsversammlung deutscher Vertreter in Frankfurt endgültig beschlossene Verfassung anerkannt und theilweise auch beschworen. Hat Preussen die Macht, die moralische Macht, diese Anerkennung, diesen Eid zu annulliren? Dann muß der Eid alle Bedeutung in der sozialen Welt verlieren, wie er sie in der politischen schon längst verloren zu haben scheint, dann möge aber auch die gesammte Geistlichkeit ihre Wirksamkeit niederlegen und die Moral andere Paragraphen ihres Systems entwerfen, die von der Diplomatie diktirt werden. Die zu oktroyirende Verfassung des deutschen Reichs ist trotz allem Schimmer der darin enthaltenen Freisinnigkeit ein verhonepelltes Werk jener Verfassung, welche vom deutschen Parlamente dem Volke übergeben ist. Schon der Anfang führt zur Spur der Bedeutung. Schleswig-Holstein ist mit keiner Silbe erwähnt, der König von Preussen hält diesen edlen Volksstamm ja für Rebellen gegen den Dänenfürsten, trotzdem die ausgezeichnetsten Staatsrechtslehrer und das Völker- und Naturrecht das offenbare Gegentheil beweisen.

Der vielbesprochene **Reichsrath** ist zwar in der Verfassungsfrage nicht aufgenommen, dafür soll aber ein **Fürstenkollegium** eingeschmuggelt werden, was noch mehr die Einheit und Freiheit gefährden würde, als der alte, nur in Schlummer gewiegte Bundestag. Das **absolute Veto** ist rein, oder wenn man lieber will, **unrein** ebenfalls dem Reichsvorstande, der an die Stelle des Kaisers treten soll, versteht sich mit der preussischen Krone verbunden, (die anderen Kronen und Hüte können mitlaufen,) nicht benommen. Herr Gott! Und wie sind die Grundrechte hergerichtet, da bleibt der Adel und sein Kometenschweif die Orden, die Preßfreiheit, der Gerichtsstand, wie enorm elend sind die nach der preussischen Gnade heimgeschickt, und erst der Belagerungszustand, der alle Verfassungsbestimmungen standrechtlich annulliren darf.

Zuletzt kommt der Wahlgesetzentwurf zum Volkshause und auch diesen hat man gänzlich zu entdemokratisiren gesucht. Das ganze Ding ist ein Hohn auf die von der Reichsversammlung, obgleich der Unterschrift des Reichsverwesers (**weil er ein Fürst**) entbehrender Unterschrift ausgeschriebenen deutschen Verfassung.

Hoffentlich wird diese preussisch-sächsische hannoversche Vorlage ihrem Loose nicht entgehen, sie wird verworfen werden und der in diesem Sinne angestrebte Bundesstaat nicht zu Stande kommen. Oesterreich wird leider darin passiv bleiben, das österreichisch-deutsche Volk aber über diese Passivität oder besser gesagt, entgegengesetzte Kabinetsaktivität, Thränen vergießen. Bayern aber könnte jetzt ein Blatt der Geschichte füllen, das die Nachwelt mit Staunen lesen würde. Wenn Bayern sich jetzt an die Spitze der deutschen wirklich großen Bewegung stellte, und Bayern könnte es, da wie sein König selbst sagte, seit er den Szepter führt, nicht die Sünden früherer Tage daran hängen, wofür er nicht einzustehen hat. Bayern würde ganz Deutschland retten und mit enthusiastischer Freude würde König Max als Kaiser des neuen deutschen Reiches von der Nation begrüßt werden, wenn er nach dem Willen seiner aufgeklärten freiheitsliebenden Provinzen die Reichsverfassung annähme, wie sie von Frankfurt aus beschlossen wurde.

Deutsche Staaten

München, den 2. Juni. Die eröffnete Landrichterstelle zu Feuchtwangen, wurde dem bisherigen Landrichter T. H. Haas zu Berneck verliehen, ferner der I. Landgerichtsassessor E. Taab zu Ebermannstadt auf die Dauer von zwei Jahren in den Ruhestand versetzt, und auf die hiedurch in Erledigung kommende Stelle der vom Staate übernommene Patrimonialrichter I. Klasse von Weiher, J. Richter, berufen (N. Münchn. Z.)

Pfalz. Die provisorische Regierung hat nachstehende Bekanntmachung erlassen: Mitbürger! Die volksfeindliche bayerische Staatsregierung hat den Abgeordneten der Pfalz, welche sich zu den Sitzungen der zweiten Kammer nach München begeben hatten, die fernere Theilnahme an den Verhandlungen derselben gewaltsam untersagt, nachdem sie sich in Verbindung mit der Mehrheit der fränkischen und schwäbischen Abgeordneten für die unbedingte Geltung der deutschen Reichsverfassung und der sofortigen Entfernung des widerstrebenden Ministeriums ausgesprochen hat. Mitbürger! Das bayerische Staatsministerium hat dadurch mit eigener Hand die Möglichkeit der gegenwärtigen Verbindung zwischen der Rheinpfalz und Bayern vernichtet, die Trennung deutlich ausgesprochen. Die Abgeordneten der Rheinpfalz haben München verlassen, entrüstet über dieses Benehmen einer Staatsregierung, welche dem Willen des Volkes und der Würde seiner Vertreter in solcher Weise Hohn spricht. Mitbürger! Manche Bewohner der Pfalz haben von dem Ausspruch und der Wirksamkeit der Volksvertreter in München noch eine gütliche Ausgleichung erwartet, sie haben geglaubt, daß die bayerische Staatsregierung sich dadurch veranlaßt sehen werde, von ihrer rebellischen Widerspenstigkeit gegen die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung und somit gegen die Souveränetät des deutschen Volkes abzustehen. Die bayerische Staatsregierung hat nun selbst alle diese Hoffnungen zerstört. Es ist daher um so dringender die Pflicht eines jeden Pfälzers zum Schutze der Freiheit, zur Aufrechthaltung der Ordnung mit aller Kraft und allen zu Gebot stehenden Mitteln die Anordnungen und Maßnahmen der provisorischen Regierung zu unterstützen. — Kaiserslautern, den 27. Mai 1849. — Die provisorische Regierung der Rheinpfalz. (gez.) Hepp. Schmitt. Reichard. Fries.

Dekret, die Einführung der neuen Gemeindeordnung betr. Im Namen des pfälzischen Volkes! Art. 1. Zur Ausführung der im §. 184 der Verfassung des deutschen Reiches in Bezug auf die jeder Gemeinde als Grundrechte gewährleisteten Bestimmungen wird nachstehende Gemeinde-Ordnung sofort eingeführt, und tritt damit die bisherige außer Kraft. Art. 2. Die Civilkommissäre sind mit der Einführung der neuen Gemeindeordnung beauftragt. Art. 3. Die Wahlen der Mitglieder der Gemeinderäthe müssen spätestens bis Sonntag, den 4. Juni d. J. beendet seyn. — Die Civilkommissäre haben die auf die Wahl bezüglichen Anordnungen zu treffen und die Wahlhandlungen durch Bevollmächtigte leiten zu lassen. Art. 4. Die neugewählten Gemeinderäthe treten sofort nach der Wahl in Wirksamkeit.

Kaiserslautern, den 26. Mai 1849. — Die provisorische Regierung der Rheinpfalz: Hepp. Reichard. Fries. Greiner. Schmitt.

Im Namen des pfälzischen Volkes! Gemeindeordnung für die Rheinpfalz. §. 1. Die Gemeinden sind in der Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten und ihres Vermögens, sowie in der Handhabung der Ortspolizei selbstständig. §. 2. Alle ihre Handlungen in eignen Angelegenheiten bedürfen fortan nicht mehr der Bestätigung höherer Behörden. §. 3. Die Gemeinde wird durch den Gemeinderath und den Bürgermeister vertreten. §. 4. Der Gemeinderath wird durch die Gemeinde im Hauptort derselben gewählt. Die Zahl der Mitglieder bleibt die bisherige. §. 5. Bei der Wahl des Gemeinderaths ist Wähler und wählbar jeder großjährige, männliche Bewohner der Gemeinde, welcher nicht durch rechtskräftiges Urtheil seiner bürgerlichen Rechte beraubt ist, und seit sechs Monaten seinen Wohnsitz aufgeschlagen hat. Erstandene oder durch Begnadigung erlassene Strafen wegen politischer Vergehen oder Verbrechen schließen von dem Rechte Wähler und wählbar zu seyn nicht aus. §. 6. Die Wahlhandlung ist öffentlich und wird durch den Gemeinderath ausgeschrieben. Das Wahlrecht wird in Person durch Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt. Die Wahl ist direkt. Sie erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit der abgegebenen Stimmen. Stellt bei der Wahl eine absolute Stimmenmehrheit für alle oder einen Theil der zu Wählenden sich nicht heraus, so ist eine zweite Wahlhandlung für die noch zu Wählenden vorzunehmen. Wird auch bei dieser eine absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so ist zum drittenmale unter denjenigen Kandidaten zu wählen, die in der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben und zwar in doppelter Anzahl der noch zu Wählenden. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

§. 7. Die Mitglieder des Gemeinderaths werden auf ein Jahr gewählt. Nach Ablauf des Dienstjahres findet eine Neuwahl statt. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar. Die Regierung ist befugt, zu jeder Zeit Neuwahlen der Gemeinderäthe entweder im Allgemeinen oder für einzelne Gemeinden anzuordnen. Sie muß die Neuwahl anordnen, wenn ein Viertheil der Gemeindebewohner sie verlangt. §. 8. Der Gemeinderath ist in allen seinen Beschlüssen und Maßnahmen selbstständig mit Ausnahme bei den in §. 13 erwähnten Gegenstände. Er faßt seine Beschlüsse mit absoluter Stimmenmehrheit. Zur Gültigkeit eines Beschlusses ist die Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder nothwendig. §. 9. Der Gemeinderath erwählt aus seiner Mitte mit absoluter Stimmenmehrheit einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben. Der Vorsitzende beruft den Gemeinderath, leitet die Verhandlungen nach den vom Gemeinderath festzusetzenden Bestimmungen und vertritt denselben. §. 10. Die Sitzungen des Gemeinderaths sind öffentlich, wenn nicht durch Beschluß des Gemeinderaths aus besondern Gründen eine Ausnahme beschlossen wird. §. 11. Alle im Auftrage des Gemeinderaths zu vollziehenden amtlichen Ausfertigungen und Documente bedürfen außer der Unterschrift des Vorsitzenden oder dessen Stellvertreters der Mitunterzeichnung zweier vom Gemeinderath dazu zu bestimmenden Mitglieder desselben. §. 12. Der Gemeinderath ist befugt, alle im Dienste der Gemeinde stehenden Beamten zu ernennen. Er setzt deren Gehalte und Befugnisse fest. §. 13. Bei allen Veränderungen des Grundstückvermögens, Veräußerung von Grundstücken und Gerechtsamen, Anleihen, Veränderungen, Veränderungen im Genusse von Gemeindenutzungen, Richtung von Gemeindewegen, Verwendung von Ueberschüssen bei den Gemeindeeinnahmen, Einführung von neuen Steuern, Ankäufen und allen Verausgabungen, welche nicht aus den gewöhnlichen Ein-

nahmen bestritten werden, ist der Gemeinderath gehalten, den betreffenden Antrag der Gemeindeversammlung, wozu sämmtliche zur Wahl berechtigte Bewohner der Gemeinde zu berufen sind (§. 5), zur Genehmigung vorzulegen. Bei allen andern Angelegenheiten ist er es zu thun befugt. Er ist dazu verpflichtet, wenn ein Viertheil der wahlberechtigten Gemeindebewohner es verlangt. Eine Berathung des Gegenstandes ist in der Gemeindeversammlung zulässig. Die Abstimmung geschieht mit Ja und Nein. §. 14. Der Gemeinderath hat für die vollständige Veröffentlichung des Entwurfs des Gemeindehaushaltsetat (Budget) 14 Tage vor der Berathung und Feststellung desselben Sorge zu tragen. Werden binnen dieser Frist von den Gemeindebewohnern Bemerkungen dazu eingereicht, so sind sie dem Gemeinderath bei der Berathung vorzulegen. Der durch Beschluß des Gemeinderaths festgestellte Haushaltsetat ist ebenfalls zu veröffentlichen. §. 15. Die ausführende Behörde der Gemeinde ist der Bürgermeister und dessen Beigeordnete (Adjuncte). Die Zahl der Beigeordneten verbleibt in jeder Gemeinde die bisherige. §. 16. Der Gemeinderath ernennt jedesmal nach geschehener Neuwahl für die Zeit seiner eigenen Amtsthätigkeit sofort den Bürgermeister und dessen Beigeordnete mit absoluter Stimmenmehrheit. §. 17. Der Bürgermeister und die Beigeordneten können auch aus Nichtbewohnern der Gemeinde genommen werden. Sie dürfen nicht Mitglieder des Gemeinderaths seyn. — Wird ein Mitglied des Gemeinderaths dazu ernannt, so muß es aus dem Gemeinderath austreten und hat der Gemeinderath sofort eine Neuwahl für die erledigte Stelle durch die Gemeinde zu veranlassen. §. 18. Bürgermeister und Beigeordnete treten sofort nach ihrer Ernennung in Amtsthätigkeit. §. 19. Dem Bürgermeister liegt die Ausführung der Beschlüsse des Gemeinderathes nach den von diesem festzusetzenden Bestimmungen ob, er verwaltet das Eigenthum und die Einkünfte der Gemeinde, beaufsichtigt die Beamten der Gemeinden und diejenigen Verwaltungen, welche besonderen Gemeindeanstalten oder einzelnen Geschäftszweigen durch den Gemeinderath vorgesetzt sind, bewahrt die Urkunden und Akte der Gemeinde auf und vertritt sie in allen Angelegenheiten gegen Behörden und Privatpersonen.

In der Stellung des Bürgermeisters als Beamter der gerichtlichen Polizei und als mit der Führung der Civilstandsregister Beauftragter wird nichts geändert. §. 20. Dem Bürgermeister liegt die Handhabung der gesammten Ortspolizei nach den vom Gemeinderath festzusetzenden Normen ob. Requisitionen der bewaffneten Macht darf er nur in Folge Beschlusses des Gemeinderaths vornehmen. In Fällen, wo Gefahr im Verzuge ist, darf der Bürgermeister unter eigener Verantwortlichkeit polizeiliche Anordnungen treffen und die bewaffnete Macht requiriren. Er hat dann jedoch die sofortige Berufung des Gemeinderaths zu veranlassen und seine Anordnungen der Bestätigung desselben vorzulegen. Bestätigt der Gemeinderath die getroffenen Anordnungen nicht, so sind sie sofort außer Wirksamkeit zu setzen. §. 21. Die Beigeordneten handeln nur im Auftrage des Bürgermeisters. §. 22. Bürgermeister und Beigeordnete dürfen mit berathender Stimme den Sitzungen des Gemeinderaths beiwohnen. Sie müssen es, wenn der Gemeinderath es verlangt, und alle erforderlichen Aufklärungen geben. Alle Beschlüsse und Anordnungen des Gemeinderaths sind sofort dem Bürgermeister mitzutheilen. §. 23. Bürgermeister und Beigeordnete sind dem Gemeinderath und der Gemeindeversammlung für alle ihre Amtshandlungen verantwortlich, der Gemeinderath ist befugt, sie jederzeit ihres Amtes zu entbinden und neue Ernennungen vorzunehmen. §. 24. Die Civilkommissäre sind verpflichtet darauf zu achten, daß durch die Verwaltung der Gemeinden keine Bestimmungen eines allgemeinen Gesetzes oder einer Verordnung der Regierung übertreten oder unterlassen werden oder überhaupt das Interesse anderer Gemeinden oder des Staates gefährdet wird. Zu dem Ende können sie und ihre Bevollmächtigte von allen Verhandlungen in Gemeindeangelegenheiten Einsicht nehmen und den Sitzungen des Gemeinderaths beiwohnen. Sie sind befugt, die ihnen im Interesse des Staates nothwendig erscheinenden Anträge zu stellen und zu dem Zwecke die Zusammenberufung des Gemeinderaths zu verlangen. §. 25. Glaubt der Civilkommissär durch irgend einen Beschluß oder eine Anordnung das öffentliche Interesse gefährdet, so hat er bei der Regierung darüber Beschwerde zu führen, welche darüber entscheidet. Vor der Entscheidung der Regierung ist der Civilkommissär nicht befugt, die Ausführung des betreffenden Beschlusses oder der Anordnung aufzuhalten. §. 26. Haben zwei oder mehrere Gemeinden über gemeinschaftliche Angelegenheiten zu verhandeln, so treten die betreffenden Gemeinderäthe ganz oder durch Ausschüsse zusammen. Weigert eine Gemeinde sich, an einer solchen Berathung Antheil zu nehmen, so ist der Civilkommissär ermächtigt, auf den Antrag einer der betreffenden Gemeinden die gemeinschaftliche Berathung anzuordnen. Kaiserslautern, den 26. Mai 1849. Die provisorische Regierung der Rheinpfalz. Reichard. Hepp. Greiner. Fries. Schmitt. (N. Sp. Z.)

Aschaffenburg, den 30. Mai. Die erwähnten Beschlüsse unserer Volksversammlung resumiren sich folgendermaßen: 1) Mißtrauensvotum gegen das bayerische Ministerium. 2) Die bayerischen Abgeordneten, welche der beabsichtigten Ausstoßung der pfälzer Deputirten kräftigst entgegengetreten sind, haben sich um das Vaterland verdient gemacht. 3) Die Versammlung hält sich für berechtigt zur Durchführung der Verfassung und des Wahlgesetzes zu jedem Mittel zu greifen, Steuerverweigerung und Waffengewalt nicht ausgenommen, 4) Aufkündigung des Gehorsams gegen den Reichsverweser, dagegen ist die Nationalversammlung in allen Maßregeln zur Durchführung der Reichsverfassung thatkräftigst zu unterstützen. 5) Unseren Brüdern in der Pfalz erklären wir uns verbündet und verpflichtet. Wir sind bereit dieselben mit Rath und That kräftigst zu unterstützen. 6) Wir versehen uns zum ganzen Stamme der Franken gleicher Gesinnung und gleicher Thatkraft. Der Annahme dieser Sätze folgte, wie ich Ihnen bereits gemeldet, die feierliche Vereidigung. (Frkft. J.)

Kaiserslautern, den 30 Mai. Selbst unter den preussischen Soldaten wirbt der Geist der Demokratie Anhänger. Vorgestern traf eine Abtheilung vom 39. preussischen Regimente aus der Festung Luxemburg hier ein und stellte sich zur Verfügung der provisorischen Regierung. Den Versicherungen der Uebergetretenen zufolge, wird das ganze Regiment nachfolgen. — Die Rekrutirung hat begonnen, eben so die Betreibung der Zwangsanleihe. Im Ganzen gehorcht man den Anordnungen der provisorischen Regierung sehr willig; nur einzelne Fälle der Renitenz kommen vor, und wo diese vorkommen, da haben sicher die Geistlichen die Hand mit im Spiele. Der ärgste unter diesen Wühlern im Talar ist der Pfarrer Weber in Landstuhl, derselbe Mann, welcher schon vor 15 Jahren Franz von Sickingen's Gebeine heimlich ihres metallenen Sarges beraubte, und, zur Verantwortung wegen dieses Streiches gezogen, eine andere Rechtfertigung nicht zu geben wußte, als die, daß der dafür gelöste Geldwerth zur Anschaffung von Glocken verwendet worden sey. Dieser Mann ist es, welcher den bigotten Theil der Bewohner von Landstuhl so gegen die Sache der Freiheit aufgewiegelt hat, daß die provisorische Regierung sich gar bald veranlaßt sehen dürfte, durch Gewaltmaßregeln sich Gehorsam zu verschaffen. Mittlerweile hat der ehrenwerthe Herr Pfarrer seine Persönlichkeit durch die Flucht in Sicherheit zu bringen gewußt. Die provisorische Regierung läßt auf ihn fahnden. — Eben so macht man uns die Mittheilung, daß es sieben zu Schaidenbach versammelten Kuttenträgern gelungen sey, 14 kleine Gemeinden dahin zu bestimmen, bei dem bayerischen Ministerium in München Truppen zu verlangen, und „mit Gott für König und Vaterland“ ihre Dienste zum Freiheitsmord anzubieten. Die provisorische Regierung ist entschlossen, mit aller erforderlichen Strenge gegen diese eigentlichen Urheber der Anarchie und Störer der Ordnung einzuschreiten, und bereits gestern ist eine Freischaar von hier abgegangen, um sie festzunehmen. — Es ist nicht schwer zu begreifen, warum gerade in der Pfalz die katholische Priesterschaft an der empfindlichsten Stelle sich bedroht fühlt durch Einsetzung einer neuen provisorischen Regierung. Sie sieht das ihr so ergiebige Concordat in Frage gestellt, welches die bayerische Regierung mit dem Bisthum Speyer abgeschlossen. Der Priestersäckel ist in Gefahr! hinc illae lacrymae! (Frkf. J.)

Karlsruhe, 31. Mai. Gestern fand das erste Zusammentreffen unseres badischen Freiheitsheeres und der fürstlichen Söldner bei Heppenheim, Laudenbach und Hemsbach an der Bergstraße statt. Das Treffen dauerte von 5 Uhr bis 8 Uhr Abends und endigte mit einem Rückzuge beider Heeres-Abtheilungen. Von unserer Seite zeichneten sich das dritte und vierte Infanterieregiment, die reitende Artillerie und die Volkswehr von Offenburg, Lahr und anderer Bezirke durch Tapferkeit und Unerschrockenheit aus. Hätten sich die Dragoner mit gleicher Ausdauer geschlagen, so hätten wir einen glänzenden Sieg errungen. Nachdem sich dieselben bis auf 60 Schritte den feindlichen Kanonen genähert hatten, kehrten sie, statt vorwärts zu rücken und die losgeschossenen Geschütze zu nehmen, um, und brachten so einige Verwirrung in die Reihen unserer Fußtruppen. Ohne Zweifel werden sie die Scharte bei der nächsten Gelegenheit auswetzen. Oberst Sigel führte selbst unsere Truppen und war aller Orten voran, wo es galt, zu ordnen, zu ermuntern und anzuregen. Er hat sich bewährt als Feldherr und Krieger. Wir sehen mit Zuversicht den Ereignissen des heutigen Tages entgegen. — Der Landesausschuß. (Karlsr. Z.)

Frankfurt, 31. Mai. Von Seiten der Kanzlei der deutschen Reichsversammlung geht uns nachfolgende „Aufforderung“ zur Veröffentlichung zu: „Die konstituirende deutsche Nationalversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, ihre nächste Sitzung in Stuttgart abzuhalten. In Folge dieses Beschlusses werden die abwesenden Mitglieder der Versammlung so wie die Stellvertreter der ausgeschiedenen Deputirten hiermit aufgefordert, am 4. Juni in Stuttgart sich einzufinden und beim Einweisungsbureau: Hotel Marquard, auf Grund ihres Legitimationsausweises sich einzeichnen zu lassen. — Frankfurt, den 30. Mai 1849. Der Gesammtvorstand der deutschen Nationalversammlung. Die Präsidenten: Löwe. Eisenstuck. Die Schriftführer: Fetzer. Reinstein. Rösler. (Frkf. O.-P.-Z.)

Frankfurt, 1. Juni. Nachstehende offizielle Antwort wird uns zur Veröffentlichung mitgetheilt: An den königl. preuss. interimistischen Bevollmächtigten, Herrn Legationsrath v. Kamptz dahier. Auf die dem Reichsverweser heute mitgetheilten telegraphischen Depeschen von Berlin vom 18. und 23. d. M. habe ich von Sr. kaiserl. Hoheit den ausdrücklichen Befehl erhalten, zu erwiedern: „daß Se. kais. Hoheit der Reichsverweser, wie bekannt, längst entschlossen ist, das ihm anvertraute Amt niederzulegen, **„daß er aber bei der Bestimmung des Zeitpunktes, wann dieses geschehen werde, lediglich das Interesse Deutschlands consultiren und keiner Macht der Erde das Recht zugestehe, ihn von dem ihm anvertrauten Posten zu verdrängen.“** — Frankfurt, den 24. Mai 1849. Der Reichsminister des Innern: (gez.) Grävell. (Frkf. O.-P.-Z.)

Frankfurt, 1. Juni. Seit acht Tagen zu einer Besprechung mit dem Reichsministerium eingeladen, hatten sich gestern die Bevollmächtigten der verfassungsfreundlichen Staaten zu Abhaltung derselben eingefunden. Allein anstatt irgend einer Person des Reichsministeriums trafen die Versammelten ein an Herrn von Sternenfels, den königlich würtembergischen Gesandten bei der Centralgewalt gerichtetes Schreiben folgenden Inhalts: Bei der gestrigen Beschlußfassung, „so“ dem Reichsministerium heute erst mitgetheilt worden, und „bei den übrigen eingetretenen Umständen“ (?) halte das Reichsministerium dafür, daß die Bevollmächtigten sich heute unbefangener besprechen dürften, wenn sie allein blieben. „Weshalb ich um Entschuldigung bitte, wenn ich heute nicht unter Ihnen erscheine.“ Frankfurt, a. M., 31. Mai 1849. (Gez) Dr. Grävell.“ Die Bevollmächtigten, unter dem Ministerium Gagern an solche Formen nicht gewöhnt, gingen ohne Besprechung auseinander. (D. Z.)

Frankfurt, 31. Mai, Abends 6 Uhr. Es wird uns so eben die Mittheilung, daß heute Morgen bei Vörstadt im Odenwalde ein neues Treffen stattgefunden, in welchem die Reichstruppen geschlagen worden seyn sollen. — Von dem Treffen bei Heppenheim sind viele Verwundete und todte Militärs in Darmstadt eingebracht worden; letztere zählt man deren 17.

Nach der Meldung eines hessischen Offiziers hätten die Badenser bei Heppenheim 52 Todte verloren; doch sey noch nichts durch diesen Kampf entschieden; die Aufständischen gingen in guter Ordnung und mit Muth vor; mit Artillerie seyen sie gut versehen. (Frkft. J.)

** **Frankfurt**, den 1. Mai. Man begegnet jetzt hier Gerüchten über Gerüchten und das wird man ganz natürlich finden bei den vielen Ereignissen, die sich nun kreuzen. So spricht man ziemlich keck von einem Gegenparlamente, das hier dem nach Stuttgart wandernden gegenüber zusammentreten wolle. Ein Schisma also, das nichts bezwecken wird. Dem Dichter Freiligrath hat man in Amsterdam, wohin er sich von Köln aus wandte, den Aufenthalt nicht bewilligt, Früher, da er als Commis dort conditionirte, wurde ihm nichts in den Weg gelegt, allein dem Dichter traut man nicht, der holländische Mynher liebt die Poesie nicht. — Den bayerischen Reichstagsdeputirten ist zwar der Rücktritt von ihren Stellen nicht offiziell geboten, allein es sollen ihnen keine Diäten mehr ausbezahlt werden, was auch einem Rücktrittsbefehle ähnlich sieht.

Erbach im Odenwalde, 31. Mai. Heute Morgen früh 6 Uhr zogen die schon in der Nacht erwarteten badischen Truppen, 3 Kompagnien, hier ein. Sie wurden einquartirt, benahmen sich sehr anständig, wurden aber nach halbstündiger Rast zum Abmarsch kommandirt. Sie kamen von Fürth, nahmen an der gestrigen Affaire bei

Heppenheim gar keinen Antheil, übernachteten etwa 2 Stunden von hier unter freiem Himmel und traten den Rückweg nach Beerfelden zu an, um die badische Gränze zu erreichen. Sie wissen nichts mit Bestimmtheit über den Erfolg der gestrigen Affaire, waren übrigens sehr ermüdet und der baldige Ausbruch kam eben so unerwartet als unerwünscht. Gerüchtsweise erzählten sie, daß die Badenser 6 Kanonen erobert, das gelbe hessische Regiment sehr gelitten habe und das 2. hessische Regiment übergegangen sey. Anderen, wie es scheint, verlässigeren Nachrichten zufolge, wurden die Badenser geschlagen. Diesen Morgen hört man wieder Kanonendonner gegen Fürth hin. Wie es scheint, eilten die hier abmarschirenden Truppen deßhalb so, um nicht abgeschnitten zu werden. Reichstruppen sollen von Darmstadt hierher unterwegs seyn und spätestens bis Abend hier anlangen. — Dr. Löhr von Worms führte die hier anwesenden badenser Truppen, die, wohl geordnet und aus meist älteren Leuten bestehend, die Stadt verließen. (Frkft. J.)

Homburg v. d. H., den 30. Mai. An den für das Landgrafthum Hessen-Homburg erwählten Reichstagsabgeordneten, Dr. Venedey, hat unsere Landesregierung unter'm Heutigen folgendes Schreiben erlassen: „In Folge Erlasses landgräflichen geheimen Raths vom 29. d. M. sollen, da nunmehr die Mission der deutschen Nationalversammlung erledigt erscheine, die Ihnen ausgesetzten Taggebühren à 5 fl. täglich vom 31. d. M. an cessiren. Wir ermangeln nicht, Ihnen von dieser ergangenen höchsten Verfügung hierdurch Kenntniß zu geben. Hochachtungsvoll verharrend: Henrich. — vdt E. Lommel."
(Frkf. J.)

†*† **Berlin**, den 31. Mai. Die lange erwartete preussisch-sächsisch-hannover'sche Reichsverfassung ist endlich erschienen, und Anschläge an den Straßenecken bieten bereits Abdrücke des Entwurfs feil. Die schon auf vorgestern bestimmt gewesene Veröffentlichung wurde sistirt, weil Herr v. Lerchenfeld eine bestimmte Erklärung des bayerischen Kabinets erwartete. Diese Erklärung ist vorgestern Abend eingetroffen und hat nicht befriedigt. Die Veröffentlichung erfolgte lediglich im Namen der drei vereinigten Regierungen, und nur eine im Druck gleichfalls vollendete Proklamation an das deutsche Volk blieb reponirt.

Auf dem Schützenplatze, auf welchem das sogenannte Pfingstschießen unter zahlreicher Theilnahme der Bevölkerung stattfindet, geschahen gestern gegen Abend sehr beklagenswerthe Exzesse. Eine Anzahl von Soldaten gerieth in Kollisionen mit den übrigen Theilnehmern der Festlichkeit, und ließen sich zum Gebrauch ihrer Waffen gegen ihre Gegner verleiten. Die Folge hiervon sind mehrfache, und wie man hört, zum Theil erhebliche Verwundungen. Einem Kinde soll bei dieser Gelegenheit von einem Soldaten der Kopf gespalten worden seyn.

* **Berlin**, 31. Mai. Preussen ist jetzt einmal im Oktroyiren drin. So bringt der neueste Staatsanzeiger ein oktroyirtes, schlechtes Wahlgesetz (indirekte Wahl mit Census) für den auf den 7. Aug. einberufenen preussischen Landtag. — Die Entwürfe der oktroyirten Verfassung für das deutsche Reich werden ferner den Behörden mit Empfehlungen zugeschickt. — Die Zeitungen Badens und der Pfalz, als in revolutionären Ländern erscheinend, dürfen durch die preussischen Postanstalten nicht mehr befördert werden. (Eine allerliebste Regierung, diese preussische. Und die sollen wir an der Spitze Deutschlands sehen. Gott bewahre uns davor!)

Aus Westpreussen, den 27. Mai. Wenn's jetzt heißt: Der zusammengerufenen Landwehr strömen viele Freiwillige zu, so nimmt das kein Wunder. Handel, Gewerbe und Arbeiten sind durch die ministeriellen Maßregeln gehemmt. Die Leute haben keinen Verdienst und schwere Nahrungssorgen; sie laufen daher der Landwehr zu, um wenigstens Kommißbrod und 2 ggr. zu bekommen. — Es ist unglaublich, welch' eine Masse von Flugblättern an die Soldaten vertheilt wird, um das unvergleichliche Heer in dem Wahne zu erhalten: „Das Junkerthum, mit seinem Wrangel und Manteuffel an der Spitze, müsse existiren, um die Welt zu erhalten, natürlich auch den Staat und das Heer, den Handel und den Wandel." Des Morgens, noch ehe der Soldat das Bett verläßt, werden ihm die schriftstellerischen Werke eines v. Griesheim und v. Plehwe an den Kopf geschmissen, beim Exerziren stopft ihm der Feldwebel den „constitutionell-monarchischen Volksfreund" in die Patrontasche, statt der Serviette bekommt er Mittags die „Kreuzzeitung," Sonntags das Sonntagsblatt u. s. w. Am späten Abend vor dem Zapfenstreich werden schwarzweiße Lieder von den Pastoren Cosak und Bandisch und der „Staatsanzeiger" vertheilt, und noch selbst, wenn der Soldat Nachts seine Appartements bezieht, verfolgt ihn irgend ein wohlgenährter Hauptmann, um ihm 10—12 frische Flugschriften aus der geheimen Hofbuchdruckerei zu Berlin zum Lesen, Einschlafen oder sonst zu einem beliebigen Gebrauch zu octroyiren. Feldwebel, denen diese Geschichte zu arg wird, stecken, um zu räumen, ganze Stöße solcher reaktionären Druckschriften in's Feuer, getreuen Rapport abstattend: „richtig vertheilt."

Von der Weichsel, den 27. Mai. Kaiser Nikolaus bleibt noch länger in Warschau, um seinem Heere in Ungarn nahe zu seyn. Die Intervention dort geschah ganz gegen den Willen seiner Generalität, die nur eine wachsame Gränzbesetzung verlangt hatte, aber kein offensives Einschreiten. Als zuverlässige Thatsache kann ich Ihnen die Versicherung geben, daß eine Armee von 175,000 Mann und 480 Kanonen russischerseits gegen Ungarn bestimmt sind: kaum die Hälfte hiervon befindet sich schon in Ungarn, ist vielmehr noch unterwegs

Von der Niederelbe, 29. Mai. Seit gestern Mittag läuft in Hamburg das Gerücht um, die Friedensunterhandlungen zwischen Dänemark und Preussen hätten sich wieder völlig zerschlagen, ein von Berlin gekommener Kurier habe den Befehl ins Hauptquartier nach Jütland gebracht, den Krieg mit aller Energie fortzusetzen (oder richtiger zu beginnen). — Seit Rye's Entkommen hat das Mißtrauen gegen Preussen wieder tiefe Wurzeln geschlagen. Soll man nun das vor einigen Tagen vom Gen. v. Prittwitz im Lager erlassene Verbot, die „Norddeutsche freie Presse" zu lesen, als ein Zeichen betrachten, daß der Oberbefehlshaber das gegen ihn in diesem Blatte öfters ausgesprochene Mißtrauen für gerechtfertigt hält, oder soll man aus diesem Verbote schließen, er halte sich für verläumdet? — Die russische Intervention erregt hier übrigens um so weniger Besorgniß, je mehr man davon überzeugt ist, daß der in der gestrigen Lüb. Ztg. enthaltene Bericht aus Petersburg auf zuverlässigen Angaben beruht und daß die Ausrüstung der russischen Flotte theils noch nicht vollendet, theils sehr mangelhaft ist. So sollen nicht 60, sondern nur 45 Kriegsschiffe segelfertig und kaum die Hälfte der requirirten Transportschiffe (namentlich der von Riga erwarteten) herbeigeschafft seyn. (Wes. Z.)

Schleswig, 26. Mai. Gestern Nachmitttag sammelte sich im
Belte eine Flotille von 2 Dampfschiffen, einer Corvette oder Brigg
und 12 Kanonenböten, und fing an, das verhängnißvolle Blockhaus
mit Kugeln zu überschütten. Eine Batterie von 8 schweren Geschützen
auf Fünen half treulich mit. Diese donnernde Kanonade dauerte über
3 Stunden. Als sie eingestellt war, erschien dänische Infanterie auf
dem Damm, an dessen Ende südlich von Fridericia am Strande das
Blockhaus nebst Schanze liegt, um dasselbe zu besetzen. Mit Vergnügen sah man von Erritsöe aus, daß die Besatzung des Blockhauses,
welche das Feuern der Schiffe mit ihren Flinten natürlich nicht hatte
erwidern können, die feindliche Infanterie ungebrochenen Muthes empfing und zurückschlug. Noch mehr wurden die Unsrigen erfreut, als
ihnen unsere Schanzarbeiter diesen Morgen die Nachricht brachten, daß
die Besatzung keinen Mann verloren habe. (C. C.)

Schleswig, 28. Mai. Das badische Bat. Dorbeck hat neulich bei
der Parade ein Hoch auf die Kameraden in der Heimath ausgebracht und
soll verlangen, nach Baden zurückgeführt zu werden. Andere sagen,
es fordere nur, entweder gegen den Feind oder nach Hause marschiren
zu dürfen. Die Löhnung aus Baden bleibt jetzt aus. Die Statthalterschaft konferirt wegen dieser Angelegenheit mit dem Obergeneral. —
Vor Eckernförde erschien gestern auf einige Augenblicke die dänische Ostseeflotte 14 Segel stark, verschwand aber, als sie die Stadt alarmirt
fand, sehr bald wieder. (Wes. Z.)

Französische Republik.

† **Paris**, 30. Mai. Die Vollmachtsprüfungen in den Abtheilungssälen der legislativen Kammer führen, wie es heißt, zu wichtigen Resultaten. So soll das Votum der Mobilgarden die Liste des Seinedepartements um 3 Conservative verkürzen und durch 3 Sozialisten ersetzen. Es wäre möglich, daß Rapatel, Lasteyrie etc. von Thore und Proudhon verdrängt würden. Die Seine wäre somit durch dreizehn Rothe vertreten.

Die legislative Kammer ließ gestern Abend am Sitzungsschluß die bekämpften 5 Marinedeputirten mit 392 gegen 179 Stimmen zu. Letztere Ziffer würde also schon die Anwesenheit von nahe an 200 Montagnards auf 561 Stimmende konstatiren. Joinville ist in diesem Dep. mit 15912 Stimmen durchgefallen.

Als Thiers, der allmächtige Lenker unserer Schicksale seit dem 20. Dezember, vorgestern über den Revolutions- oder Concordienplatz schritt, hielten ihn Arbeiter in Blousen an und nöthigten ihn, zu rufen: Es lebe die demokratisch-soziale Republik! Thiers weigerte sich und ein Arbeiter spie ihm in's Gesicht, oder, wie Andere behaupten, warf ihm seine Mütze in's Gesicht. Der heutige „Constitutionnel" erklärt diese Vorfälle als übertrieben und gesteht nur zu, daß es Herr Thiers für gut erachtet habe, einen Lohnwagen zu besteigen. Anderer Seits erfahren wir, daß obige Gerüchte keineswegs übertrieben seyen, daß aber Hr. Thiers deren Verbreitung selbst nicht wünsche.

Italienische Staaten.

Turin. Seltsam! Metternich appelirt an das Urtheil der Geschichte, behauptend, er habe für die Freiheit gelebt und Romarino's, des Verräthers letzte Worte waren: „Ich habe nie einen andern Gedanken gehabt, als den an mein Vaterland. Man hat mich verurtheilt, aber ich hoffe, daß die Geschichte dereinst mir wird Gerechtigkeit widerfahren lassen. Ich sterbe unschuldig!" — Dann dankte er noch den Priestern für ihren Beistand und umarmte sie. Sechs Grenadiere traten vor. Romarino warf seinen Hut beiseite und, die Brust entblößend, rief er den Grenadieren zu: „Soldates, faites votre devoir!" Die Soldaten rückten bis auf sechs Schritte vor, und auf das Kommando „Feuer!" stürzte Romarino nieder. Vier Kugeln hatten ihm die Brust durchbohrt, zwei den Kopf über und unter dem rechten Auge. (N. Z. Z.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 9. Mai, a. St. (21.) Die Nacht vom 26. auf den 28. April war für die höheren Kreise der Petersburger Welt eine Schreckensnacht. Ohne Ahnung davon, wurden Söhne der angesehensten Familien nächtlich von Polizei und Gensdarmerie überfallen, aus den Armen der Ihrigen gerissen und sind seitdem — verschwunden. Das Gerücht mag die Anzahl der auf die brutalste Weise vorgenommenen Verhaftungen übertreiben, zudem da es natürlich Niemand wagt, über die Angelegenheit noch zu sprechen; aber die ängstliche Gewitterschwüle, die seitdem über uns lagert, ist nicht zu ertragen. Als zuverlässig kann ich Ihnen berichten, daß die Anzahl der Verhafteten die Zahl 100 überschreitet, manche geben dieselbe auf 200 und 300 an. Die „Verschwörung," welche dieser Maßregel zu Grunde liegen soll, wird als eine kommunistisch-soziale bezeichnet, jedoch nach den mir zum Theil bekannten Persönlichkeiten, welche von dem Zorne des Selbstherrschers betroffen sind, kann dieselbe nur einen sehr gemäßigt politischen Charakter gehabt haben. Unter den Verhafteten befinden sich namentlich Gardeoffiziere und junge Adelige, welche im Ministerium des Innern und im Departement der Diplomatie angestellt
waren. — Mit welcher Rohheit diese Verhaftungen vorgenommen wurden, können Sie daraus schließen, daß der Sohn eines sehr angesehenen Staats- und Edelmannes, Kaschkin, auf den Tod erkrankt im
Bette, von den Polizeischergen vor den Augen der weinenden Eltern
hinweggetragen wurde. — Die Gefangenen wurden zunächst nach der
Festung Petersburg gebracht, von da sollen sie jedoch nach den Kasematten von Kronstadt transportirt worden seyn. Unstreitig ist hiermit
die spirituelle Blüthe Rußlands vernichtet; denn Sie werden unsere
Verhältnisse hinlänglich kennen, um zu wissen, daß die verhafteten
Jünglinge für immer verschwunden sind. Ueber den wirklichen Zusammenhang erfährt man eigentlich nichts. Die Russen, welche unter einer Revolution nur eine Ermordung des Czaaren verstehen, behaupten, man habe die Ermordung desselben bei der großen Revue, die der
Kaiser über die Petersburger Garden vor seiner Abreise nach Warschau angekündigt hatte, beabsichtigt. Die Parade wurde am 29. April
wirklich über 40,000 Mann abgehalten und war in Bezug auf militärische Dressur das Glänzendste, was man sehen kann. Der Kaiser
hielt eine energische Anrede, in welcher er versprach, den „Mordbrennern und Räubern" den Ruhm der russischen Waffen fühlen zu lassen.
Bei der Anwesenheit des Kaisers in Moskau wurde eine Entdeckung
gemacht, welche den gepriesenen Heldenmuth Nikolau's bedeutend erschüttert haben soll. Man entdeckte nämlich, daß in den Gewölben des
Kaiserpalastes Kremlin Pulverminen angelegt waren, deren Bestimmung der Selbstherrscher mit seiner Person in Verbindung brachte.
— Bis heute ist unsere Flotte noch nicht ausgelaufen; dieselbe wird
noch ausgerüstet und kann erst in etwa 8 Tagen segelfertig seyn. —
(Sämmtliche Daten sind nach altem Stile, also 12 Tage von unserem
Kalender differirend.) (Lüb. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Mayer.

Anzeigen.

Eheliche Verbindung.

Theilnehmenden Verwandten und Freunden zeigen wir unsere heute vollzogene eheliche Verbindung hiemit ergebenst an, und empfehlen uns Ihrem fernern Wohlwollen.

Nürnberg, den 3. Juni 1849.

Johann Melchior Richter.
Karoline Richter, geb. Höfner.

Trauer-Anzeige.

Unseren Anverwandten und Freunden machen wir die betrübende Anzeige von dem am 1. d. Mts Abends ½8 Uhr erfolgtem Ableben unseres unvergeßlichen Gatten, Vaters, Schwiegervaters, Großvaters, Bruders und Schwagers

Herrn Eberhard Paulus Dürschner,
Zirkelschmiedmeister dahier

Ergeben in sein Schicksal, trotz des schmerzlichen Krankenlagers, sah er mit Ruhe seinem Tode entgegen, und endete im 65. Lebensjahre sein thätiges Wirken.

Wer den Dahingeschiedenen kannte, wird unsern Schmerz zu würdigen wissen.

Die trauernde Wittwe
Ursula Barbara Dürschner
im Namen sämmtlicher Hinterbliebenen

Danksagung und Bitte.

Allen verehrten Verwandten, Freunden und Nachbaren, welche meinen seligen Mann zur Ruhe geleiteten, statte ich hiemit meinen herzlichsten Dank ab. Es war in meinem tiefsten Schmerze ein wohlthuendes Gefühl, allerwärts eine solche rege Theilnahme und Beweise innigster Freundschaft zu finden. Möge der Himmel Alle vor solch hartem Schlage beschützen und mir Gelegenheit bieten, bei erfreulichen Ereignissen dienen zu können.

Zugleich erlaube ich mir, das meinem seligen Manne geschenkte Zutrauen auf mich übergehen zu lassen, indem ich alles aufbieten werde, mich desselben würdig zu machen.

Die trauernde Wittwe
Margaretha Berneuther,
nebst ihren 3 unmündigen Kindern.

Dank.

Allen Denjenigen, welche dem Leichenzug meines sel. verstorbenen Mannes, Johann Kleining folgten und dessen Begräbniß beiwohnten, sage ich meinen innigsten, herzlichsten Dank für Ihre rege Theilnahme, die Sie für den Dahingeschiedenen an den Tag legten, und da ich jetzt allein stehe, lassen Sie mir die schöne Hoffnung, daß Sie Ihr Wohlwollen, Ihre Liebe, Ihre freundschaftlichen Gesinnungen der tiefbetrübten Wittwe nicht versagen werden, sie ist der einzige Trost meines gebeugten Alters.

Die trauernde Wittwe
Dorothea Kleining.

Aviso.

Auf meine entsendeten Circulaire vom 8. Mai c. bezugnehmend, beehre ich mich zu benachrichtigen, daß die Eröffnung des

Haupt-Verschleiß- und Versendungs-Comptoir's
meiner Erzeugnisse

auf hiesigem Platze, Spandauerstrasse Nr. 72, nächst der Post, vom heutigen Tage ab unter meiner persönlichen Leitung erfolgt ist und ersuche höflichst, nunmehr sämmtliche Correspondenz, Gelder rc. **nur hierher** zu adressiren, indem von meiner Tarnowitzer Fabrik aus, **keinerlei** Verkehr mit den P. T. auswärtigen Geschäftsfreunden stattfinden wird, und alle mich und meine Unternehmungen betreffenden Mittheilungen **nur von hier** aus ihre Erledigung finden können.

Achtungsvoll und ergebenst
J. T. Goldberger.

Das alleinige Depot der Goldberger'schen galvano-electrischen Rheumatismus-Ketten und Ohren-Magnete für Nürnberg und Umgegend, befindet sich bei Unterzeichnetem; Preiß der Ketten 53 kr., fl. 1. 45 kr. und fl. 2. 30 kr.; Ohren-Magnet das Paar fl. 1. 13 kr.

Gal. Ludwig Krauß,
Theresienstraße S. Nr. 551 in Nürnberg.

Um vielen Anfragen und Aufforderungen zu begegnen und um Jedermann, der an Gicht und Rheumatismus leidet, Hilfe und Linderung der Schmerzen verschaffen zu können, habe ich mir auch Rheumatismus-Ableiter à 18 und à 36 kr. beigelegt und kann solche auf's Beste empfehlen.

G. L. Krauß,
Theresienstraße S. Nr. 551 in Nürnberg.

Anzeige und Einladung.

Einem verehrlichen Publikum so wie meinen Gönnern und Freunden zeige ich hiemit ergebenst an, daß ich das »Gasthaus zur Stadt Rothenburg« in Sündersbühl pachtweise übernommen und bereits eröffnet habe. Ich lade hiemit zu recht zahlreichem Besuch mit dem Bemerken höflichst ein, daß ich für Verabreichung von guten warmen und kalten Speisen, so wie für gutes Bier stets besorgt seyn werde, ich sehe daher einem zahlreichen Zuspruch achtungsvoll entgegen.

Clement Demmert.

Offenes Sendschreiben der Wahlmänner des Wahlbezirks Nürnberg an den Deputirten zur bayerischen Volkskammer Herrn v. Scheurl.

Geehrter Herr!

Die Antwort, welche Sie in Nr. 150 des Nürnberger Kuriers auf die Erinnerung einiger Wahlmänner abgaben, hat uns in hohem Grade befremdet. Wie? Also so leicht glauben Sie eingegangene Verpflichtungen, auf welche allein hin Sie im hiesigen Wahlbezirke gewählt worden sind, zurücknehmen, so leicht glauben Sie oftmals wiederholte Verheißungen widerrufen, oder so leicht Ihr verpfändetes Manneswort einlösen zu können? Das also war die Anhänglichkeit an das Verfassungswerk, die Sie erst neulich in einem schriftlichen Aufruf an Ihre Collegen versicherten? Ist vielleicht die deutsche Reichsverfassung seit dem 27. April eine andere geworden, oder sind die Sympathien des deutschen Volkes dafür erloschen, welches allenthalben ihre Durchführung sehnsüchtig herbeiwünscht, welchem drei der widerstrebenden Regierungen durch Kammerauflösung den ferneren gesetzlichen Willensausdruck unmöglich machten, die unsrige aber geflissentlich das Ohr verschließt, nachdem es sich durch Adressen und Deputationen, durch die Kammermajorität, ja sogar leider durch Abfall einer Provinz deutlich genug hat kund gegeben? Oder sind die Volksvertreter gewählt, damit die Willkür der Regierungen, welche nach Ihrer eigenen vor den Wahlmännern des Fürther Wahlbezirks vorgetragenen Lehre dem wirklichen Volkswillen nicht ferner feindlich gegenüberstehen sollen, in ihnen eine kräftige Stütze finde? — Geehrter Herr! Viele von uns mißtrauten schon vor Ihrer Wahl den warmen Empfehlungen, die sich für Sie vernehmen ließen; denn sie erwarteten von Ihnen keineswegs die in einer so sturmbewegten Zeit nothwendige Willensstärke. Aber auch diejenigen, von denen Sie damals im guten Vertrauen auf Ihre Zustimmung zu dem Nürnberger Wahlprogramme gewählt wurden, haben jetzt nach Ihrer letzten Erwiederung den Glauben an eine segensreiche Wirksamkeit verloren, die von Ihnen ferner in den Kammerverhandlungen ausgehen könnte. Denn sie erblicken in der Partei, welcher Sie Ihre Talente widmen, eine um so gefährlichere Feindin der deutschen Einheit, weil sie unter dem Titel der Mäßigung und genügsamen Ausführung des Practischen mit den dynastisch Gesinnten, mit den Particularisten, mit den Rückschrittsmännern jeder Art Hand in Hand geht und dadurch allmählich den Verdacht erwecken kann, als wäre Anhänglichkeit an die Verfassung, auf welche die begabtesten und besten deutschen Männer Mühe und Kraft gewandt, ein Zeichen eines Republikaners oder Anarchisten. Freilich bleibt die Fahne am Ende in den Händen einer einzelnen Partei, wenn die andern, um deren Gemeinschaft los zu seyn, dieselbe im Stiche lassen, obschon auch sie dereinst ihr Treue geschworen. Aber, geehrter Herr, wir, denen Sie sich auf dieses Banner verpflichteten, unsre Stadt, unser Wahlbezirk, ganz Frankenland ist ihm treu geblieben. Wir sind es unserer eigenen Ehre schuldig, hiemit öffentlich zu erklären, daß wir Sie auf Ihre Erwiederung hin Ihres Wortes keineswegs entbinden. Und wenn Sie die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung nicht mehr mit Ueberzeugung und Gewissen zu vereinigen vermögen, so erachten wie es für ehrenhafter, wenn Sie Ihr Mandat, das Sie erfüllen zu können verzweifeln, zurückgeben, als wenn Sie übernommener Verbindlichkeit zum Trotze übergehen in das Lager des Feindes.

Nürnberg, den 30. Mai 1849.

Die Wahlmänner des Nürnberger Wahlbezirks:

J. L. Hoffmann. Ed. Bock. P. Zwanziger. G. J. Pabst. A. Fleischmann. Dr. Rieß. K. Heubner. M. Streng. G. M. Ißmayer. J. P. J. Eckert. Georges Demler. Peter Kaaß. Heinrich Samhammer. Georg Kleinlein. G. Franz Ehemann. Christoph Schwenk. Georg Chr. Hueft. M. Cramer-Klett. J. St. Schmidt. Friedrich Schmitt. Johann Meisel. Joh. Dav. Drechsler. Christian Fink. Kreitmeier. Carl Güllich. Johann Löhner. J. G. M. Händler. M. Stich. Georg Kunstmann. C. W. Engelhard. Carl Berg. Gg. F. Baum. W. M. Puscher. C. Beck. Georg Meyer. Georg Lederer, sen. J. L. Stich. Heinr. Meyer. Mich. Paßing. Burkhard. J. F. Fleischmann. Carl Norich. Alexander Marx. Joh. Hein. Besserer. H. Hahn. J. Göß. Sig. Dietrich. Carl Ziener. Carl Paravifo. J. Link. Joh. Georg Dobel. Joh. Kaspar Kopp. J. A. Häberlein. L. Heermann. Dr. v. Fabrice. Joh. Georg Rösch. G. Lehner. Fritz. Wölffel. Schott. J. G. Sendel. M. Hahn. Dr. Biermeyer. Joh. Albr. Biehbeck. Joh. Michael Weid. Georg Kaspar Geuber. Sim. Bladel. Christian Hautsch. Joh. Jakob Pabst. J. J. Heller. Ferd. Echt. J. M. Renner. Dr. Schwartz. W. Tümmel. (Die Namen der Auswärtigen werden nachgetragen werden.)

Volks-Verein.

Dienstag den 5. Juni, Abends 8 Uhr, Versammlung im Saale des deutschen Hauses (Neubauers Gartens) zu Gostenhof.

NB. Besprechung wegen Wiederbeschickung der National-Versammlung und Abberufung des Landtagsabgeordneten von Scheurl.

(Musikalien.) Im Verlage der J. A. Endter'schen Buch-, Kunst- und Musikalienhandlung in Nürnberg erscheint und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Lieder Bouquet.

Sammlung der neuesten und beliebtesten Lieder und Arien für **Eine Singstimme mit leichter Guitarrebegleitung.**

Inhalt.

No. 1. Volkslied aus Martha, 9 kr.
(Letzte Rose wie rc.)

No. 2. Jägerlied aus ders. 9 kr.
(Jägerin, schlau rc.)

No. 3. Notturno aus ders. 9 kr.
(Schlafe wohl, und rc.)

No. 4. Arie aus ders. 9 kr.
(Ach wie fromm rc.)

No. 5. Spinnlied aus ders. 12 kr.
(Ach zu lustig rc.

No. 6. Porterlied aus ders. 9 kr.
(Laßt mich euch rc.)

No. 7. Duettino aus ders. 9 kr.
(Ja seit früher rc.)

No. 8. Arie aus ders. 9 kr.
(Dem Theuren zu rc.)

Nro. 1—8 zusammen 54 kr.

Auktions-Anzeige.

Am Montag den 11. Juni d. J., Vormittags 8 Uhr anfangend, werden in dem Hause S. Nro 1586 am Spitzenberg aus dem Nachlaß des verstorbenen Herrn Gottfr. Simon Uhl verschiedene Gegenstände an Haus- und Küchengeräthen, Weißzeug, Zinn, Kupfer, Messing, Stock- und Taschenuhren, Gold und Silber, Kleidungsstücken u. s. w. an den Meistbietenden gegen baare Bezahlung verkauft, und Kaufsliebhaber dazu höflichst eingeladen.

(Gesuch.) Einige gewandte Aufwärterinnen und eine Kindsmagd werden sogleich anzunehmen gesucht.

(Gesuch.) Ein einspänniger, gutgebauter Reisewagen wird zu kaufen gesucht. Näheres erfährt man L. Nro. 43 auf dem Lorenzerplatz.

Köcherts-Zwinger.

Montag den 4. Juni »Große Produktion von der Musik des 1. Jäger-Bataillons.« Wozu die verehrlichen Abonnenten ergebenst einladet

Köchert.

Da für die Musik keine Sammlung stattfindet, werden die verehrlichen Abonnenten ersucht, beim Eingange für dieselbe zu honoriren.

Pferde-Versteigerung.

In Folge eingetretener Verminderung der Fahrpost-Course sind bei dem unterfertigten k. Poststalle acht Pferde entbehrlich geworden und werden solche in öffentlichem Verstriche am

Mittwoch den 6. Juni l. J. Vormittags um 10 Uhr

gegen gleich baare Bezahlung verkauft und Kaufsliebhaber dazu eingeladen. Handelsleuten diene noch besonders zur Nachricht, daß am gleichen Tage hier Viehmarkt ist.

Roth, den 31. Mai 1849.

Königl. Poststall.
Hechtel.

(Zu verkaufen.) 5 neue beschlagene Fensterstöcke, 4 Schuh 4 Zoll hoch und 3 Schuh 4 Zoll breit, sind wegen einer Veränderung des Planes billig zu verkaufen. Ludwigsstrasse 1155.

(Zu verkaufen) 12 junge Legbühner nebst einem welschen Hahn sind billig zu verkaufen.

(Zugelaufen.) Vor ohngefähr 3 Wochen ist Jemand ein Königshündchen, rothfleckig, mit grünem Halsband und einem Zeichen versehen, auf welchem sich die Jahrzahl 1848 befindet, zugelaufen. — Der rechtmäßige Eigenthümer kann denselben bei Bäckermeister Spengler in Fürth gegen Ersatz der Einrückungsgebühr und des Futtergeldes in Empfang nehmen.

Arena.

Montag, den 4. Juni. »Adam und Eva.« Lustspiel in 2 Akten von Carl. Zum Schluß: »Ich irre mich nie,« oder der Räuberhauptmann, Lustspiel in 1 Akt von Lebrün.

Im Fall ungünstiger Witterung ist die Vorstellung zu den herkömmlichen Preisen und Spielstunden (Anfang 6½ Uhr) im Abonement im Stadttheater.